

Akten zur Auswärtigen Politik  
der Bundesrepublik Deutschland

1985

# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts  
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber  
Horst Möller

Mitherausgeber  
Hélène Miard-Delacroix, Gregor Schöllgen  
und Andreas Wirsching

# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

## 1985

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1985

Wissenschaftliche Leiterin  
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter  
Michael Ploetz, Mechthild Lindemann  
und Christoph Johannes Franzen

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-040628-3  
e-ISBN (PDF) 978-3-11-040642-9  
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-040650-4  
ISSN 2192-2454

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

**Library of Congress Cataloging-in-Publication Data**

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

© 2016 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston  
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen  
♻ Gedruckt auf säurefreiem Papier  
Printed in Germany

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)



# Inhalt

|                                                                  |       |
|------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>Vorwort</b> .....                                             | VII   |
| <b>Vorbemerkungen zur Edition</b> .....                          | VIII  |
| <b>Verzeichnisse</b> .....                                       | XV    |
| Dokumentenverzeichnis .....                                      | XVII  |
| Literaturverzeichnis .....                                       | LXXV  |
| Abkürzungsverzeichnis .....                                      | LXXXV |
| <b>Dokumente</b> .....                                           | 1     |
| Band I (Dokumente 1–176) .....                                   | 3     |
| Band II (Dokumente 177–356) .....                                | 941   |
| <b>Register</b> .....                                            | 1893  |
| Personenregister .....                                           | 1893  |
| Sachregister .....                                               | 1975  |
| Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom November 1985 |       |



# Vorwort

Mit den Jahressbänden 1985 wird zum dreiundzwanzigsten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufzunehmen. Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausbergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg/DeGruyter sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Christine Ginzkey.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Michael Ploetz, Frau Dr. Mechthild Lindemann und Herr Dr. Christoph Johannes Franzen, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Tim Geiger durch das Erstellen des Personenregisters, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz, M.A., durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöh, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreifarbeiten sowie Frau Kathrin Meißner und Herr Patrick Wittstock.

Nach 23 Jahren scheide ich aus dem Herausbergremium der AAPD aus. Als Direktor des Instituts für Zeitgeschichte 1992 bis 2011 sowie zunächst als Mitherausgeber und seit 2005 als Hauptherausgeber konnte ich an dieser großen Aufgabe mitwirken. Ich danke allen in diesen Jahrzehnten beteiligten Herausgeberkollegen und Mitarbeitern sowie dem Auswärtigen Amt, insbesondere dem Politischen Archiv für die stets vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit. Zu meinem Nachfolger wurde Professor Dr. Andreas Wirsching berufen, Direktor des IfZ und bereits seit 2011 Mitherausgeber. Professor Dr. Gregor Schöllgen (Universität Erlangen-Nürnberg) bleibt im Herausbergremium, in das Frau Professor Dr. Hélène Miard-Delacroix (Universität Paris-Sorbonne) zum 1. Januar 2015 neu berufen wurde; seitdem wirkt sie bereits an der Vorbereitung des Jahrgangs 1985 mit.

Ich wünsche allen Beteiligten weiterhin viel Erfolg bei diesem Grundlagenwerk zur Geschichte der deutschen Außenpolitik und der Internationalen Beziehungen.

Berlin, den 1. November 2015

Horst Möller

# Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1985“ (Kurztitel: AAPD 1985) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom November 1985.

## Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1985“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlusssachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich die Sammlung Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl, Ludwigshafen-Oggersheim, eingesehen.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich waren. Zum überwiegenden Teil unterlagen sie als Verschlusssachen (VS) der Geheimhaltung. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlusssachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1985 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer De-

klassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

### Dokumentenfolge

Die 356 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigelegten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

### Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Draht-

erlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen die Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift oder eine Ablichtung herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmer-

kung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

### Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftenformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftencharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

### Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Fra-

ge, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amtes bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kom-



mentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch“ findet nur dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliteration durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (1.10.2015) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

## Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehenen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abkürzungen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen“ aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.“, „d. h.“, „m. E.“, „u. U.“ und „usw.“ sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

## Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen angeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom November 1985 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

# **Verzeichnisse**



# Dokumentenverzeichnis

- |   |                                                                                                                                                                                                                                                                                             |       |
|---|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| 1 | 03.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann                                                                                                                                                                                                                       | S. 3  |
|   | Hartmann analysiert mögliche Auswirkungen von SDI auf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und die Weiterentwicklung der Nuklearstrategie.                                                                                                                    |       |
| 2 | 04.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer                                                                                                                                                                                                                                        | S. 7  |
|   | Pfeffer resümiert Bedenken der USA gegen eine verstärkte Befassung der WEU mit Fragen der Rüstungskontrolle und skizziert die Haltung der Bundesregierung dazu.                                                                                                                             |       |
| 3 | 04.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer                                                                                                                                                                                                                                       | S. 10 |
|   | Aufgrund weiterer Anfragen seitens der USA gibt Schauer einen Überblick zur Nutzung amerikanischer Militärbasen in der Bundesrepublik für die militärische Zusammenarbeit mit Staaten des Nahen und Mittleren Ostens.                                                                       |       |
| 4 | 04.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                             | S. 14 |
|   | Wieck nimmt den Jahreswechsel zum Anlaß, die politische Lage der NATO zu umreißen und Handlungsempfehlungen für die Politik der Bundesregierung zu geben. Im Mittelpunkt steht die Wiederbelebung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle.                       |       |
| 5 | 08.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer                                                                                                                                                                                                                                       | S. 18 |
|   | Nach Medienberichten über die Ausbildung amerikanischer Spezialkräfte an tragbaren Nuklearwaffen („Tornister-Bomben“) resümiert Schauer den Kenntnisstand der Bundesregierung zur Stationierung derartiger Waffen in der Bundesrepublik und zur amerikanischen Einsatzdoktrin.              |       |
| 6 | 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte                                                                                                                                                                                                                                          | S. 22 |
|   | Witte notiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem luxemburgischen Außenminister Poos. Themen waren die Öffnung des deutschen Fernsehmarkts für Programme von Radio Luxemburg, die Entschädigung von zur Wehrmacht zwangsrekrutierten Luxemburgern und eine Reform der UNESCO. |       |
| 7 | 10.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze                                                                                                                                                                                         | S. 25 |
|   | Nitze informiert Kohl über das Treffen der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) in Genf. Erörtert werden ferner die Lage in den USA nach der Wiederwahl des Präsidenten Reagan, die Perspektiven der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrolle.                                 |       |

- stungskontrollverhandlungen, die Haltung der SPD zur Sicherheitspolitik und die Wahlen 1987.
- 8**      10.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz S. 32
- Gegenstand der Unterrichtung ist ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, über das Treffen der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) in Genf sowie die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle.
- 9**      14.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 38
- Auf der Grundlage eines Papiers aus der DDR arbeitet Pfeffer heraus, was unter der Forderung nach einer Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR zu verstehen sei. Pfeffer regt hierzu eine Unterrichtung der Opposition im Bundestag an.
- 10**     14.01. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 41
- Aus einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas referiert Ruth die Passagen zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und zum Treffen der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) in Genf.
- 11**     16.01. Runderlaß des Ministerialdirektors Pfeffer S. 44
- Pfeffer analysiert die Bedeutung des 40. Jahrestags des Kriegsendes in Europa für die Stellung der Bundesrepublik in den Ost-West-Beziehungen. Dabei geht er auf die Haltung der UdSSR und der DDR, aber auch auf die der Drei Mächte ein.
- 12**     17.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti S. 50
- Genscher schildert seinen Besuch in der ČSSR, Andreotti seine Reise nach Polen. Zur Sprache kommen auch der 10. Jahrestag der KSZE-Schlußakte, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Feiern zum 30. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrags, die Friedensbemühungen in Mittelamerika und der Nahe Osten.
- 13**     18.01. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher S. 59
- Die Gesprächspartner gehen auf die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik und in Großbritannien ein, wobei insbesondere die Partei Die Grünen sowie der britische Bergarbeiterstreik zur Sprache kommen. Thatcher schildert ihre Einschätzung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Außerdem werden die Ost-West-Beziehungen, die amerikanisch-sowje-

tischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle, der 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa und der Terrorismus erörtert.

- |           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |       |
|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------|
| <b>14</b> | 18.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 72 |
|           | <p>Angesichts des noch nicht abgeschlossenen israelischen Rückzugs aus dem Libanon bewerten Genscher und Howe die Optionen der Europäischen Gemeinschaften im Nahost-Konflikt. Weitere Themen sind Libyen, die Demokratisierung in der Türkei und die Lage in Lateinamerika. Neben dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals kommen die Hungerhilfe für Äthiopien, COCOM und das Treffen der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) in Genf zur Sprache.</p> |       |
| <b>15</b> | 18.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 79 |
|           | <p>Ungerer widmet sich der Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS). Im Mittelpunkt stehen dabei die mit einer Verwendung des ECU als Zahlungsmittel verbundenen verfassungsrechtlichen und geldpolitischen Fragen sowie die Haltung der Bundesbank.</p>                                                                                                                                                                                            |       |
| <b>16</b> | 21.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Professor Bialer                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 88 |
|           | <p>Gegenstand des Gesprächs ist die innere und äußere Lage der UdSSR. Die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen werden ebenso analysiert wie die Rolle der UdSSR in der Dritten Welt und im Warschauer Pakt. Behandelt werden insbesondere die Verjüngung der KPdSU-Spitze sowie die Perspektiven der sowjetischen Wirtschaft im Informationszeitalter.</p>                                                                                                       |       |
| <b>17</b> | 22.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hallier                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 94 |
|           | <p>Hallier regt an, die absehbare Fertigstellung der Edition „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ zum Anlaß zu nehmen, ein vergleichbares Werk zur Außenpolitik der Bundesrepublik herauszugeben. Der Titel soll „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ lauten.</p>                                                                                                                                                                  |       |
| <b>18</b> | 23.01. Gespräch des Staatssekretärs Blech, Bundespräsidialamt, mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 97 |
|           | <p>Anläßlich einer Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission tauschen sich Blech und Bondarenko über den Stand der bilateralen Beziehungen und die sowjetischen Revanchismus-Vorwürfe gegen die Bundesrepublik aus. Außerdem kommen die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf zur Sprache.</p>                                                                                                                       |       |

- |           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |        |
|-----------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>19</b> | 23.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit EG-Kommissionspräsident Delors in Brüssel                                                                                                                                                                                                                                            | S. 103 |
|           | <p>Genscher und Delors widmen sich der Lage der Europäischen Gemeinschaften. Angesprochen werden dabei der EG-Beitritt Portugals und Spaniens, die Rolle Griechenlands, der EG-Haushalt, die Gemeinsame Agrarpolitik, die Beziehungen zur Türkei, Währungsfragen und das Landwirtschaftsprojekt der Katholischen Kirche in Polen.</p> |        |
| <b>20</b> | 23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Redies                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 111 |
|           | <p>Vor dem Hintergrund von Mordanschlägen auf jugoslawische Staatsbürger beschreibt Redies die Aktivitäten des jugoslawischen Nachrichtendienstes auf dem Territorium der Bundesrepublik. Er benennt diplomatische Schritte der Bundesregierung, um weitere Taten zu unterbinden.</p>                                                 |        |
| <b>21</b> | 23.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Neubert                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 115 |
|           | <p>Neubert resümiert eine Besprechung bei Bundesminister Genscher zur Vorbereitung der deutsch-amerikanischen MBFR-Konsultationen in Washington.</p>                                                                                                                                                                                  |        |
| <b>22</b> | 24.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 122 |
|           | <p>Anläßlich des Besuchs des belgischen Außenministers Tindemans befaßt sich Pfeffer mit der Diskussion in Belgien über die dort aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 anstehende Stationierung von amerikanischen Marschflugkörpern.</p>                                                                         |        |
| <b>23</b> | 24.01. Botschafter Petersen, Teheran, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                           | S. 127 |
|           | <p>Petersen äußert sich zu terroristischen Drohungen gegen die Botschaft, deren Anlaß laut Bekennerschreiben eine Lieferung von Gasschutzkleidung aus der Bundesrepublik in den Iran ist.</p>                                                                                                                                         |        |
| <b>24</b> | 25.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 130 |
|           | <p>Bertele gibt eine völkerrechtliche Einordnung von Äußerungen aus der amerikanischen Regierung zum Einsatz von militärischer Macht und vergleicht sie mit dem Rechtsverständnis und den Interessen der Bundesregierung.</p>                                                                                                         |        |
| <b>25</b> | 26.01. Botschafter Röding, Warschau, an das Ministerbüro                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 135 |
|           | <p>Röding berichtet über Gespräche mit dem Sekretär des ZK der PVAP, Czyrek, und dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski. Gegenstand war der geplante Besuch des Bundesministers Genscher in Polen.</p>                                                                                                         |        |



- 
- 26**      01.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsidentin Planinc in Belgrad S. 142
- Erörtert werden Wirtschaftsfragen, vor allem die jugoslawischen Bemühungen um eine Umschuldung. Im Zusammenhang mit einer neuen Nord-Süd-Konferenz wird auch die Verschuldungskrise auf globaler Ebene angesprochen.
- 27**      01.02. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Belgrad, an das Auswärtige Amt S. 146
- Braunmühl informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Dizdarević. Themen waren das Genfer Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und seine Folgen für die Ost-West-Beziehungen, außerdem der Nord-Süd-Gegensatz und das mit ihm verbundene Schuldenproblem.
- 28**      04.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der chinesischen Außenhandelsministerin Chen Muhua S. 153
- Im Mittelpunkt stehen die Handelsbeziehungen, insbesondere die Lieferung von Kernreaktoren an die Volksrepublik China, sowie die technische Zusammenarbeit. Chen Muhua plädiert für eine Lockerung bei den COCOM-Exportkontrollen.
- 29**      05.02. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Fabius S. 158
- Die Regierungschefs sprechen über die Beziehungen zu den Ostblock-Staaten, die Westbindung der Bundesrepublik und den geplanten Besuch von Fabius in der DDR. Außerdem behandeln sie Fragen der Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik. In erweitertem Kreis werden die Terrorismusbekämpfung, die Weltraumforschung und Stahlsubventionen sowie Personalentscheidungen beim europäischen Flugzeughersteller Airbus Industrie erörtert.
- 30**      06.02. Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker und des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak und Ministerpräsident Ali in Kairo S. 170
- Mubarak spricht über die Rolle der UdSSR im Nahen Osten, über das Verhältnis Ägyptens zu Israel, Libyen und Saudi-Arabien sowie über die Lage im Sudan. Weitere Themen sind ein unabhängiger palästinensischer Staat sowie die Lieferung eines Kernkraftwerks an Ägypten.
- 31**      06.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 173
- Pfeffer befaßt sich mit dem Wunsch des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, auf der Tagung der VN-Menschenrechtskommission eine öffentliche Stellungnahme zur Ausreisepolitik der DDR abzugeben.



- 
- |           |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |        |
|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>38</b> | 13.02. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling                                                                                                                                                                                                                                                                             | S. 214 |
|           | <p>Schilling berichtet über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Rom. Gesprächsthemen waren die Ost-West-Beziehungen, eine gemeinsame Konferenz mit den mittelamerikanischen Staaten, die Bekämpfung des Terrorismus sowie die aktuelle Situation im Libanon, in Mosambik und in Äthiopien.</p>          |        |
| <b>39</b> | 14.02. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 219 |
|           | <p>Rantzau resümiert eine amerikanische Unterrichtung über das SDI-Programm, bei der auch sowjetische Verstöße gegen den ABM-Vertrag zur Sprache kamen. Die amerikanischen Vertreter hätten die Strategie der Abschreckung und das Ziel einer massiven Reduktion der strategischen Nuklearwaffen in Verhandlungen mit der UdSSR bekräftigt.</p> |        |
| <b>40</b> | 14.02. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter an die Botschaft in Washington                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 226 |
|           | <p>Auf eine Anfrage der Botschaft äußert sich Lewalter zum Kenntnisstand über die Existenz französischer Chemiewaffen und zur angeblichen Ausbildung von Einheiten der Bundeswehr an diesen in der C-Waffen-Abwehr.</p>                                                                                                                         |        |
| <b>41</b> | 15.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 227 |
|           | <p>Braunmühl befaßt sich mit der Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung in der NATO und ihren Auswirkungen auf die Verteidigungsplanung der Bundesrepublik.</p>                                                                                                                                                               |        |
| <b>42</b> | 15.02. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 234 |
|           | <p>Citron informiert über die Tätigkeit der bei der KVAE eingerichteten Arbeitsgruppen und äußert sich zur weiteren Vorgehensweise der NATO-Mitgliedstaaten in den Verhandlungen.</p>                                                                                                                                                           |        |
| <b>43</b> | 19.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann                                                                                                                                                                                                                                                                           | S. 237 |
|           | <p>Hartmann bewertet den von der sowjetischen Delegation bei der KVAE eingebrachten Vorschlag für einen Gewaltverzichtsvertrag.</p>                                                                                                                                                                                                             |        |
| <b>44</b> | 20.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Hofminister Abu Odeh                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 241 |
|           | <p>Abu Odeh erläutert die am 11. Februar zwischen der jordanischen Regierung und der PLO-Führung vereinbarten Prinzipien zur Lösung des Nahost-Konflikts.</p>                                                                                                                                                                                   |        |

- |           |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |        |
|-----------|--------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>45</b> | 20.02. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 246 |
|           |        | Hartmann analysiert den am 14. Februar eingebrachten Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für ein Zwischenabkommen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |        |
| <b>46</b> | 21.02. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 251 |
|           |        | Pfeffer und Hartmann erörtern die amerikanische Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über das SDI-Programm. Sie bewerten die Chancen und Risiken für die Bundesrepublik.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |        |
| <b>47</b> | 22.02. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 258 |
|           |        | Im Mittelpunkt der Unterredung stehen eine Beteiligung europäischer Staaten am amerikanischen SDI-Programm, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik und in Italien, der EG-Beitritt Spaniens sowie die Verabschiedung des EG-Haushalts und die institutionelle Entwicklung der EG. Angesprochen werden außerdem das Verhältnis zwischen Griechenland und den USA, die jordanischen Bemühungen um eine Einigung mit der PLO über eine Lösung des Nahost-Konflikts und der Terrorismus in der Bundesrepublik. |        |
| <b>48</b> | 26.02. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 269 |
|           |        | Themen sind die wirtschaftliche Lage Israels, die Ausreise von Juden aus der UdSSR, die ägyptischen und jordanischen Initiativen im Nahost-Konflikt und die Rolle der PLO. Zur Sprache kommen zudem der irakisch-iranische Krieg und die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle.                                                                                                                                                                                                        |        |
| <b>49</b> | 26.02. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 273 |
|           |        | Horstmann resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir über mögliche Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |        |
| <b>50</b> | 27.02. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | S. 275 |
|           |        | Braunmühl informiert über einen Briefwechsel des Bundesministeriums der Verteidigung mit dem amerikanischen Verteidigungsministerium zum Umfang der im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 in der Bundesrepublik zu stationierenden Mittelstreckensysteme.                                                                                                                                                                                                                                                              |        |

- 
- 51**      27.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz S. 277
- Seitz gibt einen Überblick zur EG-Forschungs- und Technologiepolitik, vor allem im Bereich der Informations- und Biotechnologien. Angesichts der amerikanischen und japanischen Konkurrenz hält er eine weitere Stärkung dieses Bereichs für erforderlich.
- 52**      28.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Chrobog S. 283
- Chrobog resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas. Im Mittelpunkt standen der EG-Beitritt Spaniens und Portugals sowie dessen Auswirkungen auf die Mittelmeerländer. Daneben wurden der Abbau von Grenzkontrollen, die Einreise von Asylsuchenden über Ost-Berlin und eine Öffnung des EG-Marktes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge angesprochen.
- 53**      28.02. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Paris, an das Auswärtige Amt S. 288
- Zur Unterrichtung des Bundeskanzlers Kohl faßt Pfeffer ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit ihren französischen Amtskollegen Dumas und Hernu zusammen. Einziges Thema war das amerikanische SDI-Programm mit seinen Folgen für Europa und das Ost-West-Verhältnis.
- 54**      04.03. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 291
- Kastl informiert über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Im Mittelpunkt standen die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die bilateralen Beziehungen, multilaterale Foren wie MBFR und KVAE, der Nahost-Konflikt und die Lage in Nicaragua sowie humanitäre Fragen.
- 55**      06.03. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 300
- Braunmühl übermittelt eine Bewertung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. Er sieht die UdSSR weiterhin an guten bilateralen Beziehungen interessiert und stellt Überlegungen an, welche Schlußfolgerungen die Bundesregierung aus der sowjetischen Sorge wegen des amerikanischen SDI-Programms und einer deutsch-deutschen Annäherung ziehen sollte.
- 56**      06.03. Gespräche des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski und dem polnischen Außenminister Olszowski in Warschau S. 307
- Vor dem Hintergrund der polnischen Sorge über die Debatte um das Motto des geplanten Deutschlandtreffens der Landsmannschaft der Schlesier werden die bilateralen Beziehungen



- guinetti und Wirtschaftsminister Zerbino, in denen die wirtschaftliche Situation des Landes und der Konflikt in Mittelamerika zur Sprache kamen.
- 63**      14.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, S. 353  
Bundeskanzleramt, z.Z. Moskau, an das Auswärtige Amt
- Roßbach übermittelt Informationen zum Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Mulroney, in dem Kohl seine Eindrücke aus der Unterredung mit dem neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, wiedergab. Weitere Themen waren die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn und der Vorschlag, aus diesem Anlaß eine Erklärung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes abzugeben.
- 64**      15.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident S. 357  
Ortega in Brasilia
- Erörtert wird die Lage in Nicaragua, wobei Ortega sich zu amerikanischen Bestrebungen äußert, die nicaraguanische Regierung unter Druck zu setzen. Beide Gesprächspartner bekräftigen ihre Unterstützung der Bemühungen der Contadora-Staaten um eine Lösung des Konflikts in Mittelamerika.
- 65**      15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer S. 362
- Ungerer äußert sich zu Hinweisen auf eine Lieferung von Anlagen nach Syrien, die zur Herstellung chemischer Waffen geeignet sind, und spricht sich dafür aus, weitere Nachforschungen anzustellen.
- 66**      15.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von S. 365  
Braunmühl
- Braunmühl analysiert die sowjetische Haltung zum amerikanischen SDI-Programm. Er beschreibt die Optionen der sowjetischen Außenpolitik und erörtert, wie sich die Bundesregierung dazu positionieren solle.
- 67**      15.03. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 372
- Kastl berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González. Neben Überlegungen zur sowjetischen Politik unter dem neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, stehen die Verhandlungen über den spanischen EG-Beitritt im Mittelpunkt.
- 68**      15.03. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 377
- Kastl informiert über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Themen waren die bilateralen Beziehungen und Fragen der militärischen Sicherheit, vor allem die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf und die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik.

- 69**      15.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, S. 382  
                 z. Z. Brasilia, an das Auswärtige Amt  
  
Jansen übermittelt Informationen über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem argentinischen Präsidenten in Brasilia, in dem Alfonsín eine Einschätzung der Lage in Mittelamerika gab und sich dafür aussprach, den Dialog zwischen Nicaragua und den USA wieder in Gang zu bringen.
- 70**      16.03. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident S. 386  
                 Mubarak in Frankfurt am Main  
  
Mubarak erläutert seine Überlegungen zur Lösung des Nahost-Konflikts und seine Bemühungen, die amerikanische Regierung für den Dialog mit der zwischen Jordanien und der PLO vereinbarten gemeinsamen Delegation zu gewinnen. Weitere Themen sind der irakisch-iranische Krieg, die Lage in Saudi-Arabien und der Führungswechsel in der UdSSR.
- 71**      18.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen an die S. 390  
                 Botschaft in Washington  
  
Jansen berichtet über die Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Brasilia. Erörtert wurden die Aussichten für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf nach dem Führungswechsel in der UdSSR, die Gespräche Genschers am 6. März in Polen und die Situation in Nicaragua.
- 72**      18.03. Botschafter van Well, Washington, an das S. 393  
                 Auswärtige Amt  
  
Van Well befaßt sich mit einer in die Presse gelangten Studie des amerikanischen Geheimdienstes CIA über den Technologieexport aus der Bundesrepublik in die UdSSR und informiert über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Schneider, zu diesem Thema. Van Well teilt mit, daß er Schneider auch auf die Sorgen der EG-Mitgliedstaaten hinsichtlich der geplanten Novellierung des amerikanischen Export Administration Act angesprochen habe.
- 73**      19.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von S. 396  
                 Braunmühl  
  
Braunmühl resümiert die Erkenntnisse aus der NATO-Übung WINTEX-CIMEX 85, bei der ein Einsatz von Nuklearwaffen durch die NATO nach vorangegangenem Einsatz chemischer Waffen durch den Gegner simuliert wurde. Er konstatiert, daß die Bundesrepublik und die DDR bei einem solchen Szenario übermäßig in Mitleidenschaft gezogen würden.



- 
- 74**      20.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl      S. 400
- Braunmühl befaßt sich mit den seit dem Besuch des Bundesministers Genscher im Februar unternommenen Schritten, mit Rumänien eine Erhöhung der Ausreisenzahlen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit auszuhandeln.
- 75**      20.03.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup      S. 404
- Auf der Grundlage von Informationen aus dem Bundeskanzleramt resümiert Kastrup das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 12. März in Moskau. Zur Sprache gekommen seien bilaterale Fragen wie die Verhandlungen über eine neue Swing-Regelung, ein Kulturabkommen und ein Umweltabkommen.
- 76**      20.03.    Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt      S. 408
- Kastl gibt die Einschätzung eines rumänischen Gesprächspartners zur weiteren Entwicklung an der Spitze der KPdSU sowie dessen Informationen zu den Planungen für den 40. Jahrestag des Kriegsendes weiter.
- 77**      22.03.    Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt      S. 411
- Van Well informiert über amerikanische Bedenken gegenüber der von der Bundesrepublik auf der Genfer Abrüstungskonferenz geplanten Einführung von Arbeitspapieren. Die amerikanische Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) sei insbesondere darüber besorgt, daß Bundesminister Genscher in Genf einen Vorschlag zur Verifikation der Nichtherstellung chemischer Kampfstoffe einbringen wolle.
- 78**      22.03.    Ministerialdirigent Edler von Braunmühl an die Botschaft in Washington      S. 414
- Braunmühl übermittelt ein Schreiben des Bundesministers an den amerikanischen Außenminister, in dem Genscher Fragen von Shultz zu seinem Besuch in der UdSSR beantwortet und auf die sowjetische Haltung zur Deutschland-Politik der Bundesregierung eingeht.
- 79**      25.03.    Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors      S. 417
- Im Mittelpunkt steht der bevorstehende Europäische Rat in Brüssel, auf dem die Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals abgeschlossen, die institutionellen Fragen weiter erörtert und eine Reihe von Themen aus dem Bereich der EPZ behandelt werden sollen. Kohl spricht außerdem die Verwendung der deutschen Sprache in den Europäischen Ge-

- meinschaften und die Vorschläge der EG-Kommission für die Getreidepreise an.
- 80**      25.03.    Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt      S. 426
- Schoeller berichtet über ein Gespräch mit dem französischen General der Luftwaffe, Saulnier, der sich besorgt darüber zeigte, daß die öffentliche Debatte zum amerikanischen SDI-Programm die Regierungen der NATO-Mitgliedstaaten zur Stellungnahme zwingt.
- 81**      27.03.    Botschafter Nowak, Riad, an Staatssekretär Meyer-Landrut      S. 428
- Nowak informiert über das Gespräch mit König Fahd anläßlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens und zieht den Schluß, daß sich weniger das Zögern der Bundesregierung hinsichtlich einer Rüstungskooperation als die öffentliche Diskussion darüber nachteilig auf die bilateralen Beziehungen auswirke.
- 82**      28.03.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer      S. 432
- Schauer faßt die Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Luxemburg zusammen, in deren Mittelpunkt die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf, das amerikanische SDI-Programm und die Umsetzung des Beschlusses von Montebello von 1983 über eine Reduzierung der Nuklearsprengköpfe standen.
- 83**      28.03.    Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt      S. 441
- Holik legt den Abschlußbericht über die 35. Runde der MBFR-Verhandlungen vor, die von einem neuen Vorschlag der teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten zu Streitkräftereduzierungen in zwei Phasen geprägt gewesen sei. Holik äußert sich zudem über die Auswirkungen der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf auf den Stellenwert von MBFR.
- 84**      29.03.    Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Weiß      S. 446
- Weiß analysiert das Antwortschreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an den Friedensrat von Heilbronn, das den Stellenwert der Friedensbewegung im Kalkül der sowjetischen Regierung deutlich mache.
- 85**      29.03.    Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan      S. 448
- Kohl dankt für die Unterrichtung über die amerikanischen Positionen in den Verhandlungen mit der UdSSR in Genf. Er gibt seiner Unterstützung für das Ziel einer verbesserten strategischen Stabilität Ausdruck und erläutert seine Haltung zum amerikanischen SDI-Forschungsprogramm.

- |           |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |        |
|-----------|--------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>86</b> | 02.04. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Sonderbotschaftern Glitman, Kampelman und Tower in Genf                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 450 |
|           |        | Die Delegationsleiter der USA bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf informieren über die sowjetische Verhandlungsposition in den Bereichen SDI, INF und strategische Nuklearsysteme.                                                                                                                                                   |        |
| <b>87</b> | 03.04. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 457 |
|           |        | Braunmühl unterrichtete die diplomatischen Vertretungen der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts über die Erklärung der Bundesregierung vom 27. März zu SDI.                                                                                                                                                                                                                    |        |
| <b>88</b> | 09.04. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann                                                                                                                                                                                                                                                                             | S. 463 |
|           |        | Pfeffer und Hartmann befassen sich mit einem Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu Fragen der Außenpolitik, insbesondere mit dessen Ausführungen zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sowie den bilateralen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf.                                                                                    |        |
| <b>89</b> | 14.04. | Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 470 |
|           |        | Anlässlich eines Ersuchens des saudi-arabischen Innenministeriums um Lieferung von gepanzerten Radfahrzeugen mit einer 20-mm-Bewaffnung äußert sich Nowak zur Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung gegenüber Saudi-Arabien.                                                                                                                                                |        |
| <b>90</b> | 15.04. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | S. 473 |
|           |        | Witte nimmt Stellung zu den Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Griechenland. Dabei geht er auf den muttersprachlichen Unterricht für griechische Kinder in der Bundesrepublik ein und gibt Empfehlungen, wie einer Statusminderung der Deutschen Schulen in Griechenland und der deutschen Sprache im griechischen Schulunterricht entgegengewirkt werden könne. |        |
| <b>91</b> | 15.04. | Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz an die Botschaft in Paris                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | S. 480 |
|           |        | Gegenstand der Unterrichtung ist ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Paris. Die Gesprächspartner befürworteten ein Treffen der Außenminister der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten am Rande der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrags und erörterten Fragen im Zusammenhang mit SDI.        |        |

- 92**      16.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Özal S. 482
- Kohl und Özal besprechen einen Ausbau der Zusammenarbeit zwischen CDU und türkischer Mutterlandspartei. Ferner angesprochen werden der Türkei-besuch des Bundeskanzlers, der irakisch-iranische Krieg, die Stabilität Saudi-Arabiens, die Lage der türkischen Kurden, die Demokratisierung in der Türkei sowie eine Sonderhilfe der Bundesrepublik zur Modernisierung der türkischen Streitkräfte.
- 93**      17.04. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Somare S. 490
- Vor dem Hintergrund der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Papua-Neuguinea werden Fragen der Sicherheitspolitik erörtert. Neben den Bündnisbeziehungen zwischen Neuseeland und den USA kommen die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Haltung der Bundesrepublik zur UdSSR zur Sprache.
- 94**      18.04. Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 495
- Arnot berichtet über ein Gespräch des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Christians, mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU in Moskau. Gorbatschow habe die Haltung der UdSSR zur Bundesregierung und zum deutschen Volk dargelegt sowie auf die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik und auf SDI hingewiesen. Daneben sei über die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Wirtschaftspolitik der USA und die Interessen der europäischen Staaten gesprochen worden.
- 95**      19.04. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 502
- Van Well resümiert ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, Bialkin, in dem dieser seine Haltung zu der im Rahmen von Präsident Reagans Besuch in der Bundesrepublik vorgesehenen Gefallenenehrung auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg darlegte.
- 96**      19.04. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 504
- Beim Vierertreffen der Politischen Direktoren in Washington wurden Schritte gegenüber der UdSSR wegen der sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin (West) erwogen.

- 
- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |        |
|------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>97</b>  | 22.04. | Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Ungerer                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 506 |
|            |        | Mit Blick auf die Tagung des Europäischen Rats in Mailand bewerten Pfeffer und Ungerer den Vorschlag des Ad-hoc Ausschusses für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) über eine europäische Regierungskonferenz.                                                                                                                                                                                    |        |
| <b>98</b>  | 24.04. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 512 |
|            |        | Pfeffer gibt einen Überblick zu den Beratungen über SDI und EUREKA bei der WEU-Ratstagung auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister.                                                                                                                                                                                                                                                         |        |
| <b>99</b>  | 24.04. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 516 |
|            |        | Nach Berichten über syrische Pläne zur Produktion von Chemiewaffen prüft Ungerer die Möglichkeiten der Bundesregierung, die weitere Ausfuhr von Flußsäure als möglichem Vorprodukt des Kampfgases Sarin zu unterbinden.                                                                                                                                                                               |        |
| <b>100</b> | 24.04. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ischinger                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 520 |
|            |        | Nach zwei von libyschen Staatsangehörigen in der Bundesrepublik verübten Mordanschlägen erläuterte Bundesminister Genscher dem britischen Außenminister Howe und dem französischen Außenminister Dumas Kenntnisstand und Haltung der Bundesregierung.                                                                                                                                                 |        |
| <b>101</b> | 24.04. | Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 521 |
|            |        | Rantzau resümiert die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Dabei standen die Rolle des neuen Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie mit SDI verbundene Fragen im Mittelpunkt.                                                                                                                               |        |
| <b>102</b> | 26.04. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jelonek                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | S. 523 |
|            |        | Jelonek resümiert den Stand der Agrarpreisverhandlungen in den Europäischen Gemeinschaften, die derzeit durch die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber der vorgesehenen Getreidepreisregelung blockiert seien. Mit Blick auf eine mögliche Mehrheitsabstimmung im EG-Ministerrat stellt Jelonek Überlegungen zu einem mit der bisherigen Europapolitik konformen Abstimmungsverhalten an. |        |
| <b>103</b> | 26.04. | Botschafter von Alten, Lagos, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 527 |
|            |        | Alten nimmt den Wunsch Nigerias nach Lieferung von Kampfpanzern zum Anlaß, sich zur Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik zu äußern.                                                                                                                                                                                                                                                               |        |

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |        |
|------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>104</b> | 26.04. | Botschafter z. b. V. Eickhoff, z. Z. Ottawa, an das<br>Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 529 |
|            |        | Eickhoff berichtet von einem Gespräch mit dem amerikanischen Delegationsleiter beim KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa. Schifter habe auf Unterschiede in der Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik und der USA hingewiesen.                                                                                                                                                           |        |
| <b>105</b> | 26.04. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse<br>Dohmes                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 532 |
|            |        | Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels führten Bundesminister Genscher und Staatssekretär Ruhfus mit Botschaftern latein-amerikanischer Staaten ein Gespräch über Schritte zur Lösung des internationalen Schuldenproblems.                                                                                                                                                                                                    |        |
| <b>106</b> | 30.04. | Aufzeichnung des Botschafters Ruth                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 536 |
|            |        | Ruth gibt einen Überblick zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Dabei konzentriert er sich auf die Verhandlungskonzepte der UdSSR in den Bereichen Weltraumwaffen und INF. Des weiteren kommt das Auslaufen von SALT II zur Sprache.                                                                                                                                          |        |
| <b>107</b> | 30.04. | Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken an das<br>Generalkonsulat in Leningrad                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | S. 541 |
|            |        | Aufgrund von Anfragen des Generalkonsulats in Leningrad bekräftigt Heyken die Haltung der Bundesregierung zu den Feierlichkeiten in der UdSSR aus Anlaß des 40. Jahrestages des Kriegsendes in Europa.                                                                                                                                                                                                                        |        |
| <b>108</b> | 01.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit<br>Ministerpräsident Nakasone                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 543 |
|            |        | Die Gesprächspartner befassen sich mit den bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen, darunter Fragen der Bildungspolitik in der Bundesrepublik und in Japan. Außerdem wird die Zusammenarbeit zwischen Japan und den EG-Mitgliedstaaten im Bereich der Luft- und Raumfahrt behandelt.                                                                                                                                   |        |
| <b>109</b> | 02.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem<br>japanischen Außenminister Abe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 548 |
|            |        | Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels erörtern Genscher und Abe die Aussichten auf eine neue GATT-Verhandlungsrunde, das Haushaltsdefizit der USA und das internationale Verschuldungsproblem. Weitere Themen sind die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels zu politischen Fragen, die Wirtschaftspolitik in Japan und der Bundesrepublik, Korea, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen, Kambodscha, die UdSSR und die DDR. |        |

- 
- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |        |
|------------|--------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>110</b> | 02.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz                                                                                                                                                                                                                          | S. 556 |
|            |        | Genscher und Shultz nutzen das Gespräch zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels und behandeln die Frage einer neuen GATT-Verhandlungsrunde, das Haushaltsdefizit der USA, die Schuldenkrise in Lateinamerika und eine Erwähnung von SDI in der politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels.       |        |
| <b>111</b> | 03.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi                                                                                                                                                                                                                                               | S. 564 |
|            |        | Neben der Haltung der UdSSR zu SDI werden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die Frage einer Regierungskonferenz der EG-Mitgliedstaaten angesprochen.                                                                                                                           |        |
| <b>112</b> | 03.05. | Gespräch der Außenminister der G-7 in Brühl                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 566 |
|            |        | Die Außenminister analysieren die Lage in Mittelamerika nach der Verhängung eines Handelsembargos der USA über Nicaragua. Ferner werden Maßnahmen zur Bekämpfung des Rauschgifthandels erwogen. Ein weiteres Thema sind die Handelsbeziehungen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften.       |        |
| <b>113</b> | 03.05. | Gespräch der Außenminister der G-7 in Brühl                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 571 |
|            |        | Mit Blick auf die Politische Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels befassen sich die Gesprächspartner mit dem Krieg in Afghanistan, den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf und SDI.                                                                                            |        |
| <b>114</b> | 03.05. | Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 576 |
|            |        | Ruth erteilt Weisung für eine Demarche im amerikanischen Außenministerium und bei der Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, in der die Haltung der Bundesregierung zur Beteiligung deutscher Firmen an der Errichtung einer Chemiewaffen-Fabrik im Irak verdeutlicht werden soll.                       |        |
| <b>115</b> | 04.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kanadischen Außenminister Clark                                                                                                                                                                                                                              | S. 578 |
|            |        | Genscher und Clark resümieren den Verlauf des Weltwirtschaftsgipfels. Angesprochen werden dabei das Handelsembargo der USA gegen Nicaragua und die Lage in Mittelamerika, SDI sowie eine neue GATT-Verhandlungsrunde. Ein weiterer Gegenstand sind die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kanada. |        |
| <b>116</b> | 06.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 583 |
|            |        | Pfeffer erläutert die Folgen eines Unfalls mit einer Pershing-II-Rakete im Januar 1985 für den Fortgang der Stationierungen gemäß NATO-Doppelbeschluß von 1979.                                                                                                                                            |        |

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |        |
|------------|--------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>117</b> | 09.05. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Holl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 585 |
|            |        | Holl informiert über ein Gespräch des Ministerialdirektors Haas mit Präsident Kaunda in Lusaka. Kaunda schilderte dabei seine Sorge vor einer Zuspitzung der Lage in Südafrika und erbat Unterstützung für den südafrikanischen ANC. Außerdem wurde die Namibia-Frage erörtert.                                                                                    |        |
| <b>118</b> | 14.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 592 |
|            |        | Vor dem Hintergrund sowjetischer Revanchismusvorwürfe gegen die Bundesrepublik analysiert Braunmühl die sowjetischen Gedenkveranstaltungen zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa.                                                                                                                                                                            |        |
| <b>119</b> | 14.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 600 |
|            |        | Ungerer bezieht Stellung zu einer Studie des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA über illegale Technologieexporte aus der Bundesrepublik in die UdSSR.                                                                                                                                                                                                          |        |
| <b>120</b> | 15.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Wien                                                                                                                                                                                                               | S. 604 |
|            |        | Am Rande der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 unterrichtet Shultz über sein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, SDI, Regionalfragen und der 10. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte. |        |
| <b>121</b> | 15.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit Bundespräsident Kirchschräger in Wien                                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 615 |
|            |        | Genscher und Kirchschräger würdigen die Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955. Sie sprechen des weiteren über das Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, SDI und die Beziehungen zwischen Österreich und der ČSSR.                                          |        |
| <b>122</b> | 15.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Čhňoupek in Wien                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 617 |
|            |        | Im Mittelpunkt der Unterredung stehen das Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Daneben werden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR thematisiert.                                                                                                                                      |        |



|            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |        |
|------------|--------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>123</b> | 15.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl<br><br>Braunmühl analysiert die Kritik in den USA an der Gefallene-<br>nehrung von Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan auf<br>dem Soldatenfriedhof in Bitburg.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 621 |
| <b>124</b> | 15.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl<br><br>Mit Blick auf die Gedenkveranstaltungen zum 40. Jahrestag<br>des Kriegsendes äußert sich Braunmühl zu den Perspektiven<br>der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | S. 628 |
| <b>125</b> | 15.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann<br><br>Braunmühl und Hartmann stellen dar, welche politischen, stra-<br>tegischen und rüstungskontrollpolitischen Aspekte mit der ge-<br>planten Modernisierung der Chemiewaffen der USA verbunden<br>sind.                                                                                                                                                                                                                             | S. 632 |
| <b>126</b> | 15.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer<br><br>Schauer gibt einen Überblick zu der anstehenden Modernisie-<br>rung der nuklearen Artilleriemunition der NATO und erläutert<br>die Haltung der Bundesregierung.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 638 |
| <b>127</b> | 16.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien<br><br>Themen sind die bilateralen Beziehungen, die Würdigung der<br>1985 noch anstehenden Jahrestage, SDI und die amerikanisch-<br>sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie die<br>Spaltung Europas.                                                                                                                                                                                                                                          | S. 641 |
| <b>128</b> | 17.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Tindemans<br><br>Neben SDI erörtern Genscher und Tindemans Fragen der Eu-<br>ropapolitik, wobei sie sich vor allem mit dem institutionellen<br>Ausbau der Europäischen Gemeinschaften befassen.                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 650 |
| <b>129</b> | 18.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Chequers<br><br>Thatcher und Kohl sprechen über die Türken in der Bundesrepu-<br>blik, das Problem der Arbeitslosigkeit, SDI und Fragen der Rü-<br>stungskontrolle, den neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU,<br>Gorbatschow, eine gemeinsame Forschungspolitik, den institu-<br>tionellen Ausbau der Europäischen Gemeinschaften und die Be-<br>fugnisse des Europäischen Parlaments, die wirtschaftspolitische<br>Rolle Japans und das Projekt eines europäischen Jagdflugzeugs. | S. 654 |

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |        |
|------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>130</b> | 18.05. | Botschafterin Rheker, Belgrad, an Staatssekretär Meyer-Landrut                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 668 |
|            |        | Rheker berichtet über ein Gespräch mit dem jugoslawischen Stellvertretenden Außenminister Lončar, das die Eröffnung eines Informationszentrums in Bonn durch eine kroatische Emigrantenorganisation zum Gegenstand hatte.                                                                                                                 |        |
| <b>131</b> | 21.05. | Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 671 |
|            |        | Zu der Debatte um SDI steuert Kastl Einschätzungen über die Sichtweise der UdSSR und ihre politischen und militärischen Optionen bei. Vor diesem Hintergrund entwickelt er Vorschläge für die Haltung der Bundesregierung, die auch EUREKA berücksichtigen.                                                                               |        |
| <b>132</b> | 22.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Nyerere                                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 676 |
|            |        | Kohl schildert seine Eindrücke vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und von Präsident Reagan. Die Gesprächspartner widmen sich sodann dem Nord-Süd-Konflikt und dem internationalen Verschuldungsproblem, der Entwicklungs- und der Hungerhilfe für Afrika, der Lage im Sudan und im südlichen Afrika.                      |        |
| <b>133</b> | 22.05. | Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                       | S. 682 |
|            |        | Wallau skizziert die Diskussion in der amerikanischen Regierung um eine Weiterbeachtung der vom SALT-II-Vertrag vorgegebenen Obergrenzen für strategische Nuklearwaffen. Hintergrund ist das Auslaufen der Geltungsdauer des nichtratifizierten Vertrages zum Ende des Jahres.                                                            |        |
| <b>134</b> | 23.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas                                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 688 |
|            |        | Haas prüft das Ersuchen des Bundesministeriums des Innern um Ausweisung eines Mitarbeiters des libyschen Volksbüros, dem eine Verstrickung in Morde an Regimegegnern in der Bundesrepublik vorgeworfen wird.                                                                                                                              |        |
| <b>135</b> | 23.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 692 |
|            |        | Schauer nimmt die Uneinigkeit über die Aufnahme einer Bewertung von SDI im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung in Lissabon zum Anlaß, um eine Demarche in Washington vorzuschlagen. In ihr soll auf die Bedeutung der nuklearen Abschreckung für die NATO eingegangen und auf die Wahrung des Bündniszusammenhalts hingewiesen werden. |        |
| <b>136</b> | 24.05. | Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                       | S. 696 |
|            |        | Schoeller resümiert die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Staatspräsident Mitterrand, Ministerpräsident Fabius und dem französischen Außenminister Dumas in Paris. Themen waren SDI, EUREKA, die Beziehungen zwischen Frank-                                                                                                     |        |

reich und den USA, eine neue GATT-Verhandlungsrunde und die EG-Agrarpreise.

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |        |
|------------|--------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>137</b> | 28.05. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Konstanz                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 705 |
|            |        | Kohl erläutert seine Haltung zur Westbindung der Bundesrepublik sowie die Position der Bundesregierung zu SDI und EUREKA. Mitterrand analysiert die politische Bedeutung der französischen Kernwaffen, die Möglichkeiten einer technologischen Zusammenarbeit mit den USA und die mit EUREKA verbundenen Fragen. Ebenfalls behandelt werden das Projekt eines europäischen Jagdflugzeugs und der institutionelle Ausbau der Europäischen Gemeinschaften. Abschließend kommt die Neufestsetzung der EG-Agrarpreise zur Sprache. |        |
| <b>138</b> | 28.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 719 |
|            |        | Genscher und Morán erörtern den bevorstehenden EG-Beitritt Spaniens und dessen Einbindung in die EPZ. Morán regt eine engere Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit den Staaten Lateinamerikas an. Weitere Gesprächspunkte sind SDI und EUREKA.                                                                                                                                                                                                                                                                    |        |
| <b>139</b> | 28.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramírez                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 726 |
|            |        | Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen Äußerungen des Präsidenten Ortega und von Ramírez zum Besuch von Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg. Daneben kommen die Beziehungen zwischen Nicaragua und den USA sowie die Friedensbemühungen in Mittelamerika zur Sprache.                                                                                                                                                                                                                     |        |
| <b>140</b> | 29.05. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ministerpräsidenten der kambodschanischen Exilregierung, Son Sann                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 729 |
|            |        | Son Sann schildert die militärische Lage in Kambodscha nach der jüngsten vietnamesischen Offensive und gibt einen Überblick zu den kambodschanischen Widerstandsgruppen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |        |
| <b>141</b> | 29.05. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 733 |
|            |        | Braunmühl informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Im Zentrum der Beratungen standen die Stärkung der konventionellen Verteidigung, der militärische Beitrag zur NATO-Ministerrichtlinie 1985, eine Bewertung der Verteidigungsanstrengungen, SDI und die militärische Bedeutung chemischer Waffen.                                                                                                                                                                        |        |

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |        |
|------------|--------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>142</b> | 30.05. | Ministerialdirigent Kullak-Ublick an Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 737 |
|            |        | Nach der Veröffentlichung von Dokumenten aus dem Auswärtigen Amt durch die Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ bekräftigt Kullak-Ublick das Ziel der Bundesregierung, im Dialog mit Regierung und demokratischer Opposition in Chile auf eine Demokratisierung des Landes hinzuwirken.                                                     |        |
| <b>143</b> | 31.05. | Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Ungerer und Haas                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 741 |
|            |        | Vor dem Hintergrund der Außenhandelsinteressen der Bundesrepublik formulieren Ungerer und Haas Empfehlungen für die Lieferung von Rüstungsgütern an Saudi-Arabien und andere Staaten des Nahen Ostens.                                                                                                                                 |        |
| <b>144</b> | 03.06. | Gespräch des Staatsministers Möllemann mit dem spanischen Außenminister Morán in Madrid                                                                                                                                                                                                                                                | S. 748 |
|            |        | Erörtert wird die Situation in Mittelamerika, wobei insbesondere die Haltung der USA und die Aussichten für die Friedensinitiative der Contadora-Staaten zur Sprache kommen.                                                                                                                                                           |        |
| <b>145</b> | 04.06. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Planinc in Belgrad                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 752 |
|            |        | Im Anschluß an einen Meinungsaustausch zum Ost-West-Verhältnis wird über die Tätigkeit kroatischer Exilorganisationen in der Bundesrepublik gesprochen. Weitere Themen sind mögliche Änderungen der sowjetischen Politik nach der Amtsübernahme durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und die Nord-Süd-Beziehungen. |        |
| <b>146</b> | 05.06. | Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz                                                                                                                                                                                                                                                                                           | S. 762 |
|            |        | Seitz befaßt sich mit der europäischen Telekommunikationspolitik, darunter Empfehlungen zur Öffnung der Fernmeldemärkte, dem ISDN-Konzept, dem Ausbau des Glasfasernetzes und dem Forschungs- und Entwicklungsprogramm für fortgeschrittene Kommunikationstechnologien „RACE“.                                                         |        |
| <b>147</b> | 06.06. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der Sozialistischen Republik Slowenien, Popit, in Ljubljana                                                                                                                                                                                                       | S. 766 |
|            |        | Im Anschluß an ein Plädoyer von Popit für eine stärkere Berücksichtigung der jugoslawischen Teilrepubliken bei der Vergabe internationaler Kredite spricht Kohl über den Föderalismus und weist auf die Notwendigkeit hin, in Jugoslawien investitionsfreundliche Bedingungen zu schaffen.                                             |        |

- 
- 148**     06.06. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt     S. 769
- Braunmühl resümiert das Vierertreffen der Außenminister am Vorabend der NATO-Ministerratstagung in Lissabon zu Deutschland- und Berlin-Fragen. Im Mittelpunkt standen die sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin, die Einreise von Asylbewerbern über den Flughafen Schönefeld und die Haltung der Bevölkerung von Berlin (West) zu den Drei Mächten. Erörtert wurden zudem die Pläne zur Errichtung einer Kulturstiftung der Länder, außerdem die Kontakte zwischen dem Senat von Berlin und der DDR sowie zwischen den Drei Mächten und der DDR.
- 149**     07.06. Botschafter Wieck, z.Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt     S. 776
- Wieck berichtet über die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz auf der Sitzung der NATO-Ministerratstagung im engsten Kreis zur SDI-Forschung, zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf und zu den amerikanischen Überlegungen hinsichtlich der Weiterbeachtung von SALT II.
- 150**     07.06. Botschafter Wieck, z.Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt     S. 786
- Wieck faßt die Erklärung des Bundesministers Genscher auf der Sitzung der NATO-Ministerratstagung im engsten Kreis zusammen. Genscher äußerte sich zu den Perspektiven der Beziehungen zur UdSSR, zur SDI-Forschung und zur Weiterbeachtung von SALT II.
- 151**     07.06. Ministerialdirigent Trumpf, z.Z. Rom, an Staatssekretär Ruhfus     S. 790
- Trumpf informiert über deutsch-französisch-italienische Gespräche in Rom zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats in Mailand. Zentrales Thema war die Frage, wie eine Vertiefung der Europäischen Gemeinschaften erzielt und ihre Effizienz gestärkt werden könnte.
- 152**     09.06. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang in Schloß Ludwigshöhe     S. 795
- Im Mittelpunkt steht die wirtschaftliche, technologische und finanzielle Zusammenarbeit. Erörtert werden außerdem die chinesisch-indischen Beziehungen, die Situation Pakistans und die innenpolitische Entwicklung in der Volksrepublik China. Kohl gibt zudem eine Einschätzung des sowjetischen Militärpotentials im Vergleich zu demjenigen im Westen Europas.
- 153**     09.06. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Mailand, an das Auswärtige Amt     S. 803
- Braunmühl berichtet über das Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vorabend der NATO-Ministerratstagung in Lissa-

bon. Im Mittelpunkt standen die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf, die Aufnahme eines Passus zur SDI-Forschung in das Kommuniqué der Ministerratstagung und die amerikanische Entscheidung zur Weiterbeachtung von SALT II.

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |        |
|------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>154</b> | 10.06. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 812 |
|            |        | Zhao Ziyang spricht die Weiterentwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen und die wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit an. Weitere Themen sind das Stipendienprogramm der deutschen Wirtschaft und die Kulturbeziehungen, ferner die Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den Warschauer-Pakt-Staaten. |        |
| <b>155</b> | 10.06. | Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 819 |
|            |        | Wieck erläutert die Hintergründe für den Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei und beschreibt dessen Auswirkungen auf die NATO. Er plädiert für einen Versuch, auf beide NATO-Partner einzuwirken und insbesondere der griechischen Regierung ihre mangelnde Solidarität mit dem Bündnis vor Augen zu führen.         |        |
| <b>156</b> | 11.06. | Aufzeichnung des Botschafters Ruth                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 826 |
|            |        | Ruth äußert sich zur Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Weiterbeachtung von SALT II sowie zur Rolle des amerikanischen Außenministers Shultz und seiner Beratungen mit den NATO-Partnern im Zuge des Entscheidungsprozesses.                                                                                        |        |
| <b>157</b> | 11.06. | Aufzeichnung des Botschafters Ruth                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 830 |
|            |        | Ruth stellt Überlegungen zu der französischen Anregung an, das von den westlichen KVAE-Delegationen in Stockholm vorgelegte Vorschlagspaket zu vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen umzustrukturieren.                                                                                                              |        |
| <b>158</b> | 11.06. | Vortragender Legationsrat Horstmann an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Lissabon                                                                                                                                                                                                                         | S. 833 |
|            |        | Horstmann übermittelt den Entwurf für ein Schreiben an Bundesminister Wörner, in dem Bundesminister Genscher Sorge über eine öffentliche Diskussion zur Lagerung amerikanischer Chemiewaffen in der Bundesrepublik äußert und eine Überprüfung der Bestände vorschlägt.                                                       |        |
| <b>159</b> | 12.06. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas                                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 835 |
|            |        | Haas führt aus, daß die Führung der SWAPO aufgrund öffentlicher Äußerungen von Politikern aus den Regierungsparteien und der Aktivität politischer Stiftungen in Namibia einen                                                                                                                                                |        |

Wandel der Namibia-Politik der Bundesrepublik befürchte. Er legt daher den Entwurf für ein Schreiben an SWAPO-Präsident Nujoma vor, in dem Bundesminister Genscher die konsequente Fortsetzung der bisherigen Politik gegenüber Namibia bekräftigt.

- |            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |        |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>160</b> | 12.06. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                | S. 841 |
|            | Pfeffer informiert über ein Gespräch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth mit Ministerpräsident Jaruzelski. Themen waren die bilateralen, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen, die Wirtschaftsreform in Polen und die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle. |        |
| <b>161</b> | 13.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Botschafter Olechowski                                                                                                                                                                                                                     | S. 848 |
|            | Genscher befürwortet Gespräche der polnischen Regierung mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, während dessen bevorstehender Reise nach Polen. Kurz angesprochen werden zudem die vom RGW angestrebten Kontakte mit den Europäischen Gemeinschaften und Kredite für Polen.                    |        |
| <b>162</b> | 13.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                           | S. 853 |
|            | Vor dem Hintergrund einer Reihe von Thesen, die das Bundesministerium der Verteidigung zu den strategischen Folgen von SDI übermittelt hat, stellt Braunmühl Überlegungen zu den Konsequenzen von SDI für die Sicherheit der westeuropäischen Staaten und deren Handlungsoptionen an.                      |        |
| <b>163</b> | 18.06. Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Präsident de la Madrid                                                                                                                                                                                                                   | S. 861 |
|            | Erörtert werden die wirtschaftliche Lage in Mexiko und das Verschuldungsproblem, die Friedensinitiative der Contadora-Staaten und eine Intensivierung der Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Lateinamerika.                                                                          |        |
| <b>164</b> | 19.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann                                                                                                                                                                                                                                      | S. 865 |
|            | Hartmann informiert über die Chemiewaffen-Konsultationen mit Frankreich, Großbritannien und den USA, die einer Verifikation der Nichtherstellung chemischer Waffen in der zivilen Industrie und dem Problem der Verdachtskontrollen in einer zukünftigen Chemiewaffen-Übereinkunft gewidmet waren.         |        |
| <b>165</b> | 19.06. Botschafter Bartels, Amman, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 868 |
|            | Bartels gibt Informationen des Nahost-Korrespondenten der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“, Windfuhr, über ein Interview mit PLO-Chef Arafat weiter und zeigt sich besorgt über das Fehlen politischer Konzepte und die Schwäche der PLO-Führung.                                                           |        |

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |        |
|------------|--------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| <b>166</b> | 20.06. | Botschafter Lahusen, Pretoria, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 871 |
|            |        | Lahusen berichtet über ein Gespräch mit Winnie Mandela, die sich zu Aktionen der südafrikanischen Regierung gegen den ANC bzw. die United Democratic Front äußerte und eine Ausweitung des bewaffneten Kampfes durch den ANC ankündigte.                                                                                                                                                                                                                |        |
| <b>167</b> | 21.06. | Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 | S. 874 |
|            |        | Ruhfus resümiert die Ergebnisse einer Sitzung des Kabinettsausschusses für Europapolitik. Erörtert wurden die bevorstehende Tagung des Europäischen Rats in Mailand, die Stärkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, das Problem der Mehrheitsabstimmungen in den Europäischen Gemeinschaften, das Projekt eines „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) sowie die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes und der Technologiegemeinschaft. |        |
| <b>168</b> | 25.06. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | S. 879 |
|            |        | Im Anschluß an einen Gedankenaustausch über die politische Lage in Europa werden die bilateralen Beziehungen, das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Warschauer-Pakt-Staaten, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf und das bevorstehende KSZE-Kulturforum in Budapest erörtert.                                                                                                                                 |        |
| <b>169</b> | 26.06. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 889 |
|            |        | Roßbach faßt eine Unterredung des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush zusammen. Einziges Thema war die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus.                                                                                                                                                                                                                                                                   |        |
| <b>170</b> | 26.06. | Ministerialdirigent Schlagintweit an die Botschaft in Tripolis                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 894 |
|            |        | Schlagintweit teilt mit, daß die Bundesregierung die Abberufung von vier Mitgliedern des libyschen Volksbüros wegen deren möglicher Beteiligung an terroristischen Aktionen verlangen werde. Im Interesse der bilateralen Beziehungen solle keine formelle Ausweisung erfolgen.                                                                                                                                                                         |        |
| <b>171</b> | 27.06. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 896 |
|            |        | Braunmühl resümiert ein Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit ihren französischen Kollegen Dumas und Hernu. Im Mittelpunkt standen französische Überlegungen zur Nuklearstrategie und der Rolle der Bundesrepublik darin sowie Sicherheitsüberlegungen im Lichte von SDI. Zur Sprache kam außerdem die gemeinsame Entwicklung eines „European                                                                                             |        |



- Fighter Aircraft“ (Jäger 90) sowie eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten.
- 172**    27.06.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterheld    S. 905
- Oesterheld gibt eine Einschätzung neuer Akzente in der sowjetischen Außenpolitik. Auffällig sei die Aktivierung der bilateralen Beziehungen zu einzelnen europäischen Staaten, vor allem aber eine offenkundige Neueinschätzung der Europäischen Gemeinschaften.
- 173**    27.06.    Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl    S. 911
- Braunmühl übermittelt den deutsch-französischen Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union, der Gegenstand der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni in Mailand sein soll.
- 174**    28.06.    Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck    S. 917
- Loeck erörtert die Frage einer aktiven Beteiligung der Bundesregierung am SDI-Forschungsprogramm. Er stellt Überlegungen zu alternativen bzw. ergänzenden europäischen Projekten an, wobei er schwerpunktmäßig auf die französische Haltung zur technologischen Zusammenarbeit eingeht.
- 175**    29.06.    Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Mailand    S. 924
- Die Gesprächspartner erörtern die Situation nach dem ersten Tag der Tagung des Europäischen Rats. Kohl plädiert dafür, unbedingt am deutsch-französischen Entwurf für einen Vertrag über die Europäische Union festzuhalten. Außerdem spricht er sich für eine Unterstützung des EUREKA-Projekts, die Verwirklichung des Binnenmarktes und des Übergangs zum Mehrheitsprinzip bei Abstimmungen aus. Angesprochen wird auch der geplante Besuch von Mitterrand in Berlin (West).
- 176**    29.06.    Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an Staatssekretär Meyer-Landrut    S. 930
- Bräutigam informiert über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED. Honecker bekräftigte die in der gemeinsamen Erklärung vom 12. März formulierten Ziele und warnte davor, immer wieder die Frage der Grenzen aufzuwerfen. Ein weiterer Schwerpunkt der Unterredung war die Abrüstung, vor allem die Sorge der DDR über das amerikanische SDI-Programm. Erörtert wurden zudem aktuelle bilaterale Themen.
- 177**    01.07.    Runderlaß des Ministerialdirigenten Trumpf    S. 941
- Trumpf bewertet die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Mailand. Positiv hebt er Fortschritte auf dem Weg zu

- einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einer Technologiegemeinschaft und zum Binnenmarkt hervor. Gewürdigt werden überdies die Beschlüsse zum Europa der Bürger sowie die mehrheitlich beschlossene Einberufung einer Regierungskonferenz über eine Europäische Union.
- 178**     03.07.   **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken**     S. 945
- Heyken erörtert die Hintergründe und Folgen der Wahl des bisherigen sowjetischen Außenministers Gromyko zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet und der Ernennung von Eduard Schewardnadse zu seinem Nachfolger.
- 179**     03.07.   **Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok an Botschafter Enders, Tripolis**     S. 951
- Strenziok berichtet über ein Gespräch des Ministerialdirigenten Schlagintweit mit dem Sonderberater von Oberst Gaddafi, Belgassem. Im Mittelpunkt stand das nach libyscher Ansicht unzureichende Vorgehen der Bundesregierung gegen die Tätigkeit von Mitgliedern der libyschen Opposition in der Bundesrepublik.
- 180**     03.07.   **Botschafter Rückriegel, Bangkok, an das Auswärtige Amt**     S. 954
- Rückriegel informiert über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem thailändischen Außenminister Siddhi Savetsila. Themen waren Investitionen der Bundesrepublik in Thailand, die Bekämpfung des Rauschgifthandels, die geplante GATT-Runde und außenpolitische Fragen wie die Einschätzung der Volksrepublik China, die Bedrohung Thailands durch Vietnam sowie die Rolle der ASEAN und deren Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften.
- 181**     05.07.   **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann**     S. 960
- Hartmann überlegt, wie der Vorschlag der Bundesregierung zum schrittweisen Aufbau eines Verifikationssystems für einen umfassenden nuklearen Teststopp in die Genfer Abrüstungskonferenz eingeführt werden sollte.
- 182**     05.07.   **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stülpnagel**     S. 964
- Stülpnagel erläutert die von der Bundesrepublik gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien und Italien erarbeiteten Vorschläge für eine einheitliche Exportpolitik im Bereich der Trägertechnologie.
- 183**     05.07.   **Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Peters**     S. 969
- Peters setzt sich mit Überlegungen des Bundesministers Genscher sowie des Planungsstabs zur technologischen Rückstän-

digkeit der UdSSR auseinander. Er schlägt ein Kolloquium vor, um die Thesen vor dem Hintergrund der sowjetischen Reformbemühungen erneut zu erörtern.

- 184**     06.07. Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente, z.Z. Tokio, an das Auswärtige Amt S. 972
- Bente informiert über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit seinem japanischen Amtskollegen Abe. Erörtert wurden die Entwicklung in der UdSSR und der Volksrepublik China, die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Mailand, die Frage einer Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm und die weitere Arbeit an den Themen des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn. Abe berichtet außerdem über seinen Besuch in der DDR.
- 185**     09.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Özal in Ankara S. 980
- Im Mittelpunkt stehen die wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine eventuelle Sonderhilfe der Bundesrepublik für die Modernisierung der türkischen Streitkräfte. Weitere Themen sind die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und die Assoziierung der Türkei mit den Europäischen Gemeinschaften.
- 186**     09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer S. 991
- Aufgrund der Haltung der griechischen Regierung gegenüber ihren NATO-, EG- und EPZ-Partnern spricht Schauer sich für eine Verschiebung der bilateralen Verhandlungen über Verteidigungshilfe aus.
- 187**     10.07. Ministerialdirigent Keil, z.Z. Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 995
- Keil berichtet über den Besuch des Bundesministers Genscher in der Republik Korea. Mit Ministerpräsident Lho Shin-yong und dem südkoreanischen Außenminister Lee Won-kyung wurden die Kontakte mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea), die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Südkorea sowie die Beziehungen Südkoreas insbesondere zu Japan und zur Volksrepublik China angesprochen. Genscher äußerte sich außerdem zur Tagung des Europäischen Rats in Mailand, zur neuen sowjetischen Führung sowie zu den Beziehungen mit der DDR.
- 188**     11.07. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Evren in Istanbul S. 1004
- Erörtert werden die historischen und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten sowie die Rolle der Türkei in der NATO und im Europarat. Evren erläutert zudem die türkische Haltung zur Achtung der Menschenrechte.

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |         |
|------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>189</b> | 11.07. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse<br>Bazing                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 1009 |
|            |        | Bazing befaßt sich mit EUREKA und den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Technologiegemeinschaft. Er geht der Frage nach, wie beide Vorschläge zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit bei Hochtechnologien, aber auch für die Integration Europas umgesetzt werden könnten.                   |         |
| <b>190</b> | 11.07. | Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 1013 |
|            |        | Kohl spricht sich für die von amerikanischer Seite angeregte Kooperation bei der Bekämpfung des Terrorismus aus. Weitere Themen sind die Weiterbeachtung von SALT II über die Befristung zum 31. Dezember 1985 hinaus sowie das SDI-Forschungsprogramm.                                                           |         |
| <b>191</b> | 11.07. | Botschafter Schödel, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                             | S. 1016 |
|            |        | Schödel berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Gandhi. Neben einer Vertiefung der Zusammenarbeit beider Staaten kamen die Beziehungen Indiens zu den Nachbarstaaten, vor allem zur Volksrepublik China, das Problem des Terrorismus sowie EUREKA und SDI zur Sprache.     |         |
| <b>192</b> | 12.07. | Aufzeichnung des Botschafters Ruth                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 1024 |
|            |        | Ruth informiert über einen neuen MBFR-Vorschlag, auf den sich die Bundesrepublik mit Großbritannien geeinigt hat, und unterbreitet Vorschläge, wie die USA für eine neue westliche MBFR-Initiative gewonnen werden sollen.                                                                                        |         |
| <b>193</b> | 12.07. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz                                                                                                                                                                                                                                                | S. 1029 |
|            |        | Studnitz resümiert die Diskussion während der Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren in Paris zum KSZE-Experten-treffen in Ottawa über die Achtung der Menschenrechte sowie zur bevorstehenden Außenministerkonferenz in Helsinki anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schluß-akte. |         |
| <b>194</b> | 12.07. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz                                                                                                                                                                                                                                                | S. 1033 |
|            |        | Studnitz berichtet, die Politischen Direktoren hätten sich beim Vierer-Treffen in Paris dafür ausgesprochen, den sowjetischen Außenminister Schewardnadse auf die sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin anzusprechen.                                                                     |         |
| <b>195</b> | 12.07. | Botschafter Holik, Wien (MBFR), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                             | S. 1034 |
|            |        | Holik informiert über die 36. Runde der MBFR-Verhandlungen, in der die teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für ihren Vorschlag vom 14. Februar für ein Interimsabkommen ge-                                                                                                                                     |         |

XLIX

- |            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |         |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>202</b> | 22.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 1060 |
|            | Schauer informiert über die Strategiedebatte in Frankreich, die von kürzlich veröffentlichten Positionspapieren der drei großen Parteien – UDF, RPR und PS – zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmt sei. Er fragt nach möglichen Folgen für die deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft. |         |
| <b>203</b> | 25.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterhelt                                                                                                                                                                                                                                    | S. 1068 |
|            | Oesterhelt resümiert ein Gespräch bei Bundesminister Schäuble, in dem der erzielte Kompromiß in den Verhandlungen mit der DDR über ein Kulturabkommen sowie das Projekt eines Deutschen Historischen Museums in Berlin (West) erörtert wurden.                                                             |         |
| <b>204</b> | 25.07. Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Vizepräsidenten Bush                                                                                                                                                                                                                                       | S. 1071 |
|            | Kohl bekräftigt gegenüber Bush die Bereitschaft der Bundesregierung zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus.                                                                                                                                                                                 |         |
| <b>205</b> | 25.07. Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 1073 |
|            | Brunner spricht sich für Bemühungen aus, die spanische Regierung von der Durchführung des geplanten Referendums über die spanische NATO-Mitgliedschaft abzubringen.                                                                                                                                        |         |
| <b>206</b> | 25.07. Botschafter Jung, Budapest, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                   | S. 1077 |
|            | Jung berichtet über ein Gespräch mit dem Vizepräsidenten der ungarischen Nationalbank, Fekete, der sich zu den sowjetisch-ungarischen Beziehungen und zum wirtschaftlichen Sonderweg Ungarns im Rahmen des RGW äußerte.                                                                                    |         |
| <b>207</b> | 26.07. Aufzeichnung des Botschafters Ruth                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 1079 |
|            | Vor dem Hintergrund der Vorschläge von SPD und SED für ein Abkommen über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa regt Ruth an, Gespräche der Delegationsleiter der Bundesrepublik und der DDR auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) zu den damit verbundenen Verifikationsfragen zu initiieren.            |         |
| <b>208</b> | 29.07. Aufzeichnung des Gesandten Arnot, Moskau                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 1082 |
|            | Arnot resümiert eine Unterredung mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kapiza, der Ausführungen zum Stellenwert der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen der UdSSR machte.                                                                                                     |         |
| <b>209</b> | 30.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 1084 |
|            | Schauer informiert über den Abbau der atomaren Sprengmittel (ADM) der USA in Europa, deren vollständiger Abzug Ende                                                                                                                                                                                        |         |

Oktober 1985 von NATO-Generalsekretär Lord Carrington bekanntgegeben werden soll.

- 210**     31.07.   Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski in Helsinki     S. 1086
- Themen sind das geplante Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf, die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses, die Zuteilung eines Grundstücks für die Botschaft der Bundesrepublik in Warschau, Möglichkeiten für weitere hochrangige bilaterale Gespräche und die Ausreisen aus Polen in die Bundesrepublik.
- 211**     31.07.   Botschafter Ruth an die Botschaft in Helsinki     S. 1094
- Ruth übermittelt eine Bewertung des von der sowjetischen Botschaft übergebenen Fazits zur zweiten Runde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche in Genf.
- 212**     31.07.   Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt, z.Z. Helsinki, an das Auswärtige Amt     S. 1097
- Oesterhelt berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei, in dessen Mittelpunkt die wirtschaftliche Zusammenarbeit stand.
- 213**     31.07.   Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt, z.Z. Helsinki, an das Auswärtige Amt     S. 1101
- Oesterhelt informiert über die Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer. Erörtert wurden die Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses, die Ost-West-Beziehungen und das deutsch-deutsche Verhältnis.
- 214**     01.08.   Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich) und Shultz (USA) in Helsinki     S. 1107
- Andreotti, Dumas und Shultz teilen ihre Eindrücke aus den bilateralen Gesprächen mit ihrem sowjetischen Amtskollegen mit. Schewardnadse wird dabei als umgänglicher als sein Vorgänger Gromyko eingeschätzt, in Sachfragen herrsche jedoch Kontinuität.
- 215**     01.08.   Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Helsinki     S. 1112
- Erörtert werden die Bedeutung des Moskauer Vertrags von 1970 und des KSZE-Prozesses, Fragen der Rüstungskontrolle sowie das beabsichtigte Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow.





- such des Bundesministers Genscher mit dem anderen westlichen Außenminister verglichen.
- 223**    15.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 1149  
Oesterhelt
- Oesterhelt analysiert auch vor dem Hintergrund der ostpolitischen Interessen der Bundesrepublik, ob der Firma MBB die Erlaubnis zur Vorführung von Panzerabwehrhubschraubern in der Volksrepublik China erteilt werden sollte.
- 224**    19.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz    S. 1151
- Seitz analysiert drei Bereiche, in denen sich die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit vertiefen ließe: Diese seien eine stärkere Beteiligung Frankreichs an der Verteidigung der Bundesrepublik, eine intensivierte Rüstungsoperation und eventuell Konsultationen über den Einsatz französischer Kernwaffen kurzer Reichweite.
- 225**    21.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem    S. 1156  
französischen Außenminister Dumas in  
Wachtenberg-Pech
- Themen sind die EG-Regierungskonferenz über eine Europäische Union, EUREKA, das Europäische Kampfflugzeug (Jäger 90), der EG-Haushalt für 1986, SDI, die bevorstehenden Besuche des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Paris und des Staatspräsidenten Mitterrand in Berlin (West) sowie ein Austausch über die am Rand des Außenministertreffens der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte in Helsinki geführten Gespräche mit Außenministern von Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts.
- 226**    22.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von    S. 1165  
Braunmühl
- Braunmühl analysiert einen sowjetischen Protest wegen des Engagements des Staatsministers Möllemann und des CDU-Abgeordneten Todenhöfer gegen die anhaltende Besetzung Afghanistans.
- 227**    27.08. Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem    S. 1171  
Vertreter des südafrikanischen ANC, Seedat
- Seedat äußert sich zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika und plädiert für eine Verstärkung des Dialogs mit dem ANC.
- 228**    27.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 1174  
Kaestner
- Kaestner referiert aus einem Vier-Augen-Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Themen waren sowjetische Kritik an

der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, ein möglicher Rücktritt des Präsidenten Reagan und der Stellenwert von Menschenrechtsfragen in den Reden westlicher Außenminister bei dem Außenministertreffen der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte in Helsinki.

- 229**      27.08.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 1177  
Kaestner

Kaestner gibt Informationen des Bundesministers Genscher zu seinem Vier-Augen-Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek wieder, die personelle Veränderungen in den Warschauer-Pakt-Staaten betreffen.

- 230**      27.08.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 1178  
Kaestner

Kaestner resümiert das Delegationsgespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Dabei wurden der KSZE-Prozeß einschließlich der KVAE in Stockholm, des Expertentreffens über Menschenrechtsfragen in Ottawa und des Kulturforums in Budapest erörtert. Weitere Themen waren das Ost-West-Verhältnis, die Genfer Verhandlungen über Rüstungskontrolle zwischen den USA und der UdSSR sowie das EUREKA-Programm und eine mögliche Zusammenarbeit zwischen EG und RGW.

- 231**      27.08.    Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse    S. 1185  
Kaestner

Kaestner faßt das Tischgespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek zusammen, in dessen Mittelpunkt die Situation im Nahen Osten stand.

- 232**      29.08.    Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem                    S. 1191  
britischen Botschafter Bullard

Behandelt werden Fragen im Zusammenhang mit dem Status Berlins. Schäuble äußert sich zu den deutsch-deutschen Beziehungen sowie zu aktuellen Spionagefällen.

- 233**      29.08.    Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von                    S. 1195  
Braunmühl

Braunmühl faßt die Haltung der WEU-Mitgliedsstaaten sowie Japans und Kanadas zu einer SDI-Forschungszusammenarbeit mit den USA zusammen.

- 234**      30.08.    Aufzeichnung des Botschafters Citron, z. Z. Bonn                    S. 1201

Citron hält die Ergebnisse einer Vierer-Besprechung zur KVAE zwischen den Politischen Direktoren und den Leitern der KVAE-Delegationen Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der Bundesrepublik fest.

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |         |
|------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>235</b> | 30.08. | Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           | S. 1208 |
|            |        | Kohl erläutert die Grundlinien seiner Deutschland- und Sicherheitspolitik und wirbt für einen intensiveren Dialog zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Er macht Vorschläge, auf welchen Gebieten das Verhältnis zwischen beiden Staaten vertieft werden könne.                                                                                                                                                                                              |         |
| <b>236</b> | 02.09. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak in Kairo                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 1218 |
|            |        | Genscher und Mubarak tauschen sich über die verschiedenen Parteien des Nahost-Konflikts aus und skizzieren einen möglichen Beitrag der Europäischen Gemeinschaften zu einer Friedenslösung. Weitere Themen sind der irakisch-iranische Krieg, Oberst Gaddafi sowie das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Genf.                                                                                                                                            |         |
| <b>237</b> | 02.09. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 1221 |
|            |        | Braunmühl geht der Frage nach, welche Rolle Chemiewaffen in der Militärstrategie der NATO zukommt und in welcher Weise die Bundesregierung ihre Ansichten dazu geltend machen solle.                                                                                                                                                                                                                                                                              |         |
| <b>238</b> | 02.09. | Botschafter Wöckel, Damaskus, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 1225 |
|            |        | Wöckel resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Shara'a in Damaskus. Neben dem irakisch-iranischen Krieg wurde der Nahost-Konflikt angesprochen. Schwerpunkte waren dabei die Beziehungen zwischen der PLO und Jordanien, die Lage im Libanon und die Rolle der USA und Israels. Außerdem wurden die Bewegung blockfreier Staaten, die Ost-West-Beziehungen und die Haltung der Bundesrepublik zur UdSSR thematisiert. |         |
| <b>239</b> | 02.09. | Botschafter Wöckel, Damaskus, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 1232 |
|            |        | Wöckel berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad in Damaskus. Gesprächspunkte waren die deutsch-syrischen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg, die Lage im Libanon, Jordanien und die PLO sowie die Haltung Syriens zu Israel und den USA.                                                                                                                                                                               |         |
| <b>240</b> | 03.09. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 1238 |
|            |        | Braunmühl befaßt sich mit dem Wunsch der Türkei, zusätzlich zur Verteidigungshilfe eine umfangreiche Rüstungs-sonderhilfe zu erhalten.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |         |



- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |         |
|------------|--------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>247</b> | 18.09. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Alfonsín                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | S. 1266 |
|            |        | Kohl nimmt den jüngsten Spionagefall in der Bundesrepublik zum Anlaß, über die deutsche Teilung und die Ausreisebewegung aus der DDR zu informieren. Weitere Gesprächspunkte sind die politische Strategie der UdSSR, das amerikanisch-sovietische Gipfeltreffen in Genf, die wachsende Bedeutung der Religion in den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, die argentinische Wirtschafts- und Außenpolitik, Nicaragua, Chile, Peru und die deutsch-argentinische Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. |         |
| <b>248</b> | 18.09. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahim                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 1276 |
|            |        | Genscher und Ibrahim behandeln die bilateralen Beziehungen, die Rolle Algeriens in der Bewegung blockfreier Staaten, den Nord-Süd-Dialog, die Rolle der Vereinten Nationen, die Ost-West-Beziehungen und die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaften in der Weltpolitik.                                                                                                                                                                                                                                                    |         |
| <b>249</b> | 18.09. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahim                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 1280 |
|            |        | Die Gesprächspartner tauschen sich über die Lage in Südafrika und die Namibia-Frage aus. Daneben befassen sie sich mit der Rolle Marokkos, der Polisario, Algeriens und Libyens im Westsahara-Konflikt.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |         |
| <b>250</b> | 19.09. | Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahim                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               | S. 1284 |
|            |        | Themen sind der irakisch-iranische Krieg, die politische Entwicklung des Iran, die Lage im Libanon, die Palästina-Frage, die amerikanisch-israelischen Beziehungen, die Haltung der Bundesrepublik zur PLO und die deutsch-algerischen Beziehungen.                                                                                                                                                                                                                                                                           |         |
| <b>251</b> | 19.09. | Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen an die Botschaft in Washington                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     | S. 1290 |
|            |        | Jansen übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz, das sich mit der Verhängung amerikanischer Sanktionen gegen Südafrika befaßt.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |         |
| <b>252</b> | 19.09. | Legationssekretär Heidorn an die Botschaft in Beirut                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 1292 |
|            |        | Heidorn informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit Präsident Gemayel. Im Mittelpunkt standen die Lage im Libanon und der Nahost-Konflikt.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |         |

- 253**      20.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski in Loccum S. 1295
- Genscher hebt gegenüber Rakowski den Stellenwert der Ausreisefrage in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen hervor.
- 254**      20.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1297
- Braunmühl sieht sich durch die jüngsten Besuche hochrangiger israelischer Offiziere auf Basen der USA in der Bundesrepublik zu dem Vorschlag veranlaßt, die amerikanische Botschaft auf die diesbezügliche Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt hinzuweisen.
- 255**      25.09. Gespräch der Außenminister der G-7 in New York S. 1301
- Behandelt werden Folgearbeiten zum Weltwirtschaftsgipfel in Bonn, die Ost-West-Beziehungen, insbesondere das Gespräch der Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) am Rande der VN-Generalversammlung, die japanisch-sowjetischen Beziehungen, Südafrika, der Nahost-Konflikt, die Bekämpfung des Terrorismus sowie die Lage in Asien.
- 256**      25.09. Ministerialdirigent Oesterhelt, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1310
- Oesterhelt unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in New York. Themen waren die bilateralen Beziehungen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Moratorium der UdSSR für Kernwaffenversuche, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle, SDI und der KSZE-Prozeß.
- 257**      26.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski in New York S. 1317
- Genscher und Jaruzelski würdigen den Stand der bilateralen Beziehungen. Dabei gehen sie auch auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Rechtsstandpunkt der Bundesregierung hinsichtlich der Festlegung der Grenzen ein. Außerdem sprechen sie über die Umschuldung Polens und die Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags von 1970.
- 258**      26.09. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1322
- Braunmühl gibt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York wieder. Im Fokus standen das amerikanische Außenhandelsdefizit und protektionistische Tendenzen in den USA, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle

und das Gipfeltreffen in Genf, Südafrika, die Ost-West-Beziehungen und MBFR.

- 259**     26.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, S. 1327  
z. Z. New York, an das Auswärtige Amt
- Jansen informiert über das Vierertreffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in New York. Gesprächspunkte waren die Ost-West-Beziehungen, die Politik der UdSSR, SDI, Spaniens Verbleib in der NATO, die Bekämpfung des Terrorismus, die Lage in Mittelamerika, die Verschuldungskrise in der Dritten Welt und die Verantwortung der Drei Mächte für Berlin (West).
- 260**     27.09. Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, S. 1336  
Bundeskanzleramt, mit dem Sonderberater des  
französischen Staatspräsidenten, Attali
- Teltschik und Attali erörtern Fragen der Technologiepolitik. Dabei gehen sie auf eine Beteiligung der Bundesrepublik an SDI, den Bau eines gemeinsamen europäischen Kampfflugzeugs und EUREKA ein. Abschließend kommen die deutsch-französische Initiative für eine Europäische Union und die Europäische Regierungskonferenz zur Sprache.
- 261**     27.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, S. 1344  
z. Z. New York, an das Auswärtige Amt
- Jansen berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, in New York. Die Gesprächspartner bilanzierten den Stand der bilateralen Beziehungen. Weitere Themen waren SDI und die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf, der Vorschlag der DDR und der ČSSR für eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa, die KVAE und das KSZE-Kulturforum in Budapest.
- 262**     27.09. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das S. 1350  
Auswärtige Amt
- Rantzau resümiert Informationen der amerikanischen Delegationsleiter Glitman, Kampelman und Tower zu den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, die vor allem die Verhandlungsführung der UdSSR betrafen.
- 263**     28.09. Botschafter van Well, Washington, an das S. 1353  
Auswärtige Amt
- Van Well nimmt die USA-Reise einer deutschen SDI-Experten-delegation zum Anlaß, die Perspektiven einer Beteiligung der Bundesrepublik an SDI zu analysieren und zu fragen, wann eine solche Beteiligung öffentlich gemacht werden sollte.

- 264**      28.09. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1357
- Van Well resümiert Informationen über die Gespräche des sowjetischen Außenministers Schewardnadse mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington. Im Mittelpunkt standen Fragen der Rüstungskontrolle und das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Genf.
- 265**      30.09. Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Ministerpräsident González S. 1362
- Kohl und González bewerten die Folgen des spanischen EG-Beitritts. Kohl erläutert seine Haltung zur Westbindung der Bundesrepublik und zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaften. Es werden ferner die innenpolitische Lage Spaniens und der Verbleib des Landes in der NATO erörtert. Weitere Punkte sind das Projekt eines europäischen Jagdflugzeugs, EUREKA sowie die Lage in Argentinien, Chile, Peru und den Staaten Mittelamerikas.
- 266**      30.09. Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1376
- Bräutigam zeigt auf, mit welchen Maßnahmen die Volkspolizei der DDR den freien Zutritt zur Ständigen Vertretung einschränkt. Er schlägt vor, die DDR an ihre Verpflichtungen aus dem abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu erinnern.
- 267**      01.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González S. 1379
- Kohl und González würdigen den Stand der bilateralen Beziehungen und die Bedeutung des spanischen EG-Beitritts. Außerdem befassen sie sich mit dem Verbleib Spaniens in der NATO, SDI und EUREKA.
- 268**      01.10. Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem Präsidenten der pakistanischen Atomenergiekommission, Munir Khan S. 1386
- Die Gesprächspartner erörtern den Wunsch der pakistanischen Regierung, aus der Bundesrepublik ein Kernkraftwerk zu beziehen. Dabei stehen Fragen der Nichtverbreitungspolitik im Mittelpunkt.
- 269**      03.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem britischen Außenminister Howe S. 1389
- Kohl und Howe benennen Perspektiven für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der britischen Regierung. Kohl erläutert die Haltung der SPD zu Fragen der Verteidigungspolitik. Weitere Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle, SDI, die



- UdSSR unter Gorbatschow, EUREKA und Fragen der Europa-politik.
- 270**    03.10.    Aufzeichnung des Botschafters Ruth    S. 1397
- Ruth analysiert die neuen Vorschläge der UdSSR für die ame-  
rikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf  
und arbeitet deren Implikationen für die Sicherheit der euro-  
päischen NATO-Partner heraus.
- 271**    04.10.    Aufzeichnung des Botschafters Ruth    S. 1402
- Ruth zeigt auf, welcher Stellenwert dem Vorschlag der Bundes-  
republik zum Aufbau eines seismologischen Systems zur Veri-  
fikation in den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz  
über einen umfassenden Teststoppvertrag zukommt.
- 272**    07.10.    Gesandter Gescher, Peking, an das Auswärtige Amt    S. 1407
- Gescher informiert über Gespräche des bayerischen Minister-  
präsidenten Strauß mit dem Mitglied des Politbüros der KPCh,  
Deng Xiaoping, und dem chinesischen Stellvertretenden Außen-  
minister Zhou Nan in Peking. Im Mittelpunkt standen die  
chinesische Formel „Ein Land – Zwei Systeme“ und die Teilung  
Deutschlands, die bilateralen Beziehungen, die UdSSR sowie  
SDI.
- 273**    08.10.    Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen an    S. 1410  
Vortragenden Legationsrat Ischinger, z. Z. Tel Aviv
- Nach Berichten der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ gibt Jan-  
sen einen Überblick zum Rüstungsexport der Bundesrepublik  
nach Saudi-Arabien. Im Zentrum stehen Behauptungen über die  
Lieferung von Komponenten des Leopard-II-Panzers.
- 274**    09.10.    Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem    S. 1413  
Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze
- Die Gesprächspartner befassen sich mit SDI und der Neuausle-  
gung des ABM-Vertrags durch die USA. Weitere Themen sind  
die neuen Vorschläge der UdSSR bei den amerikanisch-sowjeti-  
schen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, der Generalse-  
kretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und die sowjetische  
Propaganda.
- 275**    09.10.    Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit    S. 1418  
Ministerpräsident Prem
- Kohl und Prem erörtern die Auswirkungen des Kambodscha-  
Konflikts auf Thailand, die Rolle Vietnams in Südostasien, die  
bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und gemeinsame Maßnah-  
men zur Rauschgiftbekämpfung.

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |         |
|------------|--------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>276</b> | 09.10. | Aufzeichnung des Ministerialdirektoren Loeck                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 1423 |
|            |        | Loeck erbittet eine Entscheidung in der Frage, ob die Herstellungsgenehmigung für die vom Iran noch vor der Islamischen Revolution bestellten U-Boote erneut verlängert werden soll.                                                                                                                                                                                                    |         |
| <b>277</b> | 10.10. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf dem Flug nach Berlin                                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 1427 |
|            |        | Kohl und Mitterrand befassen sich mit dem Bau eines gemeinsamen europäischen Kampfflugzeugs, SDI und Fragen der Verteidigungspolitik sowie dem Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Frankreich.                                                                                                                                                                |         |
| <b>278</b> | 10.10. | Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | S. 1432 |
|            |        | Ploetz berichtet über die Sitzung der High Level Group der NATO. Der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, habe sich zu den neuen Vorschlägen der UdSSR bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf, zu SDI, zur Verletzung von Rüstungskontrollabkommen durch die UdSSR und zur Rüstungskontrolle insgesamt geäußert. |         |
| <b>279</b> | 10.10. | Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 1439 |
|            |        | Ruth übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz zur Neuauslegung des ABM-Vertrags durch die USA.                                                                                                                                                                                                                                 |         |
| <b>280</b> | 11.10. | Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 1441 |
|            |        | Kohl weist auf die Bedeutung der MBFR-Verhandlungen für die Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung hin. Dabei zeigt er auf, wie durch die deutsch-britische Initiative im Bereich der Verifikation die Problematik der Datenfrage umgangen werden könne.                                                                                                                           |         |
| <b>281</b> | 14.10. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 1445 |
|            |        | Haas notiert Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Minister ohne Geschäftsbereich, Weizman, und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des israelischen Parlaments, Eban, in Jerusalem. Themen waren Israel und die Friedensbemühungen im Nahen Osten sowie die PLO und der Terrorismus.                                                               |         |
| <b>282</b> | 15.10. | Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Vertretern von B'nai B'rith International, Kraft, Thursz und Domberger                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 1448 |
|            |        | Hauptpunkt des Gesprächs sind die Bemühungen der Bundesregierung zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Organisationen amerikanischer Juden, dabei werden auch die                                                                                                                                                                                                               |         |

Ausreise von Juden und Deutschen aus der UdSSR, der Nahost-Konflikt, die Rolle der PLO, die jüngsten Terroranschläge und der israelische Vergeltungsschlag gegen das PLO-Hauptquartier in Tunis angesprochen.

- 283**     15.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1456
- Hansen berichtet über die Sondersitzung des NATO-Minister-rats, auf der der amerikanische Außenminister Shultz über die amerikanischen Verhandlungspositionen für das bevorstehen-de Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf informierte.
- 284**     16.10. Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan S. 1463
- Kohl dankt für die Übermittlung der amerikanischen Überle-gungen zum Treffen zwischen Reagan und dem Generalsekre-tär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Als Reaktion auf die öf-fentlichkeitswirksamen sowjetischen Vorschläge zur Rüstungs-kontrolle regt Kohl einen amerikanischen Verhandlungsvor-schlag noch vor dem Gipfeltreffen an. Des weiteren spricht er sich für regelmäßige Gipfelbegegnungen zwischen den USA und der UdSSR aus.
- 285**     16.10. Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1467
- Rantzau informiert über die Einschätzung des Ständigen NATO-Rats zur Lage im irakisch-iranischen Krieg und dessen mögli-chen Auswirkungen auf den Ölmarkt.
- 286**     21.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff S. 1470
- Holthoff resümiert ein Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem niederländischen Botschafter. Reinink son-dierte vertraulich die Haltung der Bundesregierung zu eventu-ellen Lieferungen von in den Niederlanden in Lizenz gefertig-ten Leopard-II-Panzern an Ägypten.
- 287**     23.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Peres in New York S. 1471
- Im Mittelpunkt stehen die Lage im Nahen Osten, insbesondere in Ägypten und Jordanien, sowie eine Einschätzung der PLO. Erörtert werden zudem Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien und in andere arabische Staaten.
- 288**     23.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1479
- Jansen berichtet über das Gespräch des Bundesministers Gen-scher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Wash-ington. Im Mittelpunkt standen der Wandel in der Volksrepu-

blik China, das bevorstehende Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf, die amerikanische Handelspolitik und die Förderung der Demokratie in Zentralamerika.

- 289**      23.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1484

Van Well informiert über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und Vizepräsident Bush in Washington. Themen waren die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und die Rede des Präsidenten Reagan vor der VN-Generalversammlung sowie das KSZE-Kulturforum in Budapest und die Lage in den Warschauer-Pakt-Staaten, außerdem Wirtschaftsfragen und der internationale Terrorismus.

- 290**      24.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone, Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher in New York S. 1489

Im Vorfeld des Treffens zwischen Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf wird über die anzusprechenden Themen, die Lage in der UdSSR und Chancen für Rüstungskontrollinitiativen diskutiert. Reagan äußert sich zur Verhandlungstaktik und betont, er werde weder auf SDI noch auf die Verifikation von eventuellen Rüstungskontrollabkommen verzichten.

- 291**      25.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in New York S. 1497

Themen sind ein Regierungsabkommen über Zusammenarbeit im Rahmen von SDI, die Gefahr des Protektionismus, Initiativen zur Abschaffung chemischer Waffen sowie die MBFR-Verhandlungen. Kohl bittet Reagan ferner, sich bei seinem Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf für bessere Ausreisemöglichkeiten von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der UdSSR einzusetzen.

- 292**      25.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Duisberg S. 1503

Duisberg erörtert einen möglichen Einsatz der Bundesmarine zum Schutz von durch den irakisch-iranischen Krieg gefährdeten Handelsschiffen aus der Bundesrepublik im Persischen Golf.

- 293**      26.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1505

Van Well gibt Informationen über die Unterredungen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in New York weiter. Hauptthemen seien Regionalkonflikte und die

Menschenrechte gewesen, außerdem Fragen der Rüstungskontrolle und der internationale Terrorismus.

- 294**      28.10. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Dafalla S. 1512
- Dafalla schildert die Entwicklung im Sudan seit dem Umsturz vom 6. April. Er bittet um Unterstützung bei der Hunger- und Flüchtlingshilfe sowie der Eindämmung der Verschuldung. Dafalla erläutert außerdem den Konflikt im Südsudan und die Beziehungen zu den Nachbarstaaten.
- 295**      28.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich S. 1516
- Bitterlich resümiert das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Luxemburg. Erörtert wurden das Verhandlungsmandat für eine Anpassung der Kooperationsabkommen mit den Mittelmeerländern, die Ost-West-Beziehungen, die Lage in Südafrika, Mittelamerika und Argentinien sowie die internationale Verschuldungskrise. Behandelt wurden außerdem der EG-Haushalt für 1986 und die Regierungskonferenz über eine Europäische Union.
- 296**      29.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt S. 1525
- Roßbach berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in New York. Gesprächspunkte waren neben den bilateralen Beziehungen Fragen der Rüstungskontrolle und das Ost-West-Verhältnis im Vorfeld des Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf.
- 297**      29.10. Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel, z.Z. Peking, an das Auswärtige Amt S. 1537
- Scheel informiert über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Wu Xuequian. Behandelt wurden die europäische Zusammenarbeit sowie das EUREKA-Programm, COCOM-Erleichterungen für China und das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Weitere Themen waren die wirtschaftliche Lage in China sowie die bilateralen Wirtschafts- und Kulturbeziehungen.
- 298**      29.10. Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1543
- Van Well faßt das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Vertretern jüdischer Organisationen in New York zusammen. Im Mittelpunkt stand die gemeinsame Gefallenenehrung durch Kohl und Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg. Außerdem wurden das Verhältnis der Bundesrepublik zu

- Israel und die Frage von Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien angesprochen.
- 299**    30.10. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1545
- Hansen berichtet über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Brüssel. Gesprochen wurde über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen, SDI und das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf. Weitere Themen waren die Dislozierung von Kernwaffen in den NATO-Mitgliedstaaten sowie die aktuellen Rüstungskontrollvorschläge der UdSSR.
- 300**    31.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1553
- Ruth analysiert das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an Bundeskanzler Kohl. Zwar stünden Fragen der Sicherheitspolitik und der Rüstungskontrolle im Zentrum, dazu würden aber keine neuen Lösungsansätze angeboten.
- 301**    31.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1558
- Ruth erläutert und beurteilt die neuen Vorschläge der USA für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf.
- 302**    31.10. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1563
- Schoeller berichtet über die Gespräche des Bundestagspräsidenten Jenninger mit Staatspräsident Mitterrand und dem Bürgermeister von Paris, Chirac. Im Mittelpunkt beider Unterredungen hätten die deutsch-französischen Beziehungen und ihre Bedeutung für Europa gestanden.
- 303**    05.11. Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1568
- Schoeller bewertet ein Gespräch des Staatspräsidenten Mitterrand mit Bundestagspräsident Jenninger, in dem sich Mitterrand besorgt zum Stand der deutsch-französischen Beziehungen geäußert habe.
- 304**    06.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1571
- Ruth analysiert die von der sowjetischen Botschaft übergebene Bewertung der dritten Runde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgespräche in Genf.

- 
- 305**     07.11. Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Quilès     S. 1574
- Themen sind der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Paris und die Konsultationen des Präsidenten Reagan mit den Verbündeten zur Vorbereitung seines Treffens mit Gorbatschow in Genf. Außerdem wird über eine Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm, eine Verteidigung Europas gegen sowjetische Kurzstreckenraketen sowie über das Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten gesprochen.
- 306**     07.11. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt     S. 1586
- Kastl resümiert Informationen über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse. Im Mittelpunkt hätten Fragen der Sicherheitspolitik und der Rüstungskontrolle gestanden.
- 307**     08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand     S. 1589
- Die Gesprächspartner erörtern die Ost-West-Beziehungen sowie Fragen der Verteidigungspolitik und der technologischen Zusammenarbeit.
- 308**     15.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth     S. 1597
- Ruth berichtet über trilaterale Konsultationen mit den USA und Großbritannien zu der von der Bundesrepublik und Großbritannien erarbeiteten neuen Initiative für die MBFR-Verhandlungen.
- 309**     15.11. Bundesminister Genscher an Bundesminister Schäuble     S. 1601
- Genscher übermittelt die Stellungnahme des Auswärtigen Amts zum Bericht über die Reise der von der Bundesregierung eingesetzten SDI-Expertengruppe in die USA.
- 310**     17.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zia ul-Haq in Maskat     S. 1613
- Behandelt werden die Situation in Afghanistan, der irakisch-iranische Krieg sowie bilaterale Fragen und die pakistanische Bitte um Lieferung eines Kernkraftwerks.
- 311**     18.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors     S. 1617
- Im Mittelpunkt stehen die Regierungskonferenz über eine Europäische Union und die Vorschläge von Delors zur Währungspolitik. Außerdem werden SDI und EUREKA behandelt.

- |            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |         |
|------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>312</b> | 18.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 1626 |
|            | Ruth analysiert die konkurrierenden Interpretationen des ABM-Vertrags in der amerikanischen Regierung und ihre Auswirkungen auf SDI sowie die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf.                                                                                             |         |
| <b>313</b> | 19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Santer                                                                                                                                                                                                                                              | S. 1633 |
|            | Themen sind die Regierungskonferenz über eine Europäische Union, Entschädigungsleistungen für im Zweiten Weltkrieg unter deutscher Besatzung zwangsrekrutierte Luxemburger, die Ausstrahlung des Fernsehprogramms von RTL in der Bundesrepublik über Satellit sowie die Zukunft des Unternehmens ARBED Saarstahl. |         |
| <b>314</b> | 19.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Kinnock                                                                                                                                                                                                                 | S. 1640 |
|            | Erörtert werden die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Rolle des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und die Perspektiven für die weitere Entwicklung in der UdSSR.                                                                                                                           |         |
| <b>315</b> | 19.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 1645 |
|            | Braunmühl bilanziert die Beziehungen zu Polen in außenpolitischer, wirtschaftlicher, humanitärer und innenpolitischer Perspektive und zieht Folgerungen für die weitere Behandlung der Ausreise- und Umschuldungsproblematik.                                                                                     |         |
| <b>316</b> | 21.11. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch in Brüssel                                                                                                                                                                                                                                                        | S. 1651 |
|            | Themen sind das Ost-West-Verhältnis sowie die Erörterung der Währungspolitik und der Befugnisse des Europäischen Parlaments durch die Regierungskonferenz über eine Europäische Union.                                                                                                                            |         |
| <b>317</b> | 21.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                  | S. 1657 |
|            | Braunmühl berichtet von der Unterrichtung der NATO-Mitgliedstaaten durch Präsident Reagan über dessen Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf. Demnach sei über das Ost-West-Verhältnis und SDI ebenso gesprochen worden wie über Rüstungskontrolle und Regionalkonflikte.         |         |
| <b>318</b> | 21.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling                                                                                                                                                                                                                                               | S. 1666 |
|            | Schilling informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Luxemburg. Neben dem Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspo-                                                                                                                                 |         |



litik seien der iranisch-irakische Krieg, die Lage im Nahen Osten und die Reform der UNESCO sowie das KSZE-Kulturforum in Budapest thematisiert worden.

- 319**     22.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl S. 1670
- Braunmühl bewertet das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf. Dabei geht er besonders auf die dort beschlossene Intensivierung der Kontakte, die Behandlung von Rüstungskontrolle und Menschenrechten sowie von regionalen Konflikten und bilateralen Fragen ein.
- 320**     25.11. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1677
- Hansen berichtet über eine Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO, auf der der niederländische Wunsch im Mittelpunkt stand, die nuklearen Aufgaben der Niederlande zu reduzieren.
- 321**     26.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1681
- Semjonow informiert über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf. Erörtert werden zudem die bilateralen Beziehungen.
- 322**     26.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz S. 1684
- Studnitz resümiert die Diskussion der Politischen Direktoren während der Vierer-Konsultationen über die Kontakte mit Politikern der Warschauer-Pakt-Staaten.
- 323**     27.11. Deutsch-britische Konsultationen in London S. 1688
- Themen sind das Ost-West-Verhältnis, die Regierungskonferenz über eine Europäische Union, das britisch-irische Abkommen und das Falklandproblem. Daneben werden SDI und Rüstungszusammenarbeit, die deutsch-britische Initiative bei den MBFR-Verhandlungen sowie das EUREKA-Programm, die Weiterentwicklung des Airbus und die bevorstehende GATT-Runde angesprochen.
- 324**     27.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Richter S. 1694
- Richter informiert über ein Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und Präsident Mubarak in Oman. Dabei standen die ägyptisch-israelischen und die jordanisch-syrischen Beziehungen sowie die Entführung des Kreuzfahrtschiffs „Achille Lauro“ im Vordergrund.

- |            |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |         |
|------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>325</b> | 28.11. Ministergespräch mit Bundeskanzler Kohl                                                                                                                                                                                                                                                                                      | S. 1696 |
|            | Mit Blick auf die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg werden die der Regierungskonferenz über eine Europäische Union vorgelegten Vorschläge zur Kohäsion und zur Währungspolitik erörtert.                                                                                                                                    |         |
| <b>326</b> | 28.11. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Sekretär des ZK der USAP, Szűrös                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 1702 |
|            | Neben den Ost-West-Beziehungen und wirtschaftlichen Reformen in Ungarn werden die Haltung der Bundesregierung zur deutschen Frage und die Errichtung eines Kulturinstituts in Ungarn angesprochen.                                                                                                                                  |         |
| <b>327</b> | 28.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 1707 |
|            | Braunmühl analysiert Schwierigkeiten in den bilateralen Beziehungen zur UdSSR. Er beleuchtet die sowjetische Revanchismuskampagne gegen die Bundesrepublik sowie die Auswirkungen von SDI auf das Vorgehen der UdSSR. Vor diesem Hintergrund gibt er Empfehlungen für die Politik der Bundesregierung.                              |         |
| <b>328</b> | 02.12. Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 1715 |
|            | Haas informiert über israelische Reaktionen auf die Kontroverse in der Bundesrepublik über die Aufführung des Schauspiels „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder in Frankfurt am Main.                                                                                                                      |         |
| <b>329</b> | 03.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 1724 |
|            | Hansen berichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Im Mittelpunkt standen die Entscheidung der niederländischen Regierung zur Reduzierung der nuklearen Aufgaben in der NATO und das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf. |         |
| <b>330</b> | 05.12. Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                         | S. 1730 |
|            | Pfeffer übermittelt einen Bericht des Gesandten Graf von Brühl, Warschau, über dessen Gespräch mit einem Vertreter der Opposition in Polen. Im Mittelpunkt stand die Haltung des SPD-Vorsitzenden Brandt zu einem Treffen mit dem Vorsitzenden der verbotenen polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa.                          |         |
| <b>331</b> | 06.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl                                                                                                                                                                                                                                                                    | S. 1733 |
|            | Braunmühl setzt sich mit der Debatte um die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Vereinigung der Ärz-                                                                                                                                                                                                          |         |

te zur Verhinderung eines Atomkrieges auseinander. Im Blickpunkt steht insbesondere die geplante Übergabe des Preises an deren Ko-Präsidenten, den sowjetischen Stellvertretenden Gesundheitsminister Tschasow.

- 332**     06.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse     S. 1737  
Bazing
- Bazing resümiert das internationale Kolloquium des Planungsstabs zum Thema UdSSR und Informationsgesellschaft, in dessen Rahmen internationale Sowjetunionexperten und Spezialisten für Informationstechnologien über die Auswirkungen moderner Kommunikationstechnologien auf die Wirtschafts- und Herrschaftsstruktur in der UdSSR diskutierten.
- 333**     06.12. Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das     S. 1742  
Auswärtige Amt
- Holik faßt die soeben beendete 37. Runde der MBFR-Verhandlungen zusammen. Sie war geprägt vom Beharren der Warschauer-Pakt-Staaten auf Einbeziehung der Rüstungen bereits in ein erstes Reduzierungsabkommen und dem auf die Initiative der Bundesrepublik und Großbritanniens zurückgehenden neuen Vorschlag der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten für ein MBFR-Abkommen.
- 334**     06.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt     S. 1748
- Kastl zieht eine positive Bilanz des UdSSR-Besuchs einer von Bundestagspräsident Jenninger geleiteten Delegation, auch wenn hochrangige Gespräche, etwa mit Ministerpräsident Ryschkow oder dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, nicht zustande gekommen seien.
- 335**     09.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem     S. 1752  
chinesischen Staatsrat Zhang Jingfu
- Die Gesprächspartner erörtern Möglichkeiten der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, wobei Zhang Jingfu vor allem Interesse an modernen Hochtechnologien zeigt.
- 336**     09.12. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation),     S. 1758  
an das Auswärtige Amt
- Citron weist auf mögliche Schwierigkeiten bei der Formulierung von Verhandlungsergebnissen der KVAE in Stockholm bis zum geplanten Abschluß im Herbst 1986 hin. Aus diesem Grund spricht er sich für Modifizierungen der bisherigen Position der NATO-Mitgliedstaaten aus.
- 337**     09.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse     S. 1762  
Gerz
- Gerz berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Mugabe in Frankfurt am Main. Themen

waren die Rolle der Blockfreien-Bewegung, das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf, die Lage in Südafrika und die bilateralen Beziehungen.

- |            |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |         |
|------------|--------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| <b>338</b> | 10.12. | Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 1765 |
|            |        | Jelonek resümiert die Staatssekretärsgespräche mit der Türkei am 5./6. Dezember. Im Mittelpunkt standen die Verteidigungshilfe bzw. die von der Türkei gewünschte Rüstungs-sonderhilfe, die Regelung der Freizügigkeit und der Reintegrationsförderung für Rückkehrer aus der Bundesrepublik in die Türkei, die Investitionsförderung, kulturelle Fragen sowie Probleme der doppelten Staatsangehörigkeit. |         |
| <b>339</b> | 10.12. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | S. 1772 |
|            |        | Buerstedde erläutert den in der letzten Sitzung der 37. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien eingebrachten neuen Vorschlag der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten.                                                                                                                                                                                                                                         |         |
| <b>340</b> | 12.12. | Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stülpnagel                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          | S. 1775 |
|            |        | Stülpnagel informiert über die multilateralen Konsultationen der G-7 in London zum Export nuklearfähiger Trägertechnologie. Diese hätten nicht zur Einigung auf eine abgestimmte Politik geführt.                                                                                                                                                                                                          |         |
| <b>341</b> | 13.12. | Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel                                                                                                                                                                                                                                                                                | S. 1778 |
|            |        | Die Außenminister erörtern die Ost-West-Beziehungen nach dem Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf. Dabei findet der Umgang mit Vertretern der polnischen Regierung besondere Beachtung.                                                                                                                                                           |         |
| <b>342</b> | 13.12. | Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Eickhoff                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | S. 1785 |
|            |        | Eickhoff gibt Empfehlungen für das KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte im Frühjahr 1986 in Bern und stellt den Vorrang praktischer Regelungen vor einer Grundwerte-Diskussion heraus.                                                                                                                                                                                                           |         |
| <b>343</b> | 13.12. | Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | S. 1788 |
|            |        | Pfeffer berichtet über ein Gespräch mit dem Erzbischof von Krakau, Macharski, anlässlich eines Besuchs in Krakau und Auschwitz. Themen waren die Einheit Deutschlands und die Grenze zu Polen, das Verhältnis der deutschen und polnischen Bischöfe, Projekte zur Erinnerung an den deutschen Widerstand in Polen, das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche und                                  |         |

die Absicht von Pfeffer, den Vorsitzenden der verbotenen polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, in Danzig zu treffen.

- 344**     13.12. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach, S. 1797  
z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt
- Lambach informiert über das Treffen der Außenminister Dumas, Genscher, Howe und Shultz in Brüssel zu Deutschland- und Berlin-Fragen. Erörtert wurden die Lage in den Luftkorridoren nach Berlin, die Direktkontakte des Senats von Berlin mit der DDR, das deutsch-deutsche Verhältnis und Fragen des Flugverkehrs mit der DDR.
- 345**     13.12. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das S. 1803  
Auswärtige Amt
- Hansen resümiert die Sitzung der NATO-Ministerratstagung im kleinen Kreis. Im Mittelpunkt standen die Ost-West-, dabei insbesondere die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nach dem Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf.
- 346**     14.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem S. 1814  
amerikanischen Außenminister Shultz
- Genscher und Shultz erörtern die Beziehungen zwischen den USA und den Europäischen Gemeinschaften, die Situation in Rumänien und Ungarn sowie die Perspektiven der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf.
- 347**     17.12. Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident S. 1821  
Mitterrand in Paris
- Im Mittelpunkt stehen sicherheitspolitische Fragen, vor allem eine bessere Abstimmung der beiderseitigen Interessen in diesem Bereich und eine Verstärkung der Kooperation zwischen Bundeswehr und französischen Streitkräften, sowie die Zusammenarbeit im Weltraum. Ein weiteres Thema sind die jeweiligen bilateralen Beziehungen zu Polen.
- 348**     17.12. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse S. 1837  
Hartmann
- Hartmann präsentiert Überlegungen zu den geplanten Gesprächen mit den Delegationen der ČSSR und der DDR auf der Genfer Abrüstungskonferenz über deren Vorschlag, eine chemiewaffenfreien Zone in Europa zu schaffen.
- 349**     18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von S. 1841  
Braunmühl
- Braunmühl erläutert die französischen Überlegungen zur Sicherheitspolitik und zieht Schlußfolgerungen für die deutsch-französische Zusammenarbeit in diesem Bereich.

- 350**     19.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem griechischen Außenminister Papoulas     S. 1851
- Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, die Lage in Albanien, Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien sowie die amerikanisch-griechische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung.
- 351**     20.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl     S. 1858
- Braunmühl setzt sich mit Überlegungen im Bundesministerium der Verteidigung zur Notwendigkeit einer erweiterten Luftverteidigung für Europa auseinander.
- 352**     20.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt     S. 1866
- Nach der Verhaftung zweier Mitarbeiter der Firma Siemens in der UdSSR stellt Kastl Überlegungen zu Gegenmaßnahmen an, die der sowjetischen Seite grundsätzlich bereits angekündigt worden seien.
- 353**     20.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt     S. 1869
- Kastl informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, in dessen Mittelpunkt die Perspektiven für die Ost-West-Beziehungen und vor allem die bilateralen Kontakte standen.
- 354**     23.12. Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt     S. 1878
- Als Schlußfolgerung aus seinem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse empfiehlt Kastl, Gelassenheit gegenüber dem demonstrativen Desinteresse der UdSSR an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu üben.
- 355**     23.12. Ministerialrat Hirsch, Washington, an das Auswärtige Amt     S. 1882
- Hirsch erläutert die Hintergründe, die zur amerikanischen Einschätzung des Osthandels der Bundesrepublik als technologischem Sicherheitsrisiko geführt haben, und bewertet die möglichen Folgen für die Zusammenarbeit im Hochtechnologiebereich.
- 356**     27.12. Aufzeichnung des Referenten Schollwer     S. 1885
- Schollwer äußert sich zu den Perspektiven der Deutschland-Politik und zum weiteren Vorgehen gegenüber der DDR und der UdSSR nach dem Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf.

# Literaturverzeichnis

- AAPD Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahressbände 1949/50–1953, 1962–1984, München 1994–2015.
- ADAP, A Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts. Serie A (1918–1925). Band XIV: 14. August bis 30. November 1925, Göttingen 1995.
- ADAP, D Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938), Baden-Baden 1950. Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August bis 3. September 1939, Baden-Baden 1956. Band VIII: Die Kriegsjahre. Erster Band: 4. September 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1961.
- ADENAUER, Erinnerungen 1955–1959 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, Stuttgart 1967.
- AdG Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Sieglar, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
- AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
- ANDROPOW, Ausgewählte Reden Juri Andropow, Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1983.
- ARAB-ISRAELI CONFLICT The Arab-Israeli Conflict. Band IV: The Difficult Search for Peace (1975–1988). 2 Teilbände, hrsg. von John Norton Moore, Princeton 1991.
- AUSSENPOLITIK DER DDR Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Band XXXIII (1985), bearbeitet von Werner Hänisch und Heinz Willumeit, Berlin [Ost] 1988.
- BDFD, I Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963. Band I: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
- BONN–WARSCHAU Bonn–Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen und Mieczysław Tomala, Köln 1992.

- |                                               |                                                                                                                                                                                                                   |
|-----------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| BRANDT, Berliner Ausgabe                      | Willy Brandt, Berliner Ausgabe. Band 10: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearbeitet von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009.                    |
| BRESHNEW, Wege                                | Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden, Aufsätze, Erinnerungen. Band 9: März 1981–November 1982, Berlin [Ost] 1984.                                                                                       |
| BT DRUCKSACHEN                                | Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.                                                                                                                 |
| BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE                   | Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.                                                                                                                                  |
| BULLETIN                                      | Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.                                                                                                                                     |
| BULLETIN DER EG                               | Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.                                                                           |
| BULLETIN DER EWG                              | Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, hrsg. vom Sekretariat der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel 1958–1967.                                                              |
| BUNDESANZEIGER                                | Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.                                                                                                                                                |
| BUNDESGESETZBLATT                             | Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.                                                                                                                                             |
| BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH | Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Wien 1945 ff.                                                                                                                                                      |
| CHRUSCHTSCHOWS WESTPOLITIK                    | Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Gespräche, Aufzeichnungen und Stellungnahmen. Band 3: Kulmination der Berlin-Krise. Herbst 1960 bis Herbst 1962, hrsg. von Gerhard Wettig, München 2011.                    |
| CONSTITUTIONS OF NATIONS                      | Constitutions of Nations. Third Revised Edition. Band IV: The Americas (2 Teilbände), hrsg. von Amos J. Peaslee, Den Haag 1970.                                                                                   |
| CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD   | Constitutions of the Countries of the World. Band XVII: The Democratic Socialist Republic of Sri Lanka. Constitution, hrsg. von Rüdiger Wolfrum und Rainer Grote, New York 2010.                                  |
| DBFP                                          | Documents on British Foreign Policy. 1919–1939. First Series (27 Bände), London 1947 ff. Series I A (7 Bände), London 1966 ff. Second Series (19 Bände), London 1947 ff. Third Series (10 Bände), London 1949 ff. |



- 
- |                                              |                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|----------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| DBPO                                         | Documents on British Policy Overseas. 1945 ff. Series I (1945–1950), London 1984 ff.                                                                                                                                                                                                            |
| DDF 1956, I                                  | Documents Diplomatiques Français, hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Jahressbände 1956 und 1958, Paris 1988 bzw. 1992.                                                                                                                                                                |
| DEAR MR. PRESIDENT                           | Dear Mr. President... Reagan/Gorbachev & The Correspondence that Ended the Cold War, hrsg. von Jason Saltoun-Ebin, o. O. 2013.                                                                                                                                                                  |
| DEPARTMENT OF STATE BULLETIN                 | The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy bzw. The Official Monthly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1940 ff.                                                                                                         |
| DEUTSCHES VERWALTUNGSBLATT                   | Deutsches Verwaltungsblatt (Nachfolger des Preußischen bzw. des Reichsverwaltungsblatts), Detmold/Köln/Berlin 1951 ff.                                                                                                                                                                          |
| DOCUMENTS ON AMERICAN FOREIGN RELATIONS 1964 | Documents on American Foreign Relations. Band 1964, hrsg. von Jules Davids, New York/Evanston 1965.                                                                                                                                                                                             |
| DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959           | Documents on Disarmament 1945–1959. Bd. I (1945–1956). Band II (1957–1959), hrsg. vom United States Department of State, Washington D.C. 1960.                                                                                                                                                  |
| DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT   | Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XXI (1983), hrsg. von Hanswilhelm Haefs und Doris Breuer, Sankt Augustin 1988. Band XXII (1984), hrsg. von Doris Breuer, Sankt Augustin o.J. Band XXIII (1985/86), hrsg. von Joachim Krause und Christiane Magiera-Krause, Sankt Augustin o.J. |
| DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND          | Dokumente des geteilten Deutschland. Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Band 2: seit 1968, mit einer Einführung hrsg. von Ingo von Münch, Stuttgart 1974.                                             |
| DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1967–1986         | Dokumente zur Berlin-Frage 1967–1986. hrsg. für das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin von Hans Heinrich Mahnke, München 1987.                                                                         |
| DOKUMENTE ZUR SUDETENDEUTSCHEN FRAGE         | Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916–1967, überarbeitete Neuauflage der „Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1918–1959“, hrsg. von Ernst Nitter, München 1967.                                                                                                                            |
| DzD II                                       | Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die                                                                                                                                                                                                       |

- Konferenz von Potsdam, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Neuwied/Frankfurt a. M. 1992. Band 2: Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Bundesminister des Inneren, München 1996. Band 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950. Veröffentlichte Dokumente, München 1997.
- DzD III      Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: Vom 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesminister des Innern, München 1961. Band 3: Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1957, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt a. M./Berlin 1967. Band 4: Vom 1. Januar bis 9. November 1958, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt a. M./Berlin 1969.
- DzD IV      Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: 10. November 1958 bis 30. November 1966. Band 9: Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1963, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a. M. 1978.
- DzD V      Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1968, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt a. M. 1987.
- ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL,  
OFFICIAL RECORDS 1985, SUPPLEMENT  
NO. 2      Economic and Social Council, Official Records 1985, Supplement No. 2, Commission on Human Rights, Report on the Forty-First Session (4 February–15 March 1985), New York 1985.
- ENTFÜHRUNG      Dokumentation zu den Ereignissen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer und der Lufthansa-Maschine „Landshut“, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 2. Auflage, Bonn 1977.
- EUROPA-ARCHIV      Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
- FRUS 1955–1957      Foreign Relations of the United States, 1955–1957. Band IV: Western European Security and Integration, Washington D. C. 1988.
- FRUS 1961–1963      Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band V: Soviet Union, Washington D. C. 1998. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, Washington D. C. 1997. Band XIII: Wes-
- LXXVIII

- |                                                   |                                                                                                                                                                                                       |
|---------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                                                   | tern Europe and Canada, Washington D.C. 1994.                                                                                                                                                         |
| FRUS 1964–1968                                    | Foreign Relations of the United States, 1964–1968. Band XIII: Western Europe Region, Washington D.C. 1997. Band XV: Germany and Berlin, Washington D.C. 1999.                                         |
| FRUS 1977–1980                                    | Foreign Relations of the United States, 1977–1980. Band VI: Soviet Union, Washington D.C. 2013.                                                                                                       |
| FRUS, Malta and Yalta 1945                        | Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington D.C. 1955.                                                                             |
| GALEN, Akten, Bd. II                              | Bischof Clemens August Graf von Galen. Akten, Briefe und Predigten, 1933–1946. Band II (1939–1946), hrsg. von Konrad Repgen, bearbeitet von Peter Löffler, Mainz 1988.                                |
| GEMEINSAME GESCHÄFTSORDNUNG DER BUNDESMINISTERIEN | Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien. Allgemeiner Teil (GGO I), hrsg. vom Bundesministerium des Innern 1958, Neudruck nach dem Stand vom 1. Oktober 1969, Köln/Berlin/Bonn/München 1970. |
| GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT                      | Gemeinsames Ministerialblatt, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin/Köln 1950 ff.                                                                                                            |
| GESETZBLATT DER DDR                               | Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.                                                                                                                              |
| GORBACEV, Sobranie                                | Michail Sergeevic Gorbacev, Sobranie socine-nij. Band 2: Mart 1984–Oktjabr’ 1985, Moskau 2008.                                                                                                        |
| GORBATSCHOW, Haus Europa                          | Michail Gorbatschow, Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika. Mit Beiträgen sowjetischer Wissenschaftler und Politiker, Düsseldorf/Wien/New York 1989.                             |
| GORBATSCHOW, Reden                                | Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze. Band 1: November 1967–Dezember 1983. Band 2: Februar 1984–Oktober 1985. Band 3: Oktober 1985–Juli 1986, Berlin [Ost] 1987.                       |
| HANSARD                                           | Hansard’s Parliamentary Debates. Third Series. Band XC VII: Twentyninth of February to the sixth of April 1848, London 1848.                                                                          |
| HONECKER, REDEN                                   | Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 1, Berlin [Ost] 1977. Band 7, Berlin [Ost] 1982.                                                |

INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN

Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.

INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS 25 (1986)

International Legal Materials, Band 25 (1986), hrsg. im Auftrag der American Society of International Law, Washington D. C. 1986.

KISSINGER, Jahre

Henry Kissinger, Jahre der Erneuerung. Erinnerungen, München 1999.

KOALITION DER VERNUNFT

Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, hrsg. von Heinrich Potthoff, München 1995.

KOHL, Erinnerungen

Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005.

LNTS

League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements Registered with the Secretariat of the League of Nations, hrsg. vom Publication Sales Department of the League of Nations, Genf 1920–1946.

MEISSNER, Aktionsprogramm

Boris Meissner, Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU, Köln 1987.

NATO-BRIEF 1985

NATO-Brief 1985, Brüssel 1985.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974

Texts of Final Communiqués 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980

Texts of Final Communiqués 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985

Texts of Final Communiqués 1981–1985. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO STRATEGY DOCUMENTS

NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit den NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].

OSTEUROPA

Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens, Stuttgart 1951 ff.

- OST-PROBLEME Ost-Probleme. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Stuttgart 1949–1969.
- PARTEIPROGRAMM DER KPdSU Boris Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903–1961, hrsg. vom Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus, 3. Auflage, Köln 1965.
- LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1984 (6 Teilbände). 1985 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris o. J.
- PUBLIC PAPERS, CARTER 1980–81 Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980. Band II: May 24 to September 26, 1980. Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981, Washington D.C. 1981 und 1982.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1969 Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon 1969, Washington D.C. 1971.
- PUBLIC PAPERS, NIXON 1972 Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon 1972, Washington D.C. 1974.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1981, Washington D.C. 1982.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1983. Band I: January 1 to July 1, 1983. Band II: July 2 to December 31, 1983, Washington D.C. 1984 bzw. 1985.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1984. Band I: January 1 to June 29, 1984. Band II: June 30 to December 31, 1984, Washington D.C. 1986 bzw. 1987.
- PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985 Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan 1985. Band I: January 1 to June 28, 1985. Band II: June 29 to December 31, 1985, Washington D.C. 1988.
- REICHSGESETZBLATT Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1919–1945.
- RESOLUTIONS AND DECISIONS 1985 United Nations. Resolutions and Decisions of the Security Council 1985, Official Records, Fortieth Year, New York 1986.
- ROTE ARMEE FRAKTION Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF, bearbeitet von Martin Hoffmann, Berlin 1997.

- SACHAROW, Frieden  
Andrej Sacharow, Den Frieden retten! Ausgewählte Aufsätze, Briefe, Aufrufe 1978–1983, hrsg. von Cornelia Gerstenmaier, Stuttgart/Bonn 1983.
- SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen  
Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
- SHINNAR, Bericht  
Felix E. Shinnar, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967.
- Sicherheit und Zusammenarbeit, BD. 2  
Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
- SOWJETUNION HEUTE  
Sowjetunion heute. Zeitschrift über Leben und Arbeit, Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Sport in der UdSSR, hrsg. von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR, Bonn 1956–1991.
- SPD PARTEITAG ESSEN  
SPD Parteitag Essen Grugahalle, 17.–21. Mai 1984, Protokoll, Bonn 1984.
- STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg  
Josef Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 3. Auflage, Moskau 1946.
- STRAFGESETZBUCH  
Strafgesetzbuch. Kommentar, begründet von Adolf Schönke und Horst Schröder, neubearbeitet von Theodor Lenckner, Peter Cramer, Albin Eser und Walter Stree, 22. Auflage, München 1985.
- STRAFPROZESSORDNUNG  
Strafprozeßordnung. Gerichtsverfassungsgesetz, Nebengesetze und ergänzende Bestimmungen (Beck'sche Kurz-Kommentare Band 6), erläutert von Theodor Kleinknecht, fortgeführt von Karlheinz Meyer, 36., neubearbeitete Auflage, München 1983.
- STRAUSS, Erinnerungen  
Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989.
- SURVIVAL  
Survival, hrsg. von The International Institute for Strategic Studies, London 1959ff.
- TEHERAN – JALTA – POTSDAM  
Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, hrsg. von Alexander Fischer, Köln 1968.
- TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK  
Texte zur Deutschlandpolitik. Reihe III. Band 3: 1. Januar 1985–30. Dezember 1985, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, o. O. 1986.

---

|                                                     |                                                                                                                                                                                                                                                               |
|-----------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| TIAS                                                | Treaties and Other International Acts Series, Washington 1946 ff.                                                                                                                                                                                             |
| TSCHERNENKO, Reden                                  | Konstantin Tschernenko, Ausgewählte Reden und Aufsätze 1981–1984, Berlin [Ost] 1985.                                                                                                                                                                          |
| UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings | United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, and 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.                                        |
| UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I                  | United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich und Dobbs Ferry, New York 1972 ff.                                                                                                            |
| UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II                 | United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, 11 Bände, hrsg. von Dusan J. Djonovich und Dobbs Ferry, New York 1988–1992.                                                                                 |
| UNTS                                                | United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, New York 1946/47 ff.                                                                                         |
| US STATUTES AT LARGE                                | United States Statutes at Large Containing the Laws and Concurrent Resolutions Enacted During the First Session of the Ninety-Third Congress of the United States of America 1973 and Reorganization, Plans and Proclamations. Band 87, Washington D.C. 1974. |
| VERFASSUNG DER SFR JUGOSLAWIEN                      | Die Verfassung der SFR Jugoslawien, hrsg. von Herwig Roggemann, Berlin 1980.                                                                                                                                                                                  |
| VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN                         | Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, hrsg. von Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan, Berlin 1995.                                                                     |
| DIE WÄHRUNGSGESETZE                                 | Die Währungsgesetze. Handausgabe mit ausführlicher Erläuterung der Umstellungsvorschriften nebst Durchführungsverordnungen und Nebenbestimmungen, hrsg. von Rudolf Harmening und Konrad Duden, München/Berlin 1949.                                           |
| WIENER GIPFEL 1961                                  | Der Wiener Gipfel 1961. Kennedy–Chruschtschow, hrsg. von Stefan Karner, Barbara Stelz-Marx, Natalja Tomilina, Alexander Tschurbarjan u. a., Innsbruck 2011.                                                                                                   |

WISCHNEWSKI, Leidenschaft

Hans-Jürgen Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren, München 1989.

ZEHN JAHRE DEUTSCHLANDPOLITIK

Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969–1979. Sonderdruck Dokumentation (I), hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1980.



## Abkürzungsverzeichnis

|            |                                              |            |                                                                          |
|------------|----------------------------------------------|------------|--------------------------------------------------------------------------|
| AA         | Auswärtiges Amt                              | BAW        | Bundesamt für<br>Gewerbliche Wirtschaft                                  |
| ABC-Waffen | Atomare, biologische und<br>chemische Waffen | BDI        | Bundesverband der<br>Deutschen Industrie                                 |
| ABM        | Anti-Ballistic Missile                       | BF         | Blockfreie                                                               |
| ACDA       | Arms Control and<br>Disarmament Agency       | BGH        | Bundesgerichtshof                                                        |
| ADL        | Anti-Defamation League                       | BGS        | Bundesgrenzschutz                                                        |
| ADM        | Atomic Demolition<br>Munition                | BIOst      | Bundesinstitut für<br>ostwissenschaftliche und<br>internationale Studien |
| AFG        | Afghanistan                                  | BK         | Bundeskanzler                                                            |
| AG         | Arbeitsgruppe bzw.<br>Aktiengesellschaft     | BK/BKA     | Bundeskanzleramt bzw.<br>Bundeskriminalamt                               |
| AGY        | Ägypten                                      | BM         | Bundesminister/ium                                                       |
| AHG        | Ad-hoc-Gruppe                                | BMA        | Bundesminister/ium für<br>Arbeit und Soziales                            |
| AKP        | Afrika, Karibik, Pazifik                     | BMB        | Bundesminister/ium für<br>innerdeutsche Beziehun-<br>gen                 |
| AL         | Abteilungsleiter                             | BMD        | Ballistic Missile Defense                                                |
| ALCM       | Air-Launched Cruise<br>Missile               | BMF        | Bundesminister/ium der<br>Finanzen                                       |
| ALG        | Algerien                                     | BMFT       | Bundesminister/ium für<br>Forschung und Technologie                      |
| AM         | Außenminister                                | BMI        | Bundesminister/ium des<br>Innern                                         |
| ANC        | African National Congress                    | BMJ        | Bundesminister/ium der<br>Justiz                                         |
| Anl./Anlg. | Anlage/Anlagen                               | BMJFG      | Bundesminister/ium für<br>Jugend, Familie und<br>Gesundheit              |
| ANZUS      | Australia, New Zealand,<br>United States     | BML        | Bundesminister/ium für<br>Ernährung, Landwirt-<br>schaft und Forsten     |
| ARG        | Argentinien                                  | BMP        | Bundesminister/ium für<br>das Post- und Fernmelde-<br>wesen              |
| ASAT       | Anti-Satelliten(-Waffe/-<br>System)          | BMV        | Bundesminister/ium für<br>Verkehr, Bau und Stadt-<br>entwicklung         |
| ASEAN      | Association of Southeast<br>Asian Nations    | BMVg/BMVtg | Bundesminister/ium der<br>Verteidigung                                   |
| AStV       | Ausschuß der Ständigen<br>Vertreter          |            |                                                                          |
| ATBM       | Anti-Tactical Ballistic<br>Missile           |            |                                                                          |
| ATM        | Anti-Tactical Missile                        |            |                                                                          |
| AWACS      | Airborne Warning and<br>Control System       |            |                                                                          |
| AWG        | Außenwirtschaftsgesetz                       |            |                                                                          |
| AZ         | Aktenzeichen                                 |            |                                                                          |
| B/BE/BEL   | Belgien                                      |            |                                                                          |
| BASC       | Berlin Air Safety Center                     |            |                                                                          |

|         |                                                             |         |                                                                                           |
|---------|-------------------------------------------------------------|---------|-------------------------------------------------------------------------------------------|
| BMWi    | Bundesminister/ium für<br>Wirtschaft                        | COMECON | Council for Mutual<br>Economic Aid/Assistance                                             |
| BMZ     | Bundesminister/ium für<br>wirtschaftliche<br>Zusammenarbeit | COREU   | Correspondence<br>Européenne                                                              |
| BND     | Bundesnachrichtendienst                                     | COS     | Costa Rica                                                                                |
| Bo      | Botschafter                                                 | COST    | Coopération européenne<br>dans le domaine de la<br>recherché scientifique et<br>technique |
| BR      | Bundesrepublik                                              | CSBM    | Confidence- and Security-<br>Building Measures                                            |
| BR (I)  | Botschaftsrat (I. Klasse)                                   | CSCE    | Conference on Security and<br>Cooperation in Europe                                       |
| BRD     | Bundesrepublik<br>Deutschland                               | ČSSR    | Československá<br>Socialistická Republika                                                 |
| BSP     | Bruttosozialprodukt                                         | CSU     | Christlich-Soziale Union                                                                  |
| BSR     | Bundessicherheitsrat                                        | CTB(T)  | Comprehensive Test Ban<br>(Treaty)                                                        |
| BStS    | Büro Staatssekretäre                                        | CVP     | Christelijke Volkspartij                                                                  |
| BT      | Bundestag                                                   | D       | Deutschland bzw.<br>(Ministerial-)Direktor                                                |
| BVerfG  | Bundesverfassungsgericht                                    | DB      | Drahtbericht                                                                              |
| C-/CW   | Chemie- bzw.<br>Chemiewaffen bzw.<br>Chemical Weapons       | DDR     | Deutsche Demokratische<br>Republik                                                        |
| CAN/CDN | Canada                                                      | DE      | Drahterlaß                                                                                |
| CD      | Committee on<br>Disarmament                                 | DEG     | Deutsche Investitions- und<br>Entwicklungsgesellschaft<br>(Ministerial-)Dirigent          |
| CDA     | Christen Demokratisch<br>Appel                              | Dg      | Deutsche Gesellschaft für<br>Auswärtige Politik                                           |
| CDE     | Conference on<br>Disarmament in Europe                      | DGAP    | Deutscher Gewerkschafts-<br>bund                                                          |
| CDI     | Conventional Defense<br>Improvements                        | DGB     | Defense Intelligence<br>Agency                                                            |
| CDU     | Christlich-Demokratische<br>Union Deutschlands              | DIA     | Dänemark bzw. Demokra-<br>tisches Kampuchea                                               |
| CEP     | Circular Error Probable                                     | DK      | Deutsche Kommunistische<br>Partei                                                         |
| CH      | Confederatio Helvetica<br>(Schweiz)                         | DKP     | Delegationsleiter                                                                         |
| ChBK    | Chef des<br>Bundeskanzleramts                               | DL      | Deutsche Mark                                                                             |
| CHL     | Chile                                                       | DM      | Department of Defense                                                                     |
| CHN     | China (Volksrepublik)                                       | DoD     | Demokrat Parti                                                                            |
| CIA     | Central Intelligence<br>Agency                              | DP      | Defense Planning<br>Committee                                                             |
| CIMEX   | Civil Military Exercise                                     | DPC     |                                                                                           |
| CM      | Cruise Missile                                              |         |                                                                                           |
| COCOM   | Coordinating Committee<br>for East-West Trade Policy        |         |                                                                                           |

|         |                                                                                   |          |                                                    |
|---------|-----------------------------------------------------------------------------------|----------|----------------------------------------------------|
| DTA     | Democratic Turnhalle Alliance                                                     | EWS      | Europäisches Währungssystem                        |
| DVR     | Demokratische Volksrepublik                                                       | EZ       | Entwicklungszusammenarbeit                         |
| DW      | Dritte Welt                                                                       | F/FR/FRA | Frankreich                                         |
| E       | España/Spanien                                                                    | FAPLA    | Forças Armadas Populares de Libertação de Angola   |
| ECOFIN  | Economic and Financial Affairs Council                                            | FAR      | Force d'action rapide                              |
| ECU     | European Currency Unit                                                            | FBS      | Forward Based Systems                              |
| EFWZ    | Europäischer Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit                          | FCO      | Foreign and Commonwealth Office                    |
| EG      | Europäische Gemeinschaften                                                        | FDJ      | Freie Deutsche Jugend                              |
| EGK     | Europäische Gemeinschaften-Kommission                                             | FDP      | Freie Demokratische Partei                         |
| EGKS    | Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl                                      | FED/Fed  | Federal Reserve System                             |
| EH      | Entwicklungshilfe                                                                 | FES      | Friedrich-Ebert-Stiftung                           |
| EIB     | Europäische Investitionsbank                                                      | FMLN     | Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional |
| EKD     | Evangelische Kirche in Deutschland                                                | FNLA     | Frente Nacional de Libertação de Angola            |
| EL      | Entwicklungsländer                                                                | FNS      | Friedrich-Naumann-Stiftung                         |
| ELS     | El Salvador                                                                       | FOFA     | Follow-On Forces Attack                            |
| EP      | Europäisches Parlament                                                            | FRELIMO  | Frente de Libertação de Moçambique                 |
| EPL     | Einzelplan                                                                        | FRG      | Federal Republic of Germany                        |
| EPLF    | Eritrean People's Liberation Front                                                | FS       | Fernschreiben                                      |
| EPZ     | Europäische Politische Zusammenarbeit                                             | FSLN     | Frente Sandinista de Liberación Nacional           |
| ER      | Europäischer Rat                                                                  | Fü S     | Führungsstab der Streitkräfte                      |
| ESA     | European Space Agency                                                             | FZ       | Finanzielle Zusammenarbeit                         |
| ESPRIT  | European Strategic Program for Research and Development in Information Technology | GAP      | Gemeinsame Agrarpolitik                            |
| EU      | Europäische Union                                                                 | GATT     | General Agreement on Tariffs and Trade             |
| Europol | Europäisches Polizeiamt                                                           | GB/GRO   | Großbritannien                                     |
| EVI     | Europäische Verteidigungsinitiative                                               | GCC      | Gulf Cooperation Council                           |
| EVP     | Europäische Volkspartei                                                           | GD       | Generaldirektor                                    |
| EWG     | Europäische Wirtschaftsgemeinschaft                                               | GE       | Germany                                            |
|         |                                                                                   | geh.     | geheim                                             |
|         |                                                                                   | GG       | Grundgesetz                                        |

|          |                                              |          |                                                                                                   |
|----------|----------------------------------------------|----------|---------------------------------------------------------------------------------------------------|
| GK       | Gefechtsköpfe bzw.<br>Generalkonsul/at       | JAP      | Japan                                                                                             |
| GL       | Gruppenleiter                                | JCS      | Joint Chiefs of Staff                                                                             |
| GLCM     | Ground-Launched Cruise<br>Missile            | JOR      | Jordanien                                                                                         |
| GM       | Generalmajor                                 | JUG      | Jugoslawien                                                                                       |
| GNP      | Gross National Product                       | KAB      | Kambodscha                                                                                        |
| G Pol    | Gesandter Politik                            | KAN      | Kanada                                                                                            |
| GR/GRI   | Griechenland                                 | KAS      | Konrad-Adenauer-Stiftung                                                                          |
| GS       | Generalsekretär                              | KfW      | Kreditanstalt für<br>Wiederaufbau                                                                 |
| GSG      | Grenzschutzgruppe                            | KGB      | Komitet gosudarstvennoj<br>bezopasnosti                                                           |
| GUA      | Guatemala                                    | KKW      | Kernkraftwerk                                                                                     |
| GV       | Generalversammlung bzw.<br>Gewaltverzicht    | KOM      | (Europäische) Kommission                                                                          |
| HLG      | High Level Group                             | KOR      | Komitet Obrony<br>Robotników                                                                      |
| HON      | Honduras                                     | KP       | Kommunistische Partei                                                                             |
| HSS      | Hanns-Seidel-Stiftung                        | KPCh     | Kommunistische Partei<br>Chinas                                                                   |
| I/IT/ITA | Italien                                      | KPdSU    | Kommunistische Partei der<br>Sowjetunion                                                          |
| IAEO     | Internationale<br>Atomenergieorganisation    | KPF      | Kommunistische Partei<br>Frankreichs                                                              |
| IAU      | International Accounting<br>Unit             | KPI      | Kommunistische Partei<br>Italiens                                                                 |
| ICAO     | International Civil<br>Aviation Organization | KPL      | Kommunistische Partei<br>Libanons                                                                 |
| ICBM     | Intercontinental Ballistic<br>Missile        | KPNLF    | Khmer People's National<br>Liberation Front                                                       |
| IEPG     | Independent European<br>Program Group        | KSZE     | Konferenz über Sicherheit<br>und Zusammenarbeit in<br>Europa                                      |
| i. G.    | im Generalstab                               | KVAE     | Konferenz über Ver-<br>trauens- und Sicherheits-<br>bildende Maßnahmen und<br>Abrüstung in Europa |
| IL       | Industrieländer                              | KWFZ     | Kernwaffenfreie Zone                                                                              |
| IKRK     | Internationales Komitee<br>vom Roten Kreuz   | KWKG     | Kriegswaffenkontroll-<br>gesetz                                                                   |
| IMF      | International Monetary<br>Fund               | KZ       | Konzentrationslager                                                                               |
| IMP      | Integriertes<br>Mittelmeerprogramm           | L/LU/LUX | Luxemburg                                                                                         |
| IMS      | Internationaler Militärstab<br>der NATO      | LA       | Lateinamerika                                                                                     |
| INF      | Intermediate-Range<br>Nuclear Forces         | LDPD     | Liberal-Demokratische<br>Partei Deutschlands                                                      |
| IRL      | Irland                                       | LIA      | Libanon                                                                                           |
| IRN      | Iran                                         |          |                                                                                                   |
| IWF      | Internationaler Währungs-<br>fonds           |          |                                                                                                   |

|        |                                                      |          |                                                               |
|--------|------------------------------------------------------|----------|---------------------------------------------------------------|
| LIY    | Libyen                                               | N/NO/NWG | Norwegen                                                      |
| LMB    | Leiter Ministerbüro                                  | NAFO     | Nordwestatlantische<br>Fischereiorganisation                  |
| LR (I) | Legationsrat (I. Klasse)                             | NAM      | Namibia                                                       |
| LRINF  | Long-Range Intermediate-<br>Range Nuclear Forces     | NASA     | National Aeronautics and<br>Space Administration              |
| LRK    | Leiter Rechts- und<br>Konsularwesen                  | NATO     | North Atlantic Treaty<br>Organization                         |
| LW     | Landwirtschaft                                       | NDL/NL   | Niederlande                                                   |
| MAD    | Mutual Assured<br>Destruction                        | NfD      | Nur für den Dienst-<br>gebrauch                               |
| MB     | Ministerbüro                                         | NIC      | Nicaragua                                                     |
| MBFR   | Mutual and Balanced<br>Force Reductions              | NIG      | Nigeria                                                       |
| MC     | Military Committee                                   | N+N      | Neutrale und Nicht-<br>gebundene Staaten                      |
| MD     | Ministerialdirektor                                  | NNA      | Neutral and Non-Aligned<br>States                             |
| MdB    | Mitglied des Deutschen<br>Bundestags                 | NO       | Naher Osten                                                   |
| MDg    | Ministerialdirigent                                  | NOFORN   | No Foreign Nationals                                          |
| MEX    | Mexico                                               | NP       | National Party of<br>Southwest Africa                         |
| MfAA   | Minister/ium für Auswär-<br>tige Angelegenheiten     | NPG      | Nukleare Planungsgruppe                                       |
| MG     | Ministerial Guidance                                 | NS       | Nationalsozialismus                                           |
| MIRV   | Multiple Independently<br>Targetable Reentry Vehicle | NSC      | National Security Council                                     |
| MIT    | Massachusetts Institute of<br>Technology             | NV/NVV   | Nichtverbreitung/<br>Nichtverbreitungsvertrag                 |
| MLF    | Multilateral Force                                   | NVA      | Nationale Volksarmee                                          |
| MNF    | Multinational Force in<br>Lebanon                    | NZ       | New Zealand                                                   |
| MoU    | Memorandum of<br>Understanding                       | OAE      | Organisation für<br>Afrikanische Einheit                      |
| MP     | Ministerpräsident/in                                 | OAS      | Organisation<br>Amerikanischer Staaten                        |
| MPLA   | Movimento Popular de<br>Libertação de Angola         | OAU      | Organization of African<br>Unity                              |
| MR     | Menschenrechte                                       | Ö        | Republik Österreich                                           |
| MRCA   | Multirole Combat Aircraft                            | OECD     | Organization for Economic<br>Cooperation and Develop-<br>ment |
| MRG    | Mouvement des Radicaux<br>de Gauche                  | OIC      | Organization of Islamic<br>Cooperation                        |
| MRK    | Menschenrechts-<br>kommission                        | OPEC     | Organization of Petroleum<br>Exporting Countries              |
| MS     | Mitgliedstaaten                                      | OTA      | Office of Technology<br>Assessment (US)                       |
| MWSt.  | Mehrwertsteuer                                       |          |                                                               |
| MX     | Missile Experimental                                 |          |                                                               |

|             |                                                                          |          |                                                    |
|-------------|--------------------------------------------------------------------------|----------|----------------------------------------------------|
| o. V. i. A. | oder Vertreter im Amt                                                    | RPR      | Rassemblement pour la République                   |
| P/PO/PTG    | Portugal                                                                 |          |                                                    |
| PAK         | Pakistan                                                                 | RSFSR    | Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik |
| PASOK       | Panellinio Sosialistiko Kinima                                           | RUM      | Rumänien                                           |
| PB          | Politbüro                                                                | S/SP/SPA | Spanien                                            |
| PK          | Politisches Komitee                                                      | SA       | Südafrika                                          |
| PKK         | Partiya Karkerén Kurdîstan                                               | SAA      | Sambia                                             |
|             |                                                                          | SACEUR   | Supreme Allied Commander Europe                    |
| PLF         | Palestine Liberation Front                                               |          |                                                    |
| PLO         | Palestine Liberation Organization                                        | SACG     | Senior Arms Control Group                          |
|             |                                                                          | SACLANT  | Supreme Allied Commander Atlantic                  |
| PM          | Premierminister/in                                                       |          |                                                    |
| PNC         | Palestinian National Council                                             | SALT     | Strategic Arms Limitation Talks                    |
| POL         | Polen                                                                    | SAM      | Sowjetisches Außenministerium                      |
| PPG         | Provisional Political Guidelines                                         | SAR      | Saudi-Arabien                                      |
| Präs.       | Präsident/schaft                                                         | SCC      | Standing Consultative Commission                   |
| PS          | Parti Socialiste                                                         |          |                                                    |
| PSD         | Partido Socialista Democrático                                           | SCG      | Special Consultative Group                         |
|             |                                                                          | SDI(O)   | Strategic Defense Initiative (Organization)        |
| PSOE        | Partido Socialista Obrero Español                                        | SED      | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands         |
| PStS        | Parlamentarischer Staatssekretär                                         | SEW      | Sozialistische Einheitspartei Westberlins          |
| PVAP        | Polnische Vereinigte Arbeiterpartei                                      | SHAPE    | Supreme Headquarters Allied Powers Europe          |
| RACE        | Research and Development in Advanced Communication Technology for Europe | SIM      | Simbabwe                                           |
|             |                                                                          | SLBM     | Submarine-Launched Ballistic Missile               |
| RAF         | Rote Armee Fraktion                                                      |          |                                                    |
| RBM         | Regierender Bürgermeister                                                | SLCM     | Sea-Launched Cruise Missile                        |
| RE          | Rechnungseinheit                                                         |          |                                                    |
| Ref.        | Referat                                                                  | SNF      | Short-Range Nuclear Force                          |
| RENAMO      | Resistência Nacional Moçambicana                                         | SODEP    | Sosyal Demokrasi Partisi                           |
|             |                                                                          | SOW      | Sowjetunion                                        |
| Res.        | Resolution                                                               | SPC      | Senior Political Committee                         |
| RGW         | Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe                                    | SPD      | Sozialdemokratische Partei Deutschlands            |
|             |                                                                          |          |                                                    |
| RKP         | Rumänische Kommunistische Partei                                         | SR       | Sicherheitsrat                                     |
|             |                                                                          | SRBM     | Short-Range Ballistic Missile                      |
| RL          | Referatsleiter                                                           |          |                                                    |
|             |                                                                          |          |                                                    |
| XC          |                                                                          |          |                                                    |

|          |                                                                  |          |                                                     |
|----------|------------------------------------------------------------------|----------|-----------------------------------------------------|
| SRINF    | Short-Range Intermediate-Range Nuclear Forces                    | UNHCR    | United Nations High Commissioner for Human Rights   |
| SS       | Surface to Surface bzw. Schutzstaffel der NSDAP                  | UNITA    | União Nacional para a Independência Total de Angola |
| StäV     | Ständige Vertretung                                              | US/USA   | United States of America                            |
| START    | Strategic Arms Reduction Talks                                   | USAP     | Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei            |
| StGB     | Strafgesetzbuch                                                  | USAREUR  | United States Army in Europe                        |
| StM      | Staatsminister/in                                                | US-EUCOM | United States European Command                      |
| StS      | Staatssekretär                                                   | UStS     | Unterstaatssekretär                                 |
| Stv.     | Stellvertreter bzw. Stellvertretender                            | VAM      | Vizeaußenminister                                   |
| SU       | Sowjetunion                                                      | VBM      | Vertrauensbildende Maßnahmen                        |
| SUA      | Südafrika                                                        | VH       | Verteidigungshilfe                                  |
| SWAPO    | South West Africa People's Organization                          | VK       | Vereinigtes Königreich                              |
| SYR      | Syrien                                                           | VLR (I)  | Vortragender Legationsrat (I. Klasse)               |
| T/TU/TUR | Türkei                                                           | VM       | Verteidigungsminister                               |
| TEHE     | Teheran                                                          | VN       | Vereinte Nationen                                   |
| Tgb.     | Tagebuch                                                         | VO       | Verordnung                                          |
| TGV      | Train à grande vitesse                                           | VP       | Vizepräsident                                       |
| TKK      | Tymczasowa Komisja Koordynacyjna                                 | VPM      | Vizepremierminister                                 |
| TNF      | Theater Nuclear Forces                                           | VR       | Volksrepublik                                       |
| TO(P)    | Tagesordnung(-spunkt)                                            | VRC      | Volksrepublik China                                 |
| TSE      | Tschechoslowakei                                                 | VS       | Verschlußsache                                      |
| TZ       | Technische Zusammenarbeit                                        | VSBM     | Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen       |
| UA       | Unterabteilung                                                   | VS-v     | VS-vertraulich                                      |
| UAG      | Unterarbeitsgruppe                                               | WEU      | Westeuropäische Union                               |
| UDF      | Union pour la Démocratie Française                               | WINTEx   | Winter Exercise                                     |
| UdSSR    | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken                       | WP       | Warschauer Pakt                                     |
| UK       | United Kingdom                                                   | WVRK     | Wiener Vertragsrechtskonvention                     |
| UN(O)    | United Nations (Organization)                                    | WWG      | Weltwirtschaftsgipfel                               |
| UNBRO    | United Nations Border Relief Operation                           | YU       | Yugoslavia                                          |
| UNESCO   | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization | ZA       | Zentralamerika                                      |
|          |                                                                  | z. b. V. | zur besonderen Verwendung                           |
| UNG      | Ungarn                                                           | ZK       | Zentralkomitee                                      |





## **Dokumente**



## 1

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann****220-371.80 SDI-1/85 VS-vertraulich****3. Januar 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: SDI als Gegenstand der neuen Rüstungskontrollverhandlungen zwischen USA und SU

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Nach der am 22. November 1984 bekanntgegebenen amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Aufnahme neuer Verhandlungen gehören auch Weltraumwaffen zum Verhandlungsgegenstand.<sup>4</sup> Die USA haben nicht mehr – wie in ihrer Reaktion auf den sowjetischen Vorschlag vom 29. Juni 1984<sup>5</sup>, Verhandlungen über die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums aufzunehmen – darauf bestanden, zwischen Antisatellitenwaffen als Verhandlungsgegenstand und weltraumgestützten Raketenabwehrwaffen als Thema von Gesprächen zu unterscheiden.<sup>6</sup> Die SU hat ihre ursprüngliche Position insofern noch substantieller geändert, als sie bereit ist, Weltraumwaffen und Nuklearwaffen in ihrem „organischen Zusammenhang“ zu behandeln.

2) Die SU hat in ihren öffentlichen Erklärungen gerade in letzter Zeit immer wieder die „Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums“ in den Vordergrund gestellt.

Sie will nicht nur die weitere Erprobung und erst recht die Stationierung des neuen amerikanischen Antisatelliten-Systems behindern, das ihrem eigenen bereits existierenden System an Flexibilität und Zuverlässigkeit vermutlich erheblich überlegen wäre, sondern vor allem die Verwirklichung amerikanischer Pläne für die Entwicklung und Stationierung strategischer Abwehrsysteme (SDI)

<sup>1</sup> Korrigiert aus: „3. Januar 1984“.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger am 7. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 8. Januar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 8. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 4. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 8. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> In einer gemeinsamen Verlautbarung gaben die USA und die UdSSR am 22. November 1984 ihre Absicht bekannt, in Verhandlungen für „beiderseitig annehmbare Abkommen über den gesamten Bereich der die Nuklear- und Weltraumwaffen betreffenden Fragen“ einzutreten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 16.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „30. Juni 1984“.

<sup>6</sup> Die UdSSR schlug den USA am 29. Juni 1984 die Aufnahme von Verhandlungen über die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums vor, die im September 1984 in Wien beginnen könnten. Im Rahmen solcher Verhandlungen müsse auch „die Frage eines gegenseitigen und vollständigen Verzichts auf Satellitenabwehrsysteme gelöst werden“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 495 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 195 und Dok. 225.

verhindern. In einigen sowjetischen Äußerungen – so zuletzt Gorbatschow bei seinem Besuch in GB<sup>7</sup> – wird die Reduzierung von Nuklearwaffen davon abhängig gemacht, daß auch für Weltraumwaffen eine Regelung gefunden wird. In GB glaubte Gorbatschow offenbar, einen günstigen Nährboden für die Kritik an SDI zu finden. Zu den Fragen über mögliche Rückwirkungen von SDI auf die Position der Verbündeten und die Bündnisstrategie insgesamt kommen dort noch Besorgnisse wegen der möglichen Auswirkungen auf die mit großen Opfern aufgebaute und jetzt zu modernisierende britische Nuklearstreitmacht: Würde die SU – als Reaktion auf entsprechende amerikanische Schritte – ein das sowjetische Territorium schützendes wirksames strategisches Abwehrsystem aufbauen, verlöre die britische Nuklearstreitmacht erheblich an abschreckender Wirkung.

Einige Äußerungen von britischer Seite erweckten zunächst den Eindruck, als sei es Gorbatschow gelungen, die britischen Besorgnisse zu nähren. In Erklärungen vor und nach ihrem Besuch bei Präsident Reagan machte PM Thatcher jedoch deutlich, daß sie sich nicht für den sowjetischen Versuch einspannen läßt, Keile zwischen die USA und ihre Verbündeten zu treiben. Sie unterstützte das SDI-Forschungsprogramm der USA, verwies aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit, den ABM-Vertrag<sup>8</sup> einzuhalten und vor der Stationierung von neuen strategischen Abwehrsystemen Verhandlungen zu führen.<sup>9</sup>

Präsident Mitterrand hat sich dagegen in seiner Rede vom 16.12.1984<sup>10</sup> erneut kritisch zu SDI geäußert, nachdem Frankreich schon im Juni 1984 in der Genfer Abrüstungskonferenz einen Vorschlag zur Begrenzung der Weltraumrüstung eingeführt hatte<sup>11</sup>, der auch SDI betraf. Die SU dürfte sich künftige Gelegen-

<sup>7</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363 f.

<sup>9</sup> Premierministerin Thatcher hielt sich vom 21. bis 23. Dezember 1984 in den USA auf. Am 22. Dezember 1984 traf sie mit Präsident Reagan in Camp David zusammen. Botschafter van Well, Washington, resümierte am 9. Februar 1985, in dem Gespräch habe „SDI eine besonders wichtige Rolle“ gespielt. Thatcher habe erklärt, daß beide „die Dinge ‚in very much the same light‘“ sähen und sich auf vier Punkte geeinigt hätten: „Das Ziel der USA und des Westens ist es nicht, Überlegenheit zu erzielen, sondern angesichts sowjetischer Entwicklungen das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Angesichts der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen müßte eine SDI-bezogene Stationierung eine Angelegenheit von Verhandlungen sein. Endziel ist, die Abschreckung zu erhöhen und nicht auszuhöheln. Ost-West-Verhandlungen sollen darauf gerichtet sein, Sicherheit mit weniger Offensivwaffen auf beiden Seiten zu erreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 705; Referat 201, Bd. 151240.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „17.12.1984.“

Am 16. Dezember 1984 sprach sich Staatspräsident Mitterrand in einem Fernsehinterview zu außenpolitischen Fragen gegen eine „Militarisierung des Weltraums“ aus. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (November/Dezember), S. 123.

<sup>11</sup> Mit Note vom 12. Juni 1984 wurde vom französischen Außenministerium die Haltung Frankreichs zur militärischen Nutzung des Weltraums dargelegt. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1984 (Mai/Juni), S. 109 f.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik vermerkte am 12. Juni 1984, der französische Gesandte Bernière habe am selben Tag ein Memorandum übergeben, das „in diesen Tagen“ in der Genfer Abrüstungskonferenz eingeführt werden solle. Darin werde vorgeschlagen: „1) Strenge Begrenzung der Anti-Satellitensysteme, insbesondere das Verbot aller Systeme, die Satelliten auf hohen Umlaufbahnen erreichen könnten; 2) Verbot der Aufstellung von Waffen, die mittels gelenkter Energie aus

heiten – wie den möglichen Besuch von Tschernenko in Frankreich – nicht entgehen lassen, an die ablehnende französische Haltung anzuknüpfen.

Ein weiteres Ziel sowjetischer Politik wird die Mobilisierung inneramerikanischer Widerstände gegen SDI sein. Bei den unabhängigen amerikanischen Experten überwiegen bisher die skeptischen Stimmen. Auch eine Studie des Office of Technology Assessment des Kongresses kommt nach einer ausführlichen Darstellung der mit SDI verbundenen Schwierigkeiten zu einem zurückhaltenden Urteil. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Widerstand gegen SDI im Kongreß steigt.

3) Die Haltung der Administration wird durch zwei Aspekte bestimmt: Einerseits hat sie der Behandlung von Weltraumwaffen in den künftigen Verhandlungen ohne Einschränkungen zugestimmt. Andererseits hat sich Präsident Reagan, der von der Richtigkeit der SDI-Konzeption überzeugt ist, politisch festgelegt. Diese Situation kam auch in mehreren Erklärungen der letzten Tage, insbesondere von Verteidigungsminister Weinberger<sup>12</sup> und Sicherheitsberater McFarlane<sup>13</sup>, zum Ausdruck.

Inzwischen zeichnet sich folgende amerikanische Haltung ab, die aber noch der ausdrücklichen Billigung des Präsidenten bedarf:

- SDI steht auf der Tagesordnung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen,
- die Forschungsarbeiten dürfen schon deshalb nicht beeinträchtigt werden, weil ein Versuch der SU, aus dem ABM-Vertrag auszubrechen, nicht auszu-schließen ist,
- das amerikanische SDI-Konzept soll der SU erläutert werden; dabei soll insbesondere verdeutlicht werden, daß SDI nach der amerikanischen Zielsetzung stabilisierende Wirkungen haben soll und deshalb eine drastische Verminderung von Offensivraketen ermöglichen würde.

Daraus folgt, daß die USA derzeit zum vertraglichen Verzicht auf SDI nicht bereit sind. Insoweit können jetzt noch keine wirklichen Verhandlungen über SDI geführt werden. Diese werden aber notwendig, sobald der Schritt von der Erforschung zur Entwicklung von Systemen gemacht wird: Schon die Entwicklung und Erprobung weltraumgestützter Systeme würde gegen den ABM-Vertrag verstoßen. Dieser müßte dann, wenn die USA ihn nicht unter Berufung auf

*Fortsetzung Fußnote von Seite 4*

großer Entfernung ballistische Raketen und Satelliten zerstören könnten; 3) Stärkung der bestehenden Regelungen für die Ankündigung von Starts in den Weltraum; 4) Verpflichtung der USA und der SU, die bilateral vereinbarte Immunität gewisser Weltraumobjekte auf Satelliten von Drittstaaten auszudehnen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 130133.

<sup>12</sup> Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger gab am 19. Dezember 1984 vor der Auslandspresse in Washington Erläuterungen zu SDI. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 148–153.

<sup>13</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 15. Januar 1985, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, habe ihm in einem Gespräch am selben Tag zu SDI erklärt: „Die Entwicklung nicht-nuklearer Verteidigungsmöglichkeiten würde den USA nicht nur erlauben, von Kernwaffen abzurücken, sondern auch wegzukommen von der Bedrohung durch einen vernichtenden Gegenschlag. Dies würde eine bessere Abschreckungsbasis ergeben. Es sei der Erforschung wert, ob – was bisher nicht möglich erschien – eine Verteidigung gegen nukleare Abschreckung denkbar ist. Es sei unrichtig zu unterstellen, daß diese amerikanische Entscheidung ohne Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Allianz getroffen worden sei. Die USA fühlten sich der Sicherheit der Allianz verpflichtet und würden, falls die Forschungsarbeiten ein Ergebnis erbrächten, dieses mit den Alliierten abstimmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 221; Referat 220, Bd. 128652.

„außerordentliche Ereignisse in bezug auf den Gegenstand dieses Vertrages, die ihre höchsten Interessen aufs Spiel setzen“, gemäß Art. XV einseitig beenden wollen, im Verhandlungswege geändert werden. Die USA hoffen, die SU davon überzeugen zu können, daß die Existenz von strategischen Abwehrsystemen auf beiden Seiten den beiderseitigen Interessen am besten entsprechen würde und daß daher eine Anpassung des ABM-Vertrages die beste Lösung wäre.

4) In der Zwischenzeit dürfte die SU weiterhin eine Begrenzung der amerikanischen SDI-Aktivitäten fordern. Sie wird dabei das Argument benutzen, Reduzierungen ihrer offensiven Potentiale seien ihr nicht zuzumuten, solange sie damit rechnen müsse, daß die USA neue Defensivsysteme aufstellen und damit die Eindringfähigkeit der sowjetischen Raketen und folglich auch die Fähigkeit der SU zur Vergeltung beeinträchtigen.

5) Nachdem sich bei den Experten die Einsicht durchgesetzt hat, daß ein absoluter Schutz eines größeren Territoriums schwerlich erreichbar ist und damit die Bevölkerungszentren weiterhin verwundbar bleiben werden, kann der Zweck neuer strategischer Abwehrsysteme nur darin liegen, daß die Abschreckung ergänzt und gestärkt – und nicht ersetzt – wird. Das dringendste Problem ist dabei die Ausschaltung der Gefahr eines Erstschlages gegen landgestützte Interkontinentalraketen. Dieses Problem wurde besonders aktuell durch die Ausrüstung von landgestützten Interkontinentalraketen mit mehrfachen, unabhängig steuerbaren Gefechtsköpfen (MIRV): Dadurch entstand einmal die Möglichkeit, jedes Abschußgestell des Gegners mit mehreren Gefechtsköpfen abzudecken, zum anderen wurde aber auch durch Schaffung hochwertiger nuklearer Ziele der Anreiz für einen entwaffnenden Schlag erhöht. Diese Lage ist instabil und damit gefährlich. Ein wirksames Abwehrsystem gegen ballistische Raketen würde die Gefahr eines Erstschlages beseitigen, weil der Angreifer nicht mehr sicher sein könnte<sup>14</sup>, alle Abschußgestelle des Gegners mit einem Schlag ausschalten zu können.

Diese Wirkung könnte allerdings auch in weitgehendem Umfang durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle erzielt werden, insbesondere durch einschneidende Reduzierung der Raketen, die Raketenstellungen zerstören können; d. h. Reduzierung oder sogar Abschaffung der Systeme mit mehreren Gefechtsköpfen. Die Abschreckungsfunktion der strategischen Raketen würde erhalten und der Anreiz für die Vermehrung der strategischen Potentiale beseitigt.

Ob sich das amerikanische Denken in diese Richtung bewegen wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Im jetzigen Stadium müssen wir vielmehr davon ausgehen, daß das Forschungsprogramm wie geplant fortgeführt wird.

Hartmann

VS-Bd. 11374 (220)

<sup>14</sup> Die Wörter „nicht mehr sicher sein könnte“ wurden von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Sicherheit hat auf keiner Seite je bestanden!“ Bundesminister Genscher notierte dazu handschriftlich: „richtig!“.

## 2

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer****201-9-369.40-29251/84 geheim****4. Januar 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Billigung von Ziffer 4

Betr.: WEU<sup>4</sup>

hier: Jüngste amerikanische Stellungnahmen

Anlg.: 2 (nur bei Original)<sup>5</sup>

1) Der Europa-Direktor im State Department, Burt, hat am 28.12.1984 über die hiesige amerikanische Botschaft ein Schreiben an mich gerichtet, in dem er im Hinblick auf das jetzt für den 11.2.1985 terminierte Treffen der WEU-Abrüstungsbeauftragten<sup>6</sup> Bedenken geltend macht. Außerdem geht aus dem Brief

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Ehni konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 8. Januar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201-9 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 8. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Ehni am 9. Januar 1985 erneut vorgelegen, der „zur Kenntnis“ die Weiterleitung über Ministerialdirigent Schauer an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.

Hat Schauer am 11. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Pfeffer am 14. Januar 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 201 vermerkte: „Bitte Sprechzettel (englisch) für nächstes Treffen (vor allem Argumente S. 3).“ Vgl. Anm. 10 und 16.

Hat Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz am 24. Januar 1985 vorgelegen, der handschriftlich die Anfertigung einer Kopie für das Vierertreffen der Politischen Direktoren am 11. Februar 1985 in Paris verfügte.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 8. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Am 30. Oktober 1984 übermittelte Ministerialdirigentin Finke-Osiander der Botschaft in Washington ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz. Darin legte Genscher zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 26./27. Oktober 1984 in Rom dar: „Die Minister haben auf der Ratstagung auch die Unteilbarkeit der Sicherheit innerhalb des Vertragsgebiets des Nordatlantischen Bündnisses unterstrichen. Sie sind davon überzeugt, daß die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb der WEU entsprechend der Konzeption des Harmel-Berichts, die in der Washingtoner Erklärung des Bündnisses vom 31.5.1984 bekräftigt wurde, zur Aufrechterhaltung einer angemessenen militärischen Stärke und politischer Solidarität unter den Verbündeten beiträgt und auf dieser Grundlage zu stabileren Beziehungen zwischen Ost und West durch die Förderung von Dialog und Zusammenarbeit.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1253; Referat 200, Bd. 148647.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Burt, vom 28. Dezember 1984 vgl. VS-Bd. 11858 (209).

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 27. Dezember 1984, der I. Sekretär an der amerikanischen Botschaft, Phelps, habe ihm am selben Tag einen Sprechzettel zur Zusammenarbeit innerhalb der WEU in Fragen der Rüstungskontrolle übergeben. Vgl. VS-Bd. 11858 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Am 14. Februar 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat von Arnim: „Bei dem Treffen wurde deutlich, daß sich die WEU im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle operativ im wesentlichen auf Studien und Analysen beschränken wird. Um so wichtiger ist die politische Funktion der halbjährlichen Ministerrats tagungen. Bei der Erörterung der Vorbereitung des Ministerrats in Bonn machte GB deutlich, daß es die Beschlüsse von Rom einzuengen sucht. In voller Kenntnis der Ankündigung des Bundesministers, daß sich der nächste Ministerrat mit der weltweiten Ächtung der chemischen Waffen und Fragen der militärischen Nutzung des Weltraums und ihrer Bedeutung für

hervor, daß Burt dem Mißverständnis unterliegt, das Rüstungskontrollamt der WEU werde zu einem rüstungskontrollpolitischen Forum gemacht, in dem alle europäischen Sicherheitsfragen behandelt werden sollen.

Parallel zu dem Schreiben demarchierte – wie von Burt in seinem Schreiben erwähnt – die amerikanische Botschaft bei D 2 A i. V.<sup>7</sup> am 27.12.1984. Burt will diese Thematik auch beim nächsten Treffen der vier Direktoren, das für Ende Januar vorgesehen ist, aufgreifen.<sup>8</sup>

2) Burt legt dar, die USA hätten die Bemühungen um die Belebung der WEU in der Öffentlichkeit unterstützt unter dem Gesichtspunkt, daß dadurch die europäischen Verteidigungsanstrengungen gefördert und die Nordatlantische Allianz gestärkt würden. Die wachsende Betonung der Rüstungskontrollfragen innerhalb der WEU sei damit nicht vereinbar. Die NATO sei das Gremium, in dem die westlichen Konsultationen zur Rüstungskontrolle stattfänden. Eine Konzentration der WEU auf Rüstungskontrolle schaffe den unzutreffenden Eindruck, als ob Europa weniger an der Verbesserung seiner Verteidigung als vielmehr daran interessiert sei, in Rüstungskontrollfragen Druck auf die USA auszuüben.

Ähnlich äußerte sich aufgrund eines Sprechzettels der Botschaftsvertreter gegenüber D 2 A i. V., der dazu sofort unter anderem folgendes erwiderte:

Das Treffen der Abrüstungsbeauftragten, zu dem wir als WEU-Präsidenschaft nunmehr für den 11.2.1985 nach Bonn einluden, diene der Ausführung der WEU-Beschlüsse von Rom<sup>9</sup>, in denen sicherheitspolitische Zusammenarbeit einschließlich Abrüstung ausdrücklich als Thema für die Minister erwähnt seien. Die USA könnten davon ausgehen, daß unsere Initiative die unerläßlichen Rüstungskontrollkonsultationen in der NATO in keiner Weise in ihrer Bedeutung schmälern solle, sondern darauf abziele, diese Konsultationen lediglich zu ergänzen und, wo immer möglich, die Alliansolidarität zu stärken. Dies werde sowohl bei der Auswahl der für WEU-Rüstungskontrollthemen in Frage kommenden Bereiche als auch in der Struktur der Konsultationen zum Ausdruck kommen. Wir seien auch bereit, die Botschaft über die weitere Entwicklung zu unterrichten.

3) Wir halten die USA über unsere Bemühungen zur Belebung der WEU seit deren Beginn ständig unterrichtet. Sowohl in bilateralem als auch in multilateralem Rahmen haben wir den USA unsere Überlegungen zur WEU und die zu treffenden Maßnahmen dargelegt. Sie hatten ein die Ministerratssitzung von Rom erläuterndes Schreiben an Außenminister Shultz gerichtet, das Botschaf-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 7*

Europa [...] beschäftigen sollte, legte GB einen formellen Vorbehalt gegen eine Behandlung dieser Themen ein.“ Vgl. Referat 209, Bd. 130053.

<sup>7</sup> Rüdiger Hartmann.

<sup>8</sup> Am 20. Februar 1985 teilte Ministerialdirektor Pfeffer zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 11. Februar 1985 in Paris mit: „Morel und ich haben in längeren und sehr festen Ausführungen Burts Beschwerde über die Befassung der WEU mit Rüstungskontrollfragen bzw. der angeblichen Akzentverschiebung zur Rüstungskontrolle hin als unbegründet zurückgewiesen. Die WEU beschäfigte sich in ausgewogener Weise mit allen Verteidigungsaspekten, der Rüstungskontrolle als integralem Bestandteil der Sicherheitspolitik und den West-Ost-Beziehungen.“ Vgl. den Rund-erlaß Nr. 1353; VS-Bd. 12976 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Die Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten fand am 26./27. Oktober 1984 in Rom statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 290.



ter van Well mit zusätzlichen mündlichen Ausführungen Armacost als amtierendem Außenminister übergab. Ich benutzte die Treffen der vier Direktoren, um unter dem Gesichtspunkt unserer WEU-Präsidentschaft Burt auf dem Laufenden zu halten. Nach dem Ministerrat von Rom hatte ich in Ihrem Auftrag den NATO-Rat in Brüssel in einer besonderen Sitzung über die Ergebnisse unterrichtet.

<sup>10</sup>4) Wir müssen den USA auch in Zukunft bei allen sich bietenden Gelegenheiten – so auch beim nächsten Treffen der vier Direktoren – deutlich machen, daß wir beabsichtigen, die WEU-Belebung wie in 1984 mit den USA ständig zu konsultieren. Andererseits müssen wir ebenfalls deutlich machen, daß wir der Intervention Burts in der Sache nicht nachkommen können.

Wir sollten darlegen,<sup>11</sup> daß die Rüstungskontrollpolitik für uns ein integrales und zur Verteidigungspolitik komplementäres Element der Sicherheitspolitik darstellt.<sup>12</sup> Insbesondere wäre zu erläutern, daß<sup>13</sup> in der WEU<sup>14</sup> Initiativen und Argumente aus europäischer Sicht vorgeklärt, nicht vorab entschieden werden, um für die Entscheidung in der NATO aufbereitet zu werden. Diesem Ziel dient auch das Treffen der WEU-Abrüstungsbeauftragten, zu dem wir als WEU-Präsidentschaft auf den 11.2.1985 nach Bonn eingeladen haben. Eine einheitliche, nicht nur reaktive, sondern konstruktive europäische Haltung sollte spezifisch europäische Gesichtspunkte besser zur Geltung bringen, um schließlich der gesamten westlichen Position zur Rüstungskontrolle zugute zu kommen. Wir sind uns bewußt, daß Europa nicht ohne die USA, sondern nur zusammen mit ihnen Rüstungskontrollpolitik betreiben kann. So wie in Fragen der Verteidigungspolitik die westliche Sicherheit nur durch enge Zusammenarbeit Europas mit den USA im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses gestärkt werden kann, wird auch die Rüstungskontrollpolitik ihren Beitrag in enger europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit zur Gestaltung einer gemeinsamen westlichen Sicherheitspolitik leisten. Die Abstimmung des europäischen Beitrags stärkt das Bündnis als Ganzes.<sup>15</sup> Durch die von uns ins Auge gefaßten Initiativen erfährt der bestehende, für uns essentiell wichtige Konsultationsprozeß im Bündnis keine Schmälerung, sondern wird vielmehr gestärkt und vertieft. Wir werden dafür sorgen, daß sich auch in der Öffentlichkeit der Eindruck verfestigt, daß die Europäer die westliche Position in den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollgesprächen tatkräftig unterstützen.

Darüber hinaus ist hervorzuheben, daß die Rüstungskontrolle nur eines von sechs möglichen Themen (gemäß den Ergebnissen des<sup>16</sup> Ministerrates von Rom

<sup>10</sup> Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz handschriftlich eingefügt: „Zum Gegenstand Ihres Briefes: grundsätzlich sei vorausgeschickt,“.

<sup>12</sup> Der Passus „Andererseits müssen ... Sicherheitspolitik darstellt“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer durch eckige Klammern hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies sind die Kernargumente.“

<sup>13</sup> Der Passus „Insbesondere [...] daß“ wurde von Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz gestrichen.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz handschriftlich eingefügt: „sollen“.

<sup>15</sup> An dieser Stelle fügte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich ein: „Es dürfte in beiden Fragen auch im Interesse der USA liegen, wenn eine Vorabstimmung der Europäer im WEU-Kreis erfolgt und nicht im 13er- respektive 14er-Rahmen.“

<sup>16</sup> Ende der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

26./27.10.1984) sei, über die der WEU-Ministerrat beraten wolle. Zu gegebener Zeit werden andere Themen, insbesondere auch Verteidigungsfragen, in der WEU diskutiert werden.

Ich beabsichtige, mich in diesem Sinne mit meinem britischen und französischen Kollegen<sup>17</sup> im Hinblick auf die nächste Sitzung der vier Direktoren abzustimmen und Burt<sup>18</sup> auf der nächsten Sitzung der vier Direktoren entsprechend zu antworten.

5) D 2 A i. V. hat mitgezeichnet.

Pfeffer

VS-Bd. 11858 (209)

### 3

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-363.14 USA-5/85 VS-vertraulich

4. Januar 1985<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung<sup>2</sup>

Betr.: Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik Deutschland für die militärische Kooperation der USA mit Staaten des Nahen und Mittleren Ostens<sup>3</sup>;  
hier: Konsultationsverfahren<sup>4</sup>

Bezug: Ihre Weisung

Hiermit wird weisungsgemäß eine Aufzeichnung über Entstehung und Durch-

<sup>17</sup> Pierre Morel (Frankreich), Derek Thomas (Großbritannien).

<sup>18</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 28. Januar 1985, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, habe ihm am selben Tag erklärt: „Man habe Verständnis für das Konzept, die WEU zur europäischen Säule der Atlantischen Allianz zu machen. Jetzt entstehe jedoch der Eindruck, daß die WEU sich dabei auf Rüstungskontrollfragen konzentriere. Besondere Sorgen mache, daß auf der Tagesordnung der Sitzung der Abrüstungsbeauftragten am 11.2. die militärische Nutzung des Weltraums und chemische Waffen ständen. Damit spreche man über Themen, die die USA besonders berühren, ohne diese zu beteiligen. Man habe schon schlechte Erfahrungen mit der Entwicklung von Positionen in der EPZ gemacht, bei denen man mit europäischen Positionen in der EPZ konfrontiert worden sei, über die vorher nicht mit den USA gesprochen worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; VS-Bd. 11427 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 7. Januar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte.

Hat Cuntz am 8. Januar 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.

Hat Lewalter und Bertram am 10. Januar 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zur Haltung der Bundesregierung vgl. AAPD 1984, II, Dok. 268.

<sup>4</sup> Am 3. Januar 1985 vermerkte Ministerialdirigent Schauer, der amerikanische Gesandte Woessner habe Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Dezember 1984 über „geplante Treffen von amerikani-

führung unserer Konsultationen mit den USA im Zusammenhang mit o. a. Themenbereich vorgelegt:

1) Ursprünglich hatten die USA die Nutzung ihrer Basen in der Bundesrepublik Deutschland für logistische Aufgaben in Spannungsgebieten oder zur Ausbildung von Militärpersonal aus Ländern solcher Regionen als Routineangelegenheit in eigener Zuständigkeit betrachtet.

Während des Jom-Kippur-Krieges im Jahre 1973 kam es zu einer ernstlichen Verstimmung, als israelische Schiffe amerikanische Panzer aus Wilhelmshaven abholen wollten, ohne uns vorher gefragt zu haben. Damals war die Frage, inwieweit die Bundesregierung bei solchem Vorgehen der Amerikaner beteiligt werden muß, zwischen beiden Seiten noch sehr umstritten.<sup>5</sup>

Im Herbst 1978 erhielten wir Kenntnis von der Absicht der USA, israelische Piloten an Simulatoren auf amerikanischen Luftwaffenstützpunkten in der Bundesrepublik Deutschland (Bitburg/Eifel) auszubilden.<sup>6</sup> Wir haben dem Vorhaben damals zugestimmt, gleichzeitig jedoch klargestellt, daß wir künftig keine Ausbildung von Soldaten aus Spannungsgebieten auf deutschem Boden wünschen. Dennoch wurden wir im August 1979 mit einem weiteren amerikanischen Ersuchen konfrontiert, der Ausbildung ägyptischer und israelischer Piloten auf US-Basen in der Bundesrepublik Deutschland zuzustimmen. Wir haben damals in die Ausbildung ägyptischer Piloten – nicht der israelischen Piloten – schließlich mit der Maßgabe eingewilligt, daß dies der letzte Ausnahmefall sei.<sup>7</sup>

2) Mitte Februar 1980 unterrichtete die amerikanische Botschaft in Bonn das Auswärtige Amt (Ref. 201) und das BMVg (Ref. Füs III 1) auf Arbeitsebene davon, daß die Implementierung der „Carter-Doktrin“<sup>8</sup> es in bestimmten Situationen notwendig machen könne, militärisch von NATO-Basen in der Bundes-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 10*

schen und israelischen Militärexperten bei USEUCOM (US-European Command) in Stuttgart-Vaihingen“ unterrichtet und sich erkundigt, „welche Einheit im Auswärtigen Amt für die Entgegennahme und Bearbeitung des sehr vertraulichen Anliegens zuständig sei“. Dazu schlug Schauer vor: „StS teilt Gesandtem Woessner mit, daß den geplanten amerikanisch-israelischen Treffen grundsätzlich zugestimmt wird, jedoch mit der Bitte, zukünftige Treffen dem Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene rechtzeitig vorher unter genauer Angabe des israelischen Teilnehmerkreises mitzuteilen.“ Vgl. VS-Bd. 12030 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Im Verlauf des am 6. Oktober 1973 ausgebrochenen Jom-Kippur-Krieges lieferten die USA Kampfflugzeuge, Panzer und Artilleriemunition aus ihren Beständen in der Bundesrepublik an Israel. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 322, Dok. 335, Dok. 337, Dok. 342 und Dok. 343.

<sup>6</sup> Mit Verbalnote vom 7. November 1978 erbat die amerikanische Botschaft die Zustimmung der Bundesregierung zur Ausbildung von israelischen Kampfpiloten auf der amerikanischen Luftwaffenbasis in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 368.

<sup>7</sup> Im August 1979 wurde von Seiten der USA die Zustimmung der Bundesregierung zur Ausbildung ägyptischer und israelischer Kampfflugzeugpiloten an amerikanischen Flugsimulatoren auf dem Gebiet der Bundesrepublik erbeten. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 235 und Dok. 257.

<sup>8</sup> In seiner Rede zur Lage der Nation vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses am 23. Januar 1980 erklärte Präsident Carter mit Blick auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 und deren strategische Implikationen: „An attempt by any outside force to gain control of the Persian Gulf region will be regarded as an assault on the vital interests of the United States of America, and such an assault will be repelled by any means necessary, including military force.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 104. Zur sogenannten „Carter-Doktrin“ vgl. ferner AAPD 1980, I, Dok. 17.

republik Deutschland in den Golf zu operieren. In solchen Fällen sei Washington darauf angewiesen, umgehend die deutsche Zustimmung zu erhalten.<sup>9</sup>

Am 20.4.1980 fand ein Gespräch zwischen Bundeskanzler Schmidt und den Bundesministern Genscher und Apel statt, in dem BM Genscher besonders darauf hingewiesen hatte, daß es sich hier nicht um ein technisches Problem handelt. Der Benutzung der US-Basen könnte je nach Zweck und allgemeiner Lage eine völlig unterschiedliche Bedeutung zukommen. Man könne zukünftige Ersuchen daher nur von Fall zu Fall bewerten. Benötigt würden in diesen Fällen auch Informationen über schon erfolgte bzw. vorgesehene Nutzung des Territoriums von anderen Verbündeten. Es dürfe keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland geben.<sup>10</sup>

Das Auswärtige Amt erhielt den Auftrag, die Rahmenbedingungen für das US-Ersuchen zu erkunden. Entsprechend wurde Botschafter Stoessel am 5. Mai 1980 durch StS van Well unterrichtet und um weitere Informationen gebeten, die die Amerikaner dann zur Verfügung stellten.<sup>11</sup>

3) Der Bundessicherheitsrat hat sich am 3. November 1982 mit Out-of-area-Fragen befaßt und u. a. beschlossen, daß die Bundesrepublik Deutschland bereit sei, sich kooperativ an Maßnahmen zu beteiligen, die im Zusammenhang mit Out-of-area-Planungen der USA stehen. Diese Beteiligung kann gemäß BSR-Beschluß u. a. umfassen:

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 14. Februar 1980, am Vortag habe die amerikanische Botschaft das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung darüber unterrichtet, „daß die Implementierung der ‚Carter-Doktrin‘ es [...] notwendig machen könne, militärisch von NATO-Basen auch bei uns aus in den Golf hinein zu operieren“. Das Bundesministerium der Verteidigung habe begrüßt, „daß die Amerikaner sich um die militärischen Mittel und Vorkehrungen zur effektiven Durchsetzung der ‚Carter-Doktrin‘ bemühten. Im Ernstfalle könne Washington für die sich dabei im europäischen Bündnisbereich evtl. stellenden Bedürfnisse mit Verständnis rechnen. Die deutsche Einwilligung zur Benutzung von amerikanischen Basen sei allerdings auch für Einsätze im Golf weiterhin einzuholen.“ Vgl. VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Bundesministern Genscher und Apel am 20. April 1980 notierte Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 22. April 1980, Schmidt habe festgestellt: „Wir müßten uns so vorbereiten, daß im Falle einer konkreten Anforderung sehr schnell eine Besprechung mit Beschlußfassung durchgeführt werden könne (nicht 24 Stunden warten). [...] Auf Weisung des Bundeskanzlers wird unter der Federführung des Auswärtigen Amtes eine Gruppe gebildet, die die erforderlichen Informationen zusammenstellt.“ Vgl. VS-Bd. 10267 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

<sup>11</sup> Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel legte Staatssekretär van Well am 5. Mai 1980 dar: „Unseres Erachtens sei die Frage der Verfügbarkeit amerikanischer Streitkräfte für Nicht-NATO-Einsätze in erster Linie eine Bündnisangelegenheit, die Frage der Nutzung von Basen bei uns dafür in erster Linie eine bilaterale Frage.“ Im Bewußtsein, daß die „Sicherung des Nahen und Mittleren Ostens und der Ölrouten“ im gemeinsamen amerikanisch-europäischen Interesse liege, „würden wir im konkreten Fall über unsere Zustimmung zur Nutzung der US-Basen im Bundesgebiet für sicherheitspolitische Maßnahmen der USA im Nahen und Mittleren Osten entscheiden; zur vorherigen Prüfung aller Aspekte und möglicher Rückwirkungen müssen wir uns unsere Zustimmung zu derartigen amerikanischen Maßnahmen für jeden Einzelfall vorbehalten; wir gehen davon aus, daß durch derartige amerikanische Maßnahmen die Erfüllung der US-Verpflichtungen in Europa nicht beeinträchtigt wird“. Vgl. das Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vom 8. Mai 1980 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt; VS-Bd. 10276 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

Ministerialdirektor Blech wurde am 19. September 1980 durch das amerikanische Außenministerium in Washington über eine mögliche Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten unterrichtet. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 311.

„Gewährung von Überflug- und Zwischenlanderechten für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen Osten und Mittleren Osten. (In Fortführung einer schon bisher geübten Praxis: Einzelfallentscheidungen bei konkreten amerikanischen Ersuchen.) Im Einklang mit dem Grundsatz der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis wird darauf zu achten sein, daß auch andere hierfür in Betracht kommende Bündnispartner der Durchführung entsprechender Maßnahmen auf ihrem Territorium zustimmen.“

4) In den letzten Jahren hat sich mit den Amerikanern ein Verfahren eingespielt, wonach bei Nutzungen von US-Basen in der Bundesrepublik Deutschland oder bei Transitflügen im Zusammenhang mit Materialverbringung (z.B. Verbringung von Munition für die Regierungstruppen in den Libanon<sup>12</sup>) oder Übungen im Nahen und Mittleren Osten, z.B. Übung „Bright Star“ 83 (Beteiligung Ägypten, Somalia, Sudan und Oman), jeweils die Zustimmung der Bundesregierung eingeholt wird. Üblicherweise wendet sich die US-Botschaft (Politisch-militärischer Attaché) in einem solchen Fall mit einem Schreiben an Referat 201, das in Kopie an das BMVg und das Bundeskanzleramt gegeben wird. Die Amerikaner geben uns üblicherweise Informationen über andere beteiligte NATO-Staaten. Im Auswärtigen Amt werden entsprechende Anträge der Amerikaner dem Bundesminister zur Entscheidung vorgelegt. Parallel laufen Leitungsvorlagen im BMVg und im Kanzleramt, die je nach Lage des Einzelfalls vom Bundeskanzler bzw. BM Wörner oder vom Staatssekretär im BMVg bzw. vom Chef des Kanzleramts entschieden werden.

Nach Vorliegen der Entscheidungen beantwortet dann als Normalfall RL 201 mit einem Schreiben an die US-Botschaft den amerikanischen Antrag, verbunden mit der Bitte um größtmögliche Diskretion.

Da die Anträge teilweise äußerst kurzfristig eingingen, wurde die amerikanische Seite mehrfach darauf hingewiesen, daß für unsere politische Entscheidung eine möglichst frühzeitige Beantragung erforderlich sei. In letzter Zeit trägt die amerikanische Seite dem Rechnung.

5) Vorstehendes Konsultationsverfahren ist zur Wahrung unseres Rechtsstandpunktes erforderlich. Maßnahmen der US-Streitkräfte, die von der Bundesrepublik Deutschland aus in Regionen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets<sup>13</sup> gehen, sind nicht durch die stationierungsrechtlichen Abkommen, insbesondere das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut<sup>14</sup> gedeckt. Sie bedürfen daher der ausdrücklichen Zustimmung durch die Bundesregierung.

Schauer

**VS-Bd. 12030 (201)**

<sup>12</sup> Mit Schreiben vom 2. September 1983 unterrichtete die amerikanische Botschaft das Auswärtige Amt über die Absicht der USA, Munition aus Depots in der Bundesrepublik an die libanesische Armee zu liefern. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 249.

<sup>13</sup> Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des NATO-Vertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) und für die Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1385.

## Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-10050/85 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 14

Aufgabe: 4. Januar 1985, 19.08 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 4. Januar 1985, 19.27 Uhr

Betr.: Die Lage des Bündnisses 1985 und Betrachtungen zur Orientierung der deutschen Politik im Bündnis

### Zur Unterrichtung

Die internationale Lage, in der das Bündnis heute seine Funktion zu erfüllen hat, ist durch die fortdauernde Übergangsphase in der Sowjetunion, durch die Konsolidierung des amerikanischen Erneuerungsprozesses sowie durch weltwirtschaftliche Entwicklungen gegenläufiger Tendenzen gekennzeichnet.

Die Erhaltung eines stabilen Bündnisses entspricht unseren Sicherheitsbedürfnissen und im weiteren Sinne unserer weltpolitischen Lagebeurteilung. Schwerpunkte der Arbeit im Bündnis zu bestimmen und die Entwicklung des Bündnisses mitzugestalten, sind daher wichtige Aufgaben der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik.

Nachstehend nenne ich die Probleme des Bündnisses, die unsere besondere Aufmerksamkeit verlangen:

1) Die Bündnispartner müssen sich mit der Bewältigung der Weltraumproblematik sowie mit den wahrscheinlich eintretenden Akzentverschiebungen in den amerikanischen Verteidigungsanstrengungen (Konzentration auf strategische, auf maritime Kräfte und auf weltweit agierende Interventionskräfte sowie Begrenzung der US-Streitkräfte in den Gebieten<sup>2</sup>, in denen starke und potente Bündnispartner mit eigenen Anstrengungen einen wesentlichen Beitrag der für die Aufrechterhaltung oder die Herstellung eines angemessenen regionalen Kräfteverhältnisses leisten können und sollten) Problemen einer politischen Größenordnung stellen, die hinter der der Mittelstreckenentscheidung (INF-Doppelbeschluss<sup>3</sup>) keineswegs zurückstehen.<sup>4</sup> Die wichtigsten europäischen Partner müssen die mit diesen Problemen verbundenen konzeptionellen politischen und budgetären sowie rüstungstechnischen Fragen mit eigener Forschung und Planung sowie politischen Entscheidungsprozessen vorbereiten und tragen. Sie sollten und dürfen sich nicht einfach auf die Übernahme amerikanischer Vorstellungen und Forderungen beschränken.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Schauer am 7. Januar 1985 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte: „Hierüber sollten wir bei Gelegenheit einmal sprechen: Ziffer 1 ist sehr allgemein; Ziff. 5 (A) habe ich Zweifel; 5 (B) sicher ein richtiger Gedanke; Ziff. 6 auch.“ Vgl. Anm. 8 und 14.

Hat Lewalter am 12. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Das Wort „Weltraumproblematik“ und der Passus „den amerikanischen Verteidigungsanstrengungen ... Gebieten“ wurden von Ministerialdirigent Schauer hervorgehoben. Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte dazu handschriftlich: „Akzentverschiebungen SDI und out of area.“

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>4</sup> So in der Vorlage.

2) Es ist davon auszugehen, daß der Weltraum in die Gestaltung des militärischen Kräfteverhältnisses einbezogen wird. Ob es gelingt, das bestehende strategische Gleichgewicht (Offensivwaffen) vertraglich in den Weltraum (Defensivwaffen) auszudehnen, läßt sich noch nicht voraussagen.

Die Nutzung moderner Technologien im Weltraum hat unmittelbare Bedeutung für die Stabilität, die sich aus dem beiderseitigen Abschreckungspotential im strategischen Bereich ergeben hat. Sie hat Einfluß auf die Glaubwürdigkeit der amerikanischen nuklearen Garantie für Europa, insbesondere die nicht-nuklearen Länder, sowie für den politischen und militärischen Wert der begrenzten nuklearen Potentiale Frankreichs und Großbritanniens.

Das transatlantische Verhältnis ist unmittelbar berührt. Belastungen der Art, wie sie sich aus der Nichtratifizierung von SALT II<sup>5</sup> ergeben hatten, sind nicht auszuschließen. Das eröffnet der Sowjetunion neue Einwirkungsmöglichkeiten auf unsere Öffentlichkeit.

3) Die politische Steuerung der neuen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, die wahrscheinlich eine umfassende Tagesordnung haben werden, macht intensive Konsultationen im Bündnis erforderlich. Diese fanden noch nicht statt. Neben dem Brennpunkt der strategischen Dimension des Ost-West-Verhältnisses gibt es den europäischen Brennpunkt, für den die europäischen Partner die Rolle des „chef de fil“ wahrzunehmen haben. Grundsätzlich sind die Allianzpartner auf diese neue Phase der Ost-West-Verhandlungen politisch gut vorbereitet. Einvernehmen wurde im Frühjahr 1984 über den Ost-West-Bericht (Harmel II) erzielt.<sup>6</sup> Die Erklärung von Washington vom 31. Mai 1984<sup>7</sup> legte das westliche Konzept für die Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses konstruktiv dar. Die Vereinigten Staaten können sich in der Anfangsphase der neuen Verhandlungsrunde auf eine breite Unterstützung durch die Bündnispartner und die Öffentlichkeit stützen. Gleichwohl ist die Gefahr unscharfer und überhöhter Erwartungshaltungen in den innenpolitischen Auseinandersetzungen nicht zu übersehen. Hier ist eine wichtige Aufgabe von den Regierungen und von den Bündnisorganen zu erfüllen.

4) Die Erfolgchancen der Verhandlungen werden erheblich davon bestimmt, in welchem Maße die Regierungen der Bündnisländer neben der Fähigkeit zur politischen Solidarität auch die Maßnahmen ergreifen, die für die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit des westlichen Selbstbehauptungswillens notwendig werden.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 195, und AAPD 1979, II, Dok. 197.

In einem Schreiben an den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, bat Präsident Carter am 3. Januar 1980 darum, die Debatte im Senat über eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 auszusetzen. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980/81, S. 12. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 59.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

Zum „West-Ost-Bericht“ der NATO vgl. AAPD 1984, I, Dok. 138.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „1. Juni 1984“.

58) Entscheidungen wie derjenigen der Bundesregierung, aus demographischen Gründen die Dauer des Wehrdienstes zu verlängern<sup>9</sup>, kommen in dieser Hinsicht bedeutende Signalwirkung zu. Der amerikanische NATO-Botschafter Abshire hat dies in einem ganz offensichtlich für die Meinungsbildung des Kongresses bestimmten Artikel in der Washington Post/Herald Tribune am 2.1.85 festgestellt: „The Allies are Strengthening NATO.“<sup>10</sup> Es wäre falsch anzunehmen, daß die Dimension der Maßnahmen, die im Bereich der Verteidigung im Laufe der nächsten Jahre voraussichtlich notwendig werden, sich in dem bisherigen Rahmen der kollektiven Streitkräfteplanung bewegen wird. Die Entwicklung der globalen Sicherheitslage, die Entwicklung neuer Technologien, die Bedeutung, die neben dem Gleichgewicht im strategischen und im Mittelstreckensbereich auch dem konventionellen Kräfteverhältnis eingeräumt werden muß, wird mit zunehmender Intensität in den innerwestlichen Meinungsbildungsprozeß Eingang finden. Es wäre für unsere Lage abträglich, wenn wir den in der Vergangenheit gelegentlich gemachten Fehler wiederholen würden, Maßnahmen, die eindeutig auch in unserem Interesse liegen, erst nach starkem amerikanischem Druck zu treffen<sup>11</sup> (vgl. Infrastruktur-Entscheidung<sup>12</sup>). Damit wird, ungeachtet hoher finanzieller Aufwendungen, das deutsche Gewicht im Bündnis, in Europa und in Moskau, aber natürlich auch in Washington gemindert.

Um der Wiederholung solcher Situationen vorzubeugen, ist es für unsere Position im Bündnis wichtig, auf der Grundlage eigener Lagebeurteilungen konzip-

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt: „A“. Vgl. Anm. 1.

<sup>9</sup> Zu den Beschlüssen der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984 über die Streitkräfteplanung erklärte Bundesminister Wörner vor der Presse, der Verteidigungsumfang „in Höhe von 1,25 Millionen Mann plus 90 000 Mann zur Unterstützung der alliierten Truppenverstärkung für unser Land“ werde aufrecht erhalten. Dies geschehe zum einen durch „die Sicherstellung des Bestandes an Längerdienenden. Ab 1989 sind auch Maßnahmen zur Sicherung eines ausreichenden Umfangs an Grundwehrdienstleistenden erforderlich. Dabei ist trotz Ausschöpfung aller anderen möglichen Maßnahmen die Verlängerung des Grundwehrdienstes auf 18 Monate unumgänglich. Um in den 90er Jahren die Friedenspräsenz der Streitkräfte nahezu unvermindert aufrechtzuerhalten, muß darüber hinaus die Zahl der Wehrübungsplätze auf 15 000 erhöht und die Verfügungsbereitschaft verbessert werden. [...] Auch der Verwendungstau muß zwischen 1986 und 1991 abgebaut werden, um den Streitkräften ein leistungsfähiges Führerkorps zu erhalten.“ Vgl. die Pressemitteilung; Referat 201, Bd. 130177. Vgl. dazu auch AAPD 1984, II, Dok. 251.

<sup>10</sup> Für den Artikel von David M. Abshire vgl. INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 2. Januar 1985, S. 6.

<sup>11</sup> Der Passus „Maßnahmen ... zu treffen“ wurde von Ministerialdirigent Schauer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>12</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 3. September 1984 hieß es zum Infrastrukturprogramm der NATO für die Jahre 1985 bis 1990: „Bei der DPC-Ministersitzung am 16./17. Mai 1984 konnte Einigung über das Finanzvolumen des neuen Programms wegen unterschiedlicher Auffassungen der Allianzpartner nicht erzielt werden. Spanne zwischen US-Forderungen (3,8 Mrd. IAU) und unseren Vorstellungen (2,3 Mrd. IAU) war zu groß. [...] Gespräch mit Sec[retary of] Def[ense] Weinberger am 12. Juli 1984 in Washington blieb erfolglos, weil USA rückhaltlos die Finanzierung von 3,8 Mrd. IAU unterstützten.“ Vgl. Referat 201, Bd. 130205.

Am 19. November 1984 stellte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), fest: „Nach der nunmehr erfolgten deutsch-amerikanischen Einigung ist zu erwarten, daß die Bündnisländer einem Plafond von 3 Mrd. IAU zustimmen werden. Auch wenn dieser Betrag hinter den Forderungen der militärischen Oberbefehlshaber von 5,9 Mrd. IAU erheblich zurückbleibt, kann bei einem gegenüber dem laufenden Programm verdoppelten Umfang ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsstruktur geleistet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1946; Referat 201, Bd. 130205.

Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO billigte auf der Ministersitzung am 4./5. Dezember 1984 den Plafond von 3 Mrd. IAU für das Infrastrukturprogramm. Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 126. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 83 f.



tionelle Rahmenvorstellungen und planerische Entscheidungen, z. B. im rüstungstechnischen und budgetären Bereich, zu treffen<sup>13</sup>, die auf die Gestaltung der Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses insgesamt konstruktiv einwirken können. Dies geschieht bereits in einzelnen Bereichen, sollte aber im Interesse des Gewichtes unserer außenpolitischen Bemühungen in einem umfassenderen Sinne als bisher erfolgen. Aus einem nur reaktiven Verhalten erwächst ungeachtet steigender verteidigungspolitischer Anstrengungen kaum politischer Nutzen.

5<sup>14</sup>) Die Bundesrepublik Deutschland gehört bei der gemeinsamen Verteidigungsplanung und in den Kommando-Strukturen zu den Bereichen Europa-Nord und Europa-Mitte. Sie trägt mit ihren wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Kooperationsprogrammen zur politischen Stabilität im Bereich Europa-Süd bei. Von ihrer Mittellage aus gesehen, ist die systematische Pflege der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern auch im bilateralen Bereich – unabhängig davon, in welcher Weise sich die Nachbarn an der europäischen Integration beteiligen – ein Gebot unserer eigenen Sicherheit. Dem gelegentlichen Hinweis, daß Dänemark ein schwaches NATO-Mitglied sei – und das ist sicherlich auch mit gewisser Berechtigung gesagt –, sollten wir nicht mit einer resignierenden Haltung begegnen, sondern mit der Intensivierung der sicherheitspolitischen Konsultation mit diesem nördlichen Nachbarn<sup>15</sup>.

Ich empfehle solche Konsultationen auch mit anderen Ländern, die sich in einem kritischen Verhältnis zur Allianz befinden, z. B. Spanien, Griechenland<sup>16</sup>, neuerdings auch Türkei.

6) Aus der vorstehenden Lagebeurteilung ergibt sich für uns die Notwendigkeit, die Aktivitäten unserer auf das militärische Gleichgewicht gerichteten Politik so zu verfolgen, daß sie sich unseren Partnern als eine ausgewogene Politik von Verteidigungsanstrengung und Dialogbereitschaft darstellt. Es sollte vermieden werden, die außenpolitischen Aktivitäten unangemessen stark auf die Aspekte der Rüstungskontrolle zu legen.<sup>17</sup> Für den Erfolg der Rüstungskontrollpolitik sind die Pflege der Allianz-Solidarität und die Erhaltung eines ausgewogenen militärischen Kräfteverhältnisses unerläßliche Voraussetzungen. Das aktiv geführte bilaterale Gespräch mit unseren Partnern über verteidigungspolitische Probleme und über Fragen der rüstungswirtschaftlichen und rüstungstechnischen Zusammenarbeit ist ein wichtiges Element einer auf die europäische Kooperation gerichteten Politik. Wir sollten dies nicht den USA

<sup>13</sup> Der Passus „Lagebeurteilungen ... zu treffen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Rüstungspolitik im Dienst d[er] Außenpolitik/Sicherheitspol[itik].“

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt: „B“. Vgl. Anm. 1.

<sup>15</sup> Der Passus „Intensivierung ... nördlichen Nachbarn“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Konsultationen zur Echoerzeugung.“

<sup>16</sup> Das Wort „Griechenland“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gr[iechenland]-Kons[ultationen]: StS hatte bei Vortrag Dg 20 genickt.“

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Akzent liegt zu sehr auf Rüstungs[kontrolle].“

aufbürden oder überlassen. Dies sollte auch in den veröffentlichten Abrissen unserer Sicherheitspolitik Niederschlag finden.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 12017 (201)

## 5

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.90 USA-15/85 geheim

8. Januar 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: „Tornister-Bomben“ und US-Special Forces

Bezug: 1) DB Washington Nr. 44 vom 4.1.85 (liegt bei)<sup>3</sup>

2) DB Washington Nr. 72 vom 7.1.85 – 201-11/85 geheim (liegt bei)<sup>4</sup>

Anlg.: 1) Sprachregelung BMVg vom 7.1.85<sup>5</sup>

2) „Offene Materialien“ BMVg vom 8.1.85<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 8. und erneut am 24. Januar 1985 vorgelegen, der handschriftlich die Bitte des Bundesministers Genschers um Rücksprache vermerkte und den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 25. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Lewalter am 28. Januar 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 8. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Brigadegeneral Steinkopf, Washington, teilte zu Presseartikeln über eine mögliche Personal- und Rollenerweiterung für die US-Special Forces sowie über deren Ausstattung mit: „Der Pressesprecher des Pentagon hat es abgelehnt, zu den Medienberichten Stellung zu nehmen.“ Für den Drahtbericht vgl. VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Brigadegeneral Steinkopf, Washington, resümierte eine Unterrichtung durch die „Joint Chiefs of Staff – Special Operations Division“ der amerikanischen Streitkräfte: „Die Existenz von tragbaren Nuklearwaffen, abgewandelt oder ähnlich den ADM [...], wurde bestätigt. [...] Anders als z. B. nukleare Artilleriemunition verfügten diese Waffen über keine ‚acceleration oder deceleration devices‘ oder besondere und verschiedenartige Zündvorrichtungen. Die Special Operation Forces dienten lediglich als Transportmittel, wie bei anderen Nuklearwaffen z. B. Bomber oder Artillerie.“ Vgl. VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „7.1.83“.

Dem Vorgang beigelegt. In der Sprachregelung des Bundesministeriums der Verteidigung hieß es: „ADM [...], d. h. nukleare Sperrmunition, kommt im Rahmen der NATO-Planung nur als defensives Mittel in Betracht. Schon deshalb hat die Bundesregierung keinen Anlaß, in der Bundesrepublik gelagerte nukleare Sperrmunition mit der Ausbildung und möglichen Einsatzaufträgen amerikanischer Special Operation Forces im gegnerischen Hinterland in Verbindung zu bringen.“ Vgl. VS-Bd. 11982 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. In den „Offenen Materialien“ des Bundesministeriums der Verteidigung „für Stellungnahmen zum Thema US-Special Forces und ‚Tornister-ADM‘“ wurde betont: „Schließlich besteht ebenfalls kein Anlaß, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung insgesamt oder in bestimmten Gebieten besorgt zu sein. Die Lagerung von ADM entspricht den höchsten Sicherheitsstandards. Vorstellungen, wonach amerikanische Soldaten mit ‚Tornister-ADMs‘ in der Bundesrepublik Deutsch-

## I. Sachverhalt

1) Pressemeldungen berichteten am 3. und 4.1., Bezug nehmend auf NBC-Fernsehsendungen, daß US-Spezialeinheiten (US Special Forces), die u. a. für Terrorismusbekämpfung vorgesehen seien, über zwei (nicht mit Nuklearraketen ausgestattete) Polaris-U-Boote und eigene Luftstreitkräfte verfügten. SF-Kommandos in Europa besäßen tragbare Nuklearwaffen („backpacks“), davon ca. 100 in der Bundesrepublik Deutschland, die in sowjetischen Flugplätzen oder Kommandozentralen angebracht und ferngezündet werden könnten.

Einer dpa-Meldung zufolge ist die Bevölkerung in Bad Tölz über die Nachricht beunruhigt, daß die dort stationierten US-Spezialeinheiten an diesen tragbaren Atomwaffen (Tornister-Atombombe) ausgebildet würden. Der Kommandeur der US-Kaserne in Bad Tölz, Hutton, bestritt nach Angaben eines Sprechers der US Army, daß in der Kaserne „Atomminen“ gelagert oder Elitesoldaten für deren Gebrauch ausgebildet würden.

2) Das BMVg hatte am 7.1. aufgrund der Pressemeldungen beiliegende Sprachregelung herausgegeben. Demnach handelt es sich bei den o. g. tragbaren Nuklearwaffen um die – bereits allgemein bekannten – ADM (Atomic Demolition Munition), d. h. nukleare Sperrmunition. Die US-Botschaft sah sich bisher noch nicht in der Lage, eine offizielle Stellungnahme abzugeben. Ein Pentagon-Sprecher hat bisher lediglich eingestanden, daß es tragbare ADM gibt.

3) Nach Auskunft des BMVg gibt es ADM in zwei Größen. Eine Größe – Special ADM (SADM) – sei durch Mannschaften (zwei Soldaten) transportierbar, die größere ADM (Medium ADM) durch Kraftfahrzeuge. Die Zahl und die Lagerungsorte der ADM seien geheim einzustufen. Dagegen sei auch durch offene Literatur bekannt, daß die US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ADM in Besitz hätten. Auch Bundeswehrpioniere würden zur Handhabung von ADM ausgebildet.

Wie das BMVg angibt, sind die ADM aus deutscher Sicht „obsolet“ wegen der schwierigen Kontrollierbarkeit eines Einsatzes von ADM. Die ADM unterlägen freilich genau wie alle anderen Nuklearwaffen dem politischen Entscheidungsprozeß und den hierfür vorgesehenen Richtlinien der NATO.

4) Wie das BMVg mitteilt, sind die „US-Special Forces“ Einheiten vergleichbar unseren „Fernspähern“<sup>7</sup>, die jenseits der gegnerischen Linien operieren sollen. Sie lassen sich vom Gegner überrollen oder werden hinter den gegnerischen Linien abgesetzt. Bei Auftrag greifen sie Kommandoposten und andere Zielobjekte des Gegners an und zerstören sie. Auch in Bad Tölz steht eine Einheit der „Special Forces“. Es besteht im BMVg keine ausreichende Information darüber, ob die Special Forces in der Bundesrepublik Deutschland auch der Terrorismusbekämpfung dienen sollen. Man weiß jedoch, daß Sondereinheiten zur Terrorismus-Bekämpfung bei den Special Forces ausgebildet werden.

5) Der DB Nr. 72 der Botschaft Washington vom 7.1.85 (Bezug 2) erbrachte folgende neue Informationen:

*Fortsetzung Fußnote von Seite 18*

land im freien Gelände herumspazierten, sind völlig absurd.“ Vgl. VS-Bd. 11982 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „Feldspähern“.

- Es wurde bestätigt, daß nach US-Planung tragbare Nuklearwaffen durch US-Special Forces gegen operativ wichtige Ziele im Hinterland des Gegners eingesetzt werden können.
- Für diese tragbaren Nuklearwaffen gebe es in Europa keine eigene nationale US-Zielplanung, sie unterlägen vielmehr SACEURs „nuclear contingency planning“ und damit dem politischen Entscheidungsprozeß, wie er im Bündnis vereinbart sei.

Stellungnahme:

1) Seit über zehn Jahren unterrichtet der US-Verteidigungsminister den BMVg bilateral über Lagerung von US-Kernwaffen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Informationen geben vollständigen Aufschluß über

- Zahl, Art, Typ, Detonationswert der Waffen,
- Lagerorte,
- die Streitkräfte (nach Nationen gekennzeichnet), die für einen evtl. Einsatz der Waffen vorgesehen sind (US, GB, D, BE, NL).

2) Die Zahl der seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten ADM wird ständig kleiner. Wir erwarten, daß die in Europa (etwa 300, geheime Zahl) gelagerten ADM im Rahmen des Beschlusses von Montebello<sup>8</sup> weiter reduziert werden, und hoffen, daß die ADM aus der Bundesrepublik Deutschland ganz verschwinden werden. In diesem Sinne haben wir in den Nukleargremien der NATO, insbesondere HLG und NPG, Einfluß genommen. Die genaue Zahl der womöglich verbleibenden ADM ist auch beim BMVg noch nicht bekannt. Endgültige Entscheidungen, die wir weiter beeinflussen können, sind erst zu treffen, wenn der SACEUR<sup>9</sup> den NPG-Ministern im März<sup>10</sup> seine Vorschläge für die Ausführung des Montebello-Beschlusses vorlegt.

3) Die einzelnen Lagerorte in der Bundesrepublik Deutschland liegen dem BMVg aufgelistet vor. Das in der Presse genannte Bad Tölz, wo sich eine Einheit der US Special Forces befindet, ist kein Lagerungsort für ADM.

ADM gibt es auch in anderen europäischen Bündnisländern, nach Auskunft des BMVg namentlich in IT und Tü.

4) Für die ADM gelten die „Provisional Political Guidelines“ (PPG) für den Einsatz von Nuklearwaffen<sup>11</sup> und die „Special Political Guidelines“ (SPG) für den evtl. Einsatz von ADM von 1970. Danach sind ADM Waffen zum Zweck der Bil-

<sup>8</sup> Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello verabschiedete den „Final High Level Group Report to the NPG-Ministers“ vom 5. Oktober 1983, der den Abbau von weiteren 1400 Nukleargefechtsköpfen der NATO in Europa vorsah. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 321.

<sup>9</sup> Bernard W. Rogers.

<sup>10</sup> Die Wörter „im März“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 82.

<sup>11</sup> Der Ausschuß für Fragen der nuklearen Verteidigung und der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmten am 3. Dezember 1969 in Brüssel „Vorläufigen politischen Richtlinien für den möglichen Ersteinsatz nuklearer Waffen durch die NATO“ und „Allgemeinen Richtlinien für das Konsultationsverfahren für den Einsatz nuklearer Waffen“ zu, die auf der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12. November 1969 in Washington beschlossen worden waren. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 334 und Dok. 359.

dung von Geländesperren. Ihre erkennbar defensive Einsatzcharakteristik weist sie nach diesen Richtlinien einer niedrigen Eskalationsstufe, speziell der direkten oder anfänglichen Verteidigung zu. Es gibt auch keine Vorausdelegation der Entscheidungsgewalt über den Einsatz für ADM. Die letzte Entscheidung fällt bei Einhaltung der politischen Richtlinien des Bündnisses der US-Präsident.

5) Die Unterrichtung der Botschaft Washington durch den US-Generalstab am 7.1. enthält die beiden Elemente

- generelle Möglichkeit des Einsatzes von ADM durch Special Forces im Hinterland des Gegners,
- Ausschuß eines Einsatzes in Europa außerhalb der Nuklearplanung von SACEUR.

Dieser scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn berücksichtigt wird, daß im Dualismus zwischen weltweiter US-Einsatzdoktrin und NATO-Doktrin im Verteidigungsfall in Europa ausschließlich die NATO-Doktrin angewendet wird. Dieser Dualismus tritt auch in anderem Zusammenhang (Air Land Battle<sup>12</sup> einerseits – NATO-Doktrin der Vorneverteidigung<sup>13</sup> andererseits) auf. Wir müssen darauf vertrauen, daß die US-Streitkräfte in Europa im Verteidigungsfall nur NATO-integriert eingesetzt werden und daß die Führung durch SACEUR und seine Bindung an die politischen NATO-Instanzen die Einhaltung der NATO-Einsatzrichtlinien sicherstellt.<sup>14</sup>

6) Ein Papier des BMVg vom 8.1.85 mit offenen Materialien für Stellungnahmen zum Thema US-Special Forces und „Tornister-ADM“ liegt bei.

Schauer

#### VS-Bd. 11982 (201)

<sup>12</sup> Am 28. Februar 1983 berichtete Oberst i. G. Oldigs, Washington, der Stabschef des amerikanischen Heeres, Meyer, habe ihm zur neuen Air-Land-Battle-Doktrin der amerikanischen Streitkräfte dargelegt: „Die Forderung nach Bekämpfung der zweiten Staffel des Aggressors beziehe sich nicht nur auf die Führungsebenen Korps aufwärts, sondern schließe die Divisionsebene ein. Schon bei 25 km Tiefe könne man von ‚deep strike‘ sprechen. Entscheidend sei, daß die Truppenführer über das Gefecht an der FLOT (Forward Line of Own Troops) hinausdenken und den Einsatz ihrer Mittel und Kräfte vorn und in die Tiefe in Einklang bringen. Die Mittel zum Kampf gegen die zweiten Staffeln seien z. T. bekanntermaßen noch sehr begrenzt. Eine besondere Schwäche liege in den Aufklärungs- und Zielerfassungssystemen. Das RPV (Remotely Piloted Vehicle) Aquila sei eine hoffnungsvolle amerikanische Entwicklung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 896; VS-Bd. 11981 (201); B 150, Aktenkopien 1983.

<sup>13</sup> Am 23. Mai 1957 stellte der Militärausschuß der NATO in der Direktive MC 48/2 („Measures to Implement the Strategic Concept“) fest: „In addition to our nuclear retaliatory measures, our land, sea and air forces must be developed also to respond immediately to the task of defending the sea areas and NATO territories as far forward as possible in order to maintain the integrity of the NATO area, counting on the use of their nuclear weapons at the outset.“ Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 323.

<sup>14</sup> Am 31. Januar 1985 resümierte Brigadegeneral Steinkopff, Washington, Recherchen zur Doktrin der amerikanischen Streitkräfte für den Einsatz tragbarer Nuklearwaffen durch die Special Forces: „Die obigen Hinweise, verbunden mit der zögerlichen Haltung der US-Seite, zu Behauptungen des ‚Stern‘ über mögliche nukleare [Special]O[peration]F[orces]-Einsätze in Osteuropa eindeutig Stellung zu nehmen [...], lassen darauf schließen, daß die USA offenbar doch über nationale Pläne zum Einsatz von tragbaren nuklearen Mitteln [...] durch Special Operation Forces verfügen. Vor diesem Hintergrund erscheint die nachdrückliche politische Forderung nach Abzug von ADM aus Mitteleuropa im Zusammenhang mit dem Montebello-Beschluß um so gewichtiger.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 521; VS-Bd. 11275 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

## 6

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte****9. Januar 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch des Herrn BM mit dem luxemburgischen Außenminister Poos  
am 8. Januar 1985, 12.30 bis 14.15 Uhr

1) Vier-Augen-Gespräch unter Teilnahme von zwei Note-takern (Persönlicher Referent Schmit und D 6<sup>2</sup>)

a) Medienpolitische Fragen

Minister Poos betonte das luxemburgische Interesse daran, mit der deutschen Seite vertrauensvolle Gespräche über den Inhalt des Lastenheftes zu führen, das die luxemburgische Regierung für das deutschsprachige Fernsehprogramm von Radio Luxemburg zu erlassen beabsichtigt.

Bundesminister schlug vor, wie zwischen den Herren Dondelinger und Witte besprochen, über diese Frage regelmäßige Konsultationen zu führen und diese Absprache heute auch bekanntzugeben. Minister Poos stimmte zu und erläuterte zusätzlich das luxemburgische Interesse an der von deutscher Seite angeregten europäischen Staatenkonferenz über die Einführung einheitlicher Bild- und Tonnormen für das Fernsehen in Europa.

Bundesminister sagte auch in dieser Frage enge Abstimmung zu.

MD Witte wies ergänzend darauf hin, in dieser Frage gehe es vor allem darum, dafür Sorge zu tragen, daß nicht durch die Einführung neuer Normen nur für das direkte Satellitenfernsehen dessen Akzeptanz bei den Bürgern unnötig erschwert werde.

b) Zwangsrekrutierte<sup>3</sup>

Minister Poos betonte, es handle sich hier um das einzige noch offene bilaterale Problem, das vierzig Jahre nach Kriegsende nunmehr gelöst werden sollte. Es

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Barthold Witte.

<sup>3</sup> Nach der Besetzung Luxemburgs durch deutsche Truppen am 10. Mai 1940 wurden circa 12 000 luxemburgische Staatsangehörige zwangsweise zum Dienst in der Wehrmacht verpflichtet. Zu den vom luxemburgischen Verband der Zwangsrekrutierten erhobenen Entschädigungsforderungen vertrat die Bundesregierung den Standpunkt, das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) sehe vor, daß eine Erfüllung erst bei einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage möglich sei. Im Vertrag vom 11. Juli 1959 verpflichtete sich die Bundesrepublik aber, für Anspruchsberechtigte nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 20. Dezember 1950 über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) in der Fassung vom 16. März 1959 individuelle Entschädigungen zu leisten. Die im Rahmen dieser Regelung geleisteten Zahlungen betrugen 21,3 Mio. DM. Vgl. dazu die Kabinettsvorlage vom 7. April 1970; VS-Bd. 2710 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1970.

Weitere Entschädigungsforderungen wurden mit Aide-mémoire vom 28. September 1970 erhoben. Derlei Entschädigungen wurde von der Bundesregierung abgelehnt mit der Begründung, daß dies zu den Forderungen gehöre, deren Prüfung durch Artikel 5 Absatz 2 des Londoner Schuldenabkommens vom 27. Februar 1953 bis zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt worden sei. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 415. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, II, Dok. 247.

Referat 514 notierte am 29. Oktober 1982: „Obwohl Problematik durch 1959er Vertrag unseren Erachtens auch im bilateralen Verhältnis geregelt erschien, kam Luxemburg nach Bekanntwerden

betreffe immerhin in Luxemburg 4500 Personen. Deren individuelle Entschädigung sei durch nationales Gesetz fixiert. Jetzt gehe es um eine zusätzliche deutsche Leistung entsprechend der zwischen der Bundesrepublik und Frankreich getroffenen Vereinbarung für die zwangsrekrutierten Elsässer.<sup>4</sup> Hierzu habe die luxemburgische Regierung ein Memorandum vorgelegt mit dem Vorschlag, einen Stiftungsfonds bei den „Oeuvres de la Grande Duchesse Charlotte“ zu bilden. Aus diesem Fonds sollten nicht individuelle Entschädigungen geleistet, sondern ein allgemeiner Beitrag zur Behebung der Schäden bei den Zwangsrekrutierten geleistet werden.

Bundesminister erwiderte, er persönlich halte den Vorschlag, eine solche Stiftung zu gründen, für gut, jedoch sei bisher innerhalb der Bundesregierung nicht geklärt, ob nach der abschließenden deutschen Schlußzahlung für die Zwangsrekrutierten im Jahre 1959<sup>5</sup> überhaupt noch Raum für eine zusätzliche Regelung sei. Er habe darüber bisher mit dem Herrn Bundeskanzler noch nicht gesprochen, wolle dies aber bald tun.

Minister Poos versicherte, die rechtliche Struktur der geplanten Stiftung lasse sich im einzelnen noch ändern. Was die finanzielle Größenordnung betrifft, so habe die luxemburgische Seite 1980/81 den damals von deutscher Seite vorgeschlagenen Betrag von 20 Mio. DM als ungenügend abgelehnt. Er denke jetzt an einen Betrag von 35 Mio. DM, doch lasse sich über einen Kompromiß zwischen den beiden Summen reden. Ohnehin sei die Relation zwischen Zahl der Betroffenen und Höhe der Summe im Falle der Elsässer viel günstiger; bei diesen handele es sich auch nur um wenige tausend Fälle.

Bundesminister bat darum, die genaue Zahl der im Elsaß Betroffenen festzustellen. Er wiederholte sein Interesse daran, die Angelegenheit bald vom Tisch zu bekommen.

Minister Poos erklärte abschließend, Luxemburg wolle nicht übervorteilt werden. Es gehe ihm darum, mit Frankreich gleichzuziehen und bald abzuschließen. Ein positives Ergebnis gebe Deutschland in Luxemburg einen großen moralischen Kredit und würde das Land auch von einem innenpolitischen Problem befreien. Man sei jetzt nahe an der Lösung sowohl des rechtlichen Rahmens als auch an einem Kompromiß hinsichtlich der Höhe der Zahlung. Auch er wolle einen Abschluß noch in diesem Jahr.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 22*

deutscher Bereitschaft zu Zwangsrekrutierten-Regelung mit Frankreich mit Petitum erneuter deutscher Zahlungen auf die Sache zurück. MP Werner erhielt hierauf im Sommer 1980 Zusage Bundeskanzlers Schmidt, man werde auf die Sache zurückkommen, wenngleich sich luxemburgische Seite finanziell nicht zuviel hiervon erwarten dürfe. Seither ist luxemburgische Seite – zumeist über ihren Botschafter in Bonn – immer wieder an Bundesregierung wegen Aufnahme bilateraler Zwangsrekrutiertengespräche herangetreten.“ Vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 2034.

<sup>4</sup> Mit Abkommen vom 31. März 1981 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich wurde geregelt, daß die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“ von der Bundesrepublik einen Beitrag von 250 Millionen DM erhalten sollte, um Härtefälle aus dem Kreis der zur Wehrmacht zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer zu lindern. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 609. Vgl. dazu ferner AAPD 1981, I, Dok. 31 und Dok. 74.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Vertrag vom 11. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik und Luxemburg; BUNDESGESETZBLATT 1960, Teil II, S. 2079–2086.

Abschließend wurde vereinbart, daß lediglich die luxemburgische Öffentlichkeit informiert werden sollte, und auch nur darüber, daß das Thema erörtert wurde und die Gespräche fortgesetzt werden.

## 2) Delegationssitzung

Aus der Delegationssitzung, in der über europäische und internationale Fragen gesprochen wurde, ist aus dem Bereich der Abteilung 6 festzuhalten, daß Bundesminister die Lage bei UNESCO<sup>6</sup> anschnitt, und zwar im Hinblick auf vom Generaldirektor der UNESCO geplante Kündigungen amerikanischer Mitarbeiter. Dies sei, wenn es sich bestätige, eine höchst schädliche Handlung.

Minister Poos stimmte dem zu und fragte nach der allgemeinen Haltung der Bundesrepublik.

Bundesminister erläuterte, wir wollten Mitglied der UNESCO bleiben, jedoch könne auch für uns ein kritischer Punkt erreicht werden.<sup>7</sup>

D6 fügte hinzu, wir hätten bisher die UNESCO-Reform versucht<sup>8</sup> gemeinsam mit dem Generaldirektor zu verwirklichen, doch werde der Eindruck immer stärker, daß dies nicht möglich sein werde und ein Nachfolger für M'Bow gesucht werden müsse. Dies setze den freiwilligen Rücktritt von M'Bow, der bis 1987 gewählt sei, voraus. Als Nachfolger werde jedenfalls nur eine Persönlichkeit aus der Dritten Welt, vorzugsweise aus Asien, in Betracht kommen.

Beide Minister stimmten dem zu. Minister Poos erwähnte die Möglichkeit eines Kandidaten aus Lateinamerika. Bundesminister erwiderte darauf, dies werde schwierig sein, weil der VN-Generalsekretär<sup>9</sup> Lateinamerikaner sei. Man solle an einen Kandidaten aus den ASEAN-Staaten denken.

<sup>6</sup> Zum Austritt der USA aus der UNESCO legte Referat 611 am 18. Januar 1984 dar: „Die Kündigung der USA, zum 31.12.1983 ausgesprochen, wird mit 1.1.1985 wirksam. 1984 wollen die USA noch Vollmitglied sein (so AM Shultz an VN-GS). Begründung der Kündigung (in Regierungserklärung) der USA: Politisierung jedes Gegenstandes, Feindseligkeit gegenüber grundlegenden Einrichtungen einer freien Gesellschaft (freie Marktwirtschaft, freie Presse), ungehemmte Budgetexpansion. [...] Ungeachtet unseres Verständnisses für die Besorgnisse der USA bedauern wir den Austritt. Internationales Ansehen der Organisation wird durch Austritt der westlichen Führungsmacht beeinträchtigt. Universalitätsprinzip würde aufgegeben. UNESCO verlöre an Effektivität durch den Einnahmeausfall von 25 %. Westliche Position würde geschwächt.“ Vgl. Referat 232, Bd. 135043.

<sup>7</sup> Botschafter Munz, z.Z. Bonn, vermerkte, Bundesminister Genscher habe dem luxemburgischen Außenminister Poos am 8. Januar 1985 beim Arbeitsessen zur UNESCO dargelegt, daß die Bundesrepublik nicht die Absicht habe, „aus der UNESCO auszutreten, es sei denn, die UNESCO selbst überziehe in ihrer Reaktion auf den amerikanischen Austritt“. Für die undatierte Aufzeichnung vgl. Referat 010, Bd. 178901.

<sup>8</sup> Ministerialdirektor Witte führte am 6. Februar 1985 aus: „Die für notwendig gehaltenen Reformen werden von der UNESCO unter dem Druck des Austritts der USA und der Kündigung durch Großbritannien, nicht zuletzt aber auch unter dem Einfluß der nachdrücklichen Forderungen der Bundesregierung, z.Z. intensiv erörtert“. Forderungen der Bundesrepublik seien: „In der Generalkonferenz muß Einigkeit darüber erreicht werden, daß die UNESCO künftig keine politischen Fragen behandelt, die in die Zuständigkeit anderer Organisationen, vor allem der VN selbst, fallen. Das Arbeitsprogramm 1986/87 sollte nur solche Vorhaben enthalten, über welche Konsens unter den Mitgliedstaaten erreicht werden kann. [...] Die ideologische Debatte über eine ‚Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung‘ sollte beendet werden, und zwar auf der Basis der bisherigen Beschlüsse, wonach eine solche Ordnung ein kontinuierlicher Prozeß ist, der zu einem freien Fluß und einer weiteren besser ausgewogenen Verbreitung von Informationen führt.“ Ferner sei das Konsensprinzip durchgängig anzuwenden und die Tätigkeit des Sekretariats effizienter zu gestalten. Vgl. Referat 232, Bd. 135137.

<sup>9</sup> Javier Pérez de Cuéllar.



Ministerbüro mit der Bitte, die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen.<sup>10</sup>

gez. Witte  
(nach Diktat verweist)

Referat 010, Bd. 178901

7

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem  
Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze**

VS-vertraulich

10. Januar 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Sonderberater Paul Nitze am Donnerstag, dem 10. Januar 1985, 8.30 bis 9.45 Uhr im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: Botschafter Arthur Burns, Herr Pfeifer, Mitarbeiter von Nitze, Botschaftsrat Phelps, Ministerialdirektor Horst Teltschik, Frau Kaltenbach, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß Paul Nitze herzlich willkommen. Er bedanke sich für die rasche Unterrichtung. Damit könne jedermann sehen, daß die Vereinbarung über enge Konsultationen ohne Verzögerung eingehalten werde. Die Aufnahme der Genfer Gespräche<sup>2</sup> wie die darauf folgende unmittelbare Unterrichtung der Bündnispartner seien für das Bild des Präsidenten in Europa besonders wichtig. Er habe sich gerade für das kommende Jahr vorgenommen, das Ansehen des Präsidenten in der Bundesrepublik zu stärken und den Hetzkampagnen

<sup>10</sup> Hat laut handschriftlichem Vermerk Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 11. Januar gefertigt und am 14. Januar 1985 „mit der Bitte um Genehmigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er: „Ich empfehle, eine Kopie zur Unterrichtung an den Bundesaußenminister weiterzugeben.“

Hat Schäuble am 14. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der seine Zustimmung zur Übermittlung einer Kopie an Bundesminister Genscher erteilte. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 7./8. Januar 1985 in Genf mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Bei der Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am 9. Januar 1985 in Brüssel erklärte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, „daß ein Motiv für die Rückkehr der SU an den Verhandlungstisch sein könne, daß sie sich größeren Einfluß auf die westliche Öffentlichkeit erhoffe, wenn amerikanisch-sowjetische Verhandlungen stattfänden. Die amerikanische Seite sei zwar über die Vereinbarung von Genf ‚froh‘, die Öffentlichkeit müsse aber vor Euphorie gewarnt werden. An dem komplizierten Verhältnis zwischen beiden Mächten habe sich nichts geändert, es bestehe weiterhin eine genuine competitive situation.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 31 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 9. Januar 1985; VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

entgegenzutreten. Er wolle dies vor allem während des Weltwirtschaftsgipfels im Mai tun.<sup>3</sup>

Heute wolle er jedoch Außenminister Shultz, Paul Nitze und dem Sicherheitsberater McFarlane für das Ergebnis der Genfer Gespräche gratulieren. Der Erfolg sei auch für die Bundesregierung sehr wichtig. Diese positive Entwicklung schlage sich bereits in den Umfragen nieder. Die Kriegsangst sei in der Bevölkerung drastisch zurückgegangen. Botschafter *Burns* warf ein, daß dies auch für die Vereinigten Staaten zutreffe.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß man die heutige Lage mit der Situation vor einem Jahr vergleichen müsse. Er habe bereits damals erklärt, daß die Sowjetunion nach der Wiederwahl von Präsident Reagan<sup>4</sup> und nicht zuletzt aufgrund der Stationierungsentscheidung<sup>5</sup> an den Verhandlungstisch zurückkehren werde. Aufgrund dieser Entwicklung beantworte sich von selbst die Frage, welche Haltung die Bundesregierung zu dem Vorschlag eines Moratoriums einnehme. Die Bundesregierung halte diesen Vorschlag der SPD<sup>6</sup> für nicht akzeptabel. Der Bundeskanzler fragte Paul Nitze nach der Verfassung von Außenminister Gromyko und nach der Verhandlungsatmosphäre.

Paul Nitze berichtete einleitend über die Vorbereitungen der Genfer Gespräche innerhalb der amerikanischen Administration. Es sei entscheidend gewesen, daß sich die amerikanische Delegation gut vorbereitet und ein eigenes Konzept erarbeitet habe. Dies sei gerade gegenüber dem Kongreß und für die Verhandlungen in Genf von besonderer Wichtigkeit. Das Konzept der amerikanischen Regierung sei sehr einfach und klar. Man sei davon ausgegangen, daß sich das sowjetische Interesse vor allem darauf konzentrieren werde, das SDI-Programm zu verhindern. Die amerikanische Seite sei demgegenüber an einer radikalen Reduzierung der strategischen Nuklearsysteme interessiert und wollte vor allem in Genf deutlich machen, welche Position sie zu dem ABM-Vertrag einnehme und wie sie ihn interpretiere.

Die USA gingen davon aus, daß vor Ablauf von zehn Jahren nicht erkennbar sein werde, welche Möglichkeiten sich aus dem SDI-Programm ergeben können. Auf kurze Sicht werde im Rahmen der SDI für die Sicherheit der USA und für

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>4</sup> Bei den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA erreichte Präsident Reagan 58,78% der Stimmen und 525 Wahlmännerstimmen. Der Kandidat der Demokratischen Partei, Mondale, erzielte 40,6% der Stimmen und 13 Wahlmännerstimmen.

<sup>5</sup> Nach zweitägiger Debatte über eine Regierungserklärung zum NATO-Doppelbeschluß sprach der Bundestag am 22. November 1983 mit 286 der 512 abgegebenen Stimmen bei 225 Nein-Stimmen und einer Enthaltung seine Unterstützung für die Entscheidung der Bundesregierung aus, „entsprechend ihrer Verpflichtung aus dem zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses fristgerecht den Beginn des Stationierungsprozesses einzuleiten“. Vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/620.

<sup>6</sup> Im Antrag des Parteivorstands zur Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, der vom SPD-Parteitag vom 17. bis 21. Mai 1984 in Essen angenommen wurde, hieß es: „Praktische Schritte zu dem Ziel einer Sicherheitspartnerschaft in Europa sind: [...] Die vom Kölner Parteitag 1983 geforderten konkreten Schritte zum Abbau nuklearer Mittelstreckensysteme: von den USA ein Aufstellungsstopp und Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles; von der UdSSR den unverzüglichen Abbau der im Gegenzug aufgestellten Kurzstreckenraketen SS-21/-23 in der DDR und ČSSR sowie eine drastische Verminderung der SS-20 auf einen Stand vor 1979; Verzicht beider Großmächte auf die Stationierung weiterer Nuklearwaffen kurzer Reichweite.“ Vgl. SPD PARTEITAG ESSEN, S. 89 und 91.

Europa nichts erreichbar sein. Sollten die Forschungsprogramme ergeben, daß ein entscheidender Beitrag für die Sicherheit des Bündnisses geleistet werden könne, wäre dies sicherlich nützlich. Aber ein solches Ergebnis könne noch nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden. Sollte sich ein positives Ergebnis abzeichnen, wäre es wichtig, ein Defensivkonzept zu entwickeln, das die Möglichkeit eröffnet, alle nuklearen Offensivwaffen abzuschaffen. Dann könnte das Endziel im 21. Jahrhundert eine Einigung darüber sein, alle nuklearen Waffen zu vernichten.

Dennoch sei es keineswegs zu früh, bereits jetzt mit der Sowjetunion darüber zu sprechen. Dies gelte sowohl für die Übergangsperiode wie für das mögliche Endziel. Die USA seien auch bereit, über die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den ABM-Vertrag zu verhandeln.

In Genf habe man über die Ziele und den Ablauf möglicher Verhandlungen gesprochen. Man sei übereingekommen, drei Arbeitsgruppen einzurichten:

- 1) über strategische Waffen; die USA seien daran interessiert, die START-Verhandlungen<sup>7</sup> wiederaufzunehmen und eine radikale Reduzierung der nuklearen strategischen Systeme zu erreichen;
- 2) über nukleare Mittelstreckenwaffen auf der Grundlage des letzten amerikanischen Vorschlags in Genf<sup>8</sup>;
- 3) über Weltraumsysteme; dabei seien die USA in besonderem Maße an den Defensivsystemen interessiert, sowohl an den boden- wie an den weltraumstationierten.

Paul Nitze berichtete, daß Außenminister Shultz diese amerikanischen Vorstellungen in einer einstündigen Erklärung vorgetragen habe. Er habe seine Ausführungen eingeleitet mit einem Überblick über die gesamtstrategische Lage und darauf hingewiesen, daß die USA an einer bestimmten Größenordnung eines Abschreckungspotentials festhalten würden, was dem eigenen Schutz und dem der Europäer diene. Sie seien jedoch zu Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung bereit, um eine Erleichterung der Gesamtlage zu erreichen.

Außenminister Shultz habe anschließend die amerikanischen Überlegungen über die mittel- und langfristigen Perspektiven für die Verhandlungen erläutert und spezifische Empfehlungen ausgesprochen. Beide Seiten seien überein-

<sup>7</sup> Die fünfte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verminderung strategischer Rüstungen (START) wurde am 8. Dezember 1983 ohne einen Wiederaufnahmetermin beendet. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 385.

<sup>8</sup> Am 26. September 1983 gab Präsident Reagan vor der VN-Generalversammlung in New York den amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf bekannt. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Zu den Überlegungen für eine verbesserte Zwischenlösung im Vorfeld der Rede vgl. AAPD 1983, II, Dok. 244, Dok. 251, Dok. 252 und Dok. 267.

Am 14. November 1983 legte der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in Genf den Vorschlag zur zahlenmäßigen Konkretisierung der Initiative vom 26. September 1983 vor. Darin erklärten sich die USA bereit, eine globale Obergrenze für landgestützte nukleare Mittelstreckensysteme von 420 Gefechtsköpfen, d. h. 140 Systeme vom Typ „SS-20“, zu akzeptieren. Damit verknüpft war die Ankündigung, nur einen Teil der vorgesehenen amerikanischen Mittelstreckensysteme in Europa zu stationieren. Vgl. die Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom selben Tag; DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXI, S. 255.

gekommen, in Genf drei Foren einzurichten, die die Gespräche am 5. März aufnehmen sollen.

Außenminister Gromyko habe auf die einleitenden Ausführungen von Außenminister Shultz in einer überraschenden Weise reagiert. Trotz seiner hervorragenden Englisch-Kenntnisse habe er um eine wörtliche Übersetzung gebeten. Dies habe 1 1/4 Stunden beansprucht. Anschließend habe Gromyko die Ausführungen von Außenminister Shultz als „an important and principled statement“ bezeichnet. Während des zweiten Gesprächs sei Gromyko geneigter gewesen, das Gespräch in einer argumentativen Weise fortzuführen. Es sei besonders deutlich gewesen, daß Gromyko sehr sorgfältig den propagandistischen Wert bestimmter Begriffe geprüft habe. Seine Kritik richtete sich insbesondere gegen das Wort defensiv im Gesamtkontext von SDI. Er habe erklärt, daß SDI nach Ansicht Moskaus ein offensives Programm darstelle mit dem Ziel, die nukleare Überlegenheit der Vereinigten Staaten zu erreichen. Alles, was die Vereinigten Staaten im Bereich der Rüstung unternähmen, sei offensiv, dagegen seien die Maßnahmen der Sowjetunion rein defensiver Natur. Gromyko sei nicht bereit gewesen, bei der Ausformulierung des gemeinsamen Kommuniqués<sup>9</sup> die Vokabel defensiv in irgendeiner Form aufzunehmen.

Paul Nitze berichtete, daß es eine lange Diskussion über den Inhalt des dritten Forums, Weltraumssysteme, gegeben habe. Außenminister Shultz habe in seinen Ausführungen deutlich darauf hingewiesen, daß die amerikanische Seite nicht nur über die weltraumgestützten Systeme sprechen wolle. Die Besorgnis der USA richte sich darauf, daß die Sowjetunion die Prinzipien des ABM-Vertrages unterlaufe. Die Sowjetunion verstoße sowohl gegen die Prinzipien des ABM-Vertrages wie gegen seinen Geist. Außenminister Shultz habe diesen Vorwurf mit konkreten Beispielen belegt.<sup>10</sup> Die Sowjetunion habe die klaren Unterscheidungen zwischen zulässigen und nicht zulässigen Maßnahmen im Rahmen des ABM-Vertrages verwischt. Die amerikanische Seite sei deshalb daran interessiert, auf dem dritten Forum auch die Frage der Verbesserung des ABM-Vertrages zu verhandeln. Dagegen wolle sich die Sowjetunion nur auf das Thema der Weltraumssysteme konzentrieren. Der *Bundeskanzler* warf ein, daß dieses Forum politisch das entscheidende sei.

Paul Nitze fuhr fort, daß die amerikanische Regierung bereit sei, auf diesem dritten Forum auch über die Zwischenphase zu verhandeln, solange die Forschungsfrage nicht abgeschlossen sei.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>10</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 31. Januar 1985, das amerikanische Außenministerium habe mitgeteilt, daß der zweite Bericht der amerikanischen Regierung über Verstöße der UdSSR gegen Rüstungskontrollabkommen kurz vor der Fertigstellung stehe: „Der einzige wesentliche Unterschied gegenüber dem Bericht vom Januar 1984 werde sein, daß der Bau der Radaranlage in Krasnojarsk nunmehr gesichert als Verstoß gegen den ABM-Vertrag bezeichnet werde [...]. Folgende weitere Verstöße gegen das ABM-Abkommen sollen herausgestellt werden: Entwicklung von Bestandteilen beweglicher Systeme (Artikel V 1); Entwicklung von ABM-Eigenschaften von Luftverteidigungssystemen (VIA); Entwicklung eines Systems für das rasche Nachladen des sowjetischen Galosh-Systems (V 2); insgesamt werde die Frage aufgeworfen, ob die sowjetischen ABM-Aktivitäten nicht gegen die Zielsetzung des ABM-Abkommens verstoßen (Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 529; VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Der *Bundeskanzler* fragte Paul Nitze, ob die sowjetische Seite einen gewissen Bewegungsspielraum erkennen ließ oder sich hauptsächlich auf Propaganda beschränkt habe.

Paul Nitze bestätigte, daß bei den sowjetischen Äußerungen doch sehr viel Propaganda dabeigewesen sei. Aber er wolle nicht ausschließen, daß die Sowjetunion die Verhandlungskonzepte ernsthaft prüfen werde. Sie habe ja erleben müssen, daß ihre Propaganda schon einmal gescheitert sei. Es sei deshalb wichtig, daß sie wüßten, daß es auch zukünftig so sein werde. Deshalb müsse vor allem die Geschlossenheit des Bündnisses gesichert bleiben, denn dann würde die sowjetische Verhandlungsseite die amerikanischen Vorschläge ernst nehmen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er dieser Einschätzung voll zustimme. Er biete Paul Nitze an, jederzeit die Initiative zu ergreifen, wenn dies für die Verhandlungen nützlich sein könne und die amerikanische Regierung dies wünsche. Er gehe doch davon aus, daß die Verhandlungen mit größter Diskretion geführt würden. Dennoch sollte ein intensiver Meinungsaustausch mit den Bündnispartnern durchgeführt werden. Er sei auch jederzeit bereit, auf die europäischen Freunde einzuwirken, wenn dies erforderlich und hilfreich sein sollte.

Paul Nitze erwiderte, daß sich die Konsultationen während der INF-Verhandlungen sehr gut bewährt hätten. Er werde deshalb auch künftig so oft wie möglich nach Bonn zur Unterrichtung kommen.

Der *Bundeskanzler* begrüßte diese Ankündigung von Paul Nitze. Man habe ja erleben können, daß die Sowjetunion ein großer Meister sei, bestimmte Propagandakampagnen zu entwickeln, die dann auf die Verhandlungen selbst einwirkten.

Paul Nitze unterstrich noch einmal besonders die Tatsache, daß es innerhalb der amerikanischen Administration eine große Geschlossenheit gebe, die besonders gegenüber dem Kongreß nützlich sei. Um dies zu erreichen, habe man die Verhandlungen in Washington sehr gründlich vorbereitet. Es habe nicht nur der Präsident der Verhandlungslinie zugestimmt, sondern auch Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger und die Joint Chiefs of Staff. Diese einheitliche amerikanische Verhandlungsposition sei in Genf sehr hilfreich gewesen.

Der *Bundeskanzler* fragte Paul Nitze, ob während der Gesprächsrunden in Genf unterschiedliche Meinungen der sowjetischen Führung erkennbar geworden seien.

Paul Nitze erwiderte, daß beide Seiten sich dreizehn bis vierzehn Stunden gegenübergesessen seien. Außenminister Gromyko habe sich ausschließlich auf die Verhandlungsgegenstände konzentriert. Außenminister Shultz habe bei seinen einleitenden Äußerungen versucht, die Genfer Gespräche in den Gesamtrahmen der Ost-West-Beziehungen einzubetten. Gromyko sei jedoch nicht darauf eingegangen. Er habe vielmehr eine schriftlich vorbereitete Erklärung verlesen, die nach seiner Auffassung offensichtlich vom Politbüro gebilligt gewesen sei.

Außenminister Shultz habe auch versucht, substantiell auf Inhalte der INF- und START-Verhandlungen einzugehen. Gromyko habe jedoch nicht darauf rea-

giert, sondern sich fast ausschließlich darauf konzentriert, ein gemeinsames Kommuniqué zu erreichen und erfolgreich abzuschließen. Außenminister Shultz habe beispielsweise Gromyko gefragt, ob der Komplex der Defensivsysteme auch die Behandlung des ABM-Vertrages und die Weltraumsysteme einschließe. Daraufhin habe Gromyko seine Eingangserklärung nachgelesen und erst dann zugestimmt.

Der *Bundeskanzler* fragte Paul Nitze, ob dies ein Hinweis darauf sein könnte, daß Gromyko zu den Skeptikern zu rechnen sei, während seine schriftlich vorbereitete Eingangserklärung die Interessen der Gruppe Tschernenko widerspiegele und vor allem die der osteuropäischen Bündnispartner.

Paul Nitze berichtete, daß vor der Abreise nach Genf eine Reihe von Gesprächspartnern aus Warschauer-Pakt-Staaten, aus deren Botschaften sowie Sicherheitsleute, z.B. vom KGB in Washington, versucht hätten, die Nachricht zu verbreiten, daß Außenminister Gromyko in einer konstruktiven und kooperativen Weise an die Gespräche in Genf herangehen werde. Er könne nur feststellen, daß sich dies in Genf nicht bewahrheitet habe und diese Meldungen alle falsch gewesen seien.

Einmal sei Außenminister Gromyko sehr überrascht und verlegen gewesen, als Außenminister Shultz ihn gefragt habe, wie er sich die Übergangsphase von der massiven Vergeltung zu einer völligen Abrüstung aller atomaren Waffen vorstelle. Gromyko habe dann auf Überlegungen verwiesen, die vor vielen Jahren anlässlich einer Konferenz von zehn Mächten<sup>11</sup> bereits diskutiert worden seien und die man gegebenenfalls wieder aufgreifen sollte. Ein anderes Problem sei das der Verifikation gewesen. Gromyko habe, nach seiner Haltung gefragt, geantwortet, daß die Sowjetunion immer für Verifikation gewesen sei. Sie müsse jedoch Schritt für Schritt mit den entsprechenden Abrüstungsmaßnahmen verbunden bleiben.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die Genfer Gespräche als ein Wagnis, zu dem es jedoch keine Alternative gebe. Man müsse jedoch der Öffentlichkeit sagen, wie schwierig die Verhandlungen seien und daß man damit rechnen müsse, daß sie eine lange Zeit in Anspruch nehmen werden. Er selbst sehe die Entwicklung in Genf mit Optimismus. Es müsse vor allem verhindert werden, daß sich die westliche Seite selbst unter Zeitdruck setze. Paul Nitze warf ein, daß Außenminister Shultz der Einschätzung völlig zustimme.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er der amerikanischen Regierung für diese Verhandlungen viel Erfolg wünsche. Der Konsultationsprozeß müsse intensiv fortgeführt werden. In wenigen Tagen werde der Stellvertretende Ministerpräsident Antonow nach Bonn kommen.<sup>12</sup> Er werde mit ihm ein sehr offenes Gespräch führen und ihm den Standpunkt der Bundesregierung erläutern. Er werde dabei auch deutlich machen, daß er einem Moratorium, wie es die SPD erneut fordert habe, nicht zustimmen werde. Bereits während der INF-Verhandlungen

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „acht Mächten“.

Vom 15. März bis 29. April 1960 und vom 7. bis 27. Juni 1960 tagte die Zehn-Mächte-Abrüstungskommission der VN in Genf.

<sup>12</sup> Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Antonow hielt sich vom 20. bis 27. Januar 1985 anlässlich der Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 18.

gen habe die Sowjetunion aus der öffentlichen Diskussion im Westen falsche Schlußfolgerungen gezogen und vermutlich geglaubt, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht stationieren werde. Bei seinen Gesprächen in Moskau im Juli 1983<sup>13</sup> habe er zwar noch einmal Generalsekretär Andropow unmißverständlich erklärt, daß die Bundesregierung stationieren werde, wenn die Verhandlungen in Genf nicht zu einem erfolgreichen Ergebnis kämen. Vermutlich haben die Sowjets dennoch an der Standfestigkeit der Bundesregierung gezweifelt. Eine solche sowjetische Fehleinschätzung dürfe sich nicht noch einmal wiederholen.

Der Bundeskanzler wies Paul Nitze noch einmal darauf hin, daß Präsident Reagan in einer wesentlich besseren Lage sei wie viele seiner Vorgänger, weil es in den Fragen der Sicherheitspolitik zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien eine völlige Übereinstimmung gebe. Dies sollte die amerikanische Regierung auch bei ihrem Zeitplan für die Verhandlungen berücksichtigen. In den nächsten zwei Jahren sei die Lage in Europa optimal. 1986 gebe es jedoch Wahlen in Frankreich<sup>14</sup> und 1987 in der Bundesrepublik<sup>15</sup> und in Großbritannien<sup>16</sup>. Was die Wahl in der Bundesrepublik betreffe, werde sie sicherlich gut verlaufen. Was in Frankreich geschehen werde, könne man heute noch nicht voraussagen. Er selbst sei in der glücklichen Lage, daß die Presse mehrheitlich für die SPD schreibe, jedoch die Leute für ihn stimmen würden.

Paul Nitze erwiderte, daß es in der Tat ein großer Fehler der Sowjetunion gewesen sei, das Bündnis spalten zu wollen und Zwietracht in die einzelnen Länder selbst hineinzutragen.

Der Bundeskanzler verwies auf die Erfahrungen in der Nazi-Diktatur im Dritten Reich. Alle Diktaturen hätten Schwierigkeiten, die Stimmung der Bevölkerung richtig einzuschätzen. Man müsse deshalb wissen, daß nicht alles, was die Sowjetunion unternehme, böser Wille sei, sondern auch in der Fehleinschätzung öffentlicher Meinungen im Westen begründet sei.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

<sup>13</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 199, Dok. 200, Dok. 204 und Dok. 205.

<sup>14</sup> In Frankreich fanden am 16. März 1986 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

<sup>15</sup> Am 25. Januar 1987 fanden in der Bundesrepublik Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>16</sup> In Großbritannien wurden am 11. Juni 1987 Wahlen zum Unterhaus abgehalten.

## 8

**Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz****010-56/85 VS-vertraulich****Aufgabe: 10. Januar 1985, 20.43 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 202****Citissime**Betr.: Gespräche Shultz/Gromyko in Genf<sup>2</sup>;

hier: Gespräch BM mit Botschafter Nitze am 10.1.85 im AA

Im Auftrage von AM Shultz unterrichtete Botschafter Nitze heute BM im Rahmen eines 1 1/2 stündigen Mittagessens, an dem u. a. auch Botschafter Burns und D 2 A teilnahmen, über die Genfer Gespräche Shultz–Gromyko. Nitze war vorher bereits mit BK<sup>3</sup> und BM Wörner zusammengetroffen. Im Anschluß an das Gespräch mit BM gab er vor der Bundespressekonferenz die als Anlage beigefügte Erklärung ab.<sup>4</sup> – Der Unterrichtung durch Nitze vorausgegangen waren eine erste telefonische Unterrichtung BMs durch Richard Burt am 9.1.85<sup>5</sup> frühmorgens von Genf aus sowie die Unterrichtung des NATO-Rates durch Nitze und Burt und die SCG-Sitzung in Brüssel<sup>6</sup>, beide am 9.1.85.

Aus dem Gespräch BMs mit Nitze wird folgendes festgehalten:

1) BM bezeichnete Ergebnis der Gespräche in Genf als ermutigend. Es stelle einen großen Erfolg für die Allianz als Ganzes dar, für Präsident Reagan und – worüber BM besonders glücklich war – für AM Shultz persönlich. Nitze bestätigte persönliche Leistung von Shultz, der auch bei schwierigen Situationen Selbstvertrauen ausstrahlte und sich nicht erschüttern ließ. Für Gromyko sei der Weg nach Genf offenbar etwas unbequem gewesen, was auch daraus deutlich wurde, daß er in formeller Sitzung ankündigte, auf jede Behauptung sehr

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 7./8. Januar 1985 in Genf mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, am 10. Januar 1985 vgl. Dok. 7.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>5</sup> Am 9. Januar 1985 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz über das Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, vom selben Tag. Zum Treffen der Außenminister Shultz (USA) und Gromyko (UdSSR) am 7./8. Januar 1985 in Genf habe Burt ausgeführt: „Es wurde weder über den 8.5. noch über den Gipfel Reagan/Tschernenko gesprochen. Gespräche konzentrierten sich auf Abrüstungsverhandlungen. Krisengebiete der Welt wurden kurz erörtert, zu Menschenrechten sprach Shultz zehn Minuten – die sowjetische Reaktion wie üblich. Zu Rüstungskontrollfragen war US-Position klar und gefestigt, Anwesenheit von McFarlane und Perle war wichtig und positiv.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 148; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, resümierte am 9. Januar 1985: „Im Mittelpunkt der Sitzung der SCG am 9. Januar 1985 in Brüssel standen die INF-Aspekte der Genfer Gespräche zwischen AM Shultz und Gromyko am 7./8. Januar 1985. Bei der Aussprache im kleinen Kreis (Quint) wurde deutlich, daß die USA die Behandlung der INF-Materie im Rahmen der mit der SU vereinbarten neuen Abrüstungsgespräche sehr ernst nehmen und daß sie den europäischen Bündnispartnern den größtmöglichen Einfluß auf die Formulierung der Verhandlungsposition geben wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 40; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1982.



ärgerlich zu reagieren, er habe an den Verhandlungstisch zurückkehren müssen.

BM äußerte sich überrascht, daß Gromyko zu Gesprächen in Genf bereit war. Nitze bemerkte, daß Gromyko weder positiv noch negativ zum US-Vorschlag Stellung genommen habe, die eigentlichen Verhandlungen am 5.3. in Genf beginnen zu lassen. Er schloß nicht aus, daß die Sowjets nach Wien gehen wollten, was von den technischen Fazilitäten her allerdings weniger geeignet sei. Nitze schloß auch nicht aus, daß die Sowjets einen späteren Termin vorschlagen würden.<sup>7</sup>

2) Zum Verlauf und Ergebnis der Genfer Gespräche hielt Nitze fest: Verhandlungen sollten in drei Gruppen stattfinden, die aber eine Delegation bildeten. Gromyko habe vorgeschlagen, daß die Delegationsleiter und/oder die Gruppenleiter jeweils nach zehn bis zwanzig Sitzungen der drei Gruppen – nach Nitzes Einschätzung also alle fünf bis zehn Wochen – eine gemeinsame Sitzung abhalten, um die Verhandlungsgegenstände im Zusammenhang zu sehen.

Die US-Seite habe diesem Vorschlag weder zugestimmt noch widersprochen. Sie habe aber der Gromyko-Idee sehr deutlich widersprochen, daß eine Implementierung von Verhandlungsergebnissen in einer Gruppe solange nicht in Frage komme, wie Ergebnisse nicht auch in den anderen beiden Gruppen vorlägen. Gromyko habe sich hierzu nicht geäußert, allerdings sei klar, daß ein entsprechendes Vorgehen der SU praktisch nicht zu verhindern sei.

– INF: Nitze hielt fest, daß die Hauptprobleme hier bereits bei den abgebrochenen Genfer Verhandlungen<sup>8</sup> identifiziert worden seien:

- Kompensation für die britischen und französischen Systeme,
- unverändertes sowjetisches Ziel, selbst ca. 120 SS-20 in Europa zu behalten und alle US-Mittelstreckensysteme zu eliminieren.

Nach Einschätzung BMs hat sich hier die Verhandlungslage total geändert: Ohne Verhandlungsergebnisse werde Dislozierung fortgesetzt, daher sei jetzt SU unter Zeitdruck. Wenn sie die US-Mittelstreckenwaffen als Gefahr oder Herausforderung ansehe, müsse sie sich konstruktiv verhalten. Jedenfalls werde SU im Jahre 1984 gelernt haben, daß es in der Bundesrepublik nicht möglich sei, die Straße gegen die Regierung zu mobilisieren und die Regierung unter Druck zu setzen. Es müsse auch deutlich geworden sein, daß die sowjetischen Gegendislozierungen<sup>9</sup> bei uns weniger Be-

<sup>7</sup> Zur Eröffnung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle am 12. März 1985 in Genf vgl. Dok. 86.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, erklärte am 24. November 1983, daß die UdSSR nicht weiter an den INF-Verhandlungen in Genf teilnehmen werde. Ferner gab er die Aufhebung des Moratoriums der Stationierung sowjetischer Mittelstreckensysteme im europäischen Teil der UdSSR, die Beschleunigung der Vorbereitung der Stationierung von Kurzstreckensystemen auf dem Territorium der DDR und der CSSR sowie die Stationierung von seegestützten Systemen bekannt. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.

<sup>9</sup> Das sowjetische Verteidigungsministerium gab am 14. Mai 1984 bekannt, daß „als Antwortmaßnahme auf die Stationierung der US-Raketen auf dem Territorium westeuropäischer Länder auf dem Territorium der DDR eine zusätzliche Anzahl sowjetischer operativ-taktischer Raketenkomplexe größerer Reichweite stationiert“ worden sei. Vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 295.

Am 13. Mai 1985 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter, laut NATO-Streitkräfte-

sorgnis als z. B. in der DDR und der ČSSR hervorgerufen hatten. BM unterstrich mit Nachdruck, daß wir an einem Verhandlungsergebnis interessiert seien. Insofern könne die Verbindung der drei Themen sich auch für den Westen günstig auswirken. Burt habe den Eindruck geäußert, die SU wolle die START- und INF-Verhandlungen zu Geiseln der Weltraumverhandlungen machen. Die USA könnten die Sache herumdrehen und Fortschritte bei Weltraumverhandlungen von der Entwicklung bei den anderen Themen abhängig machen. Nitze stimmte dem zu.

Nitze erläuterte, daß Gromyko bei INF – wie auch bei START – in der Substanz keinerlei Konzessionen gemacht habe. Er habe bekannte sowjetische INF-Positionen wiederholt und einen US-Stationierungsstopp vorgeschlagen. Bei amerikanischer Zustimmung würden die Sowjets ihre Gegendislozierungen einstellen. Er habe dies jedoch nicht zur Vorbedingung für Verhandlungen gemacht und auch nicht den Abzug der amerikanischen Systeme verlangt. Nitze sah hierin eine Positionsveränderung, aber keine Konzession. Die SS-20 seien von ihm nicht erwähnt worden, es sei aber außer Zweifel, daß sie Gegenstand der INF-Verhandlungen sein würden.

Zu den Drittstaaten-Systemen habe Gromyko ebenfalls die alte Position vertreten, die französischen und britischen Systeme müßten Berücksichtigung finden (must be taken into account). BM erinnerte daran, daß Gorbatschow dieses Thema in London<sup>10</sup> nicht angesprochen habe. Ruth wies darauf hin, daß der ihn begleitende General Tscherwow darauf einging, und zwar mit inkorrekten Zahlen. Nitze erinnerte, daß die SU schon bei den Genfer INF-Verhandlungen mit anderen Zahlen bei den Drittstaaten-Systemen – nach Durchführung der geplanten Modernisierung – operierte.

Die US-Position zu INF habe Shultz in seiner Eingangserklärung durch die fünf bekannten Prinzipien<sup>11</sup> charakterisiert. Er habe auch auf die Initiative Reagans vom 23.3.1983<sup>12</sup> Bezug genommen und unterstrichen, daß eine Lösung gefunden werden müsse, die gleiche globale Begrenzungen beinhalte.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 33*

vergleich bestehe das sowjetische Potential an „Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (SRINF)“ aus 84 SS-12 und SS-22 mit einer Reichweite von zirka 1000 km sowie aus 584 SS-1c bzw. SCUD mit einer Reichweite von 300 km. Hinzu kämen 705 Kurzstreckenraketen der Typen FROG und SS-21. Lewalter stellt fest: „Die SU ist bemüht, ihr Nuklearpotential weiter auszubauen und zu verbessern. Dies erfolgt u. a. durch die Weiterführung ihrer Modernisierungsprogramme bei den SRINF-Raketen (SS-12/22; SS-23 für SCUD) und bei den SNF-Raketen (FROG/SS-21). Während SCUD und FROG/SS-21 bereits seit Jahren auch im westlichen Vorfeld der SU stationiert sind, hat die SU Anfang 1984 mit der Stationierung von inzwischen 54 SS-12/22 in der DDR und ČSSR begonnen.“ Vgl. VS-Bd. 12067 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>11</sup> Am 25. Januar 1983 unterrichtete der Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, den Ständigen NATO-Rat darüber, daß er mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, fünf Prinzipien, die in einem INF-Abkommen berücksichtigt werden müßten, erörtert habe. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 22.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 zu einer weltraumgestützten Raketenabwehr und zur Rüstungskontrolle vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

- START: Die START-Substanz sei auch nicht intensiver behandelt worden. Die amerikanische Seite wäre zu einer Sachdiskussion bereit gewesen, nicht aber Gromyko. Daher habe sich Shultz auf die wenigen Sätze in der Eingangs-erklärung beschränkt, wo besonders der Gedanke erläutert worden sei, daß die USA nicht auf voll symmetrischen Kräften bestünden (Konzept der trade-offs).

Gromyko habe auch in keiner Weise auf die amerikanische Bereitschaft zu radikalen Reduzierungen reagiert. Er habe lediglich wiederholt, daß die SU für Abschaffung aller Nuklearwaffen sei.

Nitze erläuterte, Gromyko habe sich bei Erörterung der Verfahren, die zum völligen Abbau von Nuklearwaffen führen sollten, auf sowjetische Positionen in den frühen 60er Jahren bei der Genfer Abrüstungskonferenz bezogen, die allerdings schon seinerzeit von amerikanischer Seite als unannehmbar abgelehnt worden seien.

- Weltraumrüstung: Nitze räumte diesem Thema breiten Raum ein, das offenbar auch bei den Genfer Gesprächen am intensivsten erörtert wurde. Shultz habe das amerikanische Konzept eingehend erläutert, das in einem Dreiphasen-Verfahren über ABM und SDI schließlich auf völlige Beseitigung nuklearer Offensivwaffen abziele. Der Präsident habe recht, daß man die Bevölkerung nicht auf Dauer unter der Drohung totaler Vernichtung leben lassen und sich auf total rationales Verhalten der Nuklearmächte verlassen könne. Daher sei es richtig, eine nicht-nukleare Welt als Endziel anzustreben. Schwierig sei die Übergangsphase dahin, sie müsse erörtert werden. Shultz habe sehr deutlich gemacht, daß die USA die strikte Einhaltung des ABM-Vertrages wünschten. Wenn die amerikanische Vermutung zutreffe, daß die Sowjets eine Frühwarnradarstation gegen strategische Raketen eingerichtet hätten, verstoße dies mindestens politisch – nach US-Auffassung aber auch rechtlich – gegen den ABM-Vertrag.<sup>13</sup> Shultz habe daher großen Wert darauf gelegt, daß die ABM-Problematik in der dritten Gruppe behandelt werden kann.

Auf Frage BMs bestätigte Nitze, daß Sowjets auch über Weltraumforschung verhandeln wollten. Shultz habe klargemacht, daß darüber kein Vertrag möglich sei, noch weniger dessen Verifizierung. Gromyko habe entgegengehalten, für Weltraumforschung bestehe keine Notwendigkeit, wenn beide Seiten auf Weltraumwaffen (space strike weapons) verzichteten. Nitze rechnete aber nicht mit einem sowjetischen Vorschlag auf Verhandlungen zur Begrenzung der Weltraumforschung.

Nitze legte dar, daß nach amerikanischer Auffassung Weltraumsysteme zwei Kriterien erfüllen müßten:

- sie dürften keine Instabilität verursachen,
- sie müßten kosteneffektiv sein.

Die Kriterien hierfür seien leichter definiert, als befriedigende technische Antworten gegeben werden könnten. Shultz habe den Sowjets die amerikanischen Ziele für die nächsten zehn Jahre oder – je nach technischer Entwicklung – wahrscheinlich für einen noch längeren Zeitraum erläutert und vorgeschla-

<sup>13</sup> Zur Einhaltung des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die UdSSR vgl. Dok. 7, Anm. 10.

gen, im ABM-Rahmen über neue Systeme zu reden, wenn diese entwickelt seien und eine Dislozierungsentscheidung anstehe. Der sowjetischen Seite sei das strategische Konzept, mit dem die USA in diese Verhandlungen gingen, sehr deutlich gemacht worden.

Nitze merkte an, daß Sowjets auf Übersetzung ins Russische grundsätzlich verzichtet hätten, die Einführungserklärung von Shultz habe sich Gromyko aber dann doch<sup>14</sup> noch wörtlich übersetzen lassen und als „wichtige und grundsätzliche Erklärung“ bezeichnet.

- Sonstiges: Shultz habe auch Menschenrechtsfragen und Regionalprobleme, darunter Afghanistan – auf Rückfrage BMs: nicht aber Angola –, angesprochen, um deutlich zu machen, daß die Ost-West-Beziehungen aus amerikanischer Sicht sich nicht auf Rüstungskontrollfragen beschränkten. Gromyko sei hierauf nicht eingegangen. Gromyko habe nicht seine Standardformel gebraucht, daß den Worten Taten folgen müßten. Bei seinem Bericht über die Reaktion des Politbüros auf seine <sup>15</sup>Gespräche in Washington und in New York<sup>16</sup> sei allerdings gefragt worden, wo die Taten seien, die die amerikanischen Worte stützten.

### 3) Weiteres Prozedere

Nitze erläuterte, daß jetzt Wochen harter Arbeit zur Fixierung der amerikanischen Eröffnungspositionen für die Verhandlungen bevorstünden. Dazu gehörten auch Sitzungen von SCG und HLG. Ruth wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß versucht werden solle, die INF-Position vom September 1983<sup>17</sup> weiterzuentwickeln.

Zur amerikanischen Delegationsbesetzung erläuterte Nitze, daß die Entscheidung bewußt zurückgestellt worden sei, man habe erst die Genfer Ergebnisse abwarten wollen. Er selbst bleibe Berater von Shultz, gehe aber nicht nach Genf. Nitze wußte nicht, wer sowjetischer Delegationsleiter wird. Er schloß Karpow nicht aus, erwähnte aber auch den Vertreter von Kornijenko und zweiten Mann in der START-Delegation, Obuchow. Er hielt für möglich, daß Kwizinskij der Delegation angehört.

BM sprach sich sehr positiv über die Vorbereitung des Genfer Treffens aus: Die Gespräche von BK und ihm in Washington im November<sup>18</sup> und das AM-NATO-Treffen im Dezember<sup>19</sup> hätten einen großen Beitrag zur Allianzkoheäsion geleistet und seien von unserer Öffentlichkeit und den Medien hoch eingeschätzt

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „noch“.

<sup>15</sup> Beginn des mit Drahterlaß Nr. 203 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>16</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 26. und 28./29. September 1984 in New York und Washington Gespräche mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 259 und Dok. 265.

<sup>17</sup> Am 26. September 1983 gab Präsident Reagan vor der VN-Generalversammlung in New York den amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf bekannt. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626. Zu den Überlegungen für eine verbesserte Zwischenlösung im Vorfeld der Rede vgl. AAPD 1983, II, Dok. 244, Dok. 251, Dok. 252 und Dok. 267.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher hielten sich am 29./30. November 1984 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 322, Dok. 325 und Dok. 326.

<sup>19</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 339 und Dok. 349.

worden. Auch die Unterrichtung gestern und heute über die Genfer Ergebnisse sei gut angekommen. Die Art und Weise, wie AM Shultz dies gemacht habe, sei, ganz abgesehen von den Substanzkonsultationen, von großer politischer Bedeutung. Die Brüsseler Beratungen gehörten zu den offensten und konstruktivsten, die er, BM, erlebt habe. Durch die offene Gesprächsführung – wie die von Shultz in Brüssel – könne man die Allianzkoheäsion verstärken.

Nitze bestätigte dies auch und hob seinerseits hervor, daß die amerikanische Position für Genf von allen beteiligten Stellen in Washington voll inhaltlich getragen und vom Präsidenten gebilligt worden sei. Dies habe sich sehr positiv ausgewirkt. Ruth ergänzte, daß damit Kritikern die Hauptargumente entzogen würden, nämlich die Kritik an mangelhafter Konsultation mit den Europäern und an der Glaubwürdigkeit des Rüstungskontrollengagements der USA.

#### 4) Sowjetische Einschätzung des Genfer Ergebnisses

BM wies darauf hin, daß Gromyko offensichtlich zuerst dem Politbüro berichten wolle, bevor die sowjetische Einschätzung bekannt werde. In der nächsten Woche würden dann wahrscheinlich die Verbündeten auf dem Gipfel in Sofia<sup>20</sup> unterrichtet. Hier sei interessant, daß der sowjetischen Delegation neben Tschernenko und Gromyko auch Gorbatschow angehören solle.

Nitze vermutete, daß die SU das Ergebnis von Genf als befriedigend bewerten werde, weil ein Verhandlungsforum vereinbart wurde, in dem Weltraumfragen behandelt werden. Die Sowjets würden dabei sicher verschweigen, daß dieses Forum den Amerikanern erlaube, ihre Vorwürfe im Zusammenhang mit ABM zu äußern. Die Sowjets würden weiter hervorheben, daß sie über die INF- und START-Gruppen bei den Weltraumfragen Druck ausüben könnten. Als besonders wertvoll würden sie die amerikanische Zustimmung zum Ziel der Verhandlungen darstellen, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und das Wettrüsten auf der Erde zu beenden. Alle Forderungen in diesem Zusammenhang beträfen bekanntlich die USA, nicht die SU: Den Verbündeten würden die Sowjets sagen, sie hätten daher nichts zu befürchten. Es gehe jetzt darum, den Erfolg von Genf zu kapitalisieren, den Westen zu spalten – Land für Land, von innen und von außen.

Ruth äußerte Vermutung, daß Sowjets es bei uns schwerer haben würden, nachdem es jetzt die USA seien, die sich mit Nachdruck für radikale Reduzierungen bei Offensivwaffen einsetzten und den Akzent auf Defensivwaffen legten.

5) Zum Abschluß des Gespräches erläuterte Burns, daß im Hinblick auf den gedrängten Kalender Nitzes die Unterrichtung auf die Bundesregierung beschränkt werden müßte und einem SPD-Wunsch nach Gesprächen mit Nitze nicht entsprochen werden könnte. BM meinte, daß eine Unterrichtung der SPD wünschenswert sei und dieser Fall keinen Präzedenzfall für die Zukunft darstellen solle. Er werde jetzt Unterrichtung durch Botschafter Ruth anbieten (Anmerkung: ist am 10.1. geschehen).<sup>21</sup>

<sup>20</sup> In einer Gemeinsamen Mitteilung der Warschauer-Pakt-Staaten wurde am 15. Januar 1985 die Verschiebung der für Mitte Januar in Sofia vorgesehenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bekanntgegeben. Vgl. dazu den Artikel „Nach Verschiebung des Ostblock-Gipfels neue Zweifel an Handlungsfähigkeit des Kreml“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1985, S. 5.

<sup>21</sup> Botschafter Ruth notierte am 11. Januar 1985, daß er den SPD-Abgeordneten Ehmke am Vortag „über die amerikanisch-sowjetischen Gespräche in Genf unterrichtet“ habe: „Nach der Unterrich-

Dieser Vermerk hat BM noch nicht vorgelegen.

Ploetz<sup>22</sup>

VS-Bd. 14161 (010)

## 9

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

210-512.00

14. Januar 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Forderung der DDR nach Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft

Anlg.: 1<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) In seinem Gespräch mit BM Schäuble am 6.12.1984 in Berlin (Ost) übergab das Mitglied des Politbüros, Professor Häber, ein – wie er sagte – „Expertenpapier ohne jeden offiziellen Charakter“ zu der Frage „Was ist unter Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR zu verstehen?“ (siehe Anlage).<sup>5</sup> Häber erläuterte, es handele sich bei dem Papier nicht um eine förmliche Erklärung,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 37*

tung über die Genfer Gespräche fragte Prof. Ehmke, ob denn die personelle Ausstattung der Abteilung 2A für die Bewältigung der künftigen Aufgaben ausreiche. Ich schilderte ihm den gegenwärtigen Stand. Prof. Ehmke meinte, daß es unter diesen Umständen doch vernünftig und erfolversprechend wäre, wenn das Auswärtige Amt im Nachtragsverfahren eine Aufstockung der Zahl der Mitarbeiter um drei oder vier Stellen beantragen würde. Er würde seinerseits keine Schwierigkeit für eine Zustimmung des Parlaments zu dieser Vergrößerung sehen.“ Vgl. VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>22</sup> Paraph.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. Januar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 22. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. In dem am 6. Dezember 1984 übergebenen „Expertenpapier“ der DDR wurde dargelegt: „Die Berufung der BRD auf Artikel 116, Absatz 1 ihres Grundgesetzes und die damit verbundene Inanspruchnahme von Bürgern der DDR ist völkerrechtswidrig. [...] Die Ausübung der Personalhoheit eines Staates beschränkt sich ausschließlich auf eigene Staatsbürger. Daraus ergibt sich, daß ein Staat Schutzrechte und damit korrespondierende Schutzpflichten nur für eigene Staatsbürger geltend machen kann. Die BRD ist demnach verpflichtet, die Inanspruchnahme von Bürgern der DDR als ‚Deutsche Staatsangehörige‘ aufzugeben; die Ausstellung bzw. Einziehung von Personaldokumenten für Bürger der DDR zu unterlassen; die Anmaßung der Ausübung von Schutzrechten für Bürger der DDR einzustellen; die Treuepflicht der Bürger der DDR gegenüber ihrem Staat zu achten.“ Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Für das Gespräch vgl. AAPD 1984, II, Dok. 328.

sondern um eine Antwort auf öffentliche Fragen unserer Seite, was die DDR mit dem Begriff der „Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft“ eigentlich wolle.

2) Mit dem Positionspapier – welchen Status ihm die DDR auch immer beimessen mag – hat die DDR<sup>6</sup> verdeutlicht, worauf ihre in der Geraer Rede von GS Honecker im Oktober 1980<sup>7</sup> erhobene und seitdem in wechselnden Formulierungen wiederholte Forderung abzielt. Der Kernpunkt des Begehrens der DDR an uns liegt darin,

- „die Inanspruchnahme von Bürgern der DDR als ‚deutsche Staatsangehörige‘ aufzugeben“ und
- „eine Änderung oder Aufhebung der innerstaatlichen Regelungen vorzunehmen, die der Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR entgegenstehen“.

Dementsprechend fordert die DDR von uns insbesondere, die Betreuung von Bürgern der DDR durch unsere Auslandsvertretungen einzustellen und Bürger der DDR, die Straftaten begangen haben, auszuliefern.

3) Das von Häber übergebene Papier läßt keinen Zweifel<sup>8</sup> daran, was die DDR in Wahrheit von uns will. Sie verlangt von uns eine Änderung unseres Staatsangehörigkeitsrechts in dem Sinne, daß die in Artikel 116 GG<sup>9</sup> verankerte einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben wird und Bürger der DDR von uns nicht mehr als Deutsche angesehen und behandelt werden, auch wenn sie dies ausdrücklich wünschen. Die Unterscheidung zwischen „Anerkennung“ und „Respektierung“ (oder auch „vollständiger Respektierung“), die in der innenpolitischen Diskussion bei uns teilweise als erheblich angesehen wird, verliert damit jede Bedeutung. Hoffnungen, die Staatsangehörigkeitsfrage könne dadurch aus dem Streit mit der DDR herausgenommen werden, daß man ihr im Rahmen des grundgesetzlich Möglichen durch gewisse Änderungen behördlicher Praktiken entgegenkomme (soweit das über die bisherige Praxis hinaus überhaupt möglich ist), haben nach dem Positionspapier der DDR keine realistische Grundlage mehr.

4) Die grundsätzliche Auffassung der DDR, unser Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit sei völkerrechtswidrig, ist unzutreffend. Referat 500 hat dazu folgendes ausgeführt:

„Aus völkerrechtlicher Sicht kommt es darauf an, ob für unser Staatsangehörigkeitsrecht ein geeigneter Anknüpfungspunkt in Form einer völkerrechtlich relevanten, näheren tatsächlichen Beziehung der Betroffenen zu unserem Staate (*genuine connection*) besteht. Nur in diesem Umfang besteht das völkerrechtlich anerkannte gewohnheitsrechtliche Recht eines jeden Staates, selbst zu be-

<sup>6</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „erstmal“.

<sup>7</sup> Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Gera folgende Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR: die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und damit zusammenhängend den Verzicht, Reisepässe der Bundesrepublik an Bürger der DDR auszugeben, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn bzw. Ost-Berlin in Botschaften sowie die Regelung des innerdeutschen Grenzverlaufs im Bereich der Elbe. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden und Aufsätze, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305 und Dok. 313.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „mehr“.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut von Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f.

stimmen, wer seine Staatsangehörigen sind (vgl. Art. 1 Satz 2 des Haager Abkommens vom 12.4.1930<sup>10</sup>).

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland (BVerfG). Diese wird in ihrem Umfang durch die Artikel 16<sup>11</sup> und 116 GG umschrieben. Sie umfaßt weite Teile der Bevölkerung des anderen deutschen Staates, der DDR; praktisch gesehen fast die Gesamtheit seiner Bevölkerung.

Nach unserer Auffassung besteht nichtsdestoweniger ein völkerrechtlich valabler Anknüpfungspunkt für unser so beschaffenes Staatsangehörigkeitsrecht. Er liegt in der gemeinsamen Vergangenheit der Deutschen, ihrer Kultur und Sprache, dem Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen sowie in der Tatsache, daß die endgültige Lösung der deutschen Frage noch aussteht und Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes fortbestehen. Hierin liegen die nötigen objektiven Faktoren, die unser Festhalten an der deutschen Staatsangehörigkeit auch völkerrechtlich rechtfertigen (Stern<sup>12</sup>).

Diese rechtliche Wertung wird von der DDR nicht geteilt. Weite Teile der Staatengemeinschaft akzeptieren unseren Standpunkt jedoch und haben rechtlich begründeten Widerspruch gegen unser Staatsangehörigkeitsrecht nicht erhoben. Lediglich bei Staaten, die ein besonders enges Verhältnis zur Sowjetunion bzw. zur DDR unterhalten, ist unsere Auffassung auf Widerspruch gestoßen.

Unser Rechtsanspruch ist völkerrechtlich daher mit guten Gründen haltbar.“

Auch die DDR hat bis 1968 an einer einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit festgehalten.<sup>13</sup> Geändert hat sich seitdem nur die Meinung der DDR, nicht das Völkerrecht.<sup>14</sup>

5) Es sollte erwogen werden, Vertreter der Opposition mit dem Papier der DDR vertraut zu machen. Durch die Klarstellungen der DDR sollte der Fortsetzung einer unfruchtbaren innenpolitischen Diskussion der Boden entzogen worden sein.

Pfeffer

**VS-Bd. 13420 (210)**

<sup>10</sup> Für den Wortlaut von Artikel 1 der „Convention on Certain Questions Relating to the Conflict of Nationality Laws“ vom 12. April 1930 vgl. LNTS, Bd. 179, S. 99.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

<sup>12</sup> Vgl. dazu Klaus Stern, Die deutsche Staatsangehörigkeit – Positionen und Begriffe; DEUTSCHES VERWALTUNGSBLATT 1982, S. 165–173.

<sup>13</sup> Vgl. dazu das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR (Staatsbürgerschaftsgesetz) vom 20. Februar 1967; GESETZBLATT DER DDR 1967, Teil I, Nr. 2, S. 3–5.

<sup>14</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.



## 10

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-370.00 SB-45/85 VS-vertraulich****14. Januar 1985<sup>1</sup>**

Vermerksbeitrag zum Gespräch Bundesministers mit Außenminister Dumas am 11.1.85<sup>2</sup>

Thema: Ergebnis der amerikanisch-sowjetischen Genfer Gespräche<sup>3</sup>

Der Minister führte folgendes aus:

Das Genfer Ergebnis habe eine außerordentliche Bedeutung. Für uns sei besonders wichtig, daß in der Eröffnung der Verhandlungen das Thema INF einbezogen ist. In der innenpolitischen Auseinandersetzung habe die Frage eine Rolle gespielt, ob der Beginn der Stationierung dazu führe, daß über INF nicht mehr verhandelt werde<sup>4</sup>.

Für die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983 habe die Erklärung Präsident Mitterrands vor dem Bundestag eine besonders wichtige Rolle gespielt.<sup>5</sup> Diese Erklärung habe es der Bundesregierung in dieser schweren Zeit leichter gemacht, die Auseinandersetzung zu führen.

Allgemein seien die Verhandlungen in Genf ein großer persönlicher Erfolg von Shultz gewesen. Er habe taktisch klug operiert. Die Art sei wichtig gewesen, wie die Amerikaner die Meinung der Europäer eingeholt hätten. Die Herbstsitzung der NATO-Minister sei ein besonders gutes Beispiel für effektive Konsultationen gewesen.<sup>6</sup>

In dem bilateralen Communiqué seien die Verhandlungsgruppen aufgelistet.<sup>7</sup> Dies mache gleichzeitig auch die Begrenzung der bilateralen Verhandlungen deutlich. Die anderen Gebiete aus dem multilateralen Bereich behielten ihr Gewicht. Das treffe auf KVAE, die Genfer Abrüstungskonferenz und MBFR zu.

Die Festlegung der Verhandlungen in drei Gruppen entspreche dem sowjetischen Wunsch, nur eine Verhandlungsdelegation zu beauftragen. Die Amerikaner befürchteten, daß die Sowjetunion START und INF zum Gefangen der Weltraumfragen machen könnten.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 15. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 202 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Vom BM noch nicht genehmigt.“ Kann so (restriktiv) verteilt werden.“

Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt vorgelegen.

<sup>2</sup> Der französische Außenminister Dumas hielt sich am 11. Januar 1985 in Bonn auf.

<sup>3</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>4</sup> Zum Rückzug der UdSSR aus den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 8, Anm. 8.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

<sup>6</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 339 und Dok. 349.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

Die Konstruktion müsse aber nicht nur von Nachteil sein. Der Weltraum könne auch zum Gefangenen der anderen Themen gemacht werden, wenn nämlich Fortschritte im Weltraum es nur geben<sup>8</sup> würde, wenn es Fortschritte bei START und INF gebe.

Die Sowjetunion sei von der Verhandlungsführung von Shultz beeindruckt gewesen. Shultz habe die amerikanische SDI-Position deutlich gemacht. Die Rüstungskontrolle könne dort ansetzen, wo es darum gehe, die Konsequenzen aus der Forschungsphase zu ziehen.

Für uns sei die französische Meinung zu diesen Fragen von großem Gewicht, weil Frankreich über nukleare Waffen<sup>9</sup> verfüge. Für uns bleibe es richtig<sup>10</sup>, daß wir keine Nuklearwaffen haben. Andererseits sei es auch richtig, daß es in Europa Staaten gebe, die über Nuklearwaffen verfügten<sup>11</sup>. Dadurch, daß Frankreich und Großbritannien über Nuklearwaffen verfügten, seien die Einflußmöglichkeiten dieser beiden Staaten in besonderer Weise geprägt.<sup>12</sup>

Von entscheidender Bedeutung im Genfer Ergebnis sei, daß die beiden Großmächte in ihren Verhandlungen über die Sicherheitsphilosophie der Zukunft diskutieren werden. Hier sei viel gedankliche Arbeit der Europäer notwendig. Dies müsse auch das Hauptthema der deutsch-französischen Vierergespräche<sup>13</sup> sein.

Das SDI-Programm sehe er nicht nur militärisch. Es habe auch eine wichtige wirtschaftliche und technologische Komponente. Wenn der nächste amerikanische Präsident, der die Entscheidungen über die Entwicklung von SDI werde fällen müssen, sich gegen eine militärische Nutzung wenden würde, werde sicherlich auch dann niemand sagen, daß die 25 Milliarden Dollar umsonst ausgegeben worden seien. Die Vereinigten Staaten würden einen großen Sprung nach vorne gemacht haben. Bei SDI gehe es um Spitzentechnologien. Hier liege eine gewaltige Herausforderung auch für die Europäer.

Es sei deutlich geworden, daß Abrüstung nur gelingen könne, wenn das politische Klima dies zulasse. Es sei bemerkenswert, daß gleichzeitig mit Genf in Moskau über wirtschaftliche Zusammenarbeit gesprochen worden sei. Der tschechoslowakische Außenminister habe ihm gesagt, 1985 könne ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen bringen, das inhaltsreicher sein könne als alles Vorhergegangene.<sup>14</sup> Man müsse sich auf eine Phase enger Zusammenarbeit einrichten.

<sup>8</sup> Die Wörter „Gefangenen“ und „Gefangenen“ sowie der Passus „wenn nämlich ... geben“ wurden von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer fängt wen?“

<sup>9</sup> Die Wörter „Frankreich über nukleare Waffen“ wurden von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>10</sup> Die Wörter „bleibe es richtig“ wurden von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>11</sup> Der Passus „auch richtig ... Nuklearwaffen verfügten“ wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>12</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt handschriftlich: „Lauter letzte Wahrheiten.“

<sup>13</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 27. Februar 1985 in Paris vgl. Dok. 53.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR auf. Zum Gespräch mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 18. Dezember 1984 in Prag vgl. AAPD 1984, II, Dok. 354.

Die Vorbereitungen auf Genf und das Ergebnis dort hätten den Zusammenhalt im Bündnis gestärkt. Es sei jetzt wichtig, daß wir Europäer wüßten, was wir wollen. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland könnten nicht für die anderen Europäer denken, aber sie sollten versuchen, die Haltung der Europäer durch Vordenken zu prägen.

Außenminister Dumas führte aus, daß auch aus französischer Sicht die Ergebnisse von Genf wichtig seien. Es sei noch zu früh, ihre Auswirkungen zu bewerten. Am Text des Kommuniqués sei auffällig, daß es sich mehr um Juxtapositionen der beiderseitigen Sorgen als um wirkliche Kompromisse handele. Jeder habe versucht, das einzubringen, was er sagen wollte. Es öffne sich eine Tür für eine Sicherheitsphilosophie.

Seit 30 Jahren beruhe unsere Sicherheit auf der Wirkung der Abschreckung. Heute beginne man damit, Zweifel an der Richtigkeit der Abschreckung durch Offensivwaffen durch Herausstellung der Defensivsysteme zu wecken. Es sei kein Zweifel, daß dies in der Öffentlichkeit positiv aufgenommen werde. Man müsse dabei auch an den psychologischen Faktor denken.

Interessant sei, daß die Sowjetunion ihre Fähigkeit bewiesen habe, sich auf den jeweiligen Diskussionspartner einzurichten und zu sagen, was der jeweilige Partner hören wolle; Gorbatschow habe in London<sup>15</sup> das Thema der britischen Systeme im INF-Zusammenhang nicht angesprochen. Dies sei auch in französisch-sowjetischen Kontakten kein Thema gewesen. Gegenüber Shultz habe Gromyko nun diese Frage wiederaufgenommen. Dies zeige eine geschickte sowjetische Taktik gegenüber den jeweiligen Gesprächspartnern.

Mit den Verhandlungen werde ein neues Kapitel aufgeschlagen. Wir könnten vor einer wirklichen Wende stehen. Für Frankreich bleibe die im Juni 1984 in der Genfer Abrüstungskonferenz dargestellte Position maßgebend.<sup>16</sup> Es sei aus französischer Sicht wichtig, daß der ABM-Vertrag seine Gültigkeit behalte, allenfalls könne er angepaßt werden.

In diesem Zusammenhang ergäben sich für die Europäer potentielle neue Probleme. Man müsse fragen, welche Möglichkeiten es für die Gestaltung der Sicherheit in Europa gebe, was die Verbindung von Technologie und Weltraumproblematik angehe. Europa sei schon jetzt die dritte Weltraummacht. Für Europa gebe es spezifische Probleme aus den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen heraus. Zugespitzt müsse man fragen, ob diese Diskussionen zu einem Weltraum-Jalta führen könnten und wie sich Europa dabei behaupten

<sup>15</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>16</sup> Zur Not des französischen Außenministeriums vom 12. Juni 1984 über die Haltung Frankreichs zur militärischen Nutzung des Weltraums vgl. Dok. 1, Anm. 11. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann legte dazu am 18. Juni 1984 dar, die französische Initiative habe „die USA, wie zu erwarten, sehr verärgert. Das State Department bezeichnete sie gegenüber unserer Botschaft als ‚unfreundlichen Akt‘. In einer Sitzung der westlichen Gruppe in Genf am 15.6.1984 kritisierte der amerikanische Vertreter das französische Vorgehen in scharfem Ton. Die öffentliche Kritik seitens Frankreichs unterlaufe die Konsultationen mit den Verbündeten, zu denen sich die Amerikaner ausdrücklich bereit gefunden hätten. [...] Die übrigen Vertreter in der westlichen Gruppe bei der Genfer Abrüstungskonferenz ließen Verständnis für den Inhalt der französischen Erklärung erkennen, bezeichneten aber Form und Zeitpunkt der Erklärung als Verletzung der Solidarität innerhalb der westlichen Gruppe.“ Vgl. VS-Bd. 11335 (220); B 150, Aktenkopien 1984.

ten könne. Deshalb sei Frankreich der Meinung, daß es notwendig sei, die französisch-deutschen Kontakte zu intensivieren und eine Vielfalt von Treffen vorzusehen.

gez. Ruth  
(nach Diktat verreist)

VS-Bd. 11278 (220)

## 11

### Runderlaß des Ministerialdirektors Pfeffer

**D 2-204-320.22 Allg.**  
**Fernschreiben Nr. 332 Plurez**

**Aufgabe: 16. Januar 1985, 18.03 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: 40. Jahrestag des Kriegsendes<sup>2</sup>

#### 1) Die Grundfragen

Der 40. Jahrestag des Kriegsendes weckt in allen Ländern, die unter dem Zweiten Weltkrieg gelitten haben, die Erinnerung an das Geschehene. Wir Deutschen werden uns im vierzigjährigen Rückblick an die Freude über den Sturz des Diktators erinnern, aber auch an die Trauer über die Zertrümmerung Deutschlands. Wir werden deshalb an diesem Tage in der Bundesrepublik Deutschland der Toten des Krieges und der Opfer der Gewaltherrschaft gedenken und uns, wie in der Vergangenheit, erneut mit den zwei Grundfragen unserer jüngsten Geschichte auseinandersetzen: wie es zu der Gewaltherrschaft und wie es zum Kriege gekommen ist. Der 8. Mai 1985 wird für uns ein Tag der Selbstprüfung sein. Wir werden wiederum die Antworten auf die Waage legen, die wir in den vergangenen 40 Jahren auf diese beiden Grundfragen gegeben haben. Die Antwort auf die Gewaltherrschaft war die Errichtung unserer Demokratie, die wir täglich schützen und stärken wollen, und unser konsequentes Eintreten für die Menschenrechte und die gemeinsamen Wertvorstellungen der westlichen Welt. Unsere Antwort auf den Kriegsausbruch verkörpert sich in unserer klaren, folgerichtigen, unbeirrbareren Friedenspolitik und der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westlichen Gemeinschaften und besonders in unserer kraftvollen Förderung der europäischen Einigung. Sie findet auch ihren Ausdruck in unseren Bemühungen um Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 17. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pieck verfügte.

<sup>2</sup> Zu den geplanten Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestags der Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa vgl. AAPD 1984, II, Dok. 298.

Diese Antworten, die unsere Politik in den letzten Jahrzehnten geleitet haben, sind auch die Antworten der Zukunft. Wir vergessen die Vergangenheit nicht, und gerade deshalb schauen wir und handeln wir nach vorn.

## 2) Ziele der Sowjetunion

Wir müssen davon ausgehen, daß die Sowjetunion ihre Revanchismus- und Revisionismus-Kampagne<sup>3</sup> mindestens bis zum 8. Mai 1985 mit Heftigkeit fortsetzen und dabei die Erinnerung an das Kriegsende zur psychologischen Unterstützung nutzen wird. Die meisten mittel- und osteuropäischen Regierungen beteiligen sich bereits, allerdings mit Abstufungen, an dieser Kampagne.

Die Sowjetunion verfolgt mit dieser Kampagne offenbar drei Ziele:

2.1) Die Förderung patriotischer Gefühle durch die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ soll offenbar integrierend wirken und der Bevölkerung über die Enttäuschungen politischer und ökonomischer Rückschläge und den grauen Alltag hinweghelfen. Die wieder häufige Erwähnung des verdienstvollen Stalin gehört in dieses Bild.

2.2) Zur Disziplinierung der eigenen Verbündeten wird die Erinnerung an die überstandenen existentiellen Gefahren im Zweiten Weltkrieg von neuem beschworen und in die Gegenwart verlängert, um der Lockerung des Zusammenhaltes innerhalb des Warschauer Pakts entgegenzuwirken. Auch die Erneuerung des Pakts läßt sich vor diesem Hintergrund leichter erreichen.<sup>4</sup>

2.3) Die Beschwörung der alten Kriegsallianz soll einen Keil in das Atlantische Bündnis treiben und vor allem die Bundesrepublik Deutschland von ihren Verbündeten isolieren.

Sowjetunion wird versuchen, die ehemaligen westlichen Kriegsalliierten zu gemeinsamen Feiern zu gewinnen. Dabei wird sie die Tendenz, ob nun ausgesprochen oder unausgesprochen, gegen uns richten wollen.

## 3) Haltung der DDR-Führung

Die DDR -Führung macht es sich leichter, als wir es tun:

Sie fühlt sich auf der Seite der Sieger; sie feiert am 8. Mai nur den Jahrestag des „Sieges der Sowjetunion über den Hitler-Faschismus“ und die Befreiung. Die DDR will sich an diesem Tag darstellen als der „deutsche Friedensstaat“

<sup>3</sup> Seit dem Frühjahr 1984 wurden in den Medien der UdSSR Vorwürfe gegen die Bundesregierung erhoben, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Frage stellen zu wollen. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 239.

Botschafter Kastl, Moskau, resümierte am 14. Dezember 1984: „Insgesamt zeichnet sich ab, daß SU bilateral gegenüber unseren Partnern im Westen und Osten sowie auch im multilateralen Rahmen versucht, ihre historische Position als Sieger zu aktualisieren und dadurch unseren politischen Spielraum zu begrenzen. [...] Bei Vergleich, wie stark einerseits USA und andererseits wir sowjet[ischen] Attacken ausgesetzt sind, zeichnet sich Verlagerung zu unseren Lasten ab. Dies liegt im Sinne des Appells an die USA als ‚Kriegsverbündeter‘, den Gromyko bereits in VN-Rede am 27.9. unüberhörbar gerichtet hatte. Wir werden uns darauf einstellen müssen, daß Sowjets auch weiterhin versuchen werden, durch Rückverweisung auf angebliche Rechte als ‚Ergebnisse‘ des 2. Weltkriegs auf uns, aber auch auf unsere Verbündeten einzuwirken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4697; Referat 213, Bd. 139304.

<sup>4</sup> In Artikel 11 des Warschauer Vertrags vom 14. Mai 1955 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand hieß es: „Dieser Vertrag bleibt 20 Jahre in Kraft. Für die Vertragschließenden Seiten, die ein Jahr vor Ablauf dieser Frist der Regierung der Volksrepublik Polen keine Erklärung über die Kündigung dieses Vertrages übergeben, bleibt er weitere 10 Jahre in Kraft.“ Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 388.

schlechthin. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen hat nach Ansicht Ost-Berlins die Lehren der Geschichte nicht gelernt, weil sie die Grenzen revidieren will und weil sie den 8. Mai (auch) zu einem Tag der Trauer macht. (DB der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin vom 11. Januar 1985<sup>5</sup> hierzu und der Aufruf des SED-Zentralkomitees<sup>6</sup> sind mit Kurier unterwegs.)

Wir sind der geschichtlichen Wahrheit näher und aufrichtiger: Für uns bedeutet der 8. Mai: Toten-Trauer, Gedenken an das entsetzliche Unrecht und Leid, das anderen Völkern im deutschen Namen zugefügt worden ist; Mahnung an die Spaltung Europas und unseres Landes. Der 8. Mai erinnert uns aber auch an die gewonnene Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und unsere Rückkehr in die Völkergemeinschaft.

#### 4) Unsere Vorstellungen

Wir müssen unsere eigenen Vorstellungen über das Geschehene, das wir nicht vergessen wollen, und die Lehren, die wir daraus gezogen haben und für die Zukunft ziehen, gegen die vergangenheitsorientierten und unserer Politik entgegenlaufenden Ziele der Sowjetunion setzen. Dabei sollten wir gegen das östliche Zerrbild immer wieder darauf verweisen, daß die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen nicht nur aktive Friedens-, Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik betrieben, sondern sich auch konsequent an das Gewaltverbot<sup>7</sup> gehalten hat. Andere haben dies nicht getan, und wir wollen gerade zum 8. Mai dafür plädieren, daß sich in Zukunft alle Staaten in Europa an das Verbot halten und Gewalt da, wo sie andauert, einstellen.

Wir planen folgendes:

##### 4.1) Nationale Veranstaltungen

Am 21. April 1985 wird der Bundeskanzler auf Einladung des Zentralrats der Juden an einer Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen teilnehmen.<sup>8</sup>

Für den 7. Mai 1985 plant der Bundespräsident eine Ansprache im Deutschen Bundestag.<sup>9</sup>

<sup>5</sup> Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, stellte zu dem vom ZK der SED erlassenen „Aufruf zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes“ fest: „Die DDR selbst stellt sich ohne jeden Abstrich auf die Seite der Sieger. [...] In Bezug auf den 8. Mai 1945 wird ein Gegensatz zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland konstruiert. Danach hat die DDR die Chance eines Neubeginns in Deutschland genutzt, während die Bundesrepublik Deutschland sich den Verpflichtungen der Geschichte zu entziehen versucht. [...] Die DDR sei als Friedensstaat ein Garant der europäischen Nachkriegsordnung, während die Bundesrepublik Deutschland durch die Nichtakzeptierung des 8. Mai 1945 (Trauer/Kapitulation) den Frieden in Europa gefährde. Zwischen der Anti-Hitler-Koalition und einer Koalition der Vernunft (gegen den Rüstungswettlauf) werden aktuelle Parallelen gezogen. Heute gelte es wieder, insbesondere gegen die USA und die NATO, alle Kräfte zu einer Koalition zusammenzuführen und den Sozialismus zu stärken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 65; Referat 210, Bd. 132746.

<sup>6</sup> Vgl. den Artikel „Aufruf zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung des deutschen Volkes“; NEUES DEUTSCHLAND vom 11. Januar 1985, S. 1.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Rede des Bundeskanzlers Kohl am 21. April 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen; BULLETIN 1985, S. 349–352.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag vgl. BULLETIN 1985, S. 441–446.

Am 8. Mai 1985 soll ein ökumenischer Gedenk-Gottesdienst im Kölner Dom als zentrale deutsche Veranstaltung stattfinden.

Das Gedenken an die Leiden und an die Toten wird diese Gedenkstunden beherrschen.

Aber auch das Erreichte seit 1945 wird unserer Bevölkerung in Erinnerung zu rufen sein. „40 Jahre Frieden und Freiheit“: Dieses Leitmotiv umschließt den Blick zurück und die Handlungsanweisung nach vorn.

Die SPD bereitet für den 8. Mai in Nürnberg einen Friedenskongreß vor, an dem Vertreter der im Zweiten Weltkrieg besonders in Mitleidenschaft gezogene Städte (z.B. Coventry, Köln, Hamburg, Dresden, Leningrad, Wolgograd, Lidice, Oradour) teilnehmen sollen.<sup>10</sup>

#### 4.2) Internationale Veranstaltungen

In Übereinstimmung mit unseren westlichen Verbündeten wollen wir alle internationalen Veranstaltungen aus Anlaß des 40. Jahrestages des Kriegsendes unter den Gedanken der Versöhnung und der Ausrichtung auf die Zukunft stellen. Wir haben im Westen neue, moderne Ordnungen des Zusammenlebens geschaffen. Gewaltverzicht und friedliche Zusammenarbeit sind Grundmaximen unserer Politik.

##### 4.2.1) Bilaterale West-West-Veranstaltungen

Wir werden jede Anregung unserer Verbündeten zu würdigen wissen, die, ähnlich wie beim Treffen von Verdun<sup>11</sup>, dem Versöhnungsgedanken symbolischen Ausdruck verleihen.

##### 4.2.2) Multilaterale West-West-Veranstaltungen

Der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn (2. bis 4. Mai 1985)<sup>12</sup> gibt uns Gelegenheit, in einer politischen Erklärung die großangelegte, zukunftsweisende Zusammenarbeit der vier ehemaligen westlichen Verbündeten mit ihren drei ehemaligen Gegnern herauszustellen.

##### 4.2.3) Bilaterale West-Ost-Möglichkeiten

Wir überlegen, wie wir z.B. an den 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags<sup>13</sup> und des 30. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion<sup>14</sup> anknüpfen können, um aus geschichtlicher Verantwortung die Notwendigkeit guter deutsch-sowjetischer Beziehungen zu unterstreichen, die der Festigung des Friedens in Europa dienen, um unsere vorwärts gerichtete Haltung auch gegenüber der östlichen Führungsmacht zu bekräftigen.

<sup>10</sup> Zum „Nürnberger Friedensgespräch“ am 7. Mai 1985 vgl. den Artikel „Die eigentliche Niederlage stand am Beginn der NS-Zeit“; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 8. Mai 1985, S. 1.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld vor Verdun der Toten der beiden Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

<sup>12</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

<sup>14</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vereinbart. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Adenauer und Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 1955; DzD III/1, S. 335–337.

Wir wollen ähnliche Anknüpfungspunkte in den Beziehungen zur DDR und zu den mittel- und osteuropäischen Staaten suchen, wobei uns zugute kommt, daß diese Länder großen Wert darauf legen, daß der West-Ost-Dialog nicht auf den amerikanisch-sowjetischen verkürzt wird.

Zu diesem Komplex sind Vorschläge unserer Botschaften willkommen.

#### 4.2.4) Multilaterale West-Ost-Veranstaltungen

4.2.4.1) Zum 30. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrags<sup>15</sup> am 15. Mai 1985 in Wien haben die Österreicher alle Minister der Signatar- und Nachbarstaaten Österreichs eingeladen.<sup>16</sup>

Der Bundesminister wird dieser Einladung folgen, so wie er bereits zum 25. Jahrestag in Wien gewesen ist<sup>17</sup>. Diese Feier in unmittelbarer Nähe zum 8. Mai 1985 und in einer West-Ost-Konfiguration trifft sich mit unseren Grundansichten und wird aus der Natur der Sache heraus eine gewisse Wirkung gegen die Revanchismuskampagne ausüben: Die Sowjetunion wird bei einer solchen Gelegenheit schwerlich gegen uns polemisieren können (und wollen). Die Tatsache einer solchen Zusammenkunft mit unserer Teilnahme spricht eher die Sprache der Versöhnung.

4.2.4.2) Wir treten für Treffen auf politischer Ebene am 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki<sup>18</sup> ein.

Wir meinen, daß ein solches Treffen am 1. August 1985 geeignet ist, um gemeinsam mit den Ländern Mittel- und Osteuropas uns zu besinnen, was seitdem auf der Grundlage der Schlußakte gemeinsam geschaffen worden ist und was wir in Zukunft gemeinsam verwirklichen wollen. Wir haben deshalb den finnischen Vorschlag sofort positiv aufgegriffen.<sup>19</sup>

Der KSZE-Prozeß bleibt nach unserer Auffassung die wichtigste Perspektive zur Milderung und schließlich zur Überwindung der Teilung Europas und damit Deutschlands, also zur friedlichen Beseitigung der unglücklichsten Dauerfolgen des Zweiten Weltkrieges durch die Schaffung einer Europäischen Friedensordnung.

4.2.5) Reine Siegesfeiern der ehemaligen Alliierten in der West-Ost-Konfiguration würden uns Probleme bereiten. Aus vertraulichen Gesprächen auf höch-

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

<sup>16</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 16. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120–122 und Dok. 127.

<sup>17</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Mai 1980 anlässlich des 25. Jahrestags des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich in Wien auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 148.

<sup>18</sup> In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. fazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>19</sup> Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar vermerkte am 11. September 1984, der finnische Botschafter Kalha habe Staatssekretär Meyer-Landrut am selben Tag eine Verbalnote überreicht, „mit der Finnland die Konsultationen darüber einleitet, wie der zehnte Jahrestag der KSZE-Schlußakte gebührend begangen werden soll“. Vgl. Referat 212, Bd. 133506.

Für die finnische Verbalnote vom 6. September 1984 vgl. Referat 212, Bd. 133506.

Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.



ster Ebene wissen wir, daß unsere westlichen Hauptverbündeten nichts unternehmen werden, was die vernarbenden Wunden wieder aufreißen oder „die deutsche Seele verletzen“ würde. Die Auffassung der britischen Regierung ist in einer für uns außerordentlich hilfreichen Weise durch die Erklärungen der Staatsministerin im Foreign Office, Lady Young, vom Januar 1985<sup>20</sup> und MP Thatcher vom 15.1.1985<sup>21</sup> öffentlich festgehalten (Anlage<sup>22</sup>).

#### 5) Bisherige Sondierungen

Der Bundeskanzler hat über unsere Pläne und Überlegungen bereits mit den Staats- und Regierungschefs der Hauptverbündeten<sup>23</sup>, der Bundesminister hat im gleichen Sinne mit einer ganzen Reihe seiner Amtskollegen über das Thema gesprochen.

D 2 hat unsere Erwägungen in kleineren Kreisen, im Politischen Komitee<sup>24</sup> und gegenüber dem japanischen Planungschef Watanabe (wegen des Weltwirtschaftsgipfels) vorgebracht.

Die Aufnahme unserer Gedanken war in allen Fällen sehr positiv.

#### 6) Weisung

Sie werden gebeten, in Gesprächen mit Vertretern des Gastlandes, je nach den dortigen Gegebenheiten in variabler Form, diese unsere Linie zu vertreten und so bald wie möglich über einschlägige Erkenntnisse aus dem Gastland zu berichten.

<sup>20</sup> Mit Schreiben vom 10. Januar 1985 teilte die Staatsministerin im britischen Außenministerium, Lady Young, dem Abgeordneten im britischen Unterhaus, Cartwright, mit: „The German reaction to the commemoration (of D-Day) illustrates the difficulty of mounting official events which both honour sacrifices made in the past and acknowledge the peaceful evolution of Germany (and Italy and Japan) since the end of the war. But I agree with you that, in the light of D-Day commemoration, many people in this country are expecting a celebration of the end of the war. [...] I believe our objective should be to highlight not only the achievements of those who won the war in 1945 but also of our former enemies who since then have built stable democratic societies and are now our partners and allies. The Economic Summit in Bonn (2–4 May) and the likely high-level meeting in July/August to mark the 10th anniversary of the Helsinki accords are two opportunities to develop these themes in 1985.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 332 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 16. Januar 1985; Referat 204, Bd. 135316.

<sup>21</sup> Aus einer Stellungnahme der Premierministerin Thatcher am 15. Januar 1985 zur Feier des 40. Jahrestags des Kriegsendes wurde folgender Auszug übermittelt: „We are considering the form of a national commemoration which would both honour the dead and point to the reconciliation and reconstruction that have been achieved.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 332 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 16. Januar 1985; Referat 204, Bd. 135316.

<sup>22</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 20 und 21.

<sup>23</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 30. November 1984 in Washington; AAPD 1984, II, Dok. 322.

<sup>24</sup> Bei der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 8. Januar 1985 in Rom führte Ministerialdirektor Pfeffer aus: „Es sehe so aus, als wolle die SU gegenwärtig bei der Gestaltung ihrer Westkontakte an der Bundesrepublik Deutschland vorbeigehen. Dabei spiele der 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Rolle. Für das Herausstellen dieses Ereignisses zeichneten sich drei Motive ab: Die SU wolle den Patriotismus fördern. Sie wolle die Länder in Ost- und Mitteleuropa disziplinieren. Sie wolle einen Keil zwischen die Länder des Westens treiben und Deutschland isolieren. Wir müßten dem gemeinsam entgegenwirken. Wir dürften nicht zulassen, daß der Osten den 40. Jahrestag des Kriegsendes für seine politischen Zwecke ausnutze. Präsident Mitterrand habe in Verdun ein großes Beispiel gegeben. Wir seien auch AM Howe dankbar, der in seinen Gesprächen mit Gorbatschow sehr klar alle Versuche zurückgewiesen habe, den Jahrestag zum Anlaß für Angriffe gegen uns zu nehmen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling vom 10. Januar 1985; Referat 200, Bd. 129596.

Es ist von besonderem Interesse, welche Veranstaltungen dort geplant sind, sei es im nationalen Rahmen, sei es vor allem in multilateralem und da wiederum in erster Linie im West-Ost übergreifenden Rahmen.

Den ganzen Komplex müssen wir mit besonderem Takt behandeln. In östlichen Ländern sollten Anfragen vermieden werden.

Für Berichterstattung möglichst bis zum 22. Januar 1985 wäre ich dankbar.

7) Eine englische und französische Übersetzung dieses Erlasses folgt.

Pfeffer<sup>25</sup>

**Referat 204, Bd. 135316**

## 12

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti**

**17. Januar 1985<sup>1</sup>**

Gespräch BM mit AM Andreotti am 17.1.1985<sup>2</sup>;

hier: politische Themen

1) Prag-Besuch

BM unterrichtete AM Andreotti über seinen Prag-Besuch, der für beide Seiten kompliziert gewesen sei.<sup>3</sup> Es habe sich um ersten Besuch nach der Verlegung seiner Polen-Reise gehandelt.<sup>4</sup> Über 80 Deutsche aus der DDR hätten sich zur gleichen Zeit in unserer Botschaft Prag aufgehalten. ČSSR habe dennoch großen Wert darauf gelegt, daß BM komme. Nach der Absage der Polen-Reise habe ihm der hiesige Botschafter<sup>5</sup> Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß Reise realisiert werde. Auch aus den Hauptstädten des WP hätten wir gehört, daß man dort nicht glücklich sei über die Absage der Reise und über das polnische Verhalten. Die Interessen der WP-Staaten sprächen im übrigen für die Entwicklung der Beziehungen zum Westen.

<sup>25</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 18. Januar 1985 gefertigt, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz, Vortragenden Legationsrat Horstmann und Legationsrat I. Klasse Ischinger verfügte.

Hat Horstmann am 22. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Ploetz und Ischinger am 24. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Ischinger am 28. Januar 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung eines Durchschlags an Referat 203 „mit Sonderboten!“ verfügte.

<sup>2</sup> Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 17. Januar 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher besuchte vom 18. bis 20. Dezember 1984 die ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

<sup>4</sup> Im November 1984 wurde die für Dezember 1984 geplante Reise des Bundesministers Genscher nach Polen verschoben. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

<sup>5</sup> Dušan Spáčil.

Die Zufluchtsuchenden in unserer Botschaft seien ein Problem gewesen. Dennoch habe er sich entschlossen, nach Prag zu gehen, und zwar nicht wegen dieses Problems, sondern auch wegen dieser Frage. Er habe jedoch als Regierungsmitglied die Pflicht gehabt, ihnen die wahre Lage zu schildern. Gegenüber der Öffentlichkeit habe er seine Absicht, in der Botschaft Gespräche zu führen, vorher nicht ankündigen können. AM Chňoupek habe er allerdings mitgeteilt, daß er in die Botschaft gehen werde. Dieser habe gemeint, das sei sein gutes Recht. Die ČSSR habe ein natürliches Interesse an der Lösung der Zufluchtsfälle gehabt.

Im Gespräch mit den Deutschen aus der DDR habe er klarmachen können, daß er als ehemaliger Bewohner der DDR vielleicht besser als jeder andere die Motive für ihr Verhalten verstehe; er habe aber zugleich niemanden im unklaren gelassen, daß er den eingeschlagenen Weg für falsch halte. Nach dem Gespräch sei klar gewesen, daß die Botschaftsfälle sich nach Weihnachten lösen werden, allerdings in Erwartung, daß die DDR sich großzügig verhalte. Bei uns hätten viele nicht die Bedeutung der Zahl der Zufluchtsuchenden erkannt, bei der es sich um 80 gehandelt habe. 40 000 Menschen habe die DDR 1984 ziehen lassen. Das seien pro Tag 100 Menschen. In Prag hätten sich also weniger als ein tägliches Kontingent aufgehalten. Die Zahl habe aber auch die Lösbarkeit des Problems aufgezeigt. Entscheidend sei gewesen, einen Weg zu finden, um die Ausreise der 80 nicht auf Kosten möglicher weiterer anderer Ausreisen zu gefährden.<sup>6</sup> Die DDR habe natürlich auch ein Interesse gehabt, unnötige Publizität zu vermeiden. DDR-Anwalt Vogel habe positiv zur Lösung beigetragen. Die deutsche Presse sei nicht immer so hilfreich gewesen. Ihre Berichterstattung habe zum Teil zur falschen Einschätzung der Aussichten geführt.

Die bilateralen Gespräche mit der ČSSR seien gut gewesen. ČSSR sei zuversichtlich, was die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen angehe. In den Gesprächen seien Formulierungen gefallen wie „neues Kapitel aufschlagen, das länger und intensiver sein kann“. Insgesamt seien keine großen Abweichungen von der östlichen Linie festzustellen, da Moskau nicht fern sei. In den Fragen der West-Ost-Beziehungen und der Abrüstungsverhandlungen insgesamt sei aber ein positiver Ton festzustellen gewesen.

Auf die Frage nach der Begehung des 10. Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte am 1. August 1985<sup>7</sup> sei zwar nicht offiziell gesagt worden, daß die ČSSR an einem Treffen in Helsinki teilnehmen werde. Es sei aber deutlich geworden, daß man den Gedanken für richtig halte.

BM berichtete über seinen Besuch bei Kardinal Tomášek. Die Kirche befinde sich in einer schwierigeren Lage als in Polen. In der Slowakei sei sie stark. In Böhmen werde sie in Zusammenhang gebracht mit dem Habsburger Erbe. Der Kardinal habe Wert darauf gelegt, daß die Begegnung im deutschen Fernsehen gezeigt werde, weil auf diesem Weg seine Gläubigen von diesem Treffen erfahren würden. BM habe Husák gefragt, warum er nicht den Kardinal empfangen. Dieser habe durchaus verstanden, was er mit dieser Frage bezweckt habe. Des-

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

<sup>7</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

halb habe BM darauf hingewiesen, daß auch die internationale Reputation der ČSSR davon abhängen, wie sie die Kirche behandle.

BM erläuterte den Stand der Wirtschaftsbeziehungen und die angestrebte Zusammenarbeit im Umweltschutz<sup>8</sup>. Hier gebe es viel zu tun. Auch hier seien die Gespräche in einem guten Geist verlaufen.

Der Besuch habe insgesamt Sinn gemacht.

## 2) Polen

AM *Andreotti* berichtete über seinen Besuch in Polen.<sup>9</sup> Jaruzelski und AM Olszowski seien zuversichtlich gewesen, daß BM seine Reise bald nachhole. Beunruhigung sei erkennbar gewesen über deutsche Absicht, ein deutsches Soldatengrab zu besuchen.<sup>10</sup> Hier suchten sie anscheinend einen Weg, obwohl sie natürlich eine Unterscheidung machten gegenüber dem Deutschland vor und nach dem Krieg. Damit sei das Problem an sich überholt. Aber sie wollten keine Schwierigkeiten. Jaruzelski selbst habe ihm den Eindruck vermittelt, daß er eine vernünftige Politik machen wolle. Er habe ausgeführt, daß Polen sich von allen MS des WP durch die große Macht und das Ansehen der Kirche und seine traditionellen Beziehungen zum Westen unterscheide. Diese Beziehungen, die unterbrochen worden seien, gelte es nun wiederaufzunehmen. J. habe sehr deutlich die fundamentale Bedeutung des WP-Bündnisses und der Freundschaft mit der SU für die Sicherheit der Grenzen und die wirtschaftliche Entwicklung Polens zum Ausdruck gebracht. J. habe betont, daß der Belagerungszustand<sup>11</sup> erst ausgerufen wurde, als aufgrund der Schändung von sowjetischen Soldatengräbern keine andere Wahl mehr blieb. Er habe auf den Wandel hingewiesen, der sich in der Partei selbst vollziehe. Wörtlich habe er angefügt: „Die KP Polens war zum Staubsauger geworden, die allen Schmutz Polens aufsog.“ Viele habe die Partei jetzt weggeschickt, andere seien von sich aus gegangen. Nun gelte es, die Voraussetzungen zu schaffen, daß sich ein Fall wie der Mord an

<sup>8</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 214 vom 11. Dezember 1984 wurde festgehalten, daß am 9. Dezember 1984 eine Sitzung von Umweltexperten aus der Bundesrepublik und der ČSSR stattgefunden habe: „ČSSR zeigte großes Interesse an komplexer, d. h. sowohl wissenschaftlich-technologischer als auch wirtschaftlicher Zusammenarbeit, für die Abschluß eines Abkommens nicht Voraussetzung sei. Zusammenarbeit könne sich auf Bereiche Luftreinhaltung, Waldschäden und Gewässerschutz beziehen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139635.

<sup>9</sup> Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 20. bis 23. Dezember 1984 in Polen auf.

<sup>10</sup> Am 13. Januar 1985 vermerkte Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, bei seinen Gesprächen am 10./11. Januar 1985 im polnischen Außenministerium in Warschau sei ihm zum Besuch des Bundesministers Genscher in Polen dargelegt worden: „Polen könne ‚keine Anregung akzeptieren‘, daß wir Kranz an Wehrmachtsgrab niederlegten, weder innerhalb noch außerhalb des Programms. Polnische Empfindlichkeiten seien gerade jetzt besonders groß. Die Nachrichten über die Kranzniederlegung würden über die westlichen Medien nach Polen kommen, und die polnische Presse würde sehr scharf reagieren. Die von uns genannten Kranzniederlegungen in anderen Hauptstädten sozialistischer Staaten seien nicht vergleichbar: In Moskau handele es sich um Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft gestorben seien; in Prag um Soldaten, die wegen Befehlsverweigerung von Deutschen erschossen worden seien [...]. Über das Zeichen von Verdun habe man nachgedacht; der Versöhnungsprozeß mit Polen sei aber erst am Anfang, der mit Frankreich weit fortgeschritten. Man werde über die neuen von uns genannten Modalitäten (möglicherweise außerhalb Warschaus bei Gefallenen des I. Weltkriegs) nachdenken. Das beste sei aber, wenn wir bei diesem Besuch noch darauf verzichteten; später werde so etwas sicher auch einmal in Polen möglich werden.“ Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde der Kriegszustand für das gesamte Territorium Polens verkündet. Zugleich wurde ein Militärrat unter Führung des Generalsekretärs des ZK der PVAP, des Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Jaruzelski, gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Popiełuszko<sup>12</sup> nicht wiederholen könne. J. habe hinzugefügt – da er anscheinend von dem Kontakt zwischen AM Andreotti und Mitgliedern von Solidarność vorher gewußt habe –, daß die aus der Partei Ausgestoßenen nun versuchten, sich um die Kirche zu gruppieren.

In seinem Gespräch mit dem Kardinal von Krakau, Macharski, habe dieser klare Vorstellungen entwickelt: Die Kirche dürfe nicht anstelle des Staates Politik betreiben, aber sie habe nicht nur das Recht zu evangelisieren, sondern auch soziale Fragen zu stellen, vor allen Dingen die Frage nach der Freiheit. Allerdings dürfe sie nicht selbst Partei werden. Jaruzelski habe zur Rolle der Kirche darauf hingewiesen, daß in Polen in den nächsten Jahren tausend neue Kirchen errichtet würden, und zwar nicht wegen der Kirche, sondern weil das Volk es wolle.

Zum Landwirtschaftsprojekt bemerkte Andreotti nach einem Hinweis, daß er wisse, wie sehr diese Frage BM am Herzen liege, daß in seinem Gespräch mit Primas Glemp dieser erwähnt habe, daß noch ein Punkt offen sei, aber daß er selbst mit baldiger Realisierung rechne. Andere Kirchenvertreter hätten sich skeptischer geäußert.<sup>13</sup>

Von großem Interesse habe er das Klima an den Universitäten gefunden. Er habe die Universitäten Thorn und Krakau besucht; in Thorn sei er wenige Tage vor Eröffnung des Prozesses gewesen. Die dortige Universität zeichne sich dadurch aus, daß sie über eine relativ große Autonomie verfüge. Solidarność habe die Bauern und Arbeiter dieser Region mit der geistigen Welt in Kontakt gebracht. Dies dauere auch weiter an.

In seiner offiziellen Rede bei seiner Begrüßung habe der Vertreter der Universität an de Gasperi erinnert, der so sehr unter dem Entzug der Freiheit gelitten habe und der in seiner Regierungszeit niemandem die Freiheit genommen habe.

<sup>12</sup> Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popiełuszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.

Am 8. Februar 1985 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner fest: „Der am 27.12.1984 begonnene Prozeß gegen die Mörder des Priesters Popiełuszko endete am 7.2.1985 mit der Verurteilung aller vier Angeklagten zu hohen Haftstrafen. [...] Mit dem Thorner Prozeß verfolgte die polnische Führung das Ziel, die durch die Ermordung Popiełuszkos durch Staatssicherheitsbeamte eingetretenen Rückschläge auf dem Wege zur Rückgewinnung des Vertrauens der Bevölkerung soweit wie möglich abzufangen. Durch die schnelle Verhaftung und Verurteilung nachgeordneter Beamter sollte das Vertrauen der Bevölkerung in die Rechtsstaatlichkeit Polens wiederhergestellt werden und die Frage nach den Hintermännern der Gewalttat in den Hintergrund gerückt werden. [...] Dennoch stellt der Prozeß einen einmaligen Vorgang in den osteuropäischen Staaten dar. Nie zuvor saß der staatliche Polizeiapparat eines osteuropäischen Landes unter den Augen der Weltöffentlichkeit auf der Anklagebank. Die polnische und die Weltöffentlichkeit konnten aufgrund der weitgehenden Publizität Einblicke in Funktions- und Verhaltensweisen eines östlichen Sicherheitsapparates nehmen, deren psychologische Konsequenzen für die zukünftige Stellung dieses Apparates und die Haltung der Bevölkerung zu ihm noch nicht abzusehen sind.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133066.

<sup>13</sup> Die katholische Kirche in Polen initiierte im Sommer 1982 ein Programm zur Förderung des privaten Sektors der polnischen Landwirtschaft, das von den Kirchen und den Regierungen westlicher Staaten finanziert und von einer Stiftung polnischen Rechts getragen werden sollte. Im Juli 1983 gab auch Ministerpräsident Jaruzelski seine Zustimmung zu dem Projekt. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 287, und AAPD 1983, II, Dok. 197.

Zur Unterstützung des Landwirtschaftsprojekts durch die Bundesregierung und ihren Bemühungen, weitere Staaten für eine Mitfinanzierung zu gewinnen, vgl. AAPD 1983, II, Dok. 228, Dok. 236, und Dok. 374. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, I, Dok. 71, Dok. 89 und Dok. 128, sowie AAPD 1984, II, Dok. 245.

Zur Wirtschaftslage gab Andreotti seinen Eindruck wieder, daß es weiterhin große Schwierigkeiten gebe. So habe er gehört, daß eine Hühnerkonservenfabrik nicht produzieren könne, weil es kein Hühnerfutter mehr gebe. Aber das allgemeine Leben scheine weniger hart zu sein als noch bei seinem letzten Besuch 1980. Jaruzelski habe ihm zur Wirtschaftslage gesagt, es gehe darum, nicht eine starke Kirche und eine schwache Wirtschaft zu haben; wünschbar sei eine starke Kirche und eine starke Wirtschaft. Die Kirche solle dafür sorgen, daß die Leute weniger demonstrierten und mehr arbeiteten.

Auf die Frage nach seiner Einschätzung der Solidarność-Mitglieder berichtete Andreotti von seinem Eindruck, daß nach der Amnestie<sup>14</sup> Solidarność wieder zusammengefunden habe. Einige der Solidarność-Mitglieder, die er gesprochen habe, hätten einen starken Eindruck gemacht, andere weniger. Ihr Aktionsfeld sei nach wie vor die Arbeitswelt.

Für sie sei in der politischen Entwicklung nun entscheidend, ob es zu einer Verurteilung der Mörder Popiełuszkos komme. Dies wäre dann eine wirkliche Wende. Bisher sei es undenkbar gewesen, daß die Geheimpolizei auf der Anklagebank sitze. Ein gerechtes Urteil wäre die Anerkennung all dessen, wofür Solidarność stehe.

Ihm sei der Wunsch vorgetragen worden, Beziehungen zwischen Solidarność und den Universitäten Westeuropas anzuknüpfen. Dies sei ein wirksamerer Kanal, der weniger die Aufmerksamkeit der Polizei erzeuge als politische Kontakte.

Bei seinem Besuch habe man ihm gesagt, daß es innerhalb Solidarność verschiedene Flügel gebe. Die maximalistische Position werde von denen vertreten, die als Trotzkisten bezeichnet würden. Der Papst<sup>15</sup> habe ihm allerdings einmal in einem vertraulichen Gespräch gesagt, daß im Kommunismus immer alle die als Trotzkisten gelten, die einen anderen Weg als die Partei wählten.

BM dankte für die ausführliche Unterrichtung. Die geschilderten Eindrücke entsprächen auch unserer Einschätzung. Er glaube, daß der Popiełuszko-Prozeß im Westen nicht ganz richtig gesehen werde. Dies sei eine fast revolutionäre Entwicklung, die ihre Konsequenzen für die Sicherheitsdienste nicht nur in Polen, sondern auch in den anderen WP-Ländern nicht verfehlen werde. Bisher hätte deren Tätigkeit als unantastbar, ihre Mitglieder als unverletzbar gegolten. Daß der Prozeß öffentlich geführt werde und von den westlichen Medien beobachtet werden könne, sei ein unerhörter Vorgang. Die Angehörigen der Sicherheitsdienste müßten nun vorsichtiger sein. Dies werde eine enorme Wirkung haben.

BM dankte für das Interesse an dem Landwirtschaftsprojekt. Nun gelte es, auf die britischen Freunde einzuwirken.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Polen verabschiedete das polnische Parlament am 21. Juli 1984 ein Amnestiegesetz, von dem auch 652 wegen politischer Delikte einsitzende Häftlinge begünstigt wurden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 199.

<sup>15</sup> Johannes Paul II.

<sup>16</sup> Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am 30. November 1984, die britische Regierung habe „in dieser Woche eine finanzielle Unterstützung des polnischen Landwirtschaftsprojekts sowohl national als auch über die EG abgelehnt. Diese Ablehnung macht, wenn sie aufrechterhalten wird, eine spätere Beteiligung der EG an dem Projekt unmöglich. Sie erschwert darüber hinaus eine nationale Beteiligung der wichtigsten übrigen EG-MS, die wiederum Voraussetzung für unseren nationalen Bei-

AM *Andreotti* führte an, daß das Interesse bei den Polen in den USA zunächst eher gering und ihre Haltung negativ gewesen sei, da sie geglaubt hätten, daß der polnische Staat der Nutznießer sein werde. Nach dem Besuch von Kardinal Macharski bei der Katholischen Bischofskonferenz in den USA habe sich diese Haltung geändert.

Beide Minister waren sich in ihrer Einschätzung, daß Kardinal Macharski die stärkere Persönlichkeit als der Primas sei, einig.

### 3) Mittelamerika

AM *Andreotti* wies darauf hin, daß bei der Konferenz in San José vom Oktober 1984<sup>17</sup> vereinbart worden sei, einmal im Jahr eine Ministerkonferenz abzuhalten. Im Augenblick halte er die Verwirklichung eines solchen Projektes für etwas früh. Er frage sich, ob es nicht besser sei, zunächst ein solches Treffen auf der Ebene der Politischen Direktoren abzuhalten.

BM äußerte Zweifel. Man sollte nicht Nein sagen, wenn die andere Seite ein solches Treffen wünsche, aber ihr gleichzeitig deutlich machen, daß jährliche Treffen nicht die Regel sein müßten, sondern zunächst nur im Gründungsstadium vorgesehen seien. Später könne man dann an eine alternierende Lösung zwischen Minister- und Beamtenebene denken.

Immerhin sei zu berücksichtigen, daß die Konferenz von San José auf das Klima in Mittelamerika beruhigend gewirkt habe (AM *Andreotti* stimmte dem lebhaft zu).

Diese Entwicklung sei aber eine zarte Pflanze, die eventuell einer Stärkung durch ein Treffen in Europa bedürfe. Schon bei der Vorbereitung der Konferenz hätten sich die mittelamerikanischen Staaten um ein günstiges Bild bemüht.

AM *Andreotti* äußerte Zustimmung zu dieser Bewertung. In der Tat habe die Initiative zu einer Abkühlung bei Nicaragua geführt. BM warf ein: auch bei den USA.

Unter Hinweis auf die Behandlung des Contadora-Vorschlags<sup>18</sup> durch die USA stimmte AM *Andreotti* dieser Bewertung zu.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 54*

trag ist. Das Projekt ist damit ernsthaft gefährdet, da auch die USA ihren Beitrag in Höhe von 10 Mio. Dollar für die Pilotphase von einer entsprechenden Beteiligung der EG abhängig machen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140342.

In einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Thomas, am 18. Januar 1985 legte Ministerialdirektor Pfeffer dar, die Bundesregierung verstehe nicht, „daß wegen einer verhältnismäßig geringfügigen auf Großbritannien entfallenden Summe London die EG-Aktion blockiere. Die politischen Folgen seien unabsehbar. Der polnische Staat könne sich hinter der mangelnden westlichen Hilfsbereitschaft verschanzen.“ Thomas erklärte dazu, das britische Außenministerium „habe mit allen Mitteln [...] gekämpft. In einer Sitzung der beteiligten Minister, nicht des Kabinetts, sei indessen eindeutig gegen das Projekt entschieden worden. Diese Entscheidung habe Kabinettsrang.“ Vgl. die Aufzeichnung von Pfeffer vom 21. Januar 1985; Referat 214, Bd. 133056.

<sup>17</sup> In San José fand am 28./29. September 1984 die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern mittelamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

<sup>18</sup> Am 8./9. Januar 1983 trafen die Außenminister Kolumbiens, Mexikos, Panamas und Venezuelas auf der Insel Contadora in Panama zusammen, um über Möglichkeiten einer friedlichen Lösung verschiedener Konflikte in Mittelamerika zu beraten. Vgl. dazu das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1983, D 557f.

Ministerialdirektor Haas vermerkte am 10. Oktober 1984: „Am 7.9.84 haben die Contadora-Staaten den fünf zentralamerikanischen Staaten eine revidierte Fassung der ‚Akte für Frieden und Zusam-

Vielleicht sei es das beste, in der Frage eines weiteren Treffens zunächst abzuwarten, wie die Dinge sich entwickelten. Im September/Oktober könne man dann klarer sehen. Vielleicht sei es dann wichtig, die Contadora-Initiative erneut nachhaltig zu unterstützen. Falls er gefragt werde, wolle er grundsätzlich Ja sagen, aber die Ebene offenlassen.

#### 4) Nahost

AM Andreotti berichtete über seinen Besuch in Jordanien zu Beginn des Jahres.<sup>19</sup> König Hussein habe sich über fehlende europäische Initiativen beunruhigt gezeigt. Diese Beurteilung habe er auch bei Mubarak und König Fahd angetroffen. Alle Gesprächspartner hätten sich für eine Nahost-Konferenz – an der dann auch die SU teilnehmen müsse – eingesetzt. Hussein versuche, die Zustimmung Arafats zu diesem Projekt zu erreichen. Arafat werde in diesem Sinne auch von den USA zu beeinflussen gesucht. Kairo und Amman versuchten, mäßigend auf ihn einzuwirken. Alle diese Bemühungen müßten allerdings einmünden in direkte Kontakte mit Israel, sonst werde aus all diesen Plänen nichts. Zwar sei der König in der Lage, Gespräche mit Israel alleine zu führen; er sei sich allerdings auch der Gefährlichkeit dieses Vorgehens sehr bewußt, da er das Beispiel der Direktkontakte zwischen Gemayel und Israel vor Augen habe.

Andreotti resümierte, daß er im Augenblick nicht recht sehe, welche Initiative von der Europäischen Gemeinschaft ausgehen könne.

Er kündigte an, daß im Februar israelischer MP Peres Rom besuchen werde.<sup>20</sup> Nach dem Desaster im Libanon gehe es nun darum, eine neue Plattform zu finden. Der einzige Weg scheine ihm zunächst, das Westjordanland an Jordanien zurückzugeben. Palästinenser müßten dann entscheiden, ob sie einen eigenen Staat wollten.

BM dankte für die Unterrichtung über den Besuch und nahm Bezug auf seine Anregung beim Europäischen Rat in Dublin<sup>21</sup>, daß die Präsidentschaft in den Nahen Osten reisen sollte, um das europäische Interesse an der Region und an der Lösung der dortigen Fragen deutlich zu machen. Zu einer europäischen Initiative äußerte BM die gleichen Vorbehalte. Eine Initiative stimme ihn eher nachdenklich und bedenklich.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 55*

menarbeit in Zentralamerika' mit der Aufforderung übergeben, sich bis zum 15.10.84 endgültig zu dem Dokument zu äußern. Die wichtigste Änderung der revidierten Fassung besagt, daß nunmehr alle Bestimmungen verpflichtender Natur sind (keine 'Empfehlungen' mehr). Innerhalb von sechs Monaten nach Unterzeichnung (nicht: Inkrafttreten) müssen ausländische Militärstützpunkte und Ausbildungszentren geschlossen werden; innerhalb von 30 Tagen müssen der Kontrollkommission (Mitglieder: vier Vertreter aus Staaten, deren Unabhängigkeit und Interesse an einer Lösung der Krise anerkannt ist; Vorschlag: Contadora; Zustimmung: ZA-Staaten) entsprechende Zahlenangaben übermittelt werden. Der erste Entwurf sah zwölf Monate bzw. 60 Tage vor. Nicaragua habe überraschend seine Zustimmung erklärt und damit einen „Propagandaerfolg“ erzielt. Die USA hätten Bedenken geäußert: „Es wird unterstellt, daß Nicaragua nicht gewillt ist, sich an die Verpflichtungen der ‚Akte‘ zu halten.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146551.

<sup>19</sup> Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 4./5. Januar in Jordanien auf, welches am 5. Januar 1985 auch von Präsident Mubarak besucht wurde.

<sup>20</sup> Ministerpräsident Peres besuchte vom 18. bis 20. Februar 1985 Italien.

<sup>21</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 3./4. Dezember 1984 in Dublin statt.



BM unterrichtete seinen Gast über den bevorstehenden Staatsbesuch in Jordanien und Ägypten<sup>22</sup> sowie über seine Reisepläne nach Syrien<sup>23</sup> und in einen Golfstaat<sup>24</sup>.

#### 5) Gespräche Shultz/Gromyko<sup>25</sup>

AM *Andreotti* bezeichnete Ergebnis als prinzipiell gut. Die Berichte von Nitze und McFarlane seien in Rom positiv aufgenommen worden. Eine sowjetische Note, die in Rom übergeben worden sei, habe die Unterrichtung der Amerikaner bestätigt. Entscheidend sei jetzt, daß keine Situation entstehen dürfe, in der Länder wie die Bundesrepublik Deutschland und Italien, die die Mittelstreckenwaffen stationiert hätten, in Schwierigkeiten gebracht würden. Er denke dabei vor allen Dingen an Ideen über Moratorien.<sup>26</sup> Die Verhandlungen über Weltraumwaffen würden sicher sehr schwierig. Hier sei es nicht leicht, zu Ergebnissen zu kommen.

BM fügte an, daß die Frage der Weltraumwaffen die Europäer beschäftigen müsse. F sei in dieser Frage als Atomwaffenstaat sehr sensibel. Italien und wir hätten andere gute Gründe, ebenfalls sehr aufmerksam zu sein. Deshalb habe die Bundesregierung eine Arbeitsgruppe angesetzt, die alle Aspekte der SDI für den BSR aufbereiten werde.<sup>27</sup>

BM schlug vor, betreffend der Genfer Verhandlungen<sup>28</sup> in allerengstem Kontakt zu bleiben. Italien und Deutschland seien die Hauptbetroffenen der Raketenentwicklung. Für D. sei die Lage noch etwas komplizierter. Deshalb lege er allergrößten Wert auf engste Abstimmung mit Italien.

AM *Andreotti* äußerte sich zufrieden, daß D. und Italien ihre Pflicht getan hätten. Damit sei ein wichtiger Beitrag für die Wiederaufnahme der Gespräche geleistet worden. Darauf könne man stolz sein.

BM unterrichtete seinen Kollegen über Schreiben von AM Shultz vom 17.1. (010-103/85 geheim) betreffend die Gespräche von PM Martens in Washington.<sup>29</sup>

<sup>22</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher besuchten vom 3. bis 5. Februar 1985 Jordanien. Zu ihrem anschließenden Besuch vom 5. bis 8. Februar 1985 in Ägypten vgl. Dok. 30.

<sup>23</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 30./31. August 1985 in Syrien vgl. Dok. 238 und Dok. 239.

<sup>24</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 1./2. September 1985 Kuwait und vom 16. bis 19. November 1985 Oman.

<sup>25</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>26</sup> Vgl. dazu Antrag des Parteivorstands zur Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, der vom SPD-Parteitag vom 17. bis 21. Mai 1984 in Essen angenommen wurde; Dok. 7, Anm. 6.

<sup>27</sup> Am 21. Januar 1985 hielt Botschafter Ruth fest: „Unter Vorsitz von MD Teltschik fand heute die erste Sitzung der Beamten-Arbeitsgruppe zu SDI statt, deren Bildung im September vom BSR beschlossen worden war. Außer Herrn Teltschik und anderen Vertretern des Bundeskanzleramts waren das BMVg (General Hüttel), das BMFT und das Auswärtige Amt (Ruth, Schauer) vertreten. [...] Zeitlich vordringlich soll vom Auswärtigen Amt der Entwurf einer Sprachregelung erarbeitet werden, der in der SDI-Gruppe diskutiert und dann der Bundesregierung zur Billigung vorgelegt werden soll.“ Vgl. VS-Bd. 11374 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>28</sup> Zur Eröffnung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle am 12. März 1985 in Genf vgl. Dok. 86.

<sup>29</sup> Ministerpräsident Martens besuchte vom 13. bis 16. Januar 1985 die USA.

Beide AM waren sich einig, daß ungebetene Ratschläge an die belgische Adresse zweifelhafte Wirkungen haben könnten. Die beste Unterstützung sei das gute Beispiel, das beide bereits gegeben hätten.

6) Österreichische Einladung nach Wien am 15. Mai

BM unterrichtete über Annahme der österreichischen Einladung zur 30-Jahr-Feier des Staatsvertrags<sup>30</sup> am 15. Mai in Wien.<sup>31</sup> Da die Erfahrung des letzten Treffens<sup>32</sup> gut gewesen sei, habe er gerne erneut zugesagt. Vielleicht sei dies auch eine gute Gelegenheit, um den Grenzzwischenfall zwischen Österreich und der ČSSR zu bereinigen.<sup>33</sup>

AM *Andreotti* teilte mit, daß eine entsprechende Einladung der italienischen Regierung bisher nicht vorliege.

Den erwähnten Grenzzwischenfall nahm er zum Anlaß, die politisch harte Linie der ČSSR-Führung zu bewerten. Da es in der ČSSR noch einen echten stalinistischen Flügel der KP gebe, liege die Politik schließlich immer auf hartem Parteikurs. Viele ihrer Probleme entstünden nicht durch sowjetischen Druck, sondern aufgrund der internen Parteikonstellation. Husák habe es deshalb sehr viel schwerer als Schiwkow oder Kádár.

**Referat 010, Bd. 178901**

<sup>30</sup> Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

<sup>31</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 16. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120–122 und Dok. 127.

<sup>32</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 15./16. Mai 1980 anlässlich des 25. Jahrestags des Österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 in Wien auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 148.

<sup>33</sup> Botschafter Noebel, Wien, berichtete am 13. November 1984: „Wie durch die Presse bekannt gemacht wurde, ist vor einigen Tagen der tschechische Flüchtling František Faktor auf österreichischem Hoheitsgebiet, in der Nähe von Gmünd/Waldviertel, erschossen aufgefunden worden. Alle Indizien sprechen dafür, daß er von tschechischen Grenzbeamten erst erschossen wurde, als er schon auf österreichischem Gebiet war. Die Umstände lassen es auch als sicher erscheinen, daß die tschechischen Grenzpolizisten österreichisches Gebiet betreten haben und erst dort ihr Verbrechen begingen. Dieser Vorfall und die völlig uneinsichtige Reaktion der ČSSR-Regierung haben die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder einmal auf den Gefrierpunkt gebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 660; Referat 214, Bd. 139652.

## 13

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher

VS-vertraulich

18. Januar 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Premierminister Margaret Thatcher anlässlich der deutsch-britischen Konsultationen am 18. Januar 1985 in Bonn, 9.25 Uhr bis 11.20 Uhr

Weitere Teilnehmer: Charles D. Powell, Persönlicher Referent; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Heinz Weber, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* hieß Mrs. Thatcher herzlich willkommen. Nachdem die Konsultationen im Dezember wegen des tragischen Attentates an Frau Gandhi<sup>2</sup> hätten verschoben werden müssen, freue er sich, heute zusammentreffen zu können. Dies um so mehr, als Mrs. Thatcher ebenfalls von einem Terroranschlag betroffen gewesen sei.<sup>3</sup>

Mrs. *Thatcher* bedankte sich für die freundliche Begrüßung. Sie schlug vor, sich zu Beginn des Gespräches auf die Fragen der Ost-West-Beziehungen und der wirtschaftlichen Entwicklung zu konzentrieren und im zweiten Teil über die Probleme der Europäischen Gemeinschaft zu sprechen, wenn die Außenminister<sup>4</sup> zu diesem Gespräch hinzukämen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich einverstanden. Er erinnerte daran, daß im März der Europäische Rat in Brüssel<sup>5</sup> stattfinden werde, auf dem der abschließende Bericht des Dooge-Komitees<sup>6</sup> vorliegen werde. Dieser Bericht solle dann auf

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 29. Januar gefertigt und am 31. Januar 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt. Hat Ploetz am 1. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 8. Februar 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Ministerpräsidentin Gandhi wurde am 31. Oktober 1984 in Neu Delhi ermordet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 312.

<sup>3</sup> Am 12. Oktober 1984 wurde im Grand Hotel in Brighton ein Bombenanschlag auf die Führungsspitze der Konservativen Partei verübt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 287.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe am 18. Januar 1985 vgl. Dok. 14.

<sup>5</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 29./30. März 1985 in Brüssel statt.

<sup>6</sup> Der Europäische Rat am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau beschloß die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß), der Vorschläge für eine bessere europäische Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinschaft, der EPZ und auf anderen Feldern erarbeiten sollte. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

Der Ausschuß legte dem Europäischen Rat am 3./4. Dezember 1984 in Dublin einen Zwischenbericht zu seiner Tätigkeit vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 96–104. Vgl. dazu ferner AAPD 1984, II, Dok. 314.

In einer Aufzeichnung des Referats 410 vom 16. Januar 1985 wurde zum Sachstand dargelegt: „Mit der Vorlage des Zwischenberichts hat der Ausschuß sein Etappenziel erreicht. Die im Januar 1985 beginnende zweite Halbzeit seiner Beratungen muß zeigen, ob bereits mit dem Zwischenbericht das Potential für neue politische Impulse zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft erschöpft ist. [...] Aus unserer Sicht sind weiter beratungsbedürftig: die Abschnitte über das EWS, die ‚gemeinsamen Werte‘ (d. h. neue Politikbereiche), die Verteidigung, die künftige Rolle des EP, Mehrheitsabstimmung-

dem Gipfel in Mailand<sup>7</sup> beraten werden. Er schlage deshalb vor, daß sich Mrs. Thatcher und er vor dem Mailänder Gipfel noch einmal treffen sollten.

Mrs. Thatcher stimmte diesem Vorschlag spontan zu. Dieses bilaterale Treffen könne in Chequers stattfinden. Sie sei bereit, den Bundeskanzler an einem Samstag zu einem Dinner einzuladen.

Der Bundeskanzler schlug vor, daß diese Begegnung einen ganzen Tag andauern solle, um alle weiteren Schritte zu besprechen. Dies sei exzellent, erwiderte Mrs. Thatcher. Der Bundeskanzler fuhr fort, daß er das letzte Interview von Mrs. Thatcher in der deutschen Tageszeitung „Die Welt“ und das von Außenminister Howe im „Handelsblatt“ vom 31. Dezember<sup>8</sup> mit großem Interesse gelesen habe.

Mrs. Thatcher schlug vor, daß das Datum für das Treffen möglichst rasch vereinbart werden solle. Der Bundeskanzler erwiderte, daß der Termin nach dem Weltwirtschaftsgipfel<sup>9</sup> liegen solle.<sup>10</sup> Vor dem Weltwirtschaftsgipfel habe er drei Landtagswahlen<sup>11</sup> durchzuführen. Die Ausgangslage sei jedoch gut.

Der Bundeskanzler gab einen ausführlichen Bericht über die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Sie stelle sich nach der Jahreswende positiv dar. Die Umfragen seien gut. Die FDP habe sich konsolidiert. Wenn am Sonntag Wahlen stattfänden, erhielte die CDU/CSU etwa 48 % und die FDP ca. 6 %. Katastrophal sei dagegen die Entwicklung bei der SPD. Willy Brandt lebe als Parteivorsitzender in den Wolken und kehre nur gelegentlich auf den Boden der Realitäten zurück. Die SPD würde immer mehr den Grünen nachlaufen, jedoch ohne großen Erfolg. Die entscheidende Frage für die SPD werde sein, ob sie zu einem Kurs zurückfinden werde, wie ihn Bundeskanzler Helmut Schmidt verfolgt habe. Im Augenblick wirke die schlechte Lage der SPD stabilisierend für die Grünen. In der Außenpolitik setze die SPD ihre Angriffe gegen Präsident Reagan fort und trete für ein Moratorium bei den Mittelstreckenraketen<sup>12</sup> ein. Die SPD habe in manchen Positionen die Haltung von Außenminister Gromyko übernommen. Auch in der Wirtschaftspolitik habe die SPD nichts dazugelernt.

Die Grünen hätten ihren politischen Höhepunkt überschritten. Dieser Prozeß vollziehe sich langsam, solange die Grünen noch von der SPD profitieren könnten. Die Grünen betrieben eine populistische Politik und seien nicht bereit, po-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 59*

gen im Rat sowie das weitere Procedere hinsichtlich einer Regierungskonferenz (Vertrag über Europäische Union). Hierzu gehört, daß sich der Ausschuß weiter intensiv um eine möglichst weitgehende Einbindung von GB, DK und GR bemühen muß. Ferner muß er die Frage beantworten, wie S und PTG künftig zu beteiligen sind. Erstes Ziel sollte bleiben, daß alle Beteiligten die von der Ausschlußmehrheit angestrebte Vertragslösung akzeptieren.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130386.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>8</sup> Der britische Außenminister Howe veröffentlichte den Artikel „Zu oft konnte sich die Gemeinschaft bisher nur auf Worte und nicht auf Taten einigen“, HANDELSBLATT vom 31. Dezember 1984, S. 21.

<sup>9</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>10</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 18. Mai 1985 in Chequers vgl. Dok. 129.

<sup>11</sup> Am 10. März 1985 fanden im Saarland Landtagswahlen und in Berlin (West) Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt.

In Nordrhein-Westfalen wurden am 12. Mai 1985 Landtagswahlen abgehalten.

<sup>12</sup> Vgl. dazu den Antrag des Parteivorstands zur Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, der vom SPD-Parteitag vom 17. bis 21. Mai 1984 in Essen angenommen wurde; Dok. 7, Anm. 6.

litische Verantwortung zu übernehmen. Dies gelte praktisch für alle Bereiche der Politik, von der Umwelt angefangen bis zur Sicherheitspolitik. Die Grünen verfügten jedoch über sehr starke Positionen in den Medien. In der Bundesrepublik öffnete sich immer mehr die Schere zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Die Bundesregierung habe nicht nur Gegner, sondern teilweise erbitterte Feinde in den Medien. Rund 70 % der Journalisten würden sich dem linken politischen Spektrum zurechnen. Von diesen 70 % neigten mehr als die Hälfte den Grünen zu.

Ausführlich berichtete der Bundeskanzler über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1985. Er sei alles in allem sehr optimistisch. 1985 könne die Bundesregierung mit einem Wirtschaftswachstum von etwa drei Prozent rechnen, solange die Entwicklung des Dollar-Kurses berechenbar bliebe. Bedauerlicherweise vollziehe sich der Abbau der Arbeitslosigkeit nur sehr langsam. Er hoffe jedoch, erstmals in diesem Sommer eine Arbeitslosenzahl unter zwei Millionen erreichen zu können. Die Inflationsrate werde erfreulich niedrig bleiben. Dennoch gebe es noch vieles zu tun. Die Probleme, die es jedoch jetzt zu lösen gebe, seien immer komplexer und differenzierter. Als Beispiel wolle er den Gesamtkomplex der Entbürokratisierung anführen. Alles in allem ginge es ihm aber wie den Bürgern: Zum ersten Mal seit zwölf Jahren habe sich die Mehrheit der Bürger optimistisch über die Zukunft geäußert.

Mrs. *Thatcher* erwiderte, daß vieles von dem, was der Kanzler ausgeführt habe, sie an die Lage in Großbritannien erinnere. Dies gelte insbesondere für die Einschätzung des politischen Gegners. Auch in Großbritannien wehre sich die Bevölkerung instinktiv gegen die pessimistische Haltung der Opposition. Dennoch werden in Großbritannien viele immer wieder die Labour Party wählen, weil sie es immer getan hätten. Dies gelte im besonderen für den politischen Flügel der Gewerkschaften.

In Großbritannien seien die Kommunisten dabei, die Gewerkschaften in immer stärkerem Maße zu infiltrieren und wichtige Positionen in den Vorständen und Gremien zu übernehmen. So sei die Bergarbeitergewerkschaft immer demokratisch gewesen. Es habe praktisch keinen Streik gegeben. Heute würden rund 100 000 Bergarbeiter streiken. Dieser Streik dauere bereits elf Monate an.<sup>13</sup> 1926 habe es einen Generalstreik gegeben, der jedoch nur zehn Tage andauert habe.<sup>14</sup> Andere Streiks hätten ein halbes Jahr, ein Jahr oder länger andauert. Seitdem habe es jedoch keine vergleichbaren Streiks mehr gegeben. Im

<sup>13</sup> Seit März 1984 befanden sich britische Bergarbeiter im Ausstand. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 15. März 1985: „Das Ende des Bergarbeiterstreiks, der die brit[ische] Öffentlichkeit ein Jahr lang in Atem gehalten hat, bedeutet einen wichtigen Sieg für die Regierung Thatcher – ein Sieg freilich mit bitterem Nachgeschmack. Die Regierung kann zunächst einmal für sich verbuchen, daß sie mit ihrer Taktik, den Streik geduldig auszusitzen, recht behalten hat. Anders als die Regierung Heath 1974 ist sie von Scargill und seiner Bergarbeitergewerkschaft nicht in die Knie gezwungen worden. Sie hat damit dem politisch motivierten Arbeitskampf in GB eine schwere, vielleicht die entscheidende Niederlage beigebracht. [...] Der Streik hat das Land viel gekostet. Nicht so sehr die hohen wirtschaftlichen Kosten sind gemeint, die nach realistischen Schätzungen rund 3,5 Mrd. Pfund betragen dürften, sondern vielmehr noch die langfristigen politisch-psychologischen Folgen für die Bevölkerung, die dieser mit hohem Einsatz und Opfern geführte Arbeitskampf ausgelöst hat.“ Vgl. Drahtbericht Nr. 501; Referat 205, Bd. 135327.

<sup>14</sup> Vom 3. bis 13. Mai 1926 fand in Großbritannien ein Generalstreik statt.

Augenblick würden 2000 bis 3000 Bergarbeiter pro Woche zur Arbeit zurückkehren. Sie hoffe, daß in Kürze mehr als 50 % der Arbeiter ihre Arbeit wieder aufgenommen haben werden. Der Streik konzentriere sich vor allem auf die wichtigsten Zentren der Bergwerke. Die Forderungen der Gewerkschaften seien vor allem deshalb so absurd, weil sie dazu beitrügen, die unwirtschaftlichen Bergwerke fortzuführen. Glücklicherweise habe der Streik trotz des strengen Winters zu keinem Energiemangel geführt, wie dies früher der Fall gewesen sei. Die Ursache läge an dem immer höheren Ölverbrauch und in der Nutzung nuklearer Energie. Die britische Öffentlichkeit sei in der überwältigenden Mehrheit gegen die Gewerkschaftsführung eingestellt.

Mrs. Thatcher erläuterte die wirtschaftliche Lage in Großbritannien. 1984 habe man ein Wirtschaftswachstum von zwei bis zweieinhalb Prozent erreichen können. Die Perspektive sei weiterhin positiv. Ohne den Streik wären drei Prozent Wachstum zu erreichen gewesen. Durch diese Entwicklung seien jedoch die gemäßigten Kräfte in den Gewerkschaften weiter gestärkt worden. Dies sei ein erfreuliches Ergebnis. Im übrigen habe keine einzige Einzelgewerkschaft den Bergarbeiterstreik, mit Ausnahme eines Solidaritätsstreikes von einem Tag, unterstützt.

Der gegenwärtige Streik werde vor allem von der politischen Linken unterstützt und zielen auf das Herz der Regierung und der Demokratie in Großbritannien. So habe es einen Streik der Computerfachleute im Bereich der Sozialversicherung gegeben mit dem Ziel, daß die Renten nicht ausgezahlt werden sollten. Andere Streiks seien gegen die Rüstung gerichtet gewesen oder zur Unterstützung von Nicaragua durchgeführt worden. Doch die Mehrheit der Bürger würden sie instinktiv ablehnen.

Die Arbeitslosigkeit betrage in Großbritannien gegenwärtig 13 %, weil es eine sehr hohe versteckte Arbeitslosigkeit gebe. In Großbritannien habe es außerdem in den letzten sechs Jahren eine Million mehr Schulabgänge gegeben als Bürger, die aus dem Arbeitsleben ausgeschieden seien. Es gebe auch Mitglieder in ihrer eigenen Partei wie z.B. Edward Heath, die von der Regierung höhere Ausgaben zur Schaffung von Arbeitsplätzen verlangen würden; ihr Rezept sei, immer mehr Schulden, Schulden und höhere Ausgaben.

Insgesamt hätten sich jedoch einige Industriezweige sehr effektiv entwickelt. Dies gelte sowohl für das Management wie für die Produktion. Der Export sei um elfeinhalb Prozent gestiegen. Sicherlich sei dies ein Vorteil des hohen Dollar-Kurses, der viel zu hoch sei. Sie sei deshalb sehr zufrieden mit der gestrigen G5-Konferenz in Washington.<sup>15</sup> Dort seien zum ersten Mal Interventionen beschlossen worden. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland hätten in vielen Fragen übereingestimmt. Die Auswirkungen des hohen Dollar-Kurses auf die amerikanische Industrie müßten verheerend sein, weil sie gegenüber den billigen Importen nicht bestehen könnten. Es könnte jedoch nicht häufig interveniert werden. Mrs. Thatcher forderte den Bundeskanzler auf, daß

<sup>15</sup> Am 16./17. Januar 1985 fand in Washington eine Konferenz der Finanzminister und Notenbankchefs aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan und den USA statt. Vgl. dazu den Artikel „U.S. Says It Is Willing to Intervene More to Curb Speculation on Currency Market“; WALL STREET JOURNAL vom 18. Januar 1985, S. 27.

Großbritannien und die Bundesrepublik gemeinsam intervenieren sollten. Über den gestrigen Beschluß von Washington sei sie sehr froh.

1984 habe es den höchsten Investitionsrekord in Großbritannien gegeben. Sie erwarte die Fortsetzung auch für 1985. Ihre Regierung würde immer stärker von den staatlichen Investitionen zu den privaten wechseln. In der Bauindustrie und in der Frage der Entbürokratisierung seien die Probleme in Großbritannien vergleichbar mit denen der Bundesrepublik. Es sei schwierig, von den vielen bürokratischen Hemmnissen loszukommen. Sie seien vor allem bei der Errichtung neuer Betriebe belastend.

Das eigentlich Neue bei dem Streik der Bergarbeiter sei, daß diese von keiner einzigen Einzelgewerkschaft unterstützt worden seien und die Gewerkschaft der Bergarbeiter heute mit dem Vorwurf der Gewalt identifiziert werde. 1984 sei für Großbritannien ein schwieriges Jahr gewesen. Es konnte jedoch psychologisch gemeistert werden.

1984 sei auch für Europa ein wichtiges Jahr gewesen, weil bedeutende Entscheidungen getroffen werden konnten. Jetzt sei es erforderlich, die langfristigen Probleme anzupacken. Sie sei entschlossen, in der Innenpolitik, der Europapolitik und im Bereich der Ost-West-Beziehungen einen klaren Kurs zu verfolgen. Die Ausgangslage für eine gemeinsame Politik sei gut. Es gebe Grund zu Zuversicht, und dies sei mehr als Optimismus.

Der *Bundeskanzler* stimmte dieser Einschätzung von Mrs. Thatcher zu. Die psychologische Lage in Europa habe sich verändert. In den sechziger Jahren habe die Stimmung vorgeherrscht, daß man sich alle Experimente leisten könne. Die Devise habe gelautet, Freizeit sei wichtiger als die Zukunft. „Leisure“ sei „very boring“, warf Mrs. Thatcher ein, es sei denn, man habe vorher schwere Arbeit geleistet.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß sich im Bewußtsein der Bevölkerung ein allmählicher Wandel vollziehe. Ebenso zuversichtlich sei er für die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen. Die Nachrüstungsentscheidung<sup>16</sup> sei richtig gewesen. „Absolutely“, warf Mrs. Thatcher ein. Es sei die richtige Entscheidung gewesen. Die Stationierung müsse im Rahmen des Zeitplanes fortgeführt werden.<sup>17</sup> Dies habe Präsident Reagan auch dem belgischen Ministerpräsidenten Martens in Washington gesagt.<sup>18</sup> Jede Veränderung an dem Zeitplan der Stationierung dürfe nur im Rahmen der Verhandlungen erfolgen. Es wäre gut, wenn dies

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>17</sup> Gemäß NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 sollte im März 1985 in Belgien die erste Einheit amerikanischer Marschflugkörper (GLCM) ihre Einsatzbereitschaft herstellen. Eine abschließende Stationierungsentscheidung der belgischen Regierung stand im November 1984 aber noch aus. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 302.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtet am 27. November 1984, der belgische NATO-Botschafter Cassiers habe erläutert: „Die belgische Regierung befürchtet innenpolitischen Druck“. Wieck stellte dazu fest: „Auf die Überlegungen zum Termin der Parlamentswahlen ging Botschafter Cassiers nicht ein, so daß ich annehme, daß der Vertragungsdruck, dem sich die Regierung ausgesetzt fühlt, nicht nur von wahlterminbezogenen Überlegungen bestimmt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2025; VS-Bd. 12922 (202); B 150, Aktenkopien 1984.

<sup>18</sup> Ministerpräsident Martens hielt sich vom 13. bis 16. Januar 1985 in den USA auf.

die Bundesregierung wie ihre Regierung gegenüber Ministerpräsident Martens wiederholen würde.

Der *Bundeskanzler* bat Mrs. Thatcher, über ihr Gespräch mit Gorbatschow zu berichten.<sup>19</sup> Mrs. Thatcher erklärte, daß Gorbatschow sehr erfreut über die Einladung nach London gewesen sei. Er habe diesem Besuch große Bedeutung beigemessen. Bei Gorbatschow handele es sich um eine attraktive Person. Er sei natürlich und gewinnend. Bei seinen Gesprächen habe er nicht an einem Sprechzettel geklebt, sondern lediglich ein kleines Notizbuch benutzt. Die wichtigsten Passagen habe er farbig unterstrichen gehabt.

Er habe insgesamt sehr freimütig gesprochen. Es sei kein verbales Menuett gewesen. Er habe keine Zeit verloren. Während des gemeinsamen Mittagessens habe sie alle schwierigen Fragen angesprochen, z. B. die Ausreise von Dissidenten. Sie habe Gorbatschow gefragt, warum die Sowjetunion nicht bereit sei, die Dissidenten ausreisen zu lassen. Sie habe ihm gesagt, daß sie dies nicht verstehen könne. Dies sei doch ein Zeichen der Schwäche. Sie habe den Eindruck gehabt, daß er diese Form der Diskussion nicht gewohnt gewesen sei. Er habe sich auf die Formel zurückgezogen, daß dies nicht zu seiner Kompetenz gehöre. Sie hätte ihm gesagt, daß er nicht die großen Unterschiede zwischen beiden Gesellschaftssystemen unterschätzen solle. Freiheit in den westlichen Staaten bedeute die Beschränkung von Macht und nicht die Ausweitung von Macht. Sie habe ihn beispielsweise gefragt, wie der Entscheidungsprozeß in einem Unternehmen in der Sowjetunion erfolge. Er habe ihr daraufhin geantwortet: „We tell them.“

Besonders unterstrichen habe sie das gemeinsame Interesse, Konflikte zu vermeiden und auf der Grundlage der Gleichberechtigung Frieden zu bewahren. Sie habe ihm ebenso gesagt, daß die Sowjetunion keine Zeit verschwenden solle, die USA und Europa wie Großbritannien und die Vereinigten Staaten auseinanderdividieren zu wollen. Die Sowjetunion werde dabei niemals erfolgreich sein.

In der Frage des amerikanischen SDI-Programms habe Gorbatschow die gleiche Haltung wie Außenminister Gromyko eingenommen. Er habe gefordert, daß Washington dieses Programm aufgeben solle. Sie hätte Gorbatschow geantwortet, daß die Sowjetunion als erste damit begonnen hätte, die Kapazität eines ASAT-Systems aufzubauen.<sup>20</sup> Die Entwicklung der Lasertechnik sei in der Sowjetunion weit vorangeschritten. Die Vereinigten Staaten müßten den sowjetischen Vorsprung aufholen. Gorbatschow hätte zu diesen Argumenten nichts geäußert. Sie habe den Eindruck, daß weder Gromyko noch Gorbatschow über das Ausmaß der tatsächlichen Forschungsarbeiten in der SU unterrichtet seien. Als Gromyko in Genf<sup>21</sup> auf die sowjetischen Forschungen angesprochen worden sei, hätte er Anzeichen der Überraschung gezeigt. Die amerikanischen Kollegen seien inzwischen geübt zu erkennen, ob Gromyko wirklich überrascht sei oder nicht.

<sup>19</sup> Premierministerin Thatcher empfing das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 16. Dezember 1984 auf ihrem Landsitz Chequers. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>20</sup> Am 11. April 1984 informierten die USA die übrigen NATO-Mitgliedstaaten über die Anti-Satelliten-Systeme (ASAT) der UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 109.

<sup>21</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.



Außerdem gebe es keine Möglichkeit, Forschungsarbeiten zu verifizieren. Dies hätten die Vereinigten Staaten der Sowjetunion mitgeteilt. Sie habe Präsident Reagan in der Frage der Forschung absolut unterstützt. Sie sei über seine Rede sehr erfreut gewesen. Sie sei mit Nachdruck dafür, daß die USA die Forschungsarbeiten fortsetzten. Ebenso absolut sei sie dafür, daß die nuklearen Waffen aller Art wie die chemischen Waffen reduziert werden sollten. Sie habe Gorbatschow gesagt, daß die Sowjetunion im Bereich der chemischen Waffen eine klare Überlegenheit erreicht hätte. Sie habe ihm ebenfalls gesagt, daß sich Großbritannien für verstärkte Kontakte einsetze, weil es darum gehe, daß beide Seiten mehr voneinander erfahren könnten, und beide Seiten wüßten zu wenig voneinander. Insgesamt sei das Gespräch mit Gorbatschow sehr offen gewesen. Er habe diese Offenheit sehr genossen.

Ihr Eindruck sei es jedoch gewesen, daß Gorbatschow in allen innenpolitischen Fragen ideologisch sehr stark geprägt sei. Auf entsprechende Fragen habe er spontan mit ideologischen Formeln geantwortet. Sie habe den Eindruck gehabt, daß ihm selbst das ungarische Modell fremd gewesen sei.

Gorbatschow habe deutlich werden lassen, daß die sowjetische Führung im Prinzip keine Alternative zu den Regierungsmethoden des kommunistischen Systems kenne. Er habe sich allergrößte Mühe gegeben, in seinen Äußerungen immer wieder Bezug auf Generalsekretär Tschernenko zu nehmen. Er sei sich bewußt gewesen, daß er keinen einzigen falschen Schritt tun dürfe. Romanow bleibe ein wichtiger Rivale von Gorbatschow, auch wenn er einen beziehungsreichen Namen habe, mit dem ein aufwendiger Lebensstil verbunden sei. Romanow sei ein sehr grobschlächtiger und stalinistischer Typ, der sich der Macht bemächtigen könne.

Die Ehefrau von Gorbatschow sei eine sehr charmante Dame, hübsch angezogen, philosophisch gebildet. Aber bekanntlich seien die charmantesten Kommunisten auch die gefährlichsten.

Mrs. Thatcher berichtete über ihren Besuch in Washington.<sup>22</sup> Dieser sei sehr nützlich gewesen. Sie habe mit Präsident Reagan über das SDI-Programm gesprochen. Sie seien sich darin einig gewesen, daß mit dem Beginn der Erprobungsphase der ABM-Vertrag verletzt würde. Sie sage deshalb ja zur Forschungsphase, die Präsident Reagan durchführen müsse. Bevor jedoch die Testversuche und die mögliche Stationierung beginnen könnten, müßte zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über den ABM-Vertrag verhandelt werden. Mrs. Thatcher verwies auf ihr Kommuniqué vom 22. Dezember 1984<sup>23</sup> anlässlich ihrer Gespräche mit Präsident Reagan, das in vier Punkten Übereinstimmung mit der amerikanischen Regierung zum Ausdruck bringe. Diese vier Punkte seien die Linie der gemeinsamen Gespräche gewesen.

Darüber hinaus habe sie Präsident Reagan zu verstehen gegeben, daß die USA das Land seien, das die meisten protektionistischen Maßnahmen ergriffen habe. Sie habe mit dem Präsidenten auch über Zentralamerika gesprochen. Sie

<sup>22</sup> Premierministerin Thatcher hielt sich vom 21. bis 23. Dezember 1984 in den USA auf und führte am 22. Dezember 1984 in Camp David Gespräche mit Präsident Reagan.

<sup>23</sup> Vgl. dazu die Ausführungen der Premierministerin Thatcher über ihr Treffen mit Präsident Reagan am 22. Dezember 1984 in Camp David; Dok. 1, Anm. 9.

könne die Probleme der USA in dieser Region sehr gut verstehen. Über die Genfer Gespräche mit Außenminister Gromyko sei sie von Sicherheitsberater McFarlane unterrichtet worden. Diese Unterrichtung sei sehr nützlich gewesen. Außenminister Shultz habe inzwischen ein hohes Ansehen gewonnen. Es sei in Genf offensichtlich gewesen, daß sich Außenminister Gromyko ausschließlich auf den Punkt der Weltraumrüstung konzentriert habe. Dies sei jedoch durch den Umbrella-Ansatz<sup>24</sup> überwunden worden.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für den Bericht von Mrs. Thatcher. Er sei für ihn sehr instruktiv gewesen. Sicherlich wisse niemand, was im Kreml eigentlich vor sich gehe. Dies sei nach wie vor ein Phänomen. Er verfüge über Nachrichten, daß Generalsekretär Tschernenko ziemlich krank sei und daß dies die Ursache für die Verschiebung des Warschauer-Pakt-Gipfels<sup>25</sup> gewesen sei. Wer einmal die Nachfolge von Tschernenko antreten werde, könne nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden. Sein Eindruck sei, daß die Chancen von Gorbatschow in dem Maße wüchsen, je länger Generalsekretär Tschernenko noch im Amt sei. Er sei sich jedoch nicht sicher, ob die ältere Generation im Politbüro bereits bereit sei, einen neuen Generalsekretär aus der jüngeren Generation zu wählen. Dies würde das politische Ende der älteren Generation bedeuten. Der sowjetische Apparat dürfe nicht unterschätzt werden. Dort gebe es viele, die bereit seien, auch an einer Mumie festzuhalten, weil sie beim Nachfolger befürchten müßten, ausgewechselt zu werden und ihre Privilegien zu verlieren. An diese Entscheidungsprozesse im Politbüro dürfe man keine westlichen Maßstäbe anlegen.

Der Bundeskanzler berichtete von seiner Begegnung mit dem Mitglied des Politbüros, Schtscherbizkij, mit dem er in Kiew zusammengetroffen sei.<sup>26</sup> Schtscherbizkij habe ihm berichtet, daß er noch nie im Westen gewesen sei. Das westlichste Land, das er besucht habe, sei die DDR gewesen. Nur einmal sei er für einen Tag in Stockholm gewesen. Er habe sich sehr ausführlich mit Schtscherbizkij über die unterschiedlichen Regierungsmethoden in der Sowjetunion und in der Bundesrepublik unterhalten. Schtscherbizkij habe sich vor allem über die Langeweile bei den Sitzungen des Politbüros beklagt. So habe er beispielsweise berichtet, daß das Politbüro über die Einführung eines neuen Automodells beraten und entschieden habe. Auf seine Frage hin habe Schtscherbizkij ihm berichtet, daß er auch innerhalb der Sowjetunion nicht reisen würde.

<sup>24</sup> In seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 24. September 1984 in New York schlug Präsident Reagan vor, für alle Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR einen gemeinsamen, übergreifenden Rahmen („Schirm“) zur Koordinierung der Einzelanstrengungen für die nächsten 20 Jahre zu schaffen. Auf diese Weise könne vermieden werden, daß ein Ausbleiben von Fortschritten in einer einzelnen Frage den gesamten Rüstungskontrollprozeß negativ beeinflusse. Er werde der UdSSR vorschlagen, regelmäßige Treffen auf Minister- oder Kabinettssebene zu institutionalisieren. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 1355–1361. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 661–666 (Auszug).

<sup>25</sup> Zur Verschiebung der für Mitte Januar in Sofia vorgesehenen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vgl. Dok. 8, Anm. 20.

<sup>26</sup> Im Rahmen seines Besuchs vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR hielt sich Bundeskanzler Kohl am 6./7. Juli 1983 in der Ukraine auf. Für sein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KP der Ukraine, Schtscherbizkij, am 6. Juli 1983 in Kiew vgl. VS-Bd. 14116 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal seine Auffassung, daß die nächsten zwei Jahre eine Art Glücksfall darstellen könnten. In den ersten beiden Jahren seiner zweiten Amtsperiode verfüge Präsident Reagan über große Handlungsfreiheit, danach werde bereits die Diskussion über seine Nachfolge beginnen. Sein Eindruck von Präsident Reagan sei, daß dieser entschlossen sei, Bewegung in die Ost-West-Beziehungen zu bringen. Reagan wolle jetzt mit seiner Politik sein Bild für die Geschichte prägen. Ein ebenso großer Glücksfall sei es, daß Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland in den Fragen der Sicherheitspolitik übereinstimmten. Die Regierungen auch dieser drei Länder können in den nächsten zwei Jahren über eine relativ große Handlungsfreiheit verfügen. Die entscheidende Frage werde jedoch sein, in welchem Ausmaß die Sowjetunion handlungsfähig sein werde. Es könnte sich geradezu als tragisch erweisen, wenn die Sowjetunion, aus welchen Gründen auch immer, nicht bewegungsfähig wäre. Er wisse, daß die anderen osteuropäischen Führer, wie Kádár, Schiwkow, Honecker und in wachsendem Maße auch die Prager Führung, ihren Einfluß auf Moskau verstärkten, um die Ost-West-Beziehungen wieder in Gang zu bringen. Dennoch könne es keinen Zweifel daran geben, daß man es weiterhin mit Kommunisten zu tun haben werde. Dies gelte auch für die Führung in Ungarn. Sie seien zu 90 % Kommunisten, warf Mrs. *Thatcher* ein.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß alle diese Führungen ihre Positionen sofort verlieren würden, wenn ein pluralistisches System eingeführt würde. Der zur Verfügung stehende Bewegungsspielraum beschränke sich auf ein eingezäuntes Gelände. Dennoch sei Moskau gezwungen, in immer stärkerem Maße auf die Interessen seiner Verbündeten Rücksicht zu nehmen. Und dies sei die Chance für den Westen. Er trete deshalb für die Entwicklung der Beziehungen auf allen Ebenen ein, nicht nur auf dem Felde der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die Zeit würde für den Westen arbeiten. Dies erfordere jedoch vom Westen Geduld. Er werde am Ende über die besseren Karten verfügen.

Der Bundeskanzler berichtete über die Unterrichtung durch den amerikanischen Sonderberater Paul Nitze.<sup>27</sup> Nitze habe ihm berichtet, daß sich Gromyko bei seinen Ausführungen strikt an eine schriftliche Unterlage gehalten habe. Es habe sich dabei sicherlich um einen Beschluß des Politbüros gehandelt und damit möglicherweise um eine Linie, die nicht unbedingt die von Außenminister Gromyko gewesen sein müsse. Er habe über etwas Spielraum mit Rückfallpositionen verfügt, fügte Mrs. *Thatcher* hinzu.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Vereinigten Staaten jetzt ihren guten Willen demonstrieren müßten, ohne jedoch dabei ihre Grundsätze aufzugeben. Die Aufgabe der Europäer sei es, die USA bei den Verhandlungen zu unterstützen. Es sei ja bekannt, daß die Sowjets Meister der Propaganda seien. Dies könne man jedoch nicht von den USA behaupten. Alle im Westen müßten jedoch wissen, daß es bei den Verhandlungen auch um den Einfluß auf die öffentliche Meinung gehen werde. Der Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang

<sup>27</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, am 10. Januar 1985 vgl. Dok. 7.

auf den Unfall mit der Pershing II<sup>28</sup> und auf ein Manöver der amerikanischen Armee, bei dem amerikanische Soldaten in Anwesenheit von Fernsehen ein Massengrab als Übungszweck ausgehoben hätten<sup>29</sup>. Diese Beispiele wie die Diskussion über nukleare Rucksackminen<sup>30</sup> machten die Schwäche der amerikanischen Öffentlichkeitsarbeit deutlich. Die Vereinigten Staaten mußten in der Lage sein, in stärkerem Maße Rücksicht auf die psychologische Lage in Europa zu nehmen. Dies sei seine größte Sorge.

Was die Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und Europa betreffe, müsse man wissen, daß man es dabei häufig mit Yankees zu tun habe. Diese Fragen müßten auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Mai besprochen werden. Er sei nicht bereit, eine Wiederholung von Williamsburg<sup>31</sup> hinzunehmen, das heißt, Beschlüsse zu fassen, denen jedoch keine Taten folgten. In diesem Zusammenhang habe er jedoch großes Vertrauen in Außenminister Shultz.

Mrs. Thatcher erwiderte, daß der Einfluß von Außenminister Shultz immer größer werde. Auch Vizepräsident Bush verfüge über einen stärkeren Einfluß als alle seine Vorgänger.

Mrs. Thatcher erläuterte dem Bundeskanzler ihre Überlegungen zur Gestaltung des 8. Mai. Sie sei aus der Öffentlichkeit mit wachsenden Forderungen konfrontiert worden, des 40. Jahrestages des Kriegsendes öffentlich zu gedenken. Sie sei entschlossen, diesen Tag unter das Motto „40 Jahre Frieden in Freiheit“ zu stellen. Sie wüßte, daß die Bundesregierung die Absicht habe, einen ökumenischen Gottesdienst zu gestalten.<sup>32</sup> Ähnliche Überlegungen gäbe es auch in Großbritannien. Man habe jedoch nicht darüber entschieden. Sie beabsichtige, zu der Gedenkfeier am 8. Mai auch den sowjetischen Botschafter einzuladen. Sie habe das Thema des 8. Mai bewußt ansprechen wollen, weil die Deutschen und Briten jetzt Alliierte seien und seit 40 Jahren in Frieden und Freiheit zusammenleben würden. Man müsse jetzt all denen auch die Ehre erweisen, die dafür mit ihrem Leben bezahlt hätten. Sie beabsichtige jedoch nicht, eine internationale Veranstaltung durchzuführen. Sie wolle nur einen nationalen Gedenktag begehen und dazu aber den sowjetischen Botschafter einladen.

<sup>28</sup> Ministerialdirigent Schauer notierte am 24. Januar 1985 Angaben der amerikanischen Streitkräfte zu einem Unfall mit einer Pershing-II-Rakete am 11. Januar 1985 bei Waldheide: „Bei dem Versuch, die erste Stufe des Raketenmotors einer P[ershing] II mit einem Kran aus dem Behälter zu heben, blieb ein Ende des Raketenmotors im Behälter hängen. Der Motor verkantete sich. Daraufhin wurde der andere, bereits angehobene Teil wieder abgesenkt, um die Rakete in eine waagerechte Lage zu bringen. Da die Bedienungsmannschaft keinen Grund für das Nichtlösen des anderen Endes des Raketenmotors entdecken konnte, wurde die Rakete wieder langsam angehoben. Bei diesem Vorgang bemerkte die Bedienungsmannschaft Funken an beiden Enden des Motors. Unmittelbar danach zündete der Raketenmotor und schoß aufgrund des Rückstoßes nach vorn.“ Dabei seien drei amerikanische Soldaten getötet und acht verletzt worden. „Bei dem Unfall sei kein nuklearer Gefechtskopf betroffen. In keiner Zeit habe Gefahr für die deutsche Bevölkerung bestanden.“ Vgl. VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>29</sup> Im Oktober 1983 wurde in der Presse über das amerikanische Herbstmanöver „Confident Enterprise“ berichtet, daß in einem Waldstück bei Hanau ein Massengrab ausgehoben worden sei. Anhand von Meßdaten sei erhoben worden, „wie viele Gefallene ins Massengrab passen“. Vgl. den Artikel „Je nach Bedarf“; DER SPIEGEL, Nr. 40 vom 3. Oktober 1983, S. 116 f.

<sup>30</sup> Zu den nuklearen Einsatzmitteln amerikanischer Spezialkräfte vgl. Dok. 5.

<sup>31</sup> In Williamsburg fand vom 28. bis 30. Mai 1983 ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

<sup>32</sup> Zu den geplanten Veranstaltungen in der Bundesrepublik aus Anlaß des 40. Jahrestags des Kriegsendes vgl. Dok. 11.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß es durchaus eine wichtige Frage sei, warum der 40. Jahrestag wichtiger sei als der 20. Vor 20 Jahren hätte die Mehrheit der damals lebenden Menschen noch eigene Erfahrungen aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges gehabt. Zwei Drittel der heute lebenden Menschen seien ohne persönliche Erfahrungen aus dieser Zeit. Sie habe alle diese interessanten Informationen aus dem exzellenten Interview des Bundeskanzlers in der *Times*<sup>33</sup> entnehmen können, fügte Mrs. *Thatcher* hinzu.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß der 8. Mai kein Tag zum Feiern, sondern ein Tag des Gedenkens sei. Man müsse wissen, daß die Wunden sicherlich heute vernarbt seien, aber bekanntlich würden auch vernarbte Wunden manchmal immer noch schmerzen. Er selbst werde auf Einladung des Zentralrats der Juden am 21. April in Bergen-Belsen eine Rede halten und dort der Opfer der Gewalt gedenken.<sup>34</sup> Darüber hinaus habe er beide Kirchen gebeten, am Abend des 8. Mai im Kölner Dom einen ökumenischen Gedenkgottesdienst abzuhalten. Dieser Gottesdienst werde direkt im Fernsehen übertragen. Dort wolle man aller Gefallenen, Vertriebenen und allen jener gedenken, denen großes Leid zuteil geworden sei. Ziel sei, sich der Last der eigenen Geschichte zu stellen. Die Verbrechen Hitlers seien im Namen Deutschlands geschehen, und die Deutschen müßten damit leben.

Der 8. Mai sei deshalb ein Tag der Befreiung von der Diktatur, aber auch ein Tag der Schande, ein Tag des Gedenkens an Millionen von Gefallenen. Es sei gut, dieser im Gebet zu gedenken.

Der Bundeskanzler erläuterte Mrs. *Thatcher* den Beginn der Demokratie in Deutschland und die Ursprünge der CDU. Der erste Gründer der CDU sei Hermes gewesen, der als Beteiligter vom 20. Juli 1944 vom Volksgerichtshof bereits zum Tode verurteilt gewesen sei.

Der Bundeskanzler erläuterte die Gründe, warum der ökumenische Gottesdienst im Kölner Dom stattfinden solle. Der Kölner Dom sei für Millionen Deutsche ein Symbol, weil er zerstört worden sei. Es werde am 8. Mai vor allem darum gehen, den richtigen Ton der Betroffenheit zu finden und deutlich zu machen, daß die Deutschen aus der Geschichte gelernt hätten. Ebenso müsse sichtbar werden, daß wir 40 Jahre in Frieden leben konnten.

Eine der wichtigsten Botschaften des Weltwirtschaftsgipfels müsse es deshalb sein, deutlich zu machen, daß die Gegner von gestern heute als Freunde zusammenarbeiten und daß wir seit 40 Jahren in Frieden und Freiheit leben können. Er verstehe, daß viele Bürger in Großbritannien sich an die Opfer des Zweiten Weltkrieges erinnern wollen. Wer habe mehr für die Beseitigung des Hitler-Regimes getan als Großbritannien? Mit dieser Aussage wolle er niemandem zu nahe treten. Der unbeugsame Wille Churchills sei unvergessen. Im übrigen habe er kein Problem, wenn der sowjetische Botschafter an der Gedenkveranstaltung teilnehmen werde. Im Bundestag werde es ebenfalls eine Gedenkstunde gemeinsam mit dem Bundespräsidenten geben.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut des Interviews des Bundeskanzlers Kohl mit der britischen Tageszeitung „The Times“, das in der Ausgabe vom 18. Januar 1985 erschien, vgl. BULLETIN 1985, S. 53–56.

<sup>34</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 21. April 1985 anlässlich des 40. Jahrestags der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen vgl. BULLETIN 1985, S. 349–352.

Bei allen diesen Veranstaltungen werde es darauf ankommen, welcher Ton gefunden werde. Er wolle einen Wunsch an Mrs. Thatcher richten: Aus Großbritannien sollte eine Botschaft an die deutsche Jugend erfolgen, die zum Ausdruck bringe, daß Großbritannien dafür gekämpft habe, Deutschland vom Faschismus zu befreien, und daß wir heute Freunde seien. Dies sei ein guter Vorschlag, erwiderte Mrs. *Thatcher*.

Der *Bundeskanzler* bat Mrs. Thatcher, auf der anschließenden Pressekonferenz ihre Überlegungen zum 8. Mai vorzutragen. Es sei jedoch nicht nötig, schon auf Details einzugehen. Präsident Mitterrand habe die Journalisten stark beeindruckt, als er erklärte, daß er im Zusammenhang mit dem 8. Mai nichts tun werde, was die Seele und die Herzen der deutschen Freunde beschweren könnte.<sup>35</sup> Diese Erklärung stelle einen deutlichen Kontrast zu dem Stil der Gedenkfeiern der Sowjetunion dar.<sup>36</sup>

Mrs. *Thatcher* bat darum, noch einige Anmerkungen zum Thema Falkland<sup>37</sup> machen zu dürfen. Sie berichtete, daß sie nach wie vor daran interessiert sei, mit Argentinien über eine Normalisierung der Beziehungen zu verhandeln. Sie sei jedoch nicht bereit, über die Frage der Souveränität mit Argentinien zu verhandeln. Sie müsse leider feststellen, daß die bisherigen Gespräche nicht erfolgreich verlaufen seien. Sie sei jedoch bereit, zu einem geeigneten Zeitpunkt die Verhandlungen wieder aufzunehmen. In diesem Zusammenhang sei es für sie wichtig, welche Position der Bundeskanzler in der Frage der Lieferung neuer deutscher Torpedos von der Firma AEG an Argentinien einnehme.<sup>38</sup> Sie habe gehört, daß solche Verhandlungen aufgenommen worden seien.

<sup>35</sup> Am 10. Dezember 1984 vermerkte Vortragender Legationsrat Holderbaum, der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Gutmann, habe Staatssekretär Meyer-Landrut am selben Tag versichert: „Präsident Mitterrand habe deutlich gemacht, daß die Feiern zum 8. Mai 1945/85 keinerlei Elemente enthalten dürften, die die Bundesrepublik Deutschland (er fügte hinzu: Deutschland überhaupt) und/oder Japan verletzen könnten. In Frankreich seien die immer wieder beschworenen Ressentiments gegenüber Deutschland und den Deutschen in den letzten 40 Jahren endgültig ausgelöscht worden. Solche Ressentiments sollten durch Feiern zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa nicht wieder ausgegraben werden.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135316.

<sup>36</sup> Zu den sowjetischen Gedenkveranstaltungen aus Anlaß des 40. Jahrestages des Kriegsendes vgl. Dok. 118.

<sup>37</sup> Am 1./2. April 1982 besetzten argentinische Truppen die von Argentinien als Malvinen beanspruchten, unter britischer Hoheit stehenden Falkland-Inseln. Britische Einheiten gingen am 21. Mai 1982 an mehreren Stellen der Inseln an Land. Am 15. Mai 1982 kapitulierten die argentinischen Truppen und ein Waffenstillstand trat in Kraft. Am 20. Juni 1982 erklärte die britische Regierung einseitig die Kampfhandlungen für beendet. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 108, Dok. 110, Dok. 137 und Dok. 175.

<sup>38</sup> Am 12. Juni 1984 vermerkte Legationsrat I. Klasse Horsten, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen sei am 8. Juni 1984 seitens der britischen Botschaft darauf hingewiesen worden, daß Argentinien erneut versuchen könnte, „zur Ausrüstung der in Deutschland gekauften U-Boote Torpedos des Typs SUT für den Einsatz gegen U-Boote zu erwerben“. Vgl. VS-Bd. 10917 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

Horsten notierte am 12. Oktober 1984 zur Unterredung Wistinghausens am 10. Oktober 1984 mit dem britischen Botschaftsrat Chambers: „Mit Bezug auf argentinische Absicht, Torpedos des Typs SUT 264, die zur Bekämpfung von Unterwasserzielen (U-Booten) geeignet sind, aus deutscher Produktion (AEG) zu erwerben, betonte Herr Chambers, daß die britische Haltung hierzu unverändert negativ sei. Angesichts weiterhin ausstehender offizieller argentinischer Erklärung zur Beendigung der Feindseligkeiten (Verhandlungen mit Argentinien wurden ergebnislos abgebrochen) müsse sein Land die argentinische Bedrohung um die Falkland-Inseln nach wie vor ernst nehmen. In viel stärkerem Maße als neu zugelieferte U-Boote würden Torpedos des Typs SUT 264 eine Gefährdung für die britische Seite darstellen.“ Vgl. VS-Bd. 10917 (422); B 150, Aktenkopien 1984.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß Mrs. Thatcher davon ausgehen könne, daß sie in dieser Frage keine Probleme mit der Bundesregierung bekommen werde. Er werde sich mit dieser Angelegenheit noch befassen.<sup>39</sup>

Der *Bundeskanzler* bat Mrs. Thatcher, in der gemeinsamen Pressekonferenz noch einmal die volle Übereinstimmung in den Ost-West-Fragen zu unterstreichen, und dies auch in der Frage des 40. Jahrestages zu tun. In diesem Zusammenhang wolle er auch Mrs. Thatcher einmal sagen, wie froh er über den neuen britischen Botschafter sei. Dies freue sie sehr, erwiderte Mrs. Thatcher. Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er mit Botschafter Bullard regelmäßige Gespräche verabredet habe. Dies sei wundervoll, antwortete Mrs. Thatcher. Sie wolle aber ebenfalls feststellen, daß auch die Bundesregierung immer sehr gute Botschafter nach London geschickt habe. Im Vergleich dazu müsse sie feststellen, daß der sowjetische Botschafter Popow ohne große Substanz sei. Man könne mit ihm nur über die offizielle Linie sprechen, und deshalb würde man in Wirklichkeit auch kein Gespräch mit ihm persönlich führen können.

Auf Frage von Mrs. Thatcher berichtete der *Bundeskanzler* über die jüngsten Terroranschläge von RAF-Sympathisanten und über den Hungerstreik der RAF-Häftlinge.<sup>40</sup> Mrs. Thatcher erklärte, daß sie über die Bombenanschläge auf NATO-Einrichtungen besonders besorgt sei.

Um 11.20 Uhr traten Außenminister Howe und Bundesminister Genscher sowie die beiden Botschafter<sup>41</sup> hinzu.

**VS-Bd. 14151 (010)**

<sup>39</sup> Mit Schreiben vom 25. März 1985 an Premierministerin Thatcher bekräftigte *Bundeskanzler* Kohl: „Sie wissen, daß ich für Ihre Sorgen über die Lieferung von Torpedos neuer Technologie nach Argentinien großes Verständnis habe. Ich versichere Ihnen, daß die Bundesregierung die Ausfuhr dieser Waffen nicht genehmigen wird, solange sich die Verhältnisse im Südatlantik nicht konsolidiert haben.“ Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>40</sup> Vom 4. Dezember 1984 bis 3. Februar 1985 beteiligten sich in der Bundesrepublik insgesamt 47 Strafgefangene an einem Hungerstreik, zu dessen Unterstützung Anschläge in der Bundesrepublik, Belgien und Frankreich erfolgten. Am 18. Dezember 1984 scheiterte ein Bombenanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau, für den die Gruppe „Rote Armee Fraktion“ die Verantwortung übernahm. In Saint-Étienne bei Brüssel explodierte am 15. Januar 1985 eine Autobombe vor einem Freizeithaus der amerikanischen Streitkräfte. Am 25. Januar 1985 wurde in La Celle Saint-Cloud bei Paris der Direktor im französischen Verteidigungsministerium, Audran, vor seinem Wohnhaus niedergeschossen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 519/520 des Vortragenden Legationsrats von Rom vom 17. April 1985; Referat 204, Bd. 135320.

<sup>41</sup> Botschafter in London war Rüdiger Freiherr von Wechmar.

## 14

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Howe

18. Januar 1985<sup>1</sup>

Gespräch von BM Genscher mit AM Howe anlässlich der 16. deutsch-britischen Gipfelkonsultationen am 18.1.1985 in Bonn<sup>2</sup>

In dem Gespräch wurden folgende Themen erörtert:

I. Nahost

- 1) Rückzug aus Libanon
- 2) Arabisch-israelischer Konflikt
- 3) Libyen

II. Türkei

III. Zypern

IV. Chile

V. Dooge-Ausschuß

VI. EG-Fragen

- 1) Erweiterung
- 2) Integriertes Mittelmeerprogramm
- 3) Agrarfinanzierung
- 4) Haushalt

VII. Äthiopien

VIII. COCOM

IX. Bewertung von Genf

I. Naher Osten

- 1) Libanon

*BM und AM stimmten darin überein, daß die EG-MS auf die beteiligten Parteien einwirken sollten, damit der israelische Rückzug aus dem Südlibanon<sup>3</sup> nicht*

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holubek am 22. Januar 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 4. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-britischen Konsultationen vgl. auch Dok. 13.

<sup>3</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 310 vom 28. Februar 1985 wurde festgehalten: „Im Libanon hat Israel nach dem Scheitern der Naqura-Verhandlungen über einen mit der libanesischen Regierung abgestimmten Rückzug (24.1.) am 16.2. die erste der drei Abzugsphasen mit dem Verlassen der Küstenregion Saida abgeschlossen. Der einseitige Abzug wurde erforderlich, weil die libanesischen Regierung unter syrischem Druck nicht bereit war, mit Israel Koordinierungs- und Sicherheitsvorkehrungen zu treffen und die Dislozierung einer VN-Truppe in dem evakuierten Gebiet zuzulassen. [...] In dem Maße, wie der Termin des endgültigen Abzugs näherrückt, verstärkt sich der bewaffnete Widerstand gegen die Besatzungsmacht. Es hat den Anschein, als bezweckten die Schiiten als Hauptträger des Widerstandes ihre Legitimation zu einer künftigen Führungsrolle im Libanon. Da das radikal-schiitische Khomeini-orientierte Element gegenüber den gemäßigten Schiiten um Nabih Berri stärker an Boden gewinnt, wären die Folgen unabsehbar.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141107.



zu neuem Blutvergießen führt. *AM* erwähnte die Möglichkeit einer Demarche der EG-MS. *BM* beurteilte diese Möglichkeit als begrüßenswert, bezweifelte aber ihre Wirksamkeit. Auf jeden Fall müßte Syrien in alle Schritte einbezogen werden. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Palästinafrage stets das Grundproblem darstelle und untrennbar auch mit der Lage im Libanon verbunden sei.

2) Im arabisch-israelischen Konflikt käme es darauf an, die gemäßigten arabischen Staaten zu stärken (*BM* und *AM* übereinstimmend). Auch dabei sei es wichtig, die Rolle Syriens nicht zu verkennen (*BM*). *BM* werde den Bundespräsidenten Anfang Februar nach Jordanien und Ägypten begleiten.<sup>4</sup> *BM*: Wir hielten eine neue Nahost-Erklärung nicht für notwendig; EG könne sich weiterhin auf Venedig<sup>5</sup> beziehen. *BM* und *AM* begrüßten den wiederaufgenommenen Meinungsaustausch zwischen US und SU über die Probleme des Mittleren Ostens und andere Regionen. Die US sollten dazu ermutigt werden, sich wieder stärker in die Region Nahost einzuschalten. *BM* betonte jedoch, daß alle Versuche der SU, in diesem Zusammenhang auch Europa als ein regionales Problemgebiet zu behandeln, zurückgewiesen werden müßten: Wir gehen von der „Einheit des Bündnisgebietes“ aus.

3) Zu Libyen berichtete *AM* über die Behandlung des Gefangenen-Problems durch GB<sup>6</sup> und fragte nach evtl. deutschen Besuchsplänen. *BM*: Wir hielten uns noch aus Solidarität mit GB gegenüber Libyern zurück; es sei aber unsere Philosophie, Gaddafi durch ständige Gesprächskontakte mit Libyen zu beeinflussen. Dies habe sich in schwierigen Phasen des deutsch-libyschen Verhältnisses bewährt. *BM* bot an, unsere vertraulichen Kontakte zu nutzen, um gegenüber Libyen das libysch-britische Verhältnis anzusprechen. *AM Howe* nahm Angebot nicht auf. *AM* und *BM* stimmten überein, daß Experten die Anti-Terrorismus-Zusammenarbeit für den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>7</sup> weiter vorbereiten sollten.

## II. Türkei

*BM* und *AM* waren sich darin einig, daß die Türkei dazu ermutigt werden sollte, weiter auf dem Wege der Demokratisierung und Achtung der Menschen-

<sup>4</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher besuchten vom 3. bis 5. Februar 1985 Jordanien. Zu ihrem anschließenden Besuch vom 5. bis 8. Februar 1985 in Ägypten vgl. Dok. 30.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig über den Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>6</sup> Am 6. Januar 1985 gab Botschafter Enders, Tripolis, einen Überblick zum Verhältnis zwischen Großbritannien und Libyen seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen im April 1984: „Der für Gaddafi unerwartete Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Großbritannien im Zusammenhang mit den Ereignissen um das libysche Volksbüro in London hat dem Regime den Zugang zu seinem wichtigsten Finanzplatz, London, erheblich erschwert. Der von Tripolis angestrebten Wiederaufnahme der Beziehungen steht noch das Problem der libyschen Häftlinge in Großbritannien und der hier im Gegenzug als Geiseln festgehaltenen britischen Staatsbürger im Wege.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 3; Referat 311, Bd. 137903.

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 1. März 1985: „In den Beziehungen zu Libyen ist zwar durch die Freilassung von vier inhaftierten Briten eine gewisse Entspannung eingetreten, eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen kommt für GB jedoch auf absehbare Zeit nicht in Frage.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 907; Referat 205, Bd. 135327.

<sup>7</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

rechte fortzuschreiten. *BM*: Die Türkei hat die von Staatspräsident Evren gemachten Zusagen korrekt erfüllt.

Wir sollten die heutige Lage mit dem Zustand vor der Übernahme der Macht durch die Militärs<sup>8</sup> vergleichen (Ecevit, Demirel). *BM* und *AM*: Die Regierung Özal sollte durch die Freigabe der EG-Finanzhilfe<sup>9</sup> für weitere Liberalisierungsschritte gestärkt werden. Daher sei eine Einwirkung auf DK erforderlich. *BM* stellte die Frage, ob vielleicht auch ein Beschluß mit dem Stimmenverhältnis 8:2 gefaßt und veröffentlicht werden sollte. Das würde Signalwirkung haben und auch die türkische Regierung in ihrer Öffentlichkeit stärken.

### III. Zypern

*BM* und *AM* drückten die Hoffnung aus, daß keine der beiden Seiten für einen Verhandlungsabbruch in New York verantwortlich gemacht werden wolle.<sup>10</sup>

### IV. Chile/Brasilien/Uruguay

*AM* und *BM* stimmten darin überein, daß öffentliche Verurteilungen der Regierung Pinochet und wirtschaftliche Sanktionen nicht als geeignet erscheinen, um eine Änderung in Chile herbeizuführen. *BM* sprach sich dafür aus, „keine Berührungsangst“ zu entwickeln, aber Kontakte mit der chilenischen Regierung gegenwärtig eher hohen Beamten als Politikern zu überlassen, da sich Politiker ggf. gezwungen sähen, in der Öffentlichkeit Erklärungen abzugeben, die dem praktischen politischen Dialog abträglich (kontraproduzent) wären.

Auf Frage *BM*s nach britischer Beteiligung bei Amtseinführung in Brasilien<sup>11</sup> und Uruguay<sup>12</sup> teilte *AM* mit, nach Brasilien werde ein StM entsandt; Teilnahme in Uruguay stehe noch nicht fest.

### V. Dooge-Ausschuß<sup>13</sup>

*BM* und *AM* betonten übereinstimmend, daß die praktische Wirksamkeit der europäischen Institutionen verbessert werden müsse. Die Beauftragten sollten miteinander engen Kontakt halten (StS Ruhfus und StM Rifkind). In der EPZ und bei der Verwirklichung des Binnenmarktes gäbe es keine Schwierigkeiten.

<sup>8</sup> In der Nacht vom 11./12. September 1980 übernahmen die türkischen Streitkräfte die Regierungsgewalt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

<sup>9</sup> In einer nicht gezeichneten Aufzeichnung vom 22. März 1984 wurde dargelegt, für die Türkei sei die „Deblockierung der seit November 1981 eingefrorenen Finanzhilfe der EG“ ein wichtiges Anliegen: „Das am 31.10.81 abgelaufene 3. Finanzprotokoll EG–Türkei (310 Mio. ECU), dessen Mittel praktisch vergeben sind, sollte an sich durch das am 19.6.81 paraphierte 4. Finanzprotokoll abgelöst werden (600 Mio. ECU; davon 225 Mio. ECU EIB-Darlehen, 375 Mio. ECU Mittel aus EG-Haushalt zu soft terms, davon 50 Mio. ECU Zuschüsse; Laufzeit 1981 bis 1986).“ Vgl. Referat 413, Bd. 144906.

In einer Aufzeichnung des Referats 203 vom 5. Juni 1985 hieß es: „Wir bemühen uns weiter, zur Normalisierung der Beziehungen TUR/EG nach Kräften beizutragen (Deblockierung der Finanzhilfe, Gemeinsamer Ausschuß EP/türk. Parlament). Die Schwierigkeiten (EP; GRI, DK) sind bekannt. Türkisches Entgegenkommen bei Forderungen des EP ist wichtig (z. B. weitere Aufhebung des Kriegsrechts, Beendigung bestimmter politischer Prozesse [...], Foltrevorwürfe, Vollstreckung von Todesurteilen).“ Vgl. Referat 206, Bd. 151040.

<sup>10</sup> Präsident Kyprianou und der Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, trafen vom 17. bis 20. Januar 1985 in New York zur Wiederaufnahme von Gesprächen unter Beteiligung des VN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar zusammen.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 15. März 1985 anlässlich der Vereidigung des Vizepräsidenten Sarney in Brasilien auf.

<sup>12</sup> Am 1. März 1985 fand in Uruguay die Amtseinführung von Präsident Sanguinetti statt. Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 13. März 1985 vgl. Dok. 62.

<sup>13</sup> Zum Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) vgl. Dok. 13, Anm. 6.

AM legte Wert darauf, daß wichtige nationale Interessen bei Mehrheitsentscheidungen berücksichtigt werden müßten. Gleichzeitig sollten aber Vorkehrungen gegen einen Mißbrauch dieses Interessenschutzes getroffen werden. AM riet zur Vorsicht wegen einer Erweiterung der Befugnisse des Europaparlaments. BM wies darauf hin, daß wir weiterhin einen qualitativen Sprung in Richtung auf die Europäische Union anstreben. D legt ebenso wie Italien Wert auf eine Regierungskonferenz, die nach Abschluß der Arbeiten des Ad-hoc-Ausschusses entsprechende Vertragsvorschläge erarbeiten soll.

## VI. EG-Fragen

### 1) Erweiterung

BM und AM sprachen sich für einen schnellen und erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal aus.<sup>14</sup> Sie bestätigten die Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Haltung wegen der Einführung einer Garantieschwelle bei Olivenöl.<sup>15</sup>

AM: GB müsse in der Fischereifrage auf der EG-Haltung beharren, obwohl diese von SP als unannehmbar bezeichnet worden war.<sup>16</sup>

### 2) Integriertes Mittelmeerprogramm (IMP)

BM drückte Verständnis für die Lage von MP Papandreu in Dublin<sup>17</sup> nach Veröffentlichung der Zahlen für ein Integriertes Mittelmeerprogramm durch die alte EG-Kommission aus.<sup>18</sup> Es sei zu berücksichtigen, daß im Oktober 1985 in

<sup>14</sup> Spanien beantragte am 28. Juli 1977 den EG-Beitritt. Die Beitrittsverhandlungen wurden am 18. September 1979 aufgenommen.

Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag für einen EG-Beitritt. Die Aufnahme der Verhandlungen erfolgte am 17. Oktober 1978.

Am 29. Januar 1985 wurde in einer Aufzeichnung des Referats 410 zum Verhandlungsstand festgestellt: „Die Beitrittsverhandlungen müssen bis spätestens März 1985 abgeschlossen sein, um genügend Zeit für die Redaktion des Vertrages (ca. zwei Monate) und für die Ratifizierung zu haben. [...] Seit Mitte Januar 1985 laufen die redaktionellen Arbeiten am Beitrittsvertrag in den Kapiteln, die bereits abgeschlossen sind.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

<sup>15</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 410 vom 21. Januar 1985 wurde zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens notiert: „Olivenöl: Gemeinschaftsposition sieht Einführen von Garantieschwellen nach dem Beitritt und nach Feststellung bestehender oder ernstlich drohender Olivenölüberschüsse vor. [...] Sp[anien] hat den Vorschlag der Gemeinschaft zurückgewiesen, weil er den Zeitpunkt für die Einführung von Garantieschwellen offenläßt (Verstoß gegen die Regel klarer Beitrittsbedingungen); Sp durch das Einfrieren des Interventionspreises diskriminiert wird. EGK hat daraufhin angeregt, auf Einfrieren des Interventionspreises zu verzichten und diesen unabhängig von Garantieschwellen ab Beitritt schrittweise an das Gemeinschaftsniveau heranzuführen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

<sup>16</sup> Referat 410 vermerkte am 24. Januar 1985 zur Frage der Fischerei in den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens: „Gemeinschaftsvorschlag bisher: Übergangszeit zehn Jahre, die auf acht Jahre verkürzt werden kann, wenn die Gemeinschaft sich 1993 auf Anschlußregelung einigt; bei Nichteinigung Verlängerung auf fünf Jahre. Fischereiaktivitäten in EG-Meer auf Grundlage von Lizenzen (d. h. Beibehaltung des Status quo). Sp[anien] will Garantien abgeben, daß Fangschiffe in EG-Meer auf ca. 320 (entspricht ungefähr jetziger Zahl) begrenzt bleiben, nur bestimmte Fischarten gefangen werden, nur bestimmte Fanggebiete befahren werden. Sp verlangt Aufstockung bei nicht quotierten Fischen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

<sup>17</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 3./4. Dezember 1984 in Dublin statt.

<sup>18</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 25. Januar 1985 hieß es zum Integrierten Mittelmeerprogramm (IMP), das Strukturhilfen der Europäischen Gemeinschaften für die Mittelmeerranrainer vorsah: „ER in Brüssel und Fontainebleau haben eine prinzipielle Einigung über IMP und deren Anlaufen im Jahr 1985 gebracht. Die intensive Debatte über IMP in Dublin hat an diesem Grundsatzbeschuß keinen Zweifel gelassen. ER in Dublin hat aber auch gezeigt, daß der bisherige Kommissionsvorschlag nicht konsensfähig ist. [...] Nur GR und IT haben

GR gewählt werde.<sup>19</sup> Andererseits erhalte GR aus Agrar-, Sozial- und Regionalfonds bereits etwa 3 Mrd. ECU, so daß dieses Land gar nicht so schlecht dastehe. Dies sei GR vor Augen zu führen. Die Vorstellung eines „IMP“ sei eigentlich verfehlt. Richtig sei dagegen, „ein griechisches Fenster zu öffnen“.

AM befürwortete eine Konzentration der Mittel der Strukturfonds auf GR bei gleichzeitiger Verminderung der Mittel für Italien.

BM: Dagegen ist Widerstand von IT zu erwarten.

### 3) Agrarfinanzierung

AM und BM betonten gemeinsam die Wichtigkeit der Preisdisziplin. Die Produktionsüberschüsse sind weiter abzubauen, Garantieschwellen einzuhalten und angesichts der Beschränkungen für nördliche Produkte (Milch, Getreide) auch für Mittelmeererzeugnisse einzuführen.

BM wies auf die schweren Belastungen hin, welche die deutsche Landwirtschaft, besonders die bäuerlichen Familienbetriebe, nach dem EG-Gipfel in Fontainebleau<sup>20</sup> zu verkraften haben. BM machte dabei auf die unterschiedliche Agrarstruktur im Norden gegenüber den anderen Regionen Deutschlands aufmerksam. Das Quotensystem für Getreide habe die kleineren Landwirte in eine „außerordentlich schwere Krise“ getrieben. Wenn jetzt eine Senkung der Getreidepreise käme, könne dies schwere Erschütterungen auslösen.

### 4) Haushalt der EG

BM: Wir verknüpfen weiterhin das Inkrafttreten der Erhöhung der Eigenmittel der EG zum 1.1.1986<sup>21</sup> mit der Ratifizierung des Beitrittsvertrages durch alle Mitgliedstaaten und halten ein neues Regierungsabkommen zur Deckung der Lücke im EG-Haushalt 1985<sup>22</sup> für erforderlich. Dies erwarten der Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 75*

Kom[mission] uneingeschränkt unterstützt. ER in Dublin konzentrierte sich allein auf das Finanzvolumen und zeigte unüberbrückbare Gegensätze: Kom. und GR beharrten auf vorgeschlagenem Volumen (6,6 Mrd. ECU/6 Jahre). Demgegenüber stand GB mit maximal 50 Mio. ECU für 1985 ohne Verpflichtung für weitere Jahre. DK nannte 90 Mio. für 1985. [...] Botschaft Athen berichtet von einer noch nicht näher spezifizierten Kompromißbereitschaft von GR zugunsten einer Lösung, die im 1. Halbjahr gefunden wird und die sich vor interner Öffentlichkeit vertreten läßt. (GR-Ziel: Lieber einen Teil des Kuchens bald, d. h. vor den GR-Wahlen, als später eventuell einen ganzen Kuchen). Offenbar hat GR aber dennoch weiterhin unrealistische Vorstellungen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130591.

<sup>19</sup> In Griechenland fanden am 2. Juni 1985 vorgezogene Parlamentswahlen statt.

<sup>20</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>21</sup> Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 28. September 1984, Staatssekretär Ruhfus habe dem Vizepräsidenten der EG-Kommission, Tugendhat, am selben Tag „erneut mit aller Eindringlichkeit aufgezeigt, daß seit dem ER von Stuttgart für unsere Partner ganz klar sein müsse, daß eine Erhöhung der Eigenmittel für uns nur auf der Grundlage der Erweiterung der Gem[einschaft] in Betracht komme, so wie dies auch der Text von Fontainebleau deutlich zum Ausdruck bringt. Wir könnten uns vielleicht vorstellen, daß das Datum des 1.1.1986 negotiabel sei, wenn die gleichzeitige Erfüllung aller Voraussetzungen für Erweiterung und Erhöhung der Eigenmittel zu einem etwas früheren Zeitpunkt als dem 1.1.86 bereits gewährleistet ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2806; Referat 412, Bd. 130580.

<sup>22</sup> Das Europäische Parlament lehnte am 13. Dezember 1984 den Entwurf für den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften im Jahr 1985 ab. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 340. In einer Aufzeichnung des Referats 410 vom 9. Januar 1985 wurde dazu festgestellt: „Mit der Ablehnung des Haushaltsentwurfs 1985 durch das EP am 13. Dezember 1984 hat sich die Notwendigkeit verstärkt, der Gemeinschaft möglichst schnell zusätzliche Finanzmittel bereitzustellen. Das EP wird nur einen neuen Haushaltsentwurf akzeptieren, mit dessen Ansätzen das ganze Jahr zu

AM befürchtete hier große Schwierigkeiten mit dem britischen Parlament. Es sei bereits sehr problematisch gewesen, das erste Abkommen für 1984<sup>23</sup> dort durchzubringen. Es bestünde die Besorgnis, daß dieses Verfahren zur Regel werde („habit-forming“). Die britische Seite hielt es für besser, das Junktim auf das Ende der Beitrittsverhandlungen zu beziehen, so daß ein Vorziehen der Erhöhung der Eigenmittel bereits auf 1985 möglich sei.

## VII. Äthiopien

AM und BM: Die positive Haltung der EG zur Hungerhilfe soll fortgesetzt werden.<sup>24</sup> AM befürwortete eine Koordinierung der Hilfen durch die UN, warnte aber vor dem Wiederansiedlungsprogramm<sup>25</sup>. BM und AM stimmten darin überein, daß bei der Erörterung des von der Weltbank vorgeschlagenen Sonderfonds für Afrika keine zu hohen Erwartungen geweckt werden sollten, da die Mittel nur aus den bereits bestehenden Hilfsprogrammen abgezweigt werden könnten.

## VIII. COCOM

Gegenüber dem US-Vorschlag zur Bildung eines „militärisch-technischen Unterausschusses“ zur Einbringung militärischen Sachverständes in das COCOM erwähnte BM: Militärische Gesichtspunkte könnten neben außenpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten bereits bei der Vorbereitung der nationalen Haltung berücksichtigt werden.<sup>26</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 76*

decken ist, d. h., das Volumen muß um 1,3 Mrd. DM höher liegen. Ferner muß in Respektierung der Schlußfolgerungen von Fontainebleau für den GB-Ausgleich 1984 in Höhe [von] 1 Mrd. ECU gesorgt sein. Wir und NL wollen als einzige MS diese zusätzlichen Mittel über eine intergouvernementale Vereinbarung aufbringen. Alle übrigen MS haben sich für ein Vorziehen der Eigenmittelerhöhung auf 1,4% der MWSt-Bemessungsgrundlage ausgesprochen. IRL, DK, LUX und GB waren angesichts unseres eindeutigen Festhaltens an der Verbindung Eigenmittelerhöhung/Süderweiterung auch bereit, die deutsche Lösung zu akzeptieren. F [...] lehnte diese hingegen weiterhin mit folgender Begründung ab: Intergouvernementale Finanzierung ist vertragswidrig. Sie paßt nicht in das Bild der ‚relance européenne‘. Das französische Parlament wäre nicht bereit, speziell für GB bestimmte Mittel bereitzustellen.“ Vg. Referat 410, Bd. 130447.

<sup>23</sup> Zur „Feststellung des Berichtigungs- und Nachtragshaushaltsplans Nr. 1/1984“ vgl. BULLETIN DER EG 10/1984, S. 7–9.

<sup>24</sup> Auf der Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1984 in Dublin beschlossen die Staats- und Regierungschefs, zur Linderung der Hungersnot in Afrika eine zusätzliche Hilfe im Umfang von 1,2 Millionen Tonnen Getreide bereitzustellen. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1984, S. 19.  
Am 5. Februar 1985 bilanzierte Ministerialdirigent Sulimma die Hilfe der Bundesrepublik für Äthiopien: „1984 betrug der Gesamtwert der Hilfe der Bundesregierung 145 Mio. DM. Darin sind eingeschlossen 10 Mio. DM aus d[deutsche]H[unger]H[ilfe]-Mitteln des AA (ca. 20% des dHH-Titels, davon über 3 Mio. an die R[elief]andR[ehabilitation]C[ommission]), Nahrungsmittelhilfe und technische Hilfe des BMZ, deutscher Anteil an der EG-Sofort- und Nahrungsmittelhilfe sowie der Einsatz der Bundesluftwaffe. [...] 1985 wurden aus dHH-Mitteln des AA bereits sechs Maßnahmen im Wert von 1,7 Mio. DM durchgeführt [...]. Der kostspielige (ca. 3,6 Mio. DM pro Monat) Einsatz der Luftwaffe hält an“. Vgl. Referat 322, Bd. 137950.

<sup>25</sup> Vortragender Legationsrat Holl übermittelte der Botschaft in Addis Abeba am 1. März 1985 Informationen zur Umsiedlung von Hungeropfern in Äthiopien: „Das Umsiedlungsprogramm der äthiopischen Regierung, von dem 1,5 Mio. Menschen betroffen sind, läuft nach Aussage von Mitarbeitern der Hilfsorganisation der Evangelischen Kirche ‚Brot für die Welt‘ unter Zwang. Die Menschen würden von den Dürreprovinzen im Norden, die weitgehend in der Hand von Befreiungsfronten seien, in total überfüllten Flugzeugen zunächst in die Hauptstadt Addis Abeba verfrachtet [...]. Danach würden die Menschen in die fruchtbaren Provinzen im Süden transportiert. Sie würden unterwegs geschlagen, viele stürben, und es gebe wenig zu essen und zu trinken.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 121; Referat 322, Bd. 137950.

<sup>26</sup> Botschafter van Well, Washington, resümierte am 25. Januar 1985 Gespräche des Ministerialdirektors Ungerer: „D4 hat den amerikanischen Vorschlag für eine militärische Expertengruppe im Rah-

Der Eindruck, COCOM sei eine militärische Einrichtung, könnte kontraproduzent wirken und z.B. die Übernahme von COCOM-Regeln durch Drittstaaten erschweren. Er kenne im übrigen keinen einzigen Fall, bei dem eine COCOM-Entscheidung Anlaß zu Besorgnis gegeben habe. Es gebe unterschiedliche Versionen über die entsprechende Vereinbarung zwischen den US und F. AM Dumas habe sich nur für bilaterale Kontakte ausgesprochen. Dem könnten auch wir zustimmen. AM vertrat für GB eine „flexible“ Haltung und wies auf die Besorgnisse der Amerikaner hin. BM und AM: Die Frage kann bei den trilateralen deutsch-französisch-britischen Gesprächen auf Direktoren-Ebene am 25.1.1985 weiter behandelt werden.<sup>27</sup>

#### IX. Bewertung von Genf

BM: Wir sind sehr befriedigt über Vorbereitung, Ablauf und Ergebnisse des Genfer Treffens.<sup>28</sup> Dies war vornehmlich das Verdienst unseres Freundes George Shultz. Damit ist ein wesentlicher Beitrag zur Einheit der Allianz geleistet worden. Jetzt kommt es darauf an, in dieser Weise fortzufahren. Die Verbindung der drei Themenkreise könnte der einzige Weg sein, um die SU zu veranlassen, bei den INF Zugeständnisse zu machen.

BM weiter: Die Bedeutung der Pressekonferenz von Gromyko<sup>29</sup> muß richtig eingeschätzt werden: Der öffentlichen Meinung sollte erklärt werden, weshalb es für die SU notwendig war, der Einbeziehung der INF zuzustimmen. Es war wichtig, daß AM Shultz sofort den „link“ zwischen den drei Gruppen bestätigte. Das Pentagon (R. Perle) habe sich weniger klar geäußert. Von der Verbindung werde aber der Erfolg der Verhandlungen abhängen. Die SU werde an diesem Punkt ansetzen, um den Kampf um die öffentliche Meinung Europas zu eröffnen. Es sei das Verdienst des letzten Besuches von PM Thatcher in den US, der Weltöffentlichkeit den Unterschied zwischen Forschung und ihren Konse-

#### Fortsetzung Fußnote von Seite 77

men von COCOM am 24.1. bei Präsidentenberater Robinson (Nationaler Sicherheitsrat, Wirtschaftsfragen), Assistant Secretary Archey (Commerce) und Under Secretary Schneider (State Department) angesprochen. Robinson nahm unsere Bedenken mit Verständnis zur Kenntnis [...]. Man werde den gegenwärtigen Abstimmungsprozeß nicht außer Kontrolle geraten lassen. Im Ergebnis dürfe der West-West-Transfer nicht beeinträchtigt werden. [...] Archey unterstützte unsere Bedenken und lehnte die ursprüngliche Vorstellung des Pentagon von einem militärischen Unterausschuß strikt ab. [...] Die Vorstellungen des Pentagon gingen über das Ziel hinaus, weil sie den militärischen Aspekten ein Übergewicht verleihen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 411; VS-Bd. 13725 (421); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>27</sup> Am 24. Januar 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat Horstmann, Ministerialdirigent Loeck habe am selben Tag in einer Besprechung bei Bundesminister Genscher über COCOM dargelegt, er werde am folgenden Tag mit Franzosen und Briten über die Vorstellungen der Amerikaner sprechen. Nach Loecks Einschätzung sei „der ‚Umfall‘ der Briten vorprogrammiert, wenn nicht schon geschehen. Dg 42 sieht hinter Militärausschuß als treibende Kraft Perle; Dam habe allerdings StS Ruhfus gesagt, daß dies mittlerweile die Position der gesamten Administration sei. Dg 42 will nach Gesprächen mit BMWi und BMVg unsere Position vorläufig voll aufrechterhalten und sie auch auf High Level Meeting des COCOM am 6./7.2.1985 vertreten.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178935.

Horstmann notierte am 25. Januar 1985, Loeck habe am selben Tag aus Paris vorab mitgeteilt: „Briten und Franzosen haben mit Amerikanern bilaterale Gespräche geführt. Es besteht bereits ein amerikanisch-französisches Einvernehmen über die Konzeption, außerhalb des COCOM in Paris angesiedelte Militärexperten der NATO-Staaten ad hoc zusammenzurufen. Franzosen würden Büro und Sekretariat stellen; d.h. Schaffung eines Militärausschusses.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178935.

<sup>28</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut des Fernsehinterviews des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 13. Januar 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 68–72.

quenzen im Fall der SDI deutlich gemacht zu haben.<sup>30</sup> AM *Howe* stimmte dem BM zu.

**Referat 010, Bd. 178900**

## 15

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer

412-424.02/6 VS-NfD

18. Januar 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems;  
hier: Bundesregierung und Bundesbank im Spannungsfeld der aktuellen Diskussion

Anlg.: 1<sup>2</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information

#### I. Kurzfassung

Die Bundesbank hat in jüngster Zeit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer Fortentwicklung des EWS weite Publizität verschafft; BMF tritt ihr nicht entgegen, es gibt vielmehr Hinweise darauf, daß die Bundesbank im Einverständnis mit der Spitze des BMF handelt. Positiv äußert sich dagegen BM Bangemann, im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger<sup>3</sup> und der Beamtenebene seines Hauses.

Die Haltung der Bundesbank widerspricht wesentlichen integrationspolitischen Zielen der Bundesregierung.

Der ECOFIN-Rat hat sich am 10.12.1984<sup>4</sup> grundsätzlich für Fortschritte bei der Stärkung des EWS ausgesprochen. Die Verabschiedung eines Teils der jüngsten EGK-Vorschläge<sup>5</sup> hierzu verzögert sich jedoch, weil vor allem B und D unterschiedlicher Ansicht über die Ausgewogenheit des Pakets sind.

<sup>30</sup> Premierministerin Thatcher traf vom 21. bis 23. Dezember 1984 mit Präsident Reagan in Camp David zusammen. Vgl. dazu Dok. 1, Anm. 9.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Barth konzipiert.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 11.

<sup>3</sup> Otto Graf Lambsdorff.

<sup>4</sup> Am 10. Dezember 1984 informierte Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister vom selben Tag: „StS Dr. Tietmeyer wies u. a. darauf hin, daß die D-Seite für eine Stärkung des EWS eintrete und die Vorschläge der Kom[mission] weitgehend akzeptabel seien. Die Vorschläge zur privaten ECU-Verwendung hätten dagegen keine Relevanz für das Funktionieren des EWS. EWS-spezifische Fragen seien vielmehr die Teilnahme des brit. Pfundes am gemeinschaftlichen Wechselkurssystem, die Beseitigung der besonderen Schwankungsbreite für die Lira sowie der Abbau der bestehenden Kapitalverkehrsbeschränkungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3808; Referat 412, Bd. 130603.

<sup>5</sup> Am 29. November 1985 übermittelte die EG-Kommission dem EG-Ministerrat eine Mitteilung und

Der Institutionelle Ausschuß befaßt sich mit der Fortentwicklung des EWS vor allem in langfristiger Perspektive. Die Bundesbank lehnt gerade die langfristig angelegten Vorschläge ab, würde sich aber institutionellen Änderungen dann nicht widersetzen können, wenn sie aufgrund einer klaren politischen Vorgabe in die Verwirklichung der Europäischen Union eingebettet wären.

Im Bereich der privaten ECU-Verwendung geht die Entwicklung indessen bereits ohne Bundesbank weiter. Der Erfolg des „privaten“ ECU ist weltweit beeindruckend. Er trägt dazu bei, den Integrationsprozeß in der EG weiterzuführen und verleiht ihm sichtbaren Ausdruck. Der „private“ ECU ist potentiell mindestens ebenso Keimzelle einer künftigen europäischen Währung wie der „offizielle“ und daher Motor der Integration. Eine Distanzierung durch die Bundesbank müßte deshalb auch auf die Bundesregierung zurückschlagen.

Integrationsfortschritte erfordern Opfer und Kompromisse. Es besteht die Gefahr, daß die Bundesbank von einer unausweichlichen Entwicklung überrollt wird, wenn sie nicht versucht, sich an ihre Spitze zu setzen, anstatt weiter nur defensiv zu reagieren. Sie sollte sich für Fortschritte im EWS einsetzen und sich dafür ihren Einfluß in den Organen des EWS sichern.

Als Schlußfolgerung ergibt sich, daß die Probleme, die sich kurzfristig stellen (z.B. private ECU-Verwendung), bei entsprechendem Druck auf Bundesbank und BMF lösbar sein sollten. Die Fortentwicklung des EWS in längerfristiger Perspektive setzt dagegen klare politische Vorgaben in Gestalt konkreter Schritte zur Verwirklichung der Europäischen Union voraus: Die wirtschaftliche ist ohne die politische Union nicht vorstellbar. Der Beschluß des ER vom Dezember 1978<sup>6</sup>, schon 1981 zur institutionellen Phase des EWS überzugehen, beruhte daher auf einer falschen Voraussetzung.

## II. Langfassung

1) Die EG-Kommission hat am 29.11. ein Vorschlagspaket zur Stärkung des EWS vorgelegt, das im ECOFIN-Rat erstmals am 10.12. – nach Vorbereitung durch den Ausschuß der Notenbank-Gouverneure und den Währungsausschuß – zur Diskussion stand. Es sieht Maßnahmen auf folgenden Gebieten vor, die sämtlich ohne institutionelle Änderungen des Systems vorgenommen werden könnten:

- Verstärkung der Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken (deutsches Anliegen),
- Liberalisierung des Kapitalverkehrs in der EG (deutsches Anliegen),
- Weiterentwicklung der Rolle des ECU im öffentlichen Bereich (verbesserte Bedingungen für die Verwendung von ECU zwischen Zentralbanken, höhere Verzinsung, Zugang zur ECU-Haltung auch für europäische Zentralbanken außerhalb des EWS),
- Förderung der privaten ECU-Verwendung (hier mit Rücksicht auf D nur bescheidene Vorschläge: Notierung des ECU an der Börse, Errichtung eines

*Fortsetzung Fußnote von Seite 79*

einen Entschließungsentwurf über Maßnahmen für einen Ausbau des Europäischen Währungssystems. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1984, S. 16.

<sup>6</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.



Clearing-Systems, bessere Markttransparenz für ECU-Papiere, Diversifizierung des Angebots an ECU-Papieren).

Über dieses „kleine“ Paket hätte im ECOFIN-Rat Einigkeit erzielt werden können, wenn nicht Belgien als Gegenleistung für die höhere ECU-Verzinsung (für die Bundesbank wegen hoher ECU-Guthaben interessant) zusätzlich die Aufhebung der Annahmegrenze für ECU im Saldenausgleich (bisher braucht z.B. die Bundesbank nur 50% ihrer Guthabensalden aus früheren Interventionen von einer Partner-Zentralbank in ECU entgegenzunehmen, der Rest muß in US-Dollar oder SZR<sup>7</sup> ausgeglichen werden) gefordert hätte. B geht also das „Mini-Paket“ nicht weit genug. Der ECOFIN-Rat gab aber eine politische Erklärung mit positivem Tenor und der Bitte an Notenbankgouverneure und Währungsausschuß zur Fortsetzung ihrer Bemühungen ab. Die Erklärung schließt mit den Worten:

„Der Rat ist der Auffassung, daß einer weiteren Stärkung des EWS hohe Priorität zukommt. Es besteht der einmütige Wille, Fortschritte zu machen.“

Neben diesem „kleinen Paket“ sollen nach dem Vorschlag der Kommission in einem weiteren Schritt „in naher Zukunft“ Lösungen für folgende Fragen gefunden werden:

- Teilnahme des britischen Pfundes am EWS-Wechselkursmechanismus,
- Verringerung der Bandbreite der italienischen Lira von jetzt plus/minus 6% (Ausnahmeregelung wegen der früheren Schwäche der Lira) auf die im übrigen EWS geltenden plus/minus 2,25% Abweichung vom Leitkurs,
- Interventionen innerhalb der Bandbreiten (sog. „intramarginale“ Interventionen, die im EWS auf freiwilliger Basis praktiziert werden) in ECU,
- Aufhebung der Annahmegrenze für ECU (s.o.: von B schon jetzt im Rahmen des „kleinen Pakets“ gefordert),
- Beseitigung der Hindernisse, die insbesondere in D der privaten ECU-Verwendung entgegenstehen,
- verbesserte Ausgestaltung der Instrumente des gemeinschaftlichen finanziellen Beistands, so daß sie die Rolle von Instrumenten zur Verstärkung der wirtschaftlichen Konvergenz im EWS übernehmen können.

Auch diese Maßnahmen bedürfen keiner institutionellen Änderungen des EWS. Lediglich in D wären gesetzgeberische Maßnahmen zur Beseitigung der Hindernisse für die private ECU-Verwendung erforderlich, sofern die Bundesbank nicht zu einer liberaleren Auslegung und Handhabung des §3 WährG<sup>8</sup> veranlaßt werden kann, der infolge seiner restriktiven Interpretation durch die Bundesbank in seiner jetzigen Fassung einer Behandlung des ECU als Devisen und damit einem Ausbau seiner privaten Verwendung in der BR Deutschland entgegensteht.

Die Aussichten hierfür sind jedoch gering. Wie Bundesbank Vizepräsident Schlesinger StS a.D. Neusel am 6.12. mitteilte, hat es bei einer kürzlichen Beratung im Zentralbankrat nur wenige Befürworter einer Freigabe der privaten ECU-

<sup>7</sup> Sonderziehungsrechte.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut von Paragraph 3 des Ersten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) vom 15. November 1948 vgl. DIE WÄHRUNGSGESETZE, S. 3.

Nutzung gegeben.<sup>9</sup> Das Direktorium der Bundesbank ist ebenfalls überwiegend ablehnend.

Das BMF teilt weitgehend die negative Auffassung des Zentralbankrats zum EWS. Bezeichnend hierfür ist die uneingeschränkt zustimmende Reaktion von StS Tietmeyer auf ein Schreiben von Präsident Pöhl an BM Stoltenberg (siehe Anlage)<sup>10</sup>, in dem die Bundesbank darum bittet, im ECOFIN-Rat keinen Beschlüsselementen zuzustimmen, „die in die Zuständigkeit der Bundesbank eingreifen könnten“.

Die reservierte Haltung des BMF ist um so bedauerlicher, als eine Regierungsinitiative zur Änderung des § 3 des Währungsgesetzes von ihm ausgehen mußte. Für die Arbeit des vom Europäischen Rat eingesetzten Institutionellen Ausschusses hat sich die restriktive, ganz auf die Linie der Bundesbank eingestellte Haltung des BMF zur Fortentwicklung des EWS ebenfalls als hinderlich erwiesen. Auch hier zeichnet sich ab, daß der BMF sich – entgegen herrschender Lehre – auf eine angeblich fehlende Zuständigkeit des Rates der EG für das EWS beruft und ihm die Kompetenz für seine Fortentwicklung abspricht, weil die Gründung des EWS nicht auf dem EWG-V<sup>11</sup>, sondern auf einem politischen Akt des ER beruhe<sup>12</sup>.

<sup>9</sup> Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger legte Staatssekretär a. D. Neusel, dem Beauftragten des Bundeskanzlers im Ad-hoc-Ausschuß für „Ein Europa der Bürger“, mit Schreiben vom 6. Dezember 1984 die Haltung der Bundesbank zu einer Ausgabe von ECU-Münzen dar: „Bei der Ausgabe von ECU-Münzen stellen sich im Prinzip die gleichen währungspolitischen Fragen wie im Zusammenhang mit der privaten Verwendung der ECU. Die Rechnungseinheit ECU repräsentiert lediglich den Durchschnitt der Wertentwicklung ihrer Währungskomponenten. Die ECU-Münze hätte also den Nachteil, daß ihr Tageswert gegenüber nationalen Währungen schwankt, was den Gebrauch dieser Münze behindert und in Ländern mit stabiler Währung zu Wertabschlägen im täglichen Umlauf führen müßte.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130603.

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Mit Schreiben vom 5. Dezember 1984 teilte Bundesbankpräsident Pöhl Bundesminister Stoltenberg mit: „Auf der ECOFIN-Tagung am 10. Dezember 1984 soll ein Entschließungsentwurf der EG-Kommission behandelt werden, der eine Reihe von Vorschlägen zur ‚Stärkung des EWS‘ enthält. Darunter befinden sich Vorschläge, die aufgrund der Zuständigkeit der Notenbanken bereits im Ausschuß der EG-Notenbankgouverneure behandelt werden bzw. nach Meinung der Kommission künftig noch behandelt werden sollten. Die Regelung der dort angesprochenen Fragen gehört – nicht nur nach unserer Auffassung – nicht zu den Befugnissen, die den Organen der Gemeinschaft nach dem EWG-Vertrag übertragen sind. Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit auf diesen Umstand lenken und Sie bitten, daß Sie oder Ihr Vertreter im Rat darauf hinwirken, daß eine zu verabschiedende Ratsentschließung keine Bestandteile enthält, die in die Zuständigkeit der Bundesbank eingreifen könnten. Dies erscheint uns notwendig, um sicherzustellen, daß die nach deutschen Gesetzen geregelten Zuständigkeiten im Währungsbereich gewahrt bleiben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130604.

Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, übermittelte Staatssekretär Ruhfus am 6. Dezember 1982 eine Kopie des Schreibens von Pöhl an Stoltenberg. Dazu bemerkte Tietmeyer: „In der Tagung des ECOFIN-Rates am 10. Dezember 1984 werde ich als Vertreter der Bundesregierung selbstverständlich auf die in diesem Schreiben angesprochene Rechtslage hinweisen. Darüber hinaus dürften die hier angesprochenen Rechtsfragen auch für die weiteren Arbeiten des Ad-hoc-Ausschusses für Institutionelle Fragen der EG von Bedeutung sein.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130604.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 mit den dazugehörigen Anhängen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–963.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat Barth skizzierte am 6. Dezember 1984 den Rechtsrahmen für eine Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems: „Die Gründungsentschließung des ER vom 5.12.1978 ging davon aus, daß das EWS nach zwei Jahren ohnehin in die institutionelle Phase übergehen würde, für die dann ein besonderer Vertrag erforderlich gewesen wäre. Die Koordinierung der Wirtschafts- und Währungs-Politik der MS im Währungsausschuß (bereits in Art. 105 genannt), Ausschuß der Notenbankgouverneure und ECOFIN-Rat dürfte aber schon durch Art. 103–109 EWG-V abgedeckt sein; der politische Impuls des ER hat demnach lediglich die Anwendung dieser Rechtsvorschrift

Demgegenüber hat sich BM Bangemann ausdrücklich für die Zulassung der privaten Verwendung des ECU ausgesprochen. Der Bonner General-Anzeiger vom 12.12.<sup>13</sup> zitiert ihn mit der Äußerung: „Ich halte die derzeitige Meinung in der Bundesbank für falsch.“ Er wolle versuchen, die Bank zur Aufgabe ihres Widerstands zu bewegen.<sup>14</sup>

Allerdings ist das BMWi auf Beamtenebene zurückhaltender. Wie StS Dr. Schlecht kürzlich gegenüber StS Ruhfus ausführte<sup>15</sup>, nimmt sein Haus eine etwas aufgeschlossener Haltung als BMF und Bundesbank ein, z. B. im Bereich der privaten ECU-Verwendung, hält jedoch aus Sorge um die innere und äußere Stabilität der DM tiefgreifende Fortschritte solange nicht für möglich, wie eine stringente Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Partner vereinbart und erreicht sei.<sup>16</sup>

Vom DIHT<sup>17</sup> kommen negative Äußerungen zur Fortentwicklung des EWS. Dem Vernehmen nach läßt sich der dort zuständige Referent seine Argumente von der Bundesbank liefern. Aufgeschlossener ist nach dem Pressebild die Haltung des BDI<sup>18</sup>. Die Banken halten sich zurück, doch befürwortete Sparkassenverbandspräsident Geiger in einem Vortrag eine Zulassung der privaten ECU-Verwendung in Deutschland.

Der neue EGK-Präsident Delors, der sich den Arbeitsbereich Währungspolitik selbst vorbehalten hat, betrachtet die Fortentwicklung des EWS als eine seiner prioritären Aufgaben und richtet nach eigenem Bekunden gerade auf die Bundesbank sein besonderes Augenmerk. Auch die italienische Präsidentschaft<sup>19</sup> wird das EWS-Thema forcieren. Auseinandersetzungen in naher Zukunft sind also vorprogrammiert.

2) Der vom Europäischen Rat eingesetzte Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen der EG (Dooge-Ausschuß) befaßt sich mit der Fortentwicklung des EWS überwiegend in langfristiger Perspektive. Die Diskussion konzentriert sich dabei im wesentlichen auf folgende Vorschläge:

*Fortsetzung Fußnote von Seite 82*

ten stimuliert. Den EFZW gab es bereits vor Gründung des EWS, nämlich seit 1973. Er wurde durch VO auf der Grundlage Art. 235 geschaffen. Die Schaffung von ECU, die einer zusätzlichen rechtlichen Abstützung bedurfte, hat man durch VO von 1978 ebenfalls auf Art. 235 gestützt. Ebenso ist es m. E. möglich, weitere Maßnahmen zur Fortentwicklung der wirtschafts- und währungspolitischen Integration unterhalb der Schwelle der ‚institutionellen Phase‘ des EWS auf Art. 235 zu stützen. Je nach Art der Maßnahme kämen aber evtl. auch Art. 103 (Konjunkturpolitik; Einstimmigkeit erforderlich), 105 (1), 106 (Liberalisierung des Kapitalverkehrs) oder 107 (Wechselkurse) in Betracht. Eine Bezugnahme auf das EWS scheint mir dabei rechtlich gar nicht erforderlich zu sein. Der Rat ist also in jedem Falle zuständig.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130603.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „11.12.“

<sup>14</sup> Vgl. den Artikel „Bangemann: ECU-Ablehnung durch Bundesbank falsch“, GENERAL-ANZEIGER vom 12. Dezember 1984, S. 17.

<sup>15</sup> Staatssekretär Ruhfus, hielt am 8. Januar 1985 aus einem Gespräch fest, Staatssekretär Schlecht, Bundesministerium für Wirtschaft, habe zur Haltung seines Hauses klargestellt, „Bundesminister Bangemann habe als Mitglied des EP engagierte Äußerungen für die Fortentwicklung des EWS getan. Er sei im Augenblick dabei, vorsichtiger Linie einzunehmen. [...] Es gehe nicht an, daß in Brüssel EWS ausgebaut werde, während in Rom und Paris gleichzeitig Wirtschaftspolitiken beschlossen werden können, die zu hohen Inflationsraten führen können.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130604.

<sup>16</sup> So in der Vorlage.

<sup>17</sup> Deutscher Industrie- und Handelstag.

<sup>18</sup> Bundesverband der Deutschen Industrie.

<sup>19</sup> Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1985 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

- Engere Koordinierung der Wirtschafts-, Haushalts- und Währungspolitik (deutsches Anliegen),
- Förderung der Rolle des ECU,
- Teilnahme aller EG-Mitgliedstaaten am EWS, Öffnung auch für andere Staaten,
- finanzielle Maßnahmen zugunsten beitretender strukturschwacher Länder,
- Stärkung des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit EFWZ (Organ des EWS) durch echte Befugnisse<sup>20</sup>,
- Förderung des ECU als internationale Reservewährung,
- Weiterentwicklung des EWS zu einem gemeinsamen, unabhängigen Zentralbanksystem,
- schließlich Schaffung eines Europäischen Währungsfonds und einer gemeinsamen Währung.

In einem Gespräch, das ich am 19.12.1984 in der Bundesbank mit Herrn Gleske führte, befürwortete dieser nur die verstärkte wirtschaftspolitische Koordinierung und die Teilnahme aller EG-Mitgliedstaaten am EWS sowie pragmatische Regelungen für andere interessierte Länder. Die stärkere Verwendung des ECU für private Geschäfte stieß auf die im Zentralbankrat geäußerten Bedenken. Bei den vorgeschlagenen „echten Befugnissen“ für den EFWZ wird die Haltung der Bundesbank letztlich davon abhängen, wie diese Befugnisse konkret ausgestaltet werden.

Zu allen übrigen, also insbesondere den auf längere Sicht angelegten Vorschlägen, äußerte sich Herr Gleske ablehnend. Der Zentralbankrat werde hierzu nie seine Zustimmung geben. Mit dem delikaten Instrument der Währungspolitik könne man keine Integrationspolitik treiben. Die Zentralbanken seien bei allen Föderationen in der Geschichte erst nach der politischen Einigung geschaffen worden. Im übrigen könne man Währungspolitik nicht als sektorale Politik, sondern nur auf der Grundlage und im Verbund mit einer europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik betreiben, zu der die Mitgliedsregierungen aber wohl nicht bereit seien.

Anders wären die Vorschläge nach Ansicht von Herrn Gleske zu beurteilen, wenn eine politische Vorgabe in Gestalt einer Europäischen Union mit gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht würde. Diese müßte der Zentralbankrat wohl hinnehmen. Auch dann müßten allerdings gewisse Bedingungen erfüllt sein, nämlich insbesondere

- eine unabhängige Stellung des europäischen Zentralbanksystems gegenüber den Regierungen,

<sup>20</sup> Mit Schreiben vom 4. Februar 1985 übersandte Bundesminister Stoltenberg Bundesminister Genscher eine Aufzeichnung über „Zielvorstellungen für eine Verstärkung der monetären Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft“. Darin hieß es: „Der bisherige EFWZ ist eine rechtlich selbständige Einrichtung, deren technische Arbeiten von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) als Agent wahrgenommen werden. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt. Gehen die Vorschläge dahin, dem Fonds echte währungspolitische Befugnisse einzuräumen, bekommt der Fonds eine völlig andere Qualität. Ein solcher Ansatz führte – auch wenn er zunächst etwa beschränkt wäre auf die Anlage von Währungsreserven, die Vergabe von Krediten, die Koordinierung der Interventionen in Drittländswährungen – zu einem qualitativen Sprung von der währungspolitischen Zusammenarbeit zur Vergemeinschaftung, von der Koordinierung dezentraler Entscheidungen zu einer monetären Kompetenz der Gemeinschaft mit zentraler Willensbildung.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130604.

- eine Verpflichtung zu stabilitätsorientierter Geldpolitik (entsprechend Art. 1 WährG<sup>21</sup>),
- möglichst auch ein ausgewogenes Stimmenverhältnis in einem Europäischen Zentralbankrat je nach Einlagen.

3) Die negative Einstellung der Bundesbank und des BMF nicht nur zur privaten ECU-Verwendung, sondern zur Fortentwicklung des EWS überhaupt ist aus der Sorge um die Erhaltung des Wertes der DM heraus verständlich und aus der Furcht um die autonome Politik der Bundesbank erklärlich, aber integrationspolitisch schädlich und mit Blick auf die tatsächliche Entwicklung kurz-sichtig.

Auf nahe Sicht sind Weichenstellungen erforderlich, um nicht von einer Entwicklung überrollt zu werden, die ohnehin unausweichlich ist. Die zunehmende private ECU-Verwendung liefert dafür ein gutes Beispiel.

Tatsache ist, daß deutsche Banken und Privatpersonen in beträchtlichem Umfang am privaten ECU-Verkehr außerhalb der BR Deutschland (z.B. über deutsche Bankniederlassungen in Luxemburg) teilnehmen und daß die private ECU-Verwendung weltweit erheblich zugenommen hat. In den letzten drei Jahren sind weltweit ECU-Anleihen im Wert von knapp 7 Mrd. ECU (15,6 Mrd. DM) emittiert worden. Der Markt für kurzfristige ECU hatte Ende 1983 bereits ein Volumen von 10 Mrd. ECU (22,3 Mrd. DM) erreicht. Mehr als 400 Geschäftsbanken nehmen Transaktionen in ECU vor. Ein Fünftel des italienischen Außenhandels wird in ECU fakturiert. Die erste in den USA registrierte Nicht-Dollar-Anleihe war in ECU denominiert; sie wurde am 30.11.1984 in New York aufgelegt und mehr als dreifach überzeichnet, so daß die emittierende EG-Kommission sich zu einer Erhöhung des Volumens entschloß.<sup>22</sup> Selbst die UdSSR begab kürzlich eine Anleihe in ECU und schloß einen ersten Liefervertrag mit F auf ECU-Basis zur Minimierung des Währungsrisikos.

Präsident Pöhl kommentiert diese eindrucksvollen Fakten mit der Bemerkung, man müsse sie „in der richtigen Proportion sehen“. Das mag für den Augenblick noch richtig sein, grenzt aber angesichts der stürmischen Entwicklung an Vogel-Strauß-Politik. Es ist klar, daß durch diese Entwicklung der integrationspolitische Prozeß in Europa in der Sache weitergeführt und gleichzeitig weltweit öffentlichkeitswirksam dargestellt wird. Indem sich die Bundesbank von diesem Prozeß distanziert, manifestiert sie eine Bremsrolle, die in den Augen wirtschaftlich maßgebender Kreise der Weltöffentlichkeit früher oder später auch auf die Bundesregierung zurückschlagen muß.

Es ist auch falsch zu glauben, der Erfolg des „privaten“ ECU beruhe lediglich auf Unvollkommenheiten des Binnenmarktes der EG im Bereich des Kapital-

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des Ersten Abschnitts des Ersten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) vom 15. November 1948 vgl. DIE WAHRUNGSGESETZE, S. 2 f.

<sup>22</sup> Generalkonsul Dunker, New York, berichtete am 4. Dezember 1984 zur Ausgabe der ersten ECU-Anleihe an der New Yorker Börse: „Aufgrund der deutlichen Überzeichnung wurde das Anleihevolumen von zunächst 150 Mio. ECU auf 200 Mio. ECU erhöht [...]. Die Anleihe wurde von der Europäischen Kommission für die EG aufgelegt und ist für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten in den EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der sogen[annten] Ortoli-Fazilität vorgesehen. Die Unterzeichnung der Anleihe ist für den 6.12.1984 beim Emmissionsführer First Boston Corporation in New York vorgesehen. EG-Präsident Gaston Thorn hat seine Teilnahme an der Unterzeichnungszeremonie zugesagt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; Referat 412, Bd. 130603.

verkehrs, wie die Bundesbank behauptet. Selbst wenn bei einer Freigabe der Verbindlichkeiten durch die Bundesbank der Erfolg des ECU auf dem deutschen Markt wegen der stabileren heimischen Währung sicher geringer wäre als etwa in Italien, so entspricht der private ECU-Verkehr doch schon wegen des Korbwährungscharakters des ECU einem Bedarf. Die Beseitigung der noch bestehenden Kapitalverkehrsschranken würde daran sicher etwas, aber nicht alles ändern.

Ein recht formales Argument ist ferner die Behauptung der Bundesbank, die private ECU-Verwendung sei letztlich für die europäische Integration irrelevant, weil es sich dabei nicht um den eigentlichen, gegen Hinterlegung von Devisenreserven der Notenbanken beim Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) geschaffenen „offiziellen“ ECU handele, sondern nur um eine Rechengröße unter Bezugnahme auf den („richtigen“) ECU.

In Wahrheit ist nämlich der „private ECU“ potentiell mindestens ebenso Keimzelle einer künftigen europäischen Währung wie der „offizielle“ und wird gerade deshalb von der Bundesbank gefürchtet. Schon nach dem Lehrsatz der Physiokraten, „Geld ist, was gilt“ (Turgot), hängt der Tauschwert eines Zahlungsmittels nicht von seinem inneren (objektiven) Wert ab. In der Geschichte des Geldes ging der Gebrauch der Recheneinheit in der Regel dem Gebrauch des allgemeinen Tauschmittels voraus (W. Gerloff, Die Entstehung des Geldes und die Anfänge des Geldwesens, 1947<sup>23</sup>). Beim „privaten“ ECU kommt hinzu, daß er durch die Bezugnahme auf den Währungskorb keine abstrakte Größe, sondern eng mit dem Wert der europäischen Währungen und auf diese Weise auch mit dem „offiziellen“ ECU verknüpft ist, so daß selbst bei einer freien Notierung des „privaten“ ECU sein Wert sich immer wieder auf den des „offiziellen“ ECU einpendeln wird. Deshalb ist jeder Fortschritt ein Fortschritt der monetären Integration in der EG, und zwar ein für den Bürger wesentlich faßbarer und unmittelbarer spürbarer Fortschritt als etwa eine – sicher ebenso wichtige – Verbesserung beim Wechselkursmechanismus des EWS.

4) Die Folgerung, welche die Bundesbank aus der dargestellten Situation ziehen müßte, wäre die, ihre bisherige Politik umzukehren: Nicht Kampf gegen die Strömung, sondern entschlossenes Rudern mit dem Strom, um sich an die Spitze des Verbandes zu setzen. Anstatt tautologisch zu argumentieren, daß der ECU keine Währung sei (weil man ihm nämlich selbst die Attribute verweigert, die ihn dazu machen würden) oder daß das EWS keinen wesentlichen Beitrag zur Konvergenz leiste (weil man sich nämlich seiner Fortentwicklung widersetzt), sollte die Bundesbank zusammen mit anderen stabilitätsorientierten Notenbanken bestrebt sein, ihre Verantwortung als Hüterin der stärksten Währung im Verbund auf das gesamte System zu erstrecken und sich zur Vorkämpferin eines starken EWS und eines starken ECU zu machen. Nur eine solche Politik würde ihr letztlich die Möglichkeit und die Rechtfertigung geben, die Einhaltung stabilitätspolitischer Grundsätze in den Partnerstaaten und die völlige Liberalisierung des Kapitalverkehrs effektiv durchzusetzen und sich einen bestimmten Einfluß im EWS auf Dauer zu sichern.

<sup>23</sup> Wilhelm GERLOFF, Die Entstehung des Geldes und die Anfänge des Geldwesens, 3. Auflage, Frankfurt am Main 1947.

So war es vermutlich falsch, der kürzlichen Neuverteilung der Gewichte im Währungskorb des ECU zu Lasten des DM-Anteils und der Einbeziehung der schwachen Drachme (die ohnehin nicht am Wechselkursmechanismus teilnimmt) zuzustimmen. Diese – wenn auch geringfügige – tendenzielle Schwächung des ECU wird heute von der Bundesbank unter Bemühung von Gesichtspunkten des Gläubigerschutzes prompt als Argument benutzt, um den ECU als Anlagemedium zu diskreditieren. Stattdessen hätten sich Bundesbank und BMF über den heimlichen Anstieg des DM-Anteils am Währungskorb, eine Folge der säkularen Aufwertungstendenz der DM, freuen und ihn längerfristig dazu benutzen sollen, um ihren Einfluß in den für das EWS maßgebenden EG-Gremien zu stärken.

In gleicher Weise wäre es in längerfristiger Perspektive sicher die richtigere Politik, den Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ) zu einem wirkungsvollen Exekutivorgan des EWS unter maßgebendem, z.B. auch personellem, Einfluß der Bundesbank zu machen, als sich seiner Entwicklung zu einem Europäischen Währungsfonds entgegenzustemmen und dann womöglich zusehen zu müssen, wie er in die Hand von Partnern mit abweichenden ordnungspolitischen Vorstellungen gerät.

#### 5) Schlußfolgerung

Die Probleme, die sich in den verschiedenen EG-Gremien kurzfristig stellen, müßten bei entsprechendem äußerem Druck auf Bundesbank und BMF von seiten der Partnerstaaten, der EG-Kommission, des AA, der Wirtschaft, der Öffentlichkeit und notfalls des Gesetzgebers zu lösen sein. Dies gilt insbesondere auch für den Bereich der privaten ECU-Verwendung. Die Initiative zu einer etwa erforderlichen Änderung des § 3 WährG müßte allerdings vom Bundestag ausgehen, da BMF dafür nicht zu gewinnen sein wird.

Dagegen bedarf die Fortentwicklung des EWS in längerfristiger Perspektive, vor allem der Übergang zur institutionellen Phase des Systems und schließlich zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), klarer politischer Vorgaben. Anders ist sie wohl selbst gegenüber dem BMWi nicht durchzusetzen, geschweige denn gegenüber BMF und Bundesbank. Diese Vorgabe wird mindestens in einer eindeutigen Entscheidung für die Schaffung der Europäischen Union und ersten Schritten zu ihrer Verwirklichung bestehen müssen. Die institutionelle Phase des EWS und erst recht die WWU muß in die Europäische Union eingebettet werden. Es war, wie wir heute sehen, eine Illusion, wenn der Europäische Rat im Dezember 1978 glaubte, bereits 1981 zur institutionellen Phase des EWS übergehen zu können, ohne entsprechende Schritte in Richtung auf eine politische Union zu unternehmen.

Es ist beabsichtigt, eine vertiefte Aussprache über diese Fragen in einer besonderen Sitzung des Staatssekretärsausschusses für Europafragen abzuhalten.<sup>24</sup>

Ungerer<sup>25</sup>

**Referat 412, Bd. 130604**

<sup>24</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes vermerkte am 8. Februar 1985, bei der Sitzung des Kabinettsausschusses für Europafragen am Vortag habe das Bundesministerium der Finanzen seine Haltung zum Europäischen Währungssystem bekräftigt: „Neue Vorschläge im institutionellen Bereich

## 16

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Professor Bialer

213-320.10 SOW

21. Januar 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundesministers mit Prof. Bialer am 21.1.1985, 15.00 Uhr

Gestern fand ein über einstündiges Gespräch des Bundesministers mit dem amerikanischen Sowjetologen Prof. Seweryn Bialer, Columbia University, statt, an welchem teilnahmen: StS Meyer-Landrut, Dg21<sup>2</sup>, RL010<sup>3</sup>, RL213<sup>4</sup>, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

*Bialer* gab folgende Bewertung der innenpolitischen Lage der Sowjetunion: In Moskau setze sich der Prozeß fort, der zwei bis drei Jahre vor dem Tode Breschnews<sup>5</sup> begonnen habe und für die Sowjetunion schädlich und nicht gut für den Westen sei, nämlich der Prozeß der Fragmentierung der sowjetischen Führung. Es fänden nicht viele Machtkämpfe statt, aber es fehle ein starker Koordinator. Kurzfristig sei dieser Befund für uns nützlich, da er sowjetischem Abenteuerum entgegenwirke. Mittelfristig müsse er jedoch Probleme aufwerfen, da z. B. im Bereich der Rüstungskontrolle Moskau auf einen starken Führer angewiesen sei. Bis in die 90er Jahre sei mit einer starken Führerpersönlichkeit nicht zu rechnen. Selbst wenn Tschernenko in einem Monat sterbe und Gorbatschow die Nachfolge antrete, brauche er viel Zeit, um Macht zu gewinnen. Aus diesem Grunde sei Skepsis hinsichtlich baldiger Erfolge bei den Rüstungskontrollverhandlungen geboten. Auch seien keine baldigen Reformen zu erwarten, da die jetzige Führung nicht in der Lage sei, Reformen in Angriff zu nehmen.<sup>6</sup>

Bialer bezeichnete als Hauptzweck von Rüstungskontrollverhandlungen die Möglichkeit, das Gespräch aufrechtzuerhalten: Der Rüstungskontrollprozeß schaffe Kommunikation. Er vertrat die Auffassung, daß man im Herbst des Jah-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 87*

lehnt der BMF mit der Begründung ab, daß die Voraussetzungen für tiefgreifende Änderungen der institutionellen Strukturen bei weitem nicht erfüllt seien und die Zeit nicht reif sei.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130604.

25 Paraphe.

An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes am 18. Januar 1985 handschriftlich: „Dg 41 hat im Entwurf paraphiert.“

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 22. Januar 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>3</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

<sup>4</sup> Eberhard Heyken.

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, verstarb am 10. November 1982.

<sup>6</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 213 wurde zu den Thesen des Professors für Politische Wissenschaften, Bialer, ausgeführt: „Interessant ist auch der Hinweis B[ialer]s auf einen Grundfehler amerikanischer Politik. Sowohl die Entspannungspolitik Nixons als auch die Politik Reagans seien unter der optimistischen Prämisse verfolgt worden, daß ein Wechsel des sowjetischen Verhaltens in relativ kurzer Zeit erreicht werden könne. Beiden Extremen mangle ein politischer Realismus. Unausgesprochen enthält B.s Analyse den Appell an die amerikanische Seite, im Umgang mit den Sowjets Geduld und Beharrlichkeit zu wahren.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139350.



res wissen werde, ob Präsident Reagan SDI zum nationalen Ziel ebenso wie das Manhattan-Projekt oder die Landung des Menschen auf dem Mond erklären werde. Hätte Reagan vor zwei Jahren SDI nicht öffentlich angekündigt<sup>7</sup>, dann würde diese Frage bei weitem nicht so im Vordergrund stehen, wie das jetzt der Fall sei. Im nächsten Jahr müsse die Sowjetunion entscheiden, ob sie ihr Arsenal an strategischen Offensivwaffen erheblich erhöhen solle. Dies sei der einfachste Weg, um die sich abzeichnende amerikanische SDI-Entwicklung unwirksam zu machen.

Der *Bundesminister* gab zu überlegen, ob die politische Grundtendenz für oder gegen die Sowjetunion laufe und welche Konsequenzen SDI – wenn durchgeführt – für Sowjetunion haben werde. Er erinnerte daran, daß die USA mehrere Jahre das Atombombenmonopol besessen hätten, es aber politisch nicht genutzt hätten. Sie hätten die Unterwerfung Osteuropas akzeptiert und auch die Entwicklungen in Korea hingenommen. Der Kreml habe seinerzeit sicher größte Sorgen gehabt, ob die Amerikaner ihr Atomwaffenmonopol nicht politisch einsetzen würden. Wenn man unterstelle, daß die USA über ein wirksames Defensivsystem verfügten, könne sich die Situation von damals wiederholen. Allerdings würde in einem Punkt eine neue Lage eintreten: Wenn nämlich die Sowjetunion das Defensivsystem überwinde oder unterlaufe, dann wäre der Bilateralismus endgültig etabliert.

Seit Ende der 60er Jahre – so fuhr der Bundesminister fort – sei die Entwicklung nicht zugunsten der Sowjetunion verlaufen. Die innere Dynamik des KSZE-Prozesses habe im sowjetischen Machtbereich enorme Auswirkungen gehabt, die nicht zu unterschätzen seien. Natürlich habe die Sowjetunion an militärischer Macht dazugewonnen. Ein Grund hierfür liege aber darin, daß die USA in der Entspannungszeit zu wenig getan hätten. Die Bundesregierung habe dagegen in den 70er Jahren viel für die Verteidigung getan. Die derzeitigen Engpässe im Verteidigungshaushalt seien auf die großen Entscheidungen, z.B. Leopard II und Tornado, zurückzuführen. Und mit der Stationierung der Pershing II werde jetzt die Antwort auf die SS-20 gegeben.

Innerhalb des sowjetischen Machtbereichs sei eine Dynamik in Gang gekommen, die sich vor allem in Polen, aber auch anderswo zeige. In den USA werde oft die Meinung geäußert, daß die Sowjetunion außerhalb Europas aus der Entspannung die größten Früchte gezogen habe. Nichts sei falscher als diese Auffassung. Kuba falle in die Zeit des Kalten Krieges, in jenem Zeitraum sei auch die Berliner Mauer gebaut worden. Damals habe die Sowjetunion die Blockfreien-Bewegung beherrscht, während diese sich heute immer mehr vom sowjetischen Einfluß emanzipiere. Der sowjetische Einfluß in Afrika sei so beeindruckend nicht; in Ägypten habe sich eine fundamentale Änderung ergeben, Mosambik schwimme ab, und Angola werde mehr und mehr zu einer Belastung für die Sowjetunion. Die damalige Reaktion des amerikanischen Kongresses habe jedoch eine Ermutigung für die Sowjetunion dargestellt.<sup>8</sup> Dies zeige, daß die Politik der

<sup>7</sup> Am 23. März 1983 gab Präsident Reagan seine Absicht bekannt, ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungsprogramm für ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem in die Wege zu leiten. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

<sup>8</sup> Am 19. Dezember 1975 verabschiedete der amerikanische Senat mit 54 gegen 22 Stimmen einen Zusatz des Senators Tunney zum Entwurf des Wehrhaushaltsgesetzes, der die Billigung dieses Geset-

Festigkeit gegenüber der Sowjetunion in Zeiten der Entspannung für den Westen arbeite, Niederlagen müsse er nur hinnehmen, wenn er Schwächen zeige. Zwischen dem Willen der Staaten zur Unabhängigkeit und dem sowjetischen Ausdehnungswillen ergäben sich Gegensätze, z.B. in Afghanistan. Auch im Warschauer Pakt habe die Sowjetunion mit immensen Problemen zu kämpfen. Der Westen müsse vor einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion keine Angst haben, er habe die besseren Karten. Voraussetzung sei, daß es mit der Einigung Europas weitergehe und daß die enge Partnerschaft zwischen Europa und den USA nicht gefährdet werde. Die Nachrüstung sei ein großer Erfolg: der Versuch der politischen Trennung sei vorerst gescheitert. Es zeichne sich eine Parallele zu 1983 ab, als die Sowjetunion versucht habe, durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung diese Bindung zwischen Europa und den USA aufzulösen. Das nächste Thema für die sowjetische Propaganda werde SDI sein. Neben ernsthafter sowjetischer Sorge über die SDI-Entwicklung sei zu erkennen, daß hier eine Waffe für die sowjetische Öffentlichkeitsarbeit geschmiedet werde. In dem Pressegespräch Gromykos zu den Genfer Verhandlungen<sup>9</sup> seien zwei Elemente wichtig gewesen: zum einen die Darstellung, es gehe um neue Verhandlungen, zum anderen die Präsentation der Weltraumwaffen als die Frage der Fragen. Die Sowjetunion differenziere gegenüber dem Westen, und zwar zur Zeit zu unserem Nachteil. Wir würden dies ertragen, da dies eine vorübergehende Entwicklung sei; die SU kenne die Bedeutung unseres Landes.

Bialer pflichtete dem Minister bei. Im Kongreß wachse das Verständnis für diese Weltentwicklung bei den Demokraten, mehr aber bei den Republikanern. Allerdings werde es bei weitem noch nicht von der Mehrheit getragen. Im übrigen sei es sehr schwer, die öffentliche Meinung in den USA zu analysieren, da sie nicht wisse, welche Politik unterstützt werden solle. Sie sei schwammig, bleibe im Atmosphärischen. Die Wahlen hätten keinen Aufschluß darüber ergeben, wie das Mandat Reagans laute.<sup>10</sup> Es sei kein Votum für eine bestimmte Politik gewesen. 1976 sei die Lage klarer gewesen, weil die Öffentlichkeit damals nach Vietnam und Watergate<sup>11</sup> Carter als moralisch starke Persönlichkeit gewählt habe.<sup>12</sup> Präsident Reagan sei im Wahlkampf keine Verpflichtung eingegangen,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 89*

zes von der Einstellung der amerikanischen Militärhilfe für die angolanischen Bürgerkriegsparteien FNLA und UNITA abhängig machte. Vgl. den Artikel „Weitere Niederlage Fords in der Angola-Frage“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Dezember 1975, S. 1. Vgl. dazu ferner KISSINGER, Jahre, S. 663–669.

<sup>9</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

Für den Wortlaut des Fernsehinterviews Gromykos vom 13. Januar 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 68–72.

<sup>10</sup> Zu den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA vgl. Dok. 7, Anm. 4.

<sup>11</sup> Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen verhaftet, die bei einem Einbruch in Büroräume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington Abhörmikrophone anbringen wollten. Im Zuge der Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon unterhielten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-Affäre“ immer deutlicher werden ließ. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses sprach sich während seiner Sitzung vom 27. bis 30. Juli 1974 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon aus. Am 8. August 1974 gab dieser seinen Rücktritt bekannt.

<sup>12</sup> Am 2. November 1976 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Demokratischen Partei, Carter, als Sieger hervorging.

sondern habe sich auf zwei Punkte beschränkt: Er werde mit der Sowjetunion über Rüstungskontrolle verhandeln – er sagte aber nichts zur Substanz –, und SDI werde für die nächsten zehn Jahre ein nationales Ziel bilden.

Die Dinge seien also in Moskau und Washington im Fluß. Vielleicht werde die Administration im Herbst eine Politik zur Rüstungskontrolle haben.

Erneut auf die Sowjetunion eingehend, erklärte Bialer, die Sowjetunion stecke in einer Krise, die nicht durch Reagan verursacht worden sei. Es sei keine Überlebenskrise, sondern eine Krise der Effizienz. Der *Bundesminister* stimmte zu: Damit sei es auch eine Krise der Prioritätensetzung.

*Bialer* fuhr fort: Die sowjetische Bevölkerung einschließlich ihrer Intelligenz stelle seit Jahrhunderten an die Regierung niedrige Erwartungen. Dies sei anders als in den übrigen osteuropäischen Ländern. So sei jedes Land durch eine besondere Marge an innenpolitischer Stabilität gekennzeichnet.

Was die sowjetischen Medien auch über die innere Entwicklung sagten, niemand glaube es oder höre zu. Anders in außenpolitischen Fragen: Hier glaube die Bevölkerung der Regierung. Deshalb könne sie durch patriotische Mittel motiviert werden. Die Öffentlichkeit sei davon überzeugt, daß die eigene Regierung keinen Krieg wolle, aber sie fürchte, daß die USA auf einen Krieg aus sei.

Der Niedergang (decline) in der Sowjetunion setze sich aus vielen Facetten zusammen:

- In der Wirtschaft hätten früher die Probleme durch Mobilisierung der Massen gelöst werden können. Heute reiche dies nicht mehr aus. Vielmehr müsse man von extensivem zu intensivem Wachstum übergehen. Dazu sei aber das System, das für eine Massenmobilisierung entwickelt worden sei, nicht in der Lage.
- Aus den fundamentalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten erwachsen politische Probleme. Früher habe jedes Regierungsressort die notwendigen Mittel erhalten. Jetzt seien aber die Voraussetzungen für Konflikte zwischen den verschiedenen Eliten und Gruppen gegeben. Die jetzige Regierung sei nicht dazu geschaffen, derartige grundsätzliche Probleme anzugehen, da sie keine Entscheidungen treffe.
- Die Nachfolgeregelung sei ohne Präzedenz. Fast wie nach Stalin bewege sich die SU auf eine völlig neue Führung zu. Das letzte Beispiel dafür sei die Wahl Sokolows zum Verteidigungsminister, einem Mann, der zwei Herzinfarkte gehabt habe und der alten Generation angehöre. Alle Entscheidungen stünden im Zeichen des Übergangs, jeder warte auf die Zukunft.
- Ferner müsse man von einer ideologischen Krise reden. Er, Bialer, habe den Entwurf des neuen Parteiprogramms gesehen, das 1986 verabschiedet werden soll. Es sei das pessimistischste Dokument, das ihm unter die Augen gekommen sei, insbesondere im Vergleich zu dem letzten Parteiprogramm von 1961<sup>13</sup>. Ideologisch sei dies eine Bankrotterklärung.

<sup>13</sup> Das KPdSU-Parteiprogramm wurde auf dem XXII. Parteikongreß der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. Boris MEISSNER, DAS PARTEIPROGRAMM DER KPdSU 1903–1961, 3. Auflage, Köln 1965, S. 143–244.

- Ferner stoße er bei seinen Besuchen in Moskau (im Februar werde er erneut nach Moskau reisen) auf Anzeichen des Kulturpessimismus wie in der Weimarer Zeit.
- Schließlich gebe es einen „imperial decline“ in Osteuropa; das sei eine Krise des Überlebens. Polen stelle den Wendepunkt des sowjetischen Imperiums dar. Nach den Unruhen in Ungarn<sup>14</sup> und der Tschechoslowakei<sup>15</sup> sei man nach einiger Zeit zur Normalität zurückgekehrt. In Polen werde dies nicht der Fall sein, die jetzige Generation werde die Regierung in Polen nicht anerkennen. Die Sowjetunion verstehe dies zum ersten Mal, wisse aber nicht, wie sie darauf reagieren solle.

Bialer sprach sich dafür aus, daß der Westen gleichwohl Polen helfen müsse, jede andere Politik werde Jaruzelski an die Seite der Sowjets drücken. Dieses Erkenntnis werde in den USA allmählich verstanden, Reagan habe einige Schritte getan, in Europa wisse man das schon lange.

Es treffe zu, daß die Erfolge der Sowjetunion in der Dritten Welt in den USA stark überschätzt würden. Sie könne niemals eine dominierende Weltmacht werden, wie die USA es gewesen seien, weil ihr die Ressourcen dazu fehlten. Allerdings bestehe die Gefahr darin, daß die Sowjetunion einen derartigen Versuch unternehmen könne. Sie habe den jetzigen Status nur durch die Brutalisierung früherer Generationen erreicht. Die USA und die Europäer hätten den Schock wegen Vietnam und Watergate unterschätzt. Der Hauptgrund für das Versagen der Entspannung seien Watergate und Vietnam gewesen. Denn was die Sowjetunion getan habe, sei vor diesem Hintergrund geschehen. Heute würden die USA ähnliche Abenteuer Moskaus sehr riskant machen.

StS Meyer-Landrut wies darauf hin, daß die Sowjetunion die Atomzeit lange Jahre nicht verstanden habe. Jetzt habe sie kein Verhältnis zum Informationszeitalter und dem damit verbundenen Monopolverlust. Der Bundesminister warf ein, er wolle dazu ein Beispiel aus der innenpolitischen Diskussion geben. Es zeichne sich eine stärkere Dezentralisierung der Arbeitsplätze ab, da mit der Verwendung von Computern es nicht erforderlich sei, daß alle Arbeitnehmer im Betrieb arbeiteten. Je stärker das Arbeitsverhältnis dezentralisiert werde, um so geringer sei die Fähigkeit des Systems zur Machtausübung, die Arbeiter im Betrieb bedeuteten Macht für die Partei. Die Sowjetunion habe noch keine Antwort darauf, daß das Informationszeitalter die Bevormundung überwinde. Der Mangel an fundamentalen Erklärungen für gesellschaftliche Entwicklungen sei offenbar.

Bialer antwortete, dies sei ein zentraler Punkt. Die Sowjetunion lebe geistig im viktorianischen Zeitalter, sie sei für die Produktion von Gütern ungleichmäßig ausgestattet. Sie habe die erste industrielle Revolution noch nicht beendet. Die Eisenbahnprobleme seien noch nicht gelöst, vielmehr seien 50 % der Getreideschwierigkeiten auf das unzureichende Eisenbahnnetz zurückzuführen. Die

<sup>14</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>15</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

zweite industrielle Revolution (Produktion von Waschmaschinen und Fernsehgeräten) habe gerade begonnen – bei schwacher Qualität. Für die dritte industrielle Revolution, nämlich das Informationszeitalter, sei das System nicht geeignet.<sup>16</sup> Zwar verfüge die Sowjetunion über gute Computer, könne sie aber nicht nutzen. Sie akzeptiere noch, daß die USA oder Deutschland bessere Voraussetzungen hätten in diesem neuen Umfeld. Die Erfolge Japans oder Koreas seien so nicht zu erklären. Das System müsse radikal verändert werden. Das Problem sei erkannt, der nächste Parteitag<sup>17</sup> befasse sich damit.

Zu Ogarkow bemerkte Bialer, dieser sei bestraft worden.<sup>18</sup> Er befasse sich jetzt mit der Organisation der Truppen im Westen. Er habe sich nicht wie ein Soldat verhalten, sondern sei zu oft im Fernsehen erschienen und habe zuviel publiziert. Ogarkow sei sehr gebildet und sehr intelligent. Im übrigen sei er von den Militärs gehaßt worden, weil er disziplinarisch scharf durchgegriffen habe. Sein Nachfolger Achromejew sei dagegen ein eher durchschnittlicher Typ (rank and file).

Zum Abschluß vereinbarten *BM* und *Bialer*, Gespräch fortzusetzen.

**Referat 010, Bd. 178902**

<sup>16</sup> Zum Rückstand der UdSSR im Bereich der Informationstechnologie vgl. AAPD 1984, II, Dok. 315.

<sup>17</sup> Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>18</sup> Marschall Ogarkow wurde am 7. September 1984 von seinem Posten als Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte abgelöst. Vortragender Legationsrat Libal legte dazu am 17. September 1984 dar: „Aus Äußerungen Ogarkows selbst aus den letzten Jahren läßt sich schließen, daß zwischen ihm und Verteidigungsminister Ustinow in wichtigen Fragen der Militärdoktrin (z. B. 1981 zur Führbarkeit eines begrenzten Nuklearkrieges) Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Ogarkows Äußerungen verraten neben politischem Instinkt immer wieder eigenständiges konzeptionelles Denken zu militärpolitischen und militärstrategischen Fragen. Auch dürften seine Äußerungen zu militärtechnischen Fragen und modernen Militärtechnologien [...] auf Kontroversen innerhalb der politischen und militärischen Führung hindeuten [...]. Insgesamt ergeben sich hieraus – auch angesichts seiner offenbar dominierten Persönlichkeit – nicht ganz von der Hand zu weisende Gründe für Ogarkows Ablösung“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6214; VS-Bd. 13389 (213); B 150, Aktenkopien 1984.

## 17

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hallier**

117-251.00

22. Januar 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Edition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ 1949 ff.

Bezug: Vorlage Abteilung 1-117-251.00 vom 27.1.1984<sup>4</sup>Anlg.: 1 (Bezugsvorlage)<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zur Einleitung vorbereitender Maßnahmen, insbesondere Einholung eines Sachverständigen-Gutachtens

## Sachdarstellung

Am 2.2.1984 haben im Auftrag der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften die Professoren Dr. Bußmann (Karlsruhe) und Dr. Hillgruber (Köln) mit Staatssekretär Dr. Meyer-Landrut die Möglichkeit erörtert, die Akten des Auswärtigen Amts ab 1949 in einer wissenschaftlichen Edition fortlaufend zu veröffentlichen. Herr Staatssekretär stimmte dem Projekt und der Bezugsvorlage grundsätzlich zu.

Für dieses Projekt sprechen folgende Gründe:

1) Gemäß § 80 GGO I<sup>6</sup> werden seit 1979 die Akten des Auswärtigen Amts aus den Jahren 1949 ff. laufend freigegeben. Im Zusammenhang damit ergibt sich sowohl von seiten der Wissenschaft (s. Bezugsgespräch mit Herrn Staatssekre-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Pretsch konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 28. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 25. Februar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Hallier an Referat 117 verfügte.

Hat am 26. Februar 1985 erneut Hallier und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Eiff vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Waldner am 11. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Gehling und Legationsrat I. Klasse Pretsch verfügte.

Hat Gehling am 14. März 1985 vorgelegen.

Hat Pretsch am 14. März 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 25. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 24. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Hallier vermerkte zu einer Edition von Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik: „Grundsätzlich steht das AA einer Aktenedition 1949 ff. aufgeschlossen gegenüber. Intern wurde das Projekt einer solchen Edition in den vergangenen Jahren mehrfach erörtert. Zu konkreten Planungen kam es jedoch im Hinblick auf die noch nicht abgeschlossenen ADAP und den damit für das Haus verbundenen Personal- und Kostenaufwand bisher nicht. Wann diese seit 1961 unter deutscher Beteiligung laufende Publikation abgeschlossen sein würde, blieb in den 70er Jahren bis 1981 ungewiß. Nachdem das Ende nun in Sicht ist (voraussichtlich 1992/93), kann das AA sich dem Gedanken einer Edition von Akten 1949 ff. zuwenden. Dazu sind Planungen und Fühlungen mit den mittelbewilligenden Stellen erforderlich, die mit Sicherheit längere Zeit in Anspruch nehmen werden.“ Vgl. B 118 (Referat 117), Bd. 768.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4.

<sup>6</sup> Paragraph 80 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien regelte die Freigabe von Akten für wissenschaftliche Zwecke. Für den Wortlaut vgl. GEMEINSAME GESCHÄFTSORDNUNG DER BUNDESMINISTERIEN, S. 40.

tär) als auch aus dem Interesse an einer angemessenen Selbstdarstellung der deutschen auswärtigen Politik zunehmend das Bedürfnis, eine repräsentative Auswahl der wichtigsten Dokumente eines jeden freiwerdenden Aktenjahrgangs zu veröffentlichen. Dies würde den Medien und der interessierten Öffentlichkeit einen Überblick, der Wissenschaft einen Einstieg und ersten Zugang zu Einzelforschungen und dem Auswärtigen Amt eine kontinuierliche Darstellung seiner Tätigkeit seit Gründung der Bundesrepublik<sup>7</sup> ermöglichen.

2) Frankreich<sup>8</sup>, Großbritannien<sup>9</sup> und die USA<sup>10</sup> veröffentlichen die Akten ihrer Außenministerien in parallelen Editionen. Auch aus diesem Grunde drängen die deutschen Wissenschaftler zunehmend auf ein vergleichbares Projekt bei uns, da unsere Außenpolitik mit der der befreundeten Mächte eng verzahnt ist und erst eine Edition unserer Akten einen vergleichenden Überblick ermöglicht.

3) Auf Beschluß des Bundeskabinetts hat das Bundesarchiv mit der Edition der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung ab 1949 begonnen.<sup>11</sup> Eine Edition der Akten des Auswärtigen Amts wäre hierzu eine sachlich notwendige Ergänzung. Auch die Akten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amts von 1918–1945 werden vom Bundesarchiv (Akten der Reichskanzlei<sup>12</sup>) und vom Auswärtigen Amt (Akten zur deutschen auswärtigen Politik<sup>13</sup>) herausgegeben.

4) Die Herausgabe diplomatischer Schriftstücke aus dem Auswärtigen Amt hat eine lange Tradition. Vor den „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“<sup>14</sup>, die sich dem Abschluß nähern, wurde nach dem Ersten Weltkrieg bereits eine vierzigbändige Edition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“ veröffentlicht.

#### Entscheidungsvorschlag

Abteilung 1 schlägt vor, zur Vorbereitung des Projekts zunächst ein Sachverständigen-Gutachten einzuholen.<sup>15</sup> Ein Gremium von fünf Persönlichkeiten (drei

<sup>7</sup> Der Parlamentarische Rat verabschiedete am 23. Mai 1949 in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Die konstituierende Sitzung von Bundestag und Bundesrat fand am 7. September 1949 statt.

<sup>8</sup> Vgl. dazu DDF.

<sup>9</sup> Vgl. dazu DBFP und DBPO.

<sup>10</sup> Vgl. dazu FRUS.

<sup>11</sup> Ministerialdirigent Schönfeld legte am 21. Oktober 1982 dar: „Am 20.6.1979 hat die Bundesregierung das Bundesarchiv mit der Herausgabe der jeweils mehr als 30 Jahre alten Niederschriften ihrer Kabinettsitzungen beauftragt. Band 1 ‚Die Kabinettsprotokolle 1949‘ ist kürzlich erschienen. Band 2 (Kab[inetts]Prot[okolle] 1950) ist in Vorbereitung; er soll 1984 erscheinen. Ebenfalls in Vorbereitung sind Band 3 (KabProt 1951) und Band 4 (KabProt 1952).“ Vgl. VS-Bd. 13559 (310); B 150, Aktenkopien 1982.

<sup>12</sup> Der erste Band der „Akten der Reichskanzlei“ erschien 1971. Vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI. Weimarer Republik. Bd. 1: Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919, hrsg. von Karl Erdmann und Wolfgang Mommsen, Boppard am Rhein 1971.

<sup>13</sup> Für den 1995 erschienenen Abschlußband der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik“ vgl. ADAP, A, Bd. XIV.

<sup>14</sup> Die Reihe „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“ erschien zwischen 1922 und 1927. Für den Abschlußband vgl. DIE GROSSE POLITIK DER EUROPÄISCHEN KABINETTE 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amts. Bd. 40: Namensregister, hrsg. von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme, Berlin 1927.

<sup>15</sup> Mit Schreiben vom 21. März 1985 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Waldner Professor Bußmann: „Anfang 1984 hatten Sie zusammen mit Prof. Dr. Hillgruber Herrn Staatssekretär Dr. Meyer-Landrut auf die erwünschte Veröffentlichung der Akten zur deutschen auswärtigen Politik für die Jahre 1949 ff. angesprochen. Dieses Projekt habe ich sofort nach Übernahme meiner

auf dem Gebiet der Zeitgeschichtsforschung angesehene Professoren, ein hochrangiger Amtsangehöriger, ein Archivar des Referats 117)<sup>16</sup> sollte zu dem Projekt anhand eines Fragenkatalogs Stellung nehmen und ein Arbeitskonzept für die Verwirklichung des Editionsvorhabens vorlegen. Zu klären wären insbesondere folgende Fragen:

- (1) Beschreibung des Editionsvorhabens anhand der seit 1979 freigegebenen und jährlich weiterhin frei werdenden Archivbestände, Ermittlung des Umfangs der zu sichtenden Akten;
- (2) Auswahlkriterien, Ordnung und Kommentierung der Dokumente, Publikationsfolge;
- (3) Personalbedarf, Raumbedarf, Sachmittel;
- (4) Organisatorische Einbindung des Projekts in das Auswärtige Amt;
- (5) Eingliederung der ständigen Mitarbeiter der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“ nach Abschluß dieser Publikation in das neue Projekt;
- (6) Funktion und Zusammensetzung eines wissenschaftlichen Beirats.

Die Honorierung der drei Professoren für ihre Gutachtertätigkeit müßte aus dem Gutachtertitel (Kap. 0501 Titel 526 05 – Unterteil 1 – Sonderaufträge auf dem Gebiet der Verwaltung) erfolgen. Da im Haushaltsjahr 1985 alle Mittel für Gutachten verplant sind, müßte diese Maßnahme mit einem Betrag von ca. DM 30000 in den Haushaltsvoranschlag 1986 aufgenommen werden. Falls in der zweiten Jahreshälfte 1985 bei dieser Haushaltsstelle noch Mittel verfügbar werden, könnte das Sachverständigen-Gutachten bereits 1985 begonnen werden.

Darüber hinaus sollte auf jeden Fall in den Haushaltsvoranschlag 1986 bereits ein Leertitel bei Kapitel 0501 mit der neuen Titel-Nummer 531 04 und der Zweckbestimmung „Herausgabe der Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949 ff.“ aufgenommen werden.<sup>17</sup>

Referat 112 hat mitgezeichnet.

Hallier

#### **B 118 (Referat 117), Bd. 768**

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 95*

Funktion als Leiter des Politischen Archivs zum Gegenstand einer Ministervorlage gemacht, und ich kann Ihnen nunmehr die erfreuliche Mitteilung machen, daß unser Minister den Auftrag erteilt hat, mit den vorbereitenden Arbeiten zu diesem bedeutenden Editionsvorhaben zu beginnen. [...] Da Sie, sehr geehrter Herr Professor, unserem Amt und insbesondere dem Politischen Archiv seit Jahren eng verbunden sind, möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß Sie in dem zu bildenden Gutachtergremium mitwirken werden. Zugleich möchte ich Sie um vertrauliche Äußerung bitten, welche Persönlichkeiten unter den deutschen Zeitgeschichtsforschern im übrigen für das Gremium in Betracht gezogen werden können.“ Vgl. B 118 (Referat 117), Bd. 768.

<sup>16</sup> Ministerialdirektor Hallier hielt am 30. August 1985 fest: „Als Gutachter sollten beauftragt werden: 1) Prof. Dr. Walter Bußmann, Emeritus der Universität Karlsruhe, deutscher Hauptherausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“; 2) Prof. Dr. Peter Krüger, Universität Marburg; 3) Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz, Universität Köln; 4) Botschafter a. D. Dr. Dirk Oncken; 5) Botschafter Dr. Ekkehard Eickhoff; 6) LR I Dr. Hans Jochen Pretsch, Referat 117.“ Vgl. B 118 (Referat 117), Bd. 768.

<sup>17</sup> Am 23. Dezember 1985 notierte Ministerialdirigent Eiff: „Das Gutachten sollte möglichst bis 1.12.1985 erstattet werden. Die Gutachter stellten jedoch fest, daß dieser Termin nicht eingehalten werden kann, da umfangreiche Abklärungen zur Ausgangslage im Politischen Archiv und über vergleichbare Projekte, insbesondere bei den Drei Mächten, notwendig sind. Die Sachverständigen werden



## 18

**Gespräch des Staatssekretärs Blech, Bundespräsidialamt,  
mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen  
Außenministerium, Bondarenko**

23. Januar 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Staatssekretärs mit dem Leiter der Dritten Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, am 23.1.1985 (11 bis 12 Uhr) in Bonn

Bondarenko wurde begleitet von Gesandtem Terechow, dem Leiter des für die Bundesrepublik Deutschland zuständigen Referats im sowjetischen Außenministerium<sup>2</sup> und einem Dolmetscher.

Auf eine entsprechende Frage von *StS* äußerte sich *Bondarenko* befriedigt über die tüchtige und konstruktive Arbeit der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission.<sup>3</sup> Es sei eine gute Idee von Antonow gewesen, leitende Persönlichkeiten der sowjetischen Industrie mitzunehmen. Diese hätten Gelegenheit gehabt, ihre deutschen Partner zu treffen. Die Gespräche Antonows mit dem Bundeskanzler<sup>4</sup> und dem Bundesaußenminister<sup>5</sup> seien offen und interessant gewesen. Selbstverständlich sei darüber nach Moskau berichtet worden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 96*

das Gutachten bis Februar 1986 erstatten, so daß es in die Beratungen für das Haushaltsjahr 1987 eingebracht werden kann. Referat 112 hat Mittel für die Erstattung des Gutachtens im Haushaltsjahr 1986 eingeplant.“ Vgl. B 118 (Referat 117), Bd. 768.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schenk, Bundespräsidialamt, am 23. Januar 1985 gefertigt. Schenk verfügte am 1. Februar 1985 die Übermittlung an das Büro Staatssekretäre des Auswärtigen Amts „mit der Bitte um Kenntnisnahme“.

Hat Legationssekretär Wittig am 1. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 213 „m[it] d[er] Bitte um Übernahme verfügte“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 4. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Leonid Grigorjewitsch Ussytschenko.

<sup>3</sup> Botschafter Kastl, Moskau, nahm am 6. Februar 1985 folgende Bewertung vor: „Tagung deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission am 21./22.1.85 in Bonn und anschließendes Besuchsprogramm des Stellv[er tretenden] sowjetischen Ministerpräsidenten Antonow in Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern ist erfolgreich verlaufen. In politisch schwieriger Phase unseres Verhältnisses zur Sowjetunion haben sich deutsch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen erneut als stabilisierendes Element unserer Gesamtbeziehungen bewährt. Laufende politische Propaganda-Angriffe gegen BR Deutschland haben Wirtschaftsbeziehungen bezeichnenderweise bisher ausgespart. In Antonows Äußerungen bei Gesprächen mit Bundeskanzler, BM Genscher und BM Dr. Bangemann sowie Besuchsprogramm wurde deutlich, daß SU nicht nur bisher erreichten Stand der Wirtschaftsbeziehungen halten, sondern diese weiterentwickeln will.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 406; Referat 213, Bd. 139376.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl empfing den sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow am 22. Januar 1985 zu einem Gespräch. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 65.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz informierte über das Gespräch am 22. Januar 1985 zwischen dem Bundesminister Genscher und dem sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten: „A[ntonow] erläuterte die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung in der SU: Die Umstellung der Wirtschaft auf intensives Wachstum müsse beschleunigt werden, führende Industriezweige rekonstruiert, technologische Prozesse aktualisiert, der Maschinenbau modernisiert und Einrichtungen auf flexible Programme umgestellt werden. Mit Hilfe deutscher Firmen sollten das Hüttenwesen modernisiert und die landwirtschaftlichen Bearbeitungs- und Betriebsmethoden verbes-

*StS* bezog sich auf den Empfang Antonows in der sowjetischen Botschaft am Vorabend und meinte, die zahlreiche Beteiligung hoher Vertreter der deutschen Industrie zeige das große Interesse an der kontinuierlichen Fortentwicklung der Beziehungen mit der SU, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich.

*Bondarenko* wies darauf hin, daß die westeuropäischen Länder für die SU die natürlichen Partner seien. Auch die geographischen Faktoren und die traditionellen wirtschaftlichen Orientierungen seien von Bedeutung. Alles dies seien Voraussetzungen, die sich zum gegenseitigen Vorteil auswirkten.

*StS* stimmte dem zu und hob hervor, daß Wirtschaftsbeziehungen stets auch eine politische Funktion gehabt hätten. Andererseits gebe es eine politische Gesamtatmosphäre, von der wir hofften, daß sie sich verbessere.

Auf eine Frage von *StS*, ob Kwizinskij bei den neuen Verhandlungen in Genf<sup>6</sup> dabei sein werde, meinte *Bondarenko*, die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation sei bei seiner Abreise aus Moskau noch nicht bekannt gewesen. Er glaube aber, daß Kwizinskij auf jeden Fall dabei sein werde.

*Bondarenko* fuhr fort, daß die sowjetisch-amerikanische Erklärung<sup>7</sup> konstruktiv und hoffnungsvoll klinge. Aber in der Substanz habe es auch schon früher bedeutende Unterschiede gegeben.

*StS* meinte, daß verschiedene Positionen zu Beginn von Verhandlungen durchaus natürlich seien. Es gebe aber sehr positive Ansätze, die es zu nutzen gelte. Auf einen entsprechenden Hinweis von *StS* fragte *Bondarenko*, wie *StS* die neue US-Mannschaft beurteile. Nach einer positiven Charakterisierung von Kampelman, Tower und Glitman durch *StS* meinte *Bondarenko*, daß die Genfer Verhandlungen im Interesse aller, auch der Europäer, lägen. Sie enthielten eine große Chance.

*StS* stimmte dem zu und wies auf das Interesse sowohl der West- als auch der Osteuropäer an einer konstruktiven Verhandlungsführung in Genf hin. Niemand habe ein Interesse an einer sich verschärfenden Konfrontation. Auch wenn zwischen West und Ost immer mit gewissen Gegebenheiten und gewissen Gegensätzen gerechnet werden müsse, so sollte ein geordnetes fruchtbares und weitgehend kooperatives Zusammenleben möglich sein. Die heutige Wirtschaft sei ein klassisches Gebiet der Kooperation. Die Europäer hätten sich besonders bemüht, deutlich zu machen, daß die beiden Supermächte zum Dialog zurückfinden müßten.

*Bondarenko* wies darauf hin, daß er mit Genugtuung die Äußerung von BM Genscher gegenüber Antonow, die Bundesrepublik Deutschland trete ganz eindeutig gegen eine Militarisierung des Weltraums ein und werde sich im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen nicht auf die Rolle des Zuschauers beschrän-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 97*

sert werden. So nannte A. als Ziel die planmäßige Abwicklung von Lebensmittelprogrammen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 507 vom selben Tag; Referat 213, Bd. 139376.

<sup>6</sup> Zur Eröffnung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle am 12. März 1985 in Genf vgl. Dok. 86.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

ken.<sup>8</sup> Sie werde sich vielmehr bemühen, positiven Einfluß auszuüben in der Absicht, die konstruktiven Ergebnisse zu fördern.

Bondarenko fuhr fort, die Weltraumrüstung beunruhige die SU sehr.<sup>9</sup> Sie müßte auch die Europäer beunruhigen. Der Weltraum müsse vollständig demilitarisiert werden. Wenn man nur zwei oder drei Systeme erlaube, sei eine Kontrolle nicht möglich, da niemand feststellen könne, ob sich nicht doch mehr Systeme im Weltraum befänden. Bondarenko betonte, daß auch die strategischen und Mittelstreckensysteme der SU nicht gleichgültig seien.

StS hob das europäische Interesse an konstruktiven Lösungen, insbesondere im Mittelstreckenbereich, hervor.

StS stellte die Frage nach der Einschätzung der weiteren Entwicklung der West-Ost- und der bilateralen Beziehungen durch Bondarenko.

*Bondarenko* antwortete ausweichend unter Hinweis auf die in den siebziger Jahren erreichten Fortschritte: Es sei gelungen, sehr viel Gutes zustande zu bringen. Die SU möchte dies nicht zerstören. Andererseits hätten seit Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses<sup>10</sup> und der dadurch erzwungenen sowjetischen Gegenmaßnahmen<sup>11</sup> die politischen Beziehungen nicht gewonnen. Sie seien eher komplizierter geworden. Für das Verhältnis zweier Staaten bleibe die Frage der Sicherheit die wichtigste. Handel und Kultur seien gut, aber wichtiger sei das Gefühl, daß die andere Seite keine Steine im Hinterhalt habe.

Im weiteren Verlaufe des Gespräches tauschten *StS* und *Bondarenko* (unterstützt durch *Terechow*) die bekannten gegensätzlichen westlichen und sowjetischen Argumente über Ursache und Wirkung der SS-20 und der Verschlechterung der West-Ost-Beziehungen aus.

*StS* schloß diesen Teil des Gesprächs mit dem Hinweis ab, daß die gegenseitigen Argumente bekannt seien. Jetzt gehe es weniger um die Geschichte als um die Zukunft. Welche Folgerungen ergeben sich für das deutsch-sowjetische Verhältnis aus der Tatsache, daß jetzt in den Ost-West-Beziehungen eine Tendenz zur Einigung festzustellen sei? Er frage sich auch, was sich in der Bundesrepublik geändert habe, das die SU veranlasse, ihre Revanchismuskampagne<sup>12</sup> gegen die Bundesrepublik Deutschland zu starten?

*Bondarenko* erwiderte, die SU habe nie erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland im ganzen revanchistisch sei, auch wenn in deutschen Zeitungen das Gegenteil behauptet werde. Aber die SU habe Hupka nicht erfunden. Bondarenko (der hierbei ganz emotional reagierte) fragte, ob man von den sowjeti-

<sup>8</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken notierte am 10. Januar 1985, der sowjetische Botschaftsrat Jelisarjew habe in einem Gespräch am Vortag dargelegt, „daß die USA mit SDI eine Erstschlagkapazität anstreben. Man könne sich das etwa so vorstellen, daß die USA mit ihrem vorhandenen Offensivpotential die sowjetischen Raketen bis etwa 20 % vernichteten und dieser Rest bei einem sowjetischen Gegenangriff vom US-Verteidigungssystem abgefangen würde.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139306.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>11</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR und der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>12</sup> Zu den Vorwürfen in den Medien der UdSSR gegen die Bundesregierung vgl. Dok. 11, Anm. 3.

schen Krüppeln und Kriegsopfern erwarten solle, Hupka zu beklatschen? In der SU habe man die Opfer und Leiden des Zweiten Weltkrieges nicht vergessen. Auch er selbst sei davon betroffen. Sein Bruder sei gefallen, er selbst in Stalingrad verwundet worden.

StS verwies auf die Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten und die dort enthaltenen Erklärungen zu Polen und zur Sowjetunion.<sup>13</sup> Hupka repräsentiere nicht die Meinung der deutschen Bevölkerung. Die jetzige innenpolitische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Motto des Schlesier-Treffens laufe nicht zugunsten Hupkas.<sup>14</sup> Die Meinungsfreiheit in allen demokratischen Gesellschaften bringe es mit sich, daß alle Meinungen, auch wenn sie unvernünftig seien, frei geäußert werden könnten.

Bondarenko erwiderte, er verstehe nicht, daß Hupka in der Bundesrepublik Deutschland zur zentralen politischen Figur gemacht worden sei. Es würde ihn nicht wundern, wenn Hupka demnächst als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten kandidiere.<sup>15</sup> Es sei verwunderlich, daß man mit ihm öffentlich eine solche Diskussion wie jetzt über das Motto des Schlesier-Treffens führe und der Bundeskanzler mit ihm auf einer Veranstaltung auftrete.

StS äußerte Verständnis, daß alle mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenhängenden Fragen in der Sowjetunion nach wie vor Emotionen auslösten. Er verwies nochmals auf die Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten, der sich dort ausdrücklich zu unseren Beziehungen zu Polen und zur SU geäußert habe. StS erläuterte anschließend, daß Hupka nur eine kleine Minderheit vertrete. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen um das Motto des Schlesier-Treffens seien nicht zugunsten von Hupka ausgegangen. Die SU betrachte die Äußerungen einer kleinen Minderheit als Symptom eines breiten Trends und stütze darauf völlig unberechtigt ihren Revanchismusvorwurf, den sie auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland beziehe. Wir hätten dagegen in einer sehr schwierigen Zeit im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß nie davon gesprochen, daß die Realisierung des Beschlusses notwendig sei, weil die SU Krieg wolle.

Bondarenko: Die SU wäre glücklich, wenn die BR Deutschland keinen Anlaß gegeben hätte, über gefährliche Erscheinungen im Lande zu sprechen. Diese Erscheinungen brächten keinen Gewinn für die deutsch-sowjetischen Beziehun-

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 24. Dezember 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1401 f.

<sup>14</sup> Am 19. Januar 1985 wurde in der Presse berichtet, Bundeskanzler Kohl habe es im Zweiten Deutschen Fernsehen als „nicht fair“ bezeichnet, daß ihm das Motto des Deutschlandtreffens der Schlesier vom 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover „Vierzig Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser“ bei der Einladung, dort eine Rede zu halten, nicht mitgeteilt worden sei. Er nehme an, „daß niemand ihm zumute, daß er unter einem solchen Motto, das mißverständlich sei“, spreche. Vgl. den Artikel „Kohl nennt Änderung des Schlesier-Mottos Bedingung seiner Rede“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Januar 1985, S. 2.

Mit Schreiben vom 22. Januar 1985 an Kohl räumte der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, ein, daß das Motto „zu Mißverständnissen Anlaß gegeben“ und der Bundesvorstand der Landsmannschaft beschlossen habe, es zu ändern. Es laute nun „40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unsere Zukunft – Im Europa freier Bürger“. Vgl. den Artikel „Es gab bedauerliche Mißverständnisse“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Januar 1985, S. 2.

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

gen. Je schneller damit Schluß gemacht werde, um so schneller und ruhiger könnten sich diese Beziehungen zur SU, aber auch zu den anderen sozialistischen Ländern entwickeln. Es sei schwer einzuschätzen, welche reale Bedeutung diese Erscheinungen hätten. Tatsache aber sei, daß solche Dinge geschähen. Man wisse wohl auch in der Bundesrepublik Deutschland, wie man in Polen hierauf reagiere. Ähnliche Empfindsamkeiten gebe es auch in Frankreich.

*StS* verwies auf die offiziellen Erklärungen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers zur Grenzfrage, zu den Ostverträgen<sup>16</sup> und zu unseren Beziehungen zu Polen und zur SU. Diese Erklärungen stünden für die Politik der Bundesrepublik Deutschland. Soweit der Revanchismusvorwurf sich auf angeblichen Wunsch nach Grenzänderungen beziehe, so sei dies abwegig; denn nach vierzig Jahren politischer Entwicklung sei unsere öffentliche Meinung für Grenzänderungen nicht zu gewinnen. Diese Frage müsse mit einem eindeutigen Nein beantwortet werden, auch wenn man es nicht für richtig halte, daß die Ostgebiete Deutschland weggenommen worden seien. Eine andere Sache sei es aber, wenn man unter Revanchismus die Erinnerung verstehe, daß diese Gebiete siebenhundert Jahre deutsch gewesen seien. Man könne nicht verlangen, daß man den Deutschen ihre Geschichte wegnehme. Kant sei in Königsberg geboren, nicht in Kaliningrad. Er sei kein sowjetischer Staatsbürger gewesen.

*Bondarenko* lenkte ein mit dem Hinweis, er wolle nicht über die Geschichte, sondern über die Zukunft sprechen.

*Terechow* kam auf die Entspannungspolitik der siebziger Jahre zu sprechen und meinte, diese habe sich auf die Politik der Vertriebenenverbände ausgewirkt. Es sei kein Zufall, daß diese damals zurückhaltender gewesen seien. Sie hätten nämlich keine Unterstützung von oben erfahren. Der Konfrontationskurs, das Wettrüsten, die Stationierungsentscheidung, die Aufhebung der WEU-Waffenbeschränkungen<sup>17</sup> gebe aber jetzt einen anderen Hintergrund. Hierauf beruhe die sowjetische Einschätzung.

*StS* erinnerte daran, daß in den Jahren 1973–75 große Teile der parlamentarischen Opposition gegen die Ostverträge und die Schlußakte von Helsinki<sup>18</sup> eingestellt gewesen seien. Heute aber gebe es im Parlament eine breite Mehrheit für die Verträge. Ein Klima der Konfrontation ermutige eine immer noch gegen die Verträge eingestellte kleine Minderheit. Es liege daher auch im Interesse der

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>17</sup> Der WEU-Rat hob am 27. Juni 1984 die letzten Herstellungsbeschränkungen bei konventionellen Waffen für die Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 196.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

SU, die Konfrontation nicht weiter zu betreiben und durch eine andere Politik die konstruktiven Perspektiven für die deutsch-sowjetischen Beziehungen sichtbar zu machen.

*Bondarenko* bedankte sich für das gute Gespräch, das gezeigt habe, daß ein Dialog notwendig sei, damit man einander besser verstehe und zusammen für eine bessere Zukunft arbeite. Die SU habe durch ihre Unterrichtung über das Genfer Treffen Gromyko/Shultz gezeigt, daß ihr daran liege, daß die Bundesregierung ein breites und objektives Bild erhalte.<sup>19</sup> Dies werde auch künftig so bleiben. Die SU rechne damit, daß die Bundesregierung ihr ganzes Gewicht einsetzen werde, um in Genf zu positiven Ergebnissen zu gelangen.

*StS* erwiderte, ein intensiver deutsch-sowjetischer Dialog werde zeigen, daß die Lage bei uns anders sei, als sie in der SU verstanden oder nach außen präsentiert werde. Wir wollten alle Möglichkeiten des Dialogs nutzen. Auch unsere Botschaft in Moskau sei hierfür ein wichtiges Instrument, das noch intensiver genutzt werden könne. *Bondarenko* und *Terechow* gaben zu erkennen, daß sie sehr wohl verstanden, was mit diesem Hinweis auf unsere Botschaft in Moskau gemeint war.<sup>20</sup>

#### Referat 213, Bd. 139306

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter informierte die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 17. Januar 1985 darüber, daß von der sowjetischen Botschaft am 15. Januar 1985 im Bundeskanzleramt ein Papier über das Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf übergeben worden sei. In dem als Anlage beigefügten sowjetischen Papier hieß es: „Wir haben klargemacht, daß die USA nicht der Verteidigungszwecke wegen mit der Entwicklung eines großangelegten Raketenabwehrsystems begonnen haben. Dieses System ist eigentlich ein untrennbarer Teil der Angriffskräfte. Es wird mit der Absicht entwickelt, die Fähigkeit eines unbestraften Erstschlages sich zu verschaffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 391; VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>20</sup> Am 17. Januar 1985 stellte Ministerialdirektor Pfeffer fest: „Botschafter Kastl hat darüber Klage geführt, daß er zur Zeit auf große Schwierigkeiten bei Gesprächskontakten mit hochrangigen Vertretern der Sowjetunion stößt. Mehrere von ihm beantragte Termine sind nicht zustande gekommen, wobei auch die Begleitumstände teilweise Befremden auslösen. [...] Die Vorbereitung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftstagung wurde Botschafter Kastl erschwert. Der Stellvertretende Außenminister Kowaljow, den er um ein Gespräch gebeten hatte, war angeblich unpäßig; auch Bondarenko stand angeblich wegen Urlaubs nicht zur Verfügung.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139306.

## 19

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit  
EG-Kommissionspräsident Delors in Brüssel****23. Januar 1985<sup>1</sup>**

Gespräch BM mit EGK-Präsident Delors am 23.1.85 in Brüssel, 18.00 bis 19.45 Uhr

Weitere Teilnehmer auf Kommissionsseite: stv. Kabinettschef Burghardt; auf deutscher Seite: StS Ruhfus, Persönlicher Referent Jansen.

**1) Lage der Gemeinschaft**

*BM* unterstreicht die Bedeutung des Jahres 1985 für die weitere Entwicklung der Gemeinschaft. Um die institutionellen Fragen Lösungen näher zu bringen, müßten im 1. Halbjahr die aktuellen drängenden Probleme gelöst werden; dann eröffneten sich der Gemeinschaft große Perspektiven.

*Delors* stimmt dieser Einschätzung zu. In seiner Rede vom 14.1. vor dem EP<sup>2</sup>, die er als Orientierungsrede verstand – sein Programm werde er im März vorstellen –, habe er auch der Sorge Ausdruck gegeben, daß eine Konzentration auf die institutionellen Fragen die Gemeinschaft lähmen könne. Entscheidend sei, daß in der ersten Hälfte des Jahres positive Signale gesetzt würden, damit sich keine Lähmung und Verkrampfung der gemeinschaftlichen Entwicklung ergäben. Er hoffe, daß er – auch mit der Unterstützung der Bundesregierung – weiterkomme. Er sei optimistisch. Sein Optimismus gründe sich auf die Notwendigkeit von Taten. Eine Stärkung der Gemeinschaft sei nur möglich durch Erfolge. Spinelli und andere würden demgegenüber die Theorie vertreten, daß erst das Scheitern der Gemeinschaft den Weg für einen radikalen Neuaufbau freimache.<sup>3</sup> Er selbst halte nichts von dieser These, denn die Demonstration des Absurden werde nicht weiterhelfen.

Er sei dafür, daß die Kommission einen realistischen Plan vorlege, der u. a. die Stärkung der finanziellen Basis, des Binnenmarktes, des EWS<sup>4</sup>, die Vereinheitlichung der Finanzmärkte, die Notwendigkeit der technologischen Entwicklung aufzeige. Hieraus ergebe sich dann von selbst eine neue Dynamik und ein neuer Optimismus. Dies sei seine Strategie, um die Gemeinschaft zu neuen Erfolgen zu führen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 24. Januar 1985 gefertigt. Dazu vermerkte er: „Von BM noch nicht gebilligt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 25. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Rede des EG-Kommissionspräsidenten Delors am 14. Januar 1985 in Straßburg vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/85, S. 5–16.

<sup>3</sup> Der Institutionelle Ausschuß des Europäischen Parlaments legte am 8. November 1983 den unter Leitung des italienischen Abgeordneten Spinelli als Koordinierendem Berichterstatter erstellten „Entwurf eines Berichts über den Vorentwurf eines Vertrags zur Gründung der Europäischen Union“ vor. Für den Entwurf vgl. Referat 410, Bd. 130356.

Am 14. Dezember 1983 billigte der Institutionelle Ausschuß eine überarbeitete Fassung vom 9. Dezember 1983. Für den Entwurf vgl. Referat 200, Bd. 144205. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 382. Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 14. Februar 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 209–229.

<sup>4</sup> Zur Fortentwicklung des Europäischen Währungssystems (EWS) vgl. Dok. 15.

BM stimmt der Analyse zu. Ein miserables Klima sei keine Basis für Fortschritte. Die Idee, durch das Chaos zu einem neuen Hausbau zu gelangen, sei absurd.

## 2) Erweiterung

Delors berichtet über den Stand der Beitrittsverhandlungen.<sup>5</sup> Offen seien vor allem folgende Fragen:

- Kanarische Inseln<sup>6</sup>,
- Landwirtschaft,
- Fischerei-Übergangszeiten.

Besondere Sorge mache ihm das Fischereiproblem mit Spanien.<sup>7</sup> Angesichts der Größe der spanischen Fangflotte und der Schwierigkeiten im Europa der Zehn, zu einer gemeinsamen Fischereipolitik, dem blauen Europa, zu kommen, sehe er hier große Schwierigkeiten. Die Übergangsfristen in diesem Bereich seien besonders problematisch. Zur Zeit verhandle man über Fristen von acht bis fünfzehn Jahren. Er glaube, daß hierüber erst im letzten Stadium der Verhandlungen entschieden werden könne. In jedem Fall wäre es falsch, Spanien direkt den Zugang zum EG-Meer einzuräumen. Dadurch würde auch mühsam erreichte Gemeinschaftsregelung für Fischerei gefährdet.<sup>8</sup>

In den Landwirtschaftsfragen fänden weiter exploratorische Gespräche statt. Nach seinem Eindruck sei man einer Einigung nahe. Er verhehle allerdings nicht, daß die Regelungen, die schließlich mit den Beitrittsländern getroffen würden, die Gemeinschaft in Zukunft vor außerordentlich große Probleme stellen werden. Dies sei nur möglich und erträglich, wenn die Gemeinschaft bereit sei, diesen Preis als politischen Preis zu zahlen. Hauptproblemfelder würden sich in folgenden Bereichen ergeben:

- die Überschüsse, die infolge der Erweiterung sehr stark steigen würden, würden die Finanzmittel noch stärker aufzehren;
- die Stabilität der Wechselkurse werde in Frage gestellt;
- die Erschütterungen, die die Volkswirtschaften der südlichen Länder erleben würden, seien noch nicht zu übersehen und würden nicht wie in den 60er Jahren aufgefangen durch ausreichendes Wachstum.

Die finanziellen und sozialen Folgen der Erweiterung seien insgesamt unterschätzt worden. Er sage dies nicht als Franzose, sondern als besorgter Europä-

<sup>5</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 14, Anm. 14.

<sup>6</sup> Referat 410 wies am 10. Januar 1985 darauf hin, daß bei den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens im Hinblick auf die Kanarischen Inseln noch die Fragen einer Nichteinbeziehung in das Zollgebiet der Europäischen Gemeinschaften, einer Nichteinführung der Mehrwertsteuer, einer Anwendung der Vorschriften der Agrarstrukturpolitik und einer Anwendung der Fischereipolitik zu klären seien. Vgl. Referat 410, Bd. 130409.

<sup>7</sup> Zur Frage der Fischerei in den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 14, Anm. 16.

<sup>8</sup> Der EG-Rat auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister einigte sich am 25. Januar 1983 in Brüssel auf eine neue Verordnung über die Gemeinsame Fischereipolitik. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), informierte am selben Tag: „Einigung umfaßt mit Zugangsregelung, T[otal]A[l]lowable[C]atch[es] und Quoten, gemeinsamer Marktordnung, Strukturpolitik, technischen Erhaltungsmaßnahmen, Kontrollregelung und Drittlandsvereinbarungen mit Norwegen (Eröffnung Fischerei heute um Mitternacht), Schweden und Färöern ein ganzes Bündel wichtiger Elemente, die zusammengekommen wirtschaftliche und rechtliche Basis für künftige Gemeinsame Fischereipolitik – GFP – bilden und damit langjähriges Provisorium nationaler Überbrückungsmaßnahmen beenden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 312; Referat 411, Bd. 131257.



er. Aber man müsse sich darüber klar sein, daß die politische Geste, die Spanien in der NATO halte<sup>9</sup>, ganz große wirtschaftliche und soziale Folgen haben werde. Kein Dossier behandle diese Frage klar und ehrlich. Papandreu's Forderungen zum IMP machten dies deutlich.<sup>10</sup>

BM schlägt vor, daß Kommission bald eine Zusammenstellung des Angebots der Gemeinschaft an die Beitrittsländer machen solle. Die Bereiche Wirtschaft, Landwirtschaft, Fischerei und soziale Fragen sollten zu einem Paket komponiert werden, um das Angebot insgesamt akzeptabel zu machen.

Die Überlegungen zu den Folgen der Erweiterung für die Gemeinschaft im Innern überraschten ihn nicht. Es sei immer seine Überzeugung gewesen, daß die Aufnahme von Spanien und Portugal politisch unverzichtbar sei, aber wirtschaftlich im Grunde nicht zu rechtfertigen. Vielen, die heute die Erweiterung für eine zweifelhafte Sache hielten, sei nicht mehr klar, in welcher Situation sich Spanien und Portugal noch vor wenigen Jahren auf dem Wege zu ihrer Demokratisierung befunden hätten. Die Dramatik der damaligen Situation, in der Europa sich die Frage gestellt habe, was geschieht, wenn Portugal kommunistisch regiert wird, sei ihm nach wie vor deutlich vor Augen. Er sei nach wie vor fest davon überzeugt, daß das Angebot der Gemeinschaft sowohl Portugal als auch Spanien ganz wesentlich geholfen habe, den Weg zur Demokratie zu beschreiten.

Die griechische Forderung auf wesentliche Erhöhungen der Finanzmittel für das IMP sei verständlich. Papandreu habe auf dem Europäischen Rat in Dublin<sup>11</sup> nicht hinter dem Angebot der Kommission zurückstehen können. Auch die griechische Opposition stehe, wie Mitsotakis gesagt habe, in dieser Frage voll hinter der Regierung. Der Spielraum für Papandreu selbst sei sehr gering, da im Herbst Wahlen<sup>12</sup> stattfinden. Deshalb habe er Andreotti den Gedanken erläutert, für Griechenland im Rahmen des IMP mehr zu tun, sozusagen ein griechisches Fenster zu öffnen.<sup>13</sup>

BM leitet über zur Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft, die ein besonders schwieriges Kapitel sei, da sie die südlichen Anrainer des Mittelmeers treffe. Dabei denke er nicht nur an die Maghreb- und Mashrek-Staaten, sondern vorallem auch an Israel. Diese Politik habe die Position der Gemeinschaft gegenüber den arabischen Ländern und Israel verbessert und gestärkt. Das europäi-

<sup>9</sup> Nach Unterzeichnung des Protokolls vom 10. Dezember 1981 zwischen Spanien und den NATO-Mitgliedstaaten trat Spanien der NATO am 30. Mai 1982 bei. Am 2. Dezember 1982 berichtete Botschafter Brunner, Madrid, der am selben Tag gewählte neue Ministerpräsident González habe im Parlament eine Überprüfung der Beitrittsentscheidung, ein Einfrieren der militärischen Integration in die NATO und „ohne Zeitvorstellung“ ein Referendum zur spanischen NATO-Mitgliedschaft angekündigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; Referat 203, Bd. 124904.

Brunner berichtete am 18. Februar 1985, daß die spanische Regierung nicht sicher sein könne, „in dem für 1986 angekündigten Referendum über den Verbleib in der NATO die nötige Mehrheit zu finden, auch wenn die PSOE-Führung darauf vertraut, daß MP González es letztlich doch schaffen wird. Unter diesen Umständen gibt es Gerüchte über vorgezogene Neuwahlen im Herbst 1985.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 124; VS-Bd. 12973 (203); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Zum Integrierten Mittelmeerprogramm der EG vgl. Dok. 14, Anm. 18.

<sup>11</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 3./4. Dezember 1984 in Dublin statt.

<sup>12</sup> In Griechenland fanden am 2. Juni 1985 vorgezogene Parlamentswahlen statt.

<sup>13</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti am 17. Januar 1985 vgl. Dok. 12.

sche Interesse an der Stabilität dieser Region sei evident. Er bitte deshalb die Kommission, sich auch dieser Frage mit Nachdruck anzunehmen.

*Delors* glaubt, daß auch die Beitrittsländer die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die die Erweiterung für sie mit sich bringt, nicht bedacht haben. Zwar sei Spanien im Weltvergleich immerhin der elfte Industriestaat. Die wirtschaftliche Stabilisierungspolitik werde aber durch die Erweiterung konterkariert. Hier liege auch der Zusammenhang mit dem griechischen Problem, denn Griechenland werde durch die Erweiterung erheblich betroffen. Insofern treffe die politische These Papandreous zu. Er stelle fest: Es gebe ein griechisches Problem, die Kommission mache sich auch Gedanken, wie man diesem Problem gerecht werden könne. Seine Vorstellung gehe in folgende Richtung: Die Kommission könne Mittel für das IMP vorsehen, die sich zur Förderung bestimmter Entwicklungsprogramme eigneten. Die Bedingungen müßten dann so abgefaßt werden, daß der überwiegende Anteil der Mittel auf Griechenland und seine nationalen oder regionalen Entwicklungspläne entfalle. Bisher sehe der Kommissionsvorschlag zum IMP vor, daß 41 % der Mittel nach Italien gingen. Dies sei eine unerträgliche Situation. Allerdings dürfe die anzustrebende Lösung auch nicht dazu führen, daß ein Keil zwischen F und I getrieben werde. Die Idee der Öffnung eines griechischen Fensters sage ihm also durchaus zu. Die Kommission denke daran, im IMP Finanzmittel für GR für 1985 in Höhe von 150 Mio. ECU vorzusehen und für die folgenden fünf Jahre jährlich 300 Mio. ECU, insgesamt 1,5 Mrd. ECU. Damit würden die Griechen in ihrer Bilanz als Netto-Empfänger gemeinschaftlicher Leistungen nicht schlecht dastehen. Zur Finanzierung der finanziellen Leistungen könne zum Teil auch an Darlehen der EIB gedacht werden. Die Kommission werde auf dieser Linie weiter nachdenken. Sie beabsichtige, auf dem allgemeinen Rat im Februar<sup>14</sup> hierzu vorzutragen, damit der Europäische Rat im März<sup>15</sup> befaßt werden könne.

*BM* äußert sich befriedigt über die Feststellung von *Delors*, daß es ein griechisches Problem gebe. Im Ergebnis sei eine signifikante Aufstockung für GR nicht zu vermeiden.

*Delors* rät, insgesamt am IMP festzuhalten. Anderem Vorgehen würden sich F und I widersetzen. Er erkenne an, daß gerechtfertigte griechische Entwicklungspläne mitfinanziert werden müßten. Dies sei eine Art Überbrückung für die noch andauernde griechische Übergangszeit.

*BM* teilt mit, daß die Bundesregierung in einem Ministergespräch mit dem BK am 7.2. ihre Haltung in dieser Frage festlegen werde. Zum IMP würde sie von Dublin ausgehen. Konkretisierte Pläne seien ein gutes Kriterium, um zu einer Lösung zu kommen.

### 3) Eigene Einnahmen

*BM* unterstreicht deutsche Haltung, daß die Erhöhung der MwSt-Bemessungsgrundlage nur bei gleichzeitigem Inkrafttreten der Erweiterung in Betracht kommen könne. Für den Ausgleich des Haushalts 85 sei Bundesregierung bereit, intergouvernementale Vereinbarung mit den anderen MS abzuschließen. Mit dieser Lösung bleibe man bei den Entscheidungen des Europäischen Rates von

<sup>14</sup> Die Tagung des EG-Ministerrats fand am 18./19. Februar 1985 in Brüssel statt.

<sup>15</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 29./30. März 1985 in Brüssel statt.

Stuttgart<sup>16</sup>. Ein Vorziehen der Erhöhung sei nicht möglich, da hierfür im Bundestag keine Zustimmung erreicht werden könne. Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen könne dem EP ein ehrlicher Haushalt 85 vorgelegt werden.

*Delors* äußert Zweifel, ob GB wegen der britischen Minderzahlung einem solchen Vorgehen zustimmen könne. Die intergouvernementale Vereinbarung über den Ausgleich des Haushalts müsse dann in jedem Fall ergänzt werden um eine weitere Vereinbarung zwischen den Regierungen über den britischen Ausgleich.

*BM* hält dies für eine Verfahrensfrage, die aber kein grundsätzliches Problem mehr aufwerfen dürfe.

#### 4) Haushaltsdisziplin

*Delors* befürchtet, daß bei Verabschiedung des Textes über die Haushaltsdisziplin<sup>17</sup> erhebliche verfassungsrechtliche Konsequenzen eintreten. Die Bedeutung liege nicht nur in erweiterten Haushaltsbefugnissen für das EP, sondern auch in der Einräumung einer Schiedsrichterrolle in fast allen die Gemeinschaft betreffenden Fragen für den Rat der Finanzminister. Damit entstünden möglicherweise ganz andere Strukturen der Entscheidungsverfahren. Über die Folgen einer solchen Entwicklung habe man sich überhaupt noch keine Gedanken gemacht. Diese Frage müsse frühzeitig gesehen und entschieden werden, da sie für die weiteren Überlegungen und das gute Funktionieren der Gemeinschaft von außerordentlichem Interesse sei. Wenn hier keine Ordnung geschaffen würde, werde der Rat der Finanzminister zur höchsten Instanz, und alles werde von ihm abhängen.

*BM* sieht diese Entwicklung sich schon seit langem anbahnen. Wegen der Entscheidungsschwäche der Regierungen habe sich die allgemeine Tendenz durchgesetzt, daß nicht mehr eine Regierungsmeinung, sondern die Ressortmeinung vorgetragen werde. Dies habe im Rat der Landwirtschaftsminister und der Finanzminister begonnen und dazu geführt, daß der AM-Rat sich als Schlichter habe betätigen müssen. Der Europäische Rat sei schließlich zum Oberschiedsrichter geworden, um das zu tun, was die Regierungen an sich zu Hause tun müßten, nämlich eine einheitliche Linie entwickeln. Dieser Entwicklung müsse ein Ende gesetzt werden.

#### 5) Landwirtschaft

*Delors* berichtet über die Überlegungen der Kommission zur Agrarpreisrunde.<sup>18</sup> Kommission wolle auf der in der Gemeinschaft verabredeten Linie bleiben, wie

<sup>16</sup> Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart, die künftige Finanzierung der Europäischen Gemeinschaften, die Entwicklung der Gemeinschaftspolitiken, die geplante EG-Erweiterung sowie den Haushalt, insbesondere den britischen Beitrag, in einem Gesamtpaket zu erörtern. Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats vom 18. Juni 1983 betreffend eine Neubelebung der Gemeinschaft durch eine umfassende Aktion; EUROPA-ARCHIV 1983, D 414–416. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 185.

<sup>17</sup> Am 4. Dezember 1984 verabschiedete der EG-Ministerrat am Rande der Tagung des Europäischen Rats in Dublin „Schlußfolgerung des Rates über die erforderlichen Maßnahmen zur effektiven Anwendung der Schlußfolgerungen des Europäischen Rates betreffend die Haushaltsdisziplin“. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, 12/84, S. 25–27.

<sup>18</sup> Die EG-Kommission legte am 30. Januar 1985 Vorschläge zu den Agrarpreisen für 1985/86 vor. Für Getreide außer Hartweizen war bei Überschreitung der Garantieschwelle von global 126 Mio. Tonnen „eine Preissenkung von 3,6% und eine Anpassung der Übergangsvergütung“ vorgesehen. Bei

sie in den Entscheidungen von Stuttgart und Fontainebleau<sup>19</sup> zum Ausdruck komme. Die dort gegebenen Impulse wolle die Kommission aufnehmen und in gute Entscheidungen umsetzen.

Gesprächspartner sind sich über die Ursachen der gegenwärtigen Misere auf den Agrarmärkten einig. Delors unterstreicht Notwendigkeit, die kleinen bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten. Dies sei über die Preispolitik kaum mehr erreichbar. Es müsse auch daran gedacht werden, durch direkte Zuwendungen diese Betriebe existenzfähig zu halten. Er sei sich dabei bewußt, daß die Bauern stolz seien und ihr Einkommen über die Preise gesichert sehen wollten. Der sich hieraus ergebende Zielkonflikt sei unausweichlich. Die Situation in F und D sei schwierig. In Italien, vor allem im Mezzogiorno, und in GR sei es allerdings noch schlimmer. Die Kommission beabsichtige deshalb, zunächst auf der Linie zu bleiben, die von den Staats- und Regierungschefs und den Außenministern bei den Europäischen Räten beschlossen worden sei. Kommissar Andriessen habe für die jetzige Preisrunde sehr gute Vorarbeit geleistet. Die Verhandlungen müßten nun zeigen, was praktisch getan werden könne.

BM unterstreicht ernste Situation der bäuerlichen Familienbetriebe in D. Es komme darauf an, ihnen dabei zu helfen, die Brücke von heute auf morgen zu schlagen, die sie alleine nicht bauen könnten. Zu beachten für unsere interne Situation sei, daß nach harten Einschnitten bei der Einkommenspolitik in diesem Jahr Erhöhungen insbesondere im öffentlichen Dienst zu erwarten seien. Demgegenüber müsse die Landwirtschaft, die für die politische Stabilität von großer Bedeutung sei, ggfs. erneut mit Einbußen rechnen. Bei Milch sei das schon schlimm genug, noch schlimmer werde es bei Getreide. Die Zahlen, die wir hörten, ließen einen kalten Schauer über den Rücken laufen. Dazu komme in D der Abbau der Währungsausgleichsbeträge, das bedeute in diesem Jahr noch einmal 2%.<sup>20</sup> Deshalb bitte er die Kommission nachdrücklich, die besondere Situation in D zu beachten und bei der endgültigen Festlegung der Preise genau zu beachten.

Delors gibt zu erkennen, daß die Kommission bei Milch eine leichte Erhöhung der Preise vorzusehen beabsichtigt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 107*

Hartweizen, der 1985 unter die globale Garantieschwelle fiel, sollten die Preise und Beihilfen unverändert bleiben. Vgl. BULLETIN DER EG 1/1985, S. 12 f.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann gab am 6. Februar 1985 die Einschätzung: „EG-Kommission hat im Grundsatz ausgewogenes Preispaket vorgelegt, das den nördlichen und südlichen Regionen Opfer zumutet, aber auch Vorteile bringt (Norden: Senkung der Getreide- und Rapspreise wegen Garantieschwelle, Erhöhung Milchpreis; Senkung Preise für Obst/Gemüse, Sonnenblumen und Tabak; Anhebung Preis Olivenöl). Preisvorschläge tragen außerdem der Marktsituation (mehr als 100 % Selbstversorgung bei allen wichtigen Produkten), den steigenden Ausgaben (durchschnittliche Steigerung 83–85 mindestens + 17,76 % pro Jahr) sowie einer strikten Anwendung der im letzten Jahr vereinbarten Garantieschwellen Rechnung.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130913.

<sup>19</sup> Auf der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau wurde eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik eingeleitet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>20</sup> Vortragender Legationsrat van Edig resümierte am 22. Februar 1985 die Pläne der EG-Kommission für eine Neufestsetzung der Währungsausgleichsbeträge (WAB): „Die negativen WABs in F (-1 Prozent-Punkt bis -2 Prozent-Punkte) und GR (-3,6 Prozentpunkte) sollen auf Null gesenkt werden. Für D soll der positive WAB von 2,9 Prozent-Punkten bei Milch und 2,4 Prozent-Punkten bei Getreide einheitlich auf den im übrigen angewandten Satz von 1,8 Prozent-Punkten abgebaut werden. Ein gleicher Abbau ist für die NL vorgesehen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130447.

Beim Getreide sei angesichts der Überschüsse die Lage außerordentlich schwierig. Hier müßte versucht werden, die Preise an das Weltmarktniveau heranzuführen. Er überlege z.Z., ob nicht Getreideproduzenten und Getreidehandel selbst etwas tun könnten, um die Exporte zu fördern. Auch höre er, daß die Wissenschaft auch andere Möglichkeiten für den Verbrauch von Getreide als allein für den menschlichen und tierischen Verzehr prüfe.

#### 6) Türkei

*BM* bittet, Finanzhilfe für Türkei wiederaufzunehmen, um Demokratisierungsprozeß zu ermutigen.<sup>21</sup> Bemühungen Özals könnten auf diesem Wege unterstützt werden. Er empfehle dem Kommissionspräsidenten, seine Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit zu widmen.

*Delors* sagt dies zu.

#### 7) Währungsfragen

*Delors* unterstreicht seine Absicht, monetäre Zusammenarbeit der Gemeinschaft zu stärken, um monetäre Unordnung und Kapitalflucht zu verhindern. Er äußert Überzeugung, daß dies sowohl der Gemeinschaft als auch dem Welthandel wichtige Impulse geben könne. Bei seiner Antrittsrede habe er keine Vorschläge gemacht, um nicht zur Unzeit hervorzutreten. Er sei sich aber dieser Frage sehr bewußt und wolle Europa auch auf diesem Wege weiterbringen. Dies sei eine ungeheure Chance für Europa. Hierzu sei die deutsche Unterstützung unverzichtbar, denn nur D habe das Gewicht, um eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die sich auf monetäre Zusammenarbeit stütze. Auf diesem Weg sei ein gemeinsamer großer Marktentwicklungsfähig. Der Präsident der Bundesbank, Pöhl, sehe diese Möglichkeiten. Das EWS biete Vor- und Nachteile, aber vor allen Dingen eine einzigartige große Chance. Ein wirklicher wirtschaftspolitischer Dialog mit den USA sei im übrigen nicht zu führen, wenn die Europäer nicht eine eigene Art Reservewährung hätten.

*BM* fügt an, daß aus währungs- und integrationspolitischen Gründen ein Ausbau des EWS notwendig sei. Der Bundesbankpräsident selber sei in dieser Frage anscheinend ansprechbarer als der Apparat Bundesbank. *BM* Bangemann sehe die Möglichkeiten ebenfalls. Im Ministergespräch beim BK über Europafragen am 7.2. werde diese Frage diskutiert werden. Über die zurückhaltende Aussage bei seiner Antrittsrede im EP sei er erleichtert gewesen, da ein Vorschlag zur Unzeit das Vorhaben eher zurückgeworfen hätte. Innerhalb der Bundesregierung seien die Auffassungen noch geteilt. Interessant sei, daß die deutschen Geschäftsbanken einen munteren ECU-Handel über ihre Töchter in Luxemburg betrieben. Die Attraktion für die internationale Finanzwelt sei jedenfalls nicht wegzuleugnen.

#### 8) Landwirtschaftsprojekt Polen

*BM* erläutert Bedeutung des Projekts für polnische Landwirtschaft, aber auch für die Autorität der Kirche Polens, und bittet, daß Kommission bald Vorschläge macht.<sup>22</sup>

<sup>21</sup> Zu einer Wiederaufnahme der EG-Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 14, Anm. 9.

<sup>22</sup> Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 12, Anm. 13 und 16.

## 9) Assoziierungsproblematik mit Türkei

BM weist auf deutsches Problem hin und bittet um Unterstützung deutschen Petitions, wonach Freizügigkeit mit Türkei<sup>23</sup> hinausgeschoben wird.

10) Abgasarmes Auto<sup>24</sup>

BM berichtet über im Kabinett am 23.1. getroffene Regelung und bittet um Verständnis und Unterstützung. *Delors* wird sich dieser Frage annehmen.

## 11) Zusammenarbeit Kommission – Bundesregierung

BM verspricht volle Unterstützung der Bundesregierung, die den Erfolg dieser Kommission wolle. Im Entscheidungsjahr 1985 gehe es um

- Europa,
- die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen,
- die Förderung moderner Technologien.

Dies seien die entscheidenden Herausforderungen, die bestanden werden müssen.

*Delors* dankt für die zugesagte Unterstützung, die er als Ermutigung empfinde. Er gehe mit großen Erwartungen und Zuversicht in sein erstes Jahr als Kommissionspräsident.

## 12) Sprachenfrage

Abschließend unterstreichen BM und StS *Ruhfus* die Bedeutung der Sprachenfrage für die Bundesregierung.<sup>25</sup>

**Referat 010, Bd. 178929**

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw notierte am 18. November 1982: „Grundlage für die Einräumung der Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer in der Gemeinschaft ist Art. 12 des Assoziationsabkommens zwischen der EG und der Türkei vom 12.9.1963 i[n] V[erbindung] m[it] Art. 36 des Zusatzprotokolls vom 23.11.1970. Hiernach wollen sich die Vertragsparteien von den Art. 48–50 EWG-Vertrag leiten lassen“, um untereinander schrittweise die Freizügigkeit der Arbeitnehmer herzustellen. Die Freizügigkeit tritt hiernach nicht automatisch zum 1.12.1986 in Kraft. [...] Völkerrechtlich hat die Türkei ab dem 1.12.1986 zwar keinen Anspruch auf volle, unbeschränkte Freizügigkeit, wohl aber auf ein Zugangsrecht in einem gewissen Ausmaß ab diesem Datum. [...] Ziel der Bundesregierung muß sein: Verlängerung des bestehenden standstill auch für die Phase 83–86 und eine Zugangsbegrenzung auch für die Zeit nach dem 30.11.86 im Wege einer einvernehmlichen, eingrenzenden Interpretation des Freizügigkeitsbegriffs und Anreiz zu freiwilliger Rückkehr“. Vgl. Referat 410, Bd. 130293.

<sup>24</sup> Die Bundesregierung beschloß am 7. November 1984 den Entwurf eines Gesetzes über steuerliche Maßnahmen zur Förderung des schadstoffarmen Personenkraftwagens. Für den Entwurf vgl. BULLETTIN 1984, S. 1221–1223.

<sup>25</sup> Gesandter Heinichen, Brüssel (EG), notierte am 10. Januar 1985, daß Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 14. September 1984 an den EG-Kommissionspräsidenten Thorn „unter Hervorhebung der politischen Bedeutung der Frage („Europa der Bürger“) die „gleichberechtigte Anwendung der deutschen Sprache innerhalb der Gemeinschaft“ entsprechend der Vollsprachenregelung“ gefordert habe. In seiner Antwort vom 26. Dezember 1984 habe Thorn die Bedeutung der Frage anerkannt und ein „Bündel von Maßnahmen“, das den deutschen Beschwerden Rechnung tragen soll“ genannt, das „mit zum Teil erheblichen zusätzlichen Arbeitsbelastungen für die Dienststellen der Kommission“ verbunden sei. Heinichen stellte dazu fest, die Antwort könne „nicht uneingeschränkt befriedigen, da sie sich zur vollen Anwendung der Sprachenregelung [...] ausdrücklich nur mit Bezug auf die unmittelbaren Beziehungen der Gemeinschaft zu den Bürgern in den einzelnen MS bekennt. Dies bedeutet ersichtlich eine Relativierung der Vollsprachenregelung im Verkehr mit den deutschen Dienststellen“. Vgl. Referat 410, Bd. 130407.

## 20

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Redies****511-530.36 JUG-22/85 VS-vertraulich****23. Januar 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn BundesministerBetr.: Illegale Aktivitäten jugoslawischer Stellen in der Bundesrepublik  
DeutschlandAnlg.: 4<sup>3</sup>Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung im Hinblick auf Ihr Arbeitstreffen mit dem jugoslawischen AM Dizdarević am 31.1./1.2.1985 in Belgrad<sup>4</sup>

I. 1) Anlässlich des Staatsbesuchs des Herrn Bundespräsidenten in Jugoslawien vom 5. bis 8.9.1983 hatten Sie den damaligen jugoslawischen AM Mojsov in unmißverständlicher Form vor einer Fortsetzung illegaler Aktivitäten jugoslawischer Stellen in der Bundesrepublik Deutschland gewarnt.<sup>5</sup> Hierbei hatten Sie ausgeführt, daß der Bundesregierung klare Beweise für unmittelbare Verbindungen des jugoslawischen Dienstes zu den jugoslawischen Konsulaten vorlägen. Sie forderten die jugoslawische Führung zu sofortigen Konsequenzen auf. Nach mehreren in jüngerer Zeit bekanntgewordenen Vorfällen (Ziffer II) muß angenommen werden, daß die jugoslawische Seite diese Warnungen nicht beachtet hat.

2) Unveränderter Hintergrund sind die langjährigen und umfangreichen Aktivitäten des jugoslawischen Nachrichtendienstes SID (Služba za Istraživanje i Dokumentaciju) im Bundesgebiet.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schramm konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger am 28. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Ischinger am 1. Februar 1985 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 511 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM hat Thema gegenüber AM D[izdarević] in Belgrad angesprochen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bosch am 5. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Redies verfügte.

Hat Redies am 5. Februar 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 25. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zu den Anlagen vgl. Anm. 8, 10, 14 und 17.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 31. Januar bis 1. Februar 1985 in Jugoslawien vgl. Dok. 26 und Dok. 27.

<sup>5</sup> Am 7. September 1983 vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger, Bundesminister Genscher habe über sein Gespräch mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov am 5. September 1983 in Belgrad berichtet: „Er habe die tiefe Sorge der Bundesregierung wegen der Aktivität jugoslawischer Dienste in der Bundesrepublik Deutschland mit Nachdruck angesprochen. Die Bundesregierung sehe hierin eine sehr ernste Entwicklung. [...] Die Bundesrepublik könne und werde dies nicht hinnehmen. Sie hätte normalerweise bereits jetzt in der klarsten und festesten Weise reagiert, hätte dies jedoch mit Rücksicht auf die deutsch-jugoslawischen Beziehungen und auf den gegenwärtigen Staatsbesuch, schließlich auch mit Rücksicht auf die Bedeutung der bilateralen Beziehungen für die Lage in Europa zurückgestellt.“ Vgl. VS-Bd. 14114 (010); B 150, Aktenkopien 1983.

Zum Besuch des Bundespräsidenten Carstens und des Bundesministers Genscher vgl. ferner AAPD 1983, II, Dok. 255.

Schwerpunkte dieser Tätigkeit sind die Ausspähung regimekritischer exiljugoslawischer Kreise und gegen sie gerichtete Gewalttaten. Organisatorisch wird diese Tätigkeit in vielen Fällen auf die hiesigen jugoslawischen Auslandsvertretungen abgestützt (neben der Botschaft elf Konsulate bzw. Generalkonsulate). Zu ihrem Umfang hat der BMI in einem Schreiben vom 9.5.1984 mitgeteilt, daß im Zeitraum von 1962 bis August 1983 dreißig Morde und fünfzehn Mordversuche auf dem Gebiet der Bundesrepublik oder mit Bezug zum Bundesgebiet begangen worden sind, bei denen eine Mitwirkung des jugoslawischen Geheimdienstes zu vermuten ist.

3) Die jugoslawischen Aktivitäten unterscheiden sich von den Aktivitäten anderer Staaten vor allem dadurch, daß es über eine geheimdienstliche Agententätigkeit (§ 99a StGB<sup>6</sup>) hinaus nicht selten zu Straftaten aus dem Bereich der Schwerstkriminalität bis hin zu Tötungsverbrechen kommt. Andererseits könnte Belgrad dazu neigen, in diesen Straftaten vornehmlich die „Bereinigung“ innenpolitischer Probleme zu sehen, von der deutsche Interessen vermeintlich erst in zweiter Linie berührt sind.

II. 1) Ein aktueller und für das Zusammenspiel zwischen jugoslawischen Konsulaten und dem SID besonders illustrativer Fall ist das Strafverfahren gegen Josip Majerski. M. wurde am 12.7.1984 vom Bayerischen Obersten Landesgericht wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, rechtlich zusammentreffend mit Anstiftung zur versuchten Brandstiftung, rechtskräftig zu Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt. Nach den Urteilsgründen wurde M. Anfang 1973 von drei namentlich aufgeführten Mitarbeitern des jugoslawischen Konsulats in Freiburg, darunter dem im Urteil als Resident des SID bezeichneten Ersten Konsul Pintarić, für den SID angeworben. Später wurde Majerski der Führung des jugoslawischen Konsuls in Nürnberg, noch später des Konsuls in Frankfurt unterstellt. Sein Hauptauftrag bestand in der Ausspähung regimefeindlicher Kreise (insbesondere Kroaten). Von den im Urteil genannten 18 ausgespähten Personen fielen zwei (Kostić, Ante, und Nizić, Stanko) im Jahre 1981 Mordanschlägen zum Opfer. Die Mitverurteilung wegen Anstiftung zur versuchten Brandstiftung steht ebenfalls im Zusammenhang mit einem Auftrag des SID. Wie das Gericht hierzu feststellte, sollten durch terroristische Anschläge auf jugoslawische Einrichtungen (es handelt sich um ein jugoslawisches Clubheim) die kroatischen Exilorganisationen bei den deutschen Behörden in Mißkredit gebracht und durch Einleitung von Ausweisungs- oder Strafverfahren ausgeschaltet werden.

2) Zu den gravierenden Fällen aus jüngerer Zeit zählt ferner das am 15.7.1984 vom Landgericht Frankfurt in der Strafsache gegen Dautovski gefällte Urteil wegen versuchten Mordes. Nach Pressemeldungen (Frankfurter Rundschau vom 16.7.1984<sup>7</sup>), die sich auf die mündliche Urteilsbegründung beziehen, soll die Tat dem jugoslawischen Geheimdienst anzulasten sein. Der BMJ hat auf entsprechende Anfrage hin mitgeteilt, daß die schriftlichen Urteilsgründe in dieser Sache erst im bevorstehenden Frühjahr zu erwarten sein werden. Unabhängig hier-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut von Paragraph 99 vgl. STRAFGESETZBUCH, S. 865 f.

<sup>7</sup> Vgl. den Artikel „Tötungsauftrag von den Geheimdienstlern“; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 16. Juli 1984, S. 13.



von hat BMJ mit FS vom 21.1.1985 (Anlage 1<sup>8</sup>) eine Äußerung der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main übermittelt, wonach verschiedene Zeugen erklärt haben, daß die Tatwaffe vom jugoslawischen Generalkonsulat in Frankfurt zur Verfügung gestellt worden ist.

3) Andere aktuelle Fälle sind das laufende Ermittlungsverfahren gegen Lončarević wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit durch Ausspähung exiljugoslawischer Emigrantenkreise (am 19.10.1984 wurde vom Ermittlungsrichter beim BGH Haftbefehl erlassen), ferner das vom Generalbundesanwalt wegen des gleichen Tatverdachts geführte Ermittlungsverfahren gegen Štimac alias Horvat (der hier vorliegende Bericht des Bundeskriminalamts vom 5.11.1984 enthält u. a. den Hinweis auf eine Kontaktaufnahme des Štimac mit dem vermutlichen Exiljugoslawen Zagajski, der am 27.3.1983 am Stadtrand von München mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden wurde).

4) Nach § 170 Abs. 2 StPO<sup>9</sup> eingestellt werden mußte dagegen das in München laufende Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen eines Tötungsverbrechens zum Nachteil des Stjepan Djureković. Nach dem Lagebericht des Bundeskriminalamts Nr. 31/83 vom 5.8.1983 hatte insoweit der Verdacht bestanden, daß D. aufgrund seiner politischen Betätigung von Angehörigen bzw. Beauftragten des jugoslawischen Geheimdienstes getötet worden war. Dieser Verdacht war auch in der Öffentlichkeit aufgegriffen worden (u. a. Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 2.8.1983). Ungeachtet der Einstellung des Ermittlungsverfahrens gem. § 170 Abs. 2 StPO ergeben sich nach einem soeben erhaltenen Bericht des Leitenden Oberstaatsanwalts in München vom 21.1.1985 (Anlage 2<sup>10</sup>) mehrere Hinweise darauf, daß der Mord an Djureković, bei dem in professioneller Begehungsweise Schußwaffen mit aufgesetzten Schalldämpfern benutzt wurden, dem jugoslawischen Geheimdienst anzulasten ist.

5) Zur Zeit hier nicht näher bekannt ist dagegen der Stand der Ermittlungen im Zusammenhang mit dem am 17.1.1982 in Untergruppenbach bei Heilbronn gegen drei Exiljugoslawen verübten Mordanschlag. (Anlässlich des „dritten Jahrestages“ des Verbrechens fand am 19.1.1985 in der Stuttgarter Innenstadt eine Protestdemonstration von ca. 150 Jugoslawen aus der Teilrepublik Kosovo statt.) Gleiches gilt in der Mordsache zum Nachteil des Luka Kraljević (3.12.1983, Bittenwiesen).

III. 1) Erste Konsequenzen sind im Fall Vladimir Brozović, Konsul am jugoslawischen Generalkonsulat München, gezogen worden. Gegen B. war im Dezember 1983 vom Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit eingeleitet worden. (B. hatte versucht, eine Zeugin über die Personen und Lebensgewohnheiten von Exilkroaten auszuforschen, darunter eine Person, die bereits zweimal das Ziel von Mordanschlägen geworden war.) Die Angelegenheit war am 30.10.1984 gegenüber der hiesigen jugo-

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Fernschreiben Nr. 1 des Bundesministeriums der Justiz vom 21. Januar 1985 vgl. VS-Bd. 12422 (511).

<sup>9</sup> Paragraph 170 Absatz 2 der Strafprozeßordnung bestimmte für den Fall, daß die Ermittlungen nicht genügend Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage böten, die Einstellung des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft. Für den Wortlaut vgl. STRAFPROZESSORDNUNG, S. 603.

<sup>10</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

slawischen Botschaft zur Sprache gebracht worden. B. soll nach den von jugoslawischer Seite der Staatskanzlei München gegebenen Auskünften zwischenzeitlich nach Jugoslawien abgereist sein. (Die Ausweise waren nach letztem uns mitgeteiltem Stand allerdings noch nicht zurückgegeben worden.)

2) Die hier gegebene Problematik ist nicht zuletzt auch deshalb schwerwiegend, weil sie in einem gewissen Zusammenhang mit der jugoslawischen Haltung gegenüber der freien Ausreise von DDR-Bürgern aus Jugoslawien in die Bundesrepublik Deutschland steht, wenn solche DDR-Bürger bei unseren Vertretungen in Jugoslawien vorsprechen. Als die jugoslawische Seite anlässlich der Olympischen Winterspiele in Sarajewo<sup>11</sup> – offensichtlich auf Druck der DDR – diese Ausreisemöglichkeiten einschränken wollte, hatten Sie sich hiergegen nachdrücklich verwahrt unter Hinweis auf Absprachen, die Sie als Bundesinnenminister bei einem Besuch in Belgrad<sup>12</sup> getroffen hatten und die sowohl unsere Haltung gegenüber der Tätigkeit der Exilkroaten in Deutschland wie die jugoslawische Haltung gegenüber DDR-Bürgern, die sich uns zuordnen wollen, betrafen.<sup>13</sup>

Anlässlich der Ausweisung von Brozović hat die jugoslawische Seite nun erstmals ihrerseits, wenn auch unter Hervorhebung einer „freundschaftlichen Absicht“ auf diese Zusammenhänge hingewiesen (siehe als Anlage 3 beigefügten Vermerk über ein Gespräch RL 214 mit dem jugoslawischen Gesandten Tintor am 3.12.1984<sup>14</sup>).

3) Es ist beabsichtigt, Ihnen das Thema illegaler Aktivitäten jugoslawischer Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Ansprache anlässlich Ihres Arbeitstreffens mit dem jugoslawischen AM Dizdarević<sup>15</sup> am 31.1./1.2.1985 in Bel-

<sup>11</sup> Die XIV. Olympischen Winterspiele fanden vom 8. bis 19. Februar 1984 in Sarajewo statt.

<sup>12</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. August 1972 in Jugoslawien auf. Über sein Gespräch mit dem jugoslawischen Innenminister Banović berichtete Botschafter Jaenicke, Belgrad, am 22. August 1972: „In den mehrstündigen Gesprächen mit Innenminister Banović lag der Schwerpunkt eindeutig bei dem Problem der terroristischen Tätigkeit jugoslawischer Emigranten. Zunächst beschränkte Banović sich auf eine nüchterne Darstellung der Bedeutung, die diesem Problem für die deutsch-jug[oslawischen] Beziehungen zukomme. Er teilte mit, daß zwei Mitglieder der 19 Mitglieder umfassenden Diversantengruppe, die kürzlich in Jugoslawien vernichtet worden sei, seit 1969 in Durlach Ausbildungskurse für Terroristen durchgeführt hätten. Der BM des Innern schilderte demgegenüber die erfolgreichen Anstrengungen der Bundesregierung, die politische Tätigkeit von Ausländern unter Kontrolle zu bringen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 346; Referat 214, Bd. 1476.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher traf am 16. Januar 1984 in Stockholm mit dem jugoslawischen Außenminister Mojsov zusammen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 10 und Dok. 54.

<sup>14</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner notierte am 7. Dezember 1984, der jugoslawische Gesandte Tintor habe ihm im Gespräch am 3. Dezember 1984 zu der von der Bundesrepublik gewünschten Abberufung des jugoslawischen Konsuls in München, Brozović, dargelegt: „Das jugoslawische AM lehne daher die Beschuldigungen und Behauptungen gegen B[rozović] als vollkommen unbegründet ab. Ausgehend von der üblichen Praxis sei man jedoch gezwungen, dem Vorschlag der deutschen Seite hinsichtlich einer Versetzung B.s zu folgen. [...] Die jugosl. Seite erwarte konkrete Informationen über die beanstandete Tätigkeit von B. Ferner wolle die jugosl. Seite in freundschaftlicher Absicht auf die unannehmbare Aktivität deutscher diplomatischer Vertreter in Jugoslawien hinweisen, insbesondere die nicht erlaubte Hilfe bei der Flucht von Angehörigen dritter Staaten in die Bundesrepublik Deutschland bzw. in den Westen. Diese stehe im Gegensatz zu völkerrechtlichen und vertraglichen Normen. Die jugosl. Seite habe dies bekannte Problem bisher großzügig behandelt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133020.

<sup>15</sup> An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Ischinger handschriftlich: „Auch mit Dolanc!“

grad<sup>16</sup> vorzuschlagen. Der hierfür vorgesehene Gesprächsvorschlag ist als Anlage 4<sup>17</sup> beigelegt.

D 2<sup>18</sup> hat mitgezeichnet.

Redies

VS-Bd. 12422 (511)

## 21

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Neubert

221-372.00-114/85 VS-vertraulich

23. Januar 1985

Betr.: MBFR;

hier: Besprechung bei BM am 23.1. über die deutsch-amerikanischen Konsultationen am 28.1. in Washington<sup>1</sup>

1) Teilnehmer: BM, StS Meyer-Landrut, Botschafter Ruth (D 2 A), Botschafter Holik (MBFR-Delegation), VLR I von Ploetz (MB), VLR I Buerstedde (221), LR I Ischinger (MB), VLR Neubert (221).

<sup>16</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl notierte am 4. Februar 1985, Bundesminister Genscher habe während seines Besuchs in Belgrad den jugoslawischen Außenminister Dizdarević darauf hingewiesen, „daß die Aktivitäten jugoslawischer Dienste auf deutschem Boden uns beunruhigten und nicht toleriert werden könnten“. Dizdarević habe darauf erwidert, die Bundesrepublik habe „niemals konkrete Belege vorweisen können. BM habe schwere Vorwürfe gegen jugoslawische Konsulate ausgesprochen. Vor kurzer Zeit sei der Konsul Brozivić von uns ausgewiesen worden. Die jugoslawische Botschaft habe sich nach den Gründen erkundigt, aber keine Antwort erhalten. Auf seinem Tisch liege ein Vorschlag, einen unserer Leute auszuweisen. Er wolle das nicht tun“. Vgl. Referat 214, Bd. 133016.

<sup>17</sup> Dem Vorgang beigelegt. In der Aufzeichnung des Referats 511 vom 23. Januar 1985 wurde vorgeschlagen: „Sofern die jugoslawische Seite erneut auf Zusammenhänge mit Ausreisemöglichkeiten für DDR-Bürger in die Bundesrepublik Deutschland hinweist, sollten wir dem nachdrücklich entgegenreten.“ Vgl. VS-Bd. 12422 (511); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Franz Pfeffer.

<sup>1</sup> Am 31. Januar 1985 bewertete Botschafter Ruth die deutsch-amerikanischen MBFR-Konsultationen am 28./29. Januar 1985: „Die Gespräche waren intensiv, vertrauensvoll und offen [...]. Insofern scheint auch in Washington klar zu sein, daß eine mangelhafte Abstimmung wie von April 1984 weder im eigenen noch im Interesse des Bündnisses ist. Wir werden jedoch sehr intensiv für unsere Vorstellungen über den Stellenwert von MBFR in der Rüstungskontrollpolitik des Westens und dem gerecht werdende Inhalte westlicher MBFR-Vorschläge werben müssen, weil das politische Interesse von Administration und Öffentlichkeit sich auf die Themen der neuen Genfer Verhandlungen konzentriert; MBFR weder in Administration, Kongreß oder Öffentlichkeit eine ‚Lobby‘ hat; die verschiedenen Stellen der Administration keine einheitliche Haltung zu MBFR haben und aus o. g. Gründen kein Druck da ist, eine solche kurzfristig zu entwickeln; über den Zusammenhang zwischen bilateralen Verhandlungen über strategische, nukleare und globale Themen und den multilateralen Verhandlungen über europäische und konventionelle Fragen keine geschlossene Gesamtkonzeption vorhanden ist.“ Vgl. VS-Bd. 12169 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

2) Botschafter Ruth verwies darauf, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf<sup>2</sup> in Zukunft das politische Interesse und das politische Engagement der Beteiligten sehr stark auf sich konzentrieren würden. Die Vergangenheit habe jedoch gezeigt, daß die multilateralen Verhandlungen gegenüber dem Auf und Ab der bilateralen Beziehungen der beiden Großmächte ein Element der Kontinuität und Stabilität dargestellt hätten. Es gelte jetzt, die Bedeutung der multilateralen Verhandlungen zu akzentuieren und nicht ins Hintertreffen geraten zu lassen. Die Bundesrepublik sei als meistbetroffenes Land bei MBFR in einer guten Position, um hier aktiv zu werden.

Wir erwarteten Anfang 1985 in Wien einen neuen östlichen Vorschlag<sup>3</sup>, wahrscheinlich unter Aufgreifen des von den USA in die westliche Initiative vom 19.4.84<sup>4</sup> eingeführten Konzepts, sowohl Datenvergleich wie auch Spezifizierung sowjetischer und amerikanischer Reduzierungen in „Kampf- und Kampfunterstützungstruppen“ vorzunehmen, und zwar in der Form, daß die Sowjetunion die Anwendung dieses (für uns bedenklichen) Ansatzes für alle direkten MBFR-Teilnehmer fordert.

Es sei weder sinnvoll noch im Bündnis durchsetzbar, vor einem neuen östlichen Schritt einen neuen westlichen Vorschlag zu erarbeiten. Wir wollten den östlichen Zug abwarten, aber bereits damit beginnen, den westlichen Gegenzug vorzubereiten. Dem dienten auch die auf amerikanische Initiative geplanten Konsultationen. Von US-Seite seien vier Optionen erwähnt worden, die alle von geringen Fortschrittschancen bei MBFR ausgingen und letztlich auf kein substantielles Ergebnis bei MBFR hinausliefen.

Wir hielten diese Optionen nicht für richtig, sähen allerdings die Notwendigkeit, zu überlegen, inwieweit bei MBFR ein Abschluß unterhalb des bisher vom Westen angestrebten Abkommensinhalts denkbar sei. In diesem Zusammenhang ist auch zu überlegen, inwieweit Themen der konventionellen Rüstungskontrolle bei KVAE weiterverfolgt werden könnten, wo der geographische Anwendungsbereich des Madrider Mandates<sup>5</sup> für den Westen vorteilhafter ist als bei MBFR<sup>6</sup>.

Die Gespräche in Washington sollten vor allem dazu dienen, die Interessen und Absichten der USA abzuklären.

3) Auf Frage des BM nach unseren Überlegungen für die künftige westliche Verhandlungsführung erläuterte Botschafter Ruth, wir wollten das Konzept des BSR-Beschlusses vom 13.7.83<sup>7</sup> fortentwickeln, die Klärung der Datenfrage

<sup>2</sup> Zur Eröffnung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle am 12. März 1985 in Genf vgl. Dok. 86.

<sup>3</sup> Zum Verhandlungsvorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

<sup>4</sup> Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten brachten am 18./19. April 1984 eine neue Initiative in die Verhandlungen ein. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 79, Dok. 100 und Dok. 113.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>6</sup> Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

(Streitkräfteumfänge) durch die Verifikation (mit kooperativen Maßnahmen) der im Rahmen eines vereinbarten Datenaustausches von beiden Seiten vorgelegten Angaben als Lösungsweg aufzuzeigen.

4) Auf Frage des BM nach der Lage in Wien und den Möglichkeiten für die Zukunft, führte Botschafter Holik aus:

- Die Wiener Verhandlungen hätten 1984 im Zeichen der Ost-West-Großwetterlage gestanden und die Sowjetunion habe Interesse am Forum, nicht aber an substantiellen Verhandlungen gezeigt. Die NSWP<sup>8</sup>-Staaten zeigen sich jedoch interessiert.
- Die sowjetische Haltung sei jetzt im Wandel begriffen. Laut Aussage des DDR-Delegationsleiters<sup>9</sup> sei die Sowjetunion an einem MBFR-Ergebnis interessiert und bereit, auch in einigen Punkten zur Annäherung beizutragen.
- Die SU halte derzeit noch an ihren Maximalzielen
  - a) Festschreibung ihrer konventionellen Überlegenheit und
  - b) Einflußnahme auf die westliche Verteidigungspolitik, insbesondere auf die Bundeswehr,
 fest, sie sei aber möglicherweise bereit, derartige Maximalforderungen bereits zu einem verhandlungspolitisch erforderlichen frühen Zeitpunkt fallenzulassen.
- Ein MBFR-Abkommen sei für die Sowjetunion insofern interessant, als es ihre Präsenz in Polen, der ČSSR und der DDR legitimieren würde und außerdem eine Festschreibung des Status quo in Mitteleuropa bewirken würde.
- Großbritannien ist nach wie vor gegen ein MBFR-Abkommen.<sup>10</sup>
- Die USA seien derzeit desinteressiert wegen Konzentration auf Genf. US-Delegationsleiter Glitman habe deshalb versucht, in Washington erneutes Interesse für MBFR zu erwecken, indem er MBFR-Optionen im Rahmen der US-Gesamtstrategie zur Diskussion gestellt hat. Die USA würden letztlich bereits durch den erwarteten neuen östlichen Verhandlungsschritt gezwungen, zu überlegen, in welcher Richtung sie ihre MBFR-Politik fortschreiben wollten.
- Angesichts der Personalentwicklung bei der Bundeswehr liege es in unserem Interesse, paritätische Höchststärken für Ost und West anzustreben und nicht die Frage von Reduzierungsumfängen und Ausgangsdaten in den Vordergrund zu stellen.
- Eine Einigung auf Ausgangsdaten vor Vertrag ist wegen SU-Widerstand nicht erzielbar.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 116*

<sup>7</sup> Mit dem Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 bekräftigte die Bundesregierung ihr Interesse an einer neuen westlichen Initiative bei den MBFR-Verhandlungen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 237.

<sup>8</sup> Non-Soviet Warsaw Pact.

<sup>9</sup> André Wieland.

<sup>10</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 221 vom 17. Dezember 1984 wurde festgehalten: „UK wünscht jetzt allgemeine Überprüfung westlicher MBFR-Position, wie bereits Anfang 84 vor westlicher Initiative gefordert. Dabei scheint UK angesichts Ausbleibens verstärkter Verifikation wenigstens bündnisintern auch Zweckmäßigkeit westlicher Bewegung bezüglich der Datenklärung in Frage stellen zu wollen. [...] US- und UK-Delegation in Wien stellen offenbar Überlegungen über MBFR-Ergebnis ‚unterhalb‘ eines ‚umfassenden‘ MBFR-Abkommens im Sinne bisheriger Überlegungen an.“ Vgl. VS-Bd. 11428 (221); B 150, Aktenkopien 1984.

4) Auf Frage des BM nach der Struktur für neue MBFR-Vorschläge aus unserer Sicht erläuterte Botschafter Ruth, daß

- wie bisher vorgeschlagen, in einer ersten Phase USA und Sowjetunion in der Größenordnung von 13 000 zu 30 000 Mann reduzieren würden.
- Nach diesen Anfangsreduzierungen würden beide Seiten sich verpflichten, zu einem bestimmten Stichtag eine vereinbarte gleiche Höchststärke herzustellen. Eine Möglichkeit sei, diese sehr hoch bei ca. 790 000 Mann (Landstreitkräfte) anzusetzen (was nur geringe Reduzierungen erfordern würde) oder niedriger, bei ca. 760 000 Mann (was erste Reduzierungen der Bundeswehr in der Größenordnung von 11 000 Mann etwa beinhalten, aber erhebliche inoffizielle Reduzierungen der SU erfordern würde (von 980 000 auf 760 000 Mann Landstreitkräfte)).
- Die Herstellung und Einhaltung dieser vereinbarten ersten Zwischenhöchststärke würde anhand eines detaillierten Datenaustausches beider Seiten durch kooperative Verifikationsmaßnahmen überprüft (Inspektionen). Die so überprüften Angaben würden dann Grundlage der weiteren Reduzierungen, die zur Herstellung der Endhöchststärken (700 000/900 000 Mann) erforderlich wären.

5) BM fragte nach Interessenlage der SU zu einem Reduzierungsabkommen. StS verwies auf sowjetische Zwei-Fronten-Sorge und darauf, daß die SU kurz nach dem Zwischenfall am Ussuri<sup>11</sup> in die MBFR-Verhandlungen eingewilligt habe.<sup>12</sup> Das sowjetische Interesse an einer MBFR-Regelung im Westen sei immer dann besonders stark, wenn im Osten eine bedeutsame politische Entwicklung stattfände, wie z. B. die chinesisch-amerikanischen Kontakte.

Botschafter Ruth antwortete BM mit Hinweis, daß SU stets ein besonderes Interesse daran gehabt habe, das militärische Potential der Bundesrepublik in einer Regelung zu erfassen. Dies sei nach dem derzeitigen Stand nur über MBFR möglich.

- Darüber hinaus sei die Sowjetunion an der Aufrechterhaltung eines Bündnis-zu-Bündnis-Forums interessiert und an einer „Stabilisierung“ in Mitteleuropa in ihrem Sinne (d. h. kein Anwachsen des westlichen Potentials).
- Für uns sei MBFR von großer politischer Bedeutung, weil in diesem Forum die europäischen und die amerikanischen sicherheitspolitischen Interessen miteinander verknüpft würden und somit eine politische Abkoppelung der Europäer im Rüstungskontrolldialog mit der Sowjetunion verhindert würde.
- Was die konkrete Ausgestaltung künftiger westlicher MBFR-Vorschläge in unserem Sinne angehe, so sei es wichtig, hier den Akzent auf die Verifikation zu legen, einmal weil das Verifikationsthema in der westlichen Öffentlichkeit

<sup>11</sup> In der Nacht zum 2. März 1969 besetzten chinesische Truppen die im Grenzfluß Ussuri gelegene Insel Demjansk. Bei der Wiedereinnahme der Insel durch sowjetische Grenztruppen kam es zu Verlusten auf beiden Seiten. Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 96.

<sup>12</sup> 1969 wurden zwischen NATO und Warschauer Pakt Sondierungen für Verhandlungen über ausgewogene beiderseitige Truppenreduzierungen aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 366.

besser verstanden würde als der Streit um eine Dateneinigung und weil ein Durchbruch im Verifikationsbereich gegenüber der Sowjetunion Bedeutung weit über die MBFR-Verhandlungen hinaus hätte.

- Deshalb wollten wir versuchen, in einem neuen westlichen Schritt nicht mehr eine hybride Konstruktion wie in der Initiative vom 19.4.84 zu vertreten – mit dem amerikanischen Ansatz des Datenvergleichs „am Grünen Tisch“ vor Vertragsabschluß –, sondern mit dem unverwässerten Konzept des BSR-Beschlusses, die Datenklärung durch Verifikation zu suchen.

Noch zur Frage des BM wies Botschafter Holik auf das sowjetische Interesse, durch MBFR das westliche Militärpotential langfristig überschaubar einzubinden. Für das Erreichen eines Ergebnisses sei es entscheidend, ob die Sowjetunion zur wirksamen Verifikation von Streitkräfteumfängen bereit sei. Die Erörterung dieser Frage in Wien sei ein wichtiger Prüfstein für die Ernsthaftigkeit der Sowjetunion, zu beiderseits tragbaren Ergebnissen zu kommen.

- 6) StS Meyer-Landrut warf die Frage auf, inwieweit der Bundesminister sich selbst einschalten sollte, um die deutschen MBFR-Vorstellungen auch auf der politischen Ebene voranzutreiben.

Der Bundesminister sprach sich gegen die vier erörterten (amerikanischen) Optionen aus und für die fünfte (deutsche) Option, die MBFR-Verhandlungen mit dem Ziel eines substantiellen Ergebnisses von uns aus zu aktivieren, und machte folgende Ausführungen dazu:

- Die jetzt eingeleiteten bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen würden lange Zeit in Anspruch nehmen und vitale Interessen beider Staaten zum Gegenstand haben. Es sei unvermeidlich, daß sich in einem solchen Prozeß ein gewisses Maß an Vertrautheit herausbilden und damit zwangsläufig eine starke Betonung des Bilateralismus herbeiführen müßte.
- Vor diesem Hintergrund komme es nicht nur darauf an, von den USA konsultiert zu werden, sondern im Ost-West-Zusammenhang selbst aktiv zu werden.
- Es sei abzusehen, daß die deutsch-sowjetischen bilateralen Beziehungen, wenn die Sowjetunion ihre darauf gerichtete Politik fortsetze, reduziert bleiben würden. Es komme darauf an, deshalb im multilateralen Bereich voll im Geschäft zu bleiben und diese Foren auch im Sinne der bilateralen Beziehungen zu nutzen. Die Sowjetunion könne hier schwerlich, ohne Schädigung ihrer eigenen Interessen, ihre Politik an der Bundesrepublik vorbei fortführen. Hier liegen deshalb unsere Chance und unsere Gestaltungsmöglichkeit.
- Schließlich seien wir bei MBFR der Hauptverhandlungspartner der Sowjetunion.
- Daher sei – bei allem Vorbehalt – eine aktive zeitige Bewegung und dafür eine Vorabklärung mit den USA und GB nötig.

- 7) Botschafter Ruth berichtete über das geplante Prozedere. Nach den Konsultationen mit den USA sei im Gespräch mit seinem britischen Kollegen Weston besprochen worden, etwa im März trilaterale Gespräche zu führen.

Bundesminister wünscht jedoch, daß wir hier stärker auf Tempo drücken; StS sagte, es wäre dann wohl zweckmäßig, wenn der BM bereits anläßlich des nächsten Rats AM Howe auf MBFR anspreche.

Bundesminister warf die Frage auf, ob ein Brief an AM Shultz vor oder nach den Konsultationen zweckmäßiger sei, und entschied dann, daß ein Brief nach den Konsultationen vorteilhafter sei, da dann bereits inhaltliche Gesichtspunkte Berücksichtigung finden könnten.<sup>13</sup>

Auf Frage BM nach der Haltung des BMVg antwortete Botschafter Ruth, daß die Vorlage vom 16.1. mit dem BMVg abgestimmt worden sei.<sup>14</sup>

8) Botschafter Ruth bat den BM, bezüglich der Fortentwicklung unserer MBFR-Position auch die Frage der Beschränkung der sowjetischen Truppen im Raum der Reduzierungen auf die Hälfte der WP-Gesamtstärke in diesem Raum erneut zu überprüfen. Eine derartige Klausel würde die vom Westen gewünschte Beschränkung des sowjetischen Militärpotentials erlauben. Die reziproke Anwendung einer derartigen Regelung auf den Westen würde keine militärischen Nachteile in Form erhöhter Reduzierungsverpflichtungen für einzelne NATO-Staaten mit sich bringen, auch nicht für die Bundeswehr.

Auf Rückfrage des BM wurde dargestellt, daß die Teilstreitkraft Heer bereits jetzt mit 340 000 Mann unter der erlaubten Resthöchststärke<sup>15</sup> für Bodentruppen unter einem MBFR-Abkommen läge (350 000 von 700 000 Mann für jede Seite). Nur im Bereich der Luftwaffe wäre eine geringfügige Auswirkung denkbar, weil die Luftwaffe der Bundeswehr mit 110 000 Mann ganz knapp über die Hälfte der NATO-Luftstreitkräfte im Raum der Reduzierungen stellt (ca. 203 000 Mann). Aber auch in diesem Bereich seien neue Überlegungen beim BMVg festzustellen, die darauf hinausliefen, auch Reduzierungen der Luftwaffe in Betracht zu ziehen, um nicht unvertretbar große Reduzierungen allein der Teilstreitkraft Heer auferlegen zu müssen.

Botschafter Holik fügte hinzu, daß es für die Gestaltung einer solchen Regelung zweckmäßig wäre, diese nicht als Vertragsbestandteil festzuschreiben, sondern sie bündnisintern mit einer Verpflichtung der Partner zur Aufrechterhaltung ihres Verteidigungsbeitrages zu koppeln und gegenüber dem Osten als ei-

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde übermittelte der Botschaft in Washington am 22. Februar 1985 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz. In dem Schreiben legte Genscher dar: „Der von Präsident Reagan kürzlich zum Beginn der 35. MBFR-Verhandlungsrunde abgegebenen Erklärung entnehme ich mit Genugtuung, daß für die USA – ebenso wie für uns – MBFR ein ‚integraler und wichtiger Bestandteil‘ unserer Rüstungskontrollbemühungen bleibt. Es sollte daher unser gemeinsames Interesse sein, diese Verhandlungen aktiv zu gestalten, auch um zu vermeiden, daß diese gegenüber der KVAE und der KSZE-Überprüfungskonferenz, die ab November 1986 in Wien stattfindet, in den Hintergrund geraten.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Mit Blick auf die bevorstehenden deutsch-amerikanischen MBFR-Konsultationen am 28./29. Januar 1985 in Washington legte Botschafter Ruth am 16. Januar 1985 dar: „Über die Klärung amerikanischer Bewertungen und Absichten hinaus sollten wir in Washington – je nach Verlauf der Gespräche – auch in der Lage sein, eigene Vorstellungen darzulegen. Dafür kommen Überlegungen in Frage, die in einem Gespräch mit dem BMVg [...], der MBFR-Delegation und mir Ende Dezember erörtert wurden und die in den Ressorts noch geprüft werden. [...] Im übrigen prüft das BMVg derzeit zwei weitere Fragen, die für Verhandlungsfortschritte wichtig sind: Inwieweit können Waffen und Gerät – ohne Begrenzungen, die auch der Osten nicht fordert – in einem Abkommen durch ‚Vertrauensbildende Maßnahmen‘ erfaßt werden, z.B. Informationsaustausch über eingemottetes Material in Depots, Notifizierung bei Entnahme? Welches Verhältnis von Land- und Luftstreitkräften bei etwaigen Reduzierungen entspräche den westlichen Sicherheitsbedürfnissen in optimaler Weise?“ Vgl. VS-Bd. 11428 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Bei Anwendung einer solchen Beschränkungsformel auf nicht mehr als 50 % für jeden MBFR-Partner.“



ne „Verpflichtung auf der Basis der Gegenseitigkeit“ festzulegen. (BM hierzu: „inneres Junktim“ und „äußeres Junktim“.)

BM sagte Botschafter Ruth zu, diese Frage bei Vorlage einer entsprechenden Aufzeichnung erneut unter politischen Gesichtspunkten prüfen zu wollen. Seine Bedenken wurzelten in der Sorge um nicht auszuschließende Reduzierungsmaßnahmen anderer Partnerländer, die uns dann sehr schnell in die Lage bringen könnten, im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit einen gewissen nutzbaren Spielraum zur Verfügung zu haben.

9) VLR I von Ploetz sprach die Frage an, inwieweit angesichts der engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich auch MBFR in diesem Rahmen erörtert werden müßte. Hierzu wurde ausgeführt, daß die französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik bei den westlichen Streitkräftestärken mitgezählt würden, daß aber Frankreich ansonsten von einem MBFR-Abkommen nicht erfaßt würde. Was die militärische und politische Konsultation mit Frankreich angehe, wurde darauf verwiesen, daß Frankreich seinerseits seine Streitkräfteplanung für die nächsten Jahre, die erhebliche Personalreduzierungen vorsähen (ca. 30 000 Mann), seinerseits<sup>16</sup> nicht mit der Bundesregierung abgestimmt habe. Insofern bestünde für uns keine Verpflichtung, uns in der jetzigen Phase unserer MBFR-Überlegungen mit Frankreich hierüber abzustimmen.

10) Botschafter Ruth berichtete dem BM, daß er aus einem Gespräch mit seinem britischen Partner erfahren habe, daß PM Frau Thatcher demnächst die USA besuchen werde<sup>17</sup>, um<sup>18</sup> vor allem die Themen SDI, NVV-Überprüfungskonferenz<sup>19</sup> (Drängen auf die USA, im Vorfeld der Überprüfungskonferenz einem Teststopp-Vertrag<sup>20</sup> näherzutreten), chemische Waffen (Drängen auf USA, um den umstrittenen Verifikationsartikel Nr. 10 im amerikanischen Vertragsentwurf<sup>21</sup> abzumildern) zu besprechen. Es sei bemerkenswert, wie stark Großbritannien in diesen Bereichen der Rüstungskontrolle aktiv geworden sei. BM

<sup>16</sup> So in der Vorlage.

<sup>17</sup> Premierministerin Thatcher besuchte am 20./21. Februar 1985 die USA.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „werde und“.

<sup>19</sup> Die Dritte Überprüfungskonferenz zum Vertrag vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen fand vom 27. August bis 21. September 1985 in Genf statt.

<sup>20</sup> Am 15. März 1985 gab Botschafter Wegener, Genf (CD), einen Überblick zu der am 5. Februar 1985 eröffneten Frühjahrssitzung der Abrüstungskonferenz: „Noch stärker als erwartet, ist das Projekt eines umfassenden Teststoppvertrages zum beherrschenden Thema der sechs ersten Sitzungswochen der Abrüstungskonferenz geworden. [...] In der Substanz unverändert, haben die USA ihre Auffassung zu CTB noch einmal in einer Erklärung vor der Abrüstungskonferenz präzisiert [...]: Ein nukleares Teststoppabkommen bleibt für die USA ein langfristiges Ziel [...], das nur im Rahmen einschneidender Reduktionen, zusätzlicher Verifikationsmaßnahmen und begleitender vertrauensbildender Maßnahmen erzielt werden kann. Im Hinblick auf die fortgesetzte Abhängigkeit der USA und ihrer Alliierten von nuklearen Waffen zur Aufrechterhaltung der Abschreckung sieht die amerikanische Regierung derzeit einen CTB nicht als vordringliches Ziel an.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 39; Referat 222, Bd. 128730.

<sup>21</sup> Am 9. April 1984 stellten die USA im Ständigen NATO-Rat den Entwurf eines Vertrags über ein Verbot chemischer Waffen vor. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 106. In einer Pressekonferenz am 4. April 1984 kündigte Präsident Reagan an, daß der amerikanische Vizepräsident Bush der Genfer Abrüstungskonferenz den Entwurf eines Vertrags für ein Verbot chemischer Waffen vorlegen werde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 460 f. Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 18. April 1984 in Genf

gab seinen Eindruck wieder, Großbritannien suche in jüngster Zeit eine Führungsrolle bei der Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses einzunehmen. Staatssekretär Meyer-Landrut verwies auf den Widerspruch zwischen diesen britischen Bemühungen und der unerklärlich harten britischen Haltung im COCOM bezüglich der Einsetzung eines Militärausschusses.<sup>22</sup>

Neubert

VS-Bd. 11428 (221)

## 22

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31 BEL-87/85 geheim

24. Januar 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung (Ziffer III)

Betr.: INF-Stationierung in Belgien  
hier: Haltung der Bundesregierung im Hinblick auf den Besuch AM Tindemans in Bonn am 30.1.1985

Anlg.: DB Nr. 31 vom 17.1.85 Botschaft Brüssel<sup>3</sup>  
DB Nr. 41 vom 22.1.85 Botschaft Brüssel<sup>4</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 121*

vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329.

Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs vom 18. April 1984 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446.

<sup>22</sup> Zur Frage einer militärischen Expertengruppe im Rahmen von COCOM vgl. Dok. 14, Anm. 26 und 27.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 29. Januar und erneut am 30. Januar 1985 vorgelegen, der handschriftlich den „Rücklauf v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 30. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Bertram am 31. Januar 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Feit, Brüssel, referierte Ausführungen des Ministerpräsidenten Martens über dessen Gespräch mit Präsident Reagan am 14. Januar 1985 in Washington. Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 habe Martens bekräftigt: „Die somit vorgesehene Dislozierung wird auf jeden Fall bis zu dem Datum, das für Belgien im Rahmen von SHAPE festgelegt ist, beendet werden (Ende 1987).“ Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Feit, Brüssel, berichtete, Ministerpräsident Martens habe am 21. Januar 1985 vor dem belgischen Parlament erklärt, „daß die Regierung bis Ende März einen definitiven ausführbaren Beschluß zur INF-Dislozierung in Belgien treffen werde. [...] Martens gab zu, daß es nicht ganz einfach gewesen sei, die belgische Position in Washington darzulegen und verständlich zu machen. In Washington seien keine Verhandlungen, sondern Gespräche unter Freunden geführt worden.“ Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

DB Nr. 225 vom 15.1.85 Botschaft Washington<sup>5</sup>  
 – jeweils nur bei Original –  
 sowie eine Gesprächsunterlage<sup>6</sup>

I. Erklärungen des belgischen Ministerpräsidenten Martens und Außenminister Tindemans während ihres Besuchs in Washington (13. bis 16.1.85) sowie von Martens in einer Kammerdebatte am 21.1. in Brüssel haben zu Spekulationen über die belgische Haltung zum Stationierungsbeginn geführt.

Der NATO-Doppelbeschluß vom 12.12.79<sup>7</sup> sieht die Stationierung von 48 Marschflugkörpern (GLCM) auch in Belgien vor, die in Florennes stationiert werden sollen. Laut INF-Stationierungsplan soll die erste GLCM-Einheit (flight) im März 1985 ihre Einsatzbereitschaft (IOC<sup>8</sup>) erreichen. BE hatte sich 1979 jedoch seine endgültige Entscheidung, den Stationierungsteil des Doppelbeschlusses durchzuführen, wenn auch weniger deutlich als NL<sup>9</sup>, vorbehalten.

In der Folgezeit hat die BE-Regierung wiederholt ihr Festhalten am NATO-Doppelbeschluß betont, gleichzeitig allerdings darauf hingewiesen, daß die endgültige Entscheidung noch ausstehe.

Das belgische Parlament hat in seinen Debatten zur INF-Stationierung im Herbst 1983 beschlossen, die Stationierungsentscheidung der Regierung zu überlassen. In der Kabinettsitzung am 30.12.83 hat die Regierung in einem Beschluß ihre Haltung dargelegt, bei Ausbleiben einer Verhandlungslösung die US-Mittelstreckensysteme im vorgesehenen Umfang und gemäß Zeitplan der NATO zu dislozieren. Nach dem Kabinettsbeschluß wurde mit den vorbereitenden Arbeiten zur Aufstellung der GLCM in Florennes begonnen, die bis jetzt fortlaufen.

Aus den Erklärungen von Ministerpräsident Martens (Anl. 1 und 2) und Außenminister Tindemans in EPZ-Unterrichtung in Washington (Anl. 3) ergibt sich gegenwärtig folgendes Bild der belgischen Stationierungspläne:

Die belgische Regierung erklärt, am NATO-Doppelbeschluß festzuhalten, wobei offen bleibt, in welchem Umfang und vor allem nach welchem Zeitplan die

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter van Well, Washington, unterrichtete über Äußerungen des belgischen Außenministers Tindemans zu dessen gemeinsamem Besuch mit Ministerpräsident Martens vom 13. bis 16. Januar 1985 in den USA. Tindemans habe betont, „daß die belgische Haltung zum Stationierungsbeginn nicht unter amerikanischem Druck zustande gekommen sei“. Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Gesprächsführungsvorschlag des Referats 201 vom 24. Januar 1985 vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>8</sup> Initial Operational Capability.

<sup>9</sup> Nachdem sich das niederländische Parlament am 6. Dezember 1979 gegen die Stationierung von Mittelstreckensystemen der NATO in den Niederlanden ausgesprochen hatte, gab die niederländische Regierung auf der NATO-Ministerratstagung am 12. Dezember 1979 in Brüssel bekannt, daß sie eine Entscheidung hierüber erst Ende 1981 treffen werde. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 371 und Dok. 373.

Anläßlich der NATO-Ministerratstagung in Brüssel erklärte der niederländische Außenminister van der Stoep am 10. Dezember 1981, die INF-Verhandlungen hätten noch zu keinem Ergebnis geführt. Die niederländische Regierung könne daher noch keine Entscheidung zur Stationierung von Mittelstreckensystemen treffen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 362.

Stationierung vorgenommen werden soll. Der Beginn der Stationierung (bisher: März 1985) wird mit Hinweisen auf die schwierige innenpolitische Lage, insbesondere den Widerstand der flämischen Christdemokraten, aufgeschoben. Ihr Beginn noch in diesem Jahr erscheint zweifelhaft. MP Martens will jedoch Ende 1987 als Zeitpunkt für den Abschluß der Dislozierung einhalten. Der Dislozierungsbeginn März 1985 sei bisher nur auf militärtechnische Erwägungen gegründet worden. Es gehe nun darum, den Dislozierungsbeginn auch politisch festzulegen.

Die belgische Regierung beabsichtigt, in Übereinstimmung mit ihren Bündnispartnern, insbesondere den übrigen Stationierungsländern, bis Ende März darüber zu entscheiden, wann mit der Stationierung in Belgien begonnen werden soll. Der Beschluß soll anschließend dem Parlament zur Billigung vorgelegt werden.

AM Tindemans ist beauftragt, mit den NATO-Partnern, insbesondere den Stationierungsländern, die Konzertierung durchzuführen. Dies wird bilateral erfolgen sowie parallel auch in der Allianz und mit NATO-Generalsekretär Carrington. AM Tindemans wird am 24.1. Konsultationsgespräche in Rom führen und am 30.1. zu Gesprächen mit Ihnen nach Bonn kommen.

Die amerikanische Regierung ist über eine mögliche Verschiebung der INF-Stationierung in Belgien sehr besorgt. Die amerikanische Botschaft in Bonn unterrichtete uns am 24.1. mit der Bitte um vertrauliche Behandlung, insbesondere gegenüber Belgien, über einen Brief von Präsident Reagan an Ministerpräsident Martens. Der Brief solle der belgischen Regierung die amerikanische Haltung zur INF-Stationierung in Belgien nochmals eindeutig darlegen. In seinen wesentlichen Passagen besage er, daß die amerikanische Regierung der INF-Stationierung in Belgien, gemäß den früheren gemeinsamen Vereinbarungen, im März 1985 größte Bedeutung beimesse. Man sehe in einer Verschiebung keinen wie auch immer gearteten Vorteil. Sie würde nur die bisherige Einmütigkeit der Verbündeten in dieser Frage aufheben und die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen über INF wesentlich erschweren.

Außenminister Shultz hat in einem Brief vom 17.1. an Sie seine Besorgnis über die belgische Haltung zur INF-Stationierung zum Ausdruck gebracht. Er äußerte die Überzeugung, daß Ministerpräsident Martens bei seinen Bemühungen, die Stationierung jetzt herbeizuführen, wesentlich gestärkt würde, wenn AM Tindemans nach seinen Konsultationen über eine einmütig ablehnende Haltung der Hauptverbündeten und des NATO-Generalsekretärs Carrington gegen eine Verschiebung der Stationierung berichten könnte. Er spricht sich für eine eindeutige Unterstützung der belgischen Bemühungen um eine zeitgerechte Stationierung aus. Nach seiner Einschätzung würde die belgische Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt öffentliche und private Äußerungen ihrer Verbündeten begrüßen, die sich für die Erhaltung des Stationierungsfahrplans aussprechen.

Wie uns die italienische Botschaft in Bonn mitteilte, hat AM Andreotti an AM Tindemans geschrieben und in dem Brief seine Besorgnis über einen belgischen Aufschub der INF-Stationierung zum Ausdruck gebracht. Er habe darauf hingewiesen, daß eine Verschiebung, ausgehend von den eigenen italienischen Erfahrungen, die innenpolitischen Schwierigkeiten eher noch größer machen wer-

de. Eine Verschiebung könne angesichts der Rückkehr der SU an den Verhandlungstisch in Genf<sup>10</sup> vor der Öffentlichkeit auch nicht damit verteidigt werden, sie sei erforderlich, um die Gegenseite zu Verhandlungen zu bringen. Verschiebung könne für SU Anlaß geben, über Moratorium zu sprechen.

Die Ungewißheit über den belgischen INF-Stationierungsbeschluß ist von den sowjetischen Medien bereits aufgegriffen worden. Die „Prawda“ (21.1.) berichtete unter der Überschrift „Irrtum im NATO-Fahrplan“ über die Schwierigkeiten der belgischen Regierung.<sup>11</sup> Die ungewisse belgische Position sei beeinflusst durch das Ergebnis des Genfer Treffens (7./8.1.85)<sup>12</sup> sowie die belgische Friedensbewegung. Die Stoßrichtung sowjetischer Propagandaversuche zur weiteren Beeinflussung der belgischen Stationierungsentscheidung werde damit deutlich.

II. Die belgischen Stellungnahmen zur Stationierungsfrage sind widersprüchlich. Die Stationierung der ersten 16 Marschflugkörper wird von einer erst noch zu fällenden und durch das Parlament zu billigenden Entscheidung abhängig gemacht, die Gesamtstationierung jedoch bis Ende 1987 als sicher hingestellt unter dem Vorbehalt, daß nicht Rüstungskontrollabsprachen die Entscheidung modifizieren. Die belgische Haltung wird bestimmt von der Einschätzung der innenpolitischen Lage, die offenbar einen Stationierungsbeginn bereits im März unmöglich macht oder als zu großes innenpolitisches Risiko erscheinen läßt.

Versuche, den geplanten Aufschub mit dem Hinweis auf die nur militärtechnische Art der Stationierungsentscheidung zu rechtfertigen, können nicht überzeugen. Zwar ist richtig, daß der für die einzelnen Mitgliedsländer konkrete zeitliche Stationierungsrahmen von SHAPE stammt und auf der GLCM Coordination Conference 1979 und später festgelegt wurde. Grundsätzlich geregelt sind die zeitlichen Aufwuchsvorstellungen, allerdings nicht konkretisiert in ihrer Verteilung auf die Stationierungsländer, in dem Integrated Decision Document<sup>13</sup>. Sie sind damit Bestandteil der politischen Stationierungsentscheidung, zu der Belgien sich stets bekannt und dies auch jetzt wieder erneut bekräftigt hat.

III. In den von der belgischen Regierung angekündigten Konsultationen sollten wir die bisherigen Bemühungen der belgischen Regierung um die Einhaltung des Stationierungsfahrplans würdigen und ihre jetzigen innenpolitischen Schwierigkeiten mit dem Stationierungsbeginn zur Kenntnis nehmen.

Wir sollten in den Konsultationen allerdings sehr deutlich machen, daß wir an der von der NATO vereinbarten Stationierung festhalten und davon ausgehen, daß auch die anderen NATO-Partner, insbesondere die Stationierungsländer, dies tun. Hieran haben wir als eines der Hauptstationierungsländer ein ganz besonderes Interesse. Aus Gründen der Bündnissolidarität haben wir von An-

<sup>10</sup> Zur Eröffnung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle am 12. März 1985 in Genf vgl. Dok. 86.

<sup>11</sup> Vgl. den Artikel „Bel'gija: Sboj v grafike NATO“; PRAWDA vom 21. Januar 1985, S. 5.

<sup>12</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>13</sup> Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

fang an großen Wert auf eine möglichst breite Stationierungsbeteiligung gelegt.

Deutlich machen sollten wir auch, daß der Hinweis auf den angeblich lediglich militärtechnischen Charakter der Stationierungsvereinbarung nur ein Vorwand ist für die Änderung der Stationierungspolitik aufgrund gewandelter innenpolitischer Lagebeurteilung. Die belgischen Überlegungen als berechtigt anzuerkennen, hieße Forderungen deutscher Stationierungsgegner nach einem Aufschub der Stationierung bei uns provozieren.

Hinzuweisen ist auch auf die negativen Auswirkungen, die der Stationierungsaufschub auf die innenpolitische Diskussion zur Stationierung der Marschflugkörper in den Niederlanden haben wird, sowie auf die Schwächung, die ein derartiger Aufschub für die westliche Verhandlungsposition bei den bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen bedeuten wird.

Für Ihr Gespräch mit AM Tindemans<sup>14</sup> ist der Aufzeichnung ein Gesprächsführungsvorschlag in die Gesprächsmappe eingefügt<sup>15</sup>.

Pfeffer

**VS-Bd. 12047 (201)**

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff informierte am 30. Januar 1985 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Tindemans vom selben Tag: „Belgischer Außenminister stellte bei heutigem Zusammentreffen mit BM in Bonn vor Hintergrund ausführlicher Darlegung der innenpolitischen Lage Belgiens und des ihm von seiner Regierung erteilten Auftrags der Abstimmung mit den Bündnispartnern die Frage, ob Bundesregierung mit einem Aufschub des Stationierungsbeginns einverstanden sei und gegebenenfalls ob Belgien vor oder nach den (für den 8. Dezember 1985 ins Auge gefaßten) Wahlen mit der Stationierung beginnen soll.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 749; VS-Bd. 12968 (202); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> Die Wörter „in die Gesprächsmappe eingefügt“ wurden Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „beigefügt“.

## 23

**Botschafter Petersen, Teheran, an das Auswärtige Amt**

114-10377/85 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 109

Citissime

Aufgabe: 24. Januar 1985, 13.40 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 26. Januar 1985, 08.26 Uhr

Betr.: Sicherheit der Botschaft Teheran<sup>2</sup>Bezug: a) DE Nr. 30 vom 18.1.85 – 118-260.GV.30 TEHE<sup>3</sup>

b) DE Nr. 33 vom 21.1.85 – 118-260.GV.30 TEHE

c) DB Nr. 102 vom 23.1.85 – Vw 260.30 VS-NfD

d) Telefonat Referatsleiter 101<sup>4</sup> am 23.1.85

I. Botschaft ist weisungsgemäß wegen verstärkten Personen- und Objektschutzes bei iranischen Behörden vorstellig geworden, konnte allerdings bisher nur mit den zuständigen Polizeiorganen Kontakt aufnehmen, die sich kooperativ gezeigt haben. Ein grundsätzliches Gespräch im Außenministerium habe ich erbeten, es konnte jedoch wegen Abwesenheit bzw. akuter Arbeitsüberlastung der in Betracht kommenden Beamten bislang noch nicht geführt werden.

II. Die telefonische Anfrage von RL 101, ob ich es für zweckmäßig halte, kurzfristig und vorübergehend Teheran zu verlassen, ist nur schwer zu beantworten. Es wäre hierfür gut zu wissen, welcher Art und welchen Inhalts die „bestätigten Informationen“ des BKA sind, von denen in dem Bezugserlaß zu a) die Rede ist. Ich neige dazu, Teheran im Augenblick nicht zu verlassen, da ich ver-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 27. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Haas verfügte.

Hat Haas am 29. Januar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für mich wäre das die erstmalige geschäftliche Befassung mit dieser Sache.“

<sup>2</sup> Am 16. Januar 1985 übermittelte Botschafter Petersen, Teheran, einen der Botschaft am Vortag zugegangenen Drohbrief, der im Namen der iranischen Volksmudschaheddin (Modjahedin Khalq Iran) gezeichnet war. Darin hieß es: „Nach bestätigten Informationen liefert die deutsche Firma (Dräger) Gasmasken an Islamische Republik Iran. Abgesehen davon, daß diese Maßnahme eine Unterstützung dieses blutrünstigen und verbrecherischen Regimes bedeutet, verletzt sie auch die offiziellen internationalen Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland über die Bewahrung der Neutralität in diesem Krieg. Dieser Brief soll als eine ernste Mahnung verstanden werden, und wenn sofortige Schritte zur Verhinderung dieser verräterischen Maßnahme nicht unternommen werden, tragen Sie, Herr Botschafter, die Verantwortung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; Referat 311, 137880.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Weber übermittelte der Botschaft in Teheran ein Fernschreiben des Bundeskriminalamts zur persönlichen Sicherheit des Botschaftspersonals. Für den Drahterlaß vgl. Referat 311, Bd. 137880.

Am 17. Januar 1985 bewertete das Bundeskriminalamt, Meckenheim, ein Drohschreiben der iranischen Volksmudschaheddin (Modjahedin Khalq Iran) gegen die Botschaft in Teheran: „Bei den zur Zeit herrschenden Verhältnissen im Iran sind gewaltsame Aktionen gegen die deutsche Botschaft in Teheran – aber auch gegen andere Einrichtungen im Iran – durch die oppositionellen ‚Modjahedin Khalq Iran‘ nicht auszuschließen. Proteste (u. a. Besetzung des Senders Freies Berlin) Oppositioneller in der Bundesrepublik 1984 gegen den Besuch des Bundesaußenministers in Teheran verdeutlichen, daß politische und wirtschaftliche Kontaktaufnahme mit Iran für Khomeinigegegnere Anlaß zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Einrichtungen der Bundesrepublik sein können.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 2566; Referat 311, Bd. 137880.

<sup>4</sup> Rudolf Rapke.

muten muß, daß sich die Sicherheitslage für meinen Vertreter und für das übrige Botschaftspersonal dann nicht wesentlich anders darstellt.<sup>5</sup>

III. In einer ausführlichen Besprechung der Sicherheitslage und der zu treffenden weiteren Schutzmaßnahmen mit meinen Mitarbeitern sind Überlegungen zu den Hintergründen der Drohung angestellt worden, die ich glaube, dem Auswärtigen Amt übermitteln zu sollen:

1) Daß gerade die immer noch recht gut organisierten und vom Ausland geführten Volksmudschaheddin die wirklichen Urheber der Drohung sind, ist nicht unbedingt gesagt. Terrorakte sind zwar der wesentliche Teil ihrer Aktivität, und sie brüsten sich hiermit auch öffentlich im Ausland (auch in der Bundesrepublik). Daß sie jedoch ausgerechnet eine deutsche Gasmaskenlieferung<sup>6</sup> als Grund angeben, erscheint merkwürdig, richtet sich doch ihre Kritik an der Bundesregierung und ihrer Vertretung in Iran in erster Linie gegen die intensiven politischen, vor allem aber wirtschaftlichen Beziehungen im allgemeinen (BM-Besuch<sup>7</sup>, Außenhandelsziffern), während mit der Kriegsführung Irans<sup>8</sup> zusammenhängende Fragen eher von sekundärer Bedeutung für sie sein dürften.

2) Besonders betroffen muß sich von der Lieferung einer großen Zahl von Gasmasken dagegen die irakische Führung fühlen. Diese hat trotz Drängens des VN-Generalsekretärs<sup>9</sup> bisher nicht erklärt, auf chemische Kriegsführung<sup>10</sup> zu ver-

<sup>5</sup> Am 21. Januar 1985 schlug Ministerialdirigent Huber Staatssekretär Meyer-Landrut zur Verbesserung der Sicherheitslage der Botschaft in Teheran vor: „Auch ein verstärkter Schutz für Botschafter Petersen bietet keine absolute Sicherheit vor gegen ihn gerichteten Anschlägen. Da deutsche Firmen weiterhin an die iranische Regierung Material liefern werden, welches der Modjahedin Khalq als gegen seine Interessen gerichtet betrachten könnte, sollte Botschaft in Teheran gebeten werden, bei iranischen Behörden wegen verstärktem Personen- und Objektschutz vorstellig zu werden; die kurzfristige Entsendung von zwei BGS-Beamten mit BMI in die Wege geleitet werden; Botschafter Petersen um Stellungnahme gebeten werden, ob er seinen kurzfristigen Abzug von Teheran als sinnvoll erachtet.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137880.

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Huber vermerkte am 21. Januar 1985: „Referat 422 bestätigt die Lieferung von 10 000 Gasmasken Ende 1984 an die iranische Regierung durch die Firma Dräger, Lübeck, und hat der Botschaft mit Drahterlaß vom heutigen Tage mitgeteilt, daß die Gasmasken von der Firma für den Gebrauch der Zivilbevölkerung bestimmt deklariert worden seien. Genehmigung nach dem AWG durch AA war daher nicht erforderlich.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137880.

<sup>7</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

<sup>8</sup> Am 17. September 1980 beschloß die irakische Regierung die Kündigung des am 6. März 1975 in Algier geschlossenen Abkommens mit dem Iran über den Grenzverlauf am Schatt al-Arab, das einen Grenzverlauf in der Mitte des Flusses vorsah, und beanspruchte statt dessen die Kontrolle über den gesamten Fluß. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 482 des Botschaftsrats I. Klasse Spalcke, Bagdad, vom 18. September 1980; Referat 311, Bd. 137598.

Ab 22. September 1980 befanden sich beide Staaten im Kriegszustand. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

<sup>9</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

<sup>10</sup> Im Frühjahr 1984 erhob der Iran Vorwürfe gegen den Kriegsgegner Irak wegen des Einsatzes von Chemiewaffen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 86.

Botschaftsrat I. Klasse Henatsch, Teheran, berichtete am 22. April 1985: „Der Leiter der im iranischen Außenministerium für Westeuropa zuständigen Abteilung, Mostafavi, schnitt in einem kürzlichen Gespräch auch Thema des CW-Einsatzes durch Irak an. Er führte hierzu aus, daß nach Iran vorliegenden Informationen verschiedene Fabriken in Irak CW herstellen würden. Auch eine von einer deutschen Firma errichtete Insektizid-Anlage würde zu diesem Zweck mißbraucht. Iran habe in diesem Zusammenhang bereits mehrfach die Bitte an uns gerichtet, geeignete Schritte zu unternehmen, um die mißbräuchliche Verwendung der Anlage zur Herstellung von CW zu verhindern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 521; Referat 311, Bd. 137871.



zichten. Im Falle einer iranischen Offensive kann ein wirksamer Schutz der iranischen Streitkräfte gegen chemische Waffen eine gewisse strategische Bedeutung haben.

Es ist bekannt, daß die Iraker hier geheimdienstlich wirksam tätig sind und sich hierbei auf Dinge, die den Krieg betreffen, konzentrieren. Botschaft wäre daher für Prüfung dankbar, ob es Anhaltspunkte gibt, die diese These stützen.

3) U. U. ist den Irakern auch bekanntgeworden, daß ich mich persönlich bei der internen Erörterung der Zehn zur Frage der Demarche wegen Behandlung irakischer Kriegsgefangener in Iran<sup>11</sup> für eine gewisse Zurückhaltung ausgesprochen und dabei auf die eher schwache Reaktion der Zehn auf den Einsatz chemischer Waffen durch Irak verwiesen habe. Dem DB Nr. 49 unserer Vertretung in Genf vom 16.1.85 muß ich entnehmen, daß die französische Regierung dem Präsidenten des IKRK<sup>12</sup> die Interna der hiesigen Zehner-Konsultationen mitgeteilt hat. Ich möchte deswegen auch nicht ausschließen, daß solche Interna, auf welchem Wege immer, auch den Irakern bekanntgeworden sind. Sollte eine solche Vermutung ernst zu nehmen sein, könnte dies heißen, daß sich die Drohung wirklich gegen mich persönlich richtet. Unsere Schutzmaßnahmen müßten dann besonders hierauf abgestellt werden.

[gez.] Petersen

VS-Bd. 13620 (311)

<sup>11</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 311 vom 18. Januar 1985 wurde festgestellt: „Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern haben wir wiederholt an die Kriegführenden appelliert, den Weg einer friedlichen Beilegung des Konflikts zu gehen. Wir haben sie insbesondere auch aufgerufen, die Grundsätze des humanitären Völkerrechts einzuhalten. In diesen Rahmen fällt die jüngste Demarche der Zehn in Teheran (10.12.1984), mit der wir den Appell des Präsidenten des IKRK, die Tätigkeit des Roten Kreuzes für die Kriegsgefangenen nicht zu behindern, unterstützt haben.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137872.

<sup>12</sup> Alexandre Hay.

## 24

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele****500-310.07-27/85 VS-vertraulich****25. Januar 1985<sup>1</sup>**Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Äußerungen der Reagan-Administration zum Einsatz von militärischer Macht;  
hier: Völkerrechtliche Wertung

Bezug: 1) Weisung StS Dr. Meyer-Landrut vom 12.12.1984  
auf Vorlage 204-322.00 USA vom 12.12.1984<sup>3</sup>  
2) Vorlage 212-341.00 VS-v 98/85 vom 25.1.1985<sup>4</sup>  
3) Vorlage 500-310.07 VS-v 354/84 vom 27.6.1984<sup>5</sup>

Anlg.: Bezugsvorlage zu 1) (nur bei Original)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung auf Weisung

Weisungsgemäß wird nachfolgend zu den völkerrechtlichen Gesichtspunkten der beiden Reden von AM Shultz am 9.12.1984<sup>6</sup> und Verteidigungsminister Wein-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Steiner konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 30. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. März 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Bertele verfügte.

Hat Bertele am 28. März 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 27. Januar 1985 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 29. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eine gute Aufzeichnung!“

Hat Genscher am 2. Februar 1985 vorgelegen. Den Vermerk Meyer-Landruts ergänzte er durch Einfügung zu: „Eine sehr gute Aufzeichnung!“ Außerdem notierte er handschriftlich: „Sie ist auch politisch hochbedeutsam. 1) Ich bitte um Entwurf eines Aufsatzes auf der Grundlage der Vorlage (ohne Erwähnung der Reden von Shultz u[nd] Weinberger). 2) Vorlage 3.4.“

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl resümierte eine Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 9. Dezember 1984 in New York: „Der Einsatz militärischer Macht sei als ‚letzte Zuflucht‘ gerechtfertigt, wenn er dazu beitrage, ein Volk zu befreien oder sein Verlangen nach Freiheit zu unterstützen; es das Ziel sei, Frieden zu bringen, friedliche Entwicklungen zu fördern oder andere daran zu hindern, ihre Macht durch Aggression oder Unterdrückung zu mißbrauchen; sie angewendet werde in dem größten Bemühen, unnötige Opfer zu vermeiden.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135261.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Pfeffer bewertete Äußerungen des amerikanischen Außenministers Shultz und des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger: „Beide Minister gehen von einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden aus, in der die Zulässigkeit des Einsatzes militärischer Macht der USA – vor allem in Krisengebieten der Dritten Welt – neu bestimmt werden muß. [...] Die von beiden Ministern geäußerten Auffassungen laufen auf eine gewisse Übernahme sowjetischer Argumentationsmuster hinaus. [...] In den Reden von Shultz sind jedoch Elemente enthalten, die Anlaß zu Befürchtungen hinsichtlich einer missionarischen, status-quo-verändernden amerikanischen Politik geben könnten. Im übrigen wäre es schädlich für die westliche Position zum Gewaltverzicht bei der KVAE und dem KSZE-Prozeß allgemein, wenn der Westen selbst die strikte Beachtung des völkerrechtlichen Gewaltverbots – auch nur verbal – relativieren würde.“ Vgl. VS-Bd. 12998 (230); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Bertele vgl. AAPD 1984, I, Dok. 179.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 9. Dezember 1984 vor der Yeshiva-Universität in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2095, S. 1–3. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 30–33.

berger am 28.11.1984<sup>7</sup> Stellung genommen. Hinsichtlich der west-ost-politischen Wertung wird auf Bezugsvorlage zu 2) verwiesen.

1) Die beiden Reden begegnen (den bereits in BM-Vorlage 500-310.07 VS-v 354/84 vom 27.6.1984 dargelegten) grundsätzlichen völkerrechtlichen und völkerrechtspolitischen Bedenken:

In gewisser Kontinuität zu früheren, seit etwa gut einem Jahr zu konstatierenden Äußerungen der US-Administration kommt in den Reden eine gefährliche Tendenz zur Relativierung des zwingenden völkerrechtlichen Gewaltverbots<sup>8</sup> zum Ausdruck. Beiden Reden ist gemeinsam, daß sie zwar – zentral – die Gewaltfrage behandeln, das hierfür einschlägige geltende völkerrechtliche Gewaltverbot jedoch mit keinem Wort erwähnt wird.

2) Statt dessen rekurriert Verteidigungsminister Weinberger auf nicht näher definierte, offenbar der amerikanischen Selbstbeurteilung anheimgestellte, „vitale Interessen“ der USA oder verbündeter Staaten, deren Bedrohung Gewaltmaßnahmen im gegebenen Fall rechtfertigen soll.

AM Shultz entwirft demgegenüber, indem er auf das positive Ziel des Einsatzes von militärischer Macht abstellt („Gutes zu tun“), eine Art neuer *Bellum iustum*-Theorie.

Nach der mittelalterlichen Theorie des *Bellum iustum* (u. a. Augustinus, weiterentwickelt von Thomas von Aquin) ist ein Krieg gerecht und damit gerechtfertigt, wenn er

- durch einen legitimen, souveränen Herrscher (*Princeps*) angeordnet wird,
- auf einem gerechten Grund (*Causa iusta*) beruht und
- in rechter Absicht (*Intentio recta*) erfolgt.

Ziel eines *Bellum iustum* ist dabei die „Wiederherstellung der sittlichen Ordnung“, die durch den Kriegsadressaten gestört wurde und/oder die Bestrafung Schuldiger.

AM Shultz' „*Causa iusta*“ ist offenbar die (drohende) Unterdrückung eines (dritten) Volkes oder der (drohende) Machtmißbrauch durch Aggression; die „*Intentio recta*“ die Absicht der Befreiung eines Volkes, die Unterstützung von Freiheitsbestrebungen, die auf eine Demokratie westlichen Musters zielen, und die Herbeiführung des Friedens oder friedlicher Entwicklungen.

Demgegenüber ist nach dem heute geltenden Völkerrecht aufgrund der Erfahrung, daß es Kriegsführenden noch stets gelungen ist, ihr Verhalten auf „gute Gründe“ zu stützen, das Kriegsführungsrecht („*Ius ad bellum*“) – vorbehaltlich der Rechte des VN-Sicherheitsrats – nur noch im Fall der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung gegeben. Einen „Heiligen Krieg“ – wie er neuerdings wieder von manchen islamischen, insbesondere iranischen, fundamentalistischen Kräften propagiert wird („*Dschihad*“) – gibt es nicht mehr.

Der „gerechte Grund“ des „*Bellum iustum*“ ist also heute auf den Verteidigungsfall reduziert (so auch ausdrücklich die Deutsche Bischofskonferenz am

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger am 28. November 1984 vor dem Nationalen Presseclub in Washington vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 23–30.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

18.4.1983<sup>9</sup>). Dies ist zweifellos eine der bedeutendsten Errungenschaften des modernen Völkerrechts.

Eingeleitet wurde diese Rechtsentwicklung zur Ächtung des Krieges übrigens maßgeblich von amerikanischer Seite (AM Kellogg) mit dem „Briand-Kellogg-Pakt“ vom 27.8.1928.<sup>10</sup> In diesem Pakt, dem nahezu alle damaligen Staaten beitraten, verzichteten die Vertragsstaaten ausdrücklich auf den Krieg „als Werkzeug nationaler Politik“ (Art. 1); ferner „(soll) die Regelung ... aller ... Konflikte, ... welcher Art oder welchen Ursprungs sie auch sein mögen, niemals anders als durch friedliche Mittel angestrebt werden“ (Art. 2).

3) Was die Nuancen in den beiden Reden hinsichtlich einer notwendigen Unterstützung von Militäreinsätzen in der amerikanischen Öffentlichkeit angeht, so ist festzustellen, daß dieser Gesichtspunkt aus völkerrechtlicher Sicht ohnehin unbeachtlich ist. Eine innerstaatliche, gleichsam „populistische Legitimation“ – sei sie manifest (was Weinberger für erforderlich hält), sei sie unterstellt (was Shultz als ausreichend ansieht) – kann nicht etwa „legitimierend“ auf die zwischenstaatliche, völkerrechtliche Ebene durchschlagen.

Gleichwohl erscheinen diese Nuancen, aufgrund der verschiedenen Ansätze der beiden amerikanischen Minister, folgerichtig: Weinberger, der bereits die Bedrohung „vitaler Interessen“ als hinreichenden Rechtfertigungsgrund für einen Militäreinsatz ansieht, muß als Ausgleich für diese lediglich „interessenorientierte“ Argumentation mit der Forderung nach einer manifesten öffentlichen Unterstützung einen höheren „moralischen“ Legitimationsgrad suchen als Shultz, der eine moralische Legitimation bereits in der von ihm dargelegten „Causa iusta“ und „Intentio recta“ gegeben sieht.

Daß letztlich beide die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit fordern – also des Volks, dem obersten Souverän in demokratischen Staaten –, kann als moderne Ausprägung der ersten Bedingung der klassischen Bellum iustum-Theorie verstanden werden, wonach der „Princeps“, also der vordemokratische Souverän, die militärische Aktion angeordnet haben muß.

4) Wie erwähnt, wird das völkerrechtliche Gewaltverbot in beiden Reden nicht ausdrücklich angesprochen. Zwischen den Zeilen soll jedoch offenbar die These von einer Art Rechtsnotstand plausibel gemacht werden, der es nicht länger zulasse, das Gewaltverbot in seiner bisherigen stringenten Form weiter aufrechtzuerhalten. Angesichts neuer weltweiter Bedrohungslagen („Grauzonen“) sei das völkerrechtliche Korsett des Gewaltverbots der notwendig global agierenden Großmacht USA zu eng geworden.

Dabei bleibt jedoch außer acht, daß es aufgrund der souveränen Gleichheit der Staaten im Völkerrecht kein Sonderrecht für eine Großmacht gibt. Vielmehr könnten – sollte sich das amerikanische Rechtsverständnis durchsetzen – alle Staaten die von den USA in Anspruch genommenen Rechte reklamieren, was

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Hirtenbriefs der Deutschen Bischofskonferenz vom 18. April 1983 zur Friedens- und Sicherheitspolitik vgl. SEKRETARIAT DER DEUTSCHEN BISCHOFSKONFERENZ (Hrsg.), *Gerechtigkeit schafft Frieden*. Wort der Deutschen Bischofskonferenz, 18. April 1983, Bonn 1983.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Vertrages vom 27. August 1928 zur Ächtung des Krieges (Briand-Kellogg-Pakt) vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 97–101.

ggf. unabsehbare Folgen für das zukünftige Zusammenleben der Staaten nach sich ziehen würde.

Ein derartiger Rechtsnotstand ist im übrigen auch nicht gegeben. Bereits das Instrumentarium des geltenden Völkerrechts zeigt legitime Wege auf, wenn und soweit eine amerikanische Reaktion auf die von Shultz und Weinberger beschworenen Bedrohungslagen tatsächlich angemessen ist:

- Gegen (unmittelbar drohende oder gegenwärtige) bewaffnete Angriffe von außen stellt das Völkerrecht das Rechtsinstitut der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung (Art. 51 VN-Charta<sup>11</sup>) zur Verfügung. Den USA ist es daher unbenommen, einem Staat, der sie um militärische Hilfe bittet, diese zu leisten;
- auch gegen (außengesteuerten) internen Aufruhr etc. kann ohne Verletzung des Gewaltverbots Hilfe geleistet werden, sofern die betroffene Regierung einwilligt oder darum bittet;
- zum Schutz eigener Staatsangehöriger in dritten Staaten hat sich in der Praxis ein Recht zur „humanitären Intervention“ herausgebildet, die heute – trotz rechtlich unsicherer Grenzen – im Rahmen der Verhältnismäßigkeit der Mittel wohl weitgehend als völkerrechtlich zulässig angesehen, zumindest aber stillschweigend toleriert wird (vgl. Entebbe<sup>12</sup>).

„Grauzonen“ zwischen Krieg und Frieden werden dabei – rechtlich – weder benötigt, noch kennt sie das geltende Völkerrecht. Dieses vermeidet vielmehr bewußt einen gleitenden Übergang zwischen seinen beiden „Aggregatzuständen“ Krieg und Frieden. Ein „Übergangsregime“ für „Grauzonen“, in denen die stringenten friedensrechtlichen Regeln eine gleichsam kriegsrechtliche Aufweichung erführen, gibt es nicht. Zur Vermeidung eines unmerklichen, rechtlich nicht mehr faßbaren Übergleitens von einem „Aggregatzustand“ in den anderen (und damit einer Aushöhlung des Gewaltverbots) errichtet das Völkerrecht in voller Absicht eine Schranke in Form eines qualitativen Sprungs zwischen Friedens- und Kriegsvölkerrecht.

5) Wir sollten in diesem Zusammenhang berücksichtigen, daß die These, das geltende Gewaltverbot habe versagt, da das Friedenswahrungssystem der VN aufgrund der Veto-Problematik im VN-Sicherheitsrat gescheitert sei, nicht schlüssig ist. Zwar hat seit Inkrafttreten dieses Verbots auch weiterhin eine große Zahl von Kriegen stattgefunden. Dies ist jedoch ein Implementierungsmangel, kein Mangel der Norm als solcher.<sup>13</sup> Ferner sollte darüber nicht übersehen werden:

<sup>11</sup> Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

<sup>12</sup> Am 27. Juni 1976 entführten vier Terroristen deutscher und irakischer Staatsangehörigkeit eine französische Passagiermaschine mit insgesamt 260 Personen nach Entebbe und forderten die Freilassung von 53 in der Bundesrepublik, Frankreich, Israel, Kenia und der Schweiz inhaftierten Terroristen bzw. Sympathisanten. Nach der Freilassung von 47 Geiseln am 29. Juni und von 100 weiteren Geiseln am 1. Juli landeten am 4. Juli 1976 israelische Fallschirmjäger auf dem Flughafen in Entebbe und befreiten die noch verbliebenen Entführten. Bei dem Kommandounternehmen kamen drei Geiseln, ein israelischer Offizier sowie etwa 20 ugandische Soldaten und die Geiselnehmer ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 210, sowie AAPD 1976, II, Dok. 217 und Dok. 219.

<sup>13</sup> Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Mord ist auch trotz zahlreicher Morde weltweit verboten.“

- der präventive Charakter des Gewaltverbots: Sicherlich hat die weltweite Ächtung des Krieges – und damit des Aggressors – auch manchen an sich Kriegsbereiten bei der Kosten-Nutzen-Rechnung von seiner Absicht abgehalten und wird dies auch in Zukunft tun;
- der unsere Außen- und Bündnispolitik (nach innen und außen) legitimierende Effekt der strikten Einhaltung des Gewaltverbots, das erklärtermaßen das Fundament unserer Außenpolitik bildet (insbes. Ostpolitik);
- der darüber hinaus auch das Verhalten unserer westlichen Partner, insbesondere in den VN, legitimierende Effekt einer Berufung auf das Gewaltverbot (Falkland – Bruch des Gewaltverbots durch Argentinien<sup>14</sup>);
- der delegitimierende Effekt eines Bruchs des Gewaltverbots für das Verhalten der Sowjetunion (Afghanistan<sup>15</sup>);
- der stabilisierende Effekt einer partiellen „Freigabe“ des Gewaltverbots für das Hegemoniestreben der Sowjetunion in ihrem Einflußbereich („Breschnew-Doktrin“<sup>16</sup>).

Trotz der bekannten Implementierungsmängel ist daher das völkerrechtliche Gewaltverbot in seiner gegenwärtigen Fassung für uns eine Norm ohne Alternative. Wir haben ein ureigenes Interesse an seiner intakten, unangetasteten Geltung.<sup>17</sup>

Bertele

**VS-Bd. 12384 (500)**

<sup>14</sup> Zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 13, Anm. 37.

<sup>15</sup> Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Am 27. Dezember 1979 wurde in Kabul Präsident Amin getötet. Nachfolger als Präsident des Revolutionsrats wurde Babrak Karmal. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

<sup>16</sup> Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft“. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.

Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin“): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“ Vgl. DzD V/2, S. 1478.

<sup>17</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

## 25

**Botschafter Röding, Warschau, an das Ministerbüro**

**114-10379/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 143**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 26. Januar 1985, 13.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 26. Januar 1985, 15.40 Uhr**

Nur für 010<sup>2</sup>

Betr.: BM-Besuch<sup>3</sup>

Bezug: a) DE Nr. 57 vom 22.1.1985 – 214-321.11 POL 90/85 VS-v<sup>4</sup>  
 b) DB Nr. 120 vom 23.1.1985 POL 321.11-13/85 VS-v<sup>5</sup>

Zur Unterrichtung

I. 1) Habe heute (25.1.) nachmittag das angekündigte Gespräch mit ZK-Sekretär Czyrek und später auch das Gespräch mit VP Rakowski geführt, für das ich heute kurzfristig noch Termin erhalten hatte.

Beide Gespräche boten Gelegenheit zu ausführlicher Darlegung der den Herrn BM für Besuch leitenden Überlegungen und der zu dessen sorgfältiger Vorbereitung maßgebenden Gesichtspunkte. Hierzu habe ich die Ausführungen gemacht, die mir für die Gesprächsführung mit Bezugs-DE an die Hand gegeben waren (mit den in heutigem Ferngespräch mit Leiter 010<sup>6</sup> fixierten Änderungen).

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 26. Januar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.  
 Hat Genscher am 27. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Ein Besuch des Bundesministers Genscher in Polen war für den 21. bis 23. November 1984 vorgesehen, wurde aber kurzfristig abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl wies Botschafter Röding, Warschau, an, mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski und dem Sekretär des ZK der PVAP, Czyrek, die Modalitäten eines Besuchs des Bundesministers Genscher in Polen zu klären: „BM halte es ebenso wie die polnische Führung, deren Signale er erhalten hätte, für wichtig, daß sein Besuch jetzt nachgeholt werde. [...] Wir verstünden bis heute nicht, warum man BM entgegen aller Praxis und entgegen dem Vorbilde des Besuches von 1981 den Affront der Ablehnung eines von ihm angemeldeten Journalisten angetan habe. [...] Wir hätten gehört, daß die polnische Seite aus Gründen der Gesichtswahrung in der Frage des Visums für Ströhm unnachgiebig bleibe. Das schaffe ein großes Problem für BM und für die Rückendeckung, die zu einer im öffentlichen Verständnis erfolgreichen Durchführung des Besuches notwendig sei. BM wolle trotzdem seinen Besuch an dieser Hürde nicht scheitern lassen und erwäge deshalb, auf die Mitnahme von Ströhm zu verzichten.“ Des weiteren teilte Braunmühl Röding mit: „Falls Ihre Gesprächspartner auf die Punkte Kostka-Kirche und Oppositionelle zu sprechen kommen sollten, sollten Sie darauf hinweisen, daß BM schon in der Frage des Journalisten-Visums schlechter behandelt werde als Andreotti und eine weitere Diskriminierung zu einer Zumutung würde, die bei uns nicht verstanden würde.“ Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Botschafter Röding, Warschau, legte zu einem Besuch des Bundesministers Genscher in Polen dar: „Besuch am Wochenende in Krakau ist sinnvoll; auch Andreotti – wie vor ihm andere Besucher – hat am Wochenende Krakau besucht und ist mit Kardinal Macharski zusammengetroffen. In Umgebung Krakaus gibt es nach unserer Kenntnis mehrere Soldatengräber; genaue Lage wird festgestellt.“ Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

2) Beide Gesprächspartner erklärten, polnische Führung halte es für wichtig, daß BM-Besuch jetzt stattfinde, und stimmten ausdrücklich Bewertung BMs zu, daß dafür die Entwicklung im internationalen Umfeld in diesem Jahr und der Stand der bilateralen Beziehungen spreche, die nicht hinter dieser Entwicklung zurückbleiben sollten. Czyrek unterstrich dies mit längeren, eigenen Ausführungen, in denen er „historischen Beitrag“ BMs für Prozeß der „Normalisierung“ im Verhältnis zwischen BR Deutschland und Polen herausstellte. Besuch sei jetzt auch deshalb wichtig, weil es bei uns, namentlich in CDU/CSU – nicht in ihrer Gesamtheit, aber in Teilen –, Tendenz gebe, für Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen eine neue, vom Warschauer Vertrag<sup>7</sup> abweichende Plattform zu fordern.

Ich habe dieser Bewertung mit Hinweis darauf widersprochen, daß es in CDU/CSU heute eine viel breitere – über die selbstverständliche Bindung an Verträge hinausgehende – Zustimmung zu in Warschauer Vertrag angelegter Politik gebe als in 70er Jahren. Nicht zuletzt angesichts dieses im Gang befindlichen Prozesses sei es ganz wesentlich, daß, wie von mir dargelegt, Modalitäten des Besuchs und Art und Weise der Aufnahme des Bundesministers das politische Gewicht der Reise in den Vordergrund treten ließen.

3) Ausführungen dazu, daß wirklich wichtige Teile des Besuchs auch in Wirkung nach außen unterstrichen werden sollten, fanden die Zustimmung beider Gesprächspartner. Die hierzu von mir als Beispiele genannten Möglichkeiten, dies auch durch Gesten gegenüber BM in Ausgestaltung Besuchs, namentlich bei wichtigster Begegnung mit PM Jaruzelski, zu bewirken, nahmen sowohl Czyrek wie Rakowski mit erkennbarem Interesse zur Kenntnis, ohne sie indessen in ihrer Antwort im einzelnen aufzugreifen.

Rakowski erwiderte, es werde sicherlich gelingen, Begegnung mit Jaruzelski gebührend ins Licht zu rücken. Ebenso stehe er BM, wie schon bei erster Besuchsvorbereitung vorgesehen, zu ausführlichem Gespräch zur Verfügung.

Czyrek zeigte sich darüber verwundert, daß bei Terminplanung im November wiederholt und bis zuletzt mit Termin bei Jaruzelski jongliert worden und Begegnung fast an Rand des Besuchs gerückt war. Er versicherte, sich dafür einzusetzen, daß für Gespräch mit Jaruzelski gebührender Raum in Programm und ausreichend Zeit reserviert werde. Auch er selbst sei an intensivem Meinungsaustausch mit BM in hohem Maße interessiert.

4) Rakowski nahm zu Punkten, die bei Besuchsverschiebung Rolle gespielt hatten, nicht Stellung. Czyrek nutzte seine Antwort zu Ausführungen darüber, daß Besuch auch nicht durch Nebenpunkte schädliche Wirkungen für Bemühungen polnischer Regierung zu innerem Ausgleich haben dürfe. Andreottis Auftreten könne nicht als Modell dienen; man habe Mißfallen zum Ausdruck gebracht.<sup>8</sup> Er habe aber für BM-Besuch „keine Sorge“, er vertraue auf „große außenpolitische Erfahrung, Fingerspitzengefühl und Mut von Herrn Genscher“.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>8</sup> Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 20. bis 23. Dezember 1984 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 12.



## II. Im einzelnen

1) Gespräch mit Czyrek, zu dem er Mitarbeiterin der ZK-Auslandsabteilung, Frau Michałowska, als Note taker hinzuzog, dauerte über 1 1/4 Stunden. Ich hatte mich unmittelbar telefonisch bei ihm selbst angemeldet und mich dabei auf seine Bemerkung bei Neujahrsempfang bezogen. Hieran anknüpfend habe ich Gespräch mit Ausführungen gemäß Bezugs-DE begonnen, die er aufmerksam anhörte, wobei er wiederholt durch Kopfnicken Zustimmung bekundete. Er stellte lediglich Zwischenfrage zu meiner Bemerkung über Jonglieren mit Jaruzelski-Termin bei Programmplanung im November und zeigte Erstaunen, als ich dies näher erläuterte.

Czyrek fragte dann zunächst, ob es denn bei jetzigen Gesprächen mit Außenministerium konkrete Punkte gebe, die Schwierigkeiten bereiteten. Hierzu habe ich mich auf allgemein gehaltene Antwort beschränkt, daß Dg 21 unsere Vorstellungen hier vorgetragen habe<sup>9</sup>. Gestern nachmittag habe Gespräch BM mit polnischem Botschafter stattgefunden, dessen Inhalt mir noch nicht bekannt sei; wir gingen davon aus, daß es weiterer Vorbereitung für einen in würdiger Form verlaufenden Besuch dienlich sei. Es komme, wie ich schon ausgeführt hätte, darauf an, Modalitäten zu finden, die verhinderten, daß Nebenpunkte ihnen nicht gebührende Aufmerksamkeit erhielten. (Czyrek war noch nicht über Verlauf Gesprächs BM–Olechowski unterrichtet. Auch Kucza, den ich bei gesellschaftlicher Veranstaltung kurz sprach, hatte bis zum Mittag noch keinen Bericht aus Köln.)

2) Czyrek führte dann folgendes aus: Er wolle zuallererst betonen, daß polnische Führung, ebenso wie BM, es für wichtig halte, daß Besuch jetzt stattfinde, sowohl im Interesse der Förderung der bilateralen Beziehungen wie angesichts internationaler Entwicklung, „namentlich der Ost-West-Beziehungen in Europa“. Er wolle noch besonders folgendes hinzufügen: BM Genscher habe einen „historischen Beitrag“ zum Prozeß „Normalisierung“ im Verhältnis zwischen BR Deutschland und Polen erbracht, insbesondere auch durch sein Engagement in jüngster Zeit. Sein Besuch sei schon deshalb willkommen. Hinzu komme das polnische Interesse, das sich aus Besorgnissen ergebe, die er nicht zu verschweigen brauche. Es gebe bei uns in bestimmten Kreisen, namentlich in CDU/CSU – nicht in deren Gesamtheit, aber doch weiten Teilen –, eine entgegengesetzte Tendenz. Für die Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen werde eine neue „Plattform“ verlangt, die mit dem Warschauer Vertrag nicht vereinbar sei.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl hielt sich am 10./11. Januar 1985 in Warschau auf. Dazu notierte er am 13. Januar 1985, von polnischer Seite sei zu einem Treffen des Bundesministers Genscher mit Vertretern der Opposition erklärt worden: „Es sei unzulässig und unmöglich, daß bei offiziellem Anlaß Kontakte mit illegalen Strukturen stattfänden und mit Personen, die antistaatliche Tätigkeiten symbolisierten [...]. Das Treffen Andreottis mit Oppositionellen sei gegen den Willen der polnischen Seite erfolgt. Jaruzelski habe dies gegenüber Andreotti deutlich gerügt.“ Braunmühl habe hierauf erwidert: „Wir hätten nicht den Eindruck, daß die Kontakte den Besuch Andreottis belastet hätten. Auch hier gelte, daß man nicht mit verschiedenen Maßstäben messen dürfe. BM werde genau wissen, zwischen Regierung und Einzelpersonen zu unterscheiden. Es gehe nicht um Kontakte mit organisierten Strukturen wie umgekehrt bei uns, wenn Besucher aus sozialistischen Ländern Vertreter ihrer sogenannten Bruderparteien außerhalb des Programms besuchten.“ Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

Vom Besuch erhoffe man Klärung und Schritte nach vorn. Zu den Modalitäten des Besuchsverlaufs habe er mit Aufmerksamkeit von meinen Ausführungen Kenntnis genommen und danke für Mitteilung unserer Überlegungen. Er teile die Auffassung, daß die wirklich wichtigen Teile des Besuchs auch in Wirkung nach außen unterstrichen werden sollen. Er sei sicher, daß für die Begegnung mit Jaruzelski ein gebührender Raum im Programm reserviert werde und ausreichend Zeit für einen ausführlichen Gedankenaustausch zur Verfügung sein werde; er werde sich dafür einsetzen. Auch er selbst sei in hohem Maße an einem intensiven Meinungsaustausch mit BM interessiert.

Er wolle aber noch etwas zu den „Nebenpunkten“ hinzufügen, von denen man nicht sicher sein könne, daß sie nicht doch in Vordergrund des Interesses gerieten. Der Besuch dürfe nicht dadurch den Bemühungen der polnischen Führung um Ausgleich im Inneren schädliche Wirkungen zeitigen. In diesem Punkt gebe es hier große Sensibilität.

Er wolle in diesem Zusammenhang etwas zum Andreotti-Besuch sagen, der nicht, wie wir vorgetragen hätten, als Modell dienen könne. Einmal deshalb nicht, weil die hier in Frage stehenden Punkte nicht mit polnischer Regierung abgestimmt gewesen seien. General Jaruzelski habe Andreotti gegenüber sein Mißfallen deutlich zum Ausdruck gebracht. Dabei habe es zum Besuch in der Kostka-Kirche<sup>10</sup> eine Erklärung gegeben, die ihn noch in einem eigenen Licht erscheinen lassen könne, die persönliche Bindung Andreottis, seine tiefe Gläubigkeit als praktizierender Katholik, seine Verbindungen zum Papst<sup>11</sup>. Sein Treffen mit aktiven Gegnern der verfassungsmäßigen Gesellschaftsordnung habe man der Botschaft zugeschoben. Er, Czyrek, habe dem Botschafter<sup>12</sup> deswegen ernste Vorhaltungen gemacht.

Indessen mache er sich hinsichtlich des BM-Besuches keine Sorgen. Er kenne die „große außenpolitische Erfahrung, das Fingerspitzengefühl und den Mut von Herrn Genscher“.

<sup>13</sup>3) Hierauf habe ich wie folgt erwidert:

Es sei auch die Intention des BMs, mit dem Besuch der weiteren Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen einen Anstoß zu geben, wie dies schon in meiner Eingangserklärung zum Ausdruck komme. Wenn er, Czyrek, davon gesprochen habe, daß sich bei uns eine Gegentendenz aufbaue, die für diese Entwicklung eine neue Plattform verlange, so müsse ich dieser Bewertung widersprechen. Die Haltung der Bundesregierung sei, wie er wisse, klar; sie ergebe sich aus den Regierungserklärungen und den wiederholten Erklärungen des Bundesaußenministers. Innerhalb der CDU/CSU gebe es heute eine viel breitere Zustimmung zu der im Warschauer Vertrag angelegten Politik als in den 70er Jahren, über die rechtliche Bindung an geltende Verträge hinaus. Es sei eher ein – in einer freien Gesellschaft völlig normales – Indiz für diesen Prozeß, wenn sich Gegenstimmen bemerkbar machten, die sich bei weitgehendem

<sup>10</sup> Der polnische Priester Popieluszko war Pfarrer an der Stanisław-Kostka-Kirche und wurde dort begraben. Zu seiner Entführung und Ermordung am 19. Oktober 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 292.

<sup>11</sup> Johannes Paul II.

<sup>12</sup> Guglielmo Folchi.

<sup>13</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 145 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Konsens nicht zu Wort meldeten. Unverantwortlichen Äußerungen einzelner, die die Friedenspolitik der Bundesregierung ins Zwielficht bringen könnten, trete Bundesregierung deutlich entgegen. Ich habe in diesem Zusammenhang Czyrek über die Stellungnahme des BM zu jüngsten Auslassungen in Zeitschrift „Der Schlesier“ unterrichtet, die mir mit DE Nr. 68 unmittelbar vor Gespräch zugegangen war.<sup>14</sup>

Nicht zuletzt angesichts des erwähnten Prozesses hielten wir es, wie dargelegt, für wesentlich, daß Modalitäten des Besuchs und Art und Weise der Aufnahme BMs das politische Gewicht seiner Reise in den Vordergrund treten ließen. Wenn so Erfolg des Besuchs gefördert werde, würde dies, wie ausgeführt, den Argumenten BMs zugunsten der weiteren Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zusätzlich Nachdruck geben.

Zu den von ihm angesprochenen Punkten Kostka-Kirche und Oppositionelle habe ich (gemäß Bezugs-DE) gesagt, BM werde diese Fragen mit großer Behutsamkeit behandeln. Dadurch könnten sie zu Nebensachen werden. Umgekehrt würden sie kaum aus Zentrum der Aufmerksamkeit herausgehalten werden können, wenn Bedingungen gestellt würden. Das unterschiedliche Gewicht, das diese Fragen in Vorphase des Besuchs im November und bei Andreotti gehabt hätten, lasse dies erkennen. Dieser Unterschied bleibe trotz seiner Erklärungen doch ein Faktum.

4) Czyrek nahm dies noch einmal auf und sagte, polnische Führung denke nicht im Entferntesten daran, BM etwas vorzuschreiben oder zu „untersagen“. Aber er wiederhole, er vertraue auf seine außenpolitische Erfahrung und seinen Mut. Im übrigen wolle er zur Klarstellung hinzufügen, die Mitglieder des Primasrats würden nicht zu den Oppositionellen zählen, gegen die Regierung etwas einzuwenden habe, wohl aber Personen wie Geremek u. a. Zur politischen Substanz des Besuches wolle er noch etwas hinzufügen: Bei ihm sollten Absprachen über den „Inhalt des weiteren Normalisierungsprozesses auf den verschiedenen Gebieten“ getroffen werden. Es gebe „Haltungen, zu deren Überwindung verbale Erklärungen nicht mehr ausreichen“, sondern „konkrete Fakten“ nötig seien. Er denke hier nur an die – jetzt veränderte – Losung des Schleiertreffens.<sup>15</sup> Der Herr BK habe mit der Führung der Landsmannschaft über seine Teilnahme verhandelt. Die veränderte Losung sei aber eher noch schlimmer. Ich habe hierzu klargestellt, daß auch das neue Motto in die ausschließli-

<sup>14</sup> Am 25. Januar 1985 unterrichtete Ministerialdirigent Edler von Braunmühl die Botschaft in Warschau: „Die Zeitschrift der Landsmannschaft Schlesien hat einen Artikel veröffentlicht, der ein Phantasie-Szenario über die Wiedervereinigung mit militärischen Mitteln ohne Widerstand nach vorangegangener politischer Schwächung der SU entwirft.“ Dazu habe Bundesminister Genscher erklärt: „Eine Handvoll Funktionäre treibt Schindluder mit der Friedenserklärung der Vertriebenen und mit dem guten Namen der Schlesier. Nach den Zumutungen der letzten Wochen gegenüber dem Bundeskanzler ist jetzt die Grenze des Erträglichen überschritten. Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Das bedeutet Gewaltverzicht und strikte Beachtung der geschlossenen Verträge. Wer unsere Friedenspolitik ins Zwielficht bringt, schadet unseren nationalen Interessen. [...] Wir lassen mit den Fragen des Friedens und der Verlässlichkeit deutscher Außenpolitik nicht spielen, wir lassen die Früchte von Jahrzehnten deutscher Friedenspolitik nicht verspielen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139734.

<sup>15</sup> Zum Bundestreffen der „Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien“ am 16. Juni 1985 in Hannover vgl. Dok. 18, Anm. 14.

che Verantwortung einer Organisation falle, und habe auf den Brief des BK an MdB Hupka<sup>16</sup> hingewiesen (von dem Czyrek angab, noch nichts zu wissen).

Abschließend habe ich Czyrek Grüße des Bundesministers ausgerichtet und ihn gebeten, auch Grüße an General Jaruzelski weiterzugeben. Czyrek dankte und bat, BM seine besten Grüße zu übermitteln.

5) Mit VP Rakowski hatte ich etwa 40minütiges Vier-Augen-Gespräch. Bei Anmeldung (über Protokoll) hatte ich mich hier auf bevorstehende Sitzung Forum-Lenkungsausschusses<sup>17</sup> berufen. Demzufolge habe ich Gespräch mit diesem Thema eingeleitet und Rakowski Einladung zu von mir gegebenem Essen überbracht, die er annahm. Er erkundigte sich nach deutschen Teilnehmern und drückte Erwartung aus, daß Sitzung zu fruchtbarer Fortsetzung des in Essen<sup>18</sup> begonnen Dialogs dienen werde. Bei Durchsicht Manuskripts eines demnächst von ihm im Econ-Verlag erscheinenden Buches<sup>19</sup> sei ihm im übrigen wieder deutlich geworden, daß in den vergangenen schwierigen Jahren die meisten Kontakte mit Persönlichkeiten aus der BR Deutschland bestanden hätten, von seinem Besuch bei BM unmittelbar nach Ausrufung des Kriegsrechts<sup>20</sup> angefangen.

6) Hieran anschließend habe ich Gespräch auf BM-Besuch übergeleitet und die gleichen Ausführungen wie gegenüber Czyrek gemäß Bezugs-DE gemacht.

Rakowski erwiderte, polnische Regierung sei an Zustandekommen Besuchs sehr interessiert und es wäre „sehr gut“, wenn dieser Ende Februar/Anfang März, wie vorgeschlagen, stattfinden könne. Er stellte keine Fragen zu Stand der Vorbereitungsgespräche und berührte auch nicht Thema der sensiblen Punkte. Er sagte aber, er habe unsere Argumentation, weshalb es wichtig sei, daß die politische Bedeutung der Gespräche BMs durch geeignete Gesten in der äußeren Gestaltung Besuchsablaufs unterstrichen werde, „vollkommen verstanden“. Die von mir beispielhaft genannten Möglichkeiten, Begegnung mit PM Jaruzelski in diesem Sinne herauszustellen, nahm er mit erkennbarem Interesse zur

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des Bundeskanzlers Kohl vom 23. Januar 1985 an den Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, vgl. BULLETIN 1985, S. 69 f.

<sup>17</sup> Der Lenkungsausschuß des Deutsch-Polnischen Forums traf vom 1. bis 3. Februar 1985 in Warschau zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner teilte dazu am 4. Februar 1985 mit: „Außenpolitischer Berater General Jaruzelskis, Major Górnicki, wies gegenüber Professor Kaiser/DGAP mit großem Nachdruck darauf hin, daß die ‚zwei Hindernisse‘ für BM-Besuch noch ungelöst seien (er meinte damit: Soldatengrab und Ströhm). Er betonte mit großem Ernst, dies seien für polnische Seite besonders empfindliche Punkte, die in gegenwärtiger Situation – offensichtliche Anspielung auf Schlesierauseinandersetzung – gewertet werden müssten. Górnicki machte keine Prognose über Terminierung des Besuchs, Gespräch wurde jedoch unter Eindruck eines ‚baldigen‘ Besuchs geführt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 7; VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Gesandter Graf von Brühl, Warschau, berichtete am 15. Dezember 1984, polnische Teilnehmer hätten zur Sitzung des erweiterten Lenkungsausschusses des Deutsch-Polnischen Forums am 10. Dezember 1984 in Essen hervorgehoben, „daß atmosphärisch insbesondere in Richtung CDU/CSU ein positiver Schritt getan worden sei. Praktische Ergebnisse müßten jedoch folgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1657; VS-Bd. 13410 (214); B 150, Aktenkopien 1984.

<sup>19</sup> Vgl. Mieczysław F. RAKOWSKI, Ein schwieriger Dialog. Aufzeichnungen zu Ereignissen in Polen 1981–1984, Düsseldorf, Wien 1985.

<sup>20</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde der Kriegszustand für das gesamte Territorium Polens verkündet. Zugleich wurde ein Militärrat unter Führung des Generalsekretärs des ZK der PVAP, des Ministerpräsidenten und Verteidigungsministers Jaruzelski, gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365. Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 395 und Dok. 396.

Kenntnis. Er erwiderte aber nur allgemein, es werde sicherlich gelingen, Begegnung BM–Jaruzelski ins Licht zu rücken, ohne auf unsere Gedanken hierzu im einzelnen einzugehen. Als ich ins Gespräch brachte, daß Jaruzelski vielleicht das Wochenende außerhalb Warschaus verbringe, meinte er allerdings lächelnd: „Nein, immer hier.“

Für sich selbst sagte Rakowski, er stehe BM zu ausführlichem Gespräch zur Verfügung. Dies sei ja auch im November schon vorgesehen gewesen.

Abschließend habe ich auch Rakowski die Grüße BMs überbracht und ihn gebeten, Grüße auch an General Jaruzelski weiterzugeben, was er zusagte. Er dankte und bat, auch BM seine besten Grüße in Erwartung seines Besuchs auszurichten.

### III. Wertung

Aus den Gesprächen habe ich Eindruck mitgenommen, daß polnische Führung an Zustandekommen Besuchs interessiert ist und sich bei weiteren Vorbereitungsgesprächen diesem Interesse entsprechend verhalten wird.

Unsere Hinweise, wie durch Ausgestaltung des Besuchs entstandene Problematik überbrückt werden kann, sind von den Gesprächspartnern verstanden worden. Wir können davon ausgehen, daß sie von beiden Herren gegenüber PM Jaruzelski ins Gespräch gebracht werden. Daß sie im Gespräch mit mir nicht ins Detail auf Beispiele eingegangen sind, ist verständlich, weil sie General nicht präjudizieren wollen und derartige protokollarische Fragen hier eigenes Gewicht haben.

Sensibel bleiben die Punkte außerhalb des offiziellen Programms. Hier wird offenkundig versucht, noch Positionen zu halten, wohl auch eingedenk dessen, daß dies – nach meiner unveränderten Überzeugung – die Punkte waren, derentwegen das Interesse am Zustandekommen des Besuchs im November 1984 schließlich zurücktrat. Wir sollten den eingeschlagenen Weg, ausgleichende Gesten in der Programmgestaltung zu erreichen, weiterverfolgen, so daß wir schon in der publizistischen Vorarbeit zu Hause den Schwerpunkt von den Nebenfragen wegverlagern können. Damit dürften diese auch in Augen der Gastgeber an Sensibilität verlieren.<sup>21</sup>

[gez.] Röding

VS-Bd. 14152 (010)

<sup>21</sup> Bundesministers Genscher führte während eines Zwischenaufenthaltes am 6. März 1985 Gespräche in Warschau. Vgl. dazu Dok. 56 und Dok. 57.

## 26

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsidentin Planinc in Belgrad

1. Februar 1985<sup>1</sup>

Arbeitsbesuch des Bundesministers des Auswärtigen in Belgrad vom 31.1. bis 1.2.1985<sup>2</sup>;

hier: Gespräch mit der jugoslawischen Ministerpräsidentin Planinc vom 1.2.1985  
BM äußerte sich zur weltwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre und stellte die von dem amerikanischen Konjunkturaufschwung auf die Weltwirtschaft ausgehenden belebenden Impulse sowie ihre unterschiedlichen Wirkungen auf einzelne Regionen und Länder dar. Wir hätten zwar unter den Nachteilen des hohen Zinsniveaus zu leiden, andererseits habe sich der amerikanische Konjunkturaufschwung gerade auf unsere Wirtschaft sehr positiv ausgewirkt. Wir wüßten, daß der unseren Export begünstigende Dollarkurs keine Konstante sei, und stellten uns hierauf ein. Obwohl unsere Wirtschaft technologisch immer noch eine herausragende Position einnehme, sei doch bei uns wie auch in Frankreich und Großbritannien das Bewußtsein gewachsen, daß die USA und Japan uns in wichtigen Bereichen voraus seien. Wir seien entschlossen, den Rückstand aufzuholen. Da wir zeitweise über unsere Verhältnisse gelebt hätten, habe es mutiger Entscheidungen bedurft, die auch im sozialen Bereich zu gewissen Einschnitten geführt hätten, letztlich aber von unserer Bevölkerung akzeptiert worden seien.

Die jugoslawische Regierung habe ihrerseits mutige Entscheidungen auf sich genommen, die eine wirtschaftliche Konsolidierung ermöglichen sollten. Entsprechend den von uns mitgetragenen Forderungen des Londoner Wirtschaftsgipfels<sup>3</sup> solle die soziale und wirtschaftliche Stabilität der verschuldeten Länder bei dem erforderlichen Konsolidierungsprozeß nicht beeinträchtigt werden. Bei den Bemühungen, die jugoslawische Verschuldung in den Griff zu bekommen, könnten wir aber nicht von Wunschvorstellungen ausgehen, sondern müßten realistischerweise in Rechnung stellen, wofür man die Partner Jugoslawiens gewinnen könne. Nach unserem Eindruck würden sich die Partnerländer zu einer mehrjährigen Umschuldung nur bereit finden, wenn nunmehr zunächst für 1985 mit Hilfe des IWF eine einjährige Umschuldungsregelung zustande komme und es gelinge, eine anschließende mehrjährige Umschuldung durch

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Loeck am 4. Februar 1985 gefertigt. Am 12. Februar 1985 leitete Loeck die Aufzeichnung „vorbehaltlich der Zustimmung des BM“ zusammen mit einer Aufzeichnung über den wirtschaftliche Fragen betreffenden Teil der Gespräche an Ministerialdirektor Ungerer, die Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl und Jelonek, die Referate 214, 411, 420 und 422 sowie die Botschaft in Belgrad. Dazu teilte er mit: „Verteilung außerhalb des AA ist vor Zustimmung des BM nicht beabsichtigt.“

Hat Braunmühl am 15. Februar 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 133016.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Jugoslawien vgl. auch Dok. 27.

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. AAPD 1984, I, Dok. 170 und Dok. 171.

wirkungsvolle Vereinbarungen zwischen Jugoslawien und dem IWF und entsprechende IWF-Kontrollen abzusichern.<sup>4</sup>

Wenn das vom IWF festgestellte Ergebnis des ersten Jahres der mehrjährigen Umschuldungsaktion bei den Partnern Vertrauen schaffe, sei damit der Erfolg der Mehrjahresumschuldung gesichert.

Die wichtigste Unterstützung der Konsolidierungsbestrebungen verschuldeter Länder seien jetzt unsere Bemühungen um Abwehr des Protektionismus. Wir träten für ein unabhängiges und stabiles Jugoslawien ein, und zwar auch im eigenen Interesse.

MP *Planinc* stellte die schweren Opfer dar, die der Konsolidierungsprozeß Jugoslawien und seiner Bevölkerung abverlangt habe, sowie die inzwischen erzielten Fortschritte. Sie erläuterte in aller Offenheit, daß Jugoslawien auch dann zu einschneidenden strukturellen Veränderungen seines Wirtschaftssystems gezwungen gewesen wäre, wenn sich nicht das Verschuldungsproblem aufgetürmt hätte. Die Entwicklung Jugoslawiens vom Entwicklungsland mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 200 Dollar (1945) zu einem Industrieland mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 3000 Dollar (1984) habe sich in extensiver, d.h. in einer eben nicht auf Optimierung des Einsatzes der Produktionsfaktoren zugeschnittenen Wirtschaftsweise vollzogen. So gäbe es heute neben zahlreichen modernen und produktiven Spitzenbetrieben eine Vielzahl unrationell arbeitender Unternehmen, die sich als „Blei an den Füßen der jugoslawischen Wirtschaft“ auswirkten. Diese tiefste, schlimmste Ursache der jugoslawischen Wirtschafts- und Liquiditätskrise sei nicht über Nacht zu beheben. Man müsse den Verbrauch zügeln, aber zugleich die Ressourcen so umschichten, daß die Produktivität insgesamt steige.

Die Schuldenproblematik habe die dargestellte Lage nur noch verschärft. Jugoslawien, seine Wirtschaft und seine Bevölkerung dürften nicht durch das Bestehen auf jährlichen Umschuldungsregelungen und jährlichem Abschluß von Stand-by-Abkommen mit dem IWF von einem Jahr auf das andere in Unsicherheit über ihr weiteres Schicksal gehalten werden. Dies sei für eine Wirtschaft,

<sup>4</sup> Referat 422 bezifferte die jugoslawische Auslandsverschuldung am 22. Januar 1985 auf 23 Milliarden Dollar. Jugoslawien habe 1983 „im Rahmen der sogenannten Berner Stützungsaktion von seinen westlichen Gläubigern Kredite in der Gesamthöhe von 1,4 Mrd. US-Dollar erhalten“. Die Bundesrepublik sei daran mit 530 Mio. DM beteiligt gewesen. Am 22. Mai 1984 sei in Paris ein multilaterales Umschuldungsprotokoll zwischen Jugoslawien und den westlichen Gläubigerländern unterzeichnet worden: „Konditionen: Umschuldung von 100% der Tilgungsfälligkeiten, Beginn der Rückzahlung am 31.12.1988 in sechs gleichen Halbjahresraten, endend am 30. Juni 1991.“ Dem sei am 27. November 1984 in Belgrad ein bilaterales Abkommen über die Umschuldung fälliger Handelschulden in Höhe von etwa 175 Mio. DM gefolgt, das am 19. Dezember 1984 in Kraft getreten sei. Die jugoslawische Regierung habe unterdessen die westlichen Gläubigerstaaten „auf die Notwendigkeit einer mehrjährigen Umschuldung entsprechender Kreditfälligkeiten der Jahre 1985–1988 hingewiesen“. Sie sei bei einem Treffen mit dem Pariser Club am 26. November 1984 in Genf „auf die Notwendigkeit des Zustandekommens einer entsprechenden Stand-by-Vereinbarung zwischen dem IWF und Jugoslawien als Voraussetzung für eine Umschuldungsvereinbarung hingewiesen“ worden und verhandele inzwischen mit dem IWF über einen Beistandskredit mit einer Laufzeit von 12 bis 15 Monaten. Parallel zu dieser Laufzeit sei nunmehr eine erste Umschuldungsregelung in Aussicht genommen worden, nachdem unter den Gläubigerstaaten „die Umschuldung der Fälligkeiten 1985–88 in einem Abkommen nicht konsensfähig“ gewesen sei. Allerdings solle „die Bereitschaft für Anschlußumschuldungen für die Jahre [19]86–88 in einer dem jugoslawischen Wunsch nach mehrjähriger Umschuldung entgegenkommenden Weise“ erklärt werden. Vgl. Referat 422, Bd. 140126.

die nach außen und innen ihre Entscheidungen frei treffe, schlimmer als die sich aus dem Schuldendienst ergebenden Belastungen. Die Geschäftsbanken hätten das verstanden, so daß mit ihnen eine mehrjährige Regelung schon weitgehend ausgehandelt worden sei.<sup>5</sup> Sie seien im Unterschied zum Vorjahr den Regierungen vorangegangen. Deshalb habe die jugoslawische Regierung gelegentlich den Eindruck, als sei das Einvernehmen mit den Regierungen gestört. Schließlich müßten die an der Stabilität Jugoslawiens interessierten Regierungen auch daran denken, ob die Würde einer Regierung unbeschädigt bleiben könne, wenn sie sich alle Jahre derartigen Prozeduren zu unterziehen habe.

Die jugoslawische Wirtschaft müsse Gelegenheit bekommen, sich der Welt zu öffnen, um in der umwälzenden technologischen Entwicklung ihren Platz zu finden. Hierzu sei ein höheres Niveau der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Hauptpartnerländern und verstärkte internationale Arbeitsteilung erforderlich. Jugoslawien könne hierbei sein großes Potential an fachlichen Arbeitskräften einbringen. Es wolle aber auch mit uns verstärkt zusammenarbeiten mit dem Ziel, die gemeinsame industrielle Produktion auf dritten Märkten abzusetzen.

Zu alldem sei eine effektive Erleichterung des Schuldendienstes unumgänglich. Nach ihrem Eindruck hätten die Industrieländer aber die Schuldenproblematik nach der Lösung der Fälle Mexiko<sup>6</sup> und Brasilien<sup>7</sup> beiseite geschoben. Von der jugoslawischen Verschuldung gehe ja keine Gefahr für das internationale Finanzsystem aus. Wenn auch globale Lösungen der Schuldenproblematik nicht möglich seien, so müßten doch jetzt energische Anstrengungen zur Überwindung der Verschuldungskrise unternommen werden. Wenn die Schuldnerländer nicht besser in die internationale Arbeitsteilung einbezogen würden, werde die kaum entschärfte Krise nach wenigen Jahren in viel intensiverer Form wiederkehren.

Der *Bundesminister* widersprach der These, die Verschuldungsproblematik sei beiseite geschoben worden, nachdrücklich. Die im Fall Mexiko gefundene Regelung sei nur ein Beispiel für sich bietende Möglichkeit, bedeute jedoch keine Lösung für das fortbestehende Problem. Wir wollten keineswegs die Vorstellung provozieren, man müsse nur möglichst viele Schulden anhäufen, um Hilfe zu finden. Die jugoslawische Seite könne von dem guten Willen der Bundesregierung überzeugt sein. Wir würden für unser Teil darauf hinwirken, daß diesem Thema auch auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel<sup>8</sup> große Bedeutung eingeräumt werde.

<sup>5</sup> Referat 422 legte am 22. Januar 1985 dar, daß die Privatbanken „einer mehrjährigen Umschuldungsregelung (1985–1988: 3,4 Mrd. US-Dollar) nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber“ stünden. Eine grundsätzliche Einigung sei in Verhandlungen Anfang Januar 1985 zustande gekommen: „Die Ausgestaltung der Umschuldungsregelung ist jedoch noch völlig unklar. Vor dem Abschluß eines Abkommens werden die Banken mit Sicherheit den Abschluß eines Beistandsabkommens zwischen Jugoslawien und dem IWF für 1985 abwarten.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140126.

<sup>6</sup> Mexiko unterzeichnete am 28. August 1983 eine Vereinbarung mit den internationalen Gläubigerbanken über eine mehrjährige Umschuldung. Vgl. dazu den Artikel „Mexiko und Banken schließen Umschuldungsabkommen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. August 1983, S. 9.

<sup>7</sup> Die Umschuldung Brasiliens war in der Vereinbarung mit den internationalen Gläubigerbanken vom 27. Januar 1984 abschließend geregelt. Vgl. dazu den Artikel „Brasilien-Umschuldung abgeschlossen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. Januar 1984, S. 12.

<sup>8</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.



BM erinnerte an die Perspektive, die das Gipfeltreffen von Cancún<sup>9</sup> seinerzeit eröffnet habe. Während der wenigen Konferenztage sei es zu einer Annäherung der Standpunkte der Teilnehmer gekommen. Leider seien diese wegen der darauf folgenden weltpolitischen Entwicklungen versickert. Eine neue Nord-Süd-Konferenz sei nötig. Auch wenn dabei nicht alle im Nord-Süd-Verhältnis bestehenden Probleme lösbar seien, müsse man jedenfalls über die Verschuldungskrise und über die Ernährungsproblematik sprechen. Dahinter müsse der politische Wille stehen, zu einer finanziellen Stabilisierung im Weltmaßstab zu gelangen.

MP *Planinc* würdigte die deutsche Politik, die den „Durchbruch“<sup>10</sup> durch die Eisbarriere im West-Ost-Verhältnis“ erzielt habe. Sie habe während ihres kürzlichen Besuches in Warschau<sup>11</sup> den Eindruck gewonnen, daß es bald zu dem Besuch des BM in Polen<sup>12</sup> kommen werde. Im übrigen hätten ihre verantwortlichen polnischen Gesprächspartner erklärt, wenn die USA und die NATO tatsächlich darauf abgezielt hätten, Polen vom Westen abzuschneiden, hätten sie dies mit ihrer „Blockade“ erreicht.

*BM* machte hierzu deutlich, daß wir an einer Blockade nicht mitgewirkt hätten.

**Referat 214, Bd. 133016**

<sup>9</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „Durchdruck“.

<sup>11</sup> Ministerpräsidentin Planinc besuchte Polen vom 3. bis 5. Juli 1984.

<sup>12</sup> Zu den Gesprächen über einen neuen Termin für den vom 21. bis 23. November 1984 vorgesehenen, aber kurzfristig abgesagten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 25. Genscher führte während eines Zwischenaufenthalts am 6. März 1985 Gespräche in Warschau. Vgl. dazu Dok. 56 und Dok. 57.

## 27

# Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z.Z. Belgrad, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 100

Cito

Aufgabe: 1. Februar 1985, 10.42 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 1. Februar 1985, 13.12 Uhr

Betr.: BM-Besuch in Jugoslawien am 31.1./1.2.1985<sup>2</sup>;  
hier: Erste Gesprächsrunde der Außenminister

## 1) Zusammenfassung

Erste Gesprächsrunde, die in sehr aufgeschlossener und freundlicher Atmosphäre verlief, konzentrierte sich auf West-Ost-Entwicklung und Lage in Europa nach dem Genfer Treffen der Außenminister beider Großmächte<sup>3</sup>. Beide Gesprächspartner würdigten Bedeutung der Vereinbarung über Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen<sup>4</sup>, unterstrichen ihren strategischen (nicht nur taktischen) Charakter und ernsthaften Verhandlungswillen beider Seiten, waren sich aber auch einig, daß Verhandlungen wegen schwieriger Materie und unterschiedlichen Konzeptionen langwierig sein würden und deshalb vor Erwartung schneller und spektakulärer Ergebnisse gewarnt werden müsse. Beide waren sich auch einig, daß Europäer eigenen Beitrag leisten müßten, damit Europa voll in Belebung der West-Ost-Beziehungen einbezogen werde. BM erläuterte eingehend unsere Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn. Jugoslawischer AM unterstrich Interesse an konsequenter Fortsetzung der Ostpolitik der BR Deutschland und würdigte Beitrag von BM dafür.

Dizdarević äußerte Sorge bezüglich Stagnation im Nord-Süd-Verhältnis und explosiven Charakters der Ernährungs- und Verschuldungsprobleme. Er setzte sich für Wiederaufnahme Dialogs ein, z.B. im Sinne des Indira-Gandhi-Vorschlags für internationale Entwicklungskonferenz<sup>5</sup> oder für Gespräche anlässlich 40. Jahrestages der VN<sup>6</sup>. BM stimmte zu, daß Problemen im Nord-Süd-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Jugoslawien vgl. auch Dok. 26.

<sup>3</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>4</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>5</sup> In einer gemeinsamen Aufzeichnung legten die Referate 412 und 422 am 30. Mai 1985 dar: „Eine Expertengruppe der Blockfreien hat im Herbst 1984 auf Initiative der damaligen Ministerpräsidentin Indira Gandhi einen Bericht erarbeitet, der Empfehlungen zur Reform des internationalen Währungssystems enthält und die Einberufung einer Währungs- und Entwicklungskonferenz vorschlägt.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140103.

<sup>6</sup> Ministerialdirektor Pfeffer legte am 26. Oktober 1984 dar: „Am 24. Oktober 1985 wird der 40. Gründungstag der Vereinten Nationen gefeiert. Er gibt Anlaß, die Erfolge und Mißerfolge der Organisation, ihren ursprünglichen moralischen Anspruch und ihre durch West-Ost- und Nord-Süd-Gegensätze begrenzte Wirksamkeit, aber auch ihre Unersetzlichkeit für das Weltgeschehen zu würdigen.“ Geplant sei eine Veranstaltung in San Francisco am 26. Juni 1985 anlässlich des 40. Jahrestags der Unterzeichnung der VN-Charta; für den Schwerpunkt zum Jahrestag des Inkrafttretens der Charta am 24. Oktober 1985 werde auf indischen Vorschlag voraussichtlich eine Sondersitzung der VN-Ge-

Verhältnis große Bedeutung für Stabilität in der Welt zukomme und Dialog darüber wichtig sei. Er erinnerte an Rahmen von Cancún.<sup>7</sup>

BM würdigte in Anknüpfung an seine Ausführungen und Gespräche beim Europarat in Straßburg<sup>8</sup> Rolle der neutralen und nichtgebundenen Staaten für West-Ost-Verhältnis in Europa und unterstrich in diesem Zusammenhang Bedeutung seines Besuchs in Belgrad.

## 2) Im einzelnen

Dizdarević führte in seinen Eingangserklärungen aus: Nach jugoslawischer Auffassung sei das Treffen beider Großmächte in Genf, das am Anfang der West-Ost-Entwicklung dieses Jahres stehe, keine taktische Variante, sondern eine strategische Orientierung im Verhältnis beider Supermächte. Die Abwendung von der Konfrontation und der Übergang zu Dialog und Verhandlungen sei schon für sich eine positive Entwicklung. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungen nicht nur zu Klärungen, sondern zu Absprachen führten. Man glaube in Belgrad jedoch nicht, daß es zu schnellen Verhandlungsergebnissen kommen werde, da die Unterschiede in den beiderseitigen Auffassungen und Prioritäten wie auch das Mißtrauen groß seien. Die Priorität der einen Seite liege im Weltraum, die der anderen bei den strategischen Waffen und die der Europäer bei den Mittelstreckenwaffen.

Die verabredete Verhandlungsaufnahme werde die West-Ost-Beziehungen und die Wiederbelebung der Entspannung erleichtern. Die Europäer dürften sich nicht Passivität und Abwarten hingeben. Das verbesserte Verhältnis zwischen den Großmächten erleichtere auch das Engagement der anderen. Glücklicherweise hätten die Europäer auch in schwierigen Zeiten ein Minimum an Dialog aufrechterhalten. Man entnehme Kontakten mit den Staaten des Warschauer Paktes, daß dort Interesse und Bereitschaft zur Entwicklung und Pflege der Beziehungen mit dem Westen bestünden. Auch der Besuch Antonows in Bonn<sup>9</sup> sei ein positives Zeichen. Man müsse der Rolle Europas in der internationalen Entwicklung eine große Bedeutung beimessen. Es gehe jetzt darum, den KSZE-Prozeß sowohl in den bilateralen Beziehungen wie auf den internationalen Foren weiterzutreiben. In Belgrad befasse man sich intensiv mit der Frage, was man in Stockholm<sup>10</sup> tun könne, um weiterzukommen. Auch im Kreis der N+N-Staaten denke man über neue Wege und Initiativen nach. Möglicherweise würden sich die N+N-Außenminister während einer Konferenzpause in Stockholm treffen, um diese Fragen zu behandeln (in der Nachmittagssitzung präzierte

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 146*

neralversammlung stattfinden, „bei der die Teilnahme der Staats- und Regierungschefs der Mitglieds-länder anvisiert wird“. Vgl. Referat 231, Bd. 134879.

<sup>7</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>8</sup> Am 29. Januar 1985 fand in Straßburg ein außerordentliches Ministertreffen der Mitgliedstaaten des Europarats statt. Vgl. dazu Dok. 38, Anm. 10.

Am 30. Januar 1985 sprach Bundesminister Genscher vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1985, S. 105–109.

<sup>9</sup> Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Antonow hielt sich vom 20. bis 27. Januar 1985 anlässlich der Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 18.

<sup>10</sup> In Stockholm fand vom 29. Januar bis 22. März 1985 die fünfte Runde der KVAE statt. Vgl. dazu Dok. 42 und Dok. 43.

D. dies noch<sup>11</sup>). Gleichzeitig denke man über die Möglichkeiten der Belebung des KSZE-Prozesses nach, auch im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki.<sup>12</sup> Man müsse auch die anderen KSZE-Treffen nutzen, in Ottawa<sup>13</sup>, Budapest<sup>14</sup> und Bern<sup>15</sup>.

Beim Dialog beider Großmächte gebe es auch noch offene Fragen: Was bedeute eine Fortsetzung der Rüstung im Weltraum für USA und SU, aber auch für alle anderen? Warum bestehe die SU so sehr auf der Einstellung der Entwicklung im Weltraum? Dies könne eigentlich nicht nur wirtschaftliche Gründe haben.

Dizdarević betonte, daß in allen Fragen der Abrüstung und der Belebung der Entspannung auch die mittleren und kleineren Staaten ihre Rolle spielen müßten. Sie sollten zur Verbesserung der Atmosphäre beitragen und sich um Fortschritte in den Konferenzen bemühen, an denen sie beteiligt seien: in Stockholm, Wien<sup>16</sup> und Genf. Außerdem gäben in diesem Jahr mehrere Jahrestage Anlaß, über die Abrüstung nachzudenken: die 40jährigen Jubiläen des Sieges über den Faschismus, des Atombombenabwurfs in Hiroshima<sup>17</sup> und der Gründung der VN. Es gäbe manche Idee, die man nutzen könne, z.B. den französischen Gedanken einer internationalen Konferenz über Abrüstung und Entwicklung.<sup>18</sup> Außerdem werde immer mehr ein Verbot der Kernwaffen gefordert, wie jüngst durch die Führer der Sechs in New Delhi.<sup>19</sup>

<sup>11</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl resümierte am 4. Februar 1985 das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister zum KSZE-Prozeß am 1. Februar 1985. Dizdarević habe den Hinweis auf ein Treffen der neutralen und nichtgebundenen Staaten präzisiert: „Ende April/Anfang Mai sei ein Treffen dieser Gruppe auf Außenminister-Ebene in Stockholm geplant, bei dem man versuchen werde, Standpunkt und Ideen für die KVAE und darüber hinaus den KSZE-Prozeß zu formulieren.“ Dabei sollten auch die von Genscher geäußerten Überlegungen berücksichtigt werden, der zuvor ausgeführt hatte, „daß eine bloße Bestätigung des völkerrechtlich verankerten Gewaltverbotes nicht weiterführe, aber eine Konkretisierung und Bekräftigung im Rahmen der Stockholmer Konferenz nützlich sein könne. Dabei sollte klargestellt werden, daß der Gewaltverzicht nicht nur in Europa, sondern überall gelte und daß er auch innerhalb von Paktsystemen Anwendung finden müsse.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178897.

<sup>12</sup> Zum Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>13</sup> Vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 fand in Ottawa das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.

<sup>14</sup> Vom 15. Oktober bis 26. November 1985 fand in Budapest das KSZE-Kulturforum statt.

<sup>15</sup> Zur Vorbereitung des KSZE-Expertentreffens über menschliche Kontakte in Bern, das vom 15. April bis 26. Mai 1986 stattfand, vgl. Dok. 342.

<sup>16</sup> In Wien fand vom 31. Januar bis 28. März 1985 die 35. Runde der MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>17</sup> Am 6. August 1945 wurde von der amerikanischen Luftwaffe die erste Atombombe über Hiroshima abgeworfen.

<sup>18</sup> Auf der Grundlage einer französischen Initiative beschloß die VN-Generalversammlung am 17. Dezember 1984 die Einberufung einer Konferenz über Abrüstung und Entwicklung, die sich mit den Rüstungsausgaben und ihren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und die Wirtschaftslage vor allem der Entwicklungsländer befassen und Möglichkeiten untersuchen sollte, durch Abrüstungsmaßnahmen Ressourcen für Entwicklungsprojekte freizusetzen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 39/160 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXIII, S. 297 f.

<sup>19</sup> In Anknüpfung an eine gemeinsame Erklärung vom 22. Mai 1984 riefen die Präsidenten Alfonsín, de la Madrid und Nyerere sowie die Ministerpräsidenten Gandhi, Palme und Papandreou nach einem Treffen am 28. Januar 1985 in Neu Delhi erneut „zu einem umfassenden Stopp der Erprobung, der Produktion und des Einsatzes von Atomwaffen und deren Trägersystemen“ auf. Außerdem sprachen sie sich für die „Verhinderung eines Wettrüstens im Weltall“ und ein Verbot von Atomwaffentests aus. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 229–231.

Positiv bewertete Dizdarević auch die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über andere Fragen (Handel, Technologie, Kommunikation, Bildung und Wissenschaft). Etwas skeptisch äußerte er sich dagegen zur Möglichkeit von Gesprächen der Großmächte über andere Fragen und Gebiete der Welt, z. B. Nahost.

D. bezeichnete den Gesundheitszustand Tschernenkos – die letzten Meldungen, die er darüber gerade erhalten habe, seien sehr schlecht – als Handicap nicht nur für die SU, sondern auch für andere Länder und die internationalen Beziehungen.

b) BM erwiderte: Unsere Analyse stimme in vielen Punkten mit der jugoslawischen überein. Auch wir hielten die Entscheidung beider Großmächte, Verhandlungen aufzunehmen, für eine strategische Entscheidung und kein taktisches Manöver. Die Dauerhaftigkeit dieser Strategie werde abhängen von der Verhandlungsführung, aber auch von der Entwicklung im übrigen. BM erläuterte eingehend, um was es bei der Entwicklung im Weltraum gehe. Er betonte das Interesse aller Staaten, daß Aufklärungssatelliten, die stabilisierende Wirkung hätten, geschützt würden, während Killersatelliten, die bisher nur auf sowjetischer Seite existierten und destabilisierend seien, verboten werden sollten. BM erläuterte die Philosophie von SDI als drittem Komplex und den Charakter des Verhältnisses offensiver und defensiver Waffen. Er wies auf den zu erwartenden ungeheuren technologischen Sprung hin, den die Amerikaner durch das SDI-Forschungsprogramm unabhängig davon machen würden, ob nach fünf Jahren, das heiße nach Reagan, die Entwicklung neuer Weltraumwaffen beschlossen werde.

Die sowjetische Fixierung auf das Weltraumprogramm der USA habe deshalb nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche und technologische Gründe. Ein Interesse an einer Verhandlungslösung dieser Fragen hätten beide Seiten, auch die Amerikaner, denen bewußt sei, daß die SU der amerikanischen Entwicklung nicht passiv zuschauen werde. Der von beiden Großmächten akzeptierte Zusammenhang zwischen den drei Verhandlungskomplexen biete aus unserer Sicht die Chance, daß auch bei den Mittelstreckenwaffen Resultate erzielt würden. (D. machte sich bei diesem Teil des Gesprächs intensiv Notizen.)

BM betonte, daß wir uns gegenüber dem Dialog der Großmächte nicht auf die Rolle der Zuschauer beschränken dürften. Die Europäer müßten eine aktive Rolle spielen. Wir seien nicht nur Klimaanlage im Verhandlungsraum der Großmächte, wir müßten unseren eigenständigen Beitrag für Entspannung und Zusammenarbeit in Europa leisten. In diesem Zusammenhang komme dem KSZE-Prozeß eine große Rolle zu. Dieser Sorge dafür, daß West-Ost-Beziehungen nicht von einem Bilateralismus der Großmächte dominiert würden. Wir sollten deshalb den KSZE-Prozeß nutzen. Besonders im Bereich des zweiten Korbes<sup>20</sup> lägen noch große Möglichkeiten. Auch die in Madrid beschlossenen Expertentreffen<sup>21</sup> böten wichtige Möglichkeiten. Unter Hinweis auf das Kulturforum in Bu-

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

<sup>21</sup> Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 beschloß eine Reihe von Expertentreffen für die Jahre 1984 bis 1986. Vgl. dazu das Abschließende Dokument vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

dapest unterstrich BM die wichtige Rolle der kulturellen Zusammenarbeit für das West-Ost-Verhältnis. Auch die Abrüstungsforen sollten genutzt werden: Wien, Stockholm und der Genfer Abrüstungsausschuß. Hier könnten und müßten die Europäer eine wichtige Rolle spielen. Wenn die Großmächte außer Abrüstungsfragen auch Regionalprobleme wie den Nahen Osten erörterten, könne dies nützlich sein. Eine gewisse Zusammenarbeit zwischen USA und SU habe es bereits in der Vergangenheit gegeben, z. B. bezüglich des iranisch-irakischen Konfliktes, der dadurch nicht weiter ausgeufert sei. Sicher sei jedoch, daß Europa nicht in diesem Sinne als regionales Problem betrachtet werden könne. Es wäre gefährlich, wenn man dazu in den Amtsstuben eines großen Landes eine andere Vorstellung hätte. Das sowjetisch-amerikanische Verhältnis könne nicht von der Lage in Europa getrennt werden. Beides gehöre zusammen. Dazu sei jedoch auch notwendig, daß die Europäer ihr Gewicht zur Geltung brächten. Dies täten wir in der EG, im Bündnis sowie in den bilateralen Beziehungen zur SU, den anderen WP-Staaten und den Beziehungen zu den N+N-Staaten.

BM erwähnte, daß er gerade in Straßburg beim Europarat über die große Bedeutung gesprochen habe, die wir der Rolle der neutralen und nichtgebundenen Staaten in Europa beimessen. Deshalb seien uns auch die jetzigen Gespräche in Belgrad wichtig.

BM legte unsere Politik gegenüber unseren östlichen Nachbarn dar, die auf Zusammenarbeit aller mit allen gegründet sei. Deshalb wünschten wir keine Isolierung Polens und keine Politik um die DDR herum. BM berichtete über den positiven Verlauf seines Besuchs vor Weihnachten in Prag<sup>22</sup> und die gute Entwicklung der Beziehungen zur ČSSR trotz aller innen- und außenpolitischen Unterschiede. Er erwähnte die Besuchsvorhaben in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.<sup>23</sup> Mit den Polen sprächen wir über die Nachholung seines Besuchs<sup>24</sup>, wir hofften, die im Zusammenhang damit entstandenen Probleme lösen zu können. Nach der überflüssigen und schädlichen Diskussion bei uns in den letzten Wochen sei es besonders wichtig, klare Fakten zu schaffen. Mit der DDR hätten wir im letzten Jahr fast eine Art Flitterwochen gehabt. So etwas gefalle manchmal der Umgebung nicht. Trotz der Verschiebung des Honecker-Besuchs<sup>25</sup> entwickelten sich die Beziehungen jedoch weiter. Dies sei wichtig für uns Deutsche und die Lage in Europa. Der Besuch Antonows in Bonn habe wie schon sein Gespräch mit Tichonow in New Delhi<sup>26</sup> die positive Entwicklung der wirtschaftli-

<sup>22</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 18./19. Dezember 1984 die ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

<sup>23</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 12. bis 14. Februar in Rumänien, am 7./8. März in Bulgarien und vom 23. bis 25. Juni 1985 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 37, Dok. 58 und Dok. 168.

<sup>24</sup> Zu den Gesprächen über einen neuen Termin für den vom 21. bis 23. November 1984 vorgesehenen, aber kurzfristig abgesagten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 25.

<sup>25</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

<sup>26</sup> Bundesminister Genscher und Ministerpräsident Tichonow trafen am 3. November 1984 am Rande der Trauerfeierlichkeiten für die am 31. Oktober 1984 ermordete Ministerpräsidentin Gandhi zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken teilte dazu am 5. November 1984 mit, Tichonow habe vor allem die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen angesprochen: „Mit der deutschen Industrie habe man bisher immer gute Erfahrungen gemacht, das Vertrauen sei auch nie enttäuscht worden.“ Genscher habe sich zu sowjetischen Revanchismusvorwürfen geäußert: „Die sowjetische Führung müsse wissen, daß sie die Beziehungen nicht belasten dürfe durch Angriffe, die in der Bun-

chen Zusammenarbeiten mit der SU, die auch eine politische Dimension habe, bestätigt. Über kurz oder lang werde auch Gromyko zu uns kommen, wenn er auch seine Westbesuche nicht bei uns beginnen werde. Wir stünden mit Moskau in einem laufenden Meinungsaustausch, der fortgesetzt werde. Die Revanchismusvorwürfe aus Moskau<sup>27</sup> hielten wir für unbegründet und ungerecht und auch von der SU her für unweise, aber das werfe uns auch nicht um. Wir ließen uns nicht beirren in unseren Bemühungen um Verbesserung der West-Ost-Beziehungen in Europa. Wir seien uns unserer Verantwortung aus historischen und geographischen Gründen und auch wegen unserer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung bewußt. Wir schauten dabei nicht nur auf Washington und Moskau, sondern auch auf Belgrad und würdigten die verantwortungsvolle und konstruktive Rolle, die Jugoslawien auch in schwierigen Zeiten immer im West-Ost-Verhältnis gespielt habe.

BM lud Dizdarević zu einem Gegenbesuch ein, möglichst im Sommer und an einem schönen Platz außerhalb Bonns.<sup>28</sup> Dizdarević nahm dies dankend an. Er unterstrich, daß ihn die Analyse von BM und seine Darlegungen unserer Politik gegenüber den WP-Ländern besonders beeindruckt haben. Er würdigte das persönliche Engagement von BM für die konsequente Beibehaltung unserer konstruktiven Linie in der Ostpolitik. Dies sei um so wichtiger, als in letzter Zeit über ein mögliches Abgehen der Bundesregierung von der bisherigen Ostpolitik spekuliert werde. Die Politik von BM sei ein wesentlicher Beitrag zum KSZE-Prozeß.

c) Dizdarević beklagte, daß es im Gegensatz zur politischen Entwicklung in der internationalen Wirtschaftsentwicklung keine Zeichen der Besserung gebe. Die Probleme hätten sich verschärft. Es herrsche Hunger und Tod. Und es gäbe keine Kommunikation zwischen den reichen und armen Ländern. Die Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft habe keine Auswirkungen auf die Entwicklungsprobleme gehabt, die Schuldenlast der Entwicklungsländer sei durch die hohen Zinsen noch gestiegen. Die Rohstoffpreise seien gesunken. Die Entwicklungshilfeleistungen gingen zurück. Zinshöhe und unrealistischer Dollarwert hätten 1983 zu einer Nettokapitalübertragung der Entwicklungsländer an die Industriestaaten in Höhe von 21 Mrd. Dollar geführt. Es gäbe außerdem Tendenzen zum Export bestimmter Systeme in die Entwicklungsstaaten, die beunruhigen müssen. Die jetzigen Umschuldungsregelungen seien nur ein Aufschub für Probleme, die später zur Explosion führen könnten. Gespräche fänden nur auf zwei Ebenen statt: durch IWF und Weltbank. In der Blockfreien-Bewegung werde aktiv über diese Fragen gesprochen. Er erinnere an den Vorschlag von Indira Gandhi für eine internationale Entwicklungskonferenz. Er fragte, ob wir uns beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>29</sup> diesen Problemen zuwenden würden. BM erwiderte: Auch wir sähen große Explosionskraft in den ungelösten Finanz- und Wirtschaftsproblemen. In den ersten Jahrzehnten der Entwicklungshilfe

*Fortsetzung Fußnote von Seite 150*

desrepublik Deutschland als ungerechtfertigt empfunden würden. Wichtig sei jetzt, daß auch der deutsch-sowjetische Dialog fortgesetzt werde.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 7604; Referat 213, Bd. 139305.

<sup>27</sup> Zu den Vorwürfen gegen die Bundesrepublik in den sowjetischen Medien vgl. Dok. 11, Anm. 3.

<sup>28</sup> Der jugoslawische Außenminister Dizdarević hielt sich am 20./21. Januar 1986 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher vgl. AAPD 1986.

<sup>29</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

seien Fehler gemacht worden. Heute wüßten wir, daß die Sicherstellung der Ernährung die erste und nicht überspringbare Stufe sei. Dazu komme der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage, die z.B. durch das Abholzen von Wäldern mit entsprechenden negativen klimatischen Auswirkungen gefährdet würden. Was die Verschuldungsproblematik betreffe, so hätten wir schon beim Weltwirtschaftsgipfel in London<sup>30</sup> betont, daß bei Bestimmungen der Konditionen für die Sanierung der Schuldnerstaaten auch die politischen und sozialen Zustände berücksichtigt werden müßten. Dies habe inzwischen zu einer realistischen Einschätzung bezüglich solcher Konditionen geführt. Was die Kommunikationen zwischen Nord und Süd angehe, so glaubten wir nicht, daß Mammutkonferenzen mit vielen Worten und Entschließungen, während die Menschen verhungerten, zu Lösungen führen könnten. Dagegen sollte man den<sup>31</sup> Rahmen der Konferenz von Cancún, die sehr nützlich gewesen sei, für den Nord-Süd-Dialog nutzen. Er habe dies den beiden damaligen Kopräsidenten in Mexiko und Österreich<sup>32</sup> schon gesagt und werde es bei seinem Besuch in Wien in zwei Wochen wiederholen.<sup>33</sup> Die Verschuldungsprobleme berührten alle, auch uns als Gläubiger.

[gez.] Braunmühl

**Referat 010, Bd. 178897**

<sup>30</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. AAPD 1984, I, Dok. 170 und Dok. 171.

<sup>31</sup> Korrigiert aus: „im“.

<sup>32</sup> Bei der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún am 22./23. Oktober 1981 sollten Präsident López Portillo und Bundeskanzler Kreisky den Vorsitz führen. Wegen einer Erkrankung wurde Kreisky jedoch durch Ministerpräsident Trudeau vertreten.

<sup>33</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. Februar 1985 zum Besuch des Opernballs und zu Gesprächen mit der MBFR-Delegation der Bundesrepublik in Wien auf. Vgl. dazu den Artikel „Genscher beendet Rumänien-Besuch“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Februar 1985, S. 4.



## 28

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der chinesischen Außenhandelsministerin Chen Muhua

VS-vertraulich

4. Februar 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit der chinesischen Außenhandelsministerin und Staatsrätin Chen Muhua am Montag, dem 4. Februar 1985, 16.00 Uhr bis 16.40 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Teilnehmer: Xue Ju, Gouverneur der Provinz Zhejiang; Xiang Zhongyang, Stellv. Minister für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei; An Zhiyuan, Botschafter in Bonn; Qin Hongliang, Dolmetscher.

BM Bangemann, StS Dr. Ruhfus, MD Teltschik, Herr Hendrichske, Dolmetscher.

Frau *Chen* übermittelte dem Bundeskanzler die herzlichen Grüße des Ministerpräsidenten. Er freue sich auf seinen Besuch in Bonn und auf seine Gespräche mit dem Bundeskanzler.<sup>3</sup>

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß auch er sich auf den Besuch des Ministerpräsidenten freue. Er werde persönlich um das Programm für den Besuch bemüht sein und es so interessant wie möglich gestalten. Er habe dem Botschafter bereits vorgeschlagen, daß er bereit sei, den Ministerpräsidenten für einen Tag als Privatgast zu begrüßen. Er wolle ihm persönlich Land und Leute zeigen, damit der Ministerpräsident nicht nur Minister sehen werde. Er solle auch die Gelegenheit haben, ganz „normale Leute“ kennenzulernen. Für ihn werde dies auch eine gute Gelegenheit sein, sich für die großartige Gastfreundschaft in der Volksrepublik China zu bedanken.<sup>4</sup>

Bei seinem Besuch in der Volksrepublik China sei es ihnen gelungen, ein Tor aufzustoßen. Man habe gewissermaßen auf ein altes Tor zurückgreifen und es auf den modernsten Stand bringen können. Er sei sich sicher, daß es langfristig

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 5. Februar 1985 gefertigt und am 7. Februar 1985 an Bundesminister Genscher übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 7. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Minister als Einglangl.“ Außerdem verfügte er die Übermittlung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, an die Ministerialdirektoren Haas und Ungerer sowie an die Referate 341, 413 und 422.

Hat Ministerialdirigent Sulimma am 8. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 3 n[ach] R[ückkehr].“

Hat Haas am 11. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Keil „n. R.“ verfügte.

Hat Keil am 2. März 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13637 (341); B 150, Aktenskopien 1985.

<sup>2</sup> Die chinesische Außenhandelsministerin Chen Muhua hielt sich vom 3. bis 8. Februar 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 152 und Dok. 154.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 7. bis 13. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

große Möglichkeiten für die Zusammenarbeit gebe. Er habe von Bundesminister Bangemann gehört, daß Frau Chen bereits gute Gespräche führen konnte.<sup>5</sup>

Frau *Chen* bestätigte, daß sie bereits sehr gute Gespräche geführt habe. Seit dem Besuch des Bundeskanzlers hätten die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen neue Fortschritte gemacht. Bereits bei dem Besuch des Bundeskanzlers hätte ein gemeinsames Abkommen über ein Joint Venture über die Produktion von Volkswagen in Shanghai geschlossen werden können.<sup>6</sup> Am 20. Januar sei ein Vertrag über die Lieferung des Airbus unterzeichnet worden.<sup>7</sup> In diesem Jahr würden drei Airbus nach China geliefert werden. Wenn die Qualität gut sei, sei die Volksrepublik bereit, weitere Airbus zu kaufen. Am 15. Januar sei das Angebot über die Lieferung eines Rundfunk- und Fernsehsatelliten eingetroffen. Dieses Angebot werde jetzt ausgewertet werden.<sup>8</sup> In absehbarer Zeit werde dann das Ergebnis der Prüfung bekanntgegeben werden. Auch in diesem Bereich könne eine Zusammenarbeit möglich sein.

Im Dezember 1984 sei eine Delegation von KWU in der Volksrepublik China gewesen.<sup>9</sup> Beide Seiten hätten vereinbart, daß die KWU im Februar erneut ein Angebot übergeben werde, das dann von der chinesischen Seite geprüft werde. Im März solle dann eine chinesische Delegation in die Bundesrepublik reisen.<sup>10</sup>

<sup>5</sup> Bundesminister Bangemann und die chinesische Außenhandelsministerin Chen Muhua leiteten die vierte Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 4. bis 6. Februar 1985 und trafen am 4. Februar 1985 zu einem ersten Gespräch zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 133654.

<sup>6</sup> Am 10. Oktober 1984 schloß die Volkswagen AG mit mehreren chinesischen Unternehmen einen Vertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Gesellschaft zur Automobilproduktion in Shanghai. Vgl. dazu den Artikel „Volkswagen gründet Tochtergesellschaft in Rotchina“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Oktober 1984, S. 15.

<sup>7</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 22. Januar 1985 dar, daß die Volksrepublik China am 20. Januar 1985 einen Kaufvertrag über drei Flugzeuge vom Typ Airbus A 310 paraphiert habe: „Zu diesem Erfolg gegen (preisgünstigere) Boeing-Konkurrenz haben Aktivitäten der deutschen Seite maßgeblich beigetragen. Der Bundeskanzler und verschiedene Bundesminister haben in China für Airbus geworben. Die Lufthansa hat die Vorführung des Flugzeugs unterstützt. Langfristig hat China einen sehr großen Bedarf an Flugzeugen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133653.

<sup>8</sup> Die Volksrepublik China plante „die Einrichtung eines Satellitenfernsehsystems für ein landesweites Fernsehprogramm. [...] Dabei sollen in einem ersten Abschnitt zwei Fernsehsatelliten gekauft und in einer späteren Phase die beiden anderen Satelliten teilweise in China gefertigt werden (Technologietransfer). Um den Auftrag (Wert ca. 500 Mio. DM) wollen sich Eurosatellite (unter Führung von MBB, Produktionsanteil deutscher Firmen insgesamt 75 %), das französisch-britische Konsortium SATCOM International und RCA (USA) bewerben. Für die deutsche Industrie hätte dieser Auftrag herausragende Bedeutung für unsere Qualifizierung auf dem Weltmarkt.“ Vgl. die gemeinsame Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 14. Januar 1985; Referat 341, Bd. 133653.

<sup>9</sup> Eine Industrie-Delegation aus der Bundesrepublik besuchte vom 11. bis 14. Dezember 1984 die Volksrepublik China, um „über die langfristige Zusammenarbeit auf dem Nukleargebiet umfassend zu verhandeln (comprehensive mission)“. Im Mittelpunkt stand der Bau von Kernkraftwerken in Sunan und Guandong, „insbesondere Technologietransfer, Finanzierung, Kompensation auf den Gebieten N[icht]E[del]-Metalle und Lieferung von Natururan“. Über das Kompensationsgeschäft seien bereits Grundsatzvereinbarungen abgeschlossen worden. Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 15. Januar 1985; Referat 431, Bd. 145543.

Am 25. Januar 1985 ergänzte das Bundesministerium für Wirtschaft, wichtigstes Anliegen der Delegation sei die Darlegung des Technologietransfer-Konzepts gewesen: „China möchte je KKW kumulativ 20 % des technischen Wissens erhalten, um so das fünfte KKW selbst bauen zu können.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133653.

<sup>10</sup> Über den Besuch einer chinesischen Delegation vom 15. März bis 5. April 1985 in der Bundesrepublik teilte das Vorstandsmitglied der KWU, Frewer, Botschafter Fischer, Peking, am 4. April 1985 mit: „Wir haben für April und Mai ein umfangreiches Programm für weitere Verhandlungen zwi-

Es gebe noch einige Probleme bei der Preisgestaltung. Sie hoffe, daß das deutsche Angebot in der Preisfrage noch konkurrenzfähiger werde. China sei bereit, Nicht-Eisenmetalle und Uran als Kompensation zu liefern. China sei auch daran interessiert, die abgebrannten Stäbe wieder aufzubereiten. Dafür solle noch eine Lösung gefunden werden.

Der Bundeskanzler erklärte, daß er eine Zusammenarbeit im Bereich des Reaktorbaus sehr begrüßen würde. Er habe bereits dem Ministerpräsidenten gesagt, daß dies für die Bundesrepublik Deutschland ein besonders wichtiger Punkt sei, der sich in besonderer Weise für eine sehr langfristige Zusammenarbeit eigne. China sei gewohnt, in langen Zeiträumen zu denken. Dies sei ein gutes und wichtiges Prinzip, weil es gerade in einer schwierigen Weltlage wichtig sei, eine langfristige Zusammenarbeit zu vereinbaren, die über die Zeit der jetzt verantwortlichen Politiker hinausreiche. Dabei sollten die Tagesprobleme sicherlich nicht zu kurz kommen. Die Zusammenarbeit im Bereich von Kernreaktoren sei für langfristige Kooperation besonders geeignet und deshalb sehr wichtig.

Er sei sich sicher, daß die deutsche Industrie alle Anstrengungen unternehmen werde, um auch bei den Preisen konkurrenzfähig zu sein. Frau Chen solle aber bedenken, daß darüber hinaus Qualität und der Dienstleistungsservice im Anschluß an die Errichtung der Reaktoren von besonderer Bedeutung seien. Er wolle andere Anbieter nicht schlechtmachen, jedoch aber darauf verweisen, daß Qualität bei Kernreaktoren besonders wichtig sei. Wenn im 21. Jahrhundert in der Volksrepublik China ein deutscher Reaktor in Dienst gestellt sei, werde dies für beide Seiten sehr wichtig sein. Diese Zusammenarbeit biete auch eine besondere Chance für technologischen Transfer. Er wolle es Frau Chen ganz offen sagen, daß er hoffe, daß beim Besuch des Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland eine erste Entscheidung erreicht werden könnte.

Frau Chen erwiderte, daß sie den Ausführungen des Bundeskanzlers über die Vorteile einer langfristigen Zusammenarbeit völlig zustimme. Der Ministerpräsident habe ihr gesagt, daß die Volksrepublik China die Zusammenarbeit mit Westeuropa von einem strategischen Gesichtspunkt aus betrachten müsse. Die Volksrepublik China würde der Entwicklung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit mit Westeuropa und der Bundesrepublik große Bedeutung beimessen.

Sie habe bereits Bundesminister Bangemann gesagt, daß das Handelsvolumen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zwei Jahren stagniert habe, und zwar in einer Größenordnung von zwei Milliarden US-Dollar. Damit dürften sich beide Seiten nicht zufriedengeben. Ihr Ziel sei es, das Handelsvolumen bis 1990 auf vier Milliarden US-Dollar zu verdoppeln. Einige Großprojekte seien bereits beschlossen. Sie verweise auf das Volkswagenprojekt, den Airbus, auf das KWU- und auf das Satellitenprojekt.

Darüber hinaus sei China bereit, die Zusammenarbeit mit kleineren und mittleren Unternehmen zu verstärken. Über entsprechende Maßnahmen habe sie

*Fortsetzung Fußnote von Seite 154*

schen verschiedenen Expertengruppen vereinbart, um Ende Mai in Peking zu einem abschließenden „High Level Meeting“ zusammenzutreffen.“ Frewer bat um Rat, „welche flankierenden politischen Maßnahmen“ noch hilfreich sein könnten. Vgl. das Schreiben; Referat 431, Bd. 145543.

bereits mit Bundesminister Bangemann gesprochen. Die Volksrepublik wolle auch die Kooperation bei der Erschließung menschlicher Intelligenz verstärken und mehr chinesische Studenten nach Deutschland entsenden und deutsche Experten nach China einladen. Dies gelte vor allem auch für Senioren, die als Experten nach China eingeladen werden sollen.<sup>11</sup> Das Ziel sollten gemeinsame Forschungsprojekte sein.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß die Zusammenarbeit mit Klein- und Mittelbetrieben nicht unterschätzt werden sollte. Diese Betriebe seien besonders zukunftsträchtig, und dies gelte gerade auch für die chinesischen Verhältnisse. Sicherlich seien die Großunternehmen wichtig, jedoch könne man in den chinesischen Provinzen eine Mentalität vorfinden, die in besonderer Weise dem Mittelstand in der Bundesrepublik entspreche. Die kleinen Unternehmen verfügten über eine große Dynamik und könnten elastischer auf den Markt reagieren. Der gegenseitige Kontakt würde viel stärker in direkter Weise erfolgen, was beiden Seiten große Vorteile brächte. Die Vertreter dieser kleineren und mittleren Betriebe müßten nicht erst zu Hause nachfragen, sondern könnten zumeist bereits vor Ort ihre Möglichkeiten einschätzen und Entscheidungen treffen. Dies sei im übrigen ein Grund dafür, warum die Bundesrepublik die japanische Herausforderung nicht besonders fürchten müsse. Er habe viel Sympathie für Japan, dennoch sei es Unsinn, wenn gesagt würde, daß wir die Japaner nicht einholen könnten. Frau Chen solle zu Hause berichten, daß die Bundesrepublik gegenüber Japan wieder aufholen würde.

Frau *Chen* erwiderte, daß die Bundesrepublik und die Volksrepublik zusammenarbeiten und auf dem Weltmarkt als Konkurrenten von Japan auftreten könnten. Die Bundesrepublik verfüge über gute Technologie, die Volksrepublik über billige Arbeitskräfte. Dies seien gute Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit. Auch die Chinesen seien sehr intelligent. Und fleißig, warf der *Bundeskanzler* ein. Die Deutschen seien sehr praktisch, fuhr Frau *Chen* fort.

In den Bereichen, die vor allem technologisch von besonderer Bedeutung seien, bestehe für die Entwicklung der Zusammenarbeit das Problem von COCOM. Sie habe mit vielen Ländern, auch mit den Vereinigten Staaten, über das Problem von COCOM gesprochen. Die Amerikaner hätten ihr gesagt, daß sie bereit wären, diese Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Sie seien jedoch durch das Veto ihrer Partner daran gehindert. Das gleiche würden ihr aber die anderen von den USA berichten.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Zu dem seit 1983 auch in der Volksrepublik China eingesetzten „Senior-Experten Service“ der deutschen Wirtschaft hielt Vortragender Legationsrat Wolf am 11. Dezember 1984 fest, daß diese Einrichtung von nicht mehr im Berufsleben stehenden Managern „gegenwärtig über ca. 1000 Experten, die in der Dritten Welt eingesetzt werden“, verfüge. Vgl. Referat 341, Bd. 133612.

<sup>12</sup> Die Referate 421 und 413 legten am 27. November 1984 dar, die Volksrepublik China gehöre „– wie die osteuropäischen Staaten – zu den im Sinne des COCOM ‚Verbotenen Zielländern‘ (= ‚proscribed destinations‘)“. Im September 1981 sei jedoch im COCOM beschlossen worden, „Exporte nach China auf einer nicht formalisierten Basis zu begünstigen. Im Jahre 1983 wurde auf amerikanische Initiative eine besondere Flexibilität für China-Exporte vereinbart. [...] Diese in der Praxis neue, wenn auch nicht formalisierte China-Politik hat dazu geführt, daß in chinesischer Sicht die COCOM-Problematik deutlicher ins Bewußtsein gerückt ist und zugleich ein gewisser Eindruck von besonderer amerikanischer Aufgeschlossenheit gegenüber China erweckt wurde.“ Chinesischen Gesprächspartnern werde dazu gesagt, die Bundesrepublik werde sich bei den „COCOM-pflichtigen Exporten nach China ‚im COCOM an Flexibilität von niemandem übertreffen lassen‘. Das Einstimmigkeitsprinzip des

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß es sich bei dieser Frage um ein schwieriges Kapitel handele, das aber gelöst werden könne. Es sei ja unstreitig, daß er ein Freund der USA sei. Er habe keinen Nachholbedarf, dies unter Beweis zu stellen. Aber wie in jeder Familie gebe es hin und wieder Streit. Dennoch wolle er versuchen, Mittel und Wege zu finden, um das Problem von COCOM zu überwinden, wenn es zu einer stärkeren Zusammenarbeit kommen werde. Frau Chen solle wissen, daß die Bundesrepublik Freund, Partner und Verbündeter, jedoch kein Untergebener der USA sei. Es könnten sicherlich Lösungen gefunden werden.

Frau *Chen* erwiderte, daß COCOM nicht der geschichtlichen Entwicklung entspreche und deshalb liberalisiert und am Ende ganz abgeschafft werden solle.

Der *Bundeskanzler* verwies auf den Ursprung von COCOM, der vor allem in der Politik gegenüber der Sowjetunion begründet sei. Solange die Sowjetunion ihre jetzige Politik fortsetze, könne COCOM nicht abgeschafft werden. Jedoch sollte China aus der COCOM-Liste gestrichen werden, warf Frau *Chen* ein.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß COCOM ursprünglich gegen die Sowjetunion gerichtet gewesen sei, jedoch andere Länder dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Hierfür müsse man Lösungen finden. Sie hoffe, erwiderte Frau *Chen*, daß die Bundesregierung in der Frage von COCOM eine positive Rolle spielen werde. Dies sei ganz sicher, erklärte der *Bundeskanzler*. Er habe ja in besonderer Weise sein Interesse an dem Reaktorprojekt unterstrichen. Es gehe ihm dabei nicht nur um den Reaktor als solchen. Dieser sei für ihn gewissermaßen ein politischer Prototyp, und dies solle sie bedenken. Dies verstünde sie, erwiderte Frau *Chen*.

Der *Bundeskanzler* bat Frau Chen, dem Ministerpräsidenten seine herzlichen Grüße zu übermitteln. Er habe seine Vorschläge für das Besuchsprogramm übermittelt und erwarte die Antwort des Ministerpräsidenten. Der *Bundeskanzler* bat Frau Chen, herzliche Grüße auch an Deng Xiaoping zu übermitteln.

Frau *Chen* bedankte sich für die Grüße.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er über die jüngsten Beschlüsse der chinesischen Regierung, insbesondere im Bereich der Wirtschaft<sup>13</sup>, sehr beeindruckt sei. Die Volksrepublik China nehme eine sehr gute Entwicklung. Er begrüße es sehr, wenn Freunde eine gute Entwicklung nehmen würden.

**VS-Bd. 13637 (341)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 156*

COCOM bietet grundsätzlich auch die Gewähr, daß wir diese Position durchsetzen können.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133616.

<sup>13</sup> Gesandter Nölle, Peking, informierte am 28. November 1984 über den Beschluß des Plenums des ZK der KPCh vom 20. Oktober 1984 zur Reform des Wirtschaftssystems, der „das Startsignal für tiefgreifende Reformen auch im nichtagrarischen Bereich, vor allem in den Sektoren Industrie, Dienstleistungen und Außenwirtschaft gegeben“ habe: „Durch Dezentralisierung wirtschaftlicher Entscheidungsbefugnisse und Einführung marktwirtschaftlicher Elemente (namentlich materielle Anreize und Wettbewerb) sollen größere Effizienz, schnelleres Wachstum und flexible Anpassung an die sich wandelnde Nachfragestruktur erreicht werden. Die angestrebten Reformen werden in ihrer historischen Tragweite von der chinesischen Führung selbst mit der Revolution von 1911 und der Gründung der Volksrepublik im Jahre 1949 verglichen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1977; Referat 341, Bd. 133588.

Für den Wortlaut der Beschlüsse vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Nr. 44 vom 30. Oktober 1984, S. I–XVI.

## 29

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Fabius

VS-NfD

5. Februar 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Premierminister, Herrn Laurent Fabius, am 5. Februar 1985.

Dauer des Gesprächs: 11.00 Uhr bis 12.00 Uhr.<sup>2</sup>

Teilnehmer auf französischer Seite: Herr Bernard, außenpolitischer Berater des Premierministers, als Note-taker, sowie Frau Stoffaes als Dolmetscherin.

Teilnehmer auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Hamerlak-Hermesdorff als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit einer Darlegung der deutschen Wirtschaftslage. Bis auf die Frage der Arbeitslosigkeit sei er mit dem Verlauf der Wirtschaft sehr zufrieden. Auf dem Arbeitsmarkt mache sich jetzt der harte Winter bemerkbar. Einen Winter, bei dem das Thermometer auf 20 bis 25 Grad minus sinke, gebe es bei uns nur alle zehn Jahre. Die Witterung habe uns besonders im Bausektor getroffen. Allerdings sei die Kapazität der Bauindustrie auch viel zu groß. Die Bauindustrie sei nach dem Kriege stark angewachsen, als es das Land wieder aufzubauen galt. Heute habe sie 30 Prozent zu viel Kapazität. Im übrigen sei er, der Bundeskanzler, ganz zufrieden. Er hoffe, daß wir 1985 auch in den europäischen Dingen vorankommen würden.

Von sich aus wolle er eine Frage ansprechen, nämlich den Besuch des Premierministers in Ostberlin.<sup>3</sup> Wir hätten mit diesem Besuch keine Probleme, aber

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 6. Februar 1985 gefertigt.

Am 11. Februar 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, die Aufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur Vorlage bei BM Genscher“ mit dem Hinweis: „In der Aufzeichnung ist auch das anschließende Gespräch berücksichtigt, das in Gegenwart der BM Zimmermann, Bangemann und Riesenhuber geführt wurde.“

Hat Ploetz am 14. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister als Eing[ang].“

Hat Ministerialdirektor Ungerer am 15. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fischer-Dieskau am 17. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 401, 412 und 423 sowie die anschließende Wiedervorlage in Referat 420 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat von Graevenitz am 21. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dohmes am 21. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schmidt am 25. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „(von S. 6/7 b[ei]t) Abli[chtung] machen“. Vgl. Anm. 17 und 22.

Hat Vortragendem Legationsrat Praller am 27. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich um eine Ablichtung der Seiten 1, 12 und 13 „für meine Airbus-Akte“ bat. Vgl. Anm. 5, 33 und 44. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 420, Bd. 130838.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Fabius hielt sich am 4./5. Februar 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Die Botschaft in Paris teilte am 7. Januar 1985 mit, Ministerpräsident Fabius plane „für Mitte März bzw. Mitte Mai“ einen Aufenthalt in der DDR. Fabius übernehme damit eine Besuchszusage seines Amtsvorgängers Mauroy, dessen für August 1984 vorgesehener Besuch „durch den Rücktritt Mauroys hinfällig“ geworden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; Referat 210, Bd. 139194.

wenn wir Wünsche äußern dürften, so würden wir es gerne sehen, wenn der Besuch nicht so früh im Jahr, sondern etwas später stattfindet. Es gebe hierfür eine Reihe von Gründen. In Genf werde es Entwicklungen geben.<sup>4</sup> Dies<sup>5</sup> werde nur sehr langsam in Gang kommen, jedoch würde das Klima in Genf auch das allgemeine Klima positiv beeinflussen. Es sehe auch so aus, als ob sich in Moskau etwas bewege. Man habe den Eindruck, daß Tschernenko bald überhaupt keine Besuche mehr machen könne. Man müsse damit rechnen, daß hier bald ein Wechsel eintreten werde. Er, der Bundeskanzler, sei kein Kremlastrologe. Er sei aber weit davon entfernt, sicher zu sein, daß der Nachfolger Tschernenkos ein jüngerer Mann werde. Eher glaube er, daß es wieder einer der Alten sein werde. Dies werde das generelle politische Klima beeinflussen, damit aber auch die Haltung der DDR. Für die DDR sei der Besuch des Premierministers von größter Bedeutung, zusammen mit dem Besuch von Generalsekretär Honecker in Italien.<sup>6</sup> Die DDR werde diesen Besuch unter der Überschrift: „Wir sprechen mit den Freunden der Bundesrepublik Deutschland“ herausstellen. Es sei sicher nützlich, wenn der Premierminister oder der französische Präsident einmal nach Berlin gehen würden. Präsident Reagan und Frau Thatcher seien bereits da gewesen.<sup>7</sup> Er sehe einen solchen Besuch natürlich nicht im Zusammenhang mit dem Besuch des Premierministers in der DDR. Und dann wolle er noch eine Idee vortragen: Im Oktober feierten wir den 60. Jahrestag der Locarno-Verträge.<sup>8</sup> Aus seiner Sicht sei damals die größte Chance des Jahrhunderts verspielt worden. Diejenigen, die Locarno betrieben hätten, wollten die Westbindung des Deutschen Reiches festigen. Wenn dies geglückt wäre, wäre alles anders gekommen. Man sei an den parlamentarischen Vertretungen, insbesondere der Chambre, gescheitert. Briand sei darüber gestürzt. Er, der Bundeskanzler, habe jetzt gelesen, was Chamberlain später darüber geschrieben habe. Dies sei von höchstem Interesse.

Für ihn sei die Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland eine Frage, die die Staatsraison unseres Landes berühre. Hier stehe er in einem eklatanten Gegensatz zu den Auffassungen von Herrn Brandt. Er glaube, daß diese Westbindung irreversibel sei. Es dürfe keine Schaukelpolitik, keine Neutralisierung Deutschlands geben. Er beabsichtige, diesen Anlaß zu einer Erinnerungsveranstaltung in Berlin auf akademischem Niveau zu nehmen. Dabei sollten dort die Nachfolger von Briand, Stresemann und Chamberlain sprechen. Es sei eine wichtige Sache, zu zeigen, daß die Leute damals so klug gewesen seien wie heute, aber daß man aus den Erkenntnissen nicht die nötigen Konsequenzen gezogen habe mit den Folgen, die wir alle kennen.

Premierminister *Fabius* dankt dem Bundeskanzler für seinen freundlichen Empfang. Seine Locarno betreffende Idee finde er sehr interessant. Wenn die

<sup>4</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>5</sup> Ende der Seite 1 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>6</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Italien am 23./24. April 1985.

<sup>7</sup> Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 11. Juni 1982, Premierministerin Thatcher am 29. Oktober 1982.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Verträge vom 16. Oktober 1925 zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und der Tschechoslowakei (Verträge von Locarno) vgl. REICHSGESETZBLATT 1925, Teil II, S. 976–1009.

französische Seite dabei behilflich sein könne, werde sie das gern tun. Was seine Reise in die DDR anbetreffe, so verstehe er den Bundeskanzler. Er habe eine andere Sorge: Er wolle nicht zu nah an den 8. Mai herankommen. Wenn man sich aber vom 8. Mai entfernen wolle, müsse man die Reise sehr schnell oder sehr viel später stattfinden lassen. Er wolle sehen, ob sich die Reise herauschieben lasse, vielleicht nicht in das zweite Halbjahr, wohl aber an das Ende des ersten Halbjahres.<sup>9</sup>

Was die Sowjetunion angehe, so habe er die gleichen Informationen wie der Bundeskanzler. Außenminister Dumas werde am 8. Februar nach Moskau reisen, um dort über die französisch-sowjetischen Beziehungen zu sprechen<sup>10</sup>, unter anderem über einen Besuch des Generalsekretärs in Frankreich. Für einen solchen Besuch müsse es aber natürlich auch einen Besucher geben. Lachend äußert Premierminister Fabius, was einen evtl. Nachfolger für Generalsekretär Tschernenko angehe, so sei es ja bekannt, daß man sich vor den Jungen hüten müsse.

Was die Beziehungen Frankreichs zur Sowjetunion anbetreffe, so liefen sie keineswegs glatt (*les choses n'embrayent pas*). Vieles bleibe wenig klar.

Der *Bundeskanzler* äußert, man werde von sowjetischer Seite Frankreich eher freundlich behandeln. Die Strategie sei klar: Uns gegenüber habe man bis zum Sommer 1983 Zuckerbrot auf den Tisch gelegt. Nach der Stationierung folge nun eine Periode der Bestrafung. Die Propagandawalze sei in Gang gesetzt. Sie hätten entsprechende Weisungen auch in den Warschauer Pakt hineingegeben, die Bundesrepublik Deutschland reserviert zu behandeln. Dies hindere sie natürlich nicht, in den Wirtschaftsbeziehungen (außerhalb der Propaganda) ganz normale Geschäfte zu machen.

Premierminister *Fabius* antwortet, Frankreich habe das gleiche Gefühl, nur völlig umgekehrt. Vor der Stationierung habe es zunächst Spannungen wegen der französischen Haltung zum Doppelbeschluß<sup>11</sup> gegeben. Jetzt signalisiere man von sowjetischer Seite Frankreich, daß im politischen Bereich eine Öffnung stattfinden könne, und man spare nicht an großen Worten. Wirtschaftlich laufe jedoch nichts („no business as usual“).

Der *Bundeskanzler* äußert, es sei auch typisch, daß sie jetzt ihren Kronprinzen zu Frau Thatcher geschickt hätten.<sup>12</sup> Dort habe er eine Offensive des Charmes losgelassen. Frau Thatcher sei in der Tat von ihm sehr angetan gewesen.<sup>13</sup> Hier erwidert Premierminister *Fabius*, als Gorbatschow freilich auf Menschenrechte angesprochen wurde, sei das plötzlich ganz anders gewesen. Der *Bundeskanzler* fährt fort, ihn beeindrucke die sowjetische Propaganda nicht. Die sowjetische Haltung könne sich von einem auf den anderen Tag ändern. Rea-

<sup>9</sup> Ministerpräsident Fabius hielt sich am 10./11. Juni 1985 in der DDR auf.

<sup>10</sup> Der französische Außenminister Dumas hielt sich vom 10. bis 13. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>12</sup> Vom 15. bis 22. Dezember 1984 hielt sich eine Delegation des Obersten Sowjet der UdSSR unter Leitung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Äußerungen der Premierministerin Thatcher gegenüber Bundeskanzler Kohl am 18. Januar 1985; Dok. 13.



gan habe man bis zur Wahl<sup>14</sup> als Kriegstreiber betrachtet. Danach sei er plötzlich zu einem ehrenwerten Mann geworden.

Premierminister *Fabius* äußert, Frankreich wünsche sich nur, die Sowjetunion würde es wirtschaftlich mehr berücksichtigen.

Der *Bundeskanzler* antwortet hierauf, er glaube, daß die Sowjets selbst große wirtschaftliche Schwierigkeiten hätten. Sie wüßten nicht, welchen Wirtschaftskurs sie steuern sollten, etwa in Richtung Ungarn, wie das Andropow gewollt hatte (dies habe ihm Kádár gesagt<sup>15</sup>). Mit diesem System wüßten sie zur Zeit selbst nicht, wie sie weiter agieren sollen.

Premierminister *Fabius* fährt fort, er habe sich die europäischen Fragen ein wenig angesehen. Es gebe eine Angelegenheit, wo man in der deutsch-französischen Kooperation auf der Stelle trete, wo man aber vorangehen könne. Es sei die Frage des TGV. Unsere Industriellen schienen hier auf beiden Seiten des Rheins einer Meinung zu sein. Hier könne man 1985 am ehesten weiterkommen. Was die wirtschaftliche Entwicklung angehe, so habe er die letzten deutschen Arbeitslosenzahlen mit großer Betrübniß gelesen<sup>16</sup>, Betrübniß, die Deutschland, aber auch Frankreich anbetreffe. Die französische Regierung habe die Zahlen für Januar noch nicht. Wenn diese Zahlen auch so schlecht seien wie die deutschen, dann werde die Lage dramatisch. Deutschland habe die Arbeitslosigkeit bisher gut eingedämmt. Wenn die Arbeitslosigkeit aber jetzt hier auch emporspringe, könne das für Frankreich noch schlimmere Folgen haben.

Was die Inflation angehe, so hätten wir zur Zeit die geringste Differenz der Inflationsraten beider Länder seit Jahren. Diese Tatsache erlaube es uns, die Auseinandersetzung um die verschiedenen Wirtschaftspolitiken aus dem Wege zu räumen. Was den Außenhandel angehe, so habe sich die französische Lage wesentlich gebessert. Es stehe jetzt eine ausgeglichene Zahlungsbilanz in Aussicht. Was die Arbeitslosigkeit anbetreffe, so sei es sehr schwer, sich hier etwas einfallen zu lassen.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, die Arbeitslosigkeit sei nicht über Nacht gekommen und werde auch nicht über Nacht zu beseitigen sein. Wir hätten das Problem, daß sie sehr stark sektoral und regional konzentriert sei. Die Bundesrepublik Deutschland teile sich immer mehr in Nord und Süd. Die Lage der fünfziger Jahre habe sich völlig umgekehrt. Nach dem Krieg sei der Süden wirtschaftlich schwach gewesen, der Norden stark. Im Süden sei sehr viel getan worden, und heute gebe es dort die wirtschaftlich stärksten Regionen. Der *Bundeskanzler* exemplifiziert dies am Beispiel Rheinland-Pfalz/Nordrhein-Westfalen.

<sup>17</sup>In den schwachen Sektoren Stahl, Kohle, Werften rächten sich heute viele Sünden aus der Vergangenheit.

<sup>14</sup> Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 6. November 1984 statt.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 21. bis 23. Juni 1984 und traf am 22. Juni 1984 mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, zusammen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 214, Bd. 139487.

<sup>16</sup> Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik stieg im Januar 1985 auf knapp 2,62 Millionen. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich damit von 9,4 % im Dezember 1984 auf 10,6 %. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 42 und S. 125.

<sup>17</sup> Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Was den TGV anbetreffe, so sei er ein großer Anhänger dieser Idee, der technologisch die Zukunft gehöre. Es sei vernünftig, den Bahnverkehr auszubauen. Bezogen auf die Dimensionen der Bundesrepublik Deutschland gebe er der Binnenluftfahrt geringe Chancen. Verbindung durch Großhubschrauber komme kaum in Betracht, auch der Senkrechstarter werde nicht kommen. Mit den vorhandenen Flugmaschinen sei man auf Flugplätze angewiesen, die wir nur zum Teil hätten. Alle anderen Flugplätze müßten erweitert werden. Eine Flugplatz-erweiterung bringe aber heutzutage aus umweltpolitischen Gründen einen Riesenärger mit sich. Wir hätten außerdem das Problem einer sehr dichten Militärluftfahrt. Seine engere Heimat, die Pfalz, sei der Flugzeugträger der NATO. Mit der Militärluftfahrt seien große Belästigungen für die Zivilbevölkerung verbunden. Dies ließe sich nicht ändern. Auch mit dem Autobahnbau sei man am Ende. Im Prinzip sei das Autobahnnetz zu drei Vierteln fertiggestellt. Wir könnten nicht große Teile der Bundesrepublik zubetonieren. Die Eisenbahn sei ökologisch das Vernünftigste. In der Vergangenheit seien in der Bundesrepublik Deutschland in der Verkehrspolitik Fehler begangen worden. Im Parlament sei die Automobil-Lobby stets sehr stark gewesen. Wir schleppten heute die schwersten Güter über die Autobahn, während die Bahn ein Defizit von 13 Mrd. DM im Jahr habe. Wenn wir einen TGV von Hamburg nach München hätten, würde der diese Strecke in 3,5 Stunden bewältigen, und kein Mensch werde mehr das Flugzeug nehmen wollen. Allerdings koste die Einführung des TGV ungeheure Investitionen. Er habe darüber mit dem Finanzminister<sup>18</sup> bereits gesprochen. Im Prinzip halte er nichts von staatlichen Beschäftigungsprogrammen. Aber hier liege ein Beschäftigungsprogramm, das Sinn mache. Sein Traum sei es, noch in diesem Jahrhundert drei TGV-Strecken zu bauen, eine von Köln über Brüssel nach Paris, von Paris über Metz nach Frankfurt am Main und von Hamburg nach München.

All dies habe in früheren Jahren schon einmal zur Debatte gestanden. Der damalige Verkehrsminister Seeborn habe dazu ein sehr eingehendes Huckepackkonzept für den Autoverkehr entwickelt. Aber es sei dann nichts daraus geworden. In jedem Fall sei dies eine Angelegenheit, der die Zukunft gehöre. Sie werde viel Geld kosten, aber es sei gutes Geld. Jeder Flugplatz koste im übrigen auch sehr viel Geld. Was ihn im übrigen stutzig mache, sei, daß auch die Amerikaner sich wieder der Eisenbahn zuwendeten. Die beiden großen hieran interessierten Industrieunternehmen hätten in Amerika jetzt den Plan einer gemeinsamen großen Lokomotivfabrik mit einer Kapazität von 1000 Stück pro Jahr bekanntgemacht.

Premierminister *Fabius* weist darauf hin, daß Frankreich jetzt an einem TGV-Projekt in Florida sowie für eine Strecke zwischen New York und Montreal arbeite.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, bei uns gebe es vier oder fünf Firmen, die an den damit verbundenen technischen Fragen arbeiteten und auch hervorragende neue Techniken entwickelt hätten. Krupp, MAN, Siemens und MBB seien alle daran interessiert, mit der französischen Seite zusammenzuarbeiten. Er sei für jede

<sup>18</sup> Gerhard Stoltenberg.

europäische Verbesserung, aber hier sei das deutsch-französische Zusammengehen als Kern einer neuen Entwicklung besonders wichtig.

Premierminister *Fabius* spricht sodann das Projekt eines deutsch-französischen Entwicklungsdienstes an, das bereits beim Europäischen Rat in Fontainebleau<sup>19</sup> zur Sprache gekommen sei. Er erläutert das Konzept<sup>20</sup> und weist darauf hin, daß wir damit auf deutsch-französischer Grundlage anfangen sollten. Auf Fragen des Bundeskanzlers, wer auf französischer Seite zuständig sei, antwortete er, dies sei das „Ministère de la Coopération“ zusammen in einigen Bereichen mit dem Verteidigungsministerium.

Der Bundeskanzler antwortet, er schlage vor, daß Minister Warnke und der französische Kooperationsminister<sup>21</sup> sich zusammensetzen sollten, um über dieses Projekt zu beraten. Er werde veranlassen, daß Herr Warnke seinen französischen Kollegen in dieser Frage anspreche.<sup>22</sup>

Der Bundeskanzler äußert dann, er habe noch einen Punkt, wo er vermute, daß man mit der französischen Seite nicht einig sei. Es gehe um das abgasarme Auto.<sup>23</sup> Frankreich habe das große Glück, daß es mit dem Waldsterben nicht so viel zu tun habe. Bei uns sei dieses Problem regional sehr unterschiedlich. Am schlimmsten sei es jetzt im Schwarzwald und in Teilen Bayerns. Er bitte den Premierminister, sich vorzustellen, welche Wirkung das Absterben von 80 Prozent einer Waldregion auf die dort lebenden Menschen habe, die über die Waldwirtschaft, den Tourismus und anderweitig von diesem Wald lebten. Der Bundeskanzler verweist auf die Vogesen. Wir müßten heute enorme Anstrengungen unternehmen, und die Bundesrepublik habe scharfe Regeln für Automobile und Großfeuerungsanlagen getroffen.

Er selbst befinde sich in einer ganz verdrehten Situation. Seine Partner in der EG seien nicht so scharf betroffen wie die Bundesrepublik Deutschland. Die meisten seien Meeresanrainer und bekämen ihre Luftströme von der See. Sie stünden deshalb unserem Drängen mit Distanz gegenüber. In der Schweiz und in Österreich sei hingegen die Stimmung völlig umgeschlagen. Die ČSSR habe riesige Probleme, aber auch Norwegen. All dies seien keine EG-Länder. Für

<sup>19</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>20</sup> Botschafter Schoeller, Paris, übersandte am 4. Februar 1985 den Vorschlag für einen deutsch-französischen Entwicklungsdienst, den Ministerpräsident Fabius ihm am Vormittag übermittelt habe: „Der Plan sieht die Rekrutierung von bis zu 3000 Entwicklungshelfern und -helferinnen vor, mit dem Status von freiwilligen Soldaten, länger dienenden oder freiwilligen Zivilisten, die von der Wehrpflicht entbunden sind. Der Dienst soll vornehmlich in der Sahel-Zone abgeleistet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 314; Referat 201, Bd. 143331.

<sup>21</sup> Christian Nucci.

<sup>22</sup> Ende der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>23</sup> Die Bundesregierung beschloß am 19. September 1984 ein System steuerlicher Anreize, um den Vertrieb schadstoffarmer Autos zu fördern. Ab 1. Januar 1988 sollte dann für Personenkraftwagen mit einem Hubraum über 2 Liter, ab 1. Januar 1989 für alle PKW eine Regelung eingeführt werden, „die die Einhaltung der US-Schadstoffwerte verbindlich vorschreibt“. Vgl. BULLETIN 1984, S. 949. Ministerialdirektor Ungerer legte am 4. Januar 1985 dar, bei den Bemühungen der Bundesregierung um die baldige Einführung des umweltfreundlichen Autos sei „der Eindruck entstanden, EG-Recht und die Industrieinteressen anderer MS spielten für uns eine untergeordnete Rolle“. Das Thema werde innerhalb der EG ein „Zankapfel im Spannungsverhältnis von Umweltschutz, Industriepolitik und offenem Binnenmarkt bleiben. Im Laufe des Jahres 1985 dürften wir vor die Frage gestellt werden, ob wir auf der Grundlage je nach Hubraum unterschiedlich strenger Normen und unterschiedlich langer Fristen eine Einigung mittragen können.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136157.

uns sei dies eine gewaltige innenpolitische Herausforderung, und er bitte deshalb um Verständnis für unsere Position. Wir müßten in Brüssel Regelungen finden, die der Bundesregierung hilfreich seien. Er habe im übrigen mit Befriedigung gelesen, daß Peugeot jetzt auch Katalysatoren bauen wolle.

Premierminister *Fabius* antwortet, er halte diese Diskussion für äußerst wichtig. Es gebe hier ein Mißverständnis über die Frage, ob Frankreich diese Frage für wichtig ansehe. Dies sei in der Tat der Fall. Im übrigen sei auch Frankreich der Meinung, daß schnell gehandelt werden müsse. Streitig seien allein die Mittel. Man sei sich darüber im klaren, daß die Vogesen gefährdet seien. Er habe einen Parlamentarier mit der Beobachtung dieses Problems beauftragt. Wie für den Gewässerschutz, so gebe es jetzt auch für Industriebetriebe harte Regeln, die die Luftverschmutzung verhindern sollen. Die Frage sei, wie man das Problem einkreisen könne. Wo liege der Unterschied zur deutschen Haltung? Er habe bereits gesagt, auch Frankreich sei für schnelles und weitreichendes Handeln. Es dürfe jedoch keine einseitigen Maßnahmen eines Mitgliedlandes der EG geben, das den Automobilmarkt dieses Landes abschotte. Was Frankreich Probleme schaffe, seien die deutschen Steuerbestimmungen. In Brüssel werde sich Frankreich große Mühe geben, um Deutschland zu helfen (*nous nous pousserons pour vous aider*). Man könne aber nach französischer Auffassung keineswegs alle Autos gleich behandeln. Für die großen Autos akzeptiere man die deutsche Lösung, auch hinsichtlich der Steuer (selbst wenn es sich hier nicht um eine gemeinschaftliche Lösung handle). Für kleine Autos, die die Umwelt nicht sehr verschmutzten und bei denen der Katalysator den Preis außerordentlich hochtreiben werde, könne es keine schnelle Lösung geben. Dies sei ausgeschlossen. Was die Mittelklassewagen anbetreffe, so sei es schwierig, eine Lösung zu finden, doch sei er zuversichtlich, daß man sich auf einer mittleren Linie treffen könne. Es würde jedoch die Gemeinschaft in eine unmögliche Situation bringen, wenn die Bundesrepublik Deutschland einseitig vorgehe. Auf Frage des *Bundeskanzlers*, wer auf französischer Seite für diese Frage zuständig sei, antwortet Premierminister *Fabius*, es handle sich um eine übergreifende Zuständigkeit des Umwelt-<sup>24</sup> und des Industrieministers<sup>25</sup>. Präsident Mitterrand und er selbst hätten Weisung gegeben, in dieser Angelegenheit schnell voranzugehen.<sup>26</sup>

Der *Bundeskanzler* äußert, die Automobilindustrie in Europa hätte lange geschlafen. Diejenigen deutschen Automobilfabriken, die einen hohen Export in die USA hätten, hätten Katalysatoren einbauen müssen und damit bewiesen, daß es auch so gehe. Im großen und ganzen aber hätten unsere Industrien das Problem verschlafen. Die Japaner hätten dagegen schon vor zehn Jahren gehandelt. Wenn er im übrigen die Preise für Katalysatoren bei uns sehe und dagegen halte, was die Japaner bezahlten, so verstehe er das alles nicht mehr. Es sei in

<sup>24</sup> Huguette Bouchardeau.

<sup>25</sup> Edith Cresson.

<sup>26</sup> Am 14. Februar 1985 wurde in der Presse berichtet, daß Frankreich bei der EG-Kommission gegen die Pläne der Bundesregierung zur Einführung schadstoffarmer Autos formelle Einwände vorgebracht und die Abgasregelungen als „exzessiv“ und wissenschaftlich nicht begründet bezeichnet habe. Insbesondere wolle Frankreich Ausnahmen für Autos mit einem Hubraum unter 1400 Kubikzentimetern durchsetzen. Vgl. den Artikel „Paris legt bei der EG Einspruch gegen Bonns Konzept zur Förderung des Katalysators ein“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Februar 1985, S. 1 f.

der Tat kein Ruhmesblatt für die Europäer, wenn man sich die große Tradition europäischer Automobilbauer – Renault, Peugeot, Mercedes, BMW usw. – ansehe und dagegenhalte, was die Japaner getan hätten. Wir müßten die japanische Herausforderung auf allen Gebieten annehmen. Die Japaner seien keineswegs besser als wir. Wir hätten uns zu lange und zu viel in Europa mit unserer Freizeit beschäftigt. Wir hätten viele Trumpfkarten, die wir nicht spielten. Insbesondere hätten Frankreich und Deutschland viel mehr Elemente der Dynamik, als sie selbst realisierten. Wir dürften nicht ständig auf die Japaner starren, als seien dies Supermänner. Er verweise auf den TGV und den Airbus.

Premierminister *Fabius* fügt hinzu, beim gestrigen Abendessen habe ihm ein deutscher Industrieller gesagt, es gebe keinen „technological gap“. Es gebe viele technologische Lücken, aber man könne keineswegs generell sagen, daß Europa technologisch unterlegen sei.

Bundeskanzler und Premierminister Fabius begeben sich sodann in den kleinen Kabinettsaal. Hier stoßen auf französischer Seite Innenminister Joxe und Botschafter Morizet, auf deutscher Seite die Minister Zimmermann, Bangemann und Riesenhuber sowie Botschafter Schoeller hinzu.

Innenminister *Zimmermann* berichtet über sein Gespräch mit Innenminister Joxe zum Thema der Bekämpfung des Terrorismus. Es sei eine Arbeitsgruppe von Experten aus Deutschland, Frankreich und Belgien in Aussicht genommen worden, weil Verbindungen zwischen den Morden in Paris<sup>27</sup> und München<sup>28</sup> sowie den Anschlägen in Belgien<sup>29</sup> und den Erklärungen der RAF über den Aufbau einer antiimperialistischen Widerstandsfront in Europa<sup>30</sup> zu sehen seien. Die internationalen Kontakte des Terrorismus würden enger. Es gehe in der Arbeitsgruppe nicht nur um Austausch von Informationen, sondern gegebenenfalls auch um operative Zusammenarbeit bei der Fahndung. Falls die Staats- und Regierungschefs damit einverstanden seien, könne man auch an ein Terrorismus-Expertentreffen im Rahmen des Weltwirtschaftsgipfels<sup>31</sup> denken. Dies würde von uns vorbereitet werden können. Das Expertentreffen könne eine Bestandsaufnahme des Terrorismus weltweit vornehmen und Maßnahmen vorschlagen.

Innenminister *Joxe* pflichtet Herrn Zimmermann bei.

Premierminister *Fabius* äußert, man müsse in Fragen des Terrorismus eine große Festigkeit in der Sache zeigen, solle aber gegenüber der Öffentlichkeit nicht allzu sehr in Details darüber eintreten, was wirklich geschehe. Selbstverständlich solle man aber der Öffentlichkeit bekanntgeben, daß wir bilateral zusammenarbeiten.

<sup>27</sup> Am 25. Januar 1985 wurde in La Celle Saint-Cloud bei Paris der Direktor im französischen Verteidigungsministerium, Audran, ermordet.

<sup>28</sup> Am 1. Februar 1985 wurde der Vorsitzende der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen-Union München GmbH, Zimmermann, in Gauting bei München ermordet.

<sup>29</sup> Im Rahmen einer den belgischen „Cellules Communistes Combattantes“ zugeschriebenen Anschlagsserie, die am 2. Oktober 1984 begonnen hatte, kam es am 15. Januar 1985 zu einem Anschlag auf eine NATO-Einrichtung in Woluwe-Saint-Étienne bei Brüssel.

<sup>30</sup> Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung von RAF und Action directe „Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa“ vom Januar 1985; ROTE ARMEE FRAKTION, S. 328–330.

<sup>31</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 2. bis 4. Mai 1985 in Bonn statt. Vgl. dazu Dok. 112 und Dok. 113.

Der *Bundeskanzler* äußert, er könne diese Überlegung nur unterstützen. Auch der Gedanke, auf dem Weltwirtschaftsgipfel darüber zu sprechen, finde seine Zustimmung. Premierminister Thatcher sei überaus interessiert daran, auch die Italiener seien dafür. Gestern sei der frühere amerikanische Senator Howard Baker bei ihm gewesen. Sein Hauptthema war, was wir gegen den internationalen Terrorismus tun könnten. Auch andere Staaten seien daran interessiert. So sei er jetzt bei seinem Besuch in der Schweiz darauf angesprochen worden.<sup>32</sup> Je mehr Europa offen sei, um so offener werde es auch für das politische Gangstertum.

Auf die Bemerkung Innenminister *Zimmermanns*, daß er ein Kommuniqué<sup>33</sup> über das Gespräch mit Minister Joze vorbereite, äußert Premierminister *Fabius*, es sei nicht in der Tradition unserer Begegnungen, ein Kommuniqué herauszugeben. Vielleicht könne man einige Linien zu Papier bringen, solle jedoch sehr kurz bleiben.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, auch er denke nicht, daß wir die Idee, auf dem Weltwirtschaftsgipfel über Terrorismus zu sprechen, öffentlich bekanntgeben sollten. Er sei jedoch sicher, daß auch Präsident Mitterrand mit dieser Idee einverstanden sei. In der Bundesrepublik erwache jetzt schon wieder ein Stück Hysterie. Dies sei wohl auch die Absicht des Terrorismus. Wir hätten jedoch wegen des Hungerstreiks der inhaftierten Terroristen<sup>34</sup> schon lange auf solche Schläge gewartet. Es sei im übrigen erstaunlich, welche intellektuellen Kreise in Deutschland an diesem Terrorismus noch etwas Politisches sähen.

Anschließend spricht Minister *Bangemann* die Frage der Besetzung des Spitzenmanagements im Airbus-Konsortium<sup>35</sup> an. Es seien dort jetzt zwei Spitzenpositionen neu zu besetzen. Im Hinblick auf die zukünftig zu treffenden weittragenden Entscheidungen wäre es gut, wenn sich die finanzielle Verantwortung, die sich in den Beteiligungsverhältnissen ausdrücke, auch im Spitzenmanagement niederschläge. Die deutsche Seite habe mit Herrn Schäffler einen guten Mann präsentiert und bitte um seine Berücksichtigung. Eine solche würde günstigen Einfluß auf weitere Entscheidungen haben können.

Premierminister *Fabius* antwortet, er habe Herrn Strauß empfangen.<sup>36</sup> Herr Strauß habe ihm gesagt, wenn unsere Kunden wüßten, was sich innerhalb des Managements von Airbus abspiele, so würden sie nicht mehr ordern. Er habe dem nicht widersprechen können. Herr Strauß habe weiter nach der Nachfolge

<sup>32</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 31. Januar und 1. Februar 1985 in der Schweiz auf und führte ein Gespräch mit Bundespräsident Furgler.

<sup>33</sup> Beginn der Seite 12 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>34</sup> Zum Hungerstreik inhaftierter RAF-Mitglieder in der Bundesrepublik vgl. Dok. 13, Anm. 40.

<sup>35</sup> Die Bundesrepublik und Frankreich arbeiteten seit 1969 bei der Entwicklung des „Airbus“ zusammen. Die Niederlande waren durch eine Zusatzvereinbarung vom 28. Dezember 1970 an Airbus Industrie beteiligt. Spanien trat der Kooperation mit Übereinkommen vom 23. Dezember 1971 bei. Großbritannien schloß sich der Zusammenarbeit am 1. Januar 1979 an. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 252, AAPD 1976, II, Dok. 327, und AAPD 1978, II, Dok. 367.

Mit einer Vereinbarung vom 1. März 1982 beteiligte sich auch Belgien am Airbus-Programm. Für die Vereinbarung vgl. Referat 411, Bd. 160424.

<sup>36</sup> Der bayerische Ministerpräsident Strauß traf als Aufsichtsratsvorsitzender des europäischen Flugzeugherstellers Airbus Industrie am 29. Januar 1985 in Paris mit Ministerpräsident Fabius zusammen. Vgl. dazu die Meldung „Airbus-Chef wird abgelöst“; DIE WELT vom 30. Januar 1985, S. 11.

von Herrn Lathière gefragt. Diesen Nachfolger habe die französische Seite jetzt benannt.<sup>37</sup> Die Nummer Eins sei infolgedessen kein Problem mehr. Er verstehe angesichts der deutschen Rolle im Airbus, daß wir dort vertreten sein wollten. Man müsse aber im Einvernehmen mit dem jetzigen PDG<sup>38</sup> (Vorstandsvorsitzenden) eine Struktur der Spitzengliederung finden, in deren Rahmen dann auch die deutschen Wünsche zufriedengestellt werden könnten.<sup>39</sup> Er, Premierminister Fabius, wünsche, daß dies schnell gehe. Auch die Engländer wollten berücksichtigt werden. Man müsse jetzt schnell handeln und eine Funktionsbeschreibung ausarbeiten, um dann über die Besetzung entscheiden zu können.

Der Bundeskanzler fügt hinzu, er sei mit dem, was Herr Strauß und Herr Bangemann gesagt hätten, voll einverstanden. In der Airbus-Angelegenheit hätten wir uns außerordentlich engagiert, und zwar gerade diese Bundesregierung. In der Bundesrepublik Deutschland sei das Vorgehen der Bundesregierung nicht unumstritten gewesen. Ihn habe das jedoch nicht beeindruckt. Wenn wir mit dem Airbus scheiterten, würde es in 15 Jahren nur die USA und die Sowjetunion als Flugzeughersteller geben. Man werde dann sehen, was das für ein Preiskartell gebe. Dies habe er auch soeben der chinesischen Außenhandelsministerin gesagt.<sup>40</sup> Die Chinesen hätten drei Airbus geordert. Er habe ihr gegenüber geäußert, daß wir mit dem Bau des Airbus auch die Geschäfte Chinas besorgten, denn mit dem Airbus hielten wir die Welt offen.

Abschließend berichtet Minister *Riesenhuber* über die ESA-Ratstagung in Rom<sup>41</sup>. Diese Tagung werde von allen Beteiligten als erfreulicher Erfolg gesehen. Bundesminister Riesenhuber erläutert im einzelnen die Ergebnisse der ESA-Ratstagung. Was Hermes anbetreffe, so seien keine negativen Entscheidungen getroffen worden. Frankreich habe erklärt, es werde die Studien an diesem Projekt weiterführen. Einzelne Länder hätten ihrerseits bereits erklärt, sie würden an diesen Studien teilnehmen wollen. Die Projekte Ariane und Columbus<sup>42</sup>

<sup>37</sup> Mit Wirkung zum 1. April 1985 wurde Jean Pierson Vorstandsvorsitzender des europäischen Flugzeugherstellers Airbus Industrie.

<sup>38</sup> Président-directeur général.

<sup>39</sup> Mit Wirkung zum 1. April 1985 wurde die Position des Stellvertreters des Vorstandsvorsitzenden von Airbus Industrie mit Johann Schäffler besetzt. Vgl. dazu den Artikel „Ein Deutscher mit an der Spitze“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. März 1985, S. 15.

<sup>40</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der chinesischen Außenhandelsministerin Chen Muhua am 4. Februar 1985 vgl. Dok. 28.

<sup>41</sup> Ministerialdirigent Loeck hielt am 6. Februar 1985 fest, Hauptergebnis der ESA-Ratstagung auf Ministerienebene am 30./31. Januar 1985 in Rom sei „die Einigung auf ein langfristiges europäisches Weltraumprogramm für die nächsten zehn Jahre mit den programmatischen Schwerpunkten Columbus und Ariane V. Die gefaßten Beschlüsse sehen während des Planungszeitraums von 1985 bis 1995 Gesamtausgaben von ca. 16,5 Mrd. RE, d. h. gegenüber dem jetzigen durchschnittlichen Ausgabenvolumen von 1 Mrd. RE pro Jahr eine Steigerung um r[un]d 60 % vor. Die entscheidende politische Aussage des Langzeitprogramms liegt in dem Ziel, die Eigenständigkeit Europas in der Raumfahrt zu sichern und auszubauen. [...] Hauptstreitpunkt der Konferenz war die französische Forderung, ein zukünftiges Rückkehrvehikel (nach einer französischen Studie Hermes genannt) gleichberechtigt“ neben dem Forschungsmodul Columbus für die Internationale Raumstation und der Trägerrakete Ariane V in die Planung aufzunehmen. Die Bundesrepublik habe hier „dem französischen Wunsch nach einem ‚Offenhalten der Tür‘ für Hermes genügt“. Vgl. Referat 431, Bd. 142082.

<sup>42</sup> Die Bundesrepublik und Italien stellten der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) Ende Januar 1984 das Konzept für ein Forschungsmodul „Columbus“ für eine bemannte Weltraumstation vor. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 31.

hätten von allen Seiten große Unterstützung empfangen.<sup>43</sup> Beide Projekte seien jetzt zu mehr als 70 Prozent gezeichnet und wir könnten damit anfangen.<sup>44</sup>

Erfreulich sei, daß auch die Engländer weiter eingebunden worden seien. Ihr Anteil bei Columbus betrage jetzt 15 Prozent. Bundesminister Riesenhuber bittet die französische Seite, sich an Columbus stärker zu beteiligen. Auch dieses Projekt müsse durch eine starke Beteiligung der Franzosen die führende Funktion Deutschlands und Frankreichs an den Kernprojekten zum Ausdruck bringen. Deutschland sei bereit, kurzfristig noch vor dem 10.2. zu Ariane zu zeichnen. Es sei aber wichtig, eine gute französische Beteiligung zu Columbus zu bekommen.

Premierminister *Fabius* antwortet, auch er sei der Meinung, es habe sich um eine gute Konferenz gehandelt. In der Sache habe man einen Kompromiß gefunden. Frankreich hätte gern etwas mehr zu Hermes erhalten. Was Ariane anbeträfe, so seien die Ergebnisse nun festgelegt. Zu Columbus wolle er sagen, daß die Ziffer, auf der er bestanden habe, tiefer liege als die deutschen Vorstellungen, nämlich bei 15 Prozent.<sup>45</sup> Was Hermes anbeträfe, so läse Frankreich das Ergebnis der Tagung in Rom etwas optimistischer. Frankreich würde wünschen, daß Deutschland an den Studien zu Hermes Interesse zeige. Ein solches Interesse verpflichte zu nichts.

Bundesminister *Riesenhuber* antwortet, wir freuten uns, daß Frankreich die Studien zum Hermes-Projekt weiter betreibe. Wir würden uns in diese Fragen so einarbeiten, daß auch wir uns ein klares Bild machen könnten. Columbus sollte gleichzeitig mit Ariane vollzogen werden. Dies sollte noch diese Woche geschehen, da Ende der Woche die Zeichnungsfrist für Ariane ablaufe. Minister Curien habe in Aussicht gestellt, daß Frankreich evtl. die Hälfte des deutschen Beitrages, d.h. ca. 19 Prozent übernehme. Italien habe 25 Prozent gezeichnet, das Vereinigte Königreich 15 Prozent. Es würde nicht gut sein, wenn Frankreich dahinter zurückbleibe. Es bestehe im übrigen die Chance, daß überzeichnet werde. Man könne dann einen einzelnen Anteil noch immer reduzieren. Es müs-

<sup>43</sup> In einer Kabinetttvorlage des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) vom 10. Januar 1985 zur Zusammenarbeit mit den USA bei der Raumstation und Weiterentwicklung der europäischen Trägerrakete Ariane wurde ausgeführt, daß die „nach den Regeln des ESA-Übereinkommens ausgearbeiteten Teilnahmeerklärungen“ für das Columbus-Programm im Zusammenhang mit der von den USA geplanten Raumstation sowie für die Weiterentwicklung der Ariane bis zum 10. Februar 1985 zur Zeichnung auslägen. Das Vorbereitungsprogramm für die Ariane sei „bisher zu insgesamt 79 %, nämlich von Frankreich mit 53 % sowie von Belgien (5 %), Schweden (5 %), Italien (15 %) und Irland (1 %) gezeichnet worden und ist Mitte Dezember 1984 angelaufen. Das Vorbereitungsprogramm Columbus hat außer Italien (mit 25 %) noch kein Mitgliedstaat gezeichnet“. Für den Fall der Zeichnung eines erheblichen Anteils durch die Bundesrepublik lägen jedoch Zusagen einer Reihe weiterer ESA-Mitgliedstaaten vor. Das BMFT schlug vor, daß die Bundesregierung sich bereit erklären sollte, „als deutschen Finanzierungsanteil an der Raumstation 37,5 % des europäischen Beitrags und am Programm HM60/Ariane V 22,5 % des Gesamtvolumens zu übernehmen“, wobei aber sichergestellt werden müsse, daß ebenso verbindliche Zusagen der übrigen Teilnehmer vorlägen. Vgl. Referat 209, Bd. 130043.

<sup>44</sup> Ende der Seite 13 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>45</sup> Bundesminister Riesenhuber unterrichtete Ministerpräsident Fabius in einem Telefongespräch am 18. Januar 1985 über den Kabinettsbeschluß vom 16. Januar 1985 zur Beteiligung der Bundesrepublik an den europäischen Weltraumprogrammen. Dabei wies er darauf hin, daß dieser Beschluß „wesentlich von der Erwartung einer wechselseitigen deutschen und französischen Führungsrolle bei Columbus und Ariane unter erheblicher Beteiligung des jeweils anderen Partners getragen sei. Sollte Frankreich sich etwa nicht mit 20 % oder mehr am Columbus-Programm beteiligen, entstünde daher eine politisch schwierige Situation.“ Vgl. die am selben Tag an Bundesminister Genscher übermittelte Aufzeichnung; Referat 431, Bd. 142082.



se jedoch ein Signal gegeben werden, daß Deutschland und Frankreich schwerpunktmäßig diese beiden Projekte vorantrieben und trügen.

Wir hofften noch in dieser Woche auf eine Entscheidung auf französischer Seite.<sup>46</sup>

Abschließend spricht Premierminister *Fabius* den Stahlsektor<sup>47</sup> an. Frau Cresson und Minister Bangemann stünden in Kontakt in dieser Frage. Er wolle die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers darauf richten, ohne jetzt in Einzelheiten eintreten zu wollen. Das zentrale Problem sei das der Subventionen, die die französische Seite so bald wie möglich abschaffen wolle, zumal sie auf die französische Staatskasse drückten. Frankreich müsse jedoch 1985 noch sehr große Subventionen geben. Wenn man die Frage der Stahlindustrie prüfe, dürfe man nicht mehr allein auf 1985 schauen, sondern man müsse auch die folgenden Jahre im Auge behalten. Es sei riskant, eine zu kurzfristige Politik zu machen. Wie gesagt, er wolle lediglich die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers darauf richten.

Minister *Bangemann* erwidert, er habe mit Frau Minister Cresson bereits verschiedentlich gesprochen. Der deutsche Standpunkt sei dabei deutlich gemacht worden. Es gebe hier eine Differenz: Wir sähen ein, daß Frankreich besondere Probleme habe. Die Frage sei, wie diese Probleme gelöst werden sollten. Es sei nicht in erster Linie eine Frage der Fristen, aber die Regelungen müßten in den Rahmen des bereits Vereinbarten passen. Sein Vorschlag sei es, daß man mit Frankreich das gleiche wie mit Italien tue, nämlich eine Arbeitsgruppe bilde, die aus Verwaltung und Industrie zusammengesetzt sei und in der die französische Seite die Karten auf den Tisch lege, was und wieviel noch gemacht werden solle. Hier müsse mehr Transparenz geschaffen werden. Die deutsche Seite wisse gar nicht, was von französischer Seite beabsichtigt sei.

#### Referat 420, Bd. 130838

<sup>46</sup> Im Gespräch mit Bundesminister Riesenhuber am 28. Februar 1985 in Paris bekräftigte der französische Forschungsminister Curien „zur Zeichnung des Vorbereitungsprogramms Columbus [...], daß F jedenfalls seinen Anteil von 15 % (von 100) beibehalten will. [...] BM Riesenhuber fügte hinzu, daß finanziell gesehen der französische Zeichnungsanteil von 15 % voll ausreiche, aber politisch die Bundesregierung einen höheren Satz begrüßt hätte.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, vom 14. März 1985; Referat 430, Bd. 145454.

<sup>47</sup> Zur EG-Stahlpolitik führte Referat 412 am 18. Januar 1985 aus: „Gemäß dem ‚Subventionskodex Stahl‘ vom 7. August 1981 konnten Betriebsbeihilfen (zur Deckung der Betriebsverluste) bis 31.12. 1984 gezahlt werden; bis Ende 1985 müssen sämtliche anderen Beihilfen für die europäische Stahlindustrie auslaufen.“ Die französische Regierung habe jedoch am 29. März 1984 ein Strukturprogramm beschlossen, das Strukturhilfen für die Stahlindustrie in Höhe von 36 Mrd. Francs bis 1987 vorsehe. Die Bundesregierung sei demgegenüber der Ansicht, „daß die Sanierung der Stahlindustrie und die angestrebte Rückkehr zu normalen Markt- und Wettbewerbsbedingungen nur durch eine Einhaltung des ‚Subventionskodex Stahl‘ sowie der übrigen Komponenten des Stahlkrisensystems möglich sein würde“. Hinzuweisen sei auch „auf die innenpolitische Problematik im Falle deutscher Zustimmung zu weiterer Subventionierung anderer europäischer Stahlindustrien (Entlassung von Stahlarbeitern in D in großem Stil, während ausländische Konkurrenz mit Zustimmung der Bundesregierung weiter in hohem Maße subventioniert wird)“. Vgl. Referat 416, Bd. 130942.

## Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker und des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak und Ministerpräsident Ali in Kairo

VS-NfD

6. Februar 1985<sup>1</sup>

Gespräch Bundespräsident und Bundesminister mit Präsident Mubarak und MP Hassan Ali am 6.2.1985<sup>2</sup>

Aus dem „Achtaugengespräch“ wird – aufgrund von Dolmetschernotizen – folgendes festgehalten:

Präsident *Mubarak* erklärt, die Sowjetunion versuche, sich Ägypten wieder anzunähern, und biete Waffen an. Ägypten sei aber gebranntes Kind und habe die Erfahrungen aus der Zeit vor 1967 nicht vergessen. Mubarak erzählt vom gespannten Verhältnis („Haß und Ekel“) zwischen ägyptischen und sowjetischen Militärs in den Jahren der „Zusammenarbeit“. Als die Israelis einmal fünf sowjetische Flugzeuge abgeschossen haben, sei im ägyptischen Offizierskorps Jubel ausgebrochen.

Ägypten würde, so Mubarak, gerne mehr landwirtschaftliche Produkte in die EG ausführen. Die Sowjets stünden als Abnehmer dafür vor der Tür, doch wollten sie, mangels Devisen, Bartergeschäfte abschließen, und damit habe Ägypten schlechte Erfahrungen gemacht.

Präsident Mubarak warnt vor den sowjetischen Absichten im Nahen Osten, die sicherheitsmäßig, politisch und wirtschaftlich gefährlich seien. Der SU sei nicht an einer Nahost-Lösung gelegen, da sich ihr Hauptinteresse auf Waffenlieferungen richte.

Die Aussichten einer internationalen Nahost-Konferenz beurteilt der Präsident angesichts der israelischen und amerikanischen Haltung pessimistisch.

Der *Bundespräsident* fragt, was die Bundesregierung und ihre europäischen Partner den Amerikanern sagen sollten.

Präsident *Mubarak* antwortet, die Zehn unterstützen ja schon Ägypten, und ihr und der Bundesregierung Einfluß in Washington sei beachtlich. Die Amerikaner müßten die Israelis zu einer maßvolleren Politik in der Region bewegen. Die gestrige „provozierende“ Erklärung von Peres, er sei mit den Tabaverhandlungen<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Haas, z.Z. Kairo, am 6. Februar 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 6. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher hielten sich vom 5. bis 8. Februar 1985 in Ägypten auf.

<sup>3</sup> Gemäß Anhang I, Artikel I zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel sollte Israel alle bewaffneten Kräfte und Zivilpersonal spätestens drei Jahre nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden aus dem Sinai zurückziehen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 169. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238 f.

Israel räumte das besetzte Sinai-Gebiet bis zum 25. April 1983 mit Ausnahme von Taba am nördlichen Ende des Golfs von Aqaba, auf das ein Gebietsanspruch erhoben wurde. Am 3. Dezember 1984 teilte Botschafter Hansen, Tel Aviv, mit, in der Frage des Status von Taba scheine Stillstand eingetreten zu sein. Ministerpräsident Peres denke offenbar „in Richtung einer gemeinsamen israelisch-

unzufrieden<sup>4</sup>, sei nicht zu verstehen. Ägypten könne nicht weitergehen, und Israel müsse mehr Rücksicht auf die Psychologie der ägyptischen Öffentlichkeit nehmen. Shamir wolle alles nehmen und nichts geben.

Der *Bundespräsident* bemerkt, man müsse diese Peres-Erklärung auf dem Hintergrund der innenpolitischen Zwänge in Israel sehen.

Präsident *Mubarak* gibt zu bedenken, daß in Ägypten dieser westlichen Demokratien geläufige Aspekt nicht verstanden werde. Man nehme hier alles sehr wörtlich. Die ägyptische Psychologie und den Einfluß der ägyptischen öffentlichen Meinung werde er, Mubarak, bei seinem bevorstehenden Washington-Besuch<sup>5</sup> dem Kongreß verständlich zu machen versuchen.

Der *Bundespräsident* kommt auf bilaterale Fragen zu sprechen und weist auf den wachsenden Handelsaustausch und die sich für Ägypten verbessernde Handelsbilanz hin. Das deutsche Angebot, Hermes-Garantien für die Lieferung eines Kernkraftwerks zu gewähren<sup>6</sup>, werde, wenn das Geschäft zustande komme, neue Impulse geben.

Präsident *Mubarak* nickt zustimmend. Er wechselt dann das Thema und bemerkt, Libyen habe in der Welt und besonders in Afrika einen schlechten Ruf, denn es verspreche viel und halte nichts. Auf dem OAE-Gipfel 1981 habe Libyen versucht, durch den „Kauf“ afrikanischer Politiker Tripolis als Ausrichtungsort für das nächste Gipfeltreffen zu gewinnen.<sup>7</sup> Das wäre fast, aber nur fast, gelungen, denn die Afrikaner wüßten inzwischen, daß mit Geld allein keine Politik zu machen sei. Auf den Einwurf des *Bundespräsidenten*, Libyen habe auch in Europa einen schlechten Ruf, sagt Präsident *Mubarak*, er selbst habe Präsident Mitterrand vor Gaddafi gewarnt. Gaddafi lüge nicht nur, sondern betreibe Terrorismus, z. B. im Iran, in den Philippinen, in Ägypten und im Sudan.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 170*

ägyptischen Wirtschaftsunternehmung in Taba gegebenenfalls unter Beteiligung Dritter – und Einleitung der in Artikel VII Absatz 2 des Friedensvertrages von 1979 vorgesehenen ‚conciliation‘. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1391; Referat 310, Bd. 135753.

Botschafter Müller, Kairo, berichtete am 11. Januar 1985, nach ägyptischer Auffassung sei Taba, „wie durch osmanische Landkarten belegbar, nie Teil des britischen Mandatsgebiets Palästina gewesen. [...] Solange die [ägyptische] Regierung sich im Recht weiß bzw. glaubt, wird sie einem Souveränitätsverzicht auf Taba, für Israel erst wertvoll geworden durch die Errichtung eines Hotels, schon aus innenpolitischen Gründen nicht zustimmen wollen und können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat 310, Bd. 149561.

<sup>4</sup> Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Peres in einem Interview am 4. Februar 1985 vgl. den Artikel „Peres says Egypt hasn't helped improve relations“; THE NEW YORK TIMES vom 5. Februar 1985, S. A1 und A7.

<sup>5</sup> Präsident Mubarak hielt sich vom 9. bis 13. März 1985 in den USA auf.

<sup>6</sup> Referat 422 wies am 30. Januar 1985 auf die Entscheidung der Bundesregierung vom selben Tag hin, eine begrenzte Bundesbürgschaft für das Projekt eines Kernkraftwerks in El Dabaa zu gewähren, und stellte dazu fest: „Eine Unterstützung des KWU-Angebots in politischen Gesprächen mit der ägyptischen Regierung wäre den Interessen der deutschen Firma mit Sicherheit förderlich.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145534.

<sup>7</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi statt. Ministerialdirektor Gorenflos notierte am 30. Juni 1981: „Da Tripolis als nächster Konferenzort bestimmt worden ist, müssen wir uns für 1982/83 auf eine OAE-Präsidentschaft Gaddafis einrichten. Viele fürchten davon weiteren Auftrieb für den libyschen Expansionsdrang und dessen destabilisierende Folgen für die Region.“ Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 138054. Am 8. August 1982 fand in Tripolis ein informelles Treffen der OAU-Mitgliedstaaten auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt.

Auf die Frage des *Bundespräsidenten* nach der Lage im Sudan antwortet Präsident *Mubarak*, die Art und Weise, in der Präsident Numeiri die Scharia anwende, widerspreche dem toleranten Verständnis des Islam. Numeiri habe sich, als er die Scharia einführe<sup>8</sup>, verrechnet. Dies habe er, Mubarak, seinem sudanesischen Kollegen auch gesagt und ihn darauf hingewiesen, daß unter den Protagonisten der Scharia auch konspirativ arbeitende Kommunisten seien, die jetzt die Christen und Heiden im Sudan gegen Numeiri aufhetzten. Das eigentliche Problem des Sudan liege in seinen Südpfeilen, wo Libyen und die Sowjetunion alles zur Destabilisierung der Lage unternähmen.

Auf die Frage des *Bundesministers* nach der Lage in der Golfregion sagt Präsident *Mubarak*, am Golf gebe es viel Geld, aber keine Stabilität. Er wisse von zahlreichen Umsturzversuchen in Saudi-Arabien, er habe König Fahd mehrfach gewarnt, doch seien die Saudis sehr selbstsicher und schlugen Rat und Warnungen in den Wind. Sie meinten, mit Geld sei alles zu bewegen, und sähen nicht, daß sie von den Geldnehmern erpreßt würden.

Der *Bundesminister* weist darauf hin, daß die Saudis, obgleich von außen nicht bedroht, anhaltendes Interesse an modernsten Waffen zeigen.<sup>9</sup> Man frage sich, ob diese Panzer in fünf Jahren von der jetzigen Regierung oder einer völlig anderen eingesetzt werden würden.

Präsident *Mubarak* meint, die Saudis gäben zu viel Geld für nicht vordringliche Zwecke aus und vernachlässigten dabei ihre Notstandsgebiete, z. B. an der Grenze zu Jemen. In Saudi-Arabien gebe es vor allem unter der Jugend viel Stimmung gegen das Königshaus. Modernste Waffen könnten im übrigen nicht von den Saudis selbst, sondern nur von ausländischen Experten bedient werden. (Kürzlich sei ein iranisches Flugzeug nicht von einem Saudi, sondern von einem Amerikaner abgeschossen worden.) Als Besteller von Waffen wirke vor allem Verteidigungsminister Prinz Sultan, der in Konkurrenz zu Kronprinz Abdullah stehe. Die hohen Provisionen bei Waffenkäufen spielten auch eine Rolle. Auf den Einwurf des *Bundesministers*, im Westen werde Saudi-Arabien oft als Hort der Stabilität gesehen, meint Präsident *Mubarak*, diese Beurteilung sei absolut unrealistisch. Katar und Bahrain z. B. seien viel stabiler, doch auch ihre Stabilität hänge letztlich von der Entwicklung in Saudi-Arabien ab.

Der *Bundespräsident* würdigt die gemäßigte Rolle Ägyptens in der Region. Die Amerikaner teilten offenbar diese Wertung. Er wünscht seinem Gastgeber einen erfolgreichen Besuch in Washington.

Der *Bundespräsident* und Präsident *Mubarak* stimmen abschließend darin überein, daß die Forderung nach einem unabhängigen palästinensischen Staat auf der Westbank und im Gazastreifen wirklichkeitsfremd ist. Präsident *Mubarak*

<sup>8</sup> Botschafter Freiherr von Mentzingen, Khartum, berichtete am 14. September 1983 über Änderungen im sudanesischen Strafrecht: „Mit sofortiger Wirkung werden die in der Scharia vorgesehenen Strafen eingeführt. [...] Diese Strafen sind auf alle anwendbar, unabhängig von der jeweiligen Religionszugehörigkeit.“ Mentzingen führte diesen Schritt „auf einen steigenden Einfluß fundamentalistischer Kreise“, möglicherweise auch den Wunsch der saudi-arabischen Regierung und „ein ehrliches Erschrecken über die in der letzten Zeit sprunghaft gewachsene Kriminalität“ zurück. Vgl. den Schriftbericht Nr. 794; Referat 310, Bd. 137534.

<sup>9</sup> Zu den Bemühungen der saudi-arabischen Regierung um den Erwerb von Rüstungsgütern in der Bundesrepublik und zur Haltung der Bundesregierung vgl. AAPD 1984, I, Dok. 159, und AAPD 1984, II, Dok. 263.

betont erneut, wie wichtig es ist, daß sich Jordanien und die Palästinenser über das weitere Vorgehen einig werden.

**Referat 310, Bd. 149557**

## 31

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

**231-383.25 DDR**

**6. Februar 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: 41. Tagung der Menschenrechtskommission (MRK)<sup>4</sup>

TOP 12: Frage der Verletzung von Menschenrechten und Grundfreiheiten in allen Teilen der Welt;  
hier: Behandlung der DDR in der Erklärung des Delegationsleiters zu TOP 12

Anlg.: 2<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Billigung der unter Ziffer 4 vorgeschlagenen Linie für das deutschlandpolitische Gespräch der Staatssekretäre am 8. Februar 1985

1) Bundeskanzleramt und BMB haben gegenüber dem AA erklärt, daß auf der diesjährigen MRK die Frage der Menschenrechtsverletzungen in der DDR in öffentlicher Sitzung, d. h. in der Erklärung des Delegationsleiters zu TOP 12 – dem Kern jeder MRK-Tagung – angesprochen werden müsse. Bundeskanzleramt hat dazu ausgeführt, daß es auf eine ausgewogene Intonation ankomme, Polemik zu vermeiden sei und auch positive Elemente erwähnt werden sollten. Es dürfe nicht zu unfruchtbaren Streitigkeiten innerhalb der VN kommen; die deutsch-deutschen Beziehungen dürften nicht beeinträchtigt werden (Anl. 1<sup>6</sup>). Formu-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Dröge konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 8. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Es ist nicht beabsichtigt, dem Vorschlag des BKA und des BMB zu entsprechen. 2) W[ieder]v[or]lage am Tag nach der Deb[atte] über den Bericht zur Lage der Nation.“ Vgl. dazu Anm. 13 und 14.  
Hat Oberamtsrat Kusnezow am 8. Februar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigentin Finke-Osiander an Referat 231 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 12. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Finke-Osiander am 13. Februar 1985 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Bitte auch 210 z[ur] K[enn]ntnis geben.“

<sup>4</sup> Die 41. Tagung der Menschenrechtskommission fand von 4. Februar bis 15. März 1985 in Genf statt.

<sup>5</sup> Vgl. Anm. 6 und 7.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Fernschreiben Nr. 184, mit dem Ministerialrat Germelmann, Bundeskanzleramt, die Überlegungen des Bundeskanzleramts für eine Stellungnahme der Bundesrepublik auf der Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 4. Februar bis 15. März 1985 in Genf übermittelte, vgl. Referat 231, Bd. 134879.

lierungsvorschlag des BMB ist beigelegt<sup>7</sup>, der allerdings im Bundeskanzleramt auf Bedenken stößt.

2.1) Dieses Petitum ist vor folgendem Hintergrund zu sehen: In seiner alljährlichen Rede vor der GV hat der Bundesminister regelmäßig das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen gefordert. Bezugspunkt war dabei der Brief zur deutschen Einheit<sup>8</sup>. Die DDR ihrerseits legte ihren Standpunkt zu diesen Fragen in der Rede ihres AM dar. Auch in den Ausschüssen der GV und in der MRK wurde die Lage der Deutschen in der DDR stets unter dem TOP Selbstbestimmungsrecht angesprochen.

Diese politische Linie vermied deutsch-deutsche Auseinandersetzungen vor den VN und ihren Gremien. Eine öffentliche, namentliche Erwähnung der DDR unter dem TOP Menschenrechtsverletzungen wäre ein erstmaliger Vorgang, mit dem wir von einer bewährten Praxis abweichen würden. Hiergegen hat Botschafter Lautenschlager nachdrücklich seine Bedenken geäußert.

2.2) In den Jahren 1981 bis 1983 wurden in der MRK Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen in der DDR im sogenannten vertraulichen Verfahren (1503-Verfahren<sup>9</sup>) behandelt. Dabei wurden ausschließlich Fälle von Ausreiseverweigerungen geltend gemacht.

Das vertrauliche Verfahren kann nur von Einzelpersonen und nichtstaatlichen Organisationen in Gang gebracht werden. Es dient der Klärung des Vorwurfs eines „Gesamtzusammenhangs grober und verlässlich belegter MR-Verletzungen“. Das Verfahren unterliegt der Geheimhaltung.

In diesem Verfahren haben wir in einer deutlichen mündlichen Stellungnahme auch die Formen von Menschenrechtsverletzungen in der DDR zur Sprache gebracht, die nicht Gegenstand des eigentlichen Verfahrens waren. Das Verfahren wurde 1983 eingestellt, weil die DDR zum einen darlegen konnte, daß ca. 75 % der vorgetragenen Fälle erledigt und die restlichen in Bearbeitung waren, zum anderen, weil die Mehrheit der am Verfahren beteiligten Staaten der Auffas-

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen schlug vor, auf der Tagung der VN-Menschenrechtskommission in Genf in öffentlicher Sitzung u. a. das Bedauern darüber auszudrücken, „daß Rechtsordnung und Praxis der DDR die international garantierten Menschenrechte in vielfältiger Weise verletzen“. Dies gelte insbesondere für den Grundsatz der Reisefreiheit, gegen den die DDR verstoße, „indem sie das Verbot der Ausreise zur Regel, die Gestattung der Ausreise aber zur Ausnahme macht. Hierdurch werden auch beabsichtigte Eheschließungen unmöglich gemacht.“ Auch bei dringenden Familienangelegenheiten lasse die DDR „oft jede Rücksichtnahme auf persönliche, familiäre und humanitäre Belange vermissen“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 13 vom 5. Februar 1985; Referat 231, Bd. 134879.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des „Briefs zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 übergeben wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.

<sup>9</sup> Auf der Grundlage der Resolution Nr. 1503 des VN-Wirtschafts- und Sozialrats vom 27. Mai 1970 wurden bei der VN-Menschenrechtskommission (MRK) Eingaben zu Fällen von Menschenrechtsverletzungen geprüft. Referat 231 gab für die Sitzung des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen am 27. Oktober 1982 folgende Erläuterung des Verfahrens: „Die Eingaben werden beim VN-Menschenrechtszentrum in Genf gesammelt und an die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz weitergeleitet, nachdem den betreffenden Regierungen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist. Die Unterkommission prüft in nichtöffentlicher Sitzung den Sachverhalt“. Sie entscheide dann über eine Vorlage der Fälle bei der Menschenrechtskommission, die ihrerseits in nichtöffentlicher Sitzung über die weitere Behandlung entscheide: „Die Vertraulichkeit des Verfahrens endet mit der Behandlung durch die MRK. DDR-Fälle werden seit 1981 im 1503-Verfahren behandelt.“ Vgl. Referat 231, Bd. 127948.

sung war, daß die ausschließliche Geltendmachung von Ausreiseverweigerungen keine ausreichende Grundlage bilde, um einen Staat im vertraulichen Verfahren zu behandeln. Diese Auffassung ist vor dem Hintergrund der Schwere der Menschenrechtsverletzungen zu sehen, mit denen die MRK in verschiedenen Teilen der Welt befaßt ist.

2.3) Vor der 40. MRK-Tagung 1984<sup>10</sup> war angesichts der Einstellung des vertraulichen Verfahrens zunächst vorgesehen worden, erstmals Menschenrechtsverletzungen in der DDR im Rahmen der allgemeinen Erklärungen unseres Delegationsleiters unter TOP 12 anzusprechen. Nach Rückfrage durch den Delegationsleiter Dr. Jaeger, der auf die Gefährdung einer unmittelbar bevorstehenden ungewöhnlich großen Zahl von Ausreisegenehmigungen hinwies, wurde aufgrund einer persönlichen Entscheidung des Bundesministers und im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler von diesem Verfahren abgesehen.

3.1) Gegen ein ausdrückliches öffentliches Ansprechen auf der MRK sprechen folgende Überlegungen:

a) Wir können von einer öffentlichen Erklärung kaum Nutzen für die von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen erwarten. Sie könnte im Gegenteil zu einer Verhärtung der DDR-Haltung führen.

b) Das Jahr 1984 hat unbestreitbar Verbesserungen der Menschenrechtslage in der DDR gebracht (Ausreisewelle, Abbau der Selbstschußanlagen). Es ist gegenüber der DDR schwer zu begründen, warum wir gerade dieses Jahr zum Anlaß für eine Änderung unserer bisherigen Praxis nehmen.

c) Das vertrauliche Verfahren hat gezeigt, daß angesichts der schweren Formen von Menschenrechtsverletzungen in vielen Teilen der Welt (Afghanistan, Kambodscha, Iran, Sudan, UdSSR, CSSR) die anzusprechenden Menschenrechtsverletzungen in der DDR (Ausreiseverweigerungen, Haftbedingungen, Todesfälle an der Grenze trotz Abbaus der Selbstschußanlagen) bei den meisten übrigen MRK-Mitgliedstaaten bedauerlicherweise nicht das von uns gewünschte Maß an Verurteilung finden.

d) Es wird nicht möglich sein, eine polemische Auseinandersetzung mit der DDR und ihren Verbündeten zu vermeiden, wenn wir erstmalig öffentlich auf die dort begangenen Menschenrechtsverletzungen hinweisen.

Auch wenn wir unsere Ausführungen maßvoll formulieren und vortragen, ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die DDR von ihrem Erwiderungsrecht (right of reply) Gebrauch machen und mit polemischen Gegenangriffen antworten wird, die wir wiederum nicht unerwidert lassen können.

Die dann auch von den Verbündeten der DDR zu erwartenden Einlassungen werden nicht nur die bekannte Palette angeblicher MR-Verletzungen bei uns umfassen (Verweigerung des Rechts auf Arbeit, Berufsverbot, Haftbedingungen für angebliche politische Häftlinge), sondern dürften sich vor allem auf die Themen Revanchismus und Neonazismus – dies vor dem Hintergrund des 40. Jahrestags des Kriegsendes – konzentrieren.

3.2) Für ein ausdrückliches öffentliches Ansprechen von MR-Verletzungen in der DDR sprechen vor allem innenpolitische Gründe:

<sup>10</sup> Die 40. Tagung der Menschenrechtskommission fand vom 6. Februar bis 16. März 1984 in Genf statt.

a) Von einigen Abgeordneten der CDU/CSU wird nachdrücklich die Erwartung geäußert, daß wir Menschenrechtsverletzungen in der DDR in allen zuständigen internationalen Gremien ansprechen.

Die CSU hat in ihren „Grundsätzen zur Deutschlandpolitik“ vom 12.1.1985 gefordert, „die Menschenrechte für die Deutschen im Osten zu verwirklichen“ und „für den Einzelnen zu konkretisieren“. Sie will, daß wir mit der Einforderung der Menschenrechte der „propagandistischen Dominanz des Ostblocks“ in internationalen Menschenrechtsgremien begegnen.<sup>11</sup>

b) In der Öffentlichkeit bestehen zum Teil hohe Erwartungen an unser Verhalten gegenüber der DDR in Menschenrechtsgremien. Diese richten sich in jüngster Zeit in besonderem Maß auf das KSZE-Expertentreffen in Ottawa<sup>12</sup>, aber eben auch auf die zuständigen Gremien der VN, insbesondere die MRK.

#### 4) Vorschlag

Es wird vorgeschlagen, in der Besprechung der Staatssekretäre am 8.2.1985<sup>13</sup> nochmals auf Bedenken hinzuweisen, vor allem darauf, daß auch bei der vom BK angestrebten maßvollen Linie eine Auseinandersetzung mit der DDR kaum vermieden werden kann und daß wir Gefahr laufen, die gegenseitigen Beziehungen durch ein Vorgehen zu belasten, das den Betroffenen keine Vorteile bringen wird. Einem ausdrücklichen Wunsch des Bundeskanzleramts und des BMB sollten wir uns allerdings nicht widersetzen.<sup>14</sup>

Referat 210 hat mitgezeichnet.

Pfeffer

#### Referat 231, Bd. 134879

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der „Gedanken zur Deutschlandpolitik — Deutsche Frage und Menschenrechte sowie Selbstbestimmungsrecht für alle Völker Europas“ der CSU-Landesgruppe im Bundestag vom 12. Januar 1985 vgl. TEXTE ZUR DEUTSCHLANDPOLITIK, III/3, S. 18–24.

<sup>12</sup> Das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten fand vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa statt.

<sup>13</sup> An dieser Stelle Sternchen und handschriftliche Anmerkung: „Sogen[anntes] deutschlandpolitisches Koordinierungsgespräch. Vorsitz: BM Windelen; Teilnehmer: Chef BK, StSe des AA, BMI, BMJ, BMF, BMWi, BMV, PStS Lorenz, StS Bräutigam und Senator Scholz.“  
Im deutschlandpolitischen Koordinierungsgespräch am 8. Februar 1985 vertrat das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt die Auffassung, daß die DDR „in der öffentlichen Sitzung der Menschenrechtskommission erwähnt werden müsse“. Dem Argument des Staatssekretärs Meyer-Landrut, die „bisherigen Erfolge der Bundesregierung beruhten nicht auf öffentlichen Anklagen“, hielt Bundesminister Schäuble entgegen: „Es sei nicht vertretbar, Menschenrechtsverletzungen überall in der Welt zu rügen, nicht aber in Bezug auf die DDR.“ Vgl. die von Staatssekretär Rehlinger, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, am 13. Februar 1985 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Giesder übermittelte der Ständigen Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf am 5. März 1985 die „von BM Genscher genehmigte Fassung des DDR-Passus“ für die Rede des Delegationsleiters auf der Tagung der VN-Menschenrechtskommission, Jaeger. Darin wurde auf die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl im Bericht zur Lage der Nation vom 27. Februar 1985 Bezug genommen, daß die Bundesregierung „nicht schweigen kann und wird, wenn den Menschen elementare Menschenrechte vorenthalten werden [...]“. Der Bundeskanzler hat positiv gewürdigt, daß 1984 über 40 000 Deutsche aus der DDR zu uns übergesiedelt sind. Er hat auch auf die positive Entwicklung des Reiseverkehrs in die DDR und des Jugendaustauschs in die DDR verwiesen. Gleichzeitig hat er die Verantwortlichen in der DDR aufgerufen, durch tatsächliche Erleichterungen bei Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland einen kräftigen



## 32

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer**

201-360.90 GRI-179/85 VS-vertraulich

6. Februar 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung zu Ziffer V

Betr.: Griechenland in der NATO;

hier: Mögliche Gegenreaktionen auf die wenig bündnisfreundliche Politik der Regierung Papandreou

**Kurzfassung**

Seit dem Regierungsantritt von MP Papandreou<sup>3</sup> ist die griechische Politik gegenüber der Allianz von wenig Rücksichtnahme auf die Solidarität und den Zusammenhalt des Bündnisses gekennzeichnet.

Wesentliche Merkmale dieser Politik sind:

- Der Versuch, das Bündnis im griechisch-türkischen Streit zur Parteinahme für Griechenland zu veranlassen.
- Ständige verbale Attacken gegen die USA, die nicht nur das bilaterale Verhältnis beider Länder belasten, sondern auch auf die Stellung Griechenlands zur Allianz zurückwirken. Allerdings hat die verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit den USA noch Substanz.
- Der Ausbau der griechischen Beziehungen zur Sowjetunion geht auf Kosten der Glaubwürdigkeit und des Zusammenhalts des Bündnisses.

Gründe für dieses politische Verhalten dürften sein:

- das durch geschichtliche Erfahrungen bedingte, stark ausgeprägte Nationalgefühl der Bevölkerung;
- innenpolitische Rücksichtnahme der Regierung Papandreou auf linke PASOK-Wähler;
- die schillernde Persönlichkeit des Ministerpräsidenten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 176*

Schritt nach vorne zu gehen, um den Druck zu mildern, den offenbar viele Menschen empfinden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1816; Referat 231, Bd. 134879.

Am 7. März 1985 legte Ministerialdirigent Schauer dar, daß das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen diesen Text um folgenden Satz zu ergänzen wünsche: „Bemühungen um eine Ausreise dürfen nicht zu strafrechtlicher Verfolgung führen.“ Dazu vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „1) BM Windelen, Chef BK und StS Bräutigam nachdrücklich für Text einschließlich Ergänzung BMB (1984 über 1500 Verurteilungen). 2) Habe für AA daher – unter Vorbehalt Genehmigung BM Genscher – zugestimmt.“ Vgl. Referat 231, Bd. 134879.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Hanel konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Legationsrat I. Klasse Ischinger am 8. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Ischinger am 16. April 1985 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM; noch aktuell?“

Hat Ministerialdirigent Schauer am 8. Juli 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

<sup>3</sup> Ministerpräsident Papandreou trat sein Amt am 21. Oktober 1981 an.

Diesen auf Distanz zum Bündnis und zu den USA hinwirkenden Momenten steht das griechische Interesse gegenüber, im Westen Rückhalt gegenüber der Türkei zu finden.

Die NATO kann ihre Südostflanke nicht ohne Zugehörigkeit und Mitarbeit Griechenlands stabilisieren. Unsere Politik muß daher darauf ausgerichtet sein:

- die Regierung Papandreu von ihrer wenig bündnisfreundlichen Rhetorik abzubringen;
- Griechenland fester als bisher in das Bündnis einzubinden.

Unsere Möglichkeiten hierfür:

- in Gesprächen griechischer Seite unsere Besorgnisse über griechische Bündnispolitik zu verdeutlichen. Hinweis auf mögliche Schwierigkeiten für unsere griechische Verteidigungshilfe wegen dieser Politik im Bundestag;
- Aufnahme bilateraler sicherheitspolitischer Konsultationen mit Griechenland (aus Gründen der Ausgewogenheit auch mit der Türkei);
- bewußter Einsatz der Besuchsdiplomatie (z.B. wie vorgesehen BK-Besuch in Türkei<sup>4</sup> ohne vorhergehenden oder nachfolgenden in Athen);
- Abstimmung unserer Haltung mit Frankreich, Großbritannien und USA auf nächster Konferenz der Politischen Direktoren.<sup>5</sup>

I. 1) Seit dem Regierungsantritt von Ministerpräsident Papandreu betreibt Griechenland gegenüber dem Bündnis eine Politik, die wenig Rücksicht auf die Solidarität und den Zusammenhalt innerhalb des Bündnisses nimmt. Sie ist von dem Versuch gekennzeichnet, das Bündnis in dem griechisch-türkischen Streit zur Parteinahme für Griechenland zu veranlassen. MP Papandreou ständige verbale Attacken gegen die USA belasten nicht nur das bilaterale Verhältnis zwischen beiden Staaten, sondern tragen auch zu Spannungen innerhalb der NATO bei.

Sein Verhältnis zur Sowjetunion geht auf Kosten der Glaubwürdigkeit und des Zusammenhalts des Bündnisses.

2) Die Bekanntgabe des neuen „Griechischen Verteidigungsdogmas“ am 18.12.1984<sup>6</sup> stellt nur einen vorläufigen Höhepunkt in der Reihe der griechischen

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die Türkei vom 9. bis 12. Juli 1985. Vgl. dazu Dok. 185 und Dok. 188.

<sup>5</sup> Die griechische Haltung gegenüber der NATO wurde während des Vierertreffens der Politischen Direktoren am 14. März 1985 in London erörtert. Ministerialdirigent Schauer berichtete am 20. März 1985, auf seine Frage hin, „was die Allianz tun sollte“, sei von französischer Seite die Sorge geäußert worden, „daß Erörterung in der NATO Problem noch verschlimmern könne“ und „daß Griechen immer wieder großes Bedürfnis nach Anerkennung bezeugten. Nichts treffe sie härter als geringschätzige Behandlung (Fußnotenland). Deshalb dürfe man sie nicht multilateral, sondern nur bilateral zur Rede stellen.“ Auch von britischer Seite sei gefordert worden, „daß Westen größeres Verständnis für Griechenland aufbringen müsse“. Vgl. den Runderlaß Nr. 2338; VS-Bd. 12976 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Oberst i. G. Herzog, Athen, berichtete am 18. Dezember 1984: „Reg[ierungs]chef und V[er]teid[igungs]min[ister] Papandreu führte in der Rede anläßlich der panhellen[ischen] Konferenz seiner regierungstragenden PASOK-Partei – off the record – unter dem Titel ‚New Defence Dogma‘ aus: ‚Greece intends to redeploy its armed forces soon, feeling that the danger to its security comes from the East and not from the North.‘ [...] Die neuen Planungen zu einem ‚clearly patriotic dogma‘ sollen abgeschlossen und noch in dieser Woche der neuen Führung der Streitkräfte erläutert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 842; Referat 201, Bd. 130182.

Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, wies am 19. Dezember 1984 darauf hin, die Behauptung, Griechenland werde von Osten her bedroht, sei „eine alte Lieblingsfeststellung der PASOK [...], die

Bestrebungen dar, das Bündnis mit dem griechisch-türkischen Streit zu belasten.

Das Konzept soll vom Grundgedanken der Gefahr aus dem Osten (Türkei) ausgehen. Es sollen Verteidigungslinien zu Lande, auf dem Meer und in der Luft vorgesehen werden. Die Verteidigungslinien, die im Norden bestehen, sollen aufrechterhalten bleiben. Der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit soll sich jedoch gegen Osten richten. Gleichzeitig soll die Verteidigung gestärkt werden, damit die Abhängigkeit des Landes von den USA und anderen westeuropäischen Ländern soweit wie möglich beschränkt wird. Anfang des Jahres sollte das Dogma nach Billigung durch den Regierungsrat für Auswärtige und Verteidigungspolitik veröffentlicht werden.

Weder ist das Dogma, trotz Behandlung im Rat, veröffentlicht<sup>7</sup>, noch sind die griechischen Truppen an der nordöstlichen Grenze zu Bulgarien und zur Türkei entsprechend disloziert worden.

Befürchtungen, daß das Dogma den Beginn des Ausscheidens Griechenlands aus der Allianz darstelle, scheinen nicht zuzutreffen. Eher haben die Stimmen recht behalten, die der Ansicht waren, das Dogma beschreibe lediglich einen Zustand, der schon bestehe, und sei mit Blick auf die Parlamentswahlen in diesem Jahr<sup>8</sup> verkündet worden.

Die Türkei hat in dieser Angelegenheit bei uns (Herrn D2) durch ihren Botschafter vorgesprochen<sup>9</sup>; ansonsten blieben aber offizielle Stellen in Ankara bemüht, ein „Hochspielen“ dieses griechischen Planes zu vermeiden.

3) Weil Griechenland seinen Streit mit der Türkei über die „Demilitarisierung“ der griechischen Insel Lemnos<sup>10</sup> in das Verteidigungsplanungsverfahren des Bündnisses einführte, konnten bei der letzten DPC-Verteidigungsministersitzung am 4./5. Dezember 1984 weder das griechische Länderkapitel (türkischer

*Fortsetzung Fußnote von Seite 178*

von verantwortlichen griechischen militärischen Persönlichkeiten immer nur mit erheblichen Vorbehalten geteilt wurde. [...] Was im Endergebnis von dem neuen Dogma bleibt, dürfte wohl im wesentlichen (von der Publizitätskampagne abgesehen) nicht mehr sein als die Tendenz, die griechischen Inseln vor dem türkischen Festland stärker zu befestigen. In Anbetracht der beschränkten griechischen Mittel dürfte auch dies allenfalls ein langfristiges Ziel sein. [...] Bedenklich bleibt allerdings, wie gering Papandreu die Vorteile eines wenigstens äußerlich NATO-konformen Verhaltens einschätzt und wie leichtfertig er bereit ist, seine NATO-Verbündeten vor den Kopf zu stoßen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 850; Referat 201, Bd. 130182.

<sup>7</sup> Oberst i. G. Herzog, Athen, teilte am 9. Januar 1985 mit, daß die neue griechische Verteidigungsdoktrin, nunmehr „Plan der politisch-nationalen Verteidigung“ genannt, inzwischen vom Regierungsrat für Auswärtige und Verteidigungsangelegenheiten verabschiedet worden sei, aber geheimgehalten werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 16; Referat 201, Bd. 143338.

<sup>8</sup> Die Wahlen zum griechischen Parlament fanden am 2. Juni 1985 statt.

<sup>9</sup> Der türkische Botschafter İşcen warnte am 4. Januar 1985 im Gespräch mit Ministerialdirektor Pfeffer vor den der NATO drohenden Gefahren, wenn sich die griechische Aufmerksamkeit statt auf die Grenze zum Warschauer Pakt auf die Ägäis verlagere: „Die Verbündeten und die Allianz müßten reagieren. Man dürfe Papandreu nicht alles nachsehen und ihn dadurch ermutigen, weiter zu eskalieren.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Spohn vom 7. Januar 1985; Referat 201, Bd. 143338.

<sup>10</sup> Referat 201 legte am 4. Dezember 1984 zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen Griechenland und der Türkei über die Insel Lemnos dar, nach türkischer Auffassung sei Lemnos aufgrund der Meerengenkonvention von Lausanne vom 24. Juli 1923 entmilitarisiert worden. Demgegenüber sei Griechenland der Ansicht, daß die Konvention von Lausanne durch die Konvention von Montreux vom 20. Juli 1936 über das Statut der türkischen Meerengen überholt sei „und daher griechische Einheiten auf Lemnos stationiert werden können“. Vgl. Referat 201, Bd. 130182.

Einspruch) noch das türkische Länderkapitel (griechischer Einspruch) verabschiedet werden.<sup>11</sup>

Daß Griechenland das Bündnis in diesen Streit hineinzieht, ist für die Sicherheitslage an der Südflanke gravierend. Allerdings glaubt Griechenland sich seit Mitte der 70er Jahre einer gegen griechische Ägäisinseln gerichteten türkischen Drohposition<sup>12</sup> gegenüberzusehen. Es weist auf die nicht der NATO unterstellte 4. türkische Armee mit Hauptquartier in der Hafenstadt Izmir hin. Diese hat allerdings als Ausbildungsarmee allenfalls beschränkte operative Fähigkeiten.

4) Die NATO weigert sich, dem griechischen Wunsch zu entsprechen und die Insel Lemnos in das Manövergebiet für NATO-Manöver im Mittelmeer einzubeziehen. Deswegen nahm Griechenland seit 1982 an keinem der NATO-Manöver im Mittelmeer teil und sagte auch zum ersten Mal seit 20 Jahren bilaterale Manöver mit den USA ab.<sup>13</sup>

5) Trotz unseres guten Verhältnisses zu Griechenland versuchten uns die zuständigen griechischen Stellen in den griechisch-türkischen Streit hineinzuziehen. So verlangte der Oberbefehlshaber der griechischen Streitkräfte, wir sollten uns vor einer Vereinbarung mit Griechenland über die Unterstützung deutscher AMF-Kontingente (Allied Command Europe Mobile Force) als Vorbedingung für weitere Verhandlungen verpflichten, den Flugplatz auf der Insel Lemnos anstelle der ursprünglich vorgesehenen Luftwaffenbasis Mikra zu benutzen.<sup>14</sup> Dieses Ansinnen wurde von uns abgelehnt.

6) Negativ auf das Bündnis wirkt sich ebenfalls aus, daß MP Papandreou aus Gründen der innenpolitischen Profilierung bewußt verbale Auseinandersetzungen mit den Vereinigten Staaten sucht (Lob der UdSSR als Vorreiter der Entspannung; Geißelung der USA als imperialistische und expansionistische Macht; koreanische Verkehrsmaschine, die von sowjetischen Jägern abgeschossen wurde<sup>15</sup>, sei im Auftrag des CIA geflogen; die anlässlich seines Besuchs in Libyen erhobene Forderung nach Entfernung aller Militärbasen im Mittelmeer<sup>16</sup>).

<sup>11</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. AAPD 1984, II, Dok. 329.

<sup>12</sup> Nach der Ankündigung der griechischen Regierung vom 1. November 1973, in der Ägäis nach Erdöl zu suchen, traten anhaltende Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei über die Abgrenzung der Hoheitsrechte zu Wasser, in der Luft und in bezug auf den Festlandssockel ein. Referat 203 legte am 3. Dezember 1984 dar, daß „auch auf deutsches Drängen“ der Gesprächsfaden aufrechterhalten worden sei, aber die Unabhängigkeitserklärung Nordzyperns vom 15. November 1983, „erneute Auseinandersetzungen um NATO-Manöver wegen Lemnos“ und ein griechisch-türkischer Flottenzwischenfall zu weiteren Spannungen geführt hätten. Vgl. Referat 201, Bd. 130182.

<sup>13</sup> Referat 203 hielt dazu am 8. November 1984 fest: „Am 20. August sagte GRI überraschend eine traditionelle Übung kleineren Umfangs griechischer und US-Einheiten ‚Zeus‘ ab mit der Begründung, GRI werde nur von TUR bedroht, und die Übung entspreche nicht dieser Bedrohungslage.“ Vgl. Referat 203, Bd. 150965.

<sup>14</sup> Zu der vom Chef des Generalstabs der Nationalen Verteidigung, Kouris, erhobenen Forderung vgl. das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 14. Dezember 1984; Referat 201, Bd. 130182.

<sup>15</sup> Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

<sup>16</sup> Ministerpräsident Papandreou besuchte Libyen vom 22. bis 24. September 1984. Am 26. September

7) Anlässlich einer Pressekonferenz am 29. Januar 1984<sup>17</sup> führte Papandreou zu einer Frage nach einer griechischen einseitigen Fristsetzung zum Abzug amerikanischer Atomsprengsätze aus Griechenland aus: Er würde es vorziehen, wenn der Abzug der nuklearen Waffen vom gesamten Balkan erfolgen könnte.<sup>18</sup> Nach einem Hinweis, daß er davor noch eine Reaktion aus Rumänien erwarte, führte er aus, daß die griechische Regierung eine Entscheidung werde fällen müssen. Dabei werde zu berücksichtigen sein, daß Griechenland ein nukleares Ziel sei, weil es amerikanische Nuklearwaffen beherberge. Diese Waffen seien veraltet und selbst für ihre Eigentümer nutzlos. Es gebe daher für Griechenland keine vernünftigen Gründe, sie weiterhin auf griechischem Territorium zu dulden. Nach einem kurzen Hinweis auf die größer gewordene Gefahr eines Zusammenstoßes der beiden Großmächte<sup>19</sup> erklärte er, daß er auch einer Modernisierung der Waffen auf keinen Fall zustimmen werde.

Amerikanischerseits reagierte man gelassen auf diese Äußerung, die keine neue Politik ankündige, deren Inhalt vielmehr seit langem Bestandteil des PASOK-Programms sei. Entscheidend sei, daß Papandreou nicht den Abzug der Atomwaffen fordere, dieses Ziel vielmehr nur im Rahmen seiner Bemühungen um die kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan verfolge, von denen niemand wisse, ob und wann sie Erfolg hätten.

8) Die ständigen Bemühungen Papandreous, Vorteil aus seinem Verhältnis zur Sowjetunion zu ziehen, werden von ihm ohne Rücksicht auf die Solidarität im Bündnis betrieben (Besuch des Flaggschiffs der griechischen Marine „Lemnos“ vom 10. bis 14. September 1984 in Odessa; zur gleichen Zeit fand das NATO-Seemanöver „Display Determination“ statt, an dem Griechenland nicht teilnahm<sup>20</sup>; Einkauf von 88 Großmaschinen für den Straßenbau, die auch als Pioniermaterial verwendet werden können; Empfänger der Maschinen: die militärische Dienststelle für staatliche Wiederaufbauprojekte; noch unklar ist zur

*Fortsetzung Fußnote von Seite 180*

1984 wurde berichtet, daß Papandreou Oberst Gaddafi vor der Presse als „Kämpfer gegen den Kolonialismus“ gewürdigt und ausgeführt habe, er stimme mit ihm darin überein, „daß im Mittelmeerraum keine ausländischen Flotten oder Stützpunkte existieren dürften“. Vgl. den Artikel „Papandreou lobt Libyens Führer Gaddafi“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. September 1984, S. 4.

17 Die Ziffer „1984“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „85?“.

Zur Pressekonferenz des Ministerpräsidenten Papandreou am 29. Januar 1985 in Neu-Delhi vgl. den Drahtbericht Nr. 82 des Botschafters von Pachelbel-Gehag, Athen, vom 30. Januar 1985; Referat 201, Bd. 143338.

18 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Schauer zurück. Vorher lautete er: „Er hätte es vorgezogen, wenn der Abzug der nuklearen Waffen auf der Ebene des Balkan erfolgen könnte.“

19 Die Wörter „der beiden Großmächte“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

20 Das Manöver „Display Determination 84“ fand vom 17. September bis 15. Oktober 1984 statt. Am 20. September 1984 berichtete Oberst i. G. Herzog, Athen, über den griechischen Flottenbesuch in der UdSSR: „Wenn man auch der griechischen Marine-Leitung nicht unterstellen sollte, daß der Zeitpunkt mit dem für die griechische Seite abgesagten NATO-Seemanöver zusammenhänge, hat dennoch die Präsenz eines NATO-Partners im Heimathafen der sowjetischen Schwarzmeerflotte Signalwirkung. Das Timing ist mehr als nur Ausdruck der ‚griechisch-sowjetischen‘ Freundschaft. Das modernste Schiff der griechischen Marine vom Typ der ‚Kortenaar-Klasse‘ darf des ungeteilten sowjetischen Interesses sicher sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 584; Referat 201, Bd. 130182.

Zeit, ob und wie viele sowjetische Militärs griechisches Militärpersonal an diesen Maschinen ausbilden<sup>21</sup>).

9) Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Regierung Papandreou in absehbarer Zukunft ihre kritische Politik gegenüber der NATO beibehalten, wenn nicht verstärken wird. So hat Griechenland, genauso wie 1983, ohne Angabe von Gründen seine Teilnahme an WINTEX-CIMEX 85<sup>22</sup> abgesagt. Griechische Lehrgangsteilnehmer und ein griechisches Mitglied des wissenschaftlichen Personals<sup>23</sup> sind letzte Woche innerhalb von 24 Stunden von dem NATO Defence College in Rom nach Griechenland zurückberufen worden. Als Grund für diese Maßnahme wurde die Durchführung eines Planspiels im November 1984 angegeben, das u.a. einen von außen gesteuerten Militärputsch in Griechenland nach einem Wahlsieg der Kommunisten annahm. Das „Szenario“ war im Mai letzten Jahres dem damaligen Kommandanten der Schule, einem griechischen Generalleutnant<sup>24</sup>, vorgelegt und von ihm gebilligt worden. MP Papandreou ist es eine willkommene Gelegenheit, seine „eigenständige, nationale Außenpolitik“ gegenüber dem Bündnis zu demonstrieren.<sup>25</sup>

II. In seiner Handlungsweise unterscheidet sich MP Papandreou, insbesondere gegenüber den USA, von seinen verbalen Ausfällen. So gestattete seine Regierung z.B. weiterhin Besuche amerikanischer Atom-U-Boote in griechischen Häfen und kaufte 40 amerikanische F-16 für die griechische Luftwaffe (mit einer Option für 20 weitere F-16). Auf die unentgeltliche Weitergabe von F-5 Flugzeugen durch Norwegen an die Türkei und Portugal hat Griechenland, das diese Maschinen auch haben wollte, nur mit einem offiziellen diplomatischen Protest reagiert. Bis jetzt kündigt Papandreou zwar die pünktliche Beendigung des mit den USA abgeschlossenen Stützpunktabkommens<sup>26</sup> an, doch gibt es auch keine Anzeichen dafür, daß Griechenland es vorzeitig kündigen will.

<sup>21</sup> Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 31. Januar 1985, daß nach offizieller griechischer Mitteilung vom Dezember 1984 „griechische Stellen sowjetisches Straßenbaugerät beschafft haben“. Dabei handele es sich offenbar um „88 Großmaschinen für den Straßenbau, die auch als Pioniermaterial verwendet werden können“. Am 24. Januar 1985 hätten das griechische Wirtschafts- und das Verteidigungsministerium über den Bezug weiterer Großmaschinen für den Straßenbau aus der UdSSR für 78 Mio. Dollar informiert. Zudem seien nach „Erkenntnissen des Militärattachéstabes Athen [...] fünf oder sechs militärische Berater, die keine Uniform tragen, in Griechenland eingetroffen, um griechisches Personal vor Ort in die Bedienung der bereits gelieferten Geräte einzuweisen.“ Eine entsprechende Meldung in der britischen Presse sei vom griechischen Verteidigungsministerium dementiert worden, das erklärt habe, es handele sich um drei zivile Experten, die für zwei Wochen in Griechenland seien. Vgl. VS-Bd. 11971 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>22</sup> Zur NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 85“ vom 26. Februar bis 13. März 1985 vgl. Dok. 73.

<sup>23</sup> Die Wörter „wissenschaftlichen Personals“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Verwaltungspersonals“.

<sup>24</sup> Jannis Kotsolakis.

<sup>25</sup> Oberst i. G. Herzog, Athen, berichtete am 25. Januar 1985: „Rasche und inflexible Reaktion der griechischen Regierung auf ein Schulungsszenario erweckt den Eindruck, daß Vorfall nicht unwillkommener Anlaß war, die griechische Beteiligung in einem weiteren NATO-Bereich zu beenden. [...] Die betonte Herausstellung, daß nationale Interessen allem anderen vorgehen, läßt für die Zukunft auf wenig Änderung des problematischen Verhaltens Griechenlands zur NATO hoffen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 71; Referat 201, Bd. 143338.

<sup>26</sup> Das griechisch-amerikanische Abkommen über Verteidigungs- und Wirtschaftskooperation vom 8. September 1983 hatte eine fünfjährige Laufzeit und trat am 20. Dezember 1983 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1590, S. 118–151.

Dennoch können diese Handlungen nicht den Eindruck beseitigen, daß Griechenland unter MP Papandreu innerhalb der NATO eine Bündnispolitik verfolgt, die den Interessen des Bündnisses zuwiderläuft.

III. Die Motive für die Sonderrolle, die MP Papandreu innerhalb der NATO spielen will, dürften verschiedener Art sein:

- In der griechischen öffentlichen Meinung hat sich – gefördert von der Regierung – ein Trend auf Durchsetzung ausschließlich griechischer Interessen, die sie nur in enger nationaler Sicht erkennen mag, durchgesetzt.
- Wegen der bevorstehenden Wahlen dürfte Papandreu noch stärker als bisher Rücksicht auf linke Wähler nehmen.
- Griechenland versteht sich zwar als Teil Westeuropas, aber auch als Teil des Balkans und des Mittelmeerraums mit besonderen Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt, vor allen Dingen zu den arabischen Staaten. Unter Anknüpfung an die frühere hellenistische Ausstrahlung versucht es, ein Gegengewicht zur Türkei zu schaffen.
- Mitbestimmend für diese Politik ist auch die Persönlichkeit Papandreus selbst, obwohl diese<sup>27</sup> besonders schwer zu beurteilen ist (Pragmatismus und Zukunftsvisionen; Charisma eines Volkstribunen; Emotionalität; Spontaneität; manchmal Unbeherrschtheit).

#### IV. Wertung

1) Die ständige Wiederholung sich von der Bündnispolitik und der Solidarität des Bündnisses distanzierender Äußerungen birgt die Gefahr, daß Papandreu sogar gegen seinen Willen zum Gefangenen seiner eigenen Argumentation wird. Dies könnte ihn zu faktischen Konsequenzen zwingen.

2) Für das Bündnis ist ein Ausscheiden Griechenlands aus der NATO weder aus strategischen noch politischen Gründen eine akzeptable Lösung. Durch seine geographische Lage verbindet Griechenland den Südostabschnitt der NATO, sperrt das Ägäische Meer und bietet mit Festland und Inseln Stützpunkte, von denen aus das östliche Mittelmeer durch See- und Luftstreitkräfte beherrscht werden kann. In einem Konfliktfall kann diese strategische Sperrriegelfunktion genutzt werden, um die sowjetische Schwarzmeerflotte wirksam an einem Durchbruch in das Mittelmeer zu hindern.

Aus politischen Gründen ist ein Ausscheiden Griechenlands aus der Allianz nicht wünschenswert, da dadurch das Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer beeinträchtigt würde und ein solches Ereignis negative Auswirkungen auf den Zusammenhalt und die Solidarität im Bündnis haben könnte.

Ein Austritt aus der Allianz dürfte aber auch nicht im griechischen Interesse liegen. Gerade die Allianz bietet Griechenland den benötigten Schutz gegenüber türkischen Drohungen und Gebietsansprüchen auf die griechischen ostägäischen Inseln. Außerhalb der Allianz hätte es Griechenland wesentlich schwerer, solchen Forderungen oder etwaigen türkischen Versuchen, die Grenzen in der Ägäis zu revidieren, entgegenzutreten.

<sup>27</sup> Dieses Wort von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „deren Faktor“.

3) Unser Interesse und das der Allianz liegen in einer Stabilisierung der Südostflanke des Bündnisses. Wir müssen deshalb versuchen, MP Papandreu von seiner verbalistischen Linie der Distanz gegenüber dem Bündnis und dem Versuch der Instrumentalisierung des Bündnisses im Konflikt Griechenlands mit der Türkei abzubringen; dazu muß Griechenland fester in die NATO eingebunden werden. Zur Erreichung dieser Ziele gäbe es den Weg, auf die griechische Regierung bilateral in Abstimmung mit den USA oder zusammen mit Frankreich, Großbritannien und den USA einzuwirken oder innerhalb der Allianz, nach Abstimmung mit anderen Bündnispartnern tätig zu werden.

4) Bilateral wurde bisher – wenn auch nicht mit großem Erfolg, wie die Ereignisse zeigen – in Kontakten mit der griechischen Regierung versucht, Griechenland stärker an gemeinsame Positionen heranzuführen. Diese Bemühungen sind mit Festigkeit und Geduld fortzusetzen. Jede sich bietende Gelegenheit sollte dazu genutzt werden.

Als weiteres Mittel böten sich<sup>28</sup> bilaterale sicherheitspolitische Konsultationen an. Um Ausgewogenheit im griechisch-türkischen Verhältnis zu demonstrieren, sollte auch mit der Türkei konsultiert werden. Seitens des BMVg könnte auch die Zusammenarbeit mit den militärischen Dienststellen intensiviert werden, ohne daß wir uns dabei in den griechisch-türkischen Streit hineinziehen lassen dürfen. Daneben böte sich an, durch Signale im Bereich der Besuchsdiplomatie der griechischen Seite unsere Unzufriedenheit mit ihrer NATO-Politik zu zeigen. Z. B. BK-Besuch in Ankara im Juli 1985 ohne nachfolgenden oder vorausgehenden Besuch des Bundeskanzlers in Athen.

Die Verweigerung von Verteidigungshilfe an Griechenland ab 1986 (für 1985 ist das Abkommen dafür bereits unterzeichnet<sup>29</sup> und die dafür benötigten Mittel sind vom Bundestag bewilligt) sollte nicht als Mittel benutzt werden, um Griechenland zu einem NATO-freundlichen Verhalten zu veranlassen, obwohl dies von einigen Politikern (z. B. CDU – MdB Weiskirch) gefordert wird.<sup>30</sup> Das Verhältnis zu Griechenland würde dadurch belastet; wir würden in griechischen Augen als „amerikahörig“ erscheinen und könnten Ministerpräsident Papandreu zu unberechenbaren „Trotzreaktionen“ veranlassen. Innenpolitisch würden wir bei einer Kürzung oder Streichung der Verteidigungshilfe für Grie-

<sup>28</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer gestrichen: „häufigere“.

<sup>29</sup> Das Abkommen zwischen der Bundesregierung und der griechischen Regierung über eine Verteidigungshilfe im Rahmen der NATO in Höhe von 70 Mio. DM wurde am 22. Oktober 1984 unterzeichnet. Es hatte – rückwirkend ab 1. Juli 1984 – eine Laufzeit von 18 Monaten. Für das Abkommen vgl. Referat 209, Bd. 128395.

<sup>30</sup> Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Weiskirch, nahm am 10. Januar 1985 Stellung zum neuen griechischen Verteidigungsplan. Griechenland sehe den möglichen Gegner in der Türkei und lasse seine Haltung zur NATO ansonsten „im Zwielficht“, und zwar wegen der NATO-Verteidigungshilfe in Höhe von etwa einer halben Milliarde Dollar. Zu dieser trage auch die Bundesrepublik 70 Mio. DM bei. Weiskirch stellte die Frage: „Kann es sich die Allianz leisten, einem NATO-Partner die Aufrüstung gegen ein anderes NATO-Mitglied zu finanzieren?“ Vgl. DEUTSCHLAND-UNION-DIENST, Nr. 7 vom 10. Januar 1985, S. 1.

Legationsrat I. Klasse Cuntz legte am 7. Februar 1985 dar, daß der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestags, Biehle, in der Ausschußsitzung am Vortag die Frage gestellt habe, „ob nicht angesichts der Tatsache, daß GRI Güter aus der SU beziehe, Überlegungen in der Bundesrepublik Deutschland angestellt würden, ob deutsche militärische Hilfe an Griechenland auszusetzen wäre?“ Vgl. VS-Bd. 12017 (201); B 150, Aktenkopien 1985.



chenland wahrscheinlich auch die Diskussion um die Verteidigungshilfe für die Türkei erneut beleben. Insgesamt würden wir mit der Verweigerung der Militärhilfe zur weiteren Schwächung der Südflanke beitragen. Griechische Politiker und Regierungsstellen sollten aber im Gespräch auf Forderungen nach Überprüfung der Militärhilfe hingewiesen werden, um ihnen mögliche Konsequenzen zunehmender Distanz zum Bündnis vor Augen zu führen.<sup>31</sup>

5) Unsere Haltung muß mit den wichtigsten Verbündeten abgestimmt werden. Die Reagan-Administration hat noch keine durchgehende Linie gegenüber Griechenland entwickelt. Das State Department scheint in gewissem Gegensatz zum Pentagon auf Papandreou verbale Attacken trotz anhaltender Besorgnis wieder gelassener reagieren zu wollen; die Grenzen amerikanischer Toleranz seien nicht ohne Erfolg Griechenland verdeutlicht worden<sup>32</sup>; das Pentagon unterstreicht die noch gewährte Kooperation Griechenlands<sup>33</sup>. Amerikanische Dienststellen und die Botschaft in Griechenland wollen durch eine umfassende Besuchsdiplomatie wichtiger amerikanischer politischer und militärischer Entscheidungsträger im „Wege der Umarmung“ das Abgleiten<sup>34</sup> Griechenlands aus der Allianz verhindern.

Erforderlich erscheint ein abgestimmtes Vorgehen mit unseren drei wichtigsten Verbündeten: Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Die Haltung Griechenlands könnte auf dem nächsten Treffen der Politischen Direktoren erörtert werden. Dabei könnte die französische Seite, wegen ihrer besonders guten Beziehungen auf Regierungs- und Parteiebene zu Griechenland, gebeten werden, die griechische Regierung in geeignet erscheinender Weise auf ihr bündnisschädigendes Verhalten hinzuweisen.

6) Das Bündnis ist wegen der gegenseitigen griechisch-türkischen Blockade kein wirksames Instrument, um auf die Regierung Papandreou einzuwirken. Jeder Anschein der Parteinahme des Bündnisses für eine der beiden Seiten mußte die Situation weiter komplizieren.

Im Interesse der Allianz muß der Generalsekretär<sup>35</sup> nach Handlungsmöglichkeiten suchen. Allerdings sollte er seine Hauptaufgabe zunächst darin sehen,

<sup>31</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl schlug am 15. Februar 1985 „bei parlamentarischen Anfragen und Fragen der Presse“ folgende Argumentation vor: „Die Stabilität und Stärkung der Südostflanke des Bündnisses liegen in unserem Interesse. Die Bundesregierung hält Kürzungen oder gar Streichungen der Verteidigungshilfe für ein ungeeignetes Mittel zur Erhaltung der Bündnisolidarität Griechenlands.“ VS-Bd. 11855 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>32</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 10. Juli 1984, ein Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium habe ihm zur Blockierung einer unentgeltlichen Lieferung von 16 F-5 Jägern an Griechenland erklärt, man habe „keine andere Wahl, als ein deutliches Zeichen an die Adresse Griechenlands zu richten, dessen ‚anti-American attitude‘ in der Administration auf zunehmendes Unverständnis stoße“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3081; Referat 201, Bd. 130182.

<sup>33</sup> Brigadegeneral Steinkopff, Washington, übermittelte am 4. Januar 1985 die Einschätzung von Gesprächspartnern im amerikanischen Verteidigungsministerium, „Griechenland kaufe auch weiterhin amerikanisches Rüstungsmaterial (z. B. F-16) und beteilige sich nach wie vor an der Arbeit in den NATO-Stäben. Daher sähe man insgesamt keine bedrohliche Veränderung in der griechischen Verteidigungspolitik.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 201, Bd. 143338.

<sup>34</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Abdriften“.

<sup>35</sup> Lord Carrington.

Bündnisverfahren zu deblockieren (z.B. das griechische und das türkische Länderkapitel im Rahmen der Verteidigungsplanung der Allianz; Einbeziehung der Insel Lemnos in NATO-Manöver im östlichen Mittelmeer.)

#### V. Vorschlag

Es wird daher vorgeschlagen:

##### 1) Auf bilateralem Gebiet:

1.1) Bei jeder sich bietenden Gelegenheit der griechischen Seite unsere Besorgnisse wegen ihrer Bündnispolitik zu verdeutlichen. Der Hinweis, daß die Verteidigungshilfe für Griechenland gegenüber dem Bundestag mit ihrem Nutzen für die Verteidigung der Südostflanke des Bündnisses gerechtfertigt werden muß, sollte nicht fehlen.

1.2) Wir sollten sobald wie möglich mit der griechischen Seite bilaterale sicherheitspolitische Konsultationen aufnehmen. Nach Abstimmung mit uns sollte das BMVg auch seine militärische Zusammenarbeit mit der griechischen militärischen Seite verstärken. Um den Eindruck einer einseitigen Parteinahme zu vermeiden, müßte eine solche Zusammenarbeit auch mit der Türkei vereinbart werden.

1.3) Im Bereich der Besuchsdiplomatie könnten wir unsere Unzufriedenheit mit griechischer Bündnispolitik dadurch verdeutlichen, daß Besuchseinladungen in die Türkei angenommen werden, ohne daß vorher oder nachher ein Besuch des jeweiligen deutschen Politikers in Athen erfolgt (BK-Besuch in Ankara vom 7. bis 9.7.85).

2) Mit unseren wichtigsten Verbündeten, Frankreich, Großbritannien und den USA sollte die Haltung Griechenlands im Bündnis auf der nächsten Konferenz der Politischen Direktoren erörtert werden. Dabei sollte Frankreich wegen seiner guten Beziehungen auf Regierungs- und Parteiebene der griechischen Regierung bei passender Gelegenheit die Besorgnisse über ihre bündnisdistanzierende Politik verdeutlichen.

3) Bei all dem ist unbedingt darauf zu achten, daß der Anschein einer Parteinahme für die eine oder die andere Seite im griechisch-türkischen Streit sowie ein Gesichtsverlust für einen der betroffenen Bündnispartner vermieden wird.

i. V. Schauer

**VS-Bd. 11971 (201)**

## 33

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Kullak-Ublick****Dg 33-321.30 LA****7. Februar 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn D 3 i.V.<sup>2</sup> und Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister zur Information

Betr.: Reise von Staatsminister Möllemann nach Zentralamerika  
(19. bis 31.1.1985)

Die Reise von StM Möllemann durch ZA begann in Costa Rica, führte nach Nicaragua, Honduras, El Salvador, Guatemala und endete in Mexiko.<sup>4</sup> Staatsminister hatte Gelegenheit zu Gesprächen mit Staatspräsidenten, Außenministern, Politikern und Kirchenvertretern. Eine große Anzahl von Randgesprächen mit Industrievertretern, Entwicklungsexperten, Menschenrechtsorganisationen u. a. rundete das Bild ab.

Im Vordergrund aller Gespräche stand die Lage in ZA, der gegenwärtige Stand des Contadora-Prozesses<sup>5</sup>, die ZA-Initiative von Bundesminister Genscher<sup>6</sup> und damit verbunden die Absicht zur Abhaltung einer San-José-Folgekonferenz in der zweiten Jahreshälfte in Europa.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 8. Februar und erneut am 15. April 1985 vorgelegen, der den „R[ücklauf] v[on] BM“ über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Kullak-Ublick verfügte.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Schubert und Hallensleben am 16. April 1985 vorgelegen.

Hat Kullak-Ublick am 22. April 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 331 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 22. April 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Sulimma am 7. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Staatsminister Möllemann hielt sich vom 20. bis 22. Januar 1985 in Costa Rica, vom 22. bis 25. Januar in Nicaragua, am 25./26. Januar in Honduras, vom 26. bis 28. Januar in El Salvador, vom 28. bis 30. Januar in Guatemala und am 30. Januar 1985 in Mexiko auf.

<sup>5</sup> Zur Friedensinitiative der Contadora-Staaten vgl. Dok. 12, Anm. 18.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher entwickelte auf der Botschafterkonferenz in San José vom 29. September bis 1. Oktober 1983 Überlegungen zur Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den mittelamerikanischen Staaten. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 293.

Zu den anschließend „in EPZ und EG zur Diskussion gestellten Vorschlägen, die Zusammenarbeit mit Mittelamerika möglichst durch Kooperationsabkommen zu intensivieren“, führte Referat 411 am 19. Januar 1984 aus: „Die EG-Hilfe sollte dazu beitragen, die betroffenen Staaten in den Stand zu versetzen, mit zugrunde liegenden wirtschaftlich-sozialen Strukturproblemen fertig zu werden. Ziel wäre mehr politische Stabilität und Heraushalten aus Ost-West-Gegensatz.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146679.

<sup>7</sup> In San José fand am 28./29. September 1984 eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens mit den Außenministern mittelamerikanischer Staaten sowie der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 30. Januar 1985, daß auf der EG-Ministerrats-tagung am 28./29. Januar 1985 in Brüssel „bei Mittagessen am 29.1. Frage des Follow-up der Ministerkonferenz EG/Zentralamerika in San José“ erörtert worden sei: „Zur Überlegung, dieses auf Ministerienebene vorzusehen, ergaben sich Vorbehalte einiger Del[egationen]. Rat kam überein, Follow-up in jedem Falle auf politischer Ebene vorzunehmen, Frage der Ebene noch offenzuhalten, jedoch mit deutlicher Tendenz für Ministerienebene.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 271; Referat 411, Bd. 131166.

### I. Zur gegenwärtigen Lage in Zentralamerika

Unter dem Eindruck der Reise ist festzustellen, daß sich die Konfliktsituation in ZA in den Monaten seit der Konferenz von San José keineswegs entspannt hat – ja, daß sie sich teilweise sogar erheblich verschärft hat.

Im einzelnen

1) Aktuelle Spannungen zwischen COS und NIC, ausgelöst durch die offenbar gewaltsame Entführung eines NIC-Asylanten aus der Botschaft von COS in Managua<sup>8</sup>, haben zu einer verbalen Konfrontation zwischen diesen beiden Ländern geführt. COS hat seine Teilnahme am nächsten Contadora-Treffen (14./15. Februar 85) von der vorherigen Lösung des Zwischenfalls abhängig gemacht. HON und ELS erklären sich solidarisch mit COS.

2) Gesprächspartner in ELS (Duarte), COS (Gutiérrez), HON (Paz Barnica) und GUA (Andrade) haben direkt oder indirekt Vorbehalte gegenüber der Contadora-Gruppe vorgetragen. Ursprünglich hätten die vier Contadora-Länder ihre „guten Dienste“ auf der Suche nach Lösungsmöglichkeiten für die Konfliktsituation in ZA angeboten. Inzwischen würden sie zunehmend Anspruch auf eine Vermittlungs- und Schiedsrichterrolle erheben.

Besonders distanziert zeigte sich Präsident Duarte; wohl auch unter dem Eindruck einer von MEX mit eingebrachten Resolution zur MR-Lage in ELS.<sup>9</sup> Duarte stellte sehr klar heraus, daß die letzte Entscheidung über die Zukunft der Region nur bei den Fünf liegen könne und daß die Fünf künftig selbst aktiver um Lösungsmöglichkeiten bemüht sein müßten.

AM Andrade (GUA) erwähnte, daß er noch vor dem Contadora-Treffen am 14./15. Februar die übrigen vier Hauptstädte besuchen wolle, um Möglichkeiten für eine Schlichtung zu evaluieren.

AM Gutiérrez (COS) äußerte, daß das EG-Forum vielleicht bald die letzte Begegnungs- und Verhandlungsmöglichkeit für die Fünf bieten werde, wenn Contadora sich festgefahren haben sollte.

3) Der Rückzug der USA von den Verhandlungen von Manzanillo<sup>10</sup> wird allgemein als Rückschlag empfunden. Es besteht nirgends ein Zweifel, daß eine Ge-

<sup>8</sup> Der nicaraguanische Student José Manuel Urbina Lara, der im August 1984 in der costaricanischen Botschaft in Managua Asyl gesucht hatte, wurde dort am 24. Dezember 1984 von nicaraguanischen Sicherheitskräften in Gewahrsam genommen und wenige Tage später als Deserteur zu fünf Jahren Haft verurteilt. Vgl. dazu das von Botschafter Elles, San José, mit Schriftbericht Nr. 94 am 1. März 1985 übermittelte Kommuniqué des nicaraguanischen Außenministeriums vom 21. Februar 1985; Referat 331, Bd. 136372.

<sup>9</sup> Am 14. Dezember 1984 nahm die VN-Generalversammlung die auf der Grundlage eines von Mexiko eingebrachten Entwurfs formulierte Resolution Nr. 39/119 zur Lage der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador an. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I, Bd. XXIII, S. 409–411.

<sup>10</sup> Ende Juni 1984 nahmen der amerikanische Sonderbotschafter für Mittelamerika, Shlaudeman, und der nicaraguanische Stellvertretende Außenminister Tinoco in Manzanillo (Mexiko) Gespräche über die bilateralen Beziehungen auf. Botschafter van Well, Washington, teilte am 22. Januar 1985 mit, daß das für Ende Januar 1985 geplante zehnte Treffen abgesagt worden sei: „US-Entscheidung, Manzanillo-Dialog bis auf weiteres nicht fortzuführen, ist (nach Notifizierung in Managua 17. Januar) am 18. Januar vom State Department bekanntgegeben worden. Dabei wurde auf mangelnde nicaraguanische Bereitschaft zu seriösem Meinungsaustausch hingewiesen sowie auf neue Phase der Contadora-Gespräche, die man abwarten wolle. [...] Vom State Department ausgestreute Version, wonach Rückzug von Manzanillo-Dialog auf Betreiben von Pentagon und CIA erfolgt sei, hat

samtlösung für ZA ohne die Einigung USA–NIC nicht möglich sein wird. Präsident Ortega (NIC) zeigte sich äußerst irritiert. Der Abbruch der Gespräche in Manzanillo, das möglicherweise nicht zustande kommende Contadora-Treffen im Februar und die für März zu erwartenden ZA-Beschlüsse im US-Kongress (weitere Unterstützung der Contras<sup>11</sup>) sind eine Kette von Rückschlägen für das Regime.

4) Der ergebnislose Verlauf der Verhandlungen Duarte aufgrund überzogener Forderungen der Guerilla<sup>12</sup> wird allgemein bedauert. Präsident Duarte denkt nicht an eine Wiederaufnahme vor der Wahl vom 31. März<sup>13</sup> – es sei denn, er erhalte vorher die Zusicherung zu einem wenigstens minimalen Ergebnis; gedacht ist an eine Humanisierung der Auseinandersetzung.

II. Der Besuch von StM Möllemann wurde allgemein als Fortsetzung des in San José eingeleiteten Dialogs mit D und EG gewertet. Die hochrangige Wahrnehmung und Intensität der Gespräche (Duarte und Ortega je 2 1/2 Stunden) zeigten, wie dringend der Bedarf zu bilateraler Aussprache war. Das Presseecho war groß, die Fragen bisweilen bohrend. StM ist ihnen nicht ausgewichen, sondern hat die deutsche Position im europäischen Rahmen klar herausgestellt.

Im einzelnen

1) StM machte in COS und NIC deutlich, daß die bilaterale Differenz durch den Asylfall in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Contadora-Prozesses stehe; bei gutem Willen beiderseits sollte eine Verständigung möglich sein.

Inzwischen wurde bekannt, daß der entführte Asylant in NIC mit sechs Jahren Freiheitsentzug bestraft worden ist. Es steht nur noch zu hoffen, daß NIC durch nachträglichen Gnadenakt und Abschiebung einlenkt. Andernfalls ist Contadora bis auf weiteres geplatzt.<sup>14</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 188*

viel für sich: Beiden Institutionen sind institutionalisierte Kontakte mit einer Regierung, deren Bekämpfung sie finanzieren, ein Dorn im Auge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 330; Referat 331, Bd. 136372.

11 Der Haushaltsentwurf der amerikanischen Regierung für das Haushaltsjahr 1986 sah die Wiederaufnahme auch militärischer Unterstützung für die nicaraguanischen „Contras“ vor. Botschafter van Well, Washington, berichtete am 22. Februar 1985, die „educational campaign“ Präsident Reagans zur Gewinnung der Mehrheit des Kongresses für die Freigabe der am 10.10.84 nur bedingt bewilligten 14 Mio. Dollar covert aid an die anti-sandinistischen Contras“ sei „voll ins Rollen gekommen“. Reagan habe am Vortag „die Contras als ‚our brothers‘ und ihren Kampf [...] als Absage an die Breschnew-Doktrin“ bezeichnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 938; Referat 331, Bd. 136372.

12 Auf Vermittlung der katholischen Kirche fanden am 15. Oktober 1984 in der Ortschaft La Palma und am 30. November 1984 in der Nähe von San Salvador Gespräche zwischen der salvadorianischen Regierung und der Guerilla statt. Am 17. Januar 1985 hielt Referat 331 fest: „Die Regierung stellte der Guerilla eine Amnestie in Aussicht und bot ihr die Teilnahme an den Parlamentswahlen im März 1985 an. Die Guerilla forderte in einem 29-Punkte-Katalog Amnestie, Waffenstillstand und die Verurteilung von ‚Kriegsverbrechern‘ sowie eine Vielzahl sozialer Maßnahmen. Die Standpunkte beider Seiten liegen erwartungsgemäß noch weit auseinander.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136334.

13 Am 31. März 1985 fanden in El Salvador Parlaments- und Kommunalwahlen statt.

14 Am 14. Februar 1985 teilte Botschaftsrat Schellert, San José, mit, daß Costa Rica, Honduras und El Salvador am Vortag ihre Teilnahme an dem für den 14./15. Februar 1985 geplanten Treffen der Contadora-Gruppe mit den fünf mittelamerikanischen Staaten in Panama abgesagt hätten. Der honduranische Außenminister Gutiérrez habe dazu erklärt, „die Mißachtung des Asylrechts durch Nicaragua“ im Falle des Studenten Urbina Lara mache die Teilnahme unmöglich: „Wenn schon dieses für Lateinamerika ‚heilige‘ Recht verletzt werde, wie könne man dann erwarten, daß künftige auf den Frieden in Zentralamerika gerichtete Vereinbarungen eingehalten würden?“ Fortschritte im Contadora-Prozeß seien jedoch weiter möglich „in dem Maße, in dem der Fall Urbina gelöst werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 34; Unterabteilung 33, Bd. 146552.

Botschafter Heubach, Managua, teilte am 6. März 1985 mit: „Am 5.3.1985 wurde Urbina Lara hie-

2) Ortega suchte die Politik der Bundesregierung gegenüber NIC in eine Linie mit den USA zu stellen. Er erging sich in nicht endenden Anklagen gegen die USA, wobei er auch COS als militärisch-provokativ und im Dienste des US-Solds stehend apostrophierte.

Das Gespräch nahm erst eine andere Wendung, als StM unser enges Bündnis mit den USA einerseits und unsere ungebundene Politik gegenüber ZA und NIC andererseits darlegte. StM brachte sein Unverständnis gegenüber verschiedenen Ausfällen Ortegas zum Ausdruck. Die Bundesregierung stelle ihre Hilfe „selbstlos“ zur Verfügung, sie habe die ZA-Initiative unter Einschuß „aller“ Staaten eingeleitet, und sie bemühe sich weiterhin um Dialog. Sie lehne Intervention und Einmischung ab – und zwar gegenüber NIC ebenso wie von NIC gegenüber seinen Nachbarn. Allerdings messe die Bundesregierung ihr bilaterales Verhältnis zu anderen Staaten auch an deren Verhalten zu den unveräußerlichen Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte.

Die Ausführungen von StM verfehlten ihren Eindruck nicht. Ortega hat später vor der Presse erklärt, daß er das Verhältnis der Bundesrepublik in einem neuen Lichte sehe. Hoffnungen auf Wiederaufnahme der FZ<sup>15</sup> wurden dabei ebenfalls erwähnt.

3) Aus HON nahm StM den Eindruck mit, daß AM Paz Barnica eine unabhängige Rolle gegenüber NIC sucht. Es finden Gespräche auf Ebene der Vize-Außenminister statt. Ohne die enge Verbindung zu COS in Frage zu stellen, wird doch eine Art „Modus vivendi“ mit NIC gesucht – zumal die Präsenz von US-Truppen in HON jederzeit zu Ende gehen kann.

4) Für StM war das Gespräch mit Präsident Duarte die überzeugendste Begegnung der Reise. Duartes Analyse war ausgewogen und distanziert. Er machte keinen Hehl aus seiner überaus schwierigen Lage zwischen linker Guerilla und rechter Opposition. Er brachte klar zum Ausdruck, daß die Zukunft ELSs von den USA abhängen und daß er diese Verbindung niemals gefährden werde.

Die Hilfe Ds und der EG würdigte Duarte besonders im politischen Dialog, der nicht intensiv genug sein könne. Daher begrüßte er besonders augenfällig die geplante San-José-Folgekonferenz.

In Anbetracht einer US-Wirtschaftshilfe von rd. 370 Mio. Dollar und Militärhilfe von 130 Mio. Dollar pro Jahr relativieren sich europäische Hilfsaktionen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 189*

sigem kolumbianischen Botschafter ‚übergeben‘ und in dessen Begleitung nach Bogotá ausgeflogen. Damit hat diplomatische Kontroverse zwischen COS und NIC ein Ende gefunden [...]. Es steht nun zu erwarten, daß Ende März Contadora-Treffen zustande kommen wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 73; Referat 331, Bd. 136372.

<sup>15</sup> In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 331 zu einem Bericht der Botschaft in Managua vom 20. Februar 1985 über Finanzhilfe für das Zentralamerikanische Institut für Unternehmensführung wurde dargelegt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit lehne „Anträge, die Projekte in Nicaragua betreffen, pauschal und ohne Prüfung des Einzelfalls“ ab. Es berufe sich dabei auf einen Kabinettsbeschuß, „daß Neuzusagen an Nicaragua solange nicht in Frage kämen, wie NIC sich nicht nachhaltig von seiner Destabilisierungspolitik abwende“. Diese Haltung sei „aus verschiedenen Gründen nicht länger haltbar: Die Zusammenarbeit EG–Zentralamerika wird mit allen Ländern der Region ohne Diskriminierung eines Landes durchgeführt. Es wäre logisch, diese Haltung auch im Bereich der bilateralen EZ einzunehmen. [...] Wenn uns an der systematischen Förderung von Ansätzen zu mehr Pluralismus in Nicaragua gelegen ist, müssen wir auch bereit sein, die Projekte zu prüfen, die der nicaraguanischen Privatwirtschaft direkt oder indirekt zugute kommen.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146552.

von selbst zu Beweisen des guten Willens. Diese sind aber von großer Bedeutung!

5) Von der Lage in GUA konnte StM einen klareren Eindruck mitnehmen, als dies noch vor Jahresfrist möglich gewesen wäre. Im Spätsommer werden Präsidentsen-, Parlaments- und Kommunalwahlen abgehalten.<sup>16</sup> Die seit sechs Jahren im Untergrund und im Exil operierende Sozialistische Demokratische Partei (PSD) ist durch persönliche Intervention von Staatschef Mejía Victores zurückgekehrt. Sie stellt zusammen mit der Christdemokratischen Partei die linke Alternative zu den etablierten Rechtsparteien dar. Die organisierte Guerilla ist zerschlagen. Gewalttätigkeiten der marginalisierten Linken und Rechten halten dennoch an. Sie werden auch durch den Demokratisierungsprozeß bis auf weiteres nicht gelöst werden können.

6) StM stellte bei allen Gesprächen die Politik der Bundesregierung in einen europäischen Rahmen. Er betonte ihre Unabhängigkeit und Selbstlosigkeit. Niemals zuvor in der Geschichte habe es eine gemeinsame Initiative solchen Ausmaßes wie die der San-José-Konferenz zugunsten einer Region in LA gegeben. Er stelle mit Befriedigung fest, welche Bedeutung sie inzwischen für die Region erhalten habe. Dies bestätige die Richtigkeit ihres Ansatzes und der Vision von AM Genscher.

Die Bundesregierung unterhalte mit allen Ländern MAS traditionell gute Beziehungen. Allerdings werde die Bundesregierung die Beziehungen zu jedem einzelnen Staat an den unveräußerlichen Prinzipien der Demokratie, des Pluralismus und der Achtung der Menschenrechte orientieren. Sie bekenne sich zum Prinzip der Souveränität und Nichteinmischung, sie erwarte dies auch von ihren Partnern.

### III. San-José-Folgekonferenz

Die politischen Erwartungen an San José II sind allgemein sehr hoch. Sie dürften noch höher werden, wenn Contadora wirklich zum Scheitern kommen sollte. Hieraus ergeben sich für uns weitreichende Konsequenzen:

1) Europa muß bei San José II mit einem schlüssigen Konzept auftreten. Es kann nicht vermitteln, es kann aber kraft seiner demokratischen Legitimation Erwartungen formulieren, die für die beteiligten ZA-Staaten zwingende Verpflichtung werden.

Der Erfolg wird also sehr wesentlich von einem gemeinsamen Konzept und dem Vorsitz der Präsidentschaft abhängen.

2) Europa kann kein Ersatz für Contadora werden. Vielmehr muß versucht werden, Contadora wieder den ihm zukommenden Stellenwert zu geben.

Das Vertrauen der Fünf zu den Vier muß wiederhergestellt werden. Hier steht MEX in vorderer Linie. Ein Gespräch BM mit dem AM von MEX erscheint angezeigt – gegebenenfalls am Rande der Amtseinführung in Brasília<sup>17</sup>.

<sup>16</sup> In Guatemala fanden am 3. November 1985 Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen statt.

<sup>17</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 16. März 1985 zur Amtseinführung des Präsidenten de Almeyda Neves in Brasilien auf.

3) Das Kooperationsabkommen EG–ZA<sup>18</sup> sollte bei der AM-Konferenz unterschriftsreif sein. Alles, was die Fertigstellung verzögern könnte, muß verhindert werden. Hierzu gehört besonders ein Überladen mit Abkommensinhalten, wie z. B. der Institutionalisierung der politischen und wirtschaftlichen Kooperation<sup>19</sup>, weil dies zu nationalen Stellungnahmen führen kann, die lange anhalten.

Die EGK arbeitet z. Z. an einem Maßnahmenkatalog nach dem Muster der AKP.<sup>20</sup> Dies wäre ein Optimum. Der politische Dialog sollte pragmatisch und parallel fortgeführt werden. Seine Effizienz wird dadurch erhöht, wie das Beispiel von San José II zeigt.

4) Der Konsultationsmechanismus mit den USA ist ungenügend. Dies zeigt sich bei jedem Kontakt in Washington von neuem. Dg 33<sup>21</sup> hat Motley aufgefördert, in absehbarer Zeit eine Goodwill-Tour durch die europäischen Hauptstädte zu unternehmen, wie dies sein Vorgänger Stone im Oktober 1983 mit viel Erfolg getan hat.

Mindestens einmal je Präsidentschaft sollte eine Konsultation mit den USA stattfinden.

5) Die Bundesregierung – besonders BM Genscher – nimmt eine Zentralstellung im Dialog mit ZA ein. Das Gespräch mit BM ist Nachweis des eigenen Verständigungswillens.

Für den Fortgang der Initiative ist es daher erforderlich, daß BM sich allen Besuchswünschen offen zeigt – auch wenn es nur ein kurzer und mehr symbolischer Akt ist. Die Gesprächsführung im einzelnen könnte dann von StM wahrgenommen werden.

Kullak-Ublick

#### Unterabteilung 33, Bd. 136331

<sup>18</sup> Zu dem geplanten Kooperationsabkommen „zwischen der EG und den Ländern des zentralamerikanischen Isthmus“ legte Referat 411 am 14. Januar 1985 dar, es solle sich „auf die drei für derartige Vereinbarungen klassischen Bereiche der Zusammenarbeit erstrecken: handelspolitische, entwicklungspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Steigerung der entwicklungspolitischen Hilfe hat dabei Kommissar Pisani als Größenordnung eine über fünf Jahre verteilte Hilfe von 400 Mio. ECU als denkbar bezeichnet.“ Am 10./11. Dezember 1984 habe in Guatemala eine erste Gesprächsrunde mit den fünf mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua sowie Panama stattgefunden, die gemeinsame Vorschläge für ein Kooperationsabkommen vorgelegt hätten. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146679.

<sup>19</sup> Die Ministerialdirektoren Haas und Ungerer legten am 12. Februar 1985 dar, daß die Überlegungen der EG-Kommission für ein Kooperationsabkommen mit den mittelamerikanischen Staaten über den bisher vorgesehenen Rahmen hinausgingen. So solle das Abkommen „auch Vereinbarungen über eine politische Zusammenarbeit enthalten“ und sich bei der wirtschaftlichen Kooperation „an Lomé-Schema ausrichten“. Dies würde aber die Einräumung weitreichender Präferenzen bedeuten und damit „ein Präzedenzfall geschaffen, auf den sich bald andere Nichtassoziierte berufen dürften“. Auch würde ein solcher Vorschlag von den meisten EG-Mitgliedstaaten abgelehnt werden. Vgl. Referat 411, Bd. 131166.

<sup>20</sup> Die EG-Kommission leitete dem EG-Ministerrat am 22. Mai 1985 Vorschläge zu Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen mit den mittelamerikanischen Staaten zu. Für die Empfehlungen vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146679.

<sup>21</sup> Horst Kullak-Ublick.



## 34

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem srilankischen Außenminister Hameed

340-311.21. SRI

8. Februar 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM mit dem Außenminister von Sri Lanka, Hameed<sup>2</sup>, am 8. Februar 1985 um 11.00 Uhr

BM brachte einleitend zum Ausdruck, er begrüße die Gelegenheit, mit seinem Gast über dessen Land und seine Region sowie die internationalen Entwicklungen zu sprechen.

Minister *Hameed* bedankte sich für die Möglichkeit, den BM über die letzten Entwicklungen in Sri Lanka in Kenntnis zu setzen. Man wünsche, die Freunde zu unterrichten, deren Meinungen und Freundschaft man hoch einschätze. Nach den Ereignissen vom Juli 1983<sup>3</sup> sei eine Allparteienkonferenz einberufen worden, die über ein Jahr getagt habe.<sup>4</sup> Alle Parteien, religiöse Gruppen und auch die Tamilenpartei hätten an ihr teilgenommen. In 37 offiziellen und über 100 informellen Sitzungen habe man eingehend mit der Tamilenpartei TULF<sup>5</sup> gesprochen. Man habe zu 90 Prozent Übereinstimmung erzielt. Von den insgesamt

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach am 11. Februar 1985 gefertigt.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 11. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 12. Februar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Pfetten-Arnabach verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann vorbehaltlich der Zustimmung des BM verteilt werden; rege an, Botschaften] London & Delhi sowie auszugsweise Referat] 210 zu beteiligen.“

<sup>2</sup> Der srilankische Außenminister Hameed hielt sich nach Besuchen am 5./6. Februar 1985 in Großbritannien und am 7. Februar in Frankreich am 8. Februar 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Botschaftsrat Sasse, Colombo, berichtete am 26. Juli 1983, daß es am Vortag „zu den wohl seit Jahren schwersten Ausschreitungen des singhalesischen Bevölkerungsteils gegen die hier lebenden Tamilen gekommen“ sei: „Auslöser war die Ermordung von 13 singhalesischen Soldaten, die am Wochenende in der Nähe von Jaffna von vermutlich tamilischen Terroristen in einen Hinterhalt gelockt worden waren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 125; Referat 340, Bd. 136932.

<sup>4</sup> Über die seit 10. Januar 1984 in Colombo tagende Allparteienkonferenz, auf der die Spannungen zwischen der singhalesischen Bevölkerung und den Tamilen in Sri Lanka beigelegt werden sollten, berichtete Botschafter Pfeiffer, Colombo, am 17. Dezember 1984, Präsident Jayewardene habe am 14. Dezember 1984 „Vorschläge zur Neuordnung der Verwaltungsstruktur Sri Lankas unterbreitet, von der er sich eine Lösung der Tamilenfrage erhofft“. Allerdings seien diese Umstrukturierungen „für zwei Drittel des Landes unnötig“ und für den tamilischen Teil unzureichend. Die Tamil United Liberation Front (TULF) solle nicht nur dem Vorschlag zustimmen, sondern „gleichzeitig die Forderung nach einem unabhängigen Eelam-Staat aufgeben. Dann könne die Partei in das Parlament zurückkehren. Weiter solle die TULF Singhalesisch als Amtssprache anerkennen, desgleichen die Flagge und die Nationalhymne Sri Lankas.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 337; Referat 340, Bd. 136933.

Am 28. Dezember 1984 teilte Pfeiffer mit: „Präsident Jayewardene hat den Vorhang nach dem Zwischenakt ‚All-Parteien-Konferenz‘ jetzt geschlossen.“ Die Konferenz solle nicht mehr zusammentreten, nachdem die Vorschläge vom 14. Dezember 1984 „auf entschiedene Ablehnung bei den tamilischen, aber auch den singhalesischen Konferenzteilnehmern“ gestoßen seien: „Der Präsident mußte jetzt ein Konzept vorlegen, das von den Tamilen als seriöses Gesprächsangebot aufgefaßt werden kann. Damit ist nach Lage der Dinge allerdings nicht zu rechnen, da der harte buddhistische Kern des Regierungslagers jetzt auf die militärische Lösung des Konflikts setzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 347; Referat 340, Bd. 136933.

<sup>5</sup> Tamil United Liberation Front.

neun Provinzen wäre es der nördlichen und östlichen Provinz jeweils erlaubt worden, ihre Distrikte zusammenzulegen (fünf Distrikte in der Nordprovinz, drei Distrikte in der Ostprovinz). Die Tamilen wollten die acht Distrikte und die beiden Provinzen vereinen. Dazu könne sich allerdings die Regierung nicht bereit finden. Es seien aber im wesentlichen nur zwei Fragen offengeblieben. Die Regierung habe alsdann die Gesetzestexte für die Vorlage im Parlament ausgearbeitet. Am 22. Januar 1985 seien die Texte vorgelegt und die Konferenz abgeschlossen worden. Mit dem Konferenzende sei auch die TULF einverstanden gewesen. Am 23.1. aber hätte die TULF plötzlich erklärt, die Vorschläge seien unannehmbar, und hätte sich darüber beklagt, daß die Konferenz abgebrochen worden sei. Dies sei kein korrektes Verhalten. Das drängende Problem sei dasjenige des Terrorismus. Die TULF sei in Ordnung, daneben aber gebe es vier terroristische Gruppen der Tamilen, die in Tötungsabsicht und mit Mord operierten.

*BM* fragt, ob sie von außen unterstützt würden.

Der *Gast* bejaht dies, die Hilfe komme aus Südindien über die Palk-Straße. Die Terroristen hätten dort Gelegenheit, offen mit Presseveröffentlichungen Propaganda zu betreiben. Alle Waffen, die man in Sri Lanka erbeutet habe, seien indischen Ursprungs. Präsident Jayewardene sei dreimal nach Indien gereist und habe an die indische Regierung appelliert, den Terroristen die Grenze zu schließen. Wäre dies der Fall, würde Sri Lanka mit dem Terroristenproblem und dem Rest alleine fertig. Vor drei Wochen sei der amerikanische General Walters über Colombo nach Delhi gereist.<sup>6</sup> Man habe ihm den Vorschlag gemeinsamer indisch-srilankischer Patrouillen mitgegeben. Dies wäre eine adäquate Lösung.

Hinsichtlich einer politischen Lösung wäre man in Sri Lanka bereit, Vorschläge ernsthaft zu prüfen. Wenn aber Indien solchen Vorschlägen seine eigene unterschiedliche Auslegung unterlege und solange es den Terroristen helfe, könne man dies nicht akzeptieren.

Bonn, Paris und Washington wollten bei der Bekämpfung des Terrorismus zusammenarbeiten. Den Entwicklungsländern in der Dritten Welt sei dies nicht möglich, sie hätten dafür nicht die nötigen Mittel. Alles Geld, das hierfür aufgewendet würde, gehe zu Lasten der Entwicklung ihrer Völker. Sri Lanka betreibe eine Politik der Offenheit und Zusammenarbeit innerhalb der Völkergemeinschaft. Es leide daher besonders unter der negativen Publizität, die es gegenwärtig erhalte. Man könnte mit dem Problem intern fertig werden, benötige dazu allerdings die Unterstützung von außen, in erster Linie von Indien.

*BM* brachte den regen Anteil zum Ausdruck, den wir gegenüber den Problemen Sri Lankas empfinden. Wir bedauerten, daß die Entwicklung nicht den gewünschten Verlauf genommen hätte und die innere Stabilität Sri Lankas gelitte.

<sup>6</sup> Der Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten, Walters, hielt sich am 9./10. Dezember 1984 in Sri Lanka auf, wo er auch mit Präsident Jayewardene sprach, und reiste anschließend nach Indien weiter. Botschafter Pfeiffer, Colombo, berichtete am 19. Dezember 1984, nach Angaben seines amerikanischen Amtskollegen Reed habe Walters den srilankischen Gesprächspartnern erklärt, „daß sie nicht mit amerikanischen Waffenlieferungen zur Bekämpfung des Terrorismus rechnen könnten. [...] Walters habe weiter zum Ausdruck gebracht, daß die USA ein ernsthaftes Regierungsangebot an die Tamilen-Minderheit erwarteten, um die ethnische Krise zu lösen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 339; Referat 340, Bd. 136933.

ten habe. Auch wir seien betroffen durch den Zustrom zahlreicher Asylantragsteller.<sup>7</sup> Wir suchten nach Maßnahmen, um diesen Zustrom aufzuhalten. Es gebe das Problem der Einreise über Berlin.<sup>8</sup> Er bitte den Gast, auf die DDR einzuwirken, keinen Sri Lankern Transit zu gewähren, die keinen Einreisesichtvermerk für die Bundesrepublik Deutschland besitzen.

Minister *Hameed* entgegnete, bis 1982 hätten alle zu Besuchszwecken sichtvermerksfrei einreisen können. Er habe damals veranlaßt, daß die Visapflicht wieder eingeführt wurde. Die jetzt Einreisenden seien keine politisch, sondern wirtschaftlich motivierte Asylbewerber.

*BM* erkundigte sich nach den Erfordernissen der Ausreise aus Sri Lanka.

Der *Gast* erklärte, es gebe nur den Reisepaß. Nach der Verfassung<sup>9</sup> bestehe hierauf ein Anspruch: Jeder Bürger habe die Freiheit, das Land zu verlassen und dorthin wieder zurückzukehren. Daher könne er auch bei der Staatsbank hierfür Devisen beantragen.

Kein Ausreisender habe bisher Asyl in der Dritten Welt oder in sozialistischen Ländern beantragt, sie suchten Asyl nur im Westen. Nur Männer, keine Frauen beantragten Asyl. All dies veranlasse ihn zu der Annahme, daß es sich um Asylantragsteller aus wirtschaftlicher Motivation handele. Sie nützten den Instanzenzug bei uns aus, um sich den Aufenthalt zu ermöglichen. Dies sei auch ein Problem für Frankreich, die Schweiz und Kanada.

*BM* erkundigte sich nach der Einschätzung des Gastes, wie sich die Dinge in seinem Lande weiter entwickeln würden.

*AM Hameed* sagte, jegliche Lösung müsse für beide Bevölkerungsgruppen annehmbar sein. Zunächst aber müsse man mit dem Terrorismus fertig werden. Erst kürzlich wieder seien 43 Soldaten ums Leben gekommen. Man könne keine politische Lösung implementieren, solange nicht der Terrorismus beseitigt sei. Dies hinwiederum sei kaum möglich, solange die Terroristen Zuflucht und Unterschlupf in Südindien fänden.

Sri Lanka habe nur eine sehr kleine Armee. Es könne sich nicht darum handeln, nur einen Teil davon zur Terroristenbekämpfung einzusetzen, tatsächlich müßten die gesamten Streitkräfte vollzählig eingesetzt werden. Man müsse sich jedoch in acht nehmen, daß sich die Soldaten nicht gegen die Regierung auflehnen.

<sup>7</sup> Bundesminister Zimmermann berichtete in der Kabinettsitzung am 13. Februar 1985 „über die allgemeine Entwicklung der Asylanträge im Jahr 1984 sowie über die mit Abstand größte Gruppe der Asylbewerber aus Sri Lanka. Gegenüber 1983 habe es einen Anstieg der Zahl der Asylsuchenden um 78 % gegeben, und nach der Januartendenz sei in diesem Jahr mit einer weiteren Zunahme zu rechnen.“ Die meisten der Asylbewerber könnten in der Bundesrepublik bleiben, da sie auch „im Falle einer Ablehnung nicht in ihre Heimat rückgeführt“ würden. Vgl. das Kurzprotokoll; Referat 340, Bd. 136945.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus informierte am 11. März 1985: „Ausländer werden entgegen internationalen Gepflogenheiten von der DDR mit Transitvisa für die Strecke vom Flughafen Schönefeld über Berlin (Ost) nach Berlin (West) ausgestattet, von wo sie in das Bundesgebiet bzw. in andere europäische Staaten weiterreisen, obwohl sie kein erforderliches Visum für irgendein Zielland besitzen. 1984 sind allein 12000 Ausländer ohne gültige Grenzübertrittspapiere von Berlin (Ost) nach Berlin (West) gereist, die dort Asyl beantragten. Die Tendenz ist steigend.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2048; B 82 (Referat 510), Bd. 1463.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Verfassung von Sri Lanka vom 7. September 1978 vgl. CONSTITUTIONS OF THE COUNTRIES OF THE WORLD, Bd. XVII.

ten („turn their guns on us“). Im Jahre 1983 hätten sie drei Tage lang Befehlen nicht mehr gehorcht, seien sie der Regierung aus der Hand gegelitten.

Es gehe demnach auch um die Erhaltung der Demokratie im Lande. Die Regierung müsse die Mehrheitsgruppe (der Singhalesen, Anm.) zufriedenstellen. Andernfalls werde man abgewählt werden. Die Tamilenpartei habe einen schweren Fehler begangen, als sie die Vorschläge des Präsidenten ablehnte. Letztlich aber hänge alles von Indien ab.

*BM* fragte, ob die indische Regierung den Widerstand unterstütze.

*AM* antwortete: Nicht die Zentralregierung, wohl aber die Landesregierung von Tamil Nadu.

*BM*: In welcher Weise?

*AM*: Durch Gewährung von Propaganda- und Pressefazilitäten, durch Ausbildungslager für Terroristen, durch Zahlung von Pensionen an Witwen gefallener Terroristen.

*BM*: Wer ist dort am Ruder?

*AM* erläuterte: Die früher stabile DMK von M. G. Ramachandran sei auseinandergebrochen.<sup>10</sup> Die Politiker versuchten heute, sich auf Kosten der Tamilen von Sri Lanka zu profilieren, indem sie die öffentliche Meinung aufputschten.

*BM* bedauerte, daß diese Lage wenig Tröstliches bietet. Wir hatten auf Fortschritte gehofft. Wir schätzten Sri Lanka und arbeiteten mit ihm zusammen. Es betrübe uns zu sehen, daß die inneren Verhältnisse noch nicht zur Ruhe gekommen sind. Aber wir können dabei schwerlich helfen.

*AM* bat um Verständnis für die Probleme. Wir sollten Verständnis zeigen. Niemand außer Indien könne helfen. Es gelte, den Terrorismus mit Hilfe Indiens zu beenden. Wenn Indien kooperiere, werde eine Lösung gefunden. Sri Lanka habe seit 1977 Fortschritte gemacht. Die jetzige Situation habe alle Bemühungen um Entwicklung zum Stillstand gebracht, alle Energien absorbiert.

Der *AM* kam erneut auf den Nachbarn Indien zurück: 1 Mio. Tamilen im Norden stünden 50 Mio. Tamilen in Südindien gegenüber. Die Regierung von Sri Lanka versuche, sie zu überzeugen, hoffe auf die Wahlen.

*BM* bat nochmals, der Außenminister möge dem Asylantenproblem Aufmerksamkeit schenken, und erkundigte sich nach den Ergebnissen der Besuche Hameeds in London und Paris.

*AM* glaubt, größeres Verständnis geweckt zu haben. Frankreich und Großbritannien sähen das Problem jetzt in der korrekten Perspektive. Jedes Land müsse dem Terroristenproblem angemessene Aufmerksamkeit zukommen lassen. Der französische Außenminister<sup>11</sup> habe ihn auf die Relaisstation der Deutschen Wel-

<sup>10</sup> Nach Streitigkeiten über die Führung der Dravida Munnetra Kazhagam (DMK), die die „einzige Regionalpartei von Bedeutung in Indien“ war und die Regierung im indischen Bundesstaat Tamil Nadu stellte, kam es am 17. Oktober 1972 unter der Führung des bisherigen Schatzmeisters Ramachandran zur Abspaltung der Anna Dravida Munnetra Kazhagam. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1552 des Botschafters Diehl, Neu Delhi, vom 3. November 1972; B 37 (Referat I B 5), Bd. 665.

<sup>11</sup> Roland Dumas.

le in Trincomalee angesprochen und das französische Interesse an einer Mitbenutzung geäußert.<sup>12</sup>

BM: Was ist Ihre Meinung hierzu?

AM: Wir werden Ihnen nichts in den Weg legen („We will go along with you“).

Das Gespräch endete nach 30 Minuten.

**Referat 010, Bd. 178902**

## 35

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

**204-360.90 USA-122/85 geheim**

**8. Februar 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten<sup>2</sup>;  
hier: Beitrag des AA zur Bedarfsanalyse

Bezug: Anforderung 201-9 vom 5. Februar 1985<sup>3</sup>

Aus Sicht von Referat 204 werden die Konsequenzen für die deutsch-amerikanischen Beziehungen wie folgt beurteilt:

<sup>12</sup> Referat 603 legte am 26. Februar 1985 dar, daß die Deutsche Welle in Sri Lanka einen Mittelwellen- und drei Kurzwellensender errichtet habe, die bis Mitte 1985 stufenweise in Betrieb genommen werden sollten. Die französische Regierung habe bei den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach Interesse an einer Mitnutzung der Station bekundet. Selbst wenn die srilankische Regierung dem Wunsch offenbar nicht ablehnend gegenüberstehe, sollte vermieden werden, sie „in eine heikle Situation zu bringen und die Inbetriebnahme des Senders der Deutschen Welle zu einer Belastung für das blockfreie Land werden zu lassen.“ Bereits im Frühjahr 1984 sei nämlich der geplante Bau einer Station des amerikanischen Senders „Voice of America“ in Sri Lanka in Indien „unter dem Stichwort ‚Informationsimperialismus‘“ diskutiert worden, und die gleichzeitige Aufnahme von Sendungen eines amerikanischen und französischen Senders sowie der Deutschen Welle von Sri Lanka aus „könnte den Eindruck einer breiten westlichen informationspolitischen Offensive in Asien erwecken“. Weiter wurde festgestellt: „Der Standort Trincomalee der Deutschen Welle ist durch den Tamilenkonflikt möglicherweise gefährdet. Eine französische Beteiligung würde die Station erneut in die öffentliche Diskussion bringen und könnte sie einer zusätzlichen Gefährdung aussetzen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 136931.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 11. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Das Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten wurde am 24. November 1983 im Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit ihren französischen Amtskollegen Cheysson und Henu von letzterem vorgebracht und im Gespräch im gleichen Kreis am 29. Oktober 1984 in Bad Kreuznach erneut erörtert. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 356. Vgl. ferner AAPD 1984, II, Dok. 293. Am 5. Februar 1985 vermerkte Referat 201, die Bundesregierung habe bei den deutsch-französischen Konsultationen am 29. Oktober 1984 in Bad Kreuznach zugesagt, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu prüfen, dabei aber deutlich gemacht, „daß Beteiligung am laufenden fr[an]z[ösischen] Projekt eines wetterabhängigen Satelliten [...] nicht sinnvoll erschiene“. Aus Sicht der Bundesregierung gebe es „folgende Erfordernisse: Einsatz modernster Technologie zum gemeinsamen Vorteil und zur Förderung der Chancen der europäischen Industrie; angemessene Nutzen-Kosten-Relation; angemessene Beteiligung der deutschen Industrie“. Vgl. Referat 209, Bd. 130043.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat von Arnim bat die Referate 201 und 202 am 5. Februar 1985 um Stellungnahmen zur Bedeutung des Projekts eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten für die

- 1) Es ist zu erwarten, daß die USA sich letztlich positiv zu einem solchen Projekt einstellen werden, sofern sichergestellt wird, daß ihren Interessen dadurch kein Nachteil entsteht.
- 2) Als nachteilig würden die USA es bewerten, wenn durch dieses Projekt die gemeinsamen Anstrengungen der NATO untergraben würden, etwa dadurch, daß
  - die bisher für den gemeinsamen Verteidigungsaufwand finanziellen Mittel<sup>4</sup> gekürzt werden,
  - die mit einem solchen Satelliten gewonnenen Erkenntnisse dazu benutzt werden, die bislang überwiegend auf amerikanischen Erkenntnissen beruhende Analyse der sowjetischen Bedrohung entscheidend in Abrede zu stellen und damit die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen zu untergraben.
- 3) Das derzeit bestehende weitgehende amerikanische strategische Aufklärungsmonopol würde zwar durch einen solchen Satelliten beeinträchtigt, die USA würden dies aber als Ausdruck europäischer Eigenständigkeit akzeptieren, wenn diese Erkenntnisse nicht benutzt werden, um eigene Wege außerhalb der NATO zu gehen. Hier ist eine Frage an den französischen Partner gestellt, ob er zum uneingeschränkten Datenaustausch mit den USA bereit ist. Sollte es hier Zurückhaltung geben, sind Probleme im Bündnis nicht auszuschließen.
- 4) Der Satellit wird auf das deutsch-amerikanische Verhältnis in dem Maße eine positive Auswirkung haben, wie die USA die darin zum Ausdruck kommende technische Leistung anerkennen und erwarten können, daß sie auch Nutzen aus den militärischen Resultaten ziehen können, wie sie auch in der Vergangenheit ihre Erkenntnisse mit den Europäern geteilt haben.
- 5) Soweit der Satellit auf die Verwendung amerikanischer Komponenten angewiesen ist, wird es für die USA von Interesse sein, wie wir und die Franzosen uns seine Nutzung vorstellen. Wird sie von allianzfreundlichem Denken beherrscht, wird sich voraussichtlich auch kein Problem des Technologietransfers stellen.
- 6) Amerikanische Reserven gegenüber dem Projekt sind unter Umständen dann zu erwarten, wenn der Satellit erklärtermaßen auch Funktionen für die Zielplanung der französischen Nuklearraketen übernimmt. Die hieraus erwachsende Bedrohung der Sowjetunion könnte die Sowjets veranlassen, im Rahmen des strategischen Dialogs der Großmächte Druck auf die USA auszuüben, diese verstärkte sowjetische Bedrohung durch ein Drittstaatensystem, an dem wir auch indirekt beteiligt sind, unter Kontrolle zu halten. Das sowjetische Verlangen an die USA, dafür zu sorgen, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgeht, erscheint hier dann in einem neuen Gewand und kann je nach Intensität des amerikanisch-sowjetischen Dialogs auch zum Druck auf uns führen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 197*

Zusammenarbeit mit Frankreich bzw. innerhalb der NATO. Referat 204 wurde um eine Darstellung der „Konsequenzen für deutsch-amerikanische Beziehungen“ gebeten, die Referate 220 und 221 sollten sich zur „Verfolgung deutscher Verifikationsinteressen mit Hilfe eines solchen Satelliten“ äußern und Referat 413 zu den Auswirkungen auf die Entwicklung der zivilen Weltraumtechnologie in der Bundesrepublik. Vgl. VS-Bd. 11854 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> So in der Vorlage.

7) Einen Einfluß auf das strategische Gleichgewicht der Großmächte könnte ein solcher Satellit insbesondere dann entwickeln, wenn der Satellit militärische Funktionen für ein eventuelles künftiges europäisches Raketenabwehrsystem übernehme. Eine derart erhöhte europäische Verteidigungsfähigkeit würde die Sowjetunion schwerlich hinnehmen und Druck auf die USA ausüben, im Interesse der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen den europäischen Eigenständigkeiten einen Riegel vorzuschieben. Auch in diesem Falle ist enges europäisch-amerikanisches Zusammenwirken geboten.

Studnitz

VS-Bd. 11854 (209)

### 36

#### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze

220-370.70 SB-231/85 VS-vertraulich

11. Februar 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch zwischen Bundesminister und Botschafter Nitze am 11. Februar 1985 (vom Bundesminister noch nicht genehmigt)<sup>2</sup>

Bundesminister Genscher empfing am 11. Februar 1985 den Sonderbeauftragten des amerikanischen Außenministers für Rüstungskontrolle, Botschafter Paul Nitze, zu einem einstündigen Gespräch.

Auf amerikanischer Seite nahmen an dem Gespräch Gesandter Woessner und Mr. Phelps, Jr., auf deutscher Seite D2A<sup>3</sup>, Leiter Ministerbüro<sup>4</sup> und RL 220<sup>5</sup> teil.

Auf eine einleitende Frage des *BM* führte Bo. *Nitze* aus, daß die Verhandlungen sehr schwierig würden und mit schnellen Fortschritten nicht zu rechnen

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 11. Februar 1985 gefertigt und am selben Tag über Botschafter Ruth an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Ruth am 11. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 14. Februar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Hofstetter verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vielleicht können Sie die Anmerkungen gebrauchen. Der Zusatzzettel ist wichtig, weil BM diesen Punkt gezielt gemacht hat. Dann kann Verteilung mit Zusatz erfolgen: Von BM noch nicht genehmigt.“ Vgl. Anm. 2, 8–10, 16, 19, 23–26, 28 und 30.

Hat Hofstetter am 15. Februar 1985 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Die Wörter „Vermerk über“ und „(vom Bundesminister noch nicht genehmigt)“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

<sup>3</sup> Friedrich Ruth.

<sup>4</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

<sup>5</sup> Rolf Hofstetter.

sei.<sup>6</sup> Bereits bei der Begegnung zwischen AM Shultz und AM Gromyko habe sich gezeigt, daß die SU maximalistische Forderungen stelle.<sup>7</sup> Es werde Zeit kosten, bis die SU zu Konzessionen bereit sei, und auch dann sei zu erwarten, daß sie Zugeständnisse an die Bedingung weiteren amerikanischen Nachgebens knüpfe.

Auf die Bemerkung des BM, daß die sowjetische Seite sowohl aus sachlichen als aus propagandistischen Gründen den Hauptakzent auf die Verbindung der drei Verhandlungsthemen legen werde, bemerkte Bo. Nitze, daß man abwarten müsse, ob dies tatsächlich der Fall sein werde. Im INF-Bereich z.B. habe die SU nicht nur ihre alten inakzeptablen Forderungen (z.B. Berücksichtigung der Drittstaatensysteme) wiederholt, sondern auch noch zusätzlich angekündigt, daß alle 15 Flugzeugträger berücksichtigt werden müßten. Wenn es der SU auf die Betonung des Zusammenhangs zu einer Regelung der Weltraumproblematik ankomme, dann müsse sie bei INF und START Zugeständnisse<sup>8</sup> machen, um dann sagen zu können, daß eine Regelung in diesen Bereichen an der starren amerikanischen Haltung in Weltraumfragen scheitere. Dafür gebe es noch keine Anzeichen.

BM wies darauf hin, daß man in diesem Zusammenhang drei Bereiche unterscheiden müsse<sup>9</sup>:

- die eigentlichen Verhandlungen;
- das europäisch-amerikanische Verhältnis:  
Hier werde die SU alles tun, um Mißtrauen zu säen;
- den innersowjetischen Bereich:  
Gromyko könne daran interessiert sein nachzuweisen, daß er mit seiner Meinung, es habe keinen Sinn, mit den USA Rüstungskontrollabkommen abzuschließen<sup>10</sup>, schon immer recht gehabt habe.

Was das außenpolitische Umfeld anbelange, so verbinde die SU mit kühlen geschäftsmäßigen Beziehungen zu den USA das Werben um einige europäische Staaten. Sie bemühe sich sichtlich um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den europäischen Atommächten Großbritannien und Frankreich und aus anderen Gründen auch zu Italien. Im Falle GBs sei der Gorbatschow-Besuch<sup>11</sup> ein deutlicher Beweis. Wir sähen diese Entwicklung durchaus positiv. Wir hätten schon immer die europäische Flankierung unserer West-Ost-Beziehungen für besonders wichtig gehalten. Es sei klar, daß die SU die Bundesrepublik Deutsch-

<sup>6</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>7</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>8</sup> Die Wörter „und START Zugeständnisse“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „einen für die Europäer attraktiven Vorschlag“. Vgl. Anm. 1.

<sup>9</sup> Der Passus „man in diesem Zusammenhang ... müsse“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „die SU in mehrere Richtungen verhandeln wolle“. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Die Wörter „Rüstungskontrollabkommen abzuschließen“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „zu verhandeln“. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.



land auf die Dauer nicht aussparen könne. Dafür sei das politische, wirtschaftliche und militärische Gewicht unseres Landes zu groß. Die SU habe nichts unternommen, um die übrigen Staaten des WP vom Dialog mit uns abzuhalten. Ohne die Zustimmung der SU wären diese Staaten nicht in der Lage, den Dialog mit uns in der vorhandenen ausgeprägten Form zu führen. BM berichtete an dieser Stelle über seine Prag-Reise<sup>12</sup> und seine geplanten Reisen nach Rumänien<sup>13</sup>, Bulgarien<sup>14</sup> und Ungarn<sup>15</sup>.

<sup>16</sup>Auf die Frage des BM, wie Nitze die Verhandlungslage zum Beispiel Ende Juni beurteile, meinte Bo. Nitze, daß eine Prognose im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich sei. Er selbst wäre überrascht, wenn in diesem frühen Zeitpunkt bereits echte Fortschritte erzielt wären. Wahrscheinlich werde man dann immer noch damit beschäftigt sein, die gegenseitigen Positionen darzulegen. Aufgabe der amerikanischen Verhandler müsse es sein, die SU davon zu überzeugen, daß die amerikanische Position auch für die SU vorteilhaft sei. Die Verhandlungsziele seien in der Genfer Erklärung<sup>17</sup> niedergelegt worden. Auf amerikanischer Seite sehe man drei aufeinanderfolgende Phasen:

- In der ersten Phase, in der die Abschreckung noch ausschließlich auf der Androhung nuklearer Vergeltung beruhe, komme es auf die drastische Reduzierung der Offensivwaffensysteme an, die am bedrohlichsten seien. Außerdem müsse das INF-Problem gelöst werden. Gleichzeitig müsse die sowjetische Unterminierung des ABM-Vertrags gestoppt werden.<sup>18</sup>

<sup>12</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1984 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher besuchte Rumänien vom 12. bis 14. Februar 1985. Vgl. dazu Dok. 37.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 7./8. März 1985 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 58.

<sup>15</sup> Bundesminister Genscher besuchte Ungarn vom 23. bis 25. Juni 1985. Vgl. dazu Dok. 168.

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich auf einem beigelegten Blatt eingefügt: „Zu den Genfer Verhandlungen wies BM auf die Gefahr hin, daß die SU den schlechten Stand der INF-Verhandlungen der Öffentlichkeit damit begründen werde, daß sich die USA bei den Weltraumverhandlungen zurückhielten. Dies ziele darauf, erneut Mißtrauen zwischen Europa und USA zu erzeugen. Daher müsse man sich bemühen, die SDI-Diskussion unter Kontrolle zu bringen.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>18</sup> Botschafter Ruth informierte am 6. Februar 1985 über den „Bericht des Präsidenten der Vereinigten Staaten über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen“, der dem Kongreß am 1. Februar 1985 zugeleitet worden sei: Der „Bericht konzentriert sich in auffälliger Weise auf sowjetische Verstöße gegen den ABM-Vertrag von 1972. Dadurch wird ein zusätzliches Argument zur Unterstützung der eigenen SDI-Forschung gewonnen und gleichzeitig deutlich gemacht, daß der Schwerpunkt der Genfer Verhandlungen über Weltraum- und Defensivwaffen bei der Einhaltung des ABM-Vertrages liegen soll. Auf längere Sicht soll möglicherweise auch der Grund gelegt werden für ein mögliches späteres amerikanisches Verlangen nach Anpassung des Vertrages, um eigene moderne ABM-Systeme entwickeln zu können.“ VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 15. Februar 1985 über ein zusätzliches „vertrauliches Briefing“ zu dem Bericht im amerikanischen Außenministerium, bei dem „über fünf nicht in der offenen Version des Berichts enthaltene Fälle von Vertragsverletzungen und [...] vertrauliche Dokumentationen zum Hintergrund der in der offenen Version aufgeführten 13 Fälle“ informiert worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 830; VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Für den Wortlaut des offenen Teils des Berichts vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2097, S. 30–34.

- Falls sich erweise, daß eine neue strategische Verteidigung möglich sei, müsse mit der anderen Seite darüber gesprochen werden, wie ein solches System am besten eingeführt werden solle.
- Danach könne man sich dem Ziel zuwenden, die Nuklearwaffen vollständig zu eliminieren.

Entscheidend sei nun, ob sich die SU davon überzeugen lasse, daß ein solches schrittweises Vorgehen auch in ihrem Interesse liege, oder ob sie es weiterhin vorziehe, ihre Ressourcen für den militärischen Konkurrenzkampf einzusetzen. Ein Umdenken erfordere Zeit. Schon allein im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen in China wäre es im wohlverstandenen Interesse der SU, wenn sie sich zu Arrangements mit den USA bereit fände.

BM erwiderte, daß man nicht sicher sein könne, welchen Weg die SU einschlage, da sie in erheblichem Maße befangen sei in bezug auf Europa und die Entwicklungen der letzten 40 Jahre. Was in China vor sich gehe, stelle eine große Herausforderung für die SU dar, nicht in erster Linie in militärischer, sondern vor allem in politischer Hinsicht. Wenn China mit seinen 1000 Mio. Menschen die orthodoxen Fesseln sprengte, ergebe sich eine enorme Dynamik. Die geschichtliche Erfahrung der Russen sei bisher gewesen, daß sie immer zahlenmäßig überlegen und nie in der Minderzahl waren. Im Verhältnis zu China gelte das nicht mehr. Der Ausweg für die SU könnte eine engere Kooperation mit dem Westen sein. Bisher habe man allerdings den Eindruck, daß die SU dies noch nicht realisiere.

Auf den Hinweis des BM, daß die Abrüstungsverhandlungen begleitet werden müßten durch einen breiten politischen Dialog, bemerkte Bo. Nitze, daß AM Shultz dies genauso sehe. Bei der Genfer Begegnung sei es Gromyko gewesen, der sich geweigert habe, über Themen zu sprechen, die über Rüstungskontrolle hinausgingen. Vielleicht ändere sich die sowjetische Haltung in dieser Frage noch. Shultz jedenfalls sei an einem umfassenden Dialog interessiert.

BM führte aus, daß nach unserer Auffassung sich an eine Phase bilateraler Entspannung zwischen SU und USA eine Periode anschließen sollte, die ganz Europa umfasse.<sup>19</sup> Hieraus könnten sich positive Impulse für die Verhandlungen in Stockholm<sup>20</sup>, Wien<sup>21</sup> und das Treffen in Helsinki<sup>22</sup> ergeben. Die Haltung<sup>23</sup> Gromykos sei nicht überraschend. Es sei klar, daß er sich alle Optionen offenhalten wolle.

<sup>19</sup> Der Passus „nach unserer Auffassung ... Europa umfasse“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „die erste Phase der Entspannungs[politik] stark bilateral durch das Verhältnis USA–SU geprägt gewesen sei. In einer weiteren Phase sollte man die anderen Staaten teilnehmen lassen; wir brauchten eine breite Entwicklung der West-Ost-Beziehungen.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> In Stockholm fand vom 29. Januar bis 22. März 1985 die fünfte Runde der KVAE statt. Vgl. dazu Dok. 42 und Dok. 43.

<sup>21</sup> In Wien fand vom 31. Januar bis 28. März 1985 die 35. Runde der MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>22</sup> Zum Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>23</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Zurückhaltung“. Vgl. Anm. 1.

Bo. *Nitze* teilte sodann mit, daß die USA auch die Staaten des WP über Genfer Gespräche unterrichtet hätten. Er selbst habe mit Herrn Krabatsch (DDR) gesprochen, der zwar weitgehend die sowjetische Position unterstützt, andererseits aber deutlich zu erkennen gegeben habe, daß die DDR von der SU bisher nicht im einzelnen unterrichtet worden sei.<sup>24</sup>

Auf die Frage von *D2A*, worüber in der Untergruppe Defensiv- und Weltraumwaffen verhandelt werden solle, antwortete Bo. *Nitze*, daß SDI nicht zur Disposition stehe. Selbst Gromyko habe nicht verlangt, daß das Forschungsvorhaben verboten werde. Er habe nur darauf hingewiesen, daß es sinnlos sei, solche Forschungen durchzuführen, wenn Weltraumwaffen vollständig verboten würden. Präsident Reagan sei davon überzeugt, daß in der strategischen Verteidigung die einzige Möglichkeit liege, die nukleare Abschreckung zu überwinden<sup>25</sup>. Nukleare Abschreckung sei als temporäre, nicht aber als endgültige Lösung zu rechtfertigen.

Auf den Hinweis des *BM*, daß die Ergebnisse in den<sup>26</sup> drei Bereichen ausgewogen sein müßten, führte Bo. *Nitze* aus, daß dies auch der amerikanischen Auffassung entspreche. Wenn in einem der Bereiche ein befriedigendes Ergebnis erzielt sei, sei nicht einzusehen, warum es nicht unabhängig von den Ergebnissen in den anderen Bereichen in die Tat umgesetzt werden könnte.

*BM* bezeichnete es als wichtig, daß auch nach außen erkennbar werde, was in den einzelnen Untergruppen verhandelt werde. Dies sei klar bei INF und START, nicht jedoch bei SDI.

Bo. *Nitze* antwortete, daß klare Aussagen in der Tat sehr wichtig seien. Bei der Wehrkundetagung<sup>27</sup> habe es sich gezeigt, daß in Europa noch viele Mißverständnisse bestünden. Egon Bahr habe z.B. irrigerweise behauptet, daß SDI in der Abschußphase<sup>28</sup> auch als offensive Waffe benutzt werden könne.

*D2A* stellte erneut die Frage nach dem Verhandlungsinhalt der dritten Untergruppe, nachdem über SDI selbst nicht verhandelt werden könne. Bo. *Nitze* antwortet, daß man den Sowjets in Genf gesagt habe, daß man über Waffen im Weltraum und Waffen auf der Erde, die im Weltraum eingesetzt würden, sprechen werde. Auf amerikanischer Seite sehe man das Hauptproblem bei der Erosion des ABM-Vertrags durch sowjetische Aktivitäten.

<sup>24</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „BM berichtete von seinen Gesprächen in Prag und ermutigte die US-Seite, die Partner der SU auch weiter – wie nach Genf – zu informieren.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>25</sup> Die Wörter „die nukleare Abschreckung zu überwinden“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „von nuklearen Waffen wegzukommen“. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Die Wörter „in den“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „jeweils innerhalb der“. Vgl. Anm. 1.

<sup>27</sup> Die 22. Internationale Wehrkundetagung fand am 9./10. Februar 1985 in München statt.

<sup>28</sup> Die Wörter „SDI in der Abschußphase“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unklar: gemeint waren SDI-Systeme, die in der boost phase von strat[egischen] Systemen zu deren Bekämpfung eingesetzt werden.“ Vgl. Anm. 1. Die Wörter „SDI in der Abschußphase“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter nachträglich gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „SDI-Systeme, die in der boost phase ballistischer Raketen zu deren Bekämpfung eingesetzt werden“.

*D2A* wies darauf hin, daß die sowjetische Propaganda gegen SDI sich sehr stark an die europäische Adresse richten werde. Es sei daher erforderlich, von vornherein klarzustellen, daß die USA entschlossen seien, vor Einführung eines modernen strategischen Verteidigungssystems mit der anderen Seite zu verhandeln.

Bo. *Nitze* stimmte dem zu und fügte hinzu, daß diese Bereitschaft bereits jetzt bestehe.

Anknüpfend an den zur Zeit stattfindenden Besuch des saudischen Königs in Washington<sup>29</sup> führte BM aus, daß ihm bei seinem kürzlichen Besuch in Amman und Kairo, wohin er den Bundespräsidenten auf seinem Staatsbesuch begleitet habe<sup>30</sup>, aufgefallen sei, wie sehr Jordanien und Ägypten über die Politik Saudi-Arabiens besorgt gewesen seien. Diese Enttäuschung sei klar und ohne Umschweife zum Ausdruck gebracht worden. BM bat, Washington hiervon zu unterrichten. Er sei interessiert daran zu erfahren, wie die USA die Lage einschätzten.<sup>31</sup>

**VS-Bd. 11278 (220)**

<sup>29</sup> König Fahd hielt sich vom 10. bis 14. Februar 1985 in den USA auf.

<sup>30</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und Bundesminister Genscher besuchten vom 3. bis 5. Februar 1985 Jordanien und vom 5. bis 8. Februar 1985 Ägypten. Vgl. dazu Dok. 30.

<sup>31</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte herausnehmen. Dies galt nur Woessner und wird von mir in besonderem Vermerk festgehalten.“ Vgl. Anm. 1.

## 37

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceaușescu in Bukarest

214-493/85 VS-vertraulich

13. Februar 1985<sup>1</sup>

Stichwortprotokoll der Unterredung zwischen BM Genscher und Präsident Ceaușescu am 13.2.1985 in Bukarest (2 1/2 Std.)<sup>2</sup>

BM bezeichnete 1985 als ein besonders wichtiges Jahr (vielleicht das wichtigste seit 1945), in dem, wie er hoffe, ein neues Kapitel sowohl in den bilateralen Beziehungen wie auch im Ost-West-Verhältnis beginne.

Bei seinen Besprechungen mit AM Andrei 1983/84<sup>3</sup> seien zahlreiche konkrete Schritte besprochen worden, die alle vollzogen worden seien. RUM habe große Erfolge bei der Konsolidierung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse erzielt, wofür die positive Handelsbilanz uns gegenüber ein Beweis sei. Das sei uns recht, obwohl es nur wenige Länder gebe, die mit uns – einem Exportland – einen Handelsbilanzüberschuß hätten. Schwieriger sei es im EG-Bereich, wo wir fordern, aber nicht entscheiden könnten. Wir hätten 1983/84 finanzielle Fragen – soweit sie uns beträfen – gelöst, obwohl auch wir selbst zur Zeit sogar starke Eingriffe in soziale Leistungen vornehmen müßten.

Was das gemeinsame Sorgenkind Temeschwar<sup>4</sup> angehe, werde im Mai das Symposium stattfinden, an dem er – ausnahmsweise – selbst teilnehmen werde, um

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, gefertigt.

Hat Staatssekretär Ruhfus vorgelegen, der die Aufzeichnung am 15. Februar 1985 an Staatssekretär Meyer-Landrut „n[ach] R[ückkehr]“ leitete sowie die Weiterleitung von Kopien „je persönlich“ an die Ministerialdirektoren Pfeffer und Bertele sowie Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte. Dazu vermerkte er: „Weisungsgemäß habe ich heute StS Fröhlich über die Gespräche von BM zum Thema Ausreisegenehmigungen entsprechend dem beigefügten Vermerk [...] unterrichtet. Ergänzend habe ich darauf hingewiesen, BM habe über eine signifikante Erhöhung der Ausreisenzahlen gesprochen. Dem Hinweis von C[eaușescu], der Wert des Dollar sei von DM 2,50 auf DM 3,25 gestiegen, sei er nachdrücklich mit der Antwort entgegengetreten, die DM sei eine feste und verlässliche Währung. Damit sei deutlich geworden, daß hier nicht viel zu machen sei.“ Bundeskanzler Kohl sei unterrichtet und „einverstanden, daß der Bevollmächtigte [...] herauszufinden versuche, ob und inwieweit rumänische Seite zu einer signifikanten Erhöhung der Ausreisenzahlen über 16000 hinaus bereit sei. Dabei solle er auch versuchen herauszufinden, in welchem Umfang eine Erhöhung der Zahlung pro Kopf von rumänischer Seite gefordert werde.“ Ruhfus teilte weiter mit, er habe sich mit Fröhlich „darauf verständigt, daß eine evtl. Erhöhung der Leistungen pro Kopf wenn überhaupt, dann nur für die zusätzlichen Ausreisenden in Betracht kommen könnte.“

Hat Pfeffer am 19. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 8 bitte zum Vorgang Ungarn-Reise.“ Vgl. Anm. 31 und 33.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 30. April 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 12. bis 14. Februar 1985 in Rumänien auf.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister Andrei trafen am 13. April 1983 in Tegernsee, am 31. Mai 1983 in Snagov bzw. Bukarest und vom 9. bis 11. August 1983 in Neptun zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 90, Dok. 91 und Dok. 163, sowie AAPD 1983, II, Dok. 243. Weitere Gespräche fanden am 15. Oktober 1984 in Bonn statt. Vgl. AAPD 1984, II, Dok. 280.

<sup>4</sup> Präsident Ceaușescu schlug Bundeskanzler Schmidt im Gespräch am 6. Januar 1978 in Bukarest ein gemeinsames Großunternehmen in Temeschwar vor, in dem schwere Werkzeugmaschinen und hydraulische Anlagen hergestellt werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 3. Die rumänische Botschaft übermittelte 1983 verschiedene Projektvorschläge, die in Temeschwar in

den Vertretern der deutschen Wirtschaft auch das politische Interesse daran klarzumachen.<sup>5</sup> Danach solle BM Bangemann nach Bukarest kommen.<sup>6</sup>

Temeschwar sei aus verschiedenen Gründen interessant:

- es solle aufzeigen, daß Kooperation möglich sei und zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit RUMs beitragen könne,
- es solle aber auch eine gewisse Attraktion für die rumänischen Staatsbürger deutscher Nationalität im dortigen Raum ausüben und so manche zum Nachdenken über ihr Dortbleiben anregen.

Ceaușescu erwiderte, trotz vieler Verhandlungen und Pläne sei außer der relativ kleinen Firma Renk Reșița<sup>7</sup> nichts verwirklicht worden; auch aus einem Projekt mit VW habe sich nichts entwickelt, und das habe nicht an RUM gelegen.<sup>8</sup> RUM bemühe sich daher jetzt um mehr wirtschaftliche Kooperation mit Firmen anderer Staaten:

- die Autoproduktion zusammen mit F laufe gut, ein gemeinsames Hubschrauberprojekt bahne sich an,
- mit UK seien Vorbereitungen für ein gemeinsames Flugzeugprogramm auf gutem Wege,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 205*

Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Bundesrepublik verwirklicht werden sollten. Am 10. September 1984 legte Referat 421 dar, die Bundesregierung habe einen Bürgschaftsrahmen von 700 Mio. DM geschaffen, ferner seien besondere Bevollmächtigte sowie eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden: „Die Bundesregierung hat hiermit und durch aktive Informationsarbeit in der deutschen Wirtschaft alles in ihren Kräften Stehende für die Realisierung des Projekts getan. Die Ausfüllung der geschaffenen Rahmenbedingungen ist allerdings Sache der Wirtschaft. Die deutsche Wirtschaft hat bisher wenig Interesse an einem Engagement in Temeschwar erkennen lassen. [...] Ursache für das mangelnde Interesse sind u. a. die Erschwernisse für eine Zusammenarbeit durch verstärkte Kompensationsforderungen der rumänischen Seite und die schlechte Wirtschaftslage Rumäniens.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

<sup>5</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer mit Kreuz hervorgehoben.

Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers Genscher veranstaltete die Südosteuropa-Gesellschaft am 21. Mai 1985 in Bonn das Symposium „Neue Aspekte der deutsch-rumänischen Unternehmenskooperation“. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt stellte am 23. Mai 1985 fest: „Angesichts der trotz aller Anstrengungen relativen Erfolglosigkeit des Symposiums werden wir, solange nicht auf rumänischer Seite tatsächlich und nachweisbar die erforderlichen Veränderungen eintreten, nicht damit rechnen können, die deutsche Wirtschaft nochmals für eine derartige Veranstaltung aktivieren zu können.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140295.

<sup>6</sup> Bundesminister Bangemann hielt sich am 20./21. November 1985 in Rumänien auf.

<sup>7</sup> Reșița Renk war ein 1973 als Joint Venture der Zahnradfabrik Renk AG und des rumänischen Staatsbetriebs Uzina Constructoare de Mașini Reșița gegründeter Hersteller von Getrieben. Im November 1984 berichtete die Renk AG über grundsätzliche Schwierigkeiten. Neben der unzureichenden Kapazitätsauslastung bereite die Materialbeschaffung Probleme, vor allem durch „die zeitraubenden Formalitäten – insbesondere beim Import“. Die Gesellschaft sei wegen mangelnder Möglichkeiten zur Kreditbeschaffung mit ihren Zahlungen gegenüber ausländischen Lieferanten im Rückstand, habe aber auch in Rumänien selbst wegen der Zahlungsmoral der Kunden finanzielle Schwierigkeiten. Dank der Hilfe der Renk AG und des Engagements der Belegschaft würden dennoch „– wenn auch bescheidene – Überschüsse erwirtschaftet“. Vgl. Referat 214, Bd. 139558.

<sup>8</sup> Staatsratsvorsitzender Ceaușescu hielt sich am 28. Juni 1973 in Wolfsburg auf und informierte Bundeskanzler Brandt am folgenden Tag über die geplante Zusammenarbeit mit der Volkswagenwerk AG. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 209.

Referat 421 resümierte am 27. Januar 1982: „Nach Mitteilung der VW AG ist das rumänische Interesse an der Fertigung von VW-Fahrzeugen (geplantes Joint Venture: 49 % VW, 51 % Rumänien) in den Hintergrund getreten, nachdem die Lizenzfertigung des Renault aufgenommen und die Kooperation mit Citroën vereinbart wurde. Rumänien sei nunmehr an dem Bezug von Dieselmotoren zum Einbau in die Dacia-Citroën-Fahrzeuge interessiert. Hierauf möchte sich die VW AG aber nicht einlassen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133075.

- mit Kanada und USA würden nukleare Reaktoren gebaut; auch auf dem Gebiet der Elektronik intensiviere sich die Zusammenarbeit mit amerikanischen Firmen.

Dies seien nur Beispiele. Es komme auch nicht nur auf Temeschwar an, RUM werde auf jeden Fall in den nächsten Jahren eine bedeutende Elektronik- und Roboterindustrie aufbauen. Früher sei die BRD als Handelspartner an zweiter Stelle gewesen, jetzt sei sie an der vierten. Das müsse sich wieder ändern, ein Handelsaustausch in Höhe von 6 Mrd. DM p/a<sup>9</sup> in beiden Richtungen sei ein erreichbares Ziel. Dabei wolle RUM keine Kredite, nur bei gemischten Gesellschaften müsse natürlich der (unter 50 Prozent liegende) deutsche Anteil von unserer Seite eingebracht werden.

*BM* erklärte, er sei 1983 Zweifeln deutscher Wirtschaftskreise an der Fähigkeit RUMs zur Lösung seiner wirtschaftlichen Probleme energisch entgegengetreten, und jetzt könne er sagen, daß er recht gehabt habe. So wie man 1983 einen erfolgreichen Ansatz gefunden habe, müsse man auch jetzt einen neuen Abschnitt in den wirtschaftlichen Beziehungen beginnen. Die Bundesregierung könne deutsche Firmen nicht zwingen, er wolle sich aber der Sache persönlich annehmen wie 1983. Dazu bitte er um eine kurze konkrete Darstellung der rumänischen Wünsche mit Liste der Firmen, mit denen man zusammenarbeiten wolle, damit das Symposium nicht im luftleeren Raum stattfinde.

*Ceașescu* versprach, sich persönlich darum zu kümmern. Als für RUM besonders interessante Gebiete nannte er Elektronik und Roboter, wo RUM und D zusammen die USA und Japan überflügeln könnten. (*BM*: Ehrgeizig<sup>10</sup>, aber man solle es versuchen!) Auch sei man an Ausrüstungen auf den Gebieten der Chemie und Metallurgie interessiert. Als Beispiele für Firmen, mit denen man zusammenarbeiten könne, nannte er Siemens und MAN. *Ceașescu* beklagte auch, daß auf Drittmärkten rumänische Firmen oft deutsche Lieferanten beteiligten, während das umgekehrt leider fast nie der Fall sei. Er wiederholte, daß man intensiv mit Firmen anderer Länder im Gespräch sei.

*BM* bezeichnete das als legitim und normal, wies aber darauf hin, daß z. B. bei staatlichen Firmen – etwa in F – die Regierungen es leichter hätten als bei uns. *Ceașescu* nannte Citroën, Control Data und GE<sup>11</sup> als Beispiele für Privatfirmen, mit denen RUM kooperiere. Er regte an, noch vor dem Symposium Vertreter des BMWi und der deutschen Privatwirtschaft nach Bukarest zu entsenden zur Vorbereitung des Symposiums.

Deutsche Minderheit

*BM* sprach – den diskreten Charakter seiner Bemerkungen betonend – die Frage der Ausreisegenehmigungen für Volksdeutsche an. Die von den Beauftragten vereinbarten Zahlen<sup>12</sup> seien mehr als korrekt eingehalten worden. Er

<sup>9</sup> Per annum.

<sup>10</sup> Der Passus „RUM und D zusammen ... Ehrgeizig“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer unterschlängelt.

<sup>11</sup> General Electric.

<sup>12</sup> In Gesprächen am 20./21. Mai 1983 in Bukarest schlossen der Beauftragte des Bundesministeriums des Innern, Hüsch, und der rumänische Beauftragte für Fragen der Familienzusammenführung, Andronic, eine Konvention, der zufolge die rumänische Seite im Zeitraum vom 1. Juli 1983 bis 30. Juni 1988 jährlich 11 000 rumänischen Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit die Aus-

habe vor vier Tagen an einem Treffen der Banater Schwaben<sup>13</sup> teilgenommen, bei dem auch die rumänische Botschaft in Bonn vertreten gewesen sei, die sicher darüber berichtet habe, mit welcher Sympathie diese Menschen an RUM dächten und für Zusammenarbeit einträten. Bei der Gelegenheit hätten führende Vertreter der Banater und Siebenbürger ihm gesagt, daß bei der Bekämpfung des Schmiegeldunwesens<sup>14</sup> Fortschritte erzielt worden seien, aber doch noch einiges zu tun bleibe; vielleicht könne sich Ceașescu darum kümmern. Die Vereinbarungen zwischen den beiden Beauftragten dienten dem beiderseitigen Vorteil, wie das bei vernünftigen Vereinbarungen sein solle. Das Problem bewege aber die deutsche Öffentlichkeit, auch Verantwortliche in der Regierung. Er habe vor einer großen Zahl von Menschen erklärt, wir ermutigten niemanden zur Ausreise, bemühten uns aber im Gespräch mit der rumänischen Regierung, Voraussetzungen zu schaffen, die die Volksdeutschen eher nachdenklich wegen der Ausreise stimmten, z. B. durch Förderung kultureller Einrichtungen, Schulen usw. Dennoch wolle eine große Zahl auswandern, daher möge Ceașescu doch bitte seinen Bevollmächtigten ermächtigen, mit unserem über eine Ausweitung der Zahl der Ausreisenden zu sprechen. Das müsse man nicht an die große Glocke hängen; bei entsprechender Ausweitung würden auch unsere Gegenleistungen nicht ausbleiben. Bei größerer Flexibilität ergäben sich auch mehr Möglichkeiten in anderen Bereichen – er werde verstehen, was gemeint sei.

Ceașescu erwiderte, er verstehe unser Insistieren nicht, die Bundesregierung gehe – auch im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen – von einem falschen Standpunkt aus, man könne von einer Psychose sprechen. In Rumänien existiere keinerlei Diskriminierung; man lasse es zu und werde es zulassen, daß die, die gehen wollten, gingen, aber man dürfe sie nicht dazu ermutigen, eher müsse man sie entmutigen, davon abbringen. Auf dem Gebiet der kulturellen Aktivität – Sprache, Unterricht usw. – bestünden jetzt und künftig alle Möglichkeiten. Je mehr sich die wirtschaftliche Situation RUMs verbessere, um so mehr würden sich auch noch bestehende Unterschiede im Lebensstandard verringern. Im übrigen sei die Sicherheit dieser Menschen (im nuklearwaffenfrei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 207*

reise ermöglichen sollte, wobei die Bundesregierung „eine Gesamtentschädigung für jede Person in Höhe von 7800 DM“ zahlen würde. Außerdem wurde festgelegt: „Die rumänische Seite sichert zu, daß sie über die Auswanderungsanträge von Bürgern deutscher Volkszugehörigkeit unabhängig von deren ausbildungsmäßiger und beruflicher Qualifikation entscheiden wird und von den betroffenen Personen oder der deutschen Seite keine weiteren Zahlungen gefordert werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 135 des Staatssekretärs von Staden vom 24. Mai 1983 an Bundesminister Genscher, z. Z. Brüssel; VS-Bd. 12382 (513); B 150, Aktenkopien 1983.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 9. Februar 1985 in Göppingen den „Schwabenball“ der Landsmannschaft Banater Schwaben. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 146 f.

<sup>14</sup> Im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 9. August 1983 in Neptun sprach Bundesminister Genscher „auch die Frage der Schmiegeldpraktiken“ an und wies Andrei auf Personen hin, „die die getroffenen Vereinbarungen über Familienzusammenführung unterminierten. Sie erschienen bei Ausreisewilligen, um ihnen zu sagen, ihr Antrag sei nur aussichtsreich, wenn sie eine bestimmte Summe bis zur Höhe über DM 30 000 zahlten. [...] Dieses Problem scheine eine größere Bedeutung im Banat als in Siebenbürgen zu haben. Er glaube, es sei im Interesse guter bilateraler Beziehungen, wenn die rumänischen Behörden unverzüglich diese Machenschaften unterbinden könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Keil, z. Z. Constanza, vom 9. August 1983; VS-Bd. 14115 (010); B 150, Aktenkopien 1983.



en Rumänien) besser gewährleistet als in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>15</sup> (BM: Das zeige Vertrauen in die friedlichen Absichten des Westens!<sup>16</sup>)

*Ceaușescu* wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der Ausreise von Volksdeutschen etwa aus Temeschwar ergäben. Es müßten dann als Ersatz und unter Aufwand Menschen aus anderen Teilen des Landes nach Temeschwar umgesiedelt werden.

*BM* erklärte, wir ermutigten niemanden zur Ausreise. Aber es gäbe eben zwei Meinungen: Bei uns könne jeder weg, der wolle, RUM sähe das anders. Die gute Qualität unserer Beziehungen beruhe darauf, daß man oft unter Beiseitelassen grundsätzlicher Standpunkte pragmatisch versuche, etwas zu erreichen. Die Vereinbarung zwischen den Beauftragten sei das Ergebnis solcher pragmatischer Politik gewesen. Er bitte daher, dem rumänischen Beauftragten den Auftrag zu geben, noch etwas pragmatischer zu sein. *Ceaușescu*: Bei pragmatischer Berücksichtigung aller Aspekte spiele es auch eine Rolle, daß der Dollar jetzt auf DM 3,25 stehe statt auf DM 2,50.

Ceaușescu und BM waren sich einig über die Gefahren des hohen Dollar-Kurses, vor allem für die Entwicklungsländer. *BM* erklärte, im Gespräch mit USA rieten wir allerdings weniger wegen unserer eigenen Interessen zu niedrigeren Zinsen und einem vernünftigen Dollar-Kurs (da wir als Hochindustrialand bei großer Exportsteigerung weniger betroffen seien) als wegen der internationalen Wirtschaftslage. Ein Prozent Zinserhöhung in USA mache für Brasilien 700 Mio. Dollar aus, was den ganzen Effekt umfangreicher Sparmaßnahmen solcher Länder zunichte mache.

*Ceaușescu*: Ohne eine globale und radikale Lösung dieses Problems sei eine wirtschaftliche Katastrophe mit schweren sozialen Folgen unvermeidlich. Er spreche nicht für Rumänien, aber er halte es für notwendig

- einen Teil der Schulden der am meisten betroffenen Länder zu annullieren,
- für den anderen Teil eine Umschuldung mit einer drei- bis vierjährigen Atempause vorzusehen und
- die Zinsen zu senken.

*BM*: D habe schon manche Schulden erlassen, Umschuldung und Konsolidierung müßten für jedes Land von Fall zu Fall geregelt werden. Er werde jetzt in Wien<sup>17</sup> und im März in Mexiko über den Gedanken einer zweiten Cancún-Konferenz sprechen. Cancún sei eine gute Konferenz gewesen<sup>18</sup>, man habe nur versäumt, sich über das Follow-up, die Durchführung des Besprochenen zu einigen.

*Ceaușescu*: RUM schlage eine VN-Konferenz unter Beteiligung der entwickelten und Entwicklungsländer vor, da Lösungen auf bilateraler Ebene nicht mehr

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer unterschlägelt.

<sup>16</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eine herrliche Antwort.“

<sup>17</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 14./15. Februar 1985 zum Besuch des Opernballs und zu Gesprächen mit der MBFR-Delegation der Bundesrepublik in Wien auf. Vgl. dazu den Artikel „Genscher beendet Rumänien-Besuch“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Februar 1985, S. 4.

<sup>18</sup> In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

aktuell seien. Im übrigen müsse er sagen, daß die Banken und Regierungen der Gläubigerländer durch die hohen Zinsen längst ihr Geld wieder herein hätten.<sup>19</sup> Es sei eine Illusion, die allgemeine Krise durch die Wiederbelebung der Wirtschaften der USA, Japans und der EG lösen zu können; die „Lokomotive“, von der Reagan gesprochen hätte, sei nicht stark genug, um die ganze Welt anzuziehen, sie bleibe irgendwo stecken.<sup>20</sup>

*BM:* Wir hätten nichts gegen die Fortsetzung globaler Verhandlungen in den VN, nur lehre die Erfahrung, daß solche Massenversammlungen mit vielen Delegationen ohne politischen Impuls oft nicht viel brächten.

*Ceaușescu:* Er denke nicht an das Plenum, sondern an eine Kommission, in der Sprecher beider Seiten ihren Standpunkt vertreten könnten.

*BM:* Zum Thema „Lokomotive USA“: Wir in der EG, besonders Deutschland und Frankreich, konzentrierten uns sehr darauf, wie wir wirtschaftlich und technologisch mit den USA und Japan Schritt halten könnten. Dies sei eine zentrale Aufgabe nicht nur für die EG-Staaten; in Europa seien Ost und West wirtschaftlich schon sehr eng zusammengewachsen. Auch Westeuropa wäre belastet, wenn Ost-Europa technologisch im Rückstand bliebe.

Es gelte in eine zweite Phase europäischer Zusammenarbeit einzutreten; wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturelle Zusammenarbeit, Umweltschutz – alles dies sei Ausdruck europäischer Identität unabhängig von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systemen. Es werde sich zeigen, daß Europa über diese Systemgrenzen hinweg Gestalt gewinnen könne. Deutschland und Rumänien seien schon einmal im Ost-West-Verhältnis bahnbrechend gewesen<sup>21</sup>, sie sollten es auch in der zweiten Phase der Ost-West-Entspannungspolitik sein.

*Ceaușescu:* Avantgarde sollten sie sein! Die politische Lage in Europa sei sehr ernst. Amerikanische Raketen seien im Westen einschließlich Deutschland stationiert, die SU ergreife Gegenmaßnahmen<sup>22</sup>. Nuklearwaffen seien eine Gefahr, gleich woher sie kämen. Die Zeit sei auch vorbei, wo sie der Abschreckung dienten<sup>23</sup>, Mittelstrecken- und taktische Nuklearwaffen hätten nicht mehr Abschreckungsfunktion. Die Vereinbarung der Genfer Gespräche zwischen den Großmächten<sup>24</sup> sei zu begrüßen, stelle aber noch keine Lösung dar. Die Akkumulierung der Nuklearwaffen gehe weiter, die USA bereiteten den „Krieg der Sterne“ vor<sup>25</sup> als sogenannten Defensivkrieg. Da man nicht mit Sternen Krieg führen könne, richte sich die Absicht gegen ein anderes Land.

<sup>19</sup> Der Passus „Banken und Regierungen ... wieder herein hätten“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wirklich?“

<sup>20</sup> Die Wörter „Lokomotive“ und „sie bleibe irgendwo stecken“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>21</sup> Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

<sup>22</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR und der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>23</sup> Der Passus „Die Zeit ... dienten“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer unterschlängelt.

<sup>24</sup> Zur Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA vom 22. November 1984 über die Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen vgl. Dok. 1.

<sup>25</sup> Der Passus „USA bereiteten ... vor“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer unterschlängelt.

Amerikanische Wissenschaftler hätten soeben erklärt, daß für das SDI-Projekt in der ersten Phase über 70 Mrd. \$ ausgegeben würden und daß es auf keinen Fall absolute Sicherheit ergeben werde.<sup>26</sup> Wenn Nuklearwaffen im Kosmos seien, lasse sich die Verseuchung der Erde nicht mehr verhindern. Daher solle man gleichzeitig mit der Aufnahme der Genfer Verhandlungen<sup>27</sup> sofort die Stationierung von Raketen und andere Aufrüstungsmaßnahmen einstellen, andernfalls würde es sich um eine Täuschung der öffentlichen Meinung (durch weitere Aufrüstung im Schatten der Verhandlungen) handeln. Besonders in Europa müsse die Stationierung eingestellt werden, wofür die Stationierungsländer die Hauptverantwortung trügen; sie sollten sich ein Beispiel an Neuseeland<sup>28</sup> nehmen. (BM: In der geographischen Lage von Neuseeland würden wir auch gern verzichten!)

Sicherheit Europas lasse sich nicht durch neue Nuklearwaffen herbeiführen. Man spreche gelegentlich von der Gefahr einer Invasion aus der SU. Davon könne natürlich nicht die Rede sein. Selbst wenn man aber „in extremis“ diesen Fall annähme, so würde ein neuer konventioneller Krieg vielleicht zu Siegern und Besiegten führen. Dieser Status würde aber, wie alle Geschichte lehre, über kurz oder lang überwunden. Ein nuklearer Krieg würde Europa endgültig zerstören.<sup>29</sup>

*BM:* Auch wir gingen davon aus, daß die SU keinen Krieg wolle wie die USA.<sup>30</sup> Dennoch stimme er der ersten Beurteilung der Lage zu, ebenso der Warnung vor zu viel Euphorie wegen der Aufnahme der Genfer Verhandlungen. Das Jahr 1985 biete noch einmal die Chance, das Ost-West-Problem im Wege der Zusammenarbeit zu lösen. Es komme darauf an, sie nicht zu versäumen. Die im März in Genf beginnenden Verhandlungen seien anders als frühere, die nie so breit angelegt gewesen seien. Bisher habe man Raketen, Flugzeuge usw. gezählt, diesmal werde man auch über die Philosophie der Sicherheit sprechen. Manche sagten z.B., man müsse die militärische Nutzung des Weltraums verhindern. Der Weltraum werde aber längst durch<sup>31</sup> beide Seiten militärisch genutzt, nämlich durch Beobachtungssatelliten, die einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität zwischen Ost und West leisten könnten. Er stimme Mitterrand zu: Es wäre gut, wenn auch die Europäer solche Beobachtungssatelliten hätten, denn zur Zeit sehe der Westen nur alles mit den Augen der USA und der Osten mit denen der SU-Satelliten.<sup>32</sup> Jetzt habe die SU Killersatelliten, die USA würden sie bald haben. Deren Zweck sei es, Beobachtungssatelliten zu zerstören, die Augen blind zu machen, mit denen man über die andere Seite informiert sein kön-

<sup>26</sup> Vgl. dazu den Artikel „The Star Wars Budget“, FEDERATION OF AMERICAN SCIENTISTS PUBLIC INTEREST REPORT 38, Heft 3, S. 10 f.

<sup>27</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>28</sup> Ministerpräsident Lange erklärte am 4. Februar 1985 vor der Presse, daß Schiffe mit Kernwaffen an Bord keine neuseeländischen Häfen mehr anlaufen dürften. Vgl. dazu Dok. 43, Anm. 4.

<sup>29</sup> Der Passus „Selbst wenn man ... endgültig zerstören“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer angehängelt.

<sup>30</sup> So in der Vorlage.

<sup>31</sup> Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>32</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 35.

ne. Es sei also wichtig, Killersatelliten auszuschalten, damit Stabilität durch Beobachtung (Transparenz) erhalten bleibe.

Die SU sei beunruhigt über das Ziel und eventuelle Ergebnis der amerikanischen SDI-Forschung, die USA wüßten nicht, ob auch die SU solch ein Programm habe. Daher müßten sich die beiden Großmächte über eine Sicherheitsphilosophie einigen, mit dem wahrscheinlichen Ergebnis eines gemischten Defensiv-Offensiv-Systems. Das Einmalige an der Lage sei, daß man über Defensiv-Systeme verhandeln könne, die es noch gar nicht gebe und die daher leichter „verhandelbar“ seien.

Beruhigenderweise seien USA und SU bereit, über Abrüstung hinaus auch über politische und wirtschaftliche Fragen zu verhandeln. Was jetzt geschehe, setze ein hohes Maß an Vertrauensbildung voraus. Europa habe nicht nur eine Chance, sondern eine Verantwortung zur Mitwirkung.

*Ceaușescu:* Wenn es in Genf darum gehen solle, welche neuen Waffen es geben oder nicht geben werde, seien das Aufrüstungsverhandlungen. Vom Standpunkt der Philosophie sei das Problem längst gelöst, Wissenschaftler sagten, die heutigen Nuklearwaffen machten den Krieg unmöglich.

Man müsse eng zusammenarbeiten für konkrete Vereinbarungen über die Beseitigung aller Nuklearwaffen, sicher jeder im Rahmen seiner Allianz, aber das reiche nicht! Die europäischen Staaten müßten sich in der einen oder anderen Form aktiv einschalten – in Genf, Stockholm, Wien.<sup>33</sup>

Man solle die Philosophie den Philosophen lassen, Politiker sollten handeln.

*BM:* Die Bemühung, alle Nuklearwaffen abzuschaffen, sei keine theoretische. Die USA gingen mit diesem Ziel nach Genf: Nachdem sie für Jahrzehnte an der Strategie der Abschreckung mit einer hohen Zahl von Nuklearwaffen festgehalten hätten, wollten sie diese Strategie jetzt überwinden und Nuklearwaffen abschaffen.

*Ceaușescu:* Wissenschaftler hielten dies für einen Versuch, die öffentliche Meinung von den eigentlichen Zielen abzulenken. Eine Verwirklichung von Reagans Projekt würde die Kriegsgefahr erhöhen.

*BM:* Es gebe keine hundertprozentige Sicherheit, auch die USA wüßten, daß man Sicherheit nur im Austausch, im Wege der Internationalisierung haben könne, daß sich Verhandlungen nur als kooperative Verhandlungen begreifen lassen. Die Ungewißheit beider Großmächte darüber, was der andere könne und wolle, könne eine Periode der Unsicherheit schaffen, daher müsse es bald zu einem Austausch über Zielvorstellungen, zu einer „vorbeugenden Rüstungskontrolle“ kommen – in Verbindung mit einer signifikanten Verringerung des nuklearen Potentials.

*Ceaușescu:* Aber man solle beginnen mit dem, was schon existiere, mit den aufgestellten Nuklearwaffen.

<sup>33</sup> Ende der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

In Stockholm tagte vom 29. Januar bis 22. März 1985 die fünfte Runde der KVAE. Vgl. dazu Dok. 42 und Dok. 43.

In Wien fand vom 31. Januar bis 28. März 1985 die 35. Runde der MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 83.

*BM:* Man habe 1 1/2 Jahre verloren wegen der sowjetischen Haltung; daß sie jetzt an den Verhandlungstisch zurückkehre, sei ein Fortschritt. Aber die SU bestehe darauf, daß die Komplexe strategische, Mittelstrecken- und Weltraumwaffen zusammengehörten.

*Ceaușescu:* Man müsse in allen Bereichen nach Lösungen suchen, ohne sie voneinander abhängig zu machen.<sup>34</sup> Auf keinen Fall dürften die anderen Europäer mit den Händen im Schoß auf Ergebnisse in Genf warten.

*BM* stimmte zu: Manche meinten, es gehe darum, das Klima zu verbessern, aber die Aufgabe Europas sei mehr als die einer Klimaanlage im Verhandlungsraum der Großen.

Für den 1.8.1985 habe Finnland zu einem politischen Treffen eingeladen – auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, aber es müsse jedenfalls eine politische Ebene, also mit Außenministern, sein.<sup>35</sup>

Nochmals zu Genf: Die USA und SU hätten sich auf einen Kompromiß geeinigt, wonach drei Komplexe parallel zueinander verhandelt würden, von Zeit zu Zeit aber die in allen Gruppen gemachten Fortschritte in einer gemeinsamen Sitzung zu bewerten seien. Diese Lösung sei für die SU wichtig wegen ihrer Sorge um die US-Weltraum-Pläne.

*Ceaușescu:* Man dürfe den Großmächten nicht unter allen Bedingungen folgen.

*BM:* Man solle gemeinsam Helsinki gründlich vorbereiten. Im letzten Jahr habe sich unser Verhältnis zur DDR ordentlich gestaltet – trotz einiger Mißtöne und Ungeschicklichkeiten im Zusammenhang mit dem Honecker-Besuch<sup>36</sup>. Wir respektierten die verantwortungsvolle Haltung der DDR und Honeckers. Auch begrüßten wir die guten Beziehungen zwischen DDR und Rumänien. Mit dem Besuch des Bundeskanzlers in Rumänien sei in der zweiten Hälfte 1985 zu rechnen.

**VS-Bd. 13463 (214)**

<sup>34</sup> Die Wörter „ohne sie voneinander abhängig zu machen“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer durch Kreuz hervorgehoben.

<sup>35</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl legte am 1. Februar 1985 dar, daß die finnische Regierung mit Memorandum vom 22. Januar 1985 „ihre Vorstellungen über den Ablauf der Feier zum 10. Jahrestag der Helsinki-Schlußakte“ übermittelt habe: „Finnland schlägt ein dreitägiges Treffen der 35 Teilnehmerstaaten vom 30.7. bis 1.8. in Helsinki vor.“ Der finnische Sonderbotschafter Tötterman habe zu Beginn einer Konsultationsreise am 1. Februar 1985 in Rom mündlich zwei Ergänzungsvorschläge gemacht: „Feier des 10. Jahrestages in Helsinki auf Ministerebene ‚oder noch besser, wenn das möglich wäre, auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs‘; [...] Verabschiedung eines kurzen, aber substantiellen Schlußdokuments“. Vgl. Referat 421, Bd. 140327.  
Zum Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>36</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

## 38

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling

VS-NfD

13. Februar 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 9 Plurez

Aufgabe: 14. Februar 1985, 12.55 Uhr

Betr.: 56. EPZ-Ministertreffen am 12.2.1985 in Rom;  
hier: Ergänzende Unterrichtung zu Verlauf und Ergebnissen

Die Minister befaßten sich mit den Themen Ost-West-Beziehungen, Terrorismus, Nah-Mittel-Ost, Zentralamerika, Afrika und Asien.

Mit Ausnahme von GB und GR waren alle Länder durch ihre Außenminister<sup>2</sup> vertreten (GB StM Rifkind, GR StS Pangalos), die Kommission war vertreten durch Delors, Natali und Cheysson.

Ergänzend zu gesondert übermitteltem Relevé de conclusions<sup>3</sup> wird zu Verlauf und Ergebnissen mitgeteilt:

1) TOP Ost-West-Beziehungen

NL schlug Verabschiedung einer Zehnererklärung zur Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen<sup>4</sup> vor<sup>5</sup> und brachte (kurzen) Erklärungstext ein.

BM schlug Ergänzung des Textes vor: Europa müsse eine eigene Meinung haben zu den West-Ost-Beziehungen insgesamt und dürfe sich nicht nur auf eine Zuschauerrolle beschränken. Der Dialog USA–SU erfasse nicht nur Abrüstungsfragen, sondern ziele auf die Verbesserung der politischen Beziehungen insgesamt (Hinweis auf Gespräche zu Nahost). Wenn man auf die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen zurückblicke, so könne man Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre eine erste Phase feststellen, die durch den Harmel-Bericht<sup>6</sup> und den

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 14. Februar 1985 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Giulio Andreotti (Italien), Peter Barry (Irland), Hans van den Broek (Niederlande), Roland Dumas (Frankreich), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Jacques F. Poos (Luxemburg) und Leo Tindemans (Belgien).

<sup>3</sup> Die italienische Präsidentschaft übermittelte am 13. Februar 1985 den Entwurf des Relevé de conclusions der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Vortag in Rom. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 127 aus Rom (Coreu); Referat 200, Bd. 134813.

<sup>4</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>5</sup> Botschaftsrat I. Klasse Granow, Den Haag, berichtete am 11. Februar 1985 über die Absicht des niederländischen Außenministers van den Broek, „eine gemeinsame Erklärung der Zehn zum Thema der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollgespräche in Genf anzuregen. Wie er ausdrücklich betonte, sei hierbei nur an eine Deklaration gedacht, in der die Zehn, auch wenn sie nicht alle dem atlantischen Bündnis angehörten, beiden Großmächten ihre weltweit geteilte Hoffnung und Ermutigung auf ernsthafte Verhandlungen und Fortschritte kundtun.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 106; Referat 200, Bd. 134813.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

Ausbau bilateraler Beziehungen – z.B. durch unsere Verträge mit den mittel- und osteuropäischen Staaten – gekennzeichnet sei. Die kleineren WP-Staaten hätten in dieser ersten Phase weniger aktiv mitgewirkt.

Jetzt seien wir in eine zweite Phase eingetreten: Es gebe zahlreiche Gremien, etwa im Rahmen der KSZE einschließlich der KVAE, auf denen beide Seiten sich um den Ausbau eines Geflechts von Beziehungen bemühten. Dieser Prozeß besitze eine andere Qualität als die erste Phase. Die kleineren WP-Staaten spielten in diesem Prozeß eine aktivere Rolle. Dies gebe uns die Möglichkeit einer positiven Einwirkung. In dieser Phase sei es für die Zehn wichtig, auch öffentlich ihre Absicht zu erklären, zur Stärkung der politischen Beziehungen zwischen West und Ost beizutragen und dabei alle Staaten einzubeziehen. Bei dieser Phase handele es sich nicht um einen bilateralen Prozeß zwischen den USA und der SU.

BM hob in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Treffen von Ottawa<sup>7</sup> und Budapest<sup>8</sup> hervor und unterstrich die Wichtigkeit der kulturellen Identität Europas, die über Systemgrenzen hinwegreiche. Er wiederholte seinen Vorschlag, den zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki auf politischer Ebene zu begehen.<sup>9</sup>

LUX wies auf den 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges hin. Die SU behaupte, ihr komme der Hauptanteil an dem Sieg zu. Die Verdienste lägen jedoch bei allen. Die SU dürfe den 40. Jahrestag nicht für ihre Zwecke ausnutzen und Mißtrauen gegen die Bundesrepublik Deutschland schüren. Die Zehn sollten den Gedanken der Versöhnung hervorheben und darauf hinweisen, daß man auf 40 Jahre freundschaftlicher Zusammenarbeit zurückblicken könne. Man solle auch daran denken, den 40. Jahrestag gemeinsam zu begehen. In Betracht komme möglicherweise eine Veranstaltung auf beiden Seiten der Demarkationslinie in Berlin.

BM dankte LUX, bat jedoch, die Initiative zum 40. Jahrestag zu überdenken. Es mache durchaus Sinn, wenn jedes Land den Jahrestag auf seine Weise begehe. Von einer Veranstaltung in Berlin rate er ab: Dies würde zu einer Vielzahl von Problemen führen (Status von Berlin u. a.). Dieser Gedanke sollte nicht vertieft werden.

GB erklärte zum 40. Jahrestag des Kriegsendes, die SU dürfe nicht Gelegenheit erhalten, einzelne Staaten an den Pranger zu stellen.

Mehrere Partner (GB, DK, F) warnten vor übertriebenen Erwartungen zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, auch hinsichtlich der Dauer. Die Aufforderung des BM, die Europäer sollten ihren eigenen Beitrag dazu leisten, fand Zustimmung (insbesondere GB, DK, IRL, B).

DK erklärte unter ausdrücklichem Hinweis auf entsprechende Äußerungen des Bundeskanzlers, daß Europa sich keinesfalls von den USA abkoppeln lassen dürfe.

<sup>7</sup> Vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 fand in Ottawa das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.

<sup>8</sup> Vom 15. Oktober bis 25. November 1985 fand in Budapest das KSZE-Kulturforum statt.

<sup>9</sup> Zum Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

GR erläuterte – wie schon beim Sonderministertreffen im Europarat am 29.1. 1985, vgl. DE Europol vom 31.1. – 200-351.13/1 VS-NfD<sup>10</sup> – die Bedeutung der Konferenz von Neu Delhi vom Januar 1985, auf der sechs Staaten die Initiative zu konkreten Abrüstungsvorschlägen ergriffen hätten.<sup>11</sup> Die sechs Staaten würden zu einem gegebenen späteren Zeitpunkt erneut zusammentreffen. Die USA und die SU hätten auf die Initiative positiv reagiert und großes Interesse gezeigt.

AM Andreotti kam bei seinen zusammenfassenden Schlußbemerkungen auch auf den 40. Jahrestag des Kriegsendes zu sprechen. Man solle vermeiden, allein den Akzent zu legen auf die Rolle der SU als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges. Man solle auf den Ausdruck „Siegermacht“ verzichten, um die Gefühle in Deutschland nicht zu verletzen. Er hoffe, daß es zu keiner Polemik komme. Man sollte sich in diesem Zusammenhang an den Beginn des Krieges erinnern: Schließlich hätten die SU und Nazideutschland in einer gewissen Beziehung gestanden. Diese Tatsache sollte nicht vergessen werden.

Bei der Schlußdiskussion des zu verabschiedenden Textes zu West-Ost-Beziehungen (Entwurf war von D 2<sup>12</sup> entsprechend den Vorschlägen des BM ergänzt worden) sprach sich GR nachdrücklich für den ursprünglichen kurzen NL-Text aus. Nach Intervention von BM, unterstützt insbesondere von F, wurde ein erweiterter Text angenommen, der deutsche, belgische und italienische Elemente verbindet (vgl. Relevé de conclusions).<sup>13</sup>

## 2) TOP Terrorismus

Präs. sprach sich dafür aus, das vorhandene Instrumentarium der Terrorismusbekämpfung zu nutzen. Präs. erwähnte dabei eine Konvention des Europarats von 1977<sup>14</sup>, die nur von vier Teilnehmerstaaten – auch nicht von I – ratifiziert worden sei. Die für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Minister sollten möglichst bald zu einer informellen Sitzung zusammentreten. Eine Sitzung der TREVI<sup>15</sup>-Gruppe sollte vorgezogen werden.<sup>16</sup>

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling informierte über die außerordentliche Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 29. Januar 1985 in Straßburg. Der Staatssekretär im griechischen Außenministerium, Pangalos, habe ausgeführt: „GRI sei für weltweite Abrüstung im konventionellen und im Kernwaffenbereich. Diesem Ziel habe auch die Konferenz am 28.1.1985 in Neu Delhi gedient (Teilnehmer: Argentinien, Mexiko, Tansania, Griechenland, Indien, Schweden). [...] Als Folge der Konferenz sei am 31.1.1985 in Athen ein Treffen von 50 Persönlichkeiten aus aller Welt vorgesehen, die über Möglichkeiten der Koordinierung von Abrüstungsvorschlägen beraten würden. Anfang Februar werde MP Papandreu nach Moskau reisen, auch um dort die Botschaft des Treffens von Delhi zu überbringen und zu versuchen, eine Antwort zu erhalten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4/5; Referat 200, Bd. 129641.

<sup>11</sup> Zur Erklärung von Neu Delhi vom 28. Januar 1985 vgl. Dok. 27, Anm. 19.

<sup>12</sup> Franz Pfeffer.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 12. Februar 1985 zu den Ost-West-Beziehungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 235 f.

<sup>14</sup> Mit Ausnahme von Irland und Malta unterzeichneten alle Mitgliedstaaten des Europarats auf der Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 27. Januar 1977 in Straßburg das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1137, S. 94–111. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 139–142.

<sup>15</sup> Terrorism, Radicalisme, Extrémisme et Violence, International.

<sup>16</sup> Zu einem Treffen der in der TREVI-Gruppe vertretenen, für Fragen der inneren Sicherheit zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten wurde am 13. Februar 1985 gemeldet: „Die EG-Außenminister haben am 12.2. bei einem eintägigen Treffen in Rom einer Sondertagung der Justiz- und Innenminister zum Thema Terrorismus in Europa zugestimmt. Der Vorschlag zu der Sondertagung



Ausführungen des Präs. fanden Zustimmung, insbesondere bei GB. Einzelheiten siehe Relevé de conclusions.

### 3) TOP Lateinamerika

Minister berieten insbesondere den Text der an die Konferenz von Panama (14./15.2.85) zu sendenden Botschaft.

Einige Partner (IRL, I, GB) wollten die Frage einer Follow-up-Konferenz von San José<sup>17</sup> auf Ministerebene vom Ergebnis der Konferenz in Panama abhängig machen. F und BM sprachen sich dagegen nachdrücklich für ein Treffen auf Ministerebene aus. BM wies darauf hin, man sei sich in Brüssel einig gewesen, daß in diesem Jahr ein Ministertreffen stattfinden solle.<sup>18</sup> Es gebe keine Veranlassung, hiervon jetzt wieder abzugehen. Wir Europäer hätten nicht dieselbe Aufgabe wie die Contadora-Gruppe. Diese versuche eine Lösung des Konfliktes aus der Region heraus. Unser Dialog mit LA diene dagegen der Verbesserung der Rahmenbedingungen und solle so zu Stabilität und Konfliktlösung beitragen. Selbst wenn das Treffen von Panama ohne Ergebnis bleibe, sollten wir an der Ministerbegegnung festhalten. Wir dürften jetzt nicht von dem abweichen, was AM Andreotti nach der Brüsseler Entscheidung der Presse gesagt habe.

Auf Vorschlag von B wurde als Kompromiß in den Text der „message“ die Passage aufgenommen, ein positives Ergebnis der Konferenz von Panama werde helfen „to ensure a fruitful follow-up to the San José Conference, with the prospect of a further ministerial meeting as soon as possible“ (voller Text der „message“ im Relevé de conclusions).<sup>19</sup>

### 4) TOP Nahost/Mittelost

Diskussion konzentrierte sich auf Text der Libanon-Demarche. F und Präs. hatten hierzu Änderungsvorschläge vorgelegt.

In Debatte erinnerte GR erneut an den Vorschlag von MP Papandreou, eine Art Ausschuß unter Vorsitz der Präs. zu bilden, der sich mit den Kontakten zu der Region befassen könne. GR sprach sich gegen die Vorschläge von F aus, die die Ausgewogenheit des ursprünglichen (härteren) Textes beeinträchtigten.

Nach Diskussion einzelner Passagen und unter Kritik von GR an dem dabei praktizierten Verfahren nahmen die Minister den im Relevé de conclusions festgehaltenen Text an. Er soll auch veröffentlicht werden.<sup>20</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 216*

auf informeller Ebene, die für Juni ins Auge gefaßt ist, geht auf italienische Initiative zurück. Neben dem Terrorismus sollen sich die Minister auch mit dem Rauschgiftsmuggel befassen. Wie in Rom weiter verlautete, soll außerdem ein für den 20. März geplantes Treffen europäischer Sicherheitsorgane auf einen noch nicht genannten Termin vorverlegt werden.“ Vgl. die Meldung des Informationsfunks Nr. 2146d/1; Referat 200, Bd. 134813.

<sup>17</sup> Am 28./29. September 1984 fand in San José eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens mit den Außenministern der mittelamerikanischen Staaten sowie der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, 260.

<sup>18</sup> Zum Beschluß auf der EG-Ministerratstagung am 28./29. Januar 1985 in Brüssel hinsichtlich einer erneuten Konferenz der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens mit den mittelamerikanischen Staaten sowie der Contadora-Gruppe vgl. Dok. 33, Anm. 7.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 12. Februar 1985 anläßlich des geplanten Treffens der Contadora-Gruppe in Panama vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 437.

Zur Absage der Konferenz von Panama vgl. Dok. 33, Anm. 14.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 12. Februar 1985 zur Lage im Libanon vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 436 f.

## 5) TOP Afrika

Minister verabschiedeten nach kurzer Diskussion Erklärung zu Mosambik (Text in Relevé de conclusions).<sup>21</sup>

NL schlug unter Hinweis auf NL-Coreu<sup>22</sup> Aktionen der Zehn – etwa gegenüber Äthiopien und dem UN-GS<sup>23</sup> – vor, damit die für die hungernden Menschen in Äthiopien bestimmten Hilfsgüter die notleidende Bevölkerung auch tatsächlich erreichen.<sup>24</sup>

## 6) TOP Asien

Infolge Zeitmangels mußte sich die Behandlung dieses Themas auf die Erwähnung der Lage in Afghanistan und Kambodscha beschränken.

## 7) Verschiedenes

Auf Vorschlag von Präs. sprachen sich Minister für informelle Begegnungen der für das Rauschgiftproblem und den Zivilschutz zuständigen Minister der Zehn aus.<sup>25</sup>

Kommissar Cheysson plädierte für Aufstockung der Mittel des IFAD<sup>26</sup>.

Schilling

**Referat 200, Bd. 134813**

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 12. Februar 1985 zu Mosambik vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 235.

<sup>22</sup> Das niederländische Außenministerium teilte am 8. Februar 1985 mit: „The Netherlands wishes to inform its partners that it is concerned at the continuing reports that both the Ethiopian government and the resistance movements are hindering in various ways the free movement of food in and to areas in Northern Ethiopia“. Daher solle eine gemeinsame Demarche der EG-Mitgliedstaaten bei der äthiopischen Regierung oder bei VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar erfolgen. Vgl. das Fernschreiben Nr. 39 (Coreu); Referat 200, Bd. 129582.

<sup>23</sup> Javier Pérez de Cuéllar.

<sup>24</sup> Zur Hungerhilfe für Äthiopien vgl. Dok. 14, Anm. 25.

<sup>25</sup> Zur Absicht der italienischen EG-Ratspräsidentschaft, auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 12. Februar 1985 in Rom ein Treffen der für Zivilschutz und Drogen zuständigen Minister anzuregen, teilte das Bundesministerium des Innern am 8. Februar 1985 mit, daß es wünschenswert wäre, wenn die bislang aufwendige Informationsbeschaffung über die Zivilschutzbemühungen bei jedem einzelnen EG-Mitgliedstaat „durch eine Institutionalisierung des Meinungs- und Erfahrungsaustausches vereinfacht und hierdurch gleichzeitig eine Vervollständigung der Informationsbasis und deren kontinuierliche Aktualisierung erreicht werden könnte“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 1946; Referat 200, Bd. 134813.

<sup>26</sup> International Fund for Agricultural Development.

## 39

**Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO),  
an das Auswärtige Amt**

**114-10724/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 312**

**Aufgabe: 14. Februar 1985, 20.10 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 14. Februar 1985, 20.49 Uhr**

Betr.: Ratskonsultationen zu SDI am 14.2.1985<sup>2</sup>

Bezug: DE Nr. 35 vom 12.2.1985 – 220-371.80 SDI<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

**I. Zusammenfassung**

1) An den Ratskonsultationen zu SDI am 14.2.1985 nahmen auf amerikanischer Seite General Abrahamson, Dep. Assistant Secretary of State Jim Dobbins, Dep. Assistant Secretary of Defense Frank Gaffney sowie John McCrery vom DIA teil.

2) Die US-Vertreter (McCrery) gaben zunächst einen umfassenden und teilweise sehr detaillierten Überblick über die sowjetischen ABM-Fähigkeiten, den sie dahingehend zusammenfaßten, daß die SU in der Lage sei, herkömmliche Ballistic Missile Defense (BMD) relativ schnell (50–100 Stellungen möglicherweise in zwei bis vier Jahren) zu dislozieren, und daß sie speziell bei der Entwicklung von Strahlenwaffen (directed energy weapons) große Fortschritte machten.

3) In der anschließenden, ebenfalls sehr ausführlichen Unterrichtung über den Stand des SDI-Programms (Abrahamson) wurde erneut betont, daß es sich um ein Forschungsprogramm handele, das die politische Führung der USA (und ihrer Alliierten) Anfang der 90er Jahre in die Lage versetzen solle, eine Entscheidung über den möglichen Aufbau einer BMD zu treffen. Diese Forschungsarbeit werde zu keinem Zeitpunkt gegen den ABM-Vertrag verstoßen.

Die Vertretung wird sich bemühen, schriftliche Unterlagen über die beiden Unterrichtungen zu erhalten.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 15. Februar 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmidt, Legationsrat I. Klasse Mühlenstädt und Legationssekretär Peters sowie die anschließende Wiedervorlage verfügte.

Hat Schmidt vorgelegen.

Hat Peters am 19. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Hofstetter am 16. April 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über das amerikanische SDI-Programm vgl. auch Dok. 46.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter wies die Ständige Vertretung bei der NATO an, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 14. Februar 1985 zu erklären, daß die Bundesregierung „das amerikanische SDI-Forschungsprogramm in Anbetracht der sowjetischen Aktivitäten auf diesem Gebiet als gerechtfertigt“ ansehe und es unterstütze. Außerdem begrüße sie „die Behandlung der strategischen Abwehrsysteme bei den bevorstehenden Verhandlungen, auch wenn darüber jetzt noch keine konkreten Vereinbarungen zu erreichen“ seien. Hofstetter betonte die Bedeutung regelmäßiger Konsultationen, auch um auf sowjetische Propaganda reagieren zu können. Außerdem forderte er auf, bei der Sitzung Fragen zum Forschungsprogramm, zur „Abwehr von Flugzeugen und Cruise Missiles“, zur Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag, zur „Wirksamkeit der sowjetischen ABM-Systeme“ und zu den bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen in Genf zu stellen. Für den am 11. Februar 1985 konzipierten Drahterlaß vgl. Referat 220, Bd. 128648.

4) In der anschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit kontinuierlicher Konsultation zu diesem Thema unterstrichen, nicht zuletzt, um die Allianzpartner in die Lage zu versetzen, die mit teilweise irrationalen Zügen versehene öffentliche Debatte<sup>4</sup> zu SDI sachlich zu beeinflussen. Abrahamson und Dobbins versicherten auf entsprechende Bemerkungen von Ratsmitgliedern, daß es ungeachtet der SDI-Forschung das oberste Ziel der US-Administration sei, einschneidende Reduzierung bei den offensiven strategischen Waffen mit der SU zu vereinbaren, und daß die geltende Allianzstrategie der Abschreckung weiterhin Gültigkeit behalte.

## II. Im einzelnen

1) Zum Stand der sowjetischen ABM-Fähigkeiten wird aus dem Vortrag von McCrery festgehalten:

Die SU habe aus ihrer Nuklearstrategie heraus ein Eigeninteresse an der Entwicklung von BMD und betreibe dies seit 20 Jahren. Die SU gehe davon aus, daß der ersten Phase eines Konfliktes entscheidende Bedeutung zukomme, und beziehe daher die Notwendigkeit eines nuklearen Präemptivschlags gegen den Westen in ihre Überlegungen ein<sup>5</sup>. Wegen eines dann zu erwartenden Vergeltungsschlages habe sie von Anfang an die Notwendigkeit einer BMD erkannt und damit gleichzeitig mit dem Aufbau ihrer Offensivkapazität begonnen. Die Implementierung von SDI würde diese sowjetische Strategie zunichte machen; von daher sei sowjetische Ablehnung zu verstehen.

a) Zu den herkömmlichen sowjetischen ABM-Fähigkeiten wurde hingewiesen auf

aa) das bekannte ABM-System um Moskau, das in jüngster Zeit mit neuen Abwehrraketen versehen werde (long range interceptor missiles, high acceleration);

bb) die – auch im Bericht der US-Regierung vom 1.2.85<sup>6</sup> erwähnte – Radaranlage in Krasnojarsk, die ein weiterer Schritt zu einem flächendeckenden BMD sein könne;

cc) das ABM-X-3 System, das kurzfristig disloziert werden könnte<sup>7</sup>;

dd) das SA-X-12 System, ein Flugabwehrsystem, das aber auch schon gegen kurzreichende ballistische Raketen getestet worden sei und daher die potentielle Fähigkeit zu Abwehr von strategischen ballistischen Raketen habe. Hier führte US-Seite aus, daß der Schritt von einer Bekämpfung kurzreichender ballistischer Raketen hin zu der Bekämpfung weiterreichender ballistischer Raketen wesentlich geringer sei als der von einem Flugabwehrsystem hin zu einem System, das ballistische Raketen bekämpfen könne.<sup>8</sup>

<sup>4</sup> Der Passus „teilweise irrationalen ... öffentliche Debatte“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig] (von den Leuten, die an die Abschaffung von Atomwaffen glauben wollen).“

<sup>5</sup> Der Passus „die Notwendigkeit ... Überlegungen ein“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hierzu werden bisher immer völlig veraltete Militärenzuklopädie-Artikel zitiert.“

<sup>6</sup> Zum Bericht des Präsidenten Reagan über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen vgl. Dok. 36, Anm. 18.

<sup>7</sup> Der Passus „sein könne ... werden könnte“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was ist denn nun eigentlich mit ‚Pave Paws‘ Radar d[er] USA?“

<sup>8</sup> Der Passus „daß der Schritt ... bekämpfen könne“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist so einfach irreführend; hier kommt es sehr darauf an, ob ball[istische] Rakete konv[entionell] oder nuklear!“

b) Bei den auf künftigen Technologien beruhenden sowjetischen Systemen wurde hervorgehoben:

aa) SU habe zwei- bis dreimal soviel wie USA auf dem Gebiet der Strahlenwaffen investiert.<sup>9</sup>

bb) Eine Flugabwehr auf der Basis von Partikelwaffen (beam weapons) und von Laser könne die SU wahrscheinlich schon Ende der 80er Jahre dislozieren.

cc) Programme für BMD auf Laserbasis seien erkannt worden (Saryschagan).

dd) Programme mit weltraumgestützten Strahlenwaffen gegen Satelliten seien nachweisbar erkannt, gegen Raketen seien sie sehr wahrscheinlich.

c) Bodengestützte ASAT-Kapazitäten

Seit 1980 beobachte man in Duschanbe (nahe Grenze zu Afghanistan) sowjetische Aktivitäten, die auf ein bodengestütztes ASAT-System auf der Basis eines Hochenergie-Lasers (mit einer Leistung von 100 bis 600 Megawatt) hindeuten<sup>10</sup>.

d) Zusammenfassend sagte McCrery, daß die SU seit mehr als 20 Jahren ein BMD-Programm durchführe. Dies versetze sie in die Lage, kurzfristig umfassende Dislozierungen vorzunehmen. Auf meine Frage präzierte McCrery, daß die SU im Falle eines entsprechenden politischen Beschlusses etwa 50 bis 100 BMD-Stellungen innerhalb von zwei bis vier Jahren<sup>11</sup> dislozieren könne. Mit besonderer Sorge beobachteten die USA auch die große Zahl von sowjetischen Flugabwehrsystemen, die auch BMD-gesegnet seien (z.B. SA-10, SA-12). Hier wurde auch auf die im Bericht vom 1.2.1985 über sowjetische Vertragsverletzungen erwähnten Fälle hingewiesen (u. a. mobile ABM-Systeme, Krasnojarsk Radar).

Der Schwerpunkt sowjetischer Entwicklungsarbeit liege z.Z. bei Strahlenwaffen. Wenn man berücksichtige, daß die SU bislang alle Entwicklungen bis zur Dislozierung durchgeführt habe, so könne man wohl davon ausgehen, daß die SU auch Partikelwaffen (beam weapons)<sup>12</sup> stationieren werde.

2) Aus dem Vortrag zum Stand des SDI-Forschungsprogramms (Abrahamson) wird festgehalten:

a) SDI-Zielsetzung sei unverändert, daß das Forschungsprogramm die politische Führung der USA und ihrer Verbündeten Anfang der 90er Jahre in Lage versetzen soll, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob der Aufbau eines zuverlässigen BMD möglich sei. Die SDI-Forschungsarbeiten würden so ausgerichtet, daß eine Verletzung des ABM-Vertrages ausscheide.

b) Von den vorgetragenen technischen Details wird festgehalten:

aa) Probleme bei der Abwehr ballistischer Raketen: Der Zeitraum für die Bekämpfung einer ca. 30 Minuten fliegenden herkömmlichen ICBM (z.B. SS-18) in der Boost Phase sei mit ca. fünf Minuten zu veranschlagen. Bei modernen

<sup>9</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Legationssekretär Peters handschriftlich: „(mit welchen Ergebnissen?)“.

<sup>10</sup> Der Passus „sowjetische Aktivitäten ... hindeuten“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Erdgestützter Laser sehr problematisch!“

<sup>11</sup> Der Passus „50 bis 100 ... Jahren“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1) Wie effizient ist Umfang? 2) Wie kurzfristig sind zwei bis vier Jahre? 3) Wie verhält sich sowj[etische] Fähigkeit zu neuem US-Forschungsprogr[amm] für Eindringhilfen?“

<sup>12</sup> Die Wörter „Partikelwaffen (beam weapons)“ wurden von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was denn nun: Particle Beam oder Beam (= Laser)?“

Systemen (z. B. MX) schrumpfe dieser Zeitraum aber auf einen wesentlich geringeren Zeitraum. Die Abwehr einer SS-20, die relativ langsam und sehr hoch (800 bis zu 1200 km) fliege, sei als technisch nicht sehr aufwendig zu bezeichnen. Schwieriger sei dagegen die Abwehr z. B. einer SS-23, die nur ca. 100 km hoch fliege und deren Boost Phase nur 65 Sekunden dauere. Hier müsse an eine „verdichtete Endphasenabwehr“ gedacht werden.<sup>13</sup>

bb) Die USA prüften auch das Konzept einer Art „optical AWACS“, einem Flugzeug, das mit „infrared-heat-seeking“ Systemen ausgerüstet sei (air-borne-optical<sup>14</sup>, ABO). Wenige Flugzeuge dieser Art könnten beispielsweise Westeuropa abdecken. Flugzeuge dieser Art könnten eine Rolle im Krisenmanagement spielen; ihr Einsatz könnte westliche Entschlossenheit demonstrieren und so stabilisierend wirken.

cc) Verschiedene Teilprogramme befaßten sich mit der Frage, wie man bei der Abwehr einfliegender nuklearer Gefechtsköpfe deren Detonation verhindern könne<sup>15</sup>.

3) Aus der anschließenden Diskussion wird festgehalten:

a) Auf italienische Frage nach der Grenze zwischen „Forschung“ und „Entwicklung“: SDI sei nur Forschungsprogramm, das die „Machbarkeit“ (feasibility) einer BMD untersuche. Spezifische Waffensysteme würden in dieser Phase nicht gebaut. Die im Rahmen der Forschung notwendigen Demonstrationen (also „research tests“) seien keine „Entwicklung“ und daher mit dem ABM-Vertrag vereinbar. Vor dem Übergang in die Phase der Entwicklung, d. h., wenn die „Machbarkeit“ durch die Forschung belegt sei, stehe die politische Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten (so Dobbins). Dies sei dann auch der Zeitpunkt, in welchem mit der SU konkret über die Frage gesprochen werden müsse, wie Defensivsysteme möglicherweise in die bestehenden Kräftestrukturen eingefügt werden könnten.

Dieser Zeitpunkt sei für Anfang der 90er Jahre zu erwarten.

b) Auf belgische Frage führte Gaffney aus, daß die Verbündeten bei SDI nicht nur mit der Dislozierung einbezogen werden sollten, sondern schon früher zur Einbringung eigener Kapazitäten aufgefordert werden sollten. Die US-Regierung überlege z. Z., in welcher Form dies geschehen könne, und sei sehr an der Auffassung der Verbündeten interessiert. Gaffney verwies in diesem Zusammenhang auf die Äußerungen BK Kohls auf der Münchener Wehrkundetagung.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aha!“

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Richtig: Air-Borne Optical Adjunct.“

<sup>15</sup> Dieser Satz wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Magere Auskunft.“

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kohl definierte am 9. Februar 1985 auf der Internationalen Wehrkundetagung in München folgende Interessen im Zusammenhang mit dem amerikanischen SDI-Programm: „Ein Weltraumdefensivsystem muß die strategische Einheit des Bündnisgebietes voll berücksichtigen. Strategische Instabilitäten, insbesondere in einer möglichen Übergangsphase, müssen vermieden werden.“ Außerdem seien wegen der „weitreichenden Folgen insbesondere für unsere Sicherheit“ Konsultationen auf bilateraler Ebene und innerhalb der NATO erforderlich. Schließlich wies Kohl auf den durch SDI bewirkten technologischen Innovationsschub hin: „Ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen europäischen Verbündeten dürfen nicht technologisch abgehängt werden.“ Vgl. BULLETIN 1985, S. 157 f.

c) Auf eine Bemerkung des Ständigen Vertreters DK<sup>17</sup>, der darauf hinwies, daß die USA – angesichts der potentiellen Möglichkeit, das bisherige System der „mutual assured destruction“ in eine „mutual assured security“ umzustellen – bald zu einem Dialog mit der SU kommen müßten, antwortete Dobbins:

Die SU habe „MAD“ niemals als Konzept wirklich akzeptiert.<sup>18</sup> Kurzfristig sei auch nicht zu erwarten, daß die SU den USA Hilfestellung bei der argumentativen Verteidigung von SDI geben würde, selbst wenn sie das Prinzip akzeptierte. Für die am 12. März beginnenden sowjetisch-amerikanischen Gespräche<sup>19</sup> erinnerte Dobbins an den dreistufigen amerikanischen Ansatz:

- substantielle Reduzierungen bei den Offensivwaffen und Stärkung des bestehenden ABM-Vertragsregimes,
- Anfang der 90er Jahre weitere Reduzierungen und Beginn der kooperativen Einführung von Defensivsystemen,
- vollständige Abschaffung nuklearer Waffen.

Am 12. März werde man mit der SU intensiv den o. a. ersten Schritt erörtern.

d) Auf meine Frage nach der Sicherung der Überlebensfähigkeit von BMD-Systemen antwortete Abrahamson, daß dieses Problem erste Priorität habe. Hier sei zu denken an Härtung, Manövrierfähigkeit (z. B. von Satelliten) oder Selbstverteidigungsfähigkeit („shoot-back-capability“). Auf meinen Hinweis zum Zusammenhang zwischen Krisenmanagement und einem möglichen Automatismus bei den BMD-Systemen stellte Abrahamson fest, daß es entgegen Äußerungen in der öffentlichen Debatte nicht um den Bau von automatisch reagierenden Systemen<sup>20</sup> („star wars“) gehe. Ziel sei es, die größtmögliche Flexibilität zu erreichen, um im Bericht von C3<sup>21</sup> und Battlemanagement in jeder Situation angemessen (d. h. nicht eskalierend) reagieren zu können.

e) Der französische Ständige Vertreter<sup>22</sup> hob hervor, daß es zu früh sei, ein abschließendes Urteil zu fällen, und daher weitere Konsultation nötig seien. Er führte eine Reihe von „Unsicherheiten“ auf:

aa) Welches Ziel habe die Forschung?

<sup>23</sup>bb) Wie sei SDI gegen Marschflugkörper und Bomber effektiv zu machen?

cc) Sei SDI nicht destabilisierend und fordere es nicht zu Gegenmaßnahmen heraus?

dd) Fordere die Verwundbarkeit der weltraumgestützten Systeme nicht gerade zum Überraschungsangriff auf?

<sup>17</sup> Otto Borch.

<sup>18</sup> Die Wörter „niemals“ und „wirklich akzeptiert“ wurden von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nachweis bitte!“

<sup>19</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>20</sup> Der Passus „nicht um ... Systemen“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies darf bei kurzen Interventionszeiten für Boost-Phase-Bekämpfung füglich angezweifelt werden.“

<sup>21</sup> Command, Control, and Communications.

<sup>22</sup> Gilles Curien.

<sup>23</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 313 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Allerdings gebe es auch zwei gesicherte Tatsachen:

ee) SDI sei ein reines Forschungsprogramm, und die USA hätten zugesichert, daß der ABM-Vertrag nicht verletzt werde.

ff) Das SDI-Projekt habe in der Öffentlichkeit bereits jetzt ein breites Echo gefunden. Es komme nun darauf an, daß im Rahmen von SDI-Diskussionen die nach wie vor gültige Strategie der Abschreckung nicht in Mißkredit gerate.

Abrahamson nahm den Hinweis auf die Debatte in der Öffentlichkeit zum Anlaß, sich kritisch mit dem Bericht der amerikanischen „Union of Concerned Scientists“<sup>24</sup> auseinanderzusetzen.

Dieser sei ein Beispiel für unseriöse Berechnungen, die zu völlig überhöhten Kostenschätzungen bei SDI kämen. Die Union habe im März 1984 behauptet, die zur Abwehr sowjetischer Bedrohung notwendige Zahl von weltraumgestützten Laser liege bei 2400 Kampfstationen (battle stations). Im Juni 84 habe sie bereits 800 gesagt und liege jetzt mit ihren Schätzungen unter denen der US-Regierung, die von ca. 100 Kampfstationen ausgehe<sup>25</sup>.

Die überzogenen Zahlen hätte die SU für ihre Anti-SDI-Kampagne übernommen.

f) Auf entsprechende britische, norwegische, niederländische und kanadische Fragen gab amerikanische Delegation folgende Antworten:

Es besteht kein Widerspruch zwischen der Genfer Shultz-Gromyko-Erklärung (Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im All)<sup>26</sup> und den amerikanischen SDI-Forschungsplänen. USA beabsichtige, in Genf mit der Sowjetunion über die mögliche Verlagerung von offensiven zu defensiven Systemen im strategischen Bereich durch SDI zu sprechen. Verhandlungen mit der Sowjetunion seien erst nach Vorlage der Ergebnisse der laufenden „Feasibility Studies“ möglich.

Es sei die Frage, ob das SDI-Programm für die Sowjetunion der Anlaß gewesen sei, nach Genf zurückzukehren. Viel spreche auch dafür, daß sie die günstige Lage genutzt habe, um aus einer für sie unhaltbaren Position ohne großen Schaden hinauszukommen. Die Sowjetunion werde zunächst versuchen, das SDI-Programm bei den Verbündeten und im Kongreß zu unterminieren und dazu das Genfer Verhandlungsforum nutzen. Ein „linkage“ in Genf könne nicht nur durch die Sowjetunion als Bremse für Verträge bei strategischen Waffen und INF benutzt werden, sondern auch vom Westen, nämlich dann, wenn sich die Sowjetunion überzeugenden Vorschlägen bei strategischen Waffen und INF gegenübersehe. Hier gäbe es durchaus spezifische eigene Interessen der Sowjetunion.

<sup>24</sup> Die Union of Concerned Scientists legte im März 1984 einen Bericht „Space-Based Missile Defense“ vor. Eine überarbeitete Fassung wurde im Oktober 1984 veröffentlicht. Vgl. den Aufsatz „Space-Based Missile Defense“, THE FALLACY OF STAR WARS, hrsg. von John Tirman, New York 1984, S. 39–176.

<sup>25</sup> Die Wörter „ca. 100 Kampfstationen ausgehe“ wurden von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Siehe OTA-Studie: unter realist[ischen] Annahmen (d. h. russ[ische] Reaktion d[urch] verk[ürzte] Boost-Zeit) ca. 900–1000.“

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Zu den Gesprächen am 7./8. Januar 1985 vgl. Dok. 7 und Dok. 8.



Über etwaige SDI-Stationierung in Europa könne man noch nichts sagen. Im Vordergrund stehe die Frage der Festlegung der Höhe der Umlaufbahnen von Systemen im Rahmen des Gesamtkonzepts.<sup>27</sup>

Man hoffe auf umfassende Zusammenarbeit mit den europäischen Verbündeten.

Die Frage des Kosten-Nutzen-Verhältnisses zwischen SDI und verbesserten Offensivsystemen oder anderen Gegenmaßnahmen sei zugunsten von SDI zu beantworten.<sup>28</sup> SDI werde eine große Breite und Tiefe von Möglichkeiten bieten, die schwer zu überwinden seien. Zu diesem Ergebnis sei auch der Bericht der „Fletcher-Kommission“<sup>29</sup> gekommen. Bei gegebener Zielplanung der Sowjetunion brauche diese nicht einige, sondern bei funktionierendem SDI-System Hunderte von zusätzlichen Sprengköpfen<sup>30</sup>, um Chancen für eine erfolgreiche Zielbekämpfung zu haben.

Die Bekämpfung nichtballistischer Waffen stehe bei SDI nicht im Vordergrund. Es würden jedoch voraussichtlich aus den Forschungen zu SDI auch Ergebnisse für die Bekämpfung dieser Waffen herauskommen.

Die europäische Beteiligung bei SDI sei erwünscht, wenn auch noch keine konkreten Vorstellungen hierzu vorgetragen worden seien. Dabei sei zu beachten, daß der Rahmen durch die europäischen Bedürfnisse und die Bestimmungen des ABM-Vertrages abgesteckt sei.

Aussichten, daß die Sowjetunion über eine Anpassung des ABM-Vertrages verhandeln werde, würden erst dann bestehen, wenn die SDI-Forschung so weit fortgeschritten sei, daß Stationierungsentscheidungen getroffen werden könnten.<sup>31</sup> Dann werde die Sowjetunion es vorziehen, auf der anderen Seite statt einer unklaren Lage ein berechenbares und überschaubares System zu haben.

g) Das geplante besondere Treffen zu SDI hat aus Zeitgründen nicht stattgefunden, es soll im März in Washington nachgeholt werden.

h) Nach Ende der Sitzung gab General Abrahamson mir noch folgende Antwort auf die Frage, mit welchen Folgen die Bekämpfung nuklearer Sprengköpfe durch SDI verbunden sei: Für die Endphasenbekämpfung habe man bereits mit Erfolg eine mit Hitzeinwirkung funktionierende Zerstörungsform getestet, bei welcher der Gefechtskopf ohne Explosion pulverisiert werde<sup>32</sup>. Bei der Mid-Course-Bekämpfung gebe es theoretisch die Möglichkeit, einen Gefechtskopf zu zerstören, ohne daß es zu einer Nuklearexplosion komme. Man müsse aber davon ausgehen, daß die Sowjets die Gefechtsköpfe so schalten (they will fuse their warheads), daß es auch bei einer „mechanischen“ Zerstörung zu einer Nu-

<sup>27</sup> Dieser Absatz wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vgl. dazu Passus über Bekämpfung SS-23!“

<sup>28</sup> Dieser Satz wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Quatsch; dies soll SDI ja erst herausfinden!“

<sup>29</sup> Für den Wortlaut der Kurzfassung des Berichts des von James C. Fletcher geleiteten Defensive Technologies Study Team vgl. THE STRATEGIC DEFENSE INITIATIVE. Defensive Technology Study, Washington D. C. 1984.

<sup>30</sup> Der Passus „sondern bei ... zusätzlichen Sprengköpfen“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Leicht realisierbar mit SS-18.“

<sup>31</sup> Der Passus „wenn die SDI-Forschung ... könnten“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dann ist Einschränkung nicht mehr wahrscheinlich.“

<sup>32</sup> Der Passus „bei welcher ... werde“ wurde von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte Genaueres!“

klearexplosion komme. Amerikanischerseits suche man nach einem Weg, dieses zu verhindern.

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 11374 (220)

## 40

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter an die Botschaft in Washington

201-363.52-257/85 VS-vertraulich

14. Februar 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1236 Plurez

Aufgabe: 15. Februar 1985, 11.05 Uhr

Betr.: Französische chemische Waffen (CW)

Bezug: DB Nr. 594 vom 2.2.1985 – Pol 370.45 VS-v<sup>2</sup>

In Abstimmung mit dem BMVg ergeht folgende Weisung:

- 1) Wir haben keinen Anlaß, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob F über CW verfügt. Die deutsche Haltung zu CW ist klar. Unser besonderes Interesse und unsere Anstrengungen sind darauf gerichtet, ein weltweites und verlässlich verifizierbares Abkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von CW sowie über die Vernichtung solcher Waffen und ihrer Produktionsstätten zu erreichen.
- 2) Es trifft nicht zu, daß BW<sup>3</sup>-Einheiten in Frankreich unter Benutzung scharfer C-Munition zur C-Abwehr ausgebildet werden.
- 3) Nur zur Unterrichtung der Botschaft: Genaue Kenntnisse über Art und Umfang französischer C-Waffen sowie über Einsatzgrundsätze und Freigabeverfahren sind nicht vorhanden. Es wird lediglich vermutet, daß F über geringe Bestände verfügt.

[gez.] Lewalter

VS-Bd. 12070 (201)

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert, der am 14. Februar 1985 handschriftlich vermerkte: „RL 201 im Entwurf gezeichnet“.

Hat Vortragendem Legationsrat Erck am 15. Februar 1985 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter van Well, Washington, teilte am 2. Februar 1985 mit, ein Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium habe erwähnt, daß die Bundesrepublik „nicht das einzige Land in Westeuropa sei, in dem chemische Waffen stationiert seien. Auch Frankreich habe (seine eigenen) chemischen Waffen.“ Der Botschaft selbst sei „nur gerüchteweise bekannt, daß die Franzosen möglicherweise veraltete Bestände besitzen. Angeblich sollen von Zeit zu Zeit Bundeswehreinheiten nach Frankreich verlegen, wo sie bei Benutzung ‚scharfer‘ französischer CW-Munition im Schutz gegen chemische Waffen ausgebildet werden.“ Van Well bat um Unterrichtung und um eine „Sprachregelung, die gegenüber amerikanischen Gesprächspartnern verwandt werden kann“. Vgl. VS-Bd. 12070 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Bundeswehr.

## 41

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl****201-363.11-274/85 VS-vertraulich****15. Februar 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Zur Unterrichtung

Betr.: Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung

Anlg.: 1) Communiqué NATO-Verteidigungsministerkonferenz vom 4./5. Dez. 1984 (nur bei Original)<sup>3</sup>2) PO/84/126 des NATO-GS (nur bei Original)<sup>4</sup>**A. Kurzfassung**

1) Bis zur nächsten Verteidigungsministerkonferenz am 22./23. Mai 1985<sup>5</sup> wollen Generalsekretär<sup>6</sup> und Verteidigungsplanungsausschuß der NATO in Erfüllung des Auftrags der Verteidigungsminister einen studienartigen Bericht über die Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung vorlegen. In diesen Bericht sollen die Grundlinien des „Conceptual Military Framework“ einfließen.

2) Im Hintergrund der Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung steht – abgesehen von der Bedrohungslage – das amerikanische Drängen nach mehr Verteidigungsleistungen der Europäer. Wir haben uns in der deutsch-amerikanischen Erklärung vom 30. Nov. 1984<sup>7</sup> zu der Initiative bekannt.

3) Folgende Gefahren einer Stärkung der konventionellen Verteidigung dürfen nicht übersehen werden:

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter, Vortragendem Legationsrat Bertram und Legationsrat I. Klasse Cuntz konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 25. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 25. Februar und erneut am 16. April 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM.“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 22. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12023 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

Für den Wortlaut des Communiqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 125–128. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 83–85.

Zur Ministersitzung vgl. AAPD 1984, II, Dok. 329.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington vom 19. Dezember 1984 vgl. VS-Band 12023 (201).

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am selben Tag über den Vorschlag des NATO-Generalsekretärs, zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses solle „anstelle der Vorarbeiten für die Entwicklung der Ministerial Guidance 85 ein studienartiger Bericht erarbeitet werden, der einerseits den Ministern anlässlich der Mai-DPC-Sitzung vorgelegt werden kann, andererseits Grundlage für die Entwicklung einer entsprechenden Ministerial Guidance 85 sein wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2224; VS-Bd. 12023 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

<sup>5</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1985 in Brüssel vgl. Dok. 141.

<sup>6</sup> Lord Carrington.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

- Es darf keinen Verzicht auf die nuklearen Optionen geben, will man die Abschreckung nicht schwächen.
- Ein Krieg darf nicht führbarer werden. Dies gilt insbesondere für eine Überbetonung der Durchhaltefähigkeit<sup>8</sup> (sustainability) bis hin zu einem 60 bis 90 Tage dauernden konventionellen Krieg.
- Die Stärkung der europäischen konventionellen Streitkräfte darf kein Alibi für die USA sein, ihre Truppen in Europa zu vermindern oder ihre für Europa bestimmten Truppen vermehrt für andere Aufgaben vorzusehen.
- Eine übermäßige Konzentration auf Maßnahmen für die Heranführung amerikanischer Verstärkungskräfte darf nicht den Effekt haben, daß die amerikanischen Streitkräfte „beweglicher“ und damit unabhängiger von einer Stationierung in Europa selbst werden.

4) Wir sollten Bemühungen unterstützen, die die Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung so zu lenken versuchen, daß leistungsorientierte Verbesserungen und nicht Mittelaufstockungen im Vordergrund stehen. Wir werden jedoch spürbare Maßnahmen ergreifen müssen, um den amerikanischen Verbündeten davon überzeugen zu können, daß die Europäer genug getan haben.

5) Wir haben mit der Bundeswehrplanung<sup>9</sup> bereits einen wichtigen Beitrag erbracht (finanzielle Aufwendungen, Verlängerung der Wehrdienstzeit).

6) Aus der Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung können sich erhebliche finanzielle Konsequenzen und politisch-strategische Auswirkungen auf das Bündniskonzept überhaupt ergeben. Der Fortgang der Initiative verdient unsere Aufmerksamkeit.

## B. Ausführliche Fassung

### I. Ausgangslage

1) Die NATO-Verteidigungsminister-Konferenz hat am 4./5. Dez. 1984 in Brüssel die grundlegenden Beschlüsse über die Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung gefaßt (Ziff. 8 des Communiqués/Anlage). Angesichts des zunehmenden militärischen Ungleichgewichts zugunsten der Sowjetunion und zur Verringerung der Abhängigkeit von einem frühen Einsatz von Nuklearwaffen war man sich einig, daß die konventionelle Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses gestärkt werden müsse. Der Generalsekretär wurde beauftragt, zusammen mit dem Verteidigungsplanungsausschuß (DPC-Kreis der Ständigen Vertreter ohne Frankreich) einen kohärenten Ansatz zu diesem Zweck zu erarbeiten.

2) Im Hintergrund der Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung steht – einmal abgesehen von der allgemein anerkannten gewachsenen Bedrohungslage – das amerikanische Drängen auf höhere Beiträge der Europäer zur konventionellen Verteidigung. Die Weinberger-Initiative zur Nutzung von „Emerging Technologies“ für die konventionelle Verteidigung<sup>10</sup> ist ebenso

<sup>8</sup> Der Passus „Ein Krieg ... Durchhaltefähigkeit“ wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

<sup>10</sup> Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Dezember 1982 in Brüssel kündigte der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger eine Studie zum

in diesem Zusammenhang zu sehen wie das nur relativ knapp gescheiterte Nunn-Amendment<sup>11</sup>, ein Anzeichen für die Stimmung der Kongreßabgeordneten, die angesichts weiter wachsender amerikanischer Verteidigungshaushalte höhere Verteidigungsausgaben der Europäer fordern.

Die US-Administration hat jedoch Wert darauf gelegt, daß die Bemühungen um eine Stärkung der konventionellen Verteidigung nicht als rein amerikanische Initiative oder als ein Ergebnis amerikanischen Drucks erscheinen. In der deutsch-amerikanischen Erklärung vom 30. November 1984, die der NATO-Verteidigungsministerkonferenz<sup>12</sup> vorausging, erzielten Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Zugleich wurde in dieser Erklärung jedoch deutlich gemacht, daß die Verteidigungsfähigkeit nicht isoliert von Bemühungen um den West-Ost-Dialog und die Rüstungskontrolle betrachtet werden kann.

3) Der Generalsekretär legte dem DPC im Anschluß an die Verteidigungsminister-Konferenz vom 4./5. Dez. 1984 einen Verfahrensvorschlag vor (PO/84/126, Anlage 2).

Bis zur nächsten Verteidigungsministerkonferenz am 22./23. Mai 1985 sollen vom Internationalen Militärstab (IMS), einem „Editorial Board“, dem militärisch besetzten Gremium „Defense Review Committee“, den drei Obersten NATO-Befehlshabern<sup>13</sup>, dem Militärausschuß (MC) und dem Verteidigungsplanungsausschuß im Zusammenwirken mit dem Generalsekretär folgende Dokumente erstellt werden:

- Die ohnehin alle zwei Jahre zu erneuernde „Ministerrichtlinie 85“ (Ministerial Guidance), die grundlegende politische Aussagen und Leitdaten für die Verteidigungsplanung enthält. Die Ministerrichtlinie ist von den Verteidigungsministern zu beschließen.
- Ein Entwurf für den auf deutschen Vorschlag zurückgehenden „konzeptionellen militärischen Rahmen“ (Conceptual Military Framework)<sup>14</sup>, der we-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 228*

Thema „emerging technologies“ an, „in der die ganze Anwendung moderner Technologie für die konventionelle Verteidigungsfähigkeit in den kommenden Jahren ausführlich beschrieben wird“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2209 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 2. Dezember 1982; VS-Bd. 12017 (201); B 150, Aktenkopien 1982.

Vgl. dazu auch Ziffer 10 des Communiqués; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1981–1985, S. 60. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 84.

- 11 Brigadegeneral Steinkopff, Washington, übermittelte am 19. Juni 1984 das am Vortrag vom amerikanischen Senator Nunn eingebrachte Amendment zum Verteidigungshaushalt für 1985. Nunn forderte darin eine Stärkung der konventionellen Kapazitäten der europäischen NATO-Mitgliedstaaten. Nach dem 30. September 1985 sollte die Höchststärke amerikanischer Truppen in Europa bei knapp 326 000 Mann liegen. Ab Ende 1987 sollte diese Höchststärke bis einschließlich 1989 um jährlich 30 000 Mann gekürzt werden, falls die übrigen NATO-Mitgliedstaaten ihre jährlichen Verteidigungsausgaben nicht um mindestens drei Prozent erhöhten oder auf andere Weise ihre Verteidigungsfähigkeit deutlich verbesserten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2760/2761; Referat 201, Bd. 130195.

Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Juni 1984: „In der Nacht zum 21.6. hat der Senat das Nunn-Amendment mit 55 gegen 41 Stimmen abgelehnt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2815; Referat 201, Bd. 130195.

- 12 Korrigiert aus: „NATO-Verteidigungsminister“.

- 13 Bernard W. Rogers, Wesley L. McDonald und William Staveley.

- 14 Bundesminister Wörner erläuterte auf der Ministersitzung der Eurogroup am 5./6. Dezember 1983 in Brüssel die Vorstellungen der Bundesregierung zu „emerging technologies“ und wies auf die Not-

sentliche Verteidigungsaufgaben (key defense missions) und die Prioritäten unter ihnen festlegen soll. Der bis zur nächsten Verteidigungsministerkonferenz voraussichtlich noch nicht fertiggestellte Entwurf soll in seinen Grundlinien in den Ansatz zur Stärkung der konventionellen Verteidigung einfließen.

- In Vorarbeit für die „Ministerrichtlinie 85“ ein „studienartiger Bericht“, der den Verteidigungsministern anlässlich der Maisitzung als Basisdokument für die Stärkung der konventionellen Verteidigung vorgelegt werden und zugleich die Grundlage für die „Ministerrichtlinie 85“ bieten soll. Einzelstudien sollen sich u. a. befassen mit politischen Überlegungen, Bedrohungslage und Fähigkeiten der anderen Seite, Mängeln und Schwachstellen, notwendigen Verbesserungen, Rüstungsplanung, Logistik und der Ressourcenoptimierung.

4) Amerikaner und auch Briten vertreten innerhalb der NATO den „pragmatischen“ Standpunkt, d. h. sie bevorzugen ein an konkreten notwendigen Maßnahmen orientiertes Vorgehen. Demgegenüber haben wir vertreten, daß Maßnahmen zur Stärkung der konventionellen Verteidigung nicht losgelöst von einer Gesamtschau der Verteidigungserfordernisse gesehen werden dürfen, damit nicht etwa Einzelbereiche wie z. B. FOFA (Follow-on Forces Attack) auf Kosten wichtiger anderer Verteidigungsaufgaben vorangetrieben werden. Wir sind deshalb Initiatoren des „Conceptual Military Framework“, von dem wir eine sinnvolle Schwerpunktbildung und Kanalisierung der Bemühungen erhoffen.

Der Internationale Militärstab (IMS) der NATO hat mittlerweile einen ersten Entwurf eines „Conceptual Military Framework“ ausgearbeitet.

Der jetzt vorliegende Entwurf geht zwar auf wichtige Grundsatzfragen wie „key defence missions“ ein, verfehlt aber noch das Ziel einer klaren Prioritätensetzung. Die Festlegung von Prioritäten wird nunmehr von weiteren Teil-Conceptual-Military-Frameworks erwartet, die bei den Obersten NATO-Befehlshabern seit längerem in Vorbereitung sind. Dies würde bedeuten, daß für Festland-Europa im wesentlichen General Rogers die Prioritäten vorzeichnen wird. Hier wird es weiterhin von Bedeutung sein, daß wir die Arbeiten am „Conceptual Military Framework“ genau verfolgen und, wo nötig, Einfluß nehmen.

Im BMVg wird der jetzt vorliegende Entwurf des „Internationalen Militärstabes“ als durchgehend überarbeitungsbedürftig eingeschätzt.

## II. Beurteilung im BMVg

1) Grundsätzlich unterstützt das BMVg die Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung und den Ansatz des Generalsekretärs. Die Planer im BMVg müssen jedoch von der Vorgabe der mittelfristigen Finanzplanung<sup>15</sup> ausgehen, die nach derzeitigem Stand kaum mehr als ein reales Nullwachstum der Verteidigungsausgaben zuläßt.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 229*

wendigkeit hin, „die verschiedenen schon vorhandenen Studien zusammenzufassen und so eine gemeinsame konzeptionelle Basis für die Allianz zu schaffen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2219 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 6. Dezember 1983; VS-Bd. 10849 (209); B 150, Aktenkopien 1983.

<sup>15</sup> Nach den Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung vom 18. Mai 1983 waren die Ausgabensteigerungen von 1985 bis 1987 auf jährlich drei Prozent begrenzt. Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Stoltenberg; BULLETIN 1983, S. 465–476.

2) Übereinstimmend mit dem britischen Verteidigungsminister Heseltine – der wie wir von einem geringen Wachstum der Verteidigungsausgaben für die nächsten Jahre ausgehen muß –, stellte VM Wörner im Rahmen der deutsch-britischen Gipfelkonsultationen am 18. Januar fest:

- Es komme vorrangig darauf an, die vorhandenen geplanten Ressourcen besser und gezielter zu nutzen.
- Die Prioritäten seien in folgender Reihenfolge zu setzen:
  - Bekämpfung der ersten strategischen Staffel.
  - Defensive und offensive Luftverteidigung (insbesondere Bekämpfung der gegnerischen Luftstreitkräfte am Boden).
  - Bekämpfung der zweiten strategischen Staffel.
- Der Maßstab der Erhöhung der Verteidigungsausgaben um drei Prozent<sup>16</sup> solle durch eine Bewertung ersetzt werden, die an den Verteidigungsleistungen orientiert ist.<sup>17</sup>

3) Am 11.1.1985 fand bei BM Wörner eine Besprechung statt, bei der u. a. festgestellt wurde (vertrauliche Informationen der Arbeitsebene BMVg):

- Unbeschadet der Notwendigkeit einer Stärkung der konventionellen Verteidigung muß die nukleare Option einschließlich Ersteinsatz ihren Stellenwert für die Abschreckung beibehalten.
- Es darf keine Umverteilung von Risiken und Lasten geben. Übertriebene Forderungen nach einer auf 60–90 Tage verlängerten Verteidigungsfähigkeit stünden im Widerspruch zu unserem erklärten Ziel, einen militärischen Konflikt so schnell wie möglich und unter größtmöglicher Schadensbegrenzung zu beenden.<sup>18</sup>
- Es darf keine Umleitung von Mitteln und Ausdünnung regionaler (für Europa bestimmter) Kräfte für eine globale Strategie mit Schwerpunkt bei strategischen, maritimen und zentralen Interventionskräften geben.
- Schwerpunktbildung bei Kampf gegen die 1. Staffel, Luftverteidigung und Kampf gegen feindliche Luftstreitkräfte am Boden. (Demgegenüber trete

<sup>16</sup> Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11. Mai 1977 in London wurde beschlossen, daß die Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten jährlich um drei Prozent steigen sollten. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 141.

Bei der Vorbereitung der „Ministerial Guidance 1983“ wurde eine Erhöhung auf vier Prozent erörtert, auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2. Juni 1983 in Brüssel jedoch die Verpflichtung zur jährlichen Steigerung der Verteidigungsausgaben um drei Prozent erneut bestätigt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 158 und Dok. 174.

<sup>17</sup> In der Plenarsitzung der deutsch-britischen Regierungsgespräche am 18. Januar 1985 berichtete Bundesminister Wörner, im Mittelpunkt der Gespräche mit seinem britischen Amtskollegen Heseltine „hätte die Bündnisinitiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung gestanden. Klare Prioritäten seien erforderlich. Hierzu sei ein militärisches Rahmenprogramm eingeführt worden. Keine zusätzlichen Mittel seien gefordert, sondern eine bessere Nutzung der bestehenden Ressourcen. In den USA müßte größeres Verständnis für die europäischen Verteidigungsleistungen geweckt werden [...]. Beide Regierungen müßten auf die kleineren Partner einwirken, um diese zu einem größeren Verteidigungsbeitrag zu ermuntern.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl durch Fragezeichen hervorgehoben.

FOFA, insbesondere gegen bewegliche Ziele, zunächst zurück; jedoch seien FOFA-Optionen offenzuhalten.)

- Die Bundeswehrplanung, wie sie insbesondere am 17. Oktober 1984 im Bundeskabinett beschlossen wurde, stimme mit den konzeptionellen Vorstellungen zur Stärkung der konventionellen Verteidigung überein.
- Sonderprogramme seien zu vermeiden, die Elemente der Initiative sind als Gesamtpaket schrittweise zu erarbeiten.
- Das „Conceptual Military Framework“ sei mit der Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung zu verknüpfen.
- Der „pragmatische“ Ansatz der USA und Großbritanniens soll verhindert werden.
- Im Vordergrund der Studien im Rahmen der Initiative sollen die Schwachstellenanalyse und Aussagen zur Entwicklung der Ressourcen stehen. Hinsichtlich der Schwachstellenanalyse hat BM Wörner die NATO-Vertretung gebeten, im Bündnis nicht bekannte Bundeswehrplanungen (zur Behebung von bestimmten Mängeln) in die Schwachstellenbewertung (unerkannt) einfließen zu lassen, so daß sich im Ergebnis dann ein möglichst günstiges Bild der Maßnahmen von deutscher Seite ergibt.
- Es werde auf die Verdeutlichung unseres Standpunktes in den USA (opinion leaders) ankommen.
- Zur Relativierung der Drei-Prozent-Klausel müssen Kriterien zur Bemessung der tatsächlichen Leistungen (output) entwickelt werden.
- Es werde letztendlich die Stärkung der konventionellen Verteidigung nicht ohne reales Wachstum der Verteidigungsausgaben realisiert werden können. Die Bundeswehrplanung gehe bereits von einem realen Wachstum aus. Zusätzlich zur geltenden Bundeswehrplanung müßten jedoch zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. In diesem Zusammenhang wurde von einem realen Wachstum der Verteidigungsausgaben von ein bis zwei Prozent gesprochen.

### III. Wertung

1) Wir gelten im Bündnis neben den USA als die Initiatoren der Stärkung der konventionellen Verteidigung. Die USA erwarten besonders von der Bundesrepublik Deutschland – das kam auch in einem Vortrag des bisherigen Leiters der Abteilung Militärpolitik im Pentagon, Brigadegeneral Smith, zum Ausdruck –, daß sie Anstrengungen unternimmt, um mehr für die konventionelle Verteidigung zu tun.

2) Objektiv ist angesichts der Entwicklung der Bedrohungslage eine Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit erforderlich. Dabei müssen auch die uns zuwachsenden neuen Technologien genutzt werden. Es kann allerdings nicht darum gehen, zusätzliche finanzielle Mittel in die konventionelle Verteidigung zu investieren, ohne den politischen und militärstrategischen Kontext im Auge zu behalten.

3) Folgende Gefahren – die auch im BMVg gesehen werden – müssen vermieden werden:

- Ein Krieg darf nicht als führbar erscheinen. Die Kriegsverhütungsstrategie muß erhalten bleiben.



- Eine forcierte Ausdehnung der Durchhaltefähigkeit (sustainability) auf einen verlängerten konventionellen Krieg ist nicht in deutschem Interesse<sup>19</sup>, da eine langwierige Auseinandersetzung notwendig für das dicht besiedelte Gebiet Mitteleuropas verheerende Folgen haben müßte. Uns muß es um Schadensbegrenzung und schnelle Kriegsbeendigung<sup>20</sup> gehen.
- Die nuklearen Optionen bleiben in diesem Zusammenhang unverzichtbar für die Abschreckung. Nur so kann der Gegner vor die Ungewißheit eines unbestimmt hohen Risikos gestellt werden.
- Die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der europäischen Streitkräfte darf für die USA kein Alibi bieten, Truppen für globalstrategische Aufgaben (out of area) vorzusehen, die bisher der Verteidigung an der vorderen Linie in Europa dienen. Selbst eine alternative globalstrategische Rolle der amerikanischen Streitkräfte in Europa könnte sich auf ihre Ausrüstung (leichteres Material) und Ausbildung auswirken, sie für die Teilnahme an der Verteidigung Mitteleuropas ungeeigneter machen und damit langfristig die multinationale Vorverteidigung mit grenznaher Friedensstationierung in Frage stellen.<sup>21</sup>
- Eine übermäßige Konzentration der Bemühungen auf Maßnahmen für die Heranführung amerikanischer Verstärkungskräfte darf nicht den Effekt haben, die amerikanischen Streitkräfte „beweglicher“ und damit unabhängiger von einer Stationierung in Europa selbst zu machen.

3) Wir sollten die Bemühungen im BMVg unterstützen, die Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung so zu lenken, daß vor allem leistungsorientierte Verbesserungen und nicht finanzielle Mittelaufstockungen im Vordergrund stehen. Dennoch hat die Initiative eine solche Dynamik erhalten, daß ohne spürbare Maßnahmen die amerikanischen Verbündeten kaum davon zu überzeugen sein werden, daß die Europäer genug getan haben. Wir haben allerdings mit den Beschlüssen zur Bundeswehrplanung bereits einen Beitrag erbracht, der für unmittelbar Betroffene – die Wehrpflichtigen – kein leichtes Opfer bedeutet.

Auch mit unserer Zustimmung zu einem auf drei Mrd. IAU erhöhten NATO-Infrastrukturprogramm, von dem wir mit ca. 26 Prozent den gleich nach den USA höchsten Anteil tragen<sup>22</sup>, haben wir den Amerikanern gegenüber Entgegenkommen gezeigt und zur Stärkung der konventionellen Verteidigung beigetragen.

4) Insgesamt gesehen können sich aus der gegenwärtigen, technisch und verfahrensmäßig aufwendigen Bündnisinitiative gegenwärtig noch nicht überschaubare finanzielle Konsequenzen und politisch-strategische Auswirkungen

<sup>19</sup> Der Passus „Ein Krieg ... Interesse“ wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M. E. nicht ganz überzeugend. Ist Abschreckung ohne Führbarkeit glaubwürdig?“

<sup>20</sup> Die Wörter „schnelle Kriegsbeendigung“ wurden von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie?“

<sup>21</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich: „Andererseits ist mit einem neuen spezifischeren Nunn-Amendment zu rechnen, das gute Aussichten auf Annahme hat, wenn wir sehr weit hinter US-Erwartungen zurückbleiben!“

<sup>22</sup> Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 4, Anm. 12.

auf das Bündniskonzept überhaupt ergeben. Der Fortgang der Initiative zur Stärkung der konventionellen Verteidigung sollte von uns mit Aufmerksamkeit weiterverfolgt werden.

i. V. Braunmühl

VS-Bd. 12023 (201)

## 42

### Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), an das Auswärtige Amt

114-10750/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 43  
Citissime

Aufgabe: 15. Februar 1985, 18.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. Februar 1985, 20.29 Uhr

Betr.: KVAE;  
hier: Westliche Strategie und Taktik

Zur Unterrichtung

1) Im NATO-Caucus haben die Bündnispartner am 12. und 14.2.1985 angesichts der Einführung westlicher<sup>2</sup> und östlicher<sup>3</sup> Arbeitsdokumente und nach mehrwöchiger Erfahrung mit den Arbeitsgruppen<sup>4</sup> den Versuch einer ersten Zwi-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 16. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 19. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die NATO-Mitgliedstaaten brachten in der fünften Runde der KVAE vom 29. Januar bis 22. März 1985 „detaillierte Arbeitspapiere zu ihren VSBM-Vorschlägen“ ein: „Als erstes wurde ein Arbeitspapier zu Maßnahme 1 (Informationsaustausch über militärische Strukturen) am 30.1.1985 eingeführt. Es folgten das Arbeitsdokument zu Maßnahme 2 (jährliche Vorausschau von anzukündigenden Aktivitäten) am 7.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 3 (Notifizierung) am 12.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 4 (Einladung von Beobachtern) am 14.2., das Arbeitspapier zu Maßnahme 5 (Inspektion, Verifikation) am 20.2. und das Arbeitspapier zu Maßnahme 6 (Entwicklung von Kommunikationsmitteln) am 27.2.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats 221 vom 28. Mai 1985; Referat 212, Bd. 133522.

Die Vorschläge wurden am 8. März 1985 auf der KVAE als Gesamtpaket vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 483–490.

<sup>3</sup> Die sowjetische KVAE-Delegation brachte am 29. Januar 1985 in Stockholm den Vorschlag für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen ein. Vgl. dazu Dok. 43.

Am 7. Februar 1985 wurde zudem von Bulgarien, der DDR und der UdSSR ein gemeinsamer Vorschlag zur Begrenzung des Umfangs von militärischen Manövern auf 40 000 Mann vorgelegt. Für den Vorschlag vgl. Referat 221, Bd. 128684.

<sup>4</sup> In der Plenarsitzung am 3. Dezember 1984 beschloß die KVAE, zwei Arbeitsgruppen einzurichten. Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), berichtete am 14. Dezember 1984 über die Aufteilung, die „dem schwedischen Modell aus der 2. Runde („A“: neue Vorschläge, „B“: Weiterentwicklung der VBM der Schlußakte)“ folge, aber weiter untergliedert sei: „Arbeitsgruppe „A“: dienstags ‚deklaratorische‘ Vorschläge (Nichtersteinsatz, Gewaltverzicht, KWFZ, chemische Waffen, Militärhaushalte); mittwochs Information, Verifikation, Kommunikation; donnerstags Maßnahmen mit beschränkendem Charakter. Arbeitsgruppe „B“: dienstags Notifizierungsmaßnahmen; donnerstags Beobachtereinladung.“ Montags sollten die beiden Gruppen gemeinsam tagen („westlicher Wunsch, um inneren Zu-

schenbilanz unternommen und einen Meinungsaustausch über ihre künftige Strategie und Taktik geführt.

## 2) Wichtige Folgerungen

- Diskussion sowie Frage- und Antwortspiel in den Sitzungen der Arbeitsgruppen sind zwar überwiegend intensiv und lebhaft, haben aber noch keine Annäherung der Standpunkte bewirkt. Westen sollte in den Arbeitsgruppen an späteres „drafting“ denken und auf Vorklärunen in seinem Sinne hinarbeiten.
- Die N+N bemühen sich zwar in drei Task Forces um gemeinsame Positionen, haben aber Schwierigkeiten miteinander, fühlen sich zwischen den „Blöcken“ eingeeengt; sie tendieren derzeit zu nationalen Einzelaktionen, welche die Konferenzsituation komplizieren könnten. Partner stimmten überein, ihre Kontakte mit N+N noch intensiver zu gestalten, verstärkt für westliche Konzepte zu werben und zu versuchen, N+N von nationalen Alleingängen bzw. mit dem Westen nicht abgestimmter Initiative der N+N-Gruppe abzuhalten.
- Ost und West verfolgen gegenüber der jeweils anderen Seite eine „Parallelismus“-Taktik. Der Westen wünscht östliches Entgegenkommen bei westlichen Maßnahmen, bevor er sich beim Thema Gewaltverzicht stärker engagiert. Der Osten dagegen wünscht westliches Eingehen auf seine „politischen“ Maßnahmen (insbesondere den Gewaltverzicht), bevor er sich den westlichen Vorschlägen konstruktiv zuwendet.<sup>5</sup> Wenn in dieser Frage keine flexible Verfahrensweise erreicht wird, könnte es erneut zu einem Auf-der-Stelle-Treten kommen. Das Thema Gewaltverzicht ist das einzige „Zuckerbrot“, welches der Westen für den Osten bereithält. Es kann zwar „gezeigt“, aber erst in der Verhandlungsphase „gereicht“ und festgeschrieben werden als Gegengabe für einen Satz konkreter Maßnahmen, die eine Neubestätigung des Gewaltverzichts rechtfertigen.
- Die Bündnispartner kamen überein, das „Lockmittel“ Gewaltverzicht in der Arbeitsgruppe „A“ dosiert zu verwenden. Sie werden sich positiv zur Bedeutung und zum westlichen Konzept des Gewaltverzichts äußern, Argumente gegen einen Vertrag vortragen<sup>6</sup>, kritische Fragen zu den sowjetischen Grund-

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 234*

sammenhang des westlichen Pakets veranschaulichen zu können“), freitags komme das Plenum zusammen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 373/374; Referat 212, Bd. 133531.

<sup>5</sup> Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), berichtete am 5. Februar 1985 über ein Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation. Grinewskij habe ausgeführt: „Um Fortschritte in Stockholm zu erreichen, müsse der Westen jetzt zumindest zum Gewaltverzicht konstruktiv Stellung nehmen. Ihm sei klar, daß die NATO-Staaten den anderen sowjetischen Vorschlägen skeptisch gegenüberstünden. Er hoffe allerdings, daß es auf westlicher Seite noch ein Nachdenken über den ‚No-First-Use‘ geben werde.“ Citron zog den Schluß: „Es wurde deutlich, daß die Sowjets zumindest langfristig ein Eingehen auf unser Konferenzkonzept nicht ausschließen, welches bei Vereinbarung substantieller VSBM eine Neubestätigung des G[e]walt[V]erzichts (keinen Vertrag) vorsieht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; Referat 221, Bd. 144792.

<sup>6</sup> Der Leiter der britischen KVAE-Delegation, Edes, äußerte am 29. Januar 1985, der sowjetische Vorschlag für einen Gewaltverzichtsvertrag (GVV) sei „ein ‚alter verbeulter Hut, den nur wenige tragen möchten““. Angesichts bestehender internationaler Verpflichtungen sei er unnötig, „gefährde vielmehr die universale Geltung der VN-Charta“ und verstoße gegen die Idee der KSZE, „daß allen zehn Prinzipien der Schlußakte gleiche Geltungskraft und Bedeutung zukomme. GVV sei schließlich keine konkrete VSBM, da er weder Vertrauen noch Sicherheit schaffe und per se nicht zu verifizieren sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5 des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE), vom 29. Januar 1985; Referat 221, Bd. 144800.

elementen (Dokument SC. 6) stellen, im Sinne des Mandats<sup>7</sup> auf eine Konkretisierung des Gewaltverzichts durch Vereinbarung konkreter, militärisch bedeutsamer VSBM dringen und ihre Bereitschaft andeuten, auf einer solchen Basis das Prinzip des Gewaltverzichts erneut zu bestätigen.

2) Im einzelnen noch erwähnenswert:

- NO-DL<sup>8</sup> regte an, Umfang einer GV-Bestätigung von Umfang und Inhalt konkreter Maßnahmen abhängig zu machen. Es könne daran gedacht werden, dem WP diese „Funktionsidee“ (mehr GV-Elemente für mehr VSBM) in Gesprächen anzudeuten.
- UK- und F-DL<sup>9</sup> erkannten GV-Thema als Mittel zum Erreichen konkreter VSBM an, rieten aber zu behutsamem Vorgehen. UK-DL bedauerte, daß westliches Paket praktisch kein „Verhandlungsfett“ enthalte. Bündnis müsse überlegen, ob in sechster Runde nicht ein bis zwei neue Maßnahmen – darunter „constraints“ – eingeführt werden könnten.<sup>10</sup>
- US- und CDN-DL<sup>11</sup> erinnerten an internationales Umfeld: Genf<sup>12</sup>, Menschenrechtsexpertentreffen Ottawa<sup>13</sup>, zehnjähriges Jubiläum der Schlußakte am 1.8.1985<sup>14</sup>, von denen unterschiedliche Rückwirkungen auf Stockholm möglich seien. US-DL Goodby äußerte sich skeptisch zu derzeitigen Erfolgsaussichten informeller Absprache mit dem WP. Dessen Papier zu „constraints“ (Manöverobergrenze von 40000 Mann) ziele gegen westliches Notifizierungskonzept.
- Wir und IT plädierten für geduldiges, sachliches und argumentatives Vorgehen in den Arbeitsgruppen – auch, falls nötig, unter Wiederholung unserer Position – und für Nutzung der fünften und sechsten Runde<sup>15</sup> zur Exploration.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Erklärung über die Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) im Abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>8</sup> Leif Mevik.

<sup>9</sup> John Michael Edes (Großbritannien) und Paul Gaschignard (Frankreich).

<sup>10</sup> Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), gab am 26. Februar 1985 die Einschätzung: „Für die Arbeit der Delegation und für die erfolgreiche konstruktive Führung der Verhandlungen ist ein Eingehen des Westens auf Constraints-Vorschläge von seiten der N+N-Staaten und des WP wichtig. Es wird dabei darauf ankommen, unter Wahrung der sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und Berücksichtigung des Interessenausgleichs innerhalb der Allianz Maßnahmen zu finden, die hier in Stockholm mindestens diskutierbar, wenn auch nicht unbedingt konsensfähig sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 64; Referat 221, Bd. 144800.

Zum Ende der fünften Runde der KVAE resümierte Citron am 22. März 1985, bei der insbesondere von der UdSSR und Jugoslawien gestellten Frage, „welche Parameter ‚constraints‘ für den Westen akzeptabel machen könnten“, befände sich letzterer „solange in der Defensive, wie er nicht einen eigenen Vorschlag zur Beschränkung militärischer Aktivitäten vertreten kann“. Die im westlichen Maßnahmenpaket enthaltene „Jahresübersicht über notifizierungspflichtige Aktivitäten“ reicht als Gegengewicht gegen das östliche und neutrale Drängen nach ‚constraints‘ nicht aus“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; Referat 221, Bd. 130097.

<sup>11</sup> William T. Delworth.

<sup>12</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>13</sup> Das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten fand vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 statt.

<sup>14</sup> Zum Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>15</sup> Die fünfte und sechste Runde der KVAE dauerten vom 29. Januar bis 22. März bzw. vom 14. Mai bis 5. Juli 1985.

Der Westen solle das Thema GV als Lockmittel (Karotte) einsetzen und den WP in Gesprächen am Rande davon überzeugen, daß er mehr als bisher in den AG auf konkrete westliche Vorschläge (u. a. neue Arbeitsdokumente) eingehen müsse.

### 3) Wertung

Gedankenaustausch stellt nur eine Momentaufnahme des Meinungsbildungsprozesses dar, den wir im Laufe des letzten Jahres beeinflußt haben. Fast allen unseren westlichen Partnern ist unterdessen bewußt geworden, daß nur durch geschickte Nutzung des GV-Konzepts ein Resultat in Stockholm erreicht werden kann. Dabei nützt m.E. eine absolute Verweigerungstaktik, welche das Vorzeigen der „Karotte“ auf 1986 verschiebt, wenig, da sie die SU nur zur Verhärtung ihrer Position veranlassen würde.

[gez.] Citron

**VS-Bd. 11523 (221)**

## 43

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

**221-373.20**

**19. Februar 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Unterrichtung

Betr.: KVAE;

hier: Bewertung des sowjetischen Vorschlags für einen Gewaltver-  
zichtsvertrag<sup>4</sup>

Bezug: Vorlage 2 A vom 29. Januar 1985 – 221-373.19<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Daerr konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 25. Februar und erneut am 3. März 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 4. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 22. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 3. März 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vorschlags der sowjetischen KVAE-Delegation vom 29. Januar 1985 für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 482 f.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann legte den Vorschlag der sowjetischen KVAE-Delegation vom 29. Januar 1985 für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen vor und gab eine erste Einschätzung: „Die sowjetische Vorlage kommt nicht unerwartet. Diese Möglichkeit war bereits bei den Allianzkonsultationen am 24. und 25. Januar in Brüssel erörtert worden. Die Bündnispartner können gelassen reagieren. Die Bündnisposition zur

Anlg.: 1 (SU-Papier)<sup>6</sup>

### 1) Bewertung

Die von der Sowjetunion am 29.1.1985 bei der KVAE in Stockholm eingebrachten Elemente für einen „Vertrag über den Verzicht auf militärische Gewalt und die Erhaltung friedlicher Beziehungen“ stimmen weitgehend mit Formulierungen der Prager Erklärung vom Januar 1983<sup>7</sup>, dem Budapester Appell vom Mai 1984<sup>8</sup> und dem sowjetischen KVAE-Vorschlag vom Mai 1984<sup>9</sup> überein und bringen die bisherigen sowjetischen Vorstellungen umfassend auf den neuesten Stand. Die Elemente weichen in wesentlichen Punkten vom KVAE-Mandat<sup>10</sup> ab, nehmen auf den KSZE-Rahmen durch Betonung der NATO und des Warschauer Paktes wenig Rücksicht und relativieren das Gewaltverbot der VN-Charta<sup>11</sup>. Zugleich wird versucht, unter dem breiten Mantel des Gewaltverzichts zusätzliche rüstungskontrollpolitische Themen, die in anderen Foren zu erörtern sind, einzuführen und damit gleichzeitig das Mandat von Madrid unzulässig zu erweitern und zu verwässern.

Die Vorlage zielt offenbar darauf ab, in Stockholm eine sehr breit angelegte Diskussion über viele Rüstungskontrollthemen in wenig präziser Form zu ermöglichen. Zugleich ist der sowjetische Gewaltverzichts begriff selbst selektiv und beschränkt. Das umfassende Gewaltverbot der UN-Charta wird auf militärische Gewalt eingeeengt. Kernpunkt des Vertragszieles ist weiterhin die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, weder nukleare noch konventionelle Waffen als erste gegeneinander einzusetzen. Diese – unveränderte – sowjetische Formel verkürzt in unzulässiger Weise das Gewaltverbot auf ein Waffeneinsatzverbot. Diese Formel ist bereits eingehend innerhalb der EPZ und der NATO analysiert worden.

Neu ist die Einführung der Weltraumthematik in die Stockholmer Verhandlungen: „Die Teilnehmer sollen Anstrengungen unternehmen, um ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, das nukleare und konventionelle Wettrüsten zu beenden und zur Begrenzung und Verminderung der Rüstung beizutragen.“ Da-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 237*

Substanz des Gewaltverzichts ist im Politischen Ausschuß der NATO erarbeitet worden und praktisch fertiggestellt“. Weiter führte Hartmann aus: „Die Erklärung des sowjetischen Delegationsleiters bei der Vorlage der Elemente zum Gewaltverzicht war erfreulich unpolemisch. [...] Bei allen Vorbehalten gegenüber den vorgelegten Elementen sollte dieser konstruktive Ton bei der Reaktion gegenüber der Öffentlichkeit aufgegriffen werden.“ Vgl. Referat 221, Bd. 128684.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Vorschlag der sowjetischen KVAE-Delegation vom 29. Januar 1985 vgl. Referat 221, Bd. 128684.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes vom 5. Januar 1983 („Prager Erklärung“) vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 40.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Appells der Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes vom 7. Mai 1984 an die NATO-Mitgliedstaaten zum Abschluß eines Vertrags über Gewaltverzicht vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 357 f.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des sowjetischen Vorschlags vom 8. Mai 1984 über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 492–494.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Erklärung über die Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) im Abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

mit will die Sowjetunion auch im Rahmen der KVAE die Aufmerksamkeit auf das Ziel lenken, das die Sowjetunion mit besonderem Nachdruck verfolgt: die Verhinderung von SDI. Sie mag dabei hoffen, die Skepsis gegenüber SDI, die auch bei westlichen KVAE-Teilnehmern besteht, für ihre Zwecke benutzen zu können.

Neu ist auch eine allgemeine Konsultationsklausel im Fall einer Kriegsgefahr, nämlich die Verpflichtung, bei eintretendem Risiko eines Krieges oder der Anwendung militärischer Gewalt sofortige Konsultationen abzuhalten, Untersuchungen durchzuführen und Informationen zu geben. Diese Konsultationsverpflichtung ist ein altes Anliegen der Sowjetunion, das in dem bisherigen sowjetischen Vorschlag in Stockholm auf die Atomkräfte (Gefahr eines Atomkonfliktes) beschränkt war. Es besteht offenbar die Absicht, unabhängig von der Verletzung zu vereinbarenden konkreter Vertrauensbildender Maßnahmen eine Konsultationsverpflichtung zu schaffen, die dem Osten unter Berufung auf ein angebliches Kriegsrisiko die Störung wichtiger westlicher Bündnisentscheidungen eröffnen könnte.

Der einzige – scheinbare – Bezug zum Madrider Mandat, nämlich „praktische Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr eines Überraschungsangriffs“ in Aussicht zu nehmen, ist nicht mandatskonform, denn die Konferenz soll ja konkrete Maßnahmen verhandeln (und nicht erst in Aussicht nehmen), und zwar Maßnahmen, die die Gefahr einer militärischen Konfrontation (nicht nur eines Überraschungsangriffs) vermindern.

Die Erga-omnes-Wirkung eines Gewaltverzichts<sup>12</sup> sowie die Nichtanwendung der Breschnew-Doktrin<sup>13</sup> ist bei dem Vorschlag genauso wenig wie bei früheren Vorschlägen sichergestellt, zumal Ziffer 10 ausdrücklich darauf verweist, daß frühere Verpflichtungen nicht berührt sind.

Insgesamt zielt der sowjetische Vorschlag darauf, die Konferenz einerseits mit mandatsfremden Themen (z.B. Weltraum) zu belasten und andererseits das präzise Mandat aufzuweichen. Trotz aller dieser Vorbehalte ist das Arbeitspapier ein Beitrag zur weiteren Klärung der gegensätzlichen Positionen. Offenbar ist die Sowjetunion interessiert – auch im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme des Genfer Dialogs<sup>14</sup> –, aus der Defensive herauszutreten.

## 2) Weiteres Verfahren

Die sowjetischen Elemente sind von den Abteilungen 2, 2A und 5 eingehend geprüft worden; die Ergebnisse werden in einer Analyse der NATO in Brüssel eingeführt, die sich weitgehend auf frühere Studien stützen kann. Der NATO-Rat hat am 13.2. ein Papier zu „Gewaltverzicht und Ersteinsatzverbot“<sup>15</sup> angenommen, das den Delegationen in Stockholm eine gemeinsame Grundlage und gute Argumente zur Verfügung stellt.

<sup>12</sup> „Erga omnes“ bezeichnet ein absolutes Recht, das gegenüber allen, nicht nur den Vertragsparteien Geltung beansprucht.

<sup>13</sup> Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 24, Anm. 16.

<sup>14</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>15</sup> Für das Dokument C-M(85)4 „Soviet Proposals Relevant to CDE: Non-Use of Force (NUF)“ vgl. VS-Bd. 11524 (221).

Nachdem der Westen zu seinen Vorschlägen<sup>16</sup> und die Sowjetunion zum Gewaltverzicht detaillierte Arbeitspapiere vorgelegt haben und der Westen – seit Präsident Reagans Erklärung von Dublin vom 4.6.1984<sup>17</sup> – praktisch einer parallelen Behandlung von konkreten Maßnahmen und Gewaltverzicht zugestimmt hat, muß sich nun erweisen, wieweit die Sowjetunion zu substantiellen Diskussionen unserer Vorschläge bereit ist. Die Anlage der sowjetischen Elemente zeigt, daß sie darauf aus ist, die Fragen des Gewaltverzichts zum Nachteil der Behandlung von konkreten Maßnahmen in den Vordergrund zu rücken. Wir müssen darauf achten, daß eine parallele Behandlung zwar eine gleichzeitige, aber nicht unbedingt gleichgewichtige Erörterung bedeutet. Unsere Bereitschaft, den Gewaltverzicht nach Form und Inhalt zu behandeln, muß von Fortschritten bei der Verhandlung konkreter Maßnahmen abhängig sein. Zunächst bietet sich in Stockholm an, kritische Fragen zu stellen, die sich auf das Verhältnis zur VN-Charta, den KSZE-Prozeß und das KVAE-Mandat beziehen. Gleichzeitig sollten wir deutlich machen, daß ein völkerrechtlicher Vertrag im Rahmen der KVAE nicht in Frage kommt.

Die Referate 212, 213 und 500 haben mitgewirkt.

Hartmann

**Referat 221, Bd. 128684**

<sup>16</sup> Zu den KVAE-Vorschlägen der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 42, Anm. 2.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor dem irischen Parlament vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 804–811. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 482–484 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 167.



## 44

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Hofminister Abu Odeh

310-321.00 JOR

20. Februar 1985<sup>1</sup>

Aus dem Gespräch des Bundesministers mit dem jordanischen Hofminister Abu Odeh ist folgendes festzuhalten:

*BM* begrüßte Minister Odeh<sup>2</sup> und sprach ihm seinen Dank aus, daß er die Bundesregierung über die letzte Entwicklung im Nahen Osten, insbesondere über die Vereinbarung zwischen König Hussein und Arafat vom 11.2.1985<sup>3</sup> unterrichten wolle. *BM* würdigte den ausgezeichneten Verlauf des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten.<sup>4</sup> Bei den Gesprächen in Amman habe sich erneut das tiefe Verständnis, die Freundschaft und das fast familiäre Verhältnis zwischen beiden Seiten gezeigt. Er bat, dem König, dem Kronprinzen<sup>5</sup> und allen Regierungsmitgliedern nochmals seinen herzlichen Dank zu übermitteln.

Minister *Odeh* bestätigte diese Eindrücke und bezeichnete die Besuche des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundesministers als einen Beweis für den hervorragenden Stand der Beziehungen.

Sodann schilderte der Minister die Entwicklung seit dem Besuch des Bundespräsidenten Anfang dieses Monats. Seit zwei Jahren habe die jordanische Regierung versucht, sich mit den Palästinensern auf einen gemeinsamen Aktionsplan zu einigen. Dabei seien folgende Ausgangspunkte von Bedeutung gewesen:

1) Jordanien könne nicht stellvertretend für die PLO handeln. Westjordanland lebe seit 18 Jahren unter israelischer Besetzung. Diese Realität könne nicht außer acht gelassen werden.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 21. Februar 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 5. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der jordanische Hofminister Abu Odeh hielt sich im Anschluß an Gespräche mit der britischen Regierung in London in der Bundesrepublik auf und reiste anschließend zu Unterredungen mit der italienischen Regierung am 21. Februar 1985 nach Rom.

<sup>3</sup> Am 11. Februar 1985 einigten sich die jordanische Regierung und die Führung der PLO auf fünf Prinzipien zur Lösung des Nahost-Konflikts: 1) Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten; 2) Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk: „Palestinians will exercise their inalienable right of self-determination [...] within the context of the formation of the proposed confederated Arab states of Jordan and Palestine“; 3) Lösung des Problems der palästinensischen Flüchtlinge entsprechend den Resolutionen der Vereinten Nationen; 4) Lösung der Palästina-Frage. Gemäß Punkt 5) sollte auf dieser Grundlage eine internationale Konferenz der Mitglieder des VN-Sicherheitsrats mit den Konfliktparteien einschließlich der PLO innerhalb einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation stattfinden. Für den Wortlaut der Vereinbarung vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1587. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 516. Ministerialdirektor Haas legte am 25. Februar 1985 dar: „Trotz ihrer Schwächen würdigen wir die Amman-Vereinbarungen mit der gebotenen Vorsicht als Schritt in die richtige Richtung und ermutigen die Parteien, auf diesem Wege weiterzugehen.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141107.

<sup>4</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Jordanien vom 3. bis 5. Februar 1985 und wurde dabei von Bundesminister Genscher begleitet.

<sup>5</sup> Hassan bin Talal.

2) Die PLO betrachte sich zwar seit 1967 als Vorreiter der palästinensischen Sache, sie habe sich jedoch mehr auf sich selbst als auf die besetzten Gebiete konzentriert. Sie sei mit dieser Haltung nicht weitergekommen.

3) Die PLO werde von zwei Staaten nicht akzeptiert: von den USA und Israel.

4) Die Frage sei, wie man die PLO als Verhandlungspartner akzeptabel mache und wie man zu einer friedlichen Regelung des Nahost-Konflikts komme. Von beiden Problemen sehe Jordanien das erstere als das wichtigere an. Gerade über dieses Thema habe man in letzter Zeit mit der PLO gesprochen.

Ein alter Fehler der arabischen Seite sei es gewesen, das Ergebnis von Verhandlungen vorweg zu nehmen. Diese Haltung habe einen echten Verhandlungsprozeß blockiert. Nachdem mehr als zehn Jahre der verpaßten Gelegenheiten vergangen seien, versuche Jordanien jetzt, einen Prozeß (das Wort „Prozeß“ sei im Arabischen unbekannt) einzuleiten, der auf der einen Seite die Transformation der PLO fördere, um sie für die USA und Israel als Verhandlungspartner akzeptabel zu machen, und auf der anderen Seite als Gegenleistung eine Annahme der SR-Res. 242<sup>6</sup> von der PLO zu erreichen versuche. Die ausdrückliche Annahme der Res. 242 sei für die PLO schwierig, da sie sich mit drei Gegenspielern auseinanderzusetzen habe:

- 1) mit der PLO-internen Ablehnungsfront,
- 2) mit einigen arabischen Staaten wie Syrien und Libyen,
- 3) mit der Sowjetunion.

Von den arabischen Staaten würden Irak und Algerien Res. 242 akzeptieren, wenn die PLO einverstanden sei.

Minister Odeh sprach sich äußerst kritisch über die Rolle der SU aus. Nach Erkenntnissen des jordanischen Nachrichtendienstes habe die SU mindestens zwei führende PLO-Mitglieder durch Erpressung in die Hand bekommen, die von innen heraus jede konstruktive Entwicklung blockierten.

Auf diesem Hintergrund erläuterte Minister Odeh die mit der PLO getroffenen Vereinbarung vom 11.2.1985:

- 1) Die PLO habe alle Resolutionen der VN angenommen, einschließlich Res. 242. Schritt für Schritt werde sie sich auch öffentlich dazu bekennen, wenn die USA ihr mit der Akzeptierung als Verhandlungspartner entgegenkäme.

Mit der Anerkennung aller VN-Resolutionen habe die PLO eine friedliche Option („peaceful option“) gewählt und andere Mittel zur Erreichung ihrer Ziele aufgegeben.

- 2) Da die USA einen unabhängigen PLO-Staat nicht anerkennen würden, hätten Jordanien und die PLO sich auf eine Konföderation verständigt. Minister Odeh gab zu verstehen, daß dies eine „jordanische Lösung“ bedeute:

- Staatsoberhaupt werde der König sein,
- für Verteidigung und
- auswärtige Angelegenheiten werde die Zentralregierung zuständig sein, d. h. Jordanien.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

König Hussein habe vor dem 17. PNC<sup>7</sup> ausgeführt, entweder solle jeder für sich handeln, oder beide Seiten würden zusammen vorgehen. Die PLO habe sich für ein Zusammengehen entschieden. Genau dieses Zusammengehen bedeute Konföderation.

3/4) Wenn das Flüchtlingsproblem und die Palästinenserfrage in all ihren Aspekten gelöst sei, werde es kein Palästinaproblem mehr geben. Die Formulierungen zu Ziffer 3 und 4 seien aus der Fes-Erklärung<sup>8</sup> entnommen worden.

5) Die Forderung nach einer internationalen Nahost-Konferenz sei mit den USA kontrovers. Jordanien und die PLO wollten dieses Problem durch Teilnahme einer gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation entschärfen.

*BM* erkundigte sich nach der Haltung Saudi-Arabiens. Während des Bundespräsidenten-Besuches sei die Enttäuschung der jordanischen Regierung über Saudi-Arabien aufgefallen.

Minister *Odeh* schilderte die Einbindung Saudi-Arabiens in die Bemühungen Jordaniens und Ägyptens. Jordanien habe AM Feisal unmittelbar nach der Vereinbarung vom 11.2.1985 unterrichtet, wodurch König Fahd in die Lage versetzt worden sei, die amerikanische Regierung als erster Besucher aus der arabischen Welt<sup>9</sup> über die Vereinbarung zu informieren. Die Saudis hätten die Vereinbarung den Amerikanern gegenüber im Sinne der Beschlüsse von Fes ausgelegt, um sich weiterhin im Rahmen eines arabischen Konsenses zu bewegen.

Anschließend sei König Hussein mit Arafat nach Algier geflogen<sup>10</sup>, wo sie Unterstützung gefunden hätten.

Eine andere Delegation unter Leitung von PM Obeidat habe sich nach Tunis begeben. Die tunesische Regierung habe zwar auch Unterstützung zugesagt, werde sich jedoch nicht öffentlich äußern.

Auf die Frage des *BM* nach der Unterstützung Arafats durch die PLO erwiderte Minister *Odeh*, diese hänge davon ab, wieviel Unterstützung die PLO in Washington finde.

Auf die weitere Frage nach der israelischen Haltung sagte der Minister, daß es zunächst darum gehe, die USA zu überzeugen. Erst dann werde man sich mit Israel auseinanderzusetzen haben. Die israelische Haltung sei mehrdeutig. Shafir wolle überhaupt kein Territorium zurückgeben. Peres hingegen sei für einen territorialen Kompromiß und verdiene für seine größere Flexibilität Un-

<sup>7</sup> Die 17. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) fand vom 22. bis 29. November 1984 statt. Die Botschaft in Amman legte dar, es sei König Hussein gelungen, „durch seine Gastgeberrolle und überzeugende, staatsmännische Eröffnungsansprache eine Art Schlußstrich unter die Bürgerkriegsereignisse von 1970/71 zu ziehen, die das komplexe palästinensisch-jordanische Verhältnis nachhaltig belastet hatten“. Vgl. den Halbjahresbericht vom 9. Juli 1985; Referat 310, Bd. 149619.

Für den Wortlaut der Rede von König Hussein am 22. November 1984 in Amman vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 510 f. (Auszug).

<sup>8</sup> Auf dem Gipfeltreffen der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes wurden Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten formuliert. Für den Wortlaut des „Fes-Plans“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

<sup>9</sup> König Fahd hielt sich vom 10. bis 14. Februar 1985 in den USA auf.

<sup>10</sup> König Hussein hielt sich vom 12. bis 14. Februar 1985 in Algerien auf. Botschaftsrat I. Klasse Elfen, Algier, teilte am 14. Februar 1985 mit: „Entgegen anderslautenden Meldungen gibt es dagegen keine Spur von Arafat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; Referat 310, Bd. 149622.

terstützung. Ziel müsse sein, eine andere Koalition unter Peres herbeizuführen. Man müsse ihn wirtschaftlich fördern, damit er politisch gestärkt werde. Gegenwärtig sei es zu früh, eine Beurteilung der israelischen Haltung abzugeben. Odeh fügte wörtlich hinzu: „Wir haben keine Eile.“

Minister Odeh faßte seine Mission in Bonn wie folgt zusammen: „Mit Ihrer Hilfe und Zusammenarbeit hoffen wir, die USA dazu zu bewegen, mit einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation zusammenzutreffen.“

Auf ausdrückliches Befragen des *BM* erläuterte Minister *Odeh*, nach jordanischer Vorstellung solle es sich um eine gemeinsame Delegation Jordanien–PLO handeln. Auf Zusatzfrage *BM*, ob jordanische Delegation mit PLO-Beteiligung auch möglich sei, meinte *Odeh* zögernd, auch dies müsse zu erreichen sein. Hinsichtlich der Gesprächsebene denke er z.B. an die „Botschafterebene“ oder auch darunter. Wenn die USA darauf eingehen würden, brauchten sie nicht von ihrer Position abzugehen. Gesprächspartner sei dann eben nicht die PLO, sondern eine gemeinsame Delegation.

Als Gegenleistung müsse die PLO sich zu Res. 242 bekennen.

*BM* erkundigte sich nach der von AM Howe eingenommenen Haltung, den Minister Odeh in London vor seiner Weiterreise nach Bonn getroffen habe.

Minister *Odeh* antwortete, daß die britische Regierung die Idee einer Zusammenarbeit Jordanien/PLO begrüße.

Minister Kassem werde in Kürze zur Unterrichtung der französischen und italienischen Regierung nach Paris und Rom reisen.

Die jordanische Regierung wolle keine Illusionen aufkommen lassen. Leider hätten König Hassan II. und König Fahd als frühere arabische Emissäre 1983 keine klare Sprache geführt.

*BM* faßte unsere Haltung dahin zusammen:

- 1) Er werde einen Brief an AM Shultz schreiben, um unsere positive Haltung zu der jordanischen Initiative zu erläutern.<sup>11</sup>
- 2) Er werde Vizepräsident Bush in Brasilia treffen.<sup>12</sup> Auf dem Rückweg werde er möglicherweise in Washington Station machen und mit der US-Regierung sprechen.
- 3) Er werde mit seinen EG-Partnern überlegen, was wir tun könnten.

Minister *Odeh* nahm diese Ankündigungen mit Dank zur Kenntnis. Er fügte gleichsam zur Bekräftigung seiner obigen Ausführungen hinzu: Arafat wisse, daß er nur noch die politische Option habe. Die Schwierigkeit bestehe darin, daß er seine Gefolgsleute überzeugen müsse. Er werde die Zustimmung von drei Gremien benötigen.

<sup>11</sup> Mit Schreiben vom 3. März 1985 an den amerikanischen Außenminister Shultz sprach Bundesminister Genscher sich für die „regionale Eigeninitiative“ zur Lösung des Nahost-Konflikts aus, „die sicherlich noch der Verbreiterung ihrer Basis bedarf. Es wird sich auch noch erweisen müssen, wie tragfähig die getroffene Vereinbarung mit der PLO ist. Dennoch glaube ich, daß die Entwicklung in die richtige Richtung weist.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178918.

<sup>12</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 15. März 1985 in Brasilia vgl. Dok. 71.

Auf Frage *BM* drückte *Odeh* seine Besorgnis über die sehr negative Haltung Syriens und Libyens aus. Assad gehe differenzierter vor als Gaddafi. Die Syrer würden alles tun, um die Vereinbarung Jordanien–PLO zu Fall zu bringen und dabei auch vor terroristischen und subversiven Mitteln nicht zurückschrecken. Beispiel: die Ermordung des Exekutivkomitee-Mitglieds Kawasmeh.<sup>13</sup> Arafats Stärke sei die Unterstützung, die er seitens der Bevölkerung im Westjordanland finde. Dies sei den Gegnern der Vereinbarung, aber auch Jordanien bewußt. Minister Odeh erklärte wörtlich: „Wir werden weitermachen, sonst werden sie unsere Stabilität unterminieren.“ Über eine mögliche Destabilisierung Jordaniens würden sich nur zwei Mächte freuen: Syrien und Israel.

Auf die Frage nach einer Alternative im Falle des Scheiterns der jordanisch-palästinensischen Initiative erwähnte Odeh allgemein, daß es dann „andere Optionen“ gebe. Er ließ sich jedoch nicht auf eine Erläuterung dieser Aussage ein, sondern beschränkte sich auf die Bemerkung, daß Jordanien – anders als Ägypten (Sinai)<sup>14</sup> – nicht an einen separaten Frieden mit Israel denke. Er erklärte wörtlich: „Dann lassen wir alles, wie es ist. Warum sollen wir die Last allein tragen? Die Folgen eines Fehlschlages müßten die Palästinenser übernehmen.“

*BM* dankte für die ausführliche Unterrichtung und trug Grüße an den König, den Kronprinzen und die Regierung auf.

Abschließend sprach *BM* mit Minister Odeh eine kurze Presseverlautbarung ab. Darin sicherte er die Unterstützung der Bundesregierung für Initiativen aus der Region zu, die geeignet seien, die Chancen für eine friedliche Regelung des Nahost-Konflikts zu stärken.

**Referat 010, Bd. 178901**

<sup>13</sup> Das Mitglied des Exekutivkomitees der PLO, Kawasmeh, wurde am 29. Dezember 1984 in Amman erschossen. Vgl. dazu den Artikel „Enger Vertrauter Arafats ermordet“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 31. Dezember 1984, S. 6.

<sup>14</sup> Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln, und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der begleitenden Briefe vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

## 45

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

221-372.31-261/85 VS-vertraulich

20. Februar 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des in Ziffer 5 vorgeschlagenen Vorgehens

Betr.: MBFR;

hier: Neuer östlicher Vorschlag vom 12.2.1985

Bezug: DB 78/79 aus Wien vom 12.2.85<sup>4</sup>

Der Osten hat in der informellen Sitzung am 12.2.1985 in Wien einen neuen Vorschlag eingeführt, der im Plenum am 14.2. öffentlich vorgestellt wurde. Es handelt sich um die Kernelemente eines Abkommens, in Vertragssprache, über „Anfängliche Verminderungen von Truppen und Rüstungen der Landstreitkräfte der Sowjetunion und der USA in Mitteleuropa und über die nachfolgende Nichterhöhung der Streitkräfte und des Rüstungsniveaus der Seiten in diesem Raum“.

1) Hauptelemente des Vorschlags sind:

- Verpflichtung von USA und Sowjetunion, im Verlauf eines Jahres nach Inkrafttreten ihre Landstreitkräfte in Mitteleuropa um 13 000 bzw. 20 000 Mann zu vermindern.
- Diese Abzüge seitens SU und USA finden in Einheiten/Verbänden der „Kampftruppen“ mit Waffen und Gerät statt; bis zu 10% können die Verminderungen durch Abzug einzelner Militärpersonen („Ausdünnen“) erfolgen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 21. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. April 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 22. April 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 23. April 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 20. April 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), übermittelte einen neuen Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten, der in der Plenarsitzung am 14. Februar 1985 vorgelegt werden sollte, und führte dazu aus, mit dem Vorschlag habe sich „der Osten [...] seines Zugzwangs entledigt, um seine Verhandlungsposition wieder zu verbessern“. Der Vorschlag sei „eine Fortentwicklung des vom Osten vorgeschlagenen datenlosen Ansatzes bei konzeptioneller und zum Teil auch inhaltlicher Anlehnung an den östlichen Abkommensentwurf vom 18.2.1983. [...] Die neue östliche Initiative bringt in der Sache wenig Neues, setzt aber das Schwergewicht der Zielsetzung neu, indem sie ein Abkommen über amerikanisch-sowjetische Reduzierungen mit einer nachfolgenden Nichterhöhungsverpflichtung für alle Abkommensteilnehmer anstrebt. Dies bedeutet bis auf weiteres einen bedingten Entlastungseffekt für die Bundeswehr, da Reduzierungen seitens der nichtamerikanischen und nichtsovietischen Teilnehmer nur über eine allgemeine Weiterverhandlungspflicht in Aussicht genommen sind. Die vorgelegten Grundbestimmungen sind in vielen Fragen vage und klärungsbedürftig. Zu substantiellen Erläuterungen waren die östlichen Vertreter im heutigen Informal nicht in der Lage.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 78/79 vom 12. Februar 1985; VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

- Alle direkten Teilnehmer verpflichten sich, nach Abschluß der US-/SU-Abzüge ihren Bestand an Personal und Rüstungen der Land- und Luftstreitkräfte weder kollektiv noch national zu erhöhen. (Ausnahmen von der Nichterhöhungsverpflichtung, z. B. für Verstärkungsübungen, sind nicht vorgesehen.)
- Die Gültigkeit dieses ersten Abkommens ist auf drei Jahre begrenzt.
- Bei Unterzeichnung des Abkommens legen USA und Sowjetunion genaue Listen über das abzuziehende Personal sowie die wichtigsten Arten von Waffen und Gerät vor. Zur Verifikation der bilateralen Abzüge sollen drei bis vier Ausreisekontrollpunkte nur für die Dauer der Abzugsphase eingerichtet werden, die mit amerikanischem und sowjetischem Personal sowie Angehörigen des Staates zu besetzen wären, auf dessen Territorium der Kontrollpunkt liegt.
- Alle Teilnehmer verpflichten sich, „die Verhandlungen fortzusetzen“, um einen Vertrag zu erarbeiten, der zur Herstellung gleicher, kollektiver Höchststärken von 900 000 Mann Land- und Luftstreitkräften, davon 700 000 Mann Landstreitkräfte führt.

## 2) Bewertung

### a) Allgemeine politische Gesichtspunkte

- Politisch soll die sowjetische Initiative offenkundig „Aktivität“ in allen Bereichen der Rüstungskontrollpolitik signalisieren. Dies wird durch die Terminwahl unterstrichen – kurz nach Einführung eines GV-Vertragsentwurfs auf der KVAE<sup>5</sup> – und noch frühzeitig vor dem Neubeginn in Genf.<sup>6</sup> Bemerkenswert ist, daß MBFR so deutlich als Forum hervorgehoben wird.
- Verhandlungstaktisch soll damit einerseits ein eigener Vorschlag zur Diskussionsbasis gemacht und die westliche Initiative von 84<sup>7</sup> mit ihrer Stoßrichtung auf Datenklärung und Verifikation verdrängt werden. Andererseits absolviert der Osten den ihm obliegenden „Zug“ und kann nun die Reaktion des Westens abwarten, der jetzt wieder in „Zugzwang“ gerät.
- Die Konzentration des Vorschlages auf ein Phase-I-Abkommen mit nur bilateralen US/SU-Anfangs-Reduzierungen stellt wohl auch ein direkt an die USA gerichtetes Signal dar mit zunächst atmosphärischer Zielsetzung, etwaige weitere Absichten der SU werden erst aus der künftigen Verhandlungsführung ablesbar sein.

### b) Hauptmerkmale des östlichen Vorschlags

- Der Vorschlag konzentriert sich auf die im Prinzip unumstrittenen, auf USA und UdSSR beschränkten Anfangsreduzierungen einer ersten MBFR-Phase.
- Die SU hält weiter am Ziel eines MBFR-Abkommens fest, das Parität bei 900 000 Mann Land- und Luftstreitkräfte, davon 700 000 Mann Landstreitkräfte, herstellen soll. Dieses „Fernziel“ einer MBFR-Phase-II tritt jedoch po-

<sup>5</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 29. Januar 1985 für einen Gewaltverzichtsvertrag vgl. Dok. 43.

<sup>6</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>7</sup> Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten brachten am 18./19. April 1984 eine neue Initiative in die Verhandlungen ein. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 79, Dok. 100 und Dok. 113.

litisch deutlich zugunsten des „Nahziels“ einer im wesentlichen bilateralen Phase I zurück.

- Die Konzentration auf das bilaterale „Nahziel“ wird zusätzlich unterstrichen durch
  - befristete Geltungsdauer von drei Jahren und sehr schwache „Verknüpfungsklausel“ zu Phase II (bloße „Verpflichtung“ zur Fortsetzung der Verhandlungen),
  - stark bilateralisierte Verifikation.
- In einigen Detailfragen greift der Vorschlag westliche (d.h. amerikanische) Anregungen vom April 1984 auf:
  - Durchführung der Abzüge von „Kampfeinheiten“ (ähnlich US-Ansatz: Abzüge in „combat/combat support forces“ definiert und festgelegt),
  - zu 90 % in solchen „Einheiten“, nur noch 10 % in Einzelpersonen (sog. „Ausdünnen“) (gleichlautend mit westlichem Vorschlag 1984).

#### c) Negative und positive Elemente

Negativ zu bewerten ist:

- Keine Bewegung des Ostens auf westliche Position zu bezüglich Datenklärung.
- Nur minimales Eingehen bezüglich Verifikation (Abzugsverifikation an drei bis vier Kontrollpunkten); die Grundsatzdiskussion über Verifikation wird auf die Verhandlungen über „Phase II“ verschoben.
- Die zwei Jahre gültige „Nichterhöhungsverpflichtung“ (Freeze) soll
  - für Personal und Material gelten, was konventionelle Verbesserungsbemühungen der NATO bezüglich Waffen und Gerät behindern würde;
  - „kollektiv“ und „national“ (für Personal und Material) gelten, was dem Kollektivitätsprinzip widerspricht und vor allem wegen der Präcedenzwirkung für eine „Phase II“ nicht akzeptabel ist; damit geht der Osten im übrigen hinter seine bisherigen Grundsatzzugeständnisse in der Kollektivitätsfrage zurück;
  - nicht numerisch spezifiziert sein, Verifikation ist deshalb nicht möglich und auch nicht vorgesehen;
  - ohne jegliche Ausnahmen gültig sein; damit würde westlicher Übungsbedarf (Reforger<sup>8</sup>, Übungen mit größerer Anzahl von Reservisten) und Fähigkeit zur Krisenvorsorge (rechtzeitige Verstärkung) in unvertretbarem Ausmaß eingeschränkt.
- Unbefriedigend, aber weniger gewichtig gegenüber diesen Grundsatzproblemen ist
  - das sowjetische Angebot, 20 000 Mann gegen 13 000 Mann US-Truppen abzuziehen (Westen fordert 13 000 : 30 000 Mann),
  - die Forderung nach Abzug der SU- und der US-Truppen „mit Waffen und Gerät“ (widerspricht der bisherigen westlichen Position).

Zu diesen beiden Punkten erscheint jedoch eine Annäherung nicht von vornherein ausgeschlossen.

<sup>8</sup> Reforger („Return of forces to Germany“) war eine jährliche Übung zur Verlegung von NATO-Truppen in die Bundesrepublik.



Positiv und der weiteren Sondierung wert sind vor allem die Konzentration auf die Anfangsphase, das Hinausschieben der Phase II und die sehr schwache Verknüpfung beider Phasen durch eine bloße „Weiterverhandeln“-Klausel. Die SU nähert sich damit dem ursprünglichen westlichen Ansatz von 1973 – der weitere Schritte im MBFR-Prozeß von der erfolgreichen Durchführung einer ersten Phase sowjetisch-amerikanischer Anfangsreduzierungen abhängig machte<sup>9</sup> – und rückt somit ab von ihrem bisherigen Drängen auf eine „wasserdichte“ Verknüpfung aller späteren Reduzierungsverpflichtungen (im Klartext: der Bundeswehr) mit dieser ersten Phase.

Möglicherweise will die SU damit die Erörterung der für sie kritischeren Probleme einer Phase II (Datenklärung, Verifikation) hinausschieben. Gleichzeitig bewirkt sie damit aber auch, daß die Frage der Hauptreduzierungen durch alle Teilnehmer und die damit für sie und uns verbundenen Probleme (50%-Klausel, Reduzierungsquoten, Reduzierungsmodalitäten) nicht mehr wie in der bisherigen sowjetischen Verhandlungsführung im Vordergrund stehen. Dies bedeutet für uns eine gewisse Entlastung.

Insgesamt: Der sowjetische Vorschlag ist so nicht akzeptabel, er ist jedoch potentiell ein Ansatzpunkt, um ihn im Sinne eines zentralen westlichen Anliegens zu nutzen zu suchen, auch die Bereitschaft der SU zu einem ersten MBFR-Ergebnis auszuloten.

### 3) Weiteres Vorgehen

- Bei unseren Überlegungen müssen wir die Lage bei MBFR einbeziehen:
  - Angesichts der weit auseinanderliegenden Grundsatzpositionen beider Seiten zu Datenklärung und Verifikation bestehen so gut wie keine Chancen, daß sich beide Seiten in absehbarer Zeit über ein umfassendes „MBFR-Abkommen“ einigen könnten.
  - Die Dauer der Verhandlungen (über elf Jahre ohne sichtbares Ergebnis) wird zunehmend zu einer Belastung für die Glaubwürdigkeit der westlichen Bemühungen um ein MBFR-Ergebnis.
  - Auch die Entwicklung des konventionellen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa ist seit 1973 nicht zugunsten des Westens verlaufen.
  - Aber ein Abbruch der Verhandlungen kann für uns keine Option praktischer Politik sein.
- Wir sollten daher versuchen, die Verhandlungen möglichst bald mit einem (Zwischen-) Ergebnis abzuschließen, das
  - militärisch zu verantworten ist,
  - die Fortsetzung von MBFR nicht ausschließt, aber auch
  - Raum für neue Ansätze konventioneller Rüstungskontrolle läßt (beim KSZE-Folge treffen in Wien 1986<sup>10</sup> ist über ein Mandat für die 2. Phase der KVAE zu entscheiden),

<sup>9</sup> Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten legten am 22. November 1973 in Wien Rahmenvorschläge vor. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 386.

<sup>10</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz begann am 4. November 1986.

- in kritischen Fragen (Kollektivität, Verifikation, ausreichende Verstärkungsfähigkeit) unsere Position für künftige Verhandlungen nicht schwächt oder präjudiziert.
- Deshalb sollte der Westen den Vorschlag des Ostens ausloten und mit Gegenvorschlägen klären, ob der Osten tatsächlich an einem Hinausschieben derzeit unlösbarer Differenzen und an einem zugunsten westlicher Sicherheitserfordernisse modifizierten „Phase-I-Abkommen“ interessiert ist. (s. u. Ziff. 4).
- Ein solches MBFR-Ergebnis würde auch im Gesamtzusammenhang des Ost-West-Verhältnisses fruchtbar wirken.

#### 4) Einzelfragen

Westliche Gegenvorschläge müßten darauf gerichtet sein, vor allem

a) die mit dem östlichen „Freeze“-Konzept verbundenen Nachteile auszuschließen:

- Datenlosigkeit beim Freeze präjudiziert sowohl Datenklärung für eine Phase II als auch die westliche Grundsatzposition, wonach Rüstungskontrollverpflichtungen wirksamer Verifikation bedürfen;
- „nationale“ Begrenzungsverpflichtung behindert die sicherheitspolitische Flexibilität der Allianz und präjudiziert außerdem „nationale Festschreibungen“ für Phase II (Reduzierungen, Höchststärken);
- Einschluß von Waffen und Gerät behindert westliche Bemühungen, im konventionellen Bereich notwendige (auch durch sowjetische Modernisierung und Umstrukturierung notwendig gewordene) Verbesserungsmaßnahmen durchzuführen und Material für US-Verstärkungen in Europa bereitzuhalten. Dies ist weder in Phase I noch für Phase II akzeptabel;

b) eine befriedigende Lösung für „Ausnahmen“ vorsehen. Dabei wird es in der Allianz bei der Festlegung von Umfang und Modalitäten darauf ankommen, westliche Erfordernisse abzuwägen gegen die Möglichkeiten, welche der SU reziprok daraus erwachsen;

c) klarstellen, daß die Spezifizierung der Anfangsreduzierungen in „Kampftruppen“ nicht auf die Reduzierungen der anderen direkten Teilnehmer in einer Phase II übertragbar ist;

d) klarstellen, daß für Phase-II-Reduzierungen eine erfolgreiche Datenklärung unerlässlich ist;

e) hinsichtlich wirksamer Verifikationsregeln im westlichen Sinne positiv präjudizierend wirken. Hierfür bieten Lücken im sowjetischen Vorschlag sogar Anknüpfungspunkte:

- sowjetische und amerikanische Anfangsreduzierungen führen zu neuen „Streitkräftestärken“; deshalb ist eine spezielle Festlegung der USA und SU auf „Nichterhöhung“ über dieses neue Niveau erforderlich;
- die Einhaltung dieser Verpflichtung ist durch Verifikation der Abzüge allein (laut SU-Vorschlag) aber nicht zu gewährleisten. Vielmehr erfordert dies Vorkehrungen gegen Rückführung von Streitkräften (jedenfalls nicht temporäre, sondern zumindest ständige Kontrollpunkte, für Ein- und Ausreise – nicht nur für Abzüge).

Aufgabe der AHG wird es zunächst sein, durch kritisches Hinterfragen der östlichen Position, insbesondere zur Verifikationsfrage (e) und zum Freeze-Problem (a) und (b) zu erkunden, wo östliche Bereitschaft zur Bewegung besteht.

#### 5) Vorschlag für weiteres Vorgehen

Wir beabsichtigen, zunächst zusammen mit dem BMVg und der MBFR-Delegation Überlegungen zu entwickeln, wie den östlichen Negativpunkten entgegen gewirkt werden kann.

Die Ad-hoc-Gruppe in Wien hat in der ersten Analyse noch keine einheitliche Bewertung erreicht. Aus der amerikanischen Delegation gab es immerhin Anzeichen, daß der östliche Vorschlag – bei einer entsprechenden politischen Entscheidung in Washington – nicht aussichtslos sei. Wir sollten daher mit den USA, die bei der Struktur des östlichen Vorschlags besonders betroffen sind, bald konsultieren und diese Konsultationen anschließend mit den Briten erweitern.

Hartmann

VS-Bd. 11517 (221)

## 46

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

201-363.26-279/85 geheim

21. Februar 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Initiative des US-Präsidenten für Strategische Verteidigung (SDI);  
hier: Unterrichtung durch die USA im NATO-Rat am 14.2.1985<sup>4</sup>

Die amerikanische Unterrichtung gab im ABM-Teil beeindruckende und durch Satellitenaufnahmen untermauerte Informationen über Breite und Intensität der sowjetischen Anstrengungen zur Raketenabwehr. Nach amerikanischen Erkenntnissen kann die SU wahrscheinlich relativ kurzfristig ein große Teile ihres Territoriums schützendes Raketenabwehrsystem dislozieren, das gegen Mittelstrecken- und einen Teil der Interkontinentalraketen wirkt. Die vorhandenen sowjetischen Großradars würden die Früherkennungs- und Leitfunktion

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Lewalter und Hartmann konzipiert.

Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 27. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 27. Februar und erneut am 3. März 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert vorgelegen.

Hat Lewalter erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 26. Februar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 3. März 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 14. Februar 1985 vgl. auch Dok. 39.

für dieses System zusätzlich zu ihrer Funktion für den Moskauer ABM-Gürtel übernehmen können. Darüber hinaus wird die sowjetische Forschung im Bereich neuer Raketenabwehrtechnologien vorangetrieben. Bauvorhaben deuten entstehende sowjetische Fähigkeiten zum Lasereinsatz bis in große Höhen<sup>5</sup> an. Die SDI-Forschung bleibt am Ziel eines umfassenden Raketenabwehrsystems orientiert. Entscheidungen stehen nicht vor den 90er Jahren an. Die Forschung geht weiterhin auf ein Mehrschichtensystem aus, verfolgt parallel mehrere Möglichkeiten (Abfangraketen, Laser, Stationierung im Raum und auf der Erde) und umfaßt die Härtung der Systeme sowie mögliche Gegenmaßnahmen. Raketenabwehr gegen die Mittelstrecke (SS-20, SS-23) wird als möglich angesehen. Eine europäische Beteiligung ist erwünscht, ohne daß konkrete Vorstellungen vorhanden wären. Die SDI-Forschung soll den ABM-Vertrag respektieren<sup>6</sup>. Absprachen mit der SU werden nicht vor Abschluß der Forschungsphase, d.h. erst in den 90er Jahren, erwartet.

Der umfassende Charakter und der weite Zeithorizont der SDI sollten uns Gelegenheit geben, unsere europäischen Interessen gegenüber den derzeitigen amerikanischen Vorstellungen zum Tragen zu bringen.

II. 1) General Abrahamson, der Chef der SDI-Agentur, die Unterabteilungsleiter Dobbins vom State Department und Gaffney vom Pentagon sowie ein Experte des militärischen Nachrichtendienstes (DIA) unterrichteten am 14.2.1985 den NATO-Rat in Brüssel über SDI. Die Sitzung beanspruchte dank der lebhaften Beteiligung der Botschafter fast den ganzen Tag.

2) Das DIA-Briefing ging weit ausführlicher als bisherige Unterrichtungen auf die sowjetischen Anstrengungen im defensiven Bereich und speziell zur Raketenabwehr ein. Hervorzuheben sind folgende Aussagen:

a) Die sowjetischen Einrichtungen zur Raketenabwehr, zu denen auch das ABM-System um Moskau gehört, umfassen neun Satelliten und neun Großradars zur Start- und Früherkennung, zwei Großradars zur Gefechtsleitung und neun Großradars für die eigentliche Abfangoperation. Die Radars zur Früherkennung (115 m hoch, 500 m lang bzw. 20 m hoch, 600 m lang, „Hühnerstall“-Radar) und zur Gefechtsleitung (100 m hoch, 100 m lang, „Hundehütten“-Radar) haben gigantische Ausmaße. Die Kapazität der letzteren liegt weit über den Erfordernissen für den erlaubten Moskauer ABM-Gürtel von bis zu 100 „Galosch“-Raketen.

b) Das derzeit errichtete Großradar von Abalakowo = Krasnojarsk verletze den ABM-Vertrag, da es seinen Standort in der inneren SU habe und nicht nach außen gerichtet sei. (Der Vertrag gestattet neue Frühwarnradars nur an den Außengrenzen und nur, wenn sie nach außen gerichtet sind.) Die Sowjets behaupten, das Radar diene nicht ABM-Zwecken. Im Briefing wurden Bilder des Radars von Abalakowo und eines anderen Radars (bei Petschora) gezeigt, das nach sowjetischer Erklärung Teil eines erlaubten Frühwarnradars ist. Die Anlagen auf den Bildern waren identisch.

<sup>5</sup> Die Wörter „Bauvorhaben“ und „Lasereinsatz bis in große Höhen“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M. E. sehr schwer zu ‚deuten‘.“

<sup>6</sup> Der Passus „SDI-Forschung ... respektieren“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gemeint ist: US-Forschung nach ABM-Vertrag frei, aber: der Transfer von Forschungserkenntnissen (an andere, z.B. Europäer, die mitwirken wollen) ist nach ABM-Vertrag untersagt: Dieses Verbot soll respektiert werden. Vgl. S. 8.“ Vgl. Anm. 13.

c) Nach DIA-Erkenntnissen hat die SU schnell dislozierbare ABM-Systeme (in Verletzung des ABM-Vertrags) entwickelt. Gezeigt wurden Aufnahmen mobiler Radars zur Zielerfassung und zur Lenkung der ebenfalls gezeigten mobilen SA-X-12-Abfangraketen. Die Systeme hätten eine Doppelrolle (Luftverteidigung und ABM). Es seien Tests der SA-X-12 gegen ballistische Kurzstreckenraketen beobachtet worden. Damit habe die SU den technisch entscheidenden Schritt von der Flug- zur Raketenabwehr getan. Die Weiterentwicklung zum Einsatz gegen Raketen größerer Reichweite biete keine prinzipiellen Schwierigkeiten, so daß man der SA-X-12 Fähigkeiten gegen Mittelstreckenraketen und jedenfalls einige der Interkontinentalraketen (ICBM) zusprechen könne. Auf Frage wurde präzisiert, daß die SU wahrscheinlich die Kapazität zum Aufbau einer ABM-Abwehr in zusätzlichen 50 bis 100 Stellungen in zwei bis vier Jahren habe. Eine Produktion sei jedoch kaum feststellbar, so daß deren Dislozierung überraschend erfolgen könne; die Früherkennung und Gefechtslenkung könne durch die bereits aufgebauten Großradars erfolgen.

d) Die SU betreibt breite Forschung zur Nutzung von Laserstrahlen für ABM-Waffen. Gezeigt wurden Bilder der Saryschagan-Erprobungsanlage, in der früher Raketen für den Moskauer ABM-Gürtel getestet wurden und in der man jetzt Tests, von Gaslasern (ein bis sechs Megawatt) gegen feste Objekte beobachtet habe. Dort würden auch Laseroptiken zur Strahlenumlenkung erprobt. Gezeigt würden ferner Aufnahmen der Anlagen in Krasnaja (drei Meter dicke Wand deutet auf nukleargetriebenen Pumplaser), Kapustin Jar (Tests von Lasern für Luftabwehr), Schelkowo (Tests für luftgestützte Laser) und Tschernomorskoje (Laser zur Abwehr von Schiffszielraketen).

e) Laser sieht die SU auch für ASAT-Aufgaben vor. Seit den 70er Jahren kann sie mit Lasern niedriger Energie Sensoren stören. Einer im Bau befindlichen Anlage in 2000 m Höhe im Pamir-Gebirge bei Duschanbe wird angesichts der dort installierten hohen Energie eine ASAT-Funktion zugeschrieben. Ein solches System wäre weit fortgeschrittener als das seit etwa 1973 einsatzfähige co-orbitale (Satellit gegen Satellit) ASAT-System der SU und dem von den USA bisher nur auf Komponentenbasis getesteten Abfangsystem zumindest ebenbürtig.

3) General Abrahamson stellte klar, Ziel der Administration sei weiterhin die Erforschung der Möglichkeiten für ein umfassendes, aus mehreren Schichten bestehendes Raketenabwehrsystem, das die Verbündeten einbeziehe und auch den Schutz der Zivilbevölkerung bezwecke. Das SDI-Forschungsprogramm soll erste Entscheidungen in den frühen 90er Jahren möglich machen, evtl. für ein vorläufiges System, das später weiterentwickelt werden müsse. Es gebe in der Administration keine Erwägungen, sich vorzeitig auf bestimmte Optionen zu konzentrieren (Schutz von Stellungen und Kommandozentralen) oder Teile des Abwehrsystems vorzuziehen. So strebe die Administration ein Raketenabwehrsystem auf der Basis vorhandener Technologie bereits für das Ende dieses Jahrzehnts nicht an, gleich was hierüber auch von Einzelpersonlichkeiten (Anspielungen auf Kampelman-Artikel<sup>7</sup>) geschrieben werde. Abrahamson hob folgende Einzelheiten seines Programms hervor:

<sup>7</sup> Vgl. den Artikel von Zbigniew Brzezinski, Robert Jastrow und Max M. Kampelman: „Defense In Space Is Not ‚Star Wars‘“; THE NEW YORK TIMES MAGAZINE vom 27. Januar 1985, S. 28 f., 46, 48 und 51.

a) Man befasse sich mit der Bekämpfung ballistischer Raketen in allen Flugphasen. Die Antriebsphase – fünf Minuten bei SS-18, 200 sec bei MX, 65 sec bei Raketen kürzerer Reichweite – biete Vorteile wegen der deutlichen Signatur der Rakete und der größeren Vernichtungschance vor der Trennung von Gefechtskopf und Rakete. Für die mittlere Flugphase untersuche man Verfahren zur Unterscheidung von Gefechtsköpfen und Täuschkörpern etwa mittels der geringeren Wärmestrahlung des letzteren.

b) Zur Bekämpfung von Mittelstreckenraketen sehe man gute Möglichkeiten. Die SS-20 habe 130 sec Brenndauer und fliege in der mittleren Flugphase höher und langsamer als die SS-18, die SS-23 habe 65 sec Brenndauer und bis 100 km Bahnhöhe. Im Prinzip seien gegen beide sowohl Satelliten als auch Raketen einsetzbar, bei SS-23 werde man sich allerdings wahrscheinlich primär auf eine höhere Konzentration der Abfangwaffen in der Endphase stützen müssen. Zur Früherkennung von Mittelstreckenraketen teste man Infrarotteleskope, die auf Flugzeugen stationiert würden und weit in den Raum sehen könnten. Nach amerikanischen Berechnungen würden vier solcher Flugzeuge ganz Westeuropa abdecken. Ihre Dislozierung gerade in Krisenzeiten würde Entschlossenheit zeigen und zugleich jedem Vorwurf aggressiver Absichten entgegengehen.

c) Die Entwicklung von Abfangraketen gehe weiter. Man baue auf dem Homing-Overlay-Experiment auf, bei dem eine Rakete 400 Meilen vom Start der Abfangwaffen und 200 Meilen über der Erde durch Kollision zerstört – „pulverisiert“ – wurde, so daß die Reste in der Atmosphäre verglühten. Mit diesem Abfangverfahren würde<sup>8</sup> auch ein nuklearer Gefechtskopf zerstört<sup>9</sup>. Man arbeite ferner an schnellstartenden kleinen Billigraketen. Der erste Test über kurze Distanz werde im Mai 1985 stattfinden; eine Rakete für längere Distanz müsse noch entwickelt werden. Die Billigrakete könne sowohl zum Abfangen von Kurzstreckenraketen wie auch zur Bekämpfung der ICBM in der Antriebsphase von Satelliten aus verwandt werden. Bei dieser Variante biete die Erforschung der schnellen Präzisionssteuerung ein besonderes Arbeitsgebiet. Auch überlege man, Abfangraketen mit extrem schnellen Tochterwaffen auszustatten, um mehrere nukleare Gefechtsköpfe im Begegnungsflug treffen zu können. Bei allen diesen Varianten versuche man sich darauf einzustellen, daß die nuklearen Gefechtsköpfe mit Selbstzündevorrichtungen für den Fall der Kollision ausgestattet würden, die es durch extreme Schnelligkeit des Abfanggeschosses zu überwinden gelte. Man erforsche generell die Möglichkeit, eventuelle Selbstzündevorrichtungen nuklearer Gefechtsköpfe zu überwinden.

d) Die Nutzung von Lasern zur Raketenabwehr werde weiter untersucht. Man baue auf früheren Tests der Marine auf, bei denen ein Teil eines Flugkörpers in drei Sekunden weggebrannt worden sei. Seitdem habe man die Leistung um den Faktor Drei verbessert. Eine Apparatur zur Lenkung von Laserstrahlen sei im Bau. Weitere Probleme für den Einsatz vom Boden aus seien der Bau von Spiegeln und die zur Durchdringung der Atmosphäre erforderliche hohe Lei-

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wurde“.

<sup>9</sup> Die Wörter „nuklearer Gefechtskopf zerstört“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „d. h. es kommt nicht zur Kern-Explosion“.

stung. Hier habe man bei der Verbilligung Fortschritte gemacht: mit Xenonfluorid-Lasern erziele man statt früher 10000 Dollar/Joule jetzt 50 Dollar/Joule; Ziel sei 5 Dollar/Joule. Xenonfluorid-Laser teste man jetzt auch gegen Kompositstoffe, um Abstrahlschutzschichten überwinden zu können. Ferner würden Kleinlaser erforscht (zur Raumstationierung); dabei sei es gelungen, den Tank einer Rakete in Sekunden zu durchbrennen. Bei dieser Lösung gehe man überschlägig von einem Bedarf von 100 Lasern aus. SDI-Kritiker (Concerned Scientists) nähmen nach früher weit höheren Schätzungen (2400) heute die gleiche Größenordnung an.

e) Ferner werden Partikelstrahlen auf ihre Verwendbarkeit in Raketenabwehrwaffen untersucht. Sie dringen tief in Metalle ein, könnten gehärtete Gefechtsköpfe durchdringen und deren Selbstzündemechanismus zerstören. Amerikanische Versuche in Los Alamos bauen auf publizierten sowjetischen Forschungsergebnissen auf. Ziel ist zunächst Verkleinerung der Anlage um den Faktor 100, dann Test im Vakuum. Auch an Hochgeschwindigkeitsgeschossen wird weitergearbeitet (auf der Basis deutscher Forschung aus dem Zweiten Weltkrieg). Die Beschleunigung durch Magnetfelder soll eine Geschwindigkeit von 10 km/sec bei zehn Schuß/sec ergeben.

f) Parallel zur Forschung nach möglichen Abwehrwaffen läuft die Forschung zur Härtung der Komponenten: etwa Keramik zur Härtung von Satelliten; Manövrierfähigkeit und Selbstverteidigung der Satelliten; Schutz der Elektronik gegen den elektromagnetischen Impuls, den Nuklearexplosionen in großer Höhe auslösen. Dem Studium möglicher Gegenmaßnahmen gegen die Raketenabwehr habe sich die Fletcher-Kommission gewidmet. Nach den Untersuchungsergebnissen gehe man davon aus, daß ein mit verschiedenen Verfahren arbeitendes System notwendig sei, um Gegenmaßnahmen zu überwinden. Weitere Anstrengungen gelten der Miniaturisierung, der Verbilligung der Transporte in den Weltraum und der Stromerzeugung (Nuklearreaktoren) im Weltraum.

4) Die Frage europäischer Beteiligung an SDI wurde seitens verschiedener NATO-Botschafter (B<sup>10</sup>, NL<sup>11</sup>) aufgeworfen. Abrahamson und Gaffney betonten, daß die Administration eine Mitwirkung von „European talent“ an SDI begrüßen würde, und hoben in diesem Zusammenhang die entsprechende Bemerkung des Bundeskanzlers bei der Wehrkundetagung<sup>12</sup> positiv hervor. Sie gaben aber gleichzeitig zu erkennen, daß amerikanische Entscheidungen zur Kooperation mit den Europäern bzw. zum technologischen Beitrag, den sie leisten könnten, erst noch ausgearbeitet werden müßten und daß in diesem Zusammenhang auch die Beschränkungen des ABM-Vertrages (d.h. Art. IX, Weitergabeverbot) zu beachten seien; die entsprechenden Implikationen bedürften eingehender juristischer Prüfung.<sup>13</sup> Andererseits gebe es aber auch noch keine Äußerungen seitens europäischer Verbündeter, wie sie ihre Möglichkeiten zur Mitwirkung einschätzten.

<sup>10</sup> Juan Cassiers.

<sup>11</sup> Jaap de Hoop Scheffer.

<sup>12</sup> Zur Rede des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 in München vgl. Dok. 39, Anm. 16.

<sup>13</sup> Der Passus „eine Mitwirkung von ‚European talent‘ ... juristischer Prüfung“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 6.

5) Die Stellung von SDI im West-Ost-Verhältnis, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle und Auswirkungen von SDI für die Strategie des Westens wurden von Abrahamson und Dobbins weniger eingehend behandelt.

a) Sie gingen davon aus, daß die SU den ABM-Vertrag als ein Mittel angesehen habe, um die USA am Aufbau eines umfassenden ABM-Systems zu hindern. Den dauernden Verzicht auf Raketenabwehrsysteme habe die SU kaum im Sinn gehabt, auch das Konzept der beiderseitigen gesicherten Zerstörungsfähigkeit habe sie mit dem ABM-Vertrag nicht akzeptiert. Solange die Realisierbarkeit von SDI nicht erwiesen sei, werde die SU zu Entgegenkommen kaum bereit sein. Sie werde aber ihrerseits gezwungen sein, von einer Offensiv- auf eine Defensivrüstung überzugehen, wenn die USA mit SDI Kosteneffizienz in dem Sinne erreichten, daß für die SU ein Raketenangriff unerschwinglich sei (notwendige Vermehrung der Gefechtsköpfe um den Faktor 100 zur Zielabdeckung).

b) Die laufenden SDI-Programme verletzen den ABM-Vertrag nicht. Eigens hierfür geschaffene Ausschüsse überwachten ständig alle Programme auf ihre Übereinstimmung mit dem Vertrag. Zu den rüstungskontrollpolitischen Perspektiven verwies Dobbins auf den kürzlichen Vortrag Dams: Zunächst strebe man eine substantielle Verringerung der Kernwaffen<sup>14</sup> an. In einer zweiten Phase in den 90er Jahren könnten Abwehrsysteme eingeführt werden, wenn die Untersuchungen dies rechtfertigten; parallel dazu seien die Nuklearwaffen weiter zu reduzieren mit dem Ziel deren völliger Abschaffung.

c) Das Raketenabwehrsystem verstärke die Abschreckung, indem es die Zweitschlagsfähigkeit sichere. Es mache zudem den Einsatz von Nuklearraketen sinnlos. Ein Schutz vor anderen Nuklearwaffen (z. B. Cruise Missiles) sei Ziel eines nachrangigen Programms (SDI 2000), für das man sich von SDI positive Erkenntnisse erhoffe.

Eine mögliche destabilisierende Wirkung aufgrund der Automatik des Abwehrsystems ist offenbar Gegenstand besonderer amerikanischer Überlegungen. Abrahamson erläuterte, bei einem Mehrschichtensystem könne man die Empfindlichkeit der ersten Schicht (Antriebsphase) geringer wählen, so daß das System in dieser Schicht nur beim gleichzeitigen Start einer großen Zahl von Raketen ausgelöst wird. Fragen nach amerikanischen Vorstellungen über die Abwehr konventioneller Bedrohung unter Verzicht auf nukleare Abschreckung ließen Abrahamson und Dobbins unbeantwortet.

### III. Wertung

Die Unterrichtung zeigte einmal mehr, daß das SDI-Programm äußerst breit angelegt ist. Es umfaßt Vorstellungen und Techniken, die auch Gegenstand intensiver sowjetischer Anstrengungen sind. Offenbar belegen die Erkenntnisse über die Forschungen in der SU nicht nur den in der Unterrichtung dargestellten beeindruckenden Entwicklungsstand: sie scheinen auch zu ergeben, daß der SU kein Durchbruch gelungen ist, noch ein solcher unmittelbar bevorsteht.

<sup>14</sup> Die Wörter „substantielle Verringerung der Kernwaffen“ wurden von Legationsrat I. Klasse Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Der Haken daran ist, daß die SU als Reaktion auf SDI einer großen Versuchung zur Multiplizierung ihrer ICBM-Sprengköpfe ausgesetzt sein wird, also das Gegenteil einer Verringerung.“



Darauf deutet die amerikanische Absicht hin, Entscheidungen erst Anfang der 90er Jahre zu fällen.

In dieser Situation nehmen sich die USA die Zeit zu einer umfassenden Forschung. Mögliche Systeme sollen bezüglich ihrer technischen Realisierbarkeit, ihrer Kosteneffizienz im Verhältnis untereinander und zu den Angriffswaffen und der Möglichkeiten von Härtung und Gegenmaßnahmen geprüft werden, ehe über die Entwicklung einer Raketenabwehr entschieden wird.

Die Ablehnung kurzfristiger Lösungen scheint nicht taktisch motiviert, sondern als Arbeitsgrundlage voll akzeptiert. Dies ist keine Versicherung gegen ein Vorziehen von Einzelmaßnahmen vor allem im Fall entsprechender sowjetischer Maßnahmen, doch dürften jedenfalls für die Regierungszeit Reagans solche Entscheidungen nicht anstehen.

Auch die Frage europäischer Beteiligung ist offensichtlich weniger aktuell, als die Äußerungen VM Weinbergers<sup>15</sup> dies andeuteten. Hier dürfte im Augenblick in erster Linie die politische Unterstützung der Europäer für SDI gefragt sein.

Andererseits gibt der langfristige und umfassende Ansatz der SDI uns Europäern Zeit und Möglichkeiten, unsere Interessen zum Tragen zu bringen. Wir werden nicht nur gegen die Abwertung der Abschreckungsstrategie angehen, sondern auch darauf dringen müssen, daß die Abwehr der sowjetischen Gesamtbefrohung Maßstab westlicher Verteidigungsentscheidungen bleibt.

Hartmann      Pfeffer

**VS-Bd. 12042 (201)**

<sup>15</sup> Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger antwortete am 19. Dezember 1984 in Washington im Anschluß an eine Erklärung zu SDI vor ausländischen Journalisten auf die Frage nach den Aussichten einer Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten und Japan: „We need all the help we can get on this. This is a massive task [...] and I have very high hopes that there will be a strong worldwide movement to join in trying to work together on this technology and research and development program“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5489 des Gesandten Wallau, Washington, vom 21. Dezember 1984; Referat 201, Bd. 151240.

Brigadegeneral Steinkopff, Washington, berichtete außerdem am 10. Januar 1985, daß Weinberger bei einem Besuch des CDU-Abgeordneten Todenhöfer auf dessen Frage nach „einer deutschen Beteiligung an der Forschungsarbeit“ zu SDI erklärt habe: „I could imagine a situation in which we're most interested in German skills.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; VS-Bd. 11317 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi

VS-NfD

22. Februar 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Premierminister Craxi am 22. Februar 1985

Dauer des Gesprächs: 9.30 bis 11.30 Uhr.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Staatssekretär Ruhfus und MDg Stabreit als Note-taker, Frau Bouverat als Dolmetscherin;

Teilnehmer auf italienischer Seite: der Generalsekretär des Außenministeriums, Botschafter Ruggiero, und Herr Antonio Badini, diplomatischer Berater des Premierministers.

Der *Bundeskanzler* stellt einleitend klar, daß Presseberichte, wonach die CDU Auftreten Präsident Pertinis vor dem Europäischen Parlament am 8. Mai dieses Jahres hintertrieben habe<sup>2</sup>, mit der Wahrheit nichts zu tun hätten. Der Bundeskanzler erläutert Vorgänge im Zusammenhang mit Staatsbesuch Präsident Reagans in der Bundesrepublik<sup>3</sup> und seinem Auftreten vor dem Europäischen Parlament.

PM *Craxi* spricht SDI an. Er sei mit der Position des Bundeskanzlers<sup>4</sup> einverstanden.

*Bundeskanzler* antwortet, es handele sich um eine gespenstische Diskussion. Vorläufig gebe es keine offizielle Einladung der USA, an SDI teilzunehmen. Ein erster Schritt werde ja wohl sein müssen, daß die USA an uns heranträten und uns ihre Vorstellungen zu einer Teilnahme erläuterten. Er unterscheide

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 25. Februar 1985 gefertigt und am folgenden Tag „mit der Bitte um Genehmigung“ sowie um „Genehmigung der Weiterleitung an Bundesminister Genscher“ über Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet.

Hat Teltschik am 27. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „erl[edigt].“

Hat Staatssekretär Schreckenberger, Bundeskanzleramt, vorgelegen, der zur Übermittlung an Genscher handschriftlich vermerkte: „Gem[äß] Rücksprache mit Frau Weber genehmigt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> In der Presse wurde berichtet, daß Staatspräsident Pertini es abgelehnt habe, Anfang Mai vor dem Europäischen Parlament zu sprechen: Er wolle nicht der „Subdiakon“, sprich Stallknecht, des amerikanischen Präsidenten Reagan sein. [...] Die deutschen Christlichen Demokraten hätten nach Angaben Pertinis etwas dagegen gehabt, daß er dort die Gedenkrede zum Ende des Zweiten Weltkriegs halte.“ Zum Hintergrund wurde erläutert, daß Pertini auf Einladung des Europäischen Parlaments am 9. Mai 1985 eine Rede zum 35. Jahrestag des Schuman-Plans hätte halten sollen. Diese Idee sei dann in den Sog des 40. Jahrestags des Kriegsendes am 8. Mai geraten, aus dessen Anlaß Präsident Reagan in Straßburg sprechen werde. Vgl. den Artikel „Pertini läßt seinem Unmut freien Lauf“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Februar 1985, S. 5.

<sup>3</sup> Im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 fand bis zum 6. Mai 1985 ein Besuch des Präsidenten Reagan in der Bundesrepublik statt.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 auf der Internationalen Wehrkundetagung in München; Dok. 39, Anm. 16.

zwischen dem militärischen und dem wirtschaftlich-technologischen Aspekt von SDI. In der jetzigen Diskussion werde der militärische Aspekt überbewertet; der wirtschaftlich-technologische Aspekt dagegen unterbewertet. Es sei sein Eindruck, daß die Sowjetunion den wirtschaftlich-technologischen Aspekt weit höher einschätze, als dies nach außen in Erscheinung trete. Auf der Münchener Wehrkundetagung habe er mit dem amerikanischen Physiker E. Teller gesprochen. Was die Zeitpläne angehe, habe Teller ihm gesagt, man stehe erst in den ersten Anfängen. Im Prinzip seien die Dinge machbar. Bevor man aber eine richtige seriöse Entscheidung treffen könne, würden drei bis vier Jahre vergehen. Was die militärische Seite angehe, so müsse man der Sowjetunion sagen, daß nunmehr drei Jahre Zeit bestünden, zu Abmachungen zu kommen, die ein solches System überflüssig machten. Andererseits sei zu sehen, daß die Existenz des Projektes die Sowjetunion an den Verhandlungstisch geführt habe. Wenn das Projekt einmal auf dem Tisch liege, sollten die vier größeren europäischen Staaten vor allem die wirtschaftliche Seite nicht aus den Augen verlieren. Herr Teller habe ihm gesagt, 90 % der denkbaren neuen Erfindungen, Anwendungen und Patente würden binnen zehn Jahren in die praktische Nutzung der zivilen Wirtschaft gehen können. In bezug auf die Telekommunikation sei man auf revolutionären Wegen. Für uns würde sich dann in Europa die Frage stellen, wie es weitergehen soll. Zur Zeit lägen die Amerikaner in diesem Bereich vorn, die Japaner etwas zurück, die Europäer noch weiter zurück. Wenn die USA dies alleine machten, würden sie den Abstand selbst zu den Japanern, ganz zu schweigen von Europa, erheblich vergrößern. Er, der Bundeskanzler, wolle darüber auch mit Präsident Mitterrand sprechen. Wir könnten uns allerdings nur an den Forschungsarbeiten beteiligen, wenn wir den gleichen vollen wirtschaftlichen Zugang zu den Ergebnissen bekämen. Es dürfe kein Zweiklassensystem geben, nach dem die Amerikaner über alles verfügten und die Europäer in Leibeigenschaft blieben. (Hier wirft PM Craxi ein: reiche Leibeigene!) Er sehe hier eine große Chance, wenn wir unsere Entscheidung mit kühlem Kopf trafen und nicht aus Emotionen heraus Politik machten. Die Amerikaner würden SDI weiterbetreiben. Die dafür eingesetzten finanziellen Mittel seien enorm. Verteidigungsminister Weinberger habe im Budget des Pentagons für die Forschung so viel Mittel, wie die Bundesrepublik insgesamt für ihre Verteidigung aufbringe. Auch mit diesen Mitteln würde die amerikanische Wirtschaft subventioniert. Diese Art von Subventionen sei besser als die, die wir für Stahl in Europa ausgeben, weil es sich um Zukunftsinvestitionen handele. Was die Europäer anbetreffe, so sollten wir, bevor wir irgendwelche Schritte unternähmen, intensiv miteinander sprechen. Es habe keinen Sinn, dies auf der EG-Ebene zu tun. Die wirklichen Entscheidungen lägen bei drei oder vier Ländern. Er habe nichts dagegen, daß andere Länder mitmachten, aber drei oder vier Länder bestimmten die Entscheidungen, und wenn die zusammengingen, so sei es besser.

Premierminister *Craxi* äußert, Italien habe von vornherein gesagt, es sei bereit, die amerikanischen Vorstellungen zu prüfen und Überlegungen in dieser Richtung zu vertiefen. Man habe italienischerseits keinerlei Mißtrauen gegen die amerikanischen Pläne, überrascht habe in Italien die Haltung der Franzosen.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Zur französischen Haltung zum amerikanischen SDI-Programm vgl. Dok. 1, besonders Anm. 10 und 11.

Der *Bundeskanzler* äußert, man müsse mit Präsident Mitterrand sprechen. Wahrscheinlich habe man in Paris die wirtschaftlichen Aspekte noch nicht durchdacht. Er wisse nicht, wie die Japaner sich einstellen würden, doch würde es ihn nicht wundern, wenn sie plötzlich dabei seien.

Premierminister *Craxi* äußert, SDI stelle ein ungeheures Problem für die Genfer Verhandlungen<sup>6</sup> dar. Es gebe drei Körbe bei diesen Verhandlungen, zwei seien gefüllt, in einem liege nur ein Projekt. *Bundeskanzler* erläutert, er glaube trotzdem, daß in Genf eine gute Chance gegeben sei. Präsident Reagan habe jetzt zwei Jahre Zeit, dann werde wieder gewählt<sup>7</sup> und danach gehe es schon auf die „Primaries“ los. Er habe allen Anlaß anzunehmen, daß Präsident Reagan versuchen werde, in zwei Jahren zu einem Ergebnis zu kommen. Er habe sich als Präsident drei Sachen vorgenommen: Er wolle die USA wirtschaftlich gesunden lassen. Er wolle dem Land sein Selbstvertrauen zurückgeben, und er wolle sich, wenn er das einmal so sagen dürfe, in das Buch der Geschichte als Friedensfürst einschreiben. Bei dem Besuch, den Außenminister Shultz und Frau ihm, dem Bundeskanzler, in seinem Privathaus abgestattet hätten<sup>8</sup>, habe man auch darüber gesprochen. Shultz habe ihm berichtet, daß er eigentlich nicht mehr in Washington habe bleiben wollen. Er sei geblieben auf Bitte des Präsidenten, um diese Geschichte noch etwas weiter voranzubringen. Die Frage sei, was der Kreml tun werde. Er wolle den Sowjets keine Böswilligkeit unterstellen, aber es sei die Frage, ob sie handlungsfähig seien. Es sehe doch ganz so aus, als ginge es nicht mehr lange mit Tschernenko.

Premierminister *Craxi* äußert, am Dienstag werde Gromyko nach Rom kommen.<sup>9</sup> Man werde versuchen, etwas aus ihm herauszubekommen. Im Moment sei Präsident Reagan der „König Superdollar“.

*Bundeskanzler* äußert, die Stärke des Dollar sei auch für die Amerikaner eine ambivalente Geschichte.

PM *Craxi* führt aus, eben dies sei unser Problem. Wie werde sich die amerikanische Industrie verhalten, um sich zu schützen? Für uns Europäer schaffe die Dollaraufwertung ein *do ut des*; auf der einen Seite gäben wir etwas, auf der anderen Seite bekämen wir aber auch etwas. Die italienischen Exporte in die USA hätten früher sieben Prozent des gesamten Exports ausgemacht, jetzt zwölf Prozent. Wie die USA gegenüber einer derartigen Invasion standhalten könnten, das frage er sich.

Das Problem sei, wie wir jetzt die Entwicklung Europas beschleunigen könnten. Er nehme an, daß die Ohren des Bundeskanzlers in den letzten Tagen mehrfach geklungen hätten.

Der *Bundeskanzler* erwidert, unsere Wirtschaftslage sehe er positiv. Wir würden wohl die Inflationsrate halten können. Die Auftragslage sei zufriedenstellend. Unser Problem sei und bleibe die Arbeitslosigkeit. Die jetzigen Ziffern seien

<sup>6</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>7</sup> Am 4. November 1986 fanden in den USA Teilwahlen zum Senat und zum Repräsentantenhaus sowie für die Gouverneursämter statt.

<sup>8</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz und seine Frau besuchten das Ehepaar Kohl am 15. Dezember 1984 in Oggersheim.

<sup>9</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 25. bis 27. Februar 1985 in Italien auf.

zwar wegen des harten Winters irreführend. Er sei aber keineswegs bereit, alles auf den Winter zu schieben. Es gebe schwere sektorale und regionale Probleme. Die Bauindustrie sei viel zu groß dimensioniert, da ganz einfach das Land aufgebaut sei und ein Bedarf für eine Industrie dieser Dimension nicht mehr bestehe. Wir könnten auch nicht ständig neue Wohnungen und Straßen bauen, ohne daß ein entsprechender Bedarf vorhanden sei. Es gebe jetzt einen gewissen Bedarf bei der Sanierung alter Stadtkerne. Dies sei jedoch ein äußerst teures Unterfangen. Außerdem hätten wir ein unvernünftiges Sozialsystem. Es koste so viel Geld, einen Arbeiter zu entlassen, daß die heutige Praxis so sei: Insbesondere in der mittelständischen Industrie habe man zum Teil gute Aufträge, und die Betriebe könnten Neueinstellungen vornehmen. Der Chef gehe dann zum Betriebsrat und sage, man wolle die jetzt vorhandenen guten Aufträge über Überstunden abwickeln. Gäbe es später weniger Aufträge, so brauche man niemanden zu entlassen. 1984 sei für die deutsche chemische Industrie ein Rekordjahr gewesen. Auch 1985 lasse sich sehr gut an. Es seien jedoch nur 10 000 Leute eingestellt worden. Die Gewerkschaften spielten dieses Spiel mit. Seit dieser Woche gebe es eine ganz wilde Diskussion über einen Gedanken, der vom Arbeitsminister<sup>10</sup> ins Spiel gebracht worden sei. Dieser habe darauf hingewiesen, daß bei den teuren Maschinen in Betrieben, die kontinuierlich arbeiten müßten, auch daran gedacht werden könne, am Samstag und Sonntag zu arbeiten, gleichsam eine dritte Schicht einzulegen. Es habe ein großes Geschrei gegeben, doch sagten viele Leute: „Warum eigentlich nicht?“ Es gebe schon jetzt vereinzelt Regelungen, bei denen die Arbeiter drei Tage, darunter am Sonnabend/Sonntag arbeiteten und dafür vier Tage frei bekämen. Durch die hohen Wochenendzuschläge kämen sie auf das gleiche Einkommen.

Unser System sei sehr starr. Wir hätten nur 4 % Halbtagsarbeit (job sharing), Schweden 16 %. Gerade hier lägen für Frauen große Chancen. Wir gingen davon aus, daß von rund 2 1/2 Millionen Arbeitslosen 600 000 Halbtagsarbeit suchten. Im übrigen würden wir in fünf Jahren jeden arbeitsfähigen Bürger brauchen, da die demographische Kurve so steil nach unten zeige. Wir würden dann sogar über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sprechen müssen. Premierminister *Craxi* wirft hier ein, in Italien habe die Regierung nur einen Hinweis in dieser Richtung gegeben, schon habe es fast eine Revolution darüber gegeben.

Der *Bundeskanzler* verweist auf die Notwendigkeit, die Wehrdienstzeit zu verlängern, um 1990 die Gesamtstärke der Bundeswehr halten zu können.<sup>11</sup> Wir würden von 15 auf 18 Monate gehen. Es sei sehr interessant, daß es über diese Entscheidung in Deutschland keinen Aufruhr gegeben habe. Er habe das allerdings von vornherein vermutet.

Premierminister *Craxi* erkundigt sich nach der deutschen Wachstumsrate. *Bundeskanzler* führt aus, daß die Regierung in ihren Vorhersagen sehr vorsichtig geblieben sei. Man könne mit einem Wachstum von 2,5 bis 3 % im Jahr 1985 rechnen. Der Aufschwung setze sich fort, langsam und kontinuierlich, was ihm an sich lieber sei als große Sprünge.

<sup>10</sup> Norbert Blüm.

<sup>11</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984 über die Verlängerung der Wehrpflicht vgl. Dok. 4, Anm. 9.

Premierminister *Craxi* antwortet, in Italien habe man ein großes Interesse an einer substantiellen Weiterentwicklung des deutschen wirtschaftlichen Aufschwungs.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, am 1.1.1986 werde die erste Rate der Steuerreform<sup>12</sup> in Kraft treten und den Bürgern 12 Mrd. DM Erleichterung bescheren. Dies sei auch für Italien wichtig. Insgesamt umfasse die Steuerreform 22 Mrd. DM. Eine zweite Tranche trete am 1.1.1988 in Kraft. Jetzt seien in erster Linie Familien mit Kindern und Menschen mittleren Einkommens begünstigt. Dies werde sicher im Fremdenverkehr und in der Konsumgüterindustrie Wirkungen zeigen.

Premierminister *Craxi* weist darauf hin, die Wachstumsrate der italienischen Wirtschaft sei 1984 höher als vorgesehen gewesen. Die offiziellen Statistiken sprächen von 2,8%, sagten aber nie die Wahrheit, vermutlich liege das Wachstum höher. Die Aufgabe sei es jetzt, den Aufschwung zu konsolidieren. Die Lage des italienischen Außenhandels auf dem europäischen Markt habe sich jedoch verschlechtert. Hier sei man defizitär. Es habe 1984 fast eine Verdoppelung des Defizits stattgefunden. Dies stehe auch im Zusammenhang mit dem inneren Aufschwung, da man mehr Rohstoffe importiert habe und die Lager aufgefüllt habe. Allerdings beziehe Italien für 1500 Mrd. Lire mehr landwirtschaftliche Produkte als auf dem Weltmarkt, wo die Preise bekanntlich billiger seien.<sup>13</sup>

Der *Bundeskanzler* fragt, wie Premierminister *Craxi* die Chancen der Erweiterung<sup>14</sup> beurteile.

PM *Craxi* antwortet, man müsse weitermachen, da man sonst politische Entscheidungen weittragender Natur riskiere. Er sei soeben in Madrid gewesen. Er habe dort verstanden, daß die Fischereifrage in Spanien sofort in nationalistische Reaktionen umzuschlagen drohe.<sup>15</sup> Wir stünden damit in der Gefahr einer Ablehnung des EG-Angebots durch Spanien. Er sei im übrigen der Auffassung, daß die hier gegen Spanien aufgebauten Hindernisse ungerechtfertigt seien. Spanien habe in den europäischen Gewässern lediglich 300 Boote, in den marokkanischen Gewässern allein über 1000. Spanien fische nur 10% des europäischen Fischaufkommens. Der Gesamtwert der jetzt noch streitigen Fischmenge betrage lediglich 150 Mio. DM. Man könne nicht verlangen, daß ein Land seine Fischfangflotte um 40% reduziere, gleichzeitig aber hinnehmen müsse, daß jede Erhöhung der zulässigen Fänge nur zugunsten seiner Partner gehen

<sup>12</sup> Die Bundesregierung verabschiedete am 18. Dezember 1984 den Entwurf eines Gesetzes zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie, das zu Steuerentlastungen im Umfang von 20,2 Mrd. DM führen sollte. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 13–25.

Für den Wortlaut des Gesetzes vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1162.

<sup>13</sup> So in der Vorlage.

<sup>14</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 14, Anm. 14–16.

<sup>15</sup> Über die Gespräche des Ministerpräsidenten *Craxi* am 16. Februar 1985 in Madrid teilte das italienische Außenministerium den Botschaften der EG-Mitgliedstaaten in Rom am 22. Februar 1985 mit, *Craxi* habe „festgestellt, daß Spanien die bisherigen EG-Vorschläge immer noch als diskriminierend ansieht, vor allem wegen der von der EG geforderten Länge der Übergangsfristen und der Spaniens abverlangten Reduktion seiner Fischereiflotte. Aber auch im Agrarbereich kritisierten Spanier die vorgesehenen Marktmechanismen, besonders bei Milchpulver, Schweinefleisch (Gesundheitsprobleme), Zucker, Südfrüchten und Gemüse und nicht zuletzt Olivenöl und Wein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 269 des Gesandten Schaad, Rom, vom 25. Februar 1985; Referat 200, Bd. 129602.

solle. Spanien sei die drittgrößte Fischereination nach der Sowjetunion und Japan und habe den höchsten Fischverbrauch per capita in Europa. Die Fischerei sei ein sehr hartes Handwerk, das heute kaum noch jemand ausüben wolle. Nur die Spanier seien bereit, als Fischer auf See zu gehen, und dies erkläre zum Teil die Größe ihrer Flotte. Die Spanier sagten uns: Ihr hindert uns daran, Fische zu fangen, die wir selber essen wollen, und zwingt uns, Fische zu importieren, die ihr fangt. Es handele sich letztlich um eine überaus heikle politische Frage. Außenminister Andreotti habe jetzt, um weiterzukommen, eine Art von Konzil von Trient vorgeschlagen.<sup>16</sup> Wenn Deutschland behilflich sei, könne man vielleicht zu einem Abschluß kommen, sonst stehe man vor einer gefährlichen Krise.

Auf Bitten des Bundeskanzlers führt Staatssekretär *Ruhfus* aus, wir teilten die Auffassung, daß die Fischereifrage zur Zeit das schwierigste Problem im Rahmen des Beitritts darstellte. Wir hätten eine mit dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Dänemark und Irland abgestimmte Linie, weil wir gleichzeitig über Nordsee, Kattegat und Skagerrak im Fischfang mitbetroffen seien. Wir seien auf die Zusammenarbeit mit anderen Ländern, auch im Hinblick auf den Fischfang z.B. vor den amerikanischen Küsten, angewiesen. In diesem Kreise versuchten wir, für eine aufgeschlossene Haltung einzutreten. Als eine realistische Ausgangsbasis bezeichnet Staatssekretär *Ruhfus*, im Gegensatz zu ihren letzten Vorschlägen, die Vorschläge der Kommission vom Dezember, die erweitert werden müßten.<sup>17</sup>

Der *Bundeskanzler* versichert, er werde tun, was er könne, um hilfreich zu sein. Es sei eine Katastrophe, wenn man zum 1.1.1986 nicht zu einem Ergebnis komme. Wir würden dann in ganz andere Probleme kommen, z.B. was mit Portugal zu tun sei.<sup>18</sup> Mit welcher Begründung wolle man Portugal dann aus der

<sup>16</sup> Der italienische Außenminister Andreotti kündigte auf der EG-Ministerratstagung am 18./19. Februar 1985 einen „Verhandlungsmarathon“ im Rahmen des März AM-Rats (17. bis 20.3.)“ an. Vgl. den Drahtbericht Nr. 542 des Botschafters Poensgen, Brüssel (EG), vom 20. Februar 1985; Referat 410, Bd. 130410.

<sup>17</sup> Die EG-Kommission legte am 11. Februar 1985 ein „Kompromißpaket über Kernfragen des Beitritts (Landwirtschaft, Fischerei, Soziales)“ für die Verhandlungen mit Portugal und Spanien vor. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), informierte am 14. Februar 1985 über die Erörterung der Fischereivorschläge durch die Ständigen Vertreter: Die EG-Kommission wie auch die südlichen EG-Mitgliedstaaten sahen darin „einzige Möglichkeit angemessener Verhandlungsgrundlage mit SPA. Sie gehen davon aus, daß SPA dadurch in die Mitverantwortung zur Erhaltung der G[emeinsamen]F[i]scherei-P[olitik] einbezogen werde. In zwei Phasen artikulierter Übergang bis 2002 einschl[ießlich] Strukturangebots biete für SPA Anreiz, sich in das Gleichgewicht der GFP einzufügen.“ Die „nördlichen Fischereinationen“ – die Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Irland – hätten die Vorschläge jedoch abgelehnt, da sie „echtes Vorziehen der Überprüfung der GFP auf 1992 – statt wie vorgesehen 2002 – und Beschränkung der Flottenpolitik der MS durch KOM in den Folgejahren (insbes[ondere] auch durch von KOM vorgeschlagene Gleichgewichtsklausel)“ vorsähen. Sie würden daher eigene Vorschläge vorlegen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 477/478; Referat 410, Bd. 130410. Poensgen berichtete am 15. Februar 1985 über den am selben Tag von Großbritannien „im Namen von F, DK, IRL und uns“ vorgelegten Gegenvorschlag, bei dem es sich um das „Gem[inschafts]-Angebot vom Dez[ember] 1984“ mit Aufbesserungen handele. Vgl. den Drahtbericht Nr. 493; Referat 410, Bd. 130410.

<sup>18</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vermerkte Referat 410 am 5. März 1985, sie seien weiter fortgeschritten als diejenigen mit Spanien: „Im Landwirtschaftsbereich besteht als wesentliches Problem die Festlegung des Umfangs von Zuckereinfuhren aus AKP-Staaten (zu günstigeren Konditionen als bei Zucker aus der Gemeinschaft) und der Höhe der von P noch aufzubauenden Zuckerproduktion.“ Die EG lehne die von Portugal geforderte Produktionsquote für Rüben-

EG heraushalten? Andererseits sei ein Beitritt Portugals allein für Spanien unerträglich.

PM Craxi verweist auf das NATO-Referendum.<sup>19</sup> Wenn der EG-Beitritt sich hinziehe, werde sich die spanische Öffentlichkeit gegen den Verbleib in der NATO wenden. Wenn es in der Fischereifrage nicht zu einer Lösung komme, könne sich auch Italien nicht für eine Gesamtlösung stark machen. Man habe schon in der Allianz Griechenland in einer Randlage, in einer Krisenlage zur Allianz.<sup>20</sup> Wir könnten uns in der Allianz nicht noch ein weiteres Problem an den Hals ziehen. PM Craxi geht dann zur Frage des Haushalts über. Er hoffe, daß es hier möglich sein werde, eine Lösung zu finden.

Der Bundeskanzler antwortet, für ihn sei politisch die Hauptfrage, ob es zum Beitritt komme oder nicht. Der Gang der bisherigen Verhandlungen habe ihn in seiner Haltung bekräftigt. Ohne das Junktim zwischen Erhöhung der Eigenmittel und Beitritt würde der Beitritt in diesem Jahr nicht beschlossen werden können. Die Staats- und Regierungschefs hätten einen klaren Beschluß gefaßt, daß nämlich die Erhöhung der Eigenmittel ab 1.1.1986 zusammen mit dem Beitritt stattfinden solle.<sup>21</sup> Dies habe er dem Bundestag gesagt<sup>22</sup>, so sei es vorgesehen und so würden wir uns auch daran halten.

Auf Bitten von PM Craxi führt Generalsekretär Ruggiero aus, das Problem sei folgendes: Es sei gefährlich, wenn man die folgenden zwei Fragen trenne, nämlich die Auffüllung der im Haushalt 1985 bestehenden Lücke durch nationale Beiträge und den britischen Ausgleich. Neun Länder seien mit dem Vorschlag der Gemeinschaft einverstanden, die für 1985 fehlenden Mittel ausschließlich durch nationale Beiträge aufzubringen. Dagegen würde man die Reduzierung des britischen Beitrages sowie auch die Reduzierung des deutschen Beitrages von der Zurverfügungstellung der neuen Mittel abhängig machen.<sup>23</sup> Diese Lö-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 263*

zucker ab. Ungelöst seien auch noch die Fragen der Garantieschwellen für Tomatenerzeugnisse und im sozialen Bereich die Regelung für Kindergeld und der Arbeitsmarktzugang für Familienangehörige. Weniger Probleme bereite die Fischerei: Hier gehe es für Portugal „im wesentlichen um den Schutz seiner Gewässer vor spanischen Fischereiaktivitäten sowie um eine besondere Schutzzone bei den Azoren“. Gefunden werde müsse schließlich auch noch eine Regelung für die Beteiligung am EG-Haushalt. Vgl. Referat 410, Bd. 130425.

<sup>19</sup> Zum geplanten Referendum über die spanische NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 19, Anm. 9.

<sup>20</sup> Zur griechischen Haltung gegenüber der NATO vgl. Dok. 32.

<sup>21</sup> Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket“) vgl. Dok. 19, Anm. 16.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 22. Juni 1983 über die Tagung des Europäischen Rats in Stuttgart vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 124, S. 909–913.

<sup>23</sup> Zur Diskussion über die Finanzierung der Deckungslücke im EG-Haushalt vgl. Dok. 14, Anm. 22 und 23.

Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 31. Januar 1985, die italienische EG-Ratspräsidentschaft habe den Ständigen Vertretern am selben Tag einen Kompromißvorschlag vorgestellt: „Inkrafttreten des E[igen]M[ittel]-Beschlusses am 1.1.86 mit einer Zusatzklausel, wonach Rat nach Vorliegen aller Ratifizierungsurkunden einstimmig ein früheres Inkrafttreten beschließen kann. Finanzierung der H[aus]H[alts]-Lücke 85 durch Regierungsvereinbarung oder über Art. 235 EWG-Vertrag. [...] Finanzierung des GB-Ausgleichs im Rahmen des Eigenmittelbeschlusses dergestalt, daß GB den ihm für 84 zustehenden Ausgleichsbetrag von 1 Mrd. ECU unmittelbar nach Vorliegen aller Ratifikationsurkunden (über die Einnahmeseite des HH) erhält.“ Poensgen teilte weiter mit, er habe dagegen „nochmals nachdrücklich und im einzelnen die Vorzüge des dt. Lösungsvorschlages (zweiteiliges Regierungsabkommen zur Finanzierung sowohl des HH-Defizits 85 und des GB-Ausgleichs in Höhe von 1 Mrd. ECU) dargestellt und wiederholt, daß wir ein Inkrafttreten der EM-Re-



sung werde vorgeschlagen, um die Gefahr zu vermeiden, daß das eine oder andere nationale Parlament für diesen zweiten Teil eine negative Entscheidung treffe. Auch für Frau Thatcher sei dies annehmbar.

Staatssekretär *Ruhfus* führt aus, man sei sich einig, daß das Defizit 1985 durch Vorschüsse der nationalen Regierungen abgedeckt werden solle. Das Problem bestehe in dem Ausgleich von einer Milliarde, die dem Vereinigten Königreich zustehe. Wir hätten den Vorschlag gemacht, auch für diesen Teil nationale Zahlungen der Regierungen vorzusehen. Dieser Weg habe sich für 1984 bewährt. Wir glaubten auch, daß er letztlich die Zustimmung des Europäischen Parlamentes finden werde. Wir hätten das Gefühl, daß in Brüssel sieben oder acht Staaten mitmachen könnten. Der Widerstand sei allerdings bei Frankreich und Griechenland groß. Jetzt würden die Minister Donnerstag erneut mit dieser Frage befaßt sein.<sup>24</sup>

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, er habe für Anfang nächster Woche eine Sitzung mit seinen Ministern anberaumt, auf der man überlegen wolle, was getan werden könne.<sup>25</sup> Er könne hier keinerlei Zusagen machen. Was ihn selbst dabei störe, sei die „Drohung“ mit den Parlamenten. Das gelte für ihn genauso. Frau Thatcher habe 42% der Stimmen gewonnen und damit 2/3 der Sitze. Mit seinen 48% müßte er im Grunde dann 75% der Sitze haben. Auch François Mitterrand habe bekanntlich eine spezielle Achtung vor dem Parlament. Wenn er sich vorstelle, wie Präsident Mitterrand vor dem Parlament zittere, so beeindrucke ihn das auch nicht sehr.

PM *Craxi* geht dann auf das Dooge-Komitee<sup>26</sup> ein. Die Arbeiten dort machten Fortschritte. Wie stelle man sich deutscherseits das weitere Vorgehen im März vor?

Der *Bundeskanzler* antwortet, sein Rat sei, im März das Dokument lediglich entgegenzunehmen und im übrigen die ganze Zeit darauf zu verwenden, alle anderen Probleme zu lösen. In Mailand<sup>27</sup> sollte man einen ganzen Tag, von morgens bis abends, über die Zukunft Europas diskutieren. Dafür müsse aber

*Fortsetzung Fußnote von Seite 264*

gelung vor dem 1.1.86 in keiner Weise akzeptieren können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 311; Referat 412, Bd. 130581.

<sup>24</sup> Zur EG-Ministerratsstagung am 28. Februar 1985 in Brüssel vgl. Dok. 52, Anm. 8.

<sup>25</sup> In der Ministerbesprechung zu EG-Fragen am 26. Februar 1985 wurden die Haushaltsfragen der EG und die Vorwegnahme der Entlastungszahlungen an Großbritannien erörtert, bei denen auf die Bundesrepublik ein Anteil von 535 Mio. DM entfiel. Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, resümierte am selben Tag die Positionen: Bundesminister Stoltenberg habe auf die zugespitzte Situation hingewiesen, „weil die Kommission das Haushaltsdefizit jetzt bei einer Größenordnung von 4,9 Mrd. ansetze. Es müsse aber darauf bestanden werden, daß vor dem 1. Januar 1986 keine neuen ausgabewirksamen Beschlüsse gefaßt würden, sonst würde der deutsche Anteil von 1,6 Mrd. überschritten werden. [...] BM Stoltenberg erklärte, daß für ihn ein Vorgriff nur vorstellbar sei, wenn die 535 Mio. mit dem deutschen Anteil von 1,6 Mrd. verrechnet würden. In keinem Fall dürfte der Finanzrahmen 1985 gesprengt werden.“ Weiter vermerkte Teltschik: „Bundesminister Genscher erinnerte an die isolierte Lage der Bundesregierung. [...] Es ginge nicht mehr darum, daß, sondern wann die Bundesregierung die Zahlungen leiste. Der Bundeskanzler faßte die Interessenlage der Bundesregierung zusammen. Aus innenpolitischen Gründen seien das schadstoffarme Auto und die Agrarpreistrunde für die Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung. Dazu komme die Frage der Süderweiterung. [...] Falls alle die Eigenmittel und Beitritt vor dem 31.12. 1985 ratifiziert haben, könnte die Entlastung Großbritanniens noch 1985 erfolgen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178936.

<sup>26</sup> Zum Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooqe-Ausschuß) vgl. Dok. 13, Anm. 6.

<sup>27</sup> In Mailand fand am 28./29. Juni 1985 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu Dok. 177.

in Brüssel alles andere fortgeschafft werden. Es solle in Mailand niemand die Ausrede haben, daß man keine Zeit für dieses Problem habe. Er bitte deshalb Premierminister Craxi, in Mailand einen ganzen Tag für die Erörterung Europas vorzusehen. Er, der Bundeskanzler, wolle vorschlagen, daß er sich mit Premierminister Craxi zur Vorbereitung ohne viel Publizität vielleicht im Mai noch einmal treffe und darüber spreche.<sup>28</sup> Auch mit Frankreich müsse gesprochen werden. Er stelle sich vor, daß die italienische Präsidentschaft nach den nötigen Konsultationen dann einen Fragenkatalog vorlege, gleichsam als Kommentar zum Dooge-Bericht, den jeder beantworten solle. Dort könne z. B. die Frage gestellt werden, ob das betreffende Land bereit sei, den Vertrag zu ändern oder nicht, u. v. a. m. Er sei schon zufrieden, wenn man in Mailand am Ende der Diskussion schließlich wisse, wer wirklich weitergehen wolle. Er gehe davon aus, daß nur die sechs Gründerstaaten wirklich weitergehen wollten. Es sei nicht seine Absicht, jemanden aus der EG zu drängen, aber das Tempo werde zukünftig unterschiedlich sein.

Premierminister *Craxi* stellt die Frage, was der Bundeskanzler von dem Gedanken halte, noch vor Ende Juni eine Regierungskonferenz abzuhalten.

Der *Bundeskanzler* antwortet, er sei weder dagegen noch dafür, aber er rate Herrn Craxi, keine Entscheidung zu treffen. Wenn man sich im März über Beitritt und Haushalt nicht einige, aber eine Regierungskonferenz beschließe, so werde alles lachen. Wenn man aber im März weiterkäme, wenn man im Sommer Entwicklungen voraussehen könne, so stelle sich die Frage anders. Er wolle, daß PM Craxi Erfolg habe in Mailand. Erfolg könne er jedoch nur haben, wenn die Stunde der Wahrheit gekommen sei. Wir alle müßten nun einmal bekennen, was wir wirklich mit Europa wollen. Der Bundeskanzler geht anschließend auf Äußerungen Premierminister Papandreu in Moskau<sup>29</sup> ein. Er führt aus, man könne das EG-Europa nicht spalten in eine Gruppe, die für den Handel, eine andere, die für die Sicherheit zuständig sei.

PM *Craxi* führt aus, der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe eine sehr ungeschickte Erklärung zu Griechenland abgegeben. Er habe die moralische Schuld an dem Attentat auf die von amerikanischen Bürgern besuchte Bar Premierminister Papandreu zugesprochen.<sup>30</sup>

<sup>28</sup> Bundeskanzler Kohl führte am 3. Mai 1985 ein Gespräch mit Ministerpräsident Craxi. Vgl. Dok. 111.

<sup>29</sup> Ministerpräsident Papandreu hielt sich vom 11. bis 14. Februar 1985 in der UdSSR auf. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 12. Februar 1985, die Tischrede vom Vortag sei eine „weitere und deutliche Demonstration griechischer Sonderrolle innerhalb der NATO“ gewesen. Dabei gehe Papandreu „Verständnis der Emanzipation Griechenlands vom Bündnis so weit, daß er sich ohne Not und aus freien Stücken in Moskau zum westlichen Kronzeugen für sowjetische außenpolitische, vor allem rüstungskontrollpolitische Positionen (einschließlich) SDI und sowjet[isches] ‚linkage‘ in Genf) macht. Darüber hinaus versucht er in Tischrede bündnisinternen Konflikt mit Ankara (Ägäis, Zypern) im Kreml auszutragen und sich Rückendeckung zu holen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 474; Referat 201, Bd. 143338.

<sup>30</sup> Am 5. Februar 1985 äußerte sich der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger in einer Anhörung vor dem Streitkräfteausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses zu einem Bombenanschlag auf eine Bar in Athen, bei dem am 2. Februar 1985 65 Amerikaner und 12 Griechen verletzt worden waren. In der Presse wurde berichtet, Weinberger habe ausgeführt: „It is one of the things you tend to get when this anti-American sentiment is stirred up.“ Weinberger habe außerdem darauf hingewiesen, daß Ministerpräsident Papandreu für die bilateralen Beziehungen abträgliche Erklärungen abgegeben habe. Vgl. den Artikel „Greek Prime Minister Faulted“, THE WASHINGTON POST vom 6. Februar 1985, S. A 8.

Der *Bundeskanzler* erwidert, Weinberger sei sicher kein Weltmeister in Psychologie. Der Amerikahaß des griechischen Premierministers sei ihm jedoch unverständlich.

PM *Craxi* erwidert, Papandreou und seine Angehörigen hätten ihr ganzes Leben hindurch die Konsequenzen der Unterstützung reaktionärer Regierungen in Griechenland durch die Vereinigten Staaten zu spüren gehabt. Sein Vater sei praktisch als Gefangener der Obristen gestorben.<sup>31</sup> Er werde dem Bundeskanzler in den nächsten Tagen genaue Informationen über die Kontakte der Präsidentschaft im Nahen Osten zugehen lassen. Es gebe hier neue Entwicklungen. Moskau nehme deutlich eine kritische Haltung gegenüber Arafat ein. Niederschlag dieser kritischen Haltung seien die Schwierigkeiten, die Arafat in seiner eigenen Gruppierung jetzt habe. Die Jordanier hätten mitgeteilt, die Vereinbarung zwischen den Palästinensern und Jordanien<sup>32</sup> sehe einen gemeinsamen Zentralstaat vor, der aus zwei Bundesstaaten bestehe. Der Zentralstaat solle ein Heer und eine Außenpolitik haben. Jordanien versuche jetzt, von der PLO Sicherheitsresolution 242<sup>33</sup> als Diskussionsbasis akzeptiert zu bekommen. Formell werde die PLO dies nicht tun, weil die Resolution 242 die Palästinenser als Flüchtlinge bezeichne. Die Vereinbarung zwischen Palästinensern und Jordanien sehe ferner vor, daß Verhandlungen mit Israel mit einer einzigen Delegation, die paritätisch von der jordanischen Regierung und den Palästinensern besetzt sei, geführt werden sollten. Allerdings habe sich die PLO bereit gefunden, ihre ersten Leute nicht in diese Delegation zu delegieren. Peres nehme eine sehr aufgeschlossene Haltung ein. Er glaube, in seiner jetzigen Lage könne er Verhandlungen einleiten, aber nicht zum Abschluß bringen. Israel wolle einen Abschluß, sei auch bereit, mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zusammenzukommen, wenn die Palästinenser sich gegen den Terrorismus aussprächen. Mit der PLO werde es keine Beziehungen geben, weil bzw. solange die PLO nicht auf Terrorakte verzichte und solange die PLO Israel und die Sicherheitsresolution 242 nicht anerkenne. Zur Substanz wolle sich Israel nicht äußern, bis die Verhandlungen begonnen hätten. Wenn es zu Verhandlungen komme, würden die beiderseitigen Positionen zunächst sehr weit auseinanderliegen. Im Zuge der Verhandlungen würde man sich jedoch annähern können. Im Laufe der Gespräche in Rom<sup>34</sup> habe Peres im übrigen gesagt, daß die Israelis glaubten, Arafat werde im Laufe der kommenden Monate ermordet werden. Eine große Anzahl seiner Mitarbeiter aus seiner engsten Umgebung seien jetzt ermordet worden.

Der *Bundeskanzler* erwidert, die Lage im Nahen Osten bedrücke ihn. Dies sei eine schreckliche Sache, es sei schrecklich, daß die Israelis die Chance nicht sähen, die sich jetzt auftue. Auf den Einwurf von Premierminister *Craxi*, Peres

<sup>31</sup> Nach der Machtübernahme durch das griechische Militär im April 1967 wurde der ehemalige Ministerpräsident Georgios Papandreou unter Hausarrest gestellt, der bis zu seinem Tod am 1. November 1968 andauerte.

<sup>32</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>34</sup> Ministerpräsident Peres hielt sich vom 18. bis 20. Februar 1985 in Italien auf.

habe sich sehr aufgeschlossen gezeigt, fährt der *Bundeskanzler* fort, dies gelte wohl für Peres, doch werde in der nächsten Woche Außenminister Shamir hier sein.<sup>35</sup> Israelische Politik habe etwas Selbstzerstörerisches an sich. Für die Israelis sei König Hussein in Amman ein Gottesgeschenk. Mit ihm und seinem Bruder<sup>36</sup> müßten sie zu Fortschritten kommen, was danach komme, wisse kein Mensch. Dasselbe gelte für Präsident Mubarak.

Premierminister Craxi setzt hinzu, König Hussein sei jetzt sehr vorsichtig, er habe gestern noch mit dem Hofminister Jordaniens<sup>37</sup> gesprochen. Auch die Jordanier machten sich große Sorgen um den inneren Zustand der PLO. Premierminister Craxi stellt sodann die Frage, wie der Bundeskanzler das Aufflackern des Terrorismus in Deutschland<sup>38</sup> beurteile.

Der *Bundeskanzler* antwortet, es sei eine Generation, es seien andere Leute, entscheidend sei aber, daß sich das Klima im Lande verändert habe. 1977 sei das Umfeld für den Terrorismus wesentlich günstiger gewesen. Auf diesbezügliche Frage des Premierministers äußert der Kanzler, er fürchte, es würde weitere Gewalttaten geben. Zwischen den Terroristen und ihren Kumpanen, die im Gefängnis säßen, gäbe es eine enge Kommunikation. Bis in die Medien hinein erstreckte sich die Gruppe derjenigen, die für den Terrorismus Sympathie aufbrächten. Unter den jungen Leuten jedoch sei die Stimmung völlig am Umkippen. Diejenigen, die jetzt 15–25 Jahre alt wären, dächten ganz anders als die 30jährigen. Er habe hin und wieder den Eindruck, als wenn es in der Gruppe der heute 30- bis 40jährigen Menschen gäbe, die unsere Republik nicht mehr erreiche. Sie seien von einem totalen, nicht nur religiösen, Nihilismus erfaßt.

Abschließend wird vereinbart, daß MD Teltschik mit Botschafter Ferraris wegen des Honecker-Besuchs<sup>39</sup> sprechen wird. Ebenfalls mit dem Botschafter soll aufgenommen werden die Frage der Südtiroler Optanten<sup>40</sup>.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

<sup>35</sup> Der israelische Außenminister Shamir hielt sich am 26./27. Februar 1985 in der Bundesrepublik Deutschland auf. Vgl. dazu Dok. 48 und Dok. 49.

<sup>36</sup> Hassan bin Talal.

<sup>37</sup> Adnan Abu Odeh.

<sup>38</sup> Am 1. Februar 1985 wurde der Vorsitzende der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen-Union München GmbH, Zimmermann, in Gauting bei München ermordet.

<sup>39</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte Italien am 23./24. April 1985.

<sup>40</sup> Das Abkommen vom 27. Januar 1976 zwischen der Bundesrepublik und Italien über die Regelung der mit dem deutsch-italienischen Abkommen vom 26. Februar 1941 zusammenhängenden Fragen sollte sozialversicherungsrechtliche Nachteile für Personen ausgleichen, „die 1939 für das Deutsche Reich optiert hatten und aus Südtirol im Rahmen der Umsiedlung Volksdeutscher aussiedeln mußten“ bzw. trotzdem in Südtirol verblieben oder aber später dorthin zurückgekehrt waren. Das Abkommen gab ihnen die Möglichkeit, Zeiten zwischen 1939 bis 1945 anrechnen zu lassen, in denen sie zur Aufgabe ihrer Tätigkeit gezwungen gewesen waren oder aber bei deutschen Dienststellen in Südtirol gearbeitet hatten, ohne sozialversichert zu sein. Die Bundesrepublik verpflichtete sich, die Beträge für die dadurch notwendigen höheren Rentenzahlungen an Italien zu erstatten. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dreher vom 21. Januar 1976; B 85 (Referat 513), Bd. 1208. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1378–1384.

## 48

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir

310-321.11 ISR

26. Februar 1985<sup>1</sup>

Gespräch zwischen dem Bundesminister und dem israelischen Außenminister Shamir am 26.2.1985<sup>2</sup>;

hier: Bilateraler Teil

Teilnehmer auf israelischer Seite: Außenminister Shamir, Botschafter Ben-Ari, Ministerialdirektor (Wirtschaft) Mordechai Drori, Avraham Pazner, Sprecher des Außenministeriums; auf deutscher Seite: Dg 31<sup>3</sup>, Dg 40<sup>4</sup>, RL 013<sup>5</sup>, VLR Horstmann, 010.

1) AM *Shamir* erläuterte die schwierige wirtschaftliche Lage Israels. Es wirke sich günstig aus, daß die Regierung sich hauptsächlich mit Wirtschaftsproblemen befassen könne. Es sei gelungen, das Außenhandelsdefizit um 20 % zu senken und die Löhne trotz Preissteigerungen einzufrieren. Dies genüge nicht, vor allem auch für die Vereinigten Staaten. Die Amerikaner verlangten weitere Schritte. Die Entwicklung des Dollar habe Israel geschadet, weil Israel viel aus den Vereinigten Staaten importierte, aber mehr nach Europa exportiere. Der *BM* warf zu diesem Thema ein, er halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Entwicklung des Dollar sich umkehre. Wir sähen dies mit einer gewissen Sorge im Hinblick auf unseren Export.

2) Der *BM* erkundigte sich nach der jüdischen Auswanderung aus der SU. *Shamir* sagte, diese sei praktisch zum Erliegen gekommen. Vergangenes Jahr waren es nur wenige hundert Auswanderer. Als Grund vermute er, daß die SU jede Auswanderung als besonderes Privileg ansehe und fürchte, es auch anderen Bevölkerungsgruppen gewähren zu müssen, wenn man es den Juden gestatte, das Land zu verlassen. Gromyko und Dobrynin erklärten, die Auswanderungsfrage sei ein Teil der Ost-West-Problematik.

In der SU gibt es etwa zwei Millionen Juden. Davon wolle sicher die Hälfte auswandern. Die jetzige Lage erzeuge Verzweiflung, vor allem bei der Jugend.

Der *BM* erklärte, als der Bundespräsident bei der Beerdigung Breschnews gegenüber Andropow die deutsche und jüdische Auswanderung angesprochen habe<sup>6</sup>, hätte dieser sehr emotional reagiert. Er vermute, daß Andropow persönlich für die Verschlechterung der Auswanderungschancen verantwortlich sei. Es

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit gefertigt, der vermerkte „Herrn Bundesminister vorgelegt“.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 27. Februar 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 310 verfügte und handschriftlich vermerkte: „1) Bitte Ref[er]rat 700 über Ziff[er] 8 unterrichten. 2) Kann vorbehaltlich der Genehmigung des BM verteilt werden.“

<sup>2</sup> Der israelische Außenminister Shamir hielt sich am 26./27. Februar 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>4</sup> Jürgen Trumpf.

<sup>5</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 15. November 1982 in Moskau vgl. AAPD 1982, II, Dok. 302.

gebe in der SU 1 1/2 Millionen Deutsche, von denen die meisten auswandern wollten.

### 3) Probleme der Region

*Shamir* erklärte, z.Z. übersehe niemand, was an den verschiedenen Vereinbarungen<sup>7</sup> und Erklärungen – Hussein – Mubarak<sup>8</sup> – PLO – wahr oder falsch, richtig oder übertrieben sei. Als wesentlich sehe er an, daß Mubarak Mitte März 1985 in die USA reist<sup>9</sup> und seine Gespräche vorbereitet:

a) Die finanzielle Situation Ägyptens sei sehr schlecht. Es könne nicht einmal die Zinsen seiner Schulden bezahlen und strebe einen Zinserlaß für 1984 von den USA an. Es handle sich um einen Betrag von mehreren 100 Millionen US-Dollar.

b) Mubarak werde vom amerikanischen Kongreß wegen des ägyptischen Verhaltens gegenüber Israel kritisiert (keine Entsendung eines Botschafters<sup>10</sup>, mangelnde Erfüllung der Vereinbarungen von Camp David<sup>11</sup>). Wenn er mit Friedensvorschlägen nach Amerika komme, rechne er damit, nicht mehr angegriffen zu werden.

c) Mubarak möchte der Initiator eines „neuen Momentums eines gewissen Friedensprozesses“ sein, an dem sich Jordanien und die PLO beteiligen. Ägypten hoffe, daß bei einer gemeinsamen Position zwischen den drei arabischen Parteien die USA bereit seien, Druck auf Israel auszuüben, daß es zu einem israelischen Rückzug aus den sog. besetzten Gebieten komme und daß es dann Frieden in unserer Zeit geben werde.

<sup>7</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>8</sup> Botschafter Müller, Kairo, berichtete am 8. Januar 1985, Präsident Mubarak sei „nach eigenen Aussagen bemüht, die Palästina-Frage in Bewegung zu halten. Diesem Zwecke galt zunächst ein die hiesige Öffentlichkeit überraschendes Treffen mit König Hussein in Aqaba.“ Mubarak habe dann in einem Presseinterview seine Bereitschaft zu einem Treffen mit Ministerpräsident Peres hervorgehoben und erklärt, „daß er sich um die Abhaltung einer Konferenz bemühe, auf der Ägypten, Israel, Jordanien und die PLO eine Lösung des Palästina-Problems anstreben sollten“. Müller führte weiter aus: „Interessant an dem Vorschlag ist, daß er abkehrt vom Plan einer VN-Friedenskonferenz, für die weder von den USA noch von Israel eine Zustimmung zu erhalten ist und andererseits die israelische Forderung nach bilateralen Friedensgesprächen an das Camp David-Procédere annähert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 310, Bd. 149562.

Am 28. Januar 1985 informierte Müller, Mubarak habe in einem Fernsehinterview die Hoffnung ausgedrückt, „daß PLO und deren Vorsitzender Arafat, ‚der die gemäßigten Elemente repräsentiert‘, zu irgendeinem Verhältnis kommen, welches die PLO an Jordanien binden sollte, damit der Weg für Verhandlungen geebnet werden könnte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 148; Referat 310, Bd. 149561.

<sup>9</sup> Präsident Mubarak hielt sich vom 9. bis 13. März 1985 in den USA auf. Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Mubarak am 16. März 1985 in Frankfurt am Main; Dok. 70.

<sup>10</sup> Der ägyptische Botschafter Murtada wurde nach den Gewalttaten am 17./18. September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Chatila am 20. September 1982 aus Israel zurückberufen. Vgl. dazu den Artikel „Ägypten beordert Botschafter aus Israel zurück“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21. September 1982, S. 6.

<sup>11</sup> Nach Gesprächen zwischen Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David, dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten, über eine Friedensregelung und weiteren Verhandlungen vom 21. bis 25. Februar 1979 am selben Ort unterzeichneten Ägypten und Israel am 26. März 1979 in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes“) sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

Der *BM* berichtete von seinen Gesprächen in Amman und Kairo<sup>12</sup>. König Hussein habe den Eindruck gemacht, er sei fest entschlossen, seine Vorschläge zu verwirklichen. Er habe eine konstruktive Einstellung über eine Verständigung mit Israel. Sein Eindruck sei gewesen, daß er sehr daran interessiert sei, seine Hand über die West Bank zu halten.

Bei allen Gesprächen in Amman und Kairo sei die Distanz und Enttäuschung über die Saudis auffallend gewesen. Die Saudis exponierten sich nicht. *Shamir* warf ein, die Saudis unterstützten immer nur einen arabischen Konsens und bezögen nie Stellung. Dadurch sowie durch die veränderte Lage auf dem Ölmarkt hätten sie beträchtlich an Einfluß verloren.

*BM*: Mubarak zeige Sympathie für die jordanischen Vorschläge. Beide wollen ernsthafte Fortschritte erzielen. Sie hofften, daß Arafat sich mehr auf die Palästinenser der West Bank stütze als auf die Exilpalästinenser.

Der *BM* erkundigte sich nach der Reaktion aus Jerusalem. *Shamir* erklärte, die israelische Regierung sei in der Substanz bereit, mit Hussein zu verhandeln, nicht aber, wenn die PLO in seiner Delegation vertreten sei; Palästinenser ja, PLO nein. Der jetzige Vorschlag Präsident Mubaraks: gemeinsame Gespräche mit Palästinensern, die nicht Mitglieder der PLO seien, sei interessant.

Die PLO selbst sei immer noch doppeldeutig. Es gebe Erklärungen von PLO-Gremien nach der Vereinbarung zwischen Hussein und Arafat, daß SR-Res. 242<sup>13</sup> nicht akzeptiert, Camp David abgelehnt, auf einem Palästinenserstaat und einer eigenen palästinensischen Vertretung bestanden werde.<sup>14</sup> Die Vorschläge Präsident Mubaraks würden von Israel ernsthaft geprüft. Wenn diese Prüfung positiv ausfalle, könne ein Treffen über gemeinsame Probleme zustande kommen, aber nicht mit der PLO. Es gebe Gerüchte, daß Mubarak jemand nach Jerusalem schicken werde, um ein vorläufiges Treffen zu organisieren. Israel würde am liebsten mit Hussein darüber sprechen, ob er Ideen habe, die für Israel akzeptabel seien.

Der *BM* erklärte, es lohne sich, den jordanisch-palästinensischen Plan in der Diskussion zu halten. Es sei klug von Israel gewesen, ihn nicht sofort vom Tisch zu wischen.

4) *Shamir* schnitt dann das Thema Waffenlieferungen an arabische Staaten an. Hierüber wird eine gesonderte Aufzeichnung angefertigt.<sup>15</sup>

5) Gegen Ende des Mittagessens kam Shamir nochmals auf das Thema PLO zu sprechen. Er erklärte, die ganze Regierung sei der Ansicht, daß man über die

<sup>12</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Besuch vom 3. bis 5. Februar 1985 in Jordanien und vom 5. bis 8. Februar in Ägypten. Vgl. dazu Dok. 30.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>14</sup> Das Exekutivkomitee der PLO nahm am 19. Februar 1985 in Tunis zu der Vereinbarung mit der jordanischen Regierung vom 11. Februar 1985 Stellung. Grundlagen der Vereinbarung müßte sein „the rejection of all the plans of capitulation and separate deals, such as the self-rule plan, the Camp David Accords, the Reagan initiative and Security Council Resolution 242 which do not constitute a sound basis for a just solution which guarantees the national rights of the Palestinian people“. Vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1589.

<sup>15</sup> Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann vgl. Dok. 49.

politische Zukunft des Gebiets verhandeln müsse. Die palästinensischen Araber auf israelischem Gebiet wollten, daß Israel auch mit den arabischen Staaten spreche. Aber das sakrosankte arabische Prinzip, nicht ohne die PLO mit Israel zu sprechen, bilde ein Hindernis zum Frieden. Die PLO spreche immer mit einer Stimme gegenüber den Arabern, mit einer anderen gegenüber Europäern und Amerikanern. Sie hätten ihr Ziel, ganz Palästina zurückzuerhalten, nicht aufgegeben, auch wenn sie sich jetzt auf Samaria, Judäa und Gaza beschränkten. Daher wäre es dumm, wenn Israel ihnen jetzt eine weitere territoriale Basis einräumen würde.

Ein zweites Hindernis zum Frieden sei die Illusion, daß Israel sich eines Tages auf die Linien von 1967 einschließlich Jerusalems zurückziehen werde. Dazu werde es nie kommen. Solange die Araber davon sprächen, zeigten sie, daß sie keinen Frieden wollten. Bei der Labour Partei gebe es Gedanken über einen territorialen Kompromiß. Peres denke z.B. an einen funktionellen Kompromiß. Aber kein arabischer Führer habe einen Kompromißvorschlag gemacht. Eine weitere arabische Illusion sei, daß Israel die sog. Siedlungen aufgeben werde. Israel habe das Recht, in Samaria und Judäa zu leben. Es könne vor allem seit Camp David Zweifel über den politischen Status dieser Gebiete geben. Daher würde dieser Status nicht verändert. Das Siedlungsrecht sei aber unantastbar.

Auf die Frage des *BM* nach den langfristigen Aussichten erwiderte *Shamir*, er hoffe, daß es in den nächsten 20 Jahren keinen Krieg geben werde und daß in 50 Jahren alle Staaten der Region zu einer Gemeinschaft wie der EG zusammengefounden hätten.

6) Zum irakisch-iranischen Krieg erklärte *Shamir*, die Iraker seien zwar stärker geworden. Auch sie sähen aber keine Möglichkeit, den Krieg zu beenden, und müßten beobachten, daß das Interesse der Welt und die arabische Unterstützung abnehmen. Sie seien beunruhigt über Berichte, daß die SU mit Iran zusammenarbeiten wolle und daß auch Frankreich die Beziehungen verbessern werde. Er bestätigte die Ansicht des *BM*, daß ein Ende des Krieges schwer vorstellbar sei, solange Khomeini lebe, da dieser sich an seiner Forderung nach dem Sturz Saddam Husseins festgebissen habe.

Zur Frage des *BM* nach dem Einfluß des Fundamentalismus und entsprechenden iranischen Aktivitäten erklärte *Shamir*, er sehe solche Tendenzen mehr in der unmittelbaren Nachbarschaft Israels, vor allem in Ägypten und Libanon, als im Golf. In Ägypten bestehe aber nur dann eine echte Gefahr, wenn die Fundamentalisten eine Basis in der Armee errichten könnten. Dafür gebe es gegenwärtig aber keinen Hinweis.

7) Auf Bitten *Shamirs* erläuterte der *BM* abschließend den Stand der Genfer Verhandlungen.<sup>16</sup> Er erklärte, die SU hoffe, SDI dazu benutzen zu können, um einen Keil zwischen Europäer und Amerikaner zu treiben. Dies werde ihnen nicht gelingen, obwohl die Amerikaner in ihrer Argumentation für SDI gelegentlich ungeschickt vorgegangen wären.

<sup>16</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.



8) Bei der Verabschiedung erklärte *Shamir*, er hoffe, den BM bald in Israel zu sehen. Der *BM* erwiderte, er komme gerne, möglicherweise im Herbst 1985. Er werde auf jeden Fall den Bundespräsidenten begleiten.<sup>17</sup>

**Referat 310, Bd. 149591**

## 49

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Horstmann

010-405/85 geheim

26. Februar 1985<sup>1</sup>

Betr.: Rüstungsexport nach Saudi-Arabien

Beim Mittagessen des BM für AM *Shamir* am 26.2.85 im AA<sup>2</sup> (weitere Teilnehmer: Botschafter Ben-Ari, MDg Drori, MDg Schlagintweit, MDg Trumpf, Dolmetscher Weber, MB) sprach *Shamir* auch mögliche deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien<sup>3</sup> an.

Aus diesem Gesprächsteil wird festgehalten:

1) *Shamir* verdeutlichte, daß die israelische Regierung ihre Haltung nicht verändert habe. Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien würden einen sehr, sehr gefährlichen Schritt darstellen. Im Gegensatz zu einigen Hinweisen von wenig seriösen Leuten<sup>4</sup> in Israel seien das israelische Volk und die israelischen politischen Parteien „strongly“ gegen solche Lieferungen. Man werde auch versuchen, MP *Strauß* davon zu überzeugen, daß seine Ansicht falsch sei.<sup>5</sup> Selbst

<sup>17</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei seinem Besuch vom 8. bis 11. Oktober 1985 in Israel. Vgl. dazu Dok. 281.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 26. Februar 1985 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

<sup>2</sup> Der israelische Außenminister *Shamir* hielt sich am 26./27. Februar 1985 in Bonn auf. Vgl. auch Dok. 48.

<sup>3</sup> Der bayerische Ministerpräsident *Strauß* argumentierte am 25. Februar 1985 in einem Interview für die Lieferung von Panzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien: „Wenn wir nicht liefern, liefern andere.“ Allerdings solle gleichzeitig auch „den Israelis verteidigungstechnische Hilfe“ angeboten werden. Vgl. den Artikel „*Strauß* nach Israel – eisiger Empfang“, *BILD*, Berlin-Ausgabe vom 25. Februar 1985, S. 11.

<sup>4</sup> Die Wörter „wenig seriösen Leuten“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Generalstabschef.“

<sup>5</sup> Der bayerische Ministerpräsident *Strauß* besuchte vom 26. Februar bis 2. März 1985 Israel. Am 28. Februar 1985 berichtete Botschafter Hansen, Tel Aviv, daß Präsident Herzog im Gespräch mit *Strauß* am Vortag zum Thema „Waffenlieferungen an Saudi-Arabien“ die Hoffnung geäußert habe, „daß es nicht zu Verkäufen komme. Endverbleib könne nie ausreichend sichergestellt werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 266; Referat 310, Bd. 149593.

Über das Gespräch mit dem israelischen Außenminister *Shamir* am 1. März 1985 teilte Hansen am selben Tag mit, *Strauß* habe auf die Rüstungslieferungen aus Frankreich, Großbritannien und den USA an Saudi-Arabien hingewiesen und betont, die Lieferung von Panzern des Typs „Leopard II“ werde „erst in einigen Jahren akut. Israelische Insistenz habe Tank zu einem ‚Mythos‘ aufgebauscht. Er, *Strauß*, habe Israel – den einschlägigen Bestimmungen zuwiderhandelnd – in schwerer Zeit zu

wenn Weizman richtig zitiert worden sei, könne er nur für sich selbst sprechen.<sup>6</sup>

BM wies auf Stimmen in Deutschland hin, die sagten, die Israelis würden Panzerausfuhren nach Saudi-Arabien dann tolerieren, wenn ihnen selbst deutsche Waffen angeboten würden; der BM fügte wörtlich hinzu: „Sie kennen meine persönliche Haltung“ (Shamir nickte zustimmend). Shamir erwiderte: Waffenangebote an Israel seien nicht mit Waffenexporten an die arabischen Staaten zu vergleichen. Die Bundesrepublik Deutschland und Israel hätten in der Vergangenheit eine gewisse („some“) militärische Zusammenarbeit gehabt, diese existiere auch jetzt noch. Bei Waffenverkäufen an arabische Staaten müsse sich die Bundesrepublik Deutschland stets darüber im klaren sein, daß diese nur gegen Israel eingesetzt werden würden. Shamir unterstrich eindringlich, daß es den Israelis nicht nur um Lieferungen von bestimmten Rüstungsgütern (Leo II), sondern um alle Waffen ginge. Die Region benötige keine zusätzlichen Waffen.

Der Bundesminister stellte fest: Die Richtlinien für den Rüstungsexport<sup>7</sup> sind unverändert; wir würden uns daran halten; er sei nicht glücklich, was in den vergangenen Tagen zu dieser Frage „von hier aus“ gesagt worden sei.

2) Shamir erläuterte, daß er bei seinem anschließenden Gespräch den Bundeskanzler nochmals eindringlich auf die israelische Haltung hinweisen würde. Er hoffe, daß „nichts passieren“, daß keine Änderung des Status quo eintreten würde.

Der Bundeskanzler habe ihm in Jerusalem versprochen, vor einer Entscheidung mit den Israelis zu sprechen und zu diskutieren.<sup>8</sup> (Wörtlich: „He promised me that before a decision he will let us know, he will speak to us, he will discuss it with us.“)

Horstmann<sup>9</sup>

#### VS-Bd. 14153 (010)

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 273*

wichtigen deutschen Waffen verholten. Wie könne man Spannungsgebiete aussparen, wenn es um die Unterstützung von Freunden gehe? [...] Deutsches Rüstungsmaterial für Saudi-Arabien sei keineswegs gegen Israel gerichtet, sondern solle der Stabilisierung der überragend wichtigen Golfregion und der Einflußminderung des moslemischen Fundamentalismus dienen“. Shamir habe sich allerdings nicht überzeugen lassen: „Es gebe schon übergenug Rüstungsmaterial im N[ahen] O[sten]. Deutsche Waffen, die von S[audi]A[rabien] ausschließlich gegen Israel verwendet würden, seien ‚unerträglich‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 280; Referat 310, Bd. 149593.

<sup>6</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, informierte am 25. Februar 1985 über ein „sehr starkes Echo“ in Israel auf die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom selben Tag zu Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien. Während die israelische Presse einen „Sturm von Protesten“ beim Besuch von Strauß vom 26. Februar bis 2. März 1985 in Israel erwarte, habe der israelische Minister für Sonderaufgaben, Weizman, in einem Interview mit der Tageszeitung „Maariv“ geäußert: „Strauß ist ein Freund des Staates Israel. Solch eine Freundschaft ist nicht zu verachten. Vor über 20 Jahren beschaffte er uns Hubschrauber, Transportflugzeuge, Flugabwehr- und Tankabwehr-Raketen.“ Für diese Lieferungen sei Strauß „ein großes politisches Risiko“ eingegangen. Im übrigen dürfe nicht vergessen werden, „daß die USA hochmoderne Kampfflugzeuge für Milliarden Dollar an Saudi-Arabien liefern. Trotzdem besteht weiter enge Zusammenarbeit mit den Amerikanern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 246/247; Referat 310, Bd. 149593.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

<sup>8</sup> Bundeskanzlers Kohl besuchte Israel vom 24. bis 29. Januar 1984. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Shamir am 24. Januar 1984 in Jerusalem vgl. AAPD 1984, I, Dok. 18.

<sup>9</sup> Paraphr.

## 50

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl****201-361.31-359/85 geheim****27. Februar 1985**Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Zahl der Pershing II (P II)

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 7.11.84 – 201-363.31-1714/84 geh.<sup>3</sup>Anlg.: 1) Bezugsaufzeichnung<sup>4</sup>2) Konzept des Schreibens vom BM an BM Wörner vom 28.11.84 (201-1714/84 geh.)<sup>5</sup>3) Schreiben StS Rühl an Assistant Secretary Perle mit FS-Vordruck vom 7.12.84 (201-2000/84 geh.)<sup>6</sup>4) DB Nr. 956 vom 25.2.85 aus Washington (201-338/85 geh.) (Anlagen nur beim Original)<sup>7</sup>

1) Mit der Bezugsaufzeichnung war darauf hingewiesen worden, daß der frühere Stabsabteilungsleiter Fü S III im BMVg, GM Tandecki, in zwei Schreiben (vom 26.8.81<sup>8</sup> und 15.12.82) an Assistant Secretary for Defense, Perle, die Position der Bundesregierung zum Umfang der P-II-Stationierung mitgeteilt hatte. Eine schriftliche Bestätigung dieser auch auf höchster politischer Ebene dargelegten Position ist von amerikanischer Seite nicht erfolgt. Der BM hat daher in einem Schreiben an BM Wörner vom 28.11.84 (siehe Anl. 2) diesen gebeten, die Angelegenheit mit VM Weinberger aufzunehmen.

2) Am Rande der DPC-Sitzung Anfang Dezember 1984 in Brüssel<sup>9</sup> soll Perle StS Rühl in dieser Angelegenheit gesagt haben, daß er den Brief eines inzwischen versetzten Generalmajors nicht beantworte. Daraufhin hat StS Rühl Perle ein

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Februar 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bemerkenswert ist die unterschiedliche Anrede und Unterschrift in der Korrespondenz Rühl/Perle“.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der den Vermerk des Staatssekretärs Meyer-Landrut hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „Leider wahr!“  
 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 22. April 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.  
 Hat Meyer-Landrut am 23. April 1985 erneut vorgelegen.  
 Hat Ministerialdirigent Schauer am 23. April 1985 vorgelegen.  
 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 25. April 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. AAPD 1984, II, Dok. 296.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Bundesminister Genscher bat Bundesminister Wörner, den amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger „um eine befriedigende Regelung unseres Wunsches nach einer schriftlichen Fixierung der gemeinsamen Haltung zum Stationierungsumfang der Pershing II zu er-suchen“. Vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12048 (201).

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahtbericht des Botschafters van Well, Washington, vgl. VS-Bd. 12048 (201).

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „84“.  
 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 12048 (201).

<sup>9</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 329.

eigenes Schreiben angekündigt und dieses am 7.12.84 der Botschaft Washington zur Weiterleitung fernschriftlich übermittelt (s. Anl. 3).

3) Dieses Schreiben, das nicht ganz zutreffend sich nur auf einen (den zweiten) Tandecki-Brief bezieht, stellt noch einmal die Haltung der Bundesregierung fest, der zufolge der Doppelbeschluß vom Dezember 1979<sup>10</sup> die Stationierung von

- 108 Werfern,  
108 Raketen auf diesen Werfern und  
108 nuklearen Gefechtsköpfen für diese Raketen,
- aber keine Nachladung und keine zusätzlichen Gefechtsköpfe beinhalte.

Der Beschluß lasse nur Ersatzteile zu, die zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft von 108 Werfern und Raketen erforderlich seien. Hiermit ist klargestellt, daß wir eine Stationierung zusätzlicher Gefechtsköpfe für die P II, auch als Ersatzteile, im Rahmen des Doppelbeschlusses ablehnen. StS Rühl bittet Perle um Bestätigung dieser Position als gemeinsame Grundlage für die P-II-Stationierung.

4) Nachdem auf Anfrage zwischenzeitlich von US-Seite die Bearbeitung der Angelegenheit bestätigt worden war (so die Auskunft des BMVg), liegt nunmehr eine von Perle gezeichnete Antwort auf das Schreiben des StS Rühl vor. Die Botschaft Washington hat diese Antwort, die sie vom Büro Perle erhalten hatte, am 26.2.85 fernschriftlich übermittelt (s. Anlage 4). In seiner Antwort bestätigt Perle,

- daß die USA keine Pläne haben, mehr als 108 P-II-Gefechtsköpfe in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, und
- daß die USA beabsichtigen, 108 Werfer, 108 Raketen auf diesen Werfern und 108 nukleare Gefechtsköpfe für diese Raketen, aber keine Nachladung und keine zusätzlichen Gefechtsköpfe zu stationieren.

Die vereinbarte Position lasse nur solche Ersatzteile zu, die für die Aufrechterhaltung der 108 Werfer und Raketen erforderlich sind. Bei den Werfern seien sieben als Instandsetzungsreserve vorgesehen, wie es sie bisher auch bei der P IA gegeben habe.

5) Die nunmehr vorliegende schriftlich fixierte Bestätigung der gemeinsamen Position zur P-II-Stationierung auch seitens der Amerikaner entspricht unserem Interesse.

Diese Auffassung wird von dem BMVg geteilt.

i. V. Braunmühl

**VS-Bd. 12048 (201)**

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

## 51

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz**

02-424.10

27. Februar 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup>

Betr.: Fortschritte in der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik im Jahre 1984

1 Anlage<sup>4</sup>

1) Das gegenwärtige „Europa-Ungemach“ sollte nicht vergessen lassen, daß es Anzeichen dafür gibt, daß die Europäische Gemeinschaft im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik im Jahre 1984 zu Kreativität und Offensivgeist zurückgefunden hat. Zentraler Erfolg ist die zügige Inangriffnahme des forschungspolitischen Durchbruch-Programms ESPRIT<sup>5</sup>. Aber auch in anderen Forschungsbereichen wie etwa den Energietechnologien und der Biotechnologie gibt es interessante Ansätze.

Gewiß macht die eine Schwalbe ESPRIT noch keinen Sommer. Daß ESPRIT tatsächlich hochtechnologische Durchbrüche bringt, ist keineswegs sicher. Aus Kreisen der deutschen Elektronikindustrie (vor allem Siemens), aber auch aus dem BMFT kommen immer wieder negative Signale, die von Zurückhaltung bis Ablehnung reichen. Andererseits wird anerkannt, daß die Größe der technologiepolitischen Herausforderung den politischen Willen der Entscheidungsträger in Europa beflügelt hat und daß – selbst wenn nicht alle Forschungsergebnisse den gesetzten Zielen entsprechen – die grenzüberschreitende Vernetzung der Forschung im Rahmen von mehr als 70 Teilprojekten die Kooperationsfähigkeit der europäischen Industrie stärken könnte.

2) In dem anliegenden Vermerk werden die forschungs- und technologiepolitischen Ereignisse des Jahres 1984 auf europäischer Ebene dargestellt und bewertet. Der Vermerk enthält als Anlage eine Auflistung der größeren Projekte im Rahmen von ESPRIT (mit Angabe der teilnehmenden Firmen und den eingesetzten finanziellen Mitteln).<sup>6</sup>

Seitz

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Grewlich konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 11. März 1985 und erneut am 13. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 14. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Seitz am 10. Juni 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 7. März 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 12. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „(insbesondere S. 8).“ Vgl. Anm. 16.

<sup>5</sup> Das Europäische Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) wurde auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 28. Februar 1984 in Brüssel verabschiedet, nachdem zuvor eine Einigung über die Finanzierung der ersten Phase des Programms (1984–1988) erzielt worden war. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1984, S. 36–40.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die undatierte Liste vgl. Referat 02, Bd. 178498.

[Anlage]

Betr.: Europäische Forschungs- und Technologiepolitik im Jahre 1984

I. Forschungs- und technologiepolitische Fortschritte

1) Informationstechnologien

a) Programm ESPRIT

Ziel des mit 1,5 Mrd. europäischen Rechnungseinheiten für zunächst fünf Jahre ausgestatteten Durchbruchprogramms im Bereich der Informationstechnologien ist es, die Vereinigten Staaten und Japan in strategisch wichtigen Forschungsbereichen der Informationstechnologie einzuholen bzw. zu überholen. Das Programm wurde von der europäischen Elektronikindustrie gemeinsam mit der EG-Kommission formuliert; die in Europa forschenden und produzierenden Töchter multinationaler Unternehmen wie IBM und ITT nehmen an dem Programm teil. ESPRIT hat nicht die Anwendung, die Produkte oder Prozesse der Informationstechnologie zum Gegenstand; es ist schwerpunktmäßig ein Forschungsprogramm, das die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im sog. „präkompetitiven“ Bereich zum Gegenstand hat, d.h. Forschungen, die mehr als fünf Jahre<sup>7</sup> bis zur industriellen Anwendung benötigen. Das Programm konzentriert sich auf fünf zentrale Bereiche:

- Fortgeschrittene Mikroelektronik: Hier handelt es sich darum, eine bessere Schaltungstechnologie (kleinere, leistungsfähigere und zuverlässigere Schaltungen) zu entwickeln, damit die mikroelektronischen Einheiten eine größere Kapazität erhalten und mehr Funktionen übernehmen können. (Während Europa rd. 1/5 des weltweiten Angebots an integrierten Schaltungen aufnimmt, stellt es selbst nur 6% her.)
- Fortgeschrittene Informationsverarbeitung: Sie wird neue direkte Kommunikationsweisen zwischen Mensch und Maschine – vor allem Sprache und Bild – mit Funktionen möglich machen, die menschlichen Denkprozessen ähneln.
- Software-Technologie: Die fortgeschrittene Informationsverarbeitung macht eine neue Softwaregeneration erforderlich.
- Büroautomation: Die Forschungsarbeiten werden sich hier vor allem kritischen Aspekten der intelligenten Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Maschine, wie z.B. der bild- und sprachintegrierten Kommunikation widmen. Auch die Maschinenübersetzung ist in diesen Forschungsbereich mit einbezogen.
- Computergesteuerte Fertigung: Hier geht es um die Architektur integrierter Systeme und die Robotertechnik. Hierfür sind neue Entwicklungen im Bereich der Mikroelektronik und Software erforderlich.

Für die Durchführung von ESPRIT haben sich im Jahre 1984 rd. 70 transnationale Projektgruppen formiert. Auf 28 Großprojekte entfallen 75% der für ESPRIT vorgesehenen Haushaltsmittel, die restlichen 25% sind für 45 kleinere Projekte vorgesehen. (Die Anlage zum Vermerk enthält einen Überblick über die Projekte.) Die durch ESPRIT entstehende Vernetzung der in Europa tätigen Elektronikunternehmen und Forschungsinstitute ist beeindruckend. Fachleute

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „mehr fünf Jahre“.

rechnen damit, daß zwar möglicherweise nur die Hälfte der in Angriff genommenen Forschungsprojekte für den internationalen Wettbewerb entscheidende Durchbrüche erreicht; dies wäre aber schon ein sehr beachtliches Ergebnis! In jedem Fall ist das Nebenprodukt „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“, die dann später auch in der Fertigung fortgeführt werden kann, von herausragender Bedeutung.

#### b) Telekommunikation

Im Mai 1984 hat die EG-Kommission dem Ministerrat eine Mitteilung zu den Fragen des fortgeschrittenen Fernmeldewesens zugeleitet.<sup>8</sup> Diese Aktionslinien werden gegenwärtig in Brüssel von den Vertretern der Mitgliedstaaten beraten („Senior Officials-Gruppe für Telekommunikation“, in der auch das Auswärtige Amt vertreten ist). Im einzelnen geht es um folgendes:

- Festlegung mittel- und langfristiger Ziele auf Gemeinschaftsebene im Lichte der national in Angriff genommenen Telekommunikationspolitiken,
- die gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsaktionen in Schlüsselbereichen (z. B. schnelle integrierte Schaltkreise, Optoelektronik),
- gemeinsame Aktionen mit dem Ziel der Entwicklung einheitlicher Schnittstellenstandards (auch als Voraussetzung für eine Liberalisierung des Endgerätemarktes),
- gemeinsame Entwicklung des transnationalen Teils der künftigen Fernmeldestruktur der Gemeinschaft sowie große europäische Projekte (wie ein europäisches ISDN (Integrated Services Digital Network), ein Glasfaser-Overlay-Netz und ein Video-Kommunikationssystem),
- Nutzung der neuen Telekommunikationstechniken zur Förderung und Entwicklung zurückgebliebener Regionen,
- gemeinsame Aktionen zur Öffnung desjenigen Teils des Kommunikationsmarktes der Gemeinschaft, der vom öffentlichen Beschaffungswesen beherrscht wird.

Beeindruckend sind die Fortschritte im Bereich der Normierung (Absprachen zwischen EG-Kommission und CEPT (Commission Européenne de Poste et Télécommunication)). Noch wichtiger ist, daß die EG-Kommission 1984 wichtige vorbereitende Arbeiten für ein gemeinsames Telekommunikationsforschungsprogramm abgeschlossen hat: Das Programm könnte schon Ende 1985 starten. (Zu Einzelheiten der neueren Entwicklungen im Bereich der Telekommunikation wird demnächst eine umfassendere Aufzeichnung vorgelegt.)<sup>9</sup>

#### c) Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Fachinformation/Datenbanken und Medienprodukte

Die EG-Kommission hat Vorstellungen zum elektronisch gestützten Medienbereich (Satellitenfernsehen, Zusammenarbeit im Programmbereich) sowie zu einer europäischen „Fachinformationspolitik“ entwickelt. Ziel ist der Ausbau eigener Fachinformationskapazitäten, insbesondere da, wo noch relativ starke Stellungen vorhanden sind, wie teilweise in der Chemie, aber auch in den Be-

<sup>8</sup> Zu den Vorschlägen für ein Aktionsprogramm auf dem Gebiet des Fernmeldewesens, die die EG-Kommission dem EG-Ministerrat am 23. Mai 1984 übermittelte, vgl. BULLETIN DER EG 5/1984, S. 22–25.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz vom 5. Juni 1985; Dok. 146.

reichen Maschinenbau, Werkstoffe und Fertigung; besonderes Gewicht soll der Bereich Wirtschaftsinformation erhalten.

Bestärkt durch die Ergebnisse des Euronet-DIANE-Programms<sup>10</sup> empfiehlt die EG-Kommission, ein Fünfjahresprogramm zu verabschieden, für das Mittel in Höhe von 45 Mio. europäischer Rechnungseinheiten vorgesehen sind und das die Entwicklung und Nutzung von Datenbanken unterstützen soll. Nachdem das Programm Euronet Ende 1985 ausgelaufen ist und durch einen bilateralen Zusammenschluß der fortgeschrittenen Datennetze der EG-Mitgliedstaaten ersetzt wurde, soll der inhaltliche Teil des Programms, nämlich DIANE, gestärkt werden.

Gleichzeitig hat die EG-Kommission vorgeschlagen, ein interinstitutionelles Informationssystem (INSIS) verstärkt vorzubereiten und 1986 operabel zu machen.<sup>11</sup> Dabei geht es vor allem um die Verbesserung der Arbeitsweise der Gemeinschaftsinstitutionen durch

- elektronische Textübermittlung,
- elektronische Mitteilungsdienste,
- Verbesserung der Möglichkeiten des Zugriffs auf Datenbanken,
- Telekonferenzsysteme (Audio- und Videokonferenzen).

INSIS zielt vor allem auch darauf ab, die Entwicklung eines europäischen Marktes durch die faktische Etablierung gemeinsamer Normen zu fördern.

## 2) Biotechnologie

Die EG-Kommission hat ihre Vorbereitungen im Bereich der Biotechnologie wesentlich verstärkt und dem Rat im Mai 1984 einen Vorschlag vorgelegt, der gegenwärtig in den zuständigen Gremien des Rats und des Parlaments beraten wird.<sup>12</sup> Dabei stehen folgende Punkte im Vordergrund: Stand der europäischen Biotechnologie im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Japan; staatliche Mittel für die Biotechnologie – ebenfalls im Vergleich Japan–Vereinigte Staaten–Europäische Gemeinschaft; wirtschaftliche Bedeutung der industriellen

<sup>10</sup> Der EG-Ministerrat auf der Ebene der Finanzminister beschloß am 18. März 1975 den ersten Drei-Jahres-Aktionsplan zur Errichtung eines europäischen Informations- und Dokumentationsnetzes „European Data Network“ (Euronet). Für den Wortlaut des Beschlusses vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 100 vom 21. April 1975, S. 26 f.

EG-Kommissar Narjes teilte dem Europäischen Parlament am 15. Juli 1982 mit, das im Rahmen der bisherigen drei Drei-Jahres-Aktionspläne errichtete Informationsnetz „Euronet-D[irect]I[n]formation[A]ccess[N]etwork for[E]urope“ ermögliche „den europäischen Benutzern den Zugang zu rund 200 Informationssystemen, die die meisten Tätigkeitssektoren decken“. Die EG-Kommission sei bemüht, in Zusammenarbeit mit öffentlichen wie privaten Stellen „diese Sammlung von Datenbanken und -basen auszuweiten und zu ergänzen, um alle verfügbaren Informationen, vor allem auf den Gebieten, die für die technologische Innovation von Interesse sind, rasch und leicht zugänglich zu machen.“ Vgl. Referat 430, Bd. 145393.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des von der EG-Kommission am 8. August 1984 vorgelegten „Vorschlags für einen Beschluß des Rates über die Koordinierung der Tätigkeiten der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsorgane zur Ermittlung der Notwendigkeit und Ausarbeitung von Vorschlägen für ein interinstitutionelles Informationssystem der Gemeinschaft (INSIS)“ vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 247 vom 15. September 1984, S. 3 f.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des von der EG-Kommission am 11. Mai 1984 vorgelegten „Vorschlags für einen Beschluß des Rates zur Annahme eines mehrjährigen Forschungsaktionsprogramms der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf dem Gebiet der Biotechnologie (1985–1989)“ vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 182 vom 9. Juli 1984, S. 7–12.



Bereiche, die Biotechnologie relativ früh anwenden; die Frage der Abwanderung von Fachleuten nach USA; die Notwendigkeit einer grundlegenden Umstrukturierung der Landwirtschaft; die Perspektiven der regionalen Entwicklungs- und Beschäftigungslage ausgehend von biotechnologischen Anwendungen; mögliche Auswirkungen der Biotechnologie auf die Dritte Welt; Schutz von Patenten im Bereich der Biotechnologie; rechtliche und ethische Probleme der Gentechnik (Humangenetik).

### 3) Energietechnologie

Die europäische Energieforschung ist von Kontinuität gekennzeichnet: 1984 beliefen sich die Mittel der Gemeinschaft für Forschung und Entwicklung und Demonstration auf dem Energiesektor auf mehr als 400 Mio. Europäische Rechnungseinheiten. Das entspricht etwa 10 % der gesamten öffentlichen Förderung für die Energieforschung in Europa. Auf diese Weise wird ein großer Teil der europäischen Forschungstätigkeit gemeinschaftlich koordiniert.

Die wichtigsten laufenden Programme sind:

- Die kontrollierte Kernfusion mit dem JET/Culham als Kernstück<sup>13</sup> (die kontrollierte Kernfusion mit dem Ziel, eines Tages Energie aus Meerwasser zu gewinnen, ist weltweit eines der beeindruckendsten Forschungsvorhaben. In diesem Bereich haben die Europäer zur Zeit eine Führungsstellung),
- die nukleare Sicherheit (Reaktorsicherheit, Management und Lagerung radioaktiver Abfälle, Überwachung von Spaltstoffen, Strahlenschutz),
- feste Brennstoffe und neue Energien (Kohleverflüssigung und Kohlevergasung, Erdwärme, Sonnenenergie, Biomasse und Energieeinsparung).

## II. Bewertung und Ausblick

### 1) Kriterien für die Auswahl von Forschungsprogrammen

Bei den europäischen Forschungsaktivitäten ist zu unterscheiden zwischen

- den von der Gemeinschaft direkt durchgeführten Forschungstätigkeiten (Gemeinsame Forschungsstelle mit Einrichtungen, z.B. in Ispra/Italien und Karlsruhe),
- der Vertragsforschung mit Kostenbeteiligung durch den Vertragsnehmer,
- der Koordinierung der Forschungstätigkeit der Mitgliedstaaten.

Finanzwirksam für den Gemeinschaftshaushalt sind die beiden ersten Bereiche, wobei das Schwergewicht auf der Vertragsforschung mit Kostenbeteiligung durch den Vertragsnehmer liegt. Forschungspolitisch genauso wichtig ist die Koordinierung der Forschungstätigkeit der Mitgliedstaaten; diese Aufgabe fällt

<sup>13</sup> Auf der EG-Ministerratstagung am 17./18. Oktober 1977 in Luxemburg wurde Einvernehmen hinsichtlich einer Kernfusionsversuchsanlage Joint European Torus (JET) erzielt, die innerhalb von vier Jahren errichtet werden sollte. Am 25. Oktober 1977 bestimmte der EG-Rat auf der Ebene der Forschungsminister in Luxemburg Culham als Standort für das Projekt Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1977, S. 38 und S. 112 f.

Am 12. März 1985 wurde ein bereits auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 19. Dezember 1984 grundsätzlich vereinbartes Forschungs- und Ausbildungsprogramm auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (1985–1989) verabschiedet, das auf dem JET-Programm aufbaute. Für den Wortlaut des Beschlusses vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 83 vom 25. März 1985, S. 25–28.

haushaltsmäßig nicht ins Gewicht und wird in ihrer Bedeutung häufig unterschätzt.

Bei der Ausarbeitung der F+E<sup>14</sup>-Aktionsprogramme läßt sich die Gemeinschaft von folgenden Kriterien leiten: Als Gemeinschaftsaktionen sollen in Angriff genommen werden

- Forschungstätigkeiten sehr großen Umfanges, für welche die Mitgliedstaaten einzeln und allein nicht oder nur schwer die erforderlichen Mittel und das benötigte Personal aufbringen können;
- Forschungstätigkeiten, die zwar von Einzelstaaten durchgeführt werden können, deren gemeinsame Durchführung jedoch trotz der bei jeder internationalen Zusammenarbeit entstehenden zusätzlichen Kosten insgesamt gesehen finanzielle Vorteile bietet;
- Forschungstätigkeiten, die nationale Aktionen sinnvoll ergänzen und die nationalen Maßnahmen auf die kritische Masse bringen;
- Forschungstätigkeiten, welche den Binnenmarkt fördern und zu einheitlichen Normen und Standards führen.

Die Einhaltung dieser Kriterien wird von den Gemeinschaftsinstanzen geprüft. Außerdem werden die Forschungsprogramme und Aktionen ständig aufgrund von Kosten/Nutzen-Analysen bewertet und ggfs. fortgeschrieben. So wurde etwa im Jahre 1984 das Programm der thermonuklearen Kernfusion überprüft und für die Jahre 1985–1989 fortgeschrieben.

## 2) Höherer Stellenwert der europäischen Forschungspolitik

Die im Vertrag von Rom zur Gründung der EWG<sup>15</sup> nicht vorgesehene Forschungspolitik hat unter dem Druck der Umstände schrittweise Gestalt angenommen. Ein historischer Rückblick<sup>16</sup> auf die europäische Forschungspolitik vermittelt allerdings den Eindruck einer geringen Spannweite der Leistungen und mangelnder Geradlinigkeit in den Vorhaben. Die im Vorfeld gemeinsamer Aktionen liegenden forschungspolitischen Beratungen wurden meist mit einer Langsamkeit geführt, die in einem fatalen Gegensatz zur Notwendigkeit schneller Entschlüsse auf einem in ständiger Entwicklung befindlichen Gebiet steht. Außerdem wurden die getroffenen Beschlüsse dann im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen z. T. wieder in Frage gestellt.

Das Programm ESPRIT, aber z. B. auch die vorbereitenden Arbeiten für eine europäische Telekommunikationsstrategie sowie die Vorschläge der EG-Kommission für die Biotechnologie zeigen, daß die europäische Forschungs- und Technologiepolitik nunmehr einen Stellenwert bekommen könnte, der ihre Bedeutung angesichts der säkularen Herausforderungen im hochtechnologischen Wettlauf im Dreieck Japan–USA–Westeuropa entspricht.

## 3) „Géometrie variable“

Die neueren Vorschläge und vorbereitenden Arbeiten der EG-Kommission zeigen interessante Ansätze in Richtung pragmatischer Flexibilität in der europä-

<sup>14</sup> Forschung und Entwicklung.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

<sup>16</sup> Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 4.

ischen Forschungspolitik: Dies gilt sowohl für die Art der Finanzierung (Haushalt, Industriebeteiligung, Kapitalmarkt) als auch die Teilnehmer (bilaterale oder trilaterale Zusammenarbeit mit Gemeinschaftsbeteiligung, Zusatzprogramme, an denen nur einige Mitgliedstaaten teilnehmen, formell integrierte Programme, die in Wirklichkeit aber bereits eine „abgestufte Integration“ verwirklichen).

Dieser forschungspolitische Realismus ist zu begrüßen, denn die technologischen Kapazitäten und Interessenlagen innerhalb Europas sind im gegenwärtigen Zeitpunkt sehr verschieden. Eine „europäische Strategie der Hochtechnologie“ muß diesen Gegebenheiten Rechnung tragen, soll sie nicht zu einem Finanztransfermechanismus entarten.

**Referat 02, Bd. 178498**

## 52

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Chrobog

28. Februar 1985<sup>1</sup>

Gespräche AM Genscher/AM Dumas 28.2.1985<sup>2</sup>

#### I. Süderweiterung

BM Genscher betonte, welche Bedeutung die Fischereifragen im Zusammenhang mit dem Beitritt Norwegens gehabt hätten und daß Norwegens Beitritt schließlich an dieser Frage gescheitert sei.<sup>3</sup> Etwas Derartiges dürfte sich nicht beim Beitritt Spaniens<sup>4</sup> wiederholen.

1) Haushaltsfragen: BM machte noch einmal deutlich, daß eine Aufhebung der Verbindung zwischen Einnahmenerhöhung und Beitritt<sup>5</sup> nicht in Betracht komme. Von dieser deutschen Haltung müsse endgültig ausgegangen werden. Sollte der Beitritt erst zum 1.3.1986 wirksam werden, trete erst dann auch die Erhöhung der eigenen Einnahmen in Kraft, allerdings rückwirkend zum 1.1.86.

Der Minister zeigte drei Alternativen auf:

- Regierungsabkommen.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 4. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt.“

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 27./28. Februar 1985 zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris auf.

<sup>3</sup> Am 25./26. September 1972 fand in Norwegen eine Volksabstimmung statt, in der eine Mehrheit sich gegen den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften aussprach. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

<sup>4</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 14, Anm. 14–16.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Beschluß des Europäischen Rats auf der Tagung vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket“); Dok. 19, Anm. 16.

- D bereit, die eine Milliarde für GB auch schon im Dezember zu zahlen, unter der unabdingbaren Voraussetzung, daß dann alle Ratifizierungsurkunden (Erhöhung und Beitritt) hinterlegt seien.<sup>6</sup>

Hier handele es sich um eine Abweichung vom letzten italienischen Kompromißvorschlag.<sup>7</sup> BM betonte, daß es innenpolitisch schwierig gewesen sei, dieses Zugeständnis durchzusetzen. Er würde heute im Rat<sup>8</sup> auch noch nicht so weit gehen, außer er fände die französische Unterstützung.

- Zahlung an GB erst am 1.1.86 (britischer Widerstand vorhersehbar – da gegen Fontainebleau-Beschluß<sup>9</sup>).

F akzeptiert Tatsache, daß deutsche Haltung nicht veränderbar. Da Regierungsabkommen zumindest in Hinblick auf GB-Rückzahlung für F nicht akzeptabel, müsse somit von der zweiten Alternative ausgegangen werden. Damit stehe fest, daß Haushaltslösung nur über den vorherigen Beitritt erreichbar sei. AM Dumas schlägt vor, aus diesen Gründen hier wie auch in Brüssel vorrangig die einzelnen Punkte des Verhandlungsangebotes zu regeln. Er verweist darauf, daß Spanien eigene Haltung erst deutlich machen werde, wenn die Gemeinschaft ihr abschließendes Angebot vorgelegt habe.<sup>10</sup>

## 2) IMP

F erläutert Kommissionsvorschläge.<sup>11</sup> BM begrüßt die Verbindung von Zahlungen und Krediten, da dieses in seiner Öffentlichkeitswirkung eine höhere Ge-

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Ergebnisse der Ministerbesprechung am 26. Februar 1985; Dok. 47, Anm. 25.

<sup>7</sup> Zum Vorschlag der italienischen EG-Ratspräsidentschaft zur Verabschiedung des EG-Haushalts vgl. Dok. 47, Anm. 23.

<sup>8</sup> Über die EG-Ministerratstagung am 28. Februar 1985 berichtete Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), am selben Tag: „In einstündiger Aussprache konnte keine Einigung über den Komplex eigene Mittel/H[aus]H[alt]85/GB-Entlastung 84 erzielt werden.“ Der ursprüngliche Vorschlag der Bundesregierung für ein zweiteiliges Regierungsabkommen sei von keinem der übrigen EG-Mitgliedstaaten unterstützt worden. Der daraufhin vorgetragene Kompromißvorschlag der Bundesregierung: „Finanzierung des HH-Mehrbedarfs 1985 durch rückzahlbare Vorschüsse über Regierungsabkommen; Entlastung von GB durch Abzug von brit. M[e]hr[w]ert[St]euern-Abführung nach Inkrafttreten des neuen Eigenmittelbeschlusses, d. h. nach Hinterlegung aller Ratifizierungsurkunden zum Eigenmittelbeschluß und Beitritt“ sei dagegen sowohl von der EG-Präsidentschaft als auch der EG-Kommission positiv aufgenommen „und von F (Madame Lalumière) ausdrücklich unterstützt“ worden. Ablehnend hätten sich der britische EG-Botschafter Butler und der belgische Außenminister Tindemans geäußert; Bedenken gebe es auch auf dänischer Seite. Vgl. den Drahtbericht Nr. 637; Referat 412, Bd. 130581.

<sup>9</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>10</sup> Mit Schreiben vom 9. März 1985 an Bundesminister Genscher bekräftigte der französische Außenminister Dumas „die Annäherung unserer Positionen hinsichtlich der Haushaltsprobleme der Europäischen Gemeinschaft“. Allerdings gehe der französischen Regierung der von der Bundesregierung auf der EG-Ministerratstagung am 28. Februar 1985 vorgetragene Vorschlag in einem Punkt zu weit: „Von allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft verlangen zu wollen, daß die effektive Erhöhung der Eigenmittel von der effektiven Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde zu den Beitrittsverträgen abhängig gemacht wird, erscheint uns übertrieben, wenn nicht gar unannehmbar.“ Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 34 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 13. März 1985 an Genscher, z. Z. Montevideo, übermittelte Schreiben; Referat 010, Bd. 178936.

<sup>11</sup> Zu den Integrierten Mittelmeerprogrammen der EG vgl. Dok. 14, Anm. 18.

Die EG-Kommission verabschiedete am 20. Februar 1985 neue Vorschläge, denen zufolge neben Mitteln aus den bestehenden Gemeinschaftsfonds zusätzliche Leistungen aus dem EG-Haushalt in Höhe von mindestens zwei Milliarden ECU über einen Zeitraum von sieben Jahren bereitgestellt werden sollten. Außerdem sollten die Mittelmeerregionen Kredite bei spezialisierten Gemeinschaftseinrichtungen aufnehmen können. Vgl. dazu die Mitteilung der EG-Kommission; BULLETIN DER EG 2/1985, S. 9–11.

Bundesminister Stoltenberg bewertete es in der Ministerbesprechung am 26. Februar 1985 im

samtzahl ergebe (so auch F). Programm für GR müsse größer sein als für andere Länder. Wir seien gegen neue Fonds. Bestehende Fonds müßten ein mediterranes Fenster erhalten.

Kreditsubventionen stießen auf entschiedenen deutschen Widerspruch, da wir weder innerstaatlich noch im Außenhandel Kreditsubventionen gewährten und wir keine Präzedenzfälle schaffen könnten. BM wies im übrigen darauf hin, daß EIB-Kreditbedingungen bereits erheblich günstiger seien als z.B. griechische Kreditbedingungen.

Bezuschussung von Projekten:

BM plädiert für nicht zu hohe EG-Beteiligung (Höchstsat 50 %), damit wegen des Eigeninteresses sinnvolle Projekte finanziert würden.

F wie wir für bestehende Fonds mit Mittelmeerfenster, mit Höhe des Zwei-Milliarden-Betrages einverstanden, davon solle größter Teil zwar GR zugute kommen, aber italienische und französische Mittelmeerregionen müßten ebenfalls gefördert werden. EIB-Kredite plus Zinssubventionen ebenfalls akzeptabel. F plädiert für Flexibilität bei Förderungsanteil, da Griechenlands nationale Ressourcen begrenzt seien. Als Kompromiß schlägt er Festhalten an bisherigen Fonds-Regeln vor (d.h. Förderung bis 55 %).

BM läßt deutsche Haltung zu Höhe von Zahlung und Krediten sowie Finanzierungsanteil offen.

3) Problem der südlichen Mittelmeerländer (Israel, Tunesien und Marokko)

F bittet um deutsche Unterstützung, dieses Thema vordringlich auf nächstem AM-Rat am 17.3.<sup>12</sup> zu behandeln mit dem Ziel, der Kommission sofort ein Mandat zu erteilen, damit sie Verhandlungen mit den betroffenen Staaten aufnehmen könne zwecks Aufrechterhaltung der derzeitigen Exporte. BM unterstützt französischen Vorschlag, er weist darauf hin, daß die Mittelmeerpolitik der EG eine der erfolgreichsten Gemeinschaftspolitiken überhaupt sei, die erheblich zur Stabilisierung der Region beigetragen habe. Er bezieht sich auf Shamir-Ausführungen, daß die israelischen<sup>13</sup> Produzenten im Vertrauen auf den EG-Zugang langfristig investiert hätten.

4) Fischereifragen

F: Er weist darauf hin, daß Spanien sowohl die Vorschläge der Fünf wie auch den Kommissionsvorschlag<sup>14</sup> abgelehnt habe.<sup>15</sup> Im Mittelpunkt der Diskussio-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 284*

Bundeskanzleramt als positiv, „daß die Kommission ihren ursprünglichen abenteuerlichen Vorschlag jetzt auf eine ‚diskutable Größenordnung‘ zurückgeführt habe, der jedoch noch immer überproportioniert sei und weiter reduziert werden müsse“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178936.

<sup>12</sup> Die EG-Ministerratstagung fand vom 17. bis 21. März 1985 in Brüssel statt.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „italienischen“.

<sup>14</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 11. Februar 1985 zur Lösung der offenen Fischereifragen in den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und den von der Bundesrepublik, Dänemark, Frankreich, Großbritannien und Irland am 15. Februar 1985 vorgelegten Gegenvorschlägen vgl. Dok. 47, Anm. 17.

<sup>15</sup> Botschafter Poengen, Brüssel (EG), informierte am 20. Februar 1985 über die EG-Ministerratstagung am 18./19. Februar 1985 und die anschließenden Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals auf Ministerbene. Der spanische Außenminister Morán habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß das von der EG-Kommission „vorgeschlagene Schlußangebot von den Mindest-

nen stehe das Thema Restrukturierung. Beide Minister waren einig, daß man SP nicht eine erhebliche Verminderung der Flotte zumuten könne, bei gleichzeitiger Vergrößerung des EG-Schiffsbestandes. F empfiehlt Überlegung, ob spanische Drittlandverträge, z.B. mit Marokko, im Rahmen der landwirtschaftlichen Exportverhandlungen nicht zu einer Erweiterung der Fischereiquoten führen könnten, mit entsprechenden Konsequenzen für die spanische und die EG-Flotte.

Was die Quoten beim Fischfang angehe, so beklagte sich F über den Kommissionsvorschlag, der SP besonders hohe Quoten bei den Fischarten zuweise, die sich in französischen Gewässern befänden. Er bat ausdrücklich zu diesem Punkt um die deutsche Unterstützung.

BM führte aus, daß D nicht unmittelbar durch die spanischen Fischereiforderungen betroffen sei. Er habe jedoch die deutsche Delegation angewiesen, sich in dieser Frage mit F solidarisch zu verhalten.

#### 5) Landwirtschaftliche Produkte

F weist auf Bedeutung dieser Fragen hin und auf Probleme, die sich daraus ergeben, daß SP Ausnahmewünsche bei Obst und Gemüse habe sowie die Liste der sensiblen Kontinentalprodukte erweitern wolle.

Südfrüchte:

F schlägt vor, SP günstigeres Angebot (schnelleren Zugang bei Beitritt) zu machen. Hier sei aber insbesondere Italien betroffen und müsse Zugeständnisse machen.

Obst/Gemüse:

Von F keine Änderung angestrebt.

Kontinentalprodukte:

Für F besondere Probleme bei spanischem Wunsch, Getreide und insbesondere Weichgetreide in Liste sensibler Güter aufzunehmen. F sehe Exportmöglichkeit von Getreide nach Spanien als Ausgleich für spanische Südfruchtexporte nach F. Spanischer Wunsch insofern auch ungerechtfertigt, da SP Getreide außerhalb der EG kaufe (Gemeinschaftspräferenz!).

F bittet D um Unterstützung.

BM läßt Antwort offen.

## II. Andere Themen

### 1) Grenzkontrollen

F empfiehlt beschleunigten Abbau der Grenzkontrollen unter den Fünf.<sup>16</sup> Vor-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 285*

voraussetzungen, unter denen seine Regierung den Beitritt befürworten könne, weit entfernt sei“. Gegenüber Bundesminister Genscher habe er erklärt, die Europäischen Gemeinschaften könnten „Grundanliegen SPA's insbesondere zur Fischerei (Übergangszeit von sieben Jahren, Garantie der Begrenzung spanischer Fischereitätigkeit im EG-Meer auf 260 ständig operierende Schiffe, angemessene Quoten für Seehecht etc.) schlechterdings nicht zurückweisen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 542; Referat 410, Bd. 130410.

<sup>16</sup> Am 27. Februar 1985 vereinbarten Regierungsbeauftragte aus Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden in Brüssel, „daß in einer zentralen Verhandlungsgruppe und vier Expertengruppen zu den Einzelproblemen Sicherheit und Drogenbekämpfung; Personenverkehr, Visa und Einwanderung; Zoll; Güterverkehr der Text einer Vereinbarung zwischen den

schlag eines prinzipiellen Beschlusses noch vor dem Sommer 1985<sup>17</sup> sowie der endgültigen Einigung bis zum 31.12.1986. Verlagerung der Kontrollen auf die Außengrenzen habe bis jetzt eher zu einer erfolgreicherer Verfolgung von Straftätern geführt als früher.

BM schließt sich F-Votum an.

2) Problem der über die DDR einreisenden Immigranten<sup>18</sup>

F weist darauf hin, daß dieses Problem zunehme.

BM erläutert Gründe und Möglichkeiten:

- Geschäft für Interflug,
- Offenheit der Berliner Sektorengrenzen,
- Absicht der DDR, Status von Berlin in Frage zu stellen aufgrund der Hoffnung, es würden verstärkte Kontrollen an den Sektorengrenzen geschaffen werden.

BM weist auf den Status Berlins hin. Jede zusätzliche Kontrolle würde den Status Berlins verändern. Er empfiehlt gemeinsame Demarche der EG und nicht nur, wie F zunächst vorschlägt, begrenzt auf die hauptbetroffenen Staaten. Er verweist darauf, daß es der DDR auch um ihre internationale Reputation gehe, die gefährdet sei, wenn sie hier bei allen EG-Staaten auf Widerspruch stoße. Die hauptbetroffenen Länder könnten dann ihrerseits nachstoßen.

F schließt sich dieser Auffassung an, empfiehlt jedoch auch Prüfung der Frage, was mit illegal eingereisten Immigranten passieren müsse. BM verweist auf unser Asylrecht. Er unterstreicht noch einmal, daß DDR klar werden müsse, daß sie auf diese Weise den Status Berlins nicht verändern könne und sie Ärger mit anderen Staaten bekommen werde.

3) Öffnung des EG-Marktes bei der Vergabe von Aufträgen

F empfiehlt, den EG-Markt langsam, aber stetig zu öffnen, und empfiehlt Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die wenige wichtige Persönlichkeiten (zwei bis drei) enthalten solle. BM unterstützt diese Position und weist auf die Bedeutung des öffentlichen Beschaffungsmarktes bei der Entwicklung moderner Technologien hin.

4) Sender in Sri Lanka<sup>19</sup>

F empfiehlt Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Außenministerien sowie der Rundfunkanstalten und Postexperten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 286*

fünf Ländern zum Abbau der Grenzkontrollen erarbeitet werden soll.“ Grundlage der Verhandlungen waren Vorschläge der Benelux-Staaten vom 12. Dezember 1984 sowie „ein von deutscher und französischer Seite erstelltes Arbeitspapier mit einem Vertragsentwurf“. Vgl. das Schreiben des Staatssekretärs Schreckenberger, Bundeskanzleramt, vom 4. April 1985 an den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Seefeld; Referat 416, Bd. 130946.

<sup>17</sup> Am 14. Juni 1985 wurde in Schengen von Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden ein Übereinkommen über den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

<sup>18</sup> Zum Problem der Einreise von Asylbewerbern nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld vgl. Dok. 34, Anm. 8.

<sup>19</sup> Zum französischen Interesse an einer Beteiligung an der Relaisstation der Deutschen Welle bei Trincomalee vgl. Dok. 34, Anm. 12.

5) Kulturelle Zusammenarbeit in Europa

6) WEU

Chrobog

Referat 010, Bd. 178900

## 53

### Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-11028/85 VS-vertraulich

Aufgabe: 28. Februar 1985, 00.28 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 557

Ankunft: 28. Februar 1985, 01.33 Uhr

Citissime nachts

Betr.: Gespräch der vier Minister (Genscher, Wörner, Dumas, Hernu) am  
27.2.1985 in Paris<sup>2</sup>

Bitte dem Herrn Bundeskanzler die folgende Aufzeichnung StS Rühl/MD Pfeffer vor Abreise nach Paris am 28.2.1985<sup>3</sup> vorlegen:

„Zur Information des Herrn Bundeskanzlers über das Gespräch der vier Minister am 27. Februar 1985, Paris

1) Einziges Thema des gut zweistündigen Gesprächs war SDI, ausgehend von der Problematik der Genfer Verhandlungen<sup>4</sup>, und die allgemeine technologische Herausforderung, auch über SDI hinaus, an Westeuropa.

2) Es bestand Übereinstimmung in der Definition und Bewertung der Risiken der Genfer Verhandlungen für Europa:

- Die SU dürfte mit der Verbindung der drei Verhandlungsthemen versuchen, Druck auf die Allianz dadurch auszuüben, daß sie Fortschritte in den Verhandlungen über strategische Offensivwaffen und INF abhängig macht von amerikanischen Zugeständnissen über Weltraumwaffen. Sie wird versuchen, den Europäern zu suggerieren, daß es die USA seien, die durch ihr Festhalten an SDI die europäischen Interessen vernachlässigten und den Weg zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung versperren.
- Die USA haben im Genfer Communiqué<sup>5</sup> zum ersten Mal der alten sowjetischen Zielsetzung für die erklärte Abrüstungspolitik, d. h. der propagandisti-

<sup>1</sup> Hat Botschafter Ruth am 1. März 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 4. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Bundesminister Genscher und Wörner hielten sich am 27./28. Februar 1985 zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris auf. Vgl. dazu Dok. 52.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich am 28. Februar 1985 zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris auf.

<sup>4</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz



schen Forderung der SU „Abschaffung der Kernwaffen“ zugestimmt. Die SU könnte diese Zustimmung benutzen, um die gesamte NATO-Strategie der nuklearen Abschreckung gegenüber der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in der öffentlichen Meinung als nicht mehr legitim zu qualifizieren.

- Ein Übergang zu einer strategischen Abschirmung gegen ballistische Flugkörper würde das Problem der konventionellen Verteidigung Europas nicht lösen und könnte für sich allein die Funktion der Kriegsverhinderung nicht ausführen.

Die Minister stimmten überein, daß die Strategie der nuklearen Abschreckung von der Allianz als kurz- und mittelfristig unersetzlich und unverändert gültig in aller Deutlichkeit bestätigt werden muß. BM Genscher forderte hierfür „eine präzise Positionsbestimmung“ auf der nächsten Ministertagung des Nordatlantikrates.<sup>6</sup>

3) Zum SDI-Forschungsprogramm stellten die Minister übereinstimmend fest, daß

- die USA SDI zu realisieren versuchen würden und daß die Forschungsphase jedenfalls irreversibel sei;  
die zweite Phase, die zur Stationierung überleiten würde, wohl noch nicht entschieden sei, aber schon heute vorbereitet werde;
- die USA ein politisches „Rechtfertigungssystem“ zu etablieren suchten, um sich die Option politisch offenzuhalten und internationale Unterstützung dafür zu gewinnen, insbesondere von Westeuropa und Japan;
- das amerikanische Denken sich auf diese Option konzentrierte, allerdings noch Unterschiede innerhalb der Administration deutlich seien;
- Europa erheblichen Einfluß ausüben könne nur durch eine abgestimmte Beteiligung.

4) Die Minister zogen daraus die gemeinsame Schlußfolgerung, daß die europäischen Interessen gegenüber SDI und weit darüber hinaus gegenüber der allgemeinen technologischen Herausforderung nur gemeinsam gewahrt werden könnten und daß zu diesem Zweck sowohl eine begrenzte Abstimmung mit den USA als auch eine Harmonisierung zwischen den europäischen Partnern und ihren Industrien notwendig sei.

Dafür wurde in Aussicht genommen eine deutsch-französische Verständigung über die Aufnahme der technologischen Herausforderung ohne Einengung auf SDI mit dem Ziel:

- die europäischen technologischen und industriellen Kapazitäten zu bestimmen, die dafür verfügbar sind,
- Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen,
- dafür über die bestehenden Möglichkeiten hinaus auch neue Wege zu suchen und gemeinsam aufzuzeigen,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 288*

(USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>6</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand am 6./7. Juni 1985 in Lissabon statt. Vgl. dazu Dok. 149 und Dok. 150.

- die notwendigen Informationen von den USA einzuholen und auf dieser Grundlage die o. g. Auswahl systematisch vorzubereiten,
- festzustellen, welche finanziellen Mittel dafür zur Verfügung stehen würden,
- die entsprechenden Analysen und Studien dafür vorzubereiten,
- mit einer solchen Initiative die übrigen europäischen Partner zu einem gemeinsamen europäischen Programm einzuladen.

5) Der politische Sinn einer solchen europäischen Anstrengung über den technologischen Effekt hinaus sollte es sein, den europäischen Einfluß gebündelt zur Geltung zu bringen. Dazu führte BM Wörner aus, daß zwei Bedingungen erfüllt sein müßten:

- technologische Teilhabe Europas in echter Partnerschaft und qualitativ ausgewogen,
- ein begleitender strategisch-politischer Dialog mit den USA zur Wahrung der europäischen Interessen.

Die vier Minister waren sich einig, daß eine solche europäische Politik nicht gegen die USA angelegt sein dürfte, sondern eine Interessenabstimmung mit den USA suchen müsse, um Erfolg zu haben.

Sie stellten fest, daß sie mit diesen Überlegungen noch keinen Entscheidungsvorschlag für die beiden Regierungen verbinden, sondern lediglich diese Thematik dem Bundeskanzler und dem Staatspräsidenten zur gemeinsamen Überlegung anempfehlen.

Der französische Außenminister Dumas erklärte dazu nachdrücklich, daß der Staatspräsident Mitterrand dies bereits dringend empfohlen hätte. Dumas sprach von einem „historischen Moment“ für Europa, den er in der Bedeutung mit der Konstellation verglich, in der Frankreich sich Ende der fünfziger Jahre zur nationalen Atomrüstung entschlossen hatte. Wenn Europa die Gunst der Stunde und die Chance dieser Herausforderung nicht nutze, würde es in vollkommene Abhängigkeit von den USA fallen und auch nicht die Kraft zur Selbstbehauptung gegenüber der Sowjetunion haben.

Der französische Verteidigungsminister Hernu brachte in diesem Zusammenhang auch wieder das Aufklärungssatellitenprojekt<sup>7</sup> und sagte, dies sei zweifellos ein Teil des Ganzen, worüber man gesprochen habe.

#### 6) Zusammenfassende Bewertung

Da die französische Regierung nach einem technologie- und industriepolitisch wirksamen europäischen Thema sucht, um die französischen Interessen in Zusammenarbeit mit und kraft der Unterstützung durch den deutschen Partner zu fördern, dürfte Präsident Mitterrand sich die Empfehlung seiner Minister zu eigen machen. Dabei spielt die Sorge vor einer strategischen Abwertung der französischen nuklearen Abschreckung zweifellos mit.“

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 11374 (220)**

<sup>7</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 35.

## 54

**Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 687****Citissime****Aufgabe: 4. März 1985, 22.12 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 4. März 1985, 22.02 Uhr**Betr.: BM-Besuch in Moskau am 3./4.3.1985<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

Folgt von BM noch nicht genehmigter Bericht über das Gespräch BM/AM Gromyko:

Helsinki für BM-Delegation

I. Zusammenfassung und Bewertung

Dreistündiges Gespräch des BM mit AM Gromyko und anschließendes Mittagessen am 4.3. in Moskau auf Reise zum Staatsbesuch des Bundespräsidenten nach Helsinki boten Gelegenheit zu intensivem Meinungsaustausch über breiten Kreis von Fragen der internationalen Beziehungen und des bilateralen Verhältnisses vor Beginn der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf am 12.3.<sup>3</sup>

BM stellte die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in den Gesamtrahmen der West-Ost-Beziehungen, für die das bilaterale deutsch-sowjetische Verhältnis ein wesentlicher Bestandteil ist. Er hob die Chancen hervor, die sich aus den laufenden Verhandlungen und den am 12.3. beginnenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen für eine konstruktive Weiterentwicklung des Ost-West-Verhältnisses ergeben. Alle Beteiligten, einschließlich der Bundesrepublik und der Sowjetunion, sollten den Versuch unternehmen, ein neues Kapitel im West-Ost-Verhältnis aufzuschlagen. Man werde sie später daran messen, welchen Beitrag sie geleistet haben und ob dieses neue Kapitel der Zusammenarbeit länger und intensiver als die erste Phase der Entspannung ausfällt.

AM Gromyko legte die bekannte sowjetische Konzeption der West-Ost-Beziehungen dar und machte deutlich, daß die Sowjetunion an einer breiten Fortentwicklung interessiert ist und sich mit ihren in den verschiedenen Foren gemachten Vorschlägen in der Initiative sieht. Schwerpunkte in Gromykos Aus-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 5. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 3. März 1985 teilte Ministerialdirigent Edler von Braunmühl der Presse mit, daß Bundesminister Genscher noch am selben Abend nach Moskau fliegen und nach Gesprächen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 4. März nach Finnland weiterreisen werde, um am 5./6. März 1985 am dortigen Besuch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker teilzunehmen. Am Nachmittag des 6. März 1985 werde Genscher zu Gesprächen mit Ministerpräsident Jaruzelski nach Warschau und anschließend zu einem Besuch am 7./8. März 1985 in Bulgarien reisen. Die Zwischenaufenthalte in Moskau und Warschau seien vereinbart worden, nachdem in der Woche zuvor festgestellt worden sei, „daß sowohl auf sowjetischer wie auf polnischer Seite ein großes Interesse an Gesprächen mit dem Bundesaußenminister besteht“. Vgl. das Presse-Hintergrundgespräch; Referat 214, Bd. 139440.

<sup>3</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

fürungen waren einerseits Genf und andererseits das bilaterale Verhältnis, insbesondere die hierbei von ihm gesehenen Belastungen, aber auch die Entwicklungsmöglichkeiten.

Wie bei den vorausgegangenen Begegnungen Gromykos mit anderen westeuropäischen Außenministern (Besuche in Rom<sup>4</sup> und Madrid<sup>5</sup>), wandte sich Gromyko sehr kritisch gegen das SDI-Konzept der USA. Bei der kritischen Behandlung unserer Haltung hierzu<sup>6</sup> war auch eine werbende Note enthalten, und es fiel auf, daß er unsere Interessenlage in erster Linie unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilte. Indirekt wurde aber deutlich, daß dies ebenso wie der angeblich bei uns bestehende und mit der Erklärung des Bundeskanzlers zur Lage der Nation<sup>7</sup> laut Gromyko letztlich geförderte Revanchismus uns von der sowjetischen Seite auch weiter vorgehalten werden wird – als „Schatten“ auf den im übrigen positiv zu bewertenden Beziehungen. Die INF-Stationierung sprach AM Gromyko nicht an.

BM wies klar die gegen die USA und uns gerichteten Vorwürfe zurück, worauf Gromyko nicht mehr replizierte, sondern sich auf regionale Fragen beschränkte. Er hatte offenbar das Soll erfüllt, das er sich vorgenommen hatte. Auch auf die Erwähnung Afghanistans durch BM reagierte er nicht. Vielmehr setzte dieser, im weiteren Verlauf des Gesprächs und bei dem Toast auf dem von ihm gegebenen Essen<sup>8</sup>, die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen für die Sowjetunion wieder zurecht und schlug einen konstruktiveren Ton an. Gromykos Aussagen zur Verbesserung des deutsch-sowjetischen wie des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses in einem Atemzug waren auffällig.

Das Herausarbeiten der Unterschiede der Standpunkte war zu diesem Zeitpunkt ebenso nützlich wie die Möglichkeit, Konstanten in der sowjetischen Politik

<sup>4</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 25. bis 27. Februar 1985 in Italien auf.

<sup>5</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte Spanien vom 28. Februar bis 2. März 1985.

<sup>6</sup> Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 20. Februar 1985, seit der Rede des Bundeskanzlers Kohl auf der Internationalen Wehrkundetagung am 9. Februar 1985 in München hätten „die Sowjets ein neues Gravamen in die Liste der Vorwürfe“ gegen die Bundesregierung aufgenommen. Äußerungen hochrangiger Gesprächspartner wie auch Kommentare in der sowjetischen Presse ließen erkennen, daß die Ausführungen von Kohl „als Wende und Zeichen des Nachgebens gegenüber Druck aus dem Pentagon gewertet“ würden: „Bei Tadel an deutscher Unterstützung für amerikanischen Weltraumwaffen-Forschung heben Sowjets hervor, daß sich Bundesregierung in singuläre Position gesetzt habe: Nur sie setze sich in Westeuropa für amerikanische Pläne ein“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 552; Referat 220, Bd. 128648.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl führte am 27. Februar 1985 im Bundestag aus: „Europa ist geteilt, weil ein Teil Europas unfrei ist. Deutschland ist geteilt, weil ein Teil Deutschlands unfrei ist. [...] Europa wie Deutschland wollen frei zur Einheit finden. Der Schlüssel ist die Selbstbestimmung. Der zu erschließende Freiheitsraum sind die Menschenrechte. Es geht nicht um Grenzen, nicht um Hoheitsgebiete, es geht nicht um Souveränität im Sinne des klassischen Nationalstaats. Es geht um Selbstbestimmung und Menschenrechte. Es geht um Volkssouveränität.“ Wer „einen Schlußstrich unter die Deutsche Frage ziehen“ wolle, erteile dem Selbstbestimmungsrecht und der Verwirklichung der Menschenrechte eine Absage. Die Deutschland-Frage sei aber nur mit den Nachbarstaaten in West- und Osteuropa zu lösen und mit Zustimmung der Vier Mächte. Kohl bestätigte die im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 verankerte Unverletzlichkeit der Grenzen und bekräftigte: „Wir, die Bundesrepublik Deutschland, und die Volksrepublik Polen, haben gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche und werden solche auch in Zukunft nicht erheben.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 9011 f.

<sup>8</sup> Für die Toasts des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Gromyko anläßlich des Mittagessens in Moskau am 4. März 1985 vgl. den Drahtbericht Nr. 690 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 5. März 1985; Referat 010, Bd. 178898.

festzustellen, mit denen es Gemeinsamkeiten gibt. Die Bewertung der Gespräche durch Gromyko als „nützlich“ trifft auch aus unserer Sicht zu. An seine ausdrückliche Erklärung im Toast, daß die Sowjets die Beziehungen sowohl auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet weiterentwickeln und vertiefen wollen, werden wir anknüpfen können.

Gromyko verhielt sich zur Frage eines Termins für seinen Besuch in Bonn wie bisher reserviert.

Für Brüssel NATO<sup>9</sup>

Bericht kann auf Weisung durch BM als Grundlage für dortiges Briefing<sup>10</sup> herangezogen werden.

## II. Im einzelnen

### 1) Genf

BM stellte die Genfer Verhandlungen, die er begrüßte und zu denen er nach der sowjetischen Haltung fragte, in den größeren Zusammenhang der West-Ost-Beziehungen. Wir begrüßten die Breite der in Genf zu behandelnden, in einem inneren Zusammenhang stehenden Themen, hätten bereits in den Gesprächen BM-AM Gromyko im Mai 1984<sup>11</sup> im Hinblick auf die Weltraumwaffen von der Notwendigkeit einer Art „vorbeugender Rüstungskontrolle“ gesprochen, ohne daß wir unsere eigene diesbezügliche Position aber bis heute bereits abschließend formuliert hätten. BM machte (im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des französischen AM in Moskau<sup>12</sup>) deutlich, daß wir unsere Auffassung in enger Abstimmung mit den USA und den Europäern entwickeln (kürzliche deutsch-französische Gespräche der Außen- und Verteidigungsminister<sup>13</sup> sowie Begegnung BK/Präsident Mitterrand<sup>14</sup>). BM unterstrich, daß Gegenstand der Genfer Verhandlungen neben der Reduzierung der Waffensysteme die künftige Gewährleistung der strategischen Stabilität und die dafür erforderliche amerikanisch-sowjetische Kooperation sei. Wichtig sei das amerikanisch-sowjetische Gespräch über die Philosophie der Sicherheit und über Strategien. Auch in diesem Zusammenhang betonte BM neben der großen Verantwortung der USA und der SU die Rolle der kleineren Staaten, die wie die großen ein Interesse am unteilbaren Weltraum hätten und ihren Beitrag zum Erfolg der Gespräche leisten könnten (wir u. a. durch Entwicklung der Beziehungen zur SU und zu allen kleineren WP-Staaten). „Niemand darf sich ausschließen, niemand ausgeschlossen werden.“

AM Gromyko legte die bekannte sowjetische Haltung dar. Einerseits die konstruktivere sowjetische Einstellung: Gefahr eines nuklearen Krieges rückt nä-

<sup>9</sup> Der Drahtbericht war für eine Reihe von Auslandsvertretungen bestimmt, darunter die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel.

<sup>10</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 5. März 1985 mit, er habe den Ständigen NATO-Rat am selben Tag „bei seiner Sitzung im kleinsten Kreis (private luncheon)“ über den Besuch des Bundesministers Genscher am 3./4. März 1985 in Moskau unterrichtet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 421; Referat 213, Bd. 139315.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher führte vom 20. bis 22. Mai 1984 Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 153.

<sup>12</sup> Der französische Außenminister Dumas hielt sich vom 10. bis 13. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>13</sup> Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister Dumas und Verteidigungsminister Hernu am 27. Februar 1985 in Paris vgl. Dok. 53.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Kohl traf am 28. Februar 1985 mit Staatspräsident Mitterrand in Paris zusammen.

her, er ist aber nicht unvermeidlich. Hauptpunkt der Genfer Vereinbarung vom 8.1.<sup>15</sup> ist die gegenseitige Verbindung der Verhandlungspositionen. Damit stehe amerikanische Haltung, nämlich Absicht zur Fortführung „des Weltraumprogramms“, im Widerspruch. Amerikanische Argumentation zu SDI sei „falsch und trügerisch“. SDI sei Teil „offensiver, aggressiver Politik“. Bloßes Versprechen, SDI nicht zu Erstschlag nutzen zu wollen – so Shultz ihm gegenüber auf seinen Hinweis auf Erstschlagsmöglichkeit hinter SDI-Schild – sei natürlich ebensowenig angemessene Basis für die SU wie „Beruhigungspille“, nach Abschluß der Forschungsarbeiten zur Erörterung mit den Verbündeten und auch der SU bereit zu sein. Wenn einmal Forschungsarbeiten durchgeführt worden seien, sei jederzeit Übergang zu Erprobung und anschließender Stationierung möglich, so daß USA in „dominierende“ Lage versetzt würden, zurückgebliebene SU unter Druck zu setzen. SU werde gezwungen sein, Maßnahmen zum eigenen und der Verbündeten Schutz zu treffen.

AM Gromyko fand neben der Kritik an Amerikanern durchaus werbende Akzente an unsere Adresse: „Versetzen Sie sich einmal in unsere Situation: ob man nicht zu einer solchen Beurteilung der amerikanischen Pläne kommen kann.“ Andererseits kleidete er die Kritik an unserer angeblichen Unterstützung der amerikanischen SDI-Pläne in „Erstaunen“ und vermutete hinter unserer Haltung vor allem wirtschaftliche, weniger militärische Motive. „Uns versetzt in Erstaunen, mit welcher Leichtigkeit sich manche Verbündete den Plänen der USA materiell, technisch und militärstrategisch anschließen. In erster Reihe solcher Länder steht die Bundesrepublik. Die USA winken, und schon ist sie bereit.“

BM replizierte, daß ihn die Ausführungen Gromykos in seiner Überzeugung bestärken, daß Genfer Verhandlungen notwendig seien: Nur durch sachlichen Ton am Verhandlungstisch könne großes Maß an Mißtrauen überwunden werden, das aus Worten Gromykos spreche und das er gegenüber USA nicht für gerechtfertigt halte.

BM bekräftigte seine Zuversicht, daß beide Seiten die Verhandlungen aufrichtig und konstruktiv führen werden. Er wies darauf hin, daß in den letzten 40 Jahren Krieg in Europa und auch zwischen USA und SU nicht stattgefunden habe. Nuklearkrieg werde nicht nur Vernichtung menschlicher Zivilisation (so Gromyko), sondern der Menschheit selbst bedeuten. Von Genf werde erwartet, die Verhinderung des Krieges noch sicherer zu machen – auch in den neuen, aus technologischen Entwicklungen folgenden Perspektiven. Es müsse doch gemeinsames Ziel in Genf sein – und von den USA werde es als zentrales Ziel bezeichnet –, die offensiven Systeme radikal zu reduzieren und damit die Gefahr eines atomaren Krieges ebenso radikal zu verhindern. Dies gebe den Verhandlungen über strategische und Mittelstreckensysteme ihr Gewicht. Zusammenhang der Verhandlungen bedeute, daß über das Verhältnis zwischen offensiven und defensiven Waffen gesprochen werde und daß der Grundsatz der strategischen Stabilität erörtert werde.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60. Zu den Gesprächen am 7./8. Januar 1985 vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

BM knüpfte an Ausführungen Gromykos zur Frage der amerikanischen Welt- raumforschung an und wies darauf hin, daß gerade die mangelnde Kontrollier- barkeit dieser Forschungsarbeiten nach unserer und der Auffassung der USA zwar die Verhandlungen schwierig mache, aber auch die Bedeutung zeige, daß man über diese Fragen verhandeln müsse. BM wies auf die eigenen Forschungs- arbeiten der Sowjetunion hin und hob den zivilen Nutzen hervor, den die bei- den Seiten auch bei künftiger Einstellung der Forschungsarbeiten aus den bis dahin durchgeführten Untersuchungen sicherlich ziehen würden. Abschließend zu diesem Punkt hob BM die Bedeutung hervor, daß die USA und die SU klar- stellen, daß sie auch in diesem Bereich keine Überlegenheit anstreben.

Im rüstungskontrollpolitischen Teil der Gespräche, der sich ganz auf die bevor- stehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf konzentrierte, war bemerkenswert, daß AM Gromyko mit keinem Wort die Frage der Statio- nierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik Deutsch- land und in Westeuropa ansprach.

#### 162) Bilaterale Beziehungen, West-Ost-Verhältnis

BM stellte die bilateralen deutsch-sowjetischen Beziehungen in den größeren Zu- sammenhang der Behandlung des allgemeinen West-Ost-Verhältnisses. Er wies einerseits auf bilaterale Kontakte der Sowjetunion mit westeuropäischen Län- dern in der letzten Zeit (Gromykos Besuche in Rom, beim Vatikan<sup>17</sup> und in Ma- drid) und andererseits auf seine eigenen Reisen nach Prag<sup>18</sup> und Bukarest<sup>19</sup> sowie aus jüngster Zeit, auf ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros der SED, Axen, in Bonn<sup>20</sup> hin. Hieran anknüpfend ging er auf die deutsch-sowjeti- schen Beziehungen in ihrer Bedeutung im West-Ost-Verhältnis ein. Er begrüßte die kürzliche Tagung der gemischten Kommission in der Bundesrepublik Deutschland<sup>21</sup> und unterstrich, daß die Beziehungen auf allen Gebieten noch sehr ausbaufähig seien. Die Entwicklung der letzten Jahre habe eindeutig die

<sup>16</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 688 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko traf am 27. Februar 1985 mit Papst Johannes Paul II. im Vatikan zusammen. Während des Mittagessens mit Bundesminister Genscher am 4. März 1985 in Moskau bezeichnete Gromyko den Papst als „interessanten und ernsthaften Gesprächspartner. In der Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten und die ‚Militarisierung‘ des Weltraums zu verhin- dern, habe man voll übereingestimmt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2 des Botschafters Ruth, z. Z. Helsinki, vom 6. März 1985; Referat 010, Bd. 178898.

<sup>18</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 18./19. Dezember 1984 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

<sup>19</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 12. bis 14. Februar 1985 in Rumänien vgl. Dok. 37.

<sup>20</sup> Bundesminister Genscher traf am 1. März 1985 mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen, zusammen und sprach sich dafür aus, „den 10. Jahrestag zu nutzen, um dem KSZE-Prozeß neue Impulse zu geben. Wir hielten den KSZE-Prozeß unverändert für eine wichtige Sache [...]. Hier sei ein Netz gespannt worden, bei dem Große und Kleine Strippen in der Hand hielten.“ Schwer- punkt der Unterredung waren im weiteren die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Rüstungs- kontrolle in Genf und der Beitrag der Bundesrepublik und der DDR zur Entspannung. Axen führte dazu aus, „man dürfe nicht durch zu viele Raketen und Abweichungen von den Verträgen das Mach- bare unnachbar werden lassen. Man habe die ‚Sprüche‘ in München über eine Beteiligung im Welt- raum und die Fortsetzung der Raketenstationierung gehört. Das mache die Dinge nicht leichter, son- dern erschwere das Machbare; es könne sogar dadurch unmöglich gemacht werden.“ Vgl. die Aufzeich- nung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl vom 1. März 1985; Referat 210, Bd. 139191.

<sup>21</sup> Die deutsch-sowjetische Gemischte Wirtschaftskommission tagte am 21./22. Januar 1985 in Bonn un- ter der Leitung des Bundesministers Bangemann und des sowjetischen Stellvertretenden Minister- präsidenten Antonow. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 3.

Meinung der Bundesregierung zu<sup>22</sup> der Interdependenz der Entwicklungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen, politischen und technologischen Zusammenarbeit bestätigt. Er wies auch ausdrücklich auf den Umweltschutz und die kulturellen Beziehungen hin.

BM stellte dem Datum des 8. Mai 1945<sup>23</sup> die Jahrestage der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen<sup>24</sup>, des Moskauer Vertrages<sup>25</sup> und der Schlußakte von Helsinki<sup>26</sup> gegenüber. Zum 8. Mai dieses Jahres verstünden wir die Gefühle der Bitterkeit und der Trauer in gleichem Maße wie die Gefühle der Hoffnung, die sich für die Völker der Sowjetunion mit diesem Tage verbänden.

BM unterstrich andererseits die Bedeutung, die dieser Tag für uns habe, und wies hinsichtlich der außenpolitischen Bedeutung einerseits auf unsere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, im westlichen Bündnis hin und andererseits auf unsere Vertragspolitik mit den östlichen Nachbarn, unter besonderer Unterstreichung des Moskauer Vertrages sowie der Helsinki-Schlußakte. BM schlug von diesen Jahrestagen den Bogen zum Willen der Bundesregierung, die bilateralen Beziehungen auszubauen, und kam in diesem Zusammenhang auf die Erklärung des BK zur Lage der Nation, die internationale Beachtung gefunden hat, zu sprechen. Er betonte weiter die sehr weitgehende Unterstützung dieser Erklärung im Deutschen Bundestag – auch dies ein für unsere Nachbarn wichtiges Moment. Zum 10. Jahrestag der Schlußakte von Helsinki unterstützte BM in Übereinstimmung mit anderen Staaten der EG und NATO das finnische Anliegen eines Treffens auf politischer Ebene<sup>27</sup> und fragte nach der sowjetischen Meinung. Man solle den 10. Jahrestag nützen, um dem KSZE-Prozeß, der in letzten zehn Jahren Erfolge gezeitigt habe, einen neuen politischen Impuls zu verleihen. (In diesem Zusammenhang unterstrich er Nutzen der KSZE-Foren in Budapest<sup>28</sup> und Ottawa<sup>29</sup>.)

AM Gromyko behauptete in allgemeiner Form einen Widerspruch zwischen den erklärten Positionen und Zielen unserer Politik und unserem außenpolitischen Vorgehen. Dieses stehe auch im Widerspruch zum Moskauer Vertrag. Deutsche Außenpolitik agiere gleichsam getrennt von der übrigen Welt und sehe die existierenden Gefahren nicht.

Sowjetische Seite habe häufig betont, daß einzige Grundlage für Zusammenarbeit der Gewaltverzicht und Ausschluß des Krieges seien. Dies gelte um so mehr,

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „an“.

<sup>23</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung in bezug auf Veranstaltungen aus Anlaß des 40. Jahrestags des Kriegsendes vgl. Dok. 11.

<sup>24</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vereinbart. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Adenauer und Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 1955; DzD III/1, S. 335–337.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>27</sup> Zu den finnischen Überlegungen zum Treffen der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 37, Anm. 35.

<sup>28</sup> Vom 15. Oktober bis 26. November 1985 fand in Budapest das KSZE-Kulturforum statt.

<sup>29</sup> Vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 fand in Ottawa das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.



da es für SU und Bundesrepublik bedeutende Möglichkeiten für Ausbau der bilateralen Beziehungen gebe. Dies betreffe Kultur, Wirtschaft sowie wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, wobei letztere „durch eherne Ketten beschwert“ sei (gemeint: COCOM<sup>30</sup>). Man komme jedoch gegenwärtig nur zu einer Schlußfolgerung: Die politische Situation werfe einen tiefen „Schatten“ auf die bilateralen Beziehungen insgesamt. Der einzige negative Faktor, den er direkt ansprach, war der angebliche Revanchismus bei uns, der von „bestimmten Kreisen“ in der Bundesrepublik Deutschland in der letzten Zeit mit steigender Tendenz zutage trete.<sup>31</sup> In Erklärung zur Lage der Nation habe sich Bundeskanzler zwar um verschlungene elastische Formulierungen bemüht, deren allgemeine Linie aber den Boden für eine revanchistische Politik gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten bereite. Revision und Verletzung der Verpflichtungen von Jalta und Potsdam<sup>32</sup> bedeute aber letztlich nichts anderes als den Krieg. AM rügte, daß wir die DDR nicht als souveränen Staat behandeln. AM Gromyko schloß diese sehr kritischen Bemerkungen mit einem versöhnlichen Ton, daß SU friedliche Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik anstrebe. Im gleichen Atemzuge brachte er dies auch in bezug auf die USA zum Ausdruck. Zum 40. Jahrestag müsse Einigkeit zwischen beiden Seiten darin bestehen, daß sich Tragödie der Vergangenheit nicht wiederholen dürfe.

Zum 10. Jahrestag der Schlußakte von Helsinki gab Gromyko keine konkrete Antwort. Es sei noch viel Zeit, zu Konsens zu gelangen.

BM wies AM Gromykos Kritik an der Erklärung zur Lage der Nation zurück („ein Dokument des guten Willens und der friedlichen Absichten“). Unser Verhältnis zur DDR charakterisierte er mit dem bei uns und in der DDR verwendeten Begriff der Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen und der beiden

<sup>30</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt resümierte am 21. Januar 1985 ein Gespräch des Ministerialdirektors Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenhandelsminister Manschulo am 18. Januar 1985. Manschulo habe „vor allem die Unsicherheit hinsichtlich deutscher Liefermöglichkeiten z. B. bei Computern, Werkzeugmaschinen, automatisierten Fertigungsstraßen etc.“ beklagt, denn „man wisse weder, was z. Zt. lieferbar sei, noch was demnächst unter Embargo zu geraten drohe. Diese Unsicherheit gefährde die von beiden Seiten beabsichtigte Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen“. Vgl. Referat 424, Bd. 135931.

<sup>31</sup> Vgl. dazu die Vorwürfe gegen die Bundesrepublik in den sowjetischen Medien; Dok. 11, Anm. 3. Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 25. Januar 1985, der stellvertretende Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Ussytschenko, habe geäußert, es gehe „um Erscheinungen in unserem politischen Leben, welche die SU einfach nicht übersehen könne. Es sei richtig, daß es Landsmannschaften schon immer gegeben habe, daß sie ihre Versammlungen abhielten und dort für die SU inakzeptable Reden gehalten würden. [...] Jedoch müsse man lange zurückgehen, bis man Auftritte des BK vor solchen Versammlungen finde. Die Behauptung der Kontinuität unserer Politik und der Vertragstreue zu den Ostverträgen sei deshalb Zweifeln ausgesetzt. Denn daß die Landsmannschaften Buchstaben und Geist dieser Verträge nicht achten wollten, sei unbestreitbar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 282; Referat 213, Bd. 139304.

<sup>32</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196. Die Beratungen wurden auf der Konferenz in Potsdam vom 17. Juli bis 1. August 1945 von Churchill bzw. ab 28. Juli 1945 Attlee als neuem Premierminister, Präsident Truman und Stalin fortgesetzt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam („Potsdamer Abkommen“) vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

deutschen Staaten<sup>33</sup>. BM unterstrich, daß die beiden deutschen Staaten in den letzten Jahren bemüht gewesen seien, ihren Beitrag zur Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses zu leisten. Dies werde auch dadurch erleichtert, daß man sich bemühe, Probleme humanitärer Art zu lösen, die daraus entstünden, daß Deutsche in zwei Staaten lebten.

Zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen betonte BM die Gemeinsamkeit, daß diese Beziehungen einen wesentlichen Bestandteil der West-Ost-Beziehungen bilden. Etwaige Schatten müßten gemeinsam beseitigt werden.

### 3) Multilaterale West-Ost-Foren

MBFR: BM erwähnte die jüngste Reaktion der WP-Staaten auf westliche Initiative vom April 1984<sup>34</sup>. Bei Bewertung der WP-Reaktion werde Bundesregierung sich von dem Willen leiten lassen, die Verhandlungen konstruktiv zu gestalten und voranzutreiben. Es sei Zeit, konkrete Ergebnisse zu erzielen. Hierzu bemerkte Gromyko, daß Verhandlungen sich im Kreis bewegten, WP-Vorschläge blieben ohne positive Reaktion, Vereinbarungen paßten offensichtlich nicht ins Konzept der NATO, vor allem der USA.

Stockholm: Gromyko verwies auf die jüngsten sowjetischen Vorschläge<sup>35</sup> und wies den USA Schuld dafür zu, daß Vereinbarungen nicht in Sicht seien.

CW: Gromyko kritisierte auf der bekannten Linie die Haltung der USA. BM erwiderte, das Ziel der weltweiten Ächtung der CW verdiene Unterstützung aller beteiligten Staaten.<sup>36</sup>

### 4) Regionale Fragen

a) NO: In Gromykos Ausführungen war neu, daß der jordanische Außenminister<sup>37</sup> unmittelbar vor seiner Abreise nach Rom nach Moskau kommen wollte, offensichtlich, um sowjetische Seite genauer über die Vereinbarungen Hussein/Arafat<sup>38</sup> zu informieren. Dies sei nicht zustande gekommen. Neu war auch Gro-

<sup>33</sup> Mit Schreiben vom 14. Dezember 1983 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, wies Bundeskanzler Kohl darauf hin, daß „die beiden Staaten in Deutschland [...] in ihren Beziehungen zueinander in einer Verantwortungsgemeinschaft vor Europa und vor dem deutschen Volk“ stünden. Vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 155.

Honecker antwortete am 17. Februar 1984: „Verantwortungsgemeinschaft, um Ihren Begriff aufzunehmen, oder besser Sicherheitspartnerschaft bedeutet aus unserer Sicht gegenwärtig zu allererst, was beide Staaten aktiv dafür tun, um die durch den Beginn der Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen der USA in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, veränderte Lage wieder zum Besseren zu wenden. [...] Als wichtigste Schritte erachten wir den Stopp der weiteren Raketenstationierung und den Abbau der bereits bestehenden Systeme.“ Vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 175–177.

<sup>34</sup> Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten brachten am 19. April 1984 eine neue Initiative in die Verhandlungen ein. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 79, Dok. 100 und Dok. 113.

Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

<sup>35</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 29. Januar 1985 auf der KVAE für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen vgl. Dok. 43.

<sup>36</sup> Zur Erörterung eines Verbots chemischer Waffen auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 77.

<sup>37</sup> Tahir al-Masri.

<sup>38</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

mykos unqualifizierte Skepsis an diesen Vereinbarungen<sup>39</sup>. Diese brächten keine Fortschritte bei der Räumung der besetzten Gebiete, noch bei der Schaffung eines unabhängigen palästinischen Staates.

BM verwies auf Grundlage der Erklärung der Zehn von Venedig<sup>40</sup> auf unsere allgemeine Haltung, aus der jeweiligen Region kommende Initiativen zu unterstützen. Auch in diesem Falle unterstützten wir die Initiative, die aus der Region komme.

BM begrüßte Reaktionen des Königs von Jordanien, des ägyptischen Staatspräsidenten<sup>41</sup>, der Führung der PLO<sup>42</sup> sowie das Signal der Gesprächsbereitschaft des israelischen Ministerpräsidenten<sup>43</sup>.

b) Afghanistan: BM sagte, auch hier verdiene die Initiative aus der Region, nämlich die Beschlüsse der Konferenz islamischer Staaten hinsichtlich einer friedlichen Lösung in Afghanistan<sup>44</sup>, Unterstützung. (Gromyko ging hierauf nicht ein.)

c) Karibik: Gromyko sprach von Aggressionsvorbereitungen der USA, betonte gute sowjetische Beziehungen zur nicaraguanischen Führung, leugnete aber im übrigen eine sowjetische Präsenz in Nicaragua. BM wies auf das Treffen der EG-Außenminister mit der Contadora-Gruppe in San José<sup>45</sup> hin. Er bewertete die Tatsache der Begegnung zwischen AM Shultz und Ortega<sup>46</sup> positiv, er selbst sehe Treffen mit Ortega in Brasilia<sup>47</sup> entgegen.

5) Humanitäre Fragen: BM stellte mit Bedauern fest, daß Zahl der ausreisenden Sowjetbürger deutscher Nationalität auf einem sehr tiefen Stand angelangt

<sup>39</sup> So in der Vorlage.

<sup>40</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 zum Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>41</sup> Am 25. Februar 1985 wurde in der amerikanischen Presse ein Interview mit Präsident Mubarak am Vortrag in Kairo resümiert. Mubarak habe die Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO als „very good achievement“ bezeichnet. Sie sei ein erster Schritt. Im weiteren habe der ägyptische Präsident die Bedeutung direkter Gespräche zwischen Israel und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation betont, in der nicht unbedingt Mitglieder der PLO vertreten sein müßten: „Mr. Mubarak said he thought that the P.L.O. would ‚coordinate with King Hussein to select moderate figures if they want to reach a solution.‘“ Vgl. den Artikel „Mubarak Suggests Arab-Israel Talks with U.S. as Host“; THE NEW YORK TIMES vom 25. Februar 1985, S. A 1.

<sup>42</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Exekutivkomitees der PLO vom 19. Februar 1985; Dok. 48, Anm. 14.

<sup>43</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Ministerpräsidenten Craxi gegenüber Bundeskanzler Kohl am 22. Februar 1985 über Äußerungen des Ministerpräsidenten Peres während seines Besuchs vom 18. bis 20. Februar 1985 in Italien; Dok. 47.

<sup>44</sup> Die Außenministerkonferenz der Organisation der Islamischen Konferenz vom 18. bis 22. Dezember 1984 in Sanaa verabschiedete eine Resolution zu Afghanistan, in der „erneut (gegen Vorbehalte Syriens, Libyens, der D[emokratischen] V[olksrepublik] Jemen und der PLO) Rückzug der SU aus Afghanistan“ gefordert wurde. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Uthmann und des Vortragenden Legationsrats Osten vom 8. Januar 1985; Referat 340, Bd. 136784.

<sup>45</sup> Am 28./29. September 1984 fand in San José eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens mit den Außenministern der mittelamerikanischen Staaten sowie der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

<sup>46</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich anlässlich der Amtseinführung des Präsidenten Sanguinetti am 1./2. März 1985 in Montevideo auf und traf dort mit Präsident Ortega zusammen. Vgl. dazu die Presseerklärung von Shultz vom 2. März 1985; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2099, S. 87 f.

<sup>47</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ortega am 15. März 1985 in Brasilia vgl. Dok. 64.

sei.<sup>48</sup> Deutsche Seite würde es als Zeichen guter Absichten der Sowjetunion werten, wenn hier eine Wendung zum Besseren, d.h. zu einem Ansteigen der Zahl der Ausreisenden möglich wäre.

(Vor dem Abflug übergab ich nach Gespräch des Ministers mit 1. Stv. AM Kornijenko<sup>49</sup> diesem weisungsgemäß Liste von Härtefällen, die auf Kriegsende zurückgehen – gesonderter Bericht folgt.)

[gez.] Kastl

Referat 010, Bd. 178898

## 55

### Ministerialdirigent Edler von Braunmühl, z. Z. Helsinki, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 1

Cito

Aufgabe: 6. März 1985, 08.00 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 6. März 1985, 10.36 Uhr

Betr.: Bewertung der Gespräche von BM in Moskau am 4. März<sup>2</sup> und erste  
Schlußfolgerungen

Bitte anliegenden Vermerk, der hier BM vorliegt, Staatssekretär<sup>3</sup> vorzulegen und D2 i. V.<sup>4</sup>, D2A<sup>5</sup> und D2<sup>6</sup> nach Rückkehr zuzuleiten und Referatsleiter 213<sup>7</sup> zur Kenntnis geben, aber bitte keine weitere Verteilung.

[gez.] Braunmühl

<sup>48</sup> Referat 513 gab in einer am 10. Januar 1985 übermittelten Statistik an, daß 1983 1447 Ausreisen aus der UdSSR genehmigt worden seien, 1984 nur 913. Vgl. Referat 213, Bd. 139301.

<sup>49</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz vermerkte am 25. März 1985, der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko sei am 4. März 1985 „um 10.15 h O[rts|Z|eit]“ in die Botschaft gekommen, „um BM davon zu unterrichten, daß außer Gromyko keine weiteren Gesprächspartner zur Verfügung stehen können“. Vgl. Referat 010, Bd. 178898.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Ischinger am 6. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Verteilung ist erfolgt.“ Außerdem bat er die Registratur um eine Kopie „f[ür] mich“.

Hat Jansen am 6. März und Ploetz am 12. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 4. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 54.

<sup>3</sup> Andreas Meyer-Landrut.

<sup>4</sup> Hans Schauer.

<sup>5</sup> Friedrich Ruth.

<sup>6</sup> Franz Pfeffer.

<sup>7</sup> Eberhard Heyken.

## Vermerk

Betr.: Bewertung der Gespräche von BM in Moskau am 4. März 1985 und erste Schlußfolgerungen

1) Die Art, wie die Sowjets sich bei Vorbereitung und Durchführung des Besuchs verhalten haben, bestätigt, daß die Sowjetunion in ihrer Politik uns gegenüber gegenwärtig deutlich zwischen „innerer Behandlung“ und äußerer Präsentation unterscheidet.

a) Nach außen wollen die Sowjets offenbar zeigen, daß die Beziehungen noch gestört sind, und zwar hauptsächlich wegen der Nachrüstung und dem Komplex Deutschland/Territorialfrage. Dies zeigte sich u. a. an folgenden Indizien:

- Keine vorherige Ankündigung des Besuchs durch die SU und diskreter Hinweis, daß man in unserer Ankündigung einen Verzicht auf das Wort Einladung vorziehen würde (mit der Versicherung, daß eine solche Einladung jedoch tatsächlich selbstverständlich vorläge).
- Gromyko war noch nicht bereit, einen Zeitraum für einen Besuch bei uns ins Auge zu fassen.
- Es wurden keine weiteren Gesprächspartner zur Verfügung gestellt (das mag allerdings mit der Haltung Gromykos zu tun haben: Es ist möglich, daß er wegen Zeitknappheit allein entschied).
- Die TASS-Meldung zu dem Besuch<sup>8</sup> kontrastiert schroff zum tatsächlichen Verlauf der Gespräche.

b) Nach innen wollten die Sowjets uns offenbar zu erkennen geben, daß sie an guten Beziehungen und langfristiger Zusammenarbeit auch im politischen Bereich interessiert sind und es nicht mit uns verderben wollen. Dafür sprechen u. a.:

- die positive Reaktion auf den Gedanken eines Zwischenaufenthalts in Moskau (den wir als technischen Zwischenstopp bezeichnet hatten und den die Sowjets als kurzen Arbeitsbesuch bezeichnen wollten);
- die Gesprächsführung durch Gromyko:
  - keine ausdrückliche Erwähnung der Nachrüstung (im Gegensatz zu TASS),
  - relativ maßvolle Behandlung des Revanchismus-Themas – für beide Punkte war Gromykos Wendung: es liege ein „Schatten“ über den politischen Beziehungen, eine relativ milde Ausdrucksweise,
  - die ernste, aber eher verbend als drohend vorgetragene Kritik an unserer Haltung zu SDI,

<sup>8</sup> Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete am 5. März 1985 über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister am Vortag, Gromyko habe die amerikanische Politik als Hauptursache der Spannungen in der Welt bezeichnet und auf die gespannte Lage in Europa hingewiesen, wo auch in der Bundesrepublik „die Stationierung neuer atomarer amerikanischer Erstschlagsraketenwaffen fortgesetzt“ werde. Außerdem habe Gromyko ausgeführt, daß sich die Bundesregierung durch eine Beteiligung an den Forschungen zum amerikanischen SDI-Programm „faktisch zum Mittäter [...] bei der Sprengung des ganzen Prozesses zur Begrenzung und Reduzierung atomarer Rüstungen machen“ würde. Vgl. den Artikel „Beseda A. A. Gromyko s G.-D. Genšerom“; PRAVDA vom 5. März 1985, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. die Ostinformationen des Presse- und Informationsamts vom 5. März 1985, S. 5; Referat 213; Bd. 139315.

- insgesamt erschien die USA wieder als Hauptstörfried und die Bundesrepublik Deutschland als wichtige Kraft, die zwar zur Unterstützung des Störers neigt, aber auch eine konstruktive Rolle spielen könnte und noch „nicht aufgegeben“ ist,
- das Thema 40. Jahrestag<sup>9</sup> sprach Gromyko ohne Spitze gegen uns an und in einer in die Zukunft weisenden Form, allerdings mit der Erwartung eines deutschen „Friedensbeitrags“;
- die Geste Kornijenkos, der eigens in die Botschaft kam, um BM das Bedauern der sowjetischen Seite vorzutragen, daß infolge der Zeitknappheit Gespräche mit anderen Führungsmitgliedern nicht mehr zustande kommen könnten;
- vor allem die zusammenfassende Feststellung Gromykos in seinem Toast: die Sowjetunion wünsche die Vertiefung und Entwicklung der Zusammenarbeit mit uns, nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet.<sup>10</sup>

2) Mögliche Gründe für die Entwicklung der sowjetischen Einstellung uns gegenüber:

Wir haben immer angenommen, daß die sowjetische Politik „der kalten Schulter“ temporäre Zwecke verfolgte, die mit Gesichtswahrung, Warnung und Druck, Ermunterung der Friedensbewegung und den internen und blockpolitischen Zwecken der Kampagne zum 40. Jahrestag zusammenhängen, während die Sowjetunion ihr grundsätzliches und langfristiges Interesse an solider wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit mit uns in keinem Zeitpunkt wirklich aufgegeben hat.

Es gibt längerfristig allein drei Bereiche, in denen die Sowjets mögliche künftige Entwicklungen mit albatraumartigen Sorgen sehen und in denen unsere Haltung eine Rolle spielen kann:

- Weltraumrüstung,
- technologische Abkopplung der Sowjetunion (hier spielt COCOM eine Rolle),
- China (wirtschaftspolitische Organisierung und technologische Zusammenarbeit mit dem Westen, mit Implikationen für den militärischen Bereich).

<sup>9</sup> Zu den geplanten Veranstaltungen in der Bundesrepublik aus Anlaß des 40. Jahrestags des Kriegsendes vgl. Dok. 11.

Ministerialdirigent Edler von Braunmühl legte am 13. März 1985 dar, daß die geplanten Feierlichkeiten in der UdSSR „von für uns problematischen politischen Tendenzen geprägt“ seien: einer Verknüpfung des Jubiläums mit der gegen uns gerichteten Revanchismus-Kampagne; einem Versuch, die alten Frontstellungen der Kriegszeit wiederzubeleben mit dem Ziel, psychologisch eine Trennlinie zwischen uns und unseren Verbündeten zu ziehen und uns auf diese Weise zu isolieren; einem intensiven Bemühen, die sowjetische Herrschaft in Mittel- und Osteuropa, insbesondere die Teilung Deutschlands, mit dem Sieg und den Opfern der Sowjetunion im Kriege zu legitimieren. [...] Es wird immer deutlicher, daß die sowjetische Führung aus diesem Anlaß nicht so sehr in einer für Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen akzeptablen Weise die Leiden, Opfer und Leistungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus würdigen will, sondern die Festschreibung einseitiger sowjetischer Thesen zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte vorantreiben möchte.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139410.

<sup>10</sup> Für die Toasts des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Gromyko anläßlich des Mittagessens in Moskau am 4. März 1985 vgl. den Drahtbericht Nr. 690 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 5. März 1985; Referat 010, Bd. 178898.

Außerdem muß man die sowjetischen Sorgen und die Entwicklung im Warschauer Pakt, besonders in der exponierten DDR (bei der jede Linienabweichung durch die Unberechenbarkeit Polens potenziert wird) ernst nehmen.

Die jüngste Entwicklung der sowjetischen Haltung könnte davon beeinflusst sein, daß mögliche Erwartungen Moskaus, man könnte die im Westen vorausgesagte Neigung der Reagan-Administration (in der zweiten Amtszeit) zu einer Friedensoffensive in Richtung Bilateralismus lenken, inzwischen etwas ernüchtert worden sein dürften. Das unbeirrte Festhalten Reagans an der Politik der Stärke, die fortdauernde ideologische Grundausrichtung (wenn auch ohne rhetorische Ausfälle gegen die Sowjetunion), die bisherige Ablehnung von Konzessionen bei INF zuungunsten der Europäer, vor allem aber das hartnäckige Festhalten an SDI, mag dazu beigetragen haben. Die sowjetischen Versuche, den 40. Jahrestag zur Belebung der Kriegskoalition und zur Isolierung der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen, haben zu einer Solidarisierung im Westen und zu einer Distanzierung von sowjetischen Jubiläumsplänen geführt, die wiederum dazu beigetragen zu haben scheinen, daß die Sowjets sich seit kurzem vorsichtiger äußern und die Absicht antideutscher Akzente in Abrede stellen.

Insgesamt müssen die Sowjets sich sagen, daß sie bei dauerhafter feindseliger Behandlung der Bundesrepublik Deutschland die Deutschen „in die Arme der USA treiben“. Der Faktor „deutsches Interesse an guten Beziehungen mit der Sowjetunion“ bei Abwägungen über politische Entscheidungen in Bonn wird – so müssen die Sowjets kalkulieren – geringer, wenn die Deutschen insoweit ohnehin nichts mehr „zu verlieren haben“.

Die Ouvertüre Moskaus an Großbritannien mit dem Gorbatschow-Besuch<sup>11</sup> scheint in sowjetischen Augen nach dem Auftritt von Frau Thatcher in Washington<sup>12</sup> kaum bleibende Früchte getragen zu haben. Frankreich bleibt allerdings ein möglicher Ansatzpunkt für sowjetische Spaltungsversuche, nicht zuletzt wegen der erwarteten französischen Skepsis gegenüber SDI und dem von Moskau Paris unterstellten Mißtrauen gegenüber ostpolitischen Manövern und deutsch-deutschen Flirts der Bundesregierung. Je enger die deutsch-französische Zusammenarbeit jedoch nach außen in Erscheinung tritt, desto weniger wird sich Moskau hier zur „Diversión“ ermutigt fühlen.

### 3) Schlußfolgerungen

Wenn man die o.g. Bereiche einzeln betrachtet, ergibt sich folgendes:

a) In den Bereichen technologische Zusammenarbeit/COCOM und China ist unsere Linie durch die Umstände und unsere Interessen weitgehend festgelegt. Schon aus wirtschaftlichen Interessen werden wir uns bemühen, die COCOM-

<sup>11</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Erklärung der Premierministerin Thatcher nach ihrem Gespräch mit Präsident Reagan in Camp David am 22. Dezember 1984; Dok. 1, Anm. 9. Thatcher hielt sich am 20./21. Februar 1985 erneut in den USA auf und führte am 20. Februar 1985 in Washington vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses aus: „If we are to maintain deterrence, as we must, it is essential that our research and capacity do not fall behind. That is why I firmly support President Reagan's decision to pursue research into defence against ballistic nuclear missiles – the Strategic Defence Initiative.“ Vgl. den Artikel „We have strength and resolve to carry out our duty“; THE TIMES vom 21. Februar 1985, S. 6.

Einschränkung nicht enger werden zu lassen als unbedingt nötig.<sup>13</sup> Bezüglich Chinas setzen die Grundsätze restriktiver Rüstungsexportpolitik<sup>14</sup> Schranken.

b) In den beiden anderen Bereichen (SDI, Deutschlandpolitik) ist der Spielraum größer für eine differenzierte Politik, die unsere Rolle als Stabilisator in der Mitte Europas ausfüllt, unseren Wert für die Sowjetunion stärkt und damit unsere langfristigen Gestaltungsmöglichkeiten in der Ostpolitik, auch im Hinblick auf die nationalen Belange, erweitert, ohne andere substantielle außenpolitischen Interessen zu vernachlässigen.

c) Ostpolitische Erwägungen zur strategischen Verteidigungsinitiative der USA

Gromyko ließ am 4.3. keinen Zweifel daran, daß die Sowjetunion unserer Haltung in dieser Frage – von Gromyko als Frage der Fragen bezeichnet – für die Zukunft allergrößte Bedeutung beimißt.

- Frühzeitige Festlegung zugunsten der amerikanischen Pläne könnte zu einschneidenden<sup>15</sup> längerfristigen negativen Festlegungen der Sowjetunion uns gegenüber mit fühlbaren Folgen für unser Verhältnis auch zu den Bündnispartnern Moskaus, besonders der DDR, führen. Wir würden uns, zumal wenn unsere westeuropäischen Partner vorsichtiger bleiben, im Westen singularisieren. Schärfe der sowjetischen Reaktion auf die Nachrüstung – die immerhin im Gegensatz zu SDI durch die sowjetische SS-20-Vorrüstung provoziert war – könnte sich potenzieren.

Es gibt (soweit ich sehen kann) auch im deutsch-amerikanischen Verhältnis und aus bündnispolitischen Gründen bislang keinen Zwang zu einer solchen Festlegung.

Wir sollten auch in öffentlichen Äußerungen den Eindruck von positiven Festlegungen vermeiden, die uns ostpolitisch mehr schaden als westpolitisch nutzen könnten.

- Selbstverständlich gibt es auch für eine Festlegung gegen SDI keinen Anlaß. Die Sowjets werden weiter versuchen, uns dazu zu drängen. Aber wenn wir uns dem unterwerfen würden, würden wir uns nicht nur westpolitisch schaden, sondern auch im Verhältnis zur Sowjetunion an Wert verlieren: Man bräuchte sich um uns nicht mehr zu bemühen.

Solange beide Seiten forschen und verhandeln und solange wir die Ergebnisse der Forschungen und Verhandlungen nicht kennen, sollten wir es uns leisten können, uns weder in die eine noch in die andere Richtung festzulegen. Das schließt nicht aus, daß wir Kriterien für den Fragenkomplex entwickeln, wie wir es schon begonnen haben zu tun.<sup>16</sup> Je einheitlicher diese Kriterien sind, je weitgehender sie im westeuropäischen Maßstab übereinstimmen und je kontinuierlicher wir sie vertreten, desto berechenbarer werden wir in diesen Fragen für die Sowjetunion (und wohl auch für die USA). Da diese Krite-

<sup>13</sup> Zu den amerikanischen Bemühungen im Rahmen des COCOM um eine Begrenzung des Technologietransfers in die UdSSR und zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 72.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „einschneidigen“.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 auf der Internationalen Wehrkundetagung in München; Dok. 39, Anm. 16.



rien gewisse Vorbehalte gegenüber einer undifferenzierten Unterstützung von SDI enthalten, bilden sie ein Korrektiv, an dem die Sowjetunion ein Interesse nehmen wird. Hier gibt es auch einen Anknüpfungspunkt für die DDR, sich von der Sowjetunion wieder einen gewissen Spielraum für engere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland geben zu lassen (der längerfristiger wirkt als früher bei der Nachrüstungsfrage mit dem festen Stationierungsdatum). Das Gespräch Axens mit BM<sup>17</sup> hat dieses Thema deutlich anklingen lassen.

Wir sollten also unsere Haltung zu SDI, insbesondere zur Öffentlichkeitspolitik, auch unter diesem Gesichtspunkt noch gründlich durchdenken.<sup>18</sup>

d) Gromyko bestätigte mit seinen Äußerungen zum Thema Revanchismus unseren Eindruck, daß die eigentliche Sorge der Sowjetunion (und es scheint – auch wegen des Mißtrauens gegenüber der DDR und vielleicht Honecker selbst – eine ernsthafte Besorgnis, nicht lediglich Propaganda zu sein) sich auf die DDR bezieht, nicht so sehr auf Polen und die Grenzfrage, die Gromyko mit keinem Wort erwähnte. (Im Gegenteil: Rhetorisches deutsches Aufrühren der Grenzfrage mit Polen wirkt der Entfremdung Polens von der Sowjetunion und den Tendenzen zur Westöffnung Polens entgegen, nützt also der sowjetischen Politik.) Hinsichtlich Polens beunruhigt die Sowjetunion eher die amerikanische Politik (Jalta-Äußerungen<sup>19</sup> plus praktische Politik gegenüber Polen). Beides zusammen empfindet die Sowjetunion als potentielle Gefährdung ihrer Stellung in Osteuropa, auf die sie nicht mit Lockerung, sondern mit dem Bemühen um stärkere Disziplinierung reagiert, was gegenüber der DDR leichter wirkt als im Falle Polens.

Der Spielraum für die „Verantwortungsgemeinschaft“<sup>20</sup> – dessen mögliche Ausmaße sich in der Entwicklung im Sommer 1984 andeuteten – hängt wesentlich von der Zielsetzung ab, die wir aus sowjetischer und auch aus polnischer Sicht der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen zu geben scheinen. Wenn Systemänderung in der DDR als operatives Nahziel erscheint, wird der Spielraum der DDR verengt.

Dabei kommt dem Terminus „deutsche Frage ist offen“ in letzter Zeit besondere Bedeutung zu – nicht als Konzept (weder die Sowjetunion, noch Polen, noch die DDR hält die deutsche Frage für geschlossen), sondern der spektakulären

<sup>17</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen, am 1. März 1985 vgl. Dok. 54, Anm. 20.

<sup>18</sup> Die Interministerielle Arbeitsgruppe SDI beschloß am 21. Januar 1985 die Erarbeitung einer Sprachregelung zum amerikanischen SDI-Programm, um „eine einheitliche Sprache der Bundesregierung zu gewährleisten“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom selben Tag; Referat 201, Bd. 151240.

Eine erste Fassung wurde am 21. Februar 1985 vorgelegt. Für den Entwurf vgl. Referat 201, Bd. 151240.

<sup>19</sup> Anlässlich des 40. Jahrestags der Konferenz von Jalta erklärte Präsident Reagan am 5. Februar 1985: „There is one boundary which Yalta symbolizes that can never be made legitimate, and that is the dividing line between freedom and repression. I do not hesitate to say that we wish to undo this boundary. [...] We do not deny any nation's legitimate interest in security. But protecting the security of one nation by robbing another of its national independence and national traditions is not legitimate. In the long run, it is not even secure.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 119.

<sup>20</sup> Vgl. dazu den Briefwechsel des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker; Dok. 54, Anm. 33.

und in der ständigen Wiederholung instrumental erscheinenden öffentlichen Betonung.<sup>21</sup>

Das Konzept der Verantwortungsgemeinschaft wird noch mehr belastet, wenn die Deutschlandfrage bei uns mit territorialen Implikationen, die Polen berühren, verbunden zu werden scheint. Eine evolutive, auf die stetige verändernde Wirkung des KSZE-Prozesses bauende Ost- und Deutschlandpolitik wirkt öffnend im Hinblick auf die deutsche Frage, eine Verbindung der deutsch-deutschen Tagesfragen mit rhetorischer Betonung der Wiedervereinigungsthematik wirkt „schließend“.

Wenn die Sowjetunion den Eindruck behält, bei uns behandle man den Brief zur deutschen Einheit nicht als Vorbehalt, sondern als Kernstück des Moskauer Vertrags<sup>22</sup>, und die Kernbestimmungen des Vertrags als Nebensache, dann werden sich die Sowjets um die erhoffte stabilisierende Wirkung des Vertrages gebracht fühlen und ihrerseits die Konzessionen weg zu interpretieren suchen, die sie bei dem Vertragswerk gemacht haben. Natürlich müssen wir andererseits sowjetischen Versuchen, die Vertragswerke „nachzubessern“, entgegenwirken.

Wir sollten deshalb möglichst sehen, daß wir – nachdem klargestellt ist, daß unsere Rechtsauffassung unberührt bleibt – den Primat der Politik und die politischen Möglichkeiten des KSZE-Prozesses (auch für die gleichbleibenden Ziele) wieder in den Vordergrund rücken und auf eine Beruhigung der Diskussion hinwirken. Die zweiseitigen Wirkungen, die die Sowjetunion mit ihrer Revanchismus- und 40. Jahrestag-Kampagne erzielt hat, werden es vielleicht erleichtern, daß beide Seiten sich wieder darauf verständigen, daß die Territorialfragen und die Meinungsunterschiede in der deutschen Frage kein Hindernis für die praktische Entwicklung der deutsch-sowjetischen, deutsch-deutschen und der West-Ost-Beziehungen zu sein brauchen und sein sollten.

**Referat 010, Bd. 178898**

<sup>21</sup> So in der Vorlage.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR sowie des „Briefs zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags übergeben wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354–356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387, Dok. 388 und Dok. 407.

## 56

**Gespräche des Bundesministers Genscher  
mit Ministerpräsident Jaruzelski und dem  
polnischen Außenminister Olszowski in Warschau**

214-321.11 POL-331/85 VS-vertraulich

6. März 1985<sup>1</sup>BM-Besuch in Warschau am 6. März 1985<sup>2</sup>

Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers des Auswärtigen mit Außenminister Olszowski und Ministerpräsident Jaruzelski

## 1) Gespräch mit AM Olszowski

AM *Olszowski* betonte, daß er hinsichtlich der bilateralen Beziehungen Fragen von grundlegender Bedeutung ansprechen wolle. Da sie sich jedoch bereits so lange kennen, brauche er hier nicht das zu wiederholen, was er bereits in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre dargelegt habe. Er könne jedoch nicht umhin, einige grundsätzliche Positionen nochmals darzulegen. Hierzu gehöre die Tatsache, daß Polen in konsequenter Weise an freundschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des Vertrages vom Dezember 1970<sup>3</sup> interessiert sei. Dies sei eine dauerhafte politische Ausrichtung. Die Beziehungen hätten sich in den vergangenen Jahren nicht immer harmonisch und gleichgewichtig entwickelt. Die 70er Jahre hätten eine außerordentlich gute – vielleicht eine zu gute – Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit sich gebracht. So seien Illusionen entstanden, die vielleicht auch nur seinem eigenen Romantismus entsprungen seien. In den 80er Jahren sei dann, im Vergleich zu dem, was in den 70er Jahren erreicht worden sei, ein wesentlicher Rückschlag eingetreten. Für die Verschlechterung der Beziehungen sehe er den Hauptgrund in der Art und Weise, wie die westdeutsche Regierung die Situation in der Volksrepublik Polen angehe. Bekanntlich sei Polen in sehr große Schwierigkeiten geraten, die er hier nicht zu beschreiben brauche. Polen habe vor dem Zusammenbruch seiner Wirtschaft und seiner Staatsorgane gestanden. Dieser Entwicklung sei durch die Ausrufung des Kriegszustands<sup>4</sup> ein Ende bereitet worden. Polen habe durch die Ausrufung des Kriegszustands auch für Europa gute Dienste geleistet. Natürlich sei ihm bekannt, daß BM dies anders beurteile. Mit großem Bedauern habe die Volksrepublik Polen feststellen müssen, daß die Bundesrepublik Deutschland sich der amerikanischen Restriktionspolitik<sup>5</sup> ange-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 20. März 1985 gefertigt.

<sup>2</sup> Zur Planung des Aufenthalts des Bundesministers Genscher am 6. März 1985 in Warschau vgl. Dok. 54, Anm. 2.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>4</sup> Zur Verhängung des Kriegszustands am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 25, Anm. 20.

<sup>5</sup> Am 23. Dezember 1981 verkündete Präsident Reagan folgende Sanktionen gegen Polen: Aussetzung staatlicher amerikanischer Lieferungen von Landwirtschafts- und Milchprodukten an die polnische Regierung; Stopp der Erneuerung der Kreditlinie für Exportkredite der Ex[port]-Im[port]-Bank für die polnische Regierung; Aufhebung der zivilen Flugrechte für Polen in den USA; Aufhebung der polnischen Fischereirechte in amerikanischen Gewässern; Vorschlag an die Bündnispartner zu weite-

geschlossen habe. Dies sei um so bedauerlicher, als Polen meine, daß die Politiker der Bundesrepublik Deutschland die Situation in Polen besser als irgend jemand anderes in Europa zu verstehen vermögen. Die polnische Führung habe den durch Informationen bestätigten Eindruck, daß die Bundesrepublik Deutschland die Bedingungen gegen die Volksrepublik Polen, die nur zu einer noch schärferen Verschlechterung der Lage in Polen geführt hätten, seinerzeit ausgearbeitet habe. Diese Bedingungen seien von den USA immer wieder wiederholt worden. Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Polen können keinesfalls durch irgendwelche humanitären Aktionen ausgeglichen werden – auch wenn die Bundesrepublik Deutschland dies so einschätze.

Beunruhigend seien die revisionistischen Klänge, die aus der Bundesrepublik Deutschland kämen. Er wolle jedoch auch die positiven Seiten nicht außer acht lassen. Er habe durchaus die realistischen Äußerungen zu den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland gehört. Zahlreiche Äußerungen von BM, die die polnische Führung sehr hochschätze, ebenso wie Teile der Erklärungen von Bundeskanzler Kohl vom 6.<sup>6</sup> und vom 27. Februar<sup>7</sup> dieses Jahres. Nach polnischem Verständnis sprechen die westdeutschen Politiker dennoch mit zwei unterschiedlichen Stimmen, was für Polen beunruhigend sei. Man würde wünschen, daß die für die deutsche Politik Verantwortlichen mit einer Stimme sprechen. Diese zweite Stimme, die in Polen Beunruhigung hervorrufe, sei die, die die deutsche Rechtsposition darlege. Hierzu wolle er mit aller Deutlichkeit auf die polnische Haltung hinweisen, die für die Beziehungen nur eine einzige Grundlage sieht, nämlich den Vertrag von 1970 sowie die Anerkennung der Vereinbarungen von Jalta und Potsdam<sup>8</sup>, die die polnischen Grenzen festlegten. Die Entschließung des Bundestags vom 17.5.1972<sup>9</sup> sei für Polen niemals eine Grundlage der Beziehungen gewesen. So seien Äußerungen von Teilen der Politiker der Regierungskoalition und von revisionistischen Landsmannschaften äußerst beunruhigend. Sehr positiv sei vermerkt worden, daß BM im vergangenen November abgelehnt habe, an derartigen Veranstaltungen teilzunehmen.<sup>10</sup> Beunruhigung rufe auch die Propaganda um den bevorstehenden 40. Jahrestag der Vertreibung hervor.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 307*

ren Restriktionen für Exporte von Hochtechnologie an Polen. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1185–1188. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 161–163 (Auszug).

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl führte am 6. Februar 1985 im Bundestag aus: „Gerade weil der Satz *Pacta sunt servanda* so wichtig ist und weil wir uns im Sinne der Präambel des Warschauer Vertrages bewußt sind [...], daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, gerade deshalb stehen wir zu den in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen, und zwar in vollem Umfang.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 8818.

<sup>7</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 27. Februar 1985 vgl. Dok. 54, Anm. 7.

<sup>8</sup> Zu den Konferenzen vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta und vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam vgl. Dok. 54, Anm. 32.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Entschließung des Bundestags anläßlich der Abstimmung über den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 318 f. Vgl. dazu auch AAPD 1972, I, Dok. 117, Dok. 125 und Dok. 126.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Pfeffer teilte dem polnischen Botschafter Olechowski am 23. Oktober 1984 mit, daß Bundesminister Genscher nicht am Treffen der Ostdeutschen Landsmannschaften und Vertreibenenverbände am 10. November 1984 in Bonn teilnehmen werde. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Pfeffer vom 31. Oktober 1984; Referat 214, Bd. 133039.

Die polnische Führung hielt es für wünschenswert, für die in den Beziehungen zwischen den Regierungen noch offenen Fragen gemeinsame Lösungen zu suchen. Aus polnischer Sicht gehe es um folgende Fragen: Vereinbarung eines Rechtshilfeabkommens<sup>11</sup> sowie eines Konsularvertrags<sup>12</sup>, Ausarbeitung eines Vertrags über die Ortsbezeichnungen<sup>13</sup>, eine Neuordnung der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland in Staatsangehörigkeitsfragen<sup>14</sup>, die Vorbereitung eines Vertrages über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit.<sup>15</sup> Außerdem erwarte Polen, daß die in internationalen Foren gegen Polen initiierten Aktionen eingestellt würden. Er denke da z. B. an die in Genf tagende Menschen-

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Bertele legte am 19. April 1985 dar, die Bundesregierung habe im Juni 1984 den Rechtshilfeverkehr mit Polen in Zivilsachen eingestellt wegen der „Nichterledigung deutscher Rechtshilfeersuchen durch Polen, die im deutschen Text deutsche Bezeichnungen für in Polen liegende Ortschaften enthalten; Weigerung der polnischen Seite, Berlin (West) in den RH-Verkehr einzubeziehen, obwohl sie die deutsche Erklärung zur Erstreckung des Haager Zivilprozeßübereinkommens von 1954 auf Berlin hingenommen hat“. Während der Rechts- und Konsularkonsultationen mit Polen vom 11. bis 13. September 1984 habe er ad referendum eine Wiederaufnahme des Rechtshilfeverkehrs „unter folgenden Voraussetzungen vorgeschlagen: In der Ortsbezeichnungsfrage handelt jede Seite grundsätzlich nach ihren Vorstellungen“, wobei die Bundesrepublik in der polnischen Übersetzung die polnischen Bezeichnungen, in den deutschen Originalen deutsche Ortsbezeichnungen verwenden sollte. Die Einbeziehung von Berlin (West) solle „durch Einführung des Direktverkehrs zwischen den Landesjustizverwaltungen sichergestellt werden; hilfsweise schlagen wir den sogenannten Trapezverkehr vor“, wobei die Botschaft in Warschau die Rechtshilfeersuchen aus Berlin (West) nach Polen und die polnische Militärmission in Berlin (West) die Antworten an die Berliner Stellen übermitteln würde. Allerdings sei von polnischer Seite Skepsis „über die Chance einer Annahme des Vorschlags durch die polnische Regierung“ geäußert worden. Vgl. Referat 214, Bd. 133059.

<sup>12</sup> Am 17. September 1984 vermerkte Ministerialdirektor Bertele, daß während der Rechts- und Konsularkonsultationen mit Polen vom 11. bis 13. September 1984 von polnischer Seite der Abschluß eines Konsularabkommens vorgeschlagen worden sei, den Polen seit 1978 anstrebe: „Wir haben jedoch auch jetzt wieder darauf hingewiesen, daß Verhandlungen über einen solchen Vertrag beide Seiten mit Problemen konfrontieren würden, die sich schriftlich-formal nicht lösen lassen (Berlin-Klausel, Definition der Staatsangehörigkeit)“. Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1188.

<sup>13</sup> Am 30. März 1977 wies die polnische Regierung in einem Aide-mémoire darauf hin, „daß eine Regelung des Problems der Ortsnamen notwendig“ sei, um „den Amtsverkehr durch gegenseitige Anwendung der geltenden amtlichen Namen praktisch zu erleichtern“. Vgl. BONN – WARSCHAU, S. 320. Das Thema war in der Folgezeit wiederholt Gegenstand bilateraler Gespräche. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 130. Vgl. ferner AAPD 1978, I, Dok. 130, und AAPD 1978, II, Dok. 245 und Dok. 339.

<sup>14</sup> Die Frage der deutschen Staatsangehörigkeit war in Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15 f. Das Gesetz vom 22. Februar 1955 zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit befaßte sich mit den Staatsangehörigkeitsverhältnissen deutscher Volkszugehöriger, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund von Verträgen und Verordnungen zwischen 1938 und 1945 durch Sammel-einbürgerung verliehen worden war, von Personen, die gemäß Artikel 116 GG Deutsche waren, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben, sowie deutscher Volkszugehöriger, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes waren. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil I, S. 65–68. Weiterhin Gültigkeit hatte zudem das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1913, S. 583–593.

<sup>15</sup> Am 12. Juni 1985 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner dar, daß der Vizeminister im polnischen Amt für Technische Forschung, Pregiel, am Vortag Staatssekretär Haunschild, Bundesministerium für Forschung und Technologie, den Entwurf eines Abkommens über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit „und eine Aufstellung polnischer Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen, die als Partner für konkrete Projekte der Zusammenarbeit in Frage kommen“, übergeben und ausgeführt habe, es handele sich um die „Überarbeitung dessen, was bereits vor zehn Jahren verhandelt, aber wegen ‚bekannter Schwierigkeiten‘ nicht abgeschlossen worden sei. [...] StS Haunschildt entgegnete, die ‚bekannten Schwierigkeiten‘ hätten insbesondere die Frage des West-Berliner Forschungspotentials betroffen. Dieses Potential sei Teil unseres wissenschaftlichen Systems und könne nicht isoliert werden. Er halte jedoch die Frage für lösbar, die Diplomaten sollten ‚ihre Phantasie beflügeln‘.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133057.

rechtskommission, in der bis auf eine Delegation, nämlich die der USA, keiner so recht Lust habe, eine antipolnische Entschließung einzubringen.<sup>16</sup>

Eine gewisse Wiederbelebung der politischen Beziehungen sei festzustellen. Es gebe Kontakte zwischen der SPD und der PVAP, und auch zwischen der FDP und der Demokratischen Partei. Außerdem sollte der Dialog zwischen den beiden Außenministerien auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Zu den Wirtschaftsbeziehungen übergehend, informierte AM Olszowski darüber, daß die polnische Delegation, die im Pariser Club verhandle<sup>17</sup>, ihn gerade über die sehr harten Forderungen der Delegation der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet habe.<sup>18</sup> Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland mache den weiteren Verlauf der Verhandlungen von der Rückzahlung der Zinseszinsen sowie der Strafzinsen abhängig. Das bedeutet, daß die westdeutsche Delegation die Kühltischkonzeption aufgegeben habe, die Polen eigentlich sehr gut gefallen habe. Er wisse nicht, was zur Änderung der westdeutschen Position geführt habe,

<sup>16</sup> Auf der 40. Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 6. Februar bis 16. März 1984 brachten die Bundesrepublik, Italien und die Niederlande wie schon 1982 und 1983 eine Resolution zur Menschenrechtslage in Polen ein: „Der Text sah vor, daß der VN-GS erneut um direkte Kontakte mit der polnischen Regierung mit dem Ziel einer Verbesserung der Menschenrechtslage gebeten wird.“ Die für den 14. März 1984 vorgesehene Abstimmung wurde jedoch auf die 41. Tagung der VN-Menschenrechtskommission verschoben. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 231 vom 21. März 1984; Referat 214, Bd. 133058.

Am 20. Dezember 1984 berichtete Botschafter Graf York von Wartenburg, New York (VN), für die 41. Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 4. bis 15. März 1985 sei zum Thema Menschenrechtsverletzungen „vorerst keine neue westliche Initiative angekündigt. Zur Fortsetzung der im letzten Jahr durch Entscheidung der MRK aufgeschobenen Polen-Resolution kündigen sich unterschiedliche Auffassungen an: NL und GB neigen zu pessimistischer Einschätzung der Chancen einer weiteren Resolution. Hingegen sind USA verhalten optimistisch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3084; Referat 231, Bd. 134879.

<sup>17</sup> Der „Pariser Club“ der Gläubigerstaaten nahm im November 1983 die Gespräche mit Polen über die Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten wieder auf, die nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 ausgesetzt worden waren. Konkrete Verhandlungen wurden am 22./23. Oktober 1984 in Paris begonnen, nachdem die polnische Regierung sich bereit gefunden hatte, eine 20 %ige Anzahlung auf die bis zum 31. Dezember 1983 aufgelaufenen Rückstände aus dem Umschuldungsabkommen vom 27. April 1981 zu leisten. Am 14./15. Januar 1985 wurde in Paris ein multilaterales Umschuldungsprotokoll „über nichtbezahlte Fälligkeiten der Jahre 1982 bis 1984“ paraphiert. Ministerialdirigent Loeck legte am 21. Januar 1985 dar, die letzte Verhandlungsrunde sei langwierig gewesen, „da Polen weiterhin auf einem Junktim zwischen Umschuldung und neuen Krediten (sowie IWF-Beitritt und Handelserleichterungen) bestanden hatte. Ein solches Junktim wäre aber für alle Gläubigerländer inakzeptabel gewesen.“ Unterzeichnet worden sei am 15. Januar 1985 außerdem ein Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden des Pariser Clubs, Trichet, und dem Leiter der polnischen Delegation, Karcz, in dem „die bereits früher erzielte Vereinbarung bestätigt“ worden sei, „daß die aus der Umschuldung 1981 bestehenden Rückstände in Höhe von 30 % (130 Mio. \$) bei Paraphierung, d. h. sofort, die restlichen 50 % bei Unterzeichnung des Protokolls zu zahlen sind.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140138.

<sup>18</sup> Am 6. März 1985 informierte Vortragender Legationsrat Lutz die „Delegation BM Genscher“, z. Z. Warschau, „über abschließendes Ergebnis der Umschuldungsgespräche mit Polen im Pariser Club am 5./6.3.85“. Der Leiter der polnischen Delegation, Karcz, habe mitgeteilt, daß die polnische Regierung beschlossen habe, „bilateral vereinbarte Zinszuschläge für verspätete Zahlungen aus Umschuldungsabkommen 1981 nicht zu zahlen, weil Verspätung auf NATO-Entscheidung beruhe. Von dieser Weigerung sind eine Reihe von Gläubigerländern, darunter Frankreich (3 Prozent Zinszuschlag) und wir (1 Prozent Zinszuschlag in Höhe von etwa 480 000 DM) betroffen. Alle Gläubigerländer betrachteten diese erstmals vorgetragene Weigerung als so ernste Belastung, daß einhellig beschlossen wurde, Umschuldungsverhandlungen 1985 nicht wie vorgesehen zu beginnen.“ Lutz zog den Schluß, „daß politische und nicht finanzielle Erwägungen für die Zahlungsverweigerung relativ unerheblicher Beträge ausschlaggebend“ seien und die polnische Regierung offenbar darauf setze, „die jetzige geschlossene Haltung des Pariser Clubs in bilateralen Gesprächen aufzubrechen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1842; Referat 422, Bd. 140138.

ob es vielleicht wieder Aktionen der USA gewesen seien. Jedenfalls verschlechterte ein Abweichen von dieser ursprünglich erarbeiteten Konzeption die Situation für Polen und erschwerte die Umschuldung.

Im Hinblick auf die Tagung der Gemeinsamen Gemischten Wirtschaftskommission unter Leitung von Bundeswirtschaftsminister Bangemann<sup>19</sup> verwies AM Olszowski auf die Notwendigkeit der Verlängerung des Wirtschaftsvertrags von 74.<sup>20</sup> Dies sei zwar die Aufgabe der Außenminister, könne jedoch auch den Wirtschaftsministern übertragen werden. Auf diese Weise wäre es möglich, die Sache nicht weiter vor sich herzuschieben. Optimistisch beurteile er die Zusammenarbeit im kulturellen Bereich, der in den letzten Jahren den geringsten Schaden gelitten habe. Polen sei für die Aufrechterhaltung der Institution des deutsch-polnischen Forums wie auch für die Aufrechterhaltung des Prinzips, daß die Teilnehmer dieses Forums auf der Grundlage des Vertrags von 1970 stehen sollen.<sup>21</sup> Polen sei für die Aufrechterhaltung der gemischten Schulbuchkommission<sup>22</sup> und spreche sich für eine wirksamere Realisierung der Empfehlungen dieser Kommission<sup>23</sup> aus.

Positiv zu bewerten sei die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Städten. Gerade sei der Partnerschaftsvertrag zwischen Gdingen und Kiel paraphiert worden<sup>24</sup>, und es gebe eine ganze Anzahl von geplanten Verträgen über die Zusammenarbeit anderer Städte.

Wenn er nun Bilanz ziehen wolle, so sehe diese nicht allzu positiv aus. In den 70er Jahren seien sehr viele Dinge erreicht worden. Diese Entwicklung gehe nicht mehr in dieser Form vor sich. Aber vielleicht könnte das, was nicht mehr vom Staub befreit werden könne, durch neue Formen ersetzt werden.

*BM* knüpfte an AM Olszowskis Aussage über die Absicht seiner Regierung, freundschaftliche Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu unterhal-

<sup>19</sup> Die Tagung der deutsch-polnischen Gemeinsamen Wirtschaftskommission unter der Leitung des Bundesministers Bangemann und des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Obodowski fand vom 18. bis 22. März 1985 in Warschau statt.

<sup>20</sup> Das Abkommen vom 1. November 1974 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit war am 15. Januar 1985, zehn Jahre nach seinem Inkrafttreten, ausgelaufen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 619 f.

<sup>21</sup> Die Gründung eines „Deutsch-Polnischen Forums“ wurde während des Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, vom 8. bis 12. Juni 1976 in der Bundesrepublik vereinbart. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 187.

Zwischen 1977 und 1980 fanden drei Tagungen statt.

<sup>22</sup> Nach Vorgesprächen zwischen dem Internationalen Schulbuch-Institut in Braunschweig und dem polnischen Instytut Programów Szkolnych auf der 16. UNESCO-Konferenz vom 12. Oktober bis 14. November 1970 in Paris bekräftigten Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Cyrankiewicz am 8. Dezember 1970 in Warschau die Absicht, daß Historiker beider Seiten eine gemeinsame Überarbeitung der Schulbücher für den Geschichtsunterricht vornehmen sollten. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 595.

Für den 28. Mai bis 2. Juni 1985 war die XVIII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz geplant. Vgl. dazu die Aufzeichnung über die Sitzung des Präsidiums der Schulbuchkommission am 22. November 1984 in Warschau; Referat 214, Bd. 133062.

<sup>23</sup> Vgl. EMPFEHLUNGEN FÜR SCHULBÜCHER DER GESCHICHTE UND GEOGRAPHIE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND IN DER VOLKSREPUBLIK POLEN, hrsg. von der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, Braunschweig 1977.

<sup>24</sup> Am 7. Februar 1985 wurde in Gdingen eine Rahmenvereinbarung über eine Städtepartnerschaft zwischen Kiel und Gdingen paraphiert. Für den Wortlaut vgl. das von Botschafter Röding, Warschau, am 20. Februar 1985 übermittelte Fernschreiben des Kieler Stadtrats; Referat 214, Bd. 133054.

ten, an. Dies sei auch die deutsche Absicht, und ohne diese Absicht wäre er sicherlich heute nicht hier. Sein Aufenthalt in Warschau sei Ausdruck des guten Willens, ernsthaft für die Verbesserung der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu arbeiten. Dafür seien in der Vergangenheit durch den Warschauer Vertrag, aber auch durch andere Dokumente, die für die Beziehungen von Bedeutung seien, Bedingungen geschaffen worden. Nicht nur, weil er gerade aus Helsinki komme<sup>25</sup>, möchte er an die Gespräche, die sie beide in Helsinki geführt haben<sup>26</sup>, und an die Schlußakte von Helsinki<sup>27</sup> erinnern, die eine gute Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen geschaffen habe. Bei Abschluß des Warschauer Vertrages habe man sich in Polen, in Deutschland und um die beiden Länder herum Fragen zu diesem Vertrag gestellt. Dieser zwischen den Regierungen geschlossene Vertrag habe nichts Neues entstehen lassen, sondern die Menschen seien dem Vertrag bereits vorausgeeilt, und im Vertrag sei das festgeschrieben worden, was die Menschen bereits seit langer Zeit wünschten. Und in den Jahren, die seit der Unterzeichnung des Vertrages vergangen seien, habe sich dieser Prozeß verstärkt und verbreitet. Auch heute sei er der Auffassung – und zahlreiche Briefe verschiedenster Menschen bestätigten dies –, daß die Entwicklung bereits der Politik vorausgeeilt sei. Inzwischen hätten die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen eine neue Qualität erreicht. Früher sei das Interesse an Polen auf einige Gebiete wie Ostdeutschland und Ruhrgebiet beschränkt gewesen, heute könne man ein sehr großes Interesse in allen Teilen Deutschlands, im Norden, im Süden, im Westen, feststellen. Wenn er heute auf einer Versammlung sage, daß alle Polen das Recht auf sichere Grenzen hätten, dann stimmten ihm alle Menschen zu. Wenn er sage, daß er für die Verständigung sei, dann stimmten ihm alle zu. Die politische Entwicklung in Deutschland sei durch die Tatsache gekennzeichnet, daß heute der Warschauer Vertrag von allen Seiten des Bundestages akzeptiert werde. Und dies nicht nur, weil man der Auffassung sei, „pacta sunt servanda“, was selbstverständlich sei, daß Verträge eingehalten werden. Da AM Olszowski BMs Erklärungen sowie die Erklärungen des Bundeskanzlers realistisch eingeschätzt habe, könne er sich nun das sparen, was er sonst hätte sagen müssen. Dennoch sei es ihm rätselhaft, wie es dazu komme, daß immer wieder die Frage gestellt werde, ob das, was er selber sage, im Namen der Regierung oder vielleicht nur in seinem eigenen Namen gesagt sei, so als ob er ein Wissenschaftler sei, der im Bereich der Außenpolitik spezialisiert sei. Er sei seit langem Mitglied der Regierung, und zu keiner Zeit habe er etwas gesagt, was nicht auch Meinung der Regierung gewesen sei.

Bei den Treffen von Vertriebenen komme es einzig und allein darauf an, was dort gesagt werde. Außerdem hätten die Vertriebenen einen sehr bedeutenden Beitrag zum Aufbau der Wirtschaft und des Landes, zum Aufbau einer starken, lebendigen Demokratie, einen bedeutenden Beitrag zur Friedenspolitik geleistet. Er würde gern den Botschafter und den Außenminister der Volksrepublik

<sup>25</sup> Bundesminister Genscher begleitete am 5./6. März 1985 Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Besuch in Finnland.

<sup>26</sup> Zum deutsch-polnischen Regierungsgespräch am 1./2. August 1975 in Helsinki vgl. AAPD 1975, II, Dok. 244.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.



Polen einmal bei einem Treffen der Liegnitzer in Wuppertal<sup>28</sup> sehen. Sie hätten sicherlich ihre Freude daran. Auch diese Situation bedürfe einer realistischen Beurteilung. In der Frage eines Vertrages über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit und im Bereich der Erarbeitung eines Rechtshilfeabkommens sei die Bundesrepublik bereit, Fortschritte zu machen. Die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland könne natürlich nicht Gegenstand von Verhandlungen sein. Klar sei auch, daß Politik nur die Zukunft vorbereiten könne; die Vergangenheit sei nicht mehr zu ändern. Erfreulich sei die positive Entwicklung der kulturellen Beziehungen. Kulturelle Beziehungen seien nicht nur im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen von großer Bedeutung, sondern in allen Beziehungen von Staaten zueinander. Sehr positiv beurteile er auch die geplante Abhaltung des Kulturforums in Budapest.<sup>29</sup> Positiv wäre, wenn beide Seiten Kulturinstitute beim Nachbarn errichten könnten.<sup>30</sup> Die Identität der Völker komme in der Kultur zum Ausdruck. In Europa spreche man immer von der Kultur dieses oder jenes Volkes, als ob Europa in eine ganze Reihe von kulturellen Schubladen aufgeteilt sei, eine kleine Schublade deutscher Kultur, eine Schublade polnischer Kultur, französischer Kultur usw. Hätte man eine solche Ansicht vor 100 Jahren verbreitet, so hätten einen die Leute ausgelacht. Denn damals sei man sich viel stärker der großen europäischen kulturellen Identität bewußt gewesen. Die Identität des Individuums komme in seiner Würde und in seinen Rechten zum Ausdruck. Zu der Identität des einzelnen gehöre auch die des öfteren an ihn herangetragene Frage nach der Abhaltung deutschsprachiger Gottesdienste in Polen.

In den 70er Jahren seien durch ihre Gespräche in Helsinki gute Entwicklungen in Gang gekommen. Heute bedaure er sehr – und er habe dies bereits beim Gespräch in Stockholm<sup>31</sup> gesagt –, daß die Ausreisen aus Polen nicht so verlaufen, wie man es wünschen würde<sup>32</sup>, wie es notwendig wäre und wie es dem Gei-

<sup>28</sup> Die Stadt Wuppertal, in der der Wahlkreis des Bundesministers Genscher lag, übernahm 1952 die Patenschaft für die ehemaligen Einwohner der schlesischen Stadt Liegnitz (Legnica), aus der auch Barbara Genscher stammte.

<sup>29</sup> Das KSZE-Kulturforum in Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt.

<sup>30</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Wegner stellte am 19. März 1985 Überlegungen zu Gesprächen mit Polen über kulturpolitische Fragen an. Dabei sei insbesondere die polnische Haltung zur Errichtung eines Goethe-Instituts zu sondieren, nachdem von polnischer Seite während der Sitzung des erweiterten Lenkungsausschusses des Deutsch-Polnischen Forums vom 1. bis 3. Februar 1985 in Warschau „erste positive Hinweise“ dazu gegeben worden seien. Insbesondere seien die polnischen Bedingungen zu klären. Vgl. Referat 214, Bd. 133062.

<sup>31</sup> Bundesminister Genscher führte anlässlich der Eröffnung der KVAE in Stockholm am 19. Januar 1984 ein Gespräch mit dem polnischen Außenminister Olszowski. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 463/464 des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl vom 20. Januar 1984 an die Botschaft in Warschau; Referat 214, Bd. 133037.

<sup>32</sup> In einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erklärte Ministerialdirektor Pfeffer am 1. Oktober 1984: „Bisher sind etwa 190 000 Aussiedler mit Genehmigung der polnischen Behörden bei uns eingetroffen. Seit Mitte des letzten Jahres haben die Zahlen der genehmigten Ausreisen jedoch abgenommen, seit Beginn dieses Jahres ist ein drastischer Rückgang zu verzeichnen. Im August 1984 trafen beispielsweise nur noch 142 Aussiedler mit Genehmigung bei uns ein, im August 1983 waren es 707, im Januar 1983 noch 1425. Parallel zu diesem Rückgang stieg die Zahl derer steil an, die ohne Genehmigung bei uns geblieben, d. h. zum Beispiel von Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland nicht zurückgekehrt sind (August 1984: 2187, August 1983: 620, Januar 1983: 590).“ Vgl. die Beilage zum Blauen Dienst; Referat 214, Bd. 133040.

ste der Vereinbarungen entsprechen würde. Hier könnte eine korrekte Anwendung des Protokolls<sup>33</sup> viel guten Willen und viele gute Gefühle Polen gegenüber schaffen.

Zu den Verhandlungen im Pariser Club erklärte BM, die Bundesrepublik Deutschland sei nicht von ihrer Konzeption abgewichen. Dieses Thema werde aber bei der Tagung der gemischten Wirtschaftskommission behandelt werden. Dem von AM Olszowski gemachten Vorschlag der Verlängerung des Wirtschaftsabkommens stimme er durchaus zu. Es sei vernünftig und gut, so zu verfahren. Er setze sein volles Vertrauen in die Arbeit der gemischten Wirtschaftskommission.<sup>34</sup>

Was sie hier heute zusammenführe, sei doch schließlich und endlich der Wunsch, etwas für die deutsch-polnischen Beziehungen tun zu wollen, für diese Beziehungen, die nicht nur für Deutschland und Polen wichtig seien, sondern auch eine historische, eine europäische Dimension hätten. Auf ihnen ruhe die Verantwortung und die Verpflichtung, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergebe, diesen Beziehungen eine Zukunftsperspektive zu geben. Oft gehe er der Frage nach, welche Gedanken Menschen dazu bringen, massive Angriffe gegen Deutschland, gegen die deutsche Regierung und gegen die Menschen dieses Landes zu machen. Dies sei ungerecht und diene keineswegs der Verständigung. Die Tatsache, daß er sich der Reaktion auf die Polemik völlig enthalte, dürfe nicht als Schwäche verstanden werden, sondern sei vielmehr Ausdruck der Verantwortung, die Deutsche und Polen zu tragen haben. Die deutsch-polnischen Beziehungen seien zu bedeutend, als daß man sich in Polemik flüchten dürfe.

BM brachte den Wunsch zum Ausdruck, AM Olszowski durch den deutschen Botschafter<sup>35</sup> eine Härte-Liste überreichen zu dürfen, auf deren wohlwollende Prüfung er hoffe.

Sodann bat er, den Blick gemeinsam auf die Zukunft zu richten.

AM *Olszowski* griff aus den Ausführungen von BM vier Fragen auf. (1) BM habe einen klassischen Satz gesprochen, nämlich: Die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland könne nicht Gegenstand dieser Gespräche sein. Er hoffe, daß dieser Satz auch umgekehrt gelte.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 313*

Parlamentarischer Staatssekretär Waffenschmidt, Bundesministerium des Innern, gab an, daß 1984 17455 Aussiedler aus Polen in die Bundesrepublik gelangt seien. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 30.

<sup>33</sup> Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau eine Reihe von Abkommen, darunter das Ausreiseprotokoll. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1199. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 296, und AAPD 1976, I, Dok. 60 und Dok. 75.

<sup>34</sup> Über die Tagung der deutsch-polnischen Gemeinsamen Wirtschaftskommission vom 18. bis 22. März 1985 in Warschau teilte Botschafter Röding, Warschau, am 23. März 1985 mit: „Die Vereinbarung zur Verlängerung des Kooperationsabkommens wurde unterzeichnet. [...] Die polnische Seite stellte von Anfang an die Frage der künftigen finanziellen Beziehungen, insbesondere einer möglichen neuen staatlich abgesicherten Kreditgewährung, in den Vordergrund der Gespräche. Sie wies vor allem darauf hin, daß Polen nur durch Ankurbelung seiner Wirtschaft mit Hilfe neuer Kredite in die Lage versetzt werde, endgültig neue Verpflichtungen im Rahmen der Umschuldung zu akzeptieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 402; Referat 214, Bd. 133057.

Für die Mitteilung über die Vereinbarung vom 22. März 1985 zur Verlängerung des Abkommens vom 1. November 1974 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 669.

<sup>35</sup> Horst Röding.

(2) Zu den Verhandlungen im Pariser Club erinnere er daran, daß die Kreditschrankkonzeption hauptsächlich von der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet worden sei. Die Hauptidee dieser Konzeption sei, für Polen solche Bedingungen zu schaffen, daß es einerseits seinen Zahlungsverpflichtungen nachkomme, andererseits aber gleichzeitig eine Zusammenarbeit im Kreditbereich aufgenommen werde. Nun sei der Eindruck entstanden, daß diese Haltung seitens der Bundesrepublik Deutschland aufgegeben worden sei und daß die westdeutsche Delegation alle weiteren Verhandlungen von der Zahlung der Zinseszinsen und Strafzinsen abhängig mache. Wenn es zu einem solchen Auseinanderdividieren der einzelnen Etappen käme, dann hätte Polen Schwierigkeiten mit den Zahlungen. Polnischerseits bestehe großes Interesse daran, die ursprünglich von der Bundesrepublik Deutschland erarbeitete Konzeption aufrechtzuerhalten.

(3) Für die Frage der Abhaltung von deutschsprachigen Messen sei nicht er zuständig, sondern dies liege völlig in der Zuständigkeit der katholischen bzw. evangelischen Kirche, und kein Außenminister würde es wagen, in die Kompetenzen der Kirche einzugreifen. Die Frage der Gottesdienste müsse am besten zwischen den Kirchen diskutiert werden.

(4) In den Fragen der Ausreisegenehmigungen beabsichtige Polen, eine liberale Politik zu verfolgen. Er erinnere jedoch daran, daß in dem „Ausreiseprotokoll“ von 120 000 bis 125 000 Menschen die Rede sei und inzwischen bereits 200 000 Menschen aus Polen ausgereist seien. Die Paßbehörden werden jedoch weiterhin Anträge bearbeiten, die eine Ausreisegenehmigung aus humanitären, familiären und ähnlichen Gründen wünschen. Polen könne jedoch nicht gleichgültig bleiben bei Ausreisen aus wirtschaftlichen Gründen. Die Liste der Härtefälle nehme er gern entgegen und werde sie prüfen.

Auch er wolle gern den Blick auf die Zukunft richten.

## 2) Gespräch mit MP Jaruzelski

*Jaruzelski* betonte, wie sehr er den persönlichen Beitrag von BM schätze, den dieser bei der Entstehung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen in den siebziger Jahren geleistet habe, wie sehr er seine Bemühungen schätze, ein Gegengewicht gegen die drastische Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen zu schaffen, wie sehr er seinen Mut schätze, das Problem der Dauerhaftigkeit des Status quo in Europa und das Problem der Grenzen Polens anzusprechen.

Er sehe in ihm ein Symbol der Kontinuität dieser Politik, die die Grundlage des historischen Vertrages, der im Dezember 1970 zwischen beiden Ländern unterzeichnet wurde, darstelle. Seine kritischen Äußerungen seien also nicht an ihn als direkten Adressaten gerichtet. Allerdings habe Polen das Recht, die Politik der Regierung als Ganzes zu beurteilen und sie im Lichte der Politik des Bündnisses, dessen aktives und führendes Mitglied die Bundesrepublik Deutschland sei, zu sehen.

Es gebe viele beunruhigende Phänomene. Er wolle nicht das wiederholen, was Kollege Olszowski bereits gesagt habe. Dennoch müsse er einige Akzente setzen. In der Politik der Bundesrepublik Deutschland erstaune die Inkohärenz dieser Politik. Es sei deshalb sehr schwer zu beurteilen, was Taktik, was Strategie sei, was laufende Geschäfte und was zukunftsgerichtet sei, was echt und was

falsch sei. Denn sehr viele positive Erklärungen, wie z. B. die von BM, werden am nächsten Tag bereits durch andere Äußerungen wieder außer Kraft gesetzt. Auch die Äußerungen und die Haltung des Bundeskanzlers seien inkonsequent. Geschmacklos erscheine ihm die Debatte um die Teilnahme bzw. Nicht-Teilnahme des Bundeskanzlers am Treffen der Landsmannschaft der Schlesier und die Debatte um den Slogan dieses Treffens.<sup>36</sup> All diese Faktoren zusammen seien außerordentlich beunruhigend.

In der Bundesrepublik Deutschland verstünden die Politiker die polnische Mentalität nicht. Es gebe zwar viele Meinungsunterschiede und Streitigkeiten unter den Polen, aber es gebe auch übergeordnete Ideen, die allen gemeinsam seien. Dazu gehören das Gefühl der Würde und die Sensibilisierung im Hinblick auf die deutsche Frage. Wenn von deutscher Seite die Paketaktion<sup>37</sup> und andere karitative Maßnahmen als ein Ausgleich für den Schaden, den die Restriktionen in Polen angerichtet haben, behandelt werden, dann zeuge dies von einem absoluten Mangel an Verständnis für die polnische Gesellschaft und werde von dieser Gesellschaft als beleidigend empfunden. Denn diese Gesellschaft wolle keine Almosen, sondern normale Beziehungen, auch im Bereich des Kredit- und Finanzwesens. Polen hoffe auf die Wiederherstellung von normalen Strukturen der Zusammenarbeit, so daß es schnell in der Lage sein werde, die Rückzahlung der Verschuldung, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik Deutschland<sup>38</sup>, vorzunehmen.

Dies sei der Weg, der zu normalen, gleichberechtigten Beziehungen führe. Und dieser Weg diene der Überwindung des historischen, schmerzlichen Erbes. Hinter den beiden Völkern liege eine über tausendjährige Geschichte, die sich in unterschiedlicher Weise gestaltet habe; es gebe sehr schmerzliche und auch sehr schwierige Zeitabschnitte. Aber es gebe auch die letzten zehn Jahre, die siebziger Jahre, die einen großen Durchbruch gebracht hätten. MP brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß all das, was mit sehr viel Mühe im Geiste der Versöhnung, mit dem bedeutenden Beitrag von BM persönlich, aufgebaut worden sei, nun in diesen letzten Jahren in so empfindlicher Weise Schaden gelitten habe. Schaden nicht nur für die beiden betreffenden Länder, sondern auch Schaden für Europa und für die ganze Welt.

Er wisse, daß BM sich für eine aktive Haltung der kleinen und mittleren Staaten zur Förderung von Frieden und Entspannung einsetze. Die Bundesrepublik, ein Land von großer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung, das einen wichtigen Platz in der NATO einnehme, könne hier auch sehr vieles tun. Er unterstrich nochmals, daß er es, unabhängig von der schwierigen augenblicklichen Situation in den bilateralen Beziehungen, für unbedingt notwendig halte, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verbessern und zu entwickeln

<sup>36</sup> Zur Diskussion um das Motto des Deutschlandtreffens der Schlesier vom 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover vgl. Dok. 18, Anm. 14.

<sup>37</sup> Referat 214 vermerkte am 15. Januar 1982, daß die Deutsche Bundespost im Vorjahr „fast zwei Mio. Pakete im Gewicht von max[imal] 20, im Durchschnitt 10 bis 15 Kilo“ nach Polen befördert habe. Vgl. Referat 214, Bd. 132938.

<sup>38</sup> Ministerialdirigent Loeck legte am 21. Januar 1985 dar, daß die auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden Umschuldungsbeträge insgesamt r[un]d 4 Mrd. DM“ betrügen: „Aus den Rückständen des Umschuldungsabkommens 1981 muß Polen sofort rd. 70 Mio. DM an uns zahlen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 140138.

und zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen. Dies sei historisch notwendig; es sei die Pflicht der heutigen Generation. Dies liege im Interesse der beiden Völker, aber auch im Interesse der Stabilität Europas. Denn eines sei sicher, ohne Stabilität in Polen sei auch keine Stabilität in Europa denkbar, und ohne gute Beziehungen zu Polen sei die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht wirkungsvoll. Und ohne Polen oder gegen Polen können manche für die Bundesrepublik Deutschland wichtigen Entscheidungen nicht gefällt werden; dies gelte selbst für den Fall eines sehr geschwächten Polen. Er sehe auch kein Hindernis, warum diese beiden Länder und Völker nicht freundschaftliche Beziehungen entwickeln könnten, denn es gebe bereits ein modellhaftes Beispiel hierfür, nämlich die seit 35 Jahren bestehenden Beziehungen zwischen Polen und dem anderen deutschen Staat.<sup>39</sup> Auch würden die deutsch-deutschen Beziehungen keinesfalls darunter leiden, wenn die deutsch-polnischen Beziehungen sich konstruktiv entwickeln würden.

BM bedankte sich für die Gelegenheit dieses Gesprächs und für die lebenswürdige Einladung zum Abendessen. Obwohl vier Jahre vergangen seien, falle es ihm leicht, an das letzte Gespräch<sup>40</sup> anzuknüpfen. MP habe ihm dies noch dadurch erleichtert, daß er mit der gleichen Offenheit gesprochen habe wie damals. Er habe auf die lange Geschichte der Deutschen und der Polen verwiesen. Er, BM, wolle darauf hinweisen, daß es sowohl gute als auch schlechte Phasen gegeben habe.

Was die jüngste Vergangenheit betreffe, so gebe es ein entscheidendes Datum, das sei die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages von 1970. Dieser Vertrag sei nicht ein einfacher Vertrag wie jeder andere gewesen. Durch diesen Vertrag habe man den Teufelskreis von Unrecht und Gegenunrecht durchbrochen. Die weitere Entwicklung habe gezeigt, daß dieser Vertrag, der 1970 als so mutig galt, dies gar nicht war, denn die Menschen haben diesen Vertrag seit langem gewollt, sie waren innerlich bereits darauf eingestellt, und so haben die Politiker dem Wunsch der Menschen in Form dieses Vertrages eine historische Gestalt gegeben. Bei Politikern sei es oft so, daß sie meinten, der Zeit vorzuziehen, und dann feststellen, daß die Menschen diese Entwicklung bereits seit langem erwarteten. Der Warschauer Vertrag sei kein Vertrag wie jeder andere. Natürlich sei er zwischen Regierungen, Parlamenten und Staaten geschlossen, aber es sei auch ein Vertrag, der die großen Ziele aufgezeichnet habe, die Ziele, deren Verwirklichung die Menschen in Deutschland, aber, nach BMs Eindruck, auch in der Volksrepublik Polen wünschten. Eben dies sei die Bedeutung dieses Vertrages.

In der Politik müsse man sich stets zukunftsorientiert verhalten.

Auf die Äußerungen des Ministerpräsidenten zu der deutschen Paketaktion eingehend, erläuterte BM, daß die Bedeutung dieser Aktion ganz anders zu sehen

<sup>39</sup> Am 18. Oktober 1949 teilte der polnische Stellvertretende Außenminister Leszczycki dem Außenminister der DDR, Dertinger, mit, daß die Republik Polen die Anerkennung der Provisorischen Regierung der DDR sowie die Ernennung eines diplomatischen Vertreters beschlossen habe. Am folgenden Tag bat Dertinger um das Einverständnis zur Entsendung des Schriftstellers Friedrich Wolf als Chef der diplomatischen Vertretung der DDR nach Warschau. Vgl. dazu DzD II/2, S. 210.

<sup>40</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

sei. Es habe sich keinesfalls um eine Entschädigung und auch nicht um eine beleidigende Aktion gehandelt. Diese Aktion sei vielmehr Ausdruck des Mitgefühls der Deutschen gewesen. Und hätte man den Absender eines Paketes gefragt, so wären sicherlich keine beleidigenden Absichten zutage getreten; und hätte man den Empfänger eines Pakets gefragt, so hätte er sicherlich nicht davon gesprochen, daß er sich beleidigt fühle. Gerade dieses Beispiel zeige, daß die Jahre, die vergangen sind, zu einer Steigerung des Gefühls und des Mitgefühls zwischen den beiden Völkern und zu einer Kräftigung der Beziehungen geführt haben. Dies sei eine der positivsten, wenn nicht die positivste Entwicklung der Nachkriegszeit. Und wenn man den Mann auf der Straße in Polen und in Deutschland frage, was er in diesem politischen Bereich erwarte, so werde er sicherlich nicht mehr von der Normalisierung sprechen, denn für ihn sei die Normalisierung bereits da.

Sicherlich gebe es auf der einen wie auf der anderen Seite scharfe Töne, und auch ihm gefalle nicht immer, was in Polen über die Bundesrepublik Deutschland geschrieben werde. Aber das sei nicht entscheidend. Entscheidend sei, was die Menschen wollen, und entscheidend sei, daß Polen und Deutsche hier eine politische Verantwortung zu tragen haben.

Auf der Grundlage des Warschauer Vertrages seien die Dinge in Gang gekommen, und Polen gegenüber seien emotionale Elemente, im positiven Sinne dieses Wortes, hinzugekommen. Deutschland sei für eine Verständigung, für die Versöhnung mit allen Polen, unabhängig von innerpolitischen Unterschieden, die hier auftreten mögen. Er wolle jede Stimme in Polen hören; er wolle die politische Verständigung, er wolle dafür arbeiten, daß diese Verständigung entstehen und zur Freundschaft zwischen den beiden Ländern führen möge. Alle Kräfte sollen zur Verwirklichung dieses Prozesses eingesetzt werden.

Im Deutschen Bundestag habe er einmal gesagt, daß das, was zwischen Deutschen und Polen nach dem Krieg entstanden sei, zu den kostbarsten Dingen der Nachkriegszeit gehöre.<sup>41</sup>

Diese Politik werde nicht nur von allen Seiten akzeptiert, sondern finde auch bei allen Unterstützung. Für MP Jaruzelski und für die Polen müsse dies von sehr großer Bedeutung sein. Wenn BM von der Bedeutung der deutsch-polnischen Beziehungen für die Situation in Europa spreche, so sei dies auch die Antwort auf die Frage, wie er es denn mit der Situation in Polen halte. Er sage es hier nicht zum ersten Mal, und er habe es bereits an anderen Stellen gesagt, daß Polen nicht isoliert werden solle, daß Polen ein Teil der West-Ost-Beziehungen sei, daß es ohne Polen nicht gehe, und daß bei der Gestaltung dieser Beziehungen Deutsche wie Polen eine Verantwortung tragen.

In den deutsch-französischen Beziehungen habe man etwas in Gang gesetzt, wovon sein Großvater noch nicht geglaubt hätte, daß es überhaupt realisierbar

<sup>41</sup> In der Fragestunde des Bundestags am 7. Juni 1984 mahnte Bundesminister Genscher, bei Äußerungen zum deutsch-polnischen Verhältnis „eher zur Zurückhaltung [zu] neigen denn zu überscharfen, scharfen oder pointierten oder mindestens mißverständlichen Formulierungen“. Dies sei an beide Seiten gerichtet, denn er sei der Ansicht, „daß der Prozeß der Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen zu den kostbarsten Gütern der deutschen Nachkriegspolitik gehört“. Genscher bekräftigte diese Aussage in der sich anschließenden Aktuellen Stunde zu den deutsch-polnischen Beziehungen. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 128, S. 5332 und S. 5344.

sei; dies muß auch für die deutsch-polnischen Beziehungen machbar sein. Dies sei der Geist, in dem er die Beziehungen zu Polen sehe und entwickeln wolle. In diesem Zusammenhang seien alle Aspekte, die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, der Bereich des Umweltschutzes, der Wissenschaft und der Technologie zu sehen.

Er hoffe, daß die Sitzung der Gemischten Wirtschaftskommission, die im März stattfinde, wichtige Fortschritte bringen werde.

Auch bei der Vorbereitung des Deutsch-Polnischen Forums habe man Fortschritte gemacht.<sup>42</sup> Alle Seiten des Deutschen Bundestags seien hier miteinbezogen. Eine SPD-Delegation sei hier, die mit der PVAP besonders zusammenarbeite.<sup>43</sup> Sein Freund und Kollege Wolfgramm sei hier und habe Gespräche mit der Demokratischen Partei geführt.<sup>44</sup>

MP *Jaruzelski* wies darauf hin, daß er alles in sehr verkürzter Weise gesagt habe und Wert darauf lege, hier in seiner Aussage richtig verstanden zu werden. Er wolle keinesfalls das Schicksal des deutschen Volkes in vereinfachter Weise darstellen.

Das deutsche Volk sei ein großes Volk mit alter Kultur und Philosophie. Dort hätten auch Ideen ihren Ursprung genommen, zu denen er sich bekenne. Das deutsche Volk imponiere durch seine Arbeitsamkeit und durch seine Disziplin. Das Drama, die Tragödie sei, daß es Hitler gelungen sei, dieses Volk ins Verbrechen zu reißen.

Jaruzelski erklärte weiter, Polen fühle sich benachteiligt und ungerecht behandelt. Man frage sich z. B., warum gegen einen Mitgliedstaat der NATO nicht genauso strenge Restriktionen verhängt werden wie gegen Polen, obwohl dieses Mitglied des Bündnisses beinahe gleichzeitig den Kriegszustand ausgerufen habe und dieser z. T. noch bis zum heutigen Tag andauere. Er spreche hier von der Türkei.<sup>45</sup> Er sehe in diesem Verhalten eine doppelte Moral. Er sehe einfach das Element, daß das polnische Volk bestraft werden sollte und daß es deshalb die Last der Restriktionen zu tragen habe.

BM verwies mit Nachdruck darauf, daß er über diese Schwierigkeiten hinwegkommen wolle und zu einer verstärkten Zusammenarbeit gelangen wolle. Sein

<sup>42</sup> Zur Sitzung des erweiterten Lenkungsausschusses des Deutsch-Polnischen Forums vom 1. bis 3. Februar 1985 in Warschau, auf der das IV. Deutsch-Polnische Forum in Krakau vorbereitet wurde, vgl. Dok. 25, Anm. 17.

<sup>43</sup> Der SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke hielt sich vom 4. bis 6. März 1985 „anlässlich Beratungen gemeinsamer Arbeitsgruppe SPD–PVAP zu Fragen sicherheits- und vertrauensbildender Maßnahmen in Warschau“ auf und traf am 5. März 1985 mit Ministerpräsident Jaruzelski zusammen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 311 des Botschafters Röding, Warschau, vom 6. März 1985; Referat 214, Bd. 133044. Am 6. März 1985 gab Röding die Äußerung von Ehmke auf einer Pressekonferenz weiter, „daß SPD Beziehungen zu Polen unter staatspolitischen, nicht unter parteipolitischen Aspekten betrachte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 315; Referat 012-9, Bd. 128927.

<sup>44</sup> Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Wolfgramm, besuchte Polen vom 4. bis 7. März 1985, um die im Vorjahr eingeleiteten „Gespräche über eine engere Zusammenarbeit“ zwischen FDP und Demokratischer Partei fortzusetzen und „Umwelt- und Mittelstandsfragen [zu] besprechen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 325 des Gesandten Graf von Brühl, Warschau, vom 9. März 1985; Referat 214, Bd. 133022.

<sup>45</sup> In der Nacht vom 11./12. September 1980 übernahmen die türkischen Streitkräfte die Regierungsgewalt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

Vorgänger, Walter Scheel, habe in einer seiner ersten Reden als Bundespräsident gesagt, daß wir unsere Lektion aus der Geschichte gelernt haben.<sup>46</sup> Wir tragen Verantwortung, wir erkennen diese Verantwortung an und wir tragen Verantwortung für die Zukunft. Er, Genscher, wolle dies heute wiederholen. Er bitte, an die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit dieses deutschen Wunsches zu glauben und die Deutschen in ihrer Aufrichtigkeit nicht zurückzuweisen, denn dies könnte sich als ernsthafter Fehler erweisen.

*MP* betonte, er verstehe diese Worte. Er habe aber bereits zu Anfang darauf hingewiesen, daß *BM* diese Aussagen nicht persönlich nehmen solle, sondern als Ausdruck der Sorge um die Beziehungen und die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. Wenn seine Aussagen scharf und emotional geklungen haben, so bitte er, doch keinesfalls an dem sehr starken Willen und Wunsch, diese Schwierigkeiten zu überwinden, zu zweifeln. Er habe nach dem polnischen Sprichwort gehandelt, das besage, daß man sich alles von der Leber reden müsse.

Beim Abendessen wurden noch die Fragen der Abrüstungsverhandlungen und der Notwendigkeit der gemeinsamen Erörterung der konventionellen, strategischen und Weltraumwaffen diskutiert. Außerdem wies *BM* auf die Nützlichkeit der Aufklärungssatelliten und auf die Ablehnungswürdigkeit der Killer-Satelliten der Sowjetunion hin. Auch die Frage der Bedeutung des ECU innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und die Möglichkeit, diese Verrechnungseinheit zur Währung zu machen<sup>47</sup>, wurden besprochen. Die polnische Seite erkundigte sich nach der Lage innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.

**VS-Bd. 14152 (010)**

<sup>46</sup> Vgl. dazu die Rede des Bundespräsidenten Scheel anlässlich einer Gedenkstunde zum 30. Jahrestag des Kriegsendes in Europa am 6. Mai 1975 in der Schloßkirche in Bonn; *EUROPA-ARCHIV* 1975, D 249–253.

<sup>47</sup> Zur Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems und zur Verwendung des ECU als Zahlungsmittel vgl. Dok. 15.



## 57

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Primas von Polen, Glemp, in Warschau

6. März 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM mit Primas Glemp in Warschau am 6. März 1985, um 22.50 Uhr<sup>2</sup>  
Das Gespräch dauerte eine knappe Stunde.

Der *Primas* drückte seine Freude darüber aus, daß der Besuch von BM stattgefunden habe. Er glaube, daß der Reise große Bedeutung für den Frieden in Europa zukomme.

*BM* erwiderte: Die Reise sei mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen. Heute lege er nur einen Zwischenaufenthalt ein, der den Besuch nicht ersetzen solle.<sup>3</sup> Für die politischen Beziehungen sei es jedoch gut, daß diese Gespräche heute hier stattgefunden hätten. Es seien sehr ernste Gespräche gewesen, in denen beide Seiten ihre Sorgen und Erwartungen ausgedrückt hätten. *BM* bat um die Einschätzung Glems, die uns wichtig sei, wenn es um unser Verhältnis zu Polen gehe.

*Glemp* wies darauf hin, daß *BM* die Position der Kirche sicher bekannt sei. Er könne hier nicht Meinungen zu grundsätzlichen politischen Positionen formulieren, sondern nur die Haltung der Kirche zur Entwicklung im Lande. Die Zukunft erfülle ihn nicht mit großem Optimismus. Aus der Sicht der Kirche müsse man sich einsetzen für den Frieden, die Verständigung zwischen den Völkern und auch dafür, daß Polen seinen natürlichen Platz in der Familie der Völker einnehme. Der Frieden sei eine sehr schwierige Angelegenheit. Die Kirche wolle ihn nicht um jeden Preis. Sie wolle, daß die Würde des Menschen geachtet werde. Was das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland betreffe, so wisse man, daß die offiziellen Beziehungen schlechter geworden seien. Er bedauere das und glaube, daß dies nur vorübergehend sei. Seine Predigt<sup>4</sup> habe wie ein Gewitter gewirkt, aber dadurch habe sich die Luft gereinigt und danach gehe es wieder besser.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 11. März 1985 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher am 6. März 1985 in Warschau vgl. Dok. 56.

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen über einen neuen Termin für den vom 21. bis 23. November 1984 vorgesehenen, aber kurzfristig abgesagten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 25.

<sup>4</sup> Botschafter Rödiger, Warschau, informierte am 15. August 1984 über eine Predigt des Primas von Polen am selben Tag, „vor den ca. 200 000 Marienpilgern in Tschenstochau“, in der Glemp auf das Problem von Messen in deutscher Sprache eingegangen sei: „Wenn sich nach 40 Jahren jemand zum Ausländer ernannt, der weder die Sprache noch die Kultur des angeblich dortigen Vaterlandes kennt, so haben wir es mit einem künstlich hervorgerufenen Prozeß zu tun. Hier spielt Geld eine Rolle oder auch der Wille, sich von der Mühsal im Kampf um eine bessere Zukunft zu befreien.“ Weiter habe Glemp erklärt, die polnische Kirche könne „nicht guten Gewissens Gottesdienst in einer Fremdsprache für jene Leute veranstalten, die diese Sprache nicht beherrschen und sie erst im Gebet erlernen wollen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 944; Referat 214, Bd. 133066.

Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. auch OSTEUROPA 35 (1985), Heft 1, S. A 17 f. (Auszug).

Auf Frage von BM sagte Glomp zur Kirchenstiftung<sup>5</sup>: Er sei skeptisch, habe aber die Hoffnung nicht verloren. Wenn sich das große Projekt nicht verwirklichen lasse, dann vielleicht in anderer Form. Auf Frage von BM, wo die Schwierigkeiten lägen, nannte Glomp zwei Punkte: Erstens sei das Statut nicht unterschrieben<sup>6</sup>, zweitens fehle die Aussicht auf das große Kapital, um die Entwicklung sicherzustellen. GB habe sich zurückgezogen<sup>7</sup>, die EG habe sich zurückgezogen.<sup>8</sup> So seien die Möglichkeiten für größere Summen eingeschränkt. Für die Schicht der privaten Bauern in Polen sei dies ein Rückschlag. Jede Hilfe für die Landwirtschaft sei eine Stärkung der großen mittleren Gesellschaftsschicht der privaten Bauern. Ein anderes Problem sei, daß die Beziehungen zwischen Kirche und Staat zur Zeit zwiespältig und gespannt seien.

BM bezeichnete es als wichtig, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Stiftung geschaffen würden. Dann sollten die Pilot-Projekte durchgeführt werden: Sobald diese erfolgreich liefen, werde es nach seiner Einschätzung möglich sein, auch größere Summen zu bekommen. Man solle sich von der Haltung Großbritanniens jetzt nicht zu sehr beeindrucken lassen, sondern die Sache in Gang bringen.<sup>9</sup> Wir würden das bedeutsame Projekt mit aller Kraft unterstützen.

Zum Verhältnis Kirche/Staat in Polen sagte BM: Uns sei daran gelegen, daß die Kirche ihre Möglichkeiten so entfalten könne, daß die Beziehungen zum Staat

<sup>5</sup> Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 12, Anm. 13.

<sup>6</sup> Nachdem mit dem am 6. April 1984 vom polnischen Parlament verabschiedeten Stiftungsgesetz die rechtlichen Voraussetzungen für die Gründung einer Stiftung der katholischen Kirche geschaffen waren, vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer am 10. Oktober 1984: „Die polnische Kirche wird ‚grünes Licht‘ für das Projekt nur geben, wenn das Projekt gegenüber dem polnischen Staat endgültig abgesichert ist. Dazu fehlen die förmliche Zustimmung in einem Schreiben des Ministerpräsidenten an den Kardinal sowie die schriftliche Bestätigung der kirchlichen Stiftung, die das Projekt leiten wird. [...] Weil offenbar der polnische Staat gegenüber der Kirche das Argument verwendet, das Projekt sei ungenügend finanziert und insbesondere die Finanzierung der Pilotphase nicht gesichert, drängen kirchliche Kreise auf eine ‚europäische‘ Finanzierungszusage mit mindestens gleicher Verbindlichkeit wie die der USA.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133056.

<sup>7</sup> Zur britischen Haltung hinsichtlich einer Unterstützung des Landwirtschaftsprojekts der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 12, Anm. 16.

<sup>8</sup> Referat 411 legte am 21. März 1985 dar, daß das Europäische Parlament im Vorjahr einen Vorschlag des Haushaltsausschusses abgelehnt habe, für das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche „5 Mio. ECU Zahlungsermächtigungen und 5 Mio. ECU Verpflichtungsermächtigungen in EG-Haushalt einzusetzen“, weil die Befürworter „nicht ausreichend präsent waren und Sozialisten und Grüne dagegen stimmten, allerdings wohl aus sachfremden Gründen. [...] Die Eröffnung eines neuen Haushaltsverfahrens nach Ablehnung des Budgetentwurfs durch EP eröffnet grundsätzlich die Möglichkeit, daß Rat oder EP Mittel für das Hilfsprogramm in den neuen Entwurf 1985 einsetzen.“ Auch das Politische Komitee im Rahmen der EPZ habe am 12. Oktober 1984 einen Bericht der Arbeitsgruppe Osteuropa verabschiedet mit der Empfehlung, „daß das Hilfsprogramm von den Zehn unterstützt werden sollte“. Der Bericht sei den Ministern zugeleitet worden. Vgl. Referat 421, Bd. 140342.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat Weiß legte am 20. März 1985 dar, der außen- und gesellschaftspolitische Berater des Primas von Polen, Micewski, habe in einem Gespräch am Vortag in Bonn „mit erstaunlicher Offenheit die These“ vertreten, daß das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche „im Grunde bereits gescheitert sei. Die Kirche habe zwar ein von Jaruzelski vor zwei Jahren persönlich unterzeichnetes Schreiben in der Hand, in dem der Regierungschef dem Projekt zugestimmt habe. Seitdem habe der Staat jedoch praktische Regelungen hinausgezögert, da der Widerstand in der Partei gegen das Projekt gewachsen sei, wobei sowjetischer Einfluß nicht auszuschließen sei. Der Staat setze auf ‚finanzielle Ermüdungserscheinungen‘ im Westen, um der Kirche das Scheitern des Projekts anzulasten. [...] Bei dieser Ausgangslage könne es nur noch darum gehen, Regierung und Partei für das Scheitern des Projektes verantwortlich zu machen. Die Kirche dürfe deshalb nicht aufstecken, sondern müsse den längeren Atem haben, damit die Schuldzuweisung eindeutig sei.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133040.

nicht zu großen Belastungen unterlägen. Wir hätten mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung seit dem Mord an Popiełuszko<sup>10</sup> verfolgt. An der Reaktion bei uns werde man in Polen gespürt haben, wie sehr dieses Verbrechen die Menschen hier berührt habe. Wir hätten auch die Reaktionen des Staates beobachtet und fragten uns, welche Auswirkungen der Prozeß gegen die Mörder<sup>11</sup> auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und auf die innere Lage im Lande habe.

*Glemp* führte aus: Der Mord und der Prozeß seien äußerst wichtige Einschnitte, mit denen etwas Neues begonnen habe. Zunächst habe man die Pläne der Regierung, durch den Prozeß das Böse im eigenen Apparat aufzuzeigen und dem Recht zur Achtung zu verhelfen, als gute Absichten beurteilt. Im Verlaufe des Prozesses habe sich jedoch eine Änderung vollzogen. Man habe versucht gleichzustellen, was Popiełuszko getan habe und was seine Mörder getan hätten. Im Volke und bei der Kirche bedauere man, daß die Chance nicht genutzt worden sei. Er selbst habe am Anfang erklärt: Die Situation sei unklar und spannungsgeladen. Leider müsse er sie weiter so bezeichnen. Es gebe eine Reihe staatlicher Maßnahmen gegen die Kirche: Beschränkungen bezüglich der Papierlieferung für kirchliche Zeitungen, Attacken in den Medien und im Fernsehen gegen die Kirche, Angriffe auf die Priester, die zu patriotisch gesprochen hätten. Die Kirche stelle sich vor die Priester. Es gebe aber auch Auszeichnungen an katholische und andere Priester, in der letzten Zeit 150. Es sei unverständlich, wie das geschehen könne, ohne daß man darüber spreche und ohne daß dies veröffentlicht werde. Die Zensur sei schärfer geworden bei kirchlichen Schriften. Insgesamt glaube er aber, dies alles sei nur ein Übergangsstadium, das noch mit dem Prozeß zusammenhänge.

*BM* betonte, daß wir der Stellung der Kirche in Polen entscheidende Bedeutung beimäßen. Wir hofften, daß die von *Glemp* geäußerten Erwartungen in Erfüllung gingen.

*BM* kam auf die Probleme zu sprechen, die mit seinem offiziellen Besuch verbunden seien, und fragte nach Ratschlägen, damit wir einen Beitrag für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen leisten könnten, der auch die Zustimmung der Menschen hier finden könne.

Der *Primas* äußerte sich dazu nur ausweichend: Dies sei eine schwierige Frage. Deutsche und Polen kennten sich gut und lebten schon lange miteinander. Er müsse sagen, daß die ganze Angelegenheit mit den Schlesiern und den Landsmannschaften sehr ungünstig sei.<sup>12</sup> Er verstehe das, was man über ein Recht auf Heimat<sup>13</sup> sage. Aber die Suche nach Deutschen hier in Polen habe etwas Künstliches an sich und wirke ungünstig. Der *Primas* erwähnte, daß Ende März

<sup>10</sup> Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popiełuszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.

<sup>11</sup> Zum Prozeß gegen vier Offiziere des polnischen Staatssicherheitsdienstes vom 27. Dezember 1984 bis 7. Februar 1985 in Thorn vgl. Dok. 12, Anm. 12.

<sup>12</sup> Zur Diskussion um das Motto des Deutschland-Treffens der Schlesier vom 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover vgl. Dok. 18, Anm. 14.

<sup>13</sup> In der Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 wurde gefordert, „daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird“. Vgl. DOKUMENTE ZUR SUDETENDEUTSCHEN FRAGE, S. 358.

ein Gespräch zwischen der deutschen und der polnischen Kirche stattfinden werde.

*BM* erwiderte: Wir seien der Meinung, jeder müsse sich zu der Nation bekennen können, zu der er sich bekennen wolle. Wegen der Motive könne man niemandem ins Herz schauen. Wir hofften, daß die Bemühungen, die Ausreisen für die Ausreisewilligen zu ermöglichen, Erfolg hätten. Dies könne dazu beitragen, Spannungen abzubauen. Was die Grenzfrage angehe, so hätten der BK und er sehr klar unsere Position dargelegt.<sup>14</sup> Niemand brauche beunruhigt zu sein. Es sollte aber auch niemand diese Frage als Instrument gegen eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen benutzen. Die Vertriebenen trügen unsere Politik mit wie andere Bürger auch. Niemandem könne man seine Vergangenheit nehmen. Wir sollten jetzt die gemeinsame Zukunft gestalten. Er freue sich, daß wieder ein Treffen der deutschen und polnischen Kirche stattfinde. Dabei könne man vielleicht auch über die Frage der Seelsorge sprechen. Er habe Olszowski gegenüber die Hoffnung ausgedrückt, daß der polnische Staat die Kirche nicht an der Abhaltung von Gottesdiensten in deutscher Sprache hindere. Olszowski habe darauf hingewiesen, daß dies Sache der Kirche sei. Wir legten diese Frage also „in Ihre Hand“.

*Glomp* erwiderte, seines Wissens finden in vier Städten deutschsprachige Messen statt: in Breslau, Waldenburg und zwei anderen Städten in Niederschlesien.

Daran nähmen zwischen 120 und 130 Menschen teil. Die Kirche könne sich jedoch dieser deutschsprachigen Messen vor der Regierung nicht loben, denn diese sähe das nicht gerne. Im übrigen könne man überall in deutscher Sprache beichten, wo ein Priester etwas Deutsch verstehe.

Abschließend drückte *BM* die Hoffnung aus, den Primas in Deutschland wiederzusehen, wenn er zu Besuch zu uns komme.

**Referat 214, Bd. 133044**

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Erklärungen des Bundeskanzlers Kohl vom 6. bzw. 27. Februar 1985; Dok. 54, Anm. 7, und Dok. 56, Anm. 6.

Am 27. Februar 1985 bekräftigte auch Bundesminister Genscher im Bundestag die Gültigkeit der Verträge mit den Nachbarstaaten „in allen Teilen“. Es gebe daher „keinen Nachbarn, der fürchten muß, seinen Gebietsstand zu verlieren“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 9042.

## 58

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia

VS-NfD

8. März 1985<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt!

Gespräch BM mit Staats- und Parteichef Schiwkow am 8. März 1985 in Sofia<sup>2</sup>

Teilnehmer: AM Mladenow, LMB<sup>3</sup>, Dolmetscher: Prof. Filipow.

Das Gespräch, das im Haus Bojana stattfand und 1 1/2 Stunden dauerte, wurde von Schiwkow mit der ihm eigenen Lebhaftigkeit und Engagement geführt. Er befand sich allem Anschein nach bei ausgezeichneter Gesundheit und sprach von seiner fast 30jährigen Amtszeit mit so deutlichen Bezügen auf die Zukunft, daß – trotz eines dezenten Hinweises auf die bereitstehende Nachfolgereneration, er erwähnte Mladenow als ein Beispiel – recht deutlich wurde, daß er auf absehbare Zeit die Geschicke seines Landes lenken will.

*Schiwkow* begrüßte einleitend Besuch BMs und äußerte sich befriedigt über die guten und informationsreichen Gespräche mit Mladenow.<sup>4</sup>

Die Lage in Bulgarien bezeichnete Schiwkow als unverändert: Insgesamt sei die Entwicklung gut, es gebe keine schweren Probleme, wenn auch immer wieder Fragen und Schwierigkeiten. Bulgarien benötige jedenfalls keine westliche Valuta oder Kredite, es verfüge über 1 Mrd. Dollar Guthaben im Ausland, ein Teil davon liege wahrscheinlich auch bei deutschen Banken. Bulgarien habe fast keine Schulden, die westlichen Banken hätten daher auch keine Möglichkeit, es „an der Gurgel zu packen“. In diesem Punkt sei er sehr wachsam.

*BM* hielt fest, daß bei dem vorangegangenen Gespräch mit MP Filipow<sup>5</sup> dieser viel über die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens gesprochen habe. Nach seinem, BMs, Eindruck habe Bulgarien von allen sozialistischen

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 11. März 1985 gefertigt.

Am selben Tag übermittelte Ploetz „im Auftrag von Bundesminister Genscher“ eine Ausfertigung der Gesprächsaufzeichnung „zur Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers“ an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt. Vgl. das Schreiben; Referat 010, Bd. 178896.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 7./8. März 1985 in Bulgarien auf.

<sup>3</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

<sup>4</sup> Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 7. März 1985 standen die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sowie das amerikanische SDI-Programm. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178896.

Ein Delegationsgespräch am selben Tag war bilateralen Fragen, u. a. der Störung von Sendungen der Deutschen Welle in bulgarischer Sprache, den Kulturbeziehungen, der Kriegsgräberfürsorge, humanitären Fragen und der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels gewidmet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, z. Z. Sofia, vom 8. März 1985; Referat 214, Bd. 132998.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher und Ministerpräsident Filipow erörterten am 8. März 1985 die Lage der bulgarischen Landwirtschaft, die Beschäftigungssituation in beiden Staaten, „das Problem des technologischen Rückstands Europas“ und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178896.

Ländern in den letzten 50 Jahren in der Entwicklung seiner Wirtschaft den größten Sprung nach vorn getan. Hier bestätige sich die international gemachte Erfahrung, daß eine moderne Landwirtschaft die Voraussetzung für eine moderne Wirtschaft sei. BM sprach die Überzeugung aus, daß es auch in der Zukunft große Möglichkeiten für die bilaterale, aber auch für die multilaterale Zusammenarbeit geben werde. Unter Zustimmung von Schiwickow stellte BM fest, Korb II der Schlußakte von Helsinki<sup>6</sup> müsse wesentlich stärker ausgenutzt werden.

*Schiwickow* verwies darauf, daß sich ein spezielles ZK-Plenum mit den neuen wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen befaßt habe. Bulgarien sei im RGW auf bestimmten technischen Gebieten führend: In der Elektronik nehme es nach der SU den zweiten Platz ein, und zwar nach absoluten Zahlen. Es bestreite auch 45 % des RGW-Geschäfts. Die sozialistischen Bruder-Länder könnten im übrigen nicht umhin, bei Bulgarien zu kaufen. Denn die Alternative wäre, im Westen gegen Devisen zu kaufen.

Qualitätsmäßig liege Bulgarien im RGW an der Spitze. Es strebe auch im Schwermaschinen- und Ausrüstungsbau nach einer Spitzenposition: Investitionen würden dort konzentriert, zwei Werke seien bereits fertiggestellt, eines davon das größte in Europa, zwei weitere seien im Aufbau. Hier rechne Bulgarien mit starker Zusammenarbeit mit Krupp und anderen, die Verhandlungen seien im Gang. In einigen Bereichen sei auch der Einsatz von Fachkräften aus der Bundesrepublik in Aussicht genommen, in gemischten Betrieben könne z.B. der Direktor ein Bulgare, der Cheftechniker ein Deutscher sein. Die Palette der möglichen Zusammenarbeit beim Schwermaschinenbau sei breit. In diesem Zusammenhang erwähnte Schiwickow auch die vor der Unterzeichnung stehende Vereinbarung über den Bau eines Motorenwerkes für Motoren bis 600 PS.

Die innenpolitische Lage bezeichnete Schiwickow als normal. Es gebe keine Probleme mit der Intelligenz wie in anderen Ländern (hier fügte S. ausdrücklich hinzu, daß er keinen Vergleich zu Ländern im Westen ziehe). Er selbst werde 1986 30 Jahre als Staatschef amtiert haben. Das bulgarische Volk sei ein gutes und anständiges Volk; ein anderes Volk, so fügte Schiwickow lachend hinzu, würde ihn auch nicht so lange erduldet haben.

Zur außenpolitischen Lage übergehend, verwies Schiwickow auf die Tatsache, daß Bulgarien dem Warschauer Pakt und die Bundesrepublik Deutschland der NATO angehöre. BM werde wahrscheinlich einige kritische Bemerkungen im Zusammenhang mit dem wichtigsten Verbündeten Bulgariens, der SU, machen. Dies tue sogar Bulgarien. Aber – und hiervon bitte er BK Kohl zu informieren – er wolle doch von uns wissen, wie wir auf folgende Fragen antworteten:

1) Reagan und seine Administration finanzierten die Politik der Aufrüstung – oder der Nachrüstung, wie andere sagten – durch Riesen-Defizite und durch hohe Dollarzinsen und den damit bewirkten Kapitalabfluß aus Europa. Er wolle zwar BM nicht umstimmen, er kenne seine Haltung und die Haltung der Bundesregierung, aber wie solle es weitergehen, wenn die USA jährlich 150 Mrd.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

Dollar Schulden machten<sup>7</sup> und damit in den nächsten Jahren vom Kreditgeber zu einem Schuldnerland würden? Dies werde schwerwiegende Folgen für den Kapitalismus in den europäischen Ländern haben, wie solle man den Kapitalismus dort retten?

2) USA und Japan hätten eine technologische Aggression gegen Europa eingeleitet, um dort einzudringen. Man müsse sich fragen, wie Europa angesichts des außergewöhnlichen Charakters dieser Aggression nach zehn Jahren aussehen werde.

3) Die USA wollten ihr eigenes Territorium mit nuklearen Waffen absichern. Was sollten die Europäer in dieser Lage tun? Über ihr Schicksal werde anderswo entschieden. Und dabei werde das 1972er Abkommen, das einzige, das ratifiziert und noch in Kraft sei<sup>8</sup>, verletzt.

Unser aller Leben spiele sich in der Biosphäre ab. Forscher der SU und der USA seien unabhängig voneinander zu dem Ergebnis gekommen, daß die Folgen eines Nuklearschlages von allen Lebewesen zu tragen wären, unabhängig davon, auf welchem Gebiet er ausgeführt werde. Aber auch ohne nukleare Katastrophe seien schnelle Maßnahmen notwendig, um das Waldsterben und das Anwachsen der Wüsten – ganz zu schweigen von den sozialen Problemen – zu lösen. Fast gewinne man den Eindruck, daß es wieder Zeit sei, die Arche Noah zu betreten.

Wenn die Biosphäre verletzt werde, hörten Sozialismus und Kapitalismus etc. auf. In den vergangenen Jahrhunderten habe sich die Entwicklung in bestimmten Grenzen gehalten. Jetzt gehe alles viel schneller. Noch habe man etwa bis zum Jahr 2000 Zeit, die Probleme zu lösen, sonst komme es zu einer unwahrscheinlichen Katastrophe.

Schiwchow erklärte die Absicht, dem BK ganz freundschaftlich zu sagen, daß er nicht in allen Nuancen mit seiner Außenpolitik übereinstimme. Er sei besorgt, daß die Entwicklung uns und den Bulgaren ein Bein stellen werde im Zusammenhang mit den großen Problemen

- Schuldenberg,
- strategisches Verteidigungssystem,
- ernsthafte Verletzung der Biosphäre, wozu die wissenschaftlich-technologische Entwicklung die Möglichkeiten schaffe.

Schiwchow stellte die Frage, ob nicht auffalle, daß die US-Administration sich einen ungewöhnlichen Schnitzer leiste.

<sup>7</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 6. Februar 1985, daß der von Präsident Reagan vorgelegte Haushaltsentwurf für das am 1. Oktober 1985 beginnende Haushaltsjahr 1986 der Forderung des Notenbankpräsidenten Volcker entspreche „das Defizit um 50 Mrd. Dollar zu kürzen“. Die Reaktion an den Finanzmärkten zeige allerdings, daß diese dem Budget „wenig Erfolgchancen im Kongreß“ gäben. Van Well teilte weiter mit, daß der amerikanische Handelsminister Baldrige für 1985 mit einem Außenhandelsdefizit von 150 Mrd. Dollar rechne und von Industriekreisen „die Einführung einer allgemeinen Importsteuer von 10 bis 30 Prozent auf alle Wareneinfuhren“ gefordert werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 633; Referat 204, Bd. 135318.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Zu den bilateralen Beziehungen stellte Schiwkow fest, daß es keine Fragen oder Probleme gebe, die Anlaß zu Widersprüchen böten außer in der Berlin-Frage, wo „Sie manchmal die Verletzung der Gesetze Gottes verlangen. Dies können wir als Orthodoxe nicht“. Die Völker wollten zusammenarbeiten und in Freundschaft leben. Alle störenden Faktoren lägen außerhalb unseres Entscheidungsbereichs. Bulgarien habe keine Sorge, daß wir seine Ordnung untergraben wollten, nicht einmal mit der Deutschen Welle. Aber wenn wir nur zu 20% die Kontrolle über die Sendungen der DW übernehmen würden, würde Bulgarien seine Störsendungen sofort einstellen.

Zusammenfassend stellte Schiwkow fest, Bulgarien habe – mit Ausnahme bei Berlin – keine bilateralen Probleme mit uns; mit jedem sozialistischen Land habe es mehr Probleme als mit der Bundesrepublik Deutschland, auch mit der SU.

*BM* nahm Bezug auf seine Feststellung gegenüber *AM* Mladenow, daß die *AM*-Begegnungen immer zu einem wichtigen Zeitpunkt stattfänden, so auch diesmal kurz vor Beginn der Verhandlungen in Genf.<sup>9</sup> Wir hätten es immer zu schätzen gewußt, daß Schiwkow anstehende Fragen in einen größeren Zusammenhang stelle. Wie Bulgarien gingen auch wir von der Tatsache aus, daß Bulgarien im Warschauer Pakt und wir in der NATO seien, darüber brauche nicht gesprochen zu werden.

Die drei von Schiwkow erwähnten Themen aufgreifend erklärte *BM*, den Begriff „technische Aggression“ nicht verwenden zu wollen. In der Sache habe Schiwkow aber recht, Europa stehe vor einer technologischen Herausforderung. Kritik müsse sich hier aber an die Europäer richten. Sie müßten sich fragen lassen, warum sie den USA und Japan bei wichtigen technologischen Entwicklungen den Vortritt gelassen hätten. *Schiwkow* warf zustimmend ein, daß die Europäer in der Tat die größeren intellektuellen Möglichkeiten hätten.

*BM* erinnerte an die Nachkriegszeit, als bei den russischen Soldaten deutsche Uhren und den amerikanischen Soldaten deutsche Fotoapparate begehrte Kriegsbeute gewesen seien. Heute hingegen kämen die Uhren und Fotoapparate führend aus Japan. Viele Industrien bei uns hätten sich auf ihre führende Position verlassen und seien satt geworden. Die Völker in der Europäischen Gemeinschaft, darauf habe er, *BM*, mit Nachdruck hingewiesen, müßten ihre Kräfte bündeln. Frankreich habe dies als erster begriffen. Unsere Menschen seien weder dümmer noch fauler als Amerikaner oder Japaner.

Europa sei aber mehr als die Europäische Gemeinschaft. Deshalb habe er *MP* Filipow gesagt, die Vermutung sei Unsinn, daß wir am technologischen Rückstand der sozialistischen Länder interessiert seien. Selbst wenn wir dies bewirken könnten, was nicht gewiß sei, würden wir uns ins eigene Fleisch schneiden. Wir wollten die technologische Zusammenarbeit. Europa müsse sich auf seine Kräfte besinnen. Seine kulturellen Leistungen und seine technische Führungsposition seien die Gründe für seine bisherige hervorragende Stellung gewesen.

Die Wirtschaftsfragen würden ein wichtiges Thema beim Bonner Weltwirt-

<sup>9</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.



schaftsgipfel im Mai<sup>10</sup> sein. Ganz objektiv habe die Dollar-Stärke für uns kurzfristig mehr Vorteile (Export), aber die Nachteile seien nicht zu verkennen, besonders der Kapitalabfluß infolge hoher US-Zinsen. Besorgniserregend sei aber insbesondere die Auswirkung des hohen Zinsniveaus auf die Schuldnerländer der Dritten Welt. Das hochverschuldete Brasilien beispielsweise müsse bei einer elfprozentigen Zinssteigerung 700 Mio. Dollar mehr für den Schuldendienst aufwenden. Es müsse daher seine Wirtschaftspolitik mit einem Faktor machen, auf den es keinen Einfluß habe. Ähnlich gehe es vielen DW-Ländern.

Auch bei den Umweltfragen säßen alle in einem Boot. Bei uns stelle das Waldsterben bereits ein ganz ernstes Problem dar. Richtig sei aber auch, daß wir, aber auch die Bulgaren und andere Europäer, Umweltverschmutzung in die Dritte Welt exportierten. Auch ohne atomare Katastrophe drohten uns große Probleme, die nur durch eine Art Weltinnenpolitik gelöst werden könnten.

BM nahm Bezug auf seine Unterhaltung mit AM Mladenow über Möglichkeiten und Gefahren der Gentechnologie, die gewaltige Chancen für die Welternährung und den Umweltschutz biete.

Die Erörterung der atomaren Gefahren im Vorfeld der am 12. März beginnenden wichtigen Verhandlungen – der wahrscheinlich wichtigsten zwischen West und Ost geführten Verhandlungen bisher – bezeichnete BM als normal. Er unterstrich besonders die Breite der beginnenden Verhandlungen, die die Chance böten, ein neues Kapitel aufzuschlagen. Die Bundesrepublik werde die Möglichkeiten nutzen, über die sie verfüge, damit diese Chance wahrgenommen werde. Die letzten Jahre hätten im Zeichen der Auseinandersetzung über die Mittelstreckenraketen gestanden. In der Perspektive eines Rüstungswettlaufs im Weltraum werde dieses Problem kleiner. Er wolle nicht erneut auf das schon wiederholt besprochene Mittelstreckenraketenproblem eingehen, sondern nur feststellen, daß wir reagiert hätten, nachdem die SU – unserer Meinung nach – einen Fehler begangen habe.

Jetzt komme es darauf an, daß die SU nicht einen neuen Fehler begehe. Dies sage er nicht, um an den Sowjets Kritik zu üben. Die Bundesrepublik Deutschland wolle ordentlich mit der Sowjetunion zusammenleben. Nicht ohne Grund habe er in Moskau Gespräche geführt.<sup>11</sup> Er wolle nicht unsere Bedeutung überschätzen, aber darauf hinweisen, daß das deutsch-sowjetische Verhältnis sein Gewicht für die West-Ost-Beziehungen habe. BM unterstrich, daß wir keine Politik um jemanden herum machen wollten, andererseits aber auch nicht wünschten, daß um uns herum Politik gemacht werde.

Zu den Gesprächen in Warschau<sup>12</sup> bemerkte BM, er sei nach Polen gereist, um zwischen den Polen und uns stehende Dinge auszuräumen. Dies sei weitgehend gelungen. Bereits am 1. März habe er ein sehr-interessantes Gespräch mit dem SED-Politbüro-Mitglied Hermann Axen in Bonn über die West-Ost-Beziehun-

<sup>10</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>11</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 4. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 54 und Dok. 55.

<sup>12</sup> Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski und dem polnischen Außenminister Olszowski sowie mit dem Primas von Polen, Glemp, am 6. März 1985 vgl. Dok. 56 und Dok. 57.

gen geführt<sup>13</sup>, vorher sei er in Bukarest und Prag gewesen<sup>14</sup>. Heute spreche er mit der bulgarischen Führung in der gewohnten Offenheit.

Die wirkliche Bedeutung der Genfer Verhandlungen liege darin, daß es noch nie eine Vereinbarung zwischen USA und SU gegeben habe, daß sie alle Nuklearwaffen abschaffen wollten. Dies sei nunmehr als Ziel gemeinsamer Politik in der Erklärung vom 8. Januar 1985<sup>15</sup> festgehalten. Eine solche Politik habe viele Konsequenzen für Europa, man müsse über das konventionelle Kräfteverhältnis sprechen und über vertrauensbildende Maßnahmen.

Das Ziel der Genfer Verhandlungen werde es sein, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde selbst zu beenden und die Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern sowie die strategische Stabilität zu stärken.

Wenn man jetzt in den drei Arbeitsgruppen in Genf über Mittelstreckenraketen, strategische Raketen und Weltraumwaffen verhandele, so mache dies deutlich, daß alles miteinander zusammenhänge.

Dieser Zusammenhang wäre auch dann gegeben, wenn er nicht ausdrücklich vereinbart worden wäre. Der ausdrücklichen Feststellung dieses Zusammenhangs durch Gromyko in seiner Pressekonferenz im Januar<sup>16</sup> könnten wir daher zustimmen.

Es sei klar, daß eine Reduzierung der Offensivwaffen allein ebenso wenig zu erreichen sein werde wie eine Beendigung des Forschungsprogramms. Deshalb seien die Gespräche mit Schtscherbizkij in Washington von Interesse, in denen darauf hingewiesen worden sei, daß drastische Reduzierungen bei den Offensivwaffen wichtige Auswirkungen auf die Weltraumverhandlungen haben würden.<sup>17</sup> Dies habe er, BM, bereits am Vortag gegenüber AM Mladenow festgestellt. Man müsse beides tun, d. h. die Offensivwaffen beseitigen und ein Wettrüsten im Weltraum verhindern.

Die Europäer müssen darauf hinwirken, daß die Genfer Vereinbarung eingehalten und nicht nur über das eine oder das andere verhandelt werde. Es sei auch notwendig, daß viel zwischen West und Ost gesprochen werde.

Die Bundesregierung werde dabei ihre Rolle spielen. Es gebe Leute, die uns immer wieder kritisieren wollten. Der französische AM Dumas, der nächste Woche Moskau besuchen werde<sup>18</sup>, sei ein kluger Mann. Sein Vater sei in der Resistance gewesen und umgebracht worden. Er habe erklärt, am 8. Mai 1945 sei

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen, am 1. März 1985 vgl. Dok. 54, Anm. 20.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 18./19. Dezember 1984 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.  
Zum Besuch vom 12. bis 14. Februar 1985 in Rumänien vgl. Dok. 37.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Fernsehinterviews des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 13. Januar 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 68–72 (Auszüge).

<sup>17</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Schtscherbizkij, hielt sich vom 3. bis 11. März 1985 mit einer Delegation des Obersten Sowjet in den USA auf und sprach am 7. März 1985 mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz. Vgl. dazu die Artikel „Prebyvanie delegacii Verchnogo Soveta SSSR v Vašington“ und „Neobyčnaja nedelja“; PRAVDA vom 9. März 1985, S. 4.

<sup>18</sup> Der französische Außenminister Dumas hielt sich vom 10. bis 13. März 1985 in der UdSSR auf.

der Faschismus besiegt worden, nicht die Deutschen. Diese sehr reale Einschätzung komme den Gefühlen unserer Bevölkerung entgegen. Stalin habe seinerzeit erklärt: „Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben.“<sup>19</sup> (Einwurf AM Mladenow: Daran hat sich nichts geändert.) Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes sei es daher wichtig, den Blick in die Zukunft zu richten. Nicht ohne Grund sei der Besuch in Moskau erfolgt: Wir wollten nicht einen Eindruck entstehen lassen, die Deutschen wollten Politik um die Sowjetunion herum betreiben. Wir wollten aufrichtig mit der Sowjetunion zusammenarbeiten. Der Moskauer Vertrag<sup>20</sup> sei nicht ein Vertrag zur Besiegelung der Vergangenheit, sondern zur Gestaltung der Zukunft. Das Gespräch mit Gromyko sei sehr realistisch und beeindruckend gewesen. TASS habe das Klima der Unterhaltung kälter dargestellt, als es gewesen sei.<sup>21</sup> Dies gehöre aber offenbar zu den kleinen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit.

1985 werde ein europäisches Jahr werden in dem Sinn, daß Europa sich auf sich selbst besinnen müsse. Unabhängig von der Bündniszugehörigkeit und ohne die SU kritisieren zu wollen, sollten Deutsche und Bulgaren wie alle Europäer ihren Beitrag leisten.

Daher wäre es gut, nicht weil das Protokoll es so vorschreibe, sondern um der Sache willen, wenn Präsident Schiwkow bald nach Bonn komme.<sup>22</sup>

*Schiwkow* nahm dies mit sichtbarer Befriedigung zur Kenntnis, stellte aber fest: „In Moskau ist die Quelle, dort ist der höchste Glockenturm.“ *Schiwkow* versicherte, im Rahmen der bulgarischen Möglichkeiten einen Beitrag leisten zu wollen, um das Wettrüsten zu beenden und eine Katastrophe zu verhindern. Die nächste kriegsartige Auseinandersetzung wäre eine Katastrophe für alle Menschen. Bulgarien dürste danach, daß die Gespräche Shultz–Gromyko zu realen Ergebnissen führten. Es solle der Start sein für die Senkung der Rüstungen und für schließliche Garantien für einen dauerhaften Weltfrieden. Alle Länder müßten einen Beitrag leisten, aber die Bundesrepublik Deutschland sei nicht ein Land, sondern ein bedeutendes Land in der NATO und im Westen, das einen großen Beitrag leisten könne.

*Schiwkow* begrüßte ausdrücklich den Besuch BMs in Moskau und gab seinen Eindruck wieder, daß er sehr nützlich gewesen sei, auch nach den internen Bewertungen. Allein die Tatsache dieses Besuchs am Vorabend des 12. März sei ein wichtiges Faktum.

<sup>19</sup> Im Befehl Nr. 55 vom 23. Februar 1942 führte der Volkskommissar für Verteidigung, Stalin, aus, es sei wahrscheinlich, daß der Krieg zur Befreiung der UdSSR „zur Vertreibung oder Vernichtung der Hitlerclique führen wird“. Diese sei aber nicht mit dem deutschen Volk gleichzusetzen: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Vgl. STALIN, Über den Großen Vaterländischen Krieg, S. 49 f.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>21</sup> Zur Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 5. März 1985 vgl. Dok. 55, Anm. 8.

<sup>22</sup> Ein Besuch des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik war für den 19. bis 22. September 1984 geplant. Am 8. September 1984 wurde der Besuch von Bulgarien unter Hinweis „auf die unterschiedliche Einschätzung der internationalen Lage“ abgesagt. Hinzu kämen die Diskussion „über die durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Realitäten und über die Fortgeltung der Beschlüsse von Jalta“ sowie die „Abhaltung großer Militärmanöver der NATO“ in der Bundesrepublik. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Keil vom 10. September 1984; Referat 214, Bd. 132994.

Schiwkow sprach „als Optimist, aber auch als Realist“ die Vermutung aus, daß Reagan in seiner zweiten Amtsperiode<sup>23</sup> in die Geschichte eingehen wolle als Retter der Menschheit vor der Apokalypse. Wenn er dies nicht tue, werde Bush die Kastanien für ihn aus dem Feuer holen müssen.

Es gebe zwei Fragen, die das Politbüro noch nicht beraten habe, zu denen er aber seine eigene Meinung äußern wolle:

- Auf der einen Seite werde gesagt, die Position von Shultz sei gestärkt, der pragmatische Konservative verfüge über umfangreichere Entscheidungsbefugnisse; aber: der „Superfalte“ Weinberger bleibe und gebe jeden Tag neue Erklärungen ab. Die drei Verhandler in Genf<sup>24</sup> seien ebenfalls als Falken bekannt, wenn auch die Regierung und nicht die Unterhändler entschieden;
- ferner werde darauf hingewiesen, daß Reagan über beachtenswerte Manövrierfreiheit verfüge, er wolle das Defizit bekämpfen und gegen den Monetarismus Maßnahmen treffen;
- dem Vorwurf zu großer Härte gegenüber seinen Verbündeten und dem Vorwurf mangelhafter Maßnahmen gegen die harte japanische Konkurrenz Rechnung tragen und
- die weiterhin zu schlechten Beziehungen mit der SU verbessern.

Dies sei auch der Inhalt seiner Reden in der zweiten Amtszeit, aber die vorher entschiedenen Programme würden parallel uneingeschränkt verwirklicht und es würden neue ausgearbeitet. Es heiße auch, daß am Weltraumprogramm keine Abstriche vorgenommen würden.

Hier beobachte man zwei grundsätzliche Widersprüche, und es stelle sich die Frage, wie Verhandlungen möglich sein sollten.

Schiwkow meinte, ein Durchbruch sei nötig, er müsse nicht unbedingt groß sein. Man befinde sich an der Spitze des Eisberges und brauche einen Start, nicht imposante Entscheidungen. Ein Schritt müsse nach dem anderen getan werden. Auf diese Weise könne die Menschheit wieder beruhigt werden.

Als „Doyen der Generalsekretäre“, wenn auch nicht führend und nicht alt, wie Schiwkow lachend hinzufügte, wolle er feststellen, die Amerikaner könnten sich nicht aus der Schlinge der militärischen Parität ziehen, auch wenn sie fünf technologische Revolutionen in Gang setzten. Es gebe keine Alternative. Es habe auch keinen Sinn, auf das Alter von Einzelpersonen Hoffnungen zu setzen.

Mit Nachdruck warnte Schiwkow davor, den technologischen Fortschritt in der Sowjetunion an der Konsumgüterindustrie zu messen. Hier wolle er sich ein Wort der Kritik an der SU erlauben: Ihre Metallindustrie befinde sich noch auf dem Stand der Stalin-Zeit: sie produziere große Mengen, aber geringe Qualitäten. Unverändert sei auch ihr Ziel, die USA einzuholen und zu überholen.<sup>25</sup> Die Krise der westlichen Metallindustrie gehe nicht auf Überproduktion zurück, sondern auf Entwicklung neuer Technologien. Wenn die SU eine neue Qualität ein-

<sup>23</sup> Präsident Reagan trat seine zweite Amtsperiode am 20. Januar 1985 an.

<sup>24</sup> Maynard W. Glitman, Max M. Kampelman und John G. Tower.

<sup>25</sup> Vgl. dazu das vom XXII. Parteikongreß der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau verabschiedete Parteiprogramm; PARTEIPROGRAMM DER KPdSU, S. 188 und 190.

föhren könnte, wäre dies etwas Imposantes. Man solle sich aber nicht täuschen und Rückschlüsse auf die sowjetische Militärtechnologie ziehen!

*BM* entgegnete, für ihn stehe es außer Zweifel, daß die Sowjetunion militärtechnologisch mithalten könne. (*Schiwwow* unterstrich dies emphatisch.)

*BM* bezeichnete es als wichtig, daß die SU in Genf Bereitschaft zeige, bei den strategischen Raketen drastisch zu reduzieren, dies werde großen Einfluß auf die Weltraumverhandlungen haben. (AM *Mladenow* notierte sich diese Feststellung, die auch von Schiwwow mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen wurde.)

*Schiwwow* meinte, er wisse nicht, was die SU tun solle. Aber es sei eine Tatsache, daß die SU z.B. bei den Mittelstreckenwaffen auf den Rüstungsstand von 1977/78 habe zurückgehen wollen. Die USA hätten vorgeschlagen, noch weiter zu reduzieren. Auf den Einwurf *BM*s, wir brauchten gar keine Mittelstreckenraketen, meinte *Schiwwow*, Bulgarien auch nicht, genausowenig wie die SU und die USA und die anderen Europäer.

Schiwwow kam dann noch einmal auf seinen Gedanken zurück, daß es in der heutigen Zeit absurd wäre, einen Krieg zu föhren. Hitler sei sich seines Sieges sicher gewesen, insofern habe es noch eine gewisse Logik gegeben, heute sei eine solche begründete Aussicht nicht vorhanden. Die Biosphäre müsse geschützt werden, nicht nur vor Krieg, sondern überhaupt vor allen Gefährdungen. Abhilfe müsse so schnell wie möglich gefunden werden. Es seien allgemeingültige, obligatorische Verbote notwendig, vielleicht könnten sie im VN-Rahmen vereinbart werden.

Zum Abschluß des Gesprächs kam Schiwwow auf seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zurück. Wir wüßten ganz genau, daß er zum Besuch bereit sei, aber es müsse das entsprechende Klima geschaffen werden. Mit deutlich mokantem Unterton verwies er darauf, daß Ceauşescu bereits in Bonn gewesen sei<sup>26</sup>, gleichsam im Wege der Arbeitsteilung. Ceauşescu sei im internationalen Geschäft natürlich wichtiger, und er, Schiwwow, habe keinen Schatten auf seinen Besuch fallen lassen wollen.

Schiwwow beendete das 1 1/2 stündige Gespräch mit der Bitte, dem Bundeskanzler seine Grüße zu übermitteln.

**Referat 010, Bd. 178896**

<sup>26</sup> Präsident Ceauşescu besuchte die Bundesrepublik vom 15. bis 17. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 279–281.

## 59

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken**11. März 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn BundesministerBetr.: Tod Tschernenkos<sup>3</sup>;

hier: wahrscheinlicher Nachfolger Gorbatschow

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Information

Wie soeben bekannt wurde, ist Politbüromitglied und ZK-Sekretär Gorbatschow zum Vorsitzenden der Kommission für die Trauerfeierlichkeiten aus Anlaß des Todes von GS Tschernenko ernannt worden.

Damit ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Entscheidung für die Nachfolge Tschernenkos im Amt des Generalsekretärs gefallen.<sup>4</sup> Sowohl Andropow als auch Tschernenko waren die Vorsitzenden der entsprechenden Kommission nach dem Tode ihrer Vorgänger. Unsicher ist, ob Gorbatschow auch den Vorsitz im Präsidium des Obersten Sowjets übernehmen würde oder ob eine Ämtertrennung stattfindet.

Als Anlage wird ein Portrait Gorbatschows vorgelegt.

Heyken

[Anlage]

Michail Sergejewitsch Gorbatschow

1) Mit 54 Jahren wäre Gorbatschow der erste Generalsekretär seit zehn Jahren (1975 begann die lange Krankheit Breschnews), der seine Aufgaben ohne gesundheitliche Einschränkungen voll wahrnehmen und mit einer längeren Amtsperiode rechnen kann. Zugleich wäre er der erste Parteichef, der nicht mehr durch die Erfahrungen der Stalin'schen Säuberungen und des Zweiten Weltkrieges geprägt wurde. Seit Lenin hat kein Parteichef mehr eine derart vielseitige Ausbildung genossen (G. hat das Studium der Rechtswissenschaften absolviert und eine zusätzliche Ausbildung als Agronom). Als einziger Jurist im Politbüro fällt er insofern aus dem Rahmen, als die meisten anderen Mitglieder der sowjetischen Führung ingenieurwissenschaftliche Studien absolviert haben.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 12. März und erneut am 30. April 1985 vorgelegen, der den „R[ücklauf] von BM“ über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 30. April 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 11. März 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, verstarb am 10. März 1985.

<sup>4</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Inzwischen G[orbatschow] bestätigt.“

2) Die Wahl zum Generalsekretär wäre<sup>5</sup> der Gipfelpunkt einer „Bilderbuchkarriere“ als Parteifunktionär. 1952 trat G. in die Partei ein. Zwischen 1955 und 1970 erklimmte er Stufe um Stufe die lokale Parteipostenleiter in seiner Heimatregion Stawropol im nördlichen Kaukasus: vom stellvertretenden Leiter der Propagandaabteilung des Komsomol-Regionalkomitees bis zum Chef des regionalen Parteikomitees. 1970 in den Obersten Sowjet gewählt, gelang G. im Jahre 1971 der Sprung ins Zentralkomitee. 1978 begann eine steile Karriere im zentralen Parteiapparat: 1978 wurde G. der für Landwirtschaft zuständige ZK-Sekretär, 1979 avancierte er zum Kandidaten des Politbüros und schon 1980 wurde er als Vollmitglied in dieses Gremium aufgenommen. In der kurzen Andropow-Ära wurde deutlich, daß er seine Kompetenzen auf den Kader-Bereich und allgemeine Wirtschaftsfragen ausdehnen konnte. In der Ära Tschernenko fungierte er als eine Art „zweiter Sekretär“, der die Arbeit des ZK-Sekretariats leitete und auch einige der früheren außenpolitischen Kompetenzen Suslows übernommen hatte (was u. a. in seiner Wahl zum Vorsitzenden des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Unionssowjets zum Ausdruck kam).

3) Vermutlich ist Gorbatschow von Suslow und Andropow gefördert worden, die beide persönlich mit Stawropol verbunden waren. Aber offenbar hatte er auch die Gunst Breschnews gewonnen und erwies sich später als fähig zur Zusammenarbeit mit Tschernenko. Er muß sich unter seinen Kollegen einen beträchtlichen Vorrat an Vertrauen verschafft haben, denn trotz fünf Mißernten hat er sich in seinem Amt als für die Landwirtschaft zuständiger ZK-Sekretär halten können. Dies dürfte mit dem Umstand zusammenhängen, daß Gorbatschow als Parteisekretär in der Region Stawropol eine erfolgreiche Landwirtschaftspolitik betrieben hat, so daß diese Region in landwirtschaftlicher Hinsicht als vorbildlich gilt.

Neben der Landwirtschaft hat sich Gorbatschow durch seine Tätigkeit als Abgeordneter auch mit anderen innenpolitischen Fragen befaßt: mit Umweltfragen als Mitglied der zuständigen Kommission des Obersten Sowjets von 1970–1974 und mit Jugendfragen als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses. Von 1979–1984 leitete er den Ausschuß für Gesetzgebungsvorhaben des Unionssowjets.

4) Schon als einfaches ZK-Mitglied ist Gorbatschow in westliche Länder gereist: 1972 nach Belgien<sup>6</sup>, 1975 in die Bundesrepublik Deutschland (zur Teilnahme an einer Kundgebung der DKP<sup>7</sup>) und 1976 nach Frankreich<sup>8</sup>. Eine zweite Serie von Westreisen begann mit dem publizistisch stark beachteten Besuch in Kanada im Mai 1983<sup>9</sup>. Im Dezember 1983 vertrat G. die sowjetische Führung auf dem Parteitag der portugiesischen KP<sup>10</sup>, im Juni 1984 beim Begräbnis Berlinguers in

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ist“.

Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt.

<sup>6</sup> Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 21. bis 31. Oktober 1972 in Belgien auf.

<sup>7</sup> Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, nahm vom 6. bis 13. Mai 1975 auf Einladung der DKP an Veranstaltungen zum 30. Jahrestag des Kriegsendes teil.

<sup>8</sup> Das Mitglied des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 10. bis 18. November 1976.

<sup>9</sup> Vom 17. bis 24. Mai 1983 hielt sich eine Delegation des Obersten Sowjet der UdSSR unter der Leitung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Kanada auf.

<sup>10</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, leitete die Delegation der KPdSU zum X. Parteitag der Portugiesischen Kommunistischen Partei vom 14. bis 18. Dezember 1983.

Italien<sup>11</sup>. Im Dezember 1984 reiste er mit einer Delegation sowjetischer Parlamentarier nach Großbritannien<sup>12</sup> und erzielte dort, wie schon in Kanada, einen bemerkenswerten persönlichen Erfolg. Innerhalb des sozialistischen Lagers hat er in den letzten Jahren die ČSSR, die Mongolei, Vietnam, Ungarn und Bulgarien besucht.

5) Gorbatschow hat im Westen viele Vorschußlorbeeren erhalten. Wie vor ihm Andropow geht ihm der Ruf eines potentiellen „Reformers“ voraus. Hier dürfte eine Verwechslung von Stil und Substanz vorliegen. Derzeit spricht nichts dafür, daß Gorbatschow das wirtschaftliche und gesellschaftlich-politische System der Sowjetunion in grundlegenden Aspekten und womöglich noch nach westlichen Vorstellungen zu ändern beabsichtigt.

Was an Gorbatschow auffällt und ihn in westlichen Augen so anziehend macht, ist die Tatsache, daß er nicht mehr dem traditionellen Bild des sowjetischen Parteiapparatschiks entspricht. Ausländische Beobachter sind sich in der Beurteilung seiner Persönlichkeit einig: Er wirkt kenntnisreich, selbstbewußt und schlagfertig, dabei urban und aufgeschlossen im Umgang mit seinen Gesprächspartnern. Frau Thatcher war von seiner Intelligenz und gewinnenden Art deutlich beeindruckt.<sup>13</sup> Seine kanadischen Begleiter registrierten eine bemerkenswerte Energie und ein nie nachlassendes Interesse, verbunden mit einem Sinn für Humor. Sein Auftreten in Großbritannien bestätigte seine Fähigkeit, die sowjetischen Positionen darzulegen, ohne in die üblichen Klischees und eine ideologische Rhetorik zu verfallen. Ein sowjetischer Funktionär (der Chefredakteur der „Prawda“, Afanassjew) hat ihn als „energische und interessante Persönlichkeit“ bezeichnet, die gut zuzuhören vermöge und die jeder respektiere.

6) In den interessantesten seiner öffentlichen Äußerungen (z. B. im vollen Text seiner von der „Prawda“ gekürzt und überarbeitet wiedergegebenen Rede vor der Ideologiekonferenz am 10.12.1984<sup>14</sup>) tritt uns Gorbatschow als ein vergleichsweise modern und nüchtern denkender Politiker entgegen, der deutlich zu reden versteht. Seine ausgeprägte Neigung zum Realismus hebt sich wohlthuend von dem bombastischen und schablonenhaften Stil vieler seiner Kollegen ab.

Ein technokratischer Zug in seinem Denken ist unverkennbar. In Umrissen wird erkennbar, daß er ein moderneres und differenzierteres, aber nicht unbedingt liberaleres Sowjetsystem anstrebt. Er hat, ohne in Einzelheiten zu gehen, von der Notwendigkeit tiefgreifender Umgestaltungen in der Wirtschaft und im ge-

<sup>11</sup> Der Vorsitzende der KPI, Berlinguer, verstarb am 12. Juni 1984. Am 13./14. Juni 1984 hielt sich eine Delegation des ZK der KPdSU unter der Leitung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, anlässlich der Trauerfeierlichkeiten in Italien auf.

<sup>12</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Ausführungen der Premierministerin Thatcher gegenüber Bundeskanzler Kohl am 18. Januar 1985; Dok. 13.

<sup>14</sup> Vgl. dazu den Artikel „Soveršenstvovanie razvitogo socializma i ideologičeskaja rabota partii v svete rešenij ijun'skogo (1983g.) plenuma CK KPSS. Vsesojuznaja naučno-praktičeskaja konferencija“, PRAVDA vom 11. Dezember 1984, S. 2 f.

Für den deutschen Wortlaut der Rede auf der wissenschaftlich-praktischen Allunionskonferenz „Die Vervollkommenung des entwickelten Sozialismus und die ideologische Arbeit der Partei im Lichte der Beschlüsse des Juni-Plenums (1983) des ZK der KPdSU“ vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 83–120.



samen System der gesellschaftlichen Beziehungen gesprochen. Wirtschaftspolitisch sympathisiert er mit einem verstärkten Einsatz ökonomischer Hebel, distanziert sich aber indirekt durch das Festhalten am Plan und an der Priorität sozialer Ziele von weitergehenden Reformen, etwa nach chinesischem Muster. Gesellschaftspolitisch tritt er für eine stärkere Anerkennung spezifischer Gruppeninteressen ein und für einen größeren Spielraum für regionale Organe und einzelne Kollektive. Zugleich rechtfertigt Gorbatschow die Disziplinierungskampagne<sup>15</sup> und befürwortet er den Kampf gegen illegales Wohlstandsstreben.

Was ideologische Fragen betrifft, so scheint Gorbatschow zu jenen zu gehören, die mit Hilfe des Konzepts des „entwickelten Sozialismus“ die Ideologie von offenkundig nicht mehr haltbaren utopischen Elementen reinigen und den ideologischen Kampf gegen den Westen – den auch Gorbatschow für unbedingt notwendig hält – von einer besser zu verteidigenden Position aus führen wollen. In seiner Betonung des Realismus und der Polemik gegen bürokratische Routine und Selbstgefälligkeit wirkt er wie ein Schüler Andropows. Aber welche konkrete Politik er im einzelnen als Generalsekretär durchzusetzen versuchen wird, läßt sich aus seinen bisherigen Äußerungen nicht ableiten.

7) Noch weniger scharf umrissen sind die Konturen seines außenpolitischen Denkens. In seinen öffentlichen Äußerungen wurde keine individuelle Nuancierung erkennbar, die von der jeweils gültigen außenpolitischen Linie abgewichen wäre. Eine gewisse Tendenz zur Rückversicherung läßt die wiederholte Berufung auf Tschernenko in Schlüsselpassagen seiner Reden erkennen. G. hat sich, wo es angebracht erschien, für Dialog und Zusammenarbeit zwischen Ost und West ausgesprochen. Seine jüngste „Wahlrede“<sup>16</sup> läßt im Vergleich zu Tschernenko ein ausgeprägtes Interesse an Westeuropa erkennen. Aber bei anderen Gelegenheiten hat G. die heftigsten Angriffe auf die USA und den Westen gerichtet. Ende 1983 hat er den Abbruch der Genfer Verhandlungen gerechtfertigt und – in an Orthodoxie kaum zu übertreffenden Wendungen – die Gültigkeit des „proletarischen Internationalismus“ (d.h. des ideologischen Führungsanspruchs der KPdSU) bekräftigt (auf dem Parteitag der portugiesischen KP<sup>17</sup>). Als ehema-

<sup>15</sup> Der „Kampf gegen jede Verletzung der Partei-, Staats- und Arbeitsdisziplin“ wurde vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, mit einer Rede vor dem Plenum des ZK der KPdSU am 22. November 1982 eingeleitet. Vgl. ANDROPOW, *Ausgewählte Reden*, S. 238.

Nachdem Andropow am 15. Juni 1983 vor dem ZK-Plenum erneut über die Festigung von Disziplin und Ordnung gesprochen und am 15. August 1983 weitere Kritik an schlechter Arbeitsmoral und Korruption geäußert hatte, resümierte Gesandter Huber, Moskau, am 23. August 1983: „Die umfassend angelegte Disziplinierungskampagne setzt schwerpunktmäßig auf strafrechtlichem Gebiet an. Mit einer ‚gesäuberten‘, personell aus KGB und Militär aufgefrischten, offensiv auftretenden Miliz soll die Verbrechensbekämpfung forciert und eine entsprechende Abschreckung erzielt werden.“ Die Kampagne greife außerdem „auch in das Arbeitsrecht verschärfend ein“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 2020; Referat 213, Bd. 139287.

Für den Wortlaut der Rede von Andropow vom 15. Juni 1983 vgl. ANDROPOW, *Ausgewählte Reden*, S. 321–339. Für den Wortlaut der Rede vom 15. August 1983 vgl. SOWJETUNION HEUTE 28 (1983), Heft 9, Beilage, S. I–IV.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 20. Februar 1985 in Moskau anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR vgl. GORBATSCHOW, *Reden*, Bd. 2, S. 130–142.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, auf dem X. Parteitag der Portugiesischen Kommunistischen Partei am 16. Dezember 1983 vgl. GORBATSCHOW, *Reden*, Bd. 1, S. 482–488.

liger Protegé Suslows dürften ihm solche Zungenschläge auch kaum schwerfallen. In Sofia hat er gegen die Differenzierungsstrategie des Westens polemisiert und den sozialistischen Internationalismus beschworen.<sup>18</sup> Auch hier sind keine eindeutigen persönlichen Prioritäten erkennbar.

8) Insgesamt wirkt Gorbatschow wie ein Mann, der intelligent und vorurteilsfrei genug ist, um sich über die zahlreichen Probleme seines Landes im klaren zu sein, der sich aber zutraut, diese Probleme im Rahmen des bestehenden Systems zu lösen und dadurch das System als solches effizienter und attraktiver zu machen. Dabei bleibt er in seinen Äußerungen unbestimmt genug, um von vornherein weder Hoffnungen zu enttäuschen, noch Widerstand herauszufordern. Dies entspricht auch seiner objektiven Situation: Zunächst einmal ist er eingebunden in eine Führung, die einen immer stärkeren kollektiven Charakter trägt.

Gorbatschows Neigung, Reformen von oben mit Disziplin von unten zu verknüpfen, lassen ihn nicht gerade als einen „Liberalen“ erscheinen. Es ist nicht auszuschließen, daß er Veränderungen im ökonomischen Bereich politisch durch eine strikt autoritäre Innenpolitik und eine verstärkte Abschottung gegenüber westlichen Einflüssen abzusichern suchen und insofern einer Linie folgen würde, die bisher eher seinem Rivalen Romanow zugeschrieben wird. Immerhin könnte ein ausgeprägter Realitätssinn und eine schwächere Bindung an spezifische Inhalte der sowjetischen Ideologie zu sichtbaren Änderungen im Stil des Umgangs der Sowjetunion mit ihren Verbündeten und mit dem Westen führen, die sich wohlthuend auf die gesamten Ost-West-Beziehungen auswirken würden. Auch ist die mittelfristige Entwicklung der Sowjetunion weniger denn je voraussehbar, und bei einer offenkundig so flexiblen Persönlichkeit wie Gorbatschow sind auf längere Sicht auch Überraschungen nicht völlig auszuschließen.

**Referat 213, Bd. 139413**

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, anlässlich des 40. Jahrestages der sozialistischen Revolution in Bulgarien am 8. September 1984 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 73–82.

## 60

**Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt****114-11222/85 VS-vertraulich****Aufgabe: 12. März 1985, 17.22 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 340****Ankunft: 12. März 1985, 18.52 Uhr****Citissime nachts**

An ChBK, BM Schäuble, MDg von Richthofen; BMB Bonn, StS Rehlinger, MD Meichsner; Bonn AA, Staatssekretär<sup>2</sup>; Bitte sofort weiterleiten an Bundeskanzler über Botschaft Moskau<sup>3</sup>; BMWi, StS von Würzen

Betr.: Gespräche von Bundeswirtschaftsminister Bangemann in Ost-Berlin am 12. März 1985<sup>4</sup>

I. BM Bangemann wurde am 12. März vormittags von Honecker zu einem knapp einstündigen Gespräch im Staatsratsgebäude empfangen. An dem Gespräch nahmen Dr. Mittag und StS Beil teil. Am Vorabend hatte bereits ein Gespräch zwischen Dr. Mittag, StS Beil und dem Bundeswirtschaftsminister stattgefunden<sup>5</sup>, an das sich ein Abendessen anschloß. Beide Gespräche fanden in einer freundlichen und offenen Atmosphäre statt. Honecker wie Mittag waren bemüht, Schärfen zu vermeiden und die gemeinsamen Interessen an dem Ausbau der Beziehungen in den Vordergrund zu stellen.

Honecker brachte seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß die Irritationen in der Grenzfrage durch die Erklärungen des Bundeskanzlers zur Unverletzlichkeit aller Grenzen in Europa<sup>6</sup> beseitigt worden seien. Damit seien auch die Voraussetzungen für weitere Verhandlungen gegeben. Die DDR wolle die Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen und anderen Gebieten fortsetzen und ausbauen. Die ganz entscheidende Frage auch für die deutsch-deutschen Beziehungen sei aber die Erhaltung des Friedens, womit die Grenzfrage wie auch

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 13. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Berg, Mulack und Pauls sowie Legationsrat I. Klasse Geyer verfügte und für Pauls handschriftlich vermerkte: „(Bitte Auszug – Ziff. 2 – an Ref. 510).“

Hat Berg am 13. März 1985 vorgelegen

Hat Mulack, Geyer und Pauls am 14. März 1985 vorgelegen, der zu dem Vermerk von Kastrup handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

<sup>2</sup> Andreas Meyer-Landrut.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>4</sup> Bundesminister Bangemann hielt sich am 11./12. März 1985 in Ost-Berlin auf und reiste anschließend zu einem Besuch der Frühjahrsmesse in Leipzig.

<sup>5</sup> Im Gespräch des Bundesministers Bangemann mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 11. März 1985 in Ost-Berlin standen die Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund. Bangemann brachte zudem das besondere Interesse der Bundesregierung an Erleichterungen im Reiseverkehr, der Wiederaufnahme des Jugendaustauschs, einem Kulturabkommen und der „Verhinderung der illegalen Einreise von Ausländern über Flughafen Schönefeld nach Berlin (West)“ zum Ausdruck, außerdem die „Verbesserung der Qualität des Eisenbahnverkehrs von und nach Berlin (West)“. Vgl. die Aufzeichnung des Leiters der Treuhandstelle für Industrie und Handel (TSI), Rösch, z. Z. Leipzig, vom 14. März 1985; Referat 210, Bd. 139186.

<sup>6</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl vom 6. Februar bzw. 27. Februar 1985 vgl. Dok. 54, Anm. 7, und Dok. 56, Anm. 6.

die gegenseitige Respektierung der beiden deutschen Staaten aufs engste verknüpft sei.

Honecker unterstrich die Bedeutung der heute beginnenden Genfer Verhandlungen.<sup>7</sup> Es komme jetzt darauf an, „mit unterstützenden Maßnahmen“, z. B. bei den chemischen Waffen<sup>8</sup>, in Stockholm<sup>9</sup> oder in Wien<sup>10</sup>, zu einem Erfolg der Genfer Verhandlungen beizutragen. Auch eine Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen entsprechend dem Grundlagenvertrag<sup>11</sup> werde sich günstig auf das Ost-West-Gesamtverhältnis auswirken.

Meinungsverschiedenheiten in den Grundfragen spielten in beiden Gesprächen fast keine Rolle. Honecker erwähnte allerdings die Elbe-Frage<sup>12</sup> und meinte, daß hier eine Klärung des Grenzverlaufs entsprechend der langjährigen Praxis doch möglich sein sollte.

In beiden Gesprächen standen die Swing-Frage<sup>13</sup> und konkrete Fortschritte auf einigen anderen Gebieten im Vordergrund. Der BM lud Dr. Mittag zu einem Be-

<sup>7</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vom 10. Januar 1984 für ein chemiewaffenfreies Europa; EUROPA-ARCHIV 1984, D 205 f.

Ein Verbot chemischer Waffen war auch Thema der Genfer Abrüstungskonferenz. Vgl. dazu Dok. 77.

<sup>9</sup> In Stockholm tagte vom 29. Januar bis 22. März 1985 die fünfte Runde der KVAE. Vgl. dazu Dok. 42 und Dok. 43.

<sup>10</sup> In Wien fand vom 31. Januar bis 28. März 1985 die 35. Runde der MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>12</sup> Mit Zusatzprotokoll zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen eingesetzt, die die Markierungen der innerdeutschen Grenze überprüfen und gegebenenfalls erneuern oder ergänzen sollte. Im März 1977 unterbreitete die Bundesregierung den Vorschlag, die Frage des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe aus den Verhandlungen der Grenzkommision auszuklamern, da über den Verlauf im Abschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg kein Einvernehmen erzielt werden konnte. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 48.

Das Präsidium des Obersten Gerichts der DDR entschied am 9. November 1977, „daß die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte des Talwegs verläuft“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 11. November 1977; Referat 210, Bd. 115052.

Nachdem die Frage in der Sitzung der Grenzkommision am 26./27. Februar 1985 in Gera erstmals wiederaufgenommen worden war, wurde in der Presse gemeldet, die Delegation der Bundesrepublik habe der DDR „zum ersten Mal [...] offiziell den Rechtsstandpunkt der Bundesregierung mitgeteilt: Danach wird im Abschnitt Schnackenburg/Lauenburg auf einer Länge von 93,7 Kilometern das Gebiet der beiden Staaten in Deutschland durch den Verlauf der Demarkationslinie am Nordostufer des Flusses abgegrenzt.“ Vgl. den Artikel „Am Verlauf der Elbgrenze hängen Honeckers Geraer Forderungen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. März 1985, S. 6.

<sup>13</sup> Die Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR erfolgte über drei Unterkonten, die bis zu einem gewissen Betrag überzogen werden konnten („Swing“). Am 6. Dezember 1968 wurde eine an den Lieferungen der DDR orientierte jährliche Neufestsetzung des Überziehungskredits und am 6. Dezember 1974 die Fortsetzung der Swing-Regelung bis zum 31. Dezember 1981 vereinbart, wobei ein Höchstbetrag von 850 Mio. Verrechnungseinheiten (VE) pro Jahr festgelegt wurde. Für den Wortlaut des Briefwechsels vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 11. Dezember 1974, S. 2.

Am 18. Juni 1982 vereinbarten der Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel (TSI), Rösch, und der Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der DDR, Keilholz, die Fortführung des Swing, wobei allerdings die Beträge sukzessive von 850 Mio. Verrechnungseinheiten für die zweite Jahreshälfte 1982 über 770 Mio. VE für 1983 auf 690 Mio. VE für 1984 und 600 Mio. VE für 1985 ge-

such der Hannover-Messe im April<sup>14</sup> und anschließenden Gesprächen in Bonn ein. Er wies darauf hin, daß auch ein Gespräch mit dem Bundeskanzler möglich sein werde. Dr. Mittag sagte, er werde uns nach Klärung einiger Terminfragen bald eine Antwort geben.<sup>15</sup>

Beim Herausgehen sagte mir Honecker, er hoffe, in Moskau auch mit dem Bundeskanzler zusammenzutreffen.<sup>16</sup>

## II. Wichtige Einzelfragen

### 1) Swing

Honecker wie auch Mittag erklärten, an sich könne die DDR auf den Swing verzichten, sie sei darauf nicht angewiesen. Er, Honecker, habe sich aber im Politbüro für eine „Heraufsetzung“ des Swing ausgesprochen. Dies würde als politisches Signal für einen weiteren Ausbau der Beziehungen verstanden werden. Aus Hinweisen Mittags war deutlich, daß die DDR wegen der Vorbereitung des nächsten Fünfjahresplans<sup>17</sup> an einer raschen Klärung der Swing-Frage interessiert ist und außerdem eine öffentliche Diskussion darüber im Vorfeld unbedingt vermeiden möchte.

Dr. Mittag schlug vor, daß über den Swing (und damit zusammenhängende Fragen) noch vor der Hannover-Messe Gespräche aufgenommen werden. StS Beil sei bereit, deswegen kurzfristig nach Bonn zu kommen.

Einzelheiten einer neuen Swing-Regelung wurden nicht besprochen. Der BM wies aber wiederholt und nachdrücklich auf den Zusammenhang mit der Einschufspflicht in den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr<sup>18</sup> hin. Sowohl Honek-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 340*

senkt werden sollten. Für den Wortlaut des Briefwechsels vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1980–1986, S. 117.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup legte am 5. März 1985 dar, die Kürzung des Swing sei erfolgt, weil die DDR nicht bereit gewesen sei, „den 1980 erhöhten Mindestumtausch – auch nur teilweise – zurückzunehmen“. Die Bundesregierung habe sich aber bereit erklärt, die Regelung „im Falle der substantiellen Verbesserung der Gesamtbeziehungen“ zu überprüfen. Angesichts der von der DDR angestrebten Erhöhung des Swing für die Zeit von 1986 bis 1990 auf 900 Mio. DM sprach sich Kastrup dafür aus, die Position des Bundeskanzleramts und des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen zu unterstützen, „die Swing-Verhandlungen in jedem Fall mit politischen Forderungen unserer Seite – wenn auch nicht im Sinne eines Junktims – zu verbinden“. Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Die Hannover-Messe fand vom 17. bis 24. April 1985 statt.

<sup>15</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, hielt sich am 17./18. April 1985 in der Bundesrepublik auf. Zu den Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Schäuble am 18. April 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 19.

<sup>16</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 12. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 75.

<sup>17</sup> Der Fünfjahresplan für 1986 bis 1990 wurde auf dem XI. Parteitag der SED vom 17. bis 21. April 1986 beschlossen.

<sup>18</sup> Im Protokoll vom 16. November 1978 zur Vereinbarung vom 25. April 1974 zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Finanzministerium der DDR über den Transfer von Guthaben in bestimmten Fällen verpflichtete sich die DDR, von 1979 bis 1982 jährlich 50 Mio. DM auf das für den Transfer von Guthaben bei der Deutschen Bundesbank eingerichtete Verrechnungskonto einzuzahlen; die Zahlungen sollten vierteljährlich erfolgen. Für den Wortlaut des Protokolls vgl. ZEHN JAHRE DEUTSCHLANDPOLITIK, S. 349.

Am 18. Juni 1982 vereinbarten Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und der Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR, Siegert, die Fortsetzung dieser Regelung für 1983 bis 1985 mit der Maßgabe, daß die DDR „jährlich 60 Millionen Deutsche Mark in vier gleich hohen Beträgen zu Beginn eines jeden Vierteljahres“ auf das bestehende Verrechnungskonto einzahlen würde. Vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1980–1986, S. 117 f.

ker wie Mittag stellten einen Zusammenhang zwischen dem Swing und dem nichtkommerziellen Zahlungsverkehr nicht in Frage, gaben jedoch insoweit keine Zusicherungen. Es bestand der Eindruck, daß die DDR weiterhin zu einer solchen Verbindung bereit ist, die Höhe der Einschufßpflicht dürfte jedoch von der Swing-Regelung abhängen.

## 2) Asylantenfrage<sup>19</sup>

Honecker wies darauf hin, daß im Politbüro in der letzten Woche darüber gesprochen worden sei. Für die DDR sei der entscheidende Gesichtspunkt, daß sie den Durchgangsverkehr in dritte Staaten entsprechend internationalen Vereinbarungen gestatten müsse. Kommerzielle Fragen spielten in diesem Zusammenhang für sie keine Rolle. Die Interflug sei nicht an der Beförderung von Asylanten interessiert. Ein Teil der Reisenden wolle im übrigen nach Berlin (West), wo es bekanntlich keine Paßkontrollen gebe.<sup>20</sup> Auch den Gegebenheiten in Berlin (West), das ja noch ein Besatzungsgebiet sei, müsse Rechnung getragen werden. Das gesamte Problem müsse noch näher geprüft werden. Die DDR sei aber ernsthaft bestrebt, eine Lösung zu finden.

## 3) Kulturabkommen<sup>21</sup>

Honecker und Mittag erklärten, daß man in den Verhandlungen schon sehr weit gekommen sei. Die DDR sei bereit, das Abkommen abzuschließen. Bei den noch offenen Fragen solle man sich an entsprechenden Abkommen zwischen anderen Staaten orientieren und „nicht draufsatteln“, indem besondere Probleme aufgeworfen würden. Einigkeit bestehe darin, daß in der Frage des ehemals

<sup>19</sup> Zur Einreise von Asylbewerbern nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik über den Flughafen Schönefeld vgl. Dok. 34, Anm. 8.

Bundesminister Schäuble sprach bereits am 22. Januar 1985 den Ständigen Vertreter der DDR, Moldt, auf den „Zustrom von Asylbewerbern“ an, „die offenbar über den Flughafen Schönefeld in die DDR einreisen und dann von Ost-Berlin nach West-Berlin kämen. [...] Bei der Art und Weise, wie die DDR ihre Grenze sichere und kontrolliere, müßte es doch möglich sein, dieses Problem für unsere Seite weniger dringend werden zu lassen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139189.

<sup>20</sup> Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 6. März 1985, daß er den Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Seidel, darauf hingewiesen habe, „daß das Problem immer brisanter werde und die Gesamtbeziehungen zu belasten drohe. Unsere dringliche Bitte gehe dahin, daß die DDR die Flugreise nach Schönefeld mit der ‚Interflug‘ nur solchen Personen gestatte, die im Besitz des für ihr Reiseziel notwendigen Sichtvermerks seien.“ Seidel habe geantwortet, „es sei uns unbenommen, Ausländer ohne gültiges Visum an unseren Grenzen zurückzuweisen. [...] Es könne nicht zu Lasten der DDR gehen, wenn sich der Senat weiterhin weigere, an den Grenzen West-Berlins aus Gründen des angeblichen Viermächtestatus die erforderlichen Kontrollen einzuführen. Ich entgegnete, daß es gar nicht um diese Kontrollen gehe, sondern daß wir Ausländer, die entweder in Berlin (West) oder im Bundesgebiet um Asyl bäten, nicht zurückschicken könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; Referat 210, Bd. 139186.

<sup>21</sup> Nach erfolglosen Gesprächen zwischen 1973 und 1975 wurden am 20. September 1983 erneut Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über ein Kulturabkommen aufgenommen. Zum Stand nach der 10. Verhandlungsrunde am 21. Februar 1985 in Ost-Berlin legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup am 25. April 1985 dar, das Abkommen sei „in weiten Teilen ausgehandelt“. Offen seien noch folgende Punkte „a) Einbeziehung von Schülern und Auszubildenden, b) Kulturtourismus, c) Jugendaustausch, d) Errichtung von Kulturinstituten, e) Einbeziehung von Berlin (West), f) Beendigung der Diskriminierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. [...] Die DDR lehnt die Einbeziehung von Schülern und Auszubildenden in den Austausch im Bildungsbereich sowie unsere Vorschläge zu Kulturtourismus und Jugendaustausch weiterhin kategorisch mit der Begründung ab, daß diese Punkte nicht in ein Kulturabkommen gehörten. Von unserer Seite wird der Berücksichtigung gerade der jungen Generation hingegen besondere Bedeutung beigemessen (Kenntnis der Realitäten, Abbau von Vorurteilen). [...] Das schwierigste Problem dürfte die Einbeziehung Berlins sein.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132730.

preußischen Kulturbesitzes jetzt eine Einigung nicht möglich sei. An der Rückführung von Kulturgütern solle aber weiter gearbeitet werden.<sup>22</sup> Hier gebe es ja auch schon erfreuliche Ansätze, wie man an der Rückgabe der Schloßbrückenfiguren<sup>23</sup> sehen könne.

Der BM erklärte, daß auch wir das Abkommen abschließen wollten, wenn in den noch offenen Fragen, insbesondere auch beim Jugendaustausch, befriedigende Lösungen erreicht würden. Ich wies auf das Problem der Diskriminierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz<sup>24</sup> hin, das ausgeräumt werden müsse.

#### 4) Umweltschutz<sup>25</sup>

Der BM erinnerte an unseren Vorschlag, den anstehenden Besuch des bei uns für den Umweltschutz zuständigen Bundesinnenministers sachlich durch leitende Beamte beider Seiten vorzubereiten.<sup>26</sup> Mittag widersprach nicht, er hielt

<sup>22</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl erläuterte am 29. April 1985: „Die Bundesregierung wird seit Jahren insbesondere von den Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen, aber auch von der Stadt Mainz gedrängt, sich gegenüber der DDR für die Rückführung wertvoller Bestände ihrer Archive, die während des Krieges nach Mitteldeutschland verlagert worden waren, einzusetzen. Bisher hatte die DDR Verhandlungen darüber davon abhängig gemacht, daß auch die Altbestände der Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit einbezogen würden. Diese für uns nicht akzeptable Position ist jetzt von ihr aufgegeben worden.“ Einer Regelung auf der Basis der Gegenseitigkeit stehe zudem das Rechtsträger-Abwicklungsgesetz vom 6. September 1965 entgegen, nach dessen Bestimmungen die treuhänderische Verwaltung des Bundes von Kulturgütern, die aus der jetzigen DDR stammten, erst im Rahmen der Wiedervereinigung bzw. einer friedensvertraglichen Regelung enden solle. Eine Novellierung des Gesetzes sehe vor, „daß die treuhänderische Verwaltung über einzelne Kulturgüter auch dann endet, wenn sie aufgrund einer Entscheidung des Bundesministers des Innern an Personen oder Stellen in der Deutschen Demokratischen Republik oder in Berlin (Ost) übertragen werden“. Vgl. Referat 210, Bd. 132730.

<sup>23</sup> Am 13. März 1981 wurde in der Presse mitgeteilt, der Senat von Berlin werde anlässlich des 200. Geburtstags des preußischen Baumeisters Schinkel der DDR acht „wertvolle Skulpturen schenken, die auf der alten Schloßbrücke in der Ostberliner Innenstadt wieder aufgestellt werden sollen“. Die Skulpturen seien am Ende des Zweiten Weltkriegs abgebaut und „im Westteil der Stadt vor den Bombenangriffen in Sicherheit gebracht worden“. Vgl. den Artikel „Senat schenkt Ostberlin acht Skulpturen von Schinkel“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 13. März 1981, S. 1. Sechs der acht Figurengruppen wurden am 29. April 1981 nach Ost-Berlin überstellt, die beiden übrigen am 20. Mai 1981; im Gegenzug gab die DDR Archive und Musterbücher der Königlichen Porzellanmanufaktur an Berlin (West). Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1967–1986, S. 546 f. Am 31. Januar 1985 übergab der Senat von Berlin außerdem vier Medaillons für die Schloßbrücke im Austausch gegen einen Gipsabdruck für die Nazarethkirche in Berlin-Wedding. Vgl. dazu DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1967–1986, S. 548.

<sup>24</sup> Mit Schreiben vom 10. April 1985 an den Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin, Lorenz, erläuterte der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Knopp, daß die DDR „fast jeden offiziellen wissenschaftlichen Verkehr mit den Einrichtungen des Preußischen Kulturbesitzes und jede kulturelle Zusammenarbeit“ verweigere. Außerdem versuche sie die Stiftung „bei gemeinschaftlichen Unternehmungen in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland zu boykottieren“. Seit Herbst 1977 mache die DDR bei Ausstellungen „in aller Regel die Nichtbeteiligung des Preußischen Kulturbesitzes zur Bedingung und verweigert ihre Leihgaben, wenn Leihgaben aus den Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz berücksichtigt werden“. Neuerdings werde dies dahingehend differenziert, „ob Stücke aus den von ihr beanspruchten Altbeständen gezeigt werden sollen“. Vgl. Referat 210, Bd. 132730.

<sup>25</sup> Referat 210 legte am 28. Juni 1984 dar, daß zwischen der Bundesrepublik und der DDR Einigkeit darüber bestehe, neben den laufenden Verhandlungen über eine Reduzierung der Versalzung der Werra auch Gespräche über weitere Umweltschutzmaßnahmen zu führen. Allerdings gebe es noch keine konkreten Projekte: „Die DDR hält sich – vermutlich im Hinblick auf einen Honecker-Besuch – mit Vorschlägen zurück und dürfte darüber hinaus kaum in der Lage sein, derzeit größere Projekte zu finanzieren. Auch auf unserer Seite gilt, daß die Finanzmittel für weitere Maßnahmen äußerst knapp sind“. Vgl. Referat 210, Bd. 132683.

<sup>26</sup> Das Bundesministerium des Innern vermerkte am 5. Februar 1985, der Umweltminister der DDR, Reichelt, habe „das zweite Quartal 1985 für einen Besuch von Bundesminister Dr. Zimmermann in der

die Einsetzung von Fachgruppen für möglich, die Vorschläge für die politische Ebene ausarbeiten sollten. Honecker erklärte, sobald man mit dem Kulturabkommen fertig sei, könne man eine „Rahmenvereinbarung über den Umweltschutz“ in Angriff nehmen, die dann durch Vereinbarungen über praktische Fragen komplettiert werden sollte. Die DDR habe bereits entsprechende Rahmenvereinbarungen mit der ČSSR und Ungarn abgeschlossen.<sup>27</sup>

#### 5) Jugendaustausch<sup>28</sup>

Auf einen Hinweis des BM gegenüber Mittag eingehend, erklärte Honecker, wenn der Jugendtourismus aus dem Verfassungsschutzbericht „herauskomme“<sup>29</sup>, werde auch das Tor für Jugendreisen aus der DDR in die Bundesrepublik wieder geöffnet werden. Es wäre schade, wenn dieser Teil des Jugendtourismus eingestellt bliebe. Die DDR habe das ja auch selbst in Gang gebracht. Es gehe aber nicht, daß die Jugendlichen aus der DDR von dem Verfassungsschutz der Bundesrepublik „schikaniert“ und praktisch „wie Kriminelle“ behandelt würden.

Der BM wies diese Vorwürfe zurück und stellte klar, daß es weder eine Observierung noch eine Behinderung der DDR-Jugendgruppen gegeben habe.

#### 6) Gebietsaustausch in Berlin (West)

Auf Frage des BM sagte Honecker, die Verhandlungen über einen Gebietsaustausch<sup>30</sup> seien wegen der Diskussionen über die Grenzfrage zurückgestellt wor-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 343*

DDR“ vorgeschlagen. Die Gespräche der Umweltexperten könnten noch vorher fortgesetzt werden. Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>27</sup> Botschafter Jung, Budapest, teilte am 2. Juli 1985 mit, es sei „trotz intensiver Bemühungen“ nicht gelungen, den Text des Umweltschutzrahmenabkommens zwischen der DDR und Ungarn zu beschaffen: „Als Begründung wird angegeben, daß es als Teilabkommen des jährlich neu abzuschließenden bilateralen Abkommens über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit wie dieses vertraulich zu behandeln“ sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 801; Referat 210, Bd. 132690.

Botschafter Schattmann, Prag, berichtete am 26. Juli 1985, laut Auskunft des Botschafters der DDR, Ziebart, gebe es kein Umweltschutzabkommen zwischen der DDR und der ČSSR; „es wurde lediglich 1980 ein nicht veröffentlichtes Protokoll unterzeichnet, das Unterrichtung über Aktivitäten beider Länder auf ihren Staatsgebieten sowie Abstimmung hierüber“ vorsehe. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1064; Referat 210, Bd. 132690.

<sup>28</sup> Im Rahmen des am 20. September 1982 zwischen dem Deutschen Bundesjugendring und der FDJ vereinbarten Jugendaustauschs reisten 1983 22 000 Jugendliche aus der Bundesrepublik „in Form von einwöchigen Gruppenreisen in die DDR“, während umgekehrt 1220 Jugendliche aus der DDR „in 38 Reisegruppen“ die Bundesrepublik besuchten. Für 1984 waren 25 000 Plätze für Jugendreisen in die DDR und „66 DDR-Reisegruppen mit ca. 2200 Teilnehmern“ für die Bundesrepublik vorgesehen. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 210 vom 4. September 1984; Referat 210, Bd. 132742.

<sup>29</sup> Am 25. April 1984 wurde in der Presse gemeldet, daß der Generaldirektor des FDJ-Reisebüros „Jugendtourist“, Eichler, das Reiseprogramm in die Bundesrepublik einstelle, nachdem im „Verfassungsschutzbericht 1983“ des Bundesministeriums des Innern die Entsendung von Jugendgruppen aus der DDR unter „subversive Aktivitäten“ geführt und damit offenkundig werde, „daß der Jugendtourismus von den BRD-Geheimdiensten observiert wird“. Vgl. den Artikel „Schwerwiegende Belastung“, NEUES DEUTSCHLAND vom 25. April 1984, S. 1.

<sup>30</sup> Die Senatskanzlei von Berlin legte am 25. Juni 1985 dar, daß auf der Grundlage der „Gebietsaustausch-Vereinbarung mit der DDR aus dem Jahre 1971“ und nach Ermächtigung der Alliierten Kommandantur seit 17. November 1983 Gespräche zwischen dem Senat und der DDR über einen Gebietsaustausch stattfänden: „Verhandlungskonzept des Senats ist es, die Exklavenprobleme Berlins durch Abgabe von Exklaven (Wüste Mark, Falkenhagener Wiesen, Laßzinswiesen) bzw. durch Schaffung eines Zugangs (Fichtewiese, Erlengrund) zu lösen. Erworben werden sollen von der DDR stadtplanerisch interessante Flächen wie Lenné-Dreieck, Neukölln-Mittenwalder-Dreieck, Flächen am Lohmühlenplatz, Waldgebiet Kienhorst bei Eiskeller und andere kleinere Flächen.“ Über einige dieser Gebiete sei bereits Einvernehmen erzielt; abgelehnt worden sei von der DDR u. a. aber der „Erwerb der Stresemannstr. und Teile des Potsdamer Platzes sowie der Einrichtung des S-Bahnhofs Potsda-



den. Wenn an Grenzen gerüttelt werde, könne man nicht gleichzeitig über einen Gebietsaustausch sprechen. Nachdem aber in der Frage der Grenzen Klarheit geschaffen sei, könne man auch an den Komplex „Gebietsaustausch“ wieder herangehen.

#### 7) Handelsfragen

Einzelne Fragen betreffend die Struktur des innerdeutschen Handels, die COCOM-Problematik sowie die Gegengeschäfte wurden im Gespräch mit Mittag kurz behandelt, aber nicht vertieft.

Mittag brachte zum Ausdruck, daß die Arbeit an der Dienstleistungsvereinbarung<sup>31</sup> bald zu einem positiven Abschluß kommen sollte.

#### III. Bewertung

Die Gespräche des BM mit Honecker und Mittag zeigen klar, daß die DDR-Führung schon in nächster Zeit vor allem im Zusammenhang mit der Neuregelung des Swing auf verschiedenen Gebieten vorankommen möchte. Bemerkenswert (und unerwartet) ist die Bereitschaft der DDR, den Jugendtourismus aus der DDR in die Bundesrepublik wieder in Gang zu bringen, sobald das Problem Verfassungsschutzbericht ausgeräumt ist.

Positive Signalwirkung hat ferner ihre Bereitschaft, das Kulturabkommen abzuschließen und danach Verhandlungen über ein Umweltrahmenabkommen aufzunehmen (was sie bisher stets abgelehnt hatte). Ob die Hinweise Honeckers in der Asylantenfrage schon eine Lösungsmöglichkeit eröffnen, ist im Gespräch nicht klargeworden. Wichtig ist aber die von Honecker erklärte Bereitschaft, nach einer Lösung in dieser schwierigen Frage zu suchen. Ich nehme an, daß die DDR darüber jetzt gesprächsbereit ist.

Insgesamt kann gesagt werden, daß der Verlauf der Gespräche eine wesentliche Klimaverbesserung anzeigt und neue Bewegung in die deutsch-deutschen Beziehungen zu kommen scheint.

[gez.] Bräutigam

**VS-Bd. 13419 (210)**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 344*

mer Platz mit Zugang von Berlin (West) aus“. Seit dem letzten Gespräch am 1. Oktober 1984 habe die DDR jedoch eine Fortsetzung verweigert unter Hinweis „auf das politische Klima („Voraussetzungen fehlen“)“. Vgl. Referat 210, Bd. 139204.

<sup>31</sup> Bundeskanzler Kohl kündigte im Bericht zur Lage der Nation am 27. Februar 1985 die Novellierung der Dienstleistungsvereinbarung vom 3. Februar 1951 mit der DDR an, die „den Wirtschaftsbeziehungen nach beiden Seiten hin zusätzliche positive Impulse geben“ werden. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 9016.

Die neue Vereinbarung über die zahlungsmäßige Abwicklung von Dienstleistungen wurde zwischen der Treuhandstelle für Industrie und Handel und dem Ministerium für Außenhandel der DDR ausgehandelt und am 10. Juni 1986 unterzeichnet. Für den Wortlaut der Bekanntmachung und der Erläuterungen des Bundesministeriums für Wirtschaft vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 106 vom 13. Juni 1986, S. 7317.

## 61

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Zia ul-Haq in Moskau

13. März 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq am 13. März 1985 in Moskau (Trauerfeierlichkeiten für GS Tschernenko)<sup>2</sup>

Bei dem Gespräch waren von pakistanischer Seite anwesend: Präsident Zia, Außenminister Ali Khan, pakistanischer Botschafter in Moskau<sup>3</sup>; von deutscher Seite: Bundeskanzler, BM Schäuble, StS Dr. Meyer-Landrut, MD Teltchik, VLR I Dr. Neuer als Note-taker.

Nach der Begrüßung schilderte Präsident *Zia* die innenpolitischen Entwicklungen seines Landes. Er stellte mit Befriedigung fest, daß die Volksabstimmung vom 19. Dezember 1984 eine Beteiligung von 62 % aufwies. 98 % der abgegebenen Stimmen hätten sich für seine Politik und die Umsetzung des politischen Programms von 1983<sup>4</sup> ausgesprochen.<sup>5</sup>

Bei den Wahlen vom 25. Februar 1985<sup>6</sup> habe es eine Wahlbeteiligung von 53 % gegeben. Diese Wahlen hätten auf nicht parteigebundener Grundlage stattge-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 15. März 1985 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltchik, Bundeskanzleramt, „über Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler [...] mit der bitte um Billigung“ vorgelegt. Hat Bundesminister Schäuble am 10. März 1985 vorgelegen.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau auf.

<sup>3</sup> Shahid Muhammad Amin.

<sup>4</sup> Präsident Zia ul-Haq bekräftigte am 12. August 1983 „seinen Willen, die Zukunft Pakistans nach islamischen Prinzipien zu orientieren“, und kündigte Gemeinderatswahlen bis Ende 1983 sowie Wahlen zu den Provinzparlamenten, zur Nationalversammlung und zum Senat bis 23. März 1985 an. Danach solle das Kriegsrecht aufgehoben werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 511 des Botschafters Terfloth, Islamabad, vom 15. August 1983; Referat 340, Bd. 136884.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach führte am 3. Januar 1985 aus, Gegenstand der Abstimmung sei gewesen, „ob der vom Präsidenten und obersten Kriegsrechtsverwalter Zia ul-Haq nach seiner Machtübernahme 1977 eingeleitete Islamisierungsprozeß fortgesetzt werden sollte. Obwohl Zia ul-Haq sich und sein Amt nicht zur Disposition stellte, hatte er klargemacht, daß ein positiver Ausgang der Volksabstimmung von ihm als Mandat für eine weitere fünfjährige Amtsperiode als Präsident aufgefaßt würde.“ Das Ergebnis von 98 % Ja-Stimmen sei nicht überraschend, „denn die strenggläubigen islamischen Wähler Pakistans konnten die Frage, ob sie dem von Präsident Zia ul-Haq eingeleiteten Prozeß zustimmten, ‚die Gesetze Pakistans mit den Vorschriften des Korans und der Sunna in Einklang zu bringen‘, im Grunde nur bejahen“. Vgl. Referat 340, Bd. 136884.

<sup>6</sup> Über die Wahlen zur pakistanischen Nationalversammlung am 25. Februar 1985 berichtete Botschafter Berendonck, Islamabad, am 27. Februar 1985: „Die relativ hohe Wahlbeteiligung ist eine Überraschung und im Hinblick auf die Boykottkampagne der sogenannten Opposition ein klarer Erfolg für den von Zia verfolgten Demokratisierungsprozeß.“ Allerdings sei auch ein „verhältnismäßig schlechtes Abschneiden von Regierungsvertretern und politischen Kräften, die der Regierung nahestehen“, zu verzeichnen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 212; Referat 340, Bd. 136884.

funden. Er selbst habe sich aktiv dabei engagiert. Jetzt stünden noch die Senatswahlen bevor. Er hoffe, am 23. März 1985 zu dem Parlament zu sprechen.<sup>7</sup>

Der Besuch des Bundeskanzlers in Pakistan<sup>8</sup> sei leider nur sehr kurz gewesen, aber die Erinnerung daran sei noch sehr lebendig. Präsident Zia dankte dem Bundeskanzler für dessen anerkennende und freundliche Worte, die er im Bundestag für Pakistan gefunden habe.<sup>9</sup> Er dankte auch für die unternommenen Schritte zur politischen Unterstützung Afghanistans, für die technische Hilfe und die Hilfe bei der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels.

Der *Bundeskanzler* fragte, wie Präsident Zia die Entwicklung in Afghanistan sehe.

Präsident *Zia* führte aus, die Sowjets hätten ihre Truppen von 110 000 auf 150 000 Mann verstärkt. Jetzt befänden sich sowjetische Streitkräfte nahe der pakistanischen Grenze, um so die Versorgung der afghanischen Freiheitskämpfer abzuriegeln. Der vergangene Winter sei sehr hart und schwer für die Freiheitskämpfer gewesen. Den sowjetischen Streitkräften seien weitere erhebliche Verluste beigebracht worden. Allerdings arbeite die Zeit für die Russen. Pakistan werde sich weiterhin um die Flüchtlinge kümmern und zusammen mit seinen Freunden an die Sowjetunion appellieren, um eine politische Lösung zu finden.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die Veränderung in der sowjetischen Führungsspitze<sup>10</sup> die Entwicklung in Afghanistan beeinflussen werde, bemerkte Präsident *Zia*, da sich in den letzten Jahren die kollektive Führung in der Sowjetunion sehr verfestigt habe, werde es wohl zwei bis drei Jahre dauern, ehe mit Änderungen gerechnet werden könne. Es sei kaum denkbar, daß der neue Mann die militärischen Operationen plötzlich abändere.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob nach dem Tod Indira Gandhis<sup>11</sup> die Chancen zur Verständigung besser seien.

Präsident *Zia* bejahte diese Frage und stellte fest, es seien schon gute Fortschritte gemacht worden. Er habe mit seinem Außenminister an den Bestattungsfeierlichkeiten für Frau Gandhi<sup>12</sup> teilgenommen. Dabei habe er auch eine kurze Begegnung mit Rajiv Gandhi gehabt. Es gebe zwar einige irritierende

<sup>7</sup> Am 23. März 1985 fand die Vereidigung des Präsidenten Zia ul-Haq statt. Über die Rede am selben Tag in der ersten gemeinsamen Sitzung beider Häuser des pakistanischen Parlaments berichtete Botschafter Berendonck, Islamabad, der größte Abschnitt sei dem Anliegen gewidmet gewesen, „den Islam in Pakistan zu verankern und die bisherigen Erfolge der Islamisierungspolitik zu festigen und auszubauen“. Im außenpolitischen Teil habe er die freundschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik China herausgestellt, die Beziehungen zu den USA „als wesentlich verbessert und gegenwärtig ausgezeichnet beschrieben“ und für Indien „nur positive Bemerkungen“ gefunden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 364; Referat 340, Bd. 136884.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Pakistan am 13./14. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 278.

<sup>9</sup> Am 18. Oktober 1984 bezeichnete Bundeskanzler Kohl Pakistan als „Freund und Partner in einer geopolitisch außerordentlich wichtigen Region“ und führte weiter aus: „Pakistan trägt, vom leidgeprüften afghanischen Volk selbst abgesehen, die Hauptlast des Afghanistankriegs. Es ist schwerstem sowjetischen Druck ausgesetzt.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 129, S. 6676.

<sup>10</sup> Am 11. März 1985 übernahm Michail Sergejewitsch Gorbatschow das Amt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU. Vgl. dazu Dok. 59.

<sup>11</sup> Ministerpräsidentin Gandhi wurde am 31. Oktober 1984 in Neu Delhi ermordet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 312.

<sup>12</sup> Die Trauerfeierlichkeiten für Ministerpräsidentin Gandhi fanden am 3. November 1984 statt.

Fragen, er hoffe jedoch zuversichtlich, der neue Führer Indiens werde von gewissen Zwängen der früheren Führerschaft frei sein. Auch heute habe er eine freundschaftliche Begegnung mit PM Gandhi<sup>13</sup> gehabt. Dieser habe zugesagt, er wolle sich persönlich einiger Probleme annehmen.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, daß es auch für uns in Europa einen wichtigen Fortschritt bedeute, wenn die Spannungen in anderen Teilen der Welt abgebaut würden. Er stellte die Frage, wie sich Pakistan zu dem indischen Vorwurf, Pakistan versuche Nuklearwaffen zu erhalten<sup>14</sup>, stelle.

Präsident *Zia* stellte fest, dieser Vorwurf werde nicht nur von den Indern erhoben. Er habe PM Gandhi gegenseitige Inspektionen angeboten oder eine Verzichtserklärung auf nukleare Waffen. Er sei auch zu einer Abmachung bereit, die Südostasien zur nuklearwaffenfreien Zone erkläre oder in der Indien und Pakistan auf Nuklearwaffen verzichteten. Auf diese Vorschläge habe er von indischer Seite noch keine Reaktion erhalten. Er verfolge sie jedoch weiter.

Auf die Frage von Präsident *Zia* nach der Entwicklung in Deutschland schilderte der *Bundeskanzler* die wirtschaftliche Lage. Insgesamt gesehen sei er recht zufrieden. Er ging dann über auf die Genfer Verhandlungen.<sup>15</sup> Das Problem sei bisher gewesen, daß die Sowjetunion nicht handlungsfähig gewesen sei. Dies habe sich nun geändert. Mit viel Geduld werde sich in Genf wohl Bewegung erzielen lassen.

Präsident *Zia* pflichtete dieser Meinung bei.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, für uns in Deutschland habe das Verhältnis zwischen den Supermächten besondere Bedeutung. Schlechte Beziehungen zwischen ihnen hätten für uns unmittelbare Folgen. Wenn wir nicht mehr so hohe Ausgaben für die Rüstung hätten, so hätte das für uns zu Hause und auch für das, was wir im Nord-Süd-Verhältnis tun könnten, Bedeutung.

Präsident *Zia* warf ein, auch er wünsche einen Erfolg. Er hoffe, Afghanistan und Pakistan würden darüber nicht vergessen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß unsere Position klar sei. Was in Afghanistan geschehe, sei Völkermord. Bundeskanzler fragte, ob es neue Entwicklungen in China gebe.

Präsident *Zia* bezeichnete sein Verhältnis zu China als ausgezeichnet. Es hätten sehr gute Gespräche stattgefunden. Er habe auch vertraulich über die Bewertung des Besuchs des Bundeskanzlers in der VR China<sup>16</sup> gehört. Er sei als für China wichtig bezeichnet worden. Deutschland könne ein wichtiger Partner in der Vermittlung technischen Wissens sein.

<sup>13</sup> Ministerpräsident Gandhi hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 13./14. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>14</sup> Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Islamabad, berichtete am 15. Januar 1985, Ministerpräsident Gandhi habe in einem Interview mit einer pakistanischen Zeitung zu den bilateralen Beziehungen Stellung genommen und dabei auch „auf indische Besorgnis wegen pak[istanischer] Waffenkäufe und – so wörtlich – pak. Vorbereitungen für Produktion einer Nuklearbombe“ hingewiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Referat 340, Bd. 136900.

<sup>15</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 7. bis 13. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

Zum Krieg Iran/Irak unterstrich Präsident Zia die starre Haltung des Iran. Khomeini sei Argumenten nicht zugänglich. Sieben Staatschefs hätten ihn gemeinsam gebeten, Frieden zu schließen.<sup>17</sup> Ohne Erfolg.

Abschließend lud Präsident Zia den Bundeskanzler zu einem längeren Besuch Pakistans ein. Der *Bundeskanzler* lud seinerseits Präsident Zia zu einem Besuch ein.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

## 62

### Ministerialdirektor Haas, z.Z. Montevideo, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 4**

**Aufgabe: 13. März 1985, 08.30 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 13. März 1985, 15.35 Uhr**

Betr.: Besuch BM Genscher in Uruguay<sup>2</sup>

Fortsetzung von DB 3<sup>3</sup>

III. BM begegnete Präsident Sanguinetti bei halbstündigem Gespräch und zweistündigem Arbeitsessen (Teilnehmer: AM, Wirtschaftsminister, Botschafter<sup>4</sup>, D3<sup>5</sup>). Hauptthemen waren: uruguayische Innen- und Wirtschaftspolitik, uruguayischer Wunsch nach breitgefächelter Zusammenarbeit mit uns, Verschuldungs- und amerikanische Hochzinsproblematik, Lage in Zentralamerika. BM sprach Einladungen an Präsident und AM zu Deutschlandbesuch aus.

<sup>17</sup> Über die Bemühungen des Friedensausschusses der Islamischen Konferenz, dem Bangladesch, Gambia, Guinea, Malaysia, Pakistan, Senegal und die Türkei sowie die PLO und der Generalsekretär der Islamischen Konferenz angehörten, berichtete Botschaftsrat Rau, Djidda, am 20. November 1984, daß seit der Wahl des gambischen Präsidenten Jawara zum Vorsitzenden des Ausschusses im Juli 1984 „konkrete Aktivitäten [...] nicht bekannt geworden“ seien: „Es ist auch nicht erkennbar, auf welcher materiellen Basis eine neue Vermittlungsaktion gestartet werden kann. Der bisherige Friedensplan der OIC (Kernpunkte: Truppenentflechtung und Einführung einer Waffenruhe, die durch eine islamische Friedenstruppe überwacht wird, Gründung eines Entwicklungsfonds zum Aufbau zerstörter Regionen) hat nicht weitergeführt, da er für Iran nicht akzeptabel ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 660; Referat 311, Bd. 137775.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 13. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 10. bis 13. März 1985 in Uruguay auf und reiste anschließend zu einem Besuch vom 13. bis 16. März 1985 nach Brasilien.

<sup>3</sup> Mit Drahtbericht Nr. 3 informierte Ministerialdirektor Haas, z. Z. Montevideo, unter Punkt I. über den allgemeinen Ablauf des Besuchs des Bundesministers Genscher in Uruguay und unter Punkt II. über die Gespräche mit dem uruguayischen Außenminister Iglesias, die sich auf folgende Themen konzentriert hätten: „1) Ost-West-Beziehungen und Abrüstung sowie Auswirkungen des Ost-West-Verhältnisses auf Lateinamerika; 2) Weltwirtschaft, Verschuldungsproblematik und Beziehungen Lateinamerika – EG; 3) Grundsatzfragen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178898.

<sup>4</sup> Johannes Marré.

<sup>5</sup> Wilhelm Haas.

Präsident würdigte eingangs gute bilaterale Beziehungen. In zeitgerechtem Besuch des BM sehe er Zeichen deutschen Verständnisses für Uruguays Probleme, dem auch wegen deutschen Gewichts innerhalb EG große Bedeutung zukomme. Präsident skizzierte die durch EG-Protektionismus und US-Hochzinspolitik mitverursachte Wirtschaftskrise seines Landes. Er wolle eine liberale, die wiedergewonnene Demokratie<sup>6</sup> festlegende Wirtschaftspolitik verfolgen. Im Wahlkampf habe er keine Wunder versprochen. Hauptaufgabe sei jetzt, die Wirtschaft ohne neue Inflationsschübe wiederzubeleben. Hierfür, und um Verschuldungsproblem in Griff zu bekommen, müßten in erster Linie die Ausfuhren gesteigert werden. Präsident bezog sich auf die von AM schon dargelegten Vorschläge und Wünsche zu einer umfassenden und modellhaften Zusammenarbeit mit uns.<sup>7</sup>

BM antwortete, wir seien uns der Probleme Uruguays bewußt. Wir wüßten aus eigener Erfahrung, daß demokratische Entwicklung gesunde wirtschaftliche und soziale Basis voraussetze. Bestes Mittel für Anziehung ausländischen Kapitals sei und bleibe realistische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Zu EG-Problematik wies BM auf Entscheidung zu Abbau der Agrarüberschüsse<sup>8</sup> hin, der Uruguay und anderen lateinamerikanischen Staaten zugute kommen werde. Verschuldungsfrage werde auf WWG in Bonn<sup>9</sup>, wie schon in London<sup>10</sup>, wichtiges Thema sein. Er sei sich mit AM einig gewesen über Fall-zu-Fall-Lösungen, politischen Dialog in vorhandenen Gremien, Berücksichtigung politischer und sozialer Leistungsgrenzen der Schuldnerländer und schädliche Wirkung des US-Zinsniveaus. Bevorstehender Besuch PStS Grüner<sup>11</sup> gebe Gelegenheit, angeschnittene Fragen weiterzuverfolgen. Er werde auch DEG und KfW über uruguayische Vorschläge unterrichten und bitte, diese noch schriftlich zu präzisieren (insbesondere Pläne betr. Montevideo als Dienstleistungszentrum). Auch mit Blick auf angeregte Besuche des Präsidenten und/oder des AM in Bonn<sup>12</sup> sollten wir in intensivem Gespräch bleiben.

<sup>6</sup> In Uruguay fanden am 25. November 1984 erstmals seit 1971 wieder Wahlen zum Parlament und Präsidentschaftswahlen statt. Der neu gewählte Präsident Sanguinetti wurde am 1. März 1985 in sein Amt eingeführt.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Haas notierte folgende „konkrete Petita von AM Iglesias“ im Delegationsgespräch am 11. März 1985 in Montevideo: „Uruguay bitte die Bundesregierung um Unterstützung 1) bei IWF und Weltbank unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Uruguay erst gerade zur Demokratie zurückgefunden habe [...]; 2) bei EG im Sinne der Markttöffnung für uruguayische Exporte und im Hinblick auf EG-Konkurrenz mit Uruguay auf Drittmärkten [...]; 3) bei uruguayischen Bemühungen um Import frischen Kapitals“ und bei der Gründung einer Entwicklungsgesellschaft zur Förderung von Privatindustrien; „4) bei Anwendung neuer Technologien. Insbesondere gehe es um Modernisierung der exportintensiven Textil- und Leder-Industrie, die in Qualität und Design wettbewerbsfähiger werden müsse; 5) bei uruguayischen Plänen, Montevideo zu einem lateinamerikanischen Dienstleistungszentrum zu machen, wozu sich Uruguay wegen geographischer Lage, Überschaubarkeit des Landes und hohen Bildungsstandards der Bevölkerung besonders eigne“. Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 010, Bd. 178898.

<sup>8</sup> Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister beschloß am 31. März 1984 u. a. Anpassungen bei der Preispolitik für Agrarprodukte, die Erweiterung des Systems der Garantieschwellen auf eine Reihe weiterer Erzeugnisse und die Einführung von Milchquoten mit Erhebung einer Abgabe bei Überschreitungen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1984, S. 11–16.

<sup>9</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>10</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 170 und Dok. 171.

<sup>11</sup> Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Grüner, hielt sich vom 8. bis 10. April 1985 in Uruguay auf.

<sup>12</sup> Der uruguayische Außenminister Iglesias besuchte vom 22. bis 26. Juli 1985 die Bundesrepublik.

Präsident wies auf außenpolitischen Konsens aller uruguayischen Parteien hin. Innenpolitisch sei das Klima gut, wenngleich eine große Koalition nicht zustande gekommen sei. Das Erbe der elf Jahre Militärherrschaft wolle man – mit Blick nach vorn und nicht zurück – rechtsstaatlich und mit Versöhnungswillen bewältigen. Faßte man die Militärs zu hart an, würde man mittelfristig neue Gefahren heraufbeschwören. In Uruguay hätten Menschenrechtsverletzungen niemals argentinische Dimensionen gehabt.

BM sprach unsere Sorgen über Lage in Zentralamerika und Gefahr einer Übertragung des Ost-West-Konflikts auf diese Region an. Präsident teilte diese Sorgen. In ZA bestünden seit langem alle Voraussetzungen für eine Explosion. Überraschend sei nur, daß sie bisher ausgeblieben sei. Ursachen für Gefahr lägen vor allem in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, aber auch in der US-Politik, die zu wenig Verständnis für die Spannungsursachen zeige. Über eine Politik des Drucks auf Nicaragua und einen „Cordon sanitaire“, um die Sandinisten im Zaum zu halten, lasse sich noch sprechen, ein militärisches Eingreifen der US in Nicaragua würde aber eine weit über dieses Land hinausreichende verheerende Wirkung haben. Entscheidend sei jetzt, den Frieden in der Region zu erhalten und die stabilisierenden Kräfte zu unterstützen. Eine Schlüsselrolle komme dabei El Salvador zu (Duartes Versöhnungspolitik dürfe nicht scheitern), denn von Panama, Guatemala, Costa Rica und dem „amerikanischen Vorposten“ Honduras sei nichts zu befürchten. Die verzweifelte Wirtschaftslage Nicaraguas eröffne heute vielleicht Einwirkungsmöglichkeiten auf die Sandinisten. AM ergänzte, es komme letztlich auf die – zweifelhafte – Kompromißbereitschaft der US an. Fehle sie, sehe er keine Lösung, sondern die reale Gefahr, daß Sandinisten auch wirtschaftlich vollständig in sowjetische und kubanische Hände gerieten.

BM bemerkte, er werde (wie Präsident Sanguinetti) in Brasilia mit Ortega zusammentreffen.<sup>13</sup> Er hoffe, Ortega werde aus der wirtschaftlichen Zwangslage seines Landes nicht die falschen Konsequenzen ziehen.

IV. In dem kurzen Gespräch mit Wirtschaftsminister Zerbino griff BM vor allem einige Fragen auf, die ihm von Vertretern der deutsch-uruguayischen Handelskammer dargelegt worden waren<sup>14</sup>.

- Hohe Vermögenssteuer (4,5 Prozent) sei Hindernis für Investitionen. Z. teilte mit, es gebe Pläne zur Verminderung auf etwa die Hälfte. Auch Einkommenssteuer natürlicher Personen solle gesenkt werden.
- Telekommunikation sei ein großes Problem und besonders von Bedeutung, wenn Dienstleistungsbereich entwickelt werden solle.
- Vergabe des Auftrages zur Ergänzung Fernsprechnetzes an Ericsson. Hierzu bemerkte Z., darüber seien schon viele Klagen vorgebracht worden. Regierung könne leider nichts tun, da Vertrag völkerrechtlich gültig noch von voriger Regierung abgeschlossen sei. Man hätte eine andere Regelung lieber gesehen.

<sup>13</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ortega am 15. März 1985 vgl. Dok. 64.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „dargelegt waren“.

- BM wies auf drei Mio. TZ in 85 und 9,3 Mio. FZ aus 78 hin, wozu möglichst bald mit KfW in Verbindung getreten werden sollte. Z. erwiderte, für TZ gebe es einige konkrete Vorschläge, Frage der FZ werde man prüfen.

Auch hier wurde Zugang zu EG-Markt und EG-Überschußproduktion erörtert. BM wies auf EG-interne Probleme und Aufnahmefähigkeit des Marktes hin, Z. unterstrich Bemühungen Uruguays, gute Voraussetzungen für Export zu schaffen.

V. An von AM Iglesias gegebenem Abendessen nahmen Wirtschaftsminister, Industrieminister<sup>15</sup>, Kultur- und Justizministerin<sup>16</sup>, Parteiführer, Parlamentarier und andere hervorragende Persönlichkeiten hiesigen öffentlichen Lebens teil. Essen verlief in freundschaftlicher und gelöster Atmosphäre. AM Iglesias unterstrich in seiner Tischrede erneut Bedeutung, die Besuch von BM für Uruguay habe, und gab seiner Freude über gutes Einvernehmen Ausdruck. Tischrede von BM<sup>17</sup> fand große Aufmerksamkeit und wurde als wichtige Aussage zu deutscher LA-Politik und zu Interesse an Uruguay im besonderen gewertet.

VI. Auf Pressekonferenz würdigte BM Rückkehr Uruguays zur Demokratie. Er stellte Europa und EG als Partner, nicht Lehrmeister von LA dar. Verschuldung werde vorrangiges Thema auf WWG sein. BM teilte Absicht der Verbesserung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit. Abschließend hob er hervor, daß ihn die klare politische Sicht seiner Gesprächspartner sowie ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und ihr Konzept sehr beeindruckt hätten, die den unseren sehr nahe seien. Das werde die weitere Zusammenarbeit erleichtern.

[gez.] Haas

**Referat 010, Bd. 178898**

<sup>15</sup> Carlos José Pirán.

<sup>16</sup> Adela Reta.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 11. März 1985 in Montevideo vgl. BULLETIN 1985, S. 233 f.



## 63

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach,  
Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**  
**Fernschreiben Nr. 804**  
**Citissime**

**Aufgabe: 14. März 1985, 16.11 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 14. März 1985, 15.12 Uhr**

Betr.: Gespräche des BK am Rande der Trauerfeierlichkeiten in Moskau<sup>2</sup>  
hier: Gespräch mit dem kanadischen PM Mulroney am 14.3.85

Zur Unterrichtung

**I. Zusammenfassung**

Der BK empfing am Rande der Trauerfeierlichkeiten in Moskau am 14.3.85<sup>3</sup> den kanadischen PM zu einem etwa einstündigen Gespräch in unserer Botschaft.

Dieses erste Zusammentreffen der beiden Gesprächspartner verlief in freundschaftlicher und ausgezeichneten Atmosphäre. Der BK begrüßte Gelegenheit, den kanadischen PM kennenzulernen.<sup>4</sup> Er gab der Hoffnung Ausdruck, Herrn Mulroney, der im Mai d. J. zum Wirtschaftsgipfel nach Bonn<sup>5</sup> kommen wird, alsbald auch zu einem Besuch in der BR Deutschland empfangen zu können. Er äußerte die Erwartung auf gute Zusammenarbeit und Fortentwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern, wozu auch die Beziehungen zwischen den beiden Parteien dienlich sein würden.

Gesprächsthemen waren insbesondere:

- Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn,
- deutsch-kanadische Beziehungen,
- Bündnis- und Verteidigungsfragen,
- West-Ost-Beziehungen, Genfer Verhandlungen, SDI,
- Bericht des BK über seine Gespräche mit GS Gorbatschow<sup>6</sup> und dem Staatsratsvorsitzenden Honecker<sup>7</sup>.

**II. Im einzelnen**

1) Der kanadische PM unterstrich gleich zu Beginn des Gesprächs, daß Kanada neben den guten Beziehungen zu den USA auf die Pflege des Verhältnisses zu den europäischen Verbündeten großen Wert lege. Er erwähnte in diesem Zu-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 15. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Rom „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] S. 4.“ Vgl. Anm. 23.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „14.3.84“.

<sup>4</sup> Brian Mulroney übernahm das Amt des Ministerpräsidenten am 17. September 1984.

<sup>5</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 12. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 75.

sammenhang die kürzliche demonstrative Erhöhung des kanadischen Truppenkontingents in der BR Deutschland um 1200 Mann.<sup>8</sup> Kanada habe damit ein Zeichen der Verbundenheit zum Bündnis<sup>9</sup> setzen und gleichzeitig eine Teilmodernisierung der eigenen Streitkräfte einleiten wollen. Dies sei eines von den beiden Signalen, das die neue kanadische Regierung in letzter Zeit gegeben habe. Bei dem zweiten Signal habe es sich darum gehandelt, den USA vor Beginn der Genfer Verhandlungen<sup>10</sup> für die Forschungsphase von SDI Unterstützung zu geben<sup>11</sup>, um auf diese Weise ihre Verhandlungsposition zu stärken.

Der BK führte aus, daß er die Geste, die kanadischen Streitkräfte in der BR Deutschland im Rahmen des NATO-Truppenstatuts<sup>12</sup> zu erhöhen, in der besonderen psychologischen Lage, in der sich unser Land befinde (Stationierungsdebatte, sowjetische Revanchismuskampagne<sup>13</sup> und dgl.), für besonders hilfreich halte und dankbar vermerke. Für die Bevölkerung der Bundesrepublik sei es gut zu hören, daß ein von der Nahtstelle zwischen West und Ost weit entferntes Bündnismitglied für die gemeinsame Verteidigung Sorge trage.

2) Auf Frage schilderte der BK seine Eindrücke von seinem heutigen Gespräch mit Gorbatschow, den der kanadische PM im Anschluß an die Unterredung mit dem BK sehen wird.<sup>14</sup> Mit Gorbatschow sei ein deutlicher Wachwechsel eingetreten.<sup>15</sup> Neben Gorbatschow, einem Mann in seinen besten Jahren, wirke Gromyko sehr alt. Gorbatschow habe keinen Mangel an Selbstbewußtsein gezeigt, er strahle natürliche Autorität aus und reagiere schnell und ausgesprochen differenziert und intellektuell. Er könne Sympathie erwecken, wie Frau Thatcher bereits erfahren habe<sup>16</sup>, und mache gleichzeitig einen energischen und tatkräftigen Eindruck. In welche Richtung er tendieren werde, könne nach dieser kurzen Zeit noch nicht gesagt werden. Noch vertrete er im wesentlichen die her-

<sup>8</sup> Der kanadische Verteidigungsminister Nielsen kündigte im März 1985 an, das in der Bundesrepublik stationierte kanadische Truppenkontingent von 5500 Mann um 1200 Mann zu erhöhen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 201 vom 21. Mai 1985; Referat 205, Bd. 135292.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „Verbündnis“.

<sup>10</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>11</sup> Am 11. Februar 1985 berichtete Botschafter Behrends, Ottawa, der kanadische Außenminister Clark habe am 21. Januar 1985 im Parlament die „kanadische Haltung zu SDI, über die innerhalb der hiesigen Regierung längere Zeit Meinungsverschiedenheiten bestanden hatten“, klargestellt: „Dabei handelte es sich, entgegen der Darstellung in einigen Zeitungen, nicht um eine vorbehaltlose Unterstützung der amerikanischen SDI-Pläne.“ Vielmehr habe Clark wörtlich ausgeführt, „that there is no plan, current, pending, or anticipated, that would have the Government of Canada involved in any way with the Strategic Defensive Initiative“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 80; Referat 220, Bd. 128648.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (Truppenstatut) sowie des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum Truppenstatut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1312.

<sup>13</sup> Zu den Vorwürfen gegen die Bundesrepublik in sowjetischen Medien vgl. Dok. 11, Anm. 3.

<sup>14</sup> Botschafter Kastl, Moskau, gab am 14. März 1985 Informationen aus der kanadischen Botschaft „unter Vorbehalt“ über das 45minütige Gespräch des Ministerpräsidenten Mulroney mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom selben Tag weiter: „sehr gute Atmosphäre. Themen: West-Ost, Rüstungskontrolle, bilaterale Beziehungen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 808, Referat 213, Bd. 139327.

<sup>15</sup> Zur Amtsübernahme des neuen Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. März 1985 vgl. Dok. 59.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Ausführungen der Premierministerin Thatcher gegenüber Bundeskanzler Kohl am 18. Januar 1985 über ihr Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 16. Dezember 1984 in Chequers; Dok. 13.

kömmlichen sowjetischen Positionen: Er komme im Gespräch sogleich zu SDI, äußere Zweifel an der Verhandlungsbereitschaft der USA und beklage sich über unser Einverständnis zur Stationierung. Gorbatschow werde aller Voraussicht nach ausprobieren, was er im Westen erreichen könne. Er werde es aber auch respektieren, wenn ihm entschlossener Widerstand entgegengesetzt werde. Der BK begrüßte die von Präsident Reagan an den GS ausgesprochene Einladung zu einem Zusammentreffen.<sup>17</sup> Es sei wichtig, falls dieses Treffen zustande komme, daß daraus keine Show, sondern ein substantielles Gespräch gemacht werde. Der BK führte weiter aus, auch der GS habe inzwischen mit einer begrenzten öffentlichen Meinung in seinem eigenen Lande zu rechnen. Auch er müsse eine Grundausrüstung an Zustimmung in der SU haben. Auch die übrigen Führer des WP hätten ihre eigene, wenn auch nicht die letzte Autorität. Sie träten alle dafür ein, daß in den West-Ost-Beziehungen und insbesondere in den Rüstungskontrollverhandlungen Fortschritte erzielt würden.

3) Der BK und der kanadische PM erörterten Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn (Mai 1985). Der kanadische PM unterrichtete den BK davon, daß er am kommenden Wochenende mit Präsident Reagan zusammentreffen werde<sup>18</sup> und gestern mit Staatspräsident Mitterrand ein Gespräch geführt habe. Mitterrand sehe Probleme im Zusammenhang mit der Tagesordnung für den Weltwirtschaftsgipfel voraus.

Der BK bestätigte, daß es Probleme geben werde. Das lehre auch die Erfahrung aus Williamsburg.<sup>19</sup> Die USA verhielten sich in ihren Beziehungen zu anderen Staaten psychologisch nicht immer optimal. Er habe Präsident Reagan und AM Shultz wiederholt gesagt, daß sie auf Frankreich psychologisch besondere Rücksicht nehmen müßten. Es sei kein Zufall, daß der neue GS wohl als erstes westliches Land Frankreich besuchen werde.<sup>20</sup> Staatspräsident Mitterrand habe in den französischen Kommunalwahlen ein schlechtes Ergebnis hinter sich.<sup>21</sup> Schwierigkeiten der französischen Sozialisten bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Mai n.J.<sup>22</sup> zeichneten sich ab. All dies schreibe Mitterrand in seiner Politik eine bestimmte Richtung vor. Der französische Staatspräsident habe in seiner Wirtschaftspolitik einen Kurs eingeschlagen, der nicht immer von

<sup>17</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 14. März 1985, die amerikanische Presse melde „seit zwei Tagen unter Berufung auf Eingeweihte in der Administration, Reagan habe mit dem von Bush gestern (13.3.) an Gorbatschow überreichten Schreiben diesen zu einem Gipfel in USA eingeladen“. Dem amerikanischen Außenministerium zufolge sei „dies nicht ganz korrekt insofern, als das Schreiben keine förmliche Einladung ausspricht, sondern Gipfeltreffen als durchaus möglich und Reagan als durchaus bereit dazu darstellt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1324; Referat 204, Bd. 135306.

Für den Wortlaut des Schreibens des Präsidenten Reagan vom 11. März 1985 vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 10f.

<sup>18</sup> Präsident Reagan hielt sich am 17./18. März 1985 in Kanada auf.

<sup>19</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161, und AAPD 1983, II, Dok. 167.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 2. bis 5. Oktober 1985.

<sup>21</sup> In Frankreich wurden am 10. und 17. März 1985 Vertreter für die Departementsversammlungen gewählt. Gesandter Rouget, Paris, berichtete am 20. März 1985 von „massiven Geländegewinnen“ der Opposition: „Der Sitzanteil der Regierungsparteien PS und MRG sinkt von einem Drittel auf weniger als ein Viertel (481 gegenüber bisher 669 Sitzen), jener der PS allein von 30 auf 20 Prozent (424 gegenüber bisher 579)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; Referat 203, Bd. 140604.

<sup>22</sup> Die Wahlen zur französischen Nationalversammlung fanden am 16. März 1986 statt.

den mehr planwirtschaftlich denkenden Franzosen verstanden werde. Der BK vertrat die Auffassung, daß ein Wirtschaftskurs des Protektionismus in Europa unbedingt verhindert werden müsse, weil er uns wirtschaftspolitisch ins Abseits stellen würde.

Aber auch in den Vereinigten Staaten gebe es mannigfache gefährliche Tendenzen in Richtung Protektionismus. Der Bundeskanzler schilderte sein gutes und freundschaftliches Verhältnis zu Staatspräsident Mitterrand. Es sei nach langer Zeit wieder das erste Mal, daß ein deutscher BK gute Beziehungen sowohl zum amerikanischen Präsidenten wie auch zum französischen Staatspräsidenten habe. Staatspräsident Mitterrand habe keinerlei Illusionen im Hinblick auf die Politik der SU. Er sei von einer kartesischen Klarheit in dieser Frage, was für uns bei der Stationierungsdebatte besonders hilfreich <sup>23</sup>gewesen sei. Der französische Staatspräsident habe außerdem ein ausgeprägtes Gefühl für historische Entwicklungen. Der BK riet PM Mulroney, in seinen Beziehungen mit dem Staatspräsidenten die reichhaltigen geschichtlichen Beziehungen zwischen Kanada und Frankreich ins Spiel zu bringen (Québec). Zum Weltwirtschaftsgipfel führte der BK weiter aus, man könne es nicht machen wie in Williamsburg, wo man die Gipfelteilnehmer und auch den französischen Staatspräsidenten mit einem bereits vorbereiteten Text<sup>24</sup> konfrontiert habe. Dieses Vorgehen habe damals beinahe zum Scheitern geführt.

4) Der BK unterstrich gegenüber dem kanadischen PM, daß der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn wegen der zeitlichen Nähe zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in einer besonderen Atmosphäre stattfinden werde. Die Gipfelteilnehmer, die im Hinblick auf den Ausgang des Zweiten Weltkrieges in besonderer Weise zusammengesetzt seien, müßten sich in einer Erklärung zu diesem Ereignis äußern. Der BK überreichte dem kanadischen Premier einen ersten Entwurf für eine entsprechende Erklärung<sup>25</sup> und bat darum, ihm die Rückäußerung auf kurzem Wege zukommen zu lassen.

<sup>23</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom 29. Mai 1983 zu Abrüstung und Rüstungskontrolle vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 333 f.  
Zur Diskussion über diese Erklärung auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 162.

<sup>25</sup> Ministerialdirektor Pfeffer legte Staatssekretär Meyer-Landrut und Bundesminister Genscher am 8. Februar 1985 einen ersten Entwurf für eine Politische Erklärung der Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels zum 40. Jahrestag des Kriegsendes vor. Es handele sich „um eine persönliche Arbeit, die im Hause nicht abgestimmt oder mitgezeichnet worden“ sei, nachdem sich Bundeskanzler Kohl „diese Sache selbst vorbehalten“ habe und erwäge, „den Entwurf durch persönliche Redenschreiber entwerfen zu lassen“, um ihn zuerst mit Staatspräsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher zu besprechen. Er, Pfeffer, habe Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „davon überzeugt, daß ein Entwurf des Auswärtigen Amtes über den Bundesminister vorgelegt werden sollte“. Vgl. Referat 204, Bd. 135318.

Am 20. Februar 1985 leitete Pfeffer den „nach den schriftlichen Anweisungen des Staatssekretärs und des Bundesministers“ überarbeiteten Entwurf an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz mit der Bitte um Übermittlung an Teltschik. Vgl. Referat 204, Bd. 135318.

Ministerialdirigent Schauer informierte am 12. März 1985, daß Teltschik in Absprache mit Pfeffer einen Text an die Beauftragten der übrigen Teilnehmerstaaten zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels („Sherpas“) geben wolle. Außerdem hielt er die Mitteilung von Teltschik fest, „daß sich sein Text nur auf das Thema ‚Kriegsende 1945‘ und nicht auf andere politische Themen“ beziehe. Vgl. die Aufzeichnungen; Referat 204, Bd. 135318.

Der kanadische PM sagte dies zu. Der BK führte weiter aus, daß die Erklärung der Gipfelteilnehmer auf die Zukunft gerichtet sein und auch die bisherigen Erregenschaften der engen Zusammenarbeit im Bündnis in Rechnung stellen müsse. Der kanadische Premier versicherte abschließend, daß die neue kanadische Regierung ebenfalls dieser Auffassung sei und daß ihr Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland vom Geiste der engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit geprägt sei.

(Von MD Teltschik noch nicht genehmigt.)

[gez.] Roßbach

Referat 204, Bd. 135318

## 64

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ortega in Brasilia

15. März 1985<sup>1</sup>

An einstündigem Gespräch<sup>2</sup> nahmen teil: AM d'Escoto Brockmann, D<sup>3</sup>, VLR I Jansen.

*Ortega* forderte BM zu Besuch Nicaraguas auf.

*BM* antwortete, er werde bei nächster ZA-Reise daran denken, und verwies auf Nicaragua-Besuche der StM Möllemann<sup>4</sup> und Mertes<sup>5</sup>. Er fragte Ortega nach

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Haas am 18. März 1985 gefertigt.

Hat Ministerialdirigent Kullak-Ublick am 18. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich für Haas vermerkte: „Ein Elaborat ‚beachtlichen Inhalts‘! 1) Die Äußerungen von BK stammen von der Wehrkundetagung in München. Insoweit hat Ortega recht. Ebenso trifft es zu, daß SPD massiv dagegen remonstriert hat. 2) Besuch BM in ZA soll NIC einschließen. Dem ist zuzustimmen. 3) Unangenehm sind die Alleingänge von MdB Schäfer, auf den nun ständig Bezug genommen wird. Er ist gemeint, wenn man von Uneinigkeit im Lager der CDU – FDP über ZA-Politik spricht (so übrigens auch Vize-AM von Kuba).“ Kullak-Ublick unterbreitete außerdem Vorschläge zur Verteilung bzw. Weiterleitung der Gesprächsaufzeichnung. Vgl. Referat 331, Bd. 136364.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Runderlaß von Haas vom 19. März 1985 an eine Reihe von Auslandsvertretungen übermittelt. Vgl. Referat 331, Bd. 136364.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher und Präsident Ortega hielten sich anlässlich der geplanten Amtseinführung des Präsidenten de Almeyda Neves in Brasilien auf. Vgl. dazu Dok. 69, Anm. 2.

<sup>3</sup> Wilhelm Haas.

<sup>4</sup> Im Rahmen einer Reise durch Mittelamerika vom 19. bis 31. Januar 1985 besuchte Staatsminister Möllemann vom 22. bis 25. Januar Nicaragua. Vgl. dazu Dok. 33.

<sup>5</sup> Im Vorfeld eines Aufenthalts in den USA vom 19. bis 22. März 1985 besuchte Staatsminister Mertes vom 10. bis 18. März 1985 Costa Rica, Nicaragua, El Salvador und Mexiko. Vom 12. bis 14. März 1985 hielt er sich in Managua auf. Botschafter Heubaum, Managua, berichtete am 14. März 1985, Mertes habe gegenüber dem stellvertretenden nicaraguanischen Außenminister Tinoco am Vortag ausgeführt: „NIC solle durch praktische politische Schritte Beweis liefern, daß es nicht Instrument der SU in der Region sei und sich für Menschenrechte, Demokratisierung und über Dialog für nationale Aussöhnung in NIC einsetze. Dann bestünde Chance, daß Contadora wiederbelebt und EG-Ini-

seiner Einschätzung der Konferenz von San José<sup>6</sup>, die auf deutsche Initiative zurückgehe.

*Ortega* sagte, diese Initiative sei von großer Bedeutung und sicher beste Form, in der EG Beitrag zum Frieden in Mittelamerika leisten könne. Er hoffe, daß sie dazu beitrage, allen Mittelamerikanern politische Lösung durch Dialog zu ermöglichen. Bisher hätten honduranische und salvadorianische Regierung eher unnachgiebige Haltung gezeigt. Costa Rica sei zum Dialog und zur gegenseitigen Information bereit.

Zusätzlich zu Bemühungen der EG müßten auch die mittelamerikanischen Staaten gemeinsam vorgehen. Daher schlage er vor, daß die mittelamerikanischen Staats- und Regierungschefs, die sich lange Zeit nicht mehr getroffen hätten, zusammenkämen, um Zusammenarbeit und auch politische Themen zu besprechen. BM habe ja selbst an AM-Treffen in San José teilgenommen, dessen Erfolg man nun auf Regierungschef-Ebene übertragen solle.

*BM* sagte, er wolle mit seinen EG-Kollegen darüber sprechen. In Brasilia habe er bei Unterredungen mit verschiedenen ZA-Außenministern vorgeschlagen, im vierten Quartal 1985 in Europa eine zweite Konferenz des Typs San José auf Außenministerebene abzuhalten.<sup>7</sup>

Er sprach dann Ortega auf sein Gespräch mit VP Bush im Parlamentsgebäude<sup>8</sup> an.

*Ortega* entgegnete, er habe auf seinen Wunsch nach Unterredung mit Bush keine Antwort bekommen. Er sei an Gespräch sehr interessiert, weil beide Länder versuchen müßten, die zwischen ihnen bestehenden Probleme zu lösen.

*BM* gab Ortega offene Bewertung der Entwicklung in Mittelamerika und Beziehungen zwischen Nicaragua und BR Deutschland:

Ortega wisse, daß man bei uns sandinistische Revolution anfangs mit Sympathie verfolgt habe, und zwar in allen politischen Lagern. Später habe Enttäuschung Platz gegriffen, und das gelte auch für ihn, den Bundesminister. Man habe mehr Pluralität in Nicaragua erwartet. Nach so entscheidendem Einschnitt wie Beendigung einer Diktatur sei Politik der inneren Aussöhnung nötig. Dies würde auch der Reputation sandinistischer Regierung in Weltöffentlichkeit dienen. Ankündigung Abzugs kubanischer Militärberater<sup>9</sup> sei Schritt in richtige

*Fortsetzung Fußnote von Seite 357*

tiative (San José-Konferenz) für Zusammenarbeit mit ZA-Ländern gestärkt wurde.“ Auch im Gespräch mit Vizepräsident Ramírez am selben Tag habe Mertes „auf Bedeutung nationalen Dialogs unter Einschuß [der] Contra für Friedensprozeß“ hingewiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 86; Unterabteilung 33, Bd. 136333.

<sup>6</sup> Am 28./29. September 1984 fand in San José eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens mit den Außenministern der mittelamerikanischen Staaten sowie der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

<sup>7</sup> Am 14. März 1985 gab Bundesminister Genscher in Brasilia ein Mittagessen für die Außenminister der mittelamerikanischen sowie der Contadora-Staaten, an dem auch OAS-Generalsekretär Baena Soares teilnahm, und führte dabei aus, daß er „sich mit Nachdruck für ein erneutes Ministertreffen (San José II) noch in diesem Jahr“ in Europa einsetze. Vgl. den Drahtbericht Nr. 227 des Ministerialdirektors Haas, z. Z. Brasilia, vom 14. März 1985; Referat 330, Bd. 136330.

<sup>8</sup> Zum Zusammentreffen des Präsidenten Ortega mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Brasilia vgl. Dok. 71.

<sup>9</sup> Botschafter Heubaum, Managua, informierte am 28. Februar 1985 über die Regierungserklärung des Präsidenten Ortega vom Vortag, in der Ortega Initiativen zur Neubelebung der Verhandlungen

Richtung, reiche aber nicht aus. Nicaragua müsse Beziehungen zu seinen Nachbarn verbessern. Bundesregierung habe Interesse daran, daß in ZA und in ganz Lateinamerika demokratische Strukturen bestünden, damit die Kräfte der Völker für Aufbau, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit und nicht für Rüstung und Gegenrüstung verbraucht würden. Durch Dialog EG/ZA solle ein Beitrag zur Unabhängigkeit von ZA geleistet werden. Die meisten EG-Mitgliedstaaten hätten koloniale Geschichte gehabt. Heute sei Politik dieser Gemeinschaft genaues Gegenteil von kolonialen Bestrebungen: Gemeinschaft biete partnerschaftliche Zusammenarbeit an und befürworte Blockfreiheit für Länder der Dritten Welt. Wichtig sei, daß es Pluralismus in den Staaten und zwischen den einzelnen Staaten gebe. Bundesregierung sei gegen Politik der Einmischung oder Intervention und gegen Unterstützung von Kräften von außen, so z. B. der Contras im Falle von Nicaragua und der Guerilla in El Salvador.

Ortega entgegnete, auch er wolle offen sein und müsse feststellen, daß er von Bundesregierung enttäuscht sei. Während Schmidt-Regierung seien Beziehungen zwischen beiden Ländern normaler gewesen. Es sei sogar Reise in BR Deutschland geplant gewesen, die er aber wegen Regierungswechsels nicht habe antreten können.<sup>10</sup> Jetzt habe er Eindruck, wir seien mehr an Demokratie Stroessners interessiert<sup>11</sup> als an demokratischen Kräften Nicaraguas. Präsident Reagan habe kürzlich öffentlich erklärt, nicaraguanisches Regime müsse beseitigt werden<sup>12</sup>, und BK Kohl habe als einziger Regierungschef der Welt sofort seine Unterstützung für diese amerikanische Politik öffentlich bekundet.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 358*

mit den Contadora-Staaten angekündigt habe: „Als ersten Schritt im Contadora-Rahmen verzichtet Nicaragua auf Zusammenarbeit mit 100 kubanischen Militärberatern. Die ersten 50 Berater sollen im Laufe Mai 1985 nach Kuba zurückkehren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 64; Referat 331, Bd. 136372.

- 10 Am 27. August 1982 wurde in der Presse gemeldet, daß der Koordinator der nicaraguanischen Regierungsjunta, Ortega, im September 1982 zu Gesprächen mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher in die Bundesrepublik kommen werde. Vgl. dazu „Kleine Meldungen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. August 1982, S. 4.

- 11 Auf einer Pressekonferenz am 16. Januar 1985 bestätigte Staatssekretär Boenisch, Presse- und Informationsamt, Meldungen, daß Präsident Stroessner im Juli 1985 „auf Einladung des Bundeskanzlers“ die Bundesrepublik besuchen werde. Vgl. das Fernschreiben Nr. 347 des Presse- und Informationsamts vom 17. Januar 1985; Referat 330, Bd. 143801.

In der Presse wurde am 6. März 1985 berichtet, daß Bundeskanzler Kohl am Vortag die öffentliche Kritik an der Einladung zurückgewiesen habe: „Kohl verurteilte im Kabinett die ‚doppelte Moral‘, die darin bestehe, kleine Länder mit undemokratischen Regimen besonders scharfer Kritik zu unterziehen, während größere Länder mit totalitären Führungen nicht so heftig oder gar nicht attackiert würden“. Vgl. den Artikel „Kohl verteidigt Einladung von Paraguays Staatschef Stroessner“; DER TAGESSPIEGEL vom 6. März 1985, S. 6.

Am 6. Juni 1985 teilte Botschafter Gracher, Asunción, mit, daß von paraguayischer Seite eine Verschiebung des Besuchs vorgeschlagen werde, da für den von Stroessner angestrebten Kooperationsvertrag keine Vorbereitungen getroffen worden seien. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 78; Referat 330, Bd. 143801.

- 12 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 22. Februar 1985, daß Präsident Reagan am Vortag auf einer Pressekonferenz in Washington „bohrenden Frage der Journalisten, ob er den Sturz der Sandinisten plane, zunächst auszuweichen“ versucht habe: „Schließlich antwortete er sowohl mit Ja als auch mit Nein: ‚Ja‘ im Sinne der jetzigen kommunistischen totalitären Struktur; ‚Nein‘, wenn die jetzige Regierung umkehren, den Contras die Rückkehr in die revolutionäre Regierung erlauben und den demokratischen Zielen der Revolution wieder Geltung verschaffen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 938; Referat 331, Bd. 136372.

Für den Wortlaut der Äußerungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 200.

AM Shultz habe ihm bei Unterredung in Montevideo<sup>13</sup> das gleiche gesagt wie BM. Er habe Shultz auf Vorwurf, in Nicaragua gebe es keine Demokratie, geantwortet, bei Wahlen in Uruguay habe man Oppositionsführer Ferreira inhaftiert.<sup>14</sup> In Nicaragua habe freiwillig Arturo Cruz dagegen nicht an Wahlen teilgenommen.<sup>15</sup> Die nicaraguanische Opposition habe faire Wahlkampfbedingungen bekommen.

Andere europäische Länder äußerten auch Kritik an Nicaragua, lehnten aber nordamerikanische Haltung ab. BR Deutschland sei einziges Land, das USA gegenüber Nicaragua unterstütze.

BR Deutschland betreibe Aufrüstung mit Stationierung der Pershing, was Spannungen in der Welt noch verschärfe. Sie sei aber nicht so bedroht wie Nicaragua. Nicaragua habe daher noch mehr als die BR Deutschland das Recht, Waffen zu haben. Nicaragua gehöre keinem Militärblock an und müsse mit eigenen Kräften versuchen, sich zu verteidigen. Dazu brauche es auch Militärberater und Zusammenarbeit mit anderen. USA wollten keinen Dialog mit Nicaragua.

Bundesrepublik solle sich nicht politischer Erpressung durch USA unterwerfen. AM Shultz habe Interamerikanischer Entwicklungsbank Brief geschrieben, in dem aufgefordert wurde, argentinischer, mexikanischer und kolumbianischer Regierung mitzuteilen, daß positive Entscheidung für Zusammenarbeit mit Nicaragua als feindlicher Akt gegen die USA angesehen und mit politischen und wirtschaftlichen Repressalien gegen diese Regierungen geahndet würde.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich anlässlich der Amtseinführung des Präsidenten Sanguinetti am 1./2. März 1985 in Montevideo auf und traf dort mit Präsident Ortega zusammen. Vgl. dazu die Presseerklärung von Shultz vom 2. März 1985; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2099, S. 87 f.

<sup>14</sup> Botschafter Marré, Montevideo, berichtete am 30. Mai 1984: „Der ‚grand old man‘ der Blanco-Partei, Wilson Ferreira Aldunate, wird am 16. Juni 1984 auf dem Schiffswege von Buenos Aires nach Montevideo zurückkehren. [...] Der spektakulären Rückkehr Ferreriras liegt auch die Überlegung der Blanco-Führung zugrunde, hierdurch die Militärs zu zwingen, die Kandidatur Ferreriras für die Novemberwahlen zuzulassen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 427; Referat 330, Bd. 136639.

Ferreira wurde bei der Rückkehr aus dem Exil am 16. Juni 1984 festgenommen und erst nach den Wahlen am 25. November 1984 aus der Untersuchungshaft entlassen, bei denen der Stimmenanteil des Partido Blanco „gegenüber 1971 um 5,3 Prozentpunkte“ sank. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1018 Marrés vom 14. Dezember 1984; Referat 330, Bd. 136639.

<sup>15</sup> An den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 4. November 1984 in Nicaragua nahmen vier zur „Coordinadora Democrática“ zusammengeschlossene Oppositionsparteien, die zunächst Arturo Cruz als Präsidentschaftskandidaten nominiert hatten, nicht teil, da die FSLN den geforderten nationalen Dialog aller Parteien, einschließlich der bewaffneten Opposition, unter der Beobachtung der Contadora-Staaten ablehnte. Außerdem verweigerten sie die Teilnahme an den Wahlen „wegen fehlender Chancengleichheit und Garantien, unzureichender Bewegungs- und Meinungsfreiheit sowie schwerer Beeinträchtigung politischer Veranstaltungen“. Vgl. die mit Schriftbericht Nr. 86 vom 18. Februar 1985 aus Managua übermittelte Länderaufzeichnung; Referat 331, Bd. 136357.

Vgl. dazu auch den von Botschafter von der Gablentz, Den Haag, am 24. Januar 1985 übermittelten Bericht der niederländischen Wahlbeobachter Kerstiens und Nelissen; Referat 331, Bd. 136359.

<sup>16</sup> Referat 400 legte am 15. März 1985 dar, daß bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank ein Kredit über 61 Mio. Dollar für ein nicaraguanisches Landwirtschaftsprojekt zur Entscheidung anstehe. Der amerikanische Außenminister Shultz habe an den Präsidenten der Bank, Ortiz Mena, geschrieben, um die Billigung des Kredits zu verhindern: „USA haben für den Fall der Darlehensgewährung an Nicaragua zukünftige Zusammenarbeit mit Bank in Frage gestellt.“ Hintergrund sei das Argument, „Nicaragua würde damit ermöglicht, Devisen für Waffenkäufe freizumachen. Die Bankensatzung, auf die sich Nicaragua beruft, bestimmt eindeutig, daß nur wirtschaftliche Argumente bei der Projektförderung eine Rolle spielen dürfen. Wir unterstützen diese Auffassung.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136379.



Vor diesem Hintergrund solle Bundesregierung ihre ausgezeichneten Beziehungen zu USA nutzen, um auf Dialog und friedliche Lösung zu drängen.

Nicaragua habe Contadora-Akte<sup>17</sup> ohne Änderungswünsche akzeptiert. Es wolle Gespräche von Manzanillo<sup>18</sup> wieder aufnehmen. Reaktion auf all das seien Aggressionen gegen sein Land und Verletzung der völkerrechtlichen Ordnung. Nicaragua habe einseitiges Moratorium für den Kauf neuer Waffensysteme angekündigt.<sup>19</sup> Was erwarte man noch von seinem Land? Selbstmord?

*BM* erwiderte, Bemerkungen Ortegas, die viele Vorurteile erkennen ließen, zeigten, daß diese Begegnung wichtig, aber auch zu kurz sei. Eingangs habe Ortega deutsche Initiative zu Dialog EG/ZA begrüßt. Diese Initiative sei Politik und nicht bloße Worte, und sie werde von gesamter Bundesregierung getragen. Bezüglich angeblicher Erklärung des BK bitte er Ortega, zu überprüfen, wer ihn falsch informiert habe. Deutsche Politik verfolge auch nach Regierungswechsel 1982 Ziel, Unabhängigkeit aller Staaten Mittelamerikas zu stärken. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit seien für politische Stabilität in Mittelamerika unerlässlich. Nicaragua und wir unterstützten Bemühungen der Contadora-Gruppe. Amerikaner seien wichtiger Verbündeter für Europa, aber Bundesrepublik bilde sich eigene Meinung und sei kein Befehlsempfänger.

Wichtig sei, Zusammenarbeit zwischen ZA und Europa, die Nicaragua einschließe, zu stärken. Sein Anliegen bei diesem Gespräch sei es gewesen, Ortega zu überzeugen, daß Bundesrepublik einen konstruktiven Beitrag leisten und verhindern wolle, daß mittelamerikanische Staaten ihre Ressourcen in Gegensätzen untereinander verschleifen.

Das Bild, das Ortega von uns gemalt habe, sei schwarz retuschiert.

*Ortega* entgegnete, er habe StM Möllemann in einem Gespräch in Montevideo<sup>20</sup> bereits auf Erklärung des BK angesprochen. Die deutschen Sozialdemokraten hätten gegen diese Erklärung protestiert.

*BM* erklärte, er werde d'Escoto Brockmann zu dieser vermeintlichen Erklärung schreiben.

*Ortega* meinte, es gebe ohnehin wohl erhebliche Unterschiede in Nicaragua-Politik der FDP und der CDU.

<sup>17</sup> Zur Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Zentralamerika (Contadora-Akte) in der Fassung vom 7. September 1984 und zur Haltung Nicaraguas vgl. Dok. 12, Anm. 18.

<sup>18</sup> Zu den amerikanisch-nicaraguanischen Gesprächen in Manzanillo, die am 18. Januar 1985 ausgesetzt wurden, vgl. Dok. 33, Anm. 10.

<sup>19</sup> Präsident Ortega kündigte in einer Regierungserklärung am 27. Februar 1985 „ein unbefristetes Moratorium für Erwerb neuer Waffensysteme, wie Abfangjäger zur Vervollständigung des derzeitigen Luftabwehrsystems“, an. Vgl. den Drahtbericht Nr. 64 des Botschafters Heubaum, Managua, vom 28. Februar 1985; Referat 331, Bd. 136372.

Ministerialdirektor Haas legte am 28. Februar 1985 dazu dar: „Das Waffenmoratorium bezieht sich nur auf ‚neue Waffensysteme‘, im Klartext MiGs. Die USA hatten hier deutlich eine ‚rote Linie‘ gezogen, die von Nicaragua nicht überschritten werden konnte, ohne mit einem ‚surgical strike‘ rechnen zu müssen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136372.

<sup>20</sup> Staatsminister Möllemann und Präsident Ortega trafen anlässlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten Sanguinetti am 1. März 1985 in Montevideo zusammen. In dem Gespräch wies Ortega darauf hin, „daß der Bundeskanzler vor vier bis fünf Tagen eindeutig seine Unterstützung der amerikanischen Politik erklärt habe, womit die Bundesrepublik Deutschland erklärtermaßen die völkerrechtsfeindliche Linie der USA mittrage“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 136640.

BM entgegnete, hier gehe es nicht um Politik der Parteien, sondern um die der deutschen Regierung, und die sei einheitlich.

Er faßte Gespräch wie folgt zusammen:

- 1) Beide Gesprächspartner unterstützten den Dialog zwischen Mittelamerika, Contadora-Staaten und EG.
- 2) Ortega strebe eine Konferenz der mittelamerikanischen Staats- und Regierungschefs an und bitte um Unterstützung der Europäer dabei; BM werde mit seinen europäischen Kollegen darüber sprechen.
- 3) Ortega habe um ein Gespräch mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush gebeten und keine Reaktion darauf erhalten und
- 4) er, BM, wolle seine Unterredung mit Ortega fortsetzen und werde, falls er eine Mittelamerikareise mache, Nicaragua besuchen.

Gesprächsaufzeichnung ist von BM noch nicht genehmigt.

**Referat 331, Bd. 136364**

## 65

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer

**422-411.10 SYR-165/85 geheim**

**15. März 1985<sup>1</sup>**

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Verdacht der Lieferung chemischer Anlagen für die CW-Herstellung nach Syrien

Bezug: 1) Schreiben des BND vom 9.10.84 mit beigefügter Meldung vom 4.10.84<sup>3</sup> – 02-9-2991/84 – geheim  
 2) Vermerk vom 11.12.84 – 422-411.10 SYR Tgb. Nr. 1103/84 VS-v  
 2. Ausfertigung  
 – beide Bezüge nur dem Original (1. Ausfertigung) beigefügt<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.

<sup>2</sup> Hat den Staatssekretären Ruhfus und Meyer-Landrut am 15. März 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 15. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 18. März 1985 vorgelegen.

Hat Frick am 18. März 1985 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 422 verfügte.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „4.10.85“.

<sup>4</sup> Die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Wistinghausen vom 11. Dezember 1984 ist dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13728 (422).

Für die Aufzeichnung vgl. AAPD 1984, II, Dok. 331.

## I. Sachverhalt

1) BND gab mit Bezugsmeldung zu 1) als glaubhaft eingestufte Hinweise auf den Aufbau einer CW-Produktion in Syrien. In Begleitschreiben wurde ergänzend mitgeteilt, daß BND Hinweise auf Beteiligung einer ungenannten deutschen Firma durch Lieferung von Anlageteilen vorliegen; als Quelle wurde der israelische Partnerdienst angegeben.

Der israelische Botschafter<sup>5</sup> sprach in gleicher Sache am 6.12.1984 bei D4<sup>6</sup> vor und bat Hinweisen nachzugehen, wonach mehrere namentlich erwähnte deutsche Firmen durch Lieferung chemischer Anlagen und Vorprodukte am Aufbau einer CW-Produktion in Syrien beteiligt seien (vgl. Bezug zu 2).

2) BND wurde am 11.12.1984 über Chef BK<sup>7</sup> informiert und um Mitteilung eigener Erkenntnisse über Lieferungen entsprechender Anlagen durch deutsche Firmen nach Syrien gebeten.

Der Beauftragte für Nachrichtendienste beim Chef BK teilte daraufhin am 2.1.1985 mit: „Dem BND liegen hierzu fast keine eigenen Erkenntnisse vor; er wird sich jedoch um weitere Aufklärung bemühen.“<sup>8</sup>

Dazu ist bis heute keine weitere Mitteilung erfolgt.

In dem Schreiben vom 2.1.1985 wurde allerdings ein Hinweis gegeben, wonach Dr. Ruck, der zuständige Chemiker beim Bundesamt für die gewerbliche Wirtschaft (BAW), bestätigt habe, daß die Fa. Karl Kolb eine 100-Liter-Glasversuchsanlage nach Syrien ausgeführt habe, die der nach Samarra/Irak gelieferten Art<sup>9</sup> vergleichbar sei. Über den Zeitpunkt dieser Ausfuhr wurden keine Angaben gemacht.

Gleichzeitig wurde BMWi gebeten, diesem Sachverhalt nachzugehen und insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß keine Lieferungen dieser Art auch jetzt noch nach Syrien erfolgen, nachdem durch die Verschärfung der Ausfuhrgenehmigung für chemische Anlagen im August 1984<sup>10</sup> das erforderliche Instrumentarium für eine Unterbindung solcher Ausfuhren geschaffen worden ist.

BMWi sah sich jedoch in seiner Antwort vom 14.1.1985<sup>11</sup> zu konkreten Maßnahmen außerstande, da die Hinweise nicht ausreichend seien, und stellte anheim, zusätzliche Auskünfte insbesondere zum Zeitpunkt und Gegenstand der fraglichen Lieferungen einzuholen. Es hat jedoch seinerseits das BAW über diesen Sachverhalt informiert und Berücksichtigung bei der Genehmigungspraxis veranlaßt.<sup>12</sup>

<sup>5</sup> Jitzhak Ben-Ari.

<sup>6</sup> Werner Ungerer.

<sup>7</sup> Wolfgang Schäuble.

<sup>8</sup> Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 13728 (422).

<sup>9</sup> Zur Lieferung einer zur Herstellung chemischer Waffen geeigneten Anlage an den Irak vgl. AAPD 1984, II, Dok. 286.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

<sup>11</sup> Für das Schreiben des Ministerialrats Daase, Bundesministerium für Wirtschaft, an das Auswärtige Amt vgl. VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>12</sup> Am 20. Februar 1985 vermerkte Referat 422, das Bundesministerium für Wirtschaft habe in einem Telefonat erneut darauf hingewiesen, „daß aufgrund der von der israelischen Seite mitgeteilten Fakten keine ausfuhrrechtlich relevanten Verstöße deutscher Firmen festzustellen seien. Dabei ist erheb-

Der israelische Botschafter wurde bei erneuter Vorsprache am 20.2.1985 von D4 unterrichtet und gebeten, uns nähere Information an die Hand zu geben. Dies ist bisher nicht erfolgt.

## II. Bewertung

1) Eigene BND-Erkenntnisse über Lieferungen chemischer Anlagen und Vorprodukte seitens deutscher Firmen nach Syrien, die dort bei der CW-Produktion verwendet werden können, liegen bisher nicht vor.

2) Angesichts der breiten Lieferpalette deutscher Chemieausrüstungsfirmen wird sich wahrscheinlich nicht ausschließen lassen, daß in der Vergangenheit chemische Anlagen und Ausrüstungen sowie chemische Vorprodukte, die in irgendeiner Form auch für CW-Produktion verwendet werden können, nach Syrien gelangt sind, zumal vor dem Erlaß der strengeren Ausfuhrregelung für chemische Anlagen im August 1984 die Ausfuhr nur genehmigungspflichtig war, wenn es sich um eine Anlage gehandelt hatte, die für die Herstellung von CW „besonders konstruiert“ war. Bereits im Mai 1984 waren fünf für CW-Herstellung bedeutsame Vorprodukte unter Ausfuhrgenehmigungspflicht gestellt worden.<sup>13</sup>

3) Die Nachforschungen hätten sich also auf den Zeitraum ab Mai 1984 bzw. August 1984 zu konzentrieren. Der BND sollte jetzt erneut gebeten werden, verwertbare Erkenntnisse – soweit vorhanden – mitzuteilen. Außerdem wird BMWi erneut<sup>14</sup> gebeten, dem Hinweis des Chefs BK auf Dr. Ruck/BAW – falls noch nicht erfolgt – nachzugehen. Ob von israelischer Seite weitergehende Informationen übermittelt werden, bleibt abzuwarten.

Ungerer

**VS-Bd. 13728 (422)**

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 363*

lich, daß die behaupteten Vorgänge sämtlich vor Erlaß der verschärften Ausfuhrregelung für chemische Anlagen im August 1984 liegen.“ Vgl. VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>13</sup> Mit der 52. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 14. Mai 1984 wurden in Anlage AL zur Ausfuhrliste „a) Methylphosphonsäuredimethylester; b) Methylphosphonsäuredifluorid; c) Methylphosphonsäuredichlorid; d) Phosphoroxychlorid; e) Thiolglycol“ unter Genehmigungspflicht gestellt. Vgl. BUNDESANZEIGER vom 15. Mai 1984, S. 4509.

Ministerialdirigent Loeck vermerkte dazu am 3. Mai 1985, diese Stoffe seien „unmittelbare Vorprodukte für die Herstellung von Lost und Tabun, d. h. sie führen in einem chemischen Verarbeitungsschritt zu der Kampfgassynthese.“ Vgl. VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Ungerer handschriftlich eingefügt.

## 66

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl****213-322.SOW****15. März 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
 Betr.: Folgen von SDI für die sowjetische Westpolitik einschließlich des  
 deutsch-sowjetischen Verhältnisses

I. Die SU sieht sich durch das amerikanische SDI-Programm vor eine der größten Herausforderungen ihrer Nachkriegsgeschichte gestellt.

Moskau scheint den Verlust der in den letzten Jahren unter großen Opfern erreichten strategischen Parität und Stabilität zu fürchten, d.h. einen von außen aufgezwungenen Rückfall in eine frühere Entwicklungsetappe der sowjetischen Weltmacht, vergleichbar vielleicht mit dem sowjetischen Unterlegenheitsstatus während der Zeit des amerikanischen Nuklearwaffenmonopols. Diese amerikanische Herausforderung stellt die SU heute vor die äußerst komplexe Entscheidungssituation, gleichzeitig wichtige Weichen sowohl für die innere und wirtschaftliche Entwicklung (Fragen der Systemerneuerung und notwendigen Reformen) als auch für die außen- und sicherheitspolitische Statussicherung (vorrangig: Sicherung der Parität) stellen zu müssen. Selten dürfte der enge Zusammenhang zwischen innerer Leistungsfähigkeit und Wahrung bzw. Ausbau des erreichten Weltmachtstatus der sowjetischen Führung bewußter gewesen sein.

Aus sowjetischen Äußerungen wird deutlich, daß Moskau das SDI-Programm nicht nur als ernste Bedrohung der eigenen Sicherheit, sondern zugleich als den Versuch der USA betrachtet, systembedingte amerikanische Leistungsvorteile in SDI-relevanten Hoch- und Spitzentechnologien in einem letztlich ideologisch motivierten „Wettkampf der Systeme“ konzentriert und zielgerichtet auszuspielen. Die SU hat wiederholt betont (zuletzt Gromyko gegenüber BM<sup>4</sup>), daß sie alle Anstrengungen unternehmen werde, um eine amerikanische Überlegenheit nicht zuzulassen. Die Sicherung der erreichten Parität (für Moskau Grundlage zur Durchsetzung einer politischen Gleichberechtigung gegenüber den USA) hat für die SU höchsten Stellenwert.

Manche Äußerungen führender Politiker lassen einerseits die sowjetische Befürchtung erkennen, daß die USA im Bereich der Raketenabwehr einen ent-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 15. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lesenswerte, m. E. gute Aufzeichnung.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 19. März 1985 vorgelegen, der den Vermerk des Staatssekretärs Meyer-Landrut hervorhob und handschriftlich dazu vermerkte: „[richtig]“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 22. März 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über Meyer-Landrut an Referat 213 verfügte.

Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 25. März 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 4. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 54 und Dok. 55.

scheidenden, so schnell nicht aufholbaren Durchbruch erzielen könnten (besondere Betonung von amerikanischem Überlegenheitsstreben und Erstschlagsabsicht).

In anderen Äußerungen sowjetischer Wissenschaftler, Politiker, Militärs und Publizisten ist dagegen die Betonung wirksamer Gegenmaßnahmen auf der Basis bekannter und neuer Technologien festzustellen (vgl. z.B. Positionspapier sowjetischer Wissenschaftler von 1984<sup>5</sup>; General Tscherwow im Dezember 1984 in London und im März 1985 in Washington<sup>6</sup>).

Damit soll gleichzeitig die Gefährlichkeit wie die Sinnlosigkeit der amerikanischen Pläne herausgestellt werden. Beide Argumentationslinien zielen darauf ab,

- in den USA und im Westen insgesamt innenpolitische Bremsen (inneramerikanische Kritik, Haltung im Kongreß, westeuropäische Öffentlichkeit, Skepsis einiger westeuropäischer Regierungen) gegen BMD-Forschungen zu mobilisieren und
- einer Verbreiterung der technologisch-materiellen Basis für BMD-Forschungen, z.B. durch eine Beteiligung der Westeuropäer und Japans, entgegenzuwirken.

II. In der gegenwärtigen Einleitungsphase der Genfer Verhandlungen<sup>7</sup> verfolgt die SU mit zunehmender Irritation, daß dieser aktuellen Zielsetzung eher der Boden entzogen zu werden droht:

- Während noch vor wenigen Wochen immer wieder optimistische Erwartungen an die inneramerikanische Kritik an SDI anklangen, wächst inzwischen in sowjetischen Medien die Betroffenheit angesichts eines seit dem 8.1. (Treffen Gromyko/Shultz<sup>8</sup>) unveränderten Festhaltens der Administration an SDI sowie angesichts einer derzeit eher zunehmenden Unterstützung hierfür in der amerikanischen Öffentlichkeit.
- Während die sowjetischen Medien noch vor einiger Zeit Vorbehalte der Westeuropäer, insbesondere der beiden Nuklearmächte, gegen SDI herausstellten, kommt inzwischen immer mehr Kritik an der westeuropäischen Unterstützung des amerikanischen Forschungsprogramms auf.

<sup>5</sup> Am 9. Januar 1985 übermittelte die Botschaft in Moskau die Kopie einer 1984 verfaßten Studie, „die die Botschaft über einen westlichen Journalisten aus dem USA-Institut erhalten“ habe. Für die mit Schriftbericht Nr. 117 übermittelte Studie des „Committee of Soviet Scientists for Peace, Against Nuclear Threat“ über „A Space-Based Anti-Missile System with Directed Energy Weapons: Strategic, Legal and Political Implications“ vgl. Referat 220, Bd. 128651.

<sup>6</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 6. März 1985 über Äußerungen des Mitglieds des sowjetischen Generalstabs, Tscherwow, gegenüber der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post“ am Vortag: „Wenn die USA ihre SDI-Pläne weiterverfolgten, werde die Sowjetunion eher ihre strategischen Offensivwaffen weiterentwickeln und perfektionieren als Reduzierungen aushandeln. Die Sowjetunion werde nicht stillsitzen und abwarten, bis die USA entschieden hätten, ob sie ein SDI-System stationieren wollten oder nicht. [...] Wenn die SDI-Pläne der USA einmal in dieses Entwicklungs- und Versuchsstadium gelangt seien, werde die Sowjetunion einen Weg finden, darauf zu antworten, einen Weg, der die Sicherheit der USA nicht vergrößern werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1164; Referat 220, Bd. 128648.

<sup>7</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>8</sup> Zum Treffen des sowjetischen Außenministers Gromyko mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

Die Sowjets glauben wohl nicht, daß hiermit bereits die zukünftige Entwicklung entscheidend vorgezeichnet ist (ungeachtet ihres inzwischen verstärkt aufkommenden Vorwurfs, Reagan wolle auch zukünftige Administrationen auf SDI festlegen). Sie sehen zwar die für sie momentan negativen Auswirkungen einer sich intensivierenden SDI-Werbungskampagne der Administration (TASS, SAM-Sprecher Lomejko) in den USA und in Westeuropa, setzen aber nach wie vor darauf, daß

- im amerikanischen Kongreß der Entscheidungsprozeß (SDI-Finanzierung<sup>9</sup>, Auswirkungen der Genfer Verhandlungen, Interessen an Eingrenzung des Haushaltsdefizits etc.) noch offen ist und
- Sorgen der Westeuropäer hinsichtlich der sicherheitspolitischen Implikationen von SDI-Forschungen bzw. – in einer späteren Phase – eines breit angelegten Raketenabwehrsystems beider Supermächte von objektiver Natur sind.

Bemerkenswert ist, daß die SU inzwischen ein starkes westeuropäisches Interesse in Rechnung stellt, durch eine Beteiligung an den SDI-Forschungen der Gefahr einer technologischen Abkopplung von den USA entgegenzuwirken.<sup>10</sup> Gromyko vermutete in seinem kürzlichen Gespräch mit BM z.B. hinter unserer Haltung vor allem „wirtschaftliche“ (er meinte damit wohl auch unser technologisches Interesse), weniger militärische Motive! Es bleibt indes abzuwarten, ob sich hiermit – neben der bisherigen grundsätzlichen Kritik an den Westeuropäern – die Möglichkeit einer differenzierenden sowjetischen Bewertung des westeuropäischen Interesses an der SDI-Forschung andeutet. Eine solche Entwicklung der sowjetischen Haltung wäre u. U. in einer späteren Phase in dem Maße denkbar, in welchem die Westeuropäer Kautelen und Konditionen ihrer Haltung zu einer breit angelegten Raketenabwehr der beiden Supermächte entwickeln, die grundlegenden sowjetischen Interessen nicht zuwiderlaufen.

III. Der hohe Stellenwert von SDI für die sowjetische Westpolitik wirft in besonderem Maße die Frage nach den Mitteln und Möglichkeiten der SU auf:

1) Zentraler Ausgangspunkt wird bis auf weiteres das sowjetische Festhalten am dem ABM-Vertrag zugrundeliegenden Konzept einer limitierten Raketen-

<sup>9</sup> Brigadegeneral Steinkopff, Washington, berichtete am 4. Februar 1985, daß Presseberichten zufolge das amerikanische Verteidigungsministerium im Haushaltsjahr 1986 „3,7 Mrd. US-Dollar für Forschung und Entwicklung im Bereich SDI“ fordere: „Für die langfristige Planung in den Jahren 1987–1990 werden folgende Forderungen gestellt: F[iscal]Y[ear] 87: 4,9 Mrd. US-Dollar; FY 88: 6,2 Mrd. US-Dollar; FY 90: 8,6 Mrd. US-Dollar.“ Gegenüber der bislang für diesen Zeitraum angegebenen Planung bedeute dies „eine Steigerung von über 100 Prozent“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 606; Referat 213, Bd. 139370.

<sup>10</sup> Der Bundessicherheitsrat erörterte am 5. März 1985 eine Beteiligung der Bundesrepublik an den Forschungen zum amerikanischen SDI-Programm: „BK berichtete über Gespräch mit Hernu bei Wehrkundetagung und BMVtg über Telefonat mit Heseltine: Sowohl F als auch GB wollten sich offenbar auch in Forschungsphase ‚einklinken‘, ebenso Italien. Teltschik führte aus, daß US über industrielle respektive Forschungszusammenarbeit noch keine Vorstellungen hätten (Perle). BMF warnte vor möglichen finanzpolitischen Folgen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Meyer-Landrut vom 6. März 1985; VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985.  
Botschafter Ruth legte am 8. März 1985 dar: „Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer überragenden Technologie- und Exportabhängigkeit muß prüfen, wie sie sich im europäischen Rahmen auf den durch SDI zu erwartenden Technologieschub einstellen will. Eine (substantielle) Teilnahme an der Forschung wäre mit der Verbesserung unseres gesamttechnologischen Niveaus verbunden, weshalb die Forderung nach Technologietransfer keine prioritäre Bedingung sein sollte, dies auch im Hinblick auf die zu erwartende, eher bescheidene Beteiligungsquote.“ Vgl. VS-Bd. 11374 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

abwehr bleiben. Konsequenterweise betonen die Sowjets, daß sie sich der amerikanischen Absicht verweigern werden, zu gegebener Zeit den ABM-Vertrag im Lichte der technologischen Entwicklung anzupassen.

2) Die SU betrachtet die Genfer Verhandlungen als den Hebel, um sowohl das spezifische europäische Interesse an einer Lösung der Mittelstreckenfrage als auch das besondere amerikanische Interesse an einer Reduzierung der strategischen Offensivsysteme auszunutzen.

3) Moskau dürfte zur Beeinflussung der SDI-bezogenen Kosten-/Nutzen-Diskussion in den USA (u. a. Kongreß) die Notwendigkeit eines kompensierenden Ausbaus der eigenen Offensivsysteme immer stärker herausstellen (zuletzt Politbüromitglied Schtscherbizkij in Washington<sup>11</sup>), möglicherweise sogar in einer späteren Phase ernst machen (vor diesem Hintergrund bleiben Äußerungen Gromykos in Pressekonferenz vom 13.1. zu SALT I/II<sup>12</sup> von Interesse).

4) Die SU hat zwar zur Zeit kein Interesse an einer erneuten Selbstblockierung ihres diplomatischen Handlungsspielraums. Jedoch ist, falls amerikanisches Entgegenkommen in der Weltraumfrage auf Dauer ausbleiben sollte, eine erneute Verhärtung der sowjetischen Haltung gegenüber Washington möglich. Bemerkenswert ist, daß Schtscherbizkij in Washington unter Hinweis auf die vom Politbüro (unter Leitung Gorbatschows am 7.3.) verabschiedeten Instruktionen für die sowjetische Delegation in Genf die zentrale Begründung für die letztjährige sowjetische Verweigerungspolitik in Erinnerung rief („keine Verhandlungen um der Verhandlungen willen“), die seit Anfang Oktober 1984 (Politbürositzung nach USA-Reise Gromykos<sup>13</sup>) in hochrangigen sowjetischen Äußerungen nicht mehr verwendet worden war!

5) Die SU kann weiterhin daran anknüpfen, daß eine breit angelegte Raketenabwehr der beiden Supermächte insbesondere für die beiden europäischen Nuklearmächte problematisch ist, darüber hinaus aber für die Europäer insgesamt brisante Fragen nach den Konsequenzen für den konventionellen Bereich aufwirft. Aus Moskauer Sicht liegt hier unter den jetzt gegebenen bündnispolitischen und strategischen Voraussetzungen innerhalb der westlichen Allianz ein objektiver Ansatzpunkt für eine Politik des Keiletreibens vor.

6) Für die Sowjets ist eine eventuelle europäische Beteiligung an den SDI-Forschungen zwar höchst nachteilig (z. B. scharfe Kritik an Äußerungen des BK auf der Wehrkundetagung<sup>14</sup>), zugleich beobachtet Moskau aber mit größter Aufmerksamkeit, daß die Europäer in diesem Zusammenhang vorsichtig sind. Angesichts dieser Lage versuchen die Sowjets zur Zeit, die Europäer insgesamt eher zu umwerben (z. B. AM-Gespräche I<sup>15</sup>, F<sup>16</sup>, SP<sup>17</sup> sowie BM-Reise nach Mos-

<sup>11</sup> Zum Besuch des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Schtscherbizkij, vom 3. bis 11. März 1985 in den USA vgl. Dok. 58, Anm. 17.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Fernsehinterviews des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 13. Januar 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 68–72 (Auszüge).

<sup>13</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 26. bzw. 28./29. September 1984 Gespräche mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz in New York bzw. Washington. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 259 und Dok. 265.

<sup>14</sup> Zur Rede des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 in München vgl. Dok. 39, Anm. 16. Zur sowjetischen Kritik vgl. Dok. 54, Anm. 6.

<sup>15</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte Italien vom 25. bis 27. Februar 1985.

<sup>16</sup> Der französische Außenminister Dumas hielt sich vom 10. bis 13. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>17</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte Spanien vom 28. Februar bis 2. März 1985.



kau), wohl einkalkulierend, daß Drohgebärden eher geeignet wären, die Westeuropäer nur um so schneller in die Arme der Amerikaner zu treiben. Möglicherweise wird sich diese Tendenz unter GS Gorbatschow, der in seiner Wahlrede am 20.2.<sup>18</sup> die besondere Bedeutung der Beziehungen zu den Staaten Westeuropas unterstrichen hatte, sogar verstärken.

7) Die SU dürfte die Wirksamkeit ihrer antizipierenden Argumente gegen eine breit angelegte amerikanische Raketenabwehr in der westlichen Öffentlichkeit als günstig einschätzen: Im Gegensatz zu der durch die SS-20 provozierten INF-Stationierung kann sich die SU diesmal als der Herausgeforderte präsentieren. Im Gegensatz zur Anfangsphase der INF-Debatte existiert bereits jetzt eine Friedensbewegung; die Fronten der Ablehnung und Befürwortung von SDI verlaufen quer durch die Parteien. Hiermit ist ein erhebliches Potential für eine Mobilisierung der öffentlichen Diskussion im Westen gegeben, mit aussichtsreichen Möglichkeiten für die sowjetische Propaganda. Wir müssen uns auf eine Kampagne einstellen, deren Heftigkeit diejenige des INF-Jahres 1983 erreicht und lang andauert.

IV. 1) Vor dem Hintergrund einer sich intensivierenden sowjetisch-amerikanischen Auseinandersetzung um SDI verfolgt die SU das Ziel, die westeuropäischen Regierungen von einer uneingeschränkten Unterstützung für dieses amerikanische Vorhaben abzuhalten. (Das Maximalziel einer völligen westeuropäischen Ablehnung dürfte die SU nicht für realisierbar halten.) Die SU setzt hierbei – wie auch der Verlauf des Dumas-Besuches in Moskau und das Gespräch Gorbatschow–Mitterrand<sup>19</sup> zeigt – in erster Linie auf Frankreich, daneben auch auf „objektive“ Interessen Großbritanniens als zweiter europäischer Nuklearmacht (trotz jüngster Äußerungen von MP Thatcher zu SDI-Forschungen<sup>20</sup>). Auch die deutsche Haltung zu SDI ist für Moskau von größter Bedeutung (Gromyko/BM). Das Politbüro hat unter Leitung von Gorbatschow am 7. März den politischen Rang der deutsch-sowjetischen Beziehungen besonders unterstrichen<sup>21</sup> und dabei betont, „daß Fragen der Sicherheit nach wie vor das wichtigste und entscheidende Element“ hierfür sind (so auch TASS zum Tref-

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 20. Februar 1985 in Moskau anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 130–142.

<sup>19</sup> Staatspräsident Mitterrand traf am 13. März 1985 anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, mit dem neuen Generalsekretär Gorbatschow zusammen. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 16. März 1985, daß bei einem Treffen der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Moskau am selben Tag von französischer Seite mitgeteilt worden sei: „Go[r]batschow habe an Ergebnisse der Entspannungspolitik der 70er Jahre erinnert und erklärt, SU wolle Erfolg in Genf, habe jedoch Sorge über zunehmend zweideutige US-Haltung. [...] Er habe sich für eine Verstärkung der Verbindungen mit F ausgesprochen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 825; Referat 213, Bd. 139327.

<sup>20</sup> Zu den Äußerungen der Premierministerin Thatcher am 20. Februar 1985 in Washington vgl. Dok. 55, Anm. 12.

<sup>21</sup> Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 8. März 1985, daß sich im Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU vom Vortag „gesamte sowjetische Führung Wunsch nach Verbesserung deutsch-sowjetischer Beziehungen zu eigen macht und entsprechende Formulierung zum dominierenden Element der P[olit]B[üro]-Aussage in diesem Teil wird“. Dies reflektiere auch den „positiven Eindruck, den Gespräche des BM bei Führung hinterlassen haben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 753; Referat 213, Bd. 139315.

fen BK/Gorbatschow<sup>22</sup>). Die Sowjets werfen uns vor, daß wir uns undifferenziert amerikanischen Interessen unterordnen.

2) Hier zeichnet sich eine gefährliche Linie ab. Die Sowjets versuchen, uns Wohlverhalten und Berücksichtigung ihrer Sicherheitsinteressen in der Frage der strategischen Verteidigung zu verordnen als „Bewährungshilfe“ nach dem „Sündenfall“ der Nachrüstung und als Voraussetzung für die Rückkehr zu besseren Beziehungen. Wir dürfen uns keinesfalls in eine Lage bringen lassen, als hätten wir nur zwischen einem blinden Anschluß entweder an die amerikanische oder an die sowjetische Linie hinsichtlich SDI zu wählen.

Tatsächlich ist es so, daß die SU zu einem guten Teil wegen SDI zum Verhandlungstisch zurückgekehrt ist. Außerdem spricht manches dafür, daß unsere Erwägungen, SDI könne unter Umständen auch für uns technologische Vorteile haben, die SU aus ihrer Reserve uns gegenüber herausgelockt und zu Hinweisen (Gromyko gegenüber BM) veranlaßt haben, für die Zusammenarbeit mit uns bestünden große Perspektiven, wenn wir nur unserer Verantwortung in den Sicherheitsfragen der Zukunft gerecht würden.

Wir müssen ohnehin mit ständigem latentem Mißtrauen unserer westlichen Freunde hinsichtlich unserer Erpreßbarkeit gegenüber der SU wegen unserer nationalen Belange rechnen. Wenn die Bundesregierung auch nur den leisen Anschein erregt, als sei ihre Linie bezüglich der strategischen Verteidigung von sowjetischen Drohungen oder Versprechungen beeinflusst, so würde uns dies nicht nur im Westen schaden, sondern es würde auch die SU zu weitergehenden Pressionen ermutigen. Hier müssen wir sehr vorsichtig sein.

3) Andererseits müssen wir damit rechnen, daß eine Festlegung auf die amerikanischen Pläne, vor allem wenn wir dabei nicht im westeuropäischen Geleitzug fahren, zu einer grundsätzlich scharfen Weichenstellung der SU führen würde, die über die Reaktion auf die Nachrüstung nach Ausmaß und Zeitdauer erheblich herausgehen könnte. Dies könnte zu einschneidenden Erschwerungen der innerdeutschen Beziehungen und unserer Beziehungen zu den anderen WP-Staaten sowie zu massiven Auswirkungen auf unsere innenpolitische Diskussion führen. Außerdem würden die Sowjets versuchen, auch Beziehungen mit unseren westeuropäischen Partnern um uns herum zu gestalten, um auch Belastungen zwischen uns und unseren Partnern zu schaffen.

4) Die größtmögliche Wahrnehmung eigener – deutscher und westeuropäischer – Interessen in der SDI-Frage ist auch die unter ost- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten beste Linie. Die SU wird Versuche nicht aufgeben, uns auf ihre Linie zu bringen und gegen die USA einzuspannen. Sie wird es aber respektieren und einen Wert darin sehen, wenn wir – im Rahmen der Bündnisloyalität und im Rahmen unserer Interessen an der Teilhabe am technologischen Fortschritt – westeuropäische Sicherheitsinteressen zur Geltung bringen und unsere traditionelle Rolle als Stabilisator der West-Ost-Beziehungen in Mitteleuropa spielen. Solange wir unsere Optionen offenhalten und durch die Formulie-

<sup>22</sup> Vgl. dazu den Artikel „Beseda M. S. Gorbacëva s G. Kolem“; PRAVDA vom 15. März 1985, S. 2.

Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 vgl. Dok. 68.

rung von Kriterien, die auch die Stabilität der West-Ost-Beziehungen und die gegenseitige Berücksichtigung legitimer Sicherheitsinteressen einschließen, auf die Entwicklung in den USA einzuwirken versuchen, werden die Sowjets Anlaß sehen, sich um uns zu bemühen und ihren Verbündeten, besonders der DDR (vgl. Gesprächsführung Axens<sup>23</sup>), einen gewissen Spielraum uns gegenüber zu lassen.

Das Etikett Sicherheitsfragen kann von den kleineren WP-Staaten insofern für eine lange Phase als Rechtfertigung auch für intensivere Beziehungen mit uns genutzt werden.

5) Unter ost- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten kommt es deshalb darauf an, in der SDI-Frage

- unsere Handlungsfreiheit und unsere Offenheit zu betonen (BK in München: „Es ist noch zu früh, die strategische Raketenabwehr abschließend zu bewerten. Frühestens am Ende dieses Jahrzehntes werden die Forschungen in den USA bis zu dem Punkt gediehen sein, daß sie endgültige Schlußfolgerungen zulassen.“);
- unsere Orientierung an Kriterien deutlich zu machen, die im Rahmen des Harmel-Konzeptes<sup>24</sup> liegen (also auch die Entspannungskomponente im Auge zu behalten);
- möglichst aktiv auf eine Vereinheitlichung der Linie der Westeuropäer hinzuwirken (besonders mit Frankreich, auch in der WEU);
- Kriterien zu unterstreichen, die legitime Sicherheitsinteressen der SU mit berücksichtigen (Verzicht auf Überlegenheit, Einhaltung des ABM-Vertrages, Vorrang der Verhandlungslösung);
- soweit wie möglich erkennen zu lassen, daß wir auf die Meinungsbildung in den USA tatsächlich (mäßigend) Einfluß nehmen;
- sowjetische Zumutungen zurückzuweisen: Die Bedeutung der Sicherheitsfragen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen ist keine Einbahnstraße, sondern verlangt gegenseitige Respektierung legitimer Sicherheitsinteressen auf der Grundlage der Gleichberechtigung; Hinweis, daß beide Großmächte forschen und Forschungs- sowie Verhandlungsergebnisse abzuwarten sind;
- möglichst Äußerungen zu vermeiden, die den Eindruck erwecken könnten, als orientierten wir uns in der SDI-Frage in erster Linie an der Loyalität gegenüber unserem mächtigsten Bündnispartner und an der Sorge vor technologischer Abkoppelung.

Es wird freilich nicht einfach sein, diese Linie gegen Druck aus bündnis- und innenpolitischen, sowie im deutsch-amerikanischen Verhältnis liegenden Gründen durchzuhalten.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen, am 1. März 1985 vgl. Dok. 54, Anm. 20.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>25</sup> Dieser Absatz wurde auf Anregung des Ministerialdirigenten Schauer eingefügt. Vgl. dazu Anm. 26.

Dg 20 hat mitgezeichnet.<sup>26</sup>

Braunmühl

Referat 213, Bd. 139370

## 67

### Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 810

Aufgabe: 15. März 1985, 09.12 Uhr<sup>1</sup>

Citissime

Ankunft: 15. März 1985, 08.57 Uhr

Betr.: Gespräch des BK mit dem spanischen MP González am 14.3. in Moskau<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

Von BK noch nicht genehmigt

I. Gesprächsverlauf und Zusammenfassung

Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Tschernenko führte der BK mit dem spanischen MP González am 14.3. ein fünfzigminütiges Gespräch in unserer Botschaft. Initiative hierzu war von spanischer Seite ausgegangen, die sehr daran interessiert war, dem BK ihre Besorgnisse über den Stand der Beitrittsverhandlungen<sup>3</sup> noch vor den Beratungen am 18./19.3. in Brüssel<sup>4</sup> nahezubringen. Verlauf des in freundschaftlicher Atmosphäre auf dem Hintergrund unseres Engagements zugunsten des spanischen Beitritts geführten Gesprächs war bestimmt durch temperamentvolles Werben des spanischen MP (70 Prozent seiner außenpolitischen Energie widme er der Beitrittsfrage) um Verständnis für die Schwierigkeiten, die Spanien mit dem jüngsten Verhandlungsvorschlag der

<sup>26</sup> Am 15. März 1985 vermerkte Ministerialdirigent Schauer zur Bitte des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl um Mitzeichnung, es sei sicher richtig, eine Festlegung auf die amerikanische oder sowjetische Position zu SDI zu vermeiden: „Andererseits sehe ich aber nicht, wie wir auf Dauer wirklich Optionen offenhalten können. SDI ist ein uns von den Amerikanern aufgezwungenes Thema, aber auch deshalb ein Thema, das uns nicht so bald verlassen wird. Die Diskussion wird mehrheitlich in die Richtung führen, daß wir uns nicht nur aus wirtschaftlich-technologischen, sondern auch aus sicherheitspolitischen Gesichtspunkten bei der Verwirklichung dieses Konzepts engagieren müssen. Ich sage dies, obwohl es mir sehr zweifelhaft erscheint, daß SDI jemals sehr weitgehend verwirklicht werden wird. Ich fände es also gut, wenn Sie am Schluß noch ein Wort darüber sagen könnten, daß es uns sehr schwerfallen dürfte, die von Ihnen entworfene legitime Linie zu verfolgen, und zwar aus bündnis- und innenpolitischen, aber auch aus den Gründen, die das bilaterale deutsch-amerikanische Verhältnis betreffen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139370.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Erbel am 18. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kuhna verfügte.

Hat Kuhna am 18. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>3</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 52, Anm. 15.

<sup>4</sup> Vom 17. bis 21. März 1985 fanden in Brüssel Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals statt. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 11.

EG-Kommission<sup>5</sup> hat: in grundsätzlicher politischer Hinsicht wie in konkreten Einzelfragen (Fischerei, Olivenöl, Orangen u. a.).

Es bestand Übereinstimmung in der Würdigung der europäischen Bedeutung der Grundentscheidung Spaniens für Bündnis und EG. Der BK erklärte Bereitschaft zu Versuchen, hilfreich zu sein und unsererseits in bestimmten Einzelfragen auf sozialem Gebiet noch entgegenzukommen.<sup>6</sup> Er unterstrich unser Festhalten am Stuttgarter Junktim zwischen Beitritts- und Haushaltsfrage<sup>7</sup>, was MP González anerkannte. Der BK bestärkte MP González in dessen Absicht, im Falle eines ergebnislosen Verlaufs der Beratungen am 18./19.3. noch einmal persönlich im Anschluß daran in die Hauptstädte der Mitgliedstaaten zu reisen, und bekräftigte unseren guten Willen. Da aber ein Besuch in Bonn angesichts unseres Engagements zur Beitrittsfrage am wenigsten notwendig sei, und auch im Hinblick auf Terminprobleme, ziehe er eine telefonische Unterredung vor.<sup>8</sup>

Einleitend tauschten die beiden Staatsmänner Eindrücke und Wertungen zur sowjetischen Politik aus. Es bestand Übereinstimmung, daß die sowjetische Westeuropapolitik unabhängig vom Wechsel an der Führungsspitze<sup>9</sup> auf die Trennung Europas von den USA gerichtet bleibt. MP González: Trennung Europas in zwei Teile und von den USA. Der BK berichtete aus seinem Gespräch mit GS Gorbatschow<sup>10</sup> und verwies auf dessen erkennbare Unzufriedenheit über Einigkeit der Westeuropäer. Der BK wies auch auf seine Gespräche mit Honecker<sup>11</sup>, Husák und Jaruzelski<sup>12</sup> hin. Das Selbstbewußtsein der kleineren WP-

<sup>5</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 11. Februar 1985 vgl. Dok. 47, Anm. 17.

<sup>6</sup> Zu den in den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens offenen Fragen auf sozialem Gebiet vermerkte Referat 410 am 14. Januar 1985: „Kindergeld: Gemeinschaftsangebot sieht siebenjährige Übergangsfrist vor, innerhalb derer Kindergeld in Anwendung des Wohnlandprinzips gezahlt wird. Sp[anien] verlangt sofortige Anwendung des Acquis bei Kindern derjenigen Arbeitnehmer, die bei Beitritt in einem MS ansässig sind.“ Die EG-Kommission habe eine Verkürzung der Übergangszeit auf drei Jahre vorgeschlagen, und die Bundesregierung beabsichtige, „diesen Vorschlag ‚in letzter Minute‘ mit[zu]machen, um Einigung nicht zu gefährden.“ Ein weiterer strittiger Punkt sei der „Arbeitsmarktzugang von Familienangehörigen: Vorschlag der Gemeinschaft sieht fünfjährige Wartezeit bei degressiver Wohnsitzbedingung vor, d. h. nach drei Jahren Wohnsitz in einem MS ist der Zugang offen, drei Jahre nach Beitritt verkürzt sich diese Frist auf 18 Monate.“ Spanien und Portugal forderten jedoch den sofortigen Arbeitsmarktzugang für Familienangehörige von Arbeitnehmern, die zum Zeitpunkt des Beitritts in einem EG-Mitgliedstaat lebten. Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung lehne hier jedes Entgegenkommen mit der Begründung ab, daß der angespannte Arbeitsmarkt zusätzlich belastet würde und innenpolitische Auswirkungen zu befürchten seien, das Auswärtige Amt sehe die „Gefahr der Isolierung“. Die Frage dürfe eine Einigung nicht behindern. Vgl. Referat 410, Bd. 136157.

<sup>7</sup> Zu den Beschlüssen der Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart („Stuttgarter Paket“) vgl. Dok. 19, Anm. 16.

<sup>8</sup> An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Erbel handschriftlich: „H[err] Kuhna: Dies sollte es ermöglichen, Konsultationen erst für Herbst ’85 anzubieten.“

Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna handschriftlich: „Ja.“

<sup>9</sup> Zur Amtsübernahme des neuen Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. März 1985 vgl. Dok. 59.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.

<sup>11</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 12. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 75.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann legte am 15. März 1985 dar, daß Staatssekretär Meyer-Landrut in der Morgenbesprechung am selben Tag über die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau berichtet habe. Wesentliche Punkte in den Unterredungen mit dem tschechoslowakischen Präsidenten bzw. dem polnischen Ministerpräsidenten seien ge-

Staaten sei gestiegen, sie wünschten aus ihrer jeweiligen Interessenlage heraus erfolgreiche Verhandlungen in Genf. Zu einem kurzen Meinungsaustausch über die sowjetischen Positionen zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen (Frage des „Interrelationship“ der Weltraumthematik mit den anderen Themenbereichen) trug MP González aus seinem kürzlichen Gespräch mit AM Gromyko in Madrid<sup>13</sup> bei, ohne daß sich neue Gesichtspunkte ergaben.

## II. Im einzelnen

### 1) Politische Grundproblematik

MP González: Er sei besorgt über Verlauf der Verhandlungen, und zwar aus tiefgreifenden politischen Gründen. Überzeugungsarbeit seiner Regierung zugunsten der spanischen Mitgliedschaft im Bündnis zeitige Ergebnisse in der spanischen öffentlichen Meinung.<sup>14</sup> Aber die Situation sei weiterhin delikat. Die Jahre 1985/86 würden entscheidend sein für das Bemühen seiner Regierung, die spanische Außenpolitik auf eine klare europäische und westliche Option festzulegen und die tief in der Geschichte wurzelnde Versuchung zur Isolierung zu überwinden. Bei Scheitern des EG-Beitritts werde es große Probleme geben. (BK stimmte dem zu.)

Allerdings handele es sich nicht um Probleme der Regierung mit der Wählerschaft. Politische Alternative zu seiner Regierung sei nicht existent.<sup>15</sup> Im übrigen verspreche ein Anschlagen nationaler Töne immer Aussicht auf Erfolg. Es gehe jetzt nicht nur um das Schicksal Spaniens, sondern um die Zukunft Europas. Eine politische Entscheidung sei jetzt notwendig. Bei Verpassen der gegenwärtigen Gelegenheit werde es schwierig sein, die verschiedenen Fäden der Verhandlungen in der Zukunft wieder miteinander zu verbinden.

Der BK erläuterte noch einmal unsere Unterstützung des spanischen Beitritts, die auf der Bedeutung des Beitritts für politische Integration Europas beruhe, und wies auf das von uns hergestellte Junktim hin, ohne das die Verhandlungen nicht bis zu ihrem bisherigen Stadium vorangekommen wären. Später werde es zur Berechnung der Finanzbeiträge auf die Definition des Lebensstandards in den EG-Ländern ankommen. Z. B. unterscheide sich der Lebensstandard in DK und NL nicht von dem unsrigen.

Für uns gebe es in den Beitrittsverhandlungen mit Spanien zwei bis drei kleinere Probleme auf sozialem Gebiet. Hier könnten wir uns noch zu einem Kompromißkurs bereit finden.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 373*

wesen: „Husák: großes tschechisches Werben, Einladung Zimmermanns nach Prag; Jaruzelski sehr hart (anders als bei Ministerbesuch), J. habe praktisch verlangt, daß BK sich wie Brandt verhalte.“ Vgl. VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

In einer Abschrift handschriftlicher Notizen von Meyer-Landrut vom 18. März 1985 über die Gespräche in Moskau wurden als Äußerungen Jaruzelskis der Hinweis auf „Sanktionen als unfreundlicher Akt“, aber auch die positive Einschätzung der humanitären Hilfe der Bundesrepublik festgehalten. Jaruzelski habe zudem Strömungen in der CDU hervorgehoben, „die Revanchismus, SS-Treffen, Schulbuchkommission (in CDU-Ländern Empfehlungen nicht befolgt), Kriegsverbrecher-Prozesse mit unzureichenden Urteilen zumindest hinnehmen“. Vgl. Referat 214, Bd. 139629.

<sup>13</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 28. Februar bis 2. März 1985 in Spanien auf.

<sup>14</sup> Zum geplanten Referendum über die spanische NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 19, Anm. 9.

<sup>15</sup> Der Passus „Allerdings handele ... nicht existent“ wurde von Legationsrat I. Klasse Erbel hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „So auch Brunner.“

MP González: Letzter Vorschlag der Kommission bedeute Verschlechterung gegenüber vorausgegangenem Vorschlag. Die Belastung, die sich für Spanien aus dem jüngsten Kommissionsvorschlag zu Landwirtschaft und Fischerei ergebe, belaufe sich auf 220 Mrd. Peseten. Natürlich werde es auch Rückflüsse geben. Aber das Problem liege tiefer: Die dem Vorschlag der Kommission zugrundeliegende Analyse der spanischen Wirtschaft sei theoretisch und falsch.

Bei den bevorstehenden Verhandlungen gebe es durchaus Bewegungsmöglichkeiten Spaniens in Richtung auf den Kommissionsvorschlag, ohne daß dieser von Spanien voll akzeptiert werden könne, aber er sehe keine Bewegungsbereitschaft auf seiten der Mitgliedstaaten. Mitgliedstaaten hätten Kommissionsvorschlag distanziert aufgenommen<sup>16</sup>, um Spanien zur Annahme des Vorschlags zu bewegen.

## 2) Konkrete Fragen

### a) Fischerei

MP González: Für die spanische Öffentlichkeit sei eine Übergangsphase bis zum Jahre 2002 unverständlich, wenn gleichzeitig auf dem Gebiet der Industrie nur sieben Jahre vorgesehen seien. Spanische Fischereiflotte sei von 1978 bis heute ohnehin schon von 650 auf 329 Schiffe zurückgegangen. (Frage des Bundeskanzlers: gleich große?) Nur acht Prozent des spanischen Fischfanges erfolge in europäischen Gewässern. Insofern handele es sich mehr um ein politisches als ein wirtschaftliches Problem, weil nämlich, ob acht Prozent oder sechs Prozent, jedenfalls die Mehrzahl der betroffenen Fischer Basken seien. Eine der Fragen sei auch z. B.: Wenn die Fangquoten allgemein in der EG herabgesetzt würden, sei Spanien bereit zu folgen. Aber ebenso müsse Spanien auch an einer Heraufsetzung teilnehmen: Eine Diskriminierung Spaniens in dieser Frage und überhaupt sei für Spanien unakzeptabel.

### b) Olivenöl

MP González: Spanien wolle seine Inflation nicht noch weiter anheizen. Es sei nötig, die Produktion von Olivenöl und auch z. B. bei Wein stärker zu kontrollieren.

### c) Zitrusfrüchte

MP González ging auf Italien und Griechenland kurz ein. Er habe Italiener und Griechen beruhigt, daß Spanien ihre Position auf dem EG-Markt nicht gefährden wolle. Er halte es aber in erster Linie für unakzeptabel, wenn Spanien noch hinter Drittländern wie Israel rangieren solle. Wenn Spanien schlechter als Drittländer behandelt werden solle, wolle es lieber selbst ein Dritter bleiben.

<sup>16</sup> Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete am 14. Februar 1985, die Beratungen der Ständigen Vertreter am 13./14. Februar 1985 über die Vorschläge der EG-Kommission vom 11. Februar 1985 für die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens hätten klar erkennen lassen, „daß Chancen einer Einigung über dieses Paket im AM-Rat am 18./19.2. gering einzuschätzen sind“. So seien die Vorschläge zur Landwirtschaft „für einige MS allenfalls als echtes Schlußpaket gerade noch hinnehmbar, für andere MS auch unter dieser Prämisse kaum akzeptabel“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 477; Referat 410, Bd. 130410.

Auch die EG-Ministerratstagung am 18./19. Februar 1985 erreichte „trotz intensiver Beratungen im ersten Anlauf keine Einigung über von Kom[mission] vorgeschlagenes globales Kompromißpaket über Kernfragen des Beitritts (Landwirtschaft, Fischerei, Soziales)“, das von der Mehrheit der EG-Mitgliedstaaten „als zu weitgehend“ betrachtet wurde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 542 von Poensgen vom 20. Februar 1985; Referat 410, Bd. 130410.

## 3) Stand der spanischen Kontakte mit anderen europäischen Regierungschefs

MP González auf diesbezügliche Frage des BK: Annäherungsversuch mit Franzosen habe stattgefunden. Mitterrand habe verstanden, daß Spanien keine Diskriminierungen akzeptieren könne. Auf dem Gebiet der Fischerei bestünden auf französischer Seite Schwierigkeiten, aber Spanien habe gute Argumente. Auch Craxi habe Verständnis und wolle etwas tun. Gespräch mit PM Thatcher in Moskau am Vortage sei unergiebig gewesen. Craxi und Thatcher rieten ihm dazu, beizutreten und dann weiterzusehen. Der BK sprach sich strikt dagegen aus, Probleme jetzt auszuklammern und auf später zu vertagen, er erklärte unsere Bereitschaft, zu versuchen, hilfreich zu sein, insbesondere das für den Beitritt wesentliche Junktim nicht auszulösen. MP González erkannte die Bedeutung des Junktims an.

## 4) Weiteres Prozedere

Der BK ging davon aus, daß jetzt eine Entscheidung getroffen werden muß, um rechtzeitig den Ratifizierungsprozeß in Gang zu setzen. Man müsse auch daran denken, daß 1986 in Frankreich Wahlkampf sei<sup>17</sup>, bei dem die Fischereifrage eine Rolle spielen könne. MP González betonte, daß 1986 politisch schwierig sein werde und daß zur Regelung der Beitrittsfrage nur laufendes Jahr 1985 zur Verfügung stehe. Er äußerte die Absicht, im Falle eines ergebnislosen Verlaufs der Verhandlungen am 18./19.3. im Anschluß eine Reise in die verschiedenen Hauptstädte zu unternehmen, um die offengebliebenen Probleme zu erörtern. Die Verhandlungen seien reif, man brauche jetzt eine Entscheidung. BK riet zu: Auch bei uns sei MP González immer herzlich willkommen. Er schlage aber in unserem Fall wegen ohnehin positiver deutscher Haltung und Terminproblemen eine telefonische Unterredung vor.

[gez.] Kastl

**Referat 206, Bd. 150997**

<sup>17</sup> Am 16. März 1986 fanden in Frankreich die Wahlen zur Nationalversammlung statt.



## 68

**Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 813**  
**Citissime**

**Aufgabe: 15. März 1985, 17.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 15. März 1985, 16.48 Uhr**

Betr.: Gespräch des BK mit GS Gorbatschow am 14.3.85<sup>2</sup>

1) GS Gorbatschow empfing BK am 14.3.85 zu Gespräch, das 40 Minuten dauerte. Er war lediglich von AM Gromyko und Alexandrow begleitet. Vor sich einen knappen Gesprächszettel, sprach er frei, zupackend, aber nicht ohne Liebenswürdigkeit. Es wurden neben den Glückwünschen des BK zur Wahl des GS<sup>3</sup> zwei Themenkreise angesprochen:

- die beiderseitigen Beziehungen und
- die militärische Sicherheit.

BK lud GS zum Besuch in der BR Deutschland ein. GS sprach Erwartung in künftig breiteren Meinungsaustausch mit BK aus, ohne sich ausdrücklich auf eine präzise Annahme der Einladung festzulegen.

2) Allgemeines

GS dankte BK für sein Kommen zu der Trauerfeier für seinen verstorbenen Vorgänger<sup>4</sup>. BK nannte seine Teilnahme angesichts des hohen Wertes, den er trotz bestehender Widersprüche den guten Beziehungen zwischen beiden Staaten zumesse, eine Selbstverständlichkeit. Im weiteren Verlauf des Gesprächs übermittelte er dem GS seine guten Wünsche zu seiner Wahl. Diese entsprächen unseren tiefsten Überzeugungen. Der neue GS trage auf seinem Posten eine ungeheure Verantwortung, denn auf ihm stünden Entscheidungen über Krieg und Frieden an, wobei der Krieg heute eine Katastrophe wäre.

3) Deutsch-sowjetische Beziehungen

Der GS leitete das Sachgespräch mit dem Hinweis auf den einstimmigen Beschluß des letzten Plenums des ZK der KPdSU ein, die Kontinuität in der Innen- und Außenpolitik der SU fortzusetzen.<sup>5</sup> Es entspreche diesem allgemeinen Kurs, gutnachbarliche Beziehungen mit uns fortzuentwickeln, durch Zusammenarbeit das wechselseitige Vertrauen zu steigern. Dies diene dem Frieden in Europa und in der Welt. Es gebe, so zeige die Erfahrung, ein großes Potential für die Zusammenarbeit, deren Stärkung beiden Völkern von Nutzen sein könne.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 18. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf.

<sup>3</sup> Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt. Vgl. dazu auch Dok. 59.

<sup>4</sup> Konstantin Ustinowitsch Tschernenko.

<sup>5</sup> Am 11. März 1985 fand in Moskau ein außerordentliches Plenum des ZK der KPdSU statt. Der neu gewählte Generalsekretär des ZK, Gorbatschow, gab eine erste Erklärung zu innen- und außenpolitischen Fragen ab, die „noch kein großangelegtes politisches Programm“ enthielt und „ganz auf Betonung der Kontinuität angelegt“ war. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken vom 12. März 1985; Referat 213, Bd. 139327.

Für den Wortlaut der Rede vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 143–148.

Die Erfahrung zeige ferner, daß die Zusammenarbeit nur auf der Grundlage der Achtung der territorialen und politischen Realitäten möglich sei, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen worden seien. Im Moskauer Vertrag hätten sich die SU und die BR Deutschland die Unverletzlichkeit der Grenzen garantiert.<sup>6</sup> Die SU gehe von dieser Grundlage aus und lade uns ein, den Beziehungen einen ebensolchen Charakter zu geben. In den 70er Jahren sei auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem Gebiet viel geleistet worden. Es gebe auch heute reichliche Möglichkeiten für neue Schritte. Es werde über die wirtschaftliche Zusammenarbeit verhandelt, über wissenschaftlich-technische und kulturelle Kontakte: „Wir fördern alles, was für unsere Völker nützlich ist.“

Sie sei bereit, in alle Richtungen sehr weit zu gehen. „Alles hängt von Fragen der Sicherheit ab, die in unseren Beziehungen bestimmend sind.“ (Zu den weiteren Ausführungen des GS s. u. Ziff. 4.)

In seiner Erwiderung erinnerte BK daran, daß GS und er, im Alter nur durch ein Lebensjahr getrennt, der gleichen Generation angehörten und den Krieg noch als Kinder erlebt und Opfer auch in eigener Familie erlitten hätten. Die Aufgabe dieser Generation sei es, die Lehren der Geschichte der heranwachsenden Jugend zu übermitteln. Er, der BK, wisse um geschichtliche Bindungen und Beziehungen. Das Entsetzliche, das im letzten Krieg geschehen sei, bilde nur einen Teil der gemeinsamen Geschichte. Sie umfasse auch reiche, beiderseits befruchtende wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Kontakte. Das Wirken u. a. der Akademie der Wissenschaften habe z. B. vielfältig auf das deutsche Geistesleben ausgestrahlt. Dieses Gemeinsame sei auch ein Auftrag an beide Staaten. Der GS sei kurz vor dem 40. Jahrestages des Endes des Krieges mit Deutschland gewählt worden. Dieser Jahrestag zwingt zu starkem Gedenken an die Vergangenheit. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer gesellschaftlichen Systeme, von deren Richtigkeit jede Seite überzeugt sei und nicht den anderen überzeugen könne, müsse alles verhindert werden, was zur Anwendung von Gewalt führe, denn die Folgen wären schrecklich. Die Helsinki-Schlußakte<sup>7</sup> habe die Weichen richtig gestellt, damit die Völker vernünftig miteinander arbeiteten. Es gebe ferner zwei gedenkwerte Jubiläen: 1) die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch BK Adenauer vor 30 Jahren<sup>8</sup> und 2) die Unterzeichnung Moskauer Vertrags vor 15 Jahren. In diesem Zusammenhang lud BK den GS herzlich zum Besuch in Bundesrepublik Deutschland ein. Die Bundesregierung versuche aus der Geschichte zu lernen und wolle berechenbar sein. Der von seinem Vorgänger<sup>9</sup> abgeschlossene Moskauer Vertrag gelte auch für dessen Nachfolger und binde auch heutige Bundesregierung ohne jeden inneren Vorbehalt. Die wissenschaftlichen und technischen wie kulturellen Kontakte gelte es auszufüllen. Bei kürzlichem Besuch des Stellvertretenden MP Antonow in

<sup>6</sup> Vgl. dazu Artikel 3 des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>8</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vereinbart. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Adenauer und Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 1955; DZD III/1, S. 335–337.

<sup>9</sup> Willy Brandt.

Bonn<sup>10</sup> seien ermutigende Schritte getan worden, um wirtschaftliche Beziehungen zu gemeinsamem Nutzen zu verstärken. Dies sei nicht nur von wirtschaftlichem, es sei auch von hohem politischem Nutzen.

#### 4) Militärische Sicherheit

GS verband in seiner Einführung Qualität beiderseitiger Beziehungen eng mit Frage der Sicherheit (s.o. Ziff. 3). Alles, was auf deutschem Boden in dieser Hinsicht vor sich gehe, beobachte SU sorgfältig und ziehe hieraus ihre Schlußfolgerungen. Er spreche mit aller Offenheit und ohne Diplomatie, sagte GS: Unsere Entscheidung, gemäß den Plänen der US-Administration amerikanische Raketen auf unserem Staatsgebiet zu stationieren<sup>11</sup>, habe SU aufhorchen lassen; die mächtige Vergrößerung nichtnuklearer Rüstung bei uns (Anspielung auf Aufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkungen<sup>12</sup>) habe SU „nicht unbesorgt“ gemacht. Unsere Bereitschaft, uns<sup>13</sup> amerikanischen Plänen für militärische Forschung im Weltraum anzuschließen<sup>14</sup>, steigere noch diese Sorge. Er fragte: „Wohin driftet die Politik des BK?“

In seiner Erwiderung begrüßte BK Offenheit des Gesprächs. Das Thema der Mittelstreckenraketen-Stationierung zu vertiefen, fehle die Zeit. Schon im Juli<sup>15</sup> 1983 habe er GS Andropow klar vor Illusionen gewarnt: Ohne einen Erfolg der Genfer INF-Verhandlungen werde bei uns stationiert.<sup>16</sup> Er habe auf einen solchen Erfolg leider vergebens gehofft. Er sei nunmehr entschlossen, im Bündnis für einen Erfolg der jetzigen Verhandlungen in Genf<sup>17</sup> zu arbeiten. Dabei komme ihm seine enge Beziehung an US und seine Freundschaft zu Präsident Reagan entgegen. GS habe heute eine große Chance, die Dinge voranzubringen, in einem persönlichen Treffen mit Präsidenten<sup>18</sup>, denn dieser seinerseits wolle heutige Chancen nutzen. Er, der BK, hoffe auf ein solches Treffen, das die ungewöhnlich teure Anzahl nuklearer und konventioneller Waffen vermindern helfen könnte. Das hierfür verwandte Geld bräuchten alle für sich selbst wie für Entwicklung der Dritten Welt. Es gelte, nicht von der Propaganda, sondern von der Realität auszugehen. Er jedenfalls hoffe auf eine gemeinsame gute Zusammenarbeit mit GS.

<sup>10</sup> Der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Antonow hielt sich am 21./22. Januar 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 18, Anm. 3.

<sup>11</sup> Nach zweitägiger Debatte über eine Regierungserklärung zum NATO-Doppelbeschluß sprach der Bundestag am 22. November 1983 mit 286 der 512 abgegebenen Stimmen bei 225 Nein-Stimmen und einer Enthaltung seine Unterstützung für die Entscheidung der Bundesregierung aus, „entsprechend ihrer Verpflichtung aus dem zweiten Teil des NATO-Doppelbeschlusses fristgerecht den Beginn des Stationierungsprozesses einzuleiten“. Vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 297, Drucksache Nr. 10/620.

<sup>12</sup> Der WEU-Rat hob am 27. Juni 1984 die letzten Herstellungsbeschränkungen bei konventionellen Waffen für die Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 196.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „sich“.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die sowjetische Bewertung der Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 auf der Internationalen Wehrkundetagung in München; Dok. 54, Anm. 6.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „Juni“.

<sup>16</sup> Im Rahmen eines Besuchs vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR führte Bundeskanzler Kohl am 5. Juli 1983 in Moskau ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 200.

<sup>17</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>18</sup> Zum Vorschlag des Präsidenten Reagan vom 11. März 1985 für ein Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Washington vgl. Dok. 63, Anm. 17.

GS fiel ein und frug rhetorisch, was Realität und was Propaganda, was verantwortungsvoll in der langen Liste der Erklärungen Präsident Reagans und seiner Berater zu jetzigen Genfer Verhandlungen sei? Die USA gingen erstens nicht dorthin, um Vereinbarungen zu treffen, sondern nutzten Verhandlungen als Rauchschleier für verstärkte Rüstungen und verstärktes Muskelspiel. Der Rüstungshaushalt sei auf einem Gipfelpunkt, der Kongreß habe weiteren 21 MX-Raketen zugestimmt<sup>19</sup>, beträchtliche Summen seien für die Weltraumrüstung bereitgestellt<sup>20</sup>, energische Maßnahmen zur Entwicklung qualitativ neuer Waffen im Weltraum eingeleitet. Zum zweiten dienten Genfer Verhandlungen Washington zur besseren Disziplinierung der Verbündeten. Früher habe es im westlichen Bündnis unterschiedliche Auffassungen gegeben, „jetzt steht man stramm“. BK warf ein, er stehe ebensowenig vor Washington stramm, wie er dies vom GS erwarte.

GS erläuterte, die Positionen zu den amerikanischen Weltraumplänen hätten Präsident Mitterrand, Mrs. Thatcher und der BK geändert. Amerikaner wollten sich in Genf als friedliche Macht darstellen, hätten aber keine realen Vorschläge anzubieten. Er ziehe Bilanz: Die sowjetische Führung sei realistisch und nicht einfältig. Sie ziehe ihre Schlüsse nicht auf der Grundlage von Propaganda, sondern aus den Erklärungen und Taten der wichtigsten Staatsmänner des Westens. Abschließend bat er BK, ernsthaft an Fortschritten in Genf mitzuwirken, um Beitrag der Kernwaffen wegzubringen. Dies würde weitere Zusammenarbeit ermöglichen.

BK antwortete, auch wir seien Realisten. Das Wettrüsten sei ökonomischer Wahnsinn, ein Nuklearkrieg die Apokalypse: „Ich will einen Genfer Erfolg und werde meinen vollen Einfluß auf unsere amerikanischen Verbündeten geltend machen.“ Die US hörten auf ihre Verbündeten, wie Madrider KSZE-Folgetreffen<sup>21</sup> bewiesen habe. Die US hätten Madrider Treffen und dessen Erfolg nicht gewollt und seien vor allem unserem Drängen hierauf nachgekommen – eine Voraussetzung für die Stockholmer KVAE.<sup>22</sup> Bei deren Eröffnung (im Januar

<sup>19</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 28. Februar 1985: „Die Administration bemüht sich derzeit intensiv, den Kongreß zur Freigabe der bisher blockierten Mittel für das MX-Programm aus dem Haushaltsjahr 1985 (21 MX-Raketen) zu bewegen.“ Der amerikanische Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger hätten Stellungnahmen vor dem Streitkräfteausschuß des Senats abgegeben, wobei Shultz darauf hingewiesen habe, daß angesichts der sowjetischen Anstrengungen bei Interkontinentalraketen „die amerikanische strategische Triade voll funktionsfähig sein müsse, insbesondere hinsichtlich der Zerstörfähigkeit gehärteter Ziele (hard target kill capability), um der sowjetischen Bedrohung zu begegnen. Das MX-Programm habe auch eine Schlüsselrolle in der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik, die auf militärischer Stärke beruhen müsse. Die MX-Raketen seien keine bloßen Verhandlungsobjekte (bargaining chips), sondern Teil der militärischen Stärke, die die Fähigkeit zu echtem Verhandeln verleihen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1050; Referat 220, Bd. 128644.

Am 4. März 1985 legte Präsident Reagan dem amerikanischen Kongreß „The President's Report on Continuing the Acquisition of the Peacekeeper (MX) Missile“ vor. Für den Bericht vgl. Referat 220, Bd. 128644.

<sup>20</sup> Zu den Haushaltsansätzen für das amerikanische SDI-Programm vgl. Dok. 66, Anm. 12.

<sup>21</sup> Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Zu den Ergebnissen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 223.

<sup>22</sup> Bundesminister Genscher bemühte sich insbesondere in Gesprächen mit dem Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, am 2. Juli 1983 in seinem Privathaus in Wachtberg-Pech sowie in Unterredungen mit dem amerikanischen Außenminister Shultz und Präsident Reagan am

1984) hätten AM Gromyko und Shultz Erklärungen abgegeben<sup>23</sup>, die gute Grundlage für einen Erfolg auch in Genf seien. „Muskeln sind kein Ersatz für Vernunft.“ Es brauche auch das Herz.

GS antwortete, das gegenwärtige militärisch-strategische Gleichgewicht zwischen Ost und West sei die Grundlage für Genfer Verhandlungen. BK verwies daraufhin auf das sowjetische konventionelle Übergewicht in Europa allein an Panzern. GS bestand darauf, daß US, GB und internationale Forschungszentren darin übereinstimmten, daß es heute ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Ost und West gebe. „Warum bremst die ‚BRD‘ nicht die Stationierung der Raketen jetzt, die als Folge der Genfer Verhandlungen ohnehin gekürzt werden sollen? Dies fände bei uns eine günstige Antwort.“

BK äußerte Wunsch nach Fortsetzung des Meinungsaustausches.<sup>24</sup>

[gez.] Kastl

**Referat 213, Bd. 139306**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 380*

11. Juli 1983 in Washington um die Zustimmung zu den Ergebnissen der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 196, Dok. 210 und Dok. 212.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz anlässlich der Eröffnung der KVAE am 17. Januar 1984 in Stockholm vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2084, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 239–243.

Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 18. Januar 1984 in Stockholm vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 245–252.

<sup>24</sup> In der Morgenbesprechung am 15. März 1985 berichtete Staatssekretär Meyer-Landrut, das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, „sei durch ungewöhnliche Schärfe gekennzeichnet gewesen“. Kohl habe „nur mit Mühe versöhnlichen Ton am Ende herbeiführen können. Insgesamt sei es ‚kein Spaß‘ gewesen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vom 15. März 1985; VS-Bd. 11311 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

## 69

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen,  
z.Z. Brasilia, an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 8

Aufgabe: 15. März 1985, 16.00 Uhr

Ankunft: 15. März 1985, 22.19 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit argentinischem Präsidenten Alfonsín am 14.3.<sup>1</sup>  
(Vermerk: Bericht vom BM noch nicht genehmigt)

1) Am Rande der Feierlichkeiten zur Einführung neuen brasilianischen Präsidenten<sup>2</sup> empfing argentinischer Präsident Alfonsín BM in seiner Hotelsuite. Am Gespräch nahmen AM Caputo und argentinischer Botschafter in Brasilia<sup>3</sup> sowie Botschafter Gorenflos und Persönlicher Referent<sup>4</sup> teil.

Nach sehr herzlicher Begrüßung berichtete BM über seinen Besuch in Uruguay.<sup>5</sup> Gespräch wandte sich dann ausschließlich der Lage in Mittelamerika zu.

2) Präsident Alfonsín äußerte Genugtuung, daß eine direkte kriegerrische Auseinandersetzung in Mittelamerika jetzt wohl ausgeschlossen werden könne und das Risiko einer amerikanischen Invasion in NIC gebannt scheine. Eine solche Entwicklung wäre eine Katastrophe gewesen. Die amerikanische Haltung sei aber nach wie vor nicht dazu angetan, die Lage in Mittelamerika zu entschärfen. Der amerikanische Kongreß berate, ob den Contras weiterhin Unterstützung gewährt werden solle. Auch die Hilfe, die für das Heer in Honduras vorgesehen sei, diene dem gleichen Zweck. Die USA versuchten darüber hinaus auch nicht-militärische Leistungen an NIC zu verhindern. Argentinien habe zum Beispiel einen Betrag in Höhe von 50 Mio. Dollar für Mittelamerika bereitgestellt, davon seien 5 Mio. Dollar für Nahrungsmittelhilfe für NIC vorgesehen. Der US-Botschafter<sup>6</sup> habe der argentinischen Regierung gegenüber dies als direkten Angriff auf die USA bezeichnet. Ein ähnlicher Fall habe sich kürzlich bei der In-

<sup>1</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 16. März 1985 in Brasilien auf. Am 14. März führte er ein Gespräch mit dem designierten brasilianischen Außenminister Setúbal, am 16. März 1985 traf er mit Vizepräsident Sarney zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 233 des Botschafters Gorenflos, Brasilia, vom 18. März 1985 sowie den Drahterlaß des Ministerialdirektors Haas vom 18. März 1985 an die Botschaft in Brasilia; Referat 010, Bd. 178896.

<sup>2</sup> Tancredo de Almeida Neves.

Über die Feierlichkeiten am 15. März 1985 berichtete Gesandter Martius, Brasilia, am 18. März 1985: „Die Rückkehr des größten und wichtigsten Landes in Südamerika zur Demokratie war Anlaß für über 100 Regierungen der Welt, mit einer Sonderdelegation bei der Amtseinführung des neuen brasilianischen Präsidenten vertreten zu sein. Die lateinamerikanischen Länder waren meist durch ihre Präsidenten oder Außenminister vertreten, die USA durch VP Bush [...]. Die Feststimmung bei der Amtseinführung wurde getrübt durch die plötzliche Erkrankung und unaufschiebbare Operation des neuen Präsidenten in der Nacht zuvor. Nach nächtlichen Beratungen entschied sich die brasilianische Seite, die Festlichkeiten der Amtseinführung wie geplant durchzuführen, aber mit VP José Sarney allein und ohne die Übergabe der Präsidentenscharpe durch den scheidenden Präsidenten an seinen Nachfolger.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 237; Referat 010, Bd. 178896.

<sup>3</sup> Rafael Vázquez.

<sup>4</sup> Michael Jansen.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 10. bis 13. März 1985 in Uruguay vgl. Dok. 62.

<sup>6</sup> Frank V. Ortiz.

teramerikanischen Entwicklungsbank ereignet, die NIC einen Kredit einräumen wollte, der den Genossenschaften zugute kommen sollte. US-Sicherheitsberater McFarlane habe darauf mit wirtschaftlichen Repressionen gegen die Mitgliedstaaten der Bank gedroht.<sup>7</sup>

Aber auch die Regierung von Nicaragua benehme sich nachgerade infantil. Man müsse den Eindruck gewinnen, daß sie geradezu nach Gründen suche, um die für sie bestimmte Hilfe zu erschweren. Wenn er die Haltung der USA und NIC vergleiche, komme er allerdings zu dem Schluß, daß die amerikanische Haltung von geringerer Klugheit sei. Innerhalb der Regierung von NIC gebe es nach seinen Beobachtungen eine härtere und eine weichere Linie. Er halte Ortega für den Vertreter der weicheren, Innenminister Borge für den Vertreter der härteren Linie. ARG unterstütze nachdrücklich die Contadora-Initiative<sup>8</sup>, die eine wichtige und noble Aufgabe habe. Die USA machten es allerdings allen Gutwilligen schwer. Er sehe es als seine Aufgabe an, die USA zu überzeugen, daß das, was die lateinamerikanischen Staaten zu erreichen suchten, die Sicherheit der USA im Auge hätte. Dies sei das vorrangige Interesse, denn man wolle die SU nicht auf dem Kontinent haben. Die amerikanische Haltung mache es all denen leicht, die einen Sündenbock brauchen.

Zu beachten sei die Rolle, die Fidel Castro spiele und spielen könne. Zum einen sei er, da älter, auch ruhiger geworden, zum anderen sei unverkennbar, daß er wirkliche Angst habe, den Weltfrieden durch seine Handlungsweisen zu gefährden. Castro sei ein natürlicher Alliiertes für eine Lösung des NIC-Problems. Sein Prestige sei nach wie vor sehr bedeutsam. Hier gebe es eine amerikanische und kubanische Interessenkoinzidenz. Castro mache sich heute lustig über die verbalen Revolutionäre und glaube wohl selbst nicht an die Theorie vom Revolutionsexport. Alfonsín propagierte, den Versuch fortzusetzen, den Dialog zwischen NIC und USA in Gang zu bringen. Ebenso wichtig sei der Dialog in El Salvador zwischen Präsident Duarte und den revolutionären Kräften. Entscheidend sei für diese Entwicklung, daß die US-Politik sich ändere. Er glaube, daß eine völlige Entmilitarisierung Mittelamerikas mit Hilfe der OAS ein gangbarer Weg sei, um zu einer Befriedigung dieser Region zu kommen. Dies sei nur möglich, wenn zwei Politiker Übereinstimmung erzielten: nämlich Reagan und Castro. Er wolle dies in Kürze in Washington gegenüber dem Präsidenten vertreten.<sup>9</sup> Er könne dies tun, weil er in den Augen der Administration kein Revolutionär sei, die ihn zwar als zu progressiv einstufe, aber auch wisse, wofür er stehe, nämlich für Demokratie und Freiheit.

BM wies auf die Bedeutung hin, die die Entwicklung der Lage in Lateinamerika für Europa habe, da Europa durch die Übertragung des Ost-West-Konfliktes auf Lateinamerika und das damit betroffene Verhältnis der Großmächte zueinander direkt berührt werde. Er erinnere an die Kubakrise, in deren Verlauf

<sup>7</sup> Zu einer Kreditvergabe durch die Interamerikanische Entwicklungsbank für ein nicaraguanisches Landwirtschaftsprojekt vgl. Dok. 64, Anm. 16.

<sup>8</sup> Zur Friedensinitiative der Contadora-Staaten vgl. Dok. 33, Anm. 14.

<sup>9</sup> Präsident Alfonsín besuchte die USA vom 17. bis 25. März 1985 und führte vom 18. bis 20. März 1985 Gespräche u. a. mit Präsident Reagan in Washington. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2099, S. 89–91.

nicht nur die SU ihre Raketen aus Kuba abgezogen habe, sondern auch die USA Mittelstreckenraketen aus GB, I und Türkei abgezogen hätten.<sup>10</sup>

Was die Entwicklung in NIC angehe, verhehle er nicht, daß die Enttäuschung in D über die ausgebliebene demokratische Entwicklung in NIC groß sei. Die USA täten sich als Supermacht schwer, auf kleinere Länder einzugehen. Er erinnere sich an die Behandlung Portugals in der Zeit vor der Demokratie, als es großer Anstrengungen bedurft habe, Kissinger zu überzeugen, daß Portugal kein kommunistisches Land werde. Er habe damals ein Treffen zwischen Kissinger und dem portugiesischen AM Antunes arrangiert.<sup>11</sup> Kissinger habe danach erkannt, daß es lohne, mit Geduld und Beharrlichkeit auf den kleineren Partner einzugehen.

BM äußerte die Sorge, daß je stärker USA auf Sandinisten einwirkten, desto mehr sich das Volk mit der sandinistischen Führung solidarisiere. Alfonsín stimmt hier lebhaft zu.

BM wies darauf hin, daß Entmilitarisierung Vertrauensbildung bedeute. Mit diesen Fragen, nämlich mit Vertrauensbildung, das heiße dem Abbau von Mißtrauen und der Verifikation von vertrauensbildenden Maßnahmen, sei man in Europa durch die KVAE vertraut. Deshalb empfehle er, auf diesem Wege der Vertrauensbildung alte Bemühungen fortzusetzen. Entscheidend für Mittelamerika sei, daß alle teilnähmen und niemand ausgeschlossen werde. Präsident Alfonsín erklärte, daß der Versuch lohne. Er denke daran, die OAS zu bitten, mit Truppenkontingenten einen Zustand des Friedens in Mittelamerika zu garantieren. Er wisse, daß dies ein sehr schwieriger Weg sei, dennoch müsse er gewagt werden.

3) Der Präsident berichtete über die Probleme im Süden des Kontinents, wo insbesondere in Chile bei der Fortführung der jetzigen Politik die Demokratie auf Dauer nicht mehr möglich werde.<sup>12</sup> Es bestehe die Gefahr, daß die Extremisten auf beiden Seiten die Geschicke bestimmten. Käme es zu einem Wechsel, würden die Ultras in der Opposition die Macht übernehmen. Deshalb müsse der Übergang zur Demokratie jetzt vorbereitet werden und möglichst bald erfolgen.

<sup>10</sup> Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei, aber auch in Italien stationierte Raketen vom Typ „Jupiter“ abzuziehen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283 und S. 285 f., sowie FRUS 1961–1963, XIII, S. 460 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 412, Dok. 413, Dok. 418–421, Dok. 435 und Dok. 455.

<sup>11</sup> Im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 20. Mai 1975 auf Schloß Gymnich regte Bundesminister Genscher ein Treffen mit dem portugiesischen Außenminister Melo Antunes an, der sich vom 19. bis 21. Mai 1975 in der Bundesrepublik aufhielt. Kissinger kam noch am selben Tag mit Melo Antunes auf Schloß Gymnich zusammen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 129.

<sup>12</sup> Zur Situation in Chile führte Referat 330 am 25. März 1985 aus, daß Präsident Pinochet, „in Wagenburgmentalität befangen“, nicht bereit sei, „auf den von Verfassung von 1980 vorgezeichneten Weg der Demokratisierung (Wahlen erst 1989) zu verzichten. Seine Haltung gegenüber den politischen Repräsentanten ist negativ, geringschätzig und von Mißtrauen geprägt.“ Die Opposition sei zersplittert und ohne Konzeption, und der seit 1983 fehlende Dialog beider Seiten werde „von Extremisten, insbesondere linksradikalen Terrorgruppen, aber auch rechtsextremen Gruppen, zu terroristischen Akten ausgenutzt. [...] Repressionsmaßnahmen führen zu Eskalation der gewalttätigen Auseinandersetzung.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 136697.



Auf den Einwurf von BM, daß Chilenen keinerlei Signal für Übergang erkennen könnten, wies Alfonsín auf die widersprüchliche Haltung der USA hin. Motley habe bei seinem kürzlichen Besuch in Santiago widersprüchliche und kontraproduzente Erklärungen abgegeben.<sup>13</sup> Er wisse, daß Motley eine durchaus harte Auseinandersetzung mit Pinochet, aber auch mit der Opposition gehabt habe, aber die amerikanische Strategie sei undeutlich. Für Argentinien stelle sich die Frage, ob Pinochet einen Besuch in Buenos Aires mache. Er selbst sei der Auffassung, daß, falls er kommen wolle, er kommen könne. Er müsse allerdings damit rechnen, daß klar und unverblümt gesprochen werde.

Ein weiteres Problem im Süden des Kontinents sei Bolivien, wo fast anarchische Zustände herrschten, die durch unlösbare soziale Konflikte verursacht worden seien. Er beabsichtige mit dem brasilianischen Präsidenten hierüber zu sprechen, um gemeinsam zu überlegen, wie eine Katastrophe verhindert werden könne, die Bolivien mit den gleichen Problemen konfrontieren werde, wie sie Peru mit den Terroristen des Sendero Luminoso habe.

4) Alfonsín brachte zum Abschluß des Gesprächs Freude darüber zum Ausdruck, daß er im September 1985 zum Besuch in die Bundesrepublik Deutschland komme.<sup>14</sup> Er freue sich auf die erneute Begegnung mit BM.

5) Frage eines gesonderten Termins für Besuch AM Caputo in Bonn kam nicht zur Sprache.

[gez.] Jansen

**Referat 010, Bd. 178896**

<sup>13</sup> Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Motley, hielt sich vom 17. bis 20. Februar 1985 in Chile auf. Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, resümierte am 22. Februar 1985 die „Kernsätze der Erklärungen Motleys“ vor der Presse: „1973 hat das chilenische Volk eine Regierungsform zurückgewiesen, die unserer Hemisphäre fremd ist. Chile [...] hat große Fortschritte gemacht. Die Geschehnisse Chiles liegen in chilenischen Händen, und damit möchte ich sagen, in Händen von Leuten, die Teil der Regierung sind, von Leuten, die an der Politik, der Wirtschaft dem Geschäftsleben teilnehmen wollen.“ Nach seinem Eindruck lägen „die Geschehnisse Chiles in guten Händen“. Zur Entwicklung des demokratischen Prozesses in Chile habe Motley geäußert: „Jedes Land bestimmt seinen eigenen Rhythmus, durch den es zur Demokratie oder Redemokratisierung kommen will“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 51; Referat 330, Bd. 136566.

<sup>14</sup> Präsident Alfonsín besuchte die Bundesrepublik vom 16. bis 18. September 1985. Vgl. dazu Dok. 247.

## 70

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Mubarak in Frankfurt am Main

16. März 1985<sup>1</sup>

Treffen des Bundeskanzlers mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak am Frankfurter Flughafen am Samstag, dem 16. März 1985 um 10.00 Uhr (Vier-Augen-Gespräch)<sup>2</sup>

Der *Bundeskanzler* brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, Präsident Mubarak wiederzusehen.

Präsident *Mubarak* dankte dem Bundeskanzler, daß er Zeit gefunden habe, nach Frankfurt zu kommen.

Präsident Mubarak erläuterte dem Bundeskanzler seine Nahost-Initiative.<sup>3</sup> Er führte dabei aus, es habe sehr starker Einwirkung auf Arafat bedurft, um diesen zur Zustimmung zu bewegen. Er habe Arafat erklärt, wenn es zu keiner Vereinbarung zwischen ihm und König Hussein komme, werde er sich völlig zurückziehen. Schließlich hätte doch eine Vereinbarung erreicht werden können.<sup>4</sup> Es sei wichtig, daß SR 242<sup>5</sup> erwähnt werde und daß nicht von einem unabhängigen palästinensischen Staat, sondern von einer Konföderation die Rede sei. Dies sei praktisch Camp David<sup>6</sup>. Jetzt gelte es, den Schwung zu erhalten. Die USA sollten den Dialog mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation aufnehmen. Die Amerikaner weigerten sich jedoch, mit der PLO zu sprechen. Die neue Konzeption sei eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation, wie dies auch Camp David vorsehe. Er sei gefragt worden, warum man

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 18. März 1985 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, „mit der Bitte um Billigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Teltschik bat außerdem um „Zustimmung, Kopie des Vermerks nach Billigung dem Auswärtigen Amt zu übersenden“.

Hat Schäuble vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

Am 27. März 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, die Aufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert.

Hat Schubert am 27. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Fiedler „m[it] d[er] B[itte] um Übernahme“ verfügte.

Hat Fiedler vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 310, Bd. 149556.

<sup>2</sup> Nach Besuchen in Frankreich am 8. März, in den USA vom 9. bis 13. März und Großbritannien vom 14. bis 16. März 1985 befand sich Präsident Mubarak auf dem Weg nach Italien, wo er am 16. März 1985 in Venedig ein Gespräch mit Ministerpräsident Craxi und dem italienischen Außenminister Andreotti führte.

<sup>3</sup> Zu den Bemühungen des Präsidenten Mubarak um eine Wiederaufnahme von Gesprächen zur Lösung des Nahost-Konflikts vgl. Dok. 48, Anm. 8.

<sup>4</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>6</sup> Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 48, Anm. 11.

nicht von vorneherein die Israelis mit einbeziehe. Dazu sei zu sagen, es werde leichter für Arafat sein, die PLO auf seine Seite zu ziehen, wenn der Dialog zunächst ohne die Israelis stattfinde. Der Dialog ebne den Weg für den nächsten Schritt: unmittelbare Verhandlungen. Er, Mubarak, habe den Amerikanern dargelegt, wie wichtig es sei, jetzt zu handeln. Der Dialog mit einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation werde helfen, die extremistischen Palästinenserkreise zu neutralisieren. Abu Iyad schaffe Arafat große Probleme. Sogar er habe gesagt, wenn die Palästinenser in einen Dialog einbezogen würden, sei er bereit, SR 242 anzuerkennen. Dies, obwohl er gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhalte.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich nach der Reaktion von Präsident Reagan.

Präsident *Mubarak* antwortete, Präsident Reagan habe seine Gedanken weder abgelehnt noch akzeptiert. Die Amerikaner hätten einen Libanon-Komplex. AM Shultz habe nicht nein gesagt. Er sei sehr flexibel gewesen. Jedenfalls werde er weiter mit den USA sprechen und auch mit Peres und der PLO in Kontakt sein. Shultz habe ihn gefragt, wer von den Palästinensern in die gemeinsame Delegation aufgenommen werden solle. Er, Mubarak, habe erklärt, daß darunter natürlich auch PLO-Angehörige seien.

Der *Bundeskanzler* warf ein, man könne die Dinge erleichtern, wenn nicht prominente PLO-Mitglieder als Mitglieder der Delegation benannt würden.

Präsident *Mubarak* bemerkte hierzu, er glaube nicht, daß Arafat dies vorhabe. Der Kontakt der USA mit den Palästinensern sei jedoch sehr wichtig. Er würde helfen, den Terrorismus abzubauen. Die gemäßigten Palästinenser könnten die Extremisten beeinflussen. Wenn die USA sich nicht bewege und es keinen Dialog geben werde, werde der Terrorismus wieder aufleben. Die Syrer, die Libyer und die Sowjets würden die Terroristen dann unterstützen. Nicht nur die Europäer seien dadurch bedroht, sondern auch die USA.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich nach der Haltung von Peres.

Präsident *Mubarak* bezeichnete Peres als flexibel. Peres wolle zwar direkte Verhandlungen. Er, Mubarak, habe ihm jedoch erklärt, er dürfe nicht überziehen. Direkte Verhandlungen seien zwar notwendig, aber zuerst müsse der Dialog stattfinden. Durch den Dialog könnten die extremistischen Kreise neutralisiert werden. Auch ihm habe er dargelegt, daß mit einer neuen Terrorwelle zu rechnen sei, wenn nichts geschehe.

Der *Bundeskanzler* fragte nach den zeitlichen Rahmenvorstellungen Präsident Mubarak. Er stelle diese Frage, weil Präsident Reagan Anfang Mai in der Bundesrepublik Deutschland sei.<sup>7</sup>

Präsident *Mubarak* wiederholte, er habe versucht, die USA zu überzeugen, daß der Dialog hilfreich und notwendig sei. Allerdings sei es unumgänglich, daß in der Delegation auch PLO-Vertreter seien. Arafat könne beeinflußt werden, gemäßigte PLO-Vertreter auszuwählen.

Shultz sei im Gespräch mit ihm nach seinem Eindruck flexibel geworden. Er habe auch im Kongreß erklärt, daß die Chance des Hussein-Arafat-Abkom-

<sup>7</sup> Im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 fand bis zum 6. Mai 1985 ein Besuch des Präsidenten Reagan in der Bundesrepublik statt.

mens genutzt werden müsse, und habe eindringlich auf die Probleme des Terrorismus hingewiesen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob Peres eine positive Haltung einnehmen werde, führte *Mubarak* aus, er sei dieser Meinung.<sup>8</sup> Er habe bereits mit ihm über Sondergesandte gesprochen.<sup>9</sup> Shamir sei sehr schwierig. Die Palästinenser seien zu gewinnen, wenn die USA sich als flexibel erwiesen. Ihnen sei es klar, daß die Sowjetunion ihnen nicht helfen könne.

Er habe auch Shultz gesagt, daß er mit Peres in Kontakt sei. Er könne jedoch den ägyptischen Botschafter erst dann wieder nach Israel schicken<sup>10</sup>, wenn der Rückzug der Israelis aus dem Libanon abgeschlossen sei, wenn Bewegung in die Palästinenser-Frage gekommen sei und wenn die Taba-Frage<sup>11</sup> gelöst sei. Nachdem in der Taba-Frage bisher keine Einigung erzielt werden konnte, müsse jetzt ein Schiedsverfahren eingeleitet werden. Dieserhalb sei er auch mit Peres in Kontakt.

Der *Bundeskanzler* bat Präsident Mubarak, ihn Ende April über den neuesten Stand zu unterrichten. Dann könne er die Frage nochmals mit Präsident Reagan und AM Shultz besprechen. Unser deutsches Interesse sei es, daß die Sache vorankomme, natürlich auf der Grundlage von SR 242. Es müsse Sicherheit für Israel gegeben sein. Für Begin wäre die Lösung dieser schwierigen Fragen sicherlich einfacher gewesen als für Peres. Er hätte eine ähnliche Rolle wie de Gaulle in Algerien spielen können.

Präsident *Mubarak* sagte dem Bundeskanzler Unterrichtung zu und bat ihn, auf die Amerikaner einzuwirken.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß Präsident Mubarak seine Meinung teile, ohne die Amerikaner seien hier keine Fortschritte möglich. Auch die Europäer seien kein Ersatz. Er sicherte Mubarak seine Unterstützung zu und werde auch bei seinen europäischen Partnern diskret werben.

Präsident *Mubarak* bedankte sich und fügte hinzu, auch PM Thatcher habe wie der Bundeskanzler reagiert. Auch sie wolle mit den USA in Kontakt treten.

<sup>8</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, berichtete am 2. April 1985, Ministerpräsident Peres habe in einem Interview mit der arabischen Tageszeitung „Al-Quds“ auf die Frage nach seiner Haltung zu den Friedensinitiativen für den Nahen Osten seinen „Respekt für König Hussein“ erklärt, „dessen Neigung zu vorgezogenen jordanisch-palästinensischen Kontakten mit USA er jedoch nicht teile. Amerikanische Mitwirkung sei willkommen, könne unmittelbare Verhandlungen indessen nicht ersetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 454; Referat 310, Bd. 149610.

<sup>9</sup> In einem Interview am 24. Februar 1985 in Kairo erwähnte Präsident Mubarak, daß ein ägyptischer Sondergesandter zu einem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten nach Rumänien gereist sei, wo Peres vom 20. bis 22. Februar 1985 einen Besuch absolvierte. Ein erneutes Treffen solle in Kürze erfolgen. Vgl. den Artikel „Mubarak Suggests Arab-Israel Talks with U.S. as Host“; THE NEW YORK TIMES vom 25. Februar 1985, S. A 1.

Am 28. Februar 1985 berichtete Botschafter Hansen, Tel Aviv: „Am 26.2. abends bzw. am 27.2. führten MP Peres, amtierender AM Arens, VM Rabin und Weizman jeweils mit zwei nacheinander eingetroffenen Emissären Mubaraks (Osama al Baz und Abdul Halim Badaoui) in Jerusalem Gespräche.“ In Kairo habe der israelische Energieminister Shahal mit Mubarak gesprochen: „Einzelheiten sind bisher nicht bekanntgeworden. Regierungssprecher gab sich ‚ermutigt‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; Unterabteilung 31, Bd. 141107.

<sup>10</sup> Zur Abberufung des ägyptischen Botschafters Murtada aus Israel am 20. September 1982 vgl. Dok. 48, Anm. 10.

<sup>11</sup> Zu den ägyptisch-israelischen Gesprächen über den Status von Taba vgl. Dok. 30, Anm. 3.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich nach der Meinung Präsident Mubaraks zum Iran/Irak-Konflikt.

Präsident *Mubarak* führte aus, es handele sich um einen endlosen Krieg; der Irak sei jedoch in sehr viel besserer Verfassung. Die Moral dort sei sehr gut. Er sehe keinen Grund zur Beunruhigung. Der Irak werde nicht von den Iranern überrannt werden. Der Iran seinerseits wisse genau, daß das Ende des Krieges der Anfang des Endes des Regimes sei. Wenn Khomeini einmal nicht mehr da sei, werde es härteste innere Auseinandersetzungen geben. Die innenpolitische Situation im Iran verschlechtere sich. Die Umsturzgerüchte dauerten an. Zwischen der Nationalgarde und den Streitkräften bestünden erhebliche Spannungen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach der Lage in Libyen bemerkte Präsident *Mubarak*, Libyen lebe in Angst vor Ägypten, weil Ägypten nicht die Grenzen öffnen wolle. Die Libyer interpretierten das so, daß Ägypten etwas gegen Libyen im Schilde führe. Dies sei jedoch nicht der Fall. Man müsse allerdings den Libyern sehr bestimmt gegenüberreten.

Die Lage in Saudi-Arabien verschlechtere sich zwar nicht zusehends, sei jedoch nicht gut.

Der *Bundeskanzler* schilderte dann seine Eindrücke von seinem Besuch in Moskau.<sup>12</sup> Jetzt könne es dort Bewegung geben. Zwar nicht von heute auf morgen; der neue Generalsekretär bleibe in die kollektive Führung eingebunden. Die kollektive Führung sei das Resultat einer vieljährigen Entwicklung. Breschnew sei ja die letzten Jahre sehr krank gewesen. So habe sich die kollektive Führung gerade in seinen letzten Jahren und bei Tschernenko stärker herausgebildet. Gorbatschow sei ein vergleichsweise junger Mann. Er habe ihm den Eindruck von Härte, Intelligenz und Bildung vermittelt. Er argumentiere differenziert. Er ergehe sich nicht in einfachen Propagandafloskeln. Er könne durchaus auch gewinnend wirken. Er glaube, Gorbatschow sei ein kühler Rechner.

Präsident *Mubarak* stimmte dem Bundeskanzler in seiner Bewertung zu. Er sei längere Zeit in der Sowjetunion gewesen.<sup>13</sup> Er halte Gorbatschow für einen starken Mann, der jetzt gefürchtet werde. Zunächst werde er sehr vorsichtig sein, um das Politbüro nicht zu beunruhigen. Es werde ein bis zwei Jahre dauern, bis allmählich Änderungen sich abzeichneten. Wenn er zu schnell handele, werde es ihm ergehen wie Chruschtschow.<sup>14</sup> Aber nach ein bis zwei Jahren werde er Härte zeigen. Erst wenn er seine Leute in den richtigen Positionen hat, werde er handeln.

Das Gespräch endete nach 1 1/4 Stunden.

#### Referat 310, Bd. 149556

<sup>12</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau auf. Zum Gespräch mit dem neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 vgl. Dok. 68.

<sup>13</sup> Mohammed Hosni Mubarak absolvierte 1957 eine Ausbildung an der Militärakademie der Luftstreitkräfte in Moskau und hielt sich zwischen 1959 und 1961 zu weiteren Lehrgängen in der UdSSR auf.

<sup>14</sup> Der Erste Sekretär des ZK der KPdSU und Ministerpräsident Chruschtschow wurde am 14. Oktober 1964 abgesetzt. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 286 und Dok. 291.

## 71

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen an die Botschaft in Washington

VS-NfD

Aufgabe: 18. März 1985, 10.21 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 370

Citissime

Betr.: Gespräch mit US-Vizepräsident Bush in Brasilia am 15. März 1985<sup>2</sup>

I. Am Rande der Feierlichkeiten zur Amtseinführung neuen brasilianischen Präsidenten<sup>3</sup> traf BM mit VP Bush zusammen. Auf amerikanischer Seite nahmen Acting Chief of Staff Boyden Gray, Chief Foreign Policy Advisor Don Gregg, Assistant Foreign Policy Advisor Philip Hughes und Botschafter in Brasilia Asencio teil; auf deutscher Seite neben MD Haas stellvertretender Chef Prot.<sup>4</sup> und Persönlicher Referent<sup>5</sup>.

VP, der BM mit großer Herzlichkeit empfing, wirkte selbstsicher und aufgeräumt. Er beglückwünschte BM zu den Wahlerfolgen in Berlin und im Saarland.<sup>6</sup> Bei dem gut halbstündigen Gespräch wurden folgende Themen behandelt:

- Eindrücke des VP vom sowjetischen Führungswechsel<sup>7</sup>,
- Verhandlungslage in Genf,
- BM-Reise nach Polen,
- Lage in Nicaragua.

## II. Einzelthemen

VP Bush gab Eindrücke wieder, die er bei den Beisetzungsfeierlichkeiten in Moskau<sup>8</sup> gewonnen hatte. Er habe bei Gromyko und Grischin Augenblicke der Rührung bemerkt. Der neue GS habe auf ihn einen positiven Eindruck gemacht.<sup>9</sup>

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirektor Haas mitgezeichnet.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 16. März 1985 in Brasilien auf.

<sup>3</sup> Zur geplanten Amtseinführung des Präsidenten de Almeyda Neves am 15. März 1985 vgl. Dok. 69, Anm. 2.

<sup>4</sup> Erhard Holtermann.

<sup>5</sup> Michael Jansen.

<sup>6</sup> Am 10. März 1985 fanden Landtagswahlen im Saarland und Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Die FDP erreichte im Saarland einen Stimmenanteil von 10 % gegenüber 6,9 % bei den vorherigen Landtagswahlen, in Berlin (West) erhielt sie 8,2 % der Stimmen und steigerte ihren Anteil damit um 2,6 %. Vgl. dazu den Artikel „Wallmann bleibt, Diepgen bestätigt, Lafontaine siegt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. März 1985, S. 1.

<sup>7</sup> Zur Amtsübernahme des neuen Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. März 1985 vgl. Dok. 59.

<sup>8</sup> Am 13. März 1985 fanden die Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, statt.

<sup>9</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz führten am 13. März 1985 in Moskau ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. Botschafter Kastl, Moskau, gab am 16. März 1985 dazu die Information weiter, Gorbatschow habe betont, daß die UdSSR eine „konstruktive Außenpolitik“ verfolge und eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA anstrebe: „In Genf verhandele SU ernsthaft, sei etwas beunruhigt über pessimistische Erklärungen in USA über Erfolgsaussichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 825; Referat 213, Bd. 139327.

Die Art, wie er sich gebe, seine Haltung, sein Lächeln seien durchaus gewinnend. Im Gespräch unpolemisch, habe er die bekannten Positionen vertreten. SDI sei von ihm nicht erwähnt worden. Bush gab den Eindruck wieder, daß es eine Kompatibilität der beiden Persönlichkeiten Gorbatschow und Gromyko gebe. GS wirke selbstbewußt. Die beim Gespräch mit ihm und AM Shultz auf dem Tisch liegende Unterlage habe GS nicht abgelesen. Seine ganze Art und die Tatsache, daß ein neues Gesicht auf der internationalen Szenerie zu sehen sei, führe zu einem positiven Gesamteindruck.

BM bezeichnete Führungswechsel als Chance für Entwicklung der West-Ost-Beziehungen. Um zu einem Erfolg der laufenden Verhandlungen zu kommen, sei eine starke Führung wichtig, da nur sie in der Lage sei, weitreichende Entscheidungen zu treffen. Deshalb sei die Ausgangslage für die Verhandlungen in Genf wie auch bei MBFR in Wien und bei der KVAE in Stockholm günstig. An allen drei Tischen sollte der Westen die Frage der Vertrauensbildung, nämlich Transparenz und Verifikation, in den Vordergrund stellen. Diese werden auch am ehesten von der Öffentlichkeit verstanden. Die SU habe auf diesem Gebiet schlechte Karten. VP fügte hinzu, daß Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle im CW-Bereich Vorläufer einer solchen Entwicklung sein sollten. Jedermann hasse diese schrecklichen Waffen. Hier wolle die Welt am ehesten Fortschritte sehen.

2) Auf Frage VP zeichnete BM ein Bild der Entwicklung des bilateralen deutsch-polnischen Verhältnisses und erläuterte die Gründe für die Absage seines für den Beginn des Jahres geplanten Polen-Besuchs.<sup>10</sup> BM berichtete von seinen Gesprächen mit der polnischen Führung am 6. März, insbesondere über das Zusammentreffen mit MP Jaruzelski.<sup>11</sup> VP zeigte sich an Person des polnischen MP und an der Argumentation vom BM zum Soldatengrab<sup>12</sup> besonders interessiert, da er selbst Soldat im Zweiten Weltkrieg gewesen und sein Flugzeug von japanischer Flak abgeschossen worden sei.

3) BM würdigte sein Gespräch mit Präsident Ortega von NIC, das er kurz zuvor geführt hatte.<sup>13</sup> Das Gespräch sei offen und ohne Umschweife geführt worden. BM machte auf den von Ortega geäußerten Wunsch aufmerksam, mit VP Bush in Brasilia zusammenzutreffen. VP wies darauf hin, daß AM Shultz NIC-Präsidenten erst kürzlich getroffen habe.<sup>14</sup> USA sprächen dauernd mit ihm. Shultz, Motley und andere hätten stundenlang mit ihm diskutiert. Ortega würde aus Treffen mit ihm eine Show machen. Geradezu meisterhaft habe er es

<sup>10</sup> Zur Absage des vom 21. bis 23. November 1984 vorgesehenen Besuchs des Bundesministers Genscher in Polen und zu den Gesprächen über einen neuen Termin vgl. Dok. 25.

<sup>11</sup> Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski und dem polnischen Außenminister Olszowski am 6. März 1985 in Warschau vgl. Dok. 56.

<sup>12</sup> Die polnische Regierung lehnte am 20. November 1984 den Wunsch des Bundesministers Genscher ab, während des Besuchs in Polen einen Kranz an einem deutschen Soldatengrab niederzulegen. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Alternativlösung, die bei Gesprächen am 10./11. Januar 1985 in Warschau über eine Nachholung des Besuchs erörtert wurden, vgl. Dok. 12, Anm. 10.

<sup>13</sup> Für das Gespräch am 15. März 1985 in Brasilia vgl. Dok. 64.

<sup>14</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich anlässlich der Amtseinführung des Präsidenten Sanguinetti am 1./2. März 1985 in Montevideo auf und traf dort mit Präsident Ortega zusammen. Vgl. dazu die Presseerklärung von Shultz vom 2. März 1985; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2099, S. 87 f.

am Vormittag verstanden, bei der Feier der Amtseinführung im brasilianischen Kongreß unter den Augen der Kameras auf ihn zuzugehen und ihn demonstrativ zu begrüßen. In Wirklichkeit sei das, was er vorbringe, alles Quatsch („bullshit“). Man dürfe sich keinerlei Illusionen machen. Sandinisten seien Marxisten-Leninisten, die ein totalitäres Regime in NIC eingeführt hätten, das Kirche und Presse unterdrücke. Man habe gerade erst in Grenada die dort aufgefundenen Papiere eingesehen. Das Ergebnis sei aufschlußreich. Die Unterwanderung der Kirchen habe dem Modell NIC entsprochen. Es lohne sich, diese Papiere anzusehen. Michael Ledeen stehe deutschem Botschafter in Washington<sup>15</sup> hierfür zur Verfügung. Bezeichnend sei auch, daß die auf Grenada getroffenen Nicaraguaner zunächst versucht hätten, sich als Kubaner auszugeben. Auf Frage BM nach Einschätzung der NIC-Führung bezeichnete VP Präsident Ortega als Vertreter einer weicheren Linie. Innenminister Borge sei ein knallharter Marxist-Leninist. Zur Contadora-Initiative<sup>16</sup> äußerte VP sich selbst skeptisch.

4) Zum Abschluß des Gesprächs wies BM auf Besuch MdB Waigel in Washington in den nächsten Tagen hin und bat VP, ihn zu Gespräch zu empfangen.<sup>17</sup> Dabei unterstrich BM politische Bedeutung der Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag und schilderte MdB als alten Freund der USA. VP sagte spontan zu, MdB zu empfangen. Ferner bot er an, bei der Vereinbarung von Terminen auf dem Hill behilflich zu sein.

Es wurde vereinbart, daß genauer Termin zwischen Ministerbüro/AA und Büro VP abgesprochen wird.<sup>18</sup>

Jansen<sup>19</sup>

**Referat 010, Bd. 178896**

<sup>15</sup> Günther van Well.

<sup>16</sup> Zur Friedensinitiative der Contadora-Staaten vgl. Dok. 33, Anm. 14.

<sup>17</sup> Botschafter van Well, Washington, wies am 13. März 1985 darauf hin, daß „der starke Besucherstrom und insbesondere die gegenwärtige Häufung und Überlappung“ es der Botschaft immer schwerer mache, „die von deutschen Besuchern gewünschten Gesprächstermine mit Angehörigen der Administration und teilweise auch im Kongreß zu vereinbaren. Nach der großen Zahl hochrangiger Besucher in der letzten Zeit zeigt sich bei den amerikanischen Gesprächspartnern eine zunehmende Ermüdung.“ Auch Vizepräsident Bush, der stets bereit gewesen sei, Besucher aus der Bundesrepublik zu empfangen, sehe sich inzwischen „mit einer so ungewöhnlich großen Zahl von Gesprächswünschen konfrontiert, daß er sie nicht mehr alle erfüllen kann“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1299; VS-Bd. 12988 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Waigel, hielt sich vom 19. bis 24. März 1985 in den USA auf. Am 20. März 1985 traf er mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush zusammen, der über seine Eindrücke von den Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sowie mit Bundeskanzler Kohl am 13. März 1985 in Moskau berichtete und sich zur Lage in Mittelamerika äußerte. Zur strategischen Verteidigungsinitiative führte Bush aus, „daß SDI vor allem auch eine moralische Komponente habe, nämlich über die längere Sicht von der schrecklichen Doktrin der gegenseitigen Vernichtungsdrohung wegzukommen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1476; Referat 213, Bd. 139347.

<sup>19</sup> Paraphe vom 18. März 1985.



## 72

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-11328/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1385

Aufgabe: 18. März 1985, 17.06 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 18. März 1985, 23.40 Uhr

Betr.: CIA-Studie zur deutschen Exportpolitik

Bezug: DB Nr. 1231 vom 8.3.1985<sup>2</sup>

1) Under Secretary Schneider bat mich am 15.3. in das DoS<sup>3</sup> und überreichte mir ein Exemplar der Studie über „The Federal Republic of Germany as a Soviet bloc target for high-technology acquisitions“ mit der Bitte um Weiterleitung.<sup>4</sup> Nach den Indiskretionen im Stern<sup>5</sup> und der Washington Post (Jack Anderson Artikel<sup>6</sup>) hatten StS von Würzen und MD Ungerer bei ihren Besuchen in Washington<sup>7</sup> sowie die Botschaft um Herausgabe der Studie gebeten und zugleich auf den Schaden hingewiesen, der durch solche Indiskretionen eintreten kann.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Ungerer am 22. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Loeck und Referat 421 vermerkte: „Die Zahlen kann ich nicht beurteilen. Die Vorwürfe scheinen mir berechtigt. Was wollen wir tun, um zu einer Kontrollstrategie zu kommen? Bitte! Rücksprache!“

Hat Loeck am 12. April 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Entsprechend Absprache mit D 4 bitte in Vorbereitung des Gesprächs 25.4. einbeziehen.“

Hat Loeck erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die außenpolit[ischen] Linien sind in einer Grundsatz-Aufzeichnung vom 18.4. enthalten.“ Vgl. dazu Anm. 8.

<sup>2</sup> Botschafter van Well, Washington, kündigte an, „Under Secretary Schneider werde in der kommenden Woche Wirtschaftsgesandten einbestellen, um ihm die CIA-Studie zu den deutschen Exportkontrollen zu übergeben und in einigen Punkten zu erläutern“. Vgl. Referat 424, Bd. 135931.

<sup>3</sup> Department of State.

<sup>4</sup> Für die von der Botschaft in Washington am 19. März 1985 übermittelte Studie vgl. VS-Bd. 13725 (421).

<sup>5</sup> Die Wochenzeitschrift „Stern“ informierte, daß der amerikanische Geheimdienst CIA sich in einer vertraulichen Studie darüber beklage, „daß Bonn zuwenig tut, um Moskau von der begehrten Computer-Technologie abzuschneiden“. Vgl. den Artikel „Schlechte Noten von den CIA-Schnüfflern“; STERN, Nr. 1 vom 27. Dezember 1984, S. 96–98.

<sup>6</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 28. Januar 1985 von zwei „in Überschrift und Inhalt unserem Ansehen abträglichen Artikeln“ in der Tageszeitung „The Washington Post“. Darin erkläre der amerikanische Journalist Anderson „unter Berufung auf einen ‚geheimen‘ Bericht der CIA an den Nationalen Sicherheitsrat [...] die BR Deutschland zum ‚schlimmsten Sicherheitsrisiko des Westens‘ aufgrund ihres Umgangs mit High Technology Exporten in die SU.“ Anderson schreibe, „es werde Jahre dauern, bis die ‚massiven Abflüsse militärisch nützlicher Technologie‘ aus Westdeutschland in die SU gestoppt seien, weil die Westdeutschen einfach nicht den hochprofitablen High-Tech-Export abbrechen wollen“. Die Deutschen machten nur Lippenbekenntnisse zur Exportkontrolle solcher Güter und hätten sich wiederholt COCOM-Versuchen widersetzt, den Handel mit diesen Gütern einzuschränken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 469; Referat 424, Bd. 135931.

Für den Wortlaut der Artikel „High-Tech Leaks“ und „Germany is West's Worst Security Risk“ vgl. THE WASHINGTON POST vom 27. Januar 1985, S. C 7, bzw. THE WASHINGTON POST vom 28. Januar 1985, S. B 32.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Ungerer hielt sich vom 21. bis 24. Januar 1985 in den USA auf. Aus einem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Handelsministerium, Archey, am 24. Januar 1985 berichtete Botschafter van Well, Washington, am 27. Januar 1985, Archey habe Ungerer darauf angesprochen, daß die „Bundesrepublik Deutschland nach wie vor an erster Stelle unter den Staaten, in denen illegale Exporteure operierten“, rangiere. Vgl. den Drahtbericht Nr. 432; Referat 424, Bd. 135931. Zum Aufenthalt von Ungerer in den USA vgl. auch Dok. 14, Anm. 26.

Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, besuchte die USA vom 27. bis 31. Ja-

Auf meinen Hinweis, daß es sich bei den Veröffentlichungen um „einen Schlag unter die Gürtellinie“ gehandelt habe, betonte Schneider, die Untersuchungen über die Hintergründe der Indiskretionen liefen noch. Die Studie sei weiterhin vertraulich zu behandeln. Es würden auch über andere Länder solche Untersuchungen zu Exportkontrollproblemen gemacht mit dem Ziel, einen Austausch von Informationen („intelligence sharing“) zwischen Experten zu ermöglichen. Es ginge dabei nicht darum, irgendeinen Partnerstaat besonders herauszustellen („to single out“). Das ursprüngliche Dokument, welches den Indiskretionen zugrunde gelegen hätte, sei ein nicht freigegebenes Papier der Arbeitsebene („uncleared staff paper“) gewesen und hätte einige Irrtümer enthalten. Die USA seien daran interessiert, unsere Ansichten zum Inhalt der Studie zu erfahren und würden einen Meinungsaustausch unter Spezialisten begrüßen. Schneider bemühte sich sichtlich, die politische Brisanz der Studie und ihrer Begleitumstände mit Höflichkeit und Verständnis herunterzuspielen, zugleich jedoch einen Dialog über ihren Inhalt zu ermöglichen.

2) Die Studie (Stand 1.1.1984) beschreibt eingehend die Bundesrepublik Deutschland als „führendes sowjetisches Zielobjekt unter den COCOM-Verbündeten der USA für illegale Technologietransferaktivitäten“.<sup>8</sup> Sie erwähnt für den Zeitraum von 1966 bis Mitte 1982 insgesamt 493 dokumentierte Fälle ungenehmigter Technologietransfers in die SU. Hiervon entfielen allein 243 auf die Bundesrepublik (die damit eine Spitzenstellung einnimmt; auf das an zweiter Stelle liegende Japan entfallen 85 illegale Transfers). Die Studie erwähnt, daß es sich in der Mehrzahl der Fälle um US-Technologien handelte. Die USA selbst sind in der Aufstellung nicht erfaßt.

Bislang seien die deutschen Kontrollen bei Anerkennung zunehmender Sensibilisierung der deutschen Behörden noch unzureichend. Es werde zu sehr passiv und reaktiv, d.h. erst auf Hinweise von dritter (insbesondere amerikanischer) Seite, gehandelt. Noch sei keine eindeutige Kontrollstrategie zu erkennen. Die Kontrollbehörden litten unter Personalmangel. Es werde noch mehrere Jahre dauern, ehe es in den Bereichen des illegalen Handels und der Umgehungs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 393*

nuar 1985. Zu den Gesprächen über Technologietransfer teilte van Well am 1. Februar 1985 mit, im Mittelpunkt habe der Vorschlag einer ständigen militärischen Beratergruppe im COCOM gestanden, wobei Würzen hervorgehoben habe, „die Frage einer wirksamen Verhinderung des Exports militärisch-strategisch relevanten Materials in den Ostblock dürfte nicht auf die Frage der ‚Military Advisory Group‘ reduziert werden. Schließlich seien sich beide Seiten einig, daß in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden seien, die belegten, daß COCOM funktioniere.“ Würzen habe zudem gebeten, die in den Artikeln des Journalisten Anderson erwähnte CIA-Studie zugänglich zu machen, „um die Vorwürfe überprüfen zu können“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 579; Referat 424, Bd. 135931.

<sup>8</sup> In einer Zusammenfassung der CIA-Studie legte Legationsrätin I. Klasse Mebus am 18. April 1985 dar, die Studie sehe die „Exportabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ihre industrielle, technologische und finanzielle Kapazität in Verbindung mit ihrer geographischen und deutschlandpolitischen Situation“ als Grund dafür, daß sie ein besonders interessantes „Zielobjekt für den illegalen [Technologie]T[ransfer] in den Sowjetblock“ sei. Weiter werde ausgeführt: „Die gesetzliche und organisatorische Grundlage für eine effektive Kontrolle des TT in der Bundesrepublik sei unzureichend. Das AWG enthalte zahlreiche Schwachstellen der Exportkontrolle, insbesondere sei das Erfordernis von Endverbleibserklärungen bei strategischen und COCOM-relevanten Gütern nicht ausreichend geregelt und beständen erhebliche Unklarheiten im Bereich der dual use items. Die Strafverfolgung entsprechender Vergehen sei äußerst milde und werde selten praktiziert.“ Vgl. VS-Bd. 13725 (421); B 150, Aktenkopien 1985.

geschäfte zu gewichtigen Verbesserungen kommen könne. Die deutsche Öffentlichkeit müsse gezielt auf die illegalen Handelsmechanismen aufmerksam gemacht werden. Gemischte Unternehmen, im gemeinsamen Eigentum von Ostblock- und westdeutschen Firmen stehend, sowie die Zollfreihäfen bzw. entsprechende Läger in der Bundesrepublik stellten ein besonderes Problem dar.<sup>9</sup> Am Ende der einleitenden Zusammenfassung der Studie wird in einem wohl nachträglich hinzugefügten Absatz festgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland als ernsthafter Partner im COCOM das Konzept der Begrenzung des Transfers militärisch signifikanter Technologien an die SU unterstütze. Dennoch sei die Regierung Kohl weiterhin an verstärktem Handel mit der SU interessiert, lehne Handelsembargos aus politischen Gründen ab und sei gegen amerikanische Versuche extraterritorialer Kontrollausübung gegenüber deutschen Töchtern amerikanischer Firmen eingestellt.

3) Ich habe das Treffen mit Under Secretary Schneider auch dazu benutzt, um im Hinblick auf die im Kongreß wieder angelaufenen Bemühungen um die Novellierung des Export Administration Acts<sup>10</sup> (vgl. DB Nr. 1097 vom 1.3.1985 – WI 1-410.53<sup>11</sup>) auf die bekannten Besorgnisse der EG-MS (Extraterritorialität, retroaktive Eingriffe in bestehende Verträge, Importsperrern) hinzuweisen. Schneider meinte, es würde im Kongreß noch manches Hin und Her zu dieser Frage nicht nur wegen der Südafrikaproblematik geben. Die Administration werde sich bemühen, Störungen für den Handel wie die Allianz möglichst zu vermeiden. Notfalls gäbe es das Veto des Präsidenten<sup>12</sup>. Die Botschaft wird trotz

<sup>9</sup> Der Passus „Bislang seien .... Problem dar“ wurde von Ministerialdirektor Ungerer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorwürfe.“

<sup>10</sup> Zum amerikanischen „Export Administration Act“ von 1979 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann der Botschaft in London am 5. April 1983 mit, daß er der amerikanischen Regierung die Befugnis einräume, „den Export amerikanischer Güter und Lizenzen auch außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets zu kontrollieren“. Das Gesetz laufe am 30. September 1983 aus, und die Beratungen im amerikanischen Kongreß über seine Änderung oder Verlängerung hätten im März begonnen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 131; Referat 411, Bd. 131185.

Am 13. März 1984 berichtete Botschafter Hermes, Washington, das Repräsentantenhaus und der Senat hätten am 27. Oktober 1983 bzw. am 1. März 1984 jeweils eigene Entwürfe für einen revidierten „Export Administration Act“ eingebracht, so daß in Kürze ein Vermittlungsausschuß zusammentreten werde. Offen sei „angesichts wesentlicher Unterschiede in der Gestaltung der Exportkontrollen“, ob und wann ein neuer Gesetzestext zustande komme: „Hinzu kommt, daß House- und Senat-Fassungen deutlich hinter der von der Administration gewünschten umfassenden Ermächtigung zu Kontrollmaßnahmen zurückbleiben (nur sehr beschränkte bzw. keine Eingriffe in bestehende Verträge, nur bedingte Importsperrere) und gleichzeitig neue Kontrollmaßnahmen im Nuklearbereich (u. a. gegen China gerichtet) und gegen Südafrika (Handel und Investitionen nur bei Aufgabe der Rassendiskriminierung durch betreffende Firmen in Südafrika) vorsehen.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 424, Bd. 135850.

Botschafter van Well, Washington, teilte am 5. Oktober 1984 mit, der Vermittlungsausschuß habe sich am Vortag „sine die vertagt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4270; Referat 424, Bd. 135850.

<sup>11</sup> Botschafter van Well, Washington, legte am 1. März 1985 dar, daß am Vortag der Unterausschuß für internationale Wirtschaft und Handel im amerikanischen Repräsentantenhaus die Beratungen über die Novellierung des „Export Administration Act“ von 1979 wiederaufgenommen habe: „Dabei wurde der bereits am 11.10.1984 vom Repräsentantenhaus verabschiedete Text mit zwei wesentlichen Streichungen bestätigt: Die Sanktionen gegen Südafrika und die Regelungen zum Nuklearexport wurden herausgenommen und sollen in andere Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.“ Mit der Herausnahme der Sanktionen gegen Südafrika sei auch für den Senat „das Element entfallen, das die Verabschiedung des Gesetzes im Oktober 1984 verhindert hatte“. Vgl. Referat 424, Bd. 135883.

<sup>12</sup> Ronald W. Reagan.

dieser bewußt beruhigenden Stellungnahme Schneiders die weitere Entwicklung beim EAA genau verfolgen.<sup>13</sup>

[gez.] van Well

VS-Bd. 13725 (421)

## 73

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

201-363.17/1-681/85 geheim

19. März 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: NATO-Übung WINTEX-CIMEX 85 vom 26.2. bis 13.3.1985<sup>4</sup>;  
hier: Nukleare Phase

#### I. Zusammenfassung

In WINTEX 85 setzte sich die positiv zu bewertende Entwicklung fort, die von einem nuklearen Ersteinsatz auf dem Gefechtsfeld wegführt. Demgegenüber ist kritisch zu bewerten, daß eine gleichgewichtigere Verteilung der Ersteinsatzziele unter stärkerer Heranziehung der östlich und südlich der DDR gelegenen WP-Staaten auch in WINTEX 85 nicht zu erreichen war. Wir werden dies mit den Nuklearstaaten aufzunehmen haben.

<sup>13</sup> Am 28. Juni 1985 informierte Botschafter van Well, Washington, über die Verabschiedung des „Export Administration Act“ von 1985 durch den amerikanischen Kongreß: „Mit der Unterschrift des Präsidenten ist in Kürze zu rechnen. Das Gesetz bleibt für vier Jahre in Kraft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3253; Referat 424, Bd. 135883.

Der Wortlaut des am 12. Juli 1985 von Präsident Reagan unterzeichneten Gesetzes wurde am 18. Juli 1985 von der Botschaft in Washington übermittelt. Für den „Export Administration Act of 1979 as amended in 1985“ vgl. Referat 424, Bd. 135883.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 13. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 14. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 15. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. März 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat von Arnim teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 20. März 1985 mit, die NATO-Übung WINTEX-CIMEX 85 sei „nach dem ersten Eindruck von AA, Chef BK, BMI und BMVg sehr erfolgreich verlaufen. Es konnten neue Erkenntnisse für die Verbesserung der in Krise und Krieg erforderlichen Verfahren gewonnen werden.“ Das Szenario sei „für eine Gesamtverteidigungsübung gut geeignet“ gewesen: „Die Teilung in zwei Phasen gestattete in der ersten Phase den maritimen Oberbefehlshabern, ihre Verfahren zur Verteidigung Europas zu üben; der politischen Seite, Krisenmanagement als Synthese von politischen und militärischen Maßnahmen zu erproben; in der zweiten Phase allen Beteiligten die Erprobung der Verfahren im Kriege, wobei erstmals in der Bundesrepublik Deutschland auch die zivile Seite mitspielte; die Durchführung der für uns besonders wichtigen Konsultation über die Freigabe des Einsatzes von Nuklearwaffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2331; VS-Bd. 11853 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

II. 1) Nach einer ersten Übungsphase, die gekennzeichnet war von politischen Spannungen und der durch sie ausgelösten militärischen Verstärkung Europas durch US und GB, griff Orange zu Beginn der zweiten Phase die Blau-Allianz<sup>5</sup> auf ganzer Breite von Nordnorwegen bis zur Türkei hin an. Vom ersten Tage an setzte Orange massiv chemische Waffen insbesondere gegen die Luftverteidigung, Flughäfen und nukleare Einsatzmittel in der Bundesrepublik Deutschland ein. Hohe Opfer und sehr schnelle Abnutzung der Luftverteidigungs- und Luftangriffskapazität von Blau waren die Folge. Diese Angriffe mit C-Waffen setzten sich an den nächsten Tagen fort, ab viertem Kampftag auch gegen unsere Truppen im Feld. Die grenznahe Verteidigungslinie konnte im Bereich Europa-Mitte weitgehend gehalten werden. Am fünften Kampftag zeichnete sich dann eine baldige Erschöpfung der blauen Streitkräfte ab, die ihre Reserven bis auf eine US-Division voll eingesetzt hatten. Die Vorräte an wichtigen Munitionsarten (Panzermunition, Panzerabwehr- und Luftabwehrraketen) waren weitgehend aufgebraucht, die Gefechtseinsätze der Luftwaffe auf rund ein Viertel der Ausgangskapazität reduziert. Demgegenüber hatten auf Seiten von Orange über 20 Divisionen der zweiten Staffel noch nicht in den Kampf eingegriffen.

In dieser Lage setzte Blau am sechsten Kampftag Kernwaffen gegen Ziele in Orange, der DDR, ČSSR, Polen, Ungarn und Bulgarien ein. Mit Ausnahme von zwei tschechischen Einheiten waren die Ziele ausnahmslos Einrichtungen der Orange-Truppen. Die zweite Übungsphase endete am siebenten Tag in dem Augenblick, in dem Orange ein Angebot zum Waffenstillstand und zur Deeskalierung übermittelte, das nicht mehr auf seine Tragfähigkeit überprüft werden konnte.

2) SACEUR<sup>6</sup> beantragte den Einsatz von Kernwaffen in der Absicht, Orange ein politisches Signal der Verteidigungsbereitschaft von Blau zu übermitteln und damit zur Beendigung des Krieges und zur Aufgabe zu bewegen. Die Terminierung des Kernwaffeneinsatzes ergab sich aus seiner Zweckbestimmung als politisches Signal; als solches werde es nur dann verstanden, wenn es vor der Erschöpfung der eigenen Kräfte erfolge. SACEUR ging ferner davon aus, daß der rücksichtslose C-Waffen-Einsatz die hohe Risikobereitschaft von Orange erkennen lasse. Politischer Effekt sei deswegen nur mit einem umfangreichen nuklearen Ersteinsatz zu erzielen, der auch das Gebiet von Orange mit einbeziehe. Um Kollateralschäden möglichst zu vermeiden, waren keine Bodendetonationen und keine Angriffe auf C-Waffenlager vorgesehen.

3) Im Konsultationsverfahren erkannten alle Partner die Notwendigkeit des Ersteinsatzes und die Berechtigung der von SACEUR geltend gemachten Gründe an. Mit Ausnahme der Kernwaffenstaaten sprachen sich allerdings alle dafür aus, den Umfang des Einsatzes zu überprüfen. Wir kritisierten darüber hinaus die unausgewogene Verteilung der Ziele auf die Gebiete der Mitglieder des Orange-Blocks. Insbesondere die starke Konzentration auf die DDR (gleiche Größenordnung wie Orange und etwa doppelt so hohe Kollateralschäden), die dem deutschen Volk ein Übermaß an Auswirkungen der Eskalation aufbürde, bezeichneten wir als nicht akzeptabel. SACEUR blieb bei seiner Anforderung; die

<sup>5</sup> Bei NATO-Manövern firmierten die Mitgliedstaaten des Bündnisses als „Blau“, die Gegenseite als „Orange“.

<sup>6</sup> Bernard W. Rogers.

USA nahmen ihrerseits zwei sowjetische Ziele in der DDR mit den höchsten Kollateralschäden von der Genehmigung aus, ohne damit unserer Forderung voll zu entsprechen. Ein weiterer Teil der vorgesehenen Angriffe konnte wegen kampfbedingten Ausfalls der Trägermittel nicht ausgeführt werden.

Die Konsultation über einen nuklearen Folgeeinsatz durch Blau wurde durch SACEUR eingeleitet, aber nicht durchgespielt. Auch in SACEURs Vorschlag für den Folgeeinsatz war die DDR weit überproportional einbezogen, und auch in diesem Fall haben wir nachdrücklich Einspruch erhoben.<sup>7</sup>

### III. Bewertung

1) Die Provisorischen Politischen Richtlinien für den Kernwaffeneinsatz (PPG)<sup>8</sup> sprechen sich in einer Abwägung des erwünschten politischen Effekts auf den Angreifer gegen die möglichst zu vermeidende Eskalationswirkung dafür aus, das Heimatgebiet der UdSSR von einem Ersteinsatz auszunehmen. Entgegen diesen Richtlinien hat SACEUR bei WINTEX 85 erstmals in einer NATO-Übung die Einbeziehung des Orange-Heimatlandes in einen Ersteinsatz gefordert und dafür eine signifikante Größenordnung (rd. 30 % der Ziele) vorgesehen. Dies ist ein weiterer Schritt in einer Entwicklung, die mit dem vorgesehenen Einsatz auf dem Gefechtsfeld – also auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland – begann und nach unserer immer wieder vorgetragenen Forderung zu einem Ersteinsatz von unmißverständlich politischem Charakter führen soll. Auch der völlige Verzicht auf Bodendetonationen (z.B. gegen gehärtete Befehlsstände) und auf Einsätze gegen C-Waffenlager stellen einen Fortschritt in diesem Sinne dar.

2) Bei der regionalen Verteilung der Ziele auf die Pakt-Staaten außer Orange brachte WINTEX 85 keine Fortschritte.

SACEUR hat die Konzentration von Nuklearangriffen gegen die Frontflugplätze in der DDR nicht begründet. Doch ist anzunehmen, daß er ein Gegengewicht gegen die mit chemischen Waffen durchgeführte massive Abnutzung der Luftkapazität von Blau schaffen wollte.

Hierzu ist anzumerken, daß das Übungsziel (Durchspielen der zweiten Phase vom Angriff durch Orange bis zum nuklearen Gegenschlag durch Blau in sechs Tagen) ein unrealistisches Szenario mit massiven und fortgesetzten C-Waffeneinsätzen zur Folge hatte.

Auch ein solches Szenario rechtfertigt nach unserer Auffassung nicht, daß überwiegend dem deutschen Volk Opfer auferlegt werden: einmal durch den massiven Einsatz in der DDR, zum anderen durch einen möglichen sowjetischen Ge-

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat Neubert merkte am 21. März 1985 an, daß die „personelle und materielle Ausstattung des Auswärtigen Amtes“ während der NATO-Übung WINTEX-CIMEX 85 zu unzureichend gewesen sei, um seine Rolle „im Kreis der anderen Ressorts und die außenpolitischen Belange der Bundesregierung im Bündnis angemessen zum Tragen zu bringen. WINTEX scheint in weiten Bereichen des Auswärtigen Amtes als eine bessere Kindergartenveranstaltung betrachtet zu werden, die dementsprechend personell wie materiell nur eine stiefmütterliche Wahrnehmung erfordert. Ich halte dies für einen gravierenden Irrtum, der die politischen Dimensionen dieser Veranstaltung völlig verkennt.“ Die Bundesministerien der Verteidigung und des Innern sowie das Bundeskanzleramt hätten mit sehr viel mehr Personen teilgenommen. Vgl. VS-Bd. 11853 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Zu den am 3. Dezember 1969 in Brüssel verabschiedeten „Vorläufigen politischen Richtlinien für den möglichen Ersteinsatz nuklearer Waffen durch die NATO“ vgl. Dok. 5, Anm. 11.

genschlag, der wohl überproportional die Bundesrepublik Deutschland treffen würde.

3) Das Übungsverhalten der Partner läßt nur beschränkte Schlüsse auf die im Ernstfall von ihnen zu erwartenden Entscheidungen zu. Doch dürfte der Ablauf der Übungen sich in gewissen Grenzen auf die Fortentwicklung der NATO-Einsatzdoktrin auswirken. Dies ist wegen der laufenden Überarbeitung der nuklearen Einsatzrichtlinien (Zusammenfassung in „Allgemeinen Politischen Richtlinien“) <sup>9</sup> von besonderer Bedeutung. Wir müssen versuchen, dabei die in den WINTEX-Übungen erreichte und positiv zu bewertende Fortentwicklung von einem Ersteinsatz auf dem Gefechtsfeld hin zur Einbeziehung sowjetischen Gebiets durch eine Änderung der PPG nachzuvollziehen. Zugleich müssen wir – entgegen der Übungspraxis – eine gleichgewichtigere Verteilung der Erstschlagsziele unter stärkerer Heranziehung von Zielen in den östlich und südlich der DDR gelegenen WP-Staaten erreichen. <sup>10</sup>

Da SACEUR mit einer Vielzahl nationaler Voten konfrontiert ist, werden wir uns mit Interventionen auf hoher Ebene vor allem an die Nuklearstaaten zu halten haben. Referat 201 wird in Abstimmung mit BMVg Vorschläge für Ihre Gespräche mit den Außenministern der USA <sup>11</sup> und Großbritanniens <sup>12</sup> am Rande der NATO-Frühjahrskonferenz (5./7.6.) <sup>13</sup> vorlegen.

i. V. Braunmühl

**VS-Bd. 11852 (209)**

<sup>9</sup> Zu den Arbeiten an „General Political Guidelines“ (GPG) für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO führte Ministerialdirigent Schauer am 26. Juli 1985 aus, daß 1975 mit der Entwicklung solcher Richtlinien begonnen und „1982 ein zweiter überarbeiteter Entwurf von der NPG-Stabsgruppe vorgelegt“ worden sei. Die Arbeiten seien dann eingestellt und 1984 wieder aufgenommen worden. Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 11./12. Oktober 1984 in Stresa habe dafür u. a. folgende Rahmenbedingungen festgelegt: „unangetastete Gültigkeit der MC 14/3 und ebenso der Richtlinien für nukleare Konsultationen; vorgegebene Zielsetzung und Rahmen durch frühere Ministerbeschlüsse; [...] GPG-Entwurf 1982 als gute Grundlage.“ Die Arbeit gehe – auch durch Vorarbeiten der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA – zügig voran; noch in Bearbeitung sei aber das zentrale Kapitel über „Selective use“, bei dem es auch unterschiedliche Vorstellungen der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA gebe. Vgl. VS-Bd. 12033 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Ministerialdirigent Schauer legte am 29. März 1985 dar, daß während der NATO-Übung WINTEX-CIMEX 85 „die militärischen Maßnahmen einseitig in den Vordergrund des Übungsgeschehens“ gerückt seien und so „die Chance, vermittelt einer dosierten Abfolge von Zeichen der Stärke und Entschlossenheit einerseits und politischen Initiativen andererseits Krisenmanagement zu erproben“, nur begrenzt habe genutzt werden können. Jedoch habe sich das Auswärtige Amt darum bemüht, „den Primat der Politik bei der Krisenbewältigung zur Geltung zu bringen“, und es habe „mehrfach mit Erfolg darauf gedrungen, daß militärische Maßnahmen nur im Rahmen des Selbstverteidigungsrechts gestattet werden; SACLANT hat dieser Ansicht letztlich zugestimmt. Diese Zustimmung ist für die im Bündnis derzeit stattfindenden Gespräche über eine Neufassung der Einsatzrichtlinien von großer Bedeutung.“ Vgl. VS-Bd. 11853 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> George P. Shultz.

<sup>12</sup> Geoffrey Howe.

<sup>13</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

## 74

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

214-542.40 RUM-307/85 VS-vertraulich

20. März 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Deutsche in Rumänien;  
hier: Aussiedlung

Bezug: Ihre Gespräche in Bukarest vom 12.–14.2.1985<sup>4</sup>Anlg.: 3<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu dem Vorschlag, im Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler und sodann mit den BM des Inneren<sup>6</sup> und der Finanzen<sup>7</sup> eine Entscheidung über eine beschleunigte Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien herbeizuführen und hierfür die materiellen Voraussetzungen zu schaffen (im einzelnen Ziff. IV).

I. 1) Ihr Gespräch mit Staatspräsident Ceaușescu am 13.2.1985 in Bukarest (Gesprächsprotokoll s. Anlage) hat die Perspektive für eine Erhöhung der jährlichen Zahl der ausreisenden Rumäniendeutschen eröffnet. Ceaușescu und – nach anfänglicher Ablehnung – auch AM Andrei haben Ihre Anregung, die beiderseitigen Beauftragten<sup>8</sup> zu entsprechenden Kontakten und zu „Flexibilität“ zu ermächtigen, positiv aufgenommen. Ceaușescu hat zugleich durch Bezug auf den US-Dollar-Kurs durchblicken lassen, daß er dann höhere Pro-Kopf-Zahlungen erwarte.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse von Blücher am 15. März 1985 konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 22. März 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 26. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Brief im Sinne der sehr guten Vorlage an BK entwerfen“.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 26. März 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre sowie Ministerialdirektor Pfeffer und Ministerialdirigent Edler von Braunmühl an Referat 214 verfügte und handschriftlich vermerkte: „s[iehe] W[e]i[s]un[g] BM.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] StS.“

Hat Braunmühl am 27. März 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Rumänien vgl. Dok. 37.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner vom 13. Februar 1985 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 12. Februar 1985 in Bukarest sowie die Aufzeichnungen des Referats 214 vom 15. Februar 1985 über ein Delegationsgespräch zu Ausreisefragen bzw. vom 20. Februar 1985 über das Gespräch zwischen Genscher und Präsident Ceaușescu am 13. Februar 1985 vgl. VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Friedrich Zimmermann.

<sup>7</sup> Gerhard Stoltenberg.

<sup>8</sup> Mit den Verhandlungen über eine Ausreise von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus Rumänien beauftragt waren der rumänische Handelsrat Andronic und Rechtsanwalt Hüsch als Vertreter des Bundesministeriums des Innern.



2) Bei einem Gespräch der beiderseitigen Beauftragten unmittelbar nach Ihrem Besuch in Bukarest hat die rumänische Seite erhöhte Pro-Kopf-Zahlungen gefordert, ohne Entgegenkommen bei den jährlichen Ausreisequoten zu zeigen.

In Ihrem Auftrag hat deshalb der Herr Staatssekretär am 19.3.1985 den rumänischen Botschafter einbestellt, nachdrücklich an den Tenor Ihres Gesprächs mit Staatspräsident Ceaușescu erinnert und darum gebeten, daß der rumänische Beauftragte nunmehr Weisung zu „Flexibilität“ in der Quoten-Frage erhält (vgl. Vermerk vom 19.3.1985 – 513-542.40 RUM 134/85 geh.<sup>9</sup>).

3) Bei o. a. Gespräch der Beauftragten verfügte unsere Seite noch nicht über konkrete Verhandlungslinien zu den Pro-Kopf-Zahlungen (vgl. Schriftwechsel BMI Zimmermann/StS Ruhfus<sup>10</sup>).

Ziel dieser Vorlage ist deshalb, die notwendigen innerstaatlichen Abstimmungen (einschl. finanzieller Folgen) anzuregen.

II. 1) Derzeit leben noch etwa 270 000 Deutsche im Banat und in Siebenbürgen. Die überwiegende Mehrzahl strebt die Ausreise an. Lediglich etwa 20 % wollen nach den letzten Schätzungen der Landsmannschaften im Lande bleiben.

2) Der Ausreisedruck wächst. Seine sich gegenseitig verstärkenden Ursachen und Motive sind

- Sogwirkung aufgrund der hohen Aussiedlerzahlen der vergangenen Jahre,
- in den Wintermonaten besonders spürbare Auswirkungen der schwierigen wirtschaftlichen Situation Rumäniens, insbesondere in den von Deutschen bewohnten Provinzen,
- Verhärtung der Haltung Rumäniens zu seinen Minderheiten seit dem 13. Parteitag (Nov. 1984<sup>11</sup>) – wie sie sich beispielhaft an der Kontroverse mit Ungarn<sup>12</sup> zeigt,

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kroneck resümierte das Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut mit dem rumänischen Botschafter Rambu. Meyer-Landrut habe ausgeführt, daß „es nicht Ziel sein könne, Menschen aufzufordern, Rumänien zu verlassen. Wir seien jedoch daran interessiert, daß diejenigen, die den Entschluß gefaßt hätten, in ihr Ursprungsland zurückzukehren, diese Möglichkeit auch erhielten“. Meyer-Landrut habe dann „im Auftrage des Bundesministers“ Rambu gebeten, daß er „in der üblichen diskreten Form seine Regierung darauf aufmerksam mache, daß wir es begrüßen würden, wenn der rumänische Beauftragte ermächtigt würde, bei dem nächsten Treffen mit dem deutschen Beauftragten über die Angelegenheit zu sprechen. Wir stellten uns vor, daß eine kleine ergänzende Verabredung zu dem Abkommen von 1983 erfolgen könnte; das Abkommen von 1983 solle jedoch weiterhin die Basis für die Angelegenheit bilden.“ Vgl. VS-Bd. 12432 (513); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Am 12. März 1985 antwortete Staatssekretär Ruhfus auf ein Schreiben des Bundesministers Zimmermann vom 5. März 1985 und stellte klar: „Die Behauptung des rumänischen Unterhändlers, Bundesminister Genscher habe eine Erhöhung der deutschen Zahlungen für die vereinbarten Ausreisen zugesagt, ist unzutreffend.“ Insofern sei auch „der Verhandlungsspielraum des Beauftragten in keiner Richtung beschränkt worden“. Genscher würde allerdings ein Hinwirken auf eine deutliche Erhöhung der Ausreisegenehmigungen begrüßen. Bei einer entsprechenden rumänischen Zusage werde es „aber wohl nach den gemachten Erfahrungen unumgänglich sein, auch die Zahlungen heraufzusetzen“. Vgl. VS-Bd. 13758 (014); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Der XIII. Parteitag der Rumänischen Kommunistischen Partei fand vom 19. bis 22. November 1984 statt.

<sup>12</sup> Botschaftsrat I. Klasse Meincke, Budapest, berichtete am 24. Januar 1985 über einen Besuch des ungarischen Außenministers Várkonyi am 21./22. Januar 1985 in Bukarest, der offenbar das Ziel gehabt habe, „die sich anbahnende weitere Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen vor allem wegen des Problems der ung[arischen] Minderheit in Rumänien zu bremsen“. Anscheinend sei es nicht zur Annäherung der Standpunkte gekommen. Zugleich sei in der ungarischen Gewerkschafts-

– Mangel ernsthafter Bemühungen Rumäniens, die Deutschen ohne Identitätsverlust als „mitwohnende Nationalität“ im Lande zu halten.

3) Eine Beschleunigung des Ausreiseprozesses i. S. einer Anhebung der Jahresquoten auf ca. 30 000 wird seitens der Landsmannschaften der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben gewünscht. Entsprechende Vorstellungen wurden Ihnen von Vertretern der Landsmannschaften bereits im Vorfeld des Staatsbesuches von Präsident Ceaușescu im Oktober 1984<sup>13</sup> vorgetragen.<sup>14</sup>

4) Dagegen steht – nicht öffentlich artikuliert, aber gleichwohl ernste – Kritik aus deutschen und deutsch-rumänischen Kirchenkreisen.

Die evangelische Kirche hat stets der zweiten Komponente unserer Politik, d. h. den Bemühungen um eine Verbesserung der Lebensbedingungen der verbleibenden Deutschen, mehr Bedeutung beigemessen (Altersheime!). Sie hat wiederholt – so auch in einem Gespräch mit dem Herrn Bundespräsidenten am 26.3. 1984 – darum gebeten, keine „Anreize“ für die Ausreise zu schaffen.<sup>15</sup> Vereinzelt Stimmen vertreten darüber hinausgehend die Auffassung, die „politisch-ökonomische Honorierung von Auswanderungsquoten“ führe erst zum Verlust jeglicher Zukunftsperspektive für die Deutschen in Rumänien.

Die katholische Kirche sieht besorgt, daß der Abzug der deutschstämmigen Gläubigen den „ungarischen“ Charakter der Kirche noch verstärken und damit die Konfrontationsgefahr gegenüber dem rumänischen Staat noch erhöhen könnte.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 401*

zeitung „Nepszava“ auf die Eigenständigkeit der nationalen Minderheiten in Ungarn verwiesen und hervorgehoben worden, daß die in der ungarischen Verfassung verankerten Bestimmungen „Nationalitätsrechte zum Gebrauch der Muttersprache und zur Pflege und Weiterentwicklung der eigenen Kultur nicht als ritterliche Geste, sondern aufgrund der Rechtsgleichheit der Nationalitäten“ sicherten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 61; Referat 214, Bd. 139553.

Der ungarische Stellvertretende Außenminister Esztergályos führte gegenüber Ministerialdirektor Pfeffer am 26. Februar 1985 in Budapest aus, daß die Bemühungen der Regierung um die etwa zwei Millionen Ungarn in Rumänien von rumänischer Seite als „Einmischung“ betrachtet würden: „Auch Ungarn habe Fehler begangen, manche unbeabsichtigt: So sei das ungarische Fernsehen bis Klausenburg zu sehen – die Fernsehwerbung werde wegen des gezeigten hohen Lebensstandards als Provokation empfunden.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner vom 28. Februar 1985; Referat 214, Bd. 139493.

<sup>13</sup> Präsident Ceaușescu hielt sich vom 15. bis 17. Oktober 1984 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 279–281.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher führte am 9. Oktober 1984 ein Gespräch mit Vertretern der Bundesvorstände der Landsmannschaften der Banater bzw. der Sathmarer Schwaben sowie der Siebenbürger Sachsen. Diese übergaben Vorschläge für die bevorstehenden Gespräche mit Präsident Ceaușescu, in denen auf den „Auswanderungsdrang als Massenerscheinung“ unter den noch in Rumänien lebenden 280 000 bis 300 000 Personen deutscher Volkszugehörigkeit hingewiesen und vorgeschlagen wurde, die Wartezeiten für Ausreisewillige durch Anhebung der Quote auf 30 000 Personen pro Jahr zu verkürzen. Für die Vorschläge vom 8. Oktober 1984 sowie die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 214, Bd. 139547.

<sup>15</sup> Mit Schreiben vom 27. März 1984 informierte Bundespräsident Carstens Bundesminister Genscher über ein Gespräch mit Mitgliedern des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Vortag. Diese hätten „kürzlich Kontakt mit führenden Mitgliedern der evangelischen Kirche in Siebenbürgen gehabt“ und „deren beschwörenden Appell“ übermittelt, „daß die Bundesregierung keine Anreize für die Ausreise von Deutschen aus Siebenbürgen geben möge. Vor allem wurde gebeten, die Verbindung zwischen der Gewährung eines Kredits an die rumänische Regierung mit der rumänischen Zusage, eine bestimmte Zahl von Deutschen ausreisen zu lassen, aufzugeben.“ Carstens gab zudem die Bitte der EKD weiter, „alles nur Mögliche zu tun, um die Stellung der Deutschen, die in Rumänien bleiben wollen, zu stärken“, und bat das Auswärtige Amt um eine entsprechende Initiative. Vgl. Referat 214, Bd. 139548.

III. 1) Beim Bemühen um eine Erhöhung der Ausreisequoten sollten wir uns strikt an die bisherige Linie halten,

- (1) die Entscheidung des Einzelnen über Ausreise oder Verbleib zu respektieren;
- (2) die Verwirklichung von Ausreisewünschen zu fördern; (die Bemühung um Erhöhung der Ausreisequoten folgt der Verstärkung des Ausreisedrucks);
- (3) für die Wünsche der verbleibenden Deutschen im Rahmen des Möglichen einzutreten.

2) Dabei ist allerdings im Auge zu behalten, daß

- je weiter die Ausreise fortschreitet, desto schwerer die Unterstützung der Verbleibenden werden kann: etwa ein erneuter Anlauf zur Förderung von Industrieansiedlung in deutschen Siedlungsräumen (Projekt Temeschwar<sup>16</sup>), wenn der Bestand qualifizierter deutscher Arbeitskräfte sich gerade in diesen Gebieten einschneidend vermindert;
- ohnehin – bei Fortschreibung der gegenwärtigen Ausreisezahlen – etwa im Jahre 2000 die endgültige Aussiedlung der Volksgruppe vollzogen und ein historischer Prozeß rückgängig gemacht sein wird.

IV. Es wird vorgeschlagen:

1) beim Herrn Bundeskanzler eine grundsätzliche Entscheidung darüber herbeizuführen, daß die Erhöhung der Ausreisequoten fortan Politik der Bundesregierung ist;

2) gegebenenfalls darauf hinzuwirken, daß in einem Chefgespräch zwischen Ihnen, dem Herrn Bundeskanzler und den Herren Bundesministern der Finanzen und des Innern (oder zwischen Ihnen und Ihren Ressortkollegen) die materiellen Voraussetzungen geschaffen und die entsprechenden Weisungen erteilt werden, damit unser Beauftragter die Angelegenheit mit seinem rumänischen Gesprächspartner aufnehmen und dabei die notwendige Flexibilität zeigen kann.<sup>17</sup>

V. D5 hat mitgezeichnet.<sup>18</sup>

Braunmühl

**VS-Bd. 13463 (214)**

<sup>16</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich gemeinsamer Industrieprojekte im Raum Temeschwar vgl. Dok. 37, Anm. 4.

<sup>17</sup> Der Entwurf eines entsprechenden Schreibens des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Kohl wurde von Ministerialdirigent Edler von Braunmühl gemäß der Weisung Genschers am 3. April 1985 vorgelegt. Vgl. VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1985. Vgl. dazu Anm. 3. Für das Schreiben vom 22. April 1985 vgl. VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „s[iehe] beigefügte Stellung[ahme].“

Ministerialdirektor Bertele vermerkte am 22. März 1985, die Vorlage sei ihm „erst nach ihrer Fertigstellung zugegangen“. Er zeichne sie mit folgenden Hinweisen mit: Grundsätzlich sei die Rechtsabteilung für Fragen der Aussiedlung und Familienzusammenführung aus Ost- und Südosteuropa zuständig; da hier „jedoch grundsätzliche politische Probleme berührt“ seien, habe er keine Einwendungen gegen die Übernahme durch die Politische Abteilung. Was die von rumänischer Seite offenkundig angestrebte Erhöhung der „Kopfquote“ pro Aussiedlungsgenehmigung angehe, so sei nach den Hinweisen auf den Dollar-Kurs davon auszugehen, daß sie zukünftig etwa 10 000 DM betragen solle. Komme es dann zu einer Erhöhung der Ausreisezahlen auf ca. 30 000 Personen im Jahr, würden „finanzielle Dimensionen erreicht werden, die keinen Vergleich mehr mit den bisherigen erlauben“. Vgl. VS-Bd. 12432 (513); B 150, Aktenkopien 1985.

## 75

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup****210-321.00****20. März 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit GS Honecker am Rande der Trauerfeierlichkeiten in Moskau<sup>2</sup>

Da ein Vermerk über das Gespräch noch nicht vorliegt, habe ich mich heute im Bundeskanzleramt unterrichten lassen. MDg von Richthofen teilte mir aufgrund einer mündlichen Unterrichtung durch BM Schäuble folgendes mit:

1) Das zweieinhalbstündige Gespräch sei in einer sachlichen und aufgelockerten Atmosphäre verlaufen. Die über das Gespräch herausgegebene gemeinsame Erklärung<sup>3</sup> basiere weitgehend auf unserem Entwurf. Honecker habe Wert darauf gelegt, den Entwurf um eine Aussage über die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität zu ergänzen. Der Wunsch des Bundeskanzlers sei gewesen, der Feststellung, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, die Aussage hinzuzufügen, von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen.<sup>4</sup>

2) Bei der Erörterung multinationaler Fragen seien die bekannten Standpunkte ausgetauscht worden. Die Diskussion habe keine neuen Gesichtspunkte ergeben. Bemerkenswert sei gewesen, daß Honecker jede Schärfe vermieden und sich insbesondere jeder Angriffe gegen die USA enthalten habe. Zu den Genfer Verhandlungen<sup>5</sup> habe Honecker den Wunsch nach Fortschritten zum Ausdruck gebracht und dabei betont, er wünsche, daß eine Reduzierung des nuklearen Arsenalas auch zu einer Verminderung der Atomraketen in der DDR<sup>6</sup> führe. Zu SDI, das im Mittelpunkt der Diskussion gestanden habe, habe der Bundeskanzler auf der Linie seiner Rede vor der Wehrkundetagung in München<sup>7</sup> argumentiert.

3) Zu den bilateralen Fragen sei das Gespräch sehr konkret geführt worden.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde am 25. März 1985 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup mit Blick auf die Kabinettsitzung am 26. März 1985 an Referat 011 geleitet.

Hat Angestellter Ledig am 28. März 1985 vorgelegen, die den Rücklauf an Referat 210 „nach Auflösung der Kab[inetts]-Mappe“ verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 210, Bd. 139186.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielten sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und trafen am 12. März 1985 zusammen. Zu dem Gespräch vgl. auch VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 215–220.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. BULLETIN 1985, S. 230.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunnühl legte am 25. März 1985 dar: „Im Bundeskanzleramt hält man den Satz für wichtig, daß Fortschritte zum Wohl der Menschen im beiderseitigen Verhältnis in hohem Maße geeignet seien, zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den West-Ost-Beziehungen beizutragen. Hierin finde unsere deutschlandpolitische Philosophie ihren deutlichen Niederschlag. Auch unser Konzept von der Deutschlandpolitik als europäischer Friedenspolitik komme in der Erklärung (letzter Absatz) zum Ausdruck.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139186.

<sup>5</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>6</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR in der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>7</sup> Zur Rede des Bundeskanzlers Kohl vom 9. Februar 1985 vgl. Dok. 39, Anm. 16.

– Swing<sup>8</sup>

Honecker habe darauf hingewiesen, daß dem Swing eine Signalfunktion nicht nur für den innerdeutschen Handel, sondern für die Gesamtbeziehungen zukomme. BK Schmidt habe insofern einen Fehler begangen, als er den Swing gekürzt habe. Für die DDR sei jetzt wichtig, daß der Swing erhöht werde. Um wieviel, sei demgegenüber von geringerer Bedeutung. Es komme auf das darin zum Ausdruck kommende politische Signal an. Die DDR werde in nächster Zeit den Swing wieder in höherem Maße in Anspruch nehmen.

Honecker habe ausdrücklich den Zusammenhang mit dem nichtkommerziellen Zahlungsverkehr akzeptiert und zugesichert, daß die Einschüsse fortgeführt werden sollen. BM Schäuble habe in dem Gespräch klargemacht, daß die Swing-Verhandlungen nicht losgelöst von dem gesamten politischen Umfeld geführt werden könnten.<sup>9</sup>

– Asylantenproblem<sup>10</sup>

Honecker habe erklärt, daß die DDR kein wirtschaftliches Interesse an den Reisenden über Schönefeld habe. Sie sei bereit, sich an die internationalen Gepflogenheiten zu halten. Allerdings gebe es auch aus dem Vier-Mächte-Status resultierende Probleme. Näheres habe er hierzu allerdings nicht ausgeführt. Honecker habe den Bundeskanzler um eine schriftliche Unterlage gebeten, in der unsere Wünsche an die DDR dargelegt würden.<sup>11</sup> Er habe in allgemeiner Form seine Bereitschaft erklärt, sich um eine Lösung zu bemühen.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Zu den Bemühungen der DDR um eine Erhöhung des Swing und zum Zusammenhang mit dem nichtkommerziellen Zahlungsverkehr vgl. Dok. 60, besonders Anm. 13 und 18.

<sup>9</sup> Eine Vereinbarung mit der DDR über eine neue Swing-Regelung und Erleichterungen im nichtkommerziellen Zahlungsverkehr wurde am 5. Juli 1985 geschlossen. Vgl. dazu INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1980–1986, S. 218 f.

<sup>10</sup> Zur Einreise von Asylbewerbern nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik über den Flughafen Schönefeld vgl. Dok. 60, Anm. 19 und 20.

<sup>11</sup> In einem Aide-mémoire vom 22. März 1985 bat die Bundesregierung darum, daß die DDR Reisenden, die in die Bundesrepublik oder andere westeuropäische Staaten reisen wollten, „einen Transit-S[icht]V[ermerk] nur erteilt bzw. die Weiterreise nur gestattet, wenn sie im Besitz eines für ihr Reiseziel notwendigen Sichtvermerks oder einer Aufenthaltserlaubnis sind“. Vgl. Referat 210, Bd. 132702.

Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, berichtete am selben Tag von der Übergabe an den Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel. Dieser habe darauf hingewiesen, „daß es wichtig sei, daß der Vorgang intern bleibe“, und bekräftigt, die DDR „halte sich an das Prinzip der Transitfreiheit“. Sie werde aber die Argumente der Bundesregierung prüfen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 390; Referat 210, Bd. 132702.

<sup>12</sup> Am 10. April 1985 übergab der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, ein Aide-mémoire mit der Erklärung, daß sich die DDR außerstande sehe, „ihre Praxis im Hinblick auf die Durchsetzung des Prinzips der Transitfreiheit durch ihr Hoheitsgebiet zu ändern“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 475 des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, vom 10. April 1985; B 82 (Referat 510), Bd. 1463.

Am 18. April 1985 erörterte Bundesminister Schäuble das Problem mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, der darauf hinwies, daß sich die DDR in ihrer Praxis von der Konvention von Barcelona vom 20. April 1921 leiten lasse, „die Transitfreiheit vorsehe“. Auf Schäubles Bemerkung hin, „das Übereinkommen von Barcelona hindere doch keinen Vertragsstaat daran, die Gewährung der Durchreisefreiheit von der Erteilung eines Sichtvermerks des Ziellandes abhängig zu machen“, bot Mittag an, „Vorschläge, die zu einer echten Lösung führten, gern entgegenzunehmen, betonte aber, daß die DDR entsprechend dem geltenden Recht bei sich keine Veränderungen durchführen könne“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139186.

– Kulturverhandlungen<sup>13</sup>

Honecker habe erklärt, man könne das Kulturabkommen bald abschließen. Zu Berlin gebe es ja die „bewährte Formel“.<sup>14</sup> Die Probleme der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sollten ausgeklammert bleiben. Im übrigen sei es wichtig, daß möglichst viele einzelne Kulturgüter zurückgeführt würden.

Der BK habe darauf hingewiesen, für uns sei unverzichtbar, daß Berlin auch in der Praxis einbezogen werde. Zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz müsse sichergestellt werden, daß sie nicht diskriminiert würde.

Zum Sport habe Honecker erklärt, nach Abschluß des Kulturabkommens könne es mehr Sportbegegnungen geben.

– Umweltschutz<sup>15</sup>

Ausführungen Honeckers zum Waldsterben hätten gezeigt, daß die DDR inzwischen problembewußt geworden sei. Honecker habe sich dementsprechend einverstanden erklärt, daß Expertengespräche aufgenommen würden, und sich für den Abschluß eines Umweltrahmenabkommens ausgesprochen. Auch für die DDR sei die Verminderung der Schadstoffemissionen in der Luft von Bedeutung, und sie sei bereit, „entsprechend der Wettbewerbssituation in der DDR“ ihren Beitrag dazu zu leisten.<sup>16</sup>

– Jugendaustausch

Honecker habe seine Bereitschaft erklärt, den Jugendaustausch wieder aufzunehmen<sup>17</sup>, wenn der Komplex aus unserem Verfassungsschutzbericht gestrichen werde. (BM Schäuble will in diesem Sinne mit BM Zimmermann sprechen.)<sup>18</sup>

<sup>13</sup> Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Fragen aus dem kulturellen Bereich vgl. Dok. 60, besonders Anm. 21, 22 und 23.

<sup>14</sup> In Gesprächen vom 25. bis 27. März 1972 einigten sich Staatssekretär Frank und der sowjetische Botschafter Falin auf folgende Formulierung für eine Berlin-Klausel: „Im Einklang mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.“ Vgl. AAPD 1972, I, Dok. 74 und Dok. 86. Die Formel fand erstmals in Artikel 10 des Langfristigen Abkommens vom 5. Juli 1972 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit Anwendung. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 844. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup legte am 25. April 1985 dar: „Die Frage ist, wie über die Frank-Falin-Klausel hinaus sichergestellt werden kann, daß in der Praxis Berlin auch tatsächlich in den kulturellen Austausch einbezogen ist. Jede Zusicherung in dieser Hinsicht ist von der DDR bisher strikt abgelehnt worden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132730.

<sup>15</sup> Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Fragen des Umweltschutzes vgl. Dok. 60, Anm. 25.

<sup>16</sup> Referat 210 vermerkte am 20. Mai 1985, daß die DDR am 9. Mai 1985 „zu Umweltschutzgesprächen auf Abteilungsleiterebene nach Berlin (Ost)“ eingeladen habe, die am 4./5. Juni 1985 stattfinden sollten. Sie habe Vorschläge zu „einer allgemeinen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes“ angekündigt. Dagegen strebe die Bundesregierung an, „von einer Formalisierung nach Möglichkeit abzusehen, um zu erwartenden Schwierigkeiten (Einbeziehung Berlins und der dort ansässigen Bundesinstitutionen) aus dem Wege zu gehen. Unsere Vorstellung tendiert vielmehr zu einer ‚Gemeinsamen Erklärung‘, in der ein zukünftiges Programm skizziert und Aussagen zur Zusammenarbeit auf bestimmten Gebieten (Technologie, Wissenschaftsaustausch) gemacht werden.“ Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>17</sup> Zur Einstellung des Jugendaustauschs durch die DDR im April 1984 vgl. Dok. 60, Anm. 29.

<sup>18</sup> Bundesminister Zimmermann präsentierte am 9. Mai 1985 den Verfassungsschutzbericht 1984. In der Presse wurde berichtet, daß der im Vorjahr von der DDR beanstandete Passus zur Aktivität

## – Reiseverkehr

Der Bundeskanzler habe unseren Wunschkatalog vorgetragen. In der Erwiderung Honeckers habe es ganz vorsichtige Untertöne gegeben, daß es nicht auf immer beim gegenwärtigen Zustand bleiben müsse.<sup>19</sup>

4) Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland<sup>20</sup> sei von keiner Seite angesprochen worden.

Kastrup

**Referat 210, Bd. 139186**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 406*

der FDJ entfallen sei. Vgl. dazu die Artikel „Die Extremisten von links bleiben gefährlicher als von rechts“ und „Antiamerikanismus von rechts und links“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Mai 1985, S. 1 und S. 4. Vgl. dazu auch VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1984, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1985.

Der Erste Sekretär des Zentralrats der FDJ, Aurich, erklärte daraufhin am 21. Mai 1985, dies gebe die Möglichkeit, „die mit dem Bundesjugendring 1982 getroffene Vereinbarung wie ursprünglich zu realisieren“. Vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1980–1986, S. 217.

<sup>19</sup> Am 18. April 1985 sprach Bundesminister Schäuble das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, auf „die Verbesserung der Kontaktmöglichkeiten zwischen den Menschen in beiden Staaten“ an: „Was den Reiseverkehr anbetreffe, so wolle er an die Ausdehnung der Zwei-Tages-Regelung auf die Berliner und an unsere Erwartung erinnern, daß der Mindestumtausch gesenkt werde. Die Möglichkeiten von Besuchsreisen in Ost-West-Richtung sollten erweitert, das Reisealter gesenkt werden. In Moskau sei darüber gesprochen worden, daß die DDR derartige Entscheidungen in eigener Zuständigkeit treffe.“ Mittag erklärte hinsichtlich „der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten, die Bundesregierung werde die Entwicklung auf diesem Gebiet bemerkt haben. Diese Entwicklung werde weitergehen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210; Bd. 139186.

Auch gegenüber Bundeskanzler Kohl hob Mittag am selben Tag hervor, daß die Reisegenehmigungen „immer großzügiger gehandhabt“ würden. Kohl bekräftigte, „daß es für die Gesamtbilanz der Beziehungen gut wäre, wenn in diesem Bereich auch etwas in Gang käme“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 139186.

<sup>20</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

## 76

**Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt**

114-11362/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 880

Aufgabe: 20. März 1985, 19.31 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. März 1985, 18.39 Uhr

Betr.: Sowjetische Innenpolitik  
hier: Rumänische Einschätzung

## Zur Unterrichtung

Mitarbeiter sprach mit rumänischem Gesprächspartner, der früher stets wertvolle Einschätzungen gab, länger über sowjetische Innenpolitik. Daraus ist – mit Bitte um Quellenschutz – festzuhalten:

1) Wahl Gorbatschows zum GS<sup>2</sup>

Das ZK-Sonderplenum vom 11.3. habe man kurzfristig einberufen können, weil alle Vorentscheidungen bereits getroffen gewesen seien. Bei einer Diskussion im Politbüro über die Nachfolgefrage habe es drei Kandidaturen („Vorschläge“) gegeben:

- Gorbatschow (nachdrücklich unterstützt von Gromyko),
- Alijew (unterstützt von Tichonow; ungünstiger Faktor jedoch, daß er Nicht-Russe ist),
- Romanow (wegen seiner „Härte“ und Brutalität auf den dritten Rang verwiesen).

Gesprächspartner schilderte Ablauf bis zur Wahl wie folgt: Tschernenko habe längere Zeit im Koma gelegen. Am Freitag vor seinem Tod (8.3.)<sup>3</sup> habe rumänischer Diplomat mit einem Sohn Tschernenkos gesprochen, der sehr besorgt und niedergeschlagen gewesen sei wegen Gesundheitszustandes seines Vaters. Es habe wohl festgestanden, daß Tschernenko sich nicht mehr erholen könne und binnen kurzem sterben werde. Nach sowjetischer Übung werde der Tod aber erst mitgeteilt, wenn der Verstorbene schon tot ist „wie ein Brett“. So sei es zu erklären, daß man schon vorher eine Todesgewißheit gehabt habe. Schtscherbikij sei bereits einige Stunden vor 19 Uhr in den USA<sup>4</sup> entsprechend informiert worden.

Entscheidende Politbüro-Sitzung habe am Montag (11.3.) um 8.00 Uhr morgens stattgefunden. Bei weiterer PB-Sitzung am Nachmittag sei es dann um unmittelbare Vorbereitung anschließenden Sonderplenums gegangen.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 21. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 22. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 zum neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt. Vgl. dazu Dok. 59.

<sup>3</sup> Die Wörter „vor seinem Tod (8.3.)“ wurden von Legationsrat I. Klasse Stüdemann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „An diesem Tag tanzte Tschernenkos Frau noch im Kreml anläßlich des Frauentags!“

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, starb am 10. März 1985.

<sup>4</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Schtscherbikij, hielt sich vom 3. bis 11. März 1985 mit einer Delegation des Obersten Sowjet in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 58, Anm. 17.



Gorbatschows Position sei gegenwärtig noch nicht stark. Er werde wohl etwa zwei Jahre benötigen, um sie zu festigen. Im Laufe der Zeit werde er ausscheidende Führungsmitglieder durch eigene Anhänger ersetzen können.

## 2) ZK-Frühjahrsplenum

Schon in Zeit vor Tschernenkos Tod sei parteiintern verfügt worden, nächstes Plenum „nach dem 20. April“ (ca. 20.–23.4.) abzuhalten. (Anmerkung hierzu: Für Nachholung sowjetischen Parlamentarierbesuchs in Bonn schließen unsere sowjetischen Gesprächspartner Termine im späteren Verlauf des April aus.<sup>5</sup>) Diese Verordnung habe man bisher nicht geändert, so daß sie weiterhin als gültig betrachtet werde. Thema Plenums werde Vorbereitung XXVII. Parteitags<sup>6</sup>, nur unter „ferner liefen“ das von Tschernenko im November genannte Thema wissenschaftlich-technischer Fortschritt sein. Entwürfe für Neufassung Parteiprogramms und Parteistatuts<sup>7</sup> sowie Parteitagdirektiven würden entweder auf Plenum oder nach Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag veröffentlicht.<sup>8</sup> Ebenfalls aufgrund einer – schon vor Tschernenkos Tod beschlossenen – Verordnung werde Parteitag in letzter Novemberwoche abgehalten.<sup>9</sup>

## 3) Personalveränderungen?

Da alle wichtigen Entscheidungen vor Parteitag getroffen werden müßten, Parteitag sie nachträglich nur zu billigen habe, komme dem ZK-April-Plenum außergewöhnliche Bedeutung zu. Gesprächspartner hielt folgende Personalveränderungen für wahrscheinlich, räumte aber ein, daß es sich um komplizierten, noch nicht abgeschlossenen Entscheidungsprozeß handle: Dolgich werde wohl zum Vollmitglied des PB, ZK-Sekretär Ryschkow zum PB-Kandidaten gewählt. Weiterer ZK-Sekretär (für Landwirtschaft) müsse gewählt werden. Dies könne entweder Krutschina sein (Gorbatschow-naher Landwirtschaftsspezialist des ZK-Apparates) oder ein Parteisekretär aus der Provinz. Leningrader Parteichef Sajkow – Romanows Nachfolger in diesem Amt – habe intern an Gewicht gewonnen und könne daher ins Politbüro aufrücken. Als GS-Berater werde Gorbatschow – außer den bisherigen GS-Beratern – seinen persönlichen Berater Lutschinskij – obwohl schon ein älterer Herr (Jahrgang 1917) – beibehalten.

Für den Fall eines Todes von Tichonow werde es Konkurrenz zwischen Alijew und Worotnikow um Nachfolge als Vorsitzender des Ministerrats geben. Gewisse

<sup>5</sup> Am 10. März 1985 traf eine sowjetische Parlamentarierdelegation zu einem einwöchigen Besuch in der Bundesrepublik ein. Erster Aufenthaltsort war Hamburg, wo die Reise einen Tag nach dem Tod des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 10. März 1985 abgebrochen wurde. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken vom 14. März 1985; Referat 213, Bd. 139278.

Der Besuch wurde vom 15. bis 21. April 1985 nachgeholt.

<sup>6</sup> Auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 23. April 1985 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, den Vorschlag des Politbüros, den XXVII. Parteitag der KPdSU zum 25. Februar 1986 einzuberufen, der sich neben dem Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU u. a. mit der Neufassung des Parteiprogramms der KPdSU sowie Änderungen des Parteistatuts befassen sollte. Vgl. dazu GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 170.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „Parteistatus“.

<sup>8</sup> Der Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPdSU wurde am 15. Oktober 1985 dem ZK-Plenum vorgelegt. Für den deutschen Wortlaut vgl. SOWJETUNION HEUTE 30 (1985), Sonderheft Dezember 1985. Für den Wortlaut des Entwurfs für das Parteistatut vgl. PRAVDA vom 2. November 1985, S. 1f.

<sup>9</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 statt.

Wahrscheinlichkeit spreche allerdings für Worotnikow, der „scharfsinnig“, aber nicht so hart wie Alijew und Russe sei.

Auf bevorstehender Frühjahrstagung Obersten Sowjets werde Gorbatschow zweifellos zum Staatsoberhaupt gewählt.<sup>10</sup> Frage Mitarbeiters, wer dann Nominierungsrede halten werde, ließ Gesprächspartner offen: Derzeit könne man überhaupt nicht abschätzen, wer zweiter Mann wird. Möglich sei aber, daß Tichonow oder der an Anciennität höherstehende Gromyko nominiert werden.

#### 4) 40. Jahrestags des Sieges

Feierlichkeiten am 9. Mai bestünden aus Parade und großangelegten Veteranentreffen in Moskau (in SU gebe es noch 7 Mio. Kriegsveteranen). In allen Städten und Dörfern der SU fänden ähnliche Veranstaltungen mit kleineren Militärparaden, soweit militärische Einheiten dort stationiert sind, statt. An WP-Partner sei von sowjetischer Seite bisher keine Einladung zur Teilnahme ergangen. Man rechne damit etwa einen Monat vor den Feierlichkeiten. Frage, wer von rumänischer Seite entsandt werde, werde sicher erst im letzten Augenblick gefällt. Ceauşescu werde jedenfalls bei Veranstaltung in Bukarest<sup>11</sup> anwesend sein müssen. Rumänen, die natürlich „mitfeiern“ müßten, liege daran, in Seminar am Rande der Feiern den Beitrag der Rumänen zur Beendigung des Krieges zu betonen. Denn sowjetische Darstellung verschweige grundsätzlich Anteil anderer Völker. Rumänen wollten außerdem mit Vielzahl von Dokumenten darauf hinweisen, was am 23. August (Anspielung auf Hitler-Stalin-Pakt 1939 mit geheimem Zusatzprotokoll<sup>12</sup>) geschehen sei.<sup>13</sup>

[gez.] Kastl

**VS-Bd. 13443 (213)**

<sup>10</sup> Am 2. Juli 1985 wurde der bisherige sowjetische Außenminister Gromyko zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Vgl. dazu Dok. 178.

<sup>11</sup> Botschaftsrat I. Klasse Evertz, Bukarest, informierte am 26. Februar 1985 über den Beschluß des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP vom 15. Februar 1985, am 9. Mai solle „nicht nur ‚die Begehung von 40 Jahren seit dem Sieg über den Faschismus‘ gefeiert werden“. Neben dem rumänischen Beitrag zum „Sieg der alliierten Armeen über das faschistische Deutschland“ sollten die Feiern „gleichzeitig den Kampf des rum[änischen] Volkes für nationale Einheit und Unabhängigkeit hervorheben (historischer Akt der Ausrufung im Jahr 1877 der völligen staatlichen Unabhängigkeit Rumäniens), die Bedeutung der großen revolutionären Umgestaltungen, die im sozial-politischen Leben des Landes vor sich gegangen sind, des Triumphes des Sozialismus auf dem Boden des Vaterlandes, sowie den Willen des sozialistischen Rumäniens, aktiv beizutragen zur Fortsetzung der Politik der Entspannung, der Abrüstung, der gleichwertigen Zusammenarbeit zwischen den Nationen, der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; Referat 214, Bd. 139581.

<sup>12</sup> Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

<sup>13</sup> Über die Feierlichkeiten in Rumänien anläßlich des 40. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs am 9. Mai berichtete Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, am 13. Mai 1985, sie hätten sich „durch einen deutlichen Verzicht auf Polemik oder antideutsche Akzente“ ausgezeichnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 341, Bd. 139581.

## Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-11416/85 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1510

Citissime

Aufgabe: 22. März 1985, 19.15 Uhr

Ankunft: 23. März 1985, 01.33 Uhr

Bereitschaftsdienst: Bitte Stellv. RL 222 o.V.i.A. am 23.3. telefonisch unterrichten<sup>1</sup>

Betr.: Prevention of Nuclear War (PNW) und chemische Waffen (CW) in Genfer CD;

hier: Amerikanische Bedenken gegen deutsche Initiativen

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Weisung

I. Stellvertretender ACDA-Direktor Emery und Abteilungsleiter Etzold brachten heute gegenüber Botschaftsvertreter amerikanische Besorgnis wegen der unerwarteten Einführung des deutschen Arbeitspapiers zu PNW<sup>2</sup> sowie insbesondere wegen der für den 2. April vorgesehenen Vorlage eines deutschen Vorschlags zu CW-Verbots-Verifikation durch BM Genscher<sup>3</sup> zum Ausdruck. Sie baten, Bonn umgehend von den amerikanischen Bedenken und dem Wunsch, BM Genscher möge von Vorlage des Vorschlags in der vorgesehenen Form Abstand nehmen, zu unterrichten.

### II. Im einzelnen

1) PNW: Emery wies darauf hin, daß NATO-Partner bei der letzten VN-GV<sup>4</sup> hinsichtlich PNW gut zusammengearbeitet hätten und sich seinem Eindruck

<sup>1</sup> Hat dem Bereitschaftsdienst am 23. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorlage Dienstbeginn Mo[ntag] 25.3. bei RL 222 i. V. sicherstellen.“

Hat Vortragendem Legationsrat Erck vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Wegener, Genf (CD), berichtete am 20. März 1985, daß er bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Prevention of Nuclear War, including all related matters“ auf der Genfer Abrüstungskonferenz ein Arbeitspapier eingebracht habe, „in dem verfahrensmäßige und inhaltliche Vorschläge zur künftigen Behandlung des Kriegsverhütungsthemas gemacht werden“. Dabei sei, „um Mißverständnissen vorzubeugen, es handle sich um eine auch im einzelnen abgesprochene gesamtwestliche Positionsnahme“, betont worden, daß das Papier nur den Standpunkt der Delegation aus der Bundesrepublik wiedergebe. Mit dem Beitrag sei dem Eindruck, „daß sich der Westen einhellig einer vertieften, organisatorisch abgesicherten Behandlung des Kriegsverhütungsthemas entziehen wolle“, entgegengewirkt und „zugunsten der westlichen Gruppe eine konstruktive und weiterführende Perspektive eröffnet“ worden. Eine Reihe von Delegationen habe sich bereits positiv geäußert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 556; Referat 220, Bd. 128646.

Für das „Working Paper“ CD/578 vom 18. März 1985 vgl. Referat 220, Bd. 128646.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat Erck legte am 31. Januar 1985 dar, der von der Bundesregierung vertretene Ansatz zur Verifikation der Nichtherstellung chemischer Waffen sehe vor, „nur eine begrenzte Zahl supertoxisch tödlicher Substanzen und ihrer Schlüsselprodukte zum Gegenstand der Nichtherstellungskontrolle zu machen und damit die Belastung für die chemische Industrie in vertretbaren Grenzen zu halten. Im Gegensatz dazu steht der vor allem von USA und GB vertretene weite Verifikationsansatz“. Vgl. Referat 222, Bd. 162054.

<sup>4</sup> Die Bundesrepublik brachte am 9. November bzw. in überarbeiteter Form am 26. November 1984 im Ersten Ausschuß der VN-Generalversammlung einen Resolutionsentwurf zur Kriegsverhütung ein. Botschafter Ruth teilte den Botschaften in Belgrad, Buenos Aires, Mexiko und Neu Delhi am 12. Dezember 1984 mit, daß ein solcher Entwurf im Vorjahr noch „an französischen und amerikanischen Bedenken gescheitert“ sei, jetzt aber „nach intensiven und umfangreichen Konsultationen mit unseren

nach einander wesentlich nähergekommen seien. Er habe den Eindruck, daß daran seine enge Kooperation mit Botschafter Wegener großen Anteil gehabt habe. Mit der Vorlage des deutschen Arbeitspapiers in Genf vor einigen Tagen sei die in New York erzielte Gemeinsamkeit zerstört worden („our work has been ripped up“), anstelle einer Position der gesamten westlichen Gruppe zu diesem Thema würde in Genf nun Gespaltenheit des Westens zutage treten. Bedauerlich sei auch, daß Vorabunterrichtung durch unsere Delegation in Genf so spät erfolgt sei, daß praktisch keine Zeit zu echter Befassung mit dem deutschen Papier gewesen sei.

2) Besorgt noch zeigten sich Emery und Etzold hinsichtlich der für den 2. April vorgesehenen Vorlage eines CW-Verifikationspapiers durch BM Genscher, von der sie soeben unterrichtet worden seien.<sup>5</sup> Sie gaben zu bedenken, daß durch eine solche Initiative die Integrität der Viererabstimmung zu CW in Frage gestellt werde.<sup>6</sup> Es sei außerdem ihr fester Eindruck, daß deutsche Initiative auch auf französische und britische Bedenken<sup>7</sup> stoßen werde, wir damit isoliert würden. Amerikanische Kritik beziehe sich sowohl auf unser Vorgehen (process and timing) als auch auf den Inhalt des deutschen Vorschlags. USA hätten den Eindruck, daß es sich um deutschen Alleingang handele. Es sei kaum möglich, in der kurzen Zeit bis zum 2.4. wirklich gemeinsame Arbeit an einem von Deutschland einzubringenden Vorschlag zu leisten. Zum Inhalt merkte Emery aufgrund einer ersten Durchsicht folgendes an:

- Definition der Vorläufersubstanzen (precursors) sei nicht haltbar, insbesondere im Hinblick auf Senfgas.<sup>8</sup> Von Kontrolle seien beispielsweise einige Substanzen ausgenommen, die derzeit von Irak eingesetzt würden. (Etzold bemerkte hierzu, daß es neue Berichte über irakischen CW-Einsatz in jüngster Zeit gebe<sup>9</sup>, die erneut Frage deutschen Exports aufwürfen. Er vertiefte dies nicht weiter.)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 411*

westlichen Verbündeten, einschließlich der drei Nuklearmächte“, habe vorgelegt werden können. Bei dieser Initiative gehe es darum, „zu vermeiden, daß in den VN Nuklearthemen nur vom Osten besetzt werden; der irreführenden Eingrenzung der Diskussion auf den Nuklearkrieg entgegenzuwirken und realistische Möglichkeiten zur Verhinderung eines Kriegs überhaupt zur Diskussion zu stellen; die auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Strategie des Bündnisses so darzustellen, daß sie auch für die Neutralen und Nichtgebundenen verständlich und einleuchtend wird.“ Der Entwurf habe schließlich vor der Abstimmung zurückgezogen werden müssen, „da Indien, Mexiko, Jugoslawien und Argentinien – unter Bruch einer uns gegebenen Zusage – einen R[esolutions]E[ntwurf] mit zahlreichen Zusatzanträgen zirkulierten, die für uns unannehmbar sind“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 8773; Referat 220, Bd. 128646.

<sup>5</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Erck handschriftlich: „Wegener.“

<sup>6</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Erck handschriftlich: „GB?“

<sup>7</sup> Die britische Botschaft übergab am 22. März 1985 eine Stellungnahme zu dem von der Bundesrepublik am 18. März 1985 übermittelten Arbeitspapier zur Verifizierung der Nichtherstellung chemischer Kampfstoffe. Sie bat darum, auf die Einführung der Vorschläge auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu verzichten und weiter zu konsultieren: „We believe that the proposals fall short of what is required for an adequate verification regime“. Vgl. Referat 222, Bd. 162054.

<sup>8</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Erck handschriftlich: „S[enfgas] – Lost.“

<sup>9</sup> Nach dem Beschuß iranischer Industrieanlagen in Ahwaz und Bushir am 4. März 1985 und anschließenden iranischen Angriffen auf Basra leitete der iranische VN-Botschafter Rajaie-Khorassani am 13. März 1985 dem VN-Sicherheitsrat sowie der Generalversammlung ein Schreiben des iranischen Außenministers zu, in dem Velayati über den Einsatz chemischer Waffen durch den Irak berichtete. Für das Schreiben A/40/176 bzw. S/17028 vgl. Referat 311, Bd. 137871.

Am 21. März 1985 informierte Rajaie-Khorassani, daß es am 16. März 1985 einen irakischen Angriff auf eine iranische Position gegeben habe: „Iranian experts have carried out an investigation and

- Erstaunlich sei, daß nach dem vorliegenden Vorschlag die deutsche Industrie geringerer Kontrolle unterworfen sein solle als gemäß den jetzt schon geltenden WEU-Regelungen<sup>10</sup>.
- Für USA sei mehrfache Erwähnung binärer Waffen unangenehm, die sich nur auf das amerikanische CW-Programm<sup>11</sup> beziehen könne.

3) Emery sprach den Wunsch aus, daß wir Vorlage des Vorschlags für den 2.4. noch einmal überdenken sollten (reconsider). Aus amerikanischer Sicht wäre es am erfreulichsten, wenn BM Genscher vor dem Genfer CD über diejenigen Punkte sprechen würde, wo es volles westliches Einvernehmen gebe. (Etzold erwähnte britisches Papier im Anschluß an Vierertreffen im Dezember 1984.<sup>12</sup>)

Auf Frage, ob und wann amerikanische Stellungnahme zu unserem Papier vorgelegt werde, die ggfs. von uns eingearbeitet werden könnte, meinte Emery, es sei schwierig, unseren Text mit amerikanischen Vorstellungen in Einklang zu bringen. Er stellte gleichwohl baldige Stellungnahme in Aussicht.<sup>13</sup>

III. Emery machte insgesamt amerikanische Besorgnis sehr deutlich. Zu spüren war, daß man insbesondere wegen des beabsichtigten Auftretens von BM Genscher vor dem Genfer CD<sup>14</sup> hohe Visibilität für amerikanisch-deutsche bzw. amerikanisch-europäische Dissonanzen befürchtet. Daß man auch wegen eines negativen Einflusses auf das amerikanische CW-Produktionsprogramm besorgt ist, das gerade in der ersten Aprilwoche im Auswärtigen Ausschuß des

*Fortsetzung Fußnote von Seite 412*

they believe that cyanide, phosphorous and mustard gases have been used.“ Seit dem 11. März 1985 habe es zudem vier weitere Angriffe mit chemischen Waffen gegeben. Vgl. das Schreiben A/40/189 bzw. S/17046 an die VN-Generalversammlung bzw. den VN-Sicherheitsrat; Referat 311, Bd. 137871.

10 In einer Stellungnahme zu den amerikanischen Einwänden bezeichnete Botschafter Ruth am 4. April 1985 das Argument der WEU-Kontrollen als „nicht stichhaltig. Das WEU-Kontrollsystem kann kein Modell für ein weltweites Verifikationssystem sein: Es beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit (nach den WEU-Bestimmungen kann das Rüstungskontrollamt mit Zustimmung der Bundesbehörden und des betreffenden Unternehmens Kontrollen der Nichtherstellung chemischer Waffen vornehmen). Ferner erfolgen die WEU-Inspektionen nur sporadisch, es werden keine Proben entnommen, auch sind den Kontrollen nur die Hersteller, nicht auch die Weiterverarbeiter unterworfen. Daneben ist die technologische Entwicklung seit den fünfziger Jahren zu berücksichtigen, die zu einer erheblichen Ausweitung der für eine Kontrolle in Betracht zu ziehenden Substanzen geführt hat. Schließlich ist auch die Rechtsentwicklung (Datenschutz) zu beachten.“ Vgl. Referat 222, Bd. 128729.

11 Mit Schreiben vom 4. März bzw. im Gespräch am 9. März 1981 in Washington informierte der amerikanische Außenminister Haig Bundesminister Genscher über die grundsätzliche Entscheidung der amerikanischen Regierung, beim Kongreß Mittel für die Modernisierung des Chemiewaffenpotentials, insbesondere für die Produktion binärer chemischer Waffen, zu beantragen. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 62.

Botschafter van Well, Washington, berichtete am 29. Januar 1985, das amerikanische Außenministerium habe mitgeteilt, „daß Administration mit dem Verteidigungshaushalt 1986, der am 4. Februar eingebracht werde, auch Mittel für die Produktion von binären chemischen Waffen (155 mm Munition und ‚Big Eye‘-Bombe) beantragen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 489; Referat 222, Bd. 128729.

12 Am 17. Dezember 1984 fanden in London Viererkonsultationen über Chemische Waffen statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 352.

Der Staatsminister im britischen Außenministerium, Luce, führte am 12. März 1985 auf der Genfer Abrüstungskonferenz einen Vorschlag zur „Verification of non-production of chemical weapons: procedures relating to precursor chemicals“ ein. Für die Rede von Luce sowie den Vorschlag in der Fassung vom 25. Januar 1985 vgl. Referat 222, Bd. 128729.

13 Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 29. März 1985 die amerikanische Stellungnahme zum Arbeitspapier „Verification of the Non-production of chemical agents by means of inspection in the civilian chemical industry“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1631/1632; Referat 222, Bd. 162054.

14 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 2. April 1985 auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. BULLETIN 1985, S. 324–328.

Senats im Rahmen des Verteidigungshaushalts behandelt wird<sup>15</sup>, wurde nicht ausdrücklich erwähnt; es trägt jedoch sicher zu den amerikanischen Bedenken wegen des „Timing“ eines deutschen Vorschlags bei.<sup>16</sup>

[gez.] van Well

VS-Bd. 11555 (222)

## 78

### Ministerialdirigent Edler von Braunmühl an die Botschaft in Washington

213-321.00-348/85 VS-vertraulich

22. März 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 412

Aufgabe: 25. März 1985, 11.50 Uhr

Citissime

Betr.: Schreiben von AM Shultz an BM zu den Gesprächen von BM in Moskau  
am 4. März 1985<sup>2</sup>;  
hier: Antwort von BM

AM Shultz hatte mit dem o. a. von hiesiger US-Botschaft am 18.3. übermittelten Schreiben<sup>3</sup> (das drahtlich an Botschaft Washington weitergegeben wurde<sup>4</sup>)

<sup>15</sup> Am 1. Mai 1985 erläuterte der Vorsitzende der amerikanischen Chemical Warfare Review Commission, Stoessel, im Verteidigungsausschuß des Senats die Überlegungen der amerikanischen Regierung. Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 2. Mai 1985, Stoessel habe ausgeführt: „Das binäre CW-Programm würde eine ausreichende CW-Abschreckungsfähigkeit zur Verfügung stellen. Es sei auch notwendig wegen des sich verschlechternden Zustands des gegenwärtigen Bestands.“ Dieser solle „möglichst schnell vernichtet werden“. Die Waffen seien notwendig, denn „die Erwartung, daß alleine Schutzmaßnahmen die Vorteile der Sowjetunion im Falle eines Angriffs mit chemischen Waffen ausgleichen könnten, sei nicht realistisch“. Aus der anschließenden Diskussion ziehe das amerikanische Außenministerium den Schluß: „Ob Kongreß die beantragten Mittel (174 Mio. Dollar) bewilligen oder wie in den Vorjahren ablehnen werde, sei noch völlig offen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2213; Referat 222, Bd. 128729.

<sup>16</sup> Botschafter Ruth wies die Botschaft in Washington am 26. März 1985 an, dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Adelman, mitzuteilen, daß die Bundesregierung bereit sei, „amerikanische Bedenken hinsichtlich des Termins der Einführung unseres Arbeitspapiers in die Genfer Abrüstungskonferenz (CD) in Rechnung zu stellen. Daher sehen wir von geplanter Einführung am 4. April 1985 ab und prüfen, welcher spätere Zeitpunkt hierfür geeignet wäre. An Einbringung durch Bundesminister bei Besuch in Genf am 2. April war ohnehin nicht gedacht.“ Die „kritische Beurteilung“ des Vorgehens und des Inhalts des Papiers werde jedoch als unbegründet betrachtet. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2511; Referat 222, Bd. 162054.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 25. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 4. März 1985 vgl. Dok. 54 und Dok. 55.

<sup>3</sup> Das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vom 18. März 1985 wurde am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen, z. Z. Brüssel, „zur Vorlage bei BM übermittelt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 90; VS-Bd. 14155 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher wurde von

für den Brief von BM über seine Moskauer Gespräche<sup>5</sup> gedankt und dazu noch zwei Fragen gestellt, die in dem nachfolgenden Antwortschreiben von BM beantwortet werden. Bitte dieses Schreiben im State Department übergeben.<sup>6</sup> Höflichkeitsübersetzung folgt.

Braunmühl<sup>7</sup>

Folgt Anlage:

„Lieber George,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 18.3., mit dem Sie auf mein Schreiben über meine Gespräche in Moskau vom 4. März 1985 eingehen. Auch ich bedauere, daß wir uns nach meiner Reise nicht sehen konnten. Ich freue mich, daß wir bei dem Besuch von Präsident Reagan Anfang Mai<sup>8</sup> und während des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn<sup>9</sup> Gelegenheit zu Gesprächen haben werden.<sup>10</sup>

Sie haben in Ihrem Brief zwei Fragen gestellt, die sich auf die sowjetische Haltung zu unserer Deutschlandpolitik und zum 40. Jahrestag des Kriegsendes beziehen und auf die ich gerne eingehe.

Die von Gromyko angeschnittene Sorge über die Wirkungen, die unsere Deutschlandpolitik auf das System und die Orientierung der DDR haben könnte, ist in folgendem Zusammenhang zu sehen:

Wir wissen, daß die überwiegende Zahl aller Deutschen in beiden Staaten sich auch heute noch trotz der inzwischen 40 Jahre dauernden Trennung als Angehörige einer Nation fühlen. Uns kommt es darauf an, die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, die gleichzeitig die Schnittlinie zwischen dem westlichen und östlichen Gesellschaftssystem bildet, für Menschen, Informationen und Meinungen durchlässiger zu machen. Durch eine Politik der Zusammenarbeit, des Austausches und des Dialoges wollen wir mehr Kommunikation und Begegnungen erreichen. Wir glauben, daß auf diese Weise – selbst unter den Bedingungen fortdauernder staatlicher Teilung – das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in Deutschland aufrechterhalten und gestärkt werden kann und daß dieser Weg in geschichtlicher Dimension schließlich zu einer Überwindung der Teilung unseres Landes führt. Die gemeinsame Sprache, Geschichte und Kultur der Deutschen und die familiären und gefühlsmäßigen Bindungen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 414*

Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken mit Drahterlaß Nr. 410 vom 22. März 1985 an die Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. VS-Bd. 13443 (213).

<sup>5</sup> Mit Schreiben vom 4. März 1985 informierte Bundesminister Genscher den amerikanischen Außenminister Shultz sowie die Außenminister Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich) und Howe (Großbritannien) über seine Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am selben Tag in Moskau. Für den Wortlaut der Schreiben vgl. den Drahtbericht Nr. 130 des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl, z. Z. Helsinki, vom 4. März 1985; Referat 010, Bd. 178898.

Das Schreiben an Shultz wurde mit Drahterlaß Nr. 1792 am 5. März 1985 an die Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. Referat 010, Bd. 178898.

<sup>6</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz dankte mit Schreiben vom 9. April 1985 für das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 25. März 1985. Vgl. VS-Bd. 13443 (213).

<sup>7</sup> Paraphe vom 22. März 1985.

<sup>8</sup> Präsident Reagan besuchte die Bundesrepublik vom 1. bis 6. Mai 1985.

<sup>9</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 2. Mai 1985; Dok. 110.

sind hierbei Besonderheiten, welche die Sowjetunion wie bei keinem anderen Staat ihres Machtbereichs in Rechnung zu stellen hat. In der DDR selbst beobachten wir seit einiger Zeit eine interessante Entwicklung. Ihre Führung hat sich in den vergangenen Jahren nicht gescheut, auf deutsche Gemeinsamkeiten zurückzugreifen, wenn ihr dies aus innenpolitischen oder propagandistischen Gründen ratsam erschien. So nahm Honecker in einem veröffentlichten Brief an den Bundeskanzler im Zusammenhange mit der Stationierungsdebatte für sich in Anspruch, „im Namen des deutschen Volkes“ zu sprechen.<sup>11</sup> Auch die in jüngster Zeit festzustellende verstärkte Beschäftigung der DDR mit der ganzen deutschen Geschichte ist ein Vorgang, der Aufmerksamkeit verdient.

In der Sowjetunion sieht man mit Unbehagen, daß unsere Bemühungen gegenüber der DDR der Politik einer scharfen Abgrenzung vor westlichen Einflüssen im Schlüssellande des sowjetischen Herrschaftsbereiches den Erfolg versagen. Unsere Politik, die sich auf gemeinsam unterschriebene Dokumente wie den Grundlagenvertrag<sup>12</sup> und die KSZE-Schlußakte<sup>13</sup> stützt, trägt zu einem evolutionären Prozeß bei, der die Bevölkerung zu einer stärkeren Orientierung nach Westen und die Regierung der DDR zu größerer Eigenständigkeit ermutigt. Während die Sowjetunion einer direkten Herausforderung der Herrschaftsverhältnisse in ihrem Einflußbereiche mit erprobten Mitteln zu begegnen weiß, findet sie es offenbar schwieriger, sich auf den Prozeß eines allmählichen friedlichen Wandels einzustellen. Wir nehmen die Hinweise Gromykos als Bestätigung dafür, daß unsere deutschlandpolitischen Bemühungen ihre Wirkung zeigen, aber daß sie auch weiterhin mit großer Behutsamkeit geführt werden müssen, damit diese Wirkungen nicht gefährdet werden. In dieser Weise fördert unsere Deutschlandpolitik an zentraler Stelle die gemeinsamen westlichen Bemühungen, konstruktivere und stabilere West-Ost-Beziehungen zu erreichen, Entwicklungen zu größerer Eigenständigkeit und zur Verbesserung der Lage der Menschen auf der östlichen Seite anzuregen und die künstlichen Hindernisse zwischen West und Ost in Europa abzubauen.

Was die sowjetische Haltung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes betrifft, so haben wir nicht den Eindruck, daß sich Wesentliches verändert hat. Vielmehr haben die sowjetischen Medien die Revanchismuskampagne und ihre Versuche zur einseitigen Interpretation des 40. Jahrestages fortgesetzt.<sup>14</sup> Einige differenzierende Stimmen, die in den letzten Wochen zu vernehmen waren, sind vereinzelt geblieben und haben die häufig polemische Tonlage der Propaganda nur wenig beeinflusst.

Die anti-deutschen Akzente dieser Angelegenheit sind aber nur einer unter mehreren Gesichtspunkten. Denn die Sowjets verfolgen nach wie vor Ziele, die den gesamten Westen berühren und nach unserer Auffassung nicht akzeptabel sind: Nicht die Leistungen und Opfer aller am Kampf gegen den Nationalsozialismus

<sup>11</sup> Vgl. das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 5. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl; VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 144–146.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>14</sup> Zu den Vorwürfen gegen die Bundesrepublik in den sowjetischen Medien vgl. Dok. 11, Anm. 3.



Beteiligten sollen in fairer Weise gewürdigt werden. Stattdessen kommt es den Sowjets darauf an, ihre eigene Rolle als entscheidend für den Sieg und als moralisches Fundament für die politischen Ansprüche der Sowjetunion in Europa zu unterstreichen. Die sowjetischen Auffassungen zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte sollen als allgemein verbindlich festgeschrieben werden.

Unseres Erachtens kann es deshalb nicht im westlichen Interesse liegen, den Eindruck einer Wiederbelebung der Kriegsallianz im Zusammenhange mit den heutigen West-Ost-Beziehungen in Europa zu erwecken. Wir sollten Wert darauf legen, daß die Schlußakte von Helsinki und ihre konsequente Verwirklichung als Grundlage für eine durchgreifende Verbesserung der West-Ost-Beziehungen in Europa betrachtet wird.

Wir wissen in Deutschland die verständnisvolle Haltung zu würdigen, die Präsident Reagan und die amerikanische Regierung in der Frage des 40. Jahrestages und der sowjetischen Revanchismuskampagne gezeigt hat.<sup>15</sup>

Mit freundlichen Grüßen  
Hans-Dietrich Genscher“

VS-Bd. 13443 (213)

## 79

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors

25. März 1985<sup>1</sup>

Gespräch Bundeskanzler–Kommissionspräsident Delors am Montag, dem 25. März 1985

Aus o. a. Gespräch halte ich folgendes fest:

- 1) Kommissionspräsident *Delors* erklärte einleitend, ihm läge daran, zu folgenden drei Punkten die Auffassung des Bundeskanzlers zu hören:
- zu den noch offenen Fragen aus den Beitrittsverhandlungen<sup>2</sup>;

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Präsidenten Reagan auf einer Pressekonferenz am 26. Januar 1985 in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 82.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 25. März 1985 gefertigt und am folgenden Tag über Ministerialdirigent Stabreit an Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, geleitet mit dem Vorschlag, „die Billigung des Bundeskanzlers einzuholen“. Hartmann bat außerdem „um Zustimmung zur Weiterleitung eines Durchdrucks an das Auswärtige Amt sowie an die beteiligten Arbeitseinheiten im Hause“. Hat Teltschik am 26. März 1985 vorgelegt, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden + 1 Kopie für mich.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals vgl. Dok. 47, Anm. 17, und Dok. 52, Anm. 15.

- der Weiterbehandlung der institutionellen Probleme im Hinblick auf den ER in Mailand<sup>3</sup>;
- den Vorschlägen der Kommission zu den neuen Technologien und zur Wettbewerbsfähigkeit<sup>4</sup>.

2) Des weiteren wolle er noch erwähnen, daß MP Craxi beabsichtige, folgende Themen aus dem EPZ-Bereich auf dem ER<sup>5</sup> zu behandeln:

- Naher Osten,
- Konflikt Iran/Irak,
- Lateinamerika, insbesondere die Rückkehr Chiles zur Demokratie<sup>6</sup> sowie Mittelamerika,
- Ost-West-Beziehungen.

Craxi werde vorschlagen, daß die Staats- und Regierungschefs zu diesen Themen Erklärungen abgeben.<sup>7</sup>

3) Der *Bundeskanzler* machte deutlich, daß er zwar im Prinzip keine Einwände gegen die Abgabe von Erklärungen habe, dies allein werde aber wenig bewirken. Zu Nahost bemerkte der Bundeskanzler, bei der Diskussion über die Auswirkungen der Süderweiterung werde sich zeigen, wieviel Bereitschaft vorhanden sei, Israel zu helfen. Im übrigen sollte man diskret bei den USA für eine Unterstützung von König Hussein und Mubarak<sup>8</sup> werben; Appelle in diesem Bereich bewirkten nichts, sondern würden nur Prestigeprobleme aufwerfen. Zu Ost–West erklärte der Bundeskanzler, er sei gerne bereit, auch diese Problematik auszudiskutieren, aber er wolle daran erinnern, daß die Äußerungen von MP Papandreou in Moskau<sup>9</sup> für ihn völlig inakzeptabel gewesen seien. Auch im Fall Chile wolle er gerne helfen, aber man solle sich vor Abgabe öffentlicher Erklärungen fragen, ob damit die Dinge nicht erschwert würden. Als Pinochet den Oppositionsführer Valdés seinerzeit ins Gefängnis geworfen habe, sei es den gemeinsamen Anstrengungen von Mitterrand, Reagan und ihm zu verdanken gewesen, daß Valdés bald wieder seine Freiheit erlangt habe<sup>10</sup>; das sei wirk-

<sup>3</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>4</sup> In einer Mitteilung an den Europäischen Rat in Brüssel über die Stärkung der technologischen Grundlagen und der Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsindustrie legte die EG-Kommission am 19. März 1985 Vorschläge zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis 1992, zur Verstärkung und besseren Nutzung des wissenschaftlichen und technologischen Potentials, zur Förderung von Innovationen und für Maßnahmen im Bereich der Telekommunikation vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 236–240.

<sup>5</sup> Der Europäische Rat tagte am 29./30. März 1985 in Brüssel.

<sup>6</sup> Zur Lage in Chile vgl. Dok. 69, Anm. 12.

<sup>7</sup> Die italienische Ratspräsidentschaft übermittelte den EG-Mitgliedstaaten am 27. März 1985 Entwürfe für Erklärungen zu den Ost-West-Beziehungen sowie zur Lage im Nahen und Mittleren Osten, in Mittelamerika und in Mosambik. Vgl. den Drahtbericht Nr. 278 aus Rom (COREU); Referat 331, Bd. 136695.

<sup>8</sup> Zu den Bemühungen des Königs Hussein sowie des Präsidenten Mubarak um eine Lösung des Nahost-Konflikts vgl. Dok. 44 und Dok. 70.

<sup>9</sup> Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Papandreou bei einem Besuch in der UdSSR vom 11. bis 14. Februar 1985 vgl. Dok. 47, Anm. 29.

<sup>10</sup> Der Vorsitzende der chilenischen christdemokratischen Partei, Valdés, wurde am 9. Juli 1983 verhaftet. Die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten demarchierten am 11. Juli 1983 gemeinsam beim chilenischen Außenminister Schweitzer: „Französischer Botschafter hat für Präsidentschaft gesprochen, die Missionschefs danach noch einzeln für ihre jeweiligen Länder.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 134 des Botschafters Holzheimer, Santiago de Chile, vom 11. Juli 1983; Referat 330, Bd. 136574.

same Hilfe gewesen. Auch in Mittelamerika könne man etwas tun; aber er bezweifle, daß die Produktion diplomatischer Papiere besonders nützlich sei.

4) Auf den bevorstehenden ER in Brüssel zurückkommend, erklärte *Delors*, er hoffe, daß es dem Außenministerrat nächste Woche gelinge, die noch offenen Beitrittsfragen zu regeln.<sup>11</sup> Er persönlich sei dagegen, den ER mit Detailfragen wie Fisch oder Obst und Gemüse zu befassen. Auf eine entsprechende Frage des *Bundeskanzlers* räumte *Delors* allerdings ein, daß die Problematik IMP<sup>12</sup> auf dem ER behandelt werden müsse. *Delors* erläuterte sodann die besonderen französischen Schwierigkeiten in der Fischereifrage. Der spanische Fischfang konzentriere sich auf den Golf von Gascogne, und wenn man Mitterrand helfen wolle, die notwendigen Konzessionen zu machen, solle man versuchen, die Aufteilung der spanischen Fischereiflotte auf verschiedene Fangzonen zu ändern. Besser noch wäre es gewesen, wenn die italienische Präsidentschaft seinen Vorschlägen in diesem Bereich gefolgt wäre; so laufe man Gefahr, daß man in fünf oder sechs Jahren vor riesengroßen Problemen stehe.<sup>13</sup>

5) *Delors* plädierte sodann dafür, Portugal als dem ärmsten Land der künftigen Zwölfergemeinschaft mit einer geradezu dramatischen wirtschaftlichen Entwicklung, verbunden mit der Gefahr politischer Spannungen, in der Haushaltsfrage entgegenzukommen. Während man bei Spanien versuchen müsse, die Belastungen aus dem Haushalt im Verlaufe der ersten sieben Jahre zu neutralisieren, müsse man erreichen, daß Portugal einen Nettovorteil habe, der nach den Vorstellungen der Kommission bei 120 bis 150 Mio. ECU jährlich liegen sollte. Nicht nur den Deutschen, sondern auch den Niederländern und Briten erschiene dies noch zu hoch; tatsächlich würde aber die Mehrbelastung für die deut-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 418*

Valdés wurde am 13. Juli 1983 aus der Haft entlassen und dankte Bundeskanzler Kohl mit Schreiben vom 1. August 1983 „für die großzügige, entschlossene und schnelle Aktion“ der Bundesregierung. Vgl. Referat 330, Bd. 136574.

<sup>11</sup> Am 1. April 1985 resümierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich die Ergebnisse der EG-Ministerratstagung vom 17. bis 21. März sowie der Sondertagung des EG-Ministerrats vom 28. bis 30. März 1985 in Brüssel. Der EG-Ministerrat habe sich „intern sowie mit SPA und PTG auf Texte des ‚Kompromißpakets‘ Fischerei, Landwirtschaft, Sozialfragen, Übergangsregelung Eigene Einnahmen“ geeinigt: „Ferner beschloß er ab 1.1.1986 wirksame neue Eigenmittelregelung (Erhöhung MWSt-Grenze auf 1,4%), verknüpfte sie in rechtlich bindender Weise mit Ratifikation Beitrittsvertrags und legte Modalitäten für Haushaltsfinanzierung 1985 und Abwicklung GB-Ausgleich 1984 fest.“ Die Bundesregierung habe das Junktim zwischen Beitrittsverträgen und Anhebung der 1,4%-Mehrwertsteuergrenze zur Finanzierung des EG-Haushalts zum 1. Januar 1986 „entgegen hartnäckigen Bestrebungen der anderen [Mitglied]Staaten, Eigenmittelerhöhung insgesamt vorzuziehen“, durchgesetzt. Es gehe „weiter und ist verbindlicher formuliert als in ER-Erklärungen seit ER Stuttgart. Es hat sich als Hebel für die Förderung der Erweiterungsverhandlungen bewährt.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136101.

<sup>12</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 20. Februar 1985 für die Integrierten Mittelmeerprogramme (IMP) vgl. Dok. 52, Anm. 11.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich erläuterte am 1. April 1985, der EG-Ministerrat habe sich am 28./29. März 1985 auf folgende Lösung für die spanische Fischerei geeinigt: „Einstweilen haben spanische Schiffe nur zu Gemeinschaftsgewässern im Atlantik (Ausnahme: ‚Irish Box‘) Zugang, und zwar jeweils nur 150 ‚Standardschiffe von 700 PS‘ gleichzeitig, die aus ‚Basisliste‘ von 300 Schiffen auszuwählen sind. Spanische Fischereiflotte wird allmählich dadurch verkleinert, daß auf je zwei ausgemusterte Schiffe nur jeweils ein Neubau kommen wird. Bei Fischarten mit Quoten und/oder Gesamtfangmengen wurden SPA Höchstmengen zugeteilt, mit Sonderregelung für Seehecht, an dem SPA besonders interessiert ist.“ Über Anpassungen dieser Regelungen solle 1993 beschlossen werden. Vgl. Referat 410, Bd. 136101.

sche Kasse, wenn man die Differenz zwischen den Vorstellungen der Kommission und denen von BM Genscher zugrunde lege, 30 Mio. DM betragen.<sup>14</sup>

6) Was IMP betreffe, so fuhr Delors fort, gebe es zwischen ihm und MP Craxi eine unterschiedliche Einschätzung der Erfolgchancen. Craxi glaube, der ER könne zu bestimmten Bedingungen zu einem Ergebnis kommen. Er verfüge nicht über den gleichen Informationsstand, habe jedoch die Sorge, daß sich MP Papandreu im Hinblick auf die innenpolitische Lage in Griechenland und die bevorstehenden Wahlen<sup>15</sup> taub stellen könne. Er habe daher Craxi vorgeschlagen, mit Papandreu unbedingt ein bilaterales Gespräch am Freitag abend<sup>16</sup> zu führen, bevor der ER sich mit der Thematik befasse. Dies sei auch im Interesse von Griechenland. Im übrigen hätte Papandreu besser daran getan, seinerzeit in Dublin<sup>17</sup> den Vorschlag des Bundeskanzlers anzunehmen; stattdessen bleibe er stur, verärgere die Partner in wichtigen außenpolitischen Fragen und beeinträchtige so das Verhandlungsklima. Delors wies sodann darauf hin, daß seine Vorschläge zu IMP vom Rat positiv aufgenommen worden seien<sup>18</sup>, auch wenn einige (D und GB) der Auffassung seien, das Volumen sei immer noch zu hoch. Aber man dürfe nicht außer acht lassen, daß nach den ursprünglichen Vorschlägen das Volumen noch höher gewesen sei und sich Italien mit 44 % den Löwenanteil des Programms habe sichern wollen. Seine Vorschläge (zwei Milliarden ECU plus 2,5 Milliarden ECU-Anleihen) liefen darauf hinaus, daß in sieben Jahren jährlich 25 % mehr Mittel als derzeit zur Verfügung gestellt werden müßten. Damit sei er nicht mehr weit von den Vorstellungen auch der Länder entfernt, die eine rigorose Haltung in dieser Frage einnehmen. Außerdem sei sein Vorschlag mit strengen Auflagen verknüpft; derzeit würden die Mittel ohne klare Zweckbindung vergeben. Schließlich gebe er unter taktischen Gesichtspunkten zu bedenken, daß Italien sich mit einer Ablehnung schwer tun werde, solange es den Vorsitz im Rat inne habe.

7) Der *Bundeskanzler* erklärte, was Portugal angehe, so sei er gutwillig. Portugal sei ein proeuropäisches Land und in Fragen der politischen Integration aufgeschlossen. Zu IMP wolle er zunächst die Beratungen am kommenden Dienstag<sup>19</sup> abwarten. Delors habe die Haltung von MP Papandreu sehr freundlich dargestellt. Dieser habe seit Dublin nichts getan, um für seine Sache zu wer-

<sup>14</sup> Zu den Beschlüssen des EG-Ministerrats vom 28. bis 30. März 1985 in Brüssel für eine „Übergangsregelung Eigenmittel“ für Spanien und Portugal führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich am 1. April 1985 aus, daß die beiden neuen EG-Mitgliedstaaten nach dem Vorbild des griechischen EG-Beitritts zunächst den vollen Mehrwertsteuer-Satz zum Haushalt abführen und davon in den ersten sechs Jahren von 1986 bis 1992 einen gewissen Prozentsatz zurückerhalten sollten. Für Portugal seien außerdem ergänzende Maßnahmen vereinbart worden, durch die es „ab Beitritt deutlicher Nettoempfänger sein wird: Programme zur Entwicklung der Landwirtschaft und zur Modernisierung industriellen Produktionsapparats (Kredite), eine Milliarde ECU (2,23 Mrd. DM) Stand-by-Kredit über sechs Jahre als Zahlungsbilanzhilfe, außerdem Sondervergünstigungen in einzelnen Sachbereichen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136101.

<sup>15</sup> Die Wahlen zum griechischen Parlament fanden am 2. Juni 1985 statt.

<sup>16</sup> 29. März 1985.

<sup>17</sup> In Dublin fand am 3./4. Dezember 1984 die Tagung des Europäischen Rats statt.

<sup>18</sup> Die Vorschläge der EG-Kommission vom 20. Februar 1985 zu den Integrierten Mittelmeerprogrammen (IMP) wurden auf der EG-Ministerratstagung vom 17. bis 21. März 1985 in Brüssel erörtert. Die Sondertagung des EG-Ministerrats bestätigte das Konzept mit der Erklärung zur Mittelmeerpolitik vom 30. März 1985. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 3/1985, S. 70.

<sup>19</sup> 26. März 1985.

ben; im Gegenteil, er habe jede Gelegenheit benutzt, jeden der Partner vors Schienbein zu treten. Zur innenpolitischen Entwicklung in Griechenland wolle er sich nicht weiter äußern; aber die augenblickliche Diskussion über die Wahl des Staatspräsidenten<sup>20</sup> lasse bei ihm Warnsignale aufleuchten. Wenn alle anderen Punkte des Beitritts erledigt seien, könne man sich auf das Problem IMP konzentrieren. Dabei werde es entscheidend darauf ankommen, wie Papandreou in Brüssel auftrete.<sup>21</sup>

8) Zur institutionellen Problematik und der damit verbundenen Vorbereitung des ER in Mailand erklärte Delors, ihm stellten sich in diesem Zusammenhang fünf Fragen:

a) Soll der Anwendungsbereich des Vertrages durch Einbeziehung der bisherigen EPZ-Materien, von Fragen der Kultur, der inneren Sicherheit und der Verteidigung erweitert werden? Diese Frage sei vom Dooge-Ausschuß<sup>22</sup> nur angekippt worden. (Der Bundeskanzler warf ein: Dabei sind dies die entscheidenden Fragen.)

b) Vorausgesetzt, man will diese Fragen einbeziehen, soll man dann einen neuen Vertrag abschließen oder soll man den alten Vertrag einfach erweitern? Diese Frage habe der Dooge-Ausschuß nicht beantwortet. (Der Bundeskanzler: Dies könne man allerdings auch nur, wenn man sich über die unter a) genannte Problematik im klaren sei.)

c) Die Mitwirkung des EP am Entscheidungsverfahren.

d) Die Problematik der Differenzierung: Man müsse sich offen die Frage stellen, ob einige MS vorangehen sollen, auch wenn andere sich noch sträuben. (Hierauf wirft der Bundeskanzler ein: Für mich die zentrale Frage.)

e) Das Beschlußverfahren des Rates: Es gebe 32 Fälle, in denen die Römischen Verträge<sup>23</sup> Einstimmigkeit vorschrieben. Soll man diese Zahl nicht reduzieren? Soll man die Anwendung des Vetorechtes begrenzen?

<sup>20</sup> Die Amtszeit des Präsidenten Karamanlis endete am 15. Mai 1985. Für den 15. März 1985 waren Neuwahlen vorgesehen, wobei mit einer Wiederwahl von Karamanlis gerechnet wurde. Am 11. März 1985 berichtete Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen: „Auf Antrag Papandreous entschied sich das Zentralkomitee der PASOK am 9.3., nicht, wie vorher angekündigt, die Wiederwahl Karamanlis zu unterstützen, sondern einen eigenen Kandidaten, den Richter am Areopag Christos Sartzetakis, zu benennen. [...] Schlug schon die Entscheidung der PASOK wie eine Bombe ein, so kann der plötzliche Rücktritt des Staatspräsidenten am 10.3. nur als Sensation bezeichnet werden.“ Karamanlis habe bereits vorher erklärt, er stehe angesichts der Entscheidung des PASOK als Kandidat nicht mehr zur Verfügung, und zu seinem Rücktritt ausgeführt, „daß er mit den jüngsten Ereignissen nichts mehr zu tun haben wolle“. Pachelbel-Gehag teilte weiter mit, daß nunmehr Neuwahlen innerhalb von zehn Tagen erfolgen müßten, so daß es beim vorgesehenen Wahltermin bleiben könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 175; Referat 206 (203), Bd. 150956.

<sup>21</sup> Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 29./30. März 1985 in Brüssel, Integrierte Mittelmeerprogramme mit einer Laufzeit von sieben Jahren in Gang zu setzen. Vorgesehen waren eine „Beteiligung der Strukturfonds in Höhe von 2,5 Milliarden ECU; zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,6 Milliarden ECU [...] Darlehen der betroffenen Regionen bei der EIB und im Rahmen des neuen Gemeinschaftsinstruments in Höhe von 2,5 Milliarden ECU“. Aus den Mitteln der Strukturfonds und den zusätzlichen Haushaltsmitteln sollten 2 Mrd. ECU auf Griechenland entfallen. Vgl. die Schlußfolgerungen über die Tagung; EUROPA-ARCHIV 1985, D 264.

<sup>22</sup> Zum Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) vgl. Dok. 13, Anm. 6. Der Dooge-Ausschuß legte dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel einen Bericht vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

9) Des weiteren erklärt Delors, er halte die Einberufung einer Regierungskonferenz nur für sinnvoll, wenn einer solchen Konferenz vorher von den Staats- und Regierungschefs eine politische Orientierung gegeben werde. Zur Vorbereitung dieser Konferenz könnte möglicherweise der Dooge-Ausschuß noch an der Vertiefung der Fragen c) bis d) (siehe Punkt 8<sup>24</sup>) arbeiten, in dem er beispielsweise die Bereiche für die Mitwirkung des EP näher festlege. Insgesamt sei es aber nützlicher, wenn man die Vorbereitung des ER in Mailand auf diskrete Weise betreibe.

10) Der *Bundeskanzler* erklärte, er halte nichts von der Idee, auf dem bevorstehenden ER in Brüssel ein breit angelegtes Gespräch über die institutionellen Fragen zu führen. Ob eine Regierungskonferenz nützlich sei oder nicht, solle man am Ende der Diskussion in Mailand entscheiden. Der Dooge-Ausschuß habe insgesamt gute Arbeit geleistet, aber er, der Bundeskanzler, habe ja bekanntlich andere Vorstellungen gehabt, wie man an die Dinge herangehen solle. Es sei in der Tat schwierig, kühne Vorschläge zu entwickeln, wenn man von einer Verhandlungsposition an die Probleme herangehe. Grundsätzlich wolle er Delors noch einmal versichern, daß sich seine europapolitische Position nicht geändert habe. Was man in gewissen Veröffentlichungen („Le Monde“) lese<sup>25</sup>, sei „dummes Zeug“. Er wolle, daß es in Europa vorangehe, und er sähe eine Chance für Fortschritte, weil er sich in dieser Frage mit Präsident Mitterrand einig sei. Wenn F und D vorangingen, werde man Fortschritte machen, sonst nicht. Er wisse offengestanden auch nicht, was nach Mitterrand, dessen Haltung er genau kenne, komme. Im übrigen stimme er der Auffassung von Delors zu, daß der ER in Mailand durch möglichst diskrete Kontakte vorbereitet werden solle, und er lege großen Wert darauf, auch ihn, Delors (als Person, nicht als Institution), in diese Kontakte einzubeziehen. Auch mit den anderen Regierungschefs – der Bundeskanzler nannte ausdrücklich Lubbers, Martens, Santer, Craxi – werde er eingehend sprechen; er werde selbstverständlich auch Schlüter in diese Gespräche einbeziehen, der allerdings einen schweren Stand habe. Was Frau Thatcher betreffe, so glaube er, daß sie zunächst abwarten werde, was die anderen tun, aber schließlich werde sie sich überlegen, ob sie abseits bleiben möchte. Im übrigen sei er sicher, daß auch Spanien und Portugal mithelfen werden, die Dinge voranzubringen; dies sei einer der Gründe dafür gewesen, daß er den Beitritt so energisch betrieben habe. Man werde schließlich auch die Möglichkeit ins Auge fassen müssen, in einer kleineren Gruppe voranzugehen. Auf die Dauer

<sup>24</sup> Korrigiert aus: „Punkt 9“.

<sup>25</sup> Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber den Europäischen Gemeinschaften wurde am 2. März 1985 ausgeführt: „Nos voisins pratiquent allègrement le double langage.“ Bundeskanzler Kohl gebe in Sonntagsreden Lippenbekenntnisse zu Europa ab: „Mais à Bruxelles [...], l'attitude du gouvernement fédéral apparaît comme une suite de refus, de contradictions, d'incohérences.“ Weiter hieß es: „l'Allemagne, avec ses pulsions nationales, neutralistes, atlantiques, avec ses forêts malades, avec ses contradictions, ne croit plus à la Communauté“. Vgl. den Artikel „L'Allemagne est-elle en train de se dégager de la Communauté?“, LE MONDE vom 2. März 1985, S. 3.

Botschafter Schoeller, Paris, gab am 21. März 1985 Äußerungen des Kabinettschefs des französischen Ministerpräsidenten, Bernard, sowie des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Morel, weiter, die übereinstimmend ausgeführt hätten, der Artikel „möge zwar in der Diktion über das Ziel hinausschießen, doch sollten wir nicht glauben, es mangle in Paris an Zustimmung zu seinen sachlichen Argumenten.“ Das Engagement des Bundeskanzlers für Europa „sei vollkommen überzeugend [...]. Das Ressortverhalten zu Einzelfragen drohe aber zur Zeit diese deutsche Europapolitik ihrer Glaubwürdigkeit zu berauben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 749; Referat 410, Bd. 136157.

sei ein Zustand, in dem die einen nur für den Handel zuständig seien, die anderen aber Verantwortung und Lasten für Sicherheit und Verteidigung trügen, für ihn innenpolitisch nicht tragbar. In der Bundesrepublik Deutschland hätten sich die Dinge insofern geändert, als Bundeskanzler Schmidt seinerzeit Europapolitik mit Unterstützung der Opposition habe treiben können; dies sei jetzt nicht mehr der Fall. Der Bundeskanzler verwies hierzu auf den Versuch der SPD, die Bundesregierung vor dem Gipfel von Fontainebleau<sup>26</sup> darauf festzulegen, keiner Erhöhung irgendwelcher finanziellen Leistungen zuzustimmen. In Mailand werde man über dieses komplizierte Geflecht von Fragen sprechen müssen; wenn beispielsweise Genf<sup>27</sup> erfolgreich sei, so werde sich die Problematik der konventionellen Verteidigung verschärft stellen; vor allem auf die Bundesrepublik Deutschland würden dann entsprechende Lasten zukommen.

11) *Delors* erklärte, er teile die Auffassung des Bundeskanzlers in bezug auf Frankreich. Nicht nur Chirac kritisiere die Süderweiterung, auch François-Poncet habe letztes Wochenende in einem Beitrag für „Figaro“ das gleiche getan.<sup>28</sup> Wenn man in Mailand keine Entscheidung treffe, würde der Spielraum für Miterrand immer enger. Er schlage vor, daß man für Mailand ein zweiseitiges Papier vorbereite, in dem die wichtigsten Optionen aufgelistet sind. Der Dooge-Ausschuß habe sich zu Unrecht auf das Vorbild des Spaak-Komitees berufen: Dieses sei erst an die Arbeit gegangen, nachdem die Regierungschefs in Venedig die politischen Entscheidungen getroffen hätten.<sup>29</sup> Er wolle dem Bundeskanzler noch einmal seine Vorschläge für die neuen Technologien und zur Wettbewerbsfähigkeit ans Herz legen. Dies sei ein Thema, das auch die Jugend anspreche, das Hoffnung für die Zukunft bedeute und geeignet sei, dem derzeitigen Pessimismus zu begegnen. In den entsprechenden Kommissionspapieren seien konkrete Vorschläge zur Verwirklichung des Binnenmarktes enthalten. Gerade in dieser Frage bedürfe er der politischen Unterstützung der Staats- und Regierungschefs, um gegen die Bremsversuche der nationalen Bürokratien anzukommen. Außerdem werde die Kommission ein Programm im Bereich der Telekommunikation und der Forschung vorschlagen. Schließlich habe die Kommission auch ein umfangreiches Papier zum Thema „Umwelt“ vorbereitet, das über die Problematik „schadstoffarmes Auto“ hinausgehe. Der Bundeskanzler sagte gründliche Prüfung dieser Vorschläge zu.<sup>30</sup>

<sup>26</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>27</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>28</sup> Vgl. den Artikel von Jean François-Poncet: „Faux-semblant“; LE FIGARO vom 23./24. März 1985, S. 1.

<sup>29</sup> Belgien, die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande beschlossen auf der Konferenz von Messina vom 1. bis 3. Juni 1955 die Einsetzung einer Kommission unter Vorsitz des belgischen Außenministers Spaak, die Maßnahmen zu einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa bis hin zu einem Gemeinsamen Markt ausarbeiten sollte. Für das Communiqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7974 f.

Die Kommission legte am 21. April 1956 ihren Bericht („Spaak-Bericht“) vor, der auf der Konferenz der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten am 29./30. Mai 1956 in Venedig erörtert wurde. Spaak wurde zum Vorsitzenden der Vertragsverhandlungen über einen Gemeinsamen Markt und eine europäische Atomgemeinschaft bestellt, die in Brüssel stattfinden sollten. Vgl. dazu BDFD, I, S. 601 f. Vgl. dazu auch DDF 1956, I, S. 645–654 und S. 917–931.

<sup>30</sup> Zum Memorandum der EG-Kommission über eine europagerechte Umweltpolitik für die Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1985 vgl. BULLETIN DER EG 3/1985, S. 116 f.

Die Vorschläge wurde vom Europäischen Rat am 29./30. März 1985 gebilligt. Vgl. dazu die Schlußfolgerungen; EUROPA-ARCHIV 1985, D 261–263.

12) Abschließend sprach der *Bundeskanzler* noch zwei Probleme an, die er der besonderen Beachtung von Delors empfahl:

- die Verwendung der deutschen Sprache im Gemeinschaftsbereich<sup>31</sup>;
- die Problematik des Getreidepreises<sup>32</sup>.

Der *Bundeskanzler* stellte – unter Hinweis auf die französische Handhabung dieser Frage<sup>33</sup> – klar, daß er der gleichberechtigten Verwendung der deutschen Sprache innerhalb der Gemeinschaft allergrößte Bedeutung beimißt.

*Delors* äußerte Verständnis und erklärte sich bereit, mit StS Ruhfus auch über Möglichkeiten der Förderung der deutschen Sprache im Bereich der europäischen Universitäten und Schulen zu sprechen.

Zum Getreidepreis erklärte der *Bundeskanzler*, in dieser für ihn sehr wichtigen Frage liege er in offenem Streit mit der Kommission. Der *Bundeskanzler* legte eingehend die schwierige Einkommenssituation in der deutschen Landwirtschaft dar und wies auf die großen innenpolitischen Probleme hin, die der Bundesregierung bereits aus der Anwendung der Beschlüsse im Milchsektor<sup>34</sup> erwachsen seien. Der Getreidepreis sei eine sehr ernste Frage mit erheblichen innenpolitischen Konsequenzen.<sup>35</sup> Der *Bundeskanzler* wies auch auf die besonde-

<sup>31</sup> Zur Sprachenfrage vgl. Dok. 19, Anm. 25.

Ministerialdirektor Ungerer legte am 6. März 1985 dar, daß trotz der Gleichberechtigung der sieben Amtssprachen in den Europäischen Gemeinschaften in der Praxis „eine Tendenz zur Zweisprachigkeit Französisch/Englisch festzustellen“ sei. Deutsch werde sowohl in der EG-Kommission als auch im Ratssekretariat zurückgedrängt: „Mit einer Beschleunigung dieser Entwicklung ist nach dem Beitritt von Portugal und Spanien zu rechnen. Um die Stellung der deutschen Sprache in der Gemeinschaft wieder zu festigen, wurden folgende Schritte unternommen: Intervention bei Kommission und Ratssekretariat auf hoher politischer Ebene; Erarbeitung einer Verhaltensanleitung im Ressortkreis für das Auftreten deutscher Delegierter in Sitzungen; Weisung an die St[ändige]V[er]tretung] Brüssel, bei allen organisatorischen Beschlüssen im Hinblick auf den Beitritt von Portugal und Spanien darauf zu achten, daß der Status der deutschen Sprache nicht beeinträchtigt wird.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130407.

<sup>32</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 30. Januar 1985 für die Agrarpreise für 1985/86 vgl. Dok. 19, Anm. 18.

<sup>33</sup> Zu der von *Bundeskanzler* Kohl in einer Sitzung des Kabinettsausschusses für Europapolitik am 7. Februar 1985 geäußerten Bitte um Prüfung, „ob es zutrefte, daß in Frankreich zu Beginn der V. Republik ein Gesetz erlassen worden sei, wonach französische Vertreter nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen dürften, auf denen Französisch Konferenzsprache sei“, vermerkte Ministerialdirigent Loeck am 22. Februar 1985: „Die angestellten Nachforschungen haben ergeben, daß ein solches Gesetz oder eine innerdienstliche Anweisung dieses Inhalts nicht besteht“. Allerdings gebe es das Gesetz vom 31. Dezember 1975, das „zwingend den Gebrauch des Französischen im Geschäftsleben“ vorschreibe, sowie die Weisung an französische Vertreter bei internationalen Organisationen, „auf die Einhaltung der jeweils geltenden Sprachenregelung und die Anwendung der französischen Sprache zu achten“. Vgl. Referat 410, Bd. 130407.

<sup>34</sup> Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister beschloß am 31. März 1984 u. a. die Erhebung einer Abgabe bei Überschreitung der Milchquoten. Vgl. dazu Dok. 67, Anm. 7. Mit Schreiben vom 20. Dezember 1984 wies *Bundeskanzler* Kohl den Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, darauf hin, daß die Bundesrepublik bislang der einzige EG-Mitgliedstaat sei, „der die geschuldeten Abgaben den geltenden Vorschriften entsprechend ordnungsgemäß erhoben hat. Dieser Umstand hat in der Bundesrepublik Deutschland bei den betroffenen Milcherzeugern erhebliche Unruhe ausgelöst.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130934.

<sup>35</sup> Referat 411 legte am 4. März 1985 dar, daß die Agrarpreis-Vorschläge der EG-Kommission vom 30. Januar 1985 in der Bundesrepublik zu einem „Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bei Getreide um 4,2 %“ führen würden. Hinzu komme, daß sich die Einkommenssituation bei Vollerwerbsbetrieben bereits 1983/84 „drastisch verschlechtert“ habe: Die Einkommen seien im Durchschnitt um 18,2 % zurückgegangen und lägen auf dem Niveau von 1974/75. Die Landwirtschaft der Bun-



ren strukturellen Probleme in der deutschen Landwirtschaft hin, beispielsweise darauf, daß die Bauern an der innerdeutschen Grenze sich heute in einer Randlage befinden, die ihren Zugang zu den Märkten entsprechend erschwere. Der Bundeskanzler erklärte gegenüber Delors seine Bereitschaft, auch eingehend über die langfristigen Perspektiven der Landwirtschaft zu diskutieren. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Problematik der sich ständig steigenden Hektarerträge, die durch künstliche Düngung herbeigeführt würde und entsprechend fatale Konsequenzen für die Natur habe. Delors erklärte sich zu einer solchen Diskussion gerne bereit und verteidigte im übrigen seine Vorschläge zum Getreidepreis mit dem Argument, die Kommission wolle die Preise an den Weltmarkt anpassen.<sup>36</sup> Vielleicht gebe es aber die Möglichkeit, statt einer Preissenkung die entsprechenden Mittel einzusparen, um damit neue Märkte zu erschließen.<sup>37</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 424*

desrepublik sei damit „in der Einkommensrangfolge auf dem vorletzten Platz vor Griechenland angelangt“. Vgl. Referat 416, Bd. 130913.

<sup>36</sup> Die EG-Kommission wies in ihren Vorschlägen vom 30. Januar 1985 für die Getreidepreise bzw. in ihren Überlegungen zu langfristigen Perspektiven für die europäische Landwirtschaft darauf hin, daß der „Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft“ bei Getreide 1984/85 bei 130 % liege und bis 1990/91 auf 135 % steigen werde. Die den Eigenbedarf überschreitende Erzeugung von Agrarprodukten mache die EG-Mitgliedstaaten für den Absatz zunehmend vom Weltmarkt abhängig. Vgl. BULLETIN DER EG 1/1985, S. 13–15.

<sup>37</sup> Zu den Agrarpreisverhandlungen im EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 1./2. April 1985 in Brüssel legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann am 10. April 1985 dar, die Beratungen seien angesichts der „unveränderten Haltung der Delegationen“ auf den 22. April 1985 vertagt worden. EG-Kommission und italienische EG-Präsidentschaft wollten sich bis dahin um ein Kompromißpaket bemühen. Neben der Bundesrepublik hätten auch andere Delegationen Änderungen der Vorschläge der EG-Kommission vom 30. Januar 1985 verlangt: „GB im Sinne von Preissenkungen, andere MS im Sinne von Preisverbesserungen [...]“. Keine Delegation zeigte sich indes dabei so wenig bereit, über Kompromisse zu sprechen, wie BM Kiechle.“ Die EG-Kommission habe darauf hingewiesen, „daß bei Erfüllung der Wünsche der MS 1985 zusätzliche Ausgaben von 316 Mio. ECU und 1986 von 781 Mio. ECU entstehen würden“. Vgl. Referat 416, Bd. 130913.

### Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

114-11422/85 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 763

Citissime nachts

Aufgabe: 25. März 1985, 10.44 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 25. März 1985, 11.53 Uhr

Betr.: Französische Reaktion auf Reagan-Initiative zu SDI;  
hier: Gespräch mit General Saulnier vom 23.3.85

Luftwaffengeneral Jean Saulnier (Chef d'état major particulier du président de la République), den ich am 22. März 1985 auf meine Bitte aus anderem Anlaß aufgesucht habe, wandte sich nach schneller Erledigung<sup>2</sup> meines Anliegens von sich aus einer ausführlichen Erörterung der amerikanischen SDI-Initiative zu.

Regierung sei vom Vorschlag Reagans überrascht worden und sehe die nun eingeleitete öffentliche Diskussion mit tiefer Sorge. Washington habe die europäischen NATO-Partner ohne Vorbereitung zur Stellungnahme gezwungen, denn es sei unmöglich, nunmehr einfach zu schweigen, „nous sommes interpellés“. Unter anderem ergebe sich das aus dem bei der Industrie provozierten aktiven Interesse. Dabei stellte sich der SDI-Vorschlag bisher inhaltlich und in seinen zeitlichen Perspektiven als so überaus vage dar, daß sich konkrete Stellungnahmen von Regierungsseite eigentlich verböten.

Die Sorgen bezögen sich auf das Gesamtprojekt, nicht nur auf die Frage der militärischen Verwirklichung, sondern auch auf die der Forschung. Man habe eine „Büchse der Pandora“ geöffnet und womöglich nicht mehr kontrollierbaren Spekulationen, Befürchtungen und Verdächtigungen ihren Lauf gelassen. Was solle nun Geschäftsgrundlage der Genfer Verhandlungen<sup>3</sup> werden? Wo liegen die Grenzen einer Verletzung des ABM-Vertrages? Wie werden bestehende Verträge berührt, wenn etwa zur Lösung der Energiefrage mit nuklearen Mitteln Experimente im Weltraum angesteuert werden, die Explosionen beinhalten? In Paris habe die Erfahrung, daß der US-Präsident einen so spektakulären Schritt auf einem so überaus sensitiven Terrain ohne jede Konsultation der Verbündeten unternommen habe, Befremden ausgelöst („difficilement admissible“).

Saulnier kam mehrfach darauf zurück, daß die Europäer nun gezwungenermaßen eine Einstellung zu der SDI-Initiative finden müßten. Die strategische Basis der westlichen Sicherheit müsse erhalten bleiben. Nichts erlaube gegenwärtig, von einer befriedigenden Wirksamkeit von SDI auszugehen. Nicht abschätzbar seien zugleich die potentiellen Gegenkonzepte. Auch müsse die Gefahr gesehen werden, daß die Forschung eine Eigendynamik entwickle, mit der die politische Kontrolle nicht mehr schritthalten könne. Mit Recht habe AM Howe in

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 26. März 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err]n Holderbaum n[ach] R[ückkehr].“

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „wandte nach schneller Erledigung“.

<sup>3</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

seiner Rede vom 15. März<sup>4</sup> davor gewarnt, daß bei für den Bau des weltraumgestützten Abwehrsystems sprechenden Forschungsergebnissen noch lange nicht erwiesen sei, daß dieses System im gesamtstrategischen Rahmen sinnvoll wäre. Das Studium der strategischen Implikationen dürfe nicht zurückgestellt werden, bis Forschungsergebnisse vorliegen.

Saulnier zeigte sich beunruhigt darüber, daß man nicht wisse, welches Ziel in Washington verfolgt werde. Nach seinem Eindruck gebe es einen Dissens zwischen Pentagon und Weißem Haus. Das Pentagon sei vom ungelösten Problem des Schutzes der eigenen Silos für ballistische Nuklearwaffen besessen und sehe in SDI die Chance der Lösung dieses Problems, während das Weiße Haus eher an ein Verteidigungskonzept ohne Rücksicht auf das eigene Abschreckungspotential denke. Der General führte mehrere technische Überlegungen an, die seines Erachtens gegen die Chance einer den Amerikanern vorschwebenden Wirksamkeit des Systems sprechen. Mit Bedenken habe er im Gespräch mit Abrahamson festgestellt, wie vage und unbefriedigend dessen Antworten auf diese Fragen ausfielen. Geradezu erschreckt habe ihn die im Verhältnis zum Ernst dieser an die Grundlagen unserer Sicherheit rührenden Aspekte fast unbekümmert bis oberflächlich wirkende Werbung für SDI durch Keyworth, mit dem er kürzlich in Paris auch gesprochen habe. Mit Sorge denke er zurück an seinen Besuch in Nord-Dakota 1971 im ABM-Zusammenhang, als die Amerikaner ihm dort die riesige Anlage gezeigt hätten, die etwa 50 Flugkörper zur Raketenabwehr beherbergte. Sie sei bekanntlich später vertragsgemäß abgebaut worden. Ein sachverständiger Insider habe ihm damals seinen Eindruck, daß dieser Abwehrmechanismus im Ernstfall nicht funktionieren werde, unter der Hand bestätigt. Daß Washington die Anlage trotzdem mit enormem Aufwand hingestellt habe, stimme ihn noch heute nachdenklich.

Ich habe dem General ausführlich den gegenwärtigen Stand unserer Überlegungen erläutert und mich dabei in erster Linie auf BM-Artikel vom 18. März<sup>5</sup> und auf die dazu mit Plurez Nr. 2259 vom 19.3.1985 gegebenen Kommentare<sup>6</sup> gestützt. Artikel wurde Saulnier in französischer Übersetzung übergeben. Saulnier

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „18. März“.

Am 15. März 1985 informierte Botschafter Freiherr von Wechmar, London, über eine Rede des britischen Außenministers vor dem Royal United Services Institute (RUSI) über „Defence and Security in the Nuclear Age“, in der Howe ausführlich auf das amerikanische SDI-Programm eingegangen sei. U. a. habe er auf die Notwendigkeit hingewiesen, „über die technologischen Forschungen hinaus uns heute bereits Gedanken über die strategischen Implikationen zu machen und nicht abzuwarten, bis wir an der Schwelle zum deployment stehen“. Er habe wörtlich ausgeführt: „It would be wrong to underestimate the enormous technological expertise and potential of the United States. But, as we all recognise, there would be no advantage in creating a new Maginot line of the twenty-first century, liable to be outflanked by relatively simpler and demonstrably cheaper counter-measures.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 500; Referat 201, Bd. 151241.

Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 219–228.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Artikels des Bundesministers Genscher „Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen“ vgl. BULLETIN 1985, S. 258–260.

<sup>6</sup> In dem am 18. März 1985 konzipierten Runderlaß übermittelte Ministerialdirigent Edler von Braunnühl Erläuterungen zum Artikel des Bundesministers Genscher vom selben Tag. Genscher habe es vermieden, „sich direkt zu SDI zu äußern“, aber vier Kriterien hervorgehoben: „Wahrung strategischer Einheit des Bündnisses, Vermeidung von Instabilitäten, enge und vertrauensvolle Konsultationen der USA mit westeuropäischen Verbündeten, Nicht-Abkoppelung von technologischen Innovationen.“ Außerdem habe er die Notwendigkeit betont, „daß Strategie der Kriegsverhinderung unverändert gültig bleiben muß“. Vgl. Referat 201, Bd. 151241.

widersprach meiner Überlegung nicht, wonach sich nach anfänglichen Nuancen (Wehrkundetagung München<sup>7</sup>) heute deutliche Annäherung zwischen unserer, der britischen und der französischen Position zeigten.

Saulnier ist der maßgebende Militärberater von Mitterrand. Es war klar, daß er sich von vornherein vorgenommen hatte, das Problem SDI mir gegenüber anzusprechen. Die aufgezeigten ernststen Sorgen reflektieren den starken Wunsch der Franzosen, unverzüglich in einen engen Gedankenaustausch mit uns einzutreten und gemeinsam an einer<sup>8</sup> europäischen Antwort auf die neue Situation zu arbeiten. Dies wird sich voraussichtlich auch im für den 25.3. vorgesehenen Gespräch Mitterrands mit dem Bundeskanzler zeigen.

[gez.] Schoeller

**VS-Bd. 12968 (202)**

## 81

### **Botschafter Nowak, Riad, an Staatssekretär Meyer-Landrut**

**114-11476/85 VS-vertraulich**

**Fernschreiben Nr. 34**

**Aufgabe: 27. März 1985, 13.00 Uhr**

**Ankunft: 27. März 1985, 14.01 Uhr**

Nur für StS<sup>1</sup> und Abteilungsleiter 3<sup>2</sup>

Betr.: Überreichung des Beglaubigungsschreibens;  
hier: Ausführungen des saudischen Königs Fahd

Bei am 24.3.1985 erfolgter Überreichung Beglaubigungsschreibens machte König Fahd Ausführungen, die ausschließlich Fragen der Rüstungskoooperation betrafen und die von großem Ernst getragen waren. Sie erfordern unsere besondere Aufmerksamkeit. Ich berichte detailliert.

1) Der König ergriff unmittelbar auf meine Antrittsrede<sup>3</sup> das Wort. Auf die verbindlich gehaltenen Formulierungen meiner Ansprache ging er mit keiner Be-

<sup>7</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 zum amerikanischen SDI-Programm auf der Internationalen Wehrkundetagung in München vgl. Dok. 39, Anm. 17.

Der französische Verteidigungsminister Hernu sprach sich am selben Tag in München dafür aus, „daß der Weltraum friedlich sein soll“, und äußerte Zweifel, „daß das Gleichgewicht, das aus der Stationierung defensiver Systeme und der Verringerung der Offensivwaffen folgen würde, wirklich stabil wäre“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 174.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „meiner“.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Haas am 28. März 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schlagintweit „persönlich“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hut ab vor Bo[tschafter] Nowak!“  
Hat Schlagintweit am 28. März 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Für die Rede des Botschafters Nowak, Riad, anläßlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens an König Fahd vgl. Referat 311, Bd. 137939.

merkung ein. Noch stehend brachte er sofort das ihn bewegende Anliegen zur Sprache.

Er führte aus, er hoffe, meine Anwesenheit in Saudi-Arabien werde dazu beitragen, die Probleme, die in letzter Zeit das deutsch-saudische Verhältnis belastet hätten, zu beseitigen. Sie bestünden in der Frage unserer Rüstungsexportpolitik.<sup>4</sup> Er verstehe nicht, wie Israel uns vorschreiben könne, ob wir an Saudi-Arabien Waffen liefern dürften oder nicht. Die Amerikaner, Engländer und Franzosen verkauften Rüstungsgüter, ohne daß davon Aufhebens gemacht werde. Saudi-Arabien habe uns um keine Gefälligkeit gebeten. Was es haben wollte, wäre bar bezahlt worden. Wenn wir nicht verkaufen wollten, hätten wir es nur zu sagen brauchen, und alles wäre klar gewesen. Aber er empfinde es als störend, daß darüber so viel diskutiert werde.<sup>5</sup> Da gingen führende deutsche Politiker nach Israel und diskutierten dort Angelegenheiten Saudi-Arabiens, die niemand anderen etwas angingen. Das belaste unsere Beziehungen. Saudi-Arabien sei vor niemand Bittsteller. Es habe sich auch uns nicht aufgedrängt. Waffen kaufen könne es überall.

Erst dann nahm er mein Beglaubigungsschreiben entgegen.

2) Bei dem anschließenden, knapp dreißig Minuten währenden Vier-Augen-Gespräch ging der König sofort wieder auf das ihn bewegende Thema ein. Es war eine ausführliche Wiederholung seiner vorher gemachten Ausführungen. Er brachte dieselben Argumente vor, einige davon zwei- bis dreimal. Wieder der Vorwurf gegen Israel: Es könne sich doch über die Deutschen nicht beklagen. Wir hätten Israel Milliarden an Unterstützungsgeldern gezahlt. Er frage sich, wie dieses Land dazu komme, in Angelegenheiten, die Deutschland und Saudi-Arabien beträfen, hineinzureden. Warum beschäftige Israel sich mit deutschen Waffen, nicht aber mit den Waffen der tatsächlichen Lieferanten? Saudi-Arabien habe uns ein nüchternes Angebot gemacht. Das hätte unserer Industrie helfen können. Es sei unsere eigene Entscheidung gewesen, darüber zu befinden, ob wir den Handel eingehen wollten oder nicht. Aber daß dies immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert werde, sei unverständlich. Dann folgte wieder der Vorwurf gegen deutsche Politiker, die in Israel über Saudi-Arabien sprächen und ihm zu nahe träten (affecting us). Sodann wörtlich: Wir wollen jetzt endlich unsere Ruhe haben (in Übersetzung: We would like not to be bothered any more). Die Behandlung dieser Angelegenheit trage Störungen in unser gegenseitiges Verhältnis. Es folgten noch einige Sätze in Abwandlung der vorhergehenden Ausführungen. Dann gab er mir Gelegenheit zu einer zusammengefaßten Erwiderung.

<sup>4</sup> Zu den Bemühungen der saudi-arabischen Regierung um den Erwerb von Rüstungsgütern in der Bundesrepublik und zur Haltung der Bundesregierung vgl. AAPD 1984, I, Dok. 159, und AAPD 1984, II, Dok. 263.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 25. Februar 1985 gegenüber der Tageszeitung „Bild“; Dok. 49, Anm. 3. Die Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ berichtete am 25. Februar 1985 über die Bemühungen von Strauß um die Lieferung von Panzern des Typs „Leopard II“ an Saudi-Arabien. Dazu hieß es, das Projekt habe „die Bonner Koalition entzweit“. Bundesminister Genscher wolle Bundeskanzler Kohl „alle Verantwortung für das brisante Waffengeschäft aufhalsen“ und sei zudem verärgert, weil Kohl Israel Konsultationen dazu und damit Mitsprache eingeräumt habe. Vgl. den Artikel „Sowieso nicht fahren“; DER SPIEGEL, Nr. 9 vom 25. Februar 1985, S. 20–23.

3) Ich sagte ihm, ich dankte für die Offenheit seiner Worte. Unter Freunden müsse man offen sprechen, und so schätzte ich seine offenen Worte als Zeichen der fortbestehenden Freundschaft zu Deutschland ein. Er nickte zustimmend. Ich fuhr fort, seine wiederholt vorgebrachte Frage, weshalb sich Israel so mit dem Gedanken deutscher Waffenverkäufe an Saudi-Arabien beschäftige, diese Fragen stellten sich die deutschen Politiker auch. Deshalb gerade erfolgten diese Erörterungen mit Israel. Ich möchte feststellen, und dies mit großem Nachdruck, daß keiner der Politiker, die diese Angelegenheiten in der Vergangenheit in Israel diskutiert hätten, dies in irgendeiner Weise zum Nachteil Saudi-Arabien habe tun wollen oder ihm habe zu nahe treten wollen. Im Gegenteil. Es habe sich bisher um Politiker gehandelt, die gerade ein von Überzeugung getragenes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien hätten. Die Beweggründe dafür seien vor allem politischer Art. Wir schätzten die Stabilitätspolitik, die er, Fahd, im Nahen und Mittleren Osten verfolge, hoch ein, und der Gedanke einer Rüstungskoooperation werde gerade unter diesem Aspekt gesehen. Er möge die Überlegungen, die sich daran geknüpft haben, als ein Zeichen der Qualität unserer Beziehungen einschätzen. Saudi-Arabien sei das erste Land der Dritten Welt, bei dem wir uns die Frage gestellt hätten, ob wir im Waffenexport über den engen Kreis unserer Verbündeten und der uns nahestehenden Länder hinausgehen sollten. Dies könne doch nicht als Negativum aufgefaßt werden. Ich verstehe deshalb seine Worte so, daß nicht die Frage einer Rüstungskoooperation zur Debatte stehe; sondern die Erörterung einer solchen Kooperation in der Öffentlichkeit.<sup>6</sup> Ich würde dies meiner Regierung so übermitteln.

König Fahd stimmte dem zu. Er führte ein drittes Mal aus, daß sein Land und seine Politik nicht in der Öffentlichkeit zur Diskussion stehen möchten, besonders nicht in Israel. Er bat mich schließlich, seine Grüße dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln, und entließ mich mit guten Wünschen.

4) Als Elemente der Bewertung sind zu nennen:

- Fahd äußerte keine Bitte um Rüstungsgüter.
- Er sprach bei der Erwähnung seines Angebots, bei uns Waffen zu kaufen, im Tempus der Vergangenheit.
- Er kritisierte nicht, daß er keine Waffen erhalten habe, sondern daß die Frage, ob wir liefern sollten, immer erneut in der Öffentlichkeit erörtert werde.
- Er reagierte besonders empfindlich darauf, daß dies gerade in Israel geschehe.

Hieraus ist zu schließen, daß die Frage der Rüstungskoooperation selbst für ihn nicht mehr akut zu sein scheint, jedenfalls deutet nichts auf das Gegenteil hin. Aber verletzt zeigte er sich über die Behandlung der Angelegenheit, und die Erwähnung Israels erfolgte jedesmal gereizt. Deutlich spürbar war seine Erregung. Während meiner Antrittsrede wirkte er zerstreut, dann ergriff er die erste Gelegenheit zu seinen Ausführungen mit Argumenten, die sich mehrfach wiederholten und von denen er bis zum Schluß nicht loskam. Die deutschen Politiker, über die er sich beklagte, nannte er nicht bei Namen. Die Erwähnung des Herrn Bundeskanzlers erfolgte in anderem Zusammenhang und dann in po-

<sup>6</sup> Der Passus „daß nicht die Frage ... Öffentlichkeit“ wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

sitivem Sinne. Zusammengefaßt habe ich den Eindruck, daß die Frage der Rüstungskoooperation gegenwärtig für ihn ein geringeres Politikum darstellt als deren Erörterung in der Öffentlichkeit, [...] <sup>7</sup> Äußerungen deutscher Politiker in Israel stets neue Nahrung geben. Mit westlicher Mentalität innerlich nicht vertraut und den Gepflogenheiten unserer Medien fremd gegenüberstehend, sieht er sich und sein Land in der Öffentlichkeit bloßgestellt und fürchtet, das Gesicht zu verlieren.

5) Es liegt nahe, anzunehmen, daß der König unter dem frischen Eindruck von Meldungen über die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden <sup>8</sup> Vogel in Israel abgegebene Erklärung stand, in der gegen mögliche deutsche Waffenausfuhren nach Saudi-Arabien Stellung genommen wird. <sup>9</sup> Dies mag seine Gereiztheit erklären, jedoch hat sein Unwille weiter zurückliegende Wurzeln. Es steht zu befürchten, daß jede neue Erörterung des Für und Wider einer Waffenausfuhr nach Saudi-Arabien, besonders wenn dies in Israel erfolgt, unsere Beziehungen zu Saudi-Arabien an der Spitze des Landes auf das empfindlichste beeinträchtigt. <sup>10</sup> Ich halte Bemühungen unsererseits, den Stein des Anstoßes nach Möglichkeit zu vermeiden, deshalb für wichtiger als eine unverzügliche Antwort an den Monarchen.

[gez.] Nowak

VS-Bd. 13623 (311)

<sup>7</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „SPD-Vorsitzenden“.

<sup>9</sup> In der Presse wurde berichtet, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Vogel, habe sich am 20. März 1985 in einer Rede vor dem Ausschuß für Außenpolitik und Sicherheit des israelischen Parlaments in Jerusalem „mit Nachdruck gegen die Lieferung deutscher Waffen in den Nahen Osten ausgesprochen. Das gelte auch für Saudi-Arabien.“ Indirekt habe Vogel dem vom bayerischen Ministerpräsidenten Strauß drei Wochen zuvor in Israel vertretenen Argument widersprochen, daß Saudi-Arabien dann in anderen Staaten Waffen kaufe, indem er darauf hingewiesen habe, es sei nicht dasselbe, ob Israel von deutschen Waffen oder denjenigen aus anderen Staaten bedroht werde. Vgl. den Artikel „Vogel gegen deutsche Waffenlieferungen nach Nahost“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. März 1985, S. 4.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok informierte die Botschaft in Riad am 27. März 1985 über Pressemeldungen vom 25. März 1985, denen zufolge die saudiarabische Regierung die Bundesregierung aufgefordert habe, „der öffentlichen Diskussion über den Wunsch Saudi-Arabiens nach Lieferung von Panzern des Typs Leopard II ein Ende zu machen. In einer offiziellen Erklärung hieß es ohne nähere Angaben, die Leopard-Debatte in der Bundesrepublik Deutschland werde für ‚andere Zwecke‘ ausgebeutet.“ Laut Mitteilung der Nachrichtenagentur dpa sei davor gewarnt worden, daß daraus ein „Negativfaktor“ zwischen beiden Staaten werden und dies Folgen für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen haben könne. Vgl. den Drahterlaß Nr. 15; Referat 311, Bd. 137938.

## 82

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer****201-363.21-533/85 geheim****28. März 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung

Betr.: 37. NPG-Ministertagung am 26./27. März 1985 in Luxemburg

Anlg.: 1<sup>4</sup>**I. Wertung und Zusammenfassung**

Die 37. NPG-Ministerkonferenz wurde beherrscht von den Themen SDI und Reduzierung/Modernisierung der Kernwaffen. VM Weinberger gab bekannt, daß er in Briefen an Verteidigungsminister von Alliierten „innerhalb und außerhalb der NATO“ die Beteiligung an der SDI-Forschung angeboten habe.<sup>5</sup> In der Aussprache kündigte nur der Verteidigungsminister Kanadas<sup>6</sup> an, er werde mit Weinberger die Möglichkeiten der Mitwirkung prüfen. Die meisten Verteidigungsminister bezeichneten die SDI-Forschung als notwendig, äußerten sich nicht zu der Teilnahme an der Forschung und erinnerten an die Besorgnisse und Interessen der Europäer im Zusammenhang mit SDI. Die Reaktion der Partner konnte Weinberger nicht zufriedenstellen. Das Kommuniqué<sup>7</sup> fiel SDI-freundlicher aus als die Aussprache, da die Bündnispartner angesichts der Gen-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. April 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. April 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 4. April 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Lewalter und Adamek „z[ur] g[efälligen] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Lewalter am 17. April und Adamek am 18. April 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 29. März 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 3. April 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die vorläufige Übersetzung des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. VS-Bd. 12039 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Für das Schreiben vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner, in dem der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger um Rückmeldung innerhalb von 60 Tagen bat, ob Interesse an einer Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm bestehe und welche Forschungsfelder dafür in Frage kämen, vgl. Referat 201, Bd. 151241.

Neben den NATO-Mitgliedstaaten waren auch Australien, Israel und Japan Adressaten des Schreibens. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram vom 11. April 1985; Referat 201, Bd. 151241.

Das Schreiben an die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten wurde am 29. März 1985 veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 560 f.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Außenminister Kanadas“. Erik H. Nielsen.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 138 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 372 f.



fer Verhandlungen<sup>8</sup> Einigkeit demonstrierten und SDI in den meisten Ländern offensichtlich (noch) nicht die innenpolitische Brisanz entwickelt hat wie die Nachrüstung.

Die Reduzierung der Kernsprengköpfe und die damit einhergehende Modernisierung der Kernwaffen in Europa wurde im Bericht SACEURs<sup>9</sup> deutlicher und mit mehr Detailangaben angesprochen, als dies im Kommuniqué zum Ausdruck kommt. Hier zeigte sich vor allem die Sorge der kleineren europäischen Bündnispartner vor einer neuen Kernwaffendebatte in ihren Ländern. Insgesamt ist die Arbeit der NPG damit wieder stärker von Konflikt-Themen<sup>10</sup> gekennzeichnet, nachdem das Treffen von Stresa im Herbst 1984<sup>11</sup> noch ganz im Zeichen der Überwindung der Nachrüstungsdebatte gestanden hatte.

## II. Im einzelnen

1) VM<sup>12</sup> Weinberger trug zu den Genfer Verhandlungen, dem Modernisierungsprogramm für die US-Nuklearstreitkräfte, nachrichtendienstlichen Erkenntnissen über die SS-20-Stationierung und zu SDI vor.

a) Die sowjetischen Delegierten in Genf versuchten, Verbindungen (links) zwischen den drei Verhandlungsgebieten Interkontinentalwaffen, Mittelstreckenwaffen und Weltraumfragen/Defensivwaffen herzustellen. Die Kernwaffen könnten nach ihrer Auffassung nicht beschränkt werden, solange es kein Weltraumabkommen gebe. Sie gingen so weit zu sagen, eine „Militarisierung des Weltraums“ durch die USA sei das Ende der Genfer Verhandlungen. Wenn diese Haltung nicht verhandlungstaktisch bedingt sei, sondern eine inhaltliche Position der SU darstelle, müsse man skeptisch sein, was die Verhandlungschancen angehe. Ein von den Sowjets in der letzten Woche eingeführter Moratoriumsvorschlag für alle drei Verhandlungsbereiche<sup>13</sup> sei unannehmbar, denn er schreibe das bestehende Ungleichgewicht fest und beseitige jede Aussicht, zu Verhandlungsergebnissen zu gelangen. Bei späterer Behandlung des SCG-Berichts verwies Weinberger nochmals nachdrücklich auf den<sup>14</sup> vertraulichen Charakter des Moratoriumsvorschlags, der bisher öffentlich weder bekanntgegeben noch diskutiert worden ist. USA wollten das<sup>15</sup> Moratorium-Thema auch nicht vertiefen.

<sup>8</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>9</sup> Bernard W. Rogers.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „konfliktiven Themen“.

<sup>11</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 11./12. Oktober 1984 in Stresa vgl. AAPD 1984, II, Dok. 277.

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

<sup>13</sup> Am 21. März 1985 legte Botschafter Ruth dar, der Vorsitzende der Special Consultative Group (SCG), Burt, habe ihn mit Schreiben vom selben Tag „über den umfassenden Moratoriumsvorschlag unterrichtet, den die Sowjetunion in den neuen Rüstungskontrollverhandlungen unterbreitet hat. [...] Der sowjetische Vorschlag umfaßt: ein Einfrieren des Aufbaus von Mittelstreckenflugkörpern in Europa; Einfrieren der Zahl nuklearer Sprengköpfe und ihrer Träger; Einfrieren der Forschung, Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen (space strike arms).“ Der Vorschlag sei auf Wirksamkeit in der Öffentlichkeit abgestellt, so daß auf amerikanischer Seite erwartet werde, „daß die SU diese Initiative ausposaunen wird“. Vgl. VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

Der Fernsehauftritt Karpows<sup>16</sup> lasse befürchten, daß die SU ihre Vorschläge propagandistisch ausschachten werde. Die USA zeigten sich flexibel in Prozedurfragen (Länge der Verhandlungsrunde, Terminierung der nächsten Runde), blieben aber in der Sache fest.

b) Die amerikanische Regierung betreibe die Modernisierung aller drei Teile der Triade. Sie habe eine unglückliche Erbschaft angetreten, hoffe aber, die notwendigen Maßnahmen ohne Abzug von Mitteln von anderen wichtigen Aufgaben abschließen zu können. Derzeit würden weniger als 50 % des Rüstungsbudgets auf die Modernisierung der Nuklearwaffen verwandt. Bei B-1B-Bombern und den neuen D-5-Raketen für die Trident-U-Boote sei man dem Zeitplan voraus. Bei MX hoffe man, daß der Kongreß in den nächsten Tagen die Mittel für 21 weitere Raketen freigeben wird.<sup>17</sup>

c) Bei der sowjetischen SS-20-Stationierung zähle man nach dem übereinstimmenden Urteil der amerikanischen Sicherheitsdienste jetzt 414 Abschußgestelle, davon 387 in Basen stationiert. Einzelheiten könnten im Interesse des Schutzes der Nachrichtendienste nicht mitgeteilt werden. Bis Ende 1987 könnten nach amerikanischer Schätzung 477 SS-20 in Basen stationiert sein.

2a) An den Anfang seiner Ausführungen zu SDI stellte Weinberger eine Bilanz des ABM-Vertrages. Er habe auf den Annahmen aufgebaut, daß

- die technische Entwicklung nicht gestatte, die Strategie auf Defensivwaffen zu stützen,
- Rüstungskontrollverhandlungen über Nuklearwaffen bald zustande kämen,
- sowjetische Nuklearwaffen nicht in dem Maße vermehrt würden, wie dies geschehen sei.

Alle drei Annahmen trafen nicht zu. Ferner versuche die SU, den ABM-Vertrag zu umgehen. Der Vertrag müsse von beiden Seiten eingehalten werden, aber angesichts der eingetretenen Entwicklungen könne er die USA nicht hindern, in seinem Rahmen Forschung auf dem Gebiet der Defensivwaffen zu betreiben. Allerdings werde jedenfalls noch im nächsten Jahrzehnt die Abschreckung auf die Nuklearwaffen gestützt werden müssen. Im übrigen sei zu wiederholen: Es gehe nicht um die Militarisierung des Weltraums, nicht um eine Kriegsführungskapazität. Europa und die Mittelstreckenraketen würden einbezogen. Man hoffe, in einer kooperativen Bemühung ein Gleichgewicht zwischen nuklearen Waffen und Defensivwaffen zu erlangen, wenn letztere technisch machbar seien. Man wolle enge Konsultationen mit den Alliierten, aber auch deren kon-

<sup>16</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 20. März 1985, daß nach Auskunft des amerikanischen NATO-Botschafters Abshire in den USA Verwunderung darüber bestehe, daß trotz der bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf vereinbarten Vertraulichkeit „der sowjetische Delegationsleiter Karpow in einer in Genf aufgenommenen und am Samstag, den 16. März, in Moskau ausgestrahlten Fernsehsendung die amerikanische Verhandlungsposition in polemischer Weise interpretiert und kritisiert habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 512; Referat 220, Bd. 128653.

<sup>17</sup> Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 68, Anm. 19. Gesandter Wallau, Washington, teilte am 28. März 1985 mit, daß sich der Senat in zwei Abstimmungen am 19. und 20. März mit jeweils 55 zu 45 Stimmen für das Programm ausgesprochen habe, ebenso das Repräsentantenhaus am 26. und 28. März 1985 mit 219 zu 213 bzw. 217 zu 210 Stimmen. Nach 21 MX-Raketen im Haushaltsjahr 1984 könne die amerikanische Regierung nun 21 weitere Raketen beschaffen: „Für das Haushaltsjahr 1986 sind Mittel für die Beschaffung weiterer 48 Raketen beantrag.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1616; Referat 220, Bd. 128644.

krete Mitarbeit. Er habe heute Briefe an die Verteidigungsminister der Alliierten innerhalb und außerhalb der NATO gerichtet, die zur Mitarbeit bei der Forschung aufforderten. Die Mitarbeit könne bilateral geleistet werden.<sup>18</sup> Jeder könne für sich prüfen, wo es Gebiete gemeinsamen Interesses bzw. vorhandene Fachkenntnisse gebe, und eine Äußerung umgehend, jedenfalls innerhalb von 60 Tagen übermitteln.

b) BM Wörner, der nach VM Weinberger sprach, stellte an den Anfang seiner Ausführungen die Feststellung, Stabilität sei das Hauptziel aller Bemühungen um Rüstung und Abrüstung, und in diesem Zusammenhang sei auch SDI zu sehen. Für die vorhersehbare Zukunft sei Stabilität nur gestützt auf die Abschreckungsstrategie zu erreichen. Niemand sei glücklich darüber, doch müsse man damit leben.

Es sei legitim, andere Wege zu suchen, um Stabilität zu erreichen. Dies rechtfertige die amerikanischen Anstrengungen in der SDI-Forschung. Ein weiterer Grund sei die sowjetische Forschung, ein dritter die Tatsache, daß die INF-Stationierung und SDI die Sowjets in Genf an den Verhandlungstisch gebracht haben. Es wäre gemessen am Stabilitätsziel also kontraproduzent, gegen SDI zu sein. Deswegen müsse man der sowjetischen Propaganda entgegentreten und ein klares Ja zur SDI-Forschung sagen.<sup>19</sup>

Allerdings werfe SDI Fragen und Probleme auf: Unsicher sei die technische Realisierbarkeit, unsicher sei auch, ob eine Dislozierung wirklich Frieden und Stabilität fördern würde, unsicher sei, wie die SU schließlich reagiere. Auf diese Fragen könne derzeit niemand eine Antwort geben. Man brauche deswegen intensive Konsultationen im Bündnis und vor allem einen strategisch-politischen Dialog, der den Forschungsprozeß begleite. Es gehe für uns u. a. darum,

- die strategische Einheit im Bündnis zu erhalten,
- Defensivsysteme, wie vom US-Präsidenten beabsichtigt, auf kooperativer Basis zu entwickeln,
- einen Rüstungswettkampf zu verhindern,
- durch Einigkeit im Bündnis die Voraussetzung für einen Erfolg in Genf zu schaffen.

Über allem stehe die Notwendigkeit, an der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion<sup>20</sup> festzuhalten, solange es keine bessere Alternative gebe, was keineswegs sicher sei. Das Kommuniké solle einen Passus hierzu enthalten.

BM Wörner richtete danach an VM Weinberger die Frage, ob die USA nicht vom Beginn der Genfer Verhandlungen an die Verbindung zwischen den drei Themen akzeptiert habe und wie sie die Verbindung sehe. Und er fragte ferner nach der Rolle von SDI in Genf: Was wäre beispielsweise die amerikanische

<sup>18</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>19</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Schauer durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>20</sup> Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area“) zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response“ bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

Reaktion, wenn die SU eine drastische Reduzierung der Kernwaffen im Gegenzug zu einem amerikanischen Verzicht auf die SDI-Stationierung vorschläge?

c) VM Weinberger antwortete, die USA hätten nie eine Verbindung (linkage) zwischen den Verhandlungsthemen akzeptiert, nur zugestanden, daß es Beziehungen (relationships) der Themen untereinander gebe.<sup>21</sup>

Auf die zweite Frage von BM Wörner antwortete Weinberger nur mit dem Hinweis auf die auch von Präsident Reagan dargelegte amerikanische Haltung, ein Verzicht auf die SDI-Forschung komme unter keinen Umständen in Frage.<sup>22</sup> Wohl aber sei Ziel der USA in Genf, Abrüstung bei den Nuklearwaffen und einen einvernehmlichen Übergang zu den Defensivwaffen zu erreichen. Weinberger unterstrich, die NATO-Strategie der flexiblen Erwidern bleibe gültig; das umfassende Modernisierungsprogramm für Nuklearwaffen beweise, daß die amerikanische Regierung dies ernst meine.

d) An der weiteren Aussprache beteiligten sich alle anderen Verteidigungsminister<sup>23</sup> bzw. Botschafter (P)<sup>24</sup> außer den Vertretern von E<sup>25</sup> und GR<sup>26</sup>.

Zentrale Aussagen waren:

- SDI-Forschungen seien gerechtfertigt (I, N, GB).
- Im Vordergrund stünden Auswirkungen auf die Strategie und das konventionelle Kräfteverhältnis in Europa (NL). Die Abschreckungsstrategie dürfe nicht in Frage gestellt werden (B).
- Entwicklung und Stationierung müßten von Verhandlungen abhängig gemacht werden (N).
- Viele Besorgnisse, u. a. vor Rüstungswettlauf und Erosion des ABM-Vertrages seien zu zerstreuen (DK).
- Angebot zur Teilnahme an SDI-Forschungen werde begrüßt (I, P, B, vor allem CDN).
- Diskussion/Konsultationen und einheitliche Haltung im Bündnis zu dieser Frage seien notwendig (NL, LUX, P, T).

<sup>21</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Außerdem unterschlangelte er das Wort „relationships“ und vermerkte handschriftlich: „US-Text: ‚interrelationship‘. Deutsch: ‚wechselseitiges Verhältnis‘. <Texte füge ich bei>.“

<sup>22</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 12. Februar 1985 von „entschiedenen Äußerungen zu SDI“ in einem Interview des Präsidenten Reagan mit der Tageszeitung „The New York Times“. Während Reagan bislang die Position vertreten habe, „daß SDI kein Verhandlungsgegenstand mit der Sowjetunion (‚bargaining chip‘) sei, stellte er in dem Interview zum ersten Mal ausdrücklich fest, daß er die SDI-Forschung auch dann nicht einschränken würde, wenn die Sowjetunion den amerikanischen Forderungen nach starker Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen zustimmen würde. Zum ersten Mal wies er auch öffentlich darauf hin, daß ein SDI-Abwehrsystem auch dann notwendig sei, wenn sich die Nuklearmächte auf ein Verbot sämtlicher Nuklearwaffen einigen könnten.“ Allerdings habe Reagan „zwischen der SDI-Forschungsphase und einer eventuellen Stationierung von SDI-Systemen“ unterschieden; über die Stationierung könne mit der UdSSR verhandelt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 750; Referat 201, Bd. 151240.

<sup>23</sup> Hans Engell (Dänemark), Marc Fischbach (Luxemburg), Michael Heseltine (Großbritannien), Rui de Machete (Portugal), Erik H. Nielsen (Kanada), Jacob de Ruiter (Niederlande), Anders C. Sjaastad (Norwegen), Giovanni Spadolini (Italien), Alfred Vreven (Belgien) und Zeki Yavuztürk (Türkei).

<sup>24</sup> António Vaz Pereira.

<sup>25</sup> Für Spanien nahm NATO-Botschafter de Ojeda als Beobachter teil.

<sup>26</sup> Griechenland war durch NATO-Botschafter Wassilikos vertreten.

### 3) TOP 2 NATOs Nuklearwaffen in Europa – Durchführung des Montebello-Beschlusses<sup>27</sup>

SACEUR ging zurück auf die Vorgeschichte von Montebello: auf die nukleare Bedarfsstudie (Nuclear Weapons Requirement Study, NWRS)<sup>28</sup>. In den Arbeiten zur Studie seien Rahmenbedingungen und Zahlen erarbeitet worden, die Grundlage des Beschlusses von Montebello gebildet hätten, bis 1988/89 auf eine Zahl von ca. 4600 Nuklearsprengköpfen zu kommen. Entsprechend seien SACEUR Vorgaben gemacht worden (remits to SACEUR).

Dabei habe SACEUR u. a. folgende Vorgaben<sup>29</sup> gemacht:

- daß die nuklearen Fähigkeiten der NATO im wesentlichen dem in den Streitkräftezielen vorgeschriebenen Stand entsprechen und Verbesserungen eingeführt werden;
- „bestimmte“ WP-Streitkräfte angegriffen werden können, um NATO-Zielsetzungen zu erreichen;
- die konventionellen Streitkräfte der NATO ihren Beitrag zur Verteidigung leisten;
- der erste Nukleareinsatz sieben Tage nach dem sowjetischen Vorangriff (D-Day) stattfindet.

Hauptfaktoren würden u. a. sein die Korrektur von Fehldislozierungen, breite Teilnahme der Partner, optimale Reichweiten und Systemmixe.

Ferner wurde angenommen, daß die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung der Überlebensfähigkeit getroffen werden, und schließlich ein Faktor – je nach Waffensystem – zum Ausgleich der Verluste beim Einsatz angesetzt. Auf dieser Basis werde sich der Vorrat an Kernsprengköpfen bis Ende 1988 auf etwa 4600 herabsetzen lassen. Damit wäre der Montebello-Beschluß (Abzug von 1400 Kernsprengköpfen) voll verwirklicht. Dabei würden alle atomaren Sprengmittel (Atomminen, ADM) abgezogen und die Luftabwehrraketen Nike Hercules bis auf einen Rest abgebaut.

Bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen, insbesondere der weiteren Modernisierung der Trägerwaffen, könnte bis Ende 1995 Nike Hercules völlig abgezogen werden und die Zahl der Kernsprengköpfe (über den Montebello-Beschluß hinaus) weiter herabgesetzt werden. Zu den Annahmen, die SACEUR zufolge diese Reduzierungen ermöglichen, gehört auch die laufende Modernisierung der nuklearen Artilleriemunition – Neutronenwaffen werden nicht in Europa stationiert – sowie die Modernisierung der Pershing Ia und Lance der Bundeswehr bzw. die Nachfolgebeschaffung für diese Systeme. Parallel zur Reduzierung

<sup>27</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

<sup>28</sup> Auf der gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde die Ankündigung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) begrüßt, eine Untersuchung über Art, Umfang und notwendige Anpassungen des nuklearen Potentials der NATO durchzuführen. Vgl. dazu Ziffer 7 des Communiqués; NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 122. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 36.  
Zur Entstehung des „Final High Level Group Report to the NPG Ministers“ vom 5. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 125, sowie AAPD 1983, II, Dok. 280.

<sup>29</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Annahmen“.

und Modernisierung soll nach Auffassung von SACEUR die Konzentration der Nuklearwaffen auf Mitteleuropa durch teilweise Verlagerung an die Flanken abgebaut werden. Sein Vorschlag sieht vor allem für die Südflanke eine Verstärkung über den jetzigen Stand hinaus vor.

SACEUR wird Arbeitsgruppen in die Kernwaffen- und Stationierungsländer entsenden, um Einzelheiten zu besprechen. Einen weiteren Bericht wird er voraussichtlich der nächsten NPG-Ministersitzung im Oktober 1985<sup>30</sup> erstatten.

4) Die NPG-Minister befaßten sich ferner mit den Themen INF-Stationierung/SCG-Report, HLG-Arbeit, Nuklearwaffensicherheit, Command and Control (C2) für TNF, General Political Guidelines<sup>31</sup> sowie Erfahrungen aus WINTEX-CIMEX 85<sup>32</sup>. Unter TOP „Öffentlichkeitsarbeit“ stellte Weinberger 4. Auflage der Broschüre „Soviet Military Power“ vor, die am 2. April 1985 veröffentlicht werden soll.<sup>33</sup>

Anschließend wiederholte BM Wörner Einladung an seine Kollegen für die 39. NPG-Tagung, die im Frühjahr 1986 in D stattfinden wird.<sup>34</sup> Die Herbsttagung 1985 wird voraussichtlich am NATO-Hauptquartier in Brüssel durchgeführt werden.

a) B-VM wurde von mehreren seiner Kollegen zur kürzlichen INF-Stationierungsentscheidung seiner Regierung<sup>35</sup> beglückwünscht. B-VM erläuterte den vom Parlament mehrheitlich gebilligten Regierungsbeschluß. BM Wörner sowie seine Kollegen aus I und GB berichteten über den Fortgang der INF-Stationierung in ihren jeweiligen Ländern. NL-VM erinnerte an den Beschluß seiner Regierung vom 1. Juni 1984.<sup>36</sup> Der Generalsekretär<sup>37</sup> sprach die Hoffnung

<sup>30</sup> Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) fand am 29./30. Oktober 1985 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 299.

<sup>31</sup> Zur Überarbeitung der politischen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen vgl. Dok. 73, Anm. 9.

<sup>32</sup> Zur NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 85“ vom 26. Februar bis 13. März 1985 vgl. Dok. 73.

<sup>33</sup> Vgl. SOVIET MILITARY POWER 1985, Washington D.C. 1985.

Referat 209 resümierte am 1. April 1985 die Neuerungen in der vierten Auflage: In „deutlicher Ausweitung der in den Voraufagen enthaltenen Ansätze“ sei nunmehr ein Kapitel „den Anstrengungen der USA, der sowjetischen Herausforderung zu begegnen“, gewidmet. Neu seien insbesondere ein Abschnitt über „Arms Control Compliance“, ein eigenes Kapitel zu den „strategischen Verteidigungs- und Raumfahrtprogrammen der SU“ und die ausführliche Darlegung der Bedrohung durch nukleare Kurzstreckensysteme. Vgl. Referat 220, Bd. 128645.

<sup>34</sup> Am 20./21. März 1986 fand in Würzburg die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) statt.

<sup>35</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 7. März 1985 mit, NATO-Generalsekretär Lord Carington habe berichtet, daß Ministerpräsident Martens die Absicht habe, „dem Kabinett vorzuschlagen, im März in Übereinstimmung mit der Planung 16 Marschflugkörper zu dislozieren und die Dislozierung der übrigen 32 Marschflugkörper bis spätestens März 1988 zuzusagen, d. h. den Endtermin um etwa sechs Monate gegenüber der ursprünglichen Planung (Ende 1987) hinauszuzögern. Der Gedanke, den Beginn der Dislozierung auf Juli 1985 zu verschieben, ist fallengelassen worden. [...] Politisch soll damit die Unterstützung der widerstrebenden Teile in der flämischen CVP gewonnen und eine Regierungskrise vermieden werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 436; VS-Bd. 11358 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Ein entsprechender Beschluß wurde am 14. März 1985 von der belgischen Regierung getroffen und am 20. März 1985 vom Parlament bestätigt. Referat 201 vermerkte am 4. April 1985: „Die ersten Flugkörper wurden unmittelbar nach der Entscheidung nach Belgien verbracht.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143476.

<sup>36</sup> Referat 201 resümierte am 4. April 1985 den Beschluß der niederländischen Regierung vom 1. Juni 1984: „Wenn es zu einem sowjetisch-amerikanischen INF-Rüstungskontrollabkommen bis 1.11.85 kommt, werden NL den auf sie entfallenden INF-Anteil akzeptieren und 1986 mit der Aufstellung

aus, daß im November zu erwartende Entscheidung in NL ebenso zufriedenstellend wie in B ausfallen werde.

Zum SCG-Report erklärte Weinberger, daß es das Hauptziel der USA in den Rüstungskontrollverhandlungen in Genf sei, durch verifizierbare Reduzierungen Parität zu erreichen. Die USA wollten Abkommen für den strategischen und den Mittelstreckenbereich. Im dritten Forum wolle man über das Konzept strategischer Verteidigung diskutieren. Weinberger empfahl Geduld und Gründlichkeit, um in Genf zu Ergebnissen zu kommen.

b) AssSecDef<sup>38</sup> Perle berichtete über Fortgang und Ergebnisse der HLG-Arbeit.<sup>39</sup> Als bedeutende sowie kostengünstige Verbesserungen der Überlebensfähigkeit von Nuklearwaffen seien deren Auflockerung in Friedensstandorten sowie schnelle Auslagerung in Krisenfällen identifiziert worden. Die HLG werde ein von den zuständigen Gremien (SHAPE, SLWPG<sup>40</sup>) vorzulegendes Konzept für Transport und Verbunkerung von Nuklearwaffen politisch-militärisch prüfen. Perle sagte ferner ein neues Papier der HLG zum Thema „dual capability“ zu.<sup>41</sup> Außerdem werde die HLG prüfen, ob es wünschenswert sei, nukleare Aufgaben durch technologisch fortgeschrittene konventionelle Waffen übernehmen zu lassen. Diskussionsbeiträge kamen von BM Wörner sowie NL und I.

c) Vorträge ohne größere Aussprache wurden zu „Nuklearwaffensicherheit“ (vom Vorsitzenden der SLWPG<sup>42</sup>) sowie zu „Command and Control/C2“ (von Vertreter ACE – Allied Command Europe) gehalten.

d) Der Generalsekretär erinnerte an den von den Ministern in Stresa erteilten Auftrag, die Arbeit an den General Political Guidelines fortzusetzen. Die NPG-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 438*

(d. h. den Bauarbeiten am Stationierungsort) beginnen. Wenn es bis zum 1.11.85 nicht zu einem solchen Abkommen kommt, wird die NL-Regierung einen Vertrag mit den USA über die Stationierung von 48 GLCM abschließen, falls dann die Zahl sowjetischer SS-20 den am 1.6.84 erreichten Stand übersteigt.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143476.

<sup>37</sup> Lord Carrington.

<sup>38</sup> Assistant Secretary of Defense.

<sup>39</sup> Zum Bericht der High Level Group (HLG) für die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg führte Ministerialdirigent Schauer am 15. März 1985 aus, er fasse die Arbeit der HLG seit Oktober 1984 zusammen und enthalte „Schlußfolgerungen und Vorschläge zu den Themen: Sicherung der Überlebensfähigkeit der Nuklearwaffen, Beziehung der nuklearen zu den konventionellen Waffen der NATO“. Vgl. VS-Bd. 12062 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>40</sup> Senior Level Weapons Protection Group.

<sup>41</sup> Ministerialdirigent Schauer legte am 11. Februar 1985 dar, daß in den Beratungen der High Level Group (HLG) über den Bericht für die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg die Passagen über die Bedeutung der Waffen mit konventionellen wie nuklearen Fähigkeiten auf niederländische Vorbehalte gestoßen seien: „Die Niederländer stießen sich vor allem an zwei Aussagen, und zwar einmal an derjenigen, die die unbestreitbaren finanziellen und politischen Vorteile der Dual Capability enthielt, und zum anderen an einer solchen, in der festgestellt wurde, daß die Gefahr einer vorbeugenden gegnerischen Reaktion (launch on warning) aufgrund der Einführung von DC minimal sei.“ Die niederländische Delegation habe am Rande der Sitzung auf innenpolitische Gründe verwiesen und zu verstehen gegeben, daß sie die zu erwartenden Modernisierungsentscheidungen der NATO „nicht in einer für sie ungünstigen Weise präjudizieren wollten. [...] Es ist sehr fraglich, ob diese niederländischen Überlegungen überhaupt irgend etwas mit DC zu tun haben oder ob sie nicht vielmehr bedeuten, daß die Niederländer jede Art von Modernisierung vermeiden wollen, gleichgültig, ob konventionell oder DC – ein Weg, den die Allianz keinesfalls mitgehen kann.“ Vgl. VS-Bd. 12062 (201); B 150; Aktenkopien 1985.

<sup>42</sup> Richard L. Wagner.

Stabsgruppe habe die Arbeit an der Präambel und Kapitel II abgeschlossen. Die Arbeit werde auf Weisungsbasis fortgesetzt.

e) Der Generalsekretär drückte seine Erwartung aus, daß der Herbstministertagung 1985 ein Erfahrungsbericht über WINTEX-CIMEX 85 vorliegen werde.

5) Schwerpunkte des Kommuniqués (Übersetzung in der Anlage) sind die Genfer Verhandlungen (Ziff. 3), SDI (Ziff. 4 und 5), die Reduzierung der Nuklearsprengköpfe und die Modernisierung der Kernwaffen in Europa (Ziff. 7 und 8) sowie die INF-Stationierung (Ziff. 9).

Die deutsche Delegation (BMVg) hat versucht, die Aussagen zu SDI ausgewogener zu gestalten durch Einführung von Elementen der Genfer Erklärung der US und der SU vom 8. Januar 1985<sup>43</sup> und der Rede des Bundeskanzlers auf dem<sup>44</sup> Essener CDU-Parteitag<sup>45</sup>. Diese Versuche scheiterten am amerikanischen Widerstand und am Mangel jeglicher Unterstützung durch die anderen Partner. Ebenso blieb ein Versuch erfolglos, in Ziff. 4 eine Formulierung einzuführen, die Sätze 2 und 3 ersetzt und die ausdrückliche „Unterstützung“ der amerikanischen SDI-Forschung vermeidet.

Es scheiterte auch ein dänischer Versuch, den letzten Satz von Ziff. 4 („begrüßen ... die Einladung der USA an die Bündnispartner ...“) abzuändern. Es gelang der deutschen Delegation nur, die Aussagen zu SDI in Ziff. 4 anzureichern durch die Elemente „Stabilität und Abschreckung bei reduziertem Umfang offensiver Nuklearstreitkräfte“ und „umfassende Konsultationen über die politischen und strategischen Implikationen der SDI“.

Ihr Versuch, den Abzug der nuklearen Sperrmittel (ADM) in Ziff. 7 ausdrücklich aufzuführen, scheiterte am italienischen Widerstand. (Italien ist offenbar an der Beibehaltung zur Anlage von Grenzsperren<sup>46</sup> interessiert.)

i. V. Schauer

**VS-Bd. 12039 (201)**

<sup>43</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>44</sup> Die Wörter „auf dem“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vom“.

<sup>45</sup> Über die Ausführungen des Bundeskanzlers am 20. März 1985 auf dem CDU-Parteitag in Essen wurde in der Presse berichtet, Kohl habe wörtlich gesagt: „Je mehr es in Genf gelingen sollte, die nuklearen Offensivwaffen in Ost und West einschneidend zu reduzieren, desto überflüssiger könnten es werden, weltraumgestützte Systeme zu stationieren.“ Die Bundesregierung werde sich für die Entwicklung einer gemeinsamen Haltung der europäischen NATO-Mitgliedstaaten zum amerikanischen SDI-Programm einsetzen. Vgl. den Artikel „Das Konzept der sozialen Marktwirtschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Langsamer, aber schonender“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. März 1985, S. 2.

<sup>46</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut durch Pfeil hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Alpenpässe!“



## 83

**Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

114-11500/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 195  
Cito

Aufgabe: 28. März 1985, 16.04 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 28. März 1985, 17.44 Uhr

Betr.: MBFR;

hier: Schlußbericht über die 35. Verhandlungsrunde (31.1.–28.3.85)

Zur Unterrichtung

I. Gesamtverlauf

1) Vor dem Hintergrund des wiederaufgenommenen Rüstungskontrolldialogs zwischen den beiden Großmächten in Genf<sup>2</sup> zeichnete sich auch bei den MBFR-Verhandlungen, ähnlich wie bei der KVAE in Stockholm<sup>3</sup>, in der 35. Verhandlungsrunde eine Trendwende ab. Der Osten gab seine Verweigerungshaltung auf und unternahm erstmals seit Juni 1983<sup>4</sup> einen Verhandlungsschritt. Am 14. Februar legte er „Grundbestimmungen eines Abkommens über die anfängliche Verminderung von Truppen und Rüstungen der Landstreitkräfte der SU und der USA in Mitteleuropa und über die nachfolgende Nichterhöhung des Streitkräfte- und Rüstungsniveaus der Seiten in diesem Raum“ vor.<sup>5</sup>

2) Parallel zu diesem ostentativen Signal der Verhandlungsbereitschaft hat der Osten die in den Vorrunden geübte Polemik und seinen zur Schau getragenen Pessimismus aufgegeben. Er trat werbend für seinen neuen Vorschlag auf, verbreitete Zuversicht und kündete Kompromißbereitschaft für den Fall an, daß

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Neubert „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Neubert am 3. April 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>3</sup> Die UdSSR legte am 29. Januar 1985 bei der KVAE den Entwurf für einen Gewaltverzichtsvertrag vor. Vgl. dazu Dok. 43.

<sup>4</sup> Am 23. Juni 1983 brachten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten den Entwurf für ein MBFR-Abkommen ein. Botschafter Ruth legte dazu am selben Tag dar, der Entwurf lasse den „Übergang zum Konzept eines umfassenden Ein-Phasen-Abkommens für Reduzierungen, Höchststärken und Begleitende Maßnahmen“ erkennen: „Wichtig ist dabei die förmliche Ausrichtung des Textentwurfs auf die Herstellung der Parität beim Personal der Land- und Luftstreitkräfte, die bisher immer nur als Verhandlungs-Fernziel einer II. Phase angesprochen war“. Eine vorherige Einigung über die Streitkräftedaten enthalte der Entwurf nicht. Vielmehr sollten sich beide Seiten auf die Herstellung von kollektiven Höchststärken für die Land- und Luftstreitkräfte von 900 000 Mann verpflichten. Hinsichtlich der Verifizierung sehe der Entwurf „wie bisher nur nationale technische Kontrollmittel“ vor, und eine „Einladung von Beobachtern zu den ‚Verminderungen (Abzügen) der größten Kontingente‘ ist nur auf freiwilliger Basis vorgesehen“. Für die Verifikation der Einhaltung der Reststärken sei wie bisher nur ein Informationsaustausch vorgesehen; jedoch seien bei Verdacht der Überschreitung der Höchststärken auf Antrag Kontrollen vor Ort vorgesehen. Vgl. VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 224.

<sup>5</sup> Zum Entwurf der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

der Westen den Vorschlag im Prinzip akzeptiert. Das Verhandlungsklima hat sich deutlich verbessert.

3) In seiner ersten Reaktion begrüßte der Westen die Vorlage des östlichen Vorschlags und sagte sorgfältige Prüfung zu. In den folgenden Plenarerklärungen und informellen Sitzungen konzentrierte er sich auf Fragen zur Substanz der östlichen Vorstellungen, die vom Osten, wenn auch zuweilen in vager Form, beantwortet wurden. Gleichzeitig wurden in Beiträgen zu sogenannten „timeless issues“ westliche Positionen klargestellt, die gerade vor dem Hintergrund des neuen östlichen Ansatzes relevant bleiben: Kollektivität, Verifikation, geographische Asymmetrien, Einbeziehung von Rüstungen, Ausnahmen von vereinbarten Höchststärken. Damit setzte die AHG gegenüber dem Osten auch Maßstäbe für die Bewertung seines Vorschlags, ohne die für später zugesagte Beantwortung zu präjudizieren.

4) Auf eine interne Bewertung der östlichen „Grundbestimmungen“ konnte sich die AHG relativ rasch einigen (vgl. DB 88 vom 15.2.85 VS-v<sup>6</sup>). Zu einer vertieften Diskussion über die westliche Reaktion auf den neuen östlichen Vorschlag ist es bisher nicht gekommen, vor allem weil die Amerikaner sie (wohl mit Rücksicht auf den Stand der Meinungsbildung in Washington) für verfrüht halten. Die Mehrzahl der übrigen Delegationen hat jedoch – unserer Anregung folgend – grundsätzliche Bereitschaft bekundet, den östlichen Vorschlag aktiv aufzugreifen und auf die Diskussion des angebotenen Ansatzes eines Phase-I-Abkommens unter bestimmten, für den Westen essentiellen Bedingungen einzugehen. Dies wurde insbesondere in einer gemeinsamen Sitzung der AHG mit dem NATO-Rat in der vorletzten Woche der Verhandlungsrunde deutlich (vgl. DB Brüssel – NATO Nr. 545 vom 22.3.85<sup>7</sup>).

5) Angesichts des neuen östlichen Verhandlungsschritts sah die AHG davon ab, dem Osten die zuvor geplante Aufnahme gemeinsamer Redaktionsarbeit an der

<sup>6</sup> Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), informierte über die Sitzung der Ad-hoc-Gruppe (AHG) in Wien am 12./13. Februar 1985, auf der ein erster Bericht an den Ständigen NATO-Rat mit einer Analyse und kurzen ersten Bewertung des neuen Vorschlags der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten erarbeitet worden sei. Während die Analyse „relativ unkontrovers war, zeichneten sich in der Diskussion über dessen Bewertung bereits erhebliche Auffassungsunterschiede ab, die z.T. tieferliegende Skepsis gegenüber einem MBFR-Ergebnis überhaupt erneut deutlich werden ließen.“ Als Minuspunkte des östlichen MBFR-Vorschlags seien genannt worden: „Datenlosigkeit, magere Verifikation, Einschluß der Waffenfrage, kollektiver und nationaler Freeze ohne numerische Spezifizierung“. Die MBFR-Delegation der Bundesrepublik habe demgegenüber für sorgfältige Prüfung votiert, auf „ein verändertes Herangehen an das Phasen-Konzept“ als wichtiges neues Element hingewiesen und betont, daß der Vorschlag damit auch Chancen „für die Wahrnehmung unserer eigenen Interessen bieten könnte“. Vgl. VS-Bd. 11517 (221); B 150; Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete über die Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats „anläßlich einer Einladung von SACEUR an sämtliche MBFR-Botschafter und ihre Militärberater zum Besuch von SHAPE“, bei der es „einen regen Meinungsaustausch über den jüngsten Verhandlungsvorschlag des WP“ gegeben habe. Ein großer Teil der Anwesenden habe den Ausführungen des Leiters der britischen MBFR-Delegation, Simons, zugestimmt, der den „östlichen Vertragsentwurf [...] als einen ‚minimum cost – maximum effect proposal‘“ bezeichnet habe: „Er setzte sich dafür ein, diesen Vertragsentwurf aktiv aufzugreifen und den östlichen Text mit den für den Westen notwendigen Erfordernissen anzureichern. Er warnte vor westlicher Verzögerungstaktik, da der Zeitfaktor nicht unbedingt für den Westen arbeite, und regte eine rasche und umfassende Reaktion auf das östliche Gesprächsangebot an“. Vgl. VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

Präambel für ein umfassendes MBFR-Abkommen in dieser Runde vorzuschlagen.

## II. Verhandlungsspielräume

1) Obgleich der neue östliche Vorschlag in der Substanz kaum Neues bringt, verändert er den Ansatz und verschiebt die Prioritäten im östlichen Verhandlungskonzept. Er zielt im wesentlichen darauf ab, die bisher nur auf Grundlage des „gegenseitigen Beispiels“ vorgeschlagenen amerikanisch-sowjetischen Anfangsreduzierungen mit anschließender Nichterhöhungsvereinbarung für alle direkten Teilnehmer im Rahmen des vom Osten seit 1983 verfolgten datenlosen Ansatzes in vertragsrechtlicher Form zu formalisieren. Die Konzentration auf amerikanisch-sowjetische Anfangsreduzierungen und Freeze läuft auf eine Verschiebung des Schwergewichts in den Verhandlungen hinaus: Die kollektiven Reduzierungen rücken zunächst in den Hintergrund.

2) Damit kehrt der Osten zu einem Zwei-Phasen-Ansatz zurück, wie er bis 1982 dem westlichen Verhandlungskonzept entsprach.<sup>8</sup> Die Verknüpfung der Phase I mit Folgereduzierungen der europäischen Teilnehmer, ein für den Osten bisher besonders wichtiges Element, wird auf eine Verpflichtung zur Weiterverhandlung reduziert. Als Kooperation dafür<sup>9</sup> wären die nichtamerikanischen und nichtsovetischen Teilnehmer durch eine strikte, auch auf nationaler Basis einzugehende Nichterhöhungsverpflichtung, die auch für Rüstungen gelten soll, für die Laufzeit des vorgesehenen Abkommens eng eingebunden.

3) Während das erste Element des östlichen Vorschlags, die amerikanisch-sowjetischen Anfangsreduzierungen, keine unlösbaren Probleme aufwirft, wäre eine Nichterhöhungsvereinbarung in der vom Osten vorgeschlagenen Form mit vitalen westlichen und insbesondere deutschen Sicherheitsinteressen unvereinbar. Bilaterale amerikanisch-sowjetische Reduzierungen ohne jede flankierenden Verpflichtungen der übrigen Teilnehmer, die ein Unterlaufen der bilateralen Abmachungen verhindern, wären jedoch rüstungskontrollpolitisch kaum sinnvoll und lägen auch nicht in unserem eigenen sicherheitspolitischen Interesse.

4) Ob ein Phase-I-Abkommen für uns akzeptabel ist, hängt somit im wesentlichen davon ab, ob der Osten bereit ist, westliche Vorstellungen für die Ausgestaltung einer Nichterhöhungsvereinbarung zu berücksichtigen. Dazu gehört Kollektivität, Ausschluß von Rüstungen und vor allem numerische Spezifizierung und Verifizierbarkeit. Sollte der Osten aber Maßnahmen akzeptieren, die eine Nichterhöhung numerisch spezifizierbar und verifizierbar machen, würde sich eine Lösung des Datenproblems und damit die Beseitigung des Haupthindernisses für ein Phase-II-Abkommen zur Herstellung der Parität abzeichnen.

<sup>8</sup> Nach den Vorstellungen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten sollte ein MBFR-Abkommen in einer ersten Phase Reduzierungen für die amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte vorsehen und Bestimmungen zu Verhandlungen in einer zweiten Phase über weitere Reduzierungen der Streitkräfte von NATO und Warschauer Pakt beinhalten. Vgl. dazu den am 22. November 1973 in Wien vorgelegten Rahmenvorschlag; AAPD 1973, III, Dok. 386. Der am 8. Juli 1982 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten in Wien eingebrachte Entwurf eines MBFR-Abkommens sah schließlich Streitkräftereduzierungen aller direkten Teilnehmer von Beginn an vor. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 216.

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

5) Diese Erwägung legt es nahe, dem Osten ein Geschäft vorzuschlagen: Verzicht des Westens auf Einigung über Ausgangsdaten vor amerikanisch-sowjetischen Anfangsreduzierungen, in deren Zusammenhang der Datenproblematik ohnehin eine untergeordnete Funktion zukommt, gegen östliche Zustimmung zu den begleitenden Maßnahmen, die eine wirksame Überprüfung von Truppenstärken während des zweijährigen Freeze ermöglichen, nämlich Austausch aufgefächelter Informationen über Streitkräfte und Inspektionen.

6) Die Realisierung dieses Ansatzes setzt auf seiten des Westens die Bereitschaft voraus, die bisherige Datenposition<sup>10</sup> zu revidieren. Der Osten müßte seine gegenwärtige Maximalposition aufgeben, an die amerikanisch-sowjetischen Anfangsreduzierungen einen lediglich „politischen“ Freeze anzuschließen, eine umfassende Verifikation der Streitkräftestärken aber auf den Zeitpunkt nach Abschluß aller Reduzierungen zu verschieben.

7) Die Schwierigkeiten, die einem Kompromiß zwischen diesen beiden Maximalpositionen entgegenstehen, dürfen nicht unterschätzt werden. Für die westliche Haltung wird entscheidend sein, wie die USA ihre Interessenlage zu MBFR in Zusammenhang mit der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Gesamtlage definieren. Bei der Einschätzung der östlichen Flexibilität in dieser Frage dürfte der Grad des politischen Interesses, das Moskau mit dem neuen Vorschlag verbindet, eine wichtige Rolle spielen. Auch nach Abschluß der Verhandlungsrunde läßt sich aus Wiener Sicht nicht schlüssig sagen, ob es sich handelt

- um einen ernsthaften Versuch, ein Ergebnis bei MBFR mit einem neuen Ansatz möglich zu machen,
- oder wenigstens die Einladung an den Westen, das bisherige Verhandlungsmuster Vorschlag/Gegenvorschlag mit dem Ziel inkrementeller Annäherungen fortzusetzen,
- um die Absicht, mit einem eher optischen MBFR-Ergebnis die erhofften Entwicklungen im bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhältnis zu flankieren,
- oder nur um taktisches Spielmaterial, um die rüstungskontrollpolitische Initiative der SU wie überall sonst auch in Wien zu belegen.

8) Für den Westen kommt es letztlich weniger darauf an, die Motive des Ostens zu ergründen, sondern dessen Bereitschaft zu einem für beide Seiten annehmbaren Zwischenergebnis konkret auf die Probe zu stellen. An dieser Zielsetzung sollten wir unsere Vorstellungen für eine Reaktion auf den östlichen Vorschlag vom 14. Februar orientieren und im Bündnis vertreten. Hierzu hat die Delegation ihre Anregungen eingehend vorgetragen (vgl. DB 137 vom 8.3.85 geh.<sup>11</sup>)

<sup>10</sup> Für die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten war die Klärung der Ausgangsdaten für die Verminderung der Streitkräfte eine zentrale Forderung. Vgl. dazu zuletzt AAPD 1984, I, Dok. 79 und Dok. 100.

<sup>11</sup> Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), übermittelte am 8. März 1985 eine Analyse des Entwurfs der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 und kam zu dem Ergebnis, daß der Vorschlag „größte Probleme bei der Nichterhöhungsverpflichtung aufwirft. Bei Verwirklichung dieser östlichen Vorstellungen zum Freeze bestünde die Gefahr, daß die SU ihre Maximalziele in den Verhandlungen durchsetzen würde: Festschreibung öst-

### III. Perspektiven

1) Mit der Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den Großmächten hat der politische Stellenwert von MBFR für uns zugenommen. Der multilaterale Rüstungskontrolldialog bietet den Bündnispartnern der USA die Möglichkeit, im Rahmen des Bündnisses ihren eigenen Beitrag zur Entwicklung der West-Ost-Beziehungen in diesem Bereich zu leisten. Dies liegt im Interesse der politischen Handlungsfähigkeit der Allianz, besonders aber auch – zu einer Zeit, in der unsere aktive Mitwirkung am West-Ost-Dialog von besonderer Bedeutung ist – in unserem nationalen Interesse.

2) Auch die sicherheitspolitische Relevanz der MBFR-Verhandlungen ist in einem veränderten Licht zu sehen. Durch die sich abzeichnende gesamtstrategische Entwicklung und die möglicherweise zunehmende Neutralisierung der nuklearen Potentiale der NATO und des WP dürfte das Kräfteverhältnis im konventionellen Bereich künftig wesentlich stärker zum Kriterium für Stabilität in Europa werden. Der sich daraus ergebenden Notwendigkeit der Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Allianz sind, was den Personalumfang der präsenten Streitkräfte betrifft, Grenzen gesetzt. Ein MBFR-Ergebnis, das die bestehende Überlegenheit des WP in diesem Bereich schrittweise abbaut, wäre deshalb ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der sicherheitspolitischen Aufgaben des westlichen Verteidigungsbündnisses. Zumindest aber wären glaubwürdige Bemühungen des Bündnisses um rüstungskontrollpolitische Lösungen hilfreich bei der Durchsetzung von Maßnahmen, die für die Aufrechterhaltung und Stärkung der konventionellen Verteidigung notwendig werden könnten.

3) Diese Überlegungen sprechen für eine Aktivierung von MBFR im Rahmen der Rüstungskontrollpolitik des Bündnisses. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die lange Dauer der Verhandlungen<sup>12</sup> mancherorts Zweifel an der Durchführbarkeit des gewählten Ansatzes aufwirft. Verhandlungsfortschritte, die im Rahmen eines beschränkten Phase-I-Ansatzes leichter zu erzielen sein dürften, könnten das Risiko mindern, daß MBFR, insbesondere im Zusammenhang mit künftigen Entwicklungen im KSZE-Bereich, in Frage gestellt wird.

[gez.] Holik

**VS-Bd. 11473 (221)**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 444*

licher Überlegenheit im konventionellen Bereich; Be- bzw. Verhinderung westlicher Anstrengungen zur qualitativen Verbesserung und Modernisierung der konventionellen Streitkräfte; politische Mitsprache über Verteidigungsbeitrag einzelner westlicher Bündnismitglieder, insbesondere nationale Einbindung der Bundeswehr; Schwächung der integrativen Struktur der NATO.“ Ziel eines weiterführenden Vorschlags müsse es daher sein, „die Nichterhöhungsverpflichtung aus ihrer Grauzone herauszuholen, sie numerisch zu spezifizieren und verifizierbar zu machen“. Die westlichen Teilnehmerstaaten könnten dazu vorschlagen, daß mit Wirksamwerden des Freeze offizielle Daten ausgetauscht würden, „die – entsprechend aufgeschlüsselt – die Grundlage für die anschließende Verifikation der dann bestehenden Stärken der Land- und Luftstreitkräfte abgeben“. Allerdings setze dies „auf seiten des Westens die Bereitschaft voraus, die bisherige Datenposition zu revidieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 137/138; VS-Bd. 11517 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>12</sup> Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 397.

Für eine Bilanz nach zehn Jahren Verhandlungsdauer vgl. AAPD 1983, II, Dok. 344.

## 84

**Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Weiß****213-322.SOW****29. März 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Antwortschreiben Gorbatschows an den Friedensrat von Heilbronn (von TASS veröffentlicht am 28.3.1985)<sup>2</sup>

I. Inhaltlich fällt an dem Schreiben insbesondere auf:

- Die skeptische Note zu den Genfer Verhandlungen<sup>3</sup>, die an die Formulierung Gorbatschows gegenüber BK<sup>4</sup> erinnert: sowjetischer Eindruck, daß USA Verhandlungen nur als Schirm für die Verwirklichung von militärischen Programmen nutzten (in diesem Zusammenhang kritischer Hinweis auf MX-Raketen<sup>5</sup>, amerikanische Weltraumpläne, INF-Stationierung in Belgien<sup>6</sup>).
- Die rhetorische Überzeichnung (im Widerspruch zur Tonart und Präsentation gegenüber BK) der angeblichen Gefahr eines Weltkriegs, die sich nicht nur nicht verringere, sondern wegen der fortgesetzten INF-Stationierung sogar vergrößere.
- Die Wiederaufnahme eines Kernvorwurfs der sowjetischen INF-Propaganda, daß vom deutschen Boden „erneut“ eine Kriegsgefahr für die SU ausgehe. Bewußt wird hiermit im Gesamtkontext eine lose Verbindung zum 40. Jahrestag gezogen.
- Ein positiv klares Bekenntnis: In unserem Lande ist man überzeugt, daß eine Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft zwischen der UdSSR und der BRD sowohl für unsere Völker als auch für die Sache des Weltfriedens nur von Nutzen sein wird.
- Positive Klarstellung, daß sowjetische Seite 40. Jahrestag nicht für Entfachung antideutscher Stimmungen nutzen werde. Diese Klarstellung ist allerdings im Hinblick auf ungenannte Kreise, die vermutlich auch Vertreter der Bundesregierung umfassen, negativ verpackt: „und glauben Sie nicht denjenigen, die böswillig anderes behaupten“.
- Ein scharfer und vor allem ungerechtfertigter Ton mit dem Hinweis auf diejenigen im Westen, „die mit Reden über eine ‚Versöhnung‘ die Unterstützung für revanchistische Vorhaben tarnen“. Diese Formulierung geht über bisherige Äußerungen aus sowjetischen Führungskreisen zu diesem Themenzusam-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 29. März 1985 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Edler von Braunmühl am 29. März 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 28. März 1985 an den Friedensrat von Heilbronn vgl. GORBATSCHOW, Haus Europa, S. 185 f.

<sup>3</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.

<sup>5</sup> Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 82, Anm. 17.

<sup>6</sup> Zum Beschluß der belgischen Regierung vom 15. März 1985 über den Beginn der Stationierung von Mittelstreckenraketen vgl. Dok. 82, Anm. 35.

menhang hinaus und zielt offenbar auf einen thematischen Hauptgedanken bei BM und BK (z. B. Erklärung zur Lage der Nation vom 27.2.85<sup>7</sup>).

II. Das Schreiben Gorbatschows demonstriert das anhaltende sowjetische Interesse an der Friedensbewegung vor dem Hintergrund einer nunmehr von höchster Stelle erfolgten negativen sowjetischen Einschätzung der Einleitungsphase der Genfer Verhandlungen. Unter operativen Gesichtspunkten steht die INF-Stationierung, als naheliegendes Hauptaktionsfeld der deutschen Friedensbewegung, klar im Vordergrund. Die beiden anderen Verhandlungsbereiche (Weltraum, strategische Systeme) werden eher beiläufig angesprochen.

Gorbatschow knüpft mit seinem Schreiben an eine entsprechende Tradition seiner Vorgänger an. Die Tatsache, daß er als erstes die deutsche Friedensbewegung – repräsentiert durch den Friedensrat in Heilbronn – mit einem solchen Schreiben anspricht, wirft ein bezeichnendes Licht auf die sowjetische Einschätzung eines innenpolitischen Konfliktpotentials bei uns. Bedauerlich ist der zweifelsfrei (trotz Nichterwähnung) gegen die Bundesregierung gerichtete diffamierende Ton, der weder der kürzlichen sowjetischen Gesprächsführung gegenüber BM<sup>8</sup> noch gegenüber BK entspricht.

Trotz des negativen Gesamtkontextes des Schreibens ist für uns als positiv das klare Bekenntnis von Gorbatschow zum Stellenwert der deutsch-sowjetischen Beziehungen festzuhalten, wobei auffällt, daß er auf eine klare Konditionierung (Sicherheitsfragen gemäß Politbürositzung vom 7.3.<sup>9</sup>) verzichtet.

Zusätzlicher Hinweis: Entgegen einer AP-Meldung benutzt Gorbatschow an keiner Stelle den Begriff „Wiedervereinigung“. Hier liegt ein Übersetzungsfehler der Agentur vor.

Weiß

**Referat 213, Bd. 139327**

<sup>7</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 27. Februar 1985 vgl. Dok. 56, Anm. 6.

In der Debatte über diese Erklärung im Bundestag am selben Tag bekräftigte auch Bundesminister Genscher, „daß der Weg der Verständigung und Versöhnung nicht zurückführt“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 9042.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 4. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 54 und Dok. 55.

<sup>9</sup> Zur Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU am 7. März 1985 vgl. Dok. 66, Anm. 21.

## 85

**Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan****VS-vertraulich****29. März 1985<sup>1</sup>**

Lieber Ron,

für Ihr Schreiben vom 11. März 1985<sup>2</sup> danke ich Ihnen vielmals. Ihre ausführliche Unterrichtung über die amerikanischen Ausgangspositionen bei den Genfer Verhandlungen<sup>3</sup> lassen Ihr starkes persönliches Engagement erkennen, in den Verhandlungen zu konkreten und ausgewogenen Rüstungskontrollübereinkünften zu gelangen. Diese Unterrichtung bekräftigt auch Ihre bekundete Bereitschaft zu umfassenden Konsultationen und ist zugleich Ausdruck unserer persönlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Wie die Bundesregierung zu Beginn der Genfer Verhandlungen öffentlich erklärt hat, unterstützt sie uneingeschränkt die amerikanischen Verhandlungsziele, u. a. insbesondere die Verbesserung der strategischen Stabilität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und drastische Reduzierungen im Bereich der interkontinentalstrategischen Nuklearwaffen und der nuklearen Mittelstreckenwaffen.

Ich stimme mit Ihnen in der Einschätzung überein, daß die Sowjetunion unter Zuhilfenahme politischer Propaganda versuchen wird, ein verfahrensmäßiges Junktim zwischen Verhandlungsfortschritten in den drei Verhandlungsbereichen zu schaffen, um von den Vereinigten Staaten einseitige Beschränkungen bei der Erforschung der strategischen Verteidigung zu erzwingen. Für den Erfolg der Verhandlungen wird die Solidarität des Bündnisses entscheidend sein.

Auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen, dem weiterhin unsere besondere Aufmerksamkeit gilt, begrüße ich die in Ihrem Schreiben zum Ausdruck gekommene Bereitschaft der Vereinigten Staaten, rasche Fortschritte zu erzielen und dabei in flexibler Weise auf den westlichen Vorschlägen vom September 1983<sup>4</sup> aufzubauen. In diesem Bereich wird es meines Erachtens entscheidend darauf ankommen, die mit dem Bündnis abgestimmte INF-Position in einem frühen Verhandlungsstadium zu konkretisieren. Mit einer derart sichtbaren Entschlossenheit zu konstruktivem Verhandeln würde der Westen nicht nur die Initiative behalten, sondern auch am wirkungsvollsten einem zu erwartenden sowjeti-

<sup>1</sup> Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert mit einer englischen Übersetzung am 29. März 1985 als Drahterlaß Nr. 450 an die Botschaft in Washington übermittelt mit der Bitte, es „umgehend an den Adressaten weiterzuleiten. Originalbrief folgt mit nächstem Kurrier.“

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 11. März 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11278 (220).

<sup>3</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet. Vgl. dazu Dok. 86.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan am 26. September 1983 vor der VN-Generalversammlung in New York; Dok. 7, Anm. 8.



schen Moratoriumsvorschlag<sup>5</sup> begegnen und sowjetischen Versuchen entgegenzutreten, ein sachfremdes Junktim zu den Verhandlungen über Defensiv- und Weltraumwaffen herzustellen. Wir haben in der besonderen Beratungsgruppe des Bündnisses hierzu bereits Anregungen gegeben und werden diese konkretisieren. Ich bin sicher, daß ein eingehender Meinungsaustausch hierüber in unserem gemeinsamen Interesse liegt.

Für den Bereich der Weltraumwaffen begrüße ich das amerikanische Vorhaben, mit der Sowjetunion ernsthafte und umfassende Gespräche über das Verhältnis von Defensiv- und Offensivwaffen zu führen und der Aushöhlung des ABM-Vertrages Einhalt zu gebieten.

Ich unterstütze uneingeschränkt Ihre Auffassung, daß das von den USA eingeleitete Forschungsprogramm mit den Bestimmungen des ABM-Vertrages voll vereinbar ist und mit Blick sowohl auf die verteidigungspolitischen und militärischen als auch auf die technologischen Auswirkungen im westlichen Interesse liegt. Die Sowjetunion selbst hat nie bestritten, daß sie seit vielen Jahren intensive Forschungen auf diesem Gebiet betreibt.

Zur Frage einer eventuellen späteren Verwirklichung der amerikanischen strategischen Verteidigungsinitiative ist die Position der Bundesregierung eindeutig formuliert. Hierzu gelten die von mir in meiner Rede vor der Wehrkundetagung in München genannten Kriterien<sup>6</sup> unverändert fort. Eine Entscheidung über unsere endgültige Position ist nicht getroffen. Sie steht so lange nicht an und bleibt in beiden Richtungen offen, so lange auch die Vereinigten Staaten mangels genügender Ergebnisse des Forschungsprogramms sich selbst noch nicht festgelegt haben.

Bei all diesen Fragen hat die Bundesregierung die fortlaufenden Genfer Verhandlungen im Auge. Es muß unser gemeinsames Bestreben sein, durch unsere Äußerungen zu SDI der Sowjetunion keinen Vorwand zu mangelnder Reduzierungsbereitschaft im Bereich der nuklearen Offensivwaffen zu liefern. Dies war das meinen zu SDI gemachten Ausführungen auf dem Essener CDU-Parteitag<sup>7</sup> zugrundeliegende maßgebliche Motiv.

Im übrigen weise ich auf die im Bundessicherheitsrat verabschiedete Sprachregelung der Bundesregierung zu SDI hin, die ich beifüge<sup>8</sup> und auf die ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit lenken möchte.

Die mit den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen und mit SDI zusammenhängenden komplexen Fragen erfordern zwischen den Verbündeten enge Ab-

<sup>5</sup> Zum Moratoriumsvorschlag der UdSSR vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

<sup>6</sup> Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 auf der Internationalen Wehrkundetagung in München vgl. Dok. 39, Anm. 16.

<sup>7</sup> Zur Rede des Bundeskanzlers Kohl auf dem CDU-Parteitag am 20. März 1985 in Essen vgl. Dok. 82, Anm. 45.

<sup>8</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Die Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt am 27. März 1985 an die Botschaft in Washington sowie eine Reihe weiterer Auslandsvertretungen übermittelt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 2538; Referat 220, Bd. 128648.

Für den Wortlaut der Stellungnahme vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f.

stimmung und Konsultation auf höchster Ebene. Ich würde es daher begrüßen, wenn wir über die erörterten Fragen im Kontakt bleiben könnten.<sup>9</sup>

Mit freundlichen Grüßen

[gez.] Helmut Kohl  
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

VS-Bd. 13764 (014)

## 86

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit den amerikanischen Sonderbotschaftern Glitman, Kampelman und Tower in Genf

220-370.00 SB-588/85 VS-vertraulich

2. April 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundesministers mit den drei amerikanischen Verhandlungsführern in Genf

Der Bundesminister führte bei seinem Besuch in Genf am 2.4.1985 ein ausführliches Gespräch mit den amerikanischen Verhandlungsführern in den neuen amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen<sup>2</sup>. Der erste Teil des Gesprächs fand in der deutschen CD-Delegation statt. Gesprächsteilnehmer waren die Botschafter Tower und Glitman. Das Gespräch wurde beim Mittagessen im Hause von Botschafter Wegener fortgesetzt. Daran nahmen auf amerikanischer Seite Botschafter Kampelman und sein Vertreter Warren Zimmermann sowie erneut Botschafter Glitman teil. Botschafter Tower hatte wegen eines bereits festgelegten Treffens mit dem sowjetischen Chefdelegierten Karpow für ein Essen absagen müssen.

<sup>9</sup> Für das Antwortschreiben des Präsidenten Reagan vom 15. April 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 220, Bd. 130084.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 3. April 1985 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers einzuholen“, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 10. April 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Verteilung bitte nur unter Vorbehalt der Billigung BMs. Siehe Anmerkungen im Text.“ Vgl. Anm. 3, 6, 8, 10, 11, 15, 18, 21 und 27.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 12. April 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmidt „n[ach] R[ückkehr] z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte.

Hat Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Da Billigung durch BM nicht erfolgte, muß m. E. Verteilung außerhalb des AA unterbleiben. (Bitte auch Doppel für Citron).“

Hat Botschafter Citron vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 12. März 1985 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle eröffnet.

Teilnehmer auf unserer Seite neben Bundesminister: Botschafter Dr. Ruth, Botschafter Dr. Wegener, VLR Dr. Schmidt, VLR<sup>3</sup> Ischinger.

Das Gespräch fand in ausgezeichneter, freundschaftlicher Atmosphäre statt.

I. Der *Bundesminister* eröffnete den ersten Teil des Gesprächs mit der Frage, welchen Eindruck die amerikanischen Verhandlungsführer vom bisherigen Verlauf der Gespräche hätten.

Botschafter *Glitman* antwortete, es seien nützliche und aufschlußreiche („instructive“) Gespräche gewesen. In der INF-Verhandlungsgruppe habe die amerikanische Seite ihre Vorschläge (Null-Lösung, Zwischenlösung in der Form des westlichen Vorschlags vom September 1983<sup>4</sup>) präsentiert. Die sowjetische Reaktion sei interessant gewesen. Obuchow habe zunächst den Vorwurf erhoben, die Bezugnahme auf frühere Positionen verstoße gegen die Vereinbarung vom 8. Januar 1985<sup>5</sup>. Er, Glitman, habe dies zurückgewiesen. Hierauf habe die sowjetische Delegation die altbekannte Kritik an der westlichen Verhandlungsposition erneuert: Es sei keine Kompensation für Drittstaatsysteme vorgesehen; der Vorschlag einer Zwischenlösung mute der SU zu, die Stationierung der neuen amerikanischen INF in Europa zu legalisieren. Die sowjetische Delegation habe dann ihren Moratoriumsvorschlag, der ein Zwei-Phasen-Vorschlag sei<sup>6</sup>, wiederholt.<sup>7</sup> Der allgemeine Moratoriumsvorschlag, der in den ersten Plenarsitzungen hervorgebracht worden sei, enthalte zu INF nur einen Satz. Der sowjetische Versuch, auf dieser Basis eine rasche Vereinbarung vorzuschlagen, sei offenbar nicht ernst gemeint gewesen.<sup>8</sup> Das Moratorium bei INF sei dann spezifiziert worden: Zunächst sollten die Stationierungen und die Gegenmaßnahmen eingestellt werden, anschließend solle man zu radikalen Reduzierungen übergehen. Auf Frage habe die sowjetische Delegation nicht spezifiziert, was sie mit radikalen Reduzierungen meine.

Auf Frage des *BM* fügte *Glitman* hinzu, über FBS sei nicht viel gesprochen worden. Die sowjetische Delegation habe sich darauf nur zur Rechtfertigung ihrer eigenen Mittelstreckenwaffen bezogen. Zusammenfassend könne man immerhin sagen, daß sich die sowjetische Delegation auf Substanzdiskussionen eingelassen habe.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „LR“. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>4</sup> Am 26. September 1983 gab Präsident Reagan vor der VN-Generalversammlung in New York den amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf bekannt. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626.

Zu den Überlegungen für eine verbesserte Zwischenlösung im Vorfeld der Rede vgl. AAPD 1983, II, besonders Dok. 244, Dok. 251, Dok. 252 und Dok. 267.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>6</sup> Die Wörter „der ein Zwei-Phasen-Vorschlag sei“ wurden von Vortragendem Legationsrat Ischinger handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

<sup>7</sup> Zum Moratoriumsvorschlag der UdSSR vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

<sup>8</sup> Dieser Satz ging auf handschriftliche Änderungen des Vortragenden Legationsrats Ischinger zurück. Zuvor lautete er: „Sowjetische Äußerungen, auf dieser Basis zu einer raschen Vereinbarung zu kommen, seien offenbar nicht ernstgemeint gewesen.“ Vgl. Anm. 1.

Botschafter *Tower* berichtete, in der Verhandlungsgruppe über strategische Waffen habe die sowjetische Delegation den Moratoriumsvorschlag nicht ausdrücklich erwähnt. Er ziehe daraus den Schluß, daß das Moratorium nur als Propaganda Bedeutung habe.

Botschafter *Ruth* warf ein, der Moratoriumsgedanke sei trotz der lancierten ADN-Meldung aus Brüssel<sup>9</sup> bisher im Westen nicht aufgegriffen worden.

Botschafter *Tower* schilderte dann die bekannte amerikanische Verhandlungsposition, einschließlich des „Trade-off“-Gedankens. Auf Frage des BM bezeichnete er das Verhandlungsklima als milde, die Stimmung sei recht<sup>10</sup> gut („reasonably good humoured<sup>11</sup>“). Er habe den Eindruck, daß die sowjetische Delegation nicht soviel Spielraum wie die amerikanische Delegation habe und selbst in administrativen Angelegenheiten um Weisung bitten müsse.

Das Gespräch wandte sich dann der Verbindung zwischen den drei Verhandlungsbereichen zu. *Tower* und *Glitman* schilderten das sowjetische Junktim.

Der *BM* sagte voraus, die *SU* werde die gemeinsame Erklärung vom 8. Januar wie eine Bibel immer wieder zitieren. Sein Rat sei: immer wieder den Inhalt dieser Erklärung darzustellen und die westliche Interpretation hinzuzufügen. *BM* erinnerte an das Fernsehinterview von Gromyko vom 13. Januar<sup>12</sup>, mit dem zwei Ziele verfolgt worden seien:

- Der sowjetischen öffentlichen Meinung sollte erklärt werden, warum die *SU* an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sei;
- die weltweite öffentliche Meinung sollte auf das Junktim mit den Weltraumwaffen hingewiesen werden.

Botschafter *Glitman* stimmte ausdrücklich zu. Er wolle in der nächsten Sitzung auf die Frage der Verbindung zwischen den Verhandlungsbereichen zurückkommen.

Auf die Frage des *BM*, auf welcher Ebene in Moskau die Entscheidungen über die Verhandlungen getroffen würden, meinten *Glitman* und *Tower* übereinstimmend: auf höchster Ebene, wohl durch Gorbatschow selbst.

Der *BM* fragte dann nach der sowjetischen Verhandlungsstrategie.

*Glitman* antwortete, sie wollten auf Zeit spielen, die Reaktion in der westlichen Öffentlichkeit genau beobachten und Keile zwischen die USA und ihre Verbün-

<sup>9</sup> Botschafter *Ruth* hielt am 29. März 1985 fest: „Die Sowjets haben am 19.3.1985 in Genf einen die drei Verhandlungsgegenstände umfassenden Moratoriumsvorschlag unterbreitet [...]. Die Amerikaner hatten zunächst erwartet, daß die Sowjets mit diesem Vorschlag unmittelbar danach in die Öffentlichkeit gehen würden. Dies war jedoch nicht der Fall. [...] Am 29. März hat jedoch ADN unter Berufung auf informierte Kreise aus Brüssel detailliert über den sowjetischen Moratoriumsvorschlag berichtet“. Dazu gab *Ruth* zu bedenken: „Es ist durchaus möglich, daß diese Meldung ‚aus der belgischen Hauptstadt, wo zahlreiche westeuropäische Instanzen ihren Sitz haben‘, dazu herhalten soll, um dem Westen den Bruch der Vertraulichkeit anzulasten und damit den Weg für spätere öffentliche Erklärungen der Sowjetunion zum Verhandlungsverlauf zu ebnen.“ Vgl. VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ziemlich“. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „humour“. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Fernsehinterviews des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 13. Januar 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 68–72 (Auszüge).

deten treiben. *Tower* fügte hinzu, die SU versuche bei den Europäern den Eindruck zu erwecken, daß die Verhandlungen über strategische und Mittelstreckenwaffen rasch vorangehen könnten, wenn die USA auf SDI verzichteten. In Wirklichkeit habe die SU aber keine klaren Zusagen dieser Art gemacht.

Einen Einwurf von Botschafter *Ruth* aufgreifend, stellte der *BM* fest, die Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März<sup>13</sup> stelle SDI in einen größeren Zusammenhang der Ost-West-Beziehungen und der breiten Palette der Rüstungskontrollverhandlungen. Damit könne verhindert werden, daß sich die öffentliche Aufmerksamkeit nur auf SDI konzentriere. Die Sowjetunion könne sich nicht viel von dem Versuch versprechen, auf Zeit zu spielen. Das habe schon bei INF nicht funktioniert. Vielmehr hätten die Sowjets durch ihre Taktik Zeit und Boden verloren. Bei seinem Gespräch mit Gromyko im Oktober 1983 in Wien<sup>14</sup> habe dieser immer noch geglaubt, daß wir die Stationierung nicht tatsächlich durchführen würden.<sup>15</sup> Die Unterstützung durch Frankreich sei damals sehr wichtig gewesen, sowohl für unsere eigene öffentliche Meinung als auch für die SU. Auch zu SDI wollten wir einen Schulterschluß mit anderen europäischen Staaten.

Botschafter *Glitman* wies darauf hin, daß die Verhandlungen dem Westen erlaubten, die Diskussion zu verlagern: USA biete Reduzierungen der Offensivsysteme und Zusammenarbeit bei der Verstärkung der Abschreckung durch Einfügung defensiver Elemente an. Die Sowjetunion verweigere die Kooperation.

Botschafter *Ruth* fügte hinzu, die SU werde ihre Offensive auf SDI richten. Auf amerikanischer Seite müsse deshalb die Bereitschaft herausgestellt werden, zu kooperativen Lösungen zu kommen. Es liege dann an der SU, das Angebot zur Kooperation zu beantworten.

Der *BM* regte an, in der öffentlichen Diskussion auf die Probleme hinzuweisen, die sich für die Stabilität und für die Verifikation von Rüstungskontrollvereinbarungen aus der Existenz des sowjetischen Antisatellitensystems<sup>16</sup> ergeben.

Das Gespräch wurde an dieser Stelle (nach etwa einer Stunde) unterbrochen und beim Mittagessen (ca. zwei Stunden) fortgesetzt.

II. Der *BM* richtete seine Frage nach der Strategie und dem Zeitplan der SU nun an Botschafter *Kampelman*. Dieser erwiderte, die SU verfolge zwei Optionen: Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeit und Fortschritte in der Substanz. Er, *Kampelman*, wisse nicht, ob die sowjetische Delegation schon mit grundsätzlichen Weisungen versehen sei. Vermutlich werde die SU die weitere Entwicklung abwarten, und zwar die Entwicklung in Washington (Kongreß und öffentliche Meinung) und bei den Verbündeten. Sie wolle sich die Chance of-

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner Dok. 87.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher traf mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 in Wien zusammen. Für die Gespräche vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306 und Dok. 310.

<sup>15</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats Ischinger zurück. Vorher lautete er: „Bei seinem Gespräch mit Gromyko im Oktober 1983 in Wien habe er nicht den Eindruck gewonnen, daß Gromyko es damals für möglich hielt, daß die Stationierung tatsächlich durchgeführt würde.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>16</sup> Am 11. April 1984 informierten die USA die übrigen NATO-Mitgliedstaaten über die Anti-Satelliten-Systeme (ASAT) der UdSSR. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 109.

fenhalten, Ergebnisse zu bekommen, ohne Konzessionen zu machen. Vielleicht wolle sie auch die Gespräche in Wien im Mai<sup>17</sup> abwarten.<sup>18</sup>

Der *BM* erwiderte, die *SU* überschätze vielleicht die öffentliche Meinung und die Bedeutung von öffentlichen Demonstrationen. Die belgische Entscheidung über die Stationierung von *INF*<sup>19</sup> und die *MX*-Entscheidung<sup>20</sup> seien außerordentlich wichtig gewesen.

Botschafter *Glitman* bemerkte, die *SU* habe bei *INF* eine Schlacht verloren, aber der Krieg gehe weiter. *Kampelman* meinte, er sei keineswegs entmutigt und glaube, daß ein Abkommen zustande kommen werde. Die sowjetischen Verhandler seien sehr fähige Männer. An dieser Stelle bestellte *Kampelman*, der unmittelbar vor dem Mittagessen eine informelle Sitzung mit *Kwizinskij* gehabt hatte, Grüße von *Kwizinskij* an den *BM*. Er schilderte dann die Tendenz *Kwizinskij*s, in informellen Sitzungen lange, mit Anklagen gegen die *USA* gespickte Erklärungen abzugeben. Er, *Kampelman*, habe gegenüber *Kwizinskij* dazu bemerkt, solche Ausführungen machten sich zwar in Berichten an *Moskau* ganz gut, sie seien aber nicht förderlich für richtige Verhandlungen. *Glitman* berichtete ähnliches über seine Erfahrungen mit *Obuchow*. *Kampelman* fügte hinzu, er habe die Drohung *Karpows* in der ersten Sitzung, die amerikanische Haltung könne die Verhandlungen zum Platzen bringen, energisch zurückgewiesen.

*BM* fragte nach dem Inhalt des sowjetischen Moratoriumsvorschlags in bezug auf Weltraumwaffen. *Kampelman* antwortete, das Moratorium beziehe sich auf alle „Weltraumschlagwaffen“ und auf „wissenschaftliche Forschung“. Er habe auf diesen Vorschlag erwidert, man könne ihn nicht ernst nehmen, denn Forschung sei nicht verifizierbar und werde auch auf sowjetischer Seite durchgeführt. Auch *Gromyko* habe *Shultz* gegenüber zugegeben, daß Forschung nicht verifiziert werden könne.<sup>21</sup> Er, *Kampelman*, habe den Eindruck, daß die *SU* zwischen erlaubter und unerlaubter Forschung unterscheiden wolle: Wenn die Forschung auf Systeme gerichtet sei, die sich im Rahmen des *ABM*-Vertrags hielten, sei sie legal, wenn sie über den *ABM*-Vertrag hinausgehe, illegal. Das bedeute praktisch, daß die *SU* ihre eigenen Forschungsarbeiten als legal und die der *USA* als verboten darstellen wolle. Auf Frage des *BM* fügte *Kampelman* hinzu, die sowjetische Delegation habe die Forschungsarbeiten auf sowjetischer Seite nicht ausdrücklich erwähnt, jedoch auch nicht widersprochen, als sie von amerikanischer Seite erwähnt worden seien.

Dazu sagte der *Bundesminister*, bei seinem letzten Gespräch mit *Gromyko* in *Moskau*<sup>22</sup> habe *Gromyko* in der bekannten Weise die amerikanische Position angegriffen. Er, *BM*, habe darauf geantwortet und auch die sowjetischen Forschungsarbeiten erwähnt. *Gromyko* habe darauf repliziert, jedoch nichts zur sowjetischen Forschungsaktivität gesagt.

<sup>17</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers *Shultz* mit dem sowjetischen Außenminister *Gromyko* am 14. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120.

<sup>18</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat *Ischinger* handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

<sup>19</sup> Zur Abstimmung im belgischen Parlament am 20. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 35.

<sup>20</sup> Zum amerikanischen *MX*-Programm vgl. Dok. 82, Anm. 17.

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat *Ischinger* handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

<sup>22</sup> Zum Gespräch des Bundesministers *Genscher* mit dem sowjetischen Außenminister *Gromyko* am 4. März 1985 in *Moskau* vgl. Dok. 54 und Dok. 55.

Botschafter *Glitman* wies auf den Artikel von Beecher im „Boston Globe“ hin, der vermutlich auf einem Gespräch mit Dobrynin beruhe.<sup>23</sup> Damit solle ein Köder für die amerikanische öffentliche Meinung ausgelegt werden.

Das Gespräch wandte sich dann erneut der Verbindung zwischen den drei Verhandlungsbereichen zu. Dabei wurde klargestellt, daß auch der sowjetische Text der Erklärung vom 8. Januar einen Begriff verwendet, der „interrelationship“ bedeutet. Für Junktim gibt es einen anderen russischen Begriff, der für die SU einen negativen Beiklang hat.

Der *BM* wiederholte seinen Rat, die westliche Interpretation der Erklärung vom 8. Januar immer wieder darzustellen. Er betonte, die öffentliche Diskussion über SDI werde schwieriger zu führen sein als die über INF. Man könne jetzt nicht einfach von Vorrüstung und Nachrüstung sprechen. Man müsse auch die Frage der Legitimität von Forschungsarbeiten und der Beteiligung an ihnen sorgfältig auseinanderhalten. Keine europäische Regierung leugne, daß die Forschung legal und gerechtfertigt sei. Die Frage der Beteiligung habe mit den Verhandlungen nichts zu tun.

Botschafter *Kampelman* kam auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen zu sprechen. Die amerikanische Delegation nehme die Vertraulichkeit sehr ernst. Kwizinskij habe einmal damit gedroht, an die Öffentlichkeit zu gehen. Er, *Kampelman*, habe darauf geantwortet, dann müßte dies auch die amerikanische Delegation tun. Daraufhin sei Kwizinskij zurückgewichen.

*Zimmermann* meinte, die SU wolle in einer ersten Phase versuchen, in der Weltraumfrage ohne eigene Zugeständnisse voranzukommen. Schwieriger werde die zweite Phase werden, wenn die SU deutlicher mit Konzessionen zu winken beginne.

Botschafter *Ruth* erinnerte daran, daß der ABM-Vertrag Konsultationen vorsehe, wenn sich neue technologische Entwicklungen als möglich erwiesen. Es müsse klargestellt werden, daß die USA in Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag dazu bereit sind. Darauf müsse in der Öffentlichkeit nachdrücklich hingewiesen werden.

Der *BM* fragte, wie lange die erste Phase dauern werde. *Kampelman* erwiderte: bis zu einem Gipfeltreffen. Er persönlich rechne damit, daß Gorbatschow im Herbst zu den Vereinten Nationen gehen werde; dann sei es ausgeschlossen, daß er nicht mit dem Präsidenten zusammentreffe. Das sei aber seine persönliche Vermutung. Er wolle eine Frage an den *BM* anschließen: Der *BM* habe mehr Erfahrung mit Gromyko als jeder andere westliche Außenminister. Es gebe die Ansicht, daß die guten Beziehungen zwischen USA und der SU nicht wiederher-

<sup>23</sup> Vgl. den Artikel von William Beecher, „Diplomat Says Soviet Leader May Seek Antimissile Accord“, THE BOSTON GLOBE vom 26. März 1985, S. 1.

In einer Aufzeichnung des Referats 220 vom 10. April 1985 wurde eine Meldung des BND zu dem Artikel resümiert: „Gorbatschow, unterstützt von Gromyko, tendiere zur Neuverhandlung des ABM-Vertrags mit dem Ziel, die Anzahl defensiver Waffen zu erhöhen; der Zulassung unterschiedlicher Technologien; den USA die Bekämpfung von G[e]fechts[K]öpfen auf Trägersystemen zu verbieten; das Krasnojarsk-Radar zu legalisieren; parallel hierzu die nuklearen Offensivwaffen stark zu reduzieren. [...] Zur Zeit verfolge das Politbüro mit seiner Rüstungskontrollpolitik das Ziel eines völligen Test- und Stationierungsverbots neuer Defensivsysteme. Bei Nichterreichen dieses Zieles würde das Offensivpotential vergrößert und ein neues eigenes Defensivprogramm eingeleitet.“ Vgl. VS-Bd. 11278 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

gestellt werden könnten, solange Gromyko Außenminister sei. Andererseits vertrete Schewtschenko die Auffassung, Gromyko setze sich für verbesserte Beziehungen zu den USA ein.<sup>24</sup>

Der *BM* erwiderte, er glaube, daß Schewtschenko recht habe. Gromyko sei durch seine Zeit als Botschafter in Washington tief beeindruckt. Er habe damals erlebt, daß die USA gleichzeitig in Ostasien kämpften, die Invasion in Europa vorbereiteten und der SU Hilfe gewährten und doch einen höheren Lebensstandard halten konnten, als die SU jetzt habe. Dagegen habe sich Breschnew mehr auf die Beziehungen zu Deutschland konzentriert. Breschnew wäre ganz zufrieden gewesen, wenn er sein Konzept der militärischen Entspannung durchsetzen und dadurch permanente Überlegenheit für die SU in Europa hätte sichern können. Gromyko hingegen erkenne, daß die SU stabile Beziehungen zu den USA brauche. Für ihn seien die Beziehungen zu den USA das Standbein, die Beziehungen zu Europa das Spielbein.

Auf Frage des *BM* berichtete *Kampelman* kurz über die Vorgänge im Kongreß vor der MX-Entscheidung und über seine Rolle dabei. Er führte dabei aus, daß die Verhandlungen mit der SU etwas Permanentes seien. Keine der beiden Seiten könne es sich leisten, nicht mit der anderen zu sprechen. Er, *Kampelman*, habe Außenminister Shultz gebeten, die Regierung und die Bevölkerung auf permanente Verhandlungen vorzubereiten. Die Teilnahme einer Gruppe von Kongreßmitgliedern an den Verhandlungen sei wichtig gewesen. Die Kongreßmitglieder hätten den Eindruck gewonnen, daß ernsthaft verhandelt werde. Probleme, wie sie sich bei SALT II gestellt hätten, würden dieses Mal vermieden werden.

Hier warf Botschafter *Ruth* die Frage ein, ob über die Verlängerung der Einhaltung von SALT II gesprochen worden sei.

Das verneinte *Kampelman*.

Auf Frage des *BM* meinte *Kampelman*, Senator Kennedy sei zwar für SDI-Forschung, aber gegen die Vision des Präsidenten. Er, *Kampelman*, vermute aufgrund einer Äußerung von Sargent Shriver, seinem früheren Partner in der Anwaltskanzlei, daß Kennedy für die Präsidentschaft<sup>25</sup> kandidieren werde.

Botschafter *Glitman* erwähnte den Namensartikel des *BM* und bezeichnete den darin enthaltenen Hinweis auf den Zusammenhang zwischen SDI und dem konventionellen Gleichgewicht als sehr wichtigen Punkt.<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Am 22. April 1985 informierte Botschafter van Well, Washington, über die Autobiographie des zu den USA übergetretenen ehemaligen sowjetischen Diplomaten und stellvertretenden VN-Generalsekretärs Schewtschenko: „Schewtschenko beschreibt Gromyko, in dessen Büro im Außenministerium er 1970 bis 1973 arbeitete, als einen kontaktarmen Asketen ohne Bezug zum sowjetischen Alltag [...], dessen einziger wirklicher Ratgeber – auch in politischen und Personalentscheidungen – seine Frau sei. [...] Seine Ideologie sei nicht so sehr der Marxismus-Leninismus als sowjetische Weltmachtgeltung. Seine Biographie (steile Karriere in jungen Jahren in den USA) bringe eine starke Fixierung auf die andere Supermacht mit sich – interessanterweise auch eine emotional gefärbte, positive Sicht sowjetisch-amerikanischer Waffenbrüderschaft im Zweiten Weltkrieg“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1244; Referat 213, Bd. 139288.

<sup>25</sup> In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut des Artikels des Bundesministers Genscher „Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen“ vgl. BULLETIN 1985, S. 258–260.



Botschafter *Ruth* warf die Frage auf, wie die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Abschreckung, die Komplexität der Verhandlungen und das Ziel der Abschaffung der Nuklearwaffen miteinander vereint werden könnten.

Botschafter *Kampelman* erwiderte, es sei in Washington unbestritten, daß die nukleare Abschreckung aufrechterhalten bleiben müsse. Präsident Reagan habe nur die Perspektive eröffnen wollen, daß unsere Kinder und Enkel in größerer Sicherheit leben könnten. Es bestehe aber kein Zweifel, daß die nukleare Abschreckung jetzt notwendig sei.

Der *BM* betonte, Abschreckung sei nicht unmoralisch, wie manche Erklärungen von amerikanischer Seite anzudeuten schienen. *Kampelman* gab deutlich zu erkennen, daß er solche Erklärungen bedaure (terrible thing). *Glitsman* fügte hinzu, es wäre jedoch unmoralisch, die Abschreckung nicht zu verbessern. Die Abschreckung bleibe als Schlüsselbegriff erhalten, nur ihre Bestandteile (components) seien Wandlungen unterworfen.<sup>27</sup>

Der *BM* schloß die Unterredung und dankte für das ausführliche Gespräch.

VS-Bd. 11278 (220)

## 87

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Edler von Braunmühl

3. April 1985<sup>1</sup>

Betr.: Erläuterung der Erklärung der Bundesregierung vom 27. März 1985 zu den Genfer Verhandlungen und SDI<sup>2</sup> gegenüber östlichen Gesprächspartnern

Bezug: Gespräch bei BM am 28. März 1985

1) Ich habe die Erklärung der Bundesregierung vom 27. März 1985 in Einzelgesprächen gegenüber dem zweiten Mann der StäV der DDR, Gesandten Glienke (28.3.), ČSSR-Botschafter Spáčil (1.4.), dem polnischen Gesandten Sędziwy (2.4.) und dem sowjetischen Gesandten Terechow (3.4.) – in dieser Reihenfolge mit Rücksicht auf die Terminmöglichkeiten der Gesprächspartner – erläutert:

<sup>27</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 3. April 1985 um 21.00 Uhr vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 5. April 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 11. April 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent Edler von Braunmühl nach Rückkehr verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unter Verschuß.“

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f.

Es handele sich um einen ungewöhnlichen Schritt und eine Erklärung von hochpolitischer Bedeutung, die dem Rang entspreche, den wir der Problematik beimäßen.

Die Erklärung verdiene eine sorgfältige Interpretation, wobei u. a. zu berücksichtigen sei: Einbettung in den West-Ost-Zusammenhang und den Rüstungskontrollzusammenhang, die klare Unterstreichung der Definition der Verhandlungsziele vom 8.1.1985<sup>3</sup>, der Hinweis auf die Notwendigkeit zu kooperativen Lösungen, zur Bekräftigung des ABM-Vertrages und zur Lösung der in Genf anstehenden Fragen im wechselseitigen Zusammenhange.

Einem Vergleich der entsprechenden Texte werde man entnehmen können, daß die Gedanken von BM in seinem Artikel vom 18.3.<sup>4</sup> und der FDP-Erklärung vom 24.3.<sup>5</sup> breiten Eingang in die Erklärung vom 27.3. gefunden hätten.

Es sei jetzt wichtig, daß auch die andere Seite konstruktiv vorgehe und sich auf das Machbare konzentriere.

Die Gesprächspartner reagierten im einzelnen unterschiedlich, würdigten jedoch die Unterrichtung, die ich als Teil des Dialoges über West-Ost-Fragen, einschließlich der zentralen Sicherheitsproblematik, bezeichnete, und anerkannten den Beitrag von BM in der Diskussion.

In dem heutigen Gespräch mit Terechow regte ich noch eine Lektüre der gestrigen Rede von BM in Genf<sup>6</sup> an. Ich erwähnte, wir seien nicht ganz glücklich, daß von Teilen der Medien ein Satz von BM, der ebenfalls aus der Erklärung vom 27.3. stamme, aus dem Zusammenhang genommen und so dargestellt worden sei, als hätte BM etwas Neues im Sinne einer Unterstützung von SDI gesagt. Die Rede liege ganz auf der bisherigen Linie von BM und sei in Genf auch von östlichen Vertretern gut aufgenommen worden. Terechow nahm dies mit Interesse auf, da er bisher nur die Berichterstattung über die Rede kannte. Ich sagte ihm auf seine Bitte Übersendung des Textes zu.

2) Glienke anerkannte die große Bedeutung der Erklärung vom 27.3. und bedankte sich für die ihm wichtigen zusätzlichen Erläuterungen, die er seiner Regierung berichten werde.

3) Spáčil nahm die Erläuterungen ebenfalls mit großem Interesse auf und wies darauf hin, daß man einen Wandel in der Haltung der Bundesregierung zu SDI festgestellt habe und diesen dem Einfluß von BM zuschreibe. Man glaube, daß West-Europa, und das bedeute praktisch die Bundesrepublik Deutschland, großen Einfluß auf die USA ausüben könne. Die Bundesrepublik Deutschland könne eine wichtige Rolle spielen, wenn sie hier gewisse Vermittlerdienste lei-

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „1.8.1985“.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Artikels des Bundesministers Genscher „Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen“ vgl. BULLETIN 1985, S. 258–260.

<sup>5</sup> Zur Erklärung des FDP-Präsidiums vom 24. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. den Artikel „Genscher und Kohl halten Distanz zu den Weltraumwaffenplänen Amerikas“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 25. März 1985, S. 1.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 2. April 1985 vor der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf vgl. BULLETIN 1985, S. 324–328.

ste, obwohl er wisse, daß wir diesen Begriff als solchen nicht schätzten. Die Sowjetunion habe ihren Verbündeten „unter Freunden anvertraut“, daß sie zu drastischen Reduzierungen bei den Offensivwaffen bereit sei, wenn man bei den Weltraumfragen weiterkomme. (Ich halte dies für einen sprachgeregelten Köder.<sup>7</sup>)

4) Sędziwy, der sich keinerlei Notizen machte, schien meine Erläuterungen bereits zu kennen. (Offenbar haben die WP-Vertretungen regelmäßige Informationstreffen, wie ja auch wir in Moskau. Schindler hatte mich früher mehrfach auf Teile meiner Gespräche mit dem polnischen Gesandten angesprochen.) Sędziwys Reaktion schien mir auch präpariert: Wir machten es uns zu leicht; es bestehe Unklarheit über die präzise Haltung der Bundesregierung; es könne in unserer Beziehung zur Sowjetunion (sic! – die deutsch-polnischen Beziehungen erwähnte er nicht) über SDI zu ähnlichen Belastungen kommen wie über INF.

Ich erwiderte ihm: Die Erklärungen der Bundesregierung zeigten gerade, daß wir es uns nicht leichtmachten. Ich hätte schon in anderem Zusammenhange empfohlen, die Stimme des Bundesaußenministers in außenpolitischen Fragen als die Stimme der Bundesregierung zu nehmen. Aus den Erfahrungen mit der Nachrüstung sollten alle Beteiligten ihre Folgerungen ziehen.

5) Terechow anerkannte die positiven Akzente in der Erklärung vom 27.3., bemängelte aber, daß wir in unserer Interpretation in einigen Punkten von den in Genf am 8.1.1985 vereinbarten Verhandlungszielen abgewichen seien und teilweise der amerikanischen Linie folgten.

Auf meine Frage nannte er folgende Beispiele (er hatte das Papier bei sich):

- Während die beiden ersten Anstriche von Ziffer 2 dem Kommuniqué vom 8.1. entsprächen, erwecke der dritte Anstrich den Eindruck der Übereinstimmung mit den in Genf formulierten Verhandlungszielen, weiche aber tatsächlich davon ab, weil man dort keine Einigung erreicht habe, „die beiderseitigen Forschungen ... in kooperative Lösungen ... „einemünden zu lassen.
- Auch im letzten Absatz von Ziffer 2 werde der Eindruck erweckt, daß die Erklärung vom 8.1. über das Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivwaffen in bezug auf die Stärkung der Stabilität spreche, was nicht der Fall sei. Unsere Formulierung erwecke den Eindruck, daß man sich bereits über die Stationierung neuer Defensivwaffen geeinigt habe, was der bekannten sowjetischen Haltung diametral widerspreche und von dem Text von Genf nicht gedeckt sei.
- Ziffer 4 impliziere eine Unterstützung der amerikanischen Behauptung über den „ausschließlich“ defensiven Charakter von SDI, während die SU mit guten Gründen das Projekt für offensiv halte.
- In Ziffer 5, zweiter Anstrich, werde der Eindruck erweckt, daß Entscheidungen, die über die Forschungsphase hinausgingen, nur von den Ergebnissen der Forschungsphase abhingen (d. h. nicht von den Verhandlungen).
- Auch die Aussage in Ziffer 6, daß der ABM-Vertrag Forschungsarbeiten zulasse, entspreche nicht dem Vertragstext und auch nicht der sowjetischen Inter-

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[ichtig]“.

pretation, die jedenfalls die Erprobung von Komponenten für vertragswidrig halte.

Ich räumte ein, daß die Erklärung vom 27.3., die auf den Verhandlungszielen vom 8.1. fuße, auch weitergehende Fragen anspreche, die in der öffentlichen Diskussion von beiden Seiten erörtert würden. Ich erläuterte die Bedeutung des Insistierens auf kooperativen Lösungen und der Bekräftigung des ABM-Vertrages in Ermangelung beiderseitiger abweichender Absprachen. Dadurch seien sowjetische Sicherheitsinteressen voll abgedeckt. (Terechow, der das vorher nicht ganz realisiert zu haben schien, nahm dies mit Interesse auf. Er ließ erkennen, daß er unter einer kooperativen Lösung nur die Null-Lösung für SDI verstehe. Ich habe dies unter Hinweis auf entsprechende Erklärungen von BK und BM als eine mögliche Lösung bezeichnet. Er ließ erkennen, daß er eine kooperative Lösung (nur?) deshalb für ausgeschlossen halte, weil die Sowjets das Angebot Reagans für einen SDI-Technologie-Transfer für unglaublich und die eigene Fähigkeit zum schnellen Gleichziehen für unwahrscheinlich hielten. Das sowjetische Mißtrauen hinsichtlich der amerikanischen Absichten und der eigenen Fähigkeiten wurde bei ihm als Hauptgrund der Beunruhigung über SDI erkennbar.)

Bezüglich der Vereinbarkeit von Forschungen mit dem ABM-Vertrag wies ich ihn auf offizielle sowjetische Erklärungen in den siebziger Jahren hin, die er mich daraufhin zu übersenden bat, was ich zusagte. (Es handelt sich um die Erklärung von Marschall Gretscho vom 29.9.1972.<sup>8</sup>)

Terechow behauptete, daß die amerikanischen Strahlenwaffen auch gegen Raketen am Boden und gegen Kernkraftwerke verwendbar seien, was ich nach meinem Wissensstand bestritt.

6) Spáčil und Terechow gegenüber bezeichnete ich auf persönlicher Basis drei Punkte als besonders wichtig, auf die man bei verantwortlichem Herangehen auf beiden Seiten in Europa achten sollte:

- Der geeignete Ansatzpunkt sei nicht das Forschungsprogramm (dieses sei ohnehin nicht aufzuhalten, beide Seiten forschten, Forschungen seien nicht verifizierbar), sondern die Zielrichtung des Projektes: Überlegenheit oder kooperative Parität<sup>9</sup>.
- Wir und die anderen Europäer hätten einen beträchtlichen Einfluß in Washington. Dieser beruhe darauf, daß wir in Amerika wichtige Kräfte überzeugen könnten, daß die Berücksichtigung gleichgerichteter westeuropäischer Interessen auch im Interesse der amerikanischen Position in Europa liege. Wenn jedoch der Eindruck entstehe, daß wir in Washington unter dem Druck der Sowjetunion für die Berücksichtigung gegnerischer sowjetischer Interessen ein-

<sup>8</sup> Legationsrat I. Klasse Weiß vermerkte am 18. Januar 1985: „Die sowjetische Seite könnte damit konfrontiert werden, daß sie selbst bei der Sitzung des Obersten Sowjets anlässlich der Ratifizierung des ABM-Vertrags am 29.9.1972 darauf hingewiesen hat, daß Forschungen durch diesen Vertrag in keiner Weise beschränkt werden. Der damalige sowjetische Verteidigungsminister Marschall Gretscho führte hierzu aus (Prawda vom 30.9.1972): „Der Vertrag begrenzt auch nicht in irgendeiner Weise die Durchführung von Forschung und experimentellen Arbeiten, die auf die Lösung des Problems gerichtet sind, das Land vor nuklearen Raketenschlägen zu schützen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139370.

<sup>9</sup> Die Wörter „kooperative Parität“ wurden von Vortragendem Legationsrat Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Also: Stabilität.“

träten, würde dies unseren Einfluß (auch wenn der Eindruck falsch sei, da wir immer nur unsere Interessen vertreten würden) nicht stärken, sondern schwächen. Es müsse eigentlich im sowjetischen Interesse liegen, daß wir eigene deutsche und westeuropäische Interessen geltend machten, die sich insofern mit sowjetischen Interessen berührten, als wir unter voller Bündnisloyalität immer auch für Stabilität und Ausgleich in Europa einträten.

- Der Anschluß an die technologische Entwicklung habe für uns ganz hohe Priorität. In diesem Zusammenhange würden wir über unsere Beteiligung an amerikanischen Programmen unter ganz anderen Gesichtspunkten (Konditionen und Einfluß) entscheiden als unter dem Gesichtspunkt östlichen Drucks. Im übrigen handele es sich zum großen Teile um Forschungen im zivilen Bereiche, die allerdings auch militärisch nutzbar seien. Ich fragte mich, ob es nicht auch im östlichen Interesse liege, daß wir bei der technologischen Entwicklung Anschluß hielten und dabei Einfluß behielten, auch im Zusammenhange mit COCOM.

Spáčil und Terechow anerkannten den zweiten Gesichtspunkt, Spáčil auch den ersten, während Terechow sich hierzu nicht äußerte. Den dritten Gesichtspunkt (letzter Satz) bezeichnete Spáčil als neu und interessant, Terechow bewertete ihn nicht, zeigte aber Interesse.

Terechow erklärte nachdrücklich: Wenn die Bundesregierung klarstelle, sie werde sich nur an der Erforschung ziviler Technologien, auch wenn diese auch militärisch anwendbar seien, beteiligen, dann wäre dies „eine ganz andere Sache“ und würde die Sowjetunion weit weniger beunruhigen. Im übrigen erkundigte er sich nachdrücklich nach unserer Haltung zu dem Weinberger-Angebot.<sup>10</sup> Würden wir in 60 Tagen oder vielleicht verspätet in 90 Tagen antworten? Ich erwiderte, daß wir nach wie vor völlig offen seien. Niemand könne uns zu einem Ja und niemand zu einem Nein zwingen. Wir würden die Sache gründlich mit unseren westeuropäischen Partnern konsultieren und mit den Amerikanern erörtern. Dies schien ihn, wenngleich er skeptisch blieb, zu beruhigen.

Terechow wies beiläufig auf den Einfluß hin, den die SDI-Frage auf die West-Ost-Beziehungen haben könne. Ich warnte davor, in dieser Frage eine Atmosphäre zu schaffen, die unsere Bürger vor vereinfachte Alternativen – für SU oder USA, für Entspannung oder Sicherheit etc. – stelle, denn bei einer solchen Entwicklung würde sich die Mehrheit, wie die Erfahrung der Nachrüstungs-Debatte zeige, letzten Endes eindeutig auf die westliche Seite stellen. In einer solchen Atmosphäre werde zwangsläufig auch die Kritik an der Sowjetunion steigen. Mit Spannungen stiegen auch die Bedrohungsvorstellungen, mit der Entspannung und mit guten Beziehungen zur SU und zu anderen östlichen Nachbarn die Unterstützung für eine ausgleichende und stabilisierende Rolle. Terechow erkannte dies uneingeschränkt an. Insgesamt war seine Gesprächsführung moderat und eher etwas kleinlaut und schien nicht von der Erwartung geprägt, daß die Zeit, insbesondere im Falle einer Konfrontation, für die Sowjetunion arbeite.

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

Terechow erkundigte sich erneut nach den westlichen Überlegungen für ein hochrangiges Treffen am 1. August in Helsinki.<sup>11</sup> Ich hatte den Eindruck, daß er auf sowjetischer Seite ein gewisses Interesse an einem Gipfel in Helsinki<sup>12</sup> sah und eine europäische Einwirkung auf die USA für in diesem Sinne nützlich hielt. Ich sagte Terechow, daß wir einen Gipfel in Helsinki durchaus begrüßen würden, aber bisher keine Zeichen der Bereitschaft in Washington und Moskau sähen und deshalb zur Zeit glaubten, daß die Sache eher auf ein Außenministertreffen zulaufe.

Ich teilte Terechow auf seine Frage hin mit, daß BM bereit sei, Simjanin zu sehen<sup>13</sup>, was er mit Befriedigung aufnahm.

Braunmühl

P.S.: Vgl. auch die sowjetischen Sondierungen in anliegendem Beecher-Artikel<sup>14</sup>.

**Referat 213, Bd. 139370**

<sup>11</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>12</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Ischinger handschriftlich: „[Siehe] Gromyko – Hartman!“

<sup>13</sup> Am 16. April 1985 empfing Bundesminister Genscher den Sekretär des ZK der KPdSU, Simjanin, der sich im Rahmen einer sowjetischen Parlamentsdelegation in der Bundesrepublik aufhielt. Dieser legte dar: „Die sowjetische Seite beobachte ein Anwachsen der internationalen Spannungen, die unzertrennlich mit der Aggressivität der amerikanischen Politik verknüpft seien. Dies wirke sich auch auf die beiderseitigen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau aus. [...] Er habe nicht den Wunsch, einen Keil zwischen die Bundesrepublik und die USA zu treiben und die Beziehungen zu verschlechtern. Aber er müsse feststellen, daß die BR Deutschland sich in das Fahrwasser der USA begeben habe, indem sie ihr Territorium für die amerikanischen Erstschlagsraketen zur Verfügung gestellt habe. Gerade in der letzten Zeit treibe Reagan das SDI-Programm voran und versuche, Star Wars ‚auf Teufel komm raus‘ durchzupauken. Zuerst habe die Bundesregierung noch Zweifel gehabt, aber jetzt nehme immer mehr die Neigung zu, Star Wars zu unterstützen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178902.

<sup>14</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt. Zu dem Artikel vgl. Dok. 86, Anm. 23.

## 88

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

213-322.00 USA/SOW-408/85 VS-vertraulich

9. April 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>Betr.: Prawda-Interview Gorbatschows vom 8.4.85<sup>4</sup>Anlg.: 2 (nur bei Original)<sup>5</sup>Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und für morgige Kabinettsitzung sowie zur Billigung der anliegenden Sprachregelung<sup>6</sup>

I. 1) Im Zentrum des ersten außenpolitischen Interviews von Gorbatschow stehen die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, die Frage eines Gipfeltreffens mit Präsident Reagan, umfassende, auf die drei Bereiche der Genfer Verhandlungen<sup>7</sup> abzielende Moratoriumsvorschläge<sup>8</sup> und ein einseitiges, befristetes Moratorium zu den sowjetischen Mittelstreckenraketen und Gegenmaßnahmen<sup>9</sup> in Europa. Gorbatschow knüpft teilweise an seine erste Rede vor dem ZK als Generalsekretär an.<sup>10</sup> Seine Formulierungen wirken insgesamt griffiger als die seines Vorgängers, die Tonlage bleibt weitestgehend unpolemisch (eine Ausnahme im SDI-Zusammenhang). Neben sachlich gehaltener Kritik ist der werbende Appell in Richtung USA unverkennbar. Zugleich deutet sich aus den einleitenden Bemerkungen an, daß der neue GS den Eindruck einer Fixierung auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen möglichst vermeiden möchte (Hinweis auf DW-Staaten, auf Rolle der „großen und kleinen Staaten“; schon vorher in Wahlrede vom 20.2.<sup>11</sup> Herausstellung der Beziehungen zu den Westeuropäern). Gor-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt und Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 9. April 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. April 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 10. April 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat BM vorgelegen.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 11. April 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 12. April 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut vgl. den Artikel „Beseda M.S. Gorbačeva s redaktorom gazety“; PRAVDA vom 8. April 1984, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 216–218.

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von der Sekretärin des Bundesministers, Reiter, am 15. April 1985 handschriftlich vermerkt: „Enthielt Sprachregelung mit Wortlaut des Interviews, beides offen.“

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den „Entwurf einer Sprachregelung zum Prawda-Interview Gorbatschows vom 8. April 1985“ vgl. VS-Bd. 13446 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>8</sup> Vgl. dazu auch den Moratoriumsvorschlag der UdSSR vom 19. März 1985; Dok. 82, Anm. 13.

<sup>9</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR und der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 10.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. März 1985 auf dem außerordentlichen Plenum des ZK in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 143–148.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 20. Februar 1985 in Moskau anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 130–142.

batschow präsentiert eine globale Weltsicht, in der die Auseinandersetzung zwischen den beiden entgegengesetzten Gesellschaftssystemen einen zentralen Stellenwert einnimmt.

Wie schon in seiner Antrittsrede als GS betont Gorbatschow unter dem Stichwort „Friedliche Koexistenz“ sehr die Notwendigkeit eines friedlichen Wettbewerbs, „in der jedes System durch die Macht des Beispiels und nicht durch Waffengewalt beweisen wird, welches von ihnen das bessere ist“.

Dabei wird eine optimistische Selbsteinschätzung der Möglichkeiten des sozialistischen Lagers demonstriert.

2) Von Bedeutung ist, daß Gorbatschow hinsichtlich der notwendigen „Anbahnung des Dialogs“ und der „Suche nach realistischen Beschlüssen zur Minderung der Spannungen in der Welt“ auf die Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit hinweist. Er versteht hierunter explizit die Beteiligung der „großen wie der kleinen Staaten“, d.h. er wählt eine Formulierung, die stark an eine zentrale These des BM (letzter Namensartikel<sup>12</sup>) erinnert. Dieser Satz könnte insbesondere im Hinblick auf den politischen Dialog zwischen Ost- und Westeuropäern zukünftig an operativer Bedeutung gewinnen. Der Handlungsrahmen der kleineren WP-Staaten könnte hierdurch weiter gelockert werden.<sup>13</sup>

Auch die Feststellung Gorbatschows, daß SU und USA ihre Beziehungen im Rahmen intensiver „und wirklich breit angelegter Anstrengungen“ verbessern sollten, erinnert an von uns gebrauchte Formulierung.

3) Mit dem Hinweis auf die besondere Rolle der Nuklearmächte, vor allem der SU und der USA, nimmt Gorbatschow nur beiläufig einen alten sowjetischen Gedanken auf (frühere Interviews und Äußerungen Tschernenkos sowie Rede Gromykos z.B. bei letztjähriger GV<sup>14</sup>). Möglicherweise denkt er insbesondere an den früheren Vorschlag Tschernenkos zu einem Verhaltenskodex der Nuklearmächte.<sup>15</sup> Die beiden westeuropäischen Nuklearmächte (und in diesem Zusammenhang Drittstaatenproblematik) werden jedenfalls im Interview nicht erwähnt.

II. 1) Hinsichtlich der aktuellen politischen Bewertung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen stehen kritische Elemente bei Gorbatschow im Vordergrund, u. a.

– Vorwurf des anhaltenden amerikanischen Überlegenheitsstrebens,

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Artikels des Bundesministers Genscher „Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen“ vgl. BULLETIN 1985, S. 258–260.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eine solche Absicht ist zu bezweifeln.“

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 27. September 1984 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 683–686 (Auszug).

<sup>15</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, schlug am 2. März 1984 in Moskau folgende sechs „Normen“ vor, welche die Kernwaffenstaaten in ihren gegenseitigen Beziehungen beachten sollten: Die Abwendung eines Kernwaffenkrieges sei als wichtigstes Ziel der Außenpolitik zu betrachten. Es müsse „auf die Propagierung des Kernwaffenkrieges in jeder Variante“ verzichtet werden. Die Kernwaffenstaaten sollten sich verpflichten, „nicht als erste Kernwaffen einzusetzen“. Sie dürften unter keinen Umständen „Kernwaffen gegen nichtkernwaffenbesitzende Länder“ einsetzen, „auf deren Territorium sich keine derartigen Waffen befinden“. Die Weiterverbreitung von Kernwaffen in jeglicher Form sei nicht zuzulassen. Die „nuklearen Rüstungen aller Art“ sollten schrittweise bis zu ihrer völligen Beseitigung reduziert werden. Vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 262 f.



- Unterstellung aggressiver amerikanischer Absichten, gerade im Zusammenhang mit SDI,
- Unglaublichkeit und Inkonsistenz der amerikanischen Politik,
- außerhalb der sicherheitsrelevanten Bereiche, d.h. in den sonstigen bilateralen Beziehungen, lediglich „gewisse, aber kaum nennenswerte Fortschritte“,
- Fazit: „Die Beziehungen bleiben im großen und ganzen gespannt“.

Dennoch ist zugleich auch ein verhalten optimistischer Ton Gorbatschows festzustellen, z. B. mit dem Hinweis darauf, daß „manches Grund zur Hoffnung gibt“ bzw. daß eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht nur „als dringend notwendig, sondern als möglich“ betrachtet wird.

2) Gorbatschow hält somit an wesentlichen sowjetischen Vorwürfen gegenüber den USA fest, präsentiert sie aber – bis auf eine emotionelle Schärfe im Zusammenhang mit dem SDI-Programm – vergleichsweise moderat. Zugleich setzt er sich für eine Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen mit großem Nachdruck ein und betont, daß „die Konfrontation kein angeborener Fehler in unseren Beziehungen ist, das ist eher eine Anomalie. Sie muß nicht zwangsläufig erhalten bleiben“. Hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der Beziehungen verweist Gorbatschow lediglich auf das Gebot der Gegenseitigkeit. In seinen bisherigen Äußerungen hatte er darüber hinaus weitere Prinzipien (Gleichheit, gleiche Sicherheit, Nichteinmischung) sowie die bilateralen Abkommen und Absprachen (Prinzipienerklärung<sup>16</sup>) der 70er Jahre als Grundlage für eine konstruktive Gestaltung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in Erinnerung gerufen.

3) Unter Bezug auf seinen Briefwechsel mit Präsident Reagan hat Gorbatschow deutlicher als seine beiden Vorgänger die Möglichkeit und den Nutzen eines sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens in absehbarer Zeit bejaht.<sup>17</sup> Er spricht sich hierfür grundsätzlich positiv aus:

„Ich bin überzeugt, daß es notwendig ist, den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf hoher politischer Ebene einen ernsthaften Impuls zu verleihen“.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzserklärung vom 29. Mai 1972 über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>17</sup> Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 11. März 1985 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 63, Anm. 17.

Mit Schreiben vom 24. März 1985 an Reagan bekannte sich Gorbatschow zum Meinungsaustausch zwischen den USA und der UdSSR. Außerdem betonte er die hohe Bedeutung des Briefwechsels zwischen ihm und dem amerikanischen Präsidenten für die weitere Entwicklung der Beziehungen. Zu der von Reagan ausgesprochenen Einladung in die USA verwies Gorbatschow auf seinen Wunsch, die Frage nach Zeitpunkt und Ort eines Treffens später erneut aufzunehmen. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 11–14.

Reagan bekräftigte in seinem Schreiben vom 4. April 1985 an Gorbatschow seine hohe Wertschätzung des Briefwechsels. Angesichts der Erschießung des amerikanischen Majors Nicholson durch sowjetische Truppen in der DDR sah Reagan die Notwendigkeit bestätigt, gemeinsam auf eine nachhaltige Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hinzuwirken. Vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 14f.

Mit Schreiben vom 30. April 1985 an Gorbatschow stimmte Reagan dessen Ansicht zu, daß ein Treffen nicht notwendigerweise zu formalen Absprachen führen müsse, und führte aus: „I assume that you will get back in touch with me when you are ready to discuss time and place.“ Vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 23.

Zugleich werfen seine weiteren Formulierungen aber die nicht klar zu beantwortende Frage auf, ob die SU eine Konkretisierung ihrer Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen vom weiteren amerikanischen Verhalten, insbesondere im Sicherheitsbereich, abhängig machen möchte. Auch in diesem Zusammenhang bleibt abzuwarten, ob die November-Frist für das einseitige sowjetische Moratorium möglicherweise einen zeitlichen Rahmen für die sowjetische Entscheidung in dieser Frage darstellt.

III. 1) GS Gorbatschow hat Interview präzise und mit klarer Zielansprache terminiert. Hinsichtlich des Zeitpunkts kommen im wesentlichen folgende Gesichtspunkte zusammen:

- kurzfristige Munitionierung der Ostermärsche in Westeuropa<sup>18</sup> (Gorbatschow-Vorschläge wurden trotz Zeitknappheit tatsächlich von einigen Initiatoren der Ostermärsche aufgenommen);
- bevorstehender Besuch des NL-Außenministers in Moskau<sup>19</sup>;
- derzeitiger Besuch einer Delegation des amerikanischen Kongresses unter Leitung des Speakers des Repräsentantenhauses, O'Neill, in Moskau<sup>20</sup>;
- Besuch einer sowjetischen Parlamentarierdelegation unter Leitung von ZK-Sekretär Simjanin in BR Deutschland<sup>21</sup>;
- möglicher WP-Gipfel in Warschau<sup>22</sup> (ca. 24.4.; SU bereitet Übernahme der in Interview enthaltenen rüstungspolitischen Vorschläge durch osteuropäische Verbündete vor, um deren Breitenwirkung zu verstärken);
- mit Blick auf europäische Regierungen: WEU-Tagung der Außen- und Verteidigungsminister am 22./23.4.<sup>23</sup> sowie anschließender Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>24</sup>.

2) Bei der Terminierung des einseitigen sowjetischen Moratoriums bis November dürften folgende Gesichtspunkte für Gorbatschow vorrangig gewesen sein:

- Beeinflussung der niederländischen Stationierungsentscheidung<sup>25</sup> (Stichtag 1.11.);
- Entscheidungsfristen hinsichtlich des neuen Fünfjahresplans<sup>26</sup> (sicherheitspolitisch und militärisch relevante Ressourcenplanung);
- 27. Parteitag, der nach noch unbestätigten Meldungen vorgezogen und bereits im November/Dezember stattfinden soll<sup>27</sup> und auf dem Gorbatschow außenpolitische Weichenstellungen vornehmen könnte.

<sup>18</sup> Die Ostermärsche fanden am 8. April 1985 statt. Vgl. dazu den Artikel „Zimmermann: Noch nie so kommunistisch“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. April 1985, S. 4.

<sup>19</sup> Der niederländische Außenminister van den Broek besuchte am 9./10. April 1985 die UdSSR.

<sup>20</sup> Vom 5. bis 11. April 1985 hielt sich eine Delegation des amerikanischen Repräsentantenhauses in der UdSSR auf.

<sup>21</sup> Zum Besuch des Sekretärs des ZK der KPdSU, Simjanin, vom 15. bis 21. April 1985 vgl. Dok. 87, Anm. 13.

<sup>22</sup> Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 26. April 1985 in Warschau statt.

<sup>23</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 22./23. April 1985 vgl. Dok. 98.

<sup>24</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>25</sup> Zur Entscheidung der niederländischen Regierung vom 1. Juni 1984 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 82, Anm. 36.

<sup>26</sup> Das ZK der KPdSU billigte am 16. Juni 1986 den Entwurf des 12. Fünfjahrplans für 1986 bis 1990.

<sup>27</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

Es folgt rüstungskontrollpolitischer Teil von 2 A.

#### IV. Rüstungskontrolle

1) Im rüstungskontrollpolitischen Teil des Interviews wiederholt Gorbatschow den Moratoriumsvorschlag, den die SU bereits in den Genfer Verhandlungen unterbreitet hat. Um die Attraktivität für die westliche Öffentlichkeit zu erhöhen, fügt er die Ankündigung hinzu, die SU werde einseitig ein Moratorium über die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen einführen. Sie werde auch die Durchführung anderer Gegenmaßnahmen in Europa einstellen. Das Moratorium werde bis November d. J. gelten.

Gorbatschow hat weder ausdrücklich erwähnt, daß der Moratoriumsvorschlag schon auf dem Verhandlungstisch liegt, noch hat er angekündigt, daß das einseitige sowjetische Moratorium in Genf präsentiert werden soll. Er beschränkt sich auf die Erklärung, wenn man sich schon an den Verhandlungstisch gesetzt habe, um einen Rüstungsabbau zu vereinbaren, so dürfe man die Rüstung wenigstens nicht weiter anhäufen.

Daß der Moratoriumsvorschlag aber primär für den Gebrauch in der Öffentlichkeit bestimmt ist, war bereits offensichtlich, als ihn die SU in Genf vorlegte. Es war daher zu erwarten, daß ihn die SU zu einem passenden Zeitpunkt öffentlich verwenden würde. Er war bereits durch eine ADN-Meldung aus Brüssel an die Öffentlichkeit gelangt.<sup>28</sup> Bei dieser Sachlage sollte zwar der Grundsatz der Vertraulichkeit nach wie vor betont werden, ohne aber GS Gorbatschow selbst eine Verletzung dieses Grundsatzes vorzuwerfen.

2) Bei der Bewertung ist zwischen dem Vorschlag für ein vereinbartes Moratorium und der – erstmaligen – Bekanntgabe eines einseitigen INF-Moratoriums zu unterscheiden.

a) Der Vorschlag für ein vereinbartes Moratorium enthält drei Elemente:

- Moratorium für die Schaffung (einschließlich der Erforschung), Erprobung und Stationierung von Weltraumwaffen;
- Einfrieren der strategischen Angriffswaffen;
- Einstellung der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenflugkörper in Europa und der Verwirklichung der sowjetischen Gegenmaßnahmen.

Dieses Moratorium soll für die ganze Verhandlungszeit gelten.

Ein Vergleich mit dem in Genf gemachten Vorschlag, über den uns Burt unterrichtet hatte (vgl. Bezugsvorlage), ergibt keine bedeutsamen Abweichungen. Im einzelnen sind folgende Punkte bedeutsam:

- Weltraumwaffen

Der Vorschlag hat aktuelle Bedeutung in zweifacher Hinsicht:

- Er erfaßt das amerikanische SDI-Forschungsprogramm,
- er würde die weitere Erprobung des neuen amerikanischen Antisatelliten-systems<sup>29</sup> verhindern.

<sup>28</sup> Zur ADN-Meldung vom 29. März 1985 vgl. Dok. 86, Anm. 9.

<sup>29</sup> Zu den amerikanischen Plänen für ein Anti-Satelliten-System (ASAT) vgl. Dok. 13, Anm. 20.

Zielrichtung des Moratoriums ist in erster Linie das amerikanische SDI-Programm. Dabei ist sich die SU sicher darüber im klaren, daß sich die USA auf ein Forschungsmoratorium nicht einlassen können, weil die SU selbst seit Jahren solche Forschungen durchführt und weil eine Einstellung dieser Arbeiten praktisch nicht verifizierbar wäre. Die öffentliche Verwendung des Moratoriumsvorschlags soll offensichtlich das in Teilen der westlichen Öffentlichkeit vorhandene Unbehagen an SDI schüren und die Kritik an diesem Programm in den USA und bei den Verbündeten nähren.

Ein zeitlich begrenztes Moratorium für ASAT-Tests ist – im Gegensatz zu einem Forschungsmoratorium – theoretisch möglich. Andropow hatte am 18.8.83 ein einseitiges Moratorium für Antisatellitenwaffen verkündet<sup>30</sup>, das seitdem weder widerrufen noch wiederholt wurde. Ein solches Moratorium wurde sogar zunächst vom State Department befürwortet, doch konnte sich dieses dem Pentagon gegenüber nicht durchsetzen. Ein für März geplanter Versuch ist aber – wie es hieß aus technischen Gründen – auf Juni verschoben worden.

#### b) Strategische Waffen

Angesichts der Vielzahl strategischer Waffen und der Verschiedenartigkeit der Trägersysteme liegt auf der Hand, daß ein Einfrieren sorgfältig ausgehandelt werden müßte. Dafür wären Verhandlungen erforderlich, die nicht weniger schwierig wären als Verhandlungen über Reduzierungen. Außerdem ist eine vorläufige Regelung für strategische Waffen deswegen weniger dringlich, weil derzeit von beiden Seiten die Zusage besteht, die SALT-II-Vereinbarungen nicht zu unterlaufen. Allerdings würde SALT II Ende dieses Jahres auslaufen, so daß eine Verständigung über eine weitere De-facto-Einhaltung bis zu diesem Zeitpunkt erreicht werden müßte.

#### c) Mittelstreckenwaffen

Hier ist der sowjetische Moratoriumsvorschlag vor allem deshalb inakzeptabel, weil er den gewaltigen Vorsprung der SU perpetuieren würde. Der Sprecher des Weißen Hauses<sup>31</sup> hat hierauf in der Reaktion der Administration deutlich hingewiesen.

Im übrigen impliziert der sowjetische Vorschlag nicht die Anerkennung der Legitimität der Stationierungen auf westlicher Seite, da die SU inzwischen in Genf die vollständige Beseitigung der neuen amerikanischen Mittelstreckenflugkörper gefordert und ihrerseits nur eine Reduzierung des sowjetischen Potentials auf die Zahl der britischen und französischen Systeme angeboten hat. Sie hat mit anderen Worten die sowjetische INF-Verhandlungsposition vom Herbst 1983<sup>32</sup> zu ihrer Ausgangsposition im INF-Teil der jetzigen Genfer Verhandlungen gemacht.

<sup>30</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, empfing am 18. August 1983 in Moskau eine Delegation amerikanischer Senatoren. Gemäß der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS erklärte er dabei: „Die UdSSR übernimmt die Verpflichtung, jegliche Satellitenabwehrwaffen nicht als erste in den Weltraum zu bringen, d. h. sie verhängt ein einseitiges Moratorium für derartige Starts, das so lange gilt, wie andere Staaten, darunter die USA, sich des Verlegens beliebiger Satellitenabwehrsysteme in den Weltraum enthalten.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 511.

<sup>31</sup> Larry M. Speakes.

<sup>32</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, in einem am 27. Oktober 1983 veröffentlichten Interview mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“; EUROPA-ARCHIV 1984, D 20–23. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 340.

3) Das von Gorbatschow verkündete einseitige INF-Moratorium bezieht sich offenbar nur auf Europa und knüpft damit an das Breschnew-Moratorium vom März 1982<sup>33</sup> an, das ebenfalls nur für Europa galt. Gorbatschow fährt aber fort: „Die Sowjetunion stellt auch die Durchführung anderer ihrer Gegenmaßnahmen in Europa ein.“ Deshalb muß man – mit McFarlane in seinem gestrigen Interview – davon ausgehen, daß – ebenso wie der sich nur auf Europa beziehende Vorschlag für einen vereinbarten Freeze – auch das einseitige Moratorium sich auf Europa beschränken und sich nicht auf Asien erstrecken soll.<sup>34</sup> Dafür spricht auch, daß die ausschließlich gegen die USA gerichtete sowjetische Maßnahme gegen die amerikanische INF-Stationierung (Vornestationierung sowjetischer strategischer U-Boote im Atlantik) von Gorbatschow überhaupt nicht erwähnt wird.

Allerdings haben die Sowjets tatsächlich die Zahl ihrer in der europäischen SU stationierten SS-20 seit Ende 1983 (243) nicht erhöht; sie haben lediglich eine Reihe von Abschußgestellen aus dem Vorgebiet des Urals weiter westwärts verlegt. Erhöht wurde dagegen die Zahl der in der asiatischen SU stationierten SS-20, und zwar um 36 Abschußgestelle. Insgesamt verfügt die SU damit derzeit über 414 einsatzfähige SS-20.<sup>35</sup> Im europäischen Teil der SU befinden sich jedoch nach amerikanischen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, über die wir in der SCG regelmäßig streng vertraulich unterrichtet werden, acht neue SS-20-Stellungsbereiche im Bau. Wenn sie fertiggestellt sind, könnten auf ihnen 72 SS-20 stationiert werden. Bei der Bewertung des einseitigen sowjetischen Moratoriums muß man deshalb auch die Möglichkeit einbeziehen, daß die SU zu einer Stationierung von SS-20 in diesen Stellungen ohnehin nicht wesentlich vor November d.J. in der Lage wäre.

Die zeitliche Begrenzung des Moratoriums auf November d.J. könnte aber auch einen Versuch darstellen, auf die niederländische Stationierung Einfluß zu nehmen. Das niederländische Kabinett hatte am 1.6.1984 entschieden, daß am 1.11.1985 die Stationierung von 48 Marschflugkörpern beschlossen werden solle, wenn die Zahl der sowjetischen SS-20 zu diesem Zeitpunkt größer sein werde als am 1.6.1985. Der niederländische Beschluß stellt auf die Zahlen sämtlicher SS-20 ab, nicht auf die Stationierungen in der europäischen SU (am 1.6. 1984 gab es insgesamt 378 SS-20, jetzt gehen die USA von 414 aus).

4) Die Amerikaner haben sich prompt und entschieden ablehnend zu dem Moratoriumsvorschlag geäußert. Der Sprecher der Bundesregierung hatte sich zu-

<sup>33</sup> Bei einer Rede am 16. März 1982 in Moskau kündigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, ein einseitiges Moratorium hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen im europäischen Teil der UdSSR an. Auch die Ersetzung von SS-4- und SS-5- durch SS-20-Raketen sollte gestoppt werden. Zudem bot Breschnew an, unter bestimmten Bedingungen eine Reduzierung von Mittelstreckenraketen vorzunehmen. Für den Wortlaut der Rede vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 227–241. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 89 und Dok. 97.

<sup>34</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Gorbatschow beschreibt den Freeze-Vorschlag wie folgt: ‚Gleichzeitig muß die Unterbringung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und dementsprechend auch die Verwirklichung unserer Gegenmaßnahmen eingestellt werden.‘“

<sup>35</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Es ist allerdings dadurch eine gewisse Unschärfe entstanden, daß infolge der Umdislozierung einer Reihe von SS-20-Stellungsbereichen sich eine Reihe von Abschußgestellen im Transit zu neuen Stellungsbereichen befindet. Sie sind derzeit, wenngleich nicht bestimmten Stellungsbereichen zugeordnet, einsatzfähig und werden nach einer in der SCG festgelegten gemeinsamen Position mitgezählt.“

nächst aufgrund eines von Ihnen gebilligten Vorschlags im wesentlichen darauf beschränkt, auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen hinzuweisen. Er hat jedoch auch eine Prüfung des Vorschlags durch die Bundesregierung angekündigt. Der Entwurf einer ergänzenden Sprachregelung ist beigelegt.

Pfeffer Hartmann

VS-Bd. 13446 (213)

89

### Botschafter Nowak, Riad, an das Auswärtige Amt

114-11704/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 65

Aufgabe: 14. April 1985, 11.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. April 1985, 09.18 Uhr

Betr.: Rüstungsexport nach Saudi-Arabien;  
hier: Thyssen-Radfahrzeuge UR-416

Bezug: DB Nr. 150 vom 5.3.1985 – 411.10 VS-v<sup>2</sup>

I. Nachdem Botschaft Anfang März von saudischer Seite auf Exportgenehmigung von Thyssen-Radfahrzeugen angesprochen wurde (s. Bezugsbericht), haben sich nunmehr Thyssen-Vertreter in dieser – nach wie vor offenen Angelegenheit – an Botschaft gewandt und folgendes vorgetragen:

1) Seit längerer Zeit bestehe enge Zusammenarbeit von Thyssen mit saudischem Innenministerium unterstehenden saudischen Sicherheitskräften (Special Security Forces, SSF). Im Rahmen dieser Kooperation lieferte Thyssen u. a. 98 gepanzerte Radfahrzeuge des Typs UR-416 (ohne Bewaffnung). Offiziere der GSG-9 hätten in diesem Zusammenhang ein taktisches Training durchgeführt.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 18. April 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Nowak, Djidda, berichtete über ein Gespräch mit dem Kommandeur der „Special Security Forces“ des saudi-arabischen Innenministeriums, al-Ballah, am 2. März 1985 in Riad. Al-Ballah habe mitgeteilt, „daß die Firma Thyssen mit der Lieferung von zwölf gepanzerten Fahrzeugen Typ UR-416 (mit Bewaffnung 20-mm-R[hein]M[etall-Kanone]) beauftragt werden solle. Man habe mit den früher (ohne Bewaffnung) gelieferten Fahrzeugen gute Erfahrungen gemacht. Den Grund seiner Kontaktaufnahme mit einem Botschaftsvertreter erläuterte General Ballah wie folgt: Von Riader Thyssen-Vertreter habe er erfahren, daß Firma Exportgenehmigung deutscher Regierung benötige. Er wolle daher gegenüber Botschaft zum Ausdruck bringen, daß er angesichts der bisherigen deutsch-saudischen Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit davon ausgehe, daß die notwendigen Genehmigungen erteilt würden.“ Vgl. VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Haas stellte am 11. Februar 1985 fest: „Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Saudi-Arabien auf dem Gebiet der inneren Sicherheit ist seit dem Ende der siebziger Jahre sehr intensiv. Wir haben beim Aufbau einer Anti-Terror-Einheit (GSG 9) Hilfe geleistet und führen u. a. das große Monitor-Projekt (Funküberwachung) aktiv fort. Eine Formalisierung erfuhr diese Zusammenarbeit beim Besuch von BM Baum in Riad im April 1982. Aus diesem Anlaß wurde am 19.4.1982 von BM Baum und dem saudischen Innenminister Prinz Nayif ein Protokoll über eine enge Zusammenarbeit auf dem Bereich der inneren Sicherheit und die Einsetzung hochrangiger Koordinatoren auf beiden Seiten unterzeichnet. BK Schmidt hat

2) Im jetzt vorliegenden Fall wünscht SSF Lieferung von weiteren zwölf Radfahrzeugen dieses Typs, diesmal mit Bewaffnung 20-mm-Rheinmetall-Kanone. Projekt soll wieder mit taktischem Training verbunden sein, und zwar sowohl für einige SSF-Offiziere in Deutschland als auch für Offiziere und Mannschaften durch BGS-Offiziere in Saudi-Arabien.

3) Der Vertrag ist verhandelt und unterschriftsreif. Auf saudischer Seite will Innenminister Prinz Nayif selber unterschreiben. Bei uns jedoch ist Genehmigungsverfahren noch nicht abgeschlossen.

4) Einen im Projekt selber liegenden Grund für die Zurückhaltung der Exportlizenz gebe es nicht. Der UR-416 sei eine ältere Entwicklung. Inzwischen sei zur Vorführung bei der National Guard die Ausfuhr des weitaus moderneren und größeren Fahrzeugs TPz 1<sup>4</sup> mit 25-mm-Bewaffnung genehmigt worden. Dieses Fahrzeug sei bereits 1983 in Abu Dhabi vorgeführt worden, allerdings ohne Waffe. Für Kuwait sei im Juni 1984 die Voranfrage für die Ausfuhr von zwölf Radpanzern des Typs Condor und 68 Fahrzeuge des Typs TPz 1 positiv beschieden worden. Beide sollen mit Bewaffnung geliefert werden. Dies sei saudischen Stellen bekannt. Eine Vorenthaltung der Exportgenehmigung für den bereits eine ältere Version darstellenden UR-416 (mit Bewaffnung) würde deshalb hier nicht verstanden werden.

II. Hierzu möchte ich ausführen:

1) Die Richtigkeit der Darstellung der Thyssen-Vertreter vorausgesetzt, würde es in der Tat auf Unverständnis stoßen, wenn wir uns zu der Exportgenehmigung nicht verstehen wollten. Die Frage der Rüstungskooperation mit Saudi-Arabien mag für uns ein Problem der Grundsatzorientierung darstellen und den Rang eines besonderen Politikums besitzen. Diese der Angelegenheit von uns verliehene Bedeutung erhebt sie ungewollt auch auf saudischer Seite zu einem hohen politischen Rang. Doch kommt ihr dieser, näher besehen, nicht zu.

2) Unser Gedanke einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der saudischen Verteidigung ist von dem Interesse ausgegangen, das wir an der Stabilitätspolitik Saudi-Arabiens und an der Stabilität der politischen Verhältnisse in diesem Lande haben. Wir wollten sie weiter sichern, indem wir ihm rüstungstechnisch die Möglichkeit einer wirksameren Verteidigung seiner politischen Ordnung verschafften. Daß diese Absicht Bedenken provozierte, die sich aus ganz anderen Gründen gegen eine Ausfuhr deutscher Waffen in ein arabisches Land richteten, ist die bedauerliche Verknüpfung zweier an sich unterschiedlicher Grundsatzfragen unserer Politik. Dies hat zu dem paradoxen Ergebnis geführt, daß wir nach Saudi-Arabien im Unterschied zu anderen Ländern überhaupt keine Rüstungsgüter mehr liefern. Das läuft zugleich auf eine Blockierung unserer Stabilitätsinteressen in einem sensiblen Teil der Welt hinaus – eine auch von den

*Fortsetzung Fußnote von Seite 470*

in einem Schreiben vom 28.4. an BM Baum die Ergebnisse dieses Besuches ausdrücklich gutgeheißen. Dahinter stand die Überlegung, daß Saudi-Arabien durch eine besonders intensive Zusammenarbeit auf diesem Gebiet eine Art Kompensation für die damals für unmöglich gehaltene Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor erhalten sollte. BK Kohl hat sich bei seinem Besuch in Saudi-Arabien im Oktober 1983 gegenüber dem saudischen Innenminister Prinz Nayif (ein Vollbruder König Fahds) sehr deutlich für eine intensive Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, die auch sensible Themen nicht ausspart, ausgesprochen.“ Vgl. VS-Bd. 14153 (315); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Transportpanzer 1.

Gegnern einer Waffenausfuhr in arabische Länder im Grunde nicht gewünschte Folge.

3) Die Unbeweglichkeit wurde dadurch verstärkt, daß wir in Anbetracht der nun einmal erfolgten Verknüpfung zweier einander entgegengesetzter Optionen versucht haben, mit unseren aus Stabilitätsüberlegungen (und anderen Überlegungen wirtschaftlicher Art) gespeisten Kooperationsinteressen gegenläufige nahost- und israelpolitische Bedenken zu überwinden. In Erwartung eines Gelingens des Versuchs haben wir einstweilen von jeder Genehmigung eines Waffenexports nach Saudi-Arabien abgesehen. Aber je schwieriger und langwieriger sich dieser Versuch gestaltet, um so länger bleibt die aktive Verfolgung unserer Stabilitätsabsichten und damit die Ausfuhr auch weniger sensibler Rüstungsgüter nach Saudi-Arabien blockiert.

4) Dabei bedarf es dieser Blockierung gar nicht. Ein Junktim zwischen Nahost- und Israelpolitik auf der einen und Stabilitätsinteressen gegenüber Saudi-Arabien auf der anderen Seite in dem Sinne, daß die Berücksichtigung der einen die der anderen ausschliesse, hat es in der Vergangenheit nicht gegeben. Auch die saudische Regierung hat auf die Herausbildung eines solchen Junktims bei uns mit Unverständnis reagiert. Verlangt wird von uns die Trennung von Israelpolitik und Rüstungsk Kooperation. Dies ist in der Praxis durchaus durchführbar.

5) Es ist durchführbar, wenn wir die Verbindung der beiden Grundsatzüberlegungen aufheben und wenigstens den früheren Zustand wieder herstellen, in welchem wir einen Rüstungsexport von Fall zu Fall ermöglicht haben. Die Lieferung der in Frage stehenden Radfahrzeuge durch die Firma Thyssen ist ein vergleichsweise zweitrangiges Geschäft, dennoch wird es auf saudischer Seite mit Aufmerksamkeit bedacht (Unterzeichnung durch Minister). Es eignet sich deshalb sowohl als erster behutsamer Schritt zu einer Normalisierung unserer Praxis wie als Geste, die in Saudi-Arabien beachtet werden würde. Eine künftige fallweise Prüfung in Aussicht stehender Liefermöglichkeiten kann sich sowohl von unserem Interesse an der politischen Stabilität auf der arabischen Halbinsel als auch den jeweils sonstigen innen- wie außenpolitischen Voraussetzungen bei uns leiten lassen. Dies gewährt eine Flexibilität, die wir mit dem weiteren Bestehen auf einer Grundsatzentscheidung ohne Not aufgeben.

6) Fazit: Verzicht auf eine Grundsatzentscheidung in der (unechten) Alternative zwischen Israelpolitik und Mitteloststabilität bei Lieferung von Rüstungsgütern. Herbeiführung des Normalzustandes einer fallweisen Prüfung der jeweiligen Interessen bei Vorliegen konkreter Lieferanträge. Erteilung der Exportgenehmigung für das in Frage stehende Thyssen-Geschäft als erstem kleineren Schritt zur Normalisierung.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Am 18. April 1985 empfahl Ministerialdirektor Ungerer: „Es wird um Zustimmung gebeten, daß dem BMWi mitgeteilt wird, gegen die Ausfuhr von zwölf UR-416 mit 20-mm-Kanone im Turm sowie einem Panzerturm mit 20-mm-Kanone nach Saudi-Arabien bestünden jetzt keine Bedenken mehr. Das Auswärtige Amt sei einverstanden, die Entscheidung über die Genehmigung entweder durch einen BSR-Beschluß im Umlaufverfahren oder gleichlautende Leitungsentscheidungen der beteiligten Ressorts mit Zustimmung des Chefs BK herbeizuführen.“ Vgl. VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen notierte am 21. Juni 1985, Bundesminister Schäuble habe am 19. Juni 1985 bei der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses dargelegt: „Die Bu[n]des[Reg]ier[ung] hat bisher keine Entscheidung zur Ausfüllung der während des Besuchs des BK in Saudi-Arabien (9. – 11.10.1983) vereinbarten Einbeziehung des Verteidigungsbereichs in die bilate-



Ich bitte um Beteiligung der Herren StS Meyer-Landrut und D3<sup>6</sup>.

[gez.] Nowak

VS-Bd. 14153 (010)

## 90

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte

610-0-600.51 GRI

15. April 1985<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung<sup>2</sup>

Betr.: Probleme der deutsch-griechischen Kulturbeziehungen

I. Die deutsch-griechischen Kulturbeziehungen sind traditionell eng. Dem herkömmlichen deutschen Interesse an der Antike steht ein intensives Interesse der griechischen Bildungsschicht an akademischen Bildungsmöglichkeiten in Deutschland gegenüber. Dementsprechend gibt es ein Potential von rund 17000 griechischen Akademikern, die nach dem Zweiten Weltkrieg zum Studium in Deutschland waren, und derzeit 5000 griechische Studenten an deutschen Hochschulen. Um auf das große kulturelle Interesse der Griechen an Deutschland angemessen zu antworten, haben wir eine ansehnliche institutionelle kulturelle Präsenz in Griechenland aufgebaut. Hierzu zählen an erster Stelle die Goethe-Institute in Athen, Saloniki, Patras und Chania sowie die Deutschen Schulen in Athen und Saloniki. Athen ist wiederholt Zielort kultureller Großveranstaltungen gewesen. Bei „Athen, kulturelle Hauptstadt Europas 1985“ werden wir wiederum mit einer größeren Veranstaltungsreihe vertreten sein.<sup>3</sup>

Bei diesem, uns günstigen griechischen Interesse an der deutschen Kultur und unserem kulturpolitischen Engagement in Griechenland sollte man gedeihliche

*Fortsetzung Fußnote von Seite 472*

rale Zusammenarbeit getroffen, insbes[ondere] nicht über Art und Umfang deutscher Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien. [...] Die Genehmigung der Lieferung gepanzerter Radfahrzeuge für den Polizeibedarf hält sich innerhalb des Rahmens bisheriger Genehmigungen und bedeutet daher keine neue Qualität.“ VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Wilhelm Haas.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Fuhrmann konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. Mai 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Dem Herrn Minister: im Hinblick auf Ihren Besuch in Athen (21.6.) vorgelegt. 2) D6 oder ich könnten ein ausführliches vorbereitendes Gespräch mit dem griechischen Botschafter über diese Fragen führen.“

Hat Bundesminister Genscher am 28. Mai 1985 vorgelegen, der dem von Ruhfus gemachten Vorschlag für ein Gespräch mit dem griechischen Botschafter Katapodis zustimmte, um Rücksprache bat und handschriftlich vermerkte: „Für den Athen-Besuch ist ein Besuch im Goethe-Institut vorzusehen.“

<sup>3</sup> Die Auftaktveranstaltung zur „Proklamation von Athen zur kulturellen Hauptstadt Europas“ fand am 21. Juni 1985 ebendort unter Beteiligung des Bundesministers Genscher statt. Zu den Beiträgen der Bundesrepublik vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte vom 25. Februar 1985; Referat 010, Bd. 178897.

und fruchtbare Kulturbeziehungen zwischen beiden Ländern erwarten. Daß dies nicht so ist, beruht auf mehreren Gründen.

II. 1) Einer der Störfaktoren in den deutsch-griechischen Kulturbeziehungen sind die mit der Präsenz griechischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland verbundenen Schulprobleme.

a) In der Bundesrepublik Deutschland

Wünsche griechischer Behörden und/oder Eltern hinsichtlich

- griechischer privater Ergänzungsschulen,
- Einbau muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts in den Vormittagsunterricht

kollidieren in einzelnen Bundesländern mit

- Privatschulrecht,
- Schulpflicht auch für Ausländerkinder.

Die private griechische Ergänzungsschule in Frankfurt ist eklatantester Streitfall. Von griechischen Eltern begonnener Verwaltungsgerichtsstreit endete mit der gerichtlichen Feststellung der Widerrechtlichkeit des Schulbesuchs und des Verstoßes gegen die deutsche Schulpflicht. Die griechischen Eltern hätten von vornherein die Möglichkeit gehabt, ihre Kinder auf staatliche hessische Schulen in zweisprachige Klassen zu schicken.

Bei der Behandlung des Nachtragshaushalts der Europäischen Schule in München verweigerte die griechische Delegation ihre Zustimmung und machte sie von Einrichtung einer griechischen Abteilung an der Schule abhängig, die zuvor von der Mehrheit der Delegationen abgelehnt worden war.

b) In Griechenland

Bei Rückkehrerkindern werden schulische Schwierigkeiten sichtbar. Anfängliche Initiative der griechischen Regierung, über „Empfangsklassen“ Integrationshilfe zu geben, hat offensichtlich wegen der dazu erforderlichen Finanzmittel nachgelassen.

Griechische Regierung möchte uns für die schulische Reintegration griechischer Kinder voll in die Verantwortung nehmen. Sie stellt daher sowohl an die einzelnen Bundesländer als auch an die Bundesrepublik insgesamt Maximalforderungen. Sie geht dabei davon aus, daß (im Vorgriff auf 1986) Griechenland als EG-Partnerland gar keine „Gastarbeiter“ mehr in der Bundesrepublik hat, sondern wir die Freizügigkeitsvoraussetzungen zu schaffen haben.<sup>4</sup> Dazu gehört vor allem die Einrichtung und der Unterhalt griechischer Schulen (etwa 45) im Bundesgebiet.

2) Als die zweite größere Reibungsfläche innerhalb der deutsch-griechischen Kulturbeziehungen haben sich Statusfragen der Goethe-Institute und Deutschen Schulen sowie der entsandten Mitarbeiter des Goethe-Instituts und der vermittelten deutschen Lehrer in Griechenland herausgestellt. Dieses immer latent

<sup>4</sup> In Artikel 45 Absatz 2 der Akte zum Vertrag vom 28. Mai 1979 zum Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften wurde festgelegt, daß die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ab 1. Januar 1986 anwendbar sei. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 241.

vorhandene Problem ist unter der Regierung Papandreous akut geworden. Dabei handelt es sich insbesondere um:

- Versuch der Gleichstellung der Goethe-Institute mit griechischen Privatschulen,
- Nichterteilung von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Schwierigkeiten bei der vorübergehenden Ausreise (Privat-Kfz muß in Griechenland zollmäßig verplombt werden) bzw. Wiedereinreise (bei Reisen mit dem Kfz muß derselbe Grenzübergang benutzt werden wie bei der Ausreise),
- Vorenthalten international gültiger Kfz-Schilder und -Papiere,
- Versuche, in die innere Verwaltungsautonomie der Goethe-Institute einzugreifen (vor allem durch übereifrigen Provinzfunktionär in Saloniki).

In Verhandlungen zum Abschluß einer Statusvereinbarung (Zusatzabkommen zum Kulturabkommen<sup>5</sup> oder Notenaustausch) vom 21. bis 25. Januar 1985 in Athen (Dg60<sup>6</sup> und RL i. V. 600<sup>7</sup>) ließ sich lediglich die Unterzeichnung eines gemeinsamen Protokolls mit unseren Petita und griechischen Bemühensklauseln durchsetzen. Griechisches Außenministerium will uns entgegenkommen, steht aber unter starkem politischem Druck des Erziehungsministeriums.

Seit Unterzeichnung des Protokolls vom 25.1.1985 ist noch keine wesentliche Entschärfung der Statusprobleme eingetreten.

3) Schwieriger geworden ist in jüngster Zeit auch die Stellung der Deutschen Schulen in Athen und Saloniki.

Im November 1984 ordnete das griechische Erziehungsministerium an, daß die griechischen Zweige der Schulen in Athen und Saloniki den deutschsprachigen Unterricht sowie den Einsatz deutscher Lehrer einschränken und außerdem einige Änderungen in der Schulordnung vornehmen sollten.<sup>8</sup> Aufgrund unserer Intervention gegenüber dem griechischen Botschafter<sup>9</sup> sowie einer Demarche unseres Botschafters beim Generalsekretär des Ministeriums<sup>10</sup> wurden diese Anordnungen weitgehend, aber nicht ganz, wieder aufgehoben.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Kulturabkommens vom 17. Mai 1956 zwischen der Bundesrepublik und Griechenland vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 502–505.

<sup>6</sup> Wiegand Pabsch.

<sup>7</sup> Christoph Brümmer.

<sup>8</sup> Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, informierte am 29. November 1984: „Erziehungsministerium versucht mit Erlassen vom 20. und 21.11. in das Unterrichtsprogramm der griechischen Abteilungen der D[eutschen]S[chule]A[then] und der D[eutschen]S[chule]S[aloniki] einzugreifen. Erlasse würden Unterricht deutscher Lehrer auf Deutsch in wichtigen Fächern in den griechischen Abteilungen ausschließen. Erlasse liegen auf der Linie der griechischen Abneigung gegen westliche kulturelle Einrichtungen. Sie dürften dem griechisch-deutschen Kulturabkommen widersprechen. [...] Sie sind auf die Abschaffung der bisher bestehenden Privilegierung der DSA und DSS gerichtet, denen es, anders als den Schulen der anderen westlichen Länder, gestattet war, in ihren griechischen Abteilungen in wichtigen Fächern deutsche Lehrer Unterricht in deutscher Sprache erteilen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 786; B 93 (Referat 612), Bd. 1293.

<sup>9</sup> Nikolaos Katapodis.

<sup>10</sup> Am 30. November 1984 berichtete Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des griechischen Erziehungsministeriums: „Beis „zeigte erfreulicherweise großes Verständnis für unser Anliegen (Gewährleistung des deutschsprachigen Unterrichts in der griechischen Abteilung der beiden deutschen Schulen durch deutsche Lehrer) und war offenbar auch dankbar, daß er gegenüber vorgepreschten Untergebenen in Athen und Saloniki durch unsere Intervention einen Anlaß fand, die beiden Erlasse zurückzurufen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 790; B 93 (Referat 612), Bd. 1293.

Schwierigkeiten gibt es auch bei der Erteilung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse für die deutschen Lehrer. Die Anträge auf diese Erlaubnisse werden sehr langsam bearbeitet und die Erlaubnisse selten vor Beginn des Schuljahres erteilt.

4) Schließlich stößt auch die Anerkennung deutscher Bildungsabschlüsse in Griechenland auf Schwierigkeiten. Dies ist vielleicht kein spezifisch griechisches Problem, jedoch verschärft sich hier der Konflikt durch die allgemeine griechische kulturpolitische Grundsituation.

5) Trotz des geschilderten Interesses der Bildungsschicht an der deutschen Kultur leidet neuerdings auch der Deutschunterricht an griechischen Schulen an bürokratischen Hindernissen.

Das griechische Erziehungsministerium hat dem Parlament einen Gesetzentwurf über Primär- und Sekundärschulen vorgelegt. Darin werden u.a. die Planstellen für Fremdsprachenlehrer in Sekundarschulen festgelegt, und zwar 4179 für Englisch, 1355 für Französisch und nur acht für Deutsch. Botschafter von Pachelbel hat sich über diese Diskriminierung der deutschen Sprache, die dem nach seinen Informationen etwa gleichstarken Interesse an Deutsch und Französisch bei der Schülerschaft in keiner Weise entspricht, beim stellvertretenden Außenminister beschwert. Dieser hat zugesagt, sich um eine Vermehrung der Planstellen für Deutschlehrer zu bemühen.

6) Schwierigkeiten bereitet auch die Arbeit unserer politischen Stiftungen in Griechenland.

In Griechenland stoßen alle Stiftungen auf Schwierigkeiten. Zwar haben sich die nicht ganz einfachen Arbeitsbedingungen für ausländische Organisationen durch den EG-Beitritt Griechenlands für die deutschen Stiftungen verbessert, der Regierungswechsel von der Nea Dimokratia zur PASOK<sup>11</sup> führte jedoch dazu, daß alle drei seit 1979 laufenden BMZ-Projekte (FES, KAS, FNS) vorzeitig beendet werden mußten.

Im einzelnen

a) Die FES förderte in Griechenland die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und arbeitete dazu mit der Gesellschaft für Arbeitsstudien (GfA) zusammen, die eng mit dem Vorstand des Gewerkschaftsverbandes GSEE<sup>12</sup> verknüpft ist. Das Wirken der FES hat von Anfang an unter den starken Querelen der konservativen mit den sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften gelitten. Mit der Absetzung der alten GSEE-Führung nach dem Amtsantritt Papandreous hörte das GfA-Büro auf zu bestehen, und das Projekt der FES konnte bis heute nicht fortgesetzt werden. Die FES hat sich bisher vergeblich um ein gemeinsames Projekt im Bereich politische Bildung bemüht. Zweifellos trägt man der FES die Zusammenarbeit mit der alten konservativen Gewerkschaftsführung nach. Mit einer Anzahl von Einzelgewerkschaften werden aber noch gemeinsame Seminare veranstaltet.

b) Die KAS führte auf ausdrücklichen Wunsch der damaligen Regierungspartei Nea Dimokratia 1979 mit dem Center for Political Training and Research

<sup>11</sup> In Griechenland fanden am 18. Oktober 1981 Wahlen statt, aus denen die Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) als Siegerin hervorging.

<sup>12</sup> Genikí Synomospondía Ergatón Elládas (Allgemeine Konföderation der Arbeiter Griechenlands).

(CPTR) politische Seminare und politikwissenschaftliche Forschungsförderung durch (BMZ-Finanzierung). Unter MP Rallis lief das Projekt ohne Schwierigkeiten. Durch die Wahlniederlage der ND 1981 und die folgenden innerparteilichen Auseinandersetzungen kam es Ende 1982 zur Einstellung der Zusammenarbeit mit der KAS. Anschließend begann diese ein neues BMZ-Projekt in Zusammenarbeit mit dem neugegründeten „Institut für soziale Forschung und Studien“ (IFS) der ND, das der Parteiführung nahestand. Die KAS geriet auch mit diesem Projekt wieder in die Schußlinie der konservativen Flügelkämpfe. Dies kam 1983 auch in kritischen Presseartikeln gegen die Stiftung zum Ausdruck, die möglicherweise von Mitgliedern des CPTR lanciert wurden. Inzwischen wurden die beiden Institute CPTR und IFS, die dem liberalen bzw. konservativen Flügel der ND nahestanden, zum Center for Political Research and Information (CPRI) vereinigt. Die KAS setzt ihr Projekt nun seit 1985 mit diesem ND-Institut fort.

Die PASOK-Regierung hat der KAS dagegen bisher keine Schwierigkeiten bereitet.

c) Die FNS strebte seit Beginn ihres Engagements in Griechenland 1979 keine direkte Zusammenarbeit mit einer politischen Partei an, da die liberale Zentrumsunion noch vor dem Militärputsch zerbrochen war und sich nach der Wiederherstellung der Demokratie<sup>13</sup> nicht als politische Kraft reorganisieren und behaupten konnte.

Die Versuche einer kleinen liberalen Partei, im politischen Spektrum Griechenlands Fuß zu fassen, sind bisher erfolglos geblieben.

Da ein „natürlicher Partner“ fehlt, arbeitete die FNS mit dem Zentrum für Politische und Soziale Studien (ZPSS), einem Zusammenschluß liberaler Persönlichkeiten aus verschiedenen Nachfolgeparteien des früheren Zentrums, zusammen. Der Leiter des ZPSS, Prof. Tzermias, kündigte die Zusammenarbeit jedoch 1981 auf, da er sich den Abrechnungsformalitäten mit der Stiftung (über die öffentlichen deutschen Mittel) nicht unterwerfen wollte. In der Folgezeit führte die FNS mit verschiedenen Partnern, die das im Parlament als eigenständige politische Kraft nicht vertretene Zentrum abdecken, zahlreiche gesellschaftliche Seminare durch.

Durch die betonte Überparteilichkeit konnte die FNS bisher vermeiden, zwischen rivalisierende Parteien zu geraten, ohne dabei ihr Wirken zugunsten der liberalen Mitte aufzugeben.

d) Die HSS ist in Griechenland nicht mit Projekten vertreten. Sie hat aber 1980 in Griechenland ein Symposium über den Vergleich der Bildungssysteme in Bayern und Griechenland durchgeführt, über das sich der damalige Erziehungsminister<sup>14</sup> positiv äußerte.

7) Nicht ganz störungsfrei waren auch seit 1974 die deutsch-griechischen Gewerkschaftsbeziehungen.

<sup>13</sup> In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee. Die Phase der Militärregierungen endete mit dem Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Androutopoulos am 23. Juli 1974 und der Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit unter dem aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis am folgenden Tag.

<sup>14</sup> Athanassios Taliadouros.

DGB und IBFG<sup>15</sup> haben maßgeblich an der Demokratisierung der GSEE mitgewirkt. Im DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften sind Griechen hauptamtlich tätig und tragen zu einem engen Verhältnis bei, das durch hochrangigen Besucheraustausch gepflegt wird.

Als Papandreou nach seinem Wahlsieg Ende 1981 den alten, rechtmäßig gewählten GSEE-Vorstand durch Gerichtsbeschluß absetzen und einen neuen provisorischen Vorstand mit PASOK-naher Mehrheit einsetzen ließ, haben DGB und IBFG öffentlich protestiert und die gewerkschaftlichen Beziehungen zunächst abgebrochen. Der Protest wandte sich gegen die undemokratische Methode, bedeutete aber keine Stellungnahme für den eher kritisch beurteilten alten GSEE-Vorstand.

Die GSEE möchte ihre Beziehungen zum DGB intensivieren. Bei seinem Deutschlandbesuch im März 1982 ist Papandreou<sup>16</sup> auch mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter zusammengetroffen und hat mit ihm über die Probleme in den deutsch-griechischen Gewerkschaftsbeziehungen gesprochen, was zeigt, wie wichtig diese Frage für die griechische Regierung ist. Auch der GSEE-Vorstand bemüht sich in Besuchen und Gesprächen, die Beziehungen weiter zu verbessern.

Heute besteht wieder ein einigermaßen gutes Verhältnis der GSEE zu DGB und IBFG.

Die GSEE ist auf diese Beziehungen besonders angewiesen. Da sie von 1918 bis 1974 fast immer illegal operieren mußte, ist sie organisatorisch nach wie vor schwach. Das hat die moskautreue KP seit 1974 dazu nutzen können, sich in Athen und Piräus, dem Industriegebiet des Landes mit 35 % der Gesamtbevölkerung, als die eigentliche Interessenvertretung der Industriearbeiterschaft zu gerieren. Als solche wird sie auch von dezidierten Nichtkommunisten betrachtet und genutzt. Es ist daher für uns wichtig, daß der DGB der GSEE auch künftig Strukturhilfe leistet.

III. Die Gründe für die jüngsten Irritationen in den deutsch-griechischen Kulturbeziehungen sind auf dem Hintergrund eines übersteigerten Selbstbehauptungswillens der Vertreter der PASOK-Regierung zu sehen, also als Teilstück derjenigen Schwierigkeiten, die auch im Rahmen der EG und der NATO spürbar geworden sind. Dahinter dürfte ferner die Furcht stehen, daß ausländische Kulturinstitute und Schulen eine kritische Haltung gegenüber der PASOK-Regierung einnehmen und die griechische Öffentlichkeit im Sinne ihrer kritischen Vorstellungen beeinflussen könnten.

Man wird die restriktiven Maßnahmen gegenüber deutschen kulturellen Einrichtungen also vor allem im Zusammenhang mit diesen innenpolitischen Gegebenheiten werten müssen. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Einschränkungen unseres kulturellen Spielraums in Griechenland damit zusammenhängen, daß sich griechische Stellen davon einen gewissen Druck auf unsere Konzessionsbereitschaft in bezug auf die schulische Versorgung der griechischen Arbeitnehmerkinder in Deutschland erhoffen.

<sup>15</sup> Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.

<sup>16</sup> Ministerpräsident Papandreou hielt sich vom 1. bis 4. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 38.

Daß die Restriktionen gegen deutsche Kultureinrichtungen von diesen als gravierend empfunden worden sind, muß außerdem daran liegen, daß manche organisatorischen Schwierigkeiten unserer Kulturinstitute ohnehin dem starken Individualismus und mangelndem Organisationstalent der Griechen zuzuschreiben sind. Wenn zusätzliche Schwierigkeiten noch von griechischen Regierungsstellen selbst geschaffen werden, dann dürfte die Geduld der deutschen, ebenso wie sicherlich auch der französischen, britischen und amerikanischen Kulturträger auf eine harte Probe gestellt sein.

Ziel der deutschen Verhandlungsführung muß es deshalb sein, die griechischen Behörden davon zu überzeugen, daß Kulturbeziehungen keine Einbahnstraße sind und daß sich Griechenland langfristig um die Früchte dieses Austauschs bringen würde, die es andererseits – man denke an die Beteiligung der EG-Länder an den Veranstaltungen anlässlich der Proklamation Athens zur kulturellen Hauptstadt Europas – sehr wohl für sich reklamiert.

Es wird einiger Geduld und Beharrlichkeit bedürfen, diese Gesichtspunkte den griechischen Behörden näherzubringen und damit auf den Abbau der gegenwärtigen Hemmnisse hinzuwirken.

Der geplante BM-Besuch in Athen (21.6.) böte die Möglichkeit, unsere wichtigsten Petita mit politischem Gewicht vorzutragen.<sup>17</sup>

Witte

**Referat 010, Bd. 178897**

<sup>17</sup> Am 2. Juli 1985 teilte Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 21. bis 23. Juni 1985 in Griechenland mit: „BM erklärte auf der Pressekonferenz vor den in Athen ansässigen Korrespondenten der deutschen Presse, daß er sich gerade zur Vorbereitung seines Gesprächs mit MP Papandreou von den Leitern der deutschen kulturellen Institutionen im G[oethe]I[nstitut] Athen über Statusprobleme habe unterrichten lassen. Im Gespräch mit Papandreou habe er das Aide-mémoire zugrunde gelegt, das den Griechen am 13.6. überreicht worden sei. Papandreou habe ihm zugesagt, daß er diese Frage von sich aus aufgreifen und sich ihrer persönlich auf der Grundlage des Memorandums annehmen werde. BM betonte, daß damit die Proklamation Athens zur kulturellen Hauptstadt Europas 1985 auch für ‚handfeste Politik‘ benutzt worden sei.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 652; Referat 203, Bd. 150963.

## 91

### Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz an die Botschaft in Paris

010-712/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 191

Aufgabe: 15. April 1985, 16.16 Uhr<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch BM mit AM Dumas am 11.4.1985 in Paris

Aus dem Gespräch, an dem jeweils ein Note-taker teilnahm, wird folgendes festgehalten (von BM noch nicht gebilligt):

1) 30-Jahr-Feier österreichischer Staatsvertrag<sup>2</sup> am 15.5. in Wien: BM legt dar, daß 1980 bei der 25-Jahr-Feier ein Treffen der vier Außenminister am Rande der Veranstaltung in Wien<sup>3</sup> stattgefunden habe. Es habe damals eine Verstimmung bei Italien gegeben. Er stelle sich deshalb die Frage, ob es nicht besser wäre, AM Andreotti hinzuzuziehen und damit ein Treffen sämtlicher Außenminister der in Wien vertretenen NATO-Staaten zu arrangieren.<sup>4</sup> AM Dumas ist einverstanden.

2) WEU: BM bittet, daß AM Dumas sich den Kommuniké-Entwurf ansehe.<sup>5</sup> Die SDI-Frage werde im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen. Es sei bemerkenswert, daß der NATO-GS<sup>6</sup> selbst sich für eine gemeinsame europäische Antwort eingesetzt habe.

AM Dumas stellt fest, daß eine Antwort an die USA nur von einem europäischen Standpunkt aus möglich sei. Er frage sich, ob man bei der WEU hierüber einen Beschluß fassen solle; vielleicht sei ein förmlicher Beschluß nicht die beste Methode.

BM: Die WEU-Tagung sollte nicht einer förmlichen Beschlußfassung dienen, aber einer Erörterung der Fragen sowie möglicherweise einer Einigung dahingehend, daß eine gemeinsame Antwort gegeben werden solle.

AM Dumas: Einverstanden. Vielleicht könnte man dies auch im Kommuniké<sup>7</sup> erwähnen.

BM fragt nach der Meinungsbildung in Frankreich zur SDI-Substanz.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger konzipiert.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher traf am 16. Mai 1980 in Wien mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Muskie (USA) zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 148.

<sup>4</sup> Für das Gespräch der Außenminister Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 15. Mai 1985 vgl. Dok. 120.

<sup>5</sup> Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23. April 1985 vgl. Dok. 98.

<sup>6</sup> Lord Carrington.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Kommunikés der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23. April 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 373–375.



AM Dumas: Der französische Verteidigungsrat (Comité de défense) tagte am 30.4. Dabei solle die französische Haltung erarbeitet werden. Bisher gebe es keine französische Meinung. Er persönlich sei der Auffassung, daß wir hier nicht unter Zeitdruck stehen; zunächst sollte der deutsch-französische Dialog darüber geführt werden, wie eine Antwort aussehen kann; dann sollte eine gemeinsame Antwort mit anderen interessierten Europäern an die USA gegeben werden. BM erkundigte sich, was denn der Inhalt dieser Antwort sein könne.

AM Dumas erläutert, er habe noch keine Klarheit dazu.

BM: Es sei bisher nicht klar gewesen, ob Präsident Mitterrand an eine echte europäische Alternative oder aber eine gemeinsame europäische Beteiligung an dem amerikanischen Projekt denke. AM Dumas deutet an, daß die Tendenz wohl mehr in Richtung der europäischen Alternative gehe. BM verweist auf BSR-Beschluß vom 27.3.<sup>8</sup> Er habe am 9.4. sich zur Technologiegemeinschaft Europas ausführlich geäußert<sup>9</sup> und dabei sowohl auf das deutsch-französische Satellitenprojekt<sup>10</sup> wie auch auf SDI hingewiesen. Nach unserer Vorstellung stehe die deutsch-französische Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

AM Dumas: Er hoffe, daß man nach der Sitzung des Verteidigungsrates über eine gemeinsame Position sprechen könne.

BM: Es wäre sehr wichtig für uns, die französische Haltung nach Möglichkeit schon vor Donnerstag nächster Woche (Hinweis auf Bundestagsdebatte<sup>11</sup> zu SDI) jedenfalls in Umrissen kennenzulernen.

Zum Abschluß des Gesprächs tauschen die beiden Minister noch einige Bemerkungen zur Bewertung des Gorbatschow-Moratoriumsvorschlags<sup>12</sup> aus.

AM Dumas war der Auffassung, daß die SU mit konkreten Vorschlägen in Genf<sup>13</sup> wohl noch etwas zuwarten wolle, bis sich die Gipfelfrage geklärt habe.

[gez.] Ploetz

**VS-Bd. 14150 (010)**

<sup>8</sup> Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vgl. Dok. 85 und Dok. 87.

<sup>9</sup> Am 9. April 1985 nahm Bundesminister Genscher in einer Erklärung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan Stellung. Dabei betonte er die politische Abstimmung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Vgl. dazu den Artikel „Genscher, Paris und Reagans Initiative“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. April 1985, S. 2.

<sup>10</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 35.

<sup>11</sup> Zur Bundestagsdebatte am 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9749.

<sup>12</sup> Vgl. dazu das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>13</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

## 92

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Özal**

VS-NfD

16. April 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem türkischen Ministerpräsidenten, Herrn Özal, am 16. April 1985, 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr (unter Einschluß des Mittagessens)<sup>2</sup>

Teilnehmer des Vier-Augen-Gesprächs:

Auf deutscher Seite: MDg Stabreit, als Note-taker;

auf türkischer Seite: Gesandter Belen als Note-taker;

als Dolmetscher: Herr Eryavuz.

Der *Bundeskanzler* beginnt das Gespräch, indem er MP Özal Glückwünsche zum Verlauf seines Parteitages<sup>3</sup> ausspricht.

Falls MP Özal es für nützlich ansehe, daß einer seiner Mitarbeiter hierher komme, um die Organisationsarbeit der CDU kennenzulernen, wolle er als Parteivorsitzender dabei gerne hilfreich sein. Von sich aus wolle er das Problem des Iran-Irak-Krieges ansprechen. Sehe MP Özal hier die Chance einer Lösung? Auch interessiere ihn das Ergebnis des Besuches von MP Özal in Saudi-Arabien.<sup>4</sup>

MP *Özal* antwortet, Staatssekretär Yilmaz sei sein Stellvertreter im Parteivorsitz. Er sei in der Partei für Organisationsfragen zuständig und befände sich ja jetzt hier mit ihm in Bonn. Er werde sicher Zeit haben, im Verlauf des Besuches erste Kontakte zu knüpfen. Er, MP Özal, sei davon überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien eine sehr wichtige Sache sei.

Der *Bundeskanzler* bekräftigt, wenn MP Özal hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen den Parteien Wünsche habe, so solle er ihm persönlich schreiben. Er werde dann helfen. Unser deutsches System sei so gestaltet, daß er sich selbst als Parteivorsitzender sehr stark um seine eigene Partei kümmere. Es sei die

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 18. April 1985 mit der Bitte um „Billigung des Vermerks“ über Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet.

Hat Teltschik und Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Özal hielt sich am 16. April 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Die türkische Mutterlandspartei veranstaltete vom 13. bis 15. April 1985 in Ankara ihren ersten Nationalkongreß. Am 15. April 1985 resümierte Gesandter von Hassell, Ankara: „Das wichtigste Ergebnis des Parteitages sind die Wahlen zum erweiterten Parteivorstand. Hier gelang es Özal, die Bestrebungen der nationalistischen (ehemalige Türkeş-Anhänger) und der islamisch-fundamentalistischen Gruppe (ehemalige Anhänger Erbakans) zu durchkreuzen, sich einen vorherrschenden Einfluß zu sichern. Im erweiterten Parteivorstand verfügen nunmehr die ‚Liberalen‘ über eine eindeutige Mehrheit. Gleiches gilt für den Parteivorstand [...]. Vor dem Parteitag gaben dort Nationalisten und Fundamentalisten den Ton an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 677; Referat 203, Bd. 151010.

<sup>4</sup> Ministerpräsident Özal beendete am 21. März 1985 einen sechstägigen Besuch in Saudi-Arabien.

größte Partei in Deutschland, und es sei nicht einfach, eine so große Volkspartei zu führen. Man müsse die Zügel stets in der Hand behalten.

MP *Özal* antwortet, er habe seine Partei selbst gegründet. Er sei von Stadt zu Stadt gereist, inzwischen gründe sich die Partei auf breite Schichten des Volkes. In der Mehrzahl der Gemeinden habe sie die Mehrheit. Könne der Bundeskanzler einen Mitarbeiter benennen, der mit Herrn Yilmaz Kontakt aufnehme?

Der *Bundeskanzler* benennt den Bundesgeschäftsführer der CDU, Herrn Radunski.

Der Bundeskanzler fährt fort, er freue sich auf den Besuch in der Türkei.<sup>5</sup> Dort sei er noch nie gewesen.

MP *Özal* wirft ein, der Bundeskanzler möge doch dann seinen Besuch etwas verlängern.

Der *Bundeskanzler* antwortet hierauf, er hoffe, während des Besuches auch einige private Stunden zu haben.

Ministerpräsident *Özal* schlägt vor, wenn der Bundeskanzler seinen Abflug nach Bonn um ein paar Stunden verschieben könne, würde man ihm nicht nur Istanbul zeigen, sondern der Staatspräsident Evren, der zu dieser Zeit in Istanbul sei, werde ihn dann gerne auch zu einem Essen einladen.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich und äußert, dies werde man in der Erörterung des Programms diskutieren können.

MP *Özal* fährt mit der Frage fort, ob der Bundeskanzler irgendwelche Sonderwünsche habe.

Der *Bundeskanzler* verneint dies.

MP *Özal* schlägt dann vor, der Bundeskanzler soll das Topkapische Serail und die Hagia Sophia besichtigen.

*Bundeskanzler* äußert Wunsch, begleitende Delegation möge möglichst klein gehalten werden.

MP *Özal* antwortet, man werde den größten Andrang abwehren. Es werde für den Bundeskanzler auch eine Bootsfahrt auf dem Bosphorus arrangiert werden.

Ministerpräsident *Özal* fährt dann fort, er wolle zwei Fragen anschneiden, nämlich die Frage der Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft und die Frage der türkischen Extremisten in der Bundesrepublik. Hierbei denke er besonders an die kurdischen Separatisten und die extreme Linke.

Was den Iran-Irak-Konflikt angehe, so habe er darüber auch in Saudi-Arabien gesprochen. Es handele sich um eine außerordentlich komplizierte Frage, weil sich die beiderseitigen Führer haßten. Die gegenwärtig laufenden Friedensbemühungen würden wohl keinen Erfolg haben.<sup>6</sup> Langfristig habe die UdSSR da-

<sup>5</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 9. bis 12. Juli 1985 in der Türkei vgl. Dok. 185 und Dok. 188.

<sup>6</sup> Referat 311 legte am 10. April 1985 zu den Bemühungen um eine Beendigung des irakisch-iranischen Krieges dar: „Trotz intensiven Einsatzes des VN-Generalsekretärs, der Islamischen Konferenz, der Blockfreien und der arabischen Golfstaaten sind die Aussichten für eine friedliche Beilegung des Konflikts weiterhin ungünstig. [...] Die überraschend doch noch zustande gekommenen Besuche des VN-GS in Teheran und Bagdad (7./9. April 85) deuten aber darauf hin, daß beide Seiten den Dialog mit den VN nicht abreißen lassen wollen. Auch wenn kein Anlaß zu allzu großem Opti-

von den Vorteil. Der Irak beziehe ständig Munition und Waffen aus der Sowjetunion. Auch Frankreich liefere Waffen. Zum Ausgleich versuche auch der Iran, wo immer möglich, seinen Waffenbedarf zu decken und nähere sich jetzt sogar der Sowjetunion. Er, MP Özal, habe über diese Frage auch mit dem UNO-Generalsekretär, Pérez de Cuéllar, gesprochen. Die Iraker hätten die Absicht, durch ihre überlegene Luftwaffe den Iran friedensbereit zu bombardieren. Es sei jedoch nicht möglich, die Iraner auf diese Weise in die Knie zu zwingen. Der irakische Erdölminister<sup>7</sup> habe ihn kurz vor seiner Abreise nach Deutschland besucht. Er habe ihm klar und eindeutig gesagt, es werde nicht möglich sein, Iran durch Druck und Bombardierungen gefügig zu machen. Man werde lediglich Haßgefühle erwecken, die vielleicht 50 Jahre lang dauerten und jede Regelung unmöglich machten.

Er, MP Özal, sehe nur eine Möglichkeit: Er habe beiden Parteien einen Waffenstillstand von drei bis dreieinhalb Monaten ohne Vorbedingung vorgeschlagen. Wenn der Irak diesen Waffenstillstand annehme, dann denke er daran, selbst nach Teheran zu reisen. Der *Bundeskanzler* fragt, ob der Waffenstillstand auf der jetzigen Frontlinie stattfinden solle. MP Özal bejaht dies. Ein solcher Waffenstillstand werde den Iranern die Möglichkeit geben, sich zu besinnen. Danach hoffe er, Schritt für Schritt dem Frieden näher zu kommen. Sonst werde es sehr schwer sein, den Konflikt unter Kontrolle zu bekommen.

Die Türkei habe enge Beziehungen zum Iran und zum Irak. Er hoffe, daß der Konflikt durch diese Stufe Waffenstillstand einer Lösung näher gebracht werden könne. Sobald eine positive Antwort aus dem Irak vorläge, werde er sie auch beantworten. Er nehme jedoch nicht an, daß Saddam Hussein positiv antworten werde, hoffe es aber.

Auch die Saudis seien sehr daran interessiert, daß der Krieg beendet werde. Sie hätten sogar Druck auf die Türkei ausgeübt mit der Begründung, daß die Türkei das einzige Land sei, das hier überhaupt etwas bewirken könne. Die Saudis unterstützten den Irak finanziell. Die Kriegskosten betrügen 40 Mrd. Dollar im Jahr. Er habe den Saudis gesagt, wenn sie den Irak so weiter unterstützten, würden sie die Erdölpreise nicht mehr unter Kontrolle halten können.

*Bundeskanzler* fragt nach der Entwicklung in Saudi-Arabien. Träfen Berichte über eine Instabilität innerhalb der saudischen Führung zu?

MP Özal antwortet, er habe innerhalb der königlichen Familie, die er gut kenne, keine derartigen Wahrnehmungen machen können. König Fahd habe einen jüngeren Bruder (in der Rangfolge die Nummer 3) zum Verteidigungsminister<sup>8</sup> gemacht. Auch der Innenminister<sup>9</sup> sei ein Bruder. Der Kronprinz<sup>10</sup> habe zwar eine andere Mutter. Trotzdem hielte die Familie zusammen. Der Kronprinz sei im Volke sehr beliebt. Er sei im übrigen auch Oberbefehlshaber der Nationalgarde. Die Familie arbeite nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch in der Außenpolitik eng zusammen. Die Erdöleinnahmen seien sehr gesunken, insgesamt auf

*Fortsetzung Fußnote von Seite 483*

mismus besteht, ist es doch wichtig, den VN-GS in seinen Bemühungen zu unterstützen und zu ermutigen, da er von beiden Seiten als neutrale Autorität anerkannt wird.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137872.

<sup>7</sup> Kasim Achmed Taki al-Uraibi.

<sup>8</sup> Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud.

<sup>9</sup> Nayif ibn Abdul Aziz al-Saud.

<sup>10</sup> Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud.

ein Drittel von dem, was sie einmal gewesen seien. Daraus könne Unzufriedenheit entstehen. Die Saudis könnten die Erdölherzeugung nicht weiter einschränken. Daraus folge eine Tendenz der Erdölpreise nach unten.

Der *Bundeskanzler* äußert, was den Iran-Irak-Krieg angehe, so wäre es ein Segen, wenn MP Özal mit seinem Versuch, einen Waffenstillstand herbeizuführen, Erfolg habe. Krieg sei immer entsetzlich, aber dieser Krieg sei auch noch rundherum dumm.

MP Özal berichtet, er habe auch mit seinen iranischen Freunden hart und offen gesprochen. Er habe ihnen Dinge gesagt, die andere ihnen nicht sagen könnten. Er habe ihnen gesagt, sie sollten endlich die Forderung nach dem Sturz Saddam Husseins fallenlassen, weil auf diese Weise der Krieg nie zu beenden sei.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob MP Özal glaube, daß Khomeini fest im Sattel sitze.

MP Özal antwortet, die Führungsmacht Khomeinis sei uneingeschränkt. Auch die zweite Generation, die eines Tages nach ihm kommen werde, denke nicht anders als Khomeini. Er habe den Iranern gesagt: Wenn sie Saddam Hussein stürzen wollten, sollten sie dies im Frieden tun. Im Krieg werde sich jedoch angesichts dieser Forderung das Volk hinter ihn scharen. Die Iraner hätten sich zu tief engagiert. Sie hätten nur zwei politische Parolen: „Tod den Amerikanern“ und „Tod Saddam Hussein“.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob nicht evtl. die iranische Führung die Armee lieber an der Front als zu Hause sehe.

Ministerpräsident Özal antwortet, dies sei sicher so, doch habe die iranische Führung vorgebaut durch die Schaffung der Revolutionsgarden. Wenn es zu einem Frieden komme, würden sie jedoch sofort innenpolitische Probleme bekommen.

MP Özal bittet dann um das Wort zum Problem separatistischer Tendenzen, insbesondere dem Kurdenproblem.<sup>11</sup> Während der Osmanischen Zeit, aber auch in der ersten Zeit der Türkischen Republik habe es kein Kurdenproblem gegeben. Türken und Kurden seien damals nicht getrennt gesehen worden. Man habe die gleichen Namen, die gleiche Religion gehabt. In der Türkei lebe eine sehr gemischte Bevölkerung, er könne von sich selbst nicht sagen, ob er kurdisches Blut in den Adern habe. Es würden auch sozial keine Unterschiede gemacht. Es gäbe Generäle, Gouverneure und hohe Beamte kurdischen Ursprungs. Es gäbe keine Diskriminierung der Kurden. Um die Türkei zu schwächen, habe in den letzten Jahren die extreme Linke dieses Problem angeheizt. Ein kurdisches Institut sei in Paris gegründet worden. Auch in Deutschland sei ein solches Institut gegründet worden, das vom Deutschen Roten Kreuz unterstützt werde. Die Bot-

<sup>11</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 203 vom 2. April 1985 wurde ausgeführt: „Die Zahl der kurdischen Türken in Deutschland wird auf ca. 300 000 geschätzt. Die Kurden in der Türkei genießen keinerlei Minderheitsrechte. Die Türkei leugnet traditionell, daß es ein Kurdenproblem auf türkischem Boden gibt, und unterdrückt alle kurdischen politischen und kulturellen Bestrebungen rigoros. Nach allem, was wir wissen, werden Kurden jedoch unter der Voraussetzung, daß sie sich als türkische Staatsbürger bekennen, nicht diskriminiert. Seit Sommer 1984 gibt es in Südostanatolien wieder Überfälle auf türkische Militärpatrouillen durch kurdische Separatisten, insbesondere der linksradikalen PKK/APO, die vom Irak und Syrien aus operiert. Die kurdischen Autonomiebestrebungen finden in der deutschen Öffentlichkeit bis hinein in den Bundestag eine gewisse Sympathie.“ Vgl. Referat 203, Bd. 151033.

schaft habe in dieser Frage bereits des öfteren interveniert.<sup>12</sup> Als Antwort habe sie lediglich bekommen, daß den Kurden aus humanitären Gründen geholfen werde. Der *Bundeskanzler* verweist an dieser Stelle auf die Tatsache, daß das Deutsche Rote Kreuz keine staatliche Einrichtung sei. MP *Özal* fährt fort, sogar der deutsche Rundfunk und Fernsehen würden unter Druck gesetzt, Sendungen in kurdischer Sprache auszustrahlen. Dahinter stünden separatistische Bestrebungen. Zum Teil würden Terroristen in Syrien ausgebildet und in die Türkei eingeschleust. Das ideologische Zentrum liege jedoch in Deutschland. Die Opposition sei hier besser organisiert als in Frankreich.

Es gebe nun eine große Anzahl von Türken, die in Deutschland lebten und die unter Druck gesetzt würden. Die Zahl der Extremisten und Separatisten sei nicht sehr groß, aber da so viele Türken hier seien, könne es zu Unruhen unter ihnen kommen. Er sei heute bei seinem Eintreffen von türkischen Arbeitern empfangen worden. Diese hätten ihm gesagt, die kurdischen Vereine würden am 20. April große Demonstrationen in Hannover organisieren. Wenn dies geschehe und die dort lebenden Türken dagegen demonstrierten, könne es leicht zu einem Blutvergießen kommen. Er wolle wiederholen: Es gebe in der Türkei kein Kurdenproblem. Das Kurdenproblem sei eine künstliche Erfindung, hinter der sich der Linksextremismus verberge.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er werde sich um diese Frage kümmern. Wichtig sei es, daß ihm Beweise vorgelegt würden. Einen Einfluß auf Radio und Fernsehen habe die Regierung nicht. Wir hätten an dieser Entwicklung kein Interesse. Es gebe bei uns rund 1,4 Mio. Türken. Er sei auch nicht gewillt hinzunehmen, daß auf diese Weise Probleme innerhalb unserer türkischen Mitbürger entstünden. Er werde sich diese Frage ansehen und wolle vorschlagen, daß das Gespräch darüber anläßlich seines Besuches in der Türkei weitergeführt werde. Wenn MP *Özal* konkrete Dinge vorzubringen habe, so solle er es ihn wissen lassen. Seine Landsleute seien in Deutschland beliebt. Wir hätten ausgezeichnete Beziehungen miteinander. Er, der *Bundeskanzler*, habe nicht die Absicht, diese Beziehungen stören zu lassen.

MP *Özal* fährt fort, die überwältigende Anzahl seiner Landsleute in Deutschland seien ehrliche Leute. Es gebe nur ganz wenige Halunken. Diese nützten die Lücken des deutschen Grundgesetzes gut aus und mißbrauchten das Asylrecht<sup>13</sup>. Die Behauptung jedenfalls, man werde als Kurde verfolgt, sei falsch.

Er wolle nun noch etwas zur Europäischen Gemeinschaft sagen. In der Türkei sei die Demokratie wieder voll eingeführt. Die Streitkräfte seien in die Kasernen zurückgekehrt. Große Fortschritte seien in diesem Demokratisierungsprozeß verzeichnet worden. General Evren sei heute ein direkt vom Volk gewähl-

<sup>12</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 203 vom 2. April 1985 wurde festgehalten, daß Ministerpräsident *Özal* Bundeskanzler Kohl in einem Schreiben vom April 1984 auf eine breit angelegte anti-türkische Kampagne in der Bundesrepublik hingewiesen habe. Die türkische Botschaft habe das Thema seither wiederholt angesprochen: „In der Regel ging es dabei konkret um Fernsehsendungen und Akademie-Tagungen zur Armenierfrage, um Fernseh- und Rundfunksendungen mit prokurdischem Akzent und Förderung von kurdischen kulturellen Programmen, z. B. aus Mitteln von Ländern (u. a. Senat von Berlin), und um Fernsehsendungen über Foltervorwürfe in der Türkei.“ Vgl. Referat 203, Bd. 151033.

<sup>13</sup> In Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es: „Politisch Verfolgte genießen Asyl.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

ter Präsident.<sup>14</sup> Der Bundeskanzler werde ja Gelegenheit haben, mit Evren zu sprechen: Er sei noch ziviler als er, MP Özal.

Die Türkei sei bestrebt, alle Probleme in einem demokratischen Rahmen zu lösen. Leider gebe es im Bezug auf die türkischen Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft<sup>15</sup> keinerlei Perspektiven. Diese Beziehungen hätten keinen Fortschritt gezeigt. 1984 sei im Hinblick auf den Demokratisierungsprozeß besser als 1983 gewesen. 1985 werde besser sein als 1984. Stets werde jedoch das Problem der Menschenrechte vorgeschoben. Es stelle sich wirklich die Frage, ob die EG vielleicht den Wunsch habe, daß die demokratische Entwicklung in der Türkei gar nicht weitergehe.

Der *Bundeskanzler* antwortet, er habe mit seinen europäischen Kollegen über dieses Problem gesprochen. Er habe sie gefragt, ob sie wollten, daß Özal Erfolg habe? Dann müsse man ihm auch helfen.

Er wolle allerdings hier ein offenes Wort sagen: Die Türkei müsse vielleicht etwas intensiver Selbstdarstellung betreiben. Er beobachte dies in der Bundesrepublik Deutschland. Seinerzeit sei die Türkei systematisch diffamiert worden. Manchmal habe man den Eindruck gehabt, daß gewisse Kreise gar kein Interesse daran hatten, daß die Demokratie in der Türkei eingeführt wird. In der EG spüre er eine Tendenz, die damit nichts zu tun habe, sondern eher die Probleme seiner Nachbarschaft hineinbringe.

MP *Özal* bittet um Verständnis, wenn er nun einen Rückblick tun wolle. Seit 1963 habe in Griechenland eine Obristen-Junta geherrscht. Diese sei 1974 anläßlich der Invasion Zyperns<sup>16</sup> verschwunden. Karamanlis habe Griechenland zur Demokratie zurückgeführt, und in wenigen Jahren sei Griechenland in die EG aufgenommen worden.<sup>17</sup>

In der Türkei seien die Dinge anders gelaufen.<sup>18</sup> Das Militär habe das Land vor einem Chaos gerettet. Die Generäle hätten sofort einen Zeitplan für die Einführung der Demokratie aufgestellt. Die türkischen Generäle seien erheblich demokratischer als die griechischen Obristen gewesen. Die Türkei werde aber heute bestraft. Es stelle sich die Frage, ob man hier nicht mit doppeltem Maßstab

<sup>14</sup> Am 7. November 1982 fand in der Türkei ein Referendum über eine neue Verfassung statt, mit dem Präsident Evren zugleich in seinem Amt bestätigt wurde.

<sup>15</sup> Die Türkei war seit 12. September 1963 mit den Europäischen Gemeinschaften assoziiert. Zu den Bemühungen um eine EG-Mitgliedschaft vgl. AAPD 1983, II, Dok. 227.

<sup>16</sup> Am 15. Juli 1974 unternahm die von griechischen Offizieren befehligte zypriotische Nationalgarde einen Putsch gegen Präsident Makarios, der am Folgetag Zypern verließ. Am Morgen des 20. Juli 1974 landeten türkische Truppen auf Zypern. Am 22. Juli 1974 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 217.

Am 8. August 1974 wurde ein Abkommen über die Festlegung der Demarkationslinien auf Zypern abgeschlossen; dessenungeachtet begann am 14. August 1974 ein erneuter Angriff türkischer Truppen. Die militärischen Operationen wurden am 16. August 1974 nach Appellen des VN-Sicherheitsrats weitgehend eingestellt. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 233, Dok. 236 und Dok. 238.

<sup>17</sup> Zur Phase der Militärregierung in Griechenland vgl. Dok. 90, Anm. 13.

Am 28. Mai 1979 wurden in Athen das Vertragswerk über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 erfolgte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1979, S. 7–16.

<sup>18</sup> Am 12. September 1980 kam es in der Türkei zur Machtübernahme durch das Militär. Die Regierungsverantwortung übernahm ein „Nationaler Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht für das gesamte Territorium verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

messe. Wenn man die Demokratie in der Türkei unterstützen wolle, müsse man eine neue Formel finden und die Beziehungen auftauen. Als Schritt zur Belebung der Beziehungen müsse der Assoziationsrat wieder tagen. Zwei Finanzprotokolle in Höhe von 600 Mio. und 29 Mio. Rechnungseinheiten seien nach wie vor eingefroren.<sup>19</sup> Auch hier gebe es keine Fortschritte. Dabei sei für ihn die Höhe des Geldes nicht einmal so bedeutungsvoll.

Der *Bundeskanzler* antwortet, indem er die deutsche Haltung zur Türkei darlegt. MP *Özal* berichtet, er habe anlässlich seines Besuches in den Vereinigten Staaten eine zweite Friedensoffensive in Richtung Papandreou gestartet und ihm, dem griechischen Ministerpräsidenten, einen Olivenzweig hingehalten.<sup>20</sup>

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er damit Erfolg gehabt habe, sagt *Özal*, dies sei nicht der Fall gewesen, aber er habe die wahren Absichten von Ministerpräsident Papandreou besser demonstrieren können.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wie die türkische Wirtschaft laufe, antwortet MP *Özal*, im vorigen Jahr sei das Bruttosozialprodukt um 5,9% gestiegen. Auf Dollarbasis seien die Exporte um 25% gestiegen. Mit der Bekämpfung der Inflation habe man leider nicht so viel Erfolg gehabt. Sie habe 45% betragen. Die Türkei habe jedoch weitgehende Wirtschaftsreformen in Angriff genommen und ein Mehrwertsteuersystem eingeführt. In diesem Jahr sei bereits eine Exportsteigerung von weiteren 15% zu verzeichnen. Schwierigkeiten gebe es insbesondere bei Abschottung der EG gegen Textilexporte aus der Türkei. Protektionismus sei außerordentlich gefährlich.

Ein weiteres Problem, das er ansprechen wolle, sei das der Rüstungshilfe aus Deutschland.<sup>21</sup> Als er sich das letzte Mal mit dem Bundeskanzler getroffen habe<sup>22</sup>, habe man darüber gesprochen, daß dieses Problem 1986 neu in Angriff genommen werde.

Der *Bundeskanzler* antwortet, daß der Haushalt 1986 noch nicht beraten sei.

Ministerpräsident *Özal* sagt, es gebe hier drei Gesichtspunkte: Zunächst gebe es die normale Rüstungshilfe, die in 18 Monatstranchen aufgeteilt sei und 130 Mio. p.a. betrage. Werde diese Rüstungshilfe unverändert bleiben? Innerhalb dieser Rüstungshilfe seien allein 45 Mio. DM der Anschaffung von Ersatzteilen für die Transall-Flugzeuge gewidmet. Diese Ersatzteillieferungen sollten aber

<sup>19</sup> Zu einer Wiederaufnahme der EG-Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 14, Anm. 9.

<sup>20</sup> Ministerpräsident *Özal* hielt sich vom 1. bis 5. April 1985 in den USA auf. Am 5. April 1985 bot er Griechenland in einer Rede vor der Universität Georgetown den Abschluß eines Freundschaftsvertrags an. Vgl. dazu den Artikel „Die Türkei bietet Griechenland ein Freundschaftsabkommen an“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. April 1985, S. 5.

Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, berichtete am 11. April 1985, „offenbar als Reaktion“ habe Ministerpräsident Papandreou „am 7.4.1985 einen Besuch im Larissa-Hauptquartier der griechischen Armee zu einer ausführlichen Darlegung der griechisch-türkischen Beziehungen aus seiner Sicht benutzt. Dies läuft im Grunde wieder auf eine glatte Ablehnung hinaus“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 369; Referat 203, Bd. 150965.

<sup>21</sup> Referat 203 stellte am 1. April 1985 fest, die Bundesrepublik habe „dem besonderen Charakter der deutsch-türkischen Beziehungen [...] Rechnung getragen“ u. a. durch die Gewährung von „erheblicher NATO-Verteidigungshilfe (seit 1964 13 Tranchen mit je 18-monatiger Laufzeit über insgesamt) 1,190 Mrd. DM; NATO-Sonderhilfe 300 Mio. DM; Rüstungssonderhilfe 1980–1983 600 Mio. DM; ab Mitte 1984 vorgesehene 14. Tranche über 130 Mio. DM“. Vgl. Referat 203, Bd. 151033.

<sup>22</sup> Bundeskanzler Kohl empfing Ministerpräsident *Özal* am 5. September 1984. Für das Gespräch vgl. AAPD 1984, II, Dok. 229.



aus diesem Zusammenhang gelöst werden und als Sonderleistung erfolgen. Die Militärhilfe sollte auf 250 Mio. aufgestockt werden.

Vor ein paar Jahren sei die Türkei in den Genuß eines Sonderpaketes von 600 Mio. DM zur Modernisierung der Streitkräfte gelangt. Dies sei 1978 gewesen. Inzwischen hätten sich Preise und Zahlen natürlich bewegt. Die türkischen Streitkräfte hätten Modernisierungspläne.<sup>23</sup> Die 1. Armee müsse insbesondere über mehr gepanzerte Fahrzeuge verfügen. Man denke an den Leopard-Panzer. Man wolle hier noch ein Panzerbataillon aufstellen. Alle Modernisierungspläne der türkischen Armee kosteten rund 1,5 Mrd. DM.

Er denke im übrigen an eine Zusammenarbeit im Rüstungssektor. Die Rüstungsproduktion werde viel billiger kommen, wenn bei einer solchen Zusammenarbeit arbeitskraftintensive Teile in der Türkei hergestellt würden, wo die Löhne sehr viel niedriger lägen. Er stelle die Frage, ob die Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Firmen hergestellt werden könne. Er sei überzeugt, daß die Zusammenarbeit, insbesondere bei Panzerkampfwagen, sehr profitabel wäre. Mercedes und MAN hätten bereits in der Türkei Investitionen vorgenommen. Jetzt spreche die Türkei mit Krauss-Maffei.<sup>24</sup>

Der Bundeskanzler antwortet, das Problem sei nicht die Zusammenarbeit, sondern es stelle sich die Frage, ob sich daraus ein Exportartikel entwickeln werde.

MP Özal antwortet, dafür ließe sich sicher eine Formel finden. Man könne dem Produkt auch einen neuen Namen geben.

Der Bundeskanzler äußert, über die Militärhilfe wolle er noch einmal reden. Er wisse nicht, wie die Lage sich bei uns entwickle, insbesondere die Steuereinnahmen, mit denen wir ein Problem hätten. Er wolle vor allen Dingen über die Frage der Reparaturkosten der Transall-Maschinen noch einmal nachdenken.

MP Özal weist darauf hin, daß die Tranchen seit 1978 unverändert geblieben seien. Eine Verstärkung der türkischen Streitkräfte werde dazu führen, daß der Warschauer Pakt einen Teil seiner Streitkräfte auf die Türkei hin orientieren müsse und damit Zentraleuropa entlastet werde.

<sup>23</sup> Am 15. Mai 1985 hielt Legationsrat I. Klasse Röhr aus den deutsch-türkischen Regierungsgesprächen am 8./9. Mai 1985 in Bad Reichenhall fest: „Der türkische Delegationsleiter erklärte, daß Rüstungsk Kooperation sich auf bestehende wie auch auf noch zu schaffende Industrien stützen könne. Es müsse auch an den Export von Rüstungsgütern gedacht werden; dies gelte besonders für den Leopard II. Rüstungsk Kooperation brauche allerdings Zeit; daher benötige die Türkei eine erneute Rüstungs sonderhilfe (RSH). Der Bedarf der Türkei bestehe – in der Reihenfolge der Prioritäten – aus: 16 Panzern für eine Brigade; 89 Leopard II für eine zweite Brigade; gepanzerten Schützenfahrzeugen; Mehrfachraketenwerfern; mindestens fünf mobilen Radargeräten; der Modernisierung von Werften, damit ME[hrzweck-]KO[m bination]-Fregatten gebaut werden könnten.“ Vgl. VS-Bd. 11855 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>24</sup> Am 8. Januar 1985 berichtete Oberst i. G. Heilmann, Ankara, über ein Gespräch im Oberkommando der türkischen Landstreitkräfte zur Rüstungsplanung des türkischen Heeresgeneralstabs: „Man habe seitens des Heeres begriffen, daß die hochtrabenden Pläne Özals und Yavuztürks bezüglich einer Leo[pard] I oder II Fertigung aus politischer, aber auch technischer Sicht und aus Ausbildungsproblemen in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden könne. [...] Der Vorschlag des Heeresgeneralstabs an T[ürkischen]G[eneral]S[tab] und M[inistry]o[f]D[efense] soll daher auf eine Produktionsplanung für S[chützen]P[an]z[er] hinauslaufen, da dieser leichter mit der schon bestehenden Rüstungsinfrastruktur zu realisieren ist und keine oder nur geringe Einfuhr von Bauteilen aus Deutschland (K[rauss-]M[affei]) erfordere. So falle z. B. die Entwicklung einer großkalibrigen Kanone weg und die Herstellung der Wanne sei auch wesentlich einfacher. Man hoffe in fünf Jahren, abgestützt auf die bestehenden Werke [...] und unter Ausnutzung der MTU-Motoren-Lizenz, einen eigenständigen SPz zu erhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; VS-Bd. 12973 (203); B 150, Aktenkopien 1985.

Der *Bundeskanzler* sichert zu, er wolle mit seinen Mitarbeitern über die Transall-Frage sprechen.

MP *Özal* bietet an, wenn es den Kanzler interessiere, könnten die türkischen Streitkräfte bei seinem Besuch ihren Bedarf erläutern. Für die Türkei sei die Modernisierung der Streitkräfte lebenswichtig. Man fahre dort mit M-48-Tanks aus dem Korea-Krieg. Insgesamt verfüge die Türkei über 77 Leopard-Panzer.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, was die Türkei mit der soeben bewilligten hohen amerikanischen Militärhilfe tue, antwortet MP *Özal*, die der Türkei zugesprochenen 700 Mio. Dollar seien weit davon entfernt, den Bedarf zu decken. Man denke an eine Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bei den F-16-Flugzeugen. Ein Großteil der Flugzeuge der Türkei sei völlig überaltert (F-104<sup>25</sup>). Sie hätten große Mängel. Vor wenigen Tagen sei eine solche Maschine abgestürzt und habe bei ihrem Absturz 15 Ziviltote verursacht.

Das Gespräch wendet sich dann der Entwicklung der Parteien in der Türkei zu. MP *Özal* erläutert eingehend die türkische Parteienlandschaft und die Wahlsysteme bei Kommunal-, Lokal-, Regional- und Nationalwahlen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

## 93

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Somare

17. April 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ministerpräsidenten von Papua-Neuguinea, Michael Somare, am 17. April 1985 im Bundeskanzleramt

Das knapp einstündige Gespräch, an dem außerdem teilnahmen:

Außenminister Giheno, Botschafter Tarua, Herr Raka-Nou als Note-taker;

StS Dr. Meyer-Landrut, Botschafter Spengler, VLR I Franke als Note-taker;

hatte folgenden wesentlichen Inhalt:

Der *Bundeskanzler* äußerte seine Freude über den Besuch MP Somares<sup>2</sup> und hob die guten und sehr alten Beziehungen mit Papua-Neuguinea (PNG) hervor.

<sup>25</sup> Korrigiert aus: „1104“.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 18. April 1985 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am selben Tag „mit der Bitte um Billigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Hat Schäuble und Kohl vorgelegen. Kohl vermerkte handschriftlich: „Erl[edigt].“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Somare besuchte vom 17. bis 21. April 1985 die Bundesrepublik.

MP *Somare* dankte für die große Ehre seiner Einladung, rühmte seinerseits die historischen Beziehungen mit Deutschland, lobte die ausgezeichnete Arbeit Botschafter Spenglers, den traditionell großen Einsatz der christlichen Missionen und anderer deutscher Organisationen sowie unsere technische Zusammenarbeit, auf deren Ausweitung er hoffe. Er kündigte die Eröffnung einer Botschaft seines Landes in Bonn<sup>3</sup> an, was der *Bundeskanzler* nachdrücklich begrüßte. Wir würden dabei so hilfreich wie möglich sein.

Auf Bitte des Bundeskanzlers gab MP *Somare* dann seine Sicht der Fragen des pazifischen Raumes und insbesondere der Auswirkungen der neuseeländischen Maßnahmen (Sperrung der neuseeländischen Häfen für nuklearangetriebene oder bewaffnete Schiffe<sup>4</sup>). PNG wolle Frieden und Stabilität sicherstellen. Es teile die Besorgnisse Neuseelands, mit dem es Mitglied im „South Pacific Forum“ sei, wegen der Präsenz von Nuklearwaffen im Südpazifik, sehe aber zugleich das hinter der Anwesenheit von „Nuklearschiffen“ stehende Bedürfnis. Im Norden seiner Region gebe es einen geographischen Zugang für die Sowjetunion zum Südpazifik. Die SU habe zur Zeit allerdings keinen wirklichen Einfluß in der Südpazifikregion.<sup>5</sup> PNG habe bei sich keine sowjetische Botschaft zugelassen aus Besorgnis vor sowjetischem Einfluß auf die kleinen Südpazifikstaaten. PNG wolle nukleare Ausrüstung und sei gegen nukleare Schiffe, wisse aber, daß es mit den großen Mächten leben müsse. Sein Land habe nicht die Kapazitäten

<sup>3</sup> Der Dienstsitz des Botschafters von Papua-Neuguinea, Tarua, war London. Am 16. September 1986 überreichte Andrew Yauieb als erster ortsansässiger Botschafter Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker sein Beglaubigungsschreiben.

<sup>4</sup> Am 4. Februar 1985 gab Ministerpräsident Lange in einer Pressekonferenz bekannt, daß Schiffe mit Kernwaffen an Bord keine neuseeländischen Häfen mehr anlaufen dürften. Brigadegeneral Steinkopf, Washington, teilte am 13. Februar 1985 zur Reaktion der USA mit: „Das Verhältnis zu Neuseeland (NZ) werde derzeit neu bewertet. Eine ‚alliance‘ sei dadurch gekennzeichnet, daß nicht nur ‚benefits‘, sondern auch ‚risks und burdens‘ gemeinsam getragen werden. NZ sei ein souveräner Staat, dessen Entscheidung akzeptiert werden mußte. Allerdings könne NZ nun nicht erwarten, nur ‚benefits‘ zu erhalten. Deshalb entwickle sich das US-NZ-Verhältnis auf Gebiet militärischer Zusammenarbeit vom ‚ally‘ zur ‚friendly nation‘ (‘treated friendly, no more‘).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 769; VS-Bd. 11851 (209); B 150, Aktenkopien 1985. Botschafter Steger, Wellington, berichtete am 26. Februar 1985, daß die USA nunmehr auch die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit Neuseeland einstellen wollten. Dazu führte er aus: „PM Lange gab sich am vergangenen Wochenende [...] noch recht gelassen. Er scheint von der Richtigkeit seines Kurses überzeugt zu sein. Er betonte erneut, daß Neuseeland an seiner Auffassung festhalte, wonach ANZUS keine ‚Nuklear-Allianz‘ ist. Neu. verzichte auf eine ‚Verteidigung durch Atomwaffen‘, wolle aber im Rahmen einer konventionellen Zusammenarbeit alle ihm aus dem Bündnis erwachsenden Verpflichtungen erfüllen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; VS-Bd. 13638 (341); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 213 vom 24. März 1985 hieß es zur Präsenz der UdSSR im Pazifik: „Seit Mitte der siebziger Jahre hat die SU immer wieder um die Inselstaaten geworben. Versuche Moskaus, hier direkt Fuß zu fassen, sind jedoch bisher fast vollständig gescheitert. Fidschi, Samoa, Tonga haben z. B. amtliche sowjetische Vertretungen auf ihren Territorien abgelehnt. [...] Generell ist die SU bestrebt, die öffentliche Meinung in den Inselstaaten über geeignete Instrumente (Südpazifischer Rat Christlicher Kirchen; anfällige Kleinstaaten wie Neukaledonien und Vanuatu) anti-amerikanisch zu beeinflussen. [...] Das unter den Inselstaaten weit verbreitete anti-sowjetische Mißtrauen hat seine aktuelle politische Grundlage nicht zuletzt in der sowjetischen Intervention in Afghanistan. [...] An Bedeutung gewinnt demgegenüber die militärische Präsenz der SU im Pazifik. Inzwischen operiert ein Drittel der sowjetischen Kriegsmarine, darunter zwei der drei sowjetischen Flugzeugträger der Kiew-Klasse, in diesem Raum [...]. Hinzu kommt die Bedrohung des nördlichen und westlichen Pazifiks durch SS-20 und Backfire-Bomber (Stationierung in Cam Ranh Bay, Vietnam).“ Vgl. Referat 342, Bd. 137210.

der USA, Japans und Deutschlands, auf die es bauen müsse. Daher sei PNG über die neuseeländische Haltung zugleich auch besorgt.

Der *Bundeskanzler* begründete dann das besondere deutsche Interesse am Frieden: Der Zweite Weltkrieg habe für uns schreckliche Folgen gehabt und kaum eine Familie verschont, seine eigene nicht ausgenommen. Wir lebten als geteilte Nation in exponierter Lage. Aus allem zögen wir die Konsequenz, daß Krieg und Gewalt keine tauglichen Mittel der Politik seien. Wir wollten den Frieden – jedoch einen Frieden in Freiheit, nicht einen Frieden unter sowjetischer Hegemonie. Wir hätten den größten Teil Deutschlands nach dem Krieg mit der freiesten Verfassung<sup>6</sup> der deutschen Geschichte wiederaufgebaut. Diese Freiheit wollten wir erhalten. Wir seien nur eine Mittelmacht, und ein eiserner Vorhang gehe quer durch unser Land, das jede Verschlechterung der internationalen Lage wie ein Seismograph spüre. Unsere Freiheit hätten wir in diesen 40 Jahren nur durch engste Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten in der NATO und unseren Freunden in Europa und mit den USA erhalten können. Unsere zweite Säule sei die europäische Einigung mit den Ländern, mit denen das jetzt schon möglich sei, d.h. den Zehn, die ab 1. Januar 1986 um Spanien und Portugal erweitert würden. Der Bundeskanzler betonte unsere Bereitschaft, für all dies Opfer zu bringen, und verwies auf unsere Bündnisverpflichtung, 495 000 Soldaten zu stellen, was nur mit unserer allgemeinen Wehrpflicht möglich sei.

Das alles koste viel Geld, das wir an sich woanders gut gebrauchen könnten, vor allem auch für die Dritte Welt. Wenngleich wir 1985 mehr Entwicklungshilfe gäben als SU und Warschauer Pakt zusammengenommen, sehe er das Problem, daß wir eigentlich noch mehr tun müßten, wenn wir nur genügend Mittel hätten, denn bis zum Ende des Jahrhunderts könnten die Probleme der Entwicklungsländer vielleicht sogar noch gravierender sein als der Ost-West-Konflikt.

Wir gäben unser Geld höchst ungern für Raketen aus. Wir seien nicht raketen-süchtig, und es wäre am besten, wenn in Ost und West keine stationiert wären. Jedoch habe die Sowjetunion die Rüstung vorangetrieben, und wir hätten keine andere Wahl. Wir glaubten nicht, daß die SU einen Krieg in Europa wolle, weil sie wisse, daß er die Apokalypse bedeute. Ihr Ziel sei vielmehr, uns durch eine ungeheure Rüstung so Angst zu machen, daß wir darauf verzichteten, unsere Freiheit zu verteidigen. Diese Rechnung werde jedoch nicht aufgehen.

Der Bundeskanzler schilderte unser Interesse am Erfolg der Genfer Gespräche<sup>7</sup> und sein Eintreten – insbesondere auch bei seinem Freund Präsident Reagan – für ihr Zustandekommen. Er sei nicht pessimistisch, aber wir brauchten für die namentlich im Hinblick auf das Verifikationsproblem sehr komplizierte Genfer Materie viel Zeit und Geduld.

Der neue Mann im Kreml habe nach menschlichem Ermessen mehr Zeit als seine Vorgänger, um eine neue Politik zu konzipieren, aber ein Mann könne sie

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

<sup>7</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

nicht völlig verändern – das Politbüro sei ein Team, und erst nach einigen Jahren werde man sehen können, was Gorbatschows Handschrift sei.

Wir spürten die sowjetische Entwicklung tagtäglich. Unsere Beziehungen zur Sowjetunion spielten sich auf zwei Ebenen ab: Die staatlichen Beziehungen zwischen den Regierungen seien zufriedenstellend und sehr viel besser, als die Propaganda der *Prawda* und *Iswestija* glauben lassen könnte. Der SU läge vor allem an den Wirtschaftsbeziehungen, wo sie mehr von uns als wir von ihr profitieren könnten. Dies zeige der Andrang von Ausstellern aus dem Warschauer Pakt auf der gegenwärtigen Hannover Messe.

Dann gebe es aber noch die Ebene der ideologischen Auseinandersetzung, auf der die SU starke Subversion betreibe, vor der wir jedoch keine Angst hätten. Die kleine kommunistische Partei habe es bei uns auf ganze 0,3 % der Stimmen gebracht. Seit den polnischen Ereignissen<sup>8</sup> habe die SU auch für die Linke und junge Leute jegliche Anziehungskraft verloren. Wir könnten daher in der wichtigen Überzeugung, daß die Zeit nicht gegen uns arbeite, das Gespräch mit der Sowjetunion führen. Es sei notwendig. Die SU sei unser wichtigster Nachbar und halte 17 Millionen unserer Landsleute als Pfand, was wir natürlich stets bedenken müßten.

Die Abrüstung wollten wir schrittweise voranbringen, was Einigkeit des Westens voraussetze, zugleich aber auch die Vermeidung einer Klimabelastung durch starke Worte. MP Somare sitze an diesem Tisch einem Mann mit festen Ansichten gegenüber. Wir stünden zu unseren Freunden, seien verlässliche Partner und weder erpreßbar noch käuflich. Unsere Lehre aus der Geschichte sei, daß der Frieden nur durch friedliche Mittel gewonnen werden könne. Insgesamt sei er vorsichtig optimistisch.

MP Somare dankte für diesen tiefen Einblick in die Weltsicht des Bundeskanzlers. Papua-Neuguinea sei zwar klein, werde aber das wenige, was es tun könne, zu Sicherheit und Frieden der Welt beitragen.

Der Bundeskanzler bemerkte hierzu, daß es weniger auf die Quantität als auf die Qualität ankomme. Die Erfahrung, daß man nicht genug Freunde haben könne, gelte nicht nur im privaten Leben, sondern auch im Leben der Völker. Freundschaften fielen nicht vom Himmel, sondern entstünden aus der Vertrautheit mit dem Fühlen und Denken des Partners. Deswegen begrüße er diese Gesprächsgelegenheit mit dem Ministerpräsidenten so außerordentlich – wenn man künftig einen Bericht über das Partnerland lese, verbinde sich damit eine lebendige eigene Anschauung.

Auf Frage des Bundeskanzlers bezeichnete MP Somare die wirtschaftliche Lage PNGs als gut, wenngleich man natürlich von den fluktuierenden Weltmarktpreisen für Kupfer und Gold betroffen sei.

Nachdem der Bundeskanzler nach Rückfrage bei Botschafter Spengler die bilateralen Beziehungen aus unserer Sicht als problemfrei bezeichnet hatte, brachte MP Somare die Sprache auf das Ok Tedi-Bergwerksprojekt.<sup>9</sup> Nach der erforder-

<sup>8</sup> Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 25, Anm. 20.

<sup>9</sup> Referat 400 legte am 10. April 1985 zum Sachstand dar: „Das Projekt Ok Tedi [...], an dem die deutschen Unternehmen Degussa (7,5 %), Metallgesellschaft (7,5 %) und DEG (5 %) neben der Regierung von Papua-Neuguinea und zwei amerikanischen und australischen Firmen beteiligt sind, betreibt

derlichen, von seiner Regierung veranlaßten vorübergehenden Schließung der Mine seien die Schwierigkeiten im März beseitigt worden, und er hoffe nun auf Unterstützung der Bundesregierung.

Der *Bundeskanzler* gab hierzu StS *Dr. Meyer-Landrut* das Wort, der feststellte, daß man bei diesem Projekt auf gutem Wege und die Bundesregierung grundsätzlich wohlwollend eingestellt sei.

Gegen Gesprächsende lud MP *Somare* den Bundeskanzler zu einem Besuch ein. Er wisse, daß der Bundeskanzler sehr beschäftigt sei, aber vielleicht ließe sich ein Besuch z.B. mit einer Japan-Reise des Bundeskanzlers verbinden. Er sei in Papua-Neuguinea jederzeit willkommen.

Der *Bundeskanzler* dankte herzlich für die Einladung nach Papua-Neuguinea, das er schon aufgrund der begeisternden Berichte eines ihm früher bekannten Missionars, der 50 Jahre dort gelebt habe, sehr gern besuchen würde. Er könne natürlich keine Terminzusage machen, aber vielleicht ergebe sich künftig einmal die Chance eines Besuches.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 493*

den Abbau von Kupferkonzentraten sowie – in der Anfangsphase – von Golderzen. [...] Die KfW hat für das Projekt einen ungebundenen Finanzkredit in Höhe von 100 Mio. US-Dollar gewährt. Hierfür hat der Bund aus Gründen der Rohstoffversorgung eine Bundesgarantie zur Absicherung des politischen und wirtschaftlichen Risikos übernommen. Außerdem hat der Bund Kapitalanlagegarantien in Höhe von 80 Mio. DM gewährt. [...] Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wurde eine Straße in Höhe von DM 25 Mio. finanziert. Das Projekt ist am Ende der ersten Phase aus verschiedenen Gründen, deren wichtigster die anhaltend niedrigen Kupferpreise sind, in Finanzschwierigkeiten geraten. Die Aktionäre befürworteten daher eine zeitliche Streckung, worüber es mit der Regierung von Papua-Neuguinea zu starken Differenzen kam. Die Regierung von Papua-Neuguinea kündigte daher zu Beginn dieses Jahres die Schließung des Projektes an. In intensiven Verhandlungen zwischen allen Beteiligten konnte zwischenzeitlich ein Kompromiß ausgearbeitet werden, der als Basis für eine weitere Zusammenarbeit dienen kann. Die Aktionäre verpflichten sich, für eine Übergangsphase weitere beträchtliche Mittel zur Verfügung zu stellen.“ Über den endgültigen Ausbau der Grube solle später entschieden werden. Vgl. Referat 342, Bd. 137210.

## 94

**Gesandter Arnot, Moskau, an das Auswärtige Amt****VS-NfD****Aufgabe: 18. April 1985, 20.00 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 1189****Ankunft: 18. April 1985, 20.02 Uhr**

Betr.: Empfang des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Christians, durch GS Gorbatschow am 18.4.1985<sup>2</sup>

I. GS Gorbatschow empfing am Nachmittag des 18.4.85 Sprecher des Vorstandes der Deutschen Bank, Christians, zu einem Gespräch im Kreml, das eine Stunde und fünfzig Minuten dauerte. Gesprächsthemen waren deutsch-sowjetische politische Beziehungen mit starkem Nachdruck auf der Rüstungskontrolle, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Fragen der internationalen finanziellen Zusammenarbeit. Gespräch fand in ungewöhnlich entspannter und freundlicher Atmosphäre statt. Gorbatschow warb für ein seriöses und verantwortliches Herangehen an die internationalen Probleme unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und unterstrich besonders die wirtschaftliche Zusammenarbeit für die Entwicklung der politischen Beziehungen.

Auf sowjetischer Seite nahmen Staatsbankpräsident Alchimow sowie Berater des GS, Alexandrow, teil; Herr Christians wurde von einem Mitarbeiter der Deutschen Bank sowie von mir begleitet.

**II. Im einzelnen**

Gorbatschow leitete Gespräch mit Würdigung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein, die eine gute Basis für die politischen Beziehungen bilde. Es komme darauf an, Wege für ein gemeinsames Leben in der heutigen Welt zu finden, ungeachtet der ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede. West und Ost sollten gegeneinander nicht wie mittelalterliche Kreuzritter auftreten, die keine Schlußfolgerung aus der Geschichte gezogen hätten. Am Vorabend des 40. Jahrestages des Kriegsendes wolle er sagen, daß selbst in den schwierigsten Situationen des Krieges das deutsche Volk nicht mit dem damaligen System gleichgesetzt worden sei.<sup>3</sup> Es sei erforderlich, Lehren aus der Vergangen-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 19. September 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann vorgelegen.

<sup>2</sup> Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christians, hielt sich vom 16. bis 22. April 1985 in der UdSSR auf. Am 21. April 1985 teilte Gesandter Arnot, Moskau, mit: „Nach Sprecher amerik[anischen] Repräsentantenhauses O'Neill ist Herr Chr[istians] zweiter westlicher Besucher, den Gorbatschow seit seinem Amtsantritt (abgesehen von den Begegnungen mit Trauergästen) empfangen hat. Zwei kürzlich in Moskau weilende westliche Außenminister (NL und Kanada) hatten keinen Termin bekommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1217; Referat 213, Bd. 139324.

<sup>3</sup> Am 19. April 1985 ergänzte Gesandter Arnot, Moskau, zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christians: „Bei der Erörterung der kulturellen Tätigkeit der Deutschen Bank sagte der GS plötzlich, er sei übrigens schon in der BRD auf Einladung der DKP gewesen, und zwar vor zehn Jahren zur Feier des 30. Jahrestages des Sieges. [...] Er machte eine Pause und fuhr dann fort, er müsse eine Begebenheit erzählen. Die sowjet[ische] Delegation sei in ihrem Wagen vor einer Frankfurter Tankstelle vorgefahren, um zu tanken. Der Tankwart habe die Delegationsmitglieder sprechen gehört und gefragt, ob sie Russen seien. Nachdem dies bejaht worden sei, habe er gesagt, die Russen hätten die Deutschen

heit zu ziehen und sie unter den gegenwärtigen Bedingungen nutzbar zu machen. Es sei leichter, mit ihm, Christians, zu sprechen als mit Regierungen, die wechselten. Er glaube, daß die Verträge, die zur Zeit der Regierung Brandt geschlossen worden seien, vor allem mit der SU, aber auch mit anderen Staaten, und insbesondere mit der DDR, auf der Grundlage der Lehren aus der Vergangenheit zustande gekommen seien.<sup>4</sup> Die sowjetische Seite wolle sich nach Geist und Buchstaben an diese Verträge halten und hoffe, daß eine entsprechende Position von der Bundesregierung eingenommen werde. Er habe Bundeskanzler Kohl gegenüber erklärt, was die sowjetische Seite an der gegenwärtigen Regierung beunruhige, und ihn gefragt, wohin die Bundesrepublik Deutschland drifte.<sup>5</sup> Er habe die Erklärung gehört, daß die Regierung unter der CDU die politische und wirtschaftliche Bedeutung der beiderseitigen Beziehungen sehr verstehe und daß sie im Geiste der geschlossenen Verträge handeln wolle. Jedoch seien Raketen auf deutschem Boden erschienen. Dies habe die beiderseitigen Beziehungen beeinträchtigt. Andererseits sei die SU bereit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu fördern, und daher begrüße er die Tätigkeit von Herrn Christians besonders.

Er hoffe, daß die SU sich mit den Europäern darüber verständigen könne, Europa von nuklearen Waffen frei zu machen. Die amerikanische Administration versuche, für einen Eventualfall den Schlag von sich auf Europa abzulenken. Unter den jetzigen friedlichen Bedingungen wünschten die USA über ein Instrument des Druckes auf Europa, aber auch auf die Sowjetunion zu verfügen. Die Position der USA sei von den Interessen westeuropäischer Regionen verschieden. Er glaube, daß dieser Regierung im besonderen Maße an wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zur SU liege. Europa sei die Wiege der Zivilisation. Hier gäbe es reife Staaten, die in großen Dimensionen dächten. Wenn die USA diese seine Bemerkungen hörten, würden sie wieder schreiben, die SU versuche, Keile zwischen sie und die Europäer zu treiben. Derartige Bewertungen seien jedoch nur ein politisches Spiel. In Wirklichkeit sei die Mensch-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 495*

geteilt. Aber schon Stalin habe gesagt, die Hitlers kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt. Darauf habe er, G., gefragt, wessen Idee es denn gewesen sei, Deutschland zu zerstückeln. Die SU sei doch dagegen gewesen. Dann habe er, G., die weitere Frage gestellt, wer den ersten Schritt zur Vereinigung der drei Zonen gemacht habe. So seien sie alle Aspekte durchgegangen. Zum Schluß habe der Tankwart gemeint, dies möge alles so sein, die Deutschen litten trotzdem unter der Teilung. Darauf habe er erwidert, dies seien die Folgen des Krieges, die SU sei dafür nicht verantwortlich. Gorbatschow beendete diese Passage nach einem kurzen Zögern mit der Feststellung gegenüber Herrn Christians, 'Sie haben recht, wir wissen besser als andere Völker, was der Krieg bedeutet.'<sup>4</sup> Vgl. den Drahtbericht Nr. 1199; Referat 213, Bd. 139324.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388. Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>5</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.



heit an eine Grenze gelangt, wobei jetzt noch ein Sprung mit nuklearen Waffen<sup>6</sup> in das Weltall unternommen werden soll. Dabei rechneten die Amerikaner darauf, daß viele in der Welt mit den tatsächlichen Problemen von SDI nicht vertraut seien.

Das Problem sei, daß die Amerikaner nicht in Gleichheit mit anderen zusammenarbeiten könnten, sie seien vielmehr gewöhnt, andere zu kommandieren sowie ihnen ihre Philosophie und ihre Demokratie, auf die sie sehr stolz seien, aufzuzwingen, und zwar nicht nur den sozialistischen Ländern und den Westeuropäern, sondern auch den Ländern der Dritten Welt.

Die strategische Initiative sei ein Instrument des politischen Drucks. Falls die Menschheit noch in den Kosmos hinausgeht, beginne ein Prozeß, der schwer zu kontrollieren sein werde. Den Sowjets gefalle nicht, was in Amerika vor sich gehe, den Amerikanern nicht, was in der SU passiere. Dies sei jedoch kein Grund, einander zu vernichten. Man müsse vielmehr lernen, in der realen Welt miteinander umzugehen. Als er mit Frau Thatcher gesprochen habe<sup>7</sup>, habe er sie an ein Wort von Palmerston erinnert, der gesagt habe, England habe keine ewigen Feinde, es habe keine ewigen Freunde, sondern nur beständige Interessen<sup>8</sup>. Alle Staaten müßten wechselseitig die jeweiligen Interessen in der internationalen Arena respektieren. Die Sowjetunion erkenne britische Interessen an, England müsse sowjetische Interessen anerkennen. Nur auf dieser Grundlage könnten internationale Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil entwickelt werden.

Die Beziehungen mit der Deutschen Bank betrachte er nicht nur unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Interessen. In der wirtschaftlichen Tätigkeit (der SU) habe es im Winter und Frühjahr eine Verlangsamung gegeben. Das werde jetzt nachgeholt. Gegenwärtig werden der Fünfjahresplan sowie die Perspektive für das Jahr 2000 erarbeitet.<sup>9</sup> Alle diese Probleme würden auf dem Parteitag<sup>10</sup> erörtert, über dessen Durchführung demnächst ein Beschluß gefaßt werde. Die SU befasse sich mit neuen Problemen, insbesondere solchen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Dies eröffne Möglichkeiten, um die Beziehungen zwischen beiden Ländern auch in diesen Bereichen zu erweitern. Nötig seien neue Ideen und neue Technologien. Wenn die Bundesrepublik in der Lage sei, dazu ihren Beitrag zu leisten, würde die SU dies begrüßen. Aber dort gäbe es COCOM-Listen, Protektionismus und andere Elemente, die sich negativ auswirkten. Die SU wolle keine „alten Hüte“ beziehen. Die Sowjetunion müsse ernsthaft darangehen, ihre Wirtschaft umzugestalten. Beschlüsse seien gefaßt worden zur Modernisierung von Werken, zur Entwicklung des Maschinenbaus, der Einführung flexibler

<sup>6</sup> Die Wörter „mit nuklearen Waffen“ wurden von Vortragendem Legationsrat Stüdemann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>7</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des britischen Außenministers Lord Palmerston am 1. März 1848 vor dem britischen Parlament in London vgl. HANSARD, 3. Reihe, Bd. 97, S. 122.

<sup>9</sup> Das ZK der KPdSU billigte am 16. Juni 1986 den Entwurf des 12. Fünfjahrplans für 1986 bis 1990.

<sup>10</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

Automatisierungssysteme, automatisierter Projektierung, der Entwicklung der Computertechnik. Er lade uns zur Zusammenarbeit in diesen Bereichen ein.

Christians antwortete, die Bewältigung ökonomischer Probleme sei ohne die politische Dimension nicht möglich, und umgekehrt verhalte es sich ebenso. (Gorbatschow erklärte sich damit einverstanden.) Wenn wir zur Lösung von Problemen beitragen wollten, müßten wir wissen, auf welchem Wege sich die Sowjetunion befinde. Er, der Generalsekretär, bringe aufgrund seiner Vorbildung, seines politischen Instinktes und der analytischen Fähigkeiten im Bereich der Wirtschaft Voraussetzungen mit, ohne die Probleme der heutigen Welt nicht zu lösen seien. 40 Jahre nach dem Kriege müsse man die Erfahrung aus der Vergangenheit für die Zukunft nutzen. (GS stimmte zu.) Die Deutsche Bank habe die Kooperation mit der SU Ende der 60er Jahre begonnen, sie habe seitdem permanent Verhandlungen geführt und Verträge geschlossen. Die Bundesrepublik sei der größte Käufer sowjetischen Gases, der größte Devisenbringer für die SU. Verträge seien zum beiderseitigen Vorteil abgewickelt worden. Der letzte (Urengoi-Jamal) unter großen Schwierigkeiten von außen und innen, von denen man sich nicht habe beeindrucken lassen.<sup>11</sup>

Die Raketenstationierung, die GS erwähnt habe, sei Folge gegenseitigen Mißtrauens. Mißtrauen habe auch vorgeherrscht, als Deutsche Bank mit SU zu verhandeln begonnen habe. Doch sukzessive sei dieses Mißtrauen abgebaut worden. Heute unterrichteten uns unsere Militärs, daß die SU nicht aufgehört habe, SS-20 zu stationieren. Sie verfüge über rd. 420 SS-20 mit 1200 Sprengköpfen. Die Militärs sagten, daß diese SS-20 auf Westeuropa gerichtet seien und uns bedrohten. Wir seien ein kleines Land im Zentrum Europas, an der Nahtstelle zwischen Ost und West, und ohne eigene nukleare Bewaffnung. Für uns sei die Frage unserer Sicherheit ebenso wichtig wie für die SU ihre Sicherheit. Unsere Menschen seien (über Stationierung) beunruhigt und betroffen und erinnerten sich mit Schrecken an den letzten Krieg. Das russische und das deutsche Volk seien zwei Völker, bei denen nahezu jede Familie von den Leiden des letzten Krieges betroffen worden sei. Beide hätten alles Interesse, jeglichen Gedanken an den Krieg zu vermeiden. Es gäbe nur ein Mittel, das Mißtrauen abzubauen, nämlich durch gemeinsames Handeln, wie das im ökonomischen Bereich geschehe. Die deutsche Wirtschaft sei ein guter Partner. Wir seien die zweitgrößte Handelsnation der Welt. 35 Prozent unserer Bruttoproduktion gingen direkt in den Export, bei Japan sei es weniger als die Hälfte und bei den USA lediglich sechs bis sieben Prozent.

Wir könnten diese Stellung nicht halten, wenn wir nicht erstklassige Ware anbieten. „Alte Hüte“ könnten wir uns nicht leisten. Unsere Waren seien zwar nicht

<sup>11</sup> Die Ruhrgas AG und die sowjetische Sojusgasexport schlossen am 20. November 1981 in Essen ein Abkommen über die Lieferung von jährlich 10,5 Mrd. cbm Erdgas ab 1984/85. Die Referate 405 und 421 vermerkten am 26. November 1981: „Das Erdgasgeschäft mit der SU ist Teil unserer Bemühungen, den Anteil des Erdöls an der Deckung unseres Primärenergieverbrauchs zurückzudrängen (gegenwärtig ca. 48 %) und damit unsere Versorgungsbasis zu diversifizieren. [...] Es handelt sich um ein westeuropäisch-sowjetisches Geschäft. Neben der Bundesrepublik sind noch Frankreich, Belgien, die Niederlande, Italien, Österreich und möglicherweise in einem späteren Stadium auch weitere westliche Länder beteiligt.“ Die jährlich von der UdSSR zu liefernde Gesamtmenge Erdgas betrage 40 bis 55 Milliarden Kubikmeter. Berlin (West) sei mit einer Option auf eine jährliche Belieferung von bis zu 700 Millionen Kubikmetern in das Geschäft einbezogen. Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

billig, aber von hoher Qualität und zuverlässig, und wir verfügten über gute Finanzierungsmöglichkeiten auf Dauer. Wir sprächen mit den USA auch über COCOM. Er habe direkte Kontakte zu Washington. Demnächst solle mit US-Experten darüber gesprochen werden, wie die COCOM-Liste begrenzt werden könne. Baldrige und Shultz hätten dafür grünes Licht gegeben. Die SU verfüge über große wirtschaftliche Möglichkeiten. Sie sei an Rohstoffen das reichste Land der Welt und ein komplementärer Partner für uns, die wir technologisch gut ausgerüstet seien. (GS stimmte zu.) Sowjetunion habe bei allem Reichtum große organisatorische Probleme und Transportprobleme. (GS stimmte zu.) Auch in der Landwirtschaft gäbe es reiche Möglichkeiten. Die Deutsche Bank biete an, eine Zusammenarbeit auch in diesem Bereich zu vermitteln. Viele Gesellschaften mit modernsten Maschinen seien bei uns bereit, die Aufgabe in die Hand zu nehmen. Es bestünden sehr gute Voraussetzungen, und zugleich werden große Hoffnungen auf ihn, den Generalsekretär, gesetzt, damit durch Zusammenarbeit das Mißtrauen sukzessive abgebaut werden könne. Vertrauen könne nicht befohlen werden. Erfolg sei das Resultat langer gegenseitiger Bemühungen.

<sup>12</sup>Der Generalsekretär, der sein Interesse für die Ausführungen Christians ausdrückte, zeigte sich erstaunt über seine Bemerkungen zur sowjetischen Überlegenheit bei Raketen. Er wies auf die französische und britische Modernisierung im nuklearen Bereich hin und zitierte aus einem Brief der britischen Premierministerin an die Chiefs of Staff in USA, in dem sie bemerkt habe, daß die Sowjets die britische Modernisierung berücksichtigen müßten. Die SU tue das, aber nun sei sie, die Premierministerin, nicht zufrieden. Er verlange nicht die Liquidierung der britischen Waffen, sondern nur eine Berücksichtigung, ebenso wie die des französischen Nuklearpotentials sowie der US-Flugzeugträger in Europa und der US-Mittelstreckenwaffenbomber. Die USA sollten durchaus die vor ihren Küsten kreuzenden sowjetischen U-Boote berücksichtigen. Dafür berücksichtige die Sowjetunion amerikanische Flugzeugträger sowie das französische und britische Nuklearpotential. In Wien verhandelten die Diplomaten nun schon seit 14 Jahren<sup>13</sup>, tranken Kaffee und gingen einer fruchtlosen Tätigkeit nach. Wenn aber die politischen Führer zusammenkämen, gäbe es ebenfalls keine Fortschritte. Die SU suche ihre Sicherheit nicht zum Nachteil Westeuropas und der USA. Sie wolle lediglich gleiche Sicherheit.

Jetzt habe er ein Moratorium vorgeschlagen.<sup>14</sup> Dessen Sinn sei, daß wenn man schon am Verhandlungstisch sitze und diese Verhandlungen nicht ein Schirm sein sollten, hinter dem die Verwirklichung militärischer Programme verheimlicht werde, sondern dazu dienen sollten, nukleare Waffen zu reduzieren, dann sei es logisch, die Stationierung zu stoppen und sich in umgekehrter Richtung bis hin zur Liquidierung der Waffen zu bewegen. Nach Beginn der Verhandlungen (in Genf)<sup>15</sup> habe die SU gesehen, daß ein leeres Gerede begonnen habe,

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1190 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>13</sup> Die MBFR-Explorationsgespräche wurden am 31. Januar 1973 in Wien eröffnet. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 33.

<sup>14</sup> Zum Moratoriumsvorschlag der UdSSR vom 8. April 1985 vgl. Dok. 88.

<sup>15</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

und dies habe er hier auch den westlichen Führern gesagt. Die Amerikaner erklärten, die Gespräche würden sehr lange dauern. Alexandrow warf ein: Möglicherweise sogar Jahrzehnte – die Verhandlungen seien sehr schwierig, aber gleichzeitig setzten sie militärische Programme durch und steigerten die militärischen Ausgaben und versuchten, ihre Verbündeten zu disziplinieren. Der Bevölkerung, die demonstrierte, werde gesagt, es gebe doch Verhandlungen. Aber dies sei nur ein politisches Spiel, bei dem es darum gehe, wer wen ausspiele. Wo jedoch sei die verantwortungsvolle Politik zu sehen, damit es nicht zum äußersten komme? Mit der Interpretation, die Christians zu den Raketen gegeben habe, könne er nicht übereinstimmen, wenngleich er mit dem Hauptgedanken seiner Darlegung einverstanden sei. Je weiter sich die Kontakte in Wirtschaft und Politik entwickelten, desto leichter werde es, Mißtrauen abzubauen und Probleme zu lösen.

GS fragte sodann Christians, ob er Kapital in die US-Wirtschaft investiere und ob er der amerikanischen Politik der hohen Zinsen nachgegeben habe. Er sähe, daß die USA allein im vorigen Jahr hundert Milliarden Dollar durch die gestiegenen Zinsen verdient hätten. Damit finanzierten sie ihre Aufrüstung. Doch eines Tages werde auch in den USA der Katzenjammer groß sein. Jahrzehntelang hätten die USA Lateinamerika ausgeplündert. Heute seien viele dieser Länder gezwungen, 50 bis 70 Prozent ihrer Gewinne aufzuwenden, um die Zinsen an die USA zu zahlen. Mexiko werde dazu bald nicht in der Lage sein. Er habe den amerikanischen Kongreßleuten gesagt<sup>16</sup>, daß bald Unruhen in Lateinamerika ausbrechen und die Amerikaner dann wieder behaupten würden, dahinter stecke die Hand der SU. Er wundere sich jedenfalls, wie westeuropäische Banken die amerikanischen Rüstungsanstrengungen finanzieren könnten.

Herr Christians erläuterte dem GS ausführlich, daß der US-Dollar die größte Abrechnungs- und Reservewährung der Welt sei und Geld unter den bestehenden Bedingungen (hohe Zinsen und florierende Wirtschaft) ganz normalerweise angelegt werde. Kulminationspunkt sei allerdings erreicht. DM sei mit 12 Prozent weitere Reservewährung der Welt und sodann Yen mit etwa 4 Prozent. Er schilderte GS die Bemühungen darum, kleinere Währungen zu internationalisieren (Schwierigkeiten mit Italien und GB), um damit vielleicht eine alternative Reservewährung zu bilden. Christians wies darauf hin, daß sich Europa emanzipieren und nicht Anhängsel der USA sein wolle.

GS meinte, wirtschaftliche Stärke Westdeutschlands und Japans rühre daher, daß beide Länder lange Zeit keine nennenswerten militärischen Ausgaben gehabt hätten. Das wirke sich heute wirtschaftlich aus. Andererseits wolle Westdeutschland heute alle möglichen Waffen besitzen, die fast so gefährlich seien wie die Nuklearwaffen. Dies seien gefährliche Absichten (er wiederholte die Warnung noch zweimal), dies entgehe nicht der sowjetischen Aufmerksamkeit. Es werde vom Entstehen der Westeuropäischen Union gesprochen. Neue Waffen sollten gemeinsam entwickelt werden, u. a. ein neuer gemeinsamer Panzer. Christians warf ein, wir seien ein Land ohne nukleare Waffen, gehörten dem NATO-Bündnis an und hätten innerhalb dieses Bündnisses Verpflichtungen wie die

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, traf am 10. April 1985 in Moskau mit einer Delegation des amerikanischen Repräsentantenhauses zusammen.

DDR im Rahmen des Warschauer Paktes. Wir verhielten uns so, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Gorbatschow erwiderte, Christians nehme eine herausragende gesellschaftliche Stellung ein. Er vertrete realistische Meinungen. Zur friedlichen Koexistenz gäbe es keine Alternative. Er wünschte, daß bei uns mehr gesundes Denken vorherrsche, unabhängig davon, welche Partei am Steuer der Politik sei. Was die USA betreffe, so lebten sie noch in den Standards der 50er Jahre. Sie müßten lernen, in der heutigen realen Welt zu leben und die Interessen anderer zu berücksichtigen, nicht aber diese Interessen (GS machte entsprechende Handbewegung) übers Knie zu brechen. Europa könne viel tun. Das sei für ihn ein ernster Punkt. Die Politik müsse ernsthaft und verantwortungsvoll sein.

Nach Hinweisen von Christians auf kulturelle Aktivitäten der Deutschen Bank bemerkte GS, die Kulturen beider Länder seien einander sehr nahe. Sie hätten in traditioneller Weise einander bereichert.

Christians sagte, falls GS die Bundesrepublik besuche, würde er gerne ein Gespräch mit Wirtschaftsführern arrangieren. GS wies darauf hin, daß er ein<sup>17</sup> solches Gespräch bereits in GB geführt und sich dabei wie im eigenen Wahlkreis gefühlt habe. Ich erinnerte GS an die Einladung des BK zu einem Besuch in<sup>18</sup> unserem Lande. Gorbatschow nahm diese Erinnerung aufmerksam zur Kenntnis, ohne sich weiter zu äußern.

[gez.] Arnot

**Referat 213, Bd. 139324**

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „daß ein“.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „zu einem in“.

## 95

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt****114-11799/85 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 1948****Citissime****Aufgabe: 19. April 1985, 16.20 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 19. April 1985, 16.22 Uhr**

Betr.: Staatsbesuch Präsident Reagans vom 1.–6.5.85 in BR Deutschland;  
hier: Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg<sup>2</sup>

Bezug: DB 1900 vom 17.4.85, Pol 320.10/1<sup>3</sup>

Bitte um Weisung

Kenneth Bialkin, Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations<sup>4</sup> hat mich soeben (17.45 h) angerufen. Ausschließliches Gesprächsthema war der Programmpunkt Besuch des BK und Präsident Reagan des Soldatenfriedhofes in Bitburg.<sup>5</sup> Bialkin unterrichtete mich über das Gespräch im Weißen Haus mit Stabschef Regan, Patrick Buchanan und Ed Rollins am 16.4. (s. Bezugs-DB Punkt 2). Ziel desselben sei gewesen, vor allem den Besuch des Präsidenten in Bitburg noch einmal einer Überprüfung zu unterziehen. Er habe vorgeschlagen, die Kranzniederlegung für die Gefallenen nicht auf einem Friedhof stattfinden zu lassen, auf dem SS-Soldaten<sup>6</sup> liegen, die „ein be-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Merten am 19. April 1985 im Bereitschaftsdienst vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Neu: Nach Auskunft von Herrn MDg Stabreit, Bundeskanzleramt, die am 19.4.85 um 18.40 von Herrn v[on] Schubert, BStS, eingeholt wurde, ist Angelegenheit erledigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat von Rom am 20. April 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 22. April 1985 vorgelegen.

Hat Legationsrat Quelle am 27. April 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Noch nicht erledigt.“

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. auch Dok. 123.

<sup>3</sup> Botschafter van Well, Washington, informierte: „Die Unterrichtung der Öffentlichkeit am 11.4.85 [...] über den Programmablauf des Präsidentenbesuches in der BR Deutschland löste unmittelbar intensive Diskussionen um die vorgesehene Kranzniederlegung Präsident Reagans auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg aus. [...] Die amerikanischen Kriegsveteranen verübten die Wahl des Soldatenfriedhofs (Bitburg was a Nazi staging area for the Battle of the Bulge in December 1944' – W[ashington]P[ost] 12.4.) und die ausschließliche Ehrung deutscher Gefallener (Nazi soldiers). Die amerikanischen Juden zeigten sich empört über die Entscheidung des Präsidenten, den Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers, ‚aus Angst, alte Wunden wieder aufzureißen‘, auszuschließen, statt dessen jedoch einen Soldatenfriedhof zu besuchen, ‚der alte Wunden in einer Weise wieder aufreißt, welche die bittersten Ressentiments aufwühlt‘ [...]. Politiker, Kommentatoren, auch Vertreter der Administration, denen Quellenschutz garantiert worden war, warfen dem Präsidenten und seinen Beratern im Hinblick auf Dachau und Bitburg gravierende Fehleinschätzungen bei der Besuchsvorbereitung und Mangel an Taktgefühl vor“. Vgl. Referat 204, Bd. 135297

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „Presidents Conference of Major American Jewish Organizations“.

<sup>5</sup> So in der Vorlage.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schnepfen vermerkte am 25. April 1985, er habe der Botschaft in Washington zu den auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg bestatteten Angehörigen der Waffen-SS mitgeteilt: „In den letzten Kriegsjahren sind zahlreiche Wehrdienstpflichtige und Wehrmachtsangehörige ohne ihr Zutun in die Waffen-SS überführt worden [...]. Nach Angaben des Bürgermeisters von Bitburg befinden sich unter den 1995 Kriegstoten des dortigen Friedhofs 49 namentlich bekannte Angehörige der SS, von denen ein größerer Teil bereits im Frühherbst 1944 gefallen ist. [...] Aus grundsätzlichen Erwägungen [...] geht die Tendenz im Auswärtigen Amt dahin, sich nicht auf biographische Ermittlungen und die Erörterung von Daten und Einheiten einzulassen. Auch Tote

sonderes Image“ hätten, sondern eventuell in einer Kirche, einer Universität oder bei einem Kriegerdenkmal der Gefallenen zu gedenken, die selber Opfer des Regimes geworden seien. Berater des Präsidenten hätten diese Anregung nicht aufgenommen mit der Begründung, der Präsident wolle und könne BK nicht in Verlegenheit bringen.

Bialkin stellte fest, inzwischen sei die Problematik um den Programmpunkt Bitburg noch weitaus größer geworden. Er wende sich an mich, um mit mir über eine mögliche Lösung nachzudenken, da er nicht wolle, daß der Programmpunkt zu weiteren Polarisierungen der amerikanischen Bevölkerung und der deutsch-amerikanischen Beziehungen beitrüge.

Ich habe Bialkin auf der Grundlage des Schreibens des BK an Präsident Reagan geantwortet und deutlich herausgestellt, welchen Schaden es für die Persönlichkeit, das Ansehen sowie die Position des Kanzlers bedeuten würde, wenn er den Programmpunkt Bitburg nunmehr aufgäbe. Ich habe Bialkin ebenfalls auf das große Mißverständnis hingewiesen, daß die Reaktionen der amerikanischen Juden, der Kriegsveteranen und der Medien zu beherrschen scheine, nämlich die Unterstellung, BK wolle in die Ehrung der Toten auch die Schergen der NS-Verbrechen mit einbeziehen.

Bialkin stellte hierzu fest, er sei von den guten Intentionen und der Integrität des BK voll überzeugt, und fügte hinzu: Der bisher aufgetretene Schaden könne vielleicht eingedämmt werden, wenn BK am Sonntag in Bergen-Belsen in seiner Ansprache<sup>7</sup> auf den Programmpunkt Bitburg einging und dabei klar zum Ausdruck bringe, daß er nie beabsichtigt habe, die Handlanger der NS-Gewaltherrschaft zu ehren, ferner, daß er Verständnis für die Gefühle und Sorgen der Juden in aller Welt habe und schließlich, daß er tief erschüttert sei über das große Mißverständnis, das hinsichtlich seiner Intentionen aufgekommen sei.

Bialkin betonte, es sei wahrscheinlich noch besser, wenn BK diese Aussagen noch vor Sonntag<sup>8</sup> mache. Am besten wohl in einem Schreiben an Präsident Reagan.

Bialkin schloß Gespräch mit den Worten, er wolle seine eigenen Vorschläge nochmals überdenken, er werde mich morgen (19.4. um 10.15 h) wieder anrufen.<sup>9</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 502*

haben meines Erachtens ein Recht auf ‚Datenschutz‘. Diese Tendenz scheint auch der des Bundeskanzleramts (Dr. Neuer) zu entsprechen. Es besteht sonst die Gefahr, daß über die Erörterung individueller Biographien alle wirklichen oder imaginären Kriegsverbrechen bestimmter Kriegsschauplätze den Angehörigen bestimmter Einheiten und damit den Toten von Bitburg zugeschrieben werden.“ Vgl. Referat 012-9, Bd. 138597.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 21. April 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen vgl. BULLETIN 1985, S. 349–352.

<sup>8</sup> 21. April 1985.

<sup>9</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 19. April 1985 über ein Telefonat mit dem Vorsitzenden der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations: „Er, Bialkin, habe unser Gespräch von gestern abend noch einmal überdacht und sei zu dem Schluß gekommen, daß die Bitburg-Problematik wohl am besten angegangen werde, wenn BK in seiner Rede in Bergen-Belsen das Thema in dem Sinne anspreche, wie er gestern vorgeschlagen habe [...]. Bialkin betonte, von größter Bedeutung sei, daß BK hierbei ausdrücklich auf die jüdischen Opfer der NS-Gewaltherrschaft sowie auf die Gefühle der Überlebenden und der amerikanischen Juden insgesamt eingehe. [...] Bialkin unterrichtete mich sodann, daß er heute Mittag auf einem Essen zu Ehren Botschafterin Jeane Kirkpatrick eine Rede halten werde. Er fragte mich, ob ich es für angemessen hielte, daß er in dieser Rede erwähne, BK werde das Thema in Bergen-Belsen in von ihm vorgeschlagenem Sinne aufgreifen. Er hoffe, wenn er so verfare, daß wir die Sache hinter uns bringen könnten. Diese Bemerkungen“

Ich wäre dankbar, wenn mir bis dahin eine Weisung vorläge.

[gez.] van Well

VS-Bd. 12990 (204)

## 96

### Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-11801/85 geheim  
Fernschreiben Nr. 1949  
Citissime

Aufgabe: 19. April 1985, 09.35 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 19. April 1985, 16.57 Uhr

Betr.: Luftkorridore von und nach Berlin<sup>2</sup>;  
hier: Direktorenkonsultationen der Vier in Washington am 18.4.1985

Burt<sup>3</sup> erklärte, in der Frage der sowjetischen Reservierungen von Luftkorridoren von und nach Berlin müßten die Konsultationen beschleunigt werden. Die Drei hätten die Sache schleifen lassen. Es sei notwendig, dieser Angelegenheit auf politischer Ebene intensive Aufmerksamkeit zuzuwenden. Je mehr Zeit vergehe, desto mehr erodiere die westliche Position. Shultz habe vor zehn Tagen mit Dobrynin gesprochen und werde bald auf die Frage zurückkommen.<sup>4</sup> Am 14. Mai

#### Fortsetzung Fußnote von Seite 503

kung ergänzte er mit den Worten: „Leider käme soviel zusammen, und leider handhabe Präsident Reagan das Problem nicht sehr geschickt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1966; Referat 204, Bd. 135301.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Berg am 22. April 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastrup und Legationssekretär Weil verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bestätigt unseren Eindruck in der V[i]eriergruppe.“ Hat Kastrup und Weil am 22. April 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Wegen sowjetischer Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin kam es seit April 1983 zu Behinderungen im zivilen Flugverkehr von und nach Berlin. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 95; ferner AAPD 1984, I, Dok. 101.

Vortragender Legationsrat von Berg vermerkte am 18. März 1985 zum Vierertreffen der Politischen Direktoren am 14. März 1985 in London: „UK habe einleitend festgestellt, der Eindruck aufgeschlossenerer sowjetischer Haltung im Dezember 1984 habe sich inzwischen verflüchtigt. US berichtete, das Contingency-Papier für Demonstrationsflüge sei noch nicht fertig. UK regte an, vor einer Entscheidung hierüber eine weitere Zwischenstufe gegenüber der SU zu überlegen: Eine Demarche gegenüber dem sowjetischen Außenminister selbst in der Weise zu vollziehen, daß den SU-Botschaftern in den drei westlichen Hauptstädten eine Botschaft an Gromyko übergeben wird.“ Aus der Diskussion hielt Berg fest: „Es müsse darauf ankommen, den sowjetischen Politikern klarzumachen, daß ihre Militärs Unsinn gemacht hätten. Den Sowjets müsse Gelegenheit gegeben werden, unter Gesichtswahrung diesen Unsinn wieder zu revozieren.“ Vgl. VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Berg hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bestätigungsverfahren.“

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup notierte am 19. April 1985: „AM Shultz hat bei der Einbestellung Botschafter Dobrynins am 30.3. anlässlich der Erschießung von Major Nicholson auch das Korridorproblem angesprochen, worauf auch er keine nennenswerte sowjetische Reaktion erhalten



werde Shultz mit Gromyko in Wien sprechen.<sup>5</sup> Er hoffe, daß auch die beiden anderen Außenminister<sup>6</sup> diese Gelegenheit in gleicher Weise nutzen würden.

Vorher solle eine Dreier-Demarche, am besten durch die drei Botschafter in Moskau<sup>7</sup>, durchgeführt werden, damit Gromyko vor Wien Zeit zum Nachdenken habe.

Die USA seien bereit, Demonstrationsflüge durchzuführen. Diese Frage sei inzwischen in der Administration (Joint Chiefs of Staff, Außenminister, Verteidigungsminister<sup>8</sup>, NSC) abgeklärt. Briten und Franzosen seien wohl eher für „Shaving Flights“ (Flüge oberhalb der sowjetischen reservierten Zonen und Eindringen in die reservierten Zonen nur bei Start und Landeanflug). Die USA seien bereit, durch die gesamte reservierte Zone zu fliegen.

Burt räumte ein, man könne auch zuerst „Shaving Flights“ versuchen und als nächste Stufe – falls notwendig – zum vollen Durchflug übergehen.

Falls die USA sich mit Frankreich und Großbritannien nicht einigen könnten, seien die USA auch zu unilateralem Vorgehen bereit.

Die Briten hielten entgegen, daß zunächst der konkrete Vorschlag im BASC<sup>9</sup> (genügend lange Ab- und Anflugstrecken) behandelt werden sollte.

Frankreich stellte ebenfalls eine Erosion fest und die Notwendigkeit, nach weiteren Demarchen schnell Demonstrationsflüge durchzuführen.

Es bestand Einvernehmen, daß die Drei demnächst diplomatisch demarchieren<sup>10</sup> und die drei Minister in Wien je einzeln mit Gromyko sprechen und nach Möglichkeit sich im Anschluß daran im Viererkreise in Wien beraten.

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 13422 (210)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 504*

hat. AM Shultz hat gegenüber Dobrynin in Aussicht gestellt, bei gegebener Gelegenheit auf diese Frage zurückzukommen.“ Vgl. VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

Legationssekretär Weil hielt am 24. April 1985 aus der Sitzung der Bonner Vierergruppe vom Vortag fest: „Der amerikanische Sprecher teilte weiter mit, daß AM Shultz gegenüber Botschafter Dobrynin erneut am 18.4. das Korridorproblem angesprochen und wiederum keine nennenswerte sowjetische Reaktion erhalten habe. Dobrynin habe lediglich zugesagt, nach Moskau zu berichten.“ Vgl. VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Gespräch der Außenminister Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 15. Mai 1985 in Wien; Dok. 120.

<sup>6</sup> Roland Dumas (Frankreich) und Geoffrey Howe (Großbritannien).

<sup>7</sup> Arthur A. Hartman (USA), Jean-Bernard Raimond (Frankreich) und Iain Sutherland (Großbritannien).

<sup>8</sup> Caspar W. Weinberger.

<sup>9</sup> Berlin Air Safety Center.

<sup>10</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 7. Mai 1985, in der Viererrunde sei er darüber unterrichtet worden, daß beim sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister am 5. Mai 1985 eine gemeinsame Demarche der Drei Mächte „wegen sowjet[ischen] Beschränkungen des Luftzugangs nach Berlin“ durchgeführt worden sei: „Kornijenko habe sich nach Lektüre des Aide-mémoire erstens gegen die ‚Politisierung eines technischen Problems‘ ausgesprochen, zweitens darauf hingewiesen, daß die SU alleiniges Recht auf Kontrolle über Luftkorridore habe [...], und drittens mit einer Menge von Beschwerden gedroht, wenn Westmächte sie unter Druck setzen wollten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1398; VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

## Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer und Ungerer

200-350.00/1 VS-NfD

22. April 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Vorbereitung auf den ER Mailand (28./29. Juni 1985)<sup>4</sup>;  
 hier: Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für Institutionelle Fragen  
 („Dooqe-Ausschuß“)<sup>5</sup>: Für und Wider einer Regierungskonferenz

Bezug: Schlußfolgerungen des Vorsitzes des ER Brüssel vom 29./30. März  
 1985<sup>6</sup>

Anlg.: 2

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu  
 Ziff. 7

In Kapitel IV seines Schlußberichts an den Europäischen Rat (Anlage 1<sup>7</sup>) schlägt der Dooqe-Ausschuß vor, „in naher Zukunft eine Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten einzuberufen, die den Entwurf eines Vertrags über die Europäische Union aushandeln soll; bei diesen Verhandlungen wären der Besitzstand der Gemeinschaft, dieser Bericht und die Feierliche Deklaration von Stuttgart zur Europäischen Union<sup>8</sup> zugrunde zu legen, und man sollte sich von Geist und Methode des vom Europäischen Parlament verabschiedeten Vertragsentwurfs<sup>9</sup> inspirieren lassen.“

Die italienische Präsidentschaft stellt z.Z. Überlegungen über eine möglichst rasche und umfassende Umsetzung des Dooqe-Berichts an. Wir können davon ausgehen, daß sie dem nächsten ER in Mailand, der dem Dooqe-Bericht einge-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Klaiber und Legationsrat I. Klasse Läufer konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. April 1985 vorgelegen.

Hat Ploetz am 2. Mai 1985 erneut vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 410 verfügte.

Hat Staatssekretär Ruhfus am 2. Mai 1985 erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Jelonek am 3. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Ungerer am 6. Mai 1985 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 9. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 25. April 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 1. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>5</sup> Der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooqe-Ausschuß) legte dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel einen Bericht vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. März 1985 in Brüssel vgl. 79, Anm. 21.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 410, Bd. 130387.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 185.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Vertragsentwurfs des Institutionellen Ausschusses vom 14. Februar 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 209–229.

hende Beratungen widmen wird (Anlage 2<sup>10</sup>), die Einsetzung einer Regierungskonferenz vorschlagen wird, die dann unmittelbar zu Beginn des zweiten Halbjahres (Juli 85) ihre Arbeit aufnehmen soll.

Zur Klärung des Mandats und der Aussichten einer Regierungskonferenz beabsichtigt die Präsidentschaft im Vorfeld des ER Mailand bilaterale Kontakte mit den nationalen Regierungen auf politischer Ebene. Auch wir beabsichtigen Konsultationen mit mehreren EG-Partnern (F, GB, I, NL, B) im Mai/Juni 1985, bei denen es an die Umsetzung des Dooge-Berichts gehen wird. Zur Vorbereitung auf die Konsultationen und auf den ER Mailand wird das AA eine einheitliche Stellungnahme der Bundesregierung herbeiführen.

Im folgenden wird das Für und Wider einer Regierungskonferenz abgewogen:

#### 1) Ausgangslage

Nach der Erweiterung der Gemeinschaft konzentriert sich unser Interesse wieder auf ihre Vertiefung. Unser Ziel bleibt hierbei die Errichtung der Europäischen Union. In dieser Perspektive wollen wir jetzt möglichst bald substantielle politische Fortschritte erreichen:

a) Die Europäische Union umfaßt nach den Vorstellungen des Dooge-Berichts neben einer wirtschaftlichen und technologischen, eine kulturelle, eine außen- und sicherheitspolitische sowie eine institutionelle Komponente. Die EU gründet auf einer Wirtschafts- und Währungsunion.

Zu den genannten Bereichen hat der Dooge-Bericht ein umfassendes Entwicklungskonzept geliefert, dessen Umsetzung die Schwelle zur Europäischen Union überschreiten würde.

Eine möglichst rasche, integrale und wirksame Umsetzung der Reformvorschläge des Dooge-Berichts entspricht unserer europapolitischen Zielsetzung. Sie ist unabweisbar, damit die Reforminitiative des ER Fontainebleau vom Juni 1984<sup>11</sup> nicht versandet. Einige Vorschläge (z. B. zum Binnenmarkt) zielen nur auf die Verwirklichung der geltenden Verträge<sup>12</sup>, andere (z. B. zur Mitentscheidung des EP) bedürfen der Vertragsänderung oder zusätzlicher politischer Vereinbarungen (z. B. zur EPZ).

b) Bei den Verhandlungen im Ad-hoc-Ausschuß wurden folgende drei Grundpositionen deutlich:

- Die Gruppe der sechs Gründungsstaaten der Gemeinschaft ist grundsätzlich bereit, weitreichendere Reformpläne, die neben institutionellen Verbesserungen auch neue Aufgabenzuweisungen (Technologie, Außen- und Sicherheitspolitik, Kultur und Bildung) umfassen, mitzutragen. Bei der individuellen Bereitschaft zu durchgreifenden Reformen zeigen sich Unterschiede.
- Nur IRL lehnt ausdrücklich die Einbeziehung der Sicherheitspolitik in den Aufgabenkatalog der Gemeinschaft ab, akzeptiert jedoch die überwiegende Mehrzahl der Vorschläge der sechs Gründerstaaten. DK hat Generalvorbehalt

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats vom 29./30. März 1985 in Brüssel vgl. Referat 410, Bd. 130387.

<sup>11</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

gegen das Gesamtkonzept des Dooge-Berichts eingelegt. GR hat sich mit mehreren Vorbehalten gegen die meisten operativen Vorschläge des Berichts gewandt. Es ist nicht auszuschließen, daß diese drei MS im Verlauf eines längeren Verhandlungsprozesses und bei entsprechenden Gegenleistungen von einigen ihrer Reserven abrücken würden.

- GB, DK und GR haben sich unter Vorbehalten der Forderung des Dooge-Berichts nach Einbeziehung neuer Politiken in den Gemeinschaftsbereich angeschlossen. Alle drei MS sind allerdings gegen vertraglich fixierte Veränderungen des institutionellen Gefüges (Entscheidungsverfahren Rat, Befugnisse des EP). GB erscheint innerhalb dieser Gruppe noch am beweglichsten, ist aber vor allem in zwei Bereichen resistent: (1) Festhalten an der grundsätzlichen Anerkennung des „vitalen Interesses“ (Rat), (2) keine echte Mitentscheidung des EP beim Legislativverfahren (nur Ausweitung des Konzertierungsverfahrens).
- Über die Haltung der neuen MS (SPA und P<sup>13</sup>) ist noch wenig bekannt.

Die derzeit bestehende Ausgangslage wäre auch Grundkonstellation einer evtl. zustande kommenden Regierungskonferenz. Im Laufe eines Verhandlungsprozesses und des von ihm ausgehenden politischen Drucks erscheint diese Ausgangslage möglicherweise veränderungsfähig.

c) Für uns stehen im Vordergrund: die institutionellen Themen (Rat/EP), der Binnenmarkt, Technologie, Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung sowie tatsächliche Fortschritte in Richtung auf die Europäische Union. Mehrere unserer Partner haben aber z. T. abweichende Interessen (Wirtschaft/Währung).

## 2) Argumente für eine Regierungskonferenz

Für die baldige Einsetzung einer Regierungskonferenz spricht,

- daß der Dooge-Ausschuß nur Leitlinien und Optionen skizzieren konnte, die weiter konkretisiert und verbindlich gemacht werden müssen, bevor sie umgesetzt werden können;
- daß Fortschritte im EPZ- sowie im Sicherheitsbereich nur im intergouvernementalen Rahmen verhandelt und vereinbart werden können;
- daß eine Konferenz das geeignetste Instrument wäre, um den Gesamtansatz des Dooge-Berichts („politische Einheit der MS“ und qualitativer Sprung zur EU) integral zu behandeln, einer sektoriellen Aufsplitterung entgegenzuwirken und damit das Momentum der Reforminitiative von Fontainebleau zu erhalten, ggfs. auch grundlegendes Einvernehmen über Struktur und Finalität einer EU zu erzielen;
- daß sie ein Politikum mit erheblicher Öffentlichkeitswirkung wäre, dem sich kaum ein MS, auch nicht GB, entziehen könnte, so daß ein eingeleiteter Verhandlungsprozeß Sogwirkung auf alle zögernden Partner (GB, DK, GR) entfalten würde, deren Reichweite allerdings im einzelnen noch nicht abzuschätzen ist;
- daß eine Regierungskonferenz über den Dooge-Bericht Gelegenheit bieten würde, die in jedem Fall anstehende Auseinandersetzung mit dem Vertrags-

<sup>13</sup> Zu den Verhandlungen über den Beitritt Portugals und Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 79, Anm. 11, 13 und 14.

entwurf des EP zur Gründung einer EU (Februar 1984) aufzufangen und nur dessen brauchbare Elemente zu übernehmen;

- daß angesichts der Erweiterung dringend neue Anstöße zur Konsolidierung und Vertiefung der Gemeinschaft erforderlich sind, wenn der Integrationsprozeß nicht abflachen soll.

### 3) Argumente gegen eine Regierungskonferenz

Gegen die Abhaltung einer Regierungskonferenz könnte sprechen,

- daß ihre Einberufung – gerade nach dem erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit den iberischen Ländern – hohe Erwartungen in der Öffentlichkeit und in den Medien weckt, die im Verlauf der Verhandlungen enttäuscht werden könnten;
- daß sich die Konferenz unweigerlich auch mit den wirtschafts- und währungs-politischen Themen (Konvergenz, EWS) sowie mit der Haushaltsproblematik der EG beschäftigen wird, bei denen die Bundesrepublik – nach den Erfahrungen im Dooge-Ausschuß – in die Defensive geraten könnte;
- daß wir in der Konferenz auf Druck der Ressorts wahrscheinlich mit noch härterer Haltung als im Dooge-Ausschuß auftreten müßten.

### 4) Abwägung

a) Bereits die Reforminitiative des ER in Fontainebleau (Juni 1984) hat hohe Erwartungen in der Öffentlichkeit geweckt. Diese Erwartungen haben mit dem Dooge-Bericht einen weiteren Bezugspunkt erhalten. Sollten seine Reformvorschläge versanden, so würde dieser Negativeffekt schwer wiegen. Eine Regierungskonferenz würde in jedem Fall – wenn möglicherweise auch sektoriell beschränkt – Ergebnisse im institutionellen Bereich und in einigen Politikbereichen erbringen. Solche Ergebnisse könnten sein:

- volle Anwendung der Römischen Verträge,
- partielle Ergänzungen der Verträge,
- vertragliche Ausweitung der geltenden Verträge auf die EPZ- und Sicherheitsfragen,
- Entwurf eines (Zusatz-)Vertrages über die Europäische Union.

Materielles Ergebnis der Konferenz muß damit nicht zwangsläufig ein Vertrag über die Europäische Union sein. Ein entsprechendes zweigleisiges Verfahren wurde bereits von Präsident Mitterrand in seiner Rede vor dem EP am 24. Mai 1984<sup>14</sup> erwogen: einerseits Stärkung der Römischen Verträge, andererseits evtl. Verhandlungen über einen ergänzenden neuen Vertrag.

b) Auch die Sorge, die Bundesrepublik könnte auf einer Regierungskonferenz in die wirtschafts- und währungspolitische sowie in die haushaltspolitische Defensive geraten, ergibt im Ergebnis keinen durchgreifenden Hinderungsgrund. Auch in den anderen EG-Gremien sehen wir uns jetzt derselben Herausforderung und demselben Zwang zur Definition unserer europapolitischen Position ausgesetzt. Wir kommen in keinem Fall an der Grundsatzentscheidung vorbei, zu welchen konkreten europäischen Schritten wir bereit sind. (Die Haltung des

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 24. Mai 1984 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 331–338.

Bundeskanzleramts zu diesem Komplex ist noch nicht bekannt.) Weiterem Verhandlungsdruck werden wir nicht entgegen; freilich wird er sich im Rahmen einer Regierungskonferenz zur Reform der Gemeinschaft noch stärker konzentrieren.

c) Ein anderer Weg für eine zusammenhängende Behandlung aller Materien des Dooge-Berichts als eine Regierungskonferenz ist nicht ersichtlich. Zwar wäre es möglich, einzelne Vorschläge des Berichts durch die Gremien der Gemeinschaft (ER, Rat in seiner Doppelfunktion als EG-Organ und Versammlung der Vertreter der Regierungen der MS) umzusetzen. Der Bericht würde dann aber aufgesplittet werden, Stückwerk bleiben und weder den notwendigen politischen Durchbruch bringen noch die Öffentlichkeit überzeugen.

d) Die Bundesregierung sollte deshalb unter folgenden Voraussetzungen auf dem ER in Mailand der sich abzeichnenden Initiative der italienischen Präsidentschaft zur Einsetzung einer Regierungskonferenz folgen:

- Vor Einsetzung der Konferenz müßte breites Einvernehmen zwischen den Regierungen über die Umsetzung einer großen Anzahl der Sachvorschläge bestehen. Vor allem müßten F und GB zu erkennen geben, daß sie auch in den für uns wichtigen Bereichen (Institutionen, Technologie, Außen- und Sicherheitspolitik) zum Entgegenkommen bereit sind;
- Die Bundesregierung müßte sich bis zum ER Mailand auf eine möglichst umfassende Umsetzung des Dooge-Berichts geeinigt und eine entsprechend klare europapolitische Linie festgelegt haben.

##### 5) Mandat der Konferenz

a) Die Reformvorschläge des Dooge-Berichts zielen zugleich auf mehrere Aktionsfelder der Gemeinschaft. Neben den institutionellen Verbesserungen (ER, Rat, Kommission, EP) liegt der Hauptakzent in den Bereichen:

- Binnenmarkt,
- Wirtschaft und Währung,
- Technologiegemeinschaft,
- Rechtspolitik und Umwelt,
- kulturelle Zusammenarbeit,
- Gemeinsame Außenpolitik,
- Sicherheit und Verteidigung.

b) Die Implementierung dieser Vorschläge erfordert zumindest eine partielle Revision der Römischen Verträge. Um den Gesamtansatz des Berichts zu erfassen, müßte der Regierungskonferenz ein möglichst hoch angesetztes und umfassendes Mandat gegeben werden, wobei die Aufbereitung und Strukturierung des Verhandlungsstoffs der Konferenz selbst überlassen werden sollte.

c) Die „terms of reference“ für das Mandat sind im Dooge-Bericht im einzelnen vorformuliert worden: Einbringung der Vorschläge des Dooge-Berichts in einen Vertragsentwurf über die Europäische Union, unter Berücksichtigung des „acquis communautaire“ und der feierlichen Deklaration von Stuttgart (1983) und unter Orientierung an Geist und Methode des EP-Entwurfs (1984). An dieser relativ weiten Formulierung sollten wir festhalten.

## 6) Zusammensetzung der Konferenz

Der Dooqe-Bericht (Anlage 1) schlägt im einzelnen vor:

- Parteien der Konferenz sind die Mitgliedstaaten;
- Spanien und Portugal werden eingeladen, als Vollmitglieder an diesen Verhandlungen teilzunehmen, sofern die Beitrittsverträge noch vor der Eröffnung der Konferenz unterzeichnet worden sind;
- die Kommission der Gemeinschaft nimmt an den Verhandlungen teil;
- das Europäische Parlament wird eng an den Arbeiten der Konferenz beteiligt. Die Ergebnisse dieser Arbeiten werden dem Europäischen Parlament unterbreitet.

Dieser Regelung sollten wir auch weiterhin zustimmen.

## 7) Weiteres Vorgehen

Es wird vorgeschlagen, diese Aufzeichnung als Leitlinie für die bevorstehenden Beratungen mit den Ressorts (u. a. Thema „Regierungskonferenz“) zugrunde zu legen. Zum weiteren Vorgehen folgt gesonderte Vorlage der Abteilungen 4 und 2.<sup>15</sup>

Pfeffer

Ungerer

**Referat 410, Bd. 130387**

<sup>15</sup> Am 22. April 1985 empfahlen die Ministerialdirektoren Pfeffer und Ungerer: „Aus Sicht des AA sollte der Dooqe-Bericht möglichst umfassend im Rahmen einer Regierungskonferenz umgesetzt werden [...]. Eine einheitliche Haltung der Bundesregierung soll zunächst auf A[bteilungs]L[eiter]-Ebene am 7. und 8. Mai, sodann durch die Europa-Staatssekretäre am 10. Mai 1985 erarbeitet werden. Sie würde anknüpfen an die Ressortabstimmung von Januar bis März 1985, die der Klärung unserer Haltung im Dooqe-Ausschuß diente. Die Beratungen mit den Ressorts sollen auf der Grundlage einer detaillierten Bewertung der einzelnen Vorschläge des Dooqe-Berichts durch das AA geführt werden (StS-Vorlage ist in Vorbereitung). Hierbei wären auch die drei deutschen Vorbehalte (Konvergenz, EWS, Zusammensetzung Kommission) zu überprüfen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130387.

## 98

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer****D 2-200-369.21-342/85 VS-vertraulich****24. April 1985<sup>1</sup>**

Betr.: WEU-Ministerratssitzung 22./23. April 1985;  
hier: Abendessen der Außen- und Verteidigungsminister

BM führt ein: Öffentlichkeit erwarte, daß Minister sich mit SDI befassen. Das Thema sei aber absichtlich nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil es im Zusammenhang mit der Diskussion der Genfer Verhandlungen automatisch behandelt werden könne.

Er halte einen Meinungs austausch über folgende Aspekte für erforderlich:

- 1) die strategischen und politischen Auswirkungen der Entwicklung,
- 2) die amerikanische Einladung, am Forschungsprogramm teilzunehmen<sup>2</sup>,
- 3) die technologische Zusammenarbeit der Europäer.

Die Bundesregierung habe zu SDI ihre Linie nach der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 27. März 1985 veröffentlicht<sup>3</sup> und am 18. April 1985 eine Regierungserklärung<sup>4</sup> zu diesem Thema abgegeben. Sie messe der europäischen Konsultation große Bedeutung bei. Es frage sich, ob hierüber heute abend bei Tisch oder in der Sitzung am nächsten Morgen gesprochen werden solle.

Nach einer längeren Diskussion, in der sich Dumas, Howe und Hernu für die Erörterung im kleinen Kreise, van den Broek und die beiden belgischen Minister<sup>5</sup> für die Behandlung in großem Kreise aussprechen, schlägt Bundesminister folgendes Verfahren vor:

Die Minister befassen sich jetzt in kleinerem Kreise mit dem Thema. Auf der Grundlage dieser Aussprache trägt der Vorsitzende<sup>6</sup> am nächsten Morgen im großen Kreise das zusammengefaßte Ergebnis vor. Im kleinen Kreise lasse sich leichter ein gemeinsamer Nenner finden. Es dürfe keinesfalls nach außen der Eindruck entstehen, als sei dieses Treffen ein Gegenpol zu den Gesprächen mit den USA; das hieße, der SU Propagandahilfe leisten.

BM Wörner unterstützt den Vorschlag, der so akzeptiert wird.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Botschafter Ruth am 3. Mai 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann und Referat 220 verfügte.

Hat Hartmann vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S. 6 ist der entscheidende Punkt.“ Vgl. Anm. 11 und 12.

<sup>2</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner Dok. 85 und Dok. 87.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

<sup>5</sup> Belgischer Verteidigungsminister war Alfred Vreven.

<sup>6</sup> Hans-Dietrich Genscher.



Dumas trägt auf Bitte des Vorsitzenden zu EUREKA<sup>7</sup> vor, betont Kontinuität französischer Linie und die Notwendigkeit, europäische Technologie zu organisieren, in welcher Form auch immer. Das US-Angebot zur Beteiligung an SDI mahne zur Eile, obwohl es kein „Link“ zwischen EUREKA und SDI gebe, sondern nur einen zeitlichen Zusammenhang.

Wenn die Europäer auf das SDI-Angebot individuell antworteten,

- verpaßten sie den europäischen Zug,
- würden die einzelnen zu Sub-Kontraktoren der US,
- komme es zum „Abzug der Hirne und Finanzen“ aus Europa in die USA.

Die allgemeine Lösung liege in einer europäischen Technologiegemeinschaft, um die europäischen Industrien gegenüber US und Japan wettbewerbsfähig zu machen. Die spezifische Lösung liege in einer konzertierten Antwort auf das amerikanische SDI-Angebot. Wenn es eine bessere Lösung als die von Frankreich vorgeschlagene Agentur gebe, sei Frankreich „offen“.

Wenn die Frage im Rahmen der Zehn oder Zwölf besprochen werden solle, sei nichts dagegen einzuwenden. Nur müßten die „Strukturen geschmeidig“ sein.

Van den Broek setzt sich mit Nachdruck für die Behandlung im Gemeinschaftsrahmen ein. Zumindest müsse man es dort „zunächst versuchen“, sonst würden wir von den EG-Partnern mißverstanden. Auch die Finanzierungsfrage sei innerhalb der EG leichter zu lösen.

Howe sieht Notwendigkeit und Dringlichkeit verstärkter technologischer Zusammenarbeit in Europa, äußert sich erfreut, daß F nicht an dem Agenturgedanken festhält, und konkludiert, daß man eine gemeinsame Antwort auf SDI finden müsse, ohne der Technologiedebatte in der EG (Irland kein Mitglied der NATO) in die Quere zu kommen.

Heseltine bezweifelt die Möglichkeiten für eine kollektive Antwort: Es fehlten die europäischen „Vehikel“ dazu; die USA wollten keine kollektive Antwort, die bilateralen Möglichkeiten würden erschwert.

<sup>7</sup> Am 15. April 1985 übergab der französische Botschafter Morizet ein Schreiben des französischen Außenministers an Bundesminister Genscher. Darin schlug Dumas vor, „unverzüglich ein Europa der Technologie zu schaffen, das es uns möglich machen wird, soweit erforderlich, mit unseren großen internationalen Partnern, vor allem den Vereinigten Staaten und Japan, gleichberechtigt zusammenzuarbeiten. [...] Deshalb schlage ich Ihnen vor, diese Woche die Elemente einer großangelegten deutsch-französischen Initiative zusammenzustellen, die allen interessierten europäischen Ländern offenstehen soll [...]. Dieser Vorschlag für ein Europa der Technologie bestünde darin, eine sehr unbürokratische Koordinierungsstelle für die europäische Forschung einzurichten (auf Englisch: European Research Coordination Agency, ‚EURECA‘). [...] Die ins Auge gefaßten Forschungen werden sehr zahlreiche Auswirkungen haben, selbstverständlich in allen zivilen Bereichen, aber auch im militärischen Bereich.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178936.

Am 17. April 1985 resümierte Gesandter Rouget, Paris, Gespräche im französischen Außenministerium: „Um Erläuterung des Dumas-Schreibens gebeten, führte französische Seite aus, wie von Dumas schon im Gespräch mit BM am 13. April in Saarbrücken angedeutet, gehe es um die Sammlung und vereinte Optimierung des technologischen Fortschritts in Europa mit dem Ziel, Europa als ‚puissance spatiale‘ zur Geltung zu bringen. Sorge vor Kapitalflucht und technologischer Dienerrolle Europas spiele wesentliche Rolle. Gegenwärtig komme es auf Bestandsaufnahme und stärkere Erweckung gemeinsamen europäischen Problembewußtseins an. Es gehe um die Basis, von der aus Forschung und Entwicklung zu konkurrenzfähigen Ergebnissen getrieben werden können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 943; Referat 010, Bd. 178936.

Andreotti setzt sich für die Behandlung des Dumas-Vorschlags – ohne Direktbezug zu SDI – in der EG ein, die leider langsam arbeite. Man könne auch an Beteiligung von Staaten denken, die nicht der EG angehörten. Auf SDI sollte eine gemeinsame Antwort gefunden werden. Wenn wir uns engagierten, sollte das in „lebensfähigen konkreten Programmen“ geschehen.

BM: Auch wenn es SDI nicht gäbe, müßten wir uns mit der Frage der Technologiegemeinschaft beschäftigen, die von entscheidender Bedeutung ist. Sie gehöre auch zu den wichtigsten Empfehlungen des Dooge-Ausschusses.<sup>8</sup> Bundesregierung messe dieser Sache hohe Priorität bei. Wie GB hätten wir Probleme mit dem Vorschlag einer Agentur.

Über die allgemeine Technologiefrage solle in der Gemeinschaft gesprochen werden. Für den Aspekt Sicherheit sei das Forum der WEU geeignet.

Tindemans und die luxemburgischen Minister<sup>9</sup> sprechen sich für Weiterverfolgung der französischen Initiative in der EG aus, Tindemans folgt dem BM auch darin, daß WEU den Sicherheitsaspekt behandeln solle.

BM bezeichnet die Stellungnahmen zur europäischen Technologiegemeinschaft als ermutigend.

Zum zweiten Teil der Diskussion, SDI, könne man drei Feststellungen treffen:

- 1) Forschungsarbeiten sind unter dem ABM-Vertrag zulässig (zentrale Voraussetzung für eine eventuelle Beteiligung),
- 2) die US-Forschungsarbeit ist gerechtfertigt, da auch die SU forscht,
- 3) die US-Forschungsarbeit liegt im Interesse der Allianz.

Zur US-Einladung müßten wir zunächst folgendes konstatieren: Das Interesse von Firmen, Forschern, Forschungsinstituten sei groß, unabhängig davon, was die Bundesregierung über die Einladung denke. Wenn die USA deutsche Firmen einlade, könne die Bundesregierung nichts dagegen tun. Es gebe keine Vereinbarung mit den USA über Technologietransfer oder über den Einfluß unsererseits auf die Forschung (z. B. etwa gegen Interkontinental- oder Mittelstreckenraketen).

Bundesregierung sei deshalb an gemeinsamer Haltung europäischer Partner interessiert, wobei es nicht alle sein könnten. (Irland nicht Mitglied der NATO; griechische Sonderhaltung). Eile sei geboten wegen der geschilderten faktischen Entwicklung auf kommerzieller Basis.

Heseltine äußert sich skeptisch wegen der praktischen Durchführbarkeit: Verschiedene Länder erhielten von den USA verschiedene Konditionen. Die Regierungen könnten die Firmen nicht stoppen. Wer am schnellsten sei, werde begünstigt.

In Interventionen des niederländischen<sup>10</sup>, deutschen und französischen Verteidigungsministers wird der Gedanke entwickelt, zunächst jeweils national zu „inventarisieren“, d. h. die Gebiete zu definieren, in denen die Forschung und Industrie stark oder schwach sind und in denen also Beiträge geleistet werden

<sup>8</sup> Der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) legte dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 einen Bericht vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

<sup>9</sup> Marc Fischbach (Verteidigung) und Jacques Poos (Äußeres).

<sup>10</sup> Jacob de Ruiter.

können oder nicht, und dann in bilateralen Gesprächen mit den USA (so vor allem BM Wörner) herauszufinden, was von den USA gesucht oder angeboten wird.

Andreotti: Um Europa Zugang zu den Kenntnissen amerikanischer Programme zu verschaffen, können wir im Prinzip nur für die Teilnahme am Forschungsprogramm sein. Das Angebot Weinbergers geht jedoch an die bilateralen Industrien, von Regierungsabkommen ist nicht die Rede. Die USA wollen keine europäischen Regierungsgelder, und sie wollen rasch vorankommen. Sie haben sich deshalb auch an Japan, Schweden, Australien und Israel gewandt. Er habe das Gefühl, daß Abe sehr vorsichtig sei.

Van den Broek: Es komme jetzt darauf an, schnell national und dann kollektiv zu inventarisieren, um den USA unsere Möglichkeiten zusammen mit unseren Konditionen zu präsentieren. Man müsse mit den USA auch weiter über die politischen Implikationen sprechen.

Dumas und Hernu unterstützen diesen Vorschlag. Howe zeigt sich gegenüber Inventarisierung zurückhaltend.

BM faßt zusammen: Alle seien offenbar interessiert an einer koordinierten Reaktion. Dazu bedürfe es der Feststellung der jeweils eigenen Position. Die Bundesregierung könne heute die Frage nicht beantworten, zu welchen der zahlreichen <sup>11</sup>amerikanischen Programme wir etwas beitragen könnten. Deshalb sei Entsendung von Delegationen wichtig. Wir müßten feststellen, wo ziviler Nutzen gezogen werden könne. Die Erkenntnisse aus bilateralen Gesprächen mit den USA ließen sich mit den europäischen Partnern austauschen. Wir wollten, wie der Bundeskanzler vor dem Bundestag gesagt habe, mit unseren Freunden zusammengehen.

Heseltine erklärt, wir hätten nicht die Fähigkeit zu einer kollektiven Antwort. Wenn man bilateral anfangen, gehe es multilateral nicht mehr.

BM widerspricht und erläutert noch einmal die Sequenz des Vorgehens, für die er Konsens sehe. Wir strebten aufgrund nationaler und bilateraler Bemühungen eine koordinierte Reaktion der Europäer an, was nicht dasselbe sei wie eine kollektive Antwort.

Zu van den Broeks Bemerkungen, abgesehen von der technologischen Frage bedürfe es auch der Harmonisierung der politischen Haltung, erklärt BM Wörner, es gehe um zwei zusammenhängende Fragen, die zeitlich auseinanderfielen:

1) Die Frage der Beteiligung an der Forschung; die Antwort sei vielleicht schon im September fällig.

2) Die politisch-strategische Frage, die über mehr als ein Jahrzehnt mit den USA zu beraten sein werde.<sup>12</sup>

<sup>11</sup> Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> In Ziffer 7 des Kommuniqués der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23. April 1985 hieß es: „Die Minister untersuchten ferner Fragen in Verbindung mit den Forschungsanstrengungen in bezug auf strategische Verteidigung. Sie kamen überein, ihre gemeinsamen Beratungen fortzusetzen, um so weit wie möglich eine koordinierte Reaktion ihrer Regierungen auf die Einladung der Vereinigten Staaten zu erreichen, an dem Forschungsprogramm teilzunehmen und wiesen den Ständigen Rat entsprechend an. In diesem Zusammenhang unterstrichen sie die Bedeutung der fortlaufenden bilateralen Konsultationen mit ihren Partnern in der Atlantischen Allianz als ein wesentlicher Bestandteil alliierter Zusammenhalts.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 374.

Die Antwort auf die Frage 1) lasse sich aus zwei Gründen nicht abhängig machen von der Antwort auf Frage 2). Wir könnten deshalb nur, wie von BM Genscher vorgeschlagen, prozedieren, nämlich die nationalen Positionen und die Möglichkeiten für und Chancen bei einer Beteiligung feststellen und dann die Reaktion unter den europäischen Partnern koordinieren.<sup>13</sup>

Der Bundesminister schließt die Diskussion: Der politisch-strategische Fragenkomplex lasse sich aus zwei Gründen heute abend nicht mehr abhandeln. Vielleicht könne dies in der morgigen Sitzung geschehen.

Pfeffer

VS-Bd. 11334 (220)

## 99

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer

422-411.10 SYR-293/85 VS-vertraulich

24. April 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Lieferung chemischer Produkte nach Syrien zur evtl. CW-Herstellung<sup>4</sup>

Bezug: FS BMWi Nr. 8 vom 22.4.1985 – V A 8 – 976092–289/85 VS-v – dem Original beigelegt<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Billigung weiteren Vorgehens gemäß Ziffer III.

#### I. Sachverhalt

1) Aus Bezugs-FS und weiterer Abklärung mit BMWi und BAW ergibt sich folgendes Bild:

Die Fa. Riedel-de Haën AG in Seelze bei Hannover (eine indirekte Hoechst-Tochter) hat mit dem syrischen Forschungsinstitut CERS (Centre d'Études et de Recherches Scientifiques) einen Vertrag über die Lieferung von 100 t wasserfreier Flußsäure abgeschlossen, von denen 20 t bereits ausgeliefert worden sind.

<sup>13</sup> Ende der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 26. April 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 1. Mai 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hatten wir nicht im Zusammenhang mit dem Irak-Fall die entscheidenden Bestimmungen ergänzt?“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 422 verfügte.

Hat Staatssekretär Ruhfus am 2. Mai 1985 erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Loeck vorgelegen.

<sup>4</sup> Zu den Hinweisen auf eine Chemiewaffenproduktion in Syrien vgl. Dok. 65.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

2) Flußsäure ist ein genehmigungsfrei ausführbares chemisches Produkt, das neben einer Vielzahl ziviler Verwendungsmöglichkeiten, vor allem in der petrochemischen Industrie, auch als Vorprodukt für den chemischen Kampfstoff Sarin (Nervengas) Verwendung findet, wobei allerdings ein weiterer chemischer Zwischenschritt bis zur endgültigen Sarin-Synthese erforderlich ist.

Wie wir haben auch die anderen Staaten (Mehrzahl der EG-Länder, USA, Japan, Australien), die 1984 – ausgelöst durch den CW-Einsatz im Golfkrieg<sup>6</sup> – Ausfuhrkontrollen<sup>7</sup> – für bestimmte chemische Vorprodukte eingeführt haben, Flußsäure wegen ihrer weiten chemischen Anwendungsmöglichkeiten bisher nicht unter Ausfuhrgenehmigungspflicht gestellt. Es muß jedoch gesehen werden, daß den USA beispielsweise auch ohne eine solche Regelung die Versagung einzelner Liefergeschäfte aus nationalem Interesse rechtlich möglich ist.

3) Gegen das Forschungsinstitut CERS wird von israelischer und amerikanischer Seite der Verdacht geäußert, daß es im Begriff ist, eine CW-Produktion aufzubauen. Der BND mißt diesen Erkenntnissen der Partnerdienste hohe Wahrscheinlichkeit zu.

4) Gespräche des Bundesamts für Gewerbliche Wirtschaft (BAW) mit der Fa. Riedel-de Haën in der vergangenen Woche, die durch ein Schreiben des Auswärtigen Amts vom 29.3.1985<sup>8</sup> (auf konkreten Hinweis der amerikanischen Botschaft auf dieses Liefervorhaben) veranlaßt worden waren, haben zu der Bereitschaft der Firma geführt, kurzfristig weitere Lieferungen nach Syrien anzuhalten, obwohl diese bereits weitgehend versandfertig gemacht worden sind. Die Firma soll auch bereit sein, auf die Lieferungen insgesamt zu verzichten, benötige aber, um sich aus dem Vertrag lösen zu können, hierzu eine Erklärung der Bundesregierung, aus der hervorgehen müsse, daß bei Vertragserfüllung außenpolitischer Schaden entstehe. Allerdings wurde daran von der Firma die Frage einer Schadlosstellung geknüpft, da bisher für etwa 0,5 Mio. DM Spezialverpackungsbehälter beschafft worden seien, für die keine andere Verwendung bestünde.

Das BAW hat inzwischen andere deutsche Firmen, die ebenfalls als Lieferanten von Flußsäure in Frage kommen, gebeten, von Substitutionslieferungen abzusehen. Fa. Riedel-de Haën hat außerdem das CERS schriftlich gebeten, ihr eine genaue Erläuterung des mit der bestellten Flußsäure verfolgten Produktionsziels zu geben.

## II. Bewertung

1) Der Sachverhalt weist, mit deutlichen Parallelen zum Fall der Lieferung von Chemieanlagen nach Irak durch die Firmen Karl Kolb/Pilot Plant<sup>9</sup>, auf eine er-

<sup>6</sup> Zum Einsatz von Chemiewaffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 77, Anm. 9.

<sup>7</sup> Zur 52. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste vom 14. Mai 1984 vgl. Dok. 65, Anm. 13.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen teilte dem Bundesministerium für Wirtschaft am 29. März 1985 mit, daß die amerikanische Botschaft am 26. März 1985 auf die Absicht Syriens hingewiesen habe, von einer Firma aus der Bundesrepublik „große Mengen von Flußsäure“ zu beziehen. Vgl. VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Zur Lieferung einer zur Herstellung chemischer Waffen geeigneten Anlage an den Irak vgl. AAPD 1984, II, Dok. 286.

neute Problemlage ungewollter, ausfuhrgenehmigungsrechtlich nicht erfaßter Zulieferungen für chemische Produktionsabläufe hin, als deren Endprodukt chemische Kampfstoffe vorgesehen sein könnten.

2) Angesichts der Feststellungen zu 1) haben wir ein unmittelbares außenpolitisches Interesse daran, weitere Lieferungen an Syrien möglichst zu verhindern. Wir müssen die USA (und Israel), die uns auf den Fall aufmerksam gemacht haben, über unser beabsichtigtes Vorgehen unterrichten. Die amerikanische Seite hat bereits deutlich gemacht, daß sie von uns, trotz der ihr bekannten Schwierigkeiten mangels rechtlicher Eingriffsmöglichkeiten, erwartet, daß wir die Lieferungen möglichst verhindern.

a) Da wir gegenwärtig keine rechtliche Handhabe zu einer Verhinderung der Lieferung haben, müßte hier kurzfristig im Verordnungswege durch Erweiterung der Ausfuhrliste um Flußsäure (im Anschluß an die Mai 1984 erfolgte Erfassung einiger für Lost und Tabun wesentlicher Vorprodukte) eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden.

Dies begegnet aber erheblichen Schwierigkeiten:

- Flußsäure hat weite zivile Anwendungsmöglichkeiten, vor allem in der petrochemischen Industrie, so daß es schon aus diesem Grunde schwer vertretbar erscheint, sie unter Ausfuhrgenehmigungspflicht zu stellen.
- Einseitiges nationales Vorgehen würde wegen Substitutionsmöglichkeiten nichts bewirken. Einführung der Genehmigungspflicht erscheint nur vertretbar – wie bei Vorprodukten für Tabun und Lost – im Wege international abgestimmten Vorgehens.

Es müßte festgestellt werden, ob diese für unser weiteres Vorgehen entscheidende Voraussetzung zu schaffen ist. Dies wäre zunächst mit den USA aufzunehmen, die uns auf das konkrete Liefervorhaben aufmerksam gemacht haben.

b) Diese Klärung und notwendige internationale Abstimmung des Vorgehens läßt eine rasche Verordnung, mit der die hier fragliche Lieferung ggf. noch angehalten werden könnte, wenig aussichtsreich erscheinen. Im Vorfeld derartiger Maßnahmen sollten wir mit dem Ziel, zumindest eine Verzögerung der Auslieferungen und die Verhinderung neuer Vertragsabschlüsse zu erreichen, wie folgt vorgehen:

- Einwirken auf die Firma, freiwillig von weiteren Lieferungen abzusehen, wobei ihr ein schriftlicher Hinweis auf drohende außenpolitische Belastungen aus einer Vertragserfüllung als notwendige Grundlage zur Lösung aus dem Vertrag mit dem CERS („Höhere Gewalt“) an die Hand gegeben werden müßte. Problem ist eine Schadlosstellung, die nach allen Erfahrungen mit dem Fall Kolb nicht angeboten werden kann. BMF war dort zu Entschädigungsleistungen erst im Rahmen eines Kabinettsbeschlusses bereit, die der Firma im Vergleichswege zur Aufgabe eines Klageanspruchs angeboten werden sollten. Dazu kam es jedoch nicht. Zuständig für Gespräche mit der Firma wäre das BMWi; dessen Bereitschaft dürfte – wenn überhaupt – nur auf Leitungsebene herbeizuführen sein.
- Darüber hinaus sollte BMWi aufgefordert werden, die Firma Riedel-de Haën zu der Zusage zu veranlassen, keine neuen Verträge für die Lieferung von

Flußsäure nach Syrien abzuschließen. Entsprechende Einwirkung auf andere mögliche Lieferanten der chemischen Industrie sowie der Fachverbände erscheint ebenfalls angezeigt.

III. Es wird vorgeschlagen, das BMWi auf StS-Ebene zu bitten, entsprechend Ziff. II 2b) auf die Firma Riedel-de Haën und weitere mögliche Lieferfirmen sowie Fachverbände einzuwirken.<sup>10</sup>

Gleichzeitig soll zunächst mit den USA versucht werden zu klären, wie eine international abgestimmte Regelung für die Ausfuhrkontrolle von Flußsäure realisiert werden könnte.

D 3<sup>11</sup> und D 2A<sup>12</sup> haben mitgezeichnet.

Ungerer

**VS-Bd. 13728 (422)**

<sup>10</sup> Mit Schreiben vom 11. Juni 1985 bat Staatssekretär Ruhfus Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, die Firma Riedel-de Haën zu einem freiwilligen Verzicht auf weitere Lieferungen von Flußsäure nach Syrien zu bewegen. Ferner teilte er mit: „Nachrichtendienstliche Hinweise über einen sich ausbreitenden internationalen Handel mit diesen Produkten für CW-Zwecke lassen es in diesem Zusammenhang geraten erscheinen, ein grundsätzliches Gespräch mit Vertretern der chemischen Industrie zu suchen und sie auf die offenbar oftmals unbekannten Verwendungsmöglichkeiten gewisser chemischer Vorprodukte bei der CW-Herstellung hinzuweisen, die genehmigungsfrei ausgeführt werden können. Nach Ansicht des BND könnten problematische Ausfuhren weitgehend dadurch vermieden werden, daß die Firmen, falls Abnehmer oder Verwendungszweck nicht eindeutig erkennbar sind, nach Rückfragen beim BAW (das seinerseits auf fachdienstliche Erkenntnisse zurückgreifen könnte) von Vertragsabschlüssen ggf. Abstand nehmen.“ Vgl. VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Wilhelm Haas.

<sup>12</sup> Friedrich Ruth.

## 100

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ischinger****010-773/85 VS-vertraulich****24. April 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Gespräche BM mit AM Howe und AM Dumas am 22. und 23.4.85<sup>2</sup>;  
hier: Libyen

1) Bei einem Gespräch aus anderem Anlaß fragte AM Howe BM nach unserer Reaktion auf die kürzlichen libyschen Morde in der Bundesrepublik Deutschland. Die britischen Sicherheitsbehörden hätten Informationen über die Beteiligung offizieller libyscher Stellen unseren zuständigen Behörden weitergegeben. Man sei an einer klaren Reaktion unsererseits interessiert.

BM: Zwei Fälle seien zu unterscheiden: Der erste Fall (Aachen<sup>3</sup>) sei ungeklärt, insbesondere sei ungeklärt, ob er politische Hintergründe habe. Der zweite Fall (Bonn)<sup>4</sup> habe einen politischen Hintergrund. Der Fall sei allerdings sehr kompliziert. Er wolle hierzu AM Howe vertraulich folgende Hintergrundinformationen geben: Uns sei nach der Einreise des Mörders in die Bundesrepublik Deutschland eine Warnung zugegangen, die infolge unkoordinierten Vorgehens auf seiten unserer inneren Behörden nicht umgesetzt worden sei. Erstaunlicherweise sei die Quelle dieser Warnungen die libysche Seite selbst gewesen.<sup>5</sup> Er müsse aus diesem Vorgang schließen, daß es in Libyen rivalisierende Gruppen

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Ministerialdirektor Haas am 25. April 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schlagintweit und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Strenziok verfügte.

Hat Schlagintweit am 25. April 1985 vorgelegen.

Hat Strenziok vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher traf mit den Außenministern Dumas (Frankreich) und Howe (Großbritannien) anläßlich der WEU-Ratstagung auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 22./23. April 1985 zusammen.

<sup>3</sup> Am 13. April 1985 erschoss ein 21 Jahre alter Libyer in einem Lebensmittelgeschäft in Aachen einen marokkanischen Staatsbürger. Vgl. dazu den Artikel „Libyer erschießt Marokkaner“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. April 1985, S. 2.

<sup>4</sup> Der libysche Regimekritiker Gebril el-Denali wurde am 6. April 1985 von einem Landsmann in Bonn auf offener Straße erschossen. Dabei wurden zwei Passanten schwer verletzt. Referat 311 hielt dazu am 15. April 1985 fest: „Denali gehörte zu den sechs bis acht libyschen Regimegegnern, deren Auslieferung bzw. Abschiebung die libysche Regierung immer wieder von uns verlangt hat. [...] Auch wenn die Aussage des Täters, er sei Mitglied eines Revolutionskomitees, zutrifft, muß in Rechnung gestellt werden, daß das Verhältnis zwischen diesen Revolutionskomitees und libyscher Regierung schwer zu durchschauen ist. Sie agieren neben der Staatsgewalt und tendieren dazu, als Avantgarde der permanenten Revolution ihre Kompetenzen zu überschreiten.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137902.

<sup>5</sup> Am 29. Januar 1985 berichtete Botschafter Enders, Tripolis, über ein Gespräch vom Vortag mit dem libyschen Minister für Äußere Sicherheit. Belgassems habe zu den libyschen Regimegegnern in der Bundesrepublik erklärt: „Man werde jetzt von libyscher Seite direkt gegen diese Leute vorgehen. Nach zweitem Mord innerhalb eines Jahres an Angehörigem libyschen Volksbüros in Rom befürchte man, daß sich gleiches in Bonn ereignen könne. Leider sei auch er als alter Polizist zur Überzeugung gekommen, daß wir nicht alles in unserer Macht Stehende täten, genannten Personenkreis aus Deutschland zu entfernen.“ Enders zog folgendes Fazit: „Belgassems Ausführungen bestätigen nur, was hier bereits festzustellen war: Mord in Rom und Blamage im Fall Bakoush haben libysche Revolutionskomitees in Zustand erhöhter Nervosität versetzt. Drohungen können daher nicht ernst genug genommen werden, und Einreisen von Libyern in die Bundesrepublik sollten noch genauer als bisher geprüft werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 63; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1985.



gebe bzw. daß bestimmte Gruppen möglicherweise außer Kontrolle geraten seien.

Unter diesen Umständen sei es für uns außerordentlich schwierig, Schritte gegen die Seite zu unternehmen, die uns ausdrücklich in dieser Sache gewarnt habe. Dies alles könne nicht öffentlich gesagt werden. Aber es sei bezeichnend gewesen, daß sowohl der libysche Geschäftsträger in Bonn wie auch kurz darauf Gaddafi selbst versichert hätten, daß die libysche Regierung mit dem Vorgang nichts zu tun habe, daß sie nichts gegen eine Bestrafung des Mörders einzuwenden hätten und daß sie keine Freipressung versuchen würden.

2) In einem Gespräch mit AM Dumas am 23.4., 8.00 h, erläuterte BM die vorgenannte Problematik seinem französischen Kollegen in gleicher Weise.

Ischinger<sup>6</sup>

VS-Bd. 13624 (311)

## 101

### Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-11895/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 727  
Citissime

Aufgabe: 24. April 1985, 22.25 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 24. April 1985, 22.27 Uhr

Betr.: Unterrichtung des NATO-Rats über die erste Verhandlungsrunde der bilateralen Genfer Rüstungskontrollverhandlungen<sup>2</sup> durch die drei amerikanischen Verhandlungsleiter am 24. April

Bezug: DB Nr. 725/726 AZ: I-37180-1426/85 VS-v<sup>3</sup>

Der NATO-Rat wurde in seiner Sitzung heute (24. April 1985) von den amerikanischen Verhandlungsführern in Genf über den Stand der Genfer Verhand-

<sup>6</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 24. April 1985 vorgelegen.  
Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen.

<sup>2</sup> Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt.

<sup>3</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), teilte am 24. April 1985 zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf mit: „Ich leitete die Aussprache mit dem Hinweis darauf ein, daß BM in Bundestagsdebatte am 18.4.85 erneut betont habe, daß die Genfer Verhandlungen neue Aussichten für das West-Ost-Verhältnis schafften und damit potentiell Verbesserungen in Richtung auf stabilere und dauerhafte Beziehungen auch in Europa möglich machten. Deshalb messen wir, wie auch die anderen Verbündeten, den regelmäßigen Unterrichtungen und Konsultationen über den Verhandlungsstand in Genf ganz besondere Bedeutung bei.“ Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

lungen nach Abschluß der ersten Verhandlungsphase unterrichtet (vgl. hierzu Bezugs-DB).

Bei einem aus diesem Anlaß vom Generalsekretär<sup>4</sup> für die Verhandlungsführer aus Genf und die Mitglieder des Ständigen Rats gegebenen Mittagessen wurde die Erörterung fortgesetzt. Sie bezog sich weniger auf konkrete Fragen, als vielmehr auf generelle Aspekte der Verhandlungen. Hieraus halte ich folgendes fest:

Auf die Frage des Generalsekretärs, ob die Amtsübernahme durch Generalsekretär Gorbatschow sich in Genf bereits in irgendeiner Weise bemerkbar mache, äußerte Botschafter Kampelman unter Zustimmung seiner beiden Kollegen, daß in Genf nach wie vor „Gromyko-Politik“ von der sowjetischen Delegation betrieben werde. Nach seiner Auffassung bleibe abzuwarten, ob, wie von einigen vermutet, Gromyko das Amt des Staatspräsidenten oder des Ministerpräsidenten übertragen werde.

Dieses wäre gegebenenfalls als die Absicht Gorbatschows zu werten, seinen eigenen Einfluß in der Außenpolitik stärker zur Geltung zu bringen. So lange Gromyko Außenminister bleibe, müsse man davon ausgehen, daß sich außenpolitisch, und besonders in bezug auf Rüstungskontrollpolitik, nichts ändere, und dieses die Billigung von Gorbatschow habe.

Meine in der Ratssitzung gestellte Frage nach der amerikanischen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sowjets im SDI-Bereich noch einmal aufgreifend, bemerkte Kampelman, daß man nicht erwarten könne, daß zu einer solchen Zusammenarbeit eine Initiative von der Sowjetunion ausgehen werde. Die Sowjetunion mißtraue zutiefst der Zielsetzung der amerikanischen Bemühungen. Es sei daher Aufgabe der Vereinigten Staaten, die sowjetische Seite von den wahren amerikanischen Absichten bei SDI zu überzeugen und sie auf diesem Wege vielleicht zu einer Zusammenarbeit zu bringen.

Botschafter Kampelman vertrat auf eine entsprechende Frage die Auffassung, daß die Vereinigten Staaten bei brauchbaren Ergebnissen der SDI-Forschung ein SDI-System auch installieren werden, wenn es den dafür aufgestellten Kriterien entspreche. In bezug auf die Dauer der Genfer Verhandlungen vertrat Botschafter Glitman dezidiert die Auffassung, daß die Sowjets vorrangig das Ziel verfolgen, mit Hilfe der Verhandlungen Uneinigkeit im Westen zu erzeugen. Je deutlicher der Westen seine Entschlossenheit mache, wie bei der INF-Stationierung seine Einigkeit auch in der SDI-Frage zu bewahren, um so größer seien die Aussichten auf konkrete Erfolge.

Andernfalls könnten die Verhandlungen sich „endlos“ hinziehen. Botschafter Tower vertrat hingegen die Auffassung, daß die Sowjetunion im technologischen Bereich, und hier insbesondere auf dem Gebiet der Computertechnik, immer weiter ins Hintertreffen gerate und dieses sie veranlassen werde, Verhandlungsergebnisse in Genf zu suchen.<sup>5</sup> Nach Auffassung von Botschafter Tower hat die Computertechnik einen Punkt erreicht, an dem nun zur Entwicklung neuer

<sup>4</sup> Lord Carrington.

<sup>5</sup> Der Passus „im technologischen ... zu suchen“ wurde hervorgehoben. Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Schmidt handschriftlich: „Wieso helfen die Verhandlungsergebnisse?“

Computergenerationen nur noch hochentwickelte Computer fähig sind, welche die Sowjets schon nicht mehr hätten.

Auf die Frage, in welche Verhandlungssituation der Westen gerate, falls die Sowjetunion ein in der öffentlichen Perzeption „attraktives“ Angebot für ein Zwischenergebnis mache, antwortete Kampelman, daß der Westen jedes Angebot prüfen müsse.

Botschafter Glitman und Botschafter Kampelman vertraten die Auffassung, daß die Sowjetunion ihrerseits keinen Zusammenhang zwischen Fortschritten in Genf und Fortschritten in Stockholm<sup>6</sup> oder Wien<sup>7</sup> herstelle, sondern die jeweiligen Verhandlungen „on their own merits“ führe.

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 11279 (220)

## 102

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jelonek

VS-NfD

26. April 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Agrarpreisverhandlungen 1985/86<sup>3</sup>;

hier: Stand der Verhandlungen und deutsche Haltung bei möglicher Abstimmung – kein deutsches Veto

Mit der Bitte um Entscheidung zu Ziffer 6)

I. 1) Nach der Sitzung des Agrarrates am 22./23.4.85 sind die Agrarpreisverhandlungen weiterhin blockiert. Ein von der Präsidentschaft in enger Zusammenarbeit mit der EG-Kommission vorbereiteter Kompromißvorschlag führte zu keinen Fortschritten, da er zwar einige Forderungen einzelner MS berücksichtigte, jedoch wesentlichen deutschen Anliegen (keine Getreidepreissenkung, stärkere Erhöhung Milchpreis, Verschiebung der Kürzung der Garantiemenge Milch) nicht Rechnung trug.<sup>4</sup> Die im Kompromiß vorgeschlagene Änderung des

<sup>6</sup> Zur KVAE in Stockholm vgl. Dok. 42 und Dok. 43.

<sup>7</sup> In Wien fand vom 31. Januar bis 28. März 1985 die 35. Runde der MBFR-Verhandlungen statt. Vgl. dazu Dok. 83.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat van Edig konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 26. April 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „VS-NfD.“ Hat Ruhfus am 30. April 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Minister mündlich vorgetragen am 29.4. 2) BM bittet um Vorlage, wie Problem nach Vorstellung AA gelöst werden kann.“

<sup>3</sup> Zu den EG-Agrarpreisverhandlungen vgl. Dok. 79, Anm. 37.

<sup>4</sup> Bundesminister Kiechle informierte am 26. April 1985 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 22./23. April 1985 in Brüssel: Ein Kompromißvorschlag der italieni-

Garantieschwellenmechanismus bei Getreide kommt deutschen Vorstellungen in gewissem Umfang entgegen, stößt aber bei einigen anderen MS auf Zweifel. In der Ratssitzung zeigte sich erneut, daß die mit Einkommensaspekten begründete deutsche Ablehnung jeder Getreidepreissenkung<sup>5</sup> zum Angelpunkt der Verhandlungen geworden ist. Dabei hat deutsche Delegation die übrigen MS – wie erwartet – nicht von ihren Alternativvorschlägen überzeugen können.

2) Wenn es der Präsidentschaft gelingt, durch weitere Verfeinerung ihrer Vorschläge einen für die übrigen MS konsensfähigen Kompromiß herzustellen, den auch die EG-Kommission mittragen könnte, stellt sich verschärft die Frage nach einer Deblockierung der Getreidepreisproblematik durch Anwendung der Mehrheitsabstimmung im Rat. Präsidentschaft hat diese Option bisher nicht in die Diskussion gebracht. Minister Pandolfi hat jedoch auch deutlich gemacht, daß er zur Deblockierung der Verhandlungen Kompromißbereitschaft auch von D erwartet. Unter dem Druck ihrer Interessenverbände drängen andere MS, insbesondere F und NL, auf schnelle Preisentscheidungen.

3) In dieser Verhandlungssituation sollte es erstes Ziel der deutschen Verhandlungsführung sein, eine Abstimmung zu vermeiden. Ohne einen gewissen konstruktiven deutschen Beitrag wird dies indessen nicht zu erreichen sein. BML könnte sich z. B. überlegen, ob es im Rat ein mehrjähriges Einfrieren der nominalen Getreidepreise vorschlägt – vorbehaltlich anderer, wirksamerer Maßnahmen, auf die sich der Rat in den nächsten Jahren einigen könnte. Zwar ist fraglich, ob dies ausreichen würde (GB besteht auf Getreidepreissenkungen), doch würde damit zumindest die rein negative deutsche Position abgemildert.

4) Sollten die Verhandlungen trotz aller Bemühungen auf eine Abstimmung hinauslaufen, kann die deutsche Reaktion nur sein, sich überstimmen zu lassen, auch wenn nationale agrarpolitische Interessen auf dem Spiele stehen.

Im Agrarrat hat sich in den 19 Jahren seit dem „Luxemburger Dissens“<sup>6</sup> bisher kein MS auf ein in der Sache liegendes vitales nationales Interesse berufen, um eine Abstimmung gegen sich zu verhindern. Das von GB 1982 geltend gemach-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 523*

schen EG-Ratspräsidentschaft habe „noch keinen umfassenden Lösungsansatz, sondern nur punktuelle Lösungsversuche (z. B. bei Getreide, Milch, Schaffleisch sowie Obst und Gemüse)“ gebracht. Er komme den Vorstellungen der Bundesregierung zwar entgegen, bleibe aber „in dieser Form nicht annehmbar, da er die Möglichkeit von Preissenkungen einschließt“ und wichtige Anliegen wie die Erhöhung des Richtpreises für Milch unberücksichtigt lasse. Allerdings seien die Getreidepreise weiterhin „der materielle und politische Prüfstein“. Vgl. Referat 416, Bd. 130913.

<sup>5</sup> Zu den befürchteten Auswirkungen einer Getreidepreissenkung auf die Einkommen der Landwirte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 79, Anm. 35.

<sup>6</sup> In der Folge der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Paris lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, das mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes ab 1. Januar 1966 gelten sollte, ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls“. Die Krise konnte auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden. Er sah in Ziffer I vor, daß bei Beschlüssen, bei denen „sehr wichtige Interessen eines oder mehrerer Partner auf dem Spiel“ stünden, vor Mehrheitsbeschlüssen versucht werden müsse, „innerhalb eines angemessenen Zeitraums [...] zu Lösungen zu gelangen“. Dabei gab die französische Delegation in Ziffer II ihre Auffassung zu Protokoll, „daß bei sehr wichtigen Interessen die Erörterung fortgesetzt werden muß, bis ein einstimmiges Einvernehmen erzielt worden ist“. Was passieren sollte, wenn keine Verständigung gelänge, blieb offen; jedoch sollte ein Dissens nicht verhindern, „daß die Arbeiten der Gemeinschaft nach dem normalen Verfahren wieder aufgenommen“ würden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 85. Vgl. dazu auch AAPD 1966, I, Dok. 25.

te vitale Interesse betraf nicht den sachlichen Inhalt der Preisbeschlüsse, sondern die Verbindung zu den Haushaltsfragen und insbesondere zum britischen Beitragsrabatt.<sup>7</sup> Griechenland hat sich 1984 in einigen für GR wesentlichen Fragen (mediterrane Produkte) überstimmen lassen und ausdrücklich erklärt, daß es einer Entscheidung nicht im Wege stehen wolle, wenngleich es das Preispaket für unausgewogen hielte. Auch die Bundesregierung hat sich in konsequenter Verfolgung ihrer Ablehnung des „Luxemburger Dissens“ bisher noch nie auf vitale nationale Interessen berufen, um eine Abstimmung gegen sich zu verhindern. Sie hat im Gegenteil die im Agrarrat feststellbare zunehmende Anwendung von Mehrheitsbeschlüssen ausdrücklich begrüßt. Diese integrationsfreundliche Haltung liegt auch der deutschen Stellungnahme zum Dooge-Bericht<sup>8</sup> zugrunde, wie sie am 7.2.1985 vom Kabinett festgelegt wurde. Die von D angestrebte Rückkehr zu den Vertragsregeln und die damit verbundenen integrationspolitischen Fortschritte würden bei einem deutschen „Veto“ im Agrarrat in Frage gestellt, wenn nicht verhindert werden. Die deutsche Europapolitik würde schweren Schaden leiden.

5) Der nächste Agrarrat wird am 2.5.85 in Luxemburg stattfinden. Präsidentschaft hat MS aufgefordert, auf dieser Sitzung abschließende Entscheidung zu ermöglichen, doch ist kaum anzunehmen, daß es im Falle einer Nicht-Einigung schon zu einer Abstimmung kommt. Das Verfahren liegt in der Hand der Präsidentschaft. Sie hat auf der einen Seite den Druck der interessierten MS auf schnelle Preisentscheidungen und den Zeitplan für die Haushaltsberatungen des EP zu berücksichtigen, das ab 6. Mai den Haushaltsentwurf in erster Lesung behandelt.<sup>9</sup> Das EP legt mit Sicherheit größten Wert darauf, die Auswirkungen der Agrarpreisbeschlüsse in seine Überlegungen einbeziehen zu können. Auf der

<sup>7</sup> Am 19. Mai 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler über die Neuregelung der Agrarpreise auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 17./18. Mai 1982 in Brüssel, die erstmals „nicht im Konsensus, sondern mit Mehrheit entschieden“ worden sei: „Nach sieben Verhandlungsrunden hatte der Agrarrat ein Kompromißpaket geschnürt, dem neun Delegationen zustimmen konnten. GB erhob sachliche Einwendungen und machte die Agrarpreisentscheidungen darüber hinaus von der gleichzeitigen Regelung der Entlastung bei der EG-Haushaltsfinanzierung abhängig. Um eine Mehrheitsentscheidung zu verhindern, berief sich GB auf eine Vereinbarung der EG-Außenminister vom 29.1.66 in Luxemburg [...]. Die Mehrheit der übrigen MS bestritt GB das Recht, sich auf die genannte Luxemburger Vereinbarung zu berufen, da nicht die jährlich zu treffenden, in der Vergangenheit von GB mitgetragenen Agrarpreisbeschlüsse wichtige britische Interessen berührten, sondern die von GB hergestellte Verbindung zwischen Agrarpreisentscheidung und Haushaltsentlastung. Durch diese mißbräuchliche Berufung auf die Luxemburger Vereinbarung würden die vitalen Interessen der übrigen MS betroffen und die Funktionsfähigkeit des gemeinsamen Agrarmarktes als einem entscheidenden Bestandteil der Europäischen Gemeinschaft gefährlich gefährdet.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 53; Referat 012, Bd. 124419.

<sup>8</sup> Zum Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Frage (Dooge-Ausschuß) vgl. Dok. 97.

<sup>9</sup> Über die Beratungen des Haushaltsentwurfs der Europäischen Gemeinschaften im Europäischen Parlament teilte Botschafter Knackstedt, Straßburg (Europarat), am 7. Mai 1985 mit, die Mitglieder der EG-Kommission, Christophersen und Andriessen, hätten bei der Erläuterung des Haushaltsentwurfs keinen Zweifel daran gelassen, „daß die Agrarausgaben 1985 nun voll abgedeckt seien und daß die Kom[mission] nicht gewillt sei, von ihren (restriktiven) Agrarpreisbeschlüssen abzulassen (Andriessen: trotz der bekannten Widerstände Deutschlands, „ich kann nicht anders.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 122; Referat 410, Bd. 130447.

Am 9. Mai 1985 berichtete Knackstedt, daß die „erste Lesung des H[aus]H[alts] 1985 mit einer Reihe von Abänderungen/Änderungsvorschlägen“ beendet worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 128; Referat 410, Bd. 130447.

anderen Seite neigen die Italiener dazu, Preisentscheidungen vor den italienischen Regionalwahlen am 12.5. zu vermeiden, da die Preisbeschlüsse die Wünsche auch der italienischen Erzeuger mit Sicherheit nicht befriedigen können. Ähnliches gilt für D.<sup>10</sup> Bei einer Entscheidung Mitte Mai wäre die Bereitschaft auf deutscher Seite, sich überstimmen zu lassen, voraussichtlich eher gegeben.<sup>11</sup>

6) Es wird vorgeschlagen, daß Sie BK Kohl und BM Kiechle am Rande der Kabinettsitzung vom 30.4. auf diese Fragen ansprechen, dabei auf die Opportunität einer Entscheidung erst Mitte<sup>12</sup> Mai hinweisen und die ablehnende Haltung des AA gegen ein deutsches „Veto“ im Agrarrat deutlich machen.<sup>13</sup>

Gleichzeitig könnte daran gedacht werden, die Angelegenheit auch bei den beamteten Staatssekretären am 29.4. aufzugreifen.

Jelonek

**Referat 416, Bd. 130913**

<sup>10</sup> Am 12. Mai 1985 fanden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen statt.

<sup>11</sup> Der Passus „Auf der anderen Seite ... eher gegeben“ wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM.“

<sup>12</sup> Der Passus „es wird vorgeschlagen ... erst Mitte“ wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „BM stimmt Tendenz zu.“

<sup>13</sup> Ministerialdirektor Ungerer legte am 6. Mai 1985 dar, daß auch auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 2. bis 5. Mai 1985 in Luxemburg keine Entscheidung über die Agrarpreise getroffen worden sei: „Präsidenschaft hatte einen – von der EG-Kommission bisher nicht mitgetragenen – Kompromißvorschlag vorgelegt, der Reduzierung der Getreidepreissenkung von 3,6% auf 1,8% vorsah. BM Kiechle hat auch diesen Vorschlag abgelehnt.“ Kiechle habe zudem zu einer möglichen Mehrheitsentscheidung ausgeführt, er werde dann „alle Möglichkeiten nutzen, um unser besonders wichtiges Interesse in dieser Frage geltend zu machen“. Ungerer führte weiter aus, daß es im Falle einer Blockierung der Entscheidung durch die Bundesregierung voraussichtlich nicht zu einer Abstimmung käme, da Dänemark, Griechenland und Großbritannien „das ‚Vetorecht‘ als politischen Acquis der Gemeinschaft“ ansähen. Allerdings wies er darauf hin, daß ein solches Verhalten mit der Europapolitik der Bundesregierung und der bisherigen „konsequente[n] Verfolgung ihrer Ablehnung des ‚Luxemburger Dissens‘“ nicht in Einklang stünde. Vgl. Referat 416, Bd. 130913.

## 103

**Botschafter von Alten, Lagos, an das Auswärtige Amt**

114-11921/85 VS-vertraulich

**Aufgabe: 26. April 1985, 10.00 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 267****Ankunft: 26. April 1985, 12.02 Uhr**Betr.: Panzerverkauf an Nigeria<sup>2</sup>Bezug: DE 81 v. 17.4.85 – 422-411.10 NIG VS-v<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

1) H. Zickwolff unterrichtete uns über sein Gespräch mit Brigadier Mamman, der der Hauptansprechpartner bei den bisherigen Kontakten von H. Schuster in der Frage der Panzerlieferungen war.

Brigadier Mamman sei von vornherein gesagt worden, daß an eine Lieferung des „Leopard II“ derzeit nicht gedacht werden könne. Die deutsche Waffenexportpolitik sei sehr restriktiv. Er habe stattdessen den Nigerianern nahegelegt, über den „Leopard I“ nachzudenken, der nach Einschätzung von Krauss-Maffei für Nigeria auch weitaus geeigneter sei.

Weiterhin habe man auch über den „Gepard“ gesprochen. Den Nigerianern sei auch hier mitgeteilt worden, daß die Hürde für eine Exportgenehmigung sehr hoch sei.

2) H. Zickwolff wollte von sich aus die nigerianische Seite dazu bringen, die Botschaft jedenfalls in diesem Stadium des Verfahrens nicht zu involvieren und zunächst ihre Vorstellungen nur gegenüber Krauss-Maffei zu präzisieren. Bisher sind wir auch von nigerianischer Seite direkt nicht angesprochen worden, was aber daran liegen mag, daß ein an sich vorgesehener Besuch des Inspektors

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Merten am 7. Mai 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Venzlaff und Ministerialdirigent Sulimma verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Venzlaff am 7. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Sulimma am 8. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Merten am 10. Mai 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 15. April 1985 teilte Botschafter von Alten, Lagos, mit: „Botschaft wurde heute von in Nigeria ansässigem deutschen Geschäftsmann, H. W. Schuster, aufgesucht und unterrichtet, daß nigerianisches Verteidigungsministerium an ihn mit der Bitte herangetreten sei, den Kauf von folgenden deutschen Panzerfahrzeugen zu vermitteln: 75 Leopard II, 24 Gepard, fünf Reparaturpanzer, drei Brückenlegepanzer Biber, ein Fahrschulpanzer, ein Fahrsimulatorzentrum mit Schießausstattungs-ausstattung. Auftragsvolumen über 1 Mrd. DM. [...] Krauss-Maffei-Vertreter werde nächste Woche nach Lagos kommen, um Näheres zu besprechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 235; VS-Bd. 13629 (321); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen teilte der Botschaft in Lagos mit: „Genehmigung der Lieferung von Leo[pard]-II-Kampfpanzern, Flak-Panzern-Gepard (Leo-Fahrgestell), Bergepanzern (Leo-Technologie) und Brückenlegepanzern (Leo-Fahrgestell) durch Bundesregierung kann ausgeschlossen werden; dies dürfte auch für andere genannte Waffensysteme gelten, wenn- gleich Meinungsbildung erst bei Vorliegen konkreter Anfragen bzw. Anträge seitens Krauss-Maffei erfolgen kann. Botschaft sollte sich bei Gesprächen mit Firmenvertreter im wesentlichen rezeptiv verhalten und auf Betonung unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik beschränken, [...] wobei indikativ hinzugefügt werden kann, daß die Ausfuhr von Kettenpanzern bisher nur in NATO-Länder (und ihnen gleichgestellte Staaten) genehmigt worden ist“. Vgl. VS-Bd. 13728 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

der Luftwaffe<sup>4</sup> bei dem Heeresbefehlshaber General Babangida wegen einer dringlichen Dienstreise desselben nicht zustande kam.

3) Indessen habe ich auch von anderer Seite gehört, daß es der Lieblingswunsch des sehr einflußreichen und auch politisch schwergewichtigen Babangida sei, den veralteten Panzerbestand der nigerianischen Armee durch „Leo“ zu ersetzen – zwischen I und II vermag<sup>5</sup> er vielleicht nicht zu unterscheiden. Dies war auch ein Grund, weshalb wir die Bemühungen des uns im übrigen nicht weiter bekannten H. Schuster ernstgenommen haben.

4) Mir sind die politischen Implikationen in Deutschland durchaus deutlich, auch wegen der Präcedenzwirkung und der möglichen Schlagzeile „Panzer statt Brot für das hungernde Afrika“, obwohl Nigeria, ungeachtet eigener Sahelzonen, Hungerhilfe weder erhält noch benötigt. Andererseits liegt aber auch hier ein Politikum vor. Wir haben an Nigeria für Marine und Luftwaffe Rüstungsgüter und Ausbildungshilfe bereits geliefert. Dem wichtigsten Partner der Militärregierung, nämlich dem Heer, ernsthaft gewünschte Panzer zu versagen, könnte erhebliche Rückwirkungen auf die deutsche Position im Lande, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, haben.

Bei ungünstiger Konstellation könnte die Verweigerung von Panzerlieferungen sich als probates Mittel erweisen, das Land sehr unerwünschten Einflüssen auszusetzen und dem Westen zu entfremden.

Wir würden also zu gegebener Zeit, wenn der unternommene Vorstoß nicht wieder einschläft, uns diesen Fall doch sehr sorgfältig zu überlegen haben. Diese Überlegungen möchte ich jetzt nicht vorwegnehmen, sondern auf die Möglichkeit hinweisen, daß vitale Interessen durchaus auf dem Spiel stehen könnten.

[gez.] Alten

**VS-Bd. 13629 (321)**

<sup>4</sup> Am 6. Mai 1985 teilte Botschafter von Alten, Lagos, zum Besuch des Generalleutnants Eimler vom 24. bis 28. April 1985 in Nigeria mit: „Unbestreitbar hat die nigerianische Seite die Tatsache des Besuchs des deutschen Luftwaffeninspektors als Zeichen der alten Verbundenheit und Freundschaft anerkannt und begrüßt; der durch den Besuch neugeschaffene ‚good will‘ wird der Zusammenarbeit mit dem nigerianischen Militär [...] zugute kommen. [...] Die Botschaft würde es jedenfalls begrüßen, wenn die bewährte und hochgeschätzte Hilfe bei der Ausbildung nigerianischer Piloten fortgesetzt würde. Dies läge, über das Militärische hinaus, auch im Interesse der deutschen Wirtschaft, die sich gerade bei den nigerianischen Luftstreitkräften eine gute Position erkämpft hat, aber ständig gegenüber den Lieferanten anderer Länder mit dem Handikap unserer Rüstungsexportbeschränkungen belastet ist.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 398; Referat 424, Bd. 137476.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „mag“.



## 104

**Botschafter z. b. V. Eickhoff, z. Z. Ottawa, an das Auswärtige Amt**

114-11928/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 284

Aufgabe: 26. April 1985, 10.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 26. April 1985, 18.10 Uhr

Betr.: KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa<sup>2</sup>;  
hier: Deutsch-amerikanische Differenzen in der Behandlung von Menschenrechtsfragen

## Zur Unterrichtung

I. Amerikanischer Delegationsleiter Richard Schifter (zugleich Chefdelegierter bei MRK<sup>3</sup> der VN) teilte mir lebhaften Besorgnis über deutsch-amerikanische Differenzen in der Behandlung menschenrechtlicher Fragen in Polen, Lateinamerika und neuerdings Bulgarien mit, die nach seiner Auffassung bilaterale Beziehungen zu belasten drohten. Er werde dafür plädieren, diese Differenzen auf dem Staatsbesuch<sup>4</sup> anzusprechen. Ich nahm dazu Stellung.

II. 1) In längerer Unterredung führte Schifter aus: Die, wie er es sehe, zunehmenden Differenzen in der Behandlung von Menschenrechtsfragen auf der MRK in Genf machten ihm große Sorge. Sie seien für ihn besonders schmerzhaft in Lateinamerika. Im Gegensatz zu unserer Haltung im Vorjahr<sup>5</sup> hätten wir uns auf der 41. Sitzung der MRK in Genf an der von ihm eingebrachten „milde kritischen“ Stellungnahme zur Lage in Polen nicht beteiligt. Zu El Salvador hätten wir unsere Miteinbringerschaft verweigert<sup>6</sup> und entgegen der amerikanischen Bitte um Stimmenthaltung der Verurteilung Chiles zugestimmt. In den

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 29. April 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Rom verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Für bilat[erale] Mappe.“

Hat Rom am 13. Mai 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: Referat „212 hat Sprechzettel gemacht.“

<sup>2</sup> Vom 23. April bis 8. Mai 1985 fand in Ottawa ein Vorbereitungstreffen zum KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten statt, das am 8. Mai 1985 am gleichen Ort eröffnet wurde.

<sup>3</sup> Menschenrechtskommission.

<sup>4</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 1. bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>5</sup> Zur Verabschiedung einer Resolution zu Polen auf der 40. Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 6. Februar bis 16. März 1984 vgl. Dok. 56, Anm. 16.

<sup>6</sup> Im Vorfeld der Sitzung der VN-Menschenrechtskommission vom 4. Februar bis 15. März 1985 in Genf unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Giesder am 23. Januar 1985 die Botschaft in Madrid über einen mexikanischen Resolutionsentwurf zur Menschenrechtslage in El Salvador: „Die USA messen einer adäquaten Behandlung der Menschenrechtslage in El Salvador in den Vereinten Nationen große Bedeutung bei. Erstmals haben sie sich in der 39. GV nicht auf die Ablehnung des mexikanischen Entwurfs beschränkt, sondern sich nachdrücklich darum bemüht, durch Venezuela einen alternativen Entwurf einzubringen. [...] Wir halten den venezolanischen Entwurf, der den menschenrechtlichen Belangen voll Rechnung trägt, in Formulierung und Inhalt für besser als den mexikanischen und hätten ihn ohne weiteres mittragen können. [...] Die USA haben uns während der GV gebeten, den venezolanischen Entwurf miteinzubringen. Wir haben dies abgelehnt, weil wir eine konfrontative, sowohl die Contadora- wie die EG-Staaten spaltende Einbringung bei der Resolutionen nicht für sinnvoll halten. Im übrigen hätte unsere Miteinbringerschaft die Erfolgsaussichten der venezolanischen Resolution nicht entscheidend verbessert.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 516; Referat 231, Bd. 134879.

letztgenannten Fällen sei er über unsere Absichten erst von Dritten unterrichtet worden.

2) Zu seiner Überraschung seien wir jetzt nicht bereit, uns in Ottawa kritisch zur Slawisierungskampagne gegen die türkisch-muslimische Minderheit in Bulgarien zu äußern.<sup>7</sup> Nur öffentlicher Druck könne Bulgarien zum Einlenken bringen. Es zeige durch aufgeregte Reaktionen auf die amerikanische Androhung, die Sache in Ottawa zu diskutieren, wie empfindlich es dafür sei. Er messe unserem Entschluß großes Gewicht bei und könne nicht umhin, einen Zusammenhang zwischen diesen Entscheidungen zu sehen, die im Gegensatz zu unserem früheren engen Einvernehmen in der Menschenrechtspolitik stünden. Die Ausführungen des Bundesministers zu Ottawa im Namensartikel vom 18. März<sup>8</sup> bestärkten ihn in dieser Vermutung. Diese Veränderung drohe unsere bilateralen Beziehungen zu belasten. Er deutete eine innenpolitische Motivation für sie an. Er werde seinen persönlichen Einfluß dafür einsetzen, daß der Präsident<sup>9</sup> selbst diese Differenzen bei seinem bevorstehenden Staatsbesuch zur Sprache bringe.

3) In diesem und vorangegangenen Gespräch<sup>10</sup> stellte ich unsere unverändert auf Glaubwürdigkeit und Fortschritte ausgerichtete Grundlinie heraus und setzte die Ausführungen im Namensartikel in Zusammenhang mit unrealistischen und unzumutbaren deutschen Forderungen, die an unsere KSZE-Politik gestellt worden sind, sowie in den klaren textlichen Zusammenhang mit dem Thema menschliche Einzelschicksale. Er schloße sachliche Implementierungskritik ohne Namensnennung nicht aus. Ich ging auf die Tatsachen und Argumente ein, die unsere Verweigerung der von ihm gewünschten Polen-Kritik bestimmen und verwies – auch im Zusammenhang mit Bulgarien – auf die Erfolge, welche wir mit diskreter Verhandlungsführung auf diesem Gebiet eingebracht haben. Der Minister selbst sei gegenüber AM Mladenow für die türkische Minderheit eingetreten.<sup>11</sup> Wir würden die Sache auf demselben Weg weiterverfolgen.

<sup>7</sup> Botschafter Thomas, Sofia, führte am 22. Januar 1985 aus: „Die Meldungen der internationalen Nachrichtenagenturen und in der türkischen Presse über Unruhen in den Siedlungsgebieten der türkischen Minderheit in Bulgarien gehen zurück auf jüngste rigorose bulgarische Zwangsmaßnahmen zur Assimilierung der türkischen Minderheit. Seit vergangenem Herbst werden Dörfer im türkischen Siedlungsgebiet mit Hilfe des Militärs zerniert und die türkischen Bewohner gezwungen, bulgarische Namen anzunehmen. Dabei kam es zu brutalen Gewaltanwendungen der bulgarischen Sicherheitsorgane ebenso wie zu Widerstandshandlungen der türkischen Bevölkerung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; Referat 214, Bd. 132991.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Artikels des Bundesministers Genscher „Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen“ vgl. BULLETIN 1985, S. 258–260.

<sup>9</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>10</sup> Am 12. Februar 1985 vermerkte Legationsrat I. Klasse Wrede, im Gespräch mit Botschafter z. b. V. Eickhoff am 11. Februar 1985 habe der amerikanische Sonderbotschafter Schifter zum KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa erklärt: „Man wolle keine Konfrontation per se, kein ‚shouting match‘, doch wolle man auch kein unproduktives Treffen, sondern ein konkretes Ergebnis. [...] SU fürchte scharfe Rhetorik; USA seien zu expliziter Kritik an M[enschen]R[echts]-Verletzungen entschlossen, mit Beschreibung konkreter Umstände, ggfs. auch individueller Fälle (Sacharow), aber grundsätzlich an allgemeiner Diskussion eines Systems, das MR verletze, interessiert. USA wären auch bereit, auf SU-Kritik zum Stand der wirtschaftlichen und sozialen Rechte offensiv zu reagieren und die Mängel des SU-Wirtschaftssystems en detail zu diskutieren: ‚Soviet Union cannot scare us.‘“ Vgl. Referat 212, Bd. 133513.

<sup>11</sup> Am 8. März 1985 berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, z. Z. Sofia, über den

Schifter entgegnete, daß unsere Argumente für eine schonende Behandlung Polens, die sich auch auf das Votum der polnischen Kirche bezögen, nicht überzeugten.

Er habe nach den Gesprächen mit Dg 21<sup>12</sup> und mir am 11.2. in Bonn eigens den Polen-Referenten im Vatikan, Monsignore Janusz Bolonek, aufgesucht und sei von diesem gebeten worden, zur Stärkung der nichtkommunistischen Kräfte in Polen vernehmbare Kritik an der polnischen Regierung zu üben. Ich erläuterte, daß unsere Einschätzung auf naher und genauer Beobachtung der Entwicklung in Polen beruhe und daß unsere Haltung in Ottawa sich nicht ändern würde. Ich ging auf die sachliche außenpolitische Motivierung unserer Lateinamerikapolitik ein.

### III. Stellungnahme:

Schifter mißt der Behandlung der bulgarisch-türkischen Angelegenheit in Ottawa unerwartet großes Gewicht bei. Seine überzogene Kritik an unserer Haltung in den genannten Fällen ist in dem Licht seines starken persönlichen Engagements in Menschenrechtsfragen und seiner von ihm selbst betonten engen und tragischen persönlichen Verbindung mit Deutschland zu sehen. Er hat sich wohl damit abgefunden, daß wir unsere Haltung, insbesondere zu Polen, nicht ändern, und wird auch davon zu überzeugen sein, daß unsere Grundlinie entgegen seiner Vermutung die gleiche geblieben ist. Doch wird er sicher weitere Anstrengungen unternehmen, auf den ihm verfügbaren Kanälen auf sie einzuwirken.<sup>13</sup> Ob sein Einfluß ausreicht, das Thema in die Gesprächsführung des Präsidenten in Bonn zu bringen, möchte ich dahingestellt sein lassen.

Über etwaige Beteiligung anderer Botschaften bitte ich dort zu verfügen.

[gez.] Eickhoff

**VS-Bd. 12990 (204)**

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 530*

Besuch des Bundesministers Genscher am 7./8. März 1985 in Bulgarien: „Noch nicht angesprochen, aber für zweiten Gesprächstag reserviert, ist Thema ‚Türkische Minderheit‘“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 214, Bd. 132998.

<sup>12</sup> Gerold Edler von Braumnühl.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat Altenburg vermerkte am 3. Mai 1985, bei einem Gespräch am selben Tag zum KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa habe der amerikanische Botschaftssekretär Thielmann betont, „es habe auf amerikanischer Seite nach dem Namensartikel des Bundesministers ‚Ein neues Kapitel in den Ost-West-Beziehungen‘ die Besorgnis gegeben, die Bundesregierung werde in Ottawa keine Kritik an der östlichen Menschenrechtspraxis üben. Er zitierte aus dem Artikel die Passage mit dem Sprichwort: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.“ Altenburg notierte, er habe darauf hingewiesen, daß diese Stelle des Artikels „unmißverständlich [...] auf die innenpolitische Diskussion Bezug nehme. Im übrigen müsse die gesamte Passage vor dem Hintergrund der Botschaftsbesetzungen in Prag, Warschau usw. gesehen werden. [...] Wir hätten sowohl in Belgrad als auch in Madrid, wo Bundesminister Genscher persönlich die DDR kritisiert habe, eine klare Haltung eingenommen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133514.

## 105

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dohmes

Fernschreiben Nr. 3342 Plurez

Aufgabe: 26. April 1985, 19.11 Uhr<sup>1</sup>Betr.: Bonner Wirtschaftsgipfel<sup>2</sup>;

hier: Gespräch BM Genscher und StS Ruhfus mit den lateinamerikanischen Botschaftern am 25.4.85

## Zur Unterrichtung

Nach Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington<sup>3</sup> und vor Bonner Wirtschaftsgipfel führte BM bei einem Mittagessen mit hiesigen Missionschefs aller lateinamerikanischen Staaten einen Meinungsaustausch über Fragen der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere über Verschuldungsprobleme.

Zunächst gab StS Ruhfus eine Bewertung der Sitzungen des Interims- und des Entwicklungsausschusses in Washington<sup>4</sup> und bezeichnete den dort zwischen IL und EL geführten Dialog über die mittel- und langfristigen Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen Schuldenstrategie als intensiv und konstruktiv. Bemerkenswert sei die trotz unterschiedlicher Standpunkte in Einzelfragen weitgehend einheitliche Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung und der notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der bestehenden Probleme gewesen. Er erwähnte die auf der Frühjahrstagung vorgelegte gemeinsame Erklärung der Cartagena-Staaten mit zum Teil sehr detaillierten Vorschlägen zur Behandlung der Schuldenprobleme<sup>5</sup>, die eine gründliche Untersuchung verdiene.

Wichtig sei, daß eine Politisierung des Verschuldungsthemas vermieden und daß sachlich über die bestehenden finanziellen Probleme gesprochen werde. An-

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>3</sup> Vom 18./19. April 1985 fand in Washington eine Tagung des Gemeinsamen Entwicklungsausschusses von Internationalem Währungsfonds und Weltbank statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 324–326.

<sup>4</sup> Am 17. bis 19. April 1985 wurde in Washington eine Tagung des Interimsausschusses des Internationalen Währungsfonds abgehalten. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 321–324.

<sup>5</sup> Auf einer Konferenz am 21./22. Juni 1984 in Cartagena/Kolumbien berieten elf lateinamerikanische Schuldnerstaaten – Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, die Dominikanische Republik, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay und Venezuela – über eine gemeinsame Lösung ihrer Verschuldungsprobleme. Zu der 24 Punkte umfassenden Abschlusserklärung vermerkte Ministerialdirigent Loeck am 4. Juli 1984: „Das Dokument von Cartagena ist der Versuch, die Verschuldungskrise weg von den wirtschafts- und finanzpolitischen Aspekten als vorrangig politisches und soziales Problem darzustellen und somit die Verschuldungsdiskussion weiter zu politisieren.“ Mit Blick auf die „Auswirkungen der Verschuldungskrise auf die internationale Wirtschafts- und Finanzstruktur wie auch die politische und soziale Stabilität der Schuldnerländer“ riet Loeck zu einer positiven Reaktion, denn die Bundesrepublik habe angesichts ihrer „hohen Außenhandelsabhängigkeit [...] ein elementares wirtschaftliches Interesse daran, daß die Schuldnerländer nicht auf absehbare Zeit in ihrer Aufnahmefähigkeit für deutsche Exporte eingeschränkt sind“. Vgl. Referat 422, Bd. 149039.

gesichts der vielfältigen und zum Teil sehr unterschiedlichen Probleme der einzelnen Schuldnerländer gebe es keine generalisierende Schuldenlösung. Für jedes Land müsse eine maßgeschneiderte Lösung gefunden werden, die seinen spezifischen Interessen und denen der jeweiligen Gläubiger am besten gerecht werde. Auch ein genereller Erlaß der Schulden sei nicht geeignet, das Vertrauen der Gläubiger zu erhalten.

Andererseits würden auch wir unsere Verantwortung bei der Überwindung der bestehenden Probleme anerkennen. Wir seien uns bewußt, daß die oft schmerzhaften Anpassungsbemühungen der Entwicklungsländer in geeigneter Weise unterstützt werden müßten. Erfreulich seien deshalb die in Washington erzielte Übereinstimmung über mehrjährige Umschuldungsvereinbarungen für öffentliche Kredite sowie die soeben im Pariser Club vereinbarte mehrjährige Umschuldungsregelung für Ecuador als dem ersten Anwendungsfall. Regierung erläuterte Schwerpunktthemen des bevorstehenden Bonner Wirtschaftsgipfels, die sowohl für die Gipfelteilnehmer als auch für die lateinamerikanischen Länder von erheblichem Interesse seien:

1) Von besonderer Bedeutung sei die Forderung nach einem freien Welthandel, da eine wirtschaftliche Belebung auch der lateinamerikanischen Staaten nur möglich sei, wenn die Märkte der Industrieländer für alle Waren, nicht nur für Rohstoffe und Energie, geöffnet würden. Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung, für die wir mit Nachdruck eintreten, müßten die Industrieländer zunehmend ihre Beschäftigungsmöglichkeiten im hochtechnologischen Bereich fördern und den Entwicklungsländern den Markt für traditionelle Waren öffnen. Die gemeinsamen Bemühungen mit Frankreich um eine europäische Technologiegemeinschaft gingen in diese Richtung.<sup>6</sup>

Agrarpolitik sei besonderes Problem: EG-Überproduktion führe zu einer Konkurrenzsituation mit den Ländern Lateinamerikas und auch mit den USA auf Drittmärkten. Die lateinamerikanischen Länder seien jedoch weit mehr auf diese Exporte angewiesen als wir. Hierüber müsse in Bonn gesprochen werden, damit nicht die USA einen ggfs. von Europa nicht mehr in Anspruch genommen Marktanteil in dritten Ländern zu Lasten der Exporteure aus der Dritten Welt übernähmen.

3) Auch die Sicherung gleichgewichtigen und ständigen Wachstums sei für IL und EL gleichermaßen wichtig. Wir seien bereit, als Lokomotive zu fungieren, aber nicht durch Auflockerung unserer auf Stabilität und Konsolidierung gerichteten Haushaltspolitik, da dies nur zu weiteren Zinssteigerungen führe, die auch für die Entwicklungsländer nachteilig seien. Wir würden vielmehr durch ein Steuererleichterungsprogramm sowie durch Förderung von Technologie- und Umweltinvestitionen nachfragestimulierende Wirkungen anstreben.

Von den USA erwarteten wir eine drastische Verringerung der Budgetdefizite und dadurch eine günstige Beeinflussung des internationalen Zinsniveaus, die sich unmittelbar auf die Situation der Entwicklungsländer auswirke.

Hinsichtlich der notwendigen wirtschaftlich-finanziellen Anpassungsmaßnahmen der Entwicklungsländer erklärte BM unser Interesse, daß diese politisch

<sup>6</sup> Vgl. dazu den französischen Vorschlag vom 15. April 1985 über EUREKA; Dok. 98, Anm. 7.

durchsetzbar sein müßten und die soziale und politische Stabilität der Länder nicht gefährden dürften. Abschließend versicherte BM, die Interessen und Vorstellungen der lateinamerikanischen Länder beim Wirtschaftsgipfel zur Geltung zu bringen.

In ihren Antworten bedankten sich lateinamerikanische Botschafter über ausführliche Unterrichtung über deutsche Haltung in den für sie wichtigen Fragen. Brasilianischer und uruguayischer Botschafter<sup>7</sup> legten ausführlich Forderungen der Cartagena-Gruppe dar (Senkung der Zinssätze, Anpassung des Schuldendienstes an die Zahlungsfähigkeit der EL, mehrjährige Umschuldungen, Überprüfung der Konditionen des IWF). Cartagena-Gruppe sei kein Schuldnerkartell, strebe keine gemeinsamen Umschuldungen an, anerkenne Lösungsansätze des Verschuldungsproblems auf jedes einzelne Land bezogen. Dies müsse komplementär durch politischen Dialog begleitet werden. Als positives Ergebnis wertete Botschafter Uruguays den Besuch der Außenminister von Uruguay und der Dominikanischen Republik<sup>8</sup> zusammen mit Vertretern der Cartagena-Gruppe bei der EG in Brüssel<sup>9</sup> sowie das einheitliche Auftreten der Cartagena-Gruppe bei der Frühjahrstagung in Washington.

Man habe in Brüssel gegenseitiges Verständnis und die Bereitschaft gefunden, das Schuldenproblem als globales politisches Thema zu verstehen und anzuerkennen, daß neben der Thematik der bilateralen und multilateralen Verhandlungen über Schuldenregelungen auf einer dritten Ebene auch politische Gesichtspunkte Gültigkeit haben. Er bezeichnete dies als wichtigen Markstein beim Dialog mit der EG.

Hinsichtlich der neuen GATT-Runde<sup>10</sup> forderte brasilianischer Botschafter rechtzeitige Beteiligung an der Vorbereitung der Themen und die gleichzeitige Behandlung von Finanz- und Handelsfragen.

Wie brasilianischer Botschafter bedauerte auch Botschafter Uruguays, daß internationale Beratungen in IWF und Weltbank bisher keine merklichen Fortschritte gebracht hätten. Er bat Bundesregierung, bei der Ingangsetzung eines politischen Dialogs der Cartagena-Gruppe mit zunächst einzelnen Industrieländern behilflich zu sein, der die bilateralen und multilateralen Gespräche ergänzen (und nicht ersetzen) und sich etwa mit der Frage der Auswirkungen des hohen Zinsniveaus auf die Schuldnerländer befassen solle.

BM sagte Prüfung dieses Gedankens auf der Grundlage von Konsultationen mit Partnerländern zu.

Äußerungen der lateinamerikanischen Botschafter waren deutlich von dem Bemühen bestimmt, durch gemäßigte Haltung in der Sache, in Übereinstimmung

<sup>7</sup> Jorge de Carvalho e Silva (Brasilien) und Olaf Bergengruen (Uruguay).

<sup>8</sup> José Augusto Vega Imbert.

<sup>9</sup> In seiner Eigenschaft als amtierender Sekretär der Cartagena-Gruppe führte der uruguayische Außenminister Iglesias am 15. April 1985 in Brüssel Gespräche mit der EG-Kommission. Iglesias wurde dabei von Vertretern der Mitgliedstaaten der Cartagena-Gruppe begleitet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1985, S. 52 f.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Ziffer 11 des Communiqués der Tagung des OECD-Ministerrats am 11./12. April 1985 in Paris; EUROPA-ARCHIV 1985, D 278.

mit der Haltung der Cartagena-Gruppe seit der Konferenz von Santo Domingo<sup>11</sup>, mit den Industrieländern zu einem politischen Dialog zu kommen, der zu für sie günstigen Lösungsansätzen ihrer schwierigen Schuldensituation führen soll.

Im Hinblick auf den soeben ergangenen Appell der Cartagena-Länder an den Bonner Wirtschaftsgipfel<sup>12</sup> werden Sie gebeten, Inhalt vorstehenden Erlasses – auch zur Ergänzung der Berichterstattung hiesiger Botschafter – Ihren dortigen Gesprächspartnern zur Kenntnis zu geben.

Dohmes<sup>13</sup>

**Referat 412, Bd. 130549**

<sup>11</sup> Am 7./8. Februar 1985 fand in Santo Domingo eine Tagung der Außen- und Finanzminister der Mitgliedstaaten der Cartagena-Gruppe statt. Botschafter Schöning, Santo Domingo, berichtete am 9. Februar 1985: „Das Kommuniqué von Santo Domingo erneuerte die wiederholt vorgebrachte Forderung nach einem politischen Dialog zur Lösung der Verschuldungsproblematik. Die Forderung der kleineren Schuldnerländer [...] nach sofortiger Aufforderung an die sieben Weltwirtschaftsgipfelstaaten, in einen politischen Dialog einzutreten, konnte nicht durchgesetzt werden. Auch wurden noch keine gemeinsamen Leitlinien für künftige Umschuldungsvereinbarungen, etwa zur Schuldendienstquote [...], aufgestellt. Insbesondere die größeren Schuldnerstaaten [...] plädierten für eine gemäßigte Haltung. Somit wurde beschlossen, zunächst das Ergebnis der Tagungen von Interims- und Entwicklungsausschuß im April 85 abzuwarten. Es wurde erneut klargestellt, daß Cartagena-Gruppe kein Schuldnerkartell und keine gemeinsamen Umschuldungsverhandlungen anstrebt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 422, Bd. 149040.

<sup>12</sup> Mit Schreiben vom 26. April 1985 an Bundeskanzler Kohl übermittelte Präsident Sanguinetti eine für den Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 bestimmte Stellungnahme der Mitgliedstaaten der Cartagena-Gruppe zur Verschuldungsproblematik lateinamerikanischer Staaten. Für das Schreiben vgl. Referat 412, Bd. 130549.

In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 422 wurde dazu festgehalten, daß Sanguinetti „auf die fortbestehenden Sorgen dieser Staatengruppe wegen ihrer Wirtschaftslage und insbesondere wegen der Verschuldungsproblematik“ hingewiesen habe: „Zwar habe sich die Lage 1984 geringfügig gebessert, doch seien diese Fortschritte zu Lasten des Lebensstandards der Bevölkerung gegangen mit schweren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen. Die Frühjahrstagung von IWF und Weltbank im April d.J. hätte keine Fortschritte bei der Bewältigung der Verschuldungsproblematik erbracht. Man wolle zwar nicht in Frage stellen, daß es individueller Umschuldungsverhandlungen mit jedem einzelnen Land bedürfe, jedoch sei eine Lösung nur auf der Grundlage umgehend zu treffender politischer Entscheidungen möglich.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130549.

Kohl unterrichtete Sanguinetti mit Schreiben vom 21. Mai 1985 über die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels: „Als eine der wichtigsten Voraussetzungen, um die Lösung der Verschuldungsprobleme weiter voranzubringen, erscheint uns die Sicherung eines dauerhaften, inflationsfreien Wachstums in den Industrieländern, an dem alle Völker teilhaben können. Deshalb haben wir in Bonn unseren Willen bekräftigt, Wachstumshemmnisse abzubauen und die wirtschaftliche Dynamik bei mehr Beschäftigung dauerhaft zu stärken.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149040.

<sup>13</sup> Paraph.

## 106

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-370.00 SB-748/85 VS-vertraulich****30. April 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen in Genf;  
 hier: Verlauf der ersten Verhandlungsrunde vom 12. März bis 23. April 1985

Bezug: Aufzeichnung vom 9. April 1985 – 213-322.00/USA/SOW-408/85 VS-v<sup>4</sup>Anlg.: 1 (nur beim Original)<sup>5</sup>**I. Verlauf der Verhandlungen**

Die erste Verhandlungsrunde, die am 12. März 1985<sup>6</sup> begann, endete vereinbarungsgemäß am 23. April 1985.

1) In dieser Runde ist es bereits nach drei einleitenden Plenarsitzungen den Gesamtdelegationen gelungen, eine Einigung über prozedurale Fragen zu erzielen, die auch für die künftigen Runden maßgebend sein wird. Die Vereinbarung sieht folgenden Rahmen vor: Die drei Verhandlungsuntergruppen treffen sich jeweils einmal wöchentlich, zusätzliche Treffen sind im Bedarfsfall möglich. Über die Einberufung von Plenarsitzungen wird ad hoc entschieden. Insgesamt sind die Gesamtdelegationen und die drei Untergruppen je fünfmal zusammengekommen.

In der Substanz diente die erste Verhandlungsrunde der Darlegung der beiderseitigen grundsätzlichen Positionen und dem gegenseitigen Abtasten.

**2 a) In den einleitenden Plenarsitzungen haben die USA**

- die gegenwärtige strategische Situation aus ihrer Sicht dargelegt,
- auf die Notwendigkeit drastischer Reduzierungen der bestehenden Potentiale nuklearer Offensivwaffen hingewiesen,
- die Bedeutung, einer Erosion des ABM-Vertrages Einhalt zu gebieten, unterstrichen und
- die Wichtigkeit effektiver Verifikation für zukünftige Regelungen und strikte Einhaltung bestehender Abkommen hervorgehoben.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 3. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 30. April 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 2. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vgl. Dok. 88.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4.

<sup>6</sup> Zur Eröffnung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 86.



In Übereinstimmung mit ihren öffentlichen Verlautbarungen (u. a. AM Gromyko am 13.1.1985 im sowjetischen Fernsehen<sup>7</sup>) verlangte die SU gleich zu Beginn der Verhandlungen ein Verbot aller „Weltraumwaffen“ und machte amerikanisches Eingehen auf diese Forderung zur Vorbedingung für Vereinbarungen über nukleare Offensivwaffen. Sie berief sich hierbei auf die amerikanisch-sowjetische Vereinbarung vom 8. Januar 1985<sup>8</sup>. Botschafter Karpow kündigte anfänglich sogar an, daß die Fortsetzung der amerikanischen SDI-Forschung die Verhandlungen „torpedieren“ würde. Im Verlauf der ersten Verhandlungsrunde haben die Sowjets diese Position etwas abgeschwächt und die Verhandlungen selbst nicht mehr von der Einstellung des SDI-Projekts abhängig gemacht. Nach wie vor gilt jedoch das sowjetische Junktim fort, das Vereinbarungen über Teilbereiche mit amerikanischen Konzessionen bei SDI untrennbar verknüpft<sup>9</sup>.

b) Im Verhandlungsbereich „Defensiv- und Weltraumwaffen“ erläuterten die USA ihr bekanntes Konzept der drei Phasen. Sie legten dar, daß bestehende Verträge nicht zu einer Reduzierung nuklearer Offensivwaffen geführt hätten und daß daher Fragen des Verhältnisses zwischen Offensiv- und Defensivwaffen neu erörtert und gelöst werden müßten.

Ferner erklärten sie, daß neue strategische Abwehrsysteme, sollten sie technisch machbar sein, zur Stärkung der Abschreckung beitragen könnten.

Schließlich brachten sie sowjetische Verstöße gegen den ABM-Vertrag, insbesondere den Bau des Krasnojarsk-Radars<sup>10</sup>, zur Sprache, wobei sie ihre Erwartung ausdrückten, daß die SU geeignete Schritte unternimmt, um ihre Vertrags-treue unter Beweis zu stellen.

Die SU führte am 19. März 1985 einen umfassenden Moratoriumsvorschlag<sup>11</sup> in die Verhandlungen ein, der in seinem auf den Weltraum bezogenen Teil die Einstellung der Forschung und ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Stationierung von „Weltraumwaffen“ vorsieht. Die Annahme dieses Vorschlags durch die USA wurde zur Vorbedingung für Abkommen über die Reduzierung nuklearer Offensivwaffen gemacht.

Die USA wiesen den Vorschlag mit folgender Begründung als unannehmbar zurück:

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Fernsehinterviews des sowjetischen Außenministers Gromyko vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 68–72.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>9</sup> Die Wörter „untrennbar verknüpft“ wurden von Botschafter Ruth hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Siehe] aber S. 5: INF!“ Vgl. Anm. 15 und 16.

<sup>10</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 24. April 1985, der amerikanische Sonderbotschafter Kampelman habe am selben Tag im Ständigen NATO-Rat zu den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf dargelegt: „Die Sowjets seien auf den Vorwurf der Verletzung des ABM-Vertrags nur insoweit eingegangen, als sie darauf hinwiesen, daß die Radaranlage bei Krasnojarsk erst in zwei bis drei Jahren fertiggestellt sei. USA seien jedoch der Überzeugung, daß [sich] bereits aus der geographischen Position der Anlage (nicht an der Peripherie der SU) und aus ihrer Zweckbestimmung, wie sie sich aus dem von den USA festgestellten Beobachtungswinkel ergebe, eindeutig eine Verletzung des ABM-Vertrags ableiten lasse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 726; VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

- das bestehende sowjetische ABM-System wird durch das Moratorium nicht erfaßt;
- nur die ASAT-Systeme selbst, nicht aber ihre Trägermittel werden einem Verbot unterworfen;
- nur die amerikanische Forschung bezogen auf neue strategische Abwehrsysteme, nicht aber entsprechende sowjetische Aktivitäten sollen eingestellt werden.

(In den Verhandlungen hat die SU verdeutlicht, daß sie nur „zweckgerichtete“, d.h. auf strategische Abwehrsysteme bezogene Forschung verboten wissen will. Die SU hat bisher jedoch immer bestritten, daß ihre Forschungsarbeiten auf die Schaffung neuer Defensivsysteme abzielen.)

c) In der Verhandlungsgruppe über interkontinentalstrategische Waffen legten die USA dar, daß

- die früheren Vorschläge aus den START-Verhandlungen weiterhin gültig sind,
- innerhalb gleicher aggregierter Obergrenzen Asymmetrien bei einzelnen Waffenkategorien (sowjetische landgestützte ICBM/amerikanische strategische Bomber mit ALCM) möglich sind („trade-off“-Konzept), und
- sie bereit sind, über Zwischengrenzen für ALCM zu verhandeln.

Abgesehen von ihrem Moratoriumsvorschlag (ein quantitatives Einfrieren bestehender Trägerwaffen und Gefechtsköpfe) zeigte die SU keine Bereitschaft zu echten Substanzverhandlungen. In Einzelfragen ging sie sogar hinter Positionen von 1983 zurück. In allen ihren Stellungnahmen wiederholte sie ihre Position, daß ein „START“-Abkommen von vorhergehenden Lösungen in beiden anderen Teilbereichen (i.e. auch INF!) abhängig sei.

d) Im Verhandlungsbereich „Mittelstreckenwaffen“ erklärten die USA, daß frühere INF-Verhandlungsofferten (Null-Lösung<sup>12</sup>, Interimsabkommen<sup>13</sup> und der Vorschlag vom September 1983<sup>14</sup>) weitergelten. Sie stellten insbesondere klar, daß

- Drittstaatenpotentiale nicht in einem Abkommen berücksichtigt werden können und

<sup>12</sup> Vor den Mitgliedern des National Press Club führte Präsident Reagan am 18. November 1981 in Washington aus, die USA seien bereit, auf die Dislozierung von Pershing-II-Raketen und landgestützten Marschflugkörpern in Europa zu verzichten, sollte die UdSSR ihre SS-4-, SS-5- und SS-20-Raketen abbauen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 657. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 62.

Die amerikanische Position wurde vom Leiter der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, in der am 30. November 1981 beginnenden ersten Verhandlungsrunde in Genf präzisiert. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

<sup>13</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Leiters der amerikanischen INF-Delegation, Nitze, mit dem Leiter der sowjetischen INF-Delegation, Kwizinskij, am 16. Juli 1982 bei Genf („Waldspaziergang“); AAPD 1983, I, Dok. 22 und Dok. 93.

<sup>14</sup> Am 26. September 1983 gab Präsident Reagan vor der VN-Generalversammlung in New York den amerikanischen Vorschlag für eine verbesserte Zwischenlösung bei den INF-Verhandlungen in Genf bekannt. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 1350–1354. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 623–626. Zu den Überlegungen für eine verbesserte Zwischenlösung im Vorfeld der Rede vgl. AAPD 1983, II, besonders Dok. 244, Dok. 251, Dok. 252 und Dok. 267.

- für beide Seiten gleiche globale Obergrenzen vereinbart werden müssen, wobei sie die Bereitschaft der USA unterstrichen, nicht alle sowjetischen SS-20 in <sup>15</sup>Europa durch Stationierung amerikanischer LRINF in Westeuropa auszugleichen.

Die SU unterbreitete insgesamt drei Moratoriumsvorschläge (siehe Bezugsaufzeichnung). In der Sitzung am 4. April 1985 schlug sie ein INF-Abkommen folgenden Inhalts vor:

- Abzug aller amerikanischen LRINF;
- Rückverlegung der SS-12/22 in die SU;
- Rückzug der U-Boote von der amerikanischen Küste, die erst Ende 1983 dorthin entsandt wurden;
- Reduzierung der SS-20 im europäischen Teil der SU auf das Niveau der britischen und französischen Potentiale;
- bei Erhöhung der Drittstaatsysteme Anhebung auch auf sowjetischer Seite.

Wie dieser Vorschlag zeigt, bleibt das sowjetische Ziel

- ein vollständiger Abzug amerikanischer LRINF aus Europa und die
- volle Kompensation für britische und französische Systeme.

Da sich die britischen und französischen Systeme in den 90er Jahren beträchtlich erhöhen werden, würde ein Eingehen auf die sowjetischen Vorschläge nicht nur keine Reduzierung der bestehenden sowjetischen INF, sondern im Gegenteil ihre Erhöhung bedeuten.

Bemerkenswert ist, daß in der INF-Verhandlungsgruppe die sowjetische Delegation die Junktims-Forderung nicht mit demselben Nachdruck vorbrachte wie in den beiden anderen Gruppen.<sup>16</sup>

## II. Bewertung

1) Die erste Verhandlungsrunde hat in der Sache keine Annäherung der Substanzpositionen gebracht.

Wie zu erwarten, hat die SU starr auf ihrer Junktimsforderung, die sie bereits vor Verhandlungsbeginn öffentlich erhoben hatte, bestanden. Im INF-Bereich knüpfte sie an unakzeptable Positionen aus den 1983 abgebrochenen INF-Verhandlungen<sup>17</sup> an, deren Ausgangspunkt die Nichtstationierung amerikanischer LRINF ist.

Anders als Gorbatschow in seiner Rede in Warschau<sup>18</sup> glauben machen will, hat die SU in Genf bezüglich der interkontinentalstrategischen Waffen keine konkreten Reduzierungsvorschläge gemacht.

Die USA griffen im Bereich START und INF ihre früheren Vorschläge auf und hoben die in diesen Vorschlägen enthaltene Flexibilität hervor.

<sup>15</sup> Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 9.

<sup>16</sup> Ende der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 9.

<sup>17</sup> Zum Abbruch der INF-Verhandlungen vgl. Dok. 8, Anm. 8.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 26. April 1985 auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 288–290.

In der Unterrichtung des NATO-Rats am 24.4.1985 gaben die drei amerikanischen Delegationsleiter zu erkennen, daß neue Verhandlungsschritte erst dann erfolgen würden, wenn Anzeichen für eine flexiblere Verhandlungsführung der SU erkennbar würden.<sup>19</sup>

Aus der Tatsache, daß die SU in der INF-Verhandlungsgruppe das Junktim zu Weltraumfragen gelockert hat, dürfen keine zu weitgehenden Schlüsse gezogen werden. Sicher wäre die SU bereit, ein gesondertes INF-Abkommen entsprechend ihrem eigenen unakzeptablen Vorschlag zu schließen. Ob dies auch für ein Abkommen gilt, das westlichen Kriterien entspricht, erscheint dagegen eher zweifelhaft.

2) Wie Botschafter Kampelman im NATO-Rat ausführte, zeigte die sowjetische Verhandlungsführung deutlich die Handschrift Gromykos. Es bleibt abzuwarten, ob und wann Gorbatschow den Verhandlungen seinen eigenen Stempel aufdrücken wird.

3) Die Hoffnungen richten sich auf ein Gipfeltreffen und den politischen Impetus einer solchen Begegnung auf die Verhandlungen. Als Resultat einer Gipfelbegegnung könnte z. B. folgende Vereinbarung getroffen werden:

- Weiterbeachtung von SALT II. Der SALT-II-Vertrag liefe, falls er ratifiziert worden wäre, Ende 1985 aus. Im Falle der Weiterbeachtung dieses Vertrages über dieses Jahr hinaus müssen die USA, wie wir aus der Berichterstattung der Botschaft Washington wissen, innerhalb der Administration spätestens im Juli eine Entscheidung darüber treffen, daß ein älteres Poseidon-U-Boot außer Dienst gestellt wird, damit die für den Herbst 1985 fest geplante See-Erprobung des siebten Atom-U-Boots der Trident-II-Klasse erfolgen kann. Während das State Department für eine Verlängerung von SALT II eintritt, lehnt das Pentagon eine solche ab. Auch im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen sollten wir in unseren Kontakten mit den USA auf die große Bedeutung hinweisen, die wir einer Weiterbeachtung von SALT II beimessen.
- Zusicherung des Festhaltens am ABM-Vertrag – unter der Bedingung sowjetischer Vertragstreue – bis zu einem festgesetzten Zeitpunkt.
- Nicht auszuschließen wäre auch ein beiderseitiges, zeitlich befristetes ASAT-Moratorium. Allerdings müßte hierbei der erhebliche Widerstand des Pentagon vorher überwunden werden.

Ruth

**VS-Bd. 11279 (220)**

<sup>19</sup> Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch die amerikanischen Sonderbotschafter Glitman, Kampelman und Tower vgl. Dok. 101.

## 107

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken an das Generalkonsulat in Leningrad

**Fernschreiben Nr. 3435 Plurez**  
**Citissime**

**Aufgabe: 30. April 1985, 07.34 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: 40. Jahrestag des Kriegsendes  
hier: Teilnahme an Feierlichkeiten

Bezug: DB Nr. 47 vom 29.4.85<sup>2</sup> und Nr. 48 vom 30.4.85<sup>3</sup> – Pol 320.20/1  
Ortez Nr. 30 vom 26.4.85<sup>4</sup>

Sie werden gebeten, nicht an der Feier am Abend des 8. Mai teilzunehmen. Dies gilt auch für Ihren Vertreter<sup>5</sup>.

Trotz der besonderen Situation in Leningrad kann auch dort keine Ausnahme von der Regel gemacht werden, daß wir an sowjetischen Siegesfeiern nicht teilnehmen. Entscheidend ist, daß aller Voraussicht nach auch die dortige Feierstunde über ein Gedenken an die Toten hinausgehen und politische Akzente enthalten wird. Unsere Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen äußert sich in der Würdigung aller Opfer des Krieges, etwa durch Kranzniederlegungen. Deshalb wird eine Teilnahme an den entsprechenden Veranstaltungen, wie im Bezugs-DB Nr. 47 vorgeschlagen, begrüßt. Damit wird jeder Vorwurf, wir wollten den Jahrestag nicht zur Kenntnis nehmen, gegenstandslos.

Unsere Haltung zum 8. Mai als Gedenktag und die sowjetische Haltung divergieren zu stark, als daß wir uns an sowjetischen Siegesfeiern beteiligen können.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.

Hat Ministerialdirigent Edler von Braumühl sowie den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Ploetz und von Studnitz am 30. April 1985 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Generalkonsul Berninger, Leningrad, teilte mit: „Hinsichtlich des 9. Mai hat sich ergeben, daß die Generalkonsuln voraussichtlich zusätzlich zu dem Kranz, der am Piskarjow-Friedhof niedergelegt wird, einen Kranz an einem neu errichteten Denkmal am Moskauer Bahnhof niederlegen werden, das am 9. Mai 1985 eingeweiht werden wird. Da die Kranzniederlegung dem Gedenken der Toten des Krieges dient, sollten m. E. hinsichtlich einer Teilnahme keine Bedenken bestehen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139410.

<sup>3</sup> Generalkonsul Berninger, Leningrad, berichtete, er sei von sowjetischer Seite unterrichtet worden, daß „die Feier am Abend des 8. Mai ‚aus Anlaß des 40. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg‘ erfolge. Dazu legte er dar: „Die westlichen Generalkonsuln teilten mir mit, daß sie an der Feier teilnehmen werden. [...] Nach der bei einer langen Propagandakampagne aufgewühlten psychologischen Lage in Leningrad rege ich an, daß die Bundesrepublik Deutschland gleichfalls auf Generalkonsulsebene an der Feier teilnimmt. [...] Bei der Revanchismuskampagne und Faschismusvorwürfen gegen die Bundesrepublik Deutschland sollte in Leningrad hinsichtlich unserer Haltung zu dem NS-Regime in der gegenwärtigen Lage kein Raum gelassen werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139410.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen erteilte folgende Weisung: „Grundsätzlich gilt die Regel, daß offizielle Vertreter der Bundesregierung nur an Toten-Ehrungen und religiösen Feiern teilnehmen, je nach Einzelfall auch an kulturellen Veranstaltungen ohne propagandistischen Charakter. Veranstaltungen mit Charakter von Siegesfeiern und solchen, bei denen die sowjetische Interpretation der damaligen Ereignisse herausgestrichen wird, ist fernzubleiben. In Zweifelsfällen [...] sollte eine gesonderte Weisung eingeholt werden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132746.

<sup>5</sup> Ulrich Brandenburg.

Gerade die Revanchismus-Kampagne und die Faschismus-Vorwürfe haben dies deutlich gemacht.<sup>6</sup> Obwohl die sowjetische Propaganda-Kampagne nach sowjetischen Behauptungen keine antideutschen Tendenzen enthalten soll, richtet sie sich in Wirklichkeit gegen die Grundsatzentscheidungen und Leistungen der Deutschen in der Bundesrepublik nach dem Kriege und verzerrt diese in einer Weise, die für uns nicht akzeptabel ist.

Was uns bei der Würdigung des 40. Jahrestages des Kriegsendes von der offiziellen Haltung der Sowjets unterscheidet, ist nicht, wie von östlicher Seite immer wieder behauptet, eine Geringschätzung der Leiden, Opfer und Leistungen der Völker der Sowjetunion in den Kriegsjahren. Es geht vielmehr darum, daß wir uns nicht an Versuchen beteiligen können, aus der moralisch-historischen Würdigung der damaligen Geschehnisse im Nachhinein eine politische Rechtfertigung der Politik Stalins und seiner Nachfolger gegenüber Europa, insbesondere gegenüber Deutschland und den osteuropäischen Staaten, abzuleiten. Wir wissen von den großen Opfern, die die Sowjetunion im Kampf gegen den Nationalsozialismus erlitten hat und von ihrem entscheidenden Beitrag zur Befreiung des europäischen Kontinents, einschließlich Deutschlands, von nationalsozialistischer Herrschaft.

Aber im sowjetischen Machtbereich hat diese Befreiung den Völkern, darunter auch den Deutschen in der DDR, bis heute nicht die Freiheit gebracht. Das hartnäckige Bemühen der Sowjets, das Andenken an den Krieg einseitig zugunsten für uns nicht akzeptabler politischer Ziele auszunutzen, macht ein gemeinsames Gedenken, das wir im Prinzip vorziehen würden, problematisch.<sup>7</sup>

Heyken<sup>8</sup>

#### Referat 213, Bd. 139409

<sup>6</sup> Zu den Vorwürfen in den Medien der UdSSR gegen die Bundesregierung vgl. Dok. 11, Anm. 3. Referat 213 vermerkte am 2. April 1985 zum Sachstand: „Die Revanchismuskampagne ist, wie die Sowjets selbst zugegeben haben, von oben angeordnet worden. [...] Im Zentrum der Revanchismus-Kampagne stehen folgende Vorwürfe: ‚Zusammenrottungen‘ der Vertriebenenverbände, bei denen Ansprüche auf Gebiete sozialistischer Staaten erhoben würden. Finanzielle, politische und moralische Unterstützung dieser ‚revanchistischen Aktivitäten‘ durch die jetzige Bundesregierung [...]. Infragestellung der (durch Jalta und Potsdam festgelegten) territorialen und politischen Realitäten im Nachkriegseuropa, die sich äußern in: Forderung nach Revision der Nachkriegsgrenzen. Streben nach Einverleibung der DDR [...]. ‚Revanchistischer Einfluß‘ auf die Jugend: Atlanten mit den Grenzen von 1937, Lehrbücher, in denen der Faschismus reingewaschen werde, Geschichtsfälschung. Verstärkte Aktivitäten neonazistischer Gruppen, die immer größere Freiheit genossen. Verantwortung für Kriegsgefahr: Ein Versuch der Revanche bedeute Krieg. Von deutschem Boden gehe nun wieder Kriegsgefahr aus. Das Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit sei angesichts des Strebens der NATO nach Überlegenheit unaufrichtig. Umrüstung der Bundeswehr zur Angriffsarmee im Zusammenhang mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketenwaffen und der Aufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkungen bei wachsendem revanchistischem Potential der Bundeswehr selbst. Fazit: Der Revanchismus sei in den Rang der Staatspolitik erhoben.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139409.

<sup>7</sup> Am 10. Mai 1985 schilderte Generalkonsul Berninger, Leningrad, die Wirkung der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes: „Die Feiern zum 9.5.1985 bildeten den Höhepunkt einer in ihrem Ausmaß wahrscheinlich einmaligen Propagandawelle in Leningrad, deren Hauptmedium das Fernsehen war. [...] Da die Stadt für die breiten Massen an den Abenden kaum Abwechslung bietet, muß davon ausgegangen werden, daß die große Masse der Leningrader Bevölkerung die Fernsehsendungen verfolgte und durch sie stark beeindruckt wurde. [...] Die Propaganda hat sich zwar formal nur gegen die damaligen deutschen ‚Faschisten und Hitleristen‘ gewendet. Insbesondere die in Dokumentarfilmen gezeigten Bilder von Konzentrationslagern mit zahlreichen noch nicht beerdigten Toten haben jedoch unvermeidlich zu einem hohen Ansehensverlust der Deutschen allgemein geführt. Während sich die DDR durch die Übernahme der kommunistischen Ideologie und die angeblich

## 108

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone

1. Mai 1985<sup>1</sup>

Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Nakasone am 1. Mai 1985<sup>2</sup>

Bundeskanzler und Ministerpräsident Nakasone vereinbarten, zunächst über zwei Themenkreise zu sprechen: Kultur und Wirtschaft.

Der *BK* führte aus, ihm liege an einer wesentlichen Verstärkung und Vertiefung der deutsch-japanischen Beziehungen. Es herrsche die Tendenz, den Wirtschaftsaustausch an erster Stelle der Beziehungen zu sehen. Wenn auch die Wirtschaft selbstverständlich schicksalhaft sei, so glaube er doch, daß kulturelle Beziehungen im weitesten Sinne des Wortes für die Beziehungen der beiden Länder noch wichtiger seien. Ein wichtiger Punkt sei der Austausch von Studenten, jungen Wissenschaftlern und Praktikanten. Beim bevorstehenden Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten<sup>3</sup> werde es zu Abmachungen über Studenten- und Praktikantenaustausch kommen. Er würde begrüßen, wenn ähnliche Abmachungen mit Japan, mit dem Deutschland sehr alte Beziehungen auch aus schicksalhafter Zeit unterhalte, getroffen werden könnten. Dies müsse ja nicht als eine Konkurrenz zu der Entwicklung zu sehen sein, daß junge Japaner heutzutage sehr häufig in den USA studieren würden. Er hielt es für sehr wichtig, daß Japan und die Bundesregierung eine kleine Expertengruppe einsetzten, die solchen Austausch für die nächsten fünf Jahre programmiere. Ein solches Vorgehen passe auch in die Initiative zum Berliner Zentrum.<sup>4</sup> Die Ar-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 542*

darauf fußenden Aufbauleistungen mit dem Lager der Sieger des Krieges eng verbunden darstellte, müssen wir in Leningrad mit verstärkten, allerdings wohl kaum offen zutage tretenden Ressentiments gegen die Bundesrepublik Deutschland rechnen, deren Abbau eine lange Zeit in Anspruch nehmen dürfte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 59; Referat 213, Bd. 139410.

<sup>8</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Boss, Tokio, gefertigt und am 10. Mai 1985 an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, übermittelt. Dazu vermerkte er: „Anbei übersende ich Ihnen eine Zusammenfassung des Gesprächs zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Ministerpräsident Nakasone am 1. Mai 1985 in Bonn und hoffe, daß sie Ihre Zustimmung findet“.

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Nakasone hielt sich vom 30. April bis 4. Mai in der Bundesrepublik auf und besuchte am 5./6. Mai 1985 Berlin (West). Botschafter Boss, Tokio, übersandte am 26. Juni 1985 Kurzgedichte Nakasones zu seiner Reise, die in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift der Liberaldemokratischen Partei Japans erscheinen sollten: „Berliner Mauer: Über die Mauer weht der Wind durchs Maienlaub, bewegt die Fahnen. Wind im grünen Mai; die Mauern in den Herzen bläst er nicht nieder. Im Maienwind stehe ich, verfolgt von den Blicken durchs Teleobjektiv. [...] Die alte Botschaft in Berlin: Einschußnarben im Gemäuer, darunter grünt der Rhododendron.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; Referat 341, Bd. 133684.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang vom 8. bis 16. Juni 1985 vgl. Dok. 152 und Dok. 154.

<sup>4</sup> Am 26. März 1985 legte Botschafter Boss, Tokio, dar: „In der Bundesrepublik und insbesondere in Berlin ist mit Anerkennung registriert worden, daß Japan konkrete Zusagen zur Wiederherstellung des Gebäudes der ehemaligen Botschaft in Berlin bis 1987 gegeben und sich – trotz stagnie-

beiten der Gruppe sollten in enger Fühlungnahme mit dem Kanzleramt abgewickelt werden. Alle zuständigen Stellen wie Wissenschaftsministerium und Bildungsministerium müßten einbezogen werden. Soweit die Kulturhoheit der Länder betroffen sei, werde er sich selbst mit den Ministerpräsidenten verständigen. Der Austausch solle alle Bereiche umfassen und nicht nur z.B. auf naturwissenschaftliche Fächer beschränkt sein.

Auch Malerei-Ausstellungen und Musikaustausch sollten in die Planung einbezogen werden. Dies alles solle dazu dienen, die deutsche und japanische Freundschaft nicht nur im Kopf, sondern auch im Herzen zu verankern.

MP *Nakasone* stimmte dem Vorschlag des BK zu und betonte seinerseits, daß für Fragen solchen Austauschs eine Reihe von Ministerien zuständig seien wie Erziehungsministerium, Industrieministerium und Außenministerium, und daß er für eine entsprechende Koordinierung sorgen werde.

Die beiden *Regierungschefs* vereinbarten, daß Staatssekretär Ruhfus und Unterstaatssekretär Asao des japanischen Außenministeriums sich miteinander in Verbindung setzen sollten.<sup>5</sup>

MP *Nakasone* schilderte sodann die aus der Nachkriegsentwicklung entstandenen Schwierigkeiten im japanischen Erziehungssystem, die zur Notwendigkeit einer Reform geführt hätten. Erziehung sei für das geistige Klima eines Landes von großer Bedeutung. Man müsse an die alten Tugenden anknüpfen. Die jetzigen Bestrebungen um eine Erziehungsreform gingen um die Frage, wer was und wie unterrichten solle. Man hoffe, mit der Reform die Gewalttätigkeit an den Schulen einzudämmen, das Drogenproblem in den Griff zu bekommen und den unsinnigen Wettbewerb bei den Aufnahmeprüfungen und die damit verbundenen psychischen Belastungen für Schüler und Eltern abzustellen.

Auf die Frage MP Nakasones, ob er ihm aus seinen eigenen Erfahrungen Ratsschläge hinsichtlich einer Erziehungsreform geben könne, meinte der *BK*, daß er dazu wohl nicht berufen sei. Auch unsere heutige Erziehungspolitik sei nur aus der historischen Entwicklung zu begreifen. Auf die totale Okkupation der Schule durch die NS-Ideologie bis 1945 seien auch in Deutschland die Einflüsse der Besatzungsmächte gefolgt, aber in unserem Falle nicht nur die der Amerikaner, sondern auch die der Briten und Franzosen, die untereinander ganz un-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 543*

rendem Haushalt – zur Finanzierung dieser Bauarbeiten bereit erklärt hat. Auf diese Weise wurde es dem Senat von Berlin möglich, einen substantiellen Beitrag als Stiftungsvermögen in das neue Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin einzubringen. Die laufenden Kosten sollen zu gleichen Teilen von beiden Seiten erbracht werden, wobei wir hoffen, daß diese Kosten weitgehend von der Wirtschaft finanziert werden können. Es ist aber wichtig, daß in diesem Zentrum nicht nur allgemein interessierende Themen behandelt, sondern auch konkrete, die Wirtschaft interessierende Informationen vermittelt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 515; Referat 341, Bd. 133684.

<sup>5</sup> In einer Aufzeichnung vom 4. Mai 1985 wurde zum Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem Unterstaatssekretär im japanischen Außenministerium, Asao, über den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zwischen der Bundesrepublik und Japan festgehalten: „Alle vier im ‚Gemeinsamen‘ Kommuniké‘ genannten Gruppen (Studenten, junge Wissenschaftler, Praktikanten, Künstler) sind behandelt worden. Deutsche Seite wird bis Mitte Juni ihre ‚Gedanken sortieren‘, konkrete Vorschläge (z. B. Verdoppelung der Stipendiaten) erarbeiten und jap[anischer] Seite übermitteln. Deutsche Expertengruppe, angeführt von D 6, soll im Herbst Japan besuchen, um konkrete Verabredungen zu treffen. Jap. Seite weist auf Mangel an Mitteln, langen Abstimmungsprozeß mit den Ressorts hin, verweist an zuständige Organisationen (z. B. Japan Foundation) und direkte Gespräche. Allgemein: Zurückhaltung gegenüber B[undes]k[an]z[er]-Initiative.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133684.



terschiedlich gewesen seien. Man habe schließlich in den 50er Jahren wieder an Weimar angeknüpft und ein gutes System, eine Art Humboldt-Renaissance, entwickelt. Es sei dann in den 60er Jahren die verschobene geistige Krise durchgebrochen, die eine enorme Wirkung für die Schule gehabt habe. Sie habe zu einer Absenkung des Leistungsniveaus geführt. Dazu sei dann auch noch die Technikfeindlichkeit gekommen. Diese Entwicklung sei heute im Abklingen, und man habe wieder einen erstklassigen Nachwuchs. In einer Reihe von Gebieten, auf denen Deutschland zurückgefallen war, würden wir wieder sehr schnell aufschließen. Der BK äußerte die Überzeugung, daß die deutsche Leistung wieder einen führenden Platz in Europa erringen und diesen nicht nur halten, sondern stärker ausbauen werde.

Einen Rat könne er allerdings geben: Auf dem Gebiet der beruflichen Ausbildung von Nicht-Akademikern seien wir die besten. Falls MP Nakasone daran interessiert sei, würde er den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks<sup>6</sup> mit zwei oder drei Spezialisten nach Japan entsenden, um ihm dieses System vorzustellen.

Das Gespräch über Wirtschaftsbeziehungen eröffnete auf Wunsch des BK StS *Dr. Tietmeyer*. Er führte aus, daß die Wirtschaftsbeziehungen EG–Japan sehr intensiv seien. Dies gelte auch für die bilateralen Beziehungen, die sich im letzten Jahr gut entwickelt hätten.<sup>7</sup> Allerdings erzeuge das Defizit der EG im Handel mit Japan große Besorgnis, und wir fürchteten, daß der Druck unserer Nachbarn in Richtung auf protektionistische Gegenmaßnahmen wachse, wenn sich der Austausch so weiter entwickle. Die deutsche Position sei, das Defizit offensiv durch zügigere japanische Marktöffnungen und durch verstärkte Anstrengungen der europäischen Industrie, nicht aber durch restriktive Maßnahmen und durch Abschottung der EG-Märkte abzubauen. Die Bundesregierung begrüße deshalb die japanischen Bemühungen, Marktöffnungen weiter zu betreiben, auch daß sich der MP persönlich für Importe eingesetzt habe. Man werde alles tun, um die deutschen Exporteure zu stimulieren. In diesem Zusammenhang begrüßten wir auch die Entstehung des Japanisch-Deutschen Zentrums in Berlin.

Japanische Marktöffnung müsse aber nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber der EG wirksam sein. Ein selektives Verhalten würde die protektionistischen Kräfte in der EG sehr stärken. Multilaterale Öffnung sei somit außerordentlich wichtig. An besonderen Verkaufsinteressen nannte StS *Tietmeyer* den Airbus, einen Druckwasser-Reaktor an Tepco und Ariane als Träger für Nachrichtensatelliten. Eine Entscheidung zugunsten von Ariane hätte nahezu symbolische Auswirkung auf die europäisch-japanische Zusammenarbeit, auch im Bereich der industriellen Kooperation.

<sup>6</sup> Paul Schnitker.

<sup>7</sup> Am 4. April 1985 legte Botschaftsrat I. Klasse Scheel, Tokio, eine deutsch-japanische Handelsbilanz vor: „Wir haben 1984 beträchtliche Erfolge bei unseren Exporten nach Japan erzielt: In DM ausgedrückt über plus 23 v[on]H[undert] Steigerung. Daran zeigt sich, daß sich die deutschen Unternehmen aktiv um japanischen Markt bemühen; weil aber Japan ebenso hohen Exportanstieg verzeichnen konnte, hat sich deutsches Handelsbilanzdefizit mit Japan auf plus 11 Mrd. DM erhöht – das höchste mit einem deutschen Handelspartner 1984 überhaupt. [...] Exportpalette der Bundesrepublik, auch im Verhältnis zu Japan, ist modern: Wir führen vor allem Maschinen, Präzisionsinstrumente, Kfz sowie chemische und pharmazeutische Produkte aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 507; Referat 431, Bd. 133684.

Ein Sonderthema sei die gegenseitige Anerkennung von Normen, Standards und Prüfzeugnissen. Hier liege ein Vorschlag von BM Bangemann auf dem Tisch.<sup>8</sup> Auch dieses Gebiet sei wichtig für Markttöffnung.

Schließlich erhofften wir uns auch eine Liberalisierung der japanischen Finanzmärkte. Im Juni sollten mit dem japanischen Finanzminister<sup>9</sup> entsprechende Gespräche aufgenommen werden, um auch für deutsche Banken die Öffnung zu erreichen.<sup>10</sup> Die deutsche Seite sei in diesem Bereich zur Reziprozität bereit.

Der *BK* unterstrich die Bedeutung des Kaufs des Airbus. Die Deutschen hätten sich unter großen Schwierigkeiten an der Airbus-Industrie beteiligt. Wenn sie sich aus diesem Geschäft zurückzögen, dann würde es vermutlich in zehn Jahren weltweit nur noch eine Produktion, nämlich einer einzigen amerikanischen Firma, geben, abgesehen von der russischen Produktion. Wenn wir also gezwungen würden, uns zurückzuziehen, müßten wir uns darüber im klaren sein, daß wir alle auf Gedeih und Verderb vom amerikanischen Angebot abhängig würden. Es wäre sehr viel positiver, wenn auch in diesem Bereich Wettbewerb bestehen bliebe.

Hierzu meinte MP *Nakasone*, daß bisher nur Japan Airlines Auslandsflüge genehmigt seien, daß aber nun auch den anderen japanischen Luftlinien diese Konzession erteilt werde. Deshalb sollte für den Airbus eine gute Chance bestehen.

Herr *Kunihiko*, Leiter der Wirtschaftsabteilung im japanischen Außenministerium, wies im Zusammenhang mit der Ariane Rakete darauf hin, daß NTT<sup>11</sup> ab 1.4. liberalisiert sei. Deshalb könne jede private Nachfolgefirma frei schalten und walten. Arianespace könne selbstverständlich mit einer amerikanischen Satellitenfirma zusammenarbeiten, aber wie er höre, wolle der amerikanische Lieferant des Satelliten diesen auch selbst in die Umlaufbahn bringen. Was Normen, Standards, Zertifikate und Einfuhrprozedur betreffe, so sei Rationalisierung voll im Gange. Es sei deshalb nützlich, ein Gespräch darüber zu führen, und Japan überprüfe die deutschen Vorschläge. Doch bereite der japanischen Regierung Kopfzerbrechen, daß auch die EG-Seite einen ähnlichen Vorstoß bei BM Bangemann unternommen habe.

<sup>8</sup> Botschafter Boss, Tokio, berichtete am 14. Januar 1985 über den Besuch des Bundesministers Bangemann vom 8. bis 12. Januar 1985 in Japan. Im Gespräch mit dem japanischen Außenminister Abe habe Bangemann ausgeführt: „BM begrüßte Schritte Japans zur Markttöffnung, die sich aber in tatsächlicher Beseitigung bestehenden Ungleichgewichts deutschen Handels mit Japan auswirken müßten. Unter Hinweis auf unsere entsprechenden positiven Erfahrungen mit Frankreich schlug BM Einsetzung deutsch-japanischer Arbeitsgruppe vor, die gegenseitige Anerkennung von Testprozeduren, Normen und Prüfzeugnissen bzw. ihre Harmonisierung vorsehen solle.“ Abe habe „Verständnis für diesen Vorschlag“ gezeigt, „über den er mit anderen Ministerien sprechen wolle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 62; Referat 341, Bd. 133686.

<sup>9</sup> Noboru Takeshita.

<sup>10</sup> Am 26. Juni 1985 berichtete Botschafter Boss, Tokio: „Erstes Treffen der deutsch-japanischen Finanzkonsultationen, die unter Leitung von StS Dr. Tietmeyer und UStS Oba im M[inistry]o[f]F[inance] unter Beteiligung der Zentralbanken stattfanden, stand schwerpunktmäßig im Zeichen deutscher Forderungen nach Verbesserung der Geschäftsmöglichkeiten deutscher Banken in Japan. Deutsche Delegation hatte Gelegenheit, ausführlich Wettbewerbsnachteile, die sich für deutsche Banken aus hiesigem Refinanzierungssystem ergeben, und Wünsche nach Erleichterungen in bestimmten Punkten zur Sprache zu bringen. In der Frage des Zugangs deutscher Banken zum Wertpapiergeschäft erklärte sich japanische Seite bereit, auf der Grundlage geltender Gesetze Lösungsmöglichkeiten über die Einschaltung ausländischer Tochtergesellschaften der Banken von Fall zu Fall in flexibler Weise zu prüfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 947; Referat 341, Bd. 133702.

<sup>11</sup> Nippon Telegraph and Telephone Public Corporation.

StS *Tietmeyer* unterstrich, daß in der Tat die Angleichung der Normen usw. auch EG-Angelegenheit sei, daß aber die Bundesregierung daran ganz besonderes Interesse habe. Die Diskussion mit der EG schließe nicht bilaterale Gespräche aus. Er wolle zum Ariane-Problem noch darauf hinweisen, daß dafür die Führung auf französischer Seite liege, während für die Beteiligung an der Raumstation<sup>12</sup> die deutsche Seite federführend sei. Eine Nutzung des Trägersystems Ariane durch Japan würde bedeuten, daß Ariane eine kommerzielle Chance hätte, und diese Chance würde den Kontext zur Kolumbusfähre herstellen. Dadurch würde insgesamt die Raumfahrt-Kooperation USA–Europa–Japan gefördert. Eine kommerzielle Entscheidung zugunsten Ariane würde in diesem Fall gesamtpolitische Bedeutung haben.

MP *Nakasone* erläuterte, daß die Markttöffnung auf drei Grundsätzen aufbaue:

- Das Maßnahmenpaket vom 9.4.<sup>13</sup> gelte nicht nur für die USA, sondern für die ganze Welt.
- In den außenwirtschaftlichen Beziehungen müsse der Grundsatz der Handelsfreiheit gelten. Restriktion könne nur Ausnahme sein.
- Die weitere Markttöffnung werde durch die Wahl der Konsumenten bestimmt.

Man werde überprüfen, welche konkreten Maßnahmen zur Markttöffnung weiter ergriffen werden können. Bis zum Juli solle ein mittelfristiges Aktionsprogramm feststehen, das in drei Jahren umgesetzt werden solle. MP *Nakasone* erläuterte sodann die Bedeutung der „Deregulierung“ für das traditionelle japanische Verhältnis vom Bürger zum Staat und unterstrich seine Zielsetzung, daß Standards künftig, wo immer möglich, nicht vom Staat, sondern von Hersteller und Verbraucher gesetzt werden sollen. Er machte hierbei Einschränkungen für Agrarprodukte wegen der großen innenpolitischen Auswirkungen einer Liberalisierung in diesem Bereich und für medizinische Standards, soweit Besonderheiten der Japaner dies erfordern.

Der Abschluß des Gesprächs war der Formulierung der Erklärung über die Einsetzung einer Expertengruppe zur Intensivierung des Austauschs von Wissenschaftlern, Studenten etc. für die Presse gewidmet.<sup>14</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

<sup>12</sup> Zu einer europäischen Beteiligung an der internationalen Raumstation mit dem Forschungsmodul Columbus vgl. Dok. 29, Anm. 42, 43, 45 und 46.

<sup>13</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 16. April 1985 hieß es zur weiteren Markttöffnung Japans: „Seit Dezember 1984/Januar 1985 sind auf starkes Drängen der USA und der Gemeinschaft bislang sieben Markttöffnungspakete verkündet worden. [...] Das siebte Maßnahmenpaket [...] kündigt, angesichts der stärker werdenden protektionistischen Tendenzen insbesondere in den USA, anders als seine Vorgänger ein Drei-Jahres-Aktionsprogramm an, das nicht nur Reaktion auf ausländische Forderungen sein soll. Einzelheiten des Aktionsprogramms sollen bis Juli d. J. entschieden werden und zum Gegenstand haben: Zölle und Kontingente; Standards, Prüfzeugnisse und Einfuhrprozeduren; Regierungskäufe; Kapital- und Finanzmärkte; Dienstleistungen. [...] Um es bewerten zu können, müssen die für Juli d. J. angekündigten Einzelmaßnahmen und auch die Ergebnisse der US-amerikanisch-japanischen Sektorenverhandlungen bei Telekommunikation, Elektronik, Pharmazeutika und medizinischer Ausrüstung sowie bei Forstprodukten abgewartet werden.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133684.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Ministerpräsidenten Nakasone vom 1. Mai 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 429 f.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Abe

2. Mai 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundesministers mit dem japanischen AM Abe am 2. Mai 1985, 8.15 Uhr bis 9.30 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Walter Boss, Tokio; VLR I Bente, RL 341; LR I Dr. Schulte, Dolmetscher.

Teilnehmer auf japanischer Seite: Botschafter Miyazaki, Staatssekretär Reishi Teshima, Dolmetscher Toda.

Zur Eröffnung des Gesprächs bittet der *BM* den japanischen Außenminister, seine Erwartungen hinsichtlich der Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels<sup>3</sup> darzulegen.

*AM*: Bei den zu behandelnden Wirtschaftsfragen seien Japan wegen seiner Handelsüberschüsse, dem Zugang zu seinen Märkten, die USA wegen der hohen Zinssätze<sup>4</sup> und des Haushaltsdefizits und Europa wegen der hohen Arbeitslosigkeit betroffen. Es sei zu prüfen, wie diese Probleme überwunden und andauerndes Wirtschaftswachstum ohne Inflation erreicht werden könne.

Die Frage einer neuen GATT-Runde sei bereits im Rahmen der kürzlichen OECD-Tagung diskutiert, aber bisher noch kein Termin festgelegt worden.<sup>5</sup> Japan hoffe, daß eine neue GATT-Runde im nächsten Jahr statffinde. Es würde interessieren, wie der BM zu einer Terminfestlegung stünde. Der französische Staatspräsident<sup>6</sup> habe auch für die Einberufung einer Währungskonferenz

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und am 7. Mai 1985 über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet. Dazu vermerkte er: „Der Text ist mit dem Dolmetscher, LR I Dr. Schulte, abgestimmt worden.“

Hat Meyer-Landrut am 7. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 8. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Bente verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann mit üblichem Vorbehalt verteilt werden.“

Hat Bente am 15. Mai 1985 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 133683.

<sup>2</sup> Der japanische Außenminister Abe hielt sich anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>4</sup> Am 21. Mai 1985 informierte Botschafter van Well, Washington, über eine Senkung der Leitzinsen in den USA: „Die am 20.5.1985 vom Handelsministerium veröffentlichten jüngsten Revisionen der Zahlen über das Wachstum des amerikanischen BSP im ersten Quartal von 1,3 Prozent auf 0,7 Prozent Jahresrate hätten erneut überrascht, wenn die Notenbank nicht am vergangenen Freitag bereits den Diskontsatz von 8 auf 7,5 Prozent gesenkt hätte. Die Senkung war von der FED mit der Besorgnis um eine seit einiger Zeit (d. h. Juli 1984) wegen steigender Importe und hoher Dollarkurse relativ stagnierende Industrieproduktion (plus 2 Prozent seit April 1984) begründet worden. Die Stagnation der Güterproduktion konnte auch nicht von der Rüstungsindustrie mit plus 11 Prozent seit April 1984 ausgeglichen werden. Soweit es im ersten Quartal Wachstum gab, beruhte es auf dem Lageraufbau.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2548; Referat 411, Bd. 131195.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Ziffer 11 des Communiqués der Tagung des OECD-Ministerrats am 11./12. April 1985 in Paris; EUROPA-ARCHIV 1985, D 278.

<sup>6</sup> François Mitterrand.

plädiert. Hier werde man zu einem Kompromiß kommen müssen. Er, der AM, hoffe sehr, daß es möglich sein werde, sich mit Frankreich zu einigen. Ihn würde die Meinung des BM hierzu interessieren.

Außerdem ginge es auf dem Weltwirtschaftsgipfel darum, Lösungen für die Probleme der Entwicklungsländer und für den Hunger in Afrika zu finden. Japan sei von einigen asiatischen EL aufgefordert worden, die Interessen der Dritten Welt zu vertreten. Die Industriestaaten sollten sich bei dieser Gelegenheit bereit erklären, ihre Entwicklungshilfe zu erhöhen. Es dürfte aber Probleme mit den Amerikanern geben.

Auch das Verschuldungsproblem werde zur Sprache kommen. Die betroffenen Staaten erwarteten die Hilfe der Industriestaaten.

BM gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es zu einer GATT-Konferenz zu Beginn des nächsten Jahres kommt. F sei, so glaube er, dazu bereit. Bezüglich einer Währungskonferenz habe ihm der französische AM<sup>7</sup> in der letzten Aprilwoche in Luxemburg mitgeteilt, daß er einverstanden sei, wenn eine solche Währungskonferenz auch im Rahmen des Interim-Ausschusses des IWF zustande käme. Im kommenden Herbst sei eine Tagung des Interim-Ausschusses vorgesehen.<sup>8</sup> Man könnte dort die Währungsfragen zu einem wichtigen Tagesordnungspunkt machen. Wenn dann noch eine Sonderkonferenz erforderlich sei, bestünden hiergegen auf deutscher Seite keine Bedenken. Offenbar sei Frankreich der Meinung, daß eine solche Konferenz in Paris stattfinden könne. Es käme darauf an, die noch vorhandenen Gegensätze in dieser Frage zu überwinden.

Für den Erfolg des Weltwirtschaftsgipfels sei es wichtig, daß konkrete Ergebnisse für die übrigen Fragen des japanischen Ministers erzielt würden.

Wenn das Konferenzergebnis sich darauf beschränkte, daß die Amerikaner sich lediglich bereit erklärten, ihr Haushaltsdefizit zu begrenzen und die Europäer, ihr Wachstum zu stärken, dann würde die Welt hierüber lachen. Es käme darauf an, konkrete Aussagen zu machen. Die Amerikaner müßten sich zu der Frage äußern, wie weit sie ihr Haushaltsdefizit einschränken wollen. Es sei eine Quantifizierung erforderlich, eine Perspektive für die nächsten Jahre, so daß man die Stufen der Reduzierung des Defizits erkennen könne. Er, der Minister, sei aber in dieser Hinsicht nicht sehr optimistisch. Die bisherigen Vorstellungen der amerikanischen Regierung seien nicht ausreichend, um das Ungleichgewicht zu beseitigen. Es bestünde die Gefahr, daß der sprunghaft angestiegene Schuldendienst die Reduzierung des Defizits aufwiege.

Man müsse sehen, was die Europäer in dieser Situation beitragen könnten. In Deutschland sei am 1. Mai das Beschäftigungsförderungsgesetz<sup>9</sup> in Kraft getreten. Hierzu bedürfe es einer gewissen innenpolitischen Absicherung, denn die Bundesregierung sei am 1. Mai von den Gewerkschaften massiv angegriffen worden. Zu einer Lockerung ihrer Finanzpolitik werde sie sich jedoch nicht ent-

<sup>7</sup> Bundesminister Genscher traf mit dem französischen Außenminister Dumas am 23. April am Rande der WEU-Ministerratstagung vom 22./23. April 1985 zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ischinger vom 24. April 1985; Referat 010, Bd. 178900.

<sup>8</sup> Die Tagung des Interimsausschusses des Gouverneursrats des Internationalen Währungsfonds (IWF) fand am 6./7. Oktober 1985 in Seoul statt.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985 vom 26. April 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 710–717.

schließen, denn das, was an Wachstum vorhanden sei, sei das Resultat dieser Finanzpolitik. Einen gewissen Spielraum gebe es hingegen bei der vorgesehenen Steuersenkung.<sup>10</sup> Der Sachverständigenrat habe die Vorziehung der zweiten Stufe der Steuererleichterungen vorgeschlagen. Der BM der Finanzen habe sich aber noch am 1.5. gegen diesen Schritt ausgesprochen.<sup>11</sup>

Was die Verschuldung der EL anbelange, müsse darauf geachtet werden, daß die Konditionen bei der Schuldenrückzahlung nicht zu hart gestaltet würden, denn es bestehe die Gefahr, daß Regierungen darüber stürzten. In Marokko sei diese Wirkung gerade noch verhindert worden, im Sudan sei der Präsident darüber gestürzt.<sup>12</sup> Der Appell der Cartagena-Gruppe<sup>13</sup>, der sehr stark von den latein-amerikanischen Ländern beeinflußt sei, mache die bestehende Problematik sehr deutlich. Es sei gefährlich, wenn der Westen Beifall spendete, wenn einzelne Länder zur Demokratie zurückkehrten und ihnen dann, wenn die Demokratie etabliert sei, die Daumenschrauben angelegt würden. Es genüge, in diesem Zusammenhang auf die Lage in Uruguay, Brasilien und Argentinien hinzuweisen. In allen drei Staaten stünden die Regime nicht so fest, daß sie unerschütterlich seien. Keine amerikanischen Sanktionen könnten verhindern, daß die Linke an die Macht komme, wenn die Demokratie scheitere. Brasiliens Schuldenlast sei so groß, daß ein Prozent mehr oder weniger Zinsen 700 Mio. US-Dollar mehr oder weniger Schulden bedeuteten.

Der BM lenkte sodann das Gespräch auf den politischen Bereich des WWG<sup>14</sup>. Er verwies auf eine Unterhaltung, die am Abend des 1. Mai über die gemeinsame politische Erklärung<sup>15</sup> stattgefunden hat, und betonte, daß der gesamte Text durch die japanische Intervention, für die er große Sympathie bekundete, erträglich geworden sei. Im übrigen habe die Bundesregierung den Eindruck, daß der französische Präsident gegen alle weiteren Erklärungen Bedenken habe. Auch er, der BM, halte weitere Erklärungen nicht für sinnvoll. Es bestünde die Gefahr, daß man zu „35 Themen“, zuzüglich Afghanistan<sup>16</sup>, Kambodscha<sup>17</sup> und sonstige Krisenherde, Stellung nehme. Schließlich käme es noch soweit, daß man

<sup>10</sup> Zur geplanten Steuerreform vgl. Dok. 47, Anm. 12.

<sup>11</sup> Zur Stellungnahme des Bundesministers Stoltenberg vgl. den Artikel „Bonn will Steuersenkung nicht vorziehen“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2. Mai 1985, S. 34.

<sup>12</sup> In Abwesenheit des Präsidenten Numeiri übernahm am 6. April 1985 im Sudan das Militär die Regierungsgewalt.

<sup>13</sup> Zur Stellungnahme der Mitgliedstaaten der Cartagena-Gruppe vom 26. April 1985 vgl. Dok. 105, Anm. 12.

<sup>14</sup> Weltwirtschaftsgipfel.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292 f.

<sup>16</sup> In einem Entwurf des Referats 340 vom 29. April 1985 für eine Erklärung zu Afghanistan hieß es: „Sowjetische Truppen führen im sechsten Jahr einen völkerrechtswidrigen und schrecklichen Krieg in Afghanistan. Dieser Krieg hat unsägliches Leid über die Bevölkerung gebracht. Sie hat Hunderttausende von Toten und Verwundeten zu beklagen. Millionen Menschen mußten ihre Heimat verlassen. Mit bewundernswertem Mut setzt sich das afghanische Volk trotz der großen Opfer gegen einen militärisch überlegenen Feind zur Wehr.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135318.

<sup>17</sup> Am 29. April 1985 legte Referat 340 einen Entwurf für eine Erklärung über Kambodscha vor. Darin wurde festgehalten: „Seit nunmehr über sechs Jahren stehen in großer Zahl vietnamesische Truppen in Kambodscha. [...] Allein im Zuge der gegenwärtigen, von Vietnam mit beispielloser Intensität gegen die Lager von Vertriebenen und Flüchtlingen entlang der thailändisch-kambodschanischen Grenze geführten militärischen Offensive haben nahezu 280 000 Menschen erneut die Flucht in die Fremde und in ein ungewisses Schicksal auf sich nehmen müssen.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135318.

überlegen müsse, zu welchen Fragen man sich nicht äußern wolle. In der Öffentlichkeit entstünde dann der Eindruck, daß über die Fragen, zu denen keine Äußerung erfolge, keine Einigung erzielt worden sei.

Andererseits könnten zusätzliche Erklärungen abgegeben werden. Sie fielen ohnehin so blaß aus, daß sie unschädlich seien.

Kompliziert werde die Stellungnahme zu SDI sein.

*AM*: Die japanische Seite teilt Ihre Ansichten.

*BM*: Es müsse auf jeden Fall vermieden werden, daß die Schlußfolgerungen so formuliert werden, daß Frankreich sich von ihnen distanzieren. Ein enger Schulterschluß mit F gerade auch in Fragen von SDI sei für uns von vorrangiger Bedeutung.

*AM* betont, daß er dem *BM* in allen Wirtschaftsfragen im wesentlichen zustimme. Bezüglich der GATT-Runde käme es entscheidend auf die Formulierung an. Die Währungskonferenz könne auch nach japanischer Auffassung im Rahmen des Interim-Ausschusses stattfinden.

Übereinstimmung bestehe auch beim Verschuldungsproblem. Die politische Problematik werde gerade auch auf den Philippinen sehr deutlich. Dennoch werde es schwierig sein, die bisherige Politik zu ändern. Es wäre sicherlich angezeigt, die IWF-Regeln zu überprüfen und sie flexibel anzuwenden. Das bisherige „case by case“-Vorgehen sei das richtige Verfahren.

Der *AM* kommt sodann auf die Bemerkungen des *BM* bezüglich der deutschen Gesetzgebung zur Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums zu sprechen: Auch Japan habe am 9.4. wirtschaftlich relevante Maßnahmen angekündigt.<sup>18</sup> Es komme nun darauf an, daß die japanische Regierung sie auch durchsetze. Auch Japan habe ein Haushaltsdefizit.<sup>19</sup> Man überlege daher, die notwendige innenpolitische Nachfrage-Belebung durch Steuersenkungen herbeizuführen. Ihre Belebung durch eine Ausweitung des Haushalts im Sinne der Lokomotiv-Theorie in Deutschland, Japan und den USA sei nicht vertretbar.

Der *BM* bemerkte zu diesen Ausführungen, sie seien nach seiner Ansicht sehr vernünftig. Mit der Lokomotiv-Theorie habe man schlechte Erfahrungen gemacht.

Der *AM* wendet sich sodann politischen Fragen zu. Die vorgesehene politische Erklärung des WWG erscheine ihm jetzt ausgewogen. Es käme darauf an, keine Gefühle zu wecken, sondern 40 Jahre nach Kriegsende den Blick nach vorn zu richten und danach zu handeln und nicht immer nur von Buße und Schuld zu sprechen.

*BM* trägt an dieser Stelle noch eine Anmerkung zum Gemeinsamen Fonds nach. Die Bundesregierung sei sehr skeptisch, daß die Amerikaner diesem Fonds zustimmen werden. Darüber dürfte es große Enttäuschung in der Dritten Welt

<sup>18</sup> Zur weiteren Marktöffnung Japans vgl. Dok. 108, Anm. 13.

<sup>19</sup> Botschafter Boss, Tokio, stellte am 27. Februar 1985 zum japanischen Defizit fest: „Die Staatsverschuldung schreitet weiter fort. Bisher hat die Regierung noch kein überzeugendes Konzept für die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen vorgelegt. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht zur Zeit die Möglichkeit einer Steuerreform, um die Einnahmen des Staates zu erhöhen. Die vernünftigste Lösung, die Einführung einer Umsatzsteuer, wird innerhalb der Regierung erwogen, ist aber politisch schwer durchzusetzen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 339; Referat 341, Bd. 133680.

geben, zumal die Amerikaner in Cancún<sup>20</sup> hierzu prinzipiell eine positive Haltung eingenommen hätten.

AM erkundigte sich, ob die Absicht bestehe, etwa Sondererklärungen über Afghanistan, Kambodscha oder den Terrorismus zu verabschieden.

BM: Man würde sich lächerlich machen, wenn man etwa dem Terrorismus-Problem eine eigene Erklärung widmen würde.<sup>21</sup> Letzten Endes sei die Lösung des Terrorismus-Problems eine Frage der engen Zusammenarbeit der nationalen Polizeiorganisationen und des energischen Durchgreifens bei seiner Bekämpfung.

AM: SDI solle nicht in die allgemeine Erklärung miteinbezogen werden, sondern lediglich in den Schlußfolgerungen des Vorsitzenden der Konferenz Erwähnung finden.<sup>22</sup>

BM stimmt dieser Auffassung zu und betont, man müsse sich aber über die Formulierung des Textes einig sein, sonst entstünde größerer Schaden als Nutzen.

BM bittet sodann die japanische Seite um Unterrichtung über die Lage in Asien insgesamt, über die Lage in Korea und China und über das sowjetisch-chinesische Verhältnis.

AM geht zunächst auf den soeben zu Ende gegangenen amerikanisch-koreanischen Gipfel<sup>23</sup> ein. Er sei positiv verlaufen. Es gebe in Korea zwar immer noch Probleme wegen des Demokratisierungsprozesses; das Gipfeltreffen habe aber zu ihrer Lösung beigetragen. Im Verhältnis zu Nordkorea gebe es einerseits Fortschritte, da die Gespräche wiederaufgenommen worden seien, andererseits gebe es Berichte über eine Intensivierung der militärischen nordkoreanischen Präsenz am 38. Breitengrad.

Südkorea bemühe sich sehr um eine angesehene Stellung innerhalb der internationalen Gemeinschaft und um eine Verbesserung seines Verhältnisses zur VR China. Dabei spielten die Olympischen Spiele, die in drei Jahren in Seoul stattfinden sollen, eine wichtige Rolle.<sup>24</sup>

Was Nordkorea anbelange, so gebe es ernste Probleme in der nordkoreanischen Wirtschaft und bei der Nachfolgefrage. Der BM wirft an dieser Stelle ein, er habe unter dem Eindruck gestanden, daß die „kommunistische Erb-Monarchie“ inzwischen akzeptiert sei.

<sup>20</sup> Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>21</sup> Am 16. April 1985 legte Ministerialdirigent Redies dar, der amerikanische Außenminister Shultz habe in seinem Schreiben vom 11. April 1985 für den Weltwirtschaftsgipfel eine vertiefte Diskussion zum Terrorismus angeregt und seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, „daß dabei eine Grundsatzvereinbarung über eine Revitalisierung der Bonner Luftsicherheits-Gipfelerklärung von 1978 [...] erreicht werden könne und daß die Diskussion ferner Anlaß zu einer intensiveren bilateralen Zusammenarbeit unter den Sieben in anderen Bereichen des Terrorismus geben werde. Nach den dem Schreiben beigefügten ‚speaking notes‘ streben die US ein ausdrückliches Mandat des Gipfels an die Exekutive der sieben Teilnehmerstaaten in vorstehendem Sinne an.“ Vgl. VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1985 zum Weltwirtschaftsgipfel; EUROPA-ARCHIV 1985, D 297 f.

<sup>23</sup> Präsident Chun Doo-hwan besuchte vom 24. bis 26. April 1985 die USA.

<sup>24</sup> Die XXIV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul statt.



AM bestätigte diese Auffassung, dies schlosse aber interne Probleme beim Übergang der Macht nicht aus.

China bemühe sich sehr, den Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu erhalten. Auch Japan und die USA arbeiteten in dieser Richtung eng zusammen. Nach japanischer Auffassung werde der Nord-Süd-Dialog letzten Endes zur Entspannung führen. Es werde aber höchst schwierig sein, die Teilung des Landes zu überwinden.

Was die chinesisch-sowjetischen Beziehungen anbelange, so könnten sich europäische und japanische Einschätzung vielleicht unterscheiden. Nach japanischer Auffassung verbesserten sich diese Beziehungen. Tatsächlich unterscheiden sich aber die Politik Gorbatschows im ganzen nicht von der seiner Vorgänger, aber er bediene sich gegenüber der VR China eines Lächelns.

Kürzlich hätte die 6. Gesprächsrunde auf Vize-AM-Ebene<sup>25</sup> und zum ersten Mal habe auch ein AM-Treffen nach 18 Jahren im vergangenen Jahr in New York<sup>26</sup> stattgefunden. Er, Abe, erwarte, daß es eines Tages auch zu einem Treffen auf Ebene der Regierungschefs kommen werde. Allen Begegnungen zum Trotz stünden die „drei Hindernisse“<sup>27</sup> einer stärkeren Annäherung entgegen und dürften eine grundsätzliche Besserung der Beziehungen auch in absehbarer Zeit verhindern. Interessant sei, daß die Beurteilung der drei Hindernisse durch die chinesische Führung sich ändere. Die Lösung der Probleme werde neuendings nicht mehr gleichzeitig, sondern auch nacheinander als möglich angesehen.

BM: „Case by case!“

AM: Auch die chinesischen Aussagen zur sowjetischen Präsenz in Vietnam änderten sich. Langfristig werde es insgesamt eine Besserung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses geben. Die japanisch-chinesischen Beziehungen befänden sich auf ihrem „höchsten“ Stand überhaupt. Erfreulich sei insbesondere auch die Vertiefung der japanisch-chinesischen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Es sei japanische Strategie, darauf zu achten, daß die Annäherung an die SU nicht zu weit gehe.

<sup>25</sup> Der chinesische Stellvertretende Außenminister Qian Qichen hielt sich vom 6. bis 22. April 1985 in der UdSSR auf. Botschafter Fischer, Peking, berichtete am 3. Mai 1985, Qian Qichen habe dazu in einem Briefing für die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten mitgeteilt: „Konsultationen hätten Wunsch nach Fortschritten in den bilateralen Beziehungen bestätigt. Differenzen seien jedoch sehr deutlich geworden bei Frage, was politischen Fortschritt ausmache. [...] China glaube, daß ein Rückzug Vietnams aus KA[m]B[odscha] der SU nicht schade und daß Beendigung der Unterstützung Vietnams in KAB einfach durchzuführender Schritt sei. Hindernisse seien alle drei gleichermaßen wichtig, KAB sei jedoch akutestes Problem, da es als ‚hot spot‘ Sicherheit von Südost- bzw. sogar ganz Asien tangiere. KAB-Hindernis sei für SU am leichtesten zu lösen, weil keine eigenen Truppen zurückgezogen werden brauchten. Sowjetunion brauchte Hilfe an Vietnam lediglich von militärischer in Wirtschaftshilfe umzuwandeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2117; Referat 341, Bd. 133640.

<sup>26</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko und der chinesische Außenminister Wu Xueqian trafen am 21./22. September 1984 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen.

<sup>27</sup> Referat 213 führte am 4. März 1985 zur Haltung der Volksrepublik China zur UdSSR aus: „Die politischen Beziehungen sind durch gravierende Meinungsverschiedenheiten in folgenden Grundfragen (sog. drei Hindernisse) belastet: sowjetische Besatzung Afghanistans, sowjetische Unterstützung der vietnamesischen Expansion in Kambodscha, Grenzproblematik, Stationierung von SS-20 sowie sowjetischer Truppen an der sino-sowjetischen Grenze und in der Mongolei.“ Vgl. Referat 341, Bd. 133640.

Was Kambodscha anbelange, so müsse man feststellen, daß der Widerstand dort praktisch über keine Stützpunkte mehr verfüge.<sup>28</sup> Deswegen werde auch die Vertretungsfrage des Demokratischen Kampuchea in den VN schwierig.<sup>29</sup> Aber vielleicht sei damit zu rechnen, daß es gelinge, während der jetzigen Regenperiode die Situation zu verbessern.

Japan habe nicht die Absicht, seine Kampuchea-Politik zu ändern.

*BM:* Die Bundesregierung werde ihre Haltung zum Kampuchea-Problem an der ASEAN-Haltung ausrichten. Dadurch komme man zum gleichen Ergebnis wie die japanische Regierung.

Der BM wendet sich dem europäischen Einigungsprozeß zu und weist auf die Überwindung der großen Schwierigkeiten hin, die die EG bei der Süderweiterung erzielt habe.<sup>30</sup> Nachdem dies geschehen sei, käme es jetzt darauf an, eine Reform der Gemeinschaft durchzuführen. D und F arbeiteten hierbei eng zusammen, und er sei zuversichtlich, daß die Gemeinschaft ein Stück weiterkommen werde.

Beim West-Ost-Verhältnis seien das entscheidende Ereignis die Genfer Verhandlungen.<sup>31</sup> Er, der Minister, warne vor der Erwartung schneller Ergebnisse. Vor einem Treffen Reagan/Gorbatschow werde es keine Bewegung geben. Es sei festzuhalten, daß die Amerikaner zwei bemerkenswerte Schritte unternommen hätten: Der erste sei die Erklärung Shultz/Gromyko vom 8.1.1985.<sup>32</sup> Sie spreche nicht nur von der Eröffnung von Verhandlungen, sondern auch von der Festlegung ihrer Ziele, nämlich

- die Verhinderung des Rüstungswettlaufs im Weltraum,
- die Beendigung der nuklearen Rüstung auf Erden.

Es sei das Ziel der Verhandlungspartner, die Atomwaffen zu beseitigen. Außerdem habe man eine Wechselbeziehung hergestellt zwischen Interkontinentalraketen und dem Weltraum. Daraus mache die SU allerdings ein Junktim, das auf die öffentliche Meinung in Westeuropa ziele. Der zweite Schritt der Amerikaner sei das Treffen mit Gorbatschow, das im wesentlichen dem Kennenlernen dienen solle. Ergebnisse seien nicht zwingend. Die Bundesregierung trete sehr für dieses Treffen ein. Allerdings sollte es gründlich vorbereitet sein; die deutsche Seite habe nicht die allerbesten Erfahrungen mit schlecht vorbereiteten Begegnungen gemacht. In Moskau befinde sich heute ein starker Führer

<sup>28</sup> Zum Kambodscha-Konflikt vgl. Dok. 140.

<sup>29</sup> Am 4. Dezember 1984 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach: „In den Vereinten Nationen hat die VN-GV seit 1979 mit überragender Mehrheit (1984: 110 Ja, 22 Nein, 18 Enthaltungen) von den ASEAN-Staaten eingebrachte und auch von der Bundesrepublik Deutschland unterstützte Resolutionen verabschiedet, in denen Vietnam für seine Besetzung Kambodschas verurteilt und die Abhaltung freier, VN-beaufsichtigter Wahlen in Kambodscha gefordert wird. Bis zur Durchführung solcher Wahlen hat die VN-GV das VN-Vertretungsrecht der Koalitionsregierung ‚Demokratisches Kampuchea‘ zuerkannt (1982: 90 Ja, 29 Nein, 26 Enthaltungen; seit 1983 verzichten Vietnam und der Ostblock auf eine Abstimmung in der Sitzfrage, um die zu erwartende hohe Niederlage zu vermeiden).“ Vgl. Referat 342, Bd. 137116.

<sup>30</sup> Am 12. Juni 1985 wurden in Lissabon und Madrid die Akte über den EG-Beitritt Portugals und Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 7–13.

<sup>31</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

an der Spitze. Er habe wahrscheinlich ein starkes Interesse an einer Verständigung mit dem Westen, denn er brauche ihn für die Entwicklung seines Landes. Im Umgang mit der SU müsse man immer an das Bild von Zuckerbrot und Peitsche denken. Leider werde bei uns die Verführungskraft des Zuckerbrots unterschätzt. So empfinde er, der Minister, es als merkwürdig, daß der Westen, der ihm gelegentlich wie ein Spitzensportler vorkomme, der in vielen Sportdisziplinen wie Hochsprung, Weitsprung, Lauf und anderen ausgezeichnete Leistungen aufweise, sich aber unbedingt mit seinem Gegner im Schwimmen messen wolle, einer Disziplin, die er weniger gut beherrsche.

Der Westen sei Weltspitze im Streben aller Menschen: dem Willen zur Freiheit. Er stehe auch in Wirtschaftskraft und Lebensstandard an der Spitze. Im militärischen Bereich aber sei er der SU nur gleichwertig. Der Westen sollte den Wettbewerb in jenen Bereichen führen, in denen er an der Spitze stehe; im militärischen Bereich sei es ausreichend, wenn er darauf achte, daß die SU nicht noch stärker werde. Je mehr der Westen den Wettbewerb in den drei ersten Sparten vorantreibe, desto schwerer werde es nämlich für die SU im militärischen Bereich, Fortschritte zu erzielen.

Was kostet Kuba die SU? Es werde für sie zunehmend zu einer Belastung. Er erinnere sich daran, wie einmal eine hochstehende Persönlichkeit aus dem WP nach Kuba gereist sei, um mit dem Land über wirtschaftliche Fragen zu verhandeln. Der Botschafter des osteuropäischen Landes bat ihn, den BM, zu einem Zeitpunkt, als jene Persönlichkeit sich auf der Reise nach Kuba befand, seiner Regierung innerhalb von sechs bis sieben Stunden eine abschließende Antwort über die Höhe evtl. Kredite zu geben. Er, der BM, habe darauf auf seine Uhr geschaut und gefragt, ob sein Staatspräsident in sechs bis sieben Stunden in Kuba landen würde. Offenbar wollte der Botschafter wissen, was sein Staatspräsident in Havanna zusagen könne. Der Botschafter habe nicht geantwortet, sein Blick aber habe alles gesagt.

*AM:* Wie steht es mit den innerdeutschen Beziehungen?

*BM:* Sie entwickeln sich recht gut. Sie seien ein sehr gutes Beispiel dafür, wie Zuckerbrot und Peitsche wirken können. Honecker brauche die Wirtschaftskraft der BR Deutschland. Sicherlich habe er nicht die Absicht, den „Kommunismus zu verkaufen“, aber gewisse Erleichterungen vor allem im Bereich des Reiseverkehrs, der Verbindung der Menschen zwischen den beiden Teilen Deutschlands überhaupt seien auch in seinem Interesse. Die innere Stabilität der DDR erfordere eine gewisse Lockerung gegenüber der eigenen Bevölkerung. Die DDR sei ein kommunistischer Staat unter exzeptionellen Bedingungen: es sei doppelte Medienlandschaft. Die Bevölkerung lese ihre eigenen Zeitungen dort nur wegen der Todesanzeigen und sonstigen lokalen Nachrichten. Das eigene Fernsehprogramm bezeichne sie als Blindenprogramm, weil es niemand anschau. 85 % der dortigen Bevölkerung verfolge das westdeutsche Fernsehen und 100 % hörten den westdeutschen Rundfunk. Dies wirke in unterschiedlicher Weise. Auf der einen Seite wirke es unglaublich attraktiv und auf der anderen Seite sei es für die DDR-Bevölkerung besorgniserregend, weil die Programmgestaltung – und dies würde er in der Öffentlichkeit niemals sagen – etwas links von der Mitte liege. Die Anzahl der Ausreisegenehmigungen aus jenen Gebieten, die nicht vom westdeutschen TV-Programm erreicht werden, liege daher etwas höher als

aus den anderen Gebieten. 1984 seien insgesamt 41 000 Deutsche aus der DDR ausgereist, dies betrachte er als praktische Menschenrechtspolitik.

*AM*: Wird Honecker Sie besuchen?

*BM*: Ich glaube schon, aber ich beteilige mich nicht an den „Wasserstandsmeldungen“, ob und wann er kommt. Auf keinen Fall könne dies vor der Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow geschehen. Der Dialog zwischen West und Ost könne nicht mit dem Dialog zwischen der BR Deutschland und der DDR, sondern nur mit dem Dialog USA/SU wieder beginnen. Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang an Hinweisschilder in deutschen Restaurants, auf denen manchmal zu lesen sei: „Hier kocht der Chef selber.“ Dies gelte auch für die West-Ost-Beziehungen.

*AM* schließt das Gespräch ab mit einem Hinweis, daß der *BM* an der Reihe sei, nach Japan zu den *AM*-Konsultationen zu kommen.

Der *Minister* stimmte dem zu und betonte, daß er mit großer Freude in der ersten Hälfte des Monats Juli Tokio einen Besuch abstatten wolle.<sup>33</sup>

**Referat 341, Bd. 133683**

## 110

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

010-827/85 VS-vertraulich

2. Mai 1985<sup>1</sup>

Vom *BM* noch nicht genehmigt.

Gespräch *BM* mit *AM* Shultz am 2. Mai 1985 von 11.05 h bis 12.10 h im BK-Amt Teilnehmer

US-Seite: Botschafter Burns, Assistant Secretary Burt, John Kornblum als Note-taker, Dolmetscherin.

Deutsche Seite: Botschafter van Well, MD Dr. Pfeffer, LMB<sup>2</sup> als Note-taker, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

1) In seiner Begrüßung hob *BM* hervor, daß wir den Staatsbesuch von Präsident Reagan<sup>3</sup> als ein bedeutendes Ereignis in unseren Beziehungen werten. *BM* un-

<sup>33</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 4./5. Juli 1985 in Japan vgl. Dok. 184.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 2. Mai 1985 gefertigt.

Hat Ploetz am 4. Mai 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen sowie an die Vortragenden Legationsräte Horstmann und Ischinger verfügte.

Hat Jansen, Horstmann und Ischinger am 6. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

<sup>3</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 1. bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

terstrich noch einmal den Eindruck, den das Fernsehinterview<sup>4</sup> bei den Bürgern unseres Landes hinterlassen hat: Der Präsident hat in einer Weise zu den Bürgern gesprochen, die sie tief angerührt hat. BM erwartete, daß dies die Achtung und Zuneigung für Präsident Reagan erhöhen wird, vielleicht in einer Weise, die vergleichbar ist mit dem Besuch von Präsident Kennedy in Berlin.<sup>5</sup> BM erwartete, daß dies stärker wirkt als Pressekommentare und daß dies bleiben wird.

2) BM schlug vor, die beschränkt zur Verfügung stehende Gesprächszeit darauf zu konzentrieren, wie gemeinsam zu einem Erfolg des Gipfels<sup>6</sup> beigetragen werden kann.

a) Zu den Wirtschaftsthemen hatte BM keinen Zweifel, daß die Gipfelteilnehmer sich auf den Beginn der GATT-Runde<sup>7</sup> im nächsten Jahr verständigen können.<sup>8</sup> Frankreich sagt im Prinzip schon heute ja, will aber den Mitterrand-Vorschlag von Versailles<sup>9</sup> für eine Währungsreform nicht aufgeben. F hat inzwischen eingesehen, daß die Überlegungen hierzu nur in den etablierten Gremien angestellt werden können. Als ein solches Gremium ist der Interim-Ausschuß anzusehen, der im Herbst in Seoul tagen wird.<sup>10</sup> Dort werden nach Erwartung BMs Währungsfragen ein wichtiges Thema bilden. BM rechnete nicht damit, daß F auf einer Tagung außerhalb der bestehenden Gremien insistieren wird. Er nahm Bezug auf sein ausführliches Gespräch mit Dumas<sup>11</sup> und schloß nicht aus, daß F eventuell neben Seoul eine besondere Sitzung des Interim-Ausschusses vorschlagen wird.

BM bezeichnete es als wichtig, daß damit – mit Zustimmung aller sieben Gipfelstaaten – Währungsfragen endgültig in den etablierten Gremien behandelt werden.

<sup>4</sup> Am 29. April 1985 gab Präsident Reagan Fernsehkorrespondenten ein Interview zu seiner bevorstehenden Europareise. Das Interview wurde am selben Tag in der Bundesrepublik von der ARD ausgestrahlt. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 534–540.

<sup>5</sup> Präsident Kennedy besuchte vom 23. bis 26. Juni 1963 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1963, II, Dok. 206–208.

<sup>6</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>7</sup> Die Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985 „konnten kein Einvernehmen über den Beginn einer neuen GATT-Runde noch 1986 erzielen“, bestätigten jedoch „nachdrücklich die Übereinkunft des OECD-Ministerrates, daß eine neue GATT-Runde sobald wie möglich beginnen und daß vor Ende des Sommers eine vorbereitende Konferenz hoher Beamter stattfinden solle“. Vgl. den Runderlaß Nr. 34 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen vom 8. Mai 1985; Referat 402, Bd. 133894.

Vgl. dazu auch Ziffer 10 der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985 über Wirtschaftsfragen; EUROPA-ARCHIV 1985, D 296.

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger durch ein Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>9</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles vgl. AAPD 1982, I, Dok. 180.

<sup>10</sup> Die Tagung des Interimsausschusses des Gouverneursrats des Internationalen Währungsfonds (IWF) fand am 6./7. Oktober 1985 in Seoul statt.

<sup>11</sup> Am 3. Mai 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz: Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am selben Tag habe der französische Außenminister Dumas auf eine „gewisse französische Überraschung darüber“ verwiesen, „daß BK sich – gemäß Regierungssprecher – schon weitgehend mit Reagan auf eine nächste GATT-Runde verständigt hat. Er äußerte Zweifel, daß F einen Beginn der nächsten GATT-Runde im Frühjahr 1986 akzeptieren wird.“ Für „den französischen Widerspruch“ habe Dumas unter einer Reihe von Gründen auch genannt: „Bei den monetären Fragen möchte F die DW-Staaten einschließen. Daher hält F das 25er Gremium für das geeignetste. Vorbereitung ist jedenfalls im Zehner-Kreis wünschenswert, auch noch vor Seoul könnte eine Sitzung im September in Paris (oder Bonn) stattfinden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178900.

BM rechnete mit Überwindung des Widerstandes von F gegen die Festlegung eines Datums für die nächste GATT-Runde. Hiergegen gibt es keinen sachlichen Widerstand in F.<sup>12</sup>

*Shultz* begrüßte die Mitteilung, daß F bereit ist, einer neuen GATT-Runde zuzustimmen. Er bezeichnete es als wichtig, sich nach vorne zu bewegen und nicht rückwärts.

Den Gedanken einer gegenseitigen Abhängigkeit der Handels- und monetären Fragen bezeichnete *Shultz* hingegen als schlecht und fühlte sich an die SU-Position in Genf<sup>13</sup> erinnert, die einzelnen Verhandlungsbereiche voneinander abhängig zu halten.

*Shultz* bestritt nicht die zwischen den einzelnen Fragen bestehenden inhaltlichen Verbindungen, betonte aber andererseits auch das inhaltliche Eigenleben einer jeden Frage, das erfordere, daß es vorangehe.

*Shultz* erinnerte daran, daß auf Drängen Mitterrands in Williamsburg<sup>14</sup> der Auftrag an die Finanzminister gegeben worden ist, das monetäre System zu prüfen und Vorschläge zu machen. Bei der Sitzung der G 10 in Tokio soll der Bericht an die Minister vorgelegt werden.<sup>15</sup> Die Thematik kann vermutlich auch in den Interims-Ausschuß gebracht werden. Es läuft also ein Prozeß, in dem dem französischen Wunsch Rechnung getragen wird, das monetäre System zu prüfen. *Shultz* bezeichnete es als gut, wenn dadurch die französischen Erwartungen befriedigt werden. Eine Sondersitzung des Interim-Ausschusses bezeichnete er aber nach US-Auffassung als unnötig.

*BM* sah in der französischen Haltung keinen linkage, sondern eher eine *Façon de parler*. Die jetzt von Frankreich eingenommene Haltung ist, nachdem Mitterrand sich mehrfach für eine Währungskonferenz ausgesprochen hat, ein substantieller Fortschritt. *BM* empfahl daher, die Erwähnung des Interim-Ausschusses zu akzeptieren und dann zu sehen, was er bringt.

*BM* bezeichnete es als für uns wichtig, daß im Frühjahr 1986 die GATT-Runde beginnt. Die Festlegung hierauf wird eines der substantiellen Ergebnisse des Gipfels sein. Für Frankreich geht es dabei darum, sein Gesicht zu wahren.

*Shultz* war grundsätzlich einverstanden, wollte aber nichts Sinnloses akzeptieren, weil dies auch Frankreich nicht hilft.

*BM* rechnete damit, daß *Dumas*, mit dem *BM* am Dienstag<sup>16</sup> zuletzt telefonierte, beim heutigen Abendessen die französische Haltung präzisieren kann. *BM* erwartete nicht, daß hier ein wirkliches substantielles Problem besteht.

*Shultz* ging auf den allgemeinen US-Ansatz zum Wirtschaftsgipfel ein: Die Gesundheit der Weltwirtschaft hängt von der Gesundheit der einzelnen Volkswirtschaften ab. Jedes Land muß sich äußern. Für die USA steht der Kampf gegen das Haushaltsdefizit im Vordergrund, bei anderen Ländern sind andere Maß-

<sup>12</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>13</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>14</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

<sup>15</sup> Am 21. Juni 1985 fand in Tokio die Tagung der Zehnergruppe (G 10) für internationale Währungsfragen statt.

<sup>16</sup> 30. April 1985.

nahmen nötig. Ferner muß über die Wechselbeziehungen der Volkswirtschaften, also den Handel, gesprochen werden. Schließlich ist über die Entwicklung der Dritten Welt – hierhin gehört auch Afrika – gesprochen worden.

Auf Frage *BM*s, ob Präsident Reagan den US-Beitrag im Hinblick auf die Reduzierung des Haushaltsdefizits qualifizieren wird, äußerte sich *Shultz* zurückhaltend: Reagan wird beschreiben, was die US-Administration tut, kann aber nicht voraussagen, wie der Kongreß reagiert. Der Schwierigkeitsgrad bei den Sachfragen ist unübersehbar, Einsparungen von 50 Mrd. Dollar im Haushaltsjahr 1986 und insgesamt 300 Mrd. Dollar in den nächsten drei Jahren sind nicht möglich, ohne daß die Bürger es konkret fühlen. Es sind schwere Entscheidungen zu treffen. *Burns* warf ein, daß in jedem Fall ein beschränkter Erfolg zu erwarten ist. *Shultz* teilte diese Auffassung, bezeichnete es aber als sehr ambitioniertes Ziel, das Haushaltsdefizit mit der Zeit auf Null zurückzuführen. Er unterstrich aber das Engagement des Präsidenten für Haushaltsreduzierungen, wobei die Methode nicht in Steuererhöhungen, sondern Ausgabenkürzungen bestehen soll.

*Shultz* sprach die Erwartung aus, daß die Europäer, deren Steuerlasten sehr viel höher sind, sich zu dieser Frage äußern. Steuerreduzierungen werden seiner Erwartung nach das Wachstum fördern.

*BM* stimmte zu und verwies darauf, daß er in diesem Zusammenhang das US-Beispiel zitiert. Er verwies darauf, daß bei uns Entscheidungen für ein flexibles Arbeitsrecht am 1. Mai<sup>17</sup> in Kraft getreten sind und daß im Juni die endgültige Entscheidung über die Steuergesetzgebung<sup>18</sup> zu treffen ist.

*BM* erläuterte die Auffassungen der Bundesregierung. *BM* hob hervor, daß die Bundesrepublik Deutschland für 1986 wirtschaftliche Impulse braucht. Die Europäer haben in den letzten 18 Monaten bei ihren Exporten vom hohen Dollarkurs und dem US-Haushaltsdefizit profitiert. Bei dessen Reduzierung müssen wir etwas tun, und zwar nicht durch Geldexpansion, sondern allein durch Steuerreduzierungen.

*BM* erinnerte daran, daß uns 1978 beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>19</sup> der falsche Weg aufgedrängt wurde, an dessen Folgen wir immer noch leiden.

*BM* erwartete, daß die von den einzelnen Gipfelteilnehmern zu erbringenden Beiträge ein Gesamtbild ergeben und fragte, ob von US-Seite konkrete Forderungen an andere Teilnehmer, z. B. Japan, gerichtet werden.

*Shultz* antwortete indirekt: Jeder Teilnehmer soll für sich sprechen. Daraus ergibt sich ein Gesamtbild, bei dem man sieht, wo das Potential für gemeinsames Vorgehen liegt.

*BM* verwies auf die Forderung der Cartagena-Staaten<sup>20</sup> und vermutete, daß Japan zu den Forderungen der asiatischen Staaten etwas sagen wird.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1985 vom 26. April 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 710–717.

<sup>18</sup> Zur geplanten Steuerreform vgl. Dok. 47, Anm. 12.

<sup>19</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 225.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die Stellungnahme der Mitgliedstaaten der Cartagena-Gruppe vom 26. April 1985; Dok. 105, Anm. 12.

*Shultz* sah in Asien nur einen Problemfall, nämlich die Philippinen, anerkannte aber, daß die wirklichen Probleme in Lateinamerika liegen. Er bezeichnete die vom IWF entwickelte Strategie grundsätzlich als gesund, hielt aber auch fest, daß Austerität allein kein Wachstum zu produzieren geeignet ist. Da stellt sich die Frage, was die Wirtschaften selbst tun können. Wir müssen ihre wirtschaftliche Methodologie überprüfen und ein Klima schaffen, das zu Investitionen einlädt. Dabei geht es sowohl um Investition des Eigenkapitals, das heißt Anreize zum Sparen, wie auch um das Anziehen von ausländischen Investitionen. Je eher sich die betroffenen Länder darauf einstellen, desto besser. Alle anderen Überlegungen bezeichnete *Shultz* als unrealistisch. Eine Erhöhung der amtlichen Entwicklungshilfe schloß er aus. Es wird erheblicher Anstrengungen bedürfen, den derzeitigen Stand zu halten. Eine Ausweitung der Kredite durch private Banken schloß *Shultz* ebenfalls aus. Die Zeiten der ständigen Kreditausweitung infolge des Recycling von OPEC-Geld rechnete er der Vergangenheit zu. Außerdem sah er die Fähigkeit der Länder, weitere Schulden zu verkraften, als erschöpft an.

b) Zu den politischen Fragen des Weltwirtschaftsgipfels bezeichnete *Shultz* es als wesentlich, in der politischen Erklärung<sup>21</sup> die Unterstützung der Partner für die US-Bemühungen in Genf zum Ausdruck zu bringen. Er unterstrich, daß dies ein sehr wichtiger Punkt ist, wobei er auf die anscheinend negative Haltung von F mit Besorgnis hinwies.

*Shultz* bezeichnete es ferner als wichtig, in der Erklärung des Vorsitzenden etwas zur strategischen Verteidigungsinitiative zu sagen.<sup>22</sup> Für eine Erklärung zu Afghanistan engagierte *Shultz* sich hingegen schwächer: Im Hinblick auf die sich verschlechternde Entwicklung bezeichnete er aber eine entsprechende Äußerung als wünschenswert. Falls die Japaner eine Erklärung zur Entwicklung in Asien vorschlagen, werden die USA zustimmen.

*BM* sah kein Problem bei F, etwas zu Genf zu sagen.

*Burt* wies darauf hin, daß die hierzu von den Sherpas und den Politischen Direktoren<sup>23</sup> in Washington vereinbarte Passage<sup>24</sup> für die politische Erklärung von Mitterrand nicht akzeptiert wird.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292 f.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1985 zum Weltwirtschaftsgipfel; EUROPA-ARCHIV 1985, S. 297 f.

<sup>23</sup> Am 18. April 1985 schilderte Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Washington, die Beratungen der Vier Politischen Direktoren über eine Politische Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985: „Burt hat bei der Vorbesprechung betont, ein längerer Absatz über Rüstungskontrolle und Abrüstung mit der Erwähnung des Weltraums komme nicht in Betracht, wenn die amerikanische Haltung zur SDI-Forschung nicht ausdrücklich unterstützt werde.“ Er, Pfeffer, habe darauf entgegnet, „daß ein Konsensus hierüber nicht zu erzielen sein werde. Andererseits sei es ausgeschlossen, eine Erklärung ohne Aussage über Abrüstung und Rüstungskontrolle zu verabschieden.“ Als Anlage übermittelte Pfeffer einen Entwurf für die Erklärung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1936; VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>24</sup> Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Washington, berichtete am 20. April 1985 über eine Sitzung am Vortag zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels: „In der Sitzung der Sherpas mit den Politischen Direktoren unter Vorsitz von Staatssekretär Tietmeyer ist der Entwurf einer Politischen Erklärung [...] verabschiedet worden [...]. Die Japaner haben den Absatz über die Teilung Europas einschließlich des Satzes zur deutschen Wiedervereinigung akzeptiert. Die langwierigste Auseinandersetzung entspann sich über den Absatz 5 (Rüstungskontrolle und Abrüstung). Attali (F) war nicht bereit, Formu-



*BM* erläuterte, daß *F* bei der WEU-Tagung vor einer Woche einem Text zugestimmt hat, den er verlas.<sup>25</sup> Wenn *F* der Washingtoner Formel nicht zustimmen kann, schlagen wir den WEU-Text heute abend beim Abendessen vor, sofern die USA einverstanden sind.

*Shultz* fand den WEU-Text persönlich akzeptabel, will aber noch mit dem Präsidenten sprechen. Er legt allerdings Wert darauf, daß beide Sätze verwandt werden.

*BM* wies darauf hin, daß es sich im WEU-Zusammenhang um eine Erklärung der sieben Minister handelte, jetzt geht es um die Erklärung der Präsidentschaft.

*Burt* hielt entgegen, daß die USA auf Aufnahme in die politische Erklärung Wert legen.

*BM* erklärte, daß dann ein wirkliches Problem mit *F* bestehen wird, und fragte, ob Präsident Reagan die Frage beim BK ansprechen wird.

*Burt* bejahte dies.

*BM* bezeichnete es als einzige Lösung, heute beim Abendessen darüber zu sprechen. Er vermutete, daß ein Entgegenkommen in der Frage des Interim-Ausschusses die WEU-Formel auch für *F* eher akzeptabel macht.

*Shultz* reagierte mit deutlichen Zeichen emotionaler Erregung: Die USA würden keinen verworbenen Kompromiß beim Gipfel akzeptieren wegen einer unglaublichen (outrageous) Position von Mitterrand. *Shultz* erklärte sich aber einverstanden, wenn die Stellungnahme zu SDI in die Erklärung des Präsidenten<sup>26</sup> aufgenommen wird. Er verwies darauf, daß dies zwar hinter den ursprünglichen amerikanischen Erwartungen zurückbleibt. Bei den Genfer Verhandlungen bestehen die USA aber auf Unterstützung durch die Verbündeten.

Zu SDI verwies *BM* darauf, daß die Japaner wohl zu der Erklärung bereit sind, daß das Forschungsprogramm gerechtfertigt ist, nicht aber zu einer Unterstützung. Dies hat Nakasone dem BK erklärt.<sup>27</sup>

*Burt* verwies darauf, daß die USA hier Zugeständnisse machen. Aber wenn jetzt nichts zu Genf erklärt wird, geht es zu weit. D soll bei *F* Überzeugungsarbeit leisten.

Zum Einwurf *BM*s, daß hierfür US-Unterstützung notwendig ist, bemerkte *Shultz*, daß heute nachmittag ein langes bilaterales Gespräch mit Mitterrand bevorsteht. Die USA wollen es aber D überlassen, den WEU-Vorschlag einzuführen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 560*

lierungen zu akzeptieren, die den Anschein einer gemeinsamen Sicherheitspolitik der Sieben erwecken könnten (deshalb z. B. an einer Stelle die Ersetzung von ‚we‘ durch ‚each of us‘). Der letzte Satz (Unterstützung der amerikanischen Verhandlungsanstrengungen in Genf) ist jetzt über den Appell an die Sowjetunion, hierauf konstruktiv zu antworten, konstruiert. Obwohl alle den Gesamttext nur ad referendum annehmen konnten, betonten Attali und Burt zum Absatz 5 das Erfordernis präsidentieller Billigung ausdrücklich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1993; Referat 204, Bd. 135318.

<sup>25</sup> Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23. April 1985 vgl. Dok. 98.

Für Ziffer 7 des Communiqués vgl. Dok. 98, Anm. 12.

<sup>26</sup> Helmut Kohl.

<sup>27</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 1. Mai 1985 vgl. Dok. 108.

*BM* war der Meinung, daß die USA Mitterrand überzeugen müssen, daß sie etwas in der politischen Erklärung brauchen. Dies ist eine Substanzfrage. Der Rest ist dann eine Frage der Formulierung.

*Shultz*, mit erneuten Zeichen einer emotionalen Reaktion, erinnerte daran, daß er all dies vor dem Hintergrund des französischen Verhaltens bei der Libanon-Resolution sieht, der Frankreich damals zustimmte. Dies kann er nicht vergessen und hat es Dumas auch schriftlich mitgeteilt. Seine Ausführungen zu diesem Thema schloß er mit dem Hinweis, daß die USA nicht in der Stimmung sind, Mitterrand entgegenzukommen.

*BM* unterstrich, daß es auf das Ergebnis ankommt: Es ist wichtig, die Europäer zusammenzuhalten. Bei der INF-Debatte im Bundestag 1983<sup>28</sup> konnte auf die klare Haltung von F und GB verwiesen werden. Entsprechend klare Positionen hätte sich die Bundesregierung auch von anderen Partnern gewünscht. Es war nicht nur innenpolitisch wichtig, sondern auch ein klares Signal an die SU, daß sie keine Chancen zur Spaltung der Allianz hatte. Entsprechendes ist auch jetzt bei SDI wichtig: Denn F – insbesondere in dieser wichtigen Frage – im Verbund zu halten, ist sehr wichtig, wenn man die Allianz zusammenhalten will.

*Burt* unterstrich, daß die USA aus diesem Grunde den Text in der politischen Erklärung wollen.

*BM* sah für uns kein Problem, unterstrich aber noch einmal die Notwendigkeit, ein Ergebnis zu vermeiden, das eine Spaltung zum Ausdruck bringt. Er wiederholt seinen Vorschlag, das Thema am Abend zu erörtern.

Bei dem Abendessen wollte *BM* im übrigen in erster Linie politische Fragen behandeln, war aber auch bereit, über Themen wie Südafrika zu sprechen, wo sich allerdings alle Teilnehmer in der Verurteilung der Apartheid einig sind. Er riet daher zur Konzentration auf die zentralen Fragen.

Zum Terrorismusthema äußerte *BM* Enttäuschung über das Ergebnis der Expertenberatungen<sup>29</sup>, aus denen deutlich wird, daß nach allen großen Worten in London<sup>30</sup> nicht viel mehr herauskommt als eine engere Zusammenarbeit der inneren Behörden. *BM* bezeichnete eine Verständigung darüber als wünschenswert, daß im Zusammenhang mit Terrorismus erkannte Personen von keinem

<sup>28</sup> Die Bundestagsdebatte über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf und die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses fand am 21./22. November 1983 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2592.

<sup>29</sup> Vortragender Legationsrat Lippe unterrichtete am 18. März 1985 über ein Treffen der Expertengruppe Sicherheit und Terrorismus am 12./13. März 1985: „Im Hinblick auf die eingehende Erörterung von Problemen der Luftsicherheit wurden Aspekte des Terrorismus nur allgemein abgesprochen. Folgende Überlegungen wurden dabei u. a. vorgebracht: die Notwendigkeit, bestehende internationale Konventionen nachdrücklicher anzuwenden; strengere Beobachtung von Diplomaten zur Verhinderung der Ausnutzung von Privilegien zur Unterstützung terroristischer Aktivitäten; Hinweis auf die gefährlichen Möglichkeiten, die sich in dieser Hinsicht aus dem derzeit in der [international]L[aw]C[ommission] diskutierten Entwurf über den Status diplomatischer Kuriers und des nichtbegleiteten Kuriergepäckes ergeben könnten; die Bonner Erklärung als Beispiel, wie auch in anderen Bereichen die Kosten für die Unterstützung von Terrorismus für dritte Regierungen höher gesetzt werden könnten; Hinweis auf die Notwendigkeit, alte Auslieferungsabkommen zu überprüfen, um Terroristen keine Aufenthaltsmöglichkeiten im eigenen Lande zu verschaffen.“ Vgl. Referat 340/341, Bd. 141076.

<sup>30</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 in London vgl. AAPD 1984, I, Dok. 170 und Dok. 171.

anderen Land mehr mit diplomatischem Status akzeptiert werden sollen. BM bedauerte, daß keine neuen Ideen entwickelt wurden und auch nicht alle sieben Staaten teilnahmen.<sup>31</sup>

Als mögliche politische Themen für die Abenddiskussion nannte BM auch Afghanistan und Kambodscha. Auf Frage von Burt bestätigte er, daß an den von den Politischen Direktoren vorgesehenen Einführungen der Regionalthemen durch einzelne AM festgehalten wird. Von AM Shultz möchte er insbesondere etwas über die Genfer Verhandlungen und die Erwartungen von Präsident Reagan zu einer Begegnung mit Gorbatschow hören.

Zur SU bemerkte BM, daß Gorbatschow sich entscheiden muß, ob er sich auf die Erhöhung des Lebensstandards konzentrieren will. In diesem Zusammenhang müssen wir uns klarwerden – und der SU muß klargemacht werden –, was wir offerieren können. Gorbatschow steht vor großen Problemen, einige wird er sich zu lösen bemühen, das Grundproblem, das im System liegt, wird er nicht lösen können. Er muß sich im Hinblick auf die Herausforderung des neuen technologischen Zeitalters, die die eigentliche Herausforderung an das sowjetische System darstellt, entscheiden, ob er sich ihr stellen will oder aber abkapseln will. Gromyko, mit dem BM Anfang März über dieses Thema sprach, hatte keine Antworten, nur Fragen.<sup>32</sup>

**VS-Bd. 14161 (010)**

<sup>31</sup> Ministerialdirigent Redies nahm am 16. April 1985 Stellung zum Vorschlag des amerikanischen Außenministers Shultz vom 11. April, auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 „eine Grundsatzeinigung über eine Revitalisierung der Bonner Luftsicherheits-Gipfelerklärung von 1978“ und „ein ausdrückliches Mandat“ zu einer verstärkten Zusammenarbeit der sieben Teilnehmerstaaten zu erreichen. Redies legte dar: „Zu den Problembereichen Terrorismus und Luftsicherheit haben in Bonn zwei vorbereitende Expertentreffen stattgefunden.“ An dem vom Bundesministerium des Innern am 7./8. März 1985 veranstalteten Treffen hätten „überwiegend Beamte aus dem Sicherheitsbereich“ teilgenommen. Das Expertentreffen zur Luftsicherheit am 12./13. März 1985 sei vom Auswärtigen Amt durchgeführt worden. Zum Ergebnis der Treffen führte Redies aus, hinzuweisen sei auf „das zunehmende Ausscheren Frankreichs aus der multilateralen Politik der Sieben im Bereich Terrorismus und Luftsicherheit. Beim Expertentreffen des BMI hat F [...] die Teilnahme überhaupt abgelehnt. Beim AA-Expertentreffen Luftsicherheit hat Frankreich es aus rechtlichen Gründen für nicht möglich erklärt, an einer künftigen flexibleren Handhabung der Bonner Gipfelerklärung teilzunehmen [...]. Die französische Haltung wird im Ergebnis dazu führen, daß Sanktionen künftig im allgemeinen nur noch von sechs der sieben Gipfelstaaten mitgetragen werden.“ Vgl. VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>32</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 4. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 54 und Dok. 55.

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi

3. Mai 1985<sup>1</sup>

Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem italienischen Ministerpräsidenten Craxi am 3. Mai 1985<sup>2</sup>

Im Zusammenhang mit dem Schreiben Gorbatschows, das er am 2. Mai 1985 kurz vor dem Aufbruch zum Wirtschaftsgipfel<sup>3</sup> erhalten habe<sup>4</sup>, führte MP Craxi folgendes aus:

Wie auch in anderen Fällen vertrete die Sowjetunion in der Frage der SDI offensichtlich zwei unterschiedliche Positionen. Einerseits, für Propagandazwecke, eine starrere und daneben eine wesentlich flexiblere Haltung, wobei letztere den echten Absichten des Kreml wohl eher entsprechen dürfte. In bezug auf die Genfer Verhandlungen beharre die Sowjetunion nach außen hin auf dem bekannten ablehnenden Standpunkt, und dies werde wohl zunächst auch so fortgesetzt werden. Andererseits habe Gorbatschow in dem Schreiben an MP Craxi durchblicken lassen, daß ihm an einem Gespräch mit den USA über die SDI sehr gelegen sei. Er habe aber sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, daß seine Delegation in Genf von den Amerikanern auf präzise Fragen zum Inhalt des SDI-Projekts bisher überhaupt keine Antwort erhalten habe. Ohne eine bessere Kenntnis der Einzelheiten könne man dieses Thema aber nicht eingehend erörtern.

Daß die Sowjetunion bereit sei, in Genf auch über die SDI zu sprechen, gehe im übrigen aus der von Shultz und Gromyko gemeinsam unterzeichneten Erklärung vom Januar<sup>5</sup> hervor, in der alle drei „Körbe“ ausdrücklich genannt worden seien.

Dolmetschervermerk vom 9. Mai 1985 liegt an.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 14. Mai 1985 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am selben Tag „mit der Bitte um Billigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Craxi hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>4</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), resümierte am 8. Mai 1985 die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch Italien über das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an Ministerpräsident Craxi: „Italienische Seite finde die Bemerkung Gorbatschows, der Sowjetunion fehle es an Informationen über Umfang und Zweck der amerikanischen SDI-Forschung, interessant. Diese Bemerkung könne als positive Entwicklung weg von einer bisher völlig negativen Tendenz interpretiert werden. Allerdings sei weitere Prüfung notwendig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 820; Referat 213, Bd. 139370.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vortragende Legationsrätin Bouverat gab in ihrer Aufzeichnung vom 9. Mai 1985 die Ausführungen des Ministerpräsidenten Craxi im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 3. Mai 1985 wieder. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

Das Gespräch wandte sich dann der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion zu.

Der *Bundeskanzler* führte aus, es sei nicht zu erwarten, daß es in naher Zukunft große Änderungen in der sowjetischen Politik gebe. Gorbatschow brauche Zeit. Der Einfluß der alten Herren im Politbüro sei sehr groß, sie würden die Macht nicht aus der Hand geben. Interessant werde es sein, ob Gorbatschow bald das Amt des Staatspräsidenten übernehme. Er sei der Auffassung, daß die ganze Entwicklung ruhig verlaufe.

Zum Verhältnis zur DDR bemerkte der Bundeskanzler, Honecker versuche, die Kontakte mit uns intensiv zu halten. Dies sei für ihn vorteilhaft. Die Lage in der DDR sei weiterhin sehr gespannt. Es gebe 100 000 Anträge auf Ausreise. Dies sei eine gewaltige Zahl bei einer Einwohnerschaft von 17 Millionen.

MP *Craxi* warf ein, andererseits gehe es der DDR-Bevölkerung relativ gut.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die Bedeutung des West-Fernsehens. Die Bürger in der DDR verglichen sich eben mit denen von Frankfurt/Main und nicht mit denen von Warschau. Wer sich arrangiere, könne dort leben. Aber es sei ein Leben im Ghetto. Zwar habe es gewisse Verbesserungen in den letzten Jahren gegeben. Honecker könne sich aber nur mit Billigung der Sowjets bewegen.

MP *Craxi* bemerkte, Honecker habe das West-Fernsehen als eine sich für die DDR positiv auswirkende Sache bezeichnet. Im übrigen wirke er fast wie ein Familienvater.<sup>7</sup> Besonders auffallend sei seine Besorgnis über die Arbeitslosigkeit in Westeuropa gewesen. Voraussetzung für einen Besuch Honeckers in Deutschland sei, daß die Polemik nicht wieder auflebe. Sicher sei, daß Fixpunkt seiner Politik das Verhältnis zur Sowjetunion sei. Ein weiterer Fixpunkt sei, daß die DDR eine Rolle auf der Weltbühne spielen wolle.

*Bundeskanzler* führte aus, Honecker wolle auch ein Staatsmann sein, der beliebt bei seiner Bevölkerung sei.

Zu Nahost bemerkte MP *Craxi*, er habe Honecker so verstanden, daß er gute Beziehungen mit Arafat unterhalten wolle. Er sei gegen einen Bundesstaat Palästina/Jordanien. Dies sei wohl auch die sowjetische Position, wenn auch Gromyko<sup>8</sup> nicht so deutlich gewesen sei.

Zu EG-Fragen bemerkte MP *Craxi*, es gebe noch das Problem der Freigabe der Forschungsmittel.

Der *Bundeskanzler* sagte zu, sich darum zu kümmern, daß der deutsche Vorbehalt aufgehoben werde.

MP *Craxi* fügte hinzu, dies könne nicht schwierig sein, da keine Kosten entstünden. Wenn es im übrigen gelinge, in den Fragen der Landwirtschaftspolitik und

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte am 23./24. April 1985 Italien. Der außenpolitische Berater des italienischen Ministerpräsidenten, Badini, unterrichtete Bundesminister Schäuble am 3. Mai 1985: „Sein persönlicher Eindruck zu Honecker sei, daß dieser mit großer Aufrichtigkeit gesprochen habe. Honecker habe vom Bundeskanzler mit großer Wertschätzung gesprochen. Er habe Vertrauen, daß zwischen dem Bundeskanzler und ihm ernsthafte Beziehungen aufgebaut werden könnten. Honecker wisse zwischen dem Verhalten des Bundeskanzlers und seiner engen Mitarbeiter und dem Verhalten einiger ‚Teufelchen‘ in der Umgebung des Bundeskanzlers zu unterscheiden (Hinweis auf Dregger).“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 25. bis 28. Februar 1985 in Italien auf.

Währungspolitik<sup>9</sup> einen Kompromiß zu finden, dann sei dies ein Erfolg. Frau Thatcher sei gegen eine Regierungskonferenz über institutionelle Fragen<sup>10</sup>.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, eine Regierungskonferenz habe nur dann Sinn, wenn dieser Konferenz ein genau umschriebenes Mandat gegeben werde. In Mailand müsse man unbedingt weiterkommen.<sup>11</sup>

MP *Craxi* bezog sich abschließend auf die Bemerkung von PM Thatcher, die der Auffassung sei, es könnten auch Fortschritte im Rahmen des Europäischen Rats erzielt werden.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

## 112

### Gespräch der Außenminister der G-7 in Brühl

D 4

3. Mai 1985<sup>1</sup>

Arbeitssitzung der Außenminister am 3. Mai 1985, vormittags<sup>2</sup>

1) Bundesminister wies eingangs darauf hin, daß bereits gestern abend über Afghanistan und Genfer Verhandlungen<sup>3</sup> diskutiert worden sei. Für die heutige Diskussion schlage er als Themen vor:

- Zentralamerika und Nicaragua,
- Handel, Währung und Verschuldung,
- andere außenpolitische Themen.

2) Zentralamerika

Secretary of State, *Shultz*, führte das Thema ein, indem er auf Zielsetzungen (Demokratie, Rechtsstaat, wirtschaftliche Entwicklung, Eindämmung sowjetischen Einflusses) hinwies. Das kommunistische Muster der Regierung in Nicaragua, Subversionsversuche bei Nachbarn und das Erscheinen der Sowjetunion

<sup>9</sup> Am 24. Mai 1985 wies Ministerialdirigent Seitz darauf hin: „Die EG-Kommission wird im Hinblick auf den Europäischen Rat in Mailand am 28./29.6. eine verstärkte Verwendung der privaten ECU vorschlagen. Darauf deuten zwei informelle Papiere hin, die die EGK im Währungsausschuß am 21.5. zirkuliert hat. Der BR Deutschland droht nicht nur Kritik, sondern auch zunehmende währungs-politische Isolierung innerhalb der Gemeinschaft: Sie ist das einzige EG-Mitgliedsland, in dem ECU-Verbindlichkeiten nicht eingegangen und ECU-Konten nicht eröffnet werden dürfen. F und I lenken durch Angriffe auf die kompromißlose Haltung der Bundesbank zur privaten ECU geschickt von der eigenen mangelnden Bereitschaft zum Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen ab.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178549.

<sup>10</sup> Zum Vorschlag einer Regierungskonferenz für eine Europäische Union vgl. Dok. 97.

<sup>11</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ungerer am 3. Mai 1985 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher am 3. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. auch Dok. 113.

<sup>3</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

und Kubas in Nicaragua seien für USA Anlaß zur Sorge. In Unterstützung des Contadora-Prozesses<sup>4</sup> habe US mit Nicaragua bilaterale Gespräche<sup>5</sup> geführt. Erfahrung: Nicaragua hätte sie zur Unterminierung des Contadora-Prozesses benutzt. Versuche der Opposition in Nicaragua zur nationalen Versöhnung seien von Regierung zurückgewiesen worden. Nach all dem sei Bewegung im US-Kongreß entstanden, wirtschaftliche Sanktionen anzuwenden. US-Präsident habe entsprechend entschieden.<sup>6</sup> Sanktionen seien sorgfältig ausgearbeitet worden. Er hoffe, daß andere sich ihnen anschließen. Ziel der Sanktionen sei es, das Verhalten der Nicaragua-Regierung zu verändern in Richtung auf Versöhnung und Contadora-Prozeß. Gleichzeitig solle Festsetzung der Sowjetunion in Zentralamerika verhindert werden. Insofern essentielles US-Sicherheitsinteresse.

Von anderen Außenministern wurden in unterschiedlicher Weise Bedenken gegen Zweckmäßigkeit von Wirtschaftssanktionen erhoben. Alle Außenminister stimmten darin überein, daß ihre Zentralamerika-Politik an den Zielen der Festigung der Demokratie, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Unabhängigkeit der zentralamerikanischen Staaten insbesondere von der Sowjetunion ausgerichtet sei.

AM *Andreotti* wies auf die nach der Sommerpause geplante zweite San-José-Konferenz EG – Zentralamerika<sup>7</sup> hin sowie auf Reise einer Delegation der Troika zu den zentralamerikanischen und Contadora-Ländern.<sup>8</sup> In ihren Berichten werde Hoffnung auf Wiederaufnahme der Contadora-Gespräche zum Ausdruck gebracht. Auch Kontakte mit Nicaragua seien eingeplant. Abgesehen davon, daß Wirtschaftssanktionen nie besonders wirksam seien, gäben sie Nicaragua-Regierung Vorwand, eigene Wirtschaftsmisere auf Sanktionen zu schieben.

AM *Clark* teilte Meinung Andreottis, daß Sanktionen Contadora-Prozeß gefährden könnten, stellte Fragen nach extraterritorialen Auswirkungen amerikanischen Embargos auf kanadische Firmen und bezweifelte, daß andere sich US-Sanktionen anschließen.

AM *Dumas* bezeichnete US-Sanktionen als gegen den Strom europäischer Politik laufend. In Lateinamerika müsse man versuchen, von Gewaltregimen wegzukommen. Immerhin habe es in Nicaragua international kontrollierte Wahlen

<sup>4</sup> Zur Friedensinitiative der Contadora-Staaten vgl. Dok. 33, Anm. 14.

<sup>5</sup> Zu den amerikanisch-nicaraguanischen Gesprächen in Manzanillo vgl. Dok. 33, Anm. 10.

<sup>6</sup> Am 1. Mai 1985 verhängte Präsident Reagan Sanktionen über Nicaragua, die unter anderem ein totales Handelsembargo beinhalteten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 547–550.

<sup>7</sup> In San José fand am 28./29. September 1984 die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern mittelamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260. Zum Eintreten des Bundesministers Genscher für eine Folgekonferenz vgl. Dok. 64, Anm. 7.

<sup>8</sup> Am 23. Mai 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat van Edig zur Reise einer EPZ-Delegation („Troika-Mission“): „Delegation aus Vertretern IRL, I, LUX und Kommission hat aufgrund des Beschlusses der EPZ-Ministertagung von Ende März vom 20.4. bis 11.5.1985 Gespräche in den Hauptstädten der zentralamerikanischen und Contadora-Staaten geführt. [...] Als Ergebnis der Gespräche ergeben sich weder inhaltlich noch institutionell neue Elemente für die Zusammenarbeit EG – Zentralamerika und die europäische Unterstützung des Friedensprozesses in der Region. Es wurden aber verschiedene Punkte verdeutlicht und europäisches Interesse an der Fortführung des Friedensprozesses zum Ausdruck gebracht. Alle aufgesuchten Staaten wollen eine Fortsetzung des Dialogs mit der EG, sie wollen ein zweites Ministertreffen in Europa, vorzugsweise am Sitz der Präsidentschaft, und sie wollen es möglichst bald“. Vgl. Referat 411, Bd. 131166.

gegeben, bei der die Opposition 30% erreicht habe.<sup>9</sup> Sanktionen seien nicht nur unwirksam, sondern hätten auch einen Bumerang-Effekt, indem sich andere lateinamerikanische Länder mit Nicaragua solidarisieren.

AM *Howe* sprach sich für moralischen Druck auf Nicaragua aus, der von anderen Ländern der Region unterstützt werde. Sanktionen würden dagegen wirtschaftliche Abhängigkeit von Sowjetunion und Kuba erhöhen und damit unserem Ziel entgegenwirken, den sowjetischen Einfluß in der Region zu verringern und die demokratischen Strukturen zu stärken.

AM *Abe* äußerte Verständnis für amerikanische Maßnahmen, unterstrich jedoch, daß US nicht um Unterstützung anderer Gipfelländer gebeten habe. Japan möchte Wirtschaftsbeziehungen zu zentralamerikanischen Ländern fortführen.

BM bezeichnete es als verständlich, daß US Entwicklung in Nicaragua kritischer beobachten als Europäer und Japaner. Lage in Zentralamerika berühre jedoch auch europäische Sicherheitsinteressen.<sup>10</sup> Sanktionen könnten<sup>11</sup> in Nicaragua gerade Privatunternehmer<sup>12</sup> treffen, die nicht mit Regierung übereinstimmen. Er betonte Bedeutung gemeinsamer Zielsetzungen mit USA<sup>13</sup>. Hier dürfe sich kein Gegensatz im Bündnis entwickeln.

AM *Shultz* gab in seiner Erwiderung zu, daß Sanktionen in Nicaragua selbst keine Wirkung hätten. Sanktionen seien Ausdruck von Mißbilligung. US wünsche keinen Handel mit diesem Land, ebenso wie mit Libyen. Wenn nicaraguanische Regierung unter Druck gesetzt werde, könnte sie ihre Haltung überdenken. Bisherige Erfahrung habe gezeigt, daß Sandinisten dann flexibler wurden, wenn sie unter Druck gerieten. Sanktionen seien insofern ein Test ihrer Absichten. Wenn die Umstände es erlauben, seien US auch bereit, die Sanktionen wieder einzustellen.

Was die extraterritorialen Wirkungen betreffe, sei lediglich maßgebend, was aus den US exportiert oder in die US importiert werde.

BM faßte Diskussion zusammen: In den Zielsetzungen der Zentralamerikapolitik gebe es keine Meinungsunterschiede. US-AM habe Zweck und Motive der Sanktionen erläutert; die europäischen Außenminister hätten ihre Vorstellungen zur Weiterführung des Contadora-Prozesses dargestellt.

### 3) Rauschgiftbekämpfung

BM wies einleitend darauf hin, daß diese Frage bei gestrigem Gespräch der Staats- und Regierungschefs große Rolle gespielt habe. Gipfelländer seien Hauptverbrauchsländer. Es sei wichtig, zusätzlich zu den bereits ergriffenen Maßnahmen eine weitergehende Strategie zu entwickeln, die Rauschgiftproduktion, -handel und -kriminalität umfasse. Er schlage vor, einen engeren Meinungsaus-

<sup>9</sup> Zu den Wahlen am 4. November 1984 in Nicaragua vgl. Dok. 64, Anm. 15.

<sup>10</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Grad der Demokratisierung in Nicaragua sei eine Frage der Tendenz. Derzeitige Struktur sei demokratischer als in vielen anderen Staaten.“

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „würden“.

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die Kreise“.

<sup>13</sup> Die Wörter „mit USA“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.



tausch auf Ebene der Politischen Direktoren und/oder von Experten über eine gemeinsame Strategie einzuleiten.

AM *Andreotti* bemerkte dazu, bestehende Anstrengungen sollten bestätigt werden. Bilaterale Zusammenarbeit habe bereits Erfolge gezeitigt. Auch Aktivitäten der UN seien bedeutsam. Bei all dem müsse beachtet werden, daß internationale Verbrechergruppen und Terroristen sich des Rauschgift Handels bemächtigt hätten. Bauern würden gezwungen, Drogen anzupflanzen. Tätigkeit der UN-Organisation müsse gestärkt und Maßnahmen nicht nur auf staatliche Reglementierungen, sondern auch auf private Aktionen ausgedehnt werden.

AM *Howe* wies auf besorgniserregende Höhe der Gelder hin, die von Drogenproduzenten und -händlern umgesetzt werden. Man müsse sich überlegen, wie durch internationale Zusammenarbeit die illegalen Einkommen dieser Leute konfisziert werden können.

BM faßte zusammen: Experten sollen beauftragt werden, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftproduktion, des Handels und der Kriminalität zu erörtern und zu prüfen, welche Initiativen auch in internationalen Organisationen ergriffen werden können.<sup>14</sup>

#### 4) Wirtschaftliche Fragen

EG-Kommissar *de Clercq* erinnerte an EG-Erklärung vom 19.3., daß EG zu neuer GATT-Verhandlungsrunde bereit ist.<sup>15</sup> EG wolle Erfolg dieser Verhandlungen und größtmöglichen Konsens über Inhalt und Beteiligung anderer Staaten. Handels-, Finanz- und Währungsfragen seien eng miteinander verbunden und müßten parallel zueinander diskutiert werden. Vorbedingungen dürfe es jedoch nicht geben. Verhandlungen müßten konkrete Ergebnisse erbringen. Hierfür trage Japan besondere Verantwortung. Es sei nicht notwendig, jetzt schon ein Datum für den Beginn der Verhandlungen zu nennen. Wichtiger sei, sich über den Inhalt zu einigen. Anzustreben sei ein gleichgewichtiges Paket. Das bedeute, alle Aspekte zu diskutieren (Agrar, neue Gebiete, Rechte und Pflichten der Entwicklungsländer). Jedoch sollten Verhandlungen möglichst früh beginnen (1986).

De Clercq wies außerdem auf aktuelle Streitpunkte mit USA hin, nämlich

- europäische Röhrenlieferungen für All American Pipeline,
- europäische Exporte von Halbfertigprodukten,
- Verlängerung der Massenstahlvereinbarung vom Oktober 1982<sup>16</sup>.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz vermerkte am 6. Mai 1985, Bundesminister Genscher habe im Anschluß an das Abendessen der Außenminister beim Weltwirtschaftsgipfel am 3. Mai 1985 folgende Weisung erteilt: „Es ist entschieden worden, daß wir für September zu einem Siebener-Treffen in New York einladen. Dort soll Bericht zur Drogenproblematik im Anschluß an die Erörterungen beim Weltwirtschaftsgipfel vorgelegt werden, mit Vorschlägen, die unter Hinzuziehung von Experten von den Politischen Direktoren erarbeitet worden sind.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135319.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der von der EG-Ratstagung auf der Ebene der für den Außenhandel zuständigen Minister vom 17. bis 19. März 1985 in Brüssel verabschiedeten Erklärung für eine neue Runde von Verhandlungen im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 273 f.

<sup>16</sup> Am 27. Oktober 1982 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler: „Mit Einigung im AStV am 25.10.1982 über Stahlarrangement und Billigung eines Briefwechsels über Stahlröhrenlieferungen ist der Stahlkonflikt zwischen der EG und den USA beigelegt. Die Einigung erfolgte wenige Stunden vor der von Washington gesetzten Frist, deren Überschreitung zur endgültigen Fest-

Fragen wurden nicht vertieft, zumal die Wirtschaftsfragen auch von Staats- und Regierungschefs sowie von Finanzministern erörtert werden.

5) Als Ergebnis der bisherigen AM-Gespräche hielt *BM* fest:

a) Zu Afghanistan bekräftigen AM ihre Unterstützung der Auffassung der blockfreien Staaten über die Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans.

b) Zu den Genfer Verhandlungen verweisen sie darauf, daß ihre Diskussion in der entsprechenden Passage der politischen Deklaration<sup>17</sup> reflektiert sei.

c) Zu Zentralamerika verweisen sie auf die Gemeinsamkeit ihrer grundlegenden Zielsetzungen sowie darauf, daß AM Shultz die amerikanischen Maßnahmen erläutert und die europäischen AM ihre Meinungen zur Zentralamerika-politik dargestellt haben.

d) Zu Kambodscha einigten sich die AM auf die Unterstützung der Haltung der ASEAN-Länder.

e) Die AM bekräftigten außerdem ihr Engagement, beim Kampf gegen den Terrorismus zusammenzuarbeiten.

f) Zu den wirtschaftlichen Fragen hätten die AM einen ersten Meinungsaustausch gehabt, der jedoch infolge Zeitknappheit nicht vertieft werden konnte.

**Referat 010, Bd. 178935**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 569*

setzung von Ausgleichszöllen auf europäische Stahllieferungen geführt hätte. Die Vereinbarungen, die eine Export-Selbstbeschränkung für elf Stahlprodukte auf 5,7 Prozent Anteil am US-Stahlmarkt und Konsultationen bei Überschreitung eines [auf] 5,9 Prozent begrenzten Anteils am US-Röhrenmarkt vorsehen, haben eine Laufzeit bis 1985.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 96; Referat 012, Bd. 124420.

Ministerialdirigent Schauer informierte am 5. Mai 1985: „Bei Massenstahl und – seit Januar d. J. – auch bei Röhren haben die Europäer, um schärfere Gegenmaßnahmen der USA zu vermeiden, sich bereits zur Selbstbeschränkung verpflichtet. Nunmehr drängen die Amerikaner auf eine Verlängerung des Massenstahlabkommens vom Oktober 1982 und wollen dabei alle Stahlprodukte – bisher waren Halbfertigprodukte ausgenommen – einbeziehen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143370

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292 f.

## 113

**Gespräch der Außenminister der G-7 in Brühl**

105-7.A/85

3. Mai 1985<sup>1</sup>

BWG<sup>2</sup>; Gespräch der Außenminister<sup>3</sup> während des Abendessens in Falkenlust, 3. Mai 1985; hier: zusammenfassende Dolmetscheraufzeichnung

Zu Beginn wurde ein längerer Meinungs austausch darüber geführt, ob politische Themen in eine der gemeinsam zu verabschiedenden Erklärungen<sup>4</sup> oder in die Berichterstattung des Sitzungspräsidenten<sup>5</sup> (des BK) aufzunehmen seien.

Übereinstimmung (entgegen AM Shultz' vorübergehend betonter Präferenz für Veröffentlichung gemeinsam verabschiedeter Erklärungen zu außenpolitischen Themen): Politische Themen werden nur in Erklärung des BK behandelt, jedoch gemäß abgesprochener Linie.

Afghanistan

*GB:* Er habe im Dezember 84 Gorbatschow<sup>6</sup> auf Afghanistan angesprochen. Dieser habe keine Haltungsänderung der SU erkennen lassen, im Gegenteil Verstärkung der militärischen Kräfte und der Anstrengungen zur Konsolidierung der Lage angedeutet. Neben diesem Faktum bleibe das zweite: Der afghanische Widerstand sei unverändert stark.

Den Afghanen müsse weiterhin geholfen werden, insbesondere im humanitären Bereich.

Zugleich verstärke SU Druck auf Pakistan. Auch Pakistan müsse stabil und robust erhalten werden. Die VN-Entschlie ßung zu Afghanistan<sup>7</sup> habe große Mehrheit gefunden. Diese nachhaltige Meinungsäußerung der Welt müsse fortgesetzt bekundet werden.

*US:* Problem in diesem Zusammenhang sei die Haltung des SU-freundlichen Indien. Jede Gelegenheit müsse genutzt werden, Rajiv Gandhi die Lage und Haltung des Westens zu verdeutlichen. Überdies gebe es eine „iranische Dimension“: Auch Iran fürchte SU-Invasion und die Subversionsanstrengungen der SU via Tudeh-Partei.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 9. Mai 1985 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz weitergeleitet. Hat Ploetz am 27. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bonner Wirtschaftsgipfel.

<sup>3</sup> Shintaro Abe (Japan), Giulio Andreotti (Italien), William P. Clark (Kanada), Roland Dumas (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien) und George P. Shultz (USA).

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai und der Erklärung zu Wirtschaftsfragen vom 4. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292–297.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1985 zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, S. 297 f.

<sup>6</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der von der VN-Generalversammlung am 18. November 1981 verabschiedeten Resolution Nr. 36/34 über Afghanistan vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 245 f.

Die Welt dürfe Afghanistan nicht vergessen und dürfe ihre Sorge nicht nur um Afghanistan, sondern auch über die von dort ausgehenden Gefahren für die ganze Welt brandmarken.<sup>8</sup>

GB stimmte zu und ergänzte: Zwar habe Indien seit je gute Beziehungen zu SU; aber man müsse sich um Einbeziehung von Rajiv Gandhi in westliche Überlegungen bemühen.

F: F habe jüngst Verstärkung der Afghanistanhilfe (insbesondere auch geistig-moralische) beschlossen.

Mit Rajiv Gandhi werde er bei Gelegenheit baldigen Parisbesuchs das Thema anschneiden und dabei Solidarität mit Dritter Welt unterstreichen.<sup>9</sup>

Frage an US: Ob und wie Thema Afghanistan zwischen US und SU angeschnitten werde?

US: Tagesordnung für US-SU Gespräche enthalte stets vier Punkte: Abrüstung, bilaterale Fragen, Menschenrechte, „regional issues“, und unter letztere falle Afghanistan.

Vertraulich könne er anfügen: Für Gipfelgespräch habe SU fünf Themen vorgeschlagen, darunter NO. US habe erwidert, ja man wolle gern über regionale Probleme miteinander sprechen, z. B. über Afghanistan und Südafrika.

Auf Arbeitsebene (Crocker bzw. Murphy) würden vor Ende Juni Vorbereitungsgespräche geführt.

Er selbst werde am 14.5. in Wien mit Gromyko<sup>10</sup> Afghanistan anschneiden.

Ziel solcher Gespräche auf US-Seite: nicht Entscheidungen, vielmehr Schadensbegrenzungen („damage control operations“), also Darlegung der Besorgnisse und Aufzeigen von „Grenzmarkierungen“ der eigenen Linie.

Auch mit Pakistan konsultiere US, sowie mit anderen Betroffenen.

SU habe vorgeschlagen, über Lage „um Afghanistan“ zu sprechen. US habe erwidert: Über Lage in Afghanistan werde man gerne sprechen.

Der Fall Nicholson<sup>11</sup> drohe ähnlich zu enden wie der Fall des koreanischen Flugzeugabschusses<sup>12</sup>. Nach anfänglicher Aufgeschlossenheit zeige SU jetzt Ver-

<sup>8</sup> So in der Vorlage.

<sup>9</sup> Ministerpräsident Gandhi besuchte vom 6. bis 10. Juli 1985 Frankreich.

<sup>10</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen in Wien anlässlich des 30. Jahrestags des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich zusammen. Vgl. dazu Dok. 120.

<sup>11</sup> Am 24. März 1985 wurde bei Ludwigslust in der DDR der Angehörige der amerikanischen Militärmission in Potsdam, Nicholson, auf einer Erkundungsfahrt von einem Posten der sowjetischen Armee erschossen. Brigadegeneral Steinkopff, Washington, berichtete am 29. März 1985, seitens der amerikanischen Streitkräfte sei ihm mitgeteilt worden, Nicholson sei außerhalb von Sperrgebieten mit seinem Fahrer, einem Sergeanten, „auf einen vermutlichen Verfügungsraum der Gruppe sowjetischer Truppen“ gestoßen. Nicholson habe den Wagen verlassen: „Der Sergeant hörte dann einen Schuß, der augenscheinlich auf den Major abgefeuert worden war, und setzte sein Fahrzeug [...] in Richtung seines Majors in Gang, als zwei weitere Schüsse fielen und Nicholson über sein Funkgerät rief: ‚Ich bin getroffen‘. Der Sergeant hielt zwei Meter neben Nicholson und stieg mit seinem Erste-Hilfe-Kasten aus dem Fahrzeug, wurde aber sofort von einem sowjetischen Soldaten mit vorgehaltenem Gewehr daran gehindert, dem Major Erste Hilfe zu leisten [...]“. Nach einer halben Stunde traf ein höherer SU-Offizier ein und eine Stunde später erst sowjetisches Sanitätspersonal.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1627; VS-Bd. 13429 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>12</sup> Zum Abschuß eines Passagierflugzeugs der südkoreanischen Fluglinie KAL am 1. September 1983 vgl. Dok. 32, Anm. 15.

härtung und deutete geradezu an, sie werde sich künftig nicht anders verhalten. Dennoch: Auch bei nur geringer Erfolgsaussicht für Gespräche über „regional issues“ irgend etwas zu erreichen (denn in Genf<sup>13</sup> habe er ja gesehen, wie wenig er gegenüber Gromyko bezüglich NO ausrichtete, der sich sozusagen der syrischen Linie angeschlossen zu haben schien), werde US an Afghanistan als Thema festhalten.

*BM* betonte Wichtigkeit, Haltung der Ungebundenen und der Islamischen Konferenz zu unterstützen. Betonung der Notwendigkeit, zu innerer (sozialer, d. h. politischer) Stabilität Pakistans beizutragen. Dies würde auch Indien richtig einzuordnen wissen.

*I*: Das Thema Afghanistan (als Angriff gegen ein ungebundenes Land, dem die Welt helfend und verteidigend beistehen müsse) sei in Feiern des 40. Jahrestages der VN-Gründung<sup>14</sup>, also in Bilanz der VN, einzubeziehen.

*Japan*: Die wirtschaftliche Hilfe an Pakistan müsse verstärkt werden.

Kambodscha

*Japan*: Darstellung der Lage<sup>15</sup> und Betonung der Wichtigkeit, ASEAN-Haltung zu unterstützen. Ebenso müsse Sihanouk, der Abdankung zurücknahm<sup>16</sup>, ermutigt werden, Koalition beizutreten und gegenüber ASEAN aufgeschlossen zu sein.

*BM* stimmte zu und betonte enge Beziehungen und Konsultationen EG–ASEAN. Genfer Verhandlungen<sup>17</sup>

*US*: Erste Phase sei „typische Sowjetrunde“ gewesen; Haltung der SU weniger entgegenkommend als bei Auszug aus Verhandlungen<sup>18</sup>; zu zwei Dritteln propagandistische Selbstdarstellung der SU. Propagandaaktion auch außerhalb der Verhandlungen durch unseriösen öffentlichen Vorschlag, der am Verhandlungstisch nie vorgebracht wurde.

Es sei schwer, die folgenden Runden einzuschätzen. Am 14.5. werde er auch hierüber mit Gromyko sprechen. US werden ihre Botschaft wiederholen: „Wir sind zu ernsthaften Verhandlungen bereit – Sie (SU) nicht. Sobald auch Sie bereit sind, sind wir da.“ Die Gorbatschow-Rede vor VN werde wohl einiges darüber andeuten, ob man nun von der öffentlichen Szene weg und zu echten Verhandlungen gelangen könne.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Wien“.

Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>14</sup> Zur Vorbereitung der Feiern am 24. Oktober 1985 aus Anlaß des 40. Jahrestags der Gründung der Vereinten Nationen vgl. Dok. 27, Anm. 6.

<sup>15</sup> Zum Kambodscha-Konflikt vgl. Dok. 140.

<sup>16</sup> Am 10. September 1984 informierte Botschafter Ahrens, Hanoi, über Äußerungen des Prinzen Sihanouk zu seinem Amt als Präsident der gegen die vietnamesische Besetzung Kambodschas gerichteten Widerstandskoalition: „Auch im Berichtszeitraum wurden Risse in der Widerstandskoalition deutlich. Sihanouk drohte mit Rücktritt, falls die Roten Khmer fortführen, seine Anhänger anzugreifen. Er soll einen Bürgerkrieg mit den Roten Khmer für unvermeidlich erklärt haben, wenn diese im Falle des Erfolges der Koalition als militärische Gruppierung fortbestünden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 373; Referat 342, Bd. 137113.

<sup>17</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>18</sup> Zum Abbruch der INF-Verhandlungen und zur Unterbrechung von START vgl. Dok. 8, Anm. 8, und Dok. 7, Anm. 7.

Zu einer Begegnung Reagan–Gorbatschow: Wie bekannt liege Briefwechsel vor<sup>19</sup>, in dem beide Seiten sie als „wünschenswert“ bezeichnen. Es liege auch Einladung nach Washington vor (denn eine Begegnung in New York, z. B. Waldorf Astoria-Hotel, erscheine einer vertieften Aussprache wenig günstig). Jedoch zu Zeitpunkt, Ort, Tagesordnung bisher keine Bewegung auf SU-Seite erkennbar.

Im übrigen laufen US–SU Beziehungen normal weiter. Themen: Navigationshilfe im nördlichen Pazifik (wie bereits mit Japan vereinbart); Wiederaufnahme Aeroflot-Flüge nach USA<sup>20</sup>; Eröffnung von Konsulaten in New York und Kiew<sup>21</sup>; Kulturabkommen; US-Wirtschaftsdelegation reist in SU<sup>22</sup> (trotz Nicholson-Falles).

Die Sorge über SDI habe SU nach Genf gebracht.

Allianzkonzept beruhe auf Abschreckungstheorie, ohne daß es hierfür möglichen Ersatz gebe. Diese müsse also aufrechterhalten bleiben, auch in Übergangszeit. Neue SU-Missiles seien alle mobil, was Rückschlag und Verifizierung von Reduzierungen erschwere.<sup>23</sup> Westen brauche also erhöhte Verteidigungsmaßnahmen gegen offensive Missiles der SU. (Auch Gromyko, habe in seinen Reden vor zehn, zwanzig Jahren von erforderlicher stabiler Abschreckung gesprochen.)

*BM*: Dank für Äußerung über Bedeutung und Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Abschreckungskonzepts.

*US*: In Lissabon werde man von SDI als nicht nur technologischem Projekt, sondern auch Doktrinvorschlag zu sprechen haben.<sup>24</sup> Der Präsident werde sich in Straßburg bereits dazu äußern.<sup>25</sup>

*CAN*: Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen.

*GB*: In US bestehe allgemein Bereitschaft, Investitionen zu tätigen, um SDI zu verwirklichen als einen Weg, zu einer atomwaffenfreien Welt zu gelangen. Der US-Präsident könne mit diesem Hinweis die Friedensbewegung und deren Zielsetzungen überrunden.

In der europäischen Öffentlichkeit dagegen herrsche eine gewisse Angst vor dem „Star Wars Konzept“, man sehe es als „neue Ebene kriegsorientierten Denkens“ („new level of belligerence“). Die Politiker wüßten zwar, wie hoch Europa

<sup>19</sup> Zum Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im März/April 1985 vgl. Dok. 88, Anm. 17.

<sup>20</sup> Die Suspendierung aller Flüge der sowjetischen Fluglinie Aeroflot in die USA war Teil der von Präsident Reagan am 29. Dezember 1981 verkündeten, gegen die UdSSR wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen erlassenen Sanktionen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1209. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 163.

<sup>21</sup> Auf der Grundlage eines Notenwechsels vom 8. bzw. 23. Juli 1977 zwischen der UdSSR und den USA geführte Gespräche über die Errichtung von Generalkonsulaten in New York bzw. Kiew wurden nach dem Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 eingestellt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256.

<sup>22</sup> Am 20./21. Mai 1985 tagte in Moskau die amerikanisch-sowjetische Gemeinsame Wirtschaftskommission.

<sup>23</sup> So in der Vorlage.

<sup>24</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>25</sup> Präsident Reagan sprach am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 310–318.

bereits heute nukleargerüstet sei. Der Öffentlichkeit dagegen sei das nicht bewußt. Ebenso wenig sehe sie die Notwendigkeit der Forschung als Antwort auf erfolgte SU-Forschung. SU nutze dies für ihre Anti-„Star-Wars“-Propaganda. Die US-Zuhörerschaft sei überzeugt, durch Technologie zu atomwaffenfreier Welt gelangen zu können; die europäische Öffentlichkeit dagegen suche nach Sicherheit vor Nuklearwaffen. Man müsse bei jeder Gelegenheit Aufklärungsarbeit leisten. Das Konzept der Abschreckung impliziere: Der Ersteinsatz ist zu vermeiden. Gehe man zu einem Nuklearkonzept über, so befürchte die Öffentlichkeit, dies sei der Übergang von „no use“ von Nuklearwaffen zu einem „we will use“.

*US:* Auch Abschreckung beruhe auf dem Gedanken: Wir werden einsetzen; lediglich weil wir die Mittel dazu haben, ist der Einsatz für keine Seite wünschenswert. Nun werde man etwas Neues in Händen haben, das dieselbe Aussage um so kräftiger betone.

*GB* legt erneut Sorge der Öffentlichkeit dar.

*BM* betont, daß Öffentlichkeit an Verteidigung zur Vermeidung der eigenen Zerstörung interessiert sei. Europa müsse noch lange mit atomarer Bedrohung leben. Auf diese Befürchtungen müsse man der Öffentlichkeit gegenüber Antwort stehen können.<sup>26</sup>

*US* weist erneut auf SU-Möglichkeiten und Potentiale hin. Mit SDI sei eigenes Verteidigungsziel ungleich realistischer. In US bereiteten Fragen, wie die eben von GB dargelegten, Sorgen. Gewiß müsse das neue Konzept sich erst beweisen. Darüber sei noch sehr intensiv nachzudenken. Da aber SU bereits an solchen Projekten arbeite, könne es über Notwendigkeit keinen Zweifel geben.

*GB:* Einmal unterstellt, SU forsche in diesem Bereich, dann sei Notwendigkeit der Forschung zum Zwecke der eigenen Verteidigung in der Tat gegeben. Dann aber sei die Sorge: Es bestehe nun hundertprozentige Verteidigung gegen Nicht-ICBM<sup>27</sup>, wie aber werde dann eine offensive Antwort auf eine defensive Maßnahme aussehen? Eine neue Bewegung hin zu einem Wettrüsten müsse vermieden werden, was auch ABM-Vertrag ausschließen wollte.

Nach der Forschung komme dann die Aufstellungsverhandlung. Mit welchem Ziel? Im Ergebnis müsse ein vollgültiges Verteidigungssystem vorhanden sein. Ergäbe sich eine neue Lage, auch wenn SU forsche? Die Möglichkeit eines Abriegelns (shut-off) dürfe nicht außer acht gelassen werden.

*US:* SU-Forschung sei nicht abzuriegeln. Im Westen dagegen sei praktisch alles transparent, schon wegen der parlamentarischen Mittelbewilligungsverfahren.

(Das Gespräch wurde abgebrochen, da die Staats- und Regierungschefs ihr Essen beendet hatten.)

**Referat 010, Bd. 178935**

<sup>26</sup> So in der Vorlage.

<sup>27</sup> So in der Vorlage.

## Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington

222-370.45/10-784/85 VS-vertraulich

Aufgabe: 3. Mai 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 3520 Plurez

Betr.: Chemische Waffen  
hier: Irakisch-iranischer Konflikt<sup>2</sup>

Bezug: DE Nr. 560 vom 26.4.1985 – 222-370.45-737/85 geh.<sup>3</sup>

Enthält Weisung

I. Die von Etzold gegen uns erhobenen Vorwürfe sind unbegründet.<sup>4</sup> Sie verlangen eine nachdrückliche Zurückweisung, bei der insbesondere unser Befremden darüber deutlich werden muß, daß Etzold unser Konzept eines engen Ansatzes bei der Nichtherstellungskontrolle<sup>5</sup> mit der behaupteten „Beteiligung deutscher Firmen an der Lieferung chemischer Waffen in den Irak“ in Verbindung bringt.

II. Es wird gebeten, in diesem Sinne beim Leiter der ACDA, Adelman, und zugleich auf hoher Ebene im State Department vorstellig zu werden und dabei folgendes vorzutragen:

1) Die Bundesregierung hat seit Bekanntwerden der gegen die Firmen Karl Kolb/Pilot Plant gerichteten Vorwürfe im Frühjahr 1984<sup>6</sup> in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Regierungsstellen alle Anstrengungen unternommen, um die Hintergründe des Falles aufzuklären. Dies wurde bekanntlich durch den Umstand erschwert, daß von amerikanischer Seite zu keinem Zeitpunkt ge-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Massmann konzipiert. Hat Staatssekretär Meyer-Landrut zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Einsatz von Chemiewaffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 77, Anm. 9.

<sup>3</sup> Für den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Erck vgl. VS-Bd. 11558 (222).

<sup>4</sup> Am 25. April 1985 berichtete Botschafter Wegener, Genf (CD), der Abteilungsleiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA), Etzold, habe in einem Gespräch dargelegt: „Er besitze Unterlagen, aus denen eine Beteiligung der Firma Kolb und weiterer deutscher Firmen bei der Lieferung von chemischen Waffen in den Irak nachweisbar sei. [...] Weitere, ebenfalls im amerikanischen Besitz befindliche Unterlagen erbrächten den Beweis, daß die im Auftrag der Bundesregierung in den Irak entsandten Techniker irregeführt worden seien. Etzold [...] reagierte sichtlich erregt bei der Behandlung dieses Themas und warnte vor dem Verlust der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in Abrüstungsfragen, wenn nicht bald etwas zur Unterbindung der Beteiligung deutscher Firmen an der Lieferung von chemischen Waffen in den Irak geschehe. Washington sei nicht zuletzt deswegen gegenüber dem deutschen Standpunkt in der Frage der Verifikation der Nichtproduktion irritiert, weil es zwischen der Verfolgung eines engen Verifikationsansatzes bei der Kontrolle der chemischen Industrie und der Beteiligung deutscher Firmen an Lieferungen von chemischen Waffen in den Irak einen Zusammenhang sähe, der nach amerikanischer Auffassung nicht zufällig sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 768; VS-Bd. 12988 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Kontrollverfahren im Rahmen eines Abkommens über ein Chemiewaffenverbot vgl. Dok. 77.

<sup>6</sup> Am 12. Januar 1984 informierte das amerikanische Außenministerium über Hinweise darauf, daß aus der Bundesrepublik gelieferte Produktionsstätten im Irak zur Herstellung von Chemiewaffen dienten. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 65.



richtsverwertbares Beweismaterial gegen die Firmen vorgelegt werden konnte. Auch im Hinblick auf die von den Firmen gegen die Bundesregierung erhobene Klage wäre es zu begrüßen, wenn mit Hilfe des amerikanischen Materials der Beweis geführt werden könnte, daß die Firmen bewußt mit irakischen Stellen zur Herstellung von CW zusammengewirkt haben.

2) Trotz der Beweisschwierigkeiten hat die Bundesregierung – wie der amerikanischen Seite ebenfalls im einzelnen bekannt ist – diesen Fall zum Anlaß genommen, im August 1984 durch Erweiterung der Ausfuhrgenehmigungspflicht für chemische Anlagen und Ausrüstungen, die für die Herstellung von CW und Vorprodukten (phosphororganischen Verbindungen) geeignet sind<sup>7</sup>, das Kontrollinstrumentarium in diesem Bereich ganz erheblich zu verschärfen, und zwar in einer für andere westliche Industrieländer bisher beispiellosen Weise. Damit wurde die Lieferung restlicher chemischer Ausrüstungen nach dem Irak, die von den Firmen Kolb/Pilot Plant bereits vertraglich vereinbart worden war, verhindert. Es ist keine weitere Lieferung chemischer Anlagen und Ausrüstungen nach Samarra/Irak genehmigt worden.

3) Zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts haben wir es unter großen Schwierigkeiten erreicht, daß die irakische Regierung die Besichtigung der von der Firma Kolb gelieferten chemischen Ausrüstungen in Samarra durch zwei deutsche Experten zuließ.<sup>8</sup> Dabei haben wir eine Belastung unserer Beziehungen mit dem Irak in Kauf genommen. Die amerikanische Seite war auf das engste in die Vorbereitung und Auswertung dieser Mission eingeschaltet. Vor der Ausreise erfolgte eine besondere Unterrichtung durch dazu eigens nach Bonn gereiste amerikanische Regierungsexperten. Nach der Rückkehr der deutschen Experten fand im gleichen Rahmen eine detaillierte Unterrichtung der amerikanischen Seite über alle Erkenntnisse des Besuchs in Samarra statt. Wenn die deutschen Experten auf dem Gelände in Samarra nicht alles sehen konnten, so kann uns daraus kein Vorwurf gemacht werden. Dieser muß sich vielmehr an den Irak richten, zu dem die USA übrigens gute Beziehungen unterhalten.

4) Vor diesem Hintergrund wirken die amerikanischen Vorwürfe unverständlich und befremdlich. Möglicherweise sind sie dadurch zu erklären, daß zwischen State Department und ACDA in dieser Angelegenheit keine Unterrichtung erfolgt ist. Wir sind im Rahmen der gerade in diesem Fall eingehend praktizierten intensiven Unterrichtung und Zusammenarbeit jederzeit bereit, neue Erkenntnisse der amerikanischen Seite entgegenzunehmen.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die 53. Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6. August 1984; BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil I, S. 1080.

Ministerialdirektor Fischer erläuterte am 7. August 1984, am 31. Juli 1984 habe das Kabinett entschieden, daß „der Firma Kolb, auch unter Inkaufnahme eines möglichen Prozesses, möglichst bald ein Lieferverbot auf der Grundlage des geltenden Rechts auferlegt werden solle; außerdem das derzeitige Außenwirtschaftsrecht durch eine Regelung ergänzt werden solle, die es erlaube, Lieferungen auch dann zu untersagen, wenn der begründete Verdacht bestehe, daß mit den zu liefernden Anlagen auch chemische Waffen hergestellt werden könnten“. Eine entsprechende Verordnung werde zum 9. August 1984 in Kraft treten. Vgl. Referat 424, Bd. 135849.

<sup>8</sup> Am 15. Oktober 1984 trafen zwei Experten aus der Bundesrepublik zur Inspektion der chemischen Produktionsstätten in Samarra im Irak ein. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 286.

III. Um Drahtbericht über amerikanische Reaktion wird gebeten.<sup>9</sup>Ruth<sup>10</sup>

VS-Bd. 11558 (222)

## 115

**Gespräch des Bundesministers Genscher  
mit dem kanadischen Außenminister Clark**

205-321.00 KAN-350/85 VS-vertraulich

4. Mai 1985<sup>1</sup>

Niederschrift über das Gespräch von BM Genscher mit dem kanadischen AM Joe Clark am 4. Mai 1985 im Ministerbau (Frühstück 8.15–9.15 Uhr)<sup>2</sup>

Teilnehmer auf kanadischer Seite: AM Joe Clark, Ambassador MacPhail, Gordon Smith, Deputy Minister for Political Affairs.

Auf deutscher Seite: BM Genscher; Dg 41, Jelonek; Leiter 010, von Ploetz; RL 205, Holubek; Dolmetscherin Kaltenbach.

Hauptthemen:

Zentralamerika (Ref. 331)

SDI (Ref. 220, 204, 201, 202)

<sup>9</sup> Gesandter Wallau, Washington, antwortete am 7. Mai 1985, er habe in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) und im amerikanischen Außenministerium „im Sinne der Weisung demarchiert“. Die jeweiligen Gesprächspartner „bedauerten Etzolds Ausführungen. Sie stellten in Abrede, daß im offiziellen Washington ein Zusammenhang gesehen werde zwischen unserem Ansatz bei der Nichtherstellungskontrolle und der behaupteten Beteiligung deutscher Firmen bei der CW-Herstellung im Irak, geschweige denn bei ‚Lieferung von CW in den Irak‘.“ Der Vertreter des Außenministeriums habe den Wunsch der USA unterstrichen, „weiterhin eng mit der deutschen Seite im Interesse eines baldigen Ergebnisses zusammenzuarbeiten. Er wies darauf hin, daß ein CW-Verbotsabkommen immer dringender werde. Dem Genfer Protokoll drohe sonst weitere Aushöhlung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2293; VS-Bd. 11558 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holubek am 6. Mai 1985 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte um Herbeiführung der Zustimmung des Bundesministers“ an das Ministerbüro weitergeleitet. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12995 (205); B 150, Aktenkopien 1985. Eine weitere Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gefertigt. Für einen Auszug vgl. Anm. 9.

In einer beigelegten handschriftlichen Mitteilung vom gleichen Tag für Ploetz stellte Holubek fest: „Anbei meine Niederschrift des Gesprächs. Ich plädiere für VS-NfD und größeren Verteiler. Grund: Zuliefernde Referate des Hauses wollen wissen, ob und wie ihre Themenbeiträge behandelt werden konnten; dies verstärkt ihre Motivation. Jedoch: Sie, LMB, verkünden den Willen des BM, und so geschehe es.“

Hat Ploetz am 6. Mai 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag: Wir belassen es bei dem bereits verteilten Vermerk und dem festgelegten Verteiler.“

Hat Holubek am 7. Mai 1985 erneut vorgelegen, der die VS-Registrierung handschriftlich anwies: „Bitte auf VS-vertraulich umstellen.“ Vgl. VS-Bd. 12995 (205); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Der kanadische Außenminister Clark hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1985 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in der Bundesrepublik auf.

Neue GATT-Runde (Ref. 411/410)

Fischerei (Ref. 411, 410, 412)

Rindfleisch (Ref. 411, 410, 412)

*BM* betonte eingangs Wert enger deutsch-kanadischer Zusammenarbeit sowohl für das Bündnis als auch in anderen Gremien (etwa OECD). Begegnungen der Außenminister sollten daher zu einer „guten Übung“ werden. Dies könnte dazu beitragen, Probleme innerhalb der westlichen Welt zu überbrücken. Es beträfe etwa Vorgänge in Zentralamerika, die auch öffentliche Meinung in Europa stark beschäftigten. Auf unsere Initiative fände daher ein Dialog statt.

Andreotti habe am Vortage<sup>3</sup> unsere Motive dafür dargelegt. Wir seien deshalb sehr erstaunt gewesen, daß die USA ein Embargo gegenüber Nicaragua<sup>4</sup> verhängt hätten. Wir glaubten, diese Maßnahme werde sich als kontraproduzent erweisen:

- Sie werde die Führung dieses Landes enger an die SU heranbringen.
- Sie werde den privaten Sektor der nicaraguanischen Wirtschaft (etwa 60 %) unterminieren. Gerade diesen Bereich wollten wir doch im Interesse der Unabhängigkeit stärken.

Jetzt werden wir aber mit diesem amerikanischen Vorgehen leben müssen.

*AM*: Ihm schiene die US-amerikanische Haltung gegenüber Zentralamerika äußerst entschlossen und entgegengesetzten Argumenten kaum zugänglich zu sein. Dies sei die Lage, obwohl George Shultz im allgemeinen als sehr befähigt und vernünftig anzusehen sei. Die kanadische Regierung befände sich unter starkem Druck der eigenen Medien, ihre abweichende Haltung zu den USA sehr deutlich zu machen. Sie habe gehofft, durch Unterstützung des Contadora-Prozesses<sup>5</sup> eine fortgesetzte Meinungsverschiedenheit mit den USA vermeiden zu können. Die Sanktionen und das Embargo machten dies jedoch unmöglich. Es sei von vornherein aussichtslos gewesen, zu erwarten, daß Shultz bei diesem Treffen (in Bonn) seine Meinung ändern werde. Jetzt sei es aber wichtig, die weitere Entwicklung genau zu beobachten. Kanada habe im Januar 1985 eine Gruppe entsandt, die die Fragen von Verifikation und Kontrolle im Rahmen der Contadora-Initiative auch mit der mexikanischen Regierung erörtert habe.

*BM* zog Parallele zur Kuba-Krise<sup>6</sup> und bestätigte seine Äußerungen vom Vortage: Diese Entwicklung in Zentralamerika könne wichtige Auswirkungen auf Europa haben. Nachdem die US-Regierung in den späten 50er und frühen 60er Jahren europäische Staaten – Adenauer habe es abgelehnt – zunächst dazu veranlaßt hätte, Raketen aufzustellen, sei die Stationierung drei Wochen nach einem diesem Zweck dienenden Besuch von Verteidigungssekretär McNamara in Italien<sup>7</sup> im Anschluß an die Kuba-Krise wieder rückgängig gemacht worden.

<sup>3</sup> Für die Gespräche der Außenminister der G-7 am 3. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>4</sup> Am 1. Mai 1985 verhängte Präsident Reagan Sanktionen über Nicaragua, die unter anderem ein totales Handelsembargo beinhalteten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 547–550.

<sup>5</sup> Zu den Friedensbemühungen im Rahmen der Contadora-Initiative vgl. Dok. 33, Anm. 14.

<sup>6</sup> Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 69, Anm. 10.

<sup>7</sup> In einem Gespräch am Rande der NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1962 erörterte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara mit seinem italienischen Amtskollegen Andreotti den Vorschlag, die seit 1959 in Italien stationierten Mittelstreckenraketen des Typs „Jupi-

Der NATO-Doppelbeschluß<sup>8</sup> habe bessere Voraussetzungen für die Stationierung geschaffen.<sup>9</sup>

Falls wir an dem Embargo teilnehmen, müßten wir befürchten, daß Zentralamerika unter sowjetischen Einfluß gerate.<sup>10</sup>

Das US-Embargo stelle keine gute „Ouvertüre“ für die exploratorischen Gespräche der europäischen Troika<sup>11</sup> in kommender Woche in Zentralamerika dar.

AM begrüßte die bevorstehenden Gespräche der EPZ-Troika in Zentralamerika. Es sei wichtig, daß wir zeigen, daß wir die US-Sanktionen nicht mittragen. Er glaube nicht, daß sich jemand anschließen werde.

BM fügte hinzu, dies sei das falsche Signal an die SU. Wir seien nicht daran interessiert, unseren Hauptverbündeten isoliert zu sehen.

AM: Ein „schlechtes Treffen“ für George Shultz.

BM bekundete Überraschung, daß Shultz SDI-Frage erneut aufgebracht habe, denn es habe eine Verständigung darüber bestanden, daß der Bezug auf Genf<sup>12</sup> (in der Politischen Erklärung<sup>13</sup>) auch SDI abdecken würde. Es wäre nicht zu erwarten, daß Mitterrand irgendeine Bezugnahme auf SDI akzeptieren würde.

Herr von Ploetz, 010, erwähnte, daß<sup>14</sup> Wunsch nach SDI-Bezug von japanischer Seite komme.<sup>15</sup>

AM drückte Meinung aus, daß es<sup>16</sup> richtig gewesen sei, SDI nicht zu erwähnen, obwohl nach dem Eindruck der Japaner der „weiche“ Bezug auf Genf nicht durch

*Fortsetzung Fußnote von Seite 579*

ter“ abzuziehen und sie durch Raketen des Typs „Polaris“ auf U-Booten im Mittelmeerraum zu ersetzen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XIII, S. 460f.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>9</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz durch Fragezeichen hervorgehoben.

In der von Ploetz erstellten Gesprächsaufzeichnung lautete der Absatz wie folgt: „BM nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der gestrigen Morgensitzung der Außenminister über die kubanische Krise und ihre Folgen für Europa. Er erläutert die damaligen Vorgänge, die dazu führten, daß die Europäer bei der Nachrüstung nicht vor einer Modernisierungsfrage standen, die politisch sehr viel leichter zu handhaben gewesen wäre, sondern vor einer Neustationierung. In den Vorgängen sieht BM einen Beweis für die direkte Auswirkung von Entwicklungen in Zentralamerika auf europäische Interessen. Hieraus resultiert auch unser direktes Interesse an der Region. BM vermutet, daß Nicaragua noch stärker an die Seite der SU getrieben würde, wenn die Europäer dem US-Embargo folgen würden.“ Vgl. VS-Bd. 12995 (205); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz durch Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>11</sup> Zur Lateinamerika-Reise einer EPZ-Delegation („Troika-Mission“) vom 20. April bis 11. Mai 1985 vgl. Dok. 112, Anm. 8.

<sup>12</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292f.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich eingefügt: „nunmehr auch“.

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Pfeffer hielt am 4. Mai 1985 fest, daß ihm seitens der japanischen Delegation beim Weltwirtschaftsgipfel mitgeteilt worden sei: „Außenminister Abe sei nach der gestrigen Diskussion der Außenminister beim Abendessen sehr besorgt, daß eine Nichterwähnung von SDI in der Zusammenfassung des Vorsitzenden folgende Wirkung hervorrufen würde: eine schwere Verstimmung der USA; ein falsches Signal an die Sowjetunion; dadurch eine Erschwerung der amerikanischen Verhandlungsposition in Genf; den Eindruck der Zerstrittenheit unter den westlichen Hauptnationen in unserer Öffentlichkeit.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135319.

eine Erklärung zu der SDI ausgeglichen worden sei. Schließlich habe man sich aber doch einigen können.<sup>17</sup>

BM bekundete, daß sich der Bundeskanzler bei der Presseerklärung in sehr vorsichtiger und für alle Teilnehmer annehmbarer Form zu SDI äußern werde.<sup>18</sup> Eine Erörterung dieser Frage im Plenum würde zu viel Zeit kosten. Es sei auch nicht zu erwarten, daß sich Mitterrand in zwei Fragen „bewegen“ werde.

BM: Die zweite wichtige Frage sei die Entscheidung über eine neue GATT-Runde. Die Sherpas hätten inzwischen fünf Optionen herausgearbeitet: Hier- von erschiene BM die von EGK-Präsident Delors als Kompromißvorschlag präsentierte dritte Option (Ministertreffen solle im Frühjahr 1986 notwendige Beschlüsse fassen) als die aussichtsreichste.<sup>19</sup> Mitterrand habe aber noch nicht zugestimmt.

BM erkundigte sich nach der anstehenden kanadischen Verfassungsreform und der konstitutionellen Vertretung der kanadischen Provinzen.<sup>20</sup> BM erwähnte unsere guten Erfahrungen mit dem Bundesrat. Unser Verfassungssystem<sup>21</sup> sei aber nicht unsere eigene Idee gewesen; wir verdankten es den Besatzungsmächten, deren Vertreter im Nachkriegsdeutschland eine Gelegenheit gehabt hätten, hier die Probleme zu regeln, die im eigenen Land nicht zu lösen waren.

So hätten uns die Amerikaner ein Verhältniswahlrecht (in USA Mehrheitswahlrecht), die Briten die Einheitsgewerkschaften (zersplitterte Gewerkschaften in GB) und die Franzosen die föderative Ordnung (Zentralismus in F) beschert. Das sei zwar nicht aus wohlmeinender Gesinnung, sondern eher zur Kontrolle der Deutschen geschehen, es habe sich aber ausgezeichnet bewährt.

AM bekundete, Kanada werde bestrebt sein, sich die Erfahrungen der deutschen Verfassungswirklichkeit zunutze zu machen.

BM gab Dg 41, Herrn Jelonek, das Wort für eine Darlegung zu den Fragen der deutschen Fischerei vor Neufundland<sup>22</sup> und der kanadischen Einfuhrbeschrän-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 580*

16 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holubek am 7. Mai 1985 handschriftlich: „? = (worth to be silent).“

17 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz durch Fragezeichen hervorgehoben.

Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Holubek am 7. Mai 1985 handschriftlich: „Anders Niederschrift LMB.“

18 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Mai 1985 zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, S. 297 f.

19 Vgl. dazu Punkt 10 der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985 über Wirtschaftsfragen; EUROPA-ARCHIV 1985, D 296.

20 Botschafter Behrends, Ottawa, legte am 15. Dezember 1985 dar: „Premierminister Mulroney ist in seinem Bemühen um nationale Aussöhnung den Provinzen sehr entgegengekommen. [...] Im sog[enannten] ‚Atlantic Accord‘ hat er Newfoundland Rechte an der Ausbeutung der Küstengewässer und des Kontinentalsockels eingeräumt, die nach der Verfassung bisher dem Bund zustanden. Kritiker sehen darin einen bedenklichen Präzedenzfall, der sich, wenn das Prinzip den Wünschen von Newfoundland entsprechend auch auf Fischereirechte ausgedehnt werden sollte, auch zum Nachteil anderer Provinzen [...] auswirken müßte.“ Vgl. Referat 205, Bd. 135292.

21 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

22 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 24. April 1985 hieß es: „Kanada hat sich bei der EG-Kommission, der Bundesrepublik Deutschland und anderen Mitgliedstaaten über die Kabeljau-Fischerei im N[orthwest]A[tlantic]F[isheries]O[r-ganization]-Gebiet 3 L außerhalb der kanadischen Fischereizone beschwert, die von der deutschen Hochseefischerei in diesem Jahr erstmals in großem Umfang betrieben wird. [...] Kanada vertritt

kung für EG-Rindfleisch<sup>23</sup>: *Dg 41* erwähnte die ungünstigen Presseberichte beiderseits des Atlantiks, die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft und legte unser Interesse an einer einverständlichen Lösung dar.

*AM* unterstrich die hohe innenpolitische Bedeutung der Fischereifrage: Deutsche Fischer hätten wegen außergewöhnlicher Konzentration von Kabeljau in Gewässern vor Kanada ihre Fangbeschränkungen überschritten. Kanadas Fischereiminister<sup>24</sup> werde in kommender Woche seinen deutschen Kollegen<sup>25</sup> hier treffen, um das Problem zu erörtern.

*Dg 41* betonte, daß die deutschen Fischer außerhalb der kanadischen Gewässer gefischt hätten.

*AM* bestätigte wegen der Rindfleischfrage, daß das kanadische Kabinett in kommender Woche eine Kompromißempfehlung annehmen werde, die in Brüssel eine Neuaufnahme der Verhandlungen ermöglichen werde. Das Rindfleischproblem wirke sich bereits seit längerer Zeit ungünstig auf das europäisch-kanadische Verhältnis aus. Die Schwierigkeiten mit der EG-Agrarpolitik erzeugten in Kanada gefühlsgeladene Auseinandersetzungen.

(Dem BM wurde jetzt der japanische Vorschlag einer SDI-Erklärung hereingereicht, die er seinem kanadischen Kollegen vorlas.) *BM* drückte Zweifel aus, ob Frankreich einer SDI-Erklärung zustimmen werde.

*AM* sprach sich dafür aus, SDI im Zusammenhang mit Genf nur einen Satz zu widmen, der sich auf die Aussage richte, daß die SDI-Forschung berechtigt sei. In Kanada vertrete er die Haltung, daß eine Stellungnahme zu SDI einfach und in so wenig Worten wie möglich ausgedrückt sein sollte; sie sei zu wiederholen; dies solle aber nicht zu häufig geschehen.

#### VS-Bd. 12995 (205)

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 581*

die Auffassung, daß der Kabeljau-Bestand auf der Großen Neufundland-Bank durch fischereipolitische Regelungen Kanadas vollständig bewirtschaftet wird. [...] Die bedeutenden deutschen Fänge (bis jetzt ca. 13 000 t) in diesem Gebiet beunruhigen die kanadische Fischereipolitik aus innenpolitischen Gründen [...]. Kanada droht deswegen an, die deutschen Kabeljau-Fänge außerhalb der 200-sm-Zone auf die EG-Quote (9500 t) innerhalb der kanadischen Fischereizone anzurechnen, die aufgrund der Vereinbarung EG/Kanada eingeräumt werden muß.“ Die Bundesrepublik teile die kanadische Rechtsauffassung nicht: „Kanada hat für das NAFO-Gebiet außerhalb 200 sm keine fischereirechtliche Regelungsbefugnis.“ Vgl. Referat 205, Bd. 135292.

<sup>23</sup> Am 23. Mai 1985 legte die EG-Kommission dar: „Mit Wirkung vom 1. Januar dieses Jahres hat Kanada für die Einfuhr von Rindfleisch mengenmäßige Beschränkungen eingeführt. Die Einfuhrquote, die der Gemeinschaft angeteilt wurde, blieb weit hinter deren Ausfuhrleistungen der jüngsten Zeit zurück. Binnen weniger Wochen war das gesamte der Gemeinschaft zugeteilte Jahreskontingent ausgeschöpft, so daß der Handelsverkehr zum Erliegen kam. [...] Freitag, den 10. Mai, paraphierten der Verhandlungsführer der Kommission sowie der Verhandlungsführer Kanadas ‚ad referendum‘ den Entwurf eines Abkommens in Briefform, das die betreffende Quote von 10 668 t enthielt.“ Vgl. Referat 205, Bd. 135292.

<sup>24</sup> John Allen Fraser.

<sup>25</sup> Ignaz Kiechle.

## 116

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer****201-363.31-713/85 geheim****6. Mai 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: Fortsetzung der Pershing-II-Stationierung

1) Nach der Vorstellung des Berichts über die Ursache des Pershing-II-(P-II)-Unfalls vom 11. Januar<sup>4</sup> durch BM Wörner und den US-Heeresminister Ambrose am 24. April<sup>5</sup> in Bonn ist die Frage nach der weiteren Stationierung von P-II-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland aufgeworfen worden. Vertreter der SPD und der Grünen haben bei der Präsentation des Berichts im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestags die Forderung aufgestellt, die P-II-Stationierung auszusetzen. BM Wörner und US-Heeresminister Ambrose haben demgegenüber übereinstimmend erklärt, daß die Stationierung fortgesetzt werde, jedoch nur solche P-II-Raketen bzw. Raketenteile in die Bundesrepublik verbracht werden, die mit den im Untersuchungsbericht vorgeschlagenen technischen Abhilfemaßnahmen versehen worden sind. Diese Abhilfemaßnahmen, die den Flugkörper, Transportbehälter der Raketenstufen sowie Gerät betreffen, sollen dazu dienen, eine Wiederholung des Unfalls vom 11. Januar 1985 zu vermeiden. In seiner Presseerklärung zum Untersuchungsbericht hat das BMVg darüber hinaus verlauten lassen, daß „die Fortführung der Stationierung von P-II-Raketen ... durch Änderungen in der Ausbildung und am Gerät (Anm.: Wort im umfassenderen Sinn gebraucht) nicht berührt wird“. Eine entsprechende Aussage BM Wörners ist sodann von der Presse des Verteidigungsausschusses<sup>6</sup> in Gegensatz zur Äußerung des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, MdB Biehle, gesetzt worden, der zufolge keine weiteren Raketen in der Bundesrepublik stationiert würden, solange nicht die Modifizierungsmaßnahmen vorgenommen worden seien.<sup>7</sup>

2) Nach Auskunft des BMVg sind seit dem 11. Januar 1985 keine P-II-Raketen mehr nach D verbracht worden. P-II-Flugkörper werden erst wieder in die Bun-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 13. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 14. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Adamek am 14. Mai 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.

Hat Lewalter und Bertram am 15. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 11. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Unfall mit einer Pershing II bei Waldheide vgl. Dok. 13, Anm. 28.

<sup>5</sup> Am 24. April 1985 stellten Bundesminister Wörner und der amerikanische Heeresminister Ambrose in Heilbronn den amerikanischen Untersuchungsbericht zum Unfall mit einer Pershing-II-Rakete am 11. Januar 1985 vor. Vgl. dazu den Artikel „Wörner entkam durch die Hausmeisterwohnung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. April 1985, S. 5.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Artikel „Vorerst keine weitere Stationierung“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 25. April 1985, S. 2.

desrepublik transportiert werden, wenn die vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen an diesen durchgeführt worden seien. Die Modifizierungen seien bereits in den Produktionsablauf eingegeben. Relativ bald, etwa Ende Mai, werden nach Auffassung des BMVg die modifizierten Flugkörper verfügbar sein. Es könnten jedoch keine genauen Angaben gemacht werden, wann der Transport von P-II-Raketen nach D wiederaufgenommen werde. Dies dürfte aber in nicht allzu ferner Zukunft der Fall sein, sobald auch die Transportbehälter und das Gerät den Abhilfemaßnahmen entsprechen. Es sei sichergestellt, daß die Form der Wiederaufnahme von Einzelschritten in bezug auf P-II-Transporte abgesprochen werde. Die bereits in D stationierten P-II-Systeme werden hier sukzessive umgerüstet.<sup>8</sup>

3) Wie aus dem BMVg ferner zu erfahren ist, ist die Einsatzbereitschaft der P II durch den Unfall grundsätzlich nicht eingeschränkt. Allerdings konnten wegen des fehlenden Zulaufs von P-II-Raketen seit dem 11. Januar 1985 keine weiteren (nach Zeitplan: zwei) Einheiten ihre Einsatzbereitschaft erlangen. Die Ende 1984 erreichte Gesamtzahl von 54 stationierten P II hat sich daher bislang nicht erhöht. Gleichwohl ist vor der Öffentlichkeit und dem Parlament eindeutig daran festzuhalten, daß dies weder einen technischen noch einen politischen Stationierungsstopp bedeutet, sondern nur einen Verzug. So hat auch US-Heeresminister Ambrose darauf hingewiesen, daß die Stationierung durch den P-II-Unfall nicht unterbrochen, vielmehr nur beeinträchtigt worden sei. Den Verzug offiziell als Stationierungsstopp zu erklären, müßte als falsches Signal verstanden werden, sowohl nach innen als Zugeständnis, daß die P II technisch nicht ausgereift ist, als nach außen für die Genfer Verhandlungen<sup>9</sup> sowie für die inzwischen gefallene bzw. noch ausstehende Stationierungsentscheidung in B und NL<sup>10</sup>!

Pfeffer

**VS-Bd. 12048 (201)**

<sup>8</sup> Dem Vorgang war der Entwurf einer Presseerklärung beigelegt. Darin wurde festgestellt: „Die US-Army wird in Kürze beginnen, der 56. Field Artillery-Brigade in der Bundesrepublik Deutschland die ersten modifizierten Pershing-II-Flugkörper und -geräte der geänderten Produktion aus den USA zuzuführen. Die Modifizierungen der Flugkörper und -geräte wurden entsprechend den Vorschlägen der US-Untersuchungskommission zum Pershing-II-Unfall vom 11. Januar 1985 vorgenommen. Sie umfassen alle Maßnahmen, die geeignet sind, den Aufbau elektrostatischer Ladungen im Flugkörper zu verhindern, der als Unfallursache ermittelt wurde. [...] Die volle Wiederaufnahme der Pershing-II-Ausbildung und Übungen wird erst erfolgen, wenn die Modifizierungsmaßnahmen an allen Pershing-II-Systemen vollständig abgeschlossen sind.“ Vgl. VS-Bd. 12048 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>10</sup> Zum Beschluß der belgischen Regierung vom 15. März 1985 über den Beginn der Stationierung von Marschflugkörpern vgl. Dok. 82, Anm. 35.

Zur Entscheidung der niederländischen Regierung vom 1. Juni 1984 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 82, Anm. 36.



## 117

**Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Holl****320-321.15 SAA VS-NfD****Aufgabe: 9. Mai 1985, 16.47 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 3702 Plurez**Betr.: Regionalpolitische Initiative Sambias<sup>2</sup>

hier: Gespräch zwischen Präsident Kaunda und MD Haas

Nur zur eigenen Unterrichtung

1) MD Haas hielt sich am 6./7. Mai 1985 in Lusaka auf. Das von Präsident Kaunda erbetene Gespräch<sup>3</sup> mit D3 fand am 7. Mai von 10 bis 12.30 Uhr im Arbeitszimmer des Präsidenten in Anwesenheit von Botschafter Timmermann sowie der Präsidentenberater Phiri (Politik) und Punabantu (Presse) statt. Es folgte ein Mittagessen im gleichen Kreise bis 13.45 Uhr.

2) Zu Beginn des Gesprächs überreichte D3 dem Präsidenten das Schreiben des Herrn Bundeskanzlers<sup>4</sup> und fügte hinzu, daß der Besuch des BK im November dieses Jahres sein erster in Schwarzafrika sein werde.<sup>5</sup> Kaunda dankte für den

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Ministerialdirektor Haas zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Sulimma am 10. Mai 1985 vorgelegen.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

<sup>2</sup> Am 18. April 1985 informierte Botschafter Timmermann, Lusaka, Präsident Kaunda habe einem Mitarbeiter des britischen Außenministeriums am Vortag seine Vorstellungen zum Beitrag der westlichen Staaten zu „einer friedlichen Lösung der internen Problematik Südafrikas“ dargelegt: „Dies müsse primär dadurch erfolgen, daß diese Staaten ihre Unterstützung für den ANC verstärkten. Verbale Forderungen nach Freilassung Mandelas genügten nicht. Es sei vielmehr notwendig, das Gespräch mit den ANC-Führern [...] zu intensivieren, um sie auf gemäßigttem Kurs zu halten. Es gebe beim ANC bisher noch Gesprächspartner, die zu einem konstruktiven Dialog bereit seien. Frühere Erfahrungen mit anderen nationalen Befreiungsbewegungen hätten gezeigt, daß die Marxisten erst die Oberhand gewonnen hätten, als der Westen dem gemäßigten Flügel seine Unterstützung versagte. Er selbst wolle sich bemühen, seinen mäßigenden Einfluß auf den ANC weiter auszuüben und Gespräche zwischen dem ANC und weißen Südafrikanern zu vermitteln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 89; Referat 320, Bd. 155918.

<sup>3</sup> Botschafter Timmermann, Lusaka, berichtete am 22. April 1985: „Präsidentenberater Phiri bat mich am 22.4.1985 zu sich und teilte mir folgendes mit: Präsident Kaunda bitte darum, einen ‚senior adviser‘ des Herrn Bundeskanzlers möglichst bald nach Lusaka zu entsenden, damit der Präsident diesem Berater in einem ‚special briefing‘ seine Auffassungen zu einigen dringenden Problemen darlegen könne und auf diese Weise zu gewährleisten, daß Kaundas Auffassungen dem Herrn Bundeskanzler in möglichst direkter und umfassender Weise zur Kenntnis gebracht würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 94; Referat 230, Bd. 155918.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, übermittelte Ministerialdirektor Haas am 2. Mai 1985 ein undatiertes Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an Präsident Kaunda. Darin führte Kohl aus: „Ich begrüße Ihre Anregung zu einem Gedankenaustausch über das südliche Afrika und habe Herrn Botschafter Haas gebeten, Ihnen zur Verfügung zu stehen. [...] Ich bin dankbar, über ihn Ihre Einschätzung der Lage im südlichen Afrika erfahren und Sie gleichzeitig über die Haltung der Bundesregierung zu diesen Fragen unterrichten zu können.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155918.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl bat Kaunda mit Schreiben vom 8. November 1985, einer Verschiebung des Besuches zuzustimmen: „Ein seinerzeit bei der Besuchsplanung nicht voraussehbares weltpolitisches Ereignis macht meine Anwesenheit in Bonn in der für den Besuch vorgesehenen Woche zwingend erforderlich: Wie Sie wissen, ist in der Zeit vom 19. bis 20. November 1985 das erstmalige Zusammentreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Genf vorgesehen. Diese Gipfelbegegnung ist für die Bundesrepublik Deutschland, die an der Nahtstelle zwischen Ost und West liegt, von vitaler Bedeutung.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155918.

Brief und führte aus, daß er sich sehr gern an die Gespräche mit dem BK während seines Besuchs in Bonn im September 1983<sup>6</sup> erinnere und sich auf den Gegenbesuch des BK in Lusaka freue. Er bat D3 sodann, dem BK seine nachstehend wiedergegebenen Ausführungen so wortgetreu wie möglich zu übermitteln.

3) Kaunda eröffnete seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß ihm die Lage in Südafrika seit einiger Zeit „schlaflose Nächte“ bereite und er sich daher entschlossen habe, die Regierungschefs von einigen befreundeten westlichen Staaten über seine Sorgen zu unterrichten. Er habe in den letzten 25 Jahren den Kampf um eine bessere soziale Ordnung in Afrika aufmerksam beobachtet. Dabei habe er im Falle von Sambia, Angola, Mosambik und Simbabwe Prognosen aufgestellt, die in Erfüllung gegangen seien. Aufgrund dieser Erfahrungen fühle er sich verpflichtet und legitimiert, seine Sorgen über die Lage in Südafrika darzulegen und um Unterstützung bezüglich einer friedlichen Lösung der dortigen Probleme zu bitten. Er könne zwar im Falle von verletzten Menschenrechten oft seine Gefühle nicht beherrschen. Jedoch würde er im Falle Südafrikas mit kühlem Kopf eine nüchterne Analyse der Probleme geben.

4) Kaunda setzte sodann bei der Erläuterung seiner Prognosen in der Vergangenheit folgende Akzente:

a) Schon 1960 sei er bei einem Aufenthalt in den USA gefragt worden, ob Sambia nach Erlangung der Unabhängigkeit<sup>7</sup> kommunistisch werden würde und wann mit der Unabhängigkeit zu rechnen sei. Er habe schon damals betont, daß er und andere afrikanische Politiker Nationalisten, aber keine Kommunisten seien, und daß die Unabhängigkeit Sambias innerhalb von fünf Jahren erreicht werden würde.

b) Auch im Falle Rhodesiens habe er 1963 (nach Auflösung der Konföderation<sup>8</sup>) weiße Rhodesier wie Ian Smith und 1965 auch den britischen Premierminister<sup>9</sup> gewarnt, daß UDI<sup>10</sup> keine Lösung für Rhodesien darstellen könne und daß es zum bewaffneten Kampf um die Unabhängigkeit Rhodesiens unter einer schwarzen Mehrheitsregierung kommen werde. Smith habe ihm erklärt: „Mind your own business.“ Die Bitten Kaundas gegenüber mehreren britischen Regierungen, die UDI-Rebellion von Smith zu beseitigen, seien erfolglos geblieben. In der Erkenntnis, daß Südafrika der entscheidende Bundesgenosse von Smith war, habe er sich 1971 auch an PM Vorster gewandt. Der Kampf in Rhodesien habe schließlich mehr als 40 000 Tote gekostet. In Sambia seien 600 Menschen allein dem ersten Luftangriff rhodesischer Flugzeuge mit südafrikanischen Piloten zum Opfer gefallen.

c) Im Hinblick auf Angola und Mosambik habe er schon 1966 Salazar darauf hingewiesen, daß Sambia nach nur 70 Jahren britischer Herrschaft die Unabhängigkeit erlangte und danach „warm relations“ mit den Briten unterhielt. Wenn Portugal nach 500 Jahren Herrschaft seine beiden Kolonien friedlich in die Un-

<sup>6</sup> Präsident Kaunda hielt sich vom 11. bis 16. September 1983 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 13. September 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 265.

<sup>7</sup> Sambia erlangte am 24. Oktober 1964 die Unabhängigkeit von Großbritannien.

<sup>8</sup> Das spätere Sambia war als Nordrhodesien bis zu ihrer Auflösung am 31. Dezember 1963 Bestandteil der Föderation von Rhodesien und Njassaland.

<sup>9</sup> Harold Wilson.

<sup>10</sup> Unilateral Declaration of Independence.

abhängigkeit entlassen würde, müßte es zu noch viel engeren Beziehungen zwischen den ehemaligen Kolonien und dem Mutterland kommen. Salazar habe Kaundas Brief nicht beantwortet. Statt dessen folgten acht Jahre blutiger Kriege, wobei die Befreiungsbewegungen sich zwangsläufig Waffen im Osten beschaffen mußten, da der Westen sie ihnen verweigerte. So wurden Nationalisten in das kommunistische Lager getrieben, seien jedoch weiterhin primär als Nationalisten zu betrachten. Dos Santos und Machel seien seine Freunde. Er wisse daher, daß sie keine eingefleischten Marxisten seien. Der Westen habe jedoch an dieser Version festgehalten und geduldet, daß Südafrika UNITA in Angola und RNM in Mosambik unterstütze<sup>11</sup>.

d) In einem Exkurs erläuterte Kaunda, wie er sich von 1968 bis 1978 im Westen vergeblich um Waffen zur Verteidigung gegen Rhodesien bemüht habe (u.a. USA, GB, D), bevor er sich schließlich von der Sowjetunion beliefern ließ. Kaunda betonte, daß er großen Wert auf die Klärung der diesbezüglichen sambischen Haltung gegenüber BK Kohl lege: Sambia habe 1979 keine andere Wahl gehabt, da es vom Westen im Stich gelassen wurde. Inzwischen erhalte Sambia Ausrüstungshilfe vom Westen, darunter aus der Bundesrepublik für die Polizei<sup>12</sup>, wofür er sehr dankbar sei.

e) Bei seinem Treffen mit Vorster 1974 habe er letzterem bereits erklärt: „Sie sitzen auf einem Vulkan!“ Vorster habe jedoch auf die unterschiedlichen Kulturen von Schwarz und Weiß verwiesen und damit die getrennte Entwicklung im Apartheid-System begründet. 1976 gab es dann in Soweto schon 600 Tote, zehnmal soviel wie 1960 in Sharpeville.<sup>13</sup> 1973 habe er einen Zeitraum von 15 Jahren bis zur großen „Explosion“ in Südafrika<sup>14</sup> prophezeit. Jetzt blieben nur noch

<sup>11</sup> Am 21. Februar 1985 informierte Vortragender Legationsrat Massing die Botschaft in Rabat: „1) Infolge verstärkter Militäraktionen der Widerstandsbewegung UNITA gegenüber der MPLA-Regierung in Angola und der RNM (Resistencia Nacional Moçambicana [...]) gegen die FRELIMO-Regierung Samora Machels hat sich die Sicherheitslage in beiden Ländern zunehmend verschlechtert. 2) Südafrika hatte als Teil seiner Destabilisierungspolitik gegenüber den Nachbarstaaten bis 1984 beide Rebellenbewegungen massiv unterstützt (Waffenlieferungen, militärische Ausbildung, logistische Hilfe). Seit Abschluß des Nkomati-Abkommens mit Mosambik (16.3.1984) bekennt sich Südafrika nur noch offen zur Unterstützung der UNITA [...]. Da die RNM auch nach Abschluß des Nkomati-Abkommens ihre subversiven Angriffe gegen die mosambikanische Regierung fortgesetzt hat, besteht starker Grund zur Vermutung, daß militärische und finanzielle Unterstützung der Organisation von dritter Seite fortgesetzt wird. [...] Laut einer Pressemitteilung der Afrika-Post vom Januar 1985 beabsichtigt Marokko, seine Unterstützung für die beiden Widerstandsbewegungen in Angola und Mosambik zu verstärken, nachdem die Regierungen in Luanda und Maputo die Polisario-Exilregierung anerkannt hätten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1379; Referat 320, Bd. 155859.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat Osten informierte die Botschaft in Lusaka am 2. Mai 1985: „Die Sambia für Jahre 1985–1987 bewilligte Ausrüstungshilfe (AH) von insgesamt drei Mio. DM steht noch in voller Höhe zur Verfügung. [...] Wie dort bekannt ist, kam AH von 1978 bis 1981 hauptsächlich den Streitkräften zugute. Da sich die sambische Seite 1982 für Unterstützung der Polizei entschieden hat und die AH entsprechend geplant worden ist, muß diese Linie bis Ende 1987 beibehalten werden. Für Hilfe an das dortige Verteidigungsministerium stehen leider keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 320, Bd. 155922.

<sup>13</sup> In Sharpeville wurden am 21. März 1960 69 Demonstranten von der südafrikanischen Polizei erschossen, außerdem gab es zahlreiche Verletzte.

Am 16. Juni 1976 wurde in Soweto ein Demonstrationszug gegen die südafrikanische Bildungspolitik von der südafrikanischen Polizei unter Schußwaffengebrauch niedergeschlagen.

<sup>14</sup> Legationsrat Gühlcke gab am 20. Februar 1985 einen Überblick zu den Unruhen in Südafrika: „Im September/Oktober 1984 kommt es in den schwarzen Vorstädten zu den blutigsten Unruhen seit jenen von Soweto 1976 (inoffizielle Schätzungen: über 130 Tote). Gründe: Mieterhöhungen in den Townships, aber: auch elementare Ablehnung der schwarzen Mehrheit gegen ihre politische und

zwei bis drei Jahre Zeit, um diese Explosion abzuwenden, deren Folgen diejenigen der Französischen Revolution bei weitem übertreffen würden und nicht auf Südafrika beschränkt bleiben könnten, sondern – analog zu Rhodesien – militärische und wirtschaftliche Auswirkungen in der Region, darunter auch in Sambia, haben würden.<sup>15</sup>

Angesichts der tickenden „Zeitbombe“ suche er immer verzweifelter nach Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung des Apartheid-Problems. Die US-Politik des „constructive engagement“ halte er – milde ausgedrückt – für sehr wenig wirksam. Bei einem Treffen mit P. W. Botha habe er vorgeschlagen, Nelson Mandela freizulassen und als Gesprächspartner zu akzeptieren, statt ihn in ein Bantustan abzuschieben. Botha habe entgegnet, daß er diesbezüglich eingehende Beratungen mit seinem Kabinett abhalten müßte, um nicht vom rechten Flügel seiner Partei als „sell out“ deklariert zu werden.

5) Der Westen müsse begreifen, daß die knapp fünf Mio. Weißen in Südafrika von rd. 23 Mio. Schwarzen und vier Mio. Mischlingen und Asiaten umgeben seien. Wenn die schwarze Mehrheit zur verstärkten Gewaltanwendung schreite, würden Polizei und Armee nicht ausreichen, um diese Revolution unter Kontrolle zu bringen. Sasol<sup>16</sup> stand in Flammen, obwohl es stark bewacht war. Andere, weniger bewachte Fabriken könnten bald in Flammen aufgehen. Dies habe er erst vor zwei Wochen südafrikanischen Geschäftsleuten gesagt.

<sup>17</sup>6) Er schlage daher der Bundesregierung primär zweierlei vor:

a) Offizielle Anerkennung des ANC, um zu beweisen, daß der Westen nicht nur an dem Schutz der weißen Minderheit interessiert sei. Er wisse, daß die Bundesregierung dem Druck politisch rechtsstehender Kreise ausgesetzt sei. Aber man müsse erkennen, daß Mandela und Oliver Tambo Nationalisten seien, die nicht auf Ideologien festgelegt seien, sondern eine Non-alignment-Politik verfolgen würden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 587*

soziale Situation. Ausschuß der Schwarzen von politischer Mitverantwortung durch Verfassungsreform. Erstmals werden in größerem Umfang südafrikanische Truppen in der innenpolitischen Auseinandersetzung eingesetzt. [...] Am 18. und 19.2.1985 kommt es zu blutigen Unruhen in dem von Räumung bedrohten Slumgebiet Cross Roads bei Kapstadt. Bislang gab es neun Tote und 195 Verletzte.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155984.

Am 27. März 1985 wurde von Referat 320 zur weiteren Entwicklung festgehalten: „Genau 25 Jahre nach Sharpeville, zusammen mit Soweto Symbol für blutige Township-Unruhen, prallten Schwarze und Polizei in Langa [...] erneut aufeinander (mindestens 19 Tote). Die näheren Umstände dieses Vorfalls sind noch nicht geklärt. Sicher ist, daß 4000 Schwarzen nur 20 Polizisten gegenüberstanden. Das brutale Vorgehen der Polizei hat allen Beobachtern erneut die immer wieder schockierende Unfähigkeit der Polizei zu einer Kontrolle von Massen mit ‚weichen‘ Mitteln vor Augen geführt.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155984.

<sup>15</sup> Am 15. Mai 1985 stellte Botschafter Lahusen, Pretoria, fest: „Die von Präsident Kaunda im Gespräch mit D 3 am 7.5.85 [...] aufgestellte Prognose einer ‚großen Explosion‘ in S[üd]A[frika] innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre scheint hinsichtlich des Zeitrahmens, aber auch in der Sache selbst, nicht unbedingt einer nüchternen, alle Faktoren abwägenden Analyse [...] zu entsprechen. [...] Die seit Monaten anhaltenden Unruhen in schwarzen Wohngebieten sind trotz der hohen Zahl der Todesopfer nicht auf eine Massenbewegung der schwarzen Bevölkerung zurückzuführen. Die Unruhen gehen vielmehr von einigen besonders aktiven Gruppen aus, wobei insbesondere jugendliche Schwarze im Vordergrund stehen. Ein generelles, breite Schichten der schwarzen Bevölkerung umfassendes Unruhepotential oder gar eine organisierte, auf Umsturz des Systems gerichtete, revolutionäre Massenbewegung existiert nicht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 225; Referat 320, Bd. 155984.

<sup>16</sup> South African Synthetic Oil Limited.

<sup>17</sup> Beginn des mit Runderlaß Nr. 3703 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

b) Beteiligung an wirtschaftlichen Sanktionen. Den Einwand, daß auch Sambia unter solchen Sanktionen zu leiden hätte, lasse er nicht gelten, da die wirtschaftlichen Folgen eines „Holocaust“ in Südafrika gravierender wären als diejenigen von wirtschaftlichen Sanktionen. Auch der Einwand, daß ein von Schwarzen regiertes Südafrika seine strategisch wichtigen Rohstoffe an den Osten statt Westen liefern würde, sei nicht stichhaltig. So habe dos Santos in Cabinda die US-Ölgesellschaften nicht enteignet, sondern lasse sie vielmehr von den Kubanern gegen UNITA schützen.

Kaunda unterstrich abschließend, daß der Erfolg derartiger Maßnahmen nicht garantiert sei, es jedoch notwendig sei, wenigstens Versuche in dieser Richtung zu unternehmen.

7) D3 führte in seiner Antwort gegenüber Kaunda u. a. folgendes aus:

Kaundas Lagebeurteilung sei realistisch und entspreche auch in ihrem Pessimismus im wesentlichen unserer Einschätzung der Situation. Er werde den BK eingehend unterrichten. Der BK mache sich ebenfalls Sorgen über die Lage in Südafrika, die er zusammen mit der in Nahost erst kürzlich in einer Rede vor einem CDU-Gremium über Fragen der DW-Politik ausdrücklich genannt habe. Da BK Kohl ebenso wie Kaunda gläubiger Christ sei, gebe es eine gemeinsame Grundlage für die Beurteilung der Probleme in Südafrika.

8) Zur Frage des ANC stellte D3 fest, daß die Bundesregierung grundsätzlich nur Regierungen, nicht jedoch Bewegungen anerkenne. Der ANC unterhalte in Bonn seit einigen Jahren ein Büro, das Kontakte mit der Bundesregierung, Politikern und gesellschaftlichen Kreisen habe. Eine politische Aufwertung des ANC sei aus drei Gründen schwierig. Erstens: Der ANC sei mit Kommunisten verbunden. Zweitens: Die Doppelstrategie des ANC (Verhandlungsbereitschaft, aber auch bewaffneter Kampf) passe nicht in das Grundkonzept der Bundesregierung, ausschließlich friedlichen Wandel in Südafrika zu fördern. Drittens: Die Bundesrepublik habe die Regierung Südafrikas (als für Südafrika legitimiert) anerkannt.

Dennoch habe es Gespräche mit dem ANC auch auf politischer Ebene gegeben. So sei Alfred Nzo 1980<sup>18</sup> auf Staatsminister-Ebene im Auswärtigen Amt empfangen worden.<sup>19</sup> Schließlich würden durch eine politische Stiftung Stipendien an politische Flüchtlinge des ANC vergeben.

Falls Pretoria Mandela freilassen und als Gesprächspartner akzeptieren würde, könne auch das Verhältnis zwischen westlichen Regierungen und ANC in einem neuen Licht erscheinen.<sup>20</sup> Die Bundesregierung trete seit langem intensiv

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „1981“.

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau informierte die Botschaften in Pretoria und Ottawa am 6. Juli 1981: „Die Bundesregierung ist am Dialog mit allen politisch relevanten Kräften Südafrikas interessiert [...]. Dabei wollen wir unseren Wunsch nach Veränderung der Verhältnisse in Südafrika auf friedlichem Wege zur Geltung bringen. In diesem Rahmen sind wir auch zum Gespräch mit dem ANC bereit. StM Dr. Hamm-Brücher empfing am 11.6.1980 den GS des ANC, Alfred Nzo, zu einem Gespräch im AA.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3427; Referat 320, Bd. 127777.

<sup>20</sup> Am 2. Februar 1985 teilte Botschafter Lahusen, z.Z. Kapstadt, mit, daß Präsident Botha am 31. Januar 1985 die Freilassung des seit zwanzig Jahren inhaftierten Nelson Mandela angeboten habe: „Als Bedingung nannte Botha, daß Mandela ‚sich verpflichten müsse, sich nicht der Planung von, Anstiftung zu oder dem Begehen von Gewalttaten aus politischen Motiven schuldig zu machen, und sich

für die Freilassung Mandelas ein.<sup>21</sup> Auch die EG-Mitgliedstaaten hätten sich gemeinsam öffentlich für diese Maßnahme ausgesprochen. (Kaunda hielt eine bedingungslose Freilassung Mandelas noch 1985 für wahrscheinlich.)

9) Im Hinblick auf wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Südafrika führte D3 aus, daß die Bundesrepublik grundsätzlich kein Befürworter von derartigen Sanktionen sei, was Ausnahmen im Falle Südafrikas oder auch Nicaraguas ausschließe, es sei denn, es komme zu mandatorischen UN-Sanktionen wie im Falle Rhodesiens<sup>22</sup>. Diese prinzipielle Haltung resultiere u. a. aus der Tatsache, daß die Bundesrepublik wie kein anderes Land vom Export abhängig sei, und zwar doppelt so sehr wie Japan und viermal mehr als die USA.

Im übrigen hätten beide Bothas festgestellt, daß entgegen ihrer Hoffnung die Bundesregierung unter BK Kohl ihre Politik gegenüber Südafrika und Namibia nicht geändert habe. Wir führten mit Südafrika einen durchaus kritischen Dialog.

10) Beim Mittagessen legte D3 die Prinzipien unserer Namibiapolitik<sup>23</sup> dar, die von Kaunda zustimmend aufgenommen wurden.

D3 erwähnte auch die öffentliche Diskussion bei uns über den Gedanken einer

*Fortsetzung Fußnote von Seite 589*

so zu verhalten, daß nicht erneute Inhaftierung erforderlich' werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 20; Referat 320, Bd. 156003.

Lahusen berichtete am 12. Februar 1985: „Nelson Mandela hat das bedingte, den Verzicht auf Gewalt fordernde Freilassungsangebot der s[üd]a[frikanischen] Regierung mit wohlgesetzten Gründen abgelehnt. Er fordert seinerseits die Regierung auf, auf Gewalt zu verzichten, den ANC zu entbannen, alle aus politischen Gründen Gefangenen, Gebannten und Exilierten zu befreien, freie politische Betätigung zuzulassen und Apartheid abzubauen. Er hat den Ball damit wieder auf die Seite der Regierung zurückgegeben, ohne die Türen für weitere mögliche ‚Verhandlungen‘ zuzuschlagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 105 aus Pretoria; Referat 320, Bd. 156003.

<sup>21</sup> Am 25. Juli 1985 informierte der südafrikanische Botschafter Retief Ministerialdirigent Sulimma über die Verhängung des Ausnahmezustands in Südafrika. Sulimma legte hierauf „noch einmal mit Nachdruck“ dar: „Die Bundesregierung hat keinerlei Interesse an revolutionären Entwicklungen in Südafrika. Sie ist der Auffassung, daß eine friedliche Lösung des Apartheidsproblems vor allem auch im Interesse der weißen Bevölkerung liegt. Aber so, wie die südafrikanische Regierung jetzt handelt, kann es nicht weitergehen. [...] Wir fordern die südafrikanische Regierung auf, mit Bischof Tutu, Allan Boesak und anderen authentischen Sprechern der Mehrheitsbevölkerung in einen Dialog ohne Vorbedingungen einzutreten. Wir fordern die südafrikanische Regierung auf, Nelson Mandela sofort und ohne Vorbedingungen freizulassen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5780 Sulimmas vom 25. Juli 1985; Referat 320, Bd. 155997.

<sup>22</sup> Am 16. Dezember 1966 beschloß der VN-Sicherheitsrat Wirtschaftssanktionen aller VN-Mitgliedstaaten gegen Rhodesien. Auch Nichtmitglieder der VN wurden dazu aufgefordert, sich diesen Maßnahmen anzuschließen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 232 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 68 f. Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

<sup>23</sup> Bundesminister Genscher erläuterte am 27. September 1984 in New York den Außenministern der Frontlinienstaaten die Haltung der Bundesregierung zum Namibia-Konflikt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 258.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz unterrichtete am 1. April 1985 darüber, daß Ministerialdirigent Sulimma dem südafrikanischen Geschäftsträger am 29. März 1985 erklärt habe: „Die südafrikanische Regierung kennt seit langem die klare und eindeutige Position der Bundesregierung: Mit Res[olution] 435 unvereinbare Maßnahmen in Namibia, insbesondere die einseitig von Südafrika vorgenommene Gründung von Verfassungsinstitutionen, haben keine Aussicht auf Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland. Im Hinblick auf SR 435 und den westlichen Lösungsplan sind solche Maßnahmen als null und nichtig zu betrachten.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2668; Referat 320, Bd. 138105.

„deutsch-namibischen Wirtschaftskonferenz“ in Lusaka<sup>24</sup> unter dem gemeinsamen Vorsitz von Kaunda und BK Kohl. Kaunda sagte hierzu sehr deutlich, daß mit seiner Mitwirkung nicht zu rechnen sei.

D3 kam auf den gegenwärtigen Stand des deutsch-deutschen Verhältnisses zu sprechen, das relativ entspannt sei und sich zunehmend zu einem konstruktiven statt belastenden Faktor im Rahmen des Ost-West-Verhältnisses entwickle. Kaunda bemerkte, daß er seit langem für eine derartige Entwicklung eingetreten sei.

D3 fragte Kaunda sodann nach seiner Einschätzung der Lage in Mosambik. Kaunda entgegnete, er sei diesbezüglich sehr besorgt, ohne dies näher zu begründen.

11) Präsident Kaunda führte das Gespräch ernst und freundschaftlich. Um so deutlicher traten seine tiefe Sorge, aber auch der Eindruck von Ohnmacht und Ratlosigkeit angesichts der Entwicklungen in Südafrika zutage. In seinen Bitten an uns insistierte er nicht. Es kam ihm vor allem darauf an, dem Bundeskanzler seine Analyse und Prognose mitzuteilen.<sup>25</sup>

Holl<sup>26</sup>

#### Referat 320, Bd. 155918

<sup>24</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz stellte am 15. April 1985 zum Vorschlag des ehemaligen Botschafters in Luanda, Wand, zu einer Wirtschaftskonferenz über Namibia fest, daß die Voraussetzungen für eine solche Konferenz „kaum realisierbar bzw. problematisch“ seien: „Das vorgeschlagene Konferenzprojekt würde höchstwahrscheinlich entweder bereits vor seinem Zustandekommen, spätestens aber an seiner Aufgabe scheitern.“ Vgl. Referat 320, Bd. 138105.

Botschafter Timmermann, Lusaka, berichtete am 24. April 1985, er habe einem Vertreter der SWAPO dargelegt, „daß es sich bei dem angeblichen Projekt einer deutsch-namibischen Wirtschaftskonferenz, die in der deutschen Presse [...] als ‚Marschallplan für Namibia‘ aufgetaucht sei, um die persönlichen Vorstellungen unseres ehemaligen Botschafters in Luanda handele, die keineswegs die Position der Bundesregierung darstellten. Ich habe als meine persönliche Einschätzung hinzugefügt, daß ein solches Aufgreifen dieser Ideen gerade in der jetzigen Situation, da Südafrika eine M[ulti-]P[arty-]C[onference]-Regierung installieren wolle, ausgeschlossen sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; Referat 320, Bd. 138105.

<sup>25</sup> Mit Schreiben vom 22. Mai 1985 legte Bundeskanzler Kohl Präsident Kaunda dar: „Ich sehe dem Besuch Ihres schönen Landes mit großen Erwartungen entgegen [...]. Zweifellos werden die Fragen und Probleme des südlichen Afrika, die Sie am 7. Mai Ministerialdirektor Haas vom Auswärtigen Amt eindringlich geschildert haben, dabei einen breiten Raum einnehmen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155918.

<sup>26</sup> Paraphr.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-704. SOW

14. Mai 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: Sowjetische Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Kriegsendes  
– Verlauf und Bewertung –

### A. Verlauf

#### I. Veranstaltungen am 8./9. Mai in Moskau

1) Die seit dem ZK-Beschluß vom 17.6.1984<sup>4</sup> laufenden Vorbereitungen mündeten am 8./9. Mai in Moskau in den Höhepunkt der sowjetischen Siegesfeiern.

Das Politbüro legte am 8.5. am Grabmal des unbekannten Soldaten und am Lenin-Mausoleum Kränze nieder. Am Nachmittag fand eine Festveranstaltung im Kongreßpalast des Kreml statt, zu der Generalsekretär Gorbatschow eine einstündige programmatische Rede<sup>5</sup> hielt (s. Ministervorlage vom 9.5.<sup>6</sup>).

Am Vormittag des 9.5. fand eine Militärparade statt, die nur von der anlässlich des Sieges für 1945 abgehaltenen übertroffen wurde und dem Dreifachen der

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationssekretär Almer konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 28. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 28. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Almer am 29. Mai 1985 erneut vorgelegen, der auf einer beigelegten Notiz handschriftlich vermerkte: „Vorab-Exemplar wurde RL 010 am 14.5. nach Wien mitgegeben (Gespräch BM/AM Gromyko am 15.5.).“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 14. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 26. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Botschafter Kastl, Moskau, bewertete am 20. Juni 1984 die am 17. Juni 1984 verkündeten Beschlüsse des ZK der KPdSU zu den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa 1985: „Vergegenwärtigt man sich die einigende, integrative Wirkung des Zweiten Weltkrieges für die sowjetische Gesellschaft (eine Funktion, die das zweite große Ereignis ‚Oktober-Revolution‘ immer weniger erfüllen kann), so werden die ungeheuren Anstrengungen der hiesigen Führung am Wachhalten der Erinnerung an den Sieg über den Faschismus verständlich. Auf diese Weise soll der ‚Gefahr‘ einer zunehmenden Entideologisierung im Inneren, insbesondere bei der Jugend, ebenso entgegengewirkt werden wie der Gefahr zunehmender Fliehkräfte innerhalb des Ostblocks.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1897; Referat 213, Bd. 133296.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 8. Mai 1985 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 207–229.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken stellte zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom Vortag fest: „Die Rede Gorbatschows während einer Festveranstaltung im Kreml zum 40. Jahrestag fällt in erster Linie durch ihre über weite Strecken eher an das Pathos der Breshnew-Zeit erinnernde Rhetorik und Länge auf. [...] Die scharfe Kritik an der globalen und Sicherheitspolitik der USA sowie [...] insgesamt an der westlichen Unterstützung der amerikanischen Politik steht im Zentrum des außenpolitischen Redeteils. Erneut bestätigt sich bei Gorbatschow der Eindruck einer ausgeprägt negativen Grundeinschätzung der amerikanischen Politik, die er im übrigen – wie die Botschaft Moskau beobachtet hat – in einer auffallend engagierten und heftigen Form vortrug, die deutlich machen sollte, daß er mit seiner ganzen Persönlichkeit hinter diesen politischen Aussagen steht.“ Abschließend bemerkte Heyken: „Die [...] Erwähnung Stalins löste bei der Veranstaltung den längsten Beifall aus, der von Gorbatschow schließlich dadurch beendet werden mußte, daß er mit seiner Rede fortfuhr.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139410.



üblichen Oktober-Parade entsprach. Verteidigungsminister Sokolow gab den Tagesbefehl<sup>7</sup> an die aufmarschierten Verbände aus und feierte in einer kurzen Ansprache die Leistungen des sowjetischen Volkes.

Die Parade verkörperte in ihrem Ablauf – zuerst Teilnehmer des Zweiten Weltkrieges und historische Waffen (Stalinorgel), dann Truppenteile der Roten Armee und moderne Waffen (SS-21) – eine Kernaussage der sowjetischen Führung zur heutigen Bedeutung des 40. Jahrestages: Die Niederlage des Aggressors von 1945 droht auch heute jedem Gegner, der die Sowjetunion bedroht.

Am Nachmittag fand ein Empfang im Kreml statt, an dem Gorbatschow eine kurze, in versöhnlichem Ton gehaltene Rede hielt.<sup>8</sup> Wie 1975 wurde ein „Aufruf der sowjetischen Führung an die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder“ veröffentlicht (s. Minister-Vorlage vom 13.5.).<sup>9</sup>

Das Programm entsprach dem Ablauf vor zehn Jahren zum 30. Jahrestag. Publizistische Vorbereitung und Form der Durchführung (Militärparade) haben jedoch die damaligen Feierlichkeiten noch übertroffen.

2) Der Doyen des Diplomatischen Corps<sup>10</sup> legte am 8.5. einen Kranz am Grabmal des Unbekannten Soldaten nieder. Botschafter Kastl legte anschließend – wie die Botschafter der USA, Frankreichs<sup>11</sup>, Großbritanniens<sup>12</sup> und Griechenlands<sup>13</sup> – einen eigenen Kranz nieder.

An der Militärparade und am Kreml-Empfang nahmen alle westlichen Botschafter – außer uns, USA und Japan – teil. US-Botschafter Hartman war nur beim Kreml-Empfang anwesend.

An der Festveranstaltung im Kreml am 8.5. fehlten zusätzlich Irland und die Niederlande.

<sup>7</sup> Brigadegeneral Eichler, Moskau, resümierte am 13. Mai 1985 den Tagesbefehl des sowjetischen Verteidigungsministers Sokolow zum 9. Mai 1985: „Neben Herausstellung des heldenhaften Kampfes des gesamten sowjet[ischen] Volkes und der Streitkräfte, geführt von der Partei, werden [...] Partisanen und antifaschistische Bewegungen in sozialistischen Ländern ebenfalls erwähnt. Dagegen fehlt im Tagesbefehl die Würdigung der Zusammenarbeit mit USA, FRA und GB während des 2. Weltkrieges, die er in seiner Rede angesprochen hatte. Dafür werden USA und NATO der Angriffsvorbereitungen auf SU und sozial[istische] Staaten beschuldigt, wobei Aufstellung von Raketen in Westeuropa und Militarisierung des Kosmos als Beispiele herangezogen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1463; Referat 213, Bd. 139410.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 9. Mai 1985 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 230–232.

<sup>9</sup> Am 10. Mai 1985 übermittelte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, den „Aufruf des Zentralkomitees der KPdSU“, der am 9. Mai 1985 vom sowjetischen Botschafter Semjonow für Bundeskanzler Kohl übergeben worden sei. Für das Begleitschreiben und den Aufruf vgl. Referat 213, Bd. 139410.

Am 13. Mai 1985 stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken dazu fest: „Der Aufruf geht auf der bekannten sowjetischen Propagandalinie wieder von einer übertriebenen weltpolitischen Krisenanalyse aus und kritisiert dabei diejenigen (in weiterem Kontext wird klar, daß insbesondere die USA gemeint sind), die die Welt in eine nukleare Katastrophe hineinstürzen möchten. Zugleich wird aber beruhigend festgestellt, daß die ‚Kräfte des Friedens und des Fortschritts unvergleichbar mächtiger als die Kräfte der Reaktion und Aggression‘ seien. Hierin kommt – ähnlich wie in der Gorbatschow-Rede vom 8.5. – u.a. eine auffallend optimistische Einschätzung der Friedensbewegung zum Ausdruck.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132746.

<sup>10</sup> Dimitter Alexandrow Schulew.

<sup>11</sup> Jean-Bernard Raimond.

<sup>12</sup> Iain Sutherland.

<sup>13</sup> Joannis Gregoriadis.

## II. Veranstaltungen außerhalb der Sowjetunion

1) Die sowjetischen Botschaften gaben Empfänge aus Anlaß des „Sieges über den (oft auch: „Niederwerfung des“) Hitler-Faschismus“. Daneben fanden kulturelle Veranstaltungen statt (Filmvorführungen, Fotoausstellungen, Vorträge), die entweder von der Botschaft selbst oder von bilateralen Freundschaftsgesellschaften bzw. eigens zu diesem Anlaß gegründeten Komitees veranstaltet wurden. Die Empfänge verliefen ohne anti-deutsche Akzente.

Die westliche Teilnahme an den Empfängen war uneinheitlich. Nicht immer konnte eine Harmonisierung der EPZ-Länder oder gar aller westlichen Staaten erreicht werden. Bei einigen EPZ-Ländern unterschied sich die Wahrnehmung der Veranstaltungen von einem Gastland zum anderen.

Das Spektrum reichte von der Teilnahme des Botschafters (GR) über die Ständigen Vertreter (oft die Mehrheit der westlichen Staaten), die Teilnahme von Botschaftssekretären (meist USA, teils die Mehrheit) zur Nicht-Teilnahme. Die Gründe für dieses heterogene Erscheinungsbild liegen – bei fehlender zentraler Abstimmung – in lokalen Besonderheiten und in nationalen Weisungen, sich der jeweiligen Mehrheit anzupassen, was viele Entscheidungen von der Haltung der Botschafter abhängig machte.

Der Empfang Botschafter Semjonows am 9. Mai („Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Friedens in Europa“<sup>14</sup>) war von Regierungsseite auf Arbeitsebene wahrgenommen worden, während die Opposition stark vertreten war. Insgesamt war der Zuspruch verhalten.

2) Die SU versuchte, eine extensive Behandlung des Themas in den VN-Gremien zu erreichen. Gedächtnissitzungen sollten durchgeführt werden oder zumindest ein eigener TO-Punkt „40. Jahrestag des Kriegsendes“ auf die Agenda der regulären Sitzungen gesetzt und gemeinsame Resolutionen herbeigeführt werden. Die Ergebnisse der sowjetischen Bemühungen waren unterschiedlich, es kam in keinem Fall zu „Rededuellen“ oder direkten Angriffen auf die Bundesrepublik Deutschland. Ref. 230 wird hierzu eine gesonderte Aufzeichnung vorlegen, sobald alle Berichte über die Sitzungen in internationalen Organisationen vorliegen.<sup>15</sup>

3) Zwischen der SU und den WP-Staaten fanden anläßlich der Feierlichkeiten am 8./9. Mai Delegationsaustausche statt. Beispielsweise reiste SED-Politbüro-

<sup>14</sup> Am 26. April 1985 stellte Ministerialdirektor Pfeffer dazu fest: „Die von Botschafter Semjonow gewählte Formulierung ‚Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Friedens in Europa‘ ist rücksichtsvoll und unterscheidet sich von der – soweit übersehbar – weltweit verwendeten und auch 1975 von Botschafter Falin benutzten Formel ‚Aus Anlaß des 40. (30.) Jahrestages der Zerschlagung des Hitler-Faschismus‘.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139410.

<sup>15</sup> Ministerialdirigentin Finke-Osiander führte am 15. Mai 1985 aus: „Der Sowjetunion war es in der 39. GV gelungen, in der Resolution 39/114 eine Passage durchzusetzen, die den 8. und 9. Mai 1985 zum ‚40. Jahrestag des Sieges über Nazismus und Faschismus im 2. Weltkrieg und des Kampfes gegen sie‘ erklärte. Die SU interpretierte diese Resolution als Legitimation für eine breitangelegte Propagandakampagne im Frühjahr 1985 in allen VN-Gremien. [...] Der Westen hatte der von langer Hand geplanten und systematisch angelegten Propagandakampagne konzeptionell nichts entgegenzusetzen. Er beschränkte sich daher – mit einigem Erfolg – auf eine Strategie der Schadensbegrenzung.“ Vgl. Referat 230, Bd. 142139.

mitglied Axen nach Moskau und Politbürokandidat und Kulturminister Demitschew<sup>16</sup> nach Ost-Berlin.

## B. Bewertung

### I. Die innenpolitische Wirkung

Die sowjetische Kampagne zielte vor allem auf die Mobilisierung der eigenen Bevölkerung. Erleichterte der Hitlersche Eroberungskrieg die unbedingte Solidarisierung des Volkes mit der vorher von vielen abgelehnten Herrschaft Stalins, sollte heute die Rückbesinnung auf die damaligen Opfer und Leistungen die Identifikation mit dem Regime und seiner Politik fördern. Neben der kommunistischen Ideologie sollte ein gesteigerter Sowjet-Patriotismus die Bevölkerung zu mehr Leistung motivieren. Dieser Patriotismus verschmolz jedoch nicht mit der Ideologie, sondern ergänzte sie. Die nationale Leistung des sowjetischen Volkes im Zweiten Weltkrieg sollte die Überlegenheit des sozialistischen Systems auch auf militärischem Gebiet demonstrieren.

Nicht umsonst wurde in drei öffentlichen Stellungnahmen ranghoher Militärs am Vorabend des 8. Mai (Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Pakts, Kulikow, in TASS<sup>17</sup>, Generalstabschef Achromejew in Iswestija<sup>18</sup>, Stellvertretender Verteidigungsminister Petrow in einer Pressekonferenz im Außenministerium<sup>19</sup>) die „Gesetzmäßigkeit des Sieges des ersten sozialistischen

<sup>16</sup> Am 9. Mai 1985 schilderte Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, die Festveranstaltung am 7. Mai 1985 im Palast der Republik: „Der Leiter der sowjetischen Delegation, Politbüro-Kandidat und Kulturminister Demitschew, kritisierte [...] die Bundesrepublik Deutschland, wenngleich nicht so deutlich wie GS Gorbatschow auf der Moskauer Veranstaltung. Während Gorbatschow eine verstärkte Gefahr des Revanchismus in der Bundesrepublik behauptete und dem BK unter Hinweis auf Bitburg eine Schändung des Andenkens der Menschheit an die Millionen Opfer vorwarf, nahm Demitschew in seiner Rede zwar den bei Honeckers Moskau-Besuch genannten Hinweis auf die ‚militärischen und revanchistischen Kräfte‘ auf, relativierte diese Aussage aber wieder, indem er sie als in der ‚politisch-moralischen Isolierung‘ befindlich bezeichnete und lediglich von ‚wenigen‘ reaktionären Kräften sprach.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 616; Referat 213, Bd. 139410.

<sup>17</sup> Das Bundespresseamt teilte am 7. Mai 1985 mit, der Marschall der Sowjetunion, Kulikow, habe in einem TASS-Artikel zu den Lehren des Zweiten Weltkriegs ausgeführt: „Diese Lehren verpflichten, [...] ständig an das aggressive Wesen des Imperialismus zu denken [...]. Die aggressiven imperialistischen Kräfte haben einen ‚Kreuzzug‘ gegen den Kommunismus ausgerufen. An der Schwelle unseres Hauses werden amerikanische ‚Pershings‘ und Marschflugkörper disloziert. [...] In Westdeutschland verstärken sich die revanchistischen Stimmungen, es ertönen Erklärungen vom ‚provisorischen Charakter‘ der Grenzen im Nachkriegseuropa.“ Vgl. Ostinformationen; Referat 213, Bd. 139411.

<sup>18</sup> Am 8. Mai 1985 meldete das Bundespresseamt, der sowjetische Generalstabschef Achromejew habe in der Tageszeitung „Iswestija“ zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa dargelegt: „Natürlich liegt die Hauptverantwortung für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges auf den Staaten des faschistischen Blocks [...]. Aber vollkommen eindeutig ist auch die Tatsache, daß der Krieg vom gesamten internationalen Imperialismus vorbereitet wurde. Die regierenden Kreise der USA, Englands und anderer führender imperialistischer Länder haben den deutschen Faschismus hochgepepelt und ihm bei der Schaffung der gigantischen Kriegsmaschinerie geholfen. Sie stießen Hitler gegen Osten, um mit seinen Händen die Sowjetunion zu erwürgen.“ Vgl. Ostinformationen; Referat 213, Bd. 139411.

<sup>19</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 6. Mai 1985 von der Pressekonferenz im sowjetischen Außenministerium am selben Tag: „Auf Hinweis griechischen Korrespondenten auf ‚Kontrastprogramm‘ des Vortages (einerseits Bitburg-Besuch Präsident Reagans, andererseits Einweihung Museums zu Ehren deutscher Antifaschisten in Krasnogorsk und Ernst Thälmann-Ehrung in Moskau mit Erich Honecker, DKP-Chef Mies und SEW-Chef Schmitt) erwiderte SAM-Sprecher Lomejko, daß es offensichtlich unterschiedliche Bewertungen des Krieges gebe. SU habe niemals deutsches Volk mit NS-Regime gleichgesetzt und stets für deutsche Antifaschisten Hochachtung empfunden. Bitburg-Besuch Reagans spreche für sich selbst und werde selbst in weiten Teilen westlicher Öffentlichkeit

Staates in der Welt“ angeführt, verbunden mit einer entsprechenden Warnung der USA vor einem Hegemoniestreben heute. Auch in Gorbatschows Rede im Kreml am 8.5. war dieses Element enthalten.

## II. Der 40. Jahrestag und die Deutschen

1) Die „Nationalisierung“ des sowjetischen Sieges ging mit der „Ideologisierung“ des unterlegenen Gegners einher. Dies geschah vor allem mit Rücksicht auf die DDR, die als deutscher Staat nicht zur Verantwortung gezogen und als Nachfolger des antifaschistischen Widerstandes auf die Seite des Siegers kooptiert wurde.

Die ideologische Klammer des antifaschistischen Widerstandes – versinnbildlicht durch die Einweihung des Gedenkmuseums in Krasnogorsk anlässlich des Honecker-Besuches am 4./5. Mai – erstreckte sich interessanterweise über die DDR hinaus auf die beiden anderen kommunistischen Parteien auf deutschem Boden. Sowohl der Vorsitzende der DKP, Mies, als auch der SEW, Schmitt, wurden am 5. Mai von Gorbatschow empfangen und nahmen an der Museumseinweihung teil. Zum 40. Jahrestag bekräftigte die Sowjetunion also ihre Auffassung von der „Selbständigen Einheit West-Berlins“, aber auch deutsch-deutsche Gemeinsamkeiten.

Die Gegenleistung für die Kooptierung der DDR stellte Honeckers Dank für den entscheidenden Beitrag der SU zum Sieg über den Faschismus dar und damit implizit die Anerkennung der sowjetischen Hegemonie über Osteuropa. Beide Aspekte kamen im Grußtelegramm der sowjetischen Führung an die DDR<sup>20</sup> sowie im ganzseitigen Artikel Honeckers in der Prawda am 7.5.<sup>21</sup> zum Ausdruck.

Unbeeinflusst davon blieben sicherlich unterschiedliche Ansichten zu den deutsch-deutschen Beziehungen. Erhofft sich die DDR, daß das enge ideologische Band mit der SU ihr den Rücken für eine aktivere deutsch-deutsche Politik freihält, erhofft sich die SU wohl eher eine größere Distanz – so wie sie selbst historische Affinität (Widerstand gegen Faschismus) der nationalen Zugehörigkeit (auch die DDR ist deutsch) in ihrer Kampagne zum 40. Jahrestag überordnete.

2) Die Ideologisierung des Gegners war auch auf die Bundesrepublik Deutschland gemünzt. Stets – auch in der Rede Gorbatschows vom 8.5. sowie im „Aufruf“ vom 9.5. – unterschied man Hitler und die Faschisten von den Deutschen. In den zahllosen Fernsehprogrammen wurde da, wo Emotionen geschürt wurden, fast immer eine allgemein antideutsche Stoßrichtung vermieden. Die SU wollte vor Augen führen, daß sie nicht ihre deutschen Gesprächspartner aus dem westlichen Lager mit dem Kriegsgegner gleichsetzt und ihre bilateralen Beziehungen zu uns von der Vergangenheit trennt.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 595*

als Beleidigung jener empfunden, die sich im Kampf gegen NS-Barbarei geopfert hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1384; Referat 210, Bd. 132746.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der „Grußadresse der Sowjetunion zum Tag der Befreiung“ vgl. den Artikel „Das Vermächtnis der revolutionären Kämpfer in der DDR erfüllt“; NEUES DEUTSCHLAND vom 9. Mai 1985, S. 1f.

<sup>21</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 8. Mai 1985 über den Artikel des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom Vortag: „Revanchismus-Passagen sind nicht mehr als das Minimum dessen, was in der jetzigen Situation und in Moskau von Honecker erwartet wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1406; Referat 213, Bd. 139410.

Dennoch nahm die Sowjetunion eine Beeinträchtigung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland in Kauf. Einmal war die Wiederbelebung anti-deutscher Ressentiments in der sowjetischen Bevölkerung bei der vergangenheitsbezogenen Betrachtung des 8. Mai nicht zu vermeiden. Hinzu kam, daß sich die Siegesfeiern vor dem Hintergrund der Revanchismus-Kampagne<sup>22</sup> ereigneten, auf deren Grundlage die subjektiven Kriegserlebnisse stärker wirkten, als dies vielleicht vor zehn Jahren – im Zeichen der Entspannung – der Fall gewesen sein mag. Zum anderen war ein gewollter moralischer Druck auf Bundesregierung und unsere Öffentlichkeit sicher auch einkalkuliert, um sowjetische Ansprüche auf Wohlfverhalten zu untermauern.

### III. Der 40. Jahrestag und die westlichen Verbündeten

1) Es ist der SU gelungen, das Thema des 40. Jahrestages dem Westen in einer den sowjetischen Zielen förderlichen Präsentation aufzudrängen. Sie hat es verstanden, in der Frage der Würdigung der 40. Wiederkehr der deutschen Kapitulation die Initiativrolle für sich zu beanspruchen und ihr Konzept der friedlichen Koexistenz auf der Grundlage der sowjetischen Kriegsgewinne und angeblicher ideologischer Überlegenheit erneut bewußt zu machen.

Die Stoßrichtung der Kampagne (neben Evozierung von Sowjetpatriotismus und Rechtfertigung blockinterner Hegemonie) zur Durchsetzung von außenpolitischen Zielen, die westlichen Widerspruch herausfordern mußten, wurde auch in den sowjetischen Äußerungen am 8./9. Mai bestätigt. Der Westen insgesamt war gemeint, wenn die Schuld an Hitlers Expansion nach Osten (Münchener Abkommen<sup>23</sup>) und am Kalten Krieg zugewiesen wurde, und vor allem dessen Führungsmacht USA, wenn die Kriegsgefahr durch amerikanisches Hegemoniestreben und die Infragestellung der „europäischen Nachkriegsordnung“ beschworen wurde, wenn Bitburg<sup>24</sup> dazu diente, eine Kontinuität zwischen Hitler-Faschismus damals und westlichem Imperialismus heute herzustellen.<sup>25</sup>

2) Leider ist der Westen in seiner Gesamtheit der sowjetischen Deutung nicht entschieden genug entgegengetreten.<sup>26</sup> Auch die westlichen Mitglieder der ehemaligen Anti-Hitler-Koalition haben sich unterschiedlich verhalten. Vor allem ist zu bedauern, daß einige unserer Freunde und Verbündeten die (auch für die osteuropäischen Länder) nicht akzeptablen Ziele Moskaus, auf die wir in unse-

<sup>22</sup> Zu den Vorwürfen in den Medien der UdSSR gegen die Bundesrepublik vgl. Dok. 107, Anm. 6.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>24</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

<sup>25</sup> Dieser Satz ging auf handschriftliche Änderungen des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „Der Westen insgesamt – und vor allem dessen Führungsmacht USA – war gemeint, wenn die Schuld an Hitlers Expansion im Osten (Münchener Abkommen) und am Kalten Krieg zugewiesen wurde, wenn die Kriegsgefahr durch amerikanisches Hegemoniestreben und die Infragestellung der ‚europäischen Nachkriegsordnung‘ beschworen wurde, wenn Bitburg dazu diente, eine Kontinuität zwischen Hitler-Faschismus damals und westlichem Imperialismus heute herzustellen.“

<sup>26</sup> Am 12. Mai 1985 unterzog Botschafter Kastl, Moskau, die sowjetischen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Kriegsendes einer Bewertung: „Westliches Interesse, der SU Rückkehr aus Selbstisolierung nach Abbruch der Rüstungskontrollverhandlungen mit den USA im November 1983 zu erleichtern, wurde von Moskau dabei geschickt genutzt. Dabei ist es SU gelungen, die Erinnerung an Komplizenschaft Stalins beim Raubzug gegen Polen und das Baltikum und damit die Mitschuld an dem frühen Ausbruch des 2. Weltkrieges zu verdrängen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1448; Referat 210, Bd. 132746.

ren Gesprächen mit ihnen oft genug hingewiesen hatten, nicht ausreichend rezipiert<sup>27</sup> haben. Infolgedessen kamen diese Gesichtspunkte bei der Reaktion auf das sowjetische Vorgehen zu kurz. Im Ergebnis war die Zurückhaltung unserer Freunde und Verbündeten weitgehend vor allem von Rücksichtnahme auf uns bestimmt.

3) Zurückhaltung haben unsere Freunde und Verbündeten tatsächlich geübt. Die SU mußte ihre zu Anfang weitgespannten Vorstellungen von gemeinsamen Veranstaltungen stark zurückschrauben. Im Gegensatz zu 1975 verzichteten die früheren Alliierten auf die Entsendung von Regierungsdelegationen, und die Wahrnehmung sowjetischer Siegesfeiern – besonders außerhalb der SU – war generell sparsam. Im einzelnen traten jedoch bemerkenswerte Unterschiede zu Tage:

Frankreich und Großbritannien zeigten ein größeres Profil, als zeitweise erwartet war: vor allem durch die Teilnahme ihres Botschafters am Festakt im Kongreßpalast, wo Gorbatschow ihnen und zahlreichen anderen westlichen Botschaftern – erwartungsgemäß – viel zumutete, sowie durch die Anwesenheit auf der Militärparade. In Paris nahmen zwei Minister am sowjetischen Empfang teil, in London sogar AM Howe. Interessant sind die Unterschiede in den sowjetischen – zuvor mit den Empfängern nicht abgestimmten – Grußbotschaften zum Thema territorialer und politischer Status quo in Osteuropa. Während bei Frankreich die Frage von Gorbatschow zwar angedeutet, aber nicht vertieft wurde, wagte er bei Großbritannien eine erheblich klarere Aussage. In den Grußbotschaften an die USA und Kanada wurde die Problematik nicht angesprochen.

Man darf allerdings nicht übersehen, daß die früheren Alliierten eine „Gemeinsamkeit des Leidens“ im Zweiten Weltkrieg mit der SU verbindet. Dieser Hintergrund sowie die Tatsache, daß Frankreich und Großbritannien weitaus weniger den sowjetischen Propagandaangriffen ausgesetzt waren als die USA und wir, mag deren konziliantere Haltung erklären.

Im Gegensatz dazu war das Verhalten der USA fast ostentativ gegenwartsbezogen. Die Amerikaner verzichteten auf Anwesenheit bei Festveranstaltung und Militärparade (Fall Nicholson<sup>28</sup>) und schickten zum Empfang Dobrynins UStS Armacost. Vorher hatte – gewissermaßen als atmosphärischen Kontrapunkt – Botschafter Hartman mit seinem Leserbrief an die *Iswestija* eine schöne Geste gemacht.

Wichtig aber ist, daß Präsident Reagan nahezu zeitgleich der BR Deutschland einen Besuch abstattete.<sup>29</sup> Hier ergab sich aus sowjetischer Sicht eine schwer zu verarbeitende Konstellation. Die außerordentliche Zurückhaltung der USA gegenüber dem Verbündeten im Krieg wurde potenziert durch Bekunden der Freundschaft mit dem früheren Feind. Es ist anzunehmen, daß hieraus Irritationen entstanden sind, die zu der Erbitterung der SU gegenüber den USA beigetragen haben.

<sup>27</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Ruhfus gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „zurückgewiesen“.

<sup>28</sup> Zur Tötung des amerikanischen Majors Nicholson am 24. März 1985 in der DDR vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>29</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 1. bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

## 4) Muß man von einer Isolierung der USA und der BR Deutschland sprechen?

Seit Beginn der Diskussion um den 40. Jahrestag im Westen im Herbst letzten Jahres hat die Bundesregierung ein hohes Maß an Solidarität erfahren, wobei Frankreich und Großbritannien fast durchgängig eine sehr konstruktive Rolle gespielt haben. Die Solidarität hat bis zum Schluß durchgehalten, wenn auch die Kontroverse um Bitburg ein strapazierendes Moment darstellte. Ein Beispiel westlicher Eintracht in diesem Zusammenhang stellt ferner die Abhaltung des Weltwirtschaftsgipfels<sup>30</sup> zeitgleich mit den sowjetischen Siegesfeiern dar. In der Politischen Erklärung<sup>31</sup>, die auf der Konferenz verabschiedet wurde, werden die Grundauffassungen des Westens zur Lage in Europa – West und Ost – dargestellt und die Hoffnung auf deutsche Wiedervereinigung gemäß dem Brief zur deutschen Einheit<sup>32</sup> ausgesprochen. Dieses Dokument steht in bewußtem Gegensatz zu dem, was die SU mit dem 40. Jahrestag beim Westen bezüglich Osteuropas zu erreichen suchte. Gleichsam zur Bekräftigung der westlichen Positionen haben am 8. Mai Präsident Reagan in Straßburg<sup>33</sup> und der Bundespräsident vor dem Bundestag<sup>34</sup> den Sowjets erläutert, wie wir den historischen Ablauf seit dem Zweiten Weltkrieg beurteilen und welche Schlußfolgerungen wir daraus ziehen.

Braunmühl

**Referat 213, Bd. 139410**

<sup>30</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut der Politischen Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292f.

<sup>32</sup> Zum „Brief zur deutschen Einheit“ vgl. Dok. 31, Anm. 8.

Einen wortgleichen Brief richtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, an den Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, anläßlich der Unterzeichnung des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 425.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 310–318.

Am 9. Mai 1985 stellte Ministerialdirigent Schauer zur Rede des Präsidenten Reagan fest: „Von großer Bedeutung für unsere nationale Politik ist das klare Bekenntnis zur Hilfe bei der Überwindung der Teilung Europas. Hier wird die Aussage, die AM Shultz vor dem Foreign Relations Committee des Senats im Januar gemacht hat, wiederholt, daß es dabei nicht um Staatsgrenzen geht, sondern um das Recht der Völker, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Auch hier ist es im Hinblick auf das sowjetische Sicherheitsverständnis von Bedeutung, daß erneut versichert wird, daß niemandes berechnete Sicherheitsinteressen verneint werden sollen. Das amerikanische Bekenntnis, daß die Überwindung der Teilung Europas die Überwindung der Trennung von Familien und von Hindernissen für normale menschliche und kulturelle Kontakte unter den Völkern bedeute, steht mit unserer Politik, die auf Erträglichmachung der Teilung gerichtet ist, im Einklang. Ein Bekenntnis zur Deutschen Einheit läßt sich aus den Ausführungen des Präsidenten in Straßburg darüber hinaus nicht herleiten.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135320.

<sup>34</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker erklärte am 8. Mai 1985 vor dem Bundestag: „Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Vgl. BULLETIN 1985, S. 441–446.

## 119

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer****421-410.55-363/85 VS-vertraulich****14. Mai 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: Exportkontrollproblematik/COCOM

hier: Schreiben an US-AM Shultz

Anlg.: 5 (davon Anlagen 2–5 nur beim Original)

- Entwurf eines Schreibens an AM Shultz (Anlage 1)<sup>3</sup>
- Schreiben BM vom 28.2.1985 (Anlage 2)<sup>4</sup>
- Brief AM Shultz vom 19.3.1985 (Anlage 3)<sup>5</sup>
- DB Washington Nr. 1385 vom 18.3.85 (Anlage 4)<sup>6</sup>
- sog. „CIA-Studie“ (Anlage 5)<sup>7</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung m. d. B. um Billigung und Zeichnung des anliegend beigefügten Entwurfs eines Schreibens an AM Shultz

I. 1) US-Dienststellen unter Federführung des CIA haben im Mai 1984 eine Studie mit dem Titel „The Federal Republic of Germany as a Soviet Bloc Target for High Technology Acquisitions“ fertiggestellt (sog. „CIA-Studie“). Der Bericht wurde „SECRET/NOFORN“ eingestuft und ist folglich deutschen Stellen nicht zugänglich gemacht worden. Berichte in der amerikanischen sowie in der deutschen Presse haben ab Ende Dezember 1984 für Publizität von Teilen des Berichtsinhalts gesorgt, z. B. Stern vom 27.12.1984<sup>8</sup>, Welt, Bildzeitung, Washington Post (insbesondere Artikel von Jack Anderson vom 27. und 28. Januar 1985: „Germany is West's Worst Security Risk“<sup>9</sup>).

2) Auf nachdrückliches deutsches Drängen hat Under Secretary Schneider (State Department) am 15.3. Botschafter van Well ein Exemplar der Studie in

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 20. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Gerhardt mit der Bitte um eine Ministerbesprechung verfügte.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigefügt. In dem Entwurf für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz hieß es: „Anknüpfen möchte ich einmal an Ihr Schreiben vom 19.3.85 betreffend die COCOM-Behandlung der VR China, sowie an die kürzliche Übergabe einer Studie über ‚The Federal Republic of Germany as a Soviet Bloc Target for High Technology Acquisitions‘ an unsere Botschaft in Washington. Die Studie, von der uns ausdrücklich gesagt wurde, sie gebe nicht die Auffassung Ihrer Regierung wieder, ist hier mit einer gewissen Verwunderung zur Kenntnis genommen worden. Dies galt zunächst dem Umstand, daß das von Mai 1984 datierte und geheim eingestufte Papier, das uns erst im März 85 übergeben wurde, bereits ab Ende 1984 ausführlich in den amerikanischen und deutschen Medien zitiert wurde“. Vgl. VS-Bd. 13725 (421); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>5</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Dok. 72.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die von der Botschaft in Washington am 18. März 1985 übermittelte Studie vgl. VS-Bd. 13725 (421).

<sup>8</sup> Zu dem Artikel in der Wochenzeitschrift „Stern“ vgl. Dok. 72, Anm. 5.

<sup>9</sup> Zu den Artikeln in der Tageszeitung „The Washington Post“ vgl. Dok. 72, Anm. 6.



einer offenbar revidierten und gekürzten Fassung übermittelt (laut Stern soll der ursprüngliche Bericht 40 Seiten umfaßt haben; die uns jetzt vorliegende Druckfassung hat 15 Seiten). Schneider hat bei dieser Gelegenheit klargestellt, daß das Papier nicht die Auffassung der Administration wiedergebe.

3) Die beabsichtigte Erörterung der in der Studie angeschnittenen Thematik in einem Schreiben an AM Shultz wurde im Hinblick auf Behandlung der Thematik im Ressortkreis mehrfach verschoben: Ressortbesprechung auf AL-Ebene am 25.4.<sup>10</sup>, Behandlung im Kabinett am 30.4.<sup>11</sup>, Sitzung des Staatssekretärausschusses für das Geheime Nachrichtenwesen und die Sicherheit am 7.5.1985. Auf dieser Sitzung wurde BMWi um eine Stellungnahme zu der Studie gebeten, die noch nicht vorliegt. (Die Erfordernisse organisatorischer, personeller und rechtlicher Verbesserungen, d.h. Schwachstellenbeseitigung unserer Exportkontrollpolitik sollen – nachdem sie von uns bereits in der vom AA einberufenen AL-Besprechung vom 25.4. aufgebracht wurden – unter Federführung BMWi auf Referentenebene weiterbehandelt werden. Der StS-Ausschuß wird Thema am 25.6.85 aufgrund einer Beschluß- bzw. Empfehlungsvorlage wieder aufgreifen.<sup>12</sup>)

II. 4) Die Studie (Informationsstand 1.1.84) beschreibt die Bundesrepublik Deutschland als das „führende sowjetische Zielobjekt unter den COCOM-Partnern der USA für Aktivitäten im illegalen Technologietransfer“. Von 1966 bis 1982 seien 493 Fälle von illegalem Technologietransfer (TT) dokumentiert, davon entfielen 243 auf die Bundesrepublik Deutschland als Ausgangs- oder Tran-

<sup>10</sup> Referat 421 vermerkte am 6. Mai 1985, in der Ressortbesprechung am 25. April 1985 habe Einigkeit über die Notwendigkeit einer Verbesserung des Exportkontrollsystems bestanden: „Im einzelnen gelte es insbesondere: Das B[undes]A[mt für gewerbliche]W[irtschaft] personell zu stärken und es durch eine moderne Materialausstattung (Computer) in die Lage zu versetzen, Anträge schnell und umfassend zu prüfen. Den Informationsaustausch zwischen BAW, Zoll, anderen deutschen Stellen und unseren COCOM-Partnern zu stärken, um beim Genehmigungsverfahren und bei der Verfolgung von Gesetzesverstößen die [...] zweifelhaften Geschäfte besonders sorgfältig prüfen zu können. COCOM-Güter bei der Versendung auf unserem Territorium besser zu überwachen, besonders an den Grenzen, auf Flughäfen, in Freihäfen (noch bessere Sensibilisierung unserer Zollbeamten und Schaffung einer mobilen Arbeitseinheit von technisch kompetenten Beamten). Die Rechtslage und die Anwendung unserer Gesetze zu verbessern.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135872.

<sup>11</sup> Am 29. April 1985 legte Ministerialdirektor Ungerer vorab in einer Stellungnahme zum Kabinettsvortrag des Bundesministers Bangemann vom folgenden Tag dar: „In Fragen COCOM sind BMWi (= Umsetzung in deutsches Recht) und AA (= außenpolitische Relevanz und Außenvertretung im COCOM) zu gegenseitiger Abstimmung verpflichtet. In der täglichen Praxis gibt es hier keine Schwierigkeiten. Im Grundsätzlichen jedoch tendiert BMWi – ähnlich BMF (Zoll) – eher dahin, die Probleme und Meinungsverschiedenheiten im deutschen System zu relativieren, während wir (AA) eher amerikanische Kritik, dort wo sie berechtigt erscheint, anerkennen, unabhängig von ihrer Berechtigung das Gewicht, das dieses Thema in der amerikanischen Politik besitzt, sehen und darauf hinwirken, die deutsche Haltung darauf einzustellen [...], und deshalb insbesondere einer Verbesserung unserer nationalen Exportkontrollen das Wort reden.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135872.

<sup>12</sup> Am 26. Juni 1985 hielt Ministerialdirektor Ungerer zur Sitzung des Staatssekretärausschusses für das geheime Nachrichtenwesen und die Sicherheit fest: „Die vom StS-Ausschuß gebilligten Empfehlungen leisten einen wichtigen Beitrag dazu, die Leistungsfähigkeit unseres Exportkontrollsystems zu erhöhen. Wichtig ist die vorgesehene Implementierungskontrolle durch den Ausschuß. [...] Dies liegt in unserem Interesse, weil a) es den Forderungen unserer eigenen Sicherheit zur Vermeidung eines Abflusses militärisch relevanter Güter und Technologie entspricht; b) der für uns politisch und wirtschaftlich unerläßliche freie Technologie-Transfer gleichwertige Exportkontrollen aller COCOM-MS voraussetzt; die Beseitigung unserer Schwachstellen setzt uns instand, berechtigter amerikanischer Kritik zu begegnen und amerikanischen restriktiven Tendenzen Vorwand und Berechtigung zu nehmen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135872.

sitort (vor Japan mit 85 und der Schweiz mit 76 Fällen – die USA sind in dieser Aufstellung nicht erwähnt). Es habe sich dabei überwiegend um US-Technologie gehandelt.

5) Im einzelnen

finden sich in der Studie zutreffende und unrichtige Sachdarstellungen.

Im wesentlichen zutreffend sind z. B. insbesondere folgende Feststellungen:

- Die Exportabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ihre industrielle, technologische und finanzielle Kapazität in Verbindung mit ihrer geographischen und deutschlandpolitischen Situation machten die Bundesrepublik Deutschland zu einem besonders interessanten Zielobjekt für den illegalen TT in den Sowjetblock.
- Die Bundesrepublik Deutschland unterstütze zwar als ernsthafter Partner im COCOM das Konzept der Begrenzung des TT an die SU, grenze aber die Beschränkungen eng auf den militärisch relevanten Bereich ein. Die Regierung Kohl sei weiterhin an verstärktem Handel mit der SU interessiert, lehne Handelsembargen aus politischen Gründen ab und wende sich gegen amerikanische Versuche extraterritorialer Kontrollausübung.
- Die gesetzliche und organisatorische Grundlage für eine effektive Kontrolle des TT in der Bundesrepublik sei unzureichend. Das AWG<sup>13</sup> enthalte Schwachstellen der Exportkontrolle und die Strafverfolgung entsprechender Vergehen sei äußerst milde und werde selten praktiziert.
- Die größte Schwachstelle liege im Bereich der Durchführung der Kontrollmaßnahmen. Die zuständige Behörde, das BAW<sup>14</sup>, leide unter Personalmangel, habe in der Verbindung von Exportförderung und Exportkontrolle eine widersprüchliche Aufgabenstellung und die Koordination mit den übrigen zuständigen Stellen sei ineffizient. Die ausführenden Organe, die Zollbehörden, seien unzureichend informiert. Bislang werde zu sehr passiv und reaktiv, d. h. erst auf Hinweise von dritter Seite gehandelt.

6) Unzutreffend und die Tatsachen verfälschend ist dagegen vor allem die Tendenz der Darstellung, die den Eindruck erweckt, die Bundesrepublik Deutschland sei so stark am Osthandel interessiert, daß auch militärisch sensible Güter in den Osten geliefert würden. Die zusammenfassende Feststellung „a number of internal factors favor West Germany's export of sensitive strategic goods to the Soviet Union and other bloc members“ kennzeichnet diese unrichtige Tendenz. Die Diskussion des legalen Osthandels wird mit illegalen Exportfällen vermischt und dadurch von vornherein ins Zwielicht gerückt. Es kann auch keine Rede davon sein, daß unsere Zollbehörden bei der Verfolgung von Verstößen nur aktiv werden, wenn sie entsprechende Hinweise von anderer Seite erhalten. Derartige Verdächtigungen sind haltlos und schaffen kein gutes Kooperationsklima. Die Praxis unserer Negativbescheinigungen und der Zollfreilager wird falsch dargestellt, für die behaupteten illegalen Exportfälle wird keinerlei Beleg beigebracht.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

<sup>14</sup> Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft.

III. 7) Es wird empfohlen, nicht im einzelnen auf die Feststellungen der Studie einzugehen. Hierfür spricht insbesondere, daß

- unsere Position nicht unangreifbar ist und wir keine unfruchtbare und schädliche Kontroverse provozieren wollen,
- Studie nicht die Auffassung der US-Administration wiedergibt.

Dagegen sollte die Gelegenheit benutzt werden,

- die positive Ausrichtung unserer Exportkontrollpolitik darzustellen,
- auf die von uns im Hinblick auf eine Verbesserung unserer Exportkontrollpolitik bereits unternommenen oder noch in Vorbereitung befindlichen Schritte hinzuweisen,
- an mehrere amerikanische Äußerungen der jüngsten Zeit anzuknüpfen, in denen die Möglichkeit einer Überprüfung der amerikanischen Reexportpolitik im Verhältnis zu COCOM-Mitgliedstaaten angedeutet wurde; hierzu gehört insbesondere der Brief von AM Shultz vom 19.3.85 (Anlage 3) betreffend die COCOM-Behandlung Chinas, ein Bericht des US-Repräsentantenhauses vom 16.4. sowie Äußerungen von UStS Schneider und UStS Olmer anlässlich eines Gesprächs mit führenden Vertretern der deutschen Wirtschaft am 10.4. 1985 in Neu-Isenburg.<sup>15</sup>

8) Ein mit BMWi abgestimmter Antwortentwurf könnte nach Ihrer Billigung an unsere Botschaft geleitet werden.<sup>16</sup>

Übersetzung wird nachgereicht.

D2<sup>17</sup> hat mitgezeichnet.

Ungerer

**VS-Bd. 13725 (421)**

<sup>15</sup> Ministerialdirigent Loeck vermerkte am 11. April 1985, bei dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesverband der Deutschen Industrie organisierten Treffen sei zur Frage des Technologietransfers und der amerikanischen Exportkontrollen bei Kooperationsprojekten im Rahmen von SDI offensichtlich geworden: „Die amerikanische Seite ist deutlich bemüht, das Interesse der Unternehmen durch Zusicherung hinsichtlich der Verfügbarkeit gemeinsamer Forschungsergebnisse für kommerzielle Nutzung anzuregen. Die hierzu gegebenen Erläuterungen sind jedoch so allgemein gehalten, daß sie keinen Schluß zulassen, in welchem Umfang Forschungsergebnisse tatsächlich der technologischen Entwicklung der beteiligten Länder zugute kommen werden. Es läßt sich z. B. nicht ausschließen, daß die Wahl spezifischer Kooperationsformen, wie insbesondere des Joint ventures, darauf hinwirken könnten, die Unterstellung der Zusammenarbeit und der erzielten Ergebnisse unter amerikanische Vorschriften einschließlich der Exportkontrollbestimmungen zu erleichtern. Größere Klarheit wird sich zu diesem wichtigen Aspekt erst nach Bekanntwerden der Einzelheiten der amerikanischen Rahmenbedingungen für SDI einschließlich der angekündigten Änderungen bestehender Vorschriften gewinnen lassen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145608.

<sup>16</sup> Am 30. Mai 1985 legte Ministerialdirektor Ungerer Bundesminister Genscher den Entwurf für ein Schreiben an den amerikanischen Außenminister Shultz vor. Dazu führte er aus: „Die beabsichtigte Erörterung der in der Studie angeschnittenen Thematik in einem Schreiben an AM Shultz wurde im Hinblick auf Behandlung der Thematik im Ressortkreis mehrfach verschoben: Ressortbesprechung auf AL-Ebene am 25.4., Behandlung im Kabinett am 30.4., Sitzung des Staatssekretärsausschusses für das geheime Nachrichtenwesen und die Sicherheit am 7.5.1985. Auf dieser Sitzung wurde BMWi um eine Stellungnahme zu der Studie gebeten, die noch nicht vorliegt.“ Vgl. VS-Bd. 13731 (424); B 150, Aktenkopien 1985.

In dem beigefügten Entwurf für ein Schreiben hieß es: „Aus unserer Sicht enthält die Studie eine Reihe von unzutreffenden, irreführenden und mißverständlichen Feststellungen. Angesichts unserer aktiven Politik der fortlaufenden Verbesserung und Harmonisierung des Exportkontrollinstru-

## 120

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit den  
Außenministern Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich),  
Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Wien**

010-916/85 VS-vertraulich

15. Mai 1985<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt!

Frühstück der bei den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrages<sup>2</sup> in Wien anwesenden NATO-AMs auf Einladung von AM Shultz am 15.5.1985 um 8.00 Uhr im Hotel Hilton in Wien

1) An dem Frühstück nahmen die AMs von US, GB, F, I und D<sup>3</sup> teil, jeweils begleitet durch Politischen Direktor und Note-taker sowie, wo notwendig, Dolmetscher; auf US-Seite ferner: Botschafter Nitze, Sicherheitsberater McFarlane und Sprecher Marvin Kalb.

2) AM Shultz unterrichtete seine Kollegen auf der Grundlage einer Gesprächsaufzeichnung über sein sechsstündiges Gespräch mit AM Gromyko am Vortage: Es sei die volle Agenda behandelt worden, die Atmosphäre sei intensiv, offen und geschäftsmäßig gewesen, den Meinungs austausch bezeichnete AM Shultz in den meisten Teilen als nützlich. Gromyko habe aber sehr wenig Neues zu sagen gehabt, in Rüstungskontrollfragen überhaupt nichts Neues – was voraussehbar gewesen sei und zu einem ziemlich sterilen Austausch geführt habe.

AM Shultz vermutete, daß Gorbatschow sich noch mit der Stabilisierung seines Regimes und inneren Fragen befaßt und daher noch nicht viel Zeit hatte für intensive Befassung mit Außenpolitik.

Eingangs habe er, Shultz, auf vielversprechende und auf negative Elemente in der gegenwärtigen Entwicklung hingewiesen. Zu ersteren habe der Hinweis auf das neue Mandat des Präsidenten<sup>4</sup> gehört, der mit einem klaren Ansatz an die Beziehungen herangehe. Gorbatschow sei jung und habe eine längere Amtszeit vor sich. So sei man bereit, voranzugehen mit einer langfristigen zeitlichen Perspektive. – Als negative Faktoren nannte Shultz die Erschießung von Major

*Fortsetzung Fußnote von Seite 603*

mentariums – sowohl im COCOM wie in unserem nationalen Bereich – haben wir diese Kritik als ungerecht empfunden. Sie läuft auch Gefahr, sich ungünstig auf unsere Bemühungen auszuwirken, das vorhandene Verständnis unserer Öffentlichkeit und unserer Wirtschaft für die involvierten Sicherheitsinteressen für eine noch stärkere Mitwirkung bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele zu aktivieren.“ Vgl. VS-Bd. 13731 (424); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>17</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 15. Mai 1985 in Wien gefertigt.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vgl. BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1955, S. 725–810.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 16. Mai 1985 in Wien vgl. auch Dok. 121, Dok. 122 und Dok. 127.

<sup>4</sup> Zu den Präsidentschaftswahlen am 6. November 1984 in den USA vgl. Dok. 7, Anm. 4.

Nicholson<sup>5</sup> und die anschließende Behandlung dieses Vorgangs durch die SU, die Probleme in den Berliner Luftkorridoren<sup>6</sup> sowie die Behandlung von Menschen im Ostblock, auch Juden, aber nicht nur, von Sacharow<sup>7</sup>, die Familientrennungen.

Über die ersten beiden Problempunkte habe ein Austausch stattgefunden, Gromyko habe kommentiert. Zum letzten Punkt habe Gromyko wie üblich erklärt, daß die Menschenrechtsfragen die USA nichts angingen. Aber es gäbe doch den leisen Anschein einer Bewegung, einige die USA interessierende Fälle seien gelöst worden.

Gromyko habe die amerikanische Behandlung des 40. Jahrestages des Kriegsendes kritisiert (clumsy) und die USA beschuldigt, zu starke Rücksichtnahme auf Deutschland geübt zu haben (too much of German preoccupation). Dabei habe er auch einige Seitenhiebe (cheap shots) zu dem Friedhofsbesuch abgefeuert.<sup>8</sup>

Andererseits habe Gromyko die Reagan-Botschaft an Gorbatschow<sup>9</sup> positiv bewertet, aber deutlich gemacht, daß die Sowjets sich durch die Gesamtbehandlung verletzt fühlten.

Gromyko wie er selbst, Shultz, hätten Papiere gehabt. Gromyko sei sie alle durchgegangen und habe alle Fragen behandelt. Daraufhin habe auch er, Shultz, darauf insistiert, seine – umfangreichen – Papiere durchzugehen. Dies habe sich gelohnt.

Zu Genf<sup>10</sup> habe Gromyko jede detaillierte Diskussion vermieden, er schien sich eher entziehen zu wollen. Bei anderen Themen sei der Austausch weniger steril gewesen, bei einigen habe es Fortschritte gegeben.

Zu Rüstungskontrollfragen schien Gromyko aber kein Mandat für eine Sachdiskussion über die Genfer Gespräche zu haben. Er, Shultz, sei auf eine Diskussion hierüber eingestellt gewesen und habe auf die ihn begleitenden vier Experten (McFarlane, Nitze, Burt und Palmer) verwiesen. Er habe es für wichtig gehalten, die US-Vorschläge gegenüber Gromyko zu präsentieren, damit sie auch auf diese Weise und nicht nur über Genfer Kanäle aktenkundig im Kreml würden.

Zu START habe er die trade-offs erläutert und die Bereitschaft zu starken Reduzierungen (deep cuts) unterstrichen.

Bei INF habe er das Konzept der gleichen globalen Obergrenzen dargelegt und die amerikanische Bereitschaft, den sowjetischen Gesamtbestand nicht voll durch Stationierungen in Europa auszugleichen. Er sei auch entsprechend den abgestimmten Positionen auf die proportionale Begrenzung von Pershing II eingegangen und habe die Begrenzung von Flugzeugen erwähnt. Er habe der SU

<sup>5</sup> Zur Tötung des amerikanischen Majors Nicholson am 24. März 1985 in der DDR vgl. Dok. 113, Anm. 11.

<sup>6</sup> Zu den sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin vgl. Dok. 96.

<sup>7</sup> Zum Fall des 1980 verhafteten und nach Gorki verbannten sowjetischen Atomphysikers Sacharow vgl. AAPD 1983, I, Dok. 170, und AAPD 1983, II, Dok. 268.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

<sup>9</sup> Zum Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im März/April 1985 vgl. Dok. 63, Anm. 17.

<sup>10</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

im übrigen vorgeworfen, eigene Positionen der Genfer Verhandlungen von 1983 verlassen zu haben und deutlich gemacht, daß die USA nicht bereit seien, jetzt für die Rückkehr der Sowjets zu diesen Positionen einen Preis zu zahlen.

Gromyko habe keine nennenswerte Verteidigung hiergegen gebracht. Er habe vielmehr nur auf ein Thema gepocht: Die USA schüfen mit ihrer Weltraumverteidigung ein Hindernis.

Die US-Seite habe hierauf gefragt, ob Gromyko über die anderen Themen nicht sprechen wolle, bis er etwas in den Weltraumfragen erhalten habe. Wenn dies so sei, sei dies ein Widerspruch zur Genfer Vereinbarung. Man sei dann nochmals zu dem Konzept vom 8. Januar<sup>11</sup> zurückgegangen und habe alles detailliert erörtert. Zur Behauptung eines Widerspruchs der sowjetischen Haltung zu Genf habe Kapiza den Kopf geschüttelt. Er, Shultz, habe aber auf die amerikanischen Gesprächsaufzeichnungen von Genf Bezug genommen, die absolut solide seien.

Gromyko, der immer von „space strike weapons“ gesprochen habe, habe die US-Forschung bei Weltraumsystemen zur Verteidigung gegen ballistische Raketen als nicht im Einklang mit ABM bezeichnet, die sowjetischen Forschungen bei auf der Erde gestützten Verteidigungssystemen hingegen als ABM-konform.

Er, Shultz, habe die Frage der Einhaltung des ABM-Vertrages angesprochen und auf das Problem Krasnojarsk<sup>12</sup> und der mobilen gemirvten ICBM angesprochen.<sup>13</sup>

Gromyko sei auf die Substanz dieser Vorwürfe nicht eingegangen, sondern habe sie nur als falsch bezeichnet.

Auf die Frage von Gromyko, warum auf den Moratoriumsvorschlag<sup>14</sup> keine Reaktion komme, habe er geantwortet: Gorbatschow habe in Warschau<sup>15</sup> offiziell einen Vorschlag gemacht, der aus dem Jahre 1982<sup>16</sup> stamme und der von den SU-Unterhändlern in Genf förmlich vom Tisch genommen worden sei.

Gromyko habe die Frage des Verzichts auf Ersteinsatz und des Gewaltverzichts im Zusammenhang mit Stockholm<sup>17</sup> angesprochen – er, Shultz, habe auf die Dublin-Rede<sup>18</sup> Bezug genommen und die amerikanische Gesprächsbereitschaft erklärt, sobald die SU sich zu konkreten Maßnahmen der Vertrauensbildung bereit erkläre, die über Helsinki hinausgingen. In diesem Gesprächsteil habe

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>12</sup> Zum Bau einer sowjetischen Radaranlage bei Krasnojarsk vgl. Dok. 106, Anm. 10.

<sup>13</sup> So in der Vorlage.

<sup>14</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

Vgl. dazu ferner das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 26. April 1985 auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 288–290.

<sup>16</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. März 1982 vgl. Dok. 88, Anm. 33.

<sup>17</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 29. Januar 1985 auf der KVAE für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen vgl. Dok. 43.

<sup>18</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni 1984 in Dublin vgl. AAPD 1984, I, Dok. 167.

er den Eindruck gewonnen (slight sense), daß in diesem Bereich Fortschritte möglich seien (area, where we can push on).

Gromyko habe die Verträge über TTBT<sup>19</sup> und PNET<sup>20</sup> angesprochen. Er, Shultz, habe die Bereitschaft zur Ratifizierung unter der Bedingung erklärt, daß die Mängel im Verifikationsbereich beseitigt würden. Er habe auf das Angebot Reagans Bezug genommen, Experten zu den Explosionsorten zu entsenden und durch den auf diese Weise ermöglichten Vergleich zwischen den Feststellungen vor Ort und den Ergebnissen aufgrund nationaler technischer Mittel festzustellen, wie groß die Abweichungen seien. Gromyko habe geäußert und nicht kommentiert.

Er, Shultz, habe das CW-Problem als sehr ernst hervorgehoben, Gromyko habe dieser Beurteilung zugestimmt. Zu CW habe die US-Seite drei Vorschläge gemacht:

- in Genf zu versuchen, ein Abkommen auszuhandeln;
- Demonstrationen über CW-Vernichtung durchzuführen. Er habe eine Einladung an die Sowjets ausgesprochen, nach USA zu kommen.
- Problem im Iran-Irak-Konflikt<sup>21</sup>: US-Seite habe ein Expertentreffen zu diesem Thema vorgeschlagen und die Entsendung eines Teams nach Iran und Irak. Gromyko habe hierauf nicht geantwortet, auch nicht negativ.

Zum Nichtverbreitungsvertrag<sup>22</sup> entwickle sich das Gespräch seit der Begegnung Shultz/Gromyko 1982 in New York<sup>23</sup> gut. Gromyko habe dieser Bewertung zugestimmt. Die US-Seite habe die Frage einer gemeinsamen Erklärung angesprochen. Aus der Reaktion Gromykos habe man Eindruck gewonnen, daß dieser Gedanke eine positive Aufnahme findet.

Unter dem Stichwort Regionalfragen seien Südafrika, Afghanistan, Südostasien, Zentralamerika und Karibik behandelt worden. Dies habe nichts Neues ergeben, aber die Darlegung der Auffassungen sei nützlich und diene der Schadensverhinderung.

US-Seite habe darauf hingewiesen, daß Pakistan bei Afghanistan Flexibilität gezeigt habe. Es sei aber die Frage, ob die SU und Afghanistan überhaupt im VN-Prozeß mitarbeiten. US-Seite habe erneut ihre Unterstützung für Pakistan und die territoriale Integrität Afghanistans unterstrichen. Die USA unterstütz-

<sup>19</sup> Threshold Test Ban Treaty.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

<sup>20</sup> Peaceful Nuclear Explosion Treaty.

Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 28. Mai 1976 über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

<sup>21</sup> Zum Einsatz von Chemiewaffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 77, Anm. 9.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

<sup>23</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz traf mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 28. September 1982 am Rande der VN-Generalversammlung in New York zusammen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 252.

ten auch die VN-Gespräche und eine Regelung entsprechend den uns bekannten Grundlinien.<sup>24</sup>

Bei Ostasien habe er, Shultz, gesagt, die Sowjets sollten Vietnam zum Abzug aus Kambodscha auffordern.<sup>25</sup> Er habe ferner die Unterstützung für einen ausgedehnteren intensiven Dialog zwischen den beiden Koreas zum Ausdruck gebracht und auf die Rückgabe der nördlichen Territorien an Japan<sup>26</sup> gedrängt. Gromyko habe auf keinen dieser Punkte reagiert.

Shultz sagte weiter: Wenn er die Haltung Gromykos mit dem Gespräch (von Bush) mit Gorbatschow<sup>27</sup> beim Begräbnis Tschernenkos vergleiche, dann sei Gorbatschow vielleicht etwas offener bezüglich Kambodschas gewesen. Gromyko habe dafür mehr Interesse als früher an Zentralamerika und Nicaragua gezeigt. Dies sei vielleicht ein Ergebnis des Besuchs von Ortega in Moskau.<sup>28</sup>

Zu den Menschenrechtsfragen habe er, Shultz, eine eingehende Erklärung vorgelesen und sich zu den Verfolgungen in der SU geäußert.

Zu den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sagte Shultz: Gromyko habe dieses Thema bei früheren Gelegenheiten nicht ausführlich diskutieren wollen. Jetzt habe er sich mehr interessiert gezeigt. Gromyko habe die Hoffnung ausgedrückt, daß die verschiedenen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden könnten. Er habe sich hier insgesamt nicht negativ geäußert. Shultz nannte als Themen die Luftsicherheit im pazifischen Raum und Fragen der zivilen Luftfahrt. Die Sowjets hätten die Wiederaufnahme des zivilen Luftverkehrs, der von amerikanischer Seite unterbrochen worden sei<sup>29</sup>, mit der Frage des Austauschs von Konsulaten<sup>30</sup> verbunden. Sie behaupteten, daß sie ohne ein GK in New York kein Bedürfnis für Aeroflot-Flüge hätten.

<sup>24</sup> Am 29. Mai 1985 informierte Botschafter Berendonck, Islamabad, der Staatsminister im pakistanischen Außenministerium, Noorani, habe zu den vom VN-Sonderbeauftragten Córdovez vermittelten indirekten Kontakten zwischen Afghanistan und Pakistan dargelegt: „Das Problem sei nicht [...] die indirekte Form der Verhandlungen. Vielmehr gehe es darum, eine Verhandlungslösung auf der Grundlage der Prinzipien zu erreichen, wie sie in verschiedenen VN-Resolutionen enthalten seien. Bis jetzt sei die Gegenseite mehr daran interessiert gewesen, diese Prinzipien im Verhandlungsverlauf zu unterminieren und die Anerkennung eines illegitimen, inakzeptablen Regimes zu erreichen [...]. Außerdem sei Pakistan durch O[rganisation of] I[sLAMic] C[oo]peration-Entschließung gebunden, auf keinen Fall das Kabul-Regime anzuerkennen, so lange sich noch ausländische Truppen in Afghanistan befinden.“ Berendoncks Fazit lautete: „Erklärung von Staatsminister Noorani macht Entschlossenheit der pakistanischen Regierung deutlich, sich nicht unter Druck setzen zu lassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 507; Referat 340, Bd. 136786.

<sup>25</sup> Zum Kambodscha-Konflikt vgl. Dok. 140.

<sup>26</sup> Im Friedensvertrag von San Francisco vom 8. September 1951, der von der UdSSR nicht unterzeichnet wurde, verzichtete Japan auf alle Rechte und darauf bezogene Ansprüche an den Kurilen und Südsachalin. Allerdings wurde die Bezeichnung „Kurilen“ nicht genauer definiert. Nach japanischer Auffassung gehörten dazu nur die nördlich von Etorofu gelegenen Inseln, nicht jedoch die ebenfalls von der UdSSR besetzten, nordöstlich von Hokkaido gelegenen Inseln Kunashiri, Etorofu sowie die Gruppe der Habomai-Inseln. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 136, S. 45–77.

<sup>27</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush und des Außenministers Shultz mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 13. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 71, Anm. 9.

<sup>28</sup> Präsident Ortega hielt sich am 28./29. April 1985 in der UdSSR auf.

<sup>29</sup> Zur Suspendierung aller Flüge der sowjetischen Fluglinie Aeroflot in die USA im Zuge der von Präsident Reagan am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen vgl. Dok. 113, Anm. 20.

<sup>30</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über die Errichtung von Generalkonsulaten in New York bzw. Kiew vgl. Dok. 113, Anm. 21.



Shultz erwähnte, daß Gromyko ihm am Ende unter vier Augen – in Beantwortung einer von Shultz früher gestellten Frage – gesagt habe: Das KSZE-Zehn-Jahres-Treffen in Helsinki sollte auf Ministerebene stattfinden.<sup>31</sup> Shultz habe dies als Einladung zu einem weiteren bilateralen Treffen in Helsinki verstanden. Er, Shultz, habe ihm zugesagt, diese Frage mit den Alliierten und dem Präsidenten zu erörtern und wieder auf ihn zuzukommen. Shultz fügte hinzu, daß nach amerikanischer Einschätzung die meisten Verbündeten für die Ministerienebene in Helsinki seien und die USA deshalb bereit seien, dem zuzustimmen. Die Frage müsse aber noch mit dem Präsidenten konsultiert werden. Man sollte darüber in Lissabon<sup>32</sup> sprechen und dort eine entsprechende Erklärung abgeben.

Shultz erwähnte, daß diesmal in beide Richtungen konsekutiv übersetzt worden sei. Früher habe man nur vom Russischen ins Englische gedolmetscht. Beim Vier-Augen-Gespräch habe Gromyko einen Dolmetscher mitgenommen, aber keinen Gebrauch von ihm gemacht.

Zu Beginn der Diskussion über die Unterrichtung durch Shultz meinte *Burt*: Er verstehe die sowjetische Haltung, daß die amerikanische SDI-Forschung angeblich nicht ABM-konform sei, so, daß nach sowjetischer Auffassung die amerikanische Forschung auf ABM-Fähigkeiten gerichtet sei, die sowjetische aber nicht. *BM* meinte, nach sowjetischer Auffassung könne eine raumgestützte Verteidigung gegen ballistische Raketen nur eine landesweite Verteidigung sein. *McFarlane* meinte: Die Sowjets behaupteten, die USA erforschten neue technische Mittel. Tatsächlich aber erforschten die USA nichts, was die Sowjets nicht ebenfalls erforschten: particle beam, directed energy.

Auf Frage von *BM* erklärte *Shultz*: Die Frage einer Verlängerung der Einhaltung von SALT II sei in dem Gespräch von keiner Seite erwähnt worden.<sup>33</sup>

Auf Frage von *Dumas*, ob ein Gipfeltreffen behandelt worden sei, sagte *Shultz*: not really. Die Situation sei weiter so, daß die amerikanische Seite einen Vorschlag auf den Tisch gelegt habe und daß die Sowjets noch zu antworten hätten. Der kurze Kommentar, den die Sowjets jetzt dazu abgegeben hätten, habe diese Situation nicht verändert.

Beide hätten ein Gipfeltreffen als eine gute Idee bezeichnet, aber nicht die Frage des Zeitpunkts und des Orts abgesprochen (did not come to grips with time and place).

Gromyko habe die Tatsache seiner Teilnahme an dem Helsinki-Treffen unterstrichen. Er scheine weitere bilaterale Treffen zu wünschen, zunächst in Helsinki und dann ein weiteres in New York.

*BM* nahm Bezug auf seine Ausführungen in dem NATO-Ministertreffen in Brüssel im Dezember<sup>34</sup>, bei dem er sich bereits für ein Ministertreffen in Hel-

<sup>31</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>32</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>33</sup> Zur Frage der Weiterbeachtung des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. Dok. 133.

<sup>34</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 339 und Dok. 349.

sinki ausgesprochen habe. Die NATO-AMs sollten in Lissabon eine entsprechende Erklärung abgeben.

In Lissabon sollte auch eine Strategie für Helsinki verabredet werden: zu den Reden und ob Helsinki zu einer Erklärung führen solle. BM äußerte Vorbehalte gegen längere Erklärungen. Er sprach sich für sorgfältige Vorbereitung aus.

Auch *Howe*, *Dumas* und *Andreotti* sprachen sich für Treffen auf Ministerebene in Helsinki aus.

*Shultz* bezeichnete dies als wahrscheinlich und will es befürworten. Die Entscheidung solle aber in Lissabon getroffen werden. Er werde ein Treffen mit Gromyko zu arrangieren beginnen.

Zu Helsinki bemerkte *Shultz*, daß er keine Communiqué-Verhandlungen wünsche, sie würden unendlich sein. (BM stimmte zu.) Daher sollten Themen entwickelt werden, die jeder Verbündete in seiner Weise zum Inhalt der nationalen Erklärung machen könne, die sich gegenseitig stützten und so eine einheitliche Auffassung verdeutlichten. Der Hauptakzent in Helsinki sollte auf Menschenrechten liegen, die parallel laufende KVAE balanciere dies aus.

BM erklärte sich mit der Ausnahme mit den Ausführungen von *Shultz* einverstanden, daß wir die Veröffentlichung der Schlußakte von Helsinki<sup>35</sup> und des Madrider Dokuments<sup>36</sup> durch alle Unterzeichnerstaaten vorschlagen würden, um der Bevölkerung in den osteuropäischen Ländern zu zeigen, daß sie nach wie vor gelten.

*Shultz* bezeichnete dies als eine gute Idee. *Dumas*, der auf seinen entsprechenden Vorschlag in Helsinki verwies, ebenfalls. Auch *Howe* bemerkte, dies sei sicher richtig. GB wolle in den Menschenrechtsfragen Druck ausüben.

*Shultz* bat um eine Unterrichtung über die Gespräche der übrigen Außenminister mit Gromyko.

Auf Frage *BM*s nach seiner Einschätzung der Aussichten für die Genfer Verhandlungen machte *Shultz* zunächst einen Vorbehalt: Er vermeide Voraussagen über sowjetisches Verhalten. Vielmehr wolle er für die USA und die Allianz die eigenen Interessen definieren und vernünftige Vorschläge entwickeln, die auch potentiell vom Standpunkt der SU als vernünftig angesehen werden könnten. Daneben müßten wir unsere Stärke aufrechterhalten und dann verhandeln. Es sei dann Sache der Sowjets zu entscheiden.

Unter diesem Vorbehalt vermutete *Shultz*, daß die zweite Genfer Runde<sup>37</sup> etwas – aber nicht viel – mehr Inhalt haben dürfte. Zu irgendeinem Zeitpunkt werde sich Gorbatschow persönlich in dem Prozeß engagieren. Man werde entweder bei einem Treffen mit Gromyko oder bei einem Gipfel erkennen, wenn die SU zu einem neuen politischen Signal in Genf bereit sei.

<sup>35</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>36</sup> In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 und der Anhänge I und II vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

<sup>37</sup> In Genf begann am 30. Mai 1985 die zweite Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle.

Die US-Seite überprüfe jetzt die erste Runde.<sup>38</sup> Sie verfüge über eine konkrete und starke Position, die die SU in vielen Bereichen bisher nicht einmal erkundet habe. Die SU habe praktisch die erste Runde als Übung in Propaganda betrachtet und herauszufinden versucht, wo Konzessionen möglich seien und wo die Verbündeten auseinanderdividiert werden könnten.

AM Shultz verwies auf die Rede von Paul Nitze<sup>39</sup>, die eine gute Analyse enthalte. Er habe sie Gromyko übergeben, der sie bereits einen Tag nach der Veröffentlichung gelesen hatte und seiner Qualifizierung von Nitze in Genf als einem weisen Mann jetzt hinzufügte, er sei auch beständig (steady).

BM stimmte der Analyse von Shultz zu, daß Gorbatschow noch auf interne Probleme konzentriert ist. Es finde ein Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß in Moskau statt.

Daher stelle sich für Lissabon die Frage nach einer umfassenden politischen Strategie des Westens. Sie solle in Lissabon erörtert und der SU dargelegt werden. Diese habe die Option

- eines Wettrüstens, wenn sie dies wünsche, obwohl wir es nicht gern hätten, oder
- einer Zusammenarbeit, wenn sie diese wünsche. Wir seien zur Zusammenarbeit in allen Bereichen bereit. Dies könne dann gemeinsam in Helsinki auf der abgesprochenen Grundlage erörtert werden. Es gehe nicht nur um den engeren Bereich der Genfer Abrüstungsverhandlungen, sondern ein kohärentes Konzept.

Gorbatschow, der sich der internen Probleme der SU bewußt sei und dem auch klar sei, daß sie mit den Mitteln des sozialistischen Systems nicht lösbar seien, erkenne die Schwierigkeiten, auf die technologische Entwicklung zu reagieren. Er müsse sich entscheiden.

Daher habe das Treffen in Lissabon, bei dem wir unsere Strategie diskutieren sollten, große Bedeutung.

Shultz bezeichnete dies als eine vernünftige Position. Es solle das aufgearbeitet werden, was zuvor in der NATO-Sitzung im Dezember gesagt worden sei.

Shultz wies darauf hin, daß in den Vorbereitungsgesprächen von Burt für Lissabon großes Zögern bei den Europäern erkennbar sei, etwas Unterstützendes zu SDI zu sagen.<sup>40</sup> Dies sei schädlich für die Fähigkeit, in Genf etwas durchzusetzen. Unterstützung für SDI bedeute

<sup>38</sup> Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt.

<sup>39</sup> Der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, unterrichtete am 1. Mai 1985 den „National Press Club“ in Washington über die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Für den mit Fernkopie Nr. 102 von Botschaftsrat Wagner, Washington, am 2. Mai 1985 übermittelten Wortlaut der Rede vgl. Referat 213, Bd. 139347.

<sup>40</sup> Am 17. April 1985 resümierte Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), die Diskussion im Ständigen NATO-Rat über das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985: „Unterschiedliche Auffassungen bestanden zur Frage einer Einbeziehung von SDI. Die Mehrheit der Sprecher trat für eine Aussage zu SDI ein. [...] Der Ständige Vertreter F betonte, daß, falls das Thema erwähnt werden sollte, SDI in den Rahmen der Gesamtpolitik der Allianz gestellt werden müsse, d. h. Bekräftigung und Bestätigung der Strategie des Bündnisses, der Zielsetzung der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen (Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau) und der Respektierung des ABM-Vertrages. Wenn die SDI-Forschung auch mit einer Bedrohung des be-

- Unterstützung dafür, daß die USA forschen; dazu sei auch Mitterrand bereit gewesen.
- Eine andere Frage, um die es hier nicht gehe, sei die Teilnahme an der Forschung.

Wenn dies die Auffassung der Kollegen am Tisch sei, sollten sie den Politischen Direktoren ein entsprechendes Signal geben.

Es gehe um den III. Korb der Genfer Verhandlungen. Hierzu herrsche Schweigen. Es wäre bedauerlich, wenn behauptet werden könnte, die Alliierten unterstützten nicht die Anstrengung, zu klären, ob eine Verteidigung möglich ist, gerade im Hinblick auf die eigene Forschung der SU. Shultz unterstrich die Notwendigkeit einer klaren und die USA unterstützenden Erklärung.

*Howe* bezeichnete diese Frage als sehr wichtig. Es gehe um die Allianzkohärenz, die erhalten werden müsse. Es sei wichtig, den Unterschied zu machen, daß es jetzt um Forschung und nicht um Stationierung gehe. Dies müsse dem sowjetischen Konzept entgegengesetzt werden, das auf Weltraumschlagwaffen (space strike weapons) abstellt. Bei den Gesprächen in Ost-Europa habe er, *Howe*, immer wiederholt, daß die SU forsche, und zwar massiv. Man müsse den Zusammenhang klarmachen. Die Perzeption sei falsch. SDI sei einfacher zu unterstützen, wenn man von der Rüstung zur Abrüstung kommen wolle. Es werde ein langer schwieriger Prozeß, man müsse das hohe Profil zurückschrauben.

*Shultz* unterstrich, die Administration müsse den Kongreß überzeugen, daß etwas herauskomme, damit er die Forschungsmittel bewillige. Das Engagement des Präsidenten für SDI habe dazu beigetragen, daß die SU jetzt in Genf wieder verhandele. Es sei wichtig, den Druck bei SDI zu erhalten, um die SU zu Anstrengungen für die Reduktion nuklearer Waffen zu bringen. Daher sei es wichtig, in Lissabon eine Unterstützungserklärung zu bekommen.

*McFarlane* bezeichnete Anmerkungen von *Howe* als wichtig: Man müsse offiziell auf die erheblichen Forschungsanstrengungen der Sowjets hinweisen und auch darauf, daß dabei ein Durchbruch möglich sei.

Ferner sei an Reagans Hinweis in Straßburg zu erinnern, daß die SU ihre Bemühungen bei offensiven Systemen fortsetze, und zwar bei mobilen gemirvten interkontinentalen Raketen.<sup>41</sup> Dies könne in einem Maßstab geschehen, dem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 611*

stehenden Gleichgewichts begründet werden könne, sei es doch wichtig, darauf zu verweisen, daß eine Stationierung nicht vor entsprechenden Verhandlungen mit der anderen Seite vorgenommen werden dürfe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 668; Referat 201, Bd. 143412.

<sup>41</sup> Präsident Reagan sprach am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 310–318.

Botschafter van Well, Washington, berichtete am 9. Mai 1985, Präsident Reagan habe in Straßburg zu den beweglichen und mit Mehrfachsprengköpfen versehenen sowjetischen SS-X-24-ICBM erklärt, „das sowjetische Nuklearpotential sei auf Ersts Schlag ausgerichtet“. Im amerikanischen Außenministerium habe man dazu dargelegt, „daß diese Passage in der Rede des Präsidenten in ihrer alleinigen Bezugnahme auf die SS-X-24 etwas verkürzt ausgefallen sei. Gemeint sei, daß die Indienststellung einer neuen beweglichen Interkontinentalrakete den Sowjets die Möglichkeit gebe, einen Ersts Schlag mit ihrem umfangreichen festlozierten ICBM-Potential zu führen, einen amerikanischen Vergeltungsschlag aber dank der Beweglichkeit der neuen Interkontinentalrakete mit der Fähigkeit zu einem erneuten interkontinentalen Nuklearschlag überstehen zu können. Gesprächspartner meinte, daß es eine Interpretationsfrage sei, ob man von Ersts Schlagsfähigkeit oder Ersts Schlagsabsicht spreche. Formulierung der Rede sei nicht im einzelnen mit dem State Department abgestimmt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2352; VS-Bd. 11358 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

die USA nicht Rechnung tragen könnten. Die sowjetische Absicht, einen neuen Typ einzuführen, der die militärische Balance verändern müßte, stelle ein militärisches Problem dar. Wenn die SU dieses nicht aufgebe, hätten die USA keine Alternative.

*Dumas* nahm Bezug auf die Bemerkung von *Shultz* zu Mitterrand und stellte klar, um Fehler und Mißverständnisse vor Lissabon zu vermeiden: Mitterrand habe zur Teilnahme Frankreichs eine klare Position erklärt. Zur Forschung habe er gesagt, dies sei nicht ein Problem Frankreichs, sondern der USA, die frei seien, zu forschen oder nicht zu forschen. Es sei weitere Diskussion dieser Fragen erforderlich. Die Politischen Direktoren sollten sich damit befassen, bevor Kommuniké-Verhandlungen begännen.

*Shultz* wiederholte, man brauche etwas, was zu Hause und in Genf nütze. Es komme auf die Formulierung an. Man solle versuchen, noch vor Lissabon eine Einigung zu erzielen, Howe solle die Initiative dazu ergreifen, nachdem *Dumas* dessen Äußerungen habe zustimmen können.

*BM* erklärte mit Nachdruck, das Kommuniké von Lissabon müsse auch unterstreichen, daß wir an der Abschreckungsstrategie festhielten. Es gebe Gerüchte – und mehr als Gerüchte –, daß die gültige Strategie als unmoralisch angesehen werde. Wir könnten nicht mit Unklarheiten über die Strategie leben und brauchten absolute Klarheit, daß alle Verbündeten diese Auffassung teilten.

*Shultz* sah hier kein Problem. Er verwies auf die Reagan-Rede in Straßburg, dies könne auch in Lissabon gesagt werden.

*BM* sprach sich für sehr sorgfältige Vorbereitung des Kommunikés durch die Politischen Direktoren aus.<sup>42</sup> Die Verteidigungsminister hätten sich in Luxemburg geäußert<sup>43</sup>, was er im Hinblick auf Nicht-Teilnahme Frankreichs für sehr unweise gehalten habe. Die Bundesregierung habe bei der Vorbereitung des Doppelbeschlusses<sup>44</sup> darauf insistiert, daß F von Anfang an in allen Phasen des Entscheidungsprozesses beteiligt wurde. Es sei für die Öffentlichkeit wichtig, noch wichtiger aber im Verhältnis zur SU: Sie müsse verstehen, daß es unmöglich sei, die Verbündeten auseinanderzuidividieren. Nachdem wir uns an Fußnoten von GRI und DK gewöhnt hätten, wäre er, *BM*, sehr unglücklich über eine Fußnote von F.

*Shultz* antwortete, es sei oft weniger eine Frage des Inhalts als der Worte. Daher solle unter britischer Führung eine Formel versucht werden auf der Grundlage dieser Diskussion.

<sup>42</sup> Am 29. Mai 1985 hielt Ministerialdirektor Edler von Braunmühl fest, beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am gleichen Tag sei über eine SDI-Passage im Kommuniké der NATO-Ministerstagung vom 5. bis 7. Juni 1985 in Lissabon beraten worden: „US gab der Weiterbehandlung des Themas in Brüssel den Vorrang, offensichtlich in der Hoffnung, F mit seiner Gesamtklammer zu isolieren. [...] F machte klar, daß es sich nicht um Formulierungsfragen, sondern um ein Grundsatzproblem handele: Wenn auch Forschungen, wer immer sie unternahme, gerechtfertigt seien, so sei es doch für eine pauschale Unterstützungserklärung zu früh, da die Auswirkungen des amerikanischen Programms für die Strategie und Sicherheit des Bündnisses erst noch gründlich diskutiert werden müßten.“ Vgl. VS-Bd. 12977 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>43</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 82.

<sup>44</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

*Andreotti* erklärte, alle hätten Verständnis für die Gründe und Ziele, die zu SDI geführt hätten, erklärt. Daher müsse in Lissabon eine Formulierung gefunden werden im Sinne der Ausführungen von Shultz. Die Finalität müsse verdeutlicht werden so wie die Limitierung, daß nicht notwendigerweise die Dislozierung folge. Auf der Grundlage des von Shultz Gesagten könne eine Formel gefunden werden.

*Shultz* hielt entgegen, daß die USA nicht sagen wollten, daß man gegen Dislozierung sei.

*Andreotti* wies darauf hin, daß es sich um aufeinanderfolgende Phasen handle, die USA hätten selbst offiziell gesagt, daß der Eintritt in die späteren Phasen erneut überprüft werde.

Auf Fragen von *Dumas* erläuterte *Shultz* zu Nahost, Israel wolle seine Truppen aus dem Libanon abziehen bis Ende Mai und hoffe, daß keine Angriffe auf Nord-Israel vom Libanon ausgingen.<sup>45</sup> Sonst würde Israel reagieren. Die Lage im Libanon selbst sei tragisch. Wenn geholfen werden könne, solle dies getan werden. Es sei keine Lösung in Sicht.

Als zweite Bemerkung stellte Shultz fest, zu den arabisch-israelischen Beziehungen könne man nichts Konkretes sagen, er sei aber mit dem Gefühl aus Israel, Ägypten und Jordanien zurückgekehrt<sup>46</sup>, daß die Atmosphäre sich geändert habe und man den Friedensprozeß versuchen wolle, stärker als zuvor. Man stoße jetzt zur Identifizierung der sehr schweren Probleme vor, die Tatsache des Versuchs ihrer Definition deute aber an, daß man Lösungsversuchen näher komme.

**VS-Bd. 14153 (010)**

<sup>45</sup> Zum Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem Libanon vgl. Dok. 14, Anm. 3.

Am 1. April 1985 legte Referat 310 dar: „Der israelische Truppenabzug aus dem Libanon wird beschleunigt durchgeführt und soll bereits Ende Mai/Anfang Juni abgeschlossen sein. Er ist von einer Eskalation der Gewalt des libanesischen, vornehmlich schiitischen Widerstandes und der israelischen Armee begleitet, die eine Politik der ‚eisernen Faust‘ verfolgt. Für den Fall der Zunahme der Guerillaktionen schloß VM Rabin eine Politik der verbrannten Erde nicht aus (26.3.). Die israelische Besatzungspolitik hat das anfangs gute Verhältnis zu den Schiiten Südlibanons in blanken Haß umschlagen lassen. [...] Die Anzeichen, daß Israel vor der internationalen Grenze eine Pufferzone schaffen will, verdichten sich. Auch wenn sie unter der Kontrolle der irregulären ‚Südlibanesischen Armee‘ stehen dürfte, wird eine militärische Restpräsenz Israels verbleiben.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141107.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 7. Mai 1985: „Mit dem Rückzug der Israelis nimmt die Auseinandersetzung im Libanon zunehmend bürgerkriegsähnliche Zustände an, deren offenbar auch Syrien nur noch mit Mühe Herr wird. Die libanesische Regierung existiert offenbar nur noch dem Namen nach.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141107.

Botschafter Hansen, Tel Aviv, teilte am 11. Juni 1985 zum israelischen Rückzug aus dem Libanon mit: „Rückzug wurde mit einwöchiger Verzögerung gegenüber vorgesehenem Zeitplan am 10.6. abgeschlossen. Damit ist Kabinettsbeschluß vom 14.1. erfüllt. Ungenannte Zahl von Beratern und Ausbildern (Korrespondenten ausländischer Nachrichtenagenturen sprechen von mehr als 500 Israelis) befindet sich noch in ‚Sicherheitszone‘ und hält Kontakt zu örtlichen Milizen, im wesentlichen S[outh]L[ebanese]A[rmy].“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 788; Referat 310, Bd. 149645.

<sup>46</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz besuchte am 10./11. Mai Israel, am 12. Mai Ägypten und am 12./13. Mai 1985 Jordanien.

## 121

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit Bundespräsident Kirchschräger in Wien

15. Mai 1985<sup>1</sup>

Gespräch Bundespräsident Kirchschräger/Bundesminister Genscher am 15. Mai 1985, 16.00–16.45 Uhr

Weitere Teilnehmer: Botschafter Pahr, Botschafter Noebel.

1) *BM*: Dank für Einladung und würdige Feierstunde im Belvedere.<sup>2</sup>

Bemerkenswert die Rede von BK a. D. Kreisky.<sup>3</sup>

*Bundespräsident*: Erstaunlich die Worte eines Sozialisten für die Landesverteidigung. Bedeutsam für ihn besonders die Wertung der Berliner Konferenz von 1954<sup>4</sup>. Ein äußerst schwerer Entschluß der damaligen Österreichischen Regierung, den sowjetischen Vorschlag abzuweisen, der vorsah, noch eine kleine Besatzungstruppe in Österreich zu belassen. „Mit Recht sagte auch die damalige Regierung, eine Dreiviertel-Freiheit gibt es eben nicht.“

Wäre eine solche Entscheidung heute unter dem Druck der Medien noch durchzuhalten?

2) Ergebnis der Gespräche Shultz–Gromyko

Bundespräsident: Zum Treffen mit US-Präsident<sup>5</sup> habe ihm Gromyko gesagt: „Beide Seiten haben sich für ein Treffen ausgesprochen. Dann wird es wohl auch stattfinden.“

Kein Zeitpunkt. Ihm fiel aber auf, daß Gromyko nur Genf oder Wien erwähnte und die UN New York nicht.

Insgesamt glaube er, daß Gespräch eher enttäuschend verlaufen sei. Dies habe ihm auch Chnoupek bestätigt.

*BM*: Heutige Information der westlichen Außenminister brachte nicht viel. Gespräch der beiden AMs wohl auch nicht operationell geführt. Die Erklärung vom 8. Januar<sup>6</sup> müsse noch aufgearbeitet und ausgedeutet werden. Ein gutes Stück

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Noebel, Wien, am 16. Mai 1985 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 20. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> In Wien fanden am 15. Mai 1985 Feierlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestags des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich statt. Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 16. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 127.

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Artikel „Dem Westen zugewandt, aber neutral“, *DIE WELT* vom 17. Mai 1985, S. 12.

<sup>4</sup> Die Außenminister Bidault (Frankreich), Dulles (USA), Eden (Großbritannien) und Molotow (UdSSR) trafen vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin (Berliner Außenministerkonferenz) zusammen.

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im März/April 1985; Dok. 88, Anm. 17.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. *DEPARTMENT OF STATE BULLETIN*, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1985, D 60.

Arbeit. „Die SU sei sicher entschlossen, Punkt für Punkt dieser Erklärung einzuklagen.“

### 3) Amerikanisches Weltraumprogramm

BM und Bundespräsident tauschten Meinung aus über Eindruck von SDI in der Öffentlichkeit. *Bundespräsident* sagte, daß auch für USA wohlmeinende Kreise ernstlich besorgt seien. Weithin herrsche die Meinung vor: „Muß das auch noch sein?“

Gespräch wandte sich dann dem Thema zu: Informatik-Zeitalter und die technische Herausforderung der SU. Wird Gorbatschow Wandel bringen? Er wird Zeit brauchen, um das schwerfällige Schiff in neue Richtung zu bringen („die Aufgabe von Privilegien ist das Schwierigste“).

### 4) Rolle des westlichen Fernsehens

*Bundespräsident*: Die Tschechen haben sich stets bei ihm beklagt über österreichische Fernsehsendungen, die drüben gesehen werden. Dieses Mal von Chňoupek kein Wort.

*BM*: Erstaunlicherweise ist die Einstellung der DDR-Politiker zum deutschen Fernsehen in den letzten Jahren ganz unbefangen. In manchen Gesprächen wird sogar unser Fernsehen zitiert.

In diesem Zusammenhang erwähnte der *Bundespräsident* die ausgezeichnete Rede von Bundespräsident von Weizsäcker.<sup>7</sup> Sie sei großartig gewesen. Er habe damit „ganz Europa einen Dienst erwiesen“. (Er bat noch einmal um genauen Wortlaut.<sup>8</sup>)

### 5) Verhältnis zur ČSSR

Bundespräsident berichtete, daß er das Gefühl habe, daß Tschechen an Entkrampfung der Beziehungen interessiert seien. So habe er in der vergangenen Woche vor den Vertriebenenverbänden gesprochen. (Seine Rede sei vorsichtig gewesen, und er habe deutlich gesagt, daß er sich nicht mit allem identifizieren könne, was Verbände veröffentlichten oder in Reden von sich geben.) Erstaunlich sei, daß aus Prag nicht die geringste Reaktion erfolgt sei. Bisher habe es über sein Zusammentreffen mit den Vertriebenen stets Theater gegeben. Vor zehn Jahren noch Beschwerden an die vier Signatarmächte<sup>9</sup>. Vor vier Jahren habe ihn der sowjetische Botschafter<sup>10</sup> darauf angesprochen. Die Pressekampagne der Tschechen sei äußerst heftig gewesen.

*BM*: Štrougal habe bei seinem letzten Besuch in Prag<sup>11</sup> sich sehr bemüht, den Grenzzwischenfall mit Österreich<sup>12</sup> zu entschuldigen. Er habe ihn als groben Mißgriff unterer Behörden bezeichnet. Er habe damals Botschafter Pahr unterrichtet. Štrougal habe sich bemüht, Österreich zu beschwichtigen. Die Teilnahme auch am heutigen Tag sei ein Beweis für das Bemühen. Im übrigen habe

<sup>7</sup> Zur Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 vgl. Dok. 118, Anm. 34.

<sup>8</sup> Zu diesem Satz vermerkte Botschafter Noebel, Wien, handschriftlich: „Wurde erledigt!“

<sup>9</sup> Frankreich, Großbritannien, UdSSR, USA.

<sup>10</sup> Michail Timofejewitsch Jefremow.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher besuchte vom 18. bis 20. Dezember 1984 die ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

<sup>12</sup> Zur Tötung eines Flüchtlings aus der ČSSR auf österreichischem Staatsgebiet vgl. Dok. 12, Anm. 33.



Chňoupek sich an ihn gewandt, zu prüfen, ob nicht für seinen Besuch in Bonn doch noch ein Sommertermin möglich sei.<sup>13</sup>

*Bundespräsident:* Ähnliche Wünsche habe Frau Chňoupek Frau Kirchschräger übermittelt. Offenbar verspüre er große Reiselust.

Bundespräsident erwähnte, daß der Regierung 26 Regierungsflugzeuge zur Verfügung stünden, die „wohl auch bewegt werden müßten“. Dagegen sei Flug mit Hubschraubern Kabinettsmitgliedern untersagt, es sei denn, daß ein Ministerratsbeschluß vorliegt. Dies sei die Reaktion auf den Absturz von Frau Husák vor Jahren mit einem Hubschrauber.

**Referat 010, Bd. 178897**

## 122

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek in Wien

15. Mai 1985<sup>1</sup>

Vorbehaltlich der Genehmigung durch BM.

Gespräch BM mit dem tschechoslowakischen AM Chňoupek in Wien am 15. Mai 1985 um 19.00 Uhr<sup>2</sup>

Auf Frage von BM legte *Chňoupek* dar, daß ihm sowjetische Kollegen über das Gespräch Shultz/Gromyko<sup>3</sup> berichtet hätten: Im bilateralen Bereich habe es Fortschritte in einer Reihe von Fragen gegeben. In den großen Fragen hätten die USA ihren Vorschlag für eine Reduzierung der Mittelstrecken-Raketen im Rahmen der Genfer Verhandlungen<sup>4</sup> wiederholt. Dies sei ohne eine Berücksichtigung der Weltraumfragen nach der Vereinbarung über Substanz und Ziele der Verhandlungen selbstverständlich nicht möglich. Beim Warschauer WP-Tref-

<sup>13</sup> Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek am 22./23. August 1985 vgl. Dok. 228–231.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 15. Mai 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 21. Mai 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen, mit einem Hinweis auf Seite 3 der Vorlage, und an Vortragenden Legationsrat Ischinger verfügte. Für Ischinger vermerkte er handschriftlich: „Wird Abt[eilung] 5 über die hum[anitären] Fälle inf[ormiert]? (Auch bei Ung[arn]).“ Vgl. Anm. 20.

<sup>2</sup> In Wien fanden am 15. Mai 1985 Feierlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestags des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich statt.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 14. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120.

<sup>4</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

fen habe Gorbatschow<sup>5</sup> mit großem Nachdruck bekräftigt, daß die SU und die Warschauer-Pakt-Länder bereit wären, wenn es nicht zu einer Militarisierung des Weltraums komme, sehr drastischen Reduzierungen bei den strategischen und den Mittelstreckenraketen zuzustimmen. Dies gelte auch für die ČSSR und die „operativ-taktischen Raketen“. <sup>6</sup> Nun müßten die USA darüber nachdenken. Chňoupek kritisierte die „blitzartige Zurückweisung“ des Moratoriumsvorschlags von Gorbatschow.<sup>7</sup> Dieser könne wie ein alter Vorschlag aussehen, wie er tatsächlich schon von Andropow und Tschernenko gemacht worden sei.<sup>8</sup> Aber tatsächlich habe er einen ganz neuen und spezifischen Aspekt. Denn er werde unterbreitet von einem neuen Generalsekretär, als einer seiner ersten Schritte. Damit trage er in sich eine neue Qualität. Es sei der Vorschlag eines noch jungen Menschen, der eine lange Amtszeit vor sich habe. Man sollte ihn deshalb als einen Teil eines längeren Prozesses betrachten. Weinberger habe jedoch sofort nein gesagt. Wenn man so vorgehe, „krache es“ im Mechanismus. Nach der Vereinbarung vom 8.1.<sup>9</sup> sei man ganz optimistisch gewesen und habe geglaubt, daß, nachdem die beiden wieder an einem Tisch säßen, Hoffnung auf eine Rückkehr zur Entspannung gerechtfertigt sei. Jetzt sagten alle, nach den letzten Reden von Reagan und Gorbatschow könne nicht viel herauskommen. Der Prozeß werde nicht einfach sein und kein Spaziergang im Wald sein. Das habe man auch vom Helsinki-Prozeß nicht gedacht. Aber auch wenn es nicht einfach sei, seien die Stürme, die es jetzt gegeben habe, nicht notwendig. Howe habe ihm in Prag<sup>10</sup>, als der Moratoriumsvorschlag gerade verkündet worden sei, zugesagt, er wolle ihn studieren. Nachdem er nach London zurückgekehrt sei, habe er ihn „natürlich“ verworfen. Die Art, wie die Italiener vorgegangen seien, sei umsichtiger gewesen. Das negative Herangehen hindere den Prozeß. Insgesamt komme ihm jedoch die Lage heute besser vor als in Madrid<sup>11</sup> und sogar als in Stockholm<sup>12</sup> vor anderthalb Jahren. Es gebe doch starke Symptome, die anzeigten, daß die Welt einen realistischeren Weg beschreiten werde. Jedes Land, ob groß oder klein, müsse und könne zu diesem Prozeß beitragen. Der Helsinki-Prozeß müsse erhalten werden. Die ČSSR wolle jedes Forum des KSZE-Prozesses nut-

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 26. April 1985 auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 288–290.

<sup>6</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>7</sup> Vgl. dazu das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>8</sup> Zum Moratoriumsvorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 18. August 1983 vgl. Dok. 88, Anm. 30.  
In einem Interview mit dem amerikanischen Journalisten Kingsbury-Smith, das am 12. Juni 1984 veröffentlicht wurde, schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, Verhandlungen mit den USA über ein vollständiges Verbot von Anti-Satelliten-Waffen im Weltraum vor. Für den Wortlaut vgl. TSCHERNENKO, Reden, S. 346 f.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>10</sup> Der britische Außenminister Howe hielt sich am 10./11. April 1985 in der ČSSR auf.

<sup>11</sup> Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Zu den Ergebnissen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 223.

<sup>12</sup> Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm auf Außenministerebene eröffnet.

zen: Stockholm, Ottawa<sup>13</sup>, Bern<sup>14</sup>, Budapest<sup>15</sup>. Das gelte auch für den 10. Jahrestag der KSZE in Helsinki.<sup>16</sup> Wahrscheinlich werde er auf Außenministerebene begangen werden. Für die von den Finnen gewünschte höchste Ebene<sup>17</sup> gebe es wohl keine realistischen Aussichten mehr. Ein Treffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Helsinki könne er sich noch nicht vorstellen.

Auch ein Gespräch bei den Vereinten Nationen scheine ihm nicht sehr realistisch. Man müsse auch in Betracht ziehen, daß die KPdSU ihren Parteitag (im Februar 1986) vorbereite<sup>18</sup>. Auf Frage von BM, ob dies für ein Treffen vor oder nach dem Parteitag spreche, meinte Chňoupek: Wenn er laut nachdenke, so würde er in seinem Computer ausrechnen, daß es vorher stattfinden sollte.

BM stimmte der Einschätzung Chňoupeks bezüglich der Außenministerebene für Helsinki zu. Er werde jedenfalls hingehen.

BM kündigte an, nächste Woche Vorschläge für den Besuch Chňoupeks bei uns zu machen. Wir dächten an September, vielleicht auch Ende August, und zwar an ein Treffen an einem schönen Platz.<sup>19</sup> Nachdem Abteilungsleiter Kadnár Rottenburg und dann „die Alpen“ in die Debatte geworfen hatte, und Chňoupek Berchtesgaden für nicht geeignet gehalten hatte, nannte BM als Möglichkeit Bad Reichenhall.<sup>20</sup>

Zu Genf zurückkehrend, betont BM, je stärker man bereit sei, die Offensivwaffen zu beseitigen, desto weniger werde man neue Defensivwaffen brauchen. Vor allem sei es wichtig, das West-Ost-Verhältnis in seiner ganzen Breite zu entwickeln. BM erwähnte dazu seine Rede in Bad Hersfeld.<sup>21</sup> Botschafter Kadnár hatte den Text in seiner Mappe und erklärte, Chňoupek habe Weisung gegeben, alle Artikel und Reden von BM auszuwerten und ihm vorzulegen. Chňoupek erklärte, daß er einen Satz in der Rede von BM für besonders wichtig gefunden habe, nach dem der ABM-Vertrag eingehalten werden müsse, so lange er gelte. In diesem Zusammenhang weise er besonders auf Artikel 4 des Vertrages hin, nach dem Forschung und Entwicklung verboten seien. BM korrigierte, daß die Forschung erlaubt sei, weil ein Verbot auch gar nicht nachprüfbar sei. Er wies auf das Bild von Lord Carrington mit der Brandmauer hin.<sup>22</sup>

<sup>13</sup> Vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 fand in Ottawa das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.

<sup>14</sup> In Bern fand vom 2. April bis 26. Mai 1986 ein KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte statt.

<sup>15</sup> In Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 das KSZE-Kulturforum statt.

<sup>16</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die finnische Verbalnote vom 6. September 1984; Dok. 11, Anm. 19.

<sup>18</sup> Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>19</sup> Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek am 22./23. August 1985 vgl. Dok. 228–231.

<sup>20</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>21</sup> Bundesminister Genscher sprach am 28. April 1985 auf dem Parteitag der hessischen FDP in Bad Hersfeld. Vgl. dazu den Artikel „Genscher warnt vor einem ‚primitiven und emotionalen Antiamerikanismus‘“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. April 1985, S. 2.

<sup>22</sup> Am 3. April 1985 berichtete Vortragender Legationsrat Lang, Boston, NATO-Generalsekretär Lord Carrington habe am Vortrag vor der Harvard University dargelegt: „Alle europäischen Regierungen seien sich einig darüber, daß USA mit SDI-Forschung fortfahren sollten; gegen das Forschungsprogramm gebe es keine europäische Opposition, jedoch Zweifel an der Wirksamkeit der Initiative. Car-

Chňoupek erwähnte, daß Gromyko im Gespräch mit ihm im März<sup>23</sup> in Moskau einen Gedanken erwähnt habe, den jetzt Gorbatschow wiederholt habe, bezüglich der Abgrenzung von Forschung und Anwendung. Bei dem heutigen Niveau könne Forschung 90 % der gesamten Arbeit darstellen.

BM kam auf die humanitären Fragen, ließ eine Härtefall-Liste übergeben und bat insbesondere um Freilassung von Herrn Napp<sup>24</sup>, nachdem ihm bei seinem Besuch in Prag<sup>25</sup> in Aussicht gestellt worden sei, daß nach der Entlassung der Ehefrau über den Mann im Frühjahr gesprochen werden könne. Er setzte sich auch für Javorsky<sup>26</sup> ein und erwähnte die Verwendung des Grünen-Abgeordneten Horáček für diesen. Auf Frage von BM, was diesen Fall so kompliziert für die ČSSR mache, erwiderte Chňoupek, daß es sich um einen Spionagefall handle. Außerdem habe die Verleihung unserer Staatsbürgerschaft die Sache kompliziert. Chňoupek versprach, sich mit der Liste zu befassen und insbesondere den Fall Napp dem Präsidenten<sup>27</sup> unter Bezugnahme auf das Gespräch beim Besuch des BM in Prag erneut vorzulegen. Abschließend gratulierte Chňoupek BM zum Wahlerfolg in Nordrhein-Westfalen<sup>28</sup> und ließ sich die Gründe erläutern.

#### Referat 010, Bd. 178902

##### Fortsetzung Fußnote von Seite 619

ington plädierte für eine Brandmauer („a firebreak“) zwischen Forschung und Stationierung von SDI.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 0000; Referat 201, Bd. 143368.

Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 29. April 1985, Carrington habe in einer Rede am 26. April 1985 in London zu SDI Stellung bezogen: „Er nannte vier Punkte: a) Die Forschung soll weitergehen. b) Dem Schritt von Forschung zu Entwicklung müsse jedoch eine ‚Unterbrechung der Stromzufuhr‘ (power break) vorausgehen, um c) zunächst die politischen und strategischen Implikationen eines solchen Übergangs zur zweiten Phase innerhalb der Allianz diskutieren zu können. d) In jedem Fall sei es gefährlich, die gegenwärtige NATO-Strategie (der Abschreckung) zu unterterminieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 800; Referat 209, Bd. 130027.

<sup>23</sup> Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich anlässlich der Trauerfeier für den am 10. März 1985 verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, in Moskau auf.

<sup>24</sup> Referat 511 notierte am 3. Juli 1984, das Ehepaar Jens-Peter und Irmela Napp sei am 2. Januar 1984 verhaftet worden. Beide seien wegen Fluchthilfe zugunsten einer Familie aus der DDR zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 1558.

<sup>25</sup> Bundesminister Genscher besuchte vom 18. bis 20. Dezember 1984 die ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 347, Dok. 350 und Dok. 354.

<sup>26</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, vermerkte am 11. Juli 1984, Jaroslav Javorsky sei 1978 bei dem Versuch, seine Verlobte in die Bundesrepublik nachzuholen, verhaftet und zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt worden: „Seit 1978 bemüht sich das Auswärtige Amt um seine Entlassung in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Bemühungen werden behindert durch den Umstand, daß Javorsky tschechischer Staatsangehöriger ist.“ Seine Eltern seien 1980 eingebürgert worden und hätten für ihren Sohn ebenfalls einen Einbürgerungsantrag gestellt. Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1684.

<sup>27</sup> Gustáv Husák.

<sup>28</sup> Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai 1985 entfielen 52,1 % der Stimmen auf die SPD, 36,5 % auf die CDU und 6,0 % auf die FDP. Die Grünen verfehlten mit 4,6 % den Einzug in den Landtag.

## 123

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl****204-321.20****15. Mai 1985<sup>1</sup>**Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Staatsbesuch Präsident Reagans in der Bundesrepublik Deutschland  
 vom 1. – 6.5.1985  
 hier: Inneramerikanische Diskussion über das Besuchsprogramm  
 („Bitburgkontroverse“<sup>3</sup>)

**Kurzfassung**

Der Staatsbesuch Präsident Reagans in der Bundesrepublik Deutschland ist in der amerikanischen Berichterstattung stark vom Besuch des Soldatenfriedhofes in Bitburg überlagert worden. Dennoch ist der Besuch insgesamt als Erfolg zu werten. Nach Abschluß der Europareise<sup>4</sup> kann der Aufenthalt in Hambach<sup>5</sup> und das dortige Gespräch mit der Jugend als einer der Höhepunkte, wenn nicht gar der Höhepunkt des Besuchsprogramms gelten.

Die Langzeitwirkungen von Bitburg lassen sich schwer abschätzen. Jedoch ist jetzt schon zu sagen, daß Bitburg einen bedeutsamen Punkt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen markiert. Als Hauptkritiker dieses Programmpunktes traten Teilgruppen der amerikanischen Veteranen und vor allem die amerikanischen Juden auf. Aus den Stellungnahmen der letztgenannten Gruppe ist als besonders bemerkenswert festzuhalten:

- Zurückweisung des Vorwurfs der Kollektivschuld<sup>6</sup>,
- Unterstützung des Versöhnungsgedankens,
- Verurteilung der Ortswahl.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Quelle konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 20. Mai 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer und Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz verfügte.

Hat Schauer am 20. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Studnitz am 21. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95.

<sup>4</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 30. April bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf, besuchte vom 6. bis 8. Mai Spanien, am 8. Mai Frankreich und vom 8. bis 10. Mai 1985 Portugal.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Rede des Bundeskanzlers Kohl am 6. Mai 1985 auf dem Hambacher Schloß; BULLETIN 1985, S. 424 f.

Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 6. Mai 1985 auf dem Hambacher Schloß vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 569–573. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1985, S. 425–428.

<sup>6</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 204 vom 6. Mai 1985 wurde zur Haltung der amerikanischen Kritiker an einem Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg darauf hingewiesen, „daß einer ihrer prominentesten Sprecher, Elie Wiesel, ausdrücklich feststellte, daß es eine deutsche Kollektivschuld nicht gebe“. Vgl. Referat 204, Bd. 135301.

Entschließungen des amerikanischen Repräsentantenhauses und des Senats<sup>7</sup>, mit denen Reagan aufgefordert wurde, seinen Besuch zu überdenken, sind wesentlich auf den Druck der amerikanischen Juden zurückzuführen. Die auf dem Höhepunkt der Senatsdebatte beschworene Gefahr einer nachteiligen Wirkung auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen, sollte der Besuch auf dem Soldatenfriedhof nicht abgesagt werden, dürfte eher gering sein. Nach Abflauen der Diskussion herrscht der Eindruck vor, daß die inneramerikanische Auseinandersetzung mehr innenpolitisch durch die Gegnerschaft zum Präsidenten als durch anti-deutsche Haltungen motiviert war.

Die Diskussion hat deutlich gemacht, daß bei jahrzehntelanger Dauerberiesung mit nationalsozialistischen Themen durch Fernsehen und Film historische Fakten nur sehr ungenau und ausschnittsweise vermittelt worden sind. Bei aller Kritik an Bitburg dürfte für die breite amerikanische Öffentlichkeit klar geworden sein, daß es sich bei der Bundesrepublik Deutschland um einen der wichtigsten Verbündeten der USA handelt. Unsere Öffentlichkeitsarbeit wird sich auf die neue Situation einstellen müssen.

#### Langfassung

1) Der den Bonner Weltwirtschaftsgipfel<sup>8</sup> einrahmende Staatsbesuch Präsident Reagans ist durch die Medienberichterstattung bis zum 5.5. auf den Besuch des Friedhofs in Bitburg verkürzt worden. In der Berichterstattung, die sich seit Ankündigung des Besuchsprogramms durch White-House-Sprecher Speakes am 11.4.85 auf den Programmpunkt „Besuch des Soldatenfriedhofes in Bitburg“ konzentrierte, sind andere Programmpunkte, wie z.B. offizielle Begrüßung, Staatsbankett, Hambach usw., kaum erschienen. Seit dem 5.5. scheint sich jedoch, begünstigt durch ausführliche Live-Berichterstattung der großen Fernsehgesellschaften am Sonntag<sup>9</sup> und den vorherrschenden Tenor der Kommentierung in der Presse am 6.5., ein insgesamt positives Bild vom Besuch durchzusetzen. Die, soweit feststellbar, in allen Medien – zumindest der politischen und wirtschaftlichen Zentren der USA – prominent behandelte „Bitburg-Kontroverse“ legt es nahe, zu fragen, ob sich das Deutschlandbild in den USA nach dem Besuch schlechter darstellt, und damit verknüpft, wie sich der Besuch auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen auswirken könnte. Jede Aussage hierzu

<sup>7</sup> Am 26. April 1985 informierte Botschafter van Well, Washington, darüber, daß der amerikanische Senat am selben Tag einen Resolutionsentwurf einstimmig angenommen habe, „in dem Präsident Reagan aufgefordert wird, seine Besuchsplanung zu überdenken [...]“. Die Urfassung der von Metzenbaum eingebrachten Resolution war sehr viel schärfer formuliert. Sie wurde im Laufe der Bemühungen der Einbringer um Unterstützung auf die jetzige Fassung „abgemildert“. Aus Gesprächen mit Senatoren hielt van Well fest: „Metzenbaum unterstrich den zwischen beiden Ländern bestehenden Geist der Versöhnung, wandte sich aber gegen Ehrenbezeugungen gegenüber der Waffen-SS [...]“. Specter wies darauf hin, daß das Ziel der Reise Versöhnung gewesen sei, aber das Resultat Entzweiung. Schadensbegrenzung sei durch Streichung des Friedhofs Bitburg erforderlich. Cranston forderte Kohl auf, den Präsidenten aus seiner Verpflichtung zu entlassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2137; Referat 204, Bd. 135301.

<sup>8</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>9</sup> Gesandter Wallau, Washington, übermittelte am 6. Mai 1985 folgende Einschätzung: „In der Washington Post befaßt sich ein Artikel von Tom Shales ausführlich mit der Fernsehberichterstattung am gestrigen Tag. Fazit: Reagans Auftritt war meisterlich, während die Networks diesen Standard nicht erreichten. [...] Ziehe man in Betracht, in welche Ecke er gedrängt worden sei, so habe er sich würdig (graceful and dignified) aus der Affäre gezogen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2271; Referat 210, Bd. 132746.

kann allerdings nur vorläufig sein, da die Diskussion mit der tatsächlichen Durchführung des Besuches zwar ihren Höhepunkt erreicht hat, aber andauert und sich vermutlich auf andere Ebenen verlagern wird.

1.1) Es scheint schon jetzt festzustehen, daß Bitburg, ob man schließlich zu einer positiven oder negativen Bewertung kommen wird, einen bedeutsamen Punkt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen markiert. „American-German relations ... will be more difficult – and more honest“ (Baltimore Sun 5.5. 1985). Während der Diskussion in den amerikanischen Medien (TV, Radio, Presse), die dem Besuch des Friedhofs nahezu ausnahmslos kritisch gegenüberstanden, wurden zwei Hauptaussagen gemacht:

- (1) Es würden unnötig alte Wunden aufgerissen.
- (2) Es bedürfe einer Geste der Versöhnung nicht, da die deutsch-amerikanische Freundschaft nicht in Zweifel stehe.

Dabei ist der Hinweis wichtig, daß die Kritik am Besuch des Bitburger Friedhofs bereits mit Vehemenz geäußert wurde, bevor den Besuchsgegnern mit dem Bekanntwerden der Tatsache, daß dort SS-Mitglieder begraben sind, weitere Argumente geliefert wurden. Die Kritik richtete sich jüdischerseits zunächst dagegen, daß im Besuchsprogramm kein Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers, jedoch der eines deutschen Soldatenfriedhofs vorgesehen war. Der kritisch eingestellte Teil der Veteranen, z.B. die „American Legion“, brachte vor, daß nur deutsche Soldaten dort liegen. Später kam die Vermutung auf, SS-Leute, die in Bitburg lägen, seien am Malmedy-Massaker<sup>10</sup> beteiligt gewesen. Der Empörung dieser zwei Kritikergruppen räumten die Medien von Anfang an breiten Raum ein. Im Verlauf der Kontroverse traten jedoch die Stellungnahmen einzelner jüdischer Organisationen immer stärker in den Vordergrund. Deren Argumente wurden schließlich tragend. Ein Grund dafür mag sein, daß sie sich, abgesehen von kleinen, unbedeutenden Splittergruppen, – wenn auch in Nuancen unterschiedlich – in der Verurteilung des Besuchs in Bitburg einig waren. Dies kann man für die Veteranen nicht sagen. Hier gab es auch starke Strömungen für den Besuch, belegt u. a. durch die Teilnahme von US Veteranen an der Zeremonie in Bitburg.

1.2) Die große Betroffenheit der jüdischen Minderheit in den USA war zweifellos ehrlich. Ihre Hauptwortführer waren

- Elie Wiesel, Vorsitzender des US Holocaust Memorial Council, und Mark Talisman, dessen Vizevorsitzender;
- Kenneth Bialkin, Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations<sup>11</sup> (38 Mitglieder);
- Elan Steinberg, Direktor der amerikanischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses;
- Menachem Z. Rosensaft, Vorsitzender des International Network of Children of Holocaust Survivors<sup>12</sup>;

<sup>10</sup> Am 17. Dezember 1944 wurden bei Malmedy mindestens 82 kriegsgefangene amerikanische Soldaten von Angehörigen der Waffen-SS ermordet.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „President's Conference of Major American Jewish Organizations“.

<sup>12</sup> Generalkonsul Sympher, New York, teilte am 25. April 1985 mit, der Vorsitzende des International Network of Children of Jewish Holocaust Survivors, Rosensaft, habe um Übermittlung folgender

– Israel Singer und Elan Steinberg, Vertreter des World Jewish Congress<sup>13</sup>.

Die Hauptsorge dieser Gruppen war die, daß mit Bitburg die Rehabilitierung von NS-Verbrechen eingeleitet werden könnte.

Bemerkenswert ist, daß die Stellungnahmen dieser Gruppen, teilweise mit großer Deutlichkeit, eine Zurückweisung des Vorwurfs der Kollektivschuld enthielten. Der Versöhnungsgedanke wurde unterstützt. Nicht akzeptieren konnten diese Gruppen jedoch den Ort, an dem Versöhnung demonstriert werden sollte, weil der Friedhof an die deutsche NS-Zeit erinnerte, mit der es keine Versöhnung geben könne. Gegen die Art der Inszenierung der Versöhnungsgeste wandten sich im übrigen auch Arie Brouwer, der Generalsekretär des Nationalen Rates der Kirchen, sowie der Vorsitzende des Sekretariats für katholisch-jüdische Beziehungen bei der katholischen Bischofskonferenz in USA.<sup>14</sup>

1.3) Der Besuch des Friedhofs in Bitburg stieß auch in beiden Häusern des US-Kongresses auf Ablehnung. Der Senat verabschiedete am 26.4. einstimmig eine schließlich von 82 Senatoren miteingebrachte Resolution, in der Reagan aufgefordert wurde, sein Besuchsprogramm zu überdenken. Am 25.4. war ein von 261 Abgeordneten unterzeichneter Brief an den Bundeskanzler gesandt worden, in dem dieser gebeten wurde, den Besuch in Bitburg fallenzulassen.<sup>15</sup> Schließ-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 623*

Erklärung an die Bundesregierung gebeten: „1) Die Vereinigung wolle klarstellen, daß sich ihr Protest nicht gegen die Ehrung des Andenkens gefallener deutscher Soldaten des Zweiten Weltkrieges richte. Auch die mögliche NS-Vergangenheit [...] der Toten spiele in dem Zusammenhang keine Rolle. Der Protest richte sich allein dagegen, daß die Ehrung an einer Stätte stattfinden solle, die durch das Vorhandensein der Gräber von SS-Angehörigen an die SS erinnere. Dieser Gedanke sei unerträglich. 2) Sollte es bei Bitburg bleiben, beabsichtige die Vereinigung – außerhalb des Friedhofs, z. B. an einer Zufahrtsstraße, aber so, daß Reagan es sehen könne –, eine gewaltfreie und nichtdestruktive Protestdemonstration durchzuführen. Die Vereinigung werde sich dabei allen Sicherheitsauflagen der deutschen Behörden fügen, auch hinsichtlich der Zahl der Teilnehmer“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 209; Referat 204, Bd. 135301.

<sup>13</sup> Botschafter van Well, Washington, resümierte am 24. April 1985 ein Gespräch mit den Vertretern des Jüdischen Weltkongresses, Singer und Steinberg, vom Vortag: „Zentrales Anliegen war, mir mitzuteilen, daß Leitungsebene des World Jewish Congress wie die Leitungsebene anderer uns wohlgesonnener amerikanisch-jüdischer Organisationen nicht mehr wisse, wie sie auf die innenpolitische Kontroverse um den Besuch Präsident Reagans auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg reagieren solle. [...] Singer unterrichtete mich ferner, daß der Black Caucus des Repräsentantenhauses sowie die Bischofskonferenz beider Kirchen Verlautbarungen vorbereitet hätten, in denen der Präsident gedrängt werde, von dem Besuch [...] Abstand zu nehmen. Er teilte mir auch noch mit, Senator Edward Kennedy plane, während des Bitburg-Besuchs eine ‚Wache‘ (vigil) vor dem Weißen Haus zu halten, schließlich: Er habe Botschafter Arthur Burns und dessen Frau in Bergen-Belsen völlig gebrochen angetroffen. Burns habe seit 20 Tagen nicht mehr geschlafen, seine Frau habe mehrfach geweint.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2061; Referat 204, Bd. 135301.

<sup>14</sup> Am 24. April 1985 informierte Botschafter van Well, Washington: „Der Generalsekretär des Nationalen Rates der Kirchen, Arie Brouwer, hat im Telegramm an den Präsidenten die Mißbilligung zum Friedhofsbesuch ausgesprochen und gebeten, davon abzusehen. [...] Dr. Eugene Fisher, der Vorsitzende des Sekretariats für katholisch-jüdische Beziehungen bei der katholischen Bischofskonferenz hat angekündigt, er werde an der Feier in Bergen-Belsen mit dem Präsidenten teilnehmen, und sich gegen einen Bitburg-Besuch ausgesprochen.“ Vgl. Drahtbericht Nr. 2051; Referat 204, Bd. 135297.

<sup>15</sup> Am 25. April 1985 übermittelte Botschafter van Well, Washington, ein Schreiben amerikanischer Kongreßabgeordneter an Bundeskanzler Kohl. Dazu teilte er mit: „Das Mitglied des Repräsentantenhauses Robert Mrazek (D[emocrats]-N[ew]Y[ork]) überreichte mir heute einen Brief an den Bundeskanzler [...]. Mrazek begründete seinen Schritt mit der großen Sorge, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen durch den Besuch des Friedhofs Bitburg und vor allem die Behandlung dieses Besuches durch die amerikanische Presse ernsthaft belastet werden. Es ginge hier nicht mehr um den Charakter der Waffen-SS. Wir hätten es nicht mehr mit Tatsachen, sondern mit Symbolen zu tun. Der ursprüngliche Wunsch, Versöhnung zu demonstrieren, werde in das Gegenteil verkehrt wer-



lich wurde am 30.4. eine Resolution im Repräsentantenhaus mit 390 gegen 26 Stimmen angenommen, mit der Reagan ähnlich der Senatsresolution gebeten wurde, seinen Besuch zu überdenken. Während und nach der Debatte über die Senatsresolution ließen die Senatoren Specter und noch stärker Cranston mit Äußerungen aufmerken, daß ein Festhalten am Bitburg-Besuch den deutsch-amerikanischen Beziehungen schaden könne. Die Bemerkungen, der Senat habe bei außenpolitischen Entscheidungen große Macht und werde Bitburg nicht vergessen, mußten in der Bundesrepublik als unverhüllte Drohungen gewertet werden.

Sowohl Senat als auch Repräsentantenhaus scheinen jedoch mit Resolution bzw. Brief ihren Punkt gemacht zu haben und sich nun wieder anderen Themen, wie z.B. dem Bundeshaushalt, zuzuwenden. (Senator Specter am 6.5. in ABC-Abendnachrichten: „It is over, let us forget about it now and get along.“) Daß mit dem Hinweis auf Bitburg später einmal konkrete Maßnahmen gegen die Bundesrepublik eher durchsetzbar würden oder Unterstützung versagt werden könnte, erscheint wenig wahrscheinlich. Doch auch dies hängt von der Langzeitwirkung des Besuchs ab.

Neben der Bundesebene blieben ähnlich lautende Resolutionen auf Einzelstaats-, Kreis- und Stadtebene, wie z.B. die im kalifornischen Senat und im Stadtrat von Los Angeles sowie im Massachusetts House of Representatives, die Ausnahme. Eine Frage nach den Beweggründen für die breite politische Unterstützung der ablehnenden Haltung zum Programmpunkt Bitburg müßte eine besonders facettenreiche Antwort haben. Hier haben sicherlich wahltaktische Motive (eigene Wiederwahl) ebenso eine Rolle gespielt wie die Opposition zum Präsidenten und die Entrüstung über eine Ortswahl, die als „moralisch nicht zu rechtfertigen“ empfunden wurde.

1.4) Die Opposition zum Präsidenten wird für einige Presseorgane einer der entscheidenden Gründe gewesen sein, warum sie dem Thema besondere Aufmerksamkeit widmeten. Die dem demokratischen Flügel zuzurechnende Ostküstenpresse, die von den dort ansässigen Juden besonders geprägt ist, allen voran die „New York Times“ und die „Washington Post“, sah die willkommene Gelegenheit, nach der Abstimmungsniederlage des Präsidenten in der von ihm engagiert vertretenen Nicaragua-Frage<sup>16</sup> über eine weitere Schlappe zu berichten und die „Teflon-Beschichtung“ Reagans, an der bisher alle Angriffe abgeglitten waren, mit einigen Kratzern zu versehen. Der „Bitburg Blunder“ wurde aber auch von anderen Teilen der Zentral-Presse, inkl. der Magazine „Time“, „Newsweek“ und „U.S. News and World Report“, als Beleg für das angeschlagene Image des Präsidenten angeführt. Allerdings verstärkten sich mit Näherrücken des Besuchszeitpunkts Tendenzen, den Bundeskanzler für die als mißglückt bezeich-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 624*

den. Man könne auch nicht mehr hoffen, die amerikanische Sicht (perception) zu ändern. Eine Aufklärung über den Unterschied zwischen Waffen-SS und Allgemeiner SS werde hier nicht verstanden.“ Vgl. Drahtbericht Nr. 2106; Referat 204, Bd. 135297.

- <sup>16</sup> Referat 331 hielt am 24. April 1985 fest: „Am 23. April hat der Kongreß eine erste Abstimmung über 14 Mio. Dollar ‚verdeckte Hilfe‘ an die ‚Contras‘ in Nicaragua durchgeführt. Nachdem sich dabei eine Niederlage der Administration abzeichnete, hat Präsident Reagan vorgeschlagen, diese Mittel zunächst nur für humanitäre Zwecke freizugeben. Dennoch kam es nur im Senat zu einer knappen Mehrheit, während die Regierung im Repräsentantenhaus mit 180:232 Stimmen unterlag. Damit wird ein Vermittlungsverfahren im Kongreß notwendig.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146660.

nete Programmplanung verantwortlich zu machen. Damit mußte Reagan etwas aus der Schußlinie geraten. In der Regionalpresse außerhalb der jüdischen Bevölkerungszentren wurde hingegen weder die Europareise Reagans noch der Programmpunkt Bitburg besonders beachtet. Das generelle Desinteresse an außenpolitischen Belangen im amerikanischen Hinterland hat es begünstigt, daß Bitburg in der dortigen Presse nicht zum alles überdeckenden Thema wurde.

Eine der für Reagans künftiges Image wichtigsten Fragen dürfte die sein, ob das Festhalten am einmal gefaßten Entschluß als Durchhaltevermögen und Stärke oder als Uneinsichtigkeit, Altersstarrsinn und Gleichgültigkeit gewertet werden wird.

1.5) Neben der Medienberichterstattung, also der veröffentlichten Meinung, ist die öffentliche Meinung von Interesse für die Frage nach dem jetzigen Deutschlandbild in den USA. Hierbei ist interessant, daß, trotz einheitlicher Ablehnung des Bitburg-Besuchs in den Medien, die öffentliche Meinung – soweit an Reaktionen gegenüber unseren Vertretungen, an Umfragereaktionen von Radiostationen usw. ablesbar – dem Besuch des Friedhofs nicht mehrheitlich ablehnend gegenüberstand. Auch die nach wochenlanger, einseitig kritischer Medienkampagne durchgeführten Meinungsumfragen, z. B. der Washington Post und von ABC, brachten keinen überzeugenden Beweis für eine auch nur annähernde Deckungsgleichheit von öffentlicher und veröffentlichter Meinung. New York Times und CBS-Umfragen nach dem Bitburg-Besuch ergaben 41%ige Zustimmung und 41%ige Ablehnung. Dies belegt wissenschaftliche Erkenntnisse von der Starrheit der öffentlichen Meinung, die – wenigsten kurzfristig – nur gering durch Medien beeinflussbar scheint.

1.6) In der gesamten öffentlichen Diskussion zeigte sich eine Unfähigkeit, geschichtliche Tatsachen objektiv und differenziert zu sehen.

Deutlich wird dies z. B. an der Gleichsetzung von Wehrmacht und SS. Der Gebrauch von Nazi in allen möglichen militärischen Begriffen – „Nazi soldiers, Nazi troops, Nazi SS Waffen (sic!)“ usw. – bei der Diskussion aktueller deutscher Fragen deutete auf die mangelnde Trennschärfe zwischen der NS-Zeit und der Bundesrepublik hin. Dies ist zweifellos eine Folge der jahrzehntelangen Berieselung des amerikanischen Kino- und vor allem Fernsehpublikums mit zum Teil billigsten Machwerken über die NS-Zeit, mit denen kaum genaue geschichtliche Kenntnisse vermittelt wurden. Unsere Öffentlichkeitsarbeit kann dagegen nicht anarbeiten. Sie könnte nur durch – eine nicht zu praktizierende – Beeinflussung der Produktion selbst und der Programmgestaltung hier Änderungen bewirken.

1.7) In der Kritik an der Besuchsvorbereitung wurde darauf hingewiesen, daß man die unterschiedliche Bedeutung von Symbolen in unseren beiden Gesellschaften nicht erkannt hätte. So hat die Kranzniederlegung auf einem amerikanischen Soldatenfriedhof den Charakter einer Heldenenehrung – eine Form des Gedenkens, die bei uns, spätestens seit dem II. Weltkrieg, nicht mehr im Vordergrund steht.<sup>17</sup> Diese unterschiedliche Symbolik mußte, wie verschiedentlich

<sup>17</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete die Passage: „So hat die Kranzniederlegung auf einem amerikanischen Soldatenfriedhof den Charakter einer Heldenverehrung. Für den Amerikaner gibt es

geäußert wird, zum Mißverständnis und zu Verstimmungen führen. Insbesondere einige Veteranengruppen konnten nicht verstehen, warum sie Soldaten ehren sollten, die ihre Kameraden „abgeschlachtet“ hatten. Unsere Bemühungen hier zur Differenzierung der Meinungen beizutragen, z.B. das Schreiben des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag an einige US-Senatoren<sup>18</sup>, haben wenig genutzt, eher geschadet.

2) Der Besuch des Soldatenfriedhofs in Bitburg hat – mit den oben geäußerten Vorbehalten hinsichtlich der Aussagefähigkeit einer Bewertung so kurze Zeit danach – weder dem Deutschlandbild in den USA noch den deutsch-amerikanischen Beziehungen bleibenden Schaden zugefügt. Allerdings sind Veränderungen in der Qualität der Beziehungen und in der Art und Weise, wie die Amerikaner die Deutschen sehen, nicht auszuschließen. Die Irritationen, die durch die Beibehaltung des Programmpunktes Bitburg gegen massiven inneramerikanischen Widerstand bei uns ohnehin kritisch gegenüberstehenden amerikanischen Zeitgenossen hervorgerufen wurden, könnten dazu führen, daß diese Gruppe die Bundesrepublik noch genauer beobachtet als bisher. Sollten, auch nur andeutungsweise, Entwicklungen auftreten, die ihre Sorge bestätigen, mit dem Friedhofsbesuch sei der erste Schritt beispielsweise zu einem Reinwaschen der NS-Verbrechen getan worden, wird das Thema mit dem Stichwort Bitburg sofort wieder in aller Munde sein. Es ist denkbar, daß Bitburg – gefördert durch die von Aktionen, nicht von Worten lebende Berichterstattung im Medium Fernsehen – in Erinnerung gehalten werden kann durch den Hinweis darauf, daß Reagan den Bundeskanzler dorthin begleitete, nicht durch das, was er vorher in Bergen-Belsen<sup>19</sup> und nachher auf dem Luftwaffenstützpunkt<sup>20</sup> sagte. Dennoch ist im Hinblick darauf, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik der oben genannten Befürchtung keine Nahrung geben wird, Optimismus angebracht. Dafür gibt es folgende Gründe:

- Der Gesamtbesuch des Präsidenten hat durch den Besuch in Bitburg in weiten Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit eine Beachtung gefunden, die er mit weniger kontroverser Programm nie gehabt hätte. Dabei ist ungeachtet aller Kritik anerkannt worden, mit welcher würdevoller Haltung der Präsident das Programm absolviert hat. Seine Reden in Bergen-Belsen und Bitburg haben die amerikanische Öffentlichkeit nicht unbeeindruckt gelassen. Durch die ungewohnt intensive Berichterstattung über den Deutschlandbesuch ist auch die Erkenntnis vermittelt worden, daß es sich bei der Bundesrepublik um einen der wichtigsten amerikanischen Verbündeten handelt. Bekannt-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 626*

nur den ehrenvollen Tod fürs Vaterland, während uns, spätestens seit dem II. Weltkrieg, diese Auffassung fremd ist. Wir trauern um die Toten.“

18 Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger richtete im April 1985 einen Brief an die 53 amerikanischen Senatoren, die Präsident Reagan aufgefordert hatten, auf den beabsichtigten Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg zu verzichten. Vgl. den Artikel „Dregger dankt dem amerikanischen Präsidenten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. April 1985, S. 1.

19 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 bei einer Gedenkveranstaltung im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 564f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 301f.

20 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Luftwaffenstützpunkt in Bitburg vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 565–568. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 303–306.

lich ist in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit keine unserem Bewußtsein vom engen Verhältnis zu den USA analoge Überzeugung vorhanden.

- Mit der in der Presse nachvollzogenen Zurückweisung von Kollektivschuld durch prominente jüdische Sprecher und deren Bekenntnis zur Versöhnung sind Begriffe in die breitere Öffentlichkeit getragen worden, die vorher nur in kleinerem Kreis diskutiert wurden.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit sollte behutsam versuchen, aus beidem Nutzen zu ziehen.<sup>21</sup>

Braunmühl

Referat 204, Bd. 135301

## 124

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

214-321.00 POL

15. Mai 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung (Ziffer 7)

Betr.: Polen-Politik 1985

Anlg.: 1<sup>4</sup>

1) Die polnischen Veranstaltungen aus Anlaß des 40. Jahrestages der deutschen Kapitulation erbrachten erneut Vorwürfe des angeblichen „Wiedererscheinens revanchistischer Kräfte“ (Staatsratsvorsitzender Jabłoński, Warschau, 9. Mai) sowie des „Revisionismus“ und „großgermanischer Aspirationen in Bonn“ (MP Jaruzelski in Breslau, 7. Mai<sup>5</sup>). Diese Vorwürfe zielen im Kern auf eine uns von polnischer Seite unterstellte Infragestellung der territorialen Entwicklung

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 21. Mai 1985 vorgelegen, der Ministerialdirektor Edler von Braunmühl um Rücksprache bat.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „Terminübersicht 1985“ vgl. Referat 214, Bd. 133040.

<sup>5</sup> Gesandter Graf von Brühl, Warschau, übermittelte am 8. Mai 1985 Auszüge aus der Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski vom Vortag: „Der deutsche Imperialismus hat uns immer – durch seine ganze Geschichte hindurch – unermessliches Leid zugefügt. Er ist und bleibt der unversöhnliche Feind Polens. [...] Wir lassen uns jedoch immer vom Klassenbewußtsein und vom marxistischen Denken leiten. Wir behaupten ja nicht, daß das Deutschtum ein Synonym des Bösen sei. Dieses fleißige, begabte Volk hat in der europäischen Wissenschaft und Kultur dauerhafte und universelle Werte eingebracht. [...] Es war die Wiege der Arbeiterbewegung. Hochachtung verdient die Haltung der deutschen Kommunisten und Antifaschisten. Sie waren die Ersten, die der Hitlertyrannie zum Opfer fielen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 625; Referat 214, Bd. 133040.

in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, d.h. insbesondere der – wie in Polen interpretiert – „Wiedergewinnung der polnischen West- und Nordgebiete“.

Die bereits im Vorjahr begonnene Kampagne zum 40. Jahrestag nährte sich sowohl aus Moskauer Vorgaben als auch aus emotional befrachteten national-polnischen Motivationen, nicht zuletzt aus dem Bestreben der Regierung, die Kluft zum Volk patriotisch zu überbrücken.

Dennoch dürfte die Kampagne mit ihrem Höhepunkt vorerst auch einen gewissen Schlußpunkt gefunden haben, auch wenn belastende Rückfälle nicht auszuschließen sind.

Für eine Zäsur spricht, daß bereits seit Februar 1985 eine gewisse Beruhigung der Polemik eingetreten war und man sich in Warschau stärker auf aktuelle Interessen im Verhältnis zu uns – „neue Kredite“ – konzentrierte.

Zu dieser Beruhigung hatten die Regierungserklärung zur Lage der Nation<sup>6</sup>, Ihre öffentlichen Erklärungen<sup>7</sup>, Ihre Gespräche in Warschau<sup>8</sup>, das Gespräch des Bundeskanzlers mit General Jaruzelski in Moskau<sup>9</sup> und die sich in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 6. Februar<sup>10</sup> abzeichnende parlamentarische Gemeinsamkeit hinsichtlich unserer Politik gegenüber Polen beigetragen.

2) Für 1985 bereits feststehende und in Aussicht genommene bilaterale Termine – vgl. anliegende Übersicht – mit Kulminationspunkt 15. Jahrestag des Warschauer Vertrages<sup>11</sup> – eröffnen weitere Möglichkeiten, unsere Politik gegenüber der Volksrepublik Polen im Sinn der Verständigung der Regierungen und Versöhnung der Völker zu intensivieren.<sup>12</sup>

3) Hierbei ist besonders im Auge zu behalten, daß

- für die polnische Seite sensible Themen und Anlässe (Vertriebenentreffen, insbes. Schlesiertreffen 14.–16. Juni<sup>13</sup>) in einer Weise gestaltet werden, die der Verständigung dienen;

<sup>6</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 27. Februar 1985 vgl. Dok. 54, Anm. 7.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Genscher vom 27. Februar 1985; Dok. 57, Anm. 14.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 6. März 1985 in Polen vgl. Dok. 56 und Dok. 57.

<sup>9</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Jaruzelski am 13. März 1985 vgl. Dok. 67, Anm. 12.

<sup>10</sup> Zur Diskussion über die Polen-Politik der Bundesregierung am 6. Februar 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 8797–8827.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterheld vermerkte am 27. Juni 1985: „Die polnische Seite hat verschiedentlich Interesse an einer besonderen Würdigung des 15. Jahrestages der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages (7.12.1970) erkennen lassen [...]. Gegenüber RL 214 erweckte Botschafter Olechowski am 24.5. den Eindruck, daß die polnischen Planungen praktisch bereits festliegen. Sie laufen – in Quintessenz – nicht auf gemeinsames Gedenken der beiden Staaten und Regierungen, sondern auf getrennte Veranstaltungen hinaus, zu denen man polnischerseits Persönlichkeiten unserer Opposition einlädt. Zur Hauptveranstaltung – Sondersitzung des Sejm – ist bereits BK a.D. Brandt als Redner vorgesehen (er besucht Polen vom 6. bis 9.12.1985).“ Vgl. Referat 214, Bd. 133040.

<sup>13</sup> Zur Diskussion um das Motto des Deutschlandtreffens der Schlesier vom 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover vgl. Dok. 18, Anm. 14.

- die polnische Seite die Bedeutung der geplanten Polenbesuche prominenter CDU/CSU-Politiker (Ministerpräsident Späth<sup>14</sup>, Vorsitzender CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Dregger<sup>15</sup>, und MdB-Delegation unter Leitung von MdB Hornhues) für die Kräftigung der unter unseren Parteien bestehenden Gemeinsamkeit hinsichtlich Polens erkennt;
- die Würdigung insbesondere des 15. Jahrestages des Warschauer Vertrages nicht der Opposition im Deutschen Bundestag allein überlassen wird (Rede Bundeskanzler a.D. Brandt in Warschau am 7. Dezember<sup>16</sup>, erwogene Verbindung deutsch-polnischen Forums in Krakau<sup>17</sup> mit Brandt-Besuch);
- die Einheit unserer Polenpolitik durch Fortschritte auf allen Gebieten (politisch, wirtschaftlich, kulturell, humanitär) unterstrichen wird und
- Chancen einer konzeptionellen Fortentwicklung unserer Politik genutzt werden (BM in Loccum<sup>18</sup>).

4) Unerläßliche Vorbedingung für eine Entwicklung ist ferner die Erkenntnis auf polnischer Seite, daß ihre Bevorzugung von Teilgebieten (Wirtschaft) nicht zu den von ihr erwünschten Fortschritten führen wird und daß sie auch unseren Interessen Rechnung tragen muß.

5) Unsere Interessen bestehen in

- Planung Ihres offiziellen Besuches als nächstes Ereignis hochrangigen politischen Dialogs, das nicht durch Ersatzkonstruktionen (Zwischenlandung AM Olszowski in Bonn) verzögert oder durch einseitige Vorbedingungen wie im Falle AM Tindemans vereitelt werden darf;
- Fortführung der Ausreisen (136000 vorliegende Ausreiseanträge) trotz der von MP Jaruzelski am 7. Mai öffentlich verkündeten Auffassung, daß Polen „alle internationalen Verpflichtungen ... mehr als erfüllt“ hat und „das Problem einer nationalen deutschen Minderheit in Polen endgültig zu bestehen aufgehört hat“.<sup>19</sup> Unterstützung der kulturellen Identität der in Polen verbleibenden Bürger „unbestreitbar deutscher Volkszugehörigkeit“;

<sup>14</sup> Ministerpräsident Späth hielt sich vom 9. bis 12. Juni 1985 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 160.

<sup>15</sup> Zur Frage einer Reise des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger nach Polen vgl. Dok. 161.

<sup>16</sup> Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt vom 6. bis 9. Dezember 1985 in Polen vgl. Dok. 330.

<sup>17</sup> Das Deutsch-Polnische Forum trat vom 21. bis 24. November 1985 in Warschau zusammen.

<sup>18</sup> In der Akademie Loccum fand vom 20. bis 22. September 1985 eine Tagung zum 20. Jahrestag der Denkschrift der Evangelischen Kirchen Deutschlands über „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ vom 1. Oktober 1965 statt. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 20. September 1985; Dok. 253.

<sup>19</sup> Am 8. Mai 1985 übermittelte Gesandter Graf von Brühl, Warschau, einen Auszug aus der Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski am Vortag in Breslau: „Im Mai 1945 war in den von Polen wiedergewonnenen Gebieten nur noch jeder dritte Einwohner verblieben, die einst hier gewohnt haben. Im Einklang mit den Potsdamer Beschlüssen wurde die Umsiedlung der restlichen deutschen Bevölkerung vollzogen. Übererfüllt haben wir alle internationalen Verpflichtungen aus dem Bereich der Repatriierung und Zusammenführung von Familien, die durch den Krieg getrennt waren. [...] Wir haben damals verstanden und verstehen auch heute, daß die Notwendigkeit, die Heimat zu verlassen, für viele Deutsche ein schweres Erlebnis war. Manchmal war dies mit verständlichem menschlichem Leid verbunden. Niemand hat jedoch das Recht, dies mit der beispiellosen Hölle zu vergleichen, die unser Volk durchgemacht hat. [...] Wir waren es, die der biologischen Vernichtung ins Auge blickten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 625; Referat 214, Bd. 133040.

- korrekte Aushandlung und Abwicklung der multi- und bilateralen Umschuldungen als Voraussetzung für Entwicklung Wirtschaftsbeziehungen einschließlich der Frage neuer Kredite<sup>20</sup>, die auch in politischem Gesamtzusammenhang gesehen werden muß, zu dem auch Erfüllung eingegangener Verpflichtungen gehört (ohne direktes Junktim);
  - Verstärkung – nicht Beeinträchtigung – von Kontakten, Besuchsreisen und Hilfsprojekten privater Bürger und Organisationen (insbesondere Kirchen und Jugend);
  - einer innenpolitischen Entwicklung in Polen, die die Stärkung der westlich-polnischen Beziehungen auch unter KSZE-Gesichtspunkten ermöglicht und zum Abbau der Spannungen in den amerikanisch-polnischen bzw. französisch-polnischen Beziehungen beiträgt. Dies ist besonders wichtig für die amerikanisch-polnischen Beziehungen, die sich auf einem Tiefpunkt befinden; sie können Bemühungen um eine Öffnung Polens zum Westen beeinträchtigen.
- 6) Polnische Interessen liegen in
- der Erlangung wirtschaftlicher Vorteile von uns und anderen westlichen Ländern ohne politisches Entgegenkommen (letzteres auch mit Rücksicht auf die UdSSR);
  - dem Zurückdrängen westlicher Einflüsse auf die polnische Gesellschaft, gerade auch bei offiziellen westlichen Besuchern;
  - der Aufrechterhaltung eines westlichen Bedrohungsbildes, um die Bevölkerung hinter die polnische Führung zu bringen.
- 7) Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, als nächste operative Schritte
- dem Bundeskanzleramt Beiträge für die Rede des Bundeskanzlers auf dem Schlesiertreffen in Hannover<sup>21</sup> (14. – 16. Juni) anzubieten;
  - die Option der Eröffnung des deutsch-polnischen Forums in Krakau durch Sie und AM Olszowski aufrechtzuerhalten (ohne daß wir uns auf diesen Termin für BM-Besuch festlegen, bevor Modalitätenfrage geklärt ist).

Braunmühl

**Referat 214, Bd. 133040**

<sup>20</sup> Zur Umschuldung Polens und zur Gewährung neuer Kredite vgl. Dok. 56, Anm. 17, 18 und 34.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 16. Juni 1985 auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover vgl. BULLETIN 1985, S. 577–583.

## 125

# **Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann**

222-370.45-879/85 VS-vertraulich  
201-363.52-732/85 VS-vertraulich

15. Mai 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung

Betr.: Amerikanisches Programm zur Modernisierung chemischer Waffen  
(Produktion binärer CW)<sup>4</sup>

Bezug: Bitte des BM um Sachdarstellung auf DB Nr. 682 aus Genf vom  
12.4.1985 – Pol 370.45 VS-v (Anlage)<sup>5</sup>

Anlg.: 1

Der amerikanische Kongreß wird im Juni 1985 erneut über die von der Administration beantragten Mittel zur Modernisierung chemischer Waffen (Binärwaffen-Programm) entscheiden. Es ist bisher ungewiß, wie die Entscheidung ausfallen wird. Im folgenden werden die Hintergründe und die möglichen Auswirkungen einer positiven Entscheidung des Kongresses dargestellt:

## I. Politisch-strategische Aspekte

1) Die US-Regierung war in den letzten Jahren fortgesetzt darum bemüht, ein CW-Modernisierungsprogramm durchzusetzen. Die wiederholt beantragten Haushaltsmittel für eine Modernisierung des vorhandenen CW-Potentials der US-Streitkräfte sind jedoch bislang vom Kongreß nicht bewilligt worden. Für

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Erck und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 29. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 222 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 3. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Erck am 5. Juni 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Adamek unterrichtet über Billigung BM.“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 28. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 1. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Modernisierung des amerikanischen Chemiewaffenpotentials vgl. Dok. 77, Anm. 11.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Botschafter Wegener, Genf (CD), informierte über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium: „Welch teilte mit, daß das amerikanische CW-Modernisierungsprogramm schon sehr bald die parlamentarischen Hürden überwinden werde, weil angesichts der fortschreitenden Proliferation chemischer Waffen, der wachsenden CW-Bedrohung durch die SU und der Einsicht in die Aussichtslosigkeit von CW-Verhandlungen in Genf ein Umdenkungsprozeß im Senat und Repräsentantenhaus eingesetzt habe. [...] Welch führte aus, daß die USA mit einer erheblichen Propagandaaktivität der sozialistischen Länder gegen die Modernisierung des amerikanischen CW-Potentials rechneten. Es sei in diesem Zusammenhang besonders wichtig, wenn Partner der USA Überlegungen anstellten, wie amerikanisches Modernisierungsprogramm unter rüstungskontrollpolitischen Aspekten positiv dargestellt werden könnte.“ Bundesminister Genscher erbat handschriftlich eine „Sachdarstellung“ zu dem Hinweis von Welch: „An eine Dislozierung neuer binärer chemischer Waffen in der Bundesrepublik sei nicht gedacht“. Vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.



das Haushaltsjahr 1986 wurden Mittel in Höhe von 174 Mio. US-Dollar zur Aufnahme der CW-Produktion beantragt.

2) Innerhalb des Bündnisses verfügen nur die USA über ein begrenztes chemisches Abschreckungspotential, von dem ein geringer Teil (schon seit den fünfziger Jahren) in D gelagert ist. Die USA hatten 1969 die weitere Produktion chemischer Kampfstoffe eingestellt<sup>6</sup> und seither nicht wiederaufgenommen.

3) Eine im Auftrag der US-Armee durch den National Research Council durchgeführte Untersuchung von CW-Lagerstätten in den USA Ende 1984 hat u. a. ergeben, daß etwa 90 % des amerikanischen CW-Bestandes geringen oder keinen militärischen Wert hat und zerstört werden sollte. Nach Angaben der US-Regierung befindet sich außerhalb der USA hingegen nur verwendbare CW-Munition, deren Lagersicherheit nicht in Frage gestellt sei. Wegen deren Alters sei jedoch mit einer abnehmenden Verwendbarkeit zu rechnen. Die gegenwärtig im Arsenal der USA befindlichen CW könnten demnach die Aufgabe, den WP vom CW-Einsatz verlässlich abzuschrecken, nicht oder doch nicht mehr lange erfüllen. Bei der derzeit noch verwendbaren Munition handelt es sich vor allem um Artilleriemunition mit langanhaltender Kampfstoffwirkung und einer Reichweite von 14 bis 18 km.

4) Die US-Regierung dringt daher darauf, ihr CW-Potential auf binäre Munition umzustellen, deren Vorteil gerade auch in größerer Sicherheit besonders für den Fall ihrer Handhabung liege. Binäre CW bestehen aus zwei schwach-toxischen Substanzen, die sich erst beim Einsatz zu einem CW-Kampfstoff verbinden. Parallel zur Umstellung sollen die bisherigen veralteten CW-Bestände sukzessiv vernichtet werden. Konkrete Modernisierungspläne der US-Regierung beziehen sich auf

- eine für den Einsatz in der Tiefe des Gegners geeignete Bombe mit lang andauernder Kampfstoffwirkung sowie
- eine für den Fronteinsatz geeignete Artilleriegranate mit flüchtigem Kampfstoff.

Nach amerikanischen Angaben würden im Rahmen einer Modernisierung frühestens 1988 die ersten neuen CW verfügbar sein, falls der Kongreß die notwendigen Mittel in diesem Jahr bewilligt.

5) Auf Anregung des US-Repräsentantenhauses hat Präsident Reagan Anfang 1985 die „Chemical Warfare Review Commission“ eingesetzt, die die Aufgabe hat,

- die Notwendigkeit der Beibehaltung eines bestimmten Bestands von CW für einen eventuellen Gegenschlag,
- die Angemessenheit des gegenwärtigen amerikanischen CW-Bestands und
- die Frage der Produktion neuer binärer CW

<sup>6</sup> Nach einer Überprüfung der amerikanischen Politik auf dem Gebiet der biologischen und chemischen Waffen durch den Nationalen Sicherheitsrat bat Präsident Nixon am 25. November 1969 den amerikanischen Senat um Ratifizierung des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Krieg. Ferner erklärte er, auf die Anwendung biologischer sowie auf den Ersteinsatz von chemischen Waffen zu verzichten. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1969, S. 969 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 134 f.

zu prüfen. Die Kommission hat sich vor dem Verteidigungsausschuß des US-Senats Anfang Mai 1985 für eine Modernisierung sowie die Vernichtung des gegenwärtigen CW-Potentials der USA ausgesprochen.

6) Die US-Regierung hat erhebliches Interesse daran, für die innenpolitische Auseinandersetzung im US-Kongreß in der Frage der CW-Modernisierung sich der Unterstützung ihrer Bündnispartner zu versichern. Einen jüngsten Versuch in dieser Richtung haben die USA in Brüssel unternommen, wo sie bei den Beratungen des Bündnisses über die Initiative zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit auf der Behandlung auch der chemischen Kampfführung bestehen. Dies lehnen wir ab.<sup>7</sup>

## II. Rüstungskontrollpolitische Aspekte

1) Eine positive Entscheidung des Kongresses könnte Auswirkungen auf die Genfer CW-Verhandlungen und auf das allgemeine rüstungskontrollpolitische Klima haben. Die SU und die anderen WP-Staaten haben im CD- und VN-Rahmen immer wieder vor der möglichen Produktion binärer Waffen in den USA gewarnt und deutlich gemacht, daß ein solcher Schritt Auswirkungen auf die rüstungskontrollpolitische Lage haben müsse. Es wurde jedoch nie klargestellt, welcher Art diese Auswirkungen sein können. Deutlich ist aber, daß die SU eine Entscheidung für die Produktion binärer Waffen in den USA nicht ohne propagandistische Gegenreaktion hinnehmen kann. Diese könnte in einer verstärkten Schuldzuweisung an die USA wegen der Situation der Genfer CW-Verhandlungen bestehen. Unsere CD-Delegation schließt aber auch nicht aus, daß die SU die Verhandlungen zumindest zeitweilig verläßt<sup>8</sup>, und nimmt an, daß die SU mit einer solchen Reaktion bei vielen ungebundenen Staaten Verständnis findet.

2) Für die Einschätzung, daß die SU eine Aufnahme der Produktion von Binärwaffen durch die USA zu einem Rückzug aus den CW-Verhandlungen benützen könnte, läßt sich anführen:

<sup>7</sup> Am 8. Mai 1985 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), über die NATO-Initiative zur Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit, seitens der USA sei bekräftigt worden: „Bei einer weiteren Weigerung der Bundesregierung zur Aufnahme der bereits von allen anderen Mitgliedern gebilligten Aussagen zu CW müsse der Eindruck entstehen, daß wir uns gegen die US-Pläne stellen und Entscheidungsprozeß zwischen Kongreß und Regierung unterlaufen wollten. Damit würden wir der Auflösung Chemischer-Waffen-Lager in Europa im Wege stehen. Zwar hätten die USA Verständnis für unsere Vorsicht bei diesem sensitiven Thema, bäten aber auch, die Schwierigkeiten der US-Regierung bei unseren Überlegungen sowie die Auswirkungen unserer Haltung für uns selbst mit einzubeziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 814; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Botschaftsrat Elbe, Genf (CD), informierte am 29. April 1985: „In den vergangenen Wochen haben östliche Delegationen verstärkt das Thema einer möglichen Produktion von binären Chemischen Waffen durch die Amerikaner im Plenum der Abrüstungskonferenz aufgegriffen. [...] Hinsichtlich der möglichen Motive der sozialistischen Gruppe ergibt sich ein vielschichtiges Bild. Teils klingen echte Besorgnisse vor einer Umrüstung des amerikanischen CW-Potentials auf binäre Waffen an, teils dienen die Ausführungen zum Aufbau eines Alibis, mit dem der Mangel sowjet[ischer] Verhandlungsbereitschaft bei den gegenwärtigen CW-Verhandlungen verschleiert werden soll, und teils wird deutlich, daß sich die SU verhältnismäßig dramatische Schritte für den Fall einer entsprechenden amerikanischen Produktionsentscheidung vorbehalten könnte (Verlassen der CW-Verhandlungen). Insgesamt liegt den Ausführungen der sozialistischen Staaten ein ominöser Grundton zugrunde, der eine präzisere Bestimmung der sozialistischen Haltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt erschwert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 785; VS-Bd. 13453 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

- Die Entwicklung binärer CW in Verbindung mit der Entwicklung weitreichender Ausbringungsmittel schafft eine qualitativ neue Dimension der CW-Kriegsführung. In ihr werden die Einsatzmöglichkeiten für CW weitgehend verbessert. Binäre CW, die ohne besondere Schutzvorkehrungen produziert, gelagert und eingesetzt werden können, eröffnen neue militärische Perspektiven. Es liegt kaum im Interesse der SU, solche Optionen, an denen sie vermutlich selbst intensiv arbeitet, dadurch aus der Hand zu geben, daß sie sich forciert für den Abschluß eines CW-Abkommens einsetzt.
- Die Entwicklung der Verifikationsfrage im Rahmen der CW-Verhandlungen gestaltet sich wegen der von der Mehrheit der CD-Delegationen für unabdingbar gehaltenen Ortsinspektionen zunehmend problematisch. Die SU muß von der Fortsetzung der Erörterung der Verifikationsfrage, die sie möglicherweise vor die Frage weiterer Konzessionen hinsichtlich der Zulassung von Vor-Ort-Inspektionen stellen würde, auch Präjudizierung für den nuklear-strategischen Bereich befürchten.

Eine Entscheidung zur Produktion binärer CW könnte der SU, die sich bei den Genfer Verhandlungen seit 1982 weitgehend dilatorisch verhalten hat, ein willkommenes Alibi für weitere Passivität liefern.

3) Die USA rechnen offenbar mit Protesten der SU bei der Entscheidung für ein CW-Modernisierungsprogramm, nicht jedoch mit einer Unterbrechung der Verhandlungen. Teile der amerikanischen Administration vertreten die Auffassung, daß die SU nach einer Modernisierungsentscheidung auf westlicher Seite eher zu Kompromissen in Genf bereit sein wird, weil sie glaubt, ihre Überlegenheit im CW-Bereich nicht mehr aufrechterhalten zu können. Die USA gehen dabei davon aus, daß die SU nach Wiederaufnahme der bilateralen nuklearen Gespräche<sup>9</sup> sich nicht noch einmal aus Rüstungskontrollverhandlungen zurückziehen würde. Eine solche Einschätzung stützt sich auf Annahmen, die gegenwärtig schwer zu objektivieren sind. Dies gilt vor allem für die Frage, wie die SU die Auswirkungen ihres möglichen Rückzugs aus den CW-Verhandlungen auf die bilateralen Genfer Verhandlungen beurteilen würde. In diesem Zusammenhang wäre auch das unterschiedliche militärische Gewicht von nuklearen und chemischen Waffen zu berücksichtigen.

4) Der Einsatz von CW im Golfkrieg<sup>10</sup> hat gezeigt, daß die Frage der Proliferation von CW bzw. der zu ihrer Herstellung erforderlichen Vorprodukte zunehmende Bedeutung hat. Mit der neuen Binärtechnologie würde die Herstellung von CW vereinfacht; die zusätzlichen Kosten wären gering. Damit könnten CW als „Nuklearwaffen des kleinen Mannes“ zunehmend Attraktivität gewinnen. Die Aufnahme der Binärproduktion durch die USA könnte zu einem Dammbruch führen, der Produktion und Erwerb solcher Waffen in vielen Teilen der Welt nach sich zieht.

Nach Ansicht unserer CD-Delegation könnte deshalb eine amerikanische Entscheidung zur Produktion binärer CW, auch ganz unabhängig von der Frage

<sup>9</sup> Zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vom 12. März bis 23. April 1985 in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>10</sup> Zum Einsatz von Chemiewaffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 77, Anm. 9.

der sowjetischen Reaktion, die Genfer Bemühungen für ein weltweites Verbot aller CW, für das wir uns seit Jahren intensiv einsetzen, gefährden.

### III. Gesamtbewertung

1) Die Entscheidung über eine Produktion binärer CW-Munition stellt sich für uns zuallererst als eine inneramerikanische Angelegenheit dar. Es geht hier um Waffen in ausschließlicher amerikanischer Verfügungsgewalt. Gleichwohl haben wir als Bündnispartner ein Interesse am Ausgang der Auseinandersetzung um die Modernisierungsentscheidung, nicht zuletzt weil in der Bundesrepublik Deutschland ein geringer Teil des amerikanischen CW-Potentials gelagert ist.

2) Unsere Haltung wird von unterschiedlich zu beurteilenden Faktoren beeinflusst:

- Einerseits teilen wir mit unseren Allianzpartnern die Auffassung, daß – solange die CW-Bedrohung durch den WP besteht – auch das Bündnis über eine im Umfang begrenzte Repressalienkapazität verfügen muß, um einen Aggressor vom völkerrechtswidrigen CW-Einsatz abzuhalten.
- Ferner hätte eine Umstellung auf binäre CW-Munition mit der parallelen Vernichtung alter CW-Bestände voraussichtlich das für uns vorteilhafte Ergebnis, daß die gegenwärtigen amerikanischen CW aus der Bundesrepublik abgezogen würden. Für eine Stationierung neuer CW in der Bundesrepublik – die unsere Zustimmung benötigt – gibt es keine Pläne der US-Regierung oder im Bündnis (siehe hierzu besonderer Nachtrag).
- Außerdem müssen wir berücksichtigen, daß die amerikanische Regierung die CW-Modernisierung und die mit binären Waffen verbundene leichtere Handhabbarkeit des amerikanischen chemischen Potentials auch als ein weiteres Mittel ansieht, um eine Senkung der Nuklearschwelle zu verhindern. Obwohl wir grundsätzlich auch für eine Hebung der Nuklearschwelle sind, müssen wir hier vorsichtig sein. Denn unser Interesse muß jedenfalls darauf gerichtet sein, keine eigenständige Ebene der chemischen Abschreckung in die NATO-Triade einzubauen.
- Andererseits müssen wir uns davor hüten, in die inneramerikanische Auseinandersetzung über die CW-Modernisierung, die im Kongreß auf starken Widerstand stößt, mit hineingezogen zu werden.<sup>11</sup> Hier ist auch zu bedenken, welche Implikationen eine Unterstützung der CW-Modernisierungspläne für unsere Ostbeziehungen haben könnte. Nicht zuletzt gebietet unser innenpolitisches Interesse, derzeit insbesondere mit Blick auf die vor dem

<sup>11</sup> Am 6. Juni 1985 berichtete Botschafter van Well, Washington: „Im Zusammenhang mit der für die nächste Woche vorgesehenen Abstimmung im Repräsentantenhaus über die Herstellung binärer CW findet auch die Haltung der Bundesregierung Interesse. Gegner der Zustimmung behaupten, die Bundesregierung sei gegen die Herstellung chemischer Waffen. Der Abgeordnete Porter (R[epublican]-Illinois), der zu den konservativen Republikanern zählt, hatte vor einigen Wochen G Pol um ein Gespräch über CW gebeten. [...] In dem Gespräch hatte G Pol, begleitet vom Abrüstungsreferenten, dargelegt, wir seien grundsätzlich gegen CW und streben ein weltweites Verbot an. [...] Außerdem hatte er darauf hingewiesen, daß in der Bundesrepublik Deutschland erhebliche Bedenken gegen die Lagerung amerikanischer CW beständen. [...] Porter hat jetzt im Abgeordnetenhaus einen Entschließungsentwurf gegen die Produktion von CW eingebracht. Das Pentagon hat sondiert, ob die Botschaft bereit ist, auf Bitten von Abgeordneten noch einmal die deutsche Haltung zu erläutern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2850; VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren<sup>12</sup>, uns zu einer amerikanischen Produktionsentscheidung für Binärwaffen – möglicherweise mit der Folge eines sowjetischen Auszugs aus den CW-Verhandlungen – zurückzuhalten. Angesichts der in unserer Öffentlichkeit zu erwartenden heftigen und emotionalen Kritik an einer solchen amerikanischen Entscheidung wird der positive Aspekt, daß die auf unserem Boden gelagerten CW-Bestände demnächst abgezogen würden, wahrscheinlich an innenpolitischer Wirkung verlieren. Deshalb sollten wir auch weiterhin bei unserer bisherigen Zurückhaltung gegenüber den amerikanischen CW-Modernisierungsplänen bleiben.

i. V. Hartmann                      Braunmühl

[Anlage]

Nachtrag

Bonn, den 28. Mai 1985

Zu der im Bezugs-DB aus Genf erwähnten Option einer Verlegung binärer CW nach D in besonderen Situationen ist folgendes zu bemerken:

Im Zusammenhang mit der Aussage von amerikanischer Seite, daß keine Pläne bestünden, binäre CW in Europa zu stationieren, ist bisweilen darauf hingewiesen worden, daß eine Verlegung nach Europa bzw. nach D im Krisenfall bzw. in einer besonderen Situation in Betracht komme. Konkrete Pläne für derartige Eventual-Verlegungen von künftigen binären CW sind von der US-Regierung bisher weder unterbreitet noch angedeutet worden. Jedenfalls ist von US-Seite wiederholt betont worden, daß für den Fall einer Verlegung von CW die Verbündeten konsultiert würden.

Solange wir es mit unseren Bündnispartnern für richtig halten, daß die NATO angesichts der CW-Bedrohung durch den WP eine im Umfang begrenzte Repressalienkapazität vorhalten muß, kann diese ihre Funktion, einen Aggressor von einem völkerrechtswidrigen Einsatz abzuhalten, nur erfüllen, wenn die Entschlossenheit zum Repressalieneinsatz glaubhaft ist. Dies kann durch Verlegung in besonderen Situationen bewirkt werden. Gemäß unserem Verständnis der CW des Bündnisses als Repressalienkapazität kann eine Verlegung jedoch nur dann in Frage kommen, wenn ein völkerrechtswidriger CW-Einsatz gegen das Bündnis unmittelbar zu erwarten ist.

Ob für eine Verlegung binärer CW nach D eine Zustimmung erforderlich ist, bemißt sich danach, ob es sich gemäß Art. 1 Abs. 2 des Aufenthaltsvertrages vom 23.10.54<sup>13</sup> um eine Erhöhung der Effektivstärke handelt. Dies dürfte dann

<sup>12</sup> Ministerialdirigent Bertele vermerkte am 21. Juli 1983, es gebe vor dem Bundesverfassungsgericht zwei Verfahren: „Die vom DGB Rheinland-Pfalz eingelegte Verfassungsbeschwerde (sog. Lehlbach-Beschwerde) vom 16.11.1982 gegen die Lagerung chemischer Waffen sowie die Organklage von 20 SPD-Abgeordneten vom 18.2.1983 gegen die Bundesregierung wegen Verweigerung von Auskünften über die Lagerung chemischer Waffen“. Ungeklärt sei, welches Ressort der Bundesregierung die Federführung übernehmen solle. Das Bundesministerium für Verteidigung sei „(neben dem Kanzleramt) als einziges Ressort über Einzelheiten der Lagerung amerikanischer C-Waffen unterrichtet. Das Auswärtige Amt hat keinerlei Kenntnis von Lagerorten, Art und Menge sowie Gefährlichkeit von in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten C-Waffen.“ Vgl. Referat 222, Bd. 128696.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut von Artikel 1 Absatz 2 des Vertrags vom 23. Oktober 1954 zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 254.

der Fall sein, wenn in D keine amerikanischen CW mehr vorhanden sind. Vertrauensvollen Beziehungen zwischen Bündnispartnern würde es jedoch besser dienen, wenn wir vor allem auf die politische Konsultationszusage der USA zurückgreifen würden.

**VS-Bd. 11555 (222)**

## 126

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

**201-363.30-787/85 geheim**

**15. Mai 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: Modernisierung der nuklearen Artilleriemunition

Bezug: Mündliche Anforderung des Ministerbüros vom 6. Mai 1985

I. 1) Die Montebello-Entscheidung vom Oktober 1983<sup>4</sup> umfaßt neben dem Beschluß einer Reduzierung des Nuklearwaffenbestandes in Europa um 1400 Gefechtsköpfe (GK) in einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren auch einen Modernisierungsteil. Abteilung 2 hatte hierüber unterrichtet (vgl. Aufzeichnung vom 19. Dez.<sup>5</sup> 1983 – 201-363.31-38861/83 geh., S. 4/5<sup>6</sup>; Aufzeichnung vom 6. Juli 1984 – 201-363.30-1077/84 geh., S. 3/4<sup>7</sup>).

2) Die der Montebello-Entscheidung zugrundeliegenden Untersuchungen der High Level Group (HLG) hatten deutlich gemacht, daß in näherer Zukunft auch Verbesserungs- und Modernisierungsmaßnahmen, z. B. durch Austausch veralteter GK für nukleare Artillerie, auf das Bündnis zukommen. In der Entscheidung fand dies seinen Ausdruck („Ministers accordingly identified a range of

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 25. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 26. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 28. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[siehe] Anmerkung BM Seite 4.“ Vgl. Anm. 16 und 20.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Braunmühl am 31. Mai 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Adamek am 10. Juni 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.

Hat Bertram am 18. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Lewalter vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „Nov.“

<sup>6</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. AAPD 1983, II, Dok. 381.

<sup>7</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vgl. AAPD 1984, II, Dok. 186.

possible improvements“). Durch die Zustimmung zur HLG-Studie hat die Bundesregierung die darin enthaltene Aussage mitgetragen, daß die Entwicklung einer – gerade hinsichtlich der Reichweite – verbesserten Artilleriemunition eine prioritäre Angelegenheit sei. Die Inaussichtnahme künftiger Verbesserungs- und Modernisierungsmaßnahmen hat letztlich die militärischen Fachleute den Reduzierungsbeschluß mittragen lassen.

3) Der US-Kongreß hat im Oktober 1984 die von der US-Regierung beantragten Mittel (50 Mio. US-Dollar) für den Bau von Produktionsanlagen zur Herstellung nuklearer Artilleriemunition (155 und 203 mm) bewilligt. Er hat sie an die Bedingungen des Johnston-Amendments vom Sommer 1984 geknüpft:

- kein Überschreiten der Produktionszahl von 925 GK<sup>8</sup>,
- Gesamtkostengrenze 1,1 Mrd. US-Dollar,
- keine Produktion von Neutronen-GK,
- besondere Betonung der Verbesserung von Sicherheit, Reichweite und Überlebensfähigkeit,
- Austausch gegen veraltete nukleare Artilleriemunition in Europa (vgl. Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 5. Okt. 1984 – 201-363.30-1557/84 geh.<sup>9</sup>).

4) SACEUR<sup>10</sup> hat auf die Notwendigkeit von Modernisierungsmaßnahmen erneut hingewiesen, als er seinen Bericht über die künftige Zusammensetzung des Nukleararsenals in Europa sowie über Maßnahmen zur Durchführung der Montebello-Entscheidung auf der 37. Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg<sup>11</sup> vorlegte. In diesem Bericht hat SACEUR den Beginn der Dislozierung neuer Artilleriemunition (203 mm = 8 inch) als einen seiner wesentlichen Modernisierungsvorschläge für den Zeitraum bis 1988 benannt. Nach seinen weiteren Vorstellungen soll die Modernisierung der 155 und 203 mm Artilleriemunition sodann bis 1995 durchgeführt sein.

5) Die Amerikaner haben inzwischen das BMVg darüber unterrichtet, daß sie beabsichtigen, die nukleare 8-inch-Artilleriemunition bei ihren Truppenteilen in Europa durch neue Munition, beginnend ab Mai 1985, auszutauschen. Das BMVg ist (nach Auskunft von Füs III 1) über Einzelheiten schriftlich informiert worden.

Der Austausch der Artilleriemunition wird bei den Streitkräften der europäischen Bündnispartner, darunter auch bei der Bundeswehr, erst später erfolgen.

<sup>8</sup> Gefechtsköpfe.

<sup>9</sup> Ministerialdirigent Schauer vermerkte, daß der amerikanische Kongreß nach einem Verfahren im Vermittlungsausschuß beschlossen habe, die Mittel zum Bau von Produktionsanlagen zur Herstellung nuklearer Artilleriemunition zu bewilligen: „Diese Bewilligung ist aber an die vom Johnston-Amendment aufgestellten fünf Bedingungen [...] gebunden worden. Der Kongreß hat sich somit das Amendment voll zu eigen gemacht. Vor einer Freigabe der bewilligten Mittel muß der Verteidigungsminister darüber hinaus den Verteidigungsausschüssen von Senat und Repräsentantenhaus darlegen, wie er den Kongreßbeschluß durchzuführen und dabei den Bedingungen zu entsprechen beabsichtigt.“ Schauer führte aus, die Entscheidung dürfte die Bundesregierung „vor einem Wiederaufleben der unseligen Neutronenwaffendiskussion bewahren“. Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktienkopien 1984.

<sup>10</sup> Bernard W. Rogers.

<sup>11</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 82.

6) StS Rühl hat StS Meyer-Landrut am 26. April 1985 über den Ersatz der nuklearen 8-inch-Artilleriemunition bei den amerikanischen Streitkräften in D unterrichtet.<sup>12</sup> Die neue Munition sei zielgenauer, habe geringeren KT-Wert<sup>13</sup>, sei gegen Unglücksfälle und Sabotage besser gehärtet, so daß keine unbeabsichtigte Detonation erfolgen könne. Der Austausch soll auf einer geringeren als Eins-zu-eins-Basis erfolgen, die Gesamtzahl aber nicht wesentlich verringern. Es werden keine Neutronen-GK stationiert. Eine Umrüstung der GK zu Neutronenmunition sei nur durch Spezialisten und mit Spezialwerkzeugen in den USA möglich und erfordere den Einbau weiterer Komponenten.

7) StS Rühl hat in einem am 30. April 1985 fernschriftlich weitergeleiteten Schreiben an Assistant Secretary of Defense, Perle, Zustimmung zu diesem Austausch nuklearer Artilleriemunition erklärt.<sup>14</sup>

8) Das Pentagon hat zu dieser Angelegenheit mit dem BMVg eine vorsorgliche Sprachregelung ausgearbeitet, deren für uns wesentliche Aussagen sind:

- Austausch auf einer geringeren als Eins-zu-eins-Basis,
- Austausch unterstütze Montebello-Entscheidung,
- verdoppelte Reichweite,<sup>15</sup>
- kein Neutronen-GK sowie keine Komponenten für eine Umrüstung auf Neutronen-GK im Gefechtsfeld.

II. Die Modernisierung der nuklearen Artilleriemunition der NATO entspricht der Montebello-Entscheidung des Bündnisses vom Oktober 1983. Neben einer Reduzierung der nuklearen GK um 1400 in Europa ist auch die Modernisierung des verbleibenden Nukleararsenals der NATO, darunter die Artilleriemunition, festgelegt worden. Dem haben wir zugestimmt. Denn die in ihrer Sicherheit, Überlebensfähigkeit und insbesondere Reichweite verbesserten nuklearen Kurzstrecken<sup>16</sup>systeme, zu denen die Artillerie zählt, leisten einen unerläßlichen Beitrag zur wirksamen Gesamtab Abschreckung und verringern den Zwang zu einem frühen Nukleareinsatz<sup>17</sup>.

Der Austausch auf einer geringeren als Eins-zu-eins-Basis dient dem mit der Montebello-Entscheidung verfolgten Ziel, wirksame Abschreckung auf einem niedrigstmöglichen Bewaffnungsniveau glaubhaft aufrechtzuerhalten. Dieses Ziel wird auch vom Beschluß des US-Kongresses gestützt, der die Mittelbewilligung

<sup>12</sup> Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, unterrichtete Staatssekretär Meyer-Landrut am 26. April 1985 in einem Gespräch über „die von der US-Seite übermittelten Informationen sowie die Behandlung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit“. Vgl. dazu die vorbereitende Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom Vortag; VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>13</sup> Kilotonnen-Wert.

<sup>14</sup> Für das Fernschreiben Nr. 1118 des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 12047 (201).

<sup>15</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen.

<sup>16</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 3.

<sup>17</sup> Der Passus „verringern ... Nukleareinsatz“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl hervorgehoben. Für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter vermerkte er dazu am 31. Mai 1985 auf einem beigegefügteten Papier: „[B]itte! Anruf: Aus welchen Gründen ist das anzunehmen? Wird nicht das Gegenteil behauptet (fire them or lose them)? Oder liegt der Punkt darin, daß sie bei größerer Reichweite weiter hinten aufgestellt werden können? (Wie groß ist die alte u[nd] neue Reichweite?)“ Lewalter bejahte am 3. Juni 1985 die Vermutung, daß es bei einer Modernisierung der Gefechtsköpfe durch die dann gegebene größere Reichweite möglich sei, die dazugehörigen Artilleriegeschütze in größerer Entfernung von den Kampflinien bereitzuhalten.



zur Produktion nuklearer Artilleriemunition ausdrücklich an den von Montebello gesetzten Rahmen knüpft.

In unserem Interesse liegt es ferner, daß eine Stationierung von Neutronen-GK deutlich<sup>18</sup> ausgeschlossen wird, um ein Wiederaufleben der unseligen Neutronenwaffendiskussion<sup>19</sup> zu vermeiden.

Die vorsorglich vorbereitete Sprachregelung trägt unserem Interesse Rechnung.<sup>20</sup>

i. V. Schauer

VS-Bd. 12047 (201)

## 127

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien

VS-NfD

16. Mai 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM mit AM Gromyko am 16. Mai 1985 in der sowjetischen Botschaft in Wien<sup>2</sup> von 10.30 Uhr bis 12.30 Uhr

Teilnehmer: sowjetische Seite: Vize-AM Kapiza; Leiter der Dritten Europäischen Abteilung: Bondarenko; Pressesprecher Lomejko; Gesandter Chotulew; Dolmetscher Kurpakow;

deutsche Seite: D2 Dr. von Braunmühl; LMB Dr. von Ploetz; RL 013 Chrobog; Dolmetscher VLR Weiß.

Zu Beginn des Gesprächs kam es – unter Anknüpfung an das Gespräch BM–AM Gromyko beim Abendessen des österreichischen AM<sup>3</sup> am 15.5. – zu einem Mei-

<sup>18</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „ausdrücklich“.

<sup>19</sup> Der Bundessicherheitsrat traf am 14. März 1978 zur Vorbereitung einer für den 20./22. März 1978 vorgesehenen Erörterung in der NATO Beschlüsse zur Neutronenwaffe. Am 19./20. März 1978 teilte die amerikanische Regierung eine Verschiebung der Diskussion auf unbestimmte Zeit mit. In einem Gespräch am 31. März 1978 in Hamburg informierte der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher Bundeskanzler Schmidt über die Entscheidung des Präsidenten Carter, den Bau der Neutronenwaffe auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Diese Entscheidung wurde am 7. April 1978 öffentlich bekanntgegeben. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 77, Dok. 82, Dok. 92, Dok. 93 und Dok. 108.

<sup>20</sup> Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 3.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 16. Mai 1985 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 21. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 16. Mai 1985 in Wien vgl. auch Dok. 120–122.

<sup>3</sup> Leopold Gratz.

nungsaustausch über bevorstehende Jubiläen. Auf einen entsprechenden Hinweis *Gromykos*, daß in 1985 viele Jubiläen stattfänden, wies *BM* auf solche Tage auch im bilateralen deutsch-sowjetischen Verhältnis hin und nannte den 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12.8.<sup>4</sup> *Gromyko* kam auf seine Bemerkung vom Vortag zurück, daß er an den zehnten Jahrestag der Schlußakte von Helsinki<sup>5</sup> denke, *Bondarenko* warf ein, daß sich die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland am 13. September<sup>6</sup> zum 30. Mai jähre.

*BM* regte an zu überlegen, wie beide Jahrestage würdig und mit politischer Wirkung begangen werden könnten. Er regte an, die Mitarbeiter mit entsprechenden Überlegungen zu beauftragen.

*Gromyko* begrüßte dies und bezeichnete die Überlegungen als lohnend. Er erklärte sich einverstanden mit Beratung auf der Arbeitsebene. *Gromyko* benannte *Bondarenko*, *BM* Herrn von Braunmühl.<sup>7</sup>

*BM* nahm sodann den Hinweis *Gromykos* vom Vortag auf den 10. Jahrestag der Schlußakte von Helsinki auf und erinnerte daran, daß er sich bereits bei seinem Besuch in Moskau im März<sup>8</sup> für Abhaltung auf politischer Ebene, nach unserem Verständnis mindestens AM-Ebene, ausgesprochen habe. *Gromyko* habe damals zurückhaltend reagiert, ohne aber nein zu sagen, was er, *BM*, als ein eher verhalten-positives Signal verstanden habe. Jetzt scheine die Meinungsbildung soweit zu sein, daß die Abhaltung auf AM-Ebene als richtig angesehen werde. Er, *BM*, werde jedenfalls der finnischen Einladung<sup>9</sup> Folge leisten.

*BM* sprach die Frage der Ausgestaltung an und ging davon aus, daß es bilaterale Begegnungen geben werde. Anknüpfend an eine skeptische Bemerkung *Gromykos* zur Verabschiedung einer neuen Erklärung, stellte er fest, daß er diese Skepsis teile. Wenn eine solche Erklärung unverbindlich bleibe, mache man sich lächerlich. Wenn sie substantiell ausfallen solle, wären lange Verhandlungen erforderlich.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 367 und Dok. 388.

<sup>5</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>6</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vereinbart. Vgl. dazu den Briefwechsel mit Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 1955; DzD III/1, S. 335–337.

<sup>7</sup> Am 21. Juni 1985 vermerkte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl zu seinem Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, *Bondarenko*, am Vortag: „Jahrestage: Sowjetische Seite reagierte auf den Gedanken einer Gemeinsamen Erklärung vorsichtig, aber grundsätzlich positiv. Wir stimmten beide überein, daß es ein kurzes Dokument mit politischer Substanz sein solle. Völlig unannehmbar sei – so *Bondarenko* wie zwei Tage zuvor *Gromyko* – eine Bestätigung der These von der offenen deutschen Frage. Ich dazu: Man dürfe aber auch nicht hinter den Moskauer Vertrag zurückgehen. [...] Es gab Einigung über Austausch von Grußbotschaften am 12.8. (auf Ebene Staatsoberhaupt, Regierungschef, Außenminister) und gemäß bestehender Übung, sowjetischerseits auch anderen Ländern gegenüber, am 13.9. auf Außenministerebene.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139317.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister *Gromyko* am 4. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 54 und Dok. 55.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die finnische Verbalnote vom 6. September 1984; Dok. 11, Anm. 19.

Eine Bekräftigung des Willens aller Unterzeichnerstaaten, die Schlußakte von Helsinki<sup>10</sup> und das Madrider Dokument<sup>11</sup> zu realisieren, würden wir aber begrüßen. Wir würden auch begrüßen, wenn man den Willen zu einer kooperativen Gestaltung der Beziehungen in Europa in allen Bereichen dadurch unterstreichen würde, daß diese Dokumente erneut aus Anlaß des 10. Jahrestages in allen Unterzeichnerstaaten veröffentlicht würden.

BM sprach Erwartung aus, daß er Gromyko in Helsinki sehen werde und unterstrich seine Auffassung, daß der vertiefte Dialog zwischen der Bundesregierung und der sowjetischen Regierung des ausführlichen Gesprächs auf politischer Ebene bedürfe.

*Gromyko* stellte fest, er habe wenig zu dem hinzuzufügen, was er BM beim österreichischen Abendessen gesagt habe. Er sei dafür, daß das Jubiläumstreffen in Helsinki auf AM-Ebene stattfinde. *Gromyko* brachte die sowjetische Auffassung zum Ausdruck, daß es nicht gelingen werde, ein essentielles Dokument zu den Themen zu verabschieden, die in Helsinki zur Debatte stünden. Dies beanspruche viel Zeit, über die man nicht verfüge. Irgendein Dokument zu verabschieden, das verkürzt oder zu schwach ausfalle, bringe keinen Nutzen. Es werde von einigen Beobachtern mit anderen Dokumenten verglichen werden und daraus würden dann Schlüsse gezogen.

Wenn in den in Helsinki zu haltenden Ansprachen die Auffassung zum Ausdruck komme, daß die Schlußakte ein vitales und inhaltsreiches Dokument darstelle und daß alle Staaten davon ausgingen, daß sie weiter ausgeführt werde, würde dies den sowjetischen Gedanken entsprechen.

Unter Hinweis auf die begrenzte Gesprächszeit regte *Gromyko* an, sich auf zwei bis drei wichtige Fragen zu beschränken. Als eine solche Frage bezeichnete er das amerikanisch-sowjetische Verhältnis. Die sowjetischen Auffassungen hierzu seien bekannt, wobei *Gromyko* auf Gorbatschow-Reden hinwies. In den Verhandlungen habe es bisher keine Ergebnisse gegeben.<sup>12</sup> Der Hauptgrund dafür sei, daß die USA Weltraumfragen nicht erörtern wollten, d. h. die Nichterstreitung des Wettrüstens auf den Weltraum. Diese Position der Amerikaner widerspreche der Vereinbarung von Genf<sup>13</sup>, wonach die drei Probleme – Weltraum, strategische und Mittelstreckenraketen – im Zusammenhang verhandelt werden müßten. Wenn die USA diese Position beibehielten, werde es unmöglich bleiben, eine Vereinbarung zu erzielen.

*BM* nahm Bezug auf das ausführliche Gespräch Shultz–*Gromyko*<sup>14</sup> und knüpfte daran die Frage an nach der sowjetischen Bewertung der Perspektiven für

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

<sup>12</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister *Gromyko* (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>14</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz und sein sowjetischer Amtskollege *Gromyko* trafen am 14. Mai 1985 in Wien zusammen.

die zweite Genfer Runde<sup>15</sup> und für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, einschließlich der Frage, ob es zu einer Begegnung des amerikanischen Präsidenten mit dem Generalsekretär der KPdSU kommen werde.

*Gromyko* stellte fest, es gebe eine prinzipielle Vereinbarung zwischen beiden Seiten, daß eine solche Begegnung möglich sei.

Es bedürfe noch einer gewissen Zeit, um Ort und Zeit zu präzisieren.

Die Aussichten für die zweite Runde seien wie bereits dargestellt: Wenn die USA ihre Position unverändert beibehielten, werde eine Vereinbarung unmöglich sein. Die SU wünsche den Erfolg, was voraussetze, daß alle drei Bereiche gleichzeitig behandelt würden, da sie organisch verbunden seien.

Bei seinem Gespräch mit Shultz habe er kein Zeichen dafür erkannt, daß sich die US-Position verändern werde. Die Sowjets hätten ihre Position dargelegt und Shultz wolle sie in Washington überlegen. Eine Veränderung zeichne sich nicht ab.

*BM* kam auf seine Feststellung in Moskau im März zurück, daß wir das Kommuniqué von Genf begrüßt hätten

- wegen der Mitteilung, daß die Verhandlungen beginnen sollten, aber auch
- weil wir der Meinung seien, daß die genannten Verhandlungsziele unseren Interessen entsprechen.

Was über die Wechselbeziehungen zwischen den drei Komplexen – Mittelstreckenraketen, strategische Raketen und Weltraum – gesagt sei, gebe den inneren Zusammenhang wieder. Dies besage auch, daß die Ursache für die Suche nach defensiven Mitteln in der Existenz der Offensivmittel liege. Das heiße, drastische Reduzierungen dieser Waffen würden auch Auswirkungen haben auf die Defensivwaffen. Auch dies sei mit Zusammenhang gemeint. Wir seien daher der Meinung, daß man schnell drastische Reduzierungen der Offensivwaffen anstreben solle, damit auch die Frage der Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum in der Wechselbeziehung erörtert und gelöst werden könne.

Bei der gemeinsamen Erklärung vom 8. Januar beeindrucke uns der in ihr zum Ausdruck gebrachte Willen beider Seiten zur kooperativen Lösung der Sicherheitsprobleme. Dies entspreche der Grundphilosophie auch unserer europäischen Sicherheitspolitik.

*BM* unterstrich die von uns klar zum Ausdruck gebrachte Erwartung, daß der ABM-Vertrag eingehalten werde, solange nicht einvernehmliche Regelungen erzielt worden seien, die etwas anderes besagten.

*BM* bat um die sowjetische Beurteilung der Lage nach Auslaufen des SALT-II-Vertrages, insbesondere zur Frage, ob sich die SU auch nach dem 31.12.1985 daran halten wolle.<sup>16</sup>

*Gromyko* erklärte, nach sowjetischer Meinung gelte der Vertrag. Er stehe zwar auf weichem Boden, da er nicht ratifiziert worden sei. Es gebe auch Äußerungen aus amerikanischem Munde mit verschiedenem Inhalt. So habe *AM Haig*

<sup>15</sup> Die zweite Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf wurde am 30. Mai 1985 eröffnet.

<sup>16</sup> Zur Frage der Weiterbeachtung des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. Dok. 133.

erklärt, die Administration betrachte den Vertrag als tot. Sein Nachfolger, der jetzige AM Shultz habe hingegen festgestellt, er gelte nach wie vor, die USA seien bereit, ihn einzuhalten.

Dies sei kontinuierlich die Auffassung der SU gewesen, daß es notwendig sei, den Vertrag – obwohl nicht ratifiziert – einzuhalten. Es bringe mehr Vorteile, den Vertrag zu beachten, als ihn nicht einzuhalten.

Beide Seiten gingen damit von seiner Geltung aus. Wenn man genau abwäge, welche Seite mehr Vorteile davon habe, so sei dies die amerikanische Seite. Bei der Vorbereitung von SALT II und der Unterzeichnung sei auch ein Protokoll über Cruise Missiles unterzeichnet worden, das Bestandteil des Vertragswerks gewesen sei, dessen Laufzeit aber bereits zu Ende gegangen sei. Die USA hielten sich nicht mehr daran, auch die deutsche Seite wisse, was die USA im CM-Bereich gemacht hätten. Aus diesem Grunde sei die Lage für die USA günstiger. Die SU trete dennoch für Vertragseinhaltung ein. In diesem Sinne leiste der Vertrag einen Beitrag zum Frieden und zur internationalen Entspannung und zur Herstellung einer günstigen Atmosphäre für die Verhandlungen.

BM habe recht, wenn er der Erklärung vom 8. Januar sehr wichtige Bedeutung beimesse. Beide Seiten hätten vereinbart, über Teilbereiche zu sprechen und daß diese Verhandlungen gleichzeitig stattfänden, daß alles berücksichtigt werde und fest miteinander verbunden, d. h. gekoppelt sei. Man könne nicht nur über zwei Bereiche verhandeln und einen auslassen oder nur über einen sprechen. Dies gelte in beliebiger Kombination. Wenn nicht über Weltraumfragen gesprochen werde, sei es unmöglich, die atomaren Rüstungen zu reduzieren. Die Amerikaner äußerten immer wieder die Auffassung, daß ihnen die sowjetischen bodengestützten Interkontinentalraketen nicht gefielen. Aber die SU könne sich nicht darauf einlassen, schwächer zu sein als die andere Seite, insbesondere weil die USA jetzt in ein völlig neues Gebiet vorstießen mit dem Ziel, Überlegenheit über die SU zu erlangen. Dieser Versuch sei aussichtslos und werde zur Einleitung von Gegenmaßnahmen führen.

Zusammenfassend bemerkte Gromyko: Es sei unmöglich, Fortschritte bei Verhandlungen zu erzielen, wenn Weltraumfragen getrennt behandelt oder ausgeklammert würden. Ohne Fortschritte bei Weltraumfragen seien bei den anderen Fragen Fortschritte unmöglich.

Dies habe er mehrfach den USA erläutert, sie hörten es aber nicht. Dies heiße, sie wollten keine Vereinbarung! Sie wollten die ganze Vereinbarung von Genf streichen und hätten die Absicht, durch Wettrüsten Dominanz über die SU zu erlangen. BM solle die Reagan-Reden lesen, z. B. die von Straßburg<sup>17</sup>. Alle richteten sich gegen die SU und die sozialistischen Länder und gegen die Verwirklichung der Vereinbarung von Genf.

BM erwiderte, es sei unser Interesse, daß die am 8. Januar formulierten Verhandlungsziele erreicht würden. Er sei sicher, daß Fortschritte bei Mittelstrecken- und strategischen Raketen auch die Weltraumverhandlungen positiv beeinflussen würden.

<sup>17</sup> Präsident Reagan sprach am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 310–318. Vgl. dazu ferner Dok. 118, Anm. 33.

Dies sei aber nicht die einzige Frage in unseren Beziehungen: Wir sollten Aufmerksamkeit auch dem Ausbau der Zusammenarbeit in den anderen Bereichen widmen. Er habe in Moskau darauf hingewiesen, daß nach unserer Auffassung die Möglichkeiten der bi- und multilateralen Zusammenarbeit im West-Ost-Verhältnis nicht ausgeschöpft seien.

Er habe mit Interesse die Bemerkung Gorbatschows gelesen, daß die Spaltung Europas ein Problem darstelle.<sup>18</sup> Dies treffe zu. Es gebe auch andere Stimmen aus dem WP, man müsse die Spaltung überwinden. Dies sei auch unsere Meinung, auch in Kenntnis der prinzipiell unterschiedlichen Standpunkte.

Bei den am 15.5. in Wien gehaltenen Reden sei gemeinsam hervorgehoben worden, daß es keine Frage gebe, die nicht durch Verhandlungen lösbar sei. Dies sei die Lehre von Wien.

Wir seien uns der Gefahr eines Rüstungswettlaufs im Weltraum bewußt. Daher hätten wir die Vereinbarung vom 8. Januar begrüßt, die ihn verhindern wolle. Gestern habe Kreisky eine sehr bemerkenswerte Feststellung getroffen, als er auf die mondiale Dimension der Entspannungspolitik hingewiesen habe.<sup>19</sup>

BM stellte die Frage, wie durch den Ausbau der Zusammenarbeit im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, aber auch bei Umweltfragen zu einer stärkeren Zusammenarbeit bei politischen Fragen beizutragen sei. Dies entspreche dem Gedanken der Kooperation, der nicht nur in der amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung vom 8. Januar zum Ausdruck komme, sondern auch der Schlußakte von Helsinki entspreche. Die SU habe immer wieder die Rolle unterstrichen, die die kleinen und mittleren Staaten dabei spielen könnten. Die Bundesregierung sehe dies in gleicher Weise und kenne ihre Verantwortung. Sie kenne auch die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen in diesem Zusammenhang. BM erinnerte an das Tischgespräch im März in Moskau über die technologischen Veränderungen, die zu Veränderungen der Arbeitsbedingungen und Produktionsmethoden führen würden. Dies sei eine Herausforderung für uns, aber auch für die Sowjetunion. Dies eröffne aber auch zusätzliche Kooperationsmöglichkeiten.

Die Beziehungen würden auch bestimmt von den Problemen, die die Menschen unmittelbar betreffen. Uns bedrücke besonders die Entwicklung im Bereich von Ausreise und Familienzusammenführung.<sup>20</sup> Der zehnte Jahrestag der Schluß-

<sup>18</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, erklärte am 26. April 1985 in Warschau: „Nicht die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten leiteten die Spaltung Europas und der Nachkriegswelt ein. Das taten die Gründer der NATO. Unser Bündnis entstand erst sechs Jahre später. Seither haben wir wiederholt unsere Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, den Warschauer Vertrag aufzulösen, wenn die NATO zu einem ebensolchen Schritt bereit ist. Diese prinzipielle Position bleibt vollauf bestehen.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 197.

<sup>19</sup> Zur Rede des ehemaligen Bundeskanzlers Kreisky am 15. Mai 1985 in Wien vgl. den Artikel „Dem Westen zugewandt, aber neutral“; DIE WELT vom 17. Mai 1985, S. 12.

<sup>20</sup> Am 27. März 1985 unterrichtete Botschafter Kastl, Moskau, über die Lage der zwei Millionen Deutschen in der UdSSR: „Ungeändert waren Ausreisewillige (Gesamtzahl 130 000) Opfer von Verfolgungen, Schikanen und Druck. Es gab auch weiterhin Verurteilungen zu Haftstrafen mit vorgeschobenen Vorwürfen, Einweisungen in psychiatrische Klinik, Diskriminierung am Arbeitsplatz oder in der Ausbildung. [...] Ausreisen im Berichtszeitraum haben sich weiter verringert: 286 Ausreisende in der Zeit vom 1.10.1984 – 15.3.1985 (52 Personen im Monatsdurchschnitt). Einer wachsenden Anzahl von Gesuchstellern wird erklärt, Tanten, Onkel, Geschwister und Eltern [...] seien keine ‚nahen Verwandten‘, zu denen Ausreise gestattet sei. Daneben wird bei überwiegender Zahl hier lebender

akte von Helsinki und die von Gromyko erwähnten beiden bilateralen Jubiläen sollten Anlaß zu großzügigeren Verfahren in diesen humanitären Fragen geben. BM erinnerte auch an die wiederholt angesprochenen humanitären Fälle.

Zusammenfassend erklärte BM, er sehe wie Gromyko Möglichkeiten zu einer viel breiteren Zusammenarbeit, nicht nur bilateral, sondern im Sinn einer Kooperation gemäß der Schlußakte insgesamt zwischen West und Ost. Wir seien bereit, dazu unseren Beitrag zu leisten. Nach unserer Auffassung könne auch eine positive wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Staaten einen Beitrag zur Stabilität der West-Ost-Beziehungen leisten.

*Gromyko* wandte sich der deutschen Position zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen zu: Die SU verurteile sehr scharf das deutsche Verhalten gegenüber den SDI-Plänen der USA. Die Bundesrepublik unterstütze diesen aggressiven Plan, der auf Militarisierung des Weltraumes gerichtet sei. Das komme in deutschen Erklärungen<sup>21</sup> zum Ausdruck, die den Interessen des Friedens nicht entsprächen. Die Pläne seien auf Dominierung der Sowjetunion gerichtet. Bereits bei dem ersten amerikanischen Schritt in Richtung auf SDI habe Bonn sich zur Stelle gemeldet. Dies sei unverständlich! Wie könnten Menschen, die für Frieden in Europa eintreten, solche Pläne unterstützen? Sie lebten von Tag zu Tag und machten sich keine Gedanken über die Zukunft unserer Beziehungen. Es gebe ein Sprichwort aus dem angelsächsischen Bereich, daß derjenige, der im Glashaus wohne, nicht mit Steinen zum Nachbarn werfen solle. Wie könnten sich die Bundesregierung und andere Westeuropäer so verhalten! Es sei nicht leicht vorzustellen, was daraus werde.

Dies sei keine künstliche Schwarzmalerei. Es sei die reale Lage, wie die SU sie sehe. Es gebe mathematische Formeln und Analysen, was all dies bedeute und was daraus resultieren könne. Es wirke sich nicht positiv aus auf die Beziehungen SU–USA und auch nicht auf die Beziehungen SU–europäische Länder.

Dies bewirke aber nicht, daß die SU die Beziehungen zur Bundesrepublik automatisch abschreibe, weder im politischen noch im wirtschaftlichen Bereich. Diese Konsequenz werde nicht gezogen. Aber man ziehe seine Folgerungen.

Man habe Kontakte, wie auch diese Begegnung, dies sei Teil des politischen Dialogs. Die Haltung der Bundesregierung werfe aber einen dicken schwarzen Schatten auf unsere Beziehungen.

Die ursprünglichen deutschen Vorbehalte gegen SDI seien wohl nur für die Öffentlichkeit bestimmt, aber nicht ernst gemeint gewesen. In Wirklichkeit gewähre man volle Unterstützung für die US-Pläne. Dies werde dazu führen, daß man in Europa und in der Welt auf Bergen von Waffen sitze und auch noch den Weltraum, auch über Europa, mit Waffen spicke. Ob dies besser sei als eine Welt ohne Waffen?!

Was dies für Europa und die Völker der Welt bedeute, sei klar: eine Katastrophe.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 646*

Familienangehöriger empfohlen, die in der Bundesrepublik lebende Minderzahl solle in die Sowjetunion übersiedeln.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 953; Referat 213, Bd. 139301.

<sup>21</sup> Vgl. dazu die Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan; BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner Dok. 85 und Dok. 87.

Die Teilung Europas werde von den Amerikanern immer wieder angesprochen und sei ein besonderes Modethema, über das jeder amerikanische Politiker rede. Worum gehe es?

Es gebe sozialistische und kapitalistische Staaten in Europa. Dies sei der Bundesrepublik wie der Sowjetunion klar. Auch die Bundesrepublik spreche von der friedlichen Koexistenz als der Grundlage für Frieden und Entwicklung der Beziehungen in Europa.

Warum also sei die Spaltung schlecht und müsse überwunden werden? Wie, das wisse niemand. Schlafen die Politiker? Schlafwandler dürfe es in der Politik nicht geben. Es gebe auch ein anderes Konzept, diesen Zustand zu ändern. Das bedeute wohl Liquidierung der sozialistischen Staaten. In der Bundesrepublik gebe es spezielle Kreise, die dies befürworten.

Aber Tatsache sei, es gebe zwei deutsche Staaten, die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Es werde behauptet, man brauche für beide nur ein Dach. Aber: Die Geschichte sei anders. Es gebe zwei unabhängige und souveräne deutsche Staaten. Man könne versuchen, es zu beschönigen, dies sei aber nicht sachdienlich. Alles, was dazu gehöre, nenne die SU Revanchismus. Den gebe es auch in der Politik in der Bundesrepublik Deutschland.

Es gebe aber auch nüchterne Politiker in der Bundesrepublik, die sagten, es gebe die Bundesrepublik und die DDR, und sozialistische und kapitalistische Staaten könnten in Europa nebeneinander existieren. Hierzu gebe es keine Alternative, diese Haltung habe die SU begrüßt. Der Moskauer Vertrag sei das Ergebnis eines Meinungsaustausches und von Verhandlungen, das auf dieser nüchternen und vernünftigen Grundlage beschlossen wurde. Es handele sich um ein großes Dokument, dessen Jubiläum gebührend begangen werden solle.

Die SU trete ein für eine Aufrechterhaltung und Entwicklung der Beziehungen mit der Bundesrepublik auf den verschiedenen Gebieten sowohl der Politik wie der Wirtschaft und des Handels. Beim Handel habe sich die Bundesrepublik gewisse Schranken von außen auferlegen lassen, es sei ihre Angelegenheit, sie zu überwinden. Je selbständiger die deutsche Seite in diesen Fragen entscheide, desto größer würden die Möglichkeiten für die Zusammenarbeit.

Wir alle atmeten in Europa dieselbe Luft und lebten in einem großen europäischen Haus. Dies anzuerkennen, falle ferner Stehenden schwerer als den Europäern.

Die SU werde ihre Beziehungen zur Bundesrepublik nicht verändern, aus diesem Gespräch dürfe nicht ein solcher Eindruck zurückbleiben, er wäre falsch. Die SU trete für Verbesserungen unserer Beziehungen ein und wolle sie weiter entwickeln auf vernünftiger Grundlage.

Im Augenblick stünden wir auf verschiedenen Polen in einigen Fragen, so der Weltraumfrage. Es gelte, nüchtern und kaltblütig die Meinungen auszutauschen, die Unterschiede zu finden.

Gromyko erklärte sich noch einmal einverstanden mit dem von BM vorgeschlagenen Treffen auf Arbeitsebene.

BM erklärte, die Ausführungen Gromykos enthielten realistische und für uns akzeptable Elemente, aber auch solche, die uns mit Besorgnis erfüllten.



Zu den positiven zählte er die Absichten in bezug auf die Entwicklung unserer Beziehungen. Es sei unsere gemeinsame Verantwortung, uns um Ausbau und Verbesserung zu bemühen. Gromyko habe den Jahrestag des Moskauer Vertrages erwähnt, dem stimme er zu.

Wir seien auch der Meinung, daß wir uns bei Gestaltung der bilateralen Beziehungen leiten lassen sollten vom Moskauer Vertrag und auf der Schlußakte von Helsinki und dem, was in den 70er Jahren aufgebaut wurde, aufbauen sollten mit einer langfristigen Perspektive.

Mit allergrößter Sorge erfülle uns die Bedrohung unseres Landes durch sowjetische Mittelstreckenraketen. Als Unterzeichnerstaat des NVV<sup>22</sup> hätten wir einen Anspruch darauf, auf atomarer Abrüstung zu bestehen. Dies nicht nur bezüglich Mittelstreckenraketen, sondern auch bei interkontinental-strategischen Raketen. Die SU habe mit den USA Verhandlungen vereinbart. Wir begrüßten dies. Zu den Zielen gehörte

- die Verhinderung bzw. Beendigung des Wettrüstens,
- die Herstellung des strategischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau der Rüstung, dies bedeutet drastische Reduzierungen bei Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen.

Dies sei unsere dringende Erwartung. Wir hätten nie den Zusammenhang mit Weltraumfragen gelehnet. Es sei offensichtlich, daß die Einstellung zur Abrüstung bei Mittelstrecken- und Interkontinentalraketen Auswirkungen haben werde auf die Probleme des Weltraumes. Man müsse das auch so herum sehen.

BM äußerte die Überzeugung, daß die Führungen sowohl in Moskau wie auch in Washington sich bewußt seien, daß auf beiden Seiten Forschungsprogramme liefen. Je weniger Offensivwaffen es gebe, desto weniger müsse man sich mit Defensivsystemen befassen. Wir erwarteten von der SU eine konstruktive Haltung in Genf, sie werde auch auf positive Laute aus Washington stoßen.

BM unterstrich, daß wir uns streng an internationale Verträge hielten. Dies beziehe sich sowohl auf den ABM-Vertrag wie den Geist der Schlußakte von Helsinki. In unserem Verständnis erinnerten sie uns gemeinsam daran, daß die Entwicklung der Beziehungen in allen Bereichen einen Beitrag zur Sicherheit in Europa leisten könne. Wir machten keine Abstriche von Helsinki und erwarteten auch, daß andere dies nicht täten.

In den kommenden Monaten sei es wichtig, zu prüfen, was an zusätzlichen Bereichen für die Zusammenarbeit gefunden werden könne. Das deutsch-sowjetische Verhältnis sei wichtig. Man solle nüchtern reden über das, was möglich sei. Die Jubiläumsdaten solle man nicht zu Erklärungen, sondern für praktische Politik benutzen. Die SU solle im gleichen nüchternen Geist herangehen wie wir. Arbeitskontakte seien wichtig, aber auch der politische Dialog. Wir seien daran interessiert und stünden jederzeit zur Verfügung.

<sup>22</sup> Die Bundesrepublik trat dem Nichtverbreitungsvertrag am 28. November 1969 bei. Das Ratifizierungsgesetz wurde am 4. Juni 1974 unterzeichnet. Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793. Vgl. dazu auch AAPD 1969, II, Dok. 383, bzw. AAPD 1974, I, Dok. 143.

BM bezeichnete es als nicht nützlich, in bezug auf die Bundesrepublik schwarz-zumalen. (Einwurf Gromykos bei der Übersetzung: Wir malen auch nicht alles schwarz.) Die SU kenne uns: Wir seien vertragstreu und friedliebend. Dies sei unsere Politik seit Bestehen der Bundesrepublik gewesen und werde es weiter bleiben. Die SU wisse am besten aus den Verträgen und aus den Beziehungen der vergangenen Jahrzehnte, daß wir diese konstruktiven Absichten hätten. Dies müßte es der Sowjetunion nahelegen, auch nach diesen Einsichten uns gegenüber zu handeln.

Da die vorgesehene Gesprächszeit um eine halbe Stunde überzogen war und Gromyko bereits einen Gesprächstermin bei Bundeskanzler Sinowatz hatte hinausschieben lassen, wurde das Gespräch an diesem Punkt beendet. *Gromyko* unterstrich dabei, daß er außer mit Shultz mit keinem der anderen Gesprächspartner in Wien länger geredet habe.<sup>23</sup>

Referat 010, Bd. 178897

## 128

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Tindemans

202-321.11 BEL

17. Mai 1985<sup>1</sup>

Deutsch-belgische Konsultationen auf AM-Ebene vom 17. Mai 1985 in Bonn

1) Das ca. zweistündige Gespräch des BM mit seinem belgischen Kollegen Leo Tindemans galt vor allem SDI und europapolitischen Fragen in der Perspektive des Europäischen Rats in Mailand<sup>2</sup>.

<sup>23</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 17. Mai 1985: „1) Bei Vergleich der vier Gespräche Gromykos mit Dumas, Howe, Andreotti und BM Genscher fällt auf, daß TASS Treffen mit Genscher merklich kühler und distanzierter dargestellt [hat] als übrige drei Begegnungen. [...] 2) Nur BM Genscher, nicht dagegen Howe und Andreotti, mußte sich nach TASS-Darstellungen von Gromyko Vorhaltungen wegen unserer Haltung zu SDI anhören. Nur gegen uns wird der Vorwurf erhoben, Bundesregierung lade durch Beteiligung an amerikanischen Plänen zur Schaffung von Weltraum-schlagwaffen Verantwortung für die Folgen der dadurch ausgelösten Destabilisierung des militärisch-strategischen Gleichgewichts auf sich. 3) Auch die Aussagen zum bilateralen Verhältnis sind deutlich spröder formuliert. [...] TASS-Darstellung macht einmal mehr sowjetische Warnung deutlich, daß es nicht ohne Auswirkungen auf unsere bilateralen Beziehungen bleibt, wenn Bundesregierung von allen westeuropäischen Regierungen positivste Einstellung zu SDI einnimmt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1501; Referat 010, Bd. 178897.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 22. Mai 1985 gefertigt und an das Ministerbüro mit der Bitte, „die Billigung des Herrn Ministers einzuholen“, weitergeleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 29. Mai 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178900.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

## 2) SDI

*Tindemans* berichtete, belgische Regierung habe – von dem WEU-Treffen in Bonn<sup>3</sup> angeregt – eine Task Force zur Untersuchung der SDI-Problematik gegründet. Zunächst werde sie mit Behörden und Unternehmen die vorhandenen Möglichkeiten für eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm prüfen und feststellen, ob belgische Firmen von amerikanischer Seite bereits kontaktiert worden seien.

*BM* verwies auf die Erklärung der Bundesregierung vom 27.3.1985<sup>4</sup>, und die Regierungserklärung des BK vom 18.4.1985<sup>5</sup>, die unverändert unsere Haltung wiedergeben. Unser Wunsch nach koordinierter europäischer Reaktion auf SDI sei ähnlich motiviert wie seinerzeit bei der Nachrüstung: Vermeidung einer Singularisierung Ds. Bei der Beurteilung von SDI sei übergeordnetes Kriterium nicht die Technologie, sondern die Strategie. Die Strategiedebatte sei noch nicht abgeschlossen. Was eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm betreffe, so sei auch nach Reagans Besuch<sup>6</sup> offen, wie sich US diese konkret vorstelle. Daher sei es durchaus nützlich, Delegationen in die US zu entsenden.

*BM* kam sodann auf das Treffen der fünf NATO-AM in Wien<sup>7</sup> zu sprechen. Bei dieser Gelegenheit habe er AM Shultz darauf hingewiesen, daß wir großen Wert auf ein uneingeschränktes Bekenntnis zur NATO-Strategie und auf die Feststellung ihrer moralischen Qualität im Frühjahrskommuniqué der NATO<sup>8</sup> legten. Shultz habe damit keine Probleme, lege aber seinerseits Wert auf eine SDI-Aussage. AM Dumas habe auf die bekannte französische Haltung hingewiesen. *BM* habe darauf erwidert, eine französische Fußnote zum NATO-Kommuniqué würden die Sowjets als ersten Erfolg und Beweis mangelnder Bündniseinigkeit verbuchen. Es müsse eine Formel gefunden werden, der auch F zustimmen könne, wie es in der WEU<sup>9</sup> möglich gewesen sei.

*BM* habe ferner die Gelegenheit genutzt, um Unterstellungen entgegenzutreten, wir sähen in SDI einen Weg zu einer nicht-nuklearen Strategie, dank derer wir die nach dem Zweiten Weltkrieg als Nicht-Nuklearmacht eingetretene Statusminderung überwinden wollten.

## 3) Europapolitische Fragen

*Tindemans* erklärte, B sei mit der französischen Initiative zur europäischen technologischen Zusammenarbeit<sup>10</sup> grundsätzlich einverstanden, allerdings müsse

<sup>3</sup> Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23. April 1985 vgl. Dok. 98.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner Dok. 85 und Dok. 87.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

<sup>6</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 1. bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 15. Mai 1985 vgl. Dok. 120.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 145–149. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 389–392.

<sup>9</sup> Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommuniqués der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23. April 1985; Dok. 98, Anm. 12.

<sup>10</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

sie in die Gemeinschaft eingebettet sein. Andernfalls impliziere sie eine indirekte Kritik an der EG.

D4<sup>11</sup> berichtete von seinen Konsultationen in Paris vom 13.5.1985: F habe die Idee einer Agentur aufgegeben.<sup>12</sup> EUREKA solle EG-konform und projektorientiert sein und die vorhandene Forschungszusammenarbeit optimal nutzen. Die Organisationsstruktur solle möglichst flexibel und praktisch sein.<sup>13</sup>

Tindemans unterstrich sodann die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Vorschläge zum Binnenmarkt.<sup>14</sup>

BM stellte fest, daß hierzu Konsens bestehe. Allerdings werde es schwierig, wenn es zu den Details komme. Auf die Frage, ob angesichts der bekannten Einstellung der Bundesbank<sup>15</sup> auch Schritte im Währungsbereich möglich seien, erwiderte BM, daß diese Frage bei uns noch nicht ausdiskutiert sei. Wenn sich eine Einigung über die Dooge-Vorschläge<sup>16</sup> abzeichne, werde es der Bundesbank schwerfallen, ihre Bedenken aufrechtzuhalten.

D4 ergänzte, dies sei vor allem der Fall, wenn *pari passu* eine Konvergenz in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erreicht werden könne.

Tindemans erklärte, ein weiterer Punkt für B sei die stärkere Ausrichtung der EPZ auf die Sicherheitspolitik. Man brauche dazu eine vertragliche Grundlage, damit gewisse Mitglieder wie Griechenland nicht ständig aus der Reihe tanzten.

BM entgegnete, entweder nähme man – wie die NATO – keine Rücksicht auf Griechenland, oder man müsse in der Tat einen anderen Weg beschreiten.

Tindemans bezeichnete Dooge-Vorschlag zur Mehrheitsentscheidung für B für annehmbar. Damit habe er die für B wichtigsten Punkte angesprochen. Abschlie-

<sup>11</sup> Werner Ungerer.

<sup>12</sup> Mit Note vom 26. April 1985 legte die französische Botschaft zu EUREKA dar: „Die Bundesrepublik hat ihre große Zurückhaltung gegenüber der Struktur einer Agentur ausgedrückt. Frankreich sieht in dieser Idee (einer Agentur) keine *Conditio sine qua non* für seinen Vorschlag. Frankreichs einzige Sorge ist es, jede bürokratische Komplikation zu vermeiden – dies dürfte den deutschen Sorgen Rechnung tragen. Frankreich wünscht deshalb die deutschen Vorschläge für die beste Formel kennenzulernen, die die Mobilisierung der Forschungsanstrengungen sicherstellt und (gleichzeitig) Dynamik und die notwendige Flexibilität garantiert. Wenn die Formel eines einfachen Lenkungsausschusses es erlaubt, dasselbe Ergebnis zu erreichen, ist Frankreich bereit, sich damit zufriedenzugeben.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178936.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat Zimprich resümierte am 13. Mai 1985 Informationen der Botschaft in Paris zu den „deutsch-französischen Sondierungsgesprächen“ des Ministerialdirektors Ungerer vom selben Tag: „F anerkennt unsere Philosophie einer Kompatibilität von EUREKA und SDI; dies beziehe sich auf die Forschungs- und Technologiefelder, nicht jedoch auf die Finalität der Vorhaben (zivil/militärisch). Am 21.5. werden sich die Vertreter der beiden Forschungsministerien auf AL-Ebene in Bonn treffen und versuchen, Forschungsfelder für die Zusammenarbeit zu identifizieren [...]. Nach Einschätzung der Botschaft seien die Gespräche ‚gut gelaufen‘; dies sei zu einem Teil auf die außerordentlich geschickte Verhandlungsführung von D 4 zurückzuführen. Die deutsch-französischen Beziehungen hätten an Substanz gewonnen. Ein Teil der auf dem Bonner Weltwirtschafts[G]ipfel entstandenen Verstimmung scheine beseitigt.“ Vgl. Referat 430, Bd. 145527.

<sup>14</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 19. März 1985 zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 vgl. Dok. 79, Anm. 4.

<sup>15</sup> Zur Haltung der Bundesbank zu einem Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) vgl. Dok. 15.

<sup>16</sup> Der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) legte dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 einen Bericht vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253. Zum Vorschlag des Ad-hoc-Ausschusses für eine Regierungskonferenz für eine Europäische Union vgl. Dok. 97.

ßend stelle sich die Frage nach der Einberufung einer Regierungskonferenz. Wenn man sich auf dem ER in Mailand einigen könnte, wäre sie vielleicht nicht erforderlich.

*BM* erklärte, eine Regierungskonferenz wäre nur wünschenswert, wenn der ER ihr ein klares Mandat erteile. Angesichts der Haltung einiger EG-MS (UK, DÄN und GR) zweifle er aber, ob dies möglich sein werde.

Auf die Frage von *D4*, wie *B* zu dem britischen Vorschlag stehe, statt einer Regierungskonferenz den ER entsprechende Weisungen erteilen zu lassen, antwortete *AM*, ein Scheitern einer Regierungskonferenz würde negative Auswirkungen auf Europa haben. Vielleicht wäre es ratsamer, drei oder vier Punkte aus den Dooge-Vorschlägen herauszunehmen und sie zu verwirklichen.

Auf den Einwand *BM*, man solle sich zunächst informell abstimmen und versuchen, für eine Regierungskonferenz zu überzeugen, räumte *AM* ein, es ließe sich auch eine Regierungskonferenz mit limitierter Tagesordnung vorstellen. Sie müßte aber einen möglichst großen Teilnehmerkreis umfassen und – wie die EG zu ihrem Beginn – einen präzisen Zeitrahmen vorsehen.

*AM* stellte schließlich die Frage, wie man die Stellung des EP stärken könne. Unter den obwaltenden Umständen werde die dritte Europawahl<sup>17</sup> erhebliche Risiken mit sich bringen. Für *BM*, der sich eine stärkere Berücksichtigung der Tindemans-Vorschläge<sup>18</sup> gewünscht hätte, liegt die Grundschwierigkeit des EP darin, daß es keine Regierung als Gegenpart habe. Es könne daher keine Loyalitäten entwickeln, die unsinnige Mehrheiten verhinderten. *AM* teilte mit, belgischerseits erwäge man folgende Vorschläge:

- Wenn der Rat auf einen EGK-Vorschlag innerhalb einer bestimmten Frist nicht Stellung nimmt, geht die Zuständigkeit für diese Frage auf das EP über.
- Übertragung von Umweltfragen in die Zuständigkeit des EP.

Die Zusammenarbeit zwischen EP und Rat müßte allerdings noch durchdacht werden.

(*D4* will den Vorschlag der Übertragung von Umweltfragen in die EP-Zuständigkeit in die Prüfung der Möglichkeiten einer Ausdehnung der EP-Befugnisse durch die beteiligten Bundesministerien einbringen).

#### Referat 010, Bd. 178900

<sup>17</sup> Die dritten Wahlen zum Europäischen Parlament wurden vom 15. bis 18. Juni 1989 abgehalten.

<sup>18</sup> Auf ihrer Konferenz am 9./10. Dezember 1974 in Paris beauftragten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten Ministerpräsident Tindemans mit der Erstellung eines Berichts über die Europäische Union. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 369.

Für den Wortlaut des Berichts vom 29. Dezember 1975 vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 55–84. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 1.

## 129

# Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher in Chequers

18. Mai 1985<sup>1</sup>

Nur unter Verschuß.

Treffen des Bundeskanzlers mit PM Thatcher in Chequers am 18. Mai 1985

(An den Gesprächen nahmen teil: Williamson, Cabinet Office; Powell, Downing Street; StS Ruhfus, MD Teltschik, VLR I Dr. Neuer.)

1) In dem Gespräch vor dem Mittagessen gingen Bundeskanzler und PM Thatcher kurz auf den Wirtschaftsgipfel<sup>2</sup> ein. Der *Bundeskanzler* plädierte dafür, bei den Wirtschaftsgipfeln nur einige wenige Themen und diese vertieft zu behandeln.

PM Thatcher stimmte dieser Auffassung zu. Außenpolitische Angelegenheiten sollten nur dann behandelt werden, wenn besonders dringliche aktuelle Fragen vorliegen. Wichtig sei es auch, daß der Vorsitz die Debatte strukturiere. Rückblickend habe sich der letzte Tokio-Gipfel<sup>3</sup> als am wenigsten fruchtbar erwiesen. Dort sei es nur um Öl und Quoten gegangen. Der *Bundeskanzler* und PM Thatcher stimmten darin überein, daß man dem nächsten Tokio-Gipfel<sup>4</sup> unter dem Vorsitz von PM Nakasone mit positiven Erwartungen entgegensehen könne.

2) In dem Gespräch beim Mittagessen, das vor allem die wirtschaftliche Lage und die Frage der Arbeitslosigkeit zum Gegenstand hatte, wies der *Bundeskanzler* auf die große Anzahl der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland hin. Während italienische, spanische oder jugoslawische Gastarbeiter keine besonderen Probleme aufwürfen, ergeben sich mit türkischen Gastarbeitern wegen deren Herkunft aus einem anderen Kulturkreis Schwierigkeiten. Dieses Problem müsse bald gelöst werden. Auch mit den Kroaten ergeben sich manchmal Probleme wegen deren Einstellung gegenüber Belgrad.

PM Thatcher wies auf ähnlich gelagerte Probleme der Briten mit den Pakistanis und Sikhs hin.

Auf die Frage PM Thatchers, wann die Verlängerung des Wehrdienstes<sup>5</sup> in der Bundesrepublik Deutschland auf 18 Monate erfolge, führte der *Bundeskanzler* aus, dies sei für Herbst 1985 vorgesehen. Wegen der starken Jahrgänge habe

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Mai 1985 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am folgenden Tag „mit der Bitte um Billigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er: „BM Genscher sollte nach Zustimmung Doppel des Vermerks zur persönlichen Unterrichtung erhalten.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>3</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 28./29. Juni 1979 in Tokio statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 198.

<sup>4</sup> In Tokio fand vom 4. bis 6. Mai 1986 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 3 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 10. Mai 1986; AAPD 1986.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

die Wehrpflichtverlängerung jedoch keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Das Problem bei den Arbeitslosenzahlen sei es, daß sie die Wirklichkeit nicht reflektierten.

PM *Thatcher* stimmte dem zu.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, in der Bundesrepublik Deutschland gebe es jetzt 2,3 Millionen Arbeitslose. Nicht alle jedoch seien echte Arbeitslose. Es werde hier viel Mißbrauch getrieben.

PM *Thatcher* sprach sich dafür aus, diese Frage beim Europäischen Rat<sup>6</sup> zu besprechen. Sie wies auf das amerikanische Beispiel hin, wo nach sechs oder zwölf Monaten Arbeitslosenunterstützung in Geld nur noch Sachleistungen erfolgten. Allerdings sei dieses System für europäische Verhältnisse nicht praktikabel. Dennoch sei es eine interessante Frage, festzustellen, wieviel „echte“ Arbeitslose es gebe. In die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates sollte das Ergebnis einer solchen Diskussion aufgenommen werden, um dann anschließend zu untersuchen, wo die wirkliche Arbeitslosenzahl liege. Auch in Großbritannien gebe es das Problem der Schwarzarbeit. Es gebe zahlreiche Personen, die nicht arbeiten wollten, weil sie sich als Arbeitslose finanziell ebenso gut stünden. Durch diese „unechten“ Arbeitslosen ergebe sich eine falsche Beurteilung der Arbeitsmarktlage.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es sich hier um die Folge davon handele, daß wir 20 Jahre lang über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Es sei dies ein moralisches Problem.

PM *Thatcher* stimmte dem mit dem Hinweis zu, daß es leider kein Berufsethos mehr gebe. Mit diesen Fragen müsse man sich befassen und sie offenlegen.

PM *Thatcher* bemerkte, die Arbeitslosigkeit in Frankreich habe um drei Prozent abgenommen. Für junge Leute seien neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen worden. Die Bezahlung sei allerdings gering. Man müsse sich einmal das französische Vorgehen näher ansehen.

Der *Bundeskanzler* regte an, auch einmal die Statistiken zu vergleichen. Sie müßten allerdings erst vergleichbar gemacht werden. Man müsse den beiden großen Problemen, nämlich der Schwarzarbeit und der zu großen Überstundenzahl Herr werden.

PM *Thatcher* bemerkte, jede Verringerung der Arbeitszeit bewirke nur ein Ansteigen der Überstunden. Vielleicht sei die Schwarzarbeit moralisch nicht einmal so verwerflich wie das Erschwindeln von Arbeitslosigkeitsunterstützung. Dieses Problem gebe es überall in Europa, weil das soziale Netz sehr gut sei. Beim Versuch des Abbaus der Überstunden ergebe sich auch das Problem, daß sie im Gegensatz zu Neueinstellungen keine die Stückkosten erhöhenden Auswirkungen hätten. Jedenfalls müsse beim nächsten Europäischen Rat bei der Diskussion der wirtschaftlichen und sozialen Lage über dieses Thema gesprochen werden. Alle EG-Staaten hätten ähnliche Erfahrungen gemacht. Es müsse dann geprüft werden, wie das Ergebnis des Meinungsaustauschs in das Kommuniké (Schlußfolgerungen) Eingang finden könne.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß eine Entwicklung verhindert werden müsse, die zu einer Lage führe, in der der einzelne Beschäftigte gleichzeitig zwei verschiedenen Beschäftigungen nachgehe, wie dies zum Beispiel in Italien häufig vorkomme. Leider werde heute nur noch zwischen dem unterschieden, was erlaubt oder verboten sei. Der moralische Kompaß fehle weitgehend.

PM *Thatcher* bemerkte, es gebe heutzutage in GB Studenten, die sich in den großen Ferien als Arbeitslose registrieren ließen. So etwas wäre früher nicht passiert.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, daß in der Bundesrepublik Deutschland vier Säulen intakt seien. Dies seien die Facharbeiter, die Bauern, das Gros der Beamten und die überwiegende Mehrzahl des Mittelstandes, vor allem die Handwerker. Die Facharbeiter wählten zwar meist sozialdemokratisch, seien aber zutiefst konservativ.

Der *Bundeskanzler* und PM *Thatcher* waren sich darüber einig, daß die Frage bei dem Europäischen Rat im Dezember 1985<sup>7</sup> besprochen werden solle. Der *Bundeskanzler* äußerte, er wolle diesen Punkt mit MP Lubbers aufnehmen.

3) In dem etwa vierstündigen Meinungsaustausch nach dem Mittagessen kam zunächst SDI zur Sprache.

PM *Thatcher* führte aus, was die grundsätzliche britische Position zur Frage der Forschung angehe, habe sich GB entschlossen, hieran teilzunehmen. Die Frage sei, was zu geschehen habe, wenn das Forschungsprogramm erfolgreich sei. Weiter müsse man überlegen, welche Auswirkungen das Forschungsprogramm auf die Abrüstungsverhandlungen haben werde, da auch den Sowjets bewußt sei, daß es erfolgreich sein könne. *Bundeskanzler* und PM *Thatcher* stimmten darin überein, daß das Forschungsprogramm gerechtfertigt sei und daß beide Länder bereit seien, das amerikanische Angebot<sup>8</sup> zur Beteiligung an der SDI-Forschung aufzunehmen. In ihrem Gespräch mit Präsident Reagan beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn habe dieser geäußert, er erwarte, daß im Prinzip jeder Kontrakt bilateral verhandelt werden solle. PM *Thatcher* habe hierzu gesagt, die Europäer würden koordinieren, würden sich aber wohl nicht ganz abstimmen können. GB wolle wie D bilateral vorgehen und eine Delegation in die USA entsenden. Es sollte aber Kontakt gehalten werden und eine gegenseitige Information darüber erfolgen, auf welchem Gebiet jeder arbeiten möchte. Es werde wohl lange dauern, bis praktisch verwertbare Ergebnisse vorliegen. Durchführbar erscheine das Projekt jedoch. Es würde zwar wahrscheinlich keine einhundertprozentige Sicherheit bezüglich der Raketenabwehr bieten, die britischen Wissenschaftler seien jedoch vorsichtig optimistisch.

Zur Frage der Auswirkungen des Forschungsprogramms auf die Sowjetunion bemerkte PM *Thatcher*, Perle und andere hätten sich dahingehend geäußert, SALT II werde im Mai 1986 vielleicht obsolet werden.<sup>9</sup> Dies bereite ihr große Sorge. Die britische Seite habe gegenüber den Amerikanern bemerkt, sie glau-

<sup>7</sup> Der Europäische Rat trat am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg zusammen. Vgl. dazu Dok. 325.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

<sup>9</sup> Zur Frage der Weiterbeachtung des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. Dok. 133.



be nicht, daß die USA jemals von dem ABM-Vertrag oder SALT II abgehen würden. Hinter bereits Erreichtes dürfe man nicht zurückgehen. Wenn die Forschung in die Dislozierung übergehe, seien Verhandlungen über ABM erforderlich. In Genf<sup>10</sup> müsse ABM bekräftigt werden. Sie werde den Amerikanern erklären, große friedliche Länder hielten ihre Verträge aufrecht, und zwar nicht nur dem Buchstaben nach. Dies könne helfen, die Diskussion in der Administration zu beeinflussen. Paul Nitze sei ihrer Auffassung.<sup>11</sup> Shultz habe geäußert, die Europäer nehmen es übel, wenn von SALT II abgegangen werde. Hier bestünden wohl Ähnlichkeiten mit der deutschen Auffassung. Die Frage sei, wie jetzt in Genf weiter vorgegangen werden solle. Sie befürchte, daß keine Seite hierüber exakte Vorstellungen ausgearbeitet habe. Sie glaube nicht, daß Gorbatschow sich schon intensiv mit diesen Fragen befaßt habe. Deshalb sei keine Kreativität von sowjetischer Seite zu erwarten. Es bestehe die Gefahr, daß in Genf für weitere drei Monate ein diplomatisches Menuett abrolle. Sie halte es für vital, daß der Westen und auch die Sowjetunion forschen; trotzdem werde es sehr wichtig sein, gleichzeitig die Nuklearwaffen zu reduzieren.

*Bundeskanzler* stimmte dem zu.

PM *Thatcher* fährt fort, es sei wichtig, daß wir im Hinblick auf die Reduzierung fest blieben. Der Westen habe einen Propagandavorteil im Bereich der chemischen Waffen. Die Sowjetunion besitze ein reiches Arsenal dieser Waffengattung. Die Europäer verfügten über keine chemischen Waffen, die USA nur über wenige. Man müsse sagen, bei den Verhandlungen dürfe es nicht nur um Nuklearwaffen gehen; die Auswirkungen chemischer und biologischer Waffen könnten ebenso schlimm sein. Das Waffenarsenal müsse reduziert werden. Um SALT II einzuhalten, müßten die Amerikaner bei Indienststellung eines neuen Trident-Unterseeboots ein Unterseeboot der älteren Generation außer Dienst nehmen. Die größte Schwierigkeit sei es, daß die Sowjetunion befürchte, die USA griffen sie möglicherweise an. Man müsse sich dabei allerdings fragen, ob das wirklich die sowjetische Überzeugung sei. Sie habe den Eindruck, daß hier bei den Sowjets echte Zweifel an der amerikanischen Haltung bestünden. Gorbatschow werde innenpolitisch als orthodoxer Kommunist auftreten. Wenn eine Abweichung von dem bisherigen Kurs erfolge, dann werde sie nur geringfügig sein, weil sonst die kommunistische Weltanschauung grundsätzlich berührt werde. Er habe eine „tricky hand to play“.

Der *Bundeskanzler* nahm diese Äußerung von PM *Thatcher* auf und bemerkte, niemand könne voraussagen, was Gorbatschow tun werde. Er habe Glück gehabt, die Position des Generalsekretärs zu bekommen. Es wäre unklug, seine Fä-

<sup>10</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>11</sup> Der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, sprach am 28. März 1985 vor dem International Institute for Strategic Studies. Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am folgenden Tag, Nitze habe in einem anschließenden Gespräch erklärt: „Sein eigener Londoner Vortrag sollte auf AM Howes SDI-Rede und andere europäische Äußerungen antworten und den Eindruck der Ausführungen von Richard Perle [...] ‚korrigieren‘, in denen dieser sich, in der Vorwoche und ebenfalls in London, betont kritisch mit der Haltung Großbritanniens (der Europäer) auseinandergesetzt hatte. Perle hatte insbesondere AM Howe kritisiert. Nitze betonte, daß sein Vortrag im Gegensatz zur offenbar spontanen Reaktion Perles auf Howe und andere die ausdrückliche Billigung sowohl von Präsident Reagan als auch von AM Shultz und VM Weinberger habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 609; VS-Bd. 11374 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Für den Wortlaut der Rede vgl. SURVIVAL Mai/Juni 1985, S. 98–107.

higkeit zum Charme mit Mangel an Härte zu verwechseln. Es sei für ihn eine glückliche Konstellation, daß seine Kollegen im Politbüro in hohem Alter stünden. Er, der Bundeskanzler, glaube allerdings, die alten Mitglieder des Politbüros seien noch heute in der Lage, ihn zu stürzen. Die Zeit arbeite jedoch für Gorbatschow. Er werde seine Position konsolidieren und versuchen, Zeit zu gewinnen. Er werde sich vor allem durch Personalpolitik Einfluß verschaffen. Der Parteitag der KPdSU im Januar 1986<sup>12</sup> werde wie meistens ein Vollzug von Entwicklungen sein. Tichonow werde wohl nicht mehr lange im Amt sein. Die Frage ergebe sich, ob Gorbatschow<sup>13</sup> selber Ministerpräsident werden wolle – wie früher Chruschtschow –, ob er das Amt des Staatsoberhauptes anstrebe oder ob er sich auf die Rolle des Generalsekretärs beschränken wolle. Der Bundeskanzler äußerte die Ansicht, Gromyko werde sich wohl nicht mehr lange halten. Zwischen Gorbatschow und Gromyko bestehe kein freundschaftliches Verhältnis. Es sei sicherlich klug, daran zu glauben, daß die Ära Gorbatschow begonnen habe. Wie es weitergehen werde, könne man im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Im Westen übersehe man oft, daß auch in der Sowjetunion eine Art öffentlicher Meinung bestehe. Auch ein sowjetischer Diktator wolle Zuspriech haben. Das Lebensgefühl in der jüngeren, nach 1945 geborenen Generation, der etwa 50 % der sowjetischen Einwohner angehörten, sei anders als das der alten Generation. Die Disziplin in der Roten Armee sei nicht mehr so gut wie früher. Hier gebe es Beispiele aus der DDR und besonders aus Afghanistan. Das Drogenproblem spiele eine zunehmende Rolle. Die Soldaten würden auch sehen, daß der Lebensstandard in den anderen kommunistischen Ländern höher sei als in der Sowjetunion. Auch die Rundfunksendungen aus dem Ausland, die in der Sowjetunion empfangen werden könnten, spielten hier eine Rolle. Dies alles werde sich langfristig auswirken.

Er glaube, daß die Sowjetunion ein enormes Sicherheitsbedürfnis habe. Wir müßten auf die Amerikaner einwirken, hierfür Verständnis aufzubringen. Natürlich wüßten wir, daß die NATO nur ein Verteidigungsbündnis sei und die Amerikaner keinen Angriffskrieg anzetteln würden. Er glaube jedoch, daß die sowjetische Angst nicht nur gespielt, sondern echt sei. Die sowjetische Politik sei nur als russische Politik zu begreifen. Hier spielten die geschichtlichen Erfahrungen eine Rolle. Das Schicksal des Krieges habe fast in jede sowjetische Familie eingegriffen. Politik werde in der Sowjetunion mit Emotionen gemacht. Karikaturen aus der Nazi-Zeit (Streicher) erschienen jetzt mit anderen Unterschriften in sowjetischen Zeitungen. Der Kirchenkampf werde verstärkt, weil die Sowjets eine Revitalisierung der Kirche befürchteten.

Das sowjetische Sicherheitsbedürfnis sei eine irrationale Mischung aus Überzeugung und Propaganda. Die USA seien eine Weltmacht, jedoch nicht immer eine Weltmacht in bezug auf Psychologie. Amerikanische Äußerungen seien dazu angetan, den Sowjets Anlaß zu Befürchtungen zu geben. Wichtig sei es, bei den Abrüstungsverhandlungen die Bewegung aufrechtzuerhalten, weiterzumachen und Einfluß auf die Amerikaner auszuüben. Er sehe eine Chance. Er glaube, die Wahrnehmung einer solchen Chance durch die SU passe zu dem Bild, das

<sup>12</sup> Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Gromyko“.

er sich von Gorbatschow gemacht habe. Präsident Reagan habe seinerseits große innenpolitische Möglichkeiten, da er wie de Gaulle außerhalb jeden Verdachts stehe. Er könne tun, was Präsident Carter nicht habe tun können. Man müsse ihn hierbei unterstützen. Bedauerlich sei die psychologisch ungeschickte Einführung von SDI. Moralisch und sachlich sei das Programm gerechtfertigt. Allerdings müsse man mit dem Argument der Moral vorsichtig sein, denn wenn die Amerikaner feststellten, SDI sei moralisch positiv zu werten, so könne daraus geschlossen werden, die bestehende Lage sei dies nicht. Wir seien aber noch lange auf die Abschreckung angewiesen. Welches Ergebnis das SDI-Forschungsprogramm haben werde, sei noch nicht vorhersehbar. Er glaube jedoch, es werde erfolgreich sein. Dann müsse entschieden werden. Der Bundeskanzler gab der Auffassung Ausdruck, die Sowjetunion betrachte die technologische Überlegenheit des Westens im zivilen Sektor beinahe als noch gefährlicher als im militärischen Bereich. Der technologische Abstand zwischen den USA und der Sowjetunion im zivilen Bereich werde immer größer. Die Sowjetunion sehe, daß andere Staaten, auch innerhalb ihres eigenen Machtbereichs, die Sowjetunion bzw. den Westen als Partner vorziehen würden.<sup>14</sup>

Es müsse Klarheit gefunden werden, was die Amerikaner wirklich wollten. Was Präsident Reagan sage, passe nicht immer zu den Meinungen, die Weinberger vertrete.

Er, der Bundeskanzler, sei der Auffassung, daß die USA das SDI-Programm unabhängig davon fortsetzten, wer der nächste und übernächste amerikanische Präsident sein werde. Investitionen der geplanten Größenordnung würden Technologie und Wirtschaft großen Auftrieb verleihen. Die Auswirkungen würden ähnlich sein wie bei der Weltraumforschung Präsident Kennedys. Wichtig sei es, daß das Forschungsprogramm ein Prozeß des Gebens und Nehmens sei.

Die USA seien z.B. besonders interessiert an den Produkten von Zeiss und Schott. Das Pentagon sei wohl der Auffassung, man schließe einen Vertrag und zahle dafür, behalte aber dann das Ergebnis der Forschung für sich. Es liege jedoch nicht in unserem Interesse, technologische Entwicklungen abzugeben. Wir wünschten Zusammenarbeit und die Übertragung von ausgewählten Aufgaben nach Europa. Wir wünschten aber auch, den Nutzen aus diesen Forschungen zu genießen. Die Frage sei, ob private Firmen oder der Staat das Programm durchführen sollten. Wenn Präsident Mitterrand sage, der französische Staat beteilige sich nicht<sup>15</sup>, so bedeute dies in Wirklichkeit sehr wenig, da die staatlichen Firmen sich beteiligen könnten. Ähnlich sei die Lage in Italien. Anders jedoch sei es in Deutschland. Hier bestehe nur ein indirekter Einfluß des Staates. In Bonn sei bereits ein erstes Gespräch mit Firmen und Forschungsinstitutionen geführt worden.<sup>16</sup> 60 % etwa könnten die Institutionen, 40 % die Firmen beitragen. Der Staat wäre also praktisch über die Forschungsinstitutionen eingeschlossen. Wichtig sei es auch, daß keine isolierten Gespräche mit den Amerikanern ohne jegliche Abstimmung geführt würden. Dies liege auch im Inter-

<sup>14</sup> So in der Vorlage.

<sup>15</sup> Zur Haltung des Staatspräsidenten Mitterrand zu SDI vgl. Dok. 136 und Dok. 137.

<sup>16</sup> Vgl. dazu das vom Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesverband der Deutschen Industrie am 10. April 1985 in Neu-Isenburg organisierte Treffen; Dok. 119, Anm. 15.

esse der Japaner. MP Nakasone wolle an der zivilen Forschung teilnehmen und sei interessiert, daß auch die Europäer mitmachen.<sup>17</sup> Die Frage stelle sich, wer von europäischer Seite interessiert sei. Er, der Bundeskanzler, halte nichts davon, die EG als Rahmen zu nehmen. Sie sei zu schwerfällig. Nur wenige Mitgliedstaaten der EG seien an dem Forschungsprogramm interessiert. Zu den interessierten Staaten zählten in erster Linie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, z. T. auch Italien, und möglicherweise Belgien. Frankreich habe übrigens das Projekt einer Agentur fallenlassen.<sup>18</sup> Es wäre gut, wenn F, GB, D und Italien den Amerikanern erklärten, es gebe Bereiche, in denen die Forschung dieser Länder führend sei, und anregten, diese Bereiche den betreffenden europäischen Ländern zu überlassen. D habe große Chancen und nutze sie nur mangelhaft. Er betrachte es als großen Erfolg 1984, daß mehr deutsche Wissenschaftler aus den USA wieder zurückgekommen seien, als dorthin ausgereist seien. Der Bundeskanzler möchte diese Zahl und den Austausch noch steigern. SDI bedeute auch eine Chance für uns, den Kulturpessimismus zu überwinden und zu zeigen, daß unsere Länder eine Zukunft haben. Zusammenfassend stellte er fest, es sei nun wichtig, Klarheit zu bekommen, was die Amerikaner wirklich wollten und was die Europäer gemeinsam unternehmen könnten.

PM *Thatcher* unterstrich, daß Kontakt gehalten werden müsse. Das ganze werde nicht einfach sein. Die Amerikaner würden nicht so leicht bereit sein, Technologie zu transferieren. Aber sie glaube, die Amerikaner brauchten die Europäer. Deshalb sei es wohl eher möglich, eine vernünftige Abrede zu treffen. Man müsse sich noch einig werden, wie man am besten den europäischen Einfluß in den USA geltend mache, ohne in den Verdacht der Bandenbildung (ganging up) zu geraten.

Zu Europa führte PM *Thatcher* aus, Präsident Mitterrand habe sich bei dem Gespräch, das sie beim Wirtschaftsgipfel in Bonn mit ihm geführt habe, sehr negativ zur Frage einer Regierungskonferenz<sup>19</sup> geäußert. Es sei auch fraglich, wozu eine besondere Regierungskonferenz dienen solle. Diese finde im Grunde genommen bei jedem Europäischen Rat statt. Es sei besser, weiterhin so zu prozedieren wie in den letzten beiden Jahren. Die europäische Sache müsse unter jeder Präsidentschaft weiterbetrieben werden. PM *Thatcher* kam auf einen britischen Entwurf für ein Abkommen betreffend die außenpolitische Zusammenarbeit zu sprechen (ist beigelegt).<sup>20</sup> Dieser bedeute eine Formalisierung des bestehenden Zustandes.

<sup>17</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 1. Mai 1985; Dok. 108.

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Note der französischen Botschaft vom 26. April 1985; Dok. 128, Anm. 12.

<sup>19</sup> Zum Vorschlag einer Regierungskonferenz für eine Europäische Union vgl. Dok. 97.

<sup>20</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für den am 18. Mai 1985 in Chequers übergebenen britischen „Entwurf über die Europäische Politische Zusammenarbeit“ vgl. Referat 200, Bd. 134808.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl führte am 21. Mai 1985 dazu aus, der britische Entwurf sei „ein nützlicher Beitrag in der Diskussion über die Institutionalisierung der EPZ“. Voraussetzung für eine Zustimmung der Bundesregierung müsse aber sein, „daß der Entwurf vor seiner Einbringung unbedingt ‚angereichert‘ werden muß (z. B. gemeinsame Außenpolitik, gemeinsame Auslandsvertretungen etc.). Er muß wenigstens den *Acquis politique* in vollem Umfang enthalten, sollte aber möglichst darüber hinausgehen, damit wir von einem Fortschritt sprechen können. Wir sollten bereit sein, an einer Anreicherung mitzuwirken, evtl. gemeinsam mit Frankreich.“ Vgl. Referat 200, Bd. 144204.

Ferner sei es wesentlich, jetzt einen Zeitplan für die Vervollständigung des Binnenmarktes zu beschließen. Die Kommission habe hierzu Vorstellungen entwickelt, die die Erreichung dieses Zieles für 1992 vorsehe.<sup>21</sup> Diese Vorhaben seien besser als eine Regierungskonferenz. Die Europäer seien jetzt realistischer geworden. Man müsse sich seiner nationalen Interessen bewußt sein und abwägen, was im eigenen Parlament durchsetzbar sei.

Der *Bundeskanzler* bemerkte zur Frage der Einberufung einer Regierungskonferenz, eine Entscheidung könne erst am Ende der Beratungen in Mailand getroffen werden. Wenn sich herausstelle, sie sei notwendig, könne ein entsprechender Beschluß gefaßt werden. Wenn sie jedoch keinen Erfolg verspreche, werde auch er gegen eine Konferenz eintreten. Bis auf einen Punkt lägen der deutsche und der britische Standpunkt nah beieinander. Er beziehe sich auf die Formalisierung der außenpolitischen Zusammenarbeit. Dies sei für uns Deutsche weniger ein Problem als vielleicht für andere Teilnehmerstaaten. Am weitesten könne man kommen, wenn GB, F und D eine gemeinsame Position haben.

Die deutsche Seite trete auch für einen Zeitplan für die Verwirklichung des Binnenmarktes ein. Man dürfe aber nicht aus dem Auge verlieren, was zu welchem Zeitpunkt machbar sei. Die Zeitvorstellungen des britischen Papiers – das PM Thatcher zuvor übergeben hatte – seien insbesondere in den Bereichen Transport und Versicherung sehr kurz.<sup>22</sup> Die deutschen Schwierigkeiten in diesen Bereichen seien bekannt. Fortschritte seien jedoch auch hier erforderlich. Die Dooge-Kommission habe zur Verwirklichung des Binnenmarktes Vorschläge gemacht.<sup>23</sup> Er hoffe, daß sie Grundlage einer vernünftigen Diskussion sein könnten. Offene Grenzen seien für D kein Problem.

Auf den Hinweis von PM Thatcher auf das Drogenproblem bemerkte der *Bundeskanzler*, in D stelle sich noch ein zusätzliches Drogenproblem mit den bei uns stationierten US-Soldaten<sup>24</sup>.

Von größter Bedeutung sei eine kohärente Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik. Er habe bewußt diese Reihenfolge gewählt. Eine gemeinsame Währungs-

<sup>21</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 19. März 1985 zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 vgl. Dok. 79, Anm. 4.

<sup>22</sup> Am 28. Mai 1985 stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes fest: „1) Das britische Aktionsprogramm zur Vollendung des Binnenmarkts verfolgt einen pragmatischen Ansatz. Die Konzentration auf das wesentliche Anliegen – Beseitigung von Hindernissen für den Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr sowie die Niederlassungsfreiheit – schützt vor einer Überfrachtung des Themas. Die Vorschläge des Dooge-Berichts finden Berücksichtigung, erhalten jedoch eine deutliche Gewichtung. 2) Die Setzung von Schwerpunkten im Bereich des Finanzmarkts und des Verkehrswesens entspricht dem britischen Anliegen, bei den Bemühungen um die Öffnung des Binnenmarktes vorrangig den Dienstleistungsverkehr zu liberalisieren. Dies stimmt nicht mit unseren Prioritäten überein.“ Vgl. Referat 416, Bd. 131009.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Berichts, den der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

<sup>24</sup> Kapitän zur See Kamper, Washington, resümierte am 6. September 1985 Presseberichte über Drogenprobleme in den amerikanischen Streitkräften: „Eine 1980 durchgeführte Untersuchung habe aufgezeigt, daß etwa 47 % aller ‚young enlistees‘ Marihuana zu sich genommen hätten. Besonders alarmierend habe sich dabei herausgestellt, daß etwa 26 % während des Dienstes ‚high‘ gewesen wären und etwa die Hälfte davon – nach eigener Aussage – im Jahr 1979 an 40 oder mehr Tagen ihren Dienst in einem ‚High‘-Zustand angetreten hätten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 141; Referat 201, Bd. 143371.

politik sei nur sinnvoll bei gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Der Bonner Wirtschaftsgipfel habe gezeigt, daß wir in der gleichen Richtung gingen. Wenn man über den Binnenmarkt reden wolle, müsse man auch über die Vereinheitlichung der europäischen Normen reden. Sonst sei die Diskussion sinnlos. Was die Liberalisierung der Dienstleistungen angehe, sei der Bereich Versicherungen für uns schwierig. Wir würden diese Frage aber meistern. Für GB sei vielleicht der Bereich Banken nicht einfach. D trete auch für eine Liberalisierung des Kapitalverkehrs und des Transportwesens ein. Was das Transportwesen anbelange, seien wir inzwischen fast eine niederländische Provinz geworden. Es werde sicher schwierig werden, hier mit NL zu einer Einigung zu kommen. Bei uns habe die Bundesbahn große Schwierigkeiten. Hier müsse etwas geschehen. Es müsse angestrebt werden, Güter wieder von der Straße weg auf die Bahn zu bringen. Japan sei dabei, seine Eisenbahnen zu privatisieren und ein Gesetz zu erlassen, das für Transporte von Schwerstgütern die Beförderung mit der Eisenbahn vorschreibe.

In der Frage der institutionellen Reform seien Großbritannien und Deutschland verschiedener Auffassung. Das EP<sup>25</sup> dürfe nicht in seinem gegenwärtigen Zustand verharren. Es müsse mehr Befugnisse erhalten und dürfe nicht nur Beratungsgremium sein. Diese Frage müsse unbedingt diskutiert werden.

Zum Konsensprinzip bemerkte der Bundeskanzler, es sei erforderlich, das Einstimmigkeitsprinzip im Rat für eine Übergangsfrist nur auf Finanzfragen beschränkt aufrechtzuerhalten. Solange die Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten so verschieden seien, müsse das Vetorecht in Finanzfragen erhalten bleiben. Hier handle es sich nicht nur um ein deutsches Problem. Zwar müsse D der Hauptbeitragszahler bleiben. Wir hätten andererseits auch großen Nutzen aus der EG. Auch wenn der Binnenmarkt vollständig verwirklicht werde, würden alle ihren Vorteil davon haben.

Der zentrale Punkt der europäischen Diskussion sei jedoch die Außen- und Sicherheitspolitik. Damit sei er am wenigsten zufrieden. Es gehe nicht, daß es zwei Gruppen von Mitgliedstaaten gebe, deren eine für den Handel, die andere für die Verteidigung zuständig sei. Falls, wie er hoffe, bei den Verhandlungen in Genf ein Erfolg erreicht werde, gewinne die konventionelle Verteidigung an Bedeutung. Es könne nicht angehen, daß einige Länder die volle Last tragen, während andere sich überhaupt nicht beteiligten. Hierbei denke er weder an Frankreich noch an Irland. Schwierig seien nicht nur Griechenland, sondern auch die Niederlande. Europa könne aber nicht nur ein Europa der Wirtschaft sein und den USA die Verteidigung überlassen. Es sei in gewisser Weise verständlich, wenn Senator Nunn immer wieder den Gedanken vorbringe, die amerikanischen Soldaten aus Europa abzuziehen.<sup>26</sup>

PM *Thatcher* fügte hinzu, bei den Überlegungen zur Verteidigung Europas dürfe man sich die USA und Kanada auf keinen Fall entfremden. Auch Norwegen, das strategisch sehr wichtig sei, müsse eingebunden bleiben. Ebenso die Türkei. Im Grunde seien hier die NATO, die EG und die WEU angesprochen.

<sup>25</sup> Korrigiert aus: „BP“.

<sup>26</sup> Vgl. dazu das vom amerikanischen Senator Nunn am 18. Juni 1984 eingebrachte Amendement zum Verteidigungshaushalt für 1985; Dok. 41, Anm. 11.

StS *Ruhfus* stellte die Frage, ob man nach britischer Auffassung die WEU weiter stärken könne.

PM *Thatcher* stellte fest, die Außenpolitik sei von der Sicherheitspolitik nicht zu trennen. Wenn die WEU gestärkt werde, könne es sein, daß die USA und Kanada abgedrängt würden. Mulroney habe ihr gegenüber schon erklärt, er fühle sich isoliert. Vielleicht gehe dies auch Norwegen so.

Zur Position von Präsident Mitterrand in diesen Fragen äußerte sich PM *Thatcher* sehr positiv. Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, man müsse sorgfältig auf die enge Einbeziehung Kanadas und Nordeuropas achten. Die Nordflanke sei lebenswichtig. Er sei zwar immer ein Anhänger der Süderweiterung gewesen. EG/Europa sei jedoch ein Torso. Es leide daran, daß der Schwerpunkt nach Süden verschoben sei. Unser elementares Interesse sei es, Nordeuropa einzubinden. Es sei sehr bedauerlich, daß die Norweger gegen den Beitritt zur EG gestimmt hätten.<sup>27</sup> Um so wichtiger aber sei es, es wenigstens in der NATO zu halten. Wenn Norwegen aus der NATO austrete, werde Dänemark ein Jahr später folgen.

PM *Thatcher* warf die Frage auf, ob USA und Kanada nicht bei der WEU in irgendeiner Weise, z. B. als Beobachter oder Assoziierte, beteiligt werden könnten.

StS *Ruhfus* wies darauf hin, daß es auch bisher schon intensive Konsultationen mit diesen Ländern gebe.

PM *Thatcher* blieb bei ihren Bedenken und meinte, die Stärkung der WEU bedeute doch ein gewisses Sichabschließen. Dies müsse gut überlegt werden.

4) Nach einer kurzen Unterbrechung wurde der Meinungsaustausch fortgesetzt.

Der *Bundeskanzler* äußerte sich zuversichtlich zu den Bereichen EPZ und Binnenmarkt. Er glaube, über die beiden von den Briten vorgelegten Papiere könne letztlich eine Einigung erzielt werden. Er stehe ihnen weitgehend positiv gegenüber. Die Mitarbeiter sollten sich noch einmal intensiv damit befassen.

Der *Bundeskanzler* regte an, über die Technologiegemeinschaft zu sprechen.

StS *Ruhfus* wies auf die drei Elemente SDI, EUREKA und mögliche, noch zu erwartende Vorschläge der Kommission hin.

PM *Thatcher* beklagte die Unfähigkeit der Europäer, die Forschungsergebnisse umzusetzen. Dies sei der wesentliche Nachteil im Verhältnis zu Japan. Sie sei deshalb gegen eine neue Institution. Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft sei gut. Die Japaner hätten die Fähigkeit, die Bedürfnisse der Kunden in zwei Jahren vorauszusehen. Diese Fähigkeit sei dort viel weiter entwickelt als bei uns. Eine neue Forschungsinstitution sei überflüssig. Notwendig sei es, mehr Kontakte und Gespräche darüber zu haben, wie die Forschungsergebnisse angewendet werden können. Der richtige Weg sei die Zusammenarbeit der Firmen. Nur so könne auf dem Markt mehr Einfluß gewonnen werden. Die Haltung Japans im Handelsbereich müsse auch erörtert werden, denn der japanische Markt sei nicht offen. Dies sei eine Frage, die die Gemeinschaft aufnehmen müsse. In D und GB seien die Märkte offen z. B. für Autos, während Ita-

<sup>27</sup> Am 25./26. September 1972 fand in Norwegen eine Volksabstimmung über den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften statt, in der sich 54 % der Abstimmenden gegen einen Beitritt aussprachen. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

lien den Import japanischer Kraftwagen durch eine Quote beschränke. Gemeinsames Handeln sei erforderlich. Sonst werde unsere eigene europäische Industrie in die Erde gedrängt und den Japanern bliebe der Markt überlassen. Das Problem sei, daß die Europäer forschten, die Japaner die Forschungsergebnisse anwendeten.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, er sehe keinen Gegensatz zur britischen Haltung. Was Japan betreffe, sei er sehr einverstanden, auch schon bei der Vorbereitung des Wirtschaftsgipfels von Tokio den Japanern zu sagen, daß etwas geschehen müsse.

PM *Thatcher* bemerkte, es müsse früher etwas geschehen, sonst werde Japan kurz vor dem Wirtschaftsgipfel neue Maßnahmen veröffentlichen und sich auf diese Weise wieder salvieren. Es müsse lange vor dem Tokio-Wirtschaftsgipfel etwas geschehen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich hiermit einverstanden. Er fuhr fort, das Gespräch über eine Technologiegemeinschaft müsse ganz offen geführt werden. Dies sei auch die französische Auffassung. Hierüber müsse in Mailand gesprochen werden.

PM *Thatcher* sprach die Frage des europäischen Jagdflugzeugs für die 90er Jahre an.<sup>28</sup> Hier seien bedauerlicherweise keine großen Fortschritte zu verzeichnen. Britische Seite erachte es als wesentlich, daß das Flugzeug europäischen Bedürfnissen dienen könne. Es gebe große technische Auseinandersetzungen, und es bestehe die Gefahr, daß ein Flugzeug konstruiert werde, das unseren Anforderungen nicht gerecht werde. Sie lege Wert auf ein europäisches Jagdflugzeug, schon wegen der Größe des europäischen Marktes. Das Hauptquartier der Flugzeugproduktion solle in Großbritannien liegen. Frankreich habe den Airbus, Deutschland habe den Tornado. Über den Verlauf der Gespräche sei sie sehr besorgt.<sup>29</sup> D und GB vertreten weitgehend die gleiche Auffassung. Die Verteidi-

<sup>28</sup> Vortragender Legationsrat von Arnim vermerkte am 6. Mai 1985 zu dem von der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien geplanten Jagdflugzeug „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90): „Das ‚EFA‘-Projekt ist in seiner industriellen, technologischen und politischen Dimension in etwa mit dem ‚MRCA-Tornado‘-Projekt vergleichbar. Es sieht vor, bis Mitte der neunziger Jahre etwa 1000 Flugzeuge für die Luftwaffen der fünf Nationen zu bauen. Unsere Luftwaffe wünscht davon 250. Der Bundeswehrplan 1985 hat für das gesamte Projekt 17,5 Mrd. DM veranschlagt. [...] Nachdem sich die fünf Luftwaffen am 11. Oktober 1984 auf eine gemeinsame Beschreibung der militärischen Anforderungen an ‚EFA‘ geeinigt hatten und eine entsprechende Vereinbarung (‚European Staff Target‘, EST) unterzeichnet war, entwickelte sich aus von vornherein gegebenen, industriellen Interessendivergenzen ein heftiges Tauziehen. [...] Den Franzosen geht es um ein Flugzeug, welches unter dominierendem französischem Einfluß und unter größtmöglicher Verwendung französischer Technik entwickelt wird. [...] Um uns auf ihre Seite zu ziehen, halten sie sich eng an das von unseren Soldaten verlangte Gewichtslimit von 9,5 t. [...] Die Briten wollen dagegen keine überproportionale Beteiligung im Vergleich zu F und D. Sie streben jedoch ein schwereres Flugzeug an, um insbesondere Rolls-Royce-Triebwerkstechnologie einzusetzen. Sie stehen in offenbar enger Verbindung mit unserer Industrie, mit der sie beim Bau des Tornado, an dem F ja nicht beteiligt war, gut zusammengearbeitet haben.“ VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>29</sup> Am 20. Mai 1985 vermerkte Referat 209 zum Projekt des „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90): „Am 17. Mai trafen sich die fünf Verteidigungsminister in Rom, um eine gemeinsame Resolution zum Bau eines Flugzeuges zu erreichen. [...] Während GB, I, SPA und wir über technische Auslegung des Flugzeugs grundsätzlich einig sind, hat F teilweise abweichende Vorstellungen: F will in der Lage sein, seine traditionellen Absatzmärkte (besonders arabische Länder) auch künftig mit einem kostengünstigen Flugzeug bedienen zu können; es strebt Federführung bei gemeinsamen Projekten an (Schlüssel für künftige europäische Führungsrolle); F (Dassault) hat Entwicklung eines Prototyps



gungsbedürfnisse seien wichtiger als die Möglichkeit eines Verkaufs des Flugzeugs auf dem Weltmarkt.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß auch wir ein gemeinsames Jagdflugzeug anstreben. Es sei falsch, auf nationale Dispositionen zurückzufallen. Aber auch im zivilen Bereich müsse das Projekt Flugzeugproduktion forciert werden. Sonst bestehe in den 90er Jahren die Gefahr eines amerikanischen Monopols.

PM *Thatcher* wies darauf hin, daß im zivilen Bereich ja bereits der Airbus hergestellt werde. Sie sehe keine Schwierigkeiten, dies fortzusetzen.

Zur Mehrheitsabstimmung führte PM *Thatcher* aus, GB müsse seine Position reservieren, soweit vitale Fragen betroffen seien. Dies sei ein praktisches Erfordernis. Alle hätten schon hiervon Gebrauch gemacht. Soweit vitale Interessen nicht berührt seien, könne die Mehrheitsabstimmung angewandt werden. Es liege also kein Grund vor, den Vertrag zu ändern. Sie sei für die Beibehaltung des sog. Luxemburger Kompromisses<sup>30</sup>. Mit der Festlegung gewisser Rahmenbedingungen und Zielsetzungen durch den Europäischen Rat, z. B. für die bevorstehenden zwölf Monate, sei sie einverstanden. Bei der Verwirklichung dieses Programms könne die Berufung auf vitale Interessen ausgeschlossen werden (entsprechendes Papier wurde von Mitarbeitern von PM *Thatcher* inoffiziell übergeben).<sup>31</sup>

Zur Rolle des EP führte PM *Thatcher* aus, die „Versammlung“ dürfe auf keinen Fall das Recht erhalten, Steuern zu erheben. Dieses Recht habe in Großbritannien nur das House of Commons. In der französischen Verfassung<sup>32</sup> sei Entsprechendes vorgesehen.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, Verfassungen könne man ändern. Aber darum gehe es nicht. Jedenfalls könne man einem direkt gewählten Parlament nicht zumuten, eine nur beratende Funktion auszuüben.

PM *Thatcher* betonte, es gebe nur eine „Versammlung“. Diese habe nicht den Charakter eines Parlaments. Sie habe auch nicht den gleichen Zusammenhalt.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 664*

(ACX) bereits vorangetrieben, wäre u. U. aber bereit, sich zusätzlich an gemeinsamem Projekt zu beteiligen.“ Vgl. VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>30</sup> Zum „Luxemburger Kompromiß“ vgl. Dok. 102, Anm. 6.

<sup>31</sup> Für das britische Papier „Schlußfolgerungen des Europäischen Rates: Beschlußfassung“ vgl. Referat 200, Bd. 134808.

Vortragender Legationsrat Kaufmann-Bühler stellte am 28. Mai 1985 fest, der am 18. Mai 1985 in Chequers übergebene britische Entwurf sei „insgesamt kaum geeignet, die Stagnation in der Beschlußfähigkeit der Gemeinschaft zu überwinden. [...] Eine Reihe der Anregungen, die weitgehend unkontrovers und nützlich sind, sind positiv zu bewerten, allerdings politisch wenig gewichtig, so z. B. die Festlegung von Prioritäten durch den ER für den Rat auf jeweils ein Jahr; die – in sich – kaum weiterführende Aussage, daß in der Zwölferegemeinschaft häufiger Mehrheitsentscheidungen notwendig sein werden; die Verlagerung von Entscheidungen möglichst ‚nach unten‘, d. h. vom Rat auf den AstV, vom ER auf den Rat; die Aussonderung hoffnungslos blockierter EGK-Vorschläge. [...] Problematisch ist Ziffer 7, das einzige Element in dem britischen Papier mit Bezug zur Luxemburger Erklärung. Die Aufforderung an die nationalen Regierungen, die Weisungen für ihre Unterhändler nicht nur am nationalen Interesse, sondern auch am Gemeinschaftsinteresse auszurichten, klingt vernünftig, ist aber weder realistisch noch weiterführend. GB zeigt damit, daß es die Frage der Berufung auf ein vitales Interesse als eine Frage alleiniger nationaler Entscheidung betrachtet. Die Luxemburger Erklärung sieht aber die Abwägung durch den Rat vor.“ Vgl. Referat 200, Bd. 134808.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut der Verfassung der Französischen Republik vom 4. Oktober 1958 vgl. LA CONSTITUTION DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, hrsg. von François Luchaire und Gérard Conac, 2. Auflage, Paris 1987, S. 9–34.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, dies rühre daher, daß das EP keine oder nur wenige Befugnisse habe.

PM *Thatcher* erwiderte, das EP habe z.B. Befugnisse im Haushaltsbereich, aber es benutze sie nicht richtig. Die Abgeordneten des EP seien kleinlich. Sie erinnere an ihr Benehmen gegenüber Präsident Reagan.<sup>33</sup> Dieses Gremium solle keine größeren Befugnisse erhalten. Man könne allerdings daran denken, evtl. das Konzertierungsverfahren zu verbessern oder im Zusammenhang mit der Ernennung der Kommission etwas zu ändern. Auch bei den Vorschlägen könne dem EP eine größere Rolle eingeräumt werden. Jedenfalls solle der Ministerrat das letzte Wort behalten.

Der *Bundeskanzler* betonte die Notwendigkeit, die Befugnisse des EPs zu erweitern. Es sei unbedingt erforderlich, etwas zu tun. Sonst werde auch die Qualität der Parlamentarier absinken.

PM *Thatcher* bezweifelte, ob die Qualität des Parlaments sehr verbessert werden könne. Eine Besserung könne nur dann eintreten, wenn man zu dem in den USA herrschenden System übergehe, das einen Wechsel von der Industrie in die Politik und umgekehrt erlaube. In Europa würden brillante Banker oder Industrielle nicht ins EP gehen. Dies treffe allerdings auch für das House of Commons zu.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Ausführungen zwar als zutreffend, sie beträfen aber ein Problem der europäischen Gesellschaft. Es gebe kaum mehr Arbeitnehmervertreter in den Parlamenten und kaum noch Angehörige freier Berufe.

PM *Thatcher* kam nochmals auf das Europäische Parlament zurück und<sup>34</sup> bezeichnete es als Instrument der Meinungsbildung. Wenn die Qualität der Abgeordneten besser wäre, könnten sie auch ihre Befugnisse besser ausnutzen.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, daß hier keine Übereinstimmung bestehe. Die Frage müsse noch vertieft werden.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, was zu geschehen habe, wenn die Formalisierung und Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit von einigen Mitgliedstaaten abgelehnt werde. Er sprach sich dafür aus, dann im Kreise von sieben oder acht Mitgliedstaaten voranzugehen, die Tür jedoch für die anderen offenzuhalten.

PM *Thatcher* wies darauf hin, daß z.B. an die Mitgliedstaaten der WEU gedacht werden könne. Allerdings müsse jeglicher anti-amerikanische Akzent vermieden werden. Auch Spanien und Portugal könnten einbezogen werden.

Zum Stand der Hilfe für Polen führte StS *Ruhfus* aus, die Frage werde im Budget-Rat behandelt. Bundeskanzler und BM Genscher legten großen Wert darauf, daß das Projekt in Polen<sup>35</sup> gestartet werden könne.

<sup>33</sup> Präsident Reagan sprach am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Während der Rede verließen einzelne Abgeordnete aus Protest den Plenarsaal. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 310–318.

<sup>34</sup> Korrigiert aus: „zu“.

<sup>35</sup> Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 57, Anm. 8 und 9.

PM *Thatcher* äußerte sich zu dem Polen-Projekt negativ. GB könne sich nicht beteiligen, da viele andere ebenfalls Hilfe brauchten. Der Budget-Rat habe mit Recht gesagt, es gebe für einen solchen Beschluß keine gesetzliche Grundlage.<sup>36</sup> Außerdem würde es britischer Seite große Schwierigkeiten machen, das Projekt über die Kirchen abzuwickeln. Ein Präzedenzfall sei zu befürchten.

Der *Bundeskanzler* äußerte die Auffassung, es könne sich hier nur um einen theoretischen Präzedenzfall handeln. In der Praxis werde es so etwas in keinem anderen kommunistischen Land geben können. Die Stellung der Kirche in Polen sei einzigartig. Durch das Hilfsprogramm würden wir den Menschen in Polen helfen und gleichzeitig die anti-kommunistischen Kräfte stärken. Es sei doch sehr positiv, wenn wir Europäer helfen würden, den polnischen Bauern ihr Saatgut zu beschaffen.

PM *Thatcher* warf ein, es müsse eine Struktur und ein Rahmen gegeben sein, wie z. B. bei der Hilfe für Äthiopien<sup>37</sup>.

Der *Bundeskanzler* äußerte zu diesem Thema abschließend die Bitte an PM *Thatcher*, die Frage noch einmal zu überdenken.

StS *Ruhfus* äußerte zur Frage der Verhandlungen über das Assoziationsabkommen Türkei<sup>38</sup> die Bitte, auf eine baldige Mandatserteilung hinzuwirken.

PM *Thatcher* äußerte ihr Verständnis für die deutschen Probleme. Mit Portugal und Spanien sei ja eine lange Übergangszeit vereinbart.<sup>39</sup>

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß für D ein neues Problem durch die zahlreichen Tamilen entstanden sei, die über Berlin einreisten.<sup>40</sup> Auch hierüber müsse noch einmal ausführlicher gesprochen werden.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

<sup>36</sup> Am 23./24. April 1985 fand in Brüssel die Tagung des EG-Ministerrats auf der Ebene der für Haushaltsfragen zuständigen Minister statt.

<sup>37</sup> Zur Hungerhilfe für Äthiopien vgl. Dok. 14, Anm. 24 und 25.

<sup>38</sup> Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

Zur Frage der Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer innerhalb der EG vgl. auch Dok. 19, Anm. 23.

<sup>39</sup> Zur Frage der Übergangsfristen in den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals und Spaniens vgl. Dok. 67, Anm. 6.

<sup>40</sup> Zur Einreise von Tamilen aus Sri Lanka vgl. Dok. 34, Anm. 7.

130

**Botschafterin Rheker, Belgrad, an  
Staatssekretär Meyer-Landrut**

114-12307/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 311  
Citissime nachts

Aufgabe: 18. Mai 1985, 13.40 Uhr  
Ankunft: 18. Mai 1985, 15.02 Uhr

Nur für Staatssekretär<sup>1</sup>

Betr.: Bevorstehende Eröffnung Informationszentrum Kroatischer Nationalrat  
in Bonn am 21.5. sowie anschließende Pressekonferenz Kroatischen Nationalrats

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Veranlassung

1) Stv. AM Lončar bat mich heute, Samstag, 18.5., zu sich, um mir namens seiner Regierung deren ernste Besorgnis wegen der bevorstehenden Eröffnung des Informationszentrums des Kroatischen Nationalrats in Bonn und der beabsichtigten anschließenden Pressekonferenz dieser Organisation zum Ausdruck zu bringen. Diese Ereignisse würden die bestehenden guten politischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zutiefst gefährden und eine außerordentlich schlechte Atmosphäre im Vorfeld des BK-Besuchs<sup>2</sup> schaffen, da die jugoslawische Öffentlichkeit hiervon Kenntnis erhalten würde. Jugoslawische Öffentlichkeit würde mit Gewißheit außerordentlich emotionell reagieren, da Ereignisse aus der Ustascha-Zeit von vor 40 Jahren im öffentlichen Bewußtsein noch sehr lebendig seien. Die jugoslawische Regierung richte daher die dringende, ernste Bitte an die Bundesregierung, obige Maßnahmen zu verhindern.

Er habe lange genug als Botschafter in Bonn und Washington gelebt, um zu wissen, daß die Regierungen unserer Systeme bei entsprechendem politischem Willen auch über legalistisch-formalistische Vorschriften sich hinwegsetzen könnten. Schließlich könne es ja auch „technische Hindernisse“ geben!

Ich habe Lončar versichert, für meine Regierung stimme ich mit ihm und der jugoslawischen Regierung darin überein, daß alles getan werden müsse, um die bestehenden guten Beziehungen nicht zu gefährden und Schatten auf dem Besuch des BK zu verhindern. Ich werde meine Regierung sofort unterrichten.

2) Da Lončar vor dem Gespräch an einer Beerdigung teilnehmen mußte, hatte zuvor auf seine Weisung Abteilungsleiter Westeuropa, Jovanović, ausführliches Grundsatzgespräch zum gleichen Thema mit mir geführt.

Ich entnehme diesem Gespräch, daß ein Polizeiinspektor des BKA jugoslawische Botschaft in Bonn offenbar telefonisch dahingehend unterrichtet hat, bei Kroatischem Nationalrat handle es sich um einen „eingetragenen Verein“, der, ohne zuvor Genehmigung einzuholen, Informationsbüro eröffnen und Pres-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 6. Juni 1985 in Jugoslawien vgl. Dok. 145 und Dok. 147.

sekonferenz veranstalten könne.<sup>3</sup> (Pressekonferenz soll im Hotel „Tulpenfeld“ stattfinden.)

Jugoslawischer Gesandter habe daraufhin bei RL 214<sup>4</sup>, Botschafter Rozman bei Ministerialdirektor Teltschik (ChBK) demarchiert, da er bei StS Meyer-Landrut nicht sofort Termin erhalten konnte. Herr Teltschik habe versichert, daß er Angelegenheit als sehr ernst ansehe, und Prüfung zugesagt.

Jovanović bezog sich auf frühere Warnungen jugoslawischer Seite uns gegenüber vor Tätigkeit Kroatischen Nationalrats, zuletzt von AM Dizdarević gegenüber BM bei ihren Konsultationen Anfang 1985.<sup>5</sup> Kroatischer Nationalrat sei reguläre Fortsetzung des Ustascha-Regiments. Er sei nicht irgendeine Emigrantenorganisation, sondern als Staat im Exil (mit Regierung bzw. einzelnen Ministern und Parlament) unter Führung von Meštrović (Sohn des berühmten Bildhauers) organisiert, sein Ziel sei die Zerstörung des heutigen jugoslawischen Staates und die Wiedererrichtung eines unabhängigen großkroatischen Staates. Das in Bonn zu eröffnende Informationsbüro sei das erste in einem geplanten Netz solcher Büros (die in Paris vorgesehene erste Gründung sei fehlgeschlagen), die in Wirklichkeit die Funktion von Botschaften hätten. Jugoslawische Regierung habe hierzu bereits im August 1984 unserem hiesigen damaligen Geschäftsträger Aide-mémoire<sup>6</sup> überreicht.

Während der jüngsten Prozesse in Kroatien<sup>7</sup> gegen Angehörige einer staatsfeind-

<sup>3</sup> Am 30. Juli 1985 vermerkte Botschaftsrat Göckel, Belgrad, zwei zu einer Besprechung mit dem jugoslawischen Innenministerium angereiste Mitarbeiter des Bundeskriminalamts (BKA) hätten ihm dargelegt: „Seit zwei Jahren gebe es einen regelmäßigen Delegationsaustausch. Die Kooperation auf Arbeitsebene sei intensiv und gut. Es sei wohl auch kein Zufall, daß es seit Beginn dieser Kooperation vor zwei Jahren in der Bundesrepublik keine Toten mehr gegeben hätte, die im Zusammenhang mit N[achrichten]D[ienst]-Aktionen gebracht werden könnten.“ Außerdem hätten die Kriminalbeamten festgestellt: „Der Kroatische Nationalrat sei Dachverband für fast alle kroatischen Organisationen. Er zähle über die angeschlossenen Organisationen 10–15 000 Mitglieder. Einzelne Mitglieder seien sicherlich in gewalttätige Aktivitäten verwickelt; der Verband selber lehne jedoch Gewaltanwendung ab.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133010.

<sup>4</sup> Am 29. April 1985 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, der jugoslawische Gesandte Tintor habe ihn am selben Tag über die Errichtung eines kroatischen Informationsbüros in Bonn unterrichtet: „Dahinter stehe der Kroatische Nationalrat. Räume stelle die Paneuropa-Union zur Verfügung. Vom Kroatischen Nationalrat gebe es direkte Verbindungen (Schulung und Organisation) zum – auch in Jugoslawien operierenden – exilkroatischen Terror [...]. Diese Verbindungen seien auch dem Bundeskriminalamt bekannt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133010.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 31. Januar/1. Februar 1985 in Jugoslawien auf. Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 4. Februar 1985, der jugoslawische Außenminister Dizdarević habe Genscher in Belgrad erklärt: „Leider gehe jedoch der größte Teil anti-jugoslawischer Tätigkeit im Ausland weiter von dem Boden der Bundesrepublik Deutschland aus. Von dort würden schwere Anschläge in Jugoslawien organisiert. [...] Das Ziel der betreffenden Organisationen sei die Zerstörung des gegenwärtigen Jugoslawiens und die Wiedereinführung faschistischer Gebilde. Zurzeit werde ein Informationszentrum des Kroatischen Nationalrates in Bonn geplant. Eine Tolerierung einer derartigen, gegen die Souveränität Jugoslawiens gerichteten Institution sei nicht akzeptabel. [...] Die jugoslawischen Sicherheitsbehörden hätten unseren Behörden vertrauliche Informationen gegeben, welche Personen bei uns Aktivitäten in Jugoslawien unternähmen und Waffen hineinschmuggelten.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133016.  
Zum Besuch vgl. ferner Dok. 20, Dok. 26 und Dok. 27.

<sup>6</sup> Mit Schreiben vom 20. Mai 1985 informierte Staatssekretär Meyer-Landrut Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, daß der Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Jovanović, der Botschaft in Belgrad am 14. August 1984 ein Aide-mémoire zur geplanten Errichtung eines kroatischen Informationszentrums in Bonn übergeben habe. Vgl. Referat 214, Bd. 133010.

<sup>7</sup> Generalkonsul Frank, Zagreb, informierte am 30. April 1985 über Prozesse gegen jugoslawische Staatsbürger kroatischer Nationalität: „Dem Hauptangeklagten [...] legt die Anklageschrift feind-

lichen terroristischen Organisation seien mehrfach die Namen einiger der Führer des Kroatischen Nationalrats gefallen, die jetzt in der BR Deutschland lebten und die seinerzeit von den jugoslawischen Gerichten als Kriegsverbrecher verurteilt worden seien. Die deutsche Seite habe gewiß bemerkt, daß sich jugoslawische Seite bemüht habe, dieses Faktum in der jugoslawischen Presseberichterstattung nicht hervorzuheben (Anmerkung: Dies ist in der Tat der Fall), um Beziehungen zu uns nicht zu gefährden. Wenn aber nunmehr das erste Informationsbüro in Europa dieser Bewegung mit Staatscharakter mit einer Pressekonferenz in Bonn eröffnet werde, werde jugoslawische Öffentlichkeit hierfür keinerlei Verständnis haben und die Regierung in einer entsprechend schwierigen Lage sein.

Jugoslawische Seite sei der Überzeugung, daß der Kroatische Nationalrat gerade diesen Zeitpunkt für die Eröffnung des Informationsbüros in Bonn und die Pressekonferenz gewählt habe, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern zu beeinträchtigen und einen Schatten auf den Bundeskanzlerbesuch zu werfen. Jugoslawische Regierung halte sich an Geist und Wortlaut der Schlußakte von Helsinki, insbesondere an VI. des Prinzipienkatalogs (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten<sup>8</sup>) und hier insbesondere an Abs. 4, wonach die Signatar-Staaten sich der direkten oder indirekten Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten enthielten, die auf den gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind. Die jugoslawische Regierung erwarte das gleiche von der Bundesregierung, und dies um so mehr, als die Bundesrepublik Deutschland unter allen westlichen Ländern das Land sei, zu dem sich die Beziehungen in den letzten fünf Jahren am besten und vertrauensvollsten entwickelt hätten.<sup>9</sup>

[gez.] Rheker

**VS-Bd. 13460 (214)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 669*

selige Tätigkeit in Zusammenarbeit mit Vertretern der Terrororganisationen in der Bundesrepublik zur Last, von denen er Anweisung und Unterstützung erhalten habe. [...] Er habe die anderen Angeklagten angeworben, ihnen Propagandamaterial, Sprengsätze, Munition und Waffen gegeben.“ Gegen die Angeklagten seien Freiheitsstrafen zwischen neun Monaten und 20 Jahren verhängt worden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 214; Referat 214, Bd. 133010.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des sechsten Prinzips der „Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917.

<sup>9</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 28. Mai 1985 dar, daß ein „kroatisches Informationszentrum“ am 21. Mai 1985 in Bonn eröffnet worden sei. In einer Stellungnahme habe das Bundesministerium des Innern am 23. Mai 1985 festgestellt, „die rechtliche Möglichkeit, gegen das Informationszentrum vorzugehen, sei sehr eingeschränkt; die tatsächlichen Voraussetzungen lägen dafür nicht vor“. Zur jugoslawischen Haltung stellte Braunmühl fest: „Zwei prinzipielle Aspekte dürften dabei eine Rolle spielen, die auch wir kaum als irrelevant abtun können: Der H[r]vatskojN[arodno]V[j]eće setzt sich für Gewaltanwendung in Jugoslawien ein. Er tritt für die Auflösung des jugoslawischen Staates in seinem jetzigen Bestand und die Bildung eines unabhängigen kroatischen Staates ein. [...] Die Jugoslawen kennen die Verbindungen des HNV über die Paneuropa-Union in den innenpolitischen Bereich hinein.“ Angesichts des bevorstehenden Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Jugoslawien empfahl Braunmühl, dem jugoslawischen Vorschlag, eine Sonderdelegation nach Bonn zu entsenden, zuzustimmen: „Allerdings sollte es der deutliche Hauptzweck der Delegation sein, im Rahmen von fachbezogenen und ressortspezifischen Gesprächen, vor allem im BMI, den Beweis für die jugoslawischen Behauptungen hinsichtlich des Kroatischen Nationalrats und seiner Informationsbüros anzutreten“. Vgl. Referat 214, Bd. 133010.

## 131

**Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt****114-12343/85 VS-vertraulich****Aufgabe: 21. Mai 1985, 09.16 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 1537****Ankunft: 21. Mai 1985, 09.28 Uhr**

Betr.: Bündnisstrategie, Verteidigungspolitik und West-Ost-Beziehungen im Zeichen von SDI

Bezug: Erlaß vom 6.5.85 – 213-322.00 USA-539/85 VS-v

Zur Unterrichtung

Zur Debatte über unsere Haltung zu SDI steuere ich auf der Linie der Aufzeichnung des Ref. 213 einige erste Überlegungen bei; sie versuchen, die sowjetische Interessenlage nachzuzeichnen und – immer aus sowjetischer Sicht – Auswirkungen zu beleuchten, die sich für unser bilaterales Verhältnis ergeben:

1) Sowjetische Sorge vor SDI

Die SU hat sich die reine Lehre der Strategie der „gesicherten wechselseitigen Verwundbarkeit“ nie zu eigen gemacht. Unter dem Einfluß der historischen Erfahrungen Rußlands und der SU haben sich die Sowjets bei der Entwicklung ihrer nuklearen „posture“ immer auch vom Gedanken der „Schadensbegrenzung“ leiten lassen. In Amerika hatte man dagegen auf „Schadensbegrenzung“ weitgehend verzichtet, weil man sie angesichts der ungeheuren Zerstörungswirkung von Atomwaffen als technisch unmöglich, ökonomisch zu aufwendig und, soweit nur partiell realisierbar, strategisch destabilisierend angesehen hatte.

Wenn nun in Amerika das Pendel zurückschlägt, entbehrt die empörte sowjetische Reaktion zwar nicht der Ironie. Es wäre jedoch falsch, die nervöse sowjetische Reaktion auf den Umschwung in Amerika als Heuchelei abzutun. Wir müssen die sowjetische Angst vor SDI ernst nehmen.

Die Sowjets fassen ihre Einwände in drei Punkten zusammen:

Strategisch sehen sie die Suche nach einer wirksamen Raketenabwehr in engem Zusammenhang mit dem amerikanischen Programm der Modernisierung des offensiven Nuklearpotentials (vor allem MX<sup>2</sup> und Trident II). Hinter dem Verbund beider Vorhaben argwöhnen sie das amerikanische Streben nach Counter-Force-Fähigkeit gegen das eigene, im wesentlichen landgestützte Potential und nach gleichzeitigem Schutz vor der verbleibenden sowjetischen Zweitschlagsfähigkeit.

Rüstungskontrollpolitisch: Der Aufbau eines amerikanischen Raketenabwehrsystems zöge mehr als nur das Ende des ABM-Vertrags nach sich. Da die Sowjets auf eine amerikanische Raketenabwehr voraussichtlich mit dem Ausbau ihres Offensivpotentials antworteten, bräche das gesamte Gebäude der bisherigen Begrenzungen der Nuklearpotentiale zusammen. Für die Sowjets wäre un-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 22. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 82, Anm. 17.

übersehbar, ob sie bei unbegrenzter Rüstungskonkurrenz nicht eher ins Hintertreffen gerieten.

Ökonomisch: Die Sowjets befürchten, daß die USA dank der überlegenen Innovationskraft der amerikanischen Rüstungsforschung und -industrie ihnen bei der Entwicklung „exotischer“ Technologien davon laufen bzw. ein Wettlauf die sowjetische Wirtschaft über Gebühr belasten würde.

Insgesamt betrachten die Sowjets SDI als gefährliche Herausforderung, weil sie in diesem Programm das Herzstück des amerikanischen Strebens sehen, das globalstrategische Kräfteverhältnis, das sich 20 Jahre zugunsten der SU entwickelt hat, jetzt wieder zu Amerikas Vorteil zu verschieben. Die Parität mit den USA ist jedoch für die sowjetische Führung die unverzichtbare Grundlage der internationalen Stellung der SU. An dieser Auffassung hat sich auch nach dem jüngsten Führungswechsel nichts geändert. Darauf haben GS Gorbatschow in seiner Rede vom 8.5.<sup>3</sup> und Verteidigungsminister Sokolow in seinem TASS-Interview vom 5.5.<sup>4</sup> mit größtem Nachdruck hingewiesen.

## 2) Sowjetische Antworten auf SDI

Die SU würde ohne Zweifel alles unternehmen, um zu verhindern, daß SDI sie auf einen minderen strategischen Status im Verhältnis zu den USA zurückwirft. Zwei Wege stehen ihr offen:

### – Eigene Rüstungsprogramme

Sokolow hat sie in allgemeiner Form in seinem TASS-Interview skizziert: Entweder Ausbau oder Verbesserung des Offensivpotentials oder Ausbau eigener Fähigkeiten zur Raketen- (und Satelliten-) Abwehr oder – die wahrscheinlichste Variante – eine Kombination von offensiven und defensiven Gegenmaßnahmen. Gestützt auf die vorhandene Infrastruktur der Luftverteidigung und Ansätze einer Raketenabwehr, braucht die SU sich womöglich gar nicht zu fürchten, daß die USA vor ihr mit dem Aufbau eines umfassenden Raketenabwehrsystems beginnen könnte.

### – Einflußnahme auf die amerikanischen Pläne

Grundsätzlich bieten sich zwei Möglichkeiten, um auf die Realisierung von SDI Einfluß zu nehmen. Zwischen beiden Einwirkungsmöglichkeiten besteht ein enger Zusammenhang:

#### – über Verhandlungen

Die sowjetische Diplomatie hat es zwar geschafft, die Weltraumwaffen auf die Agenda der Genfer Verhandlungen<sup>5</sup> zu setzen. Mit dem Junktim zwischen Weltraumwaffen und den übrigen Verhandlungsmaterien hat sie sich außerdem ein wertvolles Druckmittel geschaffen. Angesichts des persönlichen Engagements Reagans für SDI können sich die Sowjets dennoch we-

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 8. Mai 1985 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 207–229.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Interviews des sowjetischen Verteidigungsministers Sokolow vom 5. Mai 1985 mit der Nachrichtenagentur TASS vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 566–568 (Auszug).

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.



nig Chancen anrechnen, während Reagans Amtszeit dieses Programm in seinem gegenwärtigen Forschungsstadium auf dem Verhandlungsweg zu stoppen. Um Reagan zu einem Abgehen von SDI zu bewegen, müßten sie einen Preis anbieten, der ihnen angesichts der längerfristigen Ungewißheit des SDI-Programms (s. unten) zu hoch erscheinen muß.

- Einwirkung auf die öffentliche Meinung, den Kongreß und die Alliierten

Alles deutet darauf hin, daß Moskau wie bei früheren Kämpfen gegen ihm unliebsame militärisch-politische Entscheidungen im Westen (MLF<sup>6</sup>, Neutronenwaffe<sup>7</sup>, INF) in der Einwirkung auf die öffentliche Meinung des Westens den erfolversprechendsten Weg zur Erreichung seiner Ziele sieht. Dabei ist der Verhandlungstisch ein nützlicher Nebenschauplatz. Nicht auszuschließen ist, daß die SU im Rahmen einer solchen Einwirkungsbe-mühung wachsende Bereitschaft zu einer Auflockerung des allgemeinen bilateralen Verhältnisses zu den USA – jedoch unter gleichzeitiger Ausklammerung der weiterhin kontroversen Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik – zeigt. Das sowjetische Kalkül könnte dabei darauf abzielen, durch Entgegenkommen in bilateralen Fragen jenen Kräften Auftrieb zu geben, die den Rüstungsanstrengungen der Administration, insbesondere SDI, kritisch gegenüberstehen. Den Widerstand der amerikanischen und alliierten Öffentlichkeit könnten die Sowjets stärken, indem sie ihre Bereitschaft zu Einschnitten bei ihrem Offensivpotential (interkontinental und INF) in Aussicht stellten, jedoch hinzufügen, Voraussetzung dafür wäre allerdings ein Abgehen der US-Administration von ihren Raketenabwehrplänen.

### 3) Hat die SU Trümpfe gegen SDI?

Wir sollten nicht übersehen, daß im Spiel um SDI auch die SU einige Trümpfe hat:

- a) SDI ist ein langfristiges Forschungsprogramm, das weit über Reagans Amtszeit hinausweist. Die Entscheidung über den etwaigen Übergang von der Forschung zur Entwicklung eines Raketenabwehrsystems werden ein Nachfolger Reagans und ein Kongreß unbekannter Couleur zu fällen haben. Höher als unter Reagan, der die SDI-Forschung auf jeden Fall vorantreiben will und dazu nur noch drei Jahre hat, wird der Preis später wohl kaum liegen.
- b) Die US-Administration selbst hat sehr hohe Kriterien aufgestellt, von denen sie abhängig machen will, ob sie zur Entwicklung und Dislozierung einer Raketenabwehr übergehen will. Besonders anspruchsvoll sind die Kriterien der Un-

<sup>6</sup> Die Initiative zur Bildung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO (MLF) ging im Dezember 1960 vom amerikanischen Außenminister Herter aus und wurde Ende 1962 von Präsident Kennedy wiederaufgenommen. An Verhandlungen über den Aufbau einer solchen Streitmacht beteiligten sich neben den USA vor allem die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien. Den Kern der Streitmacht sollten mit Polaris-Raketen bestückte und mit gemischten Besatzungen bemannte Schiffe bilden. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 497, Dok. 500 und Dok. 501. Vgl. dazu ferner AAPD 1963, I, Dok. 2, Dok. 16 und Dok. 20.

Präsident Johnson entschied jedoch am 17. Dezember 1964, daß weder inhaltliche noch zeitliche Zusagen hinsichtlich der Verwirklichung des Projekts zu machen seien. Vgl. dazu FRUS 1964–1968, XIII, S. 165–167. Vgl. dazu ferner AAPD 1964, II, Dok. 401.

<sup>7</sup> Zum Verzicht des Präsidenten Carter auf eine Produktion von Neutronenwaffen im Frühjahr 1978 vgl. Dok. 126, Anm. 19.

verwundbarkeit und komparativen „cost effectiveness“. Durch ihre eigenen Gegenmaßnahmen können die Sowjets auf den Ausgang der späteren amerikanischen Bewertung einwirken, ob diese Kriterien erfüllbar sind. Darauf hat eine – offensichtlich für westliche „defense analysts“ bestimmte – Studie des Weltraumforschungsinstituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften Ende 1984 hingewiesen.<sup>8</sup> „Ein wirksames Netz von Gegenmaßnahmen (gegen ein weltraumgestütztes, mit Laser operierendes Raketenabwehrsystem) könnte in kurzer Zeit unter Verwendung schon verfügbarer Technologien aufgebaut werden. Schätzungen zeigen, daß ein System von Gegenmaßnahmen billiger sein könnte als ein umfassendes Raketenabwehrsystem“.

c) Die Kosten eines Raketenabwehrsystems wären so gewaltig, daß es, wenn überhaupt, nur in Etappen realisiert und voraussichtlich nur unter Zurückstellung anderer Rüstungsprogramme finanziert werden könnte. Über Jahre zeichnet sich in USA ein Ringen um Haushaltsmittel für ein umstrittenes Programm ab, auf das die Sowjets mit allen Mitteln einzuwirken versuchen werden.

<sup>9</sup>4) Die deutsche Haltung zu SDI

a) Vor dem Hintergrund der unter den Alliierten der USA verbreiteten Skepsis gegenüber dem amerikanischen Vorhaben messen die Sowjets der Haltung der Bundesregierung eine wichtige Rolle zu. Sie stellen fest, daß Washington auf der Suche nach Unterstützung für SDI seine Hoffnungen in erster Linie auf Bonn setze und sich von unserer Zustimmung und Beteiligung eine Sogwirkung auf die übrigen Westeuropäer verspreche.

Um uns von solchem Einschwenken auf SDI abzubringen, erhebt Moskau seinerseits unsere Haltung in Sicherheitsfragen – in der aktuellen Situation heißt dies: zu SDI – zum Maßstab, der den Ausschlag gibt über die Ausgestaltung unseres weiteren bilateralen Verhältnisses. „Alles hängt von den Fragen der Sicherheit ab, die in unseren Fragen bestimmend sind“ (GS Gorbatschow zu BK Kohl am 14.3.<sup>10</sup>). Auf und über uns Druck gegen SDI auszuüben, erscheint den Sowjets dabei um so erfolversprechender, als sie einerseits wissen, daß wir wie kein anderer Staat in Europa vom Schutz der amerikanischen „extended deterrence“ abhängen, und andererseits unsere Ängste kennen, hinter Reagans SDI-Vision stehe letztlich der Wunsch nach dem Rückzug auf eine „fortress America“ und eine etwaige Verwirklichung mache Europa anfälliger für das Risiko begrenzter Konflikte.

b) Ohne Zweifel wäre Moskau ein deutsches Nein zu SDI am liebsten. Fraglich wäre jedoch, ob die SU eine deutsche Absage an SDI mit mehr als einer atmosphärischen Erwärmung belohnen würde. Denn da ein deutsches Nein Reagans Forschungsprogramm doch nicht aufhalten könnte, würde es auch nicht verdienen, mit einem substantiellen Preis honoriert zu werden (etwa einer Korrektur des konventionellen Ungleichgewichts in Europa).

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Studie vgl. den Artikel „Space-Based Defences: A Soviet Study“; SURVIVAL März/April 1985, S. 83–90.

<sup>9</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1538 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Moskau vgl. Dok. 68.

c) Ein deutsches Ja zu SDI, insbesondere ein uneingeschränktes Ja, würde dagegen auf unser bilaterales Verhältnis – in Gromykos Sprache – einen weiteren Schatten werfen. Wir müßten erneut mit mehr als nur einer atmosphärischen Trübung rechnen, obgleich eine deutsche Teilnahme an SDI-Forschung die sowjetische Sicherheit nicht so unmittelbar wie die Stationierung von Pershing II auf unserem Territorium berühren würde. Eine Begründung der SDI-Beteiligung mit dem Argument, wir könnten uns ein Abseitsstehen bei SDI aus technologischen und ökonomischen Gründen nicht leisten, fände in Moskau kein Verständnis. Eine „technologische Exkulpation“ würde ein deutsches Ja zu SDI in sowjetischen Augen nicht zu einer nur läßlichen Sünde machen. Denn vom Technologieschub, den sich die BR Deutschland verspräche, zöge die SU keinen Nutzen. Die SU könnte sich vielmehr eher etwas von der gegenteiligen Entwicklung versprechen. Würde die deutsche Wirtschaft von technologischen Entwicklungen in den USA abgehängt, würde sie sich möglicherweise stärker nach Osten orientieren.

d) Könnte ein deutsches „Ja, aber“, wiewohl eindeutig schlechter als ein „Nein“, aus sowjetischer Sicht von Nutzen sein? Würde eine konditionierte Beteiligung im Vergleich zu einem uneingeschränkten Ja im bilateralen Verhältnis eine Entlastung bedeuten? Alles hinge von der Formulierung der Bedingungen der Teilnahme ab. Für die Sowjets wäre am ehesten von Interesse, wenn die BR Deutschland, sagt sie schon Ja, eine Beteiligung an der SDI-Forschung von formalen amerikanischen Zusagen abhängig machen würde, daß die Amerikaner vor Entscheidungen, die über die Forschung hinausführen, die Raketenabwehrpläne in Verhandlungen mit den Sowjets zur Disposition stellen.

##### 5) Europäischer Aspekt

Die französische „EUREKA“-Initiative<sup>11</sup> hat bisher in Moskau noch keinen Wiederhall gefunden. Solange dieses Vorhaben rein zivil ausgerichtet bleibt, wird es die Sowjets indifferent lassen oder bei ihnen höchstens insofern Beifall auslösen, als es – durch explizite Konkurrenz zu SDI – europäische Firmen abhält, bei amerikanischem Forschungsprojekt einzusteigen.

Sollte jedoch ein Bezug von „EUREKA“ zu SDI zutage treten oder EUREKA selbst eine militärische Finalität verraten, müssen wir mit sowjetischem Sperrfeuer rechnen. Für die Sowjets wäre ein europäischer Forschungsverband, der den Kern für eine spätere gemeinsame europäische Weltraumwaffenentwicklung bildete, zumindest genauso unliebsam, wenn nicht sogar auf lange Sicht bedrohlicher als eine Einzelbeteiligung europäischer Firmen an amerikanischem SDI. Die gereizte Reaktion Moskaus auf die WEU-Belebung<sup>12</sup> ist ein Indiz da-

<sup>11</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot informierte am 10. Juli 1984, der sowjetische Botschafter Semjonow habe Bundesminister Genscher am selben Tag ein Aide-mémoire übergeben, in dem gegen die Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik am 27. Juni 1984 protestiert werde. Semjonow habe dazu ausgeführt: „Die Bundesregierung müsse sich darüber im klaren sein, daß, wenn sie den Weg zur Herstellung strategischer Angriffswaffen einschlagen sollte, auf sowjetischer Seite entsprechende Schlußfolgerungen bezüglich der Bewertung der Politik der Bundesrepublik Deutschland als auch in praktischer politischer Hinsicht gezogen werden würden. Es handele sich um eine ernste Frage, die von der Sowjetunion nicht zum Zwecke der Polemik aufgeworfen werde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4729; Referat 213, Bd. 139367.

Für den Wortlaut des sowjetischen Aide-mémoire vom 10. Juli 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 457.

für, daß für die SU das Entstehen eines sicherheitspolitisch handlungsfähigen Machtgebildes in Westeuropa wahrscheinlich eine kaum mindere Herausforderung wäre als die derzeitige Rüstungskonkurrenz mit den USA.

Die SU würde alles daransetzen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Denn sie brächte vor allem die Gefahr mit sich, daß die BR Deutschland in einem westeuropäischen militärischen Verbund eine gleichberechtigte, wenn nicht ausschlaggebende Rolle spielen würde. Die BR Deutschland als strategischen Machtfaktor klein zu halten, wird im sowjetischen Denken mindestens noch so lange Priorität behalten, wie es eine offene deutsche Frage gibt. Im Zweifelsfall ist die BR Deutschland als eng mit den USA kooperierendes, dabei jedoch unter amerikanischer Tutel stehendes Land mit minderem sicherheitspolitischem Status für die sowjetischen Interessen weniger gefährlich denn als vollwertiges Mitglied einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft. Diese Überlegungen sprechen dagegen, daß wir uns gegenüber der SU entlasten könnten, wenn wir versuchten, parallel zu einer etwaigen SDI-Beteiligung mit Frankreich ein „EUREKA“-Programm mit einer erkennbaren militärischen Zukunftsperspektive durchzuziehen.

Ein weiterer Bericht folgt.

[gez.] Kastl

**VS-Bd. 13446 (213)**

## 132

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Nyerere

**22. Mai 1985<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Vereinigten Republik Tansania, Dr. Julius Nyerere<sup>2</sup>, am 22. Mai 1985, 11.30 Uhr bis 12.30 Uhr im Bundeskanzleramt

Das Gespräch, an dem außerdem teilnahmen:

auf tansanischer Seite: Außenminister Mkapa und ein Note-taker;

auf deutscher Seite: StS Ruhfus, VLR I Franke als Note-taker;

hatte folgenden wesentlichen Inhalt:

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 23. Mai 1985 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am selben Tag „mit der Bitte um Billigung“ über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Ich rege an, den Bundesministern Genscher und Warnke eine Ablichtung des Vermerks zu überlassen.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Präsident Nyerere besuchte vom 21. bis 23. Mai 1985 die Bundesrepublik.

Der *Bundeskanzler* würdigte die alten und intensiven Beziehungen unserer beiden Länder und Völker. Er trug sodann zum West-Ost-Verhältnis vor: Es sei für uns als geteiltes Land von besonderer Bedeutung. Er beurteilte die Entwicklung gedämpft optimistisch. In der Sowjetunion gebe es eine Entwicklung zu klaren Personalkonstellationen. Während der letzten Jahre der Amtszeit Breschnews und unter Andropow und Tschernenko, d.h. seit Ende der 70er Jahre, sei die SU nicht wirklich handlungsfähig gewesen. Gorbatschow – so sein Eindruck aus zwei langen Gesprächen<sup>3</sup> – sei ein hochintelligenter, sehr energischer, gebildeter, aber auch ein harter Mann. Natürlich wäre es irrig zu glauben, die SU werde von einem Mann regiert. Die sowjetische Führung sei ein Team. Noch könnten die „alten Herren“ der sowjetischen Führung nach seinem Eindruck Gorbatschow stürzen. Aber Gorbatschow habe den großen Vorteil, daß er erst Mitte 50 sei. Das gebe ihm auch in den Augen der sowjetischen Bevölkerung – und auch Diktaturen hätten eine gewisse öffentliche Meinung – einen großen Vorsprung. Die Bevölkerung wolle nicht jedes Jahr eine Beerdigung, sondern Bewegung sehen. Wenn Gorbatschow so intelligent weitermache wie bisher, werde er seine Position daher stabilisieren.

Nyerere warf ein, daß er zwar einen sowjetischen Präsidenten (Podgornyj)<sup>4</sup>, aber noch nie einen sowjetischen Generalsekretär getroffen habe.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß er sowohl Gorbatschow als auch Präsident Reagan gedrängt habe, sich zu treffen, vielleicht in New York, dann später ein eingehenderes Treffen in Europa. Reagan sei hierzu bereit, auch wenn die eine oder andere Stimme in den USA dagegen sei. Das sei für Reagan Teil seiner Bemühungen, in seiner zweiten und letzten Amtszeit als „Mann des Friedens“ in die Erinnerung einzugehen. Ronald Reagan sei sehr von Herz und Gefühl bestimmt. Das sei auch für die Genfer Verhandlungen<sup>5</sup> gut. Für sie brauchten wir, namentlich für die Aushandlung der sehr komplexen Kontrollmechanismen, sehr viel Geduld. Es gebe in Genf eine Chance für Bewegung. Nach seinem Eindruck führe die Treppe hinauf und nicht hinab. Daran hätten wir Deutschen ein ganz besonderes Interesse. Daher habe er auch Sympathie für die Abrüstungsdeklaration der sechs Staats- und Regierungschefs, unter ihnen Präsident Nyerere, von Neu Delhi<sup>6</sup>, die wir in ihrer generellen Tendenz, wenn auch nicht unbedingt in ihren inhaltlichen Aussagen, für richtig hielten.

Abrüstung sei für uns auch wichtig, um von den hohen Rüstungskosten herunterzukommen, zumal er glaube, daß in zehn bis zwanzig Jahren der Nord-Süd-Konflikt wesentlich dramatischer werden könne als der Ost-West-Konflikt. Aus dieser Einschätzung heraus habe er auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel auch die Initiative für eine intensive Bekämpfung des Hungers ergriffen.<sup>7</sup> Wir seien

<sup>3</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau; Dok. 68.

<sup>4</sup> Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Podgornyj, hielt sich vom 22. bis 26. März und nochmals am 1. April 1977 in Tansania auf.

<sup>5</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>6</sup> Zur Gemeinsamen Abrüstungserklärung von sechs Staats- und Regierungschefs am 28. Januar 1985 in Neu Delhi vgl. Dok. 27, Anm. 19.

<sup>7</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schneppen teilte am 8. Mai 1985 mit, der Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 habe sich „auf deutsche Initiative hin [...] intensiv mit der Not afrikani-

bereit, das uns Mögliche zu tun.<sup>8</sup> Gerade auch unsere Bevölkerung, insbesondere unsere Jugend, sei sehr engagiert. Aber es gebe ein Problem: Unsere Menschen fragten, ob unsere Hilfe auch bei denen ankomme, für die sie bestimmt sei. Das sei auch beim Gipfeltreffen ein wichtiges Thema gewesen. Beispielsweise gebe es da aus Äthiopien niederschmetternde Meldungen, z. B. daß Hilfsgüter in irgendeinem Hafen verkämen.<sup>9</sup> Wenn wir unsere Bevölkerung zur Hilfe aufrufen und in wirtschaftlich schwieriger Zeit auch erhebliche Hilfe aus der Staatskasse leisteten, dürfe so etwas nicht passieren.

Auf dem Bonner Gipfel sei man sich über die Notwendigkeit einig gewesen, die Hilfe zur Selbsthilfe zu aktivieren. Das betreffe nicht nur Afrika, sondern vor allem die überschuldeten Länder. Wenn diese ihre Schulden bezahlen sollten, müßten sie das Geld dafür zuvor verdienen. Folglich dürfe es keinen Protektionismus geben, der auf dem Gipfel dementsprechend eine zentrale Rolle gespielt und wo man ein Stück Fortschritt erzielt habe. Die Gesamtverschuldung Afrikas sei zwar viel geringer als die Lateinamerikas, dafür aber sei Afrikas Pro-Kopf-Verschuldung sehr viel höher und seine Deviseneinnahmen sehr viel geringer.

Nyerere stimmte dem Bundeskanzler in diesen beiden Punkten ausdrücklich zu. Zwar habe allein Brasilien 102 Milliarden Schulden, ganz Afrika nur 250 Milliarden – aber Pro-Kopf-Verschuldung und ihre Beziehung zur Deviseneinnahmensituation seien in Afrika sehr viel ernster.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 677*

scher Völker, die unter Hunger und Dürre leiden, befaßt. Der Gipfel hat sich dieses Problems auch unter Berücksichtigung einer neuen Initiative des französischen Präsidenten sehr konkret angenommen und sowohl Fortsetzung der Nahrungsmittelforthilfe als auch langfristige Zusammenarbeit, insbesondere die Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Erarbeitung von Ernährungsstrategien versprochen.“ Eine Sachverständigengruppe solle nun „Vorschläge für Folgemaßnahmen“ erarbeiten. Vgl. den Runderlaß Nr. 34; Referat 402, Bd. 133894.

<sup>8</sup> Legationsrat I. Klasse Rollin gab am 25. Juli 1985 folgende Übersicht zu den seit 1984 von der Bundesrepublik erbrachten Leistungen für Afrika: „1) Nahrungsmittelhilfe, Ernährungsprojekte, Soforthilfen 1984: 211 Mio. DM/268 000 t, davon rd. 80 % für Afrika (= 170 Mio. DM), einschließlich dreier Sonderprogramme und 48 Mio. DM außerplanmäßiger Mittel. Der entsprechende Haushaltsansatz für 1985 beträgt rd. 230 Mio. DM. 2) Gesamte EZ für Afrika 1985 1,6 Mrd. DM. 1985 leisten wir für den Weltbank-Sonderfonds für Afrika 100 Mio. DM für Kofinanzierungsprojekte. 3) Anteil von FZ- und TZ-Zusagen für ländliche Entwicklung in Afrika südlich der Sahara sind von 1982 30 % auf 1985 45 % gestiegen (387 auf 528 Mio. DM). 4) Humanitäre Hilfe (AA) von 1984 bis Juli 1985 für Afrika 45 Mio. DM, zuzüglich 30 Mio. DM für Lufttransport (BMVg) in Äthiopien und Sudan. 5) Für die EG N[ahrungsmittel]M[itte]lH[ilfe] waren 1984 zunächst 504 Mio. ECU = 1,134 Mrd. DM angesetzt. Zur Durchführung des ‚Plans von Dublin‘ [...] wurden zusätzlich rd. 170 Mio. ECU auf die NMH-Haushalte 1984 und 1985 übertragen, so daß im Erntejahr 1984/85 NMH in Höhe von mindestens 675 Mio. ECU geleistet wird (= 1,5 Mrd. DM, deutscher Anteil rd. 418 Mio. DM). Für 1985 sind 508 Mio. ECU für NMH im regulären Haushalt angesetzt (= 1,143 Mrd. DM, deutscher Anteil 315 Mio. DM). 6) Der Spendenaufruf für Afrika vom Karfreitag 1984 erbrachte 56 Mio. DM, die Sammlung ‚Ein Tag für Afrika‘ am 23.1.1985 rd. 120 Mio. DM, zuzüglich 30 Mio. DM für notleidende Regionen in anderen Erdteilen.“ Vgl. Referat 322, Bd. 137957.

<sup>9</sup> Zur Hungerhilfe für Äthiopien vgl. Dok. 14, Anm. 24 und 25.

Mit Schreiben vom 24. Juni 1985 informierte Staatsminister Möllemann den SPD-Abgeordneten Neumann: „Nach Informationen des Welternährungsprogramms (WEP) liegen in den Häfen Äthiopiens (Dschibuti) und des Sudan 415 237 t Nahrungsmittel. [...] In Lagern innerhalb Äthiopiens befinden sich laut WEP weitere 150 000 t Nahrungsmittel, die auf den Weitertransport zu den Hungeropfern warten. Nicht bestätigt werden konnte bisher, daß in den Häfen lagerndes Getreide in größeren Mengen verdirbt, mit der Ausnahme einer 6000 t Ladung Getreide im Hafen Assab, die infolge Durchnässung durch starke Regenfälle für den menschlichen Verzehr unbrauchbar geworden sind.“ Vgl. Referat 322, Bd. 137952.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete Hilfe zur Selbsthilfe auch als wichtige Maxime innerhalb der EG.

Auf Frage, ob er etwas zu den bilateralen Beziehungen sagen wolle, erklärte *Nyerere*, „er wolle mehr Geld“.<sup>10</sup>

Der *Bundeskanzler* nannte dies eine knappe und deutliche Antwort, verwies auf das spätere Gespräch Nyereres mit BM Warnke und erklärte, wir würden sehen, was wir an Hilfe leisten könnten.

*Nyerere*: Wir brauchen mehr Ressourcen von unseren Freunden und sofortige Hilfe, um Ersatzteile und Rohstoffe zwecks Nutzung brachliegender Industriekapazitäten importieren zu können. Durch Produktionserhöhungen könnten auch die Staatseinkünfte erhöht, das interne Defizit verringert und für die Bauern Waren in die Schaufenster gebracht werden. (Anmerkung: Es gibt Bauern, denen es wirtschaftlich gut geht, die für ihr Geld jedoch nichts kaufen können.) Tansania brauche auch Dünger und Insektizide, bei denen es importabhängig sei.<sup>11</sup>

Was der *Bundeskanzler* über die Sowjetunion gesagt habe, sei für ihn sehr interessant gewesen. Er habe, wie gesagt, niemals einen sowjetischen Generalsekretär getroffen. Sehr wichtige und richtige Ausführungen habe der *Bundeskanzler* zum Nord-Süd-Konflikt und Ost-West-Konflikt gemacht. Der die Weltmächte bewegende Ost-West-Konflikt habe als großes Problem stets viel Aufmerksamkeit und Nachdenken erfahren. Genauso intensiv müsse aber auch über das Problem der armen Länder nachgedacht und an ihm gearbeitet werden.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß 40 % unserer Entwicklungshilfe nach Afrika gingen. Auch hier habe er die Frage, was der Präsident, auch als OAE-Vorsitzender, tun könne, damit die Hilfe tatsächlich zu den Menschen gelange.

*Nyerere*: Ohne Nahrungsmittelhilfe stürben in Afrika die Hungernden. Also müsse sie zu ihnen gelangen. Schon Vizepräsident Bush habe ihn im März in Genf<sup>12</sup> auf das Problem bzgl. der Hungernden in Eritrea angesprochen. Er habe die Äthiopier darauf hingewiesen, daß die Geber keine Unterschiede zwischen

<sup>10</sup> Am 6. Mai 1985 führte Botschafterin Steffler, Daressalam, zu den deutsch-tansanischen Beziehungen aus: „Im Vordergrund steht die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, durch die seit der Unabhängigkeit 1961 über 1,4 Mrd. DM öffentlicher Gelder nach Tansania geflossen sind. Seit dem Schuldenerlaß von 1979 nur noch als Zuschüsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 155; Referat 322, Bd. 150009.

<sup>11</sup> Am 6. Mai 1985 teilte Botschafterin Steffler, Daressalam, zur Wirtschaftslage Tansanias mit, „der augenscheinliche wirtschaftliche Niedergang Tansanias in den Jahren seit etwa 1975 (BIP-Rückgang 1981 auf 1983: Realminus fünf Prozent bei Bevölkerungswachstum von 3,4 Prozent pro Jahr)“ werde von manchen Beobachtern „auf eine doktrinaire Nationalisierungs- und Bürokratisierungspolitik“ zurückgeführt, während andere „auf die enorme Verschlechterung der terms of trade für Tansania [...] und den ruinösen Krieg 1979 gegen das verbrecherische Regime Idi Amins in Uganda“ hinweisen. Steffler legte ferner dar: „Die teilweise durchgeführte Importliberalisierung hat zwar Handel und Versorgung belebt, nicht aber den produzierenden Bereich. Zudem funktioniert diese Entwicklung nur bei einer offensichtlichen Schizophrenie, denn niemand importiert gegen wertvolle Devisen, die er im Ausland hatte, wenn er die – recht hohen – Erlöse in Tansania nicht wieder in Devisen zum Neueinkauf umwechseln kann, was aber offiziell nicht geht, da die Bank von Tansania nicht genügend davon hat. Also duldet man stillschweigend einen umfangreichen Devisenschwarzmarkt, um den Versorgungskreislauf aufrechtzuerhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 156; Referat 322, Bd. 150009.

<sup>12</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush nahm vom 10. bis 12. März 1985 in Genf an der VN-Konferenz über die Notsituation in Afrika teil.

Hungernden und Rebellen machten<sup>13</sup>, und sich für Hilfe auch in Eritrea und Tigre ausgesprochen. Er könne aber Äthiopien nicht kolonisieren, um sicherzustellen, daß dort die Hilfe auch alle erreiche. Außerdem habe Äthiopien ein Souveränitätsproblem mit Eritrea. So wie er den Äthiopiern sage, daß die Nahrungsmittelhilfe nicht als politisches Mittel eingesetzt werden dürfe, so verlangten die Äthiopier, die der Meinung seien, daß die Hungerkatastrophe politisch ausgeschlachtet werde, daß die Hilfe umgekehrt aber auch nicht als Waffe gegen die äthiopische Souveränität mißbraucht werden dürfe.

Nyerere betonte, daß Afrika in die Lage versetzt werden müsse, seine rückständige Landwirtschaft zu entwickeln.<sup>14</sup> Dann wäre es auch möglich, mit dem – immer nur Teile Afrikas heimsuchenden – Dürreproblem fertigzuwerden. Dazu gehörten vor allem auch Düngemittel, die künftig einen Teil der Hilfe für Afrika ausmachen sollten. Die Landwirtschaft sei das Schlüsselpunkt für die Entwicklung Afrikas.

Auf Frage des *Bundeskanzlers* gab Nyerere seine Einschätzung der Entwicklung im Sudan: Die Regierung wolle die Schwierigkeiten mit dem Süden des Landes beenden und die Beziehungen mit Äthiopien und Libyen, die beide mit dem Krieg im Süden im Zusammenhang stünden, verbessern.<sup>15</sup> Die Aussichten hierfür seien gut. Libyen habe zugestimmt, daß es seine Unterstützung für die Regierungsgegner beenden werde, da der Sudan die Gegner des libyschen Regimes nicht mehr unterstütze. Äthiopien habe den Süden nur unterstützt, weil es geglaubt habe, daß der frühere Präsident Numeiri ihm in Eritrea Schwie-

<sup>13</sup> Am 4. März 1985 stellte Botschafter Oldenkott, Addis Abeba, im Politischen Halbjahresbericht für Äthiopien fest: „Die innere Sicherheit hat sich nicht in erkennbarer Weise verändert. Die Aktivitäten der Guerillabewegung in Eritrea und Tigre gehen wie bisher weiter. Die Lage dürfte als Pattsituation zu bezeichnen sein [...]. Die Aussichten auf eine politische Kompromißlösung dürften nach wie vor gering sein. Nicht zuletzt die Verhandlungsfähigkeit vor allem der eritreischen Rebellen dürfte fraglich sein, die vor kurzem in Khartoum zustande gekommene Einigung zwischen den kleineren Widerstandsgruppen – ohne EPLF – dürfte noch nicht ausreichen, um eine Klärung und Fixierung von Verhandlungszielen der Eritreer zu ermöglichen.“ Vgl. Referat 322, Bd. 137948.

<sup>14</sup> Botschafter Oldenkott, Addis Abeba, analysierte am 10. Juni 1985 die Entwicklung der äthiopischen Landwirtschaft: „Gegenüber einem jährlichen Bevölkerungswachstum von nunmehr 2,9% [...] blieb das landwirtschaftliche Wachstum seit 1974/75 mit jährlich durchschnittlich 1,8% gering (1984: Rückgang um 8,7%). Die Landwirtschaft bleibt auch vorerst nicht in der Lage, zu einem angemessenen Wirtschaftswachstum beizutragen [...] und insgesamt eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen. [...] Eine der Hauptursachen des geringen Wachstums ist die staatliche Markt- und Preispolitik, die den Kleinbauern keine Anreize zu Produktionssteigerungen bietet. Der laufende Dialog zwischen der Regierung und der Weltbank konzentriert sich gegenwärtig auf die staatliche Markt- und Preispolitik. Da dies eine Schlüsselfrage für das marxistisch-leninistische Partei- und Regierungssystem ist, bleibt der Ausgang des Dialogs mit der Weltbank völlig offen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 660; Referat 322, Bd. 137956.

<sup>15</sup> Am 6. April 1985 übernahm im Sudan der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, al-Dhahab, in Abwesenheit von Präsident Numeiri die Regierungsgewalt. Am 8. Oktober 1985 legte Referat 311 zum Verhältnis zwischen Libyen und dem Sudan dar: „Die libysche Sudanpolitik war bis zum Sturz Numeiris (April 1985) unverhohlen aggressiv: Die enge Anlehnung Sudans an Ägypten und USA veranlaßten Gaddafi zur Unterstützung der südsudanesischen Rebellenbewegung und einer sudanesischen Exilpartei in Libyen. [...] Nach dem Machtwechsel in Khartoum [...] traf sich der Wunsch der neuen sudanesischen Machthaber, durch Entspannung der Nachbarschaftsverhältnisse zu Libyen und Äthiopien die Beilegung des innersudanesischen Nord-Süd-Konflikts vorzubereiten, mit der offenbar unrealistischen Hoffnung Gaddafis, Sudan könne sich unter neuer Führung dem libyschen Kurs annähern. Gaddafis Besuch in Khartoum am 18.5.1985 besiegelte die Normalisierung der bilateralen Beziehungen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137901.



rigkeiten machen wollte. Wenn Libyen und Äthiopien also jetzt keinen Grund mehr hätten, Sudan zu fürchten, könnten die Probleme gelöst werden.

Der *Bundeskanzler* äußert Zweifel an der Verlässlichkeit von Zusicherungen des unberechenbaren Gaddafi, der ein Förderer des internationalen Terrorismus sei.

*Nyerere* meinte, Gaddafi rede viel, sei aber nicht so gefährlich, wie dargestellt werde. Er könne z.B. den Nahen Osten nicht übernehmen, gleichgültig, was sein Freund Mubarak sage. Zudem habe Gaddafi nicht gänzlich unrecht: die USA säßen Libyen mehr im Nacken als umgekehrt, und er sei nicht der Erfinder des Terrorismus.

Der *Bundeskanzler* verwies darauf, daß man am Golf Gaddafi und nicht die USA fürchte, und auch was in Kairo passiert sei, gehe nicht auf das Konto der USA. Gaddafi bleibe unberechenbar – Beispiel Tschad<sup>16</sup> – und sei, wenn auch nicht Erfinder, so doch der Förderer des internationalen Terrorismus. Aber wenn die Lage im Sudan sich beruhige, sei das gut, wie jedes Schrumpfen eines Konfliktherdes.

Auf Frage des Bundeskanzlers äußerte sich *Nyerere* zum südlichen Afrika: Seine Besorgnisse konzentrierten sich auf Namibia und Südafrika. Er habe auf eine Namibia-Lösung gehofft, bis „sein Freund Reagan“ an die Macht gekommen sei und die Namibia-Frage mit den Kubanern in Angola verknüpft und sie damit blockiert habe.<sup>17</sup>

Auf Frage des *Bundeskanzlers* nach den Chancen eines Kubaner-Abzuges bemerkte *Nyerere*, daß Angola ihm nicht zustimmen könne, solange Südafrika in Südafrika Truppen habe und solange die USA und Südafrika die Verwirklichung von SR 435<sup>18</sup> blockierten und Namibia folglich eine Plattform gegen Angola bleibe. In der Tat sei daher die Namibia-Lösung mit der Kubaner-Frage verknüpft – aber in völlig umgekehrtem Sinne: Der Beginn der Verwirklichung der Namibia-Lösung nach SR 435 sei Voraussetzung für einen Kubaner-Abzug.

<sup>16</sup> Am 30. Januar 1985 resümierte Botschafter Lautenschlager, New York (VN), die Ausführungen des tschadischen Außenministers Lassou bei der Sitzung des VN-Sicherheitsrates am selben Tag: „In seiner Rede gab AM Tschad einen historischen Abriss über die nun schon seit Jahrzehnten andauernde Bedrohung des Tschad durch den libyschen ‚Expansionismus‘. Den ‚kriminellen Anschlag‘ vom September letzten Jahres auf Präsident Habré und seine Regierung bezeichnete er als neuen Höhepunkt und weiteren Teil des libyschen Terrorismus.“ Von Seiten Libyens sei dazu erwidert worden: „Im Tschad befänden sich derzeit keine libyschen Truppen, sondern lediglich Truppen der legitimen tschadischen Regierung Goukouni. Habré und ‚seine Clique‘ haben im Tschad noch nie einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung besessen und können schon deshalb nicht als rechtmäßige Regierung angesehen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 159; Referat 311, Bd. 137901.

<sup>17</sup> Botschafterin Steffler, Daressalam, stellte am 6. Mai 1985 fest, das Verhältnis Tansanias zu den USA habe sich „stärker getrübt, seitdem die USA mit ihrer Politik des ‚constructive engagement‘ eine Art Mittlerrolle zwischen Südafrika und seinen Nachbarn übernommen und sich damit, nach tansanischer Überzeugung, aus ihrer Verantwortung zur Durchsetzung der Namibia-VN-Resolution 435 herausgestohlen haben. Die tansanische Skepsis ist groß, daß es den USA tatsächlich nur um eine Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen und strategischen Interessen in Südafrika geht, während sie wie Pretoria die Unabhängigkeit Namibias weiter hinauszuzögern suchen. Daß die Kontaktgruppe weiterhin aktiv die Durchsetzung von Resolution 435 betreibt, nimmt Tansania ihr nicht mehr ab. Es geht davon aus, daß die Initiative inzwischen ganz den USA überlassen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Referat 322, Bd. 150009.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

In der von den USA geforderten Reihenfolge sei der Kubaner-Link für Angola unakzeptabel. Entgegen der amerikanischen Behauptung sei der Kubaner-Abzug auch nicht eine südafrikanische, sondern eine amerikanische Bedingung. Die USA müßten sie fallenlassen und die ausgehandelte Namibia-Lösung akzeptieren. Wenn sie ins Werk gesetzt werde, habe Angola zugesichert, mit dem Kubaner-Abzug zu beginnen. Das sei die Lage seit nunmehr zwei Jahren.

Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die Kubaner auch wirklich abziehen würden, bejahte *Nyerere* mit Nachdruck. Sie hätten (ohne das Namibia-Problem) in Angola nichts zu suchen.

Das Gespräch wurde dann durch den Gang zum Mittagessen im Palais Schaumburg unterbrochen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 68**

### 133

#### Gesandter Wallau, Washington, an das Auswärtige Amt

**114-12393/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2579**

**Aufgabe: 22. Mai 1985, 18.49 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 23. Mai 1985, 01.46 Uhr**

Betr.: Amerikanische Weiterbeachtung des SALT-II-Abkommens

Bezug: 1) DB Nr. 2435 vom 14.5.85 – Pol 371.80<sup>2</sup>

2) Bericht Nr. 1208 vom 13.4.1984 – Pol 371.80<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

1) Ausarbeitung der amerikanischen Position in der Frage der Weiterbeachtung von SALT II steht derzeit im Vordergrund der rüstungskontrollpolitischen Aktivität innerhalb der Administration. Das außenpolitische Interesse an Bewahrung des rüstungskontrollpolitischen Acquis der SALT-Verträge steht dabei

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

<sup>2</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete, der amerikanische Journalist Pincus habe sich in der Tageszeitung „Washington Post“ vom 14. Mai 1985 mit der Frage einer Weiterbeachtung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 durch die USA befaßt: „Er vermittelt den Eindruck, daß man in der Administration weder an strikte Weiterbeachtung noch an Lossage von SALT II denkt, sondern verschiedene Möglichkeiten einer Zwischenlösung untersucht.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143370.

<sup>3</sup> Botschafter Hermes, Washington, legte dar: „Das SALT-II-Abkommen läuft erst Ende 1985 aus. Die Diskussion über das Fortdauern der freiwilligen amerikanischen Bindung an SALT II wie auch an SALT I hat jedoch schon begonnen. [...] Präsident Reagan wird vor der schwierigen politischen Entscheidung stehen, entweder seine bisherige Position der weitgehenden Beachtung der SALT-Verträge zu ändern, oder auf in der amerikanischen Rüstungsplanung fest vorgesehene Systeme zu verzichten. Vertreter des Pentagon wie Iklé und Perle, die Rüstungskontrollabkommen der bisherigen Art kritisch gegenüberstehen, dürften unter Hinweis darauf, daß die Sowjets auch die SALT-Verträge verletzt haben, auf ein Abrücken der amerikanischen Regierung von den SALT-Verträgen drängen.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 213, Bd. 139371.

dem Bemühen gegenüber, die Vielzahl sowjetischer Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen exemplarisch zu ahnden. Ein wichtiger Faktor bei der Entscheidung ist die Entwicklung des strategischen Potentials beider Seiten, mit oder ohne SALT-Beschränkungen. Innerhalb der Administration stehen sich die bekannten Fronten gegenüber: Das Pentagon, insbesondere die Abteilung für internationale Sicherheitspolitik (Perle), setzt sich für möglichst weitgehende Lossage von den SALT-Verträgen ein, das State Department sieht SALT als stabilisierendes Element in den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten auch für die Zukunft. State Department weiß sich dabei in Einvernehmen mit den Wünschen der Alliierten.

Wie wir vertraulich erfahren, hat der britische AM Howe sich mit einem Schreiben in diesem Sinne an AM Shultz gewandt. Evtl. deutscher Schritt auf hoher Ebene müßte wegen der für 1. Juni vorgesehenen Entscheidung noch in diesem Monat unternommen werden.

II. Aus Gesprächen im State Department, Pentagon, ACDA und NSC ergibt sich folgendes Bild der Diskussion innerhalb der Administration:

#### 1) Entscheidungsstand

Mit SALT-Thematik befaßt sich in diesen Tagen die „Senior Arms Control Group“ auf der Ebene der Abteilungsleiter (wichtigste Akteure: Pentagon: Perle; State Department: Burt, Chain; ACDA: Adelman; Joint Chiefs of Staff: Sakkett; NSC: Lehman; dazu Vertreter des CIA). Der SACG liegen verschiedene auf Arbeitsebene ausgearbeitete Optionen vor, als Grundlage für den vom Kongreß für 1.6.1985 angeforderten umfassenden Bericht über die künftige SALT-II-Politik und deren Konsequenzen.

Gesprächspartner meinten, daß man angesichts der schwierigen Thematik möglicherweise vor einem detaillierten Bericht noch zurückscheuen und den Kongreß stattdessen nur mit Schreiben des Präsidenten bzw. von Sicherheitsberater McFarlane über die Grundzüge der künftigen SALT-II-Politik unterrichten werde.

#### 2) Problematik

a) Die bisherige Haltung der Reagan-Administration zu SALT II war zwiespältig: Einerseits lehnte man SALT II als untauglichen („basically flawed“) Rüstungskontrollvertrag ab, andererseits ließ es das Interesse an Kontrolle der strategischen Rüstungen geraten erscheinen, die in SALT II festgelegten Beschränkungen nicht ersatzlos aufzugeben. Auf dieser Interessenlage gründet die seit 1982 verfolgte Politik einer De-facto-Beachtung der wesentlichen Elemente der SALT-Verträge (das 1977 abgelaufene SALT-I-Interimsabkommen<sup>4</sup> und der mit Geltungsdauer bis 31.12.1985 vereinbarte, aber nicht ratifizierte SALT-II-Vertrag) unter Voraussetzung sowjetischer Reziprozität. Mit der für Oktober d.J. vorgesehenen Indienstellung des siebten Trident-U-Boots kommt nun das amerikanische strategische Rüstungsprogramm mit dieser Linie in Kon-

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398. Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

flikt; zudem würde die Geltungsdauer von SALT II Ende des Jahres auslaufen. Die Administration muß daher ihre Politik zu den SALT-Verträgen neu festlegen und dabei auch die Erkenntnisse der letzten Jahre über sowjetische Vertragsverletzungen berücksichtigen. Das Argument der Kontinuität kann dabei sowohl für eine Entscheidung gegen wie auch für die Weiterbeachtung der SALT-Verträge in Anspruch genommen werden. Einerseits würde es in der Logik der amerikanischen Position liegen, sich von einem untauglichen und nicht ratifizierten Vertrag bei Ablauf seiner vereinbarten Geltungsdauer loszusagen und angesichts sowjetischer Vertragsverletzungen sich auch von jeder Selbstbindung frei zu sehen. Andererseits hat sich im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis eine Praxis der Beachtung existierender Verträge über strategische Rüstungskontrolle gebildet, solange neue Verträge ausgehandelt werden. Die SALT-Verträge haben zwar die Expansion des sowjetischen strategischen Potentials nicht verhindert, sie aber doch berechenbar gemacht. Sie sind damit zu einem Element der Stabilität und Kontinuität geworden.

Exponenten dieser divergierenden Interessen sind das Pentagon (Perle) und das State Department. Zu erwarten ist, daß sich in der vom Präsidenten zu treffenden Entscheidung Elemente beider Positionen finden werden; der Präsident wird zu bestimmen haben, ob der Akzent auf einem kooperativen oder antagonistischen Ton gegenüber der Sowjetunion liegen wird.

b) Ein zum Teil außerhalb der SALT-Verträge liegendes Element wird in die bevorstehende Entscheidung durch das Bestreben hineingetragen, sowjetischen Verstößen gegen Rüstungskontrollverträge eine exemplarische Antwort zu erteilen. Teile der Administration (Pentagon) und des Kongresses (konservative Republikaner) kritisieren, daß die Reagan-Administration zwar eine Reihe sowjetischer Verstöße publik gemacht<sup>5</sup>, aber noch keine praktischen Konsequenzen daraus gezogen hat. Gesprächspartner im Pentagon sagte uns, daß die SALT-Entscheidung von der amerikanischen Empörung über das sowjetische Verhalten geprägt sein müsse. Dabei sollten nicht nur Verstöße gegen die SALT-Verträge, sondern auch gravierende Vertragsverletzungen auf anderen Gebieten (ABM-Vertrag) berücksichtigt werden. Auch Gesprächspartner in anderen Ressorts erkennen an, daß bei der bevorstehenden Entscheidung die sowjetischen Vertragsverletzungen wie auch die sowjetische Verweigerung einer ernsthaften Diskussion der amerikanischen Vorwürfe nicht negiert werden können.

c) Das amerikanische strategische Rüstungsprogramm der nächsten Jahre wird von der SALT-Entscheidung auf drei Gebieten betroffen:

- Fortsetzung der Indienststellung der Trident-U-Boote (Planung: siebtes Boot Oktober 1985, achtes Boot Mai 1986, neuntes Boot Juli 1988). Die Indienststellung dieser mit 24 Raketen mit Mehrfachgefechtsköpfen bestückten Boote würde jeweils die Demontierung einer entsprechenden Anzahl anderer gemirvter Systeme erfordern. In Frage kämen Minuteman III oder – näherliegend – das Poseidon-U-Boot. Da Poseidon nur 16 Flugkörper aufweist, müß-

<sup>5</sup> Zum zweiten Bericht der amerikanischen Regierung über Verstöße der UdSSR gegen Rüstungskontrollabkommen vgl. Dok. 7, Anm. 10.

ten bei Indienstellung von zwei Trident U-Booten drei Poseidon U-Boote demontiert werden.

- Mitte 1986 wird durch die Indienstellung von 120 mit luftgestützten Marschflugkörpern (ALCM) bestückten Bombenflugzeugen die SALT-II-Höchstgrenze von 1320 für MIRV-Trägermittel strategischer Systeme überschritten werden. Dies würde bedeuten, daß bei der vorgesehenen Weiterführung des ALCM-Flugzeugprogramms auf 195 Flugzeuge andere Trägersysteme (Minuteman) abgebaut werden müßten.
- Die vorgesehene Einführung einer kleinen Interkontinentalrakete (Midgetman), deren Erprobung für 1988 vorgesehen ist, würde gegen das SALT-II-Verbot der Erprobung eines zweiten Raketentyps verstoßen (der erste Typ ist die MX-Rakete<sup>6</sup>).

Pentagon spricht sich gegen die aufgrund von SALT II erforderlichen Kompensationsmaßnahmen aus, weil

- bei dem seegestützten Teil der Nukleartriade zwar die Zahl der Abschußvorrichtungen gleich bliebe, die Zahl der U-Boote aber verringert und damit die Variabilität der Einsatzmöglichkeiten beeinträchtigt würde,
- die Stärkung des luftgestützten Teils der Triade durch ALCM-Flugzeuge nicht zu einer Schwächung der landgestützten Interkontinentalkapazität führen solle.

Die Einführung des zweiten Typs einer Interkontinentalrakete hat breite Unterstützung in der Administration.

d) Die Entwicklung des sowjetischen strategischen Potentials bei Wegfall der SALT-II-Beschränkungen ist ein Unsicherheitsfaktor in den amerikanischen Überlegungen. Im Pentagon gibt man zu, daß den Sowjets eine rasche und substantielle Erhöhung der Zahl ihrer Gefechtsköpfe möglich wäre (vgl. Bezugsbericht 2), meint jedoch unter Berufung auf nachrichtendienstliche Quellen, daß dies in der Praxis nicht zu erwarten sei.

<sup>7</sup>Das sowjetische Potential an Gefechtsköpfen sei gesättigt, hinsichtlich der Relation der Gefechtsköpfe (über 10000) zu strategischen Zielen in den USA (rund 6000) als auch hinsichtlich der Zahl der Gefechtsköpfe mit der Fähigkeit, gehärtete Ziele zu zerstören (allein 308 SS-18 mit jeweils zehn Gefechtsköpfen), zu der Zahl der Minuteman-Silos (1000).

Das sowjetische strategische Rüstungsprogramm sei nicht auf quantitative Erhöhung, sondern auf qualitative Verbesserung angelegt.

Diese Argumentation wird auch im State Department akzeptiert, allerdings mit dem Hinweis, daß die Entwicklung von SDI neue Voraussetzungen schaffen könne und die Sowjets zu einer drastischen Ausweitung ihres Bestands an strategischen Gefechtsköpfen veranlassen könnte. Eine entsprechende Feststellung in dem vom Pentagon vor kurzem herausgegebenen SDI-Bericht<sup>8</sup> wird dem Pen-

<sup>6</sup> Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 82, Anm. 17.

<sup>7</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2580 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>8</sup> Botschafter van Well, Washington, informiert am 24. April 1985, das amerikanische Verteidigungsministerium habe am 18. April 1985 einen „Report to the Congress on the Strategic Defense Initiative 1985“ vorgelegt. Darin sei ausgeführt worden: „Seit der Einführung der Strategie der ‚flexible response‘ in 1967 habe sich das Ost-West-Verhältnis ständig zugunsten der Sowjetunion verändert. Insbe-

tagon entgegengehalten (If ballistic missile force levels with multiple independently targeted re-entry vehicles (MIRV) were no longer constrained by arms control agreements, the number of Soviet ballistic missile warheads could increase to at least twice their current levels with only a modest increase in the number of ballistic missile boosters).

### 3) Optionen

a) Gesprächspartner sagten uns, daß auf Arbeitsebene eine Anzahl von Varianten für eine mögliche Entscheidung vorbereitet worden sei, mit denen sich die SACG in diesen Tagen befasse. Zu erwarten ist, daß die unterschiedlichen Positionen in der Administration auch auf dieser Ebene nicht bereinigt werden, so daß letztlich der Präsident gemeinsam mit Sicherheitsberater McFarlane zu entscheiden haben werde. Es sei davon auszugehen, daß der Präsident eine extreme Lösung vermeiden werde. Die SALT-Beschränkungen würden nicht völlig über Bord geworfen werden, es werde aber auch keine weitere Beachtung wie bisher geben. Denkbar sei eine Entscheidung für ein Prinzip „ausgewählter Verletzungen“ (selective violations<sup>9</sup>) für die nächsten Jahre, ausgerichtet an sowjetischen Vertragsverletzungen und an amerikanischen Sicherheitserfordernissen. Der Einzelfallcharakter solcher amerikanischen „Verstöße“ gegen SALT könne jeweils durch konkreten Bezug zu einer sowjetischen Vertragsverletzung herausgestellt werden.

b) Im einzelnen seien folgende Maßnahmen denkbar:

- Weitgehende Übereinstimmung bestehe, daß die USA unter Bezugnahme auf die SS-X-25 als zweiten neuen Typ einer sowjetischen ICBM das Recht auf Erprobung und Indienststellung ihres zweiten Typs, der Midgetman, beanspruchen würden.
- Noch unklar sei, wie die Entscheidung im Falle des siebten Trident-U-Boots fallen werde. Eindeutige Lösungen würden von Perle einerseits (keine Kompensationsmaßnahmen) und von Burt andererseits (Demontage eines Poseidon-U-Boots gemäß SALT II) befürwortet. Augenmerk innerhalb der Administration richte sich jedoch derzeit in erster Linie auf mögliche Zwischenlösung, vom Hafenaufenthalt eines Poseidon-U-Boots bis zu dessen Trockendocklegung mit geöffneten Raketenschächten. Die damit verbundene Abkehr von SALT II könnte mit der sowjetischen Überschreitung der vereinbarten Höchstgrenze von 2504 für strategische Trägersysteme gerechtfertigt werden; denkbar ist aber auch Ausgreifen über SALT hinaus und Bezugnahme

*Fortsetzung Fußnote von Seite 685*

sondere der Ausbau ihres Arsenalen von nuklearen Interkontinental- und Mittelstreckenraketen stelle eine ernsthafte und wachsende Bedrohung der Fähigkeit der NATO zur Aufrechterhaltung der Abschreckung [...] in Europa dar. Die Sowjetunion könne im Kriegsfall zunehmend wichtige militärische NATO-Ziele in ganz Europa mit konventionell bestückten Raketen angreifen und zerstören. Dadurch könnte auch die Fähigkeit der NATO, einen ersten Angriff der Sowjetunion mit konventionellen Waffen abzufangen, ernsthaft in Frage gestellt werden. Eine effektive Verteidigungsmöglichkeit gegen ballistische Raketen würde die Bedrohung Europas durch sowjetische ballistische Mittelstreckenraketen verringern [...]. Durch den Aufbau strategischer Verteidigungssysteme verringere sich die Verwundbarkeit des Territoriums der USA durch einen sowjetischen Raketenangriff. Dies würde die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Nuklearschirms über Europa vergrößern.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1209; Referat 201; Bd. 151242.

<sup>9</sup> Die Wörter „selective violations“ wurden von Vortragendem Legationsrat Schmidt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

auf sowjetischen Verstoß gegen ABM-Vertrag durch Krasnojarsk Radaranlage<sup>10</sup>.

- Hinsichtlich der Behandlung der ALCM-Bombenflugzeuge scheint man sich noch recht unschlüssig zu sein. Gesprächspartner meinten, daß ALCM-Frage in Gespräch mit den Sowjets rüstungskontrollpolitisch erfaßt werden müsse, und verwiesen auf Angebot eines Trade-offs. Entscheidung in diesem Fall könne von Verlauf der Genfer Verhandlungen<sup>11</sup> abhängig gemacht werden.

c) Umstritten wie der Inhalt der zu treffenden Maßnahmen ist auch ihre außenpolitische Präsentation. Das State Department wird sich im Interesse rüstungskontrollpolitischer Kontinuität dafür einsetzen, daß als Leitgedanke der künftigen SALT-II-Politik die Weiterbeachtung bestehender Verträge mit bestimmen, begrenzten Ausnahmen ausgegeben wird. Aus der Sicht Perles ist dagegen nun die Zeit zu einer definitiven Absage an SALT gekommen, wobei dies aus seiner Sicht durchaus mit einer Erklärung verbunden sein könnte, daß die USA keine Ausweitung ihres strategischen Modernisierungsprogramms beabsichtigen.

d) Die Konstellation innerhalb der Administration folgt dem bekannten Muster: AM Shultz, sekundiert von Paul Nitze, befürwortet im Bewußtsein der möglichen außenpolitischen Konsequenzen eine vorsichtige Neuausrichtung der amerikanischen SALT-Position, im Verteidigungsministerium ist Richard Perle die treibende Kraft für deutliche Absage an SALT, auch als Signal amerikanischer Bereitschaft zu konkreter Reaktion auf sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollverträge. Mitarbeiter Perles sagte uns, daß auch die militärische Seite des Pentagon (JCS) sich mittlerweile der Position Perles angeschlossen habe. In der ACDA steht man auf Arbeitsebene dem State Department nahe; Adelman scheint sich aber noch nicht festgelegt zu haben. McFarlane hält sich bedeckt.

4) Die Administration ist sich des Interesses der Bündnispartner an der amerikanischen Entscheidung bewußt. Im NSC sagte man uns, daß Entscheidung mit den Bündnispartnern konsultiert werden solle, gab aber zu, daß diese Konsultation möglicherweise erst kurze Zeit vor der Veröffentlichung der amerikanischen Entscheidung stattfinden werde und damit eher einer Information gleichkomme. Eine frühere Befassung der Bündnispartner sei problematisch wegen zu befürchtender Presse-Leaks. Kongreß dürfe von der Entscheidung des Präsidenten nicht vorher aus der Presse erfahren. Wie wir aus dem State Department erfahren (vertraulich, Bitte um Quellenschutz), hat der britische Außenminister Howe vor einigen Tagen in Schreiben an AM Shultz die britische Besorgnis wegen der möglichen Abkehr von SALT II ausgedrückt. Wenn wir uns auf hoher Ebene in ähnlichem Sinne äußern wollen, sollte dies noch im Laufe dieses Monats geschehen<sup>12</sup>, bevor der Präsident am 1.6. gegenüber dem Kongreß Stellung nimmt.<sup>13</sup>

[gez.] Wallau

**VS-Bd. 11372 (220)**

<sup>10</sup> Der Passus „Ausgreifen ... Radaranlage“ wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht gut!“

<sup>11</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>12</sup> Botschafter Ruth plädierte am 28. Mai 1985 dafür, sich gegenüber der amerikanischen Regierung

## 134

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas****311-530.36 LIY-244/85 geheim****23. Mai 1985**

Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup> mit der Bitte um Entscheidung

Betr.: Mögliche Verstrickung des libyschen Volksbüros in Morde an Regimegegnern

Anlg.: 2<sup>3</sup>

Das BMI hat uns am 14. und 17. Mai 1985 mitgeteilt (s. Vorgang, Anlg. 1<sup>4</sup>), Verdachtsmomente gegen ein Mitglied des hiesigen libyschen Volksbüros, Abdullah Elamin (auch Amin Abdullah), hätten sich verstärkt. Das BMI halte es daher für angezeigt, Elamin den weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland zu untersagen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 687*

dafür auszusprechen, „die SALT-II-Obergrenzen nicht zu einem Zeitpunkt aufzugeben, in dem die Chance für eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen und zu Fortschritten in den umfassenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen besteht“, und legte den Entwurf für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vor. Vgl. Referat 220, Bd. 130076.

In dem Schreiben, das am 30. Mai 1985 an die Botschaft in Washington übermittelt wurde, sprach Genscher sich unter Hinweis auf die Folgen für die „Glaubwürdigkeit der amerikanischen Verhandlungsposition“ in den Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR in Genf für eine Weiterbeachtung von SALT II aus: „Die Regelungen von SALT II mögen nicht in allen Punkten befriedigend sein. Aber sie sind derzeit die einzigen Begrenzungen strategischer Waffen, die praktische Wirksamkeit haben.“ Vgl. Referat 220, Bd. 130076.

<sup>13</sup> Am 30. Mai 1985 meldete Botschafter van Well, Washington: „Im Senat [...] sagte man uns heute, daß das Weiße Haus für heute (30.5.) abend oder morgen Schreiben des Präsidenten an den Kongreß zu SALT angekündigt habe. Der Präsident werde darin um Verständnis bitten, daß er wegen Komplexität des Themas den vom Kongreß festgelegten Berichtstermin (1.6.) nicht einhalten könne“. Zum weiteren Verfahren erläuterte van Well: „Für den 3.6. ist NSC-Sitzung vorgesehen, auf der die Grundlinien einer Entscheidung festgelegt werden sollen. [...] Im State Department und ACDA sagte man uns, daß Ausgang der NSC-Sitzung ungewiß sei. Allerdings sei festzustellen gewesen, daß in den letzten Tagen das Eintreten des State Department (Shultz, Nitze) für weitgehendes Festhalten an der bisherigen Politik der Beachtung der SALT-Verträge an Boden gewonnen habe, auch bei bisher nicht festgelegten Stellen. Man nannte ausdrücklich NSC/McFarlane.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2727; VS-Bd. 12165 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 24. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 27. Mai 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS M[eyer]-L[andrut] sollte ein Gespräch mit StS BMI im Sinne der Vorlage führen. Sodann W[ieder]v[orlage] mit Entscheidungsvorschlag.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 28. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre „z[ur] Vorlage b[ei] StS“ verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. Mai 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[B]itte für N[achrichten]D[ienst]-Lage zurechtlegen, wo die Angell[egenheit] nach Absprache mit StS Fröhlich behandelt werden soll.“

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 13. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent Schlagintweit an Referat 311 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „StS bittet um Entscheidungsvorlage an BM, sobald Antwort des BMI auf F[ern]S[chreiben] vom 11.6. vorliegt.“

<sup>3</sup> Dem Vorgang teilweise beigelegt. Vgl. Anm. 4 und 11.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 14. Mai 1985 vgl. VS-Bd. 13624 (311).



Wir sollten uns dieser Auffassung nicht von vornherein verschließen, das Innenministerium aber auf die dadurch hervorgerufene Gefährdung unserer Belange in Libyen aufmerksam machen und um Abwägung der für oder gegen eine Ausweisung sprechenden Gesichtspunkte bitten. Gegebenenfalls sollte eine Ausweisung vorsichtig gehandhabt werden.

1) Das BMI hatte das AA bereits früher, am 13.2.1985<sup>5</sup>, davon unterrichtet, daß zuverlässige Informationen „befreundeter Dienste“ Verdachtsmomente gegen den Verwaltungsangestellten beim libyschen Volksbüro Abdullah Elamin ergeben hätten, und um „Prüfung geeigneter Maßnahmen, ggf. mit dem Ziel einer Ausweisung“ gebeten.

Zu den Anschuldigungen gehörte neben angeblichen Kontakten Elamins mit Schweden, die die Ermordung König Khalids in Bonn 1980<sup>6</sup> beabsichtigt haben sollen, und dem Betrieb eines Mädchenhandels mit Bordellen in der Bundesrepublik Deutschland auch der Plan, zwei libysche Dissidenten in Deutschland zu ermorden.

2) In Beantwortung dieses Fernschreibens hatte das AA am 4. März 1985 aufgrund einer Ministervorlage vom 22.2.1985 – 311-321.00-102/85 VS-v<sup>7</sup> – um Mitteilung gebeten, ob die Erkenntnisse der ausländischen Dienste erhärtet werden konnten und durch eigene Beobachtungen überprüft worden seien. Das AA fügte hinzu:

„Bei allen Überlegungen zu etwaigen Gegenmaßnahmen gegen Angehörige des libyschen Volksbüros muß in Rechnung gestellt werden, daß durch – auch irrationale – libysche Gegenmaßnahmen Mitglieder der deutschen Kolonie ... gefährdet werden könnten. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß in Libyen ohnehin eine erhöhte Empfindlichkeit uns gegenüber besteht, da Libyen der Ansicht ist, wir duldeten illegale Aktivitäten libyscher Regimegegner.“<sup>8</sup>

3) Das Schreiben des BMI vom 14.5.1985 bezieht sich auf die erwähnten Vorgänge. Es enthält wiederum fast ausschließlich Informationen befreundeter Dienste. Der britische Dienst berichtete aus eigenen zuverlässigen Quellen, die Mordanschläge in Bonn und Aachen<sup>9</sup> seien durch eine Person namens Amin Abdullah „gesteuert“ worden.

<sup>5</sup> Für das Fernschreiben Nr. 2753 des Bundesministeriums des Innern vom 13. Februar 1985 vgl. VS-Bd. 13620 (311).

<sup>6</sup> König Khalid besuchte vom 16. bis 19. Juni 1980 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 176.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Haas vermerkte am 22. Februar 1985 zu den Vorwürfen gegen den Mitarbeiter des libyschen Volksbüros: „Die Elamin angelasteten Vorgänge der Jahre 1980 und 1982 waren Gegenstand polizeilicher Ermittlungen. Diese wurden in beiden Fällen mangels Beweisen eingestellt. Die Informationen befreundeter Dienste konnten bisher von keiner anderen Seite bestätigt werden. Die Aufforderung des BMI zur ‚Prüfung geeigneter Maßnahmen‘ ist im Zusammenhang mit Verdachtsmomenten gegen Libyer in dieser Form neu. Es ist nicht auszuschließen, daß ressortintern eine politisch motivierte Weisung besteht, in diesem Fall aktiv zu werden. Wir sollten uns dem im Interesse unserer Beziehungen zu Libyen widersetzen, solange kein gerichtsverwertbares Beweismaterial gegen Elamin vorliegt.“ Vgl. VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok, z. Z. Moskau, übermittelte am 4. März 1985 das beim Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR von seiner Delegation abgesandte Fernschreiben an das Bundesministerium des Innern. Vgl. den Drahtbericht Nr. 680; VS-Bd. 13735 (701); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Zu den Morden am 6. bzw. 13. April 1985 vgl. Dok. 100, Anm. 3 und 4.

Der amerikanische Dienst teilte am 27.3.1985 mit, Amin Abdullah habe einen Revolver erhalten, „den er oder einer seiner Bekannten für einen Mordanschlag benutzen wollte“.

Am 17. Mai teilte uns das BMI eine weitere Verstärkung der „Verdachtsmomente einer möglichen Verstrickung des E. in die Mordfälle Talmine und Denali“ mit. Auch diese Informationen beziehen sich nur auf Absichten und indirekte Kontakte Abdullah Elamins mit Personen, die nach unbewiesenen Behauptungen mit den Morden an Denali (6.4.1985) in Bonn und Talmine (13.4.1985) in Aachen in Verbindung gebracht werden. Trotz der am 4. März 1985 ausgesprochenen Bitte des AA hat das BKA offenbar keine eigenen Erkenntnisse gegen das genannte Mitglied des libyschen Volksbüros beisteuern können.

Eine Ausweisung würde sich demnach juristisch und völkerrechtlich nicht „wasersdicht“ begründen lassen. Die Vermutung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß das BMI auch aus innenpolitischen Gründen ein Exempel statuieren will.

Auf der anderen Seite legt die Häufung von Hinweisen auf Elamins Verstrickung in die Mordanschläge dem AA in dieser Frage eine besondere Verantwortung auf. Es ist auch nicht auszuschließen, daß weitere Anschläge versucht werden und man Elamin damit in Verbindung bringt.

4) Die im März 1985 geäußerten Befürchtungen des AA, die Ausweisung eines Mitglieds des libyschen Volksbüros könnte Nachteile für die Sicherheit der in Libyen lebenden Deutschen haben, bestehen nach wie vor, vor allem dann, wenn die Ausweisung wie vorliegend nicht mit klaren Verstößen gegen unsere Rechtsordnung begründet werden kann. Berichte der Botschaft Tripolis weisen darauf hin, daß Gaddafi und die Mitglieder der Regierung grundsätzlich an guten Beziehungen zu uns interessiert sind, daß aber bei den Volkskomitees und nach der Absetzung Belgassems<sup>10</sup> vermehrt auch beim Sicherheitsdienst eine harte Linie gegen uns verfolgt wird. Deren Befürworter sollen an der Absicht festhalten, die Verfolgung von Regimegegnern gerade in Deutschland fortzusetzen, gleichzeitig aber auch Druck auf die deutsche Wirtschaft auszuüben, um die Bundesregierung zu einer Aufgabe ihrer „weichen“ Haltung zu veranlassen. Wir können nicht ausschließen, daß eine ungenügend begründete Ausweisung diese Kräfte stärkt und die für gute Beziehungen eintretenden Führungsmitglieder verärgert.

Folgende Konsequenzen seitens der Libyer sind denkbar:

- verstärkte Verfolgung von Regimegegnern in Deutschland,

<sup>10</sup> Am 14. Januar 1985 bewertete Botschafter Enders, Tripolis, das voraussichtliche Ausscheiden von Oberst Belgassem aus seinem Amt als Leiter des libyschen Auslandsgeheimdiensts: „Sein Ausscheiden wäre für uns sehr bedauerlich und würde uns des einzigen Ansprechpartners auf dem in Libyen besonders wichtigen Sicherheitssektor berauben. Zwar konnte er in den letzten Monaten nach außen immer weniger bewirken, doch bemühte er sich hinter den Kulissen, die Wogen nach Möglichkeit zu glätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 24; VS-Bd. 12423 (511); B 150, Aktenkopien 1985. Legationsrat I. Klasse Vorwerk, Tripolis, berichtete am 9. Mai 1985: „Bisheriger Sekretär (Minister) Äußere Sicherheit, Yunis Belgassem, ist nicht mehr in neuer, von allgemeinem Volkskongreß verabschiedeter Kabinettsliste enthalten. [...] Als Hauptgrund für Abschaffung Sekretärspostens muß mangelnder Erfolg Verfolgung Regimegegner im Ausland gesehen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 252; Referat 311, Bd. 137903.

- Verhaftung deutscher Staatsangehöriger in Libyen im Austausch gegen hier einsitzende libysche Straftäter,
- weitere Benachteiligung der deutschen Wirtschaft,
- Demonstration und andere Formen von Druck gegen unsere Vertretung in Tripolis,
- Ausweisung deutscher Botschaftsmitglieder.

5) Ich schlage vor, das BMI durch ein im Entwurf als Anlage 2<sup>11</sup> beigefügtes Fernschreiben nochmals auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und um Prüfung zu bitten, ob der im Schreiben vom 14.5.1985 enthaltene Vorschlag, E. die Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland zu untersagen, unter diesen Umständen aufrechterhalten wird.<sup>12</sup>

6) Falls das BMI auf der Ausweisung besteht, sollte diese möglichst geräuschlos und unter Setzung einer großzügigen Frist (vier bis sechs Wochen) erfolgen.

Botschafter Enders sollte nach Abschluß seiner Kur und Nachkur Mitte Juni 1985 auf seinen Posten zurückkehren. Falls die libysche Seite nicht überreagiert und keine weiteren Zwischenfälle das bilaterale Verhältnis belasten, könnte Dg 31 im Spätsommer 1985 Tripolis besuchen, um unser Interesse an der Fortdauer der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu bekunden.<sup>13</sup>

D 5 i. V.<sup>14</sup> und Chef Prot.<sup>15</sup> haben mitgezeichnet.

Haas

**VS-Bd. 13624 (311)**

<sup>11</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

<sup>12</sup> Legationsrat I. Klasse Görgens notierte am 28. Mai 1985: „Herr Siegele, BMI, sagte mir am 24.5., er kenne die Anklageschrift [...] nicht. Die Staatsanwaltschaft gehe von der Mittäterschaft eines oder mehrerer Mitglieder des Volksbüros aus. Die Herkunft der Tatwaffe werde hierbei eine große Rolle spielen. Während des Prozesses könne das gegen Elamin vorgetragene Material – auch unter dem Druck der veröffentlichten Meinung – einen ‚Hinauswurf‘ mit Eklat unausweichlich machen. Zur Schadensbegrenzung sei es vorzuziehen, den Libyern vorher eine Versetzung Elamins nahezulegen.“ Vgl. VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1985.

Zur Ausweisung von vier Mitarbeitern des libyschen Volksbüros vgl. Dok. 170.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok unterrichtete die Botschaft in Tripolis am 4. Dezember 1985 über einen Besuch des Ministerialdirigenten Schlagintweit in Libyen: „Dg 31 fährt Anfang 1986 nach Tripolis, vor allem um der LIY Führung deutlich zu machen, daß wir an einer solchen Begegnung interessiert sind, daß eine Ministerbegegnung aber nur in einer entspannten, langfristig störungsfreien politischen Atmosphäre möglich ist.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 200; Referat 311, Bd. 137902.

<sup>14</sup> Helmut Redies.

<sup>15</sup> Werner Graf von der Schulenburg.

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-362.05-859/85 VS-vertraulich

23. Mai 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Billigung  
Betr.: Bündniszusammenhalt und West-Ost-Politik im Vorfeld der NATO-  
Außenministertagung von Lissabon (6./7. Juni 1985<sup>4</sup>);  
hier: Demarche in Washington

Botschafter van Well sollte bei AM Shultz oder Unterstaatssekretär Armacost<sup>5</sup>  
auf folgender Linie vorstellig werden:

1) Der Westen steht wieder einmal vor einer Bewährungsprobe. Es geht nicht  
nur darum, Meinungsunterschiede zu überbrücken und Einheit zu demonstrieren. Vielmehr muß der Westen

- durch Aktionseinheit sich die Initiative im West-Ost-Verhältnis sichern,
- durch eine umfassende Konzeption das Verzetteln auf Problemkomplexe beenden, die bei getrennter Sicht unlösbar sind<sup>6</sup>.

Die Frühjahrstagung der NATO-Außenminister in Lissabon wird dabei eine wichtige Funktion haben. Durch ihre zeitliche Lage nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel<sup>7</sup> und nach den Wiener West-Ost-Kontakten<sup>8</sup> und im Vorfeld einer Begegnung Reagan–Gorbatschow<sup>9</sup> kann sie zur Koordinierung westlicher Politik genutzt werden – wenn sie gut vorbereitet ist.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 23. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 31. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 31. Mai 1985 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte so schnell wie möglich an Bo[tschaft] Wash[ington] übermitteln.“

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „6./7. 1985“.

Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>5</sup> Die Wörter „oder Unterstaatssekretär Armacost“ wurden von Bundesminister Genscher gestrichen.

<sup>6</sup> Der Passus „durch eine ... sind“ ging auf handschriftliche Einfügungen und Streichungen des Ministerialdirigenten Schauer zurück. Vorher lautete er: „durch eine umfassende Konzeption das Verzetteln auf die bei getrennter Sicht unlösbaren Themenkomplexe beenden“.

<sup>7</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>8</sup> In Wien fanden am 15. Mai 1985 Feierlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestags des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich statt. Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 14. bis 16. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120–122 und Dok. 127.

<sup>9</sup> Gesandter Wallau, Washington, teilte am 28. Mai 1985 mit, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Palmer, habe erklärt, „daß es auf kleinen Kreis beschränkte Kontakte mit sowjetischer Seite über ein Gipfeltreffen gibt. Palmer bestätigte das fortbestehende Interesse von Reagan am Gipfel und sagte, man habe Hinweise, daß auch Gorbatschow Interesse am Gipfel habe. Man spreche über Zeitpunkt und Ort, ohne daß sich hier schon eine Einigung abzeichne.“ Wallau resümierte: „Palmer's Äußerungen erweckten den Eindruck, daß er einen Gipfel in diesem Jahr zwar nicht ausschließt, aber zur Zeit nicht für sehr wahrscheinlich hält.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2663; VS-Bd. 12989 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

Besondere Bedeutung hat, daß bei der Außenministertagung Frankreich teilt. Die Meinungsunterschiede zu SDI bedeuten eine Herausforderung für<sup>10</sup> die Konferenz; ihr Erfolg wird daran zu messen sein, ob der Westen einschließlich Frankreichs, auf den gemeinsamen Grundlagen seiner Politik aufbauend, diese Differenzen beheben kann. Es gilt zwei Gefahren zugleich zu begegnen:

- einem Auseinandertreiben Europas und der USA,
- einer Spaltung der Europäer.

Es kann nicht darum gehen, um jeden Preis eine Aussage der NATO-Außenminister zu SDI zustande zu bringen.<sup>11</sup> Im Vordergrund muß vielmehr<sup>12</sup> der Inhalt des Dialogs mit den USA stehen. Die USA müssen verstehen, daß

- <sup>13</sup>SDI im Gesamtzusammenhang der West-Ost-Beziehungen steht,
- <sup>14</sup>die Sicherheit Europas als Teil der Sicherheit des Westens gewahrt sein muß,
- <sup>15</sup>eine Spaltung im Bündnis oder eine Spaltung unter den Europäern nicht im amerikanischen Interesse liegt.<sup>16</sup>

Im Sinne dieser Überlegungen ist es besser, nicht zu drängen und die Erwartungen an öffentliche Sachaussagen nicht zu hoch zu schrauben. Gegen einen ausdrücklichen Vorbehalt Frankreichs sollte das Kommuniqué der Frühjahrstagung<sup>17</sup> nicht verabschiedet werden. Wir könnten dem jedenfalls nicht zustimmen.

2) Die Außenminister sollten von vorneherein breiter ansetzen und das West-Ost-Verhältnis insgesamt ins Auge fassen. Die SU sieht SDI als eine der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit. Sie befürchtet, bei einem Wettlauf im Weltraum die mühsam erreichte militärische Parität mit den USA zu verlieren; aber auch den in der SDI-Forschung liegenden technologischen Herausforderungen sieht sie sich nicht gewachsen. Die Reaktion der SU auf dieses Risiko einer zweifachen Kräfteverschiebung zu ihren Ungunsten führt zu Bela-

<sup>10</sup> Die Wörter „bedeuten eine Herausforderung für“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „überschatten“.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

<sup>13</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „3)“.

<sup>14</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „1)“.

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „4)“.

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „2) die bestehende bewährte und noch sehr lange notwendige Strategie des Bündnisses weder in ihrem Wert noch in ihrer Tauglichkeit in Frage gestellt werden darf, wie es leider – entgegen der Zusage von Präsident Reagan in Bonn – von StS Iklé in der FAZ vom 30. und 31.5. geschah.“

Vgl. dazu den Artikel „Nukleare Strategie: Ist ein gutes Ende möglich?“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Mai 1985, S. 10 f., bzw. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Mai 1985, S. 10.

<sup>17</sup> Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 23. Mai 1985, der britische Gesandte Williams habe ihm am selben Tag zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon erläutert: „In Brüssel habe man begonnen, eine Kommuniqué-Passage zu SDI zu beraten. Britischerseits halte man das für nicht sinnvoll, da die französische und die amerikanische Position zu weit voneinander entfernt seien. Man müsse verhindern, daß die Brüsseler Verhandlungen zu schnell in eine Sackgasse führten. Vielmehr solle man Zeit gewinnen und die Angelegenheit erst in der letzten Minute wieder aufgreifen. Man habe in diesem Sinne Burt informiert und ihm vorgeschlagen, zunächst einmal bei den besonderen Konsultationen am 29.5. die SDI-Passage zum Schwerpunkt der Beratungen zu machen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151243.

stungen für das West-Ost-Verhältnis, die es abzufedern gilt. Ausschlaggebend wird hier letztlich die Politik der USA sein. Amerikanische Stärke bringt dem Westen insgesamt Vorteile. Es darf aber nicht die Möglichkeit übersehen<sup>18</sup> werden, daß die sowjetische Politik in eine Phase größeren Realismus und größerer Neigung zu einem Arrangement mit dem Westen übergehen könnte.

Präsident Reagan hat in seiner Straßburger Rede vom 8. Mai 1985<sup>19</sup> hierzu wesentliche Aussagen gemacht:

- Wunsch nach stabilen und friedlichen Beziehungen und fruchtbarer Zusammenarbeit,
- Verringerung der Spannungen und Lösung der Probleme,
- Verzicht auf einseitige Vorteile,
- kein Streben nach Untergrabung oder Änderung des sowjetischen Systems,
- keine Beeinträchtigung der Sicherheit der Sowjetunion.

Ziel muß es sein, sämtliche Chancen für eine kooperative Gesamtkonzeption des West-Ost-Verhältnisses auszuloten. Diese Analyse muß realistisch davon ausgehen, daß die Chancen für eine positive Reaktion der Sowjetunion derzeit<sup>20</sup> nicht sehr günstig stehen. Der doppelten militärischen und technologischen Herausforderung von außen sowie ihren inneren Problemen ausgesetzt, könnte sie sich leicht „mit dem Rücken an der Wand“ fühlen. Wir werden ihr Prestigebedürfnis und ihren Bedarf an wirtschaftlich-technologischer Kompensation zu berücksichtigen haben, wenn wir von ihr kooperatives Verhalten erwarten.

Als Elemente einer Gesamtkonzeption für die West-Ost-Beziehungen ergeben sich:

- eine kooperative Lösung für das Problem strategischer Stabilität ergänzt durch positive Entwicklungen im politischen Bereich,
- parallel dazu Stabilisierung der militärischen Situation in Europa durch Einigung über die Mittelstreckensysteme, Ausbau der vertrauensbildenden Maßnahmen und Abbau der konventionellen Überlegenheit der SU,
- Besserung der politischen Situation in Europa, ohne Aufgabe westlicher Grundposition, aber auch ohne die territorialen und politischen Realitäten in Europa in Frage zu stellen,
- kooperative Haltung im wirtschaftlichen Bereich und Einbeziehung der Sowjetunion in die Weltwirtschaft.<sup>21</sup>

3) Wir legen Wert auf eine Bekräftigung der Abschreckungsstrategie als Instrument der Bündnispolitik im Dienste der Friedenserhaltung, also eines hohen

<sup>18</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „verschüttet“.

<sup>19</sup> Präsident Reagan sprach am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 310–318. Vgl. dazu ferner Dok. 113, Anm. 29, und Dok. 118, Anm. 33.

<sup>20</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „noch“.

<sup>21</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „(Baldrige in Moskau)“.

Zu den beiden letzten Absätzen vermerkte Ministerialdirigent Schauer handschriftlich: „Diese beiden Anstriche könnten im Hinblick auf amerikanische Stimmungslage in Washington eher kontraproduktiv sein.“

moralischen Wertes.<sup>22</sup> Diese Strategie muß solange unverändert gültig bleiben, wie es keine für die Kriegsverhinderung erfolgversprechendere Alternative gibt. Wie der Bundeskanzler am 20.5. in Stuttgart vor der Atlantischen Versammlung ausgeführt hat, können wir nicht voraussagen, ob sich SDI als ein Mittel alternativer Kriegsverhinderung und als ein Weg zu verminderter Abhängigkeit von nuklearen Waffen und zu ihrer letztlich Beseitigung erweisen wird.<sup>23</sup> Für das Bündnis bleibt wichtig:

- Die Sicherheit Europas darf nicht von der Sicherheit der USA abgekoppelt werden.
- Vor einer Entscheidung über eine SDI-Realisierung wären die Auswirkungen auf die europäische Sicherheitslage erschöpfend zu untersuchen und befriedigend zu beantworten.
- SDI muß Gegenstand umfassender Bündniskonsultationen unter Einschluß von Frankreich sein.
- Der Weg zu strategischer Stabilität kann nicht an der Einhaltung bestehender Verträge und einer kooperativen Verhandlungslösung mit dem Osten vorbeiführen.

Die an dem letztgenannten Ziel orientierte Verhandlungsposition der USA in Genf<sup>24</sup> unterstützen wir nachdrücklich. Eine drastische Verringerung nuklearer Offensivwaffen könnte die<sup>25</sup> Notwendigkeit und Umfang erforderlicher Defensivsysteme im Weltraum beeinflussen. Wenn es gelingt, dies der Sowjetunion in Genf klarzumachen, ist die westliche Auffassung von der Wechselbeziehung der Genfer Verhandlungsbereiche untermauert und zugleich ein Anreiz zur Reduzierung der nuklearen Waffen geschaffen. Auch wäre es nützlich, der Sowjetunion die Möglichkeit von Zwischenlösungen deutlich zu machen und ihr nicht etwa durch einseitiges Abgehen von den SALT-II-Obergrenzen<sup>26</sup> einen Vorwand für unkontrolliertes eigenes Verhalten<sup>27</sup> zu bieten.

Selbstverständlich dürfen neben den Genfer Verhandlungen nicht die multilateralen Foren in den Hintergrund treten. KVAE und MBFR müssen die Brücken-

<sup>22</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 21. Februar 1985, er habe am selben Tag ein Gespräch mit dem Staatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, über dessen in der Frühjahrsausgabe der Zeitschrift „Foreign Affairs“ erschienenen SDI-Artikel geführt: „BM Genscher habe mich beauftragt, mit ihm als einem der prominentesten Vertreter in der durch SDI ausgelösten Strategiediskussion zu sprechen. Uns liege sehr daran, unsere Gedanken mit ihm auszutauschen. Nach Lektüre seines ‚Foreign Affairs‘-Artikels machten wir uns erhebliche Sorgen hinsichtlich der Auswirkungen dieses Artikels auf die Glaubwürdigkeit und öffentliche Unterstützung der geltenden Strategie der ‚flexible response‘. Nach Lage der Dinge müßten wir mit dieser Strategie angesichts der fehlenden besseren Alternative noch lange leben. Dies habe auch der Herr Bundeskanzler Präsident Reagan gesagt. Der Präsident habe dem zugestimmt und erklärt, daß künftig eine moralische Abwertung der gegenwärtigen Strategie vermieden werden sollte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2552; Referat 201, Bd. 151243.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl vom 20. Mai 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 473–476.

<sup>24</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>25</sup> Die Wörter „könnte die“ wurden von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „könnten“.

<sup>26</sup> Zur Frage der Weiterbeachtung des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. Dok. 133.

<sup>27</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „und einen gefährlichen Propaganda-Hebel“.

funktion behalten, die sie 1984 in den West-Ost-Beziehungen gespielt haben. Bereits die SDI-Forschung wirkt atmosphärisch in die Richtung, das konventionelle Ungleichgewicht wieder drückender und damit seine Korrektur dringender erscheinen zu lassen. Konventionelle Ungleichgewichte könnten Stabilitätsfortschritte bei den nuklearen Verhandlungen unterminieren. Auch konventionelle Rüstungskontrolle muß deshalb integraler Bestandteil der Sicherheitspolitik bleiben und in überzeugenden Konzepten Ausdruck finden. Es wäre wichtig, die MBFR-Verhandlungen möglichst bald zu einem (Zwischen-)Ergebnis zu führen, das

- militärisch zu verantworten ist,
- die Fortsetzung von MBFR nicht ausschließt, aber auch
- Raum für neue Ansätze konventioneller Rüstungskontrolle läßt.

Beim KSZE-Folgegetreffen in Wien 1986<sup>28</sup> wird über eine Erweiterung des Mandats der KVAE<sup>29</sup> zu entscheiden sein, die neue Perspektiven eröffnen könnte.

i. V. Schauer

VS-Bd. 12010 (201)

## 136

### Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

114-12432/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1235  
Citissime nachts

Aufgabe: 24. Mai 1985, 17.45 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 24. Mai 1985, 18.54 Uhr

Betr.: Besuch von BM Genscher in Paris am 22. und 23. Mai 1985;  
hier: Protokoll der BM-Gespräche mit Präsident Mitterrand, Premierminister Fabius und Außenminister Dumas

Nachstehend übersende ich das Protokoll der Gespräche des Herrn Bundesministers mit Präsident Mitterrand, Premierminister Fabius und Außenminister Dumas. Sie stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch BM. Mitteilung evtl. Korrekturen erbeten.

[gez.] Schoeller

<sup>28</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 in Wien eröffnet.

<sup>29</sup> Vgl. dazu die Erklärung zur „Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25.  
Hat Bundesminister Genscher am 26. Mai 1985 vorgelegen.



## Folgt Anlage

## 1) Gespräch mit Präsident Mitterrand am 22.5. (ca. 90 Minuten)

Präsident Mitterrand wies einleitend auf Bedeutung bevorstehenden Zusammentreffens mit BK Kohl<sup>2</sup> hin und unterstrich Wichtigkeit des nächsten Europäischen Rats in Mailand<sup>3</sup>.

BM Genscher eröffnete seinerseits Gespräch mit Feststellung, daß früher europäische Nachbarn oft besorgt über zu enge deutsch-französische Zusammenarbeit gewesen seien. Dies habe sich geändert. Jetzt bestehe Sorge, D und F könnten nicht eng genug zusammenarbeiten. Tatsächlich sei deutsch-französisches Verhältnis von besonderer Qualität und besonderer Verantwortung gekennzeichnet. Beziehungen dürften nicht nur Reparaturwerkstatt für aktuelle Probleme sein, sondern müßten zukunftsweisende Impulse vermitteln. Deshalb müsse Agrarpolitik so geregelt werden, daß man nicht jedes Jahr die gleichen Schwierigkeiten habe. Vor allem seien gemeinsame Anstrengungen erforderlich, um auf das von den USA entwickelte Agrarprogramm zu reagieren.<sup>4</sup> Zur Technologiegemeinschaft habe man gute Beratungen durchgeführt.<sup>5</sup> Weitere Fortschritte hierzu in Mailand seien zu begrüßen. Er sei besorgt wegen der Zurückhaltung der deutschen Industrie hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der französischen Industrie. Er komme auf seinen Vorschlag zurück, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die Möglichkeiten einer Intensivierung dieser Zusammenarbeit prüfen sollte. Damit würde man auch klarstellen, daß man mehr als nur eine Zusammenarbeit auf Regierungsebene wünsche. BM hob seine positive Einstellung zu „EUREKA“ hervor und verwies darauf, daß auch Minister Riesenhuber seine Auffassung teile. Zum Europäischen Rat in Mailand vertrat BM die Auffassung, daß nur bei einer hinreichenden Einigung einer Regierungskonferenz im Anschluß an Mailand zugestimmt werden sollte.

Präsident Mitterrand erklärte, er sei einverstanden mit der Bildung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe Wirtschaft (zwei Industrielle, zwei Bankiers und zwei Technologieexperten).<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 28. Mai 1985 in Konstanz vgl. Dok. 137.

<sup>3</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>4</sup> Am 10. Mai 1985 legte Ministerialdirigent Schauer dar: „Vieles deutet darauf hin, daß die Gemeinsame Agrarpolitik der EG in den nächsten Monaten zum wichtigsten handelspolitischen Streitgegenstand mit den USA wird. Die USA wollen im GATT durch das Verbot bzw. Einschränkung der Exportsubventionen eine der wichtigsten Grundlagen der GAP angreifen; durch stufenweisen Abbau von Subventionen und Einkommensgarantien will die Administration gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der US-Landwirtschaft stärken und auf eine Senkung der Weltmarktpreise hinarbeiten. Die USA beobachten die gegenwärtigen Agrarpreisverhandlungen der EG mit besonderem Mißtrauen, da sie insbesondere durch die deutsche Haltung zu Getreidepreisen (nicht zu Unrecht) vermuten, daß die EG in der Frage der Agrarpreise in die entgegengesetzte Richtung geht.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131195.

<sup>5</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 128, Anm. 12 und 13.

<sup>6</sup> Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 9. August 1985: „BM Genscher und AM Dumas haben am 22.5. in Paris die Bildung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe Wirtschaft verabredet. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe soll es sein, einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich – einschließlich Rüstungs- und Technologiezusammenarbeit – den Weg zu ebnen. Die Arbeitsgruppe soll aus je einem Bankier, Industriellen und Technologieexperten bestehen. Die Einsetzung der Arbeitsgruppe wurde vor dem Hintergrund vereinbart, vor allem in deutschen Wirtschaftskreisen noch bestehende Vorbehalte gegen eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit

Er halte es auch für richtig, wenn sich die beiden Außen- und Verteidigungsminister schon vor dem nächsten deutsch-französischen Gipfel zu weiteren Gesprächen trafen.<sup>7</sup> Er sei befriedigt über die Nachricht, daß die bisherigen Gespräche zu EUREKA gut verlaufen seien. Er hoffe auf baldige Definition möglicher Projekte im Rahmen von EUREKA. Zum Mailänder Gipfel bemerkte er, daß sich DK, GR und IRL möglicherweise gegen Weiterentwicklung der Gemeinschaft aussprechen würden. Ggfs. sollten dann F, D, I und Benelux alleine vorgehen. GB wäre nach anfänglichem Widerstreben wohl schließlich auch geneigt, weiteren Fortschritten zuzustimmen. Für Luxemburger Kompromiß<sup>8</sup> müsse man neue Interpretationen finden. Jedenfalls müßten Mehrheitsentscheidungen häufiger möglich sein. Zwar sei strikte Einhaltung der Römischen Verträge<sup>9</sup> zur Zeit noch nicht möglich. Jedoch sollte Veto schwieriger werden. Festlegung der Agrarpreise sei ein Gemeinschaftsproblem, aus dem man nicht auf einen deutsch-französischen Konflikt schließen könne.<sup>10</sup>

BM Genscher betonte die Notwendigkeit, sich zu SDI abzustimmen. Vor der WEU-Versammlung<sup>11</sup> habe er erklärt, daß Mitterrands Ansprache vor dem Bundestag im Januar 83<sup>12</sup> die gemeinsamen Sicherheitsinteressen bestätigt habe. Für die NATO-Konferenz in Lissabon erwarteten die USA eine positive Erklärung der Europäer.<sup>13</sup> Er habe AM Shultz gesagt, daß wir keine Erklärung wünschen, bei der F nicht zustimmen könne.<sup>14</sup> Ein Ergebnis wie auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel<sup>15</sup> müsse diesmal vermieden werden. Er halte daher das heutige Gespräch mit dem Präsidenten für nützlich und konstruktiv für Europa und für das deutsch-französische Verhältnis.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 697*

der französischen Wirtschaft – begründet durch Sprachbarrieren und angeblich staatsbezogenes Denken der französischen Wirtschaft – aufzulösen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1801; Referat 209, Bd. 130039.

<sup>7</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 26. Juni 1985 vgl. Dok. 171.

<sup>8</sup> Zum „Luxemburger Kompromiß“ vgl. Dok. 102, Anm. 6.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

<sup>10</sup> Zur Neufestsetzung der EG-Agrarpreise vgl. Dok. 102.

Bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 13. bis 16. Mai 1985 in Brüssel wurden „die Agrarpreise 1985/86 beschlossen – mit Ausnahme der Getreidepreise, auf die sich der Rat wegen der deutschen Bedenken gegen eine größere Getreidepreissenkung (mehr als 0,9 %) und wegen der nicht erfüllten deutschen Wünsche nach Kompensation bei einer akzeptablen Preissenkung nicht einigen konnte“. Zur Haltung der Bundesregierung teilte Vortragender Legationsrat van Edig am 17. Mai 1985 mit: „Entgegen dem in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck hat die Bundesregierung sich zu keinem Zeitpunkt auf sehr wichtige nationale Interessen berufen, um ein Verfahren nach den Regeln der Römischen Verträge, d. h. eine Mehrheitsabstimmung, zu verhindern. [...] Die Bemühungen auch der Bundesregierung richteten sich auf Einigung innerhalb eines angemessenen Zeitraums.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130913.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 22. Mai 1985 auf der WEU-Versammlung in Paris vgl. BULLETIN 1985, S. 492–496.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

<sup>13</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150. Zur den Verhandlungen über das Communiqué vgl. Dok. 135, Anm. 17.

<sup>14</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 15. Mai 1985; Dok. 120.

<sup>15</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

Präsident Mitterrand erklärte zu SDI, daß seine ablehnende Einstellung nicht auf innenpolitische Überlegungen zurückzuführen sei. Dort habe er andere Probleme. Er bezweifle zwar nicht, daß wir eines Tages eine weltraumbezogene Strategie haben werden. Dafür wolle er F und Europa organisieren, daß sie darauf vorbereitet seien. Europa müsse daher seine eigene Technologie entwickeln. Den amerikanischen Vorschlag der SDI-Zusammenarbeit<sup>16</sup> lehne er ab, da er nicht seriös sei. Es sei das Machtwort eines Kolonisators an seine Kolonisierten. Man könne an SDI nur teilnehmen, wenn man auch an den entsprechenden Entscheidungen beteiligt sei. Es wäre an den USA gewesen, den westeuropäischen Verbündeten zu sagen: Wir müssen uns auf den Weltraum vorbereiten, teilen wir die hierbei anfallenden technologischen Aufgaben, ohne laut darüber zu reden.

Strategisch befände man sich zur Zeit in einer gefährlichen Grauzone. Die Entwicklung einer weltraumbezogenen Strategie könne noch 30 bis 40 Jahre dauern. D, NL und B seien besorgt über die Anhäufung nuklearen amerikanischen Kriegsmaterials in ihren Ländern. In F wäre dies unter ähnlichen Bedingungen ebenso. Auch hier hätte man dann mit dem Erwachen von pazifistischen und neutralistischen Bewegungen zu rechnen. Er habe die Verantwortung über die Entscheidung über den Einsatz französischer Nuklearwaffen, eine Entscheidung, die zum Tod von 60 Millionen Menschen führen könne. Er frage sich, ob man eine solche Entscheidung treffen kann und bereit ist, ein tödliches Risiko auf sich zu nehmen, um eine sowjetische Herrschaft in Westeuropa zu vermeiden. Die Notwendigkeit dieser Entscheidung werde jetzt durch SDI in Frage gestellt.

In Genf<sup>17</sup> seien weder D noch F vertreten, auch seien sie nicht in die amerikanischen SDI-Überlegungen eingebunden. Selbst beim erfolgreichen Einsatz der SDI-Strategie eines Tages müsse man sich fragen, wie man dann die Mittelstreckenraketen<sup>18</sup> stoppen wolle. SDI berge daher die Gefahr einer Abkoppelung Europas von den USA. Morgen könne es einen Präsidenten der USA geben, der Isolationist sei, dann gebe es keinen Automatismus mehr zwischen der Verteidigung der USA und Europas. Er wolle zwar nicht auf alle amerikanischen Anträge mit Nein antworten. Man könne aber F nicht in Fragen festlegen, auf die man noch keine Antwort gefunden habe. Diese Feststellung habe für ihn grundsätzlichen Charakter und sei nicht aus dem Augenblick zu erklären. Auf die Praxis bezogen bedeute dies, daß er zwar keine französische Firma hindern könne, bei SDI mit den USA zusammenzuarbeiten. Derzeit verkaufe F den US Spiegel für Laserstrahlen und Vakuumpumpen. Aber der französische Staat, einschließlich der staatseigenen französischen Industriegesellschaften, würden sich bei SDI nicht engagieren.

BM Genscher erläuterte, die SDI-Diskussion sei in D zunächst vor allem technologisch geführt worden. Die strategischen Implikationen seien demgegenüber zurückgetreten. Die Erklärung Mitterrands im Bundestag vom Januar 1983 über die deutsch-französische Interessenidentität müßte mehr ins Bewußtsein

<sup>16</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

<sup>17</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „Mittelraketen“.

gerückt werden. Man müsse sich fragen, was geschieht mit den<sup>19</sup> Bomben, Kanonen und Marschflugkörpern, wenn SDI ein Erfolg wird. Den Stationisierungsbeschluß habe die Bundesregierung damit verteidigt, daß er moralisch sei, weil auf das Ziel der Friedensbewahrung ausgerichtet.

Auch er sehe die Gefahr einer Destabilisierung in der Phase des strategischen Übergangs zu SDI. Dies müsse auch im Hinblick auf die Festlegung der sowjetischen Politik gesehen werden. Auf dem 1986 stattfindenden Parteikongreß<sup>20</sup> der SU müsse Gorbatschow ein Programm vorlegen, das für fünf Jahre die sowjetische Politik bestimmen werde, bei der Ausarbeitung dieses Programms könne er von zwei Optionen ausgehen: entweder das Wettrüsten verstärkt fortzusetzen oder aber eine verbesserte Kooperation mit dem Westen zu suchen. Mit anderen Worten: Er müsse entscheiden, ob sich die SU abkoppeln oder einordnen will. Wenn für Gorbatschow die Bewahrung der Verteidigungskraft prioritär sei, werde er eine entsprechende Entscheidung treffen. Diese Entscheidung werde auch mit vom Verhalten des Westens bestimmt.

Für uns Deutsche sei es wichtig, daß es in Europa einen Staat gebe, der als Nuklearmacht in atomaren Fragen mitreden könne. Hinsichtlich SDI sei die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik skeptisch. Es gebe unkluge, vorschnelle Äußerungen, es gebe aber auch klare Vorstellungen, wie die des Bundeskanzlers in Stuttgart vom vergangenen Montag<sup>21</sup>. Er, BM, wolle unterstreichen, daß wir uns nicht über SDI eine Änderung des deutschen Status erhoffen. Wichtig sei, daß SDI zwischen D und F in aller Ausführlichkeit erörtert werde.

Zu GATT bemerkte Präsident Mitterrand, der amerikanische Wunsch nach Aufnahme von neuen Verhandlungen sei eher ein Tagesproblem.<sup>22</sup> Zwar sei es richtig, daß der europäische Agrarmarkt ein geschützter Markt sei. Dies sei jedoch seinerzeit mit den USA so verhandelt worden, dabei habe man ihnen 1963 auch Vorteile eingeräumt.<sup>23</sup> Z. B. seien die NL aufgrund der hierdurch ermöglichten Soja-Importe in die Lage versetzt worden, ihren Anteil an der EG-Milchproduktion von zehn auf ca. 30 Prozent zu steigern. Jetzt wollten die USA weitergehende Vorteile. Dies bedeute aber, daß die EG für die gleiche Sache zweimal bezahlen sollte. Man könne zwar gewisse amerikanische Vorstellungen akzeptieren, es sei aber nicht erforderlich, bereits jetzt auf die amerikanischen Zeitvorschläge einzugehen. Auch in den USA wisse man, daß Verhand-

<sup>19</sup> An dieser Stelle wurde handschriftlich eingefügt: „nuklearen“.

<sup>20</sup> Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 20. Mai 1985 vor der Nordatlantischen Versammlung vgl. BULLETIN 1985, S. 473–476.

<sup>22</sup> Am 3. Mai 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, der französische Außenminister Dumas habe Bundesminister Genscher am selben Tag die französische Haltung zur Wiederaufnahme der GATT-Verhandlungen im Frühjahr 1986 erläutert: „Die Festlegung eines Datums kann nicht ohne Definition der Probleme erfolgen. Die USA wollen nur über die Themen sprechen, an denen sie interessiert sind. Die Europäer müssen an der Erörterung aller wirtschaftlichen Fragen einschließlich Landwirtschaft interessiert sein. Hier hält F an der Position der EG vom 19. März fest: Das Prinzip der GAP muß respektiert werden und kann in Verhandlungen mit den USA nicht zur Disposition stehen. [...] Es muß auch über Dienstleistungen und Industrie geredet werden. Hier sind Europäer durch USA enttäuscht worden, sie müssen sich fragen, was von Vereinbarungen zu halten ist, die nicht eingelöst werden, z. B. Stahl.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178900.

<sup>23</sup> Auf der Ministerkonferenz der GATT-Vertragspartner vom 16. bis 21. Mai 1963 wurden Maßnahmen zur Reduktion von Zöllen und anderen Handelshemmnissen sowie zum verbesserten Zugang zu Agrar- und Grundstoffmärkten behandelt. Vgl. BULLETIN DER EWG 7/1963, S. 26.

lungen erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden könnten. In Bonn hätten die USA vor allem deshalb insistiert, um einen politischen Sieg davonzutragen, d. h. um zu Hause ihren Bauern sagen zu können, sie hätten den gemeinsamen Markt in Frage gestellt.

Japan hätte dabei eine passive und wenig hilfreiche Haltung gezeigt. Zusammenfassend bemerkte Präsident Mitterrand, er sei zwar für Verhandlungen, aber nicht unter den jetzt gegebenen Bedingungen.

BM Genscher vermerkte mit Befriedigung die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft des französischen Präsidenten zu GATT. Seine Reaktion in Bonn habe sicherlich dazu beigetragen, die Bedeutung einer sorgfältigen Vorbereitung der Europäer auf die GATT-Verhandlungen mehr in das Bewußtsein zu rücken. Er, BM, habe bereits 1984 AM Shultz in Washington<sup>24</sup> gesagt, daß auch USA bereit sein müßten, europäische Veredelungsprodukte aufzunehmen, die aufgrund amerikanischer Soja-Ausfuhren in Europa produziert würden. Nach wie vor gebe es in den USA eine Mauer von Handelshemmnissen. Leider hätten die USA die Haltung eingenommen: Tut, was wir sagen, dann sind wir einverstanden.

<sup>25</sup>2) Gespräch mit Premierminister Fabius am 23.5. (Dauer Minuten<sup>26</sup>)

BM Genscher führte auf einleitende Frage von PM Fabius zu Europa aus, daß gegenwärtig drei verschiedene Problembereiche zur Diskussion anstehen:

- der Europäische Rat in Mailand,
- die Frage der GATT-Verhandlungen und
- SDI.

Alle drei Probleme ließen sich auf die Frage zurückführen: „Meinen wir es ernst mit Europa“, und würden auch Feststellungen erlauben, daß wir in einem Jahr der Entscheidung für Europa leben. Ereignisse der letzten Woche, obwohl eigentlich nicht erforderlich, hätten wenigstens die Auswirkungen eines reinigenden Gewitters gehabt. Im Technologiebereich müßten die Europäer unabhängig von SDI handeln. Um bei EUREKA eine größere Effektivität zu erreichen, sollten an dem Programm nur die unmittelbar interessierten Staaten beteiligt werden. Im übrigen enthalte der Dooge-Report<sup>27</sup> gute Vorschläge, z. B. hinsichtlich der Öffnung der Märkte für öffentliche Aufträge, der Ordnung der Rechtsverhältnisse grenzüberschreitender Unternehmen und der Standardisierung der Normen.

Dann auf die Wirtschaftslage eingehend, führte BM Genscher aus, er sei davon ausgegangen, daß die Wachstumskraft der amerikanischen Wirtschaft erst 1986 rückläufig werden würde. Angesichts der nun veröffentlichten Ergebnisse müsse man jedoch den jetzigen Abschwung in den USA ernst nehmen und sich noch

<sup>24</sup> Bei ihrem Gespräch am 7. Mai 1984 in Washington erörterten Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Shultz auch den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA. Für das Gespräch vgl. AAPD 1984, I, Dok. 126.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1236 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> So in der Vorlage.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut des Berichts, den der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253. Vgl. dazu auch Dok. 97.

vor der Sommerpause überlegen, welche Impulse den Volkswirtschaften gegeben werden könnten. Die Weltmärkte würden sich nicht wie erhofft entwickeln, deshalb müsse man auf dem Binnenmarkt handeln.

Die in der Bundesrepublik vorgesehenen Steuerreformen seien nicht genügend.<sup>28</sup> Andererseits käme das von der Opposition gewünschte Ausgabenprogramm nicht in Frage. Vor allem auf dem Sektor Bauwirtschaft müsse man sich etwas einfallen lassen. Eine Neubautenförderung sei angesichts des Wohnungsüberhangs nicht tunlich, besser sei ein Programm zur Modernisierung der bestehenden Bausubstanz. Ziel sei, die nachlassende Auslandsnachfrage auszugleichen. Da die Zahl der Arbeitslosen wachse, sei Regierung zum Handeln gezwungen. Die Bevölkerung sei über die Arbeitslosigkeit beunruhigt. Das hätten die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gezeigt.<sup>29</sup> Sie seien demgegenüber nicht so beeindruckt von der Preisstabilität und den hohen Exportüberschüssen. Dazu komme die Lage der Landwirtschaft, die durch den Abbau des Grenzausgleichs noch schwieriger geworden sei. Dies sei Grund genug, um derzeitige Getreidepreise hartnäckig zu verteidigen.<sup>30</sup> Man müsse zu längerfristigen Ordnungsvorstellungen für die europäische Landwirtschaft kommen. Die USA-Anstrengungen zum Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten auf dem Weltmarkt seien offensiv zu beantworten. Während die EG die Einfuhr von US-Futtermitteln erlauben, weigern sich die USA, veredelte Landwirtschaftsprodukte einzuführen. Es sei wie bei der Technologie, nur umgekehrt. Die USA müßten lernen, daß auch wir Forderungen haben.

Zu SDI erläuterte BM Genscher, das Angebot der Amerikaner habe dazu geführt, daß die Europäer angefangen hätten, wie Hühner durcheinanderzulaufen. Jetzt gingen die USA mit Laterne und Scheckbuch für ihr Projekt durch Europa. Dies sei Anlaß genug, europäischen Forschern und Unternehmen zu zeigen, daß in Europa ihre Chance liege.

PM Fabius stellte hierzu fest, es sei Zeit, als Ergebnis der laufenden Gespräche ein Zeichen zu setzen und konkrete Projekte zu vereinbaren. Die Verwirklichung Europas sei derzeit von vorrangigerem Interesse. Hinsichtlich strategischer Probleme sei F offen für jede Initiative, um den deutsch-französischen Aktionsraum zu erweitern. F sei dabei nicht an alte Vorstellungen gebunden, sondern durchaus zum „Bildersturm“ bereit.

<sup>28</sup> Zur geplanten Steuerreform vgl. Dok. 47, Anm. 12.

<sup>29</sup> Bei den Landtagswahlen am 15. Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen entfielen auf die SPD 52,1 Prozent, die CDU 36,5, die FDP 6,0 und die Partei „Die Grünen“ 4,6.

<sup>30</sup> Mit Schreiben vom 13. Mai 1985 an den EG-Kommissionspräsidenten Delors legte Bundeskanzler Kohl zur Festsetzung der EG-Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1985/86 dar: „In einer für die Landwirtschaft einkommensmäßig äußerst schwierigen Lage hat die Kommission Preissenkungen bei einer Reihe von Agrarerzeugnissen vorgeschlagen. Nach eigenen Aussagen der Kommission soll durch signifikante Preissenkungen neben Haushaltseinsparungen das Marktgleichgewicht auf den von Überschüssen gekennzeichneten Märkten hergestellt werden. [...] Die von mir geführte Bundesregierung befürchtet, daß mit den jetzt vorgeschlagenen Preissenkungen eine Entwicklung eingeleitet wird, über eine gezielte Politik des Preisdrucks einen Verdrängungswettbewerb auszulösen. An deren Ende würden nur noch die landwirtschaftlichen Betriebe auf den besten Standorten und mit den besten Betriebsstrukturen überleben. [...] Die Bundesrepublik Deutschland wäre von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Wir können daher keiner Politik unsere Zustimmung geben, mit der unsere Landwirte über eine Politik des Preisdrucks zur Aufgabe gezwungen werden.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 727 des Bundeskanzleramts vom selben Tag; Referat 200, Bd. 134808.

BM Genscher erläuterte hierzu, die Bundesrepublik werde in ihren Ambitionen überschätzt. Mit SDI verbinde man keine besonderen Erwartungen. Es gehöre zu den Konstanten deutscher Nachkriegspolitik, daß man nicht isoliert werden wolle. Deshalb sei die Rede von Präsident Mitterrand im Januar 1983 vor dem Deutschen Bundestag so wichtig gewesen. Er habe deutlich gemacht, gegenüber F, aber auch gegenüber der SU, daß er die Stationierung von Mittelstreckenraketen für richtig hält. Auch für alle anderen jetzt zu diskutierenden Fragen sei die Zusammenarbeit mit F von Bedeutung. BM Genscher wiederholte, daß er AM Shultz gesagt habe, daß D nur einer gemeinsamen SDI-Formulierung mit Frankreich zustimmen könne.

Das Stuttgarter<sup>31</sup> Kommuniqué der Verteidigungsminister<sup>32</sup> enthalte auf deutschen Wunsch<sup>33</sup> keine Erwähnungen von SDI. Die europäische Entscheidung über SDI dürfe nicht durch technologische Erwägungen, sondern müsse durch strategische Überlegungen bestimmt werden.

Ob und ggf. wie wir mitwirken, müßten wir auf jeden Fall miteinander abstimmen. BM erläuterte anschließend die Lage Gorbatschows vor dem kommenden Parteitag im Frühjahr 1986. Der Westen würde jetzt mit über sowjetische Optionen entscheiden. Auch hier hätten F und D mindestens im Denken eine Führungsaufgabe.

3) Gespräch mit AM Dumas am 22.5. (Dauer Min.<sup>34</sup>)

AM Dumas eröffnete Gespräch mit Feststellung, daß folgende Fragen zur Erörterung anstehen: Mailänder Gipfel, Abschluß Agrarpreisverhandlungen, SDI/EUREKA, NATO-Konferenz in Lissabon. Wichtig sei, hierbei nicht nur die aktuellen Probleme, sondern auch Zukunftsvorstellungen zu diskutieren.

BM Genscher stimmte dem zu. Was die Agrarpreisverhandlungen anbelange, müsse ein Kompromiß gefunden werden. Dabei könne zwar eine Preissenkung ins Auge gefaßt werden, jedoch nicht in dem Ausmaß, wie von den anderen EG-MS gefordert. Im übrigen sei im Agrarbereich eine dauerhaftere Vereinbarung<sup>35</sup> erforderlich, um nicht jedes Jahr erneut derartige Preisverhandlungen führen zu müssen. Er würde empfehlen, daß sich hierüber Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl am 28.5. verständigen.<sup>36</sup>

AM Dumas schlug eine Einsetzung einer kleinen Arbeitsgruppe vor, um diese Probleme zu erörtern. BM Genscher erklärte sich hiermit einverstanden (Thema wurde im weiteren Verlauf des Gesprächs nicht vertieft).<sup>37</sup>

31 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz gestrichen. Dafür wurde eingefügt: „Brüsseler“.

32 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1985 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 140–143. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 384–386. Vgl. dazu auch Dok. 141.

33 Die Wörter „auf deutschen Wunsch“ wurden von Bundesminister Genscher gestrichen.

34 So in der Vorlage.

35 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Regelung durch eine langfristig orientierte Reform der E[uropäischen]A[grar]P[olitik]“.

36 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Er würde empfehlen, daß sich Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl am 28.5. über die Einsetzung einer deutsch-französischen AG zur Frage verständigen.“

37 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

BM Genscher erklärte, Zurückhaltung deutscher Wirtschaft vor engerer deutsch-französischer Zusammenarbeit würde nach außen mit Sprachbarriere und staatsbezogenem Denken französischer Wirtschaft begründet. In der Tat sei US-Wirtschaftssystem dem deutschen ähnlicher. Zudem hätte sich auch deutsche Wirtschaft daran gewöhnt, mit US-Wirtschaft engen Austausch zu pflegen. Dies habe sich so nach dem Krieg entwickelt. Diese Begebenheiten ständen auch einer engeren Zusammenarbeit mit F, vor allem auch im Rüstungssektor, entgegen. BM Genscher erläuterte Vorschlag, eine Arbeitsgruppe zur Erörterung dieses Themas einzusetzen. Falls F damit einverstanden sei, könnten Präsident Mitterrand und BK Kohl am 28.5. hierüber entscheiden.

AM Dumas bestätigte, bei seinem letzten Besuch in Essen vor sechs Monaten auf ähnliche, unbegründete Vorbehalte in deutschen Wirtschaftskreisen gestoßen zu sein. Aus seiner Sicht seien deutsche und französische Wirtschaftsformen weitgehend gleichartig. Es gebe auch zahlreiche deutsche Unternehmer, die gut Französisch sprächen. Offenbar existiere im deutschen Unterbewußtsein die Vorstellung, weil nur die USA die Sicherheit Deutschlands gewährleisten könnten, müsse die entsprechend erforderliche Zusammenarbeit auch für den Wirtschaftssektor gelten. Problem sei, daß wir eben alle noch zu nationalstaatlich dächten. Diesen Partikularismus müßten D und F durch gemeinsamen politischen Willen überwinden. Allerdings frage sich die französische Öffentlichkeit, ob der Wille zur Zusammenarbeit mit F von deutscher Seite nach wie vor gegeben sei. Festhalten müsse man, daß der europäische Gedanke zur Zeit keine Dynamik entwickle, es gebe keinen Elan und keine Begeisterung.

BM Genscher erläuterte, man könne nicht mit einer Technologiebegeisterung rechnen, wenn jetzt EUREKA nur als kleinkarierte europäische Antwort auf SDI in der Öffentlichkeit vorgestellt werde. Tatsächlich hängt unser Gewicht in der Welt von unserer technologischen Leistung ab. Dies sei in den vergangenen Jahrhunderten so gewesen, dies gelte auch für die Zukunft. Daher sei die technologische Gemeinschaft erforderlich. Aus deutscher Sicht seien die bisher hierzu mit F geführten Gespräche befriedigend verlaufen. Den zu schaffenden Gemeinschaftsrahmen müsse die europäische Industrie durch entsprechende Initiative ausfüllen. Der deutsche Wille, technologisch eine Spitzenstellung beizubehalten, sei nach wie vor gegeben. Auch dies sei ein Grund, weshalb man sich nicht blind in die Arme von SDI werfen werde. BM wörtlich: „Die Rede des Bundeskanzlers in Stuttgart vor einigen Tagen hätte auch ich halten können.“

4) Gespräch mit AM Dumas bei gemeinsamen Arbeitssessen am 22.5.

Hierzu wird auf Vermerk RL 202 vom 23.5.85 verwiesen (liegt in Bonn vor).<sup>38</sup>

**VS-Bd. 14150 (010)**

<sup>38</sup> Am 23. Mai 1985 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff aus dem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas beim Abendessen am Vortag in Paris fest: „BM nahm Bezug auf Gespräche der fünf Außenminister in Wien (15.5.) und fragte, wie sich F eine Erklärung zu SDI in NATO-Kommuniqué vorstelle. Dumas antwortete, daß Passage in Kommuniqué-Entwurf für F unakzeptabel sei. Mitterrand werde falsch interpretiert, wenn man aus seiner Aussage, SDI sei Angelegenheit der USA, schließe, daß F damit Ja zu offizieller Beteiligung an SDI-Forschungsprogramm ausgedrückt habe. F werde sich nicht engagieren. [...] Zu SDI legte Dumas Wert auf die Feststellung, F habe bis jetzt noch keine Delegation in die USA entsandt und habe dies auch nicht vor.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178900.



## 137

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Konstanz

VS-vertraulich

28. Mai 1985<sup>1</sup>

Treffen des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 28. Mai 1985 in Konstanz

Ferner waren bei dem Gespräch anwesend: M. Attali und VLR I Dr. Neuer als Note-taker, Frau Stoffaës und Frau Siebourg, Dolmetscherinnen.

Zu Beginn des etwa vierstündigen Meinungsaustauschs schlug der *Bundeskanzler* vor, zunächst einmal über SDI, EUREKA und den bevorstehenden Mailänder Gipfel<sup>2</sup> zu sprechen. Einführend machte er grundsätzliche Bemerkungen zum deutsch-französischen Verhältnis. Es sei in letzter Zeit in der Presse hierzu viel zu lesen gewesen. Es sei von Bedeutung, daß im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich Klarheit herrsche. Er habe schon öfter bemerkt, es sei ein entscheidendes Ziel seiner Politik, die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland irreversibel zu machen. Diese irreversible Westbindung sei für Europa und für Deutschland von existentieller Wichtigkeit. Moskau werde immer wieder versuchen, Deutschland von diesem Wege abzubringen. Wir dürfen jedoch nicht erpreßbar sein. Für die Festlegung des außenpolitischen Kurses der Bundesrepublik Deutschland seien die beiden Säulen NATO und EG von grundlegender Bedeutung. Innerhalb der EG spiele die Beziehung Bundesrepublik Deutschland–Frankreich eine überragende Rolle. Ohne grundsätzliche Einigkeit von Deutschland und Frankreich seien in der EG keine Fortschritte möglich. Früher habe man oft gesagt, es sei schlecht für Europa, wenn die deutsch-französischen Beziehungen schlecht seien. Heute gebe es die Behauptung, es sei schlecht für Europa, wenn die deutsch-französischen Beziehungen zu gut seien. Dies sei sicherlich nicht richtig. Die Bundesrepublik brauche die stützenden Säulen mehr als Frankreich. Der Nationalismus von rechts bedeute in der Bundesrepublik keine Gefahr. Bei einem Treffen der Vertriebenen sei die Kundgebung viel weniger wichtig als das Zusammentreffen mit Freunden und Bekannten aus der alten Heimat. Das sei kein Revanchismus.

Größere Aufmerksamkeit müsse man jedoch dem neuen Nationalismus der Linken schenken, die die kommunistische Ideologie mit einer nationalistischen Staatsidee vermengten. Zu diesem linken Nationalismus könne nicht ein an-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 29. Mai 1985 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 4. Juni 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz „zur persönlichen Unterrichtung von Herrn Bundesminister Genscher“ übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 5. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 7. Juni 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für AM- u. VM-Konferenz mit F beachten u. mitgeben. Ein sehr aufschlußreiche Aufzeichnung.“

Hat Ploetz am 6. Juni 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktienkopien 1985.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

ders gearteter bürgerlicher oder demokratischer Nationalismus die Alternative sein, sondern nur Europa und damit die engen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich.

Auch die NATO sei eine wichtige Säule. Voraussichtlich werde die weltpolitische Lage in zwanzig Jahren ähnlich sein wie heute. Die Sowjetunion werde ihre Politik nicht über Nacht ändern. Wie die Politik der Vereinigten Staaten verlaufe, wisse man nicht. Man könne nicht sagen, wer der nächste und wer der übernächste amerikanische Präsident sei. Wir seien aber auf die USA als eine der Weltmächte angewiesen. Die amerikanische Unterstützung sei auch psychologisch für uns wichtig. Deshalb dürften wir nicht in eine Position des Entweder-Oder im Verhältnis zu Frankreich und den USA kommen. Ziel des Bundeskanzlers sei es, während der Amtszeit des Präsidenten und des Bundeskanzlers in Europa voranzukommen.

Der Bundeskanzler ging dann auf das Thema SDI ein und schilderte die deutsche Position. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß SDI von amerikanischer Seite durchgeführt werde, gleichgültig ob die Demokraten oder die Republikaner an der Macht seien. Ob das Ziel, das sie sich gesetzt hätten, erreicht werden könne, sei ihnen selbst unbekannt. Weinberger und das Pentagon hätten ein klares Konzept. Sie wollten mit vom Kongreß bewilligten Geldern Aufträge nach Deutschland, Italien, Japan und Frankreich vergeben. Es gebe andere Strömungen in den Vereinigten Staaten, wie z. B. die des amerikanischen Außenministers<sup>3</sup>, die sagten, nicht nur die Firmen, sondern auch die Staaten sollten bei SDI mitwirken. Für uns sei eine entscheidende Bedingung, ob die USA die beteiligten Firmen auch über den Ertrag ihrer Forschungen verfügen lasse. Für uns sei es indiskutabel, daß die amerikanische Seite das Geld gebe und alleine über den Ertrag verfüge. Ziel müsse es sein, zum gegenseitigen Nutzen zusammenzuarbeiten. Ob dies möglich sei, werde sich rasch herausstellen. Wir wollten uns jedenfalls nicht von den europäischen Ländern abkoppeln lassen. Vernünftig wäre eine Arbeitsteilung in der Form, daß die Europäer solche Projekte bearbeiteten, bei denen sie die besseren Voraussetzungen mitbringen. PM Nakasone teile auch diese Auffassung.<sup>4</sup> Er interessiere sich z. B. auch für die Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich. Dies sei auch für uns interessant, da Japan auf vielen hochtechnologischen Gebieten weit vorangeschritten sei. Der Besuch bei PM Thatcher<sup>5</sup> habe ihn, den Bundeskanzler, nicht zufriedengestellt. Offenbar sei PM Thatcher dabei, sich wieder von Europa zu entfernen. Bezüglich SDI wolle sie offenbar, daß sich die britischen Firmen beteiligten, nicht jedoch der britische Staat. Die Verhältnisse in Großbritannien ähnelten mehr denen in Frankreich als denen in Deutschland. In der Bundesrepublik könne nur indirekter Einfluß auf die Firmen genommen werden, z. B. wenn Staatsaufträge vorliegen. Vordringlich sei es jetzt, von den USA Klarheit bezüglich SDI zu erhalten. Wenn die Zusammenarbeit mit den USA möglich sei, bleibe noch die Frage, ob sie den Ertrag für die zivile Nutzung freigeben.

<sup>3</sup> George P. Shultz.

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 1. Mai 1985; Dok. 108.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 18. Mai 1985 in Chequers vgl. Dok. 129.

Die Kommission der EG werde eine Initiative zur Technologiegemeinschaft vorgehen.<sup>6</sup> Aber der Kreis der Gemeinschaft sei zu groß und zu schwerfällig, um hier weiterzukommen. Eine andere Frage sei es, ob man nicht durch die Gemeinschaft, sondern in der Gemeinschaft an konkrete Projekte herangehe. Man könne sich auch eine Zusammenarbeit mit europäischen Ländern außerhalb der Gemeinschaft wie z. B. Norwegen denken. Er wolle kein Dogma aufstellen, aber Kern müßten die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und unter diesen wiederum Deutschland und Frankreich sein. Es sei auch sein besonderes Interesse, die Zusammenarbeit zwischen den Firmen zu intensivieren. Hier könnten wir schon erheblich weiter sein.

Zusammenfassend sei festzustellen: EUREKA<sup>7</sup> sei nicht gegen SDI gerichtet, sondern mit SDI kompatibel. Es sei nicht beschränkt auf SDI-Projekte, sondern umfasse die gesamte Hochtechnologie der Zukunft. Die EUREKA-Zusammenarbeit erfolge nicht durch die EG und nicht gegen die EG, sondern in der EG mit offener Tür für andere Europäer. Im Forschungsministerrat am 4. Juni<sup>8</sup> solle der Standpunkt nochmals zusammengefaßt werden.

Die Forschungsminister (D und F) sollten das Thema EUREKA sorgfältig vorbereiten, um bereits einen Ausgangspunkt für die Diskussionen in Mailand erarbeitet zu haben. Dies sei nur möglich bei gemeinsamem Vorgehen von D und F. Die Minister sollten auch beauftragt werden, den Stand der technologischen Zusammenarbeit, wie er sich heute darstelle, zu prüfen. Es habe wenig Sinn, neue Projekte zu beginnen, wenn es bei bereits laufenden Projekten Schwierigkeiten gebe. Die Forschungsminister sollten die Probleme, die sich bei der europäischen Schnellbrüterzusammenarbeit SNR 2<sup>9</sup> und bei der Ariane-Wei-

<sup>6</sup> Die EG-Kommission legte am 21. Juni 1985 Vorschläge zur Stärkung der technologischen Zusammenarbeit in Europa vor.

<sup>7</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 128, Anm. 12 und 13.

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie hielt am 20. Mai 1985 zu EUREKA fest: „Über den von D in die Diskussion gebrachten projektorientierten Ansatz besteht mit unseren bisherigen Gesprächspartnern (GB, I, F) weitgehend Einvernehmen. [...] Dagegen gibt es noch größere Unklarheiten zum weiteren Prozedere. D und F hatten sich am 13.5. darauf verständigt, daß Minister Curien am 4.6. den EUREKA-Vorschlag im EG-Rat als deutsch-französische Initiative präsentiert; [...]. Dabei wurde bisher nicht berücksichtigt, daß die Kommission noch Ende Mai eigene Vorschläge vorlegen will; daher ist nicht auszuschließen, daß die Kommissionsvorschläge offiziell auf der Tagesordnung erscheinen und sich die EUREKA-Diskussion an diesen Vorschlägen entzündet. Da die Kommissionsvorschläge allenfalls wenige Tage vor dem Rat vorgelegt werden, dürfte eine Diskussion hierüber kaum zu konkreten Ergebnissen führen. Es erscheint daher aus heutiger Sicht zweckmäßig [...], das Thema lediglich beim Mittagessen anzusprechen und danach in die allgemeine Vorbereitung für den Europäischen Rat in Mailand überzuleiten.“ Vgl. Referat 430, Bd. 145454.

<sup>8</sup> Die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Forschung zuständigen Minister fand am 4. Juni 1985 in Luxemburg statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 82 f.

<sup>9</sup> Schneller Natriumgekühlter Reaktor 2.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 24. Januar 1985 wurde festgestellt: „Die Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH (SBK) ist bereits mit etwa 16 % an der Finanzierung des französischen Super-Phénix beteiligt; die im Jahre 1973 geschlossenen Vereinbarungen sehen vor, daß sich die französischen EdF mit 16 % und die italienische ENEL mit 33 % an der Finanzierung von SNR 2 (deutsches Nachfolgeprojekt für [Schneller]B[rut]R[eaktor] Kalkar) beteiligen. Hier bahnt sich ein gewisser Konflikt mit Frankreich insofern an, als auch F ein Jahr nach Inbetriebnahme von Super-Phénix (1985/86) über den Bau des nächsten SBR befinden wird, hierfür wesentliche Vorarbeiten bereits geleistet wurden, der parallele Bau von zwei SBR jedoch auch unter technologischen Gesichtspunkten wenig sinnvoll erscheint, sondern ein abgestuftes Bauprogramm zwischen den Elektrizitätsversorgungsunternehmen verabredet werden sollte.“ Vgl. Referat 430, Bd. 145442.

terentwicklung<sup>10</sup> stellten, angehen. Diese Probleme sollten beseitigt werden, weil dann die Arbeit an neuen Projekten besser möglich sei. Es gebe immer wieder Punkte, wo es gewisse Interessenkollisionen zwischen D und F gebe. Aber dies seien Gegensätze in der eigenen Familie. Jedenfalls hätten die Beziehungen D/F eine neue Kategorie erreicht.

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sei auch für gute Beziehungen zwischen D und den USA. Der Unterschied sei jedoch, daß F unser unmittelbarer Nachbar sei. Auch in Mailand werde es kein Ergebnis geben, wenn D und F nicht gemeinsam auftreten.

Präsident *Mitterrand* unterstrich, daß die Achse der französischen Politik Europa und die Achse Europas die Freundschaft Frankreichs mit Deutschland sei. Richtig sei es, daß es keine Unternehmungen gebe, bei denen nicht auch Schwierigkeiten aufträten. Das Ziel jedoch bleibe das gleiche. Jetzt müsse herauskristallisiert werden, daß der Aufbau Europas sich nicht gegen die USA richte. Er nehme ggfs. in Kauf, die Interessen der USA beim Aufbau Europas etwas zu stören. Er vergesse dabei jedoch nicht, daß die Sicherheit der westlichen Welt weitgehend von den USA abhängе. Aus den großen Diskussionen der Vergangenheit habe sich ergeben, daß die Lage Ds und Fs nicht die gleiche sei. Sie müsse einander angenähert werden, sei jedoch unterschiedlich. In bezug auf SDI könne D sich weniger erlauben, Abstand zu den USA zu halten als F. D habe keine Atomwaffen, und es laste auf ihm das Verbot, Atomwaffen zu besitzen und zu produzieren.<sup>11</sup> D habe natürlich das Interesse, im Rang als Großmacht eingereiht zu werden, jedoch ohne über das Verbot von Atomwaffen hinweggehen zu wollen. SDI würde D an moderner Strategie beteiligen, ohne daß D Nuklearmacht wäre. Bislang sehe es aber so aus, daß es noch 30 bis 40 Jahre dauern werde, bis diese Strategie Wirklichkeit geworden ist. Bis dahin könne sehr viel passieren, sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und noch mehr in den USA. Es müsse vor allem eine Abkopplung der Strategie der USA von der Fs oder Ds vermieden werden. Europa dürfe nicht nur Glacis der Amerikaner sein. Es dürfe nicht in eine Situation kommen, wo es nur noch Befehle ausführe, ohne in den Entscheidungsprozeß eingreifen zu können. Zur Zeit werde nur davon gesprochen, daß die Europäer an der Durchführung von SDI teilnehmen können. Es sei nicht erforderlich, sich zu beeilen. Die Amerikaner brauchten

<sup>10</sup> Zur Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane V vgl. Dok. 29, Anm. 41 und 43.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 20. Mai 1985 hieß es zur Trägerrakete Ariane: „Nachdem die deutsche Industrie sich auf ihre Ansprüche hinsichtlich der Arbeitsverteilung beim Ariane-5-Entwicklungsprogramm geeinigt hatte [...], ist dieser Vorschlag, der insgesamt einer deutschen Beteiligung von 22% entspricht, dem Generaldirektor des C[entre]N[ational d'É]tudesS[patiales] mit Schreiben vom 24.4.85 vom BMFT übermittelt worden. Kernelement des Vorschlages ist der Wunsch, die deutsche Industrie neben einer Anzahl von Aufträgen auf Subsystem- und Komponentenebene mit folgenden Systemführungsaufgaben [...] zu beauftragen: Tragstruktur für Nutzlasten SPELDA/SPELTRA (Dornier); Oberstufen L4/H 10 (MBB/ERNO); Zusatzraketen (MAN); Gespräche mit dem Generaldirektor des CNES, d'Allest, haben nicht zu einer Einigung geführt, weil das CNES nicht nur die Gesamtführung des Ariane-5-Programms, sondern auch die Führung bei praktisch allen Systemen für die französische Industrie beansprucht“. Vgl. Referat 430, Bd. 145454.

<sup>11</sup> Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

Europa. Die Rede Reagans zu SDI<sup>12</sup> sei schon vor zwei Jahren gehalten worden. Wie komme er dazu, den Europäern jetzt nur 60 Tage für eine Antwort zuzugestehen?<sup>13</sup> Die Frage, ob das neue Jahrhundert eine neue Strategie im Weltraum bringen werde, sei wohl mit Ja zu beantworten. Weniger sicher sei es, ob diese Strategie die Sicherheit der USA garantieren könne. Noch weniger stehe es fest, ob sie in der Lage sei, die Sicherheit Europas zu garantieren. Man müsse zum Beispiel im Auge behalten, daß nahe der Erdoberfläche fliegende Waffen weiterhin eine entscheidende strategische Bedeutung hätten. Satelliten könnten wohl Raketen abfangen, die von außerhalb der Atmosphäre angreifen. Er wolle nicht sagen, dies sei unmöglich, aber wie wolle man Raketen mit z.B. einer Reichweite von 500 km abfangen, deren Flugbahn flach über der Erde verlaufe oder die von Unterseebooten aus abgeschossen werden? Ein Krieg, der nicht stattfinden werde, sei der Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion. Zumindest werde ein solcher Krieg nicht direkt ausbrechen. Dies könne höchstens dadurch geschehen, daß ein lokaler Konflikt außer Kontrolle gerate, wie dies 1914 in Serbien und 1939 mit Polen geschehen sei. Auch Hitler habe seinen Krieg nicht mit Kriegserklärungen an Frankreich, Großbritannien und die Sowjetunion begonnen. Es habe mit dem Anschluß, der Tschechoslowakei und dem Angriff auf Polen angefangen. Hitler habe geglaubt, seine Ziele mit begrenzten Schritten zu erreichen. Auch der österreichische<sup>14</sup> und der deutsche Kaiser<sup>15</sup> hätten 1914 nicht gedacht, daß über die Herzegowina ein Weltkrieg ausbrechen werde. Sie nahmen nur das Risiko in Kauf.

Der *Bundeskanzler* warf ein, er glaube, daß heute auch begrenzte Kriege zwischen den Großmächten nicht mehr denkbar seien.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, eine große Gefahr könne z.B. eine Revolte in einem der Ostblockländer sein oder ein weiteres Vordringen der Sowjetunion im Nahen Osten. Sicherlich werde weder die Sowjetunion noch die USA die direkte Konfrontation suchen. Von dieser Ausgangslage her wolle er seine militärischen Überlegungen fortführen. Satelliten könnten im „Krieg der Sterne“ keine Raketen, z.B. zwischen Dresden und Berlin, zerstören. Auch nicht zwischen Hamburg und einer Stadt in Ostpreußen. Alles geschehe innerhalb weniger Minuten. Die Konzeption der Verteidigung im Weltraum berühre nicht die europäischen Sicherheitsfragen, sondern sei eine Antwort auf die Frage des Gleichgewichts zwischen den Großmächten. Es sei auch keineswegs gewiß, ob es in 20 Jahren vielleicht einen isolationistisch gesonnenen Präsidenten in den USA gebe. Die Frage einer Beteiligung an SDI müsse an der Frage ausgerichtet werden, ob man auch an den Entscheidungen mitbeteiligt sei. F sei nicht Mitglied der Militärorganisation der NATO.<sup>16</sup> Es sei jedoch im Rahmen der Allianz an Entscheidungen beteiligt.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

<sup>13</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

<sup>14</sup> Franz Joseph.

<sup>15</sup> Wilhelm II.

<sup>16</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

In bezug auf SDI werde jedoch von den USA keine ähnliche Beteiligung vorgeschlagen. Natürlich sei SDI nicht für den Angriff bestimmt. Aber dies sei die NATO auch nicht. Im Unterschied zur NATO umfasse SDI die ganze Welt. Vielleicht gebe es plötzlich einen Krieg auf den Philippinen, im Golf, wo auch europäische Interessen involviert seien, oder z. B. in Südafrika, wo F weniger Interessen habe.

Die USA hätten von vornherein sagen müssen, wie sie sich die Beteiligung der Europäer bei Entscheidungen vorstellen. Reagan habe jedoch nur von Unterkontrakten gesprochen. Gehe man von dieser Voraussetzung aus, müsse man sehen, daß es Bereiche gebe, die die Europäer interessierten, andere nicht. Z. B. sei F bei den Laserspiegeln weiter als die USA. Wenn die USA nur daran interessiert seien, daß sie diese Technologie erhalten, liege das nicht im französischen Interesse. Vielleicht seien die USA auch an der Technik der Abgasentfernung aus Düsentriebwerken (?) interessiert. Auch hier habe F kein Interesse an einer reinen Weitergabe der Technologie. Was F interessiere, sei, im Rahmen der Zusammenarbeit Erfahrungen auszutauschen. Was für F gelte, gelte um so mehr für die deutsche Technologie. Auch die englische Technologie sei in vielen Bereichen bemerkenswert. Reagan habe eine Antwort innerhalb von 60 Tagen gefordert. Man wisse jedoch nicht einmal, worum es genau gehe. Dies sei kein annehmbares Verfahren. Im Verhältnis zu den USA dürfe man nichts überstürzen. Wenn die USA die Europäer brauchten, würden sie auch mit ihnen sprechen. Dies gelte für Frankreich ebenso wie für D, GB und Italien. Seit Frankreich nicht mehr im integrierten Kommando der NATO sei, funktioniere die Zusammenarbeit mit den USA auf diesem Gebiet besser als je zuvor. Wenn F den USA in diesem Bereich etwas gebe, erhalte es auch etwas dafür. Hier gebe es keine Schwierigkeiten. Früher sei dies anders gewesen. Man müsse die USA in eine Demandeur-Position bringen. Sie müßten Interesse an der Zusammenarbeit zeigen. Die mangelnde Präzision des Verlangens von Präsident Reagan sei der Beziehungen zwischen den USA und Europa unwürdig. Er, Präsident Mitterrand, verstehe sehr gut die Lage von D. Aber selbst wenn D die Situation so sehe wie er, könne D nicht handeln wie F. Der Bundeskanzler könne 1985 dem amerikanischen Präsidenten nicht erklären, was Sie sagen interessiert mich nicht. Die Sicherheit von D hänge noch zu 80 % von den USA ab. Als deutscher Bundeskanzler hätte er nicht die gleiche Sprache führen können wie als französischer Präsident. Er habe viel Verständnis für den Bonner Standpunkt. Aber weder D noch F könnten sich mit der mangelnden Präzision der SDI-Vorschläge Reagans zufrieden geben.

Der *Bundeskanzler* äußerte sich hierzu zustimmend.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, die USA hätten schon geäußert, die Zusammenarbeit mit den Regierungen interessiere sie nicht. In Frankreich habe der Staat jedoch mehr Einfluß auf die Firmen als in Deutschland. Die USA dürften nicht denken, daß Frankreich und Deutschland Länder seien, die der Vergangenheit angehörten.

Der *Bundeskanzler* stimmte den Ausführungen Präsident Mitterrands zu. Er fuhr fort, daß in D leider viele dem Irrtum unterliegen, das Vertreten von Interessen sei unmoralisch. Dies sei ein Erbe der Hitler-Zeit. In D reagiere man bei vielen Fragen zu emotional. Er sei der letzte, der die Verbrechen Hitlers

leugne. Aber man müsse dauernd erleben, daß bei einem Problem auf die deutsche Geschichte hingewiesen werde und man sich deshalb einer Entscheidung enthalte. Von dieser Einstellung müsse man wegkommen. Adenauer habe schon gesagt, wenn Frankreich etwas tue, sei es etwas anderes, als wenn Deutschland ebenso handeln wollte.

Die Beurteilung der militärischen Lage durch Präsident Mitterrand teile er weitgehend. Er glaube nur, daß die Entwicklung noch schneller vorangehen werde.

Präsident *Mitterrand* bekräftigte seine Auffassung, daß es vor Ablauf von 30 Jahren kein System geben werde, das die USA gegen Angriffe aus der Atmosphäre und Europa gegen flachfliegende Waffen schütze.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, die Entwicklung bei der Bekämpfung von aus der Atmosphäre angreifenden Waffen werde sich seiner Meinung nach wohl schneller vollziehen. Im übrigen stimme er aber Präsident Mitterrand zu. Entscheidend bleibe weiterhin, daß D die konventionelle Säule der NATO sei. Dies wolle er nicht ändern. Darin liege auch eine Chance für D. Auch die US-Militärspezialisten sagten, die konventionelle Komponente sei in den nächsten 30 Jahren nicht entbehrlich. Er sei daran interessiert, daß F und GB im Kreis der Atomwaffenstaaten blieben.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, die Sicherheit Europas beruhe auf der konventionellen Stärke Deutschlands und den französischen Unterseebooten. Nicht auf der britischen Atommacht, da sie keine wahre Autonomie im Verhältnis zu den USA besitze.

Der *Bundeskanzler* äußerte die Auffassung, er glaube nicht, daß die USA Waffen entwickeln könnten, die unterhalb der Atmosphäre angreifende Raketen sicher bekämpfen könnten. Solche Waffen machten auch die USA verwundbar. Jedenfalls werde die deutsche Seite mit den USA sprechen und betonen, SDI dürfe keine Einbahnstraße sein. Wenn die USA sagten, eine bestimmte Gruppe von Firmen solle einen konkreten Bereich bearbeiten und das Ergebnis gehe nach beiden Richtungen, dann sei es ein schwerer Fehler, sich nicht zu beteiligen.

Präsident *Mitterrand* bemerkte hierzu, wenn die Dinge so weit gediehen seien, könne man weiter darüber sprechen.<sup>17</sup>

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, auch wegen der innenpolitischen Entwicklung in den USA sei die Zusammenarbeit wichtig. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Vorstellungen von Senator Nunn.<sup>18</sup> Es hätte schlimme psychologische Auswirkungen in Deutschland, wenn die Amerikaner in einem Augenblick daran dächten, Truppen zurückzuziehen, wo bei uns der Wehrdienst verlängert werde.<sup>19</sup> Die Antwort auf das amerikanische SDI-Angebot müsse die Frage nach dem konkreten Angebot sein. Man könne sich nicht auf eine reine Ablehnung beschränken. Wenn ein konkretes Angebot gemacht werde, müsse man

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Also kein Einverständnis jetzt!“

<sup>18</sup> Vgl. dazu das vom amerikanischen Senator Nunn am 18. Juni 1984 eingebrachte Amendment zum Verteidigungshaushalt für 1985; Dok. 41, Anm. 11.

<sup>19</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

aufs Engste zusammenarbeiten, obwohl die Ausgangsposition unterschiedlich sei.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, er glaube nicht, daß die USA schon so weit seien, etwas Konkretes zu SDI zu sagen. Deshalb bleibe er zur Zeit noch bei seinem Vorbehalt.

Zu EUREKA bemerkte Präsident Mitterrand, dies sei keine Antwort auf SDI. EUREKA habe kein direktes militärisches Ziel. Die Technologie diene beiden Bereichen. Unter den europäischen Ländern seien im technologischen Bereich schon Fortschritte gemacht worden. Jetzt gehe es darum, diese technologischen Sektoren zu erweitern. Eine Konkurrenz zwischen SDI und EUREKA gebe es nur bezüglich der Menschen. Die europäischen Wissenschaftler sollten die Gewißheit haben, daß sie auch eine Chance in Europa haben. Wenn es kein Projekt wie EUREKA gebe, das die Kräfte Europas engagierte und binde, werde es politisch gesehen ein Vakuum geben.

Es dürfe auch nicht dazu kommen, daß die EG-Kommission sich jetzt EUREKA aneigne. Er sei gerne bereit, die Ratschläge der Kommission oder auch einen Bericht in Mailand anzuhören. Wenn aber im Kreis der Zehn ein Projekt vorgelegt und diskutiert werde, so könne daraus nichts werden. Viele der Mitgliedstaaten hätten keine Hochtechnologie. GB sei zögernd, was Europa anbelange. Er, Präsident Mitterrand, wolle vermeiden, daß ein großes europäisches Projekt an der Weigerung Dänemarks oder Griechenlands zerbreche. Er wiederhole, wenn D und F den Gedanken zusammen verfolgten, werde er auch Erfolg haben. Eine Durchführung durch die EG-Kommission würde die Staaten ausschließen, die nicht Mitglieder der Gemeinschaft seien. So könne weder Österreich noch Schweden an SDI teilnehmen, jedoch bei EUREKA sei dies möglich. EUREKA und viele andere Projekte könnten nur im Kreise der wirklich europäisch gesonnenen Länder verwirklicht werden. Zu denken sei hier an D, F, Italien, NL, B und Luxemburg. GB werde sich schließlich auch anschließen. Ebenso Spanien. Man müsse nicht unbedingt von den Ländern der Gemeinschaft ausgehen. Wenn alle einig seien, seien sie willkommen. Der Fortschritt dürfe durch einige Länder jedoch nicht gehindert werden. Seine Überlegungen zu Mailand in bezug auf das politische Europa bewegten sich in derselben Richtung. Man könne zwar die Verfahren verbessern, aber mehr nicht.

Der *Bundeskanzler* bemerkte zu EUREKA, es sei wichtig, jetzt sehr schnell eine Auflistung denkbarer Projekte zu erarbeiten.

Präsident *Mitterrand* wies auf präzise französische Vorschläge hin. Man könne einige davon auch beiseite legen und an deren Stelle andere setzen.

Der *Bundeskanzler* sprach sich dafür aus, daß sich die Expertengruppe bald zusammensetzen solle und parallel dazu die beiden Forschungsminister.

Präsident *Mitterrand* erklärte sich hiermit einverstanden.

Über die Außen- und Verteidigungsminister<sup>20</sup> werde das Ergebnis der Beratungen dann dem Bundeskanzler und ihm vorgelegt. Er erklärte sich mit der Anregung des Bundeskanzlers einverstanden, daß das Treffen der Forschungs-

<sup>20</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 26. Juni 1985 vgl. Dok. 171.



minister in den nächsten 14 Tagen stattfinden solle. Es wäre gut, wenn vor Mailand eine Teilübereinkunft gefunden werden könne.

*Bundeskanzler* bemerkte, er glaube nicht, daß es zweckmäßig wäre, in Mailand eine allgemeine Debatte zum Thema EUREKA zu führen. Er werde mit BM Riesenhuber sprechen, damit dieser sich mit Minister Curien in Verbindung setze. Über die Gespräche mit den USA zu SDI werde er Präsident Mitterrand direkt oder über einen Mitarbeiter<sup>21</sup> informieren.

Präsident *Mitterrand* erklärte, es sei Zeit, den Zug jetzt abfahren zu lassen.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, was die Rolle der EG in diesem Punkte angehe, bestehe Einigkeit.

Der *Bundeskanzler* sprach dann die Frage der gemeinsamen Entwicklung eines europäischen Jagdflugzeugs für die 90er Jahre an.<sup>22</sup>

Präsident *Mitterrand* wies auf Schwierigkeiten hin, die mit GB bestünden. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, welche Kompromißmöglichkeiten Präsident Mitterrand sehe, führte dieser aus, es müsse z.B. noch darüber gesprochen werden, wer das Vorhaben leite, welches Triebwerk verwendet werde und wer den Rumpf baue. Er sei gerne zur Beschleunigung der Gespräche bereit. Die Minister seien in Rom etwas vorangekommen.<sup>23</sup> Die Briten hätten hier Probleme z.B. bezüglich des Gewichts, der Reichweite und der Aspekte der Bewaffnung. Vielleicht dächten sie auch zu sehr an Länder außerhalb Europas, auf die sie Einfluß hätten. Jedenfalls hätten sie sich bei dem Treffen in Rom nicht bewegt.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es für uns wichtig sei, das Jagdflugzeug in der konkreten Situation Europas nutzen zu können. Der Gedanke, ob es auch exportiert werden könne, stehe an zweiter Stelle. Es sei eine große Schwäche der NATO, daß viele konventionelle Waffen nicht standardisiert seien. Dies bedeute ein strategisches Minus.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, wenn es das Projekt nicht gebe, könne F das Jagdflugzeug selbst bauen. Es habe eigene, wettbewerbsfähige Triebwerke. Es stehe vor einer schwierigen Wahl. Durch den Bau in Frankreich allein könnten französische Arbeitsplätze gesichert werden. Dennoch habe sich F für ein europäisches Flugzeug entschieden. Es müsse aber eine vernünftige Aufteilung erfolgen. F könne nicht auf den Alleinbau des Flugzeugs verzichten und alle von GB gesetzten Normen akzeptieren. Ein Übereinkommen habe sich schon abgezeichnet. F wäre bereit, auf die Herstellung der Triebwerke zu verzichten. Aber GB wolle einen Markt, den es schon habe, neu versorgen.

Der *Bundeskanzler* unterstrich die Wichtigkeit der Einigung in dieser Frage, da sie psychologisch mit der Diskussion um EUREKA zusammenhänge. Bei einer Diskussion im Parlament könne sonst festgestellt werden, es sollten neue europäische Projekte in Angriff genommen werden, ohne daß man in der Lage gewesen sei, andere abzuschließen.

Der *Bundeskanzler* sprach das Thema Mailänder Gipfel an.

<sup>21</sup> Die Wörter „oder über einen Mitarbeiter“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na, na!“

<sup>22</sup> Zum Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 129, Anm. 28.

<sup>23</sup> Zum Verteidigungsministertreffen am 17. Mai 1985 im Rahmen des Projekts „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 129, Anm. 29.

Er bezog sich auf das in dem Brief von MP Craxi<sup>24</sup> erwähnte Projekt einer Regierungskonferenz und gab seiner Meinung Ausdruck, hierüber könne erst am Ende der Diskussionen von Mailand entschieden werden. Es wäre verfrüht, sich jetzt schon festzulegen. Wenn Mailand ohne Ergebnis bleibe, sei eine Regierungskonferenz überflüssig. Wenn ein Ergebnis erzielt werde, das die weitere Bearbeitung einzelner Punkte erforderlich mache, sei eine Regierungskonferenz evtl. sinnvoll. Es sei gut, MP Craxi zu antworten, daß der Gedanke einer Regierungskonferenz nicht zu sehr hochgespielt werden solle. Sie erhalte sonst eine Bedeutung, die der Sache nicht entspreche.<sup>25</sup>

Was die in Mailand anstehenden Themen betreffe, so glaube er, die Zeit sei reif, bei der Realisierung des Binnenmarkts voranzukommen. Ein wichtiger Punkt sei eine Verbesserung der Position des Europäischen Parlaments sowie die Behandlung der Frage der Mehrheitsentscheidungen.

Auf die Frage an Präsident *Mitterrand*, wie er zu den einzelnen Punkten stehe, führte dieser aus, was den Binnenmarkt angehe, sehe er, daß im Bereich Normen Fortschritte gemacht worden seien. Es müsse weiter vorangegangen werden. Er halte jede Vereinheitlichung für positiv. Er kenne zwar das Zögern Ds in der Währungsfrage, aber auch hier seien Fortschritte nötig.<sup>26</sup>

Präsident Mitterrand faßte zusammen, der Binnenmarkt müsse soweit wie möglich verwirklicht werden. Wichtig seien auch Maßnahmen im Bereich des Europas der Bürger.<sup>27</sup> Er habe hierzu einige Vorschläge, die von seinen Mitarbeitern beim nächsten Gespräch vorgetragen würden.<sup>28</sup> Zum Aspekt Verfahrensfragen zum politischen Europa bemerkte er, in Dublin<sup>29</sup> habe man beschlossen, man werde in Brüssel über die Erweiterung sprechen<sup>30</sup> und in Mailand über das politische Europa. Jetzt gebe es eine Fluchtbewegung in Richtung Regierungskonferenz. Er teile die Auffassung des Bundeskanzlers, daß ein Scheitern der Konferenz ein schwerer Nachteil für Europa sei.

Der *Bundeskanzler* fragte, welche Chance Präsident Mitterrand bezüglich einer Erweiterung der Befugnisse des EP sehe.

<sup>24</sup> Der italienische Botschafter Ferraris übermittelte am 27. Mai 1985 ein Schreiben des Ministerpräsidenten Craxi an Bundeskanzler Kohl zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand. Für das Schreiben vgl. Referat 410, Bd. 136102.

<sup>25</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>26</sup> Zu einem Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) vgl. Dok. 111, Anm. 9.

<sup>27</sup> Vgl. dazu den Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für das Europa der Bürger an den Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel; EUROPA-ARCHIV 1985, D 253–260.

<sup>28</sup> Ministerialdirigent Trumpf notierte am 4. Juni 1985 zum Treffen des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem Sonderberater des französischen Staatspräsidenten, Attali, am selben Tag: „Europa der Bürger: Attali trug neue Ideen vor. Er bat uns um Prüfung, ob nicht eine Auswahl davon als gemeinsame deutsch-französische Vorschläge in Mailand lanciert werden könnten. Er nannte: Europäische Technologie-Universität; obligatorischer Grundschulunterricht in einer zweiten Gemeinschaftssprache; Auslandspraktikum, u. a. für Ingenieure innerhalb EG; Ermäßigungs-karte für junge Europäer (gültig für Transportmittel, Museen, Veranstaltungen); Europäisches Jugendwerk; große europäische Krebsbekämpfungsinitiative; Europäisches Fernsehprogramm; Projekt aus dem Kommunikationsbereich (Glasfaserverbindung für die europäischen Industrien; der Bundeskanzler habe auch einen Vorschlag zum Hochgeschwindigkeitszug angekündigt); Europäische Akademie der Wissenschaften“. Vgl. Referat 410, Bd. 130388.

<sup>29</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 3./4. Dezember 1984 in Dublin statt.

<sup>30</sup> Zur Sondertagung des EG-Ministerrats über den EG-Beitritt Spaniens und Portugals, die parallel zur Tagung des Europäischen Rats am 28. bis 30. März 1985 in Brüssel stattfand, vgl. Dok. 79, Anm. 11.

Präsident *Mitterrand* erklärte, bevor er sich zustimmend äußere, müsse er zunächst einen Vorbehalt machen. Die Rolle des Ministerrats dürfe nicht geschwächt werden, weil sonst ein Ungleichgewicht entstehe. Die Befugnisse des EP könnten bei Finanzfragen und den Haushalt betreffenden Fragen in sehr präzise umschriebenen Bereichen erweitert werden, wie z.B. bei den Fonds. Voraussetzung sei allerdings, daß die Erweiterung der Befugnisse mit der Verfassung der Mitgliedstaaten im Einklang stehe, z.B. was die Ausgewogenheit von Ausgaben und Einnahmen angehe.

Es sei verfrüht, das EP an den Platz der nationalen Parlamente stellen zu wollen. Beim Regionalfonds und Sozialfonds könne das EP mehr Befugnisse erhalten. Da die Fonds gemeinschaftlich seien, sei dies möglich.

Der *Bundeskanzler* fragte, welche Einwirkung dem EP bei der Ernennung der Kommission eingeräumt werden solle. Die Anzahl der Kommissionsmitglieder sei für uns kein Dogma. Es bestehe kein Grund, sie nicht zu ändern.

Präsident *Mitterrand* vertrat die Auffassung, eine Reduzierung der Kommissionsmitglieder auf zwölf, wie das Projekt Delors dies vorsehe, sei wohl schwierig.

Der *Bundeskanzler* meinte hierzu, er glaube nicht, daß eine Reduzierung die Lage in der Übergangszeit erleichtern würde. In der Praxis sei es wohl auch schwierig, wenn nicht alle Mitgliedstaaten in der Kommission vertreten seien.

Präsident *Mitterrand* stellte fest, man könne auch zu 17 regieren.

Der *Bundeskanzler* kam zurück auf seine Fragestellung betreffend das EP und schlug vor, eine konkrete Liste aufzustellen.

Präsident *Mitterrand* möchte das Thema mit MP Craxi in den bevorstehenden französisch-italienischen Konsultationen am 13./14. Juni 1985 aufnehmen.<sup>31</sup>

Der *Bundeskanzler* regte an, daß die deutsch-französische Gesprächsgruppe sich unmittelbar nach den französisch-italienischen Konsultationen trifft.

Präsident *Mitterrand* erklärte sich hiermit einverstanden. Das Datum des Treffens wurde auf den 17. Juni 1985 in Bonn festgelegt.

Zur Frage der Entscheidung im Ministerrat äußerte Präsident *Mitterrand*, man müsse zurück zu den Römischen Verträgen<sup>32</sup>. Er wisse jedoch, daß dies nicht ohne weiteres erreichbar sei. Man müsse also akzeptieren, daß Fragen, die nicht im Vertrag geregelt seien, weiterhin einstimmig entschieden werden. Er selbst wäre auch damit einverstanden, wenn nur noch Mehrheitsbeschlüsse gefaßt würden. Jedenfalls sei er der Auffassung, die Ausübung des Vetos solle schwieriger gemacht werden. So solle z. B. nur im Allgemeinen Rat und im ER ein Veto eingelegt werden können, nicht jedoch im Fachministerrat. Man könne auch zur Bedingung machen, daß vor dem Veto eine Aussprache stattfinden müsse. Die Aussprache könne die Funktion einer Vorwarnung haben. Das Veto solle auf jeden Fall eine Ausnahmesituation sein.

Der *Bundeskanzler* erklärte, es sei auch seine Absicht, das Veto zu erschweren. Es solle eine Liste für die denkbaren Veto-Fälle aufgestellt werden.

<sup>31</sup> Die französisch-italienischen Konsultationen fanden am 13./14. Juni 1985 in Florenz statt. Vgl. dazu das Pressegespräch des Staatspräsidenten *Mitterrand* am 14. Juni 1985; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1985 (Mai/Juni), S. 109 f.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

Präsident *Mitterrand* bejahte dies. Das Veto dürfe nur in wirklich vitalen Fragen für ein Land eingelegt werden. Die Fachminister hätten wohl eher die Tendenz, von dem Veto Gebrauch zu machen. Es müsse sozusagen ein umgekehrter Luxemburger Kompromiß<sup>33</sup> mit einer Liste der Bereiche, für die das Veto denkbar sei, angestrebt werden.

Der *Bundeskanzler* stellte die gemeinsame Auffassung fest, daß das Veto eingeschränkt<sup>34</sup> werden müsse. Bezüglich des Wegs, der dorthin führe, sei er nicht festgelegt.

Der Bundeskanzler fuhr fort, als nächsten Besprechungspunkt schlage er die Frage der Intensivierung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vor. Die Lage bei der Sicherheitspolitik empfinde er am bedrückendsten. D befinde sich hier in einer sehr schwierigen Situation. Für D sei die klare Position, die Präsident *Mitterrand* in dieser Frage einnehme, von außerordentlicher Bedeutung. PM Thatcher habe zwar auch eine klare Position, sei aber etwas distanzierter. Wenn alle Mitgliedstaaten der EG außer den Iren eine ebensolche Position hätten, wäre die Lage einfach. Es gebe aber Probleme mit unseren Nachbarn. Die Diskussion in Dänemark greife nach Norddeutschland über. Auch die Diskussion in den Niederlanden und in Belgien habe Auswirkungen auf die benachbarten deutschen Gebiete. Der sicherheitspolitische Kurs der Länder der Gemeinschaft sei nicht klar. Dies sei auch ein Grund, weshalb die USA uns nicht ernst nehme. Wenn wir in dieser Frage eine klare Position hätten, würde sich das auch auf andere Bereiche auswirken. Die Amerikaner würden erkennen, daß mit Europa zu rechnen sei. Es sei wichtig, ein ernstzunehmender Faktor in der Frage der Sicherheitspolitik zu sein. Wenn wir z.B. die Pershing II nicht stationiert hätten, wäre die Erosion unserer Position unaufhaltsam gewesen. Die SU respektiere nur die Realitäten. Er wolle in Mailand auch die Frage der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit ansprechen.

Auf die Frage Präsident *Mitterrands*, weshalb er dies tun wolle, bezeichnete der *Bundeskanzler* die Sicherheitspolitik als Teil der politischen Zusammenarbeit. Er knüpfte daran die Frage, was Präsident *Mitterrand* von dem britischen Entwurf zur EPZ-Zusammenarbeit<sup>35</sup> halte.

Präsident *Mitterrand* erklärte, der britische Entwurf liege ihm noch nicht vor.<sup>36</sup>

Der *Bundeskanzler* faßte den Inhalt des Entwurfs dahingehend zusammen, daß dies eher ein Vertrag sei, der verhindern solle, in der Frage der außenpolitischen Zusammenarbeit nicht<sup>37</sup> über den bestehenden Zustand hinauszugehen. Das

<sup>33</sup> Zum „Luxemburger Kompromiß“ vgl. Dok. 102, Anm. 6.

<sup>34</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>35</sup> Zu dem am 18. Mai 1985 in Chequers übergebenen britischen „Entwurf über die Europäische Politische Zusammenarbeit“ vgl. Dok. 129, Anm. 20.

<sup>36</sup> Ministerialdirektor Ungerer vermerkte am 28. Mai 1985, er habe mit dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Braithwaite, am 23. Mai 1985 über den britischen „Entwurf über die Europäische Politische Zusammenarbeit“ gesprochen: „Auf meine Frage, wer das britische Papier außer uns erhalten habe, erwiderte Braithwaite, Secretary Howe habe dieses Papier dem französischen AM Dumas bei seinem Besuch in Paris am 21. Mai 1985 übergeben. Heute sei Williamson (Cabinet Office) in Rom, um Generalsekretär Ruggiero zu verständigen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130388.

<sup>37</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Plotz in eckige Klammern gesetzt. Dazu Fragezeichen.

Thema solle bei der für den 17. Juni 1985 in Bonn vereinbarten Besprechung der Mitarbeiter aufgenommen werden.

Der Bundeskanzler stellte die Frage, ob für Präsident Mitterrand eine vertragliche Fixierung der Außen- und Sicherheitspolitik denkbar sei.

Präsident *Mitterrand* führte aus, er verweigere sich diesem Gedanken nicht. Man müsse jedoch vorsichtig sein, was die SU angehe<sup>38</sup>. Er sei jedoch bereit, darüber zu sprechen. Er habe zu dieser Frage im Rahmen früherer deutsch-französischer Konsultationen ein interessantes Memorandum von BK Schmidt erhalten. Im übrigen sei es offensichtlich, daß Europa nicht vorankommen könne, wenn die Sicherheitsaspekte außerhalb der Diskussion blieben.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß eine Offensive in Europa notwendig sei.<sup>39</sup> Sie müsse zeigen, daß es nicht nur ein Europa der Geschäfte gebe, sondern daß Europa eine moralische Kraft sei. Ein Problem stecke auch darin, daß die Erkenntnis verkümmert sei, daß die Freiheit auch Opfer verlange. Viele Intellektuelle und ein Teil der Kirche – weniger bei den Katholiken – hielten es mit der Parole des „ohne mich“.

Präsident *Mitterrand* bezeichnete es abschließend als erforderlich, daß man im Blick auf die Institution vorwärts komme, wenn auch nicht sehr weit. Falls einer Regierungskonferenz zugestimmt werde, dann ohne Datum und mit der Forderung, sie erst dann einzuberufen, wenn eine Tagesordnung feststehe. Vorankommen müsse man beim Europa der Bürger. Dies sei für die Bevölkerung beeindruckend. Man solle sich mit medizinischen Problemen befassen, wie z.B. der Koordinierung der Anstrengungen bei der Erforschung des Krebses. Hieran seien alle unsere Länder interessiert. Man könne auch von einer europäischen Staatsbürgerschaft sprechen. Im EP habe man auch schon über das Wahlrecht für EG-Europäer bei den Kommunalwahlen gesprochen. Zu denken sei auch daran, innerhalb Europas junge Leute gratis auf den nationalen Fluglinien

<sup>38</sup> Die Wörter „vorsichtig sein, was die SU angehe“ wurden von Vortragendem Legationsrat Horstmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>39</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 31. Mai 1985 den „Entwurf eines deutschen EPZ-Papieres (Vertragsentwurf)“ vor und führte dazu aus: „Der Entwurf lehnt sich an das britische EPZ-Papier an und ist im Sinne unserer Position angereichert. Er ist so angelegt, daß er – möglicherweise mit Abstrichen – die Zustimmung aller Partner finden könnte. Er übernimmt deshalb an mehreren Stellen Abschnitte aus der Feierlichen Deklaration von Stuttgart und aus dem Dooge-Bericht.“ Vgl. Referat 200, Bd. 144204.

Braunmühl teilte am 3. Juni 1985 mit, das Bundeskanzleramt habe nach Durchsicht des Entwurfs eine neue, von Ministerialdirektor Teltschik gebilligte Fassung vorgelegt: „Der Entwurf des Bundeskanzleramtes unterscheidet sich wesentlich von dem unsrigen, und zwar vor allen Dingen dadurch, daß er sich weder in der Sache noch in den Formulierungen auf den britischen Entwurf abstützt, was wir schon aus taktischen Gründen für sehr bedenklich halten.“ Außerdem gehe er in den Sachaussagen weiter und werde deshalb „bei einer Reihe von Partnern auf größere Widerstände stoßen“. Dies betreffe die mehrfache Erwähnung der Europäischen Union, „die Rolle des Generalsekretärs [...], die ausdrückliche Erwähnung der WEU, die von allen Mitgliedstaaten als Teil des europäischen Integrationsprozesses gewürdigt werden soll“. Angesichts des Zeitdrucks solle aber zugestimmt werden, „daß das Bundeskanzleramt seinen Entwurf morgen den Franzosen zu Stellungnahme übergibt“. Vgl. Referat 200, Bd. 144204.

Der Entwurf wurde von Teltschik am 4. Juni 1985 bei einem Treffen mit dem Sonderberater des französischen Staatspräsidenten, Attali, übergeben mit dem Hinweis, daß dem Entwurf „höchste politische Bedeutung beikäme. Erfolg oder Mißerfolg von Mailand hingen davon ab, ob hier ein wichtiges Signal gesetzt werden könne“. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ungerer vom 4. Juni 1985; Referat 410, Bd. 130388.

mitfliegen zu lassen. Dieses System werde auf den französischen Linien schon praktiziert.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diesen Gedanken als für uns neue Idee. Er selbst denke über ein noch nicht spruchreifes Projekt einer Revitalisierung der Bahn nach. Er glaube, die Bahn habe in Deutschland mehr Zukunft als die Binnenluftfahrt. Die Flugplätze reichten nicht aus. Die Lösung seien wohl schnelle Züge, die auch nach Frankreich verkehren könnten. Dies sei zwar kostspielig, habe aber viel Zukunft.

Abschließend wolle er noch einen schwierigen Punkt ansprechen. Dies sei der Getreidepreis. Seine grundsätzliche Haltung sei, daß die EG-Agrarpolitik eine totale Fehlentwicklung genommen habe. Die Bauern seien zu höherer Produktion veranlaßt worden. Jetzt stünden wir vor einer riesigen Überproduktion. Es sei wichtig, bis 1990 auf dem Weg einer Reduzierung der Produktion erheblich weiterzukommen. Der Bundeskanzler erinnerte an die Diskussion über den Tafelwein in Dublin. Ähnlich werde jetzt bei der Milchproduktion verfahren. Auch bei der Getreideproduktion müsse die Produktion verringert und den Bauern geholfen werden. Die Bauern seien noch 1982 veranlaßt worden, ihre Produktion hochzufahren.<sup>40</sup> Die bei der Milch gefundene Regelung sei schwierig. Die deutschen Bauern hätten in diesem Jahr zehn Prozent Einkommensverlust. Für Getreide müsse eine Übergangslösung gefunden werden. Die Herabsetzung der Produktion gehe natürlich nicht von heute auf morgen. So gebe es Betriebe in Regionen, wo keine anderen Möglichkeiten bestünden, z. B. an der innerdeutschen Grenze.

Präsident *Mitterrand* wies auf die Vorschläge der Kommission und die an Deutschland gemachten bedeutsamen Konzessionen hin.<sup>41</sup> Er glaube, man müsse zu einer vernünftigen Zahl kommen. Im übrigen sei auch er der Auffassung, daß die Produktion reduziert werden solle.

Der *Bundeskanzler* wies nochmals auf die extreme Lage der deutschen Bauern hin.

Das Thema wurde nicht weiter vertieft.<sup>42</sup>

#### VS-Bd. 14150 (010)

<sup>40</sup> Die EG-Kommission legte dem EG-Ministerrat am 22. Dezember 1982 Vorschläge für die Festlegung der Agrarpreise und der flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1983/84 vor. Sie sahen abgestufte Steigerungen vor, und zwar um 5,5 % für die meisten Erzeugnisse, zwischen 6 % und 8,7 % in Bereichen mit guter Marktlage (Erzeugnisse aus dem Mittelmeerraum) und um 4 % bei Produkten mit schwieriger Marktlage (Getreide und Zucker). Für Überschußprodukte schlug die EG-Kommission vor, den Interventionspreis für Getreide um 4 %, für Milcherzeugnisse um 3,2 % und für Rapssamen um 4,5 % anzuheben. Sie sprach sich ferner dafür aus, die Währungsausgleichsbeträge (WAB) für die Bundesrepublik und Großbritannien um 2,8 Punkte zu senken. Nach den Berechnungen der EG-Kommission würde der Abbau der WAB zusammen mit den Preissteigerungen für die Bundesrepublik zu einer durchschnittlichen Preiserhöhung von 1,3 % führen. Vgl. BULLETIN DER EG 12/1982, S. 15–18.

<sup>41</sup> Zu dem von der EG-Kommission während der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 13. bis 16. Mai 1985 vorgelegten „Kompromißpaket“ für die Agrarpreise stellte Referat 411 am 15. Mai 1985 fest: „An Preissenkung von 3,6 % [für Getreide] soll festgehalten werden, allerdings soll sie auf drei Jahre verteilt werden. Preissenkungsvorschlag für Raps = 2,6 %. Milchpreisanhebung soll bei 1,5 % bleiben. Vorschlag von deutscher Delegation als unausgewogen abgelehnt.“ Vgl. Referat 416, Bd. 130913.

<sup>42</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eben!“

## 138

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Morán

28. Mai 1985<sup>1</sup>

Besuch des spanischen AM Morán in Bonn am 28. Mai 1985;  
hier: Arbeitsessen und anschließendes Gespräch mit BM

1) Spanischer AM Morán wurde am 28. Mai 1985 von BM zu einem zweistündigen Meinungsaustausch empfangen, in dessen Mittelpunkt Fragen der künftigen spanischen Mitarbeit in der EG sowie der technologischen Zusammenarbeit in Europa und mit den USA standen. An dem Mittagessen mit anschließendem Gespräch nahmen u. a. auf spanischer Seite der Abteilungsleiter für Sicherheitspolitik und Abrüstung im spanischen AM, Espeso, sowie Botschafter Foncillas teil, auf deutscher Seite Botschafter Brunner, Dg 20<sup>2</sup> und Dg 41<sup>3</sup>.

BM hieß eingangs den spanischen Gast und seine Delegation in Bonn zu einem Zeitpunkt nach den Verhandlungen in Brüssel und vor der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages<sup>4</sup> willkommen. Man habe deswegen in den letzten Jahren viele Besprechungen über die Beitrittsfrage geführt. Diese sei jetzt erledigt. Nun müsse man weiter in die Zukunft blicken.

AM Morán sprach nochmals den Dank der spanischen Regierung für die Unterstützung der Bundesregierung in der Beitrittsfrage aus, ohne die es nicht zum Abschluß der Beitrittsverhandlungen gekommen wäre. Die Bundesrepublik Deutschland habe vergleichsweise die größte Unterstützung gewährt. Dies habe er vor dem spanischen Parlament bekräftigt und werde dies vor der Öffentlichkeit wiederholen. Gleichwohl seien einige Fragen noch offen (Milchquoten, Zölle). Hier bitte Spanien weiterhin um deutsche Unterstützung bei den am 29. Mai stattfindenden Gesprächen im EG-Rat.

2) Man müsse sich jetzt fragen, was künftig gemeinsam getan werden könne. Für Spanien sei der beschlossene Beitritt eine Bestätigung der Tatsache, daß Spanien zu Europa gehöre. Man wolle jetzt mit der Bundesrepublik Deutschland über konkrete politische Möglichkeiten im EG-Bereich sprechen. Spanien habe sich dabei zum Ziel gesetzt,

- in der Gemeinschaft nicht als Störfaktor aufzutreten bzw. Initiativen oder Gedanken anderer Mitglieder zu usurpieren;
- vor allem in der Anfangsphase möglichst bescheiden aufzutreten;

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 29. Mai 1985 gefertigt und über Ministerialdirigent Schauer mit der Bitte an das Ministerbüro weitergeleitet, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers einzuholen“. Hat Schauer vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 203, Bd. 151000.

<sup>2</sup> Hans Schauer.

<sup>3</sup> Alois Jelonek.

<sup>4</sup> Am 12. Juni 1985 wurden in Lissabon und Madrid die Akte über den EG-Beitritt Portugals und Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 7–13.

- gleichwohl bei einer Reihe von europäischen Themen bereits voll mitzuarbeiten;
- sich aber gerade bei der Erörterung der Möglichkeiten einer technologischen Zusammenarbeit zunächst zurückzuhalten.

Er begrüße daher die Absicht, den spanischen Ministerpräsidenten<sup>5</sup> und den Außenminister zu dem europäischen Gipfel in Mailand<sup>6</sup> als Beobachter einzuladen.

Aus spanischer Sicht seien Fortschritte bei dem Prozeß der politischen Einigung Europas und auch bei der technologischen Zusammenarbeit in Europa (EUREKA<sup>7</sup>) wichtig. In diesen Fragen wolle er sich mit der Bundesrepublik Deutschland abstimmen.

Ab 1. September 1985 werde Spanien an der EPZ-Abstimmung beteiligt, bis dahin werde man die administrativen Voraussetzungen hierfür geschaffen haben. Man werde dann auf allen Ebenen, sei es bei der Abstimmung zwischen den EG-Botschaftern in Drittländern, zwischen den Politischen Direktoren oder auf Ministerebene, mitwirken.

Zum Ratifikationsverfahren im spanischen Parlament könne er bestätigen, daß dieses nach Art. 23 der spanischen Verfassung<sup>8</sup> im Eilverfahren stattfinden werde, und zwar in Form einer Gesetzesvorlage, für die in beiden Kammern die absolute Mehrheit erforderlich sei. Er gehe davon aus, daß das Ratifikationsverfahren im September 1985 abgeschlossen werden könne.

Zur Zeit werde in Madrid geprüft, wie man sich an den Organen der Gemeinschaft beteiligen könne. Spanien habe Anspruch auf zwei EG-Kommissare. Hierfür gebe es qualifizierte Kandidaten. Man prüfe auch die Zuteilung spanischer Beamter zu den einzelnen Generaldirektionen der Gemeinschaft. Die 60 spanischen Europaparlamentarier könnten demnächst einen wichtigen Beitrag im Europäischen Parlament leisten.

Leider gebe es in der EG eine ganze Reihe von Gremien, die ausschließlich den früheren Kolonien von F und GB zugute kämen. Man müsse daher demnächst überlegen, was man für diejenigen Länder (vornehmlich mit spanischer oder portugiesischer Tradition) tun könne, die nicht in den Genuß des Lomé-Abkommens<sup>9</sup> oder sonstiger Vorzugsbehandlungen kommen. Es sei paradox, wenn kleine Länder wie z.B. Anguilla Präferenzen erhielten, nicht aber Kolumbien oder Venezuela. Er habe am 27. Mai in Paris gegenüber EG-Kommissar Cheyson hervorgehoben, daß er den Einsatz Frankreichs für den Nord-Süd-Dialog zu schätzen wisse; hierbei müßten aber auch die lateinamerikanischen Länder

<sup>5</sup> Felipe González Márquez.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>7</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut von Artikel 23 der Verfassung des Königreichs Spanien vom 27. Dezember 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 114.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 und der dazugehörigen Dokumente (Lomé I) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

Für den Wortlaut des zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente (Lomé II) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, II, S. 966–1088.

Für den Wortlaut des dritten AKP-EWG-Abkommens vom 8. Dezember 1984 von Lomé und der dazugehörigen Dokumente (Lomé III) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 19–164.



stärker berücksichtigt werden. Spanien wolle in dieser Frage zwar nicht gleich am Anfang seiner EG-Mitgliedschaft eine Konfrontation, trete aber bei den Beziehungen der EG zu Ländern der Dritten Welt für ein besseres Gleichgewicht ein.

3) *BM* betont, es gehe auch uns darum, daß Spanien in der Gemeinschaft seinen Platz einnehme und eine angemessene Rolle spiele. Daher habe er sich immer für eine Beteiligung an der EPZ zum frühestmöglichen Zeitpunkt eingesetzt. Das bedeute aber andererseits eine große Umstellung in den Arbeitsmethoden. Spanien treffe auf eine Gemeinschaft, die sich bereits eingespielt habe. Man müsse es hoch einschätzen, daß sich inzwischen ein großer Bestand an gemeinsamer Politik herausgebildet habe. Dies hätten z.B. die USA zu spüren bekommen, als der amerikanische Präsident im Alleingang in Europa das Embargo gegen Nicaragua<sup>10</sup> verkündet habe. Alle europäischen Außenminister<sup>11</sup> – soweit sie auf dem Weltwirtschaftsgipfel<sup>12</sup> anwesend waren – hätten übereinstimmend reagiert. Derartige Gemeinsamkeiten gebe es in vielen Bereichen.

Leider seien Fortschritte im europäischen Bereich nur sehr mühsam zu erzielen. So habe der Dooge-Ausschuß<sup>13</sup> ein gutes Papier hierzu veröffentlicht. Auch wenn man unserem ursprünglichen Vorschlag nicht gefolgt sei, besonders hochrangige Repräsentanten (z.B. einen früheren Bundespräsidenten) in den Ausschuß zu entsenden, habe StS Ruhfus als deutscher Teilnehmer die volle Unterstützung der Bundesregierung erhalten. Leider nähmen aber manche europäischen Partner das Papier der Dooge-Kommission nicht ernst genug. Nach Vorstellung der Bundesregierung müsse der Gipfel in Mailand daher zur „Stunde der Wahrheit“ werden. Man rede viel über eine spätere Regierungskonferenz. Diese könnten wir im Prinzip akzeptieren, wenn dabei die Eckwerte für die künftige politische Zusammenarbeit in Europa festgelegt werden könnten. Vor allem gehe es darum, das Europäische Parlament durch notwendige Kompetenzen zu stärken.

4) Eine andere Frage sei diejenige der Zusammensetzung der EGK. Zur Zeit gebe es nur 17 EG-Kommissare. Fast jede Regierung in Europa habe mehr Minister. Warum solle dann die europäische Regierung weniger Posten haben?

Wichtig werde auch die Art sein, wie der Entscheidungsprozeß im Ministerrat geregelt werden könne.

Das jetzt de facto herrschende Einstimmigkeitsprinzip verleite zu faulen Kompromissen. Erst durch Mehrheitsentscheidungen werde die Dynamik im europäischen Einigungsprozeß zurückgewonnen.

In diesem Zusammenhang sehe er das Thema der technologischen Zusammenarbeit als sehr wichtig an: Wenn die Europäer hierzu in Mailand eine Entscheidung treffen könnten, wäre das sehr gut. Europa muß zeigen, daß es zur Zu-

<sup>10</sup> Am 1. Mai 1985 verhängte Präsident Reagan Sanktionen über Nicaragua, die unter anderem ein totales Handelsembargo beinhalteten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 547–550.

<sup>11</sup> Giulio Andreotti (Italien), Roland Dumas (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik) und Geoffrey Howe (Großbritannien).

<sup>12</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Berichts, den der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253. Vgl. dazu auch Dok. 97.

sammenarbeit fähig ist. Hierüber berate der Bundeskanzler heute mit Präsident Mitterrand<sup>14</sup>, nicht um eine Entscheidung zu präjudizieren, sondern um mit demselben Marschgepäck loszuziehen.

5) AM *Morán* wirft ein, er habe noch keine Antwort auf seine Anregung erhalten, die Zusammenarbeit der EG mit spanisch- bzw. portugiesischsprachigen Drittländern zu intensivieren. Die spanische Regierung wolle das Thema so ansprechen, daß das Boot dabei nicht zu Bruch gehe.

BM: Dies ist eine reine Finanzierungsfrage. Noch sei der Beitrittsvertrag nicht ratifiziert. Man solle das Schiff nicht beladen, bevor es unter Dampf steht. Sonst bleibe es vielleicht im Hafen. Dies sei ein ernst gemeinter Rat.

AM *Morán* erwidert, er verstehe das gut. Spanien wolle besonders am Anfang Zurückhaltung zeigen.

6) Er, Morán, wolle jetzt noch einige Bemerkungen zur technologischen Zusammenarbeit machen, die er für besonders wichtig halte. Im spanischen AM und im Verteidigungsministerium habe man begonnen, sich mit SDI zu befassen. Es fehle aber noch die technisch-industrielle Seite. Man habe zwei Briefe von Weinberger zu dem Thema erhalten, wobei der zweite im wesentlichen die Beantwortungsfrist von 60 Tagen aufgehoben habe.<sup>15</sup> Das amerikanische Konzept sei ein Konglomerat aus politisch-ideologischen und militärisch-wissenschaftlichen Erwägungen mit möglicherweise bedeutenden Auswirkungen.

Er, Morán, sehe darin die Gefahr, daß SDI die Legitimität der Stationierung von Nuklearwaffen in Europa erschüttere. Dies habe namentlich für F und GB Folgen, weniger für Spanien als Land ohne Nuklearwaffen. Andererseits beruhe das Gleichgewicht in Europa gerade auf dem Vorhandensein von Nuklearwaffen. Spanien wolle hierzu keine Stellungnahme abgeben, die für F oder die Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptierbar sei. Daher müsse man ständig Kontakt halten.

Der technisch-militärische Aspekt von SDI sei im übrigen noch ungeklärt. Wie viele Raketen dienten noch der Verteidigung, wie viele dem Angriff? Eine überzeugende Lösung sei hier noch nicht zu erkennen. Auch hierüber müsse man sich austauschen.

7) BM erläuterte sodann Haltung der Bundesregierung zu SDI. Diese sei im Beschluß des Bundes sicherheitsrats festgelegt, der alle politischen und technologischen Aspekte berücksichtige.<sup>16</sup> Die Position bleibe offen, es gebe zur Zeit

<sup>14</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Konstanz vgl. Dok. 137.

<sup>15</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

Mit Schreiben vom 15. April 1985 teilte Weinberger Wörner mit: „Since extending an invitation to your Government to join with the United States in the Strategic Defense Initiative Research Program, I have noted that some – both in the US and elsewhere – have chosen to interpret the reference it makes to a 60-day initial response period as an ‘ultimatum’ for Allied participation. This is of course totally untrue and I regret any misunderstandings that may have arisen over this point. [...] I want to emphasize that you should not feel constrained to respond within any set period of time. Rather, we hope you will respond any time and, indeed, continually throughout the program.“ Vgl. Referat 209, Bd. 130027.

<sup>16</sup> Zu den Beratungen des Bundessicherheitsrats am 5. März 1985 über SDI vgl. Dok. 66, Anm. 10.

Vgl. dazu die Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan; BULLETIN 1985, S. 289 f.

kein Ja oder Nein. Das Problem liege darin, daß die Welt von den amerikanischen SDI-Vorschlägen überrascht worden sei. Leider habe es auch keine Konsultationen gegeben.

Für die Bundesrepublik Deutschland als Land mit großer politischer Stabilität und Zuverlässigkeit im Bündnis sei dies schmerzlich. Wir seien z. B. gerade dabei, Mittelstreckensysteme<sup>17</sup> zu stationieren. Dies habe Druck aus dem Osten hervorgerufen. Deshalb hätten wir Konsultationen begrüßt. Andererseits sei die US-Regierung selbst schwankend bei der Stationierung von MX-Raketen.<sup>18</sup> Man könne daher die Gefühle von Mitterrand verstehen.

Jetzt gehe es darum, zu untersuchen, welche Auswirkungen SDI auf die gemeinsame Strategie der Kriegsverhinderung haben könnte. Diese Strategie sei hochmoralisch und dürfe nicht in Zweifel gezogen werden. Deshalb sei es bei der NATO-Frühjahrskonferenz in Lissabon<sup>19</sup> so wichtig, diese Strategie zu bestätigen. Die Strategie der flexiblen Antwort<sup>20</sup> bleibe bis ins nächste Jahrtausend gültig, schon weil wir keine Alternative hätten. Wir dürften auch unsere Soldaten nicht verunsichern. Klarheit bei der Außen- und Sicherheitspolitik ist das A und O.

- Diese Klarheit müssen wir in Lissabon wiederherstellen.
- Wir müssen auch eine politische Strategie gegenüber dem Osten entwickeln, um unseren Vorstellungen zum Ziel zu verhelfen.

Der britische AM habe kürzlich eine Reihe von Fragen zu Weltraumwaffen aufgelistet.<sup>21</sup> Auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland seien schließlich die meisten Nuklearwaffen in der Welt stationiert. Ein System, das sich nur darauf konzentriert, diese Waffe auszuschalten, ohne weitere Änderungen bei den Kurzstreckenraketen, atomaren Gefechtsfeldwaffen oder bei Bombenflugzeugen und Cruise Missiles zu bewirken, biete uns keinen Trost. Für uns werde das Thema Atomwaffen dadurch nicht erledigt. Auch stelle sich die Frage, wie man nach Abschaffung der nuklearen Waffen eine Abschreckung mit konventionellen Waffen erreichen könne. All dies bleibe offen.

Zu unserer Beteiligung an SDI müsse man sagen, daß die Mitteilungen aus Washington widersprüchlich seien. Allerdings habe das Pentagon von Anfang

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „Mittelstrecken“.

<sup>18</sup> Zum amerikanischen MX-Programm vgl. Dok. 82, Anm. 17.

<sup>19</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>20</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

<sup>21</sup> Am 15. März 1985 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, London, der britische Außenminister Howe habe am selben Tag in einer Rede vor dem Royal United Services Institute in London zu SDI folgende Fragen aufgeworfen: „Sollte sich die Technologie als machbar und geeignet erweisen, welches sind die psychologischen Auswirkungen auf die andere Seite? Wie sind die Aussichten, daß es keinen Sieger im Rüstungswettlauf geben wird? Wenn die ballistischen Raketen obsolet werden, wie gewährleisten wir den Schutz gegen die nicht-ballistischen nuklearen Systeme? [...] Könnten wir uns mit dem neuen System am Ende in der Situation wiederfinden, daß der Weltfrieden von Computern abhängig ist? Kostenfragen: Wir werden Hunderte von Milliarden aufwenden müssen. Könnte man diese Mittel für andere Systeme besser einsetzen? Schneiden wir nicht in unsere Verteidigungsfähigkeit ein, auf die wir weiter angewiesen sind? Die Fragen der Rüstungskontrolle müssen sorgfältig betrachtet werden. Deshalb der britische Nachdruck, daß vor deployment verhandelt werden muß, damit klar wird, daß es dem Westen mit strategischer Stabilität ernst ist. Endlich muß auch geklärt werden, daß die amerikanische Nukleargarantie für Europa durch deployment gestärkt wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 500; Referat 201, Bd. 151241. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 219–228.

an die Linie vertreten, Individualverträge abzuschließen und vor allem keine finanzielle Beteiligung dritter Länder zu fordern, um ein eventuelles Mitspracherecht zu verhindern. Wir prüften die Fragen, würden auch in Kürze eine Delegation entsenden<sup>22</sup>, legten allerdings großen Wert auf eine enge Abstimmung mit unseren Partnern, besonders mit Frankreich.

Als es seinerzeit um die Stationierung der Mittelstreckenraketen ging, habe Frankreich erkannt, daß es aus strategischen Gründen mit uns und den übrigen Europäern in einem Boot sitze. Jetzt brauchten wir auch bei SDI eine gemeinsame Position.

8) Völlig getrennt von SDI sei die technologische Zusammenarbeit bei EUREKA zu sehen. Diese sei auch dann notwendig, wenn SDI nie zustande käme, damit Europa gegenüber den USA und Japan wettbewerbsfähig bleibe. Man müsse dabei zwischen der Technologiegemeinschaft (Dooge) und EUREKA unterscheiden. Erstere wolle alle Hindernisse zur technologischen Zusammenarbeit in Europa beseitigen (z. B. durch Vereinheitlichung technischer Normen oder der nationalen Ausschreibungspraxis und Auftragsvergabe); EUREKA gehe weiter. Man wolle nicht nur Chancen schaffen, sondern diese auch nutzen. Beide Entwicklungen seien von großer Bedeutung.

Wir seien uns mit F einig, daß die Beteiligung an EUREKA nicht eine Teilnahme an SDI ausschließen dürfe. Man müsse aber im europäischen Bereich nach Lösungen suchen und auch eine gemeinsame Position zu SDI für Europa finden.

Die Formulierung des Kommuniqués bei der NATO-Frühjahrstagung in Lissabon werde aus diesem Grunde keine einfache Aufgabe sein.<sup>23</sup> Wir müßten verhindern, daß zu der bisherigen Praxis ständiger griechischer und dänischer Vorbehalte nunmehr auch noch ein Vorbehalt Frankreichs trete. Sonst verliere die NATO ihre Glaubwürdigkeit. Eine gemeinsame Position von D und F habe für uns hohen Stellenwert. Das Thema SDI werde in Lissabon eine große Rolle spielen. Ein Schweigen hierzu würde von der europäischen Öffentlichkeit nicht verstanden werden.

Insgesamt sei die europäische Reaktion auf EUREKA inzwischen positiver: Selbst GB habe sich mit mehr Wärme geäußert, I sei offen, NL und B träten dem Gedanken näher.

9) AM *Morán* versicherte, trotz der bekannten spanischen Zurückhaltung in NATO-Fragen werde Spanien sich in Lissabon bemühen, etwa durch eine ergänzende Erklärung zum Schlußkommuniqué, die Haltung von D und F gegenüber SDI zu stärken. Spanien wolle seine Freunde in Europa unterstützen.

<sup>22</sup> Am 11./12. Juni 1985 besuchte eine SDI-Expertendelegation unter Leitung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, die USA. Referat 431 vermerkte am 29. Mai 1985: „SDI-AG unter MD Teltschik hat am 29.5. beschlossen, Besuch einer Beamtendelegation für Mitte Juni vorzuschlagen, der näheren Aufschluß über etwaige Rahmenbedingungen (Ebene der Forschungskoooperation, Kooperationsform, US-Restriktionen, Zweibahnstraße, Schutz und Verwertungsrechte) geben soll, aber auch politische Probleme behandeln könnte. Falls Gespräche befriedigend verlaufen, könnte für Ende August/Anfang September gemischte Delegation zur Klärung der technologischen Aspekte vorgesehen werden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151243.

<sup>23</sup> Zu den Verhandlungen über das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 135, Anm. 17.

Das Thema Technologie habe für Spanien große Bedeutung. Man verfüge über begrenzte Forschungskapazitäten auf den Gebieten der Kybernetik und der Kommunikationstechnik. Spanien stehe im Vorfeld einer technologischen Revolution und bemühe sich, dieses Momentum zu bewahren. Vor allem müsse die Abwanderung von Wissenschaftlern verhindert werden. Technologische Zusammenarbeit sei lebenswichtig. Daher sei man gegenüber EUREKA grundsätzlich positiv eingestellt. Ebenso wie D und F wolle Spanien sich nicht auf die Rolle eines Zulieferers beschränken, ohne die eigene Forschung weiterzuentwickeln.

So seien in den letzten Jahren z. B. 90 Prozent aller Physiologen in die USA abgewandert. Sie fehlten jetzt in den medizinischen Fakultäten. Ähnliches sei in der Physik und namentlich bei der Forschung über feste Brennstoffe zu befürchten.

Für Spanien stelle sich das Problem, in welchem Forum man an SDI bzw. EUREKA teilnehmen könne. Man strebe jedenfalls eine Beteiligung an Forschungsprojekten im europäischen Bereich (in der EG) an. Dies könne im Falle Spaniens durch Kooperation mit zwei oder drei führenden westlichen Ländern – etwa D, F, GB – geschehen, sobald man sich grundsätzlich über die Art der Mitwirkung geeinigt habe. Leider könnten freie Länder die Abwanderung von Forschern nicht verhindern, sie könnten aber durch eigene Forschungsprojekte die Forschungsbedingungen attraktiver gestalten.

Abschließend wolle er noch die Bitte aussprechen, dem spanischen Forschungsminister<sup>24</sup> als Beobachter die Teilnahme an der Konferenz der europäischen Forschungsminister in Luxemburg am 4. Juni 85<sup>25</sup> zu ermöglichen. Er werde dies gegenüber italienischem Vorsitz (AM Andreotti) beantragen.

BM sicherte hierfür seine Unterstützung zu.

**Referat 203, Bd. 151000**

<sup>24</sup> José María Maravall Herrero.

<sup>25</sup> Die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Forschung zuständigen Minister fand am 4. Juni 1985 in Luxemburg statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 82 f.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramírez

331-321.10 NIC

28. Mai 1985<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister empfing den Vizepräsidenten Nicaraguas, Sergio Ramírez Mercado, auf dessen Wunsch am 28. Mai 1985 zu einem fast einstündigen Gespräch.<sup>2</sup> Bei der Unterredung waren anwesend: Vizeaußenministerin Nora Astorga, Botschafter Incer Moraga, Dg 33<sup>3</sup>, RL 331<sup>4</sup>, RL 013<sup>5</sup>, VLR Horstmann und als Dolmetscherin Frau LR Lehnhardt.

BM verwies auf die vielen Gespräche mit Vertretern Nicaraguas, so zuletzt mit Präsident Ortega in Brasilia.<sup>6</sup> Nach diesem Dialog seien wir um so erstaunter über die jüngsten Erklärungen von Ortega<sup>7</sup> und Ramírez<sup>8</sup> gewesen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland und ihre führenden Vertreter verleumdet wurden. Diese Erklärungen würfen einen dunklen Schatten auf das bilaterale Verhältnis und stellten eine schwere Belastung dar. Es stelle sich die Frage, ob Nicaragua einen Kurs der Feindschaft oder, wie wir, der Verständigung einschlagen wolle. Das deutsche Volk lasse sich und seine höchsten Repräsentanten nicht beleidigen. Die völlig inakzeptablen Behauptungen müßten in aller Klar-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Kullak-Ublick am 28. Mai 1985 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung“ über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Meyer-Landrut am 29. Mai 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 30. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Haas und Kullak-Ublick an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Richter verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte auch ChBk berücksichtigen.“

Hat Genscher am 1. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Richter am 4. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der nicaraguanische Vizepräsident Ramírez hielt sich am 27./28. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Horst Kullak-Ublick.

<sup>4</sup> Wilfried Richter.

<sup>5</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ortega am 15. März 1985 vgl. Dok. 64.

<sup>7</sup> Am 10. Mai 1985 teilte Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, zum Besuch des Präsidenten Ortega vom 9. bis 11. Mai 1985 in der DDR mit: „Äußerst scharf kritisierte Ortega heute (10.5.) auf einer Pressekonferenz die Regierung in Bonn und Washington. Im Zusammenhang mit dem US-Embargo bezeichnete er die Bundesrepublik als ‚Komplize‘ der USA. Bonn habe dem Druck der USA nachgegeben, der darauf abziele, Nicaragua zu isolieren. Ortega räumte aber ein, er erachte es als positiv, daß sich Bonn gegen das Embargo ausgesprochen habe. Ausfallend geriet Ortegas Kritik an Präsident Reagan, den er mit Hitler verglich und ihm vorwarf, aus Nicaragua ein Konzentrationslager machen zu wollen. Washingtons Regierung wolle sein Volk auslöschen, bemerkte Ortega.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 629; Referat 331, Bd. 136368.

<sup>8</sup> Botschafter Heubaum, Managua, berichtete am 9. Mai 1985: „Bei offizieller Veranstaltung nic[araguanischer] Regierung zum ‚40. Jahrestag der Niederlage des Faschismus‘ hielt nic. Vizepräsident Sergio Ramírez vor Regierungsvertretern und Dipl[omatischem] Corps Rede, in der er ‚Neue Rechte in USA als Erben der Träume der Faschisten zur Ausrottung und Unterwerfung der Völker‘ bezeichnete. In Rede [...] kennzeichnete Ramírez Faschismus als ‚Mißgeburt des Kapitalismus‘ und meinte, es sei kein reiner Zufall, daß Reagan 40 Jahre nach Ausrottung dieser Mißgeburt ‚den Gestapo-Offizieren auf dem Friedhof von Bitburg‘ seine Reverenz erwiesen habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Referat 331, Bd. 136368.

heit zurückgewiesen werden.<sup>9</sup> Unsere Enttäuschung sei um so größer, als gerade die Bundesregierung die Initiative zur Zusammenarbeit zwischen EG und Zentralamerika, einschließlich Nicaraguas, ergriffen habe.

VP Ramírez betonte das Interesse Nicaraguas an guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Die Äußerungen Ortegas müßten im Zusammenhang mit harten und ungerechten Erklärungen von Vertretern der CDU/CSU gesehen werden, über seine eigenen Äußerungen lägen uns „Fehlinformationen“ vor. Nicaragua begrüße die Haltung der Bundesregierung zu Contadora<sup>10</sup>, zu San José II<sup>11</sup> und zum US-Embargo<sup>12</sup>.

BM entgegnete, angesichts dieser Bewertung unserer Politik seien die Erklärungen von Ortega und Ramírez um so unverständlicher. Ramírez stehe mit seinem Hinweis auf angebliche Reverenz vor „Gestapo-Gräbern“ in Bitburg<sup>13</sup> weltweit allein da. Zurückhaltend ausgedrückt sei dies unrichtig, nicht ein einziger Gestapo-Offizier sei dort begraben.

Ramírez wiederholte, Ortegas Erklärungen müßten in ihrem „unglücklichen Zusammenhang mit der bestehenden verbalen Konfrontation“ gesehen werden. Nicaragua habe ein Interesse an guten Beziehungen zu uns. Seine Äußerung zu Bitburg sei nicht gegen die Bundesregierung gerichtet und gebe auch nicht die Haltung seiner eigenen Regierung wieder. Sie füge sich ein in die weltweite Kritik an dem Besuch in Bitburg.

BM wiederholte, daß die Erklärung zu Bitburg, mit der Ramírez völlig allein stehe, nicht akzeptiert werden könne. Zur erwähnten verbalen Konfrontation sei anzumerken, daß es auf die Personen ankomme. Im Gegensatz zu Nicaragua gebe es bei uns keine entsprechenden Erklärungen etwa des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers oder eines anderen Mitglieds der Regierung.

<sup>9</sup> Am 20. Mai 1985 notierte Ministerialdirektor Haas zur Besuchsabsicht des nicaraguanischen Vizepräsidenten Ramírez: „Der nicaraguanische Präsident Ortega hat am 10. Mai 1985 in Ost-Berlin die Bundesregierung und insbesondere den Bundeskanzler in verleumderischer Weise angegriffen. Der nicaraguanische Botschafter ist daraufhin ins Auswärtige Amt einbestellt worden, wo ihm Dg 33 am 15. Mai 1985 das Befremden der Bundesregierung ausdrückte [...]. Wie Botschaft in Managua am 19. Mai 1985 [...] berichtet, ist die nicaraguanische Regierung auf keinen der von uns beanstandeten Punkte eingegangen. Diese Stellungnahme ist für uns nicht zufriedenstellend. Die nicaraguanische Regierung meint offenbar, auch ohne offizielle Richtigstellung der Äußerungen des Präsidenten noch Besuchstermine beim Bundeskanzler eingeräumt zu bekommen, um dann im bilateralen Gespräch Probleme aus der Welt zu schaffen. [...] Unter den gegebenen Umständen erscheint es gegenwärtig nicht angezeigt, daß der Bundeskanzler oder der Bundesminister des Auswärtigen den nicaraguanischen Vizepräsidenten empfangen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136368.

Zu dem von Haas mit Aufzeichnung vom 22. Mai 1985 vorgelegten Vorschlag, daß Ramírez nur durch einen der Staatsminister im Auswärtigen Amt empfangen werden sollte, da eine Wahrnehmung des Besuchs durch Bundesminister Genscher „als Entsolidarisierung zwischen ‚CDU-Kanzler‘ (der gestrost beleidigt werden kann) und ‚FDP-Außenminister‘ ausgelegt werden könnte“, vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „BM hat entschieden, R[amírez] zu sehen und ihm den Kopf zu waschen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136368.

<sup>10</sup> Zu den Friedensbemühungen im Rahmen der Contadora-Initiative vgl. Dok. 33, Anm. 14.

<sup>11</sup> In San José fand am 28./29. September 1984 die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern mittelamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

Zum Werben des Bundesministers Genscher für eine Folgekonferenz vgl. Dok. 64, Anm. 7.

<sup>12</sup> Am 1. Mai 1985 verhängte Präsident Reagan Sanktionen über Nicaragua, die unter anderem ein totales Handelsembargo beinhalteten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 547–550.

<sup>13</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

BM: „Ich bitte Sie, Wege zu finden, das aus der Welt zu schaffen. Das steht zwischen uns.“ BM betont anschließend, daß er sich nicht nur für Dialog, sondern auch für Zusammenarbeit mit Nicaragua eingesetzt habe. Unsere Zentralamerika-Friedensinitiative zielt auf ein friedliches Miteinander der Staaten der Region – wir würden in unserer Politik Nicaragua nicht ausgrenzen; gerade deshalb benötigten wir „gesunde“ Beziehungen.

Ramírez versicherte erneut, Nicaragua wolle künftig jegliche Konfrontation mit uns vermeiden. Er könne auf abträgliche Äußerungen von BM Warnke verweisen, wolle aber nicht in Einzelheiten gehen. Dieses Gespräch sei Beweis für die guten Absichten seiner Regierung.

BM fragte nach dem Stand der Contadora-Verhandlungen.

Ramírez verwies auf Fortschritte beim letzten Treffen in Panama zum Thema Verifizierung und Kontrolle. Die Außenminister der Contadora-Staaten würden im Juni erneut zusammentreffen.<sup>14</sup> Contadora habe bisher einen Konflikt verhindern können. Nicaragua akzeptiere weiterhin die Contadora-Akte vom 7. September 1984<sup>15</sup> und setze sich für eine wirkliche Demilitarisierung in Zentralamerika ein. Dem widersetzten sich leider die USA. Nicaragua wünsche die Fortsetzung der Verhandlungen mit den USA in Manzanillo.<sup>16</sup> Shultz habe Gratz in Wien<sup>17</sup> erklärt, die USA seien hierzu bereit. Dies sei ein positives Signal. Nicaragua habe ein Treffen für Mitte Juni vorgeschlagen. Die Bundesregierung möge sich in Washington hierfür einsetzen.

BM verwies darauf, daß wir uns stets für Verhandlungen zur Lösung von Konflikten eingesetzt haben. Die Ergebnisse der jüngsten Troika-Reise nach Lateinamerika habe uns ermutigt.<sup>18</sup> Ramírez solle sich gegenüber der Presse ähnlich wie soeben im Gespräch positiv zur Politik der Bundesregierung äußern. Wir seien an der Fortsetzung des kritischen Dialogs interessiert; wir hofften allerdings, daß es nicht wieder zu ungerechtfertigten Angriffen auf uns kommen werde. Das Gespräch könne am Rande der VN-GV mit AM d'Escoto fortgesetzt werden.<sup>19</sup>

<sup>14</sup> Die Konferenz der Außenminister der Staaten der Contadora-Gruppe fand am 21./22. Juli 1985 in Panama-Stadt statt.

<sup>15</sup> Zur Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika (Contadora-Akte) in der Fassung vom 7. September 1984 vgl. Dok. 12, Anm. 18.

<sup>16</sup> Zu den amerikanisch-nicaraguanischen Gesprächen in Manzanillo vgl. Dok. 33, Anm. 10.

<sup>17</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich anlässlich der Feiern zum 30. Jahrestag des Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich in Wien auf.

<sup>18</sup> Zur Lateinamerika-Reise einer EPZ-Delegation („Troika-Mission“) vom 20. April bis 11. Mai 1985 vgl. Dok. 112, Anm. 8.

<sup>19</sup> Bundesminister Genscher traf am Rande der VN-Generalversammlung mit den Außenministern der Staaten der Contadora-Gruppe sowie mittelamerikanischen Länder zusammen. Ministerialdirigent Kullak-Ublick, z. Z. New York, resümierte am 24. September 1985 die Ausführungen des nicaraguanischen Außenministers d'Escoto: „AM-Nic[araguas] stellte bei der Z[entral]A[merika]-Initiative der EG vor allem die politische Bedeutung für die Einheit und Frieden in der Region heraus. Contadora bekenne sich zum Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen Volkes und plädiere für uneingeschränkte Respektierung. Als Sprecher Nic. müsse er aber auch in aller Offenheit das Grundproblem der ZA-Krise ansprechen. Es liege am mangelnden Willen der US-Regierung die sandinistische Revolution anzuerkennen und in ihrem Bemühen, diese Revolution wieder rückgängig zu machen. Sie bediene sich der Bruderländer Nic. zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und erhöhe die Spannungen in der Region. Nic. sehe in der EG und der Lima-Gruppe eine Balance zur US-Politik.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 230, Bd. 142184.



VP *Ramírez* versicherte, er werde vor der Presse darauf verweisen, daß es ein positives Gespräch gewesen sei, bei dem sich die Bundesregierung für einen Erfolg der Contadora-Verhandlungen und die Wiederaufnahme der Gespräche in Manzanillo ausgesprochen habe. Er werde erklären, daß das Gespräch die Perspektive für eine Verständigung eröffnet habe.<sup>20</sup>

**Referat 331, Bd. 136368**

## 140

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ministerpräsidenten der kambodschanischen Exilregierung, Son Sann

**340-321.36 Son Sann/KAB**

**29. Mai 1985<sup>1</sup>**

*BM* gibt seiner Freude Ausdruck, daß Besucher auf Europareise<sup>2</sup> auch Bundesrepublik Deutschland aufsucht und uns seine Einschätzung der Situation – auch in Kambodscha<sup>3</sup> – mitzuteilen bereit ist.

*Son Sann* bedankt sich zunächst im Namen der Koalitionsregierung<sup>4</sup> und im Namen des kambodschanischen Volkes für die Unterstützung, welche Bundes-

<sup>20</sup> Am 29. Mai 1985 referierte Botschafter Heubaum, Managua: „Barricada‘ machte heute (29.5.) auf erster Seite mit eigenem Bericht aus Bonn über Treffen *Ramírez* beim BM mit Überschrift auf: ‚Positives Treffen Sergio – Genscher: Bundesrepublik steht hinter Contadora und unterstützt nicht US-Blockade‘. *Ramírez* habe nach Gespräch mit BM erklärt, es sei neues Klima geschaffen worden, welches er (*Ramírez*) als positiv für die Beziehungen zwischen beiden Ländern einschätze. Beide Seiten hätten Klima der verbalen Konfrontation zwischen den beiden Regierungen bedauert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Referat 311, Bd. 136368.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 30. Mai 1985 gefertigt und „mit der Bitte um Genehmigung“ über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet.  
Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 31. Mai 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Pfetten-Arnach verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann vorbehaltlich der Genehmigung durch BM verteilt werden.“

<sup>2</sup> Der Ministerpräsident der kambodschanischen Exilregierung, Son Sann, hielt sich vom 26. bis 30. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea“ ausgerufen. Die Truppen der gestürzten Regierung der Roten Khmer gingen zum Partisanenkampf über. Weitere Widerstandsgruppen unterschiedlicher politischer Ausrichtung nahmen in der Folge ebenfalls den Kampf gegen die vietnamesischen Streitkräfte auf. Ministerialdirigent Sulimma notierte am 7. Mai 1985: „Die Kambodscha-Frage ist gegenwärtig von neuen Entwicklungen gekennzeichnet: Neue Situation des Widerstandes durch Verlust aller Grenzlager, Durchbrechung der bisherigen diplomatischen Isolierung Vietnams (durch Hanoi-Reisen des VN-GS, indonesischen AM und australischen AM sowie Vietnambesuch des indonesischen Verteidigungsministers), neue Flüchtlingswelle von 250 000 Khmer nach Thailand.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137116.

<sup>4</sup> Am 20. Mai 1985 resümierte Referat 340: „Die Koalitionsregierung des ‚Demokratischen Kampuchea‘ ist der am 22.6.1982 in der Form einer Koalitionsregierung erfolgte Zusammenschluß des in Kam-

regierung und deutsches Volk gewährt haben. Er kommt sodann auf die große vietnamesische Offensive gegen den Widerstand, deren erstes Ziel die KPNLF-Lager gewesen seien und in deren Verlauf nacheinander alle Stützpunkte der Koalitionspartner angegriffen wurden, zu sprechen. Seit dem 18. November 1984 griffen die Vietnamesen in immer neuen Wellen an. Noch im vergangenen Jahr sei der vietnamesische Vorstoß gegen das KPNLF-Hauptlager Ampil erfolglos verlaufen. In diesem Jahr seien die vietnamesischen Streitkräfte mit verstärkter sowjetischer Hilfe in vierfacher Stärke angetreten und hätten am 7.2.1985 Ampil überrannt. Sie hätten pro Tag bis zu 12000 schwere Artilleriegeschosse auf das Lager abgefeuert. Für seine Offensive hätte Vietnam zwar nicht seine Elitetruppen von der vietnamesisch-chinesischen Grenze abgezogen, wohl aber einen Teil seiner Truppen aus Laos und Südvietnam zusammengezogen, um sie gegen Widerstand einzusetzen. Man müsse sich die Frage stellen, warum diese Offensive mit so großer Intensität geführt wurde. Offensichtlich bestand der Plan, den Widerstand endgültig zu brechen, dessen Niederschlagung in den letzten sechs Jahren nicht gelungen sei. Dieses Ziel haben die Vietnamesen nicht erreichen können. Der Widerstand habe nur geringe Verluste erlitten, die Truppen seien intakt geblieben. Im Bereich der KPNLF-Lager seien etwa 150000 Zivilisten erfolgreich an vorbereitete Stellen evakuiert worden und schließlich – als das Artilleriefeuer näherrückte – auf thailändisches Gebiet übergetreten.

An dieser Stelle fragte *BM*, ob die Nachricht zutreffe, daß die thailändische Regierung sie zurückzuschicken beabsichtige.

Der *Gast* bestätigte dies. Es habe Äußerungen des Mitglieds des thailändischen Sicherheitsrats, Herrn Prasong Soonsiri, gegeben, die darauf hindeuteten. Thailand trage mit den Flüchtlingen eine schwere Last. Allerdings müsse man eine Unterscheidung treffen zwischen zwei Kategorien von Flüchtlingen: solchen, die geflüchtet seien, um im Ausland aufgenommen zu werden (z. B. in Frankreich und den USA), und der anderen Gruppe, die aus der Zivilbevölkerung aus dem Grenzgebiet bestehe, die wieder auf kambodschanisches Gebiet zurückkehren wollte und die man deshalb nur als „displaced persons“ bezeichnen könne.

Die KPNLF beabsichtige nicht, mit ihren Streitkräften in die ehemaligen und inzwischen zerstörten Lager zurückzukehren. Diese hätten ihren Zweck erfüllt. Sie sollten zeigen, daß die Widerstandskoalition auf der Karte sichtbar erschienen sei sowie daß sie eine eigene Verwaltung und Organisation aufzubauen imstande war.

Statt dessen wolle man in Zukunft die Soldaten dazu ausbilden, als Einzel- und Guerillakämpfer in die Tiefe des eigenen Staatsgebiets einzudringen und dem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 729*

bodscha gegen die vietnamesische Besatzungsmacht und das von Vietnam eingesetzte Marionettenregime Heng Samrin operierenden Widerstands. Die Koalitionsregierung des DK setzt sich aus drei Gruppierungen zusammen: zwei nichtkommunistischen Fraktionen sowie den Roten Khmer. Die beiden nichtkommunistischen Fraktionen werden zum einen von dem in der Bevölkerung noch sehr beliebten ehemaligen kambodschanischen Staatsoberhaupt Prinz Sihanouk geführt, zum anderen von dem pro-westlichen Politiker Son Sann. Sihanouk ist Präsident, Son Sann PM des DK. Die Roten Khmer sind mit Khieu Samphan als Vizepräsident und Außenminister an der Koalitionsregierung beteiligt. [...] Die Bundesregierung, die seit 1969 keine diplomatischen Beziehungen mit Kambodscha unterhält, hat den Zusammenschluß der Widerstandskoalition begrüßt. Eine Anerkennung kommt jedoch aus politischen Gründen wegen der Beteiligung der diskreditierten Roten Khmer nicht in Betracht.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137116.

Gegner dort Verluste zuzufügen. Gehe man davon aus, daß es etwa 40 000 Soldaten der Koalition gebe, so könnten davon ca. 30 000 – unterteilt in Kommandoeinheiten zu zehn Mann – sich über das gesamte Staatsgebiet verteilen und dort die Vietnamesen empfindlich stören. Einige Guerillaeinheiten operierten bereits heute in der Gegend von Phnom Penh. Allerdings müsse er zugeben, daß diese nicht der KPNLF angehören. Die KPNLF habe insofern einen Rückstand. Die Roten Khmer seien besser ausgerüstet und erhielten von China mehr Unterstützung. Jedoch sei beabsichtigt, daß die KPNLF mit den Roten Khmer in Wettbewerb trete. Seit April 1985 hätten KPNLF-Kräfte 200 Operationen in Kambodscha durchgeführt, dabei sei es zu 120 militärischen Zusammenstößen gekommen. Die Operationen erstreckten sich bis in den Raum von Battambang und bis zum Tonle Sap See. Verfügte man über bessere internationale Unterstützung, so wäre auch die KPNLF in der Lage, bis in die Region von Phnom Penh vorzudringen. Allerdings habe man bisher noch zu wenig Zeit gehabt, die eigenen Streitkräfte zu Guerilla-Trupps zu reorganisieren und auszubilden. Auch habe man keine ausreichenden finanziellen Mittel und zu wenig Munition. Die Kämpfer müßten ihre Reirationen auf den Rücken tragen, anstatt ihre Nahrungsmittel im Lande mit Geld bezahlen zu können. Dies verkürze ihre Einsatzdauer.

Son Sann führte aus, er sei seit dem Beginn der Trockenzeitoffensive im Lande und bei seinen Landsleuten geblieben. Im April 1985 sei er allerdings wegen der dortigen Kongreßdebatte um die Gewährung von Finanzhilfe an den Widerstand in die USA gereist. Er habe dort vor allem dem Kongreßabgeordneten Solarz helfen wollen. Dies habe nunmehr zur Bewilligung von 5 Mio. US-Dollar geführt. Seither reise er, um möglichst viele VN-Mitglieder zu ermutigen, auch in Zukunft ihre Stimmen für die VN-Resolutionen zu Kambodscha<sup>5</sup> zu geben. Er selbst bitte uns um drei Dinge:

- Die Bundesrepublik Deutschland möge auf ihre europäischen Freunde und andere Staaten einwirken, bei den VN-Entschlüssen zu Kambodscha wie bisher dafür zu stimmen. Vietnam behaupte, der Widerstand sei erledigt und abgeschrieben. Gegen diesen falschen Eindruck müsse man kämpfen.

Der *BM* erklärte an dieser Stelle, wir würden ganz unbeirrt auf dem bisherigen Wege weiter fortschreiten.

- *Son Sann* bat sodann darum, Vietnam auch in Zukunft wirtschaftliche Hilfe abzuschlagen und den Druck auf Vietnam in Richtung auf eine politische Lösung fortzusetzen.

Der *BM* sagte, daß wir auch in diesem Fall geradlinig unsere bisherige Haltung fortsetzen würden.<sup>6</sup>

- Als dritte Bitte brachte *Son Sann* vor, daß es seiner Bewegung möglich werden müsse, mit den Roten Khmer in Wettbewerb zu treten. Diese erhalten von anderer Seite ausreichende Hilfe. Nur wenn auch die KPNLF stark werde,

<sup>5</sup> Zur Behandlung des Kambodscha-Konflikts in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 109, Anm. 29.

<sup>6</sup> Im „Politischen Halbjahresbericht“ vom 30. September 1985 führte Botschafter Ahrens, Hanoi, aus: „Die deutsch-vietnamesischen Beziehungen waren auf politischem Gebiet kaum existent und auf wirtschaftlichem Gebiet unerheblich. Die Kontakte bei Kultur und Medien verstärkten sich jedoch, auch wurde das Problem der deutschen Botschafterresidenz endlich energisch angegriffen, so daß sich insgesamt eine bescheidene Klimaverbesserung ergab.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137392.

könne man die Vietnamesen vertreiben. Ihm sei bekannt, daß wir Militärhilfe nicht leisten könnten. Dagegen wäre eine finanzielle Hilfe zum Kauf von Reis und Medikamenten sehr erwünscht, um im Inneren von Kambodscha helfen zu können.<sup>7</sup> Dies könnten die Roten Khmer nicht, da ihnen die Bevölkerung abgeneigt sei. Die Bevölkerung leide aber große Not, ebenfalls gebe es viel Malaria.

Der *BM* erklärte hierauf, daß es uns sicherlich möglich sei, Sachleistungen fortzusetzen. Eine finanzielle Hilfe werfe Probleme auf. Wir würden aber Anstrengungen machen, weiterhin behilflich zu sein. Er empfahl, wegen der konkreten Fragen mit den zuständigen Beamten des Auswärtigen Amts weitere Gespräche zu führen. Der *BM* erklärte abschließend, er folge den Vorgängen in Kambodscha und an der thailändischen Grenze mit großem Interesse. Er werde sich in einem Monat kurz in Thailand aufhalten<sup>8</sup> und vielleicht Gelegenheit haben, das Gespräch dort *sur place* fortzusetzen.

Herr *Son Sann* bedankte sich für die Anteilnahme des *BM* im Namen der Koalition, für die er spreche.

**Referat 342, Bd. 137116**

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat Kruse stellte am 21. Mai 1985 zur humanitären Hilfe an den „nichtkommunistischen kambodschanischen Widerstand“ fest: „Barleistungen, die den im Landesinnern operierenden Guerillas zum Kauf von Nahrung von der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden, fallen nicht mehr unter die Zweckbestimmung der humanitären Hilfe. Selbst wenn sie nicht für den bewaffneten Kampf eingesetzt werden, wäre eine Verwendung als humanitäre Hilfe völlig unüberprüfbar. Allenfalls käme die Lieferung von Medikamenten, medizinischen Bedarfsartikeln, Gütern des ersten Lebensbedarfes für die Opfer dieses Konflikts infrage.“ In der dem Vorgang beigefügten undatierten Anlage teilte Referat 301 mit: „1983 sind Hilfsgüter im Wert von etwa 150 000 DM, 1984 im Wert von 260 000 DM unmittelbar in die Lager der KPNLF geliefert worden. Die Bundesregierung wird – wie auch in den letzten Jahren – sowohl über U[nited]N[ations]B[order]R[elief]O[peration] und IKRK, aber auch über private Hilfsorganisationen und durch direkte Hilfe sich bemühen, das Los der Kambodschaner zu erleichtern.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137116.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 1. bis 3. Juli 1985 in Thailand vgl. Dok. 180.

## 141

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl****201-363.11-898/85 VS-vertraulich****29. Mai 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Frühjahrstagung der NATO-Verteidigungsminister (DPC-Ministertagung) am 22.5.1985 in Brüssel

Anlg.: Kommuniké<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Unterrichtung über Verlauf und Ergebnis der Konferenz

**I. Kurzfassung**

Am 22.5.1985 trafen sich die NATO-Verteidigungsminister in Brüssel zu ihrer diesjährigen Frühjahrssitzung im Rahmen des Defense Planning Committee (DPC). Die ursprünglich auf zwei Tage angesetzte Konferenz verlief nach gründlicher, teilweise jedoch schwieriger Abstimmung in der Vorbereitungsphase unkontrovers und konnte so bereits nach einem Tag abgeschlossen werden.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die zur Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit (CDI) der Bündnispartner erforderlichen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Dokumente beraten und verabschiedet.

Kontroverse Themen wie SDI und CW (Chemische Waffen) wurden angesprochen<sup>5</sup>, jedoch nicht zur Abstimmung gestellt. Das einvernehmlich beschlossene Kommuniké (formaler Vorbehalt durch Spanien) spiegelt die Einmütigkeit

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stackelberg konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 3. Juni und erneut am 4. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Stackelberg am 5. Juni 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.

Hat Bertram am 7. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 31. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 4. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für den Wortlaut des Kommunikés der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22. Mai 1985 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 140–144.

Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 384–386.

<sup>5</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), resümierte am 22. Mai 1985 Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vom selben Tag: „Anschließend erwähnte er kurz den Bereich der chemischen Kriegführung. Er erinnerte an die wachsende sowjetische Bedrohung auf diesem Gebiet, wobei er anerkannte, daß das Thema vor allem in der Öffentlichkeit von Emotionen belastet sei. Dabei verwies er auf moderne binäre Kampfmittel, die vor allem sicherer seien. Schließlich sei es klüger, diese modernen Kampfmittel einzuführen, als die veralteten und gefährlichen zu behalten. Es wäre erforderlich, das Problem der chemischen Kampfführung, wenngleich es keine rechte Thematik für C[onventional]D[efense]I[mprovements] oder NPG sei, im Auge zu behalten, schon um der Sowjetunion deutlich zu machen, daß ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet nicht ohne westliche Reaktion bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 940; VS-Bd. 12020 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

des Konferenzverlaufs wider. Allen für uns wichtigen Gesichtspunkten wurde im Kommuniqué und den Beschlußfassungen ausreichend Geltung verschafft.

## II. Die wichtigsten Ergebnisse

### 1) Stärkung der konventionellen Verteidigung

Als erster Tagesordnungspunkt stand der Bericht von GS und DPC (in ständiger Sitzung) zu den „Conventional Defense Improvements (CDI)“ an. Der Bericht gibt auf der Grundlage hauptsächlicher Schwachstellen des Bündnisses Empfehlungen für die Stärkung der konventionellen Verteidigung, die ihren Niederschlag in den Streitkräftezielen für 1987–92 finden sollen. Er fordert die Bündnispartner zu verstärkten Anstrengungen (special efforts) bei der Umsetzung der Empfehlungen auf. Er bildet das zentrale Dokument der von BM Wörner im Herbst 1984 eingeführten Initiative.<sup>6</sup> Er wurde von den Ministern als besonders wichtiger Beitrag gewürdigt und fand allgemeine Zustimmung.

### 2) Conceptual Military Framework (CMF)

Das CMF, das den militärischen Beitrag zur Ministerrichtlinie (MG) bildet, listet ohne klare Prioritätensetzung Schwerpunkte (Key Mission Components) für die Arbeiten zur Stärkung der konventionellen Verteidigung auf. Für uns ist das CMF-Papier deshalb problematisch, weil es – zumindest optisch – die von den USA favorisierte Bekämpfung der zweiten Staffel gegnerischer Streitkräfte (FOFA<sup>7</sup>) an zweiter Stelle hinter dem Kampf gegen die erste Staffel aufführt. Wir wollen an unserer Prioritätenreihenfolge (Kampf gegen die erste Staffel, Luftverteidigung, Bekämpfung der Luftstreitkräfte des Angreifers am Boden) festhalten, die FOFA nicht ausschließt, aber auf einen nachrangigen Platz verweist. Sonderprogramme, die in der Bundeswehrplanung nicht untergebracht werden können, müssen vermieden werden.

Entsprechend dem von deutscher Delegation vorgeschlagenen Verfahren nahmen die Minister nur zur Kenntnis, daß das CMF und Folgedokumente als Basis für die Langzeitplanung der Allianz dienen sollen. Das DPC – auf der Ebene der Ständigen Vertreter – wurde beauftragt, das Papier politisch zu werten und substantiell weiterzuentwickeln. Es soll den NATO-Ministern auf ihrer Herbstkonferenz<sup>8</sup> erneut vorgelegt werden.

In der Aussprache unterstrich BM Wörner die Bedeutung, die wir den Arbeiten des Militärausschusses zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung beimessen. Er wies auf die im Rahmen der Bundeswehrplanung bisher schon erreichten Fortschritte, insbesondere die Verlängerung der Wehrdienstzeit von 15 auf 18 Monate<sup>9</sup>, hin. Er betonte, daß weitere Anstrengungen erforderlich seien, Sonderprogramme jedoch nicht in Frage kämen.

Damit ist es zunächst gelungen, eine vorzeitige und in ihren Ausmaßen nicht absehbare Festlegung auf FOFA im Rahmen der gegenwärtigen Verteidigungsplanung zu vermeiden.

<sup>6</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1984 in Brüssel vgl. AAPD 1984, II, Dok. 329.

<sup>7</sup> Follow-on Forces Attack.

<sup>8</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 3. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 329.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

### 3) Ministerrichtlinie 1985 (MG)

Die Ministerrichtlinie, die im Zweijahresturnus erstellt wird und Empfehlungen für die bündnisgemeinsamen Verteidigungsplanungen enthält, wurde verabschiedet.<sup>10</sup> Sie steht in engem Zusammenhang mit den Maßnahmen für die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit und übernimmt – teilweise wörtlich – Passagen aus den hierzu bei der NATO erstellten Grundlagenpapieren. Sie erwähnt aber auch die Notwendigkeit zur Verbesserung der Nuklearstreitkräfte und betont damit die Fortgeltung der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion<sup>11</sup>.

### 4) Bewertung der Verteidigungsanstrengungen

Es wurde beschlossen, wirkungsvollere Bewertungsmaßstäbe für das Ergebnis der Verteidigungsanstrengungen zu entwickeln (output measurement). Den Hintergrund bilden die Bemühungen der europäischen Bündnispartner, bei der Beurteilung ihrer Verteidigungsanstrengungen neben den Haushaltsaufwendungen (input) auch andere Kriterien heranzuziehen. Es sollen insbesondere die durch einen effektiven Einsatz der vorhandenen Mittel erzielten Verbesserungen gewürdigt werden. Am Drei-Prozent-Ziel jährlicher Zuwachsraten bei den Verteidigungshaushalten<sup>12</sup> wurde festgehalten, gleichzeitig aber eine Ressourcenrichtlinie<sup>13</sup> (als Anhang zum Kommuniqué) beschlossen, die zu einem effektiveren Mitteleinsatz führen soll.

### 5) SDI

US-Verteidigungsminister Weinberger verzichtete auf eine ausführliche Stellungnahme zu SDI<sup>14</sup> (und damit möglicher Aufnahme ins Kommuniqué) unter

<sup>10</sup> Am 20. Mai 1985 schlug Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vor, „in den Ministerrichtlinien 1985 den im wesentlichen inhaltsgleichen Passus über CW aufzunehmen, der in den Ministerrichtlinien 1983 enthalten war. Wir müssen berücksichtigen, daß unsere Haltung zur gänzlichen Nicht-Erwähnung der CW in dem Papier über die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit zwar vertretbar, aber nicht völlig unanfechtbar ist: Wenn es zutrifft, wie es unseren Übungen zugrunde gelegt wird, daß im Konfliktfalle sowjetischer CW-Einsatz das Bündnis zu früherem Nuklearwaffen-Einsatz zwingt, dann ist es nicht ganz verfehlt, zu sagen, daß die mangelnde Abschreckung und die mangelnde Verteidigungsfähigkeit gegen den CW-Einsatz einen Bestandteil (der Mängel) unserer konventionellen Verteidigungsfähigkeit darstellen. Wenn es darüber hinaus richtig ist, daß die SU in der Lage ist, durch CW-Einsätze unsere Möglichkeiten zu beeinträchtigen, auf einen konventionellen Angriff nuklear zu antworten, dann wird unsere Strategie der flexiblen Antwort berührt, für deren Bestätigung im Lissaboner NATO-Kommuniqué wir uns so nachdrücklich stark machen wollen. [...] Unter diesen Umständen sollten wir, um die Glaubwürdigkeit unserer Argumentation nicht in Zweifel geraten zu lassen, der Beibehaltung des Passus über CW in der Ministerrichtlinie zustimmen.“ Vgl. VS-Bd. 12029 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

<sup>12</sup> Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11. Mai 1977 in London wurde beschlossen, daß die Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten jährlich um drei Prozent steigen sollten. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 141.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Resource Guidance vom 22. Mai 1985 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 144.

<sup>14</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 22. Mai 1985 mit, der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe zu SDI erklärt: „Zur möglichen Verwendung in Parlamentsdebatten wolle er aber noch einmal unterstreichen, daß SDI kein Waffensystem sein solle, das vom Weltraum aus Ziele am Boden angreifen könne. Vielmehr diene es umgekehrt zum Schutz gegen die aus dem Weltraum angreifenden Atomraketen des Gegners. Die Einladung zur Forschungsbeteiligung erhalte er aufrecht. Allerdings schreite die Zeit voran, es würden Aufträge vergeben und Konsortien gebildet. Es gehe nicht nur darum, einen Beitrag zu einem reinen Verteidigungsprojekt zu leisten, es gehe

dem Hinweis, daß SDI im Kreise der Verteidigungsminister thematisch in die Zuständigkeit der Nuclear Planning Group (NPG) falle.<sup>15</sup>

#### 6) Chemische Waffen (CW)

Auf Initiative von GS Lord Carrington wurde eine Befassung der Konferenz mit der CW-Problematik vermieden. Der GS führte in seinem CDI-Bericht aus, daß die CW nicht in den Rahmen der zu erörternden konventionellen Verteidigungsanstrengungen gehörten. Er wies aber darauf hin, daß die Streitkräfte der NATO im Falle eines östlichen CW-Angriffs schlecht gerüstet seien und die Allianz sich weiter mit diesem Thema befassen müsse.

#### 7) Kommuniqué

Für uns ist vor allem von Bedeutung, daß im Kommuniqué

- an herausragender Stelle (Ziff. 2) die Fortgeltung der NATO-Strategie der flexiblen Antwort unterstrichen wird,
- daß die schon erbrachten Leistungen der Bündnispartner zur Stärkung der konventionellen Verteidigung anerkannt werden (Ziff. 4),
- daß die Bewertung der Verteidigungsleistungen nicht mehr auf die realen Haushaltszuwächse beschränkt bleibt (Ziff. 8),
- daß die Bedeutung der Rüstungskontrollbemühungen unterstrichen wird (Ziff. 11),
- daß die Fortführung eines konstruktiven Dialogs mit der SU und den Staaten Osteuropas als gleichrangiges Ziel zur Wahrung von Frieden und Sicherheit neben Abschreckung und Verteidigung erwähnt wird (Ziff. 13).

8) Die Brüsseler Konferenz war eine erste Etappe auf dem Wege der Stärkung konventioneller Verteidigung. Amerikanischer Druck ist fürs erste abgefangen. Das Thema bleibt aber auf der Tagesordnung. Wir müssen weiter daran arbeiten, daß CDI sich in unserem Sinne entwickelt: Kriegsverhütung durch gleichgewichtige Erhaltung aller drei Elemente der Triade<sup>16</sup>.

Braunmühl

**VS-Bd. 12020 (201)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 735*

auch um Vorteile für die zivile Technologie.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 927; VS-Bd. 12020 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gestrichen: „Damit wurde auch unserer Vorstellung Rechnung getragen, eine vorzeitige Festlegung des Bündnisses (ohne französische Beteiligung) auf SDI zu vermeiden.“

<sup>16</sup> Konventionelle Waffen sowie strategische und taktische Nuklearsysteme bildeten die drei Komponenten der NATO-Verteidigungsstrategie. Für die Ausprägung dieser „Triade“ im Rahmen der „Ministerial Guidance“ von 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 123.



## 142

# Ministerialdirigent Kullak-Ublick an Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile

330-321.00 CHL-263/85 VS-vertraulich

30. Mai 1985<sup>1</sup>

Ihre kürzliche Berichtsserie und der wiederkehrende Wunsch nach mehr Information über unser Chile-Konzept veranlassen mich, Ihnen dieses Privatdienstschreiben zu schicken. Ich füge zugleich Doppel des Briefes von Mr. Motley und Doppel meiner Antwort an ihn bei.<sup>2</sup>

Ich halte den Zeitpunkt für dieses Scheiben für günstig, da ich gerade BM über Chile vortragen konnte und dabei seine Zustimmung gefunden habe.

Das Chile-Thema ist durch den Spiegel-Artikel<sup>3</sup> nicht einfacher geworden.<sup>4</sup> Es ist natürlich schwer, die Quellen der Indiskretion festzustellen. In dieser Sache

<sup>1</sup> Privatdienstschreiben.

Durchschlag als Konzept.

Ministerialdirigent Kullak-Ublick verfügte am 30. Mai 1985, das Schreiben vor Abgang Ministerialdirektor Haas und Staatssekretär Meyer-Landrut vorzulegen.

Hat Haas und Meyer-Landrut am 30. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Im April 1985 legte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Motley, dar: „Since our discussion in Washington on December 13, the situation in Chile has continued to evolve. [...] During my visit to Santiago, I suggested to President Pinochet that steps be taken to put the transition process in motion. I framed these remarks in the context of the 1980 Constitution, not for the purpose of endorsing that document with its obvious faults, but to gauge the commitment of the President and military to that process.“ Vgl. das undatierte Schreiben; Referat 330, Bd. 136566.

Am 29. Mai 1985 übermittelte Ministerialdirigent Kullak-Ublick ein Antwortschreiben: „I share your view that there will be little change in the political parties until the leadership question in the Christian Democratic Party has been solved [...]. I therefore regard it as imperative in efforts at unity among the parties that a consensus be found which cannot be ignored or indeed rejected, even by President Pinochet.“ Vgl. den Drahterlaß an die Botschaft in Washington; Referat 330, Bd. 136566.

<sup>3</sup> Auf der Grundlage von Dokumenten aus dem Auswärtigen Amt wurde in der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ vom 29. April 1985 zur Chile-Politik der Bundesregierung festgestellt: „Längst hat sich die Wende-Regierung in Bonn darangemacht, das Image der lange verfeimten Pinochet-Herrschaft aufzupolieren. [...] Ganz in die neue Linie paßt auch ein noch geheimer ‚Vier-Phasen-Plan‘, den Kullak-Ublick mit seinem amerikanischen Kollegen Motley in Washington verabredete und den Genscher am 17. Januar im Prinzip billigte. Darin wird die ‚Entsendung hochrangiger Regierungsvertreter aus den USA, Deutschland und Großbritannien‘ nach Chile angeregt, ‚allerdings Vermeiden des Eindrucks eines ‚abgekarteten Spiels‘.‘ Zudem sollen die Kontakte zwischen deutschen und chilenischen Parteien bis hin zur ‚Erarbeitung eines realistischen Demokratisierungs-Konzepts‘ als Grundlage ‚für den Dialog mit der Regierung‘ in Santiago gefördert werden.“ Vgl. den Artikel „Mehr Verständnis“, DER SPIEGEL, Nr. 18, S. 55–57.

Am 7. Mai 1985 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Hallensleben die Botschaft in Buenos Aires: „Das Auswärtige Amt nimmt grundsätzlich zu Zitaten aus angeblichen Berichten und Aufzeichnungen des Hauses keine Stellung. Dies gilt auch für die Zitate im Spiegel-Artikel. [...] Der Spiegel-Artikel ist im Übrigen eine einseitige und völlig aus dem Gesamtzusammenhang gerissene Darstellung der Lateinamerika-Politik der Bundesregierung, die verzerrend ist und nicht den Tatsachen entspricht.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 142937.

<sup>4</sup> Am 30. April 1985 wies Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, darauf hin: „Wiederholte Spiegel-Veröffentlichungen mit Zitaten aus Berichten, Erlassen, Vorlagen etc., zuletzt in Ausgabe, die Montag 29.4.85 erschien, machen aufrichtige, insbesondere aber wertende oder Vorschläge enthaltende Berichterstattung im Grunde unmöglich. Bereits am 29.4.85 erfolgte ausführliche Information in hiesigen Medien mit Einzelangaben über Vorschläge der Botschaft, Beurteilung der Lage in Chile wie politischer Persönlichkeiten, insbesondere Gabriel Valdés, und Darstellung der Position des AA. Dies macht meine Position gegenüber der demokratischen Opposition heikel, bringt Gesprächspartner

haben Sie auch schon eine Stellungnahme der Abteilung 1 (Dg11<sup>5</sup>) erhalten. Das bedeutet nun nicht, daß grundsätzlich jeder Bericht VS-v einzustufen wäre. Sie sollten vielmehr nach eigenem Ermessen abwägen, wann eine solche Einstufung notwendig wird.

Das Auswärtige Amt teilt Ihre Auffassung, daß nur durch Dialog mit den tragenden politischen Kräften in Chile – einschließlich der Regierung – und nur durch ständigen Hinweis auf die Erwartungen, die die demokratischen Länder an die Entwicklung in Chile stellen, das Bewußtsein für deren eigene Verantwortung wachgehalten bzw. geweckt werden kann. Hierbei besteht kein Zweifel, daß Pinochet die Schlüsselfigur ist und bleibt, dem durch die Verfassung von 1980<sup>6</sup> alle Macht in die Hand gelegt worden ist. Die Erwartung hat sich daher zuerst an Pinochet zu richten. Das bedeutet, daß auch mit ihm gesprochen werden muß.

Für dieses Gespräch, das nur auf hoher politischer Ebene aus der Regierung heraus Sinn hat, wird sich derzeit allerdings kein Politiker in der Bundesrepublik finden. Die Aufdringlichkeit, mit der selbst nachgeordnete Besucher von chilenischer Seite öffentlich herausgestellt werden, läßt von vornherein vermuten, daß den Worten ein Inhalt beigemessen werden würde, der nicht dem Zweck des Besuches entspräche. Fazit: Nach Ablauf eines Jahres – also etwa im November/Dezember 1985 – wäre ein erneuter Besuch des Lateinamerika-Beauftragten als einzige Alternative möglich. Der Besuch sollte sich am Programm des letzten Besuches<sup>7</sup> orientieren, angereichert um einige Programmpunkte, die William Harding aus London im Februar wahrgenommen hat. Wie ich höre, wird aus den USA zunächst der Nachfolger Motleys, Elliot Abrams, im September Chile besuchen. Das bedeutet, daß 1985 weder aus den USA, noch aus GB und auch nicht aus D ein hochrangiger Politiker nach Chile reisen wird.

Ich meine, allein diese Tatsache sollte den Chilenen zu denken geben. Dies bedarf keines besonderen Hinweises. Die chilenische Seite wird dies von selbst wahrnehmen. Manchmal glaube ich allerdings, bei Botschafter Undurruga die Erwartung herauszuhören, daß sich an der Einstellung der in Deutschland bestimmenden politischen Kräfte gegenüber Chile etwas ändern könnte oder sich bereits zum Positiven gewendet habe. Vor einer solchen Illusion kann ich nur warnen: Allein unzweideutige, kontinuierliche und dauerhafte Zeichen der chilenischen Regierung, mit der Demokratisierung ernst zu machen und nicht im-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 737*

zum Verstummen und Informationsquellen zum Versiegen. [...] Es muß die Frage erlaubt sein, wie es möglich ist, daß dem Spiegel laufend Akten des AA zur Verfügung gestellt werden, ohne daß es gelingt, diese Praxis endlich zu unterbinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 121; Referat 330, Bd. 142922.

<sup>5</sup> Hans Jörg Eiff.

<sup>6</sup> Am 11. September 1980 wurde in Chile der von Präsident Pinochet vorgelegte Verfassungsentwurf durch eine Volksabstimmung bestätigt. Die Verfassung trat am 31. März 1981 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. Isidoro BUSTOS, Die Verfassung der Diktatur. Die Entwicklung der Grundrechte in Chile, Berlin 1987, S. 252–286.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Kullak-Ublick hielt sich vom 22. bis 27. November 1984 in Chile auf. Am 27. November 1984 faßte er seine Eindrücke zusammen: „Es ist falsch, Pinochet und der Militärjunta Machtbesessenheit vorzuwerfen, wie es oft geschieht. Die Generale der Junta würden wahrscheinlich lieber heute als morgen die Verantwortung an ein gewähltes Parlament abgeben. [...] Hier wirkt zweifellos auch das argentinische Beispiel nach. Pinochet entläßt sie jedoch nicht aus ihrer politischen Mitverantwortung. Mit ihm sollen sie den steinigen Weg zur Herstellung einer ‚geläuterten Demokratie in Chile‘ gehen, wie lange er auch dauern mag.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 273 aus Santiago de Chile; Referat 330, Bd. 136566.

mer wieder bestimmte Ereignisse als Vorwand für neue restriktive Maßnahmen zu benutzen, werden unsere Politiker davon überzeugen können, daß sich die Dinge in dem gewünschten Sinne bewegen; daraus erst kann vielleicht eine andere Haltung gegenüber Chile eines Tages vertretbar sein. Wir sind uns auch bewußt, daß die Einwirkung auf die chilenischen Parteien, gerade auch im Sinne Ihrer Drahtberichte 132 und 135<sup>8</sup>, ein unbedingt notwendiges Korrelat dazu ist.

Anläßlich meines Gesprächs im Außenministerium erwähnte GD Barros, daß er für 1985 eine Europareise plane und dann auch nach D zu kommen beabsichtige. Ich erklärte damals, daß wir stets für Gespräche offen seien. Diese selbstverständliche Grundhaltung gilt natürlich auch für seinen Nachfolger Schmidt. Allerdings erfolgt hierzu keine besondere Einladung. Das ist unüblich. Die Vorbereitung bestünde im wesentlichen aus einer Terminabsprache, die über die chilenische Botschaft in Bonn laufen müßte.

Am Freitag, 31. Mai, werde ich Ricardo Lagos, den Chef der Sozialistischen Partei Chiles, der auf Einladung der FES in Bonn sein wird, zu einem Gespräch bei mir empfangen. Ihre Anregung, Gabriel Valdés im AA wahrzunehmen, wenn er nach D kommt, ist selbstverständliche Praxis. Er wird allerdings Gast der CDU (nicht der KAS) sein. Die Ebene der Wahrnehmung im AA ist nicht im voraus kalkulierbar, da wir ja nicht den Besuchstermin bestimmen. Die Staatsminister<sup>9</sup> sind oft nicht da.

Insgesamt erwarten wir von Pinochet und der Junta, daß sie als Träger der Macht den Übergang zur Demokratie initiativ betreiben, wie dies auch in Brasilien und Uruguay von den herrschenden Militärs gehandhabt worden ist. Pinochet und die Junta tragen die Verantwortung dafür, daß die Parteien Gelegenheit erhalten, sich zu sammeln und eine Alternative zur Militärregierung zu bilden. Hierzu gehören vor allem Aufhebung des Ausnahmezustands und Pressefreiheit.<sup>10</sup> Gerade wenn man unterstellt, daß die Parteien – selbst innerhalb

<sup>8</sup> Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, berichtete am 28. Mai 1985, das Mitglied der chilenischen Militärregierung, Matthei, habe ihm am 24. Mai 1985 im Hinblick auf den ehemaligen chilenischen Außenminister Valdés dargelegt: „Er habe Gabriel Valdés auf Nationalempfang Argentinien [...] vor den anwesenden nahezu 1000 Gästen demonstrativ begrüßt, um Bedeutung und Notwendigkeit Gesprächs demokratischer Opposition mit Streitkräften zu demonstrieren. Er wäre Bundesrepublik sehr dankbar, wenn Gabriel Valdés bei Bonn-Besuch auch von deutscher Seite (wie in den USA) klargemacht werde, daß drei Punkte wesentlich seien: Forderung nach Rücktritt Pinochets kann nicht Voraussetzung, sondern muß realistischere Ziel der Bemühungen sein. Verfassung von 1980 muß als De-facto-Instrument toleriert werden, denn man kann nicht im luftleeren Raum operieren. Eine klare Abgrenzung gegenüber dem Linksradikalismus-Marxismus ist erforderlich. Einer Rückkehr zu Volksfrontverhältnissen sei Pinochet allemal vorzuziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; VS-Bd. 13630 (330); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Alois Mertes und Jürgen W. Möllemann.

<sup>10</sup> Die chilenische Regierung verhängte am 7. November 1984 den Belagerungszustand. Am 4. Februar 1985 berichtete Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, der Belagerungszustand sei per Dekret verlängert worden: „Die die Pressefreiheit einschränkenden Sonderbestimmungen bleiben in Kraft. [...] Die Regierung hat wissen lassen, daß sie mit einem turbulenten März rechne. Dafür will sie vorbereitet sein mit umfassenden Vollmachten, denn die demokratische Opposition könnte sich veranlaßt sehen, ihre selbstverschuldete Frustration explosiv abzureagieren, und die jüngst verbotenen marxistisch-leninistischen Extremisten, die sich sowieso dem bewaffneten Kampf verschrieben hatten, werden beweisen wollen, daß sie auch im Untergrund ungebrochen stark sind.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 26; Referat 330, Bd. 142927.

Am 18. Juni 1985 teilte Holzheimer mit: „Mit Dekret des Präsidenten vom 14. Juni hat die chilenische Regierung den Belagerungszustand [...] aufgehoben. [...] Gleichzeitig wurde der einfache Not-

der AD<sup>11</sup> – keine gemeinsame Basis haben, muß ihnen Gelegenheit zum Ausdiskutieren ihrer Probleme gegeben werden.<sup>12</sup> Dazu können ihnen die verbleibenden vier Jahre eine gute Chance geben – ja, sie sind geradezu notwendig als Übergang. Dieser Prozeß muß aber jetzt unmittelbar einsetzen, weil sonst die Zeit nicht mehr ausreichen würde.

Auch dies ist ein Gedankengang, den Sie AM Del Valle nahebringen können. Er wird von jetzt an jede Stellungnahme bestimmen, die wir in dieser Sache abgeben werden.

Dieses Schreiben hat auch D3<sup>13</sup> und StS<sup>14</sup> vorgelegen.

Mit den besten Grüßen bis zu Ihrem Heimaturlaub

Kullak-Ublick<sup>15</sup>

P.S. Bitte teilen Sie 330 Ihren Aufenthalt in Bonn rechtzeitig mit, damit notwendige Termine festgelegt werden können.

**VS-Bd. 13630 (330)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 739*

stand, der daneben fortbestanden hat, um 90 Tage verlängert. Er war nur in der Zeit von September 1983 bis März 1984 aufgehoben. Auch dieser Notstand gibt der Regierung noch verstärkte administrative Befugnisse, z. B. die Verbannung auf dem Verwaltungswege.“ Zur Presse- und Meinungsfreiheit sei seitens der Regierung präzisiert worden, „die Meinungsfreiheit für Einzelpersonen sei voll wiederhergestellt, bleibe jedoch begrenzt für politische Parteien, die de jure noch nicht wieder zugelassen seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 330, Bd. 142927.

<sup>11</sup> Alianza Democrática.

<sup>12</sup> Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, führte am 2. Mai 1985 zu den chilenischen Parteien aus: „Mit einiger Verspätung machen sich in diesem Jahre nach dem Beginn des politischen Jahres (März) die Parteien bemerkbar; bis jetzt sind es in erster Linie die Mitte-Rechts-Parteien, die vor allem durch Kritik am bisherigen Parteienwesen und durch die Analyse der gemachten Fehler hervorgetreten sind. [...] Die politische Kommunikation leidet allerdings ganz empfindlich unter der Pressezensur. Weder Kritik noch Analysen oder Aufrufe erreichen mehr als einen jeweils kleinen Kreis sowieso Eingeweihter; die breiten Massen erfahren nichts mehr. Nach Mitteilung der Untergrundpresse ist die Demokratische Allianz immer noch mit den Organisationsfragen beschäftigt, die seit März 1984 zur Lösung anstehen. [...] Der von den Christdemokraten und der D[emokratischen]A[llianz] ebenfalls vor Jahresfrist zur Mitzeichnung durch die gesamte Opposition aufgelegte Pacto constitucional muß als unerledigt begraben angesehen werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 495; Referat 330, Bd. 142927.

<sup>13</sup> Wilhelm Haas.

<sup>14</sup> Andreas Meyer-Landrut.

<sup>15</sup> Paraphe.

## 143

**Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Ungerer und Haas****422-411.10-440/85 geheim****31. Mai 1985<sup>1</sup>****311-411.10 SAR 264/85 geheim**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Sitzung des BSR vom 3.6.1985, TOP 6 „Grundsatzentscheidung über den Rüstungsexport nach Mittelost“;  
 hier: Punktation zu den politischen, außenwirtschaftlichen und rüstungsexportpolitischen Risiken einer Grundsatzentscheidung

Bezug: Ihre mündliche Weisung vom 28.5.1985

Anlg.: 3<sup>4</sup>**I. Politische Risiken**

1) Wir sind beim Bundeskanzlerbesuch in Saudi-Arabien im Oktober 1983<sup>5</sup> und der damals mit der saudischen Seite getroffenen Absprache von folgender Grundannahme ausgegangen:

Eine generelle Lockerung des Rüstungsexports nach Saudi-Arabien und in die Golfregion könnte angesichts der seitens Israels und aller ihm verbundenen politischen Kräfte zu erwartenden heftigen Reaktion außenpolitisch allenfalls dann aufgefangen werden, wenn die saudische Seite sich bereit fände, uns verbindliche Zusicherungen, insbesondere hinsichtlich des rein defensiven Gebrauchs der Rüstungsgüter und einer ausdrücklichen Anerkennung des Existenzrechts Israels, zu geben.

Von unseren durch BM gebilligten politischen Rahmenbedingungen für eine Rüstungszusammenarbeit, die dem saudischen Außenminister durch StS Meyer-Landrut zusammen mit StS Rühl (BMVg) und StS von Würzen (BMWV) sowie MD Teltschik dargelegt wurden<sup>6</sup>, nämlich

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. Juni und erneut am 3. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf von Bundesminister Genscher über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Loock verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Loock am 16. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirektor Ungerer und Referat 422 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(Hat BM vorgelegen, wie S. 6 und 7 zeigen.) Zusätz[liche] Bemerkung St[aatssekretär] am Ende.“ Vgl. Anm. 19–24, 26, 28 und 31.

Hat Ungerer am 13. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen am 14. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus am 31. Mai 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Mit der undatierten Anlage 1 wurden „Außenhandelsdaten 1984“ für Saudi-Arabien und weitere arabische Staaten beigelegt. Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985. Zu den Anlagen 2 und 3 vgl. Anm. 29 und 30.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte vom 9. bis 11. Oktober 1983 Saudi-Arabien. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

<sup>6</sup> Die Staatssekretäre Meyer-Landrut (Auswärtiges Amt), Rühl (Bundesministerium der Verteidigung) und von Würzen (Bundesministerium für Wirtschaft) sowie Ministerialdirektor Teltschik (Bundeskanzleramt) hielten sich vom 27. bis 29. Mai 1984 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 159.

- die Politik beider Seiten beruht auf der VN-Satzung<sup>7</sup> und der Überzeugung, daß bewaffnete Auseinandersetzungen kein geeignetes Mittel zur Lösung von Konflikten sind;
- bei einer gerechten Lösung des Nahost-Konflikts muß das Recht aller Staaten auf gesicherte Existenz ebenso Beachtung finden wie das Recht auf Selbstbestimmung;
- eine Ausfuhr oder Weitergabe von uns gelieferten militärischen Materials ist ausgeschlossen;
- die Ausbildung an dem gelieferten Gerät durch Angehörige der Bundeswehr ist ausgeschlossen;

hat aber die saudische Seite den Kernpunkt, das Recht aller Staaten der Region auf gesicherte Existenz, nicht akzeptieren können. Die von ihr stattdessen mit Schreiben des Außenministers Prinz Saud vom 17.7.1984<sup>8</sup> angebotenen Aussagen sind für uns nicht annehmbar:

- Die saudische Seite legte ihrer Haltung die im Fes-Plan<sup>9</sup> enthaltenen, für uns nicht akzeptablen Positionen zugrunde.
- Sie stellte die Forderung nach einem palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt, während ein Bekenntnis zu einer friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts und dem Existenzrecht aller Staaten der Region fehlte.

Unsere Erfahrungen aus letzter Zeit (Bitburg<sup>10</sup>) bestätigen, daß das Bestehen auf dem oben bezeichneten Kernpunkt für unsere Politik unverzichtbar ist.

2) Selbst wenn wir uns durch generelle Lockerungen unserer Rüstungsexportpolitik die volle Zustimmung und Sympathie aller arabischen Länder und eine umfassende Verbesserung unserer Beziehungen zur arabischen Welt sichern könnten, würde uns dies keinen Ausgleich für den zugleich eintretenden schweren Schaden im deutsch-israelischen Verhältnis bieten können. Diese Einschätzung gilt um so mehr im Hinblick auf die negativen Ausstrahlungen, die von einem derartigen Einbruch im deutsch-israelischen Verhältnis auf unsere Position in den Vereinigten Staaten und der westlichen Welt insgesamt ausgehen würden.

3) Im übrigen werden sich aber durch eine auf Saudi-Arabien und die anderen GCC<sup>11</sup>-Staaten beschränkte Lockerung der Rüstungsexportpolitik – angesichts der tiefgreifenden Interessengegensätze innerhalb der arabischen Welt – die Sympathien aller arabischen Staaten nicht erwerben lassen. Dies würde vielmehr eine entsprechende Lockerung für alle arabischen Länder voraussetzen.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

<sup>8</sup> Für das am 17. Juli 1984 eingegangene Schreiben des saudi-arabischen Außenministers Prinz Saud al-Faisal vom 11. Juli 1984 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 14124 (010).

<sup>9</sup> Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 566 f.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

<sup>11</sup> Gulf Cooperation Council.

Eine generelle Lockerung allein gegenüber Saudi-Arabien und den GCC-Staaten würde uns verstärkten Forderungen nach Rüstungslieferungen seitens anderer arabischer Länder aussetzen, vor allem derjenigen, die sich im Gegensatz zu Saudi-Arabien als progressiv oder revolutionär verstehen. Solchen Forderungen könnten wir – abgesehen allenfalls bei Nordjemen – nicht nachkommen:

- Zunächst ist es der Golfkrieg, der uns schon nach KWKG und AWG die Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Irak und Iran verbietet<sup>12</sup>; auch nach Beendigung dieses Krieges können sich bei dem zu erwartenden Fortbestand laufender Spannungen in der Golfregion erhebliche Bedenken gegen Rüstungslieferungen an Irak und Iran ergeben.
- Rüstungsexportrechtliche und/oder außenpolitische Gründe hindern uns gleichermaßen an Rüstungslieferungen nach Syrien, Libanon und Libyen, darüber hinaus aber auch an Jordanien.
- Gegenüber den Maghreb-Staaten, insbesondere gegenüber Marokko und Algerien, gebietet zusätzlich der schwelende Westsahara-Konflikt<sup>13</sup> weiterhin Zurückhaltung.
- Ägypten hat einen Friedensvertrag mit Israel<sup>14</sup>, befindet sich mit keinem anderen Staat im Kriegszustand, und wir sind an seiner Stabilität und Sicherheit interessiert; jedoch müssen wir im Auge behalten, daß auch Lockerungen unserer gegenwärtigen Rüstungsexportpolitik gegenüber Ägypten erhebliche israelische Reaktionen, zumindest aber Kompensationsforderungen auslösen würden.

4) Auch Länder außerhalb des Nahen Ostens könnten uns mit neuen Wünschen nach Rüstungsgütern überschwemmen: Bereits jetzt sehen wir uns mit folgen-

<sup>12</sup> Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 bzw. S. 481–495.

Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier“). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.

Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

<sup>13</sup> Zum Westsahara-Konflikt führte Referat 311 am 27. Juli 1983 aus: „Unter dem Druck Marokkos, Mauretaniens, Algeriens, der Polisario-Front und der Vereinten Nationen leitete die Kolonialmacht Spanien im August 1974 den Rückzug aus der Westsahara ein und kündigte eine Volksabstimmung an. Der Internationale Gerichtshof stellte in einem Gutachten vom 16.10.1975 zwar historische Bindungen der Westsahara zu Marokko und Mauretanien fest, plädierte aber für die Selbstbestimmung der dortigen Bevölkerung [...]. In einem Geheimvertrag einigten sich Marokko und Mauretanien über die Aufteilung des Gebietes. [...] Am 5.8.1979 schied Mauretanien nach einem Regimewechsel aus dem Konflikt aus, schloß einen Separatfrieden mit der Polisario-Front und verzichtete auf seinen Anteil an der Westsahara [...]. Die Polisario-Front, die einer radikalen Ideologie folgt, beansprucht, die Bevölkerung der ehemals spanischen Kolonie zu vertreten. Der größte Teil, 1973 etwa 75 000 Menschen, ist allerdings unter marokkanischer Verwaltung geblieben. Die über 100 000 Flüchtlinge, auf die die Polisario-Front sich beruft und die in Lagern in Algerien leben, kommen auch aus Mauretanien, Mali oder anderen Sahel-Staaten. Ihr Ziel ist die Anerkennung und die Unabhängigkeit einer ‚Demokratischen Saharischen Arabischen Republik‘.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137839.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

den Wünschen solcher Länder nach Lieferung schwerer Kriegswaffen konfrontiert:

Pakistan: Kampfhubschrauber, ausgesonderte deutsche Kampfpanzer aus US-Produktion.<sup>15</sup>

Indien: Pionierpanzer auf Leopard-II-Basis, Leopard-II-Bauteile (Motor, Waffen, Stabilisierungsanlage) und weitere Leopard-II-Technologie.<sup>16</sup>

Nigeria: Leopard I, evtl. Leopard II.<sup>17</sup>

5) Wir verfügen zwar über hinreichend außen- und rüstungsexportpolitische Argumente, mit denen wir die schon jetzt im Vergleich mit Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten restriktive Behandlung solcher Länder begründen können. Eine generelle Lockerung gegenüber Saudi-Arabien und den Golfstaaten und die damit erfolgende plakative Heraushebung dieser engeren Region wird es uns aber schwerer machen, bei den restriktiv behandelten Ländern weiterhin für unsere Argumente Verständnis zu finden.

## II. Außenwirtschaftliche Risiken

1) Selbst wenn uns die Aufgabe der restriktiven Rüstungsexportpolitik<sup>18</sup> gegenüber Saudi-Arabien anfänglich Sympathien bei Regierungen und öffentlicher Meinung in anderen arabischen Staaten einbringen könnte, so wäre das

<sup>15</sup> Am 26. April 1985 sprach sich Ministerialdirigent Loeck gegen die von der Firma Messerschmitt Bölkow-Blohm beantragte „Ausfuhr eines vollständigen Militärhubschraubers Bo 105 LS/ATH mit einer TOW-Waffenanlage zur Panzerabwehr nach Pakistan zur Vorführung bei den dortigen Streitkräften“ aus. Dazu legte er dar: „Der Militärhubschrauber besitzt eine erhebliche Waffenqualität [...]. Seine Lieferung würde daher eine im labilen militärischen Gleichgewicht der Region problematische, deutliche Steigerung der Kampfkraft der pakistanischen Streitkräfte bedeuten.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137482.

Am 3. Juni 1985 hielt Legationsrat I. Klasse Horsten fest, der pakistanische Botschafter Waheed habe im Gespräch mit Ministerialdirektor Ungerer am selben Tag das Interesse Pakistans an der „Lieferung ausgesonderter M-48 Panzer aus Bundeswehrbeständen“ bekräftigt: „Botschafter kannte von uns übermittelte Antwort, nach der BMVg keine M-48 Panzer für den Export außerhalb NATO-Bündnis zur Verfügung hat. Botschafter betonte, sich in dieser Sache dennoch weiter bemühen zu wollen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137478.

Legationsrat I. Klasse Horsten vermerkte am 13. September 1985, Pakistan habe bei der Firma GLS Gesellschaft für logistischen Service eine Anfrage zur Modernisierung von Kampfpanzern des chinesischen Typs T-59 gestellt: Hier soll – zunächst zur Vorführung an einem Panzer – die Hauptwaffenanlage (105-mm-Panzerkanone), Feuerleitanlage, elektronische Antriebe sowie die Feuerunterdrückungsanlage ausgetauscht werden. Die Hauptwaffe, eine dem Leopard I entsprechende 105-mm-Kanone von Rheinmetall, ist Kriegswaffe. Ausfuhr der übrigen Ausrüstungen – sonstige Rüstungsgüter – unterliegt dem AWG.“ Pakistan habe außerdem, „die Umrüstung eines Kampfpanzers M 47 amerikanischer Bauart, der in einen sogenannten Bergepanzer umgebaut werden soll“, beantragt. „Das BMVg hat beiden Vorhaben bereits zugestimmt.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137480.

<sup>16</sup> Am 19. April 1985 notierte Legationsrat I. Klasse Horsten, Ministerialdirektor Ungerer habe dem indischen Botschafter Kamtekar am 17. April 1985 folgende Erläuterungen zu indischen Rüstungsexportersuchen gegeben: „Stabilisierungsanlage – die Anfrage der Herstellerfirma (Feinmechanische Werke Mainz) wurde vor ca. einem Jahr wegen politischer Bedenken negativ beantwortet. Panzerabwehrmine – Firmenanfrage liegt nur für Panzerfaust 3 der Fa. Dynamit Nobel vor, und diese wurde wegen ausstehenden Votums eines beteiligten Ressorts (BMWi) bisher nicht beantwortet. Amphibische Aufklärungsfahrzeuge – Anfragen der Herstellerfirma wurden bereits in der Vergangenheit negativ beschieden. Pionierpanzer – auch Genehmigung der Lieferung eines Pionierpanzers (Leopard II Chassis) wurde auf Firmenanfrage in der Vergangenheit bereits abgelehnt.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137457.

<sup>17</sup> Zum Ersuchen Nigerias um Lieferung von Kampfpanzern vgl. Dok. 103.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „Rüstungspolitik“.



voraussichtlich nur eine vorübergehende Erscheinung in der Erwartung einer allgemeinen Gleichbehandlung, die wir nicht erfüllen können.

In der Folge könnte sich die einseitige Bevorzugung Saudi-Arabiens – allenfalls noch einiger anderer GCC-Staaten – negativ auf unsere Beziehungen gerade zu solchen Nahost-Staaten auswirken, die zu unseren wichtigsten Handelspartnern in der Dritten Welt gehören, aber in mehr oder weniger offener Gegnerschaft zum konservativen saudischen Regime stehen. Zwar dürften auch sie sich primär an ihrem eigenen wirtschaftlichen Nutzen orientieren. Aufgrund ihrer Staats- und Wirtschaftsordnung aber haben sie jederzeit die Möglichkeit, außenwirtschaftliche Entscheidungen politischen Erwägungen unterzuordnen.

Die wichtigsten dieser Staaten – Iran, Libyen, Algerien, Irak und Ägypten – gehören mit einem Gesamthandelsvolumen von rd. 31 Mrd. DM zu unseren 15 größten Handelspartnern der Dritten Welt. Für insgesamt 17 Mrd. DM exportieren<sup>19</sup> wir in diese fünf Länder. Es sind wichtige Absatzmärkte für unseren Großanlagen-, Maschinen- und Fahrzeugbau, für Elektroindustrie, Bauwirtschaft und weite Bereiche der Konsumgüterindustrie. Für etwa 30 % unserer Ausfuhren bestehen Bundesdeckungen. Auf der Einfuhrseite beziehen wir von dort 27 % unserer Gesamterdölimporte<sup>20</sup>. Wir sind im Verhältnis zu diesen Ländern daher anfällig gegen wirtschaftliche Pressionen.

2) Unsere restriktive Genehmigungspraxis bei Rüstungsexporten hat bisher nirgends negative Auswirkungen auf unsere Handelsbeziehungen gehabt. Erst unsere unklare Haltung gegenüber Saudi-Arabien hat dort – und allein dort – Verstimmung ausgelöst, die sich auch außenwirtschaftlich auswirken kann. Auch Saudi-Arabien ist ein wichtiger Handelspartner (Gesamtvolumen 1984: 9,1 Mrd. DM; davon Ausfuhren 6,3 Mrd. DM<sup>21</sup>, Einfuhren 2,8 Mrd. DM; 6 % unserer Gesamterdöleinfuhr<sup>22</sup>, stark zurückgegangen gegenüber 1983: 10,7 %), hat aber allein – und auch zusammen mit den GCC-Staaten – nicht das wirtschaftliche Gewicht, das Iran, Libyen, Algerien, Irak und Ägypten gemeinsam für uns besitzen.

Hinzu kommt, daß sinkende Erdöleinnahmen – das gilt für alle GCC-Staaten einschließlich Saudi-Arabien – der Importkraft dieser Länder insgesamt Grenzen setzen. Zusätzliche Rüstungsexporte würden daher für unsere Außenwirtschaft nur von bedingtem Nutzen sein, da die Ausgaben dafür bei anderen Einfuhrgütern z. T. eingespart werden müßten.

<sup>23</sup>3) Im Erdölsektor zeigen die folgenden Überlegungen, daß zwar die Bedeutung Saudi-Arabiens und der Golfregion insgesamt für unsere Versorgung längerfristig zunehmen wird, dies jedoch nicht zu dem Schluß zwingt, daß wir dann notwendigerweise von der Golfregion abhängig werden müssen:

<sup>19</sup> Die Wörter „17 Mrd. DM exportieren“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> Die Wörter „27 % unserer Gesamterdölimporte“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>21</sup> Die Wörter „6,3 Mrd. DM“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>22</sup> Die Wörter „6 % unserer Gesamterdöleinfuhr“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 3.

<sup>23</sup> Beginn der Seite 6 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

- Preis-, Qualitäts- und Standortbedingungen haben auf eine Verlagerung unserer Bezugsquellen vom Nahen Osten in die Nordsee hingewirkt:
  - 1974: Nahostanteil: 56 %;  
Nordseeanteil: unter 1 %;
  - 1984: Nahostanteil: 19 %;  
Nordseeanteil: 31 %.
- Spezifisch für Saudi-Arabien:
  - 1974: unser wichtigster Lieferant mit 25 %;
  - 1984: an fünfter Stelle unserer Lieferanten mit 6,8 %<sup>24</sup>, und zwar nach Großbritannien (26 %), Libyen (14,4 %), Nigeria (14,2 %) und Sowjetunion (ca. 9 %).
- Mittelfristig dürfte sich an dieser Aufteilung unserer Bezugsquellen kaum wesentliches ändern.
- Längerfristig schließt IEA<sup>25</sup> wegen nachlassender Ölförderung Großbritanniens, aber auch wahrscheinlicher Förderrückgänge in den USA, Mexiko, Nigeria und einigen kleineren OPEC-Staaten für die 90er Jahre eine erneute Anspannung der Ölmärkte nicht aus. Deshalb bleibt es längerfristig auch für uns bedeutsam, daß über 55 % der Welterdölreserven auf die Golfländer, insbesondere auf Saudi-Arabien, entfallen.
- Dennoch läßt sich hieraus nicht schließen, daß wir schon im kommenden Jahrzehnt in gravierende erdölpolitische Abhängigkeit von der Golfregion geraten werden, zumal Rückgänge bei der britischen Erdölförderung teilweise durch wachsende Förderung Norwegens und Dänemarks kompensiert werden und mit einer Zunahme der Produktion einiger Nicht-OPEC-Länder zu rechnen ist.

### <sup>26</sup>III. Fazit unter rüstungsexportpolitischen Gesichtspunkten

1) Die rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung verlangen in Ziff. 9 für die „ausnahmsweise Genehmigung“ des Exports von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO, sofern es sich nicht um „gleichgestellte Länder“ handelt, das Vorliegen eines „vitalen“ außenpolitisch und sicherheitspolitisch begründeten Interesses der Bundesrepublik Deutschland. Diese Voraussetzung konnten wir für die von uns bisher erteilten Exportgenehmigungen nach Saudi-Arabien und in die übrigen Golfstaaten bejahen.

2) Soweit sich die uns vorliegenden Exportanträge innerhalb der „qualitativen Obergrenze“ unserer bisherigen Praxis halten, werden wir auch für sie das Bestehen der Voraussetzungen der Ziff. 9 feststellen und positiv entscheiden können. Hierbei ist zu beachten, daß wir diese Obergrenze durch die Genehmigung der Vorführung des Radtransportpanzers TPz 1<sup>27</sup> und des Kampfhubschraubers BO 105 in Saudi-Arabien praktisch bis zu diesen Waffensystemen angehoben haben, da wir aus außenpolitischen Gründen die Vorführungsgenehmigung nur

<sup>24</sup> Die Angabe „6,8 %“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz vermerkte dazu handschriftlich: „Auf der vorhergehenden Seite waren es noch 6 %.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>25</sup> International Energy Agency.

<sup>26</sup> Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>27</sup> Transportpanzer 1.

erteilen, wenn wir uns in der Lage sehen, anschließend auch etwaige Exportanträge zu genehmigen.

3) Dagegen würde eine generelle Lockerung unserer Rüstungsexportpolitik unter Heraussetzung der jetzigen qualitativen Obergrenze jedoch eher geeignet sein, unsere außenpolitischen Interessen zu beeinträchtigen als ihnen zu dienen.

#### IV. Weiteres Vorgehen gegenüber Saudi-Arabien (Auffangen negativer Reaktion)

a) Aufgrund des Ergebnisses der Interessenabwägung können wir es nicht vermeiden, die saudischen Erwartungen auf eine die Golfregion begünstigende generelle Lockerung unserer Rüstungsexportpolitik zu enttäuschen. Wir müssen aber bemüht sein, negative saudische Reaktionen durch flexibles Vorgehen, auch im Rüstungsexportbereich, in<sup>28</sup> möglichst engen Grenzen zu halten.

b) Hierfür bietet sich an, daß wir nunmehr alle diejenigen uns vorliegenden Anträge und Voranfragen für den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien und in die übrigen Golfstaaten, die sich unterhalb der bezeichneten Obergrenze halten, beschleunigt genehmigen. Unsere Obergrenze sollte vor allem in der Verweigerung der Genehmigung zur Lieferung von Kettenfahrzeugen sichtbar werden.

1) Die Genehmigungen, die wir nunmehr beschleunigt aussprechen könnten, haben sowohl qualitativ als auch quantitativ ein erhebliches Gewicht. Die vorliegenden Anträge und Voranfragen für Exporte nach Saudi-Arabien haben insbesondere zum Gegenstand

- die Ausfuhr von 613 größtenteils bewaffneten (bis zu 9-cm-Kanone) Radtransportpanzern TPz 1;
- die Lieferung von nach gegenwärtigem Stand 20 Kampfhubschraubern BO 105 LS;
- umfangreiche Zulieferungen zu der von unseren Unternehmen angebotenen Modernisierung von 320 saudischen schweren AMX-30-Kampfpanzern französischer Produktion (nur AWG-pflichtig, da für sich allein keine Kriegswaffe).

(Vollständige Aufstellung der Anträge und Voranfragen für Saudi-Arabien und die übrigen Golfstaaten ist als Anlage beigelegt.<sup>29</sup>)

2) Die Genehmigung dieser Anträge wird auf die saudische Seite auch dann nicht ihren Eindruck verfehlen, wenn wir anschließend die übrigen, die bezeichnete qualitative Obergrenze übersteigenden Anträge nunmehr negativ bescheiden. Hierbei geht es vor allem um den Kampfpanzer Leopard II, den leichteren Schützenpanzer Marder sowie die auf Leo- bzw. Marderbasis konstruierten Flakpan-

<sup>28</sup> Ende der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>29</sup> Dem Vorgang beigelegt. In der Aufzeichnung des Referats 422 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juni 1985 wurde die Genehmigung folgender Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vorgeschlagen: „20 Militärhubschrauber MBB BO 105 [...] (Vorführung wurde im Juni 84 genehmigt); 613 Radtransportpanzer TPz 1 mit Bewaffnung bis zu 30 mm Kanone [...] (Vorführung wurde 17.12.84 genehmigt); Umrüstung von 320 saudischen AMX-Panzern französischer Herkunft (Motor, Getriebe, Laufwerk, Turmpanzerung, Feuerleitanlage) [...]; leichte Panzertürme für Einbau in saudisches Fahrzeug; Panzerabwehrminen, Voranfragen; Flugabwehrkanone 30 mm; Munition bis Kaliber 155 mm (u. a. für Feldhaubitze 70 aus D/GB/Ita Koproduktion, die bereits geliefert wurde).“ Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

zer „Gepard“ bzw. „Roland“. (Vollständige Aufstellung der hiernach abzuleh-  
nenden Anträge und Voranfragen für Export nach Saudi-Arabien und in die Golf-  
staaten ist als Anlage<sup>30</sup> beigefügt.)<sup>31</sup>

Ungerer                      Haas

VS-Bd. 13727 (422)

## 144

### Gespräch des Staatsministers Möllemann mit dem spanischen Außenminister Morán in Madrid

3. Juni 1985<sup>1</sup>

Gespräch Staatsminister Möllemann mit dem spanischen Außenminister Morán  
am 3.6.85 in Madrid<sup>2</sup>

Staatsminister *Möllemann* eröffnete das Gespräch mit dem Wunsch, man möge  
die Regionen Zentralamerika und den Nahen Osten behandeln. Costa Rica ha-  
be soeben die Beziehungen zu Nicaragua abgebrochen<sup>3</sup>. Dies sei eine ungute  
Entwicklung. Er habe vor kurzem den Vizepräsident von Nicaragua, Ramírez,

<sup>30</sup> Dem Vorgang beigefügt. In der Aufzeichnung des Referats 422 für die Sitzung des Bundessicherheits-  
rats am 3. Juni 1985 wurde die Ablehnung folgender Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vorge-  
schlagen: „300 Leopard II – Voranfrage; 150 Flakpanzer Gepard (Leo-Fahrgestell); 300 Kampfschüt-  
tenpanzer Marder (mit 20 mm Hauptwaffe im Turm) – Antrag; 100 Flakpanzer Roland (Marder-Fahr-  
gestell mit Roland-Tieffliegerabwehrsystem aus deutsch-französischer Koproduktion) – Antrag; 60  
Mehrfach-Raketen-Werfer 110 SF (36 Rohre – Kaliber 110 mm) – Voranfrage.“ Vgl. VS-Bd. 13727  
(422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>31</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „3) Eine weitere  
Lockerung unserer Rüstungsexportpolitik in der Region des Golfkooperationsrats könnte erst dann ins  
Auge gefaßt werden, wenn die angestrebte Zusammenarbeit EG–GKR sich realisieren läßt. Aber auch  
dann bleibt das Problem Israel und -Lobby in den USA beachtlich.“ Vgl. Anm. 1.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Koebel am 5. Juni 1985 gefertigt.  
Hat Staatsminister Möllemann vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 18. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung  
an Ministerialdirigent Kullak-Ublick, Legationsrat Weckbach, z. Z. Bonn, und Vortragender Lega-  
tionsrat Boomgarden „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Kullak-Ublick am 26. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Weckbach am 26. Juni und Boomgarden am 15. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatsminister Möllemann hielt sich vom 31. Mai bis 4. Juni 1985 in Spanien auf.

<sup>3</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter unterschlängelt. Dazu ver-  
merkte er handschriftlich: „Nein.“

Richter legte am 20. Juni 1985 dar, daß es am 31. Mai 1985 zu einem schweren Grenzzwischenfall  
zwischen Costa Rica und Nicaragua gekommen sei: „Präsident Monge hält die nicaraguanische Ar-  
mee dafür für verantwortlich und hat die diplomatischen Beziehungen mit Managua eingefroren.“  
Vgl. Referat 331, Bd. 136326.

in Bonn getroffen<sup>4</sup> und sich auch selbst in letzter Zeit häufiger in Lateinamerika aufgehalten.<sup>5</sup> Außenminister *Morán* entgegnete, daß Spanien die Entwicklung in Latein- bzw. Zentralamerika intensiv verfolge. Spanien habe gute Beziehungen zu El Salvador, habe die Beziehungen zu Guatemala wieder aufgenommen und die Beziehungen zu Honduras intensiviert. Mit dem Einverständnis der Regierung von El Salvador hätten Mitglieder der FDR<sup>6</sup> in der spanischen Botschaft in San Salvador übernachtet, um sich vor Angriffen rechtsextremer Gruppen zu schützen; sonst gebe es jedoch keine Beziehungen zur Guerilla, und man erkenne die Regierung von El Salvador an.

Staatsminister *Möllemann* erwähnte, daß es evtl. günstig sei, wenn europäische Parteien versuchten, Einfluß auf Villalobos (einer der Guerillaführer in El Salvador) zu nehmen.

Außenminister *Morán* entgegnete, daß die Tatsache, daß Villalobos an den letzten Gesprächen mit der Regierung<sup>7</sup> nicht teilnahm, negativ zu werten sei.

Spanien habe gute Beziehungen auch zu Regierungen, die nicht seiner politischen Auffassung seien. Insgesamt hege man große Aufmerksamkeit für die zentralamerikanische Region. Die Beziehungen zu Guatemala seien im Januar 1980<sup>8</sup> nach dem Überfall auf die spanische Botschaft abgebrochen worden<sup>9</sup> und kürzlich jetzt wieder aufgenommen worden<sup>10</sup>; Andrade werde in Kürze eine Europareise unternehmen und dabei auch evtl. Gespräche mit der spanischen Regierung führen. Zu Nicaragua habe man enge, zu Kuba gute und zu den USA zufriedenstellende Beziehungen.

<sup>4</sup> Der nicaraguanische Vizepräsident Ramírez hielt sich am 27./28. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 139.

Im Gespräch mit Staatsminister Möllemann am 28. Mai 1985 in Münster berichtete Ramírez über die Ergebnisse der Europa-Reise des Präsidenten Ortega vom 28. April bis 20. Mai 1985, die „in ökonomischem Sinne erfolgreich gewesen sei“. Es seien verschiedene Handelsabkommen geschlossen worden, „die dazu beitragen können, das Handelsembargo der USA gegenüber Nicaragua zu überwinden“. Weitere Themen waren die Initiative der Contadora-Staaten und die geplante Verfassungsreform in Nicaragua. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 136368.

<sup>5</sup> Staatsminister Möllemann unternahm vom 19. bis 31. Januar 1985 eine Reise durch Mittelamerika. Vgl. dazu Dok. 33.

Anläßlich der Amtseinführung des neuen Präsidenten Sanguinetti hielt er sich am 1. März 1985 in Uruguay auf.

<sup>6</sup> Frente Democrático Revolucionario.

<sup>7</sup> Zu den Gesprächen der salvadorianischen Regierung mit der Guerilla vgl. Dok. 33, Anm. 12.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „1981“.

<sup>9</sup> Gesandter Lewalter, Madrid, berichtete am 1. Februar 1980 über die Besetzung der spanischen Botschaft in Guatemala durch eine Gruppe „mit einigen Pistolen, ansonsten mit Macheten“ bewaffneter guatemalteckischer Landarbeiter am Vortag. Die Gruppe habe sich mit den in der Botschaft anwesenden Personen im Arbeitszimmer des Botschafters Manzanares verschanzt. Trotz der Bemühungen von Manzanares, ein Einschreiten der Polizei zu verhindern und eine Verhandlungslösung zu suchen, sei die Botschaft von der guatemalteckischen Polizei gestürmt worden, wobei 37 Personen ums Leben gekommen seien, darunter mehrere Botschaftsangehörige und Besucher. Vgl. den Drahtbericht Nr. 108; Referat 203, Bd. 115897.

Am 5. Februar 1980 informierte Botschafter Lahn, Madrid, daß die spanische Regierung noch am 1. Februar den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Guatemala mitgeteilt habe, da die dortigen Behörden „unter Verletzung der Bestimmungen des internationalen Rechts über die Unverletzlichkeit der Botschaften zugelassen hätten, daß die ihrem Befehl unterstehenden Polizeieinheiten die Botschaft brutal gestürmt hätten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 114; Referat 331, Bd. 127419.

<sup>10</sup> Im Politischen Halbjahresbericht der Botschaft in Guatemala, der am 14. März 1985 übermittelt wurde, hieß es: „Bemerkenswert ist die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Guatemalas mit Spanien Anfang 1985“. Vgl. Referat 331, Bd. 136347.

Contadora sei für Spanien sehr wichtig, nach der Versammlung im Oktober letzten Jahres<sup>11</sup> habe es Optimismus gegeben (eine positive Entwicklung habe in El Salvador und in Honduras stattgefunden); wenn die Contadora-Akte<sup>12</sup> von allen Staaten unterzeichnet würde, dann würde sich auch Spanien nicht verschließen. Das Problem bei der Unterzeichnung durch andere Länder sei, daß die USA sich nicht beteiligen wollten, auch wolle die USA die Sowjetunion ausschalten. Der Friedensprozeß müsse fortgesetzt werden<sup>13</sup>, es gebe verschiedene Kontakte, so mit Ortega, der vor kurzem in Spanien war<sup>14</sup>, sowie zwischen González und Castro.

Bei seinem Besuch in Spanien<sup>15</sup> habe Reagan sich enttäuscht über die mangelnde Unterstützung im Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>16</sup> geäußert; alle sieben Teilnehmerstaaten hätten sich nur negativ über das US-Embargo gegen Nicaragua<sup>17</sup> geäußert. González und Reagan hätten sich sehr offen miteinander unterhalten. Es gebe Einigkeit über das Ziel eines demokratischen Nicaragua, Uneinigkeit jedoch darüber, ob es bereits zu spät sei; dies sei die amerikanische Auffassung. Die USA akzeptierten die spanische Haltung und die spanische Rolle, seien jedoch selber der Auffassung, daß eine Lösung für Nicaragua nicht mehr möglich sei, daß nur Druck von außen noch nützen könne. Die amerikanische Haltung sei vor allem nach der Moskau-Reise Ortegas<sup>18</sup> sehr hart, jedoch könne eine Direktintervention in Nicaragua ausgeschlossen werden. Die USA haben ein strategisches Interesse in Zentralamerika. Sie wollen Nicaragua nicht als Bindeglied sehen zwischen der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Die Frage an Außenminister Shultz, ob es in Nicaragua nicht zu einem gemischten politischen System kommen könne (wie im Fall Jugoslawiens, so auch in wirtschaftlicher Hinsicht), wurde von den USA nicht beantwortet, weil sie der Auffassung sind, daß die jugoslawische Lösung bereits keine Lösung mehr darstellt.

Außenminister Morán stellte dar, daß Ortega unflexibel, ohne Lösungen und nicht konzessionsbereit sei. Bei seinem Besuch in Madrid empfahl ihm González, er solle versuchen, die inneren Kräfte wiederzugewinnen; er warnte ihn

<sup>11</sup> Am 28./29. September 1984 fand in San José eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens mit den Außenministern der mittelamerikanischen Staaten sowie der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

<sup>12</sup> Zur Akte für Frieden und Zusammenarbeit in Mittelamerika (Contadora-Akte) in der Fassung vom 7. September 1984 vgl. Dok. 12, Anm. 18.

<sup>13</sup> Zu den Friedensbemühungen der Contadora-Staaten stellte Ministerialdirektor Haas am 10. Juni 1985 fest: „Der Contadora-Prozeß stagniert. Die Bevollmächtigten der vier Contadora-Staaten und der fünf zentralamerikanischen Länder verhandeln seit April mit unterschiedlichem Erfolg über Details. Es fehlt jedoch eine große politische Linie, die den Willen zu einer Einigung erkennen läßt. Verantwortlich dafür sind unterschiedliche Interessen innerhalb der Contadora-Staaten, die wenig konstruktive Mitarbeit Nicaraguas im Contadora-Prozeß, Mißtrauen gegen Nicaragua, die Furcht der übrigen zentralamerikanischen Länder, von den Contadora-Staaten bevormundet zu werden, die ambivalente Haltung der USA zum Contadora-Prozeß und insgesamt das Fehlen einer realistischen Perspektive einer Lösung.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135306.

<sup>14</sup> Präsident Ortega hielt sich am 11./12. Mai 1985 in Spanien auf.

<sup>15</sup> Präsident Reagan besuchte Spanien am 6./7. Mai 1985.

<sup>16</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>17</sup> Am 1. Mai 1985 verhängte Präsident Reagan Sanktionen über Nicaragua, die unter anderem ein totales Handelsembargo beinhalteten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 547–550.

<sup>18</sup> Präsident Ortega hielt sich am 28./29. April 1985 in der UdSSR auf.

davor, daß die USA eine Destabilisierung versuchen könnten. Weiterhin empfahl González Ortega, den Rückzug der kubanischen Experten aus Nicaragua zu bewirken. Außenminister Morán zufolge ist Castro seit dem Treffen von Uruguay<sup>19</sup> flexibler als die Comandantes. Er vertrat die Auffassung, daß Ortega entweder keine Lösungen habe oder mit inneren Problemen zu kämpfen habe oder daß es ihm einfach am Verständnis für die Situation fehle.

Staatsminister Möllemann wies darauf hin, daß dies auch sein Eindruck bei seinem Gespräch mit Ortega<sup>20</sup> gewesen sei. Die USA verhielten sich oft wie ein Elefant, Ortega sei jedoch auch ein Elefant im Porzellanladen.

Es werde in Nicaragua evtl. eine Sonderkommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung geben, in der auch außerparlamentarische Oppositionsgruppen (z.B. die Christdemokraten unter Cruz) sich beteiligen könnten. Staatsminister Möllemann stellte die Frage, ob es in Nicaragua Machtkämpfe gäbe zwischen Orthodoxen und Nichtorthodoxen.

Außenminister Morán vertrat die Auffassung, daß Nicaragua den Krieg gegen die Contras gewinnen werde. Dies sei gefährlich, weil die USA somit äußere Faktoren suchen könnten, um Nicaragua zu destabilisieren, wenn sich die Contras als ineffizient erweisen würden. Die USA hätten die Möglichkeit zu Operationen aus der Luft (somit sei die Luftverteidigung schwierig, die MiG aus Kuba seien nicht in Nicaragua eingetroffen). Es gebe die Möglichkeit, daß sich die rechte Opposition zu einer städtischen Guerilla entwickle. Nicaragua sei noch kein totalitärer Staat. Es gebe noch La Prensa sowie die Kirche. Es habe jedoch mit inneren Problemen zu kämpfen, wie z.B. dem Ersatz für durch das US-Embargo ausfallende Waren; die Opposition in Nicaragua schließe sich zusammen. Die Comandantes seien geteilt; Ramírez gebe sich gemäßigt, die Brüder Ortega schon radikaler, Borge und Arce wollten einen zentralistischen Totalitarismus.

Die Contadora sei ein Erfolg der Gemäßigten. Honduras widersetze sich zum ersten Mal dem Versuch der USA, sich als Instrument mißbrauchen zu lassen. In El Salvador gebe es wieder einen Dialog zwischen der Regierung und den Oppositionskräften. In Costa Rica werde es bald Wahlen geben<sup>21</sup>; Monge wolle keinen Bruch mit Nicaragua; die Tatsache, daß Costa Rica heute keinen neuen Botschafter nach Nicaragua schicke, sei als Warnung gedacht; die innere Lage von Costa Rica sei schwierig. Auch die innere Lage Mexikos sei problematisch. Es gebe Diskrepanzen zwischen Mexiko und Kolumbien. Die Contadora sei bisher unfähig, eine gemeinsame Erklärung zum US-Embargo gegen Nicaragua abzugeben. Daraus folge eine schwierige Situation. Der kolumbianische Außenminister<sup>22</sup> befürchte das Ende für Contadora, wenn nicht bald Ergebnisse vorlägen; dann werde es zumindest eine sehr schwierige Lage geben. Selbst die USA hätten ein Interesse am Fortbestehen von Contadora, da sie damit eine Art Pufferzone hätten.

19 Anlässlich der Amtseinführung des Präsidenten Sanguinetti am 1./2. März 1985 in Montevideo kam es zu einem Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit Präsident Ortega.

20 Zum Gespräch des Staatsministers Möllemann mit Präsident Ortega am 1. März 1985 in Montevideo vgl. Dok. 64, Anm. 20.

21 In Costa Rica fanden am 2. Februar 1986 Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt.

22 Augusto Ramírez Ocampo.

Staatsminister *Möllemann* bestätigte, daß der Elan für Contadora nachgelassen habe; deshalb sollte auf die dramatische Situation hingewiesen werden, auch bei dem Besuch des mexikanischen Staatspräsidenten de la Madrid in Europa.<sup>23</sup>

Das Gespräch zeige, wie richtig es sei, daß der Beitritt Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften<sup>24</sup> von großer Bedeutung sei und in den Beziehungen zu Lateinamerika viel nützen werde.

**Referat 331, Bd. 136368**

## 145

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Planinc in Belgrad

VS-NfD

4. Juni 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit der Präsidentin des Bundesexekutivrates, Milka Planinc, am 4. Juni 1985, von 16.30–18.30 Uhr<sup>2</sup>

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker sowie Herr Lohner als Dolmetscher;

auf jugoslawischer Seite: ein Note-taker und ein Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* äußert eingangs, er wolle neben bilateralen Fragen Fragen der Ost-West-Entwicklung ansprechen. Frau *Planinc* ist damit einverstanden, zusätzlich zu Fragen der Ost-West-Entwicklung möchte sie auch Fragen des Nord-Süd-Verhältnisses (auch innerhalb Europas) ansprechen.

*Bundeskanzler* leitet das Gespräch mit Hinweis auf seine letzten Gespräche mit Präsident Tito<sup>3</sup> ein. Er habe damals mit dem Präsidenten ein Gespräch geführt, das so auch heute geführt werden könnte. Es seien zwei Grundvoraussetzungen in der Zwischenzeit unverändert geblieben: Jugoslawien steuere wei-

<sup>23</sup> Präsident de la Madrid besuchte vom 5. bis 10. Juni 1985 Spanien. Am 17. Juni 1985 führte er Gespräche mit der EG-Kommission in Brüssel. Vom 18. bis 20. Juni besuchte er die Bundesrepublik und reiste anschließend zu einem Besuch vom 20. bis 23. Juni 1985 nach Frankreich. Zum Besuch in der Bundesrepublik vgl. Dok. 163.

<sup>24</sup> Am 12. Juni 1985 wurde in Madrid der Vertrag über den EG-Beitritt Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 10–13.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 14. Juni 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 14. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 „m[it] d[er] Bitte um Kenntnisnahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 18. Juni 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 133014.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Jugoslawien vom 4. bis 6. Juni 1985. Vgl. dazu auch Dok. 147.

<sup>3</sup> Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1976 in Jugoslawien auf. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 178.



ter seinen eigenen unabhängigen Kurs. Dieser Kurs sei für uns alle von elementarer Bedeutung. Eine Änderung dieses Kurses würde eine Veränderung in der Statik Europas bedeuten. Andererseits habe Präsident Tito ihn damals aufgefordert, die Bundesrepublik Deutschland solle in der NATO bleiben und die NATO stärken. Und in der Tat, würde die Bundesrepublik dieses nicht tun, würden wir ebenfalls die Statik Europas von Grund auf verändern.

Natürlich habe sich die Welt in der Zwischenzeit verändert. Die Waffen seien gefährlicher geworden. Es gebe noch größere Waffenansammlungen, und die Notwendigkeit zu Ausgleich und Entspannung sei damit noch dringlicher. Es komme aber noch etwas hinzu, nämlich der Nord-Süd-Konflikt. Er, der Bundeskanzler, glaube, daß schon zu Ende dieses Jahrhunderts der Nord-Süd-Konflikt eine größere Dramatik haben werde als der Ost-West-Konflikt.

Die Bundesrepublik Deutschland sei ein geteiltes Land. Dies sei ein Ergebnis der Politik Hitlers. Es bedeute, daß Ost und West in Deutschland sich begegneten. Die wichtigste Konsequenz für alle Deutschen sei, daß Krieg kein Mittel der Politik sein dürfe. Er selbst gehöre nicht mehr direkt zur Kriegsgeneration, habe aber den Krieg noch mit wachem Verstand 1945 als Kind erlebt. Sein älterer Bruder Walter sei im Zweiten Weltkrieg gefallen, so wie auch der gleichnamige Bruder seiner Mutter 1914 im Ersten Weltkrieg gefallen sei. Bundeskanzler verweist an dieser Stelle darauf, daß auch sein ältester Sohn wieder Walter heiße. Er erzähle dies, weil für ihn alle diese Fragen, die Probleme von Abrüstung und Spannung, nicht reine Theorie seien. Seine Frau sei Flüchtling, auch dieser Teil des deutschen Schicksals sei damit bei ihm zu Hause vertreten.

Für Genf<sup>4</sup> sehe er eine reelle Chance. Man werde allerdings viel Zeit benötigen. Zusammen mit unseren amerikanischen Freunden täten wir alles, damit es in Genf zu einem Erfolg käme. Beide Seiten müßten sich dort bewegen. Inwieweit dies der Fall sei, werde man sehen. Bundeskanzler verweist auf die Bedeutung des Verhältnisses zur Sowjetunion, die unser wichtigster Nachbar im Osten sei. 17 Millionen Deutsche gehörten dem Warschauer Pakt an. Im Sinne der KSZE-Akte<sup>5</sup> suchten wir gute Nachbarschaft. Natürlich seien auch wir in Europa der wichtigste Partner für die Sowjets im Westen. Wir wollten im Ost-West-Verhältnis Fortschritte sehen. Hier dächten wir genauso wie Jugoslawien. Ebenso wie Jugoslawien träten wir im übrigen auch für Selbstbestimmung ein und wendeten uns gegen Fremdbestimmung. Dies bringe ihn zur Frage der Teilung Deutschlands, die für uns eine bittere Realität sei. Man solle jedoch niemandem glauben, der behaupte, die Deutschen würden sich mit der Teilung abfinden. Gewalt sei für uns kein Mittel der Politik, und die Frage der deutschen Einheit stehe nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Aber in dieser Frage sei die Akte auch nicht geschlossen. Es werde wohl nicht mehr das Reich Bismarcks geben. Das Zeitalter des alten Nationalstaates sei unwiderruflich dahingegangen. Anormales werde sich jedoch auch nicht halten. Wir seien heute bei unserer Ankunft in Belgrad über den Fluß gefahren. Es sei nicht möglich, Menschen auf beiden Seiten des Flusses voneinander auf Dauer getrennt zu halten.

<sup>4</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

Gott sei Dank sei es in den letzten Jahren gelungen, das Verhältnis zur DDR zu verbessern. Leider sei dieses Verhältnis immer noch nicht so, daß junge Leute aus beiden Teilen Deutschlands ohne weiteres heiraten können. Hier ließe sich nur mit großer Geduld weiterkommen. Gewaltlösungen dürfe es nicht geben. Im deutschen Namen sei in diesem Jahrhundert zu viel Schreckliches passiert. Wir hätten aus der Geschichte gelernt.

Es gebe noch einen weiteren Faktor, auf den er hinweisen wolle, nämlich unsere Öffnung nach Europa. Die Europäische Gemeinschaft sei sehr beschwerlich. Die Sitzungen dauerten ewig, und Ergebnisse kämen nur langsam. Doch gebe es keine Alternative zu ihr. Er selbst komme von der deutsch-französischen Grenze. Er wisse, daß man nicht erwarten könne, daß in 30 Jahren 300 Jahre Geschichte ausgeglichen werden könnten. Aber für unsere Kinder sei ein deutsch-französischer Krieg bereits undenkbar. Wir stritten uns heute in der Gemeinschaft über den Weizenpreis und über Milch. Dies sei eine außerordentlich positive Entwicklung. Es gäbe in Europa Länder, die aus ihren eigenen Gründen nicht zur EG kommen könnten. Auch sie seien Teil Europas. Er habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Europäische Gemeinschaft nur ein Teil Europas sei, nicht ganz Europa. Die Donau fließe auch durch Europa. Wir würden diese Länder nicht vergessen. Es liege deshalb auch in unserem Interesse, die Beziehungen zu Jugoslawien möglichst gut und unkompliziert zu gestalten.

Frau *Planinc* antwortet, der Bundeskanzler habe die großen Themen der europäischen Politik angesprochen, die aber auch die Weltpolitik insgesamt berührten. Der Erdball werde immer kleiner. Wir stünden heute vor einer ganz anderen Situation, sogar im Vergleich zum letzten Weltkrieg. Was in einem Teil der Welt geschehe, strahle gleich auf andere Teile aus. Sie wisse, daß auch nach dem Tode Titos<sup>6</sup> Spekulationen angestellt worden seien (selbst bei den besten Freunden ihres Landes), ob Jugoslawien seinen Kurs halten werde. Jetzt, fünf Jahre später, bestünden daran keine Zweifel mehr. Die Strategie, die Tito herausgefunden habe, sei auf den Interessen des jugoslawischen Volkes aufgebaut. Tito sei ein großer Stratege gewesen, habe sich aber auch nach dem Willen des jugoslawischen Volkes gerichtet. Er habe sich ferner nach der geopolitischen Lage des Landes gerichtet, und seine Richtlinien für die jugoslawische Politik seien auch für alle anderen Europäer von Bedeutung. Sie verweist hier auf das Wort des Bundeskanzlers von der Statik Europas.

Sie wolle hinzufügen, daß man auch verstehen müsse, daß die jugoslawische Unabhängigkeit auch essentiell für das Bestehen des jugoslawischen Volkes insgesamt sei. Jugoslawien sei ein Vielvölkerstaat, in dessen innerem Bereich es viele Abhängigkeiten gebe. Die jetzige Lösung entspreche am besten den Interessen dieses Vielvölkerstaates. Man habe diese Politik früher als offiziell verlautbart angefangen, nämlich schon anläßlich der ersten Konferenz der ungebundenen Länder.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> Staatspräsident Tito verstarb am 4. Mai 1980.

<sup>7</sup> Die erste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad statt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, D 586–594.

Der Bundeskanzler wisse, welche Schläge Jugoslawien im Krieg empfangen habe. Sie selbst sei junge Partisanin gewesen und habe gedacht, wenn der Krieg vorbei sei, würde man auch alle Probleme gelöst haben. Gleich nach dem Kriege habe sie jedoch von Tito lernen müssen, daß es jetzt darum ging, die Wunden schnell zu vergessen und gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten, insbesondere Italien und Österreich und Bulgarien, herzustellen. Während des Krieges sei Jugoslawien ein zerstückeltes Land gewesen, und es sei schwer gewesen, der Bevölkerung klarzumachen, daß man sich nun nach dem Krieg dem Ausland öffnen müsse. Wenn man jetzt die Grenzen sehe, so sei es doch erstaunlich, was erreicht worden sei. Man könne sich die Nachbarn nicht wählen, aber mit allen Nachbarn habe Jugoslawien jetzt mehr oder weniger gute Beziehungen. Sie glaube, daß dies schon damals der Anfang von Titos großer Strategie war, auch seiner Politik innerhalb der Blockfreien-Bewegung. Jugoslawien sei im übrigen nicht glücklich, daß es militärische Blöcke gibt. Militärische Blöcke führten objektiv dazu, daß es zwischen ihnen zu Rivalitäten komme. Sie wisse nicht, wie die Welt aussehen würde, wenn es nicht die Blockfreien-Bewegung gebe. Die Blöcke seien jedoch eine Realität, und wir könnten sie nicht ignorieren. Es sei auch eine objektive Tatsache, daß es ein Gleichgewicht geben müsse. Sie habe Gelegenheit gehabt vor ein paar Tagen, dem amerikanischen Außenminister Shultz zu sagen<sup>8</sup>, daß auch Jugoslawien für ein Gleichgewicht sei, aber nicht auf der jetzigen Ebene, sondern auf einer niedrigeren Ebene, wenn es möglich sei, bis zum Nullpunkt. Wenn wir davon ausgingen, daß Krieg unter keinen Umständen zwischen den Blöcken ausbrechen dürfe, dann müsse man eben einen Modus vivendi finden. Die Blöcke würden nicht über Nacht abgeschafft werden können. Jugoslawien denke ständig darüber nach, wie es einen Beitrag zu mehr Entspannung und Freundschaft unter den Völkern leisten könne. Keine Seite könne versuchen, die andere Seite systematisch zu verändern. Im Gegenteil, je mehr Druck auf das System ausgeübt werde, um so stärker werde die andere Seite zusammenhalten, um so weniger Möglichkeiten für demokratische Entwicklungen gebe es. Dies gehe alles nur über Verhandlungen, in erster Linie Verhandlungen über Abrüstungsfragen. Sie habe Präsident Reagan gesagt, die Welt würde sich besser fühlen, wenn sie im Fernsehen nicht die beiden Führer der Supermächte jeden für sich genommen, sondern einmal beide zusammen sähe. Unsere Länder sollten in diesem Prozeß eine aktive Rolle spielen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, man könne auf diesem Feld eine Menge tun. Auch er sei der Auffassung, daß ein wirkliches Gespräch zwischen Reagan und Gorbatschow nützlich sein könne. Er sei im übrigen derjenige gewesen, der vor zwei Jahren diese Idee aufgebracht habe.<sup>9</sup> Er habe sehr bedauert, daß durch

<sup>8</sup> Ministerpräsidentin Planinc hielt sich vom 27. Mai bis 2. Juni 1985 in den USA auf und traf am 31. Mai 1985 mit Präsident Reagan sowie mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kohl setzte sich während eines Gesprächs mit Präsident Reagan am 15. November 1982 für ein Treffen des Präsidenten mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, ein. Während eines Besuchs in den USA am 14./15. April 1983 sprach er sich gegenüber dem amerikanischen Außenminister Shultz und am 5. Juli 1983 gegenüber Andropow in Moskau für Gespräche zwischen Andropow und Reagan aus. Am 11. Juli 1983 warb Bundesminister Genscher bei Reagan in Washington erneut für ein amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 306. Vgl. ferner AAPD 1983, I, Dok. 101 und Dok. 119, sowie AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 212.

den schnellen Wechsel in der sowjetischen Führung die Sache in sich zusammengefallen sei. Präsident Reagan kenne er gut, er sei ein guter Freund des Präsidenten, und das Propagandabild vom Präsidenten treffe nicht zu. Er habe volles Vertrauen, daß es zwischen den Weltmächten in Europa zu keinem Krieg kommen werde. Das sei ja eben das Paradoxe: Angesichts der ungeheuren Anhäufung von Waffen in Europa bedeute der Gedanke an Krieg die Apokalypse, und deshalb komme es auch nicht zum Krieg. Das Gleichgewicht sichere den Frieden. Dieser Gedanke habe ihn dazu geführt, in letzter Konsequenz der Stationierung zuzustimmen.<sup>10</sup> Er habe aber der Stationierung von Mittelstrecken mit dem Ziel zugestimmt, sie wieder wegzubekommen. Für uns sei es am besten, weder amerikanische noch russische Raketen in Europa zu haben. Über all dem Gerede über Raketen dürfe man jedoch den konventionellen Bereich nicht übersehen. Die Bundesrepublik Deutschland sei keine Nuklearmacht und wolle dies auch nicht werden. Sie habe keinen Ehrgeiz in dieser Richtung. Für uns sei die Lage im konventionellen Bereich eine große Sorge. Die NATO sei ohne das Kontingent von 500 000 deutschen Soldaten nicht denkbar. Deshalb müsse er jetzt in Folge des Abbrechens der demographischen Kurve Anfang der 70er Jahre die Wehrpflicht erhöhen<sup>11</sup>, da wir sonst diese Zahl nicht erreichen würden.

Jugoslawien könne einen wichtigen Beitrag dazu leisten, daß die Statik Europas nicht verändert werde. Es sei ein elementares deutsches Interesse, daß die jugoslawische Politik in dieser Frage erfolgreich sei und daß die Einheit Jugoslawiens erhalten werde. Bundeskanzler verweist auf die Eigenschaft Jugoslawiens als Vielvölkerstaat. Hier handele es sich um eine wichtige positive Entwicklung in unserem Jahrhundert. Aus diesem Grunde unterstütze die Bundesrepublik auch keinerlei Kräfte und sympathisiere auch nicht mit solchen Kräften, die diese Einheit Jugoslawiens angriffen. Es habe in diesen Tagen in Jugoslawien eine Diskussion in dieser Frage gegeben, die in ihren Proportionen völlig unangemessen sei.<sup>12</sup> Er rate deshalb der jugoslawischen Seite, Mitarbeiter nach Bonn zu schicken, damit wir über behauptete Probleme sprechen und, falls es wirklich Probleme gäbe und die rechtliche Situation dies zulasse, sie abstellen könnten. In Reaktion auf die Hitlerdiktatur sei in der Bundesrepublik das wohl liberalste System in Europa geschaffen worden. Er sei selbst ein durch und durch liberaler Mensch, denke aber manchmal, daß man vielleicht doch hier und da ein wenig zu weit gegangen sei. Unsere Verfassung<sup>13</sup> gebe Leuten Rechte, die in Versuchung gerieten, diese Rechte zu mißbrauchen. Dennoch könne man vielleicht in dieser speziellen Frage das eine oder andere tun. Er wolle sich dabei hilfreich zeigen.

Frau *Planinc* antwortet, der größte Teil der Jugoslawien feindlich gesinnten Emigration, die auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehe, befinde sich in der Bundesrepublik Deutschland. Im Kontext dessen, was man vorher besprochen ha-

<sup>10</sup> Zur Entscheidung der Bundesregierung vom 22. Juni 1983 zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 184 und Dok. 186.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

<sup>12</sup> Zur Sorge in Jugoslawien über die geplante Eröffnung eines Informationszentrums des Kroatischen Nationalrats in der Bundesrepublik vgl. Dok. 130.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

be, frage man sich in Jugoslawien, was dies bedeuten solle. Es handele sich um Leute, die Jugoslawien spalten wollten, Tschetniks und Ustascha-Leute, die ein Groß-Kroatien bis vor die Tore Belgrads schaffen wollten. Ginge es nach ihnen, würde es Jugoslawien nicht mehr geben. Der Balkan würde sich in ein Pulverfaß zurückverwandeln. Es wäre sicher gut, wenn sich die zuständigen Beamten treffen könnten.

Der *Bundeskanzler* erwidert, die jugoslawische Seite solle ein paar Leute schicken, die sich mit deutschen Beamten zusammensetzten und ohne jedes öffentliche Aufheben die Dinge besprächen. Was jetzt hier in Jugoslawien im Zusammenhang mit der Eröffnung eines Büros in Bonn diskutiert werde, dem brauche sie wirklich keine Beachtung schenken. Dies werde kein Problem für unsere Beziehungen werden.

Frau *Planinc* antwortet, jedesmal, wenn Jugoslawien Gespräche mit Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland führe, würden Gründe aufgezählt für<sup>14</sup> das Recht der Emigrantengruppen, sich zu organisieren. Wenn die deutsche Seite aber etwas gegen Terroristen unternehme, so unternehme sie nur etwas gegen die kriminellen Instrumente, nichts gegen die dahinter stehenden Ideologen. Diese Ideologen bedienten sich jedoch der kriminellen Instrumente, um in Jugoslawien Attentate auszuführen, Sprengstoff nach Jugoslawien zu schmuggeln etc. Es sei höchstwahrscheinlich so, daß die jugoslawischen Dienste die Dinge innerhalb der Emigration besser beurteilen könnten als die deutschen Stellen.

Der *Bundeskanzler* äußert, er wolle Frau *Planinc* ein Angebot machen: Wenn sie in diesem Zusammenhang ein konkretes Problem ansprechen wolle, solle sie es ihn persönlich wissen lassen.

Er lenkt dann zu einem weiteren Thema über: Wie schätze Frau *Planinc* die Entwicklung in Moskau ein? Sie werde Gorbatschow in wenigen Wochen sehen.<sup>15</sup> Vielleicht sei es jetzt noch etwas zu früh, ihn zu beurteilen.

Frau *Planinc* antwortet, für sie sei es sicher zu früh. Sie habe ihn noch nicht kennenlernen können. Jugoslawien habe zwar ziemlich viel Erfahrung im Umgang mit der Sowjetunion, gute Erfahrungen und schlechte. Sicher sei es gut, daß jetzt ein jüngerer Mensch die Führung übernommen habe, der über längere Zeit die Beziehungen zum Ausland gestalten könne. Gorbatschow wirke offen und intelligent. Aber er allein könne natürlich nicht die Politik bestimmen. Die Umstände in der Sowjetunion selbst und in der Welt setzten ihm hier Grenzen.

Der *Bundeskanzler* äußert, er habe eine Stunde mit Gorbatschow diskutiert.<sup>16</sup> Er habe den Eindruck, daß es sich um einen intelligenten und gebildeten Mann handele, der Bilder aus der Geschichte und der Literatur verwende.

Gorbatschow könne einen beträchtlichen Charme entwickeln, was sich ja auch bei Frau Thatcher gezeigt habe.<sup>17</sup> Er könne aber vermutlich auch eiskalt sein

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „über“.

<sup>15</sup> Ministerpräsidentin Planinc besuchte die UdSSR vom 3. bis 7. Juli 1985.

<sup>16</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.

<sup>17</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember

und sitze nicht zufällig an seinem Platz. Es werde wohl noch lange dauern, bis wir wüßten, wie er wirklich sei. Natürlich sei er auch Teil einer Mannschaft. Wenn man Gromyko im Umgang mit Gorbatschow beobachte, so sehe man, daß hier keine Welle der Sympathie vorhanden sei. Es gebe im Politbüro noch mehr ältere Herren. Gorbatschow werde vermutlich die Zeit für sich arbeiten lassen. Er werde jetzt auf dem vorgezeichneten Weg bleiben. Was er später mache, sei nicht vorherzusagen.

Er, der Bundeskanzler, sehe aber auch dort eine große Chance. Auch in der Sowjetunion seien 80 % der Bevölkerung nach dem Krieg geboren. Dieser Teil der Bevölkerung finde sich in ihm eher wieder als in der alten Generation der Tschernenko und Andropow. Der nächste Parteitag<sup>18</sup> werde interessant sein. Hoffentlich begreife Gorbatschow, daß es auch für ihn kein Zurück gebe.

Frau *Planinc* antwortet, Gorbatschow werde natürlich nicht zurück können. Was aber könne er bis zum Parteitag schaffen? Er habe verschiedene Reformen vorgeschlagen, keine sei jedoch bedeutend. Die sowjetische Wirtschaft müsse flexibler werden. So gehe es nicht weiter. In der Sowjetunion habe es immer wieder Anläufe zu Reformen gegeben, aus denen jedoch nie etwas geworden sei. Für Gorbatschow sei es auch eine Frage der äußeren Umstände, die er jetzt vorfinde. Es handele sich in jedem Falle um einen Prozeß, der länger dauern werde. Unter Umständen könne die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich mit dem Ausland ihm helfen.

Jugoslawien habe schon seit ziemlich langer Zeit gute Beziehungen mit der Sowjetunion. Wenn man mit dem Westen spreche, so höre man dort im allgemeinen, daß der Westen für Abrüstung und Entspannung sei, die Russen solche aber nicht wollten. Die Russen würden das gleiche sagen. Jugoslawien habe keine Möglichkeit, die Raketen zu zählen. Dennoch frage man sich, was man selbst tun könne.

Der *Bundeskanzler* äußert, wir könnten einen wichtigen Beitrag leisten, indem wir unsere Stimme erhöhen. Er habe im Sommer 1983 mit Generalsekretär Andropow gesprochen, anschließend fast drei Stunden mit den Marschällen.<sup>19</sup> Marshall Ustinow habe ihm damals gesagt, was er im Westen über die sowjetische Rüstung höre, sei alles Propaganda. Die Sowjetunion würde keine Raketen aufstellen. Er, der Bundeskanzler, habe Marschall Ustinow geantwortet, er wisse doch ganz genau, daß dieses nicht stimme. Warum er ihm so etwas sage? Er, der Bundeskanzler, habe selbst Fotografien dieser Raketen gesehen und könne ihm die Orte zeigen, wo diese Raketen disloziert seien. Es habe keinen Sinn, so zu argumentieren, wir müßten ernsthaft über die Rüstung reden. Wenn Gorbatschow Statur habe, wäre es sehr gut. Der jetzige amerikanische Präsident werde in drei Jahren sein Amt verlassen. Er, der Bundeskanzler, sei sicher, daß Präsident Reagan am Ende etwas erreicht haben wolle. Er wolle am Ende sei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 757*

1984 in Großbritannien auf und wurde am 16. Dezember 1984 von Premierministerin Thatcher in Chequers empfangen. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

Zur Bewertung des Gesprächs durch Thatcher vgl. Dok. 13.

<sup>18</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>19</sup> Im Rahmen eines Besuchs vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR führte Bundeskanzler Kohl am 5. Juli 1983 in Moskau ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, und traf anschließend mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 205.

ner Amtszeit im Buch der Geschichte stehen. Es gebe noch einen zweiten Grund: Präsident Reagan könne in den USA Dinge durchsetzen, die Präsident Carter aufgrund seines eigenen Bildes nicht habe durchsetzen können. Auch die IV. Republik habe Algerien nicht weggeben können. Präsident de Gaulle habe es gekonnt. Eine Einigung müsse von einem Präsidenten herbeigeführt werden, der über jedem Verdacht stehe. So habe er, der Bundeskanzler, Herrn Honecker einen Kredit geben können.<sup>20</sup> Seine Vorgänger hätten dies nicht vermocht. Er habe viele Stunden mit Präsident Reagan verbracht und ihm als der Jüngere, aber doch als einer seiner wichtigsten Verbündeten gesagt, daß wir Fortschritte in den Abrüstungsgesprächen wünschten.

Was auch von entscheidendem Einfluß sein werde, sei die Frage, ob die Sowjetunion endlich den Mut habe, ihr Wirtschaftssystem zu ändern. Dieses veraltete Wirtschaftssystem sei Teil ihrer Unfähigkeit, im militärischen Bereich vernünftig zu sprechen. Die Sowjetunion halte sich krampfhaft an ihrer militärischen Macht fest als Grundlage ihrer Weltstellung, weil es ihr an den nötigen wirtschaftlichen Grundlagen fehle. Man möge doch nur einmal sehen, was in Ungarn pro Hektar erwirtschaftet werde, und dies mit den Erträgen in der Sowjetunion vergleichen. Dann sehe man, daß das System absurd sei.

Frau Planinc antwortet, das würden die Sowjets im internen Gespräch selbst eingestehen. Selbstverständlich würden dort jetzt keine tiefgreifenden Reformen in Aussicht genommen, aber selbst das Beabsichtigte hänge von äußeren Umständen ab. Die Sowjetunion suche wirtschaftliche Kontakte zum Ausland und interessiere sich außerordentlich für die jugoslawischen Maßnahmen, arbeite aber natürlich unter ganz anderen Umständen. Ein Vergleich mit den jugoslawischen Reformen sei nicht möglich. Jugoslawien wolle mit den aufgestellten wirtschaftlichen Kriterien Anschluß an die Welt finden. Die Sowjets hätten selbst eingesehen, daß ihr System ineffizient sei.

Der Bundeskanzler äußert, es habe in den letzten Monaten eine gewaltige Propagandawelle gegen die Bundesrepublik gegeben<sup>21</sup>, aber auch gegen ihn selbst. Es habe sich jedoch nur um Propaganda gehandelt. (Er fügt scherzend hinzu, das schlimmste an Propaganda sei natürlich, wenn man selbst daran zu glauben beginne.) Gleichzeitig bemühe sich nämlich die Sowjetunion gegenwärtig

<sup>20</sup> Im Frühjahr 1983 führten der bayerische Ministerpräsident Strauß und der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, vertrauliche Gespräche über die Vergabe eines Bankenkredits. Vgl. dazu STRAUSS, Erinnerungen, S. 470–475; KOHL, Erinnerungen 1982–1990, S. 175–183; SCHALCK-GOLODKOWSKI, Deutsch-deutsche Erinnerungen, S. 284–303.

Staatsminister Jenninger, Bundeskanzleramt, unterrichtete das Kabinett am 29. Juni 1983, daß die DDR für die Vermittlung eines Finanzkredits in Höhe von 1 Mrd. DM Sicherheiten angeboten habe: „Dabei sei wichtig, daß es sich nicht nur um einen wirtschaftlichen, sondern um einen politischen Vorgang handele, der im Gesamtzusammenhang der Beziehungen zu sehen sei. Die DDR habe erkennen lassen, daß auch sie diesen Zusammenhang sehe. Der Bundeskanzler habe dann ein Bankenkonsortium unter Führung der Bayerischen Landesbank mit den notwendigen Verhandlungen beauftragt. Diese Verhandlungen seien nunmehr abgeschlossen. Der Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM solle in zwei Tranchen von je 500 Mio. DM in angemessenem zeitlichem Abstand zu marktüblichen Konditionen abgewickelt werden. Die Bundesregierung solle für den Kredit eine Bürgschaft übernehmen. [...] Der Bundeskanzler verdeutlicht dabei, daß es sich zwar um eine sehr schwierige politische Entscheidung handele, die aber im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik gesehen und als Botschaft für die Menschen im anderen Teil Deutschlands verstanden werden müsse.“ Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll vom 22. Juli 1983; VS-Bd. 13348 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

<sup>21</sup> Zu den Vorwürfen gegen die Bundesrepublik in den sowjetischen Medien vgl. Dok. 107, Anm. 6.

um eine ganz wesentliche Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen. (Frau Planinc wirft ein: Gorbatschow hat dies öffentlich gesagt!) Wir sähen den Handel mit der Sowjetunion nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Aspekten. Er liege wesentlich unter dem kleiner westlicher Partnerländer. Mit allen übrigen Ländern des Warschauer Paktes laufe es im übrigen mehr oder weniger gut. Mit den Ungarn laufe es gut, mit den Rumänen nicht schlecht, wenn auch so, wie es dort eben gehe. Wir bemühten uns sehr um eine Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen zu Polen. Die dortige Lage habe mit uns nichts zu tun. Sie sei außerordentlich kompliziert. Er habe Herrn Jaruzelski bei der Beerdigung von Generalsekretär Tschernenko getroffen<sup>22</sup> und ihm gesagt, vor ihm sitze nun der deutsche Kriegstreiber, aber er, der General Jaruzelski, wisse doch, daß es niemanden gebe, der Polen mehr geholfen habe in den letzten Monaten als die Bundesrepublik Deutschland. Es läge nicht in unserem Interesse, Polen zu destabilisieren. (Einwurf von Frau Planinc: Hoffentlich!) Zur ČSSR hätten wir ein kompliziertes Verhältnis. Zur DDR habe sich das Verhältnis gebessert, aber der Spielraum der DDR-Führung sei offensichtlich enger geworden. Er, der Bundeskanzler, habe den Eindruck, daß der Spielraum, insbesondere seit Februar, sich verengt habe. Alles, was sich zwischen Washington und Moskau positiv entwickelt, habe auch bei uns gute Auswirkungen. Berlin wirke hier wie ein Seismograph.

Frau Planinc antwortet, die Beziehungen zwischen den Großmächten hätten gewiß großen Einfluß auf die Situation in Europa. Sie wolle aber nun noch etwas zu den Nord-Süd-Beziehungen sagen. Es habe ja hier sehr viele Treffen gegeben, die interessant gewesen seien. Die Probleme zwischen Washington und Moskau stünden viel zu sehr im Vordergrund. Die Nord-Süd-Probleme erfordern nicht die gebührende Aufmerksamkeit. Sie habe dabei realistische Schlüsse im Auge, die gezogen werden könnten im Interesse beider Seiten. Jugoslawien sei ein gutes Beispiel für das Problem der internationalen Verschuldung. Wenn die Beziehungen zwischen den verschuldeten Staaten und den Gläubigerländern so blieben wie jetzt, werde man wohl immer mehr Schuldner schaffen. Auch die am stärksten entwickelten Länder seien in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung von einer Lösung der Nord-Süd-Probleme abhängig. Sie spreche hier nicht von den Ländern, in denen Hunger herrsche, weil dies spezifische Probleme seien. Aber die anderen Länder, wo man versuchen sollte, mit eigenen Kräften aus der Krise zu kommen, stießen auf den Protektionismus. Sie wolle zum Beispiel das Problem der Lizenzen erwähnen. Jugoslawien würden Lizenzen verkauft, jedoch eröffne man gleichzeitig nicht den Markt für die Produkte, die mit diesen Lizenzen hergestellt würden. Gleichzeitig habe das Land jedoch, um eine entsprechende Produktion aufzuziehen, Kredite aufgenommen und Produktionsmittel gegen Devisenausgaben aus dem Ausland eingeführt. Dieses Thema sollte man morgen noch näher erörtern.<sup>23</sup> Sie glaube,

<sup>22</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Jaruzelski während seines Aufenthalts vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 67, Anm. 12.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, z. Z. Belgrad, berichtete am 5. Juni 1985 aus dem Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsidentin Planinc in erweitertem Kreis, der jugoslawischen Seite sei zugesichert worden, daß sich die Bundesregierung für verbesserte Exportmöglichkeiten in die Europäischen Gemeinschaften einsetzen werde. Außerdem sei Unterstützung für den jugoslawischen Wunsch, „künftig die Umschuldung in mehrjährigen Zeit-



daß dieser ganze Themenkomplex sich für ein vernünftiges vertieftes Gespräch eignet. Es müßten wieder Gespräche wie in Cancún<sup>24</sup> eingeleitet werden. Diese Gespräche dürften jedoch nicht das Ende einer Entwicklung sein, sondern müßten folgerichtig fortgeführt werden.

Was die Blockfreien-Bewegung anbetreffe, so sage man, daß sich hier Radikalismus breitgemacht habe. Länder, die keine Perspektive für sich sähen, neigten zu radikalen Äußerungen.

Der *Bundeskanzler* äußert, er wolle in diesem Zusammenhang ein Wort zum Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>25</sup> sagen. Wenn Frau Planinc daran teilgenommen hätte, hätte sie viel von dem gehört, was sie eben geäußert habe. Zunächst einmal das Aktuellste: Bis September müsse die Hilfe für die Hungerregionen dramatisch erhöht werden. Ein Riesenproblem sei dabei, daß ein Teil der Hilfe nicht dort hinkomme, wo sie hinkommen sollte. Dies sei ein großes Ärgernis auch bei uns zu Hause. Aus Privathand seien über 100 Millionen DM gespendet worden, und die Menschen wollten wissen, was mit ihrem Geld angestellt werde. Ein gutes Beispiel sei hier Äthiopien.<sup>26</sup> Sodann müsse man Hilfe zur Selbsthilfe geben. Die Bundesrepublik Deutschland sei eine große Exportnation. Sie könne nur exportieren, wenn derjenige, der kaufe, auch bezahlen könne. Er müsse infolgedessen seine Produkte auch verkaufen können. Jede Form des Protektionismus sei nicht nur ein Schlag gegen die Armen, sondern auch eine Dummheit der Reichen. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel habe man über dieses Thema breit geredet, auch das, was man zur Entschuldung sagen könne. Es geschehe ja sehr viel in diesem Zusammenhang. Allerdings sei er, der Bundeskanzler, immer wieder betroffen, wenn Besucher aus den ärmeren Ländern ihn um deutsche Rüstungslieferungen bäten. Frau *Planinc* wirft ein, das sei nun einmal so.

Abschließend äußert der *Bundeskanzler*, er wolle noch einen Punkt aufgreifen, der in unserem Parlament zu einer Diskussion geführt habe. Es gehe um Professor Čížek.<sup>27</sup> Er sitze im Gefängnis in Sarajewo. Bis 1977 habe er in der Bundesrepublik gelebt. Seine Verurteilung im Jahre 1978 in Sarajewo wegen Staats-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 760*

räumen durchzuführen“, bei den zuständigen Stellen in Aussicht gestellt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 391; Referat 214, Bd. 133014.

<sup>24</sup> Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

<sup>25</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>26</sup> Zur Hungerhilfe für Äthiopien vgl. Dok. 132, Anm. 9.

<sup>27</sup> Über den am 8. August 1978 vom Bezirksgericht in Sarajewo wegen „Tätigkeit gegen die jugoslawische Staatsordnung und Sicherheit“ zu 15 Jahren Gefängnis verurteilten Lehrer und Schriftsteller Čížek teilte Ministerialdirigent Oesterheld am 16. Oktober 1985 mit, Čížek sei von 1972 bis 1977 als Asylberechtigter in der Bundesrepublik ansässig gewesen: „Er betätigte sich aktiv in verschiedenen exilkroatischen Organisationen und schrieb gegen die jugoslawische Regierung gerichtete Artikel in Emigrantenzeitschriften.“ Im November 1977 sei er von einem kurzen Italien-Aufenthalt nicht zurückgekommen; Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe gegen zwei jugoslawische Staatsangehörige wegen Entführung seien im Oktober 1978 eingestellt worden, „da die Beweislage nicht ausreichte, um die – abwesenden – Verdächtigen im Bestreitensfalle der Tat zu überführen“. Seit Jahren setzten sich Menschenrechtsorganisationen und Mitglieder des Bundestags für den Verhafteten ein; die Botschaft in Belgrad habe „in der Vergangenheit unter politisch-humanitären Gesichtspunkten mehrmals den Fall vorgetragen“, ebenso Staatsminister Mertes während des Besuchs des Bundespräsidenten Carstens vom 5. bis 8. September 1983 in Jugoslawien. Vgl. Referat 214, Bd. 139609.

schutzdelikten habe bei uns eine große Wirkung gehabt. Es solle ihm angeblich gesundheitlich sehr schlecht gehen. Er wolle sich auch nicht in die inneren Angelegenheiten Jugoslawiens einmischen, wolle jedoch darauf hinweisen, daß dieser Fall eine große psychologische Dimension habe.

**Referat 214, Bd. 133014**

**146**

### **Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz**

**02-424.10**

**5. Juni 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister

Betr.: Europäische Telekommunikationspolitik<sup>3</sup> – EUREKA<sup>4</sup>

- hier: – Öffnung der Fernmeldemärkte  
 – ISDN-Strategie  
 – Glasfasernetze  
 – RACE

Anlg.: 2<sup>5</sup>

Die deutschen Mitglieder (BMP, BMWi, BMFT, AA/02) der EG-Gruppe „Hohe Beamte Fernmeldewesen (SOGT<sup>6</sup>)“ haben am 24. Mai 1985 das Fernmeldetechnische Zentralamt in Darmstadt besucht (Anlg. 1).

Festzuhalten ist folgendes:

#### 1) Öffnung der Fernmeldemärkte

Das Fernmeldetechnische Zentralamt wird – entsprechend der am 12. November 1984 vom EG-Rat verabschiedeten Empfehlung<sup>7</sup> – 10% des deutschen Fernmeldebeschaffungsmarktes (Fernmeldeausrüstung für Übertragung und Schal-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Grewlich konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 18. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 18. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Grewlich am 15. Juli 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 10. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zu den Überlegungen der EG-Kommission für eine gemeinsame Telekommunikationspolitik der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 51.

<sup>4</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für das Fernschreiben Nr. 1239 des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen vom 21. Mai 1985, mit dem den Teilnehmern aus der Bundesrepublik das Programm für den Besuch der „Senior Officials Group for Telecommunications“ im Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt übermittelt wurde, sowie die „ISDN-Einführungsstrategie (schmalbandig/breitbandig) der Deutschen Bundespost“ vgl. Referat 02, Bd. 178496.

<sup>6</sup> Senior Officials Group for Telecommunications.

<sup>7</sup> Für die Empfehlung vom 12. November 1984 betreffend die erste Phase der Öffnung der öffentlichen Fernmeldemärkte vgl. Referat 416, Bd. 130959.

tung sowie herkömmliche Endgeräte) öffnen. Von dieser Öffnung erfaßt wird ein Beschaffungsvolumen in Höhe von rd. 900 Millionen DM (das relevante Beschaffungsvolumen der Deutschen Bundespost im Jahre 1984 lag bei rd. 9 Milliarden DM; das Gesamt-Beschaffungsvolumen beläuft sich auf rd. 12 Milliarden DM).

## 2) ISDN<sup>8</sup>

Die Experten im Fernmeldetechnischen Zentralamt haben betont, daß die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Wettrennen um das ISDN (Integrated Services Digital Network) z. Zt. „die Nase vorne habe“. Mithalten könne im Augenblick nur Frankreich. Das deutsche ISDN-Konzept (Anlg. 2) finde auch in USA und Japan große Beachtung.

Von seiten des Vertreters der Bundespost wurde unterstrichen, daß die bisherige Normierungs- und Standardisierungsarbeit im Rahmen der Internationalen Fernmeldeunion (ITU<sup>9</sup>/CCITT<sup>10</sup>) ganz wesentlich von den deutschen ISDN-Anstrengungen beeinflußt wurde. Es habe sich beim schmalbandigen ISDN ausgezahlt, daß Industrie und Bundespost das Risiko eingegangen sind, bereits vor und nicht erst nach Abschluß der CCITT-Normierungsarbeit nationale Normen und Standards einzuführen, die dann in die CCITT-Empfehlungen eingegangen sind. In dieser Weise will die Bundespost auch in Zukunft vorgehen und versuchen, ihre Position in internationalen Normierungsgremien (CCITT und CEPT<sup>11</sup>) auszubauen, wenn der Übergang ins breitbandige ISDN normiert wird.

Anmerkung: Dieses Vorgehen ist allerdings nicht ganz unproblematisch:

- Zum einen könnten ISDN-Inseln (in Westeuropa) entstehen bzw. größere Umwicklungskosten dann anfallen, wenn unsere nationalen Standards international und insbesondere in Westeuropa anders als beim schmalbandigen ISDN keine ausreichende Gefolgschaft finden. Daher gibt es auch innerhalb des BMP und des Fernmeldetechnischen Zentralamts Befürworter einer von vornherein abgestimmten europäischen ISDN-Strategie.
- Andererseits ist noch keineswegs sicher, daß die Vereinigten Staaten und Japan sich voll auf das ISDN-Konzept einlassen. Möglicherweise wird nämlich in USA und Japan (vielleicht auch in Großbritannien) der Weg der „Teilintegration“ beschritten, d. h. es werden zunächst anspruchsvolle breitbandige Computernetze für die Datenkommunikation forciert ausgebaut. In diesem Falle würde die Bundesrepublik möglicherweise in diesem wichtigen Bereich zeitlich und technologisch zurückfallen.

<sup>8</sup> In einer Empfehlung des EG-Rats vom 12. November 1984 zur Durchführung der Harmonisierung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens wurde die „Einführung der neuen dienstintegrierten digitalen Netze (ISDN) und neuer Breitbandkommunikationsdienste“ als „besonders günstige Gelegenheit zur Harmonisierung“ im Bereich des Fernmeldewesens der Europäischen Gemeinschaften bezeichnet. Vorgeschlagen wurden daher Konsultationen vor der Einrichtung neuer Dienste; außerdem sollten „alle ab 1985 geschaffenen neuen Dienste [...] auf der Grundlage eines gemeinsamen harmonisierten Konzepts eingerichtet werden“, um Kompatibilität in ganz Europa sicherzustellen. Vgl. Referat 416, Bd. 130959.

<sup>9</sup> International Telecommunications Union.

<sup>10</sup> Comité Consultatif International Télégraphique et Téléphonique.

<sup>11</sup> Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications.

### 3) Glasfaser

Nach den Planungen des BMP soll etwa im Jahre 2000 das gesamte überregionale Fernliniennetz aus Glasfaser bestehen. Daher kommen bei überregionalen Neuverlegungen ab 1987 nur noch Glasfaserkabel zum Einsatz. Der Glasfasereinsatz im regionalen Netz wird ab 1986 ebenfalls ansteigen. Im Ortsnetz wird ein sogenanntes „Overlay-Verfahren“ angewandt, d.h. große Unternehmen und Banken in den großen Geschäftszentren (Berlin, Bonn, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, München, Nürnberg und Stuttgart) erhalten Glasfaseranschlüsse für die dialogfähige breitbandige Kommunikation (d.h. Bewegtbild und hochratige Datenkommunikation). Bis 1990 sollen mehr als 600 000 km Glasfaser in der Bundesrepublik verlegt sein. Ab diesem Zeitpunkt soll dann das parallel auszubauende breitbandige Koaxial-Verteilnetz (Fernseh-Verkabelung) mit den dann vorhandenen modernen Netzen zusammengeschaltet werden.

Anmerkung: Die Post befürwortet die Integration des bei uns entstehenden Glasfasernetzes mit ähnlichen in anderen europäischen Ländern entstehenden Netzen zu einem europäischen „Backbone-Netz“. Das Zusammenschließen („Interconnecting“) erfordert ein europäisches Konzept, das die EG-Kommission bis Oktober des Jahres vorlegen will. – Zurückhaltung zeigt die Bundespost allerdings gegenüber der Idee der EG-Kommission, noch früher und forciert in den fortgeschrittenen EG-Staaten Glasfaser im Ortsnetz zum Einsatz zu bringen, um damit

- die Kosten für die Glasfaserherstellung in Europa zu senken („Economies of Scale“),
- schneller opto-elektronische Vermittlungsstellen frühzeitig in Europa zum Einsatz zu bringen (um dann eine beherrschende Position auf dem Weltmarkt zu erreichen),
- einen technologischen Schub für die Endgerätehersteller in Europa zu erzeugen.<sup>12</sup>

### 4) RACE

Der Vorschlag der EG-Kommission, ein „Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Kommunikationstechnologien in Europa (RACE)“ in Angriff zu nehmen<sup>13</sup>, stößt im BMP und im Fernmeldetechnischen Zentralamt wie auch im BMFT, im BMWi und im BMF auf ausgeprägte Bedenken. Argumentiert wird, daß die Bundesrepublik auf der Grundlage ihrer Planungen für ein breitbandiges ISDN-Netz viel schneller voranschreite,

<sup>12</sup> Die „Gruppe Hoher Beamter Fernmeldewesen“ der EG-Mitgliedstaaten befaßte sich am 20. November 1984 mit Überlegungen zu einem transnationalen Glasfaserbreitbandnetzkonzept. Das Mitglied der niederländischen Delegation, de Jong, hob dabei hervor, es sei „das erste Mal in der Geschichte der Telekommunikation, daß in umgekehrter Weise vorgegangen wird, d.h. daß mit der Entwicklung des Netzes begonnen wird in der Hoffnung, daß die Endgeräte rechtzeitig zur Verfügung stehen werden. Die Entwicklung der Endgeräte muß selbstverständlich parallel von der Industrie betrieben werden, jedoch wird die Koordinierung durch die Kommission von Wichtigkeit sein.“ Vgl. den Bericht der Task Force für Informationstechnologien und Telekommunikation der EG-Kommission vom 6. Dezember 1984; Referat 432, Bd. 132130.

<sup>13</sup> Die EG-Kommission legte am 18. März 1985 den Vorschlag für ein Programm „Research and Development in Advanced Communications Technology for Europe“ (RACE) vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1985, S. 61.

als RACE dies vorsehe. Auch sei die deutsche Fernmeldeindustrie weiter vorangeschritten als die Industrien in anderen EG-Mitgliedstaaten. RACE würde zu Verzögerungen der breitbandigen ISDN-Einführung in der Bundesrepublik und zu einem einseitigen Technologietransfer führen.

Anmerkung: EGK-Experten (Task Force Informationstechnologien) bezweifeln, daß die deutsche Fernmeldeindustrie in der breitbandigen Kommunikationstechnologie wirklich an der Spitze ist: Siemens sei dem technologisch sehr anspruchsvollen Programm RACE gegenüber nur deswegen so kritisch, weil es (mittlerweile bereits überholte) „Vorausentwicklungen“ vermarkten wolle. Wie dem auch sei, deutlich wird in jedem Fall, daß die deutsche Fernmeldeindustrie eine direkte Förderung durch BMP und BMFT (im Rahmen einer nationalen Ausbaustrategie des BMP, die eine gewisse Planungssicherheit bietet) einer Förderung über Brüssel (wie etwa im Falle von ESPRIT<sup>14</sup>) vorzieht. Demgegenüber tritt im Augenblick der Vorteil einer Öffnung des europäischen Marktes und gemeinsamer Normierungsanstrengungen auf der Grundlage von RACE in den Hintergrund.

Zwar wird das sogenannte Referenzmodell von RACE (d. h. die Erforschung des fernmeldetechnischen Bedarfs der nächsten 20 Jahre) von den Ressorts und der Industrie begrüßt. Doch wird es schwierig sein, die Ressorts und die deutsche Industrie für den Forschungsteil von RACE in seiner jetzigen Form zu gewinnen.

Vielleicht könnte aber die deutsche Seite darauf hinwirken, daß RACE beschleunigt wird; konkret hieße das: Einführung des breitbandigen ISDN in Europa schon ab 1990/91 und nicht erst 1992. Von deutscher Seite sollte in jedem Fall mit einem initiativen Konzept an RACE herangegangen werden: Wesentliche Teile dieses Programms könnten – wie z. B. von französischer Seite im EUREKA-Expertentreffen am 21. Mai 1985 vorgeschlagen<sup>15</sup> – auf der Basis einer „géométrie variable“, z. B. mit Frankreich und Großbritannien in Angriff genommen werden.

Seitz

**Referat 02, Bd. 178496**

<sup>14</sup> Zum Europäischen Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 51, Anm. 5.

<sup>15</sup> Legationsrat I. Klasse Bauer informierte am 22. Mai 1985 über das erste der vereinbarten deutsch-französischen Expertengespräche, deren Aufgabe es sein sollte, „konkrete Forschungsprojekte, beispielhaft und ohne Verbindlichkeit, als mögliche EUREKA-Inhalte zu definieren [...]“. Einverständnis bestand insbesondere darin, daß Stärkung der europ[äischen] Wettbewerbsfähigkeit konkrete Projekte erfordere und dies ohne substantielles Engagement der öffentlichen Hände nicht zu realisieren sei.“ Die Delegationen hätten in den Bereichen „moderne Computersysteme, Telekommunikation, Robotik, Lasertechnik“ bereits eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet und seien einig „in wichtigen Zielen von EUREKA, u. a.: Kompatibilität mit SDI; EG-Einbindung; Mitarbeit von Wissenschaft und Industrie; Projektorientierung; Arbeit vornehmlich auf risikoreichen, hohen Mitteleinsatz erfordernden Technologiefeldern; europ. Zusammengehen nur bei Erzielung europ. „Mehrerts“. Vgl. Referat 430, Bd. 145527.

## 147

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem  
Vorsitzenden des Präsidiums der Sozialistischen  
Republik Slowenien, Popit, in Ljubljana**

VS-NfD

6. Juni 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der Sozialistischen Republik Slowenien, Herrn France Popit, am 6. Juni 1985, von 9.30 bis 10.00 Uhr<sup>2</sup>

Anwesend auf deutscher Seite: StS Meyer-Landrut, StS von Würzen, Botschafterin Frau Dr. Rheker, MD Dr. Ackermann und MDg Dr. Stabreit als Notetaker.

Anwesend auf jugoslawischer Seite: u. a. der Vorsitzende des Exekutivrates der Republik Slowenien, Herr Dušan Šinigoj, Minister Baban sowie der jugoslawische Botschafter in Bonn<sup>3</sup>, ein Dolmetscher.

Herr *Popit* weist eingangs auf die wirtschaftliche Situation Sloweniens hin. Der slowenische Anteil an Devisenexporten Jugoslawiens betrage 25 %. Slowenien exportiere vorwiegend auf Westmärkte und müsse mit einer hohen Stufe technologischer Neuerungen auf den Weltmärkten fertigwerden. Slowenien liege hier sicher etwas zurück. Die Industrieanlagen seien z. T. veraltet und zu 80 % abgeschrieben. Er wolle aber nicht weiter über die Beziehungen Sloweniens zur Bundesrepublik Deutschland sprechen, da der Bundeskanzler ja noch ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Exekutivrates haben werde.<sup>4</sup> Er wolle hier nur eine Bitte äußern, die nämlich, daß man es seitens der Bundesrepublik Deutschland slowenischen Geschäftsleuten ermögliche, sich mit westlichen Geschäftspraktiken und Erfahrungen besser bekannt zu machen. Herr Popit weist auf die schwierige Lage der slowenischen Geschäftsleute hin, die z. T. auch durch materielle Begrenzungen (Tagesspesen für Aufenthalt in der Bundesre-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 14. Juni 1985 zusammen mit einer Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten des jugoslawischen Parlaments, Kurtesi, am 5. Juni 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 14. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 „m[it] d[er] Bitte um Kenntnisnahme“ verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 133014.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 18. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 210, 212, 411 und 420 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Umlauf (lebenswert!).“

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 6. Juni 1985 in Jugoslawien auf. Vgl. dazu auch Dok. 145.

<sup>3</sup> Dragutin Rožman.

<sup>4</sup> Im Mittelpunkt des Gesprächs des Bundeskanzlers Kohl mit dem slowenischen Ministerpräsidenten Šinigoj am 6. Juni 1985 standen wirtschaftliche Themen. Šinigoj äußerte sich zufrieden über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der Bundesrepublik, die durch „die neue jugoslawische Joint-venture-Gesetzgebung“ noch bessere Voraussetzungen erhalten werde. Er bat außerdem darum, das für die europäische Verkehrsinfrastruktur wichtige „Großprojekt Karawankentunnel [...] bei der Ausstattung des zweiten Finanzprotokolls EG/Jugoslawien zu berücksichtigen, damit Slowenien den entsprechenden Anteil für den Karawankentunnel aus dem Kreditvolumen erhalte“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133014.

publik Deutschland 150,- bis 170,- DM) in ihren Wirkungsmöglichkeiten eingeschränkt seien. Dies sei nur ein Problem, das er hier erwähnen wolle.

Im Westen betone man immer wieder, daß man interessiert sei an einem Jugoslawien, so wie es heute existiere. Dies sei auch angesichts der geographischen Lage Jugoslawiens verständlich. Es gebe angesichts dieser Bekenntnisse jedoch Dinge im Westen, die man in Jugoslawien nicht ganz verstehen könne. Er habe das Gefühl, daß man im Westen den Tendenzen in der jugoslawischen Gesellschaft nicht immer genug Rechnung trage. Herr Popit weist darauf hin, daß Jugoslawien ein Vielvölkerstaat sei, dem die Homogenität Deutschlands fehle. Man könne mit Krediten die zentralistischen Tendenzen in Jugoslawien stärken, gleichzeitig aber auch die Selbstverwaltungskräfte damit schwächen. Man sollte dem Postulat Rechnung tragen, daß die Gleichberechtigung der jugoslawischen Völker erfüllt werde, so wie dies in der Verfassung<sup>5</sup> vorgesehen sei. Für die Jugoslawen bedeute dies, daß kein Volk die Vorhand haben und über die anderen herrschen dürfe, auch die Zentralgewalt, die Bürokratie, dürfe nicht zu stark werden. Oft treffe man auf die irrige Auffassung, daß die Festigung Jugoslawiens auf der Durchführung zentralistischer Herrschaft beruhe, nicht aber auf der Gleichberechtigung aller Völker. Dies sei irrig. Natürlich spreche er hier über eine innere Angelegenheit Jugoslawiens, die aber ihre darüber hinausgehende Bedeutung habe. Kredite würden immer wieder von der Verantwortung des Zentralstaates abhängig gemacht, nicht von der Verantwortung der Gliedvölker. Hier sei ein Gegensatz spürbar. Der Westen wünsche doch ein demokratisches Jugoslawien. Jugoslawien könne jedoch demokratisch nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Autonomie seiner Völker sein. Die entgegengesetzte zentralistische Tendenz führe zum realen Sozialismus. Wenn im Westen der Wunsch nach einem neutralen und blockfreien Jugoslawien bestehe, müsse man dem auch Rechnung tragen. Er brauche dem Bundeskanzler nicht zu erläutern, was es bedeuten würde, wenn es in Jugoslawien zum „real existierenden Sozialismus“ käme.

Der *Bundeskanzler* antwortet, er sei für die Ausführungen von Herrn Popit dankbar. Herr Popit habe klar gesprochen. Er, der Bundeskanzler, sei kein Diplomat, sondern Politiker, und wolle ebenso klar antworten. Eine von Herrn Popit angesprochene Frage wolle er gleich beantworten. Es gehe um die Kontakte der Geschäftsleute. Er schlage vor, daß Frau Botschafter Rheker mit ihm, Herrn Popit, darüber spreche und er ihr wichtige Wirtschaftsführer aus der Republik benenne. Frau Rheker würde dem Bundeskanzler die Liste übermitteln und er, der Bundeskanzler, werde dafür sorgen, daß diese Wirtschaftsführer eingeladen würden.

Was die anderen Fragen angehe, so wolle er mit der letzten beginnen. Er sei lange genug Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes gewesen<sup>6</sup>, um diese Problematik zu kennen. In München würde heute sehr offen über Bonn geredet, früher habe man ebenso offen über Berlin geredet. Die Zukunft gehöre ohne Zweifel der Dezentralisierung. Ein vernünftiger Föderalismus sei die vernünftigste Gliederung eines Staates. Die moderne Gesellschaft ertrage keinen

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der jugoslawischen Verfassung vom 21. Februar 1974 vgl. DIE VERFASSUNG DER SFR JUGOSLAWIEN, eingeleitet von Herwig Roggemann, Berlin 1979.

<sup>6</sup> Helmut Kohl war von 1969 bis 1976 rheinland-pfälzischer Ministerpräsident.

reinrassigen Zentralismus. Der Bundeskanzler verweist in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen zentralistisch regierter Staaten, z.B. Frankreich und Sowjetunion. In der Sowjetunion führe der Zentralismus zu mangelnder Flexibilität. Dies gelte ganz besonders, wo innerhalb eines Staates verschiedene Völker lebten. Man brauche ihn, den Bundeskanzler, nicht um Verständnis für den föderalistischen Weg bitten. Wenn Jugoslawien einen anderen Weg gehen würde, würde die jugoslawische Republik auseinanderfallen. Eine andere Frage sei es, ob Föderalismus mit Dezentralisierung Hand in Hand gehe. Wenn Föderalismus nur eine weitere Stufe innerhalb der Bürokratie bedeute, so bringe er nicht viel. Es komme vielmehr darauf an, Vertrauen zu delegieren. Er sei als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz der erste gewesen, der tiefgreifende Verwaltungsreformen durchgeführt habe.

Position und Statur Jugoslawiens dürften sich nicht verändern, dies sei die deutsche Position. Jugoslawien habe ein anderes politisches und gesellschaftliches System. Er selbst sei Vorsitzender der CDU und habe keine Chance und auch nicht die Absicht, in das Zentralkomitee gewählt zu werden, und gleiches gelte wohl auch umgekehrt. Vor vielen Jahren habe er mit dem jugoslawischen Vizeaußenminister über europäische Fragen diskutiert. Man sei sich einig gewesen, wenn es einen Krieg in Europa gebe, so werde dies die Apokalypse, das Ende sein. Man sei sich auch darüber einig gewesen, daß die gefährlichsten Punkte in Europa einmal Berlin und damit Deutschland, d.h. Mitteleuropa, zum anderen aber Jugoslawien seien. Wer die Statik Jugoslawiens verändere, verändere die Statik Europas, und dies sei lebensgefährlich.

Wenn er die Auslandsbilanz Jugoslawiens sehe, so sei die eine Seite nach dem Westen runtergegangen, die Seite zum Warschauer Pakt sei hochgegangen. Das sei natürlich eine jugoslawische Angelegenheit, bei uns müßten aber im Westen die Alarmsignale klingeln. Er wolle mit seinen Kollegen in der EG darüber reden.

Die Sache habe natürlich zwei Seiten: Jugoslawien habe Freunde im Ausland, und er gehöre sicher dazu. Jugoslawien müsse sich aber auch selbst helfen. Politik sei stets auch immer ein Stück Psychologie. Es sei jetzt wichtig, daß ein Klima geschaffen werde, in dem Investoren angelockt würden. Jugoslawien habe bei uns ein großes Kapital. Es gebe 300 000 Gastarbeiter mit weiteren 300 000 Familienangehörigen, die in der deutschen Bevölkerung große Sympathie genossen als zuverlässige und fleißige Leute. Dies sei eine sehr europäische Delegation Jugoslawiens, ein Teil Europas, nicht sehr verschieden von den Süddeutschen. Aber wenn die deutschen Investoren Jugoslawien betrachteten, so stellten sie die Frage, wie es mit der wirtschaftlichen Sicherheit und mit den bürokratischen Hindernissen stehe. Jugoslawien stehe jetzt vor wichtigen Entscheidungen in diesen Fragen. Jugoslawien sei der Auffassung, daß der Beitritt Spaniens und Portugals zur EG Probleme schaffen würde.<sup>7</sup> Er, der Bundes-

<sup>7</sup> Ministerpräsidentin Planinc führte im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 5. Juni 1985 aus, die jugoslawische Sorge hinsichtlich des EG-Beitritts Spaniens und Portugals sei „vor allem darin begründet, daß die beiden Beitrittskandidaten komplementäre Produkte (Agrarerzeugnisse, insbesondere Wein, aber auch Industriegüter) erzeugten und hierfür durch den Beitritt bessere Marktbedingungen erhielten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 391 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, z. Z. Belgrad, vom 5. Juni 1985; Referat 214, Bd. 133014.

Die Verträge über den EG-Beitritt Portugals und Spaniens wurden am 12. Juni 1985 in Lissabon und Madrid unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 7–13.



kanzler, würde die Sache genau umdrehen und im Beitritt Spaniens und Portugals nicht eine Gefahr, sondern eine Chance sehen. Die Zollsätze würden dramatisch abgesenkt von z.Z. bis zu 45% hinunter bis auf 5%. Hier liege eine Chance für Jugoslawien. Die Bundesrepublik wolle dabei hilfreich sein, daß Jugoslawien Erfolg habe.

Der *Präsident* äußert abschließend, es hänge eben leider bei der innerjugoslawischen Entwicklung auch vieles von den äußeren Umständen ab. Er dankt für die vom Bundeskanzler ausgedrückte Bereitschaft zur Unterstützung.

**Referat 214, Bd. 133014**

## 148

### Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt

114-12619/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1

Aufgabe: 6. Juni 1985, 18.20 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Juni 1985, 22.11 Uhr

Betr.: Treffen der vier Außenminister über Deutschland- und Berlin-Fragen  
am 5.6.85 in Lissabon (Gastgeber: AM Howe)

Zur Unterrichtung

I. 1) Die Außenminister billigten Passage des NATO-Kommunikés zu Deutschland und Berlin<sup>2</sup>.

2) Auf der Grundlage ausführlicher Lagebewertung Berlins durch Bonner Vierergruppe<sup>3</sup> erörterten die Minister im einzelnen:

2.1) Sowjetische Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin<sup>4</sup>

Seit letzter Bestandsaufnahme durch Minister im Dezember 1984<sup>5</sup> sind Fortschritte in einigen Bereichen zu verzeichnen. Konziliantere Haltung der Sowjets beruht wahrscheinlich auf anhaltendem Drängen der Drei Mächte im

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 7. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Ziffer 11) des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 147. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 390.

<sup>3</sup> Mit der Bitte um Billigung legte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 29. Mai 1985 die am Vortrag von der Bonner Vierergruppe abgeschlossene „traditionelle Lagebewertung Berlins für das anstehende Treffen der vier Außenminister am Vorabend der NATO-Ministertagung“ vor: „Die Lagebewertung, dieses Mal turnusgemäß von den Briten entworfen, behandelt die wichtigsten Entwicklungen bezüglich Berlins seit dem letzten Vierertreffen am 12.12.1984 in Brüssel. Unsere Belange haben in der Darstellung volle Berücksichtigung gefunden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132650. Für den Bericht „The Berlin Assessment“ vom 30. Mai 1985 vgl. Referat 210, Bd. 132650.

<sup>4</sup> Zu den sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin vgl. Dok. 96.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher führte am 12. Dezember 1984 in Brüssel ein Gespräch mit den Außenministern Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) über deutschlandpolitische Fragen. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 336.

Berlin Air Safety<sup>6</sup> Center (BASC), auf Minister-Demarchen gegenüber Gromyko in Wien (14./15.5.<sup>7</sup>) und auf möglicher sowjetischer Befürchtung, daß Vierer-Treffen in Lissabon westliche Gegenmaßnahmen beschließen könnte. Allerdings hat SU auch in jüngster Antwort (31.5., auf Demarche alliierter Botschafter in Moskau am 5.5.<sup>8</sup>) inakzeptablen Standpunkt alleiniger Verantwortung für Korridor-Verkehr wiederholt.<sup>9</sup> Alliierte Erwiderung wird unter Zurückweisung sowjetischen Rechtsstandpunktes auf Bereitschaft der SU eingehen, technische Gespräche in BASC zur Lösung der praktischen Probleme „auf Gegenseitigkeit“ fortzusetzen.

Minister billigten für weiteres Vorgehen folgende Linie:

- Fortsetzung der Gespräche in BASC, um Sowjets in Mechanismus der Vier-Mächte-Verwaltung der Korridore zu halten und zu praktisch akzeptablen Lösungen zu veranlassen,
- falls erforderlich, weitere diplomatische Aktionen, notfalls auch erneut auf Ministerebene,
- Bereitschaft zu weitergehenden Maßnahmen (Demonstrationsflug), die auf der Grundlage von Eventualfall-Planungen von den Ministern kurzfristig zu beschließen wären. AM Shultz legte Wert darauf, die Eventualfall-Planung so schnell wie möglich abzuschließen<sup>10</sup>, um ggf. jederzeit auf der Grundlage einer abgestimmten Linie zu Gegenmaßnahmen in der Lage zu sein.

Entschlossenheit der Minister, gegebenenfalls schnell reagieren zu können, beruht auch auf der Einschätzung, daß Sowjets nach dem Lissabon-Treffen möglicherweise versuchen werden, praktische Zugeständnisse der letzten Monate wieder zurückzunehmen.

Minister stimmten überein, daß das KSZE-Treffen in Helsinki erforderlichenfalls Gelegenheit bieten wird, gegenüber den Sowjets auf Korridor-Problematik zurückzukommen.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Control“.

<sup>7</sup> Die Außenminister Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) trafen anlässlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Österreichischen Staatsvertrags vom 15. Mai 1955 mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup legte am 22. Mai 1985 dar, Shultz habe Gromyko am 14. Mai 1985 in Wien auf „die Unannehmbarkeit des sowjetischen Vorgehens“ in den Luftkorridoren nach Berlin angesprochen: „Politisch entstünden ‚ernste Fragen‘ aus den mit dem Vier-Mächte-Status unvereinbaren einseitigen Maßnahmen der Sowjetunion; die Flugsicherheit bereite angesichts des im Berliner Luftraum vorherrschenden schwierigen Wetters und großen Flugaufkommens Sorge.“ Am folgenden Tag hätten auch Dumas und Howe das Problem in ähnlicher Form vorgebracht. Vgl. VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Zur Demarche der Botschafter der Drei Mächte in Moskau, Hartman (USA), Raimond (Frankreich) und Sutherland (Großbritannien), gegenüber dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornijenko am 5. Mai 1985 vgl. Dok. 96, Anm. 10.

<sup>9</sup> Die Vertreter der Drei Mächte informierten in der Bonner Vierergruppe am 3. Juni 1985 über die sowjetische Antwortnote vom 31. Mai 1985 zur Lage in den Luftkorridoren nach Berlin (West). Referat 210 legte am 4. Juni 1985 dar, die Drei Mächte hätten es als positiv gewertet, daß von der UdSSR erstmals eine schriftliche Antwort gegeben worden sei und sie „ausdrücklich ihre Bereitschaft zu konstruktiven Verhandlungen über technische Fragen erklärt habe“. Zudem spreche „der anklagende Ton der Note [...] für eine gewisse Wirksamkeit der westlichen Vorstöße in Moskau und Wien“. Andererseits sei „nicht zu verkennen, daß die SU an ihrer rechtlichen Position ohne Abstriche festhalte“. Vgl. VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Zur Überprüfung der Eventualfallplanung für Berlin vgl. Dok. 219.

2.2) Asylproblematik<sup>11</sup>

Nachdem wir im Expertentreffen die Alliierten ausführlich über die Problematik unterrichtet hatten, griff auch BM das Thema auf. Er wies darauf hin, ein mögliches Motiv der DDR könne sein, durch die Flüge Geld zu verdienen. Man könne allerdings nicht ausschließen, daß sich dahinter noch mehr verberge. Es sei gemeinsames Verständnis der vier Regierungen, daß innerhalb Berlins keine Grenzkontrollen durchgeführt werden sollten. Es könne sein, daß die DDR eine für uns unerträgliche Lage herbeiführen wolle, von der sie hoffe, sie werde uns dazu zwingen, Grenzkontrollen einzuführen und dadurch die Teilung der Stadt zu verfestigen.

Dem müsse entgegengetreten werden. Er bitte deshalb die Alliierten, unsere Bemühungen zu unterstützen. Da die DDR daran interessiert sei, ihre internationale Reputation durch Ausbau ihrer Beziehungen insbesondere zu Paris und London zu erhöhen, könnte dies genutzt werden, um auf die DDR einzuwirken. Howe erklärte sich unter zustimmendem Nicken seiner Kollegen grundsätzlich zu einer Unterstützung bereit, wies jedoch darauf hin, daß direkten Kontakten der Alliierten zur DDR in Berliner Angelegenheiten Statusbedenken entgegenstünden. BM erklärte daraufhin, es könne ja auch die SU angesprochen werden.<sup>12</sup>

## 2.3) Haltung der Berliner gegenüber den drei Schutzmächten

In dem Bericht der Direktoren an die Minister<sup>13</sup> wird dazu ausgeführt, die Alliierten sähen das Problem als ein solches von Einstellungen und Psychologie.

Sie sähen keine Notwendigkeit, neue Einrichtungen zu schaffen. Vielmehr müßten die Beziehungen zur Berliner Bevölkerung auf allen Ebenen mit Einfühlungsvermögen behandelt werden. Alliierte, Senat und Bundesregierung müßten die Anwesenheit der drei Schutzmächte in Berlin überzeugend als im Interesse für die Sicherheit und das Wohlergehen Berlins darstellen.

<sup>11</sup> Zum Problem der Einreise von Asylbewerbern nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik über den Flughafen Schönefeld vgl. Dok. 75, Anm. 11 und 12.

Das Bundesministerium des Innern teilte am 4. Juni 1985 mit: „Im Mai 1985 haben in Berlin 2426 Ausländer Asylanträge gestellt. Außerdem sind an der innerdeutschen Grenze 408 Asylsuchende und 1483 Durchreisende erschienen. [...] In den ersten fünf Monaten des Jahres 1985 sind damit 17003 Ausländer ohne die erforderlichen Aufenthaltserlaubnisse über Ost-Berlin in das Bundesgebiet gelangt.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 455; B 82 (Referat 510), Bd. 1463.

<sup>12</sup> In einer Sitzung der Bonner Vierergruppe am 11. Juni 1985 sagten die Vertreter der Drei Mächte zu, „das Problem in Berlin gegenüber der sowjetischen Botschaft anzusprechen. Der SU soll unter Hinweis auf die Verantwortlichkeiten der Drei Mächte in bezug auf Berlin, aber ohne in eine Diskussion über Statusaspekte einzutreten, klar zum Ausdruck gebracht werden, daß sich der Transport mit Aeroflot-Maschinen von später illegal nach Berlin einreisenden Ausländern belastend auf Berlin auswirkt.“ Vgl. den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrop vom 13. Juni 1985; B 82 (Referat 510), Bd. 1463.

Nachdem die DDR mit Wirkung vom 15. Juli 1985 die Transitvisumpflicht für Bürger aus Sri Lanka eingeführt und die Fluggesellschaften der DDR und der UdSSR, Interflug und Aeroflot, angekündigt hatten, nur noch Passagiere mit gültigem Visum aus Sri Lanka nach Berlin-Schönefeld zu transportieren, beschloß die Bonner Vierergruppe am 16. Juli 1985, die Entwicklung erst einmal abzuwarten „und sich jederzeit bereitzuhalten, die beabsichtigte Demarche der Drei Mächte gegenüber der SU wie besprochen durchzuführen“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 210 vom 19. Juli 1985; Referat 210, Bd. 132704.

<sup>13</sup> Für den „Report to Ministers on the discussion of matters concerning Berlin and Germany as a whole: Lisbon 5 June 1985“ vgl. Referat 210, Bd. 132650.

Die Minister billigten eine Empfehlung der Missionen in Berlin zur Behandlung von Beschwerden<sup>14</sup>:

- systematische Öffentlichkeitsarbeit zur Erläuterung alliierter Vorbehaltsrechte, insbesondere bei Straftaten durch Angehörige der alliierten Streitkräfte in Berlin,
- gemeinsames Vorgehen der Drei Mächte in Beschwerdefällen, die an die Europäische Menschenrechtskommission gelangen könnten<sup>15</sup>,
- zügiges Beschwerdeverfahren der einzelnen Missionen,
- Bekanntgabe der Bereitschaft, Beschwerden entgegenzunehmen und die Ansprechstelle in den Missionen zu nennen,
- Gespräche der Alliierten Missionschefs mit dem Senat bzw. dem Regierenden Bürgermeister<sup>16</sup> zum Beschwerdeproblem im allgemeinen und im besonderen zu der Frage, wie durch das Abgeordnetenhaus bzw. Bezirksvertretungen vermittelte Beschwerden zu behandeln sind.<sup>17</sup>

In den Expertengesprächen hatten wir angekündigt, daß wir demnächst die Problematik der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in „Berliner Sachen“ in die Konsultationen der Bonner Vierergruppe einführen werden.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Für das „Summary of Berlin missions' recommendations on handling of complaints by Berliners about allied actions“ vom 21. Mai 1985 vgl. Referat 210, Bd. 132650.

<sup>15</sup> Im April 1983 begann die britische Militärregierung mit dem Bau eines Schießplatzes in Berlin-Gatow. Den Antrag zweier Anwohner auf einstweilige Anordnung gegen die Errichtung des Schießplatzes lehnte das Verwaltungsgericht Berlin als unzulässig ab, nachdem die britische Militärregierung ihm die erforderliche Ermächtigung zur Ausübung der Gerichtsbarkeit versagt hatte. Die Anwohner erhoben daraufhin im August 1983 vor dem High Court of Justice in London Klage gegen das britische Verteidigungsministerium. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup legte am 31. August 1984 dar, daß nunmehr auf eine Klage gegen den Attorney General und den britischen Stadtkommandanten Gordon-Lennox umgestellt worden sei. In der Bonner Vierergruppe sei von britischer Seite die Ansicht geäußert worden, das Verfahren gegen Gordon-Lennox werde „wohl auf die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg zulaufen. Wir sehen diese Entwicklung mit Sorge, denn sie bedeutete im Ergebnis, daß eine die Alliierten in Berlin betreffende Rechtsfrage auf multilateraler Ebene behandelt und mit einem für die Briten unakzeptablen Spruch (Aufforderung, eine britische Gerichtsbarkeit in Berlin zu schaffen) entschieden werden könnte.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132607.

Am 17. April 1985 informierte Kastrup über die Abweisung der Klage. Zur Begründung stütze sich der High Court „auf eine Erklärung des britischen Außenministers, wonach der britische Stadtkommandant in Berlin der Alliierten Kommandatura und als solcher der Regierung von Deutschland angehöre, die als eine fremde Regierung vor britischen Gerichten in der Regel nicht verklagt werden könne“. Die Kläger könnten jedoch Berufung einlegen. Vgl. Referat 210, Bd. 132606.

<sup>16</sup> Eberhard Diepgen.

<sup>17</sup> Der Berliner Senat legte den Rechtsberatern der Drei Mächte am 24. Juni 1985 erste Vorschläge zur Errichtung von Beschwerdestellen vor. Die Drei Mächte sagten Prüfung zu, wandten aber ein, daß die Vorschläge weit über die in Lissabon entwickelten Vorstellungen hinausgingen, die sich „nach ihrer Auffassung weitgehend nur auf eine Überprüfung des gegenwärtig praktizierten Verfahrens mit dem Ziel, dieses zu beschleunigen und Reibungsverluste abzubauen“, bezögen. Vgl. die Mitteilung des Senators für Justiz und Bundesangelegenheiten vom 25. November 1985 an das Auswärtige Amt; Referat 210, Bd. 139205.

<sup>18</sup> In einer undatierten Aufzeichnung in der von Referat 210 für das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch mit Bundesminister Windelen am 21. Mai 1985 erstellten Besprechungsmappe wurde ausgeführt, daß mit den Drei Mächten Gespräche darüber eingeleitet werden sollten, „wie die befürchtete Gefährdung von Rechtssicherheit und Rechtseinheit zwischen Berlin und dem Bund aufgrund der beschränkten Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts in ‚Berliner Sachen‘ durch eine Gesetzesänderung überwunden werden kann“. Das Problem sei „theoretisch so alt wie das Besatzungsstatut über Berlin“ und werde „zunehmend praktisch aktuell, seit Berliner Gerichte im Bewußtsein des Verbots der Alliierten, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, immer öfter von der

3) Zur Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen unterrichtete BM seine Kollegen, die DDR sei an weiteren Fortschritten offensichtlich interessiert, müsse dabei aber bestimmte, von Moskau bezogene Grenzen beachten. Innerhalb dieses Rahmens gebe es durchaus positive Tendenzen, so z.B. eine wachsende Zahl genehmigter Reisen in die Bundesrepublik Deutschland in dringenden Familienangelegenheiten. Weitere wesentliche Fortschritte in den Beziehungen zu uns könne sich die DDR mit Rücksicht auf Moskau nur im Zusammenhang eines sich allgemein positiv entwickelnden Ost-West-Klimas erlauben, daher auch ihr Interesse an einer Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses allgemein. So werde für Honecker ein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland erst nach einer Begegnung des US-Präsidenten<sup>19</sup> mit Gorbatschow in Frage kommen.

Howe berichtete kurz über seinen kürzlichen Besuch in Berlin (Ost)<sup>20</sup>, den er als nützlich bezeichnete. Er hielt es für wichtig, daß er dabei der DDR den westlichen Standpunkt in der Menschenrechtsfrage und zur weiteren Entwicklung des Helsinki-Prozesses habe darlegen können.

II. In vorbereitenden Beratungen der Berlin-Experten wurden folgende Themen vertieft angesprochen:

#### 1) Innerdeutscher Flugverkehr

US wiederholten alliierte Besorgnisse vor unkontrollierter Ausweitung. Über Beteiligungspläne LH an Direct Air<sup>21</sup> waren Alliierte nicht unterrichtet. Ihre erste Meinungsäußerung dazu war nicht von vorneherein ablehnend. Es komme jedoch wesentlich auf Höhe und Ausgestaltung der Beteiligung an.

#### 2) Kulturstiftung

Alliierten fragten nach Sachstand<sup>22</sup> und erläuterten auf unsere Bitte ihre Haltung. Sie machten deutlich, daß es dabei nicht nur um die Frage der rechtlichen Zulässigkeit gehe, die unbestritten sei, sondern daß es entscheidend auf die „political advisability“ ankommt. Dazu habe es noch keine Diskussion zu-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 772*

in Berlin bestehenden Möglichkeit Gebrauch machen, über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen selbst zu entscheiden. Besonders der Senat von Berlin sieht hierin die Gefahr, daß die Rechtsprechung im Bundesgebiet und Berlin auseinanderdriftet.“ Versucht werden solle, die Drei Mächte für die Lösung „eines Instanzenzuges über ein Oberstes Bundesgericht zum Bundesverfassungsgericht“ zu gewinnen. Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>19</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>20</sup> Der britische Außenminister Howe hielt sich vom 8. bis 10. April 1985 in der DDR auf.

<sup>21</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 10. Juni 1985 dar: „Der Vorstandsvorsitzende der L[uft]H[ansa], Ruhnau, erwägt, sich an der amerikanischen Luftfahrtgesellschaft Direct Air, die im Berlin-Flugverkehr tätig ist, zu beteiligen. Er sieht darin offensichtlich einen Einstieg, der längerfristig zu einer Beteiligung der LH am Berlin-Verkehr führen soll.“ Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>22</sup> Die Ministerpräsidenten der Länder billigten am 7. Juni 1984 die Entwürfe für ein Abkommen zur Errichtung einer Kulturstiftung der Länder und für ein Bund-Länder-Abkommen über die Mitwirkung der Bundesrepublik an der Stiftung. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 10. Juni 1985, daß seit Juni 1984 in der Bonner Vierergruppe der Vorschlag konsultiert werde, „Sitz und Sekretariat der Kulturstiftung in Berlin zu errichten“. Von sowjetischer Seite sei bereits am 2. Juli 1984 erklärt worden, daß ein solcher Schritt „zu ‚most serious complications in West Berlin affairs‘ führen“ könne. Bundesminister Genscher habe bereits im März 1985 vermerkt: „Die Sitzfrage wird noch große Probleme aufwerfen; die Alliierten – insbesondere die USA – sind gegen Berlin, weil sie eine Konfrontation mit der SU in dieser Frage vermeiden wollen. Sie möchten aber eine Situation vermeiden, in der sie ein Verbot aussprechen müssen. Deshalb werden wir den Konsultationsprozeß hinziehen.“ Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

sammen mit Bundesregierung und Senat gegeben. Die deutsche Seite müsse zu gegebener Zeit darlegen, wie sie die politischen Risiken einer Sitz-Errichtung in Berlin bewertet. Der amerikanische Vertreter erklärte, daß für Washington hierbei auch das amerikanisch-sowjetische Verhältnis allgemein eine Rolle spiele.

Die Alliierten Vertreter baten mit Nachdruck, nicht in eine Situation gebracht zu werden, die einer Gegenüberstellung mit vollendeten Tatsachen gleichkomme.

### 3) Kontakte zur DDR

Die Alliierten wiesen auf eine Reihe von Begegnungen des Senats mit der DDR hin, über die sie nicht oder nur unzureichend informiert worden seien. Sie kündigten an, dieses Thema in der Vierergruppe anzusprechen.<sup>23</sup> Wir nahmen dies zum Anlaß, nach der alliierten Haltung zu Statusfragen im Zusammenhang mit offiziellen Besuchen in Berlin (Ost) zu fragen. Die Einlassungen der Alliierten hierzu lassen sich nicht auf eine einfache Formel bringen. Es wurde deutlich, daß diese Frage weniger unter rechtlichen Gesichtspunkten gesehen wird. Briten und Franzosen wiesen darauf hin, daß bei dem Besuch ihrer Außenminister<sup>24</sup> selbstverständlich den Statusfragen voll Rechnung getragen worden sei. Dies werde auch für den bevorstehenden Besuch des PM Fabius<sup>25</sup> gelten. Der amerikanische Sprecher brachte demgegenüber die Sorge zum Ausdruck, daß derartige hochrangige Besuche zu einer Entwicklung beitrügen, die letztlich zu einer Erosion westlicher Positionen führen könnte.

Frankreich erklärte auf unsere weitere spezielle Frage, beim bevorstehenden Besuch des Präsidenten der französischen Nationalversammlung in Berlin (Ost) werde man sich, wie beim Besuch der Volkskammer-Delegation in Paris im Herbst 1984, bemühen, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die Direktwahl der Berliner Volkskammerabgeordneten von alliierter Seite als illegal angesehen wird.<sup>26</sup>

### 4) Von ihren Beziehungen zur DDR berichteten die Alliierten:

USA: Das Interesse Washingtons am politischen Dialog mit der DDR rühre auch aus der Verantwortlichkeit der USA für Deutschland als Ganzes. Die DDR dürfe dabei nicht als Vakuum behandelt werden. Beil habe bei seinem jüngsten Besuch anders als zuletzt 1981<sup>27</sup> die Meistbegünstigung nicht als ein Recht eingefordert,

<sup>23</sup> Zur Erörterung der direkten Kontakte zwischen dem Senat von Berlin und der DDR in der Bonner Vierergruppe vgl. Dok. 218.

<sup>24</sup> Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 26./27. Januar 1984 anlässlich der Eröffnung des französischen Kulturinstituts in Ost-Berlin auf.

<sup>25</sup> Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

<sup>26</sup> Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 29. Mai 1985, daß der Präsident der französischen Nationalversammlung, Mermaz, im Herbst 1985 den Besuch des Volkskammerpräsidenten Sindermann und seiner Delegation vom 23. bis 26. Oktober 1984 in Frankreich erwidern werde: „Der Quai sieht bei dem Besuch gewisse Statusprobleme, da der franz[ösische] Parlamentspräsident unvermeidlich auch mit Ostberliner Abgeordneten zusammentreffen wird, die wegen des Vier-Mächte-Vorbehalts nach westlicher Auffassung keinen vollgültigen Abgeordneten-Status haben.“ Beim Besuch der Volkskammerdelegation in Frankreich sei das Problem dadurch geregelt worden, daß der mitreisende Abgeordnete aus Ost-Berlin „nicht als Abgeordneter, sondern in seiner weiteren Funktion als Gewerkschaftsführer protokollarisch eingestuft wurde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1249; Referat 210, Bd. 139194.

<sup>27</sup> Der Stellvertretende Außenhandelsminister der DDR, Beil, führte am 12./13. Oktober 1981 Gespräche in den USA.

sondern von sich aus als Problem unter Berücksichtigung des Problemkreises Menschenrechte angesprochen.<sup>28</sup> In den Vermögensfragen sei man sich über den Grundsatz der Erstattung einig und spreche jetzt über Zahlen.<sup>29</sup> In jüngsten politischen Konsultation (Niles–Nier<sup>30</sup>) habe man erstmals auch Regionalprobleme (Nahost, Mittelamerika) diskutiert. Von den USA auf Menschenrechtsfragen angesprochen, habe die DDR nicht wie bisher mit Parolen geantwortet, sondern ihren Standpunkt (Vorrang sozialer Rechte vor Individualrechten) argumentativ erläutert.

UK: Die jüngste Entwicklung in den Handelsbeziehungen entspreche nicht den mit dem Besuch AM Howes geweckten Erwartungen auf aktives Bemühen der DDR, ihren Überhang auszugleichen. London sei auch enttäuscht, daß die während des Besuchs angesprochenen (sieben bis acht) Fälle von Familienzusammenführung noch nicht geregelt seien. Ein Gegenbesuch Fischers werde für 1986 erwartet.<sup>31</sup> Zur Herbstmesse werde der britische Kultusminister nach Leipzig fahren.<sup>32</sup> In den Vermögensverhandlungen habe die DDR auch Gegenforderungen aus dem Statusbericht der Drei Mächte eingebracht, aus Unfällen britischer Patrouillen in Ost-Berlin und der Stillegung eines alliierten Fernsprechkabels.

F: Nach dem Besuch PM Fabius' in Berlin (10. bis 11.6.) werde am 21./22.6. die Gemischte Wirtschaftskommission (StS Beil) in Paris tagen.<sup>33</sup> Im Oktober oder

<sup>28</sup> Botschafter van Well, Washington, teilte am 13. Mai 1985 mit, daß sich der Stellvertretende Außenhandelsminister der DDR, Beil, zur „Jahrestagung des (privaten) Wirtschaftsrats USA–DDR“ in den USA aufhalte: „Anders als bei früheren Besuchen von Beil aus gleichem Anlaß, bei denen er von amerikanischer amtlicher Seite ignoriert wurde, hat State Department diesmal um der atmosphärischen Pflege willen und zur Unterstreichung seines Interesses an politischem Dialog und an Getreideverkäufen in die DDR ein ausgesprochen hochrangiges Programm vorbereitet.“ Weiter führte van Well aus: „Hinweise seiner Gesprächspartner in der US-Regierung auf die weiterhin unbefriedigende Menschenrechtslage in der DDR kontierte Beil mit der Feststellung, hier könne man natürlich keinerlei Zusammenhang mit Handelsfragen herstellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2391; Referat 210, Bd. 139200.

<sup>29</sup> Über die seit 1982 geführten Verhandlungen zwischen den USA und der DDR über „Entschädigungsansprüche einzelner US-Bürger aus Enteignung von Vermögenswerten in der DDR (78 Mio. Dollar plus Zinsen)“ berichtete Botschafter van Well, Washington, am 21. Mai 1985: „DDR scheint hier in gewissen Grenzen konzessionsbereit.“ Parallel dazu verhandele die Conference on Jewish Material Claims against Germany über „Wiedergutmachungsansprüche von Juden (Größenordnung 100 Mio. Dollar) [...] DDR bestreitet rechtliche Verpflichtung zur Leistung und bietet lediglich Kulanzzahlung von 1 Mio. Dollar an.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2551; Referat 210, Bd. 139200.

<sup>30</sup> Der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, hielt sich vom 2. bis 5. April 1985 in den USA auf. Botschafter van Well, Washington, gab am 10. April 1985 Informationen des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Niles, über die Gespräche mit Nier weiter: „Hauptthema seien die amerikanischen Schadensersatzansprüche und Handelserleichterungen für die DDR gewesen. In beiden Fragen habe es keinen Durchbruch gegeben.“ Zu den regionalen Fragen habe die amerikanische Delegation „der DDR klargemacht, daß die Administration sehr besorgt (extremely concerned) über die Unterstützung der Regierungen Nicaraguas und vor allem Angolas durch die DDR im Sicherheitsbereich sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1785; Referat 210, Bd. 139200.

<sup>31</sup> Der Außenminister der DDR, Fischer, hielt sich am 18. November 1986 in Großbritannien auf.

<sup>32</sup> Anlässlich der Leipziger Herbstmesse hielt sich der britische Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung, Jopling, am 30. August und 1. September 1985 in der DDR auf. Gesandter Freiherr von Stein, London, teilte am 14. November 1985 mit, ein Besuch des britischen Staatsministers für Kultur, Luce, sei für 1986 geplant, „um dem kulturellen Austausch weitere Anstöße zu geben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2077; Referat 210, Bd. 139195.

<sup>33</sup> Die Tagung der Gemischten Regierungskommission DDR–Frankreich fand am 17./18. Juni 1985 in Paris statt.

November werde Kultusminister Lang seinen geplanten Besuch abstaten. Weitere Besuchspläne für 1985: Frau Honecker in ihrer Eigenschaft als Erziehungsminister, Kammerpräsident Mermaz<sup>34</sup>, politische Konsultation (Nier-Plaisant<sup>35</sup>). Das Kulturzentrum in Ost-Berlin arbeite zufriedenstellend und bei anhaltend regem Interesse. Allerdings werde versucht, Studenten vom Besuch abzuhalten. Etwa 40 ausstehende Fälle der Familienzusammenführung würden von Frankreich weiterverfolgt.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 13423 (210)

## 149

### Botschafter Wieck, z.Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt

114-12624/85 VS-vertraulich

Aufgabe: 7. Juni 1985, 02.45 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 9

Ankunft: 7. Juni 1985, 05.56 Uhr

Citissime

Betr.: NATO-Außenminister-Frühjahrskonferenz in Lissabon

vom 5. bis 7. Juni 1985

hier: Allgemeine Zusammenfassung und Bericht über die Erklärung von AM Shultz

Zur Unterrichtung

I. 1) Die Außenminister des Nordatlantischen Bündnisses berieten ganztägig in kleinstem Kreise (Super Restricted Session – Minister und Ständige Vertreter im NATO-Rat) am ersten Tage ihres diesjährigen Frühjahrstreffens in Lissabon (6./7. Juni 1985) die Hauptfragen der Ost-West-Beziehungen. Nachdem schon in der offiziellen Eröffnungssitzung von dem portugiesischen Ministerpräsidenten<sup>2</sup>, dem deutschen Außenminister als Ehrenpräsidenten<sup>3</sup> und dem Generalsekretär die politische Bedeutung der transatlantischen Solidarität für

<sup>34</sup> Der Präsident der französischen Nationalversammlung, Mermaz, besuchte die DDR vom 3. bis 6. September 1985.

<sup>35</sup> Der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, führte am 21. November 1985 in Paris Gespräche mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Plaisant.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26.

Hat Vortragendem Legationsrat Altenburg vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Elfenkämper am 15. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Mario Soares.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher war vom 19. September 1984 bis 18. September 1985 Ehrenpräsident der NATO. Für die Rede vom 6. Juni 1985 vgl. Referat 201, Bd. 143412. Für einen Auszug vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 387–389.



die gegenwärtige internationale Lage und deren Perspektiven gewürdigt worden war, rückten in der vertraulichen Aussprache die konkreten Fragen der Ost-West-Beziehungen und der transatlantischen Zusammenarbeit in den Vordergrund:

- (1) die Genfer Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über strategische Waffen und über INF<sup>4</sup>;
- (2) die Beurteilung der politischen Entwicklung in Moskau;
- (3) die Gestaltung der Zusammenarbeit Ost-West in bezug auf Europa (KSZE-Prozeß) sowie
- (4) Würdigung und Handhabung des amerikanischen Forschungsprojektes SDI und
- (5) weitere Handhabung von SALT II durch die Vereinigten Staaten und die SU<sup>5</sup>.

2) Am 7. Juni werden die Beratungen im kleinsten Kreise noch mit der Aussprache über Fragen der Dritten Welt fortgesetzt werden.

3) Nachdem in den bisherigen Kommuniké-Beratungen des SPC in Brüssel und Lissabon<sup>6</sup> sowie in parallelen bilateralen und multilateralen Sondierungen auf Ministerienebene es nicht zu einer Einigung über eine unterstützende Aussage der Bündnispartner für das amerikanische Forschungsprojekt gekommen war – die amerikanische Minimalforderung ist für die Franzosen nicht akzeptabel und die französische Maximalforderung für die Amerikaner nicht –, befaßten sich die Minister im kleinsten Kreise schon am 6. Juni mit diesem Aspekt des Abschlußkommunikés. Mangels Einigung und nach Ablehnung durch Frankreich, noch im ersten Absatz von Paragraph 6 einen Hinweis auf die Ablehnung eines Verbots legitimer Forschung aufzunehmen, wurde festgestellt, daß der zweite Unterabschnitt im Paragraph 6 des sonst nicht kontroversen Kommunikés entfallen muß.<sup>7</sup> Der Generalsekretär appellierte an die Außenmini-

<sup>4</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 106. Am 30. Mai 1985 begann in Genf die zweite Verhandlungsrunde.

<sup>5</sup> Zur Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 133.

<sup>6</sup> Zu den Beratungen über das Kommuniké der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 120, Anm. 40 und 42.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Lissabon, legte am 5. Juni 1985 dar, daß sein französischer Amtskollege Morel in der Viererbesprechung der Politischen Direktoren zur Vorbereitung des Treffens der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) einen Entwurf vorgelegt habe, den auch der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, „als gute Arbeitsgrundlage“ bezeichnet habe: „Burt vermißte allerdings einen ausdrücklichen Hinweis, daß die SDI-Forschungen (angesichts der sowjetischen Anstrengungen) ratsam seien.“ Vgl. VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Am 3. Juni 1985 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), von den Beratungen im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene über das Kommuniké der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon: „Die Aufnahme eines Abschnittes über die Strategische Verteidigung ist nach wie vor offen.“ Während die amerikanische Seite einem solchen besondere Bedeutung beimesse, habe der französische Vertreter Vorbehalte und „auf den Klammern um den gesamten Absatz 2 der Ziffer 6“ bestanden. Dieser habe – einschließlich weiterer in Klammern stehender Formulierungen, gegen die einzelne Delegationen Vorbehalte angemeldet hätten – folgenden Wortlaut: „(In the light of undeniable Soviet advances in ballistic missile defence and in space systems, we are agreed that research (by allies on the Strategic Defence Initiative and other related programmes) within the terms of the ABM and other treaties is prudent (and is necessary) to determine whether there are defensive technologies which could enhance our security and forestall a po-

ster, den möglichen nachteiligen Wirkungen in der Öffentlichkeit vorbeugend entgegenzutreten. Eine Überwindung des Gegensatzes zwischen USA und Frankreich ist nicht auszuschließen, aber wenig wahrscheinlich. Der Mißerfolg wird von allen Beteiligten außerordentlich bedauert.

4) In dem nachfolgenden Abschnitt II. dieses Drahtberichts fasse ich die Ausführungen von Außenminister Shultz zusammen, mit denen die Aussprache der Minister im kleinsten Kreise am 6. Juni eingeleitet wurde. Die Diskussionsbeiträge von AM Genscher und den Außenministern der anderen Bündnispartner folgen gesondert.<sup>8</sup>

## II. Erklärung des amerikanischen Außenministers Shultz

Außenminister Shultz trug eine gemäßigte positive Beurteilung der Lage für das Bündnis und die internationale Entwicklung vor. Auf ausdrücklichen Auftrag von Präsident Reagan hin trug er amerikanische Erwägungen zur Frage vor, ob und ggf. mit welchen Auflagen die Vereinigten Staaten die bisherige Beachtung des SALT-Vertrages (II) über den 31. Dezember hinaus in Aussicht nehmen könnten, und bat in Verfolg des Auftrages des Präsidenten um Meinungsäußerungen seiner Bündnispartner zu diesem komplexen Thema der Ost-West-Beziehungen und der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.<sup>9</sup>

AM Shultz trug im einzelnen folgendes vor:

Auf die für das Ost-West-Verhältnis außerordentlich wichtigen Genfer Verhandlungen über offensive und defensive strategische Waffen und über INF einge-

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 777*

tentially destabilizing Soviet advantage in this field. (Any decision on steps beyond research will be a matter for prior discussion and negotiation with the Soviet Union.) The ongoing research effort does not affect the validity of our agreed strategy of deterrence.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1011; VS-Bd. 11330 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Für den Wortlaut von Ziffer 6 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 146. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 390.

<sup>8</sup> Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher in der Sitzung der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis am 6. Juni 1985 vgl. Dok. 150.

Mit Drahtbericht Nr. 12 informierte Botschafter Wieck, z. Z. Lissabon, am 7. Juni 1985 über die Erklärung des niederländischen Außenministers van den Broek, der „politische Unterstützung für das amerikanische SDI-Forschungsprojekt“ zugesagt und sich für die Weiterbeachtung von SALT II ausgesprochen habe: „Eine Aufkündigung würde das ganze westliche Konzept für Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen zur Disposition stellen und die Unterstützung der Bevölkerung zugunsten der Allianz unterminieren.“ Dieser Ansicht habe sich der italienische Außenminister Andreotti angeschlossen. Vgl. VS-Bd. 13437 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

Über die Ausführungen der Außenminister Howe (Großbritannien), Stray (Norwegen), Dumas (Frankreich) und Poos (Luxemburg), die sich alle für eine Fortsetzung der Beachtung von SALT II aussprachen, berichtete Wieck am selben Tag mit Drahtbericht Nr. 13/14; VS-Bd. 13437 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

Mit Drahtbericht Nr. 16/17 vom 7. Juni 1985 übermittelte Wieck Resümees der Erklärungen der Außenminister Ellemann-Jensen (Dänemark), Clark (Kanada), Halefoglu (Türkei), Tindemans (Belgien), Hallgrímsson (Island), Gama (Portugal) und Morán (Spanien) sowie des griechischen NATO-Botschafters Wassilikos: Sie alle seien ebenfalls für die Einhaltung von SALT II eingetreten. Vgl. VS-Bd. 11330 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Am 4. Juni 1985 wurde in der amerikanischen Presse über eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats vom Vortag berichtet, deren zentrales Thema die Weiterbeachtung von SALT II gewesen sei. Weder Präsident Reagan noch sein Sicherheitsberater McFarlane hätten sich zur Sache geäußert: „But a spokesman said later that the President will make no decision until Shultz meets Thursday with foreign ministers of the North Atlantic Treaty Organization in Portugal.“ Vgl. den Artikel „President Defers SALT II Decision“; THE WASHINGTON POST vom 4. Juni 1985, S. A 20.

hend, legte AM Shultz die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung dar, an diese Verhandlungen weiterhin mit Geduld, Festigkeit und Zähigkeit heranzugehen, wie dies der amerikanischen Regierung auch bei der Herbst-Tagung der NATO-Außenminister im Dezember 84<sup>10</sup> empfohlen worden war. In der ersten Verhandlungsphase seien keine Fortschritte erzielt worden. Neben den Verhandlungspositionen der Sowjetunion müsse man auch immer auf die im öffentlichen Raum stattfindende sowjetische Kampagne zugunsten ihrer politischen Zielsetzungen achten. Es habe sich als richtig erwiesen, was Generalsekretär Lord Carrington prognostiziert habe, daß nämlich westliche Solidarität im Prozeß von Verhandlungen schwerer zu erhalten sei als in der Phase eines Stillstandes im Ost-West-Verhältnis.

AM Shultz bekräftigte die Grundhaltung der amerikanischen Regierung zu den Ost-West-Fragen, die sich auf die Grundsätze der Washingtoner Erklärung von 1984 (Mai)<sup>11</sup> und den Doppelansatz des Harmel-Berichts<sup>12</sup> stütze – Verteidigung und Dialog. Zu den positiven Entwicklungen rechnete AM Shultz die Anzeichen wirtschaftlichen Wachstums in den westlichen Ländern, den Fehlschlag sowjetischer Spaltungsbemühungen, z.B. bei der belgischen Entscheidung zur Dislozierung der Marschflugkörper<sup>13</sup> und angesichts der Erwartung, daß auch Holland den Kurs halten werde<sup>14</sup>.

Die Entwicklung in Europa sei mit dem Beitritt von Portugal und Spanien zur Europäischen Gemeinschaft<sup>15</sup> ermutigend.

Auf die Entwicklung in der sowjetischen Führung und<sup>16</sup> der Sowjetunion allgemein eingehend, legte er die amerikanische Auffassung dar, daß der neue KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow, von den bestehenden Grundlinien der sowjetischen Außen- und Innenpolitik ausgehend, deren effektivere Durchsetzung anstreben und sich prioritär um die Konsolidierung seiner persönlichen Machtstellung auf der innenpolitischen Szene und im sowjetischen Vorfeld (Osteuropa) sowie die Festigung seines Ansehens in der Dritten Welt bemühen werde. Wie sich bei den Begegnungen Gorbatschows mit Premierminister Cra-

<sup>10</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. AAPD 1984, II, Dok. 349.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31. Mai 1984 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 134–137. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 367–370.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>13</sup> Zum Beschluß der belgischen Regierung vom 15. März 1985 über den Beginn der Stationierung von Marschflugkörpern vgl. Dok. 82, Anm. 35.

<sup>14</sup> Zur Haltung der niederländischen Regierung hinsichtlich der Stationierung von Marschflugkörpern vgl. Dok. 82, Anm. 36.

Der niederländische Außenminister van den Broek führte am 6. Juni 1985 auf der NATO-Ministerratstagung in Lissabon aus, „daß die Regierung an dem im Juli 1984 vereinbarten Fahrplan für den weiteren Entscheidungsprozeß in der Dislozierungsfrage festhalten werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 12 des Botschafters Wieck, z.Z. Lissabon, vom 7. Juni 1985; VS-Bd. 13437 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> Am 12. Juni 1985 wurden in Lissabon und Madrid die Verträge über den EG-Beitritt Portugals und Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 7–13.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „in“.

xi<sup>17</sup>, mit SPD-Vorsitzendem Brandt<sup>18</sup> und in der Begegnung mit US-Handelsminister Baldrige<sup>19</sup> gezeigt habe, gehe er ausführlich und initiativ auf internationale Themen ein. Initiativen seien zu erwarten, auch im Rüstungskontrollbereich. Ort und Zeitpunkt einer ersten Begegnung auf höchster Ebene – Reagan/Gorbatschow – zeichneten sich noch nicht ab. Präsident Reagan habe erneut in dieser Sache an Gorbatschow geschrieben.<sup>20</sup> Die Einzelheiten würden wohl auf diplomatischem Wege weiterverhandelt werden. Dies geschehe vor dem Hintergrund einer Entwicklung in den bilateralen Beziehungen, die nach amerikanischer Vorstellung nicht von den Rüstungskontrollverhandlungen dominiert werden dürfe. Eine Reihe von Kontakten auf anderen Gebieten zeige begrenzte Fortschritte. Man müsse realistisch vorgehen. Hinweise auf das Erfordernis zur Entspannung hätten die SU nicht zur Moderation gebracht. Auf der anderen Seite gingen von Verschlechterungen in regionalen Fragen (Polen, Afghanistan) negative Wirkungen auf die Sachverhandlungen in den Ost-West-Beziehungen, vor allem im Rüstungskontrollbereich, aus.

AM Shultz erwähnte regionale Expertentreffen über den Nahen Osten (Februar)<sup>21</sup>, über Afrika (Ende Mai)<sup>22</sup>, über Afghanistan (Mitte Juni)<sup>23</sup> und zu einem<sup>24</sup> noch nicht fixierten Zeitpunkt über Ostasien.

<sup>17</sup> Ministerpräsident Craxi und der italienische Außenminister Andreotti hielten sich vom 28. bis 30. Mai 1985 in der UdSSR auf. Andreotti berichtete am 6. Juni 1985 auf der NATO-Ministerratstagung in Lissabon, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, werde „nicht auf entscheidende baldige Änderungen in der Außen- und Innenpolitik drängen. [...] Stiländerungen bedeuteten noch keine Substanzänderungen.“ Die Entwicklung in der UdSSR müsse aber verstärkt beobachtet werden: „Der Westen solle durch seine Kontaktpflege diese Anpassungsprozesse fördern [...]“. Ungeachtet der Dislozierungsentscheidungen in Europa bemühe sich die SU um differenzierte Beziehungen mit den Ländern Europas.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 12 des Botschafters Wieck, z. Z. Lissabon, vom 7. Juni 1985; VS-Bd. 13437 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt traf am 27. Mai 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU in Moskau zusammen. Gorbatschow führte dabei zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf aus, die UdSSR halte sich an die am 8. Januar 1985 vereinbarten Themen: „Wir sind zu radikalsten Entscheidungen bereit bis hin zum Nuklearwaffenverbot. Aber im Zusammenhang seiner drei Elemente. Die Amerikaner aber wollen die Weltraumwaffen ausschließen.“ Auf eine Frage von Brandt hin sprach er sich für eine Teststopp-Vereinbarung aus, bestätigte, daß es voraussichtlich zu einem Treffen mit Präsident Reagan kommen werde, das „zur Normalisierung der Lage beitragen würde“, und äußerte schließlich die Ansicht: „Europas Beitrag zur Verbesserung der Lage könnte größer sein.“ Vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 224, S. 227 und S. 229. Vgl. dazu auch GORBAČEV, Sobranie, Bd. 2, S. 286–291 (Auszug).

<sup>19</sup> Der amerikanische Handelsminister Baldrige hielt sich anlässlich der Tagung der amerikanisch-sowjetischen Wirtschaftskommission, die nach siebenjähriger Pause erstmals wieder zusammentrat, am 20./21. Mai 1985 in der UdSSR auf und traf auch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2100, S. 89.

<sup>20</sup> Zum Briefwechsel des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 88, Anm. 17.

<sup>21</sup> Über das Treffen amerikanischer und sowjetischer Nahost-Experten am 19./20. Februar 1985 in Wien teilte der amerikanische Botschafter in Moskau, Hartman, mit, die Gespräche seien auch zur Verdeutlichung der amerikanischen Dialogbereitschaft außerhalb der Rüstungskontrolle gedacht gewesen. Themen seien zunächst der irakisch-iranische Krieg, Terrorismus, Afghanistan und die Lage im Libanon gewesen, ehe der arabisch-israelische Konflikt erörtert worden sei. Die sowjetische Delegation habe dabei „unterstrichen, daß ‚Gesamt-PLO‘ als Alleinvertreterin palästinensischen Volkes anerkannt werden müsse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 644 des Botschafters Kastl, Moskau, vom 27. Februar 1985; VS-Bd. 13610 (310); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>22</sup> Am 30. Mai 1985 traf der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Wassew, zu Gesprächen über die Lage im

Die amerikanische Regierung lasse auch im bilateralen Kontext die sowjetische Führung über den Komplex Menschenrechte nicht im unklaren.

Der amerikanische Außenminister signalisierte seine Bereitschaft zur Teilnahme an der Jubiläumsveranstaltung zur KSZE-Schlußakte in Helsinki (August 1985<sup>25</sup>).

<sup>26</sup>Der amerikanische Außenminister machte deutlich, daß er die Vorbereitung und Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung anlässlich der Jubiläumssitzung in Helsinki Anfang August nicht für zweckmäßig halte.

Bei der Darlegung weiterer Aspekte der bilateralen Beziehungen meinte Shultz, daß begrenzte Fortschritte gemacht werden, ein Kulturaustauschprogramm sei in Arbeit. Man verhandle zusammen mit Japan und der Sowjetunion über ein „Air Security Center Far East“ (Auswirkungen des KAL-Flugzeugabschlusses im August 1983<sup>27</sup>), das GK Kiew und Aeroflot-Büro in New York.<sup>28</sup>

In Relation zu dem Gewicht der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf seien diese Punkte von marginaler Bedeutung, sollten aber nicht unterschätzt werden in der Vorbereitung einer Gipfelbegegnung, die möglicherweise auch zunächst noch keine großen Ergebnisse erbringen könnte.

Bei seinen bewertenden Äußerungen über die erste Verhandlungsrunde in Genf meinte AM Shultz – unter ausführlichem Hinweis auf die regelmäßig stattfindenden Konsultationen mit den Alliierten –, daß sich die sowjetische Delegation

*Fortsetzung Fußnote von Seite 780*

südlichen Afrika und eine Lösung des Namibia-Konflikts in Paris zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Obmen mnenijami“, PRAVDA vom 31. Mai 1985, S. 4.

<sup>23</sup>Amerikanisch-sowjetische Gespräche über Afghanistan fanden am 18./19. Juni 1985 in Washington statt. Botschafter van Well, Washington, gab am 21. Juni 1985 Informationen des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Palmer, weiter: „Es habe keinen Durchbruch gegeben. [...] Amerikanische Seite habe drei Ziele verfolgt: Man habe unterstreichen wollen, daß bei zunehmendem sowjetischen Druck auf Pakistan auch die amerikanische Unterstützung Pakistans zunehmen werde. [...] Man habe außerdem gegenüber der sowjetischen Seite nochmals die Notwendigkeit einer Verhandlungslösung unterstreichen und die Möglichkeiten beider Seiten prüfen wollen, mit denen die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine Verhandlungslösung unterstützt werden könnten. Nicht zuletzt habe man auch testen wollen, ob die sowjetische Haltung in der Afghanistan-Frage flexibler geworden sei.“ Allerdings habe die amerikanische Delegation „keinen ernsthaften Verhandlungswillen und kein Zeichen neuer Flexibilität“ auf sowjetischer Seite feststellen können: „Insgesamt sei die sowjetische Analyse der Situation nicht ermutigend gewesen. Sie hätten vor allem versucht, Pakistan die Schuld dafür zuzuschieben, daß es keine positivere Entwicklung gebe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3125; Referat 340, Bd. 136784.

<sup>24</sup>Korrigiert aus: „und einen“.

<sup>25</sup>Zum Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 anlässlich des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>26</sup>Beginn des mit Drahtbericht Nr. 10 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>27</sup>Korrigiert aus: „1984“.

Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 32, Anm. 15.

Gesandter Wallau, Washington, teilte am 7. Mai 1985 mit, daß sich die amerikanische Regierung das sowjetische Interesse an einer Wiederaufnahme der im Dezember 1981 suspendierten Linienflüge der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot zunutze mache, „indem sie technische und prozedurale Vorkehrungen gegen sowjetische Anschläge auf vom Kurs abgekommene Flugzeuge (KAL 007) zur Vorbedingung von Landerechten für Aeroflot machen. Hierüber sind trilaterale Verhandlungen (USA, Sowjetunion, Japan) für die Nordpazifik-Route im Gang, die erfolgversprechend verlaufen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2287; Referat 213, Bd. 139347.

<sup>28</sup>Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und den USA über die Errichtung von Generalkonsulaten in New York bzw. Kiew vgl. Dok. 113, Anm. 21.

in der ersten Runde nicht konstruktiv verhalten habe und daß sie auch in bezug auf INF hinter frühere Positionen zurückgefallen sei. Dies geschehe, wie man vermute, auch mit dem Ziel, deutlich zu machen, daß es sich um neue Verhandlungen und nicht um die Fortsetzung der früheren INF-Verhandlungen handle.

Das sowjetische Verlangen nach einem Verbot der SDI-Forschung sei ein „non-starter“. Das habe man auch schon bei der Vereinbarung der Verhandlungen im Januar 1985<sup>29</sup> festgestellt, und er habe dies gegenüber Gromyko bei den Gesprächen in Wien am 14./15. Mai<sup>30</sup> wiederholt. Die amerikanischen Unterhändler werden in etwa zehn Tagen zu Konsultationen zum NATO-Rat nach Brüssel kommen.<sup>31</sup>

Bei einem Überblick über weitere Ost-West-Verhandlungen meinte AM Shultz, daß die Sowjetunion zwar die vier praktischen Schritte zurückgewiesen habe, die Präsident Reagan in seiner Straßburger Rede vorgeschlagen habe<sup>32</sup>, aber sie blieben gleichwohl auf dem Tisch und könnten jederzeit verhandelt werden. In bezug auf die Verhandlungen in Stockholm (KVAE) begründete AM Shultz die amerikanische Bereitschaft, sich über eine Bestätigung des Gewaltverzichts zu verständigen, wenn konkrete vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart worden seien.<sup>33</sup> Den Stand der Verhandlungen in Wien (MBFR)<sup>34</sup> qualifizierte Shultz als unfruchtbar. Besondere Aufmerksamkeit widmete AM Shultz den Verhandlungen über ein totales Verbot von chemischen Waffen. Er erwähnte den Vertragsentwurf der Vereinigten Staaten<sup>35</sup> und erklärte dabei die Problematik

<sup>29</sup> Zum Treffen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

<sup>30</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 14. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120.

<sup>31</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 19. Juni 1985 über die Unterrichtung, die die „amerikanischen Delegationsleiter Kampelman (Defensiv- und Weltraumwaffen), Glitman (INF) und der stellvertretende Verhandlungsleiter für strategische Offensivwaffen, Lehman“, am selben Tag dem Ständigen NATO-Rat zu den Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR in Genf gegeben hatten. Kampelman habe resümiert, die sowjetische Seite sei „zur Enttäuschung der amerikanischen Delegation noch nicht bereit [...], sich in konkrete Erörterungen hineinziehen zu lassen. [...] Sowjetische Seite verfolge unnachgiebig die bisherige Linie, wonach eine enge Verbindung aller drei Verhandlungsbereiche dergestalt bestehe, daß ein Übereinkommen über die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum, d. h. in sowjetischer Auslegung ein Verbot von SDI, Voraussetzung für Abkommen in den anderen Bereichen sei.“ Offenbar glaube die UdSSR, „die Zeit arbeite für sie. Man müsse ihr klarmachen, daß diese Rechnung nicht aufgehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1077; VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>32</sup> In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 8. Mai 1985 in Straßburg nannte Präsident Reagan vier praktische Schritte, die in amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen vereinbart werden und zur Verbesserung der Beziehungen beitragen könnten: 1) den regelmäßigen Austausch von Manöverbeobachtern, 2) eine Verstärkung hochrangiger Kontakte, auch von Militärführern, 3) die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen auf der KVAE in Stockholm und 4) „a permanent military-to-military communications link“. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 586. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 316.

<sup>33</sup> Zum Vorschlag der sowjetischen KVAE-Delegation vom 29. Januar 1985 für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen und den von den NATO-Mitgliedstaaten am 8. März 1985 auf der KVAE als Paket eingebrachten Vorschlägen für vertrauensbildende Maßnahmen vgl. Dok. 42, Anm. 2, und Dok. 43.

<sup>34</sup> Zur 35. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien vom 31. Januar bis 28. März 1985 vgl. Dok. 83. Die Verhandlungen wurden am 23. Mai 1985 wieder aufgenommen.

<sup>35</sup> Für den Wortlaut des amerikanischen Vertragsentwurfs vom 18. April 1984 über ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

der Verifikation chemischer Waffen. Sie stellten, wie der irakisch-iranische Krieg deutlich mache<sup>36</sup>, eine reale Gefahr dar. Den Fragen sollte große Bedeutung zugemessen werden. Shultz meinte, daß zwischen den Amerikanern und den Sowjets ein nützlicher Gedankenaustausch über den Non-Proliferations-Vertrag<sup>37</sup> stattgefunden habe.

AM Shultz befaßte sich dann mit dem SDI-Komplex und führte dazu folgendes aus:

Die SDI-Forschung stehe nicht zur Disposition. Sie stelle eine Notwendigkeit angesichts der sowjetischen Entwicklungen dar: Die Sowjetunion habe das einzige im Einsatz befindliche ABM-System. Die Sowjetunion habe das einzige im Einsatz befindliche Anti-Satellitensystem. Angesichts der Entwicklungen auch auf dem Gebiet der Radarstationen in Krasnojarsk, das eine wichtige Funktion bei flächendeckenden Abwehr-Systemen habe, wäre es für die Vereinigten Staaten leichtsinnig, nicht auch Forschung zu betreiben. Falls diese Forschungen zu konkreten Ergebnissen führten, werde es mit großer Wahrscheinlichkeit zu Verhandlungen über die Relation von defensiven und offensiven Systemen und über Grenzen und Möglichkeiten einer Dislozierung kommen. Diese Entwicklung sei sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für Europa von großer sicherheitspolitischer Bedeutung. Hinsichtlich der Beteiligung europäischer Bündnispartner an dem SDI-Forschungsprojekt<sup>38</sup> meinte AM Shultz: Das sei keine Angelegenheit der NATO-Konsultation, sondern eine Frage nationaler Interessen und bilateraler Vereinbarungen.

In bezug auf SDI stünden jetzt und in absehbarer Zeit keine Probleme zur Entscheidung innerhalb des Bündnisses an. Sollten die Forschungen positive Resultate zeitigen, seien Entscheidungen im Wege der Konsultation im Bündnis und durch Verhandlungen mit der anderen Seite vorzubereiten. Die amerikanische Seite strebe eine kooperative Lösung an, nicht eine einseitig durchgesetzte. Die politische Beurteilung eines evtl. technischen Erfolges müsse sich orientieren an der Effektivität des Systems, an seiner Überlebensfähigkeit und der Kostenwirksamkeit. Bis dahin werde noch viel Zeit vergehen. Alle damit zusammenhängenden Fragen sollten gründlich beraten werden. Für die amerikanische Seite komme es jetzt darauf an, die politische Unterstützung der Bündnispartner für das Forschungsprojekt zu erhalten (to undertake research is prudent and necessary). Ebenfalls hoffe man auf die politische Unterstützung der Verhandlungsziele in Genf.

Anschließend behandelte AM Shultz das für ihn dringendste Problem im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis und in der Abstützung durch das Bündnis, nämlich die Frage der Fortsetzung oder Beendigung der „zeitlich begrenzten Beachtung von SALT II“. Der Präsident habe die Verabschiedung seines Berichts an den Kongreß zu dieser Frage um einige Tage verschoben – Stichtag

<sup>36</sup> Zum Einsatz von Chemiewaffen im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 77, Anm. 9.

<sup>37</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

<sup>38</sup> Zum amerikanischen Angebot an die übrigen NATO-Mitgliedstaaten, sich am SDI-Forschungsprogramm zu beteiligen, vgl. Dok. 82, Anm. 5.

war der 1. Juni<sup>39</sup> –, um durch AM Shultz die Meinung der Partnerländer in dieser Frage einzuholen. Dies sei sein Auftrag, und er werde die Ergebnisse dem Präsidenten telegrafisch am 6. Juni übermitteln, um den Präsidenten in die Lage zu versetzen, den Bericht am 10. Juni dem Kongreß zuzuleiten.<sup>40</sup> Zur Sache selbst führte der amerikanische AM folgendes aus:

Seit Unterzeichnung des Vertrages im Jahre 1979 ist die Zahl der nuklearen Sprengköpfe auf sowjetischer Seite um 4000 gewachsen. Der amerikanische Präsident hat nicht sehr viel von dem mit dem Vertrag verbundenen Nutzen gehalten, gleichwohl aber auf reziproker Basis die zeitlich begrenzte Beachtung des Vertrages beschlossen. Zum Jahresende müsse über Fortsetzung dieser Beachtung oder deren Beendigung entschieden werden.

Die amerikanische Regierung beobachte eine Reihe von Verletzungen des Vertrages durch die sowjetische Seite. Außerdem bestehe ein praktisches Problem auf amerikanischer Seite in Verbindung mit der Indienststellung eines weiteren U-Bootes mit interkontinentalen Raketen, mit dessen Indienststellung die Zahl der zulässigen Raketen überschritten würde, es sei denn, daß ein anderes Boot stillgelegt werde.

Eine Reihe von Alternativen sei durchdacht worden. Dabei sei auch die Verletzung des Abkommens durch die sowjetische Seite in Betracht gezogen worden. Die SU habe über die durch den Vertrag zugelassene Ersetzung eines interkontinentalen Raketensystems durch ein neues hinaus ein weiteres System zur Einführung vorgesehen, ein mobiles (SS-25) mit besonders hoher Zielgenauigkeit. Außerdem habe die SU einen immer größeren Anteil der Testdaten bei Raketenversuchen chiffriert und damit die Bewertung dieser Testflüge eingeschränkt. Schließlich stehe das Radarsystem in Krasnojarsk nicht im Einklang mit dem ABM-Vertrag. Dieses System, das eine sehr lange Bauzeit hatte, ermöglicht im Gegensatz zum bisher üblichen Objektschutz eine gesamtterritoriale Verteidigung gegen Raketen. Radarstationen mit diesen Aufgabenstellungen sind nach dem ABM-Vertrag nicht zulässig. Diese Entwicklungen unterminierte die Verhandlungsbereitschaft der Vereinigten Staaten auf den genannten Gebieten.

Die nach amerikanischer Auffassung eingetretenen Vertragsverletzungen seien sowohl in der für solche Fragen eingerichteten „Standing Consultative Commission“ als auch in der Weltraumuntergruppe der jetzigen Genfer Verhandlungen angesprochen worden, bisher ohne Ergebnis.

Folgende Optionen in bezug auf den Vertrag und auf die Situation bei den U-Booten seien definiert worden:

1) Fortgeltung des vorhandenen Vertragssystems einschließlich zeitlich begrenzter Beachtung von SALT II mit der Begründung, daß diese Vertragssysteme ungeachtet gewisser Vertragsverletzungen zu wichtig seien, um zur Disposition gestellt zu werden. Gleichzeitig Ausübung politischen Drucks auf die andere Seite, Vertragsverletzungen zu unterlassen.

<sup>39</sup> Zur Verschiebung des Berichts an den amerikanischen Kongreß vgl. Dok. 133, Anm. 13.

<sup>40</sup> Präsident Reagan übermittelte dem amerikanischen Kongreß am 10. Juni 1985 einen Bericht zur Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen durch die UdSSR und die USA. Vgl. dazu Dok. 156.



2) Aufrechterhaltung des Vertragssystems bei gleichzeitiger Bereitstellung zusätzlicher Mittel, um den Gefahren zu begegnen, die mit den sowjetischen Vertragsverletzungen aufgekomen sind.

3) Beantwortung der Vertragsverletzung auf dem Gebiet der mobilen Interkontinentalraketen mit einem Sprengkopf durch den Bau des amerikanischen beweglichen Systems Midgetman.

Hinsichtlich der U-Boote ist in formeller Hinsicht die Abwrackung der überzähligen veralteten Systeme notwendig. In ähnlicher Lage hat die SU ein Boot der Delta-Klasse aufgeschnitten und später als Versuchsboot mit Marschflugkörpern wieder in Dienst gestellt. Eine Reihe von technischen Möglichkeiten bestünde auch hinsichtlich des nach dem Vertragsinhalt überzähligen amerikanischen U-Bootes, z.B. 18 Monate Werftliegezeit zur Überholung oder Trockendocklegung mit Entnahme des Reaktors und der Raketen. Die Indienststellung würde dann neun Monate benötigen.

Die Aufkündigung der zeitlich begrenzten Beachtung von SALT II durch die amerikanische Seite würde nach Auffassung von AM Shultz eine bestehende Beschränkung auf der sowjetischen Seite aufheben und damit ein zusätzliches Wachstum des sowjetischen Potentials ermöglichen. Mit der Darstellung dieses Komplexes beendete AM Shultz seinen Eingangsvortrag.

III. Die Reaktion der Außenminister der Bündnispartner auf die von AM Shultz gestellte Frage bezüglich der weiteren Handhabung von SALT II war einhellig, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten. Sie wünschen die Fortsetzung der Beachtung von SALT II auf reziproker Basis. Mit einer Aufkündigung würden erhebliche Gefahren für den Fortgang der Rüstungskontrollverhandlungen und die Entwicklung in den Ost-West-Beziehungen allgemein sowie erhebliche politische Belastungen im transatlantischen Verhältnis heraufbeschworen. AM Genscher hatte schon in seiner Rede als Ehrenpräsident bei der Eröffnungsveranstaltung am 6.6., in einer Rede, die auch zur Veröffentlichung gelangte, erklärt: „Bestehende Verträge müssen respektiert werden. Das, was bisher im Bereich von Rüstungskontrolle erreicht worden ist, sollte auf jeden Fall bewahrt werden. Die Beachtung des ABM-Vertrags und die Respektierung des SALT-II-Abkommens sollte auch durch die SU in keiner Weise durch eine Haltung reduziert werden, die mit dem Wort und dem Geist dieser Verträge nicht vereinbar ist. Die Respektierung von SALT II und die Beachtung des ABM-Vertrages sind wichtige Elemente der Stabilität, und sie sind von Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen und die Genfer Verhandlungen.“

[gez.] Wieck

150

**Botschafter Wieck, z.Z. Lissabon, an das Auswärtige Amt****114-12626/85 VS-vertraulich****Aufgabe: 7. Juni 1985, 04.09 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 11****Ankunft: 7. Juni 1985, 07.20 Uhr****Citissime**

Betr.: NATO-Außenminister-Frühjahrskonferenz in Lissabon  
vom 5. bis 7. Juni 1985<sup>2</sup>  
hier: Erklärung von BM Genscher

**Zur Unterrichtung**

Bei der Aussprache der NATO-Außenminister im kleinsten Kreis am 6. Juni 1985 gab BM Genscher folgende Erklärung ab:

Bei der Herbsttagung der NATO-Außenminister im Dezember 1984<sup>3</sup> war noch nicht sicher, ob es zu neuen Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über strategische Systeme und INF kommen würde. Heute, sechs Monate später, betrachten wir diese Verhandlungen als ein selbstverständliches Element der Ost-West-Beziehungen. In Anlehnung an die Ausführungen des amerikanischen Außenministers<sup>4</sup> zu den Gründen, die zur Aufnahme dieser Verhandlungen geführt haben, nannte der BM folgende Entwicklungen, die ebenfalls dazu beigetragen haben dürften, die Sowjetunion wieder an den Verhandlungstisch zu bringen:

- (1) Die Sowjetunion hat den Westen nicht von der Durchführung des INF-Doppelbeschlusses<sup>5</sup> abhalten können,
- (2) das Forschungsprojekt SDI der USA,
- (3) die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft wird immer dringender, wenn die Sowjetunion nicht technologisch und in ihrer Produktivität weiter hinter den Westen zurückfallen will.

Gorbatschow, der neue Generalsekretär der KPdSU, dürfte nach den Worten von BM Genscher versuchen wollen, festzustellen, ob es auf der Grundlage der bisherigen außenpolitischen Leitlinien der Sowjetunion zu für die Sowjetunion befriedigenden Ergebnissen kommen kann. Bei der Beurteilung Gorbatschows und seiner politischen Zielsetzung in diesen Verhandlungen dürfe man sich nicht von seinem äußeren Erscheinungsbild täuschen lassen. Er hätte möglicherweise besser als die vorangegangenen Führer erkannt, daß die Sowjetunion wirtschaftlich und technologisch nicht auf der Höhe der Zeit sei und Wege

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Altenburg vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. auch Dok. 149.

<sup>3</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. AAPD 1984, II, Dok. 349.

<sup>4</sup> George P. Shultz.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

und Mittel entwickeln müsse, um diesem auf die Dauer unerträglichen Nachteil zu begegnen. Auch dürfe aus seinem äußeren Erscheinungsbild nicht auf eine weiche Regierungsführung geschlossen werden. Gleichwohl könne man mit begründeter Hoffnung auf den Weitergang der Verhandlungen schauen. Der Westen habe seine Position klargemacht. Er werde das für die Verteidigung Notwendige solidarisch tun und stehe bereit zu Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. Von deren Ergebnissen dürften auch Verbesserungen in die wirtschaftliche Lage der SU ausgehen.<sup>6</sup>

Darüber hinaus sollte der Westen die Bereitschaft bekunden zu aktiver Zusammenarbeit im wirtschaftlichen Bereich. Schließlich, so führte BM Genscher aus, liege es in unserem Interesse, unsere Themen und Fragestellungen auch in das Bewußtsein der anderen Länder des Warschauer Pakts zu tragen, die auf diese Initiativen warten, Initiativen, die sich aus dem KSZE-Prozeß ergäben.

Der Bundesminister bekundete seine Absicht zur Teilnahme an der Jubiläumsveranstaltung in Helsinki (10 Jahre Schlußakte in Helsinki)<sup>7</sup> und brachte auch Übereinstimmung mit der Haltung des amerikanischen Außenministers zum Ausdruck, aus diesem Anlaß keine neue Erklärung der 35 Teilnehmerstaaten auszuarbeiten.

Anschließend befaßte sich der BM mit dem Komplex der chemischen Waffen und mit anderen Rüstungskontrollprojekten. Auf diesen Gebieten bereite die ablehnende sowjetische Haltung zur ausreichenden Verifikation nach wie vor große Schwierigkeiten. Der Westen müsse dies immer wieder herausstellen.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen von AM Shultz zum SDI-Komplex erklärte BM Genscher:

Er stimme der Auffassung zu, daß die Frage einer Teilnahme von Bündnispartnern an dem amerikanischen Forschungsprojekt nicht zu den hier zu konsultierenden Themen gehöre. Im Rahmen des Bündnisses müsse aber über die Allianz-Auswirkungen des Forschungsprojekts und seiner eventuellen Umsetzung in Waffensysteme diskutiert werden, insbesondere für die

- 1) Ost-West-Beziehungen,
- 2) Strategie der Abschreckung
- 3) und für die Sicherheit Europas.

In bezug auf die letzte Fragestellung erläuterte AM Genscher die Fragen, die man in Europa insbesondere diskutieren müsse. Man müsse eine Antwort auf die atomare Bedrohung in Europa geben, die im Falle einer SDI-Realisierung fortbestehe (Artillerie, Bomben, Raketen), und eine Antwort auf die Bedrohung durch Raketensysteme (ballistischer Art und Marschflugkörper) unterhalb der SDI-Ebene, insbesondere SS-21 bis -23.<sup>8</sup> Diese Fragen müßten intensiv (so schloß AM Genscher) erörtert und bedacht werden.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

<sup>7</sup> Zum Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 anläßlich des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>8</sup> Zu den operativ-taktischen Kernwaffen der UdSSR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

Hinsichtlich einer Beteiligung an der SDI-Forschung seien die Länder in Europa dabei, diese Fragen zu prüfen. Sie wollen auch im WEU-Rahmen ihre Haltung konsultieren.<sup>9</sup>

Hinsichtlich der strategischen Auswirkungen seien derzeit Entscheidungen nicht zu treffen. Wichtig sei, die uneingeschränkte Geltung der jetzigen Strategie der Abschreckung zu unterstreichen und daran keine Zweifel aufkommen zu lassen.<sup>10</sup>

BM Genscher beschäftigte sich dann mit der von AM Shultz aufgeworfenen Frage zu SALT II.<sup>11</sup> Zusätzlich zu seinen Ausführungen in der Eröffnungsrede<sup>12</sup> stellte er fest:

Aus deutscher Sicht könne man den Vereinigten Staaten nur den Ratschlag geben, im Rahmen der ersten Alternative soweit wie möglich an der Beachtung von SALT II festzuhalten. Mit dieser Empfehlung gehe allerdings auch der Ratschlag einher, daß die Alliierten in der öffentlichen Auseinandersetzung die Sowjetunion zur unbedingten Vertragseinhaltung aufforderten und den Vereinigten Staaten in dieser Hinsicht Unterstützung gewährten. Der BM würdigte positiv die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten<sup>13</sup>, vor Entscheidung über diese Frage Konsultationen im Bündnis durchführen zu lassen.

Abschließend befaßte sich BM Genscher mit der Entwicklung in Moskau und äußerte die Ansicht, daß sich die sowjetische Regierung in ihrem Taktieren gegenüber dem Westen offenbar von einer Gelegenheit zur anderen hinbewege, die sich zur Beeinträchtigung von Solidarität und Festigkeit des Bündnisses anbiete. Vor diesem Hintergrund könne man die Bedeutung der Solidarität der Bündnispartner wäre die Stationierung der Pershing II in Deutschland kaum durchzuführen

<sup>9</sup> Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommuniqués der Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedstaaten am 22./23. April 1985; Dok. 98, Anm. 12.

Ministerialdirigent Schauer teilte der Botschaft in London am 5. Juni 1985 mit, aus dem Mandat der Minister vom 23. April 1985 folge, daß die vom Ständigen Rat der WEU am 29. Mai 1985 in London beschlossene SDI-Arbeitsgruppe die Aufgabe habe, „eine koordinierte Reaktion auf die Einladung zu SDI-Forschungsbeteiligung zu erarbeiten, nicht aber eine in der WEU abgestimmte Haltung zu den allgemein politischen, strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI herbeizuführen. Soweit diese Fragen multilateral zu erörtern sein werden, wird dies vorrangig im Bündnis geschehen.“ Da sich die Frage der Forschungsbeteiligung jedoch nicht völlig von einer Bewertung dieser Aspekte trennen lasse, solle „an der Erarbeitung eines allgemein gehaltenen Prinzipienkatalogs auch zu solchen Fragen“ mitgearbeitet werden. Schauer übermittelte eine erste Fassung für einen solchen Prinzipienkatalog, die „in der Sitzung des Ständigen Rats am 13.6.1985 als speaking notes zirkuliert werden“ könnte. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4406; Referat 209, Bd. 130027.

<sup>10</sup> Botschafter Ruth legte am 13. Juni 1985 dar, daß durch die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative in der NATO eine Strategiediskussion eingeleitet worden sei, „die noch grundsätzlich sein könnte als die Diskussion, die sich beim Übergang von der Strategie der massiven Vergeltung zur flexiblen Reaktion ergab. Auch in dieser Diskussion werden Interessendifferenzen zwischen den USA und den europäischen Verbündeten eine Rolle spielen: Den Europäern geht es in erster Linie darum, durch die Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen, einschließlich der strategischen Waffen der USA, die SU von jedem Angriff abzuschrecken. Dagegen wollen die USA einen Zustand überwinden, in dem sie für die Sicherheit des Bündnisses ihre eigene Existenz engagieren müssen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 128647.

<sup>11</sup> Zur Diskussion über eine Weiterbeachtung von SALT II vgl. auch Dok. 149, Anm. 8.

<sup>12</sup> Für die Rede des Bundesministers Genscher vom 6. Juni 1985 in Lissabon vgl. Referat 201, Bd. 143412. Für einen Auszug vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 387–389.

<sup>13</sup> Ronald W. Reagan.

gewesen.<sup>14</sup> Mit der Stationierung von Pershing II habe die Bundesrepublik Deutschland eine Veränderung ihrer Sicherheitspolitik vorgenommen, eine Veränderung, zu der sich in den 50er Jahren Adenauer nicht habe entschließen können, als er von der Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen, also von Systemen, die die Sowjetunion erreichen könnten, Abstand genommen habe, und diese Raketen dann tatsächlich nur in Großbritannien, Italien und Türkei aufgestellt worden waren.<sup>15</sup> Für die jetzige Dislozierung der Pershing II und der Marschflugkörper habe es unabwiesbare sicherheitspolitische Gründe gegeben.

Gleichwohl sei die Umsetzung in die Tat nur im Rahmen der Bündnissolidarität möglich gewesen. Der Solidarität komme eine so große Bedeutung zu<sup>16</sup>, daß man gelegentlich bei Kompromissen auf einen geringeren als den wünschenswerten Nenner sich einigen müsse.

[gez.] Wieck

**VS-Bd. 13437 (212)**

<sup>14</sup> So in der Vorlage.

<sup>15</sup> Auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris wurde auf Vorschlag des Präsidenten Eisenhower und des amerikanischen Außenministers Dulles beschlossen, dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR) Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen. Die Verteilung sollte entsprechend der Verteidigungsplanung der NATO und im Einvernehmen mit den beteiligten NATO-Mitgliedstaaten erfolgen. Vgl. dazu die Ziffern 20 und 21 des Communiqués; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 113 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1958, S. 10474. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen 1955–1959, S. 344–346.

Bereits im Vorfeld der Tagung in Paris hatte Bundesminister von Brentano im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Dulles am 21. November 1957 in Washington Zweifel an der Zweckmäßigkeit einer Stationierung in der Bundesrepublik geäußert. Vgl. dazu FRUS 1955–1957, IV, S. 204–206.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „bei“.

**Ministerialdirigent Trumpf, z.Z. Rom,  
an Staatssekretär Ruhfus**

114-12635/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 793  
Citissime nachts

Aufgabe: 7. Juni 1985, 10.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 7. Juni 1985, 14.12 Uhr

Für StS Ruhfus; ChBK für MD Teltschik; Lissabon für BM-Delegation: Bitte BM sofort vorlegen

Betr.: Vorbereitung des Europäischen Rates in Mailand 28./29.6.1985<sup>2</sup>  
hier: Dreier-Gespräche in Rom am 6.6.85

1) Auf Wunsch von Generalsekretär Ruggiero fanden gestern nachmittag im italienischen Außenministerium deutsch-französisch-italienische Gespräche zur Vorbereitung des Mailänder Gipfels statt. Teilnehmer: Ruggiero und Badini (außenpolitischer Berater von MP Craxi), Attali und Vidal, Teltschik und Trumpf. Gespräche waren außergewöhnlich offen und nützlich. Sie sollten strikt vor allen anderen MS geheimgehalten und mit einer zweiten Runde in Paris am 22. Juni<sup>3</sup> abgeschlossen werden. Ihr Ziel ist ein trotz des „Scheiterns des Dooge-Berichts“<sup>4</sup> (Ruggiero) erfolgreicher Verlauf des ER von Mailand mit präzisen Entscheidungen und Vorgaben für deren Verwirklichung. Aus Sicht der italienischen Präsidentschaft ist Voraussetzung dafür ein abgestimmtes Vorgehen mit dem Tandem D und F, in das die Briten wegen ihrer abweichenden Interessenlage nicht vorab hineingezogen werden sollen.

2) Zentrale Frage auf dem ER ist für Ruggiero die Einlösung des 1972 von den Neun eingegangenen Versprechens zur Gründung der Europäischen Union<sup>5</sup>, die der eigentliche Kern des Auftrags von Fontainebleau an den Dooge-Ausschuß<sup>6</sup> gewesen sei. Ebenso sicher sei aber auch, daß es in Mailand wegen der Verwei-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 7. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre Ruhfus und Meyer-Landrut, an die Ministerialdirektoren Edler von Braumnühl und Ungerer, die Ministerialdirigenten Schauer und Jelonek, das Ministerbüro sowie Referat 410 verfügte.

Hat Jelonek am 7. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf von Matuschka verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Matuschka am 10. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Ungerer am 15. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>3</sup> Ein weiteres Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem Sonderberater des französischen Staatspräsidenten, Attali, sowie dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium, Ruggiero, fand am 26. Juni 1985 im Bundeskanzleramt statt.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Berichts, den der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

Zu den italienischen Bemühungen um ein Mandat für die darin vorgesehene Regierungskonferenz für eine Europäische Union vgl. Dok. 97.

<sup>5</sup> Die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten bekräftigten auf einer Konferenz am 19./20. Oktober 1972 in Paris das Ziel einer Europäischen Union. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 344.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

gerung durch MP Thatcher<sup>7</sup> nicht zu einem klaren Mandat der Zehn bzw. Zwölf an eine Regierungskonferenz für einen neuen Vertrag zur Gründung der Europäischen Union kommen werde. Über dieses Dilemma müsse in Stresa<sup>8</sup> und auch in Mailand gesprochen werden.

Unter Berufung auf Anregungen aus bilateralen Gesprächen der Regierungschefs nimmt die Präsidentschaft jetzt in Aussicht, daß diese sog. politische Frage des Dooge-Berichts am ersten Tag des ER (Freitag, 28.6., ab 10.30 Uhr) in informellem Rahmen, d.h. zwischen Staats- und Regierungschefs, AM und Kommissionspräsident<sup>9</sup> und mit nur einem Note-taker der Präsidentschaft, behandelt wird. Auf Wunsch von Attali soll im gleichen Rahmen auch EUREKA<sup>10</sup> besprochen werden. Am zweiten Tag des ER soll dann die normale Tagesordnung abgehandelt werden, ggf. auch bis in den Abend hinein.

3) Ruggiero sieht die Lösung des Dilemmas einmal in einer politischen Erklärung, die „einen Schritt über Stuttgart<sup>11</sup> hinaus“, aber nicht so weit wie ein richtiger Vertrag geht, zum anderen in vorzeigbaren Sachbeschlüssen zu den institutionellen Fragen, zu EPZ und Sicherheit, Binnenmarkt, Technologie-Gemeinschaft und Europa der Bürger<sup>12</sup>. Wiederholen müsse man dabei die Verpflichtung aus der Feierlichen Deklaration, nach drei (ursprünglich fünf) Jahren die Vertragsfrage neu zu stellen. Ruggiero bezeichnete als Muster einer Erklärung den Entwurf des Aktionskomitees für die Europäische Union (Teitgen-Komitee)<sup>13</sup> und verteilte einen eigenen Entwurf (siehe Anlage<sup>14</sup>). F und D,

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Äußerungen der Premierministerin Thatcher im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1985 in Chequers; Dok. 129.

<sup>8</sup> Über das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9. Juni 1985 in Stresa vermerkte Ministerialdirigent Trumpf am 11. Juni 1985, Bundesminister Genscher habe ausgeführt, daß über die im Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) vorgesehene Konferenz der Regierungschefs am Ende der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand zu entscheiden sein werde. Die Bundesregierung sei „nicht für eine Konferenz, die zu einem ‚Beerdigungskomitee‘ für die Europäische Union würde. Sie ist für eine Konferenz, wenn in Mailand hinreichender Konsens in Sachfragen erreicht werden kann, der die Einberufung der Konferenz rechtfertigt.“ Trumpf legte weiter dar, daß die französische Seite eine ähnliche Position vertreten habe und die „Entscheidung über Einberufung einer Regierungskonferenz [...] offengehalten werden“ konnte. Vgl. Referat 410, Bd. 136102.

<sup>9</sup> Jacques Delors.

<sup>10</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427.

Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

<sup>12</sup> Vgl. dazu den Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für das Europa der Bürger (Adonnino-Ausschuß) für den Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel; EUROPA-ARCHIV 1985, D 253–260.

<sup>13</sup> Am 10. September 1952 verabschiedeten die Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten in Luxemburg eine Entschließung, in welcher der Versammlung der EGKS in Straßburg die Aufgabe übertragen wurde, den Entwurf für einen Vertrag über die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft auszuarbeiten. Ein erster Entwurf für einen Vertrag über die Satzung der Europäischen Gemeinschaft wurde vom Verfassungsausschuß der Ad-hoc-Versammlung für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft vorgelegt, der vom Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung des Europarats, von Brentano, geleitet wurde und in dem Frankreich durch den Vizepräsidenten der Versammlung der EGKS und der Ad-hoc-Versammlung für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, Teitgen, vertreten war. Für den Wortlaut des Entwurfs, der am 10. März 1953 von der Ad-hoc-Versammlung angenommen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1953, S. 5669–5683. Vgl. dazu auch AAPD 1953, I, Dok. 162.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das „Projet de préambule sur l'Union Européenne“ vgl. VS-Bd. 13718 (414); B 150, Aktenkopien 1985.

obwohl im Grunde eher skeptisch, hielten es für möglich, damit ein politisches Signal zu geben. Teltschik warnte aber vor zu frühem Verzicht auf Gedanken einer Vertragsänderung und stellte Verbindung zu außen- und sicherheitspolitischen Fortschritten her.

4) Überraschend war Entschlossenheit von I und F, einen substantiellen EPZ-Vertrag „auch mit weniger als zehn bzw. zwölf MS“ abzuschließen und dabei GB und andere MS unter Druck zu setzen. Ruggiero erklärte, das britische EPZ-Papier<sup>15</sup> fiele in mehreren Punkten (Zielsetzung gemeinsame Außenpolitik, Verbesserung des Konsensus, Rolle des Europäischen Parlaments, Zusammenarbeit im internationalen Rahmen) hinter die Stuttgarter Erklärung und den Dooge-Bericht zurück. Vereinbart wurde, daß I, F und D sich zu dritt auf einen neuen Entwurf zur EPZ einigen, der dann von der Präsidentschaft in Mailand präsentiert wird und dem D und F dort zustimmen. Auf diese Weise wird unser Entwurf<sup>16</sup>, über den wir am 17. Juni mit F weiter beraten<sup>17</sup>, die Grundlage eines Dreier-Textes.<sup>18</sup>

Zum WEU- und Sicherheitskomplex war Attali noch nicht sprechbereit. Darüber fänden nächste Woche in Paris noch Abstimmungen statt. Er könne sich nach dem 20. Juni äußern. Ruggiero machte drei praktische Vorschläge:

- Der ER nimmt einen jährlichen Bericht über die Aktivitäten der WEU entgegen,
- es finden Treffen zwischen den beiden parlamentarischen Versammlungen statt,
- die Verbindung zwischen Forschungs- und Entwicklungspolitik im militärischen Bereich mit der Forschungs- und Entwicklungspolitik der EG ist zu verbessern.

5) Es bestand Einvernehmen, möglichst viel an Fortschritten für die Effizienz der Zwölfer-Gemeinschaft (institutionelle Fragen), ihre Vertiefung (Binnenmarkt) und für neue Aktionen (EUREKA, Europa der Bürger) zu erzielen.

<sup>15</sup> Zu dem am 18. Mai 1985 übergebenen britischen „Entwurf über die Europäische Politische Zusammenarbeit“ vgl. Dok. 129, Anm. 20.

<sup>16</sup> Zum Entwurf der Bundesregierung für einen Vertrag über die Europäische Politische Zusammenarbeit vgl. Dok. 137, Anm. 39.

<sup>17</sup> Ein erster Meinungsaustausch zwischen Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Morel, über den Entwurf des Bundeskanzleramts vom 3. Juni 1985 für einen Vertrag über die Europäische Politische Zusammenarbeit fand bereits am 7. Juni 1985 in Lissabon statt. Morel äußerte dabei „als persönliche Idee, daß man [...] von einem ‚secrétaire permanent‘ sprechen könne, der für sechs Jahre, d. h. eine volle Runde der Präsidentschaften aller Mitglieder, gewählt werden könnte und dem ein Vize-Sekretär der jeweiligen Präsidentschaft an die Seite gestellt werden könnte, mit dem er als Tandem arbeiten müsse, damit die engste Koppelung zur jeweiligen Präsidentschaft sichergestellt werde.“ Vgl. die Aufzeichnung von Braunmühl, z. Z. Lissabon, vom 7. Juni 1985; Referat 200, Bd. 144204.

Am 13. Juni 1985 übermittelte Morel telefonisch weitere Änderungsvorschläge zu dem Entwurf. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Braunmühl vom selben Tag; Referat 200, Bd. 144204.

Zum vierten Gespräch des Sonderberaters des französischen Staatspräsidenten, Attali, mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 17. Juni 1985 in Paris, legte Ministerialdirigent Trumpf am folgenden Tag dar, es habe „etwas Enttäuschung“ gegeben, weil die französische Delegation „noch nicht definitiv zum EPZ-Vertrag Stellung nehmen konnte“. Vgl. Referat 410, Bd. 136102.

<sup>18</sup> Für den von der Bundesrepublik und Frankreich am 27. Juni 1985 vorgelegten Entwurf vgl. Dok. 173.



a) Mehrheitsbeschlüsse im Rat. Ruggiero faßte zusammen:

(1) daß die Staaten, die sich auf Luxemburg<sup>19</sup> berufen, eine einschränkende Prozedur hinnehmen,

(2) daß in bestimmten Fällen von vertraglich verlangter Einstimmigkeit abgesehen wird, sei es durch politische Vereinbarung, sei es durch Vertragsänderung („Mailänder Kompromiß“).

Ruggiero sagte, nach seinen Informationen wolle die Kommission ggf. schon in Stresa vorschlagen, durch Vertragsänderung die Artikel 99 (Steuerharmonisierung), 100 (Rechtsangleichung) und die Implementierung neuer, auf Art. 235 EWGV<sup>20</sup> gestützter Politiken auf qualifizierte Mehrheit umzustellen.<sup>21</sup>

b) Befugnisse des EP. Ergebnis: Zunächst auf Vertragsänderung mit dem Ziel drängen, in bestimmten legislativen Bereichen gemeinsame Beschlußfassung mit dem EP einzuführen. Dabei „fight with the British“ und sie mit dem Argument überzeugen, daß dem Rat das letzte Wort verbleiben muß. Ruggiero sagte, der Versuch, dem EP diese Befugnisse durch gentleman's agreement zu geben, würde an der Kommission scheitern, weil deren Rechte dadurch eingeschränkt würden.

c) Binnenmarkt: Die Vorschläge der Kommission seien abzuwarten.<sup>22</sup> Bemerkenswert, daß Ruggiero darauf bestand, daß ein Beschluß für die Vollendung des freien Binnenmarkts bis 1992 schwer vorstellbar sei ohne gleichzeitigen Beschluß, das Europäische Währungssystem im gleichen Zeitraum zu vollenden.

d) Technologie-Gemeinschaft/EUREKA

Einvernehmen, daß Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen gemäß den Vorschlägen des Dooge-Berichts eine wichtige Gemeinschaftsaufgabe ist. Zu EUREKA war Attali kategorisch: EUREKA müsse aus der EG herausgehalten werden, Institutionalisierung später. Britischer Vorschlag einer hohen Beamtengruppe<sup>23</sup> sei Begräbnis erster Klasse. Es sei jetzt am wichtigsten, EUREKA noch vor Mailand ins Leben zu rufen. Das solle durch ein konkretes Projekt geschehen, z. B. den Großrechner der fünften Generation, wozu zwischen Siemens,

<sup>19</sup> Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 102, Anm. 6.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Artikel 99, 100 und 235 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 836 und S. 898.

<sup>21</sup> Am 24. Juni 1985 unterrichtete Staatssekretär Ruhfus Bundesminister Genscher, z. Z. Budapest, daß EG-Kommissionspräsident Delors im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am selben Tag einen „Vorschlag für institutionelle Fortschritte im Rahmen des Binnenmarktes“ unterbreitet habe: „Die Vorschläge für Änderungen des EG-Vertrages (Übergang von Einstimmigkeit auf Mehrheitsentscheidungen bei Artikel 57, 99, 100 und 235) sollten in die nationalen Parlamente eingebracht werden und mit dem Ratifikationsverfahren für Beitritt Spanien und Portugal und Eigeneinnahmen zeitlich verbunden werden.“ Kohl habe wohlwollende Prüfung zugesagt, aber darauf hingewiesen, daß in den Parlamenten die Sommerpause bevorstehe und es daher schwer sein werde, die „vorgeschlagenen Vertragsänderungen noch mit dem Ratifikationsverfahren für Spanien und Portugal und Eigeneinnahmen zeitlich zu verbinden“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6; Referat 010, Bd. 178932.

<sup>22</sup> Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ für die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch vgl. [http://europa.eu/documents/comm/white\\_papers/pdf/com1985\\_0310\\_f\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf).

<sup>23</sup> Mit Schreiben vom 31. Mai 1985 an den französischen Außenminister Dumas nahm der britische Außenminister Howe zu den französischen Überlegungen zu EUREKA Stellung und schlug vor „that we aim for agreement at the Milan European Council to establish a small group of senior officials to consider these matters further“. Vgl. Referat 010, Bd. 178936.

Bull und Itatel eine Kooperation vereinbart werden sollte. Diese müßte dann durch einen „letter of interest“ der Außen- und Forschungsminister sanktioniert werden.<sup>24</sup> Der ER könne dann gewissermaßen die Existenz von EUREKA einsegnen. Attali insistierte, dies sei für den Staatspräsidenten<sup>25</sup> der entscheidende Punkt, „sonst werde sich Frankreich nicht bewegen“. D und I sicherten prinzipielle Unterstützung und Einwirkung auf Industrie zu. Ruggiero machte auf die Finanzierungsfrage aufmerksam, die entscheidend sei. Attali regte an, dem französischen Beispiel zu folgen und so, wie es die USA bei SDI getan hätten, die bestehenden Haushalte des Jahres 1985 auf EUREKA-relevante Ausgaben hin zu untersuchen und diese zu identifizieren. Teltschik sagte, daß bei der Vielzahl von Projekten, mit denen wir schon befaßt sind, und angesichts der zu erwartenden Kommissionsvorschläge<sup>26</sup> unser Problem sei, für neue Projekte Prioritäten und Finanzierung zu finden.

e) Europa der Bürger

Es bestand Einvernehmen, daß aus der Fülle der Vorschläge des Adonnino-Berichts leicht einige Projekte besonders herausgehoben werden könnten, z.B. europäisches Jugendwerk, europäisches Fernsehprogramm, europäische Akademie der Wissenschaften. Attali wiederholte, daß der Staatspräsident auch daran denke, den Angehörigen der Mitgliedstaaten das Kommunalwahlrecht einzuräumen. Während Ruggiero dies als ein altes italienisches Anliegen sehr begrüßte, warnte Teltschik vor den großen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik. Auf keinen Fall könne dies ohne längere Übergangszeit ins Auge gefaßt werden.

[gez.] Trumpf

**VS-Bd. 13718 (414)**

<sup>24</sup> Ministerialdirigent Jelonek legte am 6. Juni 1985 dar: „Das von F [...] zur Diskussion gestellte Projekt ‚Großcomputer‘ erfüllt alle Kriterien.“ Der französische Vorschlag, über ein solches EUREKA-Projekt „noch vor dem ER Mailand eine deutsch-französische Absichtserklärung zustande zu bringen, verdient Unterstützung. Voraussetzung [ist] allerdings, daß BM Riesenhuber hierfür gewonnen werden kann [...]. BMFT hält es nicht für realistisch, anzunehmen, daß Gespräche mit der Industrie zu einer Projektvereinbarung führen. Geplant sind solche Gespräche in München am 14.6.1985 nachmittags zwischen den Ministern Riesenhuber und Curien einerseits und Vertretern der Industrien und Wissenschaftlern beider Länder andererseits.“ Jelonek führte weiter aus, daß der „um Ideen nie verlegene französische Präsidentenberater Attali“ im Gespräch mit Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 31. Mai 1985 bereits ein Treffen der Außen- und Forschungsminister Frankreichs und der Bundesrepublik vorgeschlagen habe, auf dem „eine deutsch-französische Absichtserklärung über die gemeinsame Entwicklung eines Großcomputers verabschiedet werden könnte“. Vgl. Referat 201, Bd. 151243.

<sup>25</sup> François Mitterrand.

<sup>26</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 21. Juni 1985 zur Technologiepolitik vgl. Dok. 167, Anm. 22.

## 152

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang in Schloß Ludwigshöhe

VS-vertraulich

9. Juni 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang beim Abendessen im Schloß Villa Ludwigshöhe am Sonntag, dem 9. Juni 1985<sup>2</sup>

Weitere Anwesende waren auf chinesischer Seite: Herr Mei, Dolmetscher Herr Sun;

auf deutscher Seite: MD Teltschik, VLR I Dr. Neuer als Note-taker, Dolmetscher Herr Hendrichske.

Der *Bundeskanzler* ging nochmals auf die Themen ein, die er während der Autofahrt mit MP Zhao Ziyang besprochen hatte. Zum Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit habe er den chinesischen Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufnahme einer Klausel in das Abkommen, die die Geltung der deutschen Rechtsordnung für die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Bank of China zu schließenden Verträge zum Inhalt habe, für uns aus Gründen der Präcedenzwirkung wichtig sei.<sup>3</sup> Wir hätten derartige Kapitalhilfeabkommen mit vielen Staaten abgeschlossen. In allen Fällen habe man eine Lösung gefunden. Er wolle nun vorschlagen, die Regelung aus dem Abkommen herauszunehmen und eine entsprechende Formulierung in einen Side-Letter aufzunehmen. Jedenfalls lege er, der Bundeskanzler, großen Wert darauf, daß unterzeichnet werde.

Es sei auch über das Flugzeugleitsystem<sup>4</sup> gesprochen worden. Der Bundeskanz-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 10. Juni 1985 gefertigt und am 18. Juni 1985 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz übermittelt.

Hat Ploetz am 19. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre sowie die Ministerialdirektoren Edler von Braunmühl und Haas verfügte.

Hat Haas am 20. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Keil verfügte.

Hat Keil am 28. Juni 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13637 (341); B 150, Aktienkopien 1985.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 154.

<sup>3</sup> Am 5. Juni 1985 vermerkte Ministerialdirektor Haas, daß die Verhandlungen über ein Abkommen mit der Volksrepublik China über finanzielle Zusammenarbeit noch nicht abgeschlossen werden konnten: „Die Einigung über zwei wesentliche Punkte: Anwendung deutschen Rechts auf die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Bank of China zu schließenden Verträge; Berlin-Präferenz-Klausel steht noch aus.“ Die Verhandlungen sollten am 6. Juni 1985 in München fortgesetzt werden. Vgl. Referat 341, Bd. 142563.

<sup>4</sup> Mit Blick auf die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juni 1985 legte das Bundeskanzleramt am 30. Mai 1985 zur gemeinsamen Entwicklung eines elektronischen Kontrollsystems für Flugzeuge mit der Volksrepublik China dar: „Digitale Flugsteuerungstechnologie wird gegenwärtig in der westlichen Welt eingeführt. Militärische und zivile Flugzeuge erzielen damit wesentlich bessere Flugleistungen. China will diese Technologie möglichst schnell zum Einsatz bringen. [...] Dabei möchten die Chinesen durch Firma MBB beraten werden.“ Sie hätten deutlich gemacht, „daß eine

ler habe MP Zhao Ziyang erklärt, er sei bereit zu halten, was er in Peking<sup>5</sup> gesagt habe. Es sei inzwischen im Bundessicherheitsrat beschlossen worden, einen entsprechenden Antrag bei COCOM zu stellen.<sup>6</sup>

MP Zhao Ziyang werde bei Rheinbraun sehen, wie Braunkohle in großem Maßstab im Tagebau abgebaut werde.<sup>7</sup> Dies seien Dimensionen wie in China.

MP *Zhao Ziyang* bemerkte hierzu, daß für die Einzelpunkte in der chinesischen Delegation die zuständigen Beamten vertreten seien. Sie sollten mit ihren deutschen Partnern darüber sprechen. Er hoffe, daß man für das Abkommen über die finanzielle Zusammenarbeit noch eine Lösung während seines Aufenthalts finde. Soviel er wisse, handele es sich hier nicht um eine substantielle Frage. Aber es sei auch für China eine Frage der Präcedenzwirkung. Er wolle noch eine weitere Frage stellen, auf die er im Augenblick keine Antwort erwarte. Wie dem Bundeskanzler bekannt sei, werde die VR China Kernkraftwerke bauen.<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage der Brennelemente. China könne zwar auch Brennelemente herstellen, jedoch verfüge es nicht über das Verfahren zur Urananreicherung mit Gasultrazentrifugen. Er wisse, daß es sich hier um eine gemeinsame Produktion der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande und Großbritanniens handele.<sup>9</sup> China sei an dieser Technolo-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 795*

aktivere Haltung der Firma MBB in dieser Sache sich nicht nur auf das Projekt selbst, sondern auch auf die Kooperation im Kraftwerkbau positiv auswirken würde.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137451.

Referat 422 führte am 30. Mai 1985 aus, offenbar handele es sich „um eine breit angelegte Zusammenarbeit zwischen MBB und der chinesischen Seite zur Herstellung hochmoderner Flugzeugtechnologie“. Diese sei zivil wie militärisch nutzbar. Eine Entscheidung sei „aufgrund der sehr dürftigen Faktenbasis nicht möglich“. Zu prüfen sei die Frage der militärischen Einsatzmöglichkeiten, wobei darauf hinzuweisen sei, daß die „Lieferung genehmigungspflichtiger Güter in die VR China [...] nur mit Zustimmung aller COCOM-Mitgliedstaaten möglich“ sei. Allerdings hätten diese sich darauf geeinigt, die „Ausfuhr von Gütern und Technologien mit zivilen wie auch militärischen Verwendungsmöglichkeiten (‘dual use’) [...] mit größter Flexibilität“ zu genehmigen. Vgl. Referat 424, Bd. 137451.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte die Volksrepublik China vom 7. bis 13. Oktober 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

<sup>6</sup> In der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juni 1985 wurde das Auswärtige Amt beauftragt, bis zur folgenden Sitzung „das Verhältnis der Nachbarn zu VR China“ zu prüfen. Der gemeinsamen Entwicklung eines elektronischen Kontrollsystems für Flugzeuge wurde „unter dieser Voraussetzung“ zugestimmt, und das Bundesministerium für Wirtschaft sollte entsprechende Anträge bei COCOM stellen. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 4. Juni 1985; VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik plante Ministerpräsident Zhao Ziyang Besuche bei der Rheinischen Braunkohlewerke AG (Rheinbraun) in Bergheim, bei der Mannesmann-Röhren-Werke AG in Mülheim, bei der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH in Hamburg, bei der Siemens AG in Perlach und bei einigen mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg. Vgl. dazu den Artikel „Intensivierung des deutsch-chinesischen Verhältnisses“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Juni 1985, S. 1.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit der chinesischen Außenhandelsministerin Chen Muhua am 4. Februar 1985; Dok. 28.

<sup>9</sup> Die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande unterzeichneten am 4. März 1970 in Amelo ein Übereinkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gasultrazentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1971, Teil II, S. 930–949.

Referat 413 legte am 21. August 1984 dar, daß der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Li Peng Bundeskanzler Kohl am 10. Mai 1984 in Stuttgart auf einen Erwerb der Gasultrazentrifugen-Technologie angesprochen habe und die chinesische Regierung außerdem „an die Geschäftsleitung der URENCO herangetreten“ sei: „Ein Technologietransfer der URENCO an China bedürfte der Zustimmung der Regierungen in Bonn, London und Den Haag. Eine solche Zustimmung wirft

gie interessiert und hoffe, daß es sie einführen könne. Er habe mit PM Thatcher darüber gesprochen.<sup>10</sup> Er habe sie gefragt, ob sie ein solches Projekt für durchführbar halte. Sonst wolle er die Frage gar nicht anschnitten. Sie habe darauf geantwortet, man müsse darüber sprechen, sie hoffe, sich auch mit dem Bundeskanzler darüber zu unterhalten. Sie habe zugesagt, die drei beteiligten Seiten würden dieses Projekt beraten. Er glaube jedoch, daß Deutschland hier das entscheidende Wort zufalle. Er werde das Thema auch in NL ansprechen.<sup>11</sup>

Der *Bundeskanzler* bemerkte dazu, er werde sich um diese Frage kümmern und man müsse darüber noch sprechen.

Der *Ministerpräsident* fuhr fort, wenn die Zusammenarbeit auf diesem Sektor möglich sei, ließen sich auch andere Fragen leichter lösen. Es handele sich um einen sehr sensitiven Bereich. Wenn es Wünsche von seiten der drei Staaten (D, GB, NL) gebe, sei die chinesische Seite bereit, sie in Rechnung zu stellen. Er denke hierbei an die Verpflichtung zur Nichtweitergabe, Sicherheitsgarantien, Garantie der friedlichen Nutzung. Er sei bereit, mit den drei Staaten Einzelvereinbarungen zu treffen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die drei Staaten schon Besprechungen geführt hätten.<sup>12</sup> Er nehme die Einladung zu Besprechungen mit der chinesischen Seite an. Es seien allerdings schwerwiegende Probleme impliziert. Er sei gerne bereit, dafür zu sorgen, daß die Gespräche bald geführt werden. Er wolle dieser Sache nicht ausweichen. Man müsse vernünftig miteinander über das reden, was möglich sei.<sup>13</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 796*

erhebliche Schwierigkeiten auf, auch wegen zu erwartender kritischer Haltung der USA.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142593.

<sup>10</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 2. bis 8. Juni 1985 in Großbritannien auf.

<sup>11</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte die Niederlande vom 16. bis 19. Juni 1985. Zur britischen und niederländischen Haltung vermerkte das Bundesministerium für Forschung und Technologie am 13. September 1985: „Große Vorsicht, aber wohl doch erhebliches Interesse im Hinblick auf eigene Nuklearverträge. Thatcher und Lubbers haben nach chinesischen Äußerungen den Eindruck gegeben, als seien sie dem chinesischen Wunsch gegenüber sehr aufgeschlossen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145595.

<sup>12</sup> Auf der Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der britisch-deutsch-niederländischen Troika am 4./5. März 1985 in Bonn wurde die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die eine mögliche Kooperation mit der Volksrepublik China im Bereich der Gasultrazentrifugen-Technologie prüfen sollte. Sie kam am 16. April 1985 zu dem Ergebnis, die chinesische Regierung sei „an reinen Anreicherungsleistungen durch URENCO nicht interessiert, sondern will eindeutig eine eigene Anlage, und zwar eine G[as]U[ltra]Z[entrifugen]-Anlage. [...] Offen ist, wie weitgehend der Technologietransfer aus chinesischer Sicht sein müßte, insbesondere, ob er sensible Herstellungstechnik umfassen müßte.“ Das Projekt erscheine „attraktiv, jedenfalls als einzige Möglichkeit, chinesischen Markt zu erobern“. Allerdings sei damit zu rechnen, „daß USA, die eine GUZ-Kooperation mit V[olks]R[epublik]C[hina] bereits strikt abgelehnt haben, sehr negativ reagieren könnten“. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Achenbach vom 26. April 1985; Referat 424, Bd. 135902.

<sup>13</sup> Zusammen mit Vertretern der britischen und niederländischen Botschaft übergab Botschafter Fischer, Peking, ein vom Gemeinsamen Ausschuß der Troika erarbeitetes Aide-mémoire am 20. August 1985 an die chinesische Regierung. Darin wurde erläutert, daß es bisher „keine Übertragung der G[as]U[ltra]Z[entrifugen]-Technologie auf Staaten außerhalb der Troika“ gegeben habe, „sondern Verkauf von Anreicherungsleistung [...]“. Im Hinblick auf die internationale Diskussion über einen möglichen Mißbrauch der Anreicherungstechnologie große Zurückhaltung der Troika-Staaten. Politische Probleme bedürfen einer eingehenden Klärung.“ Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 13. September 1985; Referat 431, Bd. 145595. Für das Aide-mémoire vgl. Referat 431, Bd. 145595.

Der Bundeskanzler fragte nach den Angehörigen der Vierer-Bande<sup>14</sup>.

MP *Zhao Ziyang* führte aus, „sie essen und lesen Zeitungen“, seien jedoch nicht mehr gefährlich. Sie könnten sich nicht frei bewegen. Dies gelte auch für die Witwe Maos<sup>15</sup>.

Der *Bundeskanzler* fragte, ob sie wirklich geglaubt habe, die Macht an sich reißen zu können. MP *Zhao Ziyang* bejahte diese Frage.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, er habe dieser Tage in Jugoslawien<sup>16</sup> mit einem Mitglied des Politbüros gesprochen. Er habe ihm gesagt, daß die Frau Titos<sup>17</sup> ähnlichen Ehrgeiz entwickelt habe.

MP *Zhao Ziyang* bejahte dies. Er wies darauf hin, daß bei seinem Besuch in Jugoslawien 1978<sup>18</sup> die Frau Titos schon nicht mehr aufgetreten sei.

Mao habe im übrigen gewußt, daß seine Frau nicht beliebt war. Er sei aber der Meinung gewesen, sie unterstütze seine Politik. Die Vierer-Bande habe versucht, Chou En-lai ins Abseits zu stellen. Dies habe zur Folge gehabt, daß Mao nicht immer auf Chou En-lai gehört habe.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, in D und Europa habe man den Eindruck gehabt, daß Mao Chou sehr viel mehr zu verdanken gehabt habe, als er selber wahrgenommen habe.

MP *Zhao Ziyang* bemerkte, Mao seien die Verdienste Chous bewußt gewesen. Mao habe jedoch befürchtet, Chou teile manche seiner Meinungen bezüglich der Innenpolitik nicht.

Der *Bundeskanzler* gab der Meinung Ausdruck, Chou werde vor der Geschichte bestehen können. MP *Zhao Ziyang* bejahte dies. Die meisten Chinesen hätten von der schwierigen Situation Chous gewußt. Alle hätten getrauert, als er gestorben sei.<sup>19</sup>

Die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, Deng habe ein gutes Verhältnis zu Chou gehabt, bestätigte MP *Zhao Ziyang*.

MP *Zhao Ziyang* berichtete, er habe Mao 1951 zum ersten Mal selbst gesprochen. Damals sei er Mitglied des Sekretariats der Partei einer chinesischen Provinz und stellvertretender Provinzgouverneur gewesen. Deng kenne er seit 1943.

Der *Bundeskanzler* berichtete von seiner Reise aus Jugoslawien, daß die jugoslawischen Führer ihn auf die katastrophale psychologische Lage hingewiesen

<sup>14</sup> Nach dem Tod des Vorsitzenden des ZK und des Politbüros der KPCh, Mao Tse-tung, am 9. September 1976 wurden die Mitglieder des Politbüros der KPCh, Chang Chun-chiao, Chiang Ching, Wang Hung-wen und Yao Wen-yuan, am 6. Oktober 1976 verhaftet. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 311.

Am 22. Juli 1977 wurde bekanntgegeben, daß auf Beschluß des Dritten Plenums des 10. ZK der KPCh „die als ‚Viererbande‘ bezeichnete radikale Gruppe [...] auf ewig aus der Partei ausgeschlossen und aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben werden“ solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 462 des Botschaftsrats I. Klasse Keil, Peking; Referat 303, Bd. 103766.

<sup>15</sup> Chiang Ching.

<sup>16</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 6. Juni 1985 in Jugoslawien vgl. Dok. 145 und Dok. 147.

<sup>17</sup> Jovanka Broz.

<sup>18</sup> Der Kandidat des Politbüros des ZK der KPCh und Erste Sekretär des Parteikomitees der Provinz Sechuan, Zhao Ziyang, begleitete Ministerpräsident Hua Guofeng bei dessen Besuch in Jugoslawien vom 21. bis 29. August 1978.

<sup>19</sup> Chou En-lai verstarb am 8. Januar 1976.

hätten, die dadurch entstanden sei, daß sich nach dem Krieg herausstellte, Stalin sei ihr Todfeind. MP *Zhao Ziyang* bemerkte hierzu, Stalin habe sich zu sehr in die Angelegenheiten Jugoslawiens eingemischt. Damals sei China noch im Krieg gewesen. Man habe nichts über die Außenwelt gewußt.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach dem Stand der chinesischen Beziehungen zu Indien antwortete *Zhao Ziyang*, die chinesisch-indischen Beziehungen hätten sich verbessert. Im Bereich des Handels und der Kultur habe man gute Fortschritte gemacht. Er habe nach der Ermordung Indira Gandhis<sup>20</sup> auch eine Delegation zu ihrer Bestattung entsandt. Jedes Jahr fänden Gespräche auf Beamtenebene statt. Es sei jedoch schwierig, in kurzer Zeit die Grenzfrage zu lösen. Es gebe Grenzprobleme am Ostabschnitt und am Westabschnitt.<sup>21</sup> Er meine, die Fragen sollten im Geiste gegenseitigen Verständnisses gelöst werden. Frau Gandhi habe jedoch darauf bestanden, daß nur China nachgeben solle. Er glaube nicht, daß MP Rajiv Gandhi bald seine Politik ändere. MP Gandhi habe aber Interesse an besseren Beziehungen geäußert.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, man sage, die indische Politik stelle sich nach dem Tod Indira Gandhis differenzierter dar.

MP *Zhao Ziyang* wies auf die vielen Versuche der SU hin, Indien an sich zu binden. Bei seinem Besuch in der Sowjetunion habe MP Gandhi eine Hilfe in Höhe von 1 Mrd. Dollar bekommen.<sup>22</sup> MP Gandhi werde bald auch die USA besuchen.<sup>23</sup> Die Chinesen hätten festgestellt, daß die USA jetzt großen Wert auf gute Beziehungen zu Indien legten.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er über diese Frage auch mit Reagan gesprochen habe. Es sei unklug, wenn man die Chance jetzt nicht wahrnehme, die Beziehungen mit Indien auf eine neue Grundlage zu stellen. Präsident Reagan habe sehr positiv reagiert.

Im März habe der Bundeskanzler in Moskau auch mit Präsident Zia gesprochen.<sup>24</sup> Auch er sei erstaunlich positiv gewesen und habe der Meinung Aus-

<sup>20</sup> Ministerpräsidentin Gandhi wurde 31. Oktober 1984 in Neu Delhi ermordet. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 312.

<sup>21</sup> Im Dezember 1981 nahmen Indien und die Volksrepublik China Gespräche über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen auf, denen weitere Runden im Mai 1982 und Januar 1983 folgten. Im Vorfeld einer für Ende Oktober in Neu Delhi angesetzten vierten Runde notierte Referat 341 im Oktober 1983: „Das Hauptproblem der Verhandlungen stellt die Grenzfrage dar. Umstritten sind im wesentlichen zwei Gebiete: die Aksa-Chin-Hochebene mit der strategisch wichtigen Sinkiang-Tibet-Straße im Westsektor der gemeinsamen Grenze (faktisch unter chinesischer Kontrolle) sowie das Gebiet der sogenannten ‚North East Frontier Agency‘ (NEFA) im Ostsektor (faktisch unter indischer Kontrolle). Angebote Pekings, den Grenzstreit auf der Grundlage des Status quo (d. h. indische Anerkennung des chinesischen Anspruchs im West- bei gleichzeitiger chinesischer Anerkennung des indischen Anspruchs im Ostsektor) beizulegen, wurden von Delhi abgelehnt.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127088.

Im Gespräch mit Ministerialdirektor Pfeffer am 20. März 1985 in Peking führte der Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium, Mei Zhaorong, dazu aus: „Inzwischen hätten fünf Gesprächsrunden über Grenzprobleme stattgefunden. [...] Diese von der Geschichte hinterlassenen Probleme mußten ‚mit Rücksicht auf die nationalen Gefühle auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses und gegenseitiger Anpassung gerechte Lösung finden.‘“ Vgl. die von Botschafter Fischer, Peking, am 22. März 1985 übermittelte Aufzeichnung; Referat 340, Bd. 136843.

<sup>22</sup> Ministerpräsident Gandhi besuchte die UdSSR vom 21. bis 26. Mai 1985.

<sup>23</sup> Ministerpräsident Gandhi hielt sich vom 11. bis 15. Juni 1985 in den USA auf.

<sup>24</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Zia ul-Haq am 13. März 1985 vgl. Dok. 61.

druck gegeben, es gebe eine neue Chance. Er habe ihm zugeredet, diese Chance zu nutzen. Für Pakistan sei ein schlechtes Verhältnis zu Indien auf Dauer eine unerträgliche Last, zumal es auch das Problem mit Afghanistan gebe. Es sei nützlich für Präsident Zia, wenn er diese Belastungen abbauen könne. Sollten allerdings Gerüchte zutreffen, daß Pakistan Atombomben baue, werde sich die Lage verschlechtern. Freunde Pakistans aus der arabischen Welt hätten ihm dies gesagt. Sie seien darüber sehr besorgt. Er, der Bundeskanzler, glaube, MP Zhao Ziyang habe ziemlich viel Einfluß in Pakistan. Es wäre nicht gut, wenn Pakistan die Bombe hätte.

MP *Zhao Ziyang* bezog sich auf amerikanische Äußerungen, mit denen behauptet werde, China helfe Pakistan die Bombe zu bauen. Dies sei nicht richtig. Er glaube auch nicht, daß Pakistan versuche, Atombomben herzustellen. Präsident Zia habe den Amerikanern die Garantie gegeben, keine Atombomben zu bauen. Die amerikanische Haltung habe Pakistan sehr mißfallen, da die USA in diesem Zusammenhang nichts gegen Indien unternommen hätten, aber Pakistan unter Druck setzten. Die chinesische Politik in dieser Frage sei eindeutig. China sei nicht einverstanden mit dem NV-Vertrag<sup>25</sup>. Aber es werde Atombombentechnologie nicht weitergeben und keinem anderen Land bei der Entwicklung der Atombombe helfen. China sei jetzt der IAE0 beigetreten.<sup>26</sup> Er habe im letzten Jahr Präsident Reagan diese Politik dargestellt<sup>27</sup> und den chinesischen Standpunkt im Oktober vor dem Nationalen Volkskongreß in Peking<sup>28</sup> wiederholt.

MP Zhao Ziyang berichtete in diesem Zusammenhang, MP Thatcher habe ihm gesagt, Rajiv Gandhi würde nicht gerne sowjetische Truppen in Pakistan sehen.

Der *Bundeskanzler* warf ein, wenn er vernünftig sei, müsse er diesen Standpunkt haben.

MP *Zhao Ziyang* stellte die Frage, ob der Bundeskanzler es für möglich halte, daß die Sowjetunion Pakistan besetze.

Der *Bundeskanzler* verneinte dies. Die SU trage schwer genug an ihrer afghanischen Hypothek. Wenn die Sowjetunion in Pakistan einrücke, müsse man vieles überdenken. Auch die Frage des Exports militärischer Güter nach China. Er glaube aber nicht, daß dies eintrete. Die sowjetische Politik sei seit vielen Jahren auf eine Minimalisierung des Risikos und eine Maximierung des Ertrags ausgerichtet. Er habe das selbst 1983 bei der Stationierung der Per-

<sup>25</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

<sup>26</sup> Die Volksrepublik China trat der IAE0 am 1. Januar 1984 bei. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 67.

<sup>27</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte die USA vom 10. bis 12. Januar 1984 und bekräftigte anlässlich eines Abendessens am 10. Januar 1984 in Washington, daß die Volksrepublik China keine Technologie zur Entwicklung von Kernwaffen weitergebe. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 25.

<sup>28</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang bekräftigte bereits am 15. Mai 1984 im Rechenschaftsbericht während der zweiten Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses in Peking, daß die Volksrepublik China „zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erstes Kernwaffen anwenden“ und solche Waffen auch nicht gegen nuklearwaffenfreie Staaten einsetzen werde. Sie verhalte sich „kritisch zu dem diskriminierenden ‚Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen‘“, gebe solche Waffen aber nicht weiter und unterstütze auch keinen Staat bei der Entwicklung von Kernwaffen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 506.



shing erlebt. Die Sowjets hätten eine Desinformation riesigen Ausmaßes betrieben. Sie hätten immer nur von den US-Waffen und nie von ihren eigenen Waffen gesprochen. Wenn die amerikanischen Atomwaffen abgezogen würden, hätte die SU im konventionellen Bereich ein totales Übergewicht. In Europa gebe es als Gegengewicht im konventionellen Bereich im wesentlichen die Bundeswehr. Sie sei sicher eine der modernsten Armeen der Welt. Auch mit Teilen der US-Armee sei zu rechnen. Natürlich gebe es auch die französische Armee; Frankreich betreibe jedoch mit ganz klarem Vorrang den Ausbau seiner Nuklearwaffen. So seien die französischen Panzerdivisionen oft mit Geräten der vorletzten Generation ausgerüstet. Italien, NL und Belgien verließen sich auf die Deutschen. GB habe zwar die Rheinarmee, die aber zahlenmäßig nicht stark sei. Er fasse zusammen, daß an konventionellen Streitkräften im wesentlichen die deutschen und die amerikanischen Truppen dem Warschauer Pakt gegenüberstünden. Bei den Panzern gebe es ein Verhältnis von 6:20. Es sei allerdings richtig, daß Panzer nicht gleich Panzer sei. Wir seien in der glücklichen Lage, mit Leo II den besten Panzer zu besitzen. Er sei aber überzeugt, daß die Sowjetunion keinen Krieg wolle. Nicht in Europa und auch nicht mit China. Die Frage, ob sie irgendwo sonst in der Welt an Krieg durch Stellvertreter interessiert sei, sei wohl eher zu bejahen. Die Sowjetunion sei immer dafür gewesen, andere die Kastanien für sich aus dem Feuer holen zu lassen. Solange das Risiko groß sei, werde sie jedoch weder in Europa noch in China eingreifen. Anders wäre die Lage vielleicht, wenn in Peking eine Gruppe an der Macht wäre, deren Position nicht klar sei. Das sowjetische Ziel sei es, die Lage in D zu destabilisieren. Sie versuche dies mit Druck, Versprechungen, Schmeicheleien und Desinformation. Auf diese Weise wolle sie uns sturmreif machen. Sie wolle zwar nicht marschieren, weil sie wisse, daß ein dritter Weltkrieg die Apokalypse bedeute. Sie wolle jedoch Furcht verbreiten. Er spüre dies besonders in dem Druck, der gegen ihn persönlich gerichtet sei. Die SU habe die Stationierung nicht vergessen. Sie werde tun, was sie könne, um ihn zu Fall zu bringen. Die Versuche der Sowjetunion, die Lage bei uns zu destabilisieren, seien ein weiterer Grund, gut zusammenzuarbeiten. Es würde in China und D eine psychologische Stütze bedeuten. Die Sowjets beobachteten im übrigen den Verlauf des Besuchs von MP Zhao Ziyang genau. Der Bundeskanzler fuhr fort, die SU habe gewaltige Probleme. Der Unterschied zu China sei, daß die Zeit gegen Moskau arbeite, aber für Peking. Wenn Gorbatschow nicht große Veränderungen von sich aus durchführe, würden in den nächsten 20 Jahren große Veränderungen in der Sowjetunion ohne sein Zutun eintreten.

MP *Zhao Ziyang* teilte die Bewertung des Bundeskanzlers, die SU werde nicht wirklich Truppen nach Pakistan entsenden. Die Sowjetunion bedrohe jedoch Pakistan und setze es unter Druck.

Der *Bundeskanzler* warf ein, die SU habe den Finger am Abzug, werde jedoch nicht abdrücken.

Der Bundeskanzler fragte nach der weiteren Entwicklung der chinesischen Innenpolitik.

MP *Zhao Ziyang* führte aus, die Reform gehe weiter. Im Ausland sage man, die chinesische Wirtschaft entwickle sich zu schnell und der Preisanstieg sei zu hoch. Es sei richtig, daß das Wachstumstempo im 4. Quartal 1984 zu groß ge-

wesen sei. Es habe 18 % betragen. In den ersten vier Monaten 1985 habe das Industriewachstum 23 % betragen. Dies sei zwar eine gute Sache, die Entwicklung gehe jedoch zu schnell voran. Man wolle sie verlangsamen. Die Reform mit dem Preissystem sei im großen und ganzen gelungen. Die Preise für die Agrar- und Nebenerwerbsprodukte seien jetzt freigegeben worden. In den Städten seien die Preise für Nahrungsmittel, die auch freigegeben worden seien, gestiegen. Es seien jedoch der Bevölkerung Zuschüsse gewährt worden. Die Preise müßten so reguliert sein, daß die Produktion den Bedürfnissen des Marktes entspreche. Insgesamt sei die Lage gut. Leider seien die Preise in Peking schneller gestiegen als in anderen Städten. Man habe diese Probleme eine Zeitlang nicht ernst genug genommen. In den anderen Großstädten sei die Lage jedoch nicht schwierig. In Peking habe man Maßnahmen getroffen, und auch hier werde sie sich bessern.

Der *Bundeskanzler* fragte, wie MP Zhao Ziyang die Situation in Albanien nach dem Sturz Enver Hodschas<sup>29</sup> beurteile.

MP Zhao Ziyang sagte, China habe hier wenige Erkenntnisse. Die Beziehungen zu Albanien hätten sich nicht geändert. Es heiße jedoch, die Witwe Hodschas<sup>30</sup> sei mächtig.

Der *Bundeskanzler* bestätigte dies unter Hinweis auf jugoslawische Stimmen. Die Jugoslawen seien verunsichert. Sie hegten die Befürchtung, die SU werde in Albanien wieder Fuß fassen. Es sei wichtig, jetzt aufzupassen. Auch die Entwicklung in Jugoslawien müsse man genau beobachten. Land befinde sich in einer katastrophalen Wirtschaftslage. Tito habe Schulden gemacht, die jetzt bezahlt werden müßten. Eine kritische Zahl sei z. B., daß beim Tod Titos 55 % der jugoslawischen Exporte in den Westen gegangen seien und nur 35 % in den Warschauer Pakt. Jetzt habe sich das Verhältnis umgekehrt. In diesem Jahr gingen 60 % der jugoslawischen Exporte in die Warschauer-Pakt-Staaten und knapp 30 % in den Westen.

Auf die Frage MP Zhao Ziyangs, ob die USA finanzielle Hilfe an Jugoslawien leisten würden, antwortete der *Bundeskanzler*, er hoffe dies und werde hierüber auch mit Präsident Reagan sprechen.

MP Zhao Ziyang bemerkte, man solle den Jugoslawen helfen, ihre Schwierigkeiten zu überwinden. Die Stabilität Jugoslawiens sei für die Gesamtlage wichtig.

Der *Bundeskanzler* bejahte dies und bemerkte, er werde sich auch in der EG für Jugoslawien einsetzen.

**VS-Bd. 13637 (341)**

<sup>29</sup> Der Erste Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens, Hodscha, verstarb am 11. April 1985.

<sup>30</sup> Nedschmije Hodscha.

## 153

**Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Mailand,  
an das Auswärtige Amt****114-12658/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 80****Aufgabe: 9. Juni 1985, 10.20 Uhr  
Ankunft: 9. Juni 1985, 17.18 Uhr**

Betr.: Vierertreffen am 5.6.1985 in Lissabon am Vorabend des NATO-AM-Treffens<sup>1</sup>

**Zur Unterrichtung**

1) Im Mittelpunkt der Diskussion, an der die vier Politischen Direktoren<sup>2</sup> sowie je ein Note-taker teilnahmen, standen die Einschätzung des Standes der West-Ost-Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses und der Genfer Verhandlungen, die Rolle von SDI in diesem Zusammenhang und seine Auswirkungen auf Kohärenz und Strategie des Bündnisses, die künftige politische Strategie der Allianz-Partner gegenüber der Sowjetunion sowie die – als für diese Beziehungen wie für die Zukunft der Rüstungskontrolle insgesamt als besonders wichtig bezeichnete – Frage des weiteren Verhaltens der USA zum SALT-II-Vertrag.<sup>3</sup>

Die Diskussion, die besonders bei SDI – durch nachdrückliche Bestätigung der von Mitterrand in Bonn dargelegten französischen Haltung<sup>4</sup> durch Dumas – in voraussehbaren Bahnen verlief, wurde sehr offen und vertrauensvoll geführt. Von besonderem Interesse ist der Hinweis von Dumas, daß F Forschung im Bereich der Abwehr ballistischer Raketen plant.

**2) Im einzelnen****a) Stand der Genfer Verhandlungen**

Shultz leitete ein mit der Feststellung, die US-Delegation in Genf habe erheblichen Manövrierraum vom Präsidenten erhalten. Bisher habe sich keine größere Bewegung ergeben. Die Sowjets hätten gesagt, sie würden nach der ersten

<sup>1</sup> Zum Treffen der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 5. Juni 1985 in Lissabon vgl. auch Dok. 148.

<sup>2</sup> Gerold Edler von Braunmühl (Bundesrepublik), Richard Burt (USA), Pierre Morel (Frankreich) und Derek Thomas (Großbritannien).

<sup>3</sup> Zur Frage der Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 133.

<sup>4</sup> Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 6. Mai 1985, der Berater des französischen Staatspräsidenten, Védrine, habe erklärt, Mitterrand sei über den Verlauf des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985 „betroffen und enttäuscht. Betroffen sei er über die Ruppigkeit, mit der die Amerikaner versuchten, ihre tagespolitischen Interessen durchzusetzen, enttäuscht über den Mangel an europäischer Solidarität angesichts amerikanischer Forderungen.“ Zu SDI habe Mitterrand „in seiner Pressekonferenz deutlich gemacht, daß er die amerikanische Forschungsinitiative als unverantwortlich (irresponsable) empfindet, daß Frankreich die Mitwirkung an diesem Forschungsprojekt ablehne. Die technologischen Ergebnisse seien vielleicht interessant, die strategische Zielsetzung jedoch unklar. Unerträglich sei die amerikanische Pression gewesen, eine europäische Zustimmung zum Projekt durch Aufnahme eines entsprechenden Absatzes im Schlußkommuniqué zu erreichen. Dies bedeute nicht, daß die französische Regierung die Zusammenarbeit des Pentagon mit französischen Firmen verhindern werde, die im übrigen bereits eingeleitet sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1079; Referat 431, Bd. 145528.

Runde<sup>5</sup> mit etwas Konkreterem kommen. Dies sei bisher nicht erkennbar.<sup>6</sup> Die USA seien in Genf mit einer energischen, nach vorn orientierten Position.

Die Ständigen Vertreter im NATO-Rat würden in Kürze unterrichtet<sup>7</sup>, laufende Information der Bündnispartner sei sichergestellt.

Zur sowjetischen Strategie für Genf stellte Shultz die Vermutung an, daß sie mit den sowjetischen Zielen für einen möglichen Gipfel<sup>8</sup> verbunden sei. Ein solches Treffen könne etwas in Bewegung bringen, von ihm würde gewisser Druck ausgehen, wie der Hinweis auf notwendige Ergebnisse erkennen lasse. Andererseits werde versucht, Dampf abzulassen. Ein Zeitpunkt oder Ort seien noch nicht festgelegt.

Zur sowjetischen Position zu SDI bemerkte Shultz, sie bezeichne das Projekt einerseits als sehr wichtig und ein Hauptelement des Handels (bargaining). Was immer andere über SDI dächten, in diesem Sinne gebe es Stärke.

Dumas bemerkte zum Verhandlungsstand, daß die SU in der Tat zu Genf schweige. Gleichzeitig bekunde sie aber den Willen, immer wieder auf Genf bezogene Dinge zu sagen, teils in identischen Formeln, wozu sie Gelegenheiten wie die Besuche von Craxi<sup>9</sup> oder Brandt<sup>10</sup> nutze. Es bestehe ein klar erkennbarer Wille, trotz einer Art Einfrierens der offiziellen Genfer Verhandlungen die öffentliche Meinung an der Peripherie zu bearbeiten. Das wiederholte Angebot eines Moratoriums<sup>11</sup> sei kein harmloser Vorgang.

Der Machtantritt von Gorbatschow<sup>12</sup> stelle die wesentliche Änderung seit dem letzten NATO-Treffen im Dezember<sup>13</sup> dar. Die neue Mannschaft habe anscheinend willentlich Genf blockiert, mache aber gleichzeitig bei sich bietenden Gelegenheiten gewisse Avancen. Die Blockierung sei zwar nicht durch den Westen veranlaßt, er müsse aber die Konsequenzen ertragen. In dieser Lage könne man

- entweder, wie die USA es gegenwärtig täten, so lange wie nötig warten oder
- sich fragen, ob diese Lage für den Westen letztlich nicht mehr Nach- als Vorteile bringe. Gromyko mache allein die USA verantwortlich und gebe vor, die US-Unterhändler weigerten sich, in allen drei Feldern gleichzeitig Fortschritte zu machen. Dies sei befremdlich, habe aber einen gefährlichen Propaganda-Effekt.

Shultz warf ein, die Sowjets sagten öffentlich, Fragen bei START und INF könnten nicht wirklich aufgenommen werden, bevor nicht geklärt sei, was bei der

<sup>5</sup> Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu Dok. 106.

<sup>6</sup> In Genf begann am 30. Mai 1985 die zweite Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle.

<sup>7</sup> Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am 19. Juni 1985 vgl. Dok. 149, Anm. 31.

<sup>8</sup> Zum Briefwechsel des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, über ein mögliches Gipfeltreffen vgl. Dok. 88, Anm. 17.

<sup>9</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Craxi vom 28. bis 30. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 17.

<sup>10</sup> Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt am 27. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 18.

<sup>11</sup> Zum sowjetischen Vorschlag eines Moratoriums vgl. Dok. 82, Anm. 13, bzw. Dok. 88.

<sup>12</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR vgl. Dok. 59.

<sup>13</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1984 in Brüssel vgl. AAPD 1984, II, Dok. 349.

Forschung zur Raketen-Abwehr geschehen solle. – Die USA hätten in Genf festgestellt, die drei Gruppen seien miteinander verbunden (interrelated), man solle vorangehen. Die SU hingegen scheine die Haltung einzunehmen, daß Ergebnisse in einer Gruppe Vorbedingung für Fortschritte bei den anderen seien.

Shultz nahm Bezug auf eine im Dezember 1984 von BM erwähnte Möglichkeit, daß die SU bei INF oder START sehr attraktive Angebote mache, um Washington bei den Weltraumfragen unter Druck der Öffentlichkeit zu bringen.<sup>14</sup> Bisher folge sie nicht einer solchen Strategie, ganz im Gegenteil. Offensichtlich wolle sie sehen, was sie ohne echtes Geben (und Nehmen) bekommen könne, bevor sie sich auf eigentliche Verhandlungen einlasse. Leute wie Nitze zeigten sich hiervon nicht überrascht, da dies nach ihrer Erfahrung dem üblichen Ritual entspreche.

Howe vertrat die Auffassung, die SU wolle die Allianz testen, offenbar indem der Eindruck geschaffen werden solle, die Verhandlungen könnten nicht beginnen oder vorangehen ohne Bewegung der USA.

[b) SDI]<sup>15</sup>

Shultz teilte diese Auffassung und ergänzte, daß die SU diese Taktik auch im Hinblick auf den US-Kongreß und nicht nur die Verbündeten verfolge.

Howe folgerte, Allianz-Einheit sei deshalb um so wichtiger. Man müsse der Bevölkerung unbedingt klarmachen, daß SDI nur Forschung darstelle und daß sich das Programm im Rahmen gültiger Verträge abspiele. Es sei notwendig, den Diskussionsschwerpunkt zu verlagern, indem man unterstreiche, daß die Forschung noch Jahre dauern werde. Auch wenn die SU dies kaum freiwillig zulassen werde, solle man versuchen, das Thema abzukühlen. Insbesondere dürfe man nicht diese und andere Bündnis-Begegnungen dominieren lassen.<sup>16</sup> Klarheit in der Sprache werde helfen bei der Präsentation gegenüber unserer Bevölkerung.

Auch Shultz war der Meinung, man solle für das Thema nicht dauernd trommeln, es dürfe aber auch nicht übergangen werden. Die SU baue es als Teil des Verhandlungsprozesses auf, wir sollten sie daran nicht hindern wollen.

Bisher habe Washington seine Verhandlungsposition in Brüssel nur allgemein erläutert. Man frage sich, ob sie öffentlich dargelegt werden solle, denn es sei eine sehr ernsthafte Position, die – anders als Moratoriumsvorschläge – viel Raum für Bewegung einschließe.

BM zeigte sich nicht überrascht, daß die SU bisher keine Bewegung gezeigt habe, und sah hierin auch keinen Widerspruch zu der von ihm geäußerten Erwartung, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt Vorschläge präsentieren werde, etwa in dem Sinn, daß sie sich zu Rüstungsreduzierungen bereit erkläre unter der Bedingung, daß Washington SDI zur Verhandlung stelle. In allgemeinen Worten lasse die SU bereits verstehen, daß sie dazu bereit sein könnte. Man frage sich, wie lange dieses Spiel weitergehen könne.

<sup>14</sup> Vgl. dazu die Äußerung des Bundesministers Genscher gegenüber dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, am 11. Februar 1985; Dok. 36.

<sup>15</sup> Eingefügt aufgrund des Konzepts des Drahtberichts vom 6. Juni 1985. Vgl. VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>16</sup> So in der Vorlage.

Für die SU sei der 27. Parteitag im Februar 1986<sup>17</sup> ein wichtiges Datum. Bis dahin werde sie ihre Position zu internen und internationalen Fragen zu definieren haben. Gorbatschow scheine ein Gefühl dafür zu besitzen, daß angesichts des technischen Rückstandes der SU das Land modernisiert werden müsse.

Bei dieser Interessenlage werde Gorbatschow sicher eine Gelegenheit suchen, Präsident Reagan vorher zu sehen. Für eine solche Begegnung müsse Substanz vorhanden sein, daher werde er sich kaum vor einem Gipfel in Genf bewegen.

Dies ändere nichts daran, daß die Reaktion der öffentlichen Meinung sehr ernst zu nehmen sei. BM erinnerte in diesem Zusammenhang an den Kampf um Herzen und Hirne beim Doppelbeschluß<sup>18</sup> und hob hervor, daß bei SDI der Kampf bereits im vollen Gange sei.

Daher sei es notwendig, zu einer ganz klaren Darstellung der Allianz-Position nach außen zu kommen. Es gehe um die Frage der Einheit im europäisch-amerikanischen Verhältnis, aber auch unter den Europäern. BM erinnerte an die Mitterrand-Rede im Deutschen Bundestag im Januar 1983<sup>19</sup>, die – auch hilfreich in unserer internen Diskussion – ein Signal der Einheit des Bündnisses gegenüber der SU dargestellt habe.

Es stünden wichtige Fragen zur Erörterung an, besonders die politische Strategie des Bündnisses. Dies dürfe nicht überschattet werden durch den von der Presse begierig genährten Verdacht, daß die Verbündeten sich in einer so wichtigen Frage wie der Stellungnahme zu SDI nicht zu einer gemeinsamen Position durchringen könnten.

Dumas teilte die Auffassung von BM, daß jeder Eindruck von Differenzen vermieden werden müsse. Dies sei auch schon die Auffassung von Shultz in Wien<sup>20</sup> gewesen. Man sei jetzt beim Kern der Diskussion angekommen, die sehr seriös und mit Präzision geführt werden müsse. Man sei früher immer wieder Opfer der eigenen Unpräzision geworden. Es lohne sich, viel Zeit dafür aufzuwenden, um etwas Kohärentes zustande zu bringen.

In einer so delikaten Frage müsse er, Dumas, die Position von Mitterrand einnehmen, der Frankreichs Position in Bonn sehr klar definiert habe. Er wolle die Hauptelemente wiederholen:

- Die neue Strategie von SDI habe von Anfang an gewisse Reserve hervorgerufen. Dies brauche man nicht im Kommuniké<sup>21</sup> zu sagen, weil es negativ sei.
- Unter den positiven Aspekten, die man immer erwähnt habe und auch erneut ausdrücken wolle, sei zu erwähnen, daß alle forschten, die SU und die USA – dies sei eine Feststellung – und warum nicht auch morgen Frank-

<sup>17</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 statt.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Januar 1983 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 123, S. 8978–8992.

<sup>20</sup> Für das Gespräch der Außenminister Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 15. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 120.

<sup>21</sup> Zur Diskussion über einen Passus zum SDI-Programm im Kommuniké der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 120, Anm. 40 und 42.

reich, es habe die Absicht dazu. Jeder könne für sich selbst entscheiden, wie er seine Erfolgchancen einschätze. Zu denen der anderen brauche man nichts zu sagen. Forschungen führten nicht zwingend zu Entwicklung und Dislozierung.

Man solle also das Positive suchen und sagen: Eine Aussage zum Stattfinden von Forschungen sei positiv, jedenfalls nicht negativ. Das strategische Konzept könne nicht unterstützt werden, es brauche deshalb auch nicht im Communiqué erwähnt zu werden. Frankreich wolle auch nicht an der Forschung der USA teilnehmen. Dies sei bereits in Bonn gesagt worden, daher brauche es nicht erneut erwähnt zu werden. Man wolle sich so positiv wie möglich äußern, was aber nicht leicht sei. Frankreich könne nicht sagen, daß es die SDI-Forschung der USA unterstütze. Aber die Feststellung, daß alle forschten, bedeute eine implizierte Rechtfertigung. Auch die – im Entwurf des Sekretariats enthaltenen und von Shultz wiederholt erwähnten – Qualifizierungen der US-Forschung als „prudent and necessary“ könnten nicht verwandt werden; „prudent“ beinhalte eine Bewertung.

BM sprach sich dafür aus, möglichst noch am Abend des 5.6. eine Formel zu finden, die alle Vier mittragen könnten. Ein vom französischen Politischen Direktor eingebrachter Formulierungsvorschlag<sup>22</sup> sei sehr konstruktiv.

Nachdem Dumas sich von diesem Text mit vielen, etwas verlegenen Worten distanziert hatte, die darauf hinausliefen, daß die von Mitterrand in Bonn eingenommene Haltung nicht klar genug reflektiert werde (der Text ist als Anlage 1 beigelegt<sup>23</sup>), wurde vereinbart, daß die vier Direktoren noch am selben Abend einen erneuten Formulierungsversuch unternehmen sollten. Eine – so Dumas – positive und konkrete, die Realität und die Einheit der Allianz reflektierende Formel sei zu finden.

In der weiteren Diskussion über das Mandat für die Politischen Direktoren machte Shultz klar, daß eine – von Frankreich ausdrücklich nicht gewünschte – Unterstützung für das Konzept von SDI nicht notwendig sei. Es reiche aus, die Forschung als „prudent“ oder „necessary“ zu bezeichnen.<sup>24</sup> Völlig zu trennen hiervon sei die Frage der Teilnahme an dem Forschungsprogramm, hierzu brauche sich das NATO-Kommuniqué nicht zu äußern, wohl aber solle, wie schon Howe in Wien vorgeschlagen habe, von der Tatsache Kenntnis genommen werden, daß die SU Forschung betreibe und daß das amerikanische Programm im Lichte dieser Tatsache bewertet werde.

Howe verteidigte sich gegen einen indirekt angeklungenen Vorwurf, er habe sich des in Wien übernommenen Auftrags zur Ausarbeitung einer für alle Vier akzeptablen Formel nicht angenommen. Er habe ihn nicht persönlich übernommen, da er nicht genügend zweisprachig (Anspielung auf F–US-Differenz) sei. Howe bedauerte, daß der französische Text die sowjetische Forschung nicht erwähne, über die es keinen Zweifel gebe, und wünschte, als zweiten wichtigen

<sup>22</sup> Zum Vorschlag des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Morel, vgl. Dok. 149, Anm. 6.

<sup>23</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Diskussion im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene über das Communiqué der NATO-Ministerratstagung; Dok. 149, Anm. 7.

Parameter eines Kommuniké-Textes festzuhalten, daß die sowjetische und die amerikanische Forschung im Rahmen feststehender Verträge stattfinden.

Im übrigen äußerte sich Howe erstaunt darüber, daß Frankreich zwar eigene Forschung betreiben wolle, sich andererseits aber nicht zu einer Qualifizierung der bereits von anderen betriebenen Forschung bereit finden wolle.

Zum Abschluß der SDI-Diskussion erhielten die vier Direktoren den Auftrag, einen Text auszuarbeiten (der von ihnen vorgelegte und am 6.6. im Gespräch Shultz/Dumas von französischer Seite verworfene Text ist als Anlage 2 beigelegt<sup>25</sup>).

#### c) SALT

Shultz führte das Thema mit der Bemerkung ein, er habe vom Präsidenten den Auftrag erhalten, die Ansichten der Verbündeten zur vorläufigen Weiterbeachtung (interim restraint) von SALT zu erfragen. Er werde das Thema auch im Super Restricted ansprechen<sup>26</sup> und Präsident Reagan sofort berichten, da dieser am Wochenende entscheiden wolle.<sup>27</sup>

Zum sachlichen Hintergrund erläuterte Shultz:

- Es gebe eine klare Gruppe von SU-Vertragsverletzungen<sup>28</sup>, einige trivial, andere hingegen eindeutig und nicht trivial. Unter diesen seien die folgenden drei aus Sicherheitsgründen besonders gravierend:
  - die Entwicklung der SS-24;
  - die umfangreiche Chiffrierung von Testdaten;
  - die Radaranlage von Krasnojarsk, die besonders bedeutsam sei im ABM-Kontext, weil man dort davon ausgegangen sei, daß derartige Anlagen wichtige Schlüssel-Elemente für landesweite Verteidigungssysteme darstellten, die noch dazu eine lange Bauzeit erforderten.
- Alle Verletzungen seien intensiv mit der SU in der SCC erörtert worden.

Wenn man zur Radaranlage in der dritten Genfer Gruppe eine Diskussion über den Charakter des ABM-Regimes und das, was geschehen sei, zustande bringe sowie erörtere, was zu einer Wiederherstellung erforderlich sei, würde dies mehr sein als nur eine Erörterung von Verletzungen<sup>29</sup>. Mit anderen Worten: Die USA versuchten, zur Sache zu sprechen.

- Die Politik der Nicht-Unterlaufung von SALT II habe den Zweck, Rüstungskontrolle eine Chance zu geben. Reagan müsse sich jetzt aber bald entschei-

<sup>25</sup> Dem Vorgang beigelegt. Die Politischen Direktoren legten folgenden Vorschlag vor: „In the light of existing and potential capabilities in the field of ballistic missile defense and antisatellite systems, we agreed that allied governments are entitled to conduct related research designed to preserve strategic stability. Any research in this field should be conducted within the terms of the ABM and other treaties. Decisions by any government on steps beyond research will be a matter for prior consultations among allied governments, and for discussion and negotiation with the Soviet Union in accordance with the principles set out above.“ Vgl. VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>26</sup> Zu den Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz am 6. Juni 1985 auf der NATO-Ministerratstagung in Lissabon vgl. Dok. 149.

<sup>27</sup> Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 über die Weiterbeachtung des Vertrags vom 18. Juni 1979 mit der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. Dok. 156.

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „von Verletzungen von SU-Vertragsverletzungen“.

<sup>29</sup> Korrigiert aus: „von Verletzungen seien“.



den, wie bei Beginn der See-Erprobung des nächsten Trident-U-Bootes die Obergrenze der Abschußgeräte eingehalten werden solle. Wie man dies praktisch mache, sei eine militärische Entscheidung, die vermutlich auf Poseidon hinauslaufe, wenn man überhaupt etwas tun wolle in dieser Richtung.

Die USA hätten dabei fünf Möglichkeiten:

- Sie könnten die bisherige Politik der Respektierung von SALT II fortsetzen und sich über sowjetische Vertragsverletzungen weiter beschweren.
- Sie könnten die militärische Bedeutung dieser Vertragsverletzungen hervorheben und im Hinblick auf die Auswirkungen beim Kongreß mit Nachdruck darauf dringen, bestimmte US-Programme durch Erhöhung der Mittelansätze zu beschleunigen.
- Man könne die Idee der Zurückhaltung beibehalten, aber im Lichte sowjetischen Verhaltens Anpassungen zum eigenen Schutz vornehmen. Operativ stünden keine Entscheidungen an bei Midgetman. Die USA würden das Projekt aber fortsetzen wollen, wenn der sowjetische Trend anhalte. Ergänzend wies Shultz in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Gedanke der Midgetman-Rakete mit einem Sprengkopf von der Scowcroft-Kommission<sup>30</sup> stamme und darauf abziele, durch Einführung solcher Raketen mehr Stabilität zu erzeugen. Die Einführung dieses Typs würde also Bewegung in positiver Richtung darstellen.

In bezug auf die Außerbetriebsstellung eines Poseidon-U-Bootes gebe es folgende denkbare Spielarten:

- Man könne das Boot auf Trockendock legen, die Raketen ausbauen, den Reaktor aber in Betrieb und die Mannschaft einsatzbereit halten, so daß das Boot innerhalb einer Woche aktivierbar, andererseits aber nicht im wörtlichen Sinne eingesetzt sei.
- Man könne das Boot auf Land setzen, die Raketen ausbauen und die Mannschaft „mehr oder weniger“ auflösen. In diesem Falle benötige die Aktivierung neun Monate.
- Man könne das Boot außer Dienst stellen, in diesem Fall würden 18 Monate zur Aktivierung erforderlich sein.
- Man könne es gemäß SALT-Vertrag verschrotten.

Als vierte und fünfte Option für den Präsidenten nannte Shultz:

- Man könne den Vertrag, zumal er von Anfang an seine Mängel gehabt habe, unter Hinweis auf die Vertragsverletzungen und die ergebnislosen Gespräche hierüber aufgeben.
- Schließlich könne man eine Politik der einseitigen Zurückhaltung (independent restraint) verfolgen, wenn keine Abkommen mehr in Geltung seien und

<sup>30</sup> Die von Präsident Reagan im Januar 1983 eingesetzte Kommission für die strategischen Streitkräfte (Scowcroft-Kommission) legte am 6. April 1983 ihren Bericht mit Empfehlungen zur Modernisierung des amerikanischen Nuklearprogramms vor. Referat 220 resümierte am 16. Juni 1983, ein Hauptgedanke des Berichts bestehe darin, „daß die USA Rüstungskontrollvereinbarungen mit der SU anstreben sollen, die gewährleisten, daß die Modernisierung der beiderseitigen strategischen Streitkräfte auf längere Sicht zu stabilitätsorientierten Strukturen führt“. Zu den Vorschlägen der Scowcroft-Kommission gehöre u. a. die Entwicklung einer kleinen beweglichen Interkontinentalrakete mit einem Gefechtskopf. Vgl. Referat 220, Bd. 124532.

auch keine Aussicht auf Abschluß von Abkommen bestehe. Dies könne z. B. bedeuten, daß man gewisse Systeme auch schneller aufgeben würde als unter einem Vertragsregime, das eigenen Regeln folge.

Die erste Option und in gewissem Umfang die zweite gehe von der Prämisse aus, man müsse reagieren und könne nicht wegsehen. Die Option der Steigerung von Haushaltsmitteln habe gewisse Anziehungskraft. Andererseits habe der Kongreß den Verteidigungshaushalt relativ hart behandelt<sup>31</sup>, und es sei nicht sehr aussichtsreich, einen Nachschlag zu verlangen.

Die letzten beiden Optionen stellten im wesentlichen eine Aufgabe des gegenwärtigen Systems dar, was nach Ansicht vieler die Atmosphäre zerstören würde. Es komme darauf an, die Position des Präsidenten nicht zu unterminieren und ihm eine starke Stellung im Rüstungskontrollbereich zu erhalten.

BM unterstrich unser Interesse daran, daß die getroffenen Vereinbarungen weiter soweit wie möglich respektiert würden. Wenn auf das sowjetische Verhalten Reaktionen notwendig erschienen, dürften der Grundgedanke und die Substanz der Verträge durch diese Reaktionen nicht in Frage gestellt werden. Diese Kriterien begrenzten die in Betracht kommenden Optionen.

BM begrüßte die klare Äußerung von Shultz zu den letzten Optionen. Ihre Verwirklichung würde erhebliche negative Folgen haben. BM nahm Bezug auf seinen Brief an Shultz.<sup>32</sup> Nur Erwägungen über maßvolle, die Substanz erhaltende Reaktionen seien richtig. Welche technisch in Betracht kämen, könne in dieser Runde nicht gesagt werden.

Dumas wies auf einen Widerspruch in dieser delikaten Frage hin:

- Man spreche von weiterer Anwendung des SALT-Vertrages, dieser sei aber nicht ratifiziert<sup>33</sup>.
- Man überlege, die Anwendung ungeachtet der Tatsache fortzusetzen, daß die andere Seite ihn weiter verletze.

Als Jurist könne er leicht rechtfertigen, daß die weitere Anwendung im Hinblick auf fortlaufende Verletzungen nicht ratsam sei.

<sup>31</sup> Ministerialrat Hirsch, Washington, teilte am 15. Mai 1985 mit, daß das Armed Services Committee des amerikanischen Repräsentantenhauses am 8. Mai 1985 „mit 39 zu 7 Stimmen seinen Entwurf der Defense Authorization Bill 1986“ beschlossen habe, „der keinen realen Zuwachs vorsieht, sondern nur einen vierprozentigen Inflationsausgleich“. Auch der vom amerikanischen Senat zwei Tage später verabschiedete Entwurf für den Verteidigungshaushalt enthalte keinen Realzuwachs. Die Obergrenze für Ermächtigungen betrage nun 302,6 Mrd. Dollar statt der von der Regierung beantragten 322,2 Mrd. Dollar: „Die größte Einzelkürzung erfolgte bei SDI. Von den beantragten 3,7 Mrd. Dollar wurden nur 2,5 Mrd. genehmigt.“ Die amerikanische Regierung habe sich „in das Unvermeidliche gefügt und die Opposition gegen eine Senkung des Mittelpfands praktisch eingestellt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2461; Referat 201, Bd. 143370.

Am 11. Juni 1985 berichtete Gesandter Wallau, Washington, daß der amerikanische Senat am 5. Juni 1985 mit 92 gegen drei Stimmen die „Senate Authorization Bill“ für den Verteidigungshaushalt 1986 in Höhe von 302,5 Mrd. Dollar verabschiedet habe, womit „ein reales Null-Wachstum“ erzielt werde: „Gemessen an ihrem ursprünglich für 1986 angestrebten realen Wachstum von sechs Prozent hat die Administration insofern stark zurückstecken müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2936; Referat 201, Bd. 143370.

<sup>32</sup> Zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 28. Mai 1985 an den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 133, Anm. 12.

<sup>33</sup> Zur Aussetzung der Ratifizierung von SALT II in den USA vgl. Dok. 4, Anm. 5.

Dumas dankte im Namen der französischen Regierung förmlich für die Gelegenheit, ihre Auffassung zu äußern, wonach der Vertrag aus strikt politischen Gründen weiter angewandt werden müsse, gerade weil er nicht ratifiziert sei. Denn die SU werde ohne Zweifel erklären, daß sie für die Weiteranwendung eintrete, dies, obwohl sie ihn verletzte.

Im gegenwärtigen internationalen Kontext und im Blick auf Genf wäre es ein sehr gekannter Zug der US-Regierung, so schnell wie möglich öffentlich zu erklären, daß sie SALT weiter respektiere.

Howe äußerte sich sehr engagiert, er erinnerte an seinen eigenen Brief und bezeichnete sein Eintreten für Weiteranwendung von SALT II als „Predigen“. Wir lebten in einer offenen Gesellschaft, in der die Dinge für uns schwieriger zu handhaben seien als für die SU, die sich ohne Problem zynisch verhalten könne. Dies müßten wir berücksichtigen und uns so weit wie möglich mit Rüstungskontrolle und Abrüstung identifizieren. Es sei schließlich die Allianzstrategie, auf der einen Seite die Abschreckung aufrechtzuerhalten, auf der anderen aber für Rüstungskontrolle und Abrüstung einzutreten. Auch für die Genfer Verhandlungen sei es von wesentlicher Bedeutung, unseren Respekt für Rüstungskontrolle aufrechtzuerhalten. Dabei sei es unwichtig, ob der Vertrag ratifiziert sei oder nicht. In England kenne man die formlose „common law marriage“. Es gelte die Regel, SALT um so mehr zu beachten, je länger es angewandt werde.

Die letzten Optionen von Shultz seien zurückzuweisen. Man solle das Vertragskonzept in größtmöglichem Umfang aufrechterhalten und daher der ersten Option so nahe wie möglich zu kommen suchen. Die Sicherheitsorgen seien die geringsten, jedenfalls im Zusammenhang mit dem Poseidon-U-Boot. Seine Außerdienststellung mache keinen Unterschied. Das US-Verhalten solle also darauf ausgerichtet werden, die SU zu mehr Respekt für die Einhaltung des Vertrages zu veranlassen.

Auch Howe unterstrich die Bedeutung des weiteren Vorgehens im Hinblick darauf, daß Gorbatschow überhaupt nicht zögern werde, den Vertrag zu bestätigen. Wenn Präsident Reagan feierlich erkläre, der Vertrag sei ausgehöhlt, würde dies für die freie Welt die denkbar schlechteste Lösung darstellen. Nur soweit ein absoluter Zwang bestehe, sollten dem Idealmodell nicht entsprechende Schlußfolgerungen zugelassen werden. Im Kern gehe es um die politische Glaubwürdigkeit der Allianz.

AM Shultz faßte die Diskussion wie folgt zusammen:

Die Beachtung des Vertragsregimes solle beibehalten werden, wenn unbedingt notwendig, solle es angepaßt, aber nicht gesprengt werden.

3) Howe, der den Vorsitz führte, unterstrich zum Abschluß die Bedeutung der vertraulichen und offenen Diskussion unter den vier Außenministern über solche Themen. Alle anderen stimmten zu.

[gez.] Braunmühl

## 154

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang

VS-vertraulich

10. Juni 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang am Montag, 10. Juni 1985, 10.40 bis 11.45 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen außerdem die chinesische Delegation und auf deutscher Seite u. a. teil: die Bundesminister Genscher und Stoltenberg, die Staatssekretäre Lengl und von Würzen, MD Grimm, VLR I Bente und der Unterzeichnende<sup>3</sup> als Note-taker. Das Gespräch hatte folgenden wesentlichen Inhalt:

Der *Bundeskanzler* wertete die bisherigen Gespräche während des Besuchs als von großem Vertrauen und großer Offenheit getragen. Ungeachtet der unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme gebe es keine Probleme, die unsere Länder trennten. In vielen Fragen sei ein hohes Maß von Übereinstimmung erzielt worden. Mit großer Freude stelle er fest, daß MP Zhao seiner, des Bundeskanzlers, Feststellung zugestimmt habe, daß die deutsche und die chinesische Führung einig seien, den Zug der deutsch-chinesischen Beziehungen auf das Gleis zu setzen, so daß er abfahren könne zu einer Zusammenarbeit auf lange Sicht. Der Ministerpräsident werde bei seinem Besuch mit vielen wichtigen Persönlichkeiten in persönlichen Kontakt kommen, was sehr wichtig sei. Nach dem heutigen Gespräch würden wir das Doppelbesteuerungsabkommen<sup>4</sup>, die Verlängerung des Protokolls über wirtschaftliche Zusammenarbeit<sup>5</sup>, das Abkom-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 11. Juni 1985 gefertigt.

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 14. Juni 1985 vorgelegen, der um die Anfertigung einer Ablichtung „für AA“ bat.

Am 14. Juni 1985 übermittelte Stabreit die Gesprächsaufzeichnung zusammen mit einer Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Zhao Ziyang am 8. Juni 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert.

Hat Schubert am 14. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Haas und Ministerialdirigent Keil an „Herrn RL 341 m[it] d[er] B[itte] um Übernahme“ verfügte.

Hat Haas und Keil am 18. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente am 18. Juni 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13637 (341); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 152.

<sup>3</sup> Klaus Max Franke.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 10. Juni 1985 zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 447–456.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Protokolls vom 10. Juni 1985 über die Verlängerung des Abkommens vom 24. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 1043.

men über Finanzielle Zusammenarbeit<sup>6</sup> und das Memorandum über friedliche nukleare Zusammenarbeit<sup>7</sup> unterzeichnen.

Es seien eine ganze Reihe von konkreten bilateralen Punkten besprochen und bestimmte Abreden getroffen worden, die für die weitere Zusammenarbeit sehr wichtig seien. Auf dieser Linie, so sein Wunsch, solle auch in Zukunft fortgefahren werden.

Der Bundeskanzler bemerkte, daß er den Austausch von Studenten und Praktikanten noch einmal zur Sprache bringen wolle. Das Programm der deutschen Wirtschaft über 150 Stipendien<sup>8</sup> sei schon erwähnt worden.<sup>9</sup> Es müsse aber auch der staatliche Stipendienaustausch intensiviert werden.

MP *Zhao* dankte dem Bundeskanzler für das schöne und interessante Programm, namentlich die Rhein-Fahrt. Er habe viele Dörfer und Städte gesehen und viel Kontakt mit der Bevölkerung gehabt. Es sei ein unvergeßlicher Tag für ihn gewesen. Er frage sich, wie er dem Bundeskanzler und Frau Kohl, wenn sie wieder nach China<sup>10</sup> kämen, ein ähnliches Programm bieten könne. Vielleicht durch eine Fahrt durch die Jangtse-Schluchten. – Einwurf des *Bundeskanzlers*: bevor das Wasserkraftwerk gebaut wird, hoffentlich mit deutschen

<sup>6</sup> Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit teilte am 10. Juni 1985 mit, daß am selben Tag „ein Regierungsabkommen über die finanzielle Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China in Höhe von 50 Mio. DM von den Bundesministern Genscher und Warnke und dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian unterzeichnet“ worden sei. 45 Mio. DM sollten „in Form zinsgünstiger Kredite (2% Zinsen, 30 Jahre Laufzeit, davon zehn Freijahre) für die Modernisierung und Kapazitätserweiterung von fünf Industriebetrieben“ verwendet werden, die restliche Summe „als Zuschuß für einen Studien- und Sachverständigenfonds“ zur Vorbereitung von Projekten. Vgl. den Informationsfunk des Presse- und Informationsamts, Nr. 128 vom 11. Juni 1985, S. 9; Referat 341, Bd. 142563.

<sup>7</sup> Am 10. Juni 1985 wurde zwischen den „Comprehensive Missions on Nuclear Power“ aus der Bundesrepublik und der Volksrepublik China ein Memorandum über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernkraft unterzeichnet. Darin wurde – auf der Grundlage eines Angebots der Kraftwerk Union AG – die Errichtung von vier Druckwasserreaktoren mit einer Leistung von jeweils 1000 MW in der Volksrepublik China vereinbart bei Übertragung der entsprechenden Kernkraftwerkstechnologie an die chinesischen Partner, die dadurch in den Stand gesetzt werden sollten, „ab dem 5. (fünften) Block Auslegung, Fertigung, Bau und Management von D[ruck]W[asser]R[eaktor]-Kernkraftwerken selbständig durchzuführen“. Vereinbart wurde zudem ein „Kompensationskonzept [...] das Kauf von Nichteisenmetallen aus China, Kauf oder Leasing von Natururan aus China, Entsorgung abgebrannter Brennelemente in China, vorbehaltlich der nötigen Vereinbarungen“ vorsah. Vgl. Referat 341, Bd. 142563.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, übermittelte am 3. Juni 1985 eine Aufzeichnung über das „Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für jüngere Hochschulabsolventen der Volksrepublik China zur Fortbildung in der Bundesrepublik Deutschland“ an das Auswärtige Amt. Er bat um Übersetzung ins Chinesische, da Bundeskanzler Kohl die Aufzeichnung „als Gedächtnisstütze“ an Ministerpräsident Zhao Ziyang übergeben solle. Für die Aufzeichnung und das Begleitschreiben vgl. Referat 341, Bd. 133621.

<sup>9</sup> Als „eine Art Eröffnungsgeschenk“ unterbreitete Bundeskanzler Kohl Ministerpräsident Zhao Ziyang am 8. Juni 1985 den Vorschlag für ein mehrjähriges Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft. Die 150 Teilnehmer „sollten später eine Brücke zwischen den chinesischen und den deutschen Unternehmen bilden. Die Grundzüge des Programms seien: 18 Monate Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland, davon drei Monate Deutschkurs, 7–8 Monate Studium an einer deutschen Hochschule und 7–8 Monate Praktikum in einem deutschen Unternehmen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13637 (341); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich erstmals vom 7. bis 13. Oktober 1984 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 269, Dok. 273 und Dok. 274.

Firmen.<sup>11</sup> Darauf MP *Zhao*: Ja, man müsse sich beeilen, denn nach dem Bau des Staudamms sei nicht (mehr) viel zu sehen.

MP *Zhao* erklärte sich mit den bisherigen, sehr erfolgreichen Gesprächen sehr zufrieden. Zu internationalen Fragen habe es weitgehend Übereinstimmung gegeben. Über die Projekte der bilateralen Zusammenarbeit habe man nicht nur allgemein gesprochen, sondern einen eingehenden Meinungsaustausch geführt. Er wolle nun zu einigen Fragen einige allgemeine Bemerkungen machen.

1) Ausbau des bilateralen Handels. In diesem Jahr betrage das Handelsvolumen 2,2 Mrd. \$. Chinesisches Ziel sei seine Steigerung auf 4 Mrd. \$ bis 1990. Um dieses Ziel zu erreichen, wolle er drei Anregungen geben.

- Er hoffe, daß die deutsche Seite mit ihren Preisen noch konkurrenzfähiger werde, d. h. auf mehr Absatz durch geringere Gewinnspannen setze.
- China verlange nicht, daß unsere Handelsbilanz absolut ausgeglichen sei, aber ein zu großes jahrelanges Defizit zu Lasten Chinas würde die Entwicklung der bilateralen Handelsbeziehungen beeinträchtigen.
- Er hoffe, daß die Bundesregierung auf die deutschen Unternehmen mit dem Ziel einwirke, den chinesischen Zugang zum deutschen Markt zu verbessern. Zum Beispiel könne der Umfang der allgemeinen Präferenzen für China erweitert werden.

Außerdem hoffe China, daß die deutschen Unternehmen in China Betriebe gründeten oder technische Dienstleistungen anböten, um durch Zusammenarbeit die Exportfähigkeit Chinas zu verbessern. Dies natürlich nicht auf Gebieten, auf denen beide Seiten konkurrierten. Man wolle unsere „natürlichen Märkte“ nicht beeinträchtigen.

Zu dem, was der Bundeskanzler über die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Betrieben gesagt habe, hoffe er, daß beide Seiten hier konkrete Maßnahmen treffen könnten, um diese Zusammenarbeit zu realisieren. Da der Bundeskanzler gesagt habe, daß es nicht jedem kleinen Betrieb möglich sei, nach China zu reisen, hoffe er, daß ein Kanal gefunden werden könne, die Zusammenarbeit zu organisieren.

Schließlich wolle er zum Ausbau der wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit noch die Hoffnung äußern, daß die deutschen Institutionen noch mehr chinesische Wissenschaftler bei sich aufnahmen. Zu COCOM wolle er nur so viel sagen, daß China die Bemühungen der Bundesregierung um Lockerung der Beschränkungen des Technologietransfers nach China zu schätzen wisse,

<sup>11</sup> Botschafter Fischer, Peking, informierte am 24. Mai 1985, daß „hochrangige Vertreter der Firmen Siemens und Voith-Heidenheim“ soeben Gespräche über die „Möglichkeiten deutscher Beteiligung an Großprojekt Wasserkraftwerk ‚Drei Schluchten‘ am Jangtsekiang“ geführt hätten. Dieses Kraftwerk habe eine „geplante Gesamtkapazität 13 000–20 800 M[ega]w[att]“. Baubeginn dieses größten Bauvorhabens Chinas seit Gründung Volksrepublik ist am Damm für 1986 vorgesehen, Inbetriebnahme des letzten Generators für 2000. Gesamtkosten für Kraftwerksausrüstungen werden auf DM 4 Mrd. geschätzt.“ Die Firmen seien Mitte Mai zur Präsentation nach Peking eingeladen worden und sähen nun Aussichten, „im Rahmen wirtschaftlich-technischer Kooperation am größten Wasserkraftwerk der Welt maßgeblich beteiligt zu werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2418; Referat 341, Bd. 142563.

jedoch hoffe, daß die Bundesregierung ihren Einfluß geltend mache, daß schließlich alle Beschränkungen wegfielen.<sup>12</sup>

Den Vorschlag des Bundeskanzlers über 150 Stipendien für chinesische Fachkräfte habe er gestern vollständig gelesen. Er schlage vor, daß die Wirtschaftskommission beim Staatsrat und die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in China darüber direkt verhandeln sollten. Um ihre Qualität zu gewährleisten, werde China in diesem Jahr jedoch weniger als 50 Stipendiaten und die übrigen später schicken.

MP Zhao wiederholte die Bereitschaft Chinas, auf langfristiger und stabiler Grundlage zu gegenseitigem Vorteil noch enger und intensiver mit der Bundesrepublik Deutschland zusammenzuarbeiten.

Der *Bundeskanzler* dankte MP Zhao. Er würdigte das Kulturabkommen von 1979<sup>13</sup>, das gute Ergebnisse erbracht habe. Zur Zeit liefen eine Reihe interessanter chinesischer Ausstellungen (in Hamburg und Berlin<sup>14</sup>) ganz im Sinne des Abkommens. Bei den Verhandlungen über die Verlängerung des Abkommens müsse versucht werden, auf diesem Gebiet noch eine Ausweitung zu ermöglichen. Außerdem bitte er die chinesische Seite zu prüfen, was getan werden könne, um den Kulturaustausch noch effektiver zu gestalten.

Er wolle noch ein Problem bzw. einen Wunsch ansprechen, obwohl ihm bewußt sei, daß eine institutionalisierte ausländische kulturelle Präsenz in China noch nicht möglich sei. Für uns sei es von gewissem Interesse, wenn MP Zhao prüfen lassen könnte, ob nicht Chancen für die Errichtung eines Goethe-Instituts in China bestünde. Wir hätten solche Institute in vielen Ländern der Welt, und sie hätten sich sehr bewährt.

Hinsichtlich der Zuständigkeit der Wirtschaftskommission beim Staatsrat für das Stipendienprogramm der deutschen Wirtschaft betonte der Bundeskanzler unser Interesse an einer zentralen Stelle für die Entscheidung und an möglichst wenig Bürokratie.<sup>15</sup>

Weiterhin hätten wir großes Interesse daran, daß die deutsche Sprache im Schul- und Hochschulsystem Chinas einen guten Platz erhalte. Wir wüßten vom gegenwärtigen Primat des Englischen in China, und daß Japanisch an zweiter Stelle stehe, wollten aber für Deutsch wenigstens die Position des Französischen erreichen.

<sup>12</sup> Zu einer Lockerung der COCOM-Regelungen in bezug auf die Volksrepublik China vgl. Dok. 28, Anm. 12.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 24. Oktober 1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der Volksrepublik China über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1377.

<sup>14</sup> Im Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg wurde bis 4. August 1985 die Ausstellung „Im Schatten hoher Bäume. Malerei der Ming- und Qing-Dynastien aus der Volksrepublik China“ gezeigt, im Martin-Gropius-Bau in Berlin (West) präsentierte das Palastmuseum Peking bis 18. August 1985 „Schätze aus der Verbotenen Stadt“.

<sup>15</sup> Nach Gesprächen einer Delegation der deutschen Wirtschaft mit Vertretern der chinesischen Staatlichen Wirtschaftskommission vom 22. August bis 2. September 1985 in Peking wurde am 2. September 1985 eine Vereinbarung zwischen der Staatlichen Wirtschaftskommission und der Carl Duisberg Centren gemeinnützige GmbH über das Stipendienprogramm geschlossen. Für die am 9. September 1985 von der Botschaft in Peking übermittelte Vereinbarung vgl. Referat 341, Bd. 133621.

MP *Zhao* antwortete, das sei kein Problem. China werde 1987 einen Fernseh-satelliten mieten oder selbst starten. Dann könne man das verwirklichen, wenn die Bundesrepublik ein Studio (für den Sprachkurs) zur Verfügung stelle. Der *Bundeskanzler* bezeichnete das als für uns interessant und gewiß machbar, vor allem wenn wir wüßten, daß damit ein Deutschkurs verknüpft sei.<sup>16</sup> Es sei also so: China habe Interesse an der Erweiterung seines Fernsehens, wir am Deutschkurs. Wenn beides zusammenfalle, so sei das in Ordnung – aber für uns sei die Reihenfolge umgekehrt, d.h. der Deutschkurs stehe an erster Stelle. Bezüglich der Kostenseite müsse jedoch noch über unsere Botschaften gesprochen werden.

MP *Zhao* unterbrach den *Bundeskanzler* mit der Bemerkung, daß er den Vorschlag zur Errichtung eines Goethe-Instituts mit nach Peking nehmen werde. Die chinesischen Stellen würden mit den zuständigen deutschen Stellen hierüber Verhandlungen aufnehmen.<sup>17</sup>

Sodann gab der *Bundeskanzler* zu den Handelsbilanzfragen Staatssekretär *von Würzen* das Wort, der ausführte: Auch die Bundesregierung sei an einer Steigerung der Importe interessiert, um zu einer ausgeglicheneren Handelsbilanz zu gelangen. Wir würden deshalb weiterhin in der EG für eine sehr liberale Handelspolitik eintreten. Allerdings dürfe der Einfluß der noch bestehenden Beschränkungen – es seien nur noch 0,5 % – nicht überschätzt werden. Auch seien bestehende interessante Kontingente noch nicht ausgeschöpft, z.B. bei Schuhen. Bei unserer Genehmigungspraxis gingen wir in einigen Fällen mit Zustimmung der EG über den sonst gegebenen Rahmen hinaus, z.B. bei Kooperationsgeschäften. Die wichtigsten Beschränkungen existierten noch bei Textilien, aber auch hier hätten wir die Importe aus China von früher 130 Mio. DM im Jahre 1984 auf 740 Mio. DM erhöhen können. Bei den derzeitigen Verhand-

<sup>16</sup> Zur Einrichtung eines deutschen Sprachkurses im chinesischen Fernsehen teilte Botschafter Schödel, Peking, am 21. November 1983 mit, laut Auskunft des chinesischen Rundfunk- und Fernsehministeriums sei ein solches Projekt zwar noch nicht realisierbar; das Ministerium stehe „jedoch einer künftigen Verwirklichung nicht ablehnend“ gegenüber, „falls von deutscher Seite ausreichend Unterstützung gewährt wird. Das heißt konkret, daß wir – entsprechend dem Vorgehen der Franzosen in Sachen Sprachkurs [...] – bereit sein müssen, die Ausrüstung für ein Fernsehstudio, in dem ein deutsches Sprachprogramm produziert und ausgestrahlt werden kann, sowie entsprechendes Lehrmaterial und Personal für die Ausbildung chinesischer Techniker und Sprachlehrer zu stellen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1911; Referat 341, Bd. 133622.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch führte vom 3. bis 12. Februar 1985 in Peking Verhandlungen mit dem chinesischen Fernsehministerium über die Einrichtung eines Deutsch-Fernseh-sprachkurses. Er berichtete am 8. Februar 1985, daß die chinesische Seite „an der Forderung nach deutschen Lieferungen einer Studioausstattung festhält, da ihr sonst angeblich die Produktionskapazitäten fehlen“. Immerhin hätten sich die chinesischen Partner aber zur Aufnahme von konzeptionellen Vorarbeiten für den Sprachkurs bereit gefunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 694; Referat 341, Bd. 133622.

<sup>17</sup> Gesandter Gescher, Peking, teilte am 13. August 1985 mit: „Interesse staatlicher chines[ischer] Erziehungskommission an ständiger Präsenz des Goethe-Instituts in China wurde erneut bestätigt. [...] Erziehungskommission gab zu erkennen, daß politische Entscheidung über Zulassung von Goethe-Instituten in China noch vor Jahresende getroffen werden solle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3394; Referat 341, Bd. 133621.

Ministerialdirigent Pabsch, z.Z. Peking, berichtete am 3. September 1985, er sei im chinesischen Außenministerium darüber informiert worden, daß „grundsätzliche Entscheidung über Einrichtung [Goethe-]Institut in China noch nicht gefallen“ sei: „Verschiedene chines[ische] Arbeitseinheiten ‚prüfen‘ im Anschluß an Ansprache Themas durch BK bei Zhao Ziyang-Besuch, unter welchen Voraussetzungen Einrichtung möglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3623; Referat 341, Bd. 133621.



lungen mit der EG über weitere Anpassungen der Zollpräferenzen<sup>18</sup> setzten wir uns für die Chinesen ein.

Er habe schon bei der Tagung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission<sup>19</sup> auf die Notwendigkeit verstärkter chinesischer Marketing-Anstrengungen hingewiesen. Hier gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, z.B. stärkere Beschickung deutscher Messen, stärkere Zusammenarbeit mit deutschen Importeuren. Das chinesische Handelszentrum in Hamburg sei ein wesentliches Instrument für verstärktes chinesisches Marketing in der Bundesrepublik Deutschland.

StS von Würzen schloß daran einige Bemerkungen zur praktischen Organisation der Zusammenarbeit mit mittelständischen Unternehmen an (Einwurf des Bundeskanzlers: „sehr wichtig“). Der Bundeskanzler habe schon gesagt, daß Art und Ausmaß ihres Engagements in China für kleine und mittlere Unternehmen auch eine Kostenfrage sei. So wiesen gerade diese Unternehmen z.B. auf die in China besonders hohen Kosten für Hotelunterbringung, Telex-Anschluß usw. hin. MP *Zhao* warf hierzu ein, daß dies auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zurückzuführen sei. Einige ausländische Gäste übernachteten in den Hotels sogar auf dem Gang. Deshalb wolle China den Hotelausbau und den Ausbau des Fernmeldewesens forcieren. Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß man Kunden auch anders werben könne: mit niedrigen Preisen, etwa im Sinne des deutschen Sprichworts „Mit Speck fängt man Mäuse“. Hierzu MP *Zhao*: Alle diese Preise seien nicht staatlich festgelegt!

StS von Würzen meinte, es sei vielleicht zweckmäßig, wenn die chinesische Seite die Vertretung mehrerer mittelständischer Unternehmen durch einen Vertreter zulasse. MP *Zhao* nannte dies einen guten Vorschlag. So gingen auch die Japaner vor, und im letzten Jahr hätten die Franzosen den Vorschlag einer gemeinsamen Kontaktstelle gemacht. StS von Würzen verwies demgegenüber darauf, daß wir schon eine Handelsförderungsstelle hätten. Ihm gehe es darum, daß sich fünf oder sechs Mittelunternehmen durch einen Mann in Peking vertreten lassen könnten. MP *Zhao* erklärte das chinesische Einverständnis damit.

StS von Würzen: Unsere Unternehmen versprechen sich viel von der chinesischen Reformpolitik und der Verlagerung der Zuständigkeit auf die Betriebe und Organisationen. Allerdings werde damit auch die chinesische Zuständigkeitsverteilung etwas undurchsichtiger und komplizierter. Daher würden wir es sehr begrüßen, wenn China nach dem Muster anderer Entwicklungsländer eine Kontaktstelle in Peking einrichten würde. Andere asiatische Länder hätten damit gute Erfahrungen gemacht. MP *Zhao* meinte dazu, es sei vielleicht notwendig, eine Informationsstelle zu errichten. Er hoffe aber, daß die deutsche Seite sich mehr bemühe, China kennenzulernen. China sei nicht uner-

<sup>18</sup> Am 21. Mai 1985 wurde in Brüssel ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik China unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1985, S. 81.

Das Abkommen trat am 1. Oktober 1985 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. AMTSLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 250 vom 19. September 1985, S. 2–7.

<sup>19</sup> Die Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit fand vom 4. bis 6. Februar 1985 statt.

gründlich. Japan habe sich darum sehr bemüht. Der *Bundeskanzler* warf ein, daß wir diese Vorgeschichte nicht hätten (Lachen auf chinesischer Seite).

StS von Würzen fuhr fort, daß je mehr die Zusammenarbeit wachse und je mehr Deutsche sich in China aufhielten, sich desto mehr die Frage einer deutschen Schule in Peking stelle. Eine deutsche Schule dort, aber auch in Shanghai würde die Möglichkeiten unserer Zusammenarbeit wesentlich verbessern. MP Zhao entgegnete, daß hierfür der Außenminister<sup>20</sup> und die Stadt Peking zuständig seien. Er werde die Stadt Peking informieren. Aber in Peking herrsche Mangel an Wohnungen und Grundstücken. Der *Bundeskanzler* meinte, er habe noch nie gehört, daß es der VR China an Fläche mangle. Wenn wir zusammen auf die Suche gingen, würden wir bald ein Grundstück finden. Für uns sei eine deutsche Schule auch psychologisch wichtig und außerdem eine Tradition, die man fortsetzen sollte.<sup>21</sup>

MP Zhao bot Unterrichtung über die chinesische Politik gegenüber<sup>22</sup> Osteuropa an. Er habe schon im Oktober in Peking mit dem Bundeskanzler darüber gesprochen, daß China hoffe, daß Westeuropa seine Beziehungen mit Osteuropa verbessere, so wie auch China seine Beziehungen mit Osteuropa verbessern wolle. Nach chinesischer Einschätzung gebe es in Osteuropa einen Trend zur Betonung des nationalen Interesses, der sehr positiv sei. Diese Entwicklung könne allerdings nur langsam vonstatten gehen. Er glaube, daß Westeuropa und China in dieser Richtung ihre Aktivitäten verstärken sollten, ohne viel Aufhebens davon zu machen. China habe mit einigen osteuropäischen Ländern Kontakte auf Ebene der Stellvertretenden Ministerpräsidenten. Einige Osteuropäer hätten Stellvertretende Ministerpräsidenten nach China zu Besuchen entsandt.<sup>23</sup> Der Stellvertretende Ministerpräsident Li Peng habe jetzt mit guten Ergebnissen die DDR, Polen und Ungarn besucht.<sup>24</sup>

Der *Bundeskanzler* meinte, wir könnten nur hoffen, daß MP Zhaos Prognose richtig sei und die Länder des Warschauer Pakts in diesem Sinne Bewegungsspielraum bekämen. Er sei gerade in Jugoslawien gewesen<sup>25</sup>, das sich in sehr schwieriger Lage befinde. Die Kredite aus der Tito-Zeit müßten jetzt zurückgezahlt werden, die Wirtschaftslage sei schwierig, der Lebensstandard in den letzten drei Jahren um 30 % gesunken. Diese Entwicklung müßten wir im Auge behalten. Früher habe der jugoslawische Export in die westlichen Länder 55 %, der in die Länder des Warschauer Pakts 35 % betragen. In diesem Jahr gingen vermutlich fast 60 % in den Warschauer Pakt und vielleicht 30 % in westliche Länder. Diese Zahlen sprächen für sich. Man wisse, was das bedeuten könne,

<sup>20</sup> Wu Xueqian.

<sup>21</sup> Von 1914 bis 1946 gab es eine Deutsche Schule in Peking.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „über“.

<sup>23</sup> Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Obodowski hielt sich vom 28. März bis 5. April 1985 in der Volksrepublik China auf.

<sup>24</sup> Botschafter Fischer, Peking, informierte am 6. Mai 1985 über den geplanten Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng vom 15. bis 19. Mai in der DDR, vom 19. bis 26. Mai in Polen und vom 26. bis 31. Mai 1985 in Ungarn. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2140; Referat 341, Bd. 133638.

Li Peng hielt sich vom 27. Mai bis 1. Juni 1985 in Ungarn auf und führte Gespräche vor allem über Wirtschaftsfragen, „insbesondere über die Maßnahmen zur Wirtschaftsreform in den beiden Ländern“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 521 des Botschafters Jung, Budapest; Referat 341, Bd. 133638.

<sup>25</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 4. bis 6. Juni 1985 in Jugoslawien vgl. Dok. 145 und 147.

wenn auch nicht bedeuten müsse: die Gefahr einer wirtschaftlichen Abhängigkeit. In Jugoslawien werde mit großem Interesse die Entwicklung seit dem Tod Enver Hodschas<sup>26</sup> beobachtet. Was sie bringe, wisse man dort selbst nicht. Er brauche jedoch nicht zu sagen, was eine Veränderung des Status von Jugoslawien für ganz Europa bedeuten würde. Wir würden in der EG, aber auch mit den USA darüber sprechen. Er meine, daß auch China da einiges tun könne.

MP *Zhao* ergänzte, was der Bundeskanzler über Jugoslawien gesagt habe, betreffe auch Rumänien. Er würdige sehr die Äußerung des Bundeskanzlers, daß Westeuropa und die USA sich darum bemühen sollten, diesen Ländern zu helfen. China sei zwar selbst ein Entwicklungsland und habe selber Schwierigkeiten. Dennoch habe es Jugoslawien schon einen Kredit von 100 Mio. \$, Rumänien ebenfalls einen Kredit von 100 Mio. \$ und Ungarn 50 Mio. \$ gegeben. Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß aus unserer Sicht natürlich ein Unterschied zwischen Rumänien und Jugoslawien bestehe. Jugoslawien sei aus seiner Gesamtposition heraus anders zu betrachten. Wir hätten jedenfalls kein Interesse daran, daß Jugoslawien den Status von Rumänien erhalte. Auf MP *Zhaos* Frage, ob er die Innenpolitik meine, entgegnete der *Bundeskanzler*: Nein, die Nichtzugehörigkeit Jugoslawiens zum Warschauer Pakt, seine Blockfreiheit. Auf den Einwurf MP *Zhaos*, Rumänien zeige große Unabhängigkeit von den anderen Ländern des Warschauer Pakts, meinte der *Bundeskanzler*, es bleibe dennoch Mitglied des Warschauer Pakts. Außerdem halte sich unsere Bewunderung für die rumänische Innenpolitik in engen Grenzen.

VS-Bd. 13637 (341)

## 155

### Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

VS-vertraulich

10. Juni 1985<sup>1</sup>

Betr.: Verhältnis Griechenland–Türkei

Anlagen: 3<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

Während der Außenministertagung in Portugal<sup>3</sup> habe ich Minister Genscher zur Auseinandersetzung Griechenland–Türkei und ihren Auswirkungen auf das Bündnis mündlich vorgetragen.

<sup>26</sup> Der Erste Sekretär des ZK der Albanischen Arbeiterpartei, Hodscha, verstarb am 11. April 1985.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 14. Juni 1985 vorgelegen, der um Ablichtungen für Referat 203 und Oberstleutnant i. G. Wittmann, Bundesministerium der Verteidigung, und anschließende Wiedervorlage bat.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4 und 6.

<sup>3</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

Hiermit übersende ich meine Bewertung sowie das Schreiben des Generalsekretärs und mein Anschreiben an Minister Genscher zur Unterrichtung.

Wieck

#### Anlage

Betr.: Verhältnis Griechenland–Türkei und Auswirkungen auf das Bündnis

Bezug: 1) Schreiben Generalsekretär an BM Genscher vom 31.5.1985

SG/85/358<sup>4</sup>

2) DE AA 010-995/85 VS-v, VS Tgb. 252/85, Nr. 4246 vom 31.5.1985<sup>5</sup>

3) Anschreiben Botschafter Dr. Wieck an BM Genscher vom 3. Juni 1985, Tgb.Nr. 1849/85 VS-v<sup>6</sup>

#### Bewertung der griechisch-türkischen Auseinandersetzungen

Die in dem Schreiben des NATO-Generalsekretärs an BM Genscher vom 31.5.1985 angeführten Punkte haben als Ursprung die zwischen beiden Ländern ungelösten Fragen

- der Hoheitsabgrenzung in der Ägäis<sup>7</sup>,
- der militärischen Nutzung im Frieden der der Türkei vorgelagerten griechischen Insel Lemnos<sup>8</sup>,
- sowie daraus z.T. auch resultierend und verschärfend, die von MP Papandreu eingeschlagene schwankende Ost-West-Politik.

Eine Bewertung der griechisch-türkischen Auseinandersetzungen ist deshalb in erster Linie eine Bewertung der Auswirkungen dieser Streitpunkte auf das Bündnis.

<sup>4</sup> Für das Schreiben des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington vom 31. Mai 1985 vgl. VS-Bd. 11971 (201).

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz informierte die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem NATO-Generalsekretär am 29. Mai 1985, in dem Lord Carrington u. a. Sorge über die NATO-Partner Griechenland und Türkei zum Ausdruck gebracht und die Ansicht geäußert habe, „bei Wiederwahl von Papandreu könne nicht wie bisher weitergemacht werden, zumal nach der Verweigerung der Ölbunkerung aus NATO-Infrastrukturanlagen in Griechenland für britisches Schiff, das sich an NATO-Übung mit der Türkei beteiligte. Der griechische Oberbefehlshaber habe General Rogers auf Anfrage ausdrücklich bestätigt, daß es sich nicht um einen Irrtum handele, sondern einen von GRI auch in Zukunft geltend zu machenden Anspruch, über den Zugang zur Nutzung von NATO-Infrastrukturanlagen gemäß nationalem griechischem Interesse zu entscheiden.“ Lord Carrington habe zudem „auf die zunehmende türkische Ungeduld über die Passivität der NATO-Partner gegenüber GRI, das die Allianz unterminierte an der exponierten Südostflanke“, hingewiesen. Vgl. den am 29. Mai 1985 konzipierten Drahterlaß; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte das Schreiben des NATO-Generalsekretärs vom 31. Mai 1985 sowie eine diesem beigefügte Aufzeichnung und teilte Bundesminister Genscher dazu mit, Lord Carrington identifiziere darin „die Probleme, die im Verhältnis zu Griechenland vor allem auf dem Gebiet der militärischen Zusammenarbeit im Bündnis bestehen“. Wieck kündigte an: „Eine Stellungnahme zu den einzelnen Punkten werde ich Ihnen am 5. Juni 1985 auf dem Flug nach Lissabon übergeben.“ Vgl. VS-Bd. 11971 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Zum Ägäis-Konflikt vgl. Dok. 32, Anm. 12.

<sup>8</sup> Zur griechischen und türkischen Bewertung des Status der Insel Lemnos vgl. Dok. 32, Anm. 10.

## A. Ägäis/griechische Inseln

## I. Allgemein

1) Aus der Geschichte der türkischen Herrschaft über Griechenland, den Begleiterscheinungen und Folgen des Ersten Weltkrieges, der Neuordnung des türkischen Staatswesens einschließlich der Vertreibung der griechischen Bevölkerung Kleinasiens im wesentlichen nach Griechenland, ist als Erbgut in Griechenland ein erhebliches Kapital an Ressentiments gegen die Türkei zurückgeblieben. Dies wird einerseits durch ein Gefühl intellektuell-kultureller Überlegenheit, andererseits durch die Perzeption einer Bedrohung durch die türkische Militärmacht verstärkt, wobei letztere durch die türkische Intervention in Zypern<sup>9</sup> in den Bereich einer realen historischen Erfahrung gerückt wurde.

2) Dem steht auf seiten der Türkei ein nicht näher bestimmbarer Minderwertigkeitskomplex gegenüber, der sich aus Erinnerungen an die Rolle überlegenen taktierender griechischer Händler im eigenen Lande, den Erfahrungen türkischer Minderheiten in Enklaven im heutigen Griechenland und in der Vergangenheit auf Zypern sowie an der unterschwellig vorhandenen Perzeption manifestiert, daß Griechenland als Konkurrent das wichtigste Hindernis für den Weg der Türkei nach Europa und damit in die Moderne darstellt.

## II. Aktuelle Situation

3) Zu diesem oben genannten emotionalen Hintergrund tritt als konkreter Interessengegensatz die Frage der Ansprüche auf die Ausbeutung der Ägäis. Diese wird von der Türkei als ein zwischen beiden Ländern zu gleichen, jedenfalls aber angemessenen Teilen aufzuteilendes Gebiet gemeinsamen Erbes verstanden, von Griechenland indessen als griechisches Meer. Die abgeschlossene Seerechtskonvention<sup>10</sup>, die von Türkei nicht unterzeichnet wurde, bevorzugt in extremer Weise den griechischen Standpunkt dadurch, daß die mittlerweile akzeptierte 12-Meilen-Regel bei Anwendung auf die zahlreichen, unangefochten unter griechischer Hoheit stehenden Inseln der Ägäis ein fast durchgehend zusammenhängendes griechisches Hoheitsgebiet ergäbe.

4) Unabhängig von diesem Interessengegensatz, jedoch als Instrumentarium auf ihn wirkend, interpretieren beide Länder die völkerrechtliche Lage hinsichtlich des Status der ägäischen Inseln unterschiedlich. Während Griechenland den in den Meerengen- und Friedensabkommen von Lausanne 1923<sup>11</sup> festgelegten entmilitarisierten Zustand der ägäischen Inseln als durch den Vertrag von Montreux von 1936<sup>12</sup> überholt ansieht, bestreitet die Türkei dies mit der Begründung, daß der Vertrag von Montreux nur das Meerengen-Abkommen von Lausanne, nicht aber den Friedensvertrag überhole. Im Ergebnis ist Griechenland der Auffassung, seine Souveränität über die ägäischen Inseln sei durch

<sup>9</sup> Zur Landung türkischer Truppen auf Zypern am 20. Juli 1974 vgl. Dok. 92, Anm. 16.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1994, Teil II, S. 1799–2018. Vgl. dazu auch AAPD 1982, II, Dok. 352.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des am 24. Juli 1923 in Lausanne unterzeichneten Friedensvertrags des Britischen Empire, Frankreichs, Italiens, Japans, Griechenlands, Rumäniens und des Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staates mit der Türkei sowie der gleichzeitig abgeschlossenen Konvention über die Meerengen vgl. LNTS, Bd. 28, S. 12–137.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Konvention von Montreux vom 20. Juli 1936 über die Meerengen vgl. LNTS, Bd. 173, S. 214–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 981–985.

nichts in irgendeiner Weise eingeschränkt, während die Türkei die Auffassung vertritt, Griechenland verletze durch Stationierung von Truppen den aufgrund der Völkerrechtsvertragslage festgelegten entmilitarisierten Status von Lemnos.

### III. Bündnispolitische Behandlung

5) Obwohl die überwiegende Mehrzahl der Bündnismitglieder intern und national der griechischen Auffassung recht zu geben geneigt ist, haben bisher alle Bündnismitglieder sorgfältig jede Parteinahme in dem Konflikt vermieden. Ebenso ist im Bündnis stets darauf geachtet worden, daß auch Bündnisdokumente und öffentliche Äußerungen jede Parteinahme in diesem bilateralen Rechtsstreit vermeiden. Dies ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil angesichts des Konsensprinzips das Bündnis auch theoretisch keine Möglichkeit besitzt, in einem Streit zwischen zweien seiner Mitglieder Position zu beziehen.

6) Die Türkei bestreitet nicht die Souveränität Griechenlands über die Inseln, deren Status als Bestandteil des NATO-Gebietes und mithin die Notwendigkeit, daß dieses Gebiet im Kriege auch verteidigt werden müsse. Sie wendet sich konsequent daher auch weniger gegen Aussagen und Planungen zur Stationierung von Einheiten und Verbänden im Kriege auf den Inseln, sondern bestreitet lediglich die Rechtmäßigkeit der Friedensstationierung von Einheiten der griechischen Streitkräfte auf Lemnos. Sie legt ebenso und aus dem gleichen Grunde Wert darauf, daß die Inseln im Frieden nicht in militärische Übungen einbezogen werden dürfen.

7) Innerhalb des Bündnisses wendet sich die Türkei weniger gegen die (bilateral inkriminierte) tatsächliche Stationierung von griechischen Kräften auf den Inseln oder gegen von den griechischen Streitkräften national auf den Inseln durchgeführte Übungen, sondern lediglich dagegen, daß diesen griechischen Handlungen durch Erwähnung, Unterstützung, Einbeziehung oder Kenntnissnahme in anderer Weise durch das Bündnis in Bündnis-Dokumenten irgendein wie immer zweifelhafter Status der Anerkennung verliehen wird.

8) Umgekehrt waren die Bestrebungen der griechischen Seite stets darauf gerichtet, nicht nur durch die Praxis von Stationierung und Übungen dem türkischen Standpunkt entgegenzuwirken, sondern darüber hinaus auch dafür zu sorgen, daß die Praxis in NATO-Dokumenten, welchen Status' auch immer, Niederschlag findet und auf diese Weise der Schluß auf eine Anerkennung der griechischen Position durch das Bündnis gezogen werden kann.

9) Auf dem für beide Seiten wichtigen Gebiet der Einbeziehung der Insel in militärische Übungen hat das militärische Interesse des zuständigen SACEUR, seine Kriegsaufgaben auch im Frieden zu üben, immer wieder eher auf griechischer Seite zu Buche geschlagen, indem ausdrücklich die Einbeziehung von Lemnos in Übungen gefordert wird. Der Bewertung des Internationalen Sekretariats zufolge ist dies der eigentliche Grund für die außergewöhnliche Sensibilität der türkischen Seite.

10) Auf dem Gebiet der Stationierung griechischer Einheiten war ein griechischer Versuch, die Erwähnung während der Defence Review 1983 im Länderkapitel GR sicherzustellen, an formalen Fehlern auf griechischer Seite gescheitert. Im letzten Jahr wurde jedoch die auf Lemnos stationierte Einheit „88 Military Command“ als Militärkommando in Brigadestärke ausdrücklich im

DPQ<sup>13</sup> Reply unter „Other Forces for NATO“ (als einzige von zehn existierenden Militärkommandos ähnlicher Struktur, von denen neun auf dem griechischen Festland stationiert sind) gemeldet. Damit war klar, daß die griechische Seite den Konflikt mittels des Instrumentariums der NATO-Verteidigungsüberprüfung bewußt herbeiführen wollte.

#### B. Darstellung Griechenlands und der Türkei in der Allianz

11) Die türkische Seite sieht ihre bisherige, durch die Sympathie des früheren Generalsekretärs Luns mit abgesicherte Position in der Reaktion des Internationalen Sekretariates auf die griechische Verhaltensweise bezüglich der DPQ-Antwort ernsthaft gefährdet und verbindet damit die Befürchtung, nachhaltige Schäden für ihre Verhandlungsposition bezüglich der Aushandlung des eigentlich dahinterstehenden Interessenkonfliktes in der Ägäis zu erleiden. Die Türkei gibt sich aber insgesamt im Bündnis als loyaler Partner, der jedoch keine Gelegenheit ausläßt, den eigenen Standpunkt im Verhältnis zu Griechenland kompromißlos zu vertreten, und nimmt aktiv an den entsprechenden NATO-Übungen teil.

12) Die griechische Seite versucht, für ihre Schwierigkeiten im NATO-Bündnis ausschließlich die „ohnehin undemokratische“ Türkei verantwortlich zu machen und an den Pranger des Bündnisses zu stellen, indem sie diese in die Position dessen zu manövrieren sucht, der durch seinen Einspruch den Konsens verhindert. Griechenland verfolgt insgesamt eine Politik, die bilaterale Auseinandersetzung mit Türkei im Rahmen der NATO auszutragen mit dem Ziel, die eigene Position durch Druck auf die anderen Partner durchzusetzen. Diesem Ziel dient das Fernbleiben von NATO-Übungen, Nichtgenehmigungen von Inanspruchnahme NATO-gemeinsamer Einrichtungen/Luftraum durch NATO-Streitkräfte bei Übungen, an denen Griechenland nicht beteiligt ist.

Ferner werden durch die schwankende Ost-West-Politik Zweifel an der Zuverlässigkeit hervorgerufen (Beispiel: sowjetische Pioniere für Straßenbau<sup>14</sup>, Eintreten für Konzept der nuklearwaffenfreien Zone Balkan<sup>15</sup>, Milliarden-Abkom-

<sup>13</sup> Defence Planning Questionnaire.

<sup>14</sup> Zum Erwerb sowjetischer Großgeräte für den Straßenbau und zum Einsatz sowjetischer militärischer Berater in Griechenland vgl. Dok. 32, Anm. 21.

<sup>15</sup> Referat 221 notierte am 12. Dezember 1983, daß Rumänien und die UdSSR sich seit Ende der 50er Jahre wiederholt für eine kernwaffenfreie Zone (KWFZ) auf dem Balkan eingesetzt hätten: „Jugoslawien unterstützt dies seit 1965 (Tito-Besuch in Moskau). Rumänien hat (4.2.1981) nach entsprechendem WP-Beschluß erneut Vorstoß unternommen. Bisher scheiterte der Vorschlag an Bedenken von Türkei und Griechenland. Griechischer MP Papandreu hat in einer Rede im Mai 1983 eine griechische Initiative für die KWFZ Balkan angekündigt und (17./18.5.1983) den anderen Balkan-Staaten Einladungen zu einem Expertentreffen in Athen vor Jahresende übermittelt. Damit macht sich erstmals ein NATO-Partner zum Fürsprecher für ein KWFZ-Konzept in Europa.“ Vgl. Referat 221, Bd. 124582

Vertreter Bulgariens, Griechenlands, Jugoslawiens, Rumäniens und der Türkei berieten vom 16. bis 18. Januar sowie vom 13. bis 18. Februar 1984 in Athen über eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan. Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 20. Februar 1984, daß das „Hauptthema der Konferenz (Denuklearisierung) im weiteren Verlauf wie auch im Kommuniqué immer weiter nach hinten rutschte. Hierüber war, zumal nach Durchsetzung Einstimmigkeitsgrundsatzes durch Türkei, keinerlei Einigung zu erzielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; Referat 221, Bd. 128680.

men über Rüstungskooperation mit Libyen<sup>16)</sup> sowie durch Einzelaktionen wie Abzug griechischer Lehrgangsteilnehmer vom NATO Defence College<sup>17)</sup>.

#### C. Bewertung aus Sicht deutscher NATO-Vertretung

13) Die Bundesrepublik Deutschland hat stets, wie auch andere Bündnispartner, vermieden, in der Auseinandersetzung um völkerrechtliche Interpretation in der Ägäis Partei zu ergreifen.

Die traditionell guten Beziehungen zu beiden Ländern ermöglichen es aber auch andererseits, unseren Einfluß auf beide Regierungen zum Ausdruck zu bringen.

Dabei steht im Vordergrund:

- unser nationales Sicherheitsinteresse an einem stabilen Bündnis. Deshalb auch Interesse an einer militärisch intakten Südostflanke, zu deren Stärkung wir durch unsere allseits anerkannte Militärhilfe beitragen. Dabei ist aber zu fragen, ob wir NATO-Partnern auch zukünftig diese Hilfe leisten sollen, die sie erklärtermaßen bereit wären, gegen einen anderen NATO-Partner einzusetzen. Wir gewähren diese Militärhilfe im Sinne der Solidarität und erwarten ihre Verwendung ebenfalls in solidarischem Sinne.<sup>18)</sup>
  - Die Allianz ist nicht darauf ausgelegt, Schiedsrichter zwischen den Streitigkeiten von zwei Bündnispartnern zu sein. Deshalb ist es ein Erfordernis, in beiden Staaten die Einsicht in die Notwendigkeit ihrer eigenen aktiven Mitgliedschaft im Bündnis zu fördern und die Differenzen bilateral zu lösen; andernfalls wird die Streitkräfteplanung des Bündnisses nicht nur an der Südostflanke in ihrem Vollzug gehindert. Dabei ist besonders bewußt zu machen, daß die griechische Weigerung, an NATO-Übungen teilzunehmen und NATO-Streitkräfte die gemeinsam finanzierten Einrichtungen in Griechenland nutzen zu lassen, einem Quasi-Ausschluß aus der militärischen Integration gleichkommt.
- 14) An weitergehenden Maßnahmen könnte einzeln oder konzertiert erwogen werden:
- Einflußnahme auf Griechenland und Türkei zur Mäßigung der gegenseitigen Angriffe im Sinne der Solidarität. Dies könnte gleichzeitig im NATO-Rahmen (Rat, DPC), bilateral und im Rahmen parteipolitischer Beziehungen geschehen.<sup>19)</sup>

<sup>16)</sup> Am 26. September 1984 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Ackermann, Athen, über den Besuch des Ministerpräsidenten Papandreou in Libyen vom 22. bis 24. September 1984. Die „Freude an den wirtschaftlichen Abmachungen in angeblicher Milliardenhöhe“ lasse nach, da nicht klar sei, „was eigentlich vereinbart wurde. Einige Zeitungen behaupten sogar, daß allenfalls vage Absichtserklärungen ausgetauscht wurden [...]. Angeblich soll ein Abkommen mit dreijähriger Laufzeit über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet worden sein, das auf der einen Seite die Lieferung von 3 Mio. Tonnen Rohöl (zu einem ermäßigten Preis?) an Griechenland vorsieht und auf der anderen Seite umfangreiche griechische Lieferungen und Leistungen für Infrastruktur-Projekte sowie vergrößerte Agrar- und leichte Industrieexporte ins Auge faßt. Inwieweit in diesem Rahmen auch über griechische Waffenlieferungen an Libyen gesprochen wurde, muß noch offenbleiben. Es würde aber überraschen, wenn der Rüstungssektor in diesem Zusammenhang nicht behandelt wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 634; Referat 201, Bd. 130182.

<sup>17)</sup> Zur Abberufung griechischer Lehrgangsteilnehmer und eines wissenschaftlichen Mitarbeiters vom NATO Defence College Anfang Februar 1985 vgl. Dok. 32.

<sup>18)</sup> Zu einer Verschiebung der Verhandlungen mit Griechenland über Verteidigungshilfe vgl. Dok. 186.

<sup>19)</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 15. Juli 1985, daß NATO-Generalsekretär Lord Carrington am 8. Juli 1985 in einem Gespräch mit einigen Ständigen Vertretern „seine



- Bilaterales und/oder NATO-gemeinsames Aussprechen der Mißbilligung des griechischen Verhaltens der Nicht-Teilnahme an NATO-Übungen und insbesondere des Versagens der Nutzung von NATO-Infrastruktureinrichtungen.
- Einfrieren von Infrastrukturmitteln für Griechenland bzw. Umleitung von Infrastrukturmitteln, die für Griechenland vorgesehen sind.
- Überprüfung von Alternativen des Einschlusses/Ausschlusses von Lemnos bei NATO-Übungen, wobei planerisch Lemnos und auch türkisches Gebiet eingeschlossen, in der Durchführung diese Gebiete vom Übungsgeschehen aber ausgeschlossen werden (ähnlich bestimmter Grenzstreifen in der Bundesrepublik Deutschland).<sup>20</sup>

**VS-Bd. 11971 (201)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 824*

wachsende Besorgnis über die Belastung des Bündnisses durch die griechische Haltung und über mögliche Reaktionen der Türkei [auf die] von der Türkei als solche gesehene Untätigkeit des Bündnisses in dieser Frage“ zum Ausdruck gebracht habe: „Da eine kollektive Aktion des Bündnisses nicht in Betracht komme, warf er die Frage nach etwaigen bilateralen Demarchen einzelner Bündnispartner auf.“ Von italienischer Seite sei dazu mitgeteilt worden, daß die italienische Botschaft in Athen bereits Weisung zu einer Demarche habe; der britische Vertreter habe erklärt, „daß die britische Regierung vor weiterer bilateraler Einflußnahme zunächst das Ergebnis der Bemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar um die Lösung des Zypern-Problems bei seiner bevorstehenden Reise nach Zypern abwarten wolle. Der französische Vertreter legte die Ansicht der französischen Regierung dar, daß angesichts der objektiven Komplexität und der subjektiven Irrationalität des griechisch-türkischen Verhältnisses der Versuch des Einwirkens kollektiv oder bilateral nur kontraproduzent sein könne. Das Bündnis müsse mit Papandreu leben.“ Der amerikanische Vertreter habe mitgeteilt, daß in Washington eine interministerielle Arbeitsgruppe beauftragt sei, eine Analyse der Lage und Empfehlungen vorzulegen, „die er in einigen Wochen erwarte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1216; VS-Bd. 12972 (203); B 150, Aktenkopien 1985.

Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, übermittelte dazu am 17. Juli 1985 die Einschätzung: „Ein Ausweichen auf bilaterale Demarchen, einmal abgesehen von der gegenüber einer NATO-Initiative minderen Durchschlagskraft, dürfte bei den Griechen nur ihren Eindruck erhärten, daß NATO selbst nicht handlungsbereit oder -fähig ist.“ Außerdem bestehe „wegen unvermeidlicher Nuancierungs- und Präsentationsunterschiede die Gefahr, daß mehr Schaden als Nutzen resultiert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 534; VS-Bd. 11971 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>20</sup> Ministerialdirigent Schauer teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 19. Juli 1985 mit, daß aus Sicht der Bundesregierung bilaterale Kontakte mit der griechischen Regierung aufgenommen werden sollten: „Ziel sollte sein, mit aller Behutsamkeit der griechischen Regierung zu verdeutlichen, daß ihr Verhalten nicht mit uneingeschränkter Toleranz der Bündnispartner rechnen kann, ohne jedoch so weit zu gehen, die griechische Regierung zu Trotzreaktionen herauszufordern. Solche Bemühungen sollten deshalb nicht in die Öffentlichkeit getragen werden. [...] Unabhängig davon sollte der Generalsekretär als Repräsentant des Bündnisses das Gespräch mit den griechischen Verantwortlichen suchen und in geeigneter Weise ihnen die Besorgnisse des Bündnisses und seiner Mitglieder verdeutlichen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 157; VS-Bd. 11971 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

## 156

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.80 SALT-1040/85 VS-vertraulich****11. Juni 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Weitere Beachtung der SALT-Abkommen

Anlg.: 1<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Präsident Reagan hat entschieden, daß die USA auch künftig bestehende Rüstungskontrollabkommen (d.h. das bereits 1977 abgelaufene SALT-I-Interimsabkommen und den von den USA nicht ratifizierten SALT-II-Vertrag) weiter einhalten werden, soweit die SU vergleichbare Zurückhaltung übt und in der Erwartung, daß die SU bei den Genfer Verhandlungen<sup>5</sup> aktiv auf Reduzierungsabkommen hinarbeitet.

Präsident Reagan hat am 10. Juni 1985 gleichzeitig den Kongreß, die Verbündeten und die Öffentlichkeit unterrichtet.<sup>6</sup> Er hat außerdem ein Schreiben an Parteichef Gorbatschow gerichtet.

2) Bei der Begründung seiner Entscheidung beschuldigt Reagan die SU erneut der Verletzung bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen. Er hatte darüber bereits wiederholt an den Kongreß berichtet (s. Vorlage vom 6. Februar 1985 – 220-370.70 USA/SB-199/85 VS-v, dem Original wieder beigelegt<sup>7</sup>). Er bekräftigt dann aber seine Entschlossenheit, einen produktiven Dialog mit der Sowjetunion weiterzuführen mit dem Ziel, Maßnahmen zu treffen, die das Kriegsrisiko vermindern und die Sicherheit, Stabilität und Berechenbarkeit verbessern.

Deshalb bleibe es trotz der sowjetischen Haltung im amerikanischen Interesse, als Interimslösung ein „Rahmenwerk echter gegenseitiger Zurückhaltung“ bei strategischen Offensivwaffen zu schaffen, während in Genf versucht werden soll, wirkliche Reduzierung der nuklearen Arsenale zu erreichen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 18. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 19. Juni 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itt]e jetzt verteilen.“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 12. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 16. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Vgl. Anm. 6.

<sup>5</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 106.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 zur Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen durch die UdSSR und die USA sowie die Mitteilung an den amerikanischen Kongreß vom selben Tag; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 743–745.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Für einen Auszug aus der Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. Dok. 36, Anm. 18.

3) Bei der Reaktion auf sowjetische Verstöße werden zwei Kategorien unterschieden:

a) Soweit diese Verstöße nicht rückgängig zu machen sind, wie bei der Flugerprobung einer zweiten Interkontinentalrakete (SS-X-25) behalten sich die USA das Recht vor, darauf in angemessener Weise, unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit und zu einem geeigneten Zeitpunkt zu reagieren. Dies bedeutet praktisch, daß die USA das Recht in Anspruch nehmen, ebenfalls eine zweite ICBM zu entwickeln und zu stationieren: die „Midgetman.“

Nach Artikel IV, § 9 des SALT-II-Vertrages darf jede Seite nur einen neuen ICBM-Typ erproben und stationieren. Die SU hat durch die Stationierung der SS-24, die USA durch den Bau der MX von diesem Recht Gebrauch gemacht.

b) Soweit die SU die Aktivitäten, die im Widerspruch zu bestehenden Regelungen stehen, zurücknehmen und korrigieren kann, wird ihr hierfür Zeit gegeben. Gleichzeitig wird das amerikanische Verteidigungsministerium angewiesen, eine Untersuchung über die möglichen Gegenmaßnahmen für den Fall zu unternehmen, daß die SU ihre Aktivitäten fortsetzt.

Entsprechend dieser Linie wird auch in dem konkreten Fall verfahren, der eine Entscheidung über die weitere Beachtung von SALT II notwendig machte: das 7. Trident-U-Boot, das mit 24 Langstreckenraketen mit Mehrfachgefechtsköpfen ausgestattet ist, wird spätestens im Oktober d.J. die See-Erprobung aufnehmen können. Damit würde die Gesamtzahl der strategischen Raketen mit Mehrfachgefechtsköpfen auf amerikanischer Seite von derzeit 1190 auf 1214 ansteigen und damit die im SALT-II-Vertrag (Artikel V, § 2) festgelegte Obergrenze von 1200 um 14 überschreiten. Präsident Reagan hat nun entschieden, daß dafür die Außerdienststellung und Demontierung eines Poseidon-U-Bootes gemäß den bestehenden Vereinbarungen vorgesehen wird. Der dafür verwendete Ausdruck „dismantle“ entspricht dem Wortlaut von SALT II (Artikel VI, § 6). Für das Demontierungsverfahren im einzelnen gibt es Regeln, die in der SCC vereinbart wurden.

Reagan hat sich somit in diesem Falle für strikte Einhaltung von SALT II entschieden und nicht eine Zwischenlösung gewählt. Es war z.B. diskutiert worden, ein Poseidon-U-Boot auf Trockendock zu legen. Die Reaktivierung wäre dann zwar möglich gewesen, hätte aber ein kompliziertes und zeitraubendes Verfahren erfordert.

## II. Bewertung

1) Die Entscheidung Präsident Reagans enthält eine dreifache Botschaft an die Sowjetunion:

- die Bereitschaft, bestehende Regelungen für strategische Waffen weiterhin zu respektieren, obwohl Reagan diese Regelungen, insbesondere den SALT-II-Vertrag, von jeher für unbefriedigend gehalten hat;
- die Bedingung, daß sich die SU selbst mehr als bisher an die bestehenden Regeln hält, und die Entschlossenheit, auf Verstöße in angemessener Weise zu antworten;
- die Erwartung, daß sich die SU in den Genfer Verhandlungen zu echten Reduzierungen, auch der Gefechtskopffzahlen, bereit findet.

Diese Punkte dürfte Präsident Reagan auch in seinem Schreiben an Parteichef Gorbatschow betont haben.

In der Öffentlichkeit wird die SU weiterhin jede Verletzung bestehender Regelungen bestreiten und die Schuld an der Stagnation der Genfer Verhandlungen den USA in die Schuhe zu schieben versuchen. Sie wird aber folgendes zu bedenken haben:

Die Entscheidung Präsident Reagans wird in der Öffentlichkeit als Zeichen des guten Willens und der Bereitschaft zur Rüstungskontrolle aufgefaßt. Von der SU wird nun ein ähnliches Zeichen erwartet. Präsident Reagan hat sich mit seiner Entscheidung innenpolitisch eine gute Basis für die weitere Modernisierung des strategischen Potentials der USA geschaffen, falls die SU selbst sich weiterhin nicht an die bestehenden Begrenzungen hält. Die SU gerät dadurch in Zugzwang.

Es muß offenbleiben, ob der von Reagan geschaffene Anreiz für vertragskonformes Verhalten ausreicht oder ob sich die SU unter Hinweis auf SDI für eine weitere Vermehrung ihrer Offensivwaffen und für einen Stillstand der Genfer Verhandlungen entscheidet. Sie hat dafür nicht unbegrenzt Zeit. Bereits im nächsten Jahr werden die USA erneut vor der Entscheidung stehen, ob sie SALT-II-Obergrenzen weiter einhalten wollen (8. Trident-U-Boot, 121. Bomber mit Marschflugkörpern). Die nächste Sitzung der SCC im Herbst d.J.<sup>8</sup> wird Aufschlüsse über die weitere sowjetische Haltung geben.

2) Innenpolitische Erwägungen haben für die Entscheidung Präsident Reagans eine gewichtige Rolle gespielt: Angesichts der hohen Mehrheit im Senat für die Weiterbeachtung von SALT II<sup>9</sup> wäre bei einer anderen Entscheidung die in der Tendenz ohnehin abnehmende Unterstützung für das strategische Modernisierungsprogramm aufs Spiel gesetzt worden.

3) Innerhalb der Administration hat sich AM Shultz klar durchgesetzt. Weinberger und Perle haben eine schwere Niederlage erlitten.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Gesandter Wallau, Washington, teilte am 16. Oktober 1985 mit, daß die 29. Sitzung der Standing Consultative Commission am 9. Oktober 1985 begonnen habe. Nach Auskunft der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde würden von amerikanischer Seite dabei „keine neuen Punkte angesprochen. Auf der Tagesordnung ständen nach wie vor das Krasnojarsk-Radar, die Verschlüsselung von Testdaten, die SS-25-Frage und die Verletzung der SALT-II-Obergrenze für strategische Trägersysteme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4887; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Am 22. November 1985 berichtete Wallau, die „Sitzungsdauer sei ungewöhnlich kurz gewesen (vier Wochen), da Sowjets Abschluß vor Gipfeltreffen gewünscht hätten“. In den letzten drei Wochen hätten „amerikanische Erklärungen zu ‚compliance‘-Fragen und sowjetische Gegenerklärungen“ im Mittelpunkt gestanden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5443; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> In der Presse wurde berichtet, daß der amerikanische Senat Präsident Reagan zur Weiterbeachtung von SALT II über das Jahresende 1985 hinaus aufgefordert habe, sofern sich auch die UdSSR an die Abmachungen halte. Eine entsprechende, allerdings nicht bindende Resolution sei von den Senatoren „mit 90 zu fünf Stimmen“ angenommen worden. Vgl. den Artikel „US-Senat billigt Verteidigungsetat“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. Juni 1985, S. 10.

<sup>10</sup> Botschafter van Well, Washington, informierte am 4. Juni 1985: „Bei der gestrigen (3.6.) Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats zur Frage der Weitergeltung der SALT-Verträge kamen die kontroversen Positionen innerhalb der Administration zum Ausdruck, personifiziert durch AM Shultz und VM Weinberger.“ Während Shultz für eine Weiterbeachtung der Verträge eingetreten sei, habe Weinberger „sich für eine klare Absage an SALT II ausgesprochen und Bedenken gegen jegliche Kompromißlösung im Falle des Poseidon-U-Boots angemeldet“. Die Vertreter der Joint Chiefs of Staff

4) AM Shultz hat durch die von ihm angeregte Verschiebung der Entscheidung vom 7. auf den 10. Juni die Verbündeten geschickt ins Spiel gebracht. Die Unterstützung der Verbündeten für seine Linie, die er in Lissabon erhielt<sup>11</sup>, kam dadurch zur vollen Wirkung. Das Schreiben, das Sie selbst bereits am 28. Mai 1985 an AM Shultz gerichtet hatten<sup>12</sup>, spielte schon im Vorfeld der Entscheidung eine wichtige Rolle. Es hat AM Shultz gezeigt, daß er auf die Unterstützung der Verbündeten fest rechnen konnte. Die Entscheidung von Präsident Reagan ist deshalb auch zu einem Musterfall für Bündniskonsultationen geworden. Von den Bündnispartnern erwarten die USA, wie Präsident Reagan in seinem Schreiben an den Bundeskanzler<sup>13</sup> ausführt, daß sie die USA bei ihren Bemühungen unterstützen, die Sowjetunion zur Einhaltung bestehender Absprachen anzuhalten.

Ruth

VS-Bd. 11372 (220)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 828*

hätten zwar auch „Bedenken gegen Schwächung des amerikanischen strategischen Potentials durch Außerdienststellung eines aktiven Poseidon-U-Boots geäußert (insbesondere angesichts der MX-Skepsis des Kongresses), seien Weinberger aber in seiner Forderung nach Aufgabe der SALT-Verträge nicht gefolgt“. Angesichts dieser Sachlage sei die Entscheidung des Präsidenten Reagan weiter offen, und die Gespräche mit den NATO-Mitgliedstaaten in Lissabon hätten „durch den Verlauf des amerikanischen Entscheidungsverfahrens den Charakter echter Konsultationen bekommen. AM Shultz hatte dies mit der von ihm befürworteten Verschiebung des Berichtstermins an den Kongreß vom 7. auf den 10.6. bewußt herbeigeführt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2819; Referat 213, Bd. 139371.

<sup>11</sup> Zur Erörterung einer Weiterbeachtung des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) am Vorabend und auf der NATO-Ministerratstagung 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 153.

<sup>12</sup> Zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 28. Mai 1985 an den amerikanischen Außenminister Shultz vgl. Dok. 133, Anm. 12.

<sup>13</sup> Für das Schreiben des Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 11372 (220).

## Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-373.16/3-1057/85 VS-vertraulich

11. Juni 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Zustimmung zu Ziff. 3 und 4

Betr.: KVAE;

hier: Französischer Vorschlag zur Umstrukturierung des westlichen Maßnahmenpakets

1) Frankreich ist an die USA, GB und uns in Brüssel mit dem Vorschlag herangetreten, das westliche Maßnahmenpaket<sup>4</sup> mit dem Ziel umzustrukturieren, in nicht zu langer Zeit in Stockholm ein „dynamisches Paket“ vorzulegen, das

- bisherige Reaktionen des Ostens und der N+N berücksichtigt,
- die grundsätzlichen Elemente beibehält, aber bei der Präsentation Flexibilität zeigt und einige Gewichtungen verschiebt,
- den Verhandlungsprozeß vorantreiben kann.

Die Änderungsvorschläge betreffen im wesentlichen drei Bereiche:

- Die Information über militärische Strukturen (Maßnahme 1) soll als selbständige Maßnahme entfallen, ihr Inhalt jedoch auf die Maßnahmen „Jahreskalender“ und „Notifizierung“ aufgeteilt werden.
- Das westliche Paket soll um Elemente verstärkt werden, welche militärische Aktivitäten nicht nur offenlegen (Transparenz), sondern auch einschränken (constraint): Großmanöver, national über 70 000 und multinational über 120 000, sollten drei Jahre vorher angekündigt, andernfalls verstärkt verifiziert werden; Alarmaktivitäten sollten auf 10 % der notifizierten militärischen Aktivitäten beschränkt werden. Dafür soll die Option einer selbständigen einschränkenden Maßnahme (constraint) des Westens, über die in Brüssel zähflüssig beraten wird<sup>5</sup>, entfallen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 221 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 18. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Neubert am 19. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 13. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 16. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zu den Vorschlägen der NATO-Mitgliedstaaten für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die am 8. März 1985 auf der KVAE in Stockholm als Paket eingebracht wurden, vgl. Dok. 42, Anm. 2.

<sup>5</sup> Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal legte am 3. Juni 1985 dar, daß auf der KVAE in Stockholm von seiten der neutralen und nichtgebundenen Staaten und zuletzt am 8. Februar 1985 von Bulgarien „Beschränkungen militärischer Aktivitäten – constraints – als dritte Möglichkeit von VSBM vorgeschlagen worden“ seien. In der NATO werde darüber auf der Grundlage einer militärischen Bewertung des Militärausschusses sowie einer politisch-militärischen Einschätzung des Internationalen Sekretariats diskutiert: „In der [military]C[ommittee]-Studie werden aus Sicherheitsgründen bzw. aus mangelnder Mandatskonformität Maßnahmen abgelehnt, die Sonderzonen mit verringerter militärischer Aktivität verlangen oder Nuklearwaffen betreffen. Wesentliche Teile

- Die Verifizierung (Beobachtung und Inspektion) soll stärker auf die Bedrohung abstellen: Bei Aktivitäten außerhalb der Garnisonen über 35 000 Mann bei kurzfristiger Ankündigung soll zusätzlich inspiziert werden können; andererseits soll eine Beobachtung von regulär angekündigten Aktivitäten unterhalb von 12 000 Mann entfallen.<sup>6</sup>

2) Bei der Antwort auf die französische Demarche ist zu unterscheiden zwischen der Substanz der Änderungen und den Fragen, wann in der Allianz mit einer Neustrukturierung begonnen und ob ein solches Papier – insgesamt – in Stockholm eingebracht werden sollte.

Hinsichtlich der Substanz sind sich die meisten Verbündeten in Stockholm darüber klar, daß das westliche Paket in seiner Gesamtheit so nicht durchgesetzt werden kann. Eine Konzentration auf die Notifizierungsmaßnahmen unter Erhaltung des Inhalts der bisherigen Maßnahme 1 ist richtig. Diese veränderte Präsentation käme dem Osten entgegen, der „Information“ als selbständige Maßnahme ablehnt. Wir halten darüber hinaus eine engere Anbindung der Verifikation an die Notifizierung für nützlich und haben dies bereits früher im NATO-Caucus angedeutet. Eine stärker auf die Bedrohung abgestellte Regelung von Beobachtung und Inspektion erscheint im Prinzip richtig, ist jedoch im einzelnen zu prüfen. Die Verstärkung einschränkender Elemente, insbesondere die Begrenzung von Alarmaktivitäten, bedarf noch sehr sorgfältiger Prüfung bezüglich ihrer Auswirkungen auf die Reaktionsfähigkeit der Bundeswehr.

Eine Umstrukturierung wäre also wünschenswert. Eine frühzeitige Erörterung in der Allianz könnte allerdings zu langwierigen internen Verhandlungen in Brüssel führen, zumal damit zu rechnen ist, daß einige Bündnispartner weitere Änderungswünsche vorbringen. Die USA könnten damit ihre schon früher geäußerte Befürchtung bestätigt sehen, daß einige Bündnispartner bereit seien, Positionen zu ändern bzw. preiszugeben, bevor der Osten überhaupt ernsthaft verhandelt.

Unter diesen Umständen erscheint es fraglich, ob angestrebt werden sollte, ein umstrukturiertes Papier in seiner Gesamtheit in Stockholm im Herbst einzuführen (der Westen hatte sein umfangreiches Vorschlagspaket am 8.3.85 vorgelegt). Es wäre hingegen nützlich, abgestimmte neue Texte für die Redaktionsphase zu haben.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 830*

der Vorschläge der WP-Staaten und der N+N scheiden damit von vornherein aus.“ Kontrovers erörtert werde in der VSBM-Arbeitsgruppe der NATO, „ob der Westen selbst eine Constraints-Maßnahme vorschlagen soll“. Vollmar-Libál bejahte dies mit der Begründung, daß „eine ausschließlich negative Position kaum durchgehalten werden“ könne: „Aus taktischen Gründen, u. a. aus Rücksicht auf die N+N, ist es vorteilhaft, nicht nur auf Vorschläge anderer zu reagieren, sondern [...] die Bereitschaft zu zeigen, constraints in das Schlußpaket der ersten Phase der KVAE aufzunehmen. Constraints sollen aber nicht das wichtigste Ergebnis dieser Phase sein, dies müssen die sechs westlichen Maßnahmen werden.“ Vgl. VS-Bd. 13435 (212); B 150; Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 31. Mai 1985 über die französischen Vorschläge „für eine Änderung des Maßnahmenpaketes zum Zwecke des Einbaus von Beschränkungsmaßnahmen“. Von französischer Seite werde eine Antwort möglichst innerhalb von zehn Tagen erwartet. Wieck äußerte die Vermutung, „daß durch die Verknüpfung der constraints mit dem Paket, das Herausheben des ‚türkischen Problems‘, Eingehen auf die östliche Kritik an der selbständigen Informationsmaßnahme und Einbeziehen des britischen Vorschlages auf einen Abschluß der ersten Phase der KVAE vor dem Beginn des Wiener KSZE-Folgetreffens (November 1986) hingewirkt und damit die Voraussetzung für einen Übergang zur Phase II der KVAE geschaffen werden soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1001; VS-Bd. 11527 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

3) Wir sollten daher eine Umstrukturierung zwar grundsätzlich bejahen, aber bezüglich des Zeitpunkts der Behandlung im Bündnis nicht drängen, sondern Frankreich diese Rolle überlassen. Gleichzeitig sollten wir bemüht sein, ein Mandat so zu fassen, daß es sinnvolle Änderungen ermöglicht, jedoch ausufernde Neuformulierungen vermeidet. Das Ziel sollte sein: bessere Präsentation, Ausfüllung von Lücken, Beseitigung von Schwächen im Lichte der bisherigen Verhandlungen<sup>7</sup>, nicht jedoch Verwässerung des Konzepts oder der Substanz. Die neuen Texte sollten für die Redaktionsphase zur Verfügung stehen, verhandelbar bleiben und keine „take it or leave it“-Position darstellen.

4) Der französische Außenminister hat bei der NATO-Ministerratstagung in Estoril am 7.6. darauf gedrängt, daß der Westen seine Taktik auf das Ziel ausrichten solle, im Juni/Juli 1986 ein Abschlußdokument zu erreichen. Dabei hat er auf die französischen Vorschläge zur Umstrukturierung hingewiesen.<sup>8</sup> Der Generalsekretär der NATO<sup>9</sup> hat in seiner operativen Zusammenfassung der Aussprache im kleinsten Kreise (gemäß DB Nr. 18 vom 7.6.1985 VS-v<sup>10</sup>) zur KVAE ausgeführt: Mit dem Ziel einer erfolgreichen Beendigung der KVAE im Sommer 1986 (erste Phase) sollen die Bemühungen für substantielle Verhandlungen in Stockholm im Herbst intensiviert werden.

Diese Formulierung ist aus zwei Gründen wenig glücklich: Die Festlegung einer „deadline“ Juni/Juli 1986 für die KVAE (so Frankreich im Plenum der KVAE ohne Konsultation mit den Verbündeten<sup>11</sup>) sowie auf das Ende der er-

<sup>7</sup> Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), wies bereits am 15. März 1985 darauf hin, daß der bisherige Verlauf der KVAE ergeben habe, „daß das westliche Verhandlungspaket nicht in allen seinen Elementen logisch und überzeugend ist. [...] Unsere berechnete Forderung nach mehr Transparenz wird z. B. dadurch beeinträchtigt, daß der Westen diese Transparenz auf Land- und Luftstreitkräfte beschränken und Seestreitkräfte ganz davon befreien will. Damit wird leider die Glaubwürdigkeit unserer Transparenzforderung beeinträchtigt. Auch in anderen Bereichen wird deutlich, daß unsere Vorschläge verständlicherweise vor allem unsere eigenen Sicherheitsinteressen berücksichtigen und weniger an Negotiabilität gedacht worden ist.“ Citron stellte dann „einige dieser Lücken bzw. Widersprüche zusammen in der Absicht, damit einen internen Denkprozeß einzuleiten, der zu gegebener Zeit dazu führen könnte, daß wir in einigen wichtigen Fragen neue Beratungen im Bündnis zur Verbesserung unserer Verhandlungsposition anregen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 98; VS-Bd. 11521 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

Am 9. Juli 1985 übermittelte Citron eine erweiterte Fassung des „Lückenspiels“ und erläuterte, es enthalte „eine Aufstellung verschiedener Inkonsistenzen, offener Fragen und Widersprüchlichkeiten im westlichen Verhandlungsvorschlag [...]“. Die Einzelpunkte wurden teilweise im Laufe der Verhandlungen von östlicher und N+N-Seite angesprochen, teilweise ergeben sie sich aus der innerwestlichen Diskussion.“ Das Papier stelle „einen Kompromiß zwischen divergierenden Interessen“ der NATO-Mitgliedstaaten dar. Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Der französische Außenminister Dumas informierte am 6. Juni 1985 auf der NATO-Ministerratstagung in Lissabon über einen neuen französischen Vorschlag für die KVAE, der „auf eine Verknüpfung beschränkender Maßnahmen mit den Hauptvorschlägen des Westens für vertrauensbildende Maßnahmen hinauslaufe. Damit könne der Boden bereitet werden für die von den Sowjets angestrebte Bestätigung des Gewaltverzichts.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 14 des Botschafters Wieck, z. Z. Lissabon, vom 7. Juni 1985; VS-Bd. 13437 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Lord Carrington.

<sup>10</sup> Für den Drahtbericht Nr. 18 des Botschafters Wieck, z. Z. Lissabon, vgl. VS-Bd. 11330 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Am 24. Mai 1985 berichtete Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), daß sein französischer Amtskollege Gascignard in der Plenarsitzung am selben Tag ausgeführt habe: „Aus praktischen Gründen (rechtzeitiger Bericht an Folgetreffen) und um Parallelverhandlungen mit Wiener Vorbereitungs- und Haupttreffen zu verhindern, halte es F für vernünftig, wenn die Konferenz ihre Arbeiten im Sommer 1986 aussetze. Eine Verselbständigung der KVAE wäre schwerwiegende Stö-



sten Phase sollte vermieden werden; denn der Westen muß bis zum Zusammentreten der Wiener Folgekonferenz im November 1986<sup>12</sup> verhandlungsbereit bleiben. Erst in Wien kann entschieden werden, ob ein Ergebnis von Stockholm einen Übergang zur zweiten Phase rechtfertigt oder – was wahrscheinlicher ist – das Madrider Mandat<sup>13</sup> in einer Phase 1 B weiter ausgeschöpft werden soll.

Wir sollten daher weiter, auch öffentlich, erklären, daß wir ein substantielles Ergebnis bis zum Herbst 1986 anstreben.

Ruth

VS-Bd. 11527 (221)

158

**Vortragender Legationsrat Horstmann an  
Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z.Z. Lissabon**

201-363.52-946II/85 VS-vertraulich

Aufgabe: 11. Juni 1985, 22.19 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 112

Citissime

Bitte sofort in einem Exemplar H. von Ploetz vorlegen, übrige Exemplare vernichten.

Als Anlage folgt von D 2<sup>2</sup> gebilligter Entwurf Schreiben BMs an BM Wörner.

Horstmann<sup>3</sup>

Folgt Anlage

„Ich habe Kenntnis davon erhalten, daß der Vorsitzende der Fraktion der CDU/CSU, Herr Dr. Dregger, während seines Besuchs in Washington (4.–5. Juni 1985) in einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschus-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 832*

zung des KSZE-Gleichgewichts. F denke bewußt an Aussetzung (suspension), weil endgültiger Beschluß über weitere Verhandlungen gemäß Mandat dem Wiener Treffen vorbehalten sei. (Frz. Argumentation stellt Alleingang dar.)“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 146; Referat 221, Bd. 130097.

<sup>12</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung über die Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) im Abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 12. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter verfügte.

Hat Lewalter am 13. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>3</sup> Paraphe.

ses des Senats, Senator Lugar, diesem mitgeteilt hat, es gebe mit den in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten chemischen Waffen immer mehr Unfälle, ohne daß bisher die Öffentlichkeit darauf aufmerksam geworden sei.<sup>4</sup> Etwa zur gleichen Zeit verbreitete eine UPI-Meldung vom 7. Juni 1985, daß Deputy Assistant Secretary Welch vom amerikanischen Verteidigungsministerium gewarnt habe, „leaking American chemical arms in the United States and West Germany threatened a disaster worse than the one in Bhopal<sup>5</sup> unless Congress voted to build new and safer weapons“.<sup>6</sup>

Beide Äußerungen stehen mit dem mir bisher bekannten Sachstand nicht in Einklang. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich hierzu Ihre Meinung wissen lassen würden.

Unabhängig von unseren bisherigen Informationen über den tatsächlichen Sachverhalt bin ich besorgt über die möglichen Auswirkungen der UPI-Meldung auf Parlament und Öffentlichkeit. Ich befürchte, daß dadurch in der empfindlichen Frage der Lagerhaltung der amerikanischen CW-Bestände in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Lage eintreten kann oder bereits eingetreten ist. Die Bundesregierung muß sich der Frage stellen, ob wir uns mit den bisherigen Feststellungen zur Lagersicherheit dieser Bestände begnügen können oder ob nicht genauere Prüfungen angezeigt sind, die den Maßstäben entsprechen, die auf die in den USA lagernden Bestände angewandt worden sind.

Deshalb sehe ich mich veranlaßt, auf einen Briefwechsel zwischen Staatssekretär Meyer-Landrut und Staatssekretär Rühl zurückzukommen, in dem das Auswärtige Amt, auch im Hinblick auf laufende Verfassungsgerichtsverfahren<sup>7</sup>, auf eine Überprüfung dieser Bestände durch eine Expertenkommission gedrängt hatte, so wie dies im Herbst 1984 in den USA für die dort gelagerten CW-Bestände durch ein vom National Research Council eingesetztes Komitee

<sup>4</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 5. Juni 1985 über die Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger und bat um nähere Informationen zu „sich häufenden CW-Unfällen in der Bundesrepublik Deutschland“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2842; VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> In einer Schädlingsbekämpfungsmittel produzierenden Anlage der amerikanischen Firma Union Carbide Corporation in der indischen Stadt Bhopal kam es am 3. Dezember 1984 bei Wartungsarbeiten zur Freisetzung erheblicher Mengen von Giftstoffen, durch die mehr als 3000 Menschen ums Leben kamen.

<sup>6</sup> Für die Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur UPI vgl. Referat 201, Bd. 143489. Am 7. Juni 1985 übermittelte Ministerialdirigent Schauer die Weisung, die „vorbehaltlich der Billigung durch BM-Delegation“ ebenfalls an die Botschaft in Washington übermittelt worden sei, an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z. Z. Lissabon: Es sei „strikte Zurückhaltung gegenüber den amerikanischen CW-Modernisierungsplänen zu wahren. Die Entscheidung über eine Produktion binärer CW-Munition ist für uns eine inneramerikanische Angelegenheit. [...] Sollten bei uns gelagerte amerikanische CW, entgegen unserer Kenntnis und bisheriger amerikanischer Versicherung, nicht sicher sein, gehen wir davon aus, daß US ihre CW-Bestände umgehend abziehen.“ Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz handschriftlich: „Das ist zu schwach: Die von Welch beschriebene Gefahr ‚Katastrophe schlimmer als Bhopal‘ gibt Anlaß, die Forderung nach unverzüglicher Aufklärung und umfassender sofortiger Sicherheitsüberprüfung durch unabhängige US-Kommission (wie bei US-Beständen) mit Nachdruck zu erheben, und zwar im State Department, nicht nur im Pentagon!“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4439; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Zur Verfassungsbeschwerde des DGB Rheinland-Pfalz vom 16. November 1982 sowie zur Organklage von SPD-Abgeordneten vom 18. Februar 1983 gegen die Bundesregierung vgl. Dok. 125, Anm. 12.

erfolgt war.<sup>8</sup> Diesem Anliegen wollte Ihr Haus seinerzeit nicht näher treten. Ich bitte Sie, diese Frage mit Rücksicht auf die entstandene neue Lage erneut zu prüfen.“<sup>9</sup>

VS-Bd. 12070 (201)

## 159

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas

320-381.40 NAM VS-NfD

12. Juni 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Entwicklung unserer Beziehungen zur SWAPO;  
hier: Kritik der SWAPO an der Namibiapolitik der Bundesrepublik  
Deutschland

Anlg.: 1 (Briefentwurf)

Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des beiliegenden Briefentwurfs gemäß Ziffer 3

<sup>8</sup> Mit Schreiben an Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, erinnerte Staatssekretär Meyer-Landrut am 4. Februar 1985 daran, daß sich die Bundesregierung „im Dezember 1983 durch eine interministerielle Expertengruppe davon überzeugt“ habe, „daß die Lagerung chemischer Waffen unter Wahrung höchster Sicherheitsanforderungen erfolge“. Mit Blick auf die vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren plädierte er dafür, gemeinsam an die amerikanische Regierung heranzutreten, um erneut „die Lagerorte chemischer Waffen in der Bundesrepublik [...] von einem unabhängigen Gutachtergremium“ überprüfen zu lassen. Vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

Für das Antwortschreiben von Rühl vom 12. April 1985 vgl. VS-Bd. 11555 (222).

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher sandte am 30. Juni 1985 folgendes Schreiben an Bundesminister Wörner: „Ich habe Kenntnis von einer UPI-Meldung vom 7. Juni 1985 erhalten, daß Deputy Assistant Secretary Welch vom amerikanischen Verteidigungsministerium gewarnt habe, ‚leaking American chemical arms in the United States and West Germany threatened a disaster worse than the one in Bhopal unless Congress voted to build new and safer weapons‘. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob es tatsächlich eine derartige Gefährdungssituation gibt. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Briefwechsel zwischen Staatssekretär Meyer-Landrut und Staatssekretär Rühl zurückkommen, in dem das Auswärtige Amt, auch im Hinblick auf laufende Verfassungsgerichtsverfahren, auf eine Überprüfung der CW-Bestände durch eine Expertenkommission gedrängt hatte, so wie dies im Herbst 1984 in den USA für die dort gelagerten CW-Bestände durch ein vom National Research Council eingesetztes Komitee erfolgt war. Diesem Anliegen wollte Ihr Haus seinerzeit nicht näher treten. Ich bitte Sie, diese Frage – auch mit Rücksicht auf die UPI-Meldung und ihre möglichen Folgen – erneut zu prüfen.“ Vgl. VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

Für das Antwortschreiben von Wörner vom 17. Juli 1985 vgl. VS-Bd. 12070 (201). Vgl. dazu auch Dok. 241.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Seidt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 14. und erneut am 18. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 320 verfügte.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. Juni 1985 vorgelegen.

1) Verschiedene Anzeichen belegen, daß die SWAPO-Führung die deutsche Namibiapolitik zunehmend kritisch beobachtet:

- SWAPO-Präsident Nujoma sprach in einer Pressekonferenz in Luanda von einer angeblichen „Verschwörung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika“.<sup>4</sup>
- Wenige Tage zuvor schon hatte sich Nujoma gegenüber unserem Botschafter in Harare besorgt über die Entwicklung der Namibia-Diskussion in der Bundesrepublik geäußert.<sup>5</sup>
- Der simbabwische AM Mangwende wies am 28.5.1985 im Gespräch mit Ihnen ebenfalls auf Irritationen in der SWAPO hin.<sup>6</sup>
- Der VN-Kommissar für Namibia, Botschafter Mishra, hat anlässlich seines Besuches in Bonn am 10.6.1985 bestätigt, daß die Äußerungen von Nujoma starke Zweifel der SWAPO-Spitze an der Kontinuität unserer Namibiapolitik signalisieren.<sup>7</sup>

2) Die SWAPO-Führung scheint an einen Wandel der deutschen Namibiapolitik zu glauben, der nach ihrer Auffassung in folgenden Ereignissen und Entwicklungen zum Ausdruck kommt:

- Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Marx, forderte am 15.4.1985, die Bundesregierung solle die VPK-Interimsregierung in Windhuk<sup>8</sup>

<sup>4</sup> In der Presseerklärung vom 23. Mai 1985 in Luanda warf SWAPO-Präsident Nujoma der Bundesrepublik „outright hypocrisy and deceptive double-dealing“ sowie „open collaboration and connivance with racist South Africa“ vor und sprach von einem „sinister attempt by FRG aimed at resurrecting its colonial control over Namibia“. Vgl. Referat 320, Bd. 138108.

<sup>5</sup> Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, informierte am 15. Mai 1985 über ein Gespräch mit dem SWAPO-Präsidenten, in dem Nujoma „seine außerordentlich große Besorgnis über angebliche deutsche Zusammenarbeit mit der Interimsregierung in Namibia“ zum Ausdruck gebracht habe. Der bevorstehende Besuch einer Delegation der Interimsregierung in der Bundesrepublik auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung berge die Gefahr, „daß diese ‚Marionettenregierung‘ aufgewertet werde und damit der Befreiungskampf des namibischen Volkes verlängert werde. [...] Schon in der Vergangenheit habe die M[ulti]P[arty]C[onference], aus der jetzt die Interimsregierung hervorgegangen sei, die Unterstützung einer deutschen Gruppe erhalten, die dem bayerischen Ministerpräsidenten nahestehe. Die MPC habe aus dieser Quelle US-Dollar 50 000 und andere Hilfe bekommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 93; Referat 320, Bd. 138105.

<sup>6</sup> Über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem simbabwischen Außenminister am 28. Mai 1985 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz der Botschaft in Harare am folgenden Tag mit, zur Lage in Namibia habe Mangwende ausgeführt: „M[ulti]-P[arty]C[onference] habe keine Unterstützung im Lande. Sie sei von Südafrika aufoktroiert in dem Bestreben, die Implementierung von [Resolution] 435 zu umgehen. Der Versuch sei zum Scheitern verurteilt [...] Südafrika habe seine Lektion nicht gelernt.“ Mangwende habe zudem „kritische Äußerungen Nujomas zur Einstellung der Bundesregierung zur MPC“ wiedergegeben: „Er, M., habe jedoch darauf hingewiesen, daß die Haltung der Bundesregierung in ihrer Demarche gegenüber Südafrika zum Ausdruck gekommen sei.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 49; Referat 320, Bd. 155962.

<sup>7</sup> Der VN-Kommissar für Namibia, Mishra, hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>8</sup> Am 25. März 1985 unterbreitete die am 12. November 1983 einberufene Vielparteienkonferenz (VPK), in der neben der Demokratischen Turnhallen-Allianz fünf weitere Gruppierungen vertreten waren, Präsident Botha Vorschläge zur Einsetzung einer Interimsregierung und einer Nationalversammlung in Namibia sowie zur Einberufung eines Verfassungskonvents. Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, übermittelte am 4. April 1985 die Einschätzung, die Vorschläge seien „Ausdruck verbreiteter Frustration bei internen Parteien über jahrelangen Wartestand Namibias, über Verhandlungen über ihre Köpfe hinweg, koloniale Beherrschung durch S[üd]A[frika] einerseits (Ein-Mann-Herrschaft und Militärs), alleinige internationale Rolle SWAPO's (Guerillakrieg und internationale Subventionen) andererseits“. Die in der VPK vertretenen Parteien könnten mit einem Rückhalt bei

unterstützen.<sup>9</sup> Im Zusammenhang mit ähnlichen Äußerungen anderer Parlamentarier aus den Regierungsfractionen löste diese Aussage in der SWAPO-Führung erhebliche Unruhe aus.

- Das Verfassungsseminar der KAS für Angehörige der VPK<sup>10</sup> goß nach den Worten von Botschafter Mishra bei SWAPO „Öl ins Feuer“. Da in der Windhuker Presse der Eindruck erweckt wurde, bei dem KAS-Seminar würden Vorarbeiten für eine künftige namibische Verfassung geleistet<sup>11</sup>, war das Seminar in Bonn der unmittelbare Anlaß für Nujomas Vorwurf einer „Verschwörung“.
- Das Seminar der KAS wird von SWAPO in Zusammenhang gebracht mit entwicklungspolitischen Vorhaben privater Stiftungen in Namibia vor Unabhängigkeit. Zwar ist ein großes Berufsschulprojekt der OBS<sup>12</sup> auch in Nami-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 836*

einem Fünftel bis zu einem Drittel der Bevölkerung rechnen und hätten „damit Bürgerkriegs-Störpotential à la Zimbabwe. Interne Minderheitsparteien sind nicht ‚Quislinge‘ SA's, suchen allerdings dort Rückhalt gegenüber SWAPO und ihrer internationalen Unterstützung.“ Zwischen den Parteien gebe es deutliche Meinungsunterschiede, und auch die Interessen der VPK und der südafrikanischen Regierung liefen nur zum Teil parallel. Vgl. den Drahtbericht Nr. 84; Referat 320, Bd. 138105.

- <sup>9</sup> Der CDU-Abgeordnete Marx sprach sich am 15. April 1985 gegenüber dem Namibian Information Office für die Unterstützung einer Übergangsregierung in Namibia aus, sofern diese „nicht die einseitige Unabhängigkeit vorbereitet oder für sich selbst internationale Anerkennung will“. Vgl. den Artikel „Regierung in Windhuk stützen“; DIE WELT vom 16. April 1985, S. 4.
- <sup>10</sup> Botschafter Lahusen, Pretoria, informierte am 6. Mai 1985 über die Absicht der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), „vom 19. bis 25.5.85 im Raum Bonn eine Seminarveranstaltung über namibiapolitische Fragen“ abzuhalten, zu der insbesondere Mitglieder der in der Vielparteienkonferenz (VPK) vertretenen Gruppierungen ihre Teilnahme zugesagt hätten. Lahusen teilte weiter mit: „Der Themenschwerpunkt des Seminars liegt bei verfassungspolitischen Fragen. Nach den hier verfügbaren Informationen beabsichtigt die KAS offensichtlich, die M[ulti]P[arteien]K[onferenz] in ihrem Vorhaben aktiv zu unterstützen, innerhalb der nächsten 18 Monate eine namibische Verfassung auszuarbeiten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 205; Referat 320, Bd. 138105.
- <sup>11</sup> Vortragender Legationsrat Holl stellte am 17. Mai 1985 klar, daß die Delegation der namibischen Vielparteienkonferenz (VPK), die auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 18. bis 25. Mai 1985 in die Bundesrepublik komme, „im Rahmen eines Informationsprogramms von deutschen Staatsrechtslehrern über Staatsaufbau, Verfassungsorgane, Verfassungsgerichtsbarkeit und Parteienwesen in der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet“ werde: „Es handelt sich um die private Reise von namibischen Politikern auf Einladung einer privaten politischen Stiftung. [...] Möglicherweise auftauchende Zweifel der SWAPO an der konsequenten Namibiapolitik der Bundesregierung aus Anlaß des jetzigen Besuchs sind unbegründet.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 320, Bd. 138105.
- <sup>12</sup> Zum seit Anfang 1983 geplanten Projekt der Otto-Benecke-Stiftung (OBS), in Windhuk eine Berufsschule für die farbige Bevölkerung in Namibia zu errichten, legte Legationsrat Seidt am 6. Dezember 1984 dar, es gebe bislang „keine Fortschritte bei der Projektplanung [...]“. Offensichtlich ist sich die Leitung der OBS bewußt, daß ohne eine stillschweigende Billigung aller gesellschaftlich und politisch relevanten Gruppen Namibias eine langfristig sinnvolle Durchführung des Berufsschulprojekts fraglich erscheint.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155816.
- Am 26. April 1985 machte Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz Bedenken gegen die beabsichtigte Förderung des Projekts durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit geltend. Eine staatliche Förderung würde der Verpflichtung der Bundesrepublik als VN-Mitglied entgegenstehen, „die völkerrechtswidrige Okkupation Namibias nicht durch Maßnahmen zu unterstützen, die eine Hilfe, Rechtfertigung oder Unterstützung der südafrikanischen Präsenz in Namibia zur Folge haben“, und „als stillschweigende Unterstützung der V[iel]P[arteien]K[onferenz]-Regierung interpretiert werden. Die Diskrepanz zwischen verbaler öffentlicher Ablehnung und konkreter finanzieller Förderung könnte schwerwiegende Folgen für die Glaubwürdigkeit der deutschen Namibiapolitik mit sich bringen.“ Gerz empfahl dennoch ein positives Votum unter der Voraussetzung, daß durch den Bau des Berufsschulzentrums auf einem Grundstück der katholischen Kirche „von vornherein eine sichtbare Beteiligung der Kirchen in Windhuk garantiert ist. Sie erscheint als die einzige Möglichkeit, das völkerrechtlich und politisch höchst problematische Projekt

bia politisch weitgehend abgesichert, aber die Teilnahme von Professor Dr. Zeidler (Präsident des BVerfG<sup>13</sup>) an der Einsetzung der VPK-Interimsregierung<sup>14</sup> kann die bisher erfolgreichen Bemühungen um Vertrauensbildung gefährden. Hinzu kommt, daß die KAS und die Alfons-Goppel-Stiftung in Namibia ebenfalls Projekte durchführen wollen, deren politische Akzeptanz nicht bei allen politisch relevanten Gruppen Namibias sichergestellt ist.

- Nach Botschafter Mishra hat sich SWAPO-Präsident Nujoma auch darüber beklagt, daß es in letzter Zeit keine Kontakte auf hochrangiger Ebene zur Bundesregierung gegeben habe.

Dieser Vorwurf trifft nicht zu: SWAPO-Informationssekretär Hamutenya wurde im Oktober 1984 im Bundeskanzleramt von StM Vogel empfangen.<sup>15</sup> SWAPO selbst zeigte zudem keinen großen Eifer, hochrangigen Kontakt mit Angehörigen der Bundesregierung aufzunehmen.

- Nujoma soll auch über fehlende Kontakte zwischen der IG<sup>16</sup> und SWAPO klagen.

Zwar trifft es zu, daß sich der IG-Vorstand zur Zeit primär darum bemüht, bei den Namibia-Deutschen konsensstiftend und integrierend zu wirken. Seine Zurückhaltung nach außen kann jedoch nicht als „Feindseligkeit“ gegenüber SWAPO gedeutet werden. Vielmehr gibt es durchaus in Namibia selbst persönliche Kontakte zwischen hochrangigen IG- und SWAPO-Vertretern.

- 3) Die Teilnahme von Professor Dr. Zeidler und Angehörigen des Deutschen Bundestages an den Einsetzungsfeierlichkeiten der VPK-Interimsregierung wird innerhalb der SWAPO-Führung die Unsicherheit und Verärgerung verstärken.<sup>17</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 837*

gegenüber namibischer, nationaler und internationaler Kritik abzuschirmen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155816.

- 13 Korrigiert aus: „der OBS“.

- 14 Ministerialdirigent Sulimma legte am 4. Juni 1985 dar, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Zeidler, einer Einladung zu den Feiern anläßlich der Einsetzung der Übergangsregierung für Namibia am 17. Juni 1985 Folge leisten wolle. Ein Versuch des Staatssekretärs Kinkel, Bundesministerium der Justiz, Zeidler von diesem Vorhaben abzubringen, sei vergeblich gewesen. Vgl. Referat 320, Bd. 138105.

Am selben Tag vermerkte Ministerialdirektor Haas, er habe Zeidler telefonisch die Bitte des Bundesministers Genscher übermittelt, auf die Reise nach Windhuk zu verzichten: „Die Einsetzung der ‚Übergangsregierung‘ und die von den Südafrikanern aus diesem Anlaß beabsichtigte politische Demonstration laufe der erklärten Namibia-Politik der Bundesregierung und ihrer Partner in der Kontaktgruppe und in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit zuwider.“ Zeidler habe sich allerdings nicht umstimmen lassen: „Er habe die Einladung in Kenntnis der ‚Null-und-nichtig-Position‘ der Bundesregierung angenommen. Er werde als Wissenschaftler und Privatmann reisen“. Vgl. Referat 320, Bd. 138105.

- 15 Während des Besuchs einer SWAPO-Delegation vom 15. bis 19. Oktober 1984 in der Bundesrepublik erläuterte Staatsminister Vogel, Bundeskanzleramt, dem Informationssekretär der SWAPO, Hamutenya, am 16. Oktober 1984 das Engagement der Bundesregierung für die Unabhängigkeit Namibias. Sie „führe in diesem Zusammenhang Gespräche mit allen Gruppen im Interesse einer dauerhaften und gerechten Lösung“. Vogel bekräftigte außerdem das Interesse an guten Beziehungen zur SWAPO und warb für das von der Otto-Benecke-Stiftung betriebene Berufsschul-Projekt in Windhuk, in dem Hamutenya jedoch ein „Symbol für die Unterstützung der südafrikanischen Okkupation“ sah: „Durch unsere Förderung der beruflichen Ausbildung könne Südafrika Geld einsparen, das es für den Ausbau der Polizei und des Militärs einsetzen könne.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 138098.

- 16 Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwestler.

- 17 Am 4. Juni 1985 informierte Ministerialdirigent Sulimma darüber, daß eine Reihe bekannter Politiker Einladungen zu den Feiern anläßlich der Einsetzung der Übergangsregierung für Namibia am

Zwar hat SWAPO-Präsident Nujoma gegenüber unserem Botschafter in Luan-da<sup>18</sup> ausdrücklich auf sein persönliches Vertrauensverhältnis zu Ihnen hingewiesen. Aber wir können nicht ausschließen, daß unsere kontinuierlich gepflegten – und insbesondere in den USA geschätzten – politischen Kontakte zur SWAPO aufgrund von Fehleinschätzungen in der augenblicklich politisch und geographisch am Rande der Ereignisse stehenden SWAPO-Führung Schaden nehmen.

Daher rege ich an, daß Sie in einem Brief an SWAPO-Präsident Nujoma auf die konsequente Namibiapolitik der Bundesregierung hinweisen und Interesse an einem Gespräch mit Nujoma am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen<sup>19</sup> signalisieren. Ein Briefentwurf ist in der Anlage beigelegt.

Haas

[Anlage]

Entwurf<sup>20</sup>

An den Präsidenten der South West African People's Organisation

Herrn Sam Nujoma, Luanda

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat anlässlich der Einsetzung einer namibischen Interimsregierung durch Südafrika ihre konsequente Namibia-Politik erneut bekräftigt.<sup>21</sup> Ich möchte auch Ihnen gegenüber die Grundsätze unserer Position wiederholen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 838*

17. Juni 1985 in Windhuk erhalten habe: „Nicht alle werden so eindeutig ablehnend reagieren wie Staatsminister Vogel im Bundeskanzleramt, der die Einladung gegenüber Dg 32 als ‚Zumutung‘ bezeichnete.“ So beabsichtige neben dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Zeidler, auch der ehemalige Bundesminister von Hassel, der Einladung zu folgen, ebenso die Abgeordneten Rumpf (FDP), Hedrich (CDU) und Klein (CSU). Sulimma hob hervor: „Eine Teilnahme prominenter deutscher Persönlichkeiten an den Feierlichkeiten in Windhuk ist geeignet, der Namibia-Politik der Bundesregierung zu schaden.“ Er schlug vor, die Staatsminister Mertes und Möllemann zu bitten, „in ihren Fraktionen darauf hinzuwirken, daß Angehörige des Deutschen Bundestages nicht [...] nach Windhuk reisen“. Vgl. Referat 320, Bd. 138105.

18 Hannspeter Disdorn.

19 Die VN-Generalversammlung wurde am 17. September 1985 eröffnet.

20 Das Schreiben wurde am 21. Juni 1985 in unveränderter Form an die Botschaft in Luanda übermittelt mit der Weisung, „englische Übersetzung des Briefes zu fertigen und SWAPO-Präsident über Inhalt des Briefes vorab zu unterrichten“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4829 des Legationsrats Seidt; Referat 320, Bd. 138108.

Botschafter Disdorn, Luanda, berichtete am 30. Juli 1985: „Habe seit Übergabe der von Botschaft gefertigten Übersetzung am 24.6. jede Woche im hiesigen SWAPO-Büro angefragt, aber jedesmal Antwort erhalten, daß Präsident (und Außensekretär) ‚außer Landes‘ seien. Am 2.7. besuchte mich stellvertretender Außensekretär Aaron H. Shihepo, den ich auf Brief des Ministers ansprach. Er versicherte mir, daß ich sofort nach Rückkehr des Präsidenten einen Termin erhalten werde.“ Disdorn bat um Weisung, ob das Originalschreiben „auch bei Abwesenheit des Empfängers im SWAPO-Büro übergeben werden“ solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 146; Referat 320, Bd. 138108.

Am 30. Juli 1985 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz Disdorn an, das Schreiben „sofort dem SWAPO-Büro Luanda zu übergeben“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 320, Bd. 138108.

Disdorn teilte am selben Tag mit, daß er den Brief an Shihepo übergeben habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 149; Referat 320, Bd. 138108.

21 Vortragender Legationsrat Gerz informierte eine Reihe von Auslandsvertretungen am 16. April 1985 über eine Demarche des Botschafters Lahusen, Pretoria, vom Vortag. Der südafrikanischen Regierung sei mitgeteilt worden, daß für die Bundesregierung die Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats

Die Bundesregierung hält unverändert daran fest, daß Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen<sup>22</sup> die alleinige Basis ist, auf der eine Lösung der Namibia-Frage durchgeführt werden muß, und daß die Ausführung dieses Lösungsplanes nicht weiter verzögert werden darf.

Am 22. Mai 1985 hat BK Kohl gegenüber dem tansanischen Staatspräsidenten Nyerere die Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland aus dem Lösungsplan der Vereinten Nationen bekräftigt.<sup>23</sup>

Bei verschiedenen Anlässen wurde der Regierung in Pretoria mit Nachdruck nahegelegt, entsprechend ihren Verpflichtungen aus Resolution Nr. 435 jede Maßnahme zu unterlassen, die die Durchführung der Sicherheitsratsresolution weiter erschwert oder behindert. Ich selbst habe mehrfach öffentlich klargestellt, daß Maßnahmen in Namibia, die nicht durch Res. Nr. 435 gedeckt sind, keinerlei Aussicht auf Anerkennung durch die Bundesrepublik Deutschland haben. Ich verstehe nicht, wie angesichts dieser klaren und eindeutigen Position im Zusammenhang mit der Einsetzung einer sog. „namibischen Interimsregierung“ von einer „Verschwörung“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika gesprochen werden kann.

Herr Präsident, unsere persönlichen Begegnungen<sup>24</sup> waren in der Vergangenheit für den gemeinsamen Dialog über die Zukunft Namibias von hohem Wert. Meiner Auffassung nach sollten wir vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in Namibia unseren Gedankenaustausch fortsetzen. Die 40. Generalversammlung der VN könnte eine Gelegenheit zur persönlichen Begegnung und zur Fortsetzung unserer Gespräche bieten.<sup>25</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Dietrich Genscher

#### **Referat 320, Bd. 138105**

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 839*

vom 29. September 1978 „die unverzichtbare Grundlage jeder Namibialösung“ bleibe. Nach dieser Resolution müsse „die Verfassung eines unabhängigen Namibias von Vertretern des namibischen Volkes erarbeitet werden, die in freien und fairen Wahlen zu wählen sind“. Die Bundesregierung werde „jede einseitige Maßnahme, die die südafrikanische Regierung im Hinblick auf die Einsetzung von Verfassungsinstitutionen und die Übertragung von Regierungszuständigkeiten in Namibia unternimmt, als null und nichtig betrachten“. Vgl. den Runderlaß Nr. 3011; Referat 320, Bd. 138105.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

<sup>23</sup> Präsident Nyerere hielt sich vom 21. bis 23. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 132.

<sup>24</sup> Bundesminister Genscher traf zuletzt am 18. Februar 1984 mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in Paris zusammen. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 49.

<sup>25</sup> Botschafter Disdorn, Luanda, informierte am 7. August 1985 über einen Besuch des Präsidenten der SWAPO in der Botschaft, bei dem Nujoma „den Empfang des Schreibens BM“ bestätigt und mitgeteilt habe, daß er am 16./17. September 1985 an einer Veranstaltung der Grünen in Bonn teilnehmen werde. Nujoma lasse anfragen, ob er während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik mit Bundesminister Genscher zusammentreffen könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 157; Referat 320, Bd. 138108.

Ein für den 17. September 1985 geplantes Treffen zwischen Genscher und Nujoma kam nicht zustande. Ministerialdirektor Haas führte jedoch am 17. September 1985 Gespräche mit Mitgliedern der SWAPO-Delegation, und Genscher traf am 27. September 1985 in New York mit dem Vertreter der SWAPO bei den Vereinten Nationen, Ben Gurirab, zusammen. Vortragender Legationsrat Hiller teilte am 3. Oktober 1985 mit, in den Unterredungen sei deutlich geworden, daß die SWAPO die Aussichten für eine baldige diplomatische Lösung des Namibia-Konflikts „äußerst pessimistisch“ bewerte. Vgl. den Runderlaß Nr. 7511; Referat 320, Bd. 138108.



## 160

**Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt**

114-12719/85 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 846

Citissime

Aufgabe: 12. Juni 1985, 18.30 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 12. Juni 1985, 20.01 Uhr

Betr.: Besuch des Ministerpräsidenten Späth in Warschau vom 9. bis 12.6.1985;  
hier: Gespräch mit General Jaruzelski am 11.6.1985 – 18.00 bis 19.20 Uhr

Der polnische Ministerpräsident Jaruzelski hat Ministerpräsident Späth am 11. Juni zu einem ausführlichen Gespräch empfangen. Auf deutscher Seite haben StS Kleinert und ich teilgenommen, auf polnischer Seite Vizeaußenminister Kucza.

Nach der Begrüßung führte Jaruzelski folgendes aus: Er sei erfreut darüber, daß Herr Späth Polen besuche. Man beobachte hier mit Interesse seine Tätigkeit als Regierungschef eines bedeutenden Landes der Bundesrepublik und seine politischen und wirtschaftlichen Erfolge. Sein Besuch in Polen setze einen wichtigen Akzent für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen.

In jüngster Zeit sei es zu einer Reihe von Begegnungen mit den politisch führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gekommen. Er denke an seine Begegnung mit dem Bundeskanzler<sup>2</sup> und mit BM Genscher<sup>3</sup> und an den Besuch von BM Bangemann zur Tagung der gemischten Wirtschaftskommission.<sup>4</sup> Es seien auch viele Treffen mit Vertretern der SPD zustande gekommen. Er gehe davon aus, daß MP Späth durch das Auswärtige Amt „den Stand des Dossiers“ kenne. Er wolle deshalb im heutigen Gespräch nur einige internationale und bilaterale Aspekte herausgreifen. Die deutsch-polnischen Beziehungen hätten eine europäische Dimension. Das ergebe sich aus der Geschichte und sei bedeutsam für Gegenwart und Zukunft. Wenn es nicht zur vollen Normalisierung der bilateralen Beziehungen komme, werde es auch Schwierig-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 13. Juni 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn W[eiß].“

Hat Vortragendem Legationsrat Weiß am 13. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Jaruzelski während seines Aufenthalts anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 67, Anm. 12.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 6. März 1985 in Warschau vgl. Dok. 56.

<sup>4</sup> Bundesminister Bangemann hielt sich anlässlich der Tagung der deutsch-polnischen Gemeinsamen Wirtschaftskommission vom 18. bis 22. März 1985 in Polen auf und traf auch mit Ministerpräsident Jaruzelski zusammen. Botschafter Röding, Warschau, berichtete am 26. März 1985, Jaruzelski habe für einen Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen plädiert und insbesondere die Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten erwähnt: „Niemand dürfe glauben, Polen wolle ‚Selbstmord begehen‘. Und es wäre Selbstmord, wenn Polen sich unterschriftlich zu Zahlungen verpflichtete, ohne die Sicherheit zu haben, seine Industrie so ausbauen zu können, daß die Schulden wirklich bezahlt werden könnten. [...] Dies sei eine ‚politisch-moralische‘ Thematik: Wenn die BR Deutschland die Initiative ergriffe, bei den anderen Ländern des Westens für Bedingungen einzutreten, daß Polen seine Industrie leistungsfähig machen könne, würde dies der ‚Sphäre der menschlichen Beziehungen sehr wohl tun‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 410; Referat 214, Bd. 133057.

keiten für die Normalisierung in Europa geben. Polen habe trotz seiner inneren Schwierigkeiten seine Stellung im sozialistischen Lager wieder aufgebaut. Man müsse mit Polen rechnen. Es werde immer mehr an Gewicht gewinnen. Auf der anderen Seite habe die Stimme der Bundesrepublik Deutschland großes Gewicht im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und der NATO. Die Zusammenarbeit unserer beiden Länder habe deshalb große Bedeutung für die Entwicklung in Europa. Wir hätten Einbrüche in unseren Beziehungen erlebt, ja sogar einen „Rückschritt“. Nun seien wir dabei, wieder aufzuholen. Das sei kein einfacher Prozeß. Wenn das „zarte Gewebe des Vertrauens“ zwischen unseren beiden Ländern beschädigt würde, komme „das Ganze ins Wanken“. Der Wiederaufbau des Vertrauens sei deshalb eine vorrangige Aufgabe. Die polnische Seite wünsche ihn. Die Polen seien zu lange Romantiker gewesen. Sie müßten Realisten werden. Nüchternheit und Pragmatismus könnten sie von den Deutschen lernen. Er wünsche, daß unsere Beziehungen auf fester Grundlage gebaut würden, auf der Grundlage gemeinsamer Interessen. Warschau sei an guten Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland interessiert und bemühe sich, Beweise guten Willens zu geben. Verschiedene Vertreter der Bundesrepublik Deutschland hätten das gleiche Interesse an guten Beziehungen zu Polen geäußert. Beide Länder könnten in den beiden Systemen Einfluß auf die Friedenssicherung in Europa nehmen.

Auch wirtschaftliche Gründe sprächen für die Zusammenarbeit. Polen sei trotz aller Schwierigkeiten ein wertvoller Partner. Es wolle seine Schulden zurückzahlen. Die Bundesrepublik Deutschland sei Hauptgläubiger Polens. Je schneller der „normale Rhythmus“ in der Wirtschaft wieder erreicht werde, desto schneller sei eine Normalisierung der Gesamtbeziehungen zu erreichen.

Er sage dies alles, um noch einmal zu unterstreichen, wie sehr er den Besuch von Herrn Späth in Polen begrüße. Dieser Besuch werde zur Stärkung des Vertrauens beitragen. Der Ministerpräsident erkundigte sich sodann, wie man „die polnische Lage von außen“ beurteile.

Ministerpräsident Späth dankte für den freundlichen Empfang und richtete die Grüße des Bundeskanzlers aus. Er habe mit dem BK und mit BM Genscher vor seinem Besuch noch einmal gesprochen. Wir sähen die Besonderheit des deutsch-polnischen Verhältnisses, auch für die europäische Entwicklung. Es sei wohl schwierig für Polen gewesen, die Lage nach dem Regierungswechsel bei uns<sup>5</sup> richtig einzuschätzen. Auch für uns sei es nicht immer einfach, die Entwicklung der Lage in Polen richtig zu beurteilen. Es gebe aber keinen Zweifel daran, daß die Bundesregierung und die CDU großes Interesse daran hätten, die deutsch-polnischen Beziehungen auf der Grundlage des Vertrages von 1970<sup>6</sup> auszubauen. Sie bildeten ein Kernstück unserer europäischen Beziehungen. Die

<sup>5</sup> In der Folge von Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten am 17. September 1982 die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Aussagen des BK in seinem Bericht zur Lage der Nation<sup>7</sup> und die Rede des Bundespräsidenten vom 8.5.85<sup>8</sup> seien präzise formuliert. Das sei eine vertrauensvolle Grundlage für die polnische Seite. Niemand brauche Sorgen zu haben, daß es bei uns einen nennenswerten Trend gebe, der eine andere Politik gegenüber Polen verfolge. Gerade in einer Zeit, in der die beiden Großmächte Schwierigkeiten miteinander hätten und in der die technologische Entwicklung zu internen Auseinandersetzungen führe, solle die Frage der europäischen Optionen über die Systemgrenzen hinweg ins Auge gefaßt werden.

Wir legten großes Gewicht auf Partnerschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen. Wir wünschten die Stärkung Polens. Dabei gehe es nicht in erster Linie um die Kreditfrage und die Zurückzahlung von Krediten. Aus Zusammenarbeit müsse Vertrauen wachsen. Das geschehe z. B. durch erweiterte Industriekooperation. Dann ließen sich auch die großen Probleme leichter lösen.

Er sehe eine Reihe von konkreten Ansätzen aus seinen Erfahrungen in Baden-Württemberg. Er denke an die Zusammenarbeit mit mittleren und kleinen Unternehmen.

Über die Frage der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen hinaus liege gerade der CDU daran, daß die persönlichen und damit auch die politischen Beziehungen zu Polen enger würden. Es gebe traditionelle, besonders enge Beziehungen der SPD zu Polen. Die CDU sei offen für alle Anregungen, die in dieser Hinsicht von polnischer Seite kämen.

Was die internationale Entwicklung angehe, so interessiere ihn die Meinung des polnischen Regierungschefs zu den Genfer Verhandlungen<sup>9</sup> und zu dem Problem, wie wir sie beeinflussen könnten.

Jaruzelski dankte für die freundliche Einstellung des MP zur bilateralen Wirtschaftszusammenarbeit. Er wisse diese Haltung hoch zu schätzen. Was die angesprochene internationale Problematik angehe, so werde sich in diesem Bereich entscheiden, wie sich die Lage in Europa weiter entwickeln werde: ob es zur Entspannung oder zur Steigerung der Spannungen kommen werde. Die Spannungen seien auf einem hohen Punkt angelangt. Wenn die Verhandlungen in Genf mit einem Fehlschlag endeten, bestünde die Gefahr der Zuspitzung. Nach polnischen Erkenntnissen verliefen die Verhandlungen leider nicht günstig. Nach den Shultz-Gromyko-Gesprächen<sup>10</sup> habe sich nicht viel bewegt. Er wolle nicht von einer Sackgasse sprechen. Aber vielleicht sei sie nahe.

Das wichtigste Problem sei SDI. Herr Späth sei über die polnische Meinung unterrichtet. Deshalb brauche man jetzt nicht in Einzelheiten zu gehen. Er befürchte, daß, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland und andere an diesem Unternehmen beteiligten, „ein Waggon mit hoher explosiver Ladung ins Rollen“ komme. Das könnte nicht ohne Konsequenzen bleiben. Der Rüstungswettlauf werde eine weitere Spirale haben. Die SU werde nicht zurückbleiben. Außer im Weltraum werde es auch in anderen Bereichen zu weiterem Wettlauf kommen.

<sup>7</sup> Zur Erklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 27. Februar 1985 vgl. Dok. 54, Anm. 7.

<sup>8</sup> Zur Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 vgl. Dok. 118, Anm. 34.

<sup>9</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 106.

<sup>10</sup> Zum Treffen des sowjetischen Außenministers Gromyko mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland wüßten wohl, welches Waffenarsenal ihr Land darstelle. Sie stünden, so sei einmal formuliert worden, „bis zu den Knien im Benzin“. Nirgendwo in der Welt, nicht einmal in der DDR, gebe es eine ähnliche Waffenanhäufung. Die Bundesrepublik Deutschland sollte also besonders interessiert sein, die Anhäufung weiterer Waffengattungen zu blockieren. Er wolle nicht auf die Dislozierung der Cruise Missiles und Pershing II<sup>11</sup> zurückkommen. Das seien Fakten, die wohl nicht mehr rückgängig zu machen seien und die eine entsprechende Reaktion der anderen Seite<sup>12</sup> hervorgerufen hätten. Auf die Andropow- und Gorbatschow-Vorschläge fehle jegliche Antwort von westlicher Seite. Die Arithmetik der Raketen scheine politisch determiniert. Mit den Waffen von heute könne man die Welt hundertmal in die Luft sprengen. Sei es verwunderlich, daß in Polen viele voller Unruhe sind, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Startfeld für Raketen ist? Aber diese Unruhe scheine ja auch viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland erfaßt zu haben, wie die zahlreichen Friedensdemonstrationen zeigten.

Was können unsere Länder tun? Polen unterstütze als Mitgliedstaat des Warschauer Paktes die Reduzierung und die Einfrierung von Rüstungen. Polen habe immer große Initiativen in diesem Feld ergriffen. Er erinnere an den Rapacki-<sup>13</sup> und Gomulka-Plan<sup>14</sup>. Wären diese Pläne damals akzeptiert worden, sähe es heute um die Sicherheit Europas anders aus. Der Rüstungswetlauf habe die Sicherheit Europas verringert. Polen kenne die Haltung der Bundesregierung und der NATO. Warschau sehe die Probleme nicht schwarz-weiß, etwa in dem Sinn, daß Polen den Frieden wolle „und ihr den Krieg“. Sicher wollten wir alle den Frieden. Aber Polen wünsche den Frieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der Gleichheit der Kräfte. Deshalb verstehe man hier nicht, weshalb die Vorschläge des Warschauer Pakts nicht berücksichtigt würden.

Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern seien eine Funktion der allgemeinen Beziehungen und sie wirkten umgekehrt auf die Ost-West-Beziehungen.

In einer besonders schwierigen Phase für Polen habe die Bundesregierung eine Haltung eingenommen, „die wir bis heute mißbilligen müssen“. Über die fundamentale Bedeutung des Vertrages von 1970 habe der Ministerpräsident bereits

<sup>11</sup> Zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. Dok. 116.

<sup>12</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>13</sup> Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki der VN-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus Polen, der Tschechoslowakei und den beiden Teilen Deutschlands bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte Rapacki seine Vorstellungen ausführlich in einem Memorandum. Eine modifizierte Version des Rapacki-Plans, in der als erste Stufe ein Einfrieren des Atomwaffenpotentials im Vertragsgebiet und als zweite Stufe eine Denuklearisierung sowie Truppenreduzierungen vorgesehen waren, wurde am 4. November 1958 vorgelegt. Für den Wortlaut der Vorschläge vgl. DzD III/3, S. 1681–1686. Vgl. ferner DzD III/4, S. 529–533 und S. 1859 f.

Eine Neufassung der Vorschläge wurde am 28. März 1962 vorgelegt. Vgl. dazu AAPD 1962, I, Dok. 143.

<sup>14</sup> Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gomulka, äußerte am 28. Dezember 1963 auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf die Absicht, einen Vorschlag über das „Einfrieren“ der nuklearen Rüstung in Mitteleuropa zu unterbreiten. Am 29. Februar 1964 legte die polnische Regierung ein Memorandum vor, in dem vorgeschlagen wurde, daß in ein die Bundesrepublik, die ČSSR, die DDR und Polen umfassendes Gebiet keine weiteren Atomwaffen eingeführt und diese dort auch nicht produziert werden sollten. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 61.

einen breiten Meinungsaustausch geführt. Aber es gehe um die „Verletzung einer Konvention“, weil sich die Bundesrepublik Deutschland den Sanktionen der USA<sup>15</sup> angeschlossen habe.

<sup>16</sup>Er habe schon von dem delikaten Vertrauensgewebe unserer Beziehungen gesprochen. Die Konjunktur in den 70er Jahren sei gut gewesen. Zu Beginn der 80er Jahre habe es Polen tiefgreifend verletzt, daß wir versucht hätten, uns in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen und Polen „gewisse Haltungen aufzuzwingen, die im Widerspruch zu seiner Souveränität stehen“. Er habe den Bundesminister des Auswärtigen beim letzten Gespräch an dessen Besuch im Jahre 1981<sup>17</sup> erinnert. Damals sei die Lage sehr angespannt, ja gefährlich gewesen. Herr Genscher habe damals auf seine – Jaruzelskis – Erläuterungen hin erklärt, daß es sehr schlecht wäre, wenn sich irgend jemand von außen einmischen würde. Polen müsse seine Schwierigkeiten aus eigener Kraft lösen. Als dann im Dezember 1981 die polnische Regierung ihre Maßnahmen habe treffen müssen, um aus eigener Kraft der Gefahr zu begegnen<sup>18</sup>, hätte der Westen Restriktionen verhängt. Dazu abgegebene Erklärungen hoher Vertreter der Bundesrepublik Deutschland seien in Polen genau verfolgt worden.

Ebenso allerdings verfolge man genau, was der Bundespräsident und der Bundeskanzler in jüngster Zeit erklärt hätten, Erklärungen, an die Herr Späth erinnert habe. Gleichzeitig stelle man in Warschau mangelnde Kontinuität und Spaltung in Regierungskreisen auf unserer Seite fest. Einige hochgestellte Persönlichkeiten nähmen entgegengesetzte Standpunkte ein. Was sei davon Taktik, was Strategie?

Polen habe wirtschaftliche Probleme. Es sei erfreulich, daß Herr Späth die Notwendigkeit der Zusammenarbeit unterstrichen habe. Er nehme an, daß Herr Späth seinen Vorschlag gemacht habe in seiner dreifachen Funktion, nämlich als Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, als stellvertretender Vorsitzender der CDU und als Präsident des Bundesrates<sup>19</sup>. Eine Reihe von Schritten zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei schon unternommen, die hoffentlich in die richtige Richtung führen würden. Der stellvertretende Ministerpräsident Szalajda sei heute in die Bundesrepublik Deutschland gereist und werde dort hoffentlich erfolgreiche Gespräche führen.<sup>20</sup> Polen wolle

<sup>15</sup> Zu den von den USA verhängten Sanktionen gegen Polen vgl. Dok. 56, Anm. 5.

<sup>16</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 847 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

<sup>18</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

<sup>19</sup> Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth war vom 1. November 1984 bis 31. Oktober 1985 Bundesratspräsident.

<sup>20</sup> Am 23. Mai 1985 legte Ministerialdirektor Ungerer dar, daß der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Szalajda „auf Einladung von BM Dr. Bangemann und Herrn Berthold Beitz an der Spitze einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation (darunter sechs Vizeminister) vom 10. bis 15. Juni 1985 die Bundesrepublik Deutschland“ besuchen werde. Geplant seien vor allem „Besuche bei namhaften deutschen Unternehmen (u. a. Krupp, Thyssen, Mannesmann, Siemens)“. Vorgesehen seien Gespräche mit Bangemann, Bundesminister Schäuble und Bundestagspräsident Jenninger, außerdem habe die polnische Seite um Gespräche mit den Bundesministern Genscher und Stoltenberg gebeten. Vgl. Referat 214, Bd. 133047.

Szalajda hielt sich vom 10. bis 14. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Genscher am 14. Juni 1985 vgl. Dok. 161, Anm. 11.

ein solider Partner sein. Die wirtschaftliche Lage in Polen normalisiere sich allmählich. In den letzten beiden Jahren sei das Nationaleinkommen um zwölf Prozent gestiegen. Es habe aber noch nicht wieder das Niveau von vor der Krise erreicht. Noch vor zwei Jahren habe man 17 Artikel rationalisieren müssen, jetzt seien es nur noch Fleisch und Zucker. Im Herbst solle Zucker freigegeben werden. Das klinge für ein Land im Zentrum Europas im Jahre 1985 vielleicht wenig ehrgeizig, aber im Hinblick auf den Ausgangspunkt Ende 1981 sei dies ein großer Fortschritt. Ende 1981 sei die Wirtschaft Polens auf dem Punkt gewesen, völlig auseinanderzufallen. Man könne eine Wirtschaft nicht in zwei Jahren völlig in Ordnung bringen. Es komme auf die richtige Richtung an. Die polnische Regierung habe eine kühne Wirtschaftsreform eingeleitet. Diese gehe im Vergleich mit anderen sozialistischen Ländern sehr weit. Sie müsse unter schwierigen Bedingungen ausgeführt werden. Das erfordere Mut. Die Beziehungen mit dem Westen seien in der Restriktionsphase sehr zurückgegangen, der Import sei um 50 Prozent gefallen, die Kooperation praktisch unterbrochen worden. Dennoch habe seine Regierung die Reform begonnen. Der Entschluß habe sich bewährt. Die Ergebnisse wären noch günstiger, wenn die Reform nicht unter so negativen Startbedingungen gestanden hätte. Zum Trotz werde es allen möglichen Spekulationen in der westlichen Presse keine Abkehr von der Reform geben.<sup>21</sup> Sie sei in einer großen Tagung vor kurzem bestätigt worden.<sup>22</sup> Die Reform werde nur aufgrund der gesammelten Erfahrungen modifiziert, um sie noch effektiver zu machen.

Die polnische Regierung bevorzuge zur Zeit die Entwicklung kleinerer und mittlerer Unternehmen, die Reform bewähre sich gerade in diesem Feld am besten. Aber gleichzeitig benötige man „gewisse Glieder, die den technischen Fortschritt fördern, eine Aufgabe, die im westlichen System Konzerne übernehmen“. Man müsse Einheiten schaffen, die im Bereich der Technologie und Forschung große Durchschlagskraft hätten, um die „Eingriffe der Zentrale noch weiter beschränken zu können und Unternehmen, die keine strategischen Aufgaben erfüllen, in vollem Umfange selbständig zu machen.“

Wenn es uns interessiere, könnten polnische Experten diese Maßnahmen erläutern. Ein besonderes Problem, mit dem sich auch schon das ZK befaßt habe, sei das der besseren Ausbildung der technischen Intelligenz. Es gebe in Polen offenbar relativ mehr Ingenieure als bei uns, sie würden nur nicht optimal genutzt. Er greife hier auch Anregungen von Herrn Beitz auf.

Eine intensivere Zusammenarbeit der Unternehmen solle beim Szałajda-Besuch besprochen werden. Hier könne eine gute Basis entstehen.

<sup>21</sup> So in der Vorlage.

<sup>22</sup> Gesandter Graf von Brühl, Warschau, berichtete am 24. Mai 1985 über die Tagung des Regierungsausschusses für Wirtschaftsreform unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Jaruzelski, der selbst „in sehr offener Form zur Reform Stellung genommen“ habe: „Er verlangt, daß ohne Scheu auch darüber diskutiert wird, warum die Reform bisher nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht hat.“ Inzwischen sei ein zwanzigseitiger Fragebogen zur Implementierung der Wirtschaftsreform veröffentlicht worden, der sich „an Firmen, Gewerkschaften, Selbstverwaltungsgremien, Verwaltungsgremien und Parteigliederungen“ richte und der Vorbereitung einer nationalen Wirtschaftskonferenz diene, „die ursprünglich Ende Mai stattfinden sollte, vermutlich jedoch verschoben werden muß“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 734; Referat 214, Bd. 133057.

Im übrigen werde der Dialog mit den westeuropäischen Ländern und mit Japan immer intensiver. Heute treffe AM Abe zu einem Besuch ein.<sup>23</sup> Vor kurzem seien Vertreter großer japanischer Konzerne in Polen gewesen und von ihm empfangen worden. Die Zusammenarbeit mit Italien lasse sich gut an (Fiat, Schwefel). Neue Verbindungen zu Großbritannien seien eingeleitet. Die Kooperation mit den osteuropäischen Ländern und vor allem mit der Sowjetunion schreite fort. Auch mit China und Indien komme Polen stärker ins Gespräch. In dieser Gesamtkonstruktion der Beziehungen sollte Zusammenarbeit ihren Platz haben. Sie diene, stärker als Worte dies vermöchten, der Stärkung des Vertrauensgewebes.

Die Beziehungen zur DDR seien gut. Jaruzelski fuhr wörtlich fort: „Wir konsultieren uns, wir agieren im gemeinsamen Interesse, wir treffen keine Entscheidung ohne enge Konsultationen mit der DDR. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Der Jugendaustausch entwickelt sich rasch (im letzten Jahr etwa 300 000 Jugendliche). Zahlreiche Industrieunternehmen arbeiten zusammen. Das ist ein klarer Beweis gegen die These, wir seien übersensibel gegenüber dem deutschen Volk. Wir wissen, daß dieses Volk viele Dichter und Denker hervorgebracht hat. Wir wissen auch, daß dieses Volk das erste Opfer des Nazismus gewesen ist. Es wird Zeit, daß wir alles, was in unserer gemeinsamen Geschichte gut war, für die Zukunft nutzen. Ich bin davon überzeugt, daß wir dadurch unseren Völkern, aber auch Europa einen Dienst erweisen. Wenn wir auf alles, was in Deutschland geschieht, reagieren, so nicht deshalb, weil wir übersensibel sind, sondern weil wir im Herzen Europas liegen. Wir wollen deutsch-polnische Modellbeziehungen unterhalten, die dem Frieden in Europa dienen. Deshalb nehmen wir alles zur Kenntnis, was diesem Ziel dient, aber wir sind unachgiebig gegenüber allem, was diesem Ziel schadet.“

Jaruzelski bat, dem Bundeskanzler und den Bundesministern Genscher und Bangemann seine Grüße auszurichten.

Ministerpräsident Späth erklärte, leider bliebe ihm wegen der fortgeschrittenen Zeit nur Raum für einige kurze Bemerkungen. Zur technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit habe er bereits eine Einladung an polnische Fachleute zum Besuch baden-württembergischer Einrichtungen ausgesprochen. Vor allem empfehle sich, den technologischen Transfer von Instituten zu kleinen Unternehmen zu studieren.

Was das sensible Geflecht unserer Beziehungen angehe, so sei der polnischen Seite bekannt, daß die Bundesregierung im Kreise ihrer Partner darauf gedrängt habe, die Beziehungen zu Polen zu normalisieren. Wir verstünden auch, daß Polen aus einer historischen Erfahrung heraus sensibel reagieren, aber es treffe uns, wenn wir von polnischer Seite als Revisionisten bezeichnet würden, als ob von Deutschland jemals wieder eine andere als eine friedliche Entwicklung ausgehen könnte. Von Zeit zu Zeit sei wohl der Einfluß des Fernsehens zu spüren, was den Eindruck erwecken könne, als ob die eigentliche Politik von der Straße ausginge. Er biete noch einmal an, die Verbindung mit der CDU enger zu gestalten. Die Führung der Partei und die Partei teilten die Position, die

<sup>23</sup> Der japanische Außenminister Abe besuchte Polen am 10./11. Juni 1985.

der Bundeskanzler präzise beschrieben habe. Er verweise auch noch einmal auf die Äußerungen des Bundespräsidenten aus jüngster Zeit.

Die drängende Zeit erlaube ihm nicht, auf die internationale Lage einzugehen. Er wolle nur die Feststellung treffen, daß die technologische Entwicklung von uns fordere, über europäische Optionen gemeinsam nachzudenken. Es bestehe die Gefahr, daß wir von Japan und den USA abgehängt würden.

Ministerpräsident Späth schloß mit der Feststellung: Wir wünschten, daß aus dem empfindlichen Gewebe unserer Beziehungen ein stabiles Netz wird, das die Freundschaft unserer beiden Völker trägt.

Jaruzelski wünschte Herrn Späth Erfolg. Er sei ein Mann der Zukunft. Diese Zukunft solle eine Zukunft der deutsch-polnischen Freundschaft sein.

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 13462 (214)**

## 161

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Botschafter Olechowski

**214-321.32 POL**

**13. Juni 1985<sup>1</sup>**

BM ließ am 13.6.1985 kurzfristig Botschafter Olechowski einbestellen und führte mit ihm ein knapp halbstündiges Gespräch.

*BM:* Er wolle mit dem Botschafter eine Angelegenheit besprechen, die ihn sehr besorgt stimme und die deshalb sehr ernsthaft erörtert werden müsse. Er – BM – habe mit großer Aufmerksamkeit die Berichte über den Polen-Besuch von MP Späth<sup>2</sup> verfolgt und glaube, daß dieser Besuch nicht nur wichtig war, sondern in Verlauf, Substanz und hiesigem Echo sehr positiv verlaufen sei – insgesamt ein wichtiger Beitrag zur günstigen Ausgestaltung unserer Beziehungen.

Bei diesem Besuch sei auch gesprochen worden über die Reise von Dr. Dregger, MdB.<sup>3</sup> Er – BM – bitte, dieses Reisevorhaben in seiner Bedeutung nicht zu un-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 14. Juni 1985 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 19. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth vom 9. bis 12. Juni 1985 in Polen vgl. Dok. 160.

<sup>3</sup> Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger plante vom 17. bis 27. Juli 1985 einen privaten Besuch in Polen. Am 22. Mai 1985 teilte er Ministerialdirektor Pfeffer mit, daß Termine für Gespräche mit dem polnischen Außenminister Olszowski und dem Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Barcikowski, inzwischen bestätigt seien, nicht jedoch der ebenfalls beantragte Termin bei Ministerpräsident Jaruzelski. Vgl. die Aufzeichnung von Pfeffer vom selben Tag; Referat 214, Bd. 133027.

Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 11. Juni 1985 über ein Gespräch des baden-württember-



terschätzen. Der Botschafter habe BM Schäuble mitgeteilt, daß Dr. Dregger in Polen keine Gesprächspartner bekommen werde.<sup>4</sup> Daß MP Späth nach einer derartigen Mitteilung nach Polen gereist sei, bedeute nicht, daß er sich vom Reisevorhaben Dr. Dreggers in irgendeiner Weise distanzieren, sondern zeige, daß die Union trotz allem interessiert ist, den Gesprächskontakt mit Polen zu verstärken. Denn natürlich sei MP Späth nicht nur als Regierungschef eines Bundeslandes, sondern auch als Mann seiner Partei gereist.

Er – BM – bitte nun den Botschafter sehr, seiner Führung nahezubringen, daß diese die Einschätzung des Besuchs von Dr. Dregger noch einmal überprüfe. Er rate dringend, Dr. Dregger zu empfangen und offen über die Fragen zu sprechen, in denen man möglicherweise unterschiedlicher Meinung sei. Sein Gefühl sei, daß die Meinungen gar nicht so unterschiedlich seien – im persönlichen Gespräch stelle man manchmal fest, daß Meinungsunterschiede hinterher gar nicht so gravierend seien, wie es vorher geschienen habe.

Dr. Dregger sei schließlich Vorsitzender der stärksten Fraktion des Deutschen Bundestages, und auch in Warschau solle man ihn in dieser Funktion sehen. Man solle vermeiden, daß sich neue Schatten bilden, die wir nicht wollten und die auch die polnische Seite nicht wolle. In diesem Sinn bitte er darum, Warschau noch einmal mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Botschafter kenne sein Interesse, daß die deutsch-polnischen Beziehungen sich ordentlich entwickeln. Er – BM – möchte neue Probleme vermieden sehen – insbesondere, wenn es sich um überflüssige handele.

Botschafter *Olechowski* erwidert, vor einigen Monaten sei die Initiative Dr. Dreggers in Warschau mit gewissem Interesse aufgenommen worden, auch was die polnischen Gesprächspartner betreffe. Seine Botschaft habe vorgeschlagen, daß AM Olszowski erster Gesprächspartner sein solle, auch gewisse andere Ideen habe man gehabt. Ein Treffen mit MP Jaruzelski sei jedoch von vornherein nicht möglich gewesen, weil es in Warschau nicht Tradition sei, daß man touristische Besucher auf diesem Niveau empfangen. Andere Mitglieder der Führung seien aber sehr wohl bereit gewesen, mit Dr. Dregger Gespräche zu führen.

Inzwischen aber seien gewisse neue Probleme entstanden – die natürlich auch in Warschau als Probleme gesehen würden: insbesondere durch die Rede von Dr. Dregger am 28.4.1985 bei einem Vertriebenenentreffen.<sup>5</sup> In dieser Rede seien

*Fortsetzung Fußnote von Seite 848*

gischen Ministerpräsidenten Späth mit dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des polnischen Parlaments, Wojna. Dieser habe zu dem „touristischen Besuch“ von Dregger ausgeführt, da eine „Begegnung von Abgeordneten des Sejm mit Herrn Dregger [...] die erwünschte deutsch-polnische Verständigung nicht vorwärtsbringen“ werde, seien keine Gespräche vorgesehen: „Das dürfte von der CDU nicht als Geste bösen Willens gesehen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 840; VS-Bd. 13462 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Der polnische Botschafter Olechowski führte am 4. Juni 1985 gegenüber Bundesminister Schäuble aus, er habe „die Zusage aus Warschau bekommen, daß Herr Dregger alle Gesprächspartner in Warschau bekommen werde, die er wünsche. Lediglich ein Gespräch mit General Jaruzelski sei nicht möglich. [...] Am 28.4. habe Herr Dregger auf einem Vertriebenenentreffen ganz ‚schreckliche‘ Äußerungen gemacht. [...] Die polnische Seite frage sich nunmehr, welchen Sinn Gespräche mit Herrn Dregger haben sollen, nachdem dieser die Atmosphäre derart vergiftet habe. In Warschau wolle eigentlich niemand mit ihm sprechen.“ Bei politischen Gesprächen würde es voraussichtlich „zum Eklat kommen“. Als Tourist sei Dregger jedoch willkommen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133040.

<sup>5</sup> Über die Ausführungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger am 28. April 1985 auf einer Kundgebung des Bundes der Vertriebenen wurde in der Presse berichtet, Dregger habe argumen-

„sehr schwierige Formulierungen“ enthalten – manche in Warschau betrachteten diese als „unmögliche Formulierungen“. Diese Formulierungen ließen mit völliger Klarheit erkennen, welche Linie Dr. Dregger in Polen vertreten werde. Diese Linie müsse sehr starke, unangenehme Antworten hervorrufen. Deshalb sei die erste Frage, wozu ein solches Treffen dienen könnte und wem.

Wenn BM die Möglichkeit der Verbesserung der Beziehungen unserer Staaten anspreche, so sei dies auch für die Polen wichtig. Man habe in diesem Jahr gut begonnen: BM-Besuch in Warschau<sup>6</sup>, Treffen BK/MP Jaruzelski in Moskau<sup>7</sup>, Warschau-Besuche von BM Bangemann<sup>8</sup>, MP Späth, Besuch von Vize-PM Szałajda<sup>9</sup> – gerade mit dieser Reise sei man polnischerseits sehr zufrieden und bemühe sich, diese gute Tendenz aufrechtzuerhalten.

Deshalb müsse man sich in der Tat fragen, wozu politische Gespräche mit Dr. Dregger dienen sollten, wenn seine Formulierungen in derselben Weise beantwortet werden müßten.

*BM* wirft ein, man solle doch mit Dr. Dregger einfach reden!

Botschafter *Olechowski* fährt fort, es gehe nicht nur um unterschiedliche Meinungen und Stellungnahmen. Einige der Formulierungen Dr. Dreggers stellten gewisse Beleidigungen dar. Der Botschafter zitiert hierzu aus der Rede Dr. Dreggers:

- Passage zur Revanchismus-Kampagne „unsere Versöhnungsbereitschaft ... mit Haß beantwortet“,
- Verzicht auf Feststellung, daß deutsche Frage offen sei, würde bedeuten, daß osteuropäische Staaten „hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden“,
- Kriegsende nicht nur Sieg über Nazismus, sondern zugleich Sieg der roten Diktatur in den Ländern Osteuropas, Triumph Stalins,
- mit der Roten Armee seien 1945 „Führungskader“ einmarschiert.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 849*

tiert, daß mit dem 8. Mai 1945 „kein Schlußstrich unter die deutsche Frage gezogen“ worden sei: Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 sei „völkerrechtlich nicht aufgelöst und ausgelöscht“. Vgl. den Artikel „Dregger: Die deutsche Frage offenhalten“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. April 1985, S. 4.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner vermerkte am 31. Mai 1985, der polnische Gesandte Sedziwy habe in einem Gespräch am Vortag auf „einige für Polen beleidigende Passagen“ in der Rede von Dregger hingewiesen, „etwa in dem Sinn, die polnische Regierung sei ein ‚dem Volk aufgezwungenes Regime‘; nach dem 8. Mai 1945 habe es eine Katastrophe für einige Völker Europas gegeben, nicht nur für das deutsche, sondern auch für das polnische; wenn deutsche Rechtspositionen aufgegeben würden, sei dies nicht nur von Belang für die Lage Berlins [...], sondern bedeute auch, daß die Polen, Tschechen, Ungarn und andere Völker Osteuropas für immer hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘ verschwänden“. Vgl. Referat 214, Bd. 133027.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 6. März 1985 in Warschau vgl. Dok. 56.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Jaruzelski während seines Aufenthalts anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 67, Anm. 12.

<sup>8</sup> Zum Besuch des Bundesministers Bangemann vom 18. bis 22. März 1985 in Polen vgl. Dok. 160, Anm. 4.

<sup>9</sup> Zum Besuch des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda vom 10. bis 14. Juni 1985 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 160, Anm. 20.

Dies, so der Botschafter, ziele auf Jaruzelski selbst, der als junger Offizier in der Ersten polnischen Armee zusammen mit der sowjetischen Armee an der Befreiung Polens teilgenommen habe.

*BM* wirft ein, das habe Dr. Dregger doch gar nicht gemeint.

Der *Botschafter* faßt zusammen: Man habe sicher keine Angst, mit jemandem zu diskutieren, der eine andere Meinung vertrete. Hier aber fühlten Jaruzelski und mit ihm die polnische Führung sich beleidigt. Bei aller Sorge, unsere Beziehungen nicht zusätzlich zu belasten, müsse er bei seiner Frage bleiben: Wozu sollten solche Gespräche nützen?

*BM* insistiert, man solle doch mit Dr. Dregger darüber reden. In unserer Tätigkeit – als Botschafter, Außenminister – habe man ständig die Aufgabe, miteinander zu reden, auch wenn die Probleme noch so groß erscheinen. Man müsse immer reden!

Wie immer man in Warschau das einschätze, was Dr. Dregger angeblich gesagt habe, so könne er nur raten, mit ihm darüber zu sprechen. Der Botschafter müsse wissen, wenn jemand aus Polen mit vergleichbarem politischem Gewicht hierher komme, werde er Gesprächspartner finden, ob er nun privat oder offiziell hierher komme (anschließend kurzer Austausch über Charakter der Reise Dr. Dreggers).

*BM* faßt zusammen: Er bitte noch einmal nach Warschau zu berichten, daß man neu erwägt, weil er – *BM* – nicht wolle, daß über diese Frage neue Probleme entstünden. Der Botschafter möge dazu sagen, daß das heutige Gespräch getragen sei von Verständigungsbemühen und Besorgnis – selbstverständlich gehe es nicht um Druckausübung, denn die polnische Regierung müsse souverän entscheiden, wen sie empfange. Jedoch trügen beide Regierungen Verantwortungen, die Beziehungen zu verbessern. Aus dieser Verantwortung habe er – *BM* – heute gesprochen.

Der *Botschafter* erkundigt sich, ob während des Besuchs von MP Späth über den Polen-Besuch Dr. Dreggers gesprochen worden sei.

*BM* zitiert aus einem Vermerk über Gespräche von Abgeordnetem Wojna mit StS Kleinert und Gesandtem Graf Brühl sowie VAM Kucza mit StS Kleinert, ferner die diesbezügliche Passage über das Gespräch MP Späth/Politbüromitglied Czyrek<sup>10</sup>.

*BM* bestätigt anschließend den morgigen (Freitag, 14.6.1985, 9.00 Uhr) Termin mit Stv. MP Szałajda<sup>11</sup> und bittet den Botschafter, Szałajda voranzukündigen, daß er sich nach Fragen der Zusammenarbeit EG/RGW erkundigen werde. Da-

<sup>10</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Czyrek, äußerte am 10. Juni 1985 gegenüber dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth zu dem geplanten Besuch des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger in Polen: „Er – Czyrek – sehe keine Plattform, auf der man mit ihm zur Verständigung kommen könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 854 des Botschafters Pfeffer, Warschau; VS-Bd. 13462 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> In der Unterredung mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda am 14. Juni 1985 plädierte Bundesminister Genscher erneut dafür, daß die polnische Regierung mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger Gespräche führen solle. Szałajda erwiderte, er teile zwar die Ansicht, daß man auch mit dem reden solle, „der andere politische Meinungen hat; wenn diese politische Meinung jedoch Beleidigung sei – gebe es da eine Grundlage für Gespräche?“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, 133027.

zu habe ja der polnische Botschafter in Brüssel dem Präsidenten der EG-Kommission ein Schreiben überreicht<sup>12</sup>; das Thema sei ferner beim EG-AM-Treffen in Stresa diskutiert worden<sup>13</sup>, wo sich AM Andreotti und später Staatspräsident Pertini sehr positiv dazu geäußert hätten.

Botschafter *Olechowski* antwortet mit einer ersten Bewertung des Besuchs von Stv. MP Szalajda: Die Firmenkontakte seien sehr konstruktiv und sachlich verlaufen. Es zeige sich jedoch immer wieder das Problem, daß industrielle Kooperation nur dann wieder angeknüpft bzw. neu aufgenommen werden könne, wenn auch über die Kreditfrage – Wiedereröffnung der Hermes-Garantien – Klarheit geschaffen sei. Dazu reiche der von BM Bangemann in Warschau genannte Rahmen von 100 Mio. DM<sup>14</sup> nicht aus. Auch dieses Thema werde Stv. MP Szalajda morgen anschneiden.<sup>15</sup>

#### Referat 214, Bd. 133027

<sup>12</sup> Gesandter Heinichen, Brüssel (EG), übermittelte am 17. Juni 1985 den Text eines Schreibens des Sekretärs des RGW, Sytschow, an EG-Kommissionspräsident Delors, das vom polnischen Botschafter in Brüssel, Matosek, am 14. Juni 1985 übergeben worden sei. Der Vertreter der EG-Kommission habe dazu mitgeteilt, daß eine Gemeinsame Erklärung über die Aufnahmen von Beziehungen zwischen EG und RGW vorgeschlagen werde. Offenbar mache damit der RGW „Abschluß eines Abkommens EG – RGW nicht mehr zur Voraussetzung für Herstellung „offizieller“ Beziehungen zwischen EG und RGW“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1749; Referat 213, Bd. 139378. Vgl. dazu auch BULLETIN DER EG 6/1985, S. 98 f.

<sup>13</sup> Ministerialdirigent Trumpf legte am 11. Juni 1985 dar, daß die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am ersten Tag ihres informellen Treffens am 8./9. Juni 1985 in Stresa über „die Wiederanknüpfung von Kontakten zwischen der Gemeinschaft und dem COMECON“ gesprochen hätten: „Hierzu sind die Politischen Direktoren um eine gründliche Analyse gebeten worden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136102.

<sup>14</sup> Der polnische Botschafter Olechowski wies Bundesminister Genscher bereits in einem Gespräch am 10. Mai 1985 darauf hin, „daß Stellungnahme des BM in dieser Kreditfrage heute sehr wichtig sei. Was die Bundesregierung – BMWi Bangemann in Warschau – bisher vorgeschlagen habe, nämlich 100 Mio. DM, sei weit von dem entfernt, was Polen vorgeschlagen und erwartet habe“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133040.

<sup>15</sup> Der geplante Besuch des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger in Polen war am 1. Juli 1985 erneut Thema eines Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Botschafter. Genscher wies Olechowski darauf hin, daß es für eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen „nicht hilfreich“ sei, „wenn von polnischer Seite zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Gesprächspartnern unterschieden würde“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133027.

Am 3. Juli 1985 teilte Olechowski Staatssekretär Meyer-Landrut mit, es gebe „keine Änderung in der Stellungnahme seiner Regierung“. Meyer-Landrut hob hervor, er „müsse dem Botschafter mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir erschüttert seien, mit welcher Leichtfertigkeit die polnische Regierung diese Bitte der Bundesregierung behandle. So dürfe man nicht miteinander umgehen.“ Trotz des Einsatzes zweier Bundesminister und einer Reihe weiterer Demarchen habe die polnische Regierung „die Sache nicht nur als ‚quantité négligeable‘ weggewischt, sondern der Sprecher der polnischen Regierung, Jerzy Urban, sei nun mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gegangen [...]“. Dies sei eine Einmischung der größten Art, darüber hinaus würden Zensuren an Politiker verteilt, was im internationalen Verkehr unter zivilisierten Staaten nicht üblich sein sollte.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133027.

Dregger bereiste Polen vom 18. bis 27. Juli 1985.

## 162

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl****201-363.26-986/85 VS-vertraulich****13. Juni 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung für Besprechung am 14.<sup>4</sup> Juni 1985

Betr.: Strategische Verteidigungsinitiative (SDI);

hier: Verteidigungspolitische Konsequenzen aus europäischer Sicht

I. Die Fragen, die sich hinsichtlich der strategischen Auswirkungen der SDI für Europa stellen, sind Gegenstand der Erörterungen in der interministeriellen Unterarbeitsgruppe „Strategische Implikationen der SDI“.<sup>5</sup> Das BMVg hat in der letzten Sitzung dieser UAG am 7. Juni 1985 eine erste Überlegung der Arbeitsebene in Form von zehn Thesen hierzu mündlich vorgetragen, die etwa wie folgt lauten:

- 1) Für die Sicherheit Westeuropas ist und bleibt es erforderlich, einen Gegner von der Notwendigkeit zu überzeugen, von einer Aggression abzulassen.
- 2) Westeuropa wird vom konventionellen und nuklearen Potential der SU, insbesondere von deren überlegenem Potential von ballistischen Raketen, sowie von deren Flugzeugen und Marschflugkörpern (Cruise Missiles – CM) bedroht.
- 3) Bei einem zeitgleichen Aufbau von SDI-Systemen in den USA und der SU würden ballistische Raketen bis zur Mittelstrecke zunehmend neutralisiert. Für Westeuropa bestünde eine Folge darin, daß das Nuklearpotential (der verbündeten USA, ggfs. auch von F und GB) an Wirkung einbüßt. Bestehende Disparitäten gewännen an Gewicht.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 14. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 16. Juni 1985 vorgelegen, der Staatssekretär Meyer-Landrut um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 17. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Meyer-Landrut verfügte und dazu vermerkte: „Der Herr Minister bittet um Rücksprache.“

Hat Meyer-Landrut am 1. Juli 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 1. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 13. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Das Datum „14.“ wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „20.“

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter legte am 17. April 1985 dar, daß das Auswärtige Amt am Vortag in der interministeriellen SDI-Arbeitsgruppe im Bundeskanzleramt die Bildung einer politisch-strategischen und einer technischen Unterarbeitsgruppe angeregt habe. Näheres solle am 22. April 1985 beraten werden. Vgl. Referat 201, Bd. 151241.

Der Bundessicherheitsrat beschloß am 7. Mai 1985 auf Vorschlag des Bundesministers Genscher, „drei Untergruppen zu bilden: für politische Fragen (Vorsitz: AA); für strategisch-militärpolitische Fragen (Vorsitz: BMVg); für technologisch-wirtschaftspolitische Fragen (Vorsitz: BMVg, nachdem es BMFT abgelehnt hatte, den Vorsitz zu übernehmen).“ Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 11. Juli 1985; Referat 220, Bd. 130135.

4) Die USA haben sich mit SDI das Ziel gesetzt, Möglichkeiten für den Schutz des eigenen Territoriums zu untersuchen. Sie haben ferner die politische Absicht erklärt, auch Europa mit einzubeziehen.

5) Die SS-20-Raketen sind ihrem Flugcharakter nach mit ICBM vergleichbar. Nach US-Ansicht sind SDI-Systeme daher auch gegen SS-20-Raketen verwendbar.

6) Diese Aussage kann man wohl kaum auf Raketentypen SS-21 bis -23 beziehen, deren (ballistische) Bahn überwiegend oder ganz in der Atmosphäre verläuft.

7) Diese Systeme erhalten eine neue Qualität als Druckpotential gegenüber Westeuropa.

8) Für Westeuropa wird es künftig darauf ankommen, sich gegen diese Raketen sowie gegen CM und Flugzeuge zu schützen.

9) Dies setzt voraus, daß sich Westeuropa am SDI-Forschungsprogramm beteiligt. Der Forschungsrahmen müßte so erweitert werden, daß er der Bedrohung Westeuropas gerecht wird.<sup>6</sup>

10) Eine Beteiligung an einer Verwirklichung der SDI unter Berücksichtigung der These 9) entspricht unseren Interessen.<sup>7</sup>

Das BMVg beabsichtigt, diese Thesen im Lichte der Erörterung in der UAG-Sitzung schriftlich unter den Teilnehmern zu zirkulieren und Stellungnahmen hierzu (noch vor dem nächsten Zusammentreten am 24. Juni 1985) zu erbiten.<sup>8</sup> In der UAG-Sitzung am 7. Juni 1985 ist bereits darauf hingewiesen worden, daß vor allem die Thesen 8) bis 10) noch kritischer Würdigung und tieferen Durchdenkens bedürfen.

II. Konsequenzen von SDI für die Sicherheit und die Militärstrategie des Westens (ausführliche Aufzeichnung vom 6. Mai 1985 in der Anlage<sup>9</sup>)

1) Der Aufbau eines strategischen Abwehrsystems durch die Großmächte ist grundsätzlich einseitig oder beidseitig möglich (die Betrachtung beschränkt sich – wie SDI – auf die Abwehr ballistischer Raketen).

a) Ein sowjetisches Monopol würde den (offensiven) Handlungsspielraum der SU dramatisch erweitern. Einer sich verringernden Bedrohung für die SU im Bereich (vor allem strategischer) ballistischer Raketen würde eine unverminderte Bedrohung des Westens durch die SU über das ganze Spektrum der Waffensysteme gegenüberstehen, welche hierdurch an Intensität gewänne. Dies liefe den Sicherheitsinteressen der NATO zuwider.

b) Ein einseitiger amerikanischer sowie ein beidseitiger Aufbau strategischer Abwehrsysteme würde zumindest die relative Bedrohungslage Westeuropas verändern (Stichwort: Zonen unterschiedlicher Sicherheit). Die Doktrin von der

<sup>6</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl mit Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>7</sup> Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl mit Fragezeichen hervorgehoben.

<sup>8</sup> Das Bundesministerium der Verteidigung legte am 19. Juni 1985 eine Aufzeichnung über militärstrategische Überlegungen zu einer Beteiligung der Bundesregierung am SDI-Forschungsprogramm vor. Vgl. VS-Bd. 12043 (201).

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vgl. VS-Bd. 12043 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

gesicherten gegenseitigen Zerstörung würde abgelöst, die Strategie der flexiblen Reaktion<sup>10</sup> könnte erhalten bleiben.

2) Schon von den geographischen Gegebenheiten her sind die Sicherheitsbedingungen für die europäischen und die amerikanischen Bündnispartner verschieden. Eine SDI-Realisierung würde Zonen deutlich unterschiedlicher Sicherheit im Bündnis entstehen lassen. Deswegen liegt es im europäischen Interesse, daß Westeuropa bei einer Verwirklichung der SDI in den Schutzschirm mit einbezogen ist. Wegen der in Europa stationierten amerikanischen Streitkräfte sowie zur Bewahrung des Bündniszusammenhalts müssen auch die USA hieran ein Interesse haben. Anderenfalls bliebe Westeuropa der Bedrohung durch das gesamte Spektrum sowjetischer Nuklearwaffen, einschließlich aller ballistischen Raketen, ausgesetzt. Bisher besteht allerdings nicht der Eindruck, daß die USA diesem europäischen Aspekt einen gleichwertigen Rang in ihrem Programm einräumen. Bisher versuchen sie uns mit dem Argument zu beruhigen, daß mehr Sicherheit der USA auch mehr Sicherheit Europas bedeute (Wiederglaubwürdigerwerden der strategischen Nuklear-Garantie). D. h. für uns: mehr Abhängigkeit.<sup>11</sup>

3) Selbst bei einer Erstreckung eines strategischen Abwehrsystems auf Westeuropa würden die europäischen Bündnispartner fast dem gesamten Spektrum der europaspezifischen Bedrohung durch die SU ausgesetzt sein, während die gefährlichste Bedrohung der USA ausgeschaltet wäre.<sup>12</sup>

a) Inwieweit dies für den Bereich ballistischer Raketen zuträfe, hinge davon ab, ob das strategische Abwehrsystem der USA Raketen aller Reichweiten oder nur ab bestimmten Mindestreichweiten erfaßte. Aufgrund der z. Zt. verfügbaren Informationen steht zu befürchten, daß das amerikanische Abwehrsystem nicht in der Lage sein wird, ballistische Raketen kürzerer Reichweite (SS-21 bis -23) abzufangen (u. a. da sie kürzere Brennphase haben und nicht wesentlich aus Atmosphäre heraustreten).

b) In jedem Fall bliebe Westeuropa durch nicht-ballistische nukleare Waffensysteme aller Reichweiten bedroht. Zu nennen sind see-, land- und evtl. später auch luftgestützte CM sowie Flugzeuge der SU (eine Bedrohung durch CM und strategische Bomber bestünde allerdings nach wie vor auch für die USA).

c) Ferner bliebe die Gefährdung Westeuropas durch nukleare Rohrtillerie: In den letzten Jahren hat die SU ihren Bestand an nuklearfähigen Artilleriegeschützen stark ausgeweitet.

4) Ein beidseitiger Aufbau strategischer Abwehrsysteme würde schließlich, indem er die nukleare Abschreckung, vor allem im strategischen Bereich der Triade, verminderte, dem konventionellen Kräfteverhältnis größere Bedeutung ver-

<sup>10</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

<sup>11</sup> Der Passus „Bisher besteht allerdings ... mehr Abhängigkeit“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>12</sup> In einer ergänzenden „Punktation“ vom 19. Juni 1985 führte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl aus, die europaspezifische Bedrohung durch die UdSSR „würde durch eine SDI-Realisierung nicht ausgeglichen, vielmehr verstärkt wirksam werden. Bisher besteht nicht der Eindruck, daß USA diesem Gesichtspunkt große Aufmerksamkeit zuwendet. Entwicklung unserer Haltung zu SDI muß mit Entwicklung amerik[anischer] Haltung zu Auswirkungen auf Europa gekoppelt werden.“ Vgl. VS-Bd. 12043 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

leihen. Das bestehende konventionelle Ungleichgewicht in Europa zuungunsten des Bündnisses könnte zum Tragen kommen und von der SU jedenfalls politisch umgesetzt werden.

### III. Handlungsoptionen und -zwänge für die Europäer

1) Ein Aufhalten der SDI (jedenfalls der Forschungen) erscheint auf absehbare Zeit nicht realistisch. Denn hinter der SDI steht das ganze Gewicht des US-Präsidenten, der in dieser Sache die Sehnsucht weiter amerikanischer Kreise nach einer „Erlösung von der nuklearen Bedrohung“<sup>13</sup> hinter sich weiß.

Die amerikanische Entscheidung dürfte weitgehend davon abhängen, inwieweit strategische Abwehrsysteme technisch und zu vertretbaren Kosten realisierbar sind. Rüstungskontrollverhandlungen könnten zwar eine Limitierung des Aufbaus solcher Systeme im Gegenzug gegen eine drastische Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen ergeben. Ein völliger Verzicht auf Entwicklung und Stationierung von strategischen Abwehrsystemen ist eher fraglich.

Ist eine zumindest teilweise SDI-Realisierung nicht auszuschließen, so müssen die Europäer angesichts der unter II. beschriebenen Konsequenzen sich auf diese Eventualität einrichten. Dies kann nicht bedeuten, daß sie auf die im Bündnis und bilateral gegebenen Einflußmöglichkeiten auf die Entscheidung der USA verzichten (hierzu IV. 2). Sie müssen aber auch eigene Handlungsmöglichkeiten prüfen.

2) Die Stärkung der nuklearen und konventionellen Abschreckung in Europa wäre zumindest nicht die Lösung aller Probleme, die SDI für uns stellt. F scheint diesen Weg im nuklearen Bereich gehen zu wollen (Ausbau der „Force de dissuasion“ in Verbindung mit prinzipieller Ablehnung der Einführung von Defensivwaffen).<sup>14</sup> Für die Bündnispartner insgesamt würde ein solcher Weg jedoch im Widerspruch zu der von der Öffentlichkeit getragenen Politik der Reduzierung des Nukleararsenals in Europa (Beschuß von Montebello, 1983<sup>15</sup>) stehen. Eine Vermehrung der weitreichenden Mittelstreckenwaffen würde auch nur mittelfristig – bis zur Entwicklung eines undurchlässigen sowjetischen Abwehrsystems – von Nutzen sein. Eine Modernisierung (Eindringhilfen) erscheint mit der Nuklearpolitik der Allianz eher vereinbar und im Wettbewerb mit der technologischen Entwicklung in der SU jedenfalls mittelfristig aussichtsreich.

Ein Gleichziehen mit dem Osten bei den konventionellen Streitkräften könnte nicht die zu unseren Ungunsten wirkenden geostrategischen Disparitäten aufheben (Tiefe des Raumes im Osten, mangelnde Tiefe im Westen). Wir dürfen uns nicht von dem Ziel der Verhinderung jeden Krieges in Europa abbringen lassen. Einen Wettlauf in der Zahl der Divisionen werden wir gegen die Diktaturen des Warschauer Paktes nicht gewinnen können. Die Modernisierung und

<sup>13</sup> Am 23. März 1983 präsentierte Präsident Reagan das SDI-Forschungsprogramm als „vision of the future which offers hope“. Bevor ein zuverlässiges Raketenabwehrsystem entwickelt sei, müsse zwar die nukleare Abschreckung aufrechterhalten werden, aber: „isn't it worth every investment necessary to free the world from the threat of nuclear war?“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 442 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 269 f. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 81.

<sup>14</sup> Zu den französischen Überlegungen vgl. Dok. 171.

<sup>15</sup> Zum Beschluß der Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 27./28. Oktober 1983 in Montebello, 1400 Nuklearsprengköpfe abzugeben, vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.



Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit ist ohnehin erforderlich, löst aber nicht die mit SDI verbundenen Probleme.

3) Die Entwicklung aktiver Verteidigungssysteme durch die Europäer darf nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Sie begegnet allerdings vielfältigen Problemen:

- Technischer Art: Eine Verteidigung gegen Atomraketen der Kurz- und unteren Mittelstrecke ist problematisch<sup>16</sup> wegen der kurzen Brennphase und relativ flachen Flugbahn dieser Raketen. Nuklearraketen müßten mit nahezu 100%iger Sicherheit so abgefangen werden, daß jedenfalls ihre Explosion über unserem Gebiet verhindert wird. Anderenfalls blieben sie als Drohpotential wirksam, mag auch ihr militärischer Wert für konkrete Einsätze reduziert sein. Als Drohpotential werden nukleare Waffen allerdings auch zwischen USA und SU weiterwirken, wenn das Ziel eines 100%igen Schutzes nicht erreicht wird.<sup>17</sup>
- Die europaspezifische Bedrohungslage: Die Unterschiede in den Flugzeiten der Atomraketen einerseits und anderer Nuklearwaffenträger (Flugzeuge, Marschflugkörper) andererseits zu Zielorten in Westeuropa sind nicht signifikant. Anders als gegenüber der strategischen Bedrohung der USA wäre eine Beschränkung auf die Raketenabwehr gegenüber der europaspezifischen Bedrohung wahrscheinlich keine sinnvolle Option. Technologisch sind Raketenabwehr und Luftabwehr nur teilweise kongruent. Voll wirksame Systeme gegen beide Arten der Bedrohung würden wahrscheinlich gigantische Anstrengungen erfordern.
- Sicherheitserwägungen und ab Eintritt in die Entwicklungsphase auch die Nichtweitergabeproblematik (ABM-Vertrag) könnten eine Zusammenarbeit mit den USA erschweren.
- Bündniszusammenhalt: Zur Vermeidung von Abkoppelungstendenzen, aber auch zur Erreichung voller Effizienz wäre eine Verzahnung europäischer Raketenabwehr mit den amerikanischen Systemen bei Realisierung der SDI erforderlich. Diese Verzahnung würde politische Probleme stellen (Akzeptanz national und international).
- Ressourcen-Knappheit: Breit gefächerte europäische Abwehranstrengungen würden die Forderungskonkurrenz zuungunsten der konventionellen Streitkräfte verstärken.
- Reaktion des Warschauer Pakts: Westliche Abwehranstrengungen wären kontraproduzent, wenn sie den WP zum symmetrischen Aufbau von Abwehrsystemen bewegen und damit unsere selektiven Optionen einschränken würden. Wegen des amerikanischen INF-Potentials auf europäischem Boden würde die SU aber wahrscheinlich ohnehin eigene Abwehrsysteme gegen Angriffssysteme mit mittlerer Reichweite entwickeln.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nach heutigem Stand noch ungleich weniger realisierbar als SDI.“

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>18</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

4) Demnach erscheint es schwer<sup>19</sup> möglich, den mit dem Aufbau von strategischen Abwehrsystemen der USA zu erwartenden höheren Druck im Bereich der europaspezifischen Bedrohung in ganzer Breite durch europäische Abwehrsysteme aufzufangen. Dennoch müssen die Europäer prüfen, in welchen Bereichen solche Anstrengungen sinnvoll sind. Der psychologische Effekt des Eindrucks, Europa werde zwischen den Festungen USA und SU schutzlos gelassen, könnte bei der Bevölkerung verheerend sein.<sup>20</sup> Dies könnte bei der Abwehr der nächsten Generation taktischer Raketen der Fall sein, die aufgrund größerer Zielgenauigkeit zu konventionellen Überraschungsschlägen in großer Breite eingesetzt werden können. Anders als bei Nuklearraketen erfordert diese Abwehr nicht einen nahezu 100%igen Abwehrerfolg, um sinnvoll zu sein. Auch eine wesentliche Steigerung der Luftabwehr (gegen Flugzeuge und Marschflugkörper) könnte mittelfristig die östlichen militärischen Optionen in diesem Bereich spürbar reduzieren, ohne allerdings die nukleare Bedrohung mit Sicherheit auszuschließen.

Schon eine Definition aussichtsreicher Gebiete für eigene Abwehranstrengungen setzt eine breite Grundlagenforschung voraus. Zumindest aus diesem Grund werden die Europäer sich in der Forschung engagieren müssen.

Ferner gilt für sie wie für die USA, daß sie dieses Feld nicht dem Osten überlassen dürfen. Abwehrsysteme des WP gegen Kurzstreckenraketen und eine dichtere Luftabwehr würden westliche nukleare Optionen weiter reduzieren. In diesem Fall müßten wir wenigstens bei der Abwehr gleichziehen können.

5) Da vorauszusehen ist, daß ein dichter Abwehrschirm gegen alle Nuklearwaffengattungen des Ostens nicht realisierbar ist, müssen Nuklearwaffen in unseren Arsenalen und in unserer Strategie ihren Platz behalten. Soweit wir diesen nicht durch Modernisierung (Eindringhilfen) sichern können, müssen wir u. U. zeitlich befristete limitierende Absprachen ähnlich dem ABM-Vertrag suchen. In den Bereichen, in denen Abwehrwaffen heute nicht realisierbar sind, können wir ein entsprechendes Interesse des Ostens an solchen Absprachen unterstellen. Voraussetzung wären entsprechende Verifikationsmöglichkeiten.<sup>21</sup> Auch hierüber können nur eigene Forschungen verlässlich Auskunft geben. Letztlich muß es das Ziel sein, durch ein Gesamtsystem von Abkommen (und die politischen Rahmenbedingungen) ein so großes Interesse der SU an der Erhaltung dieses Systems zu schaffen, daß Moskau motiviert würde, dieses System keinesfalls durch Unterlaufen seiner Schwachstellen auf's Spiel zu setzen.<sup>22</sup>

6) Die Europäer werden sich bei den Abwehrtechnologien selbst engagieren müssen, da die USA bei ihrer Forschung ihr nuklearstrategisches Verhältnis zur Sowjetunion im Auge hat, während es bei uns um die europaspezifische Bedrohung geht. Dies wäre – anders als in den vorläufigen Thesen 8) bis 10) des BMVg (vgl. I.) – bei den Arbeiten in den interministeriellen Arbeitsgruppen zu

<sup>19</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht“.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>21</sup> Zu dem Passus „Soweit wir diesen ... Verifikationsmöglichkeiten“ vermerkte Vortragender Legationsrat Ischinger handschriftlich: „Warum ergreifen wir nicht die Initiative für einen Europa-ABM-Vertrag?“

<sup>22</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

berücksichtigen. Aus dieser Erkenntnis folgt auch, daß eigene europäische Anstrengungen von der SDI getrennt gesehen werden müssen, da sie ohne direkte Auswirkungen auf das Verhältnis der beiden Weltmächte sein würden. Andererseits hätten die Europäer ein Interesse daran, zur SDI-Forschung Verbindung zu halten, um sich deren Vorsprung wo möglich zunutze zu machen und eine später etwa notwendige Verzahnung vorzubereiten.

IV. 1) Die europäischen Handlungsoptionen für den Fall der Entwicklung und Dislozierung einer strategischen Raketenabwehr der USA sind im einzelnen noch nicht zu definieren.

Bei einer Entwicklung und Dislozierung strategischer Raketenabwehrsysteme durch die USA entstünde für die Europäer eine komplexe Situation, in der sie sich nur durch die Verbindung verschiedener Handlungsoptionen behaupten könnten. Die Bewahrung der Strategie der flexiblen Erwidern, die Erhaltung von selektiven Optionen soweit möglich, die Entwicklung von Abwehrsystemen wo technisch realisierbar, eine Ressourcenstrategie, die der notwendigen Modernisierung der konventionellen Verteidigung den nötigen Raum läßt und die Suche nach Wegen der Rüstungskontrolle sowohl zur Reduzierung der Bedrohung wie zur Limitierung der Abwehrwaffen: all dies sind Schlußfolgerungen, die sich aus möglichen Entwicklungen im militärstrategischen und militärtechnischen Bereich ergeben.

2) Eine weitere Forderung – und nicht die geringste – ist die nach Aktivierung aller unserer politischen Einwirkungsmöglichkeiten auf die USA. Auch hierzu werden wir unter mehreren denkbaren Wegen den oder die erfolgversprechenden zu ermitteln haben. Wir werden sowohl bilateral vorstellig werden müssen wie auch multilateral, und hierbei ist ein koordiniertes Vorgehen mindestens mit GB und F von entscheidender Bedeutung. Ob ein bilaterales Konsultationsgremium (Dregger-Vorschlag<sup>23</sup>) politisch sinnvoll ist, wird von der weiteren Entwicklung abhängen: Würden wir uns durch Absprachen auf Regierungsebene an der SDI-Forschung beteiligen, läge die Schaffung eines solchen Gremiums nahe, würde uns allerdings weiter exponieren („Singularisierung“). Multilaterale Konsultationen würden ohne diesen Nachteil sein und überdies das Element der Bündnissolidarität unterstreichen, das unseren Argumenten gegenüber den USA Nachdruck verleiht. Gremien oder lockere Gruppierungen unter Beteiligung Frankreichs (NATO-Rat, Direktorentreffen der Vier<sup>24</sup>, SDI-Quint, d. h. mit Italien<sup>25</sup>) sind am ehesten geeignet.<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 4. Juni 1985, daß der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger im Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, am Vortag in Washington „für ein Konsultationsgremium zwischen USA und den europäischen Regierungen, die für SDI seien“, eingetreten sei: „Dieses Gremium sollte ständig über die Entwicklung der Architektur des Abwehrsystems beraten, und zwar sowohl für die Abwehr gegen interkontinentale Raketen wie auch gegen euro-strategische oder Mittelstreckenraketen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2804; Referat 201, Bd. 143370.

Auch dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger unterbreitete Dregger am 5. Juni 1985 in Washington diesen Vorschlag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2839 des Brigadegenerals Steinkopff, Washington, vom 5. Juni 1985; VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>24</sup> Die Wörter „Direktorentreffen der Vier“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>25</sup> Die Wörter „d. h. mit Italien“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Entscheidend ist, daß wir die möglichen Konsequenzen der SDI für die Sicherheit Europas und des Westens insgesamt mit den Amerikanern erörtern. Wirksam sind nur Vorstellungen, die in Washington neue Denkprozesse anregen. Wir werden von der amerikanischen Regierung Antworten auf die Frage verlangen müssen, wie sie sich die Verhinderung eines Krieges in Europa vorstellt, wenn

- das dritte Element der Triade<sup>27</sup> durch eine strategische Raketenabwehr teilweise ausgeschaltet und
- damit das nukleare Risiko tendenziell mehr auf Europa verlagert würde oder gar in dem Fall, daß entsprechend Präsident Reagans Vision die Nuklearwaffen geächtet werden.

Wie soll unter solchen Bedingungen

- Europa gehalten werden gegen 192 sowjetische Divisionen,
  - Europa in Unabhängigkeit eine Politik der Westintegration fortführen,
- wenn nicht die USA ihr Engagement in Europa dramatisch erhöhen, zusätzlich zu erhöhten eigenen Anstrengungen der Europäer? Dies sind Fragen, die von den USA in ihrer ganzen Tragweite durchdacht werden müssen, ehe der Zeitpunkt für die Entscheidung über ein Raketenabwehrsystem gekommen ist. Die Vorbereitung dieses Dialogs verlangt intensive Abstimmung der Europäer, besonders im deutsch-französischen Verhältnis.<sup>28</sup>

Braunmühl

#### VS-Bd. 12043 (201)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 859*

Erste Konsultationen der USA mit der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien über SDI fanden am 17./18. Juli 1984 in Washington statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 208.

<sup>26</sup> Der Passus „Ob ein bilaterales ... am ehesten geeignet“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl in Klammern gesetzt.

Der Passus „Multilaterale Konsultationen [...] geeignet“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>27</sup> Konventionelle Waffen sowie strategische und taktische Nuklearsysteme bildeten die drei Komponenten der NATO-Verteidigungsstrategie. Für die Ausprägung dieser „Triade“ im Rahmen der „Ministerial Guidance“ von 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 123.

<sup>28</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Am 26. Juni 1985 bat Braunmühl Bundesminister Genscher um Zustimmung, die Aufzeichnung vom 13. Juni 1985 in der SDI-Unterarbeitsgruppe als „Überlegung der Arbeitsebene“ verwenden zu dürfen, um die Argumentation gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung zu stärken. Dieses trete uneingeschränkt für eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm ein und beabsichtige, durch Einbringung einer Reihe von Aufzeichnungen in den Bundessicherheitsrat schrittweise zu „verbindlichen Regierungsentscheidungen“ zu kommen: „Deshalb müssen wir in jedem einzelnen Falle in den uns problematisch erscheinenden Punkten eine ganz klare Linie des Auswärtigen Amtes präsentieren [...]. Im vorliegenden Falle wären folgende Punkte von Bedeutung: In der Frage, wer was aus Bündnis-Solidarität von wem zu erwarten hat, muß festgehalten werden, daß nicht die Europäer, sondern die Amerikaner neue Wege vom gemeinsamen Bestand weg eingeschlagen haben und dabei europäische Sicherheitsinteressen bisher als zweitrangig behandeln. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß eine Forschungsbeteiligung, wie die Amerikaner sie sich vorstellen, uns weitgehenden Einblick in das SDI-Programm gewähren oder gar Einfluß auf den Forschungsrahmen, die Stationierungsentscheidungen und die langfristige Strategie-Entwicklung einräumen könnte. [...] Zur Berücksichtigung europäischer Sicherheitsinteressen motiviert werden können die Amerikaner nur durch die gemeinsamen Bündnis-Interessen und durch das amerikanische Interesse an einer stabilen politischen und psychologischen Lage bei den europäischen Bündnispartnern. Hierauf muß sich

## 163

## Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit Präsident de la Madrid

18. Juni 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem mexikanischen Präsidenten de la Madrid am 18.6.1985<sup>2</sup>

Nach dem etwa halbstündigen Vier-Augen-Gespräch wurden die beiden Delegationen zu dem Gespräch hinzugezogen:

StS Blech, StS Meyer-Landrut, Botschafter Dittmann, MDg Kullak-Ublick, MDg Schenk;

AM Sepúlveda, Senatspräsident Riva Palacio, Finanzminister Silva-Herzog, Wirtschaftsminister Hernández Cervantes, Botschafter Sepúlveda, Gesandter Joubland.

Präsident *de la Madrid* erläuterte auf eine entsprechende Frage des Bundespräsidenten die wirtschaftliche Lage Mexikos: Man habe die Inflation unter Kontrolle. Das Wachstum sei nicht optimal, aber es sei doch ein Aufschwung erkennbar. Sein Gespräch mit dem EG-Kommissionspräsidenten Delors<sup>3</sup> habe gezeigt, daß sich für Lateinamerika und Europa die Weltwirtschaftskrise in unterschiedlicher Weise ausgewirkt habe. Für Lateinamerika seien die hohe Inflation und die tiefe Verschuldung typisch, während für Europa die Arbeitslosigkeit das vordringliche Problem sei.

Der *Bundespräsident* würdigte das sehr mutige und beispielgebende wirtschaftliche Reformprogramm Präsident de la Madrids<sup>4</sup>, das überall in der Welt gro-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 860*

unser Anspruch auf Mitsprache stützen“. Der Dialog mit den USA müsse zur Klärung einer Reihe von Fragen genutzt werden, die „unabhängig von der Forschungsbeteiligung“ seien, aber ebensoviel Aufmerksamkeit erfordern würden. Vgl. VS-Bd. 12043 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schenk, Bundespräsidialamt, am 19. Juni 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Boomgaarden vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Wolf, 331, zur persönlichen Kenntnis (noch nicht genehmigter Vermerk).“

Hat Vortragendem Legationsrat Wolf am 21. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Richter an Ministerialdirigent Kullak-Ublick verfügte.

Hat Kullak-Ublick vorgelegen.

<sup>2</sup> Präsident de la Madrid hielt sich vom 18. bis 20. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Präsident de la Madrid besuchte am 17. Juni 1985 die EG-Kommission in Brüssel.

<sup>4</sup> Im Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung 1984 legte die Botschaft in Mexiko zur Ausgangslage dar: „Das nach Abstimmung mit dem IWF vorgelegte Regierungsprogramm brachte erste Erfolge bei Konsolidierung des Haushalts, Inflationsdämpfung und Umstrukturierung der privaten und öffentlichen Auslandsschuld. Die Senkung der Staatsausgaben, der Rückgang öffentlicher Investitionen, die Anhebung der staatlich kontrollierten und der subventionierten Preise für Waren und Dienstleistungen sowie die Erhöhung von Steuern und Abgaben ermöglichten die Halbierung des Haushaltsdefizits.“ Allerdings seien aufgrund dieser Politik auch Beschäftigung, Produktivität und Investitionen zurückgegangen, und die Inflationsrate sei weiterhin hoch gewesen. Wichtigstes Ziel der mexikanischen Regierung für 1984 sei es daher gewesen, „die Inflationsrate auf 40% zu senken, ein BIP-Wachstum von 2,5% sowie die Begrenzung des Defizits der öffentlichen Haushalte auf 5,5% des BIP. Diese Ziele wurden teilweise erreicht. Das Wachstum bei Produktion und Beschäfti-

ßen Respekt finde. Es stelle sich die Frage, was von seiten der Gläubigerländer geschehen könne, um die Krise zu lindern, wenn nicht zu lösen. Ein Gläubigerland wie z.B. die USA, aber auch wir müßte daran interessiert sein, daß sich die wirtschaftlichen Bedingungen in den Schuldnerländern nicht verschlechterten und die Schulden nicht vergrößerten. Die Schuldnerländer andererseits seien daran interessiert, daß die Lage in den Gläubigerländern ihre eigene Lage nicht verschlimmere. Die Bundesrepublik Deutschland habe auch ein Interesse daran, daß die Verschuldung durch US-Zinshöhe und amerikanischen Dollarkurs nicht weiter steige. Wir hofften so auf eine gewisse „Bundesgenossenschaft“ mit Mexiko.

Präsident *de la Madrid* äußerte seine große Sorge über die Fiskal- und Währungspolitik der USA. Vierzig Prozent des mexikanischen Haushalts würden für den Schuldendienst aufgewandt. Große Teile des nationalen Einkommens würden hierfür gebraucht. Auf diese Weise seien große Teile Lateinamerikas zu einem Netto-Kapitalexporteur geworden. Man arbeite praktisch nur für die Zinsen. Sorge mache weiter der Protektionismus in den USA, der starke Dollarkurs und der in Mexiko nach wie vor feststellbare Trend, die Wirtschaftsbeziehungen noch stärker auf die USA zu konzentrieren. Schon jetzt entfielen zwei Drittel des wirtschaftlichen Austauschs Mexikos auf die USA. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen sei Mexiko an einer Diversifikation seiner politischen und wirtschaftlichen Beziehungen interessiert. Diese Frage habe er auch mit Delors besprochen mit dem Ziel, einen systematischen Dialog zwischen der EG und Lateinamerika in die Wege zu leiten. Er habe hierbei klargestellt, daß ein solcher Dialog keinesfalls gegen die USA gerichtet sei. Ziel eines solchen Dialogs sei es, daß Lateinamerika und Europa parallel Einfluß auf die entsprechenden internationalen Gremien ausüben. Innerhalb Lateinamerikas habe man den Dialog schon enger gestaltet. Das Problem der Auslandsverschuldung müsse man im Lichte der anderen Weltprobleme sehen. Es lasse sich nur bei einer parallelen Behandlung der Währungs-, Handels- und Finanzfragen lösen. In diesem Sinne habe der Dialog zwischen der EG und der Cartagena-Gruppe begonnen<sup>5</sup>, von dem zu hoffen sei, daß er für beide Seiten Früchte trage. Mit Delors habe er auch besprochen, wie man auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten einwirken könne. Was nicht auf die öffentliche Meinung in den USA durchdringe, habe keinen Einfluß auf die Entscheidungsbildung im Kongreß oder in der Administration. Insgesamt habe er mit Delors ein sehr interessantes Gespräch geführt. Er, *de la Madrid*, sei überrascht über das große Interesse an Zentralamerika, das er überall in Europa gefunden habe. Alle Europäer, die er gesprochen habe, seien daran interessiert, dort einen Krieg zu

*Fortsetzung Fußnote von Seite 861*

gung war höher als geplant; die Senkung der Inflationsrate und des Haushaltsdefizits gelang nicht im geplanten Ausmaß.“ Vgl. den mit Schriftbericht Nr. 567 am 19. August 1985 übermittelten wirtschaftspolitischen Jahresbericht; Referat 331, Bd. 136196.

Angesichts steigender öffentlicher Ausgaben bei sinkenden Deviseneinnahmen aus Ölexporten beschloß die mexikanische Regierung am 10. Juni 1985 Einsparungen, mit denen der Haushaltsansatz vom Dezember 1984 insgesamt um 3,4% gekürzt wurde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 537 des Botschaftsrats I. Klasse Palenberg, Mexiko, vom 14. Juni 1985; Referat 331, Bd. 136196.

<sup>5</sup> Zur Cartagena-Gruppe vgl. Dok. 105, Anm. 5.

Am 15. April 1985 führte der uruguayische Außenminister Iglesias auch in seiner Eigenschaft als Sekretär der Cartagena-Gruppe Gespräche mit der EG-Kommission in Brüssel. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1985, S. 52 f.

vermeiden. Auch habe er bei seinen Gesprächspartnern hohe Wertschätzung für die Bemühungen der Contadora-Gruppe<sup>6</sup> festgestellt. Er, de la Madrid, habe Informationen, daß man innerhalb der Contadora-Gruppe große Besorgnis über die Verschlechterung der Atmosphäre in der Region und zwischen Nicaragua und den USA habe.<sup>7</sup>

Der Bundespräsident unterstrich, daß wir auch weiterhin alles in unseren Kräften Stehende täten<sup>8</sup>, um zusammen mit unseren EG-Partnern die Bemühungen der Contadora-Gruppe zu unterstützen. Diese Politik sei Kernpunkt der Politik der Bundesregierung.

Mexiko und die Bundesrepublik Deutschland mit ihren EG-Partnern wollten keine Politik der Konfrontation mit den USA, sondern in Freundschaft unseren Standpunkt gerade, was Mittelamerika betreffe, zur Geltung bringen. Unsere Beziehung mit den einzelnen Ländern Zentralamerikas sei von unterschiedlicher Intensität. Mit Nicaragua seien sie weniger dicht als zum Beispiel mit El Salvador.

Der Bundespräsident wies in diesem Zusammenhang auf den Besuch von Präsident Duarte<sup>9</sup> und sein kürzliches Gespräch mit dem Erzbischof von El Salvador<sup>10</sup> hin. Wir hofften, daß die Contadora-Bemühungen ihr Momentum behalten würden. Für Ratschläge, was wir zur Unterstützung dieser Bemühungen tun könnten, seien wir dankbar.

Präsident *de la Madrid* würdigte nochmals die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer europäischen Partner für die Contadora-Friedensbemühungen. Es sei bedauerlich, daß der Zentralamerika-Konflikt zu einem Schauplatz des Ost-West-Gegensatzes geworden sei. Die Ursprünge der sozialen und wirtschaftlichen Konflikte in Zentralamerika lägen in dem sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Er bedürfe dringend des sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen verzögerten die Lösung dieser Grundprobleme. Mit größter Besorgnis sehe er die Völkerrechtsverletzungen gegenüber den Ländern, die nicht genügend Waffen hätten, um sich zu verteidigen. Besorgt sei er auch darüber, daß der Zentralamerika-Konflikt zu einer Polarisierung der Region gegenüber den USA führen könne. Von einer solchen Konfrontation müßten alle Schaden nehmen. Andererseits müsse von den USA ein größerer Respekt für die inneren Verhältnisse

<sup>6</sup> Zur Friedensinitiative der Contadora-Staaten vgl. Dok. 144, Anm. 13.

<sup>7</sup> Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 19. Juni 1985 äußerte Präsident de la Madrid erneut Sorge über „zunehmende Spannungen zwischen Nicaragua und seinen Nachbarn. Der Contadora-Prozeß werde durch all dies erschwert und degeneriere mehr und mehr zu einer ‚akademischen‘ Übung.“ Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Haas vom 20. Juni 1985 an die Botschaften in Managua, Mexiko und Washington; Referat 331, Bd. 136189.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „alles in unseren Kräften täten“.

<sup>9</sup> Präsident Duarte besuchte die Bundesrepublik vom 16. bis 19. Juli 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 210.

<sup>10</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker führte am 10. Mai 1985 ein Gespräch mit dem Erzbischof von San Salvador, Rivera y Damas, in dem sich Weizsäcker „über die derzeitige Lage in El Salvador und die Rolle der Kirche informieren“ ließ. Rivera übergab zudem eine Einladung des Präsidenten Duarte an Weizsäcker zu einem Besuch in El Salvador. Vgl. das Schreiben des Ministerialrats von Puttkamer, Bundespräsidialamt, vom 28. Mai 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert; Referat 331, Bd. 136339.

in den Ländern Zentralamerikas erwartet werden. Was Nicaragua angehe, so sei es wünschenswert, daß sich das Land für Blockfreiheit und für eine demokratische Verfassungsordnung entscheide.

Der *Bundespräsident* stellte dann die Frage nach dem nächsten Treffen der Contadora-Gruppe mit den Europäern.

Staatssekretär *Meyer-Landrut* erläuterte den Stand der Gespräche: Im Augenblick sei man dabei, die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft mit einer Gruppe zentralamerikanischer Staaten (also nicht nur Contadora-Gruppe)<sup>11</sup> auf eine vertragliche Grundlage zu stellen.<sup>12</sup>

Präsident *de la Madrid* bekräftigte, daß ein solcher Vertrag ein Element sei, das wesentlich zur Entspannung in der Region beitragen könne.

Der *Bundespräsident* kam dann auf den Beitritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft<sup>13</sup> zu sprechen. Die besonderen Erfahrungen und Verbindungen Spaniens zu Lateinamerika seien für die EG besonders wertvoll.

Präsident *de la Madrid* berichtete dann über seine Eindrücke in Madrid<sup>14</sup>: Er habe mit MP González darüber gesprochen, daß es in Lateinamerika eine gewisse Besorgnis gebe, daß der EG-Beitritt Spaniens zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Bindungen Lateinamerikas zu Spanien führen könne. González habe ihm hierzu gesagt, daß das Gegenteil der Fall sein werde, denn durch die Süderweiterung würden die EG und Lateinamerika näher zusammenrücken. Auch EG-Kommissionspräsident Delors habe diese Auffassung vertreten.

Der *Bundespräsident* meinte, González und Delors hätten auch unsere Absicht, die Beziehungen zu Lateinamerika zu intensivieren, zutreffend wiedergegeben. Den Beitritt Spaniens und Portugals zur EG hätten wir primär politisch gesehen. Spanien und Portugal erweiterten unseren Erfahrungshorizont. Wir wollten nicht Spanien aus seinen Bindungen zu Lateinamerika herauslösen, sondern diese im Gegenteil für engere Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika nutzen. Engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika müßten die politischen Beziehungen ergänzen. Er sei sicher, daß die Europareise Präsident *de la Madrids* in dieser Richtung wichtige Akzente setzen werde.

Präsident *de la Madrid* würdigte anschließend die besonders engen Beziehungen Mexikos zur Bundesrepublik Deutschland. Im bilateralen Bereich gebe es noch ein weites Feld zur Intensivierung dieser Beziehungen. Der Besuch Bundeskanzler Kohls in Mexiko<sup>15</sup> habe die Grundlage für eine Anzahl neuer Projekte gelegt und vor allem den politischen Willen zu einer noch engeren Gestaltung unserer Beziehungen deutlich gemacht.

<sup>11</sup> Die Wörter „also nicht nur Contadora-Gruppe“ wurden von Vortragendem Legationsrat Wolf unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hoffentlich nicht so gesagt.“

<sup>12</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich eines Kooperationsabkommens zwischen der EG, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama vgl. Dok. 33, Anm. 18–20.

<sup>13</sup> Am 12. Juni 1985 wurden in Lissabon und Madrid die Verträge über den EG-Beitritt Portugals und Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 7–13.

<sup>14</sup> Präsident *de la Madrid* hielt sich vom 5. bis 10. Juni 1985 in Spanien auf.

<sup>15</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Mexiko vom 8. bis 11. Juli 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 192.



Der *Bundespräsident* ging dann auf die politische Lage in Europa ein. Für uns stehe die Teilung Europas, Deutschlands und Berlins stark im Vordergrund unseres Bewußtseins.

Der Bundespräsident unterstrich unser vitales Interesse am Schutz unserer Freiheit, aber auch einer aktiven Entspannungspolitik. Er erläuterte unsere Bemühungen, die Folgen der Trennungen für die Menschen zu lindern und in langer Perspektive zu überwinden. Er schloß mit einem Dank für die kulturellen Beiträge Mexikos, insbesondere in Berlin.

**Referat 331, Bd. 136189**

## 164

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

**222-370.45-1104/85 VS-vertraulich**

**19. Juni 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Genfer CW-Verhandlungen;

hier: CW-Konsultationen auf Arbeitsebene im Viererkreis (USA, GB, F und wir) am 13./14. Juni 1985 in Bonn

Anlg.: 3<sup>4</sup>

#### I. Sachverhalt

1) Am 13./14. Juni 1985 fanden in Bonn CW-Konsultationen auf Arbeitsebene im Viererkreis (USA, GB, F und wir) statt. Die Konsultationen wurden auf deutscher Seite von D2A i. V.<sup>5</sup> geleitet. Teilnehmerliste und Tagesordnung sind als Anlagen beigefügt (Anlg. 1 und 2<sup>6</sup>). Die letzten derartigen Konsultationen hatten am 8. März 1985 in Paris stattgefunden.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Erck konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 1. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 222 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 1. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 30. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6 und 10.

<sup>5</sup> Rüdiger Hartmann.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste und die Tagesordnung vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Während der Viererkonsultationen über Chemiewaffen am 8. März 1985 legte die Delegation aus der Bundesrepublik einen „neuen Entwurf zur Regelung der Verdachtskontrollen“ vor. Erörtert wurde außerdem eine „Chemieliste“. Vortragender Legationsrat Erck vermerkte dazu am 11. März 1985: „Unsere Auffassung, daß Vorprodukte von ‚Lost‘ wegen ihrer weiten zivilen Verwendung in die Li-

2) Das Hauptthema der Konsultationen war die Verifikation der Nichtherstellung chemischer Waffen in der zivilen chemischen Industrie.<sup>8</sup> In dieser Frage konnten bei den Konsultationen entscheidende Fortschritte erzielt werden. Die deutsche Seite legte eine nach Abstimmung mit dem BMWi und dem Verband der Chemischen Industrie (VCI) erarbeitete Liste einschlägiger chemischer Produkte vor.<sup>9</sup> Auf der Basis dieser Liste konnte nach Kompromissen aller Partner weitgehend Einigung erzielt werden, welche Produkte im Rahmen eines künftigen CW-Abkommens mit einem Produktionsverbot belegt werden sollen und welche Gegenstand systematischer Kontrollen mit Ortsinspektionen oder statistischen Kontrollen sein sollen (Anlg. 3<sup>10</sup>). Über diejenigen chemischen Produkte, deren Einbeziehung in ein CW-Abkommen noch strittig ist, wird im Viererkreis und im Rahmen der CD weiter diskutiert werden.

3) Im Bereich der Verdachtskontrollen gab es erstmals Anzeichen für eine Veränderung der bisher starren amerikanischen Position (Artikel X<sup>11</sup>). Es kann davon ausgegangen werden, daß die USA inzwischen – wenn auch zögernd – bereit sind, alternative Vorstellungen ihrer europäischen Partner in ihre eigenen Überlegungen einzubeziehen.<sup>12</sup> Es wurde jedoch auch deutlich, daß diese Entwicklung einige Zeit brauchen wird. Zu den nächsten Viererkonsultationen, die voraussichtlich im Oktober 1985 in Washington stattfinden werden, wurde die Erarbeitung von Arbeitspapieren vereinbart, die das Problem der Verdachtskontrollen von allen Seiten beleuchten. Die Papiere sollen eine vertiefte Diskussion der Thematik ermöglichen.<sup>13</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 865*

ste nicht aufgenommen werden sollten, sowie unsere restriktive Haltung zu bestimmten Produkten, die Gegenstand der WEU-Kontrollen sind, blieb umstritten.“ Vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Initiative zur Verifikation der Nichtherstellung chemischer Kampfstoffe vgl. Dok. 77.

<sup>9</sup> In einer Ressortbesprechung legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann am 5. Juni 1985 dar, daß die Bundesregierung mit dem „bisherigen restriktiven Standpunkt zur Frage der Verifikation von Vorprodukten zur Herstellung von CW in die Isolierung geraten“ sei: „Wir müßten davon ausgehen, daß durch den Einsatz chemischer Waffen im Golfkrieg eine allgemeine Sensibilisierung in dieser Frage entstanden sei.“ Im Anschluß wurde eine vom Auswärtigen Amt vorgelegte Liste von Substanzen für die Nichtherstellungskontrolle erörtert, die in den Viererkonsultationen über chemische Waffen am 13./14. Juni 1985 mit Frankreich, Großbritannien und den USA erörtert werden sollte. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 222 vom 7. Juni 1985 sowie die als Anlage 3 beigelegte Liste; Referat 222, Bd. 128729.

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „List of substances which may be subject to prohibition or verification“ vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Artikels X zu „Special On-site Inspection“ des amerikanischen Vertragsentwurfs vom 18. April 1984 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 431 f. Zu dem Entwurf vgl. auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat Erck notierte am 18. Juni 1985, während der Viererkonsultationen über chemische Waffen (CW) am 13./14. Juni 1985 hätten die Teilnehmer aus der Bundesrepublik deutlich gemacht, „daß auch die mangelnde Flexibilität der USA, die unverändert auf den Positionen in ihrem CW-Vertragsentwurf vom April 1984 beharren, einen ungünstigen Einfluß“ auf die Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß gehabt habe: „Dies gelte insbesondere für die amerikanische Haltung in der Verifikationsfrage (insbes[ondere] zu Art. X), die auch im westlichen Kreis auf Kritik stoße.“ Vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>13</sup> Die Viererkonsultationen über chemische Waffen (CW) fanden am 2./3. Dezember 1985 in Washington statt.

## II. Bewertung

1) Die Konsultationen am 13./14. Juni 1985 waren das bisher erfolgreichste Treffen der vier Partner, seit im Oktober 1984 auf Anregung der USA eine Intensivierung des Konsultationsprozesses im Zusammenhang mit den CW-Verhandlungen beschlossen worden war.<sup>14</sup>

Erstmals zeichnete sich eine Einigung über die umstrittene Frage der „Chemieliste“ für ein CW-Abkommen ab. Dieser Erfolg ist in erster Linie auf die intensive deutsche Vorarbeit zurückzuführen. Eine Einigung über die noch umstrittenen chemischen Produkte in der Liste erfordert auf unserer Seite weitere Gespräche mit dem BMWi und dem VCI. Sie setzt außerdem einen weiteren intensiven Dialog im Viererkreis und Gespräche der Experten in Genf voraus.

Um die Diskussion voranzutreiben, wird die auf deutsche Initiative erarbeitete Liste jetzt in die westliche Gruppe der CD in Genf eingeführt.<sup>15</sup> Es besteht berechnete Hoffnung, daß es bald zu einer einheitlichen westlichen Position in der Frage der „Chemieliste“ kommt. Der Westen hätte dann gegenüber der östlichen Seite einen entscheidenden Verhandlungsvorteil.

2) In der Frage der Verdachtskontrolle wird die Erarbeitung gemeinsamer westlicher Positionen vermutlich länger dauern. Die unterschiedliche Interessenlage der USA und der europäischen Partner gestalten den internen westlichen Dialog langwierig und schwierig. Den USA dürfte jedoch durch das intensive Gespräch im Viererkreis klargeworden sein, daß sie in diesem Bereich mehr Flexibilität zeigen und bisherige Positionen modifizieren müssen.<sup>16</sup> Wir werden uns auch hier weiter um eine gemeinsame westliche Position bemühen.

Hartmann

VS-Bd. 11555 (222)

<sup>14</sup> Am 5. Oktober 1984 beschlossen die Teilnehmer der Viererkonsultationen über chemische Waffen eine Intensivierung der Gespräche mit dem Ziel, eine möglichst einheitliche Position für die Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß herbeizuführen. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 266.

<sup>15</sup> Am 8. Juli 1985 übermittelte die Delegation der Bundesrepublik auf der Genfer Abrüstungskonferenz „ein britisches Papier zum Substanzumfang bei der Verifikation“, das „– wie bei den vierseitigen Konsultationen am 13.6.1985 besprochen – als Arbeitsgrundlage für eine Harmonisierung der Auffassungen innerhalb der westlichen Gruppe dienen“ sollte. Vgl. den Schriftbericht Nr. 114 und das beigelegte Arbeitspapier „Verification of non-production – substances subject to monitoring in a chemical weapons convention“; Referat 222, Bd. 130103.

<sup>16</sup> Botschafter Wegener, Genf (CD), gab am 25. Juli 1985 seiner Sorge darüber Ausdruck, daß auf der Genfer Abrüstungskonferenz die USA „und die westliche Staatengruppe wegen des übersteigerten Verifikationsansatzes bei der Verdachtskontrolle gemäß Art. 10 des amerikanischen CW-Entwurfs für die Verzögerung des Verhandlungsfortschrittes verantwortlich gehalten werden.“ Mehrere Delegationen hätten daher in einer Sitzung der westlichen Gruppe am 24. Juli die Notwendigkeit bekräftigt, „das westliche Verhandlungsprofil zu verbessern, indem in der Frage des Artikels 10 mehr Flexibilität zu zeigen wäre“. Allerdings habe sich der amerikanische Botschafter Lowitz „entschieden gegen den Versuch, innerhalb der westlichen Gruppe die Vereinigten Staaten zu einem Nachgeben in der Frage des Art. 10 zu bewegen“, gewandt: Eine Sitzung zu diesem Thema werde „die kürzeste Sitzung in der Geschichte der westlichen Gruppe sein“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1285; Referat 222, Bd. 130108.

165

**Botschafter Bartels, Amman, an das Auswärtige Amt****114-12851/85 VS-vertraulich****Aufgabe: 19. Juni 1985, 13.00 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 386****Ankunft: 19. Juni 1985, 15.46 Uhr**

Betr.: Haltung PLO im NO-Konflikt;  
hier: Arafat-Interview<sup>2</sup>

Bezug: DB Nr. 379 vom 16.6.1985 – Pol 310.10 VS-NfD

1) Arafat hat Nahost-Korrespondent des Spiegels<sup>3</sup> am 18.6. ein mehrstündiges Interview gewährt, über das dieser mich persönlich und streng vertraulich unterrichtete.

Zu den wesentlichen politischen Aussagen Arafats gehörte:

- a) Anerkennung aller relevanten VN-Resolutionen wie 242<sup>4</sup> und 338<sup>5</sup>, auf Rückfrage des Korrespondenten auch der Palästina-Teilungsresolution der VN<sup>6</sup>!
- b) Positive Einschätzung der gegenwärtigen amerikanischen Bemühungen um Fortsetzung Friedensprozesses.
- c) Bereitschaft, sich für Wiederaufnahme Ägyptens in Arabische Liga<sup>7</sup> bei bevorstehendem arabischem Gipfel<sup>8</sup> einzusetzen.
- d) Befriedigung, Syrien durch Vorgänge in Palästinenserlagern in Beirut<sup>9</sup> Schlappe zugefügt zu haben.

<sup>1</sup> Hat Vortragender Legationsrätin Zenker vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Interviews vgl. den Artikel „Arabische Scharons begehen Metzelen“; DER SPIEGEL, Nr. 29 vom 15. Juli 1985, S. 86 f.

<sup>3</sup> Volkhard Windfuhr.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

<sup>6</sup> Mit Resolution Nr. 181 verabschiedete die VN-Generalversammlung am 29. November 1947 einen Teilungsplan für Palästina, in dem auch der Status von Jerusalem als „corpus separatum“ unter VN-Verwaltung festgelegt wurde. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. I, S. 322–343.

<sup>7</sup> Auf ihrer Konferenz vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad beschlossen die Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten wegen der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Zu den weiteren Beschlüssen teilte Botschafter Menne, Bagdad, am 1. April 1979 mit, daß die Mitgliedschaft Ägyptens in der Arabischen Liga „ab sofort“ eingefroren und der Sitz der Arabischen Liga nach Tunis verlegt werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

<sup>8</sup> Botschaftsrat I. Klasse von Magnus, Rabat, berichtete am 14. Juni 1985, daß auf Vorschlag des Königs Hassan II. „in Fes außerordentliche arabische Gipfelkonferenz über Palästinenserproblem“ stattfinden solle. Ein Großteil der Teilnehmerstaaten habe bereits zugestimmt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; Unterabteilung 31, Bd. 137559.

Die außerordentliche Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Arabischen Liga fand vom 7. bis 9. August 1985 in Casablanca statt.

<sup>9</sup> Botschaftsrat Heinemann, Beirut, berichtete am 21. Mai 1985, daß es am Vortag im Süden bzw. in der Nähe des Flughafens von Beirut „zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der schiitischen

2) Wesentlich interessanter als politische Sachaussagen Arafats erscheint mir, daß Korrespondent – ähnlich wie ich nach meinem Gespräch mit Abu Iyad (Bezugs-DB) – zu äußerst kritischem Urteil über politische Führungsqualitäten des PLO-Chefs gekommen ist.

Arafat habe keinerlei politische Konzepte gehabt. Hektische Aktivität stehe an der Stelle politischen Kalküls. Komplexe politische Sachverhalte würden mit geradezu kindlicher Naivität behandelt. Arafat habe z.B. Einvernehmen mit Hussein über Frage jordanisch-palästinensischer Föderation<sup>10</sup> herausgestellt, jedoch nicht die geringste Vorstellung davon gehabt, wie eine solche „Staatsform“ praktisch aussehen und zu welchen Konsequenzen sie führen könne. An der Stelle politischer Inhalte stehe das große Wort, die emotionale Bekundung. Fazit: Die PLO unter Arafat sei wohl bemüht, nicht aber wirklich fähig zum Frieden, weil sie nicht in der Lage sei, den konzeptionellen und gedanklichen Anforderungen, die ein komplizierter Friedensprozeß an sie stelle, gerecht zu werden.

### 3) Bewertung

a) Bezeichnend für Politik Arafats und Abu Iyads ist Wiederbewaffnung der Palästinenserlager in Beirut. Arafat sehe darin eine legitime Maßnahme des palästinensischen Unabhängigkeitskampfes; die Kämpfe zwischen Palästinensern und Amal stellten einen Sieg über Syrien dar. Nichts anderes als eine Provokation kann in der Tat dabei das politische Ziel der PLO gewesen sein. Die Tatsache jedoch, daß dies (zwangsläufig) mehrere hundert palästinensischen Zivilisten das Leben gekostet hat, sehen beide nicht als die (kalkulierbaren) Folgen ihrer eigenen Politik, sondern als ein davon isoliertes Unrecht, begangen durch Amal bzw. Syrien. M.E. kann man (zugegebenermaßen kaum glaubhaft) Arafat und Abu Iyad nicht einmal, wie es Jordanier hier tun, zynisches Opfern der eigenen Landsleute vorwerfen. Sie sind offenbar weder zum klaren Kalkulieren von Risiken noch zur rationalen Einsicht in die Konsequenzen ihrer Politik fähig.

b) Besorgniserregend ist Arafats Befriedigung über den vermeintlichen Triumph über Assad und die syrische Politik (dazu gesonderter DB Nr. 384 vom 19.6. 85<sup>11</sup>).

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 868*

Amal, unterstützt von der (im wesentlichen schiitisch zusammengesetzten) Sechsten Brigade der libanesischen Armee einerseits und den Insassen der Palästinenserlager Sabra, Chatila, Burj el-Brajneh andererseits“ gekommen sei: „Ausgangspunkt der Kämpfe war ein Überfall der Palästinenser auf eine Amal-Patrouille [...]. Der daraufhin erfolgte Gegenschlag von Amal ufernte aus und führte zu den Auseinandersetzungen, die nach Presseberichten 59 Tote und 270 Verletzte gekostet haben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 339; Referat 310, Bd. 149644.

Am 3. Juni 1985 teilte Botschafter Eitel, Beirut, mit: „Entgegen wiederholten Pressemeldungen ist bisher weder in dem Lager Sabra und Chatila noch in dem Lager Burj el-Brajneh der palästinensische Widerstand niedergekämpft. Sabra und Chatila sind weitgehend zerstört [...]. Burj el-Brajneh ist noch fest in palästinensischer Hand, aber lückenlos umzingelt. [...] In zahlreichen Erklärungen, zuletzt am 1.6.85, hat Amal-Chef Berri die Fortsetzung des Kampfes bis zur völligen Entwaffnung (keinesfalls Vertreibung) der Palästinenser in Aussicht gestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 360; Referat 310, Bd. 149645.

Auf Vermittlung des syrischen Vizepräsidenten Khaddam wurde am 17. Juni 1985 in Damaskus ein Waffenstillstand vereinbart.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Punkt 2) der Vereinbarung zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vom 11. Februar 1985; Dok. 44, Anm. 3.

<sup>11</sup> Botschafter Bartels, Amman, berichtete: „Die von Syrien zumindest geförderten Kämpfe der Amal gegen wiederbewaffnete Palästinenser in Beirutern Lagern haben syrischem Ansehen in arabischer

c) Folgende Schlußfolgerungen erscheinen mir zulässig:

- Der Rabater Beschluß, die PLO als einzige legitime Vertreterin palästinensischer Interessen zu bestätigen<sup>12</sup>, hat zwei Aspekte. Zum einen trägt er der weitverbreiteten und verständlichen Überzeugung der palästinensischen Bevölkerung Rechnung, nur in der PLO einen Garanten ihrer nationalen und politischen Rechte zu haben. Zum anderen kommt die Schwäche der gegenwärtigen PLO-Führung dem Interesse der arabischen Staaten an beeinflussbaren und durch die finanzielle Abhängigkeit letztlich willfährigen, keinesfalls jedoch politisch unabhängig agierenden Politikern entgegen.
- König Hussein muß ein elementares Interesse daran haben, die gegenwärtige PLO-Führung von einer aktiven Teilhabe am Friedensprozeß so weitgehend wie nur möglich auszuschließen.
- Es erscheint geradezu tragisch, daß die Palästinenser in ihrer verzweifelten Situation von einer politischen Führung abhängen, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen ist. Einer der wesentlichen Gründe dafür ist, daß die Palästinenser wegen Vertreibung bzw. israelischer Besetzung keine demokratischen oder quasi-demokratischen Institutionen entwickeln konnten, dank derer an der Spitze ihrer Organisationen ein Wechsel vom Kämpfer zum Politiker hätte stattfinden können. Vielleicht wird jedoch der gegenwärtige Friedensprozeß dazu führen, daß verantwortungsvolle und -fähige Palästinenser, derer es viele gibt, durch die Teilnahme an Verhandlungen in Führungspositionen hineinwachsen. In Anbetracht der Langfristigkeit möglicher Friedensverhandlungen wären die USA sicher gut beraten, wenn sie dabei Hilfestellung leisten könnten.

[gez.] Bartels

VS-Bd. 13610 (310)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 869*

Welt stark geschadet.“ Syrien scheine „auf allen politischen Ebenen ins Hintertreffen“ zu geraten, aber gerade vor diesem Hintergrund bestehe in Jordanien „Furcht vor drakonischen syrischen Gegenschlägen“, zumal „ein demonstrativer Aufmarsch syrischer Einheiten an der gemeinsamen Grenze starke pro-syrische bzw. mit der syrischen Politik sympathisierende Kräfte in Bewegung setzen kann“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 384; Unterabteilung 31, Bd. 141107.

<sup>12</sup> Vgl. dazu die „Resolution über Palästina“ der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29. Oktober 1974 in Rabat; EUROPA-ARCHIV 1975, D 616 (Auszug).

## 166

**Botschafter Lahusen, Pretoria, an das Auswärtige Amt****VS-NfD****Fernschreiben Nr. 295****Aufgabe: 20. Juni 1985, 17.30 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 22. Juni 1985, 11.47 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Winnie Mandela

Zur Unterrichtung

Mitarbeiter führte am 19.6. in Brandfort längeres Gespräch mit Winnie Mandela. Aus ihren Äußerungen ist festzuhalten:

- Südafrikanische Regierung verhalte sich völlig irrational. Cabinda<sup>2</sup>, Gaborone<sup>3</sup> und die Prozesse gegen UDF-Führer<sup>4</sup> bestätigten, daß sie entgegen allen Beteuerungen überhaupt nicht die Absicht habe, mit den wirklichen Führern der Schwarzen ins Gespräch zu kommen. ANC sei daher gegenwärtig nicht daran interessiert, die Verbindungen mit den sich um Brückenschlag bemühenden Persönlichkeiten (z. B. Prof. van der Merwe in Kapstadt) fortzusetzen.
- Höchste Priorität der Regierung sei „law and order“. Demgegenüber seien

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 22. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Legationsrat Seidt am 25. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 23. Mai 1985 bestätigte der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte, Viljoen, daß zwei Angehörige südafrikanischer „Aufklärungseinheiten“ am 21. Mai 1985 in Angola getötet und ein weiterer gefangengenommen worden sei. Dementiert wurde aber, daß sie ein „Sabotageunternehmen“ gegen Cabinda-Ölanlagen“ geplant hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 238 des Botschafters Lahusen, Pretoria, vom 24. Mai 1985; Referat 320, Bd. 138070.

Botschafter Disdorn, Luanda, teilte am 28. Mai 1985 mit, die südafrikanischen Soldaten seien nach angolanischen Angaben „bei einbrechender Dunkelheit von einer FAPLA-Patrouille etwa 30 km südlich der Stadt Cabinda, nahe bei Malongo, einer der wichtigeren Gulf Oil Betriebsstätten“ aufgegriffen worden. Sie hätten Kampfanzüge der südafrikanischen Armee getragen, „jedoch Arbeitsanzüge der Gulf Oil im Gepäck mit sich“ geführt. Neben Pistolen und Maschinenpistolen seien sie mit „16 Kontaktminen mit Zeitzündmechanismus, zwei Brandbomben, vier Packungen Sprengstoff“, Fernsprengeräten und größeren Mengen an Lebensmitteln ausgestattet gewesen. Gewicht und Menge der Ausrüstung legten nahe, daß weitere Personen beteiligt gewesen seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 110; Referat 320, Bd. 138070.

<sup>3</sup> Am 14. Juni 1985 berichtete Botschafter Lahusen, Pretoria, der Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte, Viljoen, habe am Morgen mitgeteilt, „daß in der vorangegangenen Nacht zehn ANC-Ziele in Gaborone/Botsuana von kleinen Einheiten der S[outh]A[frican]D[efence]F[orces] angegriffen und zerstört“ worden seien, nämlich Häuser und Büros, „in denen sich der ANC versteckt gehalten habe. Es habe sich bei den Zielen um das Kontroll-Zentrum der ‚Transvaal Sabotage Organisation‘ des ANC gehandelt.“ Lahusen zog den Schluß: „Mit dem Angriff auf ‚ANC-Ziele‘ in Botsuana setzt die s[üd]a[fr]ikanische Regierung mit kompromißloser Härte und Entschlossenheit ihre zuvor in anderen Nachbarstaaten praktizierte Politik fort, ihre Interessen mit militärischer Gewalt auch im Ausland zu verfolgen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 281; Referat 320, Bd. 156028.

<sup>4</sup> Referat 320 legte am 27. März 1985 dar: „Am 19.2.1985 wurden in einer landesweiten Razzia die Büros und Wohnungen führender Mitglieder der United Democratic Front durchsucht und mindestens zehn Personen festgenommen. Diese Aktion stand in Verbindung mit den gegen mehrere UDF-Führer bereits erhobenen Anklagen auf Hochverrat. Der Hochverratsprozeß soll am 29.3.1985 beginnen. Am 5.3.1985 haben die EG-Staaten in einer gemeinsamen Demarche die Verhaftungen der UDF-Führer verurteilt.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155984.

die bisherigen Reformen<sup>5</sup> völlig irrelevant. Sie kämen 20 Jahre zu spät und würden die Schwarzen nicht mehr interessieren. Ihnen gehe es um die Macht. „We want to have our country back and we want to rule.“

- Die Toten von Gaborone seien keine ANC-Mitglieder gewesen, der südafrikanische Nachrichtendienst habe versagt.
- In Cabinda habe es nie ANC-Basen gegeben.
- Südafrikanische Regierung habe Nelson Mandela Freilassung angeboten, obwohl sie gewußt habe, daß er die Bedingungen nicht annehmen würde.<sup>6</sup> Gerüchte, wonach die Kontakte in dieser Frage fortgesetzt werden, bezeichnete sie als falsch.
- Eskalation der Gewalt werde ständig zunehmen.<sup>7</sup> Die Zeit des Abwartens sei vorbei. ANC habe gar keine andere Wahl, als das System mit Gewalt anzugreifen. Dabei müßten die „puppets“ (town councillors) das erste Ziel sein, um die Townships unregierbar zu machen, wie dies schon mit einigem Erfolg geschehen sei. Es sei tragisch, aber unvermeidlich, daß Gewalt gegen Schwarze ausgeübt werde. Wenn man zulassen würde, daß die Mitläufer das Handwerk der Regierung betreiben, hätte der Befreiungskampf keine Chance.<sup>8</sup> Dies sei vor allem die Linie der ANC-Basis, der sich auch Tambo (für den als gläubigen Katholiken Gewaltaktionen problematisch seien) habe beugen müssen. „We are the last generation, which is prepared to accommodate the whites.“
- Die Anschläge des „Western Cape Suicide Squad“ gegen Politiker der Coloureds seien nicht vom ANC verübt worden. Das seien radikale Weiße oder – wahrscheinlicher – Opponenten unter den Coloureds gewesen.

<sup>5</sup> Am 30. Januar 1985 berichtete Botschafter Lahusen, z. Z. Kapstadt, Präsident Botha habe die Eröffnung des südafrikanischen Parlaments am selben Tag zum Anlaß genommen, „ausführlich auf vorgesehene Verbesserungen der Lage des schwarzen Bevölkerungsanteils, insbesondere die Gewährung politischer Mitspracherechte, einzugehen“. Er habe dargelegt: „Voraussetzung und Richtschnur jeder weiteren Verfassungsreform ist die Anerkennung der Uneinheitlichkeit (diversity) der [süd]afrikanischen Gesellschaft und die daraus folgende Notwendigkeit eines Regierungssystems, das die Vorherrschaft (domination) einer Bevölkerungsgruppe über eine andere ausschließt. Ein solches System bedingt Selbstbestimmung jeder Gruppe für ‚eigene‘ Angelegenheiten und gemeinsame Verantwortung und Zusammenarbeit aller Gruppen in Fragen gemeinsamen Interesses. [...] Die Regierung erkennt die ‚dauerhafte Anwesenheit in großem Umfang‘ [...] von Schwarzen in Südafrika außerhalb der ‚Homelands‘ an. Sie ist bereit, diesen ein Mitspracherecht nicht nur auf lokaler, sondern auch auf ‚höheren Ebenen‘ zu gewähren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; Referat 320, Bd. 156003.

<sup>6</sup> Zum Angebot des Präsidenten Botha am 31. Januar 1985, Nelson Mandela aus der Haft zu entlassen, und zur Ablehnung der Bedingungen durch Mandela vgl. Dok. 117, Anm. 20.

<sup>7</sup> Zu den Unruhen in Südafrika vgl. Dok. 117, Anm. 14.

<sup>8</sup> Botschafter Lahusen, Pretoria, legte am 22. Juli 1985 dar, „daß die Stoßrichtung der ‚schwarzen‘ Gewalt in einer Zufall ausschließenden Weise der neueren Strategie des ANC entspricht, die Townships ‚unregierbar‘ zu machen. Der ANC hat sich den erbitterten Kampf gegen die neue Verfassung, insbesondere gegen die in diesem Zusammenhang eingesetzte schwarze Lokalverwaltung, ausdrücklich auf die Fahne geschrieben. Gewaltsame Eliminierung der ‚Kollaborateure‘ aus den Townships, Sturz der schwarzen Gemeindeverwaltungen und deren Ersetzung durch ‚Bürgerkomitees‘, Mobilisierung Jugendlicher in ‚kleinen mobilen Einheiten‘ sind Weisungen des ANC, die exakt dem Geschehen in den Townships entsprechen, in denen die Gemeindeverwaltungen durch massivsten Terror weitestgehend zum Zusammenbruch gebracht wurden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; Referat 320, Bd. 155997.



- Mit den laufenden Hochverratsprozessen wolle die Regierung die UDF ausschalten, indem sie ihre Führer aus dem Verkehr zieht. UDF sei „the ally of the ANC“.
- Den Tagungsort der gegenwärtigen ANC-Konferenz<sup>9</sup> konnte oder wollte sie nicht nennen.

#### Wertung

Wie bei den früheren Gesprächen vertrat Frau Mandela eine harte, kompromißlose Haltung. Neu ist, daß sie gezielte Gewalt gegen Schwarze als unvermeidlich und notwendig ansieht. Wieweit ihre Haltung für den ANC repräsentativ ist, kann hier nicht beurteilt werden. Obwohl sie – wie der Botschaft bekannt ist – trotz der Bannung Kontakte zu ANC und UDF unterhält, müssen ihre Äußerungen auch im Licht ihres persönlichen Schicksals und ihrer relativen Isolation betrachtet werden.

[gez.] Lahusen

**Referat 320, Bd. 156003**

<sup>9</sup> Am 25. Juni 1985 berichtete Botschafter Timmermann, Lusaka, daß in Sambia vom 15. bis 23. Juni 1985 die zweite „National Consultative Conference“ des ANC stattgefunden habe. ANC-Präsident Tambo habe in einer Pressekonferenz am 25. Juni 1985 dargelegt: „Die Konferenz habe die Lage in Südafrika wie folgt analysiert: Das südafrikanische Regime sei entschlossen, das System mit Waffengewalt aufrechtzuerhalten. Für den ANC gäbe es daher keinen Grund, die Grundzüge seiner Strategie, einer Kombination von Massenaktionen und bewaffnetem Kampf, aufzugeben. Die Aussicht auf einen Sieg über das System der Apartheid sei heute größer denn je, da die Massen das System der Apartheid unwirksam und das Land unregierbar machten. [...] Gespräche mit dem Regime kämen nicht in Frage, solange die Führer des ANC weiter inhaftiert seien. Die Kampagne zu deren bedingungsloser Freilassung sei weltweit zu intensivieren und zu koordinieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 144; Referat 320, Bd. 156003.

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus

014-556/85 VS-vertraulich

21. Juni 1985<sup>1</sup>

Betr.: Europakabinett am 21.6.1985

Aus dem Gespräch sind vorab die folgenden Ergebnisse festzuhalten (Bundeskanzleramt fertigt offizielles, ausführliches Protokoll<sup>2</sup>):

### 1) Europäischer Rat, Mailand<sup>3</sup>

Bundeskanzler berichtete über seine Eindrücke von dem Treffen der EVP-Politiker in Rom<sup>4</sup>. Fazit: In Mailand kommt es entscheidend auf die deutsche Haltung an (GB und auch F sind zurückhaltend, italienische Präsidentschaft<sup>5</sup> ist durch Wahl des Präsidenten<sup>6</sup> beeinträchtigt). BK ist im Hinblick auf die von uns eingeschlagene Marschrichtung gedämpft optimistisch. Wir müssen unsere Position deutlich machen und „unser Banner aufpflanzen“.

### 2) Außen- und Sicherheitspolitik

BK und BM Genscher wiesen darauf hin, daß gegen ein starkes EPZ-Sekretariat bei einer Reihe von EG-Mitgliedstaaten Bedenken bestehen.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 27. Juni 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an „Dg 20/200“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 28. Juni 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 20 n[ach] R[ückkehr].“

Hat Ministerialdirigent Schauer vorgelegen.

<sup>2</sup> Für Auszüge aus dem Kurzprotokoll über die gemeinsame Sitzung der Kabinettsausschüsse für Europapolitik und Zukunftstechnologien vgl. Anm. 4 und 12.

<sup>3</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>4</sup> Das Treffen führender christdemokratischer Politiker aus den EG-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments fand am 19./20. Juni 1985 statt und endete mit der Forderung: „Für die Europäische Union muß eine neue vertragliche Grundlage geschaffen werden, um insbesondere die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit und Aktion der EG-Mitgliedstaaten wirksam zu organisieren.“ Vgl. die Schlußerklärung; Referat 430, Bd. 145408.

Bundeskanzler Kohl berichtete in der gemeinsamen Sitzung der Kabinettsausschüsse Europapolitik und Zukunftstechnologien am 21. Juni 1985, er habe „eine Grundstimmung vorgefunden, wonach dem Mailänder Gipfel kein durchschlagender Erfolg beschieden sein werde. Gleichzeitig sei allerdings die Erwartung deutlich geworden, daß die Deutschen die Dinge in Mailand voranbringen müßten.“ Zu institutionellen Reformen habe er erklärt, „wir würden in Mailand auf eine Rückkehr zu den Römischen Verträgen drängen und seien auch zu einer Ausdehnung der Mehrheitsregel auf Bereiche bereit, die bisher der Einstimmigkeit unterlägen [...]. Wir könnten auch über ein formalisiertes Verfahren zur Einschränkung des Vetos reden und prüfen, wo dieses Verfahren durchgeführt werden soll, im ER oder in den Fachministerräten. Er sei ferner nachdrücklich für eine Stärkung der Befugnisse des EP eingetreten“, außerdem für eine weitere Öffnung der Grenzen und für Fortschritte bei der Schaffung des Binnenmarktes: „In der Frage EWS habe er Zurückhaltung feststellen können und seinerseits deutlich gemacht, daß dieser Bereich für uns eng mit der Konvergenz der Wirtschaftspolitiken verknüpft sei.“ Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll zum Tagesordnungspunkt „Problematische Europäische Union“; Referat 410, Bd. 130458.

<sup>5</sup> Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1985 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>6</sup> In Italien fanden am 24. Juni 1985 Präsidentschaftswahlen statt. Der bisherige Senatspräsident Cossiga wurde im ersten Wahlgang gewählt und trat sein Amt am 29. Juni 1985 an.

<sup>7</sup> Zum französischen Vorschlag, einen ständigen Sekretär für die Europäische Politische Zusammenarbeit einzusetzen, vgl. Dok. 151, Anm. 17.

BM Bangemann betonte, die vertragliche Ausgestaltung von Außen- und Sicherheitspolitik könne sich nur auf die Bereiche beziehen, die nicht durch das bisherige Vertragswerk<sup>8</sup> abgedeckt sind, also z.B. nicht auf den Bereich der Außenhandelspolitik.

### 3) Mehrheitsabstimmung

Hier gab es längere Debatte, in der BM Genscher und BM Bangemann sich nachdrücklich für Alternative 1 des Ressortpapiers<sup>9</sup> aussprachen. BM Kiechle, BM Stoltenberg und Bundeskanzler wollten dagegen nicht zulassen, daß die Bundesregierung hier von vornherein einen Status minderen Rechts oder minderer Befugnisse im Vergleich zu anderen MS akzeptiert.

Am Ende der langen Debatte ergab sich eine Tendenz in Richtung Alternative 1 (Hinnahme einer dem luxemburgischen Kompromiß<sup>10</sup> entsprechenden Praxis durch andere Mitgliedstaaten, gleichzeitig aber darauf bestehen, daß diese geeignete Verfahren zur Kanalisierung des vitalen Interesses einschlagen).

Allerdings soll diese Alternative so angewandt werden, daß nicht ausgeschlossen wird, daß auch die Bundesregierung sich je nach den Umständen ihrerseits erneut auf den luxemburgischen Dissens, Ziffer 2<sup>11</sup>, berufen kann.<sup>12</sup>

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 8. April 1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften einschließlich der Schlußakte und der Anhänge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

<sup>9</sup> Am 19. Juni 1985 legten die Ressorts in einer „Einleitenden Aufzeichnung für die Sitzung des Kabinettsausschusses für Europapolitik am 21. Juni 1985“ zu Mehrheitsentscheidungen im EG-Ministerrat dar: „Auch vor dem Hintergrund unseres Getreidepreis-Vetos vom 11. Juni 1985, das wir als einmaligen Fall betrachten, sollten wir weder einer Etablierung noch einer Legalisierung dieser Praxis zustimmen können.“ Da einige EG-Mitgliedstaaten aber an der Weitergeltung des „Luxemburger Kompromisses“ festhalten würden, ergäben sich zwei Alternativen: „Alternative 1: Wir nehmen eine entsprechende Praxis anderer MS hin, bestehen aber darauf, daß diese dann ein geeignetes Verfahren zur Kanalisierung des ‚vitalen Interesses‘ vereinbaren, um seine Anwendung zu erschweren; Alternative 2: Wir schließen uns selbst von einer entsprechenden Praxis nicht aus. Argument: Sollte das ‚vital Interesse‘ nicht ganz zu beseitigen sein, dann muß jeder MS sich aus Gründen der Gleichgewichtigkeit und der disziplinierenden Wirkung der Gegenseitigkeit darauf berufen können.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130458.

<sup>10</sup> Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 102, Anm. 6.

<sup>11</sup> Auf der EG-Ratstagung am 11./12. Juni 1985 setzte die EG-Kommission eine Abstimmung über eine Senkung der Agrarpreise für Getreide und Raps um 1,8 % an, nachdem kein Kompromiß zustande gekommen war. Die Delegation aus der Bundesrepublik erklärte unter Berufung auf „sehr wichtige nationale Interessen“ und damit Ziffer II der „Luxemburger Kompromisses“ vom 28./29. Januar 1966, daß sie eine Abstimmung nicht akzeptieren könne. Die Delegationen aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Irland verweigerten daraufhin ebenfalls die Teilnahme an der Abstimmung, so daß ein Beschluß nicht zustande kam. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 67–69.

<sup>12</sup> In der Diskussion über das Thema „Institutionelle Reformen“ führte Bundesminister Bangemann aus: „Der Luxemburger Kompromiß von 1966 stelle in Wahrheit einen Dissens dar und sei keine rechtliche Grundlage. Er warne daher nachdrücklich vor einer politischen Willenserklärung in Mailand, die das Veto formalisiere. Er bitte daher ausdrücklich den Bundeskanzler, dies nicht anzusteuern.“ Zum Argument des Bundeskanzlers Kohl, „der Status quo sei schlechter als ein anderer möglicher Weg“, erklärte Bundesminister Genscher, „die Bundesregierung habe stets eine Einschränkung der Vertragsregeln abgelehnt. Wenn sie sich an einer Formalisierung des Vetos beteilige, gehe sie von dieser Linie ab. [...] Wir dürften nicht im Nachhinein den Luxemburger Dissens sanktionieren. Das wäre eine fundamentale Änderung der deutschen Europapolitik. Wenn man in dieser

4) Zu deutschen Vorschlägen für EP keine Diskussion, aber Billigung des im gemeinsamen Ressortpapier enthaltenen Vorschlages<sup>13</sup>.

#### 5) IEPG-Jäger 90

BM Wörner berichtete über erfolgreiche Ansätze für technologische Zusammenarbeit im Rahmen der IEPG.<sup>14</sup> Er berichtete ferner über die letzten Gespräche zum Thema Jäger 90.<sup>15</sup> Gespräche seien sehr erschwert dadurch, daß F sowohl auf Standort wie auf Projektführung des Vorhabens bestehe. Er sei bereit, Projektstandort nach Paris oder London zu geben. Aber kein Land könne beides, Standort und Projektführung, für sich in Anspruch nehmen. Es wurde vereinbart, daß BM Wörner und BM Bangemann Anfang der kommenden Woche ein Gespräch mit Präsident Mitterrand führen und ihn auf die große Bedeutung

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 875*

Frage einmal eine Vereinbarung habe, werde es nie mehr zu einer Anwendung des Vertrages kommen. Er rate daher von diesem Weg dringend ab. „Die Bundesregierung solle es jedoch hinnehmen, „falls die anderen – insbesondere Frankreich – auf einem Verfahren bestehen, das das Vetorecht unter erschwerten Bedingungen formalisiere“. Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung der Kabinettsausschüsse Europapolitik und Zukunftstechnologie am 21. Juni 1985; Referat 410, Bd. 130458.

<sup>13</sup> In der „Einleitenden Aufzeichnung für die Sitzung des Kabinettsausschusses für Europapolitik am 21. Juni 1985“ schlugen die beteiligten Ressorts am 19. Juni 1985 zur Verbesserung der „Rolle des EP im Legislativverfahren“ vor, in einer ersten Stufe zunächst die Bereiche festzulegen, „in denen das EP wie bisher nur konsultiert wird. Hierunter sollten vor allem Exekutiv- und Folgebeschlüsse fallen (Korb 1).“ In einer zweiten Stufe sollte das Europäische Parlament mit dem Europäischen Rat in bestimmten Bereichen gemeinsame Beschlüsse fassen: „In Frage kommende Bereiche: wesentliche Rechtssetzungsakte auf dem Sektor der gemeinsamen Politiken einschließlich der neuen Politiken sowie der Rechtsangleichung, insbesondere zum Gemeinsamen Binnenmarkt [...]. Diese Materien (Korb 2) würden den Schwerpunktbereich für künftige Mitentscheidung des EP bilden.“ Auf einer dritten Stufe sollten „Rat und EP [...] nur gemeinsam entscheiden. Anwendungsfelder: konstitutive Akte der Gemeinschaft, die ihr Wesen bestimmen und ihre Form gestalten, wie Beitritte, Assoziationen, völkerrechtliche Verträge der EG, Vertragsänderungen und -ergänzungen, neue Aktivitäten (Korb 3).“ Vgl. Referat 410, Bd. 130458.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich legte am 21. August 1985 dar, daß nach Billigung dieses „Drei-Körbe-Konzept[s]“ für erweiterte Legislativbefugnisse des Europäischen Parlaments“ am 21. Juni 1985 ein entsprechender Textvorschlag dem Europäischen Rat am 29./30. Juni 1985 in Mailand vorgelegt worden sei. Vgl. das Rundschreiben sowie den als Anlage beigefügten Vorschlag für den Europäischen Rat; Referat 410, Bd. 130390.

<sup>14</sup> Am 17./18. Juni 1985 berieten die dreizehn Verteidigungsminister der „Independent European Programme Group“ (IEPG) in London u. a. über technologische Zusammenarbeit. Vgl. dazu das Communiqué; NATO-BRIEF 1985, Heft 4, S. 34 f.

<sup>15</sup> Zu dem von der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien geplanten Jagdflugzeug „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 129, Anm. 28.

Während der Tagung der IEPG am 17./18. Juni 1985 in London berieten die beteiligten Verteidigungsminister über das geplante Jagdflugzeug mit dem Ziel, „die für den ‚Jäger 90‘ zugrunde zu legenden wichtigsten technischen Parameter sowie die mit einem gemeinsamen Bau verbundenen Fragen der staatlichen und industriellen Organisation einvernehmlich festzulegen. Dieses Ziel war [...] wiederum unerreichbar.“ Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braumnühl vom 21. Juni 1985; VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

Bundesminister Wörner berichtete im Kabinettsausschuß für Europapolitik am 21. Juni 1985, die Verteidigungsminister hätten sich „buchstäblich in den letzten dreißig Minuten auf einen Kompromiß geeinigt, der vorsehe, daß die Industrie noch einmal den Auftrag habe, bis zum 15. Juli 1985 eine Studie vorzulegen. Die dann fällige Entscheidung solle unter keinen Umständen über die Sommerpause hinausgezogen werden. [...] Es bestehe daher die Möglichkeit, daß man am 15. Juli einen Vierervorschlag mit einem abweichenden französischen Votum haben werde, und dann müsse über das weitere Vorgehen entschieden werden.“ Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll; Referat 209, Bd. 130002.

und die sich aus der französischen Haltung ergebende Problematik dieses Projekts hinweisen.<sup>16</sup>

#### 6) Binnenmarkt

Es wurde kritisiert, daß das Papier der EGK<sup>17</sup> zu kurzfristig vor dem Europäischen Rat vorgelegt wurde. BM Stoltenberg bestand darauf, es dürfe keine Festlegung in Mailand in der Frage der Steuerharmonisierung geben.

Am Ende der Diskussion war nicht ganz eindeutig, ob der Beschlußvorschlag des BMWi akzeptiert wurde. BK faßte wie folgt zusammen: Bundesregierung begrüßt die Vorlage des Kommissionspapiers. Bis 1992 sollten die Beschlüsse gefaßt werden, danach sei noch eine Karenzzeit für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen erforderlich. Die Finanzminister sollten die Steuerharmonisierung weiter prüfen. In der Bundesregierung solle eine hochrangige Arbeitsgruppe Binnenmarkt geschaffen werden, bestehend aus BMF, BMWi und AA. Die Gruppe solle eingehende Vorschläge für prozedurale Behandlung der einzelnen Themen des Binnenmarktes machen.

#### 7) Technologie

(1) Generelle Übereinstimmung, daß die Vorschläge des Dooge-Berichts zur Technologiegemeinschaft<sup>18</sup> verwirklicht werden sollen.

(2) Hinsichtlich EUREKA<sup>19</sup> faßte der BK die längere Diskussion, in der Minister Stoltenberg einen eindeutigen Finanzvorbehalt machte, wie folgt zusammen: Die Vorlage des BMFT<sup>20</sup> ist ein Diskussionspapier. Hierüber ist kein Beschluß gefaßt worden. Wir haben mit F gesprochen und werden das Gespräch fortsetzen.<sup>21</sup> Wir wollen nicht von vornherein sagen, daß EUREKA auf zivile Projekte beschränkt sein soll.

<sup>16</sup> Bundesminister Bangemann und Bundesminister Wörner führten am 4. Juli 1985 in Paris ein Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand. Botschafter Schoeller, Paris, resümierte am 5. Juli 1985, Mitterrand habe betont, Frankreich könne einen eigenen Jäger bauen, ziehe jedoch ein europäisches Projekt vor: „Hierbei werde man auf franz. Seite nicht feilschen und nicht jeden Teil an diesem Projekt bedauern, den man notwendigerweise anderen Partnern zugestehen müsse. Die franz. Industrie könne für dieses Projekt nicht geopfert werden.“ Mit der Forderung des französischen Verteidigungsministers Hernu, daß das Bureau d'études seinen Sitz in Paris haben müsse, habe sich Wörner einverstanden erklärt unter der Voraussetzung, „daß die Generaldirektion des Projektes in München angesiedelt werde; die techn[ische] Direktion könnte dann in Großbritannien liegen.“ Vgl. Referat 209, Bd. 130002.

<sup>17</sup> Für das Weißbuch der EG-Kommission „Vollendung des Binnenmarktes“ vom 14. Juni 1985 vgl. [http://europa.eu/documents/comm/white\\_papers/pdf/com1985\\_0310\\_f\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf).

<sup>18</sup> Für die Vorschläge des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) vom 29./30. März 1985 zur Technologiegemeinschaft vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 243 f.

<sup>19</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>20</sup> Für den Beschlußvorschlag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 20. Juni 1985 zum Thema „Europäische Technologiegemeinschaft/EUREKA“ für die Sitzung des Kabinettsausschusses für Europapolitik am 21. Juni 1985 vgl. Referat 430, Bd. 163005.

<sup>21</sup> Zu den Gesprächen mit Frankreich über EUREKA vgl. Dok. 151, Anm. 24.

Vortragender Legationsrat Zimprich informierte am 16. Juni 1985 über das deutsch-französische „Strategische Forum Informationstechnik“, das in zeitweiliger Anwesenheit des Bundesministers Riesenhuber und des französischen Forschungsministers Curien am 13./14. Juni 1985 in München stattgefunden hatte: „Das Strategische Forum (Industrievertreter, Wissenschaftler und Regierungsvertreter) hat den ‚Europäischen Super-Computer‘, ‚Mikroelektronik 1995‘ und die ‚Integrierte Fabrik der Zukunft‘ (neue Roboter-Generation) als mögliche EUREKA-Vorhaben identifiziert [...] Geschätzte Gesamtkosten dafür: 6 Mrd. DM für Zehn-Jahres-Zeitraum (Super-Computer 600 bis 800 Mio. DM plus Investitionskosten, Mikroelektronik: 3 Mrd. DM. [...] Im Élysée wird überlegt, daß die

Die Bundesregierung will nicht den Weg der EG-Kommission<sup>22</sup> einschlagen. Sie möchte vielmehr flexibel mit den Ländern zusammenarbeiten, die dies wollen und hierbei auch andere Länder außerhalb der EG einbeziehen.

Das BMFT wird gebeten, mögliche EUREKA-Projekte zusammenzutragen. Dann soll eine Prioritätenliste erstellt werden. Danach soll festgelegt werden, was wir finanzieren können. In die Betrachtung sollen einbezogen werden Vorhaben, die sich schon vor EUREKA abgezeichnet haben (z.B. die von BM Wörner geschilderten Absprachen im Rahmen der IEPG und insbesondere auch das Jagdflugzeug 90). BMFT, AA, BMWi sollen diese Prüfung gemeinsam durchführen.

gez. Dr. Ruhfus

**VS-Bd. 12959 (200)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 877*

Außen- und Forschungsminister am 22. Juni in St. Cloud eine Art Absichtserklärung zu EUREKA abgeben (Finanzminister sollen unter Zugzwang gesetzt werden)“. Vgl. Referat 430, Bd. 163005.

In einem Gespräch am 18. Juni 1985 in Luxemburg warb auch der französische Außenminister Dumas bei Bundesminister Genscher für ein Treffen mit den Forschungsministern zur Konkretisierung eines EUREKA-Projekts: „Es gehe dabei nicht um die Festlegung von Details, sondern darum, einen ersten Stein in das Bauwerk einzusetzen. Zu dem Treffen sollte die Präsidentschaft (als ital[ienischer] AM oder als Präsidentschaft, ggf. mit dem ital. Forschungsminister) eingeladen werden. Ferner sollte auch der Präsident der Kommission teilnehmen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung, die von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 19. Juni 1985 an Botschafter Schoeller, Paris, übermittelt wurde; Referat 430, Bd. 163005.

<sup>22</sup> Die EG-Kommission legte am 21. Juni 1985 für den Europäischen Rat am 28./29. Juni 1985 bestimmte Vorschläge zur Verstärkung der technologischen Zusammenarbeit in Europa sowie das Memorandum „Vers une communauté de la technologie“ vor. Für den Wortlaut vgl. Referat 430, Bd. 145411. Für Auszüge vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 453–456.

Referat 414 stellte am 27. Juni 1985 fest, „daß bei Umsetzung dieser Initiative EUREKA nicht erforderlich wäre – es sei denn, EUREKA ist nicht in erster Linie technologiepolitisch ausgerichtet, sondern verteidigungspolitisch (Europäische Verteidigungsinitiative)“. Die EG-Kommission sehe eine Zusammenführung bestehender Projekte zu einer umfassenden gemeinsamen Forschungs- und Technologiestrategie vor: „Dieser globale Ansatz ist neu und fachlich wohl auch richtig.“ Ihre eigentliche Bedeutung hätten die Vorschläge jedoch im institutionellen Bereich, wo die EG-Kommission eine flexiblere Gestaltung der bestehenden Verfahren zu Initiativen und Implementierung von Programmen anstrebe. Vgl. Referat 430, Bd. 145411.

## 168

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest

214-321.11 UNG VS-NfD

25. Juni 1985<sup>1</sup>

BM-Besuch in Ungarn (23. bis 25.6.1985);

hier: Gespräch BM – GS Janos Kádár 25.6.1985, 11.00 bis 12.30 Uhr

Zum Abschluß des offiziellen Besuchs in Ungarn empfing GS Kádár BM zu einem 1 1/2stündigen Gespräch, an dem ferner teilnahmen:

auf ungarischer Seite: AM Várkonyi, Botschafter Horváth (Note-taker), Dolmetscher;

auf deutscher Seite: Botschafter Jung, RL 214<sup>2</sup> (Note-taker).

GS erinnert an letzte Treffen mit BM, u. a. während seines letzten Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland<sup>3</sup>. Kompliment für gesundes Aussehen des BM. Kurzer Austausch über Gesundheit und Rauchen. (Anmerkung: GS rauchte während des Gesprächs stark, sprach heiser, manchmal mühsam. Serviert wurde Whisky.)

BM: Man könne nun mit Zuversicht in die Zukunft schauen. 1985 habe nicht so schlecht begonnen, wie manche Pessimisten es vorausgesagt hätten: Das gelte für die<sup>4</sup> Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik.

Mit Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen<sup>5</sup> sei ein Zeichen gesetzt worden. Jetzt müßten die Verhandlungen mit Substanz ausgefüllt werden. Ziel: das West-Ost-Verhältnis in ganzer Breite zu stabilisieren. Hier liege große Verantwortung für die Europäer, insbesondere auch für ihre bilateralen Beziehungen untereinander. Deutsch-ungarische Beziehungen seien beispielhaft, nicht nur weil sie weitgehend problemfrei seien, sondern weil der Begriff der Zusammenarbeit ernst genommen werde. Hinweis auf große Zahl von Kooperationsabkommen, günstige Perspektiven, noch weitere abzuschließen.

In unserem Verhältnis zur SU würden wir in Kürze zweier wichtiger Ereignisse gedenken: 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im September<sup>6</sup>, 15. Jahrestag des Moskauer Vertrages im August<sup>7</sup>. Der Moskauer

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 26. Juni 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 2. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 214 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Verteilung vorbehalt[lich] Gen[ehmigung] d[es] BM.“

<sup>2</sup> Uwe Kaestner.

<sup>3</sup> Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, hielt sich vom 26. bis 28. April 1982 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 128.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „wie die“.

<sup>5</sup> Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle wurden am 12. März 1985 in Genf aufgenommen. Zum Stand der Gespräche vgl. Dok. 106.

<sup>6</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vereinbart. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Adenauer und Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 1955; DzD III/1, S. 335–337.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

Vertrag habe den Weg geöffnet für die ganze Breite der West-Ost-Beziehungen, insbesondere auch für die Schlußakte von Helsinki.<sup>8</sup>

GS verpflichtet ausdrücklich bei.

BM: Nun sei der Rahmen für West-Ost-Beziehungen da, und man müsse ihn ausfüllen. In wirtschaftlicher Hinsicht sei das – einmal abgesehen von unseren Kooperationen mit Ungarn – bisher ja in traditioneller Weise geschehen. Aber wir stünden an der Schwelle einer neuen technologischen Revolution, die auch die Produktionsverhältnisse fundamental verändern werde. Produktionsprozesse würden dezentralisiert, der für das frühe Industriezeitalter charakteristische Zug – viele Menschen werden zur Produktion an einer Stelle zusammengefaßt – werde aufgelöst. Die neue Gesellschaft werde eine Informationsgesellschaft sein. Sie könne nur funktionieren, wenn sie sich nicht abschließe. Dies sei Ansatzpunkt für Zusammenarbeit und Austausch.

Dies bedeute: Über die politischen und wirtschaftlichen Gründe für West-Ost-Zusammenarbeit hinaus gebe es zunehmend technologische Gründe. Beide Gesellschaftsordnungen müßten die Frage beantworten, ob man diese Zusammenarbeit wolle. Diese Frage habe bei der jüngsten NATO-AM-Konferenz in Lissabon<sup>9</sup> eine große Rolle gespielt. Er – BM – habe dort ausdrücklich dafür plädiert, der SU und ihren Verbündeten Signale zu geben, daß wir natürlich entschlossen sind, alles für unsere Sicherheit Notwendige zu tun, aber auch die andere Option bieten: Zusammenarbeit. Die technologische Zusammenarbeit könne um so weiter gehen, je mehr man sich bei Abrüstung und Rüstungskontrolle treffe. Wir wollten keine technologische Spaltung Europas (GS nickt lebhaft).

Ein sehr wichtiges Signal sei ferner die Weiteranwendung des SALT-II-Vertrages durch die USA<sup>10</sup>.

Der bevorstehende 10. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte<sup>11</sup> solle allseits Anlaß sein, das richtige Verständnis des KSZE-Prozesses zu verdeutlichen: nämlich den Prozeßcharakter, die Bewegung, die Dynamik. Ferner müsse ganz klargemacht werden, daß niemand den KSZE-Prozeß als Instrument zur Destabilisierung anderer Teilnehmerstaaten nutzen wolle.

Über das Kulturforum Budapest<sup>12</sup> habe er mit AM Várkonyi bereits in Wien<sup>13</sup> und gestern hier<sup>14</sup> gesprochen: Daß Ungarn am Erfolg dieser Veranstaltung in-

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>9</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>10</sup> Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 über die Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 156.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki; Dok. 221.

<sup>12</sup> Das KSZE-Kulturforum in Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt.

<sup>13</sup> Im Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi am 15. Mai 1985 in Wien bekräftigte Bundesminister Genscher, daß das bevorstehende KSZE-Kulturforum in Budapest „noch nicht die nötige öffentliche Aufmerksamkeit“ finde und die Bundesregierung es „für eine Veranstaltung von allergrößter politischer Bedeutung“ halte: „Daß Bewußtsein der kulturellen Identität Europas sei ein entscheidender Faktor, wenn wir langfristig eine dauerhafte Friedensordnung in Europa aufbauen wollten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139489.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher führte im Gespräch mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi am 24. Juni 1985 in Budapest zur Bedeutung des KSZE-Kulturforums aus, es solle das „Bewußtsein kultureller Einheit in Vielfalt gestärkt werden, um aus Köpfen und Herzen der Menschen Feindbilder



teressiert sei, sei selbstverständlich. Wir wollten ihm helfen, das Kulturforum zum Erfolg zu machen. Denn wir träten dafür ein, die kulturelle Zusammenarbeit zu stärken und die kulturelle Identität Europas stärker ins Bewußtsein der Menschen zu bringen – dies sei auch politische Vertrauensbildung! Jeder wisse, daß die Gesellschaftssysteme der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht übereinstimmten. Es sei aber beeindruckend, wie stark gerade heute bei uns Schriftsteller aus der DDR verlegt und gelesen würden (hohe Auflagen). Dies verdeutliche, daß die Europäer und in Besonderheit die Deutschen in West und Ost nicht nur die gemeinsame Geschichte und ihre Klassiker verbinden, sondern auch die Kunst der Gegenwart. Dies werde auch für die Zukunft gelten. Wir bemühten uns deshalb sehr, mit großer Behutsamkeit unsere Beziehungen zur DDR auszugestalten. Er könne erfreut feststellen, daß es nicht wenig sei, was sich in den letzten Jahren entwickelt habe (GS pflichtet bei).

BM fährt fort: Er könne sich noch genau an Zeiten erinnern, wo das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR das Schlußlicht unserer Beziehungen zu den Staaten des WP gewesen sei – heute sei es eher umgekehrt.

Zusammenfassend: Jeder trage an seinem Platz Verantwortung dafür, die Zusammenarbeit zwischen West und Ost auf breiter Grundlage zu entwickeln, gemeinsame Interessen zu erkennen und zu wahren. Dies sei Vertrauensbildung – und mehr als bloße Klimapflege.

GS dankt für die Darlegung des BM, die er als Standpunkt der Bundesregierung verstehe. Er begrüße unser Herangehen an das Ost-West-Verhältnis.

#### 1) Beziehungen VR Ungarn – Bundesrepublik Deutschland

GS schließt sich der allgemeinen Beurteilung des BM an: Der Stand der bilateralen Beziehungen sei unter den heutigen Gegebenheiten in Europa ordentlich, die Beziehungen seien geregelt. Wir hätten vielseitige Zusammenarbeit: Politischen Dialog, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, breit angelegte Kontakte unter den Menschen beider Länder. Er halte die Zusammenarbeit, die sich herausgebildet habe, für gut und trete für ihren Ausbau ein: „Dies ist unser Wille.“ Es gebe einige traditionelle Elemente der Beziehungen, die der Ausgestaltung der Beziehungen förderlich seien: Aufgrund seiner Tätigkeit in der Führung Ungarns könne er einen größeren Zeitraum überblicken: Er erinnere sich noch gut an die Adenauer-Ära, als beide Länder keine diplomatischen Beziehungen hatten und es in der Publizistik nur harte Worte gegeben habe. Trotzdem seien in dieser Periode die Grundlagen der Wirtschaftsbeziehungen gelegt worden.

Unter der sozialliberalen Koalition seien die diplomatischen Beziehungen aufgenommen worden<sup>15</sup>, was den Gesamtbeziehungen neue Impulse verliehen habe. Jetzt gebe es in der Bundesrepublik Deutschland eine andere Koalition – dies habe aber zu keinem Einbruch in den Beziehungen geführt. Dazu habe auch beigetragen, daß Führer der in die Opposition gedrängten SPD den Ungarn mit-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 880*

zu verbannen. Dieses Bewußtsein müsse über Systemgrenzen hinweggreifen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 604 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, z. Z. Budapest, vom 24. Juni 1985; Referat 214, Bd. 139489.

<sup>15</sup> Die Bundesrepublik nahm am 21. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen zu Ungarn auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 421.

geteilt hätten, daß es außenpolitische Kontinuität zwischen der bisherigen und der neuen Koalition gebe: Dies habe sich bewahrheitet.

Mit Freude erfülle ihn, daß sich die Beziehungen auf einigen Gebieten weiterentwickelt haben. Dabei spiele natürlich auch die Tatsache eine Rolle, daß gewisse Probleme in den Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Ländern – z.B. gegenüber Polen, der DDR und der ČSSR – in den ungarisch-deutschen Beziehungen nicht vorhanden seien.

## 2) Beziehungen Bundesrepublik Deutschland – WP-Staaten

GS fährt (mit spürbarem Engagement) fort, in der Periode, in der die diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur SU, zur DDR<sup>16</sup>, zur ČSSR<sup>17</sup> aufgenommen worden seien, habe Ungarn immer betont, daß es wichtig sei, daß die Bundesrepublik Deutschland sich um die Regelung dieser Beziehungen bemühe. Er sage dies nicht, um unangenehme Themen anzuschneiden, sondern weil in den genannten Beziehungen immer wieder gewisse Komponenten eine Rolle gespielt hätten – in der Ära Adenauer und heute – die im Verhältnis der VR Ungarn zur Bundesrepublik Deutschland nicht so wichtig seien. Er denke dabei an die politischen Fragen hinsichtlich Europas und der Welt. In dieser Hinsicht gebe es gewisse Modifikationen im Verhalten der Bundesrepublik Deutschland, die zwar die bilateralen Beziehungen nicht störten, aber doch vorhanden seien.

Er wolle ein Beispiel nennen: Die Rolle der Bundesrepublik Deutschland für die Gestaltung und für die Regelung der Verhältnisse in Europa, von der BM gesprochen habe, sei wirklich da. Dies sei positiv und habe entsprechende Auswirkungen gehabt, auch in den Staaten des WP und in der öffentlichen Meinung dieser Länder. Er wolle noch einmal betonen, daß ohne gewisse Schritte seitens der Bundesrepublik Deutschland (Anspielung auf unsere Jahrestage im Verhältnis zur SU) der Helsinki-Prozeß nicht zustande gekommen wäre. Man könne sich über den Stand der bilateralen Beziehungen – wie er es jetzt mit BM tue – unterhalten und ihren guten Stand feststellen, und das sei zu begrüßen. Aber es gebe große internationale Fragen, die nicht außer acht gelassen werden dürften: z.B. die Frage der Stationierung amerikanischer Raketen.<sup>18</sup> BM werde sich gut erinnern, daß es im Dezember 1984 (gemeint wohl 1983) eine Situation von gewisser Starre gegeben habe. Die politischen Kontakte seien gelähmt worden.

BM kenne die ungarische politische Praxis: Sie sei konsequent. Ungarn gehe seit langem den gleichen Weg, natürlich auch in der Gestaltung der bilateralen Beziehungen. Als dann in diesen Beziehungen die Frage weiterer politischer Treffen aufgetaucht sei, habe man aber dennoch „mindestens fünf Minuten“ nachdenken müssen. Natürlich habe Ungarn seinen eigenen Standpunkt, müsse aber auch den Standpunkt seiner Verbündeten in Betracht ziehen. Nun, Ungarn habe die Situation durchdacht und die Entscheidung getroffen, BK Kohl vor ei-

<sup>16</sup> Am 14. März 1974 wurde das Protokoll zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR über die Errichtung Ständiger Vertretungen unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 79 und Dok. 92.

<sup>17</sup> Die Bundesrepublik nahm am 11. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen zur ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>18</sup> Zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. Dok. 116.

nem Jahr in Budapest zu empfangen.<sup>19</sup> Diese Entscheidung sei aus der ungarischen Politik abzuleiten gewesen, er aber glaube gleichzeitig, daß man damit nicht den Willen zum Ausdruck gebracht habe, den eigenen Verbündeten zu schaden. Heute erscheine es, daß diese Entscheidung richtig gewesen sei. Ungarn sei damals davon ausgegangen, daß sich die Erde auch nach dem 1. Januar 1984 weiterdrehen werde und Kontakte notwendig seien. Dies sei nicht nur bloße Verbesserung der Atmosphäre, bloße Klimaanlage gewesen.

### 3) Beziehungen SU–USA

Mit diesem Gedanken wolle er an das anschließen, was BM zu den Zukunftsperspektiven gesagt habe. „In unseren Kreisen“ und öffentlich habe man die Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen positiv gewürdigt, weil das sowjetisch-amerikanische Verhältnis ein bestimmendes Element sei. Jedoch bestehe die internationale Politik nicht nur aus diesem Verhältnis.

Ungarn sehe den Verhandlungen mit soliden Hoffnungen entgegen. Man müsse davon ausgehen, daß die zwei riesengroßen Länder auf der Erde existierten. Keines könne von der Landkarte ausradiert werden. Dann bleibe nur eins übrig: auf dieser Erde miteinander zu leben. Dies gelte für SU wie für USA, für die NATO-Staaten wie die des Warschauer Pakts. Einen anderen Weg gebe es nicht. Die Verhandlungen würden langwierig sein, man brauche Geduld und Nerven. Vielleicht werde in Stockholm etwas aus dem Vorschlag eines Nichtangriffspakts zwischen beiden Militärblöcken<sup>20</sup> herauskommen. Ein wenig setze sich auch in Bewegung mit der Kontaktaufnahme zwischen RGW und EG<sup>21</sup>: Dieser Weg müsse weiter beschritten werden, es gebe keinen anderen.

Wenn BM sage, daß die NATO-Staaten für ihre Sicherheit Sorge tragen müßten, könne er mit dieser Feststellung nicht streiten. Beide Bündnisse sagten, sie dienten der Verteidigung. Er sei zuversichtlich, daß die Erkenntnis sich verstärken werde, daß beide Systeme die Fragen ihrer Sicherheit nur gemeinsam lösen könnten. Aufrüstung könne man bis ins Unendliche treiben, sie erhöhe aber nicht die Sicherheit, sondern die Gefahr.

Aus Erhöhung der Qualität der Rüstungen ergeben sich Probleme, in denen er mit BM kein Einvernehmen erzielen könne: Frage der Militarisierung des Welt-raums.

### 4) Deutsche Frage

Es gebe noch ein anderes Problem, das er erwähnen möchte: Die deutsche Frage – die als Frage natürlich existiere. Hierbei müsse man gewissen politischen und darüber hinaus psychologischen Elementen Rechnung tragen. Er erinnere sich noch gut an den ersten Besuch des früheren BK Brandt in Warschau<sup>22</sup>:

<sup>19</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 21. bis 23. Juni 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 173.

<sup>20</sup> Der Vorschlag der sowjetischen KVAE-Delegation vom 29. Januar 1985 für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen sah die Verpflichtung vor, „weder nukleare noch konventionelle Waffen als erste gegeneinander einzusetzen und folglich keinerlei militärische Gewalt gegeneinander anzuwenden“. Der Vertrag solle mit dem Beitritt aller Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt in Kraft treten. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 482 f. Vgl. dazu auch Dok. 43.

<sup>21</sup> Vgl. dazu das am 14. Juni 1985 übermittelte Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, an EG-Kommissionspräsident Delors; Dok. 161, Anm. 12.

<sup>22</sup> Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 6. bis 8. Dezember 1970 in Warschau auf. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 588–590 und Dok. 595.

Brandt habe dort seinem Bedauern gegenüber den polnischen Opfern in einer Form Ausdruck verliehen, die eine psychologische Wirkung – im guten Sinn des Worts – über Polen hinaus gehabt habe.

Nun gebe es den Sammelbegriff der „Vertriebenen“. Sicher habe BK Kohl seine Gründe gehabt, an dem jüngsten Treffen teilzunehmen.<sup>23</sup> Aber diese Teilnahme gut abzuwickeln, könne für den BK natürlich keine einfache Aufgabe gewesen sein. Aus der Presse habe er jedenfalls entnommen, daß nicht alle Teilnehmer mit Begeisterung das aufgenommen hätten, was der BK dort ausgesprochen habe. Für sie habe der BK offensichtlich zu wenig gesagt. „Hier – in unserer Gegend – war es zu viel.“ Er erwähne dies nur. Ungarn habe keine früheren deutschen Gebiete und kein Sudetenland, aber psychologisch hätten Dinge dieser Art (BK – Hannover) eine gewisse Wirkung auch in Ungarn.

##### 5) Kulturforum/Kulturelle Identität Europas

Was BM zum Kulturforum und zur europäischen kulturellen Identität gesagt habe, begrüße er. Wir sollten zusammenarbeiten, damit wir zu positiven Ergebnissen kommen, was nach Ottawa<sup>24</sup> vielleicht nicht schlecht wäre.

Bei der Frage „europäische kulturelle Identität“ falle ihm die SU ein: Einige Politiker in Westeuropa, die sonst gern das Wort „Europa“ gebrauchten, redeten manchmal so, als ob die SU nicht zu Europa gehöre. Auch in Asien gebe es Politiker, die nicht anerkennen wollten, daß die SU auch eine asiatische Macht sei. Man möge sich einmal vorstellen, was die Sowjetmenschen – der Mann auf der Straße, der Politiker – denken sollten, wenn die SU weder in Europa noch in Asien existiere.

Jedenfalls pflichte er BM bei, daß die KVAE Stockholm und das Kulturforum Budapest von Erfolg gekrönt werden sollten: Wenn die Bundesrepublik Deutschland dabei förderlich sein könne, würde Ungarn das sehr begrüßen. Hier werde man jedenfalls alles tun, um im Rahmen der ungarischen Möglichkeiten das Forum und den KSZE-Prozeß insgesamt voranzubringen.

<sup>23</sup> Bundeskanzler Kohl hielt am 16. Juni 1985 eine Rede auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1985, S. 577–583.

<sup>24</sup> Über das KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa teilte Vortragender Legationsrat Karkow am 26. Juni 1985 mit, das nach dem Konsensprinzip arbeitende Treffen habe „sich nicht auf ‚Schlußfolgerungen und Empfehlungen‘ an die Regierungen einigen können. Der Osten stellte den westlichen Forderungen nach Bekräftigung und Erweiterung der Freiheitsrechte des Einzelnen (Religionsfreiheit, Freizügigkeit, Recht von Minderheiten, Recht, sich auf die Schlußakte zu berufen – Monitorgruppen) die Forderung nach ‚gesellschaftlichen‘ und ‚kollektiven‘ Rechten (Recht auf Arbeit, Recht auf Wohnung, Recht auf adäquaten Lebensstandard, Recht auf Leben in Frieden) entgegen.“ Die osteuropäischen Teilnehmerstaaten hätten nicht einmal der im Kompromißvorschlag der neutralen und nichtgebundenen Staaten „enthaltene einzigen Substanzempfehlung – der Empfehlung an das Wiener Folgetreffen, ein weiteres KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte vorzusehen“, zugestimmt; die N+N-Staaten seien ihrerseits nicht bereit gewesen, „ein rein faktisches Schlußdokument ohne jede Schlußfolgerung und Empfehlung zu akzeptieren. Westen teilte diese Haltung.“ Zur Bewertung führte Karkow aus: „Die Erfolgsaussichten für Substanzergebnisse künftiger M[enschen]R[echts]-Expertentreffen müssen nüchtern beurteilt werden. Substanzvereinbarungen ohne Zugeständnisse an die vom Osten offensiv vorgetragenen Themen (z. B. aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialrechte) und ohne ‚Hebel‘ in Gebieten, die den Osten interessieren (Abrüstung) werden nur schwer zustande kommen.“ Insgesamt aber werde „das westliche Engagement für die MR als wesentliches Anliegen im KSZE-Prozeß und in den West-Ost-Beziehungen“ ernst genommen, und die westlichen und die N+N-Staaten bildeten „aufgrund gemeinsamer Wertvorstellungen eine weitgehend geschlossene Phalanx im Eintreten für die Menschenrechte“. Vgl. den Runderlaß Nr. 51 Ortex; Referat 212, Bd. 133566.

## 6) Ost-West-Zusammenarbeit

Darüber gebe es einige Themen auf der internationalen Bühne, in denen man zusammenarbeiten könne: Europa habe seine eigene Rolle, nicht nur weil hier weiße Völker leben, sondern auch aufgrund seines Produktionspotentials, seiner Produktionskultur, der Kultur im allgemeinen und nicht zuletzt der Rüstung. Mit diesen Fragen müsse man sich beschäftigen, wenn man auch seine Meinung nicht jeden Tag durch den Lautsprecher verkünde.

Um einen Nichtanwesenden – die DDR – zu erwähnen, möchte er folgendes sagen: Ungarn bejahe die Politik der DDR, auch das, was im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland unternommen werde. Dies sage er auch in bilateralen Treffen mit der DDR und in Treffen im Kreis seiner Verbündeten. Dies bejahe man wegen der Deutschen, aber nicht nur wegen der Deutschen – er erlaube sich, auch die SU zu erwähnen.

In sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen dürften gewisse bekannte Grundpositionen und Grundvorstellungen nicht außer acht gelassen werden: Die SU werde niemals einer unterschiedlichen Position im Verhältnis zu den USA zustimmen. Dabei dürfe man nicht an die wirtschaftlichen Probleme denken, über die Gorbatschow in seiner jüngsten Rede so detailliert gesprochen habe.<sup>25</sup> Diese Probleme existierten tatsächlich, und man spreche in der SU sehr viel darüber. Im Lauf ihrer Geschichte habe aber die SU immer wieder bewiesen, daß sie fähig ist, ihre Energien auf Punkte zu konzentrieren, die ihr wichtig sind.

Ein weiteres Element sei, daß diese sowjetische Führung eine realistische Führung sei und sich vom Gedanken leiten lasse, ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten und Frieden und Sicherheit in der Welt zu haben. Auch die SU sei Anhänger gegenseitig vorteilhafter wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

## 7) Künftige Politik Ungarns

Ein Wort zu Ungarn: Seine Bestrebungen seien unverändert, sowohl in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland als auch in bezug auf die übrigen europäischen Staaten und die Fragen, die Europa bewegen. Er habe von der Ära Adenauer und den nachfolgenden Koalitionen gesprochen – in Ungarn regiere seit Jahrzehnten die gleiche Koalition. Dies sage er nicht im Spaß, sondern im Ernst: Denn in Ungarn könnten die Kommunisten allein nichts machen, sondern müßten unter großen Anstrengungen alle aktiven Elemente der Gesellschaft an die gemeinsame Arbeit heranziehen. (Folgt Exkurs über seine Parteierfahrungen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Gegend, die schon vor dem Krieg kommunistische Mehrheiten gehabt habe. Ein erfahrener Genosse habe ihm deshalb gesagt: „Vergiß nicht, daß alle, die hier an die Macht wollen, in die Kommunistische Partei eingetreten sind.“)

Er sei natürlich Anhänger seines Systems – wie BM des seinigen –, aber man sei der festen Überzeugung, daß nicht alles, was vor zehn oder zwanzig Jahren gut gewesen sei, auch heute als gut vertreten werden könne. Deshalb entwickle Ungarn sein System weiter in Richtung Demokratisierung, es habe das Wahl-

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. Juni 1985 während der Beratung des ZK der KPdSU zu Fragen der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 277–308.

system geändert – Mehrfach-Kandidaturen in jedem Wahlkreis – dies sei ein guter Beginn. Auf Fragen im Westen – was verändert sich eigentlich? Wird das Einparteiensystem abgeschafft? – antwortete er: Die Grundstruktur des Systems gebe Ungarn nicht auf, wolle es aber elastischer gestalten, wie in der Wirtschaft, so auch in der Politik. Die Ungarn hätten jetzt die Möglichkeit der Auswahl von Kandidaten, die allerdings für das Programm der vaterländischen Front seien. Aber auch in den USA sei die Unterscheidung zwischen Kandidaten der zwei großen Parteien oft nicht einfach.

Ungarn folge jedenfalls seiner eigenen Linie und setze das fort, was in seiner Politik entsprechend seiner Eigenart angelegt sei. Dies gelte auch für die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und für die internationale Politik allgemein. Er füge hinzu, daß dieser Standpunkt nicht nur bei Verhandlungen und Gesprächen mit Vertretern von Ländern anderer Gesellschaftsordnungen, sondern auch in Gesprächen mit den Verbündeten Ungarns vertreten werde.

Abschließend möchte er betonen, daß er über den Ungarn-Besuch des BM erfreut sei und den Eindruck habe, daß er nützlich nicht nur für die bilateralen Beziehungen sei. Man solle die Zusammenarbeit im breitesten Sinn des Wortes fortsetzen. Vielleicht finde man eine oder mehrere positive Möglichkeiten, auf die Verhältnisse in Europa einzuwirken.

BM dankt für diese ausführliche Darlegung und schließt nur wenige Bemerkungen an:

1) Im Rahmen der bilateralen Beziehungen bitte er sehr ernsthaft, uns die Eröffnung eines Kulturinstituts in Budapest zu gestatten.<sup>26</sup> Der Stand unserer Beziehungen sei so, daß dieses geradezu erforderlich werde. Er wolle offen sagen: Für uns sei es ziemlich kompliziert, Ungarn mit Nachdruck bei dem Kulturforum zu unterstützen, wenn unsere Kritiker uns sagen könnten, die Bundesrepublik Deutschland erreiche nicht einmal die Zulassung eines Kulturinstituts in Budapest. Hier solle noch vor Beginn des Forums ein Zeichen gesetzt werden.

2) Die Grundlinie der deutschen Außenpolitik sei Kontinuität. Als Breschnew ihm beim letzten Zusammentreffen<sup>27</sup> darüber geklagt habe, die SU müsse sich immer wieder auf neue amerikanische Präsidenten einstellen, habe er geantwortet: Es sei selten festzustellen, daß Parteien so lange regierten wie die KPdSU und die FDP. Im Ernst möchte er hinzufügen, daß heute die Grundsubstanz der deutschen Außenpolitik eine sehr viel breitere Grundlage habe als noch vor zehn Jahren. Ihm sei bewußt – GS Kádár habe darauf hingewiesen –, daß deutsche Sozialdemokraten beim Regierungswechsel im Herbst 1982 die Kontinuität betont haben. Der Abgeordnete Wischniewski habe es ihm hinterher berichtet.

Die Bundesregierung wisse natürlich, daß bei unserer Lage in der Mitte Europas unsere Außenpolitik geradlinig und berechenbar sein müsse. Diese Lage –

<sup>26</sup> Der ungarische Außenminister Várkonyi äußerte am 24. Juni 1985 zum Wunsch des Bundesministers Genscher, die Eröffnung eines Goethe-Instituts in Budapest zu ermöglichen, „notwendig sei noch Geduld: Frage hänge neben zu klärenden materiellen Grundlagen ‚auch mit anderen Beziehungen‘ zusammen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 603 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, z. Z. Budapest, vom 24. Juni 1985; Referat 214, Bd. 139489.

<sup>27</sup> Bundesminister Genscher traf während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 22. bis 25. November 1981 mit Breschnew zusammen. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 334 und Dok. 340.

das gelte nicht nur für die Zeit Hitlers – beeinflusse das Schicksal des ganzen europäischen Kontinents stärker als die Politik Englands, Spaniens, Italiens oder Frankreichs. In den letzten 200 Jahren hätten nur zwei Leute dies verstanden! Bismarck und Stresemann. Adenauer – der sonst mit ihnen wenig gemeinsam gehabt habe – habe in dieser Hinsicht in ihrer Tradition gestanden. Macht-politisch gesehen hätten viele deutsche Staatsmänner nicht gewußt, daß wir für jeden unserer Nachbarn zu groß waren, für uns allein aber zu klein. Heute wüßten wir dies. Deshalb sei unsere Gesamtpolitik in die europäische Politik eingebettet.

3) Er stimme der Definition „Europas“, wie von Kádár gebraucht, zu. Es müsse Schluß gemacht werden mit der Einteilung nur in West- und Osteuropa: Wir seien Mitteleuropäer. In einer kürzlichen Rede habe er so formuliert: Polen sei nicht Osteuropa, an der polnischen Ostgrenze beginne nicht Westasien. Die Kultur Europas sei ohne Dostojewskij, Puschkin, Tschajkowskij nicht das, was sie ist.

4) Er kenne die Bedeutung von Psychologie und ihre Einflüsse auf die öffentliche Meinung. Der BK und er selbst seien nicht immer glücklich über schrille Töne, die bei uns zu hören gewesen seien. Trotzdem sei es gut und richtig gewesen, daß der BK das, was im Warschauer Vertrag<sup>28</sup> stehe, vor den Vertriebenen ausdrücklich bekräftigt habe. (Exkurs über schlesische Abstammung von Frau Genscher<sup>29</sup>.) Bei seinem Moskau-Besuch im letzten Jahr<sup>30</sup> habe er AM Gromyko zu einem Schlesier-Treffen eingeladen: Dort werde er überrascht sein, wie die Leute über ihre frühere Heimat redeten – nämlich darüber, wie man mit den Polen zusammenarbeiten könne.

Heute wolle er sagen, daß man Leute auch dadurch bekannt machen könne, daß man sie angreife. Er jedenfalls würde Leute, die Dinge sagen, die ihm nicht gefielen, nicht zum Mittelpunkt der Propaganda machen.

Die Verträge mit unseren östlichen Nachbarn würden eingehalten – daran gebe es keinen Zweifel! Er glaube, daß unsere Nachbarn allen Anlaß hätten, die Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai 1985<sup>31</sup> mit großer Befriedigung zu hören und zu lesen.

*GS* wirft ein: Dies war eine gute Rede!

*BM*: Wichtiger jedoch sei die Zustimmung, die diese Rede bei uns gefunden habe.

5) Was unser Verhältnis zur DDR angehe, so hätten wir den Grundlagenvertrag.<sup>32</sup> Dieser habe prinzipielle Fragen nicht lösen können. Aber man könne nicht bestreiten, daß er einen Weg zur Zusammenarbeit geöffnet habe, der den Menschen geholfen, das deutsch-deutsche Verhältnis entwickelt und die Lage

<sup>28</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>29</sup> Barbara Genscher stammte aus Liegnitz.

<sup>30</sup> Bundesminister Genscher führte vom 20. bis 22. Mai 1984 Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 153.

<sup>31</sup> Zur Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 vgl. Dok. 118, Anm. 34.

<sup>32</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

in Europa positiv beeinflußt habe. Es sei nicht einfach, wenn ein Volk in mehreren Staaten leben müsse, noch dazu, wenn sie verschiedenen Gesellschaftsordnungen angehören. Wir wüßten, daß jeder unter seinen Rahmenbedingungen Politik machen müsse. Vor diesem Hintergrund sei jedoch als großes Positivum zu werten, wie sich die Beziehungen zwischen DDR und Bundesrepublik Deutschland entwickelt hätten. Wir jedenfalls würden die Führung der DDR nicht überfordern. Gleichfalls hätten wir hoch eingeschätzt, daß Ungarn unsere Bemühungen um Zusammenarbeit unterstützt habe und weiter unterstütze.

6) Zu den Sicherheitsfragen und zum Verhältnis NATO und Warschauer Pakt wolle er feststellen: Wir wollten keine Überlegenheit und seien nicht der Meinung, daß man die SU „totrüsten“ könne. Und wir glaubten auch nicht, daß man sich einseitig Sicherheit garantieren könne. Heute würden kooperative Lösungen gebraucht. Die Erklärung vom 8.1.1985 Shultz/Gromyko<sup>33</sup> weise in die Richtung auf neue kooperative Lösungen: Dies mache ihre eigentliche Bedeutung aus.

7) Die Bundesrepublik Deutschland möchte ihren Beitrag leisten zur Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses. Dann könne man über vieles mit uns reden.

GS dankt: Er glaube, daß man die Zeit sehr nutzbringend verbracht habe. Die Frage des Kulturinstituts werde man noch einmal durchdenken und dann seine Position klarstellen, wann und unter welchen Bedingungen dieses Projekt sich verwirklichen lasse.<sup>34</sup> Er danke für das Gespräch.

**Referat 214, Bd. 139489**

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>34</sup> Am 31. Juli 1985 sprach Bundesminister Genscher in Helsinki den ungarischen Außenminister erneut auf die Errichtung eines Kulturinstituts in Ungarn an. Várkonyi führte dazu aus, „die Sache liege auf dem Tisch“; sie „sei allerdings kompliziert. Die ungarische Seite werde in Bälde Vorschläge machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 285 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterheld, z. Z. Helsinki, vom 1. August 1985; Referat 214, Bd. 139489.



## 169

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich

26. Juni 1985<sup>1</sup>

Betr.: Besuch von Vizepräsident Bush am 25. Juni 1985 in Bonn<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Vizepräsident  
Bush im erweiterten Kreis – Ergebnisprotokoll

## I. Zusammenfassung

1) Der Bundeskanzler und Vizepräsident Bush setzten nach ihrem Zusammen-  
treffen unter vier Augen (11.40–12.10 Uhr) das Gespräch im erweiterten Kreis  
fort (12.10–12.40 Uhr).

Auf deutscher Seite waren anwesend: Staatssekretär Meyer-Landrut, stellver-  
tretender Regierungssprecher Sudhoff, MD Teltschik, VLR I Roßbach als Note-  
taker.

Von amerikanischer Seite nahmen teil: Mr. Fuller, Stabschef; Gesandter Woess-  
ner, Geschäftsträger US-Botschaft; Mr. Gregg, Sicherheitsberater; Mr. Kelly.

2) Ausschließliches Thema der Gespräche im erweiterten Kreis waren Terroris-  
musfragen.

Der Bundeskanzler und der Vizepräsident erzielten Übereinstimmung über die  
Notwendigkeit einer erheblichen Intensivierung der internationalen Terroris-  
musbekämpfung.

Der Bundeskanzler sagte Vizepräsident Bush jede uns mögliche Unterstützung  
gegen den Terrorismus zu, den er als wahre Geißel unseres Jahrhunderts be-  
zeichnete. In dieser Frage sei die internationale Staatengemeinschaft insgesamt  
betroffen und gefordert.

Der Vizepräsident bestätigte, daß er, wie Präsident Reagan in einem gleichzei-  
tigen Schreiben an Bundeskanzler Kohl angekündigt hatte<sup>3</sup>, nach der Rück-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 8. Juli 1985 vorgelegen, der um die Anfer-  
tigung einer Ablichtung „für Auswärtiges Amt“ bat.

Am selben Tag übermittelte Stabreit die Ablichtung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schu-  
bert „zur dortigen Unterrichtung“.

Hat Schubert am 9. Juli 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn StS M[eyer]-  
L[andrut] als Eingang vorzulegen. 2) Herrn StS R[uhfus] n[ach] R[ückkehr] z[ur] g[efälligen] K[ennt-  
nisnahme]. 3) Ablichtungen D 5, D 2, 010.“

Hat Meyer-Landrut und Ruhfus vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13764 (014); B 150,  
Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Präsident Reagan beauftragte den amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 11. Juni 1985, im  
Rahmen einer Europa-Reise vom 23. Juni bis 3. Juli 1985 in Rom, Bonn, Den Haag, Brüssel, Genf,  
Paris und London Gespräche über Rüstungskontrolle und Sicherheit sowie Handelsfragen zu füh-  
ren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 855.

Bush besuchte die Bundesrepublik am 24./25. Juni 1985.

<sup>3</sup> Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 21. Juni 1985 an Bundeskanzler Kohl vermerkte Vor-  
tragender Legationsrat Schramm am 24. Juni 1985, Reagan informiere über den Auftrag an den ame-  
rikanischen Vizepräsidenten Bush, die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zu erör-  
tern: „Insbesondere werden Fortschritte in diesem Bereich von der Zusammenarbeit der Teilnehmer-

kehr von seiner Europareise die Leitung einer Sonderkommission (task force) zur Terrorismusbekämpfung übernehmen werde. Diese Kommission werde versuchen, sowohl praktische Maßnahmen auszuarbeiten, als auch die ideologischen, psychologischen und soziologischen Grundlagen des modernen Terrorismus zu erforschen. Die Kommission werde von allen staatlichen Stellen in den USA unterstützt werden, sie werde die im Lande verfügbaren Experten mobilisieren und ferner die Zusammenarbeit und den Rat der befreundeten Staaten suchen.<sup>4</sup>

Die Gesprächspartner kamen überein, daß Vizepräsident Bush alsbald nach Übernahme seiner speziellen Aufgabe an der Spitze der Sonderkommission in einem Brief an Bundeskanzler Kohl die Bereiche aufzeigen werde, in denen eine Zusammenarbeit wünschenswert und möglich erscheine.<sup>5</sup> Auf unserer Seite werden in der Zwischenzeit die persönlichen und sachlichen Möglichkeiten für eine solche Zusammenarbeit geprüft werden.<sup>6</sup>

## II. Im einzelnen

1) Der amerikanische Vizepräsident erläuterte die Sensibilität des Themas in den Vereinigten Staaten. Das Problem stelle sich im Moment zweifach dar, und zwar in der Form

- der Geiselnahme von Beirut<sup>7</sup> und
- der Notwendigkeit längerfristiger Vorkehrungen gegen terroristische Anschläge.

Der Vizepräsident führte weiter aus, man müsse in diesem Zusammenhang im Auge behalten, daß es einen insbesondere durch Iran und Libyen staatlich geduldeten Terrorismus gebe.<sup>8</sup> Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten und Prä-

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 889*

staaten des Weltwirtschaftsgipfels (WWG-Sieben) unter derzeitigem deutschen Vorsitz erwartet.“  
Vgl. Referat 311, Bd. 137911.

Für das Schreiben von Reagan vgl. VS-Bd. 12421 (511).

Für das Antwortschreiben von Kohl vom 11. Juli 1985 vgl. Dok. 190.

<sup>4</sup> Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 25. Juni 1985 erläuterte der amerikanische Vizepräsident Bush, sein „Auftrag zur Koordinierung des Kampfes gegen den Terrorismus“ habe zwei Aspekte: „Kurzfristig stehen die USA vor dem Problem, die Geiseln im Libanon zu befreien, langfristig gehe es darum, die internationale Zusammenarbeit zu verbessern, um die Wiederholung von Terroranschlägen möglichst ganz auszuschließen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5050 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz vom 28. Juni 1985 an die Botschaft in Washington und die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Referat 204, Bd. 135305.

<sup>5</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 11. Juli 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 12975 (204).

<sup>6</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung vgl. Dok. 204.

<sup>7</sup> Am 14. Juni 1985 wurde ein Passagierflugzeug der amerikanischen Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) mit 145 Passagieren und acht Besatzungsmitgliedern kurz nach dem Start in Athen auf dem Weg nach Rom entführt. Zu der Entführung bekannte sich die Organisation „Islamischer Heiliger Krieg“. Bei einer Zwischenlandung in Beirut forderten die Entführer die Freilassung aller Gefangenen aus israelischen Gefängnissen; sie selbst ließen vor dem Weiterflug nach Algier 25 Frauen und Kinder frei. Vgl. dazu den Artikel „Amerikanisches Flugzeug nach Beirut und Algier entführt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Juni 1985, S. 1.

<sup>8</sup> Gegenüber Bundesminister Genscher führte der amerikanische Vizepräsident Bush am 25. Juni 1985 aus: „Die USA wußten, daß die Iraner schiitische Terroristen in Baalbek und im Bekaatal [aus]gebildet hätten. Der jüngste Schritt sei eine Absprache Libyens mit dem Iran, eine sog. Armee von Jerusalem aufzustellen, um die Israelis aus Palästina zu vertreiben.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5050 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz vom 28. Juni 1985 an die Botschaft in Washington und die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Referat 204, Bd. 135305.

sident Reagan seien nicht gewillt, nochmals eine Situation wie die iranische Geiselnahme unter der Regierungszeit Präsident Carters<sup>9</sup> hinzunehmen.

Der Vizepräsident hob die Erfahrungen hervor, die die Bundesrepublik Deutschland in der erfolgreichen Bekämpfung des Terrorismus gemacht habe. Deshalb seien die von der deutschen Seite erbetenen und erwarteten Ratschläge für die USA besonders wichtig.

Zur Beirut-Geiselnahme führte der Vizepräsident aus, daß die amerikanische Seite über das bisherige Verhalten Israels zutiefst enttäuscht sei. Insbesondere habe eine Äußerung des israelischen Ministerpräsidenten Aufsehen erregt, die USA sollten aufhören, in der Angelegenheit ihr Spiel zu spielen (stop playing games).<sup>10</sup>

Auf Frage des Bundeskanzlers führte der Vizepräsident aus, die amerikanischen Geiseln würden an verschiedenen Orten und in unterschiedlichem Gewahrsam festgehalten, befänden sich aber alle in der Region Beirut. Dies erschwere Aktionen jeglicher Art. Man wolle amerikanischerseits nur sehr behutsam und zurückhaltend vorgehen, um unter allen Umständen Menschenleben zu schonen. Andererseits seien die USA nicht bereit, Konzessionen zu machen, weil dies schon wieder die nächste Erpressung und den nächsten Terrorismusakt nach sich ziehen würde.

Der Schiitenführer und libanesischer Minister Berri werde von den Vereinigten Staaten als Geiselhalter betrachtet. Er selbst bezeichne sich als Vermittler.<sup>11</sup> Die US-Regierung habe ihn in einer jüngsten Erklärung für sein Verhalten voll verantwortlich gemacht.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Am 4. November 1979 wurde die amerikanische Botschaft in Teheran von Demonstranten besetzt; 63 amerikanische Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 331 und Dok. 333.

Zum Versuch einer militärischen Befreiung der Botschaftsangehörigen durch die USA am 24./25. April 1980 vgl. AAPD 1980, I, Dok. 138.

<sup>10</sup> In der Presse wurde eine Äußerung des israelischen Verteidigungsministers und ehemaligen Ministerpräsidenten Rabin zitiert, wenn die amerikanische Regierung wolle, daß Israel sich auf einen Handel über die Freilassung von 766 inhaftierten Schiiten einlasse, solle sie dies sagen: „Wenn nicht, sollte man aufhören, mit Israel sein Spiel zu treiben.“ Vgl. den Artikel „Geiselnahme belastet Beziehungen zwischen Israel und Amerika“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Juni 1985, S. 1.

<sup>11</sup> Gegenüber Bundesminister Genscher äußerte der amerikanische Vizepräsident Bush die Einschätzung: „Die USA wüßten nicht, wie weit Berri die Lage wirklich unter Kontrolle habe. Zwar könne er die Geiseln vor eine Pressekonferenz bringen, sicher sei aber nicht, ob er auch die Macht habe, sie freizulassen. Jedenfalls entziehe sich Berri der angemessenen Verantwortung für die Geiseln. Wenn er Justizminister sei, müsse er das Recht wahren, das heiße, bedingungslose Entlassung. Hingegen stelle er Bedingungen, die die USA nicht annehmen könnten. Gingen sie heute auf die Forderung ein, Druck auf Israel zur Freilassung der 700 unrechtmäßig aus dem Libanon nach Israel verbrachten schiitischen Gefangenen auszuüben, so könnten sie morgen mit der Forderung konfrontiert werden, die in Kuwait festgehaltenen al-Da'awa-Terroristen durch Druck auf Kuwait befreien helfen zu müssen.“ Bush erläutert weiter, die USA „sprächen – nach außen nicht erkennbar – mit verschiedenen Regierungen. [...] Nach amerikanischer Überzeugung sei Iran in diese Sache verwickelt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5050 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz an die Botschaft in Washington und die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Referat 204, Bd. 135305.

<sup>12</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 18. Juni 1985, Präsident Reagan habe am selben Tag auf einer Pressekonferenz „an Amal-Führer Berri [...] eine Warnung“ gerichtet: „Er werde ihn persönlich verantwortlich machen für den Fall, daß Berri die Geiseln den Terroristen zurückgebe, wenn Israel die gefangenen Schiiten nicht freilasse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3076; Referat 204, Bd. 135306.

Am 28. Juni 1985 informierte van Well, der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium,

Auch habe die griechische Haltung enttäuscht. Die Griechen hätten aus politischen Gründen zunächst sämtliche von amerikanischer Seite gemachten praktischen Vorschläge für die Verbesserung der Sicherheit des Flugverkehrs in den Wind geschlagen. Sie seien erst nach den zwischenzeitlich eingetretenen Katastrophen darauf zurückgekommen. Auch in diesem Falle seien die USA um eine Erfahrung reicher geworden.

2) Der Bundeskanzler bezeichnete die Idee als richtig, u. a. zu versuchen, an die ideologischen, soziologischen und psychologischen Wurzeln des Terrorismusproblems heranzugehen. Die deutsche Seite werde Wissenschaftler und Fachleute zur Terrorismusbekämpfung benennen. Auch die Italiener und die Schweizer verfügten über einschlägige Erfahrungen und gute Fachleute. Man müsse ferner praktische Maßnahmen für die Sicherung der Flugplätze und Flugzeuge (Möglichkeit bewaffneter Begleitpersonals, Gepäckkontrollen und dergleichen) untersuchen. Das Problem sei wegen der Ferienzeit auch für die deutschen Urlauber besonders akut.<sup>13</sup> Man werde in der Siebener-Gruppe über solche Maßnahmen sprechen.<sup>14</sup> (Staatssekretär Meyer-Landrut erwähnte in diesem Zusammenhang die Expertengruppe für Flugsicherungsfragen auf der Grundlage der einschlägigen Deklaration von 1978<sup>15</sup>; er unterstrich ferner die Notwendigkeit einer Intensivierung der Zusammenarbeit von Interpol und kam auf die technischen Probleme notwendiger Gepäckkontrollen zu sprechen.)

Der Bundeskanzler führte aus, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland seit 1976 mit dem Terrorismus unsere bitteren Erfahrungen gemacht hätten. Die Erschwerung der Terrorismusbekämpfung führte er vor allem auf die folgenden besonderen Umstände zurück:

- mangelnde Erfahrungen der Polizei in dieser Verbrechensbranche,
- häufige Herkunft der Täter aus der sozialen Oberschicht,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 891*

Armacost, sei „optimistischer als in den Tagen davor. Es bewege sich etwas. Die Gespräche mit dem engeren Kreis der Amal-Führung verliefen günstiger. Berri habe in diesem inneren Zirkel Einfluß. [...] Es ist allerdings offensichtlich noch immer fraglich, wie eine eventuelle Austauschaktion – amerikanische Geiseln gegen in Israel gefangengehaltene Schiiten – organisiert werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3247; B 83 (Referat 511), Bd. 1819.

<sup>13</sup> Am 19. Juni 1985 wurden bei einem Sprengstoff-Anschlag auf den Flughafen in Frankfurt am Main drei Personen getötet, acht Personen schwer und mehr als zwanzig weitere leicht verletzt. Das Bundesministerium des Innern teilte am 20. Juni 1985 mit, einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuter aus Beirut zufolge habe sich „eine ‚Arabische Revolutionäre Organisation‘ [...] zu dem Bombenanschlag auf dem Frankfurter Flughafen bekannt“. Zur Begründung des Anschlags werde in der Erklärung ausgeführt, „Geheimdienste aus der Bundesrepublik Deutschland hätten Araber mit dem Auftrag angeworben, Mitglieder und Führer ‚Arabischer Kampforganisationen‘ im Libanon zu ermorden“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 4557; B 83 (Referat 511), Bd. 1589.

<sup>14</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 3. Juli 1985, daß nach der Befreiung der „39 Geiseln von Beirut [...] uneingeschränkte Übereinstimmung sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Administration“ über die Notwendigkeit einer Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen im Luftverkehr bestehe. Nachdem im nationalen Bereich bereits Maßnahmen beschlossen worden seien, sollten „weitere im internationalen Bereich [...] beim Folgetreffen der Siebener-Gruppe Luftsicherheit/Terrorismus am 24./25.7. in Bonn und anderen Gremien (UN, ICAO) beraten werden.“ Mit weiteren Maßnahmen sei die amerikanische Regierung „angesichts der auch weiterhin im Libanon gefangengehaltenen sieben Geiseln [...] sehr zurückhaltend“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3319; B 83 (Referat 511), Bd. 1819.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu Flugzeugentführungen (Bonner Luftsicherheitserklärung) vgl. BULLETIN 1978, S. 766.

- oft überdurchschnittliche Intelligenz der Täter,
- Unberechenbarkeiten aufgrund der ideologischen und politischen Motive der Täter,
- besondere Verwundbarkeit der modernen Industriegesellschaften für Terrorismusanschläge,
- schnelle Verbreitung der Schreckensnachrichten durch die modernen Medien und Gefahr der Beispielswirkung,
- die Wiederholungsgefahr von Terrorismusakten, falls den Forderungen der Terroristen nachgegeben wird.

Der Bundeskanzler schilderte in eindringlicher Weise seine persönlichen Erfahrungen, die er als Oppositionsführer in engen Absprachen bzw. in Verantwortungsteilung mit dem damaligen Bundeskanzler Schmidt bei der Geiselnahme in Mogadischu<sup>16</sup>, im Mordfall Schleyer<sup>17</sup>, bei der Botschaftsbesetzung von Stockholm<sup>18</sup> und bei der Entführung von Herrn Lorenz<sup>19</sup> gemacht hatte. Er sicherte in diesem Zusammenhang Vizepräsident Bush nochmals volle Unterstützung und Mitarbeit für die schwierige Aufgabe der Terrorismusbekämpfung zu.

Roßbach

#### VS-Bd. 13764 (014)

<sup>16</sup> Am 13. Oktober 1977 wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut“ mit 86 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern an Bord auf dem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main von vier palästinensischen Terroristen entführt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 284, Dok. 288 und Dok. 290–292.

Am 18. Oktober 1977 wurde die „Landshut“ auf dem Flughafen von Mogadischu von einer Einheit des Sonderkommandos GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt. Alle Geiseln – mit Ausnahme des Piloten Schumann, der in Aden von den Entführern erschossen worden war – wurden befreit, wobei drei der Entführer ums Leben kamen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 293 und Dok. 294. Vgl. dazu ferner WISCHNEWSKI, Leidenschaft, S. 229 f. und S. 407–411.

<sup>17</sup> Am 5. September 1977 wurde der Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Schleyer, in Köln von RAF-Mitgliedern entführt. Sein Fahrer und drei als Personenschützer eingesetzte Polizeibeamte wurden dabei erschossen. Die Entführer forderten die Freilassung von elf Terroristen, darunter die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden RAF-Mitglieder Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe. Diese sollten bis zum 7. September 1977 in Begleitung des Genfer Rechtsanwalts Payot und von Pastor Niemöller in ein Land ihrer Wahl ausgeflogen werden. Am 6. September 1977 trat erstmals der „Große Politische Beratungskreis“ unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers Schmidt zusammen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Vgl. dazu ENTFÜHRUNG, S. 7 f. und S. 15–17.

Schleyer wurde am 18. Oktober 1977 ermordet; am selben Tag begingen Baader, Ensslin und Raspe in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim Selbstmord.

<sup>18</sup> Am 24. April 1975 besetzten sechs deutsche Terroristen die Botschaft der Bundesrepublik in Stockholm. Sie nahmen zwölf Botschaftsangehörige als Geiseln und forderten die Freilassung von 26 inhaftierten RAF-Mitgliedern. Nachdem die Bundesregierung beschlossen hatte, den Forderungen nicht nachzukommen, kam es in der folgenden Nacht zu Explosionen im Botschaftsgebäude, das in Brand geriet. Zwei Botschaftsangehörige sowie zwei der Terroristen kamen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 94 und Dok. 95.

<sup>19</sup> Der Vorsitzende des Berliner Landesverbands der CDU, Lorenz, wurde am 27. Februar 1975 von Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni“ entführt. Die Entführer forderten die Freilassung mehrerer Inhaftierter. Die Häftlinge sollten zusammen mit dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Albertz, als Geisel außer Landes geflogen werden. Nachdem am 2. März 1975 ein Krisenstab unter Vorsitz des Bundeskanzlers Schmidt beschlossen hatte, den Forderungen der Entführer nachzukommen, wurden fünf der Inhaftierten am darauffolgenden Tag aus der Bundesrepublik ausgeflogen. Nach langwierigen Verhandlungen mit der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) erteilte diese die Landegenehmigung für Aden und eine Aufenthaltserlaubnis für die Häftlinge. Lorenz wurde am 5. März 1975 freigelassen. Vgl. dazu AdG 1975, S. 19288–19290.

## Ministerialdirigent Schlagintweit an die Botschaft in Tripolis

311-321.00 LIY-309/85 VS-vertraulich

Aufgabe: 26. Juni 1985, 14.31 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 101

Citissime nachts

Betr.: Ausweisung von Angehörigen des hiesigen libyschen Volksbüros<sup>2</sup>

Nur zur dortigen internen Unterrichtung

1) Der Leiter des libyschen Volksbüros<sup>3</sup> ist für heute nachmittag ins Auswärtige Amt einbestellt, wo ihm RL 311<sup>4</sup> eröffnet wird, daß wir die Abberufung von vier Angehörigen des Volksbüros verlangen. Es handelt sich um zwei Mitglieder des Volkskomitees (Ramadan el Ayeb, stellv. Leiter, und Ali Sharif Shaafi, Kulturreferent) sowie den Dolmetscher Khalid Sokni (Ortskraft, seit 1962 in Deutschland), denen Anwerbung und Einweisung zweier deutscher Staatsangehöriger (Gebrüder Mootz) in terroristische Aktionen vorgeworfen wird.<sup>5</sup> Der vierte ist der Verwaltungsangestellte des Volksbüros Elamin Abdullah Elamin, gegen den der Verdacht einer möglichen Verstrickung in den Mordfall Denali<sup>6</sup> besteht.

Laut Kabinettsentscheidung soll die Entfernung der vier Betroffenen aus der Bundesrepublik Deutschland diskret erfolgen.<sup>7</sup> Wir werden die Libyer nicht formell ausweisen. Elamin soll eine Frist von 14 Tagen erhalten, die anderen drei sollen die Bundesrepublik Deutschland bis zum 1. August verlassen haben. Für Familienangehörige können die Fristen ggfs. (Schulbesuch der Kinder) verlängert werden.

Dem Leiter des Volksbüros wird mitgeteilt werden, daß dieses Verlangen nicht politisch motiviert, sondern zwingende Folge unseres Rechtssystems und des

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 27. Juni 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Ausweisung von Angehörigen des libyschen Volksbüros vgl. Dok. 134.

<sup>3</sup> Elmahdi Imberesh.

<sup>4</sup> Gert Strenziok.

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Haas legte am 4. Juni 1985 dar, die Gebrüder Mootz hätten angegeben, „aus eigenem Antrieb Kontakt mit dem libyschen Volksbüro Bonn gesucht zu haben. Ihre Absicht sei Informationsbeschaffung für deutsche Nachrichtendienste gewesen“. Nach Gesprächen mit drei Mitgliedern des Volksbüros, die sie als El Ayeb, Shaafis und Sokni identifiziert hätten, sei „eine dreiwöchige Ausbildung der Beschuldigten in Tripolis an Handfeuerwaffen“ erfolgt: „Die Beschuldigten gaben an, dem o. g. Sokni ‚zum Schein vorgegeben zu haben, mit Hilfe dieser Ausbildung das bestehende System der Bundesrepublik Deutschland bekämpfen zu wollen.“ Das Bundesministerium des Innern wünsche die Ausweisung der drei Libyer und sei bereits „in dieser Sache an die Öffentlichkeit gegangen“. Vgl. Referat 311, Bd. 137911.

<sup>6</sup> Zur Ermordung des libyschen Regimekritikers Denali am 6. April 1985 vgl. Dok. 100, Anm. 4.

<sup>7</sup> Zum Kabinettsbeschluß vom 17. Juni 1985 über die Ausweisung von vier Mitgliedern des libyschen Volksbüros führte Ministerialdirektor Haas am 26. Juni 1985 aus, angesichts möglicher libyscher Gegenmaßnahmen wolle die Bundesregierung „keine spektakuläre Aktion, sondern die Angelegenheit auf stille Weise lösen. Es gibt ca. 2000 Deutsche in Libyen, deren Sicherheit gefährdet sein könnte. Deutsche Firmen haben dort wichtige Projekte.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137911.

Verhaltens der Betroffenen sei, daß wir nach wie vor an der Aufrechterhaltung ungestörter Beziehungen zu Libyen interessiert seien und daß wir daher auch darauf verzichten wollten, die vier Mitglieder des Volksbüros offiziell zu Personae non gratae zu erklären und auszuweisen. Wir würden es vorziehen, wenn sie unauffällig, aber innerhalb der gesetzten Fristen abberufen würden.

Ihre baldige Ausreise läge angesichts der Schwere der gegen sie erhobenen Vorwürfe auch im libyschen Interesse, da ihre Namen im Verlauf des in Bälde zu erwartenden Verfahrens gegen die Brüder Mootz mit Sicherheit in die Öffentlichkeit gezogen würden. Im Falle des Dolmetschers, der keinen diplomatischen Status hat, sei sogar eine Verhaftung nicht auszuschließen. Auch mit der Einbeziehung Elamins in das Verfahren wegen des Mordfalls Denali sei u. U. zu rechnen. Wir handeln daher vor allem auch in libyschem Interesse.<sup>8</sup>

2) Der BMI, auf dessen Verlangen die Demarche erfolgt, ist auf die eventuell daraus resultierenden negativen Folgen für die Funktionsfähigkeit der dortigen Botschaft und die Sicherheit der in Libyen tätigen Deutschen hingewiesen worden.

Es wird um genaue Beobachtung aller libyschen Reaktionen auf diese Maßnahme und laufende Berichterstattung gebeten. Deutsche Firmen sollten in diesem Stadium noch nicht unterrichtet werden. Doch sollte, sofern noch nicht geschehen, umgehend Neubestandsaufnahme aller dort tätigen deutschen Institutionen, Unternehmen, ihrer Mitarbeiter und sonstigen Staatsangehörigen gemacht werden. Das Auswärtige Amt wäre für Übermittlung entsprechender Angaben dankbar.<sup>9</sup>

[gez.] Schlagintweit

VS-Bd. 13620 (311)

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok teilte der Botschaft in Tripolis am 26. Juni 1985 mit, sein Gespräch mit dem Leiter des libyschen Volksbüros sei „in ruhiger, sachlicher Atmosphäre“ verlaufen. Imberesh habe die Aufforderung zur Abberufung von vier Mitarbeitern gelassen aufgenommen, Verständnis gezeigt und „sich mit der Durchführung ohne Einwände einverstanden“ erklärt: „Sein einziger Wunsch in diesem Zusammenhang sei, daß die ganze Angelegenheit ohne öffentliches Aufsehen erledigt werde und daß keine offizielle Verlautbarung des Auswärtigen Amtes erfolge, in der seine vier Mitarbeiter zu Personae non gratae erklärt würden. Dieses wurde ihm zugesichert.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 103; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Am 27. Juni 1985 berichtete Botschafter Enders, Tripolis: „Wurde soeben ins Außenministerium gerufen, wo mir amtierender Leiter der Europaabteilung, Azabi, im Auftrage Dr. Treikis folgendes übermittelte: Libysche Regierung habe unsere Aufforderung zur Kenntnis genommen. Obwohl sie hierfür genannte Gründe nicht anerkennen könne, werde sie unseren Wünschen entsprechend verfahren und genannte Angehörige des Volksbüros abziehen. Da es auch libyscher Wunsch sei, weiterhin gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu unterhalten, werde man diesmal von Retorikmaßnahmen absehen. Für eventuelle künftige Fälle dieser Art behalte man sich jedoch derartige Maßnahmen vor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 350; VS-Bd. 13620 (311); B 150, Aktenkopien 1985.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-360.92 FRA-1061/85 geheim

27. Juni 1985<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-französische Gespräche der Außen- und Verteidigungsminister  
am 26. Juni 1985 in Bonn

In dem Gespräch wurden die Entwicklung der französischen Nuklearstrategie im Zusammenhange mit dem deutsch-französischen Verhältnis<sup>2</sup>, die längerfristigen Sicherheitsinteressen beider Länder und Europas im Lichte der militärischen Entwicklung im Weltraum und bei Tisch kurz die Themen Jäger 90, Aufklärungssatellit und Terrorismus behandelt.

### 1) Entwicklung der französischen Nuklearstrategie

Auf Frage von BM Genscher nach den französischen Überlegungen vor dem Hintergrund der Äußerungen Huntzingers<sup>3</sup> und aus der französischen Opposition<sup>4</sup>, die zu uns herüberwirkten, führte VM Hernu folgendes aus:

Huntzinger und andere hätten für sich selbst, nicht für die Regierung gesprochen. In der französischen Regierung sei man sich jedoch bewußt, daß man die Solidarität mit Deutschland stärker ausdrücken müsse. Deshalb habe er kürzlich in Münsingen die Gemeinsamkeit der Sicherheitsinteressen Deutschlands

<sup>1</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl leitete die Aufzeichnung am 27. Juni 1985 an das Ministerbüro mit der Bitte, sie „BM zur Billigung und zur Genehmigung der Weiterleitung an BM Wörner (StS Rühl ist auf Urlaub) vorzulegen.“ Nach Zustimmung von Wörner solle die Aufzeichnung „auch Chef BK übermittelt werden“.

Hat Bundesminister Genscher am 28. Juni 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 28. Juni 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Braunmühl verfügte.

Hat dem Vertreter von Braunmühl, Ministerialdirigent Schauer, am 1. Juli 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11991 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> In einem Bericht über die „deutsch-franz[ösischen] Beziehungen nach dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel und nach Konstanz“ wies Botschafter Schoeller, Paris, am 5. Juni 1985 darauf hin, daß die Haltung der Bundesregierung zu SDI „auch als Test für eine stärker pro-amerikanische oder stärker pro-europäische Ausrichtung der Bundesrepublik gesehen“ werde: „Dabei ist bemerkenswert, daß gerade die Frage der deutschen SDI-Beteiligung zu verstärkten Diskussionen darüber geführt hat, wie die Bundesrepublik besser in das Strategie-Konzept Frankreichs eingebunden werden könne. Die Einsicht, daß man von der Bundesrepublik so lange kein eindeutig pro-europäisches Engagement erwarten könne, solange es von Frankreich strategisch nur als Vorfeld (Glacis), nicht dagegen als mit zu schützender Raum (Sanctuaire) behandelt werde, ist weit verbreitet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1335; Referat 201, Bd. 143386.

<sup>3</sup> Botschafter Schoeller, Paris, teilte am 5. Juni 1985 mit, daß ein Strategiepapier der Parti Socialiste (PS) angekündigt worden sei, das nach Äußerungen „des zuständigen Nationalsekretärs Huntzinger ‚einen bedeutsamen Fortschritt der Positionen der PS auf dem Wege der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und insbesondere in der deutsch-franz[ösischen] Zusammenarbeit‘ bringen werde. Es werde Vorschläge zur Zukunft der strategischen Nuklearwaffe machen, die von dem Gedanken ausgingen, daß ‚die franz. Abschreckungswaffe auf die eine oder andere Weise zu einer erweiterten Rolle‘ gebracht werde. In der Tat sei es ‚die Aufgabe dieser Waffe, die Sicherheit der vitalen Interessen Frankreichs zu garantieren‘, doch gäbe es in diesem Bereich ‚immer geringere Unterschiede zwischen dem ersten Kreis des französischen Territoriums und dem zweiten Kreis Westeuropas.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1331; Referat 201, Bd. 143386.

<sup>4</sup> Zu den von den Oppositionsparteien UDF und RPR im Juni 1985 veröffentlichten Überlegungen zur französischen Sicherheitspolitik vgl. Dok. 202.



und Frankreichs betont.<sup>5</sup> Ein so wichtiger Satz sei bisher noch nicht gesagt worden. Dies sei ein bewußter Schritt vor dem Hintergrunde der von BM erwähnten Äußerungen in Frankreich.

Er sei auch bewußt vor französischen Journalisten gesagt worden, um auf die französische öffentliche Meinung einzuwirken. Er habe auch in der französischen Presse einen großen Widerhall gefunden. Die französische Abschreckung diene der Verteidigung Frankreichs und seiner vitalen Interessen. Die Bestimmung dieser vitalen Interessen liege im Eventualfall in der Hand des französischen Präsidenten. Man wolle den Begriff absichtlich nicht präzisieren, um das französische Verhalten nicht für die SU kalkulierbar zu machen. Auch wolle man nicht bei den Amerikanern mögliche Gedankengänge ermutigen, daß Frankreich den Nuklearschutz Europas von den Amerikanern übernehmen könne. Dies könne Frankreich nicht. Indem er, Hernu, in Münsingen von gemeinsamen Sicherheitsinteressen Deutschlands und Frankreichs gesprochen habe, habe er bewußt eine Verbindung mit dem Begriff „vitale Interessen“ herstellen wollen. Dies sollte die Solidarität unterstreichen, die nicht nur militärisch und wirtschaftlich sei, sondern global und politisch. Dies schlage sich auch in konkreten Handlungen nieder. Die französischen Streitkräfte in Deutschland seien ausdrücklich von jeder Kürzung ausgenommen. Die im Aufbau befindlichen schnellen Eingreiftruppen (FAR) könnten, falls erforderlich, auf Entscheidung der französischen Regierung an der Seite der Ersten Armee in Deutschland eingreifen. Deshalb habe man gesagt, daß die FAR in „Afrika oder Europa“ eingesetzt werden könne. Eine öffentliche Erklärung auf der Linie der Äußerungen aus dem RPR oder von Huntzinger, daß man den Nuklearschutz Deutschlands gewährleisten könne, würde jedoch nicht dem Abschreckungskonzept der französischen Regierung entsprechen. In einer Krise würden Deutschland und Frankreich gemeinsam Gesten machen. Man werde mit deutscher Zustimmung die FAR nach Deutschland schicken. Diskret studiere der französische Generalstab Hypothesen für den Einsatz der Ersten Armee; dies werde er auch für die FAR tun.

BM Wörner habe zu seinen, Hernus, Äußerungen öffentlich erklärt, damit sei Deutschland nicht mehr Glacis Frankreichs. Er, Hernu, habe dem nicht widersprochen. Auch dies sei eine bedeutsame Tatsache, die in das Bewußtsein der französischen Öffentlichkeit eingedrungen sei. Nur ganz wenige Leute in Frankreich – der Präsident<sup>6</sup>, der Außenminister<sup>7</sup>, der Verteidigungsminister und der Generalstabschef<sup>8</sup>, vielleicht auch der Premierminister<sup>9</sup> – wüßten, daß es ein

<sup>5</sup> Zur Verdeutlichung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen Frankreichs und der Bundesrepublik verwies der französische Verteidigungsminister Hernu am 20. Juni 1985 in Münsingen anlässlich der deutsch-französischen Übung „Alliance“ auf die Anwesenheit von 50 000 französischen Soldaten in der Bundesrepublik, die Rüstungskooperation und die Tätigkeit des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und fügte hinzu: „La création récente de la Force d'Action Rapide vient ajouter à ces liens multiples, une possibilité supplémentaire dans l'engagement français, dès lors que le Gouvernement l'aurait décidé.“ Vgl. den Auszug aus der Rede; Referat 201, Bd. 143386. Der volle Wortlaut der Rede wurde am 2. August 1985 von Oberstleutnant i. G. Maginot, Paris, übermittelt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1777; Referat 201, Bd. 143331.

<sup>6</sup> François Mitterrand.

<sup>7</sup> Roland Dumas.

<sup>8</sup> Jeannou Lacaze.

<sup>9</sup> Laurent Fabius.

Einsatzraster für die französischen Nuklearstreitkräfte gebe. Dazu gehöre, daß zur Wirksamkeit der Abschreckung vorgesehen sein müsse, im Konfliktfalle einen Anteil der sowjetischen Bevölkerung zu töten, der etwas größer sei als der Anteil der französischen Bevölkerung, der bei einem sowjetischen Angriff getötet werden könne, und daß die Zerstörung des sowjetischen Industriepotentials etwas größer sein müsse als das, was bei einem sowjetischen Angriff auf Frankreich zerstört werden könne. Dies sei in die Programmierung einbezogen, nicht aber die Bundesrepublik Deutschland, auch nicht Ost-Deutschland. Dies alles wußte Huntzinger nicht. F mache gewaltige Aufwendungen für seine Nuklearstreitkräfte. Es sei geplant, im Zuge der Modernisierung die Zahl der Sprengköpfe von 180 auf 500 zu erhöhen. Man werde auch die „prästrategischen Streitkräfte“ modernisieren und die Pluton in die Hades transformieren, von denen es 300 bis 350 Stück mit einer Reichweite von 400 km geben werde. Von der französischen Grenze könne man damit die ČSSR erreichen, bei einer Aufstellung in Deutschland – die Frage werde sich eines Tages stellen<sup>10</sup> – werde man noch weiter reichen. Mit der M-4-Rakete, die man jährlich neu auf U-Booten installiere, werde man bei einer Reichweite von 5500 km Ziele in jedem gewünschten Bereiche erreichen.

Dumas fügte hinzu: Seitdem 1982 die Bestimmungen des Élysée-Vertrages über die Sicherheitszusammenarbeit<sup>11</sup> in die Tat umgesetzt wurden<sup>12</sup>, sei ein ständiger Entwicklungsprozeß vollzogen worden. Die Äußerungen Huntzingers reflektierten einen Teil der Meinung Frankreichs. Auch wenn sie die Regierung nicht binden könnten, würden sie im Denken der Regierung berücksichtigt. Der Präsident, der über den atomaren Druckknopf verfüge, werde in seiner Einschätzung, was vitale Interessen seien, auch Elemente berücksichtigen, die neuen Entwicklungen entsprächen. Hernu und er arbeiteten praktisch ständig an der Konkretisierung und der Erweiterung des Begriffes der vitalen Interessen.<sup>13</sup> Hierbei würden die gemeinsam mit uns angestellten Überlegungen einbezogen.

BM Wörner machte dazu folgende Anmerkungen:

Die Rede Hernus in Münsingen sei in Deutschland als ein bemerkenswerter Schritt voran richtig verstanden worden. Er selbst habe bewußt den Ball aufgenommen mit seiner Feststellung, daß damit Deutschland nicht mehr bloßes Glacis für die französische Verteidigung sei. Uns sei klar, daß die französische Regierung weniger Spielraum habe als einzelne französische Politiker. Aber auch bei uns gäbe es Risiken in der Entwicklung der öffentlichen Meinung. Zum Beispiel habe der frühere Bundeskanzler Schmidt in einem Aufsatz vor einem halben Jahr von der Notwendigkeit einer französischen Nukleargarantie für

<sup>10</sup> Der Passus „bei einer Aufstellung [...] stellen“ wurde von Ministerialdirigent Schauer hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung im Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit; BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 708 f.

<sup>12</sup> Während der deutsch-französischen Konsultationen am 24./25. Februar 1982 in Paris vereinbarten Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Mitterrand „einen vertieften Meinungsaustausch zwischen beiden Regierungen über Sicherheitsfragen“. Vgl. Ziffer 8 der gemeinsamen Erklärung; EU-ROPA-ARCHIV 1982, D 194. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 65.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

Deutschland gesprochen.<sup>14</sup> Manche sagten in Gesprächen, daß dies langfristig die amerikanische Garantie ersetzen könnte. Dies schaffe Illusionen und Erklärungszwänge, die uns in die Defensive brächten. Man sollte öffentlich<sup>15</sup> deutlich machen, was in der deutsch-französischen Verteidigungszusammenarbeit möglich sei und wo die Grenzen lägen. Für die interne Diskussion wolle er die deutsche Sicht wie folgt darlegen:

Wenn man die Frage der Nukleargarantie außer Betracht lasse, würden wir uns auf zwei Feldern allmählich eine Weiterentwicklung wünschen:

- Es müsse deutlich werden, daß auch Frankreich sich in der Vorverteidigung engagiere, was nichts mit der Frage der Integration in die NATO<sup>16</sup> zu tun habe. Eines Tages sollten deutsch-französische Entwicklungen wie in Münsingen, vielleicht in etwas bescheidenerem Umfange, weiter vorne stattfinden, evtl. mit Teilen der FAR. Dies beschränke sich auf den konventionellen Bereich und würde eine Abkehr vom Glacis-Gedanken deutlich machen.
- Er frage sich, ob es eines Tages möglich sein werde, ein Arrangement zu finden, das Konsultationsmöglichkeiten für den Fall vorsieht, daß der Einsatz taktischer Nuklearwaffen von oder auf deutschem Gebiet, d. h. einschließlich der DDR, in Aussicht genommen werde. Absprachen dieser Art bestünden mit den USA und GB. Es wäre wünschenswert, wenn dies eines Tages auch mit Frankreich möglich sei. Diese Frage könnte einem Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem französischen Präsidenten vorbehalten werden.<sup>17</sup>

Hernu erwiderte: Zur Frage der Vorverteidigung weise er auf eine große militärische Übung hin, die in diesem Herbst im gesamten Südosten Frankreichs stattfinden werde, gegen einen Angreifer aus dem Osten.<sup>18</sup> Dieses Szenario (Angreifer aus dem Osten) werde nicht verborgen bleiben. Dies sei ein wichtiges Zeichen. Was den Einsatz der FAR in Deutschland betreffe, würden die zwischen dem Präsidenten und dem BK beim Gipfeltreffen im Februar<sup>19</sup> verabredeten Übungen – eine Übung 1986 und ein wichtiges Manöver 1987 – stattfinden. Die

<sup>14</sup> Der SPD-Abgeordnete Schmidt erläuterte am 28. Juni 1984 im Bundestag „einige Gedanken für eine gemeinsame französisch-deutsche Sicherheitsinitiative“. Er resümierte, daß Staatspräsident Mitterrand wisse, „daß die bisherige französische Nuklearstrategie die Deutschen hinsichtlich ihrer Verteidigung in ausschließlicher Abhängigkeit von den USA“ belasse. Deshalb könnte er zu dem Schluß kommen, daß ein gemeinsames Verteidigungskonzept im französischen Interesse liege, und den Entschluß fassen, „daß die Aufgabenstellung der autonomen französischen Force de frappe durch einseitige Erklärung seinerseits auch auf den Schutz Deutschlands erstreckt wird. [...] Wenn aber Frankreich seine autonome Nuklearmacht auch auf die Abschreckung zugunsten Deutschlands erstrecken sollte, so müßte Deutschland dann allerdings für die anderen Teile des Programms seine Kapital- und Finanzkraft einbringen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 128, S. 5601 und 5603. Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, berichtete am 11. Januar 1985, daß Schmidt in einem am selben Tag in der französischen Tageszeitung „Le Figaro“ im Auszug abgedruckten Interview auf die Frage nach diesem Vorschlag ausgeführt habe, „daß er nach wie vor dazu stehe, daß man aber diese Äußerung im Lichte des gesamten französisch-deutschen Bündnisses sehen müsse. Dieser Vorschlag stelle nicht den Kern seiner damals gemachten Vorschläge dar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 95; Referat 201, Bd. 143386.

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>16</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Evtl. am 24.8.85“

<sup>18</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „FARTEX.“

<sup>19</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 28. Februar 1985 zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris zusammen.

Frage der taktischen Nuklearwaffen könnten nur der Präsident und der BK aufgreifen. Er selbst sei dazu nicht autorisiert. Man müsse hier die französische Strategie sehen: Frankreich nenne seine Nuklearwaffen kürzerer Reichweite nicht taktische Waffen, sondern prästrategische Waffen. Der Einsatz der Kurzstreckenwaffen falle ebenso wie der der Langstreckenwaffen allein in die Entscheidung des Präsidenten. Man mache keinen Unterschied bei der Frage über den Einsatz der prästrategischen Waffen. Absprachen über den Einsatz der prästrategischen Waffen würden die Entscheidungsfreiheit des Präsidenten auch über strategische Waffen einschränken. Der Generalstab befasse sich mit Plänen, wie im Krisenfälle die prästrategischen Waffen eingesetzt würden. Der Präsident entscheide über den Einsatz jeder einzelnen Pluton.

Dumas bekräftigte, daß über diese Fragen nur auf höchster Ebene gesprochen werden könne. Die Einmaligkeit und die Geschwindigkeit der Einsatzentscheidungen seien Elemente des Charakters der Waffen selbst. Wenn man andere Dispositionen ergreife, führe man in die Entscheidungen Elemente ein, die die Präzession der Abschreckungskraft veränderten. Man verstehe unseren Standpunkt. Die Antwort auf unsere Hinweise laute jedoch: Solche Dispositionen würden eine Transformation der Natur der französischen Einsatzentscheidung bedeuten.

Hernu erwähnte, daß Frankreich bei der Neutronenwaffe Fortschritte gemacht habe. Versuche seien erfolgreich verlaufen. Die Produktion schreite voran. Der Präsident werde bald vor einer Entscheidung stehen.<sup>20</sup> Man müsse mit Problemen in der öffentlichen Meinung Frankreichs rechnen. Die KPF mache Eindruck mit der These, daß die Neutronenwaffe Sachen schone und Menschen töte.

BM Genscher würdigte an der Rede von Hernu in Münsingen die Feststellung über die gemeinsamen Sicherheitsinteressen. Dies sei eine entscheidende Aussage. Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland setze die Identität der Sicherheitsinteressen voraus. Dies überbrücke Unterschiede, die es zwischen beiden Ländern gebe: Wir lägen zwischen Frankreich und dem potentiellen Angreifer, hätten keine Nuklearwaffen, seien in das Bündnis integriert und hätten auf deutschem Boden Truppen, die weder deutsch noch französisch seien. Darin liege die Antwort auf die Frage, wie Versuche zu beurteilen seien, nur die französische Grenze zu sehen, wenn sowjetische Truppen die deutsche Grenze überschritten. Eine französische Sicherheitspolitik wäre illusionär, welche die Sicherheitsinteressen Deutschlands und Frankreichs trennen würde, weil die Sicherheitsinteressen Frankreichs nicht erst am Rhein begännen. Deshalb sei der Satz von Hernu über die gemeinsamen Interessen von

<sup>20</sup> Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, informierte am 28. September 1985 über einen Artikel in der Militärzeitschrift „Armées d'aujourd'hui“, in dem berichtet werde, daß am 22. Mai 1985 „hohen Generalen [...] ein Modell der Hades-Rakete vorgestellt wurde. Wichtigste Charakteristik der Hades sei die Fähigkeit zum Einsatz von Waffen mit reduzierten Nebenwirkungen (armes à effets collatéraux réduits = ECR), wenn dazu die politische Entscheidung getroffen sei. [...] Obwohl der Neutronengefechtkopf (ECR) von der ‚gleichen Natur wie die anderen nuklearen Waffen‘ sei, würden die Einschränkungen für den Einsatz erheblich reduziert und die Wirkung, insbesondere gegen gepanzerten Feind, erhöht.“ Wietersheim teilte weiter mit, daß der Artikel aber keinen Aufschluß darüber gebe, „ob die politische Entscheidung zur Produktion von Neutronenwaffen bereits gefallen ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2140; Referat 201, Bd. 143386.

erheblicher Bedeutung. Wir seien uns dabei einig, das Frankreich nicht die amerikanische Nukleargarantie ersetzen wolle.

## 2) Langfristige Sicherheitsinteressen im Lichte von SDI

BM Genscher fragte nach der französischen Beurteilung der durch SDI eingeleiteten Sicherheitsdebatte, wobei er die Frage der Forschungsbeteiligung ausklammern wolle.

Hernu: In Münsingen habe er betont, daß die Bundesrepublik Deutschland der nächste Verbündete Frankreichs in jeder Hinsicht sei. Mit uns habe es die meisten Beziehungen im Verteidigungsbereiche, weil wir gemeinsame Sicherheitsinteressen hätten. Damit habe er öffentlich das Ausmaß des französischen Engagements deutlich machen wollen. Auf die von BM Wörner zitierte Forderung des früheren Bundeskanzlers Schmidt nach einer französischen Nukleargarantie für Deutschland habe er vor einigen Tagen Willy Brandt und Egon Bahr angesprochen<sup>21</sup>, die sich von Schmidt distanziert und ihre Auffassung betont hätten, daß Frankreich eine solche Garantie nicht geben könne.<sup>22</sup> Bei aller Betonung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen müsse man auch die militärisch unterschiedliche Situation von Frankreich und Deutschland sehen. Deutschland habe keine Atomwaffen und sei in der NATO, Frankreich habe Atomwaffen und sei nicht in der NATO.<sup>23</sup> Frankreich verstehe sehr gut, daß Deutschland SDI anders sehe als Frankreich. Frankreich wolle sich nicht an SDI beteiligen, weil es dessen messianisches Ziel der Abschaffung aller Nuklearwaffen ablehne.

BM Genscher widersprach: Er höre diese These zum dritten Male aus französischem Munde und habe auch die im „Economist“ darüber vertretene Version<sup>24</sup> zur Kenntnis genommen. Wir hätten lange und intensiv im BSR und in anderen Gremien diskutiert, aber zu keiner Zeit habe irgendein Teilnehmer den Gedankengang zur Diskussion gestellt, wir könnten für SDI sein, um einen „Ge-

<sup>21</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt und der SPD-Abgeordnete Bahr trafen am 21. Mai 1985 in Paris mit dem Vorsitzenden der französischen Sozialistischen Partei, Jospin, und dem französischen Verteidigungsminister Hernu zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Kohl ruiniert sein Ansehen“, DER SPIEGEL, Nr. 22 vom 27. Mai 1985, S. 19–21.

<sup>22</sup> Am 12. Juli 1985 äußerte sich der SPD-Vorsitzende Brandt nach einem Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand in Paris vor der Presse „über die etwaige Ausdehnung des fr[an]z[ösischen] Nuklearschirms auf die Bundesrepublik. Brandt lehnte eine deutsche Mitentscheidung über den Einsatz der franz. Kernwaffen ausdrücklich ab. Die Verantwortung über den Kernwaffeneinsatz sei eine notwendigerweise nationale Entscheidung der jeweiligen Nuklearmacht. Brandt vertrat darüber hinaus die Auffassung, daß es eine Automatik des frz. Kernwaffeneinsatzes bei einem Angriff auf das Bundesgebiet nicht geben könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1663 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 16. Juli 1985; Referat 201, Bd. 143331.

<sup>23</sup> Die Wörter „Frankreich“ und „sei nicht in der NATO“ wurden von Bundesminister Genscher unterschlingelt. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Bemerkung: „Das wurde im Sinne von Economist erläutert.“

<sup>24</sup> Botschafter Freiherr von Wechmar, London, informierte am 10. Mai 1985, daß am folgenden Tag in der britischen Wochenzeitschrift „Economist“ ein Leitartikel „unter Überschrift ‚SDI plus Bitburg equals new West German Power‘“ erscheinen werde. Darin werde ausgeführt: „Erfolgreiche Beteiligung an SDI werde sich politisch erheblich zu Deutschlands Gunsten auswirken, weil bisher einziger Unterschied zwischen F/GB einerseits und Bundesrepublik andererseits – die ersten verfügen über Atomwaffen – relativiert werde. Wenn sowohl SU als auch USA wirksames Anti-Raketensystem entwickeln könnten, würden britische und französische Raketen ihre Bedeutung verlieren [...]: ‚By the devaluation of Franco-British strength and the upvaluing of its own, West Germany is likely to gain from the SDI.‘“ Die Bundesrepublik könne dann „unzweifelhaft wichtigste Macht des europäischen Kontinents westlich von Rußland werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 871; Referat 201, Bd. 151243.

burtsmangel“ der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Ein solches Motiv gebe es nicht und werde es nicht geben; es wäre bizarr.<sup>25</sup>

BM Wörner ergänzte: Er betone immer wieder, daß die französischen und britischen Nuklearstreitkräfte ein Element zusätzlicher Unsicherheit für die SU, also ein Element zusätzlicher Sicherheit für uns, seien. Es würde uns keine Freude machen, wenn die französischen Nuklearwaffen entwertet würden.

Dumas: In Frankreich glaube man, daß langfristig die Sicherheitspolitik den Weltraum erreichen werde. Aber wir hätten bisher auf zwei Fragen noch keine Antwort:

(1) Wie werde sich die Übergangsphase gestalten? Man könne nicht an einem Tag von der Abschreckungsstrategie zu einer anderen übergehen. Man werde die Abschreckung noch lange brauchen. Zu ihren großen Aufwendungen kämen dann noch erhebliche neue Belastungen. Kein einzelnes Land, weder Frankreich noch Großbritannien, könnte die Mittel für beide Ziele aufbringen.

(2) Diejenigen, die sich über eine neue Strategie Gedanken machten, dächten auch über eine neue Weltordnung nach. Wir könnten nicht gewiß sein, ob in dieser Sicht die europäischen Interessen befriedigend gelöst seien. Die Tatsache, daß Deutschland über keine Atomwaffen verfüge, sei ein Teil der Geschichte.<sup>26</sup> Hier (bei SDI) gehe es darum, daß wir keine Antwort auf die Frage der europäischen Sicherheit hätten. EUREKA sei zwar eine zivile Initiative<sup>27</sup>, die heute in ihrem Rahmen entwickelten Spitzentechnologien würden jedoch eines Tages Europa bei der Lösung seiner Sicherheitsprobleme nützen können. Es wäre jedoch falsch, gegenüber der öffentlichen Meinung, in bezug auf das Verhältnis von SDI und Atomwaffen, die Frage dieser militärischen Perspektive von SDI jetzt herauszustellen. In 20 Jahren könnte die Entwicklung von EUREKA Europa helfen, eine unabhängige Version der eigenen Sicherheit zu entwickeln.

BM Genscher betonte, daß wir zwischen Deutschland und Frankreich eine vertiefte Diskussion aller strategischen Implikationen der militärischen Nutzung des Weltraumes entwickeln müßten. Dazu wolle er nur einige Fragen stellen:

- Er wisse nicht, ob der technologische Stand der SU Moskau in den Stand versetzen könne, ein ähnliches Verteidigungssystem wie in den USA aufzubauen. Er kenne auch noch nicht die sowjetische Antwort auf die Herausforderung von SDI: Werde sie mit einer Erhöhung der Offensivwaffen antworten oder ein Forschungsprogramm ähnlicher Art wie die USA entwickeln oder ein erdgestütztes Abwehrprogramm für ausreichend halten. Hernu warf ein, die Sowjets arbeiteten an einem Abwehrprogramm.

<sup>25</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 11. Mai 1985 dar, daß die These, „die Bundesregierung wolle über die SDI-Beteiligung den einzigen Rückstand gegenüber Frankreich und Großbritannien ausgleichen, um damit stärkste Macht in West-Europa zu werden“, zuerst von der UdSSR aufgestellt worden sei. Aber auch Staatspräsident Mitterrand habe sich „den Grundgedanken der These zu eigen gemacht. [...] Jetzt hören wir die These aus London. [...] Wir müssen nach den Erfahrungen mit Bitburg aufpassen, daß nicht über die These des deutschen Strebens nach einem erhöhten militärischen Status kaum berechenbare Ressentiments und Emotionen in Ost und West geweckt werden. Deshalb ist es äußerst wichtig, jede Singularisierung bei SDI zu vermeiden.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151243.

<sup>26</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 137, Anm. 11.

<sup>27</sup> Zur Initiative des französischen Außenministers Dumas vom 17. April 1985 vgl. Dok. 98, Anm. 7.

- Was vollziehe sich unterhalb der „SDI-Schwelle“: konventionell, bei den CM, den Raketen kurzer Reichweite und den Bombern? In diesen Fragen gebe es keinen Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich, ob nun der eine Nuklearwaffen habe und der andere nicht. Dumas stimmte lebhaft zu. Auf diese Frage der europaspezifischen Bedrohung hätten wir bisher keine europäische Antwort. Er könne heute nicht beurteilen, in welchem Grade SDI Schutz bieten werde. Es scheine nur Teilschutz zu versprechen. Er sei nicht überzeugt von einer ausreichenden konventionellen Stärke des westlichen Bündnisses, wenn er auch überzeugt sei von der konventionellen Stärke der Bundesrepublik Deutschland. Die Sorge treibe ihn um, wie die amerikanische Reaktion auf die konventionelle Herausforderung aussehe. Er erinnere an die These Weinbergers, daß man einer sowjetischen Aggression an verschiedenen Stellen der Welt entgegentreten müsse. Die Frage sei nur, mit welchen Streitkräften? Wir hätten nicht vergessen, wie lange es im Ersten und im Zweiten Weltkrieg gedauert habe bis zur amerikanischen Landung. In einem nächsten Krieg würden zwei oder gar vier Jahre zu viel sein.
- Wir müßten uns fragen, wo unsere Ressourcen hingehen sollten und wo wir Schwerpunkte setzen müßten. Tellers Pariser Erklärungen und offenen Fragen unterschieden sich durch Sachkunde und Aufrichtigkeit wohltuend von anderen Äußerungen in der Debatte.

BM Wörner betonte, daß wir in der Bewertung der gegenwärtigen Strategie und der möglichen künftigen Entwicklung nicht weit oder überhaupt nicht auseinander seien. (BM Genscher: überhaupt nicht.) Für die nächsten 10 bis 20 Jahre müßten wir weiter mit der gegenwärtigen Abschreckung leben. Deshalb wäre jede Abwertung der Abschreckungsstrategie gefährlich, für beide Nationen. Die SU forsche seit langem über Raketenverteidigung. Sie habe die Doktrin der gegenseitigen Verwundbarkeit nie wirklich akzeptiert. Die USA werden auf jeden Fall ihre Forschungsanstrengungen fortsetzen. Niemand wisse, ob die Forschung erfolgreich sein werde. Wenn sie auf einer oder beiden Seiten erfolgreich sei, dann müßten wir davon ausgehen, daß entsprechende Abwehrsysteme aufgestellt würden. Noch nie in der Geschichte sei eine Abwehrwaffe gegen eine Angriffswaffe, die sich als technisch möglich erwiesen habe, nicht aufgestellt worden. Eines Tages würden wir uns also in Europa auf diese Situation einstellen müssen. Was sollten wir also tun? Er habe eine zweifache Antwort:

- Die SU könnten wir nicht beeinflussen; die USA nur in Grenzen.
- Der Westen werde dafür sorgen müssen, daß in einem gewandelten strategischen Kontext die europäischen Interessen Berücksichtigung finden, und zwar in doppelter Weise:
  - Im Bündnis müßte von vornherein für eine konzeptionelle Berücksichtigung der europäischen Interessen gesorgt werden.
  - Die Europäer müßten sich Gedanken über die Bedrohung machen, der sie in einer gewandelten strategischen Welt ausgesetzt seien.

Auch ohne SDI müßten sich die Europäer überlegen, wie sie sich gegen Kurzstreckenraketen und Marschflugkörper schützen könnten. Die sowjetischen Systeme seien „dual capable“. Wenn ihre Zielgenauigkeit zunehme, entstünde eine neue Situation in Europa. Die Sowjets könnten in einer ersten Angriffs-

phase Kommandostellen, Flugplätze und Nuklearwaffenbasen ausschalten. Deshalb seien ein Dialog mit den Amerikanern und ein Dialog zwischen den Europäern über das, was sie selbst tun könnten, notwendig.

BM Genscher fügte hinzu, daß für die Akzeptanz unserer Sicherheitspolitik wichtig sei, nicht die Idylle einer rein defensiven Verteidigungspolitik glaubhaft machen zu wollen. Es zeichne sich bereits ab, daß die nukleare Abschreckung bleiben werde, da es einen hundertprozentigen Schutz nicht gebe. Wenn die Bevölkerung nach einer Phase von Diffamierungen der Abschreckung feststelle, daß SDI keine Idylle schaffe, werde sie den Regierungen Täuschungsversuche vorwerfen. Für das amerikanische Forschungsprogramm gebe es nur eine, allerdings auch eine ausreichende Rechtfertigung, daß nämlich die SU auch forsche. Ob eine Kombination von offensiven und defensiven Systemen ein größeres Maß an Stabilität schaffen werde – BM Wörner wies auf diese Möglichkeit hin –, werde von dem Kräfteverhältnis der beiden Großmächte abhängen.

VM Hernu erinnerte daran, daß die Einführung der nuklearen Abschreckungsstrategie auch nicht zur Abschaffung der konventionellen Waffen geführt habe. In Frankreich denke man über ATBM<sup>28</sup> nach. Man könnte zwischen Frankreich und Deutschland darüber sprechen.

BM Wörner bezeichnete es als notwendig, darüber nachzudenken. Man dürfe sich aber keine Illusionen machen, daß hier große technologische Schwierigkeiten und ein hoher finanzieller Aufwand zu erwarten seien. Wir machten erste Studien. Wir sollten zwischen Deutschland und Frankreich und eines Tages auch in der WEU darüber sprechen.

Bei Tisch wurden folgende Themen behandelt:

### 3) Jäger 90<sup>29</sup>

BM Wörner wies auf die reservierte Haltung der französischen Industrie hin. VM Hernu erläuterte die in Frankreich bestehenden Schwierigkeiten, betonte aber die Bereitschaft Frankreichs mitzuarbeiten.

### 4) Deutsch-französischer Aufklärungssatellit<sup>30</sup>

Auf Frage von Dumas erläuterte BM Wörner: Wir seien uns des Mandates des Gipfels in Bad Kreuznach<sup>31</sup> bewußt, eine Expertengruppe einzusetzen. Wir müßten jedoch zunächst angesichts der Fülle der Projekte eine Übersicht schaffen und Prioritäten setzen, um Klarheit über die Finanzierbarkeit zu erhalten. Dies bedeute nicht, daß wir uns aus dem Mandat des Gipfels herausstellen wollten. Wir könnten nur zur Zeit unseren Experten keine Aufträge geben. Wir wollten keine Verzögerungstaktik.<sup>32</sup>

<sup>28</sup> Anti Tactical Ballistic Missiles.

<sup>29</sup> Zu dem von der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien geplanten Jagdflugzeug „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 167, Anm. 15.

<sup>30</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 35.

<sup>31</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach vgl. AAPD 1984, II, Dok. 294.

<sup>32</sup> Am 24. Juni 1985 resümierte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl die Ergebnisse der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 21. Juni 1985 in Paris und vermerkte, daß für Frankreich der gemeinsame Aufklärungssatellit ein zentrales Thema der insgesamt positiv bewerteten Rüstungszusammenarbeit sei: „Ein weiteres Hinauszögern der Exper-



5) Zum Schluß des Gespräches wurde über die gegenwärtigen Probleme des Terrorismus, besonders bei den Flugzeugentführungen<sup>33</sup>, gesprochen.

Braunmühl

VS-Bd. 11991 (201)

## 172

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterhelt

213-322 SOW VS-NfD

27. Juni 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Neue Akzente in der sowjetischen Westpolitik

I. 1) In der sowjetischen Westpolitik sind in den letzten Wochen interessante Akzentverschiebungen zugunsten Westeuropas zu beobachten. Während die politische, insbesondere die rüstungskontrollpolitische Auseinandersetzung mit den USA das Hauptanliegen der sowjetischen Außenpolitik insgesamt bleibt, scheint die Bereitschaft Moskaus zu wachsen, Westeuropa stärker als eigenständigen Faktor im globalen Kräftespiel zu berücksichtigen. Dabei verlaufen zwei Entwicklungen parallel. Zum einen werden die Beziehungen zu einzelnen westeuropäischen Staaten, insbesondere zu F und I, dahinter in selektiven Abstufungen auch zu GB, Sp u. a., gezielt aktiviert. Zum anderen wird Westeuropa als Ganzes von Moskau mit zum Teil qualitativ neuen Schritten umworben. Beides zusammen gibt der europäischen Komponente der sowjetischen Außenpolitik derzeit ein besonderes Gepräge.

2) Die selektive Pflege der bilateralen Beziehungen zu einzelnen Staaten Westeuropas entspricht einer traditionellen, insbesondere seit Breschnew immer wieder gemäß sowjetischen Interessen wechselnd (vor allem gegenüber F und D) akzentuierten Linie. Ein zentraler Ansatzpunkt hierfür war schon in der Ver-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 904*

tengespräche setzt nach französischer Auffassung die Glaubwürdigkeit der Zusage der Regierungschefs in Bad Kreuznach aufs Spiel. Es sollte daher erreicht werden, daß der BSR, unabhängig vom Ausgang der internen Prüfung, so bald als möglich sein Mandat erteilt.“ Vgl. VS-Bd. 11991 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>33</sup> Zur Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) am 14. Juni 1985 vgl. Dok. 169, Anm. 7.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an 213 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM.“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Juni 1985 vorgelegen, der um eine Ablichtung für Referat 012 bat und dazu handschriftlich vermerkte: „Blauer Dienst.“

gangenheit die sowjetische Bewertung des Grads der Eigenständigkeit einzelner westeuropäischer Staaten gegenüber den USA. An diesem Kriterium hält Moskau angesichts der derzeitigen sowjetisch-amerikanischen Konfliktkonstellation offensichtlich fest. Dem entspricht z. B., daß die zumindest in den sowjetischen Medien als „Komplize“ der USA angegriffene Bundesrepublik Deutschland ihre langjährige Stellung als Präferenzpartner Moskaus in Westeuropa vorübergehend verloren hat.

3) Es ist bemerkenswert, wie sich die SU in den letzten Wochen gegenüber dem westeuropäischen Zusammenschluß weiter geöffnet hat, dies ungeachtet gewisser Belastungen in den bilateralen Beziehungen zu einzelnen westeuropäischen Staaten. Die wichtigsten Einzelentwicklungen:

- Seit dem Amtsantritt Gorbatschows<sup>3</sup> wiederholt positive, operativ klingende sowjetische Äußerungen zum KSZE-Prozeß in Europa (bereits vorher war wiederholt eine starke Betonung der Rolle der Westeuropäer durch Gorbatschow aufgefallen: z. B. seine Äußerungen in London im Dezember 1984<sup>4</sup>, „Wahlrede“ im Februar 1985<sup>5</sup>);
- besondere Herausstellung der eigenständigen Rolle Europas im Entspannungsprozeß beim Brandt-Besuch in Moskau<sup>6</sup>;
- Aufforderung Gorbatschows (Craxi-Besuch in Moskau<sup>7</sup>), die Beziehungen zwischen RGW und EG „endlich in Ordnung zu bringen“, sowie die inzwischen erfolgte Formalisierung dieses Signals<sup>8</sup>;
- bei gleichem Anlaß erstmals ausdrückliche Bereitschaft, die politische Dimension der EG anzuerkennen<sup>9</sup>;
- pragmatisch-flexible Reaktion Gorbatschows zu „EUREKA“<sup>10</sup> (Moskau würde hiervon natürlich gerne profitieren).

<sup>3</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR vgl. Dok. 59.

<sup>4</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 20. Februar 1985 anläßlich der Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 130–142.

<sup>6</sup> Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt am 27. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 18.

<sup>7</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Craxi vom 28. bis 30. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 17.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das am 14. Juni 1985 übermittelte Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, an EG-Kommissionspräsident Delors; Dok. 161, Anm. 12.

Auf der Tagung des RGW vom 25. bis 27. Juni 1985 in Warschau wurde der „Vorschlag über die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem RGW und der EWG“ bekräftigt. Vgl. das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1985, D 495.

<sup>9</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gab am 31. Mai 1985 Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU gegenüber Ministerpräsident Craxi am 29. Mai 1985 in Moskau wieder. Gorbatschow habe nicht nur das Interesse zum Ausdruck gebracht, „die Beziehungen zwischen RGW und EG endlich ‚in Ordnung zu bringen‘“, sondern auch die Bereitschaft betont, „dort, wo die EG-Staaten als eine ‚politische Einheit‘ auftreten, auch in bezug auf konkrete internationale Probleme nach Verständigungsmöglichkeiten mit ihnen zu suchen“. Braunmühl zog den Schluß: „Die SU scheint hiermit eine grundsätzliche Wende in ihrer bisher negativen Einschätzung der EG als politischer Gemeinschaft zu vollziehen, vielleicht sogar einen neuen Schritt in ihrer Westeuropapolitik einleiten zu wollen. Während sie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft [...] inzwischen zumindest faktisch anerkennt, hat sie eine Anerkennung der Zehnergemeinschaft als politischen Zusammenschluß bisher vermieden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139359.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 20. Juni 1985, der Generalsekretär des ZK

Die Häufung dieser und weiterer Anzeichen (sowjetische Medienkommentare) deutet darauf hin, daß ein – wie wir wissen – schon seit längerem vorbereiteter, unter Tschernenko jedoch nicht umgesetzter konzeptioneller Neuansatz gegenüber Westeuropa nunmehr zum Tragen kommen könnte.

4) Möglicherweise liegt hierin eine erste eigenständige außenpolitische Kursbestimmung Gorbatschows, ohne daß wir daraus jedoch auf einen Gegensatz zu außenpolitischen Zielvorstellungen Gromykos schließen können. Vielmehr dürfte die grundsätzlich negativ reservierte Einschätzung der westeuropäischen Integration in Moskau fortgelten, wie sie der objektiven Interessenlage Moskaus entspricht.

Die dem Außenministerium und dem ZK nahestehende Monatszeitschrift „Internationales Leben“ bekräftigte in ihrer Mai-Nummer, d.h. kurz vor dem Craxi-Besuch in Moskau, die negative sowjetische Grundeinschätzung der westeuropäischen Integration (Vorwurf der antisozialistischen Zielrichtung; Sorge vor proatlantischer Nivellierung der Außenpolitik der Westeuropäer; integriertes Westeuropa als politische, wirtschaftliche und – besonders bedrohlich – sicherheitspolitische Verstärkung des europäischen Pfeilers des amerikanischen Hegemonialstrebens etc.).<sup>11</sup> Es gibt keinen Grund zur Annahme, daß Moskau diese Bewertung aufgegeben hat.

Geändert hat sich aber anscheinend – wohl in realistischer Bewertung der Unaufhaltsamkeit der in Gang gesetzten Entwicklungen in Westeuropa – die taktisch-operative Schlußfolgerung hieraus. Anstelle der bisherigen Linie, dem westeuropäischen Zusammenschluß je nach sowjetischer Interessenlage überwiegend mit Ablehnung und nur gelegentlich pragmatisch-reaktiv zu begegnen, scheint die SU nun nach Möglichkeiten einer aktiven Zusammenarbeit mit dem westeuropäischen Zusammenschluß zu suchen.

II. Dieser Kursänderung in der sowjetischen Westeuropapolitik liegt ein Bündel an unterschiedlichen Motiven zugrunde:

#### 1) Die politische Realität des westeuropäischen Integrationsprozesses

Die bisherige „Vogel-Strauß“-Politik Moskaus gegenüber der westeuropäischen Integration widersprach im Grunde zunehmend realpolitischen Erfordernissen. Die Realität des westeuropäischen Zusammenschlusses wurde schon seit einiger Zeit in internen sowjetischen Analysen immer mehr erkannt, allerdings gegenüber der breiten Öffentlichkeit fast nur negativ präsentiert. Angesichts objektiver, wenn auch mühsamer Fortschritte beim westeuropäischen Integrationsprozeß war es – wie wir auch von nachgeordneten sowjetischen Gesprächspartnern wissen – eher eine Frage der Zeit (und einer passenden außenpoliti-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 906*

der KPdSU, Gorbatschow, habe sowohl gegenüber dem SPD-Vorsitzenden Brandt am 27. Mai als auch gegenüber Ministerpräsident Craxi am 29. Mai 1985 ausgeführt, die UdSSR „habe gegen EUREKA nichts einzuwenden, solange die Forschung friedliche Zwecke verfolge“. Dahinter stehe offenbar die Überlegung, „daß das EUREKA-Programm wissenschaftliches Potential der Europäer in einem Umfang bindet, der auf eine weitgehende Beschränkung der Möglichkeiten einer Teilnahme an SDI hinausliefe“. Gegenüber Craxi habe Gorbatschow sogar „von einer Bereitschaft der SU zur Teilnahme gesprochen“. Vgl. Referat 431, Bd. 145612.

<sup>11</sup> Vgl. L. Vidyasova, „Zapadnoevropejskaja integracija v agressivnyh planach Vašingtona“; MEŽDUNARODNAJA ŽIZN' 1985, Heft 5, S. 114–123. Für den englischen Wortlaut vgl. L. Vidyasova, „West European Integration As Part of the Aggressive Plans of Washington“; INTERNATIONAL AFFAIRS 1985, Heft 6, S. 107–116.

schen Gesamtentwicklung), bis sich die sowjetische Führung zu einer Kursänderung gegenüber der politischen Dimension der EG entschließen würde (gegenüber der wirtschaftlichen Dimension hatte sich ein vergleichbarer Vorgang bereits mit der Rede Breschnews vor dem Gewerkschaftskongreß in Kiew 1972<sup>12</sup> vollzogen).

## 2) Der Faktor USA

Das Interesse der SU an der EPZ wurde schon in der Vergangenheit immer dann deutlich, sobald sich die Zehn insbesondere bei außenpolitischen Themen von der US-Linie entfernten. Sowjetische Spekulationen hinsichtlich westeuropäisch-amerikanischer Interessendivergenzen dürften auch bei der jetzigen Kursänderung gegenüber Westeuropa von erheblicher Bedeutung gewesen sein. Es ist auffallend, daß Gorbatschows Äußerungen in eine sich wieder komplizierende Phase der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen fallen. Der Ton gegenüber Washington ist insgesamt schärfer geworden. In den Genfer Verhandlungen hat sich die sowjetische Haltung gegenüber der ersten Gesprächsrunde<sup>13</sup> noch verhärtet. Ein baldiges Gipfeltreffen ist wenig wahrscheinlich. In den sonstigen, eher sekundären Beziehungsbereichen geht es nur langsam voran. Insgesamt ist eine erneute Stagnationsphase in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen nicht ganz auszuschließen. Es scheint so, als ob die Sowjets auf bessere Zeiten warten, nachdem sie erkannt haben, daß die USA trotz der gemeinsamen Erklärung vom 8.1.1985<sup>14</sup> bei SDI hart bleiben, und mit Gorbatschows Amtsantritt eine wichtige Zäsur stattgefunden hat. Die derzeitige Konzentration Gorbatschows auf innen- und wirtschaftspolitische Fragen paßt in dieses Bild. Möglicherweise will er – ähnlich wie seinerzeit Reagan – zunächst eine innere Erstarkung als Voraussetzung für außenpolitischen Erfolg gegenüber den USA zustande bringen.

## 3) Der Faktor westeuropäisch-amerikanische Interessendivergenzen

Den Sowjets könnte vorschweben, unter dem Dach der zwar weiterhin zentralen, jedoch sich verschlechternden sowjetisch-amerikanischen Beziehungen diejenigen Chancen und Ansatzpunkte für die eigene Westpolitik auszuloten, die sich aus der spezifischen westeuropäischen Interessenlage gegenüber dem Osten und den USA ergeben. Für die sowjetische Analyse dürften u. a. folgende Gesichtspunkte wichtig sein:

- die Distanziertheit der Westeuropäer zu bestimmten Aspekten der amerikanischen Regionalpolitik vor allem in Mittelamerika und im Nahen Osten (es ist kein Zufall, daß der Erste Stellv. AM Kornijenko am 7.6. in Moskau gegenüber den Zehn diese Themen in den Vordergrund gestellt hat<sup>15</sup>);

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vor dem 15. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften am 20. März 1972 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 207–214 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1972, I, Dok. 67.

<sup>13</sup> Zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vom 12. März bis 23. April 1985 vgl. Dok. 106. Die zweite Runde begann am 30. Mai 1985.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>15</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 7. Juni 1985 über ein Arbeitsfrühstück am selben Tag, zu dem der italienische Botschafter in Moskau, Migliuolo, als Vertreter der EG-Ratspräsidentschaft den

- das im Vergleich zu den USA ausgeprägtere Interesse der Europäer am Entspannungsprozeß und an Fortschritten bei der Rüstungskontrolle;
- die noch offene Diskussion in Westeuropa zu SDI und die daraus möglicherweise resultierenden Probleme für das westeuropäisch-amerikanische Verhältnis;
- das erklärte westeuropäische Interesse, auch in Bereichen außerhalb der Sicherheitsproblematik stabilisierende West-Ost-Bedingungen (Wirtschaftsbeziehungen, technologische Zusammenarbeit etc.) zu unterstützen, im Gegensatz zu einer restriktiveren US-Linie (COCOM).

Eine Regionalisierung des Entspannungsprozesses in Europa liegt längerfristig im sowjetischen Interesse. Jüngste Anzeichen (insbesondere konzeptioneller Artikel Sagladins vom 24.6.) zeigen, daß die SU dieses Ziel ernsthaft anstrebt.

Parallel hierzu wurde ein ähnliches sowjetisches Interesse an einer Regionalisierung der Zusammenarbeit in Asien – mit deutlicher Zielrichtung, die USA auszuschließen – während des Gandhi-Besuchs in Moskau deutlich.<sup>16</sup>

Eine wichtige Rolle spielt hierbei die bisher kompromißlose sowjetische Haltung und Agitation zu SDI. Die Sowjets könnten darauf spekulieren, daß Flexibilität gegenüber dem politischen Zusammenschluß in Europa es den westeuropäischen Regierungen erleichtern würde, die amerikanischen SDI-Pläne abzulehnen (vor allem wenn sich der Übergang zur Entwicklungsphase abzeichnen sollte).

Dies könnte insbesondere dann gelten, wenn eine solche Flexibilität von neuen sowjetischen Verhandlungsangeboten bei den nuklearen Offensivwaffen begleitet würde. Hierfür gibt es allerdings auf sowjetischer Seite bisher keinerlei Anzeichen.

Längerfristig mag auch das Motiv mitspielen, daß bei einer isolierten Kaltstellung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen die Westeuropäer (anders als 1984, als die SU sich verweigerte) Farbe bekennen müßten, inwieweit sie ihre erklärte Politik einer breit angelegten Zusammenarbeit mit dem Osten verwirklichen können und wollen.

Dabei könnten die westeuropäischen Regierungen verstärkt unter den Druck der öffentlichen Meinung geraten, soweit diese immer weniger bereit wäre, das Interesse an einer solchen Zusammenarbeit einer längerfristigen machtpoliti-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 908*

sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornijenko eingeladen hatte. Kornijenko habe ausgeführt, „seine Anwesenheit bedeute nicht Wunsch der SU, 13. Mitglied der EG zu werden. Es sei jedoch sowjetischer Wunsch, schon früher bestehende lockere Beziehungen zwischen RGW und EG zu ‚legalisieren und zu officialisieren‘.“ Er habe weiter den Wunsch geäußert, „wenn möglich, im Maße der Wirkungsfähigkeit der EPZ, mit dieser gemeinsame Sprache zu bestimmten Fragen zu entwickeln“ und dabei den Nahen Osten, Mittelamerika und das Wettrüsten genannt: „Westeuropa und Sowjetunion seien sich darin einig, daß Kernwaffen nicht weiterverbreitet werden sollten, doch dies sei nicht genug.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1755; Referat 213, Bd. 139359.

- 16 Ministerpräsident Gandhi besuchte die UdSSR vom 21. bis 26. Mai 1985. Vortragender Legationsrat Libal wies am 28. Mai 1985 darauf hin, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, habe in einer Tischrede am 21. Mai 1985 allgemein „die Aktualität der in den letzten Jahren [...] entwickelten Vorschläge zur Förderung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien unterstrichen. Er zielte hiermit offenbar in erster Linie auf den seit 1969 wiederholt propagierten sowjetischen KSA-Vorschlag (Kollektives Sicherheitssystem in Asien)“. Vgl. Referat 213, Bd. 139328. Für den Wortlaut der Rede vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 256–260.

schen Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten um das Wett-rüsten im Weltraum zu opfern.

Bei alldem wünscht die sowjetische Führung natürlich nicht, daß die militärische und sicherheitspolitische Komponente des Integrationsprozesses in Westeuropa eine neue Qualität erreicht. Gorbatschow hat offenbar gegenüber W. Brandt die Zusammenarbeit mit Westeuropa und seinen Organen – auch im politischen Bereich – mit der Begründung hervorgehoben, Europa solle in sowjetischen Augen politisch und wirtschaftlich stark sein, jedoch keine besondere militärische Kraft darstellen (z.B. würde eine Entwicklung einer eigenen Raketenabwehr in Europa von Moskau vermutlich als zusätzliche Herausforderung – neben SDI – betrachtet).

#### 4) Motive gegenüber Osteuropa

Mit der Aussicht auf eine gesamteuropäische Zusammenarbeit trotz sowjetisch-amerikanischer Reibungen (das anti-amerikanische Motiv ist bemerkenswert offen im RGW-Schreiben für Delors enthalten) würde Moskau dem Interesse der kleineren WP-Staaten am Dialog und Zusammenarbeit in Europa Rechnung tragen, wenn auch vielleicht in anderer Form, als diese Staaten es wünschen. Belastungen innerhalb des WP-Blocks, wie sie durch die Verweigerungshaltung der SU 1984 auftraten, würde damit möglicherweise entgegengewirkt. Zugleich könnte Moskau über ein Abkommen zwischen RGW und EG eine ausreichende Kontrolle der wirtschaftlich und technisch relevanten Kontakte der kleineren WP-Staaten sicherstellen. Ein Grundsatzartikel in der Prawda vom 21.6. unterstreicht mit lange nicht gehörter Deutlichkeit den außenpolitischen Führungsanspruch der SU gegenüber den übrigen WP-Ländern gerade in der Frage der Westkontakte.<sup>17</sup> Offenbar soll die Annäherung RGW/EG Hand in Hand mit einer blockinternen Disziplinierung durchgeführt werden, auch wenn dies in diplomatischen Kontakten von sowjetischer Seite offensiv als mißgünstige Fehlinterpretation der Initiative dargestellt wird.

III. Wie sich rasch gezeigt hat, haben die Westeuropäer die stark antiamerikanische Motivation der jüngsten sowjetischen Kursänderung erkannt. Sie lassen sich nicht für sowjetische Globalinteressen einspannen. Allerdings sollten sie die konstruktiven Aspekte der sowjetischen Initiative aufgreifen und mittel- und längerfristig die Chancen nutzen, die sich aus einer sowjetischen Anerkennung der politischen Dimension der EG ergeben.

Zur Frage der RGW-Offerte (Schreiben des RGW-Sekretärs<sup>18</sup> an Kommissions-

<sup>17</sup> Vgl. den Artikel „Vedušej faktor mirovogo revoljucionnogo processa“; PRAWDA vom 21. Juni 1985, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 35 (1985), Heft 12, A 641–648.

Botschafter Kastl, Moskau, berichtete, der Artikel rufe „die kleinen Staaten Osteuropas auf, eine wahrhaft internationalistische Politik zu führen und die Reihen zu schließen. Kritik wird vor allem an Nationalismus, Nichtbeachtung der Gesetze des sozialistischen (Wirtschafts-)Aufbaus, dem Glauben, ‚kleine‘ Länder könnten besondere Rolle im Dialog der Großmächte spielen, und Russophobie und Antisowjetismus geübt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1913 vom 21. Juni 1985; Referat 213, Bd. 139327.

Am 28. Juni 1985 teilte Kastl mit, der unter dem Pseudonym O. Wladimirow erschienene Artikel erzeuge „in Moskau weiterhin Aufsehen. Hinter Pseudonym steckt vermutlich Kollektivarbeit [der] ZK-Abteilung für Parteibeziehungen zu sozialistischen Ländern“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1993; Referat 213, Bd. 139342.

<sup>18</sup> Wjatscheslaw W. Sytschow.

präsident Delors) ist eine gemeinsame Vorlage der Abteilungen 2 und 4 in Vorbereitung.<sup>19</sup>

Oesterhelt

Referat 213, Bd. 139327

173

## Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

200-350.20 VS-NfD

Aufgabe: 27. Juni 1985, 16.45 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 4986 Plurez

Citissime nachts

Betr.: Deutsch-französischer Entwurf für einen Vertrag über die Europäische Union<sup>2</sup>

1) Das BK-Amt und der Élysée haben heute ein Communiqué herausgegeben, in dem sie mitgeteilt haben, daß der BK und der französische Präsident<sup>3</sup> ihren

<sup>19</sup> Ministerialdirektor Ungerer und Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt legten am 27. Juni 1985 eine Aufzeichnung zu den politischen und wirtschaftlichen Motiven für das Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, vom 14. Juni 1985 an EG-Kommissionspräsident Delors vor. Es enthalte zwar inhaltlich nichts Neues, sei aber „allem Anschein nach Teil einer breiter angelegten, mit neuen Elementen versehenen, in den nächsten Monaten möglicherweise offensiv betriebenen Konzeption Moskaus gegenüber Westeuropa“. Zum operativen Vorgehen wurde vorgeschlagen, zunächst die auf der EG-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1985 in Luxemburg beschlossenen „exploratorischen Gespräche der EG-Kommission abzuwarten. Die EG-MS sollten sich, da die alleinige Zuständigkeit bei der Gemeinschaft liegt, eher zurückhalten.“ Die Initiative des RGW sei zu begrüßen, allerdings: „Wir dürfen keinesfalls den Anschein erwecken, als ob wir gegen die westliche Bündnispolitik gerichtete Hintergedanken der RGW-Offerte als Teil eines neuen sowjetischen Konzepts gegenüber Westeuropa unterstützen. Antiamerikanische Anspielungen, wie sie bereits im RGW-Schreiben festzustellen sind, sind hinsichtlich der Gemeinsamen Erklärung unakzeptabel. Die EG ist in dieser Angelegenheit nicht Demandeur. Sie hat kein Interesse daran, den RGW als östliches Integrations- und Disziplinierungsinstrument aufzuwerten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139378.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Drahterlaß an die Botschaften in Brüssel, Den Haag, Lissabon, London und Luxemburg.

Der Drahterlaß wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13 und 16.

<sup>2</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich eines Vertrags über die Europäische Politische Zusammenarbeit vgl. Dok. 137, Anm. 39, und Dok. 151, Anm. 17.

Ministerialdirigent Trumpf legte am 26. Juni 1985 dar, daß in einem Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, mit dem Berater des französischen Präsidenten, Attali, sowie dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium, Ruggiero, am selben Tag im Bundeskanzleramt die Überschrift auf italienischen Wunsch in „Vertrag über die Europäische Union“ umbenannt und in der Präambel etwas mit einschlägigen Elementen angereichert“ worden sei: „Ebenfalls auf starkes italienisches und französisches Drängen bleibt es bei dem ‚Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union‘, das allerdings im wesentlichen für die politische Zusammenarbeit zuständig sein soll. I und F schworen heilige Eide, daß die Rolle und Aufgabe des Generalsekretärs des Rates, auch soweit sie den Europäischen Rat betrifft, nicht berührt werden soll. Wir haben deshalb zugestimmt. Ruggiero wird Teltschik morgen telefonisch mitteilen, ob der deutsch-französische Text als Präsidenschaftsvorschlag verteilt werden kann.“ Vgl. Referat 200, Bd. 127881.

<sup>3</sup> François Mitterrand.

Partnern in der Gemeinschaft den Abschluß eines Vertrages über die Europäische Union vorschlagen werden.

2) Sie werden gebeten, unverzüglich bei dortigem Außenminister vorzusprechen und die als Anlage folgende gemeinsame Botschaft des Bundesaußenministers und des französischen Außenministers sowie den Text des Vertragsentwurfs zu übermitteln.

3) Sie werden gebeten, dabei mündlich folgende Erläuterungen zu geben: Auf der Grundlage der Beschlüsse des Europäischen Rates von Fontainebleau<sup>4</sup> und der Empfehlung des Dooge-Ausschusses<sup>5</sup> gehen wir von dem gemeinsamen Wunsche aus, bei der Umwandlung der Gemeinschaft in eine Europäische Union einen Schritt nach vorn zu machen, indem die politische Zusammenarbeit vertraglich verankert und in Richtung auf eine gemeinsame europäische Außenpolitik weiterentwickelt wird. Wir haben mit Befriedigung von der britischen Initiative für den Abschluß eines Übereinkommens über die politische Zusammenarbeit<sup>6</sup> Kenntnis genommen. Wir haben bei unserem Entwurf für einen Vertrag über die Europäische Union viele Elemente des britischen Entwurfes übernommen. Es schien uns wichtig, die politische Einigung auf den Weg zu bringen. Wir schlagen deshalb vor, dem Übereinkommen die Form eines Vertrages mit substantiellem Inhalt zu geben.

4) Frankreich wird die Botschaft in den Hauptstädten der übrigen Mitgliedstaaten übermitteln sowie beim Präsidenten der Europäischen Kommission<sup>7</sup>.

5) BM hat im Hinblick auf die Übergabe des britischen Entwurfes durch PM Thatcher an den BK dem britischen AM<sup>8</sup> vorab eine telefonische Botschaft zugeleitet.

Braunmühl<sup>9</sup>

Folgt Anlage 1:

Text des Schreibens von BM und AM Dumas

„Lieber Freund,

Wie Sie sicher aus dem Communiqué entnommen haben, das durch den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und den Präsidenten der Französischen Republik veröffentlicht worden ist, haben der Bundeskanzler und der französische Präsident einen Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union ausgearbeitet. Dieser Schritt findet das Einverständnis von Minister-

<sup>4</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Berichts, den der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

<sup>6</sup> Zu dem am 18. Mai 1985 von Premierministerin Thatcher an Bundeskanzler Kohl übergebenen „Entwurf über die Europäische Politische Zusammenarbeit“ vgl. Dok. 129, Anm. 20.

Der Entwurf wurde beim informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 8./9. Juni 1985 in Stresa auch den übrigen EG-Mitgliedstaaten und am 28./29. Juni 1985 dem Europäischen Rat in Mailand vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 441–444.

<sup>7</sup> Jacques Delors.

<sup>8</sup> Geoffrey Howe.

<sup>9</sup> Paraphe.



präsident Craxi. Wir teilen Ihnen diesen Text unverzüglich mit, damit Sie ihn zur Kenntnis nehmen können und bis morgen reagieren können. Wir würden es begrüßen, wenn der Vertragsentwurf die Unterstützung Ihrer Regierung finden würde.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Dietrich Genscher      Roland Dumas“

Folgt Anlage 2

Deutscher Text<sup>10</sup>

„Entwurf eines Vertrages über die Europäische Union

Präambel

Die Unterzeichnerstaaten –

in dem Willen, das auf der Grundlage der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften<sup>11</sup> begonnene Werk fortzuführen und die Gesamtheit der Beziehungen zwischen ihren Staaten ohne weitere Verzögerung in eine Europäische Union umzuwandeln,

in dem Bewußtsein, daß Europa die Verantwortung zukommt, so oft wie möglich geschlossen mit einer Stimme zu sprechen, um seine gemeinsamen Interessen wirksamer durchzusetzen, Frieden und Freiheit besser zu sichern und den demokratischen Grundsätzen und der Achtung des Rechts, dem sie sich verpflichtet fühlen, in besonderem Maße Geltung zu verschaffen,

in der Überzeugung, daß die fortschreitende Einigung Europas, so wie sie in der Feierlichen Deklaration von Stuttgart<sup>12</sup> beschlossen wurde, in Freiheit und Vielfalt zur Behauptung seiner Unabhängigkeit und zur Wahrung der großen Gleichgewichte in der Welt beiträgt,

entschlossen, die Europäische Union zu verwirklichen, von der dieser Vertrag eine neue Stufe darstellt, ausgehend von den Gemeinschaften, die nach ihren eigenen Regeln funktionieren, wie auch von der politischen Zusammenarbeit zwischen den Unterzeichnerstaaten, und sie mit den nötigen Instrumenten zum Handeln auszustatten,

entschlossen, dem Europäischen Rat von seiner nächsten Sitzung an die Bezeichnung Rat der Europäischen Union zu geben und ihm ein Generalsekretariat zur Seite zu stellen –

sind wie folgt übereingekommen:

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Entwurfs vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1985, D 449–451.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 8. April 1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften einschließlich der Schlußakte und der Anhänge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vom 19. Juni 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 420–427.

Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

#### Artikel 1

Die Unterzeichnerstaaten setzen sich zum Ziel, schrittweise eine europäische Außenpolitik zu verwirklichen.

#### Artikel 2

(1) Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich,

- einander in allen wichtigen außenpolitischen Fragen, die für alle von Interesse sind, regelmäßig zu konsultieren und zu unterrichten,
- untereinander eine weitgehende Übereinstimmung der Standpunkte herbeizuführen und ihre Positionen im Hinblick auf gemeinsame Maßnahmen in den internationalen Beziehungen anzugleichen.

(2) Diese Konsultationen finden statt, ehe die Unterzeichnerstaaten ihre endgültige Haltung festlegen.

(3) Die Festlegung gemeinsamer Standpunkte bildet einen Bezugspunkt für ihre Politik. Um diesen Tätigkeitsbereich auszubauen, stellen sie weiterhin zunehmend fest, welches ihre gemeinsamen Grundsätze, Interessen und Ziele sind.

#### Artikel 3

Die Arbeit der Politischen Zusammenarbeit steht unter der allgemeinen Leitung des Rates der Europäischen Union. Die Außenminister treten mindestens viermal jährlich zusammen. Sie konsultieren einander auch anlässlich der Ministerräte der Gemeinschaft über außenpolitische Fragen.

#### Artikel 4

Die Unterzeichnerstaaten stellen ein Höchstmaß an Kohärenz zwischen der Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaften und den in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit vereinbarten Politiken sicher. Zu diesem Zweck nimmt die Kommission an allen Treffen der Politischen Zusammenarbeit teil. Um diese Kohärenz zu gewährleisten, sorgt die Präsidentschaft dafür, daß aus der Wechselwirkung zwischen den Gemeinschaftsangelegenheiten und den Angelegenheiten der Politischen Zusammenarbeit zahlreiche gemeinsame Aktionen hervorgehen.

#### Artikel 5

(1) In den internationalen Institutionen und auf wichtigen internationalen Konferenzen, an denen die Unterzeichnerstaaten teilnehmen, werden diese nach Artikel 2 auf gemeinsame Positionen hinarbeiten.

(2) Unterzeichnerstaaten bemühen sich um gemeinsame Positionen auch dort, wo in internationalen Institutionen und auf wichtigen internationalen Konferenzen nicht alle von ihnen vertreten sind. Diejenigen, die in solchen Gremien vertreten sind, berücksichtigen voll und ganz die im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit bereits vereinbarten Positionen.

#### Artikel 6

Die Unterzeichnerstaaten bringen immer, wenn sie es für zweckmäßig halten, ihre Kontakte zu Drittländern und regionalen Gruppierungen miteinander in Einklang.

## Artikel 7

(1) Die Unterzeichnerstaaten arbeiten darauf hin, die Zusammenarbeit zwischen ihren in Drittländern und bei internationalen Organisationen akkreditierten Auslandsvertretungen zu intensivieren, indem sie einander unterstützen und informieren.

(2) Die Unterzeichnerstaaten prüfen die Möglichkeit einer gemeinsamen Vertretung bei den internationalen Wirtschaftsorganisationen, soweit eine solche nicht bereits besteht.

## Artikel 8

(1) Die Unterzeichnerstaaten stimmen darin überein, daß eine engere Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit wesentlich zur Entwicklung einer außenpolitischen Identität Europas beitragen würde. Sie bekräftigen ihre Bereitschaft, ihre Standpunkte zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit vermehrt zu koordinieren.

<sup>13</sup>(2) Diejenigen Unterzeichnerstaaten, die eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit wünschen, werden dies im Rahmen der Westeuropäischen Union unter Beachtung der Rolle des Bündnisses und ihrer spezifischen Lage und Strategie innerhalb des Bündnisses tun.

(3) Die Unterzeichnerstaaten betrachten diese Zusammenarbeit als Teil des europäischen Einigungsprozesses und sind der Auffassung, daß diese Abstimmung über die Zusammensetzung und den derzeitigen Rahmen der Westeuropäischen Union hinausreichen kann.

(4) Die Unterzeichnerstaaten sind entschlossen, die für ihre Sicherheit nötigen technologischen und industriellen Bedingungen aufrechtzuerhalten. Zu diesem Zweck werden sie sowohl einzeln als auch, wo angemessen, durch die gemeinsamen Kooperationsinstitutionen arbeiten.

## Artikel 9

Die Unterzeichnerstaaten unterstreichen die Bedeutung der Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Politischen Zusammenarbeit. Sie verpflichten sich, die im Londoner Bericht<sup>14</sup> und der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union vorgesehenen Bestimmungen über die Beziehungen zum Europäischen Parlament voll anzuwenden und möglichst auszubauen. Insbesondere kann die Präsidentschaft bei Bedarf besondere Informationstreffen über die Tätigkeit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit abhalten.

## Artikel 10

(1) Die Präsidentschaft in der Politischen Zusammenarbeit wird von dem Unterzeichnerstaat übernommen, der die Präsidentschaft in den Gemeinschaften innehat. Sie wird durch ein Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union mit ständigem Sitz am Hauptarbeitsort der Gemeinschaft unterstützt.

<sup>13</sup> Beginn des mit Drahterlaß Nr. 4987 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Berichts der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht) vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 45–50. Vgl. dazu auch AAPD 1981, III, Dok. 299.

(2) Das Generalsekretariat steht unter der Leitung des mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit beauftragten Generalsekretärs der Europäischen Union, der vom Rat der Europäischen Union für vier Jahre bestellt wird.

(3) Die übrigen Mitglieder des Generalsekretariats werden für zwei Jahre von den Außenministern der Unterzeichnerstaaten ernannt.

(4) Hauptaufgabe dieses Generalsekretariats ist es, die Präsidentschaft bei der Gewährleistung der Kontinuität der Politischen Zusammenarbeit zwischen den Unterzeichnerstaaten und der Kohärenz der Politischen Zusammenarbeit mit den Standpunkten der Gemeinschaft zu unterstützen.

#### Artikel 11

Der Generalsekretär genießt die im Wiener Übereinkommen<sup>15</sup> niedergelegten Vorrechte und Immunitäten. Der Status der übrigen Mitarbeiter des Sekretariats richtet sich nach den für die Beamten der europäischen Behörden geltenden Bestimmungen.

#### Unterzeichnung und Inkrafttreten

Die üblichen Schlußklauseln über Unterzeichnung, Inkrafttreten, Revision usw. würden hinzugefügt werden.“

[...] <sup>16</sup>

**Referat 200, Bd. 134808**

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

<sup>16</sup> Mit Drahterlaß Nr. 4992 und 4993 wurde als Anlage 3 der französische Text des Vertragsentwurfs übermittelt. Vgl. Anm. 1.

## Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck

413-371.80 VS-NfD

28. Juni 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister

Betr.: SDI-Forschungsprogramm;

hier: Vorbereitung für eine Besprechung beim Herrn Bundesminister

Bezug: Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 19.6.1985

Nach den bisherigen Diskussionen und Überlegungen bei uns, in Europa und mit den USA stellen sich für eine mögliche Forschungszusammenarbeit aus europa- und technologiepolitischen Gesichtspunkten bei SDI folgende Fragen mit Dringlichkeit:

- Was kann und soll mit der Zusammenarbeit erreicht werden?
- Welche Möglichkeiten einer „Beteiligung“ gibt es?
- Haben wir mögliche Ergänzungen?

1) Ziele der Zusammenarbeit bei SDI

a) Voraussetzungen

Bisherige Aussagen zum SDI-Programm legen im wesentlichen nur den politischen Rahmen fest (Einhaltung des ABM-Vertrags, keine militärische Überlegenheit, keine Präjudizierung einer Stationierung, Wahrung der politischen und strategischen Einheit des Bündnisses, keine Singularisierung der BR Deutschland), geben jedoch keine konkreten Handlungsanweisungen zum Verhalten gegenüber der Verteidigungsinitiative. Die Feststellung, daß SDI wegen entsprechender sowjetischer Aktivitäten gerechtfertigt sei, reicht als Rechtfertigung für eine europäische Beteiligung nicht aus. Auch die Notwendigkeit, die politisch-strategische Analyse zu vertiefen, erklärt das Ausbleiben einer Antwort auf Weinberger-Einladung<sup>3</sup>.

Eine aufgeschlossener deutsche Regierungshaltung gegenüber SDI-Zusammenarbeit wäre insbesondere dann gegeben, wenn die Europäer

- die politisch-strategische Vision des amerikanischen Präsidenten teilen (Überwindung des Konzeptes der Abschreckung durch Supertechnik)<sup>4</sup>,

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Bauer konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. Juli 1985 vorgelegen, der den „R[ücklauf] v[on] BM“ an das Büro Staatssekretäre und Referat 413 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 1. Juli 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel am 2. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Ungerer und Ministerialdirigent Jelonek „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Ungerer am 2. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 28. Juni 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gute Aufzeichnung!“

<sup>3</sup> Zum Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an die NATO-Mitgliedstaaten sowie Australien, Israel und Japan vgl. Dok. 82, Anm. 5.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 zu einer weltraumgestützten Rake-

- daran glaubten, daß eine Erstschlagskapazität durch SDI und eine ausgewogene Offensiv-/Defensivkapazität aufgehoben werden könnte,
- überzeugt wären, daß keine gewichtigen außenpolitischen Probleme entgegenstünden (Europapolitik, Ost-West-Beziehungen<sup>5</sup>) bzw. daß die Einheit des Bündnisses und das transatlantische Verhältnis höher zu bewerten seien,
- zu der Analyse neigten, daß es möglich sei, in der Übergangsphase unvertretbare Gefahren auszuschließen.

b) Die Reise einer SDI-Vorausdelegation vom 10. bis 18.6.<sup>6</sup> nach Washington hat keine stichhaltigen technologiepolitischen Gründe für oder gegen eine deutsche bzw. europäische offizielle Beteiligung an der SDI-Forschung geliefert. Wesentliche Ergebnisse:

- ausgeprägtes Interesse aller amerikanischer Gesprächspartner an deutscher Forschungsbeteiligung und an politischer Unterstützung des Programms durch Bundesregierung,
- Bevorzugung bilateraler, zeitsparender Zusammenarbeit mit Industrie- und Forschungseinrichtungen gegenüber multilateralen Ansätzen,
- keine Erwartung finanziellen Beitrags für deutsche Forschungsbeteiligung,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 917*

tenabwehr und zur Rüstungskontrolle; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

<sup>5</sup> Referat 213 führte am 4. Juli 1985 zu den ostpolitischen Aspekten einer Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm aus, die UdSSR unterstelle, „daß die Bundesregierung SDI mehr oder weniger uneingeschränkt befürworte und es am stärksten von allen Westeuropäern unterstütze. Als Motive hierfür werden [...] ein angebliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland an einer Relativierung unseres nicht-nuklearen Status sowie am Aufbau einer Vormachtstellung in Westeuropa genannt“. Die Bundesregierung müsse bei Unterstützung der amerikanischen SDI-Forschung „nicht nur mit vorübergehenden atmosphärischen Trübungen, sondern mit einer längerfristigen negativen Kursänderung der SU“ rechnen: „Wichtig zur Begrenzung möglichen Schadens unter ostpolitischen Gesichtspunkten wäre es daher vor allem, daß wir etwaige Schritte in Richtung einer Forschungsbeteiligung an SDI daran messen, was andere vergleichbare europäische Staaten tun, und daß wir uns in diesem Rahmen halten.“ Verhindert werden müsse, „daß sich in Moskau der Eindruck verfestigt, der Westen wolle die Sowjets über die SDI-Forschung zunächst technologisch und später sicherheitspolitisch an die Wand drücken“. Vgl. Referat 213, Bd. 139371.

<sup>6</sup> Die Wörter „vom 10. bis 18.6.“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nur 1 1/2 Tage!“

Vom 11. bis 13. Juni 1985 hielt sich eine Delegation aus Vertretern des Auswärtigen Amts und weiterer Ressorts unter der Leitung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, in den USA auf, um bei der amerikanischen Regierung „Fragen anzumelden, die von der Hauptdelegation, die Anfang September reisen soll, gestellt werden würden: wirtschaftliche, rechtliche und technologische Aspekte von SDI“. Ministerialdirigent Jelonek resümierte am 13. Juni 1985 seine Eindrücke: Die USA seien „entschlossen, das SDI-Forschungsprogramm durchzuführen, mit oder ohne politische Unterstützung oder tatsächliche Beteiligung der Alliierten“. Während die meisten der Gesprächspartner um eine Mitwirkung der Bundesrepublik geworben hätten, „zeigten sich R. Perle (in bekannter Art) und Bob Dean ungeduldig über die angeblich zögerliche und mit vielen Wenn und Aber befrachtete deutsche Reaktion. Perle sprach sogar von Boykott und verwies auf die positive Einstellung der Israelis!“ Interessant gewesen seien „die Reaktionen zur Frage der von SDI nicht abgedeckten Europa-spezifischen Verteidigungsrisiken“. Offenbar könnten sich die USA hier „eine Separativinitiative außerhalb von SDI vorstellen“. Jelonek kam daher zu der Schlußfolgerung: „Ohne Verzug und schwerpunktmäßig sollte von uns intern und dann mit geeigneten europäischen Partnern, insbesondere Frankreich, die Frage einer autonomen europäischen Verteidigungsinitiative (EVI) gegenüber Kurzstreckenraketen aufgegriffen werden. Als Basis böte sich hierfür das erfolgreiche PATRIOT-System an, das für die Bekämpfung von Kurzstreckenraketen fortentwickelt werden müßte.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151243.

- Entschlossenheit der USA, SDI (auch ohne internationale Zusammenarbeit) durchzuführen; Kooperation mit Partnern jedoch willkommene Hilfe für Realisierung der SDI-Forschungsziele,
- (wenigstens verbale) Bereitschaft, auf deutsche Kooperationsvorstellungen flexibel einzugehen (z.B. Abschluß eines Rahmenabkommens, Sicherheits-einstufung, Inhalt der Forschungsbeteiligung),
- keine präzisen Vorstellungen zu TT<sup>7</sup>-Problematik,
- keine (prioritäre) Beschäftigung mit technologischen Lösungen zur Abwehr von Mittel-/Kurzstreckenraketen.

Vermutliches Hauptproblem: US-Reserve für Geheimschutz und einheitliches US-Management. Die USA scheinen, insbesondere bei Regierungsabstinenz, Auftragsvergabe an europäische Firmen/Forschungseinrichtungen vorwiegend in Bereichen anzustreben, in denen europäischer Forschungsstand deutlich überlegen ist.

Informationen über die bisherige Auftragslage bei der SDI-Forschung, die im wesentlichen das Bild einer Fülle kleinerer Hochleistungsforschungsprojekte unter zentralem Management vermitteln, korrelieren nicht mit einzelnen Prämissen der Regierungserklärung vom 18.4.85 für Kriterien der Zusammenarbeit<sup>8</sup> (abgeschlossenes Forschungsgebiet, Einfluß auf das Gesamtprojekt). Die Architektur des Gesamtsystems wird erst in einer viel späteren Phase bekannt sein.

#### c) Konsequenzen

Die derzeit bestehenden politischen Reserven gegen das SDI-Konzept sind – innen- und außenpolitisch – mit einer aktiven Regierungsbeteiligung kaum vereinbar. Dies gilt vor allem für staatliche Maßnahmen wie:

- Finanzierung eigener Beiträge zur SDI-Forschung in Ausführung amerikanischer Vorgaben,
- Übernahme eines eigenständigen (nationalen oder europäischen) Forschungsbeitrags für komplette Subkomponenten (falls von den USA überhaupt ins Auge gefaßt),
- regierungsamtliche Öffnung deutscher Forschungseinrichtungen,
- Abschluß eines Regierungsabkommens, das obige Elemente enthielte,
- Verbindung deutscher SDI-Zusammenarbeit mit anderen europäischen Aktivitäten (z.B. EUREKA<sup>9</sup>).

#### 2) Konkrete Möglichkeiten einer deutschen „Beteiligung“

- Eine Laissez-faire Politik könnte zwar nachteilige Wirkungen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen haben, da die USA von uns eine politische Aussage erwarten, jedoch politischen Ärger im Inland und im Verhältnis zur Sowjetunion vermeiden; die Industrie würde bei einer Kooperation mit ameri-

<sup>7</sup> Technologietransfer.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

<sup>9</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

kanischen Partnern angesichts gänzlicher Regierungsabstinenz<sup>10</sup> ihre Interessen jedoch nur ungenügend durchsetzen können (Nutzungs- und Verwertungsrechte, Technologietransfer, „Zweibahnstraße“, Sicherheitseinstufungen).

- Ein Versuch, Industrieinteressen durch ein Regierungsabkommen zu schützen<sup>11</sup>, könnte dazu führen, daß die USA auf politische Unterstützung von SDI und Zugang zu Forschungseinrichtungen drängen könnten. Ein Regierungsabkommen würde von den Gegnern von SDI auch als Beteiligung gewertet werden.
- Bleibt die Vereinbarung eines MoU<sup>12</sup>, das die Rahmenbedingungen für die Industrie festlegte, unter denen diese ihre kommerziellen Vereinbarungen abschließen könnte (mit Formulierungen von Standardklauseln für eine solche Zusammenarbeit, wobei noch zu prüfen ist, ob auf deutsch-amerikanisches Zweibahnstraßen-Abkommen von 1978<sup>13</sup> bzw. Abkommen über Austausch von Unterlagen im Rahmen der „Mutual Weapons Development“<sup>14</sup> zurückgegriffen werden kann). Die Bundesregierung würde sich damit auf eine reine Schutzfunktion für die deutsche Wirtschaft beschränken. Dies ist offenbar auch von GB beabsichtigt (Bericht Botschaft London vom 19.6.<sup>15</sup>). Bei einem Anschluß an britisches Vorgehen wäre die Gefahr der Singularisierung re-

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „mit amerikanischen Regierungsabstinenz“.

Korrigiert aufgrund der von Ministerialdirektor Ungerer gezeichneten Fassung der Aufzeichnung vom 25. Juni 1985; Referat 222, Bd. 128649.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, berichtete in der Sitzung der Interministeriellen SDI-Arbeitsgruppe am 17. Mai 1985 über ein Gespräch des Bundesministers Schäuble mit Vertretern der Industrie und Forschung am 13. Mai 1985, in dem „großes Interesse der Vertreter der Industrie an einem zwischen den Regierungen zu vereinbarenden Rahmen für die Forschungszusammenarbeit“ mit den USA zum Ausdruck gekommen sei. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 20. Mai 1985; Referat 220, Bd. 130135.

<sup>12</sup> Memorandum of Understanding.

<sup>13</sup> Für die am 17. Oktober 1978 von Bundesminister Apel und dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown unterzeichnete Vereinbarung über Grundsätze der gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, Fertigung, Beschaffung und der logistischen Unterstützung von Wehrgerät vgl. VS-Bd. 9563 (201).

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Bazing stellte am 4. Juli 1985 Überlegungen zu „data exchange agreements“ zwischen der Bundesrepublik und den USA an und führte aus, rechtliche Grundlage für einzelne projektgebundene Abkommen sei das Regierungsabkommen vom 15. Oktober 1962 zwischen der Bundesrepublik und den USA über den Austausch von Unterlagen im Rahmen der Mutual Weapons Development mit Änderungsabkommen vom Juni 1968: „Die Anhänge zu diesem Abkommen, in dem die konkreten Projekte aufgelistet sind, werden laufend aktualisiert.“ Bislang seien über 300 einzelne Projektanträge abgeschlossen worden. Da das Abkommen von 1962 fortgelte, sehe keines der beteiligten Ressorts Gründe für Neuverhandlungen mit den USA. Vgl. die Aufzeichnung sowie die beigefügten Abkommen; Referat 02, Bd. 178518.

<sup>15</sup> Am 20. Juni 1985 informierte Botschafter Freiherr von Wechmar, London, über die Konstituierung der SDI-AG der WEU am Vortag. Der britische Vertreter habe berichtet, daß eine in die USA entsandte Expertendelegation sich „vorrangig mit rechtlichen Fragen der Kooperation und des Technologietransfers befaßt habe. Brit[isch]-amerikan[isches] ‚Memorandum of Understanding‘ betreffend ‚two-way-street‘ aus dem Jahre 1975 werde von GB für Regelung einer Beteiligung an SDI als nicht ausreichend betrachtet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1099; Referat 209, Bd. 130027.

Zur britischen Haltung vermerkte Referat 209 am 20. Juni 1985, „daß die Grundsatzentscheidung für eine Forschungsbeteiligung gefallen sei. [...] Ziel der Arbeit in der WEU müsse es sein, zu den Fragen der juristischen Rahmenbedingungen der Forschungsbeteiligung (Geheimhaltung, Verwertungsrecht) eine gemeinsame Position zu erarbeiten.“ Mit Blick auf mit den USA auszuhandelnde Memorandums of Understanding sollten die WEU-Mitgliedstaaten ihre Haltung abstimmen, „um von den Amerikanern nicht gegeneinander ausgespielt werden zu können“. Vgl. Referat 222, Bd. 130086.



duziert, insbesondere dann, wenn eine gewisse europäische Abstimmung (WEU-Rahmen<sup>16</sup>) in dieser Richtung gelingen sollte.<sup>17</sup>

### 3) Mögliche Ergänzung

#### a) Ein europäisches Projekt

SDI stellt uns und Europa vor das Problem, daß ein technologisches Absinken der Bündnispartner der USA selbst dann befürchtet werden muß, wenn SDI als Ganzes kein Erfolg wird: Eine substantielle Erhöhung der amerikanischen Militärausgaben in Hochtechnologiebereichen (und vermutlich entsprechende Gegenmaßnahmen der SU) könnte nicht nur zum Abhängen Europas im Bereich der zivilen Spitzentechnologie führen, sondern zu relativem Absinken des Niveaus unseres Verteidigungsbeitrags im konventionellen Bereich.

Dieser Gefahr kann nur von den größeren europäischen Industrienationen gemeinsam begegnet werden. Kristallisationspunkt müßten folgende Kriterien sein (s. Vorlage der Abt. 4 vom 5./6.5.85<sup>18</sup>):

<sup>16</sup> Zu den Bemühungen um eine abgestimmte Reaktion der WEU-Mitgliedstaaten auf das amerikanische Angebot zu einer Beteiligung an der SDI-Forschung vgl. Dok. 150, Anm. 9.

Referat 209 resümierte am 20. Juni 1985 die Ergebnisse der ersten Sitzung der SDI-Arbeitsgruppe der WEU vom Vortag. Offensichtlich beabsichtige Frankreich, „die Beratungen der Gruppe dazu zu nutzen, um in ihr eine gemeinsame Haltung zu dem hinter dem SDI-Forschungsprogramm stehenden amerikanischen strategischen Konzept zu erarbeiten. Französisches Ziel ist dabei offenbar, eine im europäischen Rahmen konsolidierte, umfassende Kritik an Vorstellungen zu erarbeiten, welche die Verstärkung strategischer Defensiv-Waffen fordern. [...] F erklärte, es komme darauf an, der Administration jede politische Indossierung von SDI zu verweigern. Amtliche Unterstützung für Forschungsbeteiligung werde aber als politische Indossierung verstanden werden.“ Auch Belgien, die Niederlande und Luxemburg hätten Interesse an der „Erarbeitung einer gemeinsamen Haltung der WEU-MS zu den strategischen und rüstungskontrollpolitischen Aspekten von SDI“ erkennen lassen, jedoch „aus Frankreichs Zielen entgegengesetzten Motiven. Diese Staaten neigen alle stark zu einer Forschungsbeteiligung, weil sie nur so glauben, auf die Entwicklung der amerikanischen Haltung wirksamen Einfluß nehmen und die internationale Position ihrer Industrie erhalten zu können. Um diese Beteiligung innenpolitisch durchsetzen zu können, streben sie aber einen im WEU-Rahmen abgestimmten, die Strategie der NATO bekräftigenden und am ABM-Vertrag festhaltenden Prinzipienkatalog zu SDI an, mit dem sie verdeutlichen können, daß Forschungsbeteiligung gerade nicht als Indossierung des Übergangs zu Konzepten strategischer Verteidigung verstanden werden kann.“ Vgl. Referat 220, Bd. 130086.

<sup>17</sup> Die Ministerialdirigenten Loeck und Schauer legten am 2. August 1985 den „Entwurf einer möglichen deutsch-amerikanischen Regierungsvereinbarung zur SDI-Forschungszusammenarbeit“ vor. Vgl. VS-Bd. 11850 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> In einer Aufzeichnung zur „SDI-Position der Bundesregierung“ sprach sich Ministerialdirektor Ungerer am 5. Mai 1985 dafür aus, die sich aus der amerikanischen Einladung zur Teilnahme am SDI-Forschungsprogramm, dem französischen Vorschlag vom 15. April 1985 zu EUREKA und den Überlegungen zu einer europäischen Technologiegemeinschaft ergebenden „Möglichkeiten für eine Forschungsbeteiligung miteinander zu verbinden und gleichzeitig unsere Mitarbeit auf ein Gebiet der Hochtechnologie und hierfür ausgewählte Projekte zu konzentrieren. [...] Abt. 4 kommt zu diesem Votum, weil sie hierin eine Möglichkeit sieht, die bestehenden Zielkonflikte zur Stärkung Europas aufzulösen.“ Ein geeignetes Feld sah Ungerer dabei in Projekten für die zivile Raumfahrt, die es ermöglichen würden, „die technologischen Kräfte Europas auf konkrete Projekte hin zu bündeln und auch die französischen Vorschläge in ein sinnvolles Konzept einzubeziehen“. Vgl. Referat 431, Bd. 145609.

Am 6. Mai 1985 gab Ungerer dazu nähere Erläuterungen. Notwendig sei ein Konzept, „das ein gleichgewichtiges Leistungs-/Gegenleistungsverhältnis garantiert; amerikanische Technologietransfers als Gegenleistung für nationale Leistungen auf unsere forschungs-, industrie- und rüstungspolitischen Interessen abstimmt; zusätzliche nationale Aufwendungen für eine SDI-Beteiligung in Grenzen hält; die nationalen europäischen Forschungsaktivitäten auf klare spätere Entwicklungsziele ausrichtet und damit einer Zersplitterung der Forschungsaktivitäten entgegenwirkt“. Gearbeitet werden sollte „auf Gebieten mit hohem zivilen und militärischen Spin-off“ in flexiblen europäischen Organisationsformen, „die eine umfassende Weiterführung der Forschungsergebnisse – zivil und

- Eigenständige europäische Technologieentwicklung ohne amerikanische Restriktionen.
- Verzahnung ziviler und militärischer Nutzungsmöglichkeiten von Hochtechnologien (Raumfahrt, Computer, Mikroelektronik); dies ist eine unbewältigte Schwäche deutscher Nachkriegs-Technologiepolitik.
- Einordnung in ein strategisches Konzept der Allianz mit und ohne SDI: Eine Erhöhung der konventionellen Abwehrkraft Europas ist insbesondere bei einem Erfolg von SDI wichtig, jedoch auch ohne dessen Verwirklichung notwendig.
- Greifbare Resultate in absehbarer Zeit, auf jeden Fall im Rhythmus der SDI-Forschung.

Es lassen sich mehrere Projekte denken, die diese Kriterien erfüllen. Abt. 4 hat u. a. ein Abwehrsystem für die eurostrategische Bedrohung („Europäische Verteidigungsinitiative“; hierzu Vorlage vom 8.3.1985) vorgeschlagen. Als Ergebnis der Beobachtungen der Vorausdelegation der Bundesregierung vom 11. bis 13.6 in Washington konnte festgestellt werden, daß in den USA noch keine einheitliche Meinung über die Leistungen von SDI für die europaspezifische Bedrohung besteht. Amerikanische Regierungsvertreter, insbesondere Perle, werben für europäisches Abwehrsystem gegen taktische Raketen und sehen hierbei Feld für extensive amerikanisch-europäische Kooperation.<sup>19</sup>

#### b) Deutsch-französische Probleme

Das größte Problem für eine europäische Initiative dieser Art scheint die Haltung Fs zu sein. Jedes Antiraketen-Raketensystem, auch ein europäisches, würde für F und seine Force de frappe Probleme bringen. Mitterrand hat bereits den französischen Soupçon formuliert, D könnte versucht sein, seine (nicht nuklearen) Fesseln der Nachkriegszeit abzuschütteln und verstärkt in strategische Entscheidungen eingreifen zu wollen (um derart das politische Oligopol Fs als einer der beiden europäischen Nuklearmächte zu relativieren, wenn nicht gar auszuschalten).<sup>20</sup>

Abt. 4 steht unter dem klaren Eindruck, daß F in der bisherigen Technologiezusammenarbeit stets die nationale Alleinverfügung über sensitive Technologien angestrebt hat und deutscher Teilhabe reserviert gegenübersteht. Besonders deutlich war dies auf dem Gebiet der Raketen, wo F sich lange gegen eine Aufhebung der WEU-Beschränkungen<sup>21</sup> gestraubt hat; bei den Verhandlungen über Exportrichtlinien der sieben Gipfelländer für Raketentechnologie, die F

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 921*

militärisch – ermöglichen. [...] Der Bereich, in dem Europa technologisch relativ weit fortgeschritten ist, über ein in den Grundzügen abgestimmtes Langzeitkonzept verfügt und das Gros der von SDI erfaßten strategischen Technologien in sich versammelt, ist der Bereich der zivilen Raumfahrt.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145609.

<sup>19</sup> Der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, sprach sich am 26. Juni 1985 auf dem Strategie-Forum in Köln für ein europäisches Abwehrsystem gegen taktische Raketen aus: „Es mache keinen Sinn für Europa, eine Verteidigung gegen sowjetische Flugzeuge aufzubauen, ohne eine Verteidigung auch gegen Raketen zu haben. Hier sei ein Feld für extensive amerikanisch-europäische Kooperation.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151244.

<sup>20</sup> Zu dieser These vgl. Dok. 171, Anm. 24 und 25.

<sup>21</sup> Der WEU-Rat hob am 27. Juni 1984 die letzten Herstellungsbeschränkungen bei konventionellen Waffen für die Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 196.

bis zur letzten Woche auch auf D angewandt wissen wollte<sup>22</sup>; beim Programm Ariane V<sup>23</sup>, wo F uns immer noch aus der Feststoffraketenentwicklung herauszuhalten sucht.

### c) Prioritäten und Finanzierung

Es besteht die Gefahr, daß sich die vielfältigen Überlegungen zur Kräftigung der europäischen Technologiekapazität (EUREKA, „Technologieeuropa“<sup>24</sup>, ESPRIT<sup>25</sup>, Beobachtungssatellit<sup>26</sup>, erweitertes Raumfahrtprogramm HOTOL<sup>27</sup>, Hermes<sup>28</sup>, Datenrelaissatellit<sup>29</sup>, SDI-Zusammenarbeit, „EVI“<sup>30</sup> etc.) ohne übergeordnete Strukturierung gegenseitig paralysieren. Dieser Gefahr arbeitet nur der BMF<sup>31</sup> entgegen, insofern er unterschiedslos für alle Projekte keine Finanzierungsmöglichkeiten sieht. Aus den unzähligen europäischen Beratungen werden also am Ende Prioritäten herauszufiltern sein; denn:

- EUREKA bislang ohne überzeugende Konturen<sup>32</sup>,
- ESA trotz effizienter europäischer Technologiezusammenarbeit ohne durchschlagende Auswirkungen auf politisches Zusammengehörigkeitsgefühl der Europäer,

<sup>22</sup> Zu den Verhandlungen über die Richtlinien für den Export von Trägertechnologie vgl. Dok. 182.

<sup>23</sup> Zur europäischen Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane V vgl. Dok. 137, Anm. 10.

<sup>24</sup> Zum Memorandum der EG-Kommission vom 21. Juni 1985 zu einer europäischen Technologiegemeinschaft vgl. Dok. 167, Anm. 22.

<sup>25</sup> Zum Europäischen Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT) vgl. Dok. 51, Anm. 5.

<sup>26</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 35.

<sup>27</sup> Am 6. Mai 1985 identifizierte Ministerialdirektor Ungerer als mögliches Feld für die Kooperation bei der SDI-Forschung u. a. den kostengünstigen „Raumfahrttransporter der nächsten Generation“. Eine Variante eines solchen Systems sei „von British Aerospace bereits der ESA unter dem Namen ‚HOTOL‘ (Horizontal Take-off and Landing) als ziviler Ariane-Nachfolger vorgestellt worden“. Ungerer führte weiter aus: „Da bei SDI neben technologisch hochanspruchsvollen Komponenten eine Vielzahl von Starts für ‚Massengüter‘ [...] benötigt werden, spielen kostengünstige Trägerfähigkeiten eine Schlüsselrolle. Die geringen Startkosten des HOTOL-Konzeptes resultieren aus der Wiederverwendbarkeit und dem neuartigen Antriebskonzept (Kombination von luftatmenden Turbinen und Feststofftreibstoffen). Hiermit würde eine deutsche Konzeption fortentwickelt, die einen außerordentlichen zivilen und militärischen Spin-off erwarten läßt, zumal HOTOL wie ein Flugzeug auf einer normalen Landebahn von jedem Punkt der Erde aus, also auch von europäischen Pisten, in eine Umlaufbahn starten und jeden Punkt der Erde in maximal 45 Minuten erreichen kann, d. h. auch für Aufklärungszwecke außerordentlich interessant ist“. Vgl. Referat 431, Bd. 145609.

<sup>28</sup> Zum französischen Wunsch nach europäischer Kooperation bei der Entwicklung eines rückkehrfähigen Weltraumtransporters vgl. Dok. 29, Anm. 41.

<sup>29</sup> Ministerialdirektor Ungerer nannte am 6. Mai 1985 den „(deutsch-französischen) Aufklärungssatelliten mit einem Datenrelaissatelliten“ als mögliches Kooperationsprojekt im Rahmen der SDI-Forschung: „Dieser enthielte: Mikrowelle; computergesteuerte Signalverarbeitung an Bord/Boden; künstliche Intelligenz, Optoelektronik.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145609.

<sup>30</sup> Zur Europäischen Verteidigungsinitiative vgl. Dok. 217.

<sup>31</sup> Gerhard Stoltenberg.

<sup>32</sup> Zum Stand von EUREKA resümierte der französische Außenminister Dumas bei einem Treffen der Bundesminister Genscher und Riesenhuber mit ihren französischen Amtskollegen Dumas und Curien am 26. Juni 1985, „man habe die Phase der Definition von EUREKA weitgehend erfolgreich abgeschlossen, nähere sich nun der Phase der Realisierung des Programms. BM Riesenhuber erläuterte, was bisher erreicht wurde: Festlegung der Kriterien (insbesondere ‚Europäischer Mehrwert‘), Einigung darüber, daß EUREKA-Projekte in drei Kategorien zu teilen seien: große, anspruchsvolle technische Projekte (z. B. Supercomputer, Hochleistungschips, lernfähige Roboter), Vorhaben zur Lösung gemeinsamer Probleme (Umwelt, toxische Abfälle, landwirtschaftliche Forschung, Biotechnologie) und schließlich Projekte, wo der Staat hoheitliche Aufgaben infrastruktureller Art habe.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178936.

- „die Europäische Technologiegemeinschaft“ vorläufig nur Zielvorstellung,
  - Beobachtungssatellit bisher nur Vehikel für separate nationale Datennutzung.
- Europapolitisch und technologiepolitisch spricht deshalb vieles für prioritäre Konzentration auf „EVI“, zumal europäisches Luftabwehrsystem große Anzahl geplanter/laufender europäischer Hochtechnologieprojekte (Computer, Sensoren, Glasfaser, Beobachtungssatellit, Datenrelaissatellit) inkorporieren könnte. Kostenschätzungen zum Finanzierungsrahmen für ein europäisches Verteidigungssystem sind derzeit nicht möglich. Es ist davon auszugehen, daß – ähnlich dem SDI-Programm – die Konkretisierung technischer Optionen noch erheblicher Grundlagenarbeit bedarf. Die Tatsache, daß alleine ein Aufklärungssatellitensystem für Beobachtung und Zivilerfassung Kosten in der Größenordnung von 10 Mrd. DM erfordert, läßt jedoch außerordentliche finanzielle Belastungen vermuten.
- Die politisch-strategische Prüfung einer europäischen Verteidigungsinitiative wäre von Abt. 2 vorzunehmen.
- Abt. 2 hat mitgezeichnet.

Loeck

Referat 431, Bd. 145612

## 175

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Mailand

29. Juni 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 29. Juni 1985, 9.10 Uhr bis 10.00 Uhr, in Mailand anlässlich des Europäischen Rates<sup>2</sup>

Teilnehmer: Jacques Attali, Berater des Präsidenten, MD Horst Teltschik, zwei Dolmetscherinnen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand der Verlauf des ersten Tages des Europäischen Rates in Mailand. Der *Bundeskanzler* erläuterte dem Präsidenten, daß er die vorliegenden Schlußfolgerungen für indiskutabel halte. Die französische

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 19. August 1985 gefertigt und zusammen mit einer Aufzeichnung des Gesprächs des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Craxi am 29. Juni 1985 in Mailand am 26. August 1985 „zur Unterrichtung des Bundesaußenministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen übermittelt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 27. August 1985 vorgelegen.

Hat Jansen am 5. September 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 014, Bd. 178936.

<sup>2</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. Dok. 177.

Regierung habe gemeinsam mit der deutschen Bundesregierung einen Vertrag<sup>3</sup> vorgelegt. Beide sollten zu diesem Vertragsentwurf stehen. Er habe Informationen von deutschen Journalisten erhalten, daß der französische Pressesprecher gegenüber der Presse den Eindruck erweckt habe, Frankreich stünde nicht hinter dem Vertragsentwurf. Er wisse, daß die Benelux-Staaten beleidigt seien, weil sie so kurzfristig mit dem Vertragsentwurf konfrontiert worden seien. Frankreich und die Bundesrepublik sollten jedoch bei ihrem Standpunkt bleiben, wie er im Vertragsentwurf aufgeführt sei, daß die Europäische Union begonnen habe. Auf der Grundlage des deutsch-französischen Entwurfes sollte bis zum Europäischen Rat in Luxemburg<sup>4</sup> ein Vertrag ausgearbeitet werden. Damit sollten die Außenminister beauftragt werden. In Luxemburg sollte dann der Vertrag von allen unterschrieben werden. Darüber hinaus sollten beide Seiten gemeinsam bei den heutigen Beratungen für die Unterstützung des EUREKA-Projektes<sup>5</sup>, der Verwirklichung des Binnenmarktes<sup>6</sup> und für den Übergang zum Mehrheitsprinzip bei den Abstimmungen<sup>7</sup> eintreten. Da der Präsident und er gemeinsam diese zentralen Fragen für den Mailänder Gipfel angeregt hätten<sup>8</sup>, mußten sich beide Seiten bewußt sein, was für sie auf dem Spiele stünde.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß auch die Niederländer<sup>9</sup> und die Ita-

<sup>3</sup> Für den deutsch-französischen Entwurf vom 27. Juni 1985 für einen Vertrag über die Europäische Union vgl. Dok. 173.

<sup>4</sup> Die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

<sup>5</sup> Zum Stand der deutsch-französischen Überlegungen zu EUREKA vgl. Dok. 174, Anm. 32.

<sup>6</sup> Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ vor. Vgl. [http://europa.eu/documents/comm/white\\_papers/pdf/com1985\\_0310\\_f\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf).

Zu den unterschiedlichen Haltungen der EG-Mitgliedstaaten vermerkte Ministerialdirigent Trumpf am 26. Juni 1985: „Zum Binnenmarkt zögert F, sich zu stark auf die Vorschläge des Weißbuchs festzulegen, weil die Einzelheiten für F erhebliche Schwierigkeiten aufwerfen. Hingegen wollen F und I parallele Fortschritte beim EWS, bei der Herstellung eines Sozialraums und bei der Konvergenz der Volkswirtschaften.“ Für die Bundesregierung stünden dagegen „die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik und der Nachholbedarf beim Binnenmarkt eindeutig im Vordergrund“. Vgl. Referat 200, Bd. 127881.

<sup>7</sup> Referat 410 formulierte am 24. Juni 1985 folgende Ziele zum Thema Mehrheitsentscheidungen: „Straffung und Beschleunigung des Entscheidungsverfahrens im Rat durch Mehrheitsabstimmung dort, wo vom Vertrag vorgesehen (Rückkehr zum Vertrag); nach Möglichkeit Ausweitung der Mehrheitsabstimmung auf Bereiche, die nach Vertrag noch einstimmig sind; keine Verfestigung, insbesondere keine rechtliche Anerkennung des ‚Luxemburger Kompromisses‘ (1966); allenfalls Hinnahme weiterer Praktizierung der Berufung auf ‚vitale Interessen‘ als ‚modus vivendi‘ unter gleichzeitiger Eindämmung und Kanalisierung dieser Praxis.“ Obwohl sich die Bundesregierung selbst „im Agrarrat kürzlich auf ‚wichtige Interessen‘ berufen“ habe, müsse es ihr Ziel bleiben, „das Veto im Rat für alle abzuschaffen“. In Mailand müsse mehr als nur ein Modus vivendi in dieser Frage gefunden werden: „Es muß uns vielmehr gelingen, den gordischen Knoten, der sich im Entscheidungsverfahren immer enger zusammengeschürzt hat, in einem mutigen Anlauf endlich zu zerschlagen. Hier liegt meines Erachtens die eigentliche ‚vitale Frage‘ für die Zukunft der Gemeinschaft.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136102.

<sup>8</sup> Die französische Regierung legte dem Europäischen Rat am 28./29. Juni 1985 in Mailand ein Memorandum zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften vor, das u. a. Abschnitte zum „Europa der Technologie“, zur Entwicklung des Binnenmarktes und unter der Überschrift „Verbesserung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Institutionen“ auch Überlegungen zu Mehrheitsentscheidungen enthielt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 444–449.

Zu den Überlegungen der Bundesregierung zu diesen Fragen vgl. Dok. 167.

<sup>9</sup> Zum niederländischen Entwurf vom 21. Mai 1985 für ein Mandat zu einer Konferenz der EG-Mitgliedstaaten vermerkte Referat 410 am 5. Juni 1985, er enthalte „sowohl hinsichtlich der von einer Regierungskonferenz zu behandelnden Gegenstände als auch des erforderlichen Zeitrahmens präzise und realistische Vorstellungen“ und verfolge „keine taktischen Ziele [...]“. Der Wert des niederländischen Entwurfs liegt vor allem in seiner klaren Struktur und in seinem Augenmaß. Wir könn-

liener<sup>10</sup> einen Entwurf vorgelegt hätten, die beide interessant seien. Dennoch sei es für ihn schwierig, die Taktik von Ministerpräsident Craxi zu verstehen. Sie sei wahrscheinlich von der Furcht vor dem Veto anderer und vor dem Scheitern des Gipfels geprägt. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sollten zwei Operationen voneinander getrennt werden. Es sollte ein Vertrag mit denen angestrebt werden, die dazu bereit seien. Die übrigen Themenkomplexe sollten mit den anderen Mitgliedstaaten weiterverfolgt werden. Die Bundesrepublik und Frankreich könnten ankündigen, daß sie in ihren Zielen weitergehen wollten, und in entsprechender Weise die Texte redigieren. Für eine Regierungskonferenz müßte ein sehr präzises Mandat vereinbart werden. Beide Seiten könnten sogar verbotene Dinge sagen, um den Eindruck zu vermeiden, als habe man Deutschland und Frankreich nicht zugehört. Es wäre gut, wenn beide Seiten das Terrain dafür sondieren würden. Es sollte jedoch vermieden werden, daß der gemeinsame Text von der Konferenz abgelehnt werde. Wenn der gemeinsame Vertragsentwurf jedoch jetzt zur Abstimmung vorgelegt werden würde, werde er sicher abgelehnt werden. Nichts hindere aber uns daran zu sagen, daß wir das Ziel eines Vertrages weiterverfolgen wollen. Ministerpräsident Craxi habe die Sorge, daß es ihm nicht gelingen könnte, auf diesem Gipfel Ergebnisse zu erzielen. Frankreich stünde jedoch weiterhin hinter dem Text des gemeinsamen Vertragsentwurfes. Die Bundesrepublik und Frankreich hätten jedoch nicht die Macht, seine Annahme durchzusetzen. Er sei darüber hinaus der Meinung, daß Großbritannien interessante Vorschläge unterbreitet habe.<sup>11</sup>

Der *Bundeskanzler* gab noch einmal seiner Erwartung Ausdruck, daß sowohl die Benelux-Staaten wie auch Spanien und Portugal mitmachen würden.

Präsident *Mitterrand* stellte die Frage, was am heutigen Tage noch getan werden sollte.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß ein Beschluß herbeigeführt werden sollte, daß das Ziel der Europäischen Union angestrebt werden sollte. Zwei Entwürfe lägen vor, der der Bundesrepublik und Frankreichs und der von Großbritannien. Auf dieser Grundlage sollte ein Vertrag bis zum 31. Oktober erarbeitet werden mit dem Ziel, daß sich alle beteiligen sollten. Man sollte dann versuchen, daß dieser gemeinsame Vertrag auf dem Europäischen Rat in Luxemburg unterschrieben werde. Damit könnte wieder neue Dynamik in der europäischen Entwicklung erreicht werden. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, dann sollten Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland erklären, daß sie vorangehen wollten. Die anderen müßten dann erklären, ob sie bereit seien, mitzugehen.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß sich der Vertragsentwurf darin auszeichne, in progressiver Weise eine gemeinsame Außenpolitik zu entwickeln. Er sei

*Fortsetzung Fußnote von Seite 925*

ten uns ihm weitgehend anschließen. Allerdings haben wir in einzelnen Bereichen (Technologie, EPZ) weitergehende Vorstellungen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130388.

Für den niederländischen Entwurf vgl. Referat 410, Bd. 130388.

<sup>10</sup> Die italienische Ratspräsidentschaft legte dem Europäischen Rat am 28./29. Juni 1985 in Mailand den Entwurf eines Mandats für eine Konferenz der EG-Mitgliedstaaten, Portugals und Spaniens sowie der EG-Kommission vor, die einen „Vertrag über die schrittweise Verwirklichung der Europäischen Union“ aushandeln und bis zum 30. November 1985 Schlußfolgerungen dazu vorlegen sollte. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 452 f.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers über die Europäische Politische Zusammenarbeit vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 441–444.

auch bereit, die Sicherheitspolitik einzuschließen. Die Vorschläge von Italien und den Benelux-Staaten seien interessant, aber es fehlte ihnen noch ein politischer Hut. Wenn wir jedoch für Europa eine Perspektive aufzeigen wollten, ohne daß dieser gemeinsame politische Hut erreicht werde, setze man sich dem Vorwurf aus, daß wir Luftschlösser bauen würden. Jetzt seien Entscheidungen erforderlich. In die gemeinsame deutsch-französische Erklärung müßten drei Punkte aufgenommen werden: die institutionellen Fragen und die Außenpolitik.

Der *Bundeskanzler* ergänzte, daß beide heute versuchen sollten, die gemeinsame Diskussion auf diesen Punkt zu konzentrieren. Sollte dies gelingen, sollten Frankreich und die Bundesrepublik einen gemeinsamen Text vereinbaren.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß versucht werden solle, alle Vorschläge zu verbinden. Er verstehe nicht, warum Craxi immer wieder sage, daß der deutsch-französische Entwurf nicht weit genug gehe, während er selbst einen so schwachen Entwurf vorgelegt habe.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß sie versuchen sollten, Ministerpräsident Craxi einzubeziehen.<sup>12</sup>

Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß Craxi sicherlich nicht mit einem Scheitern des Gipfels identifiziert werden wolle.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Zeit verrinne. Wenn Präsident Mitterrand und er nicht in der Lage seien, eine neue Bewegung herbeizuführen, werde niemand etwas bewegen. Dies sage er sehr persönlich auch zu Präsident *Mitterrand*. Dieser erwiderte, daß er die britische Haltung nicht verstehe. Großbritannien zeige sich nicht sehr kooperativ. Es lehne jede Vertragsänderung ab.<sup>13</sup> Der *Bundeskanzler* erläuterte die Haltung Großbritanniens, wie sie sich aus der innenpolitischen Lage für Mrs. Thatcher ergebe. Was dagegen die Benelux-Staaten betreffe, so müsse er feststellen, daß diese immer Kritik üben würden, was immer Frankreich und die Bundesrepublik vorschlagen würden. Dies gelte sowohl für den Fall, daß Frankreich und die Bundesrepublik sich streiten, als auch für den Fall, daß sie zusammenarbeiten.

<sup>12</sup> Im Anschluß an das Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand traf Bundeskanzler Kohl am 29. Juni 1985 mit Ministerpräsident Craxi zusammen. Kohl erklärte, es müsse Ziel der Tagung des Europäischen Rats in Mailand sein, „ein konkretes Mandat für eine Regierungskonferenz zu erarbeiten, die dann zu unterschriftsreifen Ergebnissen auf dem Europäischen Rat in Luxemburg führen müßte. Er denke dabei vor allem an einen Vertrag über die Europäische Union.“ Craxi erklärte dazu, „daß auch er sich für die Einsetzung einer Regierungskonferenz stark machen wolle“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178936.

<sup>13</sup> Am 1. Juli 1985 übermittelte Botschafter Freiherr von Wechmar, London, Äußerungen der Premierministerin Thatcher im Interview mit der BBC am 29. Juni 1985 in Mailand: „Germany wants an intergovernmental conference. Germany did not hesitate to use her national interest in the recent discussions on the common agricultural policy. She was against everyone else and did not hesitate to invoke her national interest. And this is what sticks in my gullet. [...] I cannot stand people who get involved in a terrific amount of grandiose schemes and talk.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1167; Referat 410, Bd. 136103.

Zu der „immer noch anhaltenden Verärgerung über die Art und Weise, wie London den deutsch-französischen Vertragsentwurf erhalten habe“, führte der britische Außenminister Howe im Gespräch mit Wechmar am 2. Juli 1985 aus, „Großbritannien habe uns sein Papier drei Tage vor den Franzosen und denen wiederum mehrere Tage vor allen anderen MS (einschließlich) Präsidenschaft gegeben und hätte deshalb Konsultationen über den Vertragsentwurf erwarten können, dessen Inhalt zum großen Teil aus dem britischen Papier ‚hijacked‘ worden sei.“ Die mangelnde Konsultation und die Vorlage des deutsch-französischen Entwurfs „in allerletzter Minute hätten einen bitteren Nachgeschmack zurückgelassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1169; Referat 410, Bd. 136103.

Präsident *Mitterrand* verwies auf die engen Beziehungen zwischen den Benelux-Staaten und der EG-Kommission in Brüssel. Dieses enge Verhältnis ergebe sich aus der Tatsache, daß der Sitz der Kommission in Brüssel sei und von den Benelux-Staaten beeinflusst werden könne. Die Benelux-Staaten übten Kritik an Frankreich und an der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Vorschläge gingen nicht weit genug, dagegen seien deren Vorschläge ebenfalls sehr reduziert. Die Benelux-Staaten täten alles, um ihren Einfluß auf die Kommission nicht zu verlieren. Dies sei auch der Grund, warum sie einen Generalsekretär für die Außenpolitik ablehnten. Die EG-Kommission verfüge außerdem in der Presse in Brüssel über eine gefährliche Lobby. Heute morgen habe Ministerpräsident Martens die Initiative ergriffen, daß EUREKA von der EG-Kommission verantwortlich durchgeführt werden solle.<sup>14</sup> In einem solchen Falle könnten jedoch alle anderen Europäer, die nicht Mitglied der EG seien, sich daran nicht beteiligen.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß die EG nur ein Teil Europas sei. Europa als Perspektive müsse jedoch auch für die Nicht-Mitgliedstaaten offen bleiben.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß sich die Kommission im Namen Europas gegen das wenden werde, was Frankreich und die Bundesrepublik im Namen Europas tun wollten. Ministerpräsident Craxi sei pro-europäisch, jedoch unsicher. Dies ergebe sich vor allem aus seiner innenpolitischen Lage. In Frankreich gebe es einen ordinären Ausdruck: das Baby werde hin- und hergeschoben, aber in Luxemburg werde es dann heißen, schnappen wir uns das Baby.<sup>15</sup> Ob Luxemburg die Kraft haben werde, ein 300 kg schweres Baby aufzufangen, könne sicherlich erwartet werden.

Der *Bundeskanzler* schlug Präsident Mitterrand vor, sich am 24. August erneut zu treffen. Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß es ihm eine Freude bereiten würde, wenn der Bundeskanzler ihn besuchen sollte. Er werde in dieser Zeit in der Nähe von Biarritz seinen Urlaub verbringen. Der Bundeskanzler könne nach Biarritz fliegen. Von dort seien es nur noch 35 Minuten mit dem Auto bis zu seinem Urlaubsort.<sup>16</sup>

Der *Bundeskanzler* sprach den Berlin-Besuch des französischen Präsidenten an. Als Freund wolle er ganz offen den Präsidenten fragen, ob es unbedingt erforderlich sei, daß Präsident Mitterrand direkt nach Berlin flöge.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Botschafter Feit, Brüssel, berichtete am 26. Juni 1985 zur belgischen Haltung bezüglich der EG-Technologiepolitik, es sei „für Belgien allein wichtig, daß sich der Ausbau neuer Strukturen innerhalb der Gemeinschaft vollziehe, sonst drohe eine Paralyse (z.B. wie beim Europäischen Kampfflugzeug). [...] EUREKA sei akzeptabel, um einen raschen Anfang zu ermöglichen. Es müsse aber sicher sein, daß EUREKA später in die Gemeinschaft einmünde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 278; Referat 410, Bd. 136103.

<sup>15</sup> Luxemburg übernahm am 1. Juli 1985 die EG-Ratspräsidentschaft.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 24. August 1985 in Fort Bregançon zusammen.

<sup>17</sup> Am 19. Juni 1985 informierte der französische Botschafter Morizet Ministerialdirektor Edler von Braunmühl über das Programm für den am 1. Oktober 1985 geplanten Besuch des Staatspräsidenten Mitterrand in Berlin (West). Morizet teilte mit: „Von Anfang an habe man diesen Besuch von Paris direkt, d. h. ohne Zwischenaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland geplant.“ Auf das Argument von Braunmühl, es sei wichtig, daß die Bindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) bei solchen Besuchen unterstrichen würden, „denn Berlin sei trotz Besatzungsstatut eine deutsche Stadt“, antwortete Morizet, „die unveränderliche Haltung Frankreichs in der Berlin-



Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß er das Programm für seinen Berlin-Besuch noch nicht gesehen habe. Wenn der Bundeskanzler und er gemeinsam von Bonn nach Berlin fliegen würden, gebe es Probleme mit der Souveränität von Berlin.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß die USA in diesem Punkte eine andere Position einnehmen würden.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, daß dies eine Position der französischen Diplomatie sei, er selbst habe seine Nase noch nicht in diese Frage gesteckt.

Der *Bundeskanzler* bat den Präsidenten, diese Frage bzw. diese Bitte von ihm noch einmal zu prüfen. Er verweise auf den Besuch von Premierminister Fabius in der DDR. Dieser Besuch habe gezeigt, wie entschlossen die DDR sei, ihre Interessen durchzusetzen. Dies habe man schon in dem einen Punkt feststellen können, daß die DDR ihren Verteidigungsminister bei dem offiziellen Essen des französischen Premierministers in Uniform habe auftreten lassen.<sup>18</sup> Dies habe Frankreich frappiert, warf Präsident *Mitterrand* ein. Der *Bundeskanzler* erklärte, daß die Heuchelei der DDR und der Sowjetunion immer wieder feststellbar sei. In allen Fragen West-Berlins würden sie immer wieder Protest erheben, während sie selbst einseitig Fakten schaffen würden.

Präsident *Mitterrand* fragte den Bundeskanzler, welche Position Großbritannien in dieser Frage einnehme. Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er Mrs. Thatcher auf dem Flug nach West-Berlin begleitet habe.<sup>19</sup> Präsident *Mitterrand* berichtete, daß er einmal in West-Berlin gewesen sei, jedoch nie in der DDR. Er sei lediglich in Thüringen einmal zu einem privaten Besuch gewesen. Er habe das vom Bundeskanzler angesprochene Problem noch nicht geprüft.<sup>20</sup>

#### Referat 010, Bd. 178936

##### *Fortsetzung Fußnote von Seite 928*

Frage sei bekannt. Mitterrand werde sie in seiner Rede erneut unterstreichen. Außerdem werde Anwesenheit des Bundeskanzlers ein weiteres bewirken“. Vgl. die Aufzeichnung von Braumnühl vom 19. Juni 1985; Referat 200, Bd. 134808.

<sup>18</sup> Während des Besuchs des Ministerpräsidenten Fabius am 10./11. Juni 1985 in der DDR gab der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, ein Essen, zu dem der Verteidigungsminister der DDR, Hoffmann, in Uniform erschien. Am 14. Juni 1985 gab Botschafter Schoeller, Paris, eine Bewertung des französischen Außenministeriums weiter: „Der ‚Fall Hoffmann‘ sei die einzige protokollarische Panne gewesen. Die DDR habe hier bewußt versucht, ihre Auffassung, Berlin (Ost) sei die Hauptstadt der DDR, symbolisch zu unterstreichen. [...] Die Aktion wirke sich im übrigen zum Nachteil der DDR aus“, da sie wesentlich zur kritischen Berichterstattung in der französischen Presse beigetragen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1427; Referat 210, Bd. 139194.

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 18. Juni 1985, daß „die Teilnahme von DDR-Verteidigungsminister Hoffmann an dem von Honecker gegebenen Abendessen in Uniform von den französischen Gästen als Affront empfunden worden“ sei. Fabius habe in einer Pressekonferenz aber unmißverständlich verdeutlicht, daß der „unerfreuliche Vorgang [...] nicht geeignet [sei], den bestehenden Demilitarisierungsstatus zu beeinträchtigen oder die westliche Haltung dazu zu präjudizieren. [...] Die französische Regierung wird sich vermutlich jetzt erst recht veranlaßt sehen, bei künftigen Verstößen gegen diesen Status klar und deutlich Stellung zu nehmen. Einen politischen Gewinn wird die DDR durch diesen Vorgang deshalb nicht für sich verbuchen können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 889; Referat 210, Bd. 139194.

<sup>19</sup> Premierministerin Thatcher besuchte Berlin (West) am 29. Oktober 1982.

<sup>20</sup> Am 19. Juli 1985 vermerkte Staatssekretär Ruhfus, laut Mitteilung des Bundeskanzleramts habe Staatspräsident Mitterrand „zugestimmt, daß er vor dem Flug nach Berlin in Bonn zwischenlanden wird. Er wird dort mit militärischen Ehren empfangen. Nach einem kurzen Gespräch und einer

**Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an  
Staatssekretär Meyer-Landrut**

**114-13054/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 957**  
**Citissime**

**Aufgabe: 29. Juni 1985, 15.36 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 29. Juni 1985, 19.19 Uhr**

ChBK exklusiv für BM Schäuble, MD von Richthofen; BMB exklusiv für BM Windelen, MD Meichsner; AA exklusiv für StS Meyer-Landrut

Betr.: Gespräch mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Honecker am 26.6.85

Bezug: Zusammenfassender Bericht Nr. 939 v. 26.6.85 VS-vertraulich<sup>2</sup>

Am 26.6. empfing mich Honecker auf seine Bitte hin zu einem zweistündigen Gespräch, an dem nur noch der Leiter seines persönlichen Büros, StS Frank-Joachim Herrmann, teilnahm. Das Gespräch fand in einer betont freundlichen Atmosphäre im Gebäude des Staatsrats statt.

1) Honecker übergab mir ein Schreiben an den Bundeskanzler, das gesondert übermittelt wurde.<sup>3</sup> Für das sich anschließende Gespräch benutzte Honecker lediglich handschriftliche Notizen. StS Hermann protokollierte, ohne sich an dem Gespräch zu beteiligen.

Honecker leitete das Gespräch ein mit dem Hinweis auf eine Unterredung, die am 21.6. im Bundeskanzleramt zwischen dem Geschäftsträger der DDR<sup>4</sup> und Herrn von Richthofen stattgefunden hatte. Letzterer habe dabei im Auftrag des Bundeskanzlers festgestellt, daß dieser nicht an einer Verhärtung in den Beziehungen interessiert sei.<sup>5</sup> Er, Honecker, bitte, dem Bundeskanzler mitzutei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 929*

Tasse Kaffee mit dem BK fliegen beide gemeinsam nach Berlin. [...] Die Modalitäten (Zwischenlandung Bonn) sollen zunächst ganz vertraulich behandelt werden.“ Vgl. Referat 203, Bd. 140632.  
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Mitterrand am 10. Oktober 1985 während des Fluges nach Berlin (West) vgl. Dok. 277.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Hat Ministerialdirigent Schauer am 1. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oesterheld verfügte.

Hat Oesterheld am 2. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 210 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 2. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, informierte über das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 26. Juni 1985, der ihm die Antwort auf ein Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 15. Mai 1985 übergeben habe: „Hauptthema in dem Schreiben Honeckers sind Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Es enthält eine eindringliche Warnung vor einer Beteiligung der Bundesregierung an dem amerikanischen SDI-Programm.“ Einen ausführlichen Bericht „über das längere Gespräch mit vielen Wiederholungen“ werde er gesondert übermitteln. Vgl. VS-Bd. 13419 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 25. Juni 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 233–236.

<sup>4</sup> Lothar Glienke.

<sup>5</sup> In einer öffentlichen Erklärung wies Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, am 21. Juni 1985 darauf hin, daß sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, mit seinen Äußerungen vom Vortag zur Rede des Bundeskanzlers Kohl am 16. Juni 1985 auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier

len, daß auch die DDR keine Verhärtung wolle. Von Richthofen habe ferner auf die Auffassung des Bundeskanzlers hingewiesen, nicht Fragen in den Vordergrund zu stellen, die gegenwärtig nicht lösbar seien. Man solle sich, so der Bundeskanzler, auf das Machbare konzentrieren. Auch insoweit stimme er, Honecker, dem Bundeskanzler zu. Allerdings seien in der letzten Zeit nicht etwa von der DDR, sondern gerade von der Bundesregierung Fragen in den Vordergrund geschoben worden, die weder gegenwärtig noch in der Zukunft lösbar seien, nämlich der Friedensvertragsvorbehalt, der auch in einem Teil unserer Presse wieder häufiger erwähnt werde. Das Motto des Schlesier-Treffens, an dessen Formulierung sich auch die Bundesregierung beteiligt habe<sup>6</sup>, und vor allem die „Wiedervereinigungslitanei“. Die Bundesregierung habe sogar das Siebener-Treffen und auch NATO-Gremien veranlaßt, diese Sache zu aktualisieren.<sup>7</sup> Man könne auch noch andere Vorgänge anführen, bei denen diese Fragen von der Bundesregierung hervorgehoben worden seien. Er, Honecker, habe dazu in seinem Interview in „Le Monde“ Stellung genommen.<sup>8</sup> Er sei der Auffassung, daß es nicht mit der gemeinsamen Erklärung vom März dieses Jahres in Moskau<sup>9</sup> vereinbar sei, wenn solche Dinge jetzt in den Vordergrund geschoben würden. Denn was solle aus unseren Beziehungen und aus Europa werden, wenn die regierenden Kräfte in der Bundesrepublik solchen „Wunschträumen“ nachhängen. Sollten solche Ziele zur konkreten Politik der Bundesregierung werden, könne nichts Wesentliches mehr zwischen den beiden deutschen Staaten bewegt werden. Die DDR habe aus der Geschichte gelernt. Sie gehe von den Realitäten aus, nämlich den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs, der Nachkriegsentwicklung und dem europäischen Vertragssystem, zu dem auch die Schlußakte von Helsinki<sup>10</sup> gehöre, die seine Unterschrift trage. Die DDR wie auch die Bundesrepublik Deutschland müßten der Tatsache Rechnung tragen, daß zwei Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die verschiedenen Bündnissen angehörten, bestehen, wobei die Unterschiede der Gesellschaftsordnungen besonders wichtig seien. Sie müßten unbedingt respektiert werden. Wenn auf unse-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 930*

in Hannover „in Widerspruch zu dem Gespräch mit dem Bundeskanzler am 12. März 1985 in Moskau gesetzt“ habe. Der Bundeskanzler verbitte sich Ratschläge, bei welchen Veranstaltungen er auftrete, und halte „auch die diskriminierenden Äußerungen über die Schlesier für gänzlich unangemessen“. Auch die neue Kampagne der DDR zur Staatsangehörigkeit sei wenig förderlich für die deutsch-deutschen Beziehungen, denn die Forderung nach Aufgabe der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit ziele „auf einseitige Veränderungen des Status quo ab“. Wer aber Stabilität wolle, dürfe „an der für beide Seiten verbindlichen Rechtsbasis nicht rütteln“. Vgl. BULLETIN 1985, S. 650.

<sup>6</sup> Zur Diskussion um das Motto des Deutschlandtreffens der Schlesier vom 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover vgl. Dok. 18, Anm. 14.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Politische Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels vom 3. Mai 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs; EUROPA-ARCHIV 1985, D 292 f. Vgl. außerdem Ziffer 11 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 147. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 390.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, mit der französischen Tageszeitung „Le Monde“ am 5. Juni 1985 vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXIII (1985), S. 514–517.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 12. März 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 230. Zu dem Gespräch in Moskau vgl. Dok. 75.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

rer Seite immer wieder die Grenzfrage aufgerollt und die Fortexistenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 betont werde, widerspreche das den Realitäten. Mit der Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten gebe, müsse man sich abfinden. In dem europäischen Vertragssystem sei die Existenz zweier deutscher Staaten verankert, die souverän und völlig selbständig seien. Die DDR werde die Verträge nach Buchstaben und Geist erfüllen. Das gelte auch für das Vierseitige Abkommen.<sup>11</sup>

Diesen Punkt abschließend, wiederholte Honecker, er habe zur Kenntnis genommen, daß der Bundeskanzler die Beziehungen nicht belasten wolle und er sich weiterhin von der gemeinsamen Erklärung vom März dieses Jahres leiten lassen werde. Er seinerseits werde sich nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen. Er wolle auch keine Ratschläge erteilen. Es gehe ihm darum, ein günstiges Klima zwischen der DDR und der Bundesrepublik zu erhalten.

Ich erwiderte, der Bundeskanzler und die Bundesregierung stünden voll und ganz zu der Gemeinsamen Erklärung vom 13. März, der wir unverändert große Bedeutung beimessen. Wir seien überzeugt, daß Fortschritte im deutsch-deutschen Verhältnis besonders geeignet seien, zur Verbesserung des politischen Klimas in Europa und zur Vertrauensbildung beizutragen. Man sei in letzter Zeit auch ein Stück vorangekommen. Auf einigen Gebieten seien unsere Erwartungen aber enttäuscht worden. Es sei ferner unverändert und ohne jede Einschränkung unsere Position, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller europäischen Staaten in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden seien. Davon sei auch in den innenpolitischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik kein Stück zurückgenommen worden. Allerdings sei für die Bundesrepublik die deutsche Frage nicht endgültig geregelt. Die Ostverträge<sup>12</sup> seien seinerzeit unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung dieser Position geschlossen worden, wie der DDR sehr wohl bekannt sei. Deshalb könne jetzt nicht nachträglich ein Widerspruch zwischen dieser Grundposition der Bundesregierung und den Verträgen konstruiert werden. Das ergebe sich klar aus der Präambel wie auch aus Artikel 9 des Grundlagenvertrags.<sup>13</sup> Die Verträge gingen von der bestehenden Lage aus, hätten dafür aber keine Rechtsgrundlage geschaffen. Wir seien uns indessen bewußt, daß die deutsche Frage nicht auf der Tagesordnung stehe und Veränderungen der politischen Struktur in Europa gegenwärtig

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388. Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589. Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Präambel sowie des Artikels 9 des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f.

tig nicht möglich seien. Unsere Politik sei weiterhin darauf ausgerichtet, Spannungen abzubauen, Zusammenarbeit zu entwickeln, Vertrauen zu schaffen und damit Schritt für Schritt zum Aufbau einer künftigen Friedensordnung beizutragen. Wir suchten nicht die öffentliche Auseinandersetzung über die offene deutsche Frage. Man solle sie der Bundesregierung aber auch nicht aufdrängen, wie es gelegentlich geschehe.

Honecker kam in seiner Replik noch einmal auf die Grenzfrage zurück. Er könne, so sagte er, nur warnen vor einer Politik, die weder von der DDR noch von der sozialistischen Gemeinschaft akzeptiert und die nach seinem Eindruck auch von einem großen Teil unserer Verbündeten nicht mitgetragen werde. Die Bundesrepublik möge nicht vergessen, daß zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland die DDR liege, die zu ihrer Bündnispflicht stehe.

2) Honecker ging dann auf die Fragen der Abrüstung ein. Die DDR habe die Vereinbarung über die Genfer Verhandlungen zwischen den beiden Großmächten<sup>14</sup> ausdrücklich begrüßt. Aus dieser Vereinbarung ergebe sich klar, daß es sich um einen Gesamtkomplex handele, deren einzelne Teile nicht unabhängig voneinander gelöst werden könnten. Es werde in Genf kein Ergebnis geben, wenn die amerikanische Regierung bei ihrem Vorhaben einer Militarisierung des Welt-raums bleibe. Die DDR und ihre Verbündeten legten ferner großen Wert darauf, daß die Bestimmungen von SALT II weiterhin beachtet würden. Diese Vereinbarung dürfe nicht beseitigt werden, denn sie sei wichtig für die Aufrechterhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts, das auf einer möglichst niedrigen Ebene stabilisiert werden sollte. Er habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß man in Genf zu einem Ergebnis kommen werde. Neben der Gewährleistung der Unverletzlichkeit der Grenzen sei das gegenwärtig das wichtigste Problem. Er bitte, dem Bundeskanzler mitzuteilen, daß die DDR ein hohes Interesse an der Erhaltung dieses Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau habe. Konkret bedeute das Abrüstung auf der Erde und Nichtausweitung der Rüstung auf den Weltraum.

Große Sorge bereite der DDR das amerikanische SDI-Programm. Seine Gespräche in Rom<sup>15</sup> und andere Kontakte mit westlichen Staatsmännern hätten ihm den Eindruck vermittelt, daß sich Westeuropa an diesem Programm nicht beteiligen werde, auch wenn von amerikanischer Seite über die Teilnahme an SDI mit einem Zugang zu bestimmten Spitzentechnologien gelockt werde. Frankreich habe dazu einen klaren Standpunkt eingenommen und eine Initiative für eine westeuropäische Zusammenarbeit ergriffen.<sup>16</sup> Er habe darüber auch mit dem französischen Premierminister gesprochen.<sup>17</sup> Wenn EUREKA Friedenszwecken diene, könne er sich ein Zusammenwirken mit der entsprechenden östlichen Organisation „Interkosmos“ sehr gut vorstellen.<sup>18</sup> Zwischen Frankreich

<sup>14</sup> Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 22. November 1984; Dok. 1, Anm. 4.

Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>15</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich am 23./24. April 1985 in Italien auf.

<sup>16</sup> Zur französischen EUREKA-Initiative vom 17. April 1985 vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>17</sup> Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

<sup>18</sup> Am 25. Juni 1985 legte Vortragender Legationsrat Daum dar, EUREKA solle „Europas Forschungs- und Entwicklungspotential im Bereich der fortgeschrittensten Hochtechnologien stärken“. In diesem Bereich sei aber „der Abstand zu SU und DDR so hoch, daß es sich um ein einseitiges Geben

und der Sowjetunion gebe es auf dem Gebiet der friedlichen Weltraumforschung bereits Zusammenarbeit. Diese solle aktiviert werden. Voraussetzung der Zusammenarbeit müsse aber sein, so wiederholte er, daß die Zielstellung nicht militärisch sei. In seinem Gespräch mit Craxi habe er den Eindruck gewonnen, daß es den Italienern vor allem darum gehe, sich einen Zugang zu Spitzentechnologien zu sichern und in diesem Bereich keine Lücke gegenüber den Entwicklungen anderer entstehen zu lassen. Auch die DDR unternehme große Anstrengungen, hier den Anschluß an die internationale Entwicklung zu halten. Schwerpunkte der eigenen Entwicklung seien die Mikroelektronik, die Biotechnik, die Lasertechnik und die Gewinnung neuer Rohstoffe und Materialien. Er meine feststellen zu können, daß die DDR auf diesen Gebieten keine schlechte Position habe. Andererseits könne er sich nicht vorstellen, daß über eine Beteiligung an SDI amerikanische Firmen ihre Betriebsgeheimnisse bei Spitzentechnologien preisgeben würden. Spitzentechnologien für militärische Zwecke im Weltraum seien wohl auch etwas anderes als die für friedliche Zwecke geeigneten Technologien. Für die DDR sei jedenfalls Teilnahme an SDI nichts anderes als eine Vorbereitung der Militarisierung des Kosmos, d.h. eines Mißbrauchs des Kosmos für militärische Zwecke. Wenn es dazu kommen sollte, wäre das eine außerordentliche Verschärfung der internationalen Situation. Diese Entwicklung würde zudem Millionen verschlingen, die für zivile Aufgaben, wie z.B. die Verminderung der Arbeitslosigkeit, dann nicht mehr zur Verfügung stünden. Der Warschauer Pakt werde allerdings auch auf diesem Gebiet ein Übergewicht der westlichen Seite nicht zulassen. Wie sich unter solchen Bedingungen die Ost-West-Beziehungen entwickeln würden, sei nicht vorhersehbar. Er sei gewiß, daß Craxi einen solchen Weg nicht gehen wolle, der ja auch in den Vereinigten Staaten umstritten sei. Bei den meisten westlichen Staatsmännern stelle er eine klare Distanz zu SDI fest. Bei der Bundesregierung sei das anders, was auch die Franzosen so empfänden. Dabei müsse man sich bewußt sein, daß ein Streben der Deutschen nach Beteiligung an der Weltraumrüstung anders beurteilt werde, als das bei anderen Staaten der Fall wäre. Es mache ihn, Honecker, sehr besorgt, daß er keine Gewißheit habe, welche Schritte die Bundesregierung auf diesem Gebiet unternehmen wolle. Er denke hier auch an die Erfahrungen bei der Nachrüstung. Die Folge sei doch gewesen, daß ein neues Wettrüsten begonnen habe und eine Zuspitzung eingetreten sei. Der Stationierung sei die Gegenstationierung gefolgt.<sup>19</sup> Das habe einen negativen Effekt gehabt. Zur SDI-Frage müsse er jetzt deutlich sagen, daß eine Teilnahme der Bundesregierung sich „äußerst negativ“ auswirken würde, zumal sie damit wohl ziemlich allein dastehen würde. Wenn Firmen auf diesem Gebiet beteiligt seien oder Forscher „abgeworben“ würden, so sei das eine andere Sache, die man

*Fortsetzung Fußnote von Seite 933*

handeln würde, keine Kooperation. [...] Es ist ferner davon auszugehen, daß die meisten im Rahmen von EUREKA vorgesehenen Projekte von der COCOM-Liste erfaßt werden und damit auch nach deutschem A[ußen]W[irtschafts]G[esetz] kontrolliert sind. Dies gilt ebenfalls für die Fertigungsunterlagen und -kenntnisse. Auch aus rechtlichen Gründen wäre daher eine Kooperation mit RGW-Staaten nur in wenigen genau umgrenzten und vorher in einem langwierigen Verfahren geprüften (ggf. dem COCOM vorzulegenden) Einzelfällen möglich.“ Vgl. Referat 430, Bd. 163005.

<sup>19</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

vielleicht nicht verhindern könne. Die Sowjetunion hat den Vorschlag gemacht, die in den USA und bei ihr selbst bestehenden Abwehrsysteme abzuschaffen.<sup>20</sup> Darauf gebe es keine amerikanische Reaktion. Die Sowjetunion sei nach seiner festen Überzeugung ernsthaft bestrebt, zu einer umfassenden Abrüstung zu kommen. Er, Honecker, habe sehr gute persönliche Beziehungen zu Gorbatschow, kenne ihn seit langem und vertraue ihm.

<sup>21</sup>Die ablehnende Haltung der Warschauer-Pakt-Staaten zu SDI sei ganz klar. Sollte das Programm fortgeführt werden, würden die Genfer Verhandlungen „im Sande verlaufen“. In Wahrheit strebten die Amerikaner nach militärischer Überlegenheit. Das dürfe unter keinen Umständen gefördert werden. Dem dienten die Vorschläge Gorbatschows. In Wahrheit sei das die Kernfrage.

Die DDR wolle die Konfrontation durch Zusammenarbeit ersetzen. Man müsse zurück zum Entspannungsprozeß. In diesem Punkt stimme er mit den Erklärungen von Bundesaußenminister Genscher nach dessen Ungarn-Reise<sup>22</sup> voll überein. Er nehme auch dem Bundeskanzler ab, daß er es mit seinen Erklärungen zur Grenzfrage ernst meine.

Honecker kam dann auf die Diskussion in der Bundesrepublik über die Außenpolitik zu sprechen. Er wisse, daß der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister die Forderungen nach einer Wende in der Außenpolitik zurückgewiesen hätten. Es würden innerhalb der Koalition aber auch andere Auffassungen vertreten, so insbesondere von Herrn Dregger. Manche fragten sich, wer sich dabei schließlich durchsetzen werde. Sollte es zu grundsätzlichen Veränderungen in der Ausrichtung unserer Außenpolitik, insbesondere gegenüber dem Osten kommen, so werde das erhebliche Rückwirkungen auch auf die Beziehungen der beiden deutschen Staaten haben.

Ich erklärte, daß wir ebenso wie die DDR die Genfer Verhandlungen begrüßt hätten. Auch wir strebten ein militärisches Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau an. Aus diesem Grunde habe sich die Bundesregierung für die Einhaltung von SALT II eingesetzt<sup>23</sup>, und wir werteten die amerikanische Zustimmung dazu<sup>24</sup> als ein ermutigendes Zeichen. Zur Frage einer Teilnahme am amerikanischen SDI-Programm gebe es noch keine Entscheidung, auch keine Vorentscheidung der Bundesregierung. Allerdings bestehe für uns kein Zweifel, daß das amerikanische Forschungsprogramm, wie auch die entsprechenden sowjetischen Aktivitäten, mit dem ABM-Vertrag vereinbar seien. Wir träten mit Nachdruck

<sup>20</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 29. Juni 1984 vgl. Dok. 1, Anm. 6.

<sup>21</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 958 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>22</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 23. bis 25. Juni 1985 in Ungarn vgl. Dok. 168.

Anläßlich des 40. Jahrestags der Unterzeichnung der VN-Charta bekannte sich Genscher am 26. Juni 1985 zu deren Prinzipien und bekräftigte die „Politik des Gewaltverzichts und der Kooperation“ der Bundesregierung sowie ihr Bemühen, „in globalem Maßstab ein Konzept Vertrauensbildender Maßnahmen einzuführen“. Vgl. BULLETIN 1985, S. 650.

<sup>23</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 28. Mai 1985 an den amerikanischen Außenminister Shultz; Dok. 133, Anm. 12.

Vgl. dazu ferner die Ausführungen von Genscher am Vorabend bzw. auf der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon; Dok. 150 und Dok. 153.

<sup>24</sup> Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 über die Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 156.

dafür ein, daß alle Forschungsaktivitäten auf diesem Gebiet in kooperativen Lösungen einmünden müßten, die den Erfordernissen der strategischen Stabilität Rechnung trügen. Es sei für uns nicht akzeptabel, wenn etwa die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen von unserer Haltung zu SDI abhängig gemacht werde. Solche Versuche seien nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern auch der von uns gewünschten Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses abträglich.

3) In den bilateralen Beziehungen sagte Honecker, er wolle nicht auf alle die Fragen eingehen, die zur Zeit auf anderer Ebene behandelt würden. Er hoffe aber, daß man schon in relativ kurzer Zeit zu Ergebnissen kommen werde. Hervorheben wolle er, daß auf seiner Seite alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden seien, um die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten „zu erleichtern und zu erweitern“. Das werde sich schon bald bemerkbar machen.<sup>25</sup> Sicher hätten wir auch bemerkt, daß die DDR Anstrengungen unternommen habe, um das Grenzregime zu humanisieren. Die bei uns sog. „Todesautomaten“ seien abgebaut worden.<sup>26</sup> Gegenwärtig sei man dabei, die teilweise aus älterer Zeit stammenden Minen zu räumen. Das sei eine nicht ungefährliche und auch zeitraubende Arbeit, die aber konsequent zu Ende geführt werde. Man sei sich durchaus im klaren darüber, daß immer wieder einzelne Leute aus der DDR illegal in den Westen gehen würden. Man weine ihnen im Grunde keine Träne nach. Es sei aber außerordentlich schädlich, wenn diese Leute dann auf unserer Seite eine große Publizität bekämen. Die Bemühungen, die Grenze humaner zu machen, würden dadurch nicht erleichtert.

Auf Wirtschaftsfragen eingehend, sagte Honecker, bei den Vorarbeiten für den neuen Fünfjahrplan<sup>27</sup> werde dafür Sorge getragen, daß sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiter festigen könnten. Dabei sei die DDR auch interessiert daran, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit auf Drittmärkten weiter zu entwickeln. Wir seien sicher darüber unterrichtet, daß intensive Kontakte zwischen Kombinatdirektoren der DDR und führenden Persönlichkeiten unserer Wirtschaft, wie z. B. Beitz und Wolff von Amerongen, bestünden.

Was das Kulturabkommen anbetreffe, so sei er dafür, die Verhandlungen noch in diesem Jahr abzuschließen.<sup>28</sup> Das wäre ein „spürbarer Fortschritt“. Soweit er unterrichtet sei, gebe es hier im wesentlichen noch zwei Probleme, die den Preußischen Kulturbesitz und die Einbeziehung von West-Berlin beträfen. Zum ersten Punkt gebe es wohl Übereinstimmung, daß die Frage der Rückführung des Preußischen Kulturbesitzes ausgeklammert werden müsse. Er sehe jedoch kei-

<sup>25</sup> Zu den Gesprächen mit der DDR über Reiseerleichterungen vgl. Dok. 75, Anm. 19.

<sup>26</sup> In seinem Bericht zur Lage der Nation teilte Bundeskanzler Kohl am 27. Februar 1985 mit, daß am 30. November 1984 „der letzte der Selbstschußapparate an der Sperranlage der DDR an der Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland abgebaut“ worden sei. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 9015.

<sup>27</sup> Der Fünfjahresplan für 1986 bis 1990 wurde auf dem XI. Parteitag der SED vom 17. bis 21. April 1986 beschlossen.

<sup>28</sup> Zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über ein Kulturabkommen und die damit zusammenhängenden Fragen der Diskriminierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Rückgabe von Kulturgütern vgl. Dok. 60, besonders Anm. 21–23.



ne Veranlassung, in dritten Staaten über die Frage lange zu streiten. Er sei deshalb der Meinung, daß auf Einwendungen gegen eine Teilnahme der Stiftung Preußischer Kulturbesitz an Veranstaltungen in dritten Staaten verzichtet werden könne. Bei der Einbeziehung von Berlin (West) sehe er an sich kein Problem. Über die entsprechende Klausel im Abkommen sei man sich doch einig.<sup>29</sup> Auf meinen Hinweis, es gehe uns aufgrund leidvoller Erfahrungen darum, sicher zu sein, daß Berlin (West) auch tatsächlich in den Kulturaustausch einbezogen werde, sagte Honecker, hier handele es sich wohl um den „Maßnahmenplan“ für die Durchführung des Abkommens. Wir könnten davon ausgehen, daß die DDR das Vierseitige Abkommen auch insoweit „voll anwenden“ werde. Die Einbeziehung von Berlin (West) werde funktionieren. „Da können Sie mich beim Wort nehmen.“ Nach seiner Einschätzung könne das Kulturabkommen jetzt „unterschriftsreif“ gemacht werden.

Auf meine Frage, wie er die Verhandlungen über das Wissenschaftsabkommen<sup>30</sup> einschätze, sagte Honecker, er wisse, daß hier ein Zusammenhang mit unseren Verhandlungen mit der Sowjetunion<sup>31</sup> bestehe. Sobald eine Einigung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in den noch offenen, Berlin betreffenden Fragen erreicht sei, könne man „nachziehen“.

Ich wies dann auf die große Bedeutung hin, die wir einer Entschärfung der Asylantenfrage beimesen. Die starke Zunahme der Asylanten, die über Schönefeld zu uns kämen<sup>32</sup>, drohte zu einer erheblichen Belastung für unsere Be-

<sup>29</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Einbeziehung von Berlin (West) in den Kulturaustausch mit der DDR vgl. Dok. 75, Anm. 14.

<sup>30</sup> Die Absicht, „die Zusammenarbeit im Bereich von Wissenschaft und Technik sowie des Bildungswesens zu fördern“ und die Bemühungen fortzusetzen, „auch auf diesem Gebiet zu vertraglichen Regelungen zu kommen“, wurde im Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR bekräftigt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 80.

<sup>31</sup> Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Ungeklärt war vor allem die Beteiligung von Institutionen und Organisationen mit Sitz in Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248, und AAPD 1978, II, Dok. 371.

Vom 2. bis 4. Mai 1984 fanden Gespräche zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 statt, die sich auf das Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit konzentrierten. Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 8. Mai 1984, es sei ad referendum folgender Lösungsansatz abgestimmt worden: „Es wird ein Rahmenabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen.“ Gleichzeitig würden Ressortabkommen zu einzelnen Bereichen sowie „je Ressortabkommen zwei Programmabreden – oder einige mehr – getroffen, wobei in mindestens einer Programmabrede auf deutscher Seite ein Angehöriger einer Bundesinstitution in Berlin (West) ad personam benannt wird (d. h. [daß] in anderen Programmabreden im Rahmen des gleichen Ressortabkommens keine Angehörigen des in Berlin (West) gelegenen Forschungspotentials benannt werden).“ Pfeffer resümierte: „Wir haben den Eindruck, daß die sowjetische Seite an einer Einigung über den Abschluß eines wissenschaftlich-technischen Abkommens ernsthaft interessiert ist.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132677.

Am 20. Juni 1985 mahnte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gegenüber dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, an: „Der Abschluß des wissenschaftlich-technischen Abkommens steht aus, im Zusammenhang damit Fragen des Kulturaustausches und des Rechtshilfeverkehrs in Zivilsachen. Die Außenminister hatten ihr grundsätzliches Einverständnis für ein in einer Expertenabsprache erarbeitetes Modell erklärt. Seitdem haben wir nichts mehr davon gehört.“ Für die Fortsetzung der Gespräche warte die Bundesregierung auf einen Terminvorschlag von sowjetischer Seite. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139317.

<sup>32</sup> Zum Problem der Einreise von Asylbewerbern nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld vgl. Dok. 148, Anm. 11 und 12.

ziehungen zu werden. Die Bundesregierung bitte mit aller Dringlichkeit zu prüfen, was auf seiten der DDR hier getan werden könne. Es müsse nach unserer Einschätzung doch möglich sein, daß die Zahl der über Schönefeld illegal einreisenden Ausländer wieder unter das Niveau des Jahres 1984 sinke.

Honecker sagte dazu, es handele sich hier um ein kompliziertes Problem, das von den zuständigen Stellen zur Zeit noch geprüft werde. Zur Illustrierung der Schwierigkeiten zeigte er mir eine Kopie des in Berlin (West) verwendeten Formulars für Aufenthaltserlaubnisse „für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin“. Die DDR sei, so sagt er, bereit, über diese nach dem Vierseitigen Abkommen unzulässige Praxis „hinwegzusehen“. Bei dem Transit dieser Ausländer müßten allerdings internationale Konventionen berücksichtigt werden, aber „das könne man wohl regeln“. Er müsse mich allerdings auf folgendes aufmerksam machen:

Die meisten der über Schönefeld einreisenden Ausländer seien offenbar Tami-  
len. Von diesen würden sieben Prozent mit der Interflug bzw. der Austrian Air-  
lines und fünf Prozent von der rumänischen Fluggesellschaft Tarom via Buka-  
rest transportiert. Nur die Reisen dieser zwölf Prozent seien für die DDR be-  
einflußbar. Allein aus diesen Zahlen ergebe sich, daß es sich hier für die DDR  
nicht um ein finanzielles Problem handele. Auf meine Frage, wie die übrigen  
88 Prozent nach Schönefeld kämen, sagte Honecker, 75 Prozent mit Aeroflot.  
Da die Sowjetunion in West-Berlin weiterhin präsent und zudem Signatarstaat  
des Vierseitigen Abkommens sei, würden hier Probleme berührt, die mit West-  
Berlin zusammenhingen.

Ich habe noch einmal nachdrücklich auf die großen Schwierigkeiten hingewie-  
sen, die durch die illegal über Schönefeld einreisenden Ausländer für uns ent-  
stünden. Auch die Sowjetunion könne doch eigentlich an solchen Schwierigkei-  
ten kein Interesse haben und sei vielleicht deshalb einer pragmatischen Lö-  
sung zugänglich. Wir bäten dringend um eine Prüfung mit dem Ziel einer prak-  
tisch-vernünftigen Lösung.<sup>33</sup>

Ich wies Honecker auf die nach wie vor stockenden Verhandlungen über einen  
Gebietsaustausch betreffend Berlin (West)<sup>34</sup> hin. Honeckers Reaktion in sei-  
nem Gespräch mit Bangemann<sup>35</sup> sei für uns als ermutigend empfunden worden.  
Gleichwohl habe sich seitdem nichts bewegt. Honecker entgegnete, es gebe nach  
wie vor diese Verstöße in West-Berlin gegen das Vierseitige Abkommen. Das ma-  
che es seiner Seite schwer, bei dem vom Senat gewünschten Gebietsaustausch

<sup>33</sup> Mit Note vom 3. Juli 1985 teilte die Botschaft der DDR in Colombo dem srilankischen Außenmini-  
sterium mit, daß ab 15. Juli 1985 srilankische Staatsbürger, die über das Territorium der DDR in  
Drittstaaten oder nach Berlin (West) reisen wollten, im Besitz eines Transitvisums sein müßten.  
Anderenfalls würden sie an den Grenzkontrollpunkten der DDR zurückgewiesen werden. Für die  
Note vgl. Referat 340, Bd. 136945.

Die Fluggesellschaften der DDR bzw. der UdSSR, Interflug und Aeroflot, gaben daraufhin bekannt,  
daß sie nur Passagiere aus Sri Lanka nach Berlin-Schönefeld fliegen würden, die im Besitz eines  
gültigen Transitvisums seien. Vgl. dazu die Information der Aeroflot vom 5. Juli 1985 „an alle Ge-  
schäftspartner“; Referat 210, Bd. 132704.

<sup>34</sup> Zu den Verhandlungen zwischen dem Senat von Berlin und der DDR über einen Gebietsaustausch  
vgl. Dok. 60, Anm. 30.

<sup>35</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Bangemann mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Ho-  
necker, am 12. März 1985 in Ost-Berlin vgl. Dok. 60.

zu einem Abschluß zu kommen, obwohl man solche Dinge früher ja wiederholt gemacht habe.

4) Honecker wies von sich aus darauf hin, daß alles, was zur weiteren Entwicklung der Beziehungen geschehe, selbstverständlich mit der Bundesregierung getan werde und nicht etwa „an ihr vorbei“. Das könne auch nicht anders sein. Das hindere die DDR aber nicht daran, Gespräche auf den verschiedensten Ebenen auch mit anderen zu führen. Wenn es hier aus der Sicht des Bundeskanzlers kein Gleichgewicht gebe – und so habe er die Hinweise aus dem Gespräch von Richthofens mit dem Geschäftsträger der DDR verstanden –, dann liege das weniger an der DDR, sondern einfach an den Personen, die zu ihnen kämen. Dabei werde der Dialog nicht an der Bundesregierung vorbeigeführt. Hier sprächen die Fakten für sich. So habe z. B. der Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten auf der letzten Leipziger Messe nur wegen dessen Krankheit nicht stattgefunden.<sup>36</sup> Die Einladung bestehe aber weiter.<sup>37</sup> Die Begegnung mit dem Ministerpräsidenten Späth sei ebenfalls auf dessen Wunsch bisher nicht zustande gekommen.<sup>38</sup> Späth ziehe es offenbar vor, erst nach dem Ende seiner Präsidentschaft im Bundesrat<sup>39</sup> den geplanten Besuch zu machen, und er sei der DDR willkommen. Schließlich wolle er die Gespräche von Bundesminister Bangemann in Berlin wie auch die Gespräche von Dr. Mittag mit dem Bundeskanzler in Bonn<sup>40</sup> erwähnen. Auch andere CDU-Politiker, wie z. B. Herr Kiep und Frau Breuel, kämen regelmäßig in die DDR. Mit der FDP gebe es ebenfalls regelmäßige Kontakte, so kürzlich mit Herrn Mischnick.<sup>41</sup> Daneben würden selbstverständlich viele Gespräche mit der SPD geführt. Der SPD-Vorsitzende Brandt werde voraussichtlich noch in diesem Jahr in die DDR kommen.<sup>42</sup> Es gebe darüber aber noch keine Vereinbarung. Die geringsten Kontakte gebe es zur Zeit mit der DKP und den Grünen. Alles in allem handele es sich um einen umfassenden Dialog, der aber nicht an der Bundesregierung vorbei geführt werde.

Abschließend machte Honecker noch einige Bemerkungen zu der jüngsten ZK-Tagung.<sup>43</sup> Resümierend stellte er fest, daß die DDR auf eine stabile Entwick-

<sup>36</sup> Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 10. bis 16. März 1985 statt.

<sup>37</sup> Der bayerische Ministerpräsident Strauß traf am 1. September 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Leipzig zusammen. Vgl. dazu KOALITION DER VERNUNFT, S. 330–339.

<sup>38</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 10. Juni 1985 dar: „MP Späth plant für Anfang Juli einen Besuch in Berlin (Ost) und in der DDR mit hochrangigen Gesprächen. Der Unterschied zu bisherigen Besuchen von Ministerpräsidenten der Bundesländer besteht darin, daß er zu diesem Zeitpunkt auch Präsident des Bundesrats ist. BM Schäuble hat ihm deshalb unter Hinweis auf diesen Umstand geraten, seine Reise zu verschieben. Wenn Außenminister der Statusmächte (Frankreich und GB) und ein französischer Premierminister Berlin (Ost) offizielle Besuche abstatten, ist schwer zu argumentieren, warum ein Besuch des Bundesratspräsidenten statusrechtliche Probleme aufwerfen sollte. [...] Ob deutschlandpolitische Gesichtspunkte gegen einen Besuch zu dem vorgesehenen Zeitpunkt sprechen, sollte vom Bundeskanzleramt und vom BMB entschieden werden.“ Vgl. VS-Bd. 13420 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>39</sup> Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth war vom 1. November 1984 bis 31. Oktober 1985 Bundesratspräsident.

<sup>40</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 18. April 1985 vgl. Dok. 75, Anm. 19.

<sup>41</sup> Der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Mischnick, traf am 10. Juni 1985 mit dem Vorsitzenden der LDPD, Gerlach, in Ost-Berlin zusammen.

<sup>42</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt besuchte die DDR vom 18. bis 20. September 1985. Vgl. dazu VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 239–257. Vgl. auch KOALITION DER VERNUNFT, S. 340–359.

<sup>43</sup> Am 20./21. Juni 1985 tagte das 10. ZK-Plenum der SED in Ost-Berlin.

lung zurückschauen könne und auch mit Zuversicht in die Zukunft sehe. Er hob dabei das gute Verhältnis zu den Kirchen hervor, das er als „gesund“ bezeichnete.

Honecker erwähnte dann noch einmal die Schwerpunkte in der technischen Entwicklung der kommenden Jahre. Dabei nannte er auch das Satellitenfernsehen, was er mit dem Hinweis verband, daß sich damit an den „weltoffenen Bedingungen“ der DDR nichts ändern werde.

[gez.] Bräutigam

**VS-Bd. 13419 (210)**

## 177

**Runderlaß des Ministerialdirigenten Trumpf**

410-421.26

Aufgabe: 1. Juli 1985, 21.38 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 5107 Plurez

Citissime

Betr.: Europäischer Rat (ER) Mailand 28./29. Juni 1985;

hier: Ergebnisse und weiteres Vorgehen

Enthält Weisung

1) ER ist nach zeitweise heftigen Debatten<sup>2</sup> mit Schlußfolgerungen über institutionelle Fragen, Europa der Bürger, wirtschaftliche und soziale Lage, Vollendung des Binnenmarktes, Technologie, Japan, Hunger in Afrika sowie EWG-COMECON<sup>3</sup> zu Ende gegangen.

Wesentlicher Inhalt

1.1) Institutionelle Fragen: Einvernehmen bestand über Notwendigkeit, Funktionsweise der Gemeinschaft zu verbessern. Hinsichtlich des Verfahrens hat sich der ER gegen die Stimmen von DK<sup>4</sup>, GB<sup>5</sup>, GR<sup>6</sup> für „Konferenz zur Herbeiführung konkreter Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union“ entschieden. Diese soll

- Vertrag über gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage der vorliegenden Entwürfe ausarbeiten (dort am 27.6. übergebener D/F-Entwurf<sup>7</sup> geht insbesondere hinsichtlich EU und gemeinsamer Außenpolitik inhaltlich weiter als der auf informellem AM-Treffen in Stresa<sup>8</sup> verteilte GB-Entwurf<sup>9</sup>),

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich konzipiert, der handschriftlich vermerkte: „Von Dg 40 telefonisch gebilligt.“

<sup>2</sup> Zu den Diskussionen auf der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. auch Dok. 175.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 456–460.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „DB“.

Botschaftsrat I. Klasse Haferkamp, Kopenhagen, berichtete am 28. Juni 1985 über ein Radio-Interview des dänischen Ministerpräsidenten, in dem Schlueter zum deutsch-französischen Entwurf für einen Vertrag über die Europäische Union ausgeführt habe, „es handele sich um alte Ansichten von D und F über EG-Entwicklung. DK teile Auffassungen nicht und könne ihnen nicht zustimmen. [...] Vertrages bedürfe es nicht, er sei überflüssig, DK entscheide von Fall zu Fall über konkrete Anlässe, unter ihnen Herbeiführung Binnenmarktes.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 342; Referat 200, Bd. 134808.

<sup>5</sup> Zur britischen Haltung zu einem Vertrag über die Europäische Union vgl. Dok. 175, Anm. 13.

<sup>6</sup> Zur griechischen Haltung teilte Botschaftsrat I. Klasse Ackermann, Athen, am 1. Juli 1985 mit, Ministerpräsident Papandreu habe sich gegen den „Plan, einen uniformen Binnenmarkt zu schaffen“, gewandt und weiter erklärt: „Ganz und gar unakzeptabel für Griechenland sei eine einheitliche europäische Außenpolitik. Griechenland werde seine nationale Außenpolitik niemals der Einmischung der größeren europäischen Nationen unterwerfen. [...] Die einberufene Regierungskonferenz werde ein klares griechisches Nein erleben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 490; Referat 410, Bd. 136103.

<sup>7</sup> Für den Entwurf vgl. Dok. 173.

<sup>8</sup> Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 8./9. Juni 1985 in Stresa vgl. Dok. 151, Anm. 8.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des britischen Arbeitspapiers über die Europäische Politische Zusammenarbeit vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 441–444. Vgl. dazu auch Dok. 129, Anm. 20.

- Vertragsänderungen gemäß Art. 236 EWG-V<sup>10</sup> vorbereiten (Beschlußverfahren des Rates, Exekutivbefugnis der Kommission, EP-Befugnisse),
- neue Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaft erfassen.

Präsidenschaft (LUX) wird Vorschläge vorlegen und Konferenz einberufen.<sup>11</sup> SPA und PTG werden zur Teilnahme eingeladen.<sup>12</sup> Ergebnis soll ER Luxemburg im Dezember<sup>13</sup> unterbreitet werden.

#### 1.2) Europa der Bürger

ER stimmte Vorschlägen des „Adonnino-Berichts“<sup>14</sup> zu und beauftragte EGK und MS, sie durchzuführen.

#### 1.3) Wirtschaftliche und soziale Lage

EGK soll im Rahmen des ECOFIN-Rates und im Einvernehmen mit Zentralbankpräsidenten Überlegungen über Entwicklung des EWS fortsetzen.<sup>15</sup> EGK soll ER bis Dezember Strategien zur Verbesserung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungslage vorlegen.<sup>16</sup>

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Artikels 236 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957, der das Verfahren zu Änderungen des Vertrags, die auf einer Regierungskonferenz zu beschließen waren, regelte, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898 f.

<sup>11</sup> Luxemburg übernahm am 1. Juli 1985 die EG-Ratspräsidentschaft. Botschafter Munz, Luxemburg, berichtete am 2. Juli 1985, daß ihm der Generalsekretär im luxemburgischen Außenministerium, Dondelinger, zu den Planungen mitgeteilt habe: „Das Mandat, eine Regierungskonferenz einzuberufen, sei für Luxemburg überraschend gekommen. Man sei sich der großen Schwierigkeiten wohl bewußt. Er werde deshalb noch heute mit den leitenden juristischen Diensten der Kommission, des Europäischen Parlaments und des Rats in Brüssel beraten“. Beabsichtigt sei, sich das weitere Vorgehen auf der EG-Ministerratstagung am 22./23. Juli 1985 „absegnen zu lassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; Referat 410, Bd. 136103.

<sup>12</sup> Auf der EG-Ministerratstagung am 22./23. Juli 1985 in Brüssel wurde die Einberufung einer ersten Sitzung der Regierungskonferenz unter Einbeziehung Spaniens und Portugals sowie der EG-Kommission beschlossen, die am 9. September 1985 in Luxemburg stattfinden sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1985, S. 7–11.

<sup>13</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Schlußberichts des Ad-hoc-Ausschusses für das Europa der Bürger (Adonnino-Ausschuß), der dem Europäischen Rat am 28./29. Juni 1985 in Mailand vorgelegt wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 606–621.

<sup>15</sup> Staatssekretär Tietmeyer, Bundesministerium der Finanzen, informierte Staatssekretär Ruhfus am 26. September 1985 über ein informelles Treffen der Finanzminister der EG-Mitgliedstaaten am 20./21. September 1985 in Luxemburg. Von belgischer und luxemburgischer Seite sei angedeutet worden, daß dort Überlegungen bestünden, auf der vom Europäischen Rat eingesetzten Regierungskonferenz „Vorschläge für eine Aufnahme währungspolitischer Ziele in den Zielkatalog des EWG-Vertrages zu machen“. Es sei „zu befürchten, daß damit erheblicher politischer Sprengstoff auf die Bundesrepublik Deutschland zukommt. Der Deutschen Bundesbank sind vor den Beschlüssen über die Errichtung des EWS von der Bundesregierung Zusicherungen hinsichtlich ihrer Autonomie gemacht worden.“ Regelungen im währungspolitischen Bereich, die die Bundesbank betreffen, müßten daher ratifizierungsbedürftig bleiben. Bei Aufnahme währungspolitischer Ziele in den Zielkatalog des EWG-Vertrags „würde aber der Weg geöffnet, Beschlüsse zur institutionellen Weiterentwicklung des EWS künftig über Artikel 235 ohne Zustimmung der Parlamente zu treffen. Dies kann – selbst angesichts der Erfordernisse der Einstimmigkeit – nicht im deutschen Interesse liegen.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168722.

<sup>16</sup> Die EG-Kommission legte am 18. Oktober 1985 den Jahreswirtschaftsbericht 1985/86 vor, in dem eine Strategie vorgeschlagen wurde, um das Wirtschaftswachstum zu steigern und dieses beschäftigungswirksamer zu machen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1985, S. 15–17.  
Am 20. Dezember 1985 befaßte sich der Ständige Ausschuß der EG für Beschäftigungsfragen unter Vorsitz des luxemburgischen Arbeitsministers Juncker mit dem Thema „Beschäftigungswirksames Wachstum in einem großen Binnenmarkt“ und formulierte erste allgemeine Leitlinien für die weitere Erörterung mit der EG-Kommission. Vgl. dazu in BULLETIN DER EG 12/1985, S. 57.

## 1.4) Binnenmarkt

Rat soll auf Grundlage EGK-Weißbuches<sup>17</sup> konkretes Aktionsprogramm mit Stufen- und verbindlichem Zeitplan für Vollendung des Binnenmarktes bis spätestens 1992 erstellen. Zu den als vorrangig aufgeführten Bereichen gehört auch Liberalisierung des Kapitalverkehrs, worauf wir besonderen Wert legen. ER hob auch Zusammenhang zwischen Vollendung des Binnenmarktes und institutionellen Fragen (d.h. Mehrheitsentscheidung im Rat) hervor.

## 1.5) Technologie

ER beschloß, Gemeinschaft neue technologische Dimension zu geben: Grundlagen einerseits EGK-Bericht<sup>18</sup>, andererseits EUREKA-Projekt<sup>19</sup>. Zu letzterem wird F Mitte Juli Konferenz einberufen.<sup>20</sup>

Vollständiger Text der Schlußfolgerungen wurde heute als IF<sup>21</sup>-Meldung 1123 d/1-8-3006 übermittelt.

## 2) Erste Bewertung

Insgesamt betrachtet hat Mailand durchaus greifbare Ergebnisse in wichtigen Bereichen erbracht:

- Außen- und Sicherheitspolitik: Alle Partner haben akzeptiert, daß Grundlage der Beratungen der Regierungskonferenz über einen Vertrag zur Außen- und Sicherheitspolitik der deutsch-französische sowie der britische Entwurf sein soll. Das ist eine bedeutsame Annäherung der Standpunkte.
- Technologiegemeinschaft, auf deren Zustandekommen wir großen Wert legen, ist auf den Weg gebracht worden. Dies in einer Weise, welche einerseits – über französische EUREKA-Initiative – Flexibilität und Einbeziehung leistungsfähiger Drittländer ermöglicht<sup>22</sup>, andererseits durch Beteiligung EGK an allen Gremien für Anbindung an Gemeinschaft sorgt.

<sup>17</sup> Für das Weißbuch der EG-Kommission „Vollendung des Binnenmarktes“ vom 14. Juni 1985 vgl. Referat 416, Bd. 131009.

<sup>18</sup> Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 21. Juni 1985 zur Technologiepolitik vgl. Dok. 167, Anm. 22.

<sup>19</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>20</sup> Zur Ministerkonferenz über EUREKA am 17. Juli 1985 in Paris legte Ministerialdirektor Jelonek am 16. Juli 1985 dar, ihr Ziel sei es, „den gemeinsamen Willen für eine verstärkte europäische Schwerpunkt-Zusammenarbeit in der Spitzentechnologie zu bekunden und EUREKA offiziell aus der Taufe zu heben. F strebt zur Konkretisierung an Verständigung über: die Kriterien von EUREKA-Projekten; Maßnahmen der Regierungen und der EGK zur Förderung von EUREKA sowie Fortgang der Arbeiten nach Paris.“ Jelonek schlug vor, auf der Konferenz dafür einzutreten, daß „EUREKA auf wenige ausgewählte Projekte der Spitzentechnologie konzentriert wird; sich unsere Vorstellungen einer ‚leichten‘ Organisationsstruktur à la EPZ durchsetzen (keine Agentur, kein ‚Mister EUREKA‘, keine Ansiedlung in Paris)“ und das Folgetreffen der Minister in der Bundesrepublik stattfindet. Weiter führte Jelonek aus: „Schwierig dürfte für uns das Thema öffentliche Förderung von EUREKA werden. Wegen nationaler Haushaltskonsolidierungspolitik und des Prinzips der Subsidiarität der staatlichen Forschungsförderung werden wir nur wenig Haushaltsmittel beitragen können.“ Vgl. Referat 410, Bd. 163005.

Zur EUREKA-Ministerkonferenz in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 28–34.

<sup>21</sup> Informationsfunk.

<sup>22</sup> Die Bundesminister Genscher und Riesenhuber vereinbarten am 26. Juni 1985 in einem Gespräch mit ihren französischen Amtskollegen Dumas und Curien, daß Staatspräsident Mitterrand auf der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand EUREKA als deutsch-französische Initiative vorstellen und erklären sollte, alle EG-Mitgliedstaaten und die EG-Kommission sowie Österreich, die Schweiz, Schweden und Norwegen seien „zur Teilnahme an EUREKA eingeladen“. An

- Beschlüsse zum Binnenmarkt sind, was zu behandelnde Teilbereiche, zugrunde zu legende Methode und Vorgaben für Zeitplan betrifft, eine konkrete Grundlage für weitere Arbeiten.
- Beschlüsse zum Europa der Bürger decken breiten Fächer von Einzelschlägen ab, die alle gebilligt wurden. Es ist zu hoffen, daß der im letzten Absatz hierzu enthaltene Appell hilft, Grundsatzbeschluß in praktischer Arbeit durchzusetzen.

Zu institutionellen Fragen ist in Mailand deutlich geworden, daß neun der künftigen zwölf Mitgliedstaaten auf dem Weg zur Europäischen Union weitergehen wollen, soweit nötig auch unter Änderung der Verträge. Mit der Feststellung, daß es die erforderliche Mehrheit für Einberufung einer Regierungskonferenz gibt, ist Dynamik in Gang gesetzt worden, von der wir hoffen, daß sie schließlich zu Bewegung auch bei den übrigen Drei führen wird.

BK und BM haben auf Pressekonferenz in Mailand<sup>23</sup> mehrmals darauf hingewiesen, daß die Drei in Verhalten und Argumentation unterschiedlich aufgetreten sind. BK wörtlich: „Und was die britische Haltung betrifft, muß ich ausdrücklich sagen, war die auch beim Ablauf der Debatte, auch in der Form, im letzten Teil ausgesprochen moderat und hinhörend und vielleicht auch etwas erstaunt darüber, daß also doch die Sechs eigentlich in sich näher beisammen waren als die Drei.“ (NB: IRL hat sich der Mehrheit angeschlossen.)

Dementsprechend halten wir die rasche Umsetzung der in Mailand getroffenen Beschlüsse für wichtiger und produktiver als den Rückblick. Hinweis: Ausführliche Stellungnahme BM in heutigem Interview mit Deutschlandfunk<sup>24</sup> wurde als IF-Meldung 1001 d-0-0107 übermittelt. Informationsfunk wird auch Pressekonferenz BK am 4.7.<sup>25</sup> enthalten.

3) Sie werden gebeten, auf dieser Grundlage auf hoher Beamtenebene im AM (bei Kommission) Gespräch über Bewertung ER Mailand und weiteres Vorgehen zu führen. Insbesondere interessieren dortige Vorstellungen über Modali-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 943*

der ersten Konferenz, zu der Mitterrand nach Paris einlade, könnten alle Staaten teilnehmen, „die den Wunsch und die Möglichkeit haben, sich an EUREKA-Projekten zu beteiligen“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178936.

<sup>23</sup> Für das unkorrigierte Manuskript der Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 29. Juni 1985 in Mailand vgl. Referat 013, Bd. 179058.

<sup>24</sup> Gegenüber dem Deutschlandfunk führte Bundesminister Genscher am 1. Juli 1985 zur Tagung des Europäischen Rats in Mailand aus: „Bei allen Nichteinigungen über eine Reihe von anderen Fragen muß man festhalten: Wir haben uns verständigt über den Beginn der europäischen Technologiegemeinschaft und auch über das französische Technologieprojekt EUREKA, das die Möglichkeit bieten soll, daß die Europäer in den Spitzentechnologien zusammenarbeiten. [...] In Wahrheit ist in Europa ‚die Stunde der Wahrheit‘ eingeläutet worden, und sie dauert an, und es wird sich in den kommenden Monaten zeigen, wer bereit ist, in anderen entscheidenden Fragen mitzuwirken. Und hier ist von besonderer Bedeutung die Verbesserung der Entscheidungsverfahren im Ministerrat, die Notwendigkeit, Mehrheitsentscheidungen stärker zu praktizieren.“ Wenn es ab 1. Januar 1986 zwölf EG-Mitgliedstaaten gebe und „jeder dann Entscheidungen aufhalten kann, das muß automatisch Europa lähmen. Wir müssen die Stellung der Kommission verstärken, das Parlament muß seine Befugnisse ausbauen können. Darüber wird die Regierungskonferenz zu beraten haben“. Vgl. Referat 013, Bd. 179058.

<sup>25</sup> Für die Ausführungen des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juli 1985 vor der Bundespressekonferenz vgl. Referat 410, Bd. 136103.

Für den Wortlaut der Äußerungen zu den Ergebnissen der Tagung des Europäischen Rats vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1985, D 461 f.



täten der Regierungskonferenz sowie Haltung zu den in Ziff. 1.1) genannten Themen. DB – auch für ChBK – spätestens Mittwoch, 3.7., 12.00 Uhr, erbeten.<sup>26</sup>

[gez.] Trumpf

**Referat 410, Bd. 136103**

178

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

**213-322 SOW VS-Nfd**

**3. Juli 1985<sup>1</sup>**

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Die Bedeutung des Wechsels Gromyko/Schewardnadse<sup>3</sup> für die sowjetische Außenpolitik

<sup>26</sup> Am 5. Juli 1985 legte Ministerialdirigent Trumpf ein Resümee der Reaktionen in den EG-Mitgliedstaaten auf die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor: „Ungeachtet der zum Teil sehr heftigen Medienkritik in den MS reicht die Bandbreite der offiziellen Stellungnahmen von ‚eindeutig positiv‘ (Lux), ‚überwiegend positiv‘ (F, I), ‚mit kleinen Einschränkungen positiv‘ (IRL) über eine eher zurückhaltende Bewertung (EGK, B, NL, SPA, PTG) bis zu einer kritischen (GB, DK) bzw. sehr kritischen (GR) Betrachtung.“ EG-Kommissionspräsident Delors sehe „bei aller sonstigen Kritik Mailand als ‚eine Art Wendepunkt‘, da hier der Wille zur Selbstbehauptung Europas zum Ausdruck gekommen sei. Demgegenüber überwog bei GB, B, NL, DK und GR die Kritik an der deutsch-französischen Vorgehensweise.“ An der beschlossenen Regierungskonferenz würden alle EG-Mitgliedstaaten teilnehmen, auch Griechenland, „das im Prinzip gegen die Konferenz ist“. Vgl. Referat 410, Bd. 136103.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. Juli 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „In der Aufzeichnung, die die entstandene Problemlage gut darstellt, fehlt ein Hinweis auf die Tatsache, daß Gromyko auch die Position des 1. Stell[er]tretenden Min[ister]Präs[identen] verloren hat, die ihm eine Zuständigkeit für alle Außenbeziehungen anderer Ministerien gewährte: Außenhandel, Außen-Kulturbez[iehungen], Seeverkehr etc.“

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 4. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oesterheld an Referat 213 verfügte.

Hat Weiß am 8. Juli 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Heyken: Ich habe den Hinweis des StS auf S. 4 unten (P[un]kt 2), nach 1. Satz) eingebaut für Bl[auen] Dienst.“ Vgl. Anm. 13 und 16.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 8. Juli 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 213, Bd. 139327.

<sup>3</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 2. Juli 1985, daß der sowjetische Außenminister Gromyko auf der Sitzung des Obersten Sowjet am selben Tag auf Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet gewählt worden sei. Die Entscheidung gegen die bisherige Praxis, „Posten des GS und Staatsoberhaupt zu kumulieren“, habe Gorbatschow damit begründet, daß die Aufgabe, „die führende Rolle der Partei in der Gesellschaft zu festigen [...] die ungeteilte Konzentration der Arbeit des GS“ erfordere. Im weiteren Verlauf habe Ministerpräsident Tichonow „auf Anweisung des ZK P[olit]B[üro]-Mitglied, Ersten Sekretär des ZK der KP Georgiens, Schewardnadse, als Außenminister der UdSSR“ vorgeschlagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2026; Referat 213, Bd. 139282.

Am 2. Juli 1985 gab Kastl die Einschätzung, die Wahl zum Staatsoberhaupt sei für Gromyko „die

Anlg.: 1 (nur beim Original)<sup>4</sup>

I. Der Wechsel an der Spitze des sowjetischen Außenministeriums bedeutet einen tiefen historischen Einschnitt. Mit Gromyko tritt ein Mann ab, der fast drei Jahrzehnte die sowjetische Außenpolitik geleitet hat. Noch von Chruschtschow gegenüber Kennedy 1961 als jemand vorgestellt, den man auf einen Eisblock setzen könne, hat Gromyko im Laufe der Jahre immer stärker eigene politische Konturen entwickelt und sich zunehmend vom Vollstrecker zum Gestalter der sowjetischen Außenpolitik gewandelt. Er hat vier Generalsekretäre<sup>5</sup> nicht nur überlebt, sondern ist mit jedem neuen Generalsekretär immer stärker nach vorn gerückt, vor allem in den letzten Jahren. Zuletzt war er es, der im März d. J. Gorbatschow zum Generalsekretär vorgeschlagen hat.<sup>6</sup> Gromykos einzige „Hausmacht“ war die Außenpolitik, aber dies in einem solchen Maße, daß er immer mehr als deren Verkörperung erschien.

Im Gegensatz dazu steht sein Nachfolger Schewardnadse, dessen Wahl die eigentliche Überraschung der jüngsten Änderungen in der sowjetischen Führung darstellt. Schewardnadse ist Georgier und nicht Russe (insofern drängt sich der Vergleich mit Mikojan auf), und er ist außenpolitisch ein fast unbeschriebenes Blatt.

II. Was sind die Gründe für diesen markanten Wechsel, der durch einen monokausalen Erklärungsversuch nicht ausreichend erklärt werden kann?

1) Die Grundfrage lautet, ob Gorbatschow und die ihm politisch besonders nahestehenden Führungskreise mit der Politik Gromykos in der Substanz nicht einverstanden waren und eine andere Außenpolitik anstrebten. Hierfür gibt es kaum Anhaltspunkte. Seit seiner Antrittsrede vom 13. März<sup>7</sup> propagierte der Generalsekretär außenpolitisch in den Hauptfragen ein Programm der Kontinuität. Allerdings sind seitdem auch neue Akzente gesetzt worden, z. B.

- erheblich verstärktes Streben nach strikter Blockkohäsion;
- Festigkeit und erneute Verhärtung gegenüber den USA, insbesondere in den sicherheitspolitischen Kernfragen der Beziehungen;
- Umwerbung Westeuropas; Interesse an Europäisierung der Entspannung;

*Fortsetzung Fußnote von Seite 945*

Krönung einer überragenden Laufbahn im Dienst des sowjetischen Staates“. Kastl führte weiter aus: „Bisher spricht nichts dafür, daß sich Gromyko gegen seine Ernennung zum Staatsoberhaupt gesträubt hat. [...] Seine Stellung im PB, seine Rolle als Fachmann für Außenpolitik und die Tatsache, daß er als ‚Königsmacher‘ fungierte, hätten es ihm wahrscheinlich ermöglicht, den Wechsel abzulehnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2027; Referat 213, Bd. 139327.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den tabellarischen Lebenslauf von Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse vgl. Referat 213, Bd. 139327.

<sup>5</sup> Nikita Sergejewitsch Chruschtschow, Leonid Iljitsch Breschnew, Jurij Wladimirowitsch Andropow und Konstantin Ustinowitsch Tschernenko.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 11. März 1985; KOMMUNIST 1985, Heft 5, S. 6 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. OSTEUROPA 36 (1986), Heft 1, A 2–4. Vgl. dazu ferner das Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU am 11. März 1985; OSTEUROPA 44 (1994), Heft 4, A 176–185 (Auszug).

<sup>7</sup> Der neu gewählte Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sprach am 11. März 1985 auf dem außerordentlichen Plenum des ZK der KPdSU. Für den Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 143–148.

Am 13. März 1985 hielt er eine Rede in Moskau anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für seinen Amtsvorgänger Tschernenko. Für den Wortlaut vgl. GORBAČEV, Sobranie, Bd. 2, S. 164–166. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 214 f. (Auszug).

- neue Schwerpunktsetzungen gegenüber dem asiatischen Raum (KSA-Idee<sup>8</sup>; Beziehungen zu China, Japan);
- Aktivierung des Interesses gegenüber den Staaten der Dritten Welt, auch gegenüber dem seit längerem vernachlässigten afrikanischen Kontinent.

Diese Akzentsetzungen – auch gegenüber Westeuropa<sup>9</sup> – lassen jedoch noch nicht den Schluß auf substantielle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sowjetischen Führung zur bisherigen, von Gromyko vertretenen außenpolitischen Linie zu.

2) Eine Rolle könnten allerdings Fragen der operativen Umsetzung der sowjetischen Außenpolitik gespielt haben. Es ist auffällig, daß die sowjetische Außenpolitik in den letzten Wochen spürbar aktionsreicher geworden ist, und zwar nicht nur im Verhältnis zum Westen, sondern auch zu teilweise bislang etwas vernachlässigten Regionen der Dritten Welt. Es mag Gorbatschow – was seiner innenpolitischen Dynamik nur entsprechen würde – eher um mehr operative Stoßkraft, um eine flexiblere Handhabung einer in vielem als zu statisch empfundenen sowjetischen Außenpolitik, vielleicht auch um mehr Kreativität, kurz, um einen neuen Impetus gehen, (noch) nicht aber um eine grundsätzlich neue Substanz in der Außenpolitik.

Es ist denkbar, daß auch Gromyko die von Gorbatschow wiederholt umrissene Realität einer multipolaren Welt (vgl. z. B. Prawda-Interview vom 8.4.<sup>10</sup>; Rede in Dnepropetrowsk am 26.6.<sup>11</sup>), auf die die Sowjetunion überall angemessen reagieren müsse, anerkennt und sich bewußt war, daß sein eigenes Alter einem entsprechend breitgefächerten diplomatischen Handeln zunehmend Grenzen setzt (z. B. sowjetische Besuchsdiplomatie in der Dritten Welt).

3) Nicht von der Hand zu weisen ist ferner der Gesichtspunkt, daß Gorbatschow sich durch den Abgang Gromykos einen größeren Freiraum für eigene außenpolitische Entschlüsse verschaffen wollte. Auch wenn er sich zunächst auf die Wirtschafts- und Innenpolitik konzentriert, hat er von Anfang an auch in der Außenpolitik Ambitionen und Selbständigkeit an den Tag gelegt. Er weiß natür-

<sup>8</sup> Zu einem kollektiven Sicherheitssystem in Asien vgl. die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 21. Mai 1985; Dok. 172, Anm. 16.

Am 24. Juni 1985 berichtete Botschafter Kastl, Moskau, der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kapiza habe ihm dazu gesagt: „Alter Breschnew-Vorschlag kollektiven Sicherheitssystems sei ‚unglücklich formuliert‘ gewesen und sei daher im Sande verlaufen. Es gehe heute nicht mehr darum, von kollektiver Sicherheit zu sprechen, auch nicht darum, möglichst schnell ein Forum zu errichten. Es gehe darum, über Sicherheit in Asien nachzudenken und darüber, wie Entstehung eines weltweiten Konflikts in Asien verhindert werden könne. [...] Vielleicht sei Suche nach bilateralen oder partiellen Lösungen geeigneter Ansatz: Einfrieren der Waffenarsenale, Einberufung regionaler Konferenzen, Schaffung von Friedenszonen (Indik), VBMs, die sowohl von China wie von SU vorgeschlagen werden könnten.“ Gegenüber einem Kollegen aus Südostasien habe Kapiza geäußert, „Initiative zur Neuauflage eines Sicherheitssystems für Asien stamme von Gorbatschow persönlich. Er selbst sei beauftragt worden, sich über seine Ausgestaltung Gedanken zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1927; Referat 213, Bd. 139328.

<sup>9</sup> Zu neuen Ansätzen in der sowjetischen Außenpolitik vor allem gegenüber Westeuropa vgl. auch Dok. 172.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Interviews des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, für die sowjetische Tageszeitung „Prawda“ vom 7. April 1985 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 149–153.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow vom 26. Juni 1985 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 311–334.

lich, daß angesichts der Weltmachtrolle der Sowjetunion die Außenpolitik auch für den Generalsekretär eine entscheidende Domäne darstellt. Die Wahl eines neuen „Staatsoberhauptes“ gab ihm eine gute Gelegenheit, Gromyko wegzuloben und damit für die Zukunft eine weitere Stärkung seiner außenpolitischen Rolle vorzubereiten.

4) In diese Richtung könnte auch der Umstand deuten, daß mit Schewardnadse ein außenpolitischer Laie, nicht aber außenpolitisch erfahrene Persönlichkeiten wie der Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko oder Botschafter Dobrynin zum Nachfolger Gromykos ernannt wurden.

Hinweis: Tschebrikow beim KGB und Sokolow bei der Verteidigung (wie auch Gromyko selbst 1957) sind Beispiele für Rekrutierungen aus den zuständigen Apparaten.

Möglicherweise wollte Gorbatschow alte Loyalitäten zwischen Gromyko und „seinem“ Außenministerium auflösen, um eine Neigung Gromykos, in außenpolitischen Fragen von seinem neuen Amt aus mitzuwirken, einzugrenzen.

5) Der Gesichtspunkt einer gewissen Einhegung fortbestehender außenpolitischer Ambitionen Gromykos könnte auch bei der – einem allerdings traditionellen Besetzungsmuster entsprechenden – Ernennung von Politbüromitglied Ligatschow zum Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Unionssovjets<sup>12</sup> im Kalkül des GS mitbestimmend gewesen sein. Ligatschow ist ein Vertrauter Gorbatschows.

<sup>13</sup>6) Mit Schewardnadse ist andererseits eine Persönlichkeit Außenminister geworden, der aus Altersgründen und wegen ihrer Qualifikationen noch Entwicklungen offenstehen. Offensichtlich traut man ihm aufgrund seiner bisherigen Erfolge in der Innen- und Wirtschaftspolitik, seinem Differenzierungsvermögen und seiner Beharrlichkeit zu, daß er den Mangel an außenpolitischer Erfahrung bald wettmacht und nach und nach Profil bekommt. Hierbei dürfte ihm zustatten kommen, daß er sein neues Amt – im Gegensatz zu Gromyko 1957 – bereits als Vollmitglied des Politbüros antritt.<sup>14</sup> Zumindest kurz- bis mittelfristig wird er sich aber außenpolitisch eher in Abhängigkeit von Gorbatschow entwickeln. (Auch mag seine nationale Herkunft gewisse Grenzen setzen. Zu seiner Biographie vgl. Anlage.)

III. Die Festlegung der Grundlinien der sowjetischen Außenpolitik wird weiterhin in die Zuständigkeit des Politbüros insgesamt fallen. Die Zahl derjenigen, die sich dabei mit vollem Stimmrecht zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik äußern können, hat sich jedoch erhöht:

1) Der außenpolitische Einfluß Gorbatschows hat sich durch die jüngsten Personalentscheidungen vergrößert. Ob der GS im Politbüro bereits über eine Richt-

<sup>12</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 3. Juli 1985, daß das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Ligatschow, auf der Sitzung des Unionssovjets am Vortag zum Vorsitzenden von dessen Auswärtigem Ausschuß gewählt worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2037; Referat 213, Bd. 139282.

<sup>13</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Am 1. Juli 1985 informierte Botschafter Kastl, Moskau, das ZK der KPdSU habe auf einer Plenarsitzung am selben Tag „P[olit]B[üro]-Kandidat Schewardnadse zum Vollmitglied des Politbüros gewählt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2016; Referat 421, Bd. 140476.

linienkompetenz in der Außenpolitik verfügt, mag offenbleiben. Seine zentrale Rolle bei der konzeptionellen Gestaltung der sowjetischen Außenpolitik dürfte aber nunmehr abgesichert sein. Seine Wahl in das Präsidium des Obersten Sowjet<sup>15</sup> sichert ihm ferner – ähnlich wie früher Breschnew – eine außenpolitische Gesprächskompetenz bei Staatsbesuchen etc.

2) Für Gromyko bedeutet die Wahl zum „Staatschef“ einerseits den ehrenvollen Höhepunkt seiner Karriere, andererseits einen erheblichen Machtverlust. Zwar hat er auch in seiner neuen Funktion mit Außenpolitik zu tun, aber er wird nicht mehr stark in das Außenministerium hineinwirken können, zumal Schewardnadse als Politbüromitglied und aufgrund seines bisherigen Status sich nicht unterzuordnen braucht. (Über persönliche Verbindungen<sup>16</sup> zwischen Gromyko und Schewardnadse ist nichts bekannt.) Andererseits wird Gromyko sich im Politbüro weiterhin zu außenpolitischen Fragen mit großer Autorität und Sachkenntnis äußern und insofern die sowjetische Außenpolitik auch weiter konzeptionell mitgestalten.

3) Ob Schewardnadse sich lange mit der Rolle des Vollstreckers der sowjetischen Außenpolitik begnügen wird, ist noch nicht abzusehen. Seine Persönlichkeit, seine Neigung zum beharrlichen Argumentieren läßt eher darauf schließen, daß er auf längere Sicht ebenfalls im Politbüro gestaltend an außenpolitischen Konzepten mitwirken wird.

4) Auch Ligatschow dürfte sich aufgrund seiner neuen außenpolitischen Funktion im Politbüro aktiv zu außenpolitischen Fragen äußern. Ohne Stimmrecht im Politbüro, dennoch mit Einfluß in Fragen der Blockpolitik und der Beziehung zu den nichtregierenden KPen bleibt Politbüro-Kandidat Ponomarjow. In Fragen der Sicherheitspolitik ist das Militär, vertreten durch Sokolow, den Verteidigungsminister und nicht stimmberechtigten Politbüro-Kandidaten, im Vergleich zu den „Außenpolitikern“ relativ schwach repräsentiert.

Zusammenfassend:

Die Außenpolitik dürfte bis auf weiteres in erster Linie in den Händen von

- Gorbatschow (starke Stellung bei der Gestaltung),
- Schewardnadse (zunächst Vollstrecker, potentiell aber auch Gestalter),
- Gromyko (eher als Mitgestalter mit gewissen operativen Möglichkeiten – Staatsbesuche etc.)

liegen. Dabei wird es in Einzelfragen auf die Gewichtung der jeweiligen Einflußnahme ankommen.

IV. Über die außenpolitischen Folgen der Neubesetzungen läßt sich zur Zeit nur spekulieren.

1) Wahrscheinlich ist, daß sich in der sowjetischen Außenpolitik inhaltlich nicht viel ändern wird, jedenfalls nicht in Richtung einer neuen Periode der Entspannung. Es fällt auf, daß in ersten amerikanischen Bewertungen die Sorge an-

<sup>15</sup> Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 2. Juli 1985 zum Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjet gewählt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2026 des Botschafters Kastl, Moskau, vom selben Tag; Referat 213, Bd. 139282.

<sup>16</sup> Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

klings, daß sich die Umbesetzungen nachteilig auf das sowjetisch-amerikanische Verhältnis auswirken könnten (Palmer<sup>17</sup>):

Gromyko sei in der Außenpolitik immer vorsichtig gewesen und habe Risiken vermieden. Er habe noch die Schwäche der Sowjetunion erlebt. Gorbatschow und Schewardnadse gehörten einer neuen Generation an, die die Sowjetunion nur als starke Weltmacht kenne. Möglicherweise seien bei ihnen das Gefühl sowjetischer Stärke und der Anspruch auf völlige Gleichbehandlung mit den USA stärker ausgeprägt.

Auf diese mögliche Perspektive war bereits in einer ersten Bewertung nach dem Amtsantritt Gorbatschows im März hingewiesen worden (BM-Vorlage vom 15.3.85<sup>18</sup>).

2) Es ist denkbar, daß sich zwischen Gorbatschow und Schewardnadse eine Art außenpolitischer Arbeitsteilung herausbildet. Gorbatschow könnte sich selbst stärker der West- und Sicherheitspolitik annehmen und Schewardnadse mehr die Politik gegenüber der Dritten Welt überlassen. Hier mögen auch Überlegungen eine Rolle spielen, daß Schewardnadse aufgrund seiner kaukasischen Herkunft in der Dritten Welt einen leichteren Zugang als bisher Gromyko haben wird. Jedenfalls ist eine Intensivierung der sowjetischen Bemühungen um die Länder der Dritten Welt abzusehen. Die SU könnte versuchen, den Westen angesichts der amerikanischen Herausforderung (SDI) kompensierend in einem Bereich zu treffen, wo sie sich immer noch ideologisch begründete Vorteile erhofft. Dies würde auch in das Bild einer zunehmenden Ideologisierung der Innen- und Blockpolitik passen.

3) Für das weitere Urteil sind das AM-Treffen in Helsinki Anfang August<sup>19</sup>, der zu erwartende Auftritt Schewardnadses in der GV im September<sup>20</sup>, die Genfer Verhandlungen<sup>21</sup> sowie die Vorbereitung auf ein Gipfeltreffen Reagan–Gor-

<sup>17</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 2. Juli 1985 über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Palmer, der „die Umbesetzungen in Moskau als einen markanten Wechsel“ bezeichnet und sich besorgt über die Folgen für die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen geäußert habe: „Es sei nicht auszuschließen, daß die starke Machtposition von Gorbatschow sich negativ auf die innere und äußere Lage auswirke. Disziplin und Kontrolle werden stärker als vorher betont. Es gebe ein großes Maß an Repression. Die Menschenrechtslage sei unter Gorbatschow sehr viel schlechter geworden und ein „Desaster“.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3303; Referat 213, Bd. 139285.

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken legte am 15. März 1985 dar, daß die Äußerungen des vier Tage zuvor gewählten Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zur Außenpolitik, anders als diejenigen zur Innen- und Wirtschaftspolitik, „noch keine eigenen Konturen erkennen“ ließen. Gorbatschow werde die außenpolitische Erfahrung des sowjetischen Außenministers Gromyko „so bald nicht entbehren“ können. Hinter dessen Kritik an den USA habe er bislang nicht zurückgestanden: „Schon in seinen früheren Reden kam Empfindlichkeit und Gereiztheit angesichts amerikanischen Überlegenheitsstrebens zum Ausdruck. Dies ist bei einem Politiker der mittleren Generation vielleicht verständlich, dessen politisches Bewußtsein in einer Phase geprägt wurde, als sich die SU bereits als Weltmacht fühlte.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139284.

<sup>19</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>20</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse sprach am 24. September 1985 vor der VN-Generalversammlung. Für den Wortlaut der Rede vgl. SOWJETUNION HEUTE 30 (1985), Heft 10, S. XII–XVI.

<sup>21</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

batschow (November<sup>22</sup>) von großer Bedeutung. Dann wird mehr Klarheit bestehen, ob und ggf. inwieweit die personellen Änderungen auch zu einer Änderung der Substanz der sowjetischen Außenpolitik führen.

Heyken

**Referat 213, Bd. 139327**

179

### **Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok an Botschafter Enders, Tripolis**

**311-321.00 LIY-327/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 104**

**Aufgabe: 3. Juli 1985, 13.51 Uhr<sup>1</sup>**

Nur für Botschafter

Betr.: Deutsch-libysche Beziehungen

Nachstehend folgt Vermerk Dg 31<sup>2</sup> vom 28.6.85 zu Ihrer Kenntnisnahme:

I. Auf Wunsch von Oberst Belgassem führte ich heute ein 40minütiges Gespräch mit ihm, der zur Zeit Berater von Gaddafi, praktisch also ohne Funktion ist. B. sagte, er habe vor seiner Abreise<sup>3</sup> nochmals mit G. gesprochen.

An dem Gespräch nahm KOR<sup>4</sup> Kordus vom BKA, Meckenheim, teil.

Belgasseem beklagte sich darüber, daß wir alles täten, um ihm zu schaden. Er habe sich seinerzeit persönlich für die Ausbildung junger Polizeibeamter in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt, gegen starke Kräfte, die sie in die DDR schicken wollten. Daß wir sie nun vor dem Ende der vorgesehenen Ausbildungsphasen nach Libyen zurückschickten, desavouiere ihn persönlich und schränke seine Möglichkeiten ein, sich für uns einzusetzen.

<sup>22</sup> Am 3. Juli 1985 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Reagan am 19./20. November 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf zusammentreffen werde. Zu dem Treffen vom 19. bis 21. November 1985 vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Görgens konzipiert.

<sup>2</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>3</sup> Botschafter Enders, Tripolis, teilte am 20. Juni 1985 mit, der ehemalige Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgasseem, habe sich „schon seit Jahren [...] während Fastenmonats Ramadan und anschließender Festtage in München aufgehalten, wo zwei seiner Söhne studieren. [...] Dem Vernehmen nach ist Belgasseem jetzt als ‚Sonderberater‘ Gaddafis für westeuropäische Angelegenheiten tätig. Diese Bezeichnung erweckt jedoch leicht falsche Vorstellungen: Gaddafi pflegt abgesetzte Minister [...] zu Beratern zu ernennen. Dies bedeutet nicht notwendigerweise Einbeziehung in politischen Entscheidungsprozeß. Er nutzt vielmehr ihre aus vorheriger Tätigkeit bestehenden Kontakte zu ausländischen Staatsmännern, um sie gelegentlich als Emissäre einzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 338; Referat 311, Bd. 137910.

<sup>4</sup> Kriminaloberrat.

Schwerwiegender sei die Frage der Regimegegner. Er habe uns wieder und wieder gewarnt und gebeten, hier etwas zu tun.<sup>5</sup> Das Mindeste, was man in Libyen von uns erwartet hätte, sei, sie nach Irak oder Amerika zu schicken. Bei Gaddafi verstärke sich der Eindruck, unsere Duldung sei unnötig großzügig und ermutige gegen ihn gerichtete Terrorarbeit. Es würden ihm immer wieder Flugblätter, Schriften und andere Nachweise von politischen Aktivitäten seiner Gegner vorgelegt, die aus Deutschland stammten und bis nach Libyen hineinreichten. Er, B., bitte uns noch einmal dringend, den Aufenthalt von vier oder fünf Regimegegnern in der Bundesrepublik Deutschland zu beenden. „Andernfalls würden sie getötet.“ Die Revolutionskomitees fänden Mittel und Wege, um nach Deutschland zu gelangen und ihre Opfer aufzuspüren. B. deutete an, daß eine größere Anzahl solcher Kommandos bereits im Land sei.

B. erwähnte außerdem, es seien starke Bemühungen im Gange, einen Wirtschaftsboykott über uns zu verhängen. Seinen persönlichen Bemühungen bei Gaddafi kurz vor seiner Abreise sei es gelungen, dies noch einmal zu verhindern.

Ich erwiderte, ich sähe mich durch seine Ausführungen veranlaßt, ihm die Lage aus unserer Sicht mit großem Ernst darzulegen. Nach den Ereignissen vom Frühjahr 1985 habe der BM allen Tendenzen widerstanden, die Beziehungen abubrechen, da wir den Versicherungen vertraut hätten, die libysche Führung habe den Mord an Denali<sup>6</sup> nicht gewollt.

Falls noch einmal etwas passiere, würde dies wohl nicht mehr möglich sein. Die Bereitschaft der Bundesregierung und der deutschen öffentlichen Meinung, an der Fähigkeit Gaddafis zu zweifeln, die Revolutionskomitees zu kontrollieren, sei begrenzt. Ich sei nicht sicher, daß es bei einem neuen Mord möglich sein würde, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu verhindern.

Das AA habe bisher auch davon abgeraten, deutsche, in Libyen tätige Firmen vor einem Einsatz deutscher Staatsbürger in Libyen zu warnen. Bei weiteren Zwischenfällen müsse man mit einem Exodus der Deutschen aus Libyen rechnen. Das störe unsere Wirtschaftsbeziehungen, die allerdings ohnehin aufgrund der veränderten Wirtschaftslage Libyens sehr gelitten hätten, vor allem aber libysche Projekte und den Transfer von Know-how.

Ich erklärte, ich würde die Warnung B. wörtlich dem BM des Auswärtigen und dem BM des Innern<sup>7</sup> weiterleiten. Wir würden sie sehr ernst nehmen und verständen sein persönliches Engagement. Mit dem gleichen Ernst müßte ich ihm aber sagen, daß derartige Druckversuche im Verhältnis befreundeter Staaten nicht akzeptabel seien. Die Bundesregierung achte streng auf die Wahrung unserer Rechtsordnung. Sie habe Verfahren gegen Libyer angestrengt, um etwaige Verstöße zu ahnden. Wenn diese Verfahren nicht zu einem Erfolg geführt hätten, so sei das nicht den deutschen Behörden anzulasten, sondern der schwachen Beweislage. Auf meine Frage, was wir denn noch tun sollten, wenn wir keine Beweise in der Hand hätten, antwortete B. nicht.

<sup>5</sup> Am 13. Juni 1984 bat der libysche Minister für Äußere Sicherheit, Belgassem, Bundesminister Genscher um Prüfung, ob zehn in der Bundesrepublik lebende libysche Regimegegner nicht ausgewiesen oder ausgeliefert werden könnten, und gab seiner Sorge über „unkontrollierbare Handlungen gegen sie“ Ausdruck. Vgl. AAPD 1984, I, Dok. 172.

<sup>6</sup> Zur Ermordung des libyschen Regimekritikers Denali am 6. April 1985 vgl. Dok. 100, Anm. 4.

<sup>7</sup> Friedrich Zimmermann.



B. bestätigte, daß Gaddafi nach wie vor die Macht in der Hand habe. Natürlich könne er die Revolutionskomitees stoppen, wenn er es wolle. Er verstehe aber nicht, daß es einer befreundeten Regierung wie der unseren nicht möglich sein sollte, einige Leute, die seinen Sturz herbeiführen wollten und mit terroristischen Mitteln arbeiteten, wenigstens vom eigenen Staatsgebiet zu entfernen.

Herr Kordus berichtete, man habe die Schuldigen für den Brandanschlag am libyschen Gesundheitsbüro in Bonn<sup>8</sup> gefunden. Es handele sich um vier deutsche Vorbestrafte, die im Auftrag eines in New York lebenden Libyers gehandelt hätten. Auch dessen Identität sei bekannt. B. erklärte, es handele sich um den Vertreter Magariafs, des Leiters der gegen Gaddafi arbeitenden Nationalen Rettungsfront. Ursprünglich Freund und Studienkollege Gaddafis, habe er vor einigen Jahren unter Mitnahme umfangreicher Staatsgelder das Land verlassen und mit den unterschlagenen Mitteln in den Vereinigten Staaten ein Privatunternehmen aufgebaut.

B. sagte abschließend, er habe getan, was er tun könne und werde damit fortfahren, „bis man ihn in Libyen ins Gefängnis stecke“. Ich erwiderte, das AA und der BM persönlich kannten sein persönliches Engagement und verstünden auch die jetzt ausgesprochene Warnung als Ausdruck seiner persönlichen Sorge. Wir würden uns unsererseits darum bemühen, die bilateralen Beziehungen lebendig zu halten. Bei einem weiteren Zwischenfall sähe ich aber große Gefahren für sie voraus.

(Das BMI wurde von mir von diesem Gespräch noch nicht unterrichtet. Falls ich keine andere Weisung erhalte, werde ich ihm Doppel dieses Gesprächsvermerks zuleiten.)

II. StM Möllemann, den ich auf dem Flur vor seiner Abreise in den Urlaub kurz von dem Gespräch informierte, unterrichtete mich bei dieser Gelegenheit davon, daß er beabsichtige, während seines Urlaubs in Mallorca mit dem früheren libyschen AM Obeidi zusammenzutreffen. Obeidi werde zu diesem Zweck nach Mallorca kommen.

Angesichts der obigen Warnungen stehe er aber auch bereit, selbst nach LIY zu reisen, falls der BM dies wünsche und ihm die technischen Möglichkeiten dafür zur Verfügung stelle.

Strenziok<sup>9</sup>

VS-Bd. 13620 (311)

<sup>8</sup> Im Oktober 1984 fand die Polizei einen Brandsatz an der Eingangstür der ehemaligen libyschen Botschafterresidenz, die „offenbar als Gesundheitsbüro des libyschen Volksbüros genutzt wird“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kiewitt vom 22. Oktober 1984; B 81, Bd. 1168.

<sup>9</sup> Paraphe.

180

## Botschafter Rückriegel, Bangkok, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 882**  
**Citissime**

**Aufgabe: 3. Juli 1985, 14.10 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 3. Juli 1985, 18.20 Uhr**

Betr.: Asienreise BM<sup>2</sup>;

hier: Besuch in Thailand, Gespräch mit AM Siddhi Savetsila am 3.7.1985

Im Anschluß an Delegationsbericht Nr. 3<sup>3</sup>

Bei Arbeitsfrühstück, das um 2.30 Uhr früh aus Peking zurückgekehrter Thai AM Siddhi<sup>4</sup> BM (7.00 Uhr) gab, wurden erörtert:

### 1) Bilaterale wirtschaftliche Themen

BM stellte im Anschluß an Gespräch mit Vertretern deutscher Wirtschaft vom Vortag Frage, wie man Investitionen in Thailand steigern könne (Wunsch thailändischer Regierung in Gesprächen vom 2.7.85<sup>5</sup>). Hindernisse seien: Zolländerung nach Abschluß von Verträgen, die Einhaltung ausgehandelter Preise unmöglich machten. Importzölle verteuerten zur Produktion notwendige Rohmaterialien erheblich. Zinssätze seien im Verhältnis zur Inflation ebenfalls hoch. Bürokratische Behandlung von Anträgen. An sich sei Thailand wegen stabiler politischer Verhältnisse, marktwirtschaftlicher Orientierung und Begabung seiner Bevölkerung ideal für deutsche Investitionen, denen eher künstliche Hindernisse entgegenstünden, die es – „lieber Freund!“ – wegen auch deutscher-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 2./3. Juli 1985 Thailand und am 3./4. Juli 1985 Brunei. Am 4./5. Juli 1985 hielt er sich in Japan auf und vom 6. bis 9. Juli 1985 in der Republik Korea (Südkorea). Vom 9. bis 11. Juli 1985 besuchte er Indien. Vgl. dazu auch Dok. 184, Dok. 187 und Dok. 191.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Keil, z. Z. Bangkok, berichtete am 2. Juli 1985 über die ersten Gespräche des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Prem und dem stellvertretenden thailändischen Ministerpräsidenten Rattakul. Erörtert worden sei im Gespräch mit Prem neben der Frage von Investitionen in Thailand die Entwicklung in der Volksrepublik China und in der UdSSR; Genscher habe zudem den Auftrag des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985 angesprochen, „den illegalen Drogenhandel zu unterbinden. Wir wären daran interessiert, mit Thailand zusammenzuarbeiten, um die Herstellung von Drogen in den Griff zu bekommen.“ Dazu seien Expertengespräche verabredet worden. Vgl. Unterabteilung 34, Bd. 141081.

<sup>4</sup> Anlässlich des zehnten Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Thailand und der Volksrepublik China leitete der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila eine der „drei hochrangige[n] Thai Delegationen“, die am 27. Juni 1985 nach Peking reisten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 855 des Botschafters Rückriegel, Bangkok, vom 27. Juni 1985; Referat 341, Bd. 133638.

<sup>5</sup> Im Gespräch mit der Delegation der deutschen Wirtschaft am 2. Juli 1985 in Bangkok berichtete Bundesminister Genscher, er habe in der Unterredung mit Ministerpräsident Prem „den Eindruck gewonnen, daß die thailändische Regierung gerne eine aktivere Investitionstätigkeit der deutschen Industrie in Thailand“ sähe. Prem habe nach den Gründen für die Zurückhaltung bei Investitionen gefragt. Der Präsident der Deutsch-Thailändischen Handelskammer, Hilleken, erläuterte, daß Maßnahmen der thailändischen Regierung Investoren eine langfristige Planung erschwerten: „Dies gilt namentlich für ohne erkennbaren Grund erhöhte Einfuhrzölle für Rohstoffe, welche die Investoren für ihre Herstellung in Thailand benötigen“. Hinzu kämen die hohen Zinsen, die „die Kapitalbeschaffungskosten in die Höhe“ trieben. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung, die Botschafter Rückriegel, Bangkok, mit Schriftbericht Nr. 1026 am 12. Juli 1985 übermittelte; Referat 342, Bd. 137311.

seits gegebenem Interesse an verstärkter Investitionstätigkeit aus dem Wege zu räumen gelte.

AM Siddhi, der deutsche Freundschaft nicht nur Thailand, sondern auch ASEAN gegenüber würdigte, erwiderte, innerhalb Regierung sei er Anwalt unserer Anliegen. Botschaft solle sich wegen auftretender Probleme an ihn wenden. Er sei Vorsitzender Wirtschaftskabinetts, wo er Einfluß in unserem Sinne geltend machen werde. Mit Finanzminister<sup>6</sup> werde er Frage der Importzölle aufgreifen. Er erinnere sich unserer bei letztem Gespräch mit BM<sup>7</sup> zugesicherten Bereitschaft, Wettbewerb mit Japanern bei Diversifikation thailändischer Außenwirtschaftsbeziehungen aufzunehmen. BM schloß, es lohne sich, objektiv günstiges Klima für Investitionen von nicht unbedingt notwendigen Belastungen zu befreien.

## 2) Rauschgiftproblem

BM stellte Frage, was zur Bekämpfung illegalen Rauschgifthandels – Thema sei bereits beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>8</sup> behandelt worden und werde demnächst erneut beim Treffen der „Sieben“ in New York<sup>9</sup> erörtert werden – geschehen könne:

Es gehe neben Unterbindung Handels um Anpacken Problems an der Wurzel, besonders durch Entwicklung Ersatzkulturen.

Thai AM versicherte BM volle Zusammenarbeit mit allen in dieser Richtung Interessierten und dankte für unser TZ-Hochlandprojekt<sup>10</sup> – Thailand benötige mehr Hubschrauber und ausgebildetes Personal zur Bekämpfung. Behörden leisteten viel bei Aufklärungsarbeit gegenüber Bevölkerung und Rehabilitation von Drogensüchtigen. Frage sei nicht nur Problem Thailands, sondern auch übriger ASEAN-Staaten (Malaysia!) und stehe auf TO ASEAN-Außenministerkonferenz nächster Woche in Kuala Lumpur<sup>11</sup>. BM bat um Unterrichtung über Konferenzergebnisse zu diesem Punkt, die Siddhi zusagte.

Mit Birma, das lieber sehe, wenn Thailand Insurgenten im Grenzgebiet bekämpfe, sei Zusammenarbeit bei Drogenproblem schwieriger. Auch Südamerika dürfte nicht außer acht gelassen werden.

BM dankte und äußerte sich offen für Vorschläge, was gemeinsam zu unternehmen sei.

<sup>6</sup> Sommai Hoontrakul.

<sup>7</sup> Der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila traf während des Besuchs des Ministerpräsidenten Prem in der Bundesrepublik vom 24. bis 26. April 1984 mit Bundesminister Genscher zusammen.

<sup>8</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher traf am 25. September 1985 mit den Außenministern Abe (Japan), Andreotti (Italien), Clark (Kanada), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in New York zusammen. Vgl. Dok. 255.

<sup>10</sup> Am 28. April 1981 wurde ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Thailand über ein Projekt zur Entwicklung von Hochlandgebieten im Norden Thailands unterzeichnet. Ziel war, durch ein ländliches Entwicklungsvorhaben die Einkommenssituation der dort siedelnden Bevölkerung zu verbessern und auf diesem Wege Mohnanbau und Drogenherstellung im Grenzgebiet zu Laos und Birma einzudämmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 27. August 1981 über eine Projektbesprechung am 21. August 1981; Referat 340, Bd. 127174.

<sup>11</sup> Die Außenministerkonferenz der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 8./9. Juli 1985 statt.

### 3) Multilaterale wirtschaftliche Fragen

Wir müßten uns gemeinsam für neue GATT-Runde<sup>12</sup> einsetzen – zur Rettung von GATT selbst, wie auch um Rückfälle in Protektionismus zu verhindern. In Japan werde er klarmachen, daß nicht nur Höhe japanischer Zölle, sondern auch innere Wirtschaftsstruktur Problem für uns bilde.

(BM erwähnte Gespräch mit thailändischem Botschafter in Bonn<sup>13</sup> vor WWG.) AM Siddhi entgegnete, neue Ideen würden immer Unterstützung Thailands finden, wobei man Schritt für Schritt vorgehen müsse. Japaner seien lebenswürdige Partner, ließen es jedoch manchmal bei der Verwirklichung von Ideen fehlen. Indien unterstütze GATT-Treffen, die Südkoreaner habe man gleichfalls um Unterstützung gebeten.

### 4) Außenpolitik

BM fragte nach Einschätzung der Probleme der Region und nach Eindrücken, die Siddhi – dieser erwähnte Begegnungen mit Deng Xiaoping, Staatsratsvorsitzendem Zhao Ziyang<sup>14</sup> und AM Wu Xueqian – in China gewonnen habe.

Thailändischer AM erwiderte, Chinesen brauchten nach eigener Aussage 50 bis 70 Jahre Frieden. Bis Ende Jahrhunderts wollten sie Pro-Kopf-Einkommen von US-Dollar 800 erwirtschaften. Mit Sowjets – neue Gespräche würden noch in diesem Monat auf Ebene Stellv. MP stattfinden<sup>15</sup> – werde es nach chinesischer Aussage keine über Handelsbeziehungen hinausgehende Normalisierung geben, solange nicht bekannte drei Hindernisse<sup>16</sup> abgebaut seien, wobei Unterstützung Vietnams durch Sowjets Vorrang habe. Auch Parteibeziehungen könne es vorher nicht geben.

China sei Großmacht, die sich jetzt westlichen Investitionen, Handel, engen Bindungen zu Japan und Hochtechnologie öffne. Chinesen hätten schon bei letztjähriger Begegnung mit ihm<sup>17</sup> ihr Friedensbedürfnis und Notwendigkeit gegenseitigen Vertrauens betont, und man wisse diese Absichten zu schätzen. In Peking sei man an Verbesserung Verhältnisses zur SU, aber auch den USA, interessiert.

Wirtschaftliches Wachstum Chinas<sup>18</sup> betrage gegenwärtig 8,1 Prozent, und Thailand sehe China daher als Konkurrenten auf diesem Gebiet an. Auf industriellem Sektor betrage Wachstum 20 bis 25 Prozent, eine Rate, die Chinesen wegen Gefährdung gesellschaftlicher Strukturen („social fabric“) zu senken gedächten. Auch Thailand werde in China investieren.

<sup>12</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich einer neuen GATT-Runde vgl. Dok. 110, Anm. 7.

<sup>13</sup> Kosol Sindhvananda.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „Sao Ksiang“.

<sup>15</sup> Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin hielt sich vom 9. bis 16. Juli 1985 zu Gesprächen mit der sowjetischen Regierung in der UdSSR auf.

<sup>16</sup> Zu den sogenannten „drei Hindernissen“ in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen vgl. Dok. 109, Anm. 27.

<sup>17</sup> Der thailändische Außenminister Siddhi Savetsila besuchte die Volksrepublik China vom 24. bis 29. Juli 1984.

<sup>18</sup> Die Wörter „Wirtschaftliches Wachstum Chinas“ wurden von Botschafter Rückriegel, Bangkok, mit Drahtbericht Nr. 898 vom 8. Juli 1985 korrigiert. Es müsse heißen: „landwirtschaftliches Wachstum Chinas“ statt „wirtschaftliches Wachstum Chinas“. Vgl. Unterabteilung 34, Bd. 141081.

Zum Wechsel in sowjetischer Führungsspitze<sup>19</sup> veranschlage China zwei Jahre, bevor endgültige Bewertung neuer Tendenzen möglich sei. Vielleicht würden – so Beurteilung thailändischen AMs – Sowjets sich ungarischem Wirtschaftssystem annähern und sich zunächst interner wirtschaftlicher (Management), aber auch sozialer Probleme annehmen. Im besten Falle würden Sowjets vom Wettrüsten zugunsten Verbesserung der Lage ihrer Bevölkerung abgehen – aber grundlegende Änderung ihrer Politik sei nicht in Sicht.

Thailand begrüße Verständigung der Großmächte untereinander, so auch Tatsache, daß SU und USA miteinander sprächen. Chinesen schätzten Präsident Reagan jetzt als flexibler ein.

Über Situation an Grenze zu Kambodscha hätten sich Chinesen beruhigend geäußert. Dort würden 700 000, meist ältere Mannschaften, gebunden. Aber chinesische Gegenwehr koste Sowjets Erhebliches an für Vietnam aufzuwendenden Mitteln, daher auch Gespräche Le Duans in Moskau<sup>20</sup> hierzu.

Chinesen seien jetzt mit proximity talks – ohne Teilnahme des Heng-Samrin-Regimes – einverstanden.<sup>21</sup>

Chinesen würden aber erst in Friedensprozeß einsteigen, wenn Vietnam seine Truppen aus Kambodscha zurückgezogen habe. Drei Briefe vietnamesischen AMs Co Thach (Sept. 84, Jan. 85, Mai 85) hätten nichts Neues enthalten und seien von chinesischer Seite unbeantwortet geblieben. (Bei letzter Reise von Co Thach nach Indonesien und Thailand habe er, Siddhi, sich geweigert, ihn zu empfangen.)

Waffenlieferungen der Sowjetunion, die Thailand mit 800 Mio. US-Dollar veranschlage, während Wirtschaftshilfe nach amerikanischen Quellen 1 Milliarde betrage, seien in chinesischer Sicht noch zu niedrig angesetzt.

Chinesen hätten ihm hinsichtlich „zweiter Lektion“ gesagt, sie könnten Hanoi in einem Tag nehmen. Im Fall Angriffs auf Thailand werde Verurteilung Angrei-

<sup>19</sup> Zu den Veränderungen in der Führung der KPdSU und in der sowjetischen Regierung vgl. Dok. 59 und Dok. 178.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams, Lê Duan, hielt sich vom 27. Juni bis 1. Juli 1985 in der UdSSR auf. Botschafter Ahrens, Hanoi, teilte am 12. Juli 1985 mit, ein wichtiges Ergebnis sei offenbar gewesen, daß die UdSSR „mit ihrer Zusage fortgesetzter und verstärkter Hilfe den Vietnamesen die Furcht genommen [habe], Moskaus Annäherung an Peking und Gorbatschows Unzufriedenheit mit dem Gebrauch der Hilfe durch den vietnamesischen Partner könnten zu einer fühlbaren Minderung führen, die vor allem bei Erdöl oder Waffen sofort auf die vietnamesische Kriegführung in Kambodscha durchschlagen müßte.“ Vietnam bleibe „ein der SU eng verbundener Staat [...], dessen sog. Blockfreiheit eine Farce ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 532; Referat 342, Bd. 137403.

<sup>21</sup> Am 8. Juli 1985 berichtete Botschafter Ahrens, Hanoi, das chinesische Außenministerium habe am 5. Juli 1985 „in scharfer Form den Vorschlag zurückgewiesen, den Thai AM Savetsila nach seiner Rückkehr aus Peking gemacht hat über indirekte Verhandlungen zwischen der sog. Revolutionsregierung des Demokratischen Kampuchea und Vietnam“. Der Sprecher spricht von Schlammanschleuderei [...]. Hanoi hat seine abwartende Haltung mit Bezug auf den ursprünglich auf Kuala Lumpur zurückgehenden Vorschlag von proximity talks nunmehr aufgegeben, noch bevor ihn die ASEAN-Außenministerkonferenz in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 8. Juli 1985 offiziell präsentiert hat [...]. Hanoi und Phnom Penh fühlen sich offenbar stark genug, Verhandlungsformen abzulehnen, die das Regime in Phnom Penh ausschließen oder zum Bestandteil der vietnamesischen Delegation machen. Umgekehrt dürften Bangkok, Peking und die Roten Khmer nicht bereit sein, eben dieses Regime als selbständigen Verhandlungspartner zu akzeptieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 330; Referat 342, Bd. 137403.

fers (fast) einhellig in der Welt sein. China habe Thailand<sup>22</sup> volle Unterstützung für den Fall einer Invasion zugesagt („China will make a big move“). In Kambodscha selbst presse Heng-Samrin-Regime Bevölkerung zu Fronarbeit – es sei schlimmer als Pol Pot. Kambodschaner sollten zunehmend Rolle bei Bekämpfung Widerstands übernehmen. Wer Gebiet um großen See Tonle Sap kontrolliere, werde Krieg gewinnen. Widerstandskräfte verfügten über 300 Lastwagen und operierten in Gebiet um Hauptstadt Phnom Penh.

Stellvertretendem sowjetischen AM Kapiza habe man thailändische Einstellung zur sowjetischen Unterstützung Vietnams verdeutlicht.<sup>23</sup> Mißfallen an sowjetischem Verhalten werde man dadurch Nachdruck verleihen, daß Staatssekretär Arsa Sarasin in diesem Jahr nicht zu vorgesehenem Gespräch nach Moskau komme.

Zum Verhältnis der demokratischen Gruppen innerhalb KAB-Widerstandsbewegung äußerte sich Siddhi verhalten optimistisch. Schwierigkeiten bestünden eher zwischen Chefs (Son Sann, Sihanouk), während Widerstandskämpfer untereinander weniger Probleme hätten. Anhänger Sihanouks seien besonders erfolgreich in Dörfern, zu deren „Überwachung“ 100 000 Heng-Samrin-Kräfte benötigt würden.

Thailand setzte sich – politisch bei dem Versuch, ASEAN aufzubrechen, militärisch bei der Abwehr vietnamesischer Übergriffe über Grenze – energisch zur Wehr. Er selbst sei für hartes Vorgehen. Durch Vietnamesen, die sich siegessicher gäben, sollten wir uns nicht irremachen lassen. Wir sollten zusammenstehen und uns gegen Diversionsversuche wappnen. Nixon habe in Memoiren<sup>24</sup> festgestellt, daß Krieg nicht auf Schlachtfeld, sondern durch Medien entschieden worden sei. Vietnam, das z.B. Japan mit Bodenschätzen (Erdgas) locke, die es nicht besitze, sei expansionistisches, ja imperialistisches Land, das auch versucht habe, Thailand in Konflikt mit Laos (drei Dörfer) zu verwickeln. Thailand könne nächstes Ziel Expansion sein: „Wir werden festbleiben, und wir verlassen uns auf Ihre Unterstützung.“

BM dankte thailändischem AM für Darlegung, die ihm realistisch erschiene. Vor allem sei Festigkeit und Geduld notwendig. „Krankheit“ des Westens sei, jeden Tag neuen Plan zu entwerfen, bevor man sich mit vorhergehendem befaßt habe. Er habe Gromyko 1974 zu drei unterschriftsreifen Abkommen gesagt, solange Einbeziehung Berlins nicht geregelt sei, würden sie von uns nicht gezeichnet.<sup>25</sup> Dies sei in der Tat bis heute nicht geschehen.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „China habe zugesagt Thailand“.

<sup>23</sup> Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Kapiza hielt sich am 18. März 1985 in Bangkok auf. Botschaftsrat I. Klasse Fröwis, Bangkok, berichtete am 20. März 1985, nach Informationen aus dem thailändischen Außenministerium habe Kapiza den vietnamesischen Wunsch nach einer Verbesserung der Beziehungen zu Thailand übermittelt sowie die Versicherung, „daß die vietnamesischen Truppen die Thai Grenze nie absichtlich, sondern allenfalls versehentlich überschritten hätten“. Der Staatssekretär im thailändischen Außenministerium, Arsa Sarasin, habe Kapiza daraufhin „zwei Dutzende Fotos von den Kampfhandlungen zwischen Thai und vietnamesischen Truppen auf dem Boden Thailands“ gezeigt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 359; Referat 213, Bd. 139345.

<sup>24</sup> Vgl. Richard M. NIXON, *The Memoirs of Richard Nixon*, London 1978.

<sup>25</sup> Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über die Einbeziehung von Berlin (West) in Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Rechtshilfe und den Luftverkehr fanden am 15. Sep-

BM sicherte weitere Unterstützung ASEANs zu, wobei realistische und feste Haltung Thailands wichtig für uns sei. Für stetige Unterrichtung auch in Zukunft über thailändisches Konzept und Situation wären wir dankbar.

Dialog zwischen USA und SU, den wir befürworteten, sei für uns so wichtig wie für Thailand. Modernisierung des Landes werde erstes Ziel neuen sowjetischen Generalsekretärs sein – was nicht Liberalisierung bedeute. Wille zur Modernisierung setze voraus, daß SU mit uns kooperiere. Chance des Westens liege darin, SU klarzumachen, wir würden neuem Rüstungswettlauf zwar nicht gerne folgen, uns aber auch nicht in die Knie zwingen lassen.

Neben Herausforderungen, denen sich Westen gegenübersehe (z.B. SDI), sollten wir die der SU nicht übersehen, die jetzt von Freisetzung innovativer und kreativer Kräfte durch China ausgingen. Falls China entscheidenden ökonomischen Sprung nach vorne tue, werde „Sitz des Papstes kommunistischer Weltkirche“ nicht mehr in Moskau, sondern in Peking sein. Dies bedeute, daß SU alle Kräfte auf Modernisierung des Landes lenken müsse. Im Laufe des Jahres werde sich zeigen, ob friedliche Kooperation SU–USA möglich sei – deshalb komme November-Treffen Gorbatschow–Reagan in Genf<sup>26</sup> besondere Bedeutung zu, auch im Hinblick auf Februar-Parteikongreß der KPdSU<sup>27</sup>, auf dem Politik für nächste fünf Jahre formuliert werde.

In Europa versuchten wir, bei moderner Technologie unsere Kräfte zu bündeln, um nicht im Dreieck Japan, USA, Europa zurückzufallen. ASEAN solle den ihm gebührenden Platz in diesem Dreiecksverhältnis einnehmen.

Zwischen EG, ASEAN und uns gelte es, über bisherige Formen der Zusammenarbeit<sup>28</sup> noch hinauszuwachsen und vom Handelsaustausch zu Zusammenarbeit auf technologischem und strukturellem Gebiet fortzuschreiten.

Beide Regionen ergänzten sich vorteilhaft. Das neue ASEAN-Mitglied Brunei<sup>29</sup> mit seinen finanziellen Ressourcen könne eine solche Entwicklung ermöglichen.

[gez.] Rückriegel

**Referat 010, Bd. 178896**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 958*

tember 1974 auf Schloß Gymnich und am 29. Oktober 1974 in Moskau statt. Vgl. AAPD 1974, II, Dok. 266 und Dok. 312.

<sup>26</sup> Am 3. Juli 1985 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Reagan am 19./20. November 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf zusammentreffen werde.

Zu dem Treffen vom 19. bis 21. November 1985 vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>27</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>28</sup> Seit 1978 fanden zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den ASEAN-Mitgliedstaaten Außenministerkonferenzen statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353, AAPD 1980, I, Dok. 84, AAPD 1981, III, Dok. 300, AAPD 1983, I, Dok. 86, und AAPD 1984, II, Dok. 308.

Am 17./18. Oktober 1985 fand in Bangkok ein erstes Ministertreffen zu Wirtschaftsfragen statt, auf dem die „Vollendung der ersten fünf Jahre des Kooperationsabkommens“ vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten im Mittelpunkt stand. Vgl. BULLETIN DER EG 10/1985, S. 73.

<sup>29</sup> Brunei trat der ASEAN am 7. Januar 1984 bei.

## 181

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

222-371.11-1200/85 VS-vertraulich

5. Juli 1985<sup>1</sup>Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu 6)

Betr.: Deutsches Arbeitspapier zum schrittweisen Aufbau eines seismologischen Systems zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB);

hier: Rede von Botschafter Dr. Wegener bei der Einführung des Papiers in die Genfer Abrüstungskonferenz am 11.7.1985

Bezug: StS-Vorlage vom 27.6.1985 – 222-371.11<sup>3</sup>Anlg.: Bezugsvorlage (nur beim Original)<sup>4</sup>

1) Nachdem Sie der Einführung des Arbeitspapiers in die westliche Gruppe aufgrund der Bezugsvorlage zugestimmt hatten, wurde das Papier unseren Partnern zur Kenntnis gebracht. Botschafter Wegener plant, es am 11. Juli 1985 in die Konferenz<sup>5</sup> einzuführen. Die dabei abzugebende Erklärung sollte zu ei-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Massmann konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 8. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über Botschafter Ruth an Referat 222 verfügte.

Hat Ruth am 9. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 8. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann legte für die Genfer Abrüstungskonferenz das Arbeitspapier „A Proposal for the Gradual Establishment of an International Seismic Monitoring and Verification System for a Comprehensive Nuclear Test Ban“ vor. Dazu erläuterte er, daß es für die Gruppe der westlichen Staaten darum gehen müsse, „Fortschritte für einen CTB-Vertrag zu erzielen, um dadurch einseitigen Schuldzuweisungen an den Westen vorzubeugen“. Die bislang insbesondere von Australien, Großbritannien, Japan und Kanada vorgelegten Vorschläge zu einem aus Sicht der westlichen Staaten unverzichtbaren, verlässlichen Verifikationssystem seien „auf einen endgültigen CTB-Vertrag hin und damit ‚statisch‘ konzipiert. Im Gegensatz dazu beschäftigt sich unser Arbeitspapier mit der Schaffung eines ‚gleitenden‘ seismologischen Verifikationssystems, das schon vor Abschluß eines CTB-Vertrages eingerichtet und entsprechend den wissenschaftlichen Erkenntnissen in Etappen immer weiter ausgestaltet und verfeinert wird, so daß es bei Abschluß eines CTB-Vertrages als voll arbeitsfähiges Verifikationsinstrument zur Verfügung steht.“ Vgl. VS-Bd. 11564 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3.

<sup>5</sup> Botschafter Wegener, Genf (CD), berichtete am 15. März 1985, daß während der ersten Sitzungswochen der Genfer Abrüstungskonferenz ein umfassendes nukleares Teststopp-Abkommen insbesondere für die Gruppe der neutralen und nichtgebundenen Staaten zentrale Bedeutung bekommen habe. Ihre bislang vergeblichen Bemühungen hätten „zu einer zunehmenden Verbitterung und, daraus resultierend, zu einer Verschärfung der eigenen Position“ geführt: „Die Selbstdarstellung der westlichen Delegationen wird vor allem durch das taktisch ungeschickte Verhalten und die in der Substanz rigide Position der USA konterkariert, die den Ruf nach einer ernsthaften Auseinandersetzung über ein Teststoppabkommen ignorieren und hoffen, daß die zu erwartenden abrüstungspolitischen Kontroversen während der 3. NVV-Überprüfungs(k)onferenz durch standhaftes Aussitzen gemeistert werden können. Die Konsequenzen aus all dem sind eine Klimaverschlechterung in der Abrüstungskonferenz für alle Bereiche, zumindest in Teilbereichen zunehmende Desintegrationstendenzen innerhalb der westlichen Gruppe und wachsende Zweifel an der Ernsthaftigkeit



ner Akzentuierung unserer Politik in der Frage eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) genutzt werden.

2) Bisher haben wir in amtlichen Verlautbarungen zum Ausdruck gebracht, daß wir einen CTB unterstützen, unsere Haltung aber nicht näher qualifiziert. Demgemäß hat der Bundesminister in seiner Rede vor der Genfer Abrüstungskonferenz am 2. April 1985 erklärt: „Die Bundesregierung mißt einem umfassenden und verlässlich verifizierbaren nuklearen Teststopp unverändert große Bedeutung für die nukleare Abrüstung bei.“<sup>6</sup>

StM Möllemann hat in der Fragestunde des Bundestages am 20. Juni 1985 ausgeführt: „Die Bundesregierung mißt einem umfassenden und verlässlich verifizierbaren nuklearen Teststopp unverändert große Bedeutung bei. BM Genscher hat dies in seiner Rede vor der Genfer Abrüstungskonferenz am 2. April 1985 bekräftigt. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß ein Teststopp allein keine Reduzierung von Kernwaffen bewirkt. Hierzu sind nukleare Abrüstungsverhandlungen notwendig, wie sie von den beiden Großmächten am 12. März 1985 begonnen wurden.“<sup>7</sup>

3) Die westlichen Nuklearmächte sind der Auffassung, daß Kernwaffentests in gewissem Umfang zur Prüfung der Einsatzfähigkeit und Modernisierung ihrer Kernwaffenarsenale notwendig sind, solange die nukleare Abschreckung aufrechterhalten werden muß.

Diese Auffassung ist nach unserem Wissensstand nicht zu widerlegen. Ein CTB würde mithin in der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Situation nicht stabilisierend wirken, weil die Zuverlässigkeit des vorhandenen westlichen Kernwaffenpotentials nicht gewährleistet wäre und auf Modernisierungsprogramme, die die strategische Lage stabilisieren könnten, verzichtet werden müßte.

4) Gegenwärtig stehen unsere positiven Positionen zum CTB und den Genfer Verhandlungen<sup>8</sup> unverbunden nebeneinander. Bei undifferenzierter Betonung des CTB-Ziels können wir die Priorität, die die Genfer Verhandlungen für uns haben, nicht deutlich machen. StM Möllemann hat in seinem vorerwähnten Debattenbeitrag hierauf hingewiesen.

Andererseits sollte das CTB-Ziel nicht in Frage gestellt werden. Unsere Politik war immer auf die Unterstützung eines umfassenden nuklearen Teststopps gerichtet. Die Ungebundenen und Neutralen hätten auch für eine nicht nur deklaratorische Änderung unserer Haltung kein Verständnis. Sie betrachten Fortschritte in Richtung auf einen CTB als wichtigen Gradmesser für die Bereitschaft der Kernwaffenstaaten zur nuklearen Abrüstung und entnehmen Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages entgegen seinem Wortlaut nicht nur

*Fortsetzung Fußnote von Seite 960*

der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitischen Absichten der westlichen Staaten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 39; Referat 222, Bd. 128730.

Vgl. dazu auch Dok. 21, Anm. 20.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 2. April 1985 auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. BULLETIN 1985, S. 324–328.

<sup>7</sup> Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 133, S. 10825.

<sup>8</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

eine Verhandlungspflicht, sondern auch eine Pflicht zu Abrüstungsschritten.<sup>9</sup> Die CTB-Problematik wird daher bei der bevorstehenden dritten Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag (Beginn am 27.8.1985 in Genf)<sup>10</sup> eine wichtige Rolle spielen.

5) Um das Ziel eines CTB und die Zielsetzungen der Genfer Verhandlungen zu verbinden, haben wir uns bereits in der Vergangenheit der Frage von Zwischenschritten auf dem Weg zu einem umfassenden nuklearen Teststopp zugewandt. Im Sommer 1984 haben wir der amerikanischen Administration eine schrittweise Senkung der zulässigen Sprengkraft von unterirdischen Kernwaffentests und eine Begrenzung ihrer Zahl vorgeschlagen.<sup>11</sup> Die Administration hat diesen Vorschlag abgelehnt<sup>12</sup>, ebenso einen im Juli 1984 vorgelegten, ähnlich konzipierten japanischen Stufenplan.<sup>13</sup> Wir wollen aber auch in Zukunft in dieser Richtung arbeiten (etwa Vorschlag, Zahl erlaubter Tests bis 150 kt zu begrenzen und im übrigen Tests nur bis z.B. 20 kt zuzulassen) und hoffen auf eine Auflockerung der amerikanischen Haltung zu gegebener Zeit.

Mit unserem Arbeitspapier zum schrittweisen Aufbau eines seismologischen Verifikationssystems schlagen wir einen zweiten Weg ein, der Fortschritte in

<sup>9</sup> In Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 verpflichteten sich die Vertragsparteien dazu, „Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen [...] zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle“. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

<sup>10</sup> Die Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 fand vom 27. August bis 21. September 1985 statt.

<sup>11</sup> Am 11. Juli 1984 übermittelte Botschafter Ruth der Botschaft in Washington ein „Non-Paper on an Interim Regime for Nuclear Tests“, das am 3. Juli 1984 von Bundesminister Genscher „zur Verwendung gegenüber den USA gebilligt“ worden sei. Es habe ursprünglich als deutsch-japanisches Papier den USA übergeben werden sollen; Japan wolle aber nun auf der Genfer Abrüstungskonferenz ein eigenes Arbeitspapier einbringen: „Um die politische Bedeutung unseres Non-Papers ungeschmälert zu erhalten, sollten wir vor der japanischen Initiative an die USA herantreten. Den Weg der Öffentlichkeit [...] wollten und wollen wir in dem für die USA heiklen Teststoppbereich als ihr Bündnispartner und als Nichtkernwaffenstaat unter dem für uns essentiellen amerikanischen Nuklearschirm nicht in Betracht ziehen.“ Bei der Übergabe solle verdeutlicht werden, daß „Beweggrund unserer Anregung nicht nur die Schaffung einer günstigen Ausgangsposition des Westens für die 1985 anstehende NVV-Überprüfungskonferenz ist, sondern darüber hinaus ernsthafte Sorge um die Aufrechterhaltung des internationalen NV-Regimes“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 4766; VS-Bd. 11561 (222); B 150, Aktenkopien 1984.

<sup>12</sup> Am 18. Juni 1985 führte Referat 222 aus, daß die USA den Vorschlag der Bundesrepublik vom Juli 1984 „eines Interims-Regimes in Richtung eines CTB“ in bilateralen Gesprächen abgelehnt hätten: „USA halten dies derzeit nicht für realisierbar: Tests seien erforderlich, CTB sei langfristiges Ziel.“ Vgl. Referat 222, Bd. 130112.

<sup>13</sup> Botschafter Wegener, Genf (CD), berichtete am 17. Juli 1984, daß die japanische Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz den westlichen Delegationen ein Arbeitspapier „Step-by-step approach to a Comprehensive Test Ban“ übermittelt habe. Der Vorschlag enthalte „das Konzept eines Testschwellen-Vertrages, in dem die Testgrenze je nach den laufend verbesserten Verifikationsmöglichkeiten gesenkt werden soll“. Die USA hätten sich nach japanischer Auskunft jedoch „aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die japanischen Vorstellungen ausgesprochen“. Die „gut gemeinte, jedoch nicht ausreichend durchdachte und noch mit zahlreichen konzeptionellen Mängeln behaftete politische Initiative“ solle am 26. Juli 1984 auf der Abrüstungskonferenz eingeführt werden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 129; Referat 222, Bd. 128700.

Für den Wortlaut des japanischen Arbeitspapiers (CD/524) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 517 f.

Am 18. Juni 1985 legte Referat 222 dar: „Die Einbringung dieses Papiers hatte in den USA Unwillen ausgelöst. US-Befürchtung: unter ständigen Druck seitens der Ungebundenen zu geraten, Testschwelle zu senken, und daß strategisches Konzept der USA unterminiert wird.“ Vgl. Referat 222, Bd. 130112.

Richtung auf einen CTB bringen kann, indem wir uns auf die Verbesserung der technischen Voraussetzungen für die Überprüfung begrenzender Regelungen für Kernwaffentests konzentrieren. Hierdurch wird ein CTB insofern gefördert, weil – wenn er einmal erreichbar sein sollte – ein praktikables Verifikationssystem bereits vorhanden ist. Zugleich bewegen wir uns im Einklang mit der amerikanischen Haltung insofern, als diese davon ausgeht, daß vor Verhandlungen über einen CTB die Verifikationsfrage gelöst sein müsse.

6) Es wird deshalb vorgeschlagen, daß Botschafter Wegener bei der Einführung des Papiers in die Abrüstungskonferenz u. a. folgendes erklärt:

„Die Bundesregierung mißt einem Abkommen über einen umfassenden und verläßlich verifizierbaren nuklearen Teststopp große Bedeutung bei. Sie unterstützt deshalb Schritte, die diesem Ziel näherführen können. In diesem Sinn legt sie nunmehr ein Arbeitspapier über ein gleitendes seismologisches Verifikationssystem vor. Sie ist sich zugleich der Bedeutung bewußt, die den Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion bei der von ihr nachdrücklich unterstützten Zielsetzung einer drastischen Reduzierung der Kernwaffen zukommt.“<sup>14</sup>

Hartmann

VS-Bd. 11564 (222)

<sup>14</sup> Botschafter Wegener, Genf (CD), teilte am 12. Juli 1985 mit, daß am Vortag „das deutsche Arbeitspapier zu ‚einem gleitenden Aufbau eines seismologischen Verifikationssystems für einen umfassenden nuklearen Teststopp‘“ auf der Genfer Abrüstungskonferenz eingebracht und „unter den Delegationen der westlichen Gruppe [...] ausnahmslos positiv“ aufgenommen worden sei. Damit sei es gelungen, „gerade in die Lücke hineinzustoßen, die zugleich den für die USA einzig diskutierbaren Aspekt – Verifikation – im hochsensitiven CTB-Bereich herausgreift; die Aufmerksamkeit von den seit 1984 festgefahrenen Mandatsverhandlungen für einen CTB-Ausschuß wieder auf die eigentlichen Substanzfragen lenkt; der westlichen Position, daß im Verifikationsbereich noch wichtige Probleme zu lösen seien, erneut Glaubwürdigkeit verleiht und der westlichen Verteidigung gegen Angriffe aus Art. 6 NVV während der bevorstehenden Überprüfungskonferenz ein zusätzliches Argument verleiht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1214; Referat 222, Bd. 130108.

Für den Wortlaut des Arbeitspapiers (CD/612) vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 775–781.

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stülpnagel

413-493.15-542/85 VS-vertraulich

5. Juli 1985<sup>1</sup>Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Multilaterale Konsultationen für eine abgestimmte Exportpolitik im Bereich der Trägertechnologie

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Nach mehr als dreijährigen harten Verhandlungen, die dazu dienen sollten, unter den sieben Wirtschaftsgipfelländern (USA, F, GB, I, D, CAN, JAP) einheitliche Richtlinien für die Kontrolle sensibler Exporte von nuklearfähiger Trägertechnologie in alle Länder festzulegen, ist folgender Sachstand zu verzeichnen:

Die vier beteiligten europäischen Staaten haben sich am 27.6.1985 in Bonn zum ersten Mal auf einen einheitlichen Text geeinigt<sup>3</sup>, der mit besonderer Betonung des Anliegens der Nichtverbreitung aus drei Elementen besteht:

a) einer zwischen den sieben Lieferländern auszutauschenden Note über die Einführung der Kontrollregelungen mit beigefügten Richtlinien. Dieses Papier soll solange wie möglich vertraulich bleiben, könnte aber, z.B. im Fall einer Indiskretion, veröffentlicht werden (Vorgang: Londoner Richtlinien<sup>4</sup>);

b) einer weiteren, zwischen den Lieferländern auszutauschenden Note, die im Gegensatz zu der ersten Note streng vertraulich bleiben soll und in der sich die sieben Regierungen gegenseitig von den Kontrollregelungen ausnehmen. In die-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Bauer konzipiert.

Hat Legationssekretär Tempel am 5. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 413 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel am 8. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 5. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel teilte der Botschaft in Tokio am 28. Juni 1985 mit, daß die sieben am Weltwirtschaftsgipfel beteiligten Staaten „über die amerikanische Initiative für die Einführung von Exportkontrollen im Bereich von ballistischen Raketen, Höhenforschungsraketen, Marschflugkörpern und Drohnen [...] seit zwei Jahren“ Verhandlungen geführt hätten. Zur Unterrichtung der japanischen Regierung übermittelte er drei Texte, auf die sich Vertreter aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien am Vortag geeinigt hätten und über die „in dieser Woche mit einer amerikanischen Delegation“ gesprochen werden solle. Kanada werde von britischer Seite informiert. Vgl. den Drahterlaß Nr. 396; VS-Bd. 13709 (413); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Auf amerikanische Einladung trat am 23. April 1975 in London eine Konferenz von Vertretern der sieben wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, UdSSR, USA) zusammen, um Maßnahmen zur Verhinderung nuklearer Proliferation zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 104.

Auf ihrer vierten Konferenz am 4./5. November 1975 in London verabschiedete die sogenannte „Suppliers' Group“ ad referendum Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.

Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedener Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEA übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

ser Note sind weiterhin Ausnahmen für Lieferungen im EG-, ESA- und NATO-Rahmen vorgesehen;

c) einer technischen Kontroll-Liste, die in zwei Kategorien aufgeteilt ist und bei Exporten die entsprechende Anwendung der Richtlinien auslöst.

2) Der europäische Entwurf führt die erheblich weitergehenden US-Vorstellungen<sup>5</sup> auf den Rahmen der Londoner Richtlinien zurück. Nicht übernommen sind COCOM-artige Interventionsmechanismen, auf die die USA drängten. Vielmehr sollten die Richtlinien nach Vorstellung der Europäer streng in nationaler Verantwortung und fallweise durchgeführt werden.

3) Einzelne zentrale Punkte des europäischen Vorschlags (der seinerseits auf einem deutschen Vorschlag von Anfang Mai<sup>6</sup> beruht) haben wir am 2.7. mit einer amerikanischen Delegation (Leitung: State Department) diskutiert. Die USA haben, trotz sondierenden Charakters des Gesprächs, starke Vorbehalte zu folgenden Regelungen geäußert:

– Verfahren für sensitivste Exporte (sog. Kategorie-I-Gegenstände<sup>7</sup>)

Während die USA, von Lieferungen im Rahmen der EG und der ESA-Konvention<sup>8</sup> abgesehen, für komplette Raketensysteme und ihre Subkomponenten sowie für unbemannte Luftfahrzeuge ein generelles Exportverbot fordern, sieht der europäische Gegenvorschlag gewisse Ausnahmen bei unabweisbaren

<sup>5</sup> Am 19. April 1985 übermittelte Legationsrat I. Klasse Bauer den Bundesministerien für Forschung und Technologie sowie für Wirtschaft und dem Bundesministerium der Verteidigung den amerikanischen Vorschlag für „Guidelines for Sensitive Missile Relevant Transfers“ sowie Erläuterungen dazu, die von der amerikanischen Botschaft am Vortrag übergeben worden waren. Vgl. Referat 424, Bd. 135931.

Ein von der amerikanischen Botschaft am 25. April 1985 übergebenes Papier zur „Revised Category I Missile Technology“ sowie eine Liste der darunter fallenden Gegenstände wurde von Bauer am 26. April 1985 an die übrigen beteiligten Ressorts weitergegeben. Vgl. Referat 424, Bd. 135931.

<sup>6</sup> Am 7. Mai 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel den übrigen beteiligten Ressorts Kompromißvorschläge „für eine Gegenstellungnahme zu den neuesten amerikanischen Textvorschlägen vom 18. April 1985“ zu Richtlinien für eine Exportpolitik im Bereich der Trägertechnologie, „die am Rande der EPZ-Sitzung am 9.5. in Rom“ mit Frankreich, Großbritannien und Italien konsultiert werden sollten. Vgl. das Fernschreiben; Referat 431, Bd. 142047.

Am 13. Mai 1985 legte Stülpnagel dar, bei den Gesprächen zwischen den „vier beteiligten europäischen Gipfelländern“ am 9. Mai 1985 in Rom sei „eine veränderte Struktur der Noten im Prinzip gebilligt“ worden. Mit dieser Konstruktion „entstünde ein Text ähnlich den [Londoner] [Richtlinien], aber mit einer generellen Ausnahme für die Sieben (von F schließlich akzeptiert) und für ESA-Transfers.“ Vgl. Referat 431, Bd. 142047.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel erläuterte am 7. August 1985: „Die technische Liste [...] unterscheidet grundsätzlich Kategorie-I- und Kategorie-II-Gegenstände.“ In Kategorie I fielen ballistische Raketen, Drohnen, Cruise Missiles und zivile Träger- und Höhenforschungsraketen; sie seien „faktisch vom Export ausgeschlossen. Diese Regelung gilt weltweit, nicht jedoch, und dies ist ein besonderer deutscher Erfolg, für die ursprünglichen Teilnehmer der Richtlinien (USA, GB, F, I, CAN, JAP, D), Lieferungen in ESA-Länder und, wenn auch eingeschränkt, in EG- und NATO-Bereich. [...] Hauptzielgruppe sind Länder wie Brasilien, Argentinien, Israel, Indien, d. h. vor allem ‚westliche‘ Nicht-COCOM-Länder, bei denen die USA – nicht zu Unrecht – militärische Raketenentwicklungen vermuten. [...] In der Kategorie II sind eine Fülle von Listengegenständen erfaßt, die bei begründetem Verdacht, daß ein Empfängerland auf eine nukleare Trägerkapazität abzielt, nicht exportiert werden dürfen. Es handelt sich hierbei im einzelnen um spezifische Technologien für Antriebssysteme, Steuerung und Kontrolle, Wiedereintritt, nukleare Härtung sowie Entwicklung und Herstellung. Ebenfalls erfaßt sind Bodeneinrichtungen. In welchem Umfang darüber hinaus auch Know-how für Forschung, Design, Tests oder Montage [...] kontrolliert werden sollen, wird mit den USA noch diskutiert.“ Vgl. VS-Bd. 13709 (413); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 30. Mai 1975 zur Gründung einer Europäischen Welt-raumorganisation (ESA) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1862–1904.

politischen Gründen und einem Höchstmaß an Wahrscheinlichkeit für rein zivile Verwendungen vor. Die USA wissen von uns, daß weder wir noch andere Europäer ein tatsächliches Exportinteresse an Lieferungen von solchen Kategorie-I-Gegenständen haben, wir jedoch aufgrund des AWG<sup>9</sup> (das von Ländern der Ländergruppe C, d. h. Ostblock, abgesehen derzeit kein generelles Ausfuhrverbot bestimmter Erzeugnisse zuläßt) eine formale Ausnahme brauchen. Die USA sehen in dem neuen europäischen Textvorschlag noch keinen ausreichenden Schutz gegen Exporte von Kategorie-I-Gegenständen. Sie wollen (vermutlich mit Blick auf Japan) eine für die nächsten 20 Jahre von politischen Veränderungen weitgehend unbeeinflußbare Lösung.

Wir können in Formulierungsfragen relativ flexibel sein, solange der zu vereinbarende Text sich im Rahmen des AWG hält, d. h. mindestens theoretische Ausnahmen offenläßt.

– Konsultationen

Die USA befürchten, daß ohne ausreichende Konsultationsregelungen

- die Lieferländer keinen einheitlichen Informationsstand über das Risikopotential eines Empfängerlandes haben,
- aufgrund der auf diese Weise zu befürchtenden unterschiedlichen Exportpraxis in den einzelnen Lieferländern die heimische amerikanische Industrie Wettbewerbsnachteile erleidet (sic),
- das Proliferationsziel der Richtlinien insoweit gefährdet wird.

Die amerikanischen Bedenken sind in folgenden Fällen nicht ungerechtfertigt, wenn:

- a) ein Lieferland den Export eines gleichen oder ähnlichen Gegenstandes gestattet, den ein anderes Land (auf Grund unterschiedlicher Risikobewertung) untersagt,
- b) Lieferungen (unterschiedlicher Gegenstände) in dasselbe Land erfolgen.

(Für alle anderen Fälle ist vorgesehen, daß ein Lieferland dann konsultiert, wenn ein anderes Lieferland den Export eines gleichen oder ähnlichen Gegenstandes verweigert hat.) Die USA haben deswegen erneut auf ihrem Vorschlag insistiert, Lieferungen für eine „kleinere“ Anzahl von Raketenprojekten (sie denken an vierzehn) an eine vorherige „Informationspflicht“ (d. h. praktisch Konsultationen mit den USA) zu binden. Dies käme auf eine Länderliste hinaus.

Die Europäer votieren entschieden gegen die Einführung derart weitgehender Abstimmungsmechanismen und sehen hierin den Grundsatz der eigenverantwortlichen Durchführung der Richtlinien preisgegeben. Für uns kommt hinzu, daß wir den amerikanischen Geheimdienstkenntnissen nichts Gleichwertiges entgegensetzen können. (BND hat offenbar Aufklärungsarbeit in westlichen Ländern, darunter auch Argentinien, Brasilien, Indien, praktisch eingestellt.) Wir haben die USA an das gute Funktionieren der Londoner Richtlinien, an die von uns in mehreren Zweifelsfragen angebotenen freiwilligen Konsultationen bei sensiblen Nuklearexporten und auch dar-

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

an erinnert, daß eine effektive Durchführung der Richtlinien ein hohes Maß gegenseitigen Vertrauens voraussetzt. Im übrigen erreiche auch der europäische Text („sofortige“ Notifizierung für Kategorie-I-Gegenstände) eine gegenseitige Abstimmung bei sensitiven Exporten. Die USA bestehen gleichwohl auf Notifizierungen vor der tatsächlichen Exportgenehmigung.

– Ausnahmeregelung für EG-, ESA- und NATO-Staaten

Während der von uns vertretene Grundsatz, die Mitglieder der „Gruppe“ von der Anwendung der Richtlinien auszunehmen, seit Ende Juni d. J. auch von Frankreich akzeptiert wird<sup>10</sup>, haben die USA noch starke Bedenken, ein ähnliches Regime für EG-, ESA- und NATO-Mitglieder zuzugestehen.

Hinsichtlich der EG scheint sie Hinweis auf Art. 223 EWG-V beruhigt zu haben (nationales Recht auf Wahrung wesentlicher Sicherheitsinteressen)<sup>11</sup>.

Die USA anerkennen auch, daß gem. Artikel IX Abs. 3 a) der ESA-Konvention die europäischen Richtlinien Teilnehmer an andere, an entsprechenden ESA-Projekten beteiligte Länder im Rahmen dieser Projekte entwickelte Erzeugnisse (d. h. auch Kategorie-I-Gegenstände) liefern müssen. Hauptsorge der USA ist es, daß durch neue ESA-Beitritte (z. B. Österreich, Norwegen oder Finnland) die Effizienz der Kontrollen erheblich verwässert werden könnte. Sie erwarten deshalb von den Europäern eine in die Richtlinien aufzunehmende verbindliche Erklärung, daß über die Aufnahme neuer Mitglieder im Lichte der Zielsetzungen der Richtlinien zu entscheiden ist. Wir haben dieses Ansinnen u. a. damit zurückgewiesen, daß

- die Ziele der Nichtverbreitung zwar ein, jedoch keineswegs das allein entscheidende Kriterium sein könnten,
- die von den USA erwartete Verpflichtungserklärung auf eine (an parlamentarische Zustimmung gebundene) Änderung der ESA-Konvention hinausliefe,
- die Aufnahme neuer Mitglieder natürlich auch unter dem Nichtverbreitungsaspekt geprüft und wegen des nach ESA-Konvention erforderlichen Einstimmigkeitserfordernisses von den europäischen Richtlinien Teilnehmern auch verhindert werden könne.

Hinsichtlich der von den Europäern für NATO-Länder vorgeschlagenen Ausnahme hielten die USA insbesondere die jedem einzelnen Lieferland offenstehende Beurteilung, ob eine Lieferung für die gemeinsame Verteidigung benötigt (und damit von der Anwendung der Richtlinien ausgenommen) sei, für bedenklich (kritische Länder hier insbesondere Griechenland und Türkei).

In den beiden letzten Fragen besteht noch ein gewisser Spielraum. Wir könnten unsere ursprünglichen Vorschläge, die für ESA-Lieferungen ein Recht vorheriger Zustimmung für etwaige Reexporte und für NATO-Länder vorherige Konsultationen vorsahen, nach Abstimmung mit unseren europäischen Partnern wieder in Erinnerung bringen.

<sup>10</sup> Zur französischen Haltung hinsichtlich der Anwendung von Richtlinien für den Export von Trägertechnologie vgl. Dok. 174.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Artikels 223 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 892.

- Einstufung von Trägerfahrzeugen, Höhenforschungsraketen und für den Bau dieser Systeme notwendiger Subsysteme

Da nach gemeinsamer Auffassung zivile Raketen einer bestimmten Leistungsklasse für den Transport nuklearer Sprengköpfe geeignet sind, bestehen die USA und alle anderen, bis auf Japan und uns, auf einer Einstufung dieser Raketen in die Kategorie I. Unser Argument war bislang, daß der in den Richtlinien unterstrichene Grundsatz, friedliche Raumfahrtprogramme anderer Länder nicht behindern zu wollen, eine unterschiedliche Einstufung von zivilen und militärischen Raketen erfordere. Jedenfalls nach außen hin dürfe nicht der Eindruck eines politisch-wirtschaftlichen Kartells vermittelt werden.<sup>12</sup>

Dieser Argumentation haben die USA die von uns 1979 vor dem Bundestag abgegebene Erklärung, bis auf weiteres keine Wiederaufarbeitungsanlagen liefern zu wollen<sup>13</sup>, entgegengesetzt und gefragt, weshalb eine ähnliche Erklärung nicht auch für Trägersysteme möglich sei. Unser Hinweis, daß eine Wiederaufarbeitungsanlage Jahrzehnte arbeite, während eine Höhensonde ein Einwegartikel sei, hat die USA nicht sonderlich überzeugt. Die Frage der amerikanischen Delegation, wie die Bundesrepublik Deutschland die friedliche Verwendung von Raketenlieferungen durch Kontrollen sicherstellen und insbesondere Technologieausspähungen für die spätere Entwicklung ballistischer Raketen verhindern wolle, war nicht zu beantworten.

In den bisherigen Gesprächen auf Ressortebene hat das AA eher dem amerikanischen Standpunkt zugeneigt, war hierbei jedoch auf Widerstand des BMFT gestoßen. Nachdem nunmehr auch vom BMFT die weitgehende technische Gleichheit zwischen militärischen und zivilen Trägern anerkannt wird und keine Lösung des Kontrollproblems ersichtlich ist, erscheint eine erneute Überprüfung unserer Position geboten.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel teilte der Botschaft in Tokio am 17. Juli 1985 mit, die amerikanische Delegation habe bei den Gesprächen über die „Technische Liste Trägertechnologie“ am 2. Juli 1985 den „von möglichen negativen Reaktionen in potentiellen Empfängerländern motivierten Vorstellungen, Trägersysteme und Höhenforschungsraketen als Kategorie-II-Gegenstände einzustufen, [...] harten Widerstand“ entgegengesetzt: „Man verfüge über Informationen, daß Länder außerhalb der Sieben besonderes Interesse an Höhenforschungsraketen zeigten, um sich die Technologie für ballistische Raketen anzueignen.“ Eine „hundertprozentige Kontrollüberwachung der Rakete bis zum Start“ sei dabei kaum sicherzustellen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 418; VS-Bd. 13709 (413); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>13</sup> Die Bundesregierung gab in einer am 22. Juni 1977 vom Presse- und Informationsamt veröffentlichten Erklärung bekannt, daß sie „bis auf weiteres keine Genehmigungen für die Ausfuhr von Wiederaufarbeitungsanlagen und -technologien erteilen“ werde; bestehende Verträge blieben davon jedoch unberührt. Vgl. BULLETIN 1977, S. 613.

<sup>14</sup> Am 8. Juli 1985 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel das Bundesministerium für Wirtschaft darüber, daß eine Überprüfung der Haltung zur Einstufung von zivilen Trägerraketen und Höhenforschungsraketen „dringend erforderlich“ sei: „Wir müssen davon ausgehen, daß ein weiteres deutsches Insistieren auf einer Einstufung dieser Systeme als Kategorie-II-Gegenstände aus der Sicht der USA so verstanden werden kann, als hätten wir in diesem Bereich tatsächlich Exportinteressen.“ In den Gesprächen mit den USA am 2. Juli 1985 habe sich „vor allem auch gezeigt, daß eine technische Unterscheidung zwischen ballistischen und zivilen Trägerraketen praktisch unmöglich ist; es im Falle eines Transfers dieser Systeme keine wirksamen Kontrollmöglichkeiten gibt; bei Transfers insbesondere auch eine Vorratshaltung und damit ein Know-how-Transfer für den Bau von ballistischen Raketen nicht ausgeschlossen werden kann.“ Das Bundesministerium für Wirtschaft wurde daher um Prüfung gebeten, ob die in einer beigelegten Liste enthaltenen Technologieregelungen im Sinne einer abgestimmten Politik der Lieferländer mitgetragen werden könnten. Vgl. VS-Bd. 13709 (413); B 150, Aktenkopien 1985.



4) Die USA werden nunmehr den europäischen Textentwurf prüfen und zum Inhalt sowie zum weiteren Verfahren neue Vorschläge machen.<sup>15</sup> Während sich bei der Erörterung der technischen Liste nur noch unwesentliche Differenzen ergaben, dürfte die Richtliniendiskussion voraussichtlich noch einmal mit voller Härte beginnen. Da die Europäer, möglicherweise unterstützt von den Kanadiern und Japanern, nunmehr mit einer Stimme sprechen, hat sich unsere Ausgangsbasis gebessert. Eine Einigung erscheint nicht ausgeschlossen, da noch nicht alle Kompromißmöglichkeiten ausgeschöpft und die USA an einem Abschluß der Verhandlungen interessiert sind.

Stülpnagel

VS-Bd. 13709 (413)

## 183

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Peters

5. Juli 1985

Betr.: Kolloquium über „Neue Technologien als Problem der SU und ihrer Verbündeten – Wirtschaftliche und politische Konsequenzen für die langfristige Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses“;  
hier: Gedanken zu einigen Aspekten des Themas

1) Der Minister vertritt die Auffassung, daß

- a) die neuen Hochtechnologien/der Übergang ins Informationszeitalter den Ostblock aus systembedingten Gründen vor größere Probleme stellt als die westlichen Gesellschaften, und er zur Lösung dieser Probleme allein nicht imstande sein wird;
- b) der sich daraus ergebende Zwang zu einer verstärkten wissenschaftlich-technologischen Kooperation mit dem Westen uns politische und sicherheitspolitische Optionen gegenüber der SU eröffne.

„Die technologische Entwicklung, insbesondere der Übergang zur Informationsgesellschaft, stellt ein System wie das sowjetische vor noch größere Herausforderungen als uns (...) Deshalb kommt auch der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen West und Ost in der Zukunft eine große Rolle zu. Die Probleme, die sich die sozialistischen Staaten durch ihre Systeme selbst schaffen, können sie auch nur selbst lösen. Wir würden aber unseren eigenen Interessen zuwiderhandeln, wenn wir versuchten, diese Probleme von au-

<sup>15</sup> Für die amerikanische Stellungnahme vom 6. August 1985 zu den Vorschlägen der europäischen Staaten zum Export von Trägertechnologie sowie die amerikanischen Vorschläge vom selben Tag vgl. VS-Bd. 13709 (413).

Für einen amerikanischen Vorschlag vom 30. September 1985 über zu kontrollierende Technologien vgl. VS-Bd. 13710 (413).

ßen zu verschärfen. Die technologische Entwicklung verändert nicht nur unsere Wirtschaft und Gesellschaft, sie wird Auswirkungen auch auf die sozialistischen Staaten haben. Wir wünschen keine technologische Spaltung in Deutschland und Europa (...)

Die sozialistischen Staaten müssen selbst entscheiden, ob sie durch Reformen ihres Systems sich den Anschluß an die technologische Entwicklung erleichtern wollen oder ob sie sich vom Fortschritt abgrenzen wollen.

Wir auf unserer Seite haben nach meiner Überzeugung ein starkes Interesse daran, der Sowjetunion und ihren Verbündeten die Option des technologischen Anschlusses durch Zusammenarbeit anstelle der Option des Strebens nach militärischer Überlegenheit offenzuhalten“. (Rede in Bad Hersfeld am 28. April 1985)<sup>1</sup>

2) Diese Diagnose (die im Kern auf eine auf den neuesten hochtechnologischen Stand gebrachte „Konvergenztheorie“ hinausläuft) und die daraus abgeleitete These (sicherheits-)politischer Optionen klingen plausibel; Plausibilität ist allerdings kein sehr verlässliches Kriterium, und m.E. sind erhebliche Vorbehalte und Einschränkungen zu machen:

a) Der in der Aufzeichnung von Herrn Scharioth vom 27. November 1984<sup>2</sup> dargelegte Rückstand der SU in den wichtigsten technologischen Bereichen ist beeindruckend; wir sollten aber nicht vergessen, daß der Beginn der „neuen technologischen Revolution“ im Westen zusammenfiel mit einer Phase der Stagnation und des Immobilismus in der Sowjetunion (Breschnew-Ära ab ca. Mitte der 70er Jahre, Fortsetzung unter Andropow und Tschernenko), die mit Gorbatschow endgültig überwunden sein dürfte. Das derzeitige Bild überzeichnet insofern die „Leistungsunfähigkeit“ des sowjetischen Systems.

b) Die von Herrn Scharioth herausgearbeiteten Ursachen für die sowjetische Rückständigkeit (fehlender Maßstab für den Nutzeffekt von Innovationen, fehlender Wettbewerb, Zentralismus, mangelnde Risikobereitschaft, eingeschränkte Zirkulation von Wissen) sind überzeugend; nicht in jedem Einzelfall überzeugend ist allerdings m.E. die Qualifizierung dieser Ursachen als „systembedingt, z.T. systemnotwendig“.

Die heute schon erkennbaren Reformansätze im Inneren der SU und im COMECON-Rahmen (vgl. Rede Tichonows auf der 40. Ratstagung des COMECON in Warschau und Forderung nach Ausarbeitung eines „Komplexprogramms für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bis zum Jahre 2000“<sup>3</sup>) halten sich zwar innerhalb des Systemrahmens („Vervollkommnung“) und dürften, weil nicht radikal genug, in ihrer Wirkung insofern begrenzt bleiben; bei einzelnen Schwachpunkten (z.B. Beschleunigung des Technologietrans-

<sup>1</sup> Für die Rede des Bundesministers Genscher am 28. April 1984 auf dem Landesparteitag der FDP Hessen vgl. Referat 013, Bd. 179057.

<sup>2</sup> Für die von Legationsrat I. Klasse Scharioth konzipierte Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Seitz über neue Technologien als Problem der UdSSR vgl. Referat 02, Bd. 178517. Für die Kurzfassung vgl. AAPD 1984, II, Dok. 315.

<sup>3</sup> Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Tichonow während eines Treffens am 26. Juni 1985 mit Ministerpräsident Jaruzelski, RGW-Generalsekretär Sytschow sowie Vertretern aller auf der RGW-Ratstagung vom 25. bis 27. Juni 1985 in Warschau teilnehmenden Delegationen vgl. den Artikel „Vstreća v Varšave“; PRAVDA vom 27. Juni 1985, S. 4.

fers vom militärischen auf den zivilen Sektor, Verkürzung der „lead times“ zwischen Entwicklung und industrieller Produktion, vorsichtige Dezentralisierung u. a.) dürften ins Gewicht fallende Verbesserungen auch mit systemimmanenten Reformen durchaus erreichbar sein.

Der entscheidende Test der Leistungsfähigkeit des sowjetischen Systems steht erst noch bevor.

Daß der Westen die weitaus besseren Karten hat, unterliegt m.E. keinem Zweifel. Allerdings: Wir sollten uns davor hüten, unsere Überlegenheit zu überschätzen und an sie allzu weitreichende politische Erwartungen zu knüpfen, die sich schon in der Vergangenheit nie erfüllt haben.

c) Der vom Minister immer wieder herausgestellten Option kann die SU m.E. gelassen entgegensehen; Streben nach militärischer Überlegenheit hat den Westen, d.h. insbesondere Westeuropa und innerhalb Westeuropas uns, noch nie daran gehindert, auf wirtschaftliche Kooperation zwecks „Zähmung der SU“ zu setzen.

Hinzu kommt, daß die Argumentation des Ministers seine Option als nicht sehr glaubwürdig ausweist: Wie soll die SU die Drohung, der Westen werde sie bei Fortsetzung ihres Strebens nach militärischer Überlegenheit mit „technologischem Liebesentzug“ strafen und sie ins technologische Abseits stellen, ernst nehmen, wenn der BM im gleichen Atemzug feststellt, daß wir kein Interesse an einer technologischen Spaltung Deutschlands (und Europas) haben?

d) Wir haben, anders und in sehr viel stärkerem Maße als die USA und unsere westeuropäischen Verbündeten, in der Tat ein genuines Interesse daran, der technologischen Spaltung Deutschlands (und Europas) entgegenzuwirken. Desto deutlicher sollten wir aber auch sehen, daß COCOM allein das Problem Handel – Wahrung unserer Sicherheitsinteressen nicht in vollem Umfang abdeckt.

Nach der sowjetischen Doktrin hat die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der SU und der anderen COMECON-Staaten eindeutig eine globalstrategische Funktion im genauen militärischen Sinn dieses Begriffs. (Marschall Gretschnko hat wiederholt die Bedeutung der Wirtschaft für die sowjetische Militärmacht hervorgehoben und beide – Wirtschaft und Militär – als die wesentlichen Faktoren für die Verwirklichung des außenpolitischen Programms der SU bezeichnet. Ebenso hat der Oberbefehlshaber des WP, Marschall Kulikow, z.B. von der „militärökonomischen Integration“ als jener Seite der Wirtschaftsintegration im COMECON gesprochen, „in deren Ergebnis sich die wirtschaftliche Verteidigungsbasis ausbildet“.)

Insofern dürfte die Option des „technologischen Anschlusses“ (unter der Voraussetzung, daß die SU ihr Streben nach militärischer Überlegenheit aufgibt), aus sowjetischer Sicht wohl sogar ein wenig naiv anmuten.

II. Ich hielte es für sinnvoll, im Rahmen eines Kolloquiums die Fragestellung der Aufzeichnung von Herrn Scharioth noch einmal aufzunehmen und im Lichte der jüngsten sowjetischen Reformbemühungen zu vertiefen. Die Fragestellung, ob die SU die technologische Revolution ohne systemsprengende Reformen bewältigen kann, wäre dabei durch die Frage zu ergänzen, ob sie überhaupt den Übergang in die „Informationsgesellschaft“ mitvollziehen will und ob auf sowjetischer Seite Vorstellungen darüber bestehen, wie eine solche Informati-

ongesellschaft aussehen wird.<sup>4</sup> Daß die „geschlossene“ sowjetische Gesellschaftsordnung nicht kompatibel sei mit der „Informationsgesellschaft“, scheint mir nicht von vornherein ausgemacht zu sein. (Sofern nur das Entscheidungsmonopol der Partei/der Hochbürokratie unangetastet bleibt, würde eine Aufgabe des Informationsmonopols das System nicht grundsätzlich in Frage stellen.)<sup>5</sup>

Peters<sup>6</sup>

Referat 02, Bd. 178444

184

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente, z.Z. Tokio,  
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1020  
Citissime

Aufgabe: 6. Juli 1985, 13.21 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Juli 1985, 06.59 Uhr

Betr.: Asienreise des BM<sup>2</sup>;

hier: Deutsch-japanische Außenministerkonsultationen am 5.7.85

Am 5.7.85 fanden in Tokio die zwölften deutsch-japanischen regelmäßigen Außenministerkonsultationen zwischen BM und Außenminister Shintaro Abe statt. In diesem Rahmen wurde ein Meinungsaustausch über internationale Fragen (Ost-West-, Sicherheits-, Handelsfragen) sowie über das Follow-up des BWG<sup>3</sup> (internationaler Terrorismus, Rauschgift, Afrika-Hilfe) und bilaterale Fragen (Personalaustausch) geführt.

Im einzelnen

1) Außenminister Abe eröffnete die Konsultationen mit seinem Dank dafür, daß

<sup>4</sup> Am 29. März 1985 berichtete Botschafter Kastl, Moskau, das Politbüro der KPdSU habe am Vortag „in Übereinstimmung mit gesamtstaatlichem Programm zur Schaffung und Entwicklung der Produktion und effektiven Nutzung von Computertechniken und automatisierter Systeme für allgemeinbildende und Berufsschulen Maßnahmen zur breiten Einführung von EDV-Techniken in Lehrprozeß bestimmt, um sicherzustellen, daß Schüler über ausreichend Computerkenntnisse verfügen. [...] Die allseitige, eingehende Beherrschung der EDV-Techniken durch die Jugend müßten wichtiger Faktor bei Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Lande werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1003; Referat 213, Bd. 139284.

<sup>5</sup> Das Kolloquium „Sowjetunion und Informationsgesellschaft“ fand am 28. November 1985 statt. Vgl. dazu Dok. 332.

<sup>6</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 28.

Hat Vortragendem Legationsrat Horstmann am 12. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 2./3. Juli 1985 Thailand und am 3./4. Juli 1985 Brunei. Am 4./5. Juli 1985 hielt er sich in Japan auf und vom 6. bis 9. Juli 1985 in der Republik Korea (Südkorea). Vom 9. bis 11. Juli 1985 besuchte er Indien. Vgl. dazu auch Dok. 180, Dok. 187 und Dok. 191.

<sup>3</sup> Bonner Wirtschaftsgipfel.

Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

dieser Konsultationsdialog durch den Besuch des BM nun nach fünfjähriger Unterbrechung fortgesetzt werden könne.

BM dankte für japanische Einladung und berichtete über seine Eindrücke aus Thailand und Brunei. Er unterstrich die Bedeutung, die wir diesen Konsultationen beimessen.

2) Auf Abes Frage nach unserer Beurteilung des gegenwärtigen Standes der Ost-West-Beziehungen unterstrich BM Bedeutung, die bevorstehendem US-sowjetischen Gipfeltreffen<sup>4</sup> für Europa und für das internationale Klima zukomme. Es müsse sorgfältig vorbereitet und darauf geachtet werden, daß der Erwartungshorizont nicht zu hoch geschraubt werde, um Enttäuschungen zu vermeiden. Es gebe noch zwei Möglichkeiten zu Treffen der beiden Außenminister, nämlich Ende Juli in Helsinki<sup>5</sup> und im September am Rande der UN-GV.<sup>6</sup> – Wie immer bei einem Führungswechsel in Moskau gebe es viele Spekulationen; man müsse indes nüchtern sehen, daß die Linie der sowjetischen Politik beständig und von ihren Führungsgremien formuliert sei. In zwei Punkten erkenne man jedoch die Handschrift des neuen Generalsekretärs:

- Es könne Gorbatschow nicht gleichgültig sein, wenn der wirtschaftliche Abstand zwischen Ost und West sich ständig zum Nachteil der SU verschlechtere. Er müsse daher bedacht sein, das System effektiver zu gestalten. Eine Reihe von sachlichen und personellen Entscheidungen deutete in diese Richtung. Man müsse die Entwicklung auch im Zusammenhang mit der Modernisierung in China sehen; dies sei unter Umständen wichtiger für die SU als eine westliche Herausforderung. Im Grunde genommen gehe es hier um die Führungsrolle in der kommunistischen Welt. Es sei vorstellbar, daß Gorbatschow erkenne, daß sich die notwendigen Reformen durch eine breitangelegte Zusammenarbeit mit dem Westen leichter realisieren lassen.
- Es sei erkennbar, daß unter Gorbatschow Westeuropa wieder stärkere Beachtung durch SU-Führung finde. Dies sei auch unter Breschnew zu seinen besten Zeiten so gewesen; indes sei damals erkennbar gewesen, daß – je stärker ihm die Zügel aus der Hand geglitten seien –, man sich um so mehr auf US-sowjetischen Bilateralismus konzentriert habe. Gorbatschow habe Großbritannien vor seiner Ernennung zum GS besucht<sup>7</sup>; dies, wie auch die Gespräche, die Craxi und die Brandt in Moskau geführt hätten<sup>8</sup>, und schließlich auch seine erklärte Absicht, Mitterrand noch vor dem Treffen mit Reagan zu

<sup>4</sup> Am 3. Juli 1985 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Reagan am 19./20. November 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf zusammentreffen werde. Zu dem Treffen vom 19. bis 21. November 1985 vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>5</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Für einen Bericht des amerikanischen Außenministers Shultz über sein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am Rande des Treffens vgl. Dok. 214.

<sup>6</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz traf am 25. September 1985 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse zusammen.

<sup>7</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>8</sup> Zu den Besuchen des Ministerpräsidenten Craxi vom 28. bis 30. Mai 1985 bzw. des SPD-Vorsitzenden Brandt am 27. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 17 und 18.

besuchen – und zwar in Paris<sup>9</sup> und nicht an einem dritten Ort – deuteten in diese Richtung. Es würde in der Logik dieser Richtung liegen, wenn die Sowjetunion auch Signale gegenüber Japan gibt. Es komme jetzt sehr darauf an, die sowjetische Führung davon zu überzeugen, daß es zum Rüstungswettlauf eine alternative Option gibt, nämlich eine breitangelegte Zusammenarbeit mit dem Westen auch im wirtschaftlichen Bereich. Hierfür sei allerdings Voraussetzung, daß die Sowjetunion eine realistische Haltung bei den Abrüstungsverhandlungen<sup>10</sup> einnimmt. Er, der BM, werde Gelegenheit haben, den neuen sowjetischen Außenminister im Rahmen des Treffens der Unterzeichner der Helsinki-Akte<sup>11</sup> Ende Juli in Helsinki zu treffen<sup>12</sup>; sicher würden auch aus dessen Rede dort<sup>13</sup> Rückschlüsse auf die politischen Intentionen der SU zu gewinnen sein.

AM Abe merkte an, man habe einerseits festgestellt, daß die politisch relevanten Veränderungen – vor allem im personellen Bereich – diesmal schneller vollzogen worden seien als bei früheren Führungswechseln in Moskau. Andererseits habe man den Eindruck, daß Gorbatschow seine Macht noch nicht konsolidiert habe. Um dies beurteilen zu können, müsse man wohl bis zum nächsten Parteitag<sup>14</sup> warten. BM erläuterte, daß das Tempo der Veränderungen in Moskau von äußeren Ereignissen vorgegeben sei, wie z.B. durch den bevorstehenden Parteitag der KPdSU, aber auch durch die Verhandlungen in Genf. Japan, so sagte Abe, habe bisher keine besonderen Signale aus der SU erhalten. Allerdings habe sowjetischer Botschafter in Tokio, Abrassimow, der kürzlich nach Moskau gereist sei, vor seiner Abreise angeregt, offizielle Einladungsschreiben an die sowjetischen Spitzenpersönlichkeiten (Gorbatschow, Gromyko, MP<sup>15</sup>, AM) zu richten; Außenministerium sei dabei, diesen Vorschlag zu prüfen. Im übrigen sei aber das japanische Verhältnis zur Sowjetunion mit dem unseren nicht vergleichbar, da Japan das territoriale Problem mit SU<sup>16</sup> habe. Auch gebe es – anders als in früheren Zeiten – kaum nennenswerten Druck von seiten der Wirtschaft in Richtung auf Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. – Er, Abe, werde voraussichtlich den neuen sowjetischen Außenminister am Rande der UN-GV treffen und wäre an den Eindrücken, die BM von ihm gewinnt, interessiert. Man werde mit Aufmerksamkeit die Ergebnisse des US-sowjetischen Gipfeltreffens beobachten.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 2. bis 5. Oktober 1985.

<sup>10</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>12</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 215.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Juli 1985 beim Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Helsinki vgl. SOWJETUNION HEUTE 30 (1985), Heft 9, Beilage, S. V–VII.

<sup>14</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>15</sup> Nikolaj Alexandrowitsch Tichonow.

<sup>16</sup> Zu den zwischen Japan und der UdSSR offenen Territorialfragen vgl. Dok. 120, Anm. 26.

3) Eingehend auf die Bemerkung des BM zu China, stellte Abe fest, die Modernisierung im Agrarbereich<sup>17</sup> scheine erfolgreich zu sein, was wohl daran läge, daß diese in Richtung auf ein kapitalistisches System von Angebot und Nachfrage durchgeführt werde. Schwieriger sei es allerdings im wirtschaftlich-industriellen Bereich<sup>18</sup>, wo man in China noch nicht liberal genug sei, um das benötigte Kapital anzulocken. Angesichts des bestehenden Kapitalmangels habe man Zweifel hinsichtlich der Modernisierung dieses Bereichs. – VR China habe wohl ein grundsätzliches Interesse an der Verbesserung der Beziehungen zur SU, indes stünden diesem die drei bekannten Vorbedingungen (Grenzfrage, Kamputschua, Afghanistan)<sup>19</sup> entgegen.

4) Auf Bitten von AM Abe legte BM Ergebnisse ER Mailand<sup>20</sup> dar. Er ging dabei vor allem auch auf das japanische Seite besonders interessierende Thema EUREKA<sup>21</sup> ein und legte dar, daß dieses Projekt nicht auf die EG-ML beschränkt sei, sondern auch andere europäische Demokratien wie CH, Ö, S sich an Projekten beteiligen können.

Außerdem erläuterte er unsere Bemühungen um eine europäische Technologiegemeinschaft. BM beschrieb auch die enge deutsch-französische Zusammenarbeit, die Gerüchte über eine angebliche, seit BWG zu beobachtende Entfremdung zwischen D und F widerlege. – Bisher nicht erreichtes Einvernehmen über Reform der Gemeinschaft müsse beim nächsten ER in Luxemburg<sup>22</sup> angestrebt werden.<sup>23</sup>

<sup>17</sup> Auf dem Plenum des ZK der KPCh vom 18. bis 22. Dezember 1978 wurden Reformen der chinesischen Agrarpolitik eingeleitet, durch die u. a. den Bauern die private Vermarktung erzielter Überschüsse erlaubt wurde. Am 24. April 1984 berichtete Botschafter Schödel, Peking, auf diese Reformen seien die „spektakulären Erfolge in der chinesischen Landwirtschaft (jährliche Produktionssteigerung 5%)“ während der vergangenen fünf Jahre zurückzuführen: „Die wichtigsten Neuerungen sind die Rückkehr zu bäuerlichen Eigenverantwortung und die Einführung des sog. Kontraktsystems, das unter Beibehaltung des kollektiven Grundeigentums weitgehend selbständige Bauernwirtschaften zuläßt.“ Hinzugekommen seien Maßnahmen zur „Schaffung finanzieller Anreize für Produktionssteigerungen und -verbesserungen“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 644; Referat 341, Bd. 133591. Am 8. März 1985 informierte Botschafter Fischer, Peking, über die mit Beginn des Jahres 1985 in Kraft getretene Agrarpreisreform, nach der die Pflicht zur Erfüllung von Abgabequoten an den Staat entfiel: „In Zukunft kann der Bauer Teile oder die Gesamtmenge der Pflichtabgabe an Getreide und Ölsaaten für sich behalten, muß jedoch für den höheren Erlös, den er auf dem freien Markt erzielen könnte, Steuern in bar oder in Form von Getreide entrichten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 436; Referat 341, Bd. 133644.

<sup>18</sup> Zur Reform des chinesischen Wirtschaftssystems vgl. Dok. 28, Anm. 13.

<sup>19</sup> Zu den sogenannten „drei Hindernissen“ in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen vgl. auch Dok. 109, Anm. 27.

<sup>20</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>21</sup> Botschafter Boss, Tokio, teilte am 24. Juni 1985 mit, daß Ministerpräsident Nakasone sich in einem Gespräch mit EG-Kommissar Narjes „besonders auch an EUREKA interessiert“ gezeigt habe, und dieses Thema bei seinem Besuch in Frankreich im Juli 1985 zu erörtern beabsichtige. Vgl. den Drahtbericht Nr. 927; Referat 341, Bd. 133683.

<sup>22</sup> Die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

<sup>23</sup> Im Gespräch mit Ministerpräsident Nakasone am 4. Juli 1985 führte Bundesminister Genscher aus, daß die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand „sich selbst dann gelohnt hätte, wenn nur die Einigung bei EUREKA erzielt worden wäre. Mit diesem europäischen Plan würden die wissenschaftlichen, finanziellen und menschlichen Möglichkeiten in Europa gebündelt, und er sei deswegen von großer Bedeutung für die weitere europäische Entwicklung. Auch bei der institutionellen Ausgestaltung der Gemeinschaft seien Erfolge erzielt worden, und man werde bis zum nächsten Gipfel in Luxemburg im Dezember d. J. gewiß ein gutes Stück vorankommen. Der Mailänder Gipfel sei keineswegs so negativ einzuschätzen, wie die Medien dies getan hätten. Der euro-

5) AM Abe fragte, ob es in Mailand einen TOP „Japan-Problem“ gegeben habe.<sup>24</sup> BM stellte fest, daß „tatkraftige Marktöffnung“ Japans für die weitere Entwicklung der europäisch-japanischen Beziehungen von äußerster Wichtigkeit sei. D habe immer Freihandel befürwortet und führe in der EG die Gruppe derjenigen an, die protektionistische Maßnahmen ablehnten. Deshalb rechneten wir mit der Unterstützung durch Japan. Wir begrüßten das neue Aktionsprogramm<sup>25</sup> und hofften, daß Japan energisch auf diesem Weg fortfahre. In diesem Zusammenhang sei es auch wichtig, eine Veränderung der Mentalität der Verbraucher und Investoren in Japan zu bewirken. Von Entscheidungen zugunsten europäischer Lieferanten bei Großprojekten wie z. B. Ariane, Airbus, KWU-Druckwasserreaktoren könnten positive Wirkungen auf das Verhalten japanischer Unternehmer ausgehen.

AM Abe bestätigte, daß Japan, wie auch wir, Anhänger des Systems des freien Welthandels sei. Aus diesem Grunde sei man gegen protektionistische Tendenzen, z. B. in den USA. Japan habe sich aktiv für die neue GATT-Runde eingesetzt<sup>26</sup>; es werde dies auch bei dem im Sommer oder Herbst bevorstehenden GATT-Vorbereitungstreffen auf Beamtenebene<sup>27</sup> tun. Das Aktionsprogramm werde in die Richtung weisen, die Japan bereit sei auch bei der neuen GATT-Runde zu verfolgen, z. B. durch eine Absenkung der Zolltarife für Industriegüter auf Null zu gehen.

Die Schwerpunkte des Aktionsprogramms würden noch vor der <sup>28</sup>Europareise des Premierministers, d. h. vor dem 10.7.<sup>29</sup>, das Gesamtprogramm noch vor Monatsende der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Auf die Frage des BM, wo die Schwerpunkte des Aktionsprogramms lägen, nannte Abe Anpassung von Normen an internationale Standards, Standardisierung bei Zertifikaten, Vereinfachung der Einfuhrverfahren, Liberalisierung im Dienstleistungsbereich (Finanzen).

6) Abe legte auf Bitten BM japanische Haltung zu SDI dar. Man habe grundsätzlich Verständnis für die SDI-relevante Forschung. Über die Frage einer

*Fortsetzung Fußnote von Seite 975*

[läisch] Zug sei dort wieder auf die Schienen gesetzt worden. Er rolle wieder.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6 des Ministerialdirigenten Keil, z. Z. Tokio, vom 4. Juli 1985; Referat 010, Bd. 178896.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen der Tagung des Europäischen Rats vom 28./29. Juni 1985 zu den Handelsbeziehungen mit Japan vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 459.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann teilte der Botschaft in Tokio am 3. Juli 1985 mit, die Bundesregierung halte „an ihrer stets vertretenen Auffassung fest, daß Probleme im Handel der Gemeinschaft mit Japan, insbesondere hohes Defizit der Handelsbilanz, nur durch eine expansive Handelspolitik beseitigt werden können“. Erforderlich dafür sei eine „wirkliche Marktöffnung“ in Japan, und die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats sollten „Signale sein, die Japan veranlassen, endlich konkrete Maßnahmen einzuleiten“. Vgl. den Runderlaß; Referat 200, Bd. 134808.

<sup>25</sup> Zum japanischen Aktionsprogramm, das Maßnahmen zu einer stärkeren Marktöffnung über einen Zeitraum von drei Jahren vorsah, vgl. Dok. 108, Anm. 13.

<sup>26</sup> Vgl. dazu den Beschluß des Weltwirtschaftsgipfels vom 2. bis 4. Mai 1985; Dok. 110, Anm. 7.

<sup>27</sup> Auf einer Sondertagung der GATT-Mitgliedstaaten vom 30. September bis 2. Oktober 1985 in Genf wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die für die GATT-Jahresversammlung im Dezember 1985 einen Bericht zur Vorbereitung einer neuen GATT-Runde für 1986 vorlegen sollte. Vgl. dazu den Artikel „Die neue Handelsrunde wird vorbereitet“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1985, S. 14.

<sup>28</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1021 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>29</sup> Ministerpräsident Nakasone hielt sich vom 13. bis 16. Juli 1985 in Frankreich auf. Vom 16. bis 18. Juli besuchte er Italien und vom 18. bis 20. Juli 1985 Belgien.



Teilnahme hieran habe man Haltung noch nicht festgelegt. Auf Frage BM, was „Teilnahme“ bedeute, meinte Abe: Zurverfügungstellung von Techniken und Entsendung von Technikern in die USA. Hierfür müsse zunächst geprüft werden, ob die gewünschten Techniken in Japan zur Verfügung stünden. Soweit es sich hierbei um privates Know-how handele, gebe es für japanische Regierung keine Möglichkeiten, bei Austausch mit den USA zu intervenieren. Hinsichtlich staatlichen Know-hows sei die Entscheidung noch nicht gefallen.

BM bestätigte, daß unsere Haltung zu SDI etwa der japanischen entspreche. Auch unsere Wirtschaftsordnung lasse es nicht zu, privaten Austausch mit den USA zu unterbinden, was im übrigen von der Bundesregierung auch nicht beabsichtigt sei. Hinsichtlich der Frage staatlicher Beteiligung scheine US-Regierung selbst noch mit<sup>30</sup> Meinungsbildungsprozeß befaßt zu sein. Kürzlich habe eine deutsche Beamtengruppe in den USA entsprechende exploratorische Gespräche geführt.<sup>31</sup> Eine weitere Delegation, bestehend aus Beamten und Wirtschaftlern, werde im September in die USA reisen.<sup>32</sup> Auch bei uns sei der Meinungsbildungsprozeß zu dieser Frage noch nicht abgeschlossen; hierfür sei für uns auch die Haltung der europäischen Partner und Japans von Interesse. BM wies in diesem Zusammenhang auf den Beschluß des BSR vom März<sup>33</sup> hin. Er betonte sodann, wir begrüßten die Entscheidung der USA, SALT II weiterhin anzuwenden, was von allen NATO-Partnern in Lissabon empfohlen worden sei.<sup>34</sup> – Es sei anzunehmen, daß SDI zentraler Punkt beim US-sowjetischen Gipfeltreffen sein wird. – Es sei wichtig, in dieser Frage in laufendem Gespräch mit der US-Führung zu bleiben, denn nichts wäre gefährlicher als ein SDI-Zerwürfnis im westlichen Lager. Nach unseren Eindrücken hat man in Washington verstanden, daß die Methode der Konsultationen, wie sie von Shultz gepflegt werden, besser sei als diejenige Weinbergers: „deadline“.<sup>35</sup>

AM Abe bestätigte, daß für Japan, für das die Beziehungen zu den USA von besonderer Bedeutung seien, grundsätzlich gleiches gelte. Es sei von äußerster Wichtigkeit, daß die Solidarität des Westens erhalten bleibe. Bei den Überlegungen hinsichtlich SDI müßten bestehende Abkommen wie ABM und SALT II Berücksichtigung finden.

7) AM Abe berichtete sodann von seinem kürzlichen Besuch in der DDR<sup>36</sup>, bei dem er insbesondere mit Honecker und Fischer gesprochen habe. Bei den Gesprächen hätten Möglichkeiten der Verstärkung des Wirtschaftsaustausches im Mittelpunkt gestanden. Natürlich sei auch die Ost-Berliner Haltung zu SDI und zur Deutschlandfrage vorgetragen worden. Bei diesen Gesprächen habe es

<sup>30</sup> Korrigiert aus: „im“.

<sup>31</sup> Zu den Gesprächen einer ressortübergreifenden SDI-Expertengruppe vom 11. bis 13. Juni 1985 in den USA vgl. Dok. 174, Anm. 6.

<sup>32</sup> Die Expertendelegation hielt sich vom 4. bis 13. September 1985 in den USA auf.

<sup>33</sup> Vgl. dazu die Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan; BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch Dok. 87.

<sup>34</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 über eine Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 156.

<sup>35</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an die NATO-Mitgliedstaaten sowie Australien, Israel und Japan; Dok. 82, Anm. 5.

<sup>36</sup> Der japanische Außenminister Abe hielt sich am 11./12. Juni 1985 in der DDR auf.

für ihn, Abe, aber nichts Neues gegeben. Er, Abe, habe unsere Grundsatzhaltung vertreten; Fischer habe mit Genugtuung festgestellt, daß sich die innerdeutschen Beziehungen und die Stellung der DDR in der Welt verbessert hätten. Dies liege daran, daß nunmehr weitgehend akzeptiert sei, daß die DDR ein eigener Staat sei.

BM berichtete, daß die innerdeutschen Beziehungen selbst während der Ost-West-Beziehungen auf einem guten Niveau hätten gehalten werden können.<sup>37</sup> Natürlich übten letztere einen gewissen Einfluß auf die innerdeutschen Beziehungen aus, wie sich z. B. bei der Absage des Honecker-Besuchs<sup>38</sup> gezeigt habe. Die Lage der DDR sei kompliziert: Einerseits teile sie mit den anderen WP-Staaten das Problem der Dominanz durch die SU. Andererseits mangle es ihr an nationaler Identität. Der Versuch, eine eigene sozialistische Identität zu etablieren<sup>39</sup>, habe fallengelassen werden müssen. Statt dessen bemühe sich DDR-Führung jetzt darum, an wesentliche deutsche geschichtliche und kulturelle Traditionen anzuschließen. Da dies automatisch dazu führe, das Bewußtsein der Einheit der Nation zu stärken, habe die Bundesrepublik hiergegen keine Einwendungen. Insgesamt könne gesagt werden, daß das innerdeutsche Verhältnis gelassener geworden sei. Grundsätzlich sei festzustellen, daß es nicht möglich sei, von zwei Nationen zu sprechen; andererseits leugneten wir eine staatliche Existenz der DDR nicht. Die Bundesregierung spreche, in Übereinstimmung mit Herrn Honecker, bewußt von der „Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen“.<sup>40</sup>

8) AM Abe berichtete vom kürzlichen Besuch des Parlamentspräsidenten des Iran, Rafsanjani.<sup>41</sup> Zwar sei noch keine Änderung der iranischen Haltung hinsichtlich des Iran-Irak-Krieges festzustellen, doch habe man den Eindruck gewonnen, daß der Iran Kontakte zum Westen suche; hierbei scheine man aber gezielt vorgehen zu wollen: Was Asien anbetreffe, so scheine der Iran besonderes Interesse an Japan zu haben; hinsichtlich Europas habe Rafsanjani derartiges Interesse bezüglich Schwedens, der Schweiz und der Bundesrepublik signalisiert.

BM berichtete, er habe bei seinem Besuch in Teheran vor ca. einem Jahr<sup>42</sup> ebenfalls den Eindruck gewonnen, daß man dort gegenüber einzelnen westlichen Ländern unterschiedlich vorzugehen beabsichtige. Dabei sei auch besonderes Interesse des Iran an den Beziehungen zu Japan und Deutschland erkennbar geworden. Rafsanjani sei zweifelsohne der stärkste und einflußreichste Mann nach Khomeini.

<sup>37</sup> So in der Vorlage.

<sup>38</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

<sup>39</sup> Im Bericht an den VIII. Parteitag der SED vom 15. bis 19. Juni 1971 führte der Erste Sekretär des ZK der SED, Honecker, am 15. Juni 1971 aus, in der DDR sei ein „neuer Typus der Nation, die sozialistische Nation“ entstanden. Vgl. HONECKER, Reden, Bd. 1, S. 157.

<sup>40</sup> Vgl. dazu den Briefwechsel des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 14. Dezember 1983 bzw. 17. Februar 1984; Dok. 54, Anm. 33.

<sup>41</sup> Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsanjani, hielt sich vom 1. bis 5. Juli 1985 in Japan auf.

<sup>42</sup> Bundesminister Genscher besuchte den Iran vom 20. bis 22. Juli 1984. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201.

9) BM wies auf Bedeutung der beiden Follow-up-TOPs des BWG, nämlich Bekämpfung des Rauschgifthandels und Frage des internationalen Terrorismus hin. Zu beiden Themen, die im übrigen auch in Bangkok angesprochen worden seien, sei zu Expertentreffen nach Bonn eingeladen worden<sup>43</sup>, um das Siebener-Treffen am Rande der UN-GV<sup>44</sup> gründlich vorzubereiten.

AM Abe sagte Teilnahme japanischer Experten zu. Er wies in diesem Zusammenhang auch auf den TOP „Hilfe für Afrika“ hin.<sup>45</sup> Hier gebe es den Vorschlag Japans zur „grünen Revolution“, von dem man hoffe, daß er gründlich erörtert werden könne.<sup>46</sup>

10) AM Abe kam noch kurz auf den zwischen BK und PM Nakasone vereinbarten verstärkten Personenaustausch<sup>47</sup> zu sprechen und begrüßte die Errichtung der entsprechenden Arbeitsgruppe.

[gez.] Bente

**Referat 010, Bd. 178896**

<sup>43</sup> Am 24. Juni 1985 übermittelte Ministerialdirigent Redies den Botschaften in London, Ottawa, Paris, Rom, Tokio und Washington die Einladung zu einem Expertentreffen am 17./18. Juli 1985, „auf dem der für die Außenminister zu erstellende Bericht betreffend Intensivierung der Drogenbekämpfung erörtert werden soll“. Vgl. den Runderlaß Nr. 4921; B 82 (Referat 510), Bd. 1618.

Mit Runderlaß Nr. 5161 übermittelte Redies den Teilnehmern am 2. Juli 1985 den Entwurf „Options for joint action to intensify the fight against drug abuse. Draft report for the Foreign Ministers of the States participating in the 1985 Economic Summit“. Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1618.

Auf der Grundlage des Entwurfs der Bundesregierung erarbeiteten die Experten am 17./18. Juli 1985 gemeinsame Empfehlungen, die den Außenministern der am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staaten am 25. September 1985 in New York vorgelegt werden sollten und zu denen die Teilnehmerstaaten bis 15. August 1985 Änderungswünsche einbringen konnten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Berteles vom 13. September 1985; B 82 (Referat 510), Bd. 1618. Ein Expertentreffen für Fragen der Luftsicherheit fand am 24./25. Juli 1985 statt.

<sup>44</sup> Bundesminister Genscher traf am 25. September 1985 mit den Außenministern Abe (Japan), Andreotti (Italien), Clark (Kanada), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in New York zusammen. Vgl. Dok. 255.

<sup>45</sup> Zur Behandlung der Hilfe für Afrika auf dem Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 132, Anm. 7.

<sup>46</sup> Am 18./19. Juli 1985 tagte die vom Weltwirtschaftsgipfel in Bonn eingesetzte Sachverständigengruppe für Afrikahilfe. In ihrem Bericht, den Ministerialdirigent Sulimma am 13. August 1985 an die Teilnehmer übersandte, waren u. a. Überlegungen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in Afrika vorgesehen, darunter die bessere Nutzung von Forschungsergebnissen wie denjenigen der 13 Zentren der „Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR), which have achieved their greatest success to date with the development of high-yielding types of wheat and rice (Green Revolution). Research into crops, livestock and other natural resources and farming systems suitable for arid and semi-arid regions deserves increased support in view of the critical situation in sub-Saharan Africa.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135319.

<sup>47</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone am 1. Mai 1985; Dok. 108.

## 185

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Özal in Ankara

VS-vertraulich

9. Juli 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Turgut Özal am 9. Juli 1985<sup>2</sup> in Ankara<sup>3</sup>

Der *Bundeskanzler* schlug eingangs vor, in dem Vier-Augen-Gespräch vorwiegend die bilateralen Fragen zu behandeln. Über die allgemeinen politischen Fragen könne man beim Abendessen sprechen.<sup>4</sup>

MP *Özal* stimmte dem zu und schlug vor, einige Fragen durch eine Arbeitsgruppe zu vertiefen.

Der *Bundeskanzler* erklärte, er halte es ohnehin für erforderlich, eine Arbeitsgruppe zu beauftragen, die das Gespräch über die bilateralen Fragen fortsetze. Diese Arbeitsgruppe könne im September dieses Jahres zusammentreten.

Der Bundeskanzler fuhr fort, er wolle zunächst einige allgemeine Bemerkungen im Anschluß an die vorhergegangenen Gespräche<sup>5</sup> machen. Zunächst wolle er noch einmal ausdrücklich feststellen, daß die Bundesregierung an einem Erfolg der jetzigen türkischen Regierung und von Ministerpräsident Özal persönlich sehr interessiert sei. Die internationale Lage lege eine enge deutsch-türkische Zusammenarbeit nahe. Zwischen der Türkei und Deutschland gebe es alte Beziehungen, die wir sorgsam pflegen müßten. Die Deutschen hätten nicht vergessen, daß die Türkei immer zu ihnen gestanden hat. Beide Länder seien zudem Mitglieder der NATO. Die Türkei habe eine geopolitisch wichtige Stellung. Die Lage in der Region sei schwieriger geworden. Hiervon habe er sich vor wenigen Wochen noch in Jugoslawien<sup>6</sup> überzeugen können. Die Entwicklung in Griechenland, das brauche er MP Özal nicht zu sagen, sei nicht erfreulich. Man müsse davon ausgehen, daß die Sowjetunion neue internationale Aktivitäten entfalten werde. In diesem Zusammenhang sei auch die Rolle Chinas wichtig. Über all diese Fragen könne man heute abend weitersprechen.

Auf die bilateralen Beziehungen eingehend, erklärte der Bundeskanzler, von den 1,8 Millionen Türken in der EG befänden sich rund 1,4 Millionen in der

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 12. Juli 1985 gefertigt.

Am 17. Juli 1985 übermittelte Bundesminister Schäuble die Gesprächsaufzeichnung „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ an Bundesminister Genscher und teilte mit: „Bei der zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Özal beschlossenen Einsetzung einer Arbeitsgruppe bitte ich Sie, auch Vertreter von BMI und BMA zu beteiligen.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14153 (010); B 150; Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „10. Juli 1985“.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Juli 1985 in der Türkei auf. Vgl. dazu auch Dok. 188.

<sup>4</sup> Ministerpräsident Özal gab am 9. Juli 1985 ein Abendessen zu Ehren des Bundeskanzlers Kohl.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Kohl führte am 5. September 1984 ein Gespräch mit Ministerpräsident Özal. Vgl. AAPD 1984, II, Dok. 229.

Am 16. April 1985 fand eine weitere Unterredung zwischen Kohl und Özal statt. Vgl. Dok. 92.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Jugoslawien vom 4. bis 6. Juni 1985. Vgl. dazu Dok. 145 und Dok. 147.

Bundesrepublik Deutschland. Dies habe Vor-, aber auch Nachteile. Wir sollten über die hieraus resultierenden Probleme offen unter Freunden reden. In jedem Falle könne man sie nur gemeinsam lösen, wobei jede Seite ihre innenpolitischen Zwänge berücksichtigen müsse. Weitere Themen aus dem bilateralen Bereich könnten die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik sein.

MP *Özal* erklärte sich mit der Behandlung dieser drei Fragen einverstanden und schilderte zunächst die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei. Dank der durchgreifenden Reformen in den letzten 1 1/2 Jahren zeichne sich eine ständige Besserung ab. Obwohl die Türkei nur wenig Erdöl habe und daher auf Erdölimporte angewiesen sei, gäbe es zur Zeit keine Devisenprobleme wie zu Anfang der 80er Jahre. Die Exporte seien in den ersten drei Monaten 1985 zunächst leicht zurückgegangen, aber im Mai um 26 % gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres gestiegen. Er sei überzeugt, daß man zum Jahresende eine Gesamtsteigerung der Exporte von 10 % gegenüber 1984 erreichen werde – und zwar zu Dollarpreisen. Auch die Inflation sei im Rückgang begriffen.

In der türkischen Innenpolitik betätigten sich derzeit sechs Parteien, vier davon könnten dem linken, zwei dem rechten Spektrum zugerechnet werden. Bald werde eine weitere Linkspartei unter dem Vorsitz von Frau Ecevit gegründet werden.<sup>7</sup> Bei den nächsten Wahlen<sup>8</sup> hoffe er, daß seine Partei mindestens 40 % der Stimmen erhalten werde. Dies bedeute, daß er dann noch weitere fünf Jahre die Regierungsverantwortung tragen werde.

Es gebe für die Türkei Probleme in bezug auf ihre Verteidigungsfähigkeit. Vom Standpunkt der NATO sei die Bedeutung der Türkei stark gestiegen. Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß sich an der Grenze der Türkei der Krieg Iran/Irak abspiele. Die Entwicklung im Libanon werde immer gefährlicher. Er gehe auch davon aus, daß im Verhältnis zu Griechenland neue Probleme auf die Türkei zukämen. Wenn man Papandreou zügeln (zum Schweigen bringen) wolle, müsse man die Türkei stark machen. Leider habe das US-Waffen-Embargo<sup>9</sup> die

<sup>7</sup> Der ehemalige Ministerpräsident Ecevit legte im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 21. Februar 1985 dar, er verfolge „nunmehr seit 1 1/2 Jahren den Plan, eine Demokratische Linkspartei zu gründen“. Jedoch müsse er sich „seine politische Funktionsfähigkeit erhalten. Deshalb vermeide er selbst jede direkte politische Betätigung, sondern überlasse diese seiner Frau. Sie habe eine neue Organisation mit völlig neuen Leuten aufgebaut.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206, Bd. 151033.

Botschafter Negwer, Ankara, berichtete am 24. Juni 1985, die neben der Mutterlandspartei des Ministerpräsidenten Özal bestehende Opposition sei „z. Zt. zersplittert: Rechts: vom Militär ins Leben gerufene DP und ‚Partei des richtigen Weges‘ in der Nachfolge von Demirels Gerechtigkeitspartei; Links: auf das Geheiß des Militärs gegründete Volkspartei, von Parlamentswahl ausgeschlossene SODEP und von Anhängern Ecevits neu zu gründende Links-Partei, deren Gründung für August 85 angekündigt wurde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1119; Referat 206, Bd. 151036.

<sup>8</sup> Die Wahlen zum türkischen Parlament fanden am 29. November 1987 statt.

<sup>9</sup> Nachdem Präsident Ford mehrfach sein Veto gegen Resolutionen des amerikanischen Kongresses eingelegt hatte, wonach die Verteidigungshilfe und der Verkauf von Rüstungsgütern an die Türkei eingestellt werden sollten, bis Fortschritte bei der Lösung des Zypern-Konflikts erzielt seien, unterzeichnete er am 18. Oktober 1974 eine Resolution, wonach die Verteidigungshilfe zum 10. Dezember 1974 ausgesetzt werden sollte. Am 2. Oktober 1975 stimmten Senat und Repräsentantenhaus für eine teilweise Aufhebung der Ausfuhrsperrre. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 357, und AAPD 1975, II, Dok. 226.

Erst am 25. Juli 1978 stimmten der Senat und am 1. August 1978 mit knapper Mehrheit auch das Repräsentantenhaus einer Aufhebung des Waffenembargos gegen die Türkei zu. Vgl. dazu die Auf-

türkische Luftwaffe – vor allem im Vergleich zu Griechenland – stark geschwächt. Weil er sich auf eine starke Luftwaffe verlassen konnte, habe Papandreou bei Regierungsantritt<sup>10</sup> Verhandlungen mit der Türkei abgelehnt. Die Türkei habe Papandreou laufend den „Olivenzweig“ hingehalten. Er habe jedoch alle Gesprächsangebote glatt abgelehnt. Er, Özal, habe Papandreou ein Abkommen vorgeschlagen, das u. a. Grenzgarantien vorsah.<sup>11</sup> Er habe die Bereitschaft zu einem Zusammentreffen mit Papandreou erklärt und diesem ausdrücklich die Wahl von Zeitpunkt und Ort überlassen. Auch das sei auf Ablehnung gestoßen.

Die türkische Wirtschaft werde durch die Verteidigungsausgaben stark belastet. Es sei der Türkei praktisch nicht möglich, die vorhandenen Streitkräfte aus eigenen Mitteln zu erhalten.<sup>12</sup> Die modernen Waffensysteme würden laufend teurer. Es gebe daher für die Türkei nur zwei Auswege:

- Entweder müsse sie die Waffen im eigenen Land herstellen und zum Teil exportieren oder
- man müsse eine neue Bewertung (des Verteidigungspotentials?) vornehmen.

Die türkischen Generäle verlangten, daß eine Panzerdivision mit dem deutschen Modell „Leopard“ ausgerüstet werde. Sie wünschten ferner eine Erhöhung der deutschen Verteidigungshilfe auf 250 Mio. DM. 1979/1980 habe die Türkei eine Rüstungssonderhilfe in Höhe von 600 Mio. DM erhalten. Die Militärs drängten jetzt auf eine ähnliche Aktion.<sup>13</sup>

Amerikanische Generäle hätten nach einer entsprechenden Überprüfung erklärt, die Türkei benötige für eine Modernisierung ihrer Streitkräfte insgesamt rund 1,2 Mrd. US-Dollar. Obwohl die Amerikaner dies festgestellt hätten, sei es nicht gelungen, von ihnen selbst mehr Hilfe zu erhalten. Im übrigen wolle er bemerken, daß die amerikanische Hilfe aus Handelskrediten bestehe, die die Türkei sehr stark belasteten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 981*

zeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heibach vom 3. August 1978; Referat 203, Bd. 115911.

<sup>10</sup> Die Regierung des Ministerpräsidenten Papandreou wurde am 21. Oktober 1981 vereidigt.

<sup>11</sup> Zum Vorschlag des Ministerpräsidenten Özal vom 5. April 1985 für einen Freundschaftsvertrag mit Griechenland vgl. Dok. 92, Anm. 20.

<sup>12</sup> Der türkische Verteidigungsminister Yavuztürk führte am 9. Juli 1985 im Gespräch mit Bundeskanzler Kohl in Ankara aus, „die Türkei verfüge über eine Brigade von Leopard I, d. h. 77 Panzer. Die anderen Brigaden seien mit M 48 ausgerüstet. Insgesamt gebe es sechs solche Brigaden. Die türkische Armee habe 800 000 Mann unter Waffen, dabei seien allerdings 60 000 Mann Gendarmerie mit einbegriffen. Schwierigkeiten gebe es bei der Modernisierung der Ausrüstung der Truppe. 26 % des türkischen Haushalts gehe in die Verteidigungsausgaben. Das seien 6 % des Bruttosozialprodukts. Die Wehrpflichtdauer betrage 18 Monate, wobei die türkischen Soldaten keinen Sold erhielten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206, Bd. 151036.

<sup>13</sup> Zur Verteidigungshilfe für die Türkei und zur Rüstungs-sonderhilfe für die Jahre 1980 bis 1983 vgl. Dok. 92, Anm. 21.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 10. Juni 1985 dar, daß Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, bei seinem Besuch vom 28. bis 30. Mai 1985 in der Türkei folgende Wünsche vorgetragen worden seien: „Erhöhung der NATO-V[erteidigungs]H[ilfe]-Tranchen von 130 Mio. auf 250 Mio. DM; Verkürzung der Tranchenlaufzeit von 18 auf 12 Monate; Herausnahme der logistischen Unterstützung Transall aus der VH (z. Z. 45 Mio. DM pro Tranche); Gewährung einer Rüstungs-sonderhilfe von 1 Mrd. DM zur Deckung des Sofortbedarfes der türkischen Streitkräfte; ein Programm (mittel-/langfristig) zur Modernisierung der Streitkräfte mit einem geschätzten Volumen zwischen 35 und 50 Mrd. DM.“ Vgl. Referat 206, Bd. 151033.

Die türkischen Generäle hätten damit begonnen, die Luftwaffe zu modernisieren, jetzt wollten sie vor allem neue Panzer – das alles belaste den türkischen Staatshaushalt. Er sei sich im klaren darüber, daß die USA und die Bundesrepublik Deutschland den türkischen Bedarf nicht voll decken könnten. Aber er wolle doch darauf hinweisen, daß die Kosten für eine türkische Panzerdivision nur ein Zehntel der Kosten einer amerikanischen oder deutschen Division erfordere. Im Sinne der NATO sei dies (d.h. die Ausrüstung einer türkischen Panzerdivision) also sehr wirtschaftlich.

Er habe die Lage auch den Amerikanern dargestellt<sup>14</sup> und darauf hingewiesen, daß die Türkei unter den jetzigen Umständen möglicherweise gezwungen sein könnte, die Modalitäten für die dieses Jahr auslaufenden Abkommen, in denen u. a. die Unterhaltung amerikanischer Basen geregelt sei<sup>15</sup>, zu überdenken.

Es gäbe verschiedene Wege, um der Türkei wirtschaftlich unter die Arme zu greifen. Man müsse jetzt nach Möglichkeiten suchen, um die Verteidigungsfähigkeit der Türkei zu stärken und gleichzeitig ihre Wirtschaft zu fördern.

Seine Überlegungen gingen dahin, verstärkt Waffensysteme in der Türkei – gemeinsam – zu produzieren und einen Teil der Produktion dann zu exportieren. Die Bundeswehr und die US-Streitkräfte sollten dann auch in der Türkei kaufen.

Auf die wirtschaftliche Lage zurückkommend, erklärte MP Özal, deutsches Kapital stehe unter den Auslandsinvestitionen in der Türkei an erster Stelle. Es gebe, wie er wisse, einige Industriezweige in der Bundesrepublik Deutschland, die nicht mehr wirtschaftlich arbeiten könnten. Wenn die entsprechenden Betriebe in die Türkei verlagert würden, so sei dies auch von Vorteil für die deutsche Wirtschaft. Dies hätte auch günstige Folgen für die Lösung des Problems der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Die Türkei sei gerne bereit, alles zu tun, um die Anlage deutschen Kapitals in der Türkei zu fördern. Bevor er zu der Arbeitnehmerproblematik im einzelnen Stellung nehme, wolle er gerne die Ansicht des Bundeskanzlers zu diesen Fragen kennen.

Der *Bundeskanzler* erklärte zur verteidigungspolitischen Zusammenarbeit, diese entspreche sowohl einem deutschen als auch einem Interesse der NATO. Die amerikanische Bewertung der türkischen Streitkräfte sei interessant, aber die Amerikaner könnten in diesem Bereich auch mehr tun.

MP Özal warf ein, die USA gewährten Ägypten mehr Militärhilfe als der Türkei.<sup>16</sup> Der *Bundeskanzler* erwiderte, dies finde er nicht klug. Möglicherweise hänge dies auch mit der internationalen Verdächtigung der Türkei zusammen. Dieses Problem habe er allerdings auch zu Hause.

<sup>14</sup> Ministerpräsident Özal hielt sich vom 1. bis 5. April 1985 in den USA auf.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Regierungsabkommens vom 29. März 1980 zwischen der Türkei und den USA über Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Wirtschaft, das am 18. Dezember 1980 in Kraft trat, sowie der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 2305, S. 207–447.

<sup>16</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 3. Juli 1985: „Seit Regierungsantritt Präsident Reagans haben die USA ihre Militärhilfe weit mehr als verdoppelt (1981: 252,8 Mio. Dollar; 1985: 704 Mio. Dollar). Die Türkei ist damit nach Israel und Ägypten der drittgrößte Empfänger amerikanischer Militärhilfe. [...] Die Administration lehnt die zusätzlichen Forderungen der türkischen Regierung – diese hält jährliche Militärhilfefzahlungen von 1,2 bis 1,5 Mrd. Dollar für notwendig und angemessen – ab und verweist darauf, daß sich solche Forderungen auch im Kongreß nicht durchsetzen ließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3326; Referat 206, Bd. 151036.

Er müsse jedoch zunächst klar feststellen, daß die Erwartungen auf Erhöhung der Verteidigungshilfe auf 250 Mio. DM angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Bundesrepublik Deutschland nicht zu erfüllen seien. Wenn er das richtig verstanden habe, wolle die Türkei vor allem eine weitere Sonderhilfe. Wenn dem so sei, müsse man sich zunächst über die Schwerpunkte einigen, die Details könnten dann später durch die von ihm vorgeschlagene Arbeitsgruppe – in der auf deutscher Seite die Staatssekretäre der beteiligten Ressorts – AA, Verteidigung, Finanzen, Wirtschaft, Wirtschaftliche Zusammenarbeit – vertreten sein würden, behandelt werden.<sup>17</sup> Er sei bereit, in dieser Frage etwas zu bewegen.

MP *Özal* erwiderte, in der Tat solle der Schwerpunkt auf einer Sonderhilfe liegen. Dabei sei das Hauptanliegen, eine Panzerdivision mit dem deutschen Modell „Leopard“ auszurüsten. Außerdem habe man ihm gesagt, daß die Transall-Produktion in Deutschland demnächst auslaufen werde. Er wisse nicht, ob das zutreffe. Vielleicht sei es aber möglich, diese Produktion in die Türkei zu verlagern. Das sei ihm so vorgeschlagen worden. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß von der Verteidigungshilfe in Höhe von 130 Mio. DM, die die Türkei seit 1979 erhalte, 40 Mio. DM für Ersatzteile der Transall verbraucht würden.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, er sehe also richtig, daß die Ausrüstung einer Panzerdivision mit dem „Leopard“ die erste Priorität sei, und fragte, ob diese Panzer ausschließlich für die Türkei bestimmt sein würden.

MP *Özal* bejahte dies.

Der *Bundeskanzler* erklärte, er habe von einem Auslaufen der Transall-Produktion nichts gehört, er werde dies aber prüfen lassen.

MP *Özal* fügte hinzu, er habe von dieser Absicht in einem Brief erfahren. Die Firma MBB plane diesen Schritt, weil sie durch die Tornadoproduktion stark ausgelastet sei.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, in jedem Fall müsse man aber eine Kostenanalyse machen.

<sup>17</sup> Staatssekretär Ruhfus, z. Z. Istanbul, informierte am 10. Juli 1985 darüber, daß Bundeskanzler Kohl im Vier-Augen-Gespräch mit Ministerpräsident Özal am Vortag vereinbart habe, „die wichtigsten deutschen und türkischen Anliegen von einer hochrangigen Arbeitsgruppe zusammenhängend als Paket“ behandeln zu lassen. Vor dem Abflug des Bundeskanzlers am 10. Juli von Ankara nach Istanbul seien er, Ruhfus, und der Staatssekretär im türkischen Außenministerium, Tecel, mit den Vorbereitungen für eine Zusammenkunft im September 1985 beauftragt worden. Die Arbeitsgruppe solle von deutscher Seite die Staatssekretäre Ruhfus, von Würzen (Bundesministerium für Wirtschaft) und Lengl (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit) sowie „Vertreter BK, BMVg und BMF umfassen“ und „folgende Themen behandeln: Probleme im Zusammenhang mit der Freizügigkeit im Rahmen des Assoziationsvertrages EG/Türkei (deutsche Anliegen: kein weiterer Zuzug türkischer Gastarbeiter in die Bundesrepublik, dafür Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie der ausländerrechtlichen Stellung der türkischen Gastarbeiter und ihrer Familienangehörigen in Deutschland); Förderung der Reintegration türkischer Gastarbeiter durch deutsch-türkische Maßnahmen [...]; türkische Wünsche für Ausrüstung einer Panzereinheit (Leopard); türkische Wünsche für mögliche Rüstungskooperation bei gepanzerten Fahrzeugen (Leopard und Marder) [...]; Probleme, die sich aus Fragen der Doppelstaatsangehörigkeit für Kinder der Gastarbeiter in der 2./3. Generation ergeben (Wehrpflicht); Meinungsaustausch über die deutschen Investitionsprojekte in der Türkei, die von BK und MP Özal besprochen wurden, sowie mögliche Anliegen im kulturellen Bereich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; VS-Bd. 12971 (203); B 150, Aktenkopien 1985.

Zur Aufnahme der deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche am 5./6. Dezember 1985 vgl. Dok. 338.



MP *Özal* stimmte dem zu, verneinte allerdings die weitere Frage des Bundeskanzlers, ob die Verlagerung der Transall-Produktion die zweite Priorität für die türkische Seite darstelle. Zweite Priorität für die Türkei sei, so MP *Özal*, eine gemeinsame Produktion des „Leopard“ in der Türkei. Unter Bezugnahme auf die in Bonn geführten Gespräche räumte *Özal* jedoch ein, daß der Bundeskanzler ihm bereits erklärt habe, daß ein Re-Export von Panzern gesetzlich nicht möglich sei. Er fügte hinzu, dies gelte aber vielleicht nur für heute, morgen könnte das anders aussehen. In diesem Zusammenhang erwähnte *Özal* das Beispiel der in der Türkei gebauten Mercedes-LKWs, die in den Nahen Osten exportiert würden.

Der *Bundeskanzler* bat sodann noch einmal um Klarstellung, ob die Türkei an den Kampfpanzer „Leopard“ oder an den Schützenpanzer „Marder“ denke.

MP *Özal* erwiderte, zunächst denke man an den „Leopard“, aber auch an den „Marder“.

Der *Bundeskanzler* erklärte, er werde diese Frage genau prüfen lassen, weil er MP *Özal* helfen wolle. Er werde überlegen, ob man im Rahmen einer Sonderhilfe hier etwas tun könne. Er wolle die Frage zunächst zu Hause erörtern. Allerdings könne er sich hierzu erst Anfang September äußern. Er bitte jedoch ausdrücklich darum, daß die Erörterung dieser Frage unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattefinde.

Der Bundeskanzler sagte ferner zu, die Möglichkeit einer Rüstungskooperation zu überdenken sowie die Angaben, die MP *Özal* hinsichtlich der Einstellung der Transall-Produktion gemacht hat, zu überprüfen. Der Bundeskanzler betonte, er könne MP *Özal* nur in einem Schwerpunktbereich helfen, nicht bei drei oder vier verschiedenen Vorhaben gleichzeitig.

MP *Özal* stellte noch einmal klar, er habe die Transall nur als Beispiel genannt; er lege mehr Wert auf eine Koproduktion bei Panzern.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß wir auf diesem Bereich besondere Probleme hätten, die sich die türkische Seite vor Augen halten müsse.

MP *Özal* fragte sodann, ob die Bundesregierung Möglichkeiten sehe, die Anlage deutschen Privatkapitals in der Türkei stärker zu fördern oder zumindest anzuregen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, anregen könne man dies, fördern jedoch nicht. Es gebe hier nur die Möglichkeit der Hermes-Bürgschaften, auch dies nur bei bestimmten Projekten.

MP *Özal* erklärte, die Türkei habe ihrerseits mit dem Doppelbesteuerungsabkommen<sup>18</sup> und dem Investitionsschutzabkommen<sup>19</sup> eine gute Grundlage für verstärkte Auslandsinvestitionen geschaffen.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 16. April 1985 zwischen der Bundesrepublik und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 867–884.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 20. Juni 1962 zwischen der Bundesrepublik und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Protokoll, Brief- und Notenwechseln vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1194–1212.

Der *Bundeskanzler* verwies auf die positive Entwicklung des bilateralen Handels und erklärte, was er tun könne, um das Klima für Privatinvestitionen zu verbessern, werde er tun. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Investitionsseminare. Gleichzeitig wies der Bundeskanzler allerdings darauf hin, daß die Kampagne gegen die Türkei auch in diesem Bereich ein Problem darstelle. Dies betreffe die gesamte EG. Er habe auf dem Gipfel in Mailand<sup>20</sup> das Problem Türkei angesprochen und davor gewarnt, die Türkei in eine Sackgasse zu manövrieren. Aber hier gebe es bekanntlich spezifische Probleme, er erwähne nur die besonderen Beziehungen zwischen Paris und Athen. In der EG, aber auch im Europarat, vertrete die Bundesregierung die Sache der Türkei. Gleichzeitig wolle er aber anmerken, daß jeder Fortschritt im Bereich der Demokratisierung auch die türkischen Chancen für mehr Auslandsinvestitionen erhöhe. Der Bundeskanzler wies sodann darauf hin, daß die Türkei mit den Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland, die als besonders tüchtig gelten, ein wichtiges Kapital habe. Die deutschen Unternehmer, die in der Türkei investieren, könnten hierauf zurückgreifen. Wirtschaftspolitische Erfolge, fügte der Bundeskanzler hinzu, könne man nicht über Nacht erzielen.

MP *Özal* warf ein, die Bürger erwarteten aber Wunder.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu und wies auf die Lage in der Bundesrepublik Deutschland hin. Die Bundesregierung habe zwar große Erfolge vorzuweisen – die niedrigste Inflationsrate der Welt, niedrige Zinsen, Wirtschaftswachstum –, aber es gebe das moralische Problem, daß viele Leute sich an ein großzügiges Sozialsystem gewöhnt hätten, die Einsicht in die Notwendigkeit eigener Leistung jedoch verloren gegangen sei.

Der Bundeskanzler bekräftigte nochmals, daß er MP *Özal* bei seinen Bemühungen um mehr deutsche Investitionen unterstützen werde. Er habe nicht ohne Grund zehn wichtige deutsche Unternehmer und zwei Gewerkschaftsvertreter in seine Delegation aufgenommen. Außerdem werde der mitreisende parlamentarische Staatssekretär des BMWi über die Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere auch über eine Reihe zur Diskussion stehender Einzelprojekte mit seinem türkischen Kollegen sprechen.<sup>21</sup>

MP *Özal* erklärte, wenn es gelinge, die Kooperation in einigen Industriezweigen zu stärken, so sei dies für beide Seiten vorteilhaft. Man solle aber Industriezweige auswählen, die – wegen der niedrigen Lohnkosten in der Türkei – arbeitsintensiv sind.

Der *Bundeskanzler* schlug sodann vor, über die Frage der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen. Er wolle zunächst feststellen, daß hierüber viel Falsches von den – deutschen und türkischen – Me-

<sup>20</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>21</sup> Über sein Gespräch mit dem Leiter des türkischen staatlichen Planungsamtes am 9. Juli 1985 in Ankara berichtete Staatssekretär von Würzen im Delegationsgespräch am folgenden Tag, Staatssekretär Yusuf Özal habe angekündigt, daß die „Inflation wieder sinken, Exportauflagen künftig nicht mehr angewendet werden (rechtsförmliche Beseitigung ins Auge gefaßt), Patentregeln sowie einige andere hemmende Regelungen verbessert werden. Förderlich wäre auch Durchführung einiger Projekte mit deutschen Firmen, die in TUR z. Zt. mit Fertigungen vertreten und zu Technologietransfer in der Lage sind: z. B. Ölleitung Irak–Türkei, Kraftwerk Hamitabad, Nahverkehrssystem Istanbul.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2 des Vortragenden Legationsrats Spohn, z. Z. Istanbul, vom 10. Juli 1985; Referat 206, Bd. 151036.

dien in Umlauf gesetzt werde. Auch die Diskussion im Bundestag werde hiervon beeinflusst. Es lebten derzeit 4,3 Mio. Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, davon seien ca. 1,4 Mio. Türken. Dies sei auf die Dauer nicht durchzuhalten. Kein anderes europäisches Land habe ein vergleichbares Problem.

Mit den Türken sei das Problem besonderer Art, weil hier zwei verschiedene, auch religiös unterschiedlich geprägte Kulturen aufeinanderstießen. Der einzelne Türke habe zwar keine Probleme mit dem einzelnen Deutschen, aber es gebe beispielsweise Probleme in Schulen, wo manchmal mehr türkische als deutsche Kinder säßen. Der Bundeskanzler erwähnte, daß er vor türkischen Journalisten den Vergleich zu einer Stadt in Anatolien mit 100 000 Einwohnern hergestellt habe, in der sich plötzlich 10 000 Deutsche niederließen und eigene Schulen (Klosterschulen) gründeten. Hier lägen die Probleme. Deutschland sei kein Einwanderungsland und könne es auch nicht werden. Er wolle dieses Problem aber gemeinsam und auf eine Weise lösen, daß die deutsch-türkische Freundschaft nicht daran zerbreche.

Als nächstes müsse man sich des Problems des Assoziationsvertrages zwischen der Türkei und der EG<sup>22</sup> annehmen. Für die Bundesregierung sei die volle Freizügigkeit inakzeptabel.<sup>23</sup> Man müsse daher eine pragmatische Lösung suchen. Dies sei ein ganz wesentlicher Punkt.

Sodann müsse man überlegen, was man tun könne, um bei der Reintegration behilflich zu sein. Er habe von türkischen Überlegungen zur Schaffung eines Industrialisierungsfonds für kleinere und mittlere Unternehmen gehört. Man habe ihm gesagt, es handele sich um etwas Ähnliches wie seinerzeit der ERP-Fonds<sup>24</sup>, der in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland ins Le-

<sup>22</sup> Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 in Ankara ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–579.

Am 23. November 1970 wurde ein Zusatzprotokoll für die Übergangsphase der Assoziation unterzeichnet, das in Artikel 36 die schrittweise Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen dem Ende des 12. und dem Ende des 22. Jahres nach dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. September 1963 vorsah. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 393.

<sup>23</sup> In einer am 9. Juli 1985 an die mitreisenden Journalisten verteilten Information erläuterte das Presse- und Informationsamt: „EWG und Türkei haben in ihrem Assoziierungsabkommen vereinbart, sich von den Art[ikeln] 48, 49 und 50 EWG-Vertrag leiten zu lassen, um untereinander bis zum 1.12.1986 die Freizügigkeit der Arbeitnehmer schrittweise herzustellen. Daraus leiten wir, d.h. die Bundesregierung und die EG-Kommission ab, daß keine Verpflichtung besteht, die Freizügigkeit, wie sie innerhalb der Gemeinschaft gilt, in gleicher Weise auf die Assoziierung mit der Türkei zu übertragen. Vielmehr läßt das ‚Leitenlassen‘ einen Spielraum in der Gestaltung der Freizügigkeit offen. Die Türkei ist allerdings anderer Ansicht. Sie leitet aus dem Abkommen die volle Freizügigkeit ab, ist aber zum zeitlichen Aufschub bereit. [...] Die Assoziationsvereinbarungen EG – Türkei begründen keine unmittelbaren Rechte für türk[ische] Arbeitnehmer. Diese Vereinbarungen müssen erst noch umgesetzt werden. Dazu bedarf es eines einvernehmlichen Assoziationsrats-Beschlusses zwischen der EG und der Türkei.“ Die Bundesregierung wolle „zu einer pragmatischen und vor allem abschließenden Klärung“ gelangen. Vgl. Referat 206, Bd. 151036.

<sup>24</sup> Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität ein Hilfsprogramm für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft vor. Im Rahmen des nach ihm auch „Marshall-Plan“ genannten European Recovery Program (ERP) flossen in den Jahren 1948 bis 1952 ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

ben gerufen worden sei. Für den Industrialisierungsfonds würden beide Seiten Mittel bereitstellen. Welche Bewandnis habe es damit?

MP *Özal* erwiderte, es handele sich im Grunde genommen um ein altes Programm. Bei den auf diesem Gebiet tätigen Institutionen handele es sich um die staatliche Entwicklungsbank DESIYAB und die staatliche Volksbank. DESIYAB habe jetzt den Vorschlag gemacht, einen Industrialisierungsfonds zu schaffen, aus dem zumeist von türkischen Heimkehrern gegründete Klein- und Mittelbetriebe saniert werden könnten. Soweit deutsche Leistungen für diesen Fonds erbeten würden, könnten diese dadurch bereitgestellt werden, daß wir auf die Rückzahlung von früher gewährten Krediten verzichteten und der Gegenwert in türkischen Pfunden dem Fonds zugute komme. MP *Özal* wies ausdrücklich darauf hin, daß aus diesem Fonds auch kleinere deutsche Betriebe Kredite erhalten könnten, die sich in der Türkei niederlassen wollten.

Der *Bundeskanzler* erklärte, die mit diesem Fonds verknüpfte Industrialisierung könnte auch ein Anreiz für in der Bundesrepublik Deutschland lebende türkische Arbeitnehmer sein, in die Türkei zurückzukehren. Man schlage sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe: Einmal stärke man die türkische Industriestruktur, zum anderen schaffe man Arbeitsplätze für türkische Arbeitnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland.

MP *Özal* fügte hinzu: Und drittens schaffe man Anreize für deutsche Direktinvestitionen.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob die Durchführung einer solchen Maßnahme – soweit sie eine Rückführung türkischer Arbeitnehmer bewirke – innenpolitische Schwierigkeiten in der Türkei verursachen könne.

MP *Özal* verneinte dies.

Der *Bundeskanzler* erklärte sodann, auch diese Problematik könnte durch die hochrangige Arbeitsgruppe behandelt werden.

MP *Özal* stimmte dem zu und erklärte, wichtig sei insbesondere der Gedanke, daß deutsche Unternehmer von dem Fonds profitieren könnten. Dem käme auch deswegen Bedeutung zu, weil deutsches Know-how in der Gründungsphase besonders wichtig sei und gewährleiste, daß ein neuer Betrieb auf Dauer auch wirtschaftlich arbeite.

Der *Bundeskanzler* betonte, ihm gefalle an diesem Vorschlag, daß er langfristig angelegt sei, strukturelle Verbesserungen bringe und gleichzeitig Fachkenntnisse türkischer Arbeitnehmer aus Deutschland sinnvoll verwerte. Letzteres sei auch psychologisch wertvoll im Verhältnis beider Länder.

Der *Bundeskanzler* sprach sodann die Problematik der Rückkehrregelung an, wobei er unterstrich, daß er dies nur unter vier Augen tun wolle und eine Antwort „unter Freunden“ erwarte.

Diese Regelung, bei der die Rentenansprüche türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland kapitalisiert würden<sup>25</sup>, sei in der Türkei auf Kri-

<sup>25</sup> Das Gesetz vom 28. November 1983 zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (Rückkehrhilfegesetz) sah für arbeitslose ausländische Arbeitnehmer, die bis zum 30. Juni 1984 einen Antrag stellten, die Möglichkeit einer Rückkehrhilfe in Höhe von 10 500 DM zuzüglich 1500 DM für jedes zurückkehrende Kind vor. Vorgesehen war ferner die Beratung dieser Personen über „Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung einschließlich der Gründung einer selbständigen Exi-

tik gestoßen. Er wolle daher unverbindlich fragen, ob MP Özal es für politisch möglich halte, noch einmal eine vergleichbare Aktion durchzuführen.

MP Özal erwiderte, diese Frage, die man auch bei der Sitzung im September besprechen könne, könne er mit Ja und Nein beantworten.

Der *Bundeskanzler* wollte wissen, ob das bedeute, daß wir im Rahmen eines Gesamtpaketes mit einer positiven Antwort rechnen könnten.

MP Özal erklärte ausweichend, dies könne er nicht auf Anhieb beantworten, der Bundeskanzler könne aber überzeugt sein, daß er bereit sei, ihm seine Sorgen abzunehmen. Das bedeute, er sei zu einer praktischen Lösung bereit. Diese Lösung dürfe beide Seiten politisch nicht beeinträchtigen. Man könne gemeinsam eine Formulierung finden, die die Öffentlichkeit in beiden Ländern nicht beunruhige. Wenn der Bundeskanzler einen Mitarbeiter aus seiner Delegation benennen wolle, so könne man bereits jetzt über diese Frage sprechen. Für die türkische Seite stünde der Sozialminister<sup>26</sup> zur Verfügung.

Der *Bundeskanzler* erklärte, er ziehe es vor, einen Beauftragten für diese Frage in die Türkei zu schicken. Er habe bewußt davon abgesehen, den zuständigen Fachminister<sup>27</sup> mitzunehmen, weil dies als Signal in der Öffentlichkeit verstanden worden wäre.

Der Bundeskanzler faßte sodann noch einmal zusammen: Die wichtigste Frage sei die der Freizügigkeit. Hier werde man sich um eine pragmatische Lösung bemühen. Im Zusammenhang damit werde man – gewissermaßen in einem Unterkapitel – a) die Frage der Reintegrationsförderung, b) die Frage der Kapitalisierung von Rentenansprüchen behandeln.

(Zu einem späteren Zeitpunkt einigen sich jedoch der Bundeskanzler und MP Özal darauf, die Frage b) nicht durch die Arbeitsgruppe, sondern durch die zuständigen Fachminister behandeln zu lassen.)

MP Özal stellte die Frage, ob von der Kapitalisierung nur die Arbeitnehmeranteile betroffen seien.

Der *Bundeskanzler* bejahte dies.

MP Özal bemerkte daraufhin, dies beeinträchtige die Attraktivität des Angebots; für die türkischen Arbeitnehmer sei es dann wesentlich reizvoller, bis zur Auszahlung der Rentenansprüche in Deutschland zu bleiben, zumal in die Rente noch die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt einfließen. Er frage daher, was mit den Arbeitgeberanteilen geschehe.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß rund 93 000 Anträge gestellt und entschieden worden seien. Im Durchschnitt seien 21 000,- DM gezahlt worden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 988*

stenz in den Heimatländern“. Rückkehrwillige Personen konnten sich außerdem geleistete Beiträge zur Rentenversicherung, zur betrieblichen Altersvorsorge und zu staatlich begünstigten Spareinlagen zurückerzahlen lassen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil I, S. 1377–1380.

Ministerialdirigent Jelonek vermerkte am 7. Juni 1985, Bundeskanzler Kohl habe mit Bundesminister Blüm und Staatssekretär Meyer-Landrut „über eine mögliche neue Aktion zur Rückkehr weiterer türkischer Gastarbeiter in ihre Heimat gesprochen. Angesichts der deutschen Arbeitsmarktsituation bestehe großes Interesse an einer weiteren Ausdünnung der türkischen Gastarbeiter. BM Blüm habe darauf hingewiesen, daß die gesetzlichen Möglichkeiten z. Zt. erschöpft seien.“ Vgl. Referat 206, Bd. 151033.

<sup>26</sup> Mustafa Kalemli.

<sup>27</sup> Norbert Blüm.

MP Özal gehe bei seiner Rechnung davon aus, daß die Betroffenen das Rentenalter (62 Jahre) erreicht und bis zu diesem Zeitpunkt auch gearbeitet hätten. Dies sei aber nicht typisch.

MP Özal stellte demgegenüber fest, wenn die 93 000 türkischen Arbeitnehmer darüber aufgeklärt worden wären, daß ihnen nur die Arbeitnehmeranteile ausgezahlt würden<sup>28</sup>, wäre mindestens die Hälfte in Deutschland geblieben. Er nehme daher an, daß diese Leute aus anderen Motiven sich für eine Rückkehr in die Türkei entschlossen hätten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, man müsse das Problem auch aus der Sicht der Arbeitslosen sehen, und er wolle daher noch einmal fragen, ob MP Özal eine Chance für eine zweite Aktion sehe.

MP Özal erwiderte, wenn es gelinge, eine Lösung zu finden, die den Erwartungen der türkischen Arbeitnehmer entgegenkomme, so glaube er nicht, daß dies politische Schwierigkeiten bereiten werde.<sup>29</sup>

MP Özal fragte abschließend noch einmal, ob der Bundeskanzler an eine Fortführung der Verteidigungshilfe in bisheriger Höhe oder an eine Aufstockung denke.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, dieses Problem müsse in dem schon besprochenen Zusammenhang gesehen werden.

Der Bundeskanzler sprach abschließend den Fall der drei sowjetischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit, Boris und Witalij Schmidt und Arthur Schuler, an, die wegen der Entführung einer sowjetischen Verkehrsmaschine in der Türkei zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.<sup>30</sup> Der Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang auf die 800 000 Deutschen, die in der Sowjetunion lebten und deren Übersiedlung ein Dauerthema zwischen den Sowjets und uns sei. Die Flugzeugentführung als solche wolle er nicht entschuldigen, aber die Frage stellen, ob MP Özal irgend etwas tun könne, damit die drei Volksdeutschen vorzeitig aus der Haft entlassen werden könnten.

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „aufgeklärt worden seien, daß ihnen nur die Arbeitnehmeranteile ausgezahlt worden wären“.

<sup>29</sup> Im Anschluß an das Gespräch mit Ministerpräsident Özal traf Bundeskanzler Kohl am 9. Juli 1985 mit dem türkischen Minister für Arbeit und Soziale Sicherheit, Kalemli, zusammen. Dabei führte er aus: „Wir hätten die türkischen Arbeiter ins Land geholt und könnten und wollten sie nicht abschieben.“ Auf die Bemerkung von Kalemli, er freue sich, „daß nicht nochmals der Vorschlag der Rückkehrförderung wiederholt werde, weil er die türkischen Arbeiter benachteilige“, antwortete Kohl, „er teile nicht die Meinung des Ministers“ und habe gerade diese Frage mit Özal besprochen. Zum Thema Reintegration schlug Kalemli vor, man solle „in dieser Richtung denken, wenn man die Rückkehrbewegung fördern wolle. Der türkischen Seite schwebte vor, Berufsschulen aufzubauen wie in Deutschland. Er bitte hierfür um Unterstützung.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206, Bd. 151036.

<sup>30</sup> Am 29. Juni 1985 bat die Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland Bundeskanzler Kohl, sich während seines Aufenthalts in der Türkei für Boris und Witalij Schmidt sowie Arthur Schuler einzusetzen, die am 7. November 1982 ein sowjetisches Passagierflugzeug in die Türkei entführt hätten, da die Ausreisearträge ihrer Familien seit 1974 erfolglos geblieben seien. Nachdem sie um politisches Asyl in der Türkei gebeten und die Ausreise in die Bundesrepublik beantragt hätten, seien sie wegen der Flugzeugentführung inhaftiert und vor Gericht gestellt worden, das sie freigesprochen habe. Dieses Urteil sei jedoch „nach intensivem Druck, den die sowjetische Botschaft auf die Türkei ausübte“, revidiert und in Haftstrafen von acht bzw. neun Jahren umgewandelt worden. Vgl. das Schreiben; Referat 203, Bd. 151062.

MP Özal wies darauf hin, daß es sich bei allen dreien um sowjetische Staatsangehörige handele – der Bundeskanzler warf ein, dies sei ihm bekannt – und die türkischen Richter sich nicht gerne in eine solche Sache reinreden ließen. Er versprach jedoch, den Fall zu prüfen.<sup>31</sup>

**VS-Bd. 14153 (010)**

## 186

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

**209-363.60/2-1777/85 VS-vertraulich**

**9. Juli 1985<sup>1</sup>**

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> mit der Bitte um Zustimmung (Ziff. II. 6)

Betr.: Deutsche NATO-Verteidigungshilfe (VH) für Griechenland;  
hier: Verschiebung der für 13. bis 18. Juli d.J. vorgesehenen Regierungsverhandlungen

Bezug: 201 – 179/85 VS-v (liegt dem Original bei)<sup>3</sup>

#### I. Zusammenfassung

Es wird vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die fortwährenden Irritationen durch die griechische Bündnis- und Außenpolitik die für den 13. bis 18. Juli d.J. vorgesehenen deutsch-griechischen Verhandlungen über Verteidigungshilfe wegen angeblicher Terminschwierigkeiten<sup>4</sup> auf einen noch nicht festgelegten Termin zu verschieben<sup>5</sup>.

#### II. Im einzelnen

1) In Absprache mit der griechischen Seite ist für die Zeit vom 13. bis 18. Juli d.J. die Reise einer sieben Mitglieder umfassenden, sich aus Vertretern des AA,

<sup>31</sup> Referat 511 vermerkte am 2. Dezember 1985, daß das Einbürgerungsverfahren für die Gebrüder Schmidt und Arthur Schuler inzwischen positiv abgeschlossen sei und damit die Möglichkeit bestehe, „die drei Verurteilten im Wege des Vollstreckungshilfeverkehrs in den deutschen Strafvollzug zu überstellen“. Da jedoch seitens der türkischen Regierung „keine eindeutige Zusage der Nichtauslieferung“ in die UdSSR vorliege und „die drei Volksdeutschen nach Einbürgerung die sowjetische Staatsangehörigkeit nicht verlieren, besteht auch die Gefahr einer Abschiebung in die Sowjetunion grundsätzlich fort“. Vgl. Referat 206, Bd. 151033.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Röhr konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. Juli 1985 vorgelegen, der das Wort „Zustimmung“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Wenn nötig, spreche ich mit StS Ermisch.“

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 9. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent Schauer und Referat 209 verfügte.

Hat Schauer am 10. Juli 1985 erneut vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Röhr am 10. Juli 1985 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11855 (209).

Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vom 6. Februar 1985 vgl. Dok. 32.

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer gestrichen: „abzusagen und“.

<sup>5</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vertagen“.

des BMVg, des BMF und des Bundeswehrbeschaffungsamtes (BWB) zusammensetzenden Delegation nach Athen vorgesehen. Die Leitung der Delegation liegt herkömmlicherweise – obwohl für die Verteidigungshilfe das AA federführend ist – beim BMVg (Ebene: MDg). Bei den Verhandlungen sollen die Fortsetzung der Verteidigungshilfe, Projekte für die nächste (10.) Tranche und der Sachstand der 7. bis 9. Tranche erörtert werden.

Die letzten deutsch-griechischen VH-Verhandlungen fanden vom 17. bis 23. März d. J. in der Bundesrepublik Deutschland statt.

2) Das Verhalten Griechenlands in NATO, EG und EPZ legt es ebenso wie Handlungen und Äußerungen im sicherheitspolitischen Bereich nahe, der griechischen Seite zu signalisieren, daß die Grenze unserer grundsätzlich hohen Toleranzschwelle erreicht ist. Ein solches Signal würde in der Verschiebung der Regierungsverhandlungen<sup>6</sup> auf einen späteren, noch zu benennenden Termin liegen. Angesichts der Bedeutung, welche die deutsche Verteidigungshilfe (DM 70 Mio. pro Tranche von 18 Monaten) für Griechenland hat, würde eine solche – zunächst sine die erfolgende – Verschiebung auch ohne eine Beeinträchtigung der Höhe der Verteidigungshilfe der griechischen Seite verdeutlichen, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, trotz fortwährender Irritationen durch Athen beim „business as usual“ zu bleiben.

3) Seit dem Regierungsantritt von Ministerpräsident Papandreou<sup>7</sup> betreibt Griechenland eine Politik, die wenig Rücksicht auf die Solidarität mit den Partnern in NATO und EPZ nimmt. Erinnert sei u. a.<sup>8</sup>

a) aus dem Bereich der NATO an

- die griechische Forderung nach Garantien gegen die Türkei und die Bekanntgabe des neuen „griechischen Verteidigungsdogmas“ (Dezember 1984)<sup>9</sup>,
- die griechischen Fußnoten zu INF-Passagen in Kommuniqués<sup>10</sup>,
- die Absage der Teilnahme an Manövern in der Ägäis wegen der Lemnos-Frage<sup>11</sup> seit 1982 und die generelle Weigerung, an Manövern teilzunehmen, vom 25. Februar 1985<sup>12</sup>,

<sup>6</sup> Der Passus „in der Verschiebung der Regierungsverhandlungen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Schauer zurück. Vorher lautete er: „in der Absage der Regierungsverhandlungen für den vorgesehenen Zeitpunkt und ihrer Verschiebung“.

<sup>7</sup> Ministerpräsident Papandreou trat sein Amt am 21. Oktober 1981 an.

<sup>8</sup> Die Abkürzung „u. a.“ wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt.

<sup>9</sup> Zur griechischen Verteidigungsdoktrin vgl. Dok. 32, Anm. 6.

<sup>10</sup> Vgl. dazu zuletzt den griechischen Vorbehalt bezüglich Ziffer 6 des Kommuniqués der NATO-Minister rats tagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon; NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 146. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 390.

<sup>11</sup> Zur griechischen und türkischen Bewertung des Status der Insel Lemnos vgl. Dok. 32, Anm. 10.

<sup>12</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte am 1. März 1985 ein Schreiben des griechischen NATO-Botschafters vom 25. Februar 1985 an NATO-Generalsekretär Lord Carrington „und Kollegen im DPC“, in dem Wassilikos die griechische Ablehnung einer Beteiligung an NATO-Übungen in der Ägäis u. a. damit begründete, daß die Planungen nicht mit NATO-Dokumenten in Einklang stünden und die Planer und Kommandeure der NATO „do not comply with the international and national laws, rules, regulations and procedures“. Wieck führte weiter aus: „Diese Begründung ist die bisher schärfste Kritik am Bündnis und trifft in ihrer allgemeinen Form alle Bündnispartner gleichermaßen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 408; Referat 201, Bd. 143338.

Am 22. Juni 1985 bekräftigte Ministerpräsident Papandreou in einer Regierungserklärung, „die Beziehungen zur NATO würden weiterhin von seiner festen Entschlossenheit bestimmt, die natio-



- die Verhinderung der Verabschiedung der Länderkapitel Türkei und Griechenland im Verteidigungsplanungsausschuß durch Notifizierung griechischer Einheiten auf Lemnos (Herbst 1984<sup>13</sup>),
- die Rückberufung griechischer Teilnehmer vom NATO-Defence-College (Januar 1985)<sup>14</sup>,
- b) aus dem Bereich der EPZ und EG an
  - die griechische Haltung bei den Diskussionen um Polen und Afghanistan (1981/82),
  - den Abschluß der KAL-Maschine durch die SU<sup>15</sup> (Behauptung, Maschine sei im Auftrag der CIA geflogen),
  - das griechische Junktim zwischen Süderweiterung und integriertem Mittelmeerprogramm (Dezember 1984)<sup>16</sup>;
- c) aus dem Bereich der Sicherheitspolitik an
  - die griechisch-rumänische INF-Initiative (Dezember 1983)<sup>17</sup>,
  - die kernwaffenfreie Zone (KWFZ)-Initiative (Januar 1984)<sup>18</sup>,
  - die Teilnahme an der Sechs-Staaten-Initiative gegen atomare Rüstung (Mai 1984<sup>19</sup>) und der Erklärung von New Delhi (Januar 1985)<sup>20</sup>,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 992*

nalen griechischen Interessen kompromißlos zu fördern“. Dies betreffe vor allem „das Lemnos-Problem, die Beteiligung an NATO-Manövern und die Errichtung eines Hauptquartiers in Larissa. In all diesen Bereichen werde es keine Fortschritte geben, solange die NATO die griechischen nationalen Rechte nicht anerkenne.“ Vgl. den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Ackermann, Athen, vom 25. Juni 1985; Referat 209, Bd. 130039.

<sup>13</sup> Zur Meldung einer auf der Insel Lemnos stationierten griechischen Einheit im „Defence Planning Questionnaire“ der NATO vgl. Dok. 155.

<sup>14</sup> Zur Abberufung griechischer Lehrgangsteilnehmer und eines wissenschaftlichen Mitarbeiters vom NATO Defence College im Februar 1985 vgl. Dok. 32.

<sup>15</sup> Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 32, Anm. 15.

<sup>16</sup> Zu dem von Griechenland auf der Tagung des Europäischen Rats am 3./4. Dezember 1984 in Dublin hergestellten Junktim zwischen dem EG-Beitritt Portugals und Spaniens und einer Erhöhung der Mittel für die Integrierten Mittelmeerprogramme der EG vgl. Dok. 19.

<sup>17</sup> Präsident Ceauşescu schlug mit Schreiben vom 4. November 1983 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl ein Abkommen über die Nichtanrechnung der britischen und französischen Systeme bei den INF-Verhandlungen und spätere Gespräche darüber unter Einbeziehung von Frankreich und Großbritannien vor, außerdem die Verschiebung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa und den Verzicht auf die Stationierung neuer sowjetischer Systeme. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 330.

In Anknüpfung an diese Vorschläge veröffentlichten Ceauşescu und Ministerpräsident Papandreu am 18. Dezember 1983 in Bukarest eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich für die Einstellung der Stationierung amerikanischer wie sowjetischer Mittelstreckensysteme und die Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen in Genf aussprachen. Am 30. Dezember 1983 richteten Papandreu und Ceauşescu erneut einen entsprechenden Appell an Andropow und Reagan. Vgl. dazu die Meldungen der rumänischen Nachrichtenagentur AGERPRES bzw. der Nachrichtenagentur Reuter vom 31. Dezember 1983 (Bundespresseamt/Ostinformationen); Referat 220, Bd. 128640.

<sup>18</sup> Zur Initiative für eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan vgl. Dok. 155, Anm. 15.

Ministerpräsident Papandreu kündigte am 22. Juni 1985 im griechischen Parlament die „Weiterverfolgung der Initiative einer nuklearfreien Zone“ auf dem Balkan an. Vgl. den Drahtbericht Nr. 473 des Botschaftsrats I. Klasse Ackermann, Athen, vom 25. Juni 1985; Referat 209, Bd. 130039.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung der Präsidenten Alfonsín, de la Madrid und Nyerere sowie der Ministerpräsidenten Gandhi, Palme und Papandreu vom 22. Mai 1984 vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 421f.

<sup>20</sup> Zur Erklärung von Neu Delhi vom 28. Januar 1985 vgl. Dok. 27, Anm. 19.

- den Ausbau der Beziehungen zum WP, Flottenbesuch in der SU (September 1984<sup>21</sup>), Kauf von schwerem Gerät, das auch als Pioniermaterial verwendet werden kann, in der SU (1984/85)<sup>22</sup>.

4) Wir haben uns bisher gegen eine Verweigerung oder Kürzung der Verteidigungshilfe gewandt, da dies das bilaterale Verhältnis zu Griechenland übermäßig belasten würde, Ministerpräsident Papandreou zu unberechenbaren „Trotzreaktionen“ veranlassen könnte und die Südflanke des Bündnisses weiter schwächen müßte (vgl. Bezugsaufzeichnung, S. 10). Diese Argumente gelten auch weiterhin.

Allerdings dürfte der griechischen Seite durch – zum Teil nicht zutreffende – Pressemeldungen bewußt sein, daß es im Bundestag Stimmen gibt, die wegen des griechischen Verhaltens die Verteidigungshilfe in Frage zu stellen beginnen.<sup>23</sup>

Die – unterhalb dieser Schwelle liegende – kurzfristige Verschiebung<sup>24</sup> der Regierungsverhandlungen erscheint demgegenüber als eine angemessene Reaktion auf das griechische Verhalten.

5) Das BMVg hat sich auf Arbeitsebene gegen eine Verschiebung der Verhandlungen ausgesprochen.

Es führt aus, daß die Verhandlungen über die nächste (10.) Tranche der VH noch in diesem Jahr zum Abschluß kommen müssen, um eine ordnungsgemäße Durchführung zu gewährleisten. Die Vorbereitung von Programmen mit spezifisch auf einen Bedarfsträger zugeschnittenen Rüstungsgütern erfordere für die Prüfung des militärischen Nutzens und der technischen Realisierbarkeit, die Verhandlungen mit Firmen und die Vorlage im Bundestag mehr als sechs Monate. Ein Kontakt über diplomatische Kanäle reiche nicht aus, um der Vielzahl der zu klärenden Einzelfragen gerecht zu werden.

Für die laufende (9.) Tranche könne im Haushaltsjahr 1985 ein Betrag von DM 25 Mio. voraussichtlich nicht abfließen, da die griechische Seite die notwendige Infrastruktur nicht bereitgestellt habe. Es sei daher erforderlich, noch im Jahre 1985 Klarheit über die in der 10. Tranche – eigentlich erst ab 1986 – zu finanzierenden Projekte zu gewinnen, um die genehmigten Mittel zugunsten dieser Projekte zu verwenden und so ihre Zurückmeldung zu verhindern.

Aus den Ausführungen des BMVg ergibt sich der Eindruck, daß eine Vertagung der geplanten Verhandlungen um ein bis zwei Monate die Abwicklung der Verteidigungshilfe zwar erschweren, nicht jedoch gänzlich unmöglich machen würde.

Das BMVg hat hilfsweise vorgeschlagen, nicht die gesamte Delegation nach Athen zu entsenden, sondern lediglich einen Arbeitsbesuch von drei Mitarbei-

<sup>21</sup> Zum Besuch des Flaggschiffs der griechischen Marine „Limnos“ vom 10. bis 14. September 1984 in Odessa vgl. Dok. 32, Anm. 20.

<sup>22</sup> Zum Erwerb sowjetischer Großgeräte für den Straßenbau und zum Einsatz sowjetischer militärischer Berater in Griechenland vgl. Dok. 32, Anm. 21.

<sup>23</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des verteidigungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Weiskirch, sowie des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Biehle; Dok. 32, Anm. 30.

<sup>24</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Schauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Absage“.

tern des BMVg/BWB (Delegationsleitung: MDg) vorzusehen. Einem solchen Vorgehen dürfte jedoch die von uns beabsichtigte Signalwirkung nicht zukommen.

6) Es wird daher vorgeschlagen, daß die Botschaft Athen die griechische Seite darüber unterrichtet, daß wegen unvorhersehbarer anderweitiger Verpflichtungen der Delegationsmitglieder die Verhandlungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müßten. Einen neuen Terminvorschlag würden wir zu gegebener Zeit unterbreiten.<sup>25</sup>

i. V. Schauer

VS-Bd. 11855 (209)

## 187

### Ministerialdirigent Keil, z.Z. Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 26**  
**Citissime**

**Aufgabe: 10. Juli 1985, 10.00 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 10. Juli 1985, 09.28 Uhr**

Betr.: Reise des BM nach Korea<sup>2</sup>;

hier: Gespräche mit dem koreanischen MP<sup>3</sup> und dem koreanischen AM<sup>4</sup>

Bezug: Laufende Berichterstattung

1) Nach einem Besuch an der Demarkationslinie in Panmunjon am 6.7.<sup>5</sup> besuchte der BM am 7.7. den Gottesdienst einer koreanischen presbyterianischen Kirche. Das beiden Ländern gemeinsame Schicksal der Teilung sprach der Pfarrer in einem bewegenden Gebet für die Wiedervereinigung beider Länder, insbeson-

<sup>25</sup> Am 10. Juli 1985 wies Ministerialdirigent Schauer die Botschaft in Athen an, „durch den Verteidigungsattaché der griechischen Seite mitzuteilen, daß wegen unvorhersehbarer anderweitiger Verpflichtungen der deutschen Delegationsmitglieder die für die Zeit vom 13. bis 18.7.1985 vorgesehenen deutsch-griechischen Verhandlungen über Verteidigungshilfe auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden müßten.“ Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11855 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 10. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 6. bis 9. Juli 1985 in der Republik Korea (Südkorea) auf.

<sup>3</sup> Lho Shin-yong.

<sup>4</sup> Lee Won-kyung.

<sup>5</sup> Botschafter Kleiner, Seoul, berichtete am 18. Juni 1985, daß gute Aussichten bestünden, die gewünschte Ausnahmegenehmigung für einen Besuch des Bundesministers Genscher in Panmunjom zu erhalten. Panmunjom verdanke „seine Bekanntheit dem Umstand, daß hier die Verhandlungen über den Waffenstillstand gegen Ende des Koreakriegs stattfanden. Heute meint man mit dieser Bezeichnung die dort befindliche gemeinsame Sicherheitszone (Joint Security Area), die inmitten der Demilitarisierten Zone (DMZ) liegt und von den ehemaligen kriegführenden Parteien gemeinsam verwaltet wird.“ Die gemeinsame Sicherheitszone sei für die im Waffenstillstandsabkommen vom 27. Juni 1953 vorgesehene Waffenstillstandskommission und die neutrale Überwachungskommission eingerichtet worden: „Der Konferenzraum, eine Baracke, ist so gewählt, daß die Demarkationslinie mitten durch den Verhandlungstisch verläuft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 261; Referat 341, Bd. 142707.

dere aber Deutschlands an. Schon bei dieser Gelegenheit wurde deutlich, wie stark das Denken der Koreaner, und zwar auch außerhalb der offiziellen Regierungskreise, von der Teilung ihres Landes geprägt ist. Wie ein roter Faden zog sie sich durch alle Gespräche und erschien neben der Liebe zur deutschen Kultur als das für die Koreaner entscheidende Bindeglied zur Bundesrepublik Deutschland.

Die Besichtigung des eindrucksvollen Olympiageländes nach dem Kirchgang war eine geschickte Vorbereitung auf die politischen Gespräche am nächsten Tage, in denen deutlich wurde, welche großen politischen Hoffnungen die koreanische Regierung an die Olympischen Spiele 1988 in Seoul<sup>6</sup> knüpft. Immer wieder wurde der BM gebeten, sein Ansehen und seinen Einfluß in den WP-Staaten geltend zu machen, um deren möglichst vollzählige Beteiligung zu erreichen.

2) Die Gespräche mit dem MP und dem AM verliefen in ausgezeichneter Atmosphäre. Beide eröffneten ihre Gespräche mit Komplimenten an den BM über dessen „Beiträge“ zur freien Welt in den vergangenen Jahren. Sein Besuch 15 Jahre nach dem letzten Besuch des damaligen deutschen Außenministers Scheel<sup>7</sup> sei wegen des gemeinsamen Schicksals der Teilung hoch willkommen.

3) Der BM nahm in seiner Antwort an den MP das gemeinsame Teilungsschicksal auf, das jeder auf seine Weise in den vergangenen Jahrzehnten anzugehen versucht habe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die mit NK<sup>8</sup> aufgenommenen Gespräche<sup>9</sup> zu Fortschritten führen mögen, und betonte, mit welcher Aufmerksamkeit die Bundesregierung die innere und wirtschaftliche Entwicklung des Landes verfolge. Sein Besuch in Korea finde zu einem in jeder Beziehung wichtigen Zeitpunkt statt. Die Begegnung des US-Präsidenten und des GS der KPdSU noch in diesem Jahr<sup>10</sup> schaffe die Möglichkeit, die internationalen Beziehungen zu verbessern. Sie werde gerade auch politische Bedeutung für die beiden geteilten Länder haben. Der BWVG<sup>11</sup> Anfang Mai d. J. habe in seiner po-

<sup>6</sup> Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 fanden in Seoul die XXIV. Olympischen Sommerspiele statt.

<sup>7</sup> Bundesminister Scheel besuchte die Republik Korea (Südkorea) am 15./16. Mai 1970. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 215.

<sup>8</sup> Nordkorea.

<sup>9</sup> Die Botschaft in Seoul berichtete am 13. März 1985, daß die südkoreanische Regierung „Nordkorea im Oktober 1984 Gespräche über Wirtschafts- und Handelsfragen, humanitäre Probleme und Beziehungen im Bereich des Sports“ vorgeschlagen habe: „Die ersten Wirtschaftsgespräche fanden am 15.11.84 statt. Die für Januar 1985 terminierten Rotkreuzgespräche über humanitäre Fragen und die zweite Runde der Wirtschaftsgespräche wurden von Nordkorea Anfang Januar 1985 unter Hinweis auf das bevorstehende amerikanisch-koreanische Manöver ‚Team Spirit 1985‘, das eine Provokation darstelle, abgesagt.“ Vgl. den Politischen Halbjahresbericht; Referat 341, Bd. 142693. Weitere Gespräche fanden am 17. Mai und am 20. Juni 1985 in Panmunjom statt. Botschafter Kleiner, Seoul, teilte am 21. Juni 1985 mit: „Beide Seiten haben Entwürfe für ein Wirtschafts- und Handelsabkommen vorgelegt, die u. a. die Errichtung eines gemeinsamen Süd-Nord-Wirtschaftskoordinierungsausschusses vorsehen“. Von südkoreanischer Seite werde darin, wie schon in den Gesprächen im Mai, ein Tauschhandel vorgeschlagen, die Wiedereröffnung der Eisenbahnlinie von Seoul nach Shinuiju sowie die Öffnung von je zwei Häfen in beiden Staaten für die jeweils andere Seite. Ein weiteres Treffen sei für den 18. September 1985 anberaumt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 270; Referat 341, Bd. 142713.

<sup>10</sup> Am 3. Juli 1985 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Reagan am 19./20. November 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf zusammentreffen werde. Zu dem Treffen vgl. vom 19. bis 21. Noveember 1985 Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>11</sup> Bonner Weltwirtschaftsgipfel.

Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

litischen Erklärung zum ersten Mal die deutsche und die koreanische Teilung ausdrücklich angesprochen.<sup>12</sup> Korea werde schon bald immer stärker in den Mittelpunkt der internationalen Politik und Aufmerksamkeit rücken. Die Herbsttagung dieses Jahres des IMF in Seoul<sup>13</sup>, im nächsten Jahr die Asiatischen<sup>14</sup> und 1988 die Olympischen Spiele trügen hierzu bei. Korea werde gewiß seinen Weg machen. Sein Besuch werde ein neues Kapitel der deutsch-koreanischen Beziehungen aufschlagen, von dem auch international Kenntnis genommen werde.

Bei seinen Ausführungen zu wirtschaftlichen Fragen bemerkte der BM: Korea sei ein Land im wirtschaftlichen Aufbruch, habe seit langem den Status eines Schwellenlandes erreicht und setze zu einem weiteren Sprung auf dem Wege zu einem industrialisierten Lande an. Bei einer Variation dieses Themas beim Staatspräsidenten bemühte sich dieser, anhand von Zahlenmaterial diese Darstellung zu widerlegen („[Wir]<sup>15</sup> sind kein zweites Japan, kein Industrie-, sondern ein Entwicklungsland“). Die Botschaft Seoul wird über das Gespräch mit dem Staatspräsidenten noch gesondert berichten.<sup>16</sup>

Der BM bemerkte, er sei vor dem Gespräch mit dem MP mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft zusammengetroffen und sei über die Vor- und Nachteile der deutschen Wirtschaft in Korea eingehend unterrichtet worden. Danach schien ihm, daß die deutschen Investitionen und der Handelsaustausch zwischen beiden Ländern noch nicht das Niveau erreicht hätten, das sie nach dem Entwicklungsstand Koreas erreichen könnten. Diesbezügliche Hindernisse bei Zöllen, der Gesetzgebung etc. sollten in gemeinsamen Anstrengungen ausgeräumt werden. Der BM erbat hierfür die Unterstützung des MP. (Auch über dieses Thema, das am Nachmittag beim Handels- und Industrieminister noch vertieft worden ist, wird Seoul berichten.<sup>17</sup>)

4) Als weiteres Thema schnitt der BM beim MP die Frage der südkoreanischen Beziehungen zu NK an. Hierfür habe sich koreanische Regierung die Deutsch-

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Politischen Erklärung vom 3. Mai 1985 zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 292 f.

<sup>13</sup> Am 6./7. Oktober 1985 tagten in Seoul der Interimsausschuß des Gouverneursrats des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der gemeinsame Ministerausschuß der Gouverneursräte der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds; am 8./9. Oktober 1985 folgte die Jahresversammlung des IWF und der Weltbank. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1986, D 2–22.

<sup>14</sup> Vom 20. September bis 5. Oktober 1986 fanden in Seoul die X. Asienspiele statt.

<sup>15</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

<sup>16</sup> Botschafter Kleiner, Seoul, berichtete am 10. Juli 1985, das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Chun Doo-hwan habe sich auf „das gemeinsame Schicksal der Teilung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit“ konzentriert. Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit habe Chun Doo-hwan ausgeführt: „Die Verbindung hochentwickelter deutscher Technologie und koreanischer Arbeitsmöglichkeiten könne sicher gute Erfolge zeitigen.“ Genscher habe erläutert, Probleme im Handel mit Südkorea seien „der nicht ausreichende Schutz des geistigen Eigentums und die zu hohen Importzölle“. Es sei vereinbart worden, „daß die Botschaft Handels- und Industrieminister Kum ein Papier überreichen wird, in dem die Beschwerden der deutschen Wirtschaft über Handelshemmnisse in Korea zusammengefaßt sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 333; Referat 341, Bd. 142707.

<sup>17</sup> Botschafter Kleiner, Seoul, berichtete am 16. Juli 1985 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südkoreanischen Handels- und Industrieminister Kum Jin-ho am 8. Juli 1985. Genscher habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, „neue Perspektiven auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu eröffnen. Mit der Vergabe der Brennelementefabrik an die KWU habe die koreanische Regierung ein wichtiges Signal gesetzt [...]. Gerade beim Technologietransfer bestünden große Möglichkeiten. Auch sei die Zahl der Joint Ventures noch ausbaufähig, denn beide Wirtschaften ergänzten sich in der vorzüglichsten Weise.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 340; Referat 341, Bd. 142707.

landpolitik und deutsche Ostpolitik zum Vorbild genommen. Beide seien für die koreanische Regierung gute Vorbilder. Trotz Rangun<sup>18</sup> versuche man vorsichtig, mit NK einen Dialog zu entwickeln. Die Rotkreuz-, Wirtschafts- und Parlamentariergespräche seien hierfür die Ansatzpunkte. Die koreanische Seite wisse dankbar zu würdigen, daß der BM die chinesische Regierung ermutigt habe, NK zu raten, auf dem eingeschlagenen Weg voranzuschreiten. Der MP bat den BM, dies auch zukünftig zu tun.

5) Die beim MP angeschnittenen Themen wurden beim AM vertieft. Zunächst bekräftigte er seine Bonner Aussagen vom letzten Jahr<sup>19</sup> zur koreanischen Außenpolitik gegenüber der koreanischen Halbinsel. Das Verhältnis Nordkoreas zu Moskau habe sich seit dem Besuch Kim Il-sungs in der sowjetischen Hauptstadt<sup>20</sup> weiter vertieft. Die VR China trete weiterhin für die Beibehaltung des Status quo und Frieden auf der Halbinsel ein. Sie habe auch erkannt, daß NK für den Bombenanschlag in Rangun verantwortlich sei. Die SU könnte die NK-Politik ändern, denn Pjöngjang müsse auf Moskau Rücksicht nehmen. NK habe starke Truppenverbände unmittelbar an die Demarkationslinie verlegt. Gegenüber der Weltöffentlichkeit versuche NK aber wegen seiner Isolierung seit Rangun und seiner wirtschaftlichen Lage gegenüber der Weltöffentlichkeit eine Politik des Lächelns durchzuführen.<sup>21</sup> Es verfolge eine Strategie der „angeblichen“ Friedfertigkeit. Dennoch habe SK<sup>22</sup> seit November 1984 den Dialog mit NK aufgenommen. Hervorzuheben seien die vorgesehene Bildung einer gemischten Wirtschaftskommission und gegenseitige Verwandtenbesuche am 15.8.1985 (Rotkreuz-Gespräche vom 27. bis 30.5.1985<sup>23</sup>). Auch das vorgesehene Parlamentartreffen Ende Juli<sup>24</sup> gehöre hierzu.

Im Grunde entspreche das NK-Vorgehen der typischen kommunistischen Frontstrategie, trotzdem sei man bereit mitzumachen.

<sup>18</sup> Während eines Besuchs in Birma wurde am 9. Oktober 1983 ein Bombenanschlag auf Präsident Chun Doo-hwan verübt, bei dem 15 Mitglieder seiner Delegation, darunter vier Minister, ums Leben kamen. Vgl. dazu den Artikel „Vier südkoreanische Minister getötet“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Oktober 1983, S. 1.

<sup>19</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südkoreanischen Außenminister Lee Won-kyung am 4. Juli 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 182.

<sup>20</sup> Präsident Kim Il-sung besuchte die UdSSR vom 23. bis 25. Mai 1984.

<sup>21</sup> So in der Vorlage.

<sup>22</sup> Südkorea.

<sup>23</sup> Botschafter Kleiner, Seoul, berichtete am 30. Mai 1985: „Am 28. und 29. Mai 1985 führten Vertreter der südkoreanischen und nordkoreanischen Rotkreuz-Gesellschaften in Seoul Gespräche über menschliche Erleichterungen im innerkoreanischen Verhältnis. Zu den Gesprächen, den ersten auf Rotkreuz-Ebene seit zwölf Jahren, war eine Gruppe von 84 Nordkoreanern (7 Delegierte, 7 Berater, 20 Mitarbeiter und 50 Journalisten) über Panmunjom nach Seoul gekommen.“ Erörtert worden seien Vorschläge für Besuche erster Gruppen im jeweils anderen Teil des Landes „anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung von der japanischen Herrschaft“ am 15. August 1985. Weitere Rotkreuz-Gespräche seien für den 27. August 1985 in Pjöngjang vorgesehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 219; Referat 341, Bd. 142713.

<sup>24</sup> Am 23. Juli 1985 trafen in Panmunjom „jeweils fünf Parlamentarier aus Nordkorea und Südkorea“ zusammen. Botschaftsrat Beyer, Seoul, teilte am 24. Juli 1985 mit, daß Zusammenkünfte von jeweils elf Parlamentariern abwechselnd in Seoul und Pjöngjang vereinbart worden seien: „Nordkoreanische Delegation brachte zudem Vorschlag einer gemeinsamen Nichtangriffserklärung, während Südkorea Bildung eines kor. Rats für Wiedervereinigung vorschlug, der mit Ausarbeitung einer Verfassung für wiedervereinigtes Korea beauftragt werden soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 353; Referat 341, Bd. 142713.

6) Der AM wies auf das enge amerikanisch-koreanische Verhältnis hin, das sich besonders durch die gegenseitigen Präsidentenbesuche seit 1981<sup>25</sup> manifestiert habe. Die US-Sicherheitsgarantie<sup>26</sup> habe einen Krieg mit NK und die Infiltration subversiver Elemente verhindert. Washington unterstütze die Politik Seouls der direkten Verhandlungen mit NK, es fördere die Beziehungen zu Japan und helfe der koreanischen Politik in Peking. Der Besuchsaustausch mit Japan habe die Beziehungen zwischen beiden Ländern gefördert, die japanische Regierung habe inzwischen erkannt, daß Frieden und Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel Voraussetzung für Frieden und Sicherheit Japans und Asiens sei. Natürlich gebe es auch Probleme mit Japan, wie die unausgeglichene Handelsbilanz und die Lage der Koreaner in Japan. Dennoch bemühe sich die koreanische Regierung um eine weitere Vertiefung der Beziehungen. Es bestehe eine Vereinbarung mit der japanischen Regierung, daß diese keine amtlichen Beziehungen mit NK aufnehme, sondern nur nichtamtliche fördere, solange dies Seoul für opportun halte.

7) Was das koreanische Verhältnis zur VR China anbelange, so verfolge die koreanische Regierung eine Politik der Kontaktaufnahme. Die VR China unterstütze die Friedenspolitik Seouls auf der koreanischen Halbinsel, die Stabilität dort sei der VR China ein außerordentlich wichtiges Anliegen. Es bestünden bereits Kontakte in internationalen Organisationen, beim Sport etc., es fehle aber immer noch an ständigen Verbindungen. Das Ziel der koreanischen China-Politik sei die Erhaltung des Friedens auf der Halbinsel.

278) Die guten Beziehungen zu den europäischen Ländern wolle Korea fortsetzen. Korea habe ursprünglich mit der SU wirtschaftliche und wissenschaftliche Kontakte unterhalten, durch den Abschluß der koreanischen KAL-Maschine im Herbst 1983<sup>28</sup> seien sie unterbrochen worden, sie würden im Augenblick neu geknüpft.

Die Beziehungen zu den asiatischen Ländern seien befriedigend. Seoul unterstütze die Politik ASEANs und trete auch für eine pan-pazifische Zusammenarbeit ein. Auch zu den afrikanischen Ländern, mit Ausnahme von einzelnen, besonders sozialistisch ausgerichteten, bestünden gute Beziehungen.

Korea werde wie die BR Deutschland 1972<sup>29</sup> als ein geteiltes Land 1988 die

25 Präsident Chun Doo-hwan hielt sich vom 25. bis 27. April 1985 in den USA auf und traf „(zum dritten Male während der letzten vier Jahre) mit Präsident Reagan, Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz zusammen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2193 des Gesandten Wallau, Washington, vom 29. April 1985; Referat 341, Bd. 142713.

26 In Artikel 3 des Mutual Defense Treaty vom 1. Oktober 1953 zwischen den USA und der Republik Korea war gegenseitige militärische Unterstützung im Angriffsfall vorgesehen. Für den Wortlaut vgl. TIAS, Nr. 3097.

Nach einem Aufenthalt des amerikanischen Außenministers vom 6. bis 8. Februar 1983 in der Republik Korea (Südkorea), bei dem Shultz auch die amerikanischen Truppen in der entmilitarisierten Zone an der Grenze zur Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) besucht hatte, teilte Präsident Reagan am 11. Februar 1983 mit, Shultz habe die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung bekräftigt „to stand by the Korean people and to maintain our pledge to defend Korean independence against outside aggression“. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 222.

27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 27 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

28 Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 32, Anm. 15.

29 Die XX. Olympischen Sommerspiele fanden vom 26. August bis 11. September 1972 in München statt.

Olympischen Spiele durchführen und dabei hoffentlich ebenso erfolgreich sein. Es hoffe auf die Teilnahme aller Länder, vor allem auch auf die der SU und der übrigen WP-Staaten. An anderer Stelle des Gespräches bat der AM, diesen Wunsch den osteuropäischen Ministern in Helsinki anlässlich des zehnjährigen Treffens der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki<sup>30</sup> zu übermitteln.

Die VR China habe bereits wissen lassen, daß sie an allen sportlichen Veranstaltungen teilzunehmen gedenke. Man hoffe auch auf die Teilnahme NKs, bisher sei aber die Tendenz eher negativ.

9) Abschließend begrüßte der AM, daß auf dem BWWG die Teilung beider Länder angesprochen worden sei, und bedankte sich dafür, daß BM hierfür den Anstoß gegeben habe.

Auch zu Indien und Pakistan hätten sich „trotz aller Probleme“ die Beziehungen günstig entwickelt.

10) Der BM wiederholte seine grundsätzlichen Ausführungen über die Lage der deutschen Wirtschaft in Korea. Er fügte hinzu, daß die verständlichen Schutzmaßnahmen in der Zeit der Entwicklung zum Schwellenland sich heute, da auf dem Wege ins Höchsttechnologiezeitalter, eher als Hemmschuh auswirkten.

Der BM berichtete von den Ergebnissen der Mailänder EG-Gipfelkonferenz<sup>31</sup> (Technologiegemeinschaft, EUREKA) und betonte, daß eine gewisse Phase der Resignation in Europa überwunden sei. D und F seien die entscheidenden Motoren des neuen Aufbruches. Asien sei der ideale Partner bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit. Sodann wandte er sich dem West-Ost-Verhältnis zu.

Die internationale Diskussion über die Lage in der SU sei im allgemeinen vordergründig und oberflächlich. Tatsächlich treffe es zu, daß ein neuer GS der KPdSU gewählt worden sei<sup>32</sup>, in Wirklichkeit aber sei in den vergangenen drei Jahren viel mehr geschehen. Die Mehrheit der alten Führungsschicht sei verstorben, von der alten Garde seien nur noch Gromyko und Tichonow am Leben. Dies bedeute eine „dramatische“ Änderung der Führungsgruppe. Er beabsichtige sich keineswegs in die Reihe der Kreml-Astrologen einreihen zu lassen, denn man sollte nur analysieren, was offen erkennbar sei. Zu erkennen sei, daß der neue Mann und die neue sowjetische Führungsspitze das Land modernisieren – nicht liberalisieren – wollen. Die Folge könne mehr Freiheit sein, zunächst aber ginge es allein um die Modernisierung. Chruschtschow habe die USA bis 1980 einholen wollen.<sup>33</sup> Andropow habe aber 1985<sup>34</sup> feststellen müssen, daß der Unterschied zwischen beiden Ländern größer geworden sei, die Schere sich weiter geöffnet habe. Darüber hinaus gebe es in der VR China ein fast revolutionäres

<sup>30</sup> Zum Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>31</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>32</sup> Am 11. März 1985 wurde Michail Sergejewitsch Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt. Vgl. dazu Dok. 59.

<sup>33</sup> Vgl. dazu das vom XXII. Parteitag der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau verabschiedete Parteiprogramm; PARTEIPROGRAMM DER KPdSU, S. 188 und S. 190.

<sup>34</sup> So in der Vorlage.



Experiment. Durch die dortigen Reformen<sup>35</sup> wolle man neue konstruktive Energien freisetzen und hoffe, durch diese Initiative dem Lande neue Impulse zu geben. Die SU werde somit auf zweifache Weise herausgefordert:

- durch die Militärtechnologie in den USA und
- durch die Reformen in der VR China.

Der BM legte hierauf seine Auffassungen zu den Genfer Rüstungskontrollgesprächen<sup>36</sup> dar und kam auf die Begegnung Reagan–Gorbatschow im November d.J. in Genf zu sprechen. Auf diesem Treffen würden beide Supermächte versuchen, Klarheit über die Politik des anderen zu gewinnen, die Gorbatschow vor allem auch im Hinblick auf den Parteikongreß im Februar 1986<sup>37</sup> benötige. Der BM wies darauf hin, daß Gorbatschow an die Politik des frühen Breschnew anknüpfe mit einer stärkeren Beachtung Europas (London-Besuch vor seinem Amtsantritt<sup>38</sup>, Empfang Craxis und einer Delegation der SPD danach<sup>39</sup>, Besuch Paris<sup>40</sup> vor Treffen mit Reagan in Genf, ausdrückliche Anerkennung der EG als wirtschaftlicher und politischer Faktor<sup>41</sup>). Ein Motiv für diese Politik sei sicherlich der Wunsch des GS, die Pflege der West-Ost-Beziehungen nicht kleineren WP-Staaten zu überlassen. Die Politik des bisherigen sowjetischen AM Gromyko sei von einem stärkeren Bilateralismus SU–USA geprägt gewesen. Die NATO-Staaten hätten sich kürzlich in Lissabon<sup>42</sup> mit der politischen Strategie der WP-Staaten befaßt. Das Ergebnis dieser Prüfung sei gewesen, der SU die Zusammenarbeit auf breitester Grundlage anzubieten. Es sei ihr signalisiert worden, daß es eine Alternative zum Rüstungswettlauf gebe.

11) Die deutsch-deutschen Beziehungen hätten sich auch in schwierigen Jahren gut entwickelt. Zwischen den beiden deutschen Staaten sei die Lage qualitativ anders als zwischen NK und SK. Es gebe eine viel stärkere Kommunikation (Reisen in beide Richtungen, Briefwechsel, Telefonverbindungen, große Zahl von Ausreisegenehmigungen: 84 40000, Erwartung für 85 20000). Die DDR profitiere von der langen Zusammenarbeit mit der BR Deutschland. Sie werde als „Als-ob-Mitglied“ der EG angesehen und habe, verglichen mit anderen WP-Staaten, einen privilegierten Status. Sie erhalte seitens der BR Deutschland erhebliche finanzielle Leistungen: pauschale Autobahngebühren, Beiträge zum Straßenbau, Möglichkeit der Überweisung.

Der BM wies auch auf den Doppelstandard im Verteilungssystem (HO<sup>43</sup> und andere) und im Währungssystem der DDR (Verwendung der eigenen Währung

<sup>35</sup> Zur Reform des chinesischen Wirtschaftssystems sowie der chinesischen Agrarpolitik vgl. Dok. 28, Anm. 13, und Dok. 184, Anm. 17.

<sup>36</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>37</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>38</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>39</sup> Zu den Besuchen des Ministerpräsidenten Craxi vom 28. bis 30. Mai 1985 bzw. des SPD-Vorsitzenden Brandt am 27. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 17 und 18.

<sup>40</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 2. bis 5. Oktober 1985.

<sup>41</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gegenüber Ministerpräsident Craxi am 29. Mai 1985 in Moskau; Dok. 172, Anm. 9.

<sup>42</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>43</sup> Staatliche Handelsorganisation.

und der DM im HO). Einzigartige Informationsmöglichkeiten der Deutschen in der DDR (100 Prozent Rundfunkempfang, 85 Prozent TV). In diesem System liege ein großes inneres Spannungspotential in der DDR. Ihre Führung könne aber immer dann mit der Zustimmung der Bevölkerung rechnen, wenn sie sich mit der Bundesrepublik Deutschland arrangiere.

Die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland erleichterten die Lösung der inneren Probleme der DDR, daher bestehe ein Eigeninteresse der DDR an der Unterhaltung von guten Beziehungen zur BR Deutschland. Dies sei aber nur im Rahmen eines bestimmten West-Ost-Verhältnisses möglich, daher hätten wir ein Interesse an guten Beziehungen zum Warschauer Pakt. Andererseits sei das Verhältnis durch die höchste Konzentration an konventionellen und atomaren Waffen auf deutschem Boden gestört und könne wahrscheinlich nur mit der Lage in Korea verglichen werden.

Auf unserer Seite bestehe daher ein großes Interesse an der Abrüstung und guten Beziehungen zum Warschauer Pakt, um dadurch günstigere Voraussetzungen für ein positives Verhältnis zur DDR zu schaffen.

12) Der AM betonte das bekannte Interesse an einer Kontaktaufnahme zu den osteuropäischen Ländern. Gewisse Kontakte bestünden bereits, seien aber sehr beschränkt. Lediglich Albanien mache hiervon eine Ausnahme. Für eine gelegentliche Unterstützung bei der Förderung dieser Kontakte wäre der AM dem BM dankbar.

Dieser deutete an, daß er gern bereit sei, diesem Wunsch schon bei dem bevorstehenden KSZE-Jubiläumstreffen in Helsinki zu entsprechen, wenn dies gewünscht werde. (Unterstützungsbereitschaft wurde von BM in PK auf Fragen bestätigt und fand Niederschlag in koreanischer Presse.)

13) Der AM kommentierte die Ausführungen des BM über das deutsch-deutsche Verhältnis mit dem Ausdruck „beneidenswert“ und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es nach deutschem Vorbild gelingen möge, ein ähnliches Verhältnis zu Nordkorea zu erzielen, wie das der BR Deutschland zur DDR. Das Verhältnis von USA und SU könne einen großen Einfluß auf die Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel haben. Abschließend erkundigte sich der AM noch nach der deutschen Einschätzung der Lage in der VR China.

14) Mit dem Hinweis, daß Korea der VR China näher sei als Deutschland, stellte der BM fest, daß man dort unter Beiseiteschiebung des Marxismus-Leninismus versuche, die Initiative der Menschen anzusprechen, um sie so zu größeren Leistungen zu motivieren. China bemühe sich ferner, seine Beziehungen zu westlichen Staaten zu diversifizieren, und habe es daher mit Westeuropa leichter, weil es kein Taiwan-Problem gebe. Auch im Verhältnis zu den USA sei aber das Taiwan-Problem kein unüberwindliches Hindernis. Die chinesische Regierung bemühe sich um Pragmatismus. Im sowjetisch-chinesischen Verhältnis könne man eine Anhebung des Kontaktniveaus und der Qualität der Beziehungen feststellen. Insgesamt beginne die VR China, ihren wirtschaftlichen, politischen und demnächst auch sicherheitspolitischen Platz in der Weltpolitik einzunehmen. Ein Grund für das Interesse Chinas an Westeuropa sei gewiß auch das zunehmende sowjetische Interesse an Verbesserung der Beziehungen zu Westeuropa.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der VR China entwickelten sich gut. Der AM äußerte den Wunsch, daß der BM seinen Einfluß geltend mache, um schließlich auch gute Beziehungen zwischen Korea und der VR China herstellen zu können.

15) Die Botschaft Seoul wird über die weiteren Gespräche berichten. Der Höflichkeitsbesuch bei Kardinal Kim und dem Führer der Opposition<sup>44</sup> litt unter der Anwesenheit des koreanischen Botschafters in Bonn<sup>45</sup>.

[gez.] Keil

**Referat 010, Bd. 178896**

<sup>44</sup> Über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der New Korea Democratic Party (NKDP) teilte Botschafter Kleiner, Seoul, am 10. Juli 1985 mit, Lee Min-woo habe vor dem Hintergrund, „daß die Republik Korea seit ihrer Gründung im Jahr 1948 an eine Ein-Mann-Herrschaft gekannt habe“, auf den Erfolg der NKDP hingewiesen, die bei den Parlamentswahlen vom 12. Februar 1985 nur fünf Wochen nach ihrer Gründung „auf Anhieb 67 Abgeordneten-Mandate gewonnen“ habe. Die Fraktion sei durch Übertritte aus anderen Parteien inzwischen 103 Mitglieder stark: „Die Entwicklung zeige, daß das koreanische Volk seine Hoffnung auf Demokratisierung nicht aufgegeben habe.“ Aus der Unterredung zwischen Genscher und dem Erzbischof von Seoul berichtete Kleiner, Kardinal Kim Sou-hwan habe dargelegt, „daß seit dem Ende des Koreakrieges keine Chance zu einer kirchlichen Zusammenarbeit über die Demarkationslinie hinaus bestehe. Hingegen gäbe es erste vorsichtige Berührungen mit den Katholiken in China, unter denen in der Mandschurei auch koreanische Katholiken seien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 335; Referat 341, Bd. 142707.

<sup>45</sup> Im Vorfeld des Besuchs des Bundesministers Genscher in der Republik Korea wies der südkoreanische Botschafter Soon Kun Chung Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bente am 4. Juni 1985 darauf hin, „nach fernöstlichem Verständnis sei es die Pflicht des Gastes, die Wünsche des Gastgebers im Interesse der guten Beziehungen zwischen beiden Ländern zu respektieren“, und bat darum, Genscher nahezulegen, von einem Treffen mit dem Erzbischof von Seoul, Kim Sou-hwan, abzusehen. In einem späteren Telefonat ließ er jedoch erkennen, daß er dies „nicht auf Weisung seiner Regierung vorgebracht habe, sondern aufgrund von eigenen Überlegungen“. Vgl. die Aufzeichnung von Bente vom 4. Juni 1985; Referat 341, Bd. 142707.

Botschafter Kleiner, Seoul, teilte am selben Tag zu einem vorgesehenen Gespräch zwischen Genscher und dem Fraktionsvorsitzenden der Oppositionspartei NKDP, Kim Dae-jung, mit, im koreanischen Außenministerium sei auf eine Unterredung zwischen Soon Kung-chun und Staatssekretär Meyer-Landrut verwiesen worden, wonach das Gespräch mit Kardinal Kim „anstelle des Gesprächs mit dem Oppositionsführer stattfinden solle“. Dazu vermerkte Meyer-Landrut handschriftlich: „Absoluter Unsinn! Ich habe gesagt, der Kardinal ist wichtig; ob Kim Dae-jung sei noch nicht klar, möglicherweise genüge ein Gespräch mit seinen Parteifreunden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; Referat 341, Bd. 142707.

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Evren in Istanbul

VS-NfD

11. Juli 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem türkischen Präsidenten Evren am Donnerstag, dem 11. Juli 1985 in Istanbul<sup>2</sup>

Anwesend waren auf türkischer Seite: MP Özal, Botschafter Işcen, Unterabteilungsleiter Belen als Note-taker;

auf deutscher Seite: StS Ost, StS Ruhfus, VLR I Dr. Neuer als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* stellte einführend fest, er sei mit dem Verlauf seines Besuches sehr zufrieden. Der Besuch sei zwar für ein Land von der Bedeutung der Türkei zu kurz; es seien aber sehr gute Gespräche geführt worden. Für ihn als deutschen Bundeskanzler sei die enge geschichtliche Bindung zwischen der Türkei und Deutschland sehr wichtig. Dies sei eine Kostbarkeit, die gehütet werden müsse. Eine solche Bindung wachse nicht über Nacht. Sie entwickle sich über Generationen hin. Man müsse pfleglich damit umgehen. Er habe auch bei seinen Kontakten mit der türkischen Bevölkerung festgestellt, daß tiefe Sympathie bestehe. Es sei dies keine Sache nur der Regierenden. Hier sei ein großes Kapital vorhanden.

Die Weltlage sei schwierig. Er halte dieses Jahrzehnt für gefährlich, da die Sowjetunion sich in einer Übergangsphase befinde und man nicht wisse, in welche Richtung sie gehen werde. Es sei möglich, daß Gorbatschow sich nach innen wenden werde, um sein Land zu erneuern. Dann brauche er Ruhe nach außen. Er müsse dann aber auch ein Stück mehr Freiraum geben. Man wisse nicht, welche Auswirkungen dies in Warschau und den anderen Ländern des Warschauer Pakts haben werde. Er, der Bundeskanzler, glaube, es gebe eine Chance für eine gute Entwicklung, wenn der Westen und insbesondere die NATO sich einig sei und realistisch denke. Natürlich müsse man vernünftig mit der Sowjetunion und den WP-Staaten reden. Man dürfe nicht mit dem Säbel rasseln, müsse aber klar darlegen, was möglich sei und was nicht. Er selbst habe bei der Stationierung der Pershing II erlebt, daß die sowjetischen Führer sehr vorsichtig seien. Sie riskierten nichts. Sie wollten alles ohne Risiko erreichen. Das habe die Türkei auch aus ihrer Geschichte erfahren. Präsident Evren kenne die russische Geschichte. Die gegenwärtige Politik sei ein ideologisch verbrämter russischer Imperialismus.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 12. Juli 1985 gefertigt.

Am 16. Juli 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat Born, Bundeskanzleramt, die Gesprächsaufzeichnung zusammen mit Aufzeichnungen über die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem türkischen Erziehungsminister Dincerler, Verteidigungsminister Yavuztürk und Arbeitsminister Kalemli am 9. Juli 1985 in Ankara an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert. Vgl. dazu das Begleitschreiben; Referat 206, Bd. 151036.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Juli 1985 in der Türkei auf. Vgl. dazu auch Dok. 185.

Ein wichtiger Gesichtspunkt in unserer Politik gegenüber der Türkei sei, daß die Türkei entscheidend für die sicherheitspolitische Lage sei. Er wolle sich nicht in die Streitigkeiten der Türkei mit ihren Nachbarn einmischen. Er glaube aber, daß von seinem Kollegen in Athen<sup>3</sup> nichts Gutes zu erwarten sei.

Ein Kapital in den Beziehungen Türkei/Bundesrepublik Deutschland seien auch die menschlichen Bindungen, die durch die Anwesenheit von 1,4 Millionen Türken in Deutschland gegeben seien. Es ergäben sich hieraus zwar auch enorme Probleme. Es gebe aber keine Türken-Feindlichkeit bei uns. Spannungen würden sich immer ergeben, wenn zwei Hochkulturen aufeinander stoßen. Mit MP Özal habe er am Vortag besprochen, daß bald eine Lösung der Frage der Freizügigkeit und des Assoziierungsabkommens<sup>4</sup> gefunden werden müsse. Die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland. Man müsse versuchen, die Maschinen zu den Menschen zu bringen und nicht die Menschen zu den Maschinen. Es müsse auch versucht werden, mehr deutsches Kapital zu Investitionen in die Türkei zu bringen. Die Kenntnisse der Gastarbeiter müßten in der Türkei aktiviert werden.

Er sehe eine gute Chance, daß die Türkei eine gute Zukunft haben werde. Er habe zu den deutschen Unternehmern, die ihn begleiteten, gesagt, die Türkei sei im Hinblick auf Investitionen eine erstklassige Adresse. In 15 Jahren, im Jahre 2000, würde das Bild der Türkei diametral entgegengesetzt sein zu dem Bild, das sie am 1. Januar des Jahres 1900 bot. Damals sei die Türkei der kranke Mann am Bosphorus gewesen. Jetzt sei die Türkei ein Land mit Zukunft.

Sie sei ein weltoffenes Land, betreibe eine vernünftige Wirtschaftspolitik, habe eine lebensfähige Demokratie und Menschen, die zuverlässig, fleißig und von schneller Auffassungsgabe seien. Wenn die Türkei dieses Kapital nutze und die Freunde der Türkei ihr helfen – und die Bundesrepublik Deutschland wolle das –, werde die Entwicklung sehr positiv verlaufen.

Eine wichtige Perspektive sei auch die Brückenfunktion der Türkei zur islamischen Welt. Es sei schwer vorauszusehen, was sich in Teilen der islamischen Welt abspielen werde, wenn der Ölpreis einmal ver falle. Jedenfalls sei es gut, wenn die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland ihre enge Zusammenarbeit fortsetzten und sie noch verbesserten. Die Probleme würden jetzt zusammengepackt. Regierungsvertreter würden darüber beraten. Er wolle sehen, daß in diesem Jahr noch Klarheit geschaffen werde. Es werde auch bei der Militärhilfe etwas getan werden. Mit Präsident Reagan wolle er wegen der Kürzungen der amerikanischen Militärhilfe durch das Repräsentantenhaus<sup>5</sup> bei seiner nächsten Begegnung sprechen.

Präsident *Evren* dankte dem Bundeskanzler für seine Ausführungen. Er habe die Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei lange aus eigener Erfahrung erlebt. Es sei dies eine Freundschaft von ganz besonderer Qualität. Im Ersten Weltkrieg habe man zusammen gekämpft und den Krieg verloren. Obwohl das Resultat die Zerstückelung des Osmanischen Reichs gewesen sei, habe sich hieraus kein Problem für die deutsch-türkische Freundschaft ergeben.

<sup>3</sup> Andreas Papandreou.

<sup>4</sup> Zum Assoziierungsabkommen vom 12. September 1963 zwischen der Türkei und der EWG vgl. Dok. 185, Anm. 22.

<sup>5</sup> Zur amerikanischen Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 185, Anm. 16.

Das türkische Volk habe nie gesagt, Deutschland habe die Türkei in den Krieg gezogen. Die Charaktere und die Strukturen einiger Völker ähnelten sich manchmal. Er glaube, daß dies bei dem türkischen und dem deutschen Volk der Fall sei. Darauf beruhe die tiefgreifende Freundschaft. Die Türkei und Deutschland hätten einen gemeinsamen möglichen Feind. Wir könnten überzeugt sein, daß die Front, die uns gegenüberstehe, alles versuche, um diese Freundschaft zu zerstören. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es viel Hetze gegen die Türkei. Dies seien nicht nur nach Deutschland geflüchtete Türken. Es gebe auch Deutsche, die die gleiche Ideologie hätten. Sie provozierten auch die Ausländerfeindschaft. Er glaube aber, daß die deutschen Bürger keine Ausländerfeindschaft empfinden. In Deutschland und in der Türkei seien nach dem Krieg neue Generationen herangewachsen. Der Geschichtsunterricht habe die neuere Geschichte sträflich vernachlässigt. Jetzt sei seit dem Amtsantritt der neuen Regierung am 12. September 1980<sup>6</sup> vereinbart worden, auch jüngere Geschichte wieder in den Schulen zu lehren. Bisher sei es so, daß die Schüler zwar genau über das klassische Altertum Bescheid wüßten, jedoch nicht über die Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Dieser Fehler sei korrigiert worden. Leider sei er in allen europäischen Ländern gemacht worden.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein: Nur nicht in der Sowjetunion.

Präsident *Evren* fuhr fort: Vor Deutschland und der Türkei lägen die Mitglieder der Warschauer-Pakt-Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang“. Um dieser Gefahr zu begegnen, sei die NATO gegründet worden. Seit der Gründung der NATO stelle die Türkei starke Einheiten für die Zusammenarbeit im Atlantischen Bündnis zur Verfügung. Nach den 70er Jahren sei eine Periode eingetreten, wo die NATO-Mitglieder begonnen hätten, statt sich mit den ihr feindlich gesonnenen Ländern zu befassen, innere Streitigkeiten auszutragen.

Dies sei leider auch in anderen westlichen Gemeinschaften der Fall. Er wolle hier den Europarat und die EG nennen. Die drei demokratischen Institutionen Westeuropas hätten keine einheitliche Politik. Es bestehe keine Harmonie. Dies bedrücke die Türkei sehr. Der Bundeskanzler habe richtig bemerkt, daß die Türkei eine schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe innerhalb der NATO habe. Man müsse einmal in die Geschichte der Türkei zurückschauen. Wenn die Türkei eine Verpflichtung eingegangen sei, habe sie diese Verpflichtung stets bis zum Letzten erfüllt. Sogar wenn dabei die Existenz des eigenen Volkes auf dem Spiel stand. Kein Land wünsche jetzt den Krieg. Hier gebe es eine historische Parallele, denn auch früher habe kein Land Krieg gewollt; dennoch sei gekämpft worden. Wenn aber ein Krieg ausbrechen würde und die NATO kämpfen müßte, wie könnte sich die Türkei dann auf die NATO verlassen, wenn man sich sogar im Frieden gegenseitig bekämpfe? Zu beklagen seien auch die Beschlüsse des Europäischen Parlaments. Er wolle hier den letzten Beschluß nennen, der die angebliche Unterdrückung von kurdischen Minderheiten betreffe.<sup>7</sup>

<sup>6</sup> In der Nacht vom 11./12. September 1980 übernahmen die türkischen Streitkräfte die Regierungsgewalt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

<sup>7</sup> Das Europäische Parlament verabschiedete während der Sitzung vom 15. bis 19. April 1985 eine Entschließung, in der die Türkei aufgefordert wurde, keine Todesurteile mehr gegen für ihre Unabhängigkeit kämpfende Kurden zu verhängen bzw. zu vollstrecken und die Haftbedingungen für politische Gefangene zu verbessern. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1985, S. 74.

Nach dem 12. September 1980 seien leider viele ähnliche Beschlüsse gefaßt worden. Wenn die Türkei sich hierüber beschwere, so erhalte sie zur Antwort, die Beschlüsse seien an einem Freitagnachmittag gefaßt worden, wo wenige Parlamentarier zu der Abstimmung anwesend gewesen seien. Dies bedeute, daß keine Mehrheit des Parlaments hinter den Beschlüssen stehe. Er finde es merkwürdig, daß nur die Kommunisten und die Linkssozialisten immer zusammenarbeiteten. Er stelle sich die Frage, warum andere Gruppierungen dies nicht auch täten.

Es schloß sich eine Erörterung dieser Fragen an.

Der *Bundeskanzler* fuhr anschließend fort, Fortschritte auf dem Weg der Demokratie seien wichtig. Man müsse aber nicht nur Gutes tun, sondern auch darüber reden. Er wolle anregen, daß die Parlamentariergruppe die Türkei besuche.<sup>8</sup> Es sei wichtig, sie mit den Realitäten zu konfrontieren. Er habe gegenüber MP Özal erwähnt, daß er im August des Jahres mit Präsident Mitterrand zusammentreffe.<sup>9</sup> Er werde mit ihm darüber sprechen, was er gesehen habe und was für Folgerungen hieraus zu ziehen seien. Eine psychologische Offensive für die Türkei sei notwendig. Er werde dabei helfen. In ein bis zwei Jahren könne ein Ergebnis erzielt werden, das die bestehenden Schwierigkeiten ausräume.

Präsident *Evren* wies darauf hin, daß man auf türkischer Seite nach dem 12. September 1980 intensiv die Politik diskutiert habe, die gegenüber der EG und dem Europarat eingeschlagen werden solle. Man habe überlegt, ob man die Beziehungen in der Schwebe halte. Er habe daraufhin die Frage gestellt, welche Gruppe die Türkei aus dem Europarat entfernen wolle. Dies seien die Kommunisten, die extremen Linken und die Grünen. Solle man tun, was diese Gruppen möchten, oder das Gegenteil? Darauf sei der Beschluß gefaßt worden, daß die Türkei als europäisches Land im Europarat verbleibe. Wenn man sie nicht mehr dulden wolle, müsse man ihr den Stuhl vor die Tür setzen. Der *Bundeskanzler* müsse verstehen, daß die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Europarats die türkische öffentliche Meinung negativ beeinflussen.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß Präsident *Evren* hier sicherlich völlig recht habe.

Präsident *Evren* fuhr fort, daß er bei einem evtl. Referendum sehr skeptisch sei. Dies sei die Folge der Beschlüsse. An Deutschland und die anderen europäischen Länder richte er die große Bitte, ihre Hilfe und Unterstützung fortzuführen und dafür zu sorgen, daß bei den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments die Bänke nicht leerstehen. Der *Bundeskanzler* habe über die Bedeutung einer Aufklärung der europäischen öffentlichen Meinung gesprochen. Er halte dies auch für sehr wichtig. Leider gebe es türkenfeindliche Gruppen wie

<sup>8</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 10. Juni 1985 dar, die türkische Regierung betrachte „die europäische Diskussion um Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte in der Türkei“ als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten, als Mangel an Verständnis für die wahre Lage des Landes, als Diskriminierung und als [...] Gefährdung des Anspruchs der Türkei, gleichberechtigter Teil Europas zu sein. Diese Haltung führte letztlich Anfang 1984 zur Weigerung, eine Delegation des Bundestags zur ‚Prüfung der Menschenrechtslage‘ willkommen zu heißen (Trotzreaktion auf ein ‚unannehmbares Mandat einer Inspektion‘)“. Vgl. Referat 206, Bd. 151033.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 24. August 1985 in Fort Bregançon zusammen.

z.B. die Armenier und die Griechen, die finanziell sehr viel stärker seien. Daher rühre ihre Überlegenheit. Viele ausländische Gäste seien in die Türkei gekommen und hätten daraufhin ihre Meinung revidiert. Auch Gegner der Türkei würden eingeladen.

Bedauerlich sei die Berichterstattung über die Türkei. Vor ein paar Tagen habe es eine Reportage des WDR mit zurückgekehrten Gastarbeitern gegeben. Sie sei nicht hilfreich gewesen. Er wisse, daß die Bundesregierung keine Einwirkungsmöglichkeiten auf die Medien habe. Auch in der Türkei könne die Presse jeden kritisieren. Dies sei auch die Aufgabe der Presse.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, daß es sich hier um eine Aufgabe handele, aber nicht um die ausschließliche Aufgabe der Presse.

Präsident *Evren* stellte die Frage, ob auch die Regierung die Möglichkeit habe die Presse zu kritisieren. Die Regierung könne sich nicht wehren. Deshalb brauche man eine Selbstkontrolle der Presse. Auf der anderen Seite sei eine freie Presse erforderlich, denn ohne freie Presse könne es keine politischen Parteien geben. Man spreche jetzt viel über Menschenrechte. Ein Ziel sei es, die Todesstrafe bei terroristischen Anschlägen abzuschaffen. Die Welt leide unter einer terroristischen Welle. Wenn man die Todesstrafe nicht einführe, könne die Welt von dieser Krankheit nicht befreit werden. Auch die Menschenrechtskonvention sehe die Todesstrafe in bestimmten Fällen vor.<sup>10</sup> Er verstehe nicht, weshalb Beschuldigungen gegen die Türkei erhoben werden, sie habe Menschen hingerichtet. Dies sei zulässig aufgrund einer europäischen Konvention. Er hoffe, er täusche sich, aber die Zeit arbeite für die andere Seite.

Der *Bundeskanzler* widersprach dieser Auffassung. Die Zeit arbeite für Freiheit und Demokratie. Die Idee der Freiheit sei stärker als andere Ideologien. Es werde nicht gelingen, einen neuen Menschen zu bilden. Hier gebe es das Beispiel Polen. Seit 1945 versuche man dort, den kommunistischen Menschen zu schaffen. Aber sei dies gelungen? Schon der Umstand, daß die Führung dem Besuch des Papstes<sup>11</sup> zustimmen müsse und eine Million Menschen im Tschenstochau gewesen seien, spreche Bände. Wenn ein klarer Kurs gesteuert werde, der sich an der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und einem vernünftigen Verhältnis zur Autorität orientiere, denn Freiheit und Bindung gehörten zusammen, sei er sicher, daß wir die besten Chancen für eine positive Entwicklung hätten.

Präsident *Evren* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß diese Worte des Bundeskanzlers zutreffend seien.

Das Gespräch endete nach ca. 50 Minuten.

#### **Referat 206, Bd. 151036**

<sup>10</sup> Artikel 2 Absatz 1 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten legte fest: „Abgesehen von der Vollstreckung eines Todesurteils, das von einem Gericht im Falle eines mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechens ausgesprochen worden ist, darf eine absichtliche Tötung nicht vorgenommen werden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 686. Mit Protokoll Nr. 6 vom 28. April 1983, das am 1. März 1985 in Kraft trat, von der Türkei aber erst am 12. November 2003 ratifiziert wurde, vereinbarten die Mitgliedstaaten des Europarats die Abschaffung der Todesstrafe. Für den Wortlaut des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 663–665.

<sup>11</sup> Nach einem ersten Besuch vom 2. bis 10. Juni 1979 hielt Papst Johannes Paul II. sich vom 16. bis 23. Juni 1983 erneut in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 197 und Dok. 216.



**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bazing****11. Juli 1985<sup>1</sup>**Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Überlegungen zu EUREKA und EG-Technologiepolitik

Anlg.: 1<sup>3</sup>

I. Sowohl EUREKA als auch die Kommissionsvorschläge des „Memorandums für eine Technologiegemeinschaft“<sup>4</sup> streben zwei Hauptziele an:

- den europäischen Rückstand in wichtigen Hochtechnologien gegenüber den USA und Japan so schnell und effizient wie möglich aufzuholen;
- Europa zu stärken, d.h., auch die Technologie als Mittel für ein engeres Zusammenwachsen Europas zu nutzen.

EUREKA und die Kommissionsvorschläge sind vom Europäischen Rat in Mailand<sup>5</sup> „abgesegnet“ worden, stehen aber in Ansatz und Durchführungsmodalitäten teilweise in Konkurrenz zueinander.

1) EUREKA ist vor allem mit Blick auf das erstgenannte Ziel konzipiert: Die technologische Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie soll so rasch wie möglich verbessert werden. Zu diesem Zweck sollen möglichst bald konkrete Projekte in Angriff genommen werden. Dies kann am besten außerhalb des mehrstufigen und deshalb zeitaufwendigen Beschlußfassungs- und Verwaltungsverfahrens der Gemeinschaft gelingen.

Die Folge eines solchen Ansatzes ist, daß Projekte gerade im zukunftssträchtesten Bereich europäischer Zusammenarbeit außerhalb der Gemeinschaft und ihrer Institutionen betrieben werden.

Die kleineren EG-Mitgliedstaaten können dies als Beeinträchtigung des inneren Zusammenhalts der EG werten; es besteht die Gefahr, daß die ohnehin in der Gemeinschaft bestehenden Unterschiede hinsichtlich der technologischen Leistungsfähigkeit sich endgültig zu einer Zwei-Klassen-Gemeinschaft verfestigen.

Die EG-Kommission sieht vor diesem Hintergrund die Mailänder Entscheidungen als „falsche Weichenstellung“. Sie sieht nicht, wie EUREKA und die Kommissionsvorschläge miteinander verbunden werden könnten (vgl. Vorlage 410-421.26 vom 5.7.85<sup>6</sup>).

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Rudolph und Legationsrat I. Klasse Scharioth konzipiert.

<sup>2</sup> Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut am 11. Juli und Ruhfus am 12. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 10.

<sup>4</sup> Zu EUREKA und zum Memorandum der EG-Kommission vom 21. Juni 1985 vgl. Dok. 167, Anm. 22.

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>6</sup> Ministerialdirigent Trumpf legte am 5. Juli 1985 eine zusammenfassende Darstellung der Reaktionen in den EG-Mitgliedstaaten auf die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Darin wurde ausgeführt, die EG-Kommission sehe hinsichtlich der Technologiepolitik „ihre Erwartungen nicht erfüllt: Zwar seien die EGK-Vorschläge ‚eingesegnet‘ worden, aber um den Preis

2) Die Vorschläge der Kommission versuchen ihrerseits, das Ziel der Stärkung der technologischen Zusammenarbeit in Europa mit integrationspolitischen Zielen zu verbinden und dabei den genannten Bedenken Rechnung zu tragen. Dennoch kann die EGK gewisse Nachteile bei der raschen und wirksamen Verfolgung des ersten Ziels – rascher Technologieschub – kaum vermeiden: Selbst wenn es gelänge, die Programme auf der Basis qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse durchzuführen, so blieben doch zur grundsätzlichen Annahme und Definition der Programme einstimmige Beschlüsse des Rats erforderlich. Eine rasche Einigung auf bestimmte Projekte ist angesichts sehr verschiedener Interessen der zwölf Mitgliedstaaten nach dem Kommissionsmodell kaum zu erwarten.

Die Frage ist, ob sich Europa die daraus resultierenden Zeitverluste leisten kann, ob also der europapolitische Vorteil des Kommissionsmodells nicht einen zu hohen Preis, nämlich die Verlängerung des Zustands technologischer Mittelmäßigkeit Europas fordert. Dieser Preis kann angesichts der rapiden Entwicklung der internationalen Wettbewerbsslage (USA, Japan) bedeuten, daß irreparable Folgen für die technologische Wettbewerbsfähigkeit Europas entstehen.

II. 1) Die Friktion zwischen EUREKA und den Kommissionsvorstellungen ist nicht leicht zu beseitigen. Hauptgrund hierfür ist, daß beide Initiativen sich zu viel vornehmen. Beide überschätzen dabei nicht nur ihre Möglichkeiten, sondern dringen zugleich in Reservate ein, die bereits anderweitig besetzt sind.

Eine Verschmelzung beider Projekte erscheint aufgrund ihrer konfligierenden Ansätze nicht möglich. Sie könnten jedoch dann mit Nutzen für beide obengenannten Ziele nebeneinander durchgeführt werden, wenn klare Abgrenzungen der jeweiligen Aufgabenstellung und Durchführungsweise gefunden werden können.

Die Abgrenzung muß so getroffen werden, daß erstens eine rasche technologische Entwicklung, die zu vermarktungsfähigen HT<sup>7</sup>-Produkten führt, ermöglicht wird; zweitens das Europa der Gemeinschaft keinen Schaden erleidet: Das Ergebnis darf nicht ein Weniger, sondern es muß ein Mehr an Integration sein. Dies heißt zugleich: Der zukunftsrelevante Bereich der Hochtechnologien darf der Gemeinschaft nicht entzogen werden.

2) Diesen Forderungen werden beide Projekte, soweit bisher erkennbar, nicht gerecht.

a) EUREKA erweckt durch seine Präsentation als HT-Programm mit eigenen Institutionen (Agentur, Lenkungsausschuß) den Eindruck, daß dadurch der Kernbereich einer hochtechnologischen Zusammenarbeit in Europa besetzt und aus der Gemeinschaft ausgegliedert werden soll. Bei dieser Präsentation gewinnt auch die an sich positive Idee der Hereinnahme von Drittstaaten eine gemeinschaftsbedrohliche Qualität. Sie wirkt als Bestätigung dafür, daß das technologische Europa außerhalb des EG-Rahmens bleibt und daß der EG lediglich die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1009*

„falscher Weichenstellungen“ – denn mit EUREKA liege der Schwerpunkt künftiger Tätigkeit außerhalb des Gemeinschaftsrahmens, und es sei unklar, wie beides miteinander verbunden werden könne.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136103.

<sup>7</sup> Hochtechnologie.

Rolle eines Verwalters von Mangelbereichen (Agrar- und Regionalstrukturpolitik) vorbehalten ist.

Angedeutet ist damit auch die Gefahr eines von der Gemeinschaft unabhängigen europäischen Hochtechnologiemarktes. Zumindest die Teilnahme an für Mitglieder von EUREKA-Projekten offenen Ausschreibungen wird den teilnehmenden Nicht-EG-Staaten kaum verwehrt werden können. Andererseits erscheint die Einbeziehung von nichtteilnehmenden EG-Partnern hier nicht ohne weiteres gesichert.

Bei EUREKA sollte daher noch eindeutiger als bisher klargestellt werden, daß es allein um die Zusammenarbeit bei konkreten, zu vermarktungsfähigen Produkten führenden Einzelprojekten geht. Solche Projekte hat es außerhalb des eigentlichen EG-Rahmens auch schon bisher mit Erfolg gegeben (Airbus<sup>8</sup>, Ariane<sup>9</sup>). Hier ist Flexibilität und Schnelligkeit der Entscheidungen in der Tat ebenso gefordert wie eine nicht an mechanischen Quoten ausgerichtete Finanzbeteiligung.

Nur bei solcher Flexibilität ist auch mit ernsthafter privatwirtschaftlicher Beteiligung zu rechnen. Bei einer projektbezogenen Zusammenarbeit mit klarer privatwirtschaftlicher Verwertungsabsicht erscheint auch die Beteiligung von Drittstaaten unbedenklich. Auch bilaterale Vereinbarungen zwischen den Teilnehmerstaaten eines konkreten EUREKA-Projekts (z.B. Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen) dürften, weil auf den Einzelfall bezogen, noch gemeinschaftserträglich sein.

b) Das Memorandum der Kommission ist in wichtigen Teilen eine EUREKA-Kopie im Gemeinschaftsgewand. Es begnügt sich nicht mit der Schaffung gemeinsamer Rahmenbedingungen (Normen, Öffnung der öffentlichen Ausschreibungen, Wettbewerbsrecht, europäisches Unternehmensrecht) und der Förderung von Schwerpunktforschung im Hochtechnologiebereich. Vielmehr zielt es darüber hinaus auf Definition und Durchführung konkreter, privatwirtschaftlich nutzbarer und privatwirtschaftlich mitgetragener Projekte. Wie EUREKA will die Kommission dabei auch die Teilnahme von Drittstaaten zulassen.

Die Kommission erkennt an, daß Projekte innerhalb des Gemeinschaftsrahmens durch „die Komplexität und Schwerfälligkeit der Beschlußfassungs- und Verwaltungsverfahren der Gemeinschaft“ belastet sind. Sie erkennt gleichzeitig „die Notwendigkeit einer schnellen Beschlußfassung, einer flexiblen und dezentralisierten Verwaltung“ ebenso an wie die Notwendigkeit einer flexiblen Finanzierung bei konkreten HT-Projekten. Sie schlägt daher vor, hierfür neue flexible Formen der Zusammenarbeit zu suchen, und will dabei auch eine Änderung der EG-Bestimmungen miteinbeziehen (z.B. Mehrheitsentscheidungen bei Projektdurchführung).

Bei diesen Vorschlägen dürfte die Kommission jedoch die Möglichkeiten der Gemeinschaft überschätzen. Es ist auch nicht einzusehen, warum die Kommission Einzelprojekte definieren, „Konsortien aus Industrieunternehmen ... zusam-

<sup>8</sup> Zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Spanien bei der Entwicklung des „Airbus“ vgl. Dok. 29, Anm. 35.

<sup>9</sup> Zur europäischen Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane V vgl. Dok. 137, Anm. 10.

menstellen“ und den „besten verfügbaren Sachverstand ... organisieren“ soll. Hierfür eignet sich eine von vornherein auf anwendungsorientierte Einzelprojekte bezogene Form der Zusammenarbeit, wie sie EUREKA vorsieht, mit hoher Wahrscheinlichkeit besser. Die Kommission bietet im übrigen keine Überlegungen dafür an, wie sie im Gemeinschaftsrahmen mit den Problemen fertig werden will, die sich aus der Einbeziehung von Drittstaaten in ein EG-definiertes Projekt ergeben würden. Auch zur Lösung dieser Probleme dürfte es in der Praxis der Gemeinschaft an der notwendigen Flexibilität fehlen. Die Kommissionsvorschläge bedürfen nach alledem einer Beschränkung auf das, was sich am besten im Gemeinschaftsrahmen lösen läßt.

III. Zusammenfassend: Die primäre Aufgabe der EGK liegt in der Schaffung gemeinsamer Rahmenbedingungen. Sie leistet damit etwas, was EUREKA nicht ersetzen kann. Umgekehrt bietet EUREKA das Procedere, um Europa ohne Zeitverlust in der Hochtechnologie voranzubringen. Die Lösung liegt deshalb in der Komplementarität, nicht in der Konkurrenz oder Verschmelzung beider Initiativen.

Die vorstehenden Überlegungen bedürfen in vielen Aspekten der weiteren Prüfung. Sie werden im Ergebnis gestützt durch die letzte Fassung der EUREKA-Papiere des BMFT vom 10.7.1985 (s. Anlage<sup>10</sup>).

Referat 414 hat bei Ziffer I und II<sup>11</sup> mitgewirkt.

P. Bazing

**Referat 02, Bd. 178496**

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. Mit Blick auf die Ministerkonferenz zu EUREKA am 17. Juli 1985 in Paris übermittelte das Bundesministerium für Forschung und Technologie den beteiligten Ressorts am 11. Juli 1985 Aufzeichnungen vom 10. Juli 1985 über „EUREKA-Ziele und Merkmale“ sowie „EUREKA-Organisation, Strukturen, Verfahren und Finanzierung“. In ersterer wurde ausgeführt, EUREKA solle die bestehende wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit in Europa „nicht ersetzen, sondern auf ihr aufbauen und sie ergänzen. EUREKA-Vorhaben sind von ihrer Anlage her kompatibel mit einer möglichen europäischen Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm; wissenschaftlich-technologische Ergebnisse beider Initiativen können sogar wechselseitig genutzt werden.“ In der Aufzeichnung zu Organisation und Strukturen wurde bekräftigt: „EUREKA als eine auf Vorhaben mit wechselnder Beteiligung gerichtete Initiative bedarf keiner institutionalisierten Rahmenstruktur wie etwa einer Agentur oder eines projektübergreifenden Sekretariats. [...] Die EG-Kommission ist mitwirkender Partner“. Vgl. Referat 02, Bd. 178496.

<sup>11</sup> Die Wörter „bei Ziffer I und II“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bazing handschriftlich eingefügt.

## 190

**Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan****Geheim****11. Juli 1985<sup>1</sup>**

Seiner Exzellenz  
dem Präsidenten der Vereinigten  
Staaten von Amerika  
Herrn Ronald W. Reagan  
Washington

herzlichen Dank für Ihren Brief vom 21. Juni 1985<sup>2</sup>, der noch einmal die Erinnerung an Ihren für die deutsch-amerikanischen Beziehungen so wichtigen Besuch im Mai in der Bundesrepublik Deutschland<sup>3</sup> wachrief.

Der kürzliche Besuch von Vizepräsident George Bush hier in Bonn<sup>4</sup> hat erneut bewiesen, von welcher großen Wichtigkeit ein ständiger vertraulicher Kontakt und engste Konsultationen auf höchster Ebene sind. Die Zusammenkunft bot Gelegenheit, über das uns sehr bewegende Thema des Terrorismus, das in jenen Tagen eine besondere Aktualität hatte, einen ersten Gedankenaustausch zu führen. Auch auf diesem Gebiet konnten wir eine breite Übereinstimmung der Ansichten feststellen. Es steht außer Zweifel, daß unsere Experten über die Möglichkeiten zur gemeinsamen, effektiven Bekämpfung des Terrorismus noch intensiver werden sprechen müssen. Wir sollten nichts unversucht lassen, uns vor dieser Geißel der Menschheit durch gemeinsame Maßnahmen besser zu schützen.

Gerne benütze ich diese Gelegenheit, um Sie zu Ihrer Entscheidung über die weitere Beachtung der in SALT II vereinbarten Obergrenzen<sup>5</sup> zu beglückwünschen. Sie haben damit einen konkreten Schritt getan, um einen provisorischen Rahmen für gegenseitige Zurückhaltung bei strategischen Waffen zu schaffen. Zugleich hat Ihre Bereitschaft, in dieser Frage bei der Tagung der NATO-Au-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Schreiben wurde am 19. Juli 1985 von Legationsrat I. Klasse Schäfers, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt mit der Bitte, „die Zustellung an den Präsidenten über die Botschaft Washington“ zu veranlassen.

Hat Legationssekretär Tempel am 19. Juli 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Original abgesandt. 2) Dieses Ex[em]pl[ar] H[errn] StS R[uhfus] vorzulegen.“ Außerdem verfügte er die Weiterleitung von Ablichtungen über Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an Referat 204, an das Ministerbüro, Botschafter Ruth und die Ministerialdirektoren Jelonek und Bertele.

Hat Ruth am 19. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an „D 2 A i. V.“ und Referat 220 verfügte und um Wiedervorlage „n[ach] R[ückkehr]“ bat.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11317 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 21. Juni 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 169, Anm. 3.

<sup>3</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 1. bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>4</sup> Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush am 24./25. Juni 1985 vgl. Dok. 169.

<sup>5</sup> Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 über die Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 156.

ßenminister in Lissabon<sup>6</sup> die Ansichten der Verbündeten einzuholen und deren Empfehlung zu berücksichtigen, diese Entscheidung zu einem herausragenden Beispiel gut funktionierender Konsultationen im Bündnis gemacht. Meine Regierung hat Ihre Entscheidung begrüßt und an die Sowjetunion appelliert, ihrerseits die SALT-Vereinbarungen und den ABM-Vertrag strikt einzuhalten sowie durch eine konstruktive Haltung am Verhandlungstisch dazu beizutragen, daß in Genf bald Vereinbarungen über drastische Reduzierungen der bestehenden Nuklearwaffenarsenale möglich werden.<sup>7</sup> Ich würde es sehr begrüßen, wenn diese so erfolgreiche Konsultationspraxis auch bei künftigen Entscheidungen in diesem Bereich angewandt würde.

Mit Ihrer Entscheidung haben Sie die Sowjetunion in die Defensive gedrängt und auch für die Genfer Verhandlungen<sup>8</sup> ein wichtiges Zeichen gesetzt. Gegenüber den Versuchen der Sowjetunion, die Genfer Verhandlungen als wenig aussichtsreich darzustellen und den USA dafür die Verantwortung anzulasten, ist es wichtig, immer wieder die amerikanische Bereitschaft zu fairen und ausgewogenen Rüstungskontrollvereinbarungen zu unterstreichen. Nach meiner Auffassung sind entscheidende Fortschritte in diesen Verhandlungen möglich, wenn es gelingt, der Sowjetunion im Rahmen der Erörterungen über das Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivwaffen deutlich zu machen, daß eine erhebliche Verringerung nuklearer Offensivwaffen auf die Stationierung erforderlicher Defensivsysteme Einfluß haben würde und daß die USA zur langfristigen Sicherung der strategischen Stabilität keine Überlegenheit, sondern kooperative Lösungen anstreben.

Mit großem Interesse und Befriedigung habe ich gelesen, was Sie zur Strategischen Verteidigungsinitiative und Ihrer jüngsten Direktive über eine detailliertere Darstellung der SDI schreiben. Ihre Ausführungen zu den sowjetischen Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet strategischer Abwehrwaffen geben mir nochmals Gelegenheit zu unterstreichen, daß, wie die Bundesregierung schon mehrfach festgestellt hat, wir neuen Wegen und Möglichkeiten zur Stärkung der Abschreckung und zur Sicherung des Friedens grundsätzlich aufgeschlossen gegenüberstehen. Angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion seit langem neue Technologien erforscht, die zur Raketenabwehr genutzt werden können, und darüber hinaus über das einzige funktionsfähige ABM-System und das einzige Antisatelliten (ASAT)-System verfügt, halte ich die Forschung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative für gerechtfertigt.

Da es sich bei SDI jedoch um ein längerfristiges Forschungsprogramm handelt, dessen Ausgang gegenwärtig noch ungewiß ist, muß nach meiner festen Überzeugung die Bündnisstrategie der flexiblen Reaktion<sup>9</sup> unverändert gültig bleiben, solange kein für das Ziel der Kriegsverhütung wirksameres Mittel gefunden ist. Dies hat auch die Außenministerkonferenz der NATO in Lissabon kürzlich noch einmal bekräftigt.

<sup>6</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Staatssekretärs Boenisch, Presse- und Informationsamt, vom 11. Juni 1985; BULLETIN 1985, S. 568.

<sup>8</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>9</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

Sie erwähnen in Ihrem Brief auch das neue „fact sheet“ zu SDI. Ich begrüße seine Veröffentlichung<sup>10</sup> als wichtigen Beitrag zu einer Versachlichung der SDI-Diskussion. Es ist eine gelungene Präsentation, die in prägnanter Form die Motive sowie die politisch-strategische Zielrichtung der SDI darstellt.

Ich halte es für sehr nützlich, daß hierin Anliegen und Besorgnisse der europäischen Verbündeten eine deutliche Berücksichtigung gefunden haben. Besonders begrüße ich, daß die Stellungnahme der Bundesregierung zu SDI ebenfalls zitiert wird.

Mit großer Genugtuung habe ich Ihre Feststellung gelesen, daß die Vereinigten Staaten die Lösung strategischer Fragen nicht isoliert, sondern in ihrem politischen Zusammenhang betreiben wollen. Als Rahmen hierfür muß ein Konzept dauerhafter kooperativer Friedenssicherung gesucht werden.

Ihr Brief macht erneut deutlich, wie wichtig es den Vereinigten Staaten ist, auch in den SDI betreffenden Fragen einen Konsens im Bündnis herbeizuführen.

Ich messe dem vertrauensvollen Dialog mit Ihnen und Ihrer Regierung gerade zu diesen Fragen weiterhin besondere Bedeutung bei und würde mich über die Fortsetzung dieses persönlichen Meinungsaustauschs freuen. Ich sehe unserem nächsten Treffen mit Freude entgegen und verbleibe für heute

Kohl<sup>11</sup>

VS-Bd. 11317 (220)

<sup>10</sup> Das „SDI fact sheet“ wurde am 19. Juni 1985 von der Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. die Büronotiz mit Anlage; Referat 209, 130027.

Für den Wortlaut der Veröffentlichung „The Strategic Defense Initiative“ vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2102, S. 42–47.

Referat 201 führte am 14. August 1985 aus, darin seien „auch Anliegen der europäischen Bündnispartner aufgenommen, so in den Feststellungen, daß die USA sich bei ihren Forschungsarbeiten strikt an den ABM-Vertrag halten werden; daß für den Fall eines erfolgreichen Abschlusses der Forschungen die USA ihre Bündnispartner über mögliche weitere Schritte konsultieren würden; daß die USA vor eventuellen weiteren Schritten gemäß den Vorschriften des ABM-Vertrages Verhandlungen mit der Sowjetunion aufnehmen würden; daß die USA sich weiterhin in ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion darum bemühen werden, Sicherheit bei deutlicher Verminderung der Offensiv-Potentiale auf beiden Seiten zu erreichen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151245.

<sup>11</sup> Paraphr.

## Botschafter Schödel, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 909**  
**Citissime**

**Aufgabe: 11. Juli 1985, 10.21 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 11. Juli 1985, 10.51 Uhr**

Betr.: Besuch BM in Indien<sup>2</sup>;  
 hier: Gespräch mit MP Gandhi am 10.7.1985

I. Gelockert und mit Herzlichkeit empfing MP Rajiv Gandhi den BM in seinem Amtszimmer zu einem 50minütigen Gespräch. Der MP strahlte Frische und Interesse aus und gab durch seine klugen Fragestellungen die Möglichkeit zu einem intensiven und tiefergehenden Gedankenaustausch.

Die auf anderen Gesprächsebenen immer wieder vorgebrachte indische Sorge über den Sikh-Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland<sup>3</sup> brachte er nur indirekt durch Hinweise auf terroristische Aktivitäten in den USA und Kanada zum Ausdruck. An Rajiv Gandhis lebhafter Zustimmung zu den Ausführungen des BM über internationale Probleme ließ sich eine weitgehende Übereinstimmung bei den angesprochenen Fragen erkennen.

Positive Aufnahme – und daher weiterzuverfolgen – fand das Angebot, im Bereich der Berufsschulausbildung unsere Erfahrungen zu nutzen, die hochrangige BDI-Delegation bei ihrem Besuch im November für den Ausbau der Beziehungen zu nutzen und zu empfangen und auf das Angebot für engere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zurückzukommen.

### II. Gesprächsverlauf

BM begrüßte eingangs die Möglichkeit, durch eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen den Genfer Verhandlungen<sup>4</sup> neue Impulse zu geben.

PM stimmte dem zu und sagte, sonst bestünde Gefahr, daß Verhandlungen zur Routine würden.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 26.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 9. bis 11. Juli 1985 in Indien auf.

<sup>3</sup> Am 14. März 1985 legte Ministerialdirektor Haas dar: „Die traditionell guten Beziehungen mit Indien haben seit Anfang 1984 Beunruhigungen erfahren, die zur Zeit eine Beeinträchtigung unserer Exportchancen nicht ausgeschlossen erscheinen lassen.“ So sei von indischer Seite in einer Reihe mündlicher Demarchen, durch Übergabe von Aide-mémoires und Schreiben Protest dagegen erhoben worden, daß die Bundesrepublik Demonstrationen von Sikhs für einen unabhängigen Staat Khalistan dulde, wobei „die indische Flagge verbrannt und die ‚Khalistan‘-Fahne gehißt“ worden sei; außerdem gebe es in Köln „ein selbsternannte ‚Consulate of Khalistan‘ mit einem selbsternannten Generalkonsul, der ‚Khalistan‘-Pässe und ‚Khalistan‘-Geld ausgibt“. Die indische Seite habe deswegen „den Vorwurf völkerrechtswidrigen Verhaltens gegen die Bundesregierung erhoben. [...] Über Dritte haben sie uns unverhohlen wissen lassen, daß mit Aufträgen für die deutsche Wirtschaft so lange nicht zu rechnen sei, als wir diese von ihnen beanstandeten Sikh-Aktivitäten duldeten. Inoffiziell haben sie uns gesagt, daß die Behandlung von Auslandssikhs und Duldung indienfeindlicher Betätigungen in New Delhi seit der Ermordung von Frau Gandhi ein Maßstab für die Qualität der politischen Beziehungen zu Indien sei.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127087.

<sup>4</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.



BM wies darauf hin, daß es an allen liege, ihren Beitrag zur Vorbereitung des Treffens Reagan–Gorbatschow zu leisten, dessen Zustandekommen<sup>5</sup> man begrüße. Auf der jüngsten AM-Konferenz in Lissabon<sup>6</sup> sei den Sowjets das Angebot breiter Zusammenarbeit gemacht worden. Der neue Mann wolle sein Land modernisieren, wozu er alle Ressourcen benötige. Er könne nicht gleichzeitig modernisieren und den Rüstungswettlauf fortsetzen.

PM sagte, dies sei der richtige Augenblick für eine solche Begegnung. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche trügen auch dazu bei, die Situation in anderen Konfliktbereichen zu entspannen.

BM erwähnte, daß Möglichkeiten zur vertieften Zusammenarbeit zwischen Bundesrepublik und Indien ein Hauptthema seiner hiesigen Gespräche gewesen sei.<sup>7</sup> In allen Bereichen könne die Zusammenarbeit vertieft und ausgebaut werden, wenngleich sie schon heute gut sei. Im Herbst werde eine hochrangige BDI-Delegation Indien besuchen, um alle Möglichkeiten hierzu zu erkunden. Indien habe zwei sehr wichtige Entwicklungen abgeschlossen: Zum einen die Reform der Landwirtschaft mit dem Erfolg der Autarkie und sogar der Überschußproduktion, zum anderen habe es sich zu einem Schwellenland entwickelt, das nun vor dem Eintritt in die industrielle Phase stehe. Hierbei könne sich ein Land wie die Bundesrepublik zum gegenseitigen Nutzen als guter Partner erweisen, da sie über eine gesund strukturierte Wirtschaft mit zahlreichen mittleren und kleineren technisch führenden Gewerbebetrieben verfüge, die besonders im Rahmen der Joint Ventures diese verstärkte Zusammenarbeit durchführen könnten. Die Welt stehe heute am Beginn einer neuen technologischen Entwicklung, des Informationszeitalters. Er habe darüber auch am Vorabend mit dem Minister für Telekommunikation<sup>8</sup> gesprochen und darauf hingewiesen, daß Indien zum ersten Mal die Gelegenheit habe, sich von Anfang an an einer solchen Entwicklung zu beteiligen. Dies falle Indien leichter als seinen beiden Nachbarn, SU und China, da Indien mit einer offenen, freien und kreativen Gesellschaft flexibler sei und die Kräfte seiner Menschen leichter freisetzen könne.

PM bestätigte, dies sei genau das Ziel, das man im Auge habe und dem bereits im letzten Haushalt Rechnung getragen worden sei. Man wolle die nächste tech-

<sup>5</sup> Am 3. Juli 1985 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Reagan am 19./20. November 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf zusammentreffen werde. Zu dem Treffen vgl. vom 19. bis 21. November 1985 Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>6</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>7</sup> Botschafter Schödel, Neu Delhi, berichtete am 10. Juli 1985, Bundesminister Genscher habe mit dem Staatsminister im indischen Außenministerium, Alam Khan, Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit erörtert, die sich „nicht auf Großprojekte konzentrieren“, sondern auch kleine und mittlere Betriebe einbeziehen solle. Alam Khan habe den Airbus „als zuverlässiges und beliebtes Flugzeug“ gelobt und den Erwerb von Maschinen des Typs Airbus A 320 in Aussicht gestellt. Ein Vertreter des indischen Ministeriums für Wissenschaft und Technologie habe „spezifisches indisches Interesse an Spezialflugzeugen zur Erforschung von Monsunen und Zyklonen“ geäußert, ein Vertreter des indischen Umweltministeriums „spezielles Interesse an deutschen Erfahrungen mit Rekultivierungsmaßnahmen in Gebieten mit Tagebau und am deutschen System der Katalogisierung chemischer Schadstoffe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 906; Referat 340, Bd. 144680.

Die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit war zudem Thema eines Gesprächs mit dem indischen Finanzminister Pratap Singh am selben Tag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 907 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach, z.Z. Neu Delhi, vom 10. Juli 1985; Referat 340, Bd. 144680.

<sup>8</sup> Ram Niwas Mirdha.

nologische Revolution nicht verpassen. Zwar seien die eigenen Mittel beschränkt, doch werde man alle verfügbaren Mittel mobilisieren und konzentrieren, um zu einer guten Infrastruktur zu gelangen. Man bemühe sich ferner, neue Bereiche für Investitionen zu erschließen in der Hoffnung, daß hierfür Privatkapital gewonnen werden könne. Diese Politik habe bereits gewisse positive Auswirkungen auf dem Aktienmarkt gezeigt. Gleichzeitig denke man an eine Reform des Erziehungssystems, um sicherzustellen, daß in fünf Jahren die Schulabgänger für die neuen Technologien vorbereitet seien.

BM bezeichnete dies als besonders wichtig, da man keine technologischen Analphabeten heranbilden dürfe. Die Art und Weise, wie wir selbst erzogen worden seien, würde dazu führen, daß die nächste Generation den Anforderungen nicht gewachsen wäre. Dies sei nicht so sehr eine Frage der Kinder als der Lehrer, die das neue Wissen vermitteln müssen. PM stimmte dem lebhaft zu. PM wies auf Ausmaß des Problems in den ländlichen Bereichen Indiens hin.

BM erläuterte deutsches Dualsystem der beruflichen Ausbildung und regte an, daß Präsident des Verbands des deutschen Handwerks<sup>9</sup> der BDI-Delegation angehören sollte, da ein Erfahrungsaustausch in Ausbildungsfragen für indische Wirtschaft und Behörden möglicherweise von Interesse sei.

PM begrüßte dies. PM ging sodann auf Beziehungen zu Nachbarländern ein. Im Verhältnis zu Sri Lanka sei eine gewisse Entspannung eingetreten und die Gespräche in Thimphu fänden in diesem Augenblick in guter Atmosphäre statt, so daß Hoffnung bestehe, daß es zu einer Regelung komme.<sup>10</sup> Mit Pakistan hätten mehrere Begegnungen stattgefunden<sup>11</sup>, und wenngleich bei einer kurzfristigen Betrachtung der Situation Differenzen nicht zu übersehen seien, stelle sich doch heraus, daß bei einer langfristigen Sicht die Ziele sehr ähnlich sei-

<sup>9</sup> Paul Schnitker.

<sup>10</sup> Nach einem Treffen des Ministerpräsidenten Gandhi mit Präsident Jayewardene am 2./3. Juni 1985 berichtete Botschaftsrat Sasse, Colombo, am 5. Juni 1985, wesentliches Ergebnis seien „die Verbesserung der abgekühlten bilateralen Beziehungen und die Möglichkeit, den Verhandlungsweg zu einer Verständigung zwischen den ethnischen Gruppen in Sri Lanka mit Hilfe indischer Vermittlerdienste neu zu öffnen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 340, Bd. 136842.

Am 8. Juli 1985 teilte Botschafter Schödel, Neu Delhi, mit, Repräsentanten verschiedener Tamilengruppen seien am Vortag von Neu Delhi aus nach Thimphu in Bhutan geflogen, um dort „an Vermittlungsgesprächen mit srilankischer Delegation unter Führung von Hector Jayewardene, einem Bruder des srilankischen Präsidenten“, teilzunehmen: „Obwohl indische Regierung sich hinsichtlich eigener Schritte diskret verhält, gilt als sicher, daß Inder auf die Tamilen im Sinne einer Teilnahme an den Gesprächen eingewirkt haben. Auch die Tatsache der Einladung durch srilankische Regierung und damit einer faktischen Anerkennung dürfte Zugkraft auf militante Gruppen nicht verfehlt haben.“ Die indische Regierung betrachte die Gespräche „mit vorsichtigem Optimismus“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 892; Referat 340, Bd. 136842.

Am 13. Juli 1985 wurden die Gespräche in Thimphu auf den 12. August 1985 vertagt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 927 von Schödel; Referat 340, Bd. 136842.

<sup>11</sup> Botschafter Schödel, Neu Delhi, berichtete am 5. Juli 1985, daß nach Gesprächen des Staatsministers im indischen Außenministerium, Alam Khan, mit dem pakistanischen Außenminister Yakub Khan vom 2. bis 4. Juli 1985 in Neu Delhi „ein Abkommen über Zusammenarbeit in landwirtschaftlicher Forschung abgeschlossen, eine Reihe von menschlichen Erleichterungen im Verkehr zwischen beiden Staaten (verstärkter Eisenbahnverkehr, Beseitigung polizeilicher Meldepflicht, zusätzliche Telefonverbindungen) beschlossen“ und auch ein Kulturabkommen ins Auge gefaßt worden seien. Nicht erörtert worden seien „der pakistanische Entwurf für einen Nicht-Kriegs-Pakt und der indische Entwurf für einen Vertrag über Freundschaft, Friede und Zusammenarbeit“, die laut Aussage von Yakub Khan „Gegenstand des Gesprächs der außenpolitischen Staatssekretäre beider Länder am 30. Juli in Delhi sein“ würden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 880; Referat 010, Bd. 178896.

en, was er begrüße. Auch eine Entschärfung der Situation in Afghanistan könnte zu einer Verbesserung der Gesamtsituation in der Region führen.

Auf die Frage von BM nach sowjetischer Haltung zu Afghanistan erwiderte PM, Gorbatschow habe sehr klar zu erkennen gegeben, daß Bereitschaft bestehe, sich an einer Lösung zu beteiligen, sofern gewährleistet sei, daß die Amerikaner nach einem sowjetischen Rückzug nicht in Afghanistan einmarschierten. BM verwies darauf, daß US eine derartige Garantie bereits gegeben hätten.

PM fährt fort, eine gewisse Schwierigkeit bestehe darin, daß es Pakistan für nützlich halte, eine gewisse Spannung aufrechtzuerhalten, weil es dann mehr Unterstützung und Waffen erhalte.

Auf die Bemerkung von BM, daß die Anwesenheit von Millionen Flüchtlingen Pakistan auch Lasten auferlege, bemerkte PM, das Land erhalte fünf bis sechs Milliarden Dollar, d.h. mehr, als es für die Flüchtlinge benötige, und habe damit einen finanziellen Gewinn aus der Situation. Die Beziehungen zu Bangladesch und Bhutan seien problemlos. Mit Nepal gab es gewisse Spannungen, da die Nepalesen die Chinesen in größerer Anzahl bis an die indische Grenze in ihr Land gelassen hätten (gemeint ist bei EZ).<sup>12</sup> Das Verhältnis zu China sei noch in einem Stadium, in dem eine Aussage nicht möglich sei. Hauptproblem sei die anhaltende Besetzung von Tausenden von Quadratmeilen indischen Landes.<sup>13</sup> Indischerseits wünsche man eine Normalisierung, die aber nicht möglich sei, solange die Chinesen keine Bereitschaft zu erkennen gäben, sich zu bewegen.<sup>14</sup> Was sie sagten, sei nicht immer konsequent. Manchmal klangen sie positiv, dann plötzlich wieder zurückhaltend. Wegen eines Gebiets im Nordosten Indiens erhoben sie dann und wann sogar Gebietsansprüche. Da die Chinesen eigene Schwierigkeiten mit ihrem Modernisierungsprogramm<sup>15</sup> hätten, sei es für sie vielleicht noch schwer, sich in dieser Frage zu bewegen.

BM bemerkte, daß ein gutes Einvernehmen mit Indien auch im Interesse der Chinesen liegen müßte.

<sup>12</sup> Im Politischen Halbjahresbericht, den Botschafter Harder, Kathmandu, am 7. März 1985 übermittelte, wurde ausgeführt, die indisch-nepalesischen Beziehungen seien „an der Oberfläche freundschaftlich, aber wegen der Forderung Nepals, als Friedenszone anerkannt zu werden, weniger eng als zu den anderen Nachbarstaaten“, die diese nepalesische Forderung unterstützten. Umgekehrt weigere sich Nepal, „die Beziehungen zu Indien als ‚special relationship‘ anzuerkennen, wie dies Indira Gandhi aufgrund des bilateralen Friedens- und Freundschaftsvertrages von 1950 stets gefordert hat“. Die Beziehungen zwischen Nepal und der Volksrepublik China seien „problemlos und betont herzlich. [...] Chinesische Wirtschaftshilfe, vor allem im Straßenbau, hat wesentlich zur Verbesserung der Infrastruktur des Landes beigetragen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 142693.

<sup>13</sup> Die Volksrepublik China erkannte die nach dem damaligen britischen Bevollmächtigten benannte „MacMahon-Linie“ nicht an, die in einem der Konvention von Simla vom 3. Juli 1914 beigefügten britisch-tibetischen Briefwechsel festgelegt worden war und von Indien als Grenze zu Tibet angesehen wurde. Außerdem erhob sie Forderungen auf Ladakh im Nordosten Kaschmirs. Am 20. Oktober 1962 griffen chinesische Streitkräfte indische Grenzposten und Stellungen im Norden von Ladakh an und besetzten in der Folgezeit indisches Gebiet. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 422 und Dok. 438. Am 21. November 1962 verkündete die chinesische Regierung einen einseitigen Waffenstillstand. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PEKING REVIEW, Nr. 47/48 vom 30. November 1962, S. 5–7.

<sup>14</sup> Zu den im Dezember 1981 aufgenommenen chinesisch-indischen Gesprächen über eine Normalisierung der Beziehungen vgl. Dok. 152, Anm. 21.

<sup>15</sup> Zur Reform des chinesischen Wirtschaftssystems sowie der chinesischen Agrarpolitik vgl. Dok. 28, Anm. 13, und Dok. 184, Anm. 17.

PM bestätigte dies mit dem Hinweis, daß hierdurch eine Entspannung für die gesamte Region eintreten könnte.

BM erklärte, der einzige Gewinner wäre bei Fortbestehen chinesisch-indischer Schwierigkeiten die Sowjetunion, weshalb er sich nur schwer vorstellen könne, daß Peking in die Hände Moskaus spiele. Er habe die Chinesen danach gefragt, aber keine Antwort bekommen.

PM unterstrich, daß Indien zu einer Vereinbarung gelangen wolle und bereits Verständigung über ein Treffen, jedoch noch ohne Festlegung eines Zeitpunkts, erzielt worden sei. Bei einer solchen Begegnung müßte es möglich sein, mehr über die chinesischen Vorstellungen zu erfahren.<sup>16</sup>

PM kam sodann auf interne Situation, besonders Punjab<sup>17</sup>, zu sprechen, die sich dort etwas abgekühlt habe. Man habe einiges getan, um zu einer Entspannung beizutragen, und hoffe, daß Verhandlungen möglich würden. Es lägen einige Anzeichen dafür vor, daß auch die Sikhs, die allerdings untereinander in zwei, drei Gruppen gespalten seien, eine gewisse Bereitschaft zu Gesprächen zeigten, und er hoffe, daß sich daraus etwas ergeben werde.<sup>18</sup> Nach indischer Auffassung seien sie für den Absturz der Air-India-Maschine<sup>19</sup> verantwortlich. Von

<sup>16</sup> Vom 4. bis 11. November 1985 fand in Neu Delhi die sechste Runde chinesisch-indischer Gespräche über „Grenzfrage; Kultur; Wissenschaft und Technologie; Liegenschaftsangelegenheiten“ statt. Botschafter Schödel, Neu Delhi, berichtete am 12. November 1985: „Erschwert wurde Verhandlungsgegenstand dadurch, daß Chinesen offensichtlich neue Elemente des Gegensatzes einbrachten. Sie erinnerten an ihre alten territorialen Ansprüche jenseits der MacMahon-Linie, im Ostsektor der indisch-chinesischen Grenze (80 000 km<sup>2</sup>), wohl weniger als absolute Forderung, doch als Manövriermasse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1551; Referat 341, Bd. 133638.

<sup>17</sup> Gesandter Vogeler, Neu Delhi, berichtete am 13. Mai 1985, „Sikh-Terroristen“ hätten am Wochenende in Neu Delhi und in Nordindien eine Serie von Bombenattentaten verübt, bei denen etwa 80 Menschen ums Leben gekommen und Hunderte verletzt worden seien. In Neu Delhi und im Punjab seien in diesem Zusammenhang etwa 1500 Menschen festgenommen worden. Gleichzeitig hätten im Punjab „die drei wichtigsten der als gemäßigt geltenden Sikh-Führer ihre Stellungen geräumt. [...] Auch wenn kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Radikalisierung der Sikh-Führung im Punjab und der Bombenwelle nachzuweisen ist, ist durch die Niederlage der moderaten Sikh-Führer doch eine Atmosphäre entstanden, die weitgespannten Terror begünstigt.“ Damit habe sich auch die konzessionsbereite Politik der indischen Regierung „nicht ausgezahlt. Es ist nicht zu sehen, mit wem PM Gandhi in Zukunft verhandeln soll, um eine Befriedung des Punjab zu erreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 593; Referat 340, Bd. 136835.

<sup>18</sup> Am 24. Juli 1985 unterzeichneten Ministerpräsident Gandhi und der Vorsitzende der Sikh-Partei Akali Dal, Sant Longowal, „eine Vereinbarung zur Beilegung der Punjabkrise“. Gesandter Vogeler, berichtete am 25. Juli 1985, die „überraschend schnelle Einigung“ enthalte u. a. eine Regelung für die Hauptstadt des Punjab und einen territorialen Ausgleich für den benachbarten Unionsstaat. Außerdem würden im Punjab „die Sonderverordnungen über den Einsatz der Armee zurückgenommen. Die Jurisdiktion der Sondergerichtshöfe wird auf Kriegsführung und Flugzeugentführung beschränkt [...]. Der Alkali Dal erklärt, daß die ‚Anandpur Sahib Resolution‘, der umstrittene, maximalistische Forderungskatalog der Sikhs, völlig im Rahmen der indischen Verfassung liege“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 984; Referat 340, Bd. 144678.

<sup>19</sup> Auf dem Flug von Toronto über London nach Bombay stürzte am 23. Juni 1985 westlich von Irland ein Flugzeug des Typs Boeing 747 der Fluggesellschaft Air India mit 329 Menschen an Bord ins Meer. Die Vermutung, daß der Absturz auf einen Bombenanschlag zurückgehe, erhärtete sich in der Folgezeit. Vgl. dazu die Artikel „Indischer Jumbo-Jet vor westlicher Küste abgestürzt“ und „Verdacht fällt auf Sikhs“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Juni 1985, S. 1, bzw. vom 26. Juni 1985, S. 3.

Am 28. Juni 1985 berichtete Botschafter Schödel, Neu Delhi: „Wegen der vermuteten Identität der Täter (zwei flüchtige Auslandsikhs) konzentriert sich die Kritik gesamter indischer Presse auf Regierungen von USA, Kanada, GB, denen zu nachgiebiges Verhalten gegenüber extremen Auslandsikhs vorgeworfen wird, das wiederholt zu gewalttätigen Anschlägen gegen indische Politiker (z. B.

den Amerikanern habe man detaillierte Informationen über ihre Tätigkeit in den US und die Ausbildung in einem Lager erhalten. Er verwies auf die Ungeheuerlichkeit von Terrorismusschulen in den USA.<sup>20</sup>

BM erklärte, er sei seit Jahren in unterschiedlicher Eigenschaft mit Fragen des Terrorismus befaßt gewesen. Von 1969 bis 1974 habe er als BMI das Entstehen des deutschen Terrorismus miterlebt. Später sei er bei der Vernichtung der ersten deutschen Terroristengeneration erfolgreich gewesen. Dann sei er aber Zeuge des terroristischen Anschlags auf das israelische Team bei der Münchner Olympiade geworden.<sup>21</sup> Im Anschluß an diese Ereignisse sei eine Spezialeinheit aufgestellt worden, die später die Passagiere in Mogadischu befreit habe.<sup>22</sup> Die Bundesregierung habe sich stets um internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus bemüht. Beim Bonner Gipfel 1979 sei eine Erklärung hierzu verabschiedet worden<sup>23</sup>, die allerdings kein starkes internationales Echo gefunden habe. Beim BWG 1985 sei über die Bekämpfung des internationalen Drogenhandels und erneut über Terrorismus gesprochen worden.<sup>24</sup> Eine Arbeitsgruppe werde den sieben Außenministern im September in New York<sup>25</sup> das Ergebnis ihrer Beratungen vorlegen. Man wolle mit Indien eng zusammenarbeiten. Die terroristischen Gruppen arbeiteten weltweit miteinander, selbst bei unterschiedlicher Zielsetzung und Ideologie, weshalb auch unter Regierungen eine engere Kooperation unerlässlich sei.

PM unterstrich Bereitschaft zur Zusammenarbeit in beiden Bereichen.

BM verwies auf erfolgreichen Gedankenaustausch zwischen Sicherheitsexperten beider Länder und erklärte Bereitschaft zu vertiefter Zusammenarbeit auch in diesem Bereich. Sollte PM besondere Wünsche haben, möge er dies wissen lassen.

PM sagte, Drogenproblem sei in Indien zwar noch nicht akut, könnte es aber durchaus werden. Daher wolle man es vorher in den Griff bekommen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1020*

Indira Gandhi) und indische Einrichtungen geführt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 839; Referat 340, Bd. 136835.

<sup>20</sup> Die Nachrichtenagentur AP meldete unter der Überschrift „Sikh in Söldnerschule an Sprengstoff ausgebildet“, der Leiter einer „Söldnerschule im US-Staat Alabama“ habe bestätigt, daß dort „einer der Sikhs, die kanadischen Zeitungsberichten zufolge im Zusammenhang mit dem Absturz eines Air-India-Jumbos am Sonntag und einer Explosion auf dem internationalen Flughafen von Tokio gesucht werden“, ausgebildet worden sei. Allerdings habe er „niemals jemandem beigebracht, wie man eine Zeitbombe baut“. Für die Meldung AP 185-4 vgl. Referat 340, Bd. 144695.

<sup>21</sup> In den frühen Morgenstunden des 5. September 1972 drangen acht Mitglieder des „Schwarzen September“ in das Olympische Dorf in München ein und erschossen zwei Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft. Weitere neun Israelis wurden als Geiseln genommen. Bei einem Versuch auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck, die Geiseln zu befreien, wurden sämtliche Geiseln sowie ein Polizeibeamter und fünf Terroristen getötet. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 256, Dok. 259 und Dok. 267.

<sup>22</sup> Zur Befreiung des entführten Lufthansa-Flugzeugs „Landshut“ durch eine Sondereinheit der GSG 9 am 18. Oktober 1977 auf dem Flughafen von Mogadischu vgl. Dok. 169, Anm. 16.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu Flugzeugentführungen (Bonner Luftsicherheitserklärung) vgl. BULLETIN 1978, S. 766. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. AAPD 1978, II, Dok. 222 und Dok. 225.

<sup>24</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>25</sup> Bundesminister Genscher traf am 25. September 1985 mit den Außenministern Abe (Japan), Andreotti (Italien), Clark (Kanada), Dumas (Frankreich), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in New York zusammen. Vgl. Dok. 255.

<sup>26</sup>Auf Bitte PM erläuterte BM Unterschied zwischen SDI und EUREKA. Beides müsse getrennt gesehen werden. EUREKA sei eine gemeinsame Idee des französischen AM<sup>27</sup> und seiner selbst, die als französischer Vorschlag präsentiert worden sei.<sup>28</sup> Es gehe darum, die finanziellen und technologischen Ressourcen der Mitgliedstaaten der EG zusammenzufassen und zu verhindern, daß sich die Bemühungen in parallelen Forschungsarbeiten aufspalteten. Nur so könne Europa der technologischen Herausforderung durch US und Japan gerecht werden. SDI sei ein vom amerikanischen Präsidenten im März 1983 angekündigter Traum<sup>29</sup>, wonach US gegen Raketen sicher gemacht werden könnten. Bestenfalls handle es sich um einen Schirm mit vielen Löchern. Die Folgen ließen sich noch nicht voraussagen, und selbst wenn SDI funktionieren sollte, bestünde nur Schutz gegen ICBM. Europa würde nicht geschützt gegen Mittel- und Kurzstreckenraketen, Cruise Missiles, Atomartillerie, Flugzeuge mit Atombomben und vor allem nicht gegen die konventionelle Überlegenheit des Ostens. SDI werfe eine Reihe wichtiger strategischer und politischer Fragen auf, die die Einheit des Bündnisses und seine Strategie betreffen. Von zehn Punkten, die der Bundessicherheitsrat im März 1985 in einer Stellungnahme aufgeführt habe<sup>30</sup>, bezögen sich neun auf strategische, politische und militärische Themen und nur einer auf Fragen der Technologie. Es sei klar, wo die Schwerpunkte lägen, und man könne heute noch keine endgültige Antwort geben. Deswegen sei zu hoffen, daß die Begegnung im November in Genf dazu dienen werde, das von den Außenministern der US und der SU am 8.1.85 vereinbarte Ziel zu erreichen, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und das Wettrüsten auf der Erde zu beenden.<sup>31</sup>

PM verwies auf amerikanische Feststellung, daß SU in der Entwicklung eines Systems voraus sei. Er selbst habe aber keine überzeugenden Beweise hierfür gesehen.

BM wies darauf hin, daß US und SU ABM-Abkommen abgeschlossen hätten und Sowjets zugegebenermaßen von dort vorgesehenen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben. Es sei sicher auch richtig, daß SU Forschungen betreibe, doch sei unbekannt, ob es sich dabei um ein raum- oder bodengestütztes System handle, was einen qualitativen Unterschied mache. SU und US hätten Beobachtungssatelliten bereits in Umlauf, so daß Weltraum schon für militärische Zwecke genutzt werde. Andererseits hätten nur die Sowjets Killersatelliten entwickelt. Die US seien zwar auch dabei, hätten aber die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Wenngleich also bereits militärische Aktivitäten im Weltraum statt-

<sup>26</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 910 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>27</sup> Roland Dumas.

<sup>28</sup> Zum französischen Vorschlag vom 15. April 1985 vgl. Dok. 98, Anm. 7.

<sup>29</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 zu einer weltraumgestützten Raketenabwehr und zur Rüstungskontrolle vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

<sup>30</sup> Vgl. dazu die Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan; BULLETIN 1985, S. 289f. Vgl. dazu auch Dok. 87.

<sup>31</sup> Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

Zum Treffen zwischen Gromyko und Shultz am 7./8. Januar 1985 vgl. auch Dok. 7 und Dok. 8.

fänden, so bedeute die Verwirklichung von SDI doch mehr, weshalb es wichtig sei, so früh wie möglich zu Verhandlungsergebnissen hierüber zu gelangen, was auch im europäischen Interesse liege.

PM frage BM, ob er der Auffassung sei, daß SDI zur Entwicklung neuer Waffen, z. B. Laser, führen könne, die zwar auch destruktiv, aber keine Massenvernichtungsmittel seien.

BM bejahte dies, wenngleich man nichts voraussagen könne. Die Erfahrung zeige, daß die Forschung oft zu ganz anderen Ergebnissen als zu den ursprünglich beabsichtigten führe. Dies gelte auch für Waffen. Ein deutscher Fürst habe einmal den Auftrag erteilt, die Möglichkeiten zur Herstellung künstlichen Goldes zu erforschen. Herausgekommen sei dabei die Erfindung von Porzellan. Wir wünschten gute Ergebnisse der Genfer Verhandlungen und richten deshalb alle Hoffnungen auf die Zusammenkunft im November.

PM erklärte abschließend, er sehe mit Erwartung vertieften und engen Kontakten zwischen Indien und Bundesrepublik entgegen.

BM gab der Hoffnung Ausdruck, daß PM Gelegenheit zu einem Besuch in Bundesrepublik haben werde.

PM erklärte, er würde dies gern tun.<sup>32</sup>

Abschließend bat BM um Möglichkeit kurzer Begegnung der BDI-Delegation mit PM.

PM erwiderte, dies würde ihn interessieren.<sup>33</sup>

[gez.] Schödel

**Referat 010, Bd. 178896**

<sup>32</sup> Ministerpräsident Gandhi besuchte die Bundesrepublik vom 6. bis 8. Juni 1988.

<sup>33</sup> Am 27. November 1985 stellte Ministerialdirektor Sudhoff „eine gewisse Blässe im deutsch-indischen Verhältnis“ fest und führte aus: „Daß vor wenigen Wochen die Wirtschaftsdelegation des BDI trotz aller Bemühungen und Zusagen nicht von PM Gandhi empfangen wurde, läßt aufhorchen und belastet natürlich das Klima.“ Vgl. Referat 340, Bd. 136840.

## 192

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****221-372.00-1220/85 geheim****12. Juli 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: MBFR – Neuer westlicher Verhandlungsschritt

Bezug: Aufzeichnungen vom 4.6.1985 (937/85 geh.)<sup>3</sup> und vom 20.2.1985 (261/85 VS-v)<sup>4</sup>

Anlg.: 1<sup>5</sup>

1) Wie in Aufzeichnung vom 4.6.1985 beschrieben, haben wir mit UK mehrfach über einen neuen westlichen MBFR-Vorschlag konsultiert und Einigung auf der Basis der dort genannten „Option A“ (Ziff. 4 Bezugsaufzeichnung) erzielt.<sup>6</sup>

Wir sind uns darüber einig, daß ein baldiger Verhandlungsschritt notwendig ist; dies war auch die Mehrheitsmeinung der Bündnispartner im Ständigen Rat bei der Erörterung von MBFR am 3.7.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 16. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 16. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Botschafter Ruth sprach sich dafür aus, daß bei den MBFR-Verhandlungen in Wien „der Westen noch in diesem Jahr auf den östlichen Vorschlag vom 14.2.85 mit einem Gegenvorschlag eingeht. [...] Die Positionen von Ost und West liegen so weit auseinander, daß Einigung über ein ‚umfassendes‘ MBFR-Abkommen in absehbarer Zeit nicht erreichbar ist. Diese Perspektive und der bisherige Verlauf der Verhandlungen könnten die Glaubwürdigkeit des MBFR-Prozesses gefährden. Im BMVg hat sich ferner eine sehr kritische Beurteilung des Verhandlungsziels paritätischer Obergrenzen bei 700[000]/900 000 Mann durchgesetzt.“ Ansatzpunkt des Konzepts sei „der Vorschlag des WP für einen ‚Freeze‘, der nicht zahlenmäßig definiert ist und dementsprechend auch keine Verifikation vorsieht. Eine solche Nichterhöhungsverpflichtung würde die erhebliche Diskrepanz zwischen den östlichen und westlichen Daten über die Truppenstärken verdecken und praktisch die Aufgabe der westlichen Datenposition bedeuten. Dies wäre auch mit dem allgemeinen westlichen Rüstungskontrollgrundsatz nicht im Einklang, daß Rüstungskontrollverträge auf eine präzise Faktengrundlage abstellen müssen. Der westliche Gegenzug muß deshalb darauf abzielen, die ‚Freeze‘-Verpflichtungen beider Seiten zahlenmäßig festzulegen und ihre Einhaltung verifizierbar zu machen.“ Vorgeschlagen werden solle daher ein auf drei bis fünf Jahre befristetes Phase-I-Abkommen und „innerhalb der ersten ein bis zwei Jahre dieses Abkommens entweder a) begrenzte, aber zahlenmäßig festgelegte Anfangsreduzierungen von ca. 13 000 amerikanischen und 30 000 sowjetischen Soldaten [...] oder b) Vereinbarung einer ersten zahlenmäßigen Zwischenhöchststärke, die so knapp unter der derzeitigen westlichen Friedensstärke liegt, daß etwa erforderliche Reduzierungen nicht die nach vorstehender Variante erforderlichen überschreiten würden.“ Vgl. VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann vgl. Dok. 45.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 14.

<sup>6</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen handschriftlich: „Vorschlag S. 3 f.“ Vgl. Anm. 9 und 16.

<sup>7</sup> Über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 3. Juli 1985 berichtete Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am selben Tag, er habe für eine neue westliche MBFR-Initiative geworben: Dabei „handle es sich um einen taktisch notwendigen Schritt, der die gemeinsame politische Substanz nicht in Frage stelle, aber politisch wünschbar, wenn nicht gar zwingend erforderlich sei. Das Bündnis dürfe nicht die Augen vor dem Zusammenhang zwischen nuklearer und konventioneller Bedrohung und der notwendigen Rüstungskontrolle verschließen.“ Während „einige Ständige Vertreter keinen Zeitdruck für eine neue westliche Initiative erkannten (US, TUR)“, sei die Position der Bundesrepublik



USA haben wegen fortbestehender Ressortdifferenzen<sup>8</sup> bisher keine einheitliche Position über die weitere Verhandlungsführung bei MBFR entwickelt.

2) Bilaterale Konsultationen mit UK am 31.5. und am 9.7. haben ergeben, daß Übereinstimmung im Wunsch nach gemeinsamem Vorgehen besteht, um den USA konkrete Vorschläge für MBFR zu machen, auf dieser Basis Bündniskonsens herbeizuführen und noch in diesem Herbst in Wien einen neuen westlichen Vorschlag vorzulegen.

Angesichts bisheriger Auffassungsunterschiede mit UK bezüglich MBFR ist es bemerkenswert, daß Briten jetzt wie wir eintreten wollen für

- Betonung des europäischen Interesses an den multilateralen Foren MBFR und KVAE als wichtige Bestandteile des West-Ost-Dialogs, neben den bilateralen US-/SU-Verhandlungen;
- aktives Verhandeln in Wien und hierzu Einführung eines neuen westlichen Vorschlags noch in diesem Herbst.

Aus britischer Haltung wurde deutlich, daß sie über rein MBFR-spezifische und verhandlungstaktische Gesichtspunkte hinaus es für politisch wichtig halten, auch auf diesem Wege auf die Gestaltung der Ost-West-Beziehungen insgesamt Einfluß zu nehmen und daß sie hierfür ein Zusammengehen der „two principal European allies of the US“ für wesentlich erachten.

3) In der Sache besteht Einvernehmen, daß der westliche Schritt die Form eines Gegenvorschlags zur jüngsten WP-Initiative vom 14.2.1985 haben, das heißt ein Vorschlag für ein Phase-I- oder Interimsabkommen sein sollte, um den Rahmen des WP-Vorschlags aufzugreifen und in diesem Rahmen westliche Kernelemente (Datenklärung und Verifikation) erneut in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu stellen.

<sup>9</sup>Damit würde gleichzeitig unser Anliegen verwirklicht (BSR-Beschluß vom 13.7.1983<sup>10</sup>), die Klärung der strittigen Streitkräftedaten durch Verifikation vor Ort herbeizuführen, als Alternative zu der vom Osten abgelehnten „vorherigen Dateneinigung“, da keine Aussicht auf Weiterkommen auf dieser bisherigen westlichen Linie besteht.

Hier ist mit Genugtuung festzustellen, daß die Briten ihre bisherige harte Position (unbedingte „vorherige Dateneinigung“) überdacht und den politischen Nutzen des von uns vertretenen „zweiten Weges“ zur Datenklärung erkannt haben.

4) Der Vorschlag würde folgende Elemente enthalten:

- Aushandeln eines auf drei bis vier Jahre befristeten Interimsabkommens einschließlich eines Pakets wirksamer Verifikations- und Stabilisierungsmaßnahmen;

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1024*

und Großbritanniens von Belgien, Italien und den Niederlanden nachdrücklich unterstützt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1168; VS-Bd. 11468 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 2. Juli 1985, daß das amerikanische Außenministerium sowie die Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) der Auffassung seien, daß eine Reaktion auf den sowjetischen MBFR-Vorschlag vom 14. Februar 1985 erfolgen müsse. Demgegenüber vertrete der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, „nach wie vor die Meinung, daß die MBFR-Verhandlungen ‚fatally flawed‘ seien und am besten eines sanften Todes sterben würden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3284; VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Beginn der Seite 3 der Aufzeichnung. Vgl. Anm. 6.

<sup>10</sup> Für den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 für eine neue Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1983, II, Dok. 237.

- im ersten Jahr Abzug von 13 000 Mann US- und 30 000 Mann SU-Landstreitkräften;
- nach Abschluß dieser Abzüge Austausch von Informationen über alle verbleibenden Land- und Luftstreitkräfte;
- für die verbleibende Geltungsdauer des Interimsabkommens verpflichten sich beide Seiten, diese restlichen Streitkräftestärken nicht zu erhöhen;
- durch Verifikation wird die Richtigkeit der ausgetauschten Streitkräfteinformationen und Einhaltung der Nichterhöhungsverpflichtung sowie anderer Abkommensverpflichtungen überprüft;
- beide Seiten verpflichten sich zur Fortführung der Verhandlungen nach Abschluß der Anfangsreduzierungen (13 000:30 000) über vertragliche Schritte zur Herstellung von Parität gemäß dem Mandat<sup>11</sup>. Der Abschluß eines solchen weiterführenden MBFR-Abkommens würde von der Erfüllung des Interimsabkommens abhängen, insbesondere von befriedigenden Verifikationsergebnissen bezüglich der Streitkräftestärken (d.h. der „Datenklärung durch Verifikation“) und der Wirksamkeit der vereinbarten Verifikationsmaßnahmen.

Daneben blieben bisherige Bündnispositionen über Ausnahmeregelungen für Manöver, Transit von US-Kräften, Flankenstaatensicherheit, Geltungsbereich der stabilisierenden Maßnahmen 1 und 2 und die „einseitige Bündniserklärung“ (über die Aufrechterhaltung der Beiträge der NATO-Partner zur Verteidigung (C-M (82) 54 rev. vom Juli 1982<sup>12</sup>) unverändert.

Diese Option-A-Lösung hat gegenüber der Option B zwei gewichtige Vorteile und ist deshalb vorzuziehen:

- Sie greift stärker auf vom Bündnis vertretene, bekannte Elemente zurück und entwickelt andere in unserem Sinne fort, so daß langwierige Detaildiskussionen vermieden werden, das Bündnis sich auf die politischen Aspekte der Verhandlungsführung konzentrieren und in Wien rechtzeitig handeln kann.
- Sie greift stärker auf zwischen Ost und West im Grundsatz unstrittige Elemente zurück und knüpft auch stärker an den WP-Vorschlag vom 14.2.1985 an, so daß dem Osten eine Verweigerung der Diskussion oder gar eine Ablehnung ungleich schwerer fallen muß.

5) Es kommt jetzt darauf an, die USA auf hoher politischer Ebene von der Notwendigkeit zügiger westlicher Abstimmung und Verhandlungsführung zu überzeugen.

Zu Prozedur und Zeitplan ist mit UK folgendes in Aussicht genommen (worauf Howe Sie am 21.7. in Bonn vermutlich ansprechen wird<sup>13</sup> – Sprechzettel liegt als Anlage bei<sup>14</sup>):

<sup>11</sup> Vgl. dazu das Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

<sup>12</sup> Für die „Guidance“ zu einem MBFR-Abkommen, die am 1. Juli 1982 vom Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene gebilligt wurde, vgl. VS-Bd. 10671 (201).

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher führte am 20. Juli 1985 ein fünfstündiges Gespräch mit dem britischen Außenminister Howe. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen vermerkte am 23. Juli 1985, erörtert worden seien: „EUREKA; SDI; MBFR; Vorbereitung Helsinki-Treffen; europäische Fragen; Jäger 90; Lage in Südafrika; Terrorismus; Verschiedenes“. Vgl. Referat 010, Bd. 178936.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Gesprächsführungsvorschlag vgl. VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

- Die britische und deutsche Regierung billigen noch vor Ende Juli den gemeinsamen Vorschlag und das gemeinsame Vorgehen.
- In Helsinki<sup>15</sup> sprechen Sir Geoffrey Howe und Sie bilateral Secretary of State Shultz darauf an, daß britische und<sup>16</sup> Bundesregierung neuen westlichen Schritt in Wien für politisch erforderlich halten (kurzer Sprechzettel für Helsinki wird gesondert vorgelegt).
- Britischer Außenminister richtet schriftliche Einladung an USA zu trilateralen Konsultationen in London in der zweiten Augushälfte – unter Wiederholung abgestimmter deutsch-britischer politischer Argumente – mit dem Ziel, trilateral Konsens über deutsch-britische MBFR-Initiative herzustellen und damit gute Basis für Entscheidung im Bündnis zu schaffen.
- Sie schreiben einen entsprechenden Brief an Secretary Shultz und unterstützen Vorschlag in der Sache und Einladung zu baldigen trilateralen Konsultationen (Briefentwurf wird vorgelegt, sobald Billigung auf deutscher und britischer Seite vorliegt<sup>17</sup>).
- Rechtzeitig vor Trilateral-Termin wird USA deutsch-britisches Arbeitspapier über den Inhalt des beabsichtigten neuen MBFR-Vorschlags übermittelt, damit US-Vertreter sich auf Sachdiskussion vorbereiten können.<sup>18</sup>
- Je nach Geschwindigkeit trilateraler Konsultationen wäre dann rasch Konsens im Bündnis herbeizuführen, so daß neuer Vorschlag zu politisch günstigem Zeitpunkt in 37. MBFR-Runde (26. September bis 5. Dezember 1985) eingeführt werden könnte.<sup>19</sup>

<sup>15</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>16</sup> Ende der Seite 4 der Aufzeichnung. Vgl. Anm. 6.

<sup>17</sup> Botschafter Ruth legte am 19. Juli 1985 den Entwurf für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Shultz vor und teilte mit, der Entscheidungsprozeß zu einer neuen MBFR-Initiative sei „schneller als erwartet vorangekommen: BM Wörner hat dem Vorgehen zugestimmt, AM Howe ebenfalls; Zustimmung von VM Heseltine ist zu erwarten“. Daher solle das Schreiben an Shultz möglichst nach dem Gespräch mit dem britischen Außenminister am 21. Juli 1985 und vor der Zusammenkunft mit Shultz am Rande des Treffens der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki abgehen, da dort „wenig Zeit für MBFR sein“ werde. Vgl. VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

In dem beigelegten Schreiben, das laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats Ischinger am 26. Juli 1985 abgesandt wurde, argumentierte Genscher für den gemeinsamen Vorschlag mit Großbritannien für einen neuen Verhandlungsschritt in Wien, „um bei den MBFR-Verhandlungen die Initiative zurückzugewinnen und auf diese Weise auch zur Ost-West-Diskussion beizutragen“. Vgl. VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Für das deutsch-britische Arbeitspapier in der am 5. August 1985 in Washington übergebenen Fassung vgl. VS-Bd. 11439 (221).

Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 8. August 1985, der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Holmes, habe sich für die deutsch-britische MBFR-Initiative bedankt, „die gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der inneramerikanischen Standpunktklärung zu MBFR einen wesentlichen Beitrag darstellen könnte“. Als Termin für trilaterale Gespräche habe er Mitte September genannt: „Bis dahin sei die amerikanische Meinungsbildung ‚in good shape‘ und das Treffen daher sinnvoller.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3846; VS-Bd. 11440 (221); B 150; Aktenkopien 1985.

<sup>19</sup> Am 19. August 1985 teilte Gesandter Wallau, Washington, mit, daß die USA sich für die Einbringung einer neuen MBFR-Initiative „gegen Ende des Jahres“ ausgesprochen hätten. Den Ansatz der deutsch-britischen Vorschläge hätten Gesprächspartner im amerikanischen Außenministerium grund-

- 6) Ich halte diese deutsch-britische Initiative für politisch wichtig, weil
- sie die Bedeutung der multilateralen Verhandlungen neben den bilateralen US-/SU-Kontakten unterstreicht,
  - sie ein Element gemeinsamen europäischen Handelns darstellt und Muster für ähnliches Vorgehen in anderen Foren werden kann, z.B. KVAE, CD-Genf, C-Waffen-Verhandlungen.
  - Briten sehen dies sehr ähnlich; und offenbar nimmt Sir Geoffrey Howe auch persönlich Interesse an dieser Frage.
  - Dementsprechend haben sich die Briten im Gesamtkonzept und in Einzelfragen (z.B. Verstärkung der Verifikationsmaßnahmen) in erfreulichem Maße kompromißbereit gezeigt.
- 7) Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem geschilderten Vorschlag und Vorgehen. Parallel zu dieser Vorlage wird das BMVg die Zustimmung von BM Dr. Wörner erbitten. Die britische Seite wird ebenso verfahren.

Ruth

**VS-Bd. 11439 (221)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1027*

sätzlich positiv beurteilt, aber ausgeführt, „der Vorschlag, ein Phase-I-Abkommen unter Ausklammerung des Datenproblems abzuschließen, stoße in Washington nicht auf uneingeschränkte Zustimmung, weil dadurch die bestehenden Asymmetrien festgeschrieben würden könnten“. Dazu würden noch eigene Überlegungen angestellt. Auch seien die vorgeschlagenen Verifikationsmaßnahmen „für ein begrenztes Phase-I-Abkommen sehr komplex und umfangreich. Möglicherweise sei eine einfachere Struktur mit weniger Inspektionen [...] leichter verhandelbar.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3989; VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

## 193

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

204-321.00 SO-508/85 geheim

12. Juli 1985<sup>1</sup>

Betr.: Vierer-Treffen der Politischen Direktoren am 11. Juli 1985 in Paris<sup>2</sup>;  
hier: KSZE-Prozeß

Morel, F, bezeichnete einleitend Ottawa-Konferenz<sup>3</sup> als enttäuschend, gleichwohl bedeutsam, weil es eine nützliche detaillierte Diskussion über MR-Verletzungen gegeben habe, die die Sowjets in der Defensive gezeigt habe. Sie seien gezwungen worden anzuerkennen, daß KSZE das Recht gebe, über MR-Probleme auch in anderen Ländern zu sprechen. Der Westen müsse neuer sowjetischer Haltung große Aufmerksamkeit widmen, wonach der KSZE-Prozeß zu Ende gekommen sei und ausschließlich die Sicherheitsfragen in Europa wie das Recht auf Leben die einzigen Prioritäten seien. Hierdurch sollte das gesamte KSZE-System verändert werden. Der Westen müsse in Helsinki<sup>4</sup> auf den inneren Zusammenhang aller Prinzipien bestehen. Die 20 westlichen Reden müßten die Gleichgewichtigkeit aller Elemente betonen. Er bezeichnete die jüngste SPC-Debatte in der NATO über den finnischen Vorschlag für ein kurzes Abschlußdokument<sup>5</sup> als zu negativ.<sup>6</sup> Der finnische Vorschlag sei kein Schlußdokument,

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde am 12. Juli 1985 zusammen mit Aufzeichnungen über die Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren am 11. Juli 1985 in Paris zu den Themen Ost-West-Beziehungen, Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas, amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf, Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Vereinten Nationen, Lage in Chile sowie in Indien, Terrorismus, Zypern-Konflikt und Berliner Luftkorridore von Ministerialdirigent Schauer „zur Unterrichtung“ über Staatssekretär Ruhfus an Bundesminister Genscher geleitet.

Hat Ruhfus am 15. Juli 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12977 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 4. August 1985 vorgelegen, der auf eine Hervorhebung hinwies und handschriftlich vermerkte: „(SU) müßte weiterverfolgt werden“. Vgl. Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 13. August 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Referat 212 ist telephonisch] verständigt.“

<sup>2</sup> Zu den Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren am 11. Juli 1985 in Paris vgl. auch Dok. 194.

<sup>3</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa vgl. Dok. 168, Anm. 24.

<sup>4</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>5</sup> Mit Memorandum vom 3. Juni 1985 an die KSZE-Teilnehmerstaaten legte die finnische Regierung ihre Vorstellungen für das Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vor. Zum formalen Abschluß des Treffens wurde darin „a communiqué or another statement of similar nature“ vorgeschlagen. Vgl. Referat 212, Bd. 133507.

<sup>6</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), resümierte die „Aussprache des Politischen Ausschusses am 9. Juli 1985 über die Art und Weise der Gestaltung des Helsinki-Treffens“ vom 30. Juli bis 1. August 1985: „Soweit sie hierzu Stellung nahmen, sprachen sich Bündnispartner einmütig für die Ablehnung des finnischen Entwurfs für ein Abschlußpapier aus (TUR, US, GB, KAN, E, B). US äußerten Wunsch, daß Bündnispartner ihre negative Haltung gegenüber der finnischen Regierung auch zum Ausdruck bringen sollten, wie dies US bereits in unzweideutiger Weise getan habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1194 vom selben Tag; Referat 212, Bd. 133507.

sondern eine Tatsachenfeststellung. Einem solchen Papier sollte man sich nicht verschließen. Offensichtlich wollten sich die Sowjets von der Schlußakte<sup>7</sup> lösen. Der Westen jedoch wolle daran festhalten. Dies sollte in dem finnischen Kommuniké-Vorschlag zum Ausdruck kommen. Werde zum Abschluß des Helsinki-Treffens überhaupt nichts gesagt, sei dies mehr im sowjetischen als im westlichen Interesse.

Thomas, GB, stimmte Ottawa-Bewertung zu. Zwar habe Entscheidung für Folgetreffen nicht erreicht werden können, aber Wien<sup>8</sup> werde dies wieder aufnehmen. Der Westen müsse jedoch eine Strategie für Wirtschaft und soziale Rechte entwickeln. Wir dürften dieses Feld nicht allein den Sowjets überlassen. Auch der Westen könne hierzu etwas beitragen. Experten sollten diese Fragen sorgfältig prüfen. Helsinki-Treffen solle genutzt werden, um die Balance des KSZE-Prozesses erneut unter Beweis zu stellen. Vier Hauptprinzipien müßten vom Westen herausgestellt werden, nämlich der Wunsch der Fortsetzung des KSZE-Prozesses, das Festhalten an allen in der Schlußakte enthaltenen Prinzipien, kein Zwang zur Vereinbarung eines neuen, inhaltsleeren Schlußdokuments und schließlich Benutzen des Helsinki-Treffens, um westliche Positionen zu verdeutlichen. Briten übergaben den in der Anlage beigefügten Entwurf einer politischen Richtlinie für westliches Verhalten beim Helsinki-Treffen.<sup>9</sup>

Thomas bezeichnete finnischen Entwurf für Schlußkommuniké als brauchbar, allerdings seien die letzten zwei Paragraphen zu überarbeiten. Die finnische Formel „improving cooperation in all fields“ unterstütze die sowjetische Haltung, daß es erst Kooperation geben müsse, bevor die Menschenrechte verwirklicht werden könnten. Auch der letzte Paragraph müsse neu formuliert werden, da er so, wie er jetzt dastehe, sowjetischen Anspruch bestätige, daß Sowjets die Schlußakte erfüllten.

Dg 20<sup>10</sup> betonte, daß wir Ottawa insgesamt positiv bewerteten. Erstmals hätten sich die Vertreter aller 35 Teilnehmerstaaten ausschließlich mit Menschenrechten beschäftigen müssen. Es sei wichtig, daß wir den Osten zu einer Diskussion gebracht hätten. Sicher hätten wir ein Schlußdokument – wenigstens über Folgetreffen – vorgezogen, die Tatsache, daß es nicht habe verabschiedet werden können, mache das Treffen aber keinesfalls zu einem Fehlschlag.

Er unterstützte Gedanken einer kurzen Schlußerklärung. Es sei gut, die Schlußakte in ihrer Gesamtheit zu bekräftigen. Auch die Ausgewogenheit der Schlußakte müsse neu bestätigt werden. Gebe es überhaupt keine Schlußerklärung, könnte evtl. der Eindruck eines Fehlschlages des Treffens entstehen.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>8</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986.

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12977 (204).

<sup>10</sup> Hans Schauer.

<sup>11</sup> Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal teilte am 12. Juli 1985 aus einem Gespräch mit dem finnischen Gesandten mit, sie habe Rännäli wissen lassen, „daß wir einen Kommuniké-Text, wie von Finnland vorgeschlagen, hätten akzeptieren können. Wir seien aber darüber unterrichtet worden, daß andere T[eil]N[ehmer]S[taaten], auch unter den Neutralen, sich bereits gegen einen solchen Text ausgesprochen hätten. Wir müßten also wohl davon ausgehen, daß das Vorhaben bereits aufgegeben worden sei. Der Gesandte bestätigte dies mit Bedauern.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133507.

Im übrigen wies er darauf hin, daß wohl Übereinstimmung darüber bestehe, daß das westliche KVAE-Paket<sup>12</sup> in seiner gegenwärtigen Form bis zum kommenden Sommer nicht voll durchgesetzt werden könne, und wir deshalb die französischen Überlegungen für eine Umstrukturierung des Pakets befürworteten<sup>13</sup>, was beim nächsten Treffen zu erörtern sei.<sup>14</sup>

Dobbins, USA, sah Ottawa als nützliche Gelegenheit, die sowjetischen Verstöße gegen MR herauszustreichen. Die USA würden auch in Helsinki die Menschenrechte in den Vordergrund stellen. Er bezeichnete finnischen Kommuniké-Vorschlag als schlechter, als man hätte erwarten können. Ursprüngliche amerikanische Einwände gegen Schlußdokument blieben bestehen. Änderungen seien kaum möglich, da es keinen Verhandlungsmodus dafür gebe. Leere Vereinbarungen würden nur die Sowjets unterstützen, die die Verpflichtungen von Helsinki durch leere Papiere erbringen wollten. USA befürchteten nicht, daß die Presse sich darauf konzentrieren werde, daß das Treffen ohne Schlußdokument zu Ende gehe. Auch Sowjets hätten erkennen lassen, daß sie nicht an einem Schlußdokument interessiert seien. Offensichtlich handelten die Finnen ganz aus eigenen Interessen. Sie seien von niemandem gedrängt. USA hätten den Finnen dies deutlich zu verstehen gegeben. Bisher sei der Konsens ganz eindeutig, daß es kein Schlußdokument geben solle.

Thomas betonte, letzte Vierer-Besprechung sei nicht grundsätzlich gegen Schlußdokument gewesen, solange es tatsächlich gehalten sei.<sup>15</sup> Einigkeit habe nur bestanden, daß darüber nicht verhandelt werden solle. So wie es jetzt vorliege, könne es nicht akzeptiert werden.

Dg 20 bemerkte, wir könnten auch mit diesem Dokument leben. Der Text sei zwar nicht ideal, enthalte aber keine Formulierungen, die die Schlußakte schwächten. Eine kurze gemeinsame Erklärung sei auf jeden Fall einer finnischen Erklärung vorzuziehen.

Morel hielt die in Helsinki von westlichen Vertretern zu haltenden Reden für das wichtigste. Sowjets dürften nicht aus Helsinki weggehen mit der unwidersprochenen Behauptung, daß Sicherheitsfragen in Europa jetzt die erste Priorität beanspruchten. Der Westen müsse betonen, daß der Gesamtprozeß fort-

<sup>12</sup> Zu den Vorschlägen der NATO-Mitgliedstaaten für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die am 8. März 1985 auf der KVAE in Stockholm als Paket eingebracht wurden, vgl. Dok. 42, Anm. 2.

<sup>13</sup> Zu den französischen Überlegungen zur Umstrukturierung der Vorschläge der westlichen KVAE-Delegationen vom 8. März 1985 vgl. Dok. 157.

<sup>14</sup> Zu den Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren am 29. August 1985 in London über das weitere Vorgehen auf der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 234.

<sup>15</sup> So in der Vorlage.

Bei den Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren am 29. Mai 1985 teilte der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Dobbins, mit, daß von finnischer Seite daran gedacht werde, das Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki „entweder durch kurzen Schlußbericht der Konferenz oder durch eine Schlußerklärung des finnischen Vorsitzenden“ zu beenden. Die USA hätten damit Probleme: „Am besten wäre es, es gäbe keine solche Schlußerklärung.“ Der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Thomas, bemerkte dazu, „irgendeinen förmlichen Abschluß müsse es geben. Vielleicht als Erklärung des Vorsitzenden. Dobbins war einverstanden, solange es keine gemeinsame Erklärung sei.“ Als Ergebnis faßte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl zusammen, „daß finnische Erklärung ausgewogen, aber unabgestimmt sein müsse“. Vgl. die von Braunmühl am 31. Mai 1985 vorgelegte Aufzeichnung; VS-Bd. 12977 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

gehen müsse. Idee eines Schlußdokuments solle nicht verworfen werden, solange die Chance besteht, diesen westlichen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen.

Dobbins zeigte hierfür Verständnis, fragte aber, wie es bewerkstelligt werden solle. Wenn es kein Schlußdokument geben werde, sei es besser, diesen Gedanken sofort zu verwerfen, als erst einen Verhandlungsversuch zu unternehmen, der dann scheitere und dadurch Aufmerksamkeit auf sich ziehe. Deshalb blieben die USA bei der Präferenz, den Finnen zu sagen, daß der Vorschlag fallengelassen werden solle. Wenn es andere Vorschläge gebe, seien sie gerne bereit, diese anzuhören.

Morel hielt es für nützlich, sich hierüber unter den Vieren abzustimmen, wozu allerdings neue Ministerweisung erforderlich sei. Er hielt die drei ersten Absätze des finnischen Vorschlages für akzeptabel und regte an, die letzten beiden Absätze durch folgenden neuen Satz zu ergänzen: „Ministers reaffirmed the importance of implementing all the provisions of the final act.“

Thomas sieht politische Bedeutung des Helsinki-Treffens in Gegenwart der Minister und in ihren Reden. Schlußdokument werde dem nur wenig hinzufügen. Briten könnten sich mit § 1–3 des finnischen Entwurfs zufriedengeben, was allerdings den Finnen nicht genügen werde. Man könne den Finnen jedoch sagen, sie sollten die letzten zwei Absätze durch den französischen Satz ersetzen. Man könnte ihnen dazu sagen, wenn sie dies annehmen wollten, sei der Westen mit einer solchen Schlußerklärung einverstanden, andernfalls könne es keine Schlußerklärung geben.

Morel schlug vor, die Vier sollten sich Anfang nächster Woche telefonisch darüber abstimmen, ob dieser Weg beschritten werden sollte.

Dobbins hielt dies nach wie vor für problematisch, da USA weiterhin Zweifel an Nützlichkeit des KSZE-Prozesses habe. Er fragte nach Haltung der Partner zum französischen Vorschlag.

Dg 20 unterstützte französischen Vorschlag. Briten erklärten sich einverstanden, wenn es allgemeinem Wunsch entspreche.

Thomas hält Wiederveröffentlichung von Schlußakte Helsinki für gute Idee. Durch Reden in Helsinki solle Druck erzeugt werden, diesem Beispiel zu folgen.

Dobbins bemerkte, die USA hätten nichts dagegen, sähen aber auch nicht viel Gewinn. Man sollte Sowjets sagen, daß der Westen wiederveröffentlichen wolle, wenn auch andere dazu bereit seien. Er regte an, die EPZ solle diese Sache mit Sowjets aufnehmen.<sup>16</sup> Sie seien bereit, entsprechende Bereitschaftserklärung in Rede von AM Shultz in Helsinki aufzunehmen.

Thomas will diese Anregung an EG-Präsidentschaft im nächsten PK herantragen.

Studnitz

**VS-Bd. 12977 (204)**

<sup>16</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht erfolgt!“ Vgl. Anm. 1.



## 194

# Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

204-321.00 SO-509/85 geheim

12. Juli 1985<sup>1</sup>

Betr.: Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren am 11. Juli 1985 in  
Paris;  
hier: Berlin-Fragen

Morel, F, bemerkte einleitend, kühle Reaktion der Sowjets auf Luftkorridor-Demarche<sup>2</sup> sei vorherzusehen gewesen. Dennoch scheine es auf sowjetischer Seite gewisse Bewegung zu geben. Sowjets hielten sich bei ihren Reservierungen an die 40-Meilen-Grenze vom Berliner Zentrum aus. Dies sei mehr als vorher. Nach französischer Ansicht gebe es derzeit keinen Anlaß für einen Demonstrationsflug. Zunächst solle weiter im BASC versucht werden, eine Regelung zu finden.

Thomas, GB, stimmte zu. Er hielt es für wichtig, daß AM Schewardnadse bei den Begegnungen in Helsinki<sup>3</sup> auf dies Problem aufmerksam gemacht werde. Westen müsse auf weitere Fortschritte drängen. Nach Rückkehr von Prokofjew, dem verantwortlichen Kontrolleur in Berlin<sup>4</sup>, müsse Sache mit ihm wiederaufgenommen werden. Danach müsse entschieden werden, ob die drei Alliierten weitere Schritte unternehmen müßten. Derzeit gebe es langsame Fortschritte. Um Druck aufrechtzuerhalten, müßte Schewardnadse unterrichtet werden.<sup>5</sup>

Dobbins, USA, stimmte zu. AM Shultz habe die Sache bereits mit Dobrynin aufgenommen, nicht als mögliches Gipfelthema, aber als ein Punkt, der für die Gesamtbeziehungen von Bedeutung sei. Sowjetische Diplomaten versuchten zwar, die Sache auf technische, d. h. militärische Ebene abzuschieben. Der We-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. Juli 1985 vorgelegen. Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 1.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 4. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Demarche der Drei Mächte vom 5. Mai 1985 wegen der sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin und zur sowjetischen Reaktion vom 31. Mai 1985 vgl. Dok. 96, Anm. 10, und Dok. 148, Anm. 9.

<sup>3</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>4</sup> Der sowjetische Vertreter im Berlin Air Safety Center (BASC), Prokofjew, trat Ende Juni einen sechswöchigen Urlaub an. Vgl. dazu den Vermerk des Legationssekretärs Weil vom 26. Juni 1985 über die Sitzung der Bonner Vierergruppe vom Vortag; VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Am 30. Juli 1985 berichtete der britische Sprecher in der Bonner Vierergruppe, der Staatsminister im britischen Außenministerium, Rifkind, habe den sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornijenko am 5. Juli in Moskau gebeten, „die sowjetische Seite möge ihrem Chief Controller im BASC Anweisungen geben, um in der Frage der Luftkorridore zu einer tragfähigen Regelung auf technischer Ebene zu kommen.“ Rifkind habe außerdem angekündigt, der britische Außenminister Howe werde das Thema „bei seinem Treffen mit dem sowjetischen AM anläßlich des AM-Treffens zum 10. Jahrestag der KSZE-Schlußakte von Helsinki – auf der zwischen den Drei Mächten besprochenen Linie – ansprechen. Kornijenko habe erwidert, es bestünde kein Anlaß, diese Frage erneut aufzuwerfen, da „alle Probleme gelöst seien“. Er habe den Drei Mächten vorgeworfen, den Status der Luftkorridore sowie deren Vier-Mächte-Verwaltung ändern zu wollen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Referats 210 vom 31. Juli 1985; VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

sten solle sich darauf nicht einlassen. Er fragte, ob der Westen an der Reihe sei, jetzt nachzugeben.<sup>6</sup>

Thomas verneinte dies. Westen habe zuletzt den Vorschlag 40 Meilen gemacht und sei damit sowjetischen Wünschen entgegengekommen. Unglücklich sei, daß US-Vertreter zuvor weniger gefordert habe. In der Praxis benutzten westliche Piloten nur 32 Meilen. Die Sowjets wüßten dies genau, da sie jeden einzelnen Flug überwachten.

Studnitz

VS-Bd. 12977 (204)

## 195

### Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-13294/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 460  
Cito

Aufgabe: 12. Juli 1985, 15.56 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 12. Juli 1985, 18.38 Uhr

Betr.: MBFR;

hier: Schlußbericht über die 36. Verhandlungsrunde (23.5. – 11.7.85)

Zur Unterrichtung

I. Synopse

1) Nachdem die vorangegangene 35. Verhandlungsrunde (31.1. – 28.3.85)<sup>2</sup> parallel zur Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den Großmächten<sup>3</sup> Bewegung anzudeuten schien, dämpfte die am 11. Juli abgelaufene 36. Verhandlungsrunde auch in Wien die Erwartungen. Da der Osten eine grundsätzliche westliche Antwort auf seinen im Februar unterbreiteten Vorschlag<sup>4</sup> zur Voraussetzung einer vertieften Sachdiskussion machte, traten die Verhandlungen auf der Stelle.

<sup>6</sup> Referat 210 vermerkte am 17. Juli 1985, von amerikanischer Seite sei in der Bonner Vierergruppe mitgeteilt worden, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, dem sowjetischen Gesandten in Washington, Sokolow, nach fortgesetzten sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin erneut die Haltung der Drei Mächte dargelegt habe: „Beide Seiten hätten ihr Interesse an einer praktischen Lösung zum Ausdruck gebracht.“ Vgl. VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 12. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur 35. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 83.

<sup>3</sup> Zur ersten Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vom 12. März bis 23. April 1985 in Genf vgl. Dok. 106.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

2) Der Osten nutzte die Runde, um die Vorzüge der von ihm vorgelegten „Grundbestimmungen des Abkommens über die anfängliche Verminderung von Truppen und Rüstungen der Landstreitkräfte der Sowjetunion und der USA in Mitteleuropa und über die nachfolgende Nichterhöhung der Streitkräfte- und Rüstungsniveaus der Seiten in diesem Raum“ herauszustellen. Er versuchte, den Westen zur grundsätzlichen Annahme seines neuen Ansatzes zu drängen und stellte für diesen Fall Flexibilität in Einzelfragen in Aussicht. Der Westen vermied eine direkte Stellungnahme zum Februar-Vorschlag und verwies darauf, daß der Verhandlungsstand in Wien, einschließlich des östlichen Vorschlags, in den Hauptstädten geprüft werde. In den Verhandlungen konzentrierte sich der Westen darauf, seine für jedes MBFR-Abkommen geltenden Grundsatzpositionen darzulegen und damit Maßstäbe auch für die Bewertung des östlichen Vorschlags zu setzen, ohne dessen Beantwortung zu präjudizieren.

3) Die Atmosphäre zwischen beiden Seiten war überwiegend sachlich und entspannt.

Die Zusammenarbeit in der westlichen Ad-hoc-Gruppe war bis zum Schluß der Runde reibungslos, auch wenn gelegentlich Unruhe darüber spürbar wurde, daß die Diskussion über einen westlichen Gegenvorschlag noch nicht ernsthaft begonnen hat.

## II. Verlauf der Runde

### 1) Östliche Haltung

a) Mit gleichbleibenden Formulierungen warb der Osten in informellen Sitzungen, Plenarsitzungen sowie in Presseerklärungen für sein neues Konzept, das er als „einfach“, „praktisch“, „konstruktiv“ und „realistisch“ bezeichnete. Er machte geltend, daß sein Vorschlag „eine Reihe westlicher Anliegen in Rechnung stelle“, „das Niveau des gegenseitigen Einvernehmens reflektiere“, „schwierige Fragen zugunsten des Machbaren ausklammere“ und „ein günstiges Klima für weitere gemeinsame Bemühungen schaffen würde“.

b) Taktisch versuchte der Osten, den Westen in eine Diskussion seines Februar-Vorschlages zu ziehen. Für den Fall grundsätzlicher westlicher Zustimmung stellte er Bereitschaft zu Kompromißregelungen in Einzelfragen in Aussicht. So wurde Flexibilität abwechselnd in Verbindung gebracht mit der Frage der amerikanisch-sowjetischen Reduzierungsquoten, der Kollektivität der Nichterhöhungsverpflichtung sowie der Verifikation.

c) Keine Flexibilität ließ der Osten jedoch, von vorsichtigen bilateralen Signalen abgesehen, in der Waffenfrage erkennen. In den Verhandlungen stellte er die Einbeziehung von Waffen durchwegs als unverzichtbares Element einer Vereinbarung dar, da ein Rüstungskontrollabkommen ohne Einbeziehung von Waffen im Widerspruch zu dem 1973 vereinbarten Mandat<sup>5</sup> stehe und auch von der Sache her (Rüstungskontrolle) keinen Sinn mache. Gleichzeitig versuchte der Osten, eine Verknüpfung zwischen der Waffenfrage und der Verifikation herzustellen, und begründete dies mit dem Argument, Truppenreduzierungen unter Einschluß von Waffen seien einfacher zu verifizieren.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

## 2) Westliche Haltung

a) Das Vorgehen des Westens war darauf angelegt, die grundlegenden Kriterien für ein Verhandlungsergebnis zu erläutern und die östlichen Positionen, einschließlich des neuen Vorschlags, an diesen Kriterien zu messen. Ohne eine Antwort zu präjudizieren, wurden die gravierendsten Problembereiche des Februar-Vorschlags klar angesprochen.

b) Im einzelnen setzte sich der Westen mit dem Erfordernis klarer Standards für die Vertragsverpflichtungen auseinander. Er begründete die notwendige Berücksichtigung des den Osten begünstigenden geographischen Faktors ebenso wie seine Forderung nach einem wirksamen Verifikationsregime und unterzog dabei die östliche Position, daß bei entsprechendem politischem Willen nationale technische Mittel zur Überwachung einer Nichterhöhungsverpflichtung ausreichen, einer deutlichen Kritik. Der Westen bedauerte, daß der Osten für die amerikanisch-sowjetischen Anfangsreduzierungen unverändert von einer Relation 13000–20000 Mann ausgeht und damit die Realität des bestehenden asymmetrischen Kräfteverhältnisses zwischen amerikanischen und sowjetischen Streitkräften in Mitteleuropa mißachtet. Ebenso übte er Kritik am östlichen Versuch, die Frage nationaler Höchststärken erneut aufzuwerfen, nachdem man seit 1982 von einer Annäherung der Positionen im Bereich der Kollektivität hat ausgehen dürfen. Eingehend machte der Westen die außerordentlichen, teilweise unlösbaren Schwierigkeiten deutlich, die die östliche Forderung nach gleichzeitiger Einbeziehung der Rüstungen zur Folge hätte. Die Erfolgsaussichten der Verhandlungen müßten sich dadurch gravierend verschlechtern.

c) In taktischer Hinsicht kritisierte der Westen die Haltung des Ostens, sich in eine Diskussion strittiger Sachfragen erst nach grundsätzlicher westlicher Zustimmung zum östlichen Februar-Vorschlag einzulassen, als „Take-it-or-leave-it-Position“. Er verwies auf die Einseitigkeit des östlichen Anspruchs, schwierige Fragen ausgeklammert zu haben: Der Osten bestehe auf der Einbeziehung von Waffen, die der Westen für äußerst schwierig halte, klammere jedoch die Forderung nach einem wirksamen Verifikationsregime aus, auf der der Westen bestehen müsse.

3) In der Ad-hoc-Gruppe wurde die Diskussion über Art und Zeitpunkt einer westlichen Reaktion auf den östlichen Februar-Vorschlag bisher vermieden. Hieran war vor allem den USA – mit Rücksicht auf den Stand des Meinungsbildungsprozesses in Washington – sehr gelegen. In Gesprächen am Rande zeigten sich die meisten Bündnispartner an der baldigen Erarbeitung eines Gegenvorschlags interessiert, nicht zuletzt auch um die Verhandlungsinitiative für den Westen zurückzugewinnen.

## III. Perspektive

1) Bei der Vorbereitung auf die nächste Runde, die routinemäßig und ohne Schwierigkeiten auf den Zeitraum vom 26. September bis 5. Dezember 1985 festgelegt wurde, wird die Erarbeitung eines westlichen Gegenvorschlags ein zentrales Thema sein müssen.<sup>6</sup> Abgesehen von taktischen Erfordernissen in Wien läßt eine Reihe von politischen Erwägungen die Einführung eines Verhandlungsschritts noch in diesem Jahr dringlich erscheinen:

<sup>6</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich eines Gegenvorschlags der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 192.

- Der wachsende Stellenwert des konventionellen Kräfteverhältnisses als Kriterium für die Stabilität in Europa und die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer aktiven Rüstungskontrollpolitik auch in diesem Bereich.
- Die Erhaltung und nach Möglichkeit Vitalisierung des multilateralen Rüstungskontrolldialogs zwischen den Bündnissen neben dem Verhandlungskanal der Großmächte und dem KVAE-Forum.
- Die Chance, die Absichten der neuen sowjetischen Führung gegenüber zentralen und generell gültigen Fragen der Rüstungskontrolle anhand eines verhältnismäßig einfachen und militärisch relativ wenig einschneidenden Exempels zu testen.

2) Als neuer Faktor ist auch für MBFR das für November angesetzte amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen<sup>7</sup> in Rechnung zu stellen. Wenn beide Seiten an einem Erfolg der Begegnung interessiert sind, könnte die Vereinbarung relativ geringer amerikanisch-sowjetischer Truppenreduzierungen bei MBFR unter Umständen leichter zu bewerkstelligen sein als sichtbare Fortschritte in Genf oder Stockholm<sup>8</sup>. Die rechtzeitige Erarbeitung einer MBFR-Initiative im Bündnis würde es einerseits erleichtern, die „Gunst der Stunde“ zu nutzen, andererseits einem rein bilateralen Arrangement entgegenzuwirken.

3) Diesen Erfordernissen würde ein vereinfachtes Phase-I-Konzept (vgl. DB Nr. 137 vom 8.3.85 geh.<sup>9</sup>) voll Rechnung tragen.

Im Grunde geht es darum, den von uns entwickelten Datenverifikationsansatz – wie er dem Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13.7.83<sup>10</sup> zugrunde liegt – auf die gegenwärtige Verhandlungssituation anzuwenden. Es kommt jetzt darauf an, die Datenfrage aus einem ersten, relativ begrenzten MBFR-Ergebnis auszuklammern, um sie – gestützt auf die Erfahrungen mit der Anwendung wirksamer Verifikationsmaßnahmen während einer Nichterhöhungsphase – später, d.h. vor Entscheidung über weitergehende Verhandlungsziele, zu lösen. Der Versuch, die Verhandlungen auf diesem Wege zu deblockieren, sollte in erster Linie politisch gesehen werden. Bedeutsame Reduzierungen sind gegenwärtig weder erreichbar und aus westlicher Sicht wohl auch nicht wünschbar, doch sollten Optionen offenbleiben.

4) Die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung unserer Vorstellungen im Bündnis sind heute günstiger als in den letzten beiden Jahren. Um die Chance zu nutzen, wird es entscheidend auf rechtzeitige, d.h. möglichst baldige Koordinierung des Vorgehens im Kreise der engsten Bündnispartner ankommen.

[gez.] Holik

**VS-Bd. 11473 (221)**

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>9</sup> Zum Drahtbericht des Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), vom 8. März 1985 vgl. Dok. 83, Anm. 11.

<sup>10</sup> Für den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 für eine neue Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. AAPD 1983, II, Dok. 237.

## 196

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer****209-363.55-1829/85 geheim****15. Juli 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur UnterrichtungBetr.: Deutsch-französischer Aufklärungssatellit<sup>4</sup>Bezug: Vorlage der Abt. 2 vom 13. Juni 1985 (liegt dem Original bei)<sup>5</sup>

I. 1) Der Bundessicherheitsrat beschloß am 3. Juni 1985, daß das sog. „Lastenheft“, in dem die Leistungsanforderungen an ein Satellitensystem aus unserer Sicht vorläufig festgelegt werden, und die darauf basierenden Kostenschätzungen der Industrie in die Entscheidungsgrundlage einzubeziehen seien.

Das BMVg beauftragte die beteiligte Industrie (MBB, Dornier), bis Mitte Juli eine möglichst detaillierte Realisierbarkeitsstudie und Kostenschätzung zu erstellen.

2) Das BMVg hat am 15. Juli d.J. die Ergebnisse der Industrie an ChBK weitergeleitet. Es ist möglich, daß das Projekt auf die Tagesordnung des BSR am 17. Juli d.J. gesetzt wird.

3) Lastenheft und Kostenschätzung waren Gegenstand eines vom BMVg organisierten Treffens der Firmen MBB und Dornier am 3./4. Juli, an dem neben Vertretern des BMVg auch AA, BMFT, BMWi und BND als Beobachter teilnahmen. Das Treffen galt der Angleichung der Parameter, aufgrund derer – sofern nicht bereits durch das Lastenheft hinreichend vorgegeben – die anschließende Kostenschätzung durch die beiden Firmen vorgenommen wurden.

Da die Ergebnisse dem AA möglicherweise nicht rechtzeitig vor einer Behandlung des Themas durch den BSR am 17. Juli vorliegen werden, werden vorsorg-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 15. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 22. Juli 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erbitte Briefentwurf an BK.“ Vgl. dazu Anm. 10.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 29. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor von Braunmühl und Referat 209 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] W[ei]s[un]g BM.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 29. Juli 1985 vorgelegen.

Hat dem Vertreter von Braunmühl, Ministerialdirigent Schauer, am 30. Juli 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 35.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte dar, daß von französischer Seite „auf baldige Aufnahme der vom Bundeskanzler im Oktober 1984 in Bad Kreuznach zugesagten deutsch-französischen Expertengespräche“ über einen gemeinsamen Aufklärungssatelliten gedrängt werde. Frankreich sehe darin ein Kooperationsprojekt, „das in seiner Bedeutung kaum von anderen übertroffen wird“. Die Expertengespräche seien aber bislang unter Hinweis auf den andauernden Prüfungsprozeß durch die Ressorts noch nicht aufgenommen worden. Braunmühl führte weiter aus: „Wir sollten wegen der eminenten außenpolitischen Bedeutung, die das Projekt gerade in der gegenwärtigen Lage hat, unser Interesse unterstreichen. Es geht um ein Großprojekt der Hochtechnologie, mit dessen Verwirklichung wir verdeutlichen können, daß wir in diesem Bereich keinerlei einseitige Festlegungen zugunsten nur eines unserer Partner beabsichtigen.“ Vgl. VS-Bd. 11854 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

lich die ihnen zugrundeliegenden Überlegungen, wie während des Treffens erörtert, zusammengefaßt.

II. 1) Die von den Ressorts (BMVg, BND, AA) erarbeitete Zielvorgabe in der Form eines „Lastenheftes“ bedeutet nicht bereits die Festlegung einer nationalen Verhandlungsposition gegenüber F. Sie diene den Ressorts zur Definition ihrer Interessen und der Industrie als Grundlage für Kostenaussagen.

Die Aufklärungsanforderungen des vorliegenden Lastenheftes bedeuten ein hohes Anspruchsniveau bezüglich der Leistungsfähigkeit des Satellitensystems mit entsprechenden finanziellen Konsequenzen.

Gegenüber dem von F als gemeinsames Projekt ursprünglich vorgeschlagenen „SAMRO“<sup>6</sup>-System, das vom BMVg nicht zuletzt wegen seiner begrenzten Aufklärungskapazität (optischer Sensor) abgelehnt worden war, gehen die laufenden Überlegungen auf beiden Seiten von einem Multi-Sensor-System aus.

- SAR (Synthetic Aperture Radar) – bzw. Mikrowellensensor: allwetterfähig, d.h. auch bei Nacht oder geschlossener Wolkendecke,
- Optische Systeme: von Licht und Sichtverhältnissen abhängig. Für Kartierung erforderlich, ebenso für Feststellung relevanter Veränderungen am Boden (Baumaßnahmen), Umweltschutz, Vegetationsschäden, Ernteprognose,
- Optische „Lupe“: hochauflösend, aber kleiner Bildausschnitt (ca. zehn Kilometer breite Spur),
- Kurzwellen-Infrarot-Sensor: erfaßt unterschiedliche Reflexion der Sonnenstrahlen durch verschiedene Oberflächen, etwa Metall – Pflanzen, Schnee – Wolken, und die Arten der Bebauung (Kartographieanwendung),
- Thermal-Infrarot-Sensor (bei Dämmerung): durchdringt Staub, Nebel, erfaßt Wärmequellen (Fahrzeugmotor); Einsatz z.B.: durch Schrägwinkel der Erfassung durch optische Sensoren vorseilend; durch Wärme-Emissions-Erfassung (Warmwasser) auch für Umweltschutz einsetzbar.

Umfassende Aufklärung ist erst durch den kombinierten Einsatz dieser unterschiedlichen Sensoren möglich.

Die Hauptkostenfaktoren sind:

- technische Komplexität des Systems und das erwünschte Ziel einer hohen Auflösung (d.h. scharfer, detailreicher Bilder);
- Anzahl der Satelliten, aus der sich die Frequenz der Erfassung ergibt;
- Ersatzbereitstellung für ausgefallene Satelliten: Ersatzsatelliten müssen sich im Weltraum befinden, soll eine monatelange Wartezeit (Neubau und Start eines neuen Satelliten) mit entsprechenden Folgen für das Gesamtsystem vermieden werden;
- Rechenzeitverringerung: Soll ein Datenstau durch zu langsame Verarbeitung der riesigen Datenmengen verhindert werden, sind bisher nicht verfügbare Computerkapazitäten erforderlich. Eines der Idealziele wäre, menschliche Datenauswertung erst dann einzusetzen, wenn die elektronische Daten-

<sup>6</sup> Satellite militaire de reconnaissance et d'observation.

verarbeitung von sich aus eine signifikante Veränderung am Boden erfaßt hat (Vergleich zweier oder mehrerer Durchläufe).

Für Entwicklung und Installation eines Systems, bestehend aus

- zwei aktiven Mikrowellen (SAR)-Satelliten,
- zwei Ersatzsatelliten,
- zwei optischen Satelliten,
- zwei Ersatzsatelliten,
- einem aktiven Relaisatellit,
- einem Ersatzrelaisatellit

sowie allen Bodeneinrichtungen (jeweils komplett auf deutscher und französischer Seite) würden nach Schätzung der Firma Dornier anteilige (d.h. 50%) Kosten in Höhe von 6,847 Mrd. DM entstehen.

Wäre das System reduziert auf einen optischen Satelliten plus Ersatz, einen Mikrowellensatelliten plus Ersatz und einen Relaisatelliten, würden sich die Kosten auf 4,9 Mrd. DM verringern.

Die Schätzungen der Firma MBB liegen in ähnlicher Höhe.

2) MBB sähe bei Realisierung des Projekts einen erheblichen technologischen „spin-off“. MBB und Dornier gaben an, nur gemeinsam ein Projekt dieser Größenordnung durchführen zu können, wobei wesentliche Teile von Zulieferern kommen müßten.

MBB stellte fest, daß die Erfahrungen der Zusammenarbeit mit F zeige, daß F bei Verhandlungsbeginn häufig in den technischen Vorarbeiten wesentlich weiter sei als die deutsche Seite. Daher würden neun Monate für eine nationale Definitionsstudie benötigt, bevor substantielle Verhandlungen möglich seien.

Auf Einwände seitens der Ressorts, daß ein weiterer Aufschub des Gesprächsbegins mit F politisch nicht vertretbar sei und daß die Vorarbeiten auf deutscher Seite die Kenntnis der französischen Vorstellungen voraussetzten, räumten die Firmenvertreter ein, daß Definitionsstudie und erste Gespräche auch parallel erfolgen könnten.

3) Die Überlegungen zur technischen Auslegung des Satellitensystems sind bisher, auch vom BMVg und BND, von der Prämisse ausgegangen, daß es sinnvoll wäre, mit F zusammen ein möglichst hohes Maß an Unabhängigkeit von Datenlieferungen von dritter Seite zu erhalten. Auch vom Gesichtspunkt der dadurch erreichten technologischen Förderwirkung wäre ein möglichst anspruchsvolles System anzustreben.

BM Stoltenberg und BM Wörner haben im Chefgespräch jedoch einhellig darauf hingewiesen, daß „dieses Projekt nicht haushaltsreif ist und z.Z. keine vorrangige militärische Priorität besitzt. Sollte BMVg für die Durchführung dieses Projekts votieren, wären die Kosten innerhalb des Plafonds des E Pl<sup>7</sup> 14 aufzufangen“.

Das BMVg könnte, sofern sich keine weiteren Träger finden bzw. seine Mittel nicht entsprechend aufgestockt werden, bei einer Entscheidung der Bundesre-

<sup>7</sup> Einzelplan.



gierung für das Projekt von seiner bislang zugrunde gelegten Vorstellung einer möglichst umfassenden Aufklärung Abstand nehmen.<sup>8</sup>

III. Angesichts der Komplexität der anstehenden technischen und politischen Fragen einerseits und des relativ frühen Stadiums, in dem sich die deutschen Überlegungen noch befinden, sollten wir, auch im Sinne der Vermeidung eines allzu großen Zeitvorsprungs F's, gegenüber den Ressorts auf baldige Aufnahme der von BK Kohl in Bad Kreuznach zugesagten Expertengespräche mit F<sup>9</sup> drängen.<sup>10</sup>

Ref. 413 hat mitgezeichnet.<sup>11</sup>

i. V. Schauer

**VS-Bd. 11854 (209)**

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer gestrichen: „Aus den technischen Einschränkungen ergäbe sich zugleich die Notwendigkeit, politische Entscheidungen zu treffen. Bei einem Verzicht auf Autarkie ergäbe sich die Frage, ob (gegen den zu erwartenden französischen Widerstand) und wie ein Datenaustausch mit den USA anzustreben wäre.“

<sup>9</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 29./30. Oktober 1984 in Bad Kreuznach vgl. AAPD 1984, II, Dok. 294.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 1. August 1985 „weisungsgemäß“ den Entwurf eines Schreibens des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Kohl vor. Darin wurde ausgeführt, daß das Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten „nicht nur zur Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit mit Frankreich, sondern auch aus vielfältigen militärisch-operativen bzw. politisch strategischen Gesichtspunkten“ große politische Bedeutung habe. Die Bundesregierung solle bald Gespräche mit der französischen Regierung aufnehmen, um „das Risiko zu vermeiden, daß von französischer Seite eine weitere Verzögerung der Gespräche als Desinteresse von unserer Seite mißdeutet wird“. Vgl. VS-Bd. 11854 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> In einer Anlage führte Ministerialdirektor Jelonek am 16. Juli 1985 als „Ergänzung zu Ziff[er] 3) der Vorlage“ aus: „Ein wichtiger Gesichtspunkt für den Vorschlag der Abt[eilung] 4, das Projekt Aufklärungssatellit in Angriff zu nehmen, war seinerzeit die sich bietende Möglichkeit der Verbindung von militärischen und zivilen Nutzungen. Wie uns Fachleute versichert haben, bestehen von der Technik her keine Probleme, Aufklärungssatelliten etwa für die zivile Wetterbeobachtung, den Umweltschutz, Meeresbeobachtung oder Polarforschung einzusetzen. Für etwaige Probleme bei der Datenübermittlung bzw. Datenauswertung auf Grund des Geheimhaltungsschutzes militärischer Daten gibt es technische Lösungen.“ Das Bundesministerium für Forschung und Technologie trete allerdings „strikt für eine Trennung zwischen militärischen und zivilen Programmen ein. Die Haltung des BMFT hat sich, auch auf den Bereich der Raumfahrt bezogen, für die Formulierung und Verfolgung deutscher Interessen als wenig hilfreich erwiesen. Wenn es weiterhin bei der strikten Trennung bleibt, ist zu befürchten, daß in mehreren europäischen Ländern überlappende Technologieentwicklungen durchgeführt, militärische bzw. zivile Projekte wegen ungenügenden Nutzerkreisen nicht realisiert werden oder auf Amortisierungen militärischer Projekte verzichtet wird.“ Das Auswärtige Amt solle daher im Bundessicherheitsrat fordern, „daß die interministerielle Arbeitsgruppe Aufklärungssatellit den Auftrag erhält, die Frage von zivilen Nutzungen des Aufklärungssatelliten sowie die möglichen Auswirkungen auf das künftige Erdbeobachtungsprogramm der europäischen Raumfahrtorganisation (ESA) im Detail zu prüfen und dem BSR einen entsprechenden Bericht vorzulegen“. Vgl. VS-Bd. 11854 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

## 197

**Aufzeichnung des Staatssekretärs Ruhfus****014-621/85 VS-vertraulich****16. Juli 1985**Herrn Minister<sup>1</sup>Betr.: Lieferung von Blaupausen nach Südafrika<sup>2</sup>;

hier: Ihr beabsichtigtes Gespräch mit dem Bundeskanzler am 17.7.1985

1) Zum Sachverhalt ist uns durch die Ihnen von BM Bangemann übermittelten und mir gegenüber von StS von Würzen bestätigten Angaben folgendes bekannt geworden: Die Firma Ingenieurkontor Lübeck, die für HDW und offenbar auch andere deutsche Werften mit der Konstruktionsarbeit für U-Boote beschäftigt ist, hat nach Kontakten auf hoher Ebene mit dem Bundeskanzleramt einen Vertrag mit Südafrika für die Lieferung von Blaupausen für U-Boote abgeschlossen.<sup>3</sup> Die Äußerungen von BM Bangemann und StS von Würzen ließen den Eindruck entstehen, daß einige Blaupausen schon ausgeführt seien. Es steht fest, daß die Firma Ingenieurkontor Lübeck einen Antrag auf Ausfuhrgenehmigung, der gem. § 7 AWG<sup>4</sup> erforderlich ist, nicht gestellt hat.

2) Zur Rechtslage

Wenn sich der Eindruck, daß schon Blaupausen exportiert wurden, bestätigen würde, hätte sich das Ingenieurkontor entweder nach § 34 AWG strafbar gemacht oder zumindest eine Ordnungswidrigkeit begangen (rechtliche Beurteilung der Abt. 4 vom 1.7. ist beigefügt<sup>5</sup>).

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 27. Juli 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich habe BK auf Sachverhalt und Konsequenzen hingewiesen. BK zeigte sich nicht orientiert, machte sich Notiz. 2) BK auf Behauptungen hingewiesen, daß Bundeswehroffiziere in Namibia sind oder waren. Ich wolle noch später Vorlage machen.“

<sup>2</sup> In einer Unterredung am 5. Juni 1984 informierte Ministerpräsident Botha Bundeskanzler Kohl über Gespräche mit der Firma Ingenieurkontor Lübeck zur Lieferung von Know-how an Südafrika für den U-Boot-Bau. Kohl sagte Prüfung des Projekts zu. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 162. Nach einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit Bundeskanzler Kohl am 15. Januar 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz am selben Tag: „Südafrika: Das Projekt Blaupausen für U-Boote ist endgültig begraben.“ Vgl. VS-Bd. 14156 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Staatssekretär Ruhfus notierte am 1. Juli 1985 Informationen des Staatssekretärs von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, wonach die Firma Ingenieurkontor Lübeck „von den drei Möglichkeiten, Lieferung fertiger U-Boote, Lieferung von Blaupausen und Komponenten für die U-Boote oder Lieferung von Blaupausen allein [...] nach Kontakten mit dem Bundeskanzleramt einen Vertrag mit Südafrika über die Lieferung von Blaupausen abgeschlossen“ habe. Nachdem offenbar bereits einige Blaupausen ausgeführt worden seien, sei der Firma im Bundeskanzleramt gesagt worden, „es habe Schwierigkeiten gegeben wegen des Südafrika-Embargos. Im BMWi sei dieser Vorgang wegen der möglichen Involvierung höchster politischer Persönlichkeiten (Ministerpräsident Strauß, Bundeskanzleramt und Verteidigungsminister) nur auf höchster Ebene und sehr vertraulich behandelt worden.“ Vgl. VS-Bd. 13767 (014); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Loeck führte aus, daß die „Ausfuhr von Fertigungsunterlagen für komplette U-Boote oder Teile von U-Booten“, ebenso wie „die Erteilung von Lizenzen und Patenten sowie die Weitergabe von nicht allgemein zugänglichen Kenntnissen für die Fertigung oder Instandhaltung von U-Booten“ genehmigungspflichtig seien. Verstöße gegen diese Vorschriften würden „gemäß § 34 AWG mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft,

3) Entsprechend Ihren Bitten hat BMWi dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW) mitgeteilt, daß weder eine Ausfuhrgenehmigung erteilt worden ist noch erteilt werden darf und daß Ausfuhranträge sorgfältig kontrolliert werden müssen.<sup>6</sup>

Um Vertraulichkeit zu wahren, hat BM Bangemann nicht das BAW, sondern erfahrenen und zuverlässigen Referatsleiter seines Hauses mit Aufklärung beauftragt. Erster mündlicher Bericht über Ergebnis der Aufklärungsbemühungen ist uns für die nächsten Tage zugesagt.<sup>7</sup>

#### Wertung

BMWi konzentriert seine Bemühungen offensichtlich darauf, evtl. weitere Exporte zu verhindern. Angesichts der politischen Sensibilität muß offenbleiben, wieweit BMWi die Vertreter des Ingenieurkontors zu Aussagen über die Vorgesichte drängen wird, da dies das BMWi möglicherweise hinsichtlich der Einleitung strafrechtlicher Schritte in Zugzwang bringen könnte.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1042*

wenn dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt, das friedliche Zusammenleben der Völker gestört oder die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland erheblich gestört werden.“ Vgl. VS-Bd. 14156 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

Am 3. Juli 1985 ergänzte Ministerialdirektor Ungerer diese Stellungnahme: Blaupausen für die Herstellung von U-Booten oder U-Boot-Teilen seien ausfuhrgenehmigungspflichtig, aber „selber keine Kriegswaffe. [...] Im normalen Genehmigungsverfahren hätte das BAW dem AA einen Antrag auf Genehmigung der Ausfuhr zur Stellungnahme zuleiten müssen.“ Dies sei jedoch nicht erfolgt: „Was die Strafverfolgung angeht, so ist die Staatsanwaltschaft bei Verdacht eines Vergehens zur Aufnahme der Ermittlungen verpflichtet (Legalitätsprinzip). Bei einer Ordnungswidrigkeit sind Ermittlungen in ihr Ermessen gestellt. In dem hier fraglichen Zusammenhang wird die Staatsanwaltschaft jedoch Ermittlungen aufnehmen müssen, da ein Vergehen nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann.“ Zuständig für die Entscheidung über die Einschaltung der Strafverfolgungsbehörden sei das federführende Ressort, also das Bundesministerium für Wirtschaft. Vgl. VS-Bd. 14156 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Am 3. Juli 1985 vermerkte Staatssekretär Ruhfus, er habe Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, telefonisch den Wunsch des Bundesministers Genscher mitgeteilt: „1) Sicherstellung, daß die Firma unterrichtet wird, daß keine Genehmigungen erteilt wurden und daß keine Genehmigungen erteilt werden und daß keine Ausfuhr von Blaupausen erfolgen kann. 2) Baldstmögliche Übermittlung des Berichts über die Prüfung des Bundesamts für gewerbliche Wirtschaft.“ Vgl. VS-Bd. 13767 (014); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Staatssekretär Ruhfus legte am 18. Juli 1985 dar, daß ihn der „mit der Aufklärung des Sachverhalts beauftragte Referatsleiter des BMWi“ über ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Firma Ingenieurkontor Lübeck, Nohse, vom Vortag informiert habe: „N. habe erkennen lassen, daß die Überlegungen seiner Firma (ggf. auch der Werft HDW), Genehmigungen für den Export von Blaupausen oder von Blaupausen zuzüglich gewisser U-Boot-Komponenten nach Südafrika zu beantragen, fortbestehen. [...] N. habe im übrigen folgendes erklärt: Er habe bei einem Gespräch im Bundeskanzleramt ‚eine sehr hochrangige Zusage für den Export erhalten‘. Der Bundesminister der Verteidigung habe ihn persönlich in wohlwollender Form seiner Unterstützung des Exportvorhabens versichert. Die Bundesminister für Wirtschaft (in Anwesenheit des Staatssekretärs von Würzen) und des Auswärtigen seien beide auf das Exportvorhaben persönlich angesprochen worden und hätten nicht abweisend reagiert.“ Ruhfus berichtete weiter, nachdem die Behauptung, Bundesminister Genscher sei angesprochen worden, als unrichtig bezeichnet worden sei, habe der Referatsleiter im Bundesministerium für Wirtschaft Nohse erneut kontaktiert. Dieser habe ausgeführt, daß nicht seine Firma mit Genscher gesprochen habe: „Dies sei jedoch bei einem Zusammentreffen im Frühjahr oder Sommer 1984 durch den Vorstandsvorsitzenden von HDW, Klaus Ahlers, geschehen. Der Bundesminister habe nach Wiedergabe von Herrn Ahlers hierauf nicht ablehnend geantwortet, jedoch hinzugefügt, ‚die Werft solle das Projekt aber sehr klein halten‘.“ Ruhfus vermerkte abschließend: „Dem BMWi wurde in energischer Form erwidert, daß die angebliche Wiedergabe durch Herrn Ahlers unrichtig sei.“ Vgl. VS-Bd. 14156 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

## 4) Gesprächsführungsvorschlag

Sie könnten BK auf außenpolitische Brisanz hinweisen.

Bekanntwerden deutscher Beiträge zum Aufbau von Rüstungskapazitäten in Südafrika würde international schärfste Reaktion hervorrufen und stünde im Widerspruch zu einer Reihe von Resolutionen der Vereinten Nationen.

Ruhfus

VS-Bd. 14156 (010)

## 198

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterhelt

209-360.33/1-1842/85 VS-vertraulich

16. Juli 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung als Sachstand für BSR-Sitzung am 17.7.<sup>4</sup>

Betr.: „Jäger 90“

Bezug: Vorlage vom 21. Juni 1985 – 209-360.33/1-1582/85 VS-v (liegt dem Original wieder bei)<sup>5</sup>

I. 1) Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und wir planen den gemeinsamen Bau eines Kampfflugzeuges für die neunziger Jahre („Jäger 90“, European Fighter Aircraft – EFA).

Mit einem derzeit auf ca. 50 Mrd. DM geschätzten Kostenaufwand sollen über zehn Jahre etwa 1000 Flugzeuge gebaut werden.

Die Chefs der fünf Luftwaffen<sup>6</sup> haben am 11. Oktober 1984 ein gemeinsames Planungsdokument unterzeichnet.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Röhr konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. und erneut am 18. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent Schauer und Referat 209 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 19. Juli 1985 vorgelegen.

Hat Schauer am 19. Juli 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 23. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Arnim „n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Arnim am 29. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 17. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 17. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Der Passus „für BSR-Sitzung am 17.7.“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterhelt handschriftlich eingefügt.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

Für einen Auszug aus der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Dok. 167, Anm. 15.

<sup>6</sup> Basillo Cottone (Italien), Bernard Capillon (Frankreich), Eberhard Eimler (Bundesrepublik), José Santos Peralba Giraldez (Spanien) und Keith Williamson (Großbritannien).

2) Während GB, I, Spanien und wir über die technische Auslegung des Flugzeugs grundsätzlich einig sind, hat F teilweise abweichende Vorstellungen:

- F will in der Lage sein, seine traditionellen Absatzmärkte – besonders die arabischen Länder – auch künftig mit einem kostengünstigen Flugzeug bedienen zu können;
- es strebt bei gemeinsamen Projekten die Federführung an, die es als Schlüssel für eine künftige Führungsrolle innerhalb Europas betrachtet;
- F (Dassault) hat die Entwicklung eines Prototyps („ACX“, „Rafale“) bereits weit vorangetrieben, wäre u. U. aber bereit, sich zusätzlich an einem gemeinsamen Projekt zu beteiligen.

3) Differenzen bestehen bisher in erster Linie bezüglich des Gewichts des Flugzeugs und damit der technischen Auslegung: F strebt ein leichteres, GB ein schwereres Flugzeug an, wir liegen mit der Forderung nach einem Leergewicht von 9,75 Tonnen dazwischen und haben insofern die Schlüsselstellung. Problematisch ist auch die Frage, wie hoch die Schubkraft der Triebwerke sein soll.

4) Unser Ziel ist es, mit möglichst allen vier Partnern zusammenzuarbeiten und die Federführung entweder Frankreichs oder Großbritanniens zu vermeiden. Wir haben kein Interesse daran, daß die Rivalität zwischen F und GB zum Ausscheiden eines der beiden Partner führt.

II. 1) Am 16./17. Mai 1985 verhandelten die fünf Verteidigungsminister in Rom – ohne Erfolg – über eine gemeinsame Resolution zum Bau des Flugzeugs.<sup>7</sup>

Verhandlungen der Minister in London am 17./18. Juni 1985 verfehlten ebenfalls ihr Ziel, die wichtigsten technischen Parameter und die mit einem gemeinsamen Bau verbundenen Fragen der staatlichen und industriellen Organisation einvernehmlich zu lösen.<sup>8</sup>

F lehnte das von GB, I und D vorgestellte Modell mit schubstarkem Triebwerk ab und schlug als mögliche Alternative vor, die Kooperation auf Bewaffung und Ausrüstung zu beschränken. GB hat mit der Entwicklung eines schubstarken Triebwerks begonnen (vgl. im einzelnen die Bezugsvorlage).

2) In einem am 4. Juli 1985 mit BM Bangemann und BM Wörner in Paris geführten Gespräch unterstrich Präsident Mitterrand, daß F noch immer zwei Optionen für sich sehe:

- Teilnahme an einem quintolateralen Projekt, wenn man eine für F vernünftige Lösung fände, oder
- Alleingang.

Die französische Industrie dürfe dem Projekt nicht geopfert werden.<sup>9</sup>

BM Wörner erzielte Einigung mit VM Hernu in der Frage der Aufteilung der Projektleitung: Paris würde Sitz des Bureau d'études, München Sitz der Generaldirektion; die technische Direktion könne in London liegen.

<sup>7</sup> Zum Gespräch der Verteidigungsminister Hernu (Frankreich), Heseltine (Großbritannien), Serra (Spanien), Spadolini (Italien) und Wörner (Bundesrepublik) in Rom vgl. Dok. 129, Anm. 29.

<sup>8</sup> Zum Gespräch der Verteidigungsminister Hernu (Frankreich), Heseltine (Großbritannien), Serra (Spanien), Spadolini (Italien) und Wörner (Bundesrepublik) in London vgl. Dok. 167, Anm. 15.

<sup>9</sup> Zu dem Gespräch vgl. Dok. 167, Anm. 16.

3) Die Industrien der fünf beteiligten Länder konnten sich nicht auf einen gemeinsamen Entwurf einigen. Ihr Bericht an die Rüstungsbeauftragten zeigt, daß schon der Auftrag, den die fünf Verteidigungsminister ihnen in London erteilten, von F unterschiedlich ausgelegt wird.

Damit ist die letzte Möglichkeit, daß die beteiligten Industrien sich von sich aus auf eine gemeinsame Grundlage einigen, ohne Ergebnis geblieben.

III. Seit etwa einem Jahr haben sich die Vorgaben an die Industrie – trotz wiederholter Anstrengungen der Verteidigungsminister – nur um Nuancen angenähert. Zugleich sind unter dem Zeitdruck der näherrückenden Einführungsdaten für das neue Modell und aufgrund bestehender industrieller Interessen die jeweiligen Positionen immer unverrückbarer geworden.

Nach Auskünften, die wir aus dem BMVg auf Arbeitsebene erhalten haben, stellt sich die Lage derzeit wie folgt dar: Pressemeldungen, denen zufolge BM Wörner sich aufgrund militärischer bzw. technischer Erwägungen bereits für die eine und gegen die andere Version entschieden habe, seien bloße Spekulationen.

Keiner der vorliegenden Entwürfe erfülle technisch die militärischen Anforderungen aller fünf Luftwaffen. Die Erfordernisse der deutschen Luftwaffe werden demgegenüber im wesentlichen von allen vorliegenden Entwürfen erfüllt. Das französische Modell käme dem deutschen Bedarf nach einem schnellen und wendigen Gerät geringfügig weiter entgegen.

In dieser Situation sei die Bundesrepublik Deutschland „Zünglein an der Waage“.

Entschieden wir uns für den britischen Entwurf, so würde sich Italien voraussichtlich anschließen; das Verhalten Spaniens sei schwer vorherzusagen.

Entschieden wir uns für den französischen Entwurf, so dürfte sich Spanien anschließen. Ob Italien einen Alleingang mit GB wage, sei eher zweifelhaft; es überwiege leicht die Wahrscheinlichkeit, daß sich letztlich auch Italien anschließe.

Danach zeichnet sich als mögliche Konsequenz ab, daß sich zwei Alternativen stellen: Verwirklichung ohne F oder ohne GB.

GB hat sich in jüngster Zeit auf verschiedenen Ebenen an uns gewandt, um uns zu einem Festhalten am sich jetzt abzeichnenden Viererverbund zu bewegen. Die britische Botschaft demarchierte in diesem Sinn im Auswärtigen Amt.<sup>10</sup> Auslöser waren Presseberichte über unterschiedliche Prioritäten innerhalb der Bundesregierung.<sup>11</sup> PM Thatcher äußerte kürzlich gegenüber britischen Offi-

<sup>10</sup> Zur britischen „Demarche zum quintolateralen Projekt ‚Jäger 90‘“ vermerkte Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz am 12. Juli 1985, daß der britische Gesandte Williams Ministerialdirigent Schauer auf die durch Presseberichte ausgelöste Sorge der britischen Regierung hingewiesen habe, daß die Bundesregierung eine Aufgabe des gemeinsamen Projekts zugunsten einer Zusammenarbeit mit Frankreich „als alleinigem Kooperationspartner“ beabsichtige: „Britischerseits sei man sehr besorgt (we are very nervous), da es um erhebliche wirtschaftliche Interessen gehe.“ Schauer habe bekräftigt, daß das Auswärtige Amt „nach wie vor vom Fünfer-Konzept“ ausgehe. Vgl. Referat 209, Bd. 130022.

<sup>11</sup> Oberst i. G. Geisinger, London, informierte am 15. Juli 1985 über einen Artikel in der britischen Wochenzeitung „The Observer“ vom Vortag, in dem von einem „private deal“ zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über das Europäische Kampfflugzeug (Jäger 90) unter Ausschluß Großbritanniens berichtet worden sei. Dem Artikel zufolge halte Bundesminister Wörner am gemeinsamen Projekt unter britischer, italienischer und spanischer Beteiligung fest, so daß die Absprachen

zieren ihre Sorge, die Bundesrepublik könne sich aus dem übergeordneten Gesichtspunkt der deutsch-französischen Zusammenarbeit für eine bilaterale Kooperation mit F entscheiden.<sup>12</sup>

Ebenso bemüht sich F um eine Zusammenarbeit mit uns. Für französische „Halsstarrigkeit“ und Rigidität bei der Wahrung seiner Interessen, von denen die Presse schreibt, sind z.T. laut BMVg nicht nur finanzielle Erwägungen, sondern auch etwa die Überzeugung verantwortlich, F als erfahrenstem Hersteller von Deltaflüglern gebühre die Industrieführerschaft im Sinne der Sache.

IV. Die Arbeitsebene des BMVg hofft nach wie vor auf die Verwirklichung des Jäger 90 mit allen fünf Partnern. Sie verweist darauf, daß F die Daten für die Zelle verändert habe und beim Triebwerksschub ein Kompromiß möglich sei, der vielleicht auch GB befriedigen könne.

Sie will der Spitze ihres Hauses einen Vorschlag unterbreiten, nach dem F die Federführung für die Zelle,

GB die Federführung für das Triebwerk übernehme,

D Systemunterstützung für Triebwerk und Zelle leiste,

I die Federführung für die Avionik übernehme und

Spanien als neutraler Controller tätig werden soll.

Über den Bericht, den BM Wörner in der Sitzung des Bundessicherheitsrates am 17. Juli 1985 geben soll, wird das BMVg dem Vernehmen nach erst heute (16. Juli 1985) in den späten Nachmittagsstunden entscheiden.<sup>13</sup>

Oesterhelt

**VS-Bd. 11849 (209)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1046*

mit Frankreich offenkundig von Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher getroffen worden seien. Ihnen sei nämlich „sehr daran gelegen, die Brücken zwischen Bonn und Paris nach den Unstimmigkeiten beim Wirtschaftsgipfel in Bonn wieder aufzubauen. Eine Vereinbarung über das neue Kampfflugzeug sei deshalb politisch gesehen sinnvoll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1247; Referat 209, Bd. 130022.

<sup>12</sup> Flottenadmiral Fischer, London, gab am 10. Juli 1985 die Information weiter, Premierministerin Thatcher habe in einem Gespräch mit hochrangigen Vertretern der britischen Streitkräfte am 8. Juli 1985 die Befürchtung geäußert, „daß die Bundesrepublik Deutschland bei EFA, ungeachtet der französischen Halsstarrigkeit, am Ende, bei Auseinanderbrechen der Fünf-Nationen-Arbeitsgemeinschaft, aus übergeordneter Sicht doch gemeinsam mit Frankreich ein Flugzeug bauen könnte“. Diese Sorge von Thatcher stelle „nur einen Punkt aus einer ganzen Palette von Argwohn dar, daß die Zusammenarbeit Bonn–Paris sich zu einer Achse verdichten könnte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1225; VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>13</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 18. Juli 1985, zum Tagesordnungspunkt „Jäger 90“ habe der Bundessicherheitsrat am Vortag beschlossen: „BMVg arbeitet unverzüglich neuen Kompromißvorschlag auf Fünferbasis aus. Bundeskanzler wird am 18.7. mit Staatspräsident Mitterrand das Thema grundsätzlich erörtern und vorschlagen, daß ihn BM Wörner über deutsche Überlegungen unterrichtet. Bundeskanzler unterstreicht Nutzen für die Bundesluftwaffe als zentrales Kriterium.“ Vgl. VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 31. Juli 1985, daß Bundesminister Wörner Staatspräsident Mitterrand am 24. Juli 1985 einen Kompromißvorschlag unterbreitet habe, „mit dem unser Ziel zum Ausdruck kam, die quintolaterale Zusammenarbeit am Jäger 90 nach Möglichkeit zu erhalten“. Am 1. August 1985 solle in Turin ein Treffen der Rüstungsdirektoren stattfinden, „um einen Beschluß darüber zu fassen, welche der Partner sich an dem Projekt ‚Jäger 90‘ beteiligen. Es wird damit gerechnet, daß im Ergebnis F ausscheiden wird“, eventuell auch Spanien. In diesem Fall solle das Projekt mit Großbritannien und Italien weiterverfolgt werden, zumal von britischer Seite

## 199

**Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO),  
an das Auswärtige Amt**

114-13366/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1239  
Citissime

Aufgabe: 17. Juli 1985, 18.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 17. Juli 1985, 19.24 Uhr

Betr.: Ratskonsultationen über Genfer Verhandlungen am 17.7.1985;  
hier: Zusammenfassung

Bezug: DE Nr. 154 vom 16.7.1985 – 220-370.00 SB VS-NfD

Zur Unterrichtung

1) Konsultationen des Rates am 17. Juli 1985 mit den amerikanischen Verhandlungsleitern Kampelman, Tower und Glitman in Genf, die mit den bereits übermittelten Erklärungen der drei Verhandlungsleiter<sup>2</sup> eingeleitet wurden, ergaben, daß Fortschritte in der zweiten Verhandlungsrunde<sup>3</sup> erwartungsgemäß nur geringfügig waren und in der offiziellen sowjetischen Position keine Veränderung festzustellen ist.

Sowjetunion behandle nach wie vor den Bereich strategische Verteidigungswaffen als Geisel gegenüber den Bereichen strategische Offensivwaffen und INF und den Bereich START als Geisel gegenüber dem INF-Bereich. Drohungen, die Verhandlungen abubrechen, seien jedoch nur in versteckter Weise angelungen.

Im Bereich INF sei die sowjetische Haltung hart in der Substanz und polemisch in der Form gewesen. Hingegen sei bei Offensivwaffen und strategischen Verteidigungswaffen eine positivere Entwicklung zu verzeichnen. Bei strategischen Offensivwaffen habe es durch hartnäckiges amerikanisches Befragen Erkenntnisse über die mögliche sowjetische Haltung gegeben. Bei strategischen Verteidigungswaffen sei es gelungen, die sowjetische Seite mehr und mehr in eine Sachdiskussion hineinzuziehen. Die Sowjetunion habe offenbar die amerikanische „Message“ verstanden. Amerikanische Seite werde sich weiter bemühen, der sowjetischen Delegation die amerikanischen Überlegungen für eine

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1047*

schon eine Zusage vorliege, „die technischen Eckdaten des Flugzeuges unseres Kompromißmodells zu akzeptieren“. Vgl. VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

Für den am 24. Juli 1985 an Frankreich übermittelten Vorschlag vgl. den Drahtbericht Nr. 1725 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 25. Juli 1985; Referat 209, Bd. 130022.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 18. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Mülmenstadt und Legationssekretär Peters verfügte und handschriftlich vermerkte: „(Auch für Mappe D 2 A).“

Hat Mülmenstadt und Peters vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Erklärungen der amerikanischen Sonderbotschafter Kampelman, Glitman und Tower vgl. die Drahtberichte Nr. 1233, 1234 und 1235 des Gesandten Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), vom 17. Juli 1985; VS-Bd. 11279 (220).

<sup>3</sup> Die zweite Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf fand vom 30. Mai bis 16. Juli 1985 statt. Vgl. dazu auch Dok. 211.



gemeinsam zu gestaltende Übergangsphase nahezubringen, die zu einem stabilen Offensiv-Defensiv-System führen werde.

Kampelman äußerte sich für die Zukunft gemäßigt optimistisch. Sowjets würden erkennen, daß ihre Taktik keinen Erfolg bringe. Förderliche Impulse könnten auch von den bevorstehenden Außenministertreffen in Helsinki im August<sup>4</sup> und der Gipfelbegegnung im November in Genf<sup>5</sup> ausgehen.

2) Tower hielt die auch in der Öffentlichkeit (Gespräch Solarz/Tscherwow am 3.7.85 und entsprechender Artikel in New York Times vom 11.7.85<sup>6</sup>) bekannt gewordenen sowjetischen Äußerungen über mögliche Verringerungen von Trägersystemen und Gefechtsköpfen – mehr als 25 Prozent – für noch unbefriedigend, da zu vage.<sup>7</sup> Sowjetunion habe weder absolute Zahlen noch Prozentzahlen für die einzelnen Systeme genannt. Amerikanische Besorgnisse, besonders hinsichtlich der Zahl von ICBMs und hinsichtlich des Wurfgewichts, seien nicht ausgeräumt.

3) Auswirkungen des sowjetischen Führungswechsels seien (noch) nicht feststellbar. Kwizinskij habe zwar auf Gorbatschows Brief an die Union of Concerned Scientists<sup>8</sup> hingewiesen, jedoch betont, seine SDI-Instruktionen seien unverändert. Kampelman wollte aber nicht ausschließen, daß sich die sowjetische Haltung zur amerikanischen SDI-Forschung in Zukunft ändern könnte (z.B. Verbot nur von Prototypen).

4) Ein sowjetischer Reduzierungsvorschlag bei offensiven Waffen sei möglich, doch seien auch die Sowjets sich des Risikos bewußt, welches sie mit der Vorlage von Zahlen eingingen, da sie dann, besonders im Vorfeld des Genfer Gipfels, an diese Zahlen gebunden seien.

5) Besonders Glitman plädierte weiterhin für Geduld, Ausdauer und Solidarität auf seiten des Westens. Es sei nicht zu erwarten, daß Sowjetunion bei Nachgeben in einem Bereich, etwa bei SDI, zu Zugeständnissen in anderen Bereichen, etwa INF, bereit sei. Jeder Verhandlungsgegenstand müsse in sich ausbalanciert werden.

<sup>4</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>6</sup> Vgl. den Artikel „Soviet General Amplifies Offer of 25% Arms Cut“, THE NEW YORK TIMES vom 11. Juli 1985, S. A1 und A6.

<sup>7</sup> Botschafter Kastl, Moskau, gab am 16. Juli 1985 Informationen der amerikanischen Botschaft über das Gespräch des Mitglieds des amerikanischen Repräsentantenhauses, Solarz, mit dem Generaloberst im sowjetischen Generalstab, Tscherwow, am 3. Juli 1985 in Moskau weiter. Der Darstellung von Solarz zufolge habe Tscherwow u.a. ausgeführt, die UdSSR „wäre bereit, eine Reduzierung ihres Nuklearpotentials auf 5000 Sprengköpfe ins Auge zu fassen, falls USA auf SDI verzichten würde“. Allerdings habe der Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft „erhebliche Vorbehalte gegenüber Verlässlichkeit von Solarz' Wiedergabe von Tscherwows Äußerungen: Es sei zweifelhaft, ob durch Tscherwows Antworten auf Solarz' penetrante Suggestivfragen nicht ein recht verzerrtes Bild entstanden sei, das vom wirklichen Denken des sow[jetischen] Generalstabs weit entfernt sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2177; Referat 213, Bd. 139347.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 6. Juli 1985 an die amerikanische Union of Concerned Scientists vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 363–365.

Ausführlicher Bericht über Aussprache im Rat folgt gesondert.<sup>9</sup>

[gez.] Rantzau

VS-Bd. 11279 (220)

## 200

### Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 2064

18. Juli 1985<sup>1</sup>

Betr.: Lehren aus Vietnam – Zehn Jahre danach

Zur Unterrichtung

Über den Vietnam-Krieg wird in den USA wieder öffentlich gesprochen. Jahrelang wurde er nur erwähnt, wenn es sein mußte, aber nicht als traumatisches nationales Erlebnis „aufgearbeitet“. Symptome der Verdrängung: Das Mahnmal in Washington mit den Namen Tausender von Gefallenen in Vietnam wurde nicht von der Regierung, sondern aus privaten Spenden finanziert<sup>2</sup>; die Beisetzung eines unbekannten Soldaten des Vietnam-Kriegs auf dem Heldenfriedhof Arlington fand erst 1984 statt, mit Ansprache des Präsidenten<sup>3</sup> und vollen militärischen Ehren, ohne Einladung der Veteranenverbände.

<sup>9</sup> Mit Drahtbericht Nr. 1240/1241 informierte Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), am 17. Juli 1985 über die Diskussion im Ständigen NATO-Rat im Anschluß an die amerikanische Unterrichtung über die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Es habe Übereinstimmung bestanden, „daß Erfolge bei den Genfer Verhandlungen große Geduld und Kohärenz der Allianz voraussetzen“ und „daß Entwicklung der öffentlichen Meinung in den Partnerstaaten für Verlauf der Genfer Verhandlungen von großer Bedeutung ist“. Von amerikanischer Seite sei allerdings in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, „daß ‚Public-diplomacy‘-Überlegungen nicht zu Verhandlungspositionen der USA in Genf führen dürften, die die Sicherheit gefährdeten“. Die mehrfach gestellte Frage nach den Auswirkungen der Veränderungen in der sowjetischen Führung sowie der Ankündigung des Treffens zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, sei von den amerikanischen Verhandlungsleitern dahingehend beantwortet worden, „daß noch keine konkreten Auswirkungen festzustellen seien“. Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Rom am 26. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Schauer „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Schauer am 29. Juli 1985 vorgelegen.

Hat Legationsrat Quelle am 6. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz, Legationssekretär Fenster und Attaché Wolke verfügte.

Hat Studnitz am 7. August 1985 vorgelegen.

Hat Fenster und Wolke am 7. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Das Vietnam Veterans Memorial wurde am 13. November 1982 der Öffentlichkeit übergeben.

<sup>3</sup> Am 28. Mai 1984, dem Memorial Day, führte Präsident Reagan anläßlich der Beisetzung eines unbekannten Soldaten des Vietnam-Kriegs auf dem Friedhof Arlington aus: „He saw the horrors of war but bravely faced them, certain his own cause and his country's cause was a noble one; that he was fighting for human dignity, for free men everywhere.“ An die Veteranen des Vietnam-Kriegs gerichtet, fuhr er fort: „A grateful nation opens her heart today in gratitude for their sacrifice, for their courage, and for their noble service.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 750.

Nun hat der zehnte Jahrestag des Falls von Saigon (30.4.75)<sup>4</sup> eine Fülle von Medienberichten und -kommentaren und von Stellungnahmen der Politiker hervorgebracht. Der 1975 zu Ende gegangene Krieg erweist sich dabei in der rückschauenden Bewertung und in der Übertragbarkeit auf andere Konflikte als weiterhin kontrovers.

I. Die innenpolitischen Nachwirkungen des Konflikts sind bis heute unübersehbar:

1) Der sehr direkte, quasi-religiöse Patriotismus der Amerikaner, zu dem auch die Überzeugung von der Überlegenheit der eigenen Nation gehört, hat eine Brechung erfahren. In Vietnam wurden die USA zum ersten Mal militärisch besiegt, und zwar auf besonders schmachvolle Weise von einem kleinen, unterentwickelten Land im Dschungelkrieg.

2) Die Erfahrung, daß US-Regierungen zumindest am Rande der Legalität und ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle einen verlustreichen und eskalierenden Krieg führen konnten, hat das Verhältnis Exekutive-Legislativ im militärpolitischen Bereich verschoben. Hatte der Kongreß noch 1964 (Gulf of Tonkin Resolution<sup>5</sup>) dem Präsidenten freie Hand in Indochina gegeben, zog er 1973 mit der War Powers Resolution<sup>6</sup> die Lehren aus dem sich abzeichnenden Debakel. Darin wird der Präsident, wenn er US-Soldaten außerhalb der USA in Kampfhandlungen (hostilities) verwickelt, verpflichtet, den Kongreß vorher zu konsultieren und ihn innerhalb von 48 Stunden zu unterrichten; außerdem gilt eine zwingende 60-Tage-Frist, unter bestimmten Bedingungen eine 90-Tage-Frist, für Beendigung der Kampfhandlungen oder Abzug der US-Soldaten. Alle US-Präsidenten seit 1973 haben diese Resolution als unerheblich bezeichnet, aber alle sind dem Konflikt mit dem Kongreß darüber aus dem Wege gegangen und haben sich so verhalten, als ob sie gälte (zuletzt Reagan, als er das US-Kontingent auf Grenada<sup>7</sup> kurz vor Ablauf der 60-Tage-Frist zurückzog). Es hat also eine faktische Begrenzung der Befugnisse des Präsidenten als Oberbefehlshaber durch parlamentarische Kontrolle stattgefunden.

3) Nachdem die amerikanischen Medien im Vietnam-Konflikt erstmals einen nennenswerten Einfluß auf die Einstellung der Öffentlichkeit in den USA zum Kriege ausübten, beanspruchten nun die Fernseh-, Rundfunk- und Zeitungsgesellschaften unter Hinweis auf das Informationsrecht des mündigen Bürgers die Aufnahme von Korrespondenten in kämpfende Verbände; das Pentagon ist sehr zurückhaltend gerade wegen der Vietnam-Erfahrung des „Kriegs in den Wohnzimmern“ und aus Geheimhaltungsgründen. An der Grenada-Invasion ist in der US-Presse nur ein Aspekt einmütig verurteilt worden: daß es sich um ein Geheimunternehmen unter Ausschluß der Presse handelte. Das Pentagon

<sup>4</sup> Am 30. April 1975 erklärte die Regierung der Republik Vietnam (Südvietnam) die bedingungslose Kapitulation gegenüber der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam. Zur Situation unmittelbar vor der Kapitulation vgl. AAPD 1975, I, Dok. 115.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Resolution des amerikanischen Kongresses vom 10. August 1964 vgl. DOCUMENTS ON AMERICAN FOREIGN RELATIONS 1964, S. 216f.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des am 7. November 1973 vom amerikanischen Kongreß gebilligten „War Powers Act of 1973“ vgl. UNITED STATES. STATUTES AT LARGE 1973, Bd. 87, S. 555–560.

<sup>7</sup> Nach einem Putsch in Grenada am 19./20. Oktober 1983 landeten am 25. Oktober 1983 amerikanische Truppen sowie Streitkräfte aus Barbados, Jamaika und vier OECS-Mitgliedstaaten auf Grenada. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 317 und Dok. 337.

hat inzwischen versucht, einen Kompromiß zwischen Beschwichtigung der Medien einerseits und operativen und Geheimhaltungserfordernissen andererseits zu finden, indem es einen Querschnitt von Journalisten als Presseteam für zukünftige Einsätze benannte. Diese Lösung bleibt aus mehreren Gründen, auch solchen der Auswahlkriterien, unbefriedigend. Sie illustriert, daß die vom Vietnamkrieg aufgeworfene Frage nach der legitimen Rolle der Medien in einem bewaffneten Konflikt noch nicht hinreichend beantwortet ist.

4) Über die moralische Berechtigung des Vietnam-Kriegs gibt es nach wie vor keinen Konsens. Reagan nannte ihn in seiner Ansprache zum letztjährigen Memorial Day (28.5.84) „a noble cause“ und meinte die globale Mission der Verteidigung der Freiheit gegen kommunistische Expansion. Shultz stellte seine moralische Berechtigung fest (Ansprache: „The Meaning of Vietnam“, 25.4.85<sup>8</sup>) unter Hinweis auf die skandalöse Menschenrechtslage im heutigen Vietnam, die die USA damals zu verhindern suchten – ein bedenkliches Argument, weil es erst ex post anwendbar ist. Die Demokraten stellen Vietnam als den schmutzigen Krieg dar, in dem ein skrupelloser Präsident (Nixon) aus falsch verstandenem Bedürfnis nach der Rolle des Weltpolizisten eigene Soldaten in den Tod schickte, ein armes Volk mit einem grausamen Krieg überzog und letztlich mit der Torheit seiner Entscheidungen die USA in die Niederlage stürzte. Auf einem Vietnam-Forum in Washington am 29. April wurde dieser Dissens sichtbar, als ein erregter Vietnam-Veteran den ehemaligen Senator McGovern, einen der heftigsten demokratischen Kritiker des Vietnam-Kriegs, fragte, ob er wegen seiner damaligen Opposition nicht Schuld empfinde, und dieser antwortete, seine Schuld bestehe darin, nicht früher und nicht energischer Einspruch erhoben zu haben.

5) Das offensichtliche Mißverhältnis zwischen der unterlegenen Supermacht USA und dem obsiegenden Entwicklungsland Nordvietnam verlangt nach einer griffigen Erklärung für die Schmach der amerikanischen Niederlage. Militärs und einige Politiker führen eine US-Version von Dolchstoßlegende an: Eine mit äußerstem Einsatz kämpfende Armee sei nicht militärisch unterlegen, sondern von einer durch die öffentliche Meinung in den USA unter Druck gesetzten Regierung zum vorzeitigen Rückzug befohlen worden (so der am Vietnam-Krieg beteiligte Admiral Stockdale auf dem bereits erwähnten Vietnam-Forum). Auch Reagan gibt diese Sicht der Dinge wieder, wenn er (in der Memorial Day-Ansprache 28.5.84) von den Vietnam-Veteranen spricht, „die niemals in der Schlacht besiegt wurden“.

II. Außenpolitisch hat der Vietnam-Konflikt die sichtbarsten Spuren im Verhältnis USA–Indochina hinterlassen. In keiner Region der Dritten Welt sind die USA diplomatisch und ordnungspolitisch so wenig präsent wie hier.

Zu Vietnam bestehen nicht nur keine diplomatischen Beziehungen, sondern die Substanz der sporadischen Kontakte beschränkt sich auch zehn Jahre nach dem Fall von Saigon noch auf die humanitären Aufräumarbeiten. In den letzten zehn Jahren sind die Überreste von 105 gefallen Amerikanern in die USA überführt worden. (Erst am 7. Juni 1985 wurde wieder einer der Überführten mit militä-

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 25. April 1985 in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2099, S. 13–16.

rischen Ehren auf dem Heldenfriedhof Arlington beigesetzt.) Nach Pentagon-Angaben sind die Leichen von weiteren 1186 Gefallenen noch in Vietnam, und zusätzliche 1291 Soldaten werden noch in der Kategorie „vermißt oder in Kriegsgefangenschaft“ geführt. Die US-Regierung ist, wie Reagan zuletzt am 6. Juni in einer Ansprache in Birmingham/Alabama erklärte, darauf festgelegt, daß eine Normalisierung erst in Betracht kommt, wenn das Schicksal der Vermißten und Kriegsgefangenen so weit wie möglich aufgeklärt ist und wenn Vietnam sich aus Kambodscha zurückgezogen hat.<sup>9</sup>

Im Falle Kambodschas unterhält die Reagan-Administration Beziehungen nur zu den nicht-kommunistischen Vertretern der Exilregierung; dem Widerstand gegen Heng Samrin gibt sie politische, aber keine militärische Unterstützung. Nur zu Laos bestehen amtliche Beziehungen, jedoch beschränken auch sie sich weitgehend auf humanitäre Bemühungen im Gefolge des Krieges.

III. Welche Konsequenzen hat der Vietnam-Konflikt für die globale Rolle der USA?

1) Aus dem Fall Saigon folgt in amerikanischen Augen nicht, daß Bemühungen zur Eindämmung kommunistischer Expansion aussichtslos sind. Im Gegenteil: Das heutige Vietnam dient geradezu als Demonstrationsobjekt für Zustände, die es andernorts zu verhindern gilt. So stellt eine im April 1985 von der Menschenrechtsabteilung des State Department herausgegebene Studie<sup>10</sup> fest: „Es kann kaum Zweifel geben, daß unter dem Thieu-Regime einige ernste Menschenrechtsverstöße vorkamen ... (jedoch) war die allgemeine Menschenrechtsslage in der Republik Vietnam unvergleichlich besser als die derzeitige Situation ... Die Aussichten auf politische Liberalisierung und Menschenrechte im kommunistischen Vietnam sind gering“.

Die Vietnam-Erfahrung hat auch nicht eine dauerhafte Hinwendung zur Splendid Isolation<sup>11</sup> bewirkt. Vielmehr zeichnet sich wieder ein nationaler Konsens darüber ab, daß die USA eine globale Ordnungsrolle zu spielen haben.<sup>12</sup> Die Grenada-Invasion vom Oktober 1983 fand weite Zustimmung. Kongreßbeschlüsse über Hilfe für Südkorea, über die Aufhebung des Verbots, die UNITA in Angola zu unterstützen<sup>13</sup>, über die Finanzierung der Contras in Nicaragua<sup>14</sup> und

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Präsidenten Reagan vom 6. Juni 1985 zu einer Normalisierung der amerikanisch-vietnamesischen Beziehungen vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 731.

<sup>10</sup> Der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Murphy, legte im April 1985 den Bericht „Vietnam: Under Two Regimes“ (Special Report No. 127) vor.

<sup>11</sup> In Anknüpfung an eine Äußerung des kanadischen Finanzministers Foster, der am 16. Januar 1896 im kanadischen Parlament von den „somewhat troublesome days when the great mother Empire stands splendidly isolated in Europe“ gesprochen hatte, führte der Erste Lord der Admiralität, Goschen, am 26. Februar 1896 in einer Rede in Lewes aus: „We have stood alone in that which is called isolation – our splendid isolation, as one of our colonial friends was good enough to call it.“ Für die Äußerung von Foster vgl. THE TIMES vom 18. Januar 1896, S. 5. Vgl. ferner den Artikel „Mr. Goschen at Lewes“, THE TIMES vom 27. Februar 1896, S. 5.

<sup>12</sup> Der Passus „wieder ein nationaler ... zu spielen haben“ wurde von Legationsrat Quelle hervorgehoben. Außerdem verwies er mit Pfeil auf eine weitere Hervorhebung im folgenden Absatz. Vgl. Anm. 16.

<sup>13</sup> Der amerikanische Senat sowie das Repräsentantenhaus hoben am 11. Juni bzw. am 10. Juli 1985 das „Clark Amendment“ auf. Ministerialdirigent Sulimma legte am 24. Juli 1985 dar: „Das Clark Amendment, das im Januar 1976 als Nachwirkung des Vietnam-Krieges beschlossen worden war, verbot jegliches amerikanisches Engagement zugunsten einer der damaligen angolanischen Befreiungsbewegungen und hatte den praktischen Effekt, daß die bis dahin erhebliche amerikanische Unterstützung an UNITA eingestellt werden mußte. Man wollte verhindern, daß die USA wieder in ei-

über Sanktionen gegen Südafrika wegen seiner Apartheidpolitik<sup>15</sup> sind weitere Zeichen für diese Tendenz.

3) Zugleich sind Regierung und öffentliche Meinung strikt gegen militärische Verwicklungen in Konflikte anderer Länder.<sup>16</sup> Der in Vietnam geleistete Blut-zoll und die Erfahrung eines militärischen Engagements dort mit nicht voll überschaubaren Konsequenzen und einer eskalierenden Eigendynamik haben weiterhin eine abschreckende Wirkung. (Insofern bleibt Grenada eine Ausnahme.)

Das zeigte sich u. a. in dem Nachdruck, mit dem der Abzug der Marines aus dem Libanon gefordert und schließlich durchgesetzt wurde<sup>17</sup>, und in der von der großen Mehrheit abgelehnten militärischen Intervention in Nicaragua.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1053*

nen unerklärten Krieg hineingezogen wird.“ Die amerikanische Regierung habe „aus prinzipiellen Erwägungen das Clark Amendment stets abgelehnt, weil sie darin eine unzumutbare Beeinträchtigung ihrer außenpolitischen Befugnisse sah“, und seit 1981 seine Aufhebung zu erwirken versucht. Die Entscheidung des Kongresses sei dementsprechend positiv aufgenommen worden; jedoch habe die amerikanische Regierung auch deutlich gemacht, daß sie keine Änderung ihrer Politik gegenüber Angola beabsichtige und „deshalb von der Möglichkeit der Unterstützung der UNITA keinen Gebrauch machen“ werde. Vgl. Referat 204, Bd. 135306.

14 Zur Ablehnung einer Militärhilfe in Höhe von 14 Mio. Dollar an nicaraguanische Rebellenbewegungen vgl. Dok. 123, Anm. 16.

Am 20. Juni 1985 legte Referat 204 dar: „Reagan ist mit seinem Beharren auf Unterstützung für die Contras in Nicaragua verspätet erfolgreich gewesen. Das Repräsentantenhaus, das bisher die Mittel blockiert hatte, fühlte sich durch die Moskau-Reise Präsident Ortigas brüskiert und votierte am 12.6. für die Zur-Verfügung-Stellung von \$ 27 Mio. an humanitärer Hilfe während der kommenden neun Monate an die nicaraguanischen Contras. Damit ist der Weg für das Vermittlungsverfahren frei“. Vgl. Referat 204, Bd. 135294.

Am 16. August 1985 teilte Gesandter Wallau, Washington, zum Beschluß des amerikanischen Kongresses vom 1. August 1985 mit: „Die Hilfe an die Contras in Nicaragua wurde zwar im zweiten Anlauf von beiden Häusern genehmigt, aber der CIA entzogen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3935; Referat 204, Bd. 135294.

15 Botschafter van Well, Washington, berichtete am 15. April 1985 über Gespräche des CDU-Abgeordneten Hornhues im amerikanischen Außenministerium: „Besonders aufschlußreich waren die Ausführungen Davidows über die innenpolitische Aktualität, die die innere Lage in Südafrika in den USA erhalten hat.“ Der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium habe ausgeführt, daß vor dem Hintergrund „der Anti-Apartheid-Protestwelle im vergangenen November“ nunmehr auch „Gemäßigte und Konservative zu der Erkenntnis gelangt seien, das Südafrika-Problem nicht mehr ignorieren zu können. Das Phänomen sei sogar auf dem rechten Flügel der Republikanischen Partei zu beobachten“. Die Zahl der mittlerweile vorliegenden „Gesetzesvorlagen zu Sanktionen gegenüber Südafrika betrage nicht weniger als 20. Vier Arten von Sanktionen würden in diesen Gesetzesvorlagen in der einen oder anderen Form und Mischung vorgeschlagen: Verbot neuer Direktinvestitionen in Südafrika; Verbot neuer (privater) Bankkredite an die Regierung von Südafrika; Verbot der Einfuhr von Krugerrands; Verbot des Verkaufs von Computern an die Regierung von Südafrika.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1863; Referat 204, Bd. 135308.

16 Der Passus „Regierung und ... anderer Länder“ wurde von Legationsrat Quelle hervorgehoben. Zudem verwies er mit Pfeil auf seine Hervorhebung im vorangehenden Absatz und vermerkte dazu handschriftlich: „Wie ist dieser (vermeintlich) Widerspruch auflösbar?“ Außerdem fügte er handschriftlich hinzu: „S[iehe] u[nten]!“ Vgl. Anm. 12 und 18.

17 Seit August 1982 befanden sich amerikanische Streitkräfte als Teil der zusammen mit französischen und italienischen, seit 1983 auch britischen Truppen gebildeten Multinationalen Streitmacht (MNF) im Libanon. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 24. Januar 1984, daß sich im amerikanischen Kongreß „demokratische Sprecher mehr oder weniger deutlich für einen Rückzug der Marines aussprechen“. Präsident Reagan hat jedoch „mehrfach klargemacht, daß [...] ein Abzug der Marines derzeit für ihn nicht in Betracht kommt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 343; Referat 310, Bd. 135764.

Am 31. Januar 1984 informierte Hermes über einen im amerikanischen Repräsentantenhaus eingebrachten Resolutionsentwurf, wonach die Regierung aufgefordert werde, „innerhalb von dreißig

4) Wenn die Rolle des Weltpolizisten bejaht, zugleich aber das militärische Engagement gescheut wird, muß ein Ausweg aus dem Dilemma definiert werden. Die Maxime der derzeitigen republikanischen Außenpolitiker lautet: Rechtzeitige politisch-diplomatische Eingriffe bewahren vor militärischem Einsatz.<sup>18</sup> Jeane Kirkpatrick auf dem Vietnam-Forum am 29. April: Containment bleibe weiter notwendig, und es werde am besten durch rechtzeitigen und richtig dosierten Einsatz der erforderlichen nichtmilitärischen Machtmittel erreicht, der zugleich das militärische Engagement vermeiden helfe; Zögern bei der (nicht-militärischen) Machtausübung sei eine besonders bedauerliche Vietnam-Folge gewesen, denn es könne zum schließlichen Eintritt in Kampfhandlungen zwingen. Ähnlich Shultz in seiner Vietnam-Ansprache am 25.4.: „Wir sollten gelernt haben, daß wir uns die Fähigkeit erhalten müssen, uns für Freiheitskämpfer zu engagieren und sie zu unterstützen, so daß andere Optionen als amerikanische militärische Beteiligung offen bleiben.“ Dies ist die eigentliche Lehre aus Vietnam – freilich eine auf andere Kontinente beschränkte Erkenntnis. Für Amerika gilt, wie Grenada gezeigt hat, das Tabu militärischer Machtprojektion nicht in vollem Umfange. Allerdings hätte jede US-Regierung auch hier neben der breiten Unterstützung für den Schutz eigener Sicherheitsinteressen auch die Unpopularität eines militärischen Einsatzes mit unüberschaubaren Fortsetzungszwängen zu berücksichtigen. Für Nicaragua bedeutet das: Trotz aller militärischen Drohgebärden wird eine Invasion nicht ernsthaft erwogen; nicht auszuschließen freilich sind punktuelle und kurzfristige militärische Einsätze („surgical strikes“), sofern sie eindeutig Erfolg versprechen.

5) Die Medienrolle beim Vietnamkonflikt – und die bedrückende Erfahrung einer gespaltenen, den Vietnameinsatz nicht geschlossen bejahenden Nation – macht erklärlich, wieso die Reagan-Administration die Bedeutung öffentlicher Unterstützung für ihre Außenpolitik so stark betont. Reagan (Memorial Day-Ansprache vom 28.5.84): „Wir haben gelernt, daß die Regierung für ihr Handeln zu Hause und im Ausland dem Volk eine Erklärung schuldet und seine Unterstützung braucht.“ Weinberger ging in einer Grundsatzrede vom 28.11.84 sogar so weit, den militärischen Einsatz u. a. an die Bedingung zu knüpfen, daß es „angemessene Gewißheit“ geben müsse, daß die Streitkräfte dabei „die Unterstützung des amerikanischen Volkes und seiner gewählten Vertreter im Kongreß“ haben.<sup>19</sup> Shultz erklärte dies in einer Rede vom 9.12.84 für übertrieben: Militärische Einsätze hätten keine „garantierte öffentliche Unterstützung im voraus“, vielmehr müsse kluges und erfolgreiches Vorgehen diese öffentliche

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1054*

Tagen einen Plan über den Abzug der Marines vorzulegen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 468; Referat 310, Bd. 135764.

Am 30. März 1984 teilte Reagan dem Kongreß mit, daß die amerikanische Beteiligung an der MNF im Libanon beendet sei und die etwa 2000 Marinesoldaten auf Schiffe vor der libanesischen Küste verlegt würden: „Rund 100 Marines würden an Land bleiben, um die amerikanische diplomatische Vertretung zu schützen. Darüber hinaus würde eine begrenzte Zahl von Militärberatern der libanesischen Armee zur Verfügung stehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1499; Referat 310, Bd. 135764.

<sup>18</sup> Der Passus „Ausweg aus dem Dilemma ... militärischen Einsatz“ wurde von Legationsrat Quelle hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 16.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vor dem Nationalen Presseclub in Washington vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 23–30.

Unterstützung erzeugen (von Shultz genanntes Beispiel: Grenada, Gegenbeispiel: Vietnam).<sup>20</sup>

6) Es bleibt ein beunruhigender, weil emotional gefärbter Rest: Die Addition der Erinnerung an die Schmach zu Hause (Watergate<sup>21</sup>) und draußen (Vietnam) zu dem Bild eines verzagten und deshalb unterliegenden Staates. Shultz in seiner Vietnam-Rede am 25. April: „Die größere Lehre aus dem letzten Jahrzehnt besteht darin, daß die internationale Stabilität litt und die Freiheit an Boden verlor, wenn Amerika den Glauben an sich selbst verlor. Dies darf sich niemals wiederholen.“ Zu Ende gedacht, bedeutet das nicht nur die Bejahung der Dolchstoßlegende (siehe I. 5), S. 4), sondern relativiert in gewisser Weise auch die Festlegung auf Vermeidung militärischen Einsatzes: Hätten die USA bei mehr nationaler Zuversicht in Vietnam gesiegt? Anders gefragt: Sind Bemühungen um ausschließlich nichtmilitärische Lösungen ein Ausweis nationaler Schwäche? Hier bekommt die Diskussion über Vietnam eine Richtung, die nicht unbedenklich ist. Bisher spricht allerdings kaum etwas dafür, daß in dieser Richtung weitergedacht wird.

IV. Vordergründig ist die Vietnam-Vergangenheit bewältigt durch kollektive Rehabilitierung der Vietnam-Veteranen, die in den 70er Jahren wie Komplizen eines politischen Deliktes betrachtet wurden und jetzt, zehn Jahre nach dem Kriegsende, in New York und anderen Städten mit einer nachgeholten Konfettiparade als heimkehrende Helden geehrt wurden.

Den Symbolgehalt dieser Veranstaltung sollte man nicht unterschätzen: Vietnam ist gewissermaßen erst damit als Bestandteil der jüngsten Geschichte akzeptiert.

In der Bewertung des Vietnam-Krieges allerdings scheiden sich die Geister nach wie vor. Aber die negative Beurteilung durch die große Mehrheit ist einer objektiveren Bewertung gewichen.

van Well

**Referat 204, Bd. 135308**

<sup>20</sup> Vgl. die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz vor der Yeshiva University in New York zum Thema „Macht und Moral“, EUROPA-ARCHIV 1985, D 33.

<sup>21</sup> Zur „Watergate-Affäre“ vgl. Dok. 16, Anm. 11.



## 201

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer****201-363.52-1170/85 VS vertraulich****19. Juli 1985<sup>1</sup>**Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> zur UnterrichtungBetr.: Amerikanische Pläne zur Produktion neuer chemischer Waffen (CW)<sup>3</sup>Bezug: 1) DB Nr. 3518 vom 18. Juli 1985 aus Washington – Pol 360.90 VS-v<sup>4</sup>

2) Ihre mündliche Weisung in Direktorenbesprechung am 19. Juli 1985

Anlg.: Bezugs-DB – 201 – 1160/85 – VS-v<sup>5</sup>

I. 1) 1985 haben – erstmals wieder seit der 1969 von Präsident Nixon verhängten Sperre<sup>6</sup> – Senat und Repräsentantenhaus, letzteres allerdings mit einschränkenden Bedingungen, der Wiederaufnahme der Produktion neuer, und zwar binärer CW zugestimmt.

Die Zustimmung des Repräsentantenhauses ist an einige Bedingungen (Skelton-Amendment) gebunden, u. a. die der formellen Zustimmung des NATO-Rats zum Produktionsvorhaben. Das Bündnis hätte danach explizit die Notwendigkeit einer Modernisierung der CW festzustellen sowie auch die Einwilligung zur Lagerung und Stationierung der Binärwaffen auf dem Territorium der Mitgliedstaaten mitzuteilen.<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

Hat Legationssekretär Tempel am 22. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an den Vertreter des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, Ministerialdirigent Schauer, verfügte.

Hat Schauer am 22. Juli 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 201 verfügte.

Hat Adamek am 23. Juli 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.

Hat Bertram am 25. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 19. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zur Modernisierung des amerikanischen Chemiewaffen-Potentials vgl. Dok. 125.

<sup>4</sup> Botschafter van Well, Washington, informierte über die Tätigkeit des Vermittlungsausschusses des amerikanischen Kongresses, um „die Entscheidungen der beiden Häuser zum Verteidigungshaushalt abzustimmen“. Dabei sei „weiterhin offen, ob und in welcher Weise die erwartete Zustimmung zur Aufnahme der Produktion chemischer Waffen mit einer Bezugnahme auf die Position der europäischen Verbündeten verknüpft wird“. Der amerikanische Senator Nunn habe nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums folgende Position angekündigt: „Der Präsident solle als Voraussetzung für die Aufnahme der CW-Produktion versichern, daß die europäischen Alliierten anerkennen, daß chemische Waffen zur Abschreckung in Europa gebraucht werden; die europäischen Alliierten bereit sind, die Verteilung (distribution) von CW im Notfall (emergency) zu erleichtern; die für die Verteilung wichtigsten Alliierten der Produktionsaufnahme nicht widersprechen.“ Gesandter Wallau, Washington, habe im amerikanischen Außenministerium bereits Bedenken angemeldet: „Angesichts der ungeklärten Fragen im Zusammenhang mit einer CW-Strategie der NATO könnten entsprechende Zusicherungen der Alliierten Schwierigkeiten bereiten.“ Van Well kündigte an, er werde das Gespräch mit Nunn suchen und „weiter auf Wegfall dieser Konditionierung hinwirken“. Vgl. VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4.

<sup>6</sup> Zur Entscheidung des Präsidenten Nixon vom 25. November 1969 vgl. Dok. 125, Anm. 6.

<sup>7</sup> Brigadegeneral Steinkopf, Washington, teilte am 20. Juni 1985 mit, daß das amerikanische Repräsentantenhaus am Vorabend die „von der Administration beantragten 124,5 Mio. Dollar zur Produktion binärer chemischer Munition“ bewilligt habe: „Die Zustimmung ist jedoch an fünf Bedingungen geknüpft, deren wichtigste für uns unsere Zustimmung zur Lagerung und zum Einsatz auf

Die nicht übereinstimmenden Voten beider Häuser des US-Kongresses erfordern die Einschaltung des Vermittlungsausschusses, um eine Einigung in dieser Frage zu erreichen.

2) Amerikanische Repräsentanten, auch in der Administration, haben sich in jüngster Zeit mehrfach dahingehend geäußert, daß im Fall der Produktion neuer binärer CW die alten bei den amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW abgezogen würden. Sie verbinden ihre Feststellung vielfach mit der Aufforderung an uns, aus diesem Grund gegenüber dem amerikanischen Kongreß die von der Administration gewünschte Produktion neuer binärer CW zu unterstützen.<sup>8</sup>

3) Vertreter der amerikanischen Administration haben ferner mehrfach, auch nach der Abstimmung im amerikanischen Repräsentantenhaus mit Skelton-Amendment, erklärt, daß eine Stationierung neuer amerikanischer binärer CW außerhalb der Vereinigten Staaten nicht beabsichtigt sei. Die amerikanische CD-Delegation in Genf verteilte am 25. Juni 1985 in westlicher CW-Koordinierungsgruppe ein Papier, das die Feststellung enthält: „The US has no plans to deploy binaries in any foreign country.“ Die amerikanische Seite bestätigte, auf den Widerspruch zum Skelton-Amendment angesprochen, daß „es nunmehr die offizielle Haltung der amerikanischen Administration sei, keine Waffen in anderen Ländern zu stationieren“.<sup>9</sup>

4) Bei der laufenden Abstimmung über den US-Verteidigungshaushalt 1986 im Vermittlungsausschuß des Kongresses ist es derzeit noch offen, ob und in welcher Weise eine mögliche Zustimmung zur Aufnahme der CW-Produktion mit einer Bezugnahme auf die Haltung der europäischen Verbündeten verknüpft

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1057*

unserem Boden ist.“ Steinkopff übermittelte zudem den „Wortlaut der Bedingungen des sogenannten Skelton Amendments“ und berichtete, nach Auskunft des Mitarbeiters im amerikanischen Verteidigungsministerium, Welch, seien sich „Weißes Haus, State Department und Pentagon darin einig, daß diese Bedingung gerade für die Bundesrepublik Deutschland so nicht akzeptabel ist und zu einer erneuten Kontroverse und emotionalen Debatte führen würde, die allen nur schaden könnte. Die Administration werde daher alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, mitzuhelfen, daß auf diese Bedingung im Vermittlungsausschuß ganz verzichtet wird oder diese mindestens so modifiziert wird, daß die Europäer ‚damit leben könnten‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3096; Referat 201, Bd. 143489.

<sup>8</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 18. Mai 1985 über Gespräche im amerikanischen Außenministerium sowie im Verteidigungsministerium, in denen ihm zum Zusammenhang zwischen der Produktion neuer binärer chemischer Waffen in den USA und dem „Abzug bzw. der Zerstörung bestehender Bestände älterer chemischer Waffen in der Bundesrepublik“ gesagt worden sei: Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger werde den Bericht der „Chemical Warfare Review Commission“ mit der Empfehlung, „den gegenwärtigen Bestand amerikanischer chemischer Waffen beschleunigt zu zerstören“, an den Kongreß leiten und weitgehend indossieren, allerdings mit einem „wichtigen Unterschied: Verteidigungsminister Weinberger werde die Zerstörung der bestehenden Bestände nur unter der Bedingung empfehlen, daß parallel dazu neue binäre CW produziert würden. [...] Wenn der Kongreß die beantragten Mittel nicht bewilligen sollte, würde die Geschäftsgrundlage für die Vernichtung bestehender brauchbarer Bestände entfallen.“ Van Well teilte weiter mit, daß ihm „ein bilateral mit uns oder innerhalb der NATO ausgearbeitetes Papier“ vorgeschlagen worden sei, in dem auf diesen Zusammenhang hingewiesen würde und mit dem das Anliegen der amerikanischen Regierung im Kongreß unterstützt werden solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2520; VS-Bd. 14157 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Zu der „in westlicher CW-Koordinierungsgruppe“ auf der Genfer Abrüstungskonferenz verteilten amerikanischen Stellungnahme zum Chemiewaffen-Programm der amerikanischen Regierung und den dazu gegebenen mündlichen Erklärungen vgl. den Drahtbericht Nr. 1112 des Botschafters Wegener, Genf (CD) vom 27. Juni 1985; Referat 201, Bd. 143489.

wird (vgl. Bezugs-DB). Hinweise aus Washington deuten auf etwa folgende Möglichkeit für eine Abschwächung des Skelton-Amendments:

- Anerkennung einer CW-Abschreckung durch Europäer,
- Bereitschaft zur Erleichterung einer CW-Stationierung im Notfall (emergency),
- kein Widerspruch zur CW-Produktionsaufnahme.

II. 1) Die Bundesregierung räumt den Bemühungen um ein weltweites Abkommen über ein umfassendes und verlässlich verifizierbares Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von CW sowie über die Vernichtung von deren Beständen und Produktionsanlagen höchste Priorität ein.<sup>10</sup>

2) Die Entscheidung über eine Produktion binärer CW-Munition stellt sich für uns in allererster Linie als eine inneramerikanische Angelegenheit dar. Es geht hier um Waffen in ausschließlicher amerikanischer Verfügungsgewalt.

3) Wir müssen uns davor hüten, in die inneramerikanische Auseinandersetzung über die CW-Modernisierung, die im Kongreß nach wie vor auf Widerstand stößt, mit hineingezogen zu werden. Eine ausdrückliche Unterstützung der amerikanischen CW-Modernisierungspläne hätte nachteilige Folgen für unsere Ost-Beziehungen. Auch sind negative Auswirkungen auf das rüstungskontrollpolitische Klima zu erwarten. Nicht zuletzt gebieten auch innenpolitische Interessen, derzeit insbesondere mit Blick auf die vor dem Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfahren<sup>11</sup>, eine Nachrüstungsdiskussion im CW-Bereich unter allen Umständen zu vermeiden.

4) Im übrigen hat die Bundesregierung bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß sie angesichts einer fortbestehenden CW-Bedrohung durch den Warschauer Pakt die Aufrechterhaltung einer im Umfang begrenzten Repressalienkapazität für unerlässlich hält, um einen Aggressor von einem völkerrechtswidrigen CW-Einsatz abzuhalten (u. a. in der Antwort auf die Großen Anfragen der Grünen, BT-Drucksache 10/444 vom 5. Oktober 1983<sup>12</sup>).

Aus dieser Position folgt, daß auch die Bereitschaft vorhanden sein muß, im Ernstfall der Repressalienkapazität zur Wirkung zu verhelfen, um die Beendigung eines völkerrechtswidrigen CW-Einsatzes gegen das Bündnis zu erreichen. Dies erfordert zumindest, daß in einem Notfall Konsultationen unter den Verbündeten hierüber geführt werden müssen.

Wenn wir uns auch aus den in Ziffer 2) und 3) genannten Gründen einer ausdrücklichen Unterstützung einer CW-Produktionsaufnahme in den USA ent-

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 164.

<sup>11</sup> Zur Verfassungsbeschwerde des DGB Rheinland-Pfalz vom 16. November 1982 sowie zur Organklage von SPD-Abgeordneten vom 18. Februar 1983 gegen die Bundesregierung vgl. Dok. 125, Anm. 12.

<sup>12</sup> Für die Großen Anfragen der Fraktion Die Grünen „Giftgas – Lagerung, Gefährdung – Rechtsgrundlagen“ bzw. „Giftgas – Souveränität, Kontrolle – Giftgasrüstung“ sowie „Giftgas – Öffentliche Information – Völkerrecht, Interpretation – Repressalien“ vom 26. Mai 1983 vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 292, Drucksache Nr. 10/97, Nr. 10/98 und Nr. 10/99. Für die Antwort der Bundesregierung vom 5. Oktober 1983 vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 296, Drucksache Nr. 10/444.

halten sollten, so bedeutet dies aber andererseits nicht, daß einer derartigen amerikanischen Entscheidung zu widersprechen wäre.<sup>13</sup>

i. V. Schauer

VS-Bd. 12070 (201)

## 202

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer

201-360.90 FRA-1175/85 VS-vertraulich

22. Juli 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft;  
hier: Strategiediskussion in Frankreich

I. 1) Frankreich erlebt zur Zeit eine tiefgreifende Debatte über die eigene sicherheitspolitische Lage und die Rolle der französischen Streitkräfte. Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei die mögliche Einbeziehung der Nachbarländer Frankreichs, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, in den Schutz

<sup>13</sup> Am 19. Juli 1985 berichtete Botschafter van Well, Washington, daß die Vorschläge des amerikanischen Senators Nunn zur Produktion chemischer Waffen im Vermittlungsausschuß des amerikanischen Kongresses abgelehnt worden seien. Die Vertreter des Repräsentantenhauses bestünden weiterhin auf der Zustimmung der Verbündeten „zur Lagerung in Europa [...]“. Der Senat werde einer solchen Auflage auf keinen Fall zustimmen, schon aus der Überlegung heraus, daß eine amerikanische Rüstungsentscheidung nicht der Entscheidung anderer Staaten überantwortet werden dürfe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3534; VS-Bd. 11555 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

Ministerialdirigent Schauer legte am 1. August 1985 dar, daß der Vermittlungsausschuß sich am 25. Juli 1985 auf einen Kompromiß geeinigt habe: „Bewilligung der notwendigen Mittel (155,5 Mio. statt beantragter 163,5 Mio. US-Dollar); Zustimmung zum Beginn der Beschaffung von CW-Komponenten, Endfertigung (final assembly) jedoch nicht vor Oktober 1987; Ersatz [...] der in den Vereinigten Staaten und Europa gelagerten unitären CW durch binäre; Weisung an Präsidenten, noch vor Beginn der Produktion die NATO zu konsultieren und mit dem NATO-Oberkommando Pläne für die Stationierung in Europa für den Fall einer Krise oder eines Konfliktes auszuarbeiten; Aufforderung an Regierung, nach Aufnahme der Produktion der binären Munition ihre Pläne zur Vernichtung der alten Bestände zu beschleunigen.“ Der Senat habe bereits zugestimmt, das Repräsentantenhaus habe die Abstimmung jedoch bis nach der Sommerpause verschoben, was „u. a. auch Ausdruck einer Verärgerung“ sei: „Das Repräsentantenhaus hatte ursprünglich der Produktion chemischer Waffen zwar zugestimmt, zugleich aber einen Veto-Mechanismus für die Alliierten eingebaut, der diese Produktion mit hoher Wahrscheinlichkeit unmöglich gemacht hätte.“ Vgl. VS-Bd. 12070 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse von Stackelberg konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 22. Juli und erneut am 1. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 2. August 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 5. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter sowie an Stackelberg verfügte.

Hat Lewalter am 9. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Andreas Meyer-Landrut.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 1. August 1985 vorgelegen.

durch die französischen strategischen Nuklearstreitkräfte. Die zunächst rein inner-französische Diskussion hat inzwischen auch in der deutschen Presse mit Schlagworten wie den folgenden ihren Niederschlag gefunden:

„In einem Boot“ (FR)<sup>4</sup>, „Frankreichs Strategen denken um“ (SZ)<sup>5</sup>, „Paris: Bundesrepublik schützen“ (Rheinpfalz), „Frankreich soll atomaren Schutz ausdehnen“ (Rheinische Post), „Der lange Abschied von den Ringmauern“ (Rheinischer Merkur)<sup>6</sup>, „Kein bloßes Papiergeraschel“ (Zeit)<sup>7</sup>.

2) Ausgelöst wurde die jetzige Diskussion durch die Frage zahlreicher französischer Politologen und Strategieexperten, ob die Einfallschneisen, die auf deutschem Gebiet verteidigt werden sollen, und die Stationierung der französischen Streitkräfte in diesem Zusammenhang in Ordnung seien und Schutz gewährten.

Der Politikwissenschaftler und Leiter des Pariser „Instituts für internationale Angelegenheiten“, Pierre Lellouche, kommt in seiner Anfang Mai 1985 veröffentlichten Studie „Die Zukunft des Krieges“ zu der Schlußfolgerung, daß Frankreich seine Sicherheitsinteressen nur bei Beteiligung an der Vorneverteidigung des Bündnisses und bei Ausdehnung seiner Nukleargarantie auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland glaubhaft vertreten könne.<sup>8</sup>

3) Mit ihren in kurzer zeitlicher Folge publizierten Positionspapieren zum Stand der französischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben die drei großen politischen Parteien Union pour la Démocratie Française (UDF) am 22. Mai<sup>9</sup>,

<sup>4</sup> Für den Artikel „In einem Boot“ vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 1. Juli 1985, S. 3.

<sup>5</sup> Für den Artikel „Frankreichs Strategen denken um“ vgl. SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 4. Juli 1985, S. 4.

<sup>6</sup> Für den Artikel „Der lange Abschied von den Ringmauern“ vgl. RHEINISCHER MERKUR vom 29. Juni 1985, S. 6.

<sup>7</sup> Für den Artikel „Kein bloßes Papiergeraschel“ vgl. DIE ZEIT vom 12. Juli 1985, S. 4.

<sup>8</sup> Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, übermittelte am 29. Mai 1985 eine Zusammenfassung des Buches „L'Avenir de la guerre“. Pierre Lellouche beschreibe „den Wandel der sicherheitspolitischen Gegebenheiten in den USA und Europa. Friedensbewegung, Diskussion um SDI, neue Technologien (Emerging Technologies) und nachlassende Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie sowie insgesamt wenig erfolgversprechende Abrüstungsverhandlungen seien Ausdruck dieses Wandels. Frankreich müsse aufgrund der veränderten Situation seine nukleare Abschreckungsstrategie überdenken. Begriffe wie Sanktuarisierung des Territoriums, Unabhängigkeit und Solidarität, vitale Interessen, Unteilbarkeit des nuklearen Risikos, müßten mit neuen Inhalten bzw. mit anderen Werten versehen werden. Als pragmatischen Lösungsweg schlägt er die Stationierung von fünf Divisionen einschließlich nuklear-taktischer Bewaffnung an der innerdeutschen Grenze in einem fest definierten Raum, allerdings ohne Re-Integration in das militärische Bündnis, vor. Politisch und militärisch müsse so [...] unterstrichen werden, daß Frankreichs Schicksal eng an das der Bundesrepublik gebunden und Frankreichs Freiheit und Überleben an der Elbe verteidigt werden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 823; Referat 201, Bd. 143386.

<sup>9</sup> Am 19. Juni 1985 berichtete Botschafter Schoeller, Paris, von „der öffentlichen Präsentation eines Weißbuchs der UDF ‚Redresser la Défense de la France‘“ am 13. Juni 1985, bei der der ehemalige Staatspräsident Giscard d'Estaing auf zwei wesentliche Aspekte eingegangen sei. Zu der Strategischen Verteidigungsinitiative des Präsidenten Reagan habe er ausgeführt, die „Allianz bedürfe eines angemessenen Gleichgewichts zwischen Europäern und Amerikanern hinsichtlich der Verteidigungsanstrengungen. Ja zum Konzept des ‚europäischen Pfeilers‘. SDI birgt nicht die Gefahr einer Abkopplung der US-Verteidigung von der Europas. Im Gegenteil: ‚Das US-Engagement an unserer Seite kann sich nur verstärken, wenn die Amerikaner ganz oder teilweise gegen die SU-Bedrohung mit ballistischen Nuklearwaffen, also gegen eine Eskalation mit Zielrichtung auf ihr eigenes nationales Territorium im Falle eines Angriffs in Europa abgesichert sein sollten [...]‘. Das eigene Interesse an einer überzeugenden, also modernen Verteidigung, gebietet den Europäern die Teilnahme an der SDI-Entwicklung.“ Zur Rolle Frankreichs habe Giscard bemerkt: „Als Nuklearmacht ist

Le Rassemblement pour la République Française (RPR) am 17. Juni<sup>10</sup> und die Parti Socialiste (PS) am 2. Juli 1985<sup>11</sup> die Diskussion weiter akzentuiert.

Ihre Papiere kommen in der Bewertung der französischen Streitkräfte naturgemäß zu unterschiedlichen Akzenten. RPR und UDF als Oppositionsparteien kritisieren sehr ausführlich den Zustand der französischen Streitkräfte, der sich ihres Erachtens seit 1981 ständig verschlechtert habe. Ihre Papiere tragen deshalb auch die Titel: „La Défense de la France“ (RPR)<sup>12</sup> und „Redresser la Défense de la France“ (UDF). Demgegenüber konzentriert sich die PS mit ihrem Positionspapier „La Sécurité de l'Europe“ weniger auf die militärtechnische Bestandsaufnahme als vielmehr auf das militärpolitische Konzept für die regionale Sicherheit. Dieser Aspekt findet jedoch auch in den Papieren der beiden Oppositionsparteien große Beachtung.

4) In sehr weitgehender Gemeinsamkeit legen die drei Parteien den Schwerpunkt ihrer künftigen sicherheitspolitischen Zielvorstellungen auf die Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz und die Verbesserung der

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1061*

Frankreich dazu berufen, die Initiative zur Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie mit den Verbündeten zu ergreifen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1445; Referat 201, Bd. 143331.

Am selben Tag übermittelte Oberst i. G. Weste, Paris, eine Inhaltsangabe des Weißbuchs der UDF. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1448/1449; Referat 201, Bd. 143331.

- <sup>10</sup> Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, informierte am 24. Juni 1985: „Am 17.6.85 hat die RPR [...], eine der beiden Oppositionsparteien Frankreichs, ein Heft mit dem Titel ‚Le Renouveau – Die Erneuerung‘ veröffentlicht, in dem die Grundzüge ihrer Politik für die Wahlen im Jahr 1986 und den angestrebten Wechsel niedergelegt sind. Aus dem sicherheitspolitischen Teil sind folgende Aussagen von Interesse: Frankreich will den Frieden und die Unabhängigkeit. Dies ist nur zu erhalten, wenn die Sicherheit in Europa gewährleistet ist. Frankreich gehört zur Atlantischen Allianz, und seine Sicherheit beruht weitgehend auf der europäischen Solidarität. Frankreichs Sicherheitspolitik beruht seit de Gaulle auf drei Elementen, nämlich: dem Besitz der thermonuklearen Waffe, der Aufrechterhaltung moderner konventioneller Streitkräfte und der Fähigkeit zum Einsatz außerhalb des Mutterlands. Die nukleare Abschreckung bleibt das fundamentale Prinzip der französischen Sicherheit. Sie darf weder durch SDI noch durch sowjetische Entwicklungen zur Raketenabwehr in Frage gestellt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1487; Referat 201, Bd. 143331.

- <sup>11</sup> Über das „Positionspapier des PS-Exekutivbüros“ vom 2. Juli 1985 teilte Botschafter Schoeller, Paris, am 4. Juli 1985 mit, darin werde eine positive Bilanz der Entspannungspolitik gezogen, allerdings auch „von einer langfristigen Verhärtung der Ost-West-Konfrontation und des Wettkampfes der beiden Großmächte um politischen Einfluß und um Rüstungsvorsprung“ ausgegangen. Europa müsse „angesichts zunehmenden Rückgangs der Glaubwürdigkeit des US-Engagements schrittweise – im Rahmen des Bündnisses – zu mehr europäischer Solidarität, insbesondere zu mehr Selbstständigkeit in der regionalen Nuklearabschreckung und klassischen Verteidigungsfähigkeit finden. Frankreich habe ein ‚intérêt essentiel‘ daran, daß sich sein Abschreckungspotential und seine Verteidigung zugunsten des ganzen westlichen Europas auswirkten, in erster Linie zugunsten der Bundesrepublik Deutschland.“ So müsse Frankreich „den Schutzbereich seiner Abschreckung über das eigene Territorium hinaus auf ganz Westeuropa ausdehnen. [...] Dabei müsse die Entscheidung über den Einsatz der Nuklearwaffen eine unabhängige französische bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1569; Referat 201, Bd. 143331.

Für eine Zusammenfassung des Positionspapiers „mit dem Titel ‚Die Sicherheit Europas‘“ vgl. den Drahtbericht Nr. 1584/1585 des Brigadegenerals von Wietersheim, Paris, vom 5. Juli 1985; Referat 201, Bd. 143331.

- <sup>12</sup> Am 26. Juni 1985 berichtete Brigadegeneral von Wietersheim, Paris: „Am 24.6.85 hat der nationale Sekretär für Verteidigung der RPR, François Fillon, den unter seiner Führung erarbeiteten Bericht über ‚Vier Jahre sozialistische Verwaltung des Verteidigungshaushaltes und Vorschläge zur Erneuerung‘ mit dem Titel ‚La Défense de la France‘ [...] der Öffentlichkeit vorgestellt.“ Das 97 Seiten umfassende Buch enthalte „eine Auflistung und Kritik der Haushaltsversäumnisse der sozialistischen Regierung. Die restlichen Seiten sind den Vorschlägen zur Erneuerung gewidmet und sind eine Wiedergabe der in der Broschüre ‚Le Renouveau‘ enthaltenen Thesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1500; Referat 201, Bd. 143331.

Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland. Besonders deutlich befaßt sich das Papier der PS mit der „Konstruktion Europas“, d.h. dem Finden einer eigenen europäischen Identität und der Emanzipation gegenüber den USA. Bemerkenswerte Gemeinsamkeiten bestehen zwischen den drei Parteien in ihren militärpolitischen Aussagen zur Frage des eurostrategischen Engagements Frankreichs:

- Neben die Verteidigung des eigenen Territoriums muß die regionale Abschreckung treten (PS).  
(Hierzu Parteisekretär Huntzinger: Bei der Verteidigung der vitalen Interessen Frankreichs gibt es immer geringere Unterschiede zwischen dem ersten Kreis des französischen Territoriums und dem zweiten Kreis Westeuropa. Der bevorzugte Horizont unserer Fähigkeit zur Abschreckung wird mehr und mehr Europa!<sup>13</sup>)
- Der Schutz des französischen Sanktuariums ist nur unter aktiver Teilnahme an der Sicherheit Europas vorstellbar (UDF).
- Der Besitz von Nuklearwaffen und der Rückzug aus der militärischen Integration der NATO<sup>14</sup> darf nicht zur Trennung von den Sicherheitsinteressen der europäischen Nachbarn, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, führen (RPR).  
Alle drei Parteien sind sich darin einig, daß angesichts der realen Bedrohungslage (SU und WP) europäische Solidarität besonders mit der Bundesrepublik Deutschland erforderlich ist:
- Die Sicherheit Frankreichs ist sehr eng an die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und die Gesamtheit der europäischen Staaten gebunden (PS).
- Frankreich muß die Unsicherheit bei den Verbündeten in den Fragen, an welchem Punkt Frankreich im Krisenfall militärisch eingreift und ob verbündete Streitkräfte sich stets ohne Verzögerung über französisches Territorium bewegen können, überzeugend ausräumen (UDF).  
(Hierzu Giscard d'Estaing: „Schließlich befinden wir uns im Westen, Vollmitglied der Atlantischen Allianz, Vollmitglied einer europäischen Gemeinschaft, die von der Elbe zum Ozean reicht. Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen.“)
- Frankreich will den Frieden und die Unabhängigkeit. Dies ist nur zu erhalten, wenn die Sicherheit in Europa gewährleistet ist. Frankreich gehört zur Atlantischen Allianz und seine Sicherheit beruht weitgehend auf der europäischen Solidarität (RPR).

Alle drei Parteien fordern konsequenterweise die Ausweitung der französischen Verteidigungsdoktrin:

- Frankreich hat ein wesentliches Interesse, das sich in steigendem Maß ... darauf richtet, daß sich seine globale Abschreckung und seine Verteidigung erfolgreich zugunsten Westeuropas auswirken, in erster Linie zugunsten der Sicherheit des am weitesten exponierten und daher verwundbarsten Territo-

<sup>13</sup> Zu den Äußerungen des Sekretärs der Parti Socialiste, Huntzinger, vgl. Dok. 171, Anm. 3.

<sup>14</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

riums Europas, das zugleich Nachbar Frankreichs ist, nämlich des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland (PS).

- Europa braucht ein Konzept der Verteidigung an der vordersten Linie („sanctuaire élargi, défendu selon le concept d’une stratégie de l’avant“). Die Abschreckung hat die vorderste Linie abzudecken (UDF).  
(Hierzu Giscard d’Estaing: „Die Grenze unseres nationalen Sanktuariums ist der Rhein. Aber die Grenze unserer Unabhängigkeit ist die Elbe. Das ist die einzig realistische Betrachtungsweise des Problems der Verteidigung Frankreichs.“)
- Unsere Zugehörigkeit zur Atlantischen Allianz und unsere geographische Lage verpflichten uns dazu, die Probleme unserer Sicherheit in einem Geist enger Solidarität mit unseren Partnern und Alliierten in Europa zu sehen und zu lösen (RPR).

5) Allerdings – und dies wird insbesondere von der PS sehr deutlich hervorgehoben – seien die nuklearen Kräfte Frankreichs die extremste Antwort. Deshalb seien vor allem die technologischen Möglichkeiten zur Anhebung der nuklearen Schwelle zu nutzen, um einen zu frühen Einsatz der nuklearen Mittel zu verhindern. Es gelte deshalb, die konventionellen Kräfte zu stärken. Frankreich müsse seinen Teil zu einer konventionellen Abschreckung in Europa beitragen, um alle Hypothesen subnuklearer Konflikte abdecken zu können. Vor dieser Forderung gewinnt die Kritik der UDF und der RPR am angeblich schlechten Zustand der französischen Streitkräfte ihre besondere Bedeutung.

Trotz der Erkenntnis, daß die französische Sicherheit von der seiner Nachbarn, allen voran Deutschland, nicht losgelöst gesehen werden kann, bleiben die Aussagen zur konkreten Ausformung der Sicherheitspartnerschaft vage. Die UDF geht als einzige so weit, Solidarität „von der ersten Minute an“ und Verteidigung „an vorderster Front“ zu verlangen. Alle drei Parteien äußern sich indes nur verschwommen zu den Möglichkeiten eines gemeinsamen Verteidigungskonzepts. Die PS weist in ihrem Positionspapier darauf hin, daß die „schnelle Eingreiftruppe“ (FAR) bereits ein sichtbares Zeichen zur technischen und politischen Glaubwürdigkeit des französischen Engagements in Europa sei. Ihre Schaffung, die Aufrechterhaltung der Ersten Armee, die zu großen Teilen in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sei, aber auch die deutsch-französischen Konsultationen seien konkrete Elemente einer neuen Solidarität.

II. 1) Eine Analyse der militärpolitischen und -strategischen Aussagen der drei Positionspapiere zeigt, daß sie mit ihren wesentlichen Aussagen auf dem Boden der geltenden französischen Verteidigungsdoktrin stehen:

- Sie zeigen, daß Frankreich als treuer Verbündeter der Nordatlantischen Allianz verstanden wird, der seinen Bündnisverpflichtungen nachkommt. Sie halten an der Ablehnung jeden Automatismusses beim Einsatz der eigenen Streitkräfte fest. Von einer formalisierten Ein- oder Anbindung an die Kommandostrukturen des Bündnisses oder einzelner Bündnispartner ist nicht die Rede. Der ausschließliche, ungeteilte, nationale Entscheidungsvorbehalt über den Einsatz der französischen Streitkräfte bleibt unangetastet.
- Alle drei Parteien halten daran fest, daß die Unberechenbarkeit der Einsätze der französischen Nuklearstreitkräfte – bei Freund und Feind – ein wesent-



liches Element der Abschreckungswirkung bildet. Keines der Papiere enthält Hinweise darauf, daß eine der drei großen Parteien bereit wäre, dem Bündnis oder auch nur der Bundesrepublik Deutschland Einblick in die nukleare Einsatzplanung zu geben.

2) Die Positionspapiere gehen mit ihren militärpolitischen Überlegungen, das „nationale Sanktuarium“ Frankreich zu erweitern, jedoch teilweise über die offiziell geltende Strategie hinaus. Mit der Forderung, daß die nationalen französischen Interessen (*intérêts vitaux*), an die der Einsatz des Nuklearpotentials eng gebunden ist, über das nationale Territorium hinausgehen könnten und dies auch tun, hat die diesbezügliche sicherheitspolitische Position – vor allem der PS – eine neue Qualität erhalten. Für die Abschreckungsfähigkeit Frankreichs wird damit für die Zukunft eine weitergehende, doppelte Kapazität gefordert, nämlich die Verteidigung seines Territoriums und eine regionale Abschreckung. Alle drei Parteien lassen jedoch den Begriff der „vitalen Interessen“ bewußt ohne klare Definition, da sich eben gerade hierauf die Ungewißheit des „Einsatzes der französischen Nuklearwaffen und damit deren Wirksamkeit“ gründe.

III. 1) Die innerfranzösische Diskussion über die Rolle der eigenen Streitkräfte bei der Verteidigung Westeuropas ist nicht völlig neu. Auffällig ist die derzeitige Häufung öffentlicher Stellungnahmen zu diesem Thema und die erstaunliche Übereinstimmung der PS mit den beiden Oppositionsparteien. Diese Entwicklung dürfte durch folgende Faktoren begünstigt worden sein:

- einen bedeutsamen Wandel in der Einstellung der französischen, aber auch der deutschen Bevölkerung zur Frage der Notwendigkeit eines gewandelten Sicherheitskonzepts  
(Laut Le Point vom 21.7.1985 haben sich bei einer Befragung – Auftraggeber Le Monde – 57 % (gegen 19 %) dafür ausgesprochen, Deutschland zu Hilfe zu eilen, wenn es „schwer bedroht“ ist. 40 % (gegen 24 %) halten in einem solchen Fall die „vitalen Interessen“ Frankreichs für bedroht. 50 % sind der Ansicht, daß die Deutschen die Verbündeten Frankreichs wären, falls Frankreich angegriffen werden sollte.<sup>15</sup>);
- durch die Verschiebung des West-Ost-Kräfteverhältnisses zugunsten der Sowjetunion;
- durch die Nachrüstungs- und Friedensdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland, die aus der Sicht vieler Franzosen die amerikanisch-deutsche Riegelstellung aufzuweichen droht, und neuerdings
- durch die SDI-Diskussion sowie

<sup>15</sup> Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 27. Juni 1985, daß am folgenden Tag auf der Titelseite der französischen Tageszeitung „Le Monde“ die Ergebnisse einer von dieser „in Auftrag gegebene[n] Umfrage über das Deutschlandbild der Franzosen“ veröffentlicht würden, die vom 11. bis 17. Juni 1985 repräsentativ bei 986 Franzosen durchgeführt worden sei: „Herausragend sind die Ergebnisse über die Sicherheit: 57 Prozent meinen, daß F der Bundesrepublik im Falle der Bedrohung militärisch beistehen sollte, 40 Prozent sprechen sich aus für eine Ausdehnung des nuklearen Schutzes Fs auf D (24 Prozent dagegen, 36 Prozent unentschieden).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1513; Referat 201, Bd. 143477.

- eine in Frankreich stets latent vorhandene Sorge über mögliche neutralistische Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland und
- den Wunsch, dem europäischen Einigungsprozeß durch eine sicherheitspolitische Komponente neue Impulse zu verleihen und damit gleichzeitig die europäische Säule des Transatlantischen Bündnisses zu stärken.

2) Die Sicherheitsdebatte in Frankreich ist aus unserer Sicht sehr zu begrüßen. Sie muß von uns jedoch – worauf Verteidigungsminister Hernu in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 21.7.1985 nachdrücklich hingewiesen hat – als ausschließlich innerfranzösische Diskussion gesehen werden.<sup>16</sup> Sie zeigt, daß es gegenwärtig in Frankreich noch keinen Konsens über den Inhalt des diskutierten neuen strategischen Konzepts gibt, wohl aber, daß bereits darüber ein Konsens vorhanden ist, in welche Richtung das Konzept weiterentwickelt werden müßte. Das große Ziel ist eine Stärkung der Sicherheit Europas, nicht jedoch eine „gemeinsame Verteidigung“, weder im Vokabular der drei Parteien noch der französischen Regierung, für die Verteidigungsminister Hernu (s. o. a. Interview) sehr deutlich gemacht hat, daß es keine „gemeinsame Verteidigung“ ohne eine politische Union geben könne.

Die Diskussion in Frankreich wird ohne Zweifel die Erkenntnis fördern, daß die Sicherheitsinteressen unserer beiden Länder eng miteinander verbunden sind. Die Äußerungen von Parteisekretär Huntzinger (PS) sowie der französischen Opposition binden allerdings die französische Regierung nicht. Jedoch reflektieren sie einen großen Teil der zunehmend sensibilisierten öffentlichen Meinung Frankreichs und werden damit im Denken der französischen Regierung Berücksichtigung finden. Die Äußerungen des französischen Verteidigungsministers am 20.6. in Münsingen<sup>17</sup>, bei den Vierer-Konsultationen am 26.6.1985 in Bonn<sup>18</sup> sowie in dem vorstehend genannten Interview bezeugen dies.

Trotz vieler unbestreitbar positiver Ansätze und Entwicklungen in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich haben aus unserer Sicht jedoch noch wesentliche deutsche Anliegen bislang keine befriedigende Antwort gefunden. Wir müssen weiter darauf hinwirken, daß Frankreich sich mit der Einsatzplanung seiner Streitkräfte in der für uns so wichtigen Vorverteidigung stärker engagiert und dies zumindest mittelfristig zu gemeinsamen Truppenübungen führt, die weiter vorne stattfinden, evtl. mit Teilen der FAR. Verdeutlicht werden würde damit die Abkehr vom Glacis-Denken.

Auch muß noch eine Konsultationsmöglichkeit gefunden werden für den Fall des Einsatzes taktischer Nuklearwaffen durch Frankreich von deutschem Boden oder auf deutsches Gebiet. Nur dann wird die Sicherheitsgemeinschaft sich fester zu einer dauerhaften Sicherheitspartnerschaft weiterentwickeln können.

<sup>16</sup> Der Passus „worauf ... gesehen werden“ wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Liegt bei.“

<sup>17</sup> Zu den Ausführungen des französischen Verteidigungsministers Hernu vom 20. Juni 1985 vgl. Dok. 171, Anm. 5.

<sup>18</sup> Zum Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit ihren französischen Amtskollegen Dumas und Hernu vgl. Dok. 171.

In diesem Zusammenhang eine Anmerkung:

Wir werden davon auszugehen haben, daß die Sowjetunion versuchen wird, diesen ihr unerwünschten Prozeß zu behindern. Als Mittel dienen ihr schon jetzt „Warnungen“, daß die Bundesrepublik Deutschland auf diesem Wege versuchen werde, „näher an den nuklearen Drücker“ heranzukommen.

Davon abgesehen müssen wir bei unseren Bemühungen um eine engere deutsch-französische Sicherheitspartnerschaft vermeiden, daß die französische Regierung durch öffentlichen Druck in eine Position gerät, in der sie sich zu Klarstellungen genötigt sieht, die zwangsläufig einen Rückzug auf engere nationale Positionen bringen dürften.

Unser Interesse verlangt andererseits, das europa- und bündnispolitische Momentum der Strategiediskussion in Frankreich zu nutzen. Unser Ziel muß dabei sein<sup>19</sup>, die deutsch-französische sicherheitspolitische Zusammenarbeit in ihrem bereits institutionalisierten Rahmen schrittweise weiter auszubauen. Dies gilt auch für die militärische Zusammenarbeit, in deren Rahmen gemeinsame Manöver zudem eine öffentlichkeitswirksame Bedeutung haben. Die Ankündigung von Verteidigungsminister Hernu, daß es 1986 und 1987 zu bedeutenden gemeinsamen Übungen zwischen deutschen und französischen Streitkräften<sup>20</sup> kommen werde, ist als Manifestation der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft eine deutliche qualitative Verbesserung gegenüber dem bisherigen Stand, die hoch eingeschätzt werden muß.

i. V. Schauer

**VS-Bd. 11970 (201)**

<sup>19</sup> Der Passus „Unser Interesse ... dabei sein“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

<sup>20</sup> Der Passus „zu bedeutenden gemeinsamen ... Streitkräften“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirigenten Schauer zurück. Vorher lautete er: „zu gemeinsamen Übungen zwischen deutschen Streitkräften und der französischen Schnellen Eingreiftruppe (FAR)“.

## 203

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterhelt

210-600.51-955/85 VS-vertraulich

25. Juli 1985<sup>1</sup>

Betr.: Sitzung bei BM Schäuble am 25.7.1985

Anstelle von StS Ruhfus, der verhindert war, habe ich heute für das Auswärtige Amt an der Sitzung des erweiterten Dreierkreises unter Vorsitz von BM Schäuble teilgenommen. Auf der Tagesordnung standen:

- Kulturverhandlungen mit der DDR
- Deutsches Historisches Museum in Berlin

Aus dem einstündigen Gespräch halte ich fest:

- 1) Kulturverhandlungen mit der DDR<sup>2</sup>

StS Bräutigam informierte über den Stand der Verhandlungen entsprechend Drahtberichten Nr. 1099 und 1082 der Ständigen Vertretung<sup>3</sup>.

Das Ergebnis der Aussprache war:

- a) Berlinfrage

Vorgesehen ist nunmehr, daß bei Unterzeichnung des Abkommens beide Seiten Projektvorschläge machen, wobei unser Projektvorschlag auch ein Berlin-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterhelt am 26. Juli 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Staatssekretär vorzulegen.“

Hat Staatssekretär Ruhfus am 29. Juli 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister vorzulegen.“

Hat Bundesminister Genscher am 24. August 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS M[eyer]-L[andrut] D 2.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 26. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre „f. Rücksprache] StS M-L mit D 2 bei BM“ verfügte.

Hat Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 26. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Oesterhelt und Referat 210 verfügte.

<sup>2</sup> Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Fragen aus dem kulturellen Bereich vgl. Dok. 60, besonders Anm. 21, 22 und 24.

<sup>3</sup> Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, teilte am 19. Juli 1985 mit, der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, habe in einem Gespräch deutlich gemacht, daß die DDR die Kulturverhandlungen mit der Bundesrepublik „möglichst schon in der nächsten Runde (11.9.)“ abschließen wolle. Seidel habe Vorschläge für eine gemeinsame Protokollerklärung zur Rückführung von Kulturgütern sowie eine einseitige Erklärung der DDR zur Rolle der Stiftung Preußischer Kulturbesitz unterbreitet, die er, Bräutigam, zu prüfen versprochen habe, deren letzten Satz er aber als „in dieser Form für uns sicher nicht akzeptabel“ bezeichnet habe. Die DDR zögere auch noch bei der Benennung konkreter Projekte „einschließlich eines solchen aus Berlin (West) für das Jahr 1986“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1082; Referat 210, Bd. 132730.

Am 23. Juli 1985 berichtete Bräutigam über ein Telefonat mit Seidel, der die gemeinsame Protokollerklärung zur Rückführung von Kulturgütern in der von der Bundesrepublik gewünschten Fassung akzeptiert und ein Verfahren vorgeschlagen habe, um die unterschiedlichen Standpunkte zur Einbeziehung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in den Kulturaustausch zum Ausdruck zu bringen. Bräutigam führte dazu aus: „Sollten wir uns auf das jetzt erwogene Verfahren einlassen, empfehle ich, daß wir unseren Standpunkt in der gleichen Weise wie die DDR bekräftigen, nämlich daß alle kulturellen Institutionen und ihre Angehörigen das Recht haben müssen, am Kulturaustausch gleichberechtigt teilzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1099; Referat 210, Bd. 132730.

Projekt enthalten wird. Diese Tatsache kann und wird der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Damit ist die DDR einverstanden.

StS Bräutigam empfahl, diesen Kompromiß anzunehmen. Es komme darauf an, die Einbeziehung Berlins sichtbar zu machen. Dies sei durch den Kompromiß gewährleistet. Stillschweigendes Einverständnis sei, daß die DDR später nicht etwa das Berlin-Projekt herausnehmen könne. Der Vollzug der Projekte sei allerdings nur auf kommerzieller Ebene möglich, solange kein Kulturprogramm vorliege.

BM Schäuble legte nahe, diesem Kompromiß zuzustimmen und das Abkommen im September abschlußreif zu machen.

Ich habe Bedenken hiergegen namens des Auswärtigen Amts nicht erhoben. Ich hatte in einer Vorbesprechung im BMB (bei MD Meichsner) darauf hingewiesen, daß es sich um einen sehr fein gesponnenen Kompromiß handle, dessen Inhalt aber auch mit unserem Interesse an einem Abschluß abzuwägen sei. Die Verhandlungsgeschichte des Abkommens (wozu auch die Äußerung Honeckers gegenüber StS Bräutigam zählt, die Einbeziehung von Berlin „würde funktionieren“<sup>4</sup>) gebe uns Ansatzpunkte für unsere These, Berlin-Projekte ständen unter dem Schirm des Abkommens. Allerdings sei auch nicht auszuschließen, daß die DDR eines Tages wieder behaupten werde, Berlin-Projekte würden außerhalb des Abkommens abgewickelt.

Angesichts des überwiegenden Interesses aller übrigen Beteiligten an einem Abschluß habe ich diese Bedenken nicht wiederholt. Maßgeblicher Gesichtspunkt sollte sein, daß die DDR durch Entgegennahme eines Berlin-Projekts im Rahmen der Verhandlungen auch ihrerseits einen nicht unbedeutenden Schritt auf uns zu gemacht haben wird.

Es kommt hinzu, daß rechtlich nur bei Beteiligung von Bundesinstitutionen eine Einigung über die faktische Einbeziehung Berlins nötig ist, da uns hier unser Recht offen bestritten wird. Beim Kulturaustausch, der auf die Einbeziehung lokaler Institutionen zielt, können wir etwas großzügiger sein.

#### b) Sonstige Fragen

Was die sonstigen Fragen anbelangt, die nicht in die Mitzuständigkeit des Auswärtigen Amts fallen, so ergab sich

- Einvernehmen über die gefundene Formel Jugendaustausch
- Einvernehmen über die Formel betreffend Rückführung von Kulturgütern

Die Formel, wonach beide Abkommenspartner erklären, „im Rahmen ihrer Möglichkeiten Lösungen in den Bereichen kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter zu suchen“ wurde nach Erörterung als akzeptabel angesehen. Das BMB (Meichsner) wies darauf hin, daß die Formel „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ nach dem Sprachgebrauch auch des Transitabkommens<sup>5</sup> auf unsere in-

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 26. Juni 1985 vgl. Dok. 176.

<sup>5</sup> In Artikel 17 des Regierungsabkommens vom 17. Dezember 1971 zwischen der Bundesrepublik und der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) verpflichtete sich die Bundesregierung, „im Rahmen ihrer Möglichkeiten die erforderlichen Vorkehrungen“ gegen einen Mißbrauch der Transitwege zu treffen. Vgl. DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bd. II, S. 131.

nere Gesetzgebung verweise. StS Bräutigam unterstrich, was wir letztlich wollten, sei, daß der Besitzstand auf beiden Seiten, ausgenommen nur die Bereinigung von einigen Anomalitäten, gewahrt bleibe. BM Schäuble bat, der DDR mitzuteilen, daß unser Verständnis der Formel auch öffentlich erläutert würde. BMI (von Köckritz) stimmte der Formel unter Vorbehalt der Zustimmung seines Ministers zu.

– Einvernehmen über die Beteiligung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Alle Beteiligten gingen davon aus, daß die DDR sich bei ihrer einseitigen Erklärung den Satz abhandeln lassen würde, wonach ausdrücklich eine Beteiligung der Stiftung bei Ausstellungen in der DDR nicht erfolgen werde. Dieser Satz ist für uns politisch nicht tragbar. Über die Einigung, daß die DDR sich in Drittländern und in der Bundesrepublik Deutschland an Ausstellungen auch dann beteiligen wird, wenn die Stiftung beteiligt ist, war man befriedigt. Die DDR werde jedenfalls nicht mehr ihre Nichtteilnahme damit begründen können, daß die Stiftung Preußischer Kulturbesitz teilnehme. Dies sei schon ein großer Fortschritt.

Die gefundene Einigung soll unter der Hand auf Museumsebene verbreitet werden. Hypothesen für den Fall, daß die DDR nicht auf den letzten Satz verzichtet bzw. außerhalb der Verhandlungen eine derartige Erklärung abgeben möchte, wurden kurz erörtert, aber nicht vertieft.<sup>6</sup>

2) Deutsches Historisches Museum

MDg von Richthofen hatte mir bereits vor der Sitzung gesagt, daß der Kanzler in dieser Sache die Initiative behalten wolle.<sup>7</sup> Die Sache liege ihm am Herzen.

Von Richthofen unterstrich während der Sitzung, daß die Phase der konzeptionellen Planung auf keinerlei Bedenken bei den Alliierten stoßen könne. Allenfalls könne es derartige Bedenken hinsichtlich der Aufbauphase in Berlin geben. Hier müsse bei den Alliierten der Eindruck vermieden werden, daß es um ein Tätigwerden von Bundesbehörden in Berlin gehe. Die spätere Eröffnung

<sup>6</sup> Am 11. September 1985 fand eine weitere Runde der Kulturverhandlungen mit der DDR statt, in der „in den wenigen noch offenen Textfragen [...] volle Übereinstimmung erzielt“ wurde. Staatssekretär Bräutigam, Ost Berlin, berichtete, daß der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, Prüfung der „Vorschläge für kulturelle Projekte, die nach Inkrafttreten des Abkommens durchgeführt werden sollen, darunter zwei Projekte aus Berlin (West)“, zugesagt habe. Er, Bräutigam, habe „mehrmals darauf hingewiesen, daß wir das förmliche Zustimmungsverfahren zu den Abkommen auf unserer Seite erst einleiten könnten, wenn über die Projekte, einschließlich der Berlin (West) betreffenden, eine Verständigung erzielt sei. Außerdem könnten erst dann die Verhandlungen von uns als abgeschlossen betrachtet werden. Nier nahm das – wenngleich nicht ohne Murren – zur Kenntnis“. Außerdem habe er, Bräutigam, nachdrücklich erklärt, auch die „einseitige Erklärung der DDR zur Beendigung der Diskriminierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz [...], obwohl einseitig und nicht zur Veröffentlichung bestimmt, müsse in der abgestimmten Fassung uns gegenüber noch förmlich abgegeben werden, d.h. verbunden mit der Übergabe eines paraphierten Textes. [...] Für uns komme es darauf an, daß es eine verbindliche und förmliche Erklärung sei und nicht etwa nur eine formlose Darlegung der DDR-Position in dieser Frage.“ Der Presse solle mitgeteilt werden, daß „die Gespräche über einige noch offene Fragen“ fortgesetzt würden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1471; Referat 210, Bd. 132730.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl kündigte im Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland am 27. Februar 1985 im Bundestag an: „Als Geburtstagsgeschenk der Bundesrepublik Deutschland wollen wir in Berlin das Deutsche Historische Museum bauen und einrichten. Ein solches Haus gehört nach Berlin, in die alte Hauptstadt der Deutschen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 131, S. 9017.

des Museums durch den Bundeskanzler sei in den Augen des Bundeskanzleramts wiederum bedenkenfrei.

Ich habe für das Auswärtige Amt gesagt, daß wir die Frage gern in der Vierergruppe an die Alliierten herantragen werden. Hierzu benötigten wir allerdings noch im einzelnen die Vorstellungen der Ressorts über die Modalitäten der Bau durchführung. BM Schäuble bat das Auswärtige Amt, sich insoweit mit den Ressorts ins Benehmen zu setzen.

Nach der Sitzung kamen BMB (Meichsner) und BMI (von Köckritz) auf mich zu und kündigten baldige Mitteilungen an.<sup>8</sup>

Oesterhelt

VS-Bd. 13429 (210)

## 204

### Bundeskanzler Kohl an den amerikanischen Vizepräsidenten Bush

VS-vertraulich

25. Juli 1985<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber George,

haben Sie herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 11. Juli 1985.<sup>2</sup>

Auch ich habe das konstruktive und sehr nützliche Gespräch, das wir anlässlich Ihres Besuches in Bonn am 25. Juni 1985 führten und bei dem die Frage des Terrorismus einer der Schwerpunkte unserer Unterhaltung war<sup>3</sup>, in bester Erinnerung.

<sup>8</sup> Am 14. August 1985 informierte das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau über den Stand der Absprachen mit dem Senat von Berlin zur Errichtung eines Deutschen Historischen Museums. Für das Schreiben vgl. Referat 210, Bd. 139270.

Referat 210 vermerkte am 22. August 1985, daß der deutsche Sprecher in der Bonner Vierergruppe am 20. August 1985 die Vertreter der Drei Mächte anhand dieses Schreibens informiert habe. Für den Vermerk vgl. Referat 210, Bd. 139270.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, „nebst Höflichkeitsübersetzung ins Englische“ am 25. Juli 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übersandt mit der Bitte um „umgehende Weiterleitung an den Adressaten über die Botschaft Washington“. Außerdem teilte Roßbach mit: „Der englische Text des Briefes ist dem amerikanischen Vizepräsidenten bereits am 25.7.1985 drahtlich im voraus übermittelt worden.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13764 (014); B 150, Aktenkopien 1985.

Hat Staatssekretär Ruhfus am 26. Juli 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Bertele verfügte.

Hat dem Vertreter von Bertele, Ministerialdirigent Redies, am 29. Juli 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben, mit dem Schubert das Schreiben am 25. Juli 1985 an die Botschaft in Washington übermittelte; VS-Bd. 13764 (014); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Vizepräsidenten Bush vom 11. Juli 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 12975 (204).

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush vgl. Dok. 169.

Wie ich schon anlässlich unseres Gespräches ausgeführt habe, teile ich Ihre Auffassung, daß wir aus den jüngsten Anschlägen gegen die internationale Zivilluftfahrt und nicht zuletzt aus der Entführung der TWA-Maschine und der damit verbundenen Geiselnahme<sup>4</sup> Konsequenzen ziehen und langfristig wirksame Vorkehrungen gegen terroristische Akte dieser Art treffen müssen. Es handelt sich hier um eine wahre Geißel<sup>5</sup> unseres Jahrhunderts und um eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Die Bundesregierung wird wie bisher entschieden dafür eintreten, daß ein Höchstmaß an Einigkeit unter den Sieben wie auch im Rahmen der übrigen EG-Staaten im Interesse einer möglichst breiten Wirkung gemeinsamer Maßnahmen herbeigeführt wird.

Ganz besonders dankbar bin ich Ihnen, daß Sie mich, wie in unserem Gespräch verabredet, über verschiedene Bereiche informiert haben, in denen Ihnen eine internationale Zusammenarbeit möglich und wünschenswert erscheint.

Wie mir berichtet wurde, haben die zuständigen deutschen Stellen in Ausführung der Beschlüsse der Sicherheitskonferenz in Bonn vom 7./8. März 1985<sup>6</sup>, die unmittelbar vor dem Weltwirtschaftsgipfel<sup>7</sup> stattfand, einen Maßnahmenkatalog erstellt. Ein entsprechendes Vorschlagspapier wird den sieben Teilnehmerstaaten in Kürze auf diplomatischem Wege zugeleitet werden.<sup>8</sup>

Die amerikanischen Vorschläge auf dem Gebiet der Luftsicherheit<sup>9</sup> haben in den intensiven Konsultationen, die die Bundesregierung in Vorbereitung des Bonner Treffens der Experten der Sieben vom 24./25. Juli 1985 geführt hat, eine wichtige Rolle gespielt. Ohne dem Expertentreffen selbst vorgreifen zu wollen, möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Erörterungen Fortschritte in der Zusammenarbeit der Sieben in dem von Ihnen aufgezeigten Sinne, u. a. auch in der Frage einer Intensivierung und Multilateralisierung der Terroristenverfolgung und des einschlägigen Informationsaustausches bringen werden.

Der Bundesregierung liegt inzwischen ein Rechtshilfeersuchen der Vereinigten Staaten vor mit der Bitte, den Post- und Telefonverkehr des Bruders eines der

<sup>4</sup> Zur Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) am 14. Juni 1985 vgl. Dok. 169, besonders Anm. 7 und 14.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „Geisel“.

<sup>6</sup> Zu den Expertentreffen über Luftsicherheit am 7./8. März sowie am 12./13. März 1985 vgl. Dok. 110, Anm. 29 und 31.

<sup>7</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>8</sup> Der Passus: „die unmittelbar ... zugeleitet werden“ wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu doppeltes Fragezeichen.

<sup>9</sup> Referat 204 vermerkte am 25. Juni 1985: „USA stehen der derzeitigen Terroristenbedrohung weitgehend ratlos gegenüber. Die Möglichkeiten zur Verteidigung dagegen sind beschränkt, Optionen zur Bekämpfung bestehen so gut wie keine. Die Verteidigung wird behindert durch die nicht aufgebare Struktur einer offenen Gesellschaft.“ Denkbar seien derzeit „nur Defensivmaßnahmen im eigenen Bereich: strengere Sicherheitsmaßnahmen auf den internationalen Flughäfen; Boykott von Flughäfen, die notwendige Sicherheitsmaßnahmen nicht gewährleisten; Warnung an Reisende, bestimmte Länder anzufliegen; Bemannung aller internationalen Flüge mit Polizisten, die in Terroristenabwehr geschult sind; Aufhebung der Landrechte für Länder, die keinen hinreichenden Sicherheitsstandard für Terroristenabwehr garantieren“. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der internationalen Luftfahrt könnten von der Bundesregierung unterstützt werden, ebenso ein „schnellerer Fluß der nachrichtendienstlichen Meldungen über Terrorwarnungen“. Vgl. Referat 204, Bd. 135310.



als Flugzeugentführer verdächtigten Personen überwachen zu lassen.<sup>10</sup> Wie ich höre, haben die zuständigen Rechtspflegeinstanzen der Bundesrepublik Deutschland die erforderlichen Schritte eingeleitet, um den notwendigen Gerichtsbeschluß herbeizuführen.

Die von Ihnen angeschnittene Frage eines evtl. bevorstehenden Besuches von Repräsentanten der Hisbollah bzw. iranischer Regierungsvertreter, die mit der Entführung der TWA-Maschine in Verbindung stehen könnten, wird hier geprüft.

Nach der Rückkehr von Ihrer Europareise haben Sie, Herr Vizepräsident, wie vorgesehen, die Leitung der von Ihrer Regierung eingesetzten Sonderkommission zur Terrorismusbekämpfung übernommen. Ich darf Ihnen zu dieser gleichermaßen interessanten wie schwierigen Aufgabe guten Erfolg wünschen und Sie nochmals unserer vollen Unterstützung versichern.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr  
Helmut Kohl

VS-Bd. 13764 (014)

## 205

### Botschafter Brunner, Madrid, an das Auswärtige Amt

114-13494/85 geheim  
Fernschreiben Nr. 577  
Citissime

Aufgabe: 25. Juli 1985, 14.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 25. Juli 1985, 15.31 Uhr

Betr.: Spanische Haltung zur NATO;  
hier: Frage, ob das Referendum<sup>2</sup> durchgeführt wird.

1) Gegenwärtig verdichtet sich in Madrid die Erkenntnis, daß die Regierung und die Sozialistische Partei (PSOE) die Durchführung des Referendums über den Verbleib Spaniens in der Allianz für unvermeidbar halten, aber glauben,

<sup>10</sup> Das Rechtshilfeersuchen wurde mit Note der amerikanischen Botschaft vom 16. Juli 1985 übermittelt. Vgl. dazu B 83 (Referat 511), Bd. 1819.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Spohn am 29. Juli 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 7. August 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ich halte es für bedenklich, wenn wir uns in allzu massiver Weise in innerspanische Angelegenheiten einschalten würden. Das würde von span[ischer] Seite ggfs. als Einmischung in innere Angelegenheiten aufgefaßt werden und könnte zu Verstimmungen führen. Es wäre auch nicht ratsam, gemeinsam mit US-Botschafter – wie unter 4.1) vorgeschlagen – bei Benegas vorstellig zu werden. Aber als individuelles Gespräch unseres Botschafters durchaus denkbar. Darüber hinaus könnte Bo[tschafter] Brunner unsere Vorstellungen auch dem neuen AM Ordóñez verdeutlichen. 2) In diesem Sinne mit RL 201 heute besprochen. DE durch 201.“

<sup>2</sup> Zum geplanten Referendum über die spanische NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 19, Anm. 9.

daß es gewonnen werden kann. Die Lageanalyse ergibt aber, daß die Erfolgsaussicht unverändert als sehr zweifelhaft beurteilt werden muß. Es liegt im Interesse der Bündnispartner, die beharrliche Überzeugungsarbeit gegen die Abhaltung des Referendums fortzusetzen. Dies kann aber nur bei Wahrung äußerster Diskretion Wirkungen zeigen.

Als einer von mehreren möglichen Schritten könnte das Gespräch des BM mit dem spanischen AM am 29.7. in Helsinki<sup>3</sup> genutzt werden, um unser eigenes Betroffensein von den Auswirkungen eines Referendums darzulegen, dessen Ergebnis die spanische Regierung politisch gegen die NATO festlegen würde.

2) In Spanien verdichten sich z.Z. die Anzeichen, daß Felipe González entschlossen ist, das NATO-Referendum auf jeden Fall durchzuführen.

2.1) Der amerikanische Botschafter Enders führte vor kurzem ein etwa zwei-stündiges Gespräch mit dem MP. Dabei erklärte ihm dieser, er sei entschlossen, das Referendum zu machen, und glaube, es auch mit den sozialistischen Stimmen zu gewinnen. Im übrigen hoffe er weiterhin, daß die stärkste Oppositionspartei, die Alianza Popular unter Fraga Iribarne, letztlich doch ihren Anhängern Teilnahme und positives Votum empfehlen werde.

2.2) Vize-MP Guerra hat dem spanischen Botschafter in Bonn, Foncillas, gegenüber ebenfalls geäußert, daß die Partei entschlossen sei, das Referendum abzuhalten, weil die PSOE sonst auseinanderbreche.

2.3) Der neue AM Fernández Ordóñez hat BM Genscher gegenüber bei einem ersten Gespräch in Brüssel zum Ausdruck gebracht, daß auch ihm das Referendum nicht gefalle, die Partei es aber abhalten müsse.

2.4) Schließlich hat der König während des Besuches des Bundespräsidenten<sup>4</sup> die Entschlossenheit des MP, das Referendum abzuhalten, als sehr riskant bezeichnet.

3) Mit dem Botschafter Enders bin ich mir darüber einig, daß ein positiver Ausgang des Referendums höchst zweifelhaft ist. Die Stimmung unter der Bevölkerung hat sich bisher kaum bewegt.

Weiterhin sind ca. 1/4 der Bevölkerung pro NATO, 1/4 unentschieden und 1/2 dagegen, obwohl der Ministerpräsident sich bereits im Oktober 1984 im sog. Dekalog<sup>5</sup> für Verbleib in NATO ausgesprochen hat, der sozialistische Parteitag 1984, trotz scharfen Widerstandes der Linken, einen Pro-NATO-Beschluß ge-

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher und der spanische Außenminister Fernández Ordóñez hielten sich anlässlich des Treffens der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki auf. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>4</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Spanien vom 28. Juni bis 3. Juli 1985.

<sup>5</sup> Botschafter Brunner, Madrid, informierte am 24. Oktober 1984 über die Regierungserklärung des spanischen Ministerpräsidenten vom Vortag. González habe in zehn Punkten die Haltung zur Sicherheitspolitik erläutert und sich dabei deutlich „für den Verbleib Spaniens in der Allianz“ ausgesprochen. Allerdings habe Spanien „sich nicht in die militärische Struktur der NATO integriert. Nach Auffassung des MP hat SPA dafür auch keinen Bedarf.“ González habe weiter ausgeführt, daß er „einen schrittweisen Abbau der amerikanische Präsenz“ befürworte; auch am Beschluß des spanischen Parlaments, das Spanien „für nuklearwaffenfrei erklärt“ habe, solle festgehalten werden. Außerdem finde er eine Beteiligung an der WEU als der „einzigen europ[äischen] Organisation mit Zuständigkeit für Sicherheitsfragen wünschenswert“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 808; Referat 201, Bd. 130188.

faßt<sup>6</sup> hat und in der Zwischenzeit die faktische Zusammenarbeit in der NATO erfolgreich fortgesetzt und in Presse und Fernsehen eher positiv gewürdigt worden ist. Außerdem könnte der linke Flügel der Sozialisten die Parteidisziplin verweigern und das Referendum womöglich zum Blitzableiter des Ärgers in der Bevölkerung über andere Fragen, z. B. den negativen wirtschaftlichen Kurs, werden. Felipe González bestreitet nicht die vorliegenden Umfragen. Er traut sich aber zu, diese Stimmung zu ändern, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind, daß nämlich einerseits die USA offiziell ihre Bereitschaft zu Sachgesprächen über eine Verdünnung ihrer militärischen Präsenz in Spanien bekanntgeben und andererseits der Beschluß des spanischen Parlaments über die Entnuklearisierung Spaniens<sup>7</sup> unterstrichen wird.

González erhofft sich auch von eindeutigen Erklärungen in den Ratifizierungsdebatten der nationalen europäischen Parlamente über den Zusammenhang zwischen EG-Mitgliedschaft<sup>8</sup> und Verteidigungsbeitrag Spaniens in der Allianz eine positive Wirkung.

Nach meiner Auffassung schätzt MP – der sich bzgl. des Referendums der Bevölkerung gegenüber persönlich im Wort fühlt – die Lage zu optimistisch ein. (Eine andere Möglichkeit ist allerdings, daß er doch beabsichtigt, statt eines Referendums vorgezogene Neuwahlen zu veranstalten, und mit seinen Erklärungen gegenüber den genannten Gesprächspartnern von dieser Absicht ablenken möchte.)

4) In Anbetracht des hohen Risikos müßten alle NATO-Mitgliedstaaten daran interessiert sein, daß das Referendum nicht abgehalten wird. Ein negativer Ausgang des Referendums würde die erst seit kurzem zurückgewonnene Beruhigung der öffentlichen Meinung in Europa im Bereich der Sicherheitspolitik in Frage stellen. Nach Auffassung meines amerikanischen Kollegen, die ich teile, wäre die Frage, wie man die spanische Regierung zum Verzicht auf das Referendum bewegen könnte, ein Thema für die Vierergruppe.

Denkbar sind folgende Schritte:

4.1) US-Botschafter und ich beabsichtigen, gemeinsam mit der Nummer Drei des PSOE, Benegas, ein Gespräch zu führen, in dem wir ihn auf die vorstehen-

<sup>6</sup> Über den Parteitag der PSOE vom 13. bis 16. Dezember 1984 berichtete Botschafter Brunner, Madrid, am 18. Dezember 1984, die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei habe sich „mehrheitlich für den Verbleib in der Allianz“ ausgesprochen. Allerdings sei die Debatte „heftiger als erwartet“ gewesen. So habe in den Ausschußberatungen nur knapp ein Antrag abgelehnt werden können, „der die Partei verpflichtet hätte, vor dem Referendum für den Austritt aus der NATO zu werben“. Ministerpräsident González habe sich ausdrücklich für den Verbleib in der NATO ausgesprochen: „Einfluß im Sinne einer entspannungs- und abrüstungsbereiten Politik könne Spanien nur innerhalb der Allianz gewinnen. [...] Neutralismus und damit Rückkehr in die Isolation würde der extremen Rechten in die Hand arbeiten und könnte damit auch innenpolitisch destabilisierend wirken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 925; Referat 206, Bd. 173493.

<sup>7</sup> Zusammen mit der Entschließung über den NATO-Beitritt billigte das spanische Parlament am 29. Oktober 1981 den Entwurf einer Rahmenentschließung, zu der Gesandter Lewalter, Madrid, am 30. Oktober 1981 mitteilte: „Danach ist die Regierung u. a. gehalten, ohne Befassung des Parlaments keine Verpflichtungen zur Stationierung von Kernwaffen einzugehen“. Lewalter berichtete weiter: „Eine eingehende Erörterung der Nuklearwaffenstationierung schnitt die Regierung mit der Erklärung ab, sie [...] beabsichtige, ihre Politik beizubehalten, keine Kernwaffen auf spa[nischem] Boden zu lagern oder zu dislozieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1442; Referat 203, Bd. 123292.

<sup>8</sup> Am 12. Juni 1985 wurde in Madrid der Vertrag über den EG-Beitritt Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 10–13.

den Gesichtspunkte aufmerksam machen. Benegas ist ein kühler Rechner mit erheblichem Einfluß auf den Ministerpräsidenten. Für dieses Gespräch kommen nur US-Botschafter Enders und ich in Frage, da der französische Botschafter<sup>9</sup> neu ist und kaum Spanisch spricht und GB das Gibraltar-Problem hat.

4.2) Außerdem könnte daran gedacht werden, italienischen MP Craxi zu bitten, MP González in Madrid die Bedenken der Verbündeten gegen die Abhaltung des Referendums nahezubringen. Craxi scheint als sozialistischer MP eines Mittelmeerstaates hierfür besonders geeignet. Allerdings sollte zunächst das Gespräch mit Benegas abgewartet werden. Voraussetzung für eine solche Bitte an Craxi wäre allerdings, daß absolute Vertraulichkeit gewährt werden und für den Besuch ein überzeugender anderer Anlaß gefunden werden kann.

4.3) Im übrigen sollten die Bemühungen fortgesetzt werden, in der spanischen Öffentlichkeit ein für die NATO günstiges Meinungsbild zu erzeugen.

5) Die Zeit drängt. Der Ministerpräsident hat für Oktober eine Debatte über spanische Sicherheitspolitik in Aussicht gestellt. Es ist also damit zu rechnen, daß er sich nach Rückkehr aus den Parlamentsferien ab September 1985 mit Fragestellung und Datum des Referendums beschäftigen und sich dadurch auch in der Öffentlichkeit immer mehr festlegen wird.

6) Unabhängig von der Frage, wie die vorstehenden Ausführungen beurteilt und welche Weisungen insoweit erteilt werden, möchte ich anregen, daß der Bundesminister bei seinem bevorstehenden Gespräch am 29. Juli 1985 in Helsinki mit dem spanischen AM Fernández Ordóñez die Auswirkungen eines negativ verlaufenen Referendums auf die sicherheitspolitische Stabilität in Europa und die Interessenlage der Bündnispartner darlegt.<sup>10</sup>

[gez.] Brunner

**VS-Bd. 12972 (203)**

<sup>9</sup> Francis Gutmann.

<sup>10</sup> Ministerialdirigent Schauer teilte der Botschaft in Madrid am 7. August 1985 mit: „Wir halten uns daran, daß es die feste Absicht der Madrider Regierung ist, Spanien im Westen zu verankern und an der gemeinsamen Wahrnehmung der Verantwortung für die Sicherheit des Westens in der NATO teilzuhaben.“ Die Anregung, das geplante Referendum über die spanische NATO-Mitgliedschaft in der Vierergruppe zu erörtern, werde aufgegriffen werden: „Bis dahin sollten Initiativen, die als Einflußnahme des Bündnisses aufgefaßt werden können, zurückgestellt werden. Dies gilt auch für ein gemeinsames Gespräch mehrerer in Madrid akkreditierter Botschafter mit spanischen Politikern“. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Botschaft in dieser Sache im Rahmen der üblichen Kontakte „auch auf politischer Ebene exploratorisch“ wirke. Vgl. den Drahterlaß Nr. 168; VS-Bd. 11978 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

## 206

**Botschafter Jung, Budapest, an das Auswärtige Amt**

114-13503/85 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 716

Aufgabe: 25. Juli 1985, 16.00 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 25. Juli 1985, 19.14 Uhr

Betr.: Ungarisch-sowjetische Beziehungen

Zur Unterrichtung

1) Der international angesehene, uns wohlgewogene Erste Vizepräsident der ungarischen Nationalbank, János Fekete, der bei den Wahlen vom 8. Juni<sup>2</sup> – obwohl er es überhaupt nicht nötig hatte – im südungarischen Heimatort seiner Frau einen gegenüber anderen Ergebnissen überraschend hohen Wahlerfolg erzielte, sagte mir am 24.7.1985 bei einer gesellschaftlichen Veranstaltung im kleinen Kreis zu den ungarisch-sowjetischen Beziehungen folgendes:

Die Ungarn setzten auf Gorbatschow. Dieser habe folgendes Konzept:

a) Der Sozialismus vollziehe sich in drei Stufen. Die erste Stufe sei die Schaffung des Basissozialismus, es folge der entwickelte Sozialismus, erst dann könne man zum Kommunismus kommen (so in seiner Rede vom 10.12.1984<sup>3</sup> bei einer Ideologiekonferenz in Moskau<sup>4</sup>). Die SU stehe nach Gorbatschow jetzt erst am Beginn der zweiten Stufe, die auch bis zu 70 Jahren dauern könne. Die Stufe des Kommunismus liege daher noch in weiter Ferne.

b) Das bisherige Lenkungssystem der Wirtschaft habe in der SU niemals funktioniert. Die SU habe zwar große Leistungen vollbracht, insbesondere den Zweiten Weltkrieg gewonnen, aber mit der Wirtschaft habe sie keinen Erfolg gehabt.

c) Jedes Land im sozialistischen Lager müsse einen eigenen Versuch machen, zu einem wirksamen Lenkungssystem der Wirtschaft zu gelangen. Mit dieser Feststellung sei der ungarische Weg gebilligt.

Auf eine entsprechende Frage sagte F., die Versuche einer strafferen RGW-Integration<sup>5</sup> stellten für Ungarn aus den o. a. Gründen keine Gefahr dar. Die bisherigen Leistungen Ungarns auf wirtschaftlichem Gebiet seien Beweis für die Richtigkeit des eigenen Weges, der ja auch dem sozialistischen Lager zugute komme.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 26. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 8. Juni 1985 fanden Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung statt.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „14.12.1984“

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 10. Dezember 1984 auf der wissenschaftlich-praktischen Allunionskonferenz „Die Vervollkommenung des entwickelten Sozialismus und die ideologische Arbeit der Partei im Lichte der Beschlüsse des Juni-Plenums (1983) des ZK der KPdSU“ vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 83–120.

<sup>5</sup> Am 18. Juni 1985 berichtete Botschafter Kastl, Moskau, über einen „ungezeichneten Artikel mit Titel ‚Internationalismus in Aktion‘“ in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom 15. Juni 1985: „Er betont nachdrücklich Notwendigkeit, Integration im RGW beschleunigt zu intensivieren und begründet dies sowohl politisch wie ökonomisch. [...] Artikel trägt deutlich Handschrift des sowjetischen] GS Gorbatschow. Es zeigt sich immer deutlicher, daß neben Modernisierung und Umstrukturierung der eigenen Wirtschaft die Verstärkung der Integration innerhalb des RGW eines seiner vordringlichen Anliegen darstellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1858; Referat 213, Bd. 139342.

Die Stellung Gorbatschows sei trotz aller Anfangserfolge aber noch keineswegs gefestigt. Auch Chruschtschow habe seinerzeit eine neue Ära begonnen, sei aber schließlich gegen die Hardliner nicht durchgedrungen. Entscheidend sei, ob sich Gorbatschow beim 27. Parteitag, der bekanntlich am gleichen Tag 30 Jahre nach der Abrechnungsrede Chruschtschows mit dem Stalinismus<sup>6</sup>, dem 25.2.1986, beginne<sup>7</sup>, durchsetzen könne.

F. drückte sich abwertend über Romanow aus, dessen Weggang<sup>8</sup> man in Ungarn mit Befriedigung sehe, da er zu sehr links gestanden habe. Auf meine Frage, ob er wisse, von wem der Prawda-Artikel vom 21.6.1985 geschrieben sei, etwa von einem Herrn Oleg B. Rachmanin, meinte F., der Artikel stamme aus dem Lager der Anhänger von Romanow und sei nicht aktuell.<sup>9</sup> F. drückte sich auch negativ über die Leistung des hier jetzt scheidenden sowjetischen Botschafters V.N. Basowskij aus. Er sei trotz angenehmer Umgangsformen ein schlechter Botschafter gewesen, weil er die Probleme nicht verstanden habe. Auf meine Frage, ob man den Leiter für Propaganda im ZK der KPdSU als neuen Botschafter vorziehe, legte F. Wert auf die Feststellung, daß der designierte Botschafter Stukalin<sup>10</sup> Leiter der Abteilung für Kultur und Propaganda gewesen sei. Offenbar scheint ihm jeder andere Botschafter lieber zu sein als der bisherige.

Über die Wirtschaftslage Ungarns drückte sich F. wieder verhältnismäßig positiv aus (vgl. Bericht Nr. 870 vom 15.7. AZ. Pol. 300.75 betr. BM Warnke<sup>11</sup>).

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am Ende des XX. Parteitags der KPdSU vom 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau vgl. OST-PROBLEME 1956, S. 867–897.

<sup>7</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 statt.

<sup>8</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 1. Juli 1985, das ZK der KPdSU habe auf einer Plenarsitzung am selben Tag „Polit|B|üro|-Mitglied und ZK-Sekretär Romanow von seinen Pflichten entbunden. [...] Häufige Gerüchte über Skandale (Trunkenheit auf Auslandsreisen, Hochzeit der Tochter mit Zarenprozellan) zogen Romanow immer häufiger ins Zwielficht, denn sie widersprachen der von Gorbatschow eingeleiteten Ära der Nüchternheit und Reinheit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2016; Referat 421, Bd. 140475.

<sup>9</sup> Zu dem unter dem Pseudonym O. Wladimirow veröffentlichten Artikel vgl. Dok. 172, Anm. 17. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken legte am 30. Juli 1985 dar, daß der Artikel, falls er „nicht das Produkt kollektiver Arbeit“ sei, vermutlich vom Ersten Stellvertretenden Leiter der ZK-Abteilung für die Beziehungen zu den Kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern, Rachmanin, stamme, „der als besonders dogmatisch und konservativ“ gelte und bereits im Vorjahr unter einem Pseudonym einen Artikel verfaßt habe, „dessen antiker Dogmatismus stark dem Wladimirow-Artikel ähnelt“. In Ungarn sei der Artikel in der Öffentlichkeit „demonstrativ nicht zur Kenntnis genommen“ worden; allerdings müsse sich die ungarische Regierung getroffen fühlen, denn die „Warnungen vor einer Lockerung der Prinzipien sozialistischen Wirtschaftens sind in erster Linie ebenfalls an die Adresse Ungarns gerichtet, das seit 1968 im Rahmen des ‚Neuen Wirtschaftsmechanismus‘ weitreichende Wirtschaftsreformen (verbunden mit einer Verstärkung der Marktelemente und einer Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse) eingeleitet hatte“. Vgl. Referat 213, Bd. 139342.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „Studakin“.

<sup>11</sup> Mit Schriftbericht Nr. 870 vom 15. Juli 1985 übermittelte Botschafter Jung, Budapest, Aufzeichnungen über Gespräche des Bundesministers Schneider am 8. Juli 1985 mit dem ungarischen Minister für Bauwesen und Stadtentwicklung, Somogyi, bzw. des Bundesministers Zimmermann am 11. Juli 1985 mit dem Präsidenten des ungarischen Landesumweltschutzamtes, Ábrahám. Schneider und Zimmermann hielten sich im Rahmen eines Besuchs der CSU-Landesgruppe vom 8. bis 11. Juli 1985 in Ungarn auf. Vgl. Referat 214, Bd. 139465. Im Rahmen desselben Besuchs traf Bundesminister Warnke am 8. Juli 1985 mit dem Vizepräsidenten der ungarischen Nationalbank, Fekete, zusammen. Jung teilte am 12. Juli 1985 mit, Fekete habe hervorgehoben: „Ungarns Wirtschaftsreform habe sich bewährt, die Menschen in Ungarn seien inner-

Die Gefahr liege eher darin, daß Ungarn einen zu hohen Lebensstandard genießen wolle und nicht genug Produktion für Exporte zur Verfügung stelle.

2) Wertung: Fekete gehört nicht zum inneren Führungskreis. Dennoch wird sein Urteil als das eines erfahrenen Bankiers geschätzt, selbst wenn er einen optimistischen Unterton niemals verhehlen kann. Man muß davon ausgehen, daß die mir gemachten Mitteilungen in ihrer Tendenz Vertrauen genießen. Sie zeigen, daß Ungarn am eingeschlagenen Weg festhält.

[gez.] Jung

VS-Bd. 13446 (213)

## 207

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

222-370.45-1336/85 VS-vertraulich

26. Juli 1985<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> mit der Bitte um Zustimmung zu 2)

Betr.: Vorschläge der SPD/SED für eine C-Waffen-freie Zone in Europa<sup>3</sup>

1) Das Mitglied der Ständigen Vertretung der DDR, Böttger, hat ähnlich wie kürzlich gegenüber Herrn von Stechow (FDP-Fraktion) bei einem heutigen Ab-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1078*

halb der sozialistischen Länder am besten genährt, am besten gekleidet, sie könnten frei reisen und kämen alle wieder zurück, was eine wesentliche Voraussetzung für eine günstige Stimmung im Lande sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 665; Referat 214, Bd. 139465.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 26. Juli 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Einverstanden. 2) Aber es darf keinerlei Zweifel an kritischer Haltung der Bundesregierung zu Papier geweckt werden.“

Hat Botschafter Ruth am 29. Juli 1985 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Am 19. Juni 1985 legte eine am 14. März 1984 von SPD und SED gebildete Arbeitsgruppe den Rahmen für ein Abkommen zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa sowie Erläuterungen dazu vor. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann stellte am selben Tag fest, Kern der Vorschläge sei die „Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone entweder auf dem MBFR-Gebiet oder dem Gebiet der beiden deutschen Staaten und der ČSSR. Hauptverpflichtung der Staaten, ihr Territorium von CW zu befreien und frei zu halten und anschließend weder Produktion noch Erwerb, noch Stationierung zuzulassen. [...] Schaffung der von CW freien Zone in zwei Phasen (Befreiung und Freihalten der Zone). Nationale Kontrollen haben Vorrang vor internationalen. Sie müssen das Recht eines jeden Staates auf Sicherheit gewährleisten.“ Hartmann kam zu der Bewertung, daß die Vereinbarung nur eine Verlegung, aber keine Vernichtung von Chemiewaffen vorsehe, „damit nicht zu einer Minderung der in der Welt vorhandenen Bestände von CW“ führe und auch „keine Verpflichtung zur Vernichtung von CW-Produktionsstätten“ enthalte. In beiden Punkten bleibe sie damit hinter den Zielen der Genfer Abrüstungskonferenz zurück. Auch das „Problem von CW außerhalb Europas, das wegen des Einsatzes dieser Waffen im arabischen Raum und in Asien gegenwärtig vor allem im Vordergrund steht, bleibt weiter verlagert. Das gleiche gilt für das zunehmend besorgniserregende Proliferationsproblem.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162055.

Für den Wortlaut der Empfehlungen von SPD und SED vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 181–185.

schiedsbesuch bei D2A i. V.<sup>4</sup> erklärt, die DDR werde wegen des zwischen der SED und der SPD vereinbarten Vorschlags für eine C-Waffen-freie Zone die Bundesregierung binnen Kürze offiziell ansprechen, und ihm die Frage gestellt, wie sich die Bundesregierung äußern würde.

D2A i. V. hat unter Hinweis auf die verschiedenen Stellungnahmen der Bundesregierung (Bundeskanzler, StM Möllemann<sup>5</sup>, SRS Sudhoff<sup>6</sup>) unsere Ablehnung des Zonenkonzepts erläutert und erklärt, daß die Bundesregierung weiterhin ihre Anstrengungen auf die Genfer Verhandlungen über ein weltweites C-Waffen-Verbot<sup>7</sup> konzentrieren werde. Zugleich hat er es als interessant bezeichnet, daß die SPD-SED-Vereinbarung das Prinzip der Verifikation von Vor-Ort-Inspektionen im Verdachtsfall ausdrücklich anerkenne, wenn sie auch die Ausgestaltung entsprechender Einzelregelungen den Staaten überlasse. Nach seiner Auffassung könne es nützlich sein, darüber miteinander zu sprechen, wie die Anerkennung dieses Prinzips für die Genfer CW-Verhandlungen nutzbar gemacht werden könne. B. erwiderte, auch für die DDR stehe der Aspekt im Vordergrund, daß die SED-SPD-Vereinbarung zu Fortschritten für ein weltweites CW-Abkommen beitragen sollte; wenn dieses Ziel anderweitig erreicht werde, könne man die SPD-SED-Vereinbarung vergessen.

2) Ich schlage vor, daß wir den Leiter unserer CD-Delegation anweisen, im vorstehenden Sinne und nach vorheriger Unterrichtung unserer Partner in der Genfer westlichen Gruppe mit seinem DDR-Kollegen<sup>8</sup> ein Gespräch zu führen. Botschafter Wegener könnte dabei an die Gespräche anknüpfen, die er 1982<sup>9</sup> mit dem damaligen DDR-Botschafter aufgrund einer zwischen BM und AM Fischer getroffenen Absprache darüber geführt hat, wie die beiden deutschen Staaten miteinander in der Genfer Abrüstungskonferenz und bei Abrüstungsfragen der VN zusammenarbeiten könnten.<sup>10</sup> (Die Gespräche sind nach wenigen Run-

<sup>4</sup> Rüdiger Hartmann.

<sup>5</sup> Staatsminister Möllemann legte am 27. Juni 1985 im Bundestag dar, daß bei einer Verwirklichung der Vorschläge von SPD und SED Chemiewaffen weiterhin in den westlichen Gebieten der UdSSR stationiert werden könnten: „Infolge der Mobilität von C-Waffen bliebe die Bedrohung Westeuropas damit unverändert.“ Auch die Frage der Verifikation sei unzureichend gelöst. Insgesamt stellten die Vorschläge „keine sachgerechte Alternative“ zu den Bemühungen um ein weltweites und umfassendes Verbot von Chemiewaffen dar. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 133, S. 11131.

<sup>6</sup> Der Stellvertretende Regierungssprecher Sudhoff führte am 19. Juni 1985 in der Bundespressekonferenz aus, daß die Vorschläge von SED und SPD für ein Rahmenabkommen über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa „sehr sorgfältig“ geprüft würden. Neben der offen bleibenden Möglichkeit der Verlagerung der chemischen Waffen in an die vorgeschlagene Zone angrenzende Staaten sei auch „die Frage der Vernichtung von chemischen Waffen und der entsprechenden Produktionsstätten“ unerwähnt: „Insoweit bleibt der Vorschlag hinter dem Stand der Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen zurück, d. h. hinter unserer Linie eines weltweiten Verbots, also auch eines Verbannens aus Zonen außerhalb Europas.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4858 des Vortragenden Legationsrats Massmann vom 24. Juni 1985 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Referat 222, Bd. 162055.

<sup>7</sup> Zu den Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Abkommen zu einem Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 164.

<sup>8</sup> Harald Rose.

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „1983“.

<sup>10</sup> Mit Schreiben vom 4. Januar 1982 an Bundesminister Genscher stimmte der Außenminister der DDR, Fischer, dessen in einem Schreiben vom 10. Dezember 1981 übermittelten Vorschlag zu einem intensiveren Meinungsaustausch der beiden Delegationsleiter beim Abrüstungsausschuß in Genf zu. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 24.

Botschafter Wegener, Genf (CD), traf daraufhin am 8. Februar und erneut am 12. Februar 1982



den eingeschlafen, weil die DDR-Delegation trotz Erinnerungen nicht mehr dazu einlud.<sup>11)</sup> Er könnte sich außerdem darauf berufen, daß die DDR die SPD-SED-Vereinbarung offiziell als Konferenzdokument in die Abrüstungskonferenz eingeführt hat.<sup>12)</sup>

In diesem Gespräch sollte Botschafter Wegener die Haltung der Bundesregierung in gleicher Weise wie oben dargestellt zum Ausdruck bringen, d.h. keine Bereitschaft zu einer C-Waffen-freien Zone, aber Bereitschaft zu gemeinsamen Überlegungen, wie die Anerkennung des Prinzips der Verdachtskontrollen sur place für ein weltweites CW-Abkommen nutzbar gemacht werden kann. In diesem Zusammenhang sollte er einige relevante Fragen zur Haltung der DDR stellen, etwa

- welche Einwendungen ein Staat gegen eine geforderte Verdachtskontrolle geltend machen kann (derzeit geht der Osten vom Prinzip der Freiwilligkeit von Verdachtskontrollen aus),
- welche Fristen für die Durchführung der Verdachtskontrolle vorzusehen sind (Gefahr der Beseitigung von Beweismaterial).

Bei der im Herbst mit Sicherheit vorauszusehenden innenpolitischen Auseinandersetzung über das SPD-SED-Papier wird es für die Bundesregierung wahrscheinlich nützlich sein, wenn sie darauf verweisen kann, daß sie sich um eine Klärung offener Fragen und die Nutzbarmachung der Ergebnisse der Vereinbarung im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz bemüht hat. Möglicherweise wird die DDR auf die gestellten Fragen keine substantiellen Antworten geben; auch dies könnte dann öffentlich angeführt werden. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint es außerdem zweckmäßig, den Kontakt mit der DDR-Delegation so schnell wie möglich zu suchen und nicht abzuwarten, bis die DDR die angekündigte Initiative verwirklicht hat.<sup>13)</sup>

210 hat mitgezeichnet.

Ruth

#### VS-Bd. 11555 (222)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1080*

mit seinem Kollegen aus der DDR, Herder, zusammen, nahm aber aus den Gesprächen den Eindruck mit, daß „der Handlungsspielraum der DDR-Seite bei den Expertengesprächen in Genf praktisch gleich Null“ sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 259 vom 15. Februar 1982; Referat 210, Bd. 132652.

- 11 Botschafter Wegener, Genf (CD), teilte am 25. Januar 1983 mit: „Die innerdeutschen Gespräche über Abrüstungsfragen auf Arbeitsebene in Genf sind trotz mehrfacher Bekundungen anhaltenden beiderseitigen Interesses seit Ende April 1982 nicht mehr weitergeführt worden.“ Der Botschafter der DDR beim Abrüstungsausschuß in Genf, Herder, habe mehrfach eine neue Initiative angekündigt, zu der er Weisung erwarte; es sei jedoch kein Gespräch zustande gekommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 123; Referat 210, Bd. 132652.
- 12 Die Delegation der Bundesrepublik auf der Genfer Abrüstungskonferenz teilte am 27. Juni 1985 mit, daß der Leiter der Delegation der DDR, Rose, in der Plenarsitzung am 25. Juni 1985 „von dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen SED und SPD über eine chemiewaffenfreie Zone in Europa Mitteilung gemacht und das gemeinsame Projekt empfohlen“ habe. Den Text des von SED und SPD vorgeschlagenen Rahmenabkommens habe Rose bereits im Vorfeld allen Delegationen übermittelt. Vgl. den Schriftbericht Nr. 102; Referat 222, Bd. 162055.
- 13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann wies die Delegation bei der Genfer Abrüstungskonferenz am 31. Juli 1985 an, ein Gespräch mit dem Delegationsleiter der DDR, Rose, über das Rahmenabkommen von SED und SPD zu führen und die Frage zu erörtern, „wie beide Delegationen zusammenarbeiten könnten, um Fortschritte bei CW-Verbotsabkommen zu erreichen.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 222, Bd. 162055.  
Botschafter Ruth vermerkte am 6. August 1985, daß das vorgeschlagene Gespräch des Botschafters

## Aufzeichnung des Gesandten Arnot, Moskau

29. Juli 1985<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch mit VAM Kapiza am 26.7.1985 beim Empfang anlässlich des peruanischen Nationalfeiertags

K., dem ich seine Konsultation mit MD Pfeffer 1983<sup>2</sup> (an der ich teilgenommen hatte) in Erinnerung rief, sagte, er erinnere sich noch genau. Er, K., sei auch bei dem Gespräch in Wien (BM–AM Gromyko<sup>3</sup>) dabei gewesen. Unser Minister sei ein sehr flexibler Mann (dabei machte er mit vorgestreckter flacher Hand Schlangenlinien in die Luft). Ich erwiderte, unser Minister sei ein Mann prinzipieller Positionen und flexibel in der Methode. Dies schien mir eine nützliche Haltung für alle zu sein. K. stimmte dieser Formel zu unter Betonung des Prinzipiellen. Ich fuhr fort, unsere prinzipielle Haltung zu etwa den europäischen Angelegenheiten und zum Verhältnis zur SU sei unverändert. K. unterbrach mich mit der Behauptung, unser Land verliere an Gewicht. Die SU wende sich jetzt Frankreich zu. Ich fragte, was denn die SU an Frankreich finde. K. erwiderte, dort gäbe es keinen Revanchismus. Ich replizierte: Bei uns auch nicht. Daß die deutsche Frage offen sei, habe Willy Brandt der sowjetischen Seite bei Abschluß des Moskauer Vertrages gesagt.<sup>4</sup> Dies sei auch heute noch Auffassung der SPD. Wenn wir von offener Frage sprächen, müsse man Prinzip und operative Durchführung unterscheiden. Der Kanzler selbst habe erklärt, daß die Erreichung der Wiedervereinigung eine Aufgabe in historischer Dimension sei. Was wir jetzt anstreben, seien gute normale Beziehungen zur DDR wie zu unseren übrigen Nachbarn.<sup>5</sup> K. warf ein, wenn es mit dem Revanchismus so weitergehe, wür-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1081*

Wegener, Genf (CD), mit Rose am 2. August 1985 stattgefunden habe. Rose habe ausgeführt, daß er Weisung habe, über Fragen, „die sich im Zusammenhang mit der SPD-SED-Vereinbarung stellen, nicht in Diskussion mit uns einzutreten. Dieser Themenkomplex werde direkt in Berlin behandelt.“ Er werde die von Wegener gestellten Fragen jedoch weiterleiten, „mit einer Antwort könnten wir jedoch nur im Verkehr zwischen den beiden Hauptstädten rechnen“. Ruth stellte fest: „Mit den Ausführungen Botschafter Wegeners haben wir unsere Ablehnung von direkten Kontakten zwischen den beiden Regierungen über die SPD-SED-Vereinbarung unterstrichen, zugleich aber der DDR deutlich gemacht, in welchem Rahmen und mit welchem Ziel wir uns Gespräche mit ihr über die CW-Thematik vorstellen können.“ Vgl. Referat 222, Bd. 130103.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Gesandtem Arnot, Moskau, mit Schriftbericht Nr. 2159 vom 29. Juli 1985 übermittelt. Vgl. Referat 213, Bd. 139306.

<sup>2</sup> Zu den Gesprächen des Ministerialdirektors Pfeffer am 11./12. Mai 1983 im sowjetischen Außenministerium vgl. AAPD 1983, I, Dok. 141.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 16. Mai 1985 in Wien vgl. Dok. 127.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388. Für den Wortlaut des „Briefs zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags übergeben wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Erklärungen des Bundeskanzlers Kohl am 6. Februar und am 27. Februar 1985 im Bundestag; Dok. 54, Anm. 7, und Dok. 56, Anm. 6.

den sich unsere Beziehungen zur SU verschlechtern und als Folge auch unsere Beziehungen zur DDR. Er wiederholte: auch zur DDR. K. fragte, warum der Kanzler zu den Landsmannschaften gehe.<sup>6</sup> Ich wies darauf hin, daß es sich auch bei ihnen um Wähler handle und es in unseren politischen Systemen im Westen normal sei, allen Wählergruppen Aufmerksamkeit zu widmen. Ich fügte hinzu, man müsse sich an die Erklärungen der Bundesregierung, des Kanzlers und unseres Ministers sowie die Erklärungen des Bundespräsidenten halten. Dies seien die Politiker, auf die es ankäme. Gewiß gäbe es bei uns Stimmen, über die man nicht glücklich sein könne. Unser Minister habe dies auch öffentlich erklärt. Ich hätte den Eindruck, die SU übertreibe stark die Bedeutung der Stimmen, die sie beunruhigten. K. meinte, wir müßten aufpassen. Der Besuch Gorbatschows in Paris<sup>7</sup> würde zu einem Sprung im sowjetisch-französischen Verhältnis führen. Wir würden zurückfallen, obwohl die SU eigentlich gute Absichten uns gegenüber habe. Der beiderseitige Handel sei sehr stark. Der Austausch sei auch sonst sehr gut. Ich erwiderte, wir legten auf gute Beziehungen zur SU Wert, ohne die SU könne keine nützliche Zusammenarbeit in ganz Europa entwickelt werden. Bekanntlich hätten wir den Dialog mit der SU in einer Periode von sechs Jahren aufrechterhalten, in der dies andere nicht getan hätten. Außerdem seien wir in schwierigen Zeiten für die Fortsetzung des Handels mit der SU eingetreten (K. nickte, offensichtlich anerkennend). K. sagte, dennoch stationierten wir Raketen. Ich warf ein: als Antwort auf die SS-20. K. führte fort: Schmidt, der sich heute als Liberaler gäbe, habe daran großen Anteil. Die SU wolle mit den Raketen bis zum Niveau der Franzosen und Briten hinuntergehen. Warum seien wir damit nicht einverstanden? Ich entgegnete, wir hätten keine Raketen. Daher müßten uns die USA schützen. Frankreich und GB seien objektiv unfähig, diese Rolle für uns auszuüben. Im übrigen wollten sie diese Rolle auch nicht spielen. Eine leichte Wandlung sei in den Positionen der französischen Parteien festzustellen.<sup>8</sup> K. bemerkte, die französischen und britischen Raketen seien wohl doch nicht auf uns gerichtet. Ich sagte, nein, auf uns seien ausschließlich sowjetische Raketen gerichtet. Gewiß gäbe es bei uns Leute, die ein gewisses Verständnis dafür hätten, daß die sowjetische Seite an französische und britische Waffen denke. Dies sei jedoch ein äußerst kompliziertes Problem, zumal F eine Berücksichtigung seiner Waffen unter welcher Formel auch immer ablehne. Für unsere Sicherheit seien Raketen von F und GB ohne Bedeutung, mindestens so lange wie es keine europäische nukleare Streitmacht gäbe.

Arnot

**Referat 213, Bd. 139306**

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl hielt am 16. Juni 1985 eine Rede auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1985, S. 577–583.

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 2. bis 5. Oktober 1985.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die sicherheitspolitische Debatte in Frankreich; Dok. 202.

## 209

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer****201-363.30-1214/85 geheim****30. Juli 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
 Betr.: Abzug der atomaren Sprengmittel (Atomic Demolition Munition – ADM)

1) Die Nukleare Planungsgruppe (NPG) der NATO hatte auf ihrer 34. Minister-tagung Oktober 1983 in Montebello<sup>4</sup> die Verringerung des Nukleararsenals der Allianz in Europa um weitere 1400 Gefechtsköpfe in den folgenden fünf bis sechs Jahren beschlossen. Die Bemühungen der deutschen Seite in der Vorbereitung der Montebello-Entscheidung waren u. a. darauf gerichtet, den völligen Abzug der atomaren Sprengmittel (ADM) zu erreichen. Dies stand in Übereinstimmung mit der im Schreiben des Bundeskanzlers an BM Wörner vom 4.10.83 vorgegebenen Linie, für den vollständigen Abzug der ADM einzutreten und insgesamt den Schwerpunkt der nuklearen Teilhabe längerfristig auf Systeme größerer Reichweite zu verlagern.<sup>5</sup>

2) SACEUR, General Rogers, hat auf der 37. NPG-Tagung Ende März 1985 in Luxemburg<sup>6</sup> in Erfüllung des ihm in Montebello erteilten Auftrages einen Bericht über die künftige Zusammensetzung des Nukleararsenals in Europa sowie über Maßnahmen zur Durchführung der Montebello-Entscheidung vorgelegt. Darin hat er sich für den Abbau aller ADM bis spätestens 1988 ausgesprochen.

3) Das BMVg ist inzwischen (Mitte Juli) von SHAPE unterrichtet worden, daß ab 1. August 1985 alle ADM-Planungen und Operationen (Training, Inspektion etc.) eingestellt werden. ADM seien dann für Einsätze der NATO nicht mehr verfügbar. Der Abzug aller ADM solle so schnell wie möglich beginnen. Die notwendigen Maßnahmen für die US-Streitkräfte würden angeordnet. Die unterstützenden Nationen (an der Stationierung beteiligte Länder) werden gebeten, diese Maßnahmen in Zusammenarbeit mit USAREUR zu unterstützen.

4) Der Generalsekretär, Lord Carrington, hat SACEUR gebeten, keine Informationen über den Abzug der ADM an die Öffentlichkeit zu geben. Er habe sel-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und von Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 5. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfüge.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 5. August 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 6. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 30. Juli 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 3. August 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

<sup>5</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Oktober 1983 an Bundesminister Wörner vgl. VS-Bd. 12057 (201); B 150, Aktenkopien 1983. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 342.

<sup>6</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 82.

ber vor, bei der 38. NPG-Tagung am 29./30. Oktober 1985 in Brüssel<sup>7</sup> den vollzogenen Abbau aller ADM bekanntzugeben. Dabei wolle er den Zusammenhang mit der Montebello-Entscheidung unterstreichen.

5) NL hat demgegenüber auf das Recht der Regierungen zur Informationspolitik in eigener Verantwortung hinsichtlich solcher Maßnahmen hingewiesen, die das Potential auf eigenem Territorium betreffen. Dahinter steht die Überlegung, daß der Abzug der ADM durch die hierfür erbetenen nationalen Unterstützungsmaßnahmen bereits vor der NPG-Tagung der Öffentlichkeit bekannt werden könnte. Die NL-Position ist jedoch von anderen an der ADM-Stationierung beteiligten Ländern (B, D, I und insbesondere GB) abgelehnt worden. Die NL-Seite hat sich in der NPG-Stabsgruppe nunmehr dahingehend geäußert, darauf vorbereitet zu sein, Fragen zum ADM-Abzug nur insoweit zu beantworten, als sie auf die Ausbildung von NL-Soldaten bezogen seien.<sup>8</sup>

6) Die in der SHAPE-Mitteilung angesprochenen Maßnahmen sind notwendige Voraussetzung für den von SACEUR vorgeschlagenen Abbau aller ADM in Europa. Sie entsprechen unserem Interesse an einem vollständigen Abzug der ADM, der von BM Wörner nach der letzten NPG-Tagung in Luxemburg vor der Presse bereits angekündigt worden ist.<sup>9</sup> Die Bekanntgabe der tatsächlichen Durchführung des ADM-Abbaus durch den Generalsekretär der NATO bei der kommenden NPG-Tagung in Brüssel erscheint sinnvoll, um durch koordiniertes Vorgehen des Bündnisses eine möglichst öffentlichkeitswirksame Umsetzung der Montebello-Entscheidung zu erreichen.

i. V. Schauer

**VS-Bd. 12047 (201)**

<sup>7</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 29./30. Oktober 1985 vgl. Dok. 299.

<sup>8</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Schauer gestrichen: „Hiermit werde auch bezweckt, die laufende innenpolitische Diskussion um eine Reduzierung von Nuklearrollen der NL nicht zu präjudizieren.“

<sup>9</sup> Zu den Äußerungen des Bundesministers Wörner vom 26. März 1985 gegenüber der Presse zum geplanten Abzug der atomaren Sprengmittel vgl. den Artikel „Weinberger lädt offiziell zu Beteiligung an Forschungen über Weltraumwaffen ein“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. März 1985, S. 2.

## 210

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski in Helsinki

31. Juli 1985<sup>1</sup>

Teilnehmer auf polnischer Seite: AM Olszowski, Vize-AM Kucza, Vize-AM Kienast, Europadirektor Fekecz, polnischer Botschafter in Finnland<sup>2</sup>, Dolmetscher Kuzila;

auf deutscher Seite: BM, Botschafter Pfeffer, D2<sup>3</sup>, RL 010 i. V.<sup>4</sup>, RL 013 i. V.<sup>5</sup>, Dolmetscher Hamerlak-Hermesdorf.

1) Gespräch fand im Rahmen eines Mittagessens statt, zu dem polnischer AM in die Residenz des polnischen Botschafters eingeladen hatte.<sup>6</sup> Die Atmosphäre des Zusammentreffens war freundlich, von polnischer Seite werbend. Außenminister behandelten folgende Themen:

- Würdigung des KSZE-Treffens
- Treffen Reagan–Gorbatschow im November<sup>7</sup> im Zusammenhang der Ost-West-Beziehungen
- deutsch-polnisches Expertentreffen Umwelt
- deutsch-polnisches Forum Loccum
- 15. Jahrestag Warschauer Vertrag
- Botschaftsgrundstück
- polnische Ausreisepaxis
- Dregger-Besuch in Polen

2) Im einzelnen

AM *Olszowski* begrüßt BM als alten Bekannten. Bisherigen Verlauf des KSZE-Treffens beurteilt er positiv. Wichtigstes Ergebnis sei, daß alle Redner sich für

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen gefertigt und „mit der Bitte um Genehmigung“ Bundesminister Genscher vorgelegt.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 1. August 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. August 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 5. August 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Rücklauf von BM.“

Hat Braunmühl am 5. August 1985 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterheld vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner vorgelegen.

<sup>2</sup> Henryk Burczyk.

<sup>3</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>4</sup> Michael Jansen.

<sup>5</sup> Reinhard Bettzuege.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski hielten sich anlässlich des Treffens der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki auf. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

eine Fortsetzung des KSZE-Prozesses ausgesprochen hätten, unabhängig von den Analysen des bisherigen Ergebnisses. Die beiden Großmächte hätten sich ausgewogen geäußert. Die Rede des sowjetischen AM<sup>8</sup> sei gemäßigt gewesen. In der Rede des amerikanischen AM habe er positive Elemente gefunden. Erstaunt habe ihn der vorgetragene Katalog von Verstößen gegen die Menschenrechte.<sup>9</sup> Nicht daß er die aufgeführten Fälle für unwichtig halte, jeder sei für sich genommen wichtig. Er frage aber, ob diese Art des Vorgehens nicht die Beziehungen belasten könne, besonders im Hinblick auf das für Genf vorgesehene Gipfeltreffen. Es wäre schade, wenn das amerikanische Verhalten zu einer neuen Belastung würde.

Überhaupt seien die Erwartungen in bezug auf Genf sehr hoch und könnten kaum erfüllt werden. Er befürchte, daß Enttäuschungen vorprogrammiert seien.

*BM* meinte, man müsse den Stand der Menschenrechtsdiskussion in den USA in Rechnung stellen. Dort würden einzelne Namen ausführlich diskutiert.

Demgegenüber werde in der Bundesrepublik insbesondere im Hinblick auf Deutschstämmige immer wieder die Frage gestellt, ob und wie viele aus den Ländern des Warschauer Paktes ausreisen könnten. Im übrigen habe er nicht den Eindruck, daß bei dem Gespräch im letzten Jahr zwischen Präsident Reagan und AM Gromyko<sup>10</sup> ein Katalog von einzelnen Menschenrechtsfällen dort Hauptgesprächsthema gewesen sei. Wenn man sich dies in Erinnerung rufe, könne man sich vorstellen, wie das vorgesehene Gipfeltreffen ablaufe.

AM *Olszowski* unterstrich, daß es Aufgabe für Polen und die Bundesrepublik Deutschland sei, einen Beitrag zur Vorbereitung dieser Begegnung zu leisten. Er erwarte, daß es vorher zu einem Treffen im WP auf höchster Ebene komme.<sup>11</sup> Es wäre gut, wenn der Gipfel sich nicht auf kleine strittige Fragen konzentrieren, sondern sich auf die großen Fragen der Zusammenarbeit erstrecken würde. Die polnische Regierung sei bemüht, ein solches Vorgehen zu unterstützen.

*BM* äußerte sich zufrieden über die Tatsache, daß beide Mächte ihre Genfer Verhandlungsführer mit nach Helsinki gebracht hätten.<sup>12</sup> Auch die Auswahl des Ortes Genf für das Gipfeltreffen stelle eine Beziehung zu diesem wichtigen Thema her. Entscheidend sei die Substanz der Treffen, nachdem die beiden

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Juli 1985 beim Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Helsinki vgl. SOWJETUNION HEUTE 30 (1985), Heft 9, Beilage, S. V–VII.

<sup>9</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz wies am 30. Juli 1985 beim Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Helsinki auf Bevölkerungsgruppen und einzelne Personen hin, denen in der UdSSR und in Polen durch die Schlußakte verbriefte Rechte vorenthalten worden seien. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2103, S. 30–33.

<sup>10</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 26. und 28./29. September 1984 in New York und Washington Gespräche mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 259 und Dok. 265.

<sup>11</sup> Am 22./23. Oktober 1985 tagte in Sofia der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts.

<sup>12</sup> Am 31. Juli 1985 erläuterte der amerikanische Außenminister Shultz im Gespräch mit Bundesminister Genscher in Helsinki, die Anwesenheit des Leiters der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Rüstungskontrolle in Genf, Kampelman, „beruhe einmal darauf, daß er US-Delegationsleiter in Madrid gewesen sei, zum anderen sei auch Kwizinskij anwesend, dem gegenüber Kampelman nicht in einen Nachteil geraten dürfe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 287 des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z. Z. Helsinki, vom 2. August 1985; Referat 421, Bd. 140327.

Wiener Treffen zwischen Chruschtschow und Kennedy<sup>13</sup> sowie zwischen Breschnew und Carter<sup>14</sup> nicht besonders erfolgreich gewesen seien.

AM *Olszowski* stimmte zu. Natürlich werde das Treffen nicht alle Probleme lösen können, sondern bestenfalls ein Anfang sein.

BM wies auf die Gefahr einer Enttäuschung bei zu hohen Erwartungen hin. Er habe mit Bedacht in seiner Rede vom heutigen Tage<sup>15</sup> auf die Erklärung von 1972 zwischen der SU und den USA<sup>16</sup> hingewiesen. Er halte die Großmächte für gut beraten, zu prüfen, ob diese Erklärung noch Bestand habe und man sich in Zukunft an sie halten solle. Dies sei eine der entscheidenden Fragen und nicht das Auszählen von Raketen mit Handcomputern.

AM *Olszowski* wies auf die Bedeutung der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8.1.85<sup>17</sup> hin. Wichtig sei jetzt, daß es ein Follow-up des KSZE-Prozesses gebe. Gewisse Elemente seien schon erkennbar. Er denke an das Kulturforum Budapest<sup>18</sup> und das für Wien vereinbarte Folgetreffen.<sup>19</sup> Dann gebe es den Vorschlag von AM Dumas über ein Symposium zur Frage der Familienzusammenführung.<sup>20</sup> Allerdings fehle noch eine Veranstaltung konkreten Charakters betreffend Korb II<sup>21</sup>. Er, BM, und auch der österreichische AM Gratz hätten die Bedeutung des Korbes II erwähnt; allerdings fehle eine Konzeption zur Umsetzung dieser allgemeinen Vorstellungen, die noch konkretisiert werden müßten.

BM erwähnte, daß auf deutschen Vorschlag hin im Kommuniqué der NATO-Frühjahrstagung der AM<sup>22</sup> die Bereitschaft zu breiter Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht worden sei. Grundlage hierfür sei die Überlegung, daß mit mehr Zusammenarbeit auch mehr politische Vertrauensbildung geschaffen wer-

<sup>13</sup> Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow trafen am 3./4. Juni 1961 in Wien zusammen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, V, S. 172–197 und S. 206–230. Vgl. ferner CHRUSCHTSCHOWS WESTPOLITIK, S. 189–251. Vgl. außerdem WIENER GIPFEL 1961, S. 880–991.

<sup>14</sup> Präsident Carter führte vom 15. bis 18. Juni 1979 Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien. Vgl. dazu FRUS 1977–1980, VI, S. 579–628. Vgl. dazu auch AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 31. Juli 1985 beim Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten in Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>18</sup> Das KSZE-Kulturforum in Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt.

<sup>19</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986.

<sup>20</sup> Am 30. Juli 1985 schlug der französische Außenminister Dumas auf dem Treffen der Außenminister der Teilnehmerstaaten der KSZE-Schlußakte in Helsinki eine Konferenz über Familienzusammenführung vor. Außerdem sprach er sich dafür aus, daß auf der Wiener KSZE-Folgekonferenz, die am 4. November 1986 beginnen sollte, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 festgehaltene Recht auf Freizügigkeit bestätigt werden sollte. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1985 (Juli/August), S. 40–42.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 145–147. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 389–391.



de. Durch die Zusammenarbeit habe sich bereits etwas entwickelt. Beide Seiten könnten zwar in gewissen Bereichen im Inneren ihrer Länder alleine vorgehen; beispielsweise sei aber auch im Umweltschutz deutlich, daß man aufeinander angewiesen sei. Auch die Entwicklung der Informationstechnologien werde die Dinge verändern. Er denke hierbei an die Arbeitsprozesse, die die Notwendigkeit zu einem Informationsaustausch und den Zwang zur Dezentralisierung mit sich bringen würden. Wer an diesen modernen Entwicklungen nicht teilnehme, an dem gehe alles vorbei. Das Bewußtsein für die weltwirtschaftliche Interdependenz bei uns wachse. Er habe gelernt, daß die westlichen und östlichen Industriestaaten sowie die Staaten der Dritten Welt sich nicht mehr ohne Rücksichtnahme aufeinander entwickeln könnten. Dies habe er gemeint, als er in seiner heutigen Rede ausgeführt habe, daß wir keine technologische Spaltung Europas wollten. Was wir wollten, sei eine Zusammenarbeit, die sich gegenseitig ergänze.

AM *Olszowski* warf die Frage nach einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz auf, die sich auch Themen des Umweltschutzes widmen könne. Vielleicht könne sich eine solche Konferenz auf spezifische Fragen, z.B. der Reinhaltung der Luft, beschränken.

BM sicherte Unterstützung in Fragen des Umweltschutzes zu. Themen wie Reinhaltung der Luft und des Wassers seien grenzüberschreitende Probleme und deshalb von besonderer Bedeutung.

AM *Olszowski* schlug vor, daß sich Experten beider Seiten über diesen Komplex einmal unterhalten sollten. Vielleicht könne hieraus einmal eine gemeinsame Initiative entstehen.

BM wies auf die Zuständigkeit des BMI in Fragen des Umweltschutzes hin und sagte zu, die Frage zu Hause genauer zu prüfen.

Unter Hinweis auf schöne Lage der polnischen Residenz in Helsinki bittet BM, polnische Aufmerksamkeit auf die wichtige Frage der Grundstückszuweisung für deutsche Botschaft in Warschau<sup>23</sup> zu lenken. Frage sei akut und müsse bald gelöst werden.

AM *Olszowski* erläuterte Schwierigkeiten, mit der Stadtverwaltung von Warschau eine Lösung zu finden. Er habe in dieser Sache an den Premierminister geschrieben. Vielleicht sei dies ein Weg, um Schwierigkeiten zu überwinden. Man habe ein gutes Grundstück in der Stadtmitte gefunden. Allerdings müsse hier zunächst der Abriß eines alten Hauses erfolgen.

BM meinte, daß dies wohl sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde; außerdem wolle er nicht, daß die Familien, die das noch bestehende Haus bewohnten, aufgrund des deutschen Petitums hinausgesetzt würden.

<sup>23</sup> In einer Verbalnote an die polnische Botschaft legte das Auswärtige Amt am 18. April 1985 dar, daß die Bundesregierung seit mehreren Jahren „zwei wertvolle, besonders günstig gelegene Grundstücke für einen Neubau der Botschaft der Volksrepublik Polen in Bonn“ bereithalte in der „Erwartung, daß die immer schwieriger werdende Unterbringungssituation der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau durch eine Vereinbarung [...] über die gegenseitige kostenfreie Überlassung von Botschaftsgrundstücken beseitigt werden könnte“. Falls es der polnischen Seite nicht möglich sein sollte, bis zum 30. September 1985 ein für den Neubau der Kanzlei und der Botschaftsresidenz der Bundesrepublik in Warschau geeignetes Grundstück zur Verfügung zu stellen, könne das Grundstück für die polnische Botschaft mit Blick „auf den erheblichen Bedarf an repräsentativen Grundstücken im Raume Bonn“ nicht länger reserviert werden. Vgl. Referat 214, Bd. 139719.

AM *Olszowski* machte sich hierüber keine Sorge. Familien freuten sich, dann bessere Wohnungen zu bekommen. Andere Grundstücke seien sehr viel weiter vom Stadtzentrum entfernt und kämen kaum in Betracht. Diese Frage müsse bald gelöst werden. BM könne versichert sein, daß er sich dieser Sache annehme.<sup>24</sup>

AM *Olszowski* fragte nach Themen für das deutsch-polnische Forum im November in Krakau.<sup>25</sup>

BM verwies zunächst auf das geplante Symposium in Loccum Ende September.<sup>26</sup> Er höre, daß Czyrek, der dort zum deutsch-polnischen Verhältnis habe sprechen wollen, jetzt Terminprobleme wegen einer frühen Abreise nach New York habe. Ihm gehe es genauso.

AM *Olszowski* bestätigte, daß MP Jaruzelski im September an der GV der VN<sup>27</sup> zusammen mit Czyrek und ihm selbst teilnehmen werde. In der Tat könne Czyrek dann nicht nach Loccum kommen. Man denke daran, Rakowski zu entsenden. Dies sei aber noch nicht endgültig entschieden. Es sei dabei auch in Betracht zu ziehen, ob BM selbst an Loccum teilnehme.<sup>28</sup>

Ein weiterer Anlaß zu einem Zusammentreffen mit BM sei das deutsch-polnische Forum in Krakau. Vielleicht könne BM persönlich dieses Forum eröffnen.

BM erwiderte, daß es in der Terminfrage noch Unsicherheiten wegen des europäischen Terminkalenders gebe. Die Außenminister seien beim Europäischen Rat in Mailand<sup>29</sup> beauftragt worden, den Europäischen Rat in Luxemburg im Dezember<sup>30</sup> vorzubereiten. Am 9.9. werde im Rahmen eines EPZ-Treffens<sup>31</sup> ein Arbeitsplan aufgestellt, der intensive Arbeiten für die Zeit von Oktober bis

<sup>24</sup> Am 27. August 1985 berichtete Gesandter Graf von Brühl, Warschau, der Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Nowakowski, habe ihn darüber informiert, daß die Stadtverwaltung in Warschau nunmehr erneut das bereits früher angebotene Grundstück an der Kreuzung der Straßen Piękna und Krucza in Aussicht gestellt habe und offenbar auch „die Räumung der Gebäude auf diesem Grundstück“ plane. Brühl bat um Weisung für ein von Nowakowski erbetenes Gespräch mit Botschafter Pfeffer, Warschau, am 3. oder 4. September 1985 und führte aus: „Offensichtlich steht AM *Olszowski* hinter einem erneuten Angebot Piękna/Krucza. Da wir zudem das Angebot schon einmal angenommen haben, können wir es nicht ablehnen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: a) die früher angebotene Grundstücksgröße wird beibehalten; b) ein fester Termin für die Räumung des gesamten Grundstücks wird genannt; c) es wird auch ein Angebot für die Botschafterresidenz gemacht.“ Jedoch solle bei einer eventuellen Annahme des Angebots deutlich gemacht werden, „daß wir, wie von *Olszowski* schon zugesichert, davon ausgehen, daß soziale Härten für die jetzigen Bewohner der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude vermieden werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1304; Referat 214, Bd. 139719.

<sup>25</sup> Das IV. Deutsch-Polnische Forum fand vom 21. bis 24. November 1985 in Krakau statt.

<sup>26</sup> In der Evangelischen Akademie Loccum fand vom 20. bis 22. September 1985 eine Festveranstaltung anläßlich des 20. Jahrestags der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ statt.

<sup>27</sup> Die VN-Generalversammlung wurde am 17. September 1985 eröffnet.

<sup>28</sup> Bundesminister Genscher traf am 20. September 1985 am Rande der Festveranstaltung der Evangelischen Akademie Loccum mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski zusammen. Vgl. dazu Dok. 253.

<sup>29</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>30</sup> Die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

<sup>31</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. September 1985 vgl. Dok. 245.

Ende November vorsehe. Deshalb sei vor Anfang Oktober eine Terminfestlegung nicht möglich. Vielleicht könne er etwas später im Jahr kommen. Er halte es nicht für gut, in eine Lage zu geraten, in der er Polen absagen müsse oder wichtige EG-Termine verfehle. Krakau sei in der Tat ein guter Anlaß. Er werde wie gesagt im Oktober in der Lage sein, sich zur Terminfrage zu äußern.

AM *Olszowski* antwortete: Das ist gut.

BM fragte, ob polnische Seite Vorstellungen für die Begehung des 15. Jahrestages des Warschauer Vertrags<sup>32</sup> entwickelt habe. Frage sollte tunlichst nicht der Presse überlassen werden.

AM *Olszowski* meinte, der 15. Jahrestag solle sehr feierlich begangen werden. Er denke an den Austausch von Telegrammen bzw. Briefen zwischen den Regierungschefs und den Außenministern, an Empfänge in beiden Hauptstädten, an Konzerte in Bonn und Warschau, auch an wissenschaftliche Veranstaltungen. Konkretes sei aber noch nicht entschieden worden.

BM schlug vor, daß Botschafter Pfeffer Anfang September im polnischen Außenministerium hierüber Konkretes besprechen sollte. Die genannten Überlegungen entsprächen den Ideen, die auch bei uns in Frage kämen.<sup>33</sup>

AM *Olszowski* warf ein, er höre, daß aus diesem Anlaß der Bundespräsident nach Polen kommen solle.<sup>34</sup> Er wisse, daß das ZK Altbundeskanzler Brandt eingeladen habe.<sup>35</sup> Es wäre gut, wenn auch der damalige Mitunterzeichner, Altbundespräsident Scheel, eingeladen werde. Auf polnischer Seite stünden die damaligen Unterzeichner Cyrankiewicz und Jędrzychowski zur Verfügung. Sie

<sup>32</sup> Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen wurde am 7. Dezember 1970 in Warschau unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt legte am 28. Juni 1985 dar, der 15. Jahrestag biete die Möglichkeit, „nach den Belastungen des deutsch-polnischen Verhältnisses durch die polnische Revanchismus-Kampagne und Grenzdiskussionen bei uns die in der ersten Jahreshälfte gelungene Stabilisierung des Verhältnisses zu bekräftigen und erneut den Warschauer Vertrag als eine der Grundlagen unserer Friedenspolitik öffentlichkeitswirksam herauszustellen“. Vgl. Referat 214, Bd. 133042.

<sup>33</sup> Staatssekretär Meyer-Landrut wies Botschafter Pfeffer, Warschau, am 27. August 1985 an, „im polnischen Außenministerium Gespräche über gemeinsames Begehen des 15. Jahrestages des Warschauer Vertrages (7.12.) aufzunehmen“ und dabei den „Austausch von persönlichen Grußbotschaften [...] des Bundespräsidenten mit dem polnischen Staatsratsvorsitzenden Jabłoński, des Bundeskanzlers mit dem polnischen MP General Jaruzelski, des BM mit seinem polnischen Amtskollegen“ vorzuschlagen. Weitere Vorschläge waren die Ausstrahlung von Interviews „oder Grußwort des BM im polnischen und des polnischen AM im deutschen Fernsehen (und Hörfunk)“; Empfänge der Botschaften in Warschau und Köln und der Austausch von Journalistendelegationen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 647; Referat 214, Bd. 133042.

Pfeffer berichtete am 5. September 1985, er habe diese Vorschläge am selben Tag mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Kucza erörtert, der „auf persönlicher Basis“ Einverständnis mit den Vorschlägen erklärt und sich erfreut darüber geäußert habe, daß die Bundesregierung positiv auf den polnischen Vorschlag zu Gastkonzerten in Bonn und Warschau eingegangen sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1354; Referat 214, Bd. 133042.

<sup>34</sup> In einem Gespräch mit dem polnischen Gesandten Sędziwy am 13. August 1985 erwähnte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt „en passant, der von AM Olszowski während des Gesprächs mit BM wiedergegebene Eindruck, der Bundespräsident wolle möglicherweise im Zusammenhang mit dem Jahrestag nach Polen kommen, sei nicht zu bestätigen“. Vgl. den Vermerk des Vortragenden Legationsrats Weiß vom 16. August 1985; Referat 214, Bd. 133040.

<sup>35</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 6. bis 9. Dezember 1985 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 330.

seien jetzt Pensionäre, aber erreichbar, auch politisch erreichbar. Hier gebe es keine Probleme.

*BM* äußerte, er wolle hierüber mit Scheel sprechen.

*BM* sprach dann die Aussiedlerproblematik an. Er sei besorgt wegen des Rückgangs der Aussiedlerzahlen.<sup>36</sup> Gerade im Jubiläumsjahr des Warschauer Vertrages sei es wichtig, daß die Menschen Vertrauen faßten in die verabredete Politik, von der sie erwarteten, daß sich aus ihr positive Folgen ergäben. Er bitte deshalb, die Liste der Härtefälle, die er ihm übergebe<sup>37</sup>, diesen Erwartungen gemäß zu behandeln (RL i. V. 010 übergab dabei Mitarbeiter die Liste).

*AM Olszowski* sagte, er nehme die Liste entgegen. Es müsse aber überlegt werden, ob man zu einer allgemeineren Regelung kommen könne. Die Frage sei nicht leicht, sie wecke in Polen Emotionen. Nach der in Helsinki verabredeten deutsch-polnischen Vereinbarung<sup>38</sup> habe er große Mühe gehabt, die Dinge zu Hause durchzubekommen. Im Sejm sei er von einem Abgeordneten aus Opole kritisiert worden, der sich gegen die Ausreisen ausgesprochen habe. Er habe immer gesagt, es gebe eine große Zahl von Ausreiseanträgen. Wenn die Antragsteller es wollten, dürften sie nicht daran gehindert werden. Aber man müsse wissen, daß sich durch die Ausreisebegehren eine endlose Kette bilde. Jeder Ausreisefall führe zu neuen Fällen von Familientrennung. Diese Sachlage erfordere neue Überlegungen für eine neue Regelung. Die Frage beschäftige die polnische Regierung. Anlässlich des 15jährigen Bestehens des Warschauer Vertrages sei es angemessen, die Frage erneut zu prüfen.

Er halte einen deutlichen Impuls für gerechtfertigt. Regelungen wie damals (finanzielle Kompensationen) kämen wohl nie mehr in Frage.

*BM* weist auf die Bedeutung der Offenhalteklauseel im Ausreiseprotokoll<sup>39</sup> hin. Dies sei das Beste an der Regelung gewesen. Es zeige, daß beabsichtigt sei, daß sich die Dinge weiter entwickelten. Hierin liege eine Chance für die gegenseitigen Beziehungen.

*BM* sprach die Reise des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, nach Polen an.<sup>40</sup> Es sei ein schwerer politischer Fehler, wie polnische Führung Herrn Dregger behandelt und damit auch ihren eigenen Interessen geschadet habe. Dies müsse in aller Offenheit gesagt werden.

<sup>36</sup> Zum Rückgang der Ausreisezahlen aus Polen in die Bundesrepublik vgl. Dok. 56, Anm. 32.

<sup>37</sup> Mit Drahtbericht Nr. 1049 führte Botschafter Pfeffer, Warschau, eine Reihe von Härtefällen auf, die von Bundesminister Genscher im Gespräch mit dem polnischen Außenminister Olszowski am Rande des Außenministertreffens der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki benannt werden könnten. Für den Drahtbericht und die auf seiner Grundlage erstellte Härtefall-Liste vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1715.

<sup>38</sup> Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, trafen am 1./2. August 1975 am Rande der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki zusammen und vereinbarten neben einem Finanzkreditabkommen eine Abkommen über Renten- und Unfallversicherung sowie ein Ausreiseprotokoll. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

<sup>39</sup> Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau eine Reihe von Abkommen, darunter ein Ausreiseprotokoll. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1199. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 296.

<sup>40</sup> Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger hielt sich vom 18. bis 27. Juli 1985 in Polen auf. Zur Haltung der polnischen Regierung zu dem Besuch vgl. Dok. 161.

AM *Olszowski* antwortete hierauf: Das glaube ich nicht.

BM entgegnete, daß bei der Pflege der Kontakte man nicht sortieren oder ausgrenzen dürfe. Dies gelte insbesondere für eine Persönlichkeit in einer so wichtigen Position.

AM *Olszowski* warf ein, daß Dregger viel über Polen und sein System gesagt habe. Er und BM könnten über solche Dinge hinweggehen; andere täten es nicht.

BM erwiderte: Wenn er selbst mit bestimmten Auffassungen nicht einverstanden sei, versuche er, den, der diese Auffassung vertrete, zu überzeugen.

In der Bundesrepublik Deutschland werde jeder Gesprächspartner angemessen wahrgenommen. Auch die Reise von MdB Hornhues sei verschoben worden.<sup>41</sup> Dies sei nicht gut für die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Er halte es für gut, wenn Reise nachgeholt werde.

Abschließend meinte BM, man solle noch einmal über die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Deutschstämmigen in Polen nachdenken. Viele Ausreisefragen stellten sich dann anders. Dies könne Signalwirkung haben.

AM *Olszowski* meinte, solche Signale seien auf beiden Seiten notwendig. 15 Jahre Warschauer Vertrag seien ein guter Anlaß für solche Signale; d.h. für Erklärungen, aber auch für konkrete Schritte.

**Referat 214, Bd. 133042**

<sup>41</sup> Eine Delegation der CDU/CSU-Fraktion unter der Leitung des CDU-Abgeordneten Hornhues plante einen Besuch in Polen vom 4. bis 10. Juni 1985. Am 29. Mai 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner, der polnische Botschafter Olechowski habe am 24. Mai 1985 mitgeteilt, daß „das Besuchsvorhaben von Prof. Hornhues, MdB, wegen Terminhäufung verschoben werden müsse. Dies habe die polnische Botschaft am selben Nachmittag aus Warschau erfahren“. Ein neuer Termin sei noch nicht angeboten worden. Kaestner notierte außerdem, der polnische Gesandte Sędziwy habe dazu bemerkt, „im Gespräch mit seinem Botschafter habe Abgeordneter Prof. Hornhues nicht darauf bestanden, ‚mit dem, was Sie Opposition nennen‘, zusammenzutreffen, jedoch erklärt, er lasse sich nicht festlegen, irgendwelche polnischen Persönlichkeiten nicht zu sehen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133027.

## 211

**Botschafter Ruth an die Botschaft in Helsinki**

**220-370.00 SB-1363/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 5884 Plurez**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 31. Juli 1985, 16.17 Uhr<sup>1</sup>**

Helsinki für BM-Delegation<sup>2</sup>

Betr.: Genfer Verhandlungen;

hier: Unterrichtung über zweite Verhandlungsrunde<sup>3</sup> durch sowjetische Botschaft

Eine erste Bewertung des Papiers, das der sowjetische Gesandte Terechow MD Teltshik am 30.7.1985 übergeben hat<sup>4</sup>, ergibt folgendes:

1) Ebenso wie die sowjetischen Papiere, die Terechow nach den amerikanisch-sowjetischen AM-Gesprächen in Genf (7./8.1.1985)<sup>5</sup> und Semjonow nach Abschluß der ersten Verhandlungsrunde im BKA übergeben haben<sup>6</sup>, ist auch das jetzige Papier in stark polemischem Ton gehalten und enthält äußerst schwere Ausfälle gegen die Amerikaner. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie durch Obstruktion die Genfer Verhandlungen sabotierten und außerhalb der Verhandlungen die Menschen bewußt in die Irre führten. Das amerikanische Verhalten in bezug auf SDI wird als Betrug bezeichnet. Stärker noch als in den bisherigen sowjetischen Papieren wird SDI als die Hauptgefahrenquelle für die Welt unterstellt („die Welt wird an den Rand der Katastrophe gedrängt“).

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 31. Juli und erneut am 1. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann verfügte.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich des Treffens der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki auf. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>3</sup> Die zweite Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf fand vom 30. Mai bis 16. Juli 1985 statt. Vgl. dazu auch Dok. 199.

<sup>4</sup> Am 31. Juli 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel „eine von hiesiger sowjetischer Botschaft gefertigte ‚inoffizielle Übersetzung‘“ der Aufzeichnung, die der sowjetische Gesandte Terechow am Vortag im Bundeskanzleramt übergeben hatte. Darin wurde ausgeführt, die USA hätten „im Verlaufe der ganzen Verhandlungsrunde nach wie vor die Erarbeitung einer gegenseitig annehmbaren Vereinbarung sabotiert [...], sowohl beim Gesamtkomplex der zur Erörterung stehenden Fragen, als auch bei jeder der drei Verhandlungsrichtungen.“ Die Bundesregierung wurde darauf hingewiesen, daß sich in Genf „eine nicht normale, mehr noch, eine besorgniserregende Lage herausbildet. Die amerikanische Seite hält die Verhandlungen bewußt im Leerlauf.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 5901/5902; VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Zum Treffen des sowjetischen Außenministers Gromyko mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 7./8. Januar 1985 in Genf vgl. Dok. 7 und Dok. 8.  
 Zu der am 15. Januar 1985 vom sowjetischen Gesandten Terechow übergebenen Stellungnahme vgl. Dok. 18, Anm. 19.

<sup>6</sup> Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu Dok. 106.  
 Zu dem vom sowjetischen Botschafter Semjonow am 9. Mai 1985 im Bundeskanzleramt übergebenen Aufruf des ZK der KPdSU vgl. Dok. 118, Anm. 9.

## 2) Defensiv- und Weltraumwaffen

Das Terechow-Papier stellt die Weltraumthematik eindeutig in den Vordergrund. Eine Reduzierung nuklearer Offensivwaffen sei nur möglich, wenn „Weltraumangriffsrüstungen“ verboten würden. Weltraumwaffen stellten das gesamte System der Rüstungskontrollvereinbarungen in Frage und führten zu einem nicht mehr begrenzbaren Rüstungswettlauf. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Forderung nach einem generellen SDI-Forschungsverbot nicht mehr erhoben wird. Stattdessen wird den USA vorgeworfen, sie seien dabei, die Phase wissenschaftlicher Forschung zu beenden und zur „Schaffung“ von weltraumgestützten Abwehrsystemen überzugehen, was mit dem ABM-Vertrag unvereinbar sei.

Soweit wir wissen, haben die Sowjets noch in der letzten Runde auf Frage der Amerikaner erklärt, das russische Wort „sozdavanie“ (deutsch: Schaffung) sei im Englischen mit „creation“ wiederzugeben und bedeute Forschung und Entwicklung. Sie haben dabei dargelegt, ihre Forderung, beides zu verbieten, bleibe unverändert gültig.

Das Terechow-Papier könnte darauf hindeuten, daß die SU in der nächsten Verhandlungsrunde bereit sein könnte, ihre Position in dieser Frage zu lockern und jedenfalls Laborforschung für<sup>7</sup> zulässig und mit dem ABM-Vertrag vereinbar zu halten. Damit wäre aber noch keine Zustimmung zur amerikanischen, auf die ABM-Verhandlungsgeschichte gestützten Unterscheidung zwischen Forschung und Entwicklung verbunden, wonach das Verbot der Entwicklung an dem Punkt einsetzt, an dem die Felderprobung eines Modells oder Prototyps von ABM-Komponenten beginnt, der Test von Subkomponenten aber noch Teil der Forschung ist. Die SU wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch weiterhin alle Aktivitäten, die über Laborforschung hinausgehen, als unvereinbar mit dem ABM-Vertrag ansehen und darauf hinweisen, daß solche Aktivitäten auch verifizierbar seien.

Das amerikanische Angebot, die Übergangsphase hin zu einer Form der Abschreckung, die sich stärker als bisher auf defensive Elemente stützt, kooperativ vorzunehmen, wird offenbar noch nicht ernst genommen.

Im Gegensatz zu dem Papier, das am 9.5.1985 übergeben wurde, fehlt diesmal eine ausdrückliche Drohung an die Adresse der Verbündeten der USA, sollten sie sich am SDI-Forschungsprogramm beteiligen. Statt dessen wird ihnen vor Augen geführt, daß die USA mit der Einladung pflanzen, sich ihre „Ansprüche auf Weltherrschaft durch Leistung, Intellekt und Geld“ der Verbündeten bezahlen zu lassen und diese zu Beteiligten an der Blockierung des Rüstungskontrollprozesses machen zu wollen. Die Absicht, die Europäer zu veranlassen, sich an diesem als gefährlich bezeichneten Unternehmen nicht zu beteiligen, tritt dabei deutlich zutage.

## 3) Mittelstreckenwaffen

Im INF-Bereich ist die SU nach wie vor nicht bereit, einer Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen auf europäischem Boden zuzustimmen und ihre auf ein Monopol an landgestützten LRINF hinauslaufende Forderung auf-

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „als“.

zugeben. Zu diesem Zweck wird die volle Berücksichtigung der französischen und britischen Nuklearpotentiale herausgestellt. Gleichfalls für uns unannehmbar ist der europabezogene Lösungsansatz. Das Papier spricht ausdrücklich davon, daß der Abzug neuer amerikanischer Raketen aus Europa sowie drastische Reduzierung sowjetischer Raketen mittlerer Reichweite in der europäischen Zone auf britisches und französisches Niveau vereinbart werden sollten. Den europäischen Verbündeten der USA wird nahegelegt, sich die sowjetischen Vorschläge zu eigen zu machen und Druck auf die USA auszuüben („ein konstruktiver Beitrag der westeuropäischen Staaten selbst ist erforderlich“).

#### 4) Strategische Waffen

Bemerkenswert ist, wie das Papier den sowjetischen Reduzierungsvorschlag darstellt, den die SU in Genf eingebracht habe. Wie wir von den Amerikanern wissen, hat die SU keinen formellen Vorschlag unterbreitet, sondern war erst auf Insistieren Towers bereit, Grundzüge eines Reduzierungsmodells erkennen zu lassen, das folgende Elemente enthält:

- erhebliche Verringerung von Trägersystemen (auch über die in der Öffentlichkeit genannten 25 Prozent hinaus),
- Verringerung der Gesamtzahl von GK sowie für die drei Elemente der strategischen Triade gleichermaßen geltende prozentuale Beschränkungen ihres Anteils am Gesamtpotential von GK.

Auch das Terechow-Papier quantifiziert dieses Modell nicht. Es enthält das uns bekannte Detail:

- Auf jede der drei Komponenten der strategischen Trägersysteme (ICBM, SLBM, schwere Bomber) soll nicht mehr als ein bestimmter, vereinbarter Prozentsatz der Gesamtzahl an „Sprengladungen“ (GK und Bomben) entfallen,
- und fügt die für uns neue Spezifizierung hinzu, daß innerhalb einer vereinbarten Gesamtobergrenze der Trägersysteme jede Seite das Zahlungsverhältnis der drei Arten von Trägersystemen zueinander selbständig bestimmt.

Inwieweit die SU zu einer zahlenmäßigen Konkretisierung ihrer auch aus dem Terechow-Papier nur in Umrissen erkennbaren Vorstellungen bereit sein wird, bleibt abzuwarten. In der zweiten Verhandlungsrunde hatte sie eine Konkretisierung mit der Begründung abgelehnt, dies sei erst dann möglich, wenn die USA auf die Schaffung von weltraumgestützten Abwehrsystemen verzichteten.

Dies ist auch das *ceterum censeo* des jetzigen Papiers: Einerseits soll das START-Modell signalisieren, daß die SU tatsächlich zu Reduzierungen nuklearer Offensivwaffen bereit ist, es dazu aber solange nicht kommen kann, wie die USA an SDI festhalten.

Ruth<sup>8</sup>

**VS-Bd. 11279 (220)**

<sup>8</sup> Paraphse.



## 212

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt,  
z.Z. Helsinki, an das Auswärtige Amt**

**114-13589/85 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 4**

**Aufgabe: 31. Juli 1985, 14.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 31. Juli 1985, 16.48 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit dem rumänischen AM Andrei in Helsinki<sup>2</sup> am  
30.7.1985 um 18 Uhr

Als Anlage folgt Text meines von BM genehmigten Vermerks über sein Gespräch mit AM Andrei.

Ich bitte, Kopie dieses DB an 513 zu geben.

Diejenigen Teile, die sich nicht auf die Ausreisefrage beziehen, können VS-NfD unter Einbeziehung von Botschaft Bukarest verteilt werden.

[gez.] Oesterhelt

AM Andrei dankte dem Bundesminister einleitend für dessen Anwesenheit beim deutsch-rumänischen Symposium<sup>3</sup> und erkundigte sich dann nach den deutschen Vorstellungen bezüglich des Bundeskanzlerbesuchs.<sup>4</sup> Von rumänischer Seite aus würde ein Datum im November passen. Im Oktober sei der Präsident auf einer Asienreise.<sup>5</sup> Zurückkommend auf das Symposium meinte Andrei, dieses sei positiv zu bewerten. Leider seien allerdings noch keine konkreten Ergebnisse zu verzeichnen, insbesondere was Timișoara<sup>6</sup> anbetreffe. Er dankte dem Bundesminister, daß die Bundesrepublik Deutschland Rumänien geholfen

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 5. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher und der rumänische Außenminister Andrei hielten sich anlässlich des Treffens der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki auf. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>3</sup> Zum Symposium „Neue Aspekte der deutsch-rumänischen Unternehmenskooperation“ am 21. Mai 1985 vgl. Dok. 37, Anm. 5.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Edler von Braunmühl vermerkte am 26. April 1985, daß Bundeskanzler Kohl am 15. Oktober 1984 während des Besuchs des Präsidenten Ceaușescu in der Bundesrepublik von diesem nach Rumänien eingeladen worden sei und diese Einladung angenommen habe: „Die rumänische Seite hat in jüngster Zeit wiederholt darauf gedrängt, den für 1985 ‚in Aussicht gestellten‘ (AM Andrei) bzw. ‚versprochenen‘ (Direktor im rumänischen A[ußen]M[inisterium] Roșu) Besuch noch in diesem Jahr zu realisieren“. Braunmühl regte an, „mit Rücksicht auf die besondere Rolle Rumäniens im West-Ost-Verhältnis und die bekannten Empfindlichkeiten Ceaușescus, vor allem aber im Interesse der in Rumänien lebenden Deutschen“ zu versuchen, das Einverständnis des Bundeskanzlers mit einem Besuchstermin „noch 1985 oder in den ersten Monaten 1986“ herbeizuführen. Vgl. Referat 214, Bd. 133075.

<sup>5</sup> Präsident Ceaușescu besuchte vom 7. bis 12. Oktober 1985 die Volksrepublik China und im Anschluß daran die Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea).

<sup>6</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich einer Unternehmenskooperation bei industriellen Projekten in Temeschwar vgl. Dok. 37, Anm. 4.

Im Gespräch mit Staatssekretär Ruhfus am 19. März 1985 erläuterte der rumänische Botschafter Rambu: „Von rumänischer Seite sei das Projekt neu durchdacht, in den Dimensionen reduziert, insbesondere im Ablauf gestreckt worden. Man gehe nicht mehr von mehreren Milliarden DM Investitionsvolumen aus, sondern von 500–600 Mio. DM und von einer Realisierungszeit von vier bis fünf Jahren.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner vom 19. März 1985; Referat 214, Bd. 139558.

habe, einige Kontingenterweiterungen im Rahmen der EG zu erhalten. Er wolle jedoch nochmals den Wunsch anbringen, die Produktpalette noch zu erweitern. Er arbeite an einem Memorandum über das, worüber die beiden Minister in Bukarest übereingekommen seien.<sup>7</sup> Die Antwort, die die rumänische Seite von StS Ruhfus erhalten habe<sup>8</sup>, sei nicht sehr befriedigend. Man habe rumänischerseits mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, daß Bundestagspräsident Jenninger, der eine Einladung nach Rumänien angenommen hatte, nun doch nicht kommen könne. Vizepräsident Westphal sei herzlich willkommen.<sup>9</sup> Man erwarte aber, daß Jenninger seinen Besuch im nächsten Jahr nachhole. Was das Problem der Ausreisen anbelange, so kenne der Bundesminister ja die Situation. Der Dollarkurs habe sich, worauf Präsident Ceauşescu hingewiesen habe, verändert.<sup>10</sup> Er habe den Bundesminister in Bukarest so verstanden, daß auch er das darin liegende Problem sehe. Leider hätten die Bevollmächtigten<sup>11</sup>, als sie sich trafen, auf deutscher Seite kein Mandat gehabt, um über dieses Problem zu sprechen.

In den deutschen Medien habe sich auch nach dem Besuch des Bundesministers die „nicht gerade korrekte“ Haltung gegenüber Rumänien nicht geändert.

<sup>7</sup> Während des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 12. bis 14. Februar 1985 in Rumänien übergab Außenminister Andrei am 13. Februar 1985 ein Aide-mémoire zu den rumänischen Vorstellungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Kooperation. Für das Aide-mémoire vgl. Referat 421, Bd. 140293.

Am 11. April 1985 übergab der rumänische Botschafter Rambu Staatssekretär Meyer-Landrut eine weitere Aufzeichnung, in der diese Überlegungen präzisiert wurden. Ministerialdirektor Ungerer legte am 23. April 1985 dar, daß sich die Bundesrepublik konstruktiv „an den Gesprächen über Möglichkeiten eines Kooperationsabkommens zwischen EG und Rumänien“ beteilige. In anderen Punkten sei „ein Entgegenkommen schwierig“, so bei den von Rumänien gewünschten „Konsultationen vor Einleitung von Antidumpingverfahren“, die von der EG-Kommission grundsätzlich nicht durchgeführt würden, und bei der Ausfuhr von monokristallinem Silizium nach Rumänien. Diese sei genehmigungspflichtig und unterliege „aufgrund gemeinsamer COCOM-Exportkontrollpolitik der Abstimmung unter den westlichen Partnern“. Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt resümierte am 8. Mai 1985 ein Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem rumänischen Botschafter Rambu vom Vortag. Ruhfus habe eine Stellungnahme zu den rumänischen Aide-mémoires vom 13. Februar und 11. April 1985 abgegeben und die Bedeutung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen betont. Rambu habe sich positiv über „die günstige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen und deren positiven Einfluß auf die politischen Beziehungen als Brücke zwischen unterschiedlichen Systemen“ geäußert, aber deutlich gemacht: „Rumänien habe sich wirtschaftlich sehr weitgehend auf deutsche Firmen ausgerichtet. Es erwarte die deutsche Unterstützung der rumänischen Anliegen im Rahmen der EG, aber auch im COCOM (Silizium-Lieferungen).“ Zu den Silizium-Lieferungen „erhoffe er eine baldige positive Antwort“. Ruhfus habe dazu klargestellt, daß die Bundesregierung „in dieser Frage von der Haltung anderer abhängig“ sei. Vgl. Referat 421, Bd. 140293.

<sup>9</sup> Bundestagsvizepräsident Westphal hielt sich vom 26. bis 29. August 1985 in Rumänien auf und traf am 28. August 1985 in Snagov mit Präsident Ceauşescu zusammen. Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, teilte mit, Ceauşescu habe auf die zentrale Rolle der Bundesrepublik bei der Nachrüstung hingewiesen und auf die Frage nach der rumänischen Haltung zur Verlängerung des Warschauer Pakts geäußert, „an sich sei er nach wie vor für die Auflösung beider Bündnisse, die nie nötig gewesen seien und auch jetzt nicht nötig seien. Eine einseitige Auflösung des Warschauer Paktes sei jedoch ausgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 642; Referat 214, Bd. 133070. Vgl. ferner den von Westphal mit Schreiben vom 28. November 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kaestner übermittelten Bericht zu der Reise; Referat 214, Bd. 139545.

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu am 13. Februar 1985 in Bukarest; Dok. 37.

<sup>11</sup> Mit den Verhandlungen über eine Ausreise von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus Rumänien beauftragt waren der rumänische Handelsrat Andronic und Rechtsanwalt Hüsch als Vertreter des Bundesministeriums des Innern.

Das Fernsehen habe sogar einen rumänischen Priester gezeigt, der als Spion dargestellt worden sei. Der Journalist Meier, auf dessen Begleitung der Bundesminister Wert gelegt habe, fahre fort in seiner feindlichen Haltung gegenüber Rumänien.<sup>12</sup>

Schließlich gebe es das Problem mit dem Sohn eines sehr engen Freundes. Alexandru Bejan, der Sohn des rumänischen Ministerstaatssekretärs im Ministerium für technisch-materielle Versorgung, sei zuletzt in Hannover gesehen worden und dann verschwunden.<sup>13</sup> In Rumänien habe er seine Familie, Frau und drei Kinder, zurückgelassen.

Der Bundesminister erwiderte, ein Besuch des Bundeskanzlers komme für uns in der ersten Hälfte des Jahres 1986 in Frage. Man sollte die Frage prüfen, wie dieser Besuch gut vorbereitet werden könne. Er bemühe sich gegenwärtig um eine Terminierung des Besuchs von BMWi Bangemann.<sup>14</sup>

Die deutsche Seite würde es auch positiv werten und begrüßen, wenn AM Andrei noch vor dem Bundeskanzlerbesuch zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen könnte.<sup>15</sup> Damit wären dann sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Seite des Bundeskanzlerbesuchs gut vorbereitet.

Bundesminister führte ferner aus, auch wir bewerteten das Symposium in Bonn positiv. „Im Prinzip“. Wir glaubten allerdings, daß die rumänische Seite die Möglichkeiten, die das Symposium geboten habe, in der Folge nicht ausreichend genutzt habe. Deutsche Firmenvertreter hätten in wirklich sehr großer Zahl an dem Symposium teilgenommen. Sie hätten alle die Hoffnung geäußert, daß die Rahmenbedingungen für ein deutsches wirtschaftliches Engagement in Rumänien sich verbessern würden. Wirtschaftliches Engagement teile mit dem Wasser eine Qualität: Es suche sich immer den günstigsten Weg, das günstigste Bett. Je günstiger das Bett, d. h. die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, um so stärker fließe der Strom der Investitionen. Die deutsche Seite könne dieses

<sup>12</sup> Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, informierte im Vorfeld des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 12. bis 14. Februar 1985 in Rumänien, daß bislang „den meisten deutschen Medienvertretern Einreise problemlos gestattet“ worden sei. Ausnahmen seien die Journalisten Viktor Meier von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und Heiko Flottau von der „Süddeutschen Zeitung“. Der Botschaft sei dazu bereits vor einiger Zeit gesagt worden, „daß diesen Herren definitiv keine Einreise mehr genehmigt würde (Begründung: ständig abfällige und verfälschende Berichterstattung, auch über ‚höchste Werte‘)“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; Referat 214, Bd. 139537.

<sup>13</sup> Referat 214 legte am 18. Juli 1985 dar, Staatssekretär Meyer-Landrut sei Anfang Mai 1985 vom rumänischen Botschafter Rambu um Unterstützung im Falle „des rumänischen Ministersohns Alexandru Bejan gebeten worden, der im Anschluß an die Hannover-Messe Mitte April in der Bundesrepublik geblieben sei [...]. Das als ‚eilige, vertrauliche‘ Mitteilung AM Andreis an den BM bezeichnete rumänische Petition hatte konkret zum Inhalt, die Rückkehr Bejans nach Rumänien zu ermöglichen und – als ersten Schritt – einen Kontakt Bejans mit der rumänischen Botschaft zu vermitteln, damit diese ihm Rückkehrgarantien erläutern könne.“ Am 23. Mai 1985 habe Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus die rumänische Botschaft darüber unterrichtet, daß „Nachforschungen der Innenbehörden nach dem Aufenthaltsort Bejans [...] ergebnislos“ geblieben seien. Rambu, der mit dieser Auskunft nicht zufrieden gewesen sei, sei darauf hingewiesen worden, „daß die zuständigen Behörden auf Weisung des BM unverzüglich unterrichtet worden seien, den Aufenthaltsort aber bisher nicht hätten feststellen können. Mangels Ausreisekontrollen hätten die Behörden auch nicht ermitteln können, ob Bejan in der Zwischenzeit in ein anderes Land ausgereist sei.“ Vgl. VS-Bd. 13463 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Bundesminister Bangemann hielt sich am 20./21. November 1985 in Rumänien auf.

<sup>15</sup> Der Nachfolger des rumänischen Außenministers Andrei, Văduva, besuchte die Bundesrepublik am 17./18. April 1986. Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Văduva am 17. und 18. April 1986 vgl. AAPD 1986.

Bett nicht bauen. Was nötig war, hätten wir gemacht. Nötig waren ein Appell und die Erhöhung des Plafonds, beides sei geschehen.

Was die Verhandlungen der Beauftragten angehe, so sei die rumänische Seite daran zu erinnern, daß ihr Vertreter eine umfassende Vollmacht haben müsse, um auch über eine größere Zahl von Ausreisenden zu sprechen. Leider habe der rumänische Vertreter nur über größere Beträge sprechen wollen. Im übrigen sei auch der Hinweis auf den Dollarkurs inzwischen nicht mehr so relevant. Der Dollar sei bekanntlich gesunken. Er erinnere daran, was er Präsident Ceauşescu gesagt habe. Man solle nur auf die DM vertrauen. Dies sei eine stabile Währung. Er bitte also dringend darum, nochmals die Vollmacht des rumänischen Vertreters zu überprüfen.

In der Sache des Verschwindens des Alexandru Bejan könne die rumänische Seite sicher sein, daß deutscherseits mit allen Möglichkeiten, die zur Verfügung standen, versucht wurde, den Betreffenden zu finden. Das war aber leider nicht möglich. Dies hänge auch damit zusammen, daß es relativ einfach sei, die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen.

Natürlich würden unsere inneren Behörden jedem konkreten Hinweis, den die rumänische Seite noch geben könne, mit äußerster Gründlichkeit nachgehen.

AM Andrei erwiderte, was das Mandat für die Bevollmächtigten angehe, so könne er nur nochmals wiederholen, was Präsident Ceauşescu gesagt habe: Das veränderte Verhältnis von Dollar und DM müsse berücksichtigt werden.

Was die Investitionen anbelange, so sei es sicher gut, wenn ein vertieftes Gespräch mit BM Bangemann stattfinde. BM Bangemann müsse nicht nur mit seinen Kollegen und den Experten sprechen, sondern solle auch mit dem Präsidenten sprechen. Er frage sich, ob BM Bangemann sich nicht durch eine Delegation von Vertretern der deutschen Wirtschaft begleiten lassen könne.

Der Bundesminister antwortete hierauf, er persönlich finde im Prinzip diese Idee gut. Aber er müsse natürlich zunächst mit BM Bangemann sprechen. Auch könne man nicht über die Köpfe der deutschen Wirtschaftsvertreter hinweg derartige Zusagen machen. Auch wolle er sich zunächst mit seinen Beratern besprechen, wer für eine Begleitung von BM Bangemann in Frage komme. Hier komme es darauf an, repräsentative Vertreter zu finden. Er könne jedenfalls zusagen, daß er sich für diese Idee einsetzen werde. Es wäre sicher eine gute Sache, wenn Vertreter der deutschen Wirtschaft direkt mit Präsident Ceauşescu sprechen könnten.

AM Andrei sagte, daß als Termin vielleicht der Oktober in Frage kommen könnte. Dann finde in Rumänien die Internationale Messe statt.<sup>16</sup> Damit könne der Besuch möglicherweise verbunden werden.

Der Bundesminister sagte hierzu, wir würden diesen Hinweis in unsere Überlegungen einbeziehen.

AM Andrei kam dann noch kurz auf die internationale Lage zu sprechen. Rumänien sähe in dem sowjetischen Atomtestmoratorium<sup>17</sup> eine gute Sache. Es würde sehr begrüßen, wenn die USA darauf eingingen.

<sup>16</sup> Die Internationale Messe Bukarest 1985 „TIB 85“ fand vom 19. bis 27. Oktober 1985 statt.

<sup>17</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gab in einer am 30. Juli 1985 veröffentlichten

Der Bundesminister antwortete, wir hofften jedenfalls, daß die Zeit bis November<sup>18</sup> von beiden Seiten gut genutzt werde.

AM Andrei sagte, was Rumänien anbelange, so werde es jedenfalls in Richtung einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen handeln. „Wir werden nicht mit verschränkten Armen sitzen bleiben.“

Der Bundesminister übergab eine lange Liste mit Härtefällen, die AM Andrei mit der Bemerkung quittierte, dies sei ja ein ganzes Buch. Der Bundesminister verwandte sich nachdrücklich für eine wohlwollende Behandlung dieser Fälle.

**VS-Bd. 13463 (214)**

## 213

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt, z.Z. Helsinki, an das Auswärtige Amt

**114-13590/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 6**

**Aufgabe: 31. Juli 1985, 14.30 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 31. Juli 1985, 17.15 Uhr**

Betr.: Gespräch BM mit dem AM der DDR, Oskar Fischer, am 30. Juli 1985 um 8.00 Uhr im Rahmen eines Frühstücks, gegeben vom Botschafter der DDR in Helsinki<sup>2</sup> in dessen Residenz

Als Anlage folgt Text meines von BM genehmigten Vermerks über sein Gespräch mit AM Fischer:

[gez.] Oesterhelt

Folgt Anlage

AM Fischer eröffnete das Gespräch mit der Frage, was BM von dem Treffen in Helsinki<sup>3</sup> erwarte. Er habe gestern mit seinem finnischen Kollegen<sup>4</sup> gespro-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1100*

Erklärung bekannt, daß die UdSSR beschlossen habe, „ab 6. August dieses Jahres einseitig alle Kernexplosionen einzustellen. [...] Unser Moratorium gilt bis 1. Januar 1986. Es wird jedoch auch darüber hinaus in Kraft bleiben, wenn die USA ihrerseits auf Kernexplosionen verzichten werden.“  
Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 369 f.

<sup>18</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Berg am 1. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kastrup „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Weiterleitung an BMB-AL 2; Stockh[olm] KVAE citissime 1.8. 9.30 [Uhr].“ Außerdem vermerkte er handschriftlich: „ADN bezeichnete Gesprächsatmosphäre nur als ‚sachlich‘.“

Hat Kastrup am 5. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Stefan Doernberg.

<sup>3</sup> Bundesminister Genscher und der Außenminister der DDR, Fischer, hielten sich anlässlich des Treffens der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki auf. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>4</sup> Paavo Väyrynen.

chen. Es sei bedauerlich, daß es zu keinem abschließenden Dokument kommen werde. Die DDR hätte dem finnischen Vorschlag<sup>5</sup> zustimmen können. Bundesminister erwiderte, wichtig sei an dem Treffen, daß es stattfinde und dem KSZE-Prozeß neue Impulse gebe. Wichtig sei, was sich aus den Reden ergebe und welche Perspektiven diese Reden aufzeigten. AM Fischer meinte hierzu, er hoffe sehr, daß es keine Begegnung der Konfrontation werde. Er habe vernommen, daß der Bundesminister auf seine Kollegen eingewirkt habe, es nicht dazu kommen zu lassen. Wenn dies zutrefte, dann hätten sie beide das gleiche Ziel. Nur habe er vielleicht etwas weniger Mühe, seine Kollegen zu überzeugen. Er hoffe, daß das Treffen im Geist der Schlußakte<sup>6</sup> stattfinde. Er erwarte, daß man die Schlußakte bekräftige und ihre Weitergeltung bestätige. Die Dinge hätten sich seit 1975 natürlich verändert. Nicht nur zum Besseren. Mit großer Befriedigung habe er die gestrige Erklärung Gorbatschows<sup>7</sup> zur Kenntnis genommen. Die sozialistischen Staaten gingen in die Konferenz mit handfesten Beweisen ihres Entspannungswillens. Nach ihrer Auffassung müsse die Welt ermutigende Signale empfangen.

Bundesminister antwortete, es sei zum Teil sicher richtig, was man Fischer mitgeteilt habe. Wir suchten aber auch nicht, anderen Staaten unsere Meinung aufzudrängen. Das sei in diesem Fall auch nicht nötig. Unsere Grundphilosophie sei einfach. Fortschritte seien nur in der Zusammenarbeit möglich. Eine gleichgewichtige Fortentwicklung der Schlußakte in allen ihren Teilen sei nötig. Sie sei aus guten Gründen breit angelegt. Bisher habe man sie aber nicht in ihrer vollen Breite ausgeschöpft. Wir wünschten Zusammenarbeit in allen Bereichen.

Fischer warf an dieser Stelle ein: „Wir?“ „Bei Ihnen gibt es doch auch andere Töne.“ Ob man auf unserer Seite nicht versuchen könne, „Irritationen zu vermeiden“.

Bundesminister antwortete hierauf, verschiedene Töne gäbe es überall. Man solle sich doch an die Erklärung halten, die Bundeskanzler Kohl und Generalsekretär Honecker in Moskau am 12.3. vereinbart hätten.<sup>8</sup> Dies sei eine wichtige Erklärung. Sie enthalte Perspektiven nicht nur für das Verhältnis Bundesrepublik Deutschland–DDR, sondern für das West-Ost-Verhältnis insgesamt. Bedeutsam sei auch die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 8. Januar.<sup>9</sup> Dort habe man sich auf das Ziel festgelegt, den Rüstungswettlauf zu beenden. Wichtig sei auch der Zusammenhang zwischen den drei Bereichen. Alle drei Bereiche müßten in Genf vorankommen. Hier sei es ähnlich wie mit den drei Körben bei der KSZE-Schlußakte. Er, BM, sei ermutigt durch die Ankündigung

<sup>5</sup> Zum finnischen Vorschlag für ein Kommuniqué über das Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten zum zehnten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 193, Anm. 5.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>7</sup> Zur Ankündigung eines sowjetischen Moratoriums für Atomtests durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 12. März 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 230. Zum Gespräch in Moskau vgl. Dok. 75.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

des Treffens Reagan–Gorbatschow.<sup>10</sup> Er werde dies in seiner Rede erwähnen.<sup>11</sup> Mäßigung und Verzicht auf Überlegenheit entsprechend der Erklärung der beiden Weltmächte von 1972<sup>12</sup> seien nötig.

AM Fischer erwiderte, die Erklärung vom 8. Januar sei eindeutig. Auf eine „Militarisierung des Weltraums“ müsse man verzichten. Die DDR halte einen Erfolg in Genf immer noch für möglich. Wichtig sei, daß keine der beiden Seiten Überlegenheit anstrebe. Man könne sogar sagen: Keine Seite kann der anderen Seite Überlegenheit gestatten. Hier sei die zentrale Frage des Friedens in der Welt berührt. Bisher sei es gelungen, eine physische Konfrontation zu vermeiden. Er glaube, hier seien die beiden deutschen Staaten in besonderer Weise in der Pflicht. Als Nachbarn an der kritischen Grenze müßten beide Staaten besonders aufmerksam sein, was geschehe. Man müsse klar sehen: Mehr Waffen brächten nicht mehr Sicherheit. Die Bundesrepublik Deutschland habe die Pershing II stationiert. Der Warschauer Pakt habe nachgezogen.<sup>13</sup> Aber die Sicherheit habe nicht zugenommen.

Was die von BM erwähnte Erklärung von Moskau vom 12.3. anbelange, so habe in ihr die Grenzfrage eine außerordentliche Bedeutung. Dies auch für die Zukunft. Diese Erklärung müsse man unterstützen und ihr auch künftig Geltung bewahren.

Wichtig sei der Blick für das Machbare. Er sei zufrieden, daß die FDJ den Jugendaustausch wieder aufgenommen habe.<sup>14</sup> Dies sei eine gute Sache. Das werde aber bei uns vielleicht nicht ausreichend gewürdigt. Der Bundesminister kenne die Haltung der DDR. Es wäre gut, wenn er weiter für Verständnis wirken könne.

Bundesminister erwiderte, wie er schon gesagt habe, hielten auch wir die Erklärung von Moskau für sehr wichtig. Was die Grenzen anbelange, so habe sie nichts Neues geschaffen. Was sie besage, stehe in den Verträgen, die die DDR und die Bundesrepublik Deutschland geschlossen hätten, und es stehe auch in der Schlußakte. Unser Ziel sei es, die Grenzen allmählich zu überwinden. Dies ändere nichts daran, daß wir Grenzen respektierten. (Einwurf von AM Fischer: „Das ist gut.“) Für uns sei die Frage, wie gehe es weiter. In Genf komme es darauf an, in allen drei Bereichen Fortschritte zu erzielen. Was die allgemeine Entwicklung anbelange, so stelle uns der rapide technische Fortschritt mit Nachdruck vor die Frage: Zusammenarbeit oder Abgrenzung. Seine Überzeugung sei, daß wir an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter, dem „Informationszeitalter“ ständen. Es komme auf verstärkte Kommunikation an. Unsere Botschaft<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Am 3. Juli 1985 wurde bekanntgegeben, daß Präsident Reagan am 19./20. November 1985 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf zusammentreffen werde.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher beim Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>13</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR und der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>14</sup> Zur Wiederaufnahme des Jugendaustauschs zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 75, Anm. 18.

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Berg hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bereitschaft(?)“.

zum Austausch sei sehr groß. Wir wollten keine technologische Spaltung Europas. Allerdings sei auch ein Abbau der Bedrohungsvorstellungen dafür wichtig, d. h. bei Fortschritten in Genf sei eine engere Zusammenarbeit möglich. Wichtig sei auch, sich auf die kulturelle Identität Europas zurückzubedenken. Das Gefühl gemeinsamer Kultur halte die Völker Europas zusammen. Die Herabsetzung der kulturellen Leistungen anderer Völker sei häufig schon der Anfang eines schlimmen Endes gewesen. Das wisse man besonders in Deutschland gut. Kürzlich habe er in Athen der Proklamierung Athens zur kulturellen Hauptstadt Europas für dieses Jahr beigewohnt. Dies sei ein guter Anfang. Er frage sich, ob man diese Idee nicht auf Europa in West wie Ost ausweiten könne.<sup>16</sup> Darüber könne man in Budapest sprechen.<sup>17</sup> Hier könne etwas beigetragen werden zum Gefühl der Gemeinsamkeit in Europa.

Auch die Abrüstungskonsultationen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR<sup>18</sup> liefen nicht schlecht. In diesem Zusammenhang habe er eine Frage. Einerseits habe auch Gorbatschow die Rolle der kleineren und mittleren Staaten in Europa betont.<sup>19</sup> Andererseits sei kürzlich aus Moskau zu lesen gewesen, daß man die kleineren und mittleren Staaten nicht als Vermittler brauche.<sup>20</sup>

AM Fischer antwortete hierauf, er kenne das Zitat nicht. Jedenfalls hätten aus seiner Sicht alle Staaten in Europa eine Rolle zu spielen. Alle Staaten könnten einen Beitrag zu einem guten Klima leisten und für ein gutes Klima sorgen. Wichtig sei es festzuhalten an den Verhandlungszielen der Erklärung vom 8. Januar. Die DDR werde sich jedenfalls einem Beitrag zu einem Gelingen der Bemühungen um ein besseres Verhältnis zwischen Ost und West nicht entziehen. Beklagenswert sei, daß es auf Seite der Bundesrepublik Deutschland gelegent-

<sup>16</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der Erklärung Athens zur „Kulturhauptstadt Europas 1985“ vom 21. bis 23. Juni 1985 in Griechenland auf. Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, berichtete am 24. Juni 1985: „Mit offensichtlichem Interesse und ausdrücklicher Zustimmung, insbesondere seitens Papandreous, wurde BM-Gedanke aufgenommen, das durch die Athener Initiative der alljährlichen kulturellen Hauptstadt Europas unterstrichene Konzept nicht nur auf EG-Länder, auch nicht nur auf Europarats-MS zu beschränken, sondern eine Ausweitung auch auf osteuropäische Staaten anzuvisieren. Das könne sich als erhebliches Politikum erweisen und ost-westliches Zusammengehörigkeitsgefühl stärken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 465; Referat 206, Bd. 150963.

<sup>17</sup> In Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 das KSZE-Kulturforum statt.

<sup>18</sup> Über den „7 1/2stündigen Meinungsaustausch“ mit der DDR über Rüstungskontrolle am 24. Mai 1985 in Ost-Berlin berichtete Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, erörtert worden seien die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf, wobei der Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Krabatsch, „ohne Nachdruck die sowjetische Position des Vorranges für Weltraumfragen“ vertreten habe. Weitere Themen seien die KVAE, MBFR, die Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Verbot chemischer Waffen und die Abrüstungsdebatte in den Vereinten Nationen gewesen: „Das Gespräch verlief ohne jede Polemik und war durchweg sachorientiert.“ Hellbeck teilte weiter mit, er sei auch vom Stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, empfangen worden, der „ausführlich, aber in moderatem Ton“ die Sorge über das amerikanische SDI-Forschungsprogramm dargelegt und ausgeführt habe, „dem Frieden sei am besten mit einem Moratorium gedient, das sowohl Kernwaffen wie SDI-Forschungen erfassen müsse. Unser Engagement für SDI sehe man mit Sorge. Wenn sich die Bundesregierung an SDI beteilige, würden sich negative Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen nicht vermeiden lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 737 vom 24. Mai 1985; Referat 210, Bd. 132652.

<sup>19</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, im Interview mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ am 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>20</sup> Vgl. dazu den unter dem Pseudonym O. Wladimirow veröffentlichten Artikel vom 21. Juni 1985; Dok. 172, Anm. 17.



lich störende Töne gebe. Er denke an die Landsmannschaften. Das Motto des Schlesiertreffens sei geändert, aber nicht besser gemacht worden.<sup>21</sup>

Was seine Rede anbelange, so wolle er sich auf der Linie äußern, die Nachkriegsordnung in Europa habe im Jahre 1975 mit der Unterzeichnung der Schlußakte ihre Bestätigung erfahren. Hierin liege ihre Bedeutung. Wichtig sei es nunmehr, die Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu fördern.<sup>22</sup>

Bundesminister erwiderte, er sei sich mit AM Fischer sicher darin einig, daß die Schlußakte kein Friedensvertrag sei. (Einwurf AM Fischer: „Das müssen Sie sagen.“) Selbst wenn man sich auf den Standpunkt von Fischer hinsichtlich der Bedeutung der Schlußakte stelle, so bliebe es doch dabei, daß hier kein Friedensvertrag vorliege. Wichtig sei es, daß man nicht versuche, die Diskussion von gestern erneut zu führen. Man solle besser in die Zukunft schauen. Auch müsse man darauf achten, daß man sich nicht zu sehr auf einzelne Teile der Schlußakte fixiere, sondern sie in allen ihren Teilen und in ihrem Potential für die Zukunft wirklich erkenne und ausschöpfe.

Was die Landsmannschaften anbelange, so möchte er nur bemerken, daß man einen Fehler mache, wenn man Mißverständnisse in den Mittelpunkt rücke. Je mehr man ihnen Relief verleihe, desto mehr ermuntere man andere, in die Diskussion einzusteigen. Man solle doch bitte nicht den Willen der Bundesrepublik Deutschland unterschätzen, zu einer friedlichen Zukunft Europas beizutragen. Jeder, der guten Willens sei, müsse es übelnehmen, wenn sein guter Wille verkannt werde. Das treffe ebenso auch auf die Landsmannschaften zu.

AM Fischer fragte anschließend nach der Stellungnahme des Bundesministers zum Moratoriumsvorschlag Gorbatschows. Der Bundesminister antwortete hierauf, daß er diesen zur Kenntnis genommen habe. Wichtig sei eine drastische Reduzierung der Arsenale. Im übrigen sei über den Vorschlag bisher nur in Agenturberichten berichtet worden. Den Wortlaut kenne er noch nicht. AM Fischer meinte, die USA sollten sich diesen Vorschlag genau ansehen. Er gelte bis zum 1.1.86 und könne verlängert werden, wenn die USA mitzögen. Der Moratoriumsvorschlag beziehe sich auf alle Versuche. Dies sei der richtige Weg.

Bundesminister kam anschließend auf die Tamilenfrage<sup>23</sup> zu sprechen. Es wäre gut, wenn die Regelung, die die DDR getroffen habe, auf die Angehörigen anderer Staaten ausgedehnt werden könnte.<sup>24</sup> AM Fischer antwortete darauf, daß DDR bei ihren Prinzipien bleiben müsse. Als Bundesminister unter Bezug-

<sup>21</sup> Zur Diskussion um das Motto des Deutschlandtreffens der Schlesier vom 14. bis 16. Juni 1985 in Hannover vgl. Dok. 18, Anm. 14.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Rede des Außenministers der DDR, Fischer, am 1. August 1985 in Helsinki vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 2. August 1985, S. 3.

<sup>23</sup> Zum Problem der Einreise von Asylbewerbern nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld vgl. Dok. 148, Anm. 11.

<sup>24</sup> Zur Einführung der Visumpflicht am 15. Juli 1985 für Transitreisende aus Sri Lanka durch die DDR vgl. Dok. 176, Anm. 33.

Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, informierte am 15. Juli 1985 über ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR. Nier habe bestätigt, daß die Regelung, daß „keine Transitsvisen mehr ausgestellt werden ohne gültiges Visum für das Zielland, gegenwärtig nur für Staatsangehörige von Sri Lanka“ gelte: „Es gebe derzeit auch keine Überlegungen, diese Sperre auf Staatsangehörige anderer Länder auszuweiten. Die DDR halte an dem Prinzip des freien Transits fest, von dem es nur in besonderen Fällen Ausnahmen geben könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1046; Referat 210, Bd. 132704.

nahme auf die Gespräche von BM Schäuble<sup>25</sup> hierüber Kontaktbeschränkungen<sup>26</sup> ansprach und AM Fischer bat, dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken, da sie wesentlich für das Klima sei, meinte Fischer „gut“.

Bundesminister erwähnte das Gespräch Bräutigam–Honecker, das er mit besonderem Interesse gelesen habe.<sup>27</sup> AM Fischer meinte dazu, das Gespräch zeige den Weg, wie die DDR eine friedliche Entwicklung ins Auge fasse. Was die Implementierung der Schlußakte in Deutschland anbelange, so sagte Bundesminister, er denke daran, wie es im wirtschaftlichen Bereich die Meistbegünstigungsklausel gebe, so müsse es auch im politischen Bereich eine Art Meistbegünstigungsklausel geben. Die beiden deutschen Staaten sollten sich hinsichtlich<sup>28</sup> der Schlußakte von Helsinki gegenseitige Meistbegünstigung einräumen und sich jeweils den höchsten Standard zubilligen. Damit würden sie ein gutes Beispiel geben.

AM Fischer antwortete, da lasse sich gewiß noch viel tun, wenn man die Schlußakte als Ganzes nehme.

Bundesminister kam dann auf das Verhältnis EG/RGW zu sprechen. Er frage AM Fischer, was er sich von den jüngsten Initiativen des RGW<sup>29</sup> erwarte. AM Fischer antwortete, der RGW habe sein Angebot übergeben. Die Beauftragten beider Seiten sollten in Kontakt bleiben. Als BM nachfragte, ob man von seiten der DDR Einschränkungen der bilateralen Kontakte befürchte, antwortete Fischer: „Jetzt verstehe ich Sie. Nein.“ Das Gegenteil werde der Fall sein. Die DDR habe nicht die Absicht, ihre bilateralen Beziehungen einzuschränken. Der Handel entwickle sich gut. Nebenbei: Die DDR habe den Swing<sup>30</sup> nicht ausgeschöpft.

<sup>25</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Schäuble mit dem Ständigen Vertreter der DDR, Moldt, am 22. Januar 1985, und mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 18. April 1985 vgl. Dok. 60, Anm. 19, sowie Dok. 75, Anm. 12 und 19.

<sup>26</sup> Die Wörter „Tamilenfrage“ und „Kontaktbeschränkungen“ wurden von Vortragendem Legationsrat von Berg hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „510, Fein, wurde am 1.8. mündlich] unterrichtet.“

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen legte am 23. Juli 1985 zu den Kontaktbeschränkungen dar: „Viele Deutsche in der DDR werden von ihren Vorgesetzten am Arbeitsplatz oder von den Sicherheitsbehörden als ‚Geheimnisträger‘ eingestuft und müssen sich schriftlich verpflichten, bestehende private Kontakte zu Verwandten und Bekannten in nicht-kommunistische Staaten abzurechnen oder zumindest zu reduzieren und alles zu unterlassen, was zu neuen privaten Kontakten mit Bürgern dieser Staaten führen könnte.“ Diese Praxis sei in den vergangenen drei Jahren „immer mehr ausgeweitet und verschärft worden“. Die Bundesregierung habe die DDR wiederholt auf das Problem angesprochen: „Die Reaktion der DDR war stets negativ oder ausweichend (‚Innere Angelegenheit‘).“ In Anlagen wurden Beispiele zur Art der Verpflichtungen und zum betroffenen Personenkreis genannt: So hätten u. a. Personen im Rentenalter nicht in die Bundesrepublik reisen dürfen, weil ihre Enkel in der NVA dienten; „Köchinnen für Schulspeisungen durften in dringenden Familienangelegenheiten nicht nach dem Westen reisen, weil sie zum pädagogischen Personal gezählt wurden. Kantinenpersonal und Putzfrauen in Einrichtungen der Nationalen Volksarmee wurden als Geheimnisträger eingestuft“. Wer Kontaktverbote nicht akzeptiere oder umgehe, müsse mit erheblichen beruflichen Nachteilen rechnen. Vgl. Referat 210, Bd. 132647.

<sup>27</sup> Zum Gespräch des Staatssekretärs Bräutigam, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 29. Juni 1985 vgl. Dok. 176.

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „sollten sich diese hinsichtlich“.

<sup>29</sup> Zum Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, vom 14. Juni 1985 an EG-Kommissionspräsident Delors vgl. Dok. 161, Anm. 12.

<sup>30</sup> Zum „Swing“ vgl. Dok. 60, Anm. 13.

Eine Vereinbarung mit der DDR über eine neue Swing-Regelung und Erleichterungen im nichtkom-

Abschließend vereinbarten beide Minister, ihr Gespräch in New York fortzusetzen.<sup>31</sup>

VS-Bd. 13419 (210)

## 214

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Andreotti (Italien), Dumas (Frankreich) und Shultz (USA) in Helsinki**

**1. August 1985<sup>1</sup>**

NATO-Außenministertreffen in Helsinki am 1. August 1985 zum Meinungsaustausch über die bilateralen Gespräche mit dem sowjetischen AM Schewardnadse. Beim Frühstück in der Hotelsuite von AM Shultz berichteten dieser und anschließend Dumas und Andreotti über ihre bereits stattgefundenen Gespräche mit Schewardnadse. Danach beantwortete Shultz Fragen.

*Shultz* stellte eingangs fest, daß der Verlauf des Treffens in Helsinki<sup>2</sup> die Richtigkeit der NATO-Entscheidung bestätigt habe, der er selbst sich erst spät angeschlossen habe<sup>3</sup>, das Jubiläumstreffen auf Außenministerebene durchzuführen. Dies habe ihm die Chance gegeben, mit einer Reihe osteuropäischer Außenminister zu sprechen, die er sonst weniger sehe als andere. Außerdem sei es nützlich gewesen, den neuen sowjetischen AM<sup>4</sup> kennenzulernen.

Im Gespräch mit Schewardnadse sei der gesamte Themenkatalog von Rüstungskontrolle, Menschenrechten, Regionalfragen und bilateralen Fragen abgehandelt worden. Auf amerikanischer Seite habe man sich bemüht, in der Rede<sup>5</sup> und in Gesprächen sowie Kontakten am Rande zu unterstreichen, daß eine Verbesse-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1106*

merziellen Zahlungsverkehr wurde am 5. Juli 1985 geschlossen. Vgl. dazu INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1980–1986, S. 218 f.

<sup>31</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 25. September 1985 in New York vgl. Dok. 261.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 1. August 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 5. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz auf der NATO-Ministerrats-tagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon; Dok. 149.

<sup>4</sup> Am 2. Juli 1985 übernahm Eduard Schewardnadse das Amt des sowjetischen Außenministers. Vgl. dazu Dok. 178.

<sup>5</sup> Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 30. Juli 1985 in Helsinki vgl. Dok. 210, Anm. 9.

zung der Menschenrechtslage Einfluß auf die Verbesserung der Beziehungen habe.

In der Sache hätten die Ausführungen von Sch. nichts Neues ergeben, d. h. sie seien wohl als Botschaft der Kontinuität aufzufassen. Sch. habe persönlich einen ausgewogenen und selbstbewußten Eindruck gemacht. Er sei zwar neu in seiner Funktion, scheine sich aber schnell daran zu gewöhnen. Sch. habe seine Ausführungen aufgrund eines schriftlichen Textes vorbereitet. In der Diskussion habe er jedoch zugehört. Obwohl er Standardposition vorgetragen habe, bedeute dies nicht, daß sich ein solches Gespräch nicht lohne.

Ein großer Teil des Gesprächs sei der Vorbereitung des Treffens Reagan–Gorbatschow<sup>6</sup> gewidmet gewesen. Man habe ein Gefühl zu bekommen versucht, wo Fortschritte möglich seien und wo nicht. In den bilateralen Beziehungen gebe es eine Reihe von Dingen, die weitergebracht werden könnten. Ob man in den Fragen bezüglich Genfs<sup>7</sup> weiterkomme, sei problematisch. Nachdem man sich über die Fragen der Luftsicherheit im nordpazifischen Raum geeinigt habe, beabsichtige man, den Zivilluftverkehr mit der Sowjetunion wieder aufzunehmen, aber erst, wenn die Vereinbarung auch implementiert worden sei. Dies eröffne die Möglichkeit, in einer Reihe von Dingen weiterzukommen.<sup>8</sup>

Zur Thematik der Genfer Verhandlungen, über deren letzten Stand Kampelman bereits das Bündnis unterrichtet habe, habe jede Seite festgestellt, daß der Mangel an Fortschritten an der anderen Seite liege.

Auf amerikanischer Seite glaube man trotzdem, daß gewisse Fortschritte möglich seien. Man habe den Sowjets jedoch gesagt: Vorschläge zu einzelnen Aspekten in Briefen, etwa an die Union of Concerned Scientists<sup>9</sup>, in Äußerungen gegenüber Besuchern und in öffentlichen Erklärungen führten nicht weiter. Die SU solle in Genf gegenüber den amerikanischen Experten Vorschläge machen.

Man habe das Gefühl, auch nach der Rede von Sch.<sup>10</sup>, daß in Stockholm<sup>11</sup> eventuell Fortschritte möglich seien. Man bemühe sich, die Konferenz in die Formulierungsphase zu bringen.

Außerdem müsse man an dem Verbot chemischer Waffen arbeiten. Dies sei ein „sleeper“ im Rüstungskontrollbereich. Man habe festgestellt, daß nicht nur die

<sup>6</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>7</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>8</sup> Zur Suspendierung aller Flüge der sowjetischen Fluglinie Aeroflot in die USA vgl. Dok. 113, Anm. 20. Zu den amerikanisch-japanisch-sowjetischen Gesprächen über die Luftsicherheit im nordpazifischen Raum vgl. Dok. 149, Anm. 27.

Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 1. August 1985, bei den Verhandlungen sei sowohl über die Fragen der Luftsicherheit als auch über die Landrechte ein „preliminary agreement“ erzielt worden. Vgl. Drahtbericht Nr. 2357; Referat 204, Bd. 135306.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des am 6. Juli 1985 veröffentlichten Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an die amerikanische Union of Concerned Scientists vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 363–365.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Juli 1985 bei dem Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte in Helsinki vgl. SOWJET-UNION HEUTE 30 (1985), Heft 9, Beilage, S. V–VII.

<sup>11</sup> Die siebte Runde der KVAE fand vom 10. September bis 18. Oktober 1985 in Stockholm statt. Vgl. dazu Dok. 234 und Dok. 243.

Sowjets, sondern auch einige NATO-Mitglieder negativ auf die amerikanischen Verifikations-Vorschläge reagiert hätten.<sup>12</sup> Die Verifikation sei jedoch eine schwierige und wichtige Frage. Wenn einer der Partner dazu Vorschläge habe, dann solle er sie machen, aber in einer der Bedeutung der Sache angemessenen Weise. Öffentliche Erklärungen, daß die USA nicht für ein Verbot chemischer Waffen seien, hülften dagegen nicht weiter.

Die Sowjets schienen Interesse an MBFR zu haben.<sup>13</sup> Es bestehe auch ein Interesse der Allianz, daß hier etwas getan werden könne. Man werde sehen.

Regional-Fragen: Es gebe eine einfache Art, der SU die westliche Haltung hinsichtlich Afghanistans zu erläutern, wie es Botschafter Hartman in seinen Gesprächen tue und wie er dies jetzt getan habe: Drei Millionen Afghanen lebten jenseits der Grenzen ihres Landes. Das Kriterium für eine politische Lösung müsse die Schaffung einer Lage sein, in der diese Menschen nach Hause gehen, dort in Frieden leben und ihr Schicksal bestimmen könnten. Dies werde nicht der Fall sein, solange sowjetische Truppen in Afghanistan seien und bevor nicht Afghanistan seine eigene Regierung bestimmen könne. Man habe auch über Kambodscha und Zentralamerika gesprochen. Nicht dagegen über Südafrika. Die Kontakte über regionale Fragen würden jedoch fortgesetzt. Diese Kontakte dienten der Schadenskontrolle, nicht etwa einer Aufteilung der Welt zwischen USA und SU.

Zusammenfassend bezeichnete Shultz zwei Punkte als besonders wichtig:

- In erster Linie komme es darauf an, die Dinge so vorzubereiten, daß beim Gipfel ein nützlicher Meinungs austausch stattfinden könne.
- In zweiter Linie könne man Vereinbarungen vorbereiten, die dort unterzeichnet werden könnten. Darauf schienen die Sowjets Wert zu legen.

Er habe sein Treffen mit Sch. genutzt, um die Dinge zum Reifen zu bringen. Die USA wollten jedoch nicht in die Lage kommen, wegen des Gipfeltreffens Vereinbarungen schließen zu müssen, die so nicht getroffen werden sollten. Insgesamt sei es wichtig, durch die Gespräche ein Gefühl für die künftige Entwicklung zu bekommen, und dafür, was man im Hinblick hierauf tun könnte.

Das Schlüsselwort sei also „wait and see“. Man müsse berücksichtigen, daß Positionen existierten, die nicht mit den Personen wechselten. Trotzdem entwickelten sich die Dinge, und Änderungen seien möglich.

*Dumas* berichtete über sein Gespräch mit Sch.: Dieses habe zur Vorbereitung des Treffens Mitterrands mit Gorbatschow<sup>14</sup> gedient. Es seien in etwa die gleichen Themen besprochen worden, über die Shultz berichtet habe. Die Dinge hätten sich nicht wesentlich geändert. Schewardnadse habe Wert auf die Themen Abrüstung, Sicherheit in Europa und im Weltraum, mit besonderem Akzent auf

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des amerikanischen Vertragsentwurfs vom 18. April 1984 über ein Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 424–446. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

Zu den Gesprächen über diesen Entwurf vgl. Dok. 164, Anm. 12.

<sup>13</sup> Zur 36. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 23. Mai bis 11. Juli 1985 vgl. Dok. 195.

<sup>14</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf.

dem sowjetischen Moratoriumsvorschlag<sup>15</sup>, gelegt. Sch. habe von sich aus (freiwillig) das Menschenrechtsthema angesprochen. Er (Dumas) habe an seine beiden Vorschläge in seiner Rede erinnert.<sup>16</sup> Hier habe er eine Verhärtung des sowjetischen Tones bemerkt. Sch. habe die übliche sowjetische Argumentation der Nichteinmischung vorgebracht. Er habe sogar gedroht, in Paris eine Demarche mit einer Liste über französische Streikende zu machen. Er (Dumas) habe geantwortet, daß Frankreich bereit sei, auch dieses Thema zu besprechen. Sch. habe auch die Frage eines Schlußdokumentes des Jubiläums-Treffens in Helsinki angesprochen. Er (Dumas) habe dies mit viel Vorbehalt aufgenommen.

Der persönliche Eindruck von Sch. sei liebenswürdig; er könne zuhören und lächeln. In den wesentlichen Punkten habe sich jedoch keine substantielle Bewegung gezeigt. In der Präsentation und im Gesprächsstil sei die Entwicklung jedoch unverkennbar.

Man habe auch Regional-Probleme besprochen und sich hier die Positionen gegenseitig vorgetragen.

Abschließend fragte Dumas Shultz, ob dieser auch Nahost besprochen habe und ob sich dort ein Wandel der sowjetischen Haltung abgezeichnet habe. Er selbst habe das Gefühl, daß man auf sowjetischer Seite etwas bei den chemischen Waffen und bei der KVAE tun wolle.

*Shultz* antwortete: Nahost sei nicht angesprochen worden. Das Thema sei in den Regional-Kontakten<sup>17</sup> behandelt worden. Man werde es im Auge behalten.

*Andreotti* berichtete: Sch. habe seine Befriedigung über das dreistündige Gespräch mit Shultz ausgedrückt. Er habe sich kritisch geäußert zu der Rede von Shultz, aber positiv angemerkt, daß man vorgesehen habe, eine Liste von Themen aufzustellen, wo man Fortschritte erzielen könnte.

Sch. habe gesagt, daß es besser wäre, wenn Italien keine Raketen aufstelle. Inzwischen seien sie aber da.<sup>18</sup> Er (Andreotti) habe gefragt, ob die Sowjets zu einer Erleichterung der Ausreise jüdischer Sowjetbürger gegen israelische Konzessionen in der Palästina-Frage bereit sein könnten. Sch. habe in seiner Erwiderung erwähnt, daß die SU im Prinzip nicht gegen Beziehungen mit Israel sei. Man müsse aber einen negativen Eindruck bei den Arabern bedenken. Auf seine Frage habe er nicht direkt geantwortet.

Andreotti fragte Shultz, ob er die Beziehungen der SU zu China behandelt habe. Außerdem regte er an, daß der Westen engen Kontakt in der Vorbereitung des Kulturforums in Budapest<sup>19</sup> halte. Dies sei eine sehr wichtige Frage, aber sie sei auch gefährlich, denn die westlichen Kultur-Persönlichkeiten könnten Konfusionen anstellen. Deshalb müsse man sie gut auswählen und unter den

<sup>15</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

Vgl. dazu ferner das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>16</sup> Zur Rede des französischen Außenministers Dumas am 30. Juli 1985 in Helsinki vgl. Dok. 210, Anm. 20.

<sup>17</sup> Zu dem Gesprächen amerikanischer und sowjetischer Regional-Experten vgl. Dok. 149, Anm. 21–23.

<sup>18</sup> Am 31. März 1984 stellten die ersten mit Marschflugkörpern (GLCM) ausgerüsteten amerikanischen Einheiten in Italien Einsatzbereitschaft her. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 142.

<sup>19</sup> Das KSZE-Kulturforum in Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt.

Regierungen Kontakt halten.<sup>20</sup> Der Westen müsse in Budapest die Initiative behalten, damit nicht der Gedanke der Staatskultur gefördert werde.

*Shultz* antwortete: Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen seien nicht erörtert worden. Der Gedanke an eine Verbindung der Ausreise sowjetischer Juden gegen israelische Konzessionen in der Palästinenser-Frage sei ihm nicht sehr sympathisch. Er fürchte, wenn man auf die Israelis Druck ausübe im Zusammenhang mit dem Schicksal dieser Menschen, könne es zu negativen Reaktionen kommen.

Auf die Frage von *BM*, ob Shultz gegenüber Schewardnadse auch Menschenrechtsfragen im Detail, wie in seiner Rede, angesprochen habe, sagte *Shultz*: Dies sei nicht der Fall gewesen, das hätte zu lange gedauert. Sch. habe jedoch Anstoß an den Ausführungen in der Rede von Shultz zu den Menschenrechten genommen und alle seine Beschuldigungen zurückgewiesen. Die SU sei interessiert daran, für das Gipfel-Treffen im November eine Tagesordnung ohne Menschenrechte zu vereinbaren. Sie müßte aber einsehen, daß dies nicht möglich sei, da Präsident Reagan diese Frage sicher anschnitten werde.

Auf Frage nach Behandlung des Themas Zentralamerika meinte Shultz: Sch. habe die sowjetischen Argumente zu Kuba und Nicaragua vorgebracht. Er habe in seiner Erwiderung auf die amerikanische Besorgnis hingewiesen, daß in Nicaragua eine Regierungsform etabliert worden sei, die der demokratischen Form in der westlichen Hemisphäre nicht entspreche, und daß Nicaragua die Nachbarschaft mit Subversion bedrohe und sich über die Standards der Region hinaus schwer bewaffne und die eigene Bevölkerung entfremde. Dies führe zu amerikanischer Besorgnis. Sch. scheine diesen amerikanischen Gesichtspunkt verstanden zu haben.

Auf die Frage, wie Sch. auf das Thema Afghanistan geantwortet habe, meinte Shultz: Sch. habe das sowjetische Interesse an einer politischen Lösung ausgedrückt. Diese sollte von Pakistan und Afghanistan ausgearbeitet werden. Auf amerikanischer Seite halte man jedoch eine Aufwertung des afghanischen Regimes nicht für wünschenswert.

**Referat 213, Bd. 139327**

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

## 215

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse in Helsinki

1. August 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM mit AM Schewardnadse am 1. August 1985 von 16.00 h bis 16.55 h im Finlandia-Haus in Helsinki aus Anlaß des KSZE-Zehnjahrestreffens<sup>2</sup>

Anwesend:

Sowjetische Seite: Vize-AM Komplektow, Botschafter Dobrynin, Botschafter Kwizinskij, Pressesprecher des SAM Lomejko, Stellvertretender Leiter der Dritten Europäischen Abteilung Ussytschenko, Dolmetscher Kurbakow, N.N.

Deutsche Seite: D2<sup>3</sup>, Botschafter Kastl (Moskau), LMB<sup>4</sup>, VLR Scheel als Dolmetscher.

Noch in Anwesenheit der Presse kam es zu einem kurzen Meinungsaustausch, den *BM* mit der Feststellung einleitete, unsere Erwartungen bei dieser Konferenz seien eigentlich erfüllt worden, weil wir mit realistischen Erwartungen gekommen seien. Die Skeptiker hätten unrecht gehabt, denn es habe sich gezeigt, daß die Zusammenkunft mehr gewesen sei als nur ein Austausch von Reden.

*AM* meinte, die Begegnung im ganzen sei auf guter Ebene und mit positiver Richtung verlaufen. Die meisten Reden hätten einen positiven Charakter gehabt, mit einigen Ausnahmen. Der Gesamtgeist sei gut.

*BM* schloß diesen Wortwechsel mit der scherzhaften Bemerkung, nichts könne vollkommen sein.

*AM* eröffnete das eigentliche Gespräch mit der Feststellung, es sei die erste Begegnung der beiden Minister; er wisse, *BM* habe sich mehrfach mit Gromyko getroffen, von dem er beste Grüße und Wünsche übermitteln solle.

Bei einem Zusammentreffen mit einem sehr erfahrenen Kollegen, dessen Namen er nicht nennen wolle, habe er gesagt, daß hinter ihm, dem Kollegen, die große Erfahrung stecke, hinter ihm (Schewardnadse) stehe aber die Wahrheit.

*BM* replizierte mit der Frage, ob es Wahrheit ohne Erfahrung oder Erfahrung ohne Wahrheit gebe.

*AM* nahm dies mit der Bemerkung auf, es sei gut, wenn beides vorhanden sei.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 1. August 1985 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 3. August 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 6. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vom 30. Juli bis 1. August 1985 trafen in Helsinki die Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte zusammen. Vgl. dazu Dok. 221.

<sup>3</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>4</sup> Hans Friedrich von Ploetz.



Unter Hinweis auf die begrenzte Gesprächszeit stellte AM fest, man werde in Zukunft Gelegenheit zu einer gründlichen Erörterung der die beiderseitigen Beziehungen und die ganze Welt bewegenden Probleme haben.

AM nahm Bezug auf eine Bemerkung gegenüber BM am Vortag bei einem Zusammentreffen aus gesellschaftlichem Anlaß, daß sich unsere Beziehungen relativ günstig entwickelten. Die SU bereite den 15. Jahrestag des Abschlusses des Moskauer Vertrages<sup>5</sup> sehr seriös vor. Dieser Vertrag stelle eine sehr gute Grundlage, ein gutes Fundament dar. Auf diesem Fundament könne man ein Gebäude errichten. Ob es gut oder schlecht werde, hänge von den Architekten und den Bauleuten ab, wobei die staatlichen Stellen die Architekten und die Bevölkerung die Bauleute seien. Er hoffe, daß es ein gutes Gebäude werde.

Zu den bilateralen Beziehungen stellte AM fest, daß sie sich relativ normal entwickelten. Auf wirtschaftlichem Gebiet seien wir zu großen Handelspartnern geworden. Die Zusammenarbeit sei wirklich von gegenseitigem Vorteil. Es gebe sehr viel Nützliches in der Kultur und Wissenschaft, außerdem die Partnerschaftsstädte. Dies seien alles bekannte Dinge. Die SU sei bereit, in diesem Geiste weiter mit uns zusammenzuarbeiten.

Bei der gestrigen Begegnung mit Shultz seien auf sehr seriöser Grundlage die Fragen, die mit dem Gipfel verbunden seien, besprochen worden.<sup>6</sup> Jetzt sei eine Zeit, die großes Verantwortungsbewußtsein verlange. Die Konfrontation habe eine obere Grenze erreicht, die nicht überschritten werden dürfe. Nach sowjetischer Meinung sei die Begegnungsebene sehr wichtig, um die Ursachen der Spannungen zu ergründen und zu bewältigen.

Vor diesem Hintergrund wachse die Verantwortung aller Staaten. Er wolle hierzu einige Feststellungen treffen. Da es sich um Angelegenheiten von prinzipieller Bedeutung handele, wolle er von einer schriftlichen Unterlage Gebrauch machen. An sich sei es bei einer ersten Begegnung nicht angebracht, auch von unangenehmen Dingen zu sprechen. Aber es handele sich um staatliche politische Angelegenheiten und müsse leider gesagt werden:

Durch die Stationierung von amerikanischen Erstschlagsraketen und die Solidarisierung mit dem kosmischen Weltraumprogramm der USA stelle sich die Bundesregierung, ob sie dies wolle oder nicht, in eine Reihe mit denjenigen, die das Wettrüsten anspornten und militärische Überlegenheit anstrebten und die Entwicklung in Richtung Destabilisierung vorantrieben. Sie laste sich zusammen mit den USA eine große Verantwortung auf, sowohl für die Militarisierung des Weltraumes wie die Fortsetzung des Wettrüstens auf der Erde. Dies würde zu einer Unterminierung der Genfer Verhandlungen<sup>7</sup> führen.

AM sprach Hoffnung aus, daß nüchterne Betrachtungsweise wieder die Oberhand gewinne, das Wettrüsten beeinträchtige die Sicherheit aller europäischen

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. Dok. 214.

Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>7</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

Staaten, nicht zuletzt auch der Bundesrepublik Deutschland selbst. Er hoffe auch, daß von der Bundesregierung konkrete Schritte unternommen würden, um die nukleare Konfrontation auch auf unserem Kontinent zu überwinden. Er wolle hervorheben: Egal wie kompliziert diese Dinge auch seien, eine Verständigung sei möglich. Sie setze aber politischen Willen und effektive Maßnahmen voraus, um die Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen, die in den letzten Jahren entstanden seien.

AM versicherte, solche Bemühungen würden sich bei der sowjetischen Regierung immer der Unterstützung erfreuen und einen Beitrag leisten zur fruchtbaren Entwicklung der Beziehungen.

Nicht zufällig habe er am Anfang das Gipfeltreffen Gorbatschow/Reagan erwähnt: Er glaube, daß sich alle Staaten um dessen positiven Verlauf bemühen sollten, weil es von großer Bedeutung für die ganze Menschheit sei.

Er wolle BM eine naive Frage stellen: „Wollen Sie, daß nukleare Explosionen weitergehen? Ich glaube es nicht.“ Die SU habe nicht nur einen Vorschlag eingebracht, sondern sie habe Versuche auch eingestellt<sup>8</sup>. Er glaube, daß sich alle bemühen müßten, daß eine angemessene Antwort erteilt werde und nie wieder nukleare Explosionen erfolgten. Wenn dies gelinge, würden künftige Generationen dies positiv bewerten.

BM erinnerte an das Gespräch am Vorabend, bei dem er darauf hingewiesen habe, daß unsere beiden Staaten wesentlichen Anteil daran gehabt hätten, daß es vor zehn Jahren zur Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki<sup>9</sup> gekommen sei.

Diese Feststellung habe sich nicht nur darauf gegründet, daß ohne die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages andere Verträge nicht zustande gekommen wären. Natürlich habe der Moskauer Vertrag den Weg freigemacht für politische Entwicklungen, die heute niemand mehr missen möchte.

Dies zeige die Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland und die SU auch bei der Gestaltung ihrer politischen Beziehungen trügen.

Der Moskauer Vertrag sei und bleibe für uns der Beginn einer langfristig angelegten Politik, dies hätten wir bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht (zustimmendes Nicken von AM, der Ausführungen BMs insgesamt mit einer im Vergleich zu Gromyko lebhaften Mimik begleitete).

Der andere Aspekt sei, daß auch für das Zustandekommen der Schlußakte die Mitwirkung unserer beiden Staaten notwendig gewesen sei.

In seiner heutigen Pressekonferenz sei er gefragt worden, was er zur Nichtbeteiligung von Albanien am KSZE-Prozeß sage und ob die Bundesregierung eine Initiative zur Einbeziehung Albanien unternehmen wolle. Er habe geantwortet, daß es schön wäre, wenn auch Albanien mitarbeiten würde. Er habe aber andererseits seinen Eindruck mitgeteilt, daß es für den KSZE-Prozeß kaum von Schaden gewesen sei, daß Albanien nicht mitgearbeitet habe. Ohne die Bun-

<sup>8</sup> Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über ein Moratorium für Nukleartests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

desrepublik Deutschland aber ginge es sicher nicht, ohne die Sowjetunion auch nicht (zustimmendes Nicken AMs).

Die Gründe für diese Bedeutung unserer beiden Länder seien unterschiedlich, für die Lage in Europa, den Fortgang des KSZE-Prozesses. Die SU sei eine Großmacht, wir nicht. Wir seien ein Land im Herzen Europas, dies bedeute also: ein Land in einer besonderen geographischen Lage, das durch sein Gewicht in der Europäischen Gemeinschaft und im Bündnis und mit seinem Willen, Ausgleich zwischen West und Ost zustande zu bringen, seine Aufgabe wahrzunehmen habe.

Die Bundesrepublik Deutschland sei kein unmittelbarer Nachbar der SU. Trotzdem hätten wir eine gemeinsame Geschichte mit bitteren Kapiteln, das bitterste sei der Zweite Weltkrieg, aber auch mit sehr viel Zuneigung unserer Völker und positiven Kapiteln in der Vergangenheit und hoffentlich auch in der Zukunft.

Die Gefühle unserer Bürger gegenüber den Bürgern der Sowjetunion seien positiv. Hierin könne man Vertrauen setzen. Dies sei ein gutes Fundament für das Gebäude unserer Beziehungen, von dem AM gesprochen habe.

Das gegenwärtige Gespräch wäre aber nicht viel wert, wenn nicht auch über die Gefühle der Menschen gesprochen würde, für die man hier am Tisch säße. Wir könnten uns gegenseitig viel geben, dies gelte für alle Bereiche der Zusammenarbeit, so wie er, BM, es in seiner gestrigen Rede<sup>10</sup> ausgeführt habe.

Die Art, wie wir unsere Beziehungen gestalteten, sei also nicht nur eine Frage für die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion, es sei etwas, worauf alle Europäer blickten, weil sie sich der zentralen Bedeutung dieser Beziehungen für das West-Ost-Verhältnis bewußt seien. Wir gestalteten unsere Beziehungen zur SU aus dieser Verantwortung heraus.

AM habe zu Recht die vor uns liegenden Jahrestage erwähnt. Auch wir nähmen sie sehr ernst, dies gelte sowohl für den 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen<sup>11</sup> wie für den 15. Jahrestag der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages.

In der letzten Zeit hätten wir uns manchmal gefragt, wie die sowjetische Seite zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen stehe. Was AM heute gesagt habe, scheine ein guter Ausgangspunkt zu sein für eine gute und würdige Begehung dieser Jahrestage. Wir hätten gern gesehen, wenn man aus diesem Anlaß gemeinsam etwas hätte sagen können. Dazu habe sich die sowjetische Seite nicht in der Lage gesehen, was wir akzeptieren müßten. Die hinter unserem Gedanken stehende gute Absicht bleibe auch in Zukunft bestehen.

BM fuhr fort, er wolle – da er von den Gefühlen und der inneren Haltung der Menschen bei uns gesprochen habe – hinzufügen, daß es für die Zukunft ein gutes Signal darstellen würde, wenn die sowjetische Regierung die Jahrestage zum

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.

<sup>11</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau vereinbart. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Adenauer und Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 1955; DzD III/1, S. 335–337.

Anlaß nehmen könnte, die Ausreisemöglichkeiten für sowjetische Bürger deutscher Nationalität auf jenen Stand zu bringen, den sie Mitte der 70er Jahre erreicht hätten.<sup>12</sup> (AM machte Notizen, reagierte aber nicht.)

AM habe sein Gespräch mit Shultz und die Begegnung GS Gorbatschows mit Präsident Reagan erwähnt. Er, BM, stimme der Feststellung zu, daß alle Staaten Beiträge zum Gelingen der sowjetischen und amerikanischen Bemühungen leisten könnten.

Wir sähen die Pflege unserer Beziehungen zur SU und ihren Verbündeten vornehmlich auch in dieser Funktion.

Er habe die internationale Reaktion auf die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 8. Januar 1985<sup>13</sup> mit großer Aufmerksamkeit geprüft und mit großer Genugtuung festgestellt, daß sie wohl nirgends mit so großer Erleichterung und so positiv aufgenommen worden sei wie in der Bundesrepublik Deutschland.

AM finde in unserer uneingeschränkten Unterstützung der Verhandlungsziele auch die Antwort auf seine Frage nach unserer Haltung zu den nuklearen Waffen und militärischer Rüstung im Weltraum. Die gemeinsame sowjetisch-amerikanische Absicht, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden und die strategische Stabilität zu festigen, Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern – wobei wir hofften, daß es zu drastischen und nicht nur marginalen Reduzierungen komme – bei den strategischen und den Mittelstreckenraketen, und daß diese Fragen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang erörtert und gelöst werden sollten, dies alles könnten wir von Anfang bis Ende unterschreiben.

Unsere Unterstützung dieser Verhandlungsziele lasse alles, was kritisch zu unserer Haltung in diesen Fragen angemerkt werde, an den Tatsachen vorbeigehen.

Die SU bereite sich auf das Treffen in Genf vor. Er hoffe, daß es – es solle nicht mit illusionären Erwartungen überfrachtet werden – dazu führen möge, daß die Verhandlungen in Genf die Impulse bekämen, die sie brauchten, um nicht endlos zu dauern, und zu substantiellen Ergebnissen führten, und zwar in guter Zeit.

In seiner Rede habe er, BM, die sowjetisch-amerikanische Erklärung von 1972<sup>14</sup> erwähnt, weil er die Erwartung zum Ausdruck bringen wollte, daß man diesen Kodex des Umgangs der Großmächte miteinander zu einem Kodex für die Zu-

<sup>12</sup> Zur Ausreise von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der UdSSR vgl. Dok. 127, Anm. 20. Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken teilte am 23. Oktober 1985 mit, nach Angaben eines Mitarbeiters „einer westlichen Botschaft in Bonn“ habe der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, erklärt, „der Rückgang der Ausreisen habe keine politischen Ursachen. Die Sowjetunion habe keine Verpflichtung übernommen, eine bestimmte Zahl von Ausreisevisen zu erteilen. Im übrigen seien die potentiellen Emigranten besser dort aufgehoben, wo sie jetzt lebten, als in einem Land voller Marschflugkörper und Pershing II.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 8096, Ref. 213, Bd. 139307.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

kunft bestimmen möge, dies schließe den Grundsatz der Mäßigung und den Verzicht auf Überlegenheit ein, dies wäre eine gute Marschroute für die Zukunft.

Die SU finde in der Bundesregierung einen aufrichtigen Partner, und das Wort Zusammenarbeit gelte für uns in seiner umfassendsten Bedeutung.

BM stellte fest, er gehöre noch einem Jahrgang an, der alt genug sei, um noch selbst als Soldat die Schrecken des letzten Krieges voll zu erleben, aber auch noch jung genug, um sein ganzes Leben einer Politik widmen zu können, die eine Wiederholung vermeiden solle. In diesem Sinne wolle er mit dem AM zusammenarbeiten, und er hoffe, in New York Gelegenheit zu haben, das Gespräch fortzusetzen<sup>15</sup>. Er wolle auch der Erwartung Ausdruck geben, daß AM unser Land möglichst bald besuchen könne<sup>16</sup>, damit das Gespräch eingehend weitergeführt werden könne.

Er sei noch die Antwort auf eine direkte Frage schuldig. Bekanntermaßen wirkten wir im Abrüstungsausschuß in Genf mit, wo es um ein umfassendes Verbot gehe. Er glaube, daß es notwendig sei, den sowjetischen Vorschlag<sup>17</sup> und den amerikanischen Vorschlag für eine Verifikation<sup>18</sup> möglichst zusammenzuführen. Nichts wäre uns lieber, als ein gutes Ergebnis, und zwar je eher, desto besser. – BM fragte, wer mit Explosionen dieser Art glücklich sein könne. Die SU werde sicher nicht bei ihrer letzten Serie glücklich gewesen sein, die USA nicht mit ihren Explosionen. Wir seien bei keiner glücklich gewesen (lebhaftes Nicken des AM).

Wir seien aber froh, daß das in Genf Vorgenommene viel weiter gehe: Es könne gar nicht wenig genug atomare Waffen geben.

Was hier in Helsinki bei der Durchführung der Schlußakte getan werde, was in Stockholm<sup>19</sup> und in Wien<sup>20</sup> und in den bilateralen Beziehungen geschehe, diene

<sup>15</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 24. September 1985 in New York vgl. Dok. 256.

<sup>16</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 17. bis 19. Januar 1988 in der Bundesrepublik auf.

<sup>17</sup> Botschaftsrat Elbe, Genf (CD), berichtete am 30. Juli 1985 über den am gleichen Tag bekannt gegebenen sowjetischen Vorschlag: „Das sowjetische Nukleartestmoratorium ist unter den Delegationen der Ungebundenen in der Genfer Abrüstungskonferenz uneingeschränkt politiv aufgenommen worden. [...] Unter den westlichen Delegationen wird der sowjetische Schritt im allgemeinen so bewertet, daß die SU durch ihr taktisch geschicktes Vorgehen – Anknüpfen an den Hiroshima-Jahrestag und Vorabend der NVV-Überprüfungskonferenz, wichtige politische Punkte gesammelt hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1324; Referat 222, Bd. 130108.

<sup>18</sup> Botschafter van Well, Washington, informierte am 29. Juli 1985, USA und UdSSR seien „praktisch gleichzeitig mit rüstungskontrollpolitischen Initiativen zum Thema Kernwaffenversuche hervorgetreten. Der amtierende Sprecher des Weißen Hauses gab heute (29.7.) die amerikanische Einladung an die Sowjetunion bekannt, ein Expertenteam zur Beobachtung und Messung eines amerikanischen Atomversuches in die USA zu schicken. Ebenfalls heute unterrichtete TASS über Gorbatschows Ankündigung eines einseitigen sowjetischen Versuchsstopps für die Zeit vom 6. August 1985 bis 1. Januar 1986, verbunden mit der Aufforderung an die USA, sich dem Moratorium anzuschließen. [...] Zur US-Initiative wies man im State Department darauf hin, daß sie den von Präsident Reagan bei seiner Rede vor der VN-GV am 24.9.1984 vorgetragenen Gedanken eines Austauschs von Expertenteams zur Messung unterirdischer Kernexplosionen vor Ort aufgreife. Nachdem die Sowjetunion hierzu bisher noch nicht Stellung genommen habe, habe Reagan nun seinen Gedanken in Form einer unilateralen Einladung erneut vorgebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3684; Referat 222, Bd. 130112.

<sup>19</sup> Die sechste Runde der KVAE tagte vom 14. Mai bis 5. Juli 1985 in Stockholm. Am 10. September 1985 wurde dort die siebte Runde eröffnet. Vgl. dazu Dok. 234 und Dok. 243.

<sup>20</sup> Zur 36. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 23. Mai bis 11. Juli 1985 vgl. Dok. 192 und Dok. 195.

der politischen und militärischen Vertrauensbildung. Je mehr die Zusammenarbeit ausgebaut werde und je mehr die gegenseitige Verständigung vertieft werde, desto leichter werde es sein, zu konkreten Ergebnissen in den Abrüstungsverhandlungen zu kommen. Es gebe noch sehr großes Mißtrauen, es müsse durch politische Vertrauensbildung und durch Maßnahmen der Überprüfung abgebaut werden. Alles, was wir täten, sähen wir auch in diesem Sinn. Wir würden das uns Mögliche tun.

Mit Aufmerksamkeit habe er gehört, was GS Gorbatschow zur Rolle der mittleren und kleinen Staaten gesagt habe.<sup>21</sup>

Dabei vergäßen wir auch die Geschichte nicht, das Schmerzliche wie das Gute.

AM dankte BM und erklärte, wegen der knappen Zeit seine Erwiderung auf zwei Minuten beschränken zu wollen. Europa sei die Hauptarena beider Kriege gewesen, es habe am meisten gelitten. Ihm sei bewußt, welche Opfer das deutsche Volk gebracht habe, die Sowjetunion habe 20 Mio. Menschen im Zweiten Weltkrieg verloren. Manche trieben heute die Dinge so voran, daß Europa wieder zum Kampffeld, diesmal eines nuklearen und viel schrecklicheren Krieges werden könnte.

BM warf die Frage ein, ob diese Konferenz in Helsinki nicht mehr als andere ein wachsendes europäisches Bewußtsein und eine wachsende europäische Identität gezeigt habe. Dies bedeute auch europäische Verantwortung.

AM erwiderte, es sei eine gute Konferenz. Er denke an konkrete Probleme, so habe die SU einseitig die Stationierung von INF<sup>22</sup> auf dem europäischen Kontinent eingestellt.<sup>23</sup> Wenn wir das gleiche täten, wäre dies ein konkreter Beitrag zur Stabilität. Zur Frage einer gemeinsamen Erklärung aus Anlaß des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages bemerkte AM: Er habe nichts dagegen, aber aus Anlaß derartiger Jubiläen seien nie Erklärungen abgegeben worden. Allerdings: Eine Erklärung zu Ehren der Einstellung der nuklearen Rüstung wäre die beste Art, das Jubiläum zu begehen.

BM erklärte, er wolle nicht drängen. Es gebe aber Situationen, wo solche Erklärungen ein politisches Signal sein könnten. Dies habe hinter unserem Gedanken gestanden. Man werde es bei anderer Gelegenheit tun, denn diese Frage sei wichtig und chancenreich genug.

AM erwiderte scherzend, man solle sofort eine Vereinbarung über die nukleare Rüstung treffen.

Bei der Verabschiedung erklärte sich AM mit einer nächsten Begegnung aus Anlaß der Generalversammlung in New York im September einverstanden.

#### Referat 213, Bd. 139306

<sup>21</sup> Zu den Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in seinem Interview mit der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom 8. April 1985 vgl. Dok. 88.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „SDI“.

<sup>23</sup> Zum sowjetischen Vorschlag eines Moratoriums für die Aufstellung von Mittelstreckenraketen vgl. Dok. 82, Anm. 13, bzw. Dok. 88.

## 216

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.76 INF-1367/85 geheim****1. August 1985<sup>1</sup>**Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>Betr.: Militärstrategische Aspekte der westlichen Verhandlungsposition im  
INF-BereichAnlg.: 1<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Auf Anregung des BMVg fand am 30. Juli 1985 eine Besprechung über mögliche Auswirkungen militärstrategischer Entwicklungen auf die westliche Verhandlungsposition im INF-Bereich statt (Programm und Teilnehmer siehe Anlage). Aus dieser Besprechung ist zusammenfassend folgendes festzuhalten:

1) Vertreter des BMVg legten die Entwicklungen dar, die nach Auffassung des BMVg zu einer Neueinschätzung des Mindestbedarfs des Bündnisses an LRINF führen. Die militärischen Veränderungen, die seit 1979 eingetreten und zum damaligen Zeitpunkt nicht vorhersehbar gewesen seien, wurden dabei wie folgt beschrieben:

- Aufwuchs der sowjetischen LRINF in weit höherem Ausmaße als prognostiziert;
- drastischer Aufwuchs der SRINF<sup>4</sup> sowie Verbesserung ihrer Flexibilität, Zielgenauigkeit, Reaktionsfähigkeit und Überlebensfähigkeit;
- Verbesserung der sowjetischen Luftverteidigung und mittelfristig die Möglichkeit der Abwehr von P II und Tomahawks durch sowjetische SA-X-12.

2) Diese Entwicklung, so die Schlußfolgerung des BMVg, habe zur Folge, daß die Eindringfähigkeit und Überlebensfähigkeit der amerikanischen P II und GLCM zunehmend geringer werde, während sich die SU durch den Aufwuchs vor allem an SRINF, aber auch an SNF, ein erhebliches zusätzliches Maß an Einsatzflexibilität geschaffen habe und nun auch Ziele mit diesen Waffensystemen abdecken könne<sup>5</sup>. Im Falle eines LRINF-Abkommens, das eine beiderseitige

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Schweppe am 2. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Botschafter Ruth verfügte.

Hat Ruth am 5. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 5. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 2. August 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die ausführlichere Studie sollte mit Wertung des AA BM vorgelegt werden.“ Vgl. Anm. 13.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den „Ablauf der Rüstungskontrollbesprechung am 30.7.85“ sowie die Teilnehmerliste vgl. VS-Bd. 11358 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>5</sup> Ministerialdirigent Schauer stellte am 7. Februar 1985 fest: „Seit Mitte der 70er Jahre betreibt die Sowjetunion konsequent die umfassende Modernisierung ihrer Militärrüstung. Im Bereich der ballistischen Raketen gelangen ihr erhebliche Fortschritte bei der Präzisionssteuerung bis hin zu einem Streukreisradius (CEP) in der Größenordnung von 300 Metern um das Ziel für Mittel- und Kurz-

Null-Lösung vorsehe, werde daher die nukleare Bedrohung Westeuropas fortbestehen.

3) Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen sei für das Bündnis folgender Mindestbedarf an LRINF notwendig: Um im Rahmen der GNR (General Nuclear Response) und der selektiven nuklearen Optionen 200 bis 300 Ziele abdecken zu können, sei ein grundsätzlicher Bedarf von 200 bis 300 Trägersystemen und Gefechtsköpfen im LRINF-Bereich notwendig. Damit die Überlebensfähigkeit und eine Eindringfähigkeit der Systeme von 80 % gewährleistet sei, müßten zu dieser Zahl 25 % bzw. 20 % zugefügt werden, so daß sich die Gesamtzahl an Trägersystemen und Gefechtsköpfen im LRINF-Bereich auf 300 bis 450 summiere.<sup>6</sup> Es wurde unterstrichen, daß die untere Grenze von 300 Systemen/GK für das Bündnis der nicht zu unterschreitende Minimalbedarf und militärisch bereits mit einem hohen Risiko verbunden sei.

4) In der sich an die Kurzreferate anschließenden Diskussion konnte zunächst Einvernehmen darüber erzielt werden, daß die Kriterien für den Modernisierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses von 1979<sup>7</sup> unverändert gültig sind:

- Notwendigkeit eines Gegengewichtes auf westlicher Seite gegen die von der SS-20 ausgehende Bedrohung vor dem Hintergrund der Parität im strategischen Bereich;
- Verhinderung, daß im Bereich der selektiven nuklearen Optionen die SU ein Sanktuarium wird;
- Verbund der INF mit den strategischen Systemen der USA;
- sichtbare Teilhabe der Europäer an dem nuklearen Risiko der Abschreckungsstrategie und sichtbare Ankoppelung der USA an Europa.

5) Ich führte in diesem Zusammenhang aus, daß der Beschluß von 1979, die westlichen LRINF-Systeme zu modernisieren, mit den wachsenden Disparitäten im Bereich der Mittelstreckenwaffen (Aufwuchs von SS-20) begründet worden sei. Die vom BMVg geschilderten Veränderungen lägen jedoch im wesentlichen außerhalb dieses Bereichs. Wenn wir heute den westlichen Bedarf an LRINF abhängig machten von Entwicklungen, die bei den SNF und SRINF vor sich gehen, müßten wir uns im klaren darüber sein, daß wir die Grundlagen dieses Beschlusses veränderten.

6) Darüber hinaus sei zu berücksichtigen, daß ein INF-Abkommen, welches im Sinne der westlichen Position die beiderseitige Null-Lösung zum Inhalt hätte, zu einem solchen Zugewinn an vereinbarter Stabilität führen würde, daß die mi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1119*

streckenraketen. Wird diese Entwicklung weitergetrieben, können künftige sowjetische Mittel- und Kurzstreckensysteme einen wesentlichen Teil ihrer Aufträge gegen Punktziele auch mit konventionellen Sprengköpfen erfüllen. Im Zuge der Modernisierung hat die Sowjetunion auch die konventionellen Fähigkeiten des Landheeres und der Luftwaffe durchgreifend verbessert. Als Ergebnis dieser Anstrengungen könnte sie eines Tages die Option eines konventionellen Krieges in Europa mit der Fähigkeit zu seiner Beendigung unter den von ihr gewünschten Bedingungen erlangen.“ Vgl. VS-Bd. 12065 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus mit Fragezeichen hervorgehoben. Der Passus „LRINF-Bereich ... summiere“ wurde von Ruhfus unterschlägelt.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.



litärstrategischen Bedenken dann in einem anderen Licht erscheinen würden.<sup>8</sup> Bereits bei der Entscheidung, die beiderseitige Null-Lösung in die Verhandlungen einzuführen<sup>9</sup>, seien sich alle Beteiligten der Tatsache bewußt gewesen, daß diese Lösung unter strategischen Gesichtspunkten die Aufgabe gewisser militärischer Optionen bedeute. Angesichts der Bedeutung, die einem Abkommen zukommen würde, in dem die SU weltweit auf SS-20 und GLCM verzichten würde, habe man diese Einschränkung westlicher Optionen für akzeptabel erachtet.<sup>10</sup> Diese politischen Überlegungen seien heute noch genauso zutreffend, da ein sowjetisches Eingehen auf die westliche Null-Lösung eine sowjetische Bereitschaft zu kooperativen Lösungen voraussetze, die nicht auf den INF-Bereich beschränkt bliebe, sondern sich auch auf die strategischen bzw. Defensiv- und Weltraumwaffen erstrecken würde. Eine Null-Lösung für LRINF ohne sowjetische Bereitschaft zu Vereinbarungen in den beiden anderen Genfer Verhandlungsbereichen<sup>11</sup> sei schwerlich vorstellbar.

7) GM<sup>12</sup> Hüttel stimmte dieser Einschätzung zu und betonte, daß sich das BMVg darüber im klaren sei, daß die militärische Beurteilung, auf die sich die Kurzreferate beschränkt hätten, nur einer der zu berücksichtigenden Aspekte sei.

8) Meiner Bitte entsprechend wird das BMVg die militärstrategische Entwicklung, die seit 1979 im SNF, SRINF- und LRINF-Bereich eingetreten ist, in einer ausführlichen Studie darlegen und uns dieses Papier zur Verfügung stellen.<sup>13</sup>

Ruth

VS-Bd. 11358 (220)

<sup>8</sup> In einer Stellungnahme zu der Aufzeichnung des Botschafters Ruth, die „zu Fragen, aber auch zu Zweifeln Anlaß“ gebe, führte Legationsrat I. Klasse Adamek am 9. August 1985 aus: „Angesichts der tatsächlichen Entwicklung bei den sowjetischen SRINF- und SNF-Systemen – und selbst soweit 1979 nur geringer erkennbar – erscheint es fraglich, ob eine beiderseitige Null-Lösung bei LRINF zu einem ‚Zugewinn an vereinbarter Stabilität führen‘ kann. Was spräche denn hierfür? Entscheidend für die Stabilität ist das Gleichgewicht der Optionen. Dies wird nicht allein dadurch erreicht, daß der Westen ‚gewisse militärische Optionen‘ aufgibt. Der anderen Seite dürfen dann auch keine neuen Optionen zuwachsen.“ Vgl. VS-Bd. 12054 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Zum amerikanischen Angebot einer Null-Lösung in den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 106, Anm. 12.

<sup>10</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „[r]ichtig!“.

<sup>11</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>12</sup> Generalmajor.

<sup>13</sup> Der Passus „seit 1979 ... stellen“ wurde von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Vgl. Anm. 2.

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram

201-363.26-1223/85 VS-vertraulich

2. August 1985<sup>1</sup>

Betr.: „Europäische Verteidigungsinitiative (EVI)“;  
hier: Hausbesprechung am 27.07.1985

### A. Kurzfassung

D 2A<sup>2</sup> faßte am Schluß der Besprechung ihren Inhalt und Ergebnisse wie folgt zusammen:

- 1) Die zu erwartende Entwicklung auf sowjetischer Seite und die zu erwartenden Verteidigungsinteressen des Westens sprechen dafür, daß man – unabhängig davon, zu welchen Ergebnissen SDI führt – die technischen Möglichkeiten von Verteidigungssystemen gegen ballistische Raketen kurzer Reichweite und gegen Cruise Missiles (CM) untersucht.<sup>3</sup>
- 2) Mit Ausnahme der USA ist derzeit nicht zu beantworten, wie die anderen Bündnispartner sich einer solchen Forschungsanstrengung gegenüber verhalten werden. Es kann und muß gesagt werden, daß jede Bewegung in Richtung auf eine solche Forschungsanstrengung sorgfältig vorbereitet werden muß und auf einer so breiten Basis wie möglich stehen muß.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde am 2. August 1985 von Ministerialdirigent Schauer „über Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Billigung anliegenden Protokolls Herrn Bundesminister zur Unterrichtung“ zugeleitet. Dazu teilte er mit: „Am 25.7. fand zunächst unter der Leitung von StS Ruhfus und dann fortgesetzt unter der Leitung von D 2A eine hausinterne Besprechung statt, an der von außerhalb Botschafter Dr. Wieck teilnahm. Thema der Besprechung waren Überlegungen über eine ‚Europäische Verteidigungsinitiative (EVI)‘.“ Über die der Aufzeichnung vorangestellte Kurzfassung hielt er fest: „D 2A hat die Wiedergabe seiner Zusammenfassung mitgezeichnet.“

Hat Staatssekretär Ruhfus am 7. August 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 14. August 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 9. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 9. Juni 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 10. Juni 1986 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12065 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Friedrich Ruth.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl stellte am 30. Mai 1985 fest: „Die Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen ist – soweit hier bekannt – bisher nicht Gegenstand konkreter Planungen im BMVg. Die Frage ist auch zwischen den Häusern – abgesehen von rein informatorischen Fragen auf unterer Ebene – bisher nicht behandelt worden. Sie stellt sich allerdings jetzt im Zusammenhang mit der Prüfung der Konsequenzen der SDI. MD Teltschik hat in der Sitzung der SDI-Arbeitsgruppe vom 29.5.1985 gebeten, die Frage eigener europäischer und deutscher Anstrengungen auf dem Gebiet der Raketenabwehr baldmöglichst [...] zu behandeln und Ergebnisse vorzulegen.“ Vgl. VS-Bd. 12065 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

Am gleichen Tag wandte sich Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), mit einem Privatdienstschreiben an Bundesminister Genscher: „Im Anschluß an meinen mündlichen Vortrag zur Frage der ‚Europäischen Raketenabwehr‘ und in Verbindung mit der Sitzung des Bundessicherheitsrates am 3. Juni übermittle ich Ihnen eine Aufzeichnung, die als Tischvorlage am 3. Juni eventuell Verwendung finden könnte.“ Darin schlug er den Beschluß vor: „Die Bundesregierung leitet in Verbindung mit der Beantwortung zum SDI-Kooperationsangebot der USA vom 25. März 1985 Sondierungen mit dem Ziel ein, auf europäischer Basis, aber in Abstimmung mit den USA ein Forschungsprojekt ‚Abwehr sowjetischer auf Europa gerichteter ballistischer Raketen und Marschflugkörper‘ herbeizuführen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178933.

3) Es ist davon auszugehen, daß wir bei einer Definition eines Forschungsinteresses mit einer kritischen Reaktion der SU rechnen müssen und daß wir uns auf ihre Argumente werden einstellen müssen. Die Argumente werden vermutlich andere sein als anläßlich der INF-Nachrüstungsdiskussion.

Es werden aber sicherlich kritische Bemerkungen sein, die für die SU um so einfacher werden, je aktiver die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage in Erscheinung treten muß.

4) In der Frage der Technologie bestehen naturgemäß Identitäten und Überschneidungen mit der SDI-Forschung. Dies gilt nicht für die Frage der welt-raumgestützten Gefechtskomponenten, sondern für die Aufklärungselemente und besonders die Phase 4 der amerikanischen SDI-Konzeption.

5) Wegen der Überschneidungen wird die Frage der ABM-Verträglichkeit künftiger Entwicklungen sorgfältig geprüft werden müssen. Wie SDI-Forschung würde auch Forschung im Bereich der Raketenabwehr in Europa ABM-konform sein und sein müssen. Die Frage der ABM-Konformität der Entwicklung bedürfte sorgfältiger Prüfung.

6) Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß es sich nicht um ein von den USA losgelöstes europäisches Forschungsprojekt handelt. Wie bei SDI muß auch bei Überlegungen für eine europäische Abwehrkomponente die strategische Einheit des Bündnisses deutlich werden. Aus diesem Grunde ist es zweckmäßig und notwendig, für ein solches Forschungsvorhaben eine Bezeichnung zu verwenden, die keine Beschränkung auf Europa suggeriert. Die Begriffe „EVI“ und „ERA“<sup>4</sup> wurden in diesem Zusammenhang als Arbeitsbezeichnungen betrachtet, die durch treffendere ersetzt werden müssen.

B. Die Hausbesprechung wurde geleitet von StS Ruhfus und nach seiner Verhinderung von D2A. Grundlage der Besprechung waren das Arbeitspapier von Botschafter Wieck<sup>5</sup> sowie der Fragenkatalog aus der Aufzeichnung der Abteilung 2 A vom 19.7.1985<sup>6</sup>. Angesichts der begrenzten Zeit wurden für die Diskussion die Fragenkomplexe I (Verhältnis zwischen SDI und EVI), IV (Haltung der Verbündeten zu „EVI“), V (Implikationen von „EVI“ für das Verteidigungskonzept der NATO), VII (Rüstungskontrollpolitische Implikationen) und VIII

<sup>4</sup> Europäische Raketenabwehr.

<sup>5</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), legte am 5. Juli 1985 ein Arbeitspapier zu einer Europäischen Raketenabwehr vor, dessen Thesen er so zusammenfaßte: „ERA liegt im Spektrum legitimer europäischer Sicherheitsinteressen. ERA befähigt das Bündnis, seinen Selbstbehauptungswillen und seine Verantwortungsbereitschaft für die Sicherheit in Europa durch ein arbeitsteilig konzipiertes Forschungsprojekt und ein evtl. nachfolgendes Rüstungsprojekt zu dokumentieren. Die politische Qualität von ERA liegt darin, daß es kurzfristig für konstruktive Haltung gegenüber SDI und solidarische Außendarstellung genutzt werden kann. Es hat eine europäisch-amerikanische Basis als Rahmen. Die militärische Qualität von ERA liegt darin, daß es langfristig eine Lücke im Verteidigungsdispositiv in Europa schließen kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1182/1183; Ref. 220, Bd. 130138.

<sup>6</sup> Der von Botschafter Ruth mit seiner Aufzeichnung vom 19. Juli 1985 übermittelte Fragenkatalog umfaßte die Rubriken „Verhältnis zwischen SDI und „EVI“, „Gegenwärtiger Stand der Bemühungen um Verbesserung der Luftverteidigung der NATO-Staaten“, „Gegenwärtiger Stand der Luftverteidigung des Warschauer Paktes und der östlichen Forschung auf diesem Gebiet“, „Haltung der Verbündeten zu „EVI“, „Implikationen von „EVI“ für das Verteidigungskonzept der NATO“, „Mögliche Alternativen zu „EVI“, „Rüstungskontrollpolitische Implikationen“, „Ostpolitische Implikationen“, „Mögliche Auswirkungen von „EVI“ auf nationale und europäische Forschungspolitik“ und „„EVI“ im Verhältnis zu SDI“. Vgl. VS-Bd. 12065 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

(ostpolitische Implikationen) herausgegriffen. Die Diskussion ergab zu den einzelnen Fragenbereichen folgende Gesichtspunkte:

#### I. Verhältnis zwischen SDI und EVI

Die Diskussion ergab Übereinstimmung, daß ein Begriff europäische Verteidigungsinitiative oder europäische Raketenabwehr unglücklich sei und vermieden werden müsse. Die Europäer hätten schon immer ihren Verteidigungsbeitrag geleistet. Es bestehe kein Anlaß, als Reaktion auf SDI terminologisch zu dokumentieren, was die Europäer ggfs. tun müßten. Vermieden werden müsse der Eindruck, als ob wir etwas völlig Neues tun wollten. Europa dürfe nicht den Eindruck erwecken, sich mit EVI oder ERA abkapseln zu wollen.

Die Diskussion konzentrierte sich im folgenden überwiegend auf Gesichtspunkte einer Raketenabwehr. Die Notwendigkeit von Abwehrmöglichkeiten gegen Cruise Missiles wurde gesehen, aber – da hierfür teilweise andere Abwehrtechnologien erforderlich seien – in der Diskussion bewußt weitgehend ausgeklammert.

Intensiv erörtert wurde, welche Gesichtspunkte eine „europäische Verteidigungsinitiative“ notwendig machen könnten. Für derartige Bemühungen würde die Einsicht sprechen, daß sich mit ihr für die Europäer die Möglichkeit zu einer politischen Initiative im Bündnis ergebe sowie die Überzeugung, einer wachsenden Bedrohung durch sowjetische Raketen ausgesetzt zu sein, gegen die wir uns ohnehin schützen müßten. Mangels frühzeitiger eigener europäischer Anstrengungen verbliebe dann später nur die Möglichkeit, geeignete Defensivsysteme von den Vereinigten Staaten zu kaufen. Man könne fest davon ausgehen, daß im Rahmen des amerikanischen SDI-Forschungsprogrammes auch Technologie für derartige Abwehrwaffen „abfallen“ werde.<sup>7</sup> Empfohlen wurde deshalb auch von einigen Teilnehmern, auf Technologie und Waffenentwicklung der 90er Jahre hypothetisch abzustellen und hierauf europäische Verteidigungsanstrengungen auszurichten.

Bemühungen um eine europäische Verteidigungsinitiative begegnen jedoch auch erheblichen Bedenken, sowohl innenpolitischer, rüstungskontrollpolitischer sowie auch technologischer und finanzieller Art (auch im Hinblick auf EUREKA). Es werde schwerfallen, die Bevölkerung vor dem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte davon zu überzeugen, daß gegen die Abwehr von Kurzstreckenraketen (z.B. SS-21, -22, -23), die seinerzeit gegenüber der Stationierung der SS-20 in der Diskussion vernachlässigt worden waren, nunmehr eine Verteidigungsinitiative aufgebaut werden müsse. Auch sei zu fragen, ob der neuen Bedrohung nicht mit den Möglichkeiten der geltenden Strategie der Abschreckung begegnet werden könne. Einigkeit bestand darüber, daß die Strategie der Abschreckung unverzichtbar sei und weitergelten werde. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß diese Strategie in ihrer Schutzfunktion dadurch ausgehöhlt werde, daß

1) sich eine zunehmende Erstschlagsverwundbarkeit auf unserer Seite ergebe,

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Schauer hielt am 7. Februar 1985 fest: „Die Abwehr ballistischer Kurz- und Mittelstreckenraketen hat eine technische Verwandtschaft allenfalls zur letzten SDI-Schicht, der Bekämpfung in der Wiedereintrittsphase. Die davor liegenden Schichten und deren Verknüpfung zu einem System mit ihren ungeheueren technischen Problemen könnten entfallen. Schon in der Entwicklung würden sich SDI und die Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen also unterscheiden, und zwar auch in einer von außen verifizierbaren Form, insofern als Versuche völlig unterschiedlich durchgeführt werden müssen.“ Vgl. VS-Bd. 12065 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

da unsere Abwehrmittel gegen fortentwickelte sowjetische ballistische Raketen kurzer Reichweite keinen ausreichenden Schutz mehr geben würden,

2) Vergeltungsziele auf sowjetischer Seite durch fortschreitende sowjetische Abwehrmöglichkeiten zunehmend unverwundbarer würden,

3) sich eine sowjetische konventionelle Option entwickelte, gegen die im Zusammenhang mit den erstgenannten beiden Ziffern die nukleare Vergeltung ihre abschreckende Wirkung verliere.

Es bestand Übereinstimmung, daß es mit diesem Verständnis gerechtfertigt sei, Überlegungen über die Verwirklichung eines europäischen Verteidigungssystems anzustellen. Eine Zusammenfassung der Diskussion an dieser Stelle durch D2A ergab:

1) Die Einführung eines Verteidigungssystems gegen ballistische Raketen kurzer Reichweite könnte die Möglichkeit der Kriegsverhütung über die Wirkung der Abschreckung nur durch Androhung des Einsatzes von nuklearen Waffen hinaus verbessern.

2) Die USA forschten im Bereich der Abwehrtechnologie; Forschungsergebnisse würden mit Sicherheit zu technologischen Neuerungen im Defensivbereich führen.

3) Zu erwarten sei, daß die amerikanische SDI-Forschung auch technische Fragen beantworten werde, die für die Abwehr von ballistischen Raketen kurzer Reichweite von Bedeutung sein würden. Hier könne ein sinnvoller Sachansatz für europäische Forschungsbeteiligung liegen. Die zu erwartende Entwicklung im strategischen Bereich spräche dafür, die Frage zu untersuchen, welche Möglichkeiten es für eine Verteidigung gegen ballistische Raketen kurzer Reichweite gäbe.

Insbesondere Botschafter Wieck wies eindringlich darauf hin, daß Bemühungen um die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems in Europa ohne eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten nicht möglich seien. Auch die Amerikaner sähen langfristig für Europa einen Bedrohungsschwerpunkt durch ballistische Kurzstreckenraketen und Cruise Missiles. Man sollte diesen deshalb zum Ausgangspunkt eines Forschungsprojekts mit den Vereinigten Staaten und anderen interessierten europäischen Verbündeten machen. In diese Forschungsphase würden dann möglicherweise auch bereits amerikanische Erkenntnisse aus dem SDI-Projekt eingehen.

Botschafter Wieck unterstrich jedoch, daß der Schwerpunkt in der politischen Frage läge, ob wir einen kooperativen Schritt im Bündnis einleiten oder ob wir uns von anderen leiten lassen und warten wollten. Ohne eigene Anstrengungen würden wir eines Tages mit fertig entwickelten amerikanischen Systemen konfrontiert werden, auf deren Erforschung wir keinen Einfluß hätten nehmen können und für die man von uns einen hohen Preis verlangen werde. Durch eine Beteiligung in einem frühen Stadium könnten wir hingegen Einfluß auf die technische Entwicklung nehmen und gleichzeitig politisches Kapital heraus schlagen.

## II. Auswirkungen auf das Bündnis

Herausgearbeitet wurden in der Diskussion unterschiedliche Interessenlagen der europäischen Verbündeten gegenüber einer Verteidigungsinitiative (Rake-

ten; Cruise Missiles). Objektiv bedroht seien alle europäischen Bündnispartner durch das sowjetische Waffenpotential. Als Nuklearmächte würden Frankreich und Großbritannien jedoch der Stärkung der Penetrationsfähigkeit ihres Kernwaffenpotentials größere Priorität geben. Eine andere Einschätzung gelte für Länder ohne Nuklearwaffen, wie z. B. Niederlande und Norwegen. Großbritannien und Frankreich würden prioritär versuchen, mit den Vereinigten Staaten zu Absprachen zur Sicherung der Wirkung ihrer nuklearen Abschreckungswirkung zu gelangen. Botschafter Wieck unterstrich die Notwendigkeit einer bündnispolitischen Mitgestaltung derartiger Abwehrbemühungen<sup>8</sup> durch die europäischen Partner.

Bedenken wurden dahingehend geäußert, daß zwar die Vereinigten Staaten jede Anstrengung für eine europäische Verteidigungsinitiative begrüßen würden<sup>9</sup>; unter den europäischen Verbündeten werde das Bedrohungsempfinden jedoch unterschiedlich sein. Die Bundesrepublik Deutschland dürfe hier keinesfalls in eine Singularisierung hineingeraten.

Botschafter Wieck stellte klar, daß er nicht von einer Führungsrolle der Bundesrepublik Deutschland gesprochen habe, wohl aber von einer Mitgestaltung. Er befürworte ein behutsames Vorgehen, aber ein Schritt müsse einmal gemacht werden. Ein solcher sondierender Schritt müßte zunächst mit den USA erörtert und dann mit den europäischen Verbündeten besprochen werden, die von der Bedrohung in Zentraleuropa besonders betroffen seien. Da der Schwerpunkt dieser Initiative auf konventioneller Seite liegen werde, würden alle hiervon betroffen, die an konventioneller Verteidigung interessiert seien, so daß die Niederlande und Italien sich ohne Zweifel anschließen würden.

Zweifel wurden geäußert, ob die Stationierung von Cruise Missiles in Europa fortgesetzt werden könne, falls eine Forschung über Abwehrwaffen eingeleitet werde. Es sei schwer, sich vorzustellen, daß es leichtfallen werde, die europäische Bereitschaft zu hohen finanziellen Ausgaben in militärischen Bereichen nach der Diskussion über den Doppelbeschluß<sup>10</sup> in der Mehrzahl der europäischen Staaten zu wecken.

Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß sich die Beschaffungsfragen erst in den 90er Jahren stellen würden, zu einem Zeitpunkt, zu dem das INF-Thema nicht mehr aktuell sein werde. Für den Beginn der Forschung seien lediglich begrenzte Mittel notwendig. Zudem handele es sich um eine Forschung, die uns ins Haus stehe. Die Notwendigkeit der Verbesserung der konventionellen Verteidigung sei fast überall unbestritten.

Für den Fall, daß die Forschung von Abwehrsystemen gegen Raketen kurzer Reichweite und Cruise Missiles auf die Tagesordnung der NATO gesetzt werde, müsse auch mit dem Argument gerechnet werden, daß es sinnvoller sei, sich

<sup>8</sup> Die Wörter „bündnispolitischen Mitgestaltung derartiger Abwehrbemühungen“ wurden von Staatssekretär Ruhfus hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>9</sup> Zur amerikanischen Haltung gegenüber einer Europäischen Verteidigungsinitiative vgl. Dok. 174, Anm. 19.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

auf rüstungskontrollpolitische Lösungen der anstehenden Probleme zu konzentrieren. Eine derartige Argumentation sei von den Niederlanden zu erwarten.

Botschafter Wieck hielt diesen Bedenken entgegen, daß der Versuch dennoch bündnispolitisch notwendig sei. Letztlich handele es sich um die Frage, ob die europäischen Verbündeten sich hier eine politische Mitgestaltung sichern wollen, die bündnispolitisch positiv zu bewerten sei.

Die Frage, ob es wegen der offenen bündnispolitischen Ausgangslage für uns nicht vorteilhafter sei, uns eigener Aktivitäten zu enthalten und ggfs. auf ein rüstungskontrollpolitisches Einlenken der Sowjetunion zu hoffen, wurde wie folgt diskutiert:

Gegen eine deutsch-amerikanische Initiative spräche neben den oben angeführten Bedenken insbesondere die Zurückhaltung unserer wichtigsten Bündnispartner F und GB gegenüber einer Beteiligung.

Für ein aktives Vorgehen spräche, daß wir unsere Glaubwürdigkeit gegenüber einer bestimmten Verschiebung der Bedrohung demonstrieren und unsere Gestaltungsmöglichkeiten im Bündnis ausschöpfen könnten. Auch dürften wir uns durch die Haltung von F und GB, die aus ihrer Interessenlage sicherheitspolitisch auf bestimmte Optionen festgelegt seien, nicht daran hindern lassen, das für uns als richtig erkannte zu tun, zumal F und GB sich einer von anderer Seite eingeleiteten Initiative letztlich wahrscheinlich nicht verschließen würden.

Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß unser Entscheidungsspielraum in dieser Frage angesichts der zu erwartenden amerikanischen Entwicklungen in diesem Bereich immer kleiner werde.

Einigkeit bestand darüber, daß es unser intensives Bestreben sein müsse, ein solches Projekt bündnispolitisch auf die breitestmögliche Basis zu stellen.

### III. Ostpolitische Implikationen

Die Kritik der Sowjetunion an einem europäischen Verteidigungssystem würde voraussichtlich differenzierter und anders ausfallen als die an SDI. Sie hätte zu berücksichtigen, daß ein europäisches Raketenabwehrsystem bodengestützt sein würde, sowjetisches Territorium nicht erreichen und der SU keinen Grund für eine Behauptung geben könnte, es gäbe Europa die Möglichkeit einer Erstschlagkapazität. Dennoch würde die SU auf eine Akkumulation von SDI und eine zusätzliche Verstärkung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses durch eine europäische Komponente propagandistisch mit Schärfe reagieren. Auch seien Belastungen des bilateralen Verhältnisses ähnlich denen im Zusammenhang mit der INF-Stationierung zu erwarten. Darüber hinaus stehe zu befürchten, daß Verteidigungsanstrengungen im Bereich der ballistischen Raketen kürzerer Reichweite in Ergänzung der SDI-Philosophie als Ausdruck eines neuen Bedrohungsempfindens aufgefaßt werden könnten, das der SU die Möglichkeit geben würde, es propagandistisch als Widerspruch zum Entspannungsprozeß auszunutzen. Zukünftige Kooperationsmöglichkeiten könnten dadurch in Frage gestellt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland würde mit großer Wahrscheinlichkeit im Mittelpunkt der sowjetischen Kritik stehen.

Gegen diese Bedenken wurde eingewandt, daß sich die mutmaßlichen sowjetischen Reaktionen von den auch sonst üblichen nicht unterscheiden würden, es

sei denn, sie zielten darauf ab, uns als quasi strategische Macht abzustempeln. Diese Kritik könnte aber nicht greifen, weil mit einer europäischen Raketenabwehr kein strategisches Abwehrsystem beabsichtigt sei.

#### IV. Verhältnis zur SDI-Forschung und ABM-Verträglichkeit

Es wurde festgestellt, daß die Erforschung eines bodengestützten europäischen Verteidigungssystems zahlreiche Gebiete einbeziehen müßte, die auch für die SDI-Forschung relevant sind (Grundlagenforschung, Informations- und Datenverarbeitung, Kommunikationstechnik, Raketenentwicklung, Beschleunigungstechnik, Lasertechnologie zur Bekämpfung und Messung, Radar). Wenn sich auch das Anforderungsprofil in einigen Punkten erheblich unterscheidet, gebe es – insbesondere in der Forschungsphase – erhebliche Überschneidungen bzw. Identitäten. Ein europaspezifisches Verteidigungssystem wäre wegen der geringeren Entfernungen in vielen Bereichen sogar schwieriger zu realisieren. (Amerikanische Äußerungen zu dieser Frage seien nicht widerspruchsfrei.)

Die Nähe zur SDI-Forschung werde deren Attraktivität für die europäische Industrie bzw. Forschungsinstitute erhöhen.

Als problematisch – insbesondere im Hinblick auf die zu erwartende sowjetische Kritik – wurde angesichts der Überschneidungen die Frage der ABM-Verträglichkeit evtl. europäisch-amerikanischer Forschungen bezeichnet. Ein ABM-konformes Vorgehen wurde indessen für möglich gehalten und sei unverzichtbar.

Dauer der Besprechung ca. 3 1/2 Stunden.

Bertram

VS-Bd. 12065 (201)

## 218

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup

210-303.B-1003/85 VS-vertraulich

7. August 1985<sup>1</sup>

Herrn D2<sup>2</sup>

Betr.: Ihr Gespräch mit dem US-Gesandten Dobbins am 7.8.1985

hier: Direktkontakte des Senats mit der DDR in Sachen 750-Jahrfeier

1) Wie wir am 6.8. in der Bonner Vierergruppe erfuhren, wird Sie Gesandter Dobbins im heutigen Gespräch auf die direkten Kontakte zwischen dem Senat und der DDR zur Vorbereitung der 750-Jahrfeier Berlins<sup>3</sup> ansprechen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup informierte am 15. Mai 1985: „1987 werden 750 Jahre



2) In der Bonner Vierergruppe erklärten uns die Drei Mächte am 6.8. erneut ihren Unmut über die Gesprächskontakte zwischen dem Chef der Senatskanzlei, Stronk, und dem Staatssekretär im Kultusministerium der DDR, Löffler.<sup>4</sup> Derartige Gespräche seien nicht geeignet, die westliche Auffassung zum Status Berlins zu stützen, leisteten vielmehr der östlichen These von der selbständigen Einheit Westberlins Vorschub. In bilateralen Gesprächen hatten die alliierten Vertreter uns ihren Eindruck erkennen lassen, der Senat handele ohne die erforderliche Abstimmung mit ihnen und ohne Rücksicht auf alliierte Bedenken.

3) Die pointierte alliierte Reaktion muß vor dem Hintergrund des Treffens des Regierenden Bürgermeisters von Weizsäcker mit GS Honecker in Ostberlin (September 1983) gesehen werden.<sup>5</sup> Die Drei Mächte waren damals lediglich kurz vor dem Termin von dem Besuch unterrichtet worden. Eine sorgfältige Prüfung der Statusfragen<sup>6</sup> durch ihre Bonner Botschaften hatte daher nicht mehr stattfinden können. Nur das Ansehen des Regierenden Bürgermeisters und seine absehbare Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten<sup>7</sup> hatten die Alliierten seinerzeit abgehalten einzugreifen. Bei dieser Begegnung des RBM mit Honecker waren „Kontakte und gegenseitige Informationen“ von StS Löffler und dem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1128*

seit der ersten urkundlichen Erwähnung Berlins vergangen sein. Berlin (West) und Berlin (Ost) werden dieses Jubiläum mit getrennten, sich über das ganze Jahr erstreckenden Feiern begehen. Verantwortlich für die Feier in Berlin (West) ist der Senat von Berlin. [...] Die Feiern in Berlin (Ost) werden von der Regierung der DDR organisiert. Vorsitzender des ‚Komitees der Deutschen Demokratischen Republik zum 750-jährigen Bestehen von Berlin‘ ist GS Honecker. [...] Die Drei Mächte haben inzwischen eigene Beauftragte für die 750-Jahr-Feier ernannt.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 139170.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 17. Juli 1985 für Staatssekretär Meyer-Landrut: „Wie wir aus der L[andes]v[er]tretung Berlin erfahren, wird Sie Senator Scholz auf die beiden Begegnungen ansprechen, die zwischen dem Chef der Senatskanzlei, Stronk, und dem Staatssekretär im DDR-Kulturministerium, Löffler, in Sachen 750-Jahrfeier in jüngster Zeit (zuletzt am 28.6.85 in Berlin (West)) stattgefunden haben. Die Alliierten haben hierauf unter Statusgesichtspunkten (staatliche Beziehungen zwischen den Westsektoren Berlins und Stellen der DDR?) sehr sensibel reagiert und sowohl in Berlin wie auch in der Bonner Vierergruppe den Senat in deutlicher Sprache an die Probleme der Statuswahrung bei diesen Kontakten erinnert.“ Vgl. VS-Bd. 13419 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, berichtete am 16. September 1983, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, habe ihn über sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 15. September 1983 in Schloß Niederschönhausen in Ost-Berlin informiert. Weizsäcker habe Honecker „nachdrücklich darauf hingewiesen, daß der im Vier-Mächte-Abkommen festgeschriebene Status von Berlin durch die Begegnung in keiner Weise tangiert werden könne und nicht der Versuch gemacht werden dürfe, den Status in irgendeiner Weise zu verändern.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 1364; VS-Bd. 14112 (010); B 150, Aktenkopien 1983. Zu dem Gespräch vgl. auch KOALITION DER VERNUNFT, S. 186–200.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup hielt am 22. September 1983 fest, daß er von einem Mitarbeiter der amerikanischen Botschaft auf das „Befremden“ der Drei Mächte über das Treffen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, angesprochen worden sei: „Auf amerikanischer Seite frage man sich, ob sich hier eine Tendenz anzeige, die Alliierten gegenüber der östlichen Seite ins Gefecht zu schicken, wenn man dies für angezeigt halte, sie aber nur ungenügend zu beteiligen, wenn man glaube, daß sie nur unbequem sein könnten.“ Vgl. VS-Bd. 13349 (210); B 150, Aktenkopien 1983. Der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, bezeichnete am 2. November 1983 gegenüber Botschafter Ruhfus, London, das Vorgehen Weizäckers als „slightly curious behaviour“ und „not wise“, auch wenn man eine öffentliche Diskussion darüber vermeiden wolle. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1826 vom 3. November 1983, VS-Bd. 13360 (210); B 150, Aktenkopien 1983.

<sup>7</sup> Die Bundesversammlung wählte am 23. Mai 1984 Richard Freiherr von Weizsäcker zum Bundespräsidenten.

damaligen Senatsdirektor beim Kultursenator, Fest, betreffend die jeweiligen Planungen zur 750-Jahrfeier vereinbart worden. Schon damals hatten sich die Alliierten zu derartigen Kontakten auf staatlicher Ebene kritisch geäußert.

4) Nach einem Gespräch des RBM<sup>8</sup> mit den drei alliierten Gesandten in Berlin<sup>9</sup> am 3. Mai 1985 war SD<sup>10</sup> Stronk davon ausgegangen, daß weitere Kontakte mit dem DDR-StS Löffler von den Alliierten gebilligt würden, während diese weiteren Konsultationen in dieser Frage entgegensahen. Seitdem gibt es neue Irritationen auf beiden Seiten. Senator Scholz bat uns am 17.7., in einem Gespräch des Staatssekretärs<sup>11</sup> mit den drei Botschaftern<sup>12</sup> für die Fortsetzung der Senatskontakte mit der DDR zur 750-Jahrfeier zu werben.<sup>13</sup> Es bestünden Aussichten, daß es in ihrem Ergebnis über einen reinen Informationsaustausch hinaus Ansätze zu einer Abstimmung der Planungen und gegenseitigen Einladungen gebe. In der Bonner Vierergruppe besteht Einverständnis, das Thema bei dem nächsten Mittagessen des Staatssekretärs mit den drei Botschaftern anzusprechen.<sup>14</sup>

5) Gegenüber den alliierten Status-Bedenken haben wir bisher auf folgender Linie argumentiert:

Wir haben ein grundlegendes deutschland- und berlinpolitisches Interesse, den Absichten der DDR entgegenzuwirken, nur einen Teil Berlins und nur einen Teil der Berliner Geschichte in der 750-Jahrfeier zu berücksichtigen. Wir begrüßen daher die Bemühungen des Senats, nach Möglichkeiten zu suchen, mit dem Ostteil der Stadt bei den Feierlichkeiten zu kooperieren. Dabei ist es ein „fact of life“, daß dies auf seiten der DDR in staatlicher Hand betrieben wird, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Vertreter beider Seiten in ihrer besonderen Eigenschaft als Beauftragte für die 750-Jahrfeier sprechen.

Wir teilen die besorgte Aufmerksamkeit der Alliierten, mit diesen Gesprächen nicht der These von staatlichen Beziehungen zwischen dem Senat und der DDR Vorschub zu leisten. Solange aber technische Fragen im Zusammenhang mit der Gestaltung der Feierlichkeiten besprochen werden, sehen wir hierfür ein

<sup>8</sup> Eberhard Dieppen.

<sup>9</sup> Henri Dumont (Frankreich), Nelson C. Ledsky (USA) und Roland Smith (Großbritannien).

<sup>10</sup> Senatsdirektor.

<sup>11</sup> Andreas Meyer-Landrut.

<sup>12</sup> Julian Bullard (Großbritannien), Arthur F. Burns (USA) und Jacques Morizet (Frankreich).

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterheld hielt am 18. Juli 1985 fest, der Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Scholz, habe ausgeführt, „die bisherigen Kontakte zwischen S[enats]D[irektor] Stronk und StS Löffler erlaubten eine gewisse Hoffnung, daß sie über gegenseitige Informationen über die jeweiligen Planungen hinaus zu Ansätzen einer Kooperation führen könnten, was für die 750-Jahrfeier und darüber hinaus für unsere Bestrebungen, die verbindenden Elemente zwischen beiden Teilen Berlins herauszuarbeiten, ein großer Gewinn wäre.“ Oesterheld teilte weiter mit, er habe mit Scholz verabredet, „die Kontakte zwischen Senat und DDR zur 750-Jahrfeier Berlins [...] gegenüber den Drei Mächten in Bonn allein mit Bezug auf dieses Ereignis, auf seine Bedeutung und den möglichen Gewinn für den Zusammenhalt Berlins“ darzustellen, da eine allgemeine Erörterung „weniger erfolgversprechend“ sei. Vgl. VS-Bd. 13419 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Referat 210 notierte am 19. August 1985, es sei vorgesehen, „daß StS Meyer-Landrut das nach der Sommerpause erste regelmäßige Mittagessen mit den drei Botschaftern benutzt, von uns aus das Thema aufzugreifen. Nach Abstimmung mit Berlin wird er voraussichtlich ihnen erklären, daß weitere Kontakte zwischen Senat und der DDR zur 750-Jahrfeier notwendig sind, daß sie aber im Thema streng begrenzt und verstärkt auf Expertenebene fortgesetzt werden.“ Vgl. VS-Bd. 13419 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

begrenztes Risiko. Klar muß aber sein, daß die Kontakte auf den Anlaß und auf die erklärten Zwecke begrenzt bleiben. Um hierin auch weiterhin die geforderte Balance zu halten, sehen auch wir mit den Alliierten die Notwendigkeit laufender und enger Abstimmung mit ihnen. Wir wissen, daß der Chef der Senatskanzlei, SD Stronk, ebenso denkt. Es sollte aus unserer Sicht geprüft werden, die weiteren Gespräche mit der DDR auf Expertenebene zu führen, sobald die Möglichkeiten der Abstimmung und Kooperation zur Vorbereitung der Feiern im wesentlichen ausgelotet sind.<sup>15</sup>

Kastrup<sup>16</sup>

VS-Bd. 13419 (210)

## 219

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

210-366.11-1009/85 geheim

8. August 1985<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Live Oak

hier: Überprüfung der Krisenpläne

1 Anlage (nur beim Original)<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des unter III vorgesehenen Vorgehens

I. Sachstand

1) Live Oak ist das für die militärische Krisenfallplanung für Berlin zuständige

<sup>15</sup> Am 7. August 1985 übergab der amerikanische Gesandte Dobbins Ministerialdirektor Edler von Braunmühl ein Non-paper. Darin hieß es: „The development of contacts can erode the visibility and political credibility of the Allied view of the status of the Eastern sector of Berlin. It can be used by the GDR to support its long-term aim, supported by the East bloc, of achieving a full and recognized absorption of the Sector into the GDR and to promote treatment of the Western sectors as an independent political entity. Such erosion could over time seriously weaken the Allied legal position over the status of Greater Berlin and in relation to Germany as a whole. [...] We believe this issue requires the fullest consideration and exchange of information. This has not occurred so far. Continued uncoordinated actions could lead to a dispute between the Allies and the Senat. We wish to avoid the development of friction over this issue, which would be damaging to all our interests, especially if it became public.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139170.

<sup>16</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Berg konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 9. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Meyer-Landrut nach Rückkehr verfügte.

Hat Meyer-Landrut am 19. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oesterheld an Referat 210 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Erbitte Info-Vorlage für BM“.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6.

Gremium mit Sitz in Mons/Belgien, in dem die Drei Mächte zusammen mit einem deutschen Verbindungsstab über die Sicherstellung des alliierten Zugangs nach Berlin wachen.

General Rogers hatte in seiner Eigenschaft als Kommandeur von Live Oak im Frühjahr 1983 die Überprüfung der Live-Oak-Eventualfallplanung, die in den Jahren zwischen 1959 und 1962 erarbeitet worden war, angeregt.<sup>4</sup> Im Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte um den NATO-Doppelbeschluß<sup>5</sup> hielten die Alliierten ebenso wie wir wegen nicht auszuschließender Indiskretionen den Zeitpunkt nicht für opportun. Nach Abstimmung in der Bonner Vierergruppe teilte deshalb der damalige Assistant Secretary Burt mit Schreiben vom Oktober 1983 General Rogers mit, daß angesichts des politischen Klimas Live Oak sich zunächst in einem ersten – internen – Schritt auf die Erstellung eines „Inventars“ der bisher geplanten Maßnahmen und ihrer denkbaren Modifizierungen beschränken solle.

Im Juni 1984 legte Live Oak dieses „Inventory“ mit 32 Empfehlungen zur Verbesserung der Live-Oak-Planung vor. Hierauf erhielt Live Oak im Oktober 1984 das politische Mandat, auf der Grundlage der Vorschläge des „Inventory“ die Revision der Krisenfallplanung in dem Verständnis fortzuführen, daß die Überprüfung nur schrittweise geschieht, um den Eindruck zu vermeiden, die Lage um Berlin habe sich verschlechtert, und daß die Grundlagendokumente für Live Oak nicht berührt werden, um sicherzustellen, daß die Drei-Mächte-Verantwortung für Berlin uneingeschränkt erhalten bleibt.

2) Entsprechend der vereinbarten stufenweisen Überprüfung der Live-Oak-Pläne hat General Rogers nunmehr dem Generalinspekteur der Bundeswehr, General Altenburg, ein erstes „Paket“ von Vorschlägen für Maßnahmen bei einer Behinderung alliierten Zugangs nach Berlin vorgelegt (Anlage 1<sup>6</sup>). Hierzu soll der Generalinspekteur bis zum 14.8.1985 Stellung nehmen. Die Chefs der Verteidigungsstäbe in den alliierten Verteidigungsministerien<sup>7</sup> sind ebenfalls zur Stellungnahme aufgefordert. Erst danach sollen die Vierergruppe und die Washington Ambassadorial Group (WAG) mit diesem Vorschlagspaket befaßt werden. Die Billigung der in der Bundesrepublik stationierten alliierten Streitkräfte und der Berliner Stadtkommandanten<sup>8</sup> zu dem Paket liegt bereits vor.

Das BMVg hat uns diesen ersten Maßnahmenkatalog zugeleitet, um schon in diesem Stadium die Haltung des Auswärtigen Amts in die Stellungnahme von General Altenburg aufnehmen zu können.

3) Der jetzt übersandte Entwurf des „Package 1“ der überarbeiteten Live-Oak-Pläne für Boden- und Luftoperationen enthält neben den schon bisher gültigen sogenannten „Quiet Preliminary and Precautionary Military Measures“, die vor

<sup>4</sup> Zu der Initiative des Befehlshabers Live Oak, Rogers, zur Aktualisierung der militärischen Eventualfallplanungen der Drei Mächte für Berlin vgl. AAPD 1983, II, Dok. 260.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Befehlshabers Live Oak, Rogers, vom 10. Juli 1985 an Generalinspekteur Altenburg und die beigelegte Zusammenfassung der Vorschläge vom 20. Juni 1985 vgl. VS-Bd. 13426 (210).

<sup>7</sup> Edwin Bramall (Großbritannien), William J. Crowe, jr. (USA), Jean Saulnier (Frankreich).

<sup>8</sup> Paul Cavarrot (Frankreich), Bernard Gordon-Lennox (Großbritannien) und John H. Mitchell (USA).

einer Zugangssperrung zu ergreifen wären, eine Anzahl neuer Optionen – „low level measures“ –, die im Falle drohender oder akuter Behinderung des Zugangs nach Berlin vollzogen werden könnten.

Zum ersten Mal sind für diesen Krisenfall auch Live-Oak-Maßnahmen in der Luft – etwa koordinierte Militärflüge in den Korridoren – vorgesehen. Bei den Maßnahmen zu Lande wird das Spektrum möglicher Schritte erheblich erweitert (bis zum demonstrativen Auffahren von Panzern in den Bereichen der Check-points Alpha und Bravo). Live Oak will damit ein differenzierendes, aber schon im Vorfeld der Zugangssperrung weitergehendes Instrumentarium erhalten, um gegenüber der östlichen Seite alliierte Entschlossenheit angemessen deutlich zu machen.

Auch für die jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen bleibt es dabei, sie erst durch eine politische Entscheidung zu implementieren; der „politische Genehmigungsvorbehalt“ ist also gewahrt.

Neu ist dagegen, daß die „low level measures“ von Live Oak zu koordinieren sind, was zu einer Erweiterung der Befugnisse des Commanders Live Oak führen wird.<sup>9</sup>

## II. Bewertung

1) Die vorgeschlagenen Maßnahmen erweitern die mögliche Handlungsbreite von Live Oak. Diese Entwicklung war mit der politischen Zustimmung zu einer Überprüfung, Aktualisierung und Differenzierung der Live-Oak-Pläne vorgegeben. Das erweiterte Live-Oak-Instrumentarium liegt jedoch in unserem Interesse, schon im Vorfeld einer tatsächlichen Sperrung der Zugangswege auf östliche Störungen nuanciert – in Entsprechung der denkbaren diplomatischen Schritte – mit einer Palette von eskalierenden militärischen Maßnahmen „short of force“ effektiv reagieren zu können.

2) Nach der noch gültigen Planung sind die sogenannten „Quiet Preliminary and Precautionary Measures“ national zu vollziehen, Live-Oak-Koordinierungsbefugnisse entstehen erst mit der Sperrung des Zugangs. Die zeitliche Vorverlagerung der Koordinierungskompetenz des Commanders Live Oak für die neuen „low level measures“ trägt aber dem Wunsch nach einer verbesserten Wirksamkeit der Maßnahmen und nach einer stärkeren, weil von einer Drei-Mächte-Organisation getragenen Signalwirkung nach außen Rechnung. Die maßgeblichen militärischen Stellen der Alliierten in Deutschland, wie auch der deutsche Verbindungsoffizier bei Live Oak, befürworten das. Zwar ist nicht auszuschließen, daß mit der neuen Planung die unterstützende Rolle der Bundeswehr de facto an Gewicht gewinnt. Sie bleibt aber, wie es auch dem Status der deutschen Delegation bei Live Oak als Verbindungsstab entspricht, auf logistische Funktionen beschränkt und wird auch in Zukunft in einer Zugangs-krise nicht mit der östlichen Seite konfrontiert werden.

<sup>9</sup> Zu Überlegungen über eine Änderung der Befugnisse des Befehlshabers Live Oak teilte Ministerialdirigent Schauer der Botschaft in Washington am 11. Oktober 1984 mit, eine Stellungnahme werde „erst dann für sinnvoll gehalten, wenn die Ergebnisse der Überprüfung der Live-Oak-Planungen vorliegen. Nur zur internen Information: Wir vermuten, daß General Rogers langfristig eine Ausdehnung der Kompetenzen von Commander Live Oak anstrebt, der wir mit Zurückhaltung beggennen.“ Vgl. Drahterlaß Nr. 938, VS-Bd. 12317 (201); B 150, Aktenkopien 1984.

## III. Votum

Es wird um Zustimmung gebeten, daß wir dem BMVg mitteilen<sup>10</sup>, das Auswärtiges Amt erhebe vorbehaltlich einer Befassung der Bonner Vierergruppe und der WAG sowie vorbehaltlich der Befassung der politischen Ebene<sup>11</sup> keine Bedenken gegen Package 1 des Live-Oak-Review.

Braunmühl

VS-Bd. 13426 (210)

## 220

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram**

201-363.52-1245/85 VS-vertraulich

8. August 1985<sup>1</sup>

Betr.: Lagerung binärer chemischer Waffen (CW) in der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Besprechung bei Herrn StS Ruhfus am 2.8.1985

Eingangs der Besprechung entwickelte General Hüttel unterschiedliche Optionen für mögliche deutsche Reaktionen auf die amerikanische Absicht, binäre CW zu produzieren.<sup>2</sup> Er ging aus von der Überlegung, daß der Bedarf an CW durch die gültige Strategie der flexiblen Erwidern<sup>3</sup> festgelegt sei. CW habe hier eine sehr beschränkte Rolle. Sie wirke abschreckend auf die andere Seite durch ihren möglichen Einsatz als Repressalie. Dies stelle das Bündnis jedes Jahr als geltende Auffassung fest. Wenn dies aber eine der entscheidenden Rahmenbedingungen sei, dann läge es in der Logik der Entwicklung, daß wir

1) die bei uns gelagerten CW hierbehielten und sie lediglich gegen sichere binäre CW austauschen würden. Die bei uns gelagerten CW seien zwar sicher, sie veralten jedoch und können dadurch weniger sicher werden. Auch seien binäre CW transportsicherer.

2) Wir seien aber primär an einer Abschiebung der bei uns gelagerten CW interessiert, um die Gefährdung durch dieses Potential zu reduzieren. Man könnte deshalb auch an einen Deal mit den Amerikanern denken: Wir unterstützen die amerikanische Produktionsentscheidung für binäre CW und verlangten, daß mit Beginn der Produktion die bei uns lagernden CW abgezogen würden.

<sup>10</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat von Berg handschriftlich: „Geschehen telefonisch gegenüber Fregattenkapitän Hammer.“

<sup>11</sup> Der Passus „sowie ... Ebene“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Staatssekretär Ruhfus hob diesen Passus hervor und vermerkte handschriftlich: „[richtig]“.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 8. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu amerikanischen Absichten zur Produktion von binären chemischen Waffen vgl. Dok. 201, Anm. 4.

<sup>3</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

StS Rühl erläuterte zur Position von General Rogers, daß dieser ein aktiver Verfechter der Option binärer CW sei und dies nicht nur im Sinne einer strikten Repressalie im engeren Sinne, sondern – zwar noch als Repressalie – als Gegendrohungspotential. Er sehe sie in einem taktisch operativen Zusammenhang. Sie solle dem Warschauer Pakt die Option nehmen, durch den Einsatz eigener CW unsere militärischen Objekte (z.B. Flugplätze, Radar, Fernmeldeanlagen, Depots usw.) sowie militärische Bewegungen im Konfliktfalle zu bedrohen.

General Hüttel wies ergänzend darauf hin, daß der Warschauer Pakt die Fähigkeit habe, unsere Truppen mit dem ersten Schuß unter die ABC-Maske zu zwingen. General Rogers Besorgnis liege darin, daß er voraussetzen und annehmen müsse, die Sowjetunion werde CW über verschiedene Reichweiten systematisch gegen ausgesuchte Objekte und insbesondere gegen solche Ziele einsetzen, die für die Russen die Inhibierung (Verzögerung) unserer taktischen Luftangriffsfähigkeit und möglicher TNF zum Zwecke hätten. Dies trage General Rogers immer wieder vor. Er habe dies auch im letzten WINTEX gespielt.<sup>4</sup> Der Einsatz auch nur sehr begrenzter chemischer Kampfführung durch den Warschauer Pakt bedeute schon, daß wir die ABC-Schutzausrüstung anlegen müßten. Damit werde die Kampfkraft unserer Truppen im Felde wesentlich verringert. Der Warschauer Pakt habe somit eine doppelte Option: Hinderung unserer Kampfkraft sowie den Vorteil für die eigenen Luftstreitkräfte in den kritischen ersten Stunden durch die Belegung unserer Flugplätze mit chemischer Munition. Es werde Zeit kosten, bis unsere Flugplätze dann wieder einsatzfähig seien. CW sei für General Rogers also nicht nur eine Frage der Repressalie, sondern der Äquivalenz der Optionen. Ohne diese werde er gezwungen sein zu einem frühen Rückgriff auf Kernwaffen. Er werde dann aus anderen als wirklich strategischen Gründen zum Kernwaffeneinsatz gezwungen.

StS Rühl stellte zur Haltung anderer NATO-Länder zu binären CW fest:

Vom Oberkommandierenden der britischen Rheinarmee<sup>5</sup> sowie auch aus dem britischen Verteidigungsministerium sei auf ein britisches Interesse zu schließen, binäre CW zur Stärkung der Verteidigung und als Gegenschlag-Option zu benutzen, möglicherweise auch britische binäre CW herzustellen und ggfs. bei den britischen Truppen in der Bundesrepublik Deutschland zu lagern. Diese Vorstellungen seien allerdings noch weniger formuliert als bei General Rogers, die Zeichen seien aber gesetzt. Die britische Premierministerin<sup>6</sup> habe sich mit diesen Fragen anscheinend auch schon beschäftigt.

Frankreich: Hier habe man über binäre CW bislang nichts gehört. Frankreich habe alte CW-Bestände, interessiere sich für binäre CW. Es gebe aber bislang kein Signal.

Dg20<sup>7</sup> griff die Möglichkeit des von General Hüttel eingangs erwähnten Deals auf. Er fragte, ob es aus unserer Sicht nicht besser sei, auf den Zeitablauf zu set-

<sup>4</sup> Zur NATO-Übung „WINTEX-CIMEX 85“ vom 26. Februar bis 13. März 1985 vgl. Dok. 73.

<sup>5</sup> Martin Farndale.

<sup>6</sup> Margaret Thatcher.

<sup>7</sup> Hans Schauer.

zen. Auch SACEUR wolle die alten CW loswerden. Das könne aber noch Jahre dauern, bis die bei uns gelagerten CW vernichtet werden können. D2A i. V.<sup>8</sup> warf ein: zehn Jahre. Dg 20 verwies darauf, daß sich gegenwärtig ein ungewisses Szenario darstelle. Es gebe bislang keinen verbindlichen Beschluß in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Administration zeige sich allerdings sehr eifrig. Dg 20 verneinte die Möglichkeit, ihr entgegenzukommen. Es sei besser, darauf zu warten, daß die Amerikaner (auch SACEUR) auf uns zukämen. An dieser letzteren Möglichkeit seien wir aus mehreren Gründen interessiert (anhängiges Verfassungsverfahren<sup>9</sup>; generelle Abneigung gegen CW in der Bundesrepublik Deutschland; innenpolitische Stimmung bei uns).

StS Rühl stellte fest, daß es für uns eine Reihe von Optionen gäbe: Lagerung der binären CW in den USA und Lufttransport nach hier. Man könne die CW auch in England lassen oder anderen europäischen Ländern (keine Singularisierung von D). Man könne einen zeitlichen Rahmen aufstellen und auf ein sowjetisches Entgegenkommen warten. Wir müßten uns deshalb genau überlegen, was in unserem Interesse liege.

StS Rühl stellte fest, daß die Amerikaner ihre binären CW nur unter bestimmten contingencies zu den amerikanischen Truppen nach Europa bringen wollten. Das bedeute, daß wie beim Doppelbeschluß<sup>10</sup> die Stationierungsgebiete, in denen die amerikanischen Kräfte stehen, die Depotgebiete für die binären CW würden. Man werde wenig andere Gebiete gewinnen können als dort, wo die Waffen ständen. Einige würden dann vielleicht in Großbritannien stehen. Man könne auch sagen, sie könnten im Krisenfall auf amerikanischen Kriegsschiffen lagern und mit Hubschraubern abgeholt werden. Aber dies sei keine sehr sichere Möglichkeit. Sicher sei, daß der amerikanische Kongreß sich auf sehr komplizierte und riskante Lösungen nicht einlassen werde, daß Verteidigungsminister Weinberger deshalb auch Zusicherungen auf festem Boden brauche. In Belgien und den Niederlanden gebe es keine amerikanischen Luftstreitkräfte. Die stationäre Infrastruktur für CW sei überwiegend in der Bundesrepublik Deutschland, u. U. in Italien und Griechenland und eventuell der Türkei. Darauf könnte man realistischerweise hinwirken. Selbstverständlich könnte man auch sagen, es gebe auch amerikanische Luftstreitkräfte in Spanien. Dies wird aber vermutlich nicht praktikabel werden. Am Ende aller Optionen werde das Bundesgebiet in Mitteleuropa als das Hauptstationierungsgebiet bleiben.

Auf Frage, wer die Stationierungspläne für binäre CW mache, stellte StS Rühl fest, daß die Amerikaner selbst Planungsvorstellungen hätten, die sie uns vorlegen würden. Sie würden darüber mit uns sprechen.

StS Ruhfus stellte fest, daß es für derartige Überlegungen auf unserer Seite bislang keinen Beschluß des Bundessicherheitsrates gebe. Unsere deutsche Inter-

<sup>8</sup> Rüdiger Hartmann.

<sup>9</sup> Zur Verfassungsbeschwerde des DGB Rheinland-Pfalz vom 16. November 1982 sowie zur Organklage von SPD-Abgeordneten vom 18. Februar 1983 gegen die Bundesregierung vgl. Dok. 125, Anm. 12.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.



essenlage gehe dahin, binäre CW so spät wie möglich zu bekommen. Auf keinen Fall dürfe es eine deutsche Singularisierung geben. Bevor binäre CW zu uns kommen, müsse es einen „fugendichten“ Kontrollmechanismus über die amerikanischen Schritte geben. D2A i.V. stellte zur rüstungskontrollpolitischen Lage zu CW fest, daß die Situation in Genf (CD) festgefahren sei.<sup>11</sup> Ob es zu einem CW-Abkommen kommen werde, sei sehr ungewiß. Es gebe Schwierigkeiten mit harten amerikanischen Verifikationsforderungen. Man solle flankierende Bemühungen in Genf anstreben und den USA nahelegen, Bewegung in ihrer Verifikationshaltung zu zeigen. Rüstungskontrollaspekte sollten deshalb in zukünftige deutsche Schritte mit einbezogen werden.

Dg20 wies auf die Gefahr hin, die Triade durch CW auszuweiten.<sup>12</sup>

StS Rühl verwies darauf, daß wir uns darauf einrichten müßten, daß die Amerikaner jetzt alles mit großer Energie betreiben würden (Abshire und SACEUR). Je mehr Aktivität erzeugt werde, desto größer werde das Indiskretionsrisiko. Solange bilateral mit uns konsultiert werde, sei alles in Ordnung. Sobald es aber in den NATO-Rat komme, werde es sehr schnell in die Öffentlichkeit gelangen. Es werde dann sehr schnell Militärs in Brüssel geben, die auf binäre CW in Europa drängten, und andere, die dies den Russen zuspielen würden. Man müsse damit rechnen, daß diese Frage von der NATO-Maschinerie behandelt werde, eines Tages ins DPC und MC komme. Dann werde es nicht lange dauern, bis viele Leute es wüßten.

General Hüttel wies darauf hin, daß im DPC vor einigen Jahren die In-house Study Fragen der CW untersucht habe.<sup>13</sup> Eine Frage sei gewesen, Konsultationsrichtlinien zu entwickeln. Die Studie sei aber im Bündnis auf Wunsch der Bundesrepublik Deutschland mit Hinweis auf unsere Interessenlage (anhängiges Verfasssstreitverfahren) dilatorisch gehandhabt worden. Diese Haltung könne uns bei Wiederaufnahme der Gespräche vorgehalten werden und Schwierigkeiten bereiten.

General Hüttel stellt in anderem Zusammenhang die Frage nach einem Anreiz, den man den Amerikanern geben könne, die in der Bundesrepublik gelagerte CW schnell abzuziehen. Auch sei die Frage zu stellen, ob wir uns nicht eine Chance vergeben würden, die alten CW loszuwerden. Man müsse bedenken, wie man unsere Haltung in der Öffentlichkeit verkaufen könne. Es werde vermutlich eine reduzierte Mittelstreckendebatte geben. Die Frage unserer Haltung sei explosiv, sowohl innenpolitisch als auch ostpolitisch und im Verhältnis zu den USA. Es müsse einen schnellen Beginn mit dem Abtransport geben.

StS Rühl meinte, daß nur dies politisch möglich sei zu fordern. Die Frage werde in der Öffentlichkeit voll unter dem Gesichtspunkt Rüstungskontrolle und Abrüstung laufen.

<sup>11</sup> Zu den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 164.

<sup>12</sup> Konventionelle Waffen sowie strategische und taktische Nuklearsysteme bildeten die drei Komponenten der NATO-Verteidigungsstrategie. Für die Ausprägung dieser „Triade“ im Rahmen der „Ministerial Guidance“ von 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 123.

<sup>13</sup> Zur „In-House Study on Chemical Warfare Policy Issues“ des International Military Staff der NATO vom 9. September 1982 (Enclosure to MCM-CFC-60-82) vgl. VS-Bd. 12070 (201).

Zu den operativen Beschlüssen der Besprechung vergleiche den gesonderten Vermerk vom 2.8.1985.<sup>14</sup>

Bertram

VS-Bd. 12070 (201)

## 221

### Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal

212-341.82

12. August 1985<sup>1</sup>

Herrn Staatssekretär<sup>2</sup>

Betr.: Analyse der Reden auf dem KSZE-Jubiläumstreffen vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

#### I. Einleitung und Zusammenfassung

1) Auf dem Helsinki-Jubiläumstreffen, der dritten KSZE-Zusammenkunft auf AM-Ebene innerhalb von weniger als zwei Jahren (vornehmlich auf deutsche Initiative – wie auch die beiden vorangegangenen Treffen vom 7.–9. September 1983 in Madrid<sup>3</sup> und vom 17.–19. Januar 1984 in Stockholm bei der Eröffnung der KVAE) haben die AM der 35 KSZE-TNS<sup>4</sup> die Schlußakte von Helsinki<sup>5</sup> politisch bewertet, Bilanz von zehn Jahren KSZE-Prozeß gezogen, zu

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat Bertram resümierte die Ergebnisse der Besprechung bei Staatssekretär Ruhfus am 2. August 1985. Beschlossen worden sei erstens, daß die Botschaft in Washington sich zwar danach erkundigen solle, wie sich die amerikanische Seite den Konsultationsprozeß vorstelle, aber auch darauf hinweisen solle, daß man die angebotenen informellen Vorab-Konsultationen für verfrüht halte und von ihnen Abstand nehmen wolle. Deshalb solle auch Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), gebeten werden, „keine informellen Gespräche in dieser Sache“ mit dem amerikanischen NATO-Botschafter Abshire zu führen. Ein zweiter Beschluß betraf den Bundessicherheitsrat, der mit der Frage der binären chemischen Waffen „so früh wie möglich zu befassen“ sei. Drittens sollten das Bundesministerium der Verteidigung und das Auswärtige Amt „bereits jetzt beginnen (unter Wahrung größter Vertraulichkeit), Elemente unserer mittelfristigen Politik zur Frage einer Stationierung binärer CW zu erarbeiten“.

Zum Beschluß hinsichtlich der weiteren Konsultationen vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „BM mit dieser zurückhaltenden Linie einverstanden.“ Zu den beiden übrigen Beschlüssen vermerkte er handschriftlich: „Ja.“ Vgl. VS-Bd. 12070 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Wrede konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 12. August 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Mit dem Außenministertreffen vom 7. bis 9. September 1983 wurde die am 11. November 1980 eröffnete KSZE-Folgekonferenz in Madrid abgeschlossen.

<sup>4</sup> KSZE-Teilnehmerstaaten.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

den KSZE-Hauptbereichen Stellung genommen, Zukunftsperspektiven für die KSZE aufzuzeigen versucht sowie konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung der KSZE-Zusammenarbeit gemacht.

2) Erwartungsgemäß haben die TNS vor allem bekannte Positionen wiederholt; Unterschiede und Gegensätze in der Beurteilung durch die TNS des Westens, des Ostens und der N+N-Gruppe überraschen nicht. Bei durchgängig insgesamt sachlich differenzierten Bewertungen waren eigenständige Akzentsetzungen selten, sieht man von gelegentlichen Selbstdarstellungen und Artikulierungen spezifischer, einige TNS national interessierender Themen ab (s. u.). Der allgemeine Aufruf zu neuen Impulsen für den KSZE-Prozeß war nur von wenigen konkreten Vorschlägen (insbesondere durch Frankreich, Finnland, Polen und BM) inhaltlich etwas ausgefüllt.

Positiv sind jedoch wesentliche Übereinstimmungen unter den 35 festzustellen:

- grundlegende Bedeutung der Schlußakte von Helsinki für die West-Ost-Beziehungen;
- zurückhaltende bis negative Implementierungsbilanz (allerdings in unterschiedlichen Bereichen);
- Bekräftigung des Willens aller, den KSZE-Prozeß fortzusetzen;
- Betonung des hohen KSZE-Kooperationspotentials, insbesondere beim Korb II (Wirtschaft, Umwelt).

## II. Politische Bewertung der Schlußakte von Helsinki

1) Der Westen hat in Helsinki auf die umfassende Anwendung aller Prinzipien und Bestimmungen gedrängt, die selektive Methode des Ostens (Beschränkung auf Fragen der Sicherheit und auf Korb II) zurückgewiesen und insbesondere die notwendige Einbeziehung der Achtung der Menschenrechte (MR) in die KSZE-Fortentwicklung gefordert. US-AM Shultz widmete mehr als ein Drittel seiner Rede<sup>6</sup> Einzelfällen grober MR-Mißachtung und betonte u. a.: „Tensions will exist so long as some persist in violating the most fundamental human rights.“ Shultz unterstrich den Wert der Schlußakte als Verhaltensstandard und zusätzlich als Programm für praktische Schritte, um die darin niedergelegten Ziele und Grundsätze zu verwirklichen. – Der belgische AM Tindemans<sup>7</sup> kritisierte an den KSZE-Texten den Mangel sprachlicher Klarheit: Sie würden oft die Gegensätze hinter einem Vorhang aus Worten kaschieren.

2) Der Osten nannte die Verankerung der territorialen und politischen Realitäten (Ergebnis des Sieges über den Faschismus und der Nachkriegsentwicklung) „das Herzstück der Vereinbarungen von Helsinki“ (Schewardnadse)<sup>8</sup> und hob vor allem auf strikte Beachtung des Prinzipienkatalogs für die zwischenstaatlichen Beziehungen ab, bezeichnete dabei Prinzip VII als Frage, die die „Sphäre der Ideologie“, nicht der zwischenstaatlichen Beziehungen berühre. Er wies jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten in diesem Bereich zurück, verzichtete aber darauf, an die westliche Adresse Gegenvorwürfe zu richten.

<sup>6</sup> Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz vom 30. Juli 1985 vgl. Dok. 210, Anm. 9.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des belgischen Außenministers Tindemans am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. LA BELGIQUE ET L'ACTE FINAL D'HELSINKI 1975–1985, Brüssel 1985, S. 41–44.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 30. Juli 1985 in Helsinki vgl. SOWJETUNION HEUTE 30 (1985), Heft 9, Beilage, S. V–VII.

3) Von den N+N erinnerte Schweden daran, die Schlußakte habe die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität bestätigt; ein Hinweis auf die Klausel des friedlichen Wandels im Prinzip I fehlt. Fast alle N+N forderten ebenfalls die volle Verwirklichung aller KSZE-Bestimmungen. Die Schweiz<sup>9</sup> verwandte ein von BM bereits 1983 gebrauchtes Bild, um zu begründen, daß die Schlußakte trotz mangelhafter Erfüllung ihren Wert nicht verliere: „Man schafft das Strafgesetzbuch nicht ab, weil es vorkommt, daß Verbrechen unbestraft bleiben.“

### III. Die Bilanz von zehn Jahren KSZE-Prozeß seit 1975

1) Die westlichen Staaten haben vor allem die fortdauernden, z.T. schweren MR-Verletzungen seit der Unterzeichnung der Schlußakte moniert und u.a. die unbefriedigenden Ausreisemöglichkeiten der letzten Jahre aus Osteuropa, vor allem aus der SU kritisiert. Kanada erinnerte – ohne Namensnennung – an Afghanistan und an Polen; die Türkei griff Bulgarien namentlich wegen der Unterdrückung der türkischen Minderheit<sup>10</sup> an. – Auch bescheidene Fortschritte wurden konstatiert, z.B. bei der Familienzusammenführung, beim Tourismus, beim Kulturaustausch und beim Handel. Insgesamt jedoch ist die Bilanz aller westlichen Vertreter in Helsinki zurückhaltend bis negativ mit wenigen positiven Nuancen.

2) Der Osten zog ebenfalls eine nüchterne Bilanz (mit Hinweis auf Rückschläge). DDR-AM Fischer<sup>11</sup>: „Der mit der Schlußakte eingeschlagene Weg hat sich grundsätzlich bewährt.“ Fischer bezeichnete die Existenz zweier souveräner deutscher Staaten als unverzichtbares „Element der europäischen Friedensordnung“ (auch Honecker hatte schon früher diesen Begriff benutzt). Polnischer AM Olszowski<sup>12</sup> bewertete das Verhalten einiger NATO-Staaten gegenüber Polen als unvereinbar mit der Schlußakte und griff die USA im besonderen an. Die WP-Staaten verurteilten ferner die INF-Stationierung durch die USA und NATO, revanchistische Aktivitäten mit dem Ziel der Grenzrevision sowie Wirtschaftsanktionen. Allgemein wurde die bisherige Vernachlässigung der im Korb II enthaltenen Möglichkeiten bedauert.

3) Die N+N stimmten in ihrer Bilanz weitgehend mit der westlichen Einschätzung überein. Auch sie vermißten die Ausgewogenheit von Fortschritten in allen KSZE-Gebieten und beklagten die schweren MR-Verletzungen (ohne Namensnennung); ausführlich tat dies der Vatikan<sup>13</sup> im Blick auf die herben Einschränkungen der Religionsfreiheit. Eine Reihe von N+N (beim Westen Frankreich<sup>14</sup>, beim Osten Rumänien) erinnert in ihrer Rückschau auch an die Bedeu-

<sup>9</sup> Zur Rede des schweizerischen Bundesrats Aubert vgl. den Artikel „Sicherheit ohne Freiheit nicht denkbar“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 3. August 1985, S. 23.

<sup>10</sup> Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 104, Anm. 7.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Außenministers der DDR, Fischer, am 1. August 1985 vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 2. August 1985, S. 3.

<sup>12</sup> Für die Rede des polnischen Außenministers Olszowski am 30. Juli 1985 in Helsinki vgl. Referat 421, Bd. 140327.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Rede des Sekretärs des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, Erzbischof Silvestrini, am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. den Artikel „La libertà riconosciuta alla coscienza è un fattore di libertà per i popoli“, L'OSSERVATORE ROMANO vom 1. August 1985, S. 1 f.

<sup>14</sup> Zur Rede des französischen Außenministers Dumas vom 30. Juli 1985 vgl. Dok. 210, Anm. 20.

tung der Tatsache, daß die KSZE außerhalb der militärischen Blöcke stattfindet. Finnland<sup>15</sup> (in anderer Form Malta<sup>16</sup>) nannte zudem die KSZE ein einmaliges Forum zur Verfolgung seiner Neutralitätspolitik. – Zypern warf in scharfen Formulierungen der Türkei (ohne sie beim Namen zu nennen) Invasion und Besatzung<sup>17</sup> als flagrante Verletzung der Helsinki-Prinzipien vor.

Auf dem Jubiläumstreffen hat keiner der TNS von dem ihnen zustehenden „Recht auf Erwidern“ auf Vorwürfe anderer TNS hin Gebrauch gemacht, wie dies etwa in der öffentlichen Schlußsitzung des KSZE-Expertentreffens über Menschenrechte am 17. Juni 1985<sup>18</sup> reichlich der Fall gewesen ist.

#### IV. Stellungnahmen zu KSZE-Hauptbereichen

##### 1) Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere KVAE

Westen: Keine neuen Gesichtspunkte; angesichts der bevorstehenden nächsten KVAE-Sitzungsperiode ab 9. September 1985 hat kein TNS besondere Impulse gegeben. US-AM Shultz erinnerte an die Rede Reagans in Dublin<sup>19</sup> (Bereitschaft zur Diskussion des Gewaltverzichts) und sagte im übrigen: „We are prepared to move ahead in all areas in Stockholm.“ Frankreich, der KVAE-Initiator, forderte, daß in Stockholm vereinbarte VBMs im Verhältnis zu den Schlußakten-Bestimmungen einen wirklichen qualitativen Sprung markieren müßten. Alle westlichen Sprecher betonten, daß die KVAE integraler Bestandteil des KSZE-Prozesses sei. GB<sup>20</sup> sprach etwa allgemein von der „indivisibility“ des KSZE-Prozesses. Italien<sup>21</sup>, auch DK gingen bereits auf eine zweite KVAE-Phase ein, deren Mandat auf einem künftigen Folgetreffen (DK: bei Erfolg in Stockholm schon in Wien<sup>22</sup>) beschlossen werden sollte.

WP-Staaten: Sie wiederholten unisono ihre Aufforderung, einen Vertrag über Gewaltverzicht in Stockholm abzuschließen<sup>23</sup> und nicht nur enge technisch-mi-

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des finnischen Außenministers Väyrynen vom 1. August 1985 vgl. ULKO-POLIITTISIA LAUSUNTOJA JA ASIAKIRJOJA 1985, Helsinki 1986, S. 94–101.

<sup>16</sup> Botschafter Schmitt, Malta, informierte am 19. August 1985 über die Rede des maltesischen Außenministers Sciberras Trigona: „An die ‚aligned states‘ am Nordufer des Mittelmeeres richtete der Minister den Appell ‚not to permit foreign bases and armaments on their territories to be used against the interests of Mediterranean non-aligned states‘. Hierzu führte er aus, dieser Aufruf beabsichtige nicht, in Bündnisverpflichtungen der nördlichen Nachbarn einzugreifen. Im Gegenteil gehe es darum, zwischen diesen Verpflichtungen und den spezifisch nationalen sowie regionalen Interessen aller Mittelmeerstaaten zu unterscheiden. Diese letzten Ausführungen weichen ab von früheren Erklärungen, wonach der maltesische Außenminister und andere Regierungssprecher aufgrund der Bündnisverpflichtungen der am Nordufer des Mittelmeeres gelegenen NATO-Staaten unmittelbar die Sicherheit im Mittelmeer bedroht und den Frieden gefährdet sahen. [...] Anzumerken ist noch, daß Außenminister Trigona an keiner Stelle die Bedeutung der Menschenrechte im KSZE-Prozeß und ihre Stellung und Beachtung in Malta erwähnte.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 212, Bd. 133550.

<sup>17</sup> Zum Zypern-Konflikt vgl. Dok. 92, Anm. 16.

<sup>18</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa vgl. Dok. 168, Anm. 24.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 4. Juni 1984 vor dem irischen Parlament vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1984, S. 804–811. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 482–484 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 167.

<sup>20</sup> Für die Rede des britischen Außenministers Howe am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. Referat 421, Bd. 140327.

<sup>21</sup> Für die Rede des italienischen Außenministers Andreotti am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. Referat 421, Bd. 140327.

<sup>22</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz begann am 4. November 1986 in Wien.

<sup>23</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 29. Januar 1985 bei der KVAE für einen Gewaltverzichtsvertrag vgl. Dok. 43.

litärische Maßnahmen zu vereinbaren. Alle WP-Staaten unterstützten auch die Vorschläge Gorbatschows für ein Nukleartest-Moratorium<sup>24</sup> und forderten den Erfolg der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der SU<sup>25</sup>. (Darin waren sich alle 35 TNS in Helsinki einig, ebenso wie über die Bedeutung der Begrenzung Reagan–Gorbatschow<sup>26</sup>.)

N+N-Staaten: Auch sie hatten bereits die zweite KVAE-Phase im Auge und äußerten die Hoffnung, Wien könne – bei spürbaren Fortschritten in Stockholm – das KVAE-Mandat<sup>27</sup> entsprechend ergänzen. Einige N+N-Staaten machten deutlich, daß sie allgemein Fortschritte in der Abrüstung ohne Fortschritte in allen anderen KSZE-Bereichen für undenkbar hielten (z.B. Schweiz). Einen unmittelbaren Bedingungszusammenhang – keine KVAE-Ergebnisse ohne MR-Resultate – stellte allerdings niemand her.

## 2) Menschenrechte

Westen: Die Mißachtung der MR in den WP-Staaten stand im Mittelpunkt der westlichen Mängelrügen in Verbindung mit der Enttäuschung über den geringen Ertrag des Expertentreffens in Ottawa (kein Schlußbericht). Allseits wurde jedoch die ausführliche, offene Implementierungsdebatte in Ottawa als nützlich bezeichnet. Die MR-Kritik westlicher Staaten fiel unterschiedlich stark aus. In der Rede von AM Shultz bildete sie den Schwerpunkt mit einer Fülle namentlich erwähnter Einzelfälle. Die meisten anderen westlichen Partner machten ohne Nennung einzelner WP-Staaten klar, wem sie MR-Verstöße vorwerfen.

WP-Staaten: In der Hauptsache haben sie den Einwand der unzulässigen Einmischung in innere Angelegenheiten gegenüber der Geltendmachung des Helsinki-Menschenrechtsprinzips erhoben, gelegentlich aber auch im Gegenangriff z.B. den USA die Unterstützung der „meisten repressiven Diktaturen“ vorgeworfen (so Polen). Schewardnadse erklärte u.a.: „Die SU ist eine überzeugte Anhängerin der internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung von humanitären Fragen“, und stellte später in seiner Rede „ohne Übertreibung“ fest, „daß es gerade die SU sei, die ein Musterbeispiel für die Lösung der Nationalitäten-Frage sei“.

N+N-Staaten: Haltung praktisch identisch mit der des Westens; Enttäuschung über Ottawa-Ergebnis; Ankündigung, daß dort abgelehnter N+N-Vorschlag eines weiteren MR-Expertentreffens in Wien weiterverfolgt werde. – Finnlands Kritik war etwas zu allgemein/unverbindlich formuliert:

„Regrettably, the implementation of all provisions of the Final Act has not been satisfactory. The reasons for this state of affairs are evaluated differently by different States. Assessments of deficiencies of implementation of CSCE commit-

<sup>24</sup> Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über ein Moratorium für Nukleartests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>25</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>26</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut der Erklärung über die Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) im Abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

ments are both legitimate and necessary. It is equally important that such assessments are conducted with a view to the enduring objectives of the CSCE.“

3) Zusammenarbeit im Korb II (Wirtschaft, Umwelt u. a.) und Korb III (Menschliche Kontakte, Kultur, Information u. a.)

Hier waren sich alle Gruppen weitgehend einig, daß Korb II noch längst nicht ausgeschöpft worden ist (Osten monierte vor allem Handelsrestriktionen). Alle haben zur Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufgerufen und konkret – mit beinahe wortgleichen Sätzen – dem Umweltschutz besondere Bedeutung als einem Problemgebiet, das keine politischen Grenzen kenne, beigegeben.

Für das Budapester Kulturforum<sup>28</sup> und das Berner Expertentreffen über menschliche Kontakte<sup>29</sup> haben ebenfalls alle Sprecher in Helsinki ihre Bereitschaft zu sachlicher Zusammenarbeit bekundet. Zum Informationsbereich hat der Westen die Notwendigkeit größerer Transparenz und Kommunikation über die Systemgrenzen hinweg betont (aber auch Fortschritte z. B. bei den Arbeitsbedingungen für Journalisten anerkannt).

#### V. Zukunftsperspektiven für den KSZE-Prozeß

Alle TNS haben ihre Entschlossenheit erklärt, den KSZE-Prozeß fortzusetzen. Hierbei drängten die Sprecher des Westens und der N+N jedoch auf echte Ausgewogenheit der Fortschritte. Die N+N, auch westliche und einige östliche Staaten wie Ungarn und Rumänien, haben die Mitwirkungsmöglichkeiten der mittleren und kleineren TNS bei den – zweifellos zentral vom Verhältnis USA–SU bestimmten – West-Ost-Beziehungen unterstrichen. Vor allem aufgrund der Erfahrung des Madrider KSZE-Folgetreffens<sup>30</sup> sehen die kleineren TNS auch künftig die KSZE als stabiles West-Ost-Dialogforum in belasteten internationalen Beziehungen an. Beispielhafte Zitate aus der Rede des ungarischen AM Várkonyi:

„Even small countries like Hungary can contribute successfully to the efforts aimed at the defence of peace in Europe and the strengthening of security and confidence.“

„This process has provided, even in the period of sharpening East-West confrontation, a basis for keeping alive the major issues of cooperation between East and West and preserving political dialogue among the countries of Europe.“

Pathos gab es in der Beschwörung der KSZE-Zukunft nicht, vielleicht mit Ausnahme des französischen AM Dumas, der u. a. ausrief: „Préparons ensemble ici la grande Europe des citoyens. Réunir l'Europe!“ – AM Howe zitierte Tolstoj: „History has for its subject the life of nations and of humanity.“<sup>31</sup> – AM Dumas den Moralisten Bossuet: „La vraie fin de la politique, c'est de rendre la vie com-

<sup>28</sup> Das KSZE-Kulturforum in Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt.

<sup>29</sup> Zur Vorbereitung des KSZE-Expertentreffens über menschliche Kontakte in Bern, das vom 15. April bis 26. Mai 1986 stattfand, vgl. Dok. 342.

<sup>30</sup> Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Zu den Ergebnissen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 223.

<sup>31</sup> „Predmet istorii est' žizn' narodov i čelovečestva.“ Vgl. Lev N. Tolstoj, *Vojna i mir*. V dvuch knigach, Bd. 2, Moskau 1978, S. 695.

mode et les peuples heureux.“<sup>32</sup> – Schewardnadse erinnerte daran, schon Lenin habe die „objektive Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz“, von der sich die Lebenskraft der Schlußakte ableite, vorausgesehen.

AM Shultz gab zum Abschluß seiner Rede – nach seinem negativen Resümee der KSZE-Resultate – eine überraschend leuchtende – wenngleich konditionierte – Zukunftsschau:

„Steps to reduce weapons and enhance security, steps to enhance economic and other exchanges, and steps to relieve the suffering and enrich the lives of individuals – all these reinforce each other. They are part of the same broad program of security and cooperation enshrined in the Helsinki Final Act. Taken together, they could lead us toward a new era in relations in Europe – one that could bring alive once again the promise of Helsinki and the larger promise of European history.“

VI. Konkrete Vorschläge für die Ausgestaltung der KSZE-Zusammenarbeit

Über allgemeine Absichtserklärungen hinaus, insbesondere zur Kooperation bei den Gebieten von Korb II, sind in Helsinki lediglich wenige konkreter gefaßte Vorschläge zum Fortgang des KSZE-Prozesses gemacht worden.

1) Der französische AM Dumas schlägt zweierlei vor:

- eine Konferenz über Familienzusammenführung auf Einladung Frankreichs (nach Wien);
- tatsächliche Anwendung des Rechts auf Freizügigkeit (wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte<sup>33</sup> niedergelegt).

2) BM hat diese beiden Vorschläge unterstützt und den – von uns schon in Ottawa eingebrachten – Vorschlag erneuert, die Schlußakte von Helsinki in allen TNS wieder zu veröffentlichen und „diese Veröffentlichung mit der Versicherung jedes Unterzeichnerstaates zu verbinden, daß die Berufung auf diese Schlußakte niemandem zum Nachteil gereichen wird“.<sup>34</sup>

3) Der Vorschlag des polnischen AM Olszowski besteht darin, im KSZE-Rahmen ein Expertentreffen zur Prüfung des umfassenden Problems gesamteuropäischer wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit, insbesondere auch der Vorbereitung relevanter politischer Richtlinien für ihre Förderung, einzuberufen.

4) Finnlands AM Väyrynen schlug seinerseits vor, auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen die Einberufung eines Expertentreffens in Betracht zu ziehen, das „systematisch die künftigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten im Bereich der Umwelt-Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Staaten umreißt“.

5) Der sowjetische AM Schewardnadse trat in seiner Rede in Helsinki am 31.7. 1985 nachdrücklich für die Erweiterung der Beziehungen in Wirtschaft, Handel, Industrie, Wissenschaft und Technik sowie Umweltschutz ein und wies

<sup>32</sup> Jacques Bénigne Bossuet, Discours sur l'histoire universelle, pour expliquer la suite de la religion et le changement des empires; adressé au dauphin, fils de Louis XIV par M. Bossuet, évêque de Meaux, Paris 1811, S. 412.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 135–141.

<sup>34</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.



u. a. auf „neue Kanäle“ wie z. B. direkte Geschäftsbeziehungen RGW–EG<sup>35</sup> hin. Laut Schewardnadse sei das Thema Korb II der Schlußakte nach Helsinki „unbegründeterweise irgendwie in den Schatten geraten“. – Eine Reihe von AM, auch BM, hatten ebenfalls auf die unausgenutzten Möglichkeiten von Korb II verwiesen.

6) Der italienische AM Andreotti regte an, verbesserte West-Ost-Beziehungen könnten leichter mittels einer „innovativen gemeinsamen Anstrengung“ in der Errichtung eines Weltprogrammes für die Entwicklungshilfe erreicht werden, das bisher – mangels West-Ost-Koordination gegenüber der Dritten Welt – fehlende Effektivität besitzen würde. Andreotti erinnerte hierbei zu Recht daran, daß die Schlußakte nicht nur die TNS untereinander binde, sondern sich auch auf das Verhältnis zu dritten Staaten erstrecke.

Bis zum Beginn des Folgetreffens in Wien (4. November 1986) werden die 35 TNS zu prüfen haben, zu welchen der „mehr als 500 Aktionsthemen“ (belgische Zählung) in der Schlußakte sie substantielle Vorschläge mit Aussicht auf Konsens und zum Nutzen der ungefähr „eine Milliarde und 68 Millionen Menschen“ in ihren Ländern (Schweizer Berechnung) einbringen wollen.

Vollmar-Libal

Referat 212, Bd. 133508

## 222

### Gesandter Graf von Brühl, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-13764/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1240

Aufgabe: 14. August 1985, 10.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 14. August 1985, 12.07 Uhr

Betr.: Lage in Polen

hier: Haltung der Opposition zu Wahlen<sup>2</sup> und westlichen Besuchen

Aus einem längeren Gespräch mit Wałęsa-Berater Dr. Geremek wird festgehalten:

1) Wahlboykott<sup>3</sup>

Die Geschlossenheit der Ablehnung des Systems habe sich in der Weigerung auch potentiell Kooperationswilliger gezeigt als Unabhängige für den Sejm zu kandidieren. Solidarność rechne mit einem Boykotterfolg wie bei den Kommu-

<sup>35</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, vom 14. Juni 1985; Dok. 161, Anm. 12.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner 1985 vorgelegen, der handschriftlich um die Weiterleitung des von ihm hervorgehobenen Auszugs an die Referate 411 und 421 bat. Vgl. Anm. 6.

<sup>2</sup> Am 13. Oktober 1985 fanden in Polen Parlamentswahlen statt.

<sup>3</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, teilte am 12. Oktober 1985 mit: „Eigentliches Thema des Wahlkampfes war die Wahlbeteiligung. Die Regierungsseite glaubt, als Erfolgsausweis ihrer ‚Verständigungs-Politik‘ eine Wählerbeteiligung von über 75 Prozent nötig zu haben (75 % war offizielles, wahr-

nalwahlen 1984, d.h. einer Wahlbeteiligung von 55 bis 60 Prozent (1984 Angabe der Regierung 75 Prozent; heute streuen Regierungskreise 85 Prozent als wahrscheinliche Wahlquote). Die letzte (geheime) Umfrage des Meinungsforschungsinstituts der Regierung ergebe, daß 48 Prozent der Bevölkerung zur Wahl entschlossen seien und 27 Prozent sich auf den Boykott festgelegt hätten. Der Rest sei unentschieden. Um sie gehe der Kampf.

Eine nicht unwichtige Rolle werde spielen, ob die Kirche ihr (am 22. Juli beschlossenes) „Ultimatum“ wahr mache und bei Fehlen einer endgültigen Einigung über das Landwirtschaftsprojekt der Kirche<sup>4</sup> bis Ende September dieses vor den Wahlen als gescheitert erkläre.<sup>5</sup> (Dazu hatte Prof. Stelmachowski vom Stiftungskomitee erklärt, es sei ein funktionales „Ultimatum“, das nicht notwendigerweise den Abbruch des Projektes nach sich ziehe.)<sup>6</sup>

## 2) Westliche Besucher

Geremek kam dann von sich aus auf einen möglichen Besuch von BK a.D. Brandt zum 7.12.1985<sup>7</sup> und den Gerüchten über eine Rede von ihm vor dem Sejm zu sprechen. Mit einem solchen Auftritt werde der aus den boykottierten Wahlen hervorgegangene Sejm aufgewertet und ihm der Anschein von Legitimität gegeben. Ein solcher Auftritt könne mit keinem Verständnis der Bevölkerung rechnen. (Podkowiński hatte bei anderer Gelegenheit zu der Idee skeptisch-ironisch bemerkt, vor dem Sejm habe noch nie irgendein Oppositionsführer sprechen dürfen.)

Es schlossen sich Bemerkungen über den Unmut der Opposition hinsichtlich des Kontaktboykotts der SPD bei Besuchen in Polen an.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1145*

scheinlich ‚geschöntes‘ Ergebnis der Kommunalwahlen 1984). Die Opposition möchte den Grad des Boykotts von 1984 mit real etwa 40 % Nichtwählern (geschätzt) wiederholen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1567; Referat 214, Bd. 133025.

Pfeffer berichtete am 28. Oktober 1985 über die Wahlauswertung durch die Untergrund-Koordinierungskommission der Gewerkschaft Solidarność: „Für die Einschätzung der Opposition und ihrer Mobilisierungsfähigkeit ist trotzdem wichtig festzuhalten, daß sich die Wahlbeteiligung gegenüber dem Vorjahr nur marginal erhöht hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1671; Referat 214, Bd. 133025.

<sup>4</sup> Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 57, Anm. 8 und 9.

Gesandter Graf von Brühl, Warschau, informierte am 7. August 1985 darüber, daß die Botschaft „von kirchlicher Seite [...] über den Stand der Verhandlungen der Kirche mit polnischer Regierung über das Landwirtschaftsprojekt vertraulich unterrichtet“ worden sei: „Kardinal Glemp habe General Jaruzelski am 22. Juli wissen lassen, daß er eine endgültige Einigung mit der Regierung bis Ende September erwartet. Dies sei in klarer Form, jedoch nicht als Ultimatum geschehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1201; Referat 214, Bd. 139744.

<sup>5</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, teilte am 28. Oktober 1985 mit: „Das für den 17.10. angesetzte Treffen zwischen Regierung und Kirche zum Thema Landwirtschaftsstiftung wurde von der Regierung ohne Angabe von Gründen sine die abgesagt. [...] Viele, gerade auch Journalisten, sind davon überzeugt, die Stiftung sei endgültig zu den Akten gelegt.“ Pfeffer vermutete, daß die amerikanische „Rockefeller-Stiftung dem Landwirtschaftsprojekt der Kirche tatsächlich in die Quere gekommen ist: Über Rockefeller kann die polnische Regierung bei wesentlich geringerem gesellschaftspolitischen Risiko ungefähr das gleiche bekommen wie durch das Landwirtschaftsprojekt. Sie kann vor allem die Gelder über die eigenen Mühlen leiten. Das Treffen Jaruzelskis mit Rockefeller in New York und die Terminabsage an die Kirche liegen nicht von ungefähr so nahe beieinander.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1669; Referat 214, Bd. 139744.

<sup>6</sup> Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner in spitze Klammern gesetzt und mit Pfeil hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

<sup>7</sup> Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt vom 6. bis 9. Dezember 1985 in Polen aus Anlaß des 15. Jahrestags des Warschauer Vertrags vgl. Dok. 330.

3) In diesem Zusammenhang ergab sich auch die Frage des im November letzten Jahres verschobenen BM-Besuches<sup>8</sup>: G. erklärte dazu:

Die polnische Regierung betrachte die Bundesregierung als den moralisch schwächsten Punkt im Westen. Bundesregierung sei sich der historischen Last der Beziehungen bewußt und habe auch ein starkes aktuelles Interesse an intensiven Kontakten zu Polen. Diese Punkte glaube die polnische Regierung erfolgreich ausnutzen zu können, um die Einheit der westlichen Haltung aufzubrechen. Zur Schaffung einer deutschen Defensivhaltung und vermeintlichen Stärkung des Besuchswunsches trete sie in der Propaganda bewußt hart auf und lasse den Revanchisten im eigenen Lager (Męclewski, Piątkowski) relativ freien Lauf. Bei der polnischen Bevölkerung verfange dies nicht.<sup>9</sup>

Hingegen seien mit den Besuchen Andreottis<sup>10</sup> und Howes<sup>11</sup> (Oppositionstreffen, Popiełuszko-Grab) sowie den Absagen der Außenminister Belgiens<sup>12</sup>, Spaniens<sup>13</sup> und Irlands<sup>14</sup> Standards gesetzt worden, hinter die in den Augen der Bevölkerung die Deutschen am wenigsten zurück könnten. Bei den Fragen eines Gesprächs mit den Vertrauten des Solidarność-Führers Wałęsa und eines Besuches des Popiełuszko-Grabes komme es mehr auf das symbolische politische Signal als auf den konkreten Inhalt dieses Gesprächs an. Für das Popiełuszko-Grab gebe es Substitute nur in Danzig und Posen (Aufstandsdenkmäler 1970 resp. 1956), nicht aber in Warschau. Bei den Treffen mit führenden Angehörigen von Solidarność könne man zwar auf den einen oder anderen verzichten. Der Schutz von Solidarność durch die internationale Politisierung ihrer Namen sei aber nötig. Den höheren Symbolwert habe jedoch der Besuch am Grab Popiełuszkos. Diese Punkte könnten durchgeführt werden in einem privaten Besuchsteil, der dem offiziellen Besuch voran- oder nachgestellt werde.

<sup>8</sup> Zur Absage des Besuchs des Bundesministers Genscher in Polen vgl. AAPD 1984, II, Dok. 323 und Dok. 324.

<sup>9</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner handschriftlich: „Idealbild: der knieende Brandt!“

<sup>10</sup> Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 20. bis 23. Dezember 1984 in Polen auf. Vgl. dazu das Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und Andreotti am 17. Januar 1985; Dok. 12.

<sup>11</sup> Der britische Außenminister Howe hielt sich vom 11. bis 13. April 1985 in Polen auf.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl teilte am 17. Mai 1985 mit, der Besuch des belgischen Außenministers Tindemans in Polen sei „aufgrund der polnischen Weigerung, einem Treffen mit Dissidenten zuzustimmen, abgesagt“ worden. Vgl. Referat 214, Bd. 133027.

<sup>13</sup> Botschafter Brunner, Madrid, berichtete am 18. Juni 1985, daß der spanische Außenminister Morán seinen für den 17./18. Juni 1985 vorgesehenen Besuch in Polen „ohne Datum verschoben“ habe: „Spanische Regierung war offensichtlich bereit, Zugeständnisse beim Rahmenprogramm zu machen (Verzicht auf Solidarność).“ Der polnische Außenminister Olszowski habe Morán daraufhin öffentlich „als Musterbeispiel eines Politikers, der die Bedingungen der polnischen Regierung vor Besuchsantritt akzeptiert habe“, hingestellt. Nach diesen Äußerungen, die den Eindruck erweckt hätten, er „solle gegen seine westlichen Kollegen ausgespielt werden, blieb Morán nichts anderes übrig, als abzusagen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 485; Referat 214, Bd. 139732.

<sup>14</sup> Botschafter Ritzel, Stockholm, berichtete am 30. Mai 1985 über die Absage des irischen Außenministers Barry: „In Stockholm residierender irischer Botschafter O'Broin sagte mir am 30. Mai 1985, daß Dublin den für 10. bis 12. Juli geplanten Besuch des irischen Außenministers in Polen abgesagt hat. Die ‚Erwartungen‘ der polnischen Regierung an den Gast seien nicht akzeptabel gewesen. Stolpersteine seien Gespräch mit Kardinal Glemp, Besuch am Grabe Popiełuszkos und Kontakt zu Mitgliedern der Gewerkschaft Solidarność gewesen. Begegnung mit Glemp hätte nach irischer Auffassung noch durchgesetzt werden können, während der Besuch am Grab schon als problematischer erschien. Der Kontakt zur Solidarność sei kategorisch verwehrt worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 159; Referat 214, Bd. 139731.

Er hoffe, daß BM Genscher keine Eile mit seinem Besuch habe. Er sei für den Besuch und gegen eine Isolation Polens. Seiner Einschätzung nach wäre es aber für das deutsche Ansehen in der Bevölkerung geradezu katastrophal, wenn der Besuch noch vor den Wahlen (13.10.) oder danach im Rest des Jahres stattfände und evtl. wie bei den SPD-Besuchen ohne Besuch des Popiełuszko-Grabes und ohne Treffen mit Solidarność durchgeführt würde. Der Besuch würde dann von der polnischen Regierung zur Erhöhung der eigenen Legitimität insbesondere nach dem Wahlboykott und zur Brechung der schwachen Tradition der Besuchsmuster Andreotti/Howe propagandistisch ausgeschlachtet werden. Zwar werde dieses Besuchsmuster nicht auf Dauer durchzuhalten sein. Im Interesse der Festigung des positiven Deutschlandbildes in der jüngeren Generation sollte es aber nicht die Bundesregierung sein, die als erste Jaruzelski zu diesem Durchbruch ver helfe. Nach den Wahlen solle lieber mit gebührendem Abstand zunächst ein anderer Außenminister kommen.

4) In der Diskussion wurde Geremek entgegengehalten, daß eine solche polozentrische, auf die Interessen der Opposition alleine orientierte Argumentation die bilateralen Interessen vom Veto der polnischen Opposition abhängig mache. Seine Argumentation liefe bei der bekannten Haltung der polnischen Regierung faktisch auf einen Boykott hochrangiger politischer Besuche hinaus. Es frage sich, ob ein solcher Boykott mit seinen möglichen Weiterungen reduzierter Kontakte im täglichen Bereich für die Bevölkerung Sinn mache und ob er lange durchgehalten werden könne. Vielleicht gäbe es doch auch andere Formen verständlicher symbolischer Akte. G. sagte, er wolle die Frage, was man von westlichen Besuchern erwarte (einschl. alternativer Symbolik), auf dem Treffen der Solidarność-Führung zum fünften Jahrestag der Danziger Vereinbarungen (31.8.1985)<sup>15</sup> mit Wałęsa und anderen beraten. Man müsse natürlich einen Weg finden, der beiden Seiten gerecht werde. Seine Meinung spiegele die Haltung der Solidarność-Führung wider. Es sei ihm darum gegangen, die Grundposition darzulegen, von der aus ein gemeinsamer Standpunkt gefunden werden müsse.

5) G. sagte Unterrichtung über die Danziger Gespräche bei dem nächsten Treffen (5.9.) zu.<sup>16</sup>

6) Um absoluten Quellenschutz wird gebeten.

[gez.] Brühl

**VS-Bd. 13461 (214)**

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Danziger Vereinbarungen zwischen dem Regierungsausschuß und dem Überbetrieblichen Streikkomitee (MKS) vom 31. August 1980 in Danzig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673–682.

<sup>16</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 6. September 1985, die Vertreter der Gewerkschaft Solidarność, Geremek und Mazowiecki, hätten als Ergebnis der Beratungen der Führung von Solidarność am 5. September 1985 die am 14. August mitgeteilte Haltung bestätigt: „Für die Kranzniederlegung am Grabe Popiełuszkos gebe es mit Ausnahme des Danziger Denkmals keinen Ersatz. Ein Verzicht darauf durch den Minister werde besonders negativ aufgenommen, da dann die Deutschen die Tradition (Howe, Andreotti) abbrechen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1357; VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

## 223

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterhelt

213-410.28 CHN-1046/85 VS-vertraulich

15. August 1985<sup>1</sup>

Betr.: Antrag MBB für Vorführung Bo 105 in der Version des Panzerabwehrhubschraubers in der VR China

Bezug: Zuschrift 424-411.10 CHN vom 13.8.85<sup>2</sup>

Bei der Entscheidung ist, wie bereits ausgeführt wurde, von der Politik der Bundesregierung auszugehen, die gegenwärtig für den Export von Kriegswaffen nach China gilt.<sup>3</sup> Danach kommt eine Lieferung von Kriegswaffen nicht in Betracht. Einer der Gründe für diese restriktive Haltung liegt – auch wenn dies nicht immer so ausgesprochen wurde – in den Implikationen einer aufgeschlosseneren China-Exportpolitik für die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Zu diesem Gesichtspunkt ist gegenwärtig festzustellen, daß die Sowjetunion bislang unsere Zurückhaltung nicht in irgendeiner erkennbaren Weise honoriert hat. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen sind vorerst immer noch gekennzeichnet von spürbarer sowjetischer Zurückhaltung in offiziellen Kontakten und begleitenden Presseangriffen auf uns in den bekannten Fragen (Deutsche Frage, Rüstungsfragen). Der Tiefpunkt mag zwar hinter uns liegen; eine leichte

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde an Ministerialdirigent Loeck und nachrichtlich Ministerialdirigent Keil übermittelt.

Hat Loeck am 19. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Jelonek und Referat 424 verfügte.

Hat Jelonek am 19. August 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel am 19. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirigent Loeck bat Ministerialdirigent Keil und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oesterhelt um Stellungnahme zu dem Antrag der Firma MBB auf Vorführung des Panzerabwehrhubschraubers Bo 105 in der Volksrepublik China: „Referat 341 hatte sich am 11. Juni 1985 gegen eine Vorführung ausgesprochen, da sie geeignet sei, die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen. BMVg hat inzwischen der Vorführung auf Weisung von StS Rühl zugestimmt. BMWi hat nunmehr unter Hinweis auf die besondere zeitliche und politische Priorität der beabsichtigten Vorführung um eine baldmöglichste Stellungnahme des AA gebeten.“ Vgl. VS-Bd. 13455 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

Referat 422 hielt am 13. Mai 1985 fest: „Bundesregierung hat die Lieferung von Rüstungsgütern in die VR China bisher mit wenigen erst jüngst im COCOM eingebrachten Ausnahmen [...] nicht genehmigt. Dies entspricht der in Ziff. 15 der Rüstungsexportpolitischen Grundsätze vom 28.4.1982 festgelegten Linie, die eine Ausfuhr von Rüstungsgütern in Länder des kommunistischen Machtbereichs [...] nur ausnahmsweise mit Zustimmung aller COCOM-Mitgliedstaaten zuläßt. Demgemäß wird die Bundesregierung auch zukünftig Entscheidungen über die Lieferung von Rüstungsgütern nur im Einzelfall auf hoher politischer Ebene (BSR) treffen. [...] Die restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik – die im Verhältnis zu China angesichts unserer historischen Beziehung und geostrategischen Lage zur Sowjetunion eine besondere Dimension gewinnt – ist der chinesischen Seite bekannt. Wir gehen daher davon aus, daß man an uns nicht die gleichen Erwartungen stellt wie an andere westliche Länder (USA, F, GB, I) mit einer in dieser Hinsicht unbelasteteren Politik, zumal diese zu umfangreichen Lieferungen bereit zu sein scheinen.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137451.

Erholung hat begonnen. Ob es aber zu einer wirklichen Verbesserung der Lage kommen wird, muß vorerst noch als offen bezeichnet werden.

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen befinden sich damit insgesamt in einer Phase, die für die weitere Entwicklung eine Anzahl von noch nicht endgültig zu bewertenden Elementen birgt. Angesichts dieses Befundes ist das Eintreten einer Situation zwar nicht ausgeschlossen, die zu einer Neubewertung der Problematik auch aus ostpolitischer Sicht zwingen könnte. Andererseits erscheint die Zeit hierfür aber gegenwärtig auch noch nicht reif.

In dieser Lage sollte sich das Auswärtige Amt aus hiesiger Sicht dafür aussprechen, daß der beantragte Vorführtermin noch um eine Weile hinausgezögert wird. Eine solche Möglichkeit scheint auch durchaus zu bestehen.

Ein solches Votum, wenn das Amt sich dazu entschließen sollte, sollte allerdings nicht mit ostpolitischen Erwägungen begründet werden. Vielmehr dürften andere Gründe, die schon bisher unsere restriktive Politik getragen haben, nach wie vor Geltung haben. Bislang hat sich nur Italien für eine Lockerung der Ausfuhr von Kriegswaffen nach China ausgesprochen. Wir sollten versuchen, mit unseren wichtigsten Partnerländern, insbesondere mit den USA, Frankreich und Großbritannien, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen und nicht in einer Sache vorangehen, in der wir bislang aus wohlerwogenen politischen Gründen wenig Anlaß haben, eine Vorreiterposition einzunehmen.<sup>4</sup>

Oesterhelt

**VS-Bd. 13732 (424)**

<sup>4</sup> Staatssekretär Ruhfus hielt am 30. September 1985 fest: „Am Rande der heutigen Ministerbesprechung über die Türkei wurde beschlossen, daß die Vorführung eines Kampfhubschraubers in der VR China genehmigt werden soll. Zur Begründung dieser Entscheidung wurde in der Diskussion darauf hingewiesen, daß USA, GB und F sicherlich ihrerseits bereit wären, Vorführungen von Kampfhubschraubern zu genehmigen. Ferner wurde ausgeführt, daß der solide und konsequente Kurs der chinesischen Führung eine positive Entscheidung heute leichter mache, als dies noch vor mehreren Monaten möglich gewesen wäre. Der BK faßte zusammen: Die Vorführung wird genehmigt. Der Beschluß werde gefaßt ohne Fußnoten. Der VR China werde man sagen, daß die Zusammenarbeit in Stufen ausgebaut werden soll.“ Vgl. VS-Bd. 13732 (424); B 150, Aktenkopien 1985.

Botschafter Ruth notierte am 4. Oktober 1985: „Aus meinen Unterlagen halte ich aus der heutigen Sitzung des Bundessicherheitsrats folgendes fest: [...] Der BSR-Beschluß über die Genehmigung der Ausfuhr eines Vorführhubschraubers wurde formalisiert.“ Vgl. VS-Bd. 11285 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

## 224

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz****02-360.90 FRA-134/85 geheim****19. August 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup>

Betr.: Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich

Bezug: Ihr Beitrag Nordseezeitung vom 13.7.1985<sup>4</sup> und Ihre Weisung auf Rückflug von Indien<sup>5</sup>

Die folgende Aufzeichnung zeigt drei Schienen für die Intensivierung der sicherheitspolitischen Kooperation mit Frankreich auf:

1) Das Konzept der „Force d'action rapide (FAR)“ eröffnet Möglichkeiten, die französischen Streitkräfte früher als bisher und ohne räumliche Beschränkung an der Verteidigung Mitteleuropas zu beteiligen. Wir sollten die konventionelle militärische Zusammenarbeit verstärken, damit diese neuen Optionen voll ausgeschöpft werden.

2) Trotz Rückschlägen (Jäger 90)<sup>6</sup> bleibt Rüstungs Kooperation – nicht zuletzt wegen ihrer ziviltechnologischen Bedeutung – ein Kernbereich der Zusammenarbeit. Die Aufzeichnung nennt vier Projektfelder.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Daerr konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 21. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. August 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 16. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[Rücksprache] Seitz“.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab „[für] Rücksprache b[eim] B[undes]m[inister]“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 16. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 11. August 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Freiherr von Pfetten-Arnabach am 11. August 1986 vorgelegen.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Artikels „Der deutsch-französische Schulterschluß in der Sicherheitspolitik – Chance für Europa“ des Bundesministers Genscher, der am 12. Juli 1985 als Ausgabe 179 der Freien Demokratischen Korrespondenz und am Folgetag in der in Bremerhaven erscheinenden Nordsee-Zeitung veröffentlicht wurde, vgl. Referat 013, Bd. 179058.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher besuchte vom 1. bis 11. Juli 1985 Thailand, Brunei, Japan, Südkorea und schließlich Indien. Vgl. dazu Dok. 180, Dok. 184, Dok. 187 und Dok. 191.

<sup>6</sup> Zum Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 198.

Am 31. Juli 1985 notierte Ministerialdirigent Schauer zum bevorstehenden Ausscheiden Frankreichs aus dem Projektverbund: „Für F kam, nach Auffassung des BMVg, bereits seit längerem eine Beteiligung an einem gemeinsam definierten und zu bauenden Jäger 90 nicht mehr in Frage. Es verfolgte in den Verhandlungen vielmehr das Ziel, das eigene Modell ‚ACX‘ bzw. ‚Rafale‘ technisch zur Grundlage des gemeinsamen Flugzeugs zu machen, wobei eine industrielle Führung angestrebt wurde. Die ‚Rafale‘ ist jedoch weitgehend im Hinblick auf Fs außereuropäische Absatzmärkte konzipiert, die im wesentlichen eine Luft-Boden-Rolle verlangen, während für uns eine Luft-Luft-Rolle Vorrang hat. Weiterhin ist für F die Möglichkeit einer Marineversion wichtig, die die anderen Luftwaffen nicht anstreben.“ Vgl. VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

Auf ihrer Sitzung in Turin am 1. August 1985 verständigten sich die Rüstungsdirektoren der Bundesrepublik, Großbritanniens und Italiens auf die technischen Eckdaten des Flugzeugs. Mit Schreiben vom 20. August 1985 teilte Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach, Bundesministerium

Einen hohen Rang sollte die Kooperation in der Rüstungsforschung erhalten, z.B. durch eine erhebliche Aufwertung des deutsch/französischen Rüstungsforschungsinstitutes St. Louis im Elsaß.

3) Im nuklearen Bereich kommen bilaterale Konsultationen über die sogenannten „prästrategischen“ (früher „taktischen“) Kernwaffen in Frage. Vor einem Engagement auf dieser dritten Schiene müßten allerdings Pro und Contra noch ausführlicher analysiert und gegeneinander abgewogen werden.

[Anlage]

Betr.: Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich

Die drei großen französischen Parteien (PS, UDF, RPR) sind sich zur Zeit einig, daß Frankreich mehr Engagement für die Verteidigung Europas zeigen muß<sup>7</sup>, und betonen alle drei die „Gemeinsamkeit der Sicherheitsinteressen“ mit der Bundesrepublik Deutschland.

Meinungsumfragen und die öffentliche Diskussion zeigen, daß auch die französische Bevölkerung mehrheitlich für eine solche Sicherheitspolitik und insbesondere für demonstrative Solidarität gegenüber dem deutschen Nachbarn ist.

Wir sollten diese Konstellation und die Zeit bis zu den französischen Wahlen<sup>8</sup> energisch für eine Weiterentwicklung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Frankreich nutzen. Dabei muß uns klar sein, daß ein radikaler Umbruch der französischen Verteidigungsdoktrin nicht stattgefunden hat. Maximalforderungen nach Rückkehr in die Integration<sup>9</sup> und nach uneingeschränkter Nukleargarantie – wie sie auf Seiten der SPD erhoben werden – wären kontraproduzent.

#### 1) Konventionelle militärische Zusammenarbeit

a) Die bisherige Rolle Frankreichs bei der Verteidigung Mitteleuropas ist die einer rückwärtigen Reserve unter nationalem Einsatzvorbehalt. Dies ist im Hinblick auf den Mangel der NATO an Reserven ein wichtiger Beitrag, aber er ist räumlich und zeitlich von dem der anderen Verbündeten abgesetzt.

Schlimmer noch – die Masse der bei uns stationierten Truppen Frankreichs ist in Grenznähe und so selbst im Verhältnis zur mit der NATO abgestimmten vordersten Linie ihres Engagements (Dortmund-Fulda-Nürnberg-München) ausgesprochen ungünstig disloziert.

b) Neue Perspektiven eröffnet der Aufbau der „Force d'action rapide (FAR)“, einer hochmobilen Einsatztruppe von 47 000 Mann aus Eliteverbänden (Fallschirmspringer, Marineinfanterie, Gebirgsjäger) und mit 220 Panzerabwehr- bzw. Kampfhubschraubern. Er ist eine Antwort auf die von Frankreich als besonders bedrohlich eingeschätzte sowjetische Strategieentwicklung, wonach die

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1151*

der Verteidigung, Bundeskanzler Kohl mit, daß sich anderslautende Vorschläge der französischen Firma Dassault nicht hätten durchsetzen können. Vgl. Referat 201, Bd. 130022.

<sup>7</sup> Zur sicherheitspolitischen Debatte in Frankreich vgl. Dok. 202.

<sup>8</sup> Am 16. März 1986 fanden in Frankreich Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Regionalräten statt.

<sup>9</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.



NATO-Vorneverteidigung mit ebenfalls hochmobilen, autonom operierenden Großverbänden – den sogenannten Operational Manoeuvre Groups – im Überraschungsangriff durchbrochen oder übersprungen und die flexible response<sup>10</sup> damit unterlaufen werden soll.

Das FAR-Konzept schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe:

- Es ermöglicht einen zusätzlichen, frühzeitigen und räumlich flexibleren Beitrag zur Verteidigung Europas, ohne daß das Prinzip französischer Entscheidungsautonomie aufgegeben wird.<sup>11</sup>
- Es verstärkt gleichzeitig die Basis für ein sicherheitspolitisches Engagement außerhalb Europas.
- Es schafft ein sichtbares und flexibles Instrument für das politische Krisenmanagement im Vorfeld eines Konfliktes.

c) Unser Interesse ist, in deutsch-französischer Zusammenarbeit die Anwendung des FAR-Konzepts in unserem Verteidigungsbereich in den Vordergrund zu stellen, das Spektrum neuer Optionen voll auszuschöpfen und diese Optionen durch gemeinsame Generalstabsarbeit, logistische Unterstützung und Manövererprobung zu konkretisieren. Der deutsch-französische Ausschuß für sicherheitspolitische Zusammenarbeit sollte seine Arbeit in dieser Richtung verstärken und beschleunigen.

Der erkennbare französische Widerstand gegen die für uns besonders interessante räumliche Ausweitung der FAR-Einsatzoptionen über die bisherige Grenzlinie nach vorne und nach den beiden Flanken muß dabei wohl auf höchster Ebene überwunden werden. Verteidigungsminister Hernu, der in *Le Monde* (7.12.82) Unterstützung der Verbündeten „überall da, wo notwendig“ in Aussicht gestellt hatte<sup>12</sup>, hat im Vierer-Gespräch am 26.6.1985 nur noch von einem Einsatz der FAR an der Seite der 1. französischen Armee gesprochen<sup>13</sup>.

Wenn es uns gelänge, eine kampfstarke Eingreifreserve für die ganze Frontbreite und weiter vorne als bisher zu gewinnen, könnte dies sogar mehr wert sein als die Übernahme eines festen Abschnitts in der Vorneverteidigung, den Frankreich übrigens auch vor dem Austritt aus der militärischen Integration nie übernommen hat.

Ein entsprechendes Manöver – eventuell mit Teilnahme der vier Außen- und Verteidigungsminister – wäre eine klare Solidaritätsdemonstration nach innen

<sup>10</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz hielt am 17. September 1985 fest, der französische Gesandte de la Fortelle habe ihm erläutert, „Paris räume der FAR Priorität ein und habe den festen politischen Willen, sie schnell zu einem effektiven Instrument zu machen. Frankreich werde zwar auch künftig keinen Frontabschnitt in Deutschland übernehmen, aber es sei politisch wichtig zu dokumentieren, daß die französischen Truppen nicht nur am Rhein bleiben, sondern im Verteidigungsfall auch an die Front gehen würden, und zwar dorthin, wo sie am dringendsten gebraucht würden. Frankreich denke dabei nicht nur an Einsatz in Süddeutschland, sondern auch im Nordbereich.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140624.

<sup>12</sup> Die französische Tageszeitung „*Le Monde*“ zitierte aus einer Rede des französischen Verteidigungsministers Hernu vom 24. November 1982 vor dem Conseil supérieur de l'armée de terre. Vgl. den Artikel „M. Hernu: Ne pas manquer les grands rendez-vous technologiques de demain“, *LE MONDE* vom 7. Dezember 1982, S. 14.

<sup>13</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister am 26. Juni 1985 vgl. Dok. 171.

und nach außen.<sup>14</sup> Die Angriffsplanung des Warschauer Paktes würde mangels Kalkulierbarkeit des FAR-Einsatzes so erschwert, daß der Zugewinn an Abschreckung den an Kampfkraft noch überstiege.

Französischer Zurückhaltung gegenüber kann damit argumentiert werden, daß die konkrete Vorbereitung möglicher Einsatzoptionen den französischen Entscheidungsspielraum nicht einengt, sondern erweitert. Das französische Argument der Rücksichtnahme auf die eigene öffentliche Meinung kann vor dem Hintergrund der Meinungsumfragen und der Mediendiskussion kaum noch überzeugen.

## 2) Rüstungs- und Rüstungsforschungsk Kooperation

a) Rüstungskoooperation muß trotz der Schwierigkeiten mit dem „Jäger 90“ eine Säule der sicherheitspolitischen Kooperation bleiben – nicht zuletzt im Hinblick auf die Interoperabilität der Waffensysteme in der FAR-Einsatzplanung.

Die technologisch und militärisch interessantesten Projektfelder sind

- umfassende Luftabwehr (Flugzeuge, Cruise Missiles, ballistische Raketen)<sup>15</sup>,
- Aufklärungssysteme (vom Gefechtsfeld bis zum Satelliten),
- intelligente Munition und Trägersysteme für das FOFA<sup>16</sup>-Konzept,
- militärische Datenverarbeitung und -übermittlung (siehe hierzu die beigefügte EVI-Vorlage vom 19.6.85<sup>17</sup>).

Nützlich als Planungsgrundlage wäre eine gemeinsame Bestandsaufnahme der rüstungstechnologischen Abhängigkeiten von den USA, damit kritische Lücken gezielt geschlossen werden können.

b) Erheblich intensiviert werden sollte die deutsch/französische Rüstungsforschungskoooperation. Die beiden Verteidigungsministerien führen hier vorbereitende Gespräche, die vermutlich auf Ihren Anstoß im WEU-Rat von Rom<sup>18</sup> zurückgehen. Ideal wäre ein Ausbau des deutsch-französischen Instituts St. Louis zu einer Forschungseinrichtung vom Zuschnitt der vier großen ameri-

<sup>14</sup> Bei den deutsch-französischen Konsultationen in Bonn erklärte der französische Verteidigungsminister Quilès am 8. November 1985, „die Gemeinsamkeit der Interessen auf dem Gebiet der Sicherheit“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, manifestiere sich „in dem gemeinsamen Manöver, das 1987 stattfinden wird, woran auch die FAR teilnehmen wird“. Vgl. das Protokoll der Plenarsitzung vom 8. November 1985; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die „Europäische Verteidigungsinitiative“ (EVI); Dok. 217.

<sup>16</sup> Follow-On Forces Attack.

<sup>17</sup> Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Seitz stellte am 19. Juni 1985 Überlegungen zu einer Europäischen Verteidigungsinitiative als Antwort auf die technologische Herausforderung durch SDI an. Als mögliche Projekte sah er an: ein integriertes europäisches Luftabwehrsystem für alle Flughöhen und alle Arten von Flugkörpern, eine Entwicklung zielsuchender Waffen mit den dazu erforderlichen Aufklärungs- und Trägersystemen, eine Modernisierung des NATO-Führungssystems durch Computer und Glasfasernetze oder kleinere Unternehmungen im Bereich von Sensoren, Robotik und Lasertechnik. Als indirekte Vorteile eines solchen Vorhabens sah er den „Konsens im Bündnis (im Gegensatz zu SDI) bezüglich der Zielsetzung und der Dringlichkeit von Maßnahmen, Akzeptanz auf Seiten USA“, „schnell erzielbare Wirkung, [...] Verbesserung der Chancen für eine wirkliche amerikanisch-europäische Zweibahnstraße in der Rüstungskoooperation und nicht zuletzt Solidarisierungs- und Integrationseffekt für Europa und insbesondere für das deutsch-französische Verhältnis“. Vgl. VS-Bd. 14047 (02); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Zur Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedsstaaten am 26./27. Oktober 1984 in Rom vgl. AAPD 1984, II, Dok. 290.

kanischen National Laboratories. Da Frankreich für Rüstungsforschung 1985 mehr als doppelt so viel ausgibt wie wir, müßten vor allem wir unseren Einsatz steigern.

### 3) Nuklearfragen

a) Die vor allem auf seiten der SPD artikulierte Forderung nach unserer Einbeziehung in das „Sanktuarium Frankreich“, die aber auch in der französischen Öffentlichkeit Befürworter findet, übersteigt Frankreichs nukleare Kapazitäten. Selbst nach Abschluß der laufenden Modernisierungsvorhaben müßte eine solche Nukleargarantie, die uns die USA auch zu Zeiten hoher Überlegenheit nicht gewährt haben, die Glaubwürdigkeit der französischen Nuklearstrategie insgesamt untergraben.

Bestärken sollten wir Frankreich jedoch darin, den Nukleareinsatz bei Verletzung seiner bewußt nicht näher definierten „vitalen Interessen“ anzudrohen. Diese Linie schöpft das aus, was Frankreich an erweiterter Abschreckung leisten kann.

An Konsultationen über den Einsatz strategischer Kernwaffen haben weder wir noch Frankreich ein Interesse.

b) Bleibt die Konsultation über das, was in der französischen Terminologie „prästrategische Kernwaffen“ sind. Hier wären im Prinzip Konsultationen bis zum Umfang des in der NPG Praktizierten denkbar, zumindest was den Einsatz von und auf deutschem Boden angeht.

Die französische Zurückhaltung (Vierer-Gespräch vom 26.6.85) allein ist noch kein ausreichender Grund für Zurückhaltung unsererseits: Wir sind hier die Meistbetroffenen, und die französische Regierung kann sich auch nicht mehr wie früher hinter einer negativen öffentlichen Meinung verstecken. Erstaunlicherweise hat in den letzten Jahren nicht einmal die Erörterung sehr viel weitgehenderer nuklearer Teilhabe (Zweischlüsselsystem, deutsche Trägersysteme) in Medien und Fachliteratur größere Emotionen ausgelöst.

Fraglich ist jedoch, ob Nuklearkonsultationen mit Frankreich per saldo in unserem Interesse sind:

- Dafür sprächen z.B. der Informationsgewinn und die Einwirkungsmöglichkeiten, eine über uns laufende Verbindung Frankreichs zur NPG und die Möglichkeit analoger Anwendung der NATO-Einsatzbeschränkungen für Kernwaffen durch Frankreich.
- Dagegen sprächen z.B. eine gewisse Indossierung der von der NATO-Doktrin immer noch abweichenden Nuklearstrategie Frankreichs sowie bestimmter Waffenentwicklungen (Neutronenwaffe) und eine auf lange Sicht wohl nicht zu vermeidende Beschäftigung der Öffentlichkeit mit diesen Konsultationen.

Bevor wir an Frankreich herantreten, sollten wir diese Fragen sehr sorgfältig analysieren. Falls gewünscht, folgt hierzu eine ausführliche Vorlage.<sup>19</sup>

Das Interesse Frankreichs an mehr sicherheitspolitischer Zusammenarbeit ist ebenso groß wie das unsrige. Wir sind daher nicht in der Rolle des „demandeur“, der mit anderweitigen Leistungen bezahlen muß.

<sup>19</sup> Zu diesem Absatz maschinenschriftlicher Vermerk: „Bitte um Weisung: ja/nein“.

Funktionieren kann die Zusammenarbeit auf Dauer aber nur, wenn wir regelmäßig und frühzeitig eigene Konzeptionen einbringen. Die militärische wie die zivile Kooperation kranken an unserem konzeptionellen Rückstand gegenüber Frankreich. Wir können uns nicht über unzureichende Berücksichtigung unserer Interessen beklagen, solange wir immer nur auf französische Initiativen reagieren.

Seitz

VS-Bd. 14047 (02)

## 225

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas in Wachtenberg-Pech

21. August 1985<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt!

Gespräch BM mit AM Dumas am 21.8.1985 (Wohnung)

Teilnehmer: BM, AM Dumas, M. de Brichambaut – Directeur<sup>2</sup> du Cabinet, stv. RL 010<sup>3</sup>, Fr. Siebourg.

Zu einem informellen Gespräch und Abendessen traf sich BM mit AM Dumas in seiner Privatwohnung in Pech. Das Gespräch dauerte 2 1/2 Std. und fand in freundschaftlicher Atmosphäre statt. Der Meinungsaustausch konzentrierte sich auf:

- Regierungskonferenz,
- EUREKA,
- SDI,
- Gorbatschow-Besuch in Paris,
- Europäisches Jagdflugzeug

und Bewertung Helsinki.

1) Regierungskonferenz<sup>4</sup>

BM berichtete über kürzliches Gespräch mit griechischem Oppositionsführer Mitsotakis.<sup>5</sup> Dieser glaube, griechische Regierung werde in europäischen Fragen konstruktiver als bisher vorgehen. Vielleicht, so BM, könne konstruktivere

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber gefertigt.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „Chef“.

<sup>3</sup> Klaus-Peter Klaiber.

<sup>4</sup> Zu den Planungen für eine Regierungskonferenz über eine Europäische Union vgl. Dok. 177.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1985 anlässlich der Erklärung Athens zur „Kulturhauptstadt Europas“ in Griechenland auf.

Haltung Griechenlands aus Zustimmung zur Abhaltung Regierungskonferenz abgelesen werden. Er, BM, glaube, daß F und D in dem Themenkomplex EPZ und Sicherheitsfragen einer Meinung seien. Auch GB sei auf unserer Linie. In bezug auf die Haltung Fs zur künftigen Rolle des EP wie zum Problem der Mehrheitsentscheidungen im Rat sei er an Darlegungen seines französischen Kollegen interessiert.

AM berichtete von Besuch in Griechenland vor vier Wochen. Dort habe enger Mitarbeiter von Papandreou erklärt, griechische Position sei entwicklungsfähig, insbesondere hinsichtlich der Fragen der europäischen Integration. Er, Dumas, vermute allerdings, daß Griechen dabei an eine „Kompensation“ dächten.

GB habe sich inzwischen mit der Regierungskonferenz abgefunden, sei mit Sicherheit auch an einer Reihe von konkreten Verbesserungen interessiert. Er habe jedoch Eindruck, daß man nicht zu „institutionell“ vorgehen dürfe. Das schwierigste Problem sei seiner Ansicht nach Dänemark. Aufgrund Dänemarks innenpolitischer Lage sei es außerordentlich schwierig, daß DK ein notwendiges Referendum für einen neuen Vertrag positiv überstehe.

BM: DK habe sich vielleicht in der Vergangenheit vielfach hinter den Griechen versteckt. Bei Auflockerung griechischer Positionen könne man sich auch vorstellen, daß Dänemark flexibler sei.

AM: F bleibe in den Regierungsverhandlungen auf der Grundlage des gemeinsamen deutsch-französischen Entwurfs<sup>6</sup>. Bei der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit müsse man behutsam vorgehen, weil sich sonst andere (wie beispielsweise Irland) von der Zusammenarbeit zurückziehen könnten. Prioritär sollten daher institutionelle Fragen, Verbesserung der Rechte des EP und die Mehrheitsabstimmung vorangebracht werden. Zum EP habe F eine etwas andere Haltung als D.<sup>7</sup> Das EP dürfe nicht zu viele Haushaltsbefugnisse erhalten, weil sie der damit verbundenen großen Verantwortung nicht gerecht würden. Bei den übrigen Problemen bezüglich des EP (wie beispielsweise Initiativrecht, Verhältnis EP/EG-Kommission etc.) sei F durchaus flexibel.<sup>8</sup>

BM: Wenn F in allen übrigen Fragen offen sei, werde sich bezüglich der Haushaltsbefugnisse des EP ein Kompromiß finden lassen. In diesem Themenbereich müsse noch weitere konstruktive Arbeit geleistet werden. Dem EP dürfe das Recht zur Entlassung der Kommission nur dann gegeben werden, wenn gleichzeitig eine neue bestellt werden müsse.

AM: In der Frage der Mehrheitsabstimmung sei F für praktische Erleichterungen des Abstimmungsverfahrens; der Mißbrauch des Veto-Rechts müsse ausgeklammert werden; es bedürfe einer Definition der vitalen Interessen. Evtl. müßten Entscheidungen häufiger von den Außen- und nicht von den Fachmini-

<sup>6</sup> Für den deutsch-französischen Entwurf vom 27. August 1985 für einen Vertrag über die Europäische Union vgl. Dok. 173.

<sup>7</sup> Zu dem von der Bundesrepublik bei der Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vorgelegten Vorschlag zur Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 167, Anm. 13.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat Bitterlich hielt am 12. September 1985 über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit seinem französischen Amtskollegen Dumas vom 10. September 1985 fest: „BM erläuterte auf Bitten von AM Dumas unsere Vorstellungen über [...] die Ausdehnung der EP-Befugnisse (AM Dumas signalisierte, daß unser 3-Körbe-Vorschlag auf starke Zurückhaltung in Paris stoße. Französische Regierung gingen diese Vorschläge zu weit)“. Vgl. Referat 010, Bd. 178900.

stern getroffen werden. Der französische Überlegungsprozeß in dieser Frage sei allerdings noch nicht abgeschlossen.

*BM:* Ausgangsbasis sei der Luxemburger Dissens<sup>9</sup>. Wenn F sage, die Mehrheitsregel werde häufiger angewandt, so würden wir dies mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Für uns sei entscheidend, daß eine Option (für Rückkehr zur vertragsgemäßen Abstimmung) für die Zukunft offengehalten werde.

BM bat AM Dumas, die französische Sachposition zu diesem Themenkomplex zu übermitteln, möglichst vor dem 9.9. Die Bundesregierung wünsche, daß F sich so weit wie möglich bewege.

*AM* sagte Übermittlung der französischen Haltung zu.

## 2) EUREKA

*BM:* Nachdem in Paris Türkei nicht eingeladen worden sei<sup>10</sup>, beabsichtige Bundesregierung, die Türken nach Hannover einzuladen.<sup>11</sup>

*AM:* Dies sei Verantwortung der deutschen Präsidentschaft. F wolle EUREKA. F wünsche in erster Linie gute deutsch-französische Übereinstimmung.

Die Konzeption von EUREKA ruhe auf der Zusammenarbeit der Wirtschaftsunternehmen, nicht auf den Institutionen. Dieser Grundsatz sei um so wichtiger, als wahrscheinlich wenig öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt würden. Es müsse eine flexible Organisation erhalten bleiben. Dies sei Erfolgskonzept der EUREKA-Formel. Auch Verhältnis zwischen EUREKA und EG müsse flexibel bleiben. Je mehr man sich der EG annähere, desto mehr entferne man sich von den wichtigen und entscheidenden Industrieunternehmen. Andererseits wolle man sich von der EG nicht trennen. Der Beschluß der Einsetzung einer 18er-Gruppe sei bereits eine Konzession gegenüber den Nicht-EG-Mitgliedstaaten. Dieser Gruppe dürften keinesfalls zu viele Rechte übertragen werden.

F sei der Meinung, daß das jeweils einladende Land versuchen müsse, Einkünfte über gewisse Projekte zu erzielen. Die Kommission könne eingreifen je nach Interesse. Sie müsse aber keinesfalls bei allen Projekten dabei sein. Schließlich wolle er noch ein Wort zur britischen Haltung sagen. GB habe überlegt, was es im Rahmen von EUREKA selbst auf die Beine stellen könne. So sei der britische Vorschlag für ein Finanztreffen in London<sup>12</sup> entstanden. F werde daran teilnehmen.

<sup>9</sup> Zum „Luxemburger Kompromiß“ vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 102, Anm. 6.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Jelonek teilte den Botschaften in den an EUREKA teilnehmenden Staaten am 6. August 1985 mit: „Wir haben den türkischen Teilnahmewunsch von Anfang an unterstützt. Wir sind der Meinung, daß er der Türkei, die mit EG assoziiert ist und an der europäischen Forschungszusammenarbeit COST teilnimmt, nicht abgeschlagen werden kann. Eine Zustimmung zu unserem Vorgehen in Sachen Türkei erwarten wir nicht: Es genügt uns, daß ihm nicht ausdrücklich widersprochen wird.“ Vgl. den Runderlaß; Ref. 416, Bd. 131006.

Zur ersten EUREKA-Ministerkonferenz am 17. Juli 1985 in Paris vgl. Dok. 177, Anm. 20.

<sup>11</sup> Die zweite EUREKA-Ministerkonferenz fand am 5./6. November 1985 in Hannover statt.

<sup>12</sup> Am 2. August 1985 schrieb der britische Außenminister Howe an Bundesminister Genscher: „I wanted to let you know immediately that I think it would be useful if the UK convened in late September or early October a meeting of eminent representatives of European private sector financial institutions. Its purpose will be to begin a discussion aimed at harnessing Europe's strength in this field and drawing on the ingenuity of these institutions to develop new and imaginative financing packages for collaborative ventures under EUREKA.“ Vgl. Referat 416, Bd. 131006.

Ein letzter Punkt sei, daß die sechs Nicht-EG-Staaten großes Interesse an EUREKA hätten. Die Schweiz habe bei einem kürzlichen Besuch von Mitterrand<sup>13</sup> erklärt, für EUREKA sei man bereit, einen Kredit aufzulegen.

*BM:* Auch wir seien wie F für eine lockere Organisationsform, um nicht in Abhängigkeiten zu geraten. Gleichwohl müßten Sondierungen in großem Kreise möglich sein. Der Unterschied zum Rat sei der, daß Entscheidungen nicht der Zustimmung aller bedürfen. F und Deutschland müßten das Tempo bestimmen. Die 18 könnten dann Vorschläge kommentieren und bewerten. Damit schaffe man Transparenz. Wenn wir das nicht täten, würden wir die anderen vor den Kopf stoßen. Steuerungsorgan müßten die Vier (F, Deutschland, EG-Präsidentschaft, Kommission) sein. Sie müßten Gangart bestimmen. Dabei dürfe auch die Kommission die Schrittmacher nicht aufhalten. Im Kabinett habe er erklärt: Mit EUREKA<sup>14</sup> öffnen wir Chancen ohne den Veto-Hebel.

*AM:* Dies komme ihm entgegen. Wenn man die Vier als Motor nehme, könne man in Hannover auch mehr erreichen. Er schlage im übrigen vor, in Hannover eine EUREKA-Charta zu verabschieden. In ihr müßten u.a. aufgenommen werden die Prinzipien „Flexibilität, Teilnahme nach eigener Wahl, Vorrang der Unternehmen, wer zahlt, hat das Sagen“.

*BM* hielt dies für eine sehr gute Idee und schlug vor, Mitarbeiter anzuweisen, Vorarbeiten schnellstmöglich voranzutreiben. Er rege an, in Kürze bilateral zu konsultieren. Anschließend könne man die gemeinsamen Überlegungen im Viererkreis vorlegen, der ein entsprechendes Papier erarbeiten könne, welches dann den 18 unterbreitet werde.

*AM* stimmte zu und berichtete ferner, Curien habe ihm gesagt, er habe bereits Hoffnung auf zwei/drei neue EUREKA-Projekte.

*BM* ergänzte, Forschungsminister Riesenhuber habe französisches Weißbuch<sup>15</sup> geprüft. Er habe festgestellt, daß die meisten von F vorgeschlagenen Projekte für EUREKA geeignet seien.

### 3) Europäisches Kampfflugzeug<sup>16</sup>

*AM*, der dieses Thema von sich aus anschnitt, war sich sicher, daß Präsident Mitterrand mit BK Kohl über dieses schwierige Problem sprechen würde.<sup>17</sup> Aus seiner Sicht handele es sich um zwei Probleme: Erstens um ein politisches, denn Europa müsse sich konkret beweisen; zweitens um ein Problem der Luftfahrtindustrie, weil in europäischen Ländern die Zeitpläne der Entwicklungen von Flugzeugen unterschiedlich seien. Präsident Mitterrand liege augenblicklich eine neue Aufzeichnung des Verteidigungsministeriums vor. Er kenne sie nicht, nehme aber an, daß darin verschiedene Modalitäten einer möglichen Lösung aufgezeigt sind.

Es wäre schade, wenn man hier nicht zu einer Einigung käme. Vielleicht läge die Lösung – und dies sei seine persönliche Meinung – darin, daß man kein

<sup>13</sup> Staatspräsident Mitterrand besuchte am 23. Juli 1985 die Schweiz.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „Europa“.

<sup>15</sup> EUREKA. DIE TECHNOLOGISCHE RENAISSANCE EUROPAS. Französische Vorschläge, Paris 1985.

<sup>16</sup> Zum Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

<sup>17</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 24. August 1985 in Fort de Brégançon zusammen.

konkretes Projekt, sondern ein „europäisches aeronautisches Programm“ entwickle.

*BM* meinte, die Bundesregierung habe sich sehr um ein positives Ergebnis bemüht. Er wolle nur an die intensiven Bemühungen von *BM* Wörner erinnern. Wir hätten auf eine größere Flexibilität unserer französischen Freunde gehofft. Der bisher unbefriedigende Ausgang setze ein unglückliches Signal, gerade auch für EUREKA.

*AM*: Französische Fachleute seien der Auffassung, daß der Tornado kein gutes Flugzeug sei. Wissenschaftler hätten aber oft vorgefaßte Meinungen. Beim Flugzeug gingen beide Länder von unterschiedlichen Fakten aus. *Dumas* fragte dann *BM*, ob er Präsident Mitterrand sagen dürfe, daß *BK* Kohl nach wie vor offen für europäische Lösung sei.

*BM* erwiderte, im Bundessicherheitsrat habe es einen eindeutig positiven Beschluß gegeben<sup>18</sup>, dieser habe sich aber auf ein konkretes Projekt bezogen.

#### 4) EG-Haushalt 1986

*AM*: Am 17.9. finde nächstes Treffen der Finanzminister statt. Er würde vorschlagen, ein bilaterales vorbereitendes Gespräch auf hoher Beamtenebene vorzuschalten.

*BM* erklärte sich einverstanden. Dieses Gespräch solle vor dem 9.9. stattfinden.<sup>19</sup> Dann könne er mit *AM* *Dumas* das Thema am 9.9. aufnehmen. *BM* schlug eine Frühstücksvereinbarung am 10.9. vor.<sup>20</sup>

*AM* war einverstanden.

#### 5) SDI

*BM* berichtete über Vorbereitung der Expertenreise nach Washington.<sup>21</sup> Nach Reise müsse sich Bundesregierung für eine mögliche Beteiligung entscheiden. Nach seinem Eindruck habe Begeisterung für ein Abkommen überall etwas nachgelassen, selbst in Großbritannien. Auch Japan sei sehr zurückhaltend. Italien strebe wohl ein MOU an. Offenbar sei in Europa anfangs das Auftragsvolumen für europäische Firmen überschätzt worden.

<sup>18</sup> Botschafter Ruth hielt am 18. Juli 1985 als Ergebnisse der Sitzung des Bundessicherheitsrats vom Vortrag fest: „BMVg arbeitet unverzüglich neuen Kompromißvorschlag auf Fünferbasis aus. Bundeskanzler wird am 18.7. mit Staatspräsident Mitterrand das Thema grundsätzlich erörtern und vorschlagen, daß ihn *BM* Wörner über deutsche Überlegungen unterrichtet. Bundeskanzler unterstreicht Nutzen für die Bundesluftwaffe als zentrales Kriterium. [...] Nach Sommerpause erneutes Befassen, wenn kein Kompromiß erzielbar.“ Vgl. VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>19</sup> Legationssekretär von Ungern-Sternberg notierte am 10. September 1985, daß von französischer Seite mehrmals der Wunsch geäußert worden sei, noch vor der Behandlung des EG-Haushalts für 1986 im EG-Ministerrat auf der Ebene der Finanzminister am 17./18. September 1985 über den Haushalt zu sprechen. Doch sei es „bis jetzt mangels einer konkreten Einladung zu keinem Treffen gekommen. Hintergrund des französischen Anliegens sind Meinungsdivergenzen zwischen dem Quai d'Orsay und dem für Haushaltsfragen zuständigen Budget, die beide in ihrem Sinne Einfluß auf die deutsche Linie im Budget-Rat nehmen wollen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130447.

<sup>20</sup> Bundesminister Genscher und sein französischer Amtskollege *Dumas* trafen am 10. September 1985 in Luxemburg zusammen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 12. September 1985; Referat 010, Bd. 178900.

<sup>21</sup> Die Expertendelegation hielt sich vom 4. bis 13. September 1985 in den USA auf.



AM meinte, er habe mit großem Interesse Interview von BK Kohl in „Die Welt“<sup>22</sup> gelesen. Vor allem die Äußerung, es gäbe Kompatibilität zwischen SDI und EUREKA, und weiter, daß die SDI-Diskussion auch für EUREKA nützlich sei. Es erscheine ihm sehr wichtig, daß diese Diskussionen parallel geführt würden. Übrigens seien die USA außerordentlich neugierig bezüglich EUREKA. Auf Bitten von VP Bush anlässlich seines Besuchs in Paris<sup>23</sup> habe er beschlossen, eine Delegation (Botschafter Arnaud) nach USA zum Briefing über EUREKA zu schicken. Gleichzeitig sei amerikanische Haltung aber auch mit Ironie belastet, weil man glaube, Europa werde in der Hochtechnologie nicht zusammenfinden. Aus diesem Grund müsse Europa ernsthaft und seriös den Willen zur Schaffung wahrer Technologiezusammenarbeit aufbringen. F habe keine Probleme in bezug auf Firmenkontakte. Abkommen gäbe es allerdings, soweit er wisse, bislang noch nicht.

BM: SDI habe zweifellos in Europa das Bewußtsein für eine europäische Technologiezusammenarbeit geschärft. Dennoch: Wenn SDI sich als sinnlos erweisen sollte, dann hätte dies keinerlei Auswirkungen auf EUREKA.

AM stimmte zu.

#### 6) Besuch Gorbatschow in Paris

AM berichtete, daß Gorbatschow vom 2. bis 5. einschließlich nach Paris kommen werde mit großer Delegation.<sup>24</sup> Das Programm sei in Vorbereitung. Vorgehen seien allein drei Begegnungen mit Präsident Mitterrand sowie eine Vollsitzung über bilaterale Fragen. Außerdem wolle man Gorbatschow den Höchstgeschwindigkeitszug, den Airbus und landwirtschaftliche Einrichtungen vorführen.

BM fragte nach dem französischen operativen Ziel für diesen Besuch.

AM führte aus, die Umstände hätten geholfen. Die französische Einladung sei noch an Tschernenko gerichtet gewesen. Gorbatschow habe nun selbst F zum Ort seiner ersten bilateralen Auslandsreise gewählt. Dies sei eine Chance für F, wenngleich natürlich auch die Sowjetunion nicht uneigennützig handle. Der Besuch gäbe Gelegenheit zur Diskussion über den Weltraum, unmittelbar nach der Diskussion in den VN<sup>25</sup> und kurz vor der Begegnung Gorbatschow/Reagan<sup>26</sup>. F wolle einige Punkte bekräftigen und wenn möglich einen Beitrag zur Entspannung leisten. Im übrigen habe er, Dumas, Sorge vor der bevorstehen-

<sup>22</sup> Bundeskanzler Kohl erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“: „Wir haben immer gesagt, EUREKA muß mit SDI kompatibel sein. Insofern handelt es sich nicht um zwei unterschiedliche außenpolitische Optionen. Wenn die Europäer verstärkt zusammenarbeiten und auf diese Weise ihren technologischen Standard erhöhen und ausweiten, dann verbessert das auch ihre Position gegenüber den USA.“ Vgl. den Artikel „SDI und EUREKA keine unterschiedlichen Optionen“; DIE WELT vom 14. August 1985, S. 4.

<sup>23</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich am 1./2. August 1985 in Frankreich auf.

<sup>24</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich.

<sup>25</sup> Die VN-Generalversammlung wurde am 17. September 1985 in New York eröffnet.

<sup>26</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

den Gipfelbegegnung, zumal Präsident Reagan offenbar kränker sei, als zugegeben werde.<sup>27</sup>

*BM:* Hier sei in der Tat eine Veränderung um 180 Grad gegenüber der Situation im Herbst 1984 festzustellen, als ein gesunder Reagan einer kranken sowjetischen Führungsspitze gegenübergestanden habe. Eine lange Gesprächsdauer stelle hohe Anforderungen. Die Sowjets bauten eine gewaltige Propagandakulisse auf. Dies zeige schon die Anzeige in der New York Times<sup>28</sup> und auch die recht ungewöhnliche Pressekonferenz der hiesigen sowjetischen Botschaft. Nach seinem Eindruck führten die Sowjets eine Strategie mit mehreren Optionen. Es bedürfe großen taktischen Geschicks auf seiten der USA, um vor allem Spaltungsbemühungen der Sowjets gegenüber dem Westen entgegenzutreten.

Deswegen sei auch der Besuch Gorbatschows in Paris von größter Bedeutung. Man müsse klar sehen, die SU habe stets eine strategische und eine taktische Karte auf dem Verhandlungstisch. BM nannte als Beispiel den sowjetischen Vorschlag zu besseren Kontakten zwischen RGW und EG<sup>29</sup>, ebenso seine kürzliche Äußerung in Bad Hersfeld zur kulturellen Identität Europas<sup>30</sup> (Exkurs über Bad Hersfeld, die Opernfestspiele und die historische Bedeutung der Kathedrale). Diese Äußerung habe Prawda aufgegriffen und bemerkt, es sei dies das erste Mal, daß der deutsche Außenminister diese Gemeinsamkeit erkenne. Die Verhandlungsposition der SU in bezug auf SDI sei nicht schlecht. Insbesondere, wenn man die Vereinbarung zwischen Shultz und Gromyko vom 8.1.

<sup>27</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 17. Juli 1985: „Die am Wochenende durchgeführte Operation des Präsidenten und die Bestätigung, daß der entfernte Tumor Krebsbefallen war, bestimmen die Berichterstattung in diesen Tagen. Neben sehr detaillierten Krankheitsanalysen in den Nachrichtenteilen und Hintergrundberichten zum Akt der temporären Machtübertragung auf den Vizepräsidenten (einschließlich verfassungshistorischer und verfassungsrechtlicher Analysen) gehen die Kommentatoren vor allem auf die politischen Implikationen von Reagans Zustand ein. [...] Allerdings sind sich die Kommentare einig auch darin, daß die Bestätigung des Krebsverdachts Reagans Position und die politische Landschaft, zumal in einer Zeit, wo es an politischen Erfolgen mangle, verändern werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3482; Referat 204, Bd. 135297.

<sup>28</sup> Vgl. die Anzeige „What Holds Back Progress at the Geneva Talks?“, die den Text eines gleichnamigen Artikels der sowjetischen Tageszeitung Prawda vom 1. August 1985 wiedergab; NEW YORK TIMES vom 13. August 1985, S. 15.

<sup>29</sup> Vgl. dazu das am 14. Juni 1985 übermittelte Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, an EG-Kommissionspräsident Delors; Dok. 161, Anm. 12.

<sup>30</sup> In seiner Rede am 18. August 1985 in Bad Hersfeld zum 25-jährigen Bestehen der Hersfelder Festspiele führte Bundesminister Genscher aus: „Bad Hersfeld, in der Mitte unseres Kontinents, macht uns die deutsche Kulturnation und die unzerstörbare kulturelle Einheit Europas bewußt. [...] Sind nicht die Verehrung, die Tschajkowsky und Schostakowitsch genauso wie Chopin bei uns erfahren, sind nicht die Popularität Bartóks, Smetanas und Dvořáks Ausdruck einer europäischen Identität, die sich in der Vergangenheit als stärker erwiesen hat als Kriege und Völkerhaß, und die sich in der Gegenwart als stärker erweist als Systemgrenzen? [...] 1983 hat der Europäische Rat in Stuttgart beschlossen, in jedem Jahr eine Stadt zur kulturellen Hauptstadt Europas zu erklären, in der die Staaten der Europäischen Gemeinschaft ihre kulturellen Leistungen darbieten können. Wir haben in diesem Jahr in Athen begonnen. In den kommenden Jahren werden als kulturelle Hauptstädte Florenz und Amsterdam und 1988 Berlin folgen. Dieser jährliche Beitrag zur kulturellen Selbstfindung Europas ist ein großartiger Versuch, der aber, wenn wir Europa wirklich als das ganze Europa begreifen, die Länder des Europarats und schließlich das ganze Europa umfassen sollte. Beim Kulturforum im Oktober in Budapest wird zu fragen sein, ob die Zeit reif ist, das ganze Europa bei der Auswahl der kulturellen Hauptstadt einzubeziehen.“ Für den Wortlaut vgl. Mitteilung für die Presse Nr. 1106/85; Referat 013, Bd. 179058.

1985<sup>31</sup> wörtlich nehme. Es werde wichtig sein, mit AM Shultz in New York ausführlich über die Vorbereitungen des Besuchs zu sprechen. Das Thema könne außerdem zu viert und zu siebt diskutiert werden.<sup>32</sup>

AM berichtete, er habe soeben erfahren, daß Präsident Reagan zur Gedenkfeier aus Anlaß des 40. Jahrestages der VN<sup>33</sup> kommen werde. Ob Präsident Mitterrand teilnehme, sei noch nicht entschieden.

#### 7) Besuch Präsident Mitterrand in Berlin

AM ging davon aus, daß Präsident Mitterrand mit dem BK hierüber sprechen werde. Es sei ja bereits entschieden, daß Mitterrand einen vorgeschalteten Besuch in Bonn abstaten werde.<sup>34</sup>

BM fragte, ob F mit Gegenbesuchen aus der DDR rechne.

AM sagte, es sei nichts vorgesehen.

#### 8) Helsinki

AM unterrichtete BM über seine „interessanten“ Gespräche mit dem polnischen<sup>35</sup> und ungarischen<sup>36</sup> Außenminister. Der Pole sei ihm gegenüber außerordentlich entspannt und entgegenkommend gewesen und habe französischen Vorschlag einer Vereinbarung zur Familienzusammenführung unterstützt. Der ungarische Außenminister habe ihn über EUREKA befragt und Frage angeschlossen, ob nicht auch Ungarn teilnehmen könne. Wenn Europa aus der Blockfassade herausgeführt werden solle – so der ungarische AM –, müßten Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Dafür böte sich Technologie an.

BM erwiderte, er habe in seiner Rede in Helsinki gesagt, wir wollten keine technologische Spaltung Europas<sup>37</sup>. Auf diese Bemerkung sei er von seinem ungarischen<sup>38</sup>, seinem tschechischen<sup>39</sup> und seinem polnischen Kollegen<sup>40</sup> an-

31 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

32 Zum Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 23. September 1985 in New York vgl. Dok. 259.

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am gleichen Tag in New York vgl. Dok. 258.

Für das Gespräch der Außenminister der G-7 am 25. September 1985 in New York vgl. Dok. 255.

33 In New York fanden vom 20. bis 24. Oktober 1985 Jubiläumsfeierlichkeiten aus Anlaß des Inkrafttretens der Charta der Vereinten Nationen vor vierzig Jahren statt.

34 Staatspräsident Mitterrand flog nach einem Zwischenaufenthalt in Bonn am 10. Oktober 1985 zusammen mit Bundeskanzler Kohl nach Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 277.

35 Gesandter Graf von Brühl berichtete am 20. August 1985, er habe über das Gespräch zwischen dem französischen Außenminister Dumas und dessen polnischem Amtskollegen Olszowski erfahren, es habe sich „auf relativ problemfreie Bereiche des bilateralen Verhältnisses, vor allem Weiterentwicklung des wissenschaftlichen und kulturellen Austausches“ konzentriert. „Beiderseitiges Interesse am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sei wegen poln[ischer] Devisenlage auf enggezogene Grenzen gestoßen. Weiteres Einzelthema war Familienzusammenführung, die von polnischer Seite nicht weiter als problematisch erachtet worden sei: Menschenrechtsfragen seien nicht angesprochen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1266; Referat 421, Bd. 140327.

36 Péter Várkonyi.

37 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.

38 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ungarischen Außenminister Várkonyi am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. Dok. 168, Anm. 33.

39 Bundesminister Genscher traf am 30. Juli 1985 in Helsinki mit dem tschechoslowakischen Außen-

gesprochen worden. Das Wort Revanchismus sei in seinen Gesprächen mit Ostblockaußenministern nicht gefallen.

Morgen werde er den tschechoslowakischen Außenminister zu Besuch haben<sup>41</sup>, der besonders engen Kontakt zur SU habe und ein sehr angenehmer Gesprächspartner sei. Chňoupek habe stets eine zutreffende Einschätzung der Situation in der SU geben können.

Wenn er sich geographische Lage Europas nach dem Zweiten Weltkrieg ansehe, so sei den Europäern viel zugemutet worden. Aus der Sicht der Alliierten habe er noch ein gewisses Verständnis für die Entscheidungen in bezug auf Deutschland. Dies müßten wir tragen. Besonders schlecht seien jedoch Tschechen und Polen behandelt worden.

AM gab BM recht und ergänzte, England und Frankreich hätten damals, vom Kriege geschwächt, ihre Stimme nicht erheben können, und auf amerikanischer Seite habe ein kranker Mann<sup>42</sup> verhandelt.

BM: Die Polen hätten das schwerste Schicksal erlitten. Hinzu komme, daß sie auch die Realitäten oftmals schlecht einschätzten. Jaruzelski beispielsweise halte sich selbst für die „letzte polnische Antwort“. Die „Antwort Jaruzelski“, die aufgrund russischer Einflußnahme zustande gekommen sei, habe der Westen mit Sanktionen gegenüber Polen<sup>43</sup>, nicht aber gegenüber dem Verursacher SU beantwortet<sup>44</sup>. Deswegen müßte der Westen die dynamischen Kräfte in Osteuropa fördern. Besonders im kulturellen Bereich müßten größere Anstrengungen unternommen werden.

AM: Im Quai sei mit den Vorbereitungen für das Kulturforum<sup>45</sup> begonnen worden. Er stelle sich die Frage, ob Minister vertreten sein sollten.

BM erläuterte, unser Delegationsleiter sei ehemaliger Botschafter in London und Intendant des ZDF<sup>46</sup>, ein politischer Mensch. Wegen möglicher Teilnahme von Ministern wolle er gerne mit F im Gespräch bleiben; er wünsche keinen Alleingang.

**Referat 010, Bd. 178900**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1163*

minister Chňoupek zusammen. Vgl. für die Gesprächsaufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterheld den Drahtbericht Nr. 5 vom 31. Juli 1985; Referat 214, Bd. 139639.

<sup>40</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Olszowski am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. Dok. 210.

<sup>41</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 22./23. August 1985 in Celle vgl. Dok. 228–231.

<sup>42</sup> Franklin D. Roosevelt.

<sup>43</sup> Zu den von den USA gegen Polen verhängten Sanktionen vgl. Dok. 56, Anm. 5.

<sup>44</sup> Korrigiert aus: „beschlossen“.

<sup>45</sup> Das KSZE-Kulturforum in Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt.

<sup>46</sup> Karl-Günther von Hase.

## 226

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl****213-322 AFG/SOW****22. August 1985<sup>1</sup>**Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung<sup>2</sup>

Betr.: Sowjetischer Protest gegen Afghanistan-Erklärungen von MdB Todenhöfer und StM Möllemann (Einbestellung des Gesandten Arnot durch den Leiter der Dritten Europäischen Abteilung im SAM, Bondarenko, am 19.8.1985)

Bezug: DB Nr. 2566 aus Moskau vom 20.8.1985 Pol<sup>3</sup>Anlg.: 2<sup>4</sup>

I. Sachstand (vgl. im einzelnen die Anlage)

1) Der Leiter der 3. Europäischen Abteilung im SAM, Bondarenko, bat Gesandten Arnot als Geschäftsträger am 19.8. zu sich und verlas Non-paper als mündliche Erklärung, in der er u. a.:

- nicht spezifizierte deutsche Medien wegen ihrer „verleumderischen“ Afghanistan-Berichterstattung angriff,
- MdB Todenhöfer wegen dessen scharfer Kritik an der Lage in Afghanistan und der sowjetischen Afghanistanpolitik insgesamt namentlich attackierte (möglicherweise wegen dessen Schreiben an GS Gorbatschow; vgl. beigefügte Pressemitteilung Todenhöfers vom 15.8.<sup>5</sup>),
- StM Möllemann speziell wegen dessen Äußerung zu sowjetischen Spielzeugbomben (vermutlich in Bundestagsrede vom 27.6.85<sup>6</sup>) angriff,

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Weiß konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 24. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oesterheld an Referat 213 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[siehe] S. 4+5“. Vgl. Anm. 19 und 23.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 26. August 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 23. August 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Gesandter Arnot, Moskau, berichtete über sein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, vom Vortag und übermittelte eine Übersetzung des dabei übergebenen sowjetischen Non-papers. Vgl. Referat 213, Bd. 139329.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 3 und 5.

<sup>5</sup> Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer informierte die Presse über einen Offenen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow. In diesem Brief, dem eine Mappe mit Photographien schwerverletzter afghanischer Kinder beigelegt war, beklagte Todenhöfer die Opfer der sowjetischen Kriegführung in Afghanistan und fragte: „Wie aber sollen die Menschen an die Friedenssehnsucht der sowjetischen Regierung glauben, wenn diese Krieg gegen das benachbarte afghanische Volk führt? Wie sollen die Menschen an die Bereitschaft der Sowjetunion zum Gewaltverzicht glauben, wenn die große Sowjetunion gegen das kleine Afghanistan täglich Gewalt anwendet? Und wie sollen die Menschen an die Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion glauben, wenn die sowjetische Armee in Afghanistan immer neue Waffen testet?“ Vgl. Referat 213, Bd. 139329.

<sup>6</sup> Staatsminister Möllemann führte am 27. Juni 1985 vor dem Bundestag aus: „Mit welcher Grausamkeit die Besatzungsmacht vorgeht, zeigt der unlängst veröffentlichte, von mehreren Kollegen bereits angesprochene Bericht des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen und ihrer Menschenrechtskommission, Professor Ermacora, über die Menschenrechtsslage in Afghanistan mit erschreckender Deutlichkeit. Man kann diesen Bericht nur mit Entsetzen lesen. Ersparen Sie mir

- derartige Handlungen als „offen feindselig gegenüber der Sowjetunion“ qualifizierte und
- „entsprechende Konsequenzen“ androhte, falls solche Handlungen nicht beendet würden.

2) Gesandter Arnot replizierte auf persönlicher Basis in folgenden Punkten:

- Verwunderung über künstliche Konzentration der sowjetischen Seite auf unsere Kritik an der Lage in und um Afghanistan; Hinweis auf anhaltende weltweite Kritik;
- Zurückweisung des sowjetischen Verlangens, seitens der Bundesregierung auf Meinungsäußerung von Medien und Abgeordneten einzuwirken; dies sei nach unserer Verfassungsordnung gegenstandslos;
- Unterstreichung der konträren Auffassungen zur Lage in und um Afghanistan (überwältigende Mehrheit der Staaten gegen SU); Notwendigkeit einer politischen Lösung.<sup>7</sup>

II. 1) An der sowjetischen Demarche fällt der Versuch auf, uns isoliert, d.h. in Außerachtlassung der weltweit anhaltenden Kritik an der sowjetischen Besetzung Afghanistans, unter Druck zu setzen und mit Konsequenzen zu drohen.

Über die letzten Monate dürfte sich aus sowjetischer Sicht eine gewisse Häufung von privaten und amtlichen Aktivitäten aus der Bundesrepublik Deutschland ergeben haben, die sowjetischen Interessen in Afghanistan entgegenstehen, z.B.:

- Bei der UN-Menschenrechtskonferenz in Genf waren wir im März Haupteinbringer einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution, in der die Menschenrechtslage in Afghanistan scharf verurteilt wurde.<sup>8</sup> Die SU, die seinerzeit auf diesen Vorgang nicht reagierte, könnte befürchten, daß wir auch beim follow-up zu dieser Resolution in der bevorstehenden Generalversammlung<sup>9</sup> erneut die Haupteinbringerschaft übernehmen. (Tatsächlich wird, was den Sowjets nicht bekannt sein könnte, Belgien diese Rolle übernehmen.<sup>10</sup>) Dies würde – neben dem Schreiben Todenhöfers an den GS – den Zeitpunkt der sowjetischen Demarche erklären.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1165*

weitere Einzelheiten. Beliebig herausgegriffene Zitate wie ‚Bombardierung und Massaker von Zivilpersonen‘, ‚Einsatz von Spielzeugbomben gegen Kinder‘, ‚Gebrauch von chemischen Waffen‘ machen die Grausamkeit deutlich, mit der sich dort Tag für Tag die Sowjetunion an unschuldigen Menschen vergeht.“ Für den Wortlaut der vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 133, S. 11142.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Heyken informierte die Botschaft in Moskau am 21. August 1985, Staatssekretär Meyer-Landrut habe in „Direktorenrunde am 21.8. Antwort des Gesandten ausdrücklich gebilligt“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 780; Referat 213, Bd. 139329.

<sup>8</sup> Am 13. März 1985 nahm die VN-Menschenrechtskommission in Genf mit einer Mehrheit von 26 zu 8 Stimmen bei 8 Enthaltungen die von der Bundesrepublik eingebrachte Resolution 1985/38 an, die die andauernde bewaffnete Intervention in Afghanistan verurteilte. Vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1985, SUPPLEMENT NO. 2, S. 167 f. Für den Wortlaut der Resolution vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS 1985, SUPPLEMENT NO. 2, S. 80 f.

<sup>9</sup> Die VN-Generalversammlung wurde am 17. September 1985 in New York eröffnet.

<sup>10</sup> Am 13. Dezember 1985 nahm die VN-Generalversammlung eine Resolution an, die schwere Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan feststellte und zur Unterstützung des Sonderberichterstatters Ermacora aufforderte. Für den Wortlaut der Resolution 40/137 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXIV, S. 452 f.

- Wir haben in der letzten Woche in Kabul scharfe afghanische Protestnote gegen eine „innere Einmischung“ in afghanische Angelegenheiten<sup>11</sup> gemäß bisheriger Linie unbeantwortet gelassen. Auch dies könnte die sowjetische Vor-macht auf den Plan gerufen haben.
- Die grenzüberschreitenden Aktionen von MdB Todenhöfer in Afghanistan<sup>12</sup> sowie seine daran anschließende Öffentlichkeitsarbeit sind der Sowjetunion ein besonderer Dorn im Auge. Mit dem persönlichen Angriff auf Todenhöfer will die SU im Grunde genommen bestimmte Kreise bei uns insgesamt treffen. (Zuletzt Kornilow in TASS vom 16.8.: „Speichellecker Washingtons“<sup>13</sup>; das Bundespresseamt wird wegen dieser Herabsetzungen eines Abgeordneten den sowjetischen Pressereferenten<sup>14</sup> einbestellen.)
- Die Aktivitäten des Bundeswehrmajors Kothny<sup>15</sup> (z. B. „Afghanischer Freiheitssender“) dürften, was nicht zutrifft, aus sowjetischer Sicht mit mehr als nur der Billigung offizieller Stellen erfolgen.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat Elias informierte die Botschaft in Kabul am 8. August 1985 über eine zwei Tage zuvor übergebene Protestnote der afghanischen Regierung, in der Spionagevorwürfe und der Vorwurf verleumderischer Propaganda erhoben wurden. Weiter teilte er mit: „Das Auswärtige Amt wird diese Note mit ihren haltlosen Vorwürfen, die an frühere Beschuldigungen anknüpfen, nicht offiziell beantworten, da wir zum derzeitigen Regime in Kabul nur administrative und technische, jedoch keine politischen Kontakte unterhalten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 132; Referat 340, Bd. 136779.

<sup>12</sup> Der CDU-Abgeordnete Todenhöfer hielt sich vom 27. Juli bis 1. August 1980 in Afghanistan auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 232. In der Presse wurde berichtet, daß Todenhöfer am 27. Dezember 1984 unbewaffnet und in Begleitung eines Fernsehjournalisten an einem Angriff auf eine sowjetische Garnison in Afghanistan teilgenommen habe. Vgl. dazu den Artikel „Jürgen Todenhöfer“; DER SPIEGEL, Nr. 2 vom 7. Januar 1985, S. 155.

<sup>13</sup> Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 20. August 1985 über einen von der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS am 16. August 1985 verbreiteten Artikel, den die Tageszeitung „Sowjetskaja Rossija“ am 18. August 1985 unter der Überschrift „Nach dem Rezept von Goebbels“ veröffentlichte. Über den CDU-Abgeordneten Todenhöfer habe es dort geheißen, „in orientalischer Verkleidung sei er, ein Abgeordneter des Bundestags(!), mit den von der CIA unterhaltenen Killer- und Terroristenbanden nach Afghanistan eingeschleust worden. Er habe mit einem Kameramann von Duschmanen zerstörte Dörfer, gesprengte Brücken und Straßen, entweihte Moscheen gefilmt – Material, das später dem Bundestag und der bürgerlichen Presse als Beweis der Grausamkeiten der Sowjetischen Armee vorgeführt werden sollte. [...] Dem ‚Washingtoner Speichellecker‘ sei nicht bewußt, daß die ‚Berühmtheit‘, die er erlange, der Berühmtheit von Goebbels gleiche.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2570; Referat 213, Bd. 139329.

Für den deutschen Wortlaut der TASS-Meldung vom 16. August 1985 vgl. Bundespresseamt, Ostinformationen vom 19. August 1985, S. 1 f.; Referat 213, Bd. 139329.

<sup>14</sup> Jurij A. Gremitskich.

<sup>15</sup> Das Bundesministerium der Verteidigung teilte dem Auswärtigen Amt am 5. Mai 1984 mit: „Der im aktiven Dienst der Bundeswehr stehende Major Erik Kothny [...] hat im Februar/März 1982 während seines Erholungsurlaubs in Indien als freier Mitarbeiter der Stuttgarter Nachrichten und des ZDF eine Reise nach Afghanistan unternommen. Ausgestattet mit einem internationalen Presseausweis hatte er sich dort ausschließlich journalistischer Arbeit gewidmet. Es trifft zu, daß K. die Reise nach Afghanistan ohne Genehmigung und Wissen des BMVg durchführte und auch nach seiner Rückkehr keine für diesen Fall vorgeschriebene dienstliche Meldung über seine Unternehmung erstattete. Er hatte anschließend mehrfach in der Presse und in öffentlichen Vorträgen über seine Erlebnisse berichtet.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139329.

Botschafter Berendonck, Islamabad, informierte am 7. Juni 1985, daß Kothny nun versuche, die von ihm besorgte technische Ausrüstung für einen „Sender Freies Afghanistan“ von Pakistan illegal nach Afghanistan zu bringen. „Kothny möchte Anwesenheit eines deutschen Fernsteams für seine Sache (publizistisch) ausnutzen.“ Vgl. Drahtbericht Nr. 524; Referat 213, Bd. 139329.

- Die Arbeit von einigen deutschen Mediziner in Afghanistan (z. B. Dr. Freigang), bisher von den Sowjets stillschweigend geduldet, scheint in der letzten Zeit wegen deren verstärkter Publizität zunehmend als Provokation aufgefaßt zu werden.<sup>16</sup>
- Die Sowjetunion könnte auch ungerechtfertigt von einer deutschen Mitwirkung bei der Hilfe für sowjetische Überläufer ausgehen.<sup>17</sup>

Somit kommt ein ganzes Bündel an Motiven zusammen, das den Zeitpunkt und die Intensität der sowjetischen Demarche erklärt.

2) Die sowjetischen Zielsetzungen gehen offenbar in verschiedene Richtungen. Vor allem will die SU die Bundesregierung zu einer größeren Zurückhaltung hinsichtlich ihrer Afghanistanpolitik bewegen.

(StM Möllemann hatte am 27.6. in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags zu Afghanistan die Haltung der Bundesregierung bekräftigt und hierfür die Unterstützung aller Parteien festgestellt.)

Moskau könnte darauf spekulieren, daß die Bundesregierung dies angesichts gewisser Belastungen in den bilateralen Beziehungen nicht ganz unberücksichtigt läßt.

Als weitere Ziele kommen hinzu:

- Im Vorfeld des zweiten Teils der 4. Runde der Córdovez-Gespräche zu Afghanistan in Genf (Beginn: 27.8.85)<sup>18</sup> will die SU ihre Bereitschaft demonstrieren, offensiv an ihrer bisherigen Afghanistanpolitik festzuhalten (auch das kürzliche Gespräch Arbatows mit MdB Sperling deutet in diese Richtung).
- Zu beachten sind in diesem Zusammenhang auch Hinweise auf eine erneute Zunahme sowjetischer Militäraktionen in Afghanistan. Die Demarche soll möglicherweise auch der präventiven Eindämmung von Kritik aus der Bundesrepublik Deutschland dienen.

<sup>16</sup> Botschafter Berendonck, Islamabad, informierte am 18. August 1985 über einen Bericht der Tageszeitung „Pakistan Times“ vom 16. August 1985: „In dem Artikel wird namentlich Dr. Karl Freigang vom Bonner Afghanistan Komitee erwähnt, der einer der wenigen Ärzte sei, die dem Volke von Afghanistan innerhalb des Landes Hilfe leisteten.“ Seine „Klinik sei verschiedene Male angegriffen worden, und er persönlich habe sich Gefahren für seine Existenz ausgesetzt. Abschließend heißt es in dem Artikel, daß französische und deutsche Ärzte normalerweise anonym in Afghanistan arbeiten und zur Lage im Lande keine Stellung nähmen. Freigang jedoch habe deutschen Journalisten einige Interviews gegeben, die ernsthafte Verstimmungen in offiziellen Kreisen in Kabul ausgelöst hätten. Es werde berichtet, daß seine Tätigkeit nunmehr unter scharfer Beobachtung stünde und jegliche Fehlkalkulation von seiner Seite ‚zur Ausweisung oder zur Verhaftung führen könnte.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 706; Referat 340, Bd. 136777.

<sup>17</sup> In der Angelegenheit von sechs sowjetischen Soldaten, die sich in einem Gefangenenlager der afghanischen Mudschaheddin in Pakistan befanden, wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus die Botschaft in Islamabad am 24. Juni 1985 an: „Die Aushändigung von Papieren an die sowjetischen Soldaten kann erst erfolgen, wenn pakistanische Regierung auf offiziellem oder inoffiziell Wege ihr Einverständnis zur Ausreise der Mudschaheddin-Gefangenen nach Kanada (über Bundesrepublik Deutschland) signalisiert hat.“ Vgl. VS-Bd. 12437 (514); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> In der Presse wurde über die indirekten Verhandlungen, die Afghanistan und Pakistan in Genf unter Vermittlung des stellvertretenden VN-Generalsekretärs führten, berichtet, Córdovez habe den Beginn einer neuen Runde für den 27. August 1985 angekündigt: „Gegenstand der Verhandlungen ist im wesentlichen ein UN-Plan, der den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die Repatriierung von rund fünf Millionen afghanischen Flüchtlingen aus Pakistan und Iran sowie internationale Sicherheits- und Nichteinmischungsgarantien für Afghanistan vorsieht.“ Vgl. den Artikel „Konstruktive Gespräche“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juni 1985, S. 4.



Der Hinweis auf Konsequenzen in der Demarche dürfte als Warnung ernst zu nehmen sein. In erster Linie ist mit sowjetischen Maßnahmen gegen grenzüberschreitende Aktivitäten deutscher Staatsangehöriger, <sup>19</sup>sofern man ihrer habhaft werden kann, zu rechnen. (Neben Kothny, einigen deutschen Journalisten und Ärzten ist dabei auch an MdB Todenhöfer zu denken!) Zu erinnern wäre in diesem Zusammenhang an den Fall Abouchar<sup>20</sup>, der dann allerdings aus übergeordneten politischen Gründen eine Lösung fand.

### III. Zum weiteren Vorgehen

1) Ich schlage vor, daß ich den sowjetischen Botschafter/Geschäftsträger einbestelle und den Protest Bondarenkos förmlich zurückweise (zu Inhaltspunkten vgl. IV).

Bei diesem Vorschlag ist u. a. die Tatsache wesentlich, daß die hiesige sowjetische Botschaft in geringerem Maße als unsere Botschaft in Moskau an der Behandlung von „Negativ-Themen“ beteiligt ist und daß hierbei ein gewisses Gleichgewicht gewahrt bleiben sollte.

2) Die Einbestellung sollte vertraulich bleiben.

3) Die Bündnispartner in der NATO sollten unterrichtet werden.

4) Wir sollten ferner das Thema in den bevorstehenden EPZ-Arbeitsgruppen zu Afghanistan (2.9.) bzw. zu Osteuropa (4./5.9.) ansprechen mit der Anregung, zur nächsten sich bietenden Gelegenheit erneut eine EPZ-Aktion zum Thema Afghanistan ins Auge zu fassen (in Frage käme: Demarche der Präsidentschaft oder Zehner-Erklärung). Wichtiger Teilaspekt dieser Aktion sollte es sein, dem sowjetischen Versuch, uns zu isolieren, sichtbar entgegenzutreten.

5) Die Passage in der Rede des BM<sup>21</sup> vor der GV<sup>22</sup> muß die Kontinuität unserer Haltung zu Afghanistan besonders deutlich unterstreichen.

### IV. Vorgeschlagene Inhaltselemente für die Einbestellung des sowjetischen Botschafters/Gesandten.

- <sup>23</sup>Ausdruck des Erstaunens über den künstlichen sowjetischen Versuch, die Bundesregierung mit ihrer Kritik an der Lage in und um Afghanistan gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft zu isolieren.
- Haltung der Bundesregierung angesichts der sowjetischen Besetzung des Landes seit 1979 ebenso wie weltweite Kritik unverändert. SU weigert sich bisher leider, dies zur Kenntnis zu nehmen und eine politische Lösung des Afghanistan-Problems zu ermöglichen.

<sup>19</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> In der Presse wurde berichtet, daß der französische Fernsehjournalist Jacques Abouchar am 17. September 1984 in Afghanistan von sowjetischen Truppen festgenommen und einen Monat später zu einer Haftstrafe von 18 Jahren verurteilt worden sei. Nach seiner Freilassung sei er am 27. Oktober 1984 in Paris eingetroffen. Vgl. den Artikel „Abouchar wieder zu Hause“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Oktober 1984, S. 4.

<sup>21</sup> Die Wörter „Rede des BM“ wurden von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Im bisherigen Entwurf nur en passant mit Verweis auf EPZ-Rede Luxemburg!“

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1985, S. 921–926.

<sup>23</sup> Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

- Es geht darum, die Leiden und das Elend des afghanischen Volkes, wie sie auch in dem erschütternden und sorgfältig recherchierten Bericht von Prof. Ermacora, des offiziellen Berichterstatters der UN-Menschenrechtskommission<sup>24</sup>, dargelegt wurden, bald zu beenden. Bevorstehende GV wird der sowjetischen Regierung erneut zeigen, welche Haltung die überwiegende Mehrzahl der Staaten zur Afghanistan-Frage einnimmt.<sup>25</sup>
- Die sowjetische Regierung sollte sich auf eine politische Lösung des Problems konzentrieren und von Versuchen Abstand nehmen, gegen die berechnete und anhaltende Kritik am sowjetischen Vorgehen in Afghanistan Druck auszuüben. Dies ist nur kontraproduktiv und stößt z.B. im Falle der Bundesrepublik Deutschland auf den einmütigen Widerstand aller im Bundestag vertretenen Parteien.
- Abschließender Hinweis auf die drei Elemente der mündlichen Antwort von Gesandten Arnot, die voll bestätigt wird (s. o. I. 1).

Die Erklärung von D2 sollte mündlich unter Übergabe eines Non-papers erfolgen, d.h. dem Vorgehen Bondarenkos gegenüber Gesandtem Arnot entsprechen.<sup>26</sup>

Referat 340 und 231 haben mitgezeichnet.

Braunmühl

**Referat 213, Bd. 139329**

<sup>24</sup> Für den Wortlaut des Berichts vom 19. Februar 1985 vgl. Felix Ermacora, REPORT ON THE SITUATION OF HUMAN RIGHTS IN AFGHANISTAN, hrsg. vom UN Economic and Social Council, Commission on Human Rights, März 1985.

<sup>25</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ich habe in Mos[kau] immer erwähnt, daß SU ‚die Staatengemeinschaft‘ stets gerne heranzieht, wenn UN-Resolutionen in ihre Politik passen, die Afg[hanistan]-Resolutionen aber schlicht übergeht, was dem stets herausgestellten Anspruch konsequenter und geschlossener sow[jetischer] Außenpolitik widerspricht.“

<sup>26</sup> Am 13. September 1985 übergab Ministerialdirektor Edler von Braunmühl dem sowjetischen Gesandten Terechow ein Non-paper zu Afghanistan: „Daran schloß sich eine kurze Diskussion an, in der Terechow eine verleumderische Informationspolitik unserer Medien für die angeblich falsche Sicht der Dinge in unserer Öffentlichkeit verantwortlich machte. Mit besonderer Empörung erwähnte er die Meldung über sowjetische Spielzeugbomben. Unsere Erklärung bezeichnete er als nicht zufriedenstellend und außerordentlich einseitig. [...] D2 wies darauf hin, daß unabhängig von einzelnen Tatsachen die Empörung in unserer Öffentlichkeit sich verständlicherweise gegen den Krieg führenden und nicht gegen das Opfer richte. Eine politische Lösung sei möglich; der Westen wolle sich keine Positionen in Afghanistan verschaffen, und die Sowjetunion habe früher auch ohne Krieg und Besetzung gute Beziehungen zu Afghanistan unterhalten können.“ Für die Gesprächsaufzeichnung sowie das Non-paper vgl. Referat 213, Bd. 139307.

## 227

## Gespräch des Ministerialdirigenten Sulimma mit dem Vertreter des südafrikanischen ANC, Seedat

VS-NfD

27. August 1985<sup>1</sup>

Am 27.8.1985 empfing Dg32 auf dessen Wunsch Herrn Tony Seedat, der in der Bundesrepublik Deutschland die Interessen des ANC vertritt.<sup>2</sup>

Aus diesem Gespräch halte ich folgendes fest:

1) *Seedat* wandte sich zuerst gegen die geplante Troika-Reise.<sup>3</sup> Eine solche Reise könne nur wertvolle Ergebnisse bringen. Geeignete Gesprächspartner in Südafrika seien nicht vorhanden. Die jüngsten Verhaftungen von UDF-Vertretern<sup>4</sup> hätten auch das Ziel gehabt, diese aus dem Verkehr zu ziehen, damit sie als Gesprächspartner für die Troika nicht mehr zur Verfügung stehen könnten. Die Troika müsse zwangsläufig die Gesprächspartner akzeptieren, die Botha ihnen vorsetze.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat Gühlcke am 28. August 1985 gefertigt. Hat Ministerialdirigent Sulimma am 29. August 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Haas an Staatssekretär Meyer-Landrut verfügte.

Hat Haas am 29. August 1985 vorgelegen.

Hat Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 30. August 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 320 verfügte.

<sup>2</sup> Referat 320 legte am 23. August 1985 dar: „Seit 1981 hat der ANC-Angehörige Tony Seedat seinen ständigen Aufenthalt in Bonn. Der ANC hat ihn hier eingesetzt, um amtlichen Stellen und sonstigen Institutionen als Gesprächspartner zur Verfügung zu stehen und im Sinne des ANC Öffentlichkeitsarbeit gegen die Apartheid zu leisten. Weder Seedat noch sein Büro haben hier in irgendeiner Form einen offiziellen Status. [...] Für eine gesetzliche Einschränkung der Tätigkeit von Seedat ist keine rechtliche Grundlage erkennbar. Die freie politische Betätigung von Einzelpersonen wie auch von Organisationen ist in der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich garantiert. Die Bundesregierung hält den ständigen Gesprächskontakt mit einem ANC-Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen eines kritischen Dialogs mit allen relevanten politischen Kräften in Südafrika für politisch sinnvoll. Er gibt ihr die Gelegenheit, den ANC für ihre Politik des friedlichen Wandels zu gewinnen.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156003.

<sup>3</sup> Die Außenminister Andreotti (Italien), van den Broek (Niederlande) und Poos (Luxemburg) hielten sich vom 30. August bis 1. September 1985 gemeinsam mit dem EG-Kommissionmitglied de Clercq in Südafrika auf. Ihr Auftrag war es, der südafrikanischen Regierung die Besorgnis der EG-Mitgliedstaaten über die Menschenrechtslage mitzuteilen und sowohl mit ihr als auch mit Vertretern der Opposition über politische Reformen zu sprechen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 264 vom 24. August 1985 aus Luxemburg (COREU); Referat 200, Bd. 129597.

<sup>4</sup> Die südafrikanische Regierung verhängte am 20. Juli 1985 über 36 Bezirke des Lands den Ausnahmezustand. Vgl. dazu Dok. 117, Anm. 21.

Am 26. August 1985 wurde in der Presse berichtet: „Am Samstag hatte die südafrikanische Polizei die Verhaftung von 27 führenden Apartheid-Gegnern, meist Führer der ‚Vereinigten Demokratischen Front‘ (UDF) und ihr angeschlossener Organisationen, gemeldet. Unter den Verhafteten sind nach Angaben der Polizei der derzeitige UDF-Vorsitzende Farouk Meer und der weiße anglikanische Geistliche Syd Luckett. Nach Ansicht des Präsidenten des Weltbundes der Reformierten Kirchen und UDF-Führers, Boesak, stehen die Verhaftungen ‚zweifelloso‘ im Zusammenhang mit der für Mittwoch geplanten Demonstration für die Freilassung des Nationalistenführers Nelson Mandela.“ Vgl. den Artikel „Weitere Verhaftungen in Südafrika“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, S. 5. Zwei Tage später wurde auch die Verhaftung Boesaks mitgeteilt. Vgl. den Artikel „Allan Boesak in Südafrika verhaftet“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. August 1985, S. 1.

2) Weiterhin kritisierte Seedat heftig unsere<sup>5</sup> Haltung zur Sanktionsfrage<sup>6</sup> und wiederholte den Vorwurf der militärischen Zusammenarbeit mit Südafrika. Dazu führte er als Beispiel insbesondere die deutsche Hubschrauberlieferung an die südafrikanische Polizei an. Diese Lieferung beweise die militärische Unterstützung für das Apartheid-System.

*Dg32* wies auf die bestehende gesetzliche Lage hin, die ein Verbot solcher Lieferungen nicht zulasse. Er sagte Überprüfung zu, ob das Ausfuhrverfahren in solchen sensiblen Bereichen nicht erschwert werden könnte.

3) *Seedat* äußerte sich unzufrieden über den Dialog Bundesregierung–ANC. BM Genscher sei bislang jeder Begegnung mit führenden ANC-Persönlichkeiten aus dem Weg gegangen. Er wolle keine Bitte an BM Genscher richten, hoffe aber, daß er dieses Signal erhalten werde. Das Verhalten der Bundesregierung in der Sanktionsfrage und die nach seiner Auffassung umfangreiche Unterstützung Pretorias haben dazu geführt, daß unter den Schwarzen in Südafrika die Bundesrepublik als einer der stärksten Unterstützer des Apartheid-Systems gelte. Die Analyse der Bundesregierung über die Vorgänge in Südafrika sei durchaus richtig, die Schlußfolgerungen aber nach wie vor falsch.

Der ANC könne den bewaffneten Kampf jederzeit eskalieren. Seedat habe auf der Pressekonferenz der Grünen keine direkte Drohung gegen deutsche Firmen gerichtet. Er habe vielmehr gesagt, daß der ANC jede Firma in Südafrika, die das Apartheid-System, in welcher Form auch immer, unterstütze, als legitimes Ziel des ANC betrachten werde. Deutsche Firmen seien davon nicht ausgeschlossen.<sup>7</sup>

*Dg32* wies Seedat mit Nachdruck darauf hin, daß die Bundesregierung jede Anwendung von Gewalt ablehne. Äußerungen dieser Art könnten nur kontraproduktiv sein.<sup>8</sup>

In diesem Zusammenhang wies *Seedat* insbesondere auf BMW hin, die nach einem Bericht der „International Federation of Trade Unions“ zu einem der

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirigent Sulimma gestrichen: „ablehnende“.

<sup>6</sup> Botschaftsrat Ziefer, Pretoria, erläuterte am 12. August 1985 die Haltung der Bundesregierung zu Sanktionen gegen Südafrika: „Abgesehen von prinzipieller Ablehnung dieses Instruments als Mittel der Außenpolitik und erfahrungsgemäß mangelnder Wirksamkeit, würden solche Maßnahmen, wenn sie wirksam wären, in starkem Maße die schwarzen Arbeitnehmer treffen. Reformen, die schwarzer Bevölkerung nicht nur formale Rechte, sondern auch echte soziale Verbesserungen bringen, kosten Geld und sind nur auf Grundlage kräftig wachsender Volkswirtschaft finanzierbar. Ausländische Investitionen sind notwendig, um dieses Wachstum zu erreichen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 420; Referat 320, Bd. 156009.

<sup>7</sup> Legationsrat I. Klasse Achenbach notierte am 16. August 1985 über Ausführungen des Bonner Vertreters des ANC, Seedat, bei einer Pressekonferenz vom Vortag: „Der Vertreter des ANC erhob die üblichen Vorwürfe gegen die Bundesregierung und forderte ‚totale Sanktionen‘ gegen Südafrika. Darüber hinaus bezeichnete er deutsche Firmen in Südafrika als ‚legitime Ziele‘ des ANC. Der ANC sei in der Lage, solche Firmen zu attackieren, und werde es auch tun. Als Beispiel führte er an, ANC habe in Transkei eine Erdölanlage von Esso in die Luft gesprengt. Er stellte die Bundesrepublik Deutschland als größten Lieferanten strategischer und nuklearer Güter für Südafrika hin.“ Vgl. Referat 320, Bd. 156003.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz informierte am 21. August 1985 die Botschaft in Pretoria, daß ein Sprecher des Auswärtigen Amts am 16. August 1985 die Drohungen gegen deutsche Firmen „mit großer Entschiedenheit“ zurückgewiesen habe. Außerdem habe er betont, „daß jeder Vorwurf in bezug auf eine angebliche Zusammenarbeit im nuklearen Bereich mit Südafrika völlig aus der Luft gegriffen ist“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 152; Referat 320, Bd. 156003.

schlechtesten Arbeitgeber in Südafrika gehören sollen (schlechte Löhne, keine Zulassung von Gewerkschaften). In diesem Zusammenhang kritisierte Seedat insbesondere den Verhaltenskodex<sup>9</sup>, der nur moralische Ansprüche erhebe, aber keine direkten Eingriffsmöglichkeiten für die jeweiligen Staaten böte. Der Kodex werde von den schwarzen Gewerkschaften nicht anerkannt, solange er kein Gesetz sei. Der Kodex habe nicht funktioniert und seine Wirkung verloren.

4) Seedat brachte weiterhin die Unterstützung seines Büros von deutscher Seite zur Sprache. Die zur Verfügung stehenden Mittel seien nicht mehr ausreichend. Er wolle hierüber mit den zuständigen Stellen diskutieren. Ebenso könne er sich eine Erhöhung der Stipendien für ANC-Flüchtlinge vorstellen, die bislang von der OBS<sup>10</sup> vergeben werden. Hier bat er um unsere guten Dienste, da er sich nicht an die falschen Stellen wenden wolle.

5) Seedat sagte abschließend, er sehe keinen klaren Willen der Bundesregierung, zum Abbau der Apartheid wirklich Druck ausüben zu wollen. Eine feste Haltung der Bundesregierung sei ihm nicht ersichtlich. Er wolle mit seinem Gespräch ein Verhältnis für die Zukunft schaffen. Er sei zum weiteren Dialog bereit.

Dg32 wies Herrn Seedat nochmals auf die Haltung der Bundesregierung zu den Problemen in Südafrika hin. Es habe bereits Gespräche auf hoher Ebene mit dem ANC gegeben (so damals Frau Hamm-Brücher<sup>11</sup>). Er hoffe, daß es in Zukunft mehr Treffen dieser Art gebe.

Dg32 sagte zu, mit Seedat im Gespräch zu bleiben und ihn auch regelmäßig über die Haltung der Bundesregierung und über Stellungnahmen der Bundesregierung zu den Vorgängen in Südafrika zu unterrichten.

#### **Referat 320, Bd. 156003**

<sup>9</sup> Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten traten am 20. September 1977 am Rande der EG-Ministerratstagung in Brüssel im Rahmen der EPZ zusammen. Dabei billigten sie einen Verhaltenskodex für Unternehmen, die Vertretungen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften in Südafrika besaßen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 9/1977, S. 51–53.

Botschaftsrat Ziefer, Pretoria, teilte am 12. August 1985 mit: „Bisherige Erfahrungen mit dem EG-Kodex haben dreierlei gezeigt. Erstens haben sich in den Unternehmen, die den EG-Kodex anwenden, stärker als in anderen Unternehmen aktive und unabhängige schwarze Gewerkschaften gebildet. Zweitens haben die Leistungen deutscher Unternehmen, die den EG-Kodex anwenden, im Lohn- und Sozialbereich zu einer verstärkten Emanzipierung schwarzer Arbeitnehmer geführt. Drittens hat die südafrikanische Regierung als Folge des EG-Kodex zusehends im Arbeitsbereich reformorientiert reagieren müssen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 420; Referat 320, Bd. 156009.

<sup>10</sup> Otto-Benecke-Stiftung.

<sup>11</sup> Zum Gespräch der Staatsministerin Hamm-Brücher mit dem Generalsekretär des ANC, Nzo, am 11. Juni 1980 vgl. Dok. 117, Anm. 19.

## 228

# Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner

214-321.11 TSE-VS-NfD

27. August 1985<sup>1</sup>

Vorbehaltlich Genehmigung durch BM

Betr.: Besuch des tschechoslowakischen AM Chňoupek in der Bundesrepublik Deutschland (Celle, 22./23.8.1985)<sup>2</sup>

hier: Vier-Augen-Gespräch (22.8.1985, 15.00–15.45 Uhr)

Anlg.: 1<sup>3</sup>

Zu Beginn ihres Treffens führten BM und AM Chňoupek ein knapp einstündiges Vier-Augen-Gespräch über bilaterale und multilaterale Fragen. BM unterrichtete seine Delegation wie folgt:

West–Ost

1) Von BM auf den bevorstehenden Besuch Gorbatschows in Paris<sup>4</sup> – den BM ausdrücklich befürwortete – angesprochen, stellte AM Chňoupek fest, dieser Besuch sei ohne jeden Zweifel eine Anerkennung für die Haltung Mitterrands in Frage SDI. Fragen der Sicherheit seien für die SU heute von entscheidender Bedeutung.

2) Zur Bundesrepublik Deutschland habe Chňoupek ein zweiseitiges maschinengeschriebenes Papier auszugsweise vorgetragen: Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland gäbe zu größter Besorgnis Anlaß. Sie werde immer stärker zu einem Problem für die Sicherheit in Europa. Nach der Pershing-II-Rüstung laufe sie jetzt als Hauptbefürworter den amerikanischen SDI-Plänen nach. Und dies in einer Zeit, in der F und andere europäische Staaten mit EUREKA zeigten, wo die wirklichen Ziele friedlicher technologischer Entwicklung lägen. Auch habe die Bundesregierung praktisch schon die Zusage für die Lagerung binärer CW in der Bundesrepublik gegeben.<sup>5</sup> Schließlich habe sie in Genf Vorschläge unterbreitet, die darauf hinausliefen, den Amerikanern eine zehnjährige Frist für weitere Atomversuche zu geben.<sup>6</sup>

(Anmerkung 1: BM bat, daß dieser Punkt geprüft und richtiggestellt werde.)<sup>7</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 7. September 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Jansen und Klaiber verfügte und für Klaiber handschriftlich vermerkte: „Bitte bes[onders] auf S. 2 oben achten!“ Vgl. Anm. 7.

Hat Jansen am 9. September 1985 vorgelegen.

Hat Klaiber am 9. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek vgl. auch Dok. 229–231.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 10.

<sup>4</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf.

<sup>5</sup> Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber den amerikanischen Plänen zur Produktion binärer Chemiewaffen vgl. Dok. 220.

<sup>6</sup> Zur Initiative der Bundesrepublik für ein System zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) vgl. Dok. 181.

<sup>7</sup> Der Passus „Schließlich habe sie ... werde.“ wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

(Anmerkung 2: In der Präsentation Chňoupek – wie der seiner Delegation – fiel das Wort „Revanchismus“ nicht.)

Auf Frage des BM nach dem Status des zitierten Papiers antwortete Chňoupek, dies sei „eine Bewertung, wie sie im Augenblick von den sozialistischen Staaten vorgenommen wird“. Als Kenner der Materie werde BM jedoch Formulierungen Bondarenkos erkennen. Chňoupek: „Selbstverständlich teilen wir diese Meinung.“

BM bat Chňoupek, Verfassern dieses Papiers mitzuteilen, daß er selten ein so absurdes Propagandapapier gelesen habe. Dies gelte sowohl für die Darstellung unserer Vorschläge im CD-Genf als auch für die angebliche Stationierungszusage für binäre CW – beides sei völlig aus der Luft gegriffen.

Was EUREKA angehe, wisse in Europa jeder, daß er – BM – Erfinder der Sache sei und sie mit F zusammen auf den Weg gebracht habe.

Zu SDI kenne jeder, der lesen könne, den einschlägigen Beschluß des Bundessicherheitsrates.<sup>8</sup> Was im Augenblick zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA geschehe, sei ein normaler Konsultationsprozeß unter Verbündeten.

Er – BM – könne nur raten, daß die SU sich der Tatsache bewußt werde, daß durch Bereitschaft zu signifikanten Reduzierungen der Offensiv-Potentiale sich die internationale Lage mit einem Schlag zum Positiven verändern könne. Er sei sehr besorgt über die aus diesem Papier sprechende unrealistische Betrachtung der Ost-West-Beziehungen durch die SU. Moskau müsse wissen, daß die Außenpolitik der Bundesregierung von einer breiten Mehrheit der deutschen Bevölkerung unterstützt werde. Man könne nicht ernsthaft versuchen, ein für die West-Ost-Beziehungen so wichtiges Land zu umschiffen oder in die Ecke zu stellen. Es gebe Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die zeigten, daß nichts falscher sei, als der Versuch, Politik „um ein Land herum“ zu machen, insbesondere wenn dieses Land eine Schlüsselposition habe. Dies solle man in Moskau genau abwägen.

Im übrigen begrüße die Bundesregierung den Besuch Gorbatschows in Paris: F sei unser engster Freund und Verbündeter. Wir selbst würden mit Gelassenheit beobachten, ob Herr Schewardnadse den Weg in die Bundesrepublik Deutschland finde.

Chňoupek habe hier eingeworfen: „Hat er eine Einladung?“ Als BM dies bestätigte, habe er weiter gefragt: „Kann ich es ihm sagen?“

(Anmerkung: Anfang nächster Woche reist AM Chňoupek zu einem offiziellen Besuch Teherans über Moskau.<sup>9</sup>)

AM Chňoupek habe sodann erwidert, was BM über die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland sage und darüber, wie man ihr gegenüberzutreten müsse, sei auch die Meinung der ČSSR und anderer Verbündeter – und sie verhielten sich auch so.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch Dok. 87.

<sup>9</sup> Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 27. bis 30. August 1985 im Iran und am 30. August 1985 in der UdSSR auf.

(Anmerkung: Nachdem AM Chňoupek auf Bitten BM, ihm das verlesene Papier zu übergeben, zunächst ablehnend reagiert habe, übergab er es ihm am nächsten Morgen spontan und „ohne Briefkopf“ mit den Worten: „Hier ist das Propagandapapier.“ Vgl. Anlage!<sup>10</sup>)

3) AM Chňoupek habe sich sodann nach Präsident Reagan erkundigt. Dieser habe früher einmal gesagt, wenn er wiedergewählt werden sollte, werde er nur zwei Jahre im Amt bleiben. Im WP sei von einigen Seiten die Vermutung zu hören gewesen, die „Krankheit“ Reagans sei nur ein Vorwand, um diesen Rücktritt in Szene zu setzen.<sup>11</sup>

BM habe diese Version als absurd bezeichnet. Auf Frage Chňoupeks, ob Präsident Reagan „durchhalten“ werde, habe BM geantwortet: „Alles spricht dafür“.

4) AM Chňoupek habe sodann an das Gespräch in Helsinki<sup>12</sup> angeknüpft: Auf seine damalige Frage, wie die harten Menschenrechtspassagen in den Reden westlicher Außenminister zum 10. Jahrestag der KSZE-Schlußakte zu erklären seien<sup>13</sup>, habe BM geantwortet, diese seien vornehmlich innenpolitisch motiviert. Dies habe er – Chňoupek – inzwischen bestätigt gefunden: In einem ausführlichen Gespräch mit SU-Botschafter Dobrynin und durch die Information, AM Shultz habe im Gespräch mit AM Schewardnadse selbst eine Bemerkung der Art gemacht, „man solle dies nicht überbewerten“.<sup>14</sup> Shultz sei ein sehr vernünftiger Mann; dies sei auch die Meinung von Gromyko.

Das im übrigen – so Chňoupek – habe Schewardnadse nach dem Gespräch mit BM<sup>15</sup> in Helsinki festgestellt, dies sei kein einfaches Gespräch gewesen. Er habe einige Dinge nicht vertiefen können. Auf Frage BM, was damit gemeint sei, wußte AM Chňoupek keine schlüssige Antwort.

Kaestner

#### Referat 010, Bd. 178902

<sup>10</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem vom tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek übergebenen undatierten Papier wurde festgestellt: „Die BRD folgt gehorsam dem amerikanischen Kurs des fieberhaften Rüstungswettlaufs. [...] Die Regierung der BRD muß sich im Falle der Fortsetzung dieser Politik der ernststen Folgen für ihre Stellung in Europa und für ihre Beziehungen mit den sozialistischen Staaten bewußt sein. Als allernächster Verbündeter der USA trägt sie von den NATO-Ländern die größte Verantwortung für die Erhaltung des Friedens und die Abwendung eines thermonuklearen Konflikts in Europa [...]. Eine selbständige, von nationalen Interessen ausgehende Politik, die Ablehnung der Politik der Selbstvernichtung, würde dagegen einen wichtigen Beitrag zur Vertrauensbildung im europäischen Raum darstellen [...]. Dadurch wären dann Voraussetzungen für eine weitere intensive Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen und für die Lösung gemeinsamer Probleme geschaffen“. Vgl. Referat 010, Bd. 178902.

<sup>11</sup> Zur Erkrankung des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 225, Anm. 27.

<sup>12</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 30. Juli 1985 in Helsinki vgl. den Drahtbericht Nr. 5 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterheldt, z. Z. Helsinki, vom 31. Juli 1985; Referat 214, Bd. 139639.

<sup>13</sup> Zum Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 anläßlich des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>14</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. Dok. 214.

<sup>15</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 215.



## 229

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner

214-321.11 TSE VS-NfD

27. August 1985<sup>1</sup>

Vorbehaltlich Genehmigung durch BM

Betr.: Besuch des tschechoslowakischen AM Chňoupek in der Bundesrepublik Deutschland (Celle, 22./23.8.1985)<sup>2</sup>  
hier: Vier-Augen-Gespräch (22.8.1985, 15.00–15.45 Uhr)

Zu Beginn ihres Treffens führten BM und AM Chňoupek ein knapp einstündiges Vier-Augen-Gespräch über bilaterale und multilaterale Fragen. BM unterrichtete seine Delegation über die wichtigsten Äußerungen Chňoupeks wie folgt: WP-Interna

1) Zum Wechsel im Moskauer Außenministerium:<sup>3</sup> AM Gromyko sei abgelöst worden, weil GS Gorbatschow im SAM jemand brauche, dem er nicht stets neu begründen müsse, was er wolle. Dies treffe bei Schewardnadse zu: Er sei seit Komsomol-Tagen mit Gorbatschow eng befreundet, habe mit ihm 30 Jahre eng zusammengearbeitet und sei flexibel.

Nunmehr spreche alles dafür, daß Botschafter Dobrynin/Washington in Bälde abgelöst und zum Ersten Stellvertretenden Außenminister der SU befördert werde. Dies wäre eine gute Entscheidung: Dobrynin sei ein exzellenter Amerika-Kenner und eine Verbesserung gegenüber Kornijenko.

Der Einfluß Gromykos auf die sowjetische Außenpolitik werde in Zukunft nicht mehr über die eines normalen PB-Mitglieds hinausgehen. Allerdings mache Gorbatschow gegenüber dem „alten Herrn“ Gesten, etwa seine Entsendung zum 40. Jahrestag der VN nach New York.<sup>4</sup>

2) Denkbar – so Chňoupek – sei in absehbarer Zeit auch ein Wechsel im Sofioter AM. AM Mladenow habe zwar seine Tätigkeit wieder aufgenommen, er arbeite derzeit aber nur drei Stunden am Tag. Man müsse abwarten, wie die Dinge sich entwickeln – komme es zu einem Wechsel, so werde dieser ausschließlich durch gesundheitliche Gründe bedingt sein.

Zu anderen Personalwechseln im Sofioter Politbüro habe Chňoupek keine Ausführungen gemacht.

3) Ein AM-Wechsel stehe auch in Budapest bevor. Várkonyi werde wieder in das Amt des für Außenpolitik zuständigen ZK-Sekretärs zurückkehren, der jetzige Inhaber (Szürös – Chňoupek nannte diesen Namen nicht ausdrücklich) solle

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 9. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek vgl. auch Dok. 228, Dok. 230 und Dok. 231.

<sup>3</sup> Am 2. Juli 1985 übernahm Eduard Schewardnadse das Amt des sowjetischen Außenministers. Vgl. dazu Dok. 178.

<sup>4</sup> In New York fanden vom 20. bis 24. Oktober 1985 Jubiläumsfeierlichkeiten aus Anlaß des Inkrafttretens der Charta der Vereinten Nationen vor vierzig Jahren statt.

Generalsekretär der Nationalen Front werden, und Außenminister der „junge Mann“ im Außenministerium (Name nicht genannt).

4) Auf Frage BM, ob auch im polnischen AM ein Wechsel anstehe, habe Chňoupek geantwortet, Olszowski sei zwar geschieden, weil er von einer Sekretärin ein Kind habe, und habe deshalb Jaruzelski gefragt, ob er zurücktreten solle – „der General“ (so Chňoupek immer über den polnischen GS) habe aber geantwortet, er könne ruhig bleiben.

Stv. MP Rakowski habe keinen Rückhalt in der PVAP. Seine Stellung beruhe ganz auf dem guten Verhältnis zum „General“.

5) Ein WP-Gipfel stehe am 22.10. in Sofia bevor.<sup>5</sup> Deshalb würden die GS der WP-Staaten mit einer Ausnahme nicht nach New York kommen. Diese Ausnahme sei Jaruzelski. (Anmerkung: Nach unserer bisherigen Kenntnis wird Jaruzelski bereits zur Plenardebatte nach New York reisen.)<sup>6</sup>

Kaestner

Referat 010, Bd. 178902

## 230

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner

214-321.11 TSE

27. August 1985<sup>1</sup>

Betr.: Besuch des tschechoslowakischen AM Chňoupek in der Bundesrepublik Deutschland (Celle, 22./23.8.1985)<sup>2</sup>  
hier: Delegationsgespräch (22.8.1985, 15.45–17.15 Uhr)

1) BM begrüßt AM Chňoupek und seine Delegation und knüpft an das letzte Zusammentreffen in Helsinki<sup>3</sup> an:

KSZE

Die Begehung des zehnten Jahrestages der KSZE-Schlußakte<sup>4</sup> sei – so BM – eine wichtige Konferenz gewesen, an deren Zustandekommen beide AM wesent-

<sup>5</sup> Am 22./23. Oktober 1985 fand in Sofia die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Vgl. dazu das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1985, D668–670.

<sup>6</sup> Die Generaldebatte der 40. Tagung der VN-Generalversammlung fand vom 23. September bis zum 12. Oktober 1985 statt. Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 26. September 1985 in New York vgl. Dok. 257.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 9. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek vgl. auch Dok. 228, Dok. 229 und Dok. 231.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 30. Juli 1985 in Helsinki vgl. den Drahtbericht Nr. 5 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oesterheld, z. Z. Helsinki, vom 31. Juli 1985; Referat 214, Bd. 139639.

lichen Anteil gehabt hätten. Das Ergebnis von Helsinki sei Ermutigung: Alle Delegationen hätten die Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß der KSZE-Prozeß fortgesetzt werden müsse. Dies sei eine wichtige Richtungsbestimmung für die künftige Gestaltung der West-Ost-Beziehungen. Die damit eröffnete Perspektive dürfe man nicht geringschätzen. Das bevorstehende Kulturforum in Budapest<sup>5</sup>, wo erstmals im KSZE-Prozeß neben Regierungsvertretern auch Künstler und Vertreter von Künstlerverbänden zugegen sein würden, sei ein neuer konstruktiver Schritt im West-Ost-Verhältnis und darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur Bewußtwerdung der europäischen kulturellen Identität. Wir seien der Meinung, daß es zu einer Kräftigung und Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses beitragen könnte, wenn es in nächster Zeit zum Austausch von Kulturinstituten zwischen allen Staaten kommen würde, die die Schlußakte von Helsinki<sup>6</sup> unterzeichnet haben.

Vor wenigen Tagen habe er – BM – in einer Rede<sup>7</sup> auf den Beschluß des Europäischen Rats in Stuttgart<sup>8</sup> verwiesen, jedes Jahr eine andere Stadt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zur kulturellen Hauptstadt Europas zu erklären<sup>9</sup>: in diesem Jahr Athen, 1986 Florenz, 1987 Amsterdam, 1988 Berlin. In Budapest würden wir die Frage stellen müssen, ob nicht die Zeit reif sei, eine „kulturelle Hauptstadt“ nicht nur in den Staaten der EG zu suchen, sondern in Europa insgesamt. Vielleicht finde diese Frage eine positive Resonanz: Warschau, Krakau, Budapest. Begründung für diesen Gedanken sei die europäische Kultur selbst: Sie gehöre allen Europäern, weil alle dazu ihren Beitrag geleistet hätten. Man könne Europa nicht zerschneiden nach NATO-, WP-, EG- oder RGW-Kultur.

#### EUREKA

BM verwies auf die im November d. J. in Hannover veranstaltete zweite Konferenz über EUREKA<sup>10</sup> – ein Projekt, das auf deutsch-französische Initiative zurückgehe, die schöpferischen Kräfte Europas bündeln und die Konkurrenzfähigkeit Europas international stärken solle.

#### West-Ost

Wenn man die technologischen Fähigkeiten der 18 EUREKA-Länder bündele, bedeute dies nicht, daß wir nicht auch technologische Zusammenarbeit mit den Staaten des RGW wollten. Er – BM – habe in seiner Helsinki-Rede festgestellt,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1178*

<sup>4</sup> Zum Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>5</sup> Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>7</sup> Zu der Rede des Bundesministers Genscher am 18. August 1985 in Bad Hersfeld vgl. Dok. 225, Anm. 30.

<sup>8</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

<sup>9</sup> Über den Beschluß berichtete Botschafter Sigrist, Athen, am 8. Februar 1984: „Auf dem Ministertreffen über kulturelle Angelegenheiten der EG-M[itglied]S[taaten] am 28.11.1983 regte die griechische Delegation an, daß die jeweilige EG-Ratspräsidentschaft eine Stadt ihrer Wahl als ‚Hauptstadt der europäischen Kultur‘ designiert. Der griechische Vorschlag, Athen 1985 diese Rolle als erster Stadt zuzuerkennen, wurde allgemein akzeptiert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 167 des Botschafters Sigrist, Athen; Referat 602, Bd. 155554.

<sup>10</sup> Die zweite EUREKA-Ministerkonferenz fand am 5./6. November 1985 in Hannover statt.

daß wir keine technologische Spaltung Europas wollten.<sup>11</sup> Diese Feststellung gelte fort. Die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen West und Ost werde in der vor uns liegenden Zeit vorrangiges Thema sein. Dies könne man natürlich nicht im luftleeren Raum tun, nicht abgelöst vom Grundverhältnis oder vom Verhältnis zwischen USA und SU. Deshalb sei die Begegnung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär<sup>12</sup> so wichtig. Alle europäischen Staaten könnten durch positive Gestaltung ihrer bilateralen Beziehungen zum Gelingen dieses Treffens Beiträge leisten.

Die Bundesrepublik Deutschland sei ein Land, das, gelegen im Herzen Europas, in dieser Lage seine geschichtliche Verantwortung kenne. Wir begrüßten deshalb nachhaltig das, was die USA und die SU sich in der Erklärung der Außenminister beider Seiten vom 8.1.1985<sup>13</sup> als Verhandlungsprogramm vorgenommen hätten. Wir seien der Meinung, daß beide Seiten sich ernsthaft auf diese Verhandlungen vorbereiteten, mit dem Ziel, Beiträge zur Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses zu leisten. Er könne nur hoffen, daß die Erwartungen, die sich an dieses Treffen knüpften, nicht enttäuscht würden. Wir lebten in einem wichtigen Jahr!

2) AM Chňoupek dankt für die Begrüßung und Gastfreundschaft und erinnert daran, daß die Celler Begegnung das zehnte bilaterale Treffen beider Außenminister ist. Aufgrund der Erfahrungen zehnjähriger Zusammenarbeit mit BM möchte er – Chňoupek – zum Ausdruck bringen, daß er die Zusammenarbeit beider Länder sehr hoch einschätze. Er sei auch ein wenig stolz darauf, daß der Dialog auf Ministerebene zwischen zwei Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen nicht nur zur Entwicklung der Beziehungen beigetragen habe, sondern auch unter schwierigen Bedingungen fortgesetzt worden sei und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Gesamtlage geleistet habe. Dabei sei in letzter Zeit noch ein besonderer Rekord zu verzeichnen: In diesen zehn Jahren seien beide Minister nie so häufig zusammengekommen, nämlich drei Mal in vier Monaten!<sup>14</sup>

(Anmerkung: AM Chňoupek wendet sich bilateralen Fragen zu – vgl. besondere Vermerke.)<sup>15</sup>

West-Ost

AM Chňoupek bezeichnet die Fragen der Zusammenarbeit, der Abrüstung und Rüstungskontrolle und der Sicherheit als wichtigste Fragen des Ost-West-Dialogs. Dabei genossen für die ČSSR Sicherheitsfragen aufgrund historischer Er-

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.

<sup>12</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>14</sup> Neben dem Gespräch am 30. Juli 1985 in Helsinki trafen Bundesminister Genscher und der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek am 15. Mai 1985 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 122.

<sup>15</sup> Für die Aufzeichnungen des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner vom 27. August 1985 über die Delegationsgespräche zu den Themen „Humanitäre Fragen, Zusammenarbeit im Rechts- und Konsularbereich“, „Grenzbevollmächtigte“, „Kulturaustausch/Ausstellung Bauch“, „Störung der Deutschen Welle“ und „Zusammenarbeit im Umweltschutz“ vgl. Referat 010, Bd. 178902.

fahrungen, geographischer Lage sowie aufgrund der Tatsache, daß in Mitteleuropa sophistische Waffen von großer Vernichtungskraft angehäuft seien, Priorität.

In diesem Zusammenhang verfolge man in Prag mit großer Sorge den Kurs der USA, der praktisch darauf ziele, Überlegenheit in militärischer und strategischer Hinsicht zu erringen: Dies bedeute eine Schwächung der Sicherheit der sozialistischen Länder und insbesondere der ČSSR.

Was die Bundesrepublik Deutschland angehe, so würde die ČSSR sehr ungern Geist und Buchstaben der bestehenden Verträge irgendwann in Frage stellen müssen. Sie sei – insbesondere nach dem, was BM vor wenigen Augenblicken ausgeführt habe (im Vier-Augen-Gespräch) – überzeugt, daß der Kurs der Bundesregierung auf gegenseitige Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen beider Seiten und konstruktive Weiterentwicklung der Beziehungen gerichtet sei: Dies sei ein Beitrag der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR zur Sicherheit Europas.

(Anmerkung: Bereits Botschafter Dr. Kadnár hatte kritische Bemerkungen zur Haltung der Bundesregierung (vgl. Vermerk Vier-Augen-Gespräch) dadurch relativiert, daß er feststellte: „Wir registrieren und differenzieren: Wir sind keine Dogmatiker, die nur das eine sehen, was stört, und nicht das andere: unsere Zusammenarbeit.“)

#### KSZE

AM Chňoupek erinnert an die Gespräche mit BM in Wien und Helsinki: Wie damals sehe man in Prag auch heute keine grundlegende Änderung in der Ost-West-Politik, jedoch eine Reihe positiver Signale. In Helsinki sei zu Recht die internationale Lage weniger dramatisch eingeschätzt worden als etwa in Stockholm (sc. KVAE-Eröffnung)<sup>16</sup>, insbesondere weil die Begegnung zwischen Gorbatschow und Reagan bevorstehe. Auch er verzeichne das erneute Bekenntnis der Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses als positiv. Als BM und er erstmals für die Begehung des 10. Jahrestages auf politischer Ebene plädiert hätten, habe man sie als Romantiker, Phantasten, als Rufer in der Wüste bezeichnet. Helsinki habe jedoch bewiesen, daß BM und er recht gehabt hätten. Das Treffen habe den gesamteuropäischen Prozeß belebt. Die Politik der Entspannung entspreche weiterhin den tiefsten Interessen der europäischen Länder und Völker, die darin die realistische Alternative erblickten. Ein positives Symptom sei auch, daß die Mehrheit der Stimmen in Helsinki keine konfrontativen Töne angeschlagen hätten – die allerdings dort auch hörbar gewesen seien. Für die Mehrheit der Unterzeichnerstaaten sei die Schlußakte Bekräftigung der Unantastbarkeit der territorialen und politischen Realitäten Europas.

#### KVAE

Helsinki habe auch bestimmte Voraussetzungen geschaffen für weitere Fortschritte auf der Stockholmer Konferenz. Dort werde es jetzt um die Verflechtung und Abstimmung der Verhandlungspositionen und Vorschläge gehen.<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Die KVAE wurde am 17. Januar 1984 in Stockholm auf Außenministerebene eröffnet.

<sup>17</sup> Die siebte Runde der KVAE tagte vom 10. September bis 18. Oktober 1985 in Stockholm. Vgl. dazu Dok. 234 und Dok. 243.

Eine Überschätzung der Fragen der Transparenz auf Kosten der militär-politischen Fragen führe zu keiner Einigung. Erforderlich seien allseitig annehmbare Kompromißformeln. Eine derartige Einigung wolle die ČSSR gerne noch vor Beginn des Wiener Folgetreffens 1986<sup>18</sup> erreichen.

#### EG–RGW

Große Reserven der Zusammenarbeit im gesamteuropäischen Prozeß lägen im Wirtschaftlichen. Hinsichtlich der Initiativen über Kontakte zwischen EG und RGW<sup>19</sup> glaube er – Chňoupek –, daß es sobald wie möglich zu hochrangigen Verhandlungen über ein Dokument allgemeiner Natur kommen sollte. Der erste Schritt müßte gegenseitige offizielle Anerkennung der beiden Gemeinschaften sein, sie könnten offizielle Beziehungen aufnehmen. Dann könnten weitere konkrete Schritte folgen.

#### Ottawa–Budapest

Das Expertentreffen in Ottawa habe leider aus Gründen, die die ČSSR nicht zu vertreten habe, keinen besonders guten Ausgang genommen.<sup>20</sup> Nichtsdestoweniger aber habe sich gezeigt, daß es notwendig ist, die VN-Charta<sup>21</sup> konsequent einzuhalten, insbesondere die Bestimmungen über die souveräne Gleichberechtigung der Staaten und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Auch müsse man die objektive Tatsache respektieren, daß die Menschenrechte abhängen vom sozialen und gesellschaftlichen Rahmen – der bekanntlich in Ost und West unterschiedlich sei. Die ČSSR sei der Auffassung, daß sich die Aktivitäten nicht nur auf diesem Gebiet erschöpfen sollten, daß man nicht das Wichtigste vergessen sollte: die Regelung der „großen Schwerpunktfragen in den Ost-West-Beziehungen“. Man verfüge immerhin über die Erfahrungen der 1970er Jahre: Auch damals seien Menschenrechtsfragen jeden Tag auf dem Tisch gewesen, doch habe man auch andere Fragen erfolgreich gelöst.

Was das Kulturforum Budapest angehe, so erwarte er – wie BM – einen sehr bedeutsamen Impuls für den Ausbau der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet, als Schlüssel für besseres gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen. An das kulturelle Erbe Europas müsse man auf eine Weise herangehen, die zu einer Annäherung der Völker und nicht zu ihrer Trennung nach regionalen Schemata führe (folgt Exkurs über Prag als europäische Kulturstadt).

Zugleich wolle er bemerken, er könne sich nicht vorstellen, daß auf dem Budapester Forum – das Regierungscharakter habe – die Probleme von Kunst und Kultur unabhängig von den Entwicklungen in Europa diskutiert würden – so wie dies übrigens auch für die anderen Foren des KSZE-Prozesses gelte. Auch sollte der Ablauf des Budapester Forums nicht gestört werden durch irritierende Elemente, die einige Staaten beinahe vorsätzlich herbeiführten: z. B. Aufnahme von Personen in die Budapest-Delegationen, die als Emigranten seit Jahren aktiv gegen die ČSSR und andere sozialistische Länder auftraten.

<sup>18</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 in Wien eröffnet.

<sup>19</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, vom 14. Juni 1985 an EG-Kommissionspräsident Delors; Dok. 161, Anm. 12.

<sup>20</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa vgl. Dok. 168, Anm. 24.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

Genfer Verhandlungen<sup>22</sup>

Über die Genfer Verhandlungen SU–USA habe man schon in Wien und Helsinki gesprochen. Er – Chňoupek – habe BM soeben auf das bevorstehende Gipfeltreffen der WP-Staaten und auf wichtige Elemente der Gorbatschow-Reden aufmerksam gemacht.

Die ČSSR sei gleichfalls für den Verhandlungsrahmen, der am 8.1.1985 in Genf vereinbart worden sei: Dies bedeute auch, daß Einigung erzielt werden müsse, den Rüstungswettlauf nicht in den Weltraum zu übertragen. Die ČSSR sei über gewisse Genfer Vorschläge, die strategischen Waffen zu vermindern, informiert worden. Aber eine derartige Verminderung sei objektiv unmöglich, wenn nicht zugleich Weltraumssysteme verboten würden – und darüber wollten die USA nicht sprechen. In Warschau<sup>23</sup> habe man zu dieser Frage gesagt, daß die sozialistischen Länder für radikale, einschneidende und dramatische Schritte bei der Verminderung der strategischen Angriffswaffen, der Mittelstreckenraketen und der taktisch-operativen Raketen (die in der ČSSR und DDR stationiert sind)<sup>24</sup> eintreten. Dieser Standpunkt sei auch weiterhin aktuell. Im übrigen lenke er erneut BMs Aufmerksamkeit auf den Moratoriumsvorschlag von Gorbatschow<sup>25</sup>.

Desweiteren wolle er auch an diesem Tisch erneut die Frage stellen, ob deutsche Vorschläge in Genf über Einrichtung von seismografischen Stationen<sup>26</sup> nicht in der Praxis dazu führten, den USA Zeitgewinn für weitere Versuche mit Kernwaffen zu erlauben – er würde begrüßen, wenn das nicht der Fall sei.

## EUREKA

Er – Chňoupek – würde sich aufrichtig freuen, wenn EUREKA wirklich – wie BM skizziert habe – ein ziviles, kein militärisches Programm sein werde. Er sei allerdings auch verpflichtet, BM mitzuteilen, „was wir bei uns sagen“: Wenn das SDI-Programm nicht gestoppt werde, so würden die sozialistischen Länder und die SU, wenn sie konfrontiert würden mit einer neuen realen Bedrohung aus dem Weltraum, Mittel und Wege finden, wie sie sich dieser entgegenstellen könnten. Bereits in Wien habe er mit BM über Forschung – Entwicklung – Stationierung – Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag diskutiert. Die Behauptung, SDI sprengte nicht den Rahmen des ABM-Vertrages, könne näherer Prüfung nicht standhalten, weil dieser Vertrag gerade verbiete, worauf das ganze Projekt – einschließlich der Forschung – orientiert sei:

- Raketenabwehrsystem für das Gesamtterritorium eines Staates,
- Stationierung von Raketenabwehrsystemen im Weltraum.

<sup>22</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>23</sup> Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 26. April 1985 in Warschau statt. Für das Communiqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 282–284.

<sup>24</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR und der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>25</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>26</sup> Zur Initiative der Bundesrepublik für ein System zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) vgl. Dok. 181.

Die SDI-Bestrebungen als „reine Forschung“ zu rechtfertigen, habe keine Logik: da 90 % des gesamten Mittelaufwandes bereits in dieser Phase fällig seien.

Man sei sehr beunruhigt über Bestrebungen, den ABM-Vertrag neu zu gestalten. Er wolle offen sagen, daß man Versuche bemerkt habe, auch die SU für eine solche Plattform zu gewinnen, für Abschluß von Vereinbarungen über die Militarisierung des Weltraums. Aber: Der ABM-Vertrag bilde einen durch nichts zu ersetzenden Bestandteil des Prozesses der Reduzierung der strategischen Waffensysteme und ggf. ihrer völligen Beseitigung. Würde er seine Gültigkeit verlieren, würde dies die Aufhebung des ganzen Prozesses bedeuten: eine Kettenreaktion von unkontrollierbaren, destabilisierenden Folgewirkungen. Er habe Informationen, daß auch die US-Administration befürchte, in einem solchen Fall keine Kontrolle mehr über den gesamten Prozeß zu haben. Er könne deshalb nur hoffen, daß in den politischen Entscheidungen zu SDI der Realismus siege.

3) BM entgegnet:

Genfer Verhandlungen

Die Erklärung vom 8.1.1985 drücke präzise aus, was die USA sich an Zielen für diese Verhandlungen über militärische Nutzung des Weltraums, Mittelstreckenraketen und interkontinental-strategische Raketen vorgenommen haben. Jetzt sei entscheidend, daß diese Ziele von allen Seiten unterstützt würden. Dies bedeute, daß die drastische Reduzierung bei den strategischen Offensivwaffen und bei den Mittelstreckenraketen natürlich einen Einfluß habe auf die Frage der defensiven Entwicklungen und umgekehrt. Ferner postuliere die Erklärung vom 8.1. d.J., die Fragen „im Zusammenhang zu erörtern und zu lösen“.

Die Bundesregierung unterstütze mit großem Nachdruck die in dieser Erklärung genannten Ziele (Zitat BK-Interview in „Neue Osnabrücker Zeitung“<sup>27</sup>). Die Bundesregierung sei der Meinung, daß beide Staaten in Genf Anstrengungen unternehmen, um zu Ergebnissen zu kommen.

KVAE

Die Stockholmer Konferenz werde auch von uns unter dem Gesichtspunkt einer möglichen baldigen Verständigung gesehen. Wir hätten uns von Anfang an dafür eingesetzt, daß es auch zu einer Vertiefung und Konkretisierung des Gedankens des Gewaltverzichts komme, weil dies gerade in der gegenwärtigen Lage ein wichtiger Beitrag zur Stabilität im West-Ost-Verhältnis sein könnte. Gleichzeitig werde man die Bundesrepublik Deutschland sehr aktiv finden, wenn es um mehr Transparenz gehe: weil wir im Abbau des Mißtrauens einen wichtigen Beitrag für konkrete Abrüstungsvereinbarungen sehen.

Kulturforum Budapest

Selbstverständlich findet das Forum nicht im luftleeren Raum statt. Man dürfe aber nicht mit allgemeinen Themen das konkrete Mandat von Madrid<sup>28</sup>, auf das man sich ja schließlich geeinigt habe, in den Hintergrund drängen.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut des Interviews mit Bundeskanzler Kohl vgl. den Artikel „Beziehungen zur DDR entwickeln sich in die richtige Richtung“; NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG, 19. August 1985, S. 3.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Absatz 6 der Erklärung zu „Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur“ im Abschließenden Dokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid; EUROPA-ARCHIV 1983, D 551.



## Menschenrechtsfrage

AM Chňoupek habe sicher bemerkt, daß er – BM – in seiner Helsinki-Rede zur Frage der Menschenrechte grundsätzlich Stellung genommen habe. Auch wir sähen durchaus die Bedeutung der sozialen Menschenrechte, seien aber überzeugt davon, daß die Garantie der individuellen Rechte Voraussetzung dafür sei, daß die sozialen Rechte von den einzelnen Bürgern auch in Anspruch genommen werden könnten.

Für uns sei die Frage der Menschenrechte und konkret die Lösung humanitärer Fragen ein wichtiger Gradmesser für den Stand des KSZE-Prozesses; denn es gehe um ganz konkrete für die Menschen erlebbare und fühlbare Fortschritte.

(BM wendet sich sodann bilateralen Fragen zu.)

Kaestner

Referat 010, Bd. 178902

## 231

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner

213-321.11 TSE

27. August 1985<sup>1</sup>

(vorbehaltlich Genehmigung durch BM)

Betr.: Besuch des tschechoslowakischen AM Chňoupek in der Bundesrepublik Deutschland (Celle, 22./23.8.1985)<sup>2</sup>  
hier: Tischgespräch 23.8.1985

Im Hinblick auf die bevorstehenden Reisen beider Seiten (AM Chňoupek Teheran<sup>3</sup>, BM Damaskus, Kuwait, Kairo<sup>4</sup>) fragt BM nach Bewertung der Lage im Libanon und im Nahen Osten insgesamt.

1) AM Chňoupek bezeichnet die Lage als „kompliziert“. Unter Bezug auf den kürzlichen Besuch des irakischen AM Aziz in Prag<sup>5</sup> stellt er fest, die CSSR und die Bundesrepublik Deutschland hätten hinsichtlich des Golf-Krieges dieselben Ziele: den Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen. Der Irak sei schon seit mehreren Jahren dazu bereit, das Land sei erschöpft. Der Iran hingegen wolle nichts davon hören und bestehe auf seinen drei Bedingungen. Aziz habe gesagt,

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 9. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek vgl. auch Dok. 228–230.

<sup>3</sup> Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich vom 27. bis 30. August 1985 im Iran auf.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 30./31. August 1985 Syrien, am 1./2. September Kuwait und am 2. September 1985 Ägypten. Vgl. dazu Dok. 236, Dok. 238 und Dok. 239.

<sup>5</sup> Der irakische Außenminister Aziz hielt sich vom 14. bis 16. August 1985 in der ČSSR auf.

wenn der Konflikt nicht bald zu einem Abschluß komme, würden die kleineren Golf-Staaten stärker bedroht sein und sich hilfesuchend an dritte Länder wenden, z. B. an die USA. So bestehe ständig die Gefahr, daß der Konflikt internationalisiert werde.

Sodann berichtet AM Chňoupek von seinem Besuch in Kuwait im April d.J.<sup>6</sup>, als während des Gesprächs mit dem Emir von Kuwait<sup>7</sup> Explosionen die Fenster erzittern ließen – worauf der Emir gesagt habe: „Dies ist das Bombardement von Basra.“ Anschließend habe der Emir geschildert, daß Kuwait dem Irak mit sehr viel Geld geholfen habe. Doch – so Chňoupek – diese Hilfen für den Irak führten zu nichts.

Er – Chňoupek – werde jedenfalls AM Velayati in Teheran klar sagen, was er ihm schon bei früheren Zusammentreffen verdeutlicht habe: Kriegsschädigung – das habe es in der Geschichte schon gegeben; Gebietsänderungen – diese seien vielleicht möglich; Änderung des Regimes des Gegners, Sturz des Staatsoberhauptes – dies gehe nicht. Velayati habe ihm damals entgegnet, im Zweiten Weltkrieg hätten die Alliierten dasselbe hinsichtlich Hitlers angestrebt, nach dem Kriege habe man die NS-Führung in Nürnberg hingerichtet.<sup>8</sup> Darauf habe er – Chňoupek – entgegnet: Damals sei eine andere Situation gewesen. Insbesondere habe es die Vereinbarungen der Alliierten von Teheran, Jalta und Potsdam gegeben, wo man sich über eine vernünftige Nachkriegsordnung geeinigt habe.<sup>9</sup> Hier am Golf gebe es nichts ähnliches. Er – Chňoupek – glaube nicht an Kompromißbereitschaft des Iran in absehbarer Zeit.

2) In Nah- und Mittelost insgesamt sei die Lage genauso, wie die sozialistischen Länder vorhergesagt hätten. Camp David<sup>10</sup> und die vorher von Kissinger ausgehandelten Schritt-für-Schritt-Lösungen hätten keine tatsächliche Konfliktlösung gebracht. Wenn man diese wolle, müsse man von der Erklärung von Fes<sup>11</sup> ausgehen und Elemente von Casablanca<sup>12</sup> (zu dem die sozialistischen Länder

<sup>6</sup> Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek besuchte vom 14. bis 16. April 1985 Kuwait.

<sup>7</sup> Jaber al-Ahmed al-Jaber al-Sabah.

<sup>8</sup> Vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg fand vom 20. November 1945 bis 1. Oktober 1946 der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher statt.

<sup>9</sup> Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Stalin, trafen sich vom 28. November bis 1. Dezember 1943 in Teheran. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 89 f.

<sup>10</sup> Zu den Konferenzen vom 4. bis 11. Februar 1945 in Jalta und vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam vgl. Dok. 54, Anm. 32.

<sup>11</sup> Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 48, Anm. 11.

<sup>12</sup> Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

<sup>13</sup> Am 23. August 1985 erläuterte Referat 310: „Der außerordentliche arabische Gipfel in Casablanca (7.–9. August 1985), an dem wegen der Behandlung der jordanisch-palästinensischen Initiative Syrien, Libyen, Algerien, DVR Jemen und der Libanon nicht teilnahmen, hat in seinem Schlußkommuniqué die Erklärung von König Hussein und Arafat über die Vereinbarkeit ihres Aktionsplans mit dem Fes-Plan ‚gewürdigt‘. Gleichzeitig werden jedoch die Prinzipien der Gipfelkonferenz von Fes bekräftigt, die einen unabhängigen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt gefordert hat. Der Gipfel hat so den völligen Bruch mit Syrien, das das Hussein-Arafat-Abkommen als ‚kapitulatorisch‘ bekämpft, vermieden und gleichzeitig Arafat und Hussein die Möglichkeit gelassen, ihre Initiative als in Übereinstimmung mit den Prinzipien von Fes stehend fortzusetzen. Streitigkeiten über die Interpretation der Ergebnisse des Gipfels haben bereits eingesetzt.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141108. Für den Wortlaut des Schlußkommunikés vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1593–1596 (Auszug).

allerdings Vorbehalte haben) einbeziehen. Dann müsse man als Instrument zur Durchsetzung von Fes den Gedanken aufnehmen, eine große internationale Konferenz einzuberufen. Dies würde bedeuten:

- die extremen Kräfte in der arabischen Welt zu überzeugen, daß Israel ein Existenzrecht in der Region hat;
- Israel zu überzeugen, daß auch die Palästinenser dort leben müssen;
- Moskau einzubeziehen (obwohl in Casablanca viele dagegen gewesen seien).

Als die sozialistischen Länder noch unter Breschnew erstmals den Konferenzvorschlag unterbreitet hätten<sup>13</sup>, sei die Reaktion der Araber unsicher und verlegen gewesen. Er erinnere sich an Diskussionen mit Benyahia/Algerien und Khaddam/Syrien. Heute, wo der Libanon sich in ein neues Karthago verwandle und dort täglich Blut fließe, hielten sich die Araber „wie ein Ertrinkender“ an diesem Vorschlag fest. Algerien habe ihn ausdrücklich akzeptiert, ebenso der Irak und sogar Ägypten, nicht zu sprechen von den kleinen arabischen Staaten Kuwait, Nord- und Südjemen.

Keine Lösung werde der Hussein-Arafat-Vorschlag<sup>14</sup> bringen. Er ziele wiederum auf eine Teillösung. Man (?) habe ihn lange zu überzeugen versucht, daß dies der einzige rationale Ausweg aus der Lage sei. Man dürfe nämlich keine Illusion haben, daß Israel Cisjordanien je wieder verlassen werde, wo z.Zt. schon mehr als die Hälfte der Bevölkerung israelisch sei. Somit werde höchstwahrscheinlich in Jordanien der Palästinenser-Staat sein. Dies aber wäre in gewissem Maße eine Fortsetzung von Camp David und ein Abgehen von der VN-SR-Resolution 242<sup>15</sup>.

Wenn er die Geschichte rückblickend verfolge, so sei sowohl unter Kissinger wie unter Carter Ziel der USA gewesen, Ägypten aus der arabischen Familie herauszulösen und die Araber gegeneinander aufzuhetzen.

3) Zu Ägypten führt AM Chñoupek aus: Nach dem Tode Sadats<sup>16</sup> habe es mehrere Signale gegeben, daß Ägypten wieder Interesse an Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten habe. Die ČSSR habe seit der Nasser-Zeit von den kleineren sozialistischen Ländern die engsten Bande zu Ägypten gehabt. Ihn selbst habe Sadat einmal mit dem Hinweis begrüßt: Die Hand, die er ihm jetzt

<sup>13</sup> Der Generalsekretär der KPdSU, Breschnew, präsentierte am 15. September 1982 beim Besuch des südjemenitischen Staats- und Parteichefs Nasser Mohammed in Moskau einen Sechs-Punkte-Plan für den Nahen Osten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1982, D 568–570 (Auszug).

Vortragender Legationsrat Vogel resümierte am 22. September 1982: „Hauptforderungen sind: Rückgabe aller von Israel seit 1967 besetzten Gebiete (namentlich Nennung der Golanhöhen, der Westbank, des Gazastreifens, Ost-Jerusalems und des Libanon); Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen; Recht aller Staaten (also auch Israels) auf freie und unabhängige Existenz; Beendigung des Kriegszustandes und Schaffung einer Friedensordnung, garantiert durch den VN-Sicherheitsrat oder dessen ständige Mitglieder. Zur Lösung der vorgenannten Prinzipien soll eine internationale Konferenz unter Mitwirkung aller Betroffenen einberufen werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133219.

<sup>14</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>16</sup> Am 6. Oktober 1981 wurde Präsident Sadat während einer Militärparade in Kairo ermordet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289.

reiche, habe einst eine tschechische MP gehalten, mit der er – Sadat – um die Freiheit Ägyptens gekämpft habe. Also – so Chňoupek – habe die ČSSR schon eine gewisse Position in diesem Land. Deshalb sei sein Stellvertreter im tschechoslowakischen AM<sup>17</sup> nach Kairo gefahren, und bereits im vergangenen Jahr sei die Entscheidung gefallen, daß AM Ali nach Prag kommen werde. Dieser Termin sei zwar verschoben worden, aber der politische Dialog sei wieder aufgenommen und solle weiter normalisiert werden. Auch wirtschaftlich habe die ČSSR einiges zu bieten.

Auch die übrigen arabischen Staaten würden ihre Beziehungen mit Ägypten normalisieren. Zwar habe AM Treiki/Libyen bei kürzlichem Besuch in Prag über Ägypten „Feuer und Schwefel gespielt“, doch andere arabische Länder sähen die Zeichen der Zeit und würden auf Ägypten zugehen.

4) Was die Lage in den beiden Jemen angehe, so sei die Haltung Sanaas wie eine Wetterfahne: Einmal verfolge man Einheitsbestrebungen, das nächste Mal schieße man an der Grenze. Präsident Saleh habe angekündigt, in einigen Jahren werde das Land 6–7 Mio. t Erdöl erschlossen haben.

Mit Aden habe die ČSSR gute Beziehungen. Das Land habe, verglichen mit der Lage vor vier bis fünf Jahren, große Fortschritte in wirtschaftlicher, aber auch politischer Hinsicht gemacht. Dort herrsche nicht mehr Hurra-Revolution, sondern das Regime sei ausgereift und denke politisch und wirtschaftlich. Böse Zungen behaupteten allerdings, dies geschehe, weil viele Südjemeniten in Saudi Arabien arbeiteten.

5) Syrien sei ein naher Freund und Verbündeter der ČSSR. Man liefere Waffen. Man habe Präsident Assad Anfang Mai in Prag erwartet, der Besuch sei jedoch zwei Tage vor Beginn aus Gesundheitsgründen Assads abgesagt worden. Wenn BM jetzt nach Damaskus fliege und Assad ihn empfangen, bedeute dies, daß es ihm wieder gutgehe (BM: „... oder besser“).

6) BM entgegnet zum Golf-Krieg: Über Möglichkeiten einer baldigen Beendigung habe man auch unsererseits keine Illusion. Andererseits aber hielten beide Seiten den Krieg in Grenzen, auch der Iran. Beide Seiten seien sich bewußt, daß die Welt, – der Westen wie der Osten – erwarte, daß sie diesen Krieg, wenn sie ihn schon nicht beendeten, so doch in Grenzen hielten. Nicht realistisch sei zu erwarten, daß der Iran zu Lebzeiten Khomeinis das dritte Ziel – Sturz von Saddam Hussein – aufgeben werde. Er habe den Eindruck, daß die moderaten Kräfte im Iran auf Zeit spielten und den Krieg „auf kleiner Flamme“ führten. Auch viele Staaten, die an diesem Krieg indirekt beteiligt seien, sähen ihn inzwischen realistischer. Viele, die Geld hineingesteckt hätten, erkannten nun, daß es keine gute Investition gewesen sei.

Der Iran sei – so BM – bemüht, die Beziehungen zu den arabischen Ländern behutsam zu verbessern. Dort, insbesondere in den konservativen Ländern, sei man für solche Tendenzen aufnahmebereit, allerdings weniger aus außenpolitischen, mehr aus innenpolitischen Gründen.

7) Was die Grundfrage des NO-Konflikts angehe, so sei es eine Illusion zu glauben, daß eine grundlegende Verbesserung der Lage im Libanon ohne Fortschritte

<sup>17</sup> Jaromír Johanes.

in der Palästinenser-Frage möglich sei, daß der Libanon sozusagen ein „Problem an sich“ sei. Für uns gebe es keinen Zweifel, daß die Lösung des Palästinenser-Problems Schlüssel für die Stabilität im NO sei.

Er – BM – glaube nicht, daß es Ziel der amerikanischen Politik unter Kissinger und Carter gewesen sei, das arabische Lager zu spalten. Ihm scheine vielmehr, daß der Camp-David-Ansatz von Anfang an unter einem Mißverständnis gelitten habe. Begin habe in Camp David den Abschluß einer Entwicklung, Sadat den Beginn einer Entwicklung gesehen. Die Amerikaner hätten gehofft, beides umzusetzen, insbesondere aber keine letzte Klarheit über die Ziele gehabt, die Sadat mit Camp David verbunden habe.

Wir seien der Meinung, daß die Vorschläge von Fes realistische Elemente enthielten und unterstützten diese im Prinzip. Auch wir beklagten den Mangel an Einheit im arabischen Lager. Eine NO-Lösung sei ohne diese Einheit nicht möglich.

Zu den positiven Entwicklungen der Region gehöre, daß die Rolle Syriens und seine Bedeutung für die Lösung des NO-Konflikts zunehmend realistischer eingeschätzt werden. Er – BM – habe in den 1970er Jahren ziemliche Kritik für seine Bemühungen erfahren, unser Verhältnis zu Syrien zu verbessern. Präsident Assad habe schon in der Vergangenheit nicht nur eine wichtige Rolle gespielt, sondern auch konstruktive Positionen eingenommen.

8) Zu den Staaten am Golf stünden wir im guten Kontakt und unterstützten ihre Bemühungen, die Golf-Region insgesamt zusammenzuführen.<sup>18</sup> Regionale Zusammenschlüsse dieser Art seien für die Stabilität wichtig, insbesondere in einem so gefährdeten Gebiet.

Wichtig – so schließt BM – sei, daß West wie Ost mäßigend in der Nahost-Frage, aber auch im Iran/Irak-Konflikt auf beide Seiten einwirkten. Gleiche Signale aus West und Ost würden beiden Seiten verdeutlichen, daß sie in dieser Konfliktregion um Stabilität bemüht sind.

9) AM Chnoupek erwidert, es könne sein, daß die SU und die USA bald Konsultationen in dieser Richtung beginnen.

Bei Gesprächen über den Nahen Osten komme ihm – Chnoupek – stets die Erinnerung an eine Lektion, die er von König Hussein von Jordanien empfangen habe, als er mit ihm in Akaba, 300 m von der Grenze des durch Israel besetzten Sinai, gewesen sei. Nach Husseins Einschätzung sei die Wurzel des NO-Konflikts die israelische Tradition eines „Groß-Israel“. Darauf sei die Politik Tel Avivs traditionell und kontinuierlich gerichtet. So brächen Konflikte aus: Israel, obwohl kleiner, sei durch die USA hervorragend gerüstet, besetze arabisches Territorium. Dann breche in der Welt ein großes Geschrei über die imperialistische, aggressive Politik Israels aus. Die Araber, die sozialistischen Länder, die Afrikaner empörten sich. Der Ministerpräsident in Tel Aviv werde „politisch untragbar“ und durch den Chef der Opposition ersetzt. Unter diesem neuen Ministerpräsidenten beginne eine „neue Ägide“ – und seit 1950 habe sich Israel – mit Ausnahme Sinais (das aber noch nicht ganz geräumt sei<sup>19</sup>) –

<sup>18</sup> Am 4. Februar 1981 gründeten Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate den „Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten“.

<sup>19</sup> Vgl. dazu die ägyptisch-israelischen Gespräche über den Status von Taba; Dok. 30, Anm. 3.

noch aus keinem besetzten Gebiet zurückgezogen, weder aus den Golan-Höhen, noch aus Gaza, noch aus Cisjordanien oder dem Südlibanon. Als er – Chňoupek – aus dem Munde Moshe Dayans vor der VN-GV gehört habe, warum Cisjordanien israelisch sein müsse („weil man von Cisjordanien über Israel hinweg bis ins Meer schießen kann“), habe er gespürt, daß Hussein recht habe (Anspielung auf seine – Chňoupeks – Vergangenheit als Artillerist).

Er – Chňoupek – habe AM Aziz/Irak gefragt, warum sein Land Syrien, das doch als einziges Land Israel standhalte, nicht unterstütze. Dieser habe ihm ironisch geantwortet: Bei Kuneitra sei die ruhigste Grenze der Welt, die Stadt sei Erholungsort, dort könne er Urlaub machen. Er selbst – Chňoupek – habe dies bei einem Besuch in dieser Stadt auch so empfunden.

Vielleicht sehe er – Chňoupek – den NO-Konflikt zu sehr schwarz/weiß. Aber es gebe keinen grundlegenden Widerspruch zwischen Washington und Tel Aviv. Wenn es zwischen beiden Seiten Mißverständnisse gebe, und – wie früher – Begin zu „schwierigsten Gesprächen“ nach Washington fliege, so sei dies Theater. Die USA unterstützten die Politik Israels. Die USA sähen zwar auch die Interessen der Araber, wollten diese nicht vor den Kopf stoßen, im Zweifel aber gehe Israel vor. Er glaube deshalb auch nicht, daß die USA Camp David zugleich für Anfang und Ende gehalten hätten. Vielmehr habe Washington genau gewußt, worum es gehe: um ein abgekartetes Spiel (sc. Ägypten aus der arabischen Front herauszubrechen). Er – Chňoupek – habe als letzter sozialistischer AM Sadat vor Camp David gesehen. Dieser habe ihm versichert, daß er konsequent den Weg Nassers verfolge: Er wolle einen fortschrittlichen Sozialismus in Ägypten aufbauen und Freund der SU und der sozialistischen Länder sein. Denn ihnen verdanke er die Waffen für die Unabhängigkeit.

(BM wirft ein, die ČSSR habe auch Israel Waffen geliefert: Er habe mit einem israelischen Verteidigungsminister<sup>20</sup> gesprochen, der von den Nazis erbeutete Me-109 aus der ČSSR nach Israel überführt habe.)

AM Chňoupek fährt fort: Sadat habe ihm versichert, das Problem zwischen Israel und Ägypten sei nicht Suez, kein religiöses und kein rassisches Problem, sondern die Gesellschaftsordnung. Wenn er ankündigen werde, er wolle die Politik Nassers zum Aufbau eines ägyptischen Sozialismus verlassen, so werde ihm Golda Meir sofort die Hand reichen. Dies aber werde er nicht tun, sondern den Weg Nassers konsequent fortsetzen. Kurz darauf habe Sadat diesen Weg stillschweigend verlassen und sich mit den Israelis geeinigt, angeblich weil er kein Geld für die Fortsetzung des Krieges gehabt habe. Die Araber hätten ihn sodann zum Verräter gestempelt, er habe die sowjetischen und tschechischen Berater des Landes verwiesen ...<sup>21</sup>

10) BM entgegnet, fairerweise müßte man sagen, daß Präsident Sadat über die Haltung der anderen arabischen Staaten enttäuscht gewesen sei: Ägypten sei das einzige Land gewesen, das je gegen Israel gekämpft habe, die anderen hätten sich darauf beschränkt, diesen Kampf „positiv zu würdigen“ und allenfalls etwas Geld zu geben. Aber die das große Wort führten, seien nicht mit Solda-

<sup>20</sup> Ezer Weizman.

<sup>21</sup> Am 18. Juli 1972 gab Präsident Sadat bekannt, daß er die UdSSR aufgefordert habe, ihre Militärberater und Experten aus Ägypten abziehen.

ten zu sehen gewesen. Dies sei der wahre Grund für den ägyptischen Kurswechsel, Saddam habe es ihm – BM – ausführlich erzählt.

Kaestner

Referat 010, Bd. 178902

## 232

### Gespräch des Bundesministers Schäuble mit dem britischen Botschafter Bullard

29. August 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM Schäuble–Botschafter Bullard am Donnerstag, dem 29. August 1985

Aus o. a. Gespräch halte ich fest:

1) Botschafter *Bullard* bat um eine Bewertung des Falles Tiedge<sup>2</sup>. BM *Schäuble* wies zunächst darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland sich hinsichtlich der Tätigkeit von Agenten in einer Lage befinde, die mit der anderer europäischer Staaten nicht zu vergleichen sei. An dieser Lage lasse sich auch wenig ändern, denn es sei nicht möglich, alle diejenigen, die irgendwann aus der DDR in die Bundesrepublik geflüchtet seien, einer besonderen Kontrolle zu unterwerfen. Natürlich habe der Fall Tiedge auch die innerdeutschen Beziehungen belastet. Unleugbar habe auch unsere Spionageabwehr einen Rückschlag erlitten. Der Fall der Sekretärin von BM Bangemann<sup>3</sup> zeige wiederum, daß die DDR über ein breites Reservoir an Spitzeln verfügen müsse, denn sie habe ja nicht damit rechnen können, daß Frau Lüneburg eines Tages im Vorzimmer des Bundesministers für Wirtschaft landen werde. BM Schäuble erläuterte sodann kurz einige Umstände des Falles Tiedge.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 2. September 1985 über Ministerialdirigent Stabreit und Ministerialdirektor Teltschik, beide Bundeskanzleramt, an Bundesminister Schäuble „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet.

Hat Stabreit vorgelegen.

Hat Teltschik und Schäuble am 3. September 1985 vorgelegen. Zur Bitte um Genehmigung vermerkte Schäuble handschriftlich: „Ja.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> In der Presse wurde am 24. August 1985 mitgeteilt: „Erst durch eine knappe Mitteilung der DDR-Nachrichtenagentur ADN hat die Bundesregierung am Freitagvormittag erfahren, daß sich der seit Montag verschwundene Gruppenleiter in der für die Spionageabwehr zuständigen Abteilung IV des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der 1937 in Berlin geborene Regierungsdirektor Tiedge, nach Ost-Berlin abgesetzt hat.“ Vgl. den Artikel „Das Überlaufen Tiedges in die DDR erschüttert die gesamte Spionageabwehr der Bundesrepublik“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, S. 1.

<sup>3</sup> In der Presse wurde berichtet, daß die Bundesanwaltschaft gegen die unter dem Namen Sonja Lüneburg im Bundesministerium für Wirtschaft tätige, seit dem 2. August 1985 verschwundene Sachbearbeiterin wegen Spionageverdachts ermittelte. Vgl. dazu den Artikel „Unbekanntes Ziel“; DER SPIEGEL, Nr. 33 vom 12. August 1985, S. 29 f.

2) Auf eine entsprechende Bitte des *Botschafters* gab BM *Schäuble* sodann eine Darstellung der deutsch-deutschen Beziehungen. Er sei noch vor wenigen Tagen mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, zusammengetroffen, der sich positiv über die Entwicklung der Beziehungen geäußert habe. Er habe Moldt gegenüber den Willen der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht, den durch den Fall Tiedge entstandenen Schaden zu begrenzen. Der BM wies sodann darauf hin, daß die DDR sich an die – im Zusammenhang mit der Swing-Verlängerung<sup>4</sup> gegebene – Zusage gehalten habe, das Handelsdefizit abzubauen. Auch in der Tamilen-Frage habe die DDR sich an die Abmachungen gehalten.<sup>5</sup> Jetzt sehe man sich allerdings einem Zustrom von Asylanten aus anderen Ländern gegenüber. Er habe Moldt daher zu verstehen gegeben, daß wir auch hier ein Tätigwerden der DDR erwarteten. Moldt habe zugesagt, seine Regierung entsprechend zu unterrichten.

Auch MP Strauß, der mit Honecker am Rande der Leipziger Messe zusammen treffen werde, werde dieses Problem bei dieser Gelegenheit ansprechen.<sup>6</sup>

BM Schäuble fuhr fort, in den Beziehungen zur DDR müsse man allerdings immer wieder die Erfahrung machen, daß Positives mit Negativem einhergehe. So habe sich beispielsweise der Reiseverkehr günstig entwickelt. Das gelte insbesondere auch für Reisen aus der DDR in dringenden Familienangelegenheiten.<sup>7</sup> Gleichzeitig habe jedoch die DDR-Führung das Kontaktverbot mit Besuchern aus dem Westen verschärft.<sup>8</sup> Dahinter stehe die ständige Sorge vor einer Destabilisierung.

In der Frage eines Abkommens über Umweltschutz seien wir mit der DDR vorgekommen.<sup>9</sup> Dieses Abkommen werde sich allerdings weitgehend auf allgemeine Grundsätze beschränken. Auf eine entsprechende Frage von Botschafter *Bullard* erklärte BM *Schäuble*, BM Zimmermann werde zu gegebener Zeit nach Ost-Berlin reisen, um über konkrete Maßnahmen der Zusammenarbeit zu sprechen.

<sup>4</sup> Zur Swing-Vereinbarung vgl. Dok. 60, Anm. 12.

Eine Vereinbarung mit der DDR über eine neue Swing-Regelung und Erleichterungen im nicht-kommerziellen Zahlungsverkehr wurde am 5. Juli 1985 geschlossen. Vgl. dazu INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1980–1986, S. 218 f.

<sup>5</sup> Zur Einführung eines Transitvisums für Reisende aus Sri Lanka durch die DDR vgl. Dok. 176, Anm. 33.

<sup>6</sup> Der bayerische Ministerpräsident Strauß traf mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 1. September 1985 in Leipzig zusammen. Vgl. dazu KOALITION DER VERNUNFT, S. 330–339.

<sup>7</sup> Für die Anordnung vom 15. Februar 1982 über den Reiseverkehr von Bürgern der DDR vgl. GESETZBLATT DER DDR 1982, Teil I, S. 187 f.

Zu den deutsch-deutschen Gesprächen über Reiseerleichterungen vgl. Dok. 75, Anm. 19.

<sup>8</sup> Zur Ausweitung der Kontaktbeschränkungen vgl. Dok. 213, Anm. 26.

<sup>9</sup> Zu einem Rahmenabkommen über Umweltangelegenheiten zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 60, Anm. 25 und 26.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen teilte am 16. September 1985 mit: „Die DDR ist offenbar darum bemüht, die ihr möglichen Voraussetzungen für den Abschluß einer Umweltschutzvereinbarung zu schaffen. Dies zeigte sich vor allem in dem Bemühen, in den politisch sensiblen Fragen (Berlin (West), Umweltbundesamt) zu einer auch für unsere Seite tragbaren Lösung zu kommen. [...] Auf der anderen Seite ist die DDR definitiv nicht dazu bereit, in einer Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland über den inhaltlichen Rahmen von Vereinbarungen mit anderen Staaten wesentlich hinauszugehen. Es ist insbesondere deutlich geworden, daß der Hauptinhalt einer Umweltvereinbarung nicht Maßnahmen, sondern einen Informations- und Erfahrungsaustausch in mehreren umweltrelevanten Bereichen umfassen soll.“ Referat 210, Bd. 139245.



Auch die Gespräche über den Abschluß eines Kulturabkommens entwickelten sich positiv.<sup>10</sup> Das gelte auch für die zwei schwierigen Fragen der Einbeziehung Berlins und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Dabei käme es der Bundesregierung darauf an, die Einbeziehung Berlins nicht nur durch die Frank-Falin-Klausel<sup>11</sup>, sondern auch in der Praxis sicherzustellen. Was die Stiftung Preußischer Kulturbesitz anbelange, so komme es uns vor allem darauf an, daß die DDR auf die Diskriminierung der Stiftung in Drittländern verzichte.

Zu einem möglichen Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland erklärte BM Schäuble, es lägen hierfür keine konkreten Anzeichen vor. Auf eine entsprechende Frage des Botschafters wies er darauf hin, daß die Einladung an den Volkskammerpräsidenten Sindermann von der SPD ausgegangen sei. Er glaube nicht, daß es zu einer förmlichen Einladung durch den Bundestagspräsidenten<sup>12</sup> komme.<sup>13</sup>

3) BM Schäuble sprach sodann die Lage in Berlin an. Was Ost-Berlin anbetreffe, so müßten wir sehen, daß es hier eine faktische Entwicklung gebe, die wir nicht ändern könnten. BM Schäuble erwähnte die Besuche von AM Howe und PM Fabius in Ost-Berlin<sup>14</sup> und knüpfte hieran die Bemerkung, daß sich eines Tages auch die Frage stellen werde, ob ein Bundeskanzler einem Aufenthalt in Ost-Berlin ausweichen könne. Honecker sei seinerzeit gesagt worden, daß er den Bundespräsidenten an seinem Amtssitz treffen könne. Da man die Villa Hammerschmidt nicht erneut umbauen könne, werde man bei einem Besuch Honeckers in der BR Deutschland nicht umhin können, daß der Bundespräsident ihn hier in Bonn empfangen. Daraus ergäben sich auch Konsequenzen für einen möglichen Gegenbesuch des Bundespräsidenten in Ost-Berlin.

Man müsse sich darüber im klaren sein, daß die West-Berliner diese Entwicklung mit großer Sensibilität verfolgten. Es stelle sich daher die Frage, welches Äquivalent man Berlin (West) angesichts dieser Entwicklung geben könne. Es komme darauf an, die Lebensfähigkeit von Berlin (West) und dessen Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland zu stärken.

Botschafter Bullard erklärte, diese Frage stehe seit vielen Jahren auf der Tagesordnung der Bonner Vierergruppe. Ihm liege sehr daran, daß man hierüber auch im Rahmen der regelmäßigen Gespräche der drei Botschafter mit StS Meyer-Landrut spreche. Leider sei dieses Treffen zweimal verschoben worden. Nach Eintreffen des neuen amerikanischen Botschafters<sup>15</sup> solle man aber unbedingt ein solches Treffen anberaumen. Dem stimmte BM Schäuble nachdrücklich zu. Der Botschafter fügte hinzu, die drei Botschafter würden über diese Fragen auch gerne mit BM Schäuble sprechen. Er müsse freimütig sagen, daß er diese Gesprächsebene den – an sich nützlichen – Kontakten mit dem Regie-

<sup>10</sup> Zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über ein Kulturabkommen vgl. Dok. 203.

<sup>11</sup> Zu der am 27. März 1972 zwischen Staatssekretär Frank und dem sowjetischen Botschafter Falin vereinbarten Berlin-Klausel vgl. Dok. 75, Anm. 14.

<sup>12</sup> Philipp Jenninger.

<sup>13</sup> Der Präsident der Volkskammer der DDR, Sindermann, hielt sich vom 19. bis 22. Februar 1986 als Gast der SPD-Fraktion in der Bundesrepublik auf.

<sup>14</sup> Der britische Außenminister Howe besuchte Ost-Berlin vom 8. bis 10. April 1985, Ministerpräsident Fabius am 10./11. Juni 1985.

<sup>15</sup> Richard R. Burt.

renden Bürgermeister<sup>16</sup> vorziehe. Dessen Vorstellungen eilten den Dingen etwas voraus. Der Botschafter erwähnte insbesondere das Vorhaben einer Kulturstiftung in Berlin.<sup>17</sup> Er habe dem Regierenden Bürgermeister wiederholt gesagt, daß er darauf achten müsse, nicht den Ast abzuhacken, auf dem wir alle saßen.

BM *Schäuble* erwiderte, dies wolle der Regierende Bürgermeister mit Sicherheit nicht. Vielmehr sei es legitim, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin in diesen Fragen etwas dränge. Er habe mit ihm ausdrücklich über die Kulturstiftung gesprochen und teile dessen Auffassung, daß eine Kulturstiftung, die nicht in Berlin sein könne, nur geringes Interesse verdiene. Der *Botschafter* warf ein, die Drei Mächte hätten vom rechtlichen Standpunkt aus keine Bedenken, es gehe ausschließlich um die Frage der politischen Opportunität. BM *Schäuble* erwiderte, in diesem Punkte gäbe es keine Divergenzen mit dem Regierenden Bürgermeister. Dieser sei ausdrücklich der Auffassung, daß wenn es zu einer Kulturstiftung komme, diese in Berlin angesiedelt werden müsse; dies sei aber selbstverständlich auch eine Frage des Zeitpunktes.

4) Der *Botschafter* griff sodann den (von dem Regierenden Bürgermeister verwandten) Begriff „Rechtsbereinigung“ auf und erklärte, dies höre sich so an, als müsse ein Augiasstall ausgefegt werden. BM *Schäuble* erwiderte, die deutsche Bevölkerung verbinde solche Vorstellungen nicht mit diesem Begriff. Hier gebe es offensichtlich unterschiedliche Empfindungen.<sup>18</sup> Der *Botschafter* schloß mit der Bemerkung, nach seiner Meinung müßte in der Tat ein Museum für die Geschichte des deutschen Volkes in Berlin angesiedelt werden, während ein Museum, daß der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gewidmet sei, nach Bonn gehöre.<sup>19</sup>

Der Botschafter sprach sodann die Problematik der Kontaktgespräche Löffler/Stronk an.<sup>20</sup> Er wolle ausdrücklich feststellen, daß, wenn diese Gespräche stattfänden, dies ohne Zustimmung der Drei Mächte geschähe. Dies habe er auch dem Regierenden Bürgermeister deutlich gesagt. Hier handele es sich um ein langfristiges politisches Problem. BM *Schäuble* stellte die Frage, ob dieses Gespräch nicht zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden könne. In der Sache gehe es darum, daß beide Seiten Gespräche über die Gestaltung der 750-Jahrfeier Berlins führen sollten. Schließlich dürfe man nicht vergessen, daß Berlin eine geteilte Stadt sei. Wenn man von der Gesprächsebene, die seinerzeit von dem RGBM<sup>21</sup> Weizsäcker noch vereinbart worden sei, jetzt abgehe, könne das für die Konsistenz der Gespräche Probleme aufwerfen. BM *Schäuble* schlug vor, diese Frage in dem Botschaftertreffen aufzugreifen. Botschafter *Bullard* erwiderte, er wisse nicht, was der letzte Stand in dieser Angelegenheit sei. Seiner Ansicht nach solle man die weitere Behandlung den Stellen in Berlin überlassen.

<sup>16</sup> Eberhard Diepgen.

<sup>17</sup> Zur Planung für eine Kulturstiftung der Länder vgl. Dok. 148, Anm. 22.

<sup>18</sup> Zu den Gesprächen zwischen dem Senat von Berlin und den Drei Mächten über Rechtsfragen vgl. Dok. 148, Anm. 17 und 18.

<sup>19</sup> Zum Plan für ein Deutsches Historisches Museum vgl. Dok. 203, Anm. 7.

<sup>20</sup> Zu den Direktkontakten zwischen dem Senat von Berlin und der DDR vgl. Dok. 218.

<sup>21</sup> Regierender Bürgermeister.

5) Botschafter Bullard stellte abschließend die Frage, ob der Bundeskanzler Außenminister Howe, der sich am 3. und 4. Oktober 1985 in Bonn aufhalten werde, zu einem Gespräch empfangen könne.<sup>22</sup> In Frage kämen hierfür der 3. Oktober nachmittags oder der 4. Oktober vormittags. Die britische Regierung würde einer solchen Begegnung schon deshalb große Bedeutung beimessen, weil es nicht zu einem Treffen der beiden Regierungschefs während der Ferien gekommen sei. Er selber hoffe auch, daß er den Bundeskanzler noch einmal vor dem deutsch-britischen Gipfel Ende November<sup>23</sup> sehen könne. BM *Schäuble* sagte zu, den Bundeskanzler entsprechend zu unterrichten.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

## 233

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

209-360.33-2279/85 VS-vertraulich

29. August 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
Betr.: SDI-Forschungszusammenarbeit;  
hier: Haltung unserer Partner in der WEU

Die Berichte unserer Botschaften der letzten Wochen bestätigen im wesentlichen das Bild, das wir während der Beratungen der Arbeitsgruppe zu SDI bei der WEU in London vor der Sommerpause<sup>4</sup> gewonnen haben.

1) Frankreich lehnt amtliche Vereinbarungen jeder Art mit den USA über SDI-Forschungskooperation ab. Die Motive dafür sind überwiegend politischer, weit weniger wirtschaftlich-technologischer Natur. Frankreich befürchtet, daß amtliche Vereinbarungen als politische Unterstützung für das strategische und rü-

<sup>22</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem britischen Außenminister Howe am 3. Oktober 1985 vgl. Dok. 269.

<sup>23</sup> Zu den deutsch-britischen Regierungskonsultationen am 27. November 1985 in London vgl. Dok. 323.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Arnim konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. August 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 9. September 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „s[iehe] S. 8“. Vgl. Anm. 25.

Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 9. September 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. September 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an Referat 209 verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 11. September 1985 erneut vorgelegen.

Hat Braunmühl am 12. September 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 20 i. V.“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 12. September 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 13. September 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zu den Beratungen der SDI-Arbeitsgruppe der WEU vgl. Dok. 174, Anm. 16.

stungskontrollpolitische Konzept hinter SDI verstanden werden würden. Dieses Konzept eines Ausbaus strategischer Defensiv-Systeme durch die USA würde nach französischer Auffassung die SU wahrscheinlich zu ähnlichen Rüstungen veranlassen. Frankreichs Anstrengungen, durch Ausbau seiner strategischen U-Boot-Flotte und Ausrüstung seiner SLBM mit MIRV die Fähigkeit zu erhalten und zu verbessern, die bisher durch den ABM-Vertrag begrenzte sowjetische strategische Verteidigung zu umgehen, würden dadurch zunichte gemacht. Im Ergebnis stünde eine Deklassierung Frankreichs als Nuklear-Macht.

Die französischen Gesprächspartner konzentrieren sich in der WEU deshalb auf eine Kritik des amerikanischen strategischen Konzeptes und seiner Risiken für die Rüstungskontrolle. Sie versuchen gleichzeitig, einer Erörterung der Bedeutung von SDI-Forschungszusammenarbeit für die Entwicklung der europäischen Technologie auszuweichen. Dadurch soll auch Fragen ausgewichen werden, warum der französische Staat die von ihm beherrschte französische Rüstungsindustrie nicht hindere, sich um SDI-Aufträge zu bewerben. (Der Präsident von Matra hat während der Luftfahrt-Schau von Le Bourget öffentlich erklärt, daß er solche Aufträge für im Interesse der französischen Industrie liegend halte.<sup>5</sup> Informationen, daß es sogar bereits Abschlüsse mit französischen Firmen gebe, sind bisher aber nicht überprüfbar und möglicherweise lanciert.)

2) Großbritannien steht am entgegengesetzten Ende des Spektrums in der WEU, da es den Abschluß eines Regierungsabkommens über seine SDI-Forschungsbeteiligung anstrebt.

Die Motive für diese Haltung sind sowohl politischer wie technologischer Natur. Sowohl die vier Punkte der amerikanisch-britischen Erklärung von Camp David vom 22. Dezember 1984<sup>6</sup> wie die Rede von AM Howe vom 15. März 1985<sup>7</sup> zeigen, daß es auch erhebliche britische Vorbehalte gegen den Aufbau eines strategischen Defensivsystems durch die USA gibt, das die Grenzen des ABM-Vertrages sprengen würde.

Auch für die britische Nuklearstreitmacht würde eine verschärfte sowjetische Defensiv-Rüstung erhebliche Probleme mit sich bringen und die Modernisierung der britischen U-Boot-Flotte durch Trident-II-SLBM an Wert verlieren lassen.

Es ist jedoch festzustellen, daß britische Gesprächspartner es seit Monaten vermeiden, auf die Rede von Howe vom 15.3.85 zurückzukommen, wenn sie befürchten, daß dies nach außen dringen könnte. Sie setzen sich vielmehr dafür

<sup>5</sup> In der Presse wurde berichtet: „Jean-Luc Lagardère, Spitzenmanager mit spitzer Zunge, einflußreicher Chef des vom französischen Staat beherrschten Raumfahrt- und Rüstungskonzerns Matra, sagte es vorige Woche rundheraus: ‚EUREKA und SDI gegeneinander auszuspielen, ist albern. [...] Die zwei Vorhaben müssen komplementär gestaltet werden. ‚Lagardère beteuerte, er sei an der Teilnahme am amerikanischen SDI-Programm ‚sehr interessiert‘. Widerspruch der Präsident von Matra dem Präsidenten der Republik? François Mitterrand hatte zum Abschluß des Bonner Weltwirtschaftsgipfels sein Nein zu SDI ‚in seiner jetzigen Form‘ bekräftigt. Doch schon damals war es zwar eine feierliche, aber keine glasklare Absage gewesen, zumal Mitterrand die Möglichkeit erwog, zwischen EUREKA und SDI ‚kleine Brücken‘ (passerelles) zu schlagen.“ Vgl. dazu den Artikel „Die Franzosen halten sich zurück“; DIE ZEIT vom 14. Juni 1985, S. 4.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „12. Dezember 1984“.

Zu den vier Punkten der amerikanisch-britischen Erklärung vom 22. Dezember 1984 vgl. Dok. 1, Anm. 9.

<sup>7</sup> Zur Rede des britischen Außenministers Howe vom 15. März 1985 vgl. Dok. 80, Anm. 4.

ein, eine Analyse der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI für Europa in der WEU zu vermeiden. Z.T. verweisen sie dabei zwar auf die NATO als das dafür geeignete Forum. Sie haben aber bisher keine Initiative ergriffen, um entsprechende Konsultationen in der NATO voranzutreiben. Sie stehen offenbar in engem bilateralem Kontakt mit den USA und bevorzugen multilateral den Viererkreis.<sup>8</sup>

Gleichzeitig haben die Briten, insbesondere mit den Gesprächen von VM Heseltine in Washington mit VM Weinberger und VP Bush Ende Juli<sup>9</sup>, ihre Bemühungen um einen möglichst großen Anteil am SDI-Forschungsprogramm forciert. Heseltine hat dabei auf den politischen Wert hingewiesen, den eine bedeutende britische Beteiligung für die Durchsetzung von SDI durch die Administration hätte. Die USA haben diese britischen Wünsche weitgehend abgelehnt. Dennoch wollen die Briten bisher an ihrem Konzept einer möglichst umfassenden Beteiligung festhalten.

Die Berichterstattung der Botschaften und die Gespräche in der WEU geben keine völlig überzeugende Erklärung für dieses britische Vorgehen.

Einen gewissen Schlüssel zum Verständnis bietet aber wohl die massive Kritik, auf die die Rede Howes in der „Times“ gestoßen war<sup>10</sup>, die ihm vorwarf, das Verhältnis zu den USA zu stören. Gleichzeitig gehört es zur Tradition des britisch-amerikanischen Verhältnisses, die „special relationship“, und damit den besonderen Einfluß in Washington, durch eine möglichst enge Zusammenarbeit im Bereich der militärischen Hochtechnologie zu untermauern und dazu den USA die eigenen Spitzenleistungen zur Verfügung zu stellen.

Schließlich unterhält das britische Verteidigungsministerium einen im Vergleich zu der Lage bei uns erheblich größeren, staatlichen Bereich der Rüstungsforschung, den zu finanzieren nicht leicht fällt, für den SDI-Aufträge also wohl sehr willkommen sind.

Diese Gründe könnten sich um so eher in das Streben nach einer umfangreichen Beteiligung umgesetzt haben, als die Briten als Pragmatiker sich wohl weniger von den konzeptionellen Zielbeschreibungen der SDI, sondern von den vermutlich in den nächsten zehn Jahren zu erwartenden Ergebnissen der SDI-Forschung leiten lassen. Dann ist aber wenig wahrscheinlich, daß die USA – und die SU – Abfangquoten erreichen könnten, die hoch genug liegen, um die britischen SLBM, insbesondere nach Modernisierung, zu entwerten. Sie gehen vermutlich davon aus, daß in dem bis zur Außerdienststellung der Trident II verfügbaren Zeitraum, also bis in das nächste Jahrhundert hinein, keine signifikanten Abfangquoten zu erreichen sind. Dagegen ist eher anzunehmen, daß in diesem Zeitraum Forschungsergebnisse anfallen, die für die Rüstung allgemein bereits nützlich und verwertbar sind. (Dies ist, nach Mitteilung von Angehörigen unserer Unternehmen auf dem SDI-Seminar in Euskirchen am 15.8.85<sup>11</sup>, jedenfalls das Kalkül dieser Unternehmen.)

<sup>8</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>9</sup> Der britische Verteidigungsminister Heseltine hielt sich am 22./23. Juli 1985 in den USA auf.

<sup>10</sup> Vgl. dazu den Artikel „Howe's UDI from SDI“; THE TIMES vom 18. März 1985, S. 13.

<sup>11</sup> Botschafter Ruth kündigte am 8. August 1985 an: „An dem Workshop, der am 15. und 16. August in Euskirchen stattfinden wird, sollen alle Mitglieder der Expertendelegation teilnehmen. Da die Industrievertreter, die in Abstimmung mit dem BDI ausgewählt wurden, in erster Linie technische Ex-

Eine solche britische Politik muß darauf achten, in den Verhandlungen mit den USA früher als andere abzuschließen, um den größtmöglichen Gewinn aus der Unterstützung für SDI zu ziehen. Nach dem Verlauf des Heseltine-Besuches ist zwar derzeit wenig wahrscheinlich, daß die Briten ihr Ziel einer umfangreichen Beteiligung überhaupt werden durchsetzen können, selbst wenn sie jetzt versuchen sollten, die USA warten zu lassen. Angesichts der Ablehnung von F und des Zögerns der anderen Europäer scheinen sich die Briten aber doch noch echte Hoffnungen auf einen größeren Anteil zu machen.

3) Italien hat sich in der WEU an der Erörterung strategischer und rüstungskontrollpolitischer Aspekte von SDI vorsichtig beteiligt. Dabei wurde ebenfalls eine kritische Sicht von Bemühungen erkennbar, die geltende Strategie der Allianz zu modifizieren. Auch Risiken für die Genfer Verhandlungen<sup>12</sup> wurden nicht bestritten. Italien war aber nicht bereit, ähnlich dezidierte Formulierungen der Kritik an SDI, wie sie von F gewünscht werden, mitzutragen, und erklärte derartig abschließende Urteile für verfrüht.

Von vornherein wiesen die italienischen Gesprächspartner darauf hin, daß die italienische Industrie (insbesondere Fiat) einen erheblichen Druck in Richtung auf eine Beteiligung in amtlicher Form ausübe. Dies erschwere den Wunsch der italienischen Regierung, die politische Unterstützung für das strategische und rüstungskontrollpolitische Konzept hinter SDI zu vermeiden, da die Gefahr bestehe, daß amtliche Vereinbarungen als eine solche politische Unterstützung interpretiert würden.

Im Ergebnis versucht Italien, das Problem dadurch zu lösen, daß es die SDI-Forschungszusammenarbeit in die bereits mit den USA bestehenden Abmachungen über Rüstungskooperation einfügt oder, wenn ein neues Abkommen notwendig werden sollte, diesem einen möglichst technischen, unpolitischen Charakter zu geben.<sup>13</sup>

Italien legt gleichzeitig großen Wert auf eine geschlossene Haltung in der WEU.

4) Die Niederlande haben von vornherein darauf gedrängt, in der WEU möglichst rasch einen möglichst umfassenden „Prinzipien-Katalog“ zu SDI zu erarbeiten, der SDI aus strategischen und rüstungskontrollpolitischen Erwägungen kritisiert.

Ziel der niederländischen Exekutive war dabei, die von ihr gewünschte Entscheidung für die Forschungsbeteiligung politisch abzusichern, indem neben eine derartige Entscheidung ein öffentlich verwendbares Dokument der WEU tritt, welches verdeutlicht, daß mit der Forschungsbeteiligung eben gerade keine politische Unterstützung für die strategische und rüstungskontrollpolitische Zielsetzung von SDI verbunden ist.

Die Niederlande würden es auch vorziehen, wenn ihre Entscheidung für eine Forschungsbeteiligung nicht zum Abschluß neuer Abmachungen mit den USA

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1197*

perten sind und nicht in jedem Fall zu wirtschaftlichen Unternehmensinteressen Stellung nehmen können, soll am 16. August im Rahmen des Workshops eine Diskussionsrunde abgehalten werden, an der neben BDI weitere Industrieverbände [...] teilnehmen sollen.“ Vgl. Referat 220, Bd. 130135.

<sup>12</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 199 und Dok. 211.

<sup>13</sup> So in der Vorlage.

führte, sondern in die bestehenden Abmachungen über Rüstungskooperation eingebaut werden könnte.

Die Niederlande haben in der WEU auf schnelle Entscheidungen gedrängt, weil sie befürchten, daß sich sonst das SDI-Problem und die im November anstehende Debatte um die INF-Dislozierung<sup>14</sup> kumulieren.

Nachdem sie jetzt erkennen, daß vermutlich nicht einmal GB Anfang September endgültig entscheiden wird, ist jedoch fraglich, ob sie sich ihrerseits mit einer Entscheidung als erste exponieren.

5) Belgien teilte in den Beratungen in der WEU die niederländische Kritik in den strategischen und rüstungskontrollpolitischen Fragen von SDI, strebt daneben ähnlich wie I ein Rahmenabkommen mit den USA an. Anders als die Niederlande will es eine Entscheidung jedoch erst im Spätherbst nach den Parlamentswahlen im Oktober<sup>15</sup> fällen.

II. 1) Außerhalb der WEU ist die Haltung Japans zu beachten. Es hat zu den strategischen und rüstungskontrollpolitischen Implikationen von SDI Prinzipien übernommen, die sich an denen von GB und uns orientieren, also zurückhaltend oder kritisch sind. Sie werden durch innenpolitische Restriktionen bei der Rüstung, insbesondere bei strategischen Waffen, ergänzt. Ähnliche Zurückhaltung wird aber auch gegenüber SDI-Forschungszusammenarbeit beobachtet. Motiv dafür ist nicht nur, politische Unterstützung für SDI insgesamt gering zu halten, soweit dies ohne Schädigung des Verhältnisses zu den USA möglich ist. Die japanische Interessenlage unterscheidet sich auch gravierend von der europäischen, weil Japan sich im Bereich der Hochtechnologie den USA gleichwertig, wenn nicht sogar überlegen fühlt, so daß SDI-Aufträge nicht als Hilfe beim Aufholen nützlich erscheinen.

2) Schließlich gibt es Informationen, daß es auch der konservativen kanadischen Regierung nicht leichtfällt, im Parlament Mehrheiten für SDI-Beteiligung zu finden.<sup>16</sup>

III. 1) Die Berichte der WEU-MS über ihre Verhandlungen und Gespräche mit den USA lassen darauf schließen, daß es in der Administration, und eventuell sogar im Pentagon selbst, unterschiedliche Denkschulen zur Forschungsbeteiligung der Europäer gibt.

2) SDIO<sup>17</sup> (Abrahamson) hat durchgängig die Auffassung vertreten, daß es um Einzelaufträge an europäische Firmen gehe und amtliche Abmachungen zwar

<sup>14</sup> Zur Entscheidung der niederländischen Regierung vom 1. Juni 1984 über die INF-Stationierung vgl. Dok. 82, Anm. 36.

Botschafter von der Gablentz, Den Haag, berichtete am 12. Juli 1985: „Zu Beginn der Sommerpause sieht es so aus, als ob die niederländische Regierung am 1. November feststellt, daß die auflösende Bedingung des Stationierungsbeschlusses vom 1.6.84 (SU hat nicht mehr als 387 SS-20 disloziert) nicht eingetreten ist; anschließend dem Parlament einen Stationierungsvertrag über 48 CM mit den USA vorlegt; sich bemüht, den Ratifizierungsprozeß vor dem Wahlkampf abzuschließen (praktisch bis Ende Februar 86 [...]). Regierung muß mit erneuter heftiger öffentlicher Debatte ab Sept[ember] rechnen, die sie aber voraussichtlich nicht von dieser Linie abbringen wird, die mit Zusammenhalt und Glaubwürdigkeit der christlich-sozialen Koalitionsregierung vor den Wahlen eng verknüpft ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 522; Referat 201, Bd. 143473.

<sup>15</sup> Am 13. Oktober 1985 fanden in Belgien Wahlen zu beiden Häusern des Parlaments statt.

<sup>16</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>17</sup> Strategic Defense Initiative Organization.

hilfreich, aber nicht in jedem Fall erforderlich seien. Das Motiv dafür scheint vor allem in dem Bestreben zu liegen, möglichst geringe US-Haushaltsmittel außerhalb der USA auszugeben, um mit Hilfe der aus großen Beschaffungsprogrammen bekannten Taktik der Streuung dieser Mittel über die Unions-Staaten möglichst viele Mitglieder des Kongresses an das Programm zu binden.

3) Der Gedanke, dieses System sozusagen auf die Verbündeten zu erstrecken, scheint aus der Abteilung ISP<sup>18</sup> (Perle) des Pentagon zu stammen, als dort nach der NPG in Luxemburg<sup>19</sup> wachsende europäische Kritik an SDI beobachtet wurde, die zur Folge hatte, daß das NATO-AM-Kommuniqué keine unterstützende Aussage mehr enthielt<sup>20</sup>.

4) Das State Department scheint dagegen Bestrebungen zu bekämpfen, über die Frage der Haltung zur Forschungsbeteiligung die Loyalität der Verbündeten zu testen.

IV. 1) Wir haben in den Konsultationen die durch den BSR am 27. März 1985 festgelegte Haltung<sup>21</sup> vertreten. Wir haben uns ferner bemüht, den Gegensatz zwischen GB und F zu überbrücken. Wir haben auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Mandat der Minister zu erfüllen.

2) Deshalb haben wir die von GB bevorzugte Einschränkung der Konsultationen auf technologische Fragen abgelehnt und F gebeten, sich auch an der Prüfung dieser Fragen zu beteiligen.

3) Die Konsultationen in der WEU werden am 10.9. fortgesetzt werden. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, eine koordinierte Reaktion der WEU-MS zu erreichen. Wir wollen die Erarbeitung eines Berichtes für die Minister durchsetzen, der es ihnen erlaubt, auf ihrer Tagung in Rom Mitte November eine Bilanz zu ziehen. Der GS der WEU<sup>22</sup> wird am 10.9. einen Entwurf vorlegen.<sup>23</sup>

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „ISA“.

International Security Policy.

<sup>19</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27. März 1985 vgl. Dok. 82.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 145–147. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 389–391. Vgl. dazu ferner Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch Dok. 87.

<sup>22</sup> Alfred Cahen.

<sup>23</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl hielt am 11. September 1985 fest, der von der SDI-Arbeitsgruppe der WEU am 10. September 1985 abgeschlossene Zwischenbericht an den Ständigen Rat der WEU enthalte zwar „eine Reihe von grundsätzlichen Überlegungen zu den strategischen, rüstungskontrollpolitischen und technologiepolitischen Implikationen von SDI-Forschungsbeteiligung, von denen sich die M[itglied]S[taaten] bei ihren nationalen Entscheidungen über eine solche Beteiligung leiten lassen sollen“, aber „keine Empfehlungen für definitive Reaktionen der MS“. Vgl. VS-Bd. 11850 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

Für den Zwischenbericht vgl. VS-Bd. 11850 (209).

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling resümierte am 18. November 1985 die Reaktion des WEU-Ministerrats am 14. November 1985 in Rom auf den Zwischenbericht: „Es wurde übereinstimmend festgehalten: a) Firmen sind frei teilzunehmen. b) Die Rechtsgrundlagen sind in den einzelnen Ländern verschieden; dementsprechend könnten die Formen des Regierungsverhaltens unterschiedlich sein. c) Dies beeinträchtigt nicht die gemeinsame Haltung zu politischen und wirtschaftlichen Fragen und die Entschlossenheit, die Abstimmung darüber fortzusetzen.“ Vgl. Referat 209, Bd. 130060.



4) Unser weiteres Vorgehen beruht darauf, daß wir weder als erste noch allein eine Entscheidung für eine amtliche Beteiligung fällen werden. Dazu gehört auch die zeitliche Koordinierung der Entscheidungen der WEU-MS, soweit sie sich – wie F – nicht schon entschieden haben.

5) Wir werden die MS über die Reise unserer Expertenkommission in die<sup>24</sup> USA unterrichten und uns umgekehrt wie bisher von ihnen über den Gang ihrer Gespräche mit den USA unterrichten lassen.<sup>25</sup>

6) Parallel dazu werden wir aber wie bisher bilaterale Konsultationen, insbesondere mit F und GB, nutzen müssen. Die Zehn kommen als Koordinationsinstrument wohl nicht in Betracht, nachdem sich bisher kein Nachlassen des bekannten Widerstrebens von IRL, DK und GR gegen die Konsultation sicherheitspolitischer Fragen in der EPZ zeigt.

D4<sup>26</sup> hat mitgezeichnet.

Braunmühl

VS-Bd. 11850 (209)

## 234

### Aufzeichnung des Botschafters Citron, z.Z. Bonn

221-373.00-1500I/85 VS-vertraulich

30. August 1985<sup>1</sup>

Betr.: Gespräch im Vierer-Kreis über KVAE am 29.8.1985 in London

Teilnehmer:

UK: Stellv. Direktor M. Jenkins, Botschafter Edes, Miss Bailes.

US: Direktorin R. Ridgway, Botschafter Goodby, Mr. Klosson.

F: Stellv. Direktorin I. Renouard, Botschafter Gaschignard, M. Couhadon.

Wir: MD v. Braunmühl, Botschafter Citron, VLR I v. Studnitz.

Auf britische Einladung erörterten die Politischen Direktoren und die KVAE-

<sup>24</sup> Korrigiert aus: „aus den“.

Zur Reise einer SDI-Expertengruppe vom 4. bis 13. September 1985 in die USA vgl. Dok. 260.

<sup>25</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wann soll das geschehen? Im Augenblick gibt es noch keine Aufzeichnung über die Gespräche in Washington. Am 10.9. kann also keine Unterrichtung erfolgen.“ Vgl. Anm. 3.

Dazu notierte Vortragender Legationsrat Bitterlich am 9. September 1985 handschriftlich: „RL 209 ist vorab unterrichtet.“

<sup>26</sup> Alois Jelonek.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Ploetz am 3. September 1985 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 7. September 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zu den anderen Protokollen des Vierertreffs London“.

DL aus Stockholm den Stand der Konferenz<sup>2</sup> und die kurz- und langfristige Strategie des Westens.

Folgende Tagesordnungspunkte wurden z.T. im Zusammenhang, z.T. einzeln diskutiert:

- Strategie bis zum endgame (u. a. cut-off),
- das westliche Paket und Möglichkeiten zu seiner Umstrukturierung,
- die Nutzung des GV,
- constraints,
- Arbeitsstruktur-Zeitplan 1986,
- Weitere Konsultationen.

Nachstehend werden die wichtigsten Diskussionsbeiträge wiedergegeben:

Auf Vorschlag des britischen Vorsitzenden Jenkins gab der DL UK eine kurze Bewertung des Verhandlungsstandes und plädierte angesichts der begrenzten Zeit für einen Beginn des drafting Ende des Jahres und für eine Einigung über den Arbeitsplan 1986.

Mrs. Ridgway (US) erinnerte an AM Shultz-Aussage gegenüber Schewardnadse, daß USA Gleichgewicht im KSZE-Prozeß wünschten, d. h. CSBM und Menschenrechte.<sup>3</sup>

- Washington halte es weiterhin für möglich, alle sechs westlichen Maßnahmen<sup>4</sup> durchzusetzen. Von den sowjetischen Vorschlägen müsse nur GV<sup>5</sup> berücksichtigt werden, die übrigen seien non-starters. Im übrigen betonte sie, daß Goodbys Moskau-Reise kein Bilateralismus sei. Man solle die SU beim drafting testen. Goodby fahre am 1.9. nach Moskau und wolle mögliche Arbeitsstrukturen mit Grinewskij erörtern.
- Goodby schilderte Entwicklung sowjetischer Verhandlungsposition in Stockholm und verwies auf Tauschangebote: Informationen gegen GV. Er plädierte für Vorbereitung des drafting im Herbst.

Mme Renouard (F) resümierte ihr vor dem Treffen über französische Botschaften zirkuliertes Papier:

- KVAE müsse der KSZE untergeordnet bleiben, gerade angesichts unklarer sowjetischer Absichten, in Stockholm nur ein Mini-Ergebnis oder gar kein Ergebnis anzusteuern.
- KVAE solle im Juli abgebrochen werden, damit deutlich werde, daß vor Wien<sup>6</sup> Schluß sei, Verlängerung nur, wenn Konsens dafür zustande käme.<sup>7</sup>

<sup>2</sup> Die sechste Runde der KVAE tagte vom 14. Mai bis 5. Juli 1985 in Stockholm.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. Dok. 214.

<sup>4</sup> Zu den Vorschlägen der westlichen KVAE-Delegationen für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die am 8. März 1985 als Gesamtpaket vorgelegt wurden, vgl. Dok. 42, Anm. 2.

<sup>5</sup> Die UdSSR legte am 29. Januar 1985 bei der KVAE in Stockholm den Entwurf für einen Gewaltverzichtsvertrag vor. Vgl. dazu Dok. 43.

<sup>6</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 in Wien eröffnet.

<sup>7</sup> Zum französischen Vorschlag vom 24. Mai 1985, die KVAE im Sommer 1986 auszusetzen, vgl. Dok. 157, Anm. 11.

- Der Westen solle lieber an seinem Paket Abstriche machen, als zu früh zum GV Texte einzufügen. Man solle zunächst die N+N-Papiere abwarten.<sup>8</sup>

Sie berichtete dann kurz über das Gespräch von Grinewskij am 27./28.8. in Paris:

- Die SU sehe sich unter einem gewissen Druck in Stockholm. Sie wollen jedoch den Übergang in die drafting-Phase mit einer Reduzierung der Verhandlungsmasse verknüpfen.
- SU scheine bereit, sich im Bereich der Beobachtung zu bewegen.
- Sie bestehe allerdings bei der Notifizierung auf der Einbeziehung unabhängiger See- und Luftaktivitäten im angrenzenden See- und Luftraum.<sup>9</sup>

D2 sprach sich für ernsthafte Bemühungen des Westens aus, möglichst viele der in seinem Paket enthaltenen Vorstellungen zu verwirklichen. Dafür sei es nötig, vor Ende d.J. in die Textarbeit einzutreten. Die Frage stelle sich allerdings, was zu tun sei, wenn es vor Wien noch nicht gelinge, alle westlichen Konzepte durchzusetzen. Es sei denkbar, dann einen ersten Satz von VSBM vor Wien anzunehmen und die übrigen Maßnahmen in einer Phase 1b nach Wien vorzusehen. Wichtig sei es vor allem, die im Mandat von Madrid<sup>10</sup> niedergelegte geographische Ausdehnung auf ganz Europa für einige konkrete Maßnahmen zu erhalten und implementieren zu lassen.

Es sei denkbar, daß die Modernisierungsbemühungen Gorbatschows sich nach und nach auch auf die Militärs auswirkten. Vielleicht seien erste Anzeichen sowjetischer Bewegung schon nach dem Parteikongreß 1986<sup>11</sup> zu erwarten.

Ein KVAE-Ergebnis in Stockholm<sup>12</sup> könne dem Westen auch bei der Durchsetzung von Menschenrechten in Wien helfen. Der Westen solle sich im übrigen darauf vorbereiten, auf das erwartete GV-Papier der N+N zu reagieren.

<sup>8</sup> Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), berichtete am 5. Juli 1985 über Beratungen der teilnehmenden neutralen und nichtgebundenen Staaten über ein Papier zu Beschränkungen militärischer Aktivitäten („constraints“): „Aller Voraussicht nach wird das Papier nicht sofort nach Beginn der neuen Runde eingeführt werden können, da die Endfassung, die Anfang September erarbeitet wird, zum Teil von einzelnen Hauptstädten noch gebilligt werden muß.“ Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 11519 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), berichtete am 5. Juli 1985, die sechste Runde der KVAE vom 14. Mai bis 5. Juli 1985 habe „stark im Zeichen des östlichen Nachziehens bei konkreten VSBM“ gestanden. Die UdSSR habe „– zusammen mit anderen W[arschauer]P[akt]-Mitgliedern – vier Arbeitsdokumente zur Notifizierung von See-, Luft-, Landaktivitäten und Bewegungen/Verlegungen“ vorgelegt. Dabei „handelte es sich eher um ein taktisches Vorgehen, mit dem die SU auf eine Mandatserweiterung (Seeaktivitäten) bzw. auf Schwierigkeiten für den Westen (Luftaktivitäten) abzielte“. Citron führte weiter aus, die Vorschläge seien „für Westen wegen mangelnder Mandatskonformität (z. B. Einschluß von unabhängigen Aktivitäten der See- und Luftstreitkräfte im anschließenden See- und Luftraum, Einschluß von Bewegungen von außerhalb der Zone in die Zone) oder wegen ungenügender Parameter nicht akzeptabel“. Allerdings hätten sich die westlichen Teilnehmerstaaten „in wachsender Argumentationsnot hinsichtlich der nunmehr auch von N+N-Seite (CH) geforderten Erfassung unabhängiger Luftaktivitäten über dem Kontinent“ befunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 214/215/216; Referat 221, Bd. 130097.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Erklärung über die Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) im Abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>11</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 statt.

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „Wien“.

DL Citron bewertete die Verhandlungsposition des Westens in Stockholm positiv, auch mit Blick auf die erwarteten N+N-Papiere. Es sei allerdings nötig, zumindest in der 8. Runde<sup>13</sup>, mit dem drafting zu beginnen, um die SU zu Konzessionen zu bringen. Er erläuterte dann die deutschen Überlegungen, auch in der Drafting-Phase die jetzige Arbeitsstruktur mit drei Sitzungen der AG A und zwei Sitzungen der AG B jeweils unter einem neutralen Koordinator fortzuführen.<sup>14</sup> Auf diese Weise könnten endlose Diskussionen vermieden werden, die unvermeidbar seien, wenn man versuchte, West oder Ost zu endgültiger Aufgabe einzelner Vorschläge zu bringen. Ohne parallele Behandlung des GV (Baustein-Konzept) werde es nicht möglich sein, die SU zu Fortschritten bei VSBM zu bringen.

Jenkins (UK) faßte zusammen: Alle seien für Beginn der Textarbeit vor Ende d. J. Offen sei die Frage, ob man sich jetzt schon ohne Kenntnis der N+N-Papiere mit einer Restrukturierung des westlichen Pakets befassen solle. Zur Behandlung des GV sei UK näher an der deutschen Position, im übrigen gelte die KSZE-Regel, daß nichts endgültig festgeschrieben sei, bevor nicht alles verhandelt worden sei. Zur Frage, ob der Westen weniger als seine Ausgangsposition akzeptieren könne, wollte er sich zum jetzigen Zeitpunkt ungern äußern. Eine Festlegung auf eine Cut-off-Position hält er nicht für gut.

Mrs. Ridgway äußerte Sympathie für einen cut-off im Juli, meinte jedoch, dies bedeute keine Festlegung, falls nötig müsse man eine solche Position räumen können. (Auch für Malta müsse man Zeit einkalkulieren!) In diesem Zusammenhang erinnerten sie und Goodby an Stimmen im Kongreß, welche ohne Fortschritte bei Menschenrechten Ergebnisse in Stockholm nicht in Gang setzen möchten. (Fascell: Ohne verbesserte Menschenrechtspraxis sei es fraglich, ob man die KVAE nach Wien fortsetzen könne.)

Zur parallelen Behandlung des GV mahnte sie zur Vorsicht, da der Westen dem Osten nicht viel zu bieten habe, was über die VN-Charta<sup>15</sup> hinausgehe.

Goodby ergänzte, daß der Westen eine gemeinsame Haltung zu GV-Texten der N+N erarbeiten müsse, und stellte die Frage, wie man auf die Überlegungen reagiere, die Bonner Erklärung<sup>16</sup> bzw. Text aus dem Lissaboner NATO-Kommuniqué<sup>17</sup> zu paraphrasieren. Die USA seien gegenüber Verwendung der Bonner Erklärung im 35er-Kontext skeptisch, aber vielleicht könne man andere Passagen erarbeiten, welche Moskau etwas geben, z.B. etwas zum Austausch hochrangiger Militär-Delegationen und Formulierungen aus der „Friendly Relations Declaration“ der VN<sup>18</sup>.

<sup>13</sup> In Stockholm tagte vom 5. November bis 20. Dezember 1985 die achte Runde der KVAE.

<sup>14</sup> Zu den Arbeitsgruppen der KVAE vgl. Dok. 42, Anm. 4.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Artikel 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich der Tagung des NATO-Rats am 10. Juni 1982 in Bonn vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 72–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 342–345. Vgl. dazu ferner AAPD 1982, I, Dok. 179.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 145–147. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 389–391.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Co-operation among States in accordance with the Charter of the United Nations vom 24. Oktober 1970 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 337–340.

Er erläuterte dann sein Modell für eine informelle Interims-Arbeitsstruktur vor Beginn des drafting. Nutzung der verbundenen AG A+B, in der nacheinander jeweils einmal pro Woche folgende Themen behandelt würden:

- GV,
- Information, Notifizierung, Verifikation und Kommunikation (im Zusammenhang),
- Beobachtung,
- Kalender und constraints.

Er denke daran, diese Überlegungen mit Grinewskij behutsam zu sondieren. Zum restructuring meinte er, daß dies für die drafting-Phase sinnvoll sei. Er ging dann auf die französischen constraints-Vorstellungen ein. Man müsse prüfen, was die veränderten UK- und F-Schwellen bei der Beobachtung<sup>19</sup> bewirkten (statt 50 nur noch 5 Beobachtungen in SU?).

Die Dreijahresfrist bei der Notifizierung von Großmanövern werfe Fragen auf, was tun, wenn WP Riesenmanöver organisiert? Kann dann NATO entsprechend reagieren (ggf. sei eine Krisenklausel notwendig)? Er äußerte sich skeptisch zum F-Vorschlag zur Begrenzung der Zahl von Alarmaktivitäten und positiv zu einem Regime intensiver Beobachtung bei kurzfristig angekündigten Aktivitäten.<sup>20</sup> Er riet F, den letzten Vorschlag separat in die NATO einzuführen, dann sei er leichter durchzubringen.

Mme Renouard gab zu verstehen, daß F die Papiere der N+N abwarten wolle, bevor entschieden werde, ob Teile des F-Konzepts in Brüssel oder in Stockholm im Caucus beraten werden. Man einigte sich darauf, daß die Partner Stellungnahmen zum F-Papier bald direkt an Paris leiten sollten und es im Herbst ggf. noch einmal zu einem Gespräch der vier DL (evtl. mit Direktoren) kommen solle. US war gegen ein Vierer-Expertentreffen. Treffen der Vier in Stockholm seien angesichts der Transparenz nur selten möglich.

DL Citron äußerte sich grundsätzlich positiv zum französischen Konzept des restructuring, hielt jedoch eine sofortige Überarbeitung des westlichen Pakets unabhängig von der Verhandlung nicht für sinnvoll. Man müsse jedoch nach Kenntnis der N+N-Papiere überlegen, wie die Verhandlungsführer in Stockholm eine Verhandlungsmarge erhielten (z. B. Verknüpfung der Maßnahmen 1+5 mit Maßnahmen 2+3 für das drafting).

D2 plädierte dafür, daß der Westen sich darauf vorbereite, nach der Präsentation des N+N-Papiers zum GV darauf zu reagieren. Wir sollten an den Texten der VN-Charta und der Schlußakte<sup>21</sup> festhalten, wir schlossen auch Formulierungen der Bonner Erklärung nicht aus. (Es sei nicht ganz zu verstehen,

<sup>19</sup> Botschafter Ruth hielt am 8. Mai 1985 fest, die britische Seite habe bei dem informellen Treffen der KVAE-Delegationsleiter der NATO-Staaten in Oslo am 2./3. Mai 1985 ein „Papier für ein leichtes, constraint“ vorgelegt: „Wir und die anderen Bündnispartner haben wohlwollende Prüfung zugesagt.“ Vgl. Referat 221, Bd. 128687.

<sup>20</sup> Zu den französischen Überlegungen zur Umstrukturierung der Vorschläge der westlichen KVAE-Delegationen vom 8. März 1985 vgl. Dok. 157.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

warum man in Stockholm nicht einen Text verwenden könne, dem das ganze Bündnis zugestimmt habe.) Parallele Behandlung von GV und VSBM sei unvermeidbar.

D2 äußerte sich skeptisch gegenüber einem frühen cut-off, da damit zu rechnen sei, daß der WP sich zur Fortsetzung der Arbeit über Juli 1986 hinaus bereit erkläre. In Madrid<sup>22</sup> sei die Allianz erfolgreich gewesen, da sie nie den Verhandlungstisch verlassen habe. Die Bundesrepublik Deutschland sei sehr an einer Verbesserung der Menschenrechtspraxis interessiert, wir setzten uns energisch dafür ein, gleichzeitig drängten wir aber auch auf Fortschritte in anderen Bereichen.

DL Citron erläuterte unseren Vorschlag für einen Zeitplan 1986 und versuchte damit, eine Brücke zu den französischen Überlegungen zu schlagen, evtl. doch noch nach Juli 1986 eine Verlängerung der KVAE zu akzeptieren.

Mme Renouard äußerte sich besorgt, daß Fortsetzung der KVAE nach dem KSZE-Vorbereitungstreffen<sup>23</sup> zu ungünstigen Verknüpfungen führen könne. KVAE müsse vor Wien zu Ende sein.

DL Edes (UK) berichtete, daß London noch nicht endgültig entschieden habe, ob es seine seit Mai in Stockholm erörterten Constraints-Vorschläge in Brüssel vorlegen werde. Man wolle zunächst die Constraints-Arbeit in der NATO abwarten. Angesichts des Interesses der N+N dürfe die Allianz dieses Thema nicht ganz vergessen.<sup>24</sup>

DL Citron erinnerte an Überlegungen, ggf. ein Constraints-Papier zu erarbeiten, welches geeignet sei, den sowjetischen Vorschlag<sup>25</sup> wegzuverhandeln (Gegengewicht).

Zum Abschluß der Morgensitzung kündigte Jenkins (UK) ein Brainstorming für April 1986 in London an.

Bei der anschließenden Erörterung der vier DL (ohne Direktoren) wurde eine Reihe von Einzelfragen diskutiert:

Endgame: Es bestand Einvernehmen, daß nicht alle schwierigen Fragen bis zum endgame aufgehoben werden sollten. F berichtete, daß Grinewskij eisern an der Forderung festhalte, auch Marinemanöver in Notifizierung und Beobachtung einzubeziehen. UK denkt daran, in der nächsten Runde sowjetische Vorschläge zur Seenotifizierung kritisch zu analysieren.

<sup>22</sup> Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 statt. Zu den Ergebnissen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 223.

<sup>23</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl unterschlingelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Folgetreffen“.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Behandlung von Fragen der KVAE im Ständigen NATO-Rat am 6. September 1985; Dok. 243.

<sup>25</sup> Am 20. Mai 1985 berichtete Botschafter Citron, Stockholm (KVAE): „In erster gemeinsamer Sitzung der AG ‚A und B‘ dieser Runde führte Osten drei Einzelvorschläge zur Notifizierung größerer Manöver der Land-, Luft- und Seestreitkräfte ein. Neben einer Reihe von Durchführungsbestimmungen und Definitionen, die im Aufbau den west[lichen] Arbeitsdokumenten ähneln, sind folgende Parameter enthalten: 20 000 Mann bei Landstreitkräften, 200 Flugzeuge bei Übungen der Luftstreitkräfte, 30 Kampfschiffe und 100 Militärflugzeuge bei Übungen der Seestreitkräfte, einheitliche Notifizierungsfrist von 30 Tagen oder zum frühestmöglichen Zeitpunkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 135; Referat 221, Bd. 130148.

Arbeit in 7. Runde<sup>26</sup>: Es herrschte Einvernehmen, daß die positive Präsentation der westlichen Vorschläge im Vordergrund stehen müsse. Die Allianz solle nicht mehr Zeit verlieren mit der Erarbeitung von strittigen Arbeitspapieren. (UK wäre grundsätzlich bereit, Papiere zu 1 und 3 einzubringen, US schließen erneute Einwirkung auf Türkei nicht aus.) US hat Papier über sowjetische Streitkräftestrukturen (Maßnahme 1) vorbereitet, das ggf. eingeführt werden könnte. UK fragte, ob die SU wohl bereit wäre, dann wie bei SALT die westlichen Daten zu bestätigen.

GV: UK stellte die Frage, ob Goodby oder sein Nachfolger zu gegebener Zeit Grienewskij einen GV-Text zeigen könne (z.B. die ersten zwei Teile des kanadischen Papiers<sup>27</sup> angereichert mit allgemeinen Formulierungen) und deutlich machen würde, daß der Westen zu solch einer Bestätigung bereit sei, falls die SU die sechs westlichen Vorschläge ernsthaft behandle. Goodby äußerte sich skeptisch, ob dies der richtige Weg sei. Citron meinte, daß es besser sei, schrittweise voranzugehen und nicht gleich das ganze Kartenblatt zu zeigen.

Knappe Zusammenfassung der Ergebnisse in London

- Einig, daß ein substantielles Ergebnis im westlichen Interesse liegt.
- Für Testen sowjetischen Verhandlungswillens beim drafting, möglichst vor Ende des Jahres.
- Für Unterordnung der KVAE unter KSZE, d.h. Abschluß bzw. Unterbrechung vor Wien.
- F und US für frühe deadline, UK und wir für volle Nutzung der vorhandenen Zeit. F und US schließen Verlängerung bis Wien nicht ganz aus. (F nur im Konsens!)
- F und wir für Einbau 1 und 5 in Maßnahmen 2 und 3 (restructuring). UK und US etwas skeptisch, aber nicht ganz negativ. Frage soll vorläufig im Vierer-Kreis bleiben!
- GV: Alle sind für Nutzung des GV für die Erarbeitung eines Resultats, auch F schließt einen gewissen Parallelismus nicht mehr aus. Vorläufig plädiert niemand für die Einführung eines westlichen Textes, aber alle erkennen die Notwendigkeit an, eine gemeinsame Allianzhaltung gegenüber N+N-Texten zu erarbeiten.

Citron

**VS-Bd. 12978 (204)**

<sup>26</sup> Die siebte Runde der KVAE tagte vom 10. September bis 18. Oktober 1985 in Stockholm. Vgl. dazu Dok. 234 und Dok. 243.

<sup>27</sup> Vortragender Legationsrat Altenburg bewertete am 20. August 1985 ein kanadisches Papier zum Gewaltverzicht: „Nach hiesigem Eindruck halten sich die kanadischen Textvorschläge jedenfalls in den Ziffern 1 und 2 im wesentlichen an die bisher vereinbarten westlichen Grundlinien, d. h. Bekräftigung des Gewaltverbots, keine Weiterentwicklung im Hinblick auf eine Waffenspezifizierung. Allerdings ist zu fragen, ob – wie im kanadischen Papier geschehen – es für den Westen verhandlungs- und konferenztaktisch ausreichend ist, sich auf die Einbringung von Textvorschlägen zu beschränken, die ganz überwiegend wörtlich aus der Schlußakte entnommen sind. Als Ausgangspunkt für eine innerwestliche Diskussion erscheinen die kanadischen Textvorschläge jedoch in jedem Fall geeignet. [...] Die in Ziffer 4 gemachten Vorschläge über die Verbindung des G[e]walt[V]erzicht]-Prinzips mit den Grundsätzen der friedlichen Streitbeilegung erscheinen aus hiesiger Sicht nicht unproblematisch. Angesichts der Auffassungsunterschiede, nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch im Westen selbst, erscheint hier keine leichte Lösung möglich.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133522.

## Bundeskanzler Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

Geheim

30. August 1985<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

als wir im März dieses Jahres am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Generalsekretär Tschernenko in Moskau ein erstes Gespräch führten<sup>2</sup>, gingen wir beide übereinstimmend davon aus, daß der so begonnene Dialog bei nächster sich bietender Gelegenheit fortgesetzt werden sollte.

Ihr Schreiben vom 26. August 1985<sup>3</sup> und verschiedene Unterrichtungen und Erklärungen der sowjetischen Regierung bestärken mich in der Annahme, daß auch Sie an der weiteren Fortsetzung dieses Meinungsaustausches Interesse haben.

Der 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion<sup>4</sup> und der 15. Jahrestag der

<sup>1</sup> Das aufgrund von Vorschlägen des Auswärtigen Amts überarbeitete Schreiben wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 4. September 1985 an das Auswärtige Amt übermittelt. Dazu erläuterte Stabreit: „Bezugnehmend auf das Schreiben von MD Teltschik vom 2. September 1985 übermittle ich als Anlage erneut das Originalschreiben des Herrn Bundeskanzlers an Generalsekretär Gorbatschow nebst der Kopie zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers. Ich wiederhole meine Bitte um Weiterleitung über die Botschaft Moskau.“

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 4. September 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der Brief ist nach wie vor nicht optimal. Die konkreten Beanstandungen, die wir gegenüber B[undes]K[anzler] geäußert haben, wurden berücksichtigt.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

Zu den Überlegungen im Auswärtigen Amt zu dem Briefentwurf vgl. die Aufzeichnungen des Botschafters Ruth und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz vom 3. September 1985; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen vermerkte mit Hinweis auf diese beiden Aufzeichnungen am 3. September 1985: „St[aats]S[ekretär] M[eyer]-L[andrut] schlägt vor, daß er auf der Basis der anliegenden Stellungnahmen von D 2 A und D 2 i. V. mit Teltschik spricht, um die aus unserer Sicht verbesserungsfähigen Teile des Schreibens an den GS abzuändern.“ Vgl. VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 vgl. Dok. 68.

<sup>3</sup> In dem am 28. August 1985 im Bundeskanzleramt übergebenen Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 26. August 1985 an Bundeskanzler Kohl erläuterte Gorbatschow sein Angebot einer Einstellung der Atomwaffentests vom 30. Juli 1985. Ohne solche Tests „würden die bestehenden nuklearen Arsenale praktisch zum allmählichen moralischen und physischen Veralten verurteilt. Mit anderen Worten, es würde sich eine Möglichkeit bieten zum praktischen Vorankommen auf dem Wege zur Erlösung der Menschheit von der nuklearen Gefahr.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139369.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, übermittelte das Schreiben am 30. August 1985 an das Auswärtige Amt und teilte mit: „Von sowjetischer Seite werde weder die Tatsache noch der Inhalt bekanntgegeben. Von hier ist vorläufig nicht beabsichtigt, eine Verlautbarung zu Übersendung und Inhalt des Briefes zu veröffentlichen. Es wird gebeten, entsprechend zu verfahren. Einer vergleichenden Bewertung des Schreibens im Bündnisrahmen könnte dann zugestimmt werden, wenn eine vertrauliche Behandlung gewährleistet ist.“ Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 139369.

<sup>4</sup> Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR wurde während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau ver-



Unterzeichnung des Moskauer Vertrages<sup>5</sup> geben uns in diesem Jahr Gelegenheit, die Bedeutung und die Perspektiven der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten öffentlich zu würdigen.<sup>6</sup> Diese öffentlichen Würdigungen können indes den vertraulichen Dialog zwischen unseren beiden Regierungen nicht ersetzen, in dem beide in aller Offenheit ihre Vorstellungen und Erwartungen zum Ausdruck bringen. Dies gilt aus meiner Sicht um so mehr, als Erklärungen und Presseverlautbarungen von sowjetischer Seite in den vergangenen Monaten bei mir zu der Überzeugung geführt haben, daß die politischen Zielsetzungen und Absichten meiner Regierung in wichtigen Fragen von der sowjetischen Führung nicht richtig gesehen werden.

Meine Absicht ist es, in dieser Situation eine Klarstellung herbeizuführen.

Schon im Jahre 1955 erklärte sich Bundeskanzler Adenauer ausdrücklich mit der in der sowjetischen Note vom 7. Juni 1955 getroffenen Feststellung einverstanden, die geschichtliche Erfahrung lehre, daß die Erhaltung und Festigung des Friedens in Europa im entscheidenden Maße von dem Bestehen normaler und guter Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk abhängen.<sup>7</sup> Die Politik aller Bundesregierungen gegenüber der Sowjetunion ist deshalb bestimmt von dem Bemühen, eine bessere Qualität der Verständigung, eine Vertiefung der Beziehungen und den Ausbau der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu erreichen. Der Moskauer Vertrag, zu dem wir nach Geist und Buchstaben stehen, wird von uns als Teil dieses Bemühens verstanden. Die Politik der Bundesregierung und auch ihre Interpretation des Vertragswerkes haben sich in den 15 Jahren seit dem Zustandekommen nicht geändert.

Die deutschlandpolitische Zielsetzung der Bundesregierung, die Sie kennen und die in ihrem Kern ein Problem der Achtung des Selbstbestimmungsrechts und der Gewährleistung der Menschenrechte der Deutschen darstellt, befindet sich

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1208*

einbart. Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Adenauer und Ministerpräsident Bulganin vom 13. September 1955; DzD III/1, S. 335–337.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR sowie des „Briefs zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags übergeben wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354–356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387, Dok. 388 und Dok. 407.

<sup>6</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt übergab am 1. Juli 1985 dem sowjetischen Gesandten Terechow einen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung aus Anlaß des 30. Jahrestags der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR am 13. September 1955 sowie des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags vom 12. August 1970. Vgl. dazu seine Aufzeichnung vom gleichen Tag; Referat 213, Bd. 139309.

Am 16. Juli 1985 hielt Oesterhelt fest, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, habe Botschafter Kastl mitgeteilt, „die sowjetische Seite habe unseren Vorschlag einer Gemeinsamen Erklärung eingehend geprüft. Sie sei zu dem Schluß gekommen, daß es unmöglich sei, in einer Reihe von Fragen die beiderseitigen Standpunkte zu vereinbaren und zu einer Gemeinsamen Erklärung zu gelangen.“ Oesterhelt vermutete dahinter Bedenken gegen einzelne Punkte des Entwurfs, aber auch eine durch den Amtsantritt des Außenministers Schewardnadse verursachte generelle Unsicherheit. Vgl. Referat 213, Bd. 139309.

<sup>7</sup> Mit Note vom 7. Juni 1955 lud die sowjetische Regierung Bundeskanzler Adenauer zu einem Besuch ein, „um die Frage der Herstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik zu besprechen“. Vgl. DzD III/1, S. 76–80. Die Bundesregierung erklärte am 8. Juni 1955, daß sie den Vorschlag begrüße, auch wenn verschiedene darin aufgeworfene Fragen „eine Vorprüfung notwendig“ machten. Vgl. dazu DzD III/1, S. 80.

mit den mit den östlichen Nachbarn geschlossenen Verträgen nicht im Widerspruch. Die Bundesregierung hat diese Zielsetzung der Regierung der Sowjetunion bei Abschluß des Moskauer Vertrages zur Kenntnis gegeben. Die Politik der Bundesregierung ist seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auch in dieser Frage kontinuierlich und berechenbar. Die Sowjetunion würde uns kaum für aufrichtig halten, wenn wir heute etwas anderes erklärten. Hintergrund dieser Zielsetzung der Bundesregierung ist unsere Hoffnung, daß es langfristig gelingen möge, die heute in Europa bestehenden Gegensätze zu überwinden und einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen, in dem alle Nachbarn das Zusammenleben der Deutschen als mit ihren Interessen vereinbar ansehen können. Wir haben nicht nur 1955, sondern auch mit dem Moskauer Vertrag zu erkennen gegeben, daß wir uns durch diese, für alle Deutschen andauernde Problematik nicht daran hindern lassen wollen, konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Herr Generalsekretär,

die Entwicklung des allgemeinen West-Ost-Verhältnisses hat sich seit Ende der 70er Jahre nicht so entwickelt, wie viele damals gehofft hatten. Das internationale Klima ist seitdem schweren Belastungen ausgesetzt worden, über deren Ursachen wir verschiedene Auffassungen haben. Ich bin der Meinung, daß auch die Sowjetunion vor ihrer Verantwortung für diese Entwicklung nicht die Augen verschließen sollte. Es kann nicht weiterführen, wenn beide Seiten in Ost und West sich in gegenseitigen Beschuldigungen erschöpfen.

Daher ist die von mir geführte Bundesregierung bestrebt, Dialog und Zusammenarbeit nicht abreißen zu lassen. Sie hat ihre Bemühungen in diese Richtung auch dann fortgesetzt, als die sowjetische Seite begonnen hatte, eine Serie von Vorwürfen an ihre Adresse zu richten und ihr falsche Absichten, ja selbst einen Verstoß gegen die geschlossenen Verträge, zu unterstellen, ein Vorgehen, das in der internationalen Situation nicht geeignet ist, Vertrauen zu schaffen.

Die Sicherheitsfragen sind sowohl für das West-Ost-Verhältnis allgemein, wie für die deutsch-sowjetischen Beziehungen von großer Bedeutung. Die Bundesregierung stellt die legitimen Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion in Rechnung. Sie beansprucht aber auch gegenüber der UdSSR das gleiche Recht auf Sicherheit und will die Tatsache respektiert wissen, daß wir für die Gewährleistung dieser Sicherheit auf unsere Bindungen zum Atlantischen Bündnis und zu den Vereinigten Staaten von Amerika angewiesen sind. In der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika am 30. November 1984 in Washington<sup>8</sup> sind Grundsätze eines ausgewogenen West-Ost-Verhältnisses niedergelegt, die auf der Anerkennung gegenseitiger legitimer Sicherheitsinteressen und der Gleichberechtigung aller Beteiligten beruhen. Es ist nach wie vor die Auffassung der Bundesregierung, daß die allseitige Einhaltung dieser Grundsätze eine produktive Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses sicherstellen würde.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im westlichen Bündnis, zuletzt auf der Ministertagung des Nordatlantikrates in Lissabon in diesem Jahr<sup>9</sup>, erfolgreich dafür eingesetzt, daß die Bestimmungen des SALT-II-Vertrages weiterhin eingehalten werden.<sup>10</sup> Sie war auch maßgeblich daran beteiligt, daß das Bündnis auf dieser Tagung erneut Bemühungen um die Sicherung seiner Verteidigungsfähigkeit mit einem konkreten Angebot des Dialogs und der breit angelegten Zusammenarbeit verbunden hat. Das Eintreten dieser Bundesregierung für ein Gipfeltreffen zwischen Ihnen, Herr Generalsekretär, und Präsident Reagan<sup>11</sup> gehört ebenfalls in diesen Zusammenhang.

Die Bundesrepublik Deutschland hat durch ihren Verzicht auf die Herstellung nuklearer, biologischer und chemischer Waffen<sup>12</sup> eine bedeutsame Vorleistung und einen wesentlichen Beitrag zu den Bemühungen um einen Abbau insbesondere der Massenvernichtungswaffen erbracht. Sie ist daher nicht der richtige Adressat für Kritik, sondern gibt ein positives Beispiel auf diesem Gebiet. Sie leitet hiervon eine besondere moralische Berechtigung ab, von den Nuklearmächten die Einhaltung der Verpflichtung aus Artikel VI des Vertrages über die Nichtverbreitung der Kernwaffen zu fordern, nämlich auf dieser Grundlage in redlicher Absicht u. a. Verhandlungen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung zu führen.<sup>13</sup>

Die Bundesregierung unterstützt deshalb nachhaltig die im Genfer Communiqué vom 8. Januar 1985 genannten Verhandlungsziele der USA und der Sowjetunion.<sup>14</sup> Der dort festgelegte Zusammenhang zwischen den strategischen Waffen, den Mittelstreckenwaffen und den Weltraumwaffen sollte von beiden Seiten genutzt werden, Fortschritte in allen drei Gebieten zu erreichen. Es liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, daß beide Verhandlungsseiten in Genf über die offensiven Nuklearwaffen im Zusammenhang mit den strategischen Verteidigungssystemen verhandeln, ohne dabei durch einseitige und sachfremde Junktims erfolgversprechende Lösungsansätze in einem der drei Bereiche zu blockieren oder zu behindern. Die Bundesregierung setzt sich für eine beiderseitige und ausgewogene drastische Reduzierung der nuklearen Offensivwaffen ein. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nachhaltige Fortschritte bei der Reduzierung der Offensivwaffen zwangsläufig Auswirkungen auf Notwendigkeit und Umfang strategischer Defensivsysteme haben werden.

Die westlichen und östlichen Forschungsanstrengungen mit Blick auf strategische Defensivsysteme haben ihren Ursprung in der Massierung offensiver Waffen, wie sie in der Geschichte der Menschheit keine Parallele hat. Wir werden

<sup>9</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>10</sup> Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 10. Juni 1985 über eine Weiterbeachtung von SALT II vgl. Dok. 156.

<sup>11</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>12</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 137, Anm. 11.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

weiterhin in West und Ost dafür eintreten und unseren Einfluß im Bündnis und unsere Kontakte mit den Vereinigten Staaten nutzen, um darauf hinzuwirken, daß alle Schritte im Bereich der strategischen Verteidigung im Rahmen des ABM-Vertrages gehalten und mit dem Ziel kooperativer Lösungen in den Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion weiterentwickelt werden. Ich habe in meinen Erklärungen im Rahmen der Wehrkundetagung in München am 9. Februar 1985<sup>15</sup> und vor dem Deutschen Bundestag am 18. April 1985<sup>16</sup> eine Reihe von Kriterien entwickelt, die diese Zielsetzung bekräftigen. Die Bundesregierung hat dazu am 27. März 1985 Stellung genommen.<sup>17</sup> Ich erwarte im Hinblick auf die laufenden Forschungsanstrengungen in Ost und West eine entsprechende Verhaltensweise beider Seiten.

Ich bin zuversichtlich, daß schließlich die vergleichbaren Anstrengungen beider Großmächte auf diesem Gebiet zu echten Verhandlungen führen und gegebenenfalls in kooperative Lösungen einmünden werden. Die Vorgeschichte des ABM-Vertrages, die Tatsache, daß die Sowjetunion von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, das um Moskau stationierte Raketenabwehrsystem laufend zu modernisieren, der Aufbau eines sowjetischen Luftverteidigungssystems, die Art der Anlage von sowjetischen Radareinrichtungen und die von sowjetischer Seite unbestrittene langjährige Forschungstätigkeit sind für mich Hinweise darauf, daß die Sowjetunion auch nach Abschluß des ABM-Vertrages nie aufgehört hat, in den Kategorien der strategischen Verteidigung zu denken und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Es würde zur Stabilisierung des West-Ost-Verhältnisses wesentlich beitragen, wenn die Sowjetunion dieser Tatsache in der öffentlichen Auseinandersetzung über das nach dem Vertrag erlaubte Forschungsvorhaben der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA Rechnung tragen würde.

Die Bundesregierung wünscht den Meinungsaustausch mit der Sowjetunion auch über diese Fragen. Selbst wenn unsere Haltungen nicht übereinstimmen, begrüße ich es deshalb, daß auch die Sowjetunion die Bundesregierung über ihre Sicht des Verlaufs der Genfer Verhandlungen<sup>18</sup> unterrichtet.

Für die Bundesregierung stellt sich in dieser gegenwärtigen Forschungsphase, in der sich die amerikanische Initiative befindet, hauptsächlich das Problem rechtlicher Absicherung privatwirtschaftlich-technologischer Zusammenarbeit zwischen einzelnen Unternehmen und Firmen der Bundesrepublik Deutschland und öffentlichen und privaten Forschungsträgern in den USA.

Die politische und militärstrategische Seite der amerikanischen Verteidigungsinitiative ist für die Bundesrepublik Deutschland eine Sicherheitsfrage ersten Ranges. Über sie wird letztlich anhand der Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland, mit Blick auf die erforderliche Gewährleistung der stra-

<sup>15</sup> Zur Rede des Bundeskanzlers Kohl am 9. Februar 1985 in München vgl. Dok. 39, Anm. 16.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch Dok. 87.

<sup>18</sup> Zur Unterrichtung über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf durch die UdSSR vgl. Dok. 211.

tegischen Stabilität und in engen Konsultationen mit den Verbündeten zu entscheiden sein. In dieser Hinsicht ist von seiten der Bundesregierung noch keine Entscheidung getroffen und kann nach dem gegenwärtigen Entwicklungsstand der Forschung auch auf absehbare Zeit nicht getroffen werden.

Die Bundesregierung tritt für einen umfassenden Teststopp, d. h. für einen vereinbarten Verzicht der Kernwaffenstaaten auch auf unterirdische Kernwaffentests ein. Zentrales Problem bei der Beschränkung unterirdischer Tests ist die Lösung der Verifikationsfrage. Sie läßt sich nur durch Verhandlungen erreichen. Die Bundesregierung hat unlängst einen umfangreichen Vorschlag für ein gleichendes seismologisches Überwachungssystem für Kernsprengungen in die Genfer Abrüstungskonferenz eingeführt.<sup>19</sup> Ich bin zuversichtlich, daß der Aufbau und Betrieb des von uns vorgeschlagenen Überwachungssystems wichtige noch offene Fragen bei der seismologischen Erfassung von Kernsprengungen lösen und zu Fortschritten in den Verhandlungen in Genf führen wird.

Einseitige Schritte in Richtung auf eine Einstellung der Kernwaffenversuche können dann weiterführen, wenn sie zur Lösung der Verifikationsfrage beitragen. Das von der Sowjetunion einseitig erklärte Testmoratorium<sup>20</sup> sieht keinen Überwachungsmechanismus vor. Herr Generalsekretär, wir haben deshalb mit Interesse Ihr TASS-Interview vom 13.8.1985<sup>21</sup> vermerkt, in dem auch Sie die Auffassung vertreten, daß es eines internationalen Abkommens bedarf, das ein geeignetes System nationaler und internationaler Kontrollmaßnahmen vorsieht. Die amerikanische Einladung an die Sowjetunion, sowjetische Nuklearexperten zu unterirdischen Tests in die USA zu entsenden<sup>22</sup>, stellt einen Ansatz zur Lösung des Verifikationsproblems dar. Wir bedauern, daß die Sowjetunion bisher nicht auf diesen Vorschlag eingegangen ist. Wir erwarten von allen und somit auch von der Sowjetunion nunmehr eine aktive Mitwirkung bei der Lösung der Verifikationsprobleme eines umfassenden Teststopps.

In den multilateralen Verhandlungen, an denen die Bundesrepublik Deutschland selbst teilnimmt, werden wir weiterhin eine aktive Rolle spielen. Insbesondere werden wir uns für einen erfolgreichen Abschluß der Stockholmer Konferenz<sup>23</sup>, der Wiener MBFR-Verhandlungen und der Verhandlungen über ein welt-

<sup>19</sup> Zur Initiative der Bundesrepublik für ein System zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) vgl. Dok. 181.

<sup>20</sup> Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über ein Moratorium für Nukleartests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des am 14. August 1985 veröffentlichten Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 375–378.

<sup>22</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 29. Juli 1985: „Der amtierende Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, gab heute (29.7.) die amerikanische Einladung an die Sowjetunion bekannt, ein Expertenteam zur Beobachtung und Messung eines amerikanischen Atomversuches in die USA zu schicken. [...] Zur US-Initiative wies man im State Department darauf hin, daß sie den von Präsident Reagan bei seiner Rede vor der VN-GV am 24.9.1984 vorgetragenen Gedanken eines Austauschs von Expertenteams zur Messung unterirdischer Kernexplosionen vor Ort aufgreife. Nachdem die Sowjetunion hierzu bisher noch nicht Stellung genommen habe, habe Reagan nun seinen Gedanken in Form einer unilateralen Einladung erneut vorgebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3684; Referat 222, Bd. 130112.

<sup>23</sup> Die siebte Runde der KVAE tagte vom 10. September bis 18. Oktober 1985 in Stockholm. Vgl. dazu Dok. 234 und Dok. 243.

weites Verbot chemischer Waffen im Rahmen der Abrüstungskonferenz in Genf einsetzen.

Auch in der Frage der chemischen Waffen nimmt die Bundesregierung aufgrund des ABC-Waffen-Verzichts eine besondere Legitimation für sich in Anspruch, vermehrte Anstrengungen in Richtung auf eine Lösung des Problems zu fordern. Wir treten für die weltweite Abschaffung der gesamten Kategorie chemischer Waffen ein. Nach dem klaren Rechtsstandpunkt der Bundesregierung ist die Verwendung chemischer Waffen durch das Genfer Protokoll von 1925<sup>24</sup> verboten.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es unbedingt erforderlich, in den Verhandlungen in der Genfer Abrüstungskonferenz zu Fortschritten in der Frage eines weltweiten Verbots chemischer Waffen zu gelangen. Nur auf diese Weise kann auch wirksam die Proliferation dieser Waffen weltweit eingedämmt und verhindert werden. Ich appelliere an Sie, Herr Generalsekretär, bei dem bevorstehenden Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten in der kritischen Verifikationsfrage gemeinsam eine Lösung herbeizuführen. Die Bundesregierung hat in den Verhandlungen Vorschläge zur Bewältigung des Verifikationsproblems eingebracht<sup>25</sup> und die Wirksamkeit dieser Vorschläge in Demonstrationen vor internationalen Experten unter Beweis gestellt. Die Sowjetunion hat bis jetzt auf diese deutschen Vorschläge nicht reagiert. Ich würde eine Stellungnahme, gegebenenfalls Gegenvorstellungen der sowjetischen Regierung begrüßen.

Das West-Ost-Verhältnis darf nach dem Verständnis der Bundesregierung nicht auf Sicherheitsfragen und auf die Beziehungen zwischen den Großmächten verengt werden. Auch die mittleren und kleineren Staaten müssen ihren Beitrag leisten.

Für ein Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem sowjetischen Generalsekretär habe ich mich von Anfang meiner Regierungszeit an eingesetzt.<sup>26</sup> Ich begrüße es deshalb, daß für den 19./20. November zwischen Präsident Reagan und Ihnen ein Gipfeltreffen vereinbart worden ist. Ich sehe in ihm eine bedeutende Chance, im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis und in den West-Ost-Beziehungen allgemeine Fortschritte zu erzielen. Die Bundesregierung ist daran interessiert, daß auf dem Gipfel – über das gegenseitige Kennenlernen hinaus – Anstöße für Lösungen in den zentralen Sicherheitsfragen, einschließlich der Rüstungskontrollverhandlungen in Genf gegeben und positive Entwicklungen im West-Ost-Dialog eingeleitet bzw. im Wege stehende Hindernisse aus dem Weg geräumt werden.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, II, S. 174–177.

<sup>25</sup> Das Arbeitspapier „Die Verifizierung der Nichtherstellung von chemischen Kampfstoffen durch Kontrollen in der zivilen chemischen Industrie“ wurde am 8. August 1985 bei der Genfer Abrüstungskonferenz eingebracht. Für das Papier und die Erklärung des Botschaftsrats Elbe, Genf (CD), vom 8. August 1985 vgl. Referat 222, Bd. 162054. Vgl. dazu auch DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 740–744.

<sup>26</sup> Zum Werben des Bundeskanzlers Kohl für eine Begegnung zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 145, Anm. 9.

Die sowjetische Führung hat in jüngster Zeit der politischen Dimension Europas verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt und in diesem Zusammenhang das Erfordernis europäischer Verantwortung betont. Es dürfte für Sie daher von Interesse sein, daß diese Bundesregierung sich dieser europäischen Verantwortung stets bewußt war. Sie hat sich auch in schwierigen Augenblicken im westlichen Rahmen stets und mit Erfolg für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses eingesetzt. Dies hat schließlich die Eröffnung der Stockholmer Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und für Abrüstung in Europa möglich gemacht. Die Bundesregierung wird in diesem Geiste im Rahmen ihrer Möglichkeiten in den Europäischen Gemeinschaften auch an die Frage herangehen, wie die Beziehungen zwischen der EG und dem RGW intensiviert werden könnten.<sup>27</sup>

In diesem Zusammenhang der europäischen Verantwortung verdienen insbesondere auch die Bemühungen der beiden deutschen Staaten um Verbesserung ihrer Beziehungen im Interesse der Stabilität in der Mitte Europas die Unterstützung aller. Die Qualität der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR kann sich ebenso wie eine ruhige Lage in und um Berlin nur positiv auf das West-Ost-Verhältnis auswirken.

Rückblickend auf 30 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten ziehe ich nach sorgfältiger Abwägung eine positive Bilanz. In jüngster Zeit haben wir durch den Austausch der Grußadressen aus Anlaß der Jahrestage<sup>28</sup> auf beiden Seiten das gemeinsame Interesse an einem konstruktiven Ausbau der Beziehungen bekräftigt.

Wir sollten die Gedenktage dieses Jahres zum Anlaß nehmen, darüber nachzudenken, auf welchen Gebieten die Zusammenarbeit noch verbessert werden und wie eine solche intensivierte Zusammenarbeit positive Auswirkungen auf die Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses allgemein haben könnte.

Aus der Sicht der Bundesregierung könnte auf nachfolgenden Gebieten eine Vertiefung der Beziehungen erreicht werden:

- In den bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion harren seit Jahren schwebende Vereinbarungen auf den Gebieten der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit, des Kultur-austausches und der Rechtshilfe einer Konkretisierung und Finalisierung.<sup>29</sup> Bei erforderlichem guten Willen auf beiden Seiten müßte es möglich sein, auch in der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in diese Vereinbarungen auf der Grundlage des Vier-Mächte-Abkommens<sup>30</sup> und weiterer einschlägiger

<sup>27</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, vom 14. Juni 1985; Dok. 161, Anm. 12.

<sup>28</sup> Für die aus Anlaß des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR gewechselten Grußbotschaften vgl. BULLETIN 1985, S. 761–763.

Für den Wortlaut der Grußtelegramme zum 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern vgl. BULLETIN 1985, S. 880.

<sup>29</sup> Zu den Gesprächen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 176, Anm. 31.

<sup>30</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

West-Ost-Absprachen zu einer Lösung zu gelangen. Bei Abschluß dieser schwebenden Vereinbarungen könnte in den genannten Bereichen eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, auf der sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen fortentwickeln und vertiefen lassen. Dies entspräche im übrigen auch den Absichten der beiden Regierungen, wie sie in der Präambel zum Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 zum Ausdruck gekommen sind, nämlich „in vertraglicher Form ihrer Entschlossenheit zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen ihnen Ausdruck zu verleihen einschließlich der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der wissenschaftlichen, technologischen und kulturellen Verbindungen im Interesse beider Staaten“.

In der Folge eines Rahmenabkommens über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit könnten dann auf dem Wege über Ressortvereinbarungen konkrete Inhalte möglicher Zusammenarbeit auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Gesundheit, des Umweltschutzes und der Kernenergie bestimmt werden.

Ferner würde es für die Zukunft ein gutes Zeichen in den deutsch-sowjetischen Beziehungen darstellen, wenn die sowjetische Regierung sich entschließen könnte, die Ausreisemöglichkeiten für sowjetische Bürger deutscher Nationalität auf jenen Zustand zu bringen, den sie Mitte der 70er Jahre erreicht haben.<sup>31</sup>

- Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion sind bisher weitgehend zur Zufriedenheit verlaufen. Zwei wichtige Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit und über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben wir auf dieser Grundlage jeweils um weitere zehn Jahre verlängert.<sup>32</sup> Doch auch in diesem Bereich halte ich einen weiteren Ausbau der bereits erfolgreichen Beziehungen für möglich. Die Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland sind bereit, sich an der Umrüstung sowjetischer Industriebetriebe und an der Verwirklichung großer neuer Projekte zu beteiligen und dabei mitzuhelfen, zentrale Punkte Ihres wirtschaftspolitischen Programms in die Wirklichkeit umzusetzen. Ich bin zuversichtlich, daß die Festlegung der Prioritäten für den nächsten Fünfjahresplan der UdSSR<sup>33</sup> dieser Zusammenarbeit neue Impulse geben wird.

Um eine Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen im größeren Zusammenhang zu erreichen, gibt die Bundesregierung darüber hinaus zu bedenken, ob nicht durch die Einberufung einer internationalen Konferenz auf Ministerebene im Rahmen der KSZE-Mitglieder wichtige Impulse für die

<sup>31</sup> Zur Ausreise von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der UdSSR vgl. 127, Anm. 20.

<sup>32</sup> Durch Vereinbarung vom 16. Mai 1983 wurden das Abkommen vom 19. Mai 1973 über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit sowie das Abkommen vom 30. Oktober 1974 über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit um jeweils zehn Jahre verlängert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 476.

<sup>33</sup> Am 15. Oktober 1985 billigte das Plenum des ZK der KPdSU in Moskau den Entwurf für den zwölften Fünf-Jahres-Plan 1986 bis 1990, der auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU am 5. März 1986 verabschiedet wurde.



wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen West und Ost im Sinne des Korbes II der KSZE-Konferenz<sup>34</sup> erzeugt werden könnten.

- Die wirtschaftliche Kooperation, auch wenn sie zur Zufriedenheit verläuft, kann auf die Dauer nicht ohne lebensfähigen politischen Bezugsrahmen auskommen und gedeihen. Die Bundesregierung ist daher der Auffassung, daß die politischen Beziehungen im bilateralen Bereich und in den West-Ost-Beziehungen allgemein ausgebaut werden sollten. Ich erneuere unsere Bereitschaft, eine neue und bessere Qualität der Beziehungen mit der Sowjetunion zu erreichen, und wiederhole das Angebot der Bundesregierung, die politischen Gespräche mit der Sowjetunion auf allen Ebenen, wenn möglich mit einer gewissen Regelmäßigkeit, zu führen. Ich gehe davon aus, daß der politische Meinungsaustausch, den ich mit Ihnen, Herr Generalsekretär, begonnen und jetzt wieder aufgenommen habe, zur gegebenen Zeit in einer persönlichen Begegnung in Bonn fortgesetzt werden kann. Die bereits Ihren Vorgängern gegenüber ausgesprochene Einladung wiederhole ich hiermit ausdrücklich.

Das Anliegen meines Schreibens war, mit Ihnen offen, ohne Umschweife und zugleich in vertraulicher Form anstehende Probleme zu diskutieren und, soweit möglich, Mißverständnisse zu einzelnen wichtigen Punkten auszuräumen. Es würde mich freuen, wenn wir diesen begonnenen vertraulichen Dialog im Wege des Meinungsaustausches und im Interesse einer Vertiefung und Belebung der Beziehung zwischen unseren beiden Staaten fortsetzen könnten.<sup>35</sup>

Mit freundlichen Grüßen  
Helmut Kohl

**VS-Bd. 14154 (010)**

<sup>34</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

<sup>35</sup> Zur Übergabe des Schreibens vgl. Dok. 246.

## 236

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Mubarak in Kairo

310-321.00 AGY-465/85 VS-vertraulich

2. September 1985<sup>1</sup>

(Zusatz auf Original: Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung.)

Gespräch des Bundesministers mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak in Kairo am 2.9.1985

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Müller, Dg31<sup>2</sup>; auf ägyptischer Seite: Staatsminister Boutros Ghali.

*BM* berichtete eingangs über seine Syrienreise<sup>3</sup>. Die Gespräche seien sehr moderat gelaufen.

*Mubarak*: Das wundert mich. Wenn Sie einen Monat später nach Damaskus kommen, sind die Syrer wieder ganz anders.

*BM*: Syrien kritisierte die Vereinbarung Hussein–Arafat<sup>4</sup>.

*Mubarak*: Syrien will keine Lösung. Es besitzt jetzt zwei Trumpfkarten, die Palästinenser und Libanon. Im Augenblick, wo es diese beiden Karten verliert, würde das Land zu innenpolitischer Destabilisierung zurückkehren und wie früher alle paar Monate einen Staatsstreich haben. In Syrien dreht sich alles um Geld. Die reichen arabischen Staaten zahlen aus Angst. Die Saudis z.B. kennen den Wert ihres Geldes gar nicht mehr. Sie haben jeden Sinn dafür verloren. Wenn irgendein Störenfried sie erpreßt, zahlen sie, damit sie in aller Ruhe ihre Ferien weiter genießen können. Oder nehmen Sie den Verrückten in unserer Nähe. Wenn der den Sturz der saudischen Regierung erreichen könnte, würde er es machen. Die Saudis haben ihm 800 Mio. US-Dollar geliehen. Trotzdem bekämpft er sie am nächsten Tag wieder, sogar unter der Gürtellinie. Ungeachtet dessen leben sie seit Jahren mit ihm in den Flitterwochen. Ich habe den Saudis gesagt, „solange ihr Angst vor dem Verrückten habt oder vor Assad, werden sie euch erpressen“. Ein Prinz antwortete mir: „Warum erpreßt ihr uns nicht?“ Aber das tue ich nicht, Rifaat Assad hatte vor einem Jahr eine Begegnung mit Abdallah. Damals gab es Spannungen zwischen Saudi-Arabien und Iran. Abdallah gab Rifaat sechs Mio. US-Dollar mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß es keine Schwierigkeiten bereitet.<sup>5</sup> Die syrische Frau Abdallahs hatte

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit am 11. September 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 11. September 1985 „v[or]A[bgang] zum Paraphieren“ vorgelegen.

Hat Schlagintweit erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 30./31. August 1985 in Syrien vgl. Dok. 238 und Dok. 239.

<sup>4</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>5</sup> So in der Vorlage.

diesen verlassen und dann viele Geschichten und Skandale verbreitet. Rifaat witterte Geld. Er ließ sich 70 Mio. US-Dollar von Abdullah geben, um die Frau zum Schweigen zu bringen.

Wer will denn die Lösung des Nahost-Problems? Schon als Vizepräsident habe ich mich mit allen arabischen Führern getroffen. Von keinem habe ich den Wunsch nach einem palästinensischen Staat gehört. Keiner interessierte sich für das Schicksal der Palästinenser. Auch die Palästinenser selbst verwirren einen. Sie machen den Eindruck, als ob auch sie ihr Problem nicht lösen wollten.

Nehmen Sie den jordanisch-palästinensischen Dialog. Ich war der Urheber dieser Initiative und sagte Arafat, er müsse sich mit Hussein arrangieren. Es gab eine Vereinbarung, aber sie blieb in der Schublade.

Hussein braucht einen internationalen Schirm, damit er gegen die Polemik in der arabischen Welt gedeckt ist. Zum Beispiel eine internationale Friedenskonferenz mit der Sowjetunion. Allerdings glaube ich nicht, daß die Sowjetunion mitmachen wird. Als Teilnehmer kommen außer den unmittelbar Beteiligten in Frage: USA, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, auch die Sowjetunion. Aber die SU ist nicht an einer Lösung interessiert. Wenn die Probleme gelöst sind, können sie keine Rolle mehr spielen. Das haben sie mir offen gesagt.<sup>6</sup>

Das alles ist ein Spiel, die Palästinenser, die Syrer, die Konflikte. Niemand will eine Lösung. Alle Araber haben Kontakte mit Israel, auch Saudi-Arabien, auch Syrien, alle.

Der saudische Geschäftsmann Kashoggi, dessen Anwalt in den USA der Leiter der dortigen jüdischen Gemeinde ist, war vor kurzem in Israel. Generaldirektor Kimche sprach mit ihm. Wenn ich über Kashoggi mit den Saudis spreche, sagen sie, „er ist ein schlechter Mensch“. Wir aber wissen, daß er in ihrem Auftrag handelt. In seinem Haus in Nairobi empfing er Sharon und seine Clique. Auch Numeiri hielt sich einige Tage dort auf.

**BM:** Was kann Deutschland, Europa tun, um Vernunft in die Vorgänge im Nahen Osten und in den Golf zu bringen?

**Mubarak:** Ich sehe keine Möglichkeit einer Lösung des iranisch-irakischen Krieges ohne Lösung des Nahost-Konfliktes. Iran nützt die arabischen Konflikte aus. Europa muß Druck auf die USA und Israel ausüben, damit beide mehr Verständnis für eine Lösung aufbringen. Ein Dialog mit Israel ist erforderlich. Das amerikanische Junktim, Gespräche erst dann zu führen, wenn die Palästinenser zu direkten Verhandlungen bereit sind, ist ein Fehler. Die PLO wird nur von der Sowjetunion unterstützt. Sie braucht aber auch die Unterstützung von

<sup>6</sup> Gesandter Arnot, Moskau, konstatierte am 15. August 1985: „Die SU bemüht sich derzeit um Ägypten, ohne sich allzu sehr zu exponieren. Dabei wird es ihr weniger um das Fernziel einer Wiederaufnahme des Bündnisses als um taktische Absicherung ihrer Nahostpolitik zu tun sein. Das gilt besonders für jene Bereiche, wo SU und ihr Hauptpartner Syrien nicht oder nicht ganz übereinstimmen. So bestreitet die SU Israel nicht das Existenzrecht – sie gehörte schließlich zu dessen Geburtshelfern. Jüngst hat [...] die SU durch ihren Vertreter in Paris die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Beziehungen zu Israel sondiert. [...] Die SU ist daran interessiert, sich nicht gegenüber zwei Hauptbeteiligten am N[ah]O[st]-Konflikt (Israel und Ägypten) aller Einflußmöglichkeiten zu berauben und den USA das Feld zu überlassen. Die SU wird daher nach Kräften Konflikte im ägypt[isch]-amerik[anischen] Verhältnis nutzen wollen, weil sie damit ihre Hauptgegner in NO, USA und Israel, treffen kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2512; Referat 310, Bd. 149561.

anderer Seite, vom Westen. Würden die USA mit der PLO verhandeln, wäre eine wichtige Basis geschaffen. Die PLO würde dann 242<sup>7</sup> anerkennen und noch viel mehr. Innerlich würden die Palästinenser lieber mit den USA zu tun haben als mit der Sowjetunion.

Ich gehe im September 1985 vor die Vereinten Nationen und treffe auch Reagan<sup>8</sup>, will aber nicht mit Peres zusammentreffen, solange Taba<sup>9</sup> noch nicht gelöst ist. Die Amerikaner müssen pragmatischer werden. Wenn die USA und Israel eine positivere Haltung einnehmen, würden die radikalen Elemente geschwächt.

Viele Staaten mißbrauchen die Trumpfkarte des ungelösten Nahost-Konflikts. Auch Gaddafi, von dem ich hoffe, daß er eines Tages verschwindet. Vielleicht in Deutschland (BM: Lieber nicht!), oder daß deutsche Terroristen ihn erledigen, statt des absurden Terrors in Deutschland. Wenn der Konflikt entschärft ist, können Iran und Syrien nicht mehr im Trüben fischen, auch Assad, der noch nicht weiß, daß seine Zukunft nicht mehr rosig aussieht.

BM: Im November 1985 treffen sich Reagan und Gorbatschow.<sup>10</sup> Dabei muß über die großen Krisenherde gesprochen werden. Es ist wichtig, daß die Vereinigten Staaten dieses Gespräch, soweit der Nahe Osten betroffen ist, gründlich vorbereiten. Die SU wird die Begegnung nach allen Richtungen propagandistisch ausschachten. Sie werden über den Nahen Osten sprechen und dann sagen, daß sie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, einen Palästinenserstaat etc. fordern. Es ist wichtig, daß der Präsident in allen Fragen ein klares Konzept hat. Die Begegnung sollte auch untersuchen, ob es nicht möglich ist, einen solchen internationalen Schirm für König Hussein zu schaffen. Ich halte Ihre Reise in die USA für wichtig.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>8</sup> Botschafter van Well, Washington, informierte am 24. September 1985 darüber, daß Präsident Mubarak am Vortag auf dem Weg zur VN-Generalversammlung in New York in Washington Station gemacht habe: „Mubarak hat im wesentlichen erneut an die Amerikaner appelliert, die günstige Gelegenheit für Fortschritte im Nahen Osten aktiv zu nutzen. Zugleich hat er die Gelegenheit genutzt, die Amerikaner erneut aufzufordern, ihre Haltung gegenüber der PLO zu überdenken. Präsident Reagan hat in dem etwa 60 Minuten dauernden Gespräch mit Präsident Mubarak die fortbestehende amerikanische Bereitschaft unterstrichen, mit einer jordanisch-palästinensischen Delegation zusammenzutreffen, sofern ein solches Treffen zu direkten Verhandlungen zwischen Jordanien und Israel führt; zugleich hat er die bekannten amerikanischen Bedingungen für Gespräche mit der PLO wiederholt. Mubarak soll [...] erwidert haben, daß die von Amerikanern vorgenommene Differenzierung zwischen Palästinensern (Nicht-PLO-Mitgliedern) und PLO-Mitgliedern ziemlich akademischer Natur sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4516; Referat 310, Bd. 149561.

<sup>9</sup> Zu den ägyptisch-israelischen Gesprächen über den Status von Taba vgl. Dok. 30, Anm. 3. Am 27. September 1985 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Zehentner, Kairo: „Gestern (26.9.) fand hier ein fünftes Treffen der Verhandlungsdelegationen über das Taba-Problem statt. [...] Die Ägypter vertreten den Standpunkt, daß nach Erschöpfung des Verhandlungsweges und der Schlichtungsmöglichkeiten (conciliation, Schlichter wohl die USA) die Taba-Frage reif für einen Schiedsspruch ist. Sobald Israel dem Schiedsverfahren zustimme, könne der Schiedsauftrag (compromis) formuliert werden. [...] Die Ägypter können sich jedoch nicht der Tatsache verschließen, daß die Regierung in Tel Aviv z.Zt. nicht entscheidungsfähig ist. Aus diesem Grund, und wohl auch mit Rücksicht auf ihre Interessen gegenüber den USA, sind sie bereit, den Taba-Prozeß fortzuführen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1745; Referat 310, Bd. 149561.

<sup>10</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und 319.

*Mubarak:* Ich werde darüber sprechen und hoffe, daß auch Sie auf die Amerikaner einwirken. Ein internationaler Schirm müßte schon vor Genf vorhanden sein. Ich kann auch mit Peres darüber sprechen.

*BM:* Das sollten Sie tun. Die Zeit arbeitet nicht für Israel. Sind Sie mit unseren bilateralen Beziehungen zufrieden?

*Mubarak:* Es gibt nichts Besseres.

**VS-Bd. 13611 (310)**

## 237

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

**201-363.52-1275/85 geheim**

**2. September 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Zusammensetzung des Potentials an chemischen Waffen (CW) im Rahmen ihrer von der MC 14/3<sup>4</sup> vorgegebenen strategischen Funktion, insbesondere Reichweite und Seestützung

Bezug: Aufzeichnung der Abt. 2 vom 16.8.85 – 201-363.52-1269/85 geheim (liegt vor)<sup>5</sup>

Anlg.: IMS In-House Study – 201-3649/82 geheim – Studie des Internationalen Militärstabes der NATO<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Adamek konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 5. September 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 13. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ziffer 9 ist konsequent zu vertreten.“ Vgl. Anm. 15.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Oktober 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz an Referat 201 verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 14. Oktober 1985 erneut vorgelegen.

Hat Braunmühl am 15. Oktober 1985 erneut vorgelegen.

Hat Ploetz am 16. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 17. Oktober 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte zur Rolle der Chemiewaffen in der Militärstrategie der NATO dar: „Zur Frage der strategischen Funktion von CW stellt die MC 14/3 (lediglich) fest, daß sich die NATO zur Abschreckung hauptsächlich auf ihre konventionellen und nuklearen Streitkräfte verlassen soll, daß sie jedoch auch in der Lage sein soll, tödlich wirkende C-Kampfstoffe in begrenztem Umfang zur Vergeltung einzusetzen [...]. Diese Feststellung sowie die Tatsache, daß die MC 14/3 die CW – außer im Bedrohungsteil – nicht weiter erwähnt, insbesondere nicht bei der Darstellung der einzelnen Abschreckungskomponenten der NATO-Triade, unterstreicht, daß das Bündnis den CW eine Sonderrolle im Rahmen seiner Strategie zuweist. Den CW kommt in diesem Konzept nicht die Bedeutung einer eigenständigen Abschreckungsebene zwischen der konventionellen und den nuklearen zu.“ Vgl. VS-Bd. 12070 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „In-House Study on Chemical Warfare Policy Issues“ des Interna-

1) Abteilung 2 hat in der Bezugsaufzeichnung weitere Unterrichtung zur Frage der Reichweite der für eine Vergeltung mit CW gewählten Trägersysteme sowie zur Frage einer Seestützung binärer CW zugesagt. Beide Fragen müssen im Licht der strategischen Funktion der CW für das Bündnis beantwortet werden.

Nachstehend werden zu diesen Fragen Gedanken (Ziff. 2–7) vorgetragen, die zum Teil interne Überlegungen des Auswärtigen Amts darstellen und der fachlichen Prüfung durch das federführende BMVg bedürfen.

2) Das zentrale Strategiedokument der NATO, die MC 14/3, weist den CW für die Verteidigung des Bündnisses im Rahmen der Strategie der flexiblen Reaktion die Funktion zu, gegen einen völkerrechtswidrigen CW-Einsatz einen limitierten vergeltungsweisen Zweiteinsatz zu ermöglichen. Ein im Umfang begrenztes CW-Potential des Bündnisses soll aber auch bereits gegenüber der Absicht eines potentiellen Gegners zu (limitierten) CW-Einsätzen abschreckend wirken. Die konkrete Zusammensetzung dieses CW-Potentials, u. a. hinsichtlich Reichweite und Stationierungsmodus, wird sich folglich danach bemessen, was für eine wirksame Vergeltung und glaubhafte Abschreckung erforderlich und geeignet ist.

3) Die Anforderungen für eine wirksame Vergeltung und glaubhafte Abschreckung müssen sich zunächst an der Bedrohungslage, d. h. konkret an den möglichen Optionen eines Gegners für limitierten CW-Einsatz<sup>7</sup>, orientieren. Der Internationale Militärstab der NATO hat in seiner 1982 vorgelegten Untersuchung über politische Fragen der chemischen Kriegsführung (IMS In-House Study) Erkenntnisse im Bündnis über CW-Fähigkeiten des Warschauer Pakts (WP) zusammengefaßt (vgl. Anlage, insbesondere Kap. 1 und Anhang B). Demnach verfügt die SU über eine umfassende CW-Kapazität mit einem großen Spektrum an Trägersystemen und Kampfmitteln. Auch bei anderen WP-Mitgliedern wird eine CW-Kriegsführungsfähigkeit vermutet. Im CW-Potential des WP sollen sich Waffensysteme sowohl für frontnahen (Mörser, Haubitzen, Mehrfachraketenwerfer) wie für weitreichenden Einsatz (Kurz-/Mittelstreckenraketen, Flugzeugbomben) befinden. Als mögliche CW-Einsatzoptionen kommen für den WP hiermit in Betracht:

- die Ausschaltung gegnerischer konventioneller Streitkräfte im Gefechtsfeld,
- Schläge gegen zentrale Versorgungs-, Transportknotenpunkte, Munitionslagerorte oder Kommandozentren
- sowie in begrenztem Maße Unterstützung der Seekriegsführung.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1221*

tional Military Staff der NATO vom 9. September 1982 (Enclosure to MCM-CFC-60-82) vgl. VS-Bd. 12070 (201).

<sup>7</sup> Brigadegeneral Steinkopff, Washington, berichtete am 3. September 1985, der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Fraktion sei bei einem Besuch im amerikanischen Verteidigungsministerium dargelegt worden: „Man müsse damit rechnen, daß die sowjetische militärische Planung für den ersten Kriegstag in Europa den Einsatz chemischer Kampfstoffe gegen die wichtigsten militärischen Einrichtungen der NATO (Flugplätze, Einrichtungen der Luftverteidigung, Kommandozentralen sowie Nachschubhäfen) vorsehe. Bereits mit einer geringen Menge von chemischem Kampfstoff wäre ein erheblicher militärischer Erfolg zu erzielen, ohne unter der Zivilbevölkerung größeren Schaden zu verursachen. [...] Die NATO kann sich gegenüber einem sowjetischen Angriff mit C-Waffen – auch bei einer entsprechenden Ausrüstung und Ausbildung in der C-Abwehr – nicht als (ausreichend) geschützt betrachten. Allein schon der Zwang, unter ABC-Schutzmasken und -Schutanzügen zu arbeiten, würde die Kampffähigkeit unserer Soldaten erheblich mindern. Wir erschrecken die Sowjets durch den Besitz von chemischer Abwehrausrüstung nicht von einem C-Angriff ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4191; VS-Bd. 12990 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

4) Gegen limitierte CW-Einsätze auf der Basis dieser Optionen kann das Bündnis nur dann glaubhaft abschrecken, wenn es vergleichbare Fähigkeiten (in begrenztem Umfang) besitzt. Dies bedeutet, daß das Bündnis über die Fähigkeit sowohl zu frontnahem wie zu weitreichendem (limitiertem) CW-Einsatz verfügen muß. Der Gegner darf jedenfalls nicht einen Vorteil daraus ziehen, daß bei ihm vergleichbare Ziele auch weiter hinter der Front lägen, als dies bei uns der Fall wäre. Um den Gegner von einem völkerrechtswidrigen CW-Einsatz abhalten zu können, muß die NATO also insbesondere in der Lage sein, je nach Erfordernis den Gegner ebenfalls unter erschwerte Kampfbedingungen, d.h. Kampf in CW-Schutzkleidung („unter die Maske“), zwingen und/oder Schläge ins gegnerische Hinterland führen zu können. Jedoch erschiene eine Androhung der Vergeltung mit allein weitreichenden (limitierten) Schlägen ins Hinterland des Gegners nicht ausreichend, um diesen davor abzuschrecken, den erheblichen und anders gearteten Kampfwertvorteil eines völkerrechtswidrigen CW-Einsatzes im Gefechtsfeld zu suchen. Ähnliches gilt für eine ausschließliche Abstützung auf seegestützte CW, die jedenfalls für eine Einwirkung auf das Geschehen im Gefechtsfeld ungeeignet wären.

5) Im Falle einer CW-Vergeltung mit weitreichenden Systemen ist auch zu bedenken, ob diese unter Umständen eskalierend wirken und den Gegner seinerseits zu CW-Einsätzen gegen Ziele im Hinterland des Angegriffenen herausfordern würde. Dies widerspräche den in der MC 14/3 enthaltenen strategischen Vorstellungen des Bündnisses, die den CW keine eigene Eskalationsstufe im Rahmen der flexiblen Reaktion einräumen. Gerade wir müssen aufgrund unserer geostrategischen Situation ein vitales Interesse daran haben, es unter keinen Umständen zu einer ausgedehnten bzw. massiven CW-Kriegführung in Europa kommen zu lassen.

Somit treten wir – aus politischen wie militärischen – Überlegungen auch dafür ein, daß ein CW-Einsatz in Erwidierung eines völkerrechtswidrigen CW-Angriffs nur im Rahmen der Bedingungen einer gleichartigen Repressalie in Betracht kommt. Eine dieser Bedingungen ist, daß sich ein CW-Zweiteinsatz im Rahmen dessen halten muß, was zur Beendigung des völkerrechtswidrigen CW-Angriffs erforderlich ist. Würde die Aufgabe der völkerrechtswidrigen Handlung durch den Gegner aber nicht zu erwarten sein, würde eine CW-Vergeltung ihren Zweck (als Repressalie) verfehlen und damit für uns als mögliche Reaktionsform ausscheiden.

Ob ein limitierter vergeltungsweiser CW-Einsatz den Zweck einer Repressalie erfüllt und nicht die chemische Kriegführung eskaliert, kann jedoch letztlich nur im Einzelfall entschieden werden. Einer Tendenz zur Vergeltung mit eher weitreichenden CW werden hier allerdings Grenzen gesetzt.

6) Die Lage bei den CW unterscheidet sich insofern deutlich von der bei den Nuklearwaffen. Ein vergleichbares (Erst-)Einsatzverbot wie für CW (durch das Genfer Protokoll von 1925<sup>8</sup>) gibt es nicht für Nuklearwaffen. Das Bündnis behält sich vielmehr die Option des nuklearen Ersteinsatzes vor, um jede Art von

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 174–177.

Krieg wirksam zu verhindern. Nuklearwaffen sind für die NATO unverzichtbare Mittel der vorbedachten Eskalation im Rahmen der flexiblen Reaktion.

Der für die Entscheidung der INF-Stationierung im Doppelbeschluß vom 12.12.1979<sup>9</sup> wichtige Sanktuariumsgedanke (die SU soll nicht Sanktuarium bleiben dürfen, während sie Westeuropa nuklear bedroht) greift nicht für den Fall der CW-Bedrohung. Während für einen Nukleareinsatz aus der Natur der Waffe territoriale Auswirkungen – auch bei Einhaltung der geltenden allgemeinen völkerrechtlichen Einschränkungen (constraints) – besonderes Gewicht erhalten, stehen bei einem CW-Einsatz die Auswirkungen auf die gegnerische Kampfkraft stärker im Vordergrund. Die Option, den Gegner auch in seinem eigenen Land zu treffen und dort auch einen Schaden zu verursachen, der dem bei uns von ihm verursachten entspricht, sollten wir dennoch haben, um die Abschreckung zu stärken.<sup>10</sup>

7) Das Bündnis muß daher über ein begrenztes Potential an kurz- und weiterreichenden CW verfügen, will es einen Gegner glaubhaft vom limitierten völkerrechtswidrigen CW-Einsatz abhalten oder erforderlichenfalls einen solchen Einsatz wirksam vergelten. Ausschließlich weitreichende CW oder nur seegestützte CW würden hierfür nicht ausreichen.

Die Modernisierungspläne der US-Regierung, die die Produktion neuer Artilleriemunition sowie einer Flugzeugbombe vorsehen<sup>11</sup>, stehen mit den aufgezeigten Anforderungen an wirksame Vergeltung und glaubhafte Abschreckung im Einklang. Eine Nutzung von Kurz- und/oder Mittelstreckenraketen für CW würde erst noch die grundsätzliche politische Entscheidung des Bündnisses erfordern, diesen bisher für den nuklearen Einsatz bestimmten Trägersystemen auch die Möglichkeit nicht-nuklearer Einsätze zu eröffnen (Problematik der „dual capability“). Eine Seestützung von CW könnte bei Vorhandensein binärer Munition wegen deren größerer Lagersicherheit allerdings einen für Europa akzeptablen Stationierungsmodus in Friedenszeiten darstellen oder jedenfalls eine denkbare Transportart. Diese Entscheidung hätte auch rüstungskontrollpolitische Auswirkungen zu berücksichtigen.<sup>12</sup>

8) Es ist schließlich auch daran zu erinnern, daß die Stationierung des begrenzten CW-Vergeltungspotentials eine wichtige Rolle für eine sinnvolle Verwirklichung der strategischen Funktion von CW spielt. Die IMS In-House Study sagt hierzu aus:

„Indeed, under the present circumstances the only credible NATO military capability which could deter limited use of chemical weapons by the enemy would be the possession of adequate CW assets NATO-wide.“ (Vgl. Anlage, Kap. 5, Ziffer 5 h)

Während in Friedenszeiten jedoch eine aufgrund der Binärtechnologie verbesserte Transportfähigkeit von CW sowie deren Bestimmung zu vergeltungsweisem Einsatz im Rahmen der Bedingungen einer Repressalie eine Stationierung

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>11</sup> Zur Modernisierung des amerikanischen Chemiewaffen-Potentials vgl. Dok. 201.

<sup>12</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.



in den USA erlaubt, sollte für eine Krisenfalldislozierung nicht nur in Europa-Mitte, sondern auch eine mögliche Verwendung an den NATO-Flanken in Betracht gezogen werden.<sup>13</sup> Für eventuelle künftige Bündniskonsultationen über ein contingency planning für CW muß daher ebenfalls gelten, eine ausgewogenere Verteilung der Verteidigungslasten anzustreben.

9) Die Bundesregierung wird im BSR ihre Position festzulegen haben, wenn die USA in Konsultationen eintreten. Das BMVg ist federführend für die Beantwortung der militärischen Fragen, die sich für uns<sup>14</sup> im Zusammenhang mit der Produktion neuer (binärer) CW stellen. Unsere bisherige Linie sollte beibehalten werden:

- Es handelt sich nicht um ein bilaterales deutsch-amerikanisches Problem, wir widersprechen auch einer Singularisierung bei Beratungen im Bündnis.
- Die jetzt bestehende Singularisierung bei der Stationierung soll nicht fort-dauern. Wenn, was sehr genau zu prüfen ist, die neuen CW überhaupt außerhalb der USA stationiert werden müssen in Friedenszeiten, sollten auch andere Länder einbezogen werden.
- Besondere Aufmerksamkeit werden wir der Frage des Abzugs der derzeit hier eingelagerten, teilweise zumindest veralteten CW widmen.<sup>15</sup>

Braunmühl

VS-Bd. 12070 (201)

## 238

### Botschafter Wöckel, Damaskus, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 843

Aufgabe: 2. September 1985, 08.45 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 2. September 1985. 12.10 Uhr

Betr.: BM in Syrien vom 30.8. bis 1.9.1985<sup>2</sup>;  
hier: Gespräche mit AM Faruk Sharaa

Zur Unterrichtung

In zwei Gesprächen von zusammen viereinhalb Stunden haben die beiden Außenminister vor allem ihre Ansichten über die Politik in der Region und andere

<sup>13</sup> So in der Vorlage.

<sup>14</sup> Die Wörter „für uns“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>15</sup> Die letzten drei Absätze wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 3.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.  
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Nach seinem Besuch in Syrien reiste Bundesminister Genscher am 1./2. September nach Kuwait und hielt sich anschließend am 2. September 1985 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 236 und Dok. 239.

Probleme ausgetauscht. Zu Beginn stellten die beiden Minister übereinstimmend fest, daß eine Interdependenz zwischen der Lage im Nahen Osten und der in Europa besteht.

#### 1) Iranisch-irakischer Krieg

BM stellt einleitend fest, daß die Bundesrepublik Deutschland es von Anfang an vermieden habe, eine Verschlechterung ihrer Beziehungen zum Iran hinzunehmen. Der Iran dürfe nicht in die Isolierung geraten. Heute werde diese deutsche Ansicht von vielen anderen Staaten geteilt. Der Krieg zeitige auch große Nachteile für die arabische Sache, denn er habe zu einer Vertiefung der inner-arabischen Gegensätze geführt. AM Sharaa äußerte, daß Syrien den iranisch-irakischen Krieg schon in seinen ersten Tagen verurteilt und ihn als „verrückten Krieg“ bezeichnet habe. Es habe immer versucht, ihn zu beenden, und als dies sich als unmöglich herausstellte, habe es seine ganz Energie daran gesetzt, eine Eskalation des Krieges zu verhindern.<sup>3</sup> Im Moment sehe Syrien keine Möglichkeiten für ein baldiges Ende des Krieges. Man könne ihn nur einschränken und auch versuchen, die Großmächte aus dem Konflikt herauszuhalten. Die darauf gerichteten syrischen Bemühungen gingen auch gegenwärtig noch weiter.

BM sagte, daß trotz gegenwärtiger Schwierigkeiten in den Beziehungen der Supermächte eine gewisse Verständigung zwischen beiden gelungen sei, so daß keine direkte Einmischung in den Krieg statfinde.

Zusammenfassend sagte BM, daß die Bundesrepublik und Syrien in Analyse und Therapie übereinstimmten. Er sei vor gut einem Jahr in Teheran gewesen.<sup>4</sup> Vieles habe ihn dort beeindruckt. Wir glaubten, daß eine weitere Öffnung des Iran zu einer Entspannung in der ganzen Region beitragen könne.

AM Sharaa äußerte seine Genugtuung über die deutsche Wertschätzung der syrischen Rolle im Golfkrieg. Auch er stellte eine weite Übereinstimmung der Standpunkte fest.

#### 2) Arabisch-israelischer Konflikt

AM Sharaa begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß BM die Grundzüge des Nahost-Konfliktes bekannt seien und er ihn deshalb nicht mit Einzelfragen aufzuhalten brauche. Er wolle seine Ausführungen auf die jüngste Entwicklung beschränken.

<sup>3</sup> Am 21. Februar 1985 führte Botschafter Wöckel, Damaskus, aus: „Das iranisch-syrische Verhältnis war von Anbeginn an ein Bündnis zwischen Feuer und Wasser. Die in Syrien herrschende Baath-Partei ist nach ihrer Ideologie und Tradition eine laizistische Bewegung, die Bindungen an religiöse Gruppierungen grundsätzlich ablehnt. [...] Alleiniger Grund für das Bündnis Syrien–Iran war deshalb die gemeinsame Feindschaft zu irakischem Baath-Regime unter Saddam Hussein. Syrien hat sich aber später auch im Libanon der dortigen schiitischen und dem Iran eng verbundenen Extremisten in seinem Kampf gegen die multinationalen Streitkräfte und die israelische Besatzungsmacht erfolgreich bedient. [...] Syrien hat alles Interesse daran, daß der iranisch-irakische Krieg auf seinem jetzigen Niveau weitergeht. Es hat sich bisher nur dann energisch in Teheran eingeschaltet, wenn von dort aus eine Eskalation des Krieges in den Persischen Golf droht. Syrien muß fürchten, daß Irak nach einer Beendigung des Krieges seine Aufmerksamkeit wieder dem Nahen Osten und Syrien zuwenden könnte. Sämtliche Gerüchte über eine Vermittlungsrolle Syriens zur Beendigung des Konflikts waren deshalb auch von vornherein unbegründet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 171; Referat 310, Bd. 149703.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

Syrien habe von Anfang an eine klare Stellung zum Übereinkommen König Hussein–Arafat vom 11.2.1985<sup>5</sup> bezogen. Syrien habe aus mehreren Gründen Einwendungen erhoben:

- a) Syrien glaube nicht, daß das Übereinkommen die wahre Meinung der palästinensischen Bevölkerung widerspiegele.
- b) Durch das Übereinkommen werde nur die innerarabische Spaltung vertieft und der Weg zu einer gerechten, umfassenden Friedenslösung im Nahen Osten erschwert.
- c) Das Übereinkommen stelle die gesamtarabische Vereinbarung von Fes 1982<sup>6</sup> in Frage.
- d) Nach syrischer Ansicht gehe es König Hussein und Arafat nicht um die Lösung des Nahost-Problems, sondern um die Lösung eigener höchst persönlicher Probleme.

Beim arabischen Gipfel von Casablanca<sup>7</sup> sei es König Hussein und Arafat nicht gelungen, einen arabischen Konsensus zu erreichen. Auch könne man davon ausgehen, daß die fünf nicht anwesenden Mitglieder der Arabischen Liga ihre Mißbilligung des Abkommens durch ihr Fernbleiben zum Ausdruck gebracht hätten. Nur der Irak habe sich für die Hussein-Arafat-Absprache wegen der eigenen aussichtslosen Lage im irakisch-iranischen Krieg ausgesprochen.

Syrien sei der Ansicht, daß ein aussichtsreicher Friedensprozeß in der Region objektive Kriterien erfordere. In diesem Zusammenhang müsse Syrien feststellen, daß Israel den Frieden nicht wirklich wolle. Israel lasse sich in seiner Außenpolitik von religiösen Vorstellungen leiten. Insofern sei der rassistische Faktor im Nahost-Konflikt gefährlicher als in Südafrika. Ganz ausschlaggebend für die Unlösbarkeit des Konflikts sei die unbedingte Unterstützung Israels durch die USA. Es sei eine unleugbare Tatsache, daß es Israel immer wieder gelinge, seine Vorstellungen vom Nahost-Konflikt den USA aufzuzwingen. Die Gründe dafür seien bekannt. Israelische Staatsmänner könnten es sich leisten, amerikanischen Präsidenten zu beschimpfen, umgekehrt sei ihm kein solcher Fall bekannt. Die USA hielten keine Versprechungen ein, wenn Israel dagegen Einspruch erhebe. Dafür könne er Beispiele aufführen:

- Zu Beginn der israelischen Invasion des Libanon<sup>8</sup> hätten die USA sich um eine Vermittlung bemüht. Israel habe jedoch von den Amerikanern übermittelte Zusagen nicht gehalten. Unter solchem Verhalten leide das Image der USA in der gesamten Region.
- Zur Geiselauffäre um die TWA-Maschine wolle er keine Einzelheiten anführen.<sup>9</sup> Soviel könne er aber sagen: Es habe ein Übereinkommen zwischen den

<sup>5</sup> Zur Vereinbarung zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>6</sup> Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

<sup>7</sup> Zur außerordentlichen Tagung von Staatsoberhäuptern der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 7. bis 9. August 1985 in Casablanca vgl. Dok. 231, Anm. 12.

<sup>8</sup> Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

<sup>9</sup> Zur Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) am 14. Juni 1985 vgl. Dok. 169, Anm. 7.

Präsidenten Reagan und Assad gegeben, wonach die libanesischen Gefangenen in Israel alsbald nach der Freilassung der Geiseln, wenn auch nicht im unmittelbaren Zusammenhang damit, befreit werden sollten. Syrien habe deshalb Druck auf die Geiselführer ausgeübt, um ihre Freilassung zu erreichen. Dies sei geschehen. Noch heute befänden sich jedoch libanesische Gefangene in Israel. Als Assad Reagan nach den Gründen gefragt habe, habe man ihm erklärt, daß man nicht noch mehr Druck auf Israel ausüben könne.

Der Minister fuhr fort, daß er diese beiden Beispiele angeführt habe, um eine Schlußfolgerung zu ziehen: Die USA könnten im Nahen Osten keine Schiedsrichterrolle spielen, wenn sie so eindeutig auf israelischer Seite stünden und nicht einmal Versprechungen einhielten. Oder anders ausgedrückt: Syrien setze kein Vertrauen in amerikanische Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts.

BM erläuterte Grundprinzipien des Nahost-Konflikts aus deutscher Sicht:

1974 nach Übernahme des Amtes des Außenministers habe er den damaligen AM Kissinger getroffen und ihm die deutschen Ansichten über den Europäisch-Arabischen Dialog und die deutsche Grundhaltung zum Nahost-Konflikt auseinandergesetzt.<sup>10</sup> Damals habe er mit Kissinger Übereinstimmung erzielt über die Nützlichkeit des Europäisch-Arabischen Dialogs zur Verbesserung der Beziehungen mit der arabischen Welt. Er habe ihm auch die Interdependenz der europäischen und nahöstlichen Lage auseinandergesetzt. Er habe die deutsche Ansicht dargelegt, daß die Palästinenserfrage kein reines Flüchtlingsproblem, sondern das Kernproblem der Nahostkrise sei. Die Bundesrepublik habe als erstes westliches Land schon 1974 das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes bejaht.<sup>11</sup> Dies sei kein einfacher Schritt gewesen. Deutschland sei damit jahrelang allein geblieben. Weiter wies BM darauf hin, daß die Lösung des Nahost-Problems durch das Fehlen der Einheit im arabischen Lager erschwert werde. Eine Tatsache sei auch, daß Amerika durch die arabischen Staaten stets dann beeinflusst worden sei, wenn diese sich in einer Frage zu einem klaren gesamtarabischen Standpunkt durchgerungen hätten.

<sup>12</sup>3) Blockfreienbewegung

BM fragte AM Sharaa nach seinen Erwartungen für die kommende Außenministerkonferenz der blockfreien Staaten.<sup>13</sup> Viele andere Staaten seien früher der Blockfreienbewegung skeptisch gegenübergestanden. Damals habe die Blockfreienbewegung auch eine den westlichen Ländern gegenüber entgegengesetzte Haltung eingenommen. Dies sei in der damaligen Phase der Entkolonialisierung auch verständlich gewesen. Unser von Anfang an größeres Verständnis habe sich inzwischen durchgesetzt. Die Blockfreien sollten eine unabhängige

<sup>10</sup> Bundesminister Genscher traf am 11. Juni 1974 in Bad Reichenhall mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger zusammen. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 171.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 845 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>13</sup> Vom 4. bis 8. September 1985 fand in Luanda eine Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

Kraft sein. Unter ihrem Dach hätten verschiedene Tendenzen Platz. Der Ost-West-Gegensatz müsse aber von der Blockfreien-Bewegung ferngehalten werden, sie habe keine „natürlichen Verbündeten“.

AM Sharaa stimmte dem zu. Nur wenn ihre Unabhängigkeit gewährleistet sei, könne die Blockfreienbewegung zur Entspannung in der Welt beitragen. Syrien habe sich immer innerhalb der Bewegung um dieses Ziel bemüht. Die USA hätten leider häufig starken Druck ausgeübt. Syrien sehe aber keine Alternative zur Blockfreienbewegung.

#### 4) Libanon

AM Sharaa führte aus, daß Syrien die Einheit und Souveränität dieses leidgeprüften Landes wiederherstellen wolle. Es habe keine territorialen Ambitionen im Libanon. Vor allem ein äußerer Faktor erschwere aber die Erreichung dieses Zieles. Dieser Faktor sei Israel. Man müsse zwischen inneren und regionalen Aspekten des Libanon unterscheiden. Nach syrischem Verständnis sei die Ansicht falsch, wonach erst einmal das Nahost-Problem gelöst sein müsse, um die Kämpfe im Libanon zu beenden<sup>14</sup>. Syrien glaube vielmehr, daß ein geeinter und sicherer Libanon eher in der Lage wäre, zur Erreichung eines gerechten Friedens im Nahen Osten beizutragen. AM Sharaa wünschte sich abschließend, daß Deutschland Druck auf Israel ausüben möge, damit Israel sich aus allen besetzten Gebieten im Libanon zurückzieht<sup>15</sup>.

BM erwiderte darauf, daß die Bundesrepublik zwar Einfluß, aber keinen Druck ausüben könne. Das Libanon-Problem sei aufs engste mit dem Nahost-Problem verknüpft. Fortschritte seien nur zu erwarten, wenn es Aussichten auf die Lösung des Nahost-Konfliktes gebe. Die Bundesrepublik sehe aber diese Aussichten im Moment nicht. Die israelische Politik gehe vielmehr eher in die entgegengesetzte Richtung. Die Bundesrepublik werde sich dennoch dafür einsetzen, daß wenigstens der Beginn einer Lösung des Libanon-Konfliktes zustande komme. Die deutsche Seite habe auch bei ihren Gesprächen in Israel keine<sup>16</sup> Zweifel über ihre Haltung zum israelischen Vorgehen im Libanon gelassen.

BM knüpfte daran die Frage, welche Möglichkeiten Syrien zur Durchsetzung seiner Vorstellungen im Libanon sehe.

AM Sharaa erwiderte darauf, daß die syrischen Verantwortlichen die Schwierigkeit einer Lösung sähen. Man habe Bemühungen unternommen, deren Wirksamkeit noch nicht abgeschätzt werden könne. Wo aber, so fragt Minister Sharaa, wäre der Libanon heute ohne die syrischen Bemühungen? Die meisten Libanesen seien sich dieser syrischen Verdienste inzwischen bewußt geworden. Israel habe dagegen Interesse, den Libanon in einem Zustand der Unruhe zu

<sup>14</sup> Am 22. August 1985 resümierte Referat 310 die Lage im Libanon: „Die neue Eskalation der Gewalt im libanesischen Bürgerkrieg zeigt einmal mehr, daß die libanesischen Gruppierungen den Gesetzen der Vergeltung und Blutrache folgen. Bereitschaft zur Aussöhnung scheint kaum zu bestehen. [...] Die libanesisches staatliche Zentralgewalt ist praktisch zerfallen. Kabinettsitzungen finden aufgrund des Boykotts moslemischer Minister nicht mehr statt. Die politische und militärische Macht liegt nicht mehr länger beim libanesischen Staat, sondern ist auf die paramilitärisch organisierten Milizen übergegangen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149642.

<sup>15</sup> Zum Abzug der israelischen Streitkräfte aus dem Libanon vgl. Dok. 120, Anm. 45.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „Isreine“.

halten. Aufbau sei bekanntlich sehr viel schwieriger als Zerstörung. Im Libanon seien in letzter Zeit einige wichtige Fortschritte erzielt worden, die jedoch durch neue Gewaltaktionen überschattet seien. Der Minister erwähnte dabei das Übereinkommen über die Beendigung des Lagerkrieges in Beirut.<sup>17</sup> In Shtaura im Libanon hätten sich wichtige Kräfte des Libanon auf Verwirklichung von Reformen geeinigt.<sup>18</sup> Dieses Abkommen sei vielfach falsch interpretiert worden. Es werde keine Hegemonie einer Gruppe über eine andere angestrebt, sondern eine Aussöhnung.

BM erwiderte darauf, daß die Rolle Syriens im Libanon nicht zu ersetzen sei. Alle syrischen Bemühungen zur Wiederherstellung der Einheit und der Integrität des Libanon fänden deshalb die deutsche Unterstützung.

##### 5) Ost-West-Verhältnis

BM machte eingehende Ausführungen über den derzeitigen Stand des Ost-West-Verhältnisses. In Europa habe seit 40 Jahren Frieden geherrscht. Obwohl dies ein großer Erfolg sei, sei der gegenwärtige Zustand nicht befriedigend. Die Bundesrepublik habe mit ihren Verträgen der 70er Jahre einen wichtigen Beitrag zur Entspannung geleistet. Besonders der Moskauer Vertrag<sup>19</sup> sei dabei von Bedeutung, wenn auch die Frage des Verhältnisses zu Polen und der DDR noch schwieriger sei. Die Politik der völligen Integration der deutschen Nachkriegsflüchtlinge in der Bundesrepublik habe eine friedliche Regelung der Probleme wesentlich erleichtert.

Zum Verhältnis zur DDR sagte BM, daß Deutschland eine Nation sei und auch Honecker selbst von Deutschland und der deutschen Nation spreche. Dies sei

<sup>17</sup> Seit dem 20. Mai 1985 fanden in Beirut Kämpfe um die Palästinenserlager Sabra, Chatila und Burj el-Brajneh statt. Vgl. dazu Dok. 165, Anm. 9.

Botschafter Eitel, Beirut, berichtete am 12. Juli 1985 über ein Treffen libanesischer Muslime vom 7. bis 9. Juli 1985 in Damaskus zur Beendigung der Auseinandersetzungen: „Die seit dem Lagerkrieg immer wieder zum Ausbruch kommenden blutigen Auseinandersetzungen zwischen drusischer P[rogressiv-]S[ozialistischer]P[artei] oder sunnitisch-palästinensischen Stadtguerilleros einerseits und der schiitischen Amal andererseits, wie überhaupt die chaotischen Verhältnisse, haben zu einem erneuten Versuch der syrischen Führung geführt, die Verhältnisse im Libanon in den Griff zu bekommen.“ Unter Vorsitz des syrischen Vizepräsidenten Khaddam sei ein langes Kommuniqué erarbeitet worden: „Dessen Einleitung wendet sich gegen israelische Besatzung und Subversion (auf die es auch den jüngsten Beiruter Lagerkrieg zurückführt), ebenso wie gegen palästinensische Bemühungen, den Zustand von vor der israelischen Invasion, d.h. eine bewaffnete Autonomie im Libanon, wieder herbeizuführen.“ Eitel zog folgendes Fazit: „Das Kommuniqué setzt die Reihe der in Damaskus erreichten Einigungen fort. Bisher ist es nie gelungen, solche Einigungen dann auch im Libanon zu effektuieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 440; Referat 310, Bd. 149645.

<sup>18</sup> Am 7. August 1985 stellte Botschafter Eitel, Beirut, fest: „Die libanesischen Muslime haben große Mühe, ihre Divergenzen davor zu bewahren, in Waffengänge auszuarten. Ständige Konsultationen in Damaskus helfen, die zerstrittenen Brüder jeweils wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. So hat jetzt nach wochenlanger Vorbereitung mit syrischer Geburtshilfe am 6.8. ein Treffen in Shtaura (syrische Besatzungszone des Libanon) stattgefunden, bei welchem eine neue politische Sammlungsbewegung, die ‚Nationale Einheitsfront‘ (Front de l’unité nationale = FUN) ins Leben gerufen wurde. Die FUN hatte ursprünglich über konfessionelle Grenzen hinweg führende Schiiten, Drusen, Sunniten und Christen verbinden sollen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. [...] Die Teilnehmer des FUN sind also letztlich die bereits bisher bestehende, von Jumlat geführte Nationale Errettungsfront (Front de salut national, FSN), verstärkt um die schiitische Amal, die mit Jumblatts FSN ohnehin schon ein Zweckbündnis eingegangen war. Die beabsichtigte Organisation dieses Zweckbündnisses dürfte die wichtigste Neuerung sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 487; Referat 310, Bd. 149635.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

einfach eine Realität. Eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen sei ohne eine Regelung der deutschen Beziehungen zu den kommunistischen Staaten nicht möglich gewesen. Heute sei das deutsch-deutsche Verhältnis ein Impuls für das Ost-West-Verhältnis im allgemeinen.

Die Sowjetunion habe der europäischen Einigung lange skeptisch gegenübergestanden. Das ändere sich jetzt. Besondere Bedeutung komme auch dem KSZE-Dokument<sup>20</sup> zu. Bei der jüngsten Feier zum zehnjährigen Jubiläum von Helsinki<sup>21</sup> sei man in einem Punkt einig gewesen: Der Weg sei richtig gewesen und müsse weitergegangen werden. Beide Teile wüßten allerdings, daß die beiden Machtsysteme weiter bestehen werden. Es sei jedoch schon eine ganze Menge erreicht worden. Die Bundesrepublik beobachte mit Interesse die Entwicklung in der Sowjetunion und messe der bevorstehenden Begegnung Reagan–Gorbatschow<sup>22</sup> besondere Bedeutung bei. Diese Begegnung dürfe sich aber nicht nur auf Abrüstung beschränken. Zusammenarbeit sei das beste Mittel, um Mißtrauen abzubauen. Der Abstand im Fortschritt der Technologie der beiden Blöcke vergrößere sich, der Abstand zwischen China und der Sowjetunion werde dagegen kleiner. Der Frieden in der Welt hänge davon ab, daß keine Seite Überlegenheit für sich beanspruche. Das gesteigerte Wettrüsten sei angesichts der weltweiten Probleme verantwortungslos und außerdem eine Verschwendung von Ressourcen.

AM Sharaa erwiderte darauf, daß Syrien sich der geopolitischen Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland in Europa bewußt sei. Die Bundesrepublik spiele in der Welt die wichtigste Rolle im Hinblick auf die Annäherung zwischen Ost und West. Syrien sei Teil der gespaltenen arabischen Nation und könne deshalb den deutschen Wunsch auf Wiedervereinigung gut verstehen. Die Syrer empfänden gegenüber Deutschland ein Gefühl der Achtung und des Respekts. Deutschland habe in der arabischen Welt kein kolonialistisches Erbe hinterlassen. Man müsse aber auch erkennen, daß ein weltweiter Entspannungsprozeß nicht notwendig zu einer Entspannung in Nahen Osten führen müsse. Andererseits führe eine Politik der Konfrontation auch zu einer Verschlechterung der Situation im Nahen Osten.

Syrien sei 1967 ein Opfer der israelischen Aggression geworden.<sup>23</sup> Dies sei noch in der Vorentspannungsphase gewesen. 1982 sei die israelische Invasion des Libanon mit einem weltweit gespannten Verhältnis zusammengetroffen. Syrien und die Araber müßten also häufig den Preis für Spannungen unter den Großmächten bezahlen.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>21</sup> Zum Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

<sup>22</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>23</sup> Am 5. Juni 1967 griffen israelische Streitkräfte ägyptische Truppen auf der Sinai-Halbinsel an und nahmen einen Tag später den Gaza-Streifen und den jordanischen Teil von Jerusalem ein. Am folgenden Tag ordnete das Oberkommando der ägyptischen Streitkräfte die Sperrung des Suez-Kanals an. Am 9./10. Juni nahmen israelische Truppen die syrischen Stellungen auf den Golanhöhen ein. Die Kampfhandlungen fanden am 10. Juni 1967 mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Gebietes westlich des Jordans durch Israel ein vorläufiges Ende. Der Suez-Kanal blieb für die Schifffahrt gesperrt. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

Abschließend lud BM AM Sharaa zu einem baldigen Besuch der Bundesrepublik ein und schlug außerdem regelmäßige politische Konsultationen durch hohe Beamte beider Außenministerien vor.

AM Sharaa betonte noch einmal, welche Bedeutung er der Vertiefung der bilateralen Beziehungen zumesse, dankte für die Einladung und hoffte, ihr bald Folge leisten zu können. Den Gedanken regelmäßiger Treffen hoher Beamter beider Seiten unterstützte er.

Im übrigen erwähnte BM auch, daß im Vier-Augen-Gespräch zwischen beiden Ministern die Wiederaufnahme der früher vereinbarten Gespräche zwischen Wirtschaftsvertretern beider Staaten vereinbart worden sei.

Gesprächswiedergabe wurde von BM noch nicht genehmigt.

[gez.] Wöckel

Referat 010, Bd. 178896

## 239

### Botschafter Wöckel, Damaskus, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 848

Aufgabe: 2. September 1985, 11.55 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 2. September 1985, 13.11 Uhr

Betr.: BM in Syrien vom 30.8. bis 1.9.1985<sup>2</sup>;  
hier: Gespräche BM mit Staatspräsident Assad

Zur Unterrichtung

BM hat am 31.8. Staatspräsident Assad zu einem eingehenden, über drei Stunden dauernden Gespräch getroffen.

Staatspräsident Assad leitete das Gespräch, wie bei ihm häufig, mit einem längeren Exkurs über Fragen ein, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Besuch und seinem Zweck standen.

Nach dieser Einleitung stellte BM fest, daß sein Besuch in eine wichtige Zeit falle und er ein neues Kapitel in den deutsch-syrischen Beziehungen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet darstelle. Dies sei schon dadurch zum Ausdruck gekommen, daß AM Sharaa seine Einladung nach Deutschland angenommen habe und ihr sobald wie möglich nachkommen wolle.<sup>3</sup> Dasselbe gelte für die vereinbarten politischen Konsultationen.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Nach seinem Besuch in Syrien reiste Bundesminister Genscher am 1./2. September nach Kuwait und hielt sich anschließend am 2. September 1985 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 236.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Shara'a am 30./31. August 1985 in Damaskus; Dok. 238.



Weiter drückte BM seine Wertschätzung für die Rolle Syriens und die persönliche Rolle Assads für die Politik in der Region aus. In einer ganzen Reihe von Fragen könnten beide Länder einander unterstützen. Als Beispiel führte er an, daß Syrien wie die Bundesrepublik die islamische Revolution im Iran von vornherein richtig beurteilt und den iranisch-irakischen Krieg von Anbeginn verurteilt hätte.

Weiter sei es das Bestreben beider Länder, eine Ausweitung des Krieges in den Golf und eine Einmischung dritter Staaten in den Konflikt zu verhindern. Ein engerer Meinungsaustausch zu diesem Problemkreis werde sicher auch in Zukunft nützlich sein.

Weiter sagte BM, daß die Bundesrepublik die positive Rolle Syriens im Libanon sehe und auch genau wisse, daß es ohne Syrien keine Lösung des Nahost-Konfliktes und keine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser geben könne. Leider sei es zu beklagen, daß es keine gesamtarabische Haltung im Nahost-Konflikt gebe. Das erschwere seine Lösung. Die Bundesrepublik sei an arabischer Einigkeit interessiert und habe mit keinem einzigen arabischen Staat schlechte Beziehungen. Außerdem müsse der Europäisch-Arabische Dialog neue Impulse erhalten.

Daran knüpfte BM die Frage, was zur Lösung all dieser Probleme geschehen könne.

Präsident Assad führte dazu aus:

#### 1) Iranisch-irakischer Krieg

Syrien habe von Anfang an den Krieg verurteilt und versucht, ihn zu beenden.<sup>4</sup> Es sei jedoch mit seinen Bemühungen auf taube Ohren gestoßen. Nach seiner Kenntnis sei die Bundesrepublik der einzige westliche Staat, der gute Beziehungen zu dem neuen Regime in Teheran unterhalte. Dies sei auch von iranischer Seite gesagt worden.

#### 2) Libanon

Syrien habe für die Lösung der libanesischen Probleme schon große Opfer gebracht und habe viele Schwierigkeiten in Kauf nehmen müssen. Es habe zu Beginn der Krise versucht, andere arabische Staaten zur Mithilfe bei der Regelung des Problems zu gewinnen. Die arabische Friedensstreitmacht habe nach syrischen Vorstellungen hauptsächlich aus Nichtsyjern bestehen sollen.<sup>5</sup> Es hätten aber nur symbolische Kontingente anderer arabischer Staaten mitgeholfen, die sich dann auch bald wieder zurückgezogen hätten. Der Libanon sei praktisch ein einziges Waffenlager. Jedes einzelne Haus sei reich mit Waffen der verschiedensten Kaliber bestückt. Jeder, der sich mit dem Libanon einlasse, müsse deshalb mit erheblichen Verlusten rechnen. Trotz aller Schwierigkeiten sei es Syrien gelungen, zur Linderung der Not der Bevölkerung beizutragen. Nur Syrien sei es zu verdanken, daß es trotz des Bestehens der mächtigen Milizen noch einen Staat Libanon und einen libanesischen Präsidenten gebe. Bei der

<sup>4</sup> Zur syrischen Haltung zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 238, Anm. 3.

<sup>5</sup> Die Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 25./26. Oktober 1976 in Kairo faßte Entschlüsse zur Einsetzung einer arabischen Friedenstruppe im Libanon. Vgl. das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1977, D 52-54.

Wahl des libanesischen Präsidenten Sarkis<sup>6</sup> sei es nur den syrischen Truppen zu verdanken gewesen, daß die Abgeordneten sich ohne Gefahr für Leib und Leben zur Abstimmung ins Parlament hätten begeben können. Auch die gegenwärtige Position von Staatspräsident Gemayel wäre, so Assad, noch schwächer, wenn Syrien nicht für seine Sicherheit Sorge trüge. Solche Bemühungen hätten Syrien in Konflikt mit seinen traditionellen Freunden im Libanon gebracht. Es sei auch nicht zu leugnen, daß äußere Einflüsse Syriens Bemühungen durchkreuzt hätten. Stammesinteressen und Ehrgeiz einzelner werde von auswärtigen Kräften mißbraucht. Syrien habe sich immer wieder bereit erklärt, dem Libanon zu helfen. Es könne den Libanon aber nicht anstelle der libanesischen Regierung regieren. Es versuche nur mit allen Mitteln, dem Geist der Versöhnung zum Durchbruch zu verhelfen. Heute bestehe bei allen maßgebenden libanesischen Kräften Einigkeit über die Notwendigkeit zu Reformen. Syrien bemühe sich, die Reformideen aller Gruppen zu verstehen und zu berücksichtigen.

Syrien habe jetzt genaue Kenntnis von den Grundideen jeder einzelnen bedeutenden libanesischen Gruppierung. Es versuche, diese Ideen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dabei habe Syrien aber zu verstehen gegeben, daß es eine Teilung des Libanon nicht hinnehmen werde.

Die Attentate und Sprengstoffanschläge der letzten Zeit seien auf auswärtige Mächte zurückzuführen. Auf Frage von BM, wer diese Mächte seien, erwiderte Assad, daß es sich um Splittergruppen handele, die sich mit auswärtigen Kräften einließen, nicht jedoch größere Gruppierungen. Die Kataeb z. B. hätten sich jetzt eindeutig für die Einheit des Libanon ausgesprochen. Innerhalb dieser Partei gäbe es aber Kräfte, die sich von Israel mißbrauchen ließen. Ähnliche Konstellationen gebe es auch im islamischen West-Beirut. Auch die Forces Libanaises arbeiten nicht mehr wie früher unter Beschir Gemayel mit Israel zusammen. Die Einsicht habe sich durchgesetzt, daß dies der falsche Weg gewesen sei. Die erwähnten kleinen Splittergruppen seien für die Eskalation der letzten Zeit verantwortlich. Es gebe aber außer Israel noch andere Kräfte, die Zwietracht säen. Der Spielraum für diese auswärtigen Kräfte sei aber kleiner geworden. Zusammenfassend sagte Assad, daß Syrien glaube, Grund für Optimismus zu haben, wenn auch der Weg noch lang und beschwerlich sein werde. Syrien sei entschlossen, dem Libanon zu helfen. Syrien unterhalte zu diesem Zweck Kontakte mit allen wesentlichen Gruppierungen des Landes.

BM führte aus, daß er vor Antritt seiner Reise die Lage im Libanon<sup>7</sup> pessimistischer gesehen habe, von der optimistischen Sicht Assads jedoch beeindruckt sei.

Assad erwiderte darauf, daß nur Syrien eine Befriedung des Libanon erreichen könne. Wenn dies Syrien nicht gelinge, werde es niemandem gelingen.

### 3) Zustand im arabischen Lager

Das arabische Lager, so Assad, befinde sich in einem traurigen Zustand. Das sei die Schuld aller arabischen Staaten. Es sei die Pflicht der Araber zu ver-

<sup>6</sup> Elias Sarkis wurde am 8. Mai 1976 zum Präsidenten des Libanon gewählt und trat das Amt am 26. September 1976 an.

<sup>7</sup> Zum Bürgerkrieg im Libanon vgl. Dok. 238, Anm. 14.

hindern, daß äußere Mächte sich in innerarabische Angelegenheiten einmischen könnten.

#### 4) Der Nahost-Konflikt

Seit 1974 bestünden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Syrien und den USA, was die Lösung des Nahost-Konflikts angehe. Die USA hätten damals die Politik Kissingers einer Lösung „Schritt für Schritt“ durchsetzen wollen. Vor allem auch Israel wolle nicht einer gesamtarabischen Position gegenüberreten. Für die Genfer Konferenz 1974 sei eine gemeinsame arabische Delegation vorgesehen gewesen.<sup>8</sup> Israel habe sich dem erfolgreich widersetzt.

<sup>9</sup>Assad ging anschließend auf die Hussein-Arafat-Initiative<sup>10</sup> ein. Nach seiner Ansicht gibt es keine geschlossene palästinensische Gruppe, die diese Initiative unterstützt, sogar el-Fatah sei darüber gespalten. Die Kämpfer in der PLO seien gegen Arafat eingestellt. Wenn Arafat ein entsprechendes Papier unterzeichne, sei dieses für das palästinensische Volk wertlos. Das gelte auch für König Hussein. Dieser habe im übrigen noch nie eine relevante Rolle im arabisch-israelischen Konflikt gespielt. Es habe immer ein Widerspruch zwischen seinem Verbalismus und seinem tatsächlichen Handeln bestanden.

Die israelische Haltung habe auf falschen Grundlagen beruht. Israel habe gedacht, daß der israelisch-arabische Konflikt nach dem Ausscheiden Ägyptens aus der Anti-Israel-Front leicht in seinem Sinne zu lösen sei. Darin habe es sich geirrt. Syriens Bestreben sei es zu beweisen, daß der Camp-David-Weg<sup>11</sup> falsch war.

Zu diesem Zweck müsse sich Syrien entwickeln und sein ganzes Lebensniveau anheben. Syrien sei überzeugt, daß Israel auf die Dauer seine aggressive Politik nicht werde durchsetzen können. Sicher sei das Ausscheiden Ägyptens aus dem arabischen Lager ein großer Verlust gewesen. Dieser Verlust könne aber kompensiert werden. Syrien werde auf seinem Weg unbeirrt weitergehen. Es sei schon heute nicht mehr in einer Position der Schwäche, sondern habe die besseren Trümpfe in seiner Hand. Noch verfüge Israel über eine überlegene Technologie. Syrien werde aber gleichziehen. Ein gerechter Frieden setze ein Gleichgewicht aller Kräfte voraus. Syrien sei friedenswillig, wolle aber nicht irgendeinen Frieden, sondern einen gerechten Frieden auf der Basis der Gleichheit. Solange Israel seinen Nachbarn so sehr überlegen sei, sei es nicht am

<sup>8</sup> Am 21. Dezember 1973 wurde in Genf die Friedenskonferenz für den Nahen Osten auf Außenministerebene eröffnet, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf“; DIE WELT vom 24./25. Dezember 1973, S. 1.

Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1 f.

<sup>9</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 849 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>11</sup> Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 48, Anm. 11.

Frieden interessiert. Die Araber hätten aber schon beachtliche Fortschritte erzielt und würden auch in Zukunft Fortschritte erzielen.

Auf Frage BM, was Assad unter „die Araber“ verstehe, erwiderte Assad, daß er militärisch nur an Syrien denke. Er glaube aber nicht, daß das ganze arabische Lager es sich leisten könne, bei einem israelisch-syrischen Konflikt tatenlos zuzusehen.

Syrien sei heute der einzige Konfrontationsstaat. Die jedermann deutlich gewordene Opferbereitschaft der Araber im Libanon habe jedoch ein neues Element gebracht. Dort strebten junge Menschen, die sonst ganz andere Ziele hätten, nach dem Märtyrertod im Kampf gegen Israel. Dies sei ein wichtiges Element auf dem Weg zum angestrebten israelisch-arabischen Gleichgewicht.

Assad kam nochmals auf den Weg einer Friedenslösung zu sprechen. Einzelschritte einzelner arabischer Staaten seien zur Erreichung des Friedens sinnlos. Die Amerikaner seien überhaupt nicht in der Lage, einen solchen Frieden zu garantieren. Die Israelis seien gegen eine umfassende Friedenskonferenz, weil sie es dann außerdem mit den Arabern und nicht nur mit den Amerikanern zu tun hätten.

Der Einfluß des Zionismus in Amerika sei gewaltig. Jeder einzelne Israeli, ob Kind, ob Greis, erhalte z.Z. mindestens 1000 Dollar pro Jahr an amerikanischen Subventionen, mehr als in vielen Staaten der Dritten Welt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrage.

Syrien sei für die Einberufung einer Nahost-Konferenz mit einem Garantiesystem der Vereinten Nationen. Zunächst müsse jedoch an der Wiederherstellung der arabischen Einheit gearbeitet werden.

BM erwiderte, daß Deutschland schon vor mehr als zehn Jahren das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkannt habe.<sup>12</sup> Die Erklärung von Venedig<sup>13</sup> habe sich als richtig erwiesen und sei immer noch gültig. Ausgehend von dieser Erklärung habe Europa auch der Charta von Fes<sup>14</sup> zugestimmt. Was die Einberufung einer Nahost-Konferenz angehe, habe die Bundesrepublik sich immer zurückgehalten, weil dies eine Frage sei, die nur die unmittelbar Beteiligten angehe. Die Bundesrepublik würde es begrüßen, wenn die Araber trotz aller Meinungsverschiedenheiten zusammenfinden könnten. Die Bundesrepublik würde gern einen Beitrag leisten, damit sich wenigstens die unmittelbaren Nachbarn im Nahen Osten zusammenfinden könnten. Die Sicherheit der Region sei auch für Europa von unmittelbarem Interesse. Es gebe keine geteilte Sicherheit. Wir hätten auch in Europa schon viele unlösbare Fragen gelöst. Die deutsch-französische Feindschaft sei eine Sache der Vergangenheit. Auch für unser Verhältnis zu Polen und die deutsch-deutschen Beziehungen hätten wir

<sup>12</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>14</sup> Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

Lösungen gefunden. Wir wünschten uns eine ähnliche Entwicklung im arabischen Lager und im arabisch-israelischen Konflikt.

In Camp David, so fuhr der Bundesminister fort, sei von vornherein ein Dissens eingebaut gewesen. Für Begin sei Camp David das Ende, für Sadat der Beginn des Versuches einer Lösung des Palästinenserproblems gewesen. Die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser werde heute in Europa weit besser verstanden als früher. Die arabische Uneinigkeit und die Streitigkeiten im arabischen Lager überdeckten aber diese Einsicht.

BM sprach dann die Frage der amerikanischen und französischen Geiseln im Libanon an.<sup>15</sup> Er sei von beiden Seiten gebeten worden, seinen Einfluß für eine baldige Entlassung auszuüben.

Assad erwiderte darauf: Syrien bemühe sich um die Freilassung und lasse in seinen Bemühungen auch nicht nach. Die amerikanische Haltung bei der TWA-Geisellaffäre<sup>16</sup> sei allerdings nicht hilfreich gewesen. Sie habe die syrische Verhandlungsposition gegenüber den Entführern geschwächt. Vor der Entführung habe es vier Geiseln gegeben und man habe auf ihre baldige Freilassung hoffen können. Hinsichtlich der TWA-Geiseln habe Syrien amerikanische Garantien an die Entführer weitergegeben. Die Amerikaner hätten jedoch ihre Versprechungen anschließend nicht eingehalten.

Syrien lehne Entführungen ab. Es werde weiter darauf drängen, daß Entführungsaktionen unterbleiben, müsse sich allerdings bewußt sein, daß es keinen zu starken Druck auf die Entführer ausüben könne. Sollte den Geiseln etwas geschehen, werde man anschließend Syrien dafür verantwortlich machen. Er, Assad, glaube aber, daß man eine Lösung werde finden können.

Das Gespräch endete mit einem Exkurs des BM über die Frage der europäischen Einigung und fand in einer von allen Seiten als angenehm und gelockert angesehenen Atmosphäre statt.<sup>17</sup>

Gesprächswiedergabe wurde von BM noch nicht genehmigt.

[gez.] Wöckel

**Referat 010, Bd. 178896**

<sup>15</sup> Am 6. August 1985 berichtete Botschafter Eitel, Beirut, daß elf amerikanische und französische Geiseln im Libanon von Kräften aus dem Umkreis der schiitischen Organisation Hisbollah festgehalten würden: „Amerikanische und französische Geiseln werden aus unterschiedlichen, aber verwandten Motiven festgehalten: Mit amerikanischen Geiseln sollen in Kuwait inhaftierte Attentäter [...] freigepreßt werden. Mit französischen Geiseln soll Druck auf französische Regierung ausgeübt werden, Waffenlieferungen an Irak einzustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 481; Referat 310, Bd. 149645.

<sup>16</sup> Zur Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft Trans World Airlines (TWA) am 14. Juni 1985 vgl. Dok. 169, Anm. 7.

<sup>17</sup> Botschafter Wöckel, Damaskus, zog am 2. September 1985 folgendes Fazit: „Der Besuch von BM Genscher in Syrien stand von Beginn an nicht unter guten Vorzeichen. Der Besuch hatte mehrmals verschoben werden müssen und fiel schließlich in eine für Syrien ungünstige Zeit. [...] Wenn die Syrer über diese Vorzeichen verstimmt gewesen sein sollten, so haben sie das jedenfalls in keiner Weise erkennen lassen. Von Anbeginn war klar, daß der Besuch des BM von syrischer Seite nicht wie einer der zahlreichen Routine-Besuche von Ministern anderer Länder behandelt wurde. [...] Höhepunkt des Besuchs war ein über dreistündiges Gespräch des BM mit Staatspräsident Assad. Wie immer nahm Assad durch seine gewinnende und humorvolle Art für sich ein. [...] Insgesamt

## 240

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl****209-363.60/2-2327/85 VS-vertraulich****3. September 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

Betr.: Deutsche NATO-Verteidigungshilfe für die Türkei;

hier: Türkische Wünsche nach einer neuen Rüstungssonderhilfe<sup>4</sup>**I. Kurzfassung**

Bei den deutsch-türkischen Regierungsverhandlungen über Verteidigungshilfe vom 21. bis 23.8. d.J. hat die türkische Seite den Wunsch nach der Lieferung von Ausrüstungsgegenständen im Rahmen einer Rüstungssonderhilfe geäußert, die nach ersten Schätzungen einen Wert von ca. DM 2 Mrd. repräsentieren.

**II. Im einzelnen**

1) Vom 21.–23. August d.J. fanden in Bursa (Türkei) deutsch-türkische Regierungsverhandlungen über die deutsche NATO-Verteidigungshilfe und Materialhilfe statt (Delegationsleiter: MDg Bewerunge, BMVg, und Admiral Erdem, türkisches VM). In den Verhandlungen wurde der türkischen Seite – entsprechend den Haushaltsbeschlüssen des Kabinetts – vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung für die 15. Tranche (Anfang 1986 bis Mitte 1987) wiederum eine Verteidigungshilfe im Werte von DM 130 Mio. zugesagt. Die Türkei bedauerte, daß die von ihr gewünschte Erhöhung der Verteidigungshilfe nicht erfolgen könne und spezifizierte ihre im Rahmen der nächsten Tranche zu finanzierenden Wünsche.

2) Der türkische Delegationsleiter benutzte dann aber die Gelegenheit, um auch die außerhalb der Verteidigungshilfe im Rahmen einer Rüstungssonderhilfe zu finanzierenden Wünsche zu beschreiben. Unter Bezugnahme insbesondere auf

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1237*

zeigten der Besuch – der erste seit sechs Jahren – und seine Ausgestaltung durch die syrische Seite, daß Syrien im gegenwärtigen Zeitpunkt an Westkontakten besonders interessiert ist. Offensichtlich messen die Syrer dabei den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert bei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 850; Referat 010, Bd. 178896.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Röhr konzipiert.

<sup>2</sup> Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus am 6. September 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 15. September 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Das ist das bedauerliche Ergebnis der in Ankara bei BK-Besuch noch einmal aufgeworfenen – längst geklärten – Fragen.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. September 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an Referat 209 verfügte.

Hat den Staatssekretären Meyer-Landrut und Ruhfus am 16. bzw. 17. September 1985 erneut vorgelegen.

Hat Braunmühl am 18. September 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte.

Hat Ploetz am 18. September 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Verteidigungshilfe für die Türkei und zur Rüstungssonderhilfe für die Jahre 1980 bis 1983 vgl. Dok. 92, Anm. 21.

die Gespräche von StS Dr. Rühl in Ankara am 29./30. Mai d. J.<sup>5</sup> erklärte er, die den verschiedenen hochrangigen Besuchern der letzten Zeit (BK<sup>6</sup>, StS Dr. Rühl, Inspekteur des Heeres<sup>7</sup>, Angehörige des Verteidigungsausschusses des BT, verteidigungspolitischer Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion) mitgeteilten Ausrüstungsbedürfnisse der türkischen Streitkräfte seien nochmals auf ihre Priorität untersucht worden. Nunmehr liege das endgültige Ergebnis („final list“) vor.

a) Als vorrangige Erfordernisse, die auf den begrenzten Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel Rücksicht nehmen, nenne er:

- 234 Schützenpanzer (Lizenzfertigung in der Türkei mit deutschen Zulieferungen);
- Modernisierung der Artillerie;
- Ausstattung von zwei Bataillonen mit Mehrfachraketenwerfern (z. T. türkische Produktion);
- Ausrüstung von zwei mechanisierten Divisionen und vier mechanisierten Brigaden mit Gerät und Fahrzeugen sowie Ausrüstung von sechs Panzerbrigaden mit dem Tieffliegerabwehrsystem Roland;
- Material für den Bau eines U-Bootes.

(Nach ersten Schätzungen des BMVg würden diese Maßnahmen Kosten in Höhe von ca. DM 2 Mrd. verursachen.) Außerdem würden zur Auffüllung einer bestehenden und Neuaufstellung einer weiteren Panzerbrigade 105 Kampfpanzer Leopard I benötigt. Mit Rücksicht auf Meldungen in der deutschen Presse, nach denen die Abgabe von 110 Leopard I an die Türkei vorgesehen sei, erbat die türkische Seite diese Panzer als unentgeltliche Abgabe von Überschußmaterial.

b) Für die Zukunft benötige die Türkei zur Erfüllung der ihr im Bündnis obliegenden Verteidigungsaufgaben (Kostenangaben von türkischer Seite):

- |                                                    |                        |
|----------------------------------------------------|------------------------|
| – 144 Flugabwehrsysteme Roland                     | ca. DM 2700 Mio.       |
| – 444 gepanzerte Fahrzeuge                         | ca. DM 900 Mio.        |
| – weitere Modernisierung der Artillerie            | ca. DM 2000 Mio.       |
| – mobile Radaranlagen                              | ca. DM 780 Mio.        |
| – Modernisierung der Elektronik für Abschirmdienst | <u>ca. DM 300 Mio.</u> |
|                                                    | ca. DM 6280 Mio.       |

c) Eigentlich benötige die Türkei sogar 3000 gepanzerte Fahrzeuge. Da sie realistisch sei, erbäte sie jedoch nur 234 bzw. 444 solcher Fahrzeuge.

Auf Frage der deutschen Seite, ob diese Vorstellungen bereits auch mit anderen NATO-Partnern erörtert worden seien, erklärte die türkische Delegation, zu diesem Zweck sei in der Türkei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, die jedoch noch kein Ergebnis erzielt habe.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Staatssekretärs Rühl, Bundesministerium der Verteidigung in der Türkei vgl. Dok. 185, Anm 13.

<sup>6</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 9. bis 11. Juli 1985 in der Türkei vgl. Dok. 185 und Dok. 188.

<sup>7</sup> Hans-Henning von Sandrart.

3) Die deutsche Seite wies darauf hin, daß für eine neue Rüstungssonderhilfe derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Die deutsche Seite vermied es im weiteren, in den Verhandlungen auf die Prioritätenliste detailliert einzugehen. Die türkische Seite nahm dies stillschweigend zur Kenntnis, offenbar in der Absicht, die Verhandlungen über eine Sonderhilfe im Rahmen des deutsch-türkischen StS-Ausschuß<sup>8</sup> zu führen.

### III. Bewertung

1) Der Ablauf der Verhandlungen hat gezeigt, daß wir damit rechnen müssen, in den Verhandlungen des deutsch-türkischen Staatssekretärsausschusses mit massiven türkischen Forderungen nach Rüstungssonderhilfe konfrontiert zu werden. Der Nachdruck und die Unverblümtheit, mit der die Türken ihre Wünsche vorgetragen haben, sind Anzeichen dafür, daß sie sich nicht in der Rolle eines Bittstellers sehen.

2) Dabei wissen die Türken zwar, daß ihre Wünsche weit von den Möglichkeiten entfernt liegen. Die Tatsache, daß sie sich nicht mit Klagen darüber aufgehalten haben, daß die Verteidigungshilfe nicht erhöht wird, spricht jedoch dafür, daß sie mit einer substantiellen Sonderhilfe rechnen.

3) Die jetzt während der Verhandlungen über die VH vorgetragenen Forderungen sind anders formuliert als die Forderungen, die MP Özal gegenüber dem Herrn BK während dessen Besuch in Ankara vom 9.–11. Juli 1985 vorgetragen hat. Das BMVg ist derzeit dabei, die von MP Özal erhobenen Forderungen zu bewerten<sup>9</sup> und hat zugesagt, das Auswärtige Amt umgehend nach Abschluß dieser Bewertung darüber zu unterrichten.

4) Auch in den vergangenen Jahren haben die Türken auf verschiedenen Ebenen immer wieder mit unterschiedlichen Listen operiert. Größere Klarheit wird sich deshalb voraussichtlich erst im Verlauf der StS-Gespräche gewinnen lassen. Die jetzt vorgetragene „final list“ gibt aber immerhin einen Anhalt für die finanzielle Dimension der türkischen Forderungen.

Braunmühl

**VS-Bd. 11855 (209)**

<sup>8</sup> Zu den deutsch-türkischen Staatssekretärsgesprächen am 5./6. Dezember 1985 vgl. Dok. 338.

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat von Arnim vermerkte am 14. Oktober 1985: „Was die ‚Ausrüstung einer Panzerdivision mit Leopard‘ angeht, ist zunächst von Özal nicht präzisiert worden, ob er Leopard I oder II meinte. Da die türkische Armee bereits Leopard I besitzt, kann angenommen werden, daß es ihm um dieses Modell ging [...]. Eine deutsche Panzerdivision besitzt 312 Kampfpanzer. Die Bundeswehr besitzt jedoch nur noch 110 Leopard IA3 (das in der Türkei vorhandene Modell). Selbst wenn diese insgesamt an die Türkei abgegeben würden, wäre die türkische Forderung also nicht erfüllt. Es wird deshalb im BMVg überlegt, auch Leopard IA4 abzugeben, von denen die Bundeswehr noch 250 hat. Der Generalinspekteur bevorzugt diese Form der Lösung der türkischen Wünsche, da die Leopard I aus dem Bestand unserer 10. Division genommen und dann ersetzt werden müßten. Dies könnte nur durch Leopard II geschehen, so daß im Ergebnis mit einer Rüstungs-sonderhilfe für die Türkei zu einer Modernisierung auch unseres Heeres beigetragen würde. Die Kosten der Neubeschaffung von 110 Leopard II für die Bundeswehr lägen bei circa 570 Mio. DM. Diesen Betrag würden sich die Türken aber natürlich als Empfänger gebrauchter Leopard I nicht anrechnen lassen. Deren Wert ist auch deshalb schwer zu bestimmen, weil die Bundeswehr ihr Gerät zu Ankaufspreisen ansetzt und nicht abschreibt. Realistisch ist wohl ein Wert von circa 300 Mio. DM für 110 Leopard I.“ Vgl. VS-Bd. 13703 (411); B 150, Aktenkopien 1985.



## 241

# Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

201-363.52-1320/85 geheim

3. September 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Mit der Bitte um Billigung des Vorschlages und Zeichnung des anliegenden Schreibens an BM Wörner

Betr.: Chemische Waffen (CW) der USA in der Bundesrepublik Deutschland<sup>4</sup>Bezug: Ihre Weisung auf dem Schreiben von BM Wörner an Sie vom 17.7.1985<sup>5</sup>Anlg.: 1 (nur bei Original)<sup>6</sup>

## 1) Vorschlag

- Empfangsbestätigung des Briefes gegenüber Minister Wörner mit Hinweis auf seine Verantwortung für die Lagersicherheit der CW in der Bundesrepublik Deutschland.
- Erinnerung daran, daß die unabhängige Expertengruppe des National Research Council (NRC) zu dem Votum geführt hat, 90 % der besichtigten CW-Bestände seien baldmöglichst zu vernichten.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Bertram konzipiert.

Hat Lewalter am 1. Oktober 1985 erneut vorgelegen, der um Wiedervorlage am 7. Oktober 1985 bat und dazu handschriftlich vermerkte: „Antwort?“.

Hat Bertram am 7. und 21. Oktober sowie am 15. Dezember 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[L[au]t Mitteilung O[bers]TL[eutnant] Pickert am 18.11.85 wird Brief beantwortet. Er arbeite z. Z. an Entwurf und rechne mit Absendung des Briefes noch in diesem Jahr.“

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 4. September 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 15. September 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Briefwechsel der Bundesminister Genscher und Wörner über die Lagerung amerikanischer Chemiewaffen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 158.

<sup>5</sup> Für das Schreiben des Bundesministers Wörner an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 12070 (201).

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem am 18. September 1985 abgesandten Schreiben teilte Bundesminister Genscher Bundesminister Wörner mit, er habe dessen Schreiben vom 17. Juli 1985 entnommen, „daß Ihr Haus als das fachlich zuständige keinen Grund für Befürchtungen über mangelnde Lagersicherheit sowie Gefahren durch eine weitere Lagerung der CW zum gegenwärtigen Zeitpunkt sieht. Ich möchte jedoch nochmals betonen, daß ich aus allgemeinen politischen Gesichtspunkten nach wie vor der Auffassung bin, daß eine auf breitem Sachverstand abgesicherte regelmäßige Untersuchung der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen CW unbedingt erforderlich erscheint. Ich begrüße deshalb die von Ihnen vorgeschlagene erneute Überprüfung. Was die Zusammensetzung der Expertenkommission angeht, sollte sie über ausgewiesene Fachleute verfügen [...]. Die Beteiligung des Auswärtigen Amtes an einer solchen Expertenkommission kann im Grunde für das abzugebende Votum über die Lagersicherheit und Brauchbarkeit der amerikanischen CW nicht von Belang sein, da es Vertretern meines Hauses an dem hierfür notwendigen Fachwissen fehlt. Mangels eigener Kenntnis des Auswärtigen Amtes muß es auch der Kompetenz Ihres Hauses überlassen bleiben, festzustellen, ob alle in der Bundesrepublik vorhandenen Lagerstätten amerikanischer CW besichtigt wurden bzw. werden. Wie von Ihnen vorgeschlagen, sollen Einzelheiten eines erneuten Besuches rechtzeitig auf Arbeitsebene zwischen unseren beiden Häusern und mit dem Kanzleramt abgestimmt werden.“ Vgl. VS-Bd. 12070 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

- Begrüßung des Vorschlages für eine erneute Überprüfung der amerikanischen CW in der Bundesrepublik Deutschland, wobei die Überprüfung diesmal auf breiterer Expertenbasis als bisher und zu einem frühen Zeitpunkt erfolgen sollte.

2) Sie hatten mit Ihrem Schreiben folgendes veranlassen wollen:

- Gewährleistung gleicher Sicherheitsmaßstäbe in bezug auf die Lagerung und Verwendung amerikanischer CW unabhängig von ihrem jeweiligen Lagerungsort. Die Überprüfung der in den Vereinigten Staaten gelagerten Bestände erfolgte durch eine unabhängige Expertengruppe des National Research Council (NRC). Eine entsprechende Überprüfung der in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten CW durch dieses Organ ist nicht vorgenommen worden.
- Die Überprüfung galt nicht nur der Lagersicherheit, sondern auch der weiteren Brauchbarkeit der gelagerten CW. Die Studie bestätigte die mit dem Prüfungsauftrag ausgesprochene Überzeugung der amerikanischen Armee, daß „90% der amerikanischen CW-Bestände keinen oder nur geringen militärischen Wert hätten und vernichtet werden müßten“.

Die Expertise war vor diesem Hintergrund angefordert worden, um den „wirksamsten, wirtschaftlichsten und sichersten Weg zur Vernichtung des alternen und veralteten Bestandes an C-Kampfstoffen und C-Munitionen zu empfehlen“. Mit dem Ergebnis der Studie liegt eine auf wissenschaftlichem Sachverstand beruhende fundierte Expertise zur Frage der Lagersicherheit und Brauchbarkeit der amerikanischen CW in den Vereinigten Staaten vor, wie sie vergleichbar für die in der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen CW-Bestände fehlt. Der Überprüfungsauftrag der amerikanischen Armee bezog sich nur auf die in den Vereinigten Staaten gelagerte CW.

- Ein vorsorgliches Tätigwerden, auch um einem möglichen Vorwurf in dem Karlsruher Verfassungsstreitverfahren<sup>7</sup> zu begegnen, daß die Bundesregierung akzeptiert, daß die USA in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland anscheinend unterschiedliche Sicherheitsstandards anwendeten.

3) Die Argumente, mit denen sich BM Wörner erneut einem Herantreten an die USA entzieht, um eine der NRC-Untersuchung in den USA vergleichbare Sicherheitsüberprüfung von CW-Lagern in der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen, beruhen auf seiner Überzeugung, die er aus amtlichen, dem BMVg schriftlich überlassenen Stellungnahmen der amerikanischen Regierung gewonnen hat, wonach „die Sicherheit einer weiteren Lagerung des Teils des C-Potentials, der aus verwendungsfähiger Munition besteht, nicht in Frage gestellt ist. Nur Munition dieser Art ist außerhalb der Vereinigten Staaten gelagert“. (Quelle: Erläuternde Stellungnahme des State Department vom 21.11.1984 zur NRC-Studie).

<sup>7</sup> Zur Verfassungsbeschwerde des DGB Rheinland-Pfalz vom 16. November 1982 sowie zur Organklage von SPD-Abgeordneten vom 18. Februar 1983 gegen die Bundesregierung vgl. Dok. 125, Anm. 12.

Minister Wörner sieht sich in dieser Überzeugung auch durch das Ergebnis von Besichtigungen der CW-Lagerstätten durch zwei deutsche Expertenkommissionen bestärkt,

- einer interministeriellen Expertenkommission unter Beteiligung des Auswärtigen Amts am 21.12.1983,
- einer Kommission am 5.3.1985, der nur Angehörige des BMVg und einer ihm nachgeordneten Behörde angehört haben.

In beiden Kommissionen war Professor Pfirschke vom Streitkräfteamt der Bundeswehr der einzige Teilnehmer mit fachspezifischem Hintergrund. Alle anderen hatten keine für die Beurteilung der anstehenden Fragen einschlägigen Spezialkenntnisse.

Auch ist daran zu erinnern, daß im Auswärtigen Amt keine Unterlagen über die Lagerorte vorhanden sind, so daß nicht beurteilt werden kann, ob alle CW-Lagerorte besichtigt wurden oder nur solche, die die Amerikaner dafür vorgesehen hatten. Mangels Kenntnis müssen wir es dem BMVg überlassen, festzustellen, ob es alle Lagerorte sind.

4) Aus der Sicht des Auswärtigen Amts ist hierzu zu bemerken: Der Verteidigungsminister übernimmt damit in der fachlichen Zuständigkeit seines Hauses in der Bundesregierung die Verantwortung für die Feststellung, daß die Lagersicherheit der amerikanischen CW in der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist und deshalb eine Untersuchung im vergleichbaren Umfang wie seinerzeit durch den NRC in den USA gegenwärtig nicht notwendig sei. Dabei haben wir eher zu einem Übermaß an Vorsicht geraten als zu einem an bündnispolitischen Gesichtspunkten orientierten Warten in einer Frage, die für die Sicherheit und das Wohlergehen unserer Bevölkerung die größte Bedeutung hat. Wir haben durch die Briefwechsel auf der Ebene der Staatssekretäre bis hinauf zur Bundesministerebene unsere Sorge deutlich gemacht.

5) Bundesminister Wörner hält es in seinem Schreiben an Sie für „sinnvoll, eine (erneute) Überprüfung in etwa einem Jahr vorzusehen“. Wir sollten diese Bereitschaft aufgreifen, dabei aber ganz deutlich machen, daß eine eventuelle Beteiligung des Auswärtigen Amts wie im Rahmen der früheren interministeriellen Expertenkommission vom 21.12.1983 im Grunde für das abzugebende Votum über die Sicherheit der bei uns gelagerten CW nicht von Belang sein kann, da Vertretern des Auswärtigen Amts für eine derartige Feststellung das notwendige Fachwissen fehlt.

i. V. Ploetz

VS-Bd. 12070 (201)

## 242

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz**

02-421.40

4. September 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup>Betr.: EUREKA<sup>4</sup>;

hier: Europäischer Computerverbund als EUREKA-Projekt

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

## Kurzfassung

In Ihrem Beitrag für den „Rheinischen Merkur“ (5.9.1985)<sup>5</sup> über EUREKA erwähnen Sie die Möglichkeit, ein europaweites Computernetz, das zunächst die Forschungsinstitute und dann die Unternehmen verbindet, zum Gegenstand eines EUREKA-Projektes zu machen.

Ein solches Projekt würde voraussetzen, daß

- kritische Komponenten (Netzebene und Endgeräte) von Forschungsinstituten und Unternehmen entwickelt werden,
- die Planungen der beteiligten europäischen Telekommunikationsverwaltungen für ISDN-fähige Hauptanschlüsse aufeinander abgestimmt werden (Kompatibilität der Netze),
- die europäischen Computer-Kommunikationsstandards (OSI – „Open Systems Interconnect“<sup>6</sup>) massiv vorangetrieben werden (die Computer müssen miteinander „sprechen“ können).

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Grewlich konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 16. September 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Schweppe am 16. September 1985 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Seitz am 17. September 1985 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Grewlich verfügte.

Hat Grewlich am 28. September 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 9. September 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 15. September 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 189.

Ministerialdirektor Jelonek legte am 2. September 1985 zur Vorbereitung der zweiten EUREKA-Ministerkonferenz am 5./6. November 1985 in Hannover dar: „Nachdem EUREKA mit maßgeblicher deutscher Beteiligung auf der ersten Ministerkonferenz in Paris gegründet wurde, sind zur Sicherung der Dynamik erforderlich: Signal eines finanziellen Engagements der Bundesregierung; Präsentation konkreter Projekte; Klarheit über organisatorische Gestaltung von EUREKA. In Deutschland und darüber hinaus erwarten sowohl die Öffentlichkeit als auch die Industrie, deren Bereitschaft zur Mitarbeit Grundvoraussetzung für einen Erfolg von EUREKA ist, zu diesem Bereich klare Aussagen. [...] Ein Finanzsignal wäre baldmöglichst, d. h. vor der Konferenz in Hannover, zu setzen. [...] Die Präsentation von Projekten und die schlüssige Darstellung der Organisationsprinzipien kann bis zur Ministerkonferenz in Hannover warten.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178496.

<sup>5</sup> Für den Artikel vgl. Hans-Dietrich Genscher „EUREKA: Die Fürsprecher“, MERKUR EXTRA Nr. 37 vom 7. September 1985, S. 35.

<sup>6</sup> In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Planungsstabs und der Abteilung 4 vom 3. September 1985 hieß es: „Jeder Computerhersteller gibt seinen Maschinen eine individuelle Netzwerkarchitektur mit, die häufig nicht zu den Computern anderer Hersteller paßt. [...] Dieser ‚babylonischen Sprachverwirrung‘ ein Ende zu machen, ist Aufgabe internationaler Kommunikationsstandardisie-

Das Projekt eignet sich für eine Zusammenarbeit auf der Basis der variablen Geometrie.

Die Telekommunikationsverwaltungen der fortgeschritteneren europäischen Länder haben nationale Computernetze auf breitbandiger „ISDN-Basis“ in der Planung. Erforderlich wäre eine Abstimmung und Forcierung dieser Planungen.

Das EUREKA-Projekt „Computerverbund“ könnte auch Pilotfunktion für eine umfassender angelegte „europäische Telekommunikationspolitik“<sup>7</sup> haben.

Seitz

[Anlage]

29. August 1985

#### I. Europäischer Computerverbund als EUREKA-Projekt

Die Schaffung der technischen Voraussetzungen einer modernen Infrastruktur (Verkehr und Telekommunikation) als Resultat großer grenzüberschreitender Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ist einer der Schwerpunktbereiche von EUREKA. Gegenstand von EUREKA-Projekten kann zwar nicht die „europäische Telekommunikationspolitik“ in ihrer ganzen Breite sein, wie sie von der EG-Kommission (zusammen mit der „Senior Officials Group“ – in der auch das Auswärtige Amt vertreten ist) vorangetrieben wird, nämlich

- Harmonisierung der Einführungsstrategien für Telekommunikationsnetze und Dienste,
- vereinfachtes Zulassungsverfahren für Endgeräte (gegenseitige Anerkennung),
- Öffnung der Telekommunikationsmärkte,
- europäisches ISDN („Integrated Services Digital Network“),
- gemeinsame Forschung für die Breitbandnetze der Zukunft – RACE.

Für EUREKA geeignet aber wäre ein spezifisches Telekommunikationsprojekt,

- für das bereits heute Nachfrage vorhanden ist,
- das technologisch ehrgeizig ist,
- das die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Forschung, der europäischen Industrie und der modernen Dienstleistungssektoren entscheidend stärken würde,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1244*

ring. In diesem internationalen Standardisierungsprozeß sind der Computerriesen IBM und die europäischen Elektronikhersteller (Siemens, Nixdorf, Bull, Olivetti, [International]C[omputers]L[imited] und Philips) in einen gigantischen Wettlauf eingetreten. IBM versucht, seinen Kommunikationsstandard S[ystems]N[etwork]A[rchitecture] durchzusetzen, die europäischen Elektronikunternehmen haben sich auf die Erarbeitung des sog. OSI-Standards geeinigt. In diesem Wettlauf hat IBM die Nase vorn. IBM setzt darauf, seinen SNA-Standard mittels der schlichten Macht von rund 60 % Anteil am internationalen Computermarkt zum weltweiten Standard zu machen, an dem kein Computerbauer der Welt vorbeikommt. Die EG-Kommission hat daher im Rahmen des ESPRIT-Programms den nationalen Telekommunikationsverwaltungen und Behörden empfohlen, bei der Beschaffung von Computern auf die Verträglichkeit mit dem OSI-Standard zu achten.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178496.

<sup>7</sup> Zur europäischen Telekommunikationspolitik vgl. Dok. 146.

- das sich für eine Zusammenarbeit auf der Basis der variablen Geometrie eignet,

nämlich: ein europäisches Computernetz, das Forschungsinstitute und Unternehmen verbindet.

Das würde voraussetzen:

- gemeinsame Erforschung und Entwicklung kritischer Komponenten (Netzebene und Endgeräte),
- Herstellung der uneingeschränkten Computerkommunikation durch Normung der Systemsoftware, unter Nutzung und Fortentwicklung der (im Gegensatz zu „SNA“ – „Systems Network Architecture“ – von IBM) europäischen „Open Systems Interconnect“ (OSI)-Standards.

Dieses EUREKA-Projekt im Bereich der telekommunikativen Infrastruktur würde nicht im Gegensatz zu den Bemühungen um eine „europäische Telekommunikationspolitik“ stehen, sondern könnte diesen einen zusätzlichen – gerade in der jetzigen Phase der Stagnation notwendigen – Impetus verleihen und dazu beitragen, zumindest einen Teil der gegenwärtigen Hindernisse für eine europäische Telekommunikationspolitik zu überwinden.

## II. Gegenwärtige Probleme der europäischen Telekommunikationspolitik

Die Versuche der EG-Kommission, die europäische Telekommunikationspolitik auf die Basis einer gemeinsamen Investitionsstrategie und einer gemeinsamen Beschaffungspolitik zu stellen, stagnieren zur Zeit. Insbesondere wirken sich die unterschiedlichen nationalen Interessenlagen hemmend auf den Versuch aus, eine integrierte Telekommunikationspolitik zu verwirklichen. Dafür gibt es u. a. die folgenden Gründe:

- Die Telefondichte (Hauptanschlüsse pro 100 Einwohner) ist in den EG-Staaten unterschiedlich. In vielen Ländern, z. B. auch Italien, genießt die Erweiterung des Fernsprechnetzes mit vorhandener Fernmeldetechnik ebenso hohe Priorität wie die Modernisierung (Digitalisierung).
- Der Altersaufbau der Fernsprechnetze in den verschiedenen EG-Ländern differiert: Anfang 1984 waren in Frankreich drei Viertel, in der Bundesrepublik die Hälfte und in Großbritannien zwei Fünftel der Telefonhauptanschlüsse nicht älter als zehn Jahre. Das bedeutet, daß aus betriebswirtschaftlichen Gründen die Modernisierung der Fernsprechnetze zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgt, was wiederum einer gemeinsamen Einführungsstrategie im Wege steht.

Daher spiegeln die zur Zeit bekannten Entwicklungspläne der vier größten EG-Länder für das „ISDN“ (Integrated Services Digital Network) den unterschiedlichen Ausbaustand der Fernmeldeinfrastruktur. Eine gemeinsame Modernisierungspolitik in der Telekommunikation mit dem Ziel, gleichzeitig in der gesamten EG ein ISDN und damit möglichst schnell ein EG-weites Angebot an neuen Telekommunikationsdiensten zu ermöglichen, setzt in den meisten EG-Ländern gegenüber den heutigen Planungen zusätzliche Investitionsaufwendungen voraus. Auf Widerstand stoßen dürfte das für eine solche Strategie notwendige vorzeitige Auswechseln von relativ jungen technischen Einrichtungen.

- Die Telekommunikationsausrüstung wurde bislang, insbesondere auch in den vier großen EG-Staaten, zu 90 % bei nationalen Herstellern oder den inländischen Fertigungsstätten multinationaler Unternehmen beschafft. Obwohl sich mit dem Übergang von der Elektromechanik zur Elektronik die produktionstechnisch optimale Betriebsgröße nach oben verschiebt und angesichts der hohen Investitionskosten für fortgeschrittene Telekommunikationstechnologie Kostennachteile für solche Unternehmen entstehen, die nicht auf hohe Produktionsmengen kommen, dürfte sich das „Intim-Verhältnis“ nationaler Telekommunikationsverwaltungen und nationaler Hersteller nur schrittweise aufbrechen lassen.

(Die EG-Kommission vertritt daher neuerdings die Auffassung, daß ein vereinfachtes Zulassungsverfahren auf EG-Ebene, das automatisch für alle Mitgliedsländer Gültigkeit besitzen würde, ein ebenso großes Gewicht für den Abbau von Marktschranken wie EG-weite Ausschreibungen der Telekommunikationsverwaltungen hätte.)

- Das ursprünglich großangelegte EG-Forschungsprogramm für die Breitbandtelekommunikation der Zukunft (Vermittlungsstellen, Netze und Endgeräte), das unter dem Namen „RACE“ bekanntgeworden ist, wurde für die nächsten zwei Jahre auf das Niveau einer Studie zur Bedürfnis-Erforschung heruntergestuft. Dies geschah u. a. auch deswegen, weil die deutsche Seite, die sich kommunikationstechnologisch in Europa an der Spitze sieht (deutsches ISDN), sich davor fürchtet, ihre Technologie mit anderen EG-Partnern zu teilen bzw. die Wettbewerber über die EG zu subventionieren, damit diese dann den Rückstand gegenüber der deutschen Telekommunikationsindustrie aufholen können.

Trotz dieser Hindernisse ist eine EG-Telekommunikationspolitik vom Weltmarkt her gesehen unerlässlich. Angesichts der Anstrengungen, die von japanischen Telekommunikationsunternehmen sowie vor allem von IBM und AT&T unternommen werden, muß Europa seine Kräfte bündeln. Dabei geht es nicht nur um die Telekommunikationsausrüstungen, sondern auch um die Wettbewerbsfähigkeit der telekommunikativ gestützten Dienstleistungssektoren (35 % der Erwerbstätigen üben schon heute in der Bundesrepublik Deutschland Informationstätigkeiten aus).

### III. Die europäische Telekommunikationspolitik mit spezifischen EUREKA-Projekten voranbringen

Gerade weil wohl nicht damit gerechnet werden kann, daß schon in nächster Zeit Fortschritte bei der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Telekommunikationspolitik zu erzielen sind, könnte geprüft werden, ob nicht Einzelprojekte im flexibleren Rahmen von EUREKA verwirklicht werden können.

Auf der Basis der variablen Geometrie könnten leistungsstarke Partner mit ähnlichen Interessen und ähnlichem Entwicklungsstand zusammengeführt werden.

Zu denken wäre an Computer- und Bürotechnik im Breitbandnetzverbund, d. h. ein europäisches Computernetz für Forschungsinstitute und Unternehmen. Denn: die Nachfrage nach ISDN-Anschlüssen wird primär bei den geschäftlichen Nutzern erwartet. Eine Vollversorgung dieser Nachfragegruppe bis zum

Beginn der 90er Jahre würde keine komplette Umrüstung des Fernsprechnetzes erforderlich machen. Je nach Land müßten nur 10–20% der Telefonhauptanschlüsse an ISDN-fähige digitale Vermittlungseinrichtungen angeschlossen werden, die dann zügig vom Schmalband-ISDN zum breitbandigen ISDN weiterentwickelt werden könnten (zu dieser Aussage auch Wochenbericht 34/85 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom 22.8.1985, S. 387<sup>8</sup>).

Eine solche auf der variablen Geometrie beruhende Innovationsstrategie würde auch auf keine unüberwindlichen Finanzierungsprobleme stoßen. Denn: Mehrere Telekommunikationsverwaltungen – so auch die Deutsche Bundespost – haben schon heute geplant, daß geschäftliche Nutzer bei der breitbandigen Versorgung an erster Stelle berücksichtigt werden sollen (sog. „Backbone- oder Overlay-Konzept“). Es ginge also darum, diese Pläne soweit wie möglich kompatibel zu machen und durch die Setzung von Plandaten der europäischen Telekommunikationsindustrie einen Anreiz für Entwicklung und Produktion fortgeschrittener Telekommunikation zu geben.

Da diese Projekte auf der Basis der variablen Geometrie verwirklicht würden, könnten auch leistungsstarke Partner aus Nicht-EG-Ländern wie etwa Schweden teilnehmen.

Unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg wären forcierte Anstrengungen im Bereich der Normierung und Standardisierung. Hier geht es nicht nur um ein europäisches ISDN als Netznormierungskonzept, sondern auch um die Systemverträglichkeit der Software. (Einfach gesagt: „Die Computer müssen uneingeschränkt miteinander sprechen können.“) Das heißt, es müßten die bereits relativ weit vorangeschrittenen Bemühungen der europäischen Telekommunikationsfirmen, die sogenannten offenen Übertragungsstandards (OSI – „Open Systems Interconnect“) zu erarbeiten, schnell vorangetrieben werden.

**Referat 02, Bd. 178496**

<sup>8</sup> Vgl. den Artikel „EG-Telekommunikationspolitik allenfalls langfristig realisierbar“, DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, Wochenbericht 34/85 vom 22. August 1985, S. 383–388.



## 243

**Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO),  
an das Auswärtige Amt**

114-14140/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1417

Aufgabe: 6. September 1985, 20.15 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. September 1985, 21.07 Uhr

Betr.: KVAE-Beratungen in der Allianz;  
hier: Sitzung des Rates mit KVAE-Delegationsleitern am 6.9.1985

Bezug: DE Nr. 6735 Plurez vom 5.9.85 – 221-373.16-1514/85 VS-v<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

In der Sitzung des NATO-Rats mit KVAE-Delegationsleitern am 6.9.85 wurden die politischen Rahmenbedingungen für die bevorstehende siebente Verhandlungsrunde (10.9.–18.10.1985), Fragen des Zeitpunkts der Beendigung der KVAE-Verhandlungen vor dem KSZE-Folgetreffen in Wien (November 1986)<sup>3</sup> sowie Bedingungen eines Übergangs in eine Phase I B und in die im Mandat von Madrid<sup>4</sup> vorgesehene zweite Phase der KVAE erörtert. In diesem Zusammenhang äußerten die Verbündeten ihre Auffassungen zu anstehenden konkreten Punkten, wie etwa der weiteren Behandlung des sowjetischen Gewaltverzichtsvorschlags<sup>5</sup>, dem Beginn der Arbeit an den Texten für ein Schlußdokument in Stockholm und der Arbeitsteilung zwischen den westlichen Delegationen in Stockholm und dem NATO-Hauptquartier bei der Behandlung offener Fragen. Zu Beginn der Sitzung hatte der niederländische KVAE-Delegationsleiter einen Bericht über die sechste Verhandlungsrunde gegeben (siehe Anlage<sup>6</sup>).

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 7. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel an, geltend zu machen: „Komplementär zu den bilateralen Verhandlungen in Genf muß Westen sein aktives Eintreten für Fortschritte in der Rüstungskontrolle in den multilateralen Verhandlungen deutlich machen. Hierbei kommt der KVAE für die nächsten zwölf Monate besondere Bedeutung zu. Sie ist die einzige Konferenz, die eine Art ‚deadline‘ für den Abschluß eines Ergebnisses, nämlich den Beginn des Wiener KSZE-Folgetreffens (4.11.86), hat. Bei dem Jubiläumstreffen in Helsinki entstand in Gesprächen der Außenminister der Eindruck, daß Fortschritte 1986 bei KVAE möglich seien. Eine konstruktive westliche Konferenzstrategie sollte auf ein substantielles Ergebnis bis zum Herbst 86 abzielen. [...] Wir glauben, daß es jetzt Zeit ist, unter uns Einvernehmen zu erzielen, welche Konferenzstrategie unser Handeln in den nächsten zwölf Monaten bestimmen soll, um ein Ergebnis zu erreichen, das unserem Interesse entspricht.“ Vgl. den am 4. September 1985 konzipierten Drahterlaß; VS-Bd. 11523 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz wurde am 4. November 1986 in Wien eröffnet.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärung zur Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa im Schlußdokument vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>5</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 29. Januar 1985 auf der KVAE für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen vgl. Dok. 43.

<sup>6</sup> Für die Stellungnahme des niederländischen KVAE-Delegationsleiters Buwalda vgl. den Drahtbericht Nr. 1418 des Gesandten Graf von Rantzau, Brüssel (NATO), vom 6. September 1985; VS-Bd. 11523 (221).

## II. Im einzelnen

1) Eine Reihe von Sprechern (wir, NWG, USA) hoben die Bedeutung der KVAE in der gegenwärtigen Phase des West-Ost-Verhältnisses vor dem Genfer Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow<sup>7</sup> sowie als Ergänzung der bilateralen Genfer Abrüstungsgespräche<sup>8</sup> hervor. Der amerikanische Delegationsleiter erwartet für die siebente Runde eine für den Westen schwierigere Verhandlungslage, die besondere Anforderungen an die Einheit des Westens stelle. Die SU fordere die Allianz durch die in der sechsten Runde vorgelegten Vorschläge<sup>9</sup> nun in öffentlichkeitswirksamer Weise auf ihrem eigenen Felde der VSBMs heraus. Das Bündnis könne hier nicht nur formal („mandatswidrig“) reagieren, sondern müsse sich inhaltlich mit den sowjetischen Vorschlägen auseinandersetzen. Goodby verwies auch auf die zu erwartende aggressivere und dynamischere sowjetische Verhandlungsführung. Ich unterstrich, unterstützt durch NWG, die Notwendigkeit, das westliche Engagement für das Erreichen positiver Ergebnisse in multilateralen Abrüstungsforen sichtbar zu machen.

2) Aus dieser Notwendigkeit heraus begründete ich, daß die Zeit bis zum Beginn des Wiener KSZE-Folgetreffens nachhaltig für das Erreichen eines substantiellen Erfolges bei der KVAE zu nutzen sei. Für eine frühzeitige Beendigung werde es in unserer Öffentlichkeit kein Verständnis geben. Ich wies darauf hin, daß von einem substantiellen Ergebnis in Stockholm positive Impulse für andere Bereiche des KSZE-Prozesses ausgehen könnten. Diese Haltung fand weitgehende Zustimmung (NWG, I, GB, PTG, NL, KAN). Kanada bemerkte, daß ein frühzeitiges – und damit künstliches – Beendigungsdatum, d.h. vor Beginn der Vorbereitungstreffen für das Wiener Folgetreffen, für die KVAE-Verhandlungen sicherlich einen politischen Preis hätte, der aus der Substanz der westlichen Vorschläge zu entrichten wäre. Demgegenüber warb F, unterstützt von B, für eine Verhandlungsbeendigung im Sommer 1986 – etwa am 18. Juli –, um auf diese Weise die Sowjetunion unter Druck zu setzen, möglichst frühzeitig zur Substanz zu verhandeln – ein gewisser Puffer sei nützlich.

Die USA drückten zwar Sympathie für die französischen Vorstellungen aus, da sie Verhandlungen über wichtige Fragen in den letzten Tagen vor Beginn des Wiener KSZE-Folgetreffens vermeiden wollten, unterstützten in der Sache jedoch die Meinung der Mehrheit der Bündnispartner. Als mögliches Datum nannten sie unter Hinweis auf das Vorbereitungstreffen für Wien Mitte September 1986.

3) Eine Reihe von Delegationen wiesen wie ich auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines ausgeglichenen Fortschritts im Gesamt-KSZE-Prozeß hin. Während ich die Möglichkeit einer Weiterentwicklung in den übrigen Bereichen durch einen positiven Verlauf der KVAE angedeutet habe, sagten andere Delegationen, der Sicherheitsaspekt dürfe nicht zu Lasten der anderen Prinzipien – wie etwa der Menschenrechte – in den Vordergrund rücken (F, B,

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262.

<sup>9</sup> Die sechste Runde der KVAE fand vom 14. Mai bis 5. Juli 1985 statt. Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 22.

USA und E). Der Westen müsse die KVAE als Mittel nutzen, um dem gegenzusteuern.

4) Zu einer möglichen Beendigung der Phase I der KVAE und einem Überleiten in die Phase II durch das Wiener Folgetreffen bestand Einigkeit, daß nur ein ausreichendes Ergebnis der ersten Phase deren Beendigung rechtfertigen würde. Der US-Delegationsleiter warnte unter Hinweis auf die schwerwiegenden Konsequenzen eines Übergangs in Phase II ausdrücklich davor, dies ohne Vorliegen eines handfesten Ergebnisses zu erwägen. Der kanadische Delegationsleiter<sup>10</sup> sagte, er könne sich nicht vorstellen, daß bis zum Beginn des Wiener Treffens ein Ergebnis in Stockholm erreicht werde, das einen Übergang in die Phase II der KVAE rechtfertige. Wesentlich wahrscheinlicher sei für ihn die Fortführung der KVAE nach dem Wiener Treffen in Form einer Phase I B. Die Allianz müsse sich dennoch darüber klar sein, daß die Sowjetunion erheblichen Druck ausüben werde, um in Wien den Übergang in Phase II zu erreichen. Das Dilemma bestehe darin, daß der Druck der SU in Wien um so höher sein werde, je besser das Ergebnis von Stockholm ausfalle.

5) Eine der praktischen Fragen der siebenten Runde wird die Entscheidung über den Beginn von Arbeiten am Text eines Schlußdokuments sein. Botschafter Citron setzte sich dafür ein, damit möglichst früh zu beginnen, schon um der Sowjetunion die Rolle zu versagen, auf den Beginn der Redaktionsarbeiten drängen und eine etwaige Verweigerungshaltung der NATO anprangern zu können. Wir wurden ausdrücklich unterstützt von KAN, NWG, I und USA. Der US-Delegationsleiter fügte hinzu, die Textarbeiten müßten alle Vorschläge des westlichen Verhandlungspakets<sup>11</sup> umfassen. Demgegenüber zeigte F sich an einem baldigen Beginn von Redaktionsarbeiten desinteressiert und gab einer informellen Diskussion den Vorzug: Auf diese Weise könne eine frühzeitige Eingrenzung und für den Westen nachteilige Verkürzung der Verhandlungsmasse vermieden werden.

6) Als einen wichtigen Punkt, den auch die sowjetische Propaganda aufgreifen werde, erwähnte Botschafter Citron die Verifikation. Hier habe der Westen die Möglichkeit, auf die sowjetischen Vorwürfe überzeugend mit dem Hinweis zu reagieren, daß derjenige, der Inspektionen ablehne, auch etwas zu verbergen habe. Ähnlich äußerte sich Botschafter Goodby, der darauf hinwies, daß auch die NNA bisher hinter unserer Forderung nach wirksamer Verifikation gestanden hätten. In dieser Haltung müßten sie weiterhin durch den Westen bestärkt werden. F warnte in diesem Zusammenhang, die Allianz müsse dem sowjetischen Versuch widerstehen, die vom Westen geforderte Verifikation zur Einrichtung von Institutionen zu nutzen, die wir nicht wollten.

7) Der von der Sowjetunion in die Konferenz eingeführte Vorschlag zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages muß nach allgemeiner Ansicht genutzt werden, um eine möglichst weitgehende Zustimmung des WP zum westlichen VSBM-Paket zu erreichen. Eine Reihe von Delegationen trat für einen baldigen aktiven Einsatz dieses Mittels ein. Sei es durch parallele Arbeiten an Tex-

<sup>10</sup> William Thomas Delworth.

<sup>11</sup> Zu den Vorschlägen der westlichen KVAE-Delegationen für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen vom 8. März 1985 vgl. Dok. 42, Anm. 2.

ten zu vertrauensbildenden Maßnahmen und Gewaltverzicht in Stockholm (wir, NWG, E), sei es durch Erarbeitung eigener westlicher Textelemente zum Gewaltverzicht in der Allianz (NWG, DK, KAN, I), die sowohl bei den Verhandlungen als auch öffentlich verwandt werden könnten. Während KAN den westlichen Gewaltverzichtstext bald offensiv – auch öffentlich – nutzen will, versteht I die Arbeiten an einem solchen Text als interne Vorbereitung zu möglicher späterer Verwendung.<sup>12</sup>

<sup>13</sup>DK verwies auf seinen im Bündnis zirkulierten Vorschlag. Andere wollten zunächst auf Vorschläge der NNA warten, von denen auch in dieser Frage eine Vermittlerrolle erwartet wird (B, F, GB, PTG). F will mit Textarbeiten zum Gewaltverzicht in Stockholm erst nach substantiellen Fortschritten bei der Redaktion der vertrauensbildenden Maßnahmen beginnen. Der Text soll zudem nicht nur den Gewaltverzicht behandeln, sondern auch die übrigen Prinzipien der Schlußakte von Helsinki<sup>14</sup> erwähnen.

8) Zur Arbeitsteilung zwischen den Delegationen und dem NATO-Hauptquartier stellte der Generalsekretär<sup>15</sup> abschließend fest, taktische Fragen, wie ein Beendigungsdatum für die Verhandlungen oder die Einführung eines eigenen Textes zum Gewaltverzicht, sollten eher in Stockholm als im NATO-Rat behandelt werden. Substantielle Veränderungen des westlichen Pakets, die im Laufe der Verhandlungen notwendig werden könnten, wären dagegen im NATO-Hauptquartier zu erörtern.

9) Zur weiteren Behandlung der Beschränkungsmaßnahmen bestand Konsens, daß die Allianzstudie<sup>16</sup> zügig beendet werden sollte. Zum in Stockholm erarbeiteten „Lückenpapier“<sup>17</sup> zu den offenen Fragen des westlichen Pakets sagte der britische Vertreter, zweifellos seien einige dieser Fragen wichtig, viele würden sich jedoch durch Zeitablauf erledigen. Auf jeden Fall müsse vermieden werden, im Zuge der Behandlung einiger offener Fragen das gesamte Paket wieder

<sup>12</sup> Am 11. Juni 1985 resümierte Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), seine Stellungnahme zum Gewaltverzicht auf der Sitzung der KVAE-Arbeitsgruppe „A und B“ vom Vortag: „Meine Erklärung legte nochmals Position der B[undes]reg[ierung] zum GV dar: Die Bekräftigung des GV-Prinzips könne wichtiger Beitrag zur Stabilität in Europa sein, dürfte aber nicht konkrete Maßnahmen zur Ausgestaltung des Prinzips ersetzen. Der Schwerpunkt unserer Bemühungen müsse deshalb im Bereich der VSBM liegen. Angesichts des frühzeitigen und substantiellen Entgegenkommens westlicher Regierungen gegenüber dem östlichen Wunsch, den GV in Stockholm zum Thema zu machen, sei Vorwurf unverständlich, der Westen lasse Bewegung vermissen.“ Citron berichtete ferner, der Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation, Grinewskij, habe seine „Ausführungen als weiteres Verschleppen einer Antwort darauf“ kritisiert, „welche Vorstellungen die westliche Allianz und insbesondere die BR Deutschland zu Form und Inhalt einer Vereinbarung über den GV habe. Die NATO halte zwar den sowjetischen Vorschlag für unannehmbar, entwickle aber keine eigenen Vorstellungen zum GV.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 169; Referat 221, Bd. 130148.

<sup>13</sup> Beginn des mit Fernschreiben Nr. 1418 übermittelten zweiten Teils des Drahtberichts. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 914–921. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>15</sup> Lord Carrington.

<sup>16</sup> Zu den Beratungen in der NATO über eine Beschränkung militärischer Maßnahmen („constraints“) im Rahmen der KVAE vgl. Dok. 157, Anm. 5.

Am 27. August 1985 stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde fest: „Politische Prüfung in der CSBM-AG des Politischen Ausschusses dauert noch an [...]. Bisher ist keine Maßnahme entwickelt worden, die praktikabel und gleichzeitig öffentlich wirksam ist und sich nicht zum Nachteil des Westens auswirkt.“ Vgl. VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>17</sup> Zum „Lückenpapier“ vgl. Dok. 157, Anm. 7.

aufzuschneiden. Es werde daher darauf ankommen, die Dringlichkeit der Behandlung bestimmter Fragen im Einzelfall nachzuweisen.

Der niederländische Delegationsleiter griff dies auf und forderte die Untersuchung von fünf Fragen aus dem „Lückenpapier“. Davon beträfen vier die Inspektion und eine die Verifikation.

Einiges sei sicherlich relativ einfach zu lösen, wie z.B. die genaue Definition von „port movements“. Anderes, wie etwa die Definition von nationalen Beobachtungsmitteln (NTM<sup>18</sup>), könnte Schwierigkeiten bereiten.

NL habe bei der Erwähnung von NTM immer an Satellitenaufklärung gedacht. Die NNA hätten nun die Frage gestellt, ob die Ergebnisse der Aufklärung durch Satelliten allen KVAE-Teilnehmerstaaten zur Verfügung stehen würden. Sie machten ihre Bereitschaft, die Verifikation durch NTM zu tolerieren, von einer Teilhabe an den Ergebnissen abhängig. Demgegenüber hätten die USA die Satellitenaufklärung von der Kategorie der NTM ausgenommen.

NL frage, ob bestimmte Ergebnisse der Satellitenaufklärung nicht so deklassifiziert werden könnten, daß man sie als Grundlage für eine Inspektionsforderung im Rahmen der KVAE nutzen könne? Falls Satelliten als NTM ausscheiden, müsse geklärt werden, was bleibe (Radar, AWACS?). Da die Allianz Verifikationsmöglichkeiten fordere, müsse sie sagen, wie dies zu machen sei. Falls es keine nationalen technischen Mittel gebe, sei zu erwägen, ob die Überwachung durch einen europäischen Satelliten, wie etwa von Österreich und der Schweiz angeregt, erfolgen solle. Diese Frage müsse eilig beraten werden.

10) Der französische Ständige Vertreter<sup>19</sup> erinnerte an eine schon früher im Politischen Ausschuß gemachte Anregung, die militärischen Konsequenzen der bei der KVAE diskutierten Vorschläge durch den IMS überprüfen zu lassen. Er bat darum, diesen Gedanken aktiv aufzunehmen.

[gez.] Rantzau

**VS-Bd. 11523 (221)**

<sup>18</sup> National Technical Means.

<sup>19</sup> Gilles Curien.

### Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-14217/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2856  
Citissime

Aufgabe: 11. September 1985, 08.53 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 11. September 1985, 08.02 Uhr

Betr.: Gespräch MP Rau mit GS Gorbatschow am 10.9.85<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

MP Rau (R.) unterrichtete mich über sein Gespräch mit GS Gorbatschow (G.) am 10.9. wie folgt:

1) G. trat ruhig und sicher auf, wirkte sympathisch, sprach sachlich (ohne ideologisches Pathos) und kenntnisreich. Die vor ihm liegenden Unterlagen (ca. 10 bis 15 Blatt) verwendete er, abgesehen von gelegentlichem Blick auf oberstes Blatt, nicht, machte sich aber während des Gesprächs Notizen und Zeichen. Seine Rede war frei, dabei reflektierend, mit gelegentlichen Pausen zum Nachdenken. Er kam auch manchmal auf einen schon behandelten Punkt noch einmal zurück. G. war in keinem Punkt drohend oder aggressiv, stellte keine Junktims auf. Dementsprechend war Gesprächsatmosphäre entspannt. Dazu trug auch bei, daß er Eindruck vermittelte, nicht unter Zeitdruck zu stehen.

2) In einleitenden freundlichen Worten nahm G. u.a. auf R.'s Wahlerfolg<sup>3</sup> Bezug. Es wurde bereits am Anfang des Gesprächs von beiden Seiten klargemacht, daß sie sich der zwischen ihnen bestehenden ideologischen Unterschiede bewußt waren. R. wies, anknüpfend an diesjährigen 40. Jahrestag (Kriegsende), auf nächstes Jahr bevorstehenden 40. Jahrestag der Zusammenlegung von KPD und SPD zur SED in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone hin.<sup>4</sup> SPD werde bei diesem Anlaß die Unterschiede noch einmal sehr deutlich machen.

R. wies auf das von der SPD-Fraktion mit der SED ausgearbeitete Papier über CW-freie Zone hin.<sup>5</sup> Er sprach Hoffnung aus, daß es auch für G. wichtig sei, daß solche Signale gesetzt werden.

3) Auf Raus Bitte um Darstellung des gegenwärtigen innenpolitischen Kurses begann G. mit Loblied auf Sozialismus und wies auf unbestreitbar große Erfolge der SU seit 1917 und insbesondere beim Wiederaufbau nach dem Kriege

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Vortragendem Legationsrat Massmann vorgelegen.

Hat Massmann am 16. September 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung einer Ablichtung an Bundesminister Schäuble und Referat 212 des Bundeskanzleramts verfügte. Vgl. Anm. 17.

<sup>2</sup> Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau hielt sich am 9./10. September 1985 in der UdSSR auf.

<sup>3</sup> Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai 1985 entfielen 52,1% der Stimmen auf die SPD, 36,5% auf die CDU und 6,0% auf die FDP. Die Grünen verfehlten mit 4,6% den Einzug in den Landtag.

<sup>4</sup> Der weitgehend unter Zwang erfolgte Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED wurde am 21./22. April 1946 in Ost-Berlin im Rahmen eines Vereinigungskongresses vollzogen.

<sup>5</sup> Zu dem von SED und SPD am 19. Juni 1985 veröffentlichten „Vorschlag für ein Rahmenabkommen für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa“ vgl. Dok. 207.

hin. Deshalb bestehe kein Anlaß zu einer „grundlegenden Änderung“. Es sei aber jetzt eine „tiefe Umgestaltung“ erforderlich: Verbesserung der Mechanismen der Wirtschaftslenkung, Bemühungen auf wissenschaftlichem und technologischen Gebiet, Erhöhung der Arbeitsmotivation und -leistung. G. betonte volle Zustimmung hierfür in der Partei, es gebe sogar einen entsprechenden Druck in dieser Richtung von der Basis aus. In etwa sechs Wochen werde neuer Entwurf des Parteiprogramms vorgestellt werden.<sup>6</sup>

Als R. den GS beim Aufstehen vom Tisch nach eineinhalbstündiger Gesprächsdauer noch auf die Frage der Einschränkung des Alkoholkonsums<sup>7</sup> ansprach, reagierte G. sehr engagiert und nahm das Gespräch noch einmal wieder auf, um große Bedeutung dieser Frage darzulegen. Es sei bereits ein Absinken des Alkoholverbrauchs um 30 Prozent zu verzeichnen. Dies wirke sich positiv in Betrieben und Familien aus.

4) R. knüpfte an Gespräch des SPD-Vorsitzenden Brandt im Mai d. J. mit G.<sup>8</sup> an und wies auf bei uns bestehende große Erwartungen auf G.'s bevorstehendes Treffen mit Mitterrand in Paris<sup>9</sup> und Reagan in Genf<sup>10</sup> hin. G. ging sehr ausführlich auf diese Treffen ein.

<sup>6</sup> Der Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPdSU wurde am 15. Oktober 1985 dem ZK-Plenum vorgelegt. Für den deutschen Wortlaut vgl. SOWJETUNION HEUTE 30 (1985), Sonderheft Dezember 1985.

Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 15. Oktober 1985: „Gorbatschow hat die Präsentation des Entwurfs des neuen Parteiprogramms der KPdSU, das der 27. Parteitag im Februar 1986 verabschieden soll, sowie des Entwurfs des nächsten Fünf-Jahresplans (1986–1990) nicht genutzt, um in einem großen Wurf sein politisches Programm zu präsentieren. Der Rede, mit der er zwei Schlüsseldokumente seiner weiteren Amtszeit der sowjet. Öffentlichkeit vorstellt [...], fehlt der Schwung und die zupackende Kraft, die bisherige Auftritte G.s auszeichneten. Statt wegweisender Visionen legt G. eine uninspirierte, buchhalterische Zusammenfassung von neuem Parteiprogramm, Statuten und Plan vor. [...] Programm der KPdSU unter seiner Ägide faßt G. unter dem Schlüsselbegriff der ‚Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der SU‘ zusammen. [...] G.s Strategie zielt darauf ab, sich durch Rückkehr zu höheren Wachstumsraten dem Dilemma der Wahl zwischen prioritärer Ressourcen-Allokation entweder zugunsten der Steigerung des Lebensstandards oder zugunsten von Militär und Rüstung – auf denen die Weltmachtstellung der SU offenbar auch in G.s Augen weiterhin beruhen – zu entziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3292; Referat 213, Bd. 139288.

<sup>7</sup> Am 11. Juni 1985 resümierte Botschafter Kastl, Moskau, Ausführungen des sowjetischen Innenministers Fedortschuk zum Kampf gegen den Alkohol: „Die Miliz nehme an der Anti-Alkohol-Propaganda aktiven Anteil. Die Zusammenarbeit zwischen Miliz und anderen staatlichen und rechtswahrenden Organen, den gesellschaftlichen Organisationen und Arbeitskollektiven solle verstärkt werden. Die Patrouillendienste der Miliz würden eingesetzt, um die ‚Verbesserung des Klimas‘ im Alkoholhandel zu überwachen. Zusammen mit den Gewerkschaften, dem Komsomol, den Gesundheitsorganen werde der Einfluß des Alkohols auf die Jugendlichen begrenzt werden. [...] Die materielle Ausstattung der prophylaktischen ‚Heil- und Arbeitssanatorien‘ des Innenministeriums soll ausgedehnt werden. Sie können bisher nur eine geringe Anzahl von Heilsuchenden aufnehmen und seien nicht ausreichend effektiv.“ Kastl bemerkte dazu: „Die Ausweitung der Tätigkeit der inneren Organe im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Alkoholismus ruft sogar in der Bevölkerung Sorgen hervor.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1651; Referat 213, Bd. 139288.

<sup>8</sup> Zum Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt vom 26. bis 29. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 18.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich.

<sup>10</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

## a) Paris

G. hob hervor, daß man in den Vorbereitungen mit F bereits sehr weit vorangekommen sei, die Kontakte zwischen den beiden Seiten seien sehr gut. Auf Raus Frage, ob in Paris auch über INF gesprochen werden solle, antwortete G., natürlich stehe das Thema auf der Tagesordnung. G. bestand auf R.'s entsprechende Fragen nicht ausdrücklich auf voller Anrechnung der französischen und britischen Systeme. Er verwandte vielmehr flexible Formulierungen: Wie weit sie anzurechnen seien, müsse verhandelt werden.

G. betonte, die SU stelle an niemanden – F, GB oder uns – Forderungen, deren Erfüllung die Sicherheit des jeweiligen anderen Landes beeinträchtigen würde.

## b) Genf

Im Verhältnis zu USA äußerte sich G. insgesamt mit weniger Schärfe, als dies Worotnikow am 9.9. getan hatte.<sup>11</sup> Er unterschied zwischen Regierung und Volk, auch unter den verschiedenen Mitarbeitern Reagans. Er vermied direkte Angriffe auf den Präsidenten, äußerte aber Sorge, daß er möglicherweise keinen Erfolg wolle. „Wie handlungsfähig ist er?“ (Hierbei war nicht klar, ob G. Reagans Krankheit meinte.<sup>12</sup>) Es gebe Kräfte in Washington, die das Gipfeltreffen von vornherein negativ belegen wollten. G. wies darauf hin, daß Reagan auf sowjetisches Nukleartestmoratorium zunächst positiv reagiert habe (in Pressekonzferenz).<sup>13</sup> Dann aber habe es offenbar Streit zwischen seinen Beratern gegeben.

5) Im übrigen äußerte sich G. zu außenpolitischen Fragen insgesamt mehr in allgemeiner Form und ohne neue Akzente auf der Linie seines Time-Interviews<sup>14</sup> und Gesprächs mit amerikanischen Senatoren<sup>15</sup>, auf die er ausdrücklich Bezug nahm. Er betonte mehrfach, daß die SU keine Überlegenheit anstrebe.

<sup>11</sup> Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau traf am 9. September 1985 in Moskau mit dem Ministerpräsidenten der RSFSR, Worotnikow, zusammen. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am selben Tag: „W[orotnikow] ging davon aus, die SU benötige aufgrund ihrer derzeitigen inneren Entwicklung – die er für die RSFSR einleitend summarisch darstellte – friedliche internationale Bedingungen. Propaganda-Behauptungen über angebliche Aggressivität der SU seien grundlos. Als Urheber dieser Propaganda nannte er Kreise, die die internationale Lage verschärfen und das Wettrennen anheizen wollten. Selbst zu Hitlers Zeiten seien die Kriegsvorbereitungen gegen die SU nicht so offensichtlich betrieben worden wie gegenwärtig seitens der USA. W. sprach auch von einer ‚Politik des Diktats‘. Die diese Politik tragenden Kräfte wollten sozialistische Gesellschaftsentwicklung nicht anerkennen und fühlten sich durch Freiheitskampf (D[ritte]W[elt]) bedroht. Dem stelle W. unter Bezugnahme auf jüngste Äußerungen des GS gegenüber Time und amerikanischen Senatoren sowjetische Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz gegenüber.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2832; Referat 213, Bd. 139323.

<sup>12</sup> Zur Erkrankung des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 225, Anm. 27.

<sup>13</sup> Zur Ankündigung eines sowjetischen Moratoriums für Atomtests durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 30. Juli 1985 vgl. Dok. 212, Anm. 17.

Präsident Reagan wies am 5. August 1985 in Washington darauf hin, daß die UdSSR ihre Kernwaffentests bereits abgeschlossen habe, während die Tests der MX-ICBM in den USA noch nicht begonnen hätten. Reagan erklärte weiter, daß die USA bereit seien, ein dauerhaftes Testmoratorium abzuschließen oder wechselseitige Inspektionen der Tests zu vereinbaren. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 975 f.

<sup>14</sup> Für das Interview vgl. den Artikel „An Interview with Gorbachev“, TIME vom 9. September 1985, S. 10–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 382–404.

<sup>15</sup> Eine Delegation amerikanischer Senatoren besuchte vom 31. August bis 4. September 1985 die UdSSR.



Zu SDI (die G., wie R. bereits auf Pressekonferenz berichtete, scharf verurteilt) ging G. nicht im einzelnen, wie im Time-Interview, auf Definition des Forschungsbegriffs ein.

G. monierte: Er spreche viel mit westeuropäischen Politikern, alle seien für Abrüstung. Aber wenn dann ein konkreter sowjetischer Vorschlag auf den Tisch komme (gemeint insbesondere: Testmoratorium), dann lasse die Reaktion zu wünschen übrig.

R. betonte, daß westliche Vorschläge im Rahmen der NATO abgestimmt werden. (Er machte deutlich, daß wir unsere internen Meinungsverschiedenheiten nicht nach außen tragen.)

Zum Testmoratorium sprach R. den GS auf die sowjetische Ablehnung von Beobachtern an.<sup>16</sup> Er wies darauf hin, daß diese nicht nur die Durchführung von Tests, sondern auch die Einhaltung eines Teststopps beobachten könnten. G. reagierte auch zu diesem Punkt flexibel, über alle diese Dinge müsse verhandelt werden, und sprach in diesem Zusammenhang von nationalen wie internationalen Beobachtern.<sup>17</sup>

#### 6) Deutsch-sowjetisches Verhältnis

Beide Gesprächspartner würdigten die Bedeutung des Moskauer Vertrages<sup>18</sup>.

G. kritisierte die Bundesregierung wegen INF und SDI. Bei Unterstützung von SDI seien wir noch schneller an der Seite der USA gewesen als die Briten. R. forderte G. auf, die Haltung der Bundesregierung differenzierter zu sehen. Weder sei Teilnahme an SDI bereits beschlossen, noch könne man Haltung des BM des Auswärtigen übersehen.

EUREKA wurde nicht angesprochen.<sup>19</sup>

R. sprach Frage an, ob die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nach Jahren der Aufwärtsentwicklung stagnierten (dies auf dem Hintergrund von Sorgen der ihn begleitenden Wirtschaftsvertreter über kürzlich entgangene Aufträge und auch der Bemerkung beim Worotnikow-Gespräch: Wir seien „bisher“ auf Platz 1). G. betonte, daß dies nicht der Wunsch der sowjetischen Seite sei. SU wünsche vielmehr Beteiligung westlicher Firmen, auch und gerade aus der Bundesrepublik<sup>20</sup>, mit der es eine lange Zusammenarbeit gebe. Er wies mit

<sup>16</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 30. Juli 1985 über ein Fernsehinterview des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten vom Vortag: „Die amerikanische Einladung zur Entsendung sowjetischer Beobachter eines amerikanischen Nuklearversuches bezeichnet McFarlane als unilateral. Er läßt jedoch keinen Zweifel daran, daß amerikanische Bewegung in der Frage der Ratifizierung der Schwellenverträge nur möglich ist, wenn die Sowjets ihrerseits die Verifizierungsmöglichkeiten verbessern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3695; Referat 201, Bd. 143371.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Massmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „W[eiter]g[abe] Roßb[ach].“ Vgl. Anm. 1.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>19</sup> Zur sowjetischen Haltung zu EUREKA vgl. Dok. 172, Anm. 10.

<sup>20</sup> Am 9. September 1985 traf der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau mit dem sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow zusammen. Botschafter Kastl, Moskau, teilte am folgenden Tag mit, Antonow habe dargelegt: „Sow[jetische] Außenhandelsorgane schätzten Zusammenarbeit mit deutschen Firmen hoch ein. Im Augenblick stehe SU an Schwelle des Übergangs vom alten zum neuen Fünfjahresplan. Manche Firmenkontakte liefen mit altem Fünfjahresplan aus, parallel zur Ausarbeitung des neuen Plans würden bereits Firmengespräche geführt. Bei Neuvergabe von Aufträgen spiele Konkurrenz große Rolle, es liege an Anbietern, gute Produkte zu gün-

keinem Wort auf mögliche Einschränkungen wegen unserer Haltung zu sicherheitspolitischen Fragen hin. Er betonte sowjetisches Interesse an Beiträgen deutscher Firmen zu der von ihm angestrebten schnelleren Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft. Sie seien willkommen, aber natürlich müsse es sich um die Technologie von heute, nicht von gestern handeln (also wie im Gespräch mit Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christians, am 18.4.1985<sup>21</sup>).

R. sprach Möglichkeit eines Besuchs des GS in der BR Deutschland an und hieß ihn für diesen Fall auch in NRW willkommen. G. nahm dies freundlich auf, ohne sich in der einen oder anderen Weise verbindlich zu äußern.

7) Gesprächsdauer: über eineinhalb Stunden. Weitere Teilnehmer auf sowjetischer Seite: Alexandrow-Agentow und Dolmetscher; auf deutscher Seite: StS Leister und Herr Stehr (SPD) als Sprachkundiger.

[gez.] Kastl

VS-Bd. 11311 (220)

## 245

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling an die Ständige Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel

200-350.21 VS-NfD

11. September 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 31 Plurez

Aufgabe: 12. September 1985, 09.59 Uhr

Betr.: 58. EPZ-Ministertreffen am 10.9.1985 in Luxemburg;  
hier: Ergänzende Unterrichtung zu Verlauf und Ergebnissen

Minister befaßten sich in ganztägiger Sitzung hauptsächlich mit dem Thema Südafrika.<sup>2</sup> Im übrigen wurden – wegen der nur begrenzt noch zur Verfügung

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1257*

stigen Bedingungen zu offerieren. Im übrigen habe sich Einstellung der SU zu deutschen Anbietern nicht geändert. In den letzten anderthalb Jahren seien tatsächlich einige Großaufträge an andere westliche Anbieter gegangen, aber vor allem deswegen, weil deutsche Firmen sich nicht an Angebot beteiligt hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2844; Referat 213, Bd. 139323.

<sup>21</sup> Zum Gespräch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Christians, am 18. April 1985 in Moskau vgl. Dok. 94.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 11. September 1985 zur Mitzeichnung vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Verhängung des Ausnahmezustands in Südafrika vgl. Dok. 117, Anm. 21.

Vom 30. August bis 1. September 1985 besuchten die Außenminister Andreotti (Italien), van den Broek (Niederlande) und Poos (Luxemburg) sowie das EG-Kommissionsmitglied de Clercq im Rahmen der EPZ Südafrika. Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerz vermerkte am 11. September 1985, Poos habe berichtet, „die Gespräche mit der Regierung hätten keine präzisen Angaben über südafrikanische Reformabsichten ergeben. Die Regierung habe jedoch in Andeutung von einer ‚Teilung der Gewalt‘ und der Mitverantwortung gesprochen. Die südafrikanische Regierung sei sich bewußt,

stehenden Zeit – kurz die Themen West-Ost-Beziehungen, Nahost, Lateinamerika und unter Verschiedenes das Kulturforum Budapest behandelt. Unter Verschiedenes wurden ferner angesprochen das Problem der Verschuldung von Ländern der Dritten Welt sowie mögliche US-Handelsmaßnahmen gegen die EG. Zu den beiden letztgenannten Themen berichtet Euro Brüssel.

Durch ihre Außenminister waren vertreten alle Länder<sup>3</sup> mit Ausnahme von GB (StM Rifkind), GRI (Stv. AM Pangalos), SPA (StS Marín).

Ergänzend zu gesondert übermitteltem Relevé de conclusions<sup>4</sup> (dort auch die verabschiedeten Texte) wird zu Verlauf und Ergebnissen mitgeteilt:

#### 1) Südafrika

Minister verabschiedeten eine politische Erklärung.<sup>5</sup> In diese wurde ein Katalog von restriktiven und positiven Maßnahmen aufgenommen. Die Frage weiterer Maßnahmen, einschl. Sanktionen, bleibt offen.

Verabschiedung einer politischen Aussage geht auf Vorschlag BM zurück. Die von BM hierzu vorgeschlagenen Elemente (Forderung nach vollständiger Abschaffung der Apartheid, Gleichberechtigung aller Bürger Südafrikas, Minderheitenschutz, Dialog mit anerkannten Vertretern der schwarzen Bevölkerung) wurden in den Erklärungstext aufgenommen.

Bei der Diskussion restriktiver Maßnahmen im Wirtschaftsbereich waren einige Länder (insbes. F, DK, GRI, NL, LUX) bereit, weiter zu gehen und zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen. BM schlug seinerseits vor, die Beendigung der Zusammenarbeit im Nuklearbereich nicht nur auf die Zukunft zu beschränken. F sah sich dazu außerstande und schlug Text in Anlehnung an SR-Res. 569<sup>6</sup> vor („prohibition of all new contracts in the nuclear field“).

BM hob ferner hervor, daß das Offenbleiben weiterer Maßnahmen (einschl. Sanktionen) auch ein Element zusätzlichen Druckes auf SA zum Inhalt habe. BM schlug vor, Partner sollten bis 30.9. mitteilen, welche Maßnahmen sie zusätzlich vorsehen. Ein Beschluß über diesen Vorschlag wurde nicht gefaßt.

GB hatte zunächst allen Maßnahmen mit Ausnahme der Rückberufung der Militärattachés zugestimmt (auch PTG hatte sich gegen die Rückberufung ausgesprochen). Britische Delegation hielt daraufhin Rückfrage in London für erforder-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1258*

daß Änderungen eintreten müßten und er, Poos, habe den Eindruck, daß die Regierung den angekündigten Reformprozeß weiterzuführen beabsichtige.“ Gerz notierte, de Clercq habe „seinen Eindruck als ‚Eindruck des Pessimismus‘“ bezeichnet: „Überall in Südafrika herrsche große Unsicherheit. Alle seien für Abschaffung der Apartheid und alle seien überzeugt, daß dies schnell geschehen müsse. Aber es liege kein Konzept auf dem Tisch. [...] Auf beiden Seiten, von Regierung und Opposition, sei eine Eskalation der Gewalt zu beobachten und eine fortschreitende Polarisierung mit deutlicher Erosion der Mitte. Botha habe erklärt, dies schränke seinen Spielraum ständig mehr ein.“ Vgl. Referat 200, Bd. 134813.

<sup>3</sup> Giulio Andreotti (Italien), Peter Barry (Irland), Hans van den Broek (Niederlande), Roland Dumas (Frankreich), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Jaime José Matos da Gama (Portugal), Jacques Poos (Luxemburg), Leo Tindemans (Belgien).

<sup>4</sup> Für den Entwurf des Relevé de conclusions der Tagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. September 1985 vgl. den Drahtbericht Nr. 326 (Coreu) der Botschaft in Luxemburg vom 12. September 1985; Referat 200, Bd. 134813.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Ratspräsidentschaft vom 10. September 1985 zu Südafrika vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 153–155.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 569 des VN-Sicherheitsrats vom 26. Juli 1985 zur Lage in Südafrika vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1985, S. 8 f.

derlich. Nach zweistündiger Unterbrechung der Sitzung teilte StM Rifkind mit, daß seine Regierung zur Prüfung der vorgeschlagenen restriktiven Maßnahmen insgesamt noch Zeit benötige und daß seine Regierung deshalb diesem Katalog jetzt nicht zustimmen könne.

Auf Vorschlag der Präsidentschaft<sup>7</sup>, unterstützt von BM und Dumas<sup>8</sup>, wurde daraufhin beschlossen, daß die vorbereiteten Texte – politische Erklärung einschließlich des gesamten Maßnahmenkatalogs – verabschiedet werden und daß die britische Position in Form eines Vorbehalts zu den restriktiven Maßnahmen zum Ausdruck gebracht wird.<sup>9</sup>

Bei der Diskussion von Wirtschaftsmaßnahmen hatte KOM<sup>10</sup> auf mögliche Schwierigkeiten hingewiesen, die sich bei der Umsetzung von Maßnahmen, die EG-Materie betreffen, ergeben könnten (Notwendigkeit einheitlichen Verhaltens aller Partner).

## 2) West-Ost-Beziehungen

PRÄS wies auf Bedeutung der jüngsten sowjetischen Initiativen hin (insbes. Moratorium Atomversuche<sup>11</sup> und Weltraum<sup>12</sup>). Intensiver Meinungsaustausch hierüber soll geführt werden, wenn mehr Zeit zur Verfügung steht.

## 3) Nahost

LUX berichtete über Reise AM Poos nach Jordanien, BM über seine Reise nach Syrien, Kuwait, Ägypten<sup>13</sup> (es waren nur kurze Darstellungen möglich).

<sup>7</sup> Luxemburg hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1985 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>8</sup> Der Passus „Auf Vorschlag ... Dumas“ ging auf handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „Auf Vorschlag des BM“.

<sup>9</sup> Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 25. September 1985 über die Tagung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am selben Tag: „Auf britischen Wunsch wurden im engsten Rahmen (nur St[ändige]V[ertreter]) erneut Maßnahmen gegen Südafrika erörtert. Einleitend bezog sich britischer Vertreter auf Treffen der EG-AM in New York, bei dem GB-AM erklärt habe, GB werde sich Maßnahmen der anderen MS anschließen. GB gehe jedoch davon aus, daß es sich nur um nationale Maßnahmen handelt, und werde hierbei COCOM-Prozeduren nutzen, da es keine gesetzliche Grundlage für Exportverbote sensibler Güter habe. Es wünsche eine öffentliche Diskussion über die Methoden der zu ergreifenden Maßnahmen zu vermeiden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2569; Referat 200, Bd. 134813.

<sup>10</sup> Kommission.

<sup>11</sup> Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über ein Moratorium für Nukleartests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>12</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl informierte am 28. August 1985 über die vom sowjetischen Außenminister Schewardnadse dem VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar unterbreitete Weltrauminitiative: „Gemäß ihrer bisherigen VN-Praxis hat die SU ihre jüngste Weltrauminitiative mit einem Begleitschreiben des sowjetischen AM an den VN-Generalsekretär (offiziell übergeben am 16.8.) eingeführt und ihrem entsprechenden Resolutionsentwurf ein erläuterndes Memorandum („Hauptrichtungen und Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Erschließung des Weltraums unter der Bedingung seiner Nicht-Militarisierung“) beigelegt. [...] Die SU beabsichtigt, ihre (langjährigen) Bemühungen um eine internationale Durchsetzung ihres Konzepts zur ‚Nicht-Militarisierung‘ des Weltraums vor dem Hintergrund der Genfer Verhandlungen zu verstärken. Sie definiert dabei einerseits diesen Begriff weniger detailliert als im Vertragsentwurf von 1983, geht jedoch andererseits mit der Forderung eines generellen Forschungsverbots für ‚Weltraumangriffswaffen‘ über den damals vorgeschlagenen Verbotsumfang hinaus und orientiert sich stärker an bisherigen sowjetischen Äußerungen zu den Genfer Verhandlungen, in denen ein Verbot der Schaffung (einschließlich Forschungsarbeiten), der Erprobung und Dislozierung derartiger Systeme gefordert wurde.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139371.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 30. August und 1. September 1985 in Syrien auf. Daran anschließend besuchte er am 1./2. September Kuwait und am 2. September 1985 Ägypten. Vgl. dazu Dok. 236, Dok. 238 und Dok. 239.

Aufgrund einer Anregung Jordaniens gegenüber PRÄS, die Zehn sollten Unterstützung der jordanisch-palästinensischen Initiative<sup>14</sup> erneut zum Ausdruck bringen, war entsprechender Entwurf vorbereitet worden. BM schlug vor, einen Passus über Libanon (Anerkennung der Bemühungen Präsident Gemayels sowie Würdigung der Rolle Syriens) aufzunehmen. Diesem Vorschlag wurde gefolgt (ohne namentliche Erwähnung Syriens – hierzu Widerspruch von F). Text der Erklärung<sup>15</sup> siehe Relevé de conclusions.

#### Beziehungen EG–Golf-Kooperationsrat

Cheysson schlug aufgrund von soeben geführten Gesprächen in Saudi-Arabien Ministertreffen EG–Kooperationsrat vor. Präsident des Kooperationsrates (saudischer AM<sup>16</sup>), Generalsekretär<sup>17</sup> und eventuell weitere Delegationsmitglieder könnten auf der Rückreise von der VN-GV Anfang Oktober mit der EG-PRÄS und evtl. Vertretern einiger weiterer Mitgliedstaaten zusammentreffen. Trotz Terminschwierigkeiten und sachlichen Bedenken der PRÄS (zu früh) soll Termin vereinbart werden.<sup>18</sup>

#### 4) Lateinamerika

Nach kurzer Diskussion wurden Erklärungen zu Mittelamerika und zu Chile verabschiedet.<sup>19</sup> Texte siehe Relevé de conclusions.

#### 5) Kulturforum Budapest

BM unterstrich nachdrücklich die Bedeutung des Treffens. Es biete gute Gelegenheit, einen Beitrag zur kulturellen Zusammenarbeit über Systemgrenzen hinweg zu leisten und das Bewußtsein der europäischen kulturellen Identität zu stärken. Es handele sich um eine hochpolitische Veranstaltung, deren Bedeutung über den Kulturbereich hinausgehe. Die Teilnahme von freien Kulturschaffenden könne dazu führen, daß in Budapest unbefangener und offener gesprochen werde, als dies zwischen Regierungsvertretern üblich sei. BM teilte mit, daß deutsche Delegation in Budapest weitreichende Vorschläge unterbreiten werde. Dazu werde gehören, daß jedes Teilnehmerland – also auch die osteuropäischen Staaten – den anderen Teilnehmerstaaten das Recht einräumen sollten, ein Kulturinstitut zu eröffnen. BM bat Partner um Unterstützung dieser Vorschläge.<sup>20</sup>

<sup>14</sup> Zur Vereinbarung zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Presseerklärung der EG-Ratspräsidentschaft vom 10. September 1985 zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 156.

<sup>16</sup> Saud al-Faisal.

<sup>17</sup> Abdullah Bishara.

<sup>18</sup> Zum Ministertreffen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Kooperationsrat der Golfstaaten am 14. Oktober 1985 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 10/1985, S. 72 f.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Tagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 10. September 1985 zur Lage in Mittelamerika bzw. in Chile vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 155.

<sup>20</sup> In Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 das KSZE-Kulturforum statt. Referat 212 stellte am 16. September 1985 zur Haltung der Bundesrepublik fest: „Gerade für die kleineren WP-Staaten wie Ungarn, die mit Mühe gewisse Freiräume, z. B. im kulturellen Bereich, zu wahren suchen, ist Budapest besonders wichtig. Diesen Staaten liegt auch besonders daran, daß beim Forum die gesamteuropäische kulturelle Identität als verbindendes Element, das über die ideologischen und politischen Systemgrenzen hinweggreift, akzentuiert wird. Dies richtet sich nicht gegen die außereuropäischen Teilnehmer der KSZE: Die USA und CDN stehen ebenfalls in wesentlichen Bereichen in der europäischen kulturellen Tradition. In Budapest muß aufgezeigt werden, was die beiden

BM trug ferner die Anregung vor, als „kulturelle Hauptstadt Europas“ für den Zeitraum nach 1988 (bis zu diesem Jahr sind die kulturellen Hauptstädte bestimmt, einschließlich Berlins für 1988) eine Hauptstadt Osteuropas zu wählen. Auch dies wäre ein Beitrag zum kulturellen Zusammenwirken Europas.

BM bat auch hierzu um Unterstützung der Partner. Er stellte abschließend fest, daß wir mit sehr viel Engagement nach Budapest gingen. Dies entspreche den Erwartungen vieler Menschen, insbes. in den osteuropäischen Ländern.

Erste Reaktion der Partner (PRÄS, F, I) war sehr positiv. I schlug ergänzend Treffen der Delegationsleiter der EG-Staaten und enge Abstimmung während des Kulturforums vor.

Schilling<sup>21</sup>

Referat 200, Bd. 134813

## 246

### Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-14240/85 geheim

Fernschreiben Nr. 2868

Citissime

Aufgabe: 12. September 1985, 08.45 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 12. September 1985, 10.45 Uhr

Betr.: Schreiben des Bundeskanzlers vom 30.8.85 an GS Gorbatschow  
21-301 30 S 25-DE 2-26/85 geheim<sup>2</sup>

Bezug: a) Schreiben Leiter des Ministerbüros vom 4.9.85 – 010-1615/85 geheim<sup>3</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1261*

Hälften Europas über die Trennlinie hinweg verbindet, nicht, was Europa von den anderen Erdteilen abgrenzt. [...] Für die Fortsetzung des KSZE-Prozesses ist ein erfolgreicher Verlauf des Budapester Treffens von nicht zu unterschätzender Bedeutung: Der Westen ist zwar in Budapest kein Demandeur, die Bereitschaft des Ostens, beim bevorstehenden Treffen über menschliche Kontakte in Bern dem Westen entgegenzukommen, dürfte aber geringer werden, wenn Budapest einen konfrontativen und keinen konstruktiven Verlauf nehmen sollte.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133516.

<sup>21</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 12. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Schreiben vgl. Dok. 235.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen teilte Botschafter Kastl, Moskau, zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 30. August 1985 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit: „Entsprechend einer zwischen Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt getroffenen Abrede, die von der Leitungsebene gebilligt worden ist, werden Sie gebeten, um einen Termin bei Generalsekretär Gorbatschow nachzusuchen, um ihm das Schreiben persönlich zu übergeben. Sollte ein Termin nicht zustande kommen, werden Sie gebeten, das Schreiben Außenminister Schewardnadse persönlich zu überbringen. [...] Der Herr Bundeskanzler legt im Interesse der Anbahnung des vertraulichen Meinungsaustausches mit Generalsekretär Gorbatschow größten Wert darauf, daß sowohl die Tatsache der Übersendung des Briefes als auch sein Inhalt geheimgehalten werden. Da in der Presse inzwischen bereits spekuliert worden ist, daß der Bundeskanzler beabsichtige, einen Brief an Generalsekretär Gorbatschow zu schreiben, ist sowohl im Bundeskanzleramt als auch im

b) DB 2858 vom 11.9.85 – Pol 321.00 geheim<sup>4</sup>

c) DB 2867 vom 11.9.85 – Pol 322 GRO geheim (an Ref. 220)

### Zur Unterrichtung

Ich habe das vertrauliche Schreiben des Bundeskanzlers an GS Gorbatschow am 11.9.85 dem Ersten Stv. Außenminister Kornijenko übergeben, der Weiterleitung an GS Gorbatschow zusagte. Ich brachte mein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß weder der GS noch AM Schewardnadse zur Entgegennahme des Schreibens zur Verfügung stand.

1) Ich trug den Inhalt des Schreibens mündlich vor, da die russische Höflichkeitsübersetzung für den sehr kurzfristig gewährten Termin noch nicht fertiggestellt war.

K. sah sich außerstande, bereits zu Schreiben Stellung zu nehmen. Er griff aber einige der im Schreiben behandelten Sachthemen heraus, um den dazu bestehenden gegenteiligen sowjetischen Standpunkt auf der bekannten sowjetischen Argumentationslinie noch einmal darzulegen. Wir könnten kein sowjetisches Einverständnis damit erwarten, daß sowjetische Führung die politischen Zielsetzungen und Absichten der Bundesregierung in wichtigen Fragen nicht richtig sehe. Es war bezeichnend, daß K. solche Punkte, die von der sowjetischen Seite aus ihrem eigenen Interesse heraus durchaus aufgenommen werden könnten, wie den Gedanken einer Konferenz der KSZE-Staaten zu Korb II<sup>5</sup> auf Ministerebene, nicht anschnitt.

a) Zu Art. VI NVV<sup>6</sup> ließ K. unsere besondere moralische Berechtigung aufgrund des Herstellungsverzichts bei A-, B- und C-Waffen<sup>7</sup> nicht gelten, ein solches Recht stehe jedem beliebigen Nicht-Nuklearstaat zu. Er versuchte dann, den Spieß herumzudrehen. Auch von uns sei eine bestimmte Haltung – gemeint: zur Abrüstung aus sowjetischer Sicht – wenn nicht zu fordern, so doch zu erwarten. Unsere positive Würdigung der sowjetisch-amerikanischen Außenministerverscheinbarung vom 8.1.85 in Genf<sup>8</sup> räumte er zwar ein. Aber hierzu in Widerspruch stehe unsere Haltung zu SDI. Wenn die Bundesregierung auch noch nicht über die „Teilnahme“ entschieden habe, so sei doch ihre politische „Unter-

### Fortsetzung Fußnote von Seite 1262

Auswärtigen Amt veranlaßt worden, daß auf strengste Geheimhaltung geachtet wird“. Vgl. VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Botschafter Kastl, Moskau, teilte zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit: „Zur Übergabe des Schreibens ist mir beim 1. St[ell]v[ertretenden] AM Kornijenko heute 18.30 h Ortszeit (dort 16.30) Termin angeboten worden. Von brit[ischem] Kollegen andererseits höre ich, daß für Übermittlung einer Botschaft von PM Thatcher wegen starker Arbeitsbelastung (Vorbereitung VN) auch Kornijenko in nächsten Tagen nicht zur Verfügung steht. Ich neige dennoch dazu, noch einmal auf Termin bei Schewardnadse zu drängen.“ Vgl. VS-Bd. 14154 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

<sup>7</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 137, Anm. 11.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

stützung“ der amerikanischen Pläne in zahlreichen öffentlichen Erklärungen zum Ausdruck gekommen.

Ich legte noch einmal unseren Standpunkt dar und sprach Interpretation des Forschungsbegriffs an. K. antwortete auf der Linie des Time-Interviews des GS<sup>9</sup> mit der Tendenz, alle Aktivitäten, die über die reine Laborforschung hinausgingen, bereits zur „Entstehung“ von Weltraumwaffen zu zählen. Ich wies darauf hin, daß die SU eigene Forschungsvorhaben und -projekte nicht verhehle, und legte unsere Haltung zum ABM-Vertrag – Einhaltung oder einvernehmliche Änderung – dar.

b) Zum nuklearen Testmoratorium<sup>10</sup> argumentierte K. auf der auch nicht neuen Linie, daß die Amerikaner die seinerzeit praktisch in fast allen Punkten (insbesondere zur Verifikation bezüglich amerikanischen und sowjetischen Territoriums) abgeschlossenen dreiseitigen CTB-Verhandlungen abgebrochen hätten.<sup>11</sup> Er verwies auch auf jüngste, gegen einen umfassenden Teststopp gerichtete Erklärungen von Vertretern der amerikanischen Regierung, u. a. Weinberger. Hinzu komme, daß seit dem Abbruch der CTB-Verhandlungen die technischen Verifikationsmöglichkeiten sogar noch weiter entwickelt worden seien, z. B. bei uns und Schweden. K. erteilte freundlichen Rat, uns an unsere amerikanischen Freunde zu wenden. Ich bemerkte, ich sehe mich aufgrund meines Weisungsstandes nicht in der Lage, zu diesem Thema im einzelnen mich zu äußern.

c) K. plädierte dafür, die Verifikationsfrage nicht „ad absurdum“ zu führen. Er wies auf den NVV hin, der auch ohne Verifikationsmechanismen gut funktioniere. Ich machte mangelnde Schlüssigkeit dieser Argumentation deutlich.

d) Zum schwebenden Abkommensprojekt auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit<sup>12</sup> war K. offenbar nicht voll informiert und unterstellte, auf unserer Seite sei in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren kein sonderliches Interesse mehr spürbar gewesen. Ich stellte richtig, daß wir im Gegenteil auf einen sowjetischen Terminvorschlag warteten.

e) Zu unserem Anliegen, in der Ausreisefrage<sup>13</sup> den Zustand von Mitte der 70er Jahre wiederherzustellen, brachte K. das fadenscheinige Argument, dann müßten zunächst erst alle damals Ausgereisten wieder in die SU zurückkehren (d. h. er wollte sagen, es gebe in der SU keine Ausreisewilligen mehr): Ich stellte dies richtig unter Hinweis auf die konkreten Zahlen (rd. 90 000 Ausreisewünsche, z. T. bis zu zehn Mal abgelehnt).

2) Ich nahm Gelegenheit des Gesprächs dazu wahr, K. auf die allgemeine Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen anzusprechen. Ich hätte in

<sup>9</sup> Für das Interview vgl. den Artikel „An Interview with Gorbachev“, TIME vom 9. September 1985, S. 10–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 382–404.

<sup>10</sup> Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über ein Moratorium für Nukleartests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>11</sup> Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360. Botschafter Ruth notierte am 16. Februar 1981, die letzte Sitzung habe im November 1980 stattgefunden. Vgl. dazu VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>12</sup> Zu den Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 176, Anm. 31.

<sup>13</sup> Zur Ausreise von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der UdSSR vgl. Dok. 127, Anm. 20.



den letzten Monaten nach Bonn zu berichten gehabt, daß die früher engere politische Zusammenarbeit zwischen unseren Regierungen stagniere. Ich beobachte auf sowjetischer Seite die Tendenz, Tatbestände, wie sie z.T. auch in dem Schreiben des BK angesprochen seien, in den sowjetischen Medien, aber auch insbesondere in Äußerungen gegenüber Besuchern aus der Bundesrepublik Deutschland und auch mir gegenüber vergrößernd darzustellen. Als Beispiel wies ich auf SDI (als wenn die Bundesregierung schon eine Entscheidung getroffen hätte) und CW (als wenn wir bereits dabei wären, binäre CW auf unserem Territorium zu stationieren<sup>14</sup>) hin. Andererseits bestehe Tendenz, unsere der sowjetischen Haltung nahen Positionen zu übersehen: z. B. Gewaltverzicht<sup>15</sup>, wo unser Engagement völlig ignoriert werde, und KSZE-Prozeß, wo uns geradezu eine Bremserrolle zugeschrieben werde. Ich wollte nicht dramatisieren, frage mich aber, in welche Richtung diese sowjetische Politik ziele.

K. betonte „mit aller Bestimmtheit“, daß es keinen Beschluß der sowjetischen Regierung gebe, die Beziehungen zu uns stagnieren zu lassen. Für bestimmte Veränderungen der Atmosphäre und den Rückgang von Kontakten gebe es „objektive Gründe“. Die Beziehungen stagnierten nicht deshalb, weil die Sowjets dies wünschten. Das Umgekehrte sei der Fall. Neben SDI ging K. noch auf CW ein und behauptete (was richtig ist), daß die sowjetischen Medien die Stationierung noch nicht als bereits vollzogenen Tatbestand meldeten (als wenn nicht die tendenziöse Färbung dieser Presseberichterstattung dies beim Leser praktisch nahelegte). Im übrigen zog er sich auf die angebliche Unabhängigkeit der sowjetischen Presse zurück.

Ich begrüßte Kornijenkos Erklärungen über das Nichtbestehen einer Regierungsentscheidung, die Beziehungen mit uns stagnieren zu lassen. Nichtsdestoweniger sei die Tendenz offizieller sowjetischer Gesprächspartner, das Trennende hervorzuheben und das Verbindende zu vernachlässigen, auffällig. Man könne nur hoffen, daß das nächste Treffen der AM<sup>16</sup> einen gewissen Ausgleich bringe. In diesem Zusammenhang könnte ich nicht verschweigen, daß die Kontakte zwischen den beiden AM bisher (Helsinki<sup>17</sup>, Vereinbarung zu New York) gegenüber der früheren Praxis weniger intensiv seien.

K. wollte diese Entwicklung der AM-Beziehungen nicht zugeben. Er zog sich schließlich auf die allgemeine Behauptung zurück: Es sei ein nationaler Charakterzug in der SU, mehr über die Unzulänglichkeiten des bisher Erreichten als über die positiven Errungenschaften zu reden – eine Charakterisierung, zu der ich nur erklären konnte, daß ich ihr aufgrund meines Bildes der sowjetischen Medien nicht beitreten könne.

3) Gesprächsdauer: eineinhalb Stunden.

[gez.] Kastl

**VS-Bd. 14154 (010)**

<sup>14</sup> Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber den amerikanischen Plänen zur Produktion binärer Chemiewaffen vgl. Dok. 220.

<sup>15</sup> Zur Haltung der Bundesrepublik zu einem Gewaltverzicht im KVAE-Rahmen vgl. Dok. 243, Anm. 12.

<sup>16</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 24. September 1985 in New York vgl. Dok. 256.

<sup>17</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 1. August 1985 vgl. 215.

## 247

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Alfonsín****VS-vertraulich****18. September 1985<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der argentinischen Nation, Dr. Raul Alfonsín, am 18. September 1985, 10.00 Uhr bis 11.30 Uhr, im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: Jorge Mauhourat, Unterstaatssekretär für Außenpolitik im Außenministerium; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Lehnhardt, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß Präsident Alfonsín herzlich willkommen.<sup>2</sup> Er habe erfahren, daß er heute noch mit Präsident Mitterrand zusammentreffen werde.<sup>3</sup> Präsident *Alfonsín* bestätigte dies. Er werde darüber hinaus in Paris mit dem britischen Labour-Führer<sup>4</sup> zusammentreffen. Dies sei ungewöhnlich und werde sicherlich Mrs. Thatcher Kopfschmerzen bereiten.

Der *Bundeskanzler* bat Präsident Alfonsín, herzliche Grüße an Präsident Mitterrand zu übermitteln. Er bat um Verständnis, daß er am gestrigen Tage nicht an dem Empfang teilnehmen konnte. Er sei mit der jüngsten Spionageaffäre befaßt gewesen.<sup>5</sup> Der Bundeskanzler erläuterte dem Präsidenten die Probleme, die sich aus der Teilung Deutschlands ergeben. Die große Anzahl von Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland und die 15 Millionen Toten<sup>6</sup> aus dem Zweiten Weltkrieg erleichtern die Möglichkeit, für Personen eine neue Vita zu erstellen und immer wieder einzelne Menschen zu erpressen. Der aktuelle Fall stelle ein typisches Beispiel dar. Der Agent sei mit 17 Jahren Mitglied der Waffen-SS und später Mitglied der NSDAP geworden. Diese Mitgliedschaft scheine er 1945 verschwiegen zu haben, als er Mitglied der SED wurde. Die Vita dieses Agenten konnte deshalb gewissermaßen vom Jahre 1935 an aufgebaut werden. In einem solchen Falle seien die deutschen Sicherheitskräfte hilf-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 24. September 1985 gefertigt und am folgenden Tag an Bundesminister Genscher zur „persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 26. September 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hallensleben am 27. September 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 331 und den Rücklauf an Vortragenden Legationsrat Kausch verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 30. September 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Boomgaarden und Heubaum sowie den Rücklauf an Referat 330 verfügte.

Hat Boomgaarden und Heubaum vorgelegen.

Hat Kausch am 1. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Präsident Alfonsín besuchte vom 15. bis 18. September 1985 die Bundesrepublik.

<sup>3</sup> Präsident Alfonsín hielt sich vom 18. bis 21. September 1985 in Frankreich auf.

<sup>4</sup> Neil Kinnock.

<sup>5</sup> Zum Spionagefall des Referenten der Friedrich-Naumann-Stiftung, Willner, vgl. den Artikel „Vielleicht haben wir falsch entschieden“, DER SPIEGEL, Nr. 39 vom 23. September 1985, S. 17–21.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

los. Die Mittel eines Rechtsstaates würden nicht ausreichen, einen solchen Fall frühzeitig zu erkennen. Man müsse wissen, daß in der Bundesrepublik Deutschland ca. 20 000 Agenten auf allen Ebenen tätig seien. Hinzu komme die kommunistische Agitation, für die viele Millionen DM zur Verfügung stünden. Er habe den Eindruck, daß jetzt Agenten in Zeitschüben abgezogen würden, um Unruhe in der Bundesrepublik zu schaffen.

Präsident *Alfonsín* erinnerte daran, daß von diesen Agentenaffären auch Argentinien berührt gewesen sei. Der zweite Mann in der DDR-Botschaft in Buenos Aires habe sich in die USA abgesetzt.

Der *Bundeskanzler* schilderte die Folgen, die sich aus der Teilung Deutschlands für Familien ergäben. Außerdem könne man beobachten, daß die Probleme in der DDR anwachsen würden. Sicherlich habe die DDR ein höheres wirtschaftliches Niveau als die Sowjetunion, dennoch könne man feststellen, daß die Bevölkerung wesentlich empfindlicher auf Entwicklungen reagiere. Hinzu käme die wachsende Kommunikation. So könnten 80 % der DDR-Bürger das Westfernsehen empfangen.

Präsident *Alfonsín* fragte den Bundeskanzler, für welche Aufgaben die DDR vorrangig ihre Mittel einsetze. Der *Bundeskanzler* verwies auf die Ineffizienz des DDR-Systems. Man müsse wissen, daß im Gebiet der DDR ehemals die besten Industriegebiete Deutschlands gewesen seien. In der DDR gebe es viele qualifizierte Arbeitskräfte. Aufgrund der Enteignung lohne sich jedoch für die meisten Menschen die Arbeit nicht und ihr Interesse sei deshalb begrenzt. Dies sei normal, erklärte Präsident *Alfonsín*. Der *Bundeskanzler* verwies auf die besondere Wirkung, die sich aus der Konsumwerbung des westlichen Fernsehens für die Bürger der DDR ergäbe. Außerdem führten auch die Westreisen zu einer neuen Klassenbildung. Diese Reisen in die Bundesrepublik vermitteln neue Privilegien. Die Funktionäre stellten eine andere privilegierte Klasse dar. So habe man heute in der DDR gewissermaßen drei Klassensysteme.

Der Bundeskanzler berichtete, daß 1984 40 000 DDR-Bürger die Erlaubnis zur Ausreise erhalten hätten. Darüber hinaus gebe es rd. eine Million Ausreiseträger, deren Bedeutung man darin erkennen könne, daß die Antragsteller erhebliche Nachteile auf sich nehmen müßten.

Präsident *Alfonsín* fragte den Bundeskanzler, wie er die Lage in fünfzig Jahren einschätzen würde. Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er nicht glaube, daß die Sowjetunion ihr Imperium noch fünfzig Jahre sichern könne. Sicherlich werde es keinen Krieg geben. Europa sei heute gewissermaßen die sicherste Zone auf dieser Erde, weil es hier die größte Anhäufung von Waffen gebe. Jede gewaltsame Änderung würde zu einem Weltkrieg und damit zur Apokalypse führen. Darüber hinaus müsse man wissen, daß es in der Sowjetunion keine Hitler, sondern eiskalte Rechner gebe. Diese hätten ihre Erfolge seit 1945 ohne Krieg erreicht. Die Sowjetunion nutze ihr gigantisches Waffenpotential als Drohinstrument gegen den Westen. Man könne ja bereits bei Lenin über diese Strategie der Einschüchterung der Bourgeoisie nachlesen. Dies habe man ganz aktuell anläßlich der Stationierung im Jahre 1983 erneut erleben können.

Er sei davon überzeugt, daß die Erosion der NATO begonnen hätte, wenn es nicht gelungen wäre, die Stationierung durchzusetzen. Er müsse jetzt auch in

diesem Herbst aufgrund der demographischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland die Wehrpflicht verlängern.<sup>7</sup>

Der Bundeskanzler verwies auf die russische Großmachtpolitik, die von der Sowjetunion heute fortgeführt werde. Rußland sei immer mit dem Problem konfrontiert gewesen, über keine natürliche Westgrenze zu verfügen. Seit Peter dem Großen habe es den Drang nach Westen gegeben. In der Sowjetunion herrsche ein rationales wie auch zugleich irrationales Sicherheitsbedürfnis. Dies sei nur auf dem historischen Hintergrund zu verstehen, daß sowohl Napoleon wie Hitler mit ihren Truppen Moskau erreicht hätten. Die Russen seien Europäer, fühlten sich jedoch in die Ecke gedrängt. Militärisch sei die Sowjetunion heute ein Gigant, dagegen wirtschaftlich fast ein Zwerg. Breschnew habe eine katastrophale Lage hinterlassen.

Ein weiteres Problem für die Sowjetunion stelle die Nationalitätenfrage dar. 1990 werden 50 % der Rekruten in der Sowjetunion keine Russen mehr sein, sondern anderen Nationalitäten angehören. Darunter werde es viele Mohammedaner geben. Hier könnten sich Probleme abzeichnen, die durch das Beispiel von Khomeini im Iran verdeutlicht würden. Außerdem müsse man wissen, daß es heute in der Sowjetunion keinen Weg zurück zu den Methoden von Stalin geben könne. Der Bundeskanzler berichtete von der Einrichtung eines Fernsattellitensystems Ostbeam, das das Gebiet Deutschlands und der K-und-K-Monarchie von 1914 abdecken werde. Städte wie Kiew, Budapest, Prag wie Finnland und andere Teile Europas könnten damit erreicht werden.

Politisch sei es deshalb besonders wichtig, mit der Sowjetunion zu reden und vernünftige Lösungen zu suchen, ohne jedoch Prinzipien aufzugeben. Die Sowjetunion müsse wissen, bis hierhin und nicht weiter. Er befürworte auch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit, obwohl der Umfang geringer sei als der Handelsaustausch mit der Schweiz und Österreich. 1985 gebe die Bundesrepublik Deutschland beispielsweise mehr Entwicklungshilfe als der gesamte Warschauer Pakt. Präsident *Alfonsín* zeigte sich über diese Aussage überrascht. Der *Bundeskanzler* bezeichnete die Chancen in den Ost-West-Beziehungen als günstig. Er gehe davon aus, daß der Gipfel im November Ergebnisse bringen werde.<sup>8</sup> Die Bundesregierung werde ihren ganzen Einfluß ausüben, um dazu beizutragen. In diesem Zusammenhang gebe es eine enge Kooperation mit dem Weißen Haus. Er habe diesen Gipfel bereits bei Generalsekretär Andropow 1983 angeregt.<sup>9</sup> Ein mögliches Ergebnis sei die Vereinbarung über regelmäßige Zusammenkünfte zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem Generalsekretär. Dies wäre ein sehr wichtiges Ergebnis, fügte Präsident *Alfonsín* hinzu, auch wenn es das einzige Ergebnis bliebe.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß es sicherlich noch weitere Ergebnisse geben werde. Er sei optimistisch, obwohl verhindert werden sollte, daß in der Öffentlichkeit die Erwartungen zu hochgeschraubt würden. Sein Optimismus gründe sich in der Einschätzung von Präsident Reagan, dessen Lebenserwartung nicht

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

<sup>8</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 4. bis 7. Juli 1983 in der UdSSR auf. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200.

mehr unbegrenzt sei. Reagan wolle sicher kein Theodor Roosevelt werden. Dies wolle vor allem seine Frau Nancy nicht. Sie wolle ihn gewissermaßen mit der Friedenspalme in die Geschichte eingehen sehen. Er, der Bundeskanzler, habe Generalsekretär Gorbatschow zweimal getroffen.<sup>10</sup> Es wäre ein Fehlurteil, ihn als liberalen Mann einzuschätzen. Ein Generalsekretär der KPdSU müsse ein eiskalter Mann sein. Äußere Eleganz sage nichts über die politische Haltung aus. Dennoch sei Gorbatschow ein Vertreter der neuen Generation, der auch er angehöre. Er gehöre gewissermaßen der technokratischen Nachkriegsgeneration an. Außerdem sei von ihm eine lange Amtszeit zu erwarten.

Gorbatschow sei gewissermaßen gezwungen, jetzt eine Revolution von oben durchzuführen. Er könne seine Ziele erreichen und mehr Effizienz bewirken, entweder durch Gewalt oder durch das Angebot von größeren Anreizen. Gorbatschow müsse die Wirtschaft dezentralisieren, damit werden sich aber die Zügel der Macht lockern. Außerdem fordere auch die jüngere Generation mehr Bewegungsfreiheit. Die Sowjetunion befinde sich deshalb in einer Art Übergangsphase, was besondere Klugheit im Westen erfordere. Jetzt sei beides, Entscheidung wie aber auch Gelassenheit, erforderlich.

Auch die religiöse Renaissance in Osteuropa stimme ihn optimistisch. Dies gelte nicht nur für Polen, sondern auch im zunehmenden Maße für die ČSSR. Der Bundeskanzler schilderte die historische Entwicklung der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei. Das Regime in der ČSSR verfolge zwar eine scharfe Kirchenpolitik, dennoch wachse die Zahl der Priesterweihen. Viele dieser Priester wie auch eine wachsende Zahl von Nonnen würden in den Betrieben arbeiten. Die katholische Kirche in der Tschechoslowakei sei heute stärker als 1938. Sie stelle gewissermaßen eine starke Untergrundkirche dar. Diese Informationen habe er von der katholischen Kirche in der DDR vertraulich erhalten. Die Summe all dieser Entwicklungen würde die Welt in den nächsten fünfzig Jahren verändern.

Der Bundeskanzler leitete auf die Lage in Lateinamerika über. Die Entwicklung in dieser Region der Erde werde jedenfalls über die internationale Entwicklung in der Zukunft entscheiden.

Präsident *Alfonsín* erwiderte, daß sich auch in Lateinamerika starke Veränderungen abzeichneten. In Argentinien würden 70 % der Bevölkerung den Wirtschaftsplan der Regierung unterstützen.<sup>11</sup> Besonders unverständlich sei, daß

<sup>10</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau; Dok. 68.

<sup>11</sup> Am 11. Januar 1985 informierte Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires: „Argentinien hat endlich einen vorzeigbaren, 194 Seiten starken Wirtschaftsplan für die Jahre 1985 bis 1989, d. h. also bis zum Ende der konstitutionellen Amtsperiode von Präsident Alfonsín. [...] Mit der den Radikalen eigenen Langsamkeit, aber auch Beharrlichkeit haben sie in ihrem ersten Regierungsjahr mit den bisher erfolgreichen Umschuldungen eine gewisse Ordnung in den Außenbereich gebracht. Jetzt gehen sie daran, das Innere des Hauses wirtschaftlich nach ihren Vorstellungen aufzuräumen. [...] So ist mit der Betonung des Exports als einer der beiden Hauptsäulen des Wachstums eine gewisse Abkehr von der früheren, nach innen gerichteten Entwicklungsphilosophie des Landes verbunden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 105; Referat 330, Bd. 136469.

Finckenstein resümierte am 24. Oktober 1985: „Die Stabilisierungspolitik der argentinischen Regierung, auch als ‚Plan Austral‘ bekannt, ist bisher erfolgreicher gewesen, als es viele ‚skeptisch-optimistische‘ Beobachter anfänglich für möglich hielten, wenn auch nicht ganz so erfolgreich in der Inflationsbekämpfung [...]. Insgesamt hat der Plan Austral der Bevölkerung jedoch bisher relativ geringe Opfer zugemutet. Am stärksten betroffen sind die in erhöhter Zahl arbeitslos Geworde-

dieser Plan von den Führern der Gewerkschaften abgelehnt würde. Dagegen verfüge er trotz der hohen Arbeitslosigkeit und des sinkenden Realeinkommens über die Unterstützung der Bevölkerung.

Das wichtigste außenpolitische Thema sei die Entwicklung in Mittelamerika. Er sei jedoch der Auffassung, daß jetzt eine gute Gelegenheit gekommen sei, die Probleme zu lösen. Nicaragua sei dabei, eine neue Verfassung auszuarbeiten und habe die Arbeit beinahe abgeschlossen.<sup>12</sup> Er habe mit dem Vizepräsidenten von Nicaragua in Lima<sup>13</sup> gesprochen. Anschließend sei eine Delegation aus Nicaragua nach Argentinien gekommen, in der Vertreter mehrerer Parteien vertreten gewesen seien. Eine andere Delegation habe Nicaragua in die DDR entsandt.<sup>14</sup> Dieses Gespräch habe ihm die Gelegenheit gegeben, Nicaragua etwas über den Charakter der Parteien in der DDR zu sagen. Er habe den Standpunkt der argentinischen Regierung deutlich gemacht und das Prinzip der Nichteinmischung unterstrichen. Er habe der Delegation zu verstehen gegeben, daß sie jetzt vor einer „eisernen Alternative“ stünden. Sicherlich hätte Nicaragua das Recht, den Weg zu gehen, wie ihn Ostdeutschland eingeschlagen habe. Er habe jedoch darauf verwiesen, daß Lateinamerika das Ziel einer Integration verfolge und deshalb die Entwicklung einer Demokratie erforderlich sei. Wenn Nicaragua sich jetzt entscheiden würde, den Weg einer pluralistischen Demokratie zu wählen, dann wären alle lateinamerikanischen Länder bereit, Verantwortung bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu übernehmen. Das Ziel seien dabei keine Scheinlösungen, sondern Globallösungen.

Argentinien habe sich deshalb auch bereit erklärt, Friedenstruppen nach Nicaragua zu entsenden, damit Ruhe einkehren könne. Dies gelte auch für die USA. Sein Außenminister<sup>15</sup> habe ebenfalls solche Gespräche geführt, aber von Nicaragua noch keine Antwort erhalten. Der Weg zur Demokratie sei gewissermaßen der einzige Weg für eine Lösung in Nicaragua. Die Junta müsse jetzt ihre Positionen klären, wenn sie das Volk nicht in einen Holocaust führen wolle. Si-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1269*

nen, deren Gesamtziffer auf ca. acht Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung geschätzt wird. Erstaunlicherweise hat es bisher keine Zusammenbrüche von Unternehmen oder Banken gegeben.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 2050; Referat 330, Bd. 136469.

<sup>12</sup> Botschafter Rusnak, Managua, führte am 6. September 1985 zu dem von der FSLN vorgelegten Verfassungsentwurf für Nicaragua aus: „Die von der FSLN geforderten Verfassungsprinzipien weisen schlagwortartig auf einen volksdemokratischen Einheitsstaat mit Autonomie für die Atlantikküste, Festschreibung der Landreform mit Enteignung und Landvergabe an die Bauern und Recht der Arbeiter auf soziale Leistungen hin. Bemühungen um lateinamerikanische Einheit, wie durch Unterzeichnung der Contadora-Akte, sollen ebenso Verfassungsrang erhalten wie die bekannten Selbstverpflichtungen Blockfreiheit, gemischtes Wirtschaftssystem und politischer Pluralismus. Der Prinzipienkatalog findet seine etwas systemfremde Abrundung durch verfassungsmäßige Verpflichtung zur Helden- und Märtyrerverehrung sowie Unterstützung von deren Müttern und Familien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 235; Referat 331, Bd. 136359.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Genua“.

Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 17. September 1985 erklärte Präsident Alfonsín: „In NIC gelte es, Einfluß auf die neue Verfassung zu nehmen. Er persönlich habe einer NIC-Delegation deutlich gesagt, daß sein Land eine Verfassung erwarte, in der Selbstbestimmung, Nichteinmischung und demokratischer Pluralismus verankert seien. Nur ein demokratisch-pluralistisches NIC biete die Voraussetzung zur Integration in eine regionale Gemeinschaft. Mit der Verabschiedung der Verfassung werde für das Regime in NIC die ‚Stunde der Wahrheit‘ geschlagen haben. Dies habe er u. a. Vize-Präsident Ramírez am 28. Juni in Lima mit auf den Weg gegeben.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 136460.

<sup>14</sup> Zum Besuch des Präsidenten Ortega vom 9. bis 11. Mai 1985 in der DDR vgl. Dok. 139, Anm. 7.

<sup>15</sup> Dante Caputo.

cherlich könnten sie dies tun, es dürfe jedoch keine Auswirkungen auf ganz Lateinamerika haben.

Zur Zeit fänden interne Machtkämpfe in Nicaragua statt. Es gäbe auf der einen Seite die harte Linie, die zur Katastrophe führen könne. Andere Kräfte seien kompromißbereit. Er sei bereit, eine Wette einzugehen, daß am Ende die gemäßigten Kräfte überwiegen, wenn die USA mitspielten. Eine gute Rolle könne dabei Fidel Castro spielen. Er sei heute nicht mehr der alte Revolutionär, sondern sei inzwischen weiser geworden. Er sei sicher, daß mit dessen Unterstützung am Ende zu rechnen sei. Castro befürchte, daß sonst die Probleme auf Kuba übergreifen könnten. Castro habe ihm persönlich gesagt, daß er bei der Lösung der Probleme Nicaraguas helfen wolle.<sup>16</sup>

Der Bundeskanzler fragte Präsident Alfonsín, ob die Sowjetunion in einem Konfliktfalle Nicaragua helfen werde. Präsident Alfonsín erwiderte, daß er keinen Zweifel habe, daß die Sowjetunion nicht eingreifen werde, weil es sich um die Einflußzone der anderen Weltmacht handele. Die USA hätten ja ihrerseits auch nicht in Ungarn und in der Tschechoslowakei eingegriffen.

Der Bundeskanzler bat Präsident Alfonsín um die Beurteilung der Lage in Chile. Die Lage in Chile beunruhige ihn sehr, antwortete Präsident Alfonsín. Chile sei das einzige Land, in dem die kommunistische Partei offen erklärt habe, daß sie einen bewaffneten Kampf führen wolle.<sup>17</sup> Wenn nicht innerhalb eines Jahres eine Übergangslösung möglich werde, könnte es zu diesem Kampf kommen und eine demokratische Lösung scheitern. Deshalb trete er dafür ein, daß der Übergangsprozeß<sup>18</sup> beschleunigt werden muß. Es müßte allerdings die Tür für einen Rückzug von Pinochet offengehalten werden. Besonders bedauerlich sei, daß die USA zu wenig Druck auf Chile ausüben würden. Chile erhalte im Ge-

<sup>16</sup> Am 18. September 1985 legte der argentinische Außenminister Caputo Bundesminister Genscher dar: „Castro habe im April 1985 Verbindung zu Alfonsín aufgenommen. In Gesprächen mit einem argentinischen Sonderbeauftragten habe er Kubas Bereitschaft zum Rückzug aller Militärberater erklärt, sofern er die Garantie habe, daß es keine militärische Intervention in NIC geben werde. Castro fürchte eine militärische Eskalation, da diese auch Auswirkungen auf Kuba haben würde. Gegenüber dem Regime in NIC sei er heute kritischer eingestellt. Die sandinistische Führungsspitze junger Revolutionäre sei politisch naiv und habe Märtyrermentalität – beides keine guten Voraussetzungen für Realpolitik. Die Wirtschaftslage sei katastrophal.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 136460.

<sup>17</sup> Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, stellte am 13. März 1985 zur Kommunistischen Partei Chiles fest: „Die ‚Volksdemokratische Bewegung‘ wurde am 31.1.1985 durch das chilenische Verfassungsgericht als totalitäre, auf Klassenkampf ausgerichtete Organisation für verfassungswidrig erklärt. Die Kommunisten und ihre Freunde, die sich in der Gruppierung zusammengefunden hatten, stört das wenig. Sie sind längst auf Untergrundarbeit eingerichtet und ohnehin zum gewaltsamen Kampf entschlossen. Der ‚bewaffnete Arm‘ der KP, der Frente Patriótico Manuel Rodríguez, ficht Seite an Seite mit anderen linksrevolutionären oder anarchistischen Gruppen. Die Zahl der Anschläge und Überfälle erhöhte sich von 350 im Jahre 1983 auf 750 im Jahre 1984.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 279; Referat 330, Bd. 136564.

<sup>18</sup> Am 16. September 1980 erläuterte Ministerialdirigent Limmer den Zeitplan der chilenischen Regierung für die Rückkehr zur Demokratie: „Mit dem Plebiszit wurde über die neue Verfassung abgestimmt, die die bis zum Umsturz vom 11.9.73 gültige Verfassung aus dem Jahr 1925 ablöste, aber vor 1989 nur in Teilbereichen in Kraft treten soll. Zugleich wurde über eine achtjährige Übergangszeit ab März 1981 entschieden, in der die Militärregierung an der Macht bleibt, der Staatspräsident jedoch nicht mehr der Junta angehört. Während der Übergangszeit wird der Übergang zur Demokratie nur sehr zögernd vorbereitet (allerdings Personenschutzrechte, wirtschaftliche Regelungen). Schließlich wurde mit dem Plebiszit der Präsidentschaft Pinochets für weitere acht Jahre zugestimmt.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125103a.

genteil die höchsten Kredite aller lateinamerikanischen Länder von den USA. Auch die Lage in Peru sei besorgniserregend. Dort gebe es keine funktionierende Wirtschaft mehr; außerdem agiere in Peru eine große Terrorgruppe und das Drogenproblem nehme erheblich zu.<sup>19</sup> In Lima sei es heute in einem erschreckenden Maße zu einer „Marginalisierung“ der Bevölkerung gekommen. Alle sozialen Bindungen hätten sich im starken Maße aufgelöst. Bolivien sei ein schreckliches Beispiel dafür, wohin eine solche Entwicklung führen könne. Es könne nicht ausgeschlossen werden, daß eine vergleichbare Entwicklung auch in Chile eintreten könnte. Er habe oft mit Präsident Reagan und Außenminister Shultz über Chile gesprochen. Beide sähen jedoch die Lage anders als er.

Der *Bundeskanzler* erläuterte dem Präsidenten, daß auch er wiederholt mit Präsident Reagan über Chile gesprochen habe und dies auch jetzt bei seinem Besuch im Oktober<sup>20</sup> wieder tun werde. Dies sei sehr interessant, erwiderte Präsident *Alfonsín*. Der *Bundeskanzler* berichtete über seine engen Beziehungen zu den Christdemokraten in Chile. Valdés sei eine exzellente Person, warf Präsident *Alfonsín* ein. Valdés werde am Montag<sup>21</sup> hier in Bonn sein, erklärte der *Bundeskanzler*. Präsident *Alfonsín* erwiderte, daß er gerade hätte vorschlagen wollen, daß der Bundeskanzler Valdés einladen sollte. Er freue sich sehr, daß der Bundeskanzler dies bereits getan hätte. Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß es ohne die CDU die Christdemokraten in Chile nicht mehr gäbe. Der Präsident verstünde sicherlich, was er damit meine. Präsident *Alfonsín* bezeichnete Valdés als einen ernsthaften Menschen, der fähig sei, Reformen durchzuführen.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, wie er die Rolle der Militärs in Chile einschätze. Präsident *Alfonsín* erwiderte, daß es in der Verfassung von Chile einmal das Prinzip der Nichteinmischung der Militärs in die Politik gegeben habe.<sup>22</sup> Jetzt sei in der Junta ein neuer Mann<sup>23</sup>, ein Luftwaffengeneral. Man müsse jetzt abwarten, zu welchen Folgen dies führe. Der *Bundeskanzler*

<sup>19</sup> Botschafter Hille, Lima, unterrichtete am 14. Juni 1985 über die Lage in Peru: „Die bisherige Regierungspartei ‚Acción Popular‘ hat in den Wahlen eine vernichtende Niederlage erlitten, weil die Regierung Belaunde es in den fünf Jahren ihrer Amtszeit nicht geschafft hat, Erfolge in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vorzuweisen. Das ständig wachsende öffentliche Defizit wurde durch zunehmende Auslandsverschuldung abgedeckt. Eine die Produktivität des Landes wiederherstellende Vollendung der Landreform unterblieb. Die Landflucht und der Zustrom arbeitssuchender Menschen in die Slums der Küstenstädte verstärkten sich. Das Problem der defizitären Staatsbetriebe blieb ungelöst. Waffenkäufe der Streitkräfte belasteten den Staatshaushalt. [...] Bei der Bekämpfung des Terrorismus in Peru stellt sich naturgemäß die Frage nach Respektierung der Menschenrechte. ‚Sendero Luminoso‘ ist eine ideologisch extrem linke Organisation, deren terroristische Methoden eine systematische Verletzung der Menschenrechte beabsichtigen. [...] Es liegt in der Natur des terroristischen Kampfes, daß die Methoden der Repression sich denen des Angreifers anpassen. So bleibt es beispielsweise ungeklärt, wer die Verursacher von Massengräbern verstümelter Leichen sind, die [...] von Zeit zu Zeit in den vom Terrorismus befallenen Gebieten gefunden werden“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 509; Referat 330, Bd. 136604.

<sup>20</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf. Für sein Gespräch mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

<sup>21</sup> 23. September 1985.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Verfassung der Republik Chile vom 18. September 1925 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, Bd. IV/1, S. 244–273.

<sup>23</sup> Am 2. September 1985 unterrichtete Botschaftsrat I. Klasse Lincke, Santiago de Chile, über die Hintergründe der Berufung des Generals der Carabineros, Stange, in die chilenische Militärregierung. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 987; Referat 330, Bd. 136564.



erklärte, daß die Entwicklung in Chile für die Bundesrepublik eine Katastrophe sei, weil dort viele Deutsche und Deutschstämmige leben würden. Deshalb seien die Gespräche mit den USA über Chile wichtig, warf Präsident *Alfonsín* ein. Der *Bundeskanzler* berichtete, daß Präsident Reagan sehr hilfreich gewesen sei, als vor einem Jahr Valdés verhaftet wurde.<sup>24</sup> Präsident Reagan wie auch Präsident Mitterrand hätten auf seine Bitte hin sofort reagiert. Alle drei hätten der Junta in Chile harte Reaktionen angedroht, wenn Valdés nicht freigelassen würde. Diese Freilassung sei innerhalb von 24 Stunden erfolgt.

Präsident *Alfonsín* wies darauf hin, daß in Chile alles möglich sei. Das Problem sei, daß die USA zwar gelegentlich solche einzelnen Probleme erkennen, aber nicht die Gesamtphilosophie verstehen würden. Die USA hätten die Erlaubnis, die Osterinseln militärisch zu nutzen. Diese gehörten Chile.

Präsident *Alfonsín* erklärte, daß er sowohl dem Bundeskanzler wie Präsident von Weizsäcker besonders dafür danken wolle, daß beide die Malwinen-Frage<sup>25</sup> in ihrer Rede angesprochen hätten.<sup>26</sup> Argentinien wünsche sich, daß seine Freunde Großbritannien den Rat geben würden, Verhandlungen aufzunehmen. Er stelle fest, daß es auch in den Reihen der britischen Konservativen Meinungsänderungen gebe. Beide Seiten könnten an den Verhandlungstisch zurückkehren, ohne ihre Positionen unbedingt verändern zu müssen.<sup>27</sup>

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß dieser Konflikt nach einer friedlichen Lösung schreie. Das Interesse der Bundesregierung sei, daß Präsident *Alfonsín* persönlich erfolgreich sei. Dies sage er nicht nur aufgrund der persönlichen Freundschaft. Er sage dies sowohl als Helmut Kohl wie als Bundeskanzler wie als Europäer. Sicherlich seien Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien auch aufs engste mit ihrer früheren Kolonialpolitik verbunden. Dies gelte nicht für die Bundesrepublik Deutschland; nicht weil diese moralisch besser sei, sondern weil dieses Problem 1918 von anderen Staaten gelöst worden sei.

Eine Folge sei, daß die Europäische Gemeinschaft die Scheinwerfer zu stark auf Afrika ausrichte. Afrika sei zwar der Nachbarkontinent, dennoch werde Afrika im 21. Jahrhundert keine entscheidende Rolle spielen. Dies gelte jedoch für Lateinamerika und für Teile Asiens. Sicherlich sei das Engagement in Afrika wichtig. Frankreich richte sich besonders stark darauf aus. Nicht umsonst

<sup>24</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um die Freilassung des am 9. Juli 1983 verhafteten Vorsitzenden der chilenischen Christdemokraten, Valdés, vgl. Dok. 79, Anm. 10.

<sup>25</sup> Zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 13, Anm. 37.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker am 16. September 1985 bei einem Essen zu Ehren des Präsidenten *Alfonsín* vgl. BULLETIN 1985, S. 873–875.

Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 18. September 1985 bei einem Mittagessen zu Ehren *Alfonsíns* vgl. BULLETIN 1985, S. 875 f.

<sup>27</sup> Ministerialdirigent Kullak-Ublick vermerkte am 23. Juli 1984, die argentinisch-britischen Gespräche über die Falkland-Inseln am 18./19. Juli 1984 in Bern seien nach drei Gesprächsrunden ohne Ergebnis abgebrochen worden: „Grund: Unvereinbarkeit der Standpunkte über den Inhalt der Gespräche: GB: Sachfragen – unter Ausklammerung der Souveränitätsfrage, ARG: Souveränitätsfrage – unter Hintanstellung der Sachfragen.“ Es sei unübersehbar, daß die Falkland-Frage für die argentinische Regierung „nicht negotiabel ist. Es ist letztlich das einzige Problem, das die ganze argentinische Nation eint und bei dem *Alfonsín* sich der Zustimmung aller Gruppierungen des Landes sicher sein kann. Diesen Konsens wird und kann die Regierung nicht aufs Spiel setzen, wenn sie sich selbst nicht in Gefahr bringen will. Diesen Zwang von innen – aber auch die eigene politische Überzeugung *Alfonsíns* – hat das FCO wohl unterschätzt.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146512.

spreche man von einem frankophonen Afrika. Neben Spanien und Portugal hätten die Deutschen die intensivsten Beziehungen zu Lateinamerika. Wenn Lateinamerika im Elend versänke und Lima gewissermaßen typisch werde für Lateinamerika, würde sich die Statik des internationalen Systems verändern. Argentinien gehöre zu den wichtigsten Ländern Lateinamerikas. Es habe in den letzten dreißig Jahren eine schwierige Geschichte überstehen müssen. Präsident Alfonsín habe persönlich eine neue Tür geöffnet, deshalb sei es wichtig, daß er persönlich erfolgreich sei. Er habe bereits mit Mrs. Thatcher über diese Probleme gesprochen. Es sei jedoch nicht einfach, mit ihr darüber zu sprechen. Dies sei in der Tat sehr schwierig, warf Präsident *Alfonsín* ein. Der *Bundeskanzler* schilderte seine persönlichen Erfahrungen mit Mrs. Thatcher. Ihn fasziniere immer wieder ihr rascher Wechsel von der Rolle einer Hausfrau, die sehr herzlich sein könne, zu der Rolle der Premierministerin, die ihre Interessen sehr hart verfolge. Dennoch sei er bereit, in der von Präsident Alfonsín gewünschten Richtung zu wirken und dafür zu werben. Mehr könne er jedoch nicht tun. Dies sei perfekt, erwiderte Präsident *Alfonsín*. Es sei notwendig, Mrs. Thatcher klarzumachen, daß Präsident Alfonsín erfolgreich sein müsse, fügte der *Bundeskanzler* hinzu.

Präsident *Alfonsín* erklärte, Mrs. Thatcher habe von der argentinischen Regierung die Garantie, daß diese keinen Krieg mehr wolle. Heute lebten auf den Malwinen mehr militärische Bedienstete als Einwohner. Argentinien sei bereit, die Einwohner zu respektieren. Sicherlich sei eine sofortige Lösung nicht möglich. Sie wird Jahre beanspruchen. Präsident Alfonsín berichtete, daß auf Vermittlung der Schweizer Regierung beide Seiten zu Verhandlungen zusammengekommen seien. Dabei habe sich folgende Anekdote ergeben: Die Briten hätten davon gesprochen: „We are not prepared“, was die argentinische Seite dahingehend verstanden habe, daß sie nicht vorbereitet seien. Für die Briten habe es jedoch bedeutet: Wir sind nicht bereit. Daraufhin sei es zum Abbruch der Verhandlungen gekommen.

Präsident Alfonsín erklärte, daß er sich noch einmal für die große Zuneigung, die er während seines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland erfahren habe, herzlich bedanken wolle. Er habe fruchtbare und nützliche Gespräche führen und die große Freundschaft ihm gegenüber verspüren können. Er wolle jedoch noch ein Problem ansprechen. Er bitte den Bundeskanzler, daß die Bundesregierung ihm bei der Finanzierung des Kernkraftwerkes Atucha II helfe.<sup>28</sup>

<sup>28</sup> In einer Aufzeichnung des Referats 413 vom 2. Februar 1984 hieß es zur argentinischen Nuklearpolitik: „Die industrielle Nuklearzusammenarbeit mit der BR Deutschland (KWU) erstreckt sich auf die Errichtung zweier Natururanreaktoren, Atucha I (in Betrieb) und Atucha II (im Bau), sowie auf die Herstellung von Brennelementen. [...] Die überraschende Ankündigung im November 1983, daß Argentinien eine Anlage zur Urananreicherung nach dem Gasdiffusionsverfahren baut, hat eine neue Lage geschaffen. Danach würde Argentinien etwa ab 1986 über den gesamten Brennstoffkreislauf und über die Grundlagen zur Herstellung von Kernsprengkörpern verfügen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145535.

Am 2. September 1985 stellte Referat 413 zu den Verzögerungen beim Bau des Kernkraftwerkes Atucha II fest: „Nach Angaben der KWU besteht zur Zeit ein argentinischer Zahlungsrückstand von 96 Mio. DM für erbrachte Leistungen und ca. 88 Mio. aus nicht bedientem Darlehen. Die im argentinischen Budget bereitgestellten Mittel sind nicht ausreichend, eine zügige Fortsetzung des Projektes zu sichern. Nach Schätzungen der KWU ergäbe sich nach jetzigem Stand bis zum Jahre 1992 eine voraussichtliche Finanzierungslücke von ca. 600 Mio. US-Dollar, hauptsächlich für lokale Lieferungen und Leistungen.“ Vgl. Referat 413, Bd. 145536.

Gleichzeitig bitte er ihn, beim Abbau der Handelsbeschränkungen für Rindfleisch innerhalb der EG zu helfen.<sup>29</sup>

Die argentinische Regierung sei bemüht, ihre Energiepläne zu erfüllen. Atucha I sei sehr erfolgreich gewesen. Die Erfahrungen seien sehr gut. Atucha I sei von KWU errichtet worden. Aufgrund der Einsparungen im Haushalt sei jedoch bei der Errichtung von Atucha II eine Finanzlücke entstanden. Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß zur Lösung dieser Frage die Begleichung bestehender Schulden erforderlich sei. Darum habe sich der Präsident der argentinischen Atomenergiekommission<sup>30</sup> bemüht, erwiderte Präsident *Alfonsín*. Er hoffe auf einen Erfolg. Sein Problem bestehe darin, daß er bei Regierungsübernahme viele Projekte wie Atucha II vorgefunden habe. Diese Projekte seien bereits soweit gediehen gewesen, daß es nicht sinnvoll erschien, sie abubrechen. Er sei gewissermaßen gezwungen gewesen, sie fortzuführen, obwohl er die Mittel für andere Zwecke, wie z.B. für den Ausbau eines Transportproblems<sup>31</sup> dringender benötigt hätte.

Der *Bundeskanzler* erläuterte dem Präsidenten, daß auch er ähnliche Erfahrungen nach dem Regierungswechsel hätte machen müssen. Er vergleiche die Bundesrepublik Deutschland immer mit einem Großtanker, der nur schwer zu drehen sei und oft gegen eine Strömung ankämpfen müsse. Jetzt könne er nach drei Jahren feststellen, daß sich allmählich ein Erfolg abzeichne und die Sonne sichtbar werde. In diesem Jahr hätte er gewissermaßen die schwierigste Zeit hinter sich gebracht. Dies beweise vor allem der jüngste Bericht der Deutschen Bundesbank.<sup>32</sup> Die Bundesrepublik Deutschland werde eine Inflationsrate unter zwei Prozent erreichen können. Darauf könne er nur neidisch sein, erwiderte Präsident *Alfonsín*. Er hoffe, daß auch er in drei Jahren die Sonne sehen könne.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sich freuen würde, wenn es auch in Argentinien Erfolge gebe. Deshalb begrüße er solche Begegnungen wie heute. Sie vermittelten nicht nur gegenseitige Sympathie, sondern auch den Willen, die Probleme mit den gleichen Prinzipien zu lösen.

**VS-Bd. 13630 (330)**

<sup>29</sup> Botschaftsrat Eberhart, Buenos Aires, führte am 15. Juni 1985 zu den argentinischen Fleischexporten aus: „Die EG ist seit vielen Jahren mit weitem Abstand größter Importeur argentinischen Fleisches“. Die EG habe 1982 118 456 Tonnen Fleisch im Wert von 251,67 Millionen US-Dollar aus Argentinien bezogen. Eberhart verwies aber auf folgende Entwicklung: „Der relative Rückgang der argentinischen Fleischausfuhren in die EG in den letzten Jahren ist weniger durch europäischen Protektionismus verursacht als durch mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens. Während die brasilianischen und uruguayischen Fleischexporte in die EG ständig gestiegen sind, sind die argentinischen Exporte laufend zurückgegangen. [...] Zu dieser mangelnden Wettbewerbsfähigkeit dürfte nicht zuletzt die Exportsteuer beigetragen haben, die auf Fleischausfuhren in Argentinien erhoben wird, außerdem die Überbewertung des Peso bis zum Jahre 1981.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1149; Referat 330, Bd. 136476.

<sup>30</sup> Alberto Costantini.

<sup>31</sup> So in der Vorlage.

<sup>32</sup> Zum Bericht der Bundesbank über die Wirtschaftslage vgl. den Artikel „Bundesbank malt ein sonntiges Konjunkturbild“, *SÜDDEUTSCHE ZEITUNG* vom 18. September 1985, S. 27.

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahim

311-321.11 ALG

18. September 1985<sup>1</sup>

Besuch des algerischen Außenministers Dr. Ahmed Taleb Ibrahim vom 17. bis 20.9.1985<sup>2</sup>;

hier: erstes Gespräch

BM führte am 18.9.1985 um 13 Uhr während eines Arbeitsessens ein erstes Gespräch mit dem algerischen AM Ibrahim.

Teilnehmer waren auf algerischer Seite: Europadirektor Ghoualmi, Botschafter Benghezal; auf deutscher Seite: Botschafter Dröge, Dg31<sup>3</sup>, VLR Ischinger, Frau Bouverat.

BM erklärte eingangs, er freue sich über diesen überfälligen Besuch. Die Zeit sei günstig. Wir schätzten die aktive Rolle Algeriens in der internationalen Politik und als führendes Mitglied in der Blockfreien-Bewegung<sup>4</sup> hoch ein.

Ibrahim bestätigte, auch aus algerischer Sicht sei dieser, der erste Besuch eines algerischen Außenministers in der Bundesrepublik Deutschland von großer Bedeutung. Ibrahim berichtete dann von der kürzlich zu Ende gegangenen AM-Konferenz der Blockfreien<sup>5</sup>. Hauptprobleme seien Vorsitz und Ort gewesen. Algerien habe den von vielen Mitgliedern angetragenen Vorsitz abgelehnt, da es ihn schon einmal innegehabt habe. Die Wahl sei dann auf Jugoslawien gefallen, da die erste Blockfreien-Konferenz in Belgrad<sup>6</sup> stattgefunden habe. Darüber hinaus sollte die Bedeutung Afrikas hervorgehoben werden. Man habe sich auf

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit am 18. September 1985 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte um Genehmigung“ an Bundesminister Genscher weitergeleitet.

<sup>2</sup> Zum Besuch des algerischen Außenministers Ibrahim vgl. auch Dok. 249 und Dok. 250.

<sup>3</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>4</sup> Am 25. August 1985 resümierte Botschafter Dröge, Algier: „Blockfreiheit und Ungebundenheit sind seit der Unabhängigkeit im Jahre 1962 oberste Prinzipien der algerischen Außenpolitik. Allerdings hat sich Algerien in der Praxis nicht immer strikt daran gehalten. [...] Während der verstorbene Staatspräsident Boumedienne trotz formeller Blockfreiheit enge Anlehnung an die SU – vor allem im Bereich der militärischen Ausrüstung – suchte, hat sein Nachfolger Chadli Bendjedid zwar vorsichtig, aber erfolgreich eine Politik der Lösung von dieser einseitigen Bindung betrieben. [...] Algerien kann heute ohne Einschränkung als echt blockfreies Land bezeichnet werden. Diese Politik strikter Ungebundenheit i[m] Sinne gleichgewichtiger Beziehungen zu Ost und West war innenpolitisch nicht ohne weiteres durchzusetzen. Vor allem die Aufwertung des Verhältnisses zu den USA stieß auf den Widerstand der Parteikreise, die in einer ideologisch an die SU angelehnten Blockfreiheit das wahre Heil sehen. Doch Chadli Bendjedid gelang es, diese Widerstände auszuräumen, indem er darauf hinwies, daß Algerien die ihm gebührende Führungsrolle in der Dritten Welt nur dann spielen könne, wenn es zu beiden Supermächten und den mit ihnen verbundenen Blöcken gleiche politische Distanz wahre.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 281; Referat 311, Bd. 137739.

<sup>5</sup> Die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten fand vom 4. bis 8. September 1985 in Luanda statt.

<sup>6</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad statt.

Simbabwe als Tagungsort des nächsten Gipfels geeinigt<sup>7</sup>, einmal um symbolisch die Solidarität der Ungebundenen mit den Frontstaaten zum Ausdruck zu bringen, zum anderen, um den Frontstaaten<sup>8</sup> die Bedeutung der Blockfreien-Bewegung vor Augen zu führen und ihnen zu helfen, nicht in den Griff des Ost-West-Konfliktes zu geraten.

Hinsichtlich des Inhalts der Beschlüsse der AM-Konferenz habe Algerien aktiv mitgearbeitet. Auf wirtschaftlichem Gebiet habe man sich eng an die Vorstellungen des letzten Gipfels in Neu Delhi<sup>9</sup> gehalten und die Notwendigkeit, daß sich auch der nächste Gipfel mit Finanzierungs- und Verschuldungsfragen befasse, herausgestellt. Die kubanischen Gedanken seien verworfen worden. Statt dessen wolle man einen Mittelweg vorschlagen, nämlich die Schulden zu honorieren, den Schuldendienst aber nicht über einen bestimmten Prozentsatz der Exporterlöse der Schuldnerländer steigen zu lassen. Politisch habe man sich mit den wichtigsten Dritte-Welt-Konflikten, der Stagnation im Nahen Osten, den Turbulenzen im Libanon, dem kein Ende findenden iranisch-irakischen Krieg, der Verschärfung des Widerstands in Südafrika, dem Tschad-Problem, dem Westsahara-Konflikt, der Lage in Zentralamerika befaßt.

Was die internationale Lage anbelange, so hoffe er, daß das bevorstehende Ost-West-Gespräch<sup>10</sup> nicht nur Abrüstungs- und Weltraumfragen, sondern auch internationale Krisen behandeln werde. Dieser Gipfel könne der Beginn eines Dialoges sein, der einen positiven Einfluß auf die politische Atmosphäre ausüben werde, auch wenn keine unmittelbaren Erfolge sichtbar würden. Auf dem Gebiet der Weltwirtschaft müsse man ein Nachlassen der internationalen Zusammenarbeit feststellen. Der Nord-Süd-Dialog, den Algerien befürworte und hinsichtlich dessen man in Delhi große Zugeständnisse gemacht habe, komme nicht in Gang. Die Probleme in Afrika würden schlimmer. Positiv zu werten sei das gestiegene afrikanische Problembewußtsein. Nach 20 Jahren habe sich ein afrikanischer Gipfel zum ersten Mal vorwiegend Wirtschaftsfragen gewidmet.<sup>11</sup>

Auf politischem Gebiet sehe man in den internationalen Krisen keine Fortschritte. Daher müßte der 40. Jahrestag der Vereinten Nationen<sup>12</sup> dazu benutzt werden, um die VN zu größerer Aktivität zu bestimmen. Algerien denke insbesondere an

- die Vollendung der Entkolonialisierung,
- die Notwendigkeit, in der Abrüstungsfrage weiterzukommen,
- Stärkung von Frieden und Sicherheit unter größerer Einbeziehung der jeweiligen Regionalorganisationen.

<sup>7</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 1. bis 7. September 1986 in Harare statt.

<sup>8</sup> Angola, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Tansania.

<sup>9</sup> Vom 7. bis 12. März 1983 fand in Neu Delhi die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten statt.

<sup>10</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>11</sup> Die Tagung der Staatsoberhäupter der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 18. bis 20. Juli 1985 in Addis Abeba statt.

<sup>12</sup> In New York fanden vom 20. bis 24. Oktober 1985 Jubiläumsfeiern aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen statt.

Algerien schätze die positive Rolle der Europäischen Gemeinschaften. Es würde eine Zusammenarbeit bei der Abfassung der Schlußdokumente begrüßen.

*BM* begann mit der Ost-West-Problematik. 1985 habe gut begonnen, da die AM der USA und der SU einen Weg für Abrüstungsvereinbarungen aufgezeigt hätten.<sup>13</sup> Beim Gipfeltreffen in Genf dürfe man aber nicht bei Abrüstungsfragen stehen bleiben, sondern müsse über das Ost-West-Verhältnis überhaupt und über regionale Probleme sprechen. Dieses Treffen sei vor allem für die Sowjetunion wichtig, da Gorbatschow am Beginn seiner Amtszeit und vor einem wichtigen Parteitag der KPdSU<sup>14</sup> stehe. Es sei daher für ihn wichtig zu wissen, wie sich das Ost-West-Verhältnis künftig gestalten werde.

Der Nord-Süd-Dialog bereite ihm große Sorgen.<sup>15</sup> Er frage sich, ob nicht die Zeit gekommen sei, um an eine weitere Konferenz entsprechend dem Cancún-Modell zu denken. Cancún sei eine gute Konferenz mit wichtigen Ergebnissen gewesen<sup>16</sup>, aber es fehlte an der Durchführung, vielleicht weil niemand mit einer zweiten Konferenz rechnete, wo man hätte Rechenschaft ablegen müssen. Der Rahmen der Konferenz sei gut gewesen und hätte einen echten Dialog erlaubt.

Er wolle seinen algerischen Kollegen noch von zwei Entwicklungen unterrichten, die man ernst nehmen solle. Einmal steige das Selbstbewußtsein Europas, wie die rasche Entwicklung des EUREKA-Gedankens und die Bemühungen um die Reform in einer Europäischen Gemeinschaft zeigten. Ähnliche Entwicklungen seien auch zwischen Ost- und Westeuropa festzustellen. Die Beziehungen zwischen den kleineren Staaten hätten sich als belastungsfähig erwiesen. Die Europäische Gemeinschaft werde auch international aktiver (Beispiel Zentralamerika). Zur Bewältigung der internationalen Krisen müßten alle Staaten stärker zusammenwirken. Daher sei unser Interesse an der Blockfreien-Bewegung und an der Rolle Algeriens, dessen konstruktive und stabilisierende Rolle wir schätzten, wichtig.

*Ibrahimi* griff den Vorschlag einer neuen Cancún-Konferenz auf. Für Algerien sei Cancún I ein Mißerfolg gewesen, da die teilnehmenden Industriestaaten

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>14</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>15</sup> Botschafter Lautenschlager, New York (VN), gab am 20. August 1985 einen Überblick zur Rolle Algeriens im Nord-Süd-Dialog: „Algerien hat insbesondere in der Zeit nach der ersten Energiekrise im Herbst 1973 starke Aktivitäten in den Vereinten Nationen zu Nord-Süd-Fragen entwickelt und seinen Einfluß als Rohölproduzent in der G 77 und der Blockfreien-Bewegung voll zur Geltung gebracht. Die 6. Sondergeneralversammlung der VN 1974 mit dem Programm der EL für eine neue Weltwirtschaftsordnung wurde von der algerischen Konzeption der Umverteilung der Ressourcen – unter Ausklammerung von Öl- und Energiefragen – geprägt. [...] Die Stimme Algeriens hat auch heute in den VN für die Meinungsbildung der G 77 Gewicht. Von der Konzeption her lassen sich keine substantiellen Änderungen im algerischen Auftreten feststellen. Allerdings werden die eigenen Positionen mit weniger Schärfe und Intensität vorgetragen. Algerien verzichtet zumindest in den VN darauf, radikale Stellungnahmen von ‚fortschrittlichen‘ Mitgliedern der G 77 zu Fragen der N[eu]en W[elt] W[irtsch]aft[s] O[r]dnung und der Globalverhandlungen selbst noch weiter zu verschärfen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1495; Referat 311, Bd. 137739.

<sup>16</sup> Am 22./23. Oktober 1981 fand in Cancún die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 315.

nur geringe Verantwortung gegenüber der Dritten Welt zeigten. Dies müsse Algerien sowohl in den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten wie mit der Sowjetunion feststellen, aber auch bei gewissen Industriestaaten Westeuropas. Die Idee einer weiteren Cancún-Konferenz verdiene, näher geprüft zu werden, auch im Rahmen der Gruppe der Blockfreien. Man solle insbesondere mit Indien, Jugoslawien, auch mit Nyerere, der nach seinem Rücktritt noch eine große Rolle spielen werde<sup>17</sup>, besprechen.<sup>18</sup>

*BM* erwiderte, die beiden Ko-Präsidenten Mexiko und Österreich<sup>19</sup> müßten neu motiviert werden, da hier inzwischen Personenwechsel stattgefunden hätten.

*Ibrahim* stimmte zu. Was die Rolle Europas anbelange, so gebe es hierzu bei der Bevölkerung ein steigendes Bewußtsein, das politisch noch nicht voll ausformuliert worden sei, nämlich daß Europa als eigene Kraft zwischen den beiden Blöcken aktiver werden solle. Das würde die Bewegung der Blockfreien und die Unabhängigkeit der Staaten stärken, die nicht zu den beiden Blöcken gehören.

*BM* erklärte, genau das wolle er zum Ausdruck bringen. Hier habe sich etwas geändert, das bei EUREKA am sichtbarsten werde, das aber auch zum Beispiel bei der Vorbereitung des Kulturforums im Rahmen der KSZE in Budapest<sup>20</sup> einen Ausdruck finde. Hier gehe es um die abendländische Kultur.

Beide Minister erörterten dann die Frage, ob Dissidenten auf öffentlichem Wege oder diskret besser geholfen werden könne.

**Referat 321, Bd. 137739**

<sup>17</sup> Am 29. Juli 1985 erklärte Präsident Nyerere vor dem Abgeordnetenhaus von Sansibar seine Absicht, bei den tansanischen Präsidentschaftswahlen am 27. Oktober 1985 nicht mehr zu kandidieren.

<sup>18</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>19</sup> Bei der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún am 22./23. Oktober 1981 sollten Präsident López Portillo und Bundeskanzler Kreisky den Vorsitz führen. Wegen einer Erkrankung wurde Kreisky jedoch durch Ministerpräsident Trudeau vertreten.

<sup>20</sup> Korrigiert aus: „Belgrad“.

In Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 das KSZE-Kulturforum statt. Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 20.

## 249

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahim

311-321.11 ALG

18. September 1985<sup>1</sup>

Besuch des algerischen Außenministers Dr. Ahmed Taleb Ibrahim vom 17. bis 20.9.1985<sup>2</sup>;

hier: zweites Gespräch

Die beiden Minister setzten das Gespräch am 18.9.1985, 17.40 Uhr, fort.

Südafrika

*BM:* Die Möglichkeiten eines konstruktiven Dialogs werden geringer. Wir bemühen uns, zur inneren Entspannung beizutragen. Hierfür wären hilfreich die Aufhebung des Kriegsrechts<sup>3</sup>, die Freilassung der politischen Gefangenen und alsbaldige Gespräche mit den anerkannten Führern der Schwarzen.

*Ibrahim:* Wir glauben nicht, daß sich das Apartheid-Regime von innen reformieren wird. Namibia muß auf der Grundlage von 435<sup>4</sup> unabhängig werden. Unsere eigene Erfahrung hat uns gelehrt, daß es keine Lösungsmöglichkeit mit Hilfe einer dritten Kraft gibt. Bei unseren Kontakten mit der SWAPO stellten wir fest, daß dort freundschaftliche Gefühle für die Bundesrepublik Deutschland vorhanden sind. Wir glauben, daß die Bundesrepublik Deutschland in einem unabhängigen Namibia eine wichtige Rolle spielen könnte.

*BM:* Wir sind aus prinzipiellen Gründen gegen Sanktionen. Inzwischen gibt es aber wirksame Sanktionen von innen. Leider waren die Kontakte weißer Geschäftsleute mit dem ANC auf den britischstämmigen Teil der weißen Bevölkerung beschränkt.

Nordafrika

*Ibrahim:* In unserer Jugend hatten wir einen Traum, den Aufbau eines freien, geeinten Maghreb. Nach der Unabhängigkeit haben wir auf vielen Gebieten daran gearbeitet.<sup>5</sup> Dann gab es zwei entscheidende Rückschläge, den Umsturzver-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit am 20. September 1985 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Besuch des algerischen Außenministers Ibrahim vgl. auch Dok. 248 und Dok. 250.

<sup>3</sup> Zur Verhängung des Ausnahmezustands am 20. Juli 1985 in Südafrika vgl. Dok. 117, Anm. 21.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

<sup>5</sup> Botschafter Dröge, Algier, legte am 29. August 1985 dar: „Die Beziehungen zu den Maghreb-Staaten sind für Algerien von überragender Bedeutung. Es will die Einheit des Maghreb unter gleichberechtigter Beteiligung aller Maghreb-Völker, also auch der Sahraouis, verwirklichen. Genaue Vorstellungen, wie dieser Maghreb aussehen soll, scheinen noch nicht zu bestehen. Das Beispiel der Europäischen Gemeinschaft – bei Anpassung an die nordafrikanischen Gegebenheiten – wird oft zitiert. Man denkt offensichtlich dabei nicht nur an eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch an politische Koordinierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 311, Bd. 137739.



such in Libyen (1969)<sup>6</sup>, denn Gaddafi orientiert sich nach Ägypten und an Nasser, und den Westsahara-Krieg<sup>7</sup>.

Hierbei handelt es sich um eine Frage der Entkolonialisierung. Man erwartete die Entstehung eines neuen Staates. König Hassan II. von Marokko (H. II.) hatte aber eine diabolische Idee: Die Vereinten Nationen sollten erst dann über diese Frage abstimmen, wenn der Internationale Gerichtshof sich geäußert hätte. Dieser entschied, daß es keine Grundlage für eine Souveränität Marokkos über die Westsahara (WS) gebe, aber Lehensbeziehungen zwischen früheren marokkanischen Herrschern und einzelnen Stammeschefs im Norden der WS. Daraufhin beschloß H. II. den „grünen Marsch“ und besetzte die WS gegen internationales Recht.

Algerien arbeitet nun seit zehn Jahren an einer politischen Lösung, und zwar auf drei Ebenen:

– Der afrikanischen Ebene

Der OAE-Gipfel von Freetown akzeptierte 1980<sup>8</sup> das Prinzip der Selbstbestimmung. In Nairobi 1981<sup>9</sup> sprach sich H. II. selbst für dieses Prinzip aus, erklärte aber eine Woche später, eine Volksbefragung müsse ein Referendum der Bestätigung des Status quo sein. Der Gipfel von Addis Abeba 1983<sup>10</sup> verabschiedete eine Resolution, die H. II. aufforderte, mit der Polisario über einen Waffenstillstand und ein Referendum zu verhandeln, das frei von fremdem administrativem und militärischem Zwang sein mußte. Nachdem die OAE 1984 die WS<sup>11</sup>-Regierung aufgenommen hatte, zog sich Marokko zurück.<sup>12</sup> Damit war der afrikanische Rahmen unbrauchbar geworden.

<sup>6</sup> Am 1. September 1969 wurde König Idris I. in Abwesenheit gestürzt. Die Macht in Libyen übernahm ein „Revolutionärer Kommandorat“ unter Führung von Oberst Gaddafi.

<sup>7</sup> Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 143, Anm. 13.

Am 29. August 1985 informierte Botschafter Dröge, Algier: „Algerien setzt sich mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes und die Durchführung der Beschlüsse der OAU aus dem Jahre 1983 ein, die die Abhaltung eines Referendums in der Westsahara bis zum 31.12.84 vorsehen. Algerien hat als eines der ersten Länder die ‚République Arabe Sahraoui Démocratique‘ (RASD) als unabhängigen Staat anerkannt. Es leistete weiterhin materielle Unterstützung an die ‚Front Polisario‘, die die marokkanischen Truppen in der Westsahara bekämpft, und bietet ihr Refugium auf alger[ischem] Grenzgebiet. Ohne diese Hilfe hätte die Polisario ihren Kampf längst einstellen müssen. Marokkanische Aufforderungen, im bilateralen Gespräch eine Lösung des Problems zu suchen, weist Algerien unter Hinweis auf die alleinige Verhandlungskompetenz der Sahraouis zurück. [...] Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Algerien nicht zu einem Kompromiß mit Marokko bereit ist, zumal die Position der RASD durch zunehmende Anerkennung durch Drittstaaten und unwidersprochene Aufnahme in die OAU in Addis Abeba im Juli dieses Jahres gestärkt worden ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 311, Bd. 137739.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „1979“.

Vom 18. bis 28. Juni bzw. 1. bis 4. Juli 1980 fanden in Freetown die Ministerratstagung bzw. die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten statt.

<sup>9</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi statt.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „1982“.

Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 8. bis 12. Juni 1983 in Addis Abeba statt.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „SW“.

Westsahara.

<sup>12</sup> Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 12. bis 15. November 1984 in Addis Abeba statt.

– Maghreb

Tunesien wollte 1984 zu einem Maghreb-Gipfel einladen, die Polisario sollte in einem gesonderten Hotel untergebracht werden. MP Mzali wollte die Verbindung zwischen den Delegationen Marokkos und der Polisario herstellen. H. II. ging hierauf nicht ein.

– Direkter Dialog mit Marokko

Seit 1978 gibt es Gespräche. Algerien schlug einen Kompromiß vor, den H. II. ebenfalls ablehnte. Im Februar 1983<sup>13</sup> trafen sich Präsident Chadli und H. II.<sup>14</sup> Als ich mit dem Präsidenten zurückfuhr, hatten wir den Eindruck, daß Marokko zu einer politischen Lösung bereit sei. Sechs Monate später reiste Gaddafi nach Rabat und machte alle Erwartungen zunichte.<sup>15</sup> Gaddafi redete H. II. ein, eine militärische Lösung sei möglich.

Wir befinden uns jetzt in einer Sackgasse. Am 6.2.1985 fand das letzte algerisch-marokkanische Treffen statt. H. II. erklärte, jede Kompromißlösung würde letzten Endes doch zu einer unabhängigen WS führen und komme daher nicht in Frage. Er fragte mich, ob Algerien territoriale Aspirationen habe. Als ich verneinte, sagte er: „Also lassen Sie mich doch die Westsahara verwalten.“

In diesem Moment sprach sein Innenminister<sup>16</sup> mit der Polisario in Lissabon. Vorher hat es schon 1981 und 1983 solche Gespräche gegeben. Marokko schlug ein Referendum unter Schirmherrschaft des Generalsekretärs der VN vor, d. h. in der Präsenz der Armee und der Verwaltung Marokkos. Was halten Sie von der Selbstbestimmung für 200 000 Sahraouis, wenn 20 000 Soldaten mit aufgeflepptem Bajonett dabeistehen?

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „1984“.

<sup>14</sup> Botschafter Jesser, Rabat, resümierte am 1. März 1984: „Die bescheidene Besserung des marokkanisch-algerischen Verhältnisses nach dem überraschenden Treffen zwischen König Hassan und dem algerischen Präsidenten Chadli Bendjedid am 26. Februar 1983 verlief ebenso rasch, wie sie gekommen war.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 165; Referat 311, Bd. 137802.

<sup>15</sup> Oberst Gaddafi besuchte vom 30. Juni bis 3. Juli 1983 Marokko. Botschafter Enders, Tripolis, stellte dazu am 19. März 1984 fest: „Das libysch-marokkanische Verhältnis ist ebenso wie die gesamten außenpolitischen Beziehungen Libyens der jeweiligen Stimmungslage Gaddafis unterworfen. [...] Unmittelbarer Anlaß für Gaddafis plötzlichen Besuch in Marokko im Juni vergangenen Jahres war die ohne seine Konsultation erfolgte Abreise der Polisario-Delegation aus Addis Abeba vor Beginn der 6. OAE-Gipfelkonferenz, für deren Zulassung er sich stark gemacht hatte. [...] Mit der Bereinigung des Verhältnisses zu Marokko wollte er sich eine freiere Hand im Tschad schaffen, aber auch angesichts des sich verschlechternden Verhältnisses zu Algerien der Gefahr entgehen, von der damals wieder in Gang gekommenen Diskussion um die Schaffung des ‚Grand Maghreb‘ ausgeschlossen zu bleiben. Der von Marokko geforderten Gegenleistung der Einstellung der Unterstützung für die Polisario-Front konnte er um so leichter nachkommen, als er von Anfang an eine weitere Balkanisierung der arabischen Staatenwelt abgelehnt und die ‚Arabisch-Sahraouische Demokratische Republik‘ nicht anerkannt hatte.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 126; Referat 311, Bd. 137797. König Hassan II. und Oberst Gaddafi trafen am 13. August 1984 in Oujda zusammen. Am 14. August 1984 legte Botschafter Montfort, Rabat, zu den Hintergründen dar: „In der Organisation für Afrikanische Einheit entwickelten sich die Mehrheitsverhältnisse deutlich zuungunsten Marokkos und zugunsten des Polisario-Staates. [...] So kam auf marokkanischer Seite der Gedanke auf, die Westsahara-Frage aus der OAE ganz herauszulösen und in den Zuständigkeitsbereich der arabischen Liga zu verweisen. Dort trifft Marokko wahrscheinlich auf günstigere Mehrheitsverhältnisse. Gaddafi hat sich schon Anfang August in diesem Sinne ausgesprochen, offensichtlich in Abstimmung mit dem marokkanischen Herrscher.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 225; Referat 311, Bd. 137797.

<sup>16</sup> Driss Basri.

Wir suchen weiter nach einer politischen Lösung. An der jetzigen Sackgasse sind drei Faktoren schuld:

- die französischen Waffenlieferungen an Marokko,
- die saudische Finanzierung und
- die libysche Politik.

*BM:* Wir vertreten bei allen Krisen dieser Welt den Standpunkt, daß man sich um Regelungen aus der Region bemühen sollte. Dies ist auch hier der Fall mit der Besonderheit, daß Algerien nicht unmittelbar verstrickt ist.

*Ibrahimi* erwähnt das Abstimmungsverhalten der Europäer in New York. Während die Europäer einem algerischen Entwurf 1983 zugestimmt hätten, hätten sie sich 1984 enthalten.

*Dg31* erklärte, daß wir uns im Prinzip der Stimme enthielten, wenn Konfliktparteien unterschiedliche Anträge einbrächten.

Auf die Frage des *BM*, wie es weitergehe, antwortete *Ibrahimi*: Militärisch kann die Polisario nur mit Hilfe Algeriens gewinnen. Ein marokkanisch-algerischer Krieg würde ein zweiter iranisch-irakischer Krieg, d.h. ein Krieg ohne Sieger und Besiegte. Dies komme nicht in Frage. Nun spräche man mit den Freunden Marokkos, d.h. mit Saudi-Arabien, Frankreich und den USA. Dies sei einer der Hauptgründe der Reise Präsident Chadli nach Washington gewesen.<sup>17</sup> Bush habe erklärt, der einzige Weg seien Verhandlungen zwischen Marokko und Polisario.

*BM:* Hier belastet ein Problem den Maghreb, der gemeinsam große Aufgaben erfüllen könnte.

*Ibrahimi:* Die Aufrechterhaltung der Monarchie in Marokko dient der Stabilität des Maghreb. Daher wolle auch Algerien die Monarchie erhalten. Algerien glaube nicht an den Export von Erfahrungen. Daraus entstünden auch die Meinungsverschiedenheiten mit Gaddafi.

H. II. hat 1983 erklärt, ein Referendum interessiere ihn nicht, da es dann nur Sieger und Besiegte gebe und zwischen Algerien und Marokko tiefe Wunden entstünden. Ihn interessierten die Briefmarke und die Fahne. Präsident Chadli habe vorgeschlagen eine Lösung unter dem politischen Dach des Maghreb und dem wirtschaftlichen Dach einer breiten Kooperation zwischen Marokko und Algerien. Hiervon würde Marokko am meisten profitieren. Algerien würde Erdgas liefern und den landwirtschaftlichen Überschuß Marokkos abnehmen. H. II. sei hierauf nicht eingegangen.

<sup>17</sup> Präsident Bendjedid besuchte vom 16. bis 20. April 1985 die USA. Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 22. April 1985: „Präsident Reagan hat bei seiner Begegnung mit Präsident Bendjedid die ‚positive direction‘ der amerikanisch-algerischen Beziehungen gewürdigt [...]. Die Administration hatte schon im Vorfeld des Besuches eine Entscheidung dahingehend getroffen, Algerien in Zukunft den Zugang zu amerikanischen Waffen im Rahmen der FMS-Regel (foreign military sales) auf einer ‚case by case basis‘ und unter Berücksichtigung der regionalen Interessen der USA (Marokko) zu ermöglichen. [...] Die mangelnde Bereitschaft der USA, in dem Sahara-Konflikt, dessen Eskalationspotential in Washington durchaus gesehen wird, ein stärkeres Profil zu zeigen, dürfte vor allem in der Rücksichtnahme auf König Hassan begründet sein. [...] Offensichtlich haben sich die Irritationen wegen der Unionsvereinbarung nicht nachhaltig negativ auf die bilateralen Beziehungen zu Marokko ausgewirkt, auch wenn den Amerikanern das Zusammengehen zwischen König Hassan und Gaddafi unverändert ein Dorn im Auge ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2001; Referat 311, Bd. 137859.

Libyen

*BM:* Wir betrachten Gaddafis Politik mit großer Aufmerksamkeit und haben immer ein relativ ordentliches Verhältnis unterhalten. Man muß sich um ihn bemühen.

*Ibrahimi:* Gaddafi ist unberechenbar. Ich habe mit Boumedienne ganze Nächte mit ihm verbracht. Um drei Uhr morgens gingen wir in der festen Meinung auseinander, eine Einigung erzielt zu haben, hörten dann aber beim Frühstück am Radio genau das Gegenteil. Er ist von niemand zu beeinflussen und überzeugt, daß er unmittelbare Eingebungen hat. Falls Libyen nicht über so große Mittel verfügen würde, würde niemand über ihn sprechen. Ich glaube nicht, daß die Bevölkerung mit ihm zufrieden ist.

*BM:* Ich habe gehört, daß seine Innenpolitik, insbesondere Landwirtschaft, Wohnungsbau, Gesundheitswesen, richtig sind und seine Macht stabilisieren.

*Ibrahimi* bezweifelt dies und verweist auf bestätigte Meldungen von Umsturzversuchen. Deutsche von der anderen Seite trügen auf gewissen Gebieten wesentlich zur Stabilität Gaddafis bei.

**Referat 321, Bd. 137739**

## 250

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahim

311-321.11 ALG

19. September 1985<sup>1</sup>

Besuch des algerischen Außenministers Dr. Ahmed Taleb Ibrahim vom 17. bis 20.9.1985<sup>2</sup>;

hier: drittes Gespräch am 19.9.1985, 8.00 Uhr

Irakisch-iranischer Krieg

*Ibrahimi* berichtete von den algerischen Bemühungen, zwischen beiden Parteien zu vermitteln. Man habe lange Zeit versucht, Iran davon abzubringen, den Sturz Saddam Husseins zu fordern. Dies sei sowohl für Irak wie für die internationale Rechtsordnung inakzeptabel. 1983 besuchte der iranische Ministerpräsident Mussawi Algerien. Dabei seien zum ersten Mal Bedingungen für Verhandlungen öffentlich genannt worden, nämlich die Rückkehr zu den alten Grenzen, die Regelung des Flüchtlingsproblems und Reparationen. Bei zahlrei-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Schlagintweit am 20. September 1985 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte um Zustimmung“ an Bundesminister Genscher geleitet. Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. Oktober 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Schlagintweit verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bitte vorbehaltlich Zustimmung BM verteilen.“

Hat Schlagintweit erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des algerischen Außenministers Ibrahim vgl. auch Dok. 248 und Dok. 249.

chen Reisen, die er, Ibrahim, in der Folge zwischen Algier, Teheran und Bagdad unternommen habe, seien befriedigende Möglichkeiten für die ersten beiden Bedingungen gefunden worden. Hinsichtlich der Reparationen habe Rafsandjani 150 Mrd. US-Dollar, Khamenei 50 Mrd. US-Dollar gefordert. Er habe auf der Gipfelkonferenz von Fes<sup>3</sup> dieses Problem angesprochen und die Frage gestellt, ob Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und die Emirate bereit seien, diesen Betrag aufzubringen. Alle waren dafür, nur Saudi-Arabien hielt diesen Betrag für zu hoch. Inzwischen hat Iran den Schwerpunkt seiner Bedingungen geändert. Vor einem Jahr war mein iranischer Kollege<sup>4</sup> in Algier und hat mich damit überrascht, daß Iran die dritte Bedingung, Reparationen, fallenlassen wollte, wenn nur Saddam Hussein von der Bühne abtritt. Wir antworteten, daß wir einer solchen Bedingung nicht zustimmen könnten. Leider hat sich inzwischen der Bombenkrieg verstärkt.<sup>5</sup> Die Iraner richten den Blick auf die Emirate und halten Kuwait in Angst. Meine persönliche Ansicht ist, solange Khomeini lebt, ist es für jeden Iraner unmöglich, sich öffentlich für Verhandlungen auszusprechen, obwohl es auch in Iran eine Entwicklung zugunsten des Friedens gibt.

*BM:* Auch ich habe in Teheran eine Tendenz zur Öffnung festgestellt, aber keine Friedensbereitschaft.<sup>6</sup> Man ist fixiert auf Saddam Hussein. Die Möglichkeiten, von außen einzuwirken, sind beschränkt. Man muß sich darauf konzentrieren, eine Ausweitung und eine Intensivierung des Kriegs zu vermeiden. Ich war beeindruckt von Rafsandjani, der mir als die stärkste Figur erschien.

*Ibrahim:* Solange Khomeini lebt, ist es schwierig zu sagen, was dann wird. Wahrscheinlich hat heute Khomeinis Sohn Ahmed die stärkste Position.

*BM:* Häufig fallen die Söhne nach dem Tod ihres Vaters. Ich glaube aber, daß die Grundrichtung in Iran für lange Zeit gesichert ist. Möglicherweise wird sich aber eine pragmatische Richtung durchsetzen mit einem Mann wie Rafsandjani.

*Ibrahim:* Für das künftige Schicksal Irans gibt es zwei Alternativen, entweder ein moderner Staat oder weitere Mullah-Herrschaft. Bei dem schiitischen System in Iran gibt es ein strukturelles und ein konjunkturelles Element. Die Struktur der islamischen Republik wird bleiben. Das konjunkturelle Element ist Khomeini. Der pakistanische Denker und Staatsmann Iqbal sagte, der Islam ist verloren, wenn die Mullahs an die Macht kommen. Rafsandjani gehört zur Mullah-Kaste. Nach dem Tod Khomeinis wird ein Kampf zwischen den Modernisten und den Mullahs ausbrechen. Auch die Modernisten, zu denen ich den Ministerpräsidenten und den Außenminister zähle, sind gläubige Muslims, die in Europa studiert haben und die einen modernen Staat mit guten Beziehungen zu den Nachbarn gründen wollen. Die Mullahs, auch Rafsandjani, streben einen mittelalterlichen Staat an. Ich glaube, wir Algerier und Sie Deutschen müssen wünschen, daß die Modernisten siegen und einen Staat aufbauen, der auf dem Völkerrecht gründet.

<sup>3</sup> Die Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga fand vom 6. bis 9. September 1982 in Fes statt.

<sup>4</sup> Ali Akbar Velayati.

<sup>5</sup> Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 285.

<sup>6</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

## Libanon

*Ibrahimi:* In der Geschichte des Islams kam jedesmal, wenn die Araber schwach waren, eine andere Nation an die Macht und führte die Fahne des Islam weiter. Im 16. Jahrhundert waren dies die Türken. Ich frage mich, ob nicht am Ende des 20. Jahrhunderts die Iraner die Rolle der Türken spielen. Auf diesem Hintergrund sehe ich das Drängen der Iraner in den Libanon<sup>7</sup> und an den Golf. Man darf auch nicht vergessen, daß Assad, der einzige Verbündete Irans, einer Sekte angehört, die eine extreme Form des Schiitentums darstellt. Es gibt hier also ideologische Verbindungen, die ich für wichtig halte.

Das Drama in Libanon geht zurück auf den Nationalpakt von 1943.<sup>8</sup> Damals dominierten die Maroniten. Inzwischen hat sich die Lage zugunsten der Schiiten verändert. Dies wollen die Maroniten nicht akzeptieren. In Israel gibt es Kräfte, die die Möglichkeit eines multikonfessionellen Zusammenlebens stören wollen, um zu beweisen, daß auch in Palästina ein multikonfessioneller Staat unmöglich ist.

Syrien hat nie einen unabhängigen Libanon akzeptiert. Assad erzählte mir, daß sein Vater<sup>9</sup>, wenn er von Syrien sprach, immer Großsyrien meinte.

Es gibt eine enge Verbindung zwischen den Problemen der Palästinenser und Libanon. Die Palästinenser bewegten sich im Libanon wie in einem eroberten Land. Hätte man das Problem der palästinensischen Präsenz im Libanon gelöst, so hätte es keine israelische Invasion<sup>10</sup> gegeben.

## Palästinenserfrage

*Ibrahimi:* Dieses Problem gibt es auf drei Ebenen:

- der humanitären

Es hat eine Ungerechtigkeit gegenüber dem jüdischen Volk gegeben. Das darf

<sup>7</sup> Am 17. Juni 1985 stellte Botschafter Petersen, Teheran, zur Sichtweise des Iran fest: „Die Libanon-Politik gehört in das Kapitel des Befreiungskampfes der unterdrückten muslimischen Völker gegen den Imperialismus (hier in erster Linie des Westens), des Kampfes gegen die Besetzer von Jerusalem und des Revolutionsexports im weiteren Sinne.“ Das „Leitmotiv der iranischen Libanonpolitik“ sei: „Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Einheit aller Moslems im Libanon, Kampf gegen amerikanische und zionistische Versuche, die Moslems verschiedener Glaubensrichtungen und mit unterschiedlicher innen- und außenpolitischer Zielsetzung gegeneinander aufzuwiegeln. [...] Langfristiges Ziel der iranischen Politik ist der gemeinsame Kampf aller Moslems gegen Zionismus und Imperialismus [...]. Zwistigkeiten wie die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und Schiiten stören dieses Konzept.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 767; Referat 310, Bd. 149645.

<sup>8</sup> Botschaftsrat Heinemann, Beirut, legte in der am 7. November 1985 übermittelten Länderaufzeichnung dar: „Nachdem Libanon im Juni 1941 durch französische und britische Truppen besetzt worden war und der Vertreter der französischen de Gaulle-Regierung am 26.11.1941 die Unabhängigkeit des Libanon proklamiert hatte, wurde am 25. März 1943 die libanesische Verfassung von 1926 wieder in Kraft gesetzt. Im Juli einigten sich die libanesischen Politiker mündlich über einige grundlegende Verfassungselemente, darunter die Zusammensetzung und Größe des zukünftigen Parlaments: 55 Mitglieder im Verhältnis sechs Christen zu fünf Muslimen (sog. Nationaler Pakt). [...] Die in dem ungeschriebenen ‚Nationalpakt‘ von 1943 [...] enthaltenen Regeln des Konfessionalismus prägen die parlamentarische Demokratie des Libanon: So müssen der Staatspräsident ebenso wie der Armee-Oberbefehlshaber und der Chef der inneren Sicherheit Maronit, der Ministerpräsident Sunnit, der Parlamentspräsident Schiit, der stellvertretende Parlamentspräsident Griech[isch]-Orthodox sein.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 663; Referat 310, Bd. 149636.

<sup>9</sup> Ali Sulayman al-Assad.

<sup>10</sup> Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

aber nicht zu weiterer Ungerechtigkeit und Unterdrückung des palästinensischen Volkes führen.

– interarabisch

Ich werde Ihnen ganz ehrlich sagen, daß es für uns Algerier nur zwei Prinzipien gab, die Einheit des palästinensischen Lagers und die Autonomie der palästinensischen Entscheidungen. Wir stehen dabei ziemlich allein. Fast alle Araber benutzen die Palästinenser für ihre eigenen politischen Ziele.

– Beziehungen zwischen dem Palästina-Problem und der Umwelt.

Hier treten wir ein für

- die Notwendigkeit, den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht zu geben, einschließlich des Rechts auf einen eigenen Staat, ein eigenes Heim;
- die besetzten Gebiete müssen zurückgegeben werden;
- die PLO muß an allen Verhandlungen gleichberechtigt beteiligt werden, eventuell im Rahmen einer internationalen Konferenz unter der Ägide der VN.

*BM:* Wir sagen seit über zehn Jahren ja zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.<sup>11</sup> Ich habe darüber wiederholt mit Begin gesprochen und ihm gesagt, jedes Recht auf Selbstbestimmung muß so ausgeübt werden, daß nicht das Recht auf Selbstbestimmung anderer Völker beeinträchtigt wird. Ohne Lösung des Palästinenserproblems kann es auf die Dauer keine Stabilität im Nahen Osten geben. Es wird kompliziert durch die Tatsache, daß die Staaten der Nahostregion kleine Staaten sind und nur gemeinsam die großen Entwicklungsaufgaben einschließlich des Wasserproblems lösen können.

Die Bemühungen des jordanischen Königs<sup>12</sup> verdienen Unterstützung. Die Bereitschaft, einen internationalen Rahmen zu schaffen oder einen internationalen Schirm, wird größer. Ob das eine Konferenz sein muß? Ich habe Zweifel an der Praktikabilität. Es gibt sicher auch andere Möglichkeiten, wichtige Staaten an der Verantwortung zu beteiligen. Aber das müssen die Beteiligten selbst entscheiden. Hätten wir unsere Ostpolitik im Rahmen einer internationalen Konferenz angepackt, so würde diese heute noch tagen.

*Ibrahimi:* Als wir in den USA waren<sup>13</sup>, schien Shultz die Probleme des Nahen Ostens am besten zu kennen. Er fragte mich, was wir von der jordanisch-palästinensischen Initiative<sup>14</sup> hielten. Ich sagte, die Araber hätten 1982 in Fes einen Friedensplan entwickelt, dem alle, auch die PLO, zugestimmt hätten.<sup>15</sup> Der Ball sei nun im israelischen Lager. Israel müsse auf Fes reagieren. Shultz

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

<sup>12</sup> Hussein ibn Talal.

<sup>13</sup> Zum Besuch des Präsidenten Bendjedid und des algerischen Außenministers Ibrahimi vom 16. bis 20. April 1985 in den USA vgl. Dok. 249, Anm. 18.

<sup>14</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

<sup>15</sup> Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

antwortete, er glaube, daß ein Mann wie Peres diesen Schritt tun könne. Aber unter drei Bedingungen:

- daß die wirtschaftliche Lage sich bessert; hierzu könnten die Amerikaner beitragen;
- daß Israel ruhige Grenzen zum Libanon hat;
- daß die ägyptisch-israelischen Beziehungen sich gut entwickeln.

Wir haben den Eindruck, daß die jordanisch-palästinensische Vereinbarung die Israelis neuerdings in die Verantwortung gestellt, aber gezeigt hat, daß Israel nicht bereit ist, einen Schritt nach vorn zu machen.

*BM:* Shultz' Ansicht scheint mir sehr optimistisch zu sein. Seit Begin hat sich die Bewußtseinslage in Israel verändert. Die West Bank ist von einer Sicherheitsfrage zu einer historischen und religiösen Frage geworden. Auf diesem Gebiet gibt es keine Kompromisse. Ich fahre mit dem Bundespräsidenten nach Israel und werde dann besser beurteilen können, wie das Klima ist.<sup>16</sup> Ich sagte zu Begin, unter militärischen Gesichtspunkten ist die Lage Ihres Landes katastrophal, wenn Sie davon ausgehen, daß Sie von Ihren Nachbarn angegriffen werden. Aber es gibt ein Gebiet, dessen Lage noch schlimmer ist, West-Berlin. Dennoch kommt niemand bei uns auf die Idee, umliegendes Gebiet zu erobern. Wir haben die Sicherheit Berlins eingebettet in ein System internationaler Stabilität. Es ist auch ein System der Stabilität im Nahen Osten denkbar. Da hat er geantwortet: „Und im übrigen ist das unser Land.“ – Da gibt es kein Gegenargument.

Ich sehe allerdings auch eine Entwicklung zu mehr Pragmatismus. Dafür war Begin ein Rückschlag. Von allen israelischen Staatsmännern überzeugte mich Allon am meisten. Er sagte, Israel kann nicht gegen die Araber leben, sondern nur mit den Arabern.

Was kann man tun, um die Möglichkeiten des jordanisch-palästinensischen Abkommens zu nutzen?

*Ibrahimi:* Wie sind Ihre Kontakte zur PLO?

*BM:* Wir haben uns in der Sache zur klarsten Position entschieden, die dann in der Venedig-Erklärung<sup>17</sup> ihren Niederschlag gefunden hat. Aber wir haben auch unsere Konzession an die Geschichte gemacht, indem wir auf politischer Ebene keine Kontakte mit der palästinensischen Führung unterhalten. Auf mittlerer Ebene gibt es die natürlich. Ich selbst habe wiederholt den Bonner Repräsentanten der PLO<sup>18</sup> empfangen.

*Ibrahimi:* Ohne eine israelische Bereitschaft sehe ich keine Aussicht für die jordanisch-palästinensische Vereinbarung. Wenn Arafat seinen Kredit bei der Masse der Palästinenser verliert, besteht Gefahr, daß jüngere und radikalere Elemente die Oberhand gewinnen. Dann breitet sich auch der Terrorismus aus.

<sup>16</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte in Begleitung des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Oktober 1985 Israel. Vgl. dazu Dok. 281, Anm. 2.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats vom 12./13. Juni 1980 zum Nahen Osten vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>18</sup> Abdallah Frangieh.



Verzweiflung führt zu Terrorismus. Arafat ist eine Chance für eine friedliche Lösung.

*BM:* Natürlich.

Entwicklung der deutsch-algerischen politischen Beziehungen

*BM:* Ich glaube, daß man im Kreis der Verantwortlichen den Meinungs Austausch über mögliche Entwicklungen dichter gestalten sollte. Ich würde gerne nach unserem Besuch in Israel mit Ihnen Kontakt aufnehmen, um meine Eindrücke offen weiterzugeben.

Beide Minister vereinbarten, während ihrer Anwesenheit zum 40. Jahrestag der VN in New York um den 24.10.1985 zusammenzutreffen.<sup>19</sup>

*Ibrahimi:* Auch ich hoffe, daß wir den Dialog fortführen können. Einziges Ziel meines Besuchs war es, die Beziehungen auf allen Gebieten zu verstärken. Wir sollten unsere Abstimmung periodisch machen. Ich schlage vor, daß jedes Frühjahr ein Treffen von hohen Beamten, einmal in Bonn, einmal in Algier, stattfindet und wir uns jeden Herbst bei den VN treffen.

Ich würde mich auch freuen, Sie wieder in Algier zu begrüßen. Der Abstand darf nicht wieder so groß werden wie seit 1981<sup>20</sup>.

*BM:* Ich nehme Ihre Einladung gern an und stimme auch Ihren übrigen Vorschlägen in vollem Umfang zu.<sup>21</sup>

**Referat 321, Bd. 137739**

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers, z. Z. New York, informierte am 23. Oktober 1985 über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Ibrahimi am selben Tag: „BM betrachtete große, weltweite Konferenzen als ein Ritual, nur eine kleine verantwortliche Gruppe von Staaten könne Nord-Süd-Verhältnis und Schuldenproblem mit Aussicht auf Erfolg behandeln. Er fragte nach algerischer Meinung zu einem Cancún II. AM Ibrahimi verwies darauf, daß algerisches Politbüro nach seinem Bonn-Besuch Zusammenkunft Algeriens, Indiens, Jugoslawiens und Simbawes in New York zur Diskussion dieses Vorschlags vorgesehen habe. Nachdem PLO und SWAPO nun aber nicht zum 40. VN-Jahrestag eingeladen wurden, habe Präsident Chadli Besuch in New York abgesagt. Der Süden habe Vorschlag des BM positiv aufgenommen, man sehe aber Probleme im Norden, besonders US und GB schienen sehr zögerlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 311, Bd. 137739.

<sup>20</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1981 in Algerien auf. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 4.

<sup>21</sup> Bundesminister Genscher besuchte am 27./28. April 1986 Algerien. Für das Gespräch mit dem algerischen Außenminister Ibrahimi am 28. April 1986 in Algier vgl. AAPD 1986.

## 251

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen an die Botschaft in Washington

010-SUA

Aufgabe: 19. September 1985, 15.42 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1112

Botschaft wird gebeten, nachfolgendes Schreiben BMs an AM Shultz weiterzuleiten.

Jansen<sup>2</sup>

Folgt Anlage:

Lieber George,

ich danke Ihnen für das Schreiben vom 9. September 1985<sup>3</sup>, mit dem Sie mich über die Entscheidungen Präsident Reagans hinsichtlich Südafrikas<sup>4</sup> unterrichtet haben.

Sie wissen, daß meine Regierung die Vorgänge in Südafrika<sup>5</sup> mit großer Sorge und Betroffenheit sieht. Ich bin der Meinung, daß Schlimmeres in Südafrika nur vermieden werden kann, wenn die Regierung von Präsident Botha endlich einen aktiven Dialog mit den authentischen Führern der Nichtweißen beginnt und konkret Maßnahmen beschließt, die das menschenverachtende System der Apartheid überwinden. Die von der südafrikanischen Regierung bisher in Aussicht gestellten Reformmaßnahmen<sup>6</sup>, die ich durchaus für wichtig halte, dürften kaum ausreichen.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Ischinger konzipiert.

Hat Ischinger am 20. September 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klaiber nach Rückkehr verfügte.

Hat Klaiber am 23. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Paraphe.

<sup>3</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz vgl. VS-Bd. 14156 (010).

Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 12. September 1985, im amerikanischen Außenministerium sei ihm zu dem Schreiben erklärt worden: „Das ‚Timing‘ sowohl der Sanktionsverordnung Präsident Reagans als auch des Briefes von AM Shultz habe nichts mit dem EPZ-Treffen in Luxemburg zu tun gehabt, sondern sei ausschließlich von der für Präsident Reagan innenpolitisch überaus bedeutsamen Notwendigkeit bestimmt gewesen, die Auseinandersetzung im Kongreß über den dort anhängigen Sanktionsgesetzentwurf zu beenden. AM Shultz habe es ferngelegen, die Regierungen befreundeter Länder (außer den EG-Staaten auch die Schweiz, Australien, Kanada und Japan) durch sein Schreiben ungebührlich beeinflussen zu wollen. Es sei ihm nur darum gegangen, ‚Elemente eines abgestimmten Verhaltens‘ der westlichen Staatengemeinschaft gegenüber Südafrika beizutragen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4321; VS-Bd. 14156 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Am 9. September 1985 verfügte Präsident Reagan die Verhängung von Sanktionen über Südafrika. Für den Wortlaut der Executive Order mit den Sanktionsbestimmungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2103, S. 2 f.

<sup>5</sup> Zur Verhängung des Ausnahmezustands am 20. Juli 1985 in Südafrika vgl. Dok. 117, Anm. 21.

Zur Lage in Südafrika vgl. ferner Dok. 166.

<sup>6</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Botha am 30. Januar 1985 in Johannesburg; Dok. 166, Anm. 5.

Die westlichen Regierungen müssen sich auch fragen, wie sie verhindern wollen, daß durch die Unruhen im Lande zunehmend ein Nährboden geschaffen wird für kommunistische Agitation und Einflußnahme. Der südafrikanischen Regierung muß gezeigt werden, daß es für sie keinen anderen Weg gibt, als endlich entschlossen den Weg der Überwindung der Apartheid zu gehen.

In diesem Sinne hat meine Regierung Präsident Reagans Entscheidungen mit Interesse zur Kenntnis genommen. In meinem Gespräch mit Botschafter Burt am 12.9. habe ich bereits einige Bemerkungen zu diesen Maßnahmen gemacht, ich habe mich überrascht gezeigt, daß Präsident Reagan sich doch zur Verhängung wirtschaftlicher Maßnahmen entschlossen hat.<sup>7</sup>

Auch meine Regierung hält wie die Regierung der Vereinigten Staaten und wie alle anderen Regierungen der Europäischen Gemeinschaft Maßnahmen gegenüber Südafrika für unvermeidlich. Schritte im wirtschaftlichen Bereich lehnt sie jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen ab.

Wie Ihnen bekannt ist, haben die Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie Spaniens und Portugals am 10.9.1985 eine Erklärung beschlossen, die restriktive Maßnahmen vorsieht, besonderen Wert aber auf positive Schritte legt.<sup>8</sup> Aus der Reise der Außenminister von Luxemburg, Italien und den Niederlanden nach Südafrika<sup>9</sup> haben wir die Schlußfolgerung gezogen, daß neben Signalen der konstruktiven Kritik eine Vertiefung des Vertrauens zwischen den Staaten der Europäischen Gemeinschaft und den Nicht-weißen Südafrikas, aber auch der südafrikanischen Regierung selbst erforderlich ist. Wir wollen ferner im Rahmen des uns Möglichen verstärkt substantielle Beiträge leisten, um die Situation der nichtweißen Bevölkerung Südafrikas zu verbessern.

Einem solchen Anliegen würde, hier stimme ich Ihnen zu, eine Schädigung der südafrikanischen Wirtschaft widersprechen. Die Regierung Südafrikas muß sich bewußt sein, daß es ihre eigene Politik ist, die das Investitionsklima in Südafrika gefährdet, die ausländischen Wirtschaftspartner verunsichert und die letztlich eine Selbstsanktionierung darstellt.

<sup>7</sup> Am 12. September 1985 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz die Botschaft in Washington über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burt vom selben Tag: „Zur beiderseitigen Südafrika-Politik stellte BM befriedigt fest, daß es bisher keine Unterschiede in den Mitteln der Einwirkung auf die südafrikanische Regierung gegeben habe und daß dies auch weiter so sei. Überrascht habe uns allerdings die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen, weil wir zu dieser Frage die Grundsatzposition der Zurückhaltung geteilt hätten [...]. Auch nach Empfang des Briefes von AM Shultz wollten wir bei unserer bisherigen Haltung zu Wirtschaftssanktionen bleiben.“ Burt habe darauf erwidert, „daß Shultz seine Worte sorgfältig gewählt und nicht von Sanktionen, sondern Maßnahmen als Zeichen der Besorgnis gesprochen habe. Die US-Regierung bleibe im übrigen – andere Interpretationen seien falsch – bei der Politik von Zuckerbrot und Peitsche. [...] Es müsse davon ausgegangen werden, daß die Weißen ungeachtet künftiger Entwicklungen in Südafrika bleiben würden. Es wäre unklug und unmoralisch, Südafrika zum Paria der internationalen Gemeinschaft zu machen. Ihm bliebe dann nur noch die Gewalt. Burt räumte ein, daß auch innenpolitische Gesichtspunkte für die US-Entscheidung wichtig gewesen seien.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6930; VS-Bd. 12975 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 245.

<sup>9</sup> Zur Reise der Außenminister Andreotti (Italien), van den Broek (Niederlande) und Poos (Luxemburg) sowie des EG-Kommissionsmitglieds de Clercq im Rahmen der EPZ vom 31. August bis 2. September 1985 nach Südafrika vgl. Dok. 245, Anm. 2.

Die Bundesregierung wird auch künftig in der Südafrika-Politik eng mit Ihrer Regierung zusammenarbeiten. Die vom State Department angeregte neuerliche Begegnung der Afrika-Direktoren begrüße ich ausdrücklich.

Ich freue mich, dieses Thema bei unserem nächsten Treffen am Rande der 40. Generalversammlung in New York vertiefen zu können.<sup>10</sup>

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 14156 (010)

## 252

### Legationssekretär Heidorn an die Botschaft in Beirut

310-321.10 LIA

19. September 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 235

Aufgabe: 20. September 1985, 11.06 Uhr

Betr.: Besuch von Präsident Gemayel in der Bundesrepublik<sup>2</sup>

Bezug: DB 548 vom 17.9.85<sup>3</sup>

Anliegend wird der vom BM noch nicht genehmigte Vermerk von Botschafter Eitel über das Gespräch von Staatspräsident Gemayel mit dem Bundeskanzler und BM Genscher übermittelt:

„BK bat um Erläuterung der Lage Libanons.

StP<sup>4</sup> stellte sich vor als legalen Staatschef, der mit multikonfessionellem Kabinett zusammenarbeitet, als einzigen arabischen Staatschef, der bei progressiven wie konservativen Arabern gleich gut gelitten sei und als einzigen christlichen arabischen Staatschef. Die libanesische Krise habe lange vor seiner Wahl<sup>5</sup> begonnen.

Sein Land sei ein Modell konfessioneller und ethnischer Koexistenz gewesen, das durch auswärtige Einflüsse (mehrere 100 000 palästinensische Flüchtlinge)

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 25. September 1985 vgl. Dok. 258.

<sup>1</sup> Durchdruck.

<sup>2</sup> Präsident Gemayel hielt sich vom 6. bis 8. September 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Botschaftsrat Heinemann, Beirut, erbat Informationen zum Besuch des Präsidenten Gemayel in der Bundesrepublik: „Botschaft liegt bisher noch keine amtliche Unterrichtung über den Besuchsablauf vor. Dies folgt wohl zwangsläufig aus dem Umstand, daß Botschafter Dr. Eitel bei den Gesprächen zugegen war. Da aber auch noch keine Nachricht darüber vorliegt, wann Botschafter Dr. Eitel nach Beirut zurückkehren wird, wäre Botschaft über Unterrichtung Besuchsablaufs und Gesprächsinhalts sehr dankbar.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149635.

<sup>4</sup> Staatspräsident.

<sup>5</sup> Amin Gemayel wurde am 21. September 1982 zum Präsidenten gewählt.

und innere Verschiebungen in tiefe Krise abgerutscht sei. Es sei im Interesse des Westens, daß Libanon als Koexistenzmodell überlebe.

BM fragte, wie das zu erreichen sei.

StP nannte drei Punkte:

- 1) Verwirklichung der SR-Res. 425<sup>6</sup> (Räumung des Südlibanons durch Israel). Hier sollten wir unser politisches Gewicht bei Israel, USA, EG etc. einbringen.
- 2) Fundamentalistische Strömungen führten zu Terrorismus, der aufgrund des gesellschaftlichen Mosaiks im Libanon jedoch leichter in den Griff zu bekommen sein werde als z.B. in dem uniformeren Ägypten. Fundamentalismus gewinne Kraft aus Kampf gegen israelische Besetzung. Mit dieser werde er eine wichtige Kraftquelle verlieren.
- 3) Kommunismus sei dabei, über KPL und subversive Organisation (OACL<sup>7</sup>) Boden zu gewinnen, da er von Chaos und kriegsbedingter wirtschaftlicher Krise profitiere. Auf dem Seewege gelangten außerdem Panzer und weitreichende Kanonen aus der Sowjetunion über den neuen Hafen Jumblatts ins Land.<sup>8</sup> Hier sei Hilfe für eine Gesundung der Volkswirtschaft notwendig, wenn Libanon nicht zum sowjetischen Satelliten werden solle. Schon jetzt sprächen libanesisische Politiker (wohl Jumblatt) ganz wie die Sowjets über Afghanistan, Polen oder andere Probleme. Syrien hingegen bemühe sich jetzt um eine positive Rolle.<sup>9</sup> Sein Verhältnis zu Assad sei im übrigen ausgezeichnet.

BK fragte nach, was wir konkret tun könnten, um zu helfen.

StP regte dauernde oder regelmäßige politische Abstimmung der Verwaltungen beider Länder an. Hierbei solle es nach seiner Vorstellung gehen um a) internationale politische Unterstützung, b) Wirtschafts- und Wirtschaftshilfsfragen (beiläufig wies StP auf Ungleichgewicht des Außenhandels hin – 500 Mio. zu 10 Mio.). Man müsse wirtschaftlich durchstehen können, bis die politische Lösung gefunden sei. Auch die libanesisische Armee brauche Unterstützung.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 425 des VN-Sicherheitsrats vom 19. März 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.

<sup>7</sup> Organisation de l'Action Communiste du Liban.

<sup>8</sup> Referat 310 stellte am 4. September 1985 fest: „Die demonstrative Stützung Gemayels in dessen Schwächephase durch Assad bestätigt das Prinzip der syrischen Libanon-Politik. Assad zielt auf ein innerlibanesisches Gleichgewicht geschwächter Kräfte, das von Damaskus aus ohne massiven syrischen Einsatz steuerbar ist. [...] Die Lieferung sowjetischer Panzer an die Amal- und die Drusen-Miliz erfüllt in der syrischen Strategie eine doppelte Funktion. Zum einen ist sie als eine Drohgebärde gegenüber der Arafat-PLO und damit indirekt auch Jordanien gedacht, den Weg einer friedlichen Separatregelung mit Israel nicht weiter zu verfolgen. Zum anderen sollen die Arafat-loyalen Palästinenser als von Syrien nicht kontrollierbare Größe im libanesischen Szenarium zumindest neutralisiert werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149638.

<sup>9</sup> Am 25. November 1985 bilanzierte Referat 310: „Die Bemühungen Syriens, eine tragfähige Grundlage für die innere Stabilisierung des Libanon zu schaffen, hatten Mitte Oktober in Damaskus zur Ausarbeitung eines Abkommenstextes geführt, in dem sich die wichtigsten Milizen – die christlichen Forces Libanaises, die schiitische Amal und die drusische P[rogressiv-JS[ozialistische]P[artei] – auf die Entkonfessionalisierung des libanesischen Staates geeinigt hatten. Die Verwirklichung dieses Abkommens würde den Abbau der traditionellen Privilegien des christlichen Bevölkerungsteils zur Folge haben. Wichtige Vertreter der Christen wie auch der Sunniten haben in der letzten Zeit ihren Widerstand gegen das Abkommen von Damaskus deutlich gemacht. Präsident Gemayel, der an den Verhandlungen in Damaskus nicht beteiligt war, ist zunehmend – auch innerhalb des christlichen Lagers – in die Isolierung geraten. Seine politischen Einflußmöglichkeiten auf die Entwicklung im Libanon sind gegenwärtig gering.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149638.

BM äußerte sich erstaunt über die optimistische Einschätzung der Entwicklung im Libanon, die er von syrischem StP Assad gehört habe.<sup>10</sup>

StP unterstrich noch einmal die Hilfsbereitschaft Syriens. Der Libanon habe mit Hilfe seiner Freunde noch eine Chance.

BK unterstrich deutsches Interesse an Frieden und Koexistenz im Libanon und unsere Bereitschaft, dazu auch aktiv und konkret beizutragen. (Nach kurzer Rücksprache mit BM:) BM werde im November Oman<sup>11</sup> besuchen und auf Hin- oder Rückweg in Beirut konkrete Maßnahmen besprechen.<sup>12</sup>

StP begrüßte Besuch BM und dankte.

BK gab Besuchsplan anschließend vor Presse bekannt.“

Heidorn<sup>13</sup>

**Referat 310, Bd. 149638**

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad am 31. August 1985 in Damaskus vgl. Dok. 239.

<sup>11</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 16. bis 19. November 1985 im Oman auf.

<sup>12</sup> Am 4. Oktober 1985 machte Referat 118 Sicherheitsbedenken gegen einen Besuch des Bundesministers Genscher in Beirut geltend: „Beachtenswert erscheint aus hiesiger Sicht auch, daß der Minister – nach der Landung auf dem von der schiitischen Amal-Miliz kontrollierten Flughafen – die umkämpften Palästinenserlager und den Ortsteil Chiyah passieren müßte, bevor er (falls beabsichtigt) die im moslemischen Westen der Stadt gelegene Botschaft erreicht. Obwohl der Südwesten Beiruts generell von der Amal kontrolliert wird, brechen dort immer wieder Schießereien (Positionskämpfe) zwischen Moslem- als auch mit Palästinensergruppen aus, die zu einer erheblichen Sicherheitsgefährdung führen können.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149638.

Botschafter Eitel, Beirut, teilte am 4. November 1985 mit, er habe das libanesische Präsidialamt über die Absage des Besuchs von Genscher unterrichtet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 635; Referat 310, Bd. 149638.

<sup>13</sup> Paraphe vom 20. September 1985.

## 253

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski in Loccum

214-321.36 POL

20. September 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM–Stellv. MP Rakowski; Loccum, 20.9.1985, 15.00 Uhr bis 16.15 Uhr<sup>2</sup>;

hier: Ausreisefragen

Zu Beginn der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum über das deutsch-polnische Verhältnis<sup>3</sup> (20.–22.9.1985) trafen BM und Stv. MP<sup>4</sup> Rakowski zu einem mehr als einstündigem Meinungsaustausch zusammen.

Nach Erörterung der internationalen Lage<sup>5</sup> leitete *BM* über auf die Ausreisefrage: Wir würden die seit Abschluß des Warschauer Vertrages<sup>6</sup> im deutsch-polnischen Verhältnis erreichten Fortschritte noch mehr preisen, wenn man auf polnischer Seite vor allem in der Ausreisefrage wieder zu einer guten Praxis zurückkehrte. Der gegenwärtige Zustand<sup>7</sup> werde bei uns als belastend empfunden. Dies müsse man offen sagen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 23. September 1985 gefertigt und mit der Bitte, „die Genehmigung des Bundesministers einzuholen“, an das Ministerbüro geleitet.

<sup>2</sup> Im wirtschaftspolitischen Teil des Gesprächs hob der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski die Bedeutung hervor, „neue Kredite zu eröffnen. Er verstehe zwar auch unsere finanzielle Lage und die Tatsache, daß diese Frage nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch andere Staaten im Westen betreffe, andererseits werde er das Gefühl nicht los, daß es im Westen immer noch Politiker gebe, die darauf setzten, daß ‚in Polen noch etwas geschehen wird‘. Deshalb sei es angeblich besser abzuwarten. Wenn die Sache so stehe, müsse Polen eben warten – und schwere Jahre stünden bevor.“ Bundesminister Genscher entgegnete, „die Einschätzung der Lage in Polen sei durchaus unterschiedlich. Aber Stimmen, wie R. sie zitiert habe, gebe es bei uns nicht. [...] BM verdeutlichte, es sei häufig, daß einer mehr erwarte, als der andere zu geben in der Lage sei. Bei uns schlage im übrigen gerade jetzt die Behandlung früherer Verbindlichkeiten durch: Dies habe ‚rote Lampe‘ aufleuchten lassen, und zwar nicht aus politischen, sondern rein risikopolitischen Gründen. Generell jedoch sei die Entwicklung eher positiv.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178901.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 20. September 1985 auf der Tagung „20 Jahre EKD-Denkschrift“ der Evangelischen Akademie Loccum; BULLETIN 1985, S. 889–893. Zu der Tagung vgl. ebenfalls DIE FÖRDERUNG DES FRIEDENS IN EUROPA. Perspektiven der Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, Loccumer Protokolle 72/85, hrsg. von Hans May, Horst Westmüller, Loccum 1985.

<sup>4</sup> Stellvertretender Ministerpräsident.

<sup>5</sup> Am 20. September 1985 legte Bundesminister Genscher dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski in Loccum dar: „Nun stehe das Kulturforum Budapest bevor: Wir, die Bundesrepublik Deutschland, nähmen es sehr ernst. Es diene der europäischen Identitätsfindung über Systemgrenzen hinweg – dies dürfe man nicht unterschätzen. Unserer Delegation würden eine Reihe hervorragender Repräsentanten unseres Kulturlebens angehören. Wir hoffen, daß wir in Budapest für die kulturelle Zusammenarbeit, für den kulturellen Dialog etwas bewirken könnten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178901.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>7</sup> Zum Rückgang der Aussiedlerzahlen aus Polen in die Bundesrepublik vgl. Dok. 56, Anm. 32. In einer von Ministerialdirigent Oesterheld am 17. September 1985 vorgelegten „Gesprächsunter-

*Rakowski* entgegnet, die polnische Stellungnahme sei bekannt – zu was man verpflichtet gewesen sei, habe man erfüllt.

*BM* entgegnet, dies könne man nicht sagen. Auch nach Erfüllung der ursprünglich vereinbarten Zahlen habe der Ausreiseprozess weitergehen sollen.<sup>8</sup> Es sei ein Teil des Normalisierungs- und KSZE-Prozesses, daß man den Menschen die Chance gebe, dort zu leben, wo sie wollten.

*Rakowski* verweist darauf, daß in den letzten Jahren die wirtschaftliche Motivation die größte Rolle gespielt habe. Es gehe eigentlich um Emigrationen. Polen habe eine liberale Paßpolitik, könne aber nicht begeistert sein, wenn Menschen ausreisen wollten, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht günstig seien.

*BM* bezweifelt, ob allein wirtschaftliche Verhältnisse Motiv des Ausreisewunsches seien. Es gehe um Familienzusammenführung unabhängig von den ökonomischen Verhältnissen.

*Rakowski* betont, konkrete Probleme sollten in der konkreten Situation gelöst werden.

*BM* wirft ein, auch die Offenhalteklauseel sei Teil der Realität.

*Rakowski* entgegnet, inzwischen hätten sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen in den frühen 1980er Jahren verschlechtert. Man müsse die Lage in Polen so sehen, wie sie heute sei.

*BM* entgegnet, dies sei eine Frage von Ursache und Wirkung. Verträge bewährten sich dadurch, daß man sie nicht abhängig mache von Sonnenschein und Wolken. Er bitte die polnische Führung sehr ernsthaft, die Bedeutung dieser Frage für unsere öffentliche Meinung nicht zu unterschätzen.

*Rakowski* glaubt nicht, daß auf diesem Gebiet in absehbarer Zeit etwas geändert werden könne: „Das Hemd ist uns näher als der Rock.“

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1295*

lage“ hieß es: „Wir bedauern drastischen Rückgang der Ausreisepolitik, obwohl uns nach wie vor 136 000 Ausreisewerber namentlich bekannt sind.“ Von Januar bis August 1985 sei von den polnischen Behörden lediglich 818 Aussiedlern die Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt worden. Dagegen seien im gleichen Zeitraum „12 944 ‚illegale‘ Ausreisen“ erfolgt. Dazu sollte dargelegt werden: „Ansteigen der illegalen Ausreisen keine Lösung, weil sie neue Härtefälle schafft: Familien werden auseinandergerissen, polnische Seite verweigert Annahme von Interventionen unserer Botschaft Warschau.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133024.

Am 23. September 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner der Ständigen Vertretung bei den VN in New York eine „vorläufige Bilanz“ der Tagung „20 Jahre EKD-Denkschrift“ vom 20. bis 22. September 1985 in Loccum: „In Ausreisefragen zeigte polnische Seite trotz Insistenz BM und MdB Vogel und Rühle (Bitte um ‚demonstrativen Akt zum 15. Jahrestag‘) kein Anzeichen positiver Bewegung, eher tendentielle Verhärtung durch von Rakowski angedeutete linkage mit allgemeinem Stand bilateraler Beziehungen einschließlich wirtschaftlicher Zusammenarbeit.“ Vgl. den Drahterlaß 7190; Referat 214, Bd. 133024.

<sup>8</sup> Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 übergab die polnische Regierung eine „Information“ über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme, die aus einem veröffentlichten und einem vertraulichen Teil bestand. Für den Wortlaut des veröffentlichten Teils vgl. BULLETIN 1970, S. 1696 f. Für den Wortlaut des vertraulichen Teils vgl. AAPD 1970, III, Dok. 551, Anm. 4.

Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Ausreiseprotokoll. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1199.

Vgl. dazu außerdem den Briefwechsel zwischen Genscher und Olszowski vom 9. bzw. 15. März 1976; BULLETIN 1976, S. 250 f und S. 318 f. Vgl. dazu auch AAPD 1976, I, Dok. 73 und Dok. 75.



Botschafter *Olechowski* wirft ein, Polen nehme unter den osteuropäischen Ländern immer noch die Spitzenposition ein.

Stv. AM *Kucza* ergänzt, 1975 habe man sich gefragt, wie groß die zu nennende Zahl von Ausreisen sein müsse. Die vereinbarte Zahl sei immerhin eine Orientierung.

BM widerspricht: Man habe vereinbart, daß auch nach Erfüllung der vereinbarten Zahlen weiterhin Ausreisen möglich sein sollten. Man habe gerade deshalb auf der Offenhalteklauseel bestanden, weil man keine Prognose habe abgeben wollen. Man habe die Leute nicht ermutigen wollen, deshalb sei für eine konkrete Zeit eine konkrete Zahl vereinbart worden, zugleich aber festgehalten worden, die Information gelte auch danach weiter.

BM verdeutlicht anhand der Zahl der genehmigten Ausreisen 1984 und 1985 den starken Rückgang. Der Zuwachs der nicht genehmigten Ausreisen sei keine Lösung: Wir zögen eine geregelte Ausreise in jedem Fall vor.

**Referat 010, Bd. 178901**

## 254

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.14 USA-1412/85 geheim

20. September 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Geplanter Besuch des Chefs des Stabes der israelischen Streitkräfte bei US-EUCOM in Stuttgart-Vaihingen

Bezug: Vorlage der UA 20 vom 3.1.1985 – 201.363.14 USA-2069<sup>1</sup>/84 geheim<sup>4</sup>

Anlg.: 5<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stackelberg konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 20. September 1985 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „1) Ich unterstütze den Vorschlag. 2) Allerdings weise ich darauf hin, daß der bisherige israelische Geheimdienstchef (General) vor kurzem in Bonn (BMVg StS Rühl) und München (BND Präs[ident] Wieck) Abschiedsbesuche gemacht hat. 3) Wenn wir allzu restriktiv sind – neben den genannten Gründen –, uns ein Messen mit zweierlei Maß vorgeworfen werden könnte.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 2. Oktober 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 201 verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 2. Oktober 1985 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte.

<sup>4</sup> Zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vgl. Dok. 3, Anm. 4.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 4, 6, 7 und 8.

I. 1) Mit anliegendem Schreiben vom 6.9.1985<sup>6</sup> bittet die hiesige US-Botschaft um Zustimmung des Auswärtigen Amts zu einem Besuch des Chefs des Stabes der israelischen Streitkräfte, General Moshe Levy, im Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa in Stuttgart-Vaihingen. In dem Schreiben wird der Besuch als inoffiziell (private visit) charakterisiert. Die Einladung seitens des stellvertretenden Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte in Europa, General Richard Lawson, ergeht in Erwiderung für dessen Besuche bei den israelischen Streitkräften. Die US-Botschaft sichert zu, daß der Besuch unauffällig (low-key manner) und mit einem Minimum an Zeremonie durchgeführt werde.

2) Der neue US-Gesandte Dobbins hatte bereits bei seinem Antrittsbesuch bei StS Dr. Meyer-Landrut am 5.9.1985 einen entsprechenden Wunsch von US-EUCOM übermittelt und auf Bitten von StS o.a. Schreiben zugesagt.<sup>7</sup> Im Gespräch mit Dobbins war klargeworden, daß der Gegenbesuch des israelischen Stabschefs im Rahmen der Zuständigkeiten von General Lawson außerhalb Europas erfolgt.

3) Trotz der Charakterisierung des geplanten Besuchs als inoffiziell (private) und der beabsichtigten Teilnahme der Ehefrau von General Levy muß das Vorhaben als politisch eingestuft werden:

- Beabsichtigte General Levy, die Bundesrepublik Deutschland als Privatperson zu besuchen, hätte es nicht der Anfrage der US-Botschaft bedurft.
- Die Zusicherung, daß sich US-EUCOM auf ein Minimum an Zeremonie beschränken werde, beinhaltet, daß ein Zeremoniell jedenfalls stattfindet.
- Anders als im Schreiben der Botschaft hat der Gesandte Dobbins klar zu verstehen gegeben, daß der geplante Besuch (Gegenbesuch) im Zusammenhang mit den Zuständigkeiten außerhalb Europas des stellvertretenden US-Oberbefehlshabers steht.
- Dobbins Äußerung, daß die Anwesenheit Levys, sollte sie bekannt werden, als ein persönlicher Besuch dargestellt werden sollte, besagt, daß es eben kein Privatbesuch ist.

4) Durch die Anwesenheit des Stabschefs der israelischen Streitkräfte bei US-EUCOM wird die Abmachung zwischen dem Auswärtigen Amt und der US-Botschaft über die amerikanisch-israelischen Militärgespräche auf deutschem Boden (Schriftwechsel vom 31.12.1984 und 16.1.1985<sup>8</sup>) berührt.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Studnitz vgl. VS-Bd. 12030 (201).

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz vermerkte am 10. September 1985, Staatssekretär Meyer-Landrut habe den amerikanischen Gesandten Dobbins hinsichtlich des geplanten Besuchs des Generalstabschefs der israelischen Streitkräfte, Levy, gebeten, „die Sache möglichst unauffällig zu behandeln. Die Besucher sollten in Zivil reisen, die Sache solle nicht in die Öffentlichkeit getragen werden. Wenn es dennoch bekannt werde, solle es als persönlicher Besuch dargestellt werden.“ Vgl. VS-Bd. 12975 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Gesandten Woessner vom 31. Dezember 1984 an Staatssekretär Meyer-Landrut vgl. VS-Bd. 12030 (201).

Mit Schreiben vom 16. Januar 1985 teilte Meyer-Landrut Woessner mit, „daß die Bundesregierung dem für 21. bis 25.1.1985 in Stuttgart-Vaihingen geplanten Treffen zwischen amerikanischen und israelischen Offizieren zustimmt. Es wird gebeten, die weiter geplanten zukünftigen Treffen dieser Art dem Auswärtigen Amt auf Arbeitsebene (Referat 201) rechtzeitig vorher unter genauer Angabe des israelischen Teilnehmerkreises mitzuteilen. Zugleich bitte ich darum, daß die Angelegenheit mit

5) Sie hatten mit der Bezugsvorlage der Durchführung von Treffen zwischen amerikanischen und israelischen Offizieren im Rahmen der „strategischen Zusammenarbeit“ beider Länder bei US-EUCOM in Stuttgart-Vaihingen grundsätzlich zugestimmt. Ihre Zustimmung stand dabei unter folgenden Vorbehalten:

- Die Treffen sollen der Planung von Übungen und der Erörterung logistischer Angelegenheiten im Zusammenhang mit der sowjetischen Bedrohung dienen.
- Die Treffen sollen auf einer Ebene, die nicht höher als Arbeitsebene definiert werden kann (das erste Treffen sah Besucher mit einem Dienstgrad bis zum Oberst einschließlich vor), stattfinden.
- Wahrung größtmöglicher Vertraulichkeit (keine Verlautbarungen, An- und Abreise in Zivil) waren zugesagt.
- Trotz grundsätzlicher Zustimmung sollte jedes einzelne Treffen dem Auswärtigen Amt rechtzeitig vorher, unter genauer Angabe des israelischen Teilnehmerkreises, zur Unterrichtung mitgeteilt werden.

6) Seit der Ankündigung der ersten israelischen Besuchergruppe im Dezember 1984 (nur Oberst und Oberstleutnant; nur Gespräche) haben die Besuche israelischer Offiziere an politischer Qualität und Brisanz ständig zugenommen:

- Ankündigung vom April 1985: ein Generalmajor, ein Brigadegeneral; nur Gespräche.
- Ankündigung vom August 1985: ein Generalmajor, ein Brigadegeneral; Abschluß eines Abkommens während des Besuchs.
- Jetzige Ankündigung (September 1985): Chef des Stabes der israelischen Streitkräfte.

7) Der geplante Besuch von General Moshe Levy ist nicht von der seinerzeit mit der US-Botschaft getroffenen Vereinbarung gedeckt:

- Von Arbeitsebene kann nicht mehr die Rede sein.
- Seine Anwesenheit in der Bundesrepublik Deutschland ist ein Politikum, wobei es nicht darauf ankommt, ob sich seine Gespräche – was nicht zu erwarten ist – auf die „Planung von Übungen und Erörterung logistischer Angelegenheiten im Zusammenhang mit der sowjetischen Bedrohung“ beschränken.

II. 1) Wenn wir die Übereinkunft zwischen Auswärtigem Amt und US-Botschaft und die darin festgeschriebenen Auflagen ernst nehmen, können wir ihre ständige Ausweitung nicht hinnehmen.

Abgesehen von dieser grundsätzlichen Frage entzieht es sich auch unserem Einfluß, ob der Besuch bekannt wird oder nicht. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß gerade hieran bei bestimmten politischen Kreisen in den USA oder Israel ein Interesse besteht.

2) Die Verweigerung unserer Zustimmung wird bei den Amerikanern auf Kritik stoßen. Es ist möglich, daß hierdurch frühere Überlegungen, das Hauptquartier von US-EUCOM von Vaihingen nach Großbritannien zu verlegen, neue Nahrung erhalten. Es ist auch nicht auszuschließen, daß die Angelegenheit gerade dann mit dem Ergebnis (oder sogar der Absicht) an die Öffentlichkeit ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1298*

größtmöglicher Vertraulichkeit behandelt wird, so daß kein Aufsehen in der Öffentlichkeit entsteht.“  
Vgl. VS-Bd. 12117 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

spielt wird, bei uns eine innenpolitische und koalitionsinterne Auseinandersetzung hervorzurufen.

3) Die jetzt anstehende Entscheidung muß auch im Licht des für den Herbst d. J. geplanten Staatsbesuchs des Herrn Bundespräsidenten nach Israel beurteilt werden.<sup>9</sup> Vermeidbare negative Einflüsse in dessen Vorfeld müssen vermieden werden.

### III. Vorschlag

Unter Abwägung der vorgenannten Argumente wird vorgeschlagen, dem geplanten Besuch des israelischen Stabschefs<sup>10</sup> bei US-EUCOM zuzustimmen. Bei der Übermittlung unserer Entscheidung an die US-Botschaft sollte dieser dabei in aller Deutlichkeit klar gemacht werden, daß wir die Überschreitung des zwischen Auswärtigem Amt und US-Botschaft vereinbarten Charakters der amerikanisch-israelischen Begegnungen in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft nicht mehr hinnehmen können. Wir sollten unsere Erwartung ausdrücken, daß die US-Botschaft als Partei o. a. Vereinbarung entsprechende Wünsche der US-Streitkräfte prüft und nur mit Anliegen an das Auswärtige Amt herantritt, die mit der Vereinbarung kompatibel sind.

Es wird vorgeschlagen, daß der US-Gesandte durch D 2 i. V. hierzu einbestellt wird.<sup>11</sup>

Braunmühl

**VS-Bd. 12030 (201)**

<sup>9</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte in Begleitung des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Oktober 1985 Israel. Vgl. dazu Dok. 281, Anm. 2.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „Staatschefs“.

<sup>11</sup> Am 9. Oktober 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stackelberg, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz habe dem amerikanischen Botschaftsrat Grobel am Vortag ein Non-paper übergeben und dazu ausgeführt: „Wir beobachteten seit der ersten Ankündigung eine ständige Steigerung in der Qualität der Besuche israelischer Offiziere bei US-EUCOM. Den Höhepunkt stelle die Ankündigung des ‚Gegenbesuchs‘ des israelischen Generalstabschefs dar. [...] Wir erwarteten, daß die US-Botschaft als Partner der Absprache die Anliegen der militärischen Stellen auf ihre Vereinbarkeit mit der Abmachung AA/US-Botschaft prüfe, bevor sie diese an das AA weiterleite.“ Vgl. VS-Bd. 12030 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

## 255

**Gespräch der Außenminister der G-7 in New York****25. September 1985<sup>1</sup>**

Treffen der sieben Außenminister der Mitgliedstaaten des Weltwirtschaftsgipfels in New York am 25. September 1985

An dem von BM gegebenen Abendessen nahmen außer den anderen sechs Außenministern die luxemburgische Präsidentschaft (AM Poos) und de Clercq für die Kommission teil.

Die folgenden Themen wurden behandelt:

- 1) Die im Auftrage des Bonner Weltwirtschaftsgipfels<sup>2</sup> ausgearbeiteten Studien über
  - Bekämpfung des Hungers in Afrika<sup>3</sup>,
  - Drogenbekämpfung<sup>4</sup>;
- 2) Ost–West;
- 3) Südafrika;
- 4) Nahost;
- 5) Asien;
- 6) Weltwirtschaftliche Fragen.

BM schlug unwidersprochen vor, daß über die vereinbarte Publizierung der beiden Papiere hinaus keine Unterrichtung der Presse über das Siebener-Treffen erfolgen solle.

- 1) Aufträge des Weltwirtschaftsgipfels

(a) Afrika-Papier

Die *Minister* würdigten das Papier. Über die Frage der Publizierung fand ein längerer Meinungsaustausch statt. *F* wollte der Veröffentlichung erst nach Billigung durch die Staats- und Regierungschefs zustimmen, während die übrigen Außenminister einer Publizierung noch während der GV der VN in New York<sup>5</sup> den Vorzug gaben. Insbesondere AM *Shultz* setzte sich für eine schnelle Veröffentlichung ein. BM schlug abschließend als Veröffentlichungszeitpunkt Montag, 30.9.1985, 10.00 Uhr New Yorker Ortszeit, vor. Dem wurde nicht widersprochen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, z.Z. New York, am 25. September 1985 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dohmes am 1. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Berichts der vom Weltwirtschaftsgipfel 1985 eingesetzten Sachverständigen-Gruppe zur Afrikahilfe „Vorschläge und Folgemaßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas“ vgl. BULLETIN 1985, S. 941–948.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Berichts für die Außenminister der Teilnehmerstaaten des Weltwirtschaftsgipfels 1985 „Strategie zur Drogenbekämpfung“ vgl. BULLETIN 1985, S. 1089–1092.

<sup>5</sup> Die XL. VN-Generalversammlung wurde am 17. September 1985 in New York eröffnet.

*De Clercq* wies darauf hin, daß aus Gründen der Glaubwürdigkeit zur Finanzierung der in dem Papier vorgesehenen Maßnahmen etwas gesagt werden müsse. Das Thema wurde nicht vertieft.

*Andreotti* regte an, die Studie fortzusetzen und insbesondere konkrete Maßnahmen für die Entwicklung einer Struktur auszuarbeiten, durch die das Problem gelöst werden sollte, die Nahrungsmittel an die hungernden Menschen heranzubringen. Auch dieses Thema wurde nicht aufgegriffen. Die Frage, wie und wann das Papier umgesetzt werden sollte, wurde nicht erörtert. BM hatte zu Beginn auf unsere Absicht hingewiesen, das Papier den Afrikanern am nächsten Vormittag (vor der ursprünglich für den nächsten Mittag vorgeschlagenen Veröffentlichung) zu übergeben.

#### (b) Drogen-Papier

BM schlug vor, daß dieses Papier ebenfalls gebilligt und zur gleichen Zeit wie das Afrika-Papier veröffentlicht werden sollte. Dem wurde nicht widersprochen. *Shultz* schlug vor, das Thema in Tokio<sup>6</sup> wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

#### 2) West–Ost

*Shultz* berichtete über sein vierstündiges Gespräch mit Schewardnadse am gleichen Tage. Das Treffen sei in positiver Form verlaufen; inhaltlich habe es nichts Neues ergeben. Sch. habe sich auf eine schriftliche Unterlage gestützt. Er sei im Gegensatz zu Gromyko bereit gewesen, über Menschenrechte zu diskutieren, wenn er darunter auch etwas anderes verstanden habe als die amerikanischen Sorgen. Fast die gesamte Zeit sei über Genf<sup>7</sup> gesprochen worden. Dabei habe sich jedoch kein Anzeichen ergeben, daß dort eine Vereinbarung möglich sei. Die Darstellung der Sache habe sich aber gegenüber früher geändert, so daß vielleicht doch noch Bewegung möglich sei. Von amerikanischer Seite habe man die sowjetischen Überlegungen zur Reduzierung der Offensivwaffen und zur Frage des Weltraumes zu testen versucht. Bezüglich der Mittelstreckenwaffen habe man die Sowjets gedrängt zu sagen, zu welchen Reduzierungen sie denn bereit seien. Kornijenko habe die britischen und französischen Systeme eingeführt. Von amerikanischer Seite habe man erwidert: Man sollte eine radikale Kürzung vornehmen, dann könne man sich an GB und F wenden und vorschlagen, ob sie nicht teilnehmen wollten, wenn man noch weitergehen wolle. Dazu habe man von den Sowjets nichts Neues gehört. Zum Weltraum habe man die Sowjets darauf hingewiesen, daß sie selbst – obwohl sie immer von Nichtmilitarisierung sprächen – mehr militärische Objekte als irgend jemand sonst im Weltraum hätten. Einige Objekte im Weltraum seien auch nützlich, weil sie der Verifizierung dienten.

Man habe die Sowjets darauf hingewiesen, daß sie selbst Forschungen über Laser, Teilchenstrahlen und kinetische Energie betrieben, und habe gefragt, ob sie dies mit dem ABM-Vertrag für vereinbar hielten. Die Antwort sei obskur gewesen. Man habe gefragt, ob die Sowjets die Station in Krasnojarsk mit dem

<sup>6</sup> In Tokio fand vom 4. bis 6. Mai 1986 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 10. Mai 1986; AAPD 1986.

<sup>7</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262.

Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

ABM-Vertrag für vereinbar hielten – und wenn ja, wo dies in diesem Vertrag vorgesehen sei. Man habe angeregt, über die Interpretation des ABM-Vertrages zu sprechen, statt allgemeine Erklärungen über die Nichtmilitarisierung des Weltraumes<sup>8</sup> abzugeben. Man beabsichtige, das Gespräch in dieser Weise fortzusetzen. Der Präsident<sup>9</sup> werde Schewardnadse am Freitag<sup>10</sup> sehen. Man vermute, daß Sch. – wenn er überhaupt etwas Neues vorzuschlagen habe – dies dem Präsidenten vortragen werde. Nach der Runde mit dem Präsidenten, die mit einem Mittagessen ende, werde Sch. nachmittags zu ihm, Shultz, ins Außenministerium kommen und das Gespräch am Abend in seinem Hause beim Abendessen fortsetzen. Sch. sei eine sehr menschliche Persönlichkeit (very human person), und so wolle man ihn behandeln.

*BM* begrüßte ausdrücklich diese Art der Vorbereitung auf Genf, einschließlich des atmosphärischen Bereiches. Dies beseitige noch keine Raketen, könne aber ein gutes Klima schaffen.

*Dumas* berichtete über sein Frühstück mit Sch. am gleichen Tage, das weniger als eine Stunde gedauert habe und fast ausschließlich der Vorbereitung des Gorbatschow-Besuches in Paris<sup>11</sup> gewidmet gewesen sei. Er, *Dumas*, habe neue Vorschläge überbracht, nämlich parallele Treffen der Finanz-<sup>12</sup> und Forschungsminister<sup>13</sup> während des Treffens in Paris. Dies sei von Sch. akzeptiert worden. Sch. habe sehr offen, liebenswürdig und um den Erfolg des Pariser Treffens bemüht gewirkt.

*Shultz* schlug vor, daß die Betroffenen sich weiter über Gespräche mit den Sowjets und über Vorbereitungen von Besuchen unterrichten sollten.

*Japanischer AM* berichtet über sein gestriges Treffen mit Sch. Obwohl die japanisch-sowjetischen Beziehungen unterkühlt seien, sei das Gespräch in sehr viel angenehmerer Form verlaufen, als man von Gromyko bisher gewöhnt sei. Während dieser nicht einmal Tee gereicht hätte, habe Sch. ein vorzügliches Abendessen gegeben. Er habe angekündigt, daß er Japan vor Jahresende oder Anfang 1986 besuchen wolle.<sup>14</sup> Er, Abe, habe wie üblich die japanische Haltung zur territorialen Frage vorgetragen.<sup>15</sup> Während Gromyko dabei immer auf den Tisch geschlagen hätte, habe Sch. diese Ausführungen einfach unbeantwortet gelassen. Sicher habe aber die SU ihre Haltung nicht geändert. Trotzdem könne man allgemein bei Sch. Flexibilität und Interesse an positiven Kontakten zwischen beiden Ländern feststellen.

*Shultz* meinte, man müsse aufpassen, daß die SU nicht mit den westlichen Ländern gute Beziehungen entwickle, während in Afghanistan und Kambodscha alles beim alten bleibe und die SU ihre störende Rolle in der Weltpolitik fortsetze. Trotzdem solle man das Verhalten der neuen Regierung ausloten.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die sowjetische Weltrauminitiative vom 16. August 1985; Dok. 245, Anm. 12.

<sup>9</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>10</sup> 27. September 1985.

<sup>11</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich.

<sup>12</sup> Pierre Bérégovoy (Frankreich) und Wassilij Fjodorowitsch Garbusow (UdSSR).

<sup>13</sup> Hubert Curien (Frankreich) und Gurij Iwanowitsch Martschuk (UdSSR).

<sup>14</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte vom 15. bis 19. Januar 1986 Japan.

<sup>15</sup> Zur Kurilen-Frage vgl. Dok. 120, Anm. 26.

*Howe* berichtete über seine Erfahrung mit Sch.: Er habe den vertrauten Katalog gehört, aber der Stil habe sich wesentlich geändert. Man habe allerdings das Gefühl, daß im Unterschied zur Zeit Gromykos jetzt Gorbatschow das Heft in der Hand habe und Sch. eher eine Art Angestellter sei. Er bemühe sich, guten Eindruck zu machen, bestimme aber nicht die Politik.

### 3) Südafrika

AM *Poos* stellte für die Präsidentschaft mit Befriedigung fest, daß nach der dankenswerten britischen Billigung des Maßnahmenkataloges vom 10.9.1985<sup>16</sup> die Gemeinschaft jetzt einen einheitlichen Satz restriktiver und positiver Maßnahmen angenommen habe.

*Shultz* betonte, daß die südafrikanische Regierung offenbar nicht erkenne, daß das Apartheid-Konzept ausgespielt sei. Sie wisse offenbar nicht, wie sie den Übergang zu etwas anderem, der schwarzen Bevölkerung Akzeptablem bewerkstelligen solle. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten hätten sich vergrößert. Trotzdem zeige die Regierung keine Bereitschaft, mit der schwarzen Führung zu verhandeln.

*Howe* hielt die Lage für etwas komplexer: Die Regierung habe mit der Änderung der Staatsangehörigkeitsbestimmungen eine Bewegung gezeigt.<sup>17</sup> Wenn es jetzt nicht zu einem wahren Dialog komme, könnten sich jedoch Erschütterungen des Wirtschaftsmechanismus ergeben. Die Frage sei, ob irgend jemand der südafrikanischen Regierung verständlich machen könne, daß sie einen wirklichen Dialog führen und die Dinge ändern müsse. Bezüglich Namibias habe sich die südafrikanische Haltung wieder verhärtet.<sup>18</sup> Es könne leichter für sie sein, sich aus Namibia zurückzuziehen, als einen Dialog bei sich zu führen. Der Westen müsse sich fragen, ob er eher auf den Dialog oder auf die Namibia-Lösung drängen sollte. Insgesamt gehe es darum, wie man der südafrikanischen Regierung Einsicht und Vertrauen in das, was notwendig sei, nahebringen könne.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. September 1985 in Luxemburg; Dok. 245.

<sup>17</sup> Am 15. August 1985 erläuterte Präsident Botha in Durban seine Reformpolitik. Botschaftsrat Ziefer, Pretoria, berichtete am 17. August 1985, der südafrikanische Außenminister Botha habe dem CDU-Abgeordneten Hornhues am Vortag dazu Erläuterungen gegeben: „Die Rede gehe an den Kern s[ü]d[a]frikanischer Verfassungsvorstellungen, sie bedeute die Bewegung fort von der Teilung in weißes Afrika und Homelands, hin zum verfassungsmäßig geeinten Afrika (one national entity), in dem alle sa. Bürger (citizens) seien, einschließlich der Homelands. Vertraulich könne er sagen, daß wenn heute die unabhängigen Homelands um die sa. Staatsangehörigkeit (citizenship) nachsuchen würden, sei S[ü]d[A]frika bereit, sie zu gewähren. [...] Er habe den Homeland-Führern gesagt, wenn sie wollten, könnten sie ‚zurückkommen‘, sa. Bürger werden und ‚regionale Regierungen‘ führen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 440, Referat 320, Bd. 156027.

<sup>18</sup> Am 15. Oktober 1985 gab Referat 320 einen Überblick zur südafrikanischen Namibia-Politik: „In Namibia hat Südafrika einen Teil der internen Parteien (DTA/NP/Splittergruppen) zu einer ‚Vielparteienkonferenz‘ (VPK) zusammengebracht. Namibische Sachverständige vermuten hinter ihr höchstens ein Viertel der Wähler. Am 17. Juni 1985 hat der südafrikanische Staatspräsident Botha eine Interimsregierung und eine gesetzgebende Körperschaft aus Mitgliedern der VPK eingesetzt. Ein Verfassungskonvent soll ferner eine namibische Verfassung ausarbeiten. Auch SWAPO soll nun nach den südafrikanischen Absichten mit der VPK über eine Verfassung und sog. ‚Regierung der nationalen Versöhnung‘ verhandeln. Das von Südafrika angestrebte Ende dieses Verhandlungsprozesses ist eine Verfassungs- und Regierungsbildung unter südafrikanischer Kontrolle ohne vorangegangene freie und faire Wahlen (gleich Umgehung von SR 435).“ Vgl. Referat 320, Bd. 138108.



*Andreotti* hielt die Freilassung Mandelas für den wichtigsten Punkt. Eine Verfassungsreform sei die einzige Alternative zur Gewalt. Dafür brauche man aber Gesprächspartner, und die finde man nicht ohne Mandela. Buthelezi habe ihn angerufen und sich einerseits gegen Wirtschaftssanktionen ausgesprochen, die den schwarzen Arbeitern schaden, andererseits einen Boykott eines Automobilrennens in Südafrika empfohlen, weil dies ein wichtiges Zeichen und eine Form von Druck auf die südafrikanische Regierung sei.

Der kanadische AM *Clark* wies auf die immer stärker mobilisierte öffentliche Meinung in Kanada hin und gab zu bedenken, ob man nicht über die Gewerkschaften etwas unternehmen könne, um Änderungen zu bewirken, die über die Politiker offenbar nicht so leicht zu erreichen seien.

#### 4) Terrorismus<sup>19</sup>

Nachdem *Shultz* sich für die Behandlung des Themas ausgesprochen hatte, setzte sich *BM* sehr nachdrücklich dafür ein, die Zusammenarbeit zu verstärken. Die Möglichkeiten hierzu seien bisher nicht ausreichend genutzt worden. Er würde es deshalb sehr begrüßen, wenn sich die Experten dem Thema erneut widmeten. Sie sollten die notwendigen Vorbereitungen treffen, damit in Tokio etwas vereinbart und der Öffentlichkeit mitgeteilt werden könne. Der Terrorismus berühre unsere demokratischen Systeme empfindlich, und deshalb müßten wir auf bessere Zusammenarbeit Wert legen. Wir arbeiteten mit einigen Nachbarn, wie mit der Schweiz, enger zusammen als mit einigen Partnern im Siebener Kreise. Dies sei unbefriedigend. Die Experten sollten deshalb in ganzer Breite Vorschläge für die Bekämpfung der terroristischen Herausforderung machen, die dann in Tokio besprochen und vereinbart werden könnten.

*Shultz* bezeichnete dies als einen konstruktiven Vorschlag.

#### 5) Nahost

Auf Frage von *Dumas*, ob die USA eine gemischte jordanisch-palästinensische Delegation<sup>20</sup> empfangen werden, wies *Shultz* darauf hin, daß man mit Hussein

<sup>19</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl übermittelte am 13. September 1985 einen amerikanischen Vorschlag zur Behandlung des Terrorismus beim Gespräch der Außenminister der G-7 in New York. Darin wurde festgestellt: „The FRG has taken the lead in organizing several useful meetings last March and July at the experts level. The July meeting was very useful in enhancing common understanding and action on civil aviation security. Both of these promising efforts need to be pursued further, in order to counter more effectively the growing threat.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6975; Referat 204, Bd. 135302.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO; Dok. 44, Anm. 3.

Mit Schreiben vom 15. Juni 1985 an Bundeskanzler Kohl bat König Hussein um Unterstützung für eine internationale Nahost-Friedenskonferenz. Zur Vorbereitung der Konferenz schlug er Gespräche zwischen den USA und einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation vor. Für das Schreiben vgl. den Drahtbericht Nr. 378 des Botschafters Bartels, Amman, vom 16. Juli 1985; Unterabteilung 31, Bd. 141108.

Referat 310 informierte am 23. August 1985: „Die auf Initiative von König Hussein am 11. Februar 1985 erzielte jordanisch-palästinensische Vereinbarung hat für den Friedensprozeß im Nahen Osten neue Möglichkeiten eröffnet. Der gemeinsame Aktionsplan Jordaniens und der PLO bekennt sich zu dem Grundsatz ‚Land gegen Frieden‘ und sieht die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes im Rahmen einer Konföderation mit Jordanien vor. [...] Mit dem Verzicht auf einen eigenständigen palästinensischen Staat und der Bereitschaft, eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation zu akzeptieren, hat sich die PLO Arafats deutlich von früheren Maximalpositionen entfernt. Die Syrien nahestehende PLO-Fraktion (ca. ein Drittel der PLO-Mitglieder) bekämpft die Arafat-Linie.“ Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 141108.

arbeite und Murphy in der Sache aktiv gewesen sei. Man habe auf „einfache Namen“ gehofft, aber „harte Namen“ erhalten.<sup>21</sup> Die Briten hätten mit Mitgliedern des Exekutivrates (der PLO) gesprochen. Dies könnten die USA nicht. Das würde die politische Szene in Israel in die Luft jagen. Er habe den vorangegangenen Abend mit Hussein und seinem Premierminister<sup>22</sup> verbracht. Die USA hätten weitgehende Vorschläge gemacht, einschließlich Waffenverkäufen.<sup>23</sup> Das werde zu einer schwierigen Schlacht im Kongreß führen. Der Präsident sei dazu bereit, brauche aber die Hilfe Jordaniens, damit die Zusammenarbeit funktioniere.

*Andreotti* betonte eindringlich, wenn Hussein einen Kontakt mit Israel oder den USA ohne die PLO akzeptiere, dann wäre dies ein Mißerfolg seiner gesamten Politik und könne zu einem politischen Selbstmord führen. Er kenne die Schwierigkeiten mit Israel und habe noch am Vortage mit Shamir gesprochen. Wenn man zu wählen habe zwischen einem Kampf um Waffengeschäfte und um die Überzeugung der amerikanischen Juden und des Kongresses, daß jetzt die Zeit gekommen sei, eine Lösung zu finden, nachdem die PLO einen Schritt voran getan habe, dann müsse man überlegen, daß eine falsche Entscheidung ein großes Risiko sei. Man brauche eine Formel. Wenn die Bemühungen Husseins scheiterten, würden wir wieder Tag für Tag die tragischen Ereignisse wie im letzten Jahre sehen. Vielleicht sei es schon zu spät. Man brauche eine mutige Geste, um zu vermeiden, daß sich die Gewalt durchsetze.<sup>24</sup>

<sup>21</sup> Am 18. Juli 1985 berichtete Botschafter van Well, Washington, über die den USA vorgelegte Teilnehmerliste einer jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation: „Im State Department (Arbeits-ebene) hielt man sich auf Fragen nach dem Stand der Überlegungen zu der arabischen Vorschlagsliste bedeckt. Gesprächspartner wies darauf hin, daß es gerade in der gegenwärtigen Phase der Nahostbemühungen entscheidend auf die enge Abstimmung mit Israel ankomme. Er zeigte – trotz des Neins von Ministerpräsident Peres gegen die Vorschlagsliste – einen gewissen Optimismus, daß es bald zu den amerikanisch-jordanisch-palästinensischen Vorgesprächen kommen werde. [...] Für die Amerikaner kommen [...] auch P[alestinian]N[atational]C[ouncil]-Mitglieder als Gesprächspartner in Betracht, sofern sie keine PLO-Mitglieder sind und Leute guten Willens sind, die wirklich Frieden mit Israel erstreben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3527; Unterabteilung 31, Bd. 141108.

<sup>22</sup> Said Rifai.

<sup>23</sup> Am 17. September 1985 stellte Botschafter van Well, Washington, fest: „Die Administration ist entschlossen, in den nächsten Wochen den nachdrücklichen Versuch zu unternehmen, die seit über einem Jahr geplanten Waffenlieferungen an Jordanien und Saudi-Arabien im Kongreß – zumindest teilweise – durchzusetzen. Im State Department ist man zwar realistisch genug, angesichts des sich erneut formierenden Widerstandes im Kongreß diesbezüglich keinen allzu großen Optimismus aufkommen zu lassen; es wird jedoch argumentiert, daß die Verteidigungsbedürfnisse beider Länder die Waffenlieferungen erforderlich machten [...]. Dahinter steht auch die Erkenntnis, daß die amerikanische Glaubwürdigkeit im Nahen Osten auf dem Spiel steht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4386; Unterabteilung 31, Bd. 141108.

<sup>24</sup> Botschafter Bartels, Amman, teilte am 3. September 1985 zur Lage im Westjordanland mit: „Anschläge gegen Israelis in Jezin und Tulkarem vor zehn Tagen scheinen der Beginn verstärkter blutiger Auseinandersetzungen zwischen palästinensischer Bevölkerung der besetzten Gebiete und Israelis zu sein. Im U[nited]N[atations]T[rucel]S[upervision]O[rganization]-Hauptquartier in Jerusalem, dem ich vergangene Woche Besuch abstattete, wird die im August festzustellende Zunahme von Anschlägen – sowohl von Arabern als auch von Israelis begangen – mit beträchtlicher Sorge verfolgt, weil mit einer Ausweitung des Konflikts über die Westbank hinaus durchaus zu rechnen sei. [...] Nachdem Friedensprozeß in der Perzeption der arabischen Welt daran gescheitert ist, daß sich die USA nicht gegen quertreibende israelische Forderungen durchsetzen, sieht sich Arafat in der schwierigen Lage, seine bisherige Politik des Zusammengehens mit König Hussein rechtfertigen zu müssen. Einziger Ausweg aus dem Dilemma scheint für ihn offenbar darin zu bestehen, daß er sein Festhalten an den militärischen Optionen der PLO deutlich macht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 536; Unterabteilung 31, Bd. 141108.

*Dumas* stimmte nachdrücklich zu: Ein Scheitern der Politik Husseins würde schwerwiegende Folgen für den Nahen Osten haben. Hussein befinde sich in einer Sackgasse. Er habe Rückschläge erlitten. Er habe gegen sich die UdSSR, Syrien und die USA. Man habe sich auf eine jordanisch-palästinensische Delegation geeinigt, soweit die Palästinenser ihre PLO-Mitgliedschaft nicht plakatieren würden. Die Briten hätten einen anglikanischen Bischof als Gesprächspartner gefunden. Es gebe auch Palästinenser mit amerikanischem Paß. Wenn Hussein das Vertrauen verliere, würde dies schwere Konsequenzen haben.

*Howe* schlug in die gleiche Kerbe: Man kenne Repräsentanten der Palästinenser, die persönlich auf Gewaltlosigkeit festgelegt seien. Hussein sei sehr mutig. Die Briten hätten in einer langen Geschichte gelernt, Leute als Repräsentanten zu akzeptieren, die man sich früher nicht ausgesucht hätte. An irgendeinem Punkt müsse man einen Sprung machen.

*BM* führte aus, nach unserer Überzeugung sei in der Substanz mit dem Fes-Plan<sup>25</sup> das Realistischste auf dem Tisch und in der Methode (bezüglich der Beteiligung der Palästinenser) der Hussein-Plan das Vernünftigste. Aus bekannten historischen Gründen würden wir allerdings nicht diejenigen sein können, die in dieser Sache vorangehen.

#### 7) Asien

Hierzu führte *Abe* aus:

##### (a) China

Die Personaländerungen hätten die Position Dengs noch gestärkt.<sup>26</sup> Die Sowjets bemühten sich seit Gorbatschow um die Chinesen. Diese seien jedoch nicht bereit, ihnen zu folgen. Es sei wichtig für den Westen, China auf seiner Seite zu behalten.

##### (b) Korea

Japan begrüße die kürzlichen Kontakte.<sup>27</sup> Südkorea habe ihn gebeten, die Länder des Siebener Gipfels zu bitten, bei einer erfolgreichen Durchführung der Olympischen Spiele<sup>28</sup> zu helfen.

##### (c) Philippinen

Japan sei besorgt über fortdauernde Anzeichen der Instabilität. Marcos habe sich

<sup>25</sup> Auf der Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9. September 1982 in Fes einigten sich die Teilnehmer auf acht Prinzipien für einen Frieden im Nahen Osten („Fes-Plan“). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 567.

<sup>26</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel informierte am 26. September 1985 über die Nationale Delegiertenkonferenz der KPCh vom 18. bis 23. September 1985 in Peking: „Die einem Sonderparteitag gleichkommende erweiterte ZK-Konferenz hat personell, wirtschaftlich und grundsatzpolitisch die weitere Marschrichtung der Kommunistischen Partei abgesteckt. Im personellen Bereich hat das Ausscheiden zahlreicher Revolutionsveteranen neuen Leuten der ‚dritten Staffel‘ von ca. 50jährigen Nachwuchskräften Platz gemacht, die kompetent und politisch loyal den Reformkurs fortführen werden. [...] Erweiterte ZK-Konferenz endete insgesamt gesehen mit taktischem Erfolg Dengs. Damit scheint Reformpolitik nunmehr tatsächlich, wie oft von Deng postuliert, weitgehend ‚irreversibel‘, jedenfalls solange Dengs beherrschender Einfluß erhalten bleibt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 7304; Referat 341, Bd. 133626.

<sup>27</sup> Zu den Kontakten zwischen Vertretern der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und der Republik Korea (Südkorea) vgl. Dok. 187, Anm. 23 und 24.

<sup>28</sup> Die XXIV. Olympischen Sommerspiele fanden vom 17. September bis 2. Oktober 1988 in Seoul statt.

erholt, aber die Guerillas seien mächtiger geworden.<sup>29</sup> Japan helfe wirtschaftlich, aber Faktoren der Instabilität blieben. Der kürzliche Putschversuch in Thailand<sup>30</sup> habe gezeigt, daß sich Instabilitäten zu einer Kettenreaktion entwickeln können.

#### (d) Kamputschea

Die Vietnamesen gäben sich nach Vertreibung der gegnerischen Kräfte selbstbewußt. Wir sollten jedoch das *fait accompli* nicht akzeptieren. Wir müßten uns in den VN weiter für Sihanouk einsetzen.<sup>31</sup>

#### Sitzung der G 5

Japan begrüße die kürzliche Erklärung der Fünf.<sup>32</sup> Es würdige auch die vorgestern angekündigte neue Handelspolitik Reagans, sein Eintreten für den freien Handel.<sup>33</sup> Japan werde dies nachdrücklich unterstützen. Gleichzeitig hoffe man,

<sup>29</sup> Am 2. September 1985 hielt Referat 340 fest: „Die philippinische Regierung befindet sich seit der Ermordung des Oppositionsführers Ninoy Aquino im August 1983 in einer offenen Vertrauenskrise: Der Verdacht, daß hohe Militärs an der Ermordung beteiligt waren, ließ die Autorität der Regierung sinken und gab der bis dahin schwachen Opposition erheblichen Auftrieb. [...] Mit der Ermordung Aquinos trat zugleich eine zuvor nur mühsam kontrollierte Wirtschaftskrise offen zutage. Sprunghaft gestiegener Abzug kurzfristiger Gelder bei hoher Außenverschuldung zwang die philippinische Regierung zur Erklärung eines Schuldenmoratoriums. [...] Ein zusätzlicher Unsicherheitsfaktor war in dieser Krisenphase die Gesundheit des Präsidenten. Die politische Kontrolle war ihm aufgrund seines Zustandes (regelmäßige Dialyse, Erwägung einer Nierentransplantation) [...] offensichtlich teilweise entglitten. [...] Von Bedeutung ist die kommunistische New People's Army (NPA), die im Süden und Norden der Philippinen an Einfluß gewonnen hat und auch von der Regierung nicht mehr leichtthin abgetan wird. Die Einschätzung ihrer Stärke schwankt zwischen 10 000 und 30 000 Mann“. Vgl. Referat 340, Bd. 137226.

<sup>30</sup> Am 9. September 1985 schlugen regierungstreue Truppen in Thailand einen Putschversuch von Teilen der Streitkräfte nieder.

<sup>31</sup> Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 140.

<sup>32</sup> Am 22. September 1985 fand in New York ein Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA statt. Vortragender Legationsrat Dohmes, z. Z. New York, berichtete am selben Tag: „Tatsächlich dürfte die Sorge der Amerikaner und der übrigen Teilnehmer über den weiter ansteigenden protektionistischen und inzwischen auch währungspolitischen Druck des amerikanischen Kongresses der Grund für das überraschende Zusammentreffen sein. Insofern kommt den Ausführungen des Kommuniqués über wirtschaftliche Ungleichgewichte (Haushalt, Handel) und die Notwendigkeit eines ausgeglicheneren wirtschaftlichen Wachstums besondere Aufmerksamkeit zu. Das Kommuniqué, das im übrigen zwei Textstellen der Wirtschaftserklärung des Bonner Gipfels übernimmt (Wachstum und Beschäftigung sowie Voraussetzungen für gesundes Wachstum der Entwicklungsländer) und wie die Bonner Wirtschaftserklärung Verpflichtungserklärungen der einzelnen teilnehmenden Regierungen enthält, nimmt auch das Thema der internationalen Schuldenprobleme auf; dieses tritt jedoch im Verhältnis zu den o. g. Punkten deutlich zurück.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 412, Bd. 130568.

<sup>33</sup> Am 23. September 1985 erläuterte Präsident Reagan in Washington vor führenden Vertretern von Handel und Gewerbe seine Haltung zum freien Welthandel. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1127–1130.

Botschafter van Well, Washington, zog am selben Tag folgendes Resümee: „Einerseits stellt sich der Präsident der vom Kongreß drohenden Gefahr des Protektionismus mit der ganzen Autorität seines Amtes (Vetodrohung, Hinweis auf möglichen Handelskrieg, Wahrung der nationalen Sicherheit), andererseits vermeidet er eine Stellungnahme zum Zusammenhang des Handelsdefizits mit dem Haushaltsdefizit. [...] Die Rede ist auch insofern bemerkenswert, als der Präsident und die Administration erstmals den hohen Außenwert des Dollars nicht nur als Stärke, sondern zugleich als Ursache weitreichender handelspolitischer Probleme bezeichnen. Dieser Wandel, der auch die amerikanische Haltung bei der Tagung der G 5 am Wochenende bestimmt hat, dürfte der Administration zum Teil nicht leichtgefallen sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4498; Referat 411, Bd. 131196.

daß die US-Regierung den protektionistischen Tendenzen im US-Kongreß widersprechen werde.<sup>34</sup> Der Präsident habe insbesondere empfohlen:

- die Ausweitung des internationalen Handels,
- die Reduzierung des Haushaltsdefizites,
- eine baldige neue GATT-Runde,
- die Stärkung des internationalen Währungssystems.

Japan unterstütze das umfassende Herangehen an die Handelsprobleme.

*Shultz* erklärte sich mit den Ausführungen *Abes* einverstanden.

*Andreotti* drückte Verständnis dafür aus, daß sich die Fünf treffen, wenn es um die Kontrolle der Wechselkurse gehe. Wenn solche Treffen jedoch dazu führten, Programme für die allgemeine Wirtschaftspolitik zu entwickeln, dann sei er nicht einverstanden. Wenn die Sieben existierten, dann existierten sie auch am Samstag und am Sonntag.

Der kanadische *AM* unterstützte diese Bemerkungen. *BM* erklärte, er habe Verständnis dafür.

**Referat 412, Bd. 130551**

<sup>34</sup> Am 5. September 1985 notierte Ministerialdirektor Jelonek: „Es ist zu befürchten, daß die Administration angesichts einer Fülle von protektionistischen Gesetzesvorschlägen und weiterhin gravierender ökonomischer Daten (Handelsdefizit für 1985 möglicherweise 150 Mrd. Dollar; Budgetdefizit von über 200 Mrd. Dollar) ihre bisherige Freihandelspolitik nicht aufrechterhalten kann und schon bald eine aggressivere und protektionistischere Außenhandelspolitik einschlagen muß. Eine derartige Politik würde für das offene multilaterale Welthandelssystem des GATT, welches auf einem komplizierten Gleichgewicht von gegenseitigen Vorteilen und freiem Marktzugang beruht, eine große Gefahr bedeuten. Die US-Aktionen würden Retorsionen der betroffenen Handelspartner auslösen, die in Kettenreaktionen wieder das ganze System zum Schaden aller Beteiligten funktionsunfähig machen könnten. Als wichtigster Handelsblock der Welt und wegen ihrer Exportabhängigkeit muß die EG einer solchen Entwicklung entgegenwirken.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131196.

256

**Ministerialdirigent Oesterhelt, z.Z. New York,  
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 13

Aufgabe: 25. September 1985, 18.00 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 26. September 1985, 03.01 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit dem sowjetischen AM Schewardnadse am 24. September 1985 in New York<sup>2</sup>

Es folgt mein von BM noch nicht genehmigter Vermerk über das im Betreff angegebene Gespräch.

[gez.] Oesterhelt

Folgt Anlage:

AM Schewardnadse knüpfte einleitend an die Begegnung in Helsinki an.<sup>3</sup> Er und BM hätten in Helsinki ein sehr offenes und interessantes Gespräch gehabt. Es sei ein erstes Kennenlernen gewesen. Die heutige Begegnung sei eine Fortsetzung dieses Gesprächs. Es sei gut, daß man im Gespräch sei. Schlecht wäre es, wenn es keinen Dialog gäbe.

Wenn man sich frage, was sich seit der Begegnung in Helsinki verändert habe, dann müsse man zu dem Schluß kommen, daß es wenige erfreuliche Ereignisse in den internationalen Angelegenheiten gegeben habe. Er wolle aber zunächst von den erfreulichen Dingen sprechen. Er glaube, daß es wichtig sei, nochmals zu sagen, daß beide Staaten auf gute Weise den 15. Jahrestag des Moskauer Vertrages begangen hätten.<sup>4</sup> Er glaube, daß alle wichtigen Bestimmungen dieses Vertrages weiter Aktualität besäßen, vor allem, wenn man an die Aufgaben denke, die vor uns ständen. Aus Anlaß der Jahrestage habe es gute Veranstaltungen auf beiden Seiten gegeben, die auf hoher Ebene wahrgenommen worden seien. Als zweites erfreuliches Ereignis sei zu verzeichnen, was er schon eingangs erwähnt habe: Die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland pflegten einen ständigen Dialog. GS Gorbatschow habe Bundeskanzler Kohl geschrieben.<sup>5</sup> Vor kurzem sei eine Antwort eingegangen.<sup>6</sup> Dieser Briefwechsel

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 26. September 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „010 erledigt Beteiligung des ChBK.“

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 27. September 1985 zur VN-Generalversammlung in New York auf.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 1. August 1985 vgl. Dok. 215.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388. Für die aus Anlaß des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR gewechselten Grußbotschaften vgl. BULLETIN 1985, S. 761–763.

<sup>5</sup> Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 26. August 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 235, Anm. 3.

<sup>6</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. August 1985 vgl. Dok. 235.

betreffe ein breites Spektrum der Probleme. Nicht immer stimmten unsere Standpunkte überein. Wichtig sei die Tatsache, daß der Dialog überhaupt gepflegt werde.

Auch in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – in den Handelsbeziehungen und in der Zusammenarbeit der damit befaßten Ministerien – gäbe es viele positive Elemente. Hier beständen gute Traditionen, die sich seit langem herausgebildet hätten. Zwischen beiden Ländern gäbe es noch große Reserven für die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen, zum gegenseitigen Vorteil. Auch der kulturelle Austausch, insbesondere die Begegnung von Wissenschaftlern, laufe nicht schlecht. Positiv zu werten sei, daß auch hier nicht nur die Regierungen zusammenarbeiteten. Schließlich wolle er nochmals sagen, daß er auch die heutige Begegnung der beiden Minister als ein positives Element werte.

Natürlich gäbe es auch Dinge, die auf sowjetischer Seite Besorgnis hervorriefen. Von vielen dieser Fragen, den zentralen, habe er heute in seiner Rede gesprochen, und er wolle betonen, daß er damit die Meinung der gesamten Staatsführung zum Ausdruck gebracht habe.<sup>7</sup> Eingangs habe er gefragt: Was habe sich verändert? Er wolle diese Frage beantworten:

Die Sowjetunion habe ein einseitiges Moratorium für Kernwaffenversuche erklärt, das von GS Gorbatschow verkündet worden sei.<sup>8</sup> Er, Schewardnadse, habe BM bereits in Helsinki gesagt, daß dies für die Sowjetunion kein einfacher Schritt gewesen sei. Die Sowjetunion habe dieses Moratorium betrachtet als einen bedeutsamen und wichtigen Schritt auf dem Wege der internationalen Entspannung und der Schaffung einer guten Atmosphäre für das Gipfeltreffen im November<sup>9</sup>. Wie aber hätten die USA reagiert? Er wolle hier keine Propaganda machen. Er wolle nur die Tatsachen erwähnen. Als Präsident Reagan gesprochen habe, da habe er einen Satz gesagt, vielleicht zufällig, der lautete, daß die USA zwar im Augenblick noch eigene Programme hätten, die sie beenden müßten, daß sie aber ab 1. Januar 1986 der Sowjetunion entgegenkommen könnten.<sup>10</sup> Wenige Stunden später habe man diese Erklärung jedoch widerrufen. Die Argumente der USA gegen die sowjetische Maßnahme seien nicht überzeugend. Der Gegenvorschlag laufe darauf hinaus, daß die Sowjetunion ihre

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz bewertete am 27. September 1985 die Rede des sowjetischen Außenministers am 24. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York: „Schewardnadse bemühte sich wie üblich, die SU vor der Dritten Welt als natürlichen Verbündeten und Vorkämpfer der progressiven Kräfte darzustellen. Mit dem Schlagwort ‚Sternenfriede‘ im Zusammenhang mit der sowjetischen Initiative einer Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums dürfte er im Forum gewissen propagandistischen Erfolg erzielt haben. Allerdings fanden die den Entwicklungsländern besonders am Herzen liegenden Nord-Süd-Fragen in seiner Rede fast keine Beachtung. Bis auf einen kurzen Hinweis auf den KSZE-Prozeß fanden auch europäische Belange keinen Platz. [...] Seine der Abrüstungsthematik gewidmete, den überwiegenden Teil seiner Rede ausmachenden Ausführungen bringen in der Substanz nichts Neues. In ihrer gemäßigten, unpolemischen und betont argumentativen Präsentation fallen sie auf. Nach bekanntem sowjetischen Vorgehen, aber auf verhaltene, geschicktere Weise, werden dabei auch die weltweiten Kriegsängste und auf Frieden gerichteten Emotionen angesprochen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

Für den Wortlaut der Rede vgl. SOWJETUNION HEUTE 30 (1985), Heft 10, S. XII–XVI.

<sup>8</sup> Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>9</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>10</sup> Zur Erklärung des Präsidenten Reagan vom 5. August 1985 vgl. Dok. 244, Anm. 13.

Versuche einstelle und dafür eine Einladung zur Beobachtung amerikanischer Atomexplosionen<sup>11</sup> erhalte. Bei der Kontrolle handele es sich um ein ausgedachtes Problem. Er wisse nicht, wie es um die entsprechenden Möglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland bestellt sei. Was die USA und die Sowjetunion anbelange, so sei es ihnen jedenfalls möglich, jede beliebige Explosion an jedem beliebigen Ort nachweisen zu können. Offen gesagt, man habe mit einer anderen Reaktion der USA gerechnet, einer Reaktion bestimmt vom Interesse der USA an dem Gipfeltreffen. Und man habe auch mit einer anderen Reaktion der Verbündeten der USA gerechnet, der europäischen und der anderen Verbündeten, und insbesondere auch der Bundesrepublik Deutschland.

Etwas Weiteres wolle er sagen: Nach wie vor sei es die entschiedene Meinung der Sowjetunion, daß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt werden müsse. Die Sicherheit der europäischen Länder sei durch die Stationierung der Raketen nicht höher geworden. Dem BM sei bekannt, gegen welches Land diese Raketen gerichtet seien. Da die Raketen gegen die Sowjetunion gerichtet seien, hätten sie strategische Bedeutung. Man könne sich wohl auch vorstellen, was die Reaktion der Sowjetunion sein würde „unter komplizierteren Bedingungen“. Man habe auch gedacht, daß die Einstellung der Stationierung auf seiten der SU<sup>12</sup> für eine gewisse Zeit bestimmte Reaktionen auf seiten der Bundesrepublik Deutschland auslösen würde. Dies sei aber leider nicht der Fall.

Ein drittes Element, das man in einer negativen Aufzählung erwähnen müsse, sei, daß die dritte Runde der Genfer Gespräche unproduktiv verlaufen sei.<sup>13</sup> Es stimme nicht, daß die SU keine konstruktiven Vorschläge gemacht habe. Er könne BM zehn verschiedene Initiativen aufzählen, darunter zur Frage der kosmischen Waffen<sup>14</sup>. In diesem Zusammenhang nähmen die Mittelstreckenwaffen nach wie vor einen wichtigen Platz ein. Leider werde Europa immer mehr mit Mittelstreckenwaffen bestückt, die eine neue Qualität hätten. Die SU habe verschiedene Varianten vorgeschlagen, die von Europa diese Last nehmen könnten. Dies seien keine Phrasen. Dies stütze sich auf Fakten. Auch in dieser Beziehung erwarte die SU ein konstruktiveres Herangehen seitens der Bundesrepublik Deutschland. Man verstehe sowjetischerseits durchaus den Wert von Bündnisverpflichtungen. Diese müsse man selbstverständlich berücksichtigen. Aber über allem ständen doch die Fragen der Sicherheit.

Nunmehr beunruhe vor allem auch das Problem der chemischen Waffen, vor allem der binären Waffen. BM wisse, daß der Kongreß Mittel bewilligt habe<sup>15</sup>,

<sup>11</sup> Zur Einladung eines sowjetischen Expertenteams zu Kernwaffentests in den USA vgl. 235, Anm. 22.

<sup>12</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

Vgl. dazu ferner das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>13</sup> Die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle wurde am 19. September 1985 in Genf eröffnet. Vgl. dazu Dok. 262.

<sup>14</sup> Zur sowjetischen Weltrauminitiative vom 16. August 1985 vgl. Dok. 245, Anm. 12.

<sup>15</sup> Zur Bewilligung von Mitteln zur Herstellung binärer Chemiewaffen durch den amerikanischen Kongreß vgl. Dok. 201.

Am 9. September 1985 berichtete Botschafter Kastl, Moskau: „Mit langem ungezeichneten, also autoritativen Prawda-Artikel (in Ausgabe vom 9.9.85) spitzt Moskau Kampagne gegen amerikanische Pläne zur Produktion und Dislozierung neuer binärer C[hemie]-Waffen weiter zu. Nachdem der amerikanische Kongreß nach Bereitstellung der Haushaltsmittel grünes Licht für die Herstellung der



und er sei sicher, daß die US-Administration dieses „Geschenk“ für Europa vorbereitet habe. Man müsse sich das sehr gut überlegen, bevor es zu spät sei. Er glaube auch, daß in dieser Beziehung der Vorschlag der DDR und der ČSSR Interesse verdiene.<sup>16</sup>

Das Problem der Militarisierung des Weltraumes verdiene ganz besondere Beachtung. BM wisse, welchen Vorschlag die SU in der UNO eingebracht habe.<sup>17</sup> Es gehe um die friedliche Nutzung des Weltraumes unter den Bedingungen seiner Nicht-Militarisierung. Die Sowjetunion habe, wie bekannt, Programme für die friedliche Erschließung des Weltraumes. Heute habe er daher zum ersten Mal auch das Wort gebraucht vom „Frieden der Sterne“ im Gegensatz zum „Krieg der Sterne“ (Einwurf BM: eine gute Formulierung). Die SU sei bereit, mit der Bundesrepublik Deutschland bei diesen Programmen zusammenzuarbeiten. Nur müsse man den gegenwärtigen Weg der Militarisierung des Weltraumes verlassen.

Gestern habe er, Schewardnadse, mit einem Herrn gesprochen, der sich sehr positiv zu SDI geäußert habe. Er habe ihn gefragt: Was sei SDI nun, ein friedliches oder ein militärisches Programm? Wenn es ein militärisches Programm sei, dann solle man das klar sagen, und wenn man sich dann auf die Realisierung einlasse, dann müsse man sich an den Gedanken gewöhnen, daß der Weltraum militarisiert wird. Er glaube, daß in diesem Zusammenhang jedes Land, europäisch oder asiatisch, Stellung beziehen müsse. Er wisse, daß die Bundesrepublik Deutschland dem Programm positiv gegenüberstehe. Er aber wolle sagen: Es sei ein schlechtes Programm. Wenn die Völker 1946 den Mut gehabt hätten, entsprechend der Initiative der SU Atomwaffen zu verbieten<sup>18</sup>, dann sähe die Welt heute anders aus.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1312*

Binärwaffen gegeben hat, richtet sich Moskauer Augenmerk darauf, in Westeuropa Stimmung gegen etwaige Stationierung neuer C-Waffen zu machen. Adressat der Beschworung der Gefahren, die den Europäern von amerikanischen CW-Stationierungsplänen drohen, ist insbesondere BR Deutschland. [...] Artikel scheut dabei, obwohl natürlich von sowjetischer C-Rüstung mit keinem Wort die Rede ist, nicht vor impliziten Drohungen zurück und verwendet dabei Agitprop-Sprache, die Amerikaner in Nähe der Nazis rückt. Amerikanern wird u. a. unterstellt, im Rahmen ihres allgemeinen Strebens nach militärischer Überlegenheit und nach Fähigkeit zu auf Europa begrenzter Kriegsführung seien sie darauf aus, Westeuropa in eine ‚binäre Gaskammer zu verwandeln‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2825; Referat 222, Bd. 130103.

<sup>16</sup> Mit Schreiben vom 12. September 1985 unterbreitete der Generalsekretär des ZK der SED, Honeker, Bundeskanzler Kohl einen Vorschlag der DDR und der ČSSR für eine chemiewaffenfreie Zone, die zunächst Gebiete dieser beiden Staaten und der Bundesrepublik umfassen sollte. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXXIII/2 (1985), S. 493.

Ministerpräsident Štrougal übermittelte Kohl mit Schreiben vom 12. September 1985 einen gleichlautenden Vorschlag. Botschafter Schattmann, Prag, wurde das Schreiben am selben Tag übergeben. In dem von Schattmann übermittelten Sprechzettel des tschechoslowakischen Außenministers Chřoupek wurde dazu ausgeführt: „Diesen Vorschlag vorlegend, sind wir der Meinung, während die Erreichung des allgemeinen und totalen Verbots der chemischen Waffen ein Verhandlungsgegenstand von komplizierten, langwierigen internationalen Verhandlungen ist, daß gewisse parallele Schritte auf regionaler Ebene unternommen werden könnten, die auf dem Weg der Vertrauensbildung zwischen den Staaten zu einem globalen Verbot dieser Waffen beitragen würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 863 vom 12. September 1985; Referat 222, Bd. 130103.

<sup>17</sup> Der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Petrowskij, unterbreitete am 24. September 1985 in New York den Vorschlag der UdSSR, bis spätestens 1987 eine Konferenz der Weltmächte einzuberufen, die statt einem „Krieg der Sterne“ einem „Frieden der Sterne“ dienen solle. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 278.

<sup>18</sup> Am 14. Juni 1946 schlug die UdSSR bei der ersten Tagung der VN-Atomenergiekommission vor, die Herstellung und Anwendung von Atomwaffen zu verbieten.

<sup>19</sup>GS Gorbatschow fahre nach Paris.<sup>20</sup> In der SU verbänden sich ernsthafte Hoffnungen mit diesem Treffen. Auch mit dem späteren Treffen GS Gorbatschows mit Präsident Reagan. Er erinnere einen guten Satz aus dem Gespräch mit Bundesminister in Helsinki. Der BM habe gesagt, auch andere Länder müßten ihren Beitrag leisten, daß dieses Treffen erfolgreich verlaufe. Könne die Bundesrepublik Deutschland nicht einen Beitrag leisten, indem sie ihren Verbündeten günstig beeinflusse?

Der BM dankte für diese Ausführungen. Er habe diesen Ausführungen ebenso aufmerksam zugehört wie heute der Rede Schewardnadses vor dem Plenum. Es sei vielleicht in der Tat kein schlechter Einstieg, sich zu fragen, was sich seit dem ersten Treffen in Helsinki<sup>21</sup> verändert habe. Wir schätzten die Begehung der Jahrestage ebenso ein wie die SU. Wir seien uns sicher, daß der Moskauer Vertrag große Wirkung entfaltet habe und daß wir uns ohne den Moskauer Vertrag nicht in Helsinki getroffen hätten. Ohne großes Eigenlob könne man sagen, daß die SU und die Bundesrepublik Deutschland mit diesem Vertrag einen wichtigen, bedeutsamen, man könne sogar sagen, historischen Schritt getan hätten.

Auch die Staaten, die die nachfolgenden Verträge geschlossen hätten, seien sich dieser Tatsache bewußt.

Nun sei ein Vertrag allerdings nicht eine Art Lorbeerkranz, auf dem man sich ausruhen könne, sondern er sei eine Verpflichtung für die Zukunft. Wir schätzten diesen Vertrag ein als die Grundlage einer langfristigen Entwicklung. Schewardnadse habe von den Reserven in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gesprochen. BM wolle sagen, daß Reserven in allen Bereichen, auch im politischen Bereich bestünden. Er glaube, daß die Geschichte bewiesen habe, daß die beiden Länder in einer historischen Weise verbunden seien, im Guten wie im Schlechten. Die SU sei ein großes Land, das einen großen Teil unseres Kontinents umschließe. Wir seien ein kleineres Land, das aber im Zentrum dieses Kontinents liege. Daher hätten sich unsere Wege auch immer wieder gekreuzt. Mit guten Folgen, wenn die Zeiten gut waren, mit schlechten, wenn Tragödien Europa erschütterten. In gewisser Weise seien die beiden Länder komplementär und könnten sich viel geben. Dies habe er, BM, alles im Auge, wenn er sage, daß hier noch große ungenutzte Reserven beständen. Er begrüße es daher auch sehr, daß der Dialog, den beide in Helsinki aufgenommen hätten, nun in dieser Weise fortgeführt werde. Im übrigen glaube er, BM, daß die Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihre Bedeutung nicht nur derartige Begegnungen wie die heutige verdienten, sondern auch andere, weitere auf anderen Ebenen. Dies würde bei uns stets auf positives Echo stoßen. In jedem Falle sei Schewardnadse bei uns willkommen. Dies habe BM ihm schon in Helsinki gesagt. Dies gelte weiter.

<sup>19</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 14 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich.

<sup>21</sup> In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

Was Fragen der Abrüstung anbelange, so wolle er, BM, die Frage beantworten, was jetzt geschehen müsse. Man könne stunden- und tagelang über die Entwicklung bis zum Jahre 1985 diskutieren. Jede Seite würde ihren Standpunkt verteidigen. Er, BM, könne auf die Raketen verweisen, die auf sowjetischem Territorium stationiert seien, er wolle jedoch seine Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, was im Januar dieses Jahres zwischen der SU und den USA vereinbart worden sei<sup>22</sup>. Diese Vereinbarung habe ihn überzeugt und beeindruckt wie wenige andere. Sie spiegelte die Entschlossenheit beider Seiten wider, die Fragen im Zusammenhang zu lösen. Dies sei wahrscheinlich der einzige Weg, um die Probleme, die zwischen der SU und den USA beständen, einer Lösung zuzuführen. Wir kennten und unterschrieben voll die Ziele dieser Vereinbarung, einen Rüstungswettlauf im Weltall zu verhindern und ihn auf Erden zu beenden. Er sage Schewardnadse nichts anderes, als was er den Amerikanern sage: Jetzt seien mutige Schritte und Entschlossenheit nötig. Wer sich die Geschichte der Rüstung ansehe, der erkenne schnell, daß zu jeder Waffe noch irgendwann eine Gegenwaffe erfunden worden sei. Vor kurzem habe man ihm und einigen Kollegen in Italien eine Sammlung alter Rüstungen gezeigt. Er, BM, habe mit dem Finger auf eine der Rüstungen gezeigt und nur gesagt: „SDI“. Jeder habe verstanden. Leider habe man später das Pulver erfunden, was wiederum die Rüstungen obsolet gemacht habe. Was ist das Besondere an SDI? Die Vereinbarung von Genf befasse sich auch mit dem Schwert. Rüstung und Schwert, beide müßten verkleinert werden. Wir erwarteten drastische Reduzierung der Offensivwaffen. Dies sei der einzige Weg, der uns voranbringe. Die Dinge müßten im Zusammenhang gesehen werden. Der Bundeskanzler habe zu dieser Frage bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt, daß – dem Sinne nach – drastische Reduzierungen bei den Offensivwaffen zwangsläufig auch Auswirkungen auf die defensiven Systeme haben müßten. Dies, so glaube er, BM, sei die richtige Philosophie der Vereinbarung vom 8. Januar. Wir würden es begrüßen, wenn es zu drastischen Reduzierungen bei allen Waffenarten käme.

An dieser Stelle warf Schewardnadse ein: „SDI“! BM antwortete hierauf: „Es ist automatisch in diesen Zusammenhang gestellt.“ Kornijenko warf ein: Aber die USA verneinen dies! BM fuhr fort: Ich werde das auch morgen sagen.<sup>23</sup> Beide Parteien seien in der Vereinbarung vom 8. Januar eine Verpflichtung eingegangen. Er sehe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß diese Verpflichtung auch eingehalten werde. Im übrigen wolle er nur bemerken: Nicht alles, was in den Weltraum geschickt werde, mißfalle ihm, dies gelte vor allem für die Beobachtungssatelliten. Sie gäben beiden Seiten größere Gewißheit. Sie trügen zur Vertrauensbildung durch Transparenz bei und damit zur strategischen Stabilität. (Einwurf Schewardnadses an dieser Stelle: Warum sollen sie dann abgeschossen werden?<sup>24</sup>) BM fuhr fort, er würde sich wünschen, daß einmal eine Waffe

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1985, S. 921–926.

<sup>24</sup> Am 13. September 1985 gab das amerikanische Verteidigungsministerium die Durchführung eines ASAT-Zieltests gegen einen Weltraumsatelliten bekannt. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR SICHERHEIT UND ABRÜSTUNG, Band XXIII, S. 273 f.

ganz und gar abgeschafft würde, weltweit und endgültig. Was die DDR und die ČSSR vorgeschlagen hätten, das prüfen wir.<sup>25</sup> Wir prüften es vor allem darauf hin, ob es geeignet sei, zum Problem der Nachprüfbarkeit eines weltweiten CW-Verbotes beizutragen. Im übrigen würden wir mit großer Aufmerksamkeit nach Genf blicken. Beide Großmächte ständen dort auf dem Prüfstand. Wir wären wirklich sehr glücklich, wenn mit der Vereinbarung vom 8.1. ein neuer Anfang gemacht worden wäre.

AM Schewardnadse dankte für diese Ausführungen. Die SU habe erklärt, daß sie bereit sei, den USA auf halbem Wege entgegenzukommen. Aber auch die USA müßten sich bewegen und der SU auf halbem Wege entgegenkommen. Die Bundesrepublik Deutschland dürfe nicht nur nach Genf blicken. Sie müsse auch für Genf aktiv etwas tun.

Der BM antwortete hierauf: Aktiv sind wir. Nicht alle unsere Aktivitäten hätten immer Gefallen bei der SU gefunden. Das sei aber nun einmal nicht zu ändern. Am Erfolg von Genf seien wir sehr interessiert. Er sei sich bewußt, daß das deutsch-sowjetische Verhältnis, aber auch unsere Beziehungen zu den anderen WP-Staaten, auf der Grundlage der bestehenden Verträge, einen wichtigen Beitrag zu den West-Ost-Beziehungen leisten könnten. Die Bundesrepublik Deutschland sei um diese Beziehungen aktiv bemüht, bis in die letzten Tage hinein. Wir hätten manche Fehler in der Geschichte gemacht. Aber wenn man einmal ansehe, was beide Staaten zur Geschichte Europas beigetragen hätten, dann sei dies sehr viel. Das deutsch-deutsche Verhältnis sei ein wichtiges Verhältnis, das mit großem Verantwortungsgefühl gestaltet werde. Was hier geschehe, müsse von allen Staaten in Europa unterstützt werden. Dies gelte übrigens auch für die deutsch-polnischen Beziehungen. Das Verhältnis zur ČSSR entwickle sich gut. Was die europäische Zusammenarbeit zwischen Ost und West anbelange, so bereiteten wir jetzt das Budapester Treffen vor.<sup>26</sup>

AM Schewardnadse erwiderte: Europa ist unser gemeinsames Haus. Was BM gesagt habe, zeige das. Wenn es uns gelänge, die Raketen zu beseitigen, „die US-Raketen und die unseren“, dann wäre das Haus gut bestellt. (Einwurf BM: Ich

<sup>25</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Metternich vermerkte am 17. Oktober 1985: „Die Bildung einer CW-freien Zone in Europa ist ein altes Anliegen des WP. Das bisher in verschiedenen Varianten angebotene Konzept hat in der SPD-SED-Rahmenvereinbarung vom 19.6.1985 über die Bildung einer CW-freien Zone in Europa seinen bisher konkretesten Ausdruck gefunden. In der Sache entspricht die Vereinbarung weder im Umfang noch in der zentralen Frage der Verifikation unseren Vorstellungen. Auch der in seiner Substanz viel allgemeinere Vorschlag von GS Honecker und MP Strougal vom 12.9.1985 an den BK zur Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung einer CW-freien Zone in Mitteleuropa ist aus verschiedenen Gründen, insbesondere mangels Eingehens auf die Verifikationsfrage, unzulänglich. [...] Im Vergleich zu den Bemühungen um ein umfassendes und weltweit geltendes CW-Verbot handelt es sich bei dem Vorschlag einer CW-freien Zone in Europa um einen nicht nur geographisch, sondern auch qualitativ engeren Lösungsansatz. Bei Verhandlungen über eine CW-freie Zone in Europa stünden die Beteiligten insbesondere im Verifikationsbereich vor den gleichen Problemen, die bisher einen Durchbruch im Rahmen der CD verhindert haben. Es müßten sogar zusätzliche Regelungen vereinbart werden, um die Rückführung von CW in die Zone auszuschließen. Allgemein würden regional begrenzte Verhandlungen den Genfer Verhandlungsprozeß verlangsamten oder sogar zum Stillstand bringen, da sich die Erwartungen hinsichtlich einer raschen Lösung der offenen Fragen auf die neuen Verhandlungen richten würden. Die Staaten der Dritten Welt, die an einem CW-Verbotsabkommen interessiert sind, sähen sich der Möglichkeit beraubt, auf den weiteren Verhandlungsprozeß Einfluß zu nehmen.“ Vgl. Referat 222, Bd. 130103.

<sup>26</sup> In Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 das KSZE-Kulturforum statt. Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 20.

glaube, Sie brauchen gar nicht mehr nach Genf fahren!) Morgen werde er sich mit AM Shultz treffen. BM könne ihn vielleicht bei der Begegnung unterstützen.

Der BM sagte, er habe sich nur damit einverstanden erklärt, daß die SU alle SS-20 abziehe. Dann könnten auch die US-INF abgezogen werden. (An dieser Stelle kurzer Einwurf Kornijenkos zur Richtigstellung sowjetischer Haltung bezüglich Drittstaaten-Systemen.) GS Gorbatschow werde dies sicher in Paris besprechen. Dazu AM Schewardnadse: Bundesrepublik Deutschland müsse vor allem ihre Probleme lösen. Sie habe amerikanische Raketen auf ihrem Territorium.

BM sprach AM Schewardnadse dann auf humanitäre Fälle an. Er bat dringend, diese im Geiste dieses Treffens zu lösen. Besonders verwandte sich BM für die Ausreise von Frau Rusina (Heiratsfall Hildebrandt).

AM Schewardnadse sagte, alles, was sich im Rahmen der sowjetischen Gesetze ermöglichen ließe, werde geschehen. BM bat um Wohlwollen. Dazu Schewardnadse: Wir sind ein wohlwollendes Volk. Manchmal sogar übertrieben. Dazu wiederum BM: Sie sollten uns mit solchen Übertreibungen durchaus verwöhnen. Lachen auf beiden Seiten.

BM sagte abschließend, daß das Gespräch ihm gezeigt habe, daß es vielleicht nötig sei, sich einmal ausführlicher zu unterhalten; nicht nur in der nüchternen Atmosphäre eines Hotelzimmers. Er habe den Eindruck, daß man sich noch eine ganze Menge zu sagen habe. AM Schewardnadse antwortete hierauf, auch er hoffe, daß beide den Dialog fortsetzten. Wann und wo müsse man noch festlegen.

**Referat 213, Bd. 139373**

## 257

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski in New York**

214-321.11 POL VS-NfD

26. September 1985<sup>1</sup>

Gespräch Bundesminister<sup>2</sup> mit dem polnischen Premierminister Jaruzelski am 26. September 1985

*Jaruzelski* brachte einleitend seine Freude über dieses Treffen zum Ausdruck. Es sei nun schon das dritte Mal, daß er sich mit dem Minister treffe.<sup>3</sup> Drei sei

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Oesterheld, z. Z. New York, am 26. September 1985 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 27. September 1985 zur VN-Generalversammlung in New York auf.

<sup>3</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau vgl. AAPD 1981, I, Dok. 80.

Für das Gespräch zwischen Genscher und Jaruzelski am 6. März 1985 in Warschau vgl. Dok. 56.

eine gute Zahl. Das heutige Treffen finde am Rande der Vollversammlung statt. Leider habe man daher auch nur beschränkte Zeit. Wichtig sei, daß man sich überhaupt treffe. Das werde eine Resonanz in der öffentlichen Meinung haben. Es sei eine Bestätigung des polnischen Willens, die Beziehungen zwischen beiden Staaten weiterzuentwickeln. Schon deshalb halte er die Begegnung für wichtig und er hoffe, daß man sie konkret für die deutsch-polnischen Beziehungen werde nutzen können.

BM dankte PM Jaruzelski, daß er Zeit gefunden habe, um den Dialog fortzusetzen. Er habe Jaruzelski schon bei der Begrüßung gesagt, daß er unmittelbar vor der Abreise in Loccum gewesen sei, wo er eine Unterhaltung mit Herrn Rakowski gehabt habe.<sup>4</sup> Das Treffen in Loccum sei positiv zu bewerten. Das Treffen habe eine Möglichkeit gegeben, nicht nur über harte politische Fakten zu sprechen, sondern auch dazu, Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Es sei wichtig, daß es gute und wohlmeinende Emotionen gäbe.

Unser Botschafter in Warschau habe BM in Loccum über seine ersten Eindrücke in Polen berichtet. Botschafter Pfeffer sei sehr engagiert. BM glaube, daß seine Entsendung eine sehr gute Personalentscheidung gewesen sei. Botschafter Pfeffer sehe seine Aufgabe darin, die Beziehungen zu verbessern. Er sei dankbar für die vielen Gespräche und Kontakte in Warschau. BM wäre Jaruzelski dankbar, wenn Botschafter Pfeffer auch weiter diese Kontakte haben könnte. Dies wäre sehr wichtig für die weitere Entwicklung der Beziehungen.

In Loccum habe sich gezeigt, daß man auf beiden Seiten sehr gut wisse, was der Warschauer Vertrag<sup>5</sup> bedeute und welche Perspektiven er eröffne. Nun stelle sich die Frage, wie es weitergehen solle. Jaruzelski wisse, daß die Bundesrepublik Deutschland dasjenige Land im westlichen Lager sei, das sich am meisten für die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eingesetzt habe.<sup>6</sup> Wir wünschten aufrichtig, daß sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Polen verbesserten. Wir kannten die objektiven Schwierigkeiten und hofften, daß die polnische Regierung den Reformkurs fortsetzen könne. BM fuhr fort, daß er mit großen Erwartungen nach Genf<sup>7</sup> blicke. Er habe heute in seiner Rede sehr präzise die deutschen Erwartungen formuliert.<sup>8</sup> Beide Staaten seien ja nicht nur Zaungäste. Polen und die Bundesrepublik Deutschland hätten viel dazu getan, daß es im West-Ost-Verhältnis vorangehe. Aber es gebe Fragen, die nur von den beiden Großmächten beantwortet werden könnten; am besten gemeinsam. Wir wünschten uns von beiden Mächten Mut und Gestaltungskraft. Nötig seien drastische Reduzierungen der offensiven Potentiale. Selbst wenn man alle Mittelstreckenwaffen und strategischen Waffen auf die Hälfte reduziere, bleibe noch

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 20. September 1985 vgl. Dok. 253.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>6</sup> Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 253, Anm. 2.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1985, S. 921–926.

genug übrig, um die Menschheit umzubringen und immer noch zu viel. Ein signifikanter Schritt sei nötig.

MP *Jaruzelski* dankte seinerseits dem BM für seine Ausführungen. Er habe einen Bericht über Loccum, wenn auch allgemeiner Art, bekommen. Er habe auch die Rede von BM gelesen und mit Interesse dessen Gedanken aufgenommen.<sup>9</sup> Es habe sich in Loccum um eine wichtige und nützliche Veranstaltung gehandelt. Sie habe vor allem moralische und psychologische Schichten des Menschen angesprochen. Dies führe zur Verbesserung des Klimas und damit wiederum zur Verbesserung des Verständnisses. Besseres Verständnis sei aber die Voraussetzung für größeres Vertrauen. Er, Jaruzelski, sei dafür, daß es weitere derartige Veranstaltungen gebe.

Dies alles könne allerdings nicht das ersetzen, was die Basis der Beziehungen darstelle, sowohl im wirtschaftlichen und politischen als auch im rechtlichen Bereich. In Loccum hätten sich kluge und redliche Menschen zusammengefunden. Aber man wisse doch, daß es auf der Erde nicht nur Engel gebe. Er teile die Meinung des BM, daß es seit der letzten Begegnung einen kleinen Schritt voran gegeben habe. Er sei aber auch der Meinung, daß der Weg, der vor uns liege, noch ein langer Weg sei. Er wisse, daß BM es nicht gerne höre, wenn er über seine Beunruhigung wegen gewisser Tendenzen revisionistischer Prägung spreche.<sup>10</sup> Man wisse, daß es solche Strömungen gäbe und daß sie zum Teil in spektakulärer und politisch wichtiger Weise zum Ausdruck kämen. So habe es vor kurzem in Hannover ein Treffen gegeben, an dem der BK teilgenommen habe.<sup>11</sup> Polen könne diese Dinge auch nicht von anderen Fakten getrennt sehen. Dazu zähle die Aufrechterhaltung gewisser rechtlicher Formeln. Man kenne die deutsche Interpretation des Warschauer Vertrages. Aber er bitte auch darum, den polnischen Standpunkt zu verstehen und das Verantwortungsgefühl, das er seinem Lande gegenüber haben müsse. Polen verstehe nicht, warum die deutsche Seite ihren Standpunkt aufrechterhalte im Bereich der deutschen Staatsangehörigkeit, der Ortsbezeichnungen und der Unterrichtsprogramme. Die polnische Seite bringe dies in Zusammenhang mit dem deutschen Rechtsstandpunkt, und dies gebe ihr Anlaß zur Sorge. Dies um so mehr, als es andere Kräfte gebe, mit deren Einschätzung Polen übereinstimme. Er meine

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 20. September 1985 auf der Tagung „20 Jahre EKD-Denkschrift“ der Evangelischen Akademie Loccum vgl. BULLETIN 1985, S. 889–893.

<sup>10</sup> Am 12. September 1985 erläuterte das Mitglied des Politbüros der PVAP, Barcikowski, Bundesminister Schäuble: „In Polen würden alle politischen Äußerungen, die Polen berührten, aufmerksam registriert und analysiert. [...] Dies gelte insbesondere für alles, was mit der polnischen Westgrenze zusammenhänge. Denn die Diskussion hierüber sei für Polen alles andere als theoretisch oder philosophisch. Es handele sich hierbei vielmehr um eine Lebensfrage. Polen wolle in gesicherten Grenzen leben.“ Schäuble stellte dazu fest: „Zu den Fragen der Verständigung mit Polen, die das Problem der Grenzen mit einschließen, habe die überwiegende Mehrheit der Deutschen eine einheitliche Haltung, die darauf hinausliefe, aus der besonders belasteten Vergangenheit in eine bessere Zukunft zu gelangen. Dies gelte insbesondere auch für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die ihre Heimat im Osten verloren und eine neue Heimat gefunden hätten. [...] Bei diesem Bemühen dürfe man freilich die Tatsache nicht ausklammern, daß Deutschland geteilt sei. Hier sei von den Vier Mächten eine endgültige Regelung noch nicht getroffen. Bundeskanzler und Bundesregierung verträten in dieser Frage ebenso wie in der Frage unseres Wunsches nach Verständigung mit Polen eine einheitliche und berechenbare Politik.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133040.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Kohl hielt am 16. Juni 1985 eine Rede auf dem Deutschlandtreffen der Schlesischen Landsmannschaften in Hannover. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1985, S. 577–583.

die SPD. Er wolle keinerlei Kritik an der Person des BM üben. Er schätze dessen guten Willen und dessen Bemühen, aber die Bundesregierung trete nicht homogen auf. Es gebe verschiedene Meinungen. Dies sei auch ein Grund zur Sorge in Polen.

PM Jaruzelski fuhr fort, die wirtschaftlichen Beziehungen seien eine Grundlage für die Gesamtheit der Beziehungen. Auf dieser Grundlage könne aufgebaut werden. Beide Länder hätten gemeinsam die Vereinbarung im Pariser Club gezeichnet.<sup>12</sup> Polen habe allerdings immer wieder gesagt, daß es ein deutliches Entgegenkommen seitens seiner Partner geben müsse, wenn die Vereinbarung funktionieren solle und Polen damit seinen Verpflichtungen nachkommen könne. Ein finanzielles Entgegenkommen sei nötig. Gewisse Schritte seien zu verzeichnen. BMWi Bangemann sei nach Polen gekommen<sup>13</sup>, Vize-PM Szałajda sei in der BRD gewesen<sup>14</sup>. Aber die konkreten Vereinbarungen hätten noch nicht einmal ermutigende Ansätze gezeigt.

BM habe gesagt, daß Polen seinen Reformkurs fortsetzen solle. Er, PM Jaruzelski, habe mehrfach betont, daß die Wirtschaftsreform unumkehrbar sei.<sup>15</sup> Um allerdings die Wirtschaftsreform voll zum Tragen zu bringen, müsse sie unterstützt werden durch Finanzhilfe, Rohstofflieferungen aus dem Ausland und einen engen Austausch mit dem Ausland. Nur dann könne sie voll ihre Wirkung entfalten. Andernfalls könne sich alles totlaufen und nur neue Probleme schaffen.

BM habe internationale Fragen angesprochen. Auch Polen setze große Hoffnungen in die Begegnung von GS Gorbatschow mit US-Präsident Reagan. Die Begegnung werde aber nur dann zum Erfolg führen, wenn man auf beiden Seiten gewisse Voraussetzungen akzeptiere, so den Grundsatz gleicher Sicherheit.

<sup>12</sup> Zur Umschuldung Polens vgl. Dok. 56, Anm. 17 und 18.

Am 11. Juni 1985 vermerkte Legationsrat I. Klasse Lauk zur Umschuldung Polens: „Das Sekretariat des Pariser Clubs hat mitgeteilt, daß die polnische Regierung nunmehr ihre Bereitschaft zur Unterzeichnung des multilateralen Pariser Protokolls 82–84 am 15.7.1985 bestätigt hat. Das Pariser Protokoll 82–84 regelt die Umschuldung der Fälligkeiten zwischen 1982 und 1984 (Anteil der Bundesrepublik rd. 3 Mrd. DM). Dies bedeutet einen wichtigen Schritt auf dem Weg der sukzessiven Normalisierung der Finanzbeziehungen Polens mit den westlichen Gläubigerländern. Vereinbarungsgemäß muß Polen seinen staatlichen Gläubigern bei Unterzeichnung der Regelung 82–84 auch 50 Prozent der rückständigen Zahlungen aus der Umschuldungsregelung 1981 (Anteil der Bundesrepublik Deutschland rd. 180 Mio. DM) zahlen.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140341.

<sup>13</sup> Bundesminister Bangemann hielt sich anlässlich der Tagung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission vom 18. bis 22. März 1985 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 160, Anm. 4.

<sup>14</sup> Zum Besuch des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda vom 10. bis 15. Juni 1985 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 160, Anm. 20, und Dok. 161, Anm. 11.

<sup>15</sup> Am 8. Juni 1985 berichtete Botschafter Pfeffer, Warschau, die Nationale Wirtschaftskonferenz zur Überprüfung der Reformpolitik, die vom 31. Mai bis 1. Juni 1985 in Posen stattfand, habe die dreijährige erste Phase der polnischen Wirtschaftsreform bilanziert: „Breiten Raum nimmt die Darlegung ein, daß sich die Reform in die Experimente auch der anderen sozialistischen Staaten ohne Bruch der Ideologie einfügt, daß man die Basis des Sozialismus nicht verlassen habe, und daß man den sozialistischen Charakter der Reform gegen alle feindlichen Versuche, die zentrale Planung zu beseitigen, verteidigt habe. Weiter wird beteuert, daß man sich am Beispiel der SU ausrichte (so auch Jaruzelski). [...] Die Konferenz diene dazu, erneut Verständnis dafür zu wecken, daß die Regierung von der Bevölkerung Opfer verlangt. Hauptzielrichtung ist, das Gleichgewicht auf dem internen Markt herzustellen. Bei unterproportionalem Wachstum des Konsumgüterangebots bleiben als Ausweg: überproportionaler Anstieg der Preise und/oder unterproportionaler Anstieg der Löhne. Die relative Autonomie der Betriebe, insbesondere bei der Festlegung von Löhnen ist der Regierung ein Dorn im Auge.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 824; Referat 214, Bd. 133056.



Es entspreche offensichtlich auch der Auffassung von BM, daß man einen großen Teil der Massenvernichtungswaffen abschaffen könne. Er, PM, sei allerdings der Auffassung, daß es auch wichtig sei, schon vor dem Treffen gewisse erste Schritte zu unternehmen; er denke an das sowjetische Moratorium<sup>16</sup> und den sowjetischen Weltraumvorschlag<sup>17</sup>. Beide Länder könnten jeweils in ihren Bündnissen entsprechende Maßnahmen unterstützen. Dies würde das Klima günstiger gestalten. So verstehe er jedenfalls die Rolle Polens. In diesem Sinne führe er die Gespräche. Dies sei der Grund auch für seinen Aufenthalt in New York und die zahlreichen Begegnungen. Polen wolle international eine aktive und konstruktive Rolle spielen. Die Meinungsumfragen, die jetzt vor den Wahlen in Polen<sup>18</sup> durchgeführt werden, bestätigten den Kurs seiner Politik. Die Wahlen würden die nächste Etappe der Normalisierung im Leben seines Landes einleiten.

Der Jahrestag des Warschauer Vertrages nähere sich. Man sollte ihn entsprechend würdigen. Man kenne die deutschen Vorstellungen.<sup>19</sup> Man nehme diese gerne an. Man solle weitere Kontakte haben über die Verwirklichung dieser Vorstellungen und über ihre eventuelle Anreicherung.

Abschließend dankte PM Jaruzelski nochmals für Besuch des BM. Er habe die Gelegenheit, ihn wiederzutreffen, sehr geschätzt. Man könne sich offen und aufrichtig unterhalten, auch wo man nicht übereinstimme. Dies schaffe Vertrauen und gegenseitige Hochachtung und ebne damit den Weg in die Zukunft.

BM sagte, in diesem Wunsche träfen sich beide. Beide sollten eine Lehre beherzigen, die er auch in Loccum in seiner Rede erwähnt habe: Keine Seite solle den Versuch unternehmen, auf den Warschauer Vertrag draufzusatteln. Fragen seien offen geblieben. „Lassen wir diese Fragen so, wie sie stehen, und nutzen wir das, was wir vereinbart haben.“ Dies sei sehr ausbaufähig.

<sup>16</sup> Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über eine befristete Einstellung der sowjetischen Kernwaffentests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>17</sup> Zur sowjetischen Weltrauminitiative vom 16. August 1985 vgl. Dok. 245, Anm. 12.

Zum sowjetischen Vorschlag vom 24. September 1985 für eine Konferenz der Weltraummächte vgl. Dok. 256, Anm. 17.

<sup>18</sup> Am 24. Juli 1985 stellte Botschafter Pfeffer, Warschau, zu den für 13. Oktober 1985 vorgesehenen Parlamentswahlen in Polen fest: „Die Regierung, die wissen muß, daß sie mit ihrer Repressionspolitik gegen Solidarität und mit der Hochschulnovelle sich neue Gegner schafft, ist entschlossen, auf zwei Wegen mehr Legitimität zu suchen: über die neue Wahlordnung und die Wirtschaftsreform. Was die neue Wahlordnung angeht, so gibt es Prognosen, daß im nächsten Sejm eine Rotation von bis zu 70 Prozent der Abgeordneten eintreten werde (so auch Czyrek). Dabei handelt es sich allerdings in erster Linie um die Abhalfterung der Abgeordneten aus der Gierek-Ära. Viele Beobachter halten die Wahlordnung für eine reine Manipulation: Schon das Aufsuchen der Wahlkabine erfordert viel Mut. Andere erwarten Langzeiteffekte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1127; Referat 214, Bd. 133040.

<sup>19</sup> Staatssekretär Meyer-Landrut wies Botschafter Pfeffer, Warschau, am 27. August 1985 an, im polnischen Außenministerium folgende Vorschläge für eine gemeinsame Würdigung des Warschauer Vertrags vom 7. Dezember 1970 zu unterbreiten: „2.1.) Austausch von persönlichen Grußbotschaften [...] des Bundespräsidenten mit dem polnischen Staatsratsvorsitzenden Jąbłoński, des Bundeskanzlers mit dem polnischen MP General Jaruzelski, des BM mit seinem polnischen Amtskollegen. [...] 2.2.) Interview oder Grußwort des BM im polnischen und des polnischen AM im deutschen Fernsehen (und Hörfunk), das am 6. oder 7.12. in abendlicher Hauptnachrichtensendung oder vergleichbaren Magazinen ausgestrahlt wird. 2.3.) Empfänge der beiden Botschaften in Warschau und Köln mit einer fest vereinbarten offiziellen Teilnahme. Wir schlagen vor: Ministerebene. 2.4.) Austausch von Journalistendelegationen im Vorfeld des 15. Jahrestages. Hierbei sollte auf Gegenseitigkeit geachtet werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 647; Referat 214, Bd. 133042.

BM fuhr fort, daß beide Seiten den Jahrestag wirklich in einer Weise begehen sollten, die dem Anlaß gerecht würde. Man sollte ermutigende Zeichen für die Zukunft setzen. Die deutsche Seite sei dazu bereit. Von polnischer Seite könnte es ein solches Zeichen sein, wenn bei der Ausreisep Praxis der Geist verwirklicht würde, in dem der Vertrag geschlossen worden sei.

Die polnischen Vorbereitungen für die Wahlen fänden bei uns in der Presse große Beachtung. Wir fänden auch in der Art, in der diese Vorbereitungen betrieben würden, einige interessante und neue Akzente. Hier habe Polen die Möglichkeit, in die öffentliche Meinung des Westens hineinzuwirken. Im übrigen könne Polen davon ausgehen, daß alles, was wir sagten, ehrlich gemeint sei. Dies beziehe sich auch auf die Anwendung des Warschauer Vertrages.

Abschließend wünschte BM MP Jaruzelski eine gute Rückkehr, was dieser erwiderte.

**Referat 010, Bd. 178901**

258

**Ministerialdirektor Edler von Braunmühl,  
z.Z. New York, an das Auswärtige Amt**

114-14453/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 18  
Citissime

Aufgabe: 26. September 1985, 09.26 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 27. September 1985, 06.17 Uhr

Bitte bei Dienstbeginn sofort Dg 20<sup>2</sup> vorlegen.

Betr.: Gespräch BM – AM Shultz am 25.9.1985 in New York vorbehaltlich Zustimmung BM

1) Shultz lud BM zum Frühstück ein. Teilnehmer auf US-Seite: UNO-Botschafter Walters, Armacost, Ridgway, Gilmore, Redman, Dolmetscher; auf unserer Seite: Botschafter van Well, D 2<sup>3</sup>, RL 010<sup>4</sup>, 013<sup>5</sup>, 204<sup>6</sup>, Dolmetscher.

2) Behandelte Themen: Weltwirtschaftslage und protektionistische Bestrebungen in den USA, Südafrika, US – Sowjettreffen in Genf<sup>7</sup> und MBFR.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann nach Rückkehr verfügte und um Wiedervorlage bat. Hat Ruth am 4. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 7. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

<sup>3</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>4</sup> Michael Jansen.

<sup>5</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>6</sup> Ernst-Jörg von Studnitz.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

### 3) Wirtschaftsfragen

BM verwies einleitend auf positiven Eindruck, den er von Pressekonferenz des Präsidenten zu Protektionismusfrage gewonnen habe.<sup>8</sup> Er hoffe, der Präsident könne seine Linie gegen Protektionismus durchhalten. AM Shultz sieht noch große Anstrengungen voraus. Zwar habe man acht Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und die Wirtschaft wachse, aber die klassischen Industrien hätten große Schwierigkeiten. Im Handel begehrten USA gleiche Chancen auf den Auslandsmärkten, wie die Ausländer sie auf dem US-Markt fänden. Das Offenhalten der Märkte gehe alle an. BM hält es für nötig, die Krankheit zu bekämpfen, nicht aber das Thermometer zu verändern. Jetzt gelte es, Konsequenzen aus den Beschlüssen der Finanzminister und Bankpräsidenten<sup>9</sup> zu ziehen. Wie wichtig entschlossenes Handeln sei, habe die deutsche Debatte über die Steuerreform in ein oder zwei Schritten gezeigt. Wolle man die Binnennachfrage stärken, wäre eine einheitliche Steuersenkung vorzuziehen. Hierdurch könnten wir einen Beitrag leisten zur gesünderen Gestaltung der Handelsströme in der Welt. Im Lichte der jüngsten Empfehlungen der Finanzminister müßte die Frage des Steuerreformtermins nochmals überlegt werden, obwohl die Zeit knapp werde, da die Gesetzgebung sechs Monate Vorlaufzeit benötige.

Shultz äußerte Präferenz für einheitlichen Steuersenkungstermin, weil anderenfalls Investoren bis zum zweiten Termin warten würden.

BM bemerkte, wir wollten das Handelsdefizit nicht erhöhen, sondern die Nachfrage nur über die Steuern beleben. Das sei auch von Wichtigkeit für die Tarifverhandlungen zur Zügelung der Lohnforderungen. Er fragte, was die USA zur Beseitigung des US-Handelsdefizits zu tun gedächten, das als Hauptursache der Störungen zu sehen sei. Shultz bezweifelte, ob dies die Hauptursache sei, jedenfalls aber sei es ein enormes Problem. Der Präsident wolle das Defizit in Relation zum GNP und der Wachstumsrate bringen. Die Budgetvorlage sei weiter streitig, insbesondere weil die Kürzungsvorschläge unausgewogen zu Lasten der Verteidigung vorgenommen worden seien. Schon jetzt sei nach Sozial- und Verteidigungshaushalt der drittgrößte Anteil des Haushalts. Die Aussichten, das Defizit zu senken, gestalteten sich bei wachsendem Schuldendienst immer schwieriger. BM bemerkte, daß das Defizit mit entschlossener Politik eingegrenzt werden könne, aber der Schuldendienst werde bleiben. Er verwies darauf, daß das Defizitproblem neben der Stationierungsfrage die Ursache des Endes der Regierung 1982<sup>10</sup> gewesen sei.

### 4) Südafrika

BM fragte, wie wir wieder zu einer gemeinsamen Strategie für das südliche Afrika kommen könnten, nachdem jüngst die Linien auseinandergelaufen seien.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Präsident Reagan am 17. September 1985 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1110.

<sup>9</sup> Zum Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22. September 1985 in New York vgl. Dok. 255, Anm. 23.

<sup>10</sup> In der Folge von Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD und FDP über den Bundeshaushalt 1983 traten am 17. September 1982 die Bundesminister Baum, Ertl, Genscher und Graf Lambsdorff zurück. Im Rahmen eines konstruktiven Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Schmidt wählte der Bundestag am 1. Oktober 1982 den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, zu dessen Nachfolger.

Wir hielten Sanktionen<sup>11</sup> für kein geeignetes Mittel. Daher hätten sich GB<sup>12</sup> und wir in der EG dagegen ausgesprochen.

Shultz erläuterte, auch der Präsident sei gegen Sanktionen. Die Anordnung der Regierung habe – mit Ausnahme des Verkaufsverbots für Krügererrands – weitergehende Sanktionsforderungen nicht aus der Kongreßvorlage<sup>13</sup> übernommen. Der Präsident habe wegen der Stimmung im Kongreß so handeln müssen, anderenfalls wäre es auch gegen das Veto des Präsidenten zu einer viel strengeren Entscheidung des Kongresses gekommen. Das Signal der Anordnung des Präsidenten an Südafrika gehe deutlich auf Änderung des Apartheidregimes. Beim Verbot des Handels mit Krügererrand müsse man sehen, daß die Wirkung begrenzt sei, weil das Gold als Barrengold weiterhin verkäuflich sei. Im übrigen sei der US-Markt für Krügererrand klein, weil die meisten ins Ausland weiterverkauft worden seien. Dieser Teil der Entscheidung habe symbolischen Charakter.

In den USA sei das Vertrauen zu Südafrika wegen der Rassenpolitik, aber auch wegen der Verletzung des Nkomati-Abkommens mit Mosambik<sup>14</sup> zerstört worden. Die USA wollten das Feuer in Südafrika nicht anfachen, aber Südafrika müsse seine Wahl treffen, das habe er in seiner VN-Rede deutlich ausgesprochen<sup>15</sup>. Wir könnten uns einen blutigen Rassenkrieg in SA nicht wünschen. BM

<sup>11</sup> Am 9. September 1985 verfügte Präsident Reagan die Verhängung von Sanktionen über Südafrika. Für den Wortlaut der Executive Order mit den Sanktionsbestimmungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2103, S. 2 f.

<sup>12</sup> Gesandter Freiherr von Stein, London, legte am 31. Juli 1985 zur britischen Südafrika-Politik dar: „FCO geht davon aus, daß sich Druck auf westliche Staaten, in VN-SR obligatorischen wirtschaftlichen Sanktionen zuzustimmen, noch verstärken wird. In diesem Zusammenhang zeigte sich Gesprächspartner im FCO verärgert darüber, daß F im SR Initiative ohne vorherige Konsultationen ergriffen habe. In der Sache sei franz. Vorgehen unklug gewesen, da es notwendigerweise zur Verstärkung des Rufes nach verpflichtenden Sanktionen führe. GB gehe nicht davon aus, daß gemeinsame Haltung der EG-Zehn in Sanktionsfrage möglich sei. [...] GB ist nach Auskunft des FCO weiterhin entschlossen, wirtschaftliche Sanktionen jeder Art im VN-SR mit einem Veto zu belegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1334; Referat 320, Bd. 156027.

<sup>13</sup> Zu den Überlegungen im amerikanischen Kongreß zur Verhängung von Sanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 200, Anm. 15.

<sup>14</sup> Mosambik und Südafrika unterzeichneten am 16. März 1984 am Grenzfluß Nkomati ein Abkommen über Gewaltverzicht und gutnachbarliche Beziehungen (Nkomati-Abkommen). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 469–472.

Am 19. September 1985 berichtete Botschaftsrat Ziefer, Pretoria, nachdem Mosambik das erbeutete Tagebuch eines Südafrikaners vorgelegt habe, der als Sekretär eines Anführers der Rebellenbewegung RENAMO tätig war, habe Südafrika eingestanden, das Nkomati-Abkommen „technisch“ verletzt zu haben: „Es habe sich dabei jedoch um Bemühungen gehandelt, Verhandlungen zwischen der Regierung in Maputo und RENAMO zu fördern. Die Flüge der s[üd]a[frikanischen] Luftwaffe nach Mosambik hätten einzig deswegen stattgefunden, um den Rebellen ‚humanitäre‘ Hilfe zu leisten oder um sa. ‚Besucher‘ bei den Rebellen sowie Baudrupps der sa. Armee zu schützen. Nur zu diesem Zweck seien einmal auch Waffen geliefert worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 586; Referat 320, Bd. 156027.

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz analysierte am 27. September 1985 die Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 23. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York: „Eine ausführliche Stellungnahme zu Südafrika steht an erster Stelle. Die inneramerikanische Sensibilität dieses Themas dürfte für diese Hervorhebung eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. U. a. heißt es, die Frage sei nicht, ob Apartheid abgeschafft werde, sondern wann und wie. Das Ergebnis hänge davon ab, wie schnell die südafrikanische Regierung die neuen Realitäten akzeptiere und ob von beiden Seiten Gelegenheit genutzt werde, bevor es zu spät sei. Echter Friede sei nur erreichbar, wenn die südafrikanische Regierung mit den schwarzen Vertretern verhandele, anstatt diese einzusperrten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

betonte Notwendigkeit gemeinsamer Strategie. Nur USA, GB und wir würden in Südafrika noch gehört. Er fürchte, daß es bald einen friedlichen Wandel nicht mehr geben könne (Shultz stimmte zu). BM fuhr fort, Südafrika empfinde sich als Partner des Westens, es handle aber wie ein nützlicher Idiot der Sowjets. Er habe große Sorge, daß die Rassenpolitik den Sowjets die Tür dazu öffne, im südlichen Afrika Fuß zu fassen.

#### 5) West-Ost-Beziehungen

BM berichtete aus seinem Gespräch mit Schewardnadse, daß es in angenehmem Tone verlaufen sei.<sup>16</sup> Sch. habe uns nicht als Revanchisten beschimpft. Sch. habe die Passage der BM-Rede in Helsinki<sup>17</sup> zustimmend zitiert, daß kleine und mittlere Staaten in Europa eine Rolle spielen müßten. Er habe die INF-Stationierung und Unterstützung für SDI kritisiert. BM habe auf Wichtigkeit drastischer Reduzierung der Offensivsysteme und möglichst Beseitigung aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen verwiesen. Sch. habe letzteres als sofort möglich bezeichnet, woraufhin Kornijenko auf die britischen und französischen Systeme verwiesen habe. Sch. habe die Skala der sowjetischen Vorschläge wiederholt und das Begriffspaar Sternenkrieg und Sternenfriede aus seiner VN-Rede<sup>18</sup> wiederholt. Hier müsse man Ansatzpunkt für weitere sowjetische Propaganda sehen. Solche Wörter seien bewußtseinsprägend. Wie der von uns geprägte Begriff Nachrüstung sehr nützlich für die öffentliche Auseinandersetzung gewesen sei, so werde der Begriff „Sternenfriede“ seine Wirkung haben. Er, BM, sehe voraus, daß Sowjets bei ihrer öffentlichen Linie bleiben würden, daß es nur bei Einbeziehung von SDI in die Verhandlungen zu drastischen Reduzierungen der Offensivsysteme kommen werde.

Shultz fragte, was Sowjets als drastische Reduzierungen ansähen. BM bezweifelte, ob Sowjets sich darauf jetzt schon festlegen würden. Möglicherweise sei dies nicht nur eine Frage der Zahlen, sondern auch eine der Strukturen. Wegen der Reichweite der Pershing II bezeichneten sie diese als strategische Waffe, die überdies noch von deutschem Boden ausgehe. Die SU lehne einen Vergleich der Pershing II mit der SS-20 ab, weil letztere die USA nicht erreichen könnte. In dieser Haltung werde der unannehmbare Bilateralismus deutlich, mit dem die Sowjets große Sicherheit für die Großen in Anspruch nehmen und nur kleine Sicherheit für die kleinen Staaten zubilligen wollten. Mithin sei anzunehmen, daß sie bei Verhandlungen über drastische Reduzierungen auch über die Struktur verhandeln wollten. Natürlich würden die Sowjets auch die Einbeziehung der INF von GB und F wieder fordern. BM fragte nach Bedeutung kürzlicher Äußerungen des Präsidenten zu Reduzierungen (40 Prozent nicht genug).<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 24. September 1985 in New York vgl. Dok. 256.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 31. Juli 1985 in Helsinki vgl. BULLETIN 1985, S. 753–757.

<sup>18</sup> Zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 24. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 256, Anm. 7.

<sup>19</sup> Präsident Reagan äußerte sich am 24. September 1985 in Knoxville, Tennessee, zum möglichen Umfang von Kernwaffenreduzierungen im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1137 f.

Shultz hielt Prozentzahlen für irreführend, weil die Basis unklar sei. Gefechtsköpfe und Strukturen müßten berücksichtigt werden. Zu INF sei die US-Position bekannt. Am besten wäre eine beiderseitige Null-Lösung. Akzeptabel sei auch ausgewogene Reduzierung. Sowjets könnten Niveau nennen. Es gebe nur ein Gleichgewicht in weltweitem Rahmen, unter dem die USA einen Teil in Europa, den anderen weltweit stationieren dürften.

BM sieht Forderung nach drastischen Reduzierungen als gute Position gegenüber der öffentlichen Meinung. Es stelle sich logisch die Frage, welche Auswirkung drastische Reduzierungen auf SDI haben würden.

Shultz bemerkte, der Präsident werde seine Sicht von SDI nicht ändern. Die Prüfung der Frage, ob es langfristig eine Verteidigungsmöglichkeit gegen Offensivsysteme gebe, sei von vitaler Bedeutung. Hierauf suchten die USA nach einer Antwort; dann sollte gemeinsam der Übergang zur Stärkung der Sicherheit durch Defensivsysteme beschritten werden. Die Tatsache, daß die Sowjets intensiv an Defensivwaffen arbeiteten, zeige, daß sie es genauso sähen. Frühere Reden von Kossygin und Gromyko bewiesen dies.

BM fragte, ob die Sowjets auch an raumgestützten Defensivsystemen arbeiteten. Shultz bejahte das. Sie hätten eine viel größere Kapazität, militärische Satelliten in den Weltraum zu bringen, als die USA. BM hielt Unterrichtung der Öffentlichkeit über Anzeichen sowjetischer Forschung bezüglich weltraumgestützter Verteidigung von entscheidender Bedeutung, da zur Zeit die sowjetischen Aktivitäten im Gegensatz zu den amerikanischen als ABM-konform dargestellt würden. Shultz bemerkte, entsprechende Unterrichtung, wie auch eine Nitze-Rede, seien nur an die Verteidigungsministerien gegeben worden und hätten offenbar nicht die nötige Aufmerksamkeit gefunden.<sup>20</sup> Er sagte zu, eine einschlägige, für die Öffentlichkeit bestimmte Publikation zur Verfügung zu stellen.

#### 6) MBFR

BM verwies auf den gemeinsamen deutsch-britischen Vorschlag zur Belebung der MBFR-Verhandlungen, der wenig Beifall in Washington gefunden zu haben scheine.<sup>21</sup> Er wolle Shultz selbst darauf hinweisen und ihn bitten, sich per-

<sup>20</sup> Der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, äußerte sich am 28. Juni 1985 in New York zu den sowjetischen Programmen im Bereich der Raketenabwehr und der Weltraumwaffen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 571–576.

<sup>21</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik und Großbritanniens für einen neuen MBFR-Verhandlungsschritt vgl. Dok. 192.

Gesandter Wallau, Washington, resümierte am 11. September 1985 eine Stellungnahme des amerikanischen Außenministeriums: „Am wenigsten Probleme habe Administration mit dem Umdenken von dem bisherigen Grundansatz einer umfassenden MBFR-Vereinbarung auf ein beschränktes Abkommen, das zunächst nur bilaterale amerikanisch-sowjetische Reduzierungen beinhalte. [...] Die größten Probleme habe die Administration damit, daß der britisch-deutsche Vorschlag Truppenreduzierungen ohne vorherige Einigung über Ausgangsdaten der Truppenstärken in irgendwelcher Form vorsehe. Die Administration wolle dem von uns beabsichtigten Verifizierungsprozeß trotz gewisser Zweifel an seiner Wirksamkeit nicht von vornherein die Fähigkeit zu gesicherten Erkenntnissen über die Truppenstärke des Warschauer Pakts im Reduzierungsgebiet absprechen; entscheidend sei aber, daß der britisch-deutsche Vorschlag keine Grundlage dafür schaffe, die andere Seite bei Erkenntnissen über höhere als von ihr behauptete Truppenstärken zur Rechenschaft zu ziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4285; VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

Am 19. September 1985 vermerkte Botschafter Ruth: „Erste ‚Trilaterale Konsultation‘ am 18.9. in Brüssel mit US und UK hat – wie von uns befürchtet – keine Einigung mit USA auf gemeinsame Einführung der deutsch-britischen Initiative in die NATO (zwecks Erarbeitung einer formellen Bündnisweisung für Wien) erbracht: US-Delegation unterrichtete UK und uns, daß es derzeit noch

sönlich der Frage anzunehmen. Shultz bemerkte: Man müsse sich erst daran gewöhnen, daß auch GB bei MBFR aktiv geworden sei.

[gez.] Braunmühl

VS-Bd. 11317 (220)

## 259

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 19**  
**Citissime**

**Aufgabe: 26. September 1985, 11.13 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 26. September 1985, 19.19 Uhr**

Von BM noch nicht genehmigt.

Betr.: Treffen der vier Außenminister in New York am 23.9.85<sup>2</sup>

1) Traditionelles Treffen der vier Außenminister am Rande der GV fand im Rahmen eines Abendessens statt, zu dem AM Shultz eingeladen hatte. Übrige Teilnehmer: Politische Direktoren<sup>3</sup> sowie je ein Note-taker.

Es wurden folgende Themen behandelt:

- Ost-West-Beziehungen, insbesondere Vorbereitung des Gipfels USA–Sowjetunion<sup>4</sup> sowie Gorbatschow-Besuch in Paris
- Spanien in der NATO
- Zentralamerika
- Verschuldungskrise
- Feiern zum 40. Jahrestag der VN
- 750-Jahr-Feiern in Berlin

2) Ost-West-Beziehungen: Gorbatschow-Besuch in Paris<sup>5</sup>

AM Dumas berichtete zunächst über die Vorbereitung des Besuchs von GS Gor-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1326*

keine gemeinsame US-Regierungsposition gäbe, weder über die politische Opportunität eines neuen westlichen Verhandlungsschritts, noch über dessen konkrete Gestaltung.“ Vgl. VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat Legationsrat Quelle am 30. September 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der Eröffnung der VN-Generalversammlung vom 21. bis 27. September 1985 in den USA auf.

<sup>3</sup> Gerold Edler von Braunmühl (Bundesrepublik), Pierre Morel (Frankreich), Rozanne Ridgway (USA) und Derek Thomas (Großbritannien).

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich.

batschow in Paris, der am 2. Oktober beginnt. Vorbereitungen sind in vollem Gange. Vorbereitungen auf sowjetischer Seite zeigen, daß sowjetische Regierung ernsthafte Diskussion mit französischer Regierung führen möchte. Präsident Mitterrand wird GS Gorbatschow zu mehreren Treffen empfangen. Sowjets hatten Agenda des Treffens zunächst stark limitiert. Dumas mußte insistieren, um Fragen der Menschenrechte in TO einzuschließen. Französische Seite wird Gelegenheit haben, die sie interessierenden Themen wie Fragen der Militarisierung des Weltraums sowie regionale Fragen zu behandeln. Sowjets drängen auf Abschlußkommuniqué. Französische Seite legt Wert auf eine von der sowjetischen Seite unabhängige Erklärung, in der die Schlußfolgerungen des Besuchs aufgeführt werden können; hilfsweise wird an eine französische Pressekonferenz<sup>6</sup> gedacht.

Dumas charakterisierte Besuch als Gelegenheit zu einem vertieften Meinungsaustausch, der Möglichkeit gebe, die französischen Thesen zu bestätigen, Übereinstimmungen festzustellen und Gegensätze herauszuarbeiten.

Neben der Frage der Menschenrechte könnten sich bei den regionalen Fragen, hier insbesondere zu Afghanistan, Ansätze für Fortschritte ergeben. Auch die polnische Frage wolle man ansprechen.

GS werde sich als neuer Mann erweisen und deshalb in bestimmten Punkten auch Fortschritte aufweisen wollen. Vielleicht wolle er in der Afghanistan- oder auch in der China-Frage etwas mehr Flexibilität zeigen. Auszuschließen sei auch nicht, daß er Möglichkeiten für den Gipfel andeute. GS brauche Erfolge in der Sicht der Öffentlichkeit. Da die Dinge in Genf<sup>7</sup> sich nur sehr langsam bewegten, sei dies vielleicht am ehesten in den regionalen Fragen möglich.

AM Shultz ergänzte, daß er von einer Bewegung der Sowjets in regionalen Fragen gehört habe – ähnliches sei beispielsweise PM Gandhi in Moskau gesagt worden<sup>8</sup> –, dann aber sei doch nichts geschehen. Vielleicht wähle GS in der Tat Paris als Forum, um Veränderungen der sowjetischen Positionen anzuzeigen und entscheide sich damit gegen Genf. Sicher sei dies natürlich nicht.

BM meldete Zweifel an, daß Sowjets jetzt in den regionalen Fragen Fortschritte anzeigen würden. Interesse für regionale Fragen würde markiert werden, zum Beispiel zur Situation im Nahen Osten. Auch dies sei wichtig für das Klima. Entscheidend sei aber für die sowjetische Seite das langfristige Verhältnis zu den USA, hier gelte das vorrangige Interesse den Abrüstungsfragen, insbesondere der Behandlung von SDI. GS habe ein schweres Erbe übernommen, denn der technologische Abstand zum Westen sei größer geworden<sup>9</sup>, auch wenn man die SDI-Frage beiseite lasse. Eine Zeitlang habe es so ausgesehen, als ob der technologische Abstand abnehme. Dies sei nicht der Fall und bereite der sowjetischen Führung große Sorge. Hinzu komme eine Beunruhigung über

<sup>6</sup> Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des Staatspräsidenten Mitterrand am 4. Oktober 1985 in Paris vgl. *LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE* 1985 (September/Oktober), S. 60–63.

<sup>7</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262.

<sup>8</sup> Ministerpräsident Gandhi hielt sich vom 21. bis 26. Mai 1985 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 172, Anm. 16.

<sup>9</sup> Zur Frage des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der UdSSR vgl. Dok. 183.



die Situation Chinas: Wenn das chinesische Wirtschaftsexperiment gelinge<sup>10</sup>, sei SU von zwei Seiten in unangenehmer Lage. Hieraus erkläre sich auch das Interesse des GS an der Modernisierung der sowjetischen Volkswirtschaft. Für den Westen stelle sich die Frage, wie diese Situation gerade für die Abrüstungsverhandlungen genutzt werden könne.

BM erinnerte an die Aussprache beim NATO-Frühjahrestreffen der Außenminister in Lissabon<sup>11</sup>, wo man festgestellt habe, daß es für den Osten eine Alternative zum Rüstungswettlauf gebe, nämlich die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Preis, den der Westen hierfür fordern könne, sei eine wirkliche Abrüstung bei den Offensivwaffen.

AM Howe sah ebenfalls keine Anzeichen dafür, daß an Lösung in Afghanistan gedacht werde. Bei dem Besuch von Gorbatschow in London<sup>12</sup> habe es keinerlei Hinweise hierzu gegeben. Shultz warf ein, daß Kornijenko Andeutungen zum Abzug von Truppen aus Afghanistan gemacht habe.

Howe zeigte sich nach seinem heutigen Gespräch mit AM Schewardnadse beeindruckt von der Entschlossenheit, Ernsthaftigkeit und dem Professionalismus des sowjetischen AMs. In der Frage der Ausweisung der Botschaftsangehörigen habe er entschlossen und unbeeindruckt gewirkt.<sup>13</sup> Er sei insbesondere bereit gewesen, über Themen des Gipfeltreffens zu sprechen. Er habe den Eindruck, daß Sowjets ein gewisses Interesse hätten, beim Gipfel voranzukommen. Das sowjetische Motiv hierfür sei nicht alleine, die westliche Öffentlichkeit zu beeindrucken. Spürbar sei die tiefe Sorge der Sowjets über die Entwicklungen im Weltraum, insbesondere über SDI. Hier glaube er den Willen zu erkennen, einen Durchbruch zu erzielen. Beeindruckt habe ihn, und deshalb sei er hoffnungsvoll, die Bereitschaft im Rahmen bestehender Verträge, insbesondere des ABM-Vertrags, zu argumentieren. Nicht deutlich sei geworden, welche Lösungen sie letzten Endes anstreben würden. Eindeutig sei, daß sie den Unterschied

<sup>10</sup> Zur Reform des chinesischen Wirtschaftssystems sowie der Agrarpolitik vgl. Dok. 28, Anm. 13, und Dok. 184, Anm. 17.

<sup>11</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 6./7. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 149 und Dok. 150.

<sup>12</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>13</sup> Nach dem Ersuchen des Leiters der Niederlassung des sowjetischen Geheimdiensts KGB in London, Gordijewskij, um politisches Asyl in Großbritannien wurden am 12. September 1985 25 sowjetische Staatsbürger aufgefordert, Großbritannien zu verlassen. Die Regierung der UdSSR reagierte am 14. September 1985 mit der Ausweisung von Mitarbeitern der britischen Botschaft in Moskau sowie mehrerer britischer Journalisten und Geschäftsleute. Weitere Ausweisungen sowjetischer Vertreter aus Großbritannien erfolgten am 16. September, woraufhin am 18. September 1985 erneut britische Staatsbürger zum Verlassen der UdSSR auffordert wurden. Vgl. dazu die Artikel „KGB-Mann in Großbritannien übergelaufen. London weist 25 sowjetische Agenten aus“ sowie „Howe: schwerer Rückschlag in den Beziehungen zu Moskau“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. September bzw. 16. September 1985, jeweils S. 1. Vgl. außerdem den Artikel „London spielt nicht länger mit“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. September 1985, S. 6. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 11. Oktober 1985, daß der Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Thomas, beim Vierertreffen der Politischen Direktoren am Vortrag ausgeführt habe, Gordijewskij, habe „außerordentlich wertvolle Erkenntnisse über das KGB-Netz und die KGB-Methoden in Großbritannien, aber auch in einigen anderen Ländern, mitgeteilt“. Trotz der Überlegung, daß die dadurch enttarnten KGB-Agenten „nach der Entdeckung relativ ungefährlich geworden seien“, habe sich die britische Regierung zur Ausweisung entschlossen: „Wenn herausgekommen wäre, daß die Regierung über die Agenten unterrichtet worden sei, aber nichts unternommen habe, hätte es einen öffentlichen Aufschrei gegeben. Die Sowjets hätten das britische Stillhalten als Schwäche aufgefaßt.“ Vgl. VS-Bd. 13440 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

zwischen Forschung und dem, was darüber hinausgehe, festlegen wollten. Hier bestehe wohl die Absicht, dies mit den USA zu definieren. Ihre Sorgen in dieser Frage – und dies sei im Gespräch immer deutlich geworden – beruhten auf einem tiefen Gefühl der Unterlegenheit gegenüber den USA.

AM Shultz wies darauf hin, daß die Militarisierung des Weltraums von den Sowjets in der Praxis mit Nachdruck betrieben werde. 80 Prozent der sowjetischen Weltraumberührungen (space shots) seien militärischer Natur. Bei den USA handele es sich nur um 20 v. H.

Shultz unterstrich die Entschlossenheit des Präsidenten, weiter der Frage nachzugehen, ob es möglich sei, sich gegen Raketenwaffen zu verteidigen. Was man tue, geschehe im Rahmen des ABM-Vertrags.

Für die Sowjets sei die Verteidigung nicht nur das wichtigste Thema, sie seien geradezu besessen von dieser Frage. Die Vorbereitung des Gipfels werde in Washington mit großer Sorgfalt betrieben. Trotz der sowjetischen Propagandakampagne – Arbatow, Menschikow und andere bereisten die USA und würden überall empfangen – werde man Präsident Reagan nicht daran hindern können, herauszufinden, ob eine Verteidigung gegen Raketenwaffen möglich sei. In Washington sei man sich bewußt, daß Sowjets mit Vorschlägen kommen würden. In Genf seien von sowjetischer Seite zwei Sondersitzungen für die kommende Woche vorgesehen worden. Irgend etwas tue sich. Bei den Vorbereitungssitzungen über regionale Fragen handele es sich um sterile Sitzungen, in denen die amerikanische Seite eine Menge sage. Die sowjetische Seite sei nicht sehr konstruktiv und sage wenig. In den in dieser Woche zu führenden Gesprächen mit SU-AM würden diese Fragen erneut aufgenommen werden.<sup>14</sup> Er sehe aber keine große Chance, bei Afghanistan wirklich weiterzukommen, obwohl SU diese Möglichkeit als Chance begreifen sollte. Er glaube allerdings nicht, daß man schon an einem Punkt angekommen sei, an dem es Ergebnisse geben könnte. AM Schewardnadse wurde von ihm als Person charakterisiert, mit der man reden könne. Anders als Gromyko, der seine vorgefertigten Reden gehalten habe. Bei dem jüngsten Treffen in Helsinki habe sich Schewardnadse noch an seinen Notizen festgehalten.<sup>15</sup> Howe warf hier ein, daß er in seinem Gespräch den Eindruck gewonnen habe, daß sowjetischer AM heute entspannter sei. Er habe spontan geantwortet. Darin folge er dem Beispiel des GS.

AM Shultz kündigte an, daß noch vor dem Genfer Gipfel die USA mit ihren Freunden sprechen wollten. Nach den Gesprächen mit Schewardnadse in New York und Washington biete sich ein solches Gespräch im Laufe des Monats Oktober an, wenn die Allianzpartner erneut in New York seien.<sup>16</sup> Es werde daran gedacht, dann eine Unterrichtung über den Fortgang der Vorbereitungen zu geben. Die Tagesordnung für Genf sei ähnlich wie die von F. Der Präsident arbeite daran. Er wolle Ergebnisse bei der Abrüstung. Die Partner sollten etwas

<sup>14</sup> Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 27. September 1985 in Washington vgl. Dok. 261.

<sup>15</sup> Zum Treffen der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.  
Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse vgl. Dok. 214.

<sup>16</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie mit Präsident Reagan am 24. Oktober 1985 in New York. Dok. 290.

Geduld haben. Die USA seien jedenfalls bereit zu verhandeln, um etwas zu erreichen, falls dies möglich sei. Er selbst glaube, daß Fortschritte möglich seien; er wisse allerdings nicht, ob die Sowjetunion etwas auf den Tisch legt.

Das Treffen in Genf sei auf zwei Tage angelegt. Am ersten Tag seien die USA Gastgeber, das Abendessen des ersten Tages finde auf Einladung der SU statt. Am zweiten Tag sei die SU Gastgeber für die Gespräche, der Präsident Gastgeber beim Abendessen. Die Frage, wie gedolmetscht werde, sei noch nicht entschieden. Bei seinem Treffen in Helsinki mit Schewardnadse sei Simultandolmetschen versucht worden. In New York ziehe er die konsekutive Übersetzung vor. AM Dumas ergänzte, daß man in Paris auch an konsekutives Übersetzen denke, vielleicht könne man es auch mit Zuflüstern versuchen.

AM Howe gab zwei Dinge zu bedenken. Zum einen müsse der Gipfel Substanz haben und dürfe nicht nur dem Kennenlernen und gegenseitigen Abschätzen dienen. Zum anderen müsse Klarheit gefunden werden zu den Lücken im Time-Interview von GS Gorbatschow.<sup>17</sup> Das Interview zeige eines deutlich, und dies verursache bei ihm große Sorge, daß nämlich die sowjetische Seite im Wege der „open diplomacy“ die westliche Öffentlichkeit für sich einnehme. Hier komme es darauf an, zu zeigen, daß die sowjetischen Vorschläge im Grunde ohne Substanz seien. Es sei sehr wichtig, dies der Öffentlichkeit im Westen klarzumachen.

AM Dumas berichtete über die Bemühungen der sowjetischen Verhandlungspartner bei der Vorbereitung des Besuchs in Paris alles zu tun, um ihn als großen Erfolg herausstellen zu können. Sowjetische Seite sei deshalb bereit, alles zu tun, um Schwierigkeiten zu vermeiden. Große Sorge bereiteten den Sowjets die angekündigten Demonstrationen jüdischer Organisationen wegen der Behandlung der jüdischen Gemeinden in der SU. Französische Regierung habe vorgeschlagen, bestimmte Projekte in der Provinz in das Programm aufzunehmen, z. B. habe man den TGV zeigen wollen. Sowjets hätten dieses Programm nicht akzeptiert. Wegen der Furcht vor Demonstrationen würde Gorbatschow nun nicht in die Provinz fahren, sondern in Paris bleiben und außerhalb der Stadt nur Peugeot besuchen. Diese Reaktion gebe zu denken.

BM analysierte, daß die propagandistische Kulisse sich voll auf die Frage konzentriere, ob SDI zur Disposition gestellt werde. Die sowjetische Erklärung zur Zulassung von Grundlagenforschung zeige, daß die Weltraumfrage im Mittelpunkt stehe und für Genf eine zentrale Rolle spielen werde.

AM Shultz äußerte, daß über die Frage der „public diplomacy“ nachgedacht werden müsse. Die angebliche Konzession von Gorbatschow in seinem Interview zur Zulässigkeit von Forschung im Rahmen des ABM-Vertrages sei natürlich in Wirklichkeit gar keine, sondern nur die Wiederholung und Feststellung einer Selbstverständlichkeit.

<sup>183</sup>) Spanien in der NATO

Minister stellten unklare Situation in Spanien über die weitere NATO-Mitgliedschaft fest.<sup>19</sup> AM Shultz kündigte an, daß er in seinem Gespräch mit PM Gon-

<sup>17</sup> Vgl. den Artikel „An Interview with Gorbachev“; TIME vom 9. September 1985, S. 10–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. Gorbatschow, REDEN, Bd. 2, S. 382–404.

<sup>18</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 20 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>19</sup> Zur spanischen NATO-Mitgliedschaft vgl. Dok. 205.

zález in New York um Aufklärung über weiteres Vorgehen der spanischen Regierung in dieser Frage bitten werde. AM Howe äußerte Enttäuschung über spanische Haltung, die anscheinend volle Mitgliedschaft ausschließe. AM Dumas wies auf sich widersprechende Hinweise hin. Die dem früheren AM Morán zugeschriebene feindliche Haltung zur NATO habe er persönlich nicht beobachtet. Das Verhalten von MP González vom spanischen EG-Beitritt profitiere und deshalb möglicherweise die Wahlen vorziehen werde<sup>20</sup>, um mit diesem Thema die Wahlen erneut zu gewinnen.<sup>21</sup> Im Wahlkampf könne dann die Frage des EG-Beitritts mit der NATO-Mitgliedschaft verbunden werden. Er glaube, daß bei einer Koppelung dieser beiden Themen auch ein NATO-Referendum mit Erfolg bestanden werden könne.

#### 4) Terrorismus

AM Shultz stellte die Frage, was zusätzlich zu den bisherigen Aktivitäten gegen den Terrorismus getan werden könne. Er wolle wegen der französischen Vorbehalte nicht insistieren, da auch beim Siebener-Treffen<sup>22</sup> hierüber gesprochen werde. Festzustellen sei, daß es sich um eines der größten Probleme handle, wo trotz Bekämpfung die Dinge sich weltweit leider nicht verbessern. Es sei eindeutig, daß Behandlung des Themas in den VN nicht weiterhelfe. Was gebraucht werde, sei eine Gruppe, die kohärent arbeite. Die Bedeutung der Frage für Europa liege auf der Hand, wenn man sich die Aktionen ansehe, die in den letzten Monaten gegen NATO-Einrichtungen unternommen worden seien.<sup>23</sup> Auf der Plusseite sei eine gute Zusammenarbeit der Dienste zu verzeichnen. 90 Aktionen seien im letzten Jahr durch Entdeckung verhindert worden. Unbefriedigend sei weiterhin, daß der internationale Terrorismus über Refugien verfüge. Dies habe bisher nicht verhindert werden können.

AM Dumas stellte fest, daß Erfolge durch Informationsaustausch erreicht worden seien. Auch in der ICAO gebe es eine gute und positive Zusammenarbeit, die allerdings verbessert werden könnte. Er halte es nicht für tunlich, die Form oder den Rahmen der Zusammenarbeit zu wechseln<sup>24</sup>, denn dies würde die ganze Konzeption der Arbeit gegen den Terrorismus umstoßen. Dies sei auch der Grund für das französische Verhalten beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn<sup>25</sup> gewesen. Im übrigen hätten die Vier kein Mandat, die Entscheidungen der Sieben umzustößen. Verbesserungswürdig sei die bilaterale Zusammenarbeit. Dies betreffe vor allen Dingen die Verhandlungen über Auslieferungen zwischen den USA und F, die zur Zeit unterbrochen seien. Es sei ihm nicht klar, warum dies so sei. Wichtig für ihn sei es, die Zusammenarbeit zu verbessern. Leider habe die bisherige Diskussion nicht zu vernünftigen Resultaten geführt. Zunächst sollte versucht werden, die Bereiche zu identifizieren, in denen die Zusammenarbeit verbesserungsfähig sei.

<sup>20</sup> In Spanien fanden am 22. Juni 1986 Parlamentswahlen statt.

<sup>21</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>22</sup> Für das Gespräch der Außenminister der G-7 am 25. September 1985 in New York vgl. Dok. 255.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat von Rom übermittelte der Botschaft in Washington am 17. April 1985 ein „Papier über Terrorismus in Europa“, das insbesondere Anschläge gegen Persönlichkeiten und Einrichtungen der NATO zum Gegenstand hatte. Vgl. den Drahterlaß Nr. 520; Referat 204, Bd. 135320.

<sup>24</sup> Der Passus „nicht für ... zu wechseln“ wurde von Legationsrat Quelle hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>25</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

AM Howe unterstrich, daß die Siebener-Gruppe ein wichtiges Forum für Terrorismusfragen abgebe. BM wies darauf hin, daß im Siebener-Kreis Fragenkomplex Terrorismus am 25. September in New York behandelt werde.

#### 5) Zentralamerika

AM Shultz würdigte die Arbeit der Contadora-Gruppe, die dabei sei, eine neue Runde einzuleiten.<sup>26</sup> USA unterstützten diese Bemühungen. NIC sei immer noch der Störenfried (odd man out) in der Region. Auch dort müsse die Opposition gehört werden, wie dies Duarte in El Salvador tue, obwohl oppositionelle Kräfte seine Tochter entführt hätten.<sup>27</sup> USA begrüßten das Treffen der Außenminister der EG und Zentralamerikas im November.<sup>28</sup> Er fügte scherzend<sup>29</sup> hinzu, er hoffe, daß die Gemeinschaft den Zentralamerikanern viel Geld gebe.

#### 6) Verschuldungskrise

Im Zusammenhang mit dem Besuch des argentinischen Präsidenten Alfonsín<sup>30</sup> berichtete AM Dumas über die argentinischen Sorgen hinsichtlich der Verschuldungssituation Lateinamerikas. Auch der Präsident von Uruguay<sup>31</sup> habe hierauf drängend hingewiesen. Es sei deutlich, daß das ganze Problem nicht ein

<sup>26</sup> Ministerialdirektor Haas hielt am 18. September 1985 fest: „Auf dem Hintergrund weiter wachsender Spannungen zwischen Nicaragua und seinen Nachbarn Costa Rica und Honduras haben die Contadora auf dem AM-Treffen in Panama am 12./13. September die fünf zentralamerikanischen Regierungen zu einer neuen bis 20. November ultimatim abzuschließenden Verhandlungsrunde auf der Basis einer erneut revidierten Contadora-Akte bewegt. Die Verhandlungen sollen sich auf die entscheidenden politischen und militärischen Verifikations- und Kontrollfragen konzentrieren. Die anderen Teile der Schlußakte gelten jetzt als fertig verhandelt. Noch während des Treffens gerieten nicaraguanische und honduranische Truppen im Grenzbereich erstmals wieder seit längerem in direkte Gefechtsberührung. Neu ist auch, daß die honduranische Seite den Vorfall öffentlich herausgestellt hat. Vorbereitungen der Sandinisten lassen auf größere Offensiven gegen die ‚Contras‘ und damit auch häufigere Grenzkonflikte in den nächsten Monaten schließen.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146553.

<sup>27</sup> Botschafter Dodenberg, San Salvador, berichtete am 11. September 1985: „Dialog bleibt wichtigste innenpolitische Initiative von Präsident Duarte zur Lösung des internen Konflikts. Nach hoffnungsvollem Auftakt in La Palma (15. Oktober 1984) und sehr ernüchterndem Treffen in Ayagualo (30. November 1984) ist Dialogprozeß ins Stocken geraten und scheint vorläufig festgefahren. Regierung und Guerilla machen sich wechselseitig dafür verantwortlich. Regierung verweist auf überzogene Forderungen der Guerilla – z. B. Machtbeteiligung, Aufteilung des Landes in Herrschaftszonen und spätere Zusammenlegung der Streitkräfte. Dies wird von Duarte unter Hinweis auf Bindung an Verfassung entschieden zurückgewiesen. Duarte ist zu dritter Dialogrunde bereit, wenn bei vorangehenden informellen Treffen zumindest ein kleiner vorzeigbarer Erfolg gesichert werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 144; Referat 331, Bd. 136334.

Referat 331 hielt am 12. September 1985 fest: „Ines Guadalupe Duarte, Tochter des Präsidenten von El Salvador, [...] ist am 10. September 1985 von sechs Unbekannten in El Salvador entführt worden. Ein Leibwächter der 35jährigen Frau wurde dabei erschossen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136334.

Am 24. September 1985 informierte Dodenberg über eine Unterrichtung durch den salvadorianischen Außenminister Castillo Claramount zu der Entführung: „Die FMLN habe der Regierung gegenüber die Verantwortung übernommen, zugleich aber absolute Geheimhaltung gefordert. Insbesondere für die Verhandlungen über eine evtl. Freilassung. Die konkreten Forderungen der Guerilla dafür könne er, der AM, derzeit nicht weitergeben. Die Forderungen brächten die Regierung in eine sehr schwierige Lage, weil sie sich gegen das ordnungsmäßige Funktionieren der Gewalten in einem Staatswesen richteten und somit an die Substanz des Demokratisierungsprozesses gingen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; Referat 331, Bd. 136334.

<sup>28</sup> Am 11./12. November 1985 trafen in Luxemburg die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, Spaniens und Portugals sowie von neun lateinamerikanischen Staaten zusammen.

<sup>29</sup> Dieses Wort wurde von Legationsrat Quelle hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „So scherzhaft kann das nicht gemeint gewesen sein.“

<sup>30</sup> Präsident Alfonsín besuchte vom 18. bis 21. September 1985 Frankreich.

<sup>31</sup> Julio Maria Sanguinetti.

technisch-finanzieller Punkt sei, sondern überragende politische Bedeutung habe. Die Frage müsse auf dem Hintergrund der demokratischen Erneuerung in Südamerika gesehen werden. Die demokratischen Regierungen seien auf Dauer nicht lebensfähig, wenn sie die wirtschaftlichen Probleme nicht beherrschten. Der größte Teil der BSP müsse für den Schuldendienst aufgebracht werden. Damit laste eine schwere Last auf Wirtschaft und Gesellschaft. Hilfe sei geboten. Präsident Alfonsín sei in größter Sorge gewesen. AM Shultz zeigte Verständnis, fragte aber, was Industrieländer konkret machen könnten. Bei den Schulden der EL handele es sich um die Ersparnisse öffentlicher Stellen und privater Personen. Wer solle diese Verpflichtungen ablösen? In Wirklichkeit gebe es in den Ländern Südamerikas großen Reichtum. Das Kapital sei außer Landes gebracht worden. Die Frage sei, wie man dieses Kapital wieder anziehen könne. Dies gelinge nur, wenn die Anlage im eigenen Land attraktiv gemacht werden könne. Dies sei nicht der Fall, weil die Länder wirtschaftspolitisch nicht ordentlich geführt würden. Er habe beobachtet, daß in der Rede des brasilianischen Präsidenten Sarney das Problem mit Nachdruck behandelt worden sei. Allerdings habe auch Sarney keine Lösung anbieten können. Was Alfonsín angehe, so sei man in den USA der Meinung, daß er die Dinge besser anfasse als alle anderen, obwohl er große Probleme habe.<sup>32</sup> Seine mutigen Schritte seien beeindruckend und verdienten, unterstützt zu werden. Leider tendierten die Programme des Internationalen Währungsfonds zu einer Austeritätspolitik, die das Wachstum verlangsamt und einen Verlust der realen Einkommen mit sich bringe. Wenn es kein Wachstum gebe, sei es allerdings unmöglich, die Dinge in den Griff zu bekommen. Er plädiere deshalb nachdrücklich für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Neben Argentinien habe auch Mexiko Anstrengungen unternommen, um den Haushalt zu sanieren. Die Öffnung des Marktes sei ein Hoffnungsschimmer. Solche Politiken gelte es zu unterstützen. Shultz schlug vor, die Gruppe der Finanzminister der Fünf<sup>33</sup> zu bitten, auf diese Frage ihre Aufmerksamkeit zu konzentrieren.

7) Feiern zum 40. Jahrestag der VN<sup>34</sup>

Minister tauschten sich kurz über Vorbereitungen zum 40. Jahrestag der VN aus. US-Regierung rechnet mit 80 Staatschefs, die zwischen dem 10. und 24. Oktober nach New York kommen werden. Die eigentlichen Feiern werden sich auf den 23./24. Oktober konzentrieren. Präsident Reagan wird anwesend sein. Präsident Mitterrand wird nicht nach New York kommen, sondern sich durch PM Fabius vertreten lassen. Von sowjetischer Seite ist Vertretung durch Gromyko geplant. Chinesischer PM<sup>35</sup> hat Erscheinen zugesagt. Von deutscher Seite wird voraussichtlich BM Vertretung von D übernehmen.<sup>36</sup>

<sup>32</sup> Zur wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik der argentinischen Regierung vgl. Dok. 247, Anm. 11.

<sup>33</sup> James A. Baker (USA), Pierre Bérégovoy (Frankreich), Nigel Lawson (Großbritannien), Gerhard Stoltenberg (Bundesrepublik), Noboru Takeshita (Japan).

<sup>34</sup> In New York fanden vom 20. bis 24. Oktober 1985 Jubiläumsfeiern aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen statt.

<sup>35</sup> Zhao Ziyang.

<sup>36</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 21./22. Oktober 1985 in den USA auf und sprach am 21. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1985, S. 1013–1015.

Bundeskanzler Kohl hielt sich anläßlich der Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen vom 22. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf.

8) Direktkontakt des Senats mit der DDR im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier Berlins 1987

BM erläuterte, daß Vorbereitungen in Berlin für 750-Jahr-Feiern anlaufen.<sup>37</sup> Regierender Bürgermeister<sup>38</sup> habe die Absicht, mit der anderen Seite zu sprechen.<sup>39</sup> Bonner Vierer-Gruppe sei hierüber unterrichtet worden. Wir glaubten nicht, daß Statusfragen berührt würden. Der Regierende Bürgermeister werde in Abstimmung mit der Bundesregierung sehr vorsichtig vorgehen. Der Chef der Senatskanzlei werde mit der DDR-Seite als Stellvertreter des Koordinators für die Aktivitäten für die 750-Jahr-Feier 1987 sprechen.<sup>40</sup>

Drei Außenminister äußerten hierzu keine Bedenken. Shultz bat, die Planungen so abzustimmen, daß sie westliche Positionen nicht in Frage stellten. Er halte es für gut, daß die Konsultationen über diese Fragen in enger Abstimmung erfolgten.

AM Shultz sprach die sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin an.<sup>41</sup> Er beachtete, das Korridorproblem mit dem sowjetischen AM aufzunehmen, da sich hieraus Spannungen und damit Probleme ergeben könnten. In der technischen Gruppe sei das Problem nicht gelöst worden, deshalb halte er die direkte Befassung sowjetischen AM durch ihn für angezeigt. AM Dumas und AM Howe gaben zu erkennen, daß sie die Frage in ihren Gesprächen mit AM Schewardnadse nicht zur Sprache bringen wollten.

[gez.] Jansen

**Referat 204, Bd. 135302**

<sup>37</sup> Zu den Planungen für die 750 Jahrfeier in Berlin vgl. Dok. 218, Anm. 3.

<sup>38</sup> Eberhard Diepgen.

<sup>39</sup> Zur Frage von Direktkontakten des Berliner Senats mit der DDR vgl. Dok. 218.

<sup>40</sup> Legationssekretär Weil vermerkte am 15. November 1985: „In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 13.11.1985 unterrichtete der deutsche Sprecher seine alliierten Kollegen über das Gespräch, das der Chef der Senatskanzlei, Stronk, am 8.11.85 mit DDR-StS Löffler geführt hat. Stronk und Löffler hätten für die drei folgenden Themenbereiche Gespräche auf Expertenebene vereinbart: Zeitliche Koordination von Aufführungen von ausländischen Orchestern u. ä. in beiden Teilen der Stadt; Diskussion über Verbesserung der Besuchsmöglichkeiten innerhalb Berlins anlässlich der 750-Jahrfeier durch Gespräche der beiden Besuchsbeauftragten Müller (DDR) und Kunze (Senat); Rückführung von Denkmälern an ihren ursprünglichen Standort (analog Verfahren Figuren für Schloßbrücke). Der deutsche Sprecher führte weiter aus, daß sich Stronk und Löffler für zwei Themen noch nicht auf die Reduzierung der Gesprächsebene auf Experten hätten einigen können. Es handle sich dabei einmal um den Austausch von Museumsstücken (Standortproblem vor 1945; Stiftung Preußischer Kulturbesitz), zum anderen um eine terminliche Anpassung von Veranstaltungen, an denen eine Teilnahme Berliner Würdenträger in Frage kommt.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139167.

<sup>41</sup> Zu den sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin vgl. Dok. 194. Vortragender Legationsrat von Berg notierte am 19. September 1985: „Im BASC wird weiter mit technischer Argumentation verhandelt, wobei nicht zu verkennen ist, daß hier seit dem Lissaboner Treffen kein durchschlagender Fortschritt erzielt worden ist. [...] Auf Arbeitsebene (Vierergruppe) schließen die Alliierten nicht aus, zur Unterstützung der Verhandlungen im BASC das Korridorproblem gegenüber Gorbatschow bei dessen Begegnungen mit Präsident Mitterrand und Präsident Reagan anzusprechen. Da die sowjetische Seite auch auf alliierte Demarchen auf hoher Ebene (zuletzt Gespräch AM Shultz mit AM Schewardnadse in Helsinki) nicht substantiell reagiert hat, sollten wir diese Überlegungen unterstützen, um einer durch Zeitablauf und Praxis fortschreitenden Statuserosion im Korridorregime entgegenzuwirken.“ Vgl. VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

## 260

**Gespräch des Ministerialdirektors Teltschik,  
Bundeskanzleramt, mit dem  
Sonderberater des französischen Staatspräsidenten, Attali**

VS-vertraulich

27. September 1985<sup>1</sup>

Gespräch zwischen Herrn AL2 (in Begleitung GL21<sup>2</sup>) und Herrn Attali (in Begleitung von Madame Guigou) am 27. September 1985 von 8.45 bis 11.30 Uhr

Anwesend: Neben den Genannten Frau Bouverat als Dolmetscher.

I. Herr *Attali* eröffnet das Gespräch mit der Frage, ob es richtig sei, daß in der Frage von SDI die deutsche Regierung noch keine Entscheidung getroffen habe, daß eine solche Entscheidung erst in zehn Tagen zu erwarten sei.

AL2 erläutert Herrn Attali die Sachstandslage bei SDI. Der Bericht der Delegation, der sich mit Inhalt und Formen einer möglichen Kooperation, mit der Architektur des SDI-Programms und mit technologischen Fragen befasste, werde in der ersten Oktoberwoche fertiggestellt.<sup>3</sup> An der Delegation hätten 16 Vertreter der Industrie teilgenommen. Man habe 22 Laboratorien und Unternehmen besucht und sehr viele konkrete technologische Daten erhalten. Der technische Teil des Berichtes solle der Industrie zur Verfügung gestellt werden, was zusätzliche Zeit beanspruche. Ende Oktober/Anfang November werde der Bundeskanzler nach Washington fahren und dort das Thema noch einmal mit dem Präsidenten aufnehmen.<sup>4</sup> Erst danach werde eine Beratung im Bundessicherheitsrat stattfinden. Er gehe davon aus, daß Ende des Jahres, spätestens Anfang des kommenden Jahres, eine Entscheidung getroffen werde, ob bzw. in welcher Form eine Zusammenarbeit zustande komme.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 27. September 1985 gefertigt und von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 30. September 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen übermittelt. Dazu vermerkte er: „Herr Dr. Stabreit hat am Freitag bereits Herrn von Ploetz unmittelbar über das Gespräch mündlich unterrichtet.“

Hat Bundesminister Genscher am 1. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Jansen am 2. Oktober 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Immo Stabreit.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, hielt sich mit einer SDI-Expertendelegation vom 4. bis 13. September 1985 in den USA auf. Botschafter Ruth notierte am 4. Oktober 1985 zur Sitzung des Bundessicherheitsrats vom selben Tag: „Der Bundeskanzler teilte mit, daß die Berichte der Regierungsdelegation nunmehr in drei Teilen vorliegen. Zwei Teile werde er den anwesenden Bundesministern zur persönlichen Unterrichtung übergeben. Ein dritter Teil mit technischen Daten könne im Bundeskanzleramt eingesehen werden. Der Bundeskanzler legte großen Wert darauf, daß der Kreis der Mitarbeiter in den Häusern, die von diesem Bericht Kenntnis erhalten, äußerst beschränkt sein solle.“ Bundeskanzler Kohl habe ferner dargelegt: „Es bleibe dabei, daß ausgemacht sei, daß wir den Weg der Forschungskooperation nicht allein gehen wollen. Er habe die dieser Festlegung zugrunde liegenden Bedenken nicht ganz geteilt, stimme aber dem Ziel ganz zu. Es würde keine kluge Politik sein, wenn wir in dieser wichtigen Frage allein handeln würden.“ Vgl. VS-Bd. 11285 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf. Für sein Gespräch mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.



Herr *Attali* erwidert hierauf, man habe in Frankreich keinerlei Bedenken, daß französische Unternehmen täten, was ihnen in diesem Zusammenhang nützlich erscheine. Man habe hier in keinem Falle rotes Licht gegeben. Was verstehe man aber deutscherseits unter Beteiligung? Sei dies eine Beteiligung der Regierung?

AL2 antwortet, man habe im Bundeskanzleramt am 13. Mai mit der deutschen Industrie und Vertretern von Forschungseinrichtungen ein Gespräch geführt.<sup>5</sup> Die deutsche Industrie habe dabei geäußert, daß sie eine Kooperation bei SDI wünsche, aber gestützt auf den Rahmen eines Regierungsabkommens. Hier gehe es um eine Art von Schutzschild, der der Tatsache Rechnung tragen solle, daß die einzelnen Firmen unterschiedliche Startbedingungen hätten und auch unterschiedlich groß seien, um die Frage der Sicherstellung des Technologietransfers etc. zu lösen. Die Bundesregierung habe damals gesagt, daß sie bereit sei, mit den USA darüber zu sprechen. Seine Reise mit einer Vorausdelegation nach Washington im Juni dieses Jahres habe dem Ziel gedient zu klären, ob ein Rahmenabkommen möglich sei, was insbesondere der Inhalt eines solchen Abkommens sein könne.<sup>6</sup> Die US-Seite habe sich sehr zögerlich auf die Idee eines solchen Rahmenabkommens eingelassen. Es gebe keinen amerikanischen Druck, ein solches Abkommen abzuschließen. Er, AL2, lege auch Wert auf die Feststellung, daß es hier nicht um politische oder gar strategische Fragen gehe, sondern ausschließlich um technische, wirtschaftliche und juristische Fragen, z. B. die Frage, wie die Preisgestaltung erfolgen solle, wie die Auftragsvergabe erfolge, ob es sich um einen reinen Produktverkauf handele oder ob umfassende Forschungsaufträge vergeben würden, die Frage des Geheimschutzes, die Frage des Technologietransfers in beiden Richtungen, die Frage des Eigentums und der Nutzungsrechte.

Eine Entscheidung über ein Rahmenabkommen sei nicht gefallen. Ein solches Abkommen könnte im übrigen verschiedene Formen haben, z. B. einen Briefwechsel, ein Memorandum of Understanding oder ähnliches.<sup>7</sup>

Auf die Zwischenfrage von Herrn *Attali*, ob die USA nunmehr mit einem Rahmenabkommen einverstanden seien, antwortete AL2, dies sei in der Tat so. Die USA hätten zu verstehen gegeben, daß sie mit einem Rahmenabkommen einverstanden sein könnten. Eine Zusammenarbeit werde jedoch nicht zwischen den Regierungen, sondern ausschließlich über die Unternehmen stattfinden.

<sup>5</sup> Staatssekretär Ruhfus vermerkte am 14. Mai 1985 zum Gespräch am Vortag im Bundeskanzleramt: „Vertreter von Forschung und Industrie führten aus, Bundesrepublik habe guten wissenschaftlichen und industriellen Stand – vor allem in den Bereichen Optik, Regelungstechnik und Werkstoffe. In anderen Bereichen wie Laser und Raketentechnik bestehe heute schon ein erheblicher Rückstand gegenüber den USA. [...] In dem Gespräch wurde deutlich die Sorge geäußert, daß D selbst in den Bereichen, wo wir heute noch mithalten können, nach der Durchführung des SDI-Forschungsprogramms in fünf Jahren zurückfallen werde. Vertreter von Industrie und Forschung äußerten die Befürchtung, daß SDI zu einseitigem Transfer von Know-how führen wird. [...] Bei Spacelab habe man noch volle Partnerschaft mit USA gehabt, bei Columbus schon viel weniger. Das Gefälle werde bei SDI noch viel größer werden.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145610.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen einer ressortübergreifenden SDI-Expertengruppe vom 11. bis 13. Juni 1985 in die USA vgl. Dok. 174, Anm. 6.

<sup>7</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen handschriftlich: „Das ist m[eines]E[rachtens] rechtlich falsch. Ein Briefwechsel ist kein Abkommen, auch nicht ein MoU.“

II. Herr *Attali* spricht anschließend das Projekt eines europäischen Kampfflugzeuges an.<sup>8</sup> Bei der Frage sei man schlecht gestartet. Es habe verschiedene Konzeptionen gegeben, die verschiedenen Anforderungen seitens der Heere entsprochen hätten. Es handele sich jedoch insgesamt um eine äußerst schwerwiegende Frage für die Zukunft Europas, was man sehen müsse.

Aus französischer Sicht sei die Lage folgende: Die von den Luftflotten benötigten Flugzeuge ließen sich unterteilen in Abfangjäger, Bodenunterstützungsflugzeuge und Transportflugzeuge. In jedem einzelnen dieser Bereiche gäbe es, z. T. national verschieden, unterschiedliche Zeithorizonte. Panavia befasse sich mit einem Abfangjäger, Rafale sei im wesentlichen ein Bodenunterstützungsflugzeug. Es sei wichtig, beide Projekte zu harmonisieren, um sie schließlich eines Tages als zwei Modelle einer einheitlichen Reihe („*Gamme unique*“) präsentieren zu können. Harmonisierungsmöglichkeiten bestünden in mancherlei Hinsicht, sowohl was die Zelle, als auch die Elektronik und andere Teile betreffe.

Eine weitere Idee sei, ob sich nicht jeder überlegen solle, ob er sich am Projekt der jeweils anderen Gruppe beteiligen wolle, um langfristig diese Harmonisierung herbeizuführen. Frankreich überlege zur Zeit Vorschläge, wie es sich am Panavia-Projekt beteiligen könnte.

Umgekehrt sollte Deutschland überlegen, ob man sich nicht bei Rafale beteiligen wolle. Er habe einen Brief des Präsidenten an den Bundeskanzler, den er übergeben wolle (Herr Attali überreichte an dieser Stelle den Brief).<sup>9</sup> Dieser Brief sei noch nicht den anderen europäischen Partnern übersandt worden, da man zunächst die deutsche Reaktion abwarten wolle. In dem Brief werde vorgeschlagen, ein aus den Außen- und Verteidigungsministern Frankreichs, Deutschlands, Englands und Italiens bestehendes Koordinationskomitee zu schaffen, das sich mit der langfristigen Rüstungsplanung im militärischen Luftfahrtsektor befassen solle.<sup>10</sup>

AL2 antwortete, aufgrund seiner Gespräche mit deutschen Industriellen und Experten aus dem Bundesverteidigungsministerium könne er zum Thema Jäger 90 folgendes sagen:

<sup>8</sup> Zum Projekt des Jagdflugzeuges „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

<sup>9</sup> Am 9. Oktober 1985 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, mit Schreiben vom 26. September 1985 habe Staatspräsident Mitterrand Bundeskanzler Kohl „die Einrichtung einer ‚europäischen Studien- und Planungsgruppe im Bereich der Militärluftfahrt‘“ vorgeschlagen, an der die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien beteiligt sein sollten. Darin sollten „sich regelmäßig die Außen- und Verteidigungsminister sowie, auf fachlicher Ebene, die Rüstungsdirektoren und Industrievertreter dieser Staaten treffen [...]“. Ziel dieser Treffen soll es sein, die europäischen Programme festzulegen, mit denen der Bedarf der beteiligten Staaten an Kampfflugzeugen bis zum Jahr 2000 gedeckt werden soll.“ Ploetz legte dazu dar: „Die französischen Vorschläge von besonderen regelmäßigen Treffen der Außen- und Verteidigungsminister zu diesem Fragebereich sind allerdings wohl unrealistisch, weil die Bereitschaft zur Gründung neuer Gremien bei den Partnern wohl nur gering ist. Die etablierten Gremien der Rüstungszusammenarbeit in der NATO bzw. IEPG entsprechen dagegen nicht dem französischen Wunsch, da sie zu groß sind. Dagegen ist der Kreis der WEU relativ klein und beinahe mit dem von Mitterrand vorgeschlagenen Kreis identisch. Wir könnten auf Frankreichs Vorschlag also dadurch eingehen, daß wir eine Nutzung der WEU anregen, auch weil sie das einzige europäische Gremium ist, in dem sich Außen- und Verteidigungsminister gemeinsam regelmäßig treffen.“ Vgl. VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Der Passus „Dieser Brief ... solle“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Brief ist hier noch nicht bekannt.“

Es habe seit zehn Jahren konzeptionelle Überlegungen zu einem gemeinsamen Kampfflugzeug gegeben. In den ersten Jahren sei es gelungen, Entscheidungen über eine gemeinsame Konfiguration des Flugzeuges mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich herbeizuführen. Die deutsche Vorgängerregierung habe dann 1981 entschieden, das Projekt nicht weiterzuführen.<sup>11</sup> Im Jahre 1985 hätten wir nun vor folgender Situation gestanden: Frankreich habe einen Prototyp entwickelt. Auch die Briten seien in ihrer Entwicklung sehr weit gediehen. In allen drei Ländern hätten nun unterschiedliche Ausgangspositionen bestanden, und in einer solchen Lage sei es fast unmöglich, eine Einigung herbeizuführen. Er, AL2, schlußfolgerte daraus, daß Projekte von der Stunde Null an gemeinsam konzipiert und durchgeführt werden müßten. Man müsse jetzt prüfen, ob es noch möglich sei, in irgendeiner Form zu einer Art von Zusammenarbeit zu kommen. Er persönlich könne dazu nichts sagen, da es ihm an der nötigen Sachkenntnis fehle. Man müsse sehen, was hier die Experten sagten. Wir hätten im übrigen mit dem Aufklärungssatelliten eine ähnliche Erfahrung gemacht.<sup>12</sup> Der erste französische Vorschlag sei uns zugegangen, als die französischen Entwicklungen bereits sehr weit gediehen seien. Unsere Experten hätten kaum noch eine Chance gesehen, hier eine gleichgewichtige Beteiligung zu erhalten. Die Zusammenarbeit müsse früher einsetzen. Man müsse auch sehen, daß die Industrieinteressen auf beiden Seiten sehr stark seien. In seiner Antwort verweist Herr *Attali* darauf, daß, was neue Projekte anbetreffe, man an das Transportflugzeug denken müsse, das die Transall ablöse. Der Vorschlag des Präsidenten sei als politischer Vorschlag zu werten. Das Profil Europas stehe auf dem Spiel. Frankreich eröffne den Partnern die Möglichkeit einer breiten Beteiligung an der Rafale. Frankreich seinerseits sei bereit, sich substantiell an Panavia zu beteiligen. Die Experten würden wahrscheinlich negativ votieren, weil sie nicht die politische Dimension sähen. An dieser Stelle flicht Madame *Guigou* ein, es sei ein Fehler gewesen, ein Flugzeug zu bauen, das alles machen solle. Wir hätten jetzt zwei Flugzeuge, die wir aber vielleicht auch in zehn Jahren beide benötigen würden. Deshalb sollte man jetzt versuchen, die Anstrengungen wieder zusammenzuführen. Herr *Attali* äußert, die Ministergruppe solle in der Perspektive des Jahres 2000 bis 2020 über alle in Europa notwendig werdenden Flugzeugentwicklungen nachdenken.

AL2 äußert an dieser Stelle, daß er keine abschließende Antwort geben könne, da es ihm an der nötigen Detailkenntnis fehle. Ein einheitliches Flugzeug sei jedoch wohl nicht mehr möglich. Geprüft werden müsse die Frage einer Zusammenarbeit über Kreuz.

<sup>11</sup> Vortragender Legationsrat Kreusel notierte am 11. März 1981, er habe aus dem Bundesministerium der Verteidigung erfahren, daß Bundesminister Apel den französischen Botschafter Brunet am Vortag über die Frankreich betreffenden Ergebnisse der Sitzung über Rüstungsfragen vom 4. bis 6. März 1981 informiert habe. Zu dem gemeinsam mit Großbritannien vorgesehenen Projekt eines taktischen Kampfflugzeugs der Zukunft habe Apel bestätigt, „daß das Verteidigungsministerium die für eine Flugzeugneuentwicklung der drei Partnerländer nötigen Entwicklungskosten [...] in Höhe von 2 Mrd. DM nicht werde aufbringen können. Davon abgesehen bestünden kaum Aussichten auf ein gemeinsames Konzept. Während GB eine Ja[gd]bo[mber]-Version wünsche, benötige die Bundesluftwaffe einen Abfangjäger. Die Vorstellungen Frankreichs lägen irgendwo in der Mitte. Eine Harmonisierung unter diesen Voraussetzungen sei überaus kostspielig und würde die Entwicklungskosten des Tornado noch übersteigen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125537.

<sup>12</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 196.

III. Herr *Attali* äußert sich eingangs sehr zufrieden mit der Vorbereitung der EUREKA-Konferenz in Hannover.<sup>13</sup> Es gebe in Frankreich eine kleinere Beunruhigung: Aus französischer Sicht sei es sehr wichtig, daß die Bundesregierung die deutsche Industrie dazu veranlasse, noch vor Hannover konkrete Abkommen abzuschließen.

Über die Förderung müsse man sich in jedem einzelnen Falle verständigen. Wenn Thomson und Siemens sich vor Hannover auf ein Projekt einigten und Siemens für dieses Projekt von der Bundesregierung 100 Mio. DM bekomme, so wäre es nicht ausgewogen, wenn Thomson kein französisches Geld bekäme, da Thomson ja auch im Rahmen der Zusammenarbeit von den deutschen Geldern profitiere. Frankreich habe das gleiche getan, was man hier im Hinblick auf SDI getan habe, man habe nämlich die Industrie zusammengerufen und mit ihr gesprochen. Er, Attali, gebe uns den Rat, dies auch hier zu tun.

Das EUREKA-Projekt sei im wesentlichen ein deutsch-französisches Projekt. Was seine Struktur anbetreffe, so sehe er nach Hannover eine große Gefahr. Wenn man annehme, daß z.B. Norwegen oder Luxemburg die nächste Konferenz ausrichten wollten, so würde man dann also entweder nach Oslo oder nach Luxemburg gehen. Dann gehe aber auch die ganze Vorbereitung z.B. an Norwegen. Ohne eine Basisstruktur, einen Fixpunkt, werde aber EUREKA auf lange Sicht tot sein. Man solle sich deshalb eine kleine Struktur schaffen, ein kleines internationales EUREKA-Sekretariat. Dieses Sekretariat solle von Deutschland, Frankreich, der Kommission und der jeweiligen Präsidentschaft besetzt sein. Formalisieren könne man dies natürlich nicht, da die anderen Mitgliedstaaten das nicht mitmachen würden. Man müsse diese Frage sehr stark personalisieren und solle sich noch vor Hannover über Persönlichkeiten einigen, die hierfür in Betracht kämen. Man fürchte in Frankreich sehr, daß EUREKA sich noch schwächer darstellen werde als der Europarat.

AL2 antwortet, was die Finanzierung anbetreffe, so sei er entschieden der Meinung, daß EUREKA ohne öffentliche Mittel ein Papiertiger bleiben werde. Er habe in diesem Zusammenhang auch mit deutschen Industriellen gesprochen. In dem für Hannover vorbereiteten Papier würden als Finanzpläne genannt erstens Eigenfinanzierung durch die Firmen, zweitens Finanzierung auf

<sup>13</sup> Die zweite EUREKA-Ministerkonferenz fand am 5./6. November 1985 in Hannover statt. Am 19. August 1985 vermerkte Legationsrat Stechel, daß am 9. August ein Konsultationstreffen des Ministerialdirektors Jelonek mit dem französischen EUREKA-Arbeitsstab unter Leitung von Botschafter Arnaud stattgefunden habe: „F ging davon aus, daß der in Nr. 5 des Schlußkommunikés in Paris erwähnte (französische) Arbeitsstab das Schlüsselorgan für EUREKA bleiben solle (womit F die Gesamtsteuerung in der Hand behalten würde); demgegenüber – so Arnaud – habe die Gruppe hoher Repräsentanten nur sekundäre Bedeutung. Wir legten dar, dieses Konzept sei unrealistisch, schon deshalb, weil GB und I sich nicht ins zweite Glied abdrängen lassen würden. Botschafter Arnaud zeigte sich irritiert über das deutsche initiativ Vorgehen. Sein Verständnis der Pariser Verhandlungen sei gewesen, daß F die Vorbereitung der Konferenz in Hannover anvertraut worden sei. D 4 erläuterte ihm, daß unsere initiativ Rolle, nämlich die bereits am 6.8. ergangene Einladung der Bundesminister Genscher und Riesenhuber an ihre Kollegen zur Konferenz nach Hannover, die Ankündigung der Einladung der Gruppe der hohen Repräsentanten nach Bonn, die Erarbeitung eines ersten Arbeitspapiers für die Konferenz in Hannover, die Vereinbarung weiterer bilateraler Kontakte (mit LUX und EGK) sich aus unserer Rolle als Gastgeber ergebe. Die Bundesrepublik trage in erster Linie die Verantwortung für den Erfolg der zweiten EUREKA-Konferenz.“ Vgl. Referat 430, Bd. 145526.

dem Kapitalmarkt und erst drittens öffentliche Mittel.<sup>14</sup> Er halte dies für naiv und höre gleiches auch von der deutschen Industrie. Eine öffentliche Finanzierung müsse es geben. Was die Gleichgewichtigkeit der Finanzierung anbetreffte, so müsse nicht notwendigerweise das gleiche Geld von beiden Seiten gegeben werden. Wieviel Geld von jeder Seite gegeben werde, müsse auch davon abhängen, welche Seite was mache, d. h., wie hoch der relative Anteil der Firmen sei. Er könne sich vorstellen, daß an einem Projekt die Deutschen mehr interessiert seien und die Bundesregierung auch deshalb mehr dafür zahle und umgekehrt.

Er wolle hier nur als Randbemerkung anmerken, daß die Bundesregierung keine öffentlichen Mittel für SDI vorsehe. Wenn wir für die Forschung öffentliche Mittel zur Verfügung stellten, so würden diese ausschließlich EUREKA zugute kommen.

In Rom habe auch Staatssekretär Ruggiero das Problem einer Organisationsstruktur für EUREKA angesprochen.<sup>15</sup> Es spreche vieles dafür, hierüber nachzudenken und bis Hannover zu Ergebnissen zu kommen. Die Deutschen wollten keine Riesenbürokratie, ein kleiner Koordinierungsstab habe jedoch eine gute Chance, akzeptiert zu werden. Die Italiener hätten darüber geklagt, daß EUREKA in erster Linie als deutsch-französisches Projekt behandelt werde. Auch die anderen Europäer hätten den verstärkten Wunsch, daß der Vorbereitungsprozeß auf andere europäische Staaten ausgedehnt werde. Ich schließe nicht aus, daß unter Umständen Italien ganz zufrieden sei, wenn es selbst dabei sein könnte, obwohl die anderen draußen blieben. Herr *Attali* äußert, er denke an ein Sekretariat von fünf oder sechs Personen. *AL2* fährt fort, es gebe in unserer Industrie die Befürchtung, daß die EUREKA-Projekte vor allem den großen Firmen zugute kommen würden, z. B. Siemens und Thomson, nicht aber den kleinen und mittleren Firmen, von denen einige im Bereich von Hightech

<sup>14</sup> Im gemeinsamen Entwurf des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 30. August 1985 für eine „EUREKA-Grundsatzerklärung von Hannover“ hieß es zu den zu schaffenden Rahmenbedingungen: „EUREKA bedarf eines großen, nach außen offenen europäischen Binnenmarkts, in dem Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen frei verkehren können und alle Diskriminierungen auch bei den öffentlichen Aufträgen beseitigt werden. Die Vollendung des Binnenmarktes in der Europäischen Gemeinschaft auf der Grundlage des Weißbuchs der EG-Kommission soll auch EUREKA zugute kommen; auch im Verhältnis zu den anderen beteiligten Staaten sollen entsprechende Regelungen gelten. Die Europäische Gemeinschaft und die an EUREKA beteiligten Staaten werden außerdem prüfen, ob flankierende Maßnahmen für EUREKA möglich sind.“ Vgl. Referat 430, Bd. 145526.

<sup>15</sup> Botschafter Lahn, Rom, berichtete am 1. August 1985 über ein Gespräch mit dem Generalsekretär im italienischen Außenministerium: „Mit seinem ganzen neapolitanischen Temperament kritisierte Ruggiero sodann das EUREKA-Projekt insofern, als es im Gegensatz zu SDI nicht einmal über einen Briefkasten und eine Telefonnummer verfüge. Die Absage insbesondere auch von deutscher Seite, keine übergreifende Agentur und kein übergreifendes Sekretariat zu schaffen, habe EUREKA in Wirklichkeit trotz der Deklaration vom 17. Juli noch nicht entstehen lassen. Ruggiero zitierte ein Bonmot Andreottis, daß man in der Nacht zum 18. Juli ein Kind aus der Taufe gehoben habe, bevor es überhaupt geboren war. Italien sei auch enttäuscht über das deutsch-französische Vorgehen, das praktisch auch in der Vorbereitung für das nächste Folgetreffen im November den anderen Staaten kaum die Möglichkeit der Mitwirkung gebe. Der unter Botschafter Arnaud in Paris arbeitende Arbeitsstab und der künftige deutsche Gastgeber würden auch diesmal die anderen Teilnehmer übergehen. Er wisse auch von anderen Teilnehmern an der Pariser Konferenz, daß sie den deutsch-französischen Alleingang ebenfalls mit Argwohn betrachteten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 938; Referat 430, Bd. 145526.

sehr viel zu bieten hätte. Man müsse darüber nachdenken, wie solche Firmen hier eingeschaltet werden könnten.

In diesem Zusammenhang stelle sich eine zweite Frage, wenn man annehme, daß z. B. Thomson und Siemens zusammen forschten und hierfür von Deutschland und Frankreich beträchtliche Geldbeträge erhielten, wie könne man dann sicherstellen, daß die Ergebnisse auch anderen Firmen zugute kommen würden. Wir müssen über diese Fragen nachdenken. Die Experten sollten sich in den kommenden Wochen schnell einigen. Er werde nach diesem Gespräch mit Forschungsminister Riesenhuber und dem Chef des Bundeskanzleramtes<sup>16</sup> sprechen und das hier Gesagte sofort weitergeben. Frau *Guigou* fragt, ob eine Entscheidung über die Finanzierung von EUREKA bereits getroffen sei, wenn nein, ob sie noch vor Hannover getroffen werde oder erst hinterher. Was würde aus unserer Sicht das Resultat von Hannover sein?

AL2 antwortet, es sei zu hoffen, daß man sich in Hannover bereits auf eine Liste konkreter Projekte einigen könne. Ob dies schon vorher möglich sei, wisse er nicht. Spätestens in Hannover sollte dies jedoch geschehen. Herr *Attali* äußert, es dürfe in Hannover nicht noch einmal zu einer allgemeinen Diskussion darüber kommen, welche Projekte man insgesamt fördern wolle. Dies sei bereits in Paris geschehen.<sup>17</sup> In Hannover müsse die Entscheidung über ganz konkrete Projekte fallen. Schon vor der Zusammenkunft in Paris habe man dort ein EUREKA-Sekretariat gebildet, das Material über alle Verträge und Abkommen (auch Memoranda of Understanding) zwischen europäischen Privatfirmen im EUREKA-Bereich sammle. Man habe eine eindrucksvolle Liste zusammengestellt. Wenn die deutsche Seite diese Liste einsehen wolle, so stehe sie uns zur Verfügung.

AL2 weist nochmals darauf hin, es bestehe innerhalb der Bundesregierung grundsätzlich Einvernehmen, daß öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müßten. Diese Mittel würden jedoch erst zur Verfügung gestellt, wenn die Projekte auf dem Tisch lägen. Er habe in dieser Frage selbst mit dem Bundesfinanzminister<sup>18</sup> gesprochen. Es bestehe keine Bereitschaft, wie die französische Regierung eine Gesamtsumme vorab in den Haushalt einzustellen. Seine persönliche Auffassung sei, daß man das in einem bestimmten Umfange tun könne. Fest stehe jedoch, daß öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt würden.

IV. Herr *Attali* spricht die Luxemburger Konferenz an. Die Arbeiten seien angelaufen.<sup>19</sup> Sie warteten nun noch auf Texte aus Luxemburg. Er wolle hier

<sup>16</sup> Wolfgang Schäuble.

<sup>17</sup> Zur ersten EUREKA-Ministerkonferenz am 17. Juli 1985 in Paris vgl. Dok. 177, Anm. 20.

<sup>18</sup> Gerhard Stoltenberg.

<sup>19</sup> In einer gemeinsamen Aufzeichnung von Referat 200 und Referat 410 vom 10. Oktober 1985 wurde festgehalten: „Die Regierungskonferenz ist am 9. September in Luxemburg von den EG-Außenministern eröffnet worden. Sie haben eine erste Orientierungsdebatte zur Sache geführt und den Arbeitskalender für die weiteren Verhandlungen beschlossen. Die nächste Sitzung auf Ministerebene wird am 21. Oktober stattfinden. Portugal und Spanien genießen seit 1. September offiziellen Beobachterstatus. Die vorbereitenden Arbeiten sind bereits vorher aufgenommen worden, für den Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Politischen Komitee, für die institutionellen und materiellen Änderungen des EWG-Vertrages in einer speziellen Vorbereitungsgruppe, der die Ständigen Vertreter bei den EG angehören. Das Europäische Parlament soll nach einem Beschluß der Regierungskonferenz möglichst eng an den Arbeiten beteiligt werden. Anlässlich jeder

darauf hinweisen, daß das deutsch-französische Projekt nicht ein Text sein dürfe, den man vergesse.<sup>20</sup> Dies sollten Deutschland und Frankreich auch die Presse wissen lassen. Was die in diesem Text nicht behandelten Fragen aus dem EG-Bereich (Ministerrat, Mehrheitsabstimmung, Parlamentsbeteiligung) anbetreffe, so hätten wir darüber bereits lange gesprochen. Man habe nun einen neuen deutschen Vorschlag erhalten, der sich auf die Kompetenzen des Parlamentes beziehe.<sup>21</sup> Es handele sich um einen außerordentlich komplizierten Text. Die Kompliziertheit der Lektüre lasse bereits spüren, wie kompliziert sich die Lage gestalten würde, wenn man den Text annehme. Das Parlament solle hier beteiligt werden, wo es gar nicht einmal um Beteiligung gebeten habe. Das ganze Papier sehe sehr komplizierte Prozeduren vor und würde den Entscheidungsprozeß in der Gemeinschaft wohl lahmlegen. Alles, was den Entscheidungsprozeß verlängere, alles, was das Parlament an Dingen beteilige, mit denen es nichts zu tun habe, werde jedoch die Gemeinschaft noch schwerfälliger machen. Er sei der Auffassung gewesen, daß man sich über die maximale Zeit, die man dem Parlament gebe, um Entscheidungen beeinflussen zu können, bereits geeinigt hatte.

Frau *Guigou* weist darauf hin, daß es zwei Hauptwege gebe, um das Parlament mehr zu beteiligen. Der erste Weg sei der deutsche, d. h. man beteilige das Parlament in abgestufter Form an vielen Entscheidungen, auch zu laufenden Fragen, bis hin zur Möglichkeit des Vetos in Fragen des dritten Korbes. Frankreich denke über einen zweiten Weg nach. Die französischen Vorstellungen hierzu seien noch nicht so weit gediehen, daß man sie habe zu Papier bringen können. Ausgangspunkt dieser Überlegungen sei die Entscheidung von Mailand<sup>22</sup>, alle Entscheidungen, die der Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992 dienten, der Regel der Mehrheitsabstimmung zu unterwerfen. Hier könnte man für das Parlament anknüpfen. Man könne z. B. daran denken, daß die Kommission ihre Vorschläge zunächst an das Parlament leite. In einem noch festzulegenden Verfahren würden sich dann Parlament und Kommission über einen von beiden getragenen Text einigen. Wenn das Parlament diesen Text mit einer im einzelnen gleichfalls noch festzulegenden Mehrheit annehme, so würde auch der Ministerrat mit Mehrheit abstimmen, auch dann, wenn der Vertrag ursprünglich hierfür Einstimmigkeit vorgesehen habe. Was neue Tätigkeitsbereiche der Gemeinschaft anbetreffe, so überlege man in Frankreich, ob man hier bei Aufnahme in den Vertragstext einzelnen Staaten freistellen kön-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1342*

Konferenzrunde sollen Treffen mit einer Delegation des EP abgehalten, die Ergebnisse der Regierungskonferenz ihm unterbreitet werden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130392.

20 Für den deutsch-französischen Entwurf vom 27. Juni 1985 für einen Vertrag über die Europäische Union vgl. Dok. 173.

21 Zum Drei-Körbe-Konzept für erweiterte Legislativbefugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 167, Anm. 13.

Am 26. September 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert einen weiteren Vorschlag der Bundesrepublik zur Beteiligung des Europäischen Parlaments am Legislativverfahren der Europäischen Gemeinschaften. Vgl. Referat 410, Bd. 130391.

Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 27. September 1985: „Unter den MS haben bisher nur wir am 24. September mit der Initiative zur Stärkung der Befugnisse des EP einen eigenen Vorschlag eingebracht. Unser Vorschlag ist von den anderen Delegationen mit großem Interesse aufgenommen worden; detaillierte Reaktionen liegen jedoch noch nicht vor.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130391.

22 Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

ne, an bestimmten Politiken teilzunehmen oder nicht. Herr *Attali* äußert abschließend, es sei wichtig, daß noch in den nächsten Tagen nach Fertigstellung der französischen Vorstellungen die Experten der Außenämter zusammenkämen, um die gegenseitigen Vorstellungen abzuklären. Von französischer Seite werde dies der Wirtschaftsdirektor Pierre Vidal sowie Herr Pierre de Boissieu sein. Er selbst würde es begrüßen, wenn er kurz vor dem Treffen von Hannover noch einmal mit AL2 hierüber Kontakt aufnehmen könne.

AL2 antwortet, was unseren gemeinsamen Vertragsentwurf anbetreffe, so sei es wichtig gewesen, daß wir ihn trotz aller Kritik, die wir hier und da geerntet hätten, auf den Tisch legten. Wenn wir nichts auf den Tisch gelegt hätten, würde man uns auch kritisiert haben. Für uns sei neben diesem Vertragsentwurf das Thema Binnenmarkt ein vorrangiger Schwerpunkt. Die Frage des Parlamentes sei nicht zuletzt auch innenpolitisch wichtig. Aber der Binnenmarkt rangiere davor. Insbesondere die Frage von Mehrheitsentscheidungen im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt stehe für uns im Vordergrund. AL2 fragt Herrn Attali, wie man die Lage auf französischer Seite sehe, wenn es nicht zu einer Einigung über das deutsch-französische Projekt eines Vertrages komme. Denke Frankreich daran, evtl. mit einer begrenzten Anzahl der EG-Partner dann voranzumarschieren? Herr *Attali* antwortet, es sei stets die Meinung des Präsidenten gewesen, daß man notfalls auch in kleinem Kreise vorangehen müsse, wenn der jetzt auf dem Tisch liegende Text nicht durchzubringen sei. Es sei wichtig, sich über den hierfür in Betracht kommenden Zeitpunkt abzustimmen.

VS-Bd. 14150 (010)

## 261

### Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-14485/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 27

Aufgabe: 27. September 1985, 10.15 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 27. September 1985, 19.32 Uhr

Betr.: Gespräch BM<sup>2</sup> mit DDR-AM Fischer am 25. September 1985 in New York

1) Gespräch fand auf Einladung von AM Fischer in DDR-Vertretung statt. Weitere Teilnehmer: Beide Botschafter bei den VN.<sup>3</sup> Auf DDR-Seite: LMB Niklas und Frau Dr. Bertsch-Herzog; auf deutscher Seite: D2<sup>4</sup> und LMB<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Hat Botschafter Ruth am 4. Oktober 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der Eröffnung der VN-Generalversammlung vom 21. bis 27. September 1985 in den USA auf.

<sup>3</sup> Hans Werner Lautenschlager (Bundesrepublik) und Harry Ott (DDR).

<sup>4</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>5</sup> Michael Jansen.



Atmosphäre freundlich und entspannt.

2) DDR-AM teilte mit, daß die DDR beim 40. Jahrestag der VN<sup>6</sup> von Stv. Staatsratsvorsitzenden Politbüromitglied Götting vertreten wird. Er selbst werde wegen der Vorbereitung der Tagung des WP in Sofia<sup>7</sup> nicht zur Verfügung stehen. An dem WP-Treffen würden neben den Generalsekretären die Premierminister sowie die Verteidigungs- und Außenminister, außerdem je nach Bedarf ein bis zwei Minister teilnehmen. Die Verlegung der normalen WP-Tagung auf den Herbst sei erfolgt, weil die Sitzung in Warschau<sup>8</sup> vom Frühling als Sondersitzung der Verlängerung des WP<sup>9</sup> gedient habe.

3) Unter Bezug auf die internationale Lage begrüßte AM Fischer Gelegenheit, mit BM Gesprächsfaden von Helsinki weiterzuführen.<sup>10</sup> Beide deutschen Staaten hätten die Möglichkeit, über ihre Beziehungen das Klima günstig zu beeinflussen, und zwar in einer Zeit, in der es wichtig sei und in der man große Sorge haben müßte. Die Rede von AM Shultz habe dies erneut bestätigt.<sup>11</sup> Er höre auch von anderen Außenministerkollegen, wie wichtig es sei, jetzt zu einem Ergebnis zu kommen, das hoffen lasse. Beide deutschen Staaten müßten hierzu ihren Beitrag leisten und der Friedenspflicht folgen, die sie beide hätten. Es komme darauf an, daß Vernunft und Realismus jetzt die Oberhand erhielten.

Er beobachte, daß viele Außenministerkollegen ihr Interesse an den deutsch-deutschen Beziehungen markierten. Zugleich empfinde er es als kurios, daß man sich in Madrid<sup>12</sup>, Helsinki<sup>13</sup> und New York ohne weiteres treffe und spreche, aber daß dies nicht auf deutschem Boden möglich sei. Dies liege nicht an ihm, er sei freier als BM in dieser Hinsicht. Er glaube auch, daß man hierauf nicht verzichten sollte.

BM unterstrich die Bedeutung möglichst konstruktiver deutsch-deutscher Beziehungen für das West-Ost-Verhältnis. Die beiden Staaten könnten hier vernünftige Signale abgeben. Dies würde von allen Seiten positiv aufgenommen, und er beobachte auch nicht, daß andere eifersüchtig seien.

AM bemerkte hierzu, er wolle letzteres nicht ausschließen, da mancher doch sehr interessiert nach dem Verhältnis frage. In seinem Bündnis gebe es allerdings keine Anzeichen für Eifersucht.

BM meinte, daß alle zufrieden seien, wenn die Deutschen in ihrem Verhältnis zueinander vernünftig miteinander umgingen. Dies beeindrucke.

<sup>6</sup> In New York fanden vom 20. bis 24. Oktober 1985 Jubiläumsfeiern aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen statt.

<sup>7</sup> Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 22./23. Oktober 1985 in Sofia statt.

<sup>8</sup> Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts fand am 26. April 1985 in Warschau statt.

<sup>9</sup> Zur Verlängerung des Warschauer Pakts vgl. Dok. 11, Anm. 4.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 31. Juli 1985 vgl. Dok. 213.

<sup>11</sup> Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 23. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. 258, Anm. 15.

<sup>12</sup> Vom 7. bis 9. September 1983 fand in Madrid ein Außenministertreffen zum Abschluß der KSZE-Folgekonferenz statt. Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 9. September 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 263.

<sup>13</sup> Zur Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki vgl. Dok. 221.

AM-DDR äußerte Sorge über die amerikanischen SDI-Pläne. Er verstehe nicht, daß D hier keine positivere Rolle spiele. Diese Sorge könne man aus fast allen Reden in New York entnehmen. Die amerikanischen SDI-Pläne würden nicht ohne Antwort bleiben, damit würde man wieder bei einem Patt landen. Der sowjetische AM habe in den VN klargemacht, daß die SU keine Überlegenheit dulden werde.<sup>14</sup> Er selbst befürchte, daß der Abrüstungskomplex bei Realisierung von SDI nicht mehr kontrollierbar bleibe und sich die Rüstungsspirale ins Unermeßliche steigere. All dies sei nicht notwendig. Worauf es ankomme, seien konkrete Abrüstungsschritte. Wenn es hier keine Erfolge gebe, sei dies auch den Beziehungen zwischen den Bündnissystemen abträglich. Er hoffe, daß die Bundesregierung hierzu ihre Stimme im Bündnis erheben werde.

BM wies auf die Erklärung zwischen USA und SU vom 8. Januar 1985<sup>15</sup> hin, die der Schlüssel sei, um die Tür zu Abrüstungsverhandlungen zu öffnen. Die einzelnen Bereiche der Abrüstungsverhandlungen dürften nicht isoliert gesehen werden. Vielmehr gebe es einen natürlichen und politischen Zusammenhang zwischen den drei dort erwähnten Komplexen. Jetzt gelte es, sich auf drastische Reduzierungen bei den Offensivwaffen zu konzentrieren. Wir wünschten, daß die politischen Substanzfragen in Genf<sup>16</sup> aufgenommen würden und daß man sich auf Prinzipien einige, die zu konkreten Abrüstungsschritten führen würden. Man dürfe sich nicht mit Raketenzählerei begnügen. BM verwies auf die Erklärung des Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte von Anfang September, wo er mit großer Klarheit noch einmal die Elemente der Erklärung vom 8. Januar aufgeführt und auf die Notwendigkeit drastischer Verringerungen der Rüstungspotentiale und ihre Bedeutung für die Frage nach Defensivwaffen hingewiesen habe.<sup>17</sup>

Mittel- und langfristiges Ziel müsse es sein, zu wirklicher Vertrauensbildung zu kommen. Die sowjetisch-amerikanische Erklärung von 1972<sup>18</sup> setze hier einen vernünftigen Maßstab. Nicht alles sei erreicht worden. Auf einiges könne man sich heute neu besinnen. Wenn man dies in Genf tue, könne man einen guten Schritt weiterkommen. Entscheidend sei, daß man sich nicht gegenseitig tottrüste.

AM stimmte dem zu. Dies sei in der Tat ein gemeinsames Interesse. Er erinnere daran, was BM in Helsinki in bezug auf die gemeinsame Erklärung von GS Honecker und BK Kohl vom 12. März 1985 in Moskau<sup>19</sup> gesagt habe. Diese Er-

<sup>14</sup> Zur Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 24. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 256, Anm. 7.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>16</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262. Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 5. September 1985 vor dem Deutschen Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 133, S. 11477–11490.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 12. März 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 230.

klärung sei vielleicht nicht der Maßstab, aber sie habe ihr Gewicht. Was in ihr zum Ausdruck komme, habe Zukunft.

BM wies auf die besondere geschichtliche Situation hin. Außenpolitische Fragen hätten bei uns ein besonderes Gewicht. Dies zeige sich auch daran, wieviel Zeit wir mit der Durchdringung der Ost-West-Fragen und des Ost-West-Verhältnisses verbrächten. AM Fischer warf hier ein: Das kann nicht anders sein. Wir sind ja in der gleichen Lage. Die Erklärung vom 12. März habe ihr Gewicht über die Grenzen der beiden Staaten hinaus. Das würden auch andere so sehen. Deshalb unterstreiche er sein Wort von der Friedenspflicht der deutschen Staaten. In der DDR setze man auf Normalisierung. Auf seiner Seite gebe es keine Hemmnisse im Gegensatz zu uns. Aber damit müßte die Bundesregierung fertig werden.

BM nahm Bezug auf den Grundlagenvertrag.<sup>20</sup> Er halte es nicht für gut, wenn die Diskussion über bestimmte Grundsatzfragen neu geführt werde. Es sei nicht tunlich, Fragen beantworten zu wollen, die die Geschichte beantworten müsse. Wir wollten bei Kenntnis aller Unterschiede und Gegensätze konkrete Fortschritte machen. Darauf komme es jetzt an.

DDR-AM erwiderte mit Verweis auf eine Äußerung von Willy Brandt bei seinem kürzlichen Besuch in der DDR.<sup>21</sup> Dieser habe gesagt, es gebe Fragen, auf die es auf lange Zeit keine Antwort gebe. An uns sei die Aufgabe gestellt, den Frieden in Europa zu sichern und die Abrüstung in Europa zu verwirklichen. Die Bundesregierung wisse, daß in den offenen Fragen der vier Geraer Forderungen<sup>22</sup> Regelungsbedarf bestehe. Er wunderte sich deshalb über die starken Vokabeln, die in der Bundesrepublik gegen die SPD verwendet würden. Er könne bestätigen, daß die SPD nicht ins kommunistische Lager überwechsele.

4) AM Fischer bedauerte, daß durch den Regierungssprecher der Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone postwendend abgelehnt worden sei.<sup>23</sup> Er hoffe, daß man sich die Sache überlege. BM erläuterte, daß Schreiben der DDR und der ČSSR zunächst geprüft werden. Anschließend erfolge dann eine förmliche Mitteilung über das Prüfungsergebnis. Wir wollten die Sachfrage prüfen, ob der Vorschlag einen Beitrag zu einer besseren Überprüfbarkeit darstelle. Er

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>21</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich am 19./20. September 1985 in der DDR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 19. September 1985 vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 340–359.

<sup>22</sup> Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bei einer Rede in Gera folgende Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR: die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und damit zusammenhängend den Verzicht, Reisepässe der Bundesrepublik an Bürger der DDR auszugeben, die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn bzw. Ost-Berlin in Botschaften sowie die Regelung des innerdeutschen Grenzverlaufs im Bereich der Elbe. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305 und Dok. 313.

<sup>23</sup> Zum Vorschlag der DDR und der ČSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 256, Anm. 16.  
Für die Stellungnahme des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, am 13. September 1985 zu den Vorschlägen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII (1985/86), S. 274 f.

habe die Sorge, daß durch regionale Lösungen und Beschränkungen die Verifikationsprobleme kompliziert und verschärft würden. Hierüber würde er auch eine Aussage in seiner VN-Rede<sup>24</sup> machen. Wir begriffen die CW-Diskussion als große Chance. Hier würde eine eingrenzbare Waffenkategorie behandelt. Uns komme es darauf an, daß ein Massenvernichtungsmittel endgültig und auf einen Schlag beseitigt werden könnte. Allerdings könnten wir nicht auf die entscheidende Frage der Verifikation verzichten. Diese Frage müsse auch in Genf beim CD-Ausschuß<sup>25</sup> behandelt werden.<sup>26</sup> Ob man dies zu dritt mit der DDR und der ČSSR oder bilateral<sup>27</sup> mache, müßte überlegt werden. Er stelle in jedem Fall eine substantielle Antwort auf die gemachten Vorschläge in Aussicht. Jedenfalls würde die Bundesregierung die Vorschläge nicht vom Tisch wischen.<sup>28</sup>

5) AM Fischer bat, daß sich bei der KVAE beide deutschen Delegationsleiter gemeinsam für Ergebnisse einsetzten. Aus Stockholm vernehme er positive Signale. Im Sinne ihrer Friedenspflicht könnten beide deutsche Staaten hier ihren Beitrag leisten. Er wolle den Vertreter der DDR, Dr. Bühring, gerne bitten, sich einmal mit dem Vertreter der Bundesrepublik<sup>29</sup> zusammenzusetzen. Falls aus einem solchen Gespräch brauchbare Vorschläge kämen, könnten die Regierungen ihren Segen dazu geben. Er hoffe, daß die Initiativen zu einem Abkommen über den Gewaltverzicht in Stockholm weiterführten.<sup>30</sup>

BM stimmte einem gemeinsamen Gespräch der deutschen Delegationsleiter in Stockholm zu.

6) BM unterstrich die Bedeutung, die er dem Kulturforum in Budapest beimesse.<sup>31</sup> Forum sei wichtiger Beitrag zur europäischen Bewußtseinsbildung. In Europa gebe es zwar zwei gesellschaftliche Systeme, aber es bleibe dennoch eine europäische Kultur. Ein besonderer Mangel sei die Behinderung des kulturellen Austauschs. Wir wollten eine Verständigung erzielen, daß jeder Staat das Recht habe, in jedem anderen Staat ein Kulturinstitut zu errichten. BM verwies auf die guten Erfahrungen, die die Bundesrepublik mit ihren kulturellen Instituten gemacht hätte. AM Fischer stimmte dem zu und verwies auf die Institute in Paris und Stockholm, wo beide deutschen Staaten vertreten seien. BM bat, seinen Vorschlag positiv aufzunehmen.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 26. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1985, S. 921–926.

<sup>25</sup> Korrigiert aus: „DC-Ausschuß“.

<sup>26</sup> Zu den Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Abkommen zu einem Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 164.

<sup>27</sup> Zur Frage von Gesprächen zwischen den Delegationsleitern der Bundesrepublik und der DDR beim Abrüstungsausschuß (CD) in Genf vgl. Dok. 207, Anm. 11.

<sup>28</sup> Mit Schreiben vom 27. September 1985 legte Bundeskanzler Kohl dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, die Haltung der Bundesregierung zum Vorschlag der DDR und der ČSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone dar. Außerdem schlug Kohl Honecker vor, „daß unsere Delegationen im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz Gespräche aufnehmen, die noch offene Fragen eines weltweiten CW-Verbotsabkommens zum Gegenstand haben“. Für den Wortlaut vgl. VON HUBERTUSSTOCK NACH BONN, S. 264f.

<sup>29</sup> Klaus Jürgen Citron.

<sup>30</sup> Die sowjetische KVAE-Delegation brachte am 29. Januar 1985 in Stockholm den Vorschlag für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen ein. Vgl. dazu Dok. 43.

<sup>31</sup> In Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 das KSZE-Kulturforum statt. Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 20.

AM Fischer berichtete, daß die ungarischen Freunde, insbesondere AM Várkonyi, das Forum mit Begeisterung vorbereiteten. Die DDR werde ihre Delegation vom Kultusminister<sup>32</sup> leiten lassen.

7) AM Fischer kam zum Schluß des Gesprächs erneut auf SDI zurück. Er habe die Reden der AM von SU und USA genau beobachtet. Eine Rede habe ein gutes Echo gefunden. Die andere weniger, obwohl er anerkenne, daß Shultz besser gesprochen habe als in Helsinki<sup>33</sup>. Was SDI angehe, so habe er den Eindruck, als wollten die USA partout nicht von dieser Sache ablassen.

BM unterstrich, daß es darauf ankomme, wie man sich in Genf einlasse. Er wisse von den amerikanischen Freunden, wie ernst das Treffen genommen werde und wie außerordentlich ernsthaft und gründlich man sich in Washington hierauf vorbereite. Er wiederhole aber, daß Genf drastische Reduzierung der Offensivsysteme bringen müsse.

DDR-AM verwies auf den in der Erklärung vom 8. Januar erwähnten Zusammenhang aller drei Bereiche. Die Erklärung enthalte präzise Mitteilungen, ebenso wie die Erklärung vom 12. März. Beide Erklärungen ergäben ein Programm mit Mandat, auf dessen Grundlage man weiterkommen könne.

BM wies darauf hin, daß der Weltraum schon heute militärisch genutzt werde, und zwar durch Raketen und Beobachtungssatelliten. Letztere dienten der Vertrauensbildung, weil sie Transparenz schafften.

Die Verbesserung des Verhältnisses sei möglich, wenn das gegenseitige Mißtrauen beseitigt würde. Dies sei durch Überprüfung und Nachprüfbarkeit zu erreichen. Deshalb insistiere der Westen auf Transparenz und Verifikation. Dies sei die eine Seite, die andere sei eine möglichst breitgefächerte Zusammenarbeit. Auf diesem Weg wolle die Bundesregierung fortschreiten.

AM Fischer bemerkte, daß man einen guten Weg zusammen zurückgelegt habe. Vor zehn Jahren seien die Fäden dünn gewesen. Heute werde sachlich und ruhig auch über die kompliziertesten Dinge gesprochen. Hierauf wolle man sich auch in Zukunft konzentrieren. Er beobachte im übrigen mit Genugtuung, daß es keine Berührungssängste gebe, und zwar weder zwischen den VN-Delegationen noch in Stockholm.

BM versicherte, daß auch die Bundesregierung für eine gute und konstruktive Zusammenarbeit eintrete.

8) Beide Gesprächspartner unterrichteten sich über bevorstehende Reisepläne. AM berichtete von geplantem Besuch von GS Honecker nach Jugoslawien (2.–4. Oktober) und Griechenland (9.–12. Oktober)<sup>34</sup>. Er selbst werde bald einer Einladung von AM Bodström nach Schweden Folge leisten.

BM erläuterte Terminplanungen mit Blick auf den Europäischen Rat in Luxemburg<sup>35</sup>, der europäische Partner in sehr kurzen Abständen immer wieder

<sup>32</sup> Hans-Joachim Hoffmann.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 30. Juli 1985 in Helsinki vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2103, S. 30–33.

<sup>34</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, besuchte vom 9. bis 11. Oktober 1985 Griechenland.

<sup>35</sup> Die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

zusammenführe. Als Ergebnis seiner geplanten China-Reise Ende Oktober<sup>36</sup> erhoffe er sich Aufschlüsse über das chinesische Wirtschaftsexperiment.

9) Im anschließenden Vier-Augen-Gespräch sprach BM verschiedene MR-Fälle an, unter anderem Fälle der Kinder Silvio Schmitt sowie Claudia und Beate Galus. LMB übergab am Rande Härtefallliste an LMB DDR.

[gez.] Jansen

VS-Bd. 11293 (220)

## 262

### Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-14477/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1515  
Citissime

Aufgabe: 27. September 1985, 18.25 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 27. September 1985, 18.42 Uhr

Betr.: Ratskonsultationen über Genfer Verhandlungen am 27.9.1985;  
hier: Aussprache anlässlich Mittagessen des Ständigen Rats mit den  
Botschaftern Kampelman, Tower, Glitman

Bezug: DE 199 vom 25.9.1985 – 220-370.00 SB<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

1) Anlässlich eines von dem Generalsekretär<sup>3</sup> für die Mitglieder des Ständigen NATO-Rates und die Botschafter Kampelman, Tower und Glitman gegebenen

<sup>36</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 27. bis 31. Oktober 1985 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 297.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 30. September 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmidt, die Legationsräte I. Klasse Müller und Mülmenstädt sowie Legationssekretär Peters verfügte.  
Hat Schmidt, Müller und Peters vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Ruth erteilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Weisung für die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 27. September 1985: „Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen gehören zum Kernbereich der Ost-West-Beziehungen. Sie sind Teil der politischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West und gehen auch deshalb das gesamte Bündnis an. In dieser politischen Auseinandersetzung kommt es darauf an, gestützt auf Maßnahmen zur Wahrung des Gleichgewichts, überzeugende Vorschläge für Vereinbarungen zur Herstellung des Gleichgewichts mit weniger Waffen vorzubringen. Die Erfahrungen des Jahres 1983 zeigen, wie wichtig dies ist: Die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenflugkörper auf unserem und dem Territorium anderer Verbündeter konnte zum vorgesehenen Zeitpunkt beginnen, weil wir gegenüber unserer Bevölkerung darauf hinweisen konnten, daß die Sowjetunion auf die fairen und weitreichenden Vorschläge des Westens zur Rüstungskontrolle nicht eingegangen war. Der Kampf um die Herzen und Hirne, von dem BM Genscher damals gesprochen hat, ist nicht beendet. Er geht weiter. Wir werden ihn gewinnen, wenn wir weiterhin die besseren Argumente haben.“ Vgl. Referat 220, Bd. 128650

<sup>3</sup> Lord Carrington.

Mittagessens wurde die Aussprache, die sich an die Unterrichtung des NATO-Rates durch die drei amerikanischen Verhandler in der Ratssitzung am Vormittag des 27.9.1985<sup>4</sup> angeschlossen hatte<sup>5</sup>, fortgesetzt. Aus diesem Meinungsaustausch halte ich folgende Punkte fest:

Die drei amerikanischen Verhandlungsführer bemerkten zu entsprechenden Fragen wie folgt:

- Das amerikanische SDI-Konzept stellt für die sowjetische Seite offenbar eine tatsächliche Besorgnis dar. Sie fürchtet die technologische Überlegenheit der Vereinigten Staaten und geht davon aus, daß die Vereinigten Staaten einmal gefaßte Absichten auch in die Wirklichkeit umzusetzen in der Lage sind. Unter diesem Gesichtspunkt stelle SDI für die Sowjetunion die Aussicht auf ein funktionierendes strategisches Abwehrsystem dar, welches ihre eigenen strategischen Offensivwaffen in ihrer Bedeutung zumindest stark relativiere.
- Die sowjetische Seite hat in der Vergangenheit die Notwendigkeit von effizienter Verifikation mit anderen als nationalen Mitteln stets verneint. Seit einiger Zeit geht die Sowjetunion im Kontext der Genfer Verhandlungen verbal auf die Frage der Verifikation ein. Sie bemüht sich, sie von dem jeweiligen konkreten zu verifizierenden Sachverhalt abhängig zu machen, geht aber jeder Festlegung aus dem Wege.
- Der Brief Gorbatschows an die Union of Concerned Scientists<sup>6</sup> ist von der sowjetischen Seite im Rahmen einer Plenarsitzung in Genf einmal angesprochen worden. Damit wurde indirekt auch die Frage der Bestätigung (reaffirmation) des ABM-Vertrages erwähnt. Man sei sich auf amerikanischer Seite jedoch unklar, in welcher Weise ein bestehender gültiger Vertrag „bestätigt“ werden könne. Dieses entspreche nicht westlichem Vertragsdenken<sup>7</sup>. Der

<sup>4</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), resümierte am 27. September 1985, der amerikanische Sonderbotschafter Kampelman habe als bisherigen Gesamteindruck vorgetragen: „die Sowjetunion führe zur Zeit eine öffentliche Kampagne, die im wesentlichen das Ziel habe, im Westen Verwirrung und Unsicherheit über die sowjetischen Vorstellungen zu stiften. Die USA führen ungeachtet dessen fort, ihre Vorschläge in Genf zu vertreten. Der sowjetischen Seite sei deutlich gemacht worden, daß als ernsthaftes Verhandlungsangebot nur betrachtet werden könne, was in Genf vorgelegt werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1512; VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Am 27. September 1985 berichtete Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), zur Aussprache über die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf: „Ich habe mit Bezug auf etwaige neue Verhandlungsvorschläge der SU die Notwendigkeit unterstrichen, diese in jedem Falle eingehend zu prüfen und auch im Bündnis ausführlich zu konsultieren. Auch wenn die sowjetischen Vorschläge sich als unseriös und als Propaganda erweisen sollten, sei es mit Rücksicht auf die negative Wirkung in der Öffentlichkeit nicht ratsam, diese Vorschläge ohne weiteres zurückzuweisen.“ Der amerikanische Sonderbotschafter Tower habe dazu dargelegt: „US würden jeden sowjetischen Vorschlag, wie immer er auch ausfalle, sorgfältig prüfen. Häufig hätten vorteilhaft erscheinende Vorschläge versteckte Fallen. Die USA hätten eine checklist erarbeitet, an Hand derer Vorschläge zu prüfen seien. Dabei sei besonders zu achten auf die Reduzierung von ICBMs, Verringerung des Wurfgewichts, Fehlen von inakzeptablen Vorbedingungen, klare Ausgangsbasen für prozentuale Reduzierungen. Besonders wichtig seien ausreichende Verifizierungsbestimmungen, ohne die kein Abkommen ratifizierbar sei. Man könne keine ‚Katze im Sack‘ (‘pig in a poke’) kaufen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1520; VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des am 6. Juli 1985 veröffentlichten Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, an die amerikanische Union of Concerned Scientists vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 363–365.

<sup>7</sup> Die Wörter „westlichem Vertragsdenken“ wurden von Legationssekretär Peters hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Westlichem Vertragsdenken entsprechen eher Neuinterpretationen à la McFarlane.“

sowjetische Delegationsleiter Kwizinskij habe auf eine entsprechende Frage Kampelmans ebenfalls zu erkennen gegeben, daß er sich hierunter nichts vorstellen könne.

- Die Stationierung von westlichen Mittelstreckenraketen in Westeuropa stelle wahrscheinlich für die sowjetische Seite ein militärisches und nicht ein politisches Problem dar. Sie fühle sich durch diese bedroht. Insbesondere erwähne sie hierbei in erster Linie die Pershing II. Sollte die sowjetische Seite dieses mehr als ein politisches Problem ansehen, wäre die Verhandelbarkeit des INF-Problems bedeutend erschwert.
- Die Analyse des heute (27. September) dem amerikanischen Präsidenten von Außenminister Schewardnadse<sup>8</sup> übergebenen neuen sowjetischen Verhandlungsvorschlags könne unter Umständen einen Aufschluß darüber ergeben, ob die Sowjetunion ernsthaft an Verhandlungen interessiert sei. Die bisherige sowjetische Verhandlungsführung und die massive Propagandakampagne, sowohl mit Hilfe westlicher Medien als auch durch über Mitglieder sowjetischer Botschaften in Ost- und Westeuropa lancierte Nachrichten, gäben bisher Anlaß zur Skepsis hinsichtlich der Ernsthaftigkeit des sowjetischen Verhandlungswillens. Mit großer Wahrscheinlichkeit seien die heute übermittelten Vorschläge nur eine Vorstufe zu den Einlassungen von Gorbatschow bei dem bevorstehenden Gipfeltreffen<sup>9</sup>.
- Die heute von Außenminister Schewardnadse vorgelegten Vorschläge und die wahrscheinlichen Einlassungen von Gorbatschow auf dem Genfer Treffen stellten für den Fall, daß es sich um ernsthafte Angebote handeln sollte, mit Sicherheit eine sowjetische Ausgangsposition (bargaining position) dar. In jedem Fall müßten und würden die sowjetischen Vorschläge mit größter Sorgfalt geprüft und mit den Alliierten konsultiert werden. Den Bündniskonsultationen komme sowohl hinsichtlich der Abstimmung über die öffentliche Präsentation der westlichen Haltung als auch in bezug auf die Erörterung der amerikanischen Verhandlungsposition zentrale Bedeutung zu.

2) Bei einem Gespräch heute nachmittag aus anderem Anlaß stimmten der Generalsekretär und ich darin überein, daß die amerikanische Seite sich möglicherweise nicht völlig der Notwendigkeit bewußt sei, in der westlichen Öffentlichkeit nicht nur die amerikanische Sachposition darzustellen, sondern mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit darüber hinaus den grundsätzlichen Verhandlungswillen und den Wunsch nach Ergebnissen auch plakativ zu vertreten.

Falls dieser Eindruck auch im Auswärtigen Amt geteilt wird, rege ich an, bei sich bietenden Gelegenheiten die amerikanische Seite auf die Notwendigkeit der offensiv überredenden Darstellung ihrer Position aufmerksam zu machen.

[gez.] Rantzau

**VS-Bd. 11279 (220)**

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz in Washington vgl. Dok. 264.

<sup>9</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.



## 263

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt****114-14489/85 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 4591****Aufgabe: 28. September 1985, 10.35 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 28. September 1985, 16.58 Uhr**

Betr.: Deutsche Beteiligung an SDI

Zur Unterrichtung

I. In Washington hofft man auf eine positive deutsche Entscheidung zur SDI-Beteiligung. Beim Zeitpunkt der Entscheidung spielt das Gipfeltreffen<sup>2</sup> eine wichtige Rolle. Falls es – bei einer positiven Entscheidung – gelingt, die deutsche Beteiligung in Übereinstimmung mit dem ABM-Vertrag klar einzugrenzen, könnte eine Rahmenvereinbarung politisch Vorteile bieten. Sie wäre dann ein Beweis, daß wir im Gegensatz zu Ländern wie F und wahrscheinlich GB, die ihrer Industrie weitgehende Freiheit bei der Mitwirkung lassen, sorgfältig auf vertragskonformes Verhalten auch bei unserer Industrie achten.

II. Im einzelnen

1) Nach den Besuchen der beiden SDI-Expertendelegationen in den USA<sup>3</sup>, nach sehr optimistischen, u.a. auf Bonner Quellen basierenden Zeitungsartikeln über den baldigen Abschluß eines Rahmenabkommens und nach ähnlich optimistischen Erklärungen des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages hier in Washington (17.9.)<sup>4</sup> wird hier innerhalb und außerhalb der Administration fest mit einer positiven Entscheidung der Bundesregierung gerechnet. Eine Ablehnung einer offiziellen deutschen SDI-Beteiligung – etwa nach französischem<sup>5</sup> und kanadischem Muster<sup>6</sup> – würde hier

<sup>1</sup> Hat Botschafter Ruth am 20. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>3</sup> Zu den Gesprächen einer SDI-Expertengruppe vom 11. bis 13. Juni 1985 in den USA vgl. Dok. 174, Anm. 6.

Zur Reise einer SDI-Expertengruppe vom 4. bis 13. September 1985 in die USA vgl. Dok. 260, Anm. 3.

<sup>4</sup> Eine Delegation des Verteidigungsausschusses des Bundestages unter Leitung des CSU-Abgeordneten Biehle hielt sich vom 15. bis 23. September 1985 in den USA auf. Brigadegeneral Steinkopf, Washington, berichtete am 17. September 1985 über das Gespräch im amerikanischen Verteidigungsministerium am Vortrag: „Undersec[retary of] Def[ense] Fred Iklé bezeichnete [...] die gerade beendete Reise der deutschen SDI-Expertenkommission als sehr nützlich. Dadurch würde ein besseres Verständnis über die Entwicklung der Forschungsarbeit möglich. Hier in den USA habe man noch keinen vollen Überblick über die SDI-Architektur, einzelne technische Komponenten entwickelten sich jedoch besser als erwartet. Die kanadische Entscheidung – so Iklé – sei – da kanadische Industrie/Forschungszentren bei SDI mitmachen könnten – für die USA sehr befriedigend, „sie genügt uns.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4376; Referat 201, Bd. 143371.

<sup>5</sup> Zur französischen Haltung zu einer Beteiligung an SDI vgl. Dok. 233.

<sup>6</sup> Am 7. September 1985 gab Ministerpräsident Mulroney bekannt, daß Kanada sich nicht an SDI beteiligen werde. Botschafter Behrends, Ottawa, erläuterte am 26. September 1985: „Die kanadische Regierung ist sich jedoch darüber im klaren, daß im Falle der Dislozierung eines operativen SDI-Systems Kanada sich einer Beteiligung nicht entziehen kann und daß darüber hinaus kanadische Sicherheitsinteressen eine kanadische Beteiligung erforderlich machen. Ein operatives SDI-System ist notwendig mit NORAD verbunden, an dem Kanada sich beteiligt. Ein SDI-System muß nicht nur sowjetische strategische Raketen ausschalten, sondern auch die Bear-Longstreckenbomber,

überraschen, als erhebliches Politikum gesehen und möglicherweise falsch verstanden werden. Die amerikanische Seite ist mehr aus politischen als aus technisch-wirtschaftlichen Gründen an unserer Beteiligung interessiert.

2) Politisch bedeutsam wäre vor allem der erste Schritt, die grundsätzliche Zustimmung der Bundesregierung zu einer deutschen Beteiligung. Bei dem Besuch wurde zwar auch schon ein (offensichtlich von Perle inspirierter) Zeitplan für den zweiten Schritt, den Abschluß einer – wie auch immer beschaffenen – Rahmenvereinbarung vorgelegt. Bei dem zweiten Schritt ist jedoch das amerikanische Interesse an Beschleunigung geringer, unser Interesse (Beteiligung der deutschen Industrie) möglicherweise größer.

3) Falls die Bundesregierung eine positive Entscheidung trifft, müssen beim Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe zwei Ereignisse auf dem außenpolitischen Kalender dieses Herbstes berücksichtigt werden:

- der beabsichtigte Besuch des Bundeskanzlers in Washington<sup>7</sup> und
- das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Genf.

Bei einem Besuch des Bundeskanzlers Ende Oktober werden seine Gesprächspartner eine klare Aussage über unsere Beteiligung erhoffen. Möglicherweise braucht diese Aussage aber noch nicht öffentlich zu sein.

Für die öffentliche Bekanntgabe unserer Entscheidung ist das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow von besonderer Bedeutung. Je nachdem, von welchem Gipfelzustand man ausgeht, gibt es Argumente für eine öffentliche Bekanntgabe vor und nach dem Gipfel.

Szenario 1:

Es bleibt bei dem, was Präsident Reagan und andere hochrangige Angehörige der Administration in letzter Zeit mehrfach unterstrichen haben: SDI (weder der Forschungs- noch der Entwicklungs- und Erprobungsteil, sofern er mit dem ABM-Vertrag konform ist) wird auf dem Gipfel nicht als „bargaining chip“ bei Zugeständnissen der Sowjetunion zu tiefgreifenden Reduzierungen bei Offensivwaffen eingebracht.

Mit der Bekanntgabe einer positiven Entscheidung vor dem Gipfel würden wir – wie bereits Großbritannien durch seine grundsätzliche Bereitschaft zur Mitwirkung bei SDI<sup>8</sup> – westliche Einheit demonstrieren und die Verhandlungs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1353*

die zerstört werden müssen, ehe sie Cruise Missiles abwerfen. Das zu 40 Prozent von Kanada finanzierte Northern Warning System in Kanada wird daher ein notwendiges Element von SDI sein, obwohl dieser Zusammenhang von der kanadischen Regierung gegenüber der Öffentlichkeit energisch bestritten wird. Kanada hat ein eigenes Interesse an der Beteiligung an Over-the-Horizon-Radarsystemen. Die kanadische Regierung hat sich daher am 7. September die Entscheidung über die Beteiligung an einem operativen SDI-System vorbehalten. Es ist ihr bisher gelungen, diesen Aspekt ihrer Entscheidung aus der öffentlichen Diskussion herauszuhalten, nicht zuletzt dadurch, daß sie durch ihre Entscheidung, sich nicht am SDI Forschungsprogramm zu beteiligen, die öffentliche Diskussion über SDI weitgehend abgeschnitten hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 757; VS-Bd. 11375 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Feiern zum 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen vom 22. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf. Für sein Gespräch mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

<sup>8</sup> Zur britischen Beteiligung an SDI vgl. Dok. 233.

position Präsident Reagans stärken. Dieses Verfahren würde möglicherweise auf die Sowjetunion weniger provozierend wirken als eine Bekanntgabe nach dem Gipfel.

#### Szenario 2:

Die Sowjetunion bietet weitgehende Zugeständnisse bei Reduzierungen von Offensivsystemen an und die USA stimmen grundsätzlich einer Limitierung bei SDI-Erprobung und Entwicklung zu. SDI-Forschung würde nicht eingeschränkt. Ihre Grenzen würden genauer und möglicherweise enger definiert.

In diesem Falle könnten wir uns bei der Bekanntgabe einer deutschen SDI-Beteiligung auf ein amerikanisch-sowjetisches Einvernehmen über SDI-Forschung berufen. Dies würde für uns nicht nur die außenpolitische, sondern auch die innenpolitische Diskussion leichter machen.

Insbesondere nach der Pressekonferenz des Präsidenten<sup>9</sup> spricht vieles dafür, daß das erste Szenario wahrscheinlicher ist und eine Einengung des Rahmens für Forschung und Entwicklung von SDI nicht als „bargaining chip“ eingebracht werden wird.

Sollten die Sowjets allerdings ein attraktives Angebot machen, würde mit Sicherheit der Druck auf die Administration aus dem Kongreß zunehmen, mehr Flexibilität zu zeigen. Nicht nur Senator Nunn und Rep.<sup>10</sup> Aspin ließen dies bereits in öffentlichen Äußerungen anklingen. Auch in den Gesprächen der Delegation des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages mit Angehörigen der Verteidigungsausschüsse beider Häuser wurde dies deutlich.

Ob die Administration diesem Druck würde standhalten können, ist fraglich, zumal es auch in der Administration Kräfte gibt, die einem solchen Ergebnis gar nicht abgeneigt gegenüber ständen.

4) Art und Umfang einer deutschen Beteiligung an SDI werden durch den ABM-Vertrag eingegrenzt.

Wie wir gehört haben, gibt es derzeit in der Administration zum Teil sehr kontroverse Diskussionen über die Abgrenzung zwischen nach dem ABM-Vertrag erlaubter SDI-Forschung und nicht erlaubter Entwicklung und Erprobung von Komponenten und Prototypen. Ein Ergebnis dieser Diskussionen ist noch nicht abzusehen.

Wenn die USA, wie von Präsident Reagan während seiner Pressekonferenz (17.9.) gesagt (am nächsten Tag allerdings wieder vom State Department zurückhaltender interpretiert) wurde, auch in die Entwicklungs- und Erprobungsphase eintreten wollen, bevor sie bereit sind, über SDI zu verhandeln<sup>11</sup>, dann

<sup>9</sup> Am 17. September 1985 erklärte Präsident Reagan in Washington auf eine Frage nach der Verhandelbarkeit von SDI: „I'm saying that the research to see if such a weapon is feasible is not a violation of any treaty. It's going to continue. That will one day involve [...] testing. On the other hand, I stop short of deployment because [...] I'm willing to talk to our allies, talk to them, and talk to the Soviets – to anyone about the meaning of it, if it could be used in such a way as to rid the world of the nuclear threat.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1106 f.

<sup>10</sup> Representative.

<sup>11</sup> Am 23. September 1985 berichtete Botschafter van Well, Washington: „Sicherheitsberater McFarlane bekräftigte in ABC-News [...] am 22.9.1985 die SDI-Philosophie des Präsidenten und das darauf beruhende Festhalten am SDI-Forschungsprogramm als Position für rüstungskontrollpolitische Verhandlungen mit der Sowjetunion. Nach Pressekonferenz des Präsidenten am 17.9. und Hinter-

stellt sich für uns die Frage, ob und wo wir für uns die Grenze ziehen wollen. Wir können ausschließen, daß der deutschen Seite die Entwicklung einer ganzen Komponente übertragen wird. Möglich ist jedoch die Beteiligung an Entwicklung von Teilen einer Komponente. Wenn die Amerikaner hierbei in eine Grauzone des ABM-Vertrages geraten, könnten wir mitbeteiligt sein. Im Augenblick ist diese Gefahr gering einzuschätzen. Gespräche zeigen immer wieder, daß die Amerikaner bei der Beteiligung von Verbündeten die Vertragsgrenzen besonders genau beachten wollen. Zu einem späteren Zeitpunkt können hier jedoch Probleme auftauchen. Würden wir uns z.B. an Experimenten im Weltraum beteiligen, wie sie in größerer Zahl für die nächsten Jahre vorgesehen sind? (General Abrahamson geht davon aus, daß SDI ab 1987 zwei Shuttleflüge für Forschungszwecke benötigen wird.) Vor diesem Hintergrund sollten wir bei einer positiven Entscheidung in den Verhandlungen über eine Rahmenvereinbarung großen Wert darauf legen, die Grenzen unserer Beteiligung deutlich festzuschreiben.

Aus außen- und innenpolitischen Gründen sollten wir darüber hinaus Großbritannien auch beim Abschluß einer Rahmenvereinbarung den Vortritt lassen. Soweit bisher bekannt, legen die Engländer keinen Wert auf besonders detaillierte Festlegungen. Falls es uns gelänge, die Grenzen unserer Beteiligung festzulegen, könnten wir das als zusätzliches Argument bei der politischen Begründung einer Beteiligung verwenden. Wir wären dann sogar restriktiver als Länder wie Frankreich und Kanada, die ihrer Industrie keine Beschränkungen auferlegen. Wegen des bereits von deutscher Seite erfolgten Hinweises, daß unsere Industrie sich auf jeden Fall an der SDI-Forschung beteiligen kann, könnte ein Rahmenabkommen mit Grenzziehung sogar als restriktives Element dargestellt werden. Eine entsprechende Interpretation könnte schon bei der Bekanntgabe einer Zustimmung zur SDI-Beteiligung verwendet werden.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 11375 (220)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1355*

grundgespräch eines ‚senior official‘ (McFarlane) am 19.9. trat damit das Weiße Haus innerhalb kurzer Zeit zum dritten Mal jeglichen Spekulationen um SDI als Verhandlungsobjekt entgegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4502; Referat 201, Bd. 143371.

## 264

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

114-14490/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4592  
Citissime

Aufgabe: 28. September 1985, 21.02 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 29. September 1985, 03.45 Uhr

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Beziehungen;  
hier: Gespräche des sowjetischen AM Schewardnadse in Washington<sup>2</sup>

**Zur Unterrichtung**

I. Der Schwerpunkt der Gespräche von Präsident Reagan und AM Shultz mit AM Schewardnadse lag auf der Rüstungskontrolle. Dabei hat Schewardnadse eine Reduzierung aller einschlägigen (relevant) Nuklearwaffen um 50 Prozent vorgeschlagen und als mögliches (hypothetical) Ergebnis der Verhandlung eine Reduzierung auf 6000 nukleare Sprengköpfe (nuclear charges) genannt. Diese allgemein gehaltenen Vorschläge sollen in der kommenden Woche in den bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf<sup>3</sup> von der sowjetischen Delegation näher erläutert werden.

II. 1) Das Gespräch Präsident Reagans mit AM Schewardnadse dauerte insgesamt vier Stunden (davon zwei Stunden Lunch). Auf amerikanischer Seite nahmen AM Shultz, McFarlane, Nitze, Hartman, Ridgway und Matlock an dem Gespräch teil. Sie griffen auch in die Diskussion ein.

AM Shultz gab abends einen Grillabend für Schewardnadse.

Das Gesprächsklima wurde als offenherzig (cordial) beschrieben. Die Diskussion sei zeitweilig hart (tough), aber immer im freundlichen Ton verlaufen. Schewardnadse sei mit den Themen, auch im Bereich der Rüstungskontrolle, vertrauter gewesen als bei vorausgegangenen Begegnungen. Seine Darlegungen seien seriös und sachlich (serious and businesslike) gewesen.

Das Gespräch habe nicht so sehr aus der Abgabe langer Erklärungen bestanden, sondern es habe häufig einen Austausch von Argumenten (give and take) gegeben.

Schewardnadse sei umgänglich, habe aber nicht viel Flexibilität gezeigt. Hiesige Presse weist darauf hin, daß er mit Kornijenko und Kompletow von alten Beratern Gromykos umgeben sei.

2) In dem Gespräch seien alle vier Themenbereiche

- Rüstungskontrolle,
- bilaterale Fragen,

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 9. Oktober und erneut am 6. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich am 27. September 1985 in Washington auf.

<sup>3</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262.

- regionale Fragen,
  - Menschenrechte
- behandelt worden.

Reagan habe in umfassender Weise (comprehensive) seine Sicht zu diesen Bereichen dargelegt. Er habe dabei die amerikanischen Sorgen über das sowjetische Vorgehen in verschiedenen Bereichen deutlich gemacht, zugleich aber betont, daß er Fortschritte vom Gipfeltreffen<sup>4</sup> erhoffe. In seinen Ausführungen sei er der Linie des Briefes gefolgt, den er vor den Gesprächen an die Staats- bzw. Regierungschefs der Verbündeten geschickt habe (Brief hier nicht vorhanden).<sup>5</sup>

Schewardnadse habe den Brief Gorbatschows überreicht, der ebenfalls in umfassender Weise die sowjetische Sicht darlege, dessen Schwergewicht aber auf Rüstungskontrolle liege.<sup>6</sup> Der Brief sei sehr allgemein gehalten (high degree of generality), Schewardnadse sei etwas präziser gewesen, habe sich zu vielen Einzelheiten aber auch nicht geäußert. Brief und Erläuterung Schewardnadses hätten in der Argumentation weitgehend mit den öffentlich vorgetragenen sowjetischen Argumenten übereingestimmt (very much consistent with the public line). Die Bedeutung des Gipfeltreffens sei stark betont worden. Nach sowjetischer Ansicht sollten auf dem Gipfeltreffen praktische Ergebnisse erzielt werden. In der Substanz enthalte der Brief zu einem guten Teil Wiederholungen bekannter Vorschläge. So seien ein Moratorium für Nukleartests<sup>7</sup> und ein Einfrieren bei der Stationierung von Atomwaffen<sup>8</sup> (aller Atomwaffen) vorgeschlagen worden. Schewardnadse habe dazu eine gegenseitige Verständigung (mutual understanding) angeregt, keine Nuklearwaffen in Ländern zu stationieren, in denen bisher noch keine Waffen dieser Art vorhanden sind, die Zahl der vorhandenen Waffen (stock) in anderen Ländern nicht zu erhöhen und keine vorhandenen Waffen durch neue zu ersetzen.

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>5</sup> Legationsrat Quelle übermittelte der Botschaft in Washington am 30. September 1985 ein Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. September 1985 an Bundeskanzler Kohl, „in dem der Präsident seine Überlegungen im Vorfeld des Gipfeltreffens mitteilt und den BK einlädt, die Vorstellungen der Bundesregierung in die amerikanische Gesprächsvorbereitung einzubringen“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1159; VS-Bd. 12975 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 12. September 1985 an Präsident Reagan vgl. DEAR MR. PRESIDENT, S. 39–43. Am 30. September 1985 notierte Botschafter Ruth, die sowjetischen Vorschläge aus dem Schreiben Gorbatschows sähen vor: „Moratorium für Nukleartests; Einfrieren der Stationierung von Atomwaffen; Verständigung darüber, keine Nuklearwaffen in Ländern zu stationieren, in denen bisher noch keine Waffen dieser Art vorhanden sind, die Zahl der vorhandenen Waffen in anderen Ländern nicht zu erhöhen und keine vorhandenen Waffen durch neue zu ersetzen; Reduzierung aller ‚einschlägigen‘ Nuklearwaffen um 50 Prozent; mögliches Verhandlungsergebnis: Reduzierung auf 6000 nukleare Sprengköpfe. Die Sowjetunion besteht weiterhin darauf, daß die Arbeiten an ‚Weltraumschlagwaffen‘ eingestellt werden müssen. Ohne Fortschritte in diesem Bereich seien Reduzierungen von Offensivwaffen nicht möglich. Schewardnadse wiederholte aber auch die Äußerung Gorbatschows, daß Grundlagenforschung zulässig sei.“ Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Zur Ankündigung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über ein Moratorium für Nukleartests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>8</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13. Vgl. dazu ferner das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

a) Zu den Rüstungskontrollverhandlungen habe Schewardnadse die sowjetische Haltung zu einer automatischen Verbindung zwischen der Einstellung der Arbeiten an „Raumwaffen“ (stopping work on space-strike weapons) und Fortschritten bei den Verhandlungen über Offensivwaffen bestätigt (continued to assert an automatic link). Es sei kein Fortschritt bei Offensivwaffen möglich ohne Einigung über ein Verbot von Raumwaffen. Auf Frage sagte die amerikanische Seite hierzu, Schewardnadse habe sich nicht weiter zu diesem Thema geäußert. Man wisse nicht, ob seine Erklärung bedeute, daß er eine Einigung über „Raumwaffen“ wolle, bevor man über die Reduzierung von Offensivwaffen verhandle. Man sehe das sowjetische Vorbringen als Wiederholung der bekannten Haltung.

Auf den amerikanischen Vorwurf, die sowjetische Delegation in Genf habe bisher keine konkreten Vorschläge gemacht, habe Gorbatschow jetzt in seinem Brief eine Reduzierung der einschlägigen (relevant) Nuklearladungen um 50 Prozent vorgeschlagen. Als mögliches (hypothetical) Ergebnis der Genfer Verhandlung sei eine Reduzierung auf 6000<sup>9</sup> Nuklearwaffen (nuclear charges) genannt worden. Diese schließen ein „Waffen, die fähig sind, das Territorium der anderen Seite zu erreichen“ (weapons capable of striking the other side's territory). Die Amerikaner haben den Eindruck, daß damit in einer sehr weitgehenden Weise Waffen als strategisch qualifiziert und zusammengezählt werden sollen. Nach einem Kommentar des für Rüstungskontrolle zuständigen stellvertretenden Referatsleiters für Sicherheitsfragen in der Europaabteilung, Dunkerley, in bilateralem Anschlußgespräch würden damit alle in Europa stationierten Mittelstreckenwaffen der Amerikaner und ihrer Verbündeten, jedoch nicht alle SS-20 (soweit in Asien stationiert) eingeschlossen. Er wies darauf hin, daß auch der Begriff der Nuklearladungen sich nicht mit den nuklearen Gefechtsköpfen (nuclear warheads) decke. Nuklearladungen schließen aus sowjetischer Sicht auch Kurzstreckenraketen (short range air missiles) und Bomben (gravity bombs) ein.

Zu INF speziell habe die sowjetische Seite im wesentlichen den Vorschlag für ein Einfrieren wiederholt. Sie habe die Behauptung wiederholt, daß sie nur die Zahl der französischen und britischen nuklearen Gefechtsköpfe habe ausgleichen wollen. Es sei offengeblieben, in welcher Weise ein solcher Ausgleich geschaffen werden solle.

Auf Frage sagten Frau Ridgway und Dunkerley, Untergrenzen seien nur beiläufig erwähnt, jedoch keine Zahlen genannt worden. In Genf seien bekanntlich gelegentlich 60 Prozent für die einzelnen Systeme genannt worden.

Zu SDI habe Reagan seine bekannte Haltung dargelegt. Es bleibe weiter amerikanisches Ziel, die Sowjets zu einer Diskussion über das Verhältnis von Offensiv- zu Defensivwaffen zu bewegen. Man habe ausführlich über die Zulässigkeit der SDI-Forschung gesprochen. Die sowjetische Haltung habe sich nicht geändert. Schewardnadse habe wiederholt, daß Grundlagenforschung (fundamental research) erlaubt sei, aber nicht erklärt, was darunter zu verstehen sei, und sich auch zu der sowjetischen Forschung nicht geäußert. Man habe den

<sup>9</sup> Korrigiert aus: „600“.

Eindruck, daß die sowjetische Seite immer noch nicht verstanden habe, worum es den Amerikanern gehe.

Die amerikanische Seite hat die Frage der Einhaltung bestehender Rüstungskontrollverträge deutlich mit den bekannten Argumenten angesprochen und dabei auch das Krasnojarsk-Radar erwähnt.

Auf Frage sagte Frau Ridgway, Schewardnadse habe keinen Hinweis gegeben, daß die neuen sowjetischen Vorschläge zu Offensivwaffen nur für eine bestimmte Zeit gelten würden. Man müsse jetzt in Genf darüber sprechen. Dabei könne es keine zeitliche Begrenzung geben. Man habe auch nicht den Eindruck, daß Druck auf eine Einigung bei den Verhandlungen vor dem Gipfel bestehe (no sense of urgency for the summit).

b) Bilaterale Fragen seien ebenso wie regionale Fragen kurz behandelt worden. Bei bilateralen Fragen sollen die laufenden Verhandlungen fortgesetzt werden. Bei den regionalen Fragen hat die amerikanische Seite ihre Haltung zu Afghanistan dargelegt. Zu Zentralamerika sollen möglichst bald Expertengespräche (entsprechend den bereits durchgeführten Gesprächen) stattfinden.

Zu Menschenrechten habe es eine harte Diskussion gegeben. Schewardnadse habe dazu die sowjetische Haltung dargelegt. Man habe nicht versucht, eine Einigung darüber zu erzielen, da das Thema auf dem Gipfel behandelt werde, weil es keine vereinbarte Tagesordnung für den Gipfel gebe.

c) Über die Tagesordnung des Gipfels sei nicht gesprochen worden. Es sei auch nicht beabsichtigt, eine Tagesordnung zu vereinbaren. Man wisse, was jede Seite vorbringen werde. Die amerikanische Seite würde auch Menschenrechtsfragen ansprechen.

3) Schewardnadse hat angekündigt, daß die sowjetischen Unterhändler in Genf<sup>10</sup> in der nächsten Woche eine umfassendere und detailliertere Darstellung der sowjetischen Vorschläge geben würden. Dazu sind eine Reihe von Plenarsitzungen vorgesehen. Dunkerley kündigte eine gründliche Unterrichtung der Alliierten in den bestehenden Gremien (NAC<sup>11</sup> und SCG) an.

<sup>12</sup>Ein Besuch vom AM Shultz in Moskau vor dem Gipfel ist nicht zur Sprache gekommen.

4) Als erste Bewertung sagte Frau Ridgway, sie sei weder optimistisch noch pessimistisch. Insgesamt habe sich die amerikanische Taktik in Genf ausgezahlt. Die sowjetischen Vorschläge enthalten möglicherweise interessante (potentially interesting) Änderungen in der sowjetischen Haltung. Man sei erfreut, daß die sowjetische Seite jetzt konkrete Zahlen genannt habe. Sie scheine sich langsam auf eine Diskussion der wesentlichen Elemente hinzubewegen und auch die Möglichkeit einer erheblichen Reduzierung ihres Arsenal einzubeziehen.

Die sowjetischen Vorschläge in ihrer jetzigen Form seien keine geeignete Grundlage für eine Vereinbarung (as they currently stand they are not an appropriate basis for an agreement). Die sowjetische Seite habe auch eine Reihe alter Vorschläge wiederholt, mit denen sie einseitige Vorteile zu erreichen hoffe. In den

<sup>10</sup> Wiktor Pawlowitsch Karpow, Julij Alexandrowitsch Kwizinskij und Alexej Alexandrowitsch Obuchow.

<sup>11</sup> North Atlantic Council.

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4593 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.



weiteren Verhandlungen in Genf werde man die Vorschläge nach drei Kriterien bewerten:

- ihr potentieller Beitrag zu größerer strategischer Stabilität,
- Gleichgewicht bei Waffen auf reduzierter Basis (equality of reduced weaponry),
- wirksame Verifizierung der Vertragseinhaltung.

Insgesamt haben die Gespräche der vergangenen Wochen nach amerikanischer Ansicht eine nützliche Grundlage für den Gipfel und den Dialog, der dem Gipfel folgen soll, gelegt (a useful foundation of the summit and the dialogue which will flow from the summit).

5) Bei der Zielsetzung des Gipfels bleiben Unterschiede bestehen. Die Amerikaner wollen mit dem Gipfel einen Rahmen setzen und Verfahren festlegen, in denen offene Probleme angesprochen und behandelt werden können. Der Gipfel soll der Beginn eines Dialogs sein, aber noch keine Lösungen für vorhandene Probleme bringen. Man will auch nicht Verhandlungen mit Blick auf den Gipfel überstürzen, um Vereinbarungen zu erreichen, die sich hinterher als nicht wirksam erweisen. Frau Ridgway betonte, man stehe nicht unter Druck, schon vor oder auf dem Gipfel konkrete Ergebnisse erzielen zu müssen. Gorbatschow hat demgegenüber in seinem Brief offensichtlich deutlich gemacht, daß er auf dem Gipfel konkret verhandeln und praktische Ergebnisse erzielen möchte. Das dürfte seiner, von der Botschaft Moskau geschilderten Natur<sup>13</sup> mehr entsprechen und liegt auch auf der Linie des Time-Interviews<sup>14</sup>.

Auch in der Substanz gibt es Unterschiede. Die Administration hat den Eindruck, daß Gorbatschow sich auf Rüstungskontrolle konzentrieren möchte, während Reagan über die ganze Breite der Beziehungen sprechen will.

III. In der Unterrichtung wurde deutlich, daß die Administration die Gespräche noch nicht abschließend bewertet hat. In der Beurteilung durch Frau Ridgway, die stärker das gesamte Spektrum der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sieht, auf der einen, und Dunkerley, für den Rüstungskontrolle im Vordergrund steht, auf der anderen Seite waren Nuancen deutlich. Die sowjetischen Vorschläge zur Rüstungskontrolle lassen selbst als Ausgangsposition zunächst wenig Möglichkeiten zu einer Einigung erkennen. Mit dem Begriff „Nuklearladungen“ und der Einbeziehung von Mittelstreckenwaffen unter ein ge-

<sup>13</sup> Botschafter Kastl, Moskau, legte am 14. September 1985 eine Charakterskizze des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor: „Die SU hat endlich wieder an der Spitze einen Staatsmann, der umfassende sachliche Kompetenz und außergewöhnliche Tatkraft mit starkem Selbstbewußtsein und unüblicher Ausstrahlung verbindet. Ohne demagogisch zu wirken, strahlt er konsequenten Machtwillen aus. [...] G[orbatschow] argumentiert, will zum Mitdenken anregen, will überzeugen, nicht Emotionen wecken. [...] Gegenüber Ausländern zeichnet er sich nicht nur durch Schlagfertigkeit aus, sondern auch durch sein Wissen auf Feldern, mit denen er vorher weniger befaßt war. Seine außenpolitische Lektion hat er gelernt. G. kann zuhören, doch vor allem will er dem Gegenüber Punkte abgewinnen. [...] Seine auf Abwendung von SDI konzentrierte Außenpolitik ist praktisch eine ‚one issue policy‘. So bleibt G. wie seine Vorgänger trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse auf die Auseinandersetzung mit der anderen Weltmacht fixiert. Aber er betreibt diese mit einer qualitativ neuen, in durchaus westlichem Stil geführten Propagandaoffensive, die auf die Isolierung der Reagan-Administration von der westlichen Öffentlichkeit abzielt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2902/2903; Referat 213, Bd. 139285.

<sup>14</sup> Für das Interview vgl. den Artikel „An Interview with Gorbachev“; TIME vom 9. September 1985, S. 10–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. Gorbatschow, REDEN, Bd. 2, S. 382–404.

meinsames Dach mit strategischen Waffen werfen sie eher zusätzliche Probleme auf.

Positiv zu bewerten ist, daß die sowjetische Seite jetzt konkrete Zahlen genannt und damit die Möglichkeit zu einer sinnvollen Diskussion über Offensivwaffen eröffnet hat, ohne auf eine Einigung über das Verbot von Tests und Entwicklung von SDI-Systemen als Vorbedingung zu bestehen. Damit sehen sich die Amerikaner in ihrer Taktik bestätigt.

Gleichzeitig ist jetzt der Dialog mit der neuen sowjetischen Führung aufgenommen. Das ist ein auch innenpolitisch wichtiger Erfolg. Das amerikanische Interesse an der Fortsetzung des Dialogs ist deutlich. Es kommt auch in der positiven Bewertung zum Ausdruck. Gleichzeitig fühlt sich Reagan hinsichtlich der Ergebnisse weniger unter Druck als Gorbatschow. Aus hiesiger Sicht ist allerdings nicht zu erwarten, daß die Administration aus dieser Lage Vorteile in dem Sinne ziehen kann, daß die sowjetische Seite wegen eines größeren Interesses an konkreten Ergebnissen bei den laufenden Verhandlungen zu nennenswerten Konzessionen bereit ist.

Der publizistische Punktgewinn Gorbatschows dürfte mit dem Gespräch Reagan-Schewardnadse zunächst ausgeglichen sein. Die Amerikaner hoffen, daß die Rüstungskontrollverhandlungen jetzt nicht mehr öffentlich, sondern am Verhandlungstisch in Genf geführt werden.

[gez.] van Well

**VS-Bd. 11317 (220)**

## 265

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González

**VS-NfD**

**30. September 1985<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem spanischen Ministerpräsidenten, Herrn González, am 30. September 1985, in der Zeit von 15.15 Uhr bis 18.00 Uhr (ab 17.00 Uhr unter Hinzutreten der Außenminister)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 1. Oktober gefertigt und am 10. Oktober 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt.

Hat Legationssekretär Tempel am 11. Oktober 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 203 „[mit] d[er] Bitte um Kenntnisnahme“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 11. Oktober 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 206, Bd. 150997.

<sup>2</sup> Ministerpräsident González besuchte am 30. September/1. Oktober 1985 die Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 267.

Auf deutscher Seite anwesend: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Annelie Lehnhardt als Dolmetscherin.

Auf spanischer Seite anwesend: Leiter der Auswärtigen Abteilung im Amt des Präsidenten der Regierung, Herr Juan-Antonio Yañez-Barnuevo, Professor Navarro als Dolmetscher.

*Bundeskanzler* und *Ministerpräsident* beschließen, zunächst europäische Fragen zu behandeln. Ministerpräsident González weist darauf hin, nach der Verhandlungsphase trete Spanien jetzt in eine Phase der konstruktiven Beteiligung an der EG ein.<sup>3</sup> Zu den in Mailand<sup>4</sup> behandelten schwierigen institutionellen Aspekten wolle Spanien einen positiven Beitrag leisten. Spanien wünsche den Fortschritt der Gemeinschaft. Der Wunsch, gemeinsam politisch zusammenzugehen, werde von Spanien voll begrüßt. Spanien könne auch 85% des *Acquis politique* akzeptieren. Es gebe allerdings einige Probleme, wo Spanien nicht auf der Linie der Zehn liege. Als Beispiel erwähnt Ministerpräsident González die Malwinenfrage<sup>5</sup>, wo die Gemeinschaftseinstellung nach spanischer Auffassung hundertprozentig pro-englisch sei. Er hoffe, daß in dieser Frage ein gewisser Rahmen von Flexibilität gewahrt werde. Nach spanischer Auffassung seien Außen- und Sicherheitspolitik eng miteinander verwoben. Der Ministerpräsident verweist auf die Möglichkeit für Spanien, der WEU beizutreten. Portugal habe einen solchen Beitritt beantragt<sup>6</sup>, Spanien nicht.

An konkreten Problemen aus dem Bereich der Gemeinschaft erwähnt Ministerpräsident González die Mittelmeerpolitik. Frankreich habe gesagt, daß es die Beitrittsverträge nicht ratifizieren werde, wenn die Problematik der nicht zur EG gehörenden Anrainer des Mittelmeeres nicht geklärt werde.<sup>7</sup> Spanien sei damit einverstanden, daß die EG eine Mittelmeerpolitik verfolge. Spanien sei jedoch nicht damit einverstanden, daß diese Politik auf Kosten Spaniens gehe. In den Verhandlungen der letzten fünf Jahre habe Spanien eine Haltung an den Tag gelegt, die sehr viel weitergehe und sehr viel mehr Verständnis für europäische Belange aufzeige, als Marokko z. B. aufbringe. Es dürften jetzt nicht neue Schwierigkeiten entstehen. Ein weiteres Problem betreffe die Haushaltsfragen.

<sup>3</sup> Am 12. Juni 1985 wurde in Madrid der Vertrag über den EG-Beitritt Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 10–13.

<sup>4</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>5</sup> Zum Falkland-Krieg vgl. Dok. 13, Anm. 37.

<sup>6</sup> Im Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Westeuropäische Union für die Zeit vom 31. Oktober 1984 bis 31. März 1985 hieß es: „Portugal übermittelte durch Schreiben seines Außenministers Mitte Oktober 1984 den Wunsch, in der WEU durch einen möglichen Beitritt eine aktive Rolle zu spielen. Der spanische Ministerpräsident führte in seiner Regierungserklärung zur Lage der Nation Ende Oktober 1984 aus, eine Beteiligung Spaniens in der WEU sei wünschenswert; allerdings gelte es, zunächst die Fortentwicklung des EG-Beitritts abzuwarten.“ Vgl. Referat 200, Bd. 148660.

<sup>7</sup> Am 22. Oktober 1985 berichtete Botschafter Brunner, Madrid, EG-Kommissionsmitglied Cheysson habe am 19. Oktober 1985 vor den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten in Madrid erklärt: „Bei der Mittelmeerpolitik habe er mehr Klugheit von spanischer Seite erwartet. Spanien sei hier im Unrecht, denn die Forderungen hätten immer auf dem Tisch gelegen. Spanien habe die Problematik vor Beitritt gekannt und gewußt, daß es in den ersten Jahren schlechter als die Mittelmeerdrittstaaten behandelt werden würde, für die ihre Exporte in die EG essentiell seien.“ Brunner führte dazu aus: „Bei dem Mittelmeerabkommen mußte Spanien sich seit Entblockierung des Landwirtschaftskapitels durch Frankreich seiner ungünstigen Position in Einzelbereichen (temporäre Schlechterstellung als Mittelmeerdrittländer) bewußt sein, hat sie aber stets als inakzeptabel bezeichnet und gehofft, daß bei Festlegung der Modalitäten sich seine Lage verbessert.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1695; Referat 410, Bd. 130431.

Er habe nichts dagegen, daß die EG eine Austeritätspolitik betreibe. Auch die spanische Regierung betreibe eine Austeritätspolitik. Spanien werde zum Nettozahler in der EG. Irgendwie müßten jedoch die Finanzbeiträge Spaniens mit Einnahmen kompensiert werden. Für die spanische Öffentlichkeit sei es nicht verständlich, daß angesichts des niedrigen Bruttosozialproduktes Spanien zum Nettozahler werde. Er hoffe, daß der Bundeskanzler für diese Probleme aufnahmebereit sei. Er wolle von vornherein bei der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit einen besonderen Schwerpunkt sehen und spreche hier offen. Spanien spiele nicht mit gezinkten Karten.

Der *Bundeskanzler* erläutert anschließend die deutsche Haltung. Mit großer Entschiedenheit sei er für den Beitritt Spaniens und Portugals eingetreten. Die Gründe seien der spanischen Seite bekannt. An diesen Gründen habe sich nichts geändert. Er sei froh, daß Spanien und Portugal nun Mitglied würden. Er habe keinen Zweifel, daß beide Länder sich als dynamische Kraft für Europa erweisen würden. Die Iberische Halbinsel sehe er als besonders wichtigen Bestandteil des europäischen Einigungswerkes an. Der Beitritt zur Gemeinschaft bringe Spanien Vorteile, er bringe auch uns Vorteile. Er sei im Ganzen eine gute Sache. Deutschland habe die Erhöhung des Mehrwertsteuerplafonds auf 1,4% an den Beitritt Spaniens geknüpft.<sup>8</sup> Ohne dieses Junktim würde es keinen Beitritt gegeben haben. (Ministerpräsident *González* wirft ein, er werde dies beim heutigen Abendessen öffentlich sagen). Der *Bundeskanzler* fährt fort, es müsse auch im Interesse Spaniens als potentieller Nettozahler sein, daß die Haushaltsdisziplin eingehalten werde. Es sei absurd, daß nationale Regierungen sparten, in Brüssel jedoch so getan werde, als sei nichts geschehen. Er gehe davon aus, daß das Europäische Parlament sich an die jetzt beschlossenen Sätze<sup>9</sup> halte. Er habe mit seinen politischen Freunden im Parlament gesprochen. Die vorhandenen Möglichkeiten zur Aufstockung für Spanien und Portugal sollten genutzt werden. Er trete auch dafür ein, daß im Ministerrat die Wünsche Spaniens nach Möglichkeit erfüllt würden. Es sei jedoch nicht akzeptabel, daß andere, die sich um den Beitritt Spaniens und Portugals keine großen Verdienste erworben hätten, sich jetzt mit ihren Wünschen an die Rockschöße der iberischen Länder hängten. Er mache Herrn González den Vorschlag, sich mit ihm direkt in Verbindung zu setzen, wenn Probleme aufträten. Er wolle gerne hilfreich sein. Was Marokko anbetreffe, so gehöre es nicht zu Europa. Spanien hingegen sei ein Teil Europas. Wir könnten in der EG nicht alle Probleme der Kolonialgeschichte lösen. In der Malwinenfrage respektiere er die Auffassung des Ministerpräsidenten, teile sie jedoch nicht. Der Bundeskanzler berichtet an dieser Stelle über Alfonsín-Besuch.<sup>10</sup> Auf den Einwand von Ministerpräsident *González*, die argentinische Demokratie hätte eine Geste verdient, antwortete der *Bundeskanzler*, er habe die meisten Gesten gemacht, und zwar dort, wo sie sich im Etat niederschlugen.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Vgl. dazu den Abschluß der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens auf einer Sondertagung des EG-Ministerrats am 28./29. März 1985 in Brüssel; Dok. 79, Anm. 11.

<sup>9</sup> Zum Haushaltsplan 1986 der Europäischen Gemeinschaften vgl. BULLETIN DER EG 9/1985, S. 79–84.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Präsidenten Alfonsín vom 15. bis 18. September 1985 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 247.

<sup>11</sup> In der „Länderaufzeichnung Argentinien“ mit Stand vom 20. August 1985 wies Gesandter Saumweber, Buenos Aires, darauf hin, daß mit Argentinien im Rahmen der technischen und der finan-

Auf Europa zurückkehrend, fährt Bundeskanzler fort, der Ministerpräsident sei ja in Mailand gewesen. Vielleicht würden wir in Luxemburg<sup>12</sup> gewisse Ergebnisse erzielen können, insgesamt sei er jedoch nicht sehr optimistisch. Vermutlich geschehe für das Europäische Parlament zu wenig. Ein direkt vom Volk gewähltes Parlament, das nichts zu sagen habe, sei gefährlich. In einem Parlament ohne Macht und Einfluß lasse die Disziplin nach. Jeder Abgeordnete sage sich, daß es ja offenbar auf seine Stimme nicht ankomme. Propagandaanträge gingen leichter durch. Es gebe nicht viel Enthusiasmus für eine Übertragung weiterer Kompetenzen an das Parlament. Frankreich wirke retardierend, das Vereinigte Königreich und Dänemark sowieso. Bei Griechenland falle ihm nichts mehr ein. Trotzdem müßten wir etwas versuchen.

Ähnlich sei es mit der Notwendigkeit, sich stringenter abzustimmen. Es ließe sich jedoch eine größere Kohäsion schaffen, und er sei entschlossen, weiterzugehen. Es herrsche zwar in Europa eine gewisse Lethargie, doch werde er dies tun. Kernpunkt sei für ihn die Frage, in welche Lage wir gerieten, wenn nichts wirklich geschehe. Die ganze Frage Europas werde sich dann neu stellen, nicht schon morgen, aber doch in einer gewissen Zeit. Deshalb habe er sich auch über den Beitritt Spaniens und Portugals gefreut, auch und gerade im Hinblick auf die jetzige spanische Regierung. Wenn die EG so bleibe wie jetzt, werde sie das Jahrhundert nicht überdauern. Sie werde sich zurückbilden zu einer gehobenen Freihandelszone. Auch eine solche Freihandelszone habe ihren Wert, den er nicht gering achten wolle. Auch sie schaffe einen großen Wirtschaftsraum. Sie sei aber nicht das, weswegen er 1948/49 einem alten Mann<sup>13</sup> gefolgt sei, der zusammen mit Schuman, de Gasperi und Churchill seinen Weg ging. Wenn wir nicht fähig seien, mehr politisch zusammenzuwirken, würden wir in Europa im 21. Jahrhundert gegenüber den USA und der UdSSR abdanken. Er denke darüber nach, gegen Ende des Jahrzehnts die Frage eines neuen Anlaufs zu stellen, wenn es jetzt keine Fortschritte gebe, vielleicht dann mit denjenigen, die weitergehen wollten, d.h. Frankreich, Italien, den Benelux und der Iberischen Halbinsel. Dann werde man sich auch im Vereinigten Königreich Gedanken machen. Er habe keine Hoffnung hinsichtlich Griechenlands, auch kaum hinsichtlich Dänemarks, doch dürfe das langsamste Schiff nicht die Geschwindigkeit des Konvois bestimmen. Für die Schaffung Europas hätten wir viele Gründe gemeinsam. Wir Deutsche aber hätten einen Sonderpunkt. Die deutsche Geschichte sei ambivalent. Schon Bismarck habe festgestellt, daß der Weg von Berlin nach Moskau und Paris gleich weit sei. Wir seien ein geteiltes Land, wie lange die Teilung dauere, wisse man nicht. Wir hätten eine lange Durststrecke vor uns, die Generationen dauern werde. Unter Ulbricht habe man sich in der DDR noch der Illusion hingegeben, das Niveau der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Aber das System sei idiotisch, und man habe dieses Ziel zumindest zeitweilig aufgegeben. Man müsse aber auch die geistige Situation sehen. Der Kommunismus habe hier keine Chance. Die Teilung Deutschlands übe

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1364*

ziellen Zusammenarbeit Abkommen mit einem Umfang von 70 bzw. 197 Millionen DM abgeschlossen worden seien. Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1566 vom 15. August 1985; Referat 330, Bd. 136465.

<sup>12</sup> Am 2./3. Dezember 1985 fand in Luxemburg eine Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu Dok. 325.

<sup>13</sup> Konrad Adenauer.

aber ihre Wirkungen aus, sie gehe tief in die Familien, von dreizehn Millionen Flüchtlingen lebten nur noch fünf, diese aber hätten Kinder und Enkel. Die DDR versuche nun, die deutsche Geschichte zu okkupieren. Honecker sei Vorsitzender des Luther-Komitees im Lutherjahr gewesen.<sup>14</sup> Jetzt hätten wir ein Bach-Jahr.<sup>15</sup> Die Männer des 20. Juli seien vor 20 Jahren noch als „Junker“ bezeichnet worden, heute seien sie für die DDR-Regierung schon große deutsche Patrioten. Man versuche, den Nationalismus zu okkupieren. Es sei im übrigen falsch, zu glauben, daß der Nationalismus in Deutschland immer rechts gewesen sei. Dies sei erst im 20. Jahrhundert der Fall gewesen. Die Frühgeschichte der Sozialdemokratie zeige anderes. Für ihn, den Bundeskanzler, sei die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland existentiell und könne nicht zur Disposition gestellt werden. Die Einheit dürfe nicht zu Lasten der Freiheit gehen, dies sei völlig inakzeptabel. Hier gehe es nicht um die Grenze zu Polen. Wenn heute eine Abstimmung stattfinden würde, würden sich 90 % für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aussprechen. Gleichzeitig aber müsse es als Voraussetzung einen Friedensvertrag geben. Die deutsche Frage sei eine Frage von Freiheit und Demokratie. Er, der Bundeskanzler, versuche alles, um die Bundesrepublik Deutschland in den Westen einzubinden und die Entscheidung für den Westen irreversibel zu machen. Er sage immer, dies sei Teil unserer Staatsräson. Willy Brandt lehne dies ab, und dies unterscheide ihn vom Vorsitzenden der SPD. Andernfalls würde sich sofort das deutsch-französische Problem neu stellen. Man würde bei unseren Verbündeten die Frage stellen: Was machen die Deutschen in 20 Jahren? Man könne einem kommunistischen Nationalismus keinen demokratischen Nationalismus entgegensetzen. In der Weimarer Republik seien entscheidende Fehler gemacht worden. Schon 1925 habe man eine bestimmte Etappe erreicht gehabt, doch sei dann in den Hauptstädten alles kaputtgemacht worden. Viele verstünden die Europapolitik hier nicht, weil sie Geld koste. Es sei aber eine Investition in die Zukunft. Es sei auch wichtig im Hinblick auf die junge Generation, die sich wieder für Geschichte zu interessieren beginne und die Frage stelle, wo wir herkämen und wo wir hingingen. Das Interesse an Geschichte wachse in Deutschland. Herr González werde sehen, daß die Bundesregierung jetzt die Wehrpflicht erhöhe<sup>16</sup> und trotzdem die Wahlen gewinne, weil die Jugend einsichtig sei. Dies sei ein Schritt, der auch wichtig für das deutsch-französische Verhältnis sei. Wir seien keine Atommacht und wollten dies auch nicht werden. Man könne aber auch in Frankreich, das seine Atommacht ausbaue, Geld nur einmal ausgeben. Er, der Bundeskanzler, sehe voraus, daß die Atomschwelle allmählich angehoben werde. Das Problem des konventionellen Gleichgewichts bleibe. Und die Bundeswehr werde damit wichtiger. Die jungen Menschen in der Armee müßten heute von ihrer Aufgabe überzeugt sein. François Mitterrand habe all dies begriffen. Er, der Bundeskanzler, habe zu François Mitterrand gesagt, die billigste Maginot-Linie der Welt sei die Bundeswehr.

<sup>14</sup> Aus Anlaß der 500. Wiederkehr des Geburtstages von Martin Luther im Jahre 1983 veranstalteten das Zentralkomitee der SED, der Staatsrat, der Ministerrat und die Nationale Front am 9. November 1983 einen Festakt in Berlin (Ost). Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 392.

<sup>15</sup> Johann Sebastian Bach wurde am 31. März 1685 in Eisenach geboren.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

Ministerpräsident *González* antwortet, das Problem Spaniens sei kein Problem der politischen Parteien. Es gebe in Spanien keine sehr artikuliertete Mitte-Rechts-Opposition. Spanien sei mehrheitlich für die Integration in die EG, nicht jedoch hinsichtlich aller Probleme. Im 19. Jahrhundert habe man diejenigen, die proeuropäisch eingestellt gewesen seien, verächtlich die „Patriotas“ genannt. In Spanien gebe es noch immer kleine Gruppen mit einer hypernationalen Einstellung. Daraus folge eine gewisse Fragilität der spanischen Demokratie. Sie wollten, daß Spanien anders bleibe. Die Politik der spanischen Regierung sei auf eine Adjustierung der Wirtschaftspolitik gerichtet. Dies sei jedoch nicht eine Aufgabe, der sich spezifisch seine Partei widmen müsse, sondern eine nationale Aufgabe: die Integration Spaniens in Europa und die Ablehnung des Hypernationalismus. Franco habe Jahrzehnte hindurch eine Politik der Isolierung vertreten. Heute sei dies ein quasi biologisches Generationsproblem. Es gebe aber noch immer ebenso links wie rechts kleine Gruppen, die die Integration ablehnten. Es werde nun in nächster Zukunft zu einem Test kommen, wenn sich Spanien dem Problem der Integration stellen müsse. Man werde dann sehen, daß die tiefen Strömungen in Spanien in diese Richtung gingen. Er habe soeben in den USA die Frage des Bündnisses besprochen.<sup>17</sup> Seit 1953 (dem Abschluß des Abkommens mit den USA<sup>18</sup>) seien viele Dinge geschehen. Einige davon seien jedoch besonders wichtig. 1953 sei Spanien eine Plattform für amerikanische Truppen geworden. Es habe sich um die Hochzeit des Franquismus gehandelt. Eine erste Folge des Kalten Krieges sei die gewesen, daß Franco sich gerettet habe und aus der Isolierung erlöst worden sei. 1985 sei Spanien nicht mehr eine Plattform für fremde Truppen, sondern ein demokratisches Land mit eigenen Kräften. Während des 20. Jahrhunderts sei das Militär im allgemeinen eine Stütze des inneren Regimes gewesen. Heute diene es der Aufgabe der Verteidigung gegen den äußeren Feind, nicht mehr der Aufrechterhaltung autoritärer Macht im Innern. Dies sei eine tiefe Veränderung. Deshalb sei sein Interesse an der Verzahnung mit der westlichen Welt so groß. Das, was der Bundeskanzler vorhin ausgeführt habe, stimme mit dem überein, was er selbst in Washington gesagt habe.

Er sei auch mit der Analyse des Bundeskanzlers hinsichtlich Europas einverstanden. Er sei gerade aus China zurückgekommen und habe dort mit Deng Xiaoping gesprochen.<sup>19</sup> Auch wenn es keine deutsche Teilung gäbe, müßten wir Europa bauen. Sicher habe Deng Xiaoping eigene Probleme, aber er sehe Europa als Einheit. Wenn Europa etwas darstellen wolle, müsse es sich einigen.

<sup>17</sup> Ministerpräsident González hielt sich am 26./27. September 1985 in Washington auf. Botschafter van Well, Washington, übermittelte am 1. Oktober 1985 Informationen des amerikanischen Außenministeriums über die Gespräche mit Präsident Reagan und Vizepräsident Bush: „González habe unterstrichen, er halte an der Durchführung des Referendums über die Frage des Verbleibs Spaniens in der NATO fest. Er fühle sich an sein Wahlversprechen gebunden. González hat offensichtlich einen optimistischen Eindruck auf die Amerikaner gemacht, daß das Referendum positiv ausfallen werde. Span. MP habe gesagt, so wie er seine eigene Partei von der Notwendigkeit eines Verbleibs in der NATO habe überzeugen können, glaube er, auch spanische Wählerschaft überzeugen zu können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4621; Referat 201, Bd. 143371.

<sup>18</sup> Am 26. September 1953 schlossen Spanien und die USA ein Stützpunkteabkommen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 207, S. 83–92. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1953, S. 6101 f.

<sup>19</sup> Ministerpräsident González besuchte vom 4. bis 10. September 1985 die Volksrepublik China.

Spanien sei dies eine unabdingbare Lösung. Spanien werde dabei fair play üben und niemals Hindernisse errichten, wo es nicht nötig sei.

Das Gefühl der Spanier im Hinblick auf die Integration sei positiv. Er wolle, daß Spanien sich auch in der Sicherheitspolitik europäisch fühle. Er habe Präsident Reagan, Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz gesagt – und dies könne er nicht täglich wiederholen –, daß Spanien ein loyaler Bundesgenosse sei. Dies sei eben so.

Der *Bundeskanzler* äußert, die Bundesregierung habe von Anfang an auf diesen Ministerpräsidenten González gesetzt. Er wolle fragen, ob Herr González in Washington auch über die NATO-Frage gesprochen habe?

Ministerpräsident *González* antwortet, er bitte den Bundeskanzler, im spanischen Fernsehen über die Bedeutung Spaniens für Europa zu sprechen und dabei auch die Bedeutung Spaniens im allgemeinen Verteidigungssystem Europas zu erwähnen<sup>20</sup>. Was die spanische Regierung anbetreffe, so hätten die Alliierten deutlich ihre Einstellung geäußert: Sie wünschten, daß Spanien in der NATO bleibe. Hier gebe es zwei Probleme. Eines sei existentiell: Spanien müsse in der Allianz bleiben. Das zweite Problem sei, wie Spanien in der Allianz teilnehme. Wenn er, González, es erreichen könne, den Status quo innerhalb der Allianz zu erhalten, sei er sehr zufrieden. Alles bliebe so, wie es jetzt sei. Man werde nicht an der integrierten Befehlsorganisation teilnehmen. Spanien müsse jedoch in der Allianz verzahnt bleiben.

Was das existentielle Problem eines Verbleibens Spaniens in der Allianz angehe, so sei diese Entscheidung bedingt durch ein Plebiszit des spanischen Volkes.<sup>21</sup> Dieses Plebiszit beunruhige die Alliierten. Man fürchte einen negativen Ausgang. Dies sei aus allen seinen Gesprächen mit den Alliierten hervorgegangen. Er bespreche jetzt innerhalb der Regierung, wie das am besten zu gestalten sei. Er habe jedoch eine annehmbare Sicherheit, zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Dafür werde er seine ganze Kraft einsetzen. Viele Alliierte hätten ihn gebeten, auf das Referendum zu verzichten. Ein Verzicht würde aber noch viel negativere Folgen in Spanien haben, insbesondere für eine so junge Demokratie. Ein solcher Verzicht würde eine Glaubwürdigkeitskrise herbeiführen. Dies sei eine zu ernste Sache. Es handele sich um eine Herausforderung, doch sei er überzeugt, daß er das Referendum gewinnen könne. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, wann das Referendum stattfinden werde, antwortet Ministerpräsident *González*, dies werde im Frühjahr der Fall sein, wenn Spanien bereits Mitglied der Gemeinschaft sei. Er werde die Führer der Alliierten bitten, daß sie den Spaniern klarmachen, daß sie sie im Bündnis wünschten.

Der *Bundeskanzler* äußert hierauf, er sei bereit, im Frühjahr ein Fernsehinterview im spanischen Fernsehen zu machen.

<sup>20</sup> Der Passus „im spanischen ... erwähnen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Díez-H[ochleitner] am 5.10. gebeten, daß spa[nischer] Wunsch terminlich u[nd] sachlich konkretisiert wird.“

<sup>21</sup> Zu dem für 1986 angekündigten Referendum über einen Verbleib Spaniens in der NATO vgl. Dok. 19, Anm. 9.  
Zum Verbleib Spaniens in der NATO vgl. ferner Dok. 205.



MP *González* antwortet, wie der Bundeskanzler ja wisse, gehöre er in allen Meinungsumfragen in Spanien zu den am meisten respektierten Deutschen, dies vor allem nach der Konferenz von Stuttgart<sup>22</sup>.

Er wolle nun nur noch ein außerordentlich delikates Problem aus dem Bereich der Politik ansprechen, das nämlich der diplomatischen Beziehungen mit Israel.<sup>23</sup> Dieses Problem sei für Spanien nicht im Hinblick auf die arabische Welt delikat, sondern weil es im Zusammenhang mit dem Terrorismus Probleme aufwerfe. Spanien beherberge etwa 15 000 Palästinenser. Dies seien mehr als in Tunis am Sitz der PLO. Es gebe in Spanien sehr viele Flüchtlinge aus den arabischen Ländern. Inzwischen habe es im Nahen Osten gewisse Entwicklungen gegeben. Wenn es hier einen geringen Fortschritt gäbe, würde Spanien dies ausnützen und den Sprung tun.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob man dies den Israelis sagen könne.

Ministerpräsident *González* äußert, er sei damit einverstanden. Er sei hier sehr positiv eingestellt und werde bald mit Ministerpräsident Peres selbst sprechen.

Der *Bundeskanzler* bittet MP *González* um Nachricht, wenn er MP Peres getroffen habe. Er werde Peres nach *González* sehen.<sup>24</sup>

Der Bundeskanzler fährt fort, der spanische König werde im nächsten Jahr einen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland abstatten.<sup>25</sup> Dieser Besuch sollte vor dem Referendum kommen. Dieser Besuch werde in Presse und Fernsehen eine große Publizität erfahren, und es würden zahlreiche Reden auf beiden Seiten gehalten werden. Hier könne man das eine oder andere für Spanien Hilfreiche sagen.

MP *González* hält dies für eine sehr gute Idee. Er werde morgen schon entsprechende Andeutungen in der Pressekonferenz machen. Er schlage vor, daß der Bundeskanzler in dieser Pressekonferenz den Eintritt Spaniens in die EG begrüßen solle, aber auch, daß er das gemeinsame Schicksal Spaniens mit anderen europäischen Völkern in der Sicherheitsfrage innerhalb der Allianz begrüßen solle. Das Referendum werde Ende Februar/Anfang März stattfinden, nämlich drei Monate nach Wahlen am 24. November<sup>26</sup> und drei Monate vor Wahlen im Juni<sup>27</sup>. Der Besuch des Königs müsse dann vorher stattfinden.

Auf Äußerung des *Bundeskanzlers*, daß der König hier sehr populär sei, als Person, aber auch wegen gewisser heimlicher Sehnsüchte nach einer Monarchie, antwortet MP *González*, der König nehme für die spanische Demokratie

<sup>22</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kuhna vermerkte am 1. Oktober 1985, der spanische Außenminister Fernández-Ordóñez habe Bundesminister Genscher am 30. September 1985 erklärt: „Die spanische Regierung habe beschlossen, noch vor den Wahlen diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Man wolle damit auf israelische Regierung einwirken, sich maßvoller und flexibler gegenüber jordanisch-palästinensischer Friedensinitiative zu verhalten. Die Entscheidung sei bereits gefallen, nunmehr wolle man auf diplomatischem Wege auf mehr Flexibilität in Israel drängen.“ Vgl. Referat 206, Bd. 150997.

<sup>24</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Peres am 23. Oktober 1985 in New York vgl. 287.

<sup>25</sup> König Juan Carlos besuchte vom 24. bis 28. Februar 1986 die Bundesrepublik.

<sup>26</sup> Am 24. November 1985 fanden in Spanien in der autonomen Region Galizien Parlamentswahlen statt.

<sup>27</sup> In Spanien fanden am 22. Juni 1986 Parlamentswahlen statt.

eine Schlüsselrolle ein. Wenn die Monarchie in Spanien rechtzeitig eine andere, der jetzigen vergleichbare Einstellung gehabt hätte, wäre Spanien manches erspart geblieben. Die Sozialistische Partei sei immer republikanisch gewesen. Er müsse jedoch feststellen, daß die Akzeptanz der Monarchie heute größer sei als je zuvor.

Auf Bemerkung des *Bundeskanzlers*, daß der Konflikt zwischen Flamen und Wallonen Belgien schon längst entzwei gerissen hätte, wenn es die Monarchie nicht gäbe, äußert Herr *González*, man sei in Spanien gerade dabei, den Regionen Autonomie zu geben.<sup>28</sup> Allerdings würde es 17 autonome Regionen geben, während es in Belgien nur zwei seien, was die Dinge sehr viel schwieriger gestalte.

Der *Bundeskanzler* äußert sich im folgenden eingehend zur Geschichte und Funktion des Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland. Das Gespräch wendet sich dann der Frage der Verjüngung des deutschen Offizierskorps zu. Der *Bundeskanzler* erläutert die von uns getroffenen Maßnahmen.

MP *González* antwortet, dies Problem sei ihm sehr bekannt. Es stelle sich in Spanien noch sehr viel dramatischer. Spanien müsse sein Offizierskorps bis 1990 um 6500 verringern.<sup>29</sup> Franco habe den Militärs keine Ausrüstung geben können. Dafür habe er sie großzügig befördert. Die spanische Armee habe einen riesigen Wasserkopf. Allerdings akzeptierten die Militärs die vorgeschlagenen Lösungen. Es wird behauptet, daß in der Zeit der Ersten Republik bereits Ministerpräsident Azaña versucht habe, das gleiche zu tun, und daß dies einer der Gründe für seinen Sturz gewesen sei.

MP *González* stellt dem *Bundeskanzler* die Frage, welche Chancen er dafür sehe, daß Frankreich sich doch noch an dem Projekt des Jägers 90 beteiligen werde.<sup>30</sup> Von dem anschließenden Gespräch über dieses Thema werden auf Wunsch beider Seiten keine Notizen gemacht. Das Gespräch wendet sich dann noch einmal Europa und dem EUREKA-Projekt<sup>31</sup> zu.

<sup>28</sup> Botschafter Brunner, Madrid, legte in der „Länderaufzeichnung Spanien“ mit Stand vom 1. September 1985 zur Frage der Regionalautonomie dar: „Das Verhältnis zwischen Zentralregierung und den Regierungen der 17 autonomen Regionen ist noch nicht abschließend geklärt. Bei der Übertragung von Zuständigkeiten, von Institutionen, von Personal und Steuereinkünften bilden sich zuweilen politische Reibungsflächen. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über das Ausmaß der Autonomie ergeben sich vor allem mit den Regionen Baskenland (2,2 Mio. Einwohner) und Katalonien (5,7 Mio.), mit gewissem Abstand auch Galizien (2,8 Mio.), die historisch ältere Autonomierechte geltend machen.“ Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 1456; Referat 206, Bd. 150994.

<sup>29</sup> Im „Politischen Halbjahresbericht Spanien“ mit Stand vom 1. März 1985 legte Botschafter Brunner, Madrid, dar: „Im Zuge staatlicher Strukturreformen trat ein Gesetz in Kraft, das durch Gesund-schrumpfen die Modernisierung der Landstreitkräfte fördern soll. In einer Übergangsfrist von sechs Jahren wird die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere um 6000 vermindert. Als erster Schritt zur Reduzierung der Zahl der Wehrbereiche von neun auf sechs wurden im Süden die Wehrbereiche Grenada und Sevilla zusammengelegt. Sevilla erhielt den Sitz des Generalkapitäns, dem alle Truppen im Bereich unterstehen. Grenada wurde dafür Standort der einzigen in diesem Landesteil stationierten Division. Der Verteidigungshaushalt 1985 stieg prozentual wiederum geringer als der Gesamthaushalt. Daß die militärischen Investitionsausgaben trotzdem überproportional erhöht wurden, war nur durch radikale Kürzungen der Betriebsausgaben möglich. Im Dezember trat ein Gesetz über Wehrdienstverweigerung in Kraft.“ Vgl. die Anlage zu Schriftbericht Nr. 504 vom 18. März 1985; Referat 206, Bd. 150994.

<sup>30</sup> Zum Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 198.

<sup>31</sup> Zu EUREKA vgl. Dok. 242.

*Bundeskanzler* führt aus, daß er hinsichtlich der technologischen Entwicklung Europas sehr optimistisch sei. Wir hätten die Phase der Resignation bereits weitgehend überwunden. Die Vollendung des Binnenmarktes werde große Wirkungen haben. Zwar werfe sie überall Probleme auf. So werfe unsere Versicherungswirtschaft die Arme in die Luft, weil sie die großen britischen Versicherungen vor sich sehe. Sie sollten sich jedoch hier anstrengen, dann würden sie auch mit dieser Konkurrenz fertig. Bei uns habe im psychologischen Klima eine große Veränderung stattgefunden. Vor eineinhalb Jahren habe noch alles über die Japaner gejammt, heute gebe es jedoch viel mehr Selbstvertrauen. Er habe dies besonders deutlich vor wenigen Wochen anlässlich der Eröffnung der Funkausstellung in Berlin<sup>32</sup> gespürt, wo er mit zahlreichen Unternehmern gesprochen habe. Wir seien im Prinzip genauso gut wie die Japaner. In diesem Jahr würden zum ersten Male mehr junge Wissenschaftler aus den USA zurückkehren, als dort hingingen. Dieser Prozeß müsse sich auf ganz Europa ausdehnen.

An dieser Stelle treten zu dem Gespräch Bundesminister Genscher und Minister Ordóñez in Begleitung der Botschafter<sup>33</sup> hinzu.

Bundeskanzler und *Bundesminister* informieren über die jeweiligen Gespräche. Der *Bundeskanzler* zeigt sich besonders interessiert an dem Thema Chile. Er habe erst in der Woche zuvor mit seinem Freund Valdés hier in Bonn gesprochen.

Außenminister *Ordoñez* äußert, das schlimmste in Chile sei die unmittelbare Zukunft. Es könne alles mögliche passieren, insbesondere könne die Radikalisierung so stark werden, daß es zu einer bewaffneten Konfrontation käme, bei der dann notwendigerweise auf der einen Seite die Armee und auf der anderen Seite die Kommunisten die Führung übernehmen würden. Für einen solchen bewaffneten Kampf gäbe es konkrete Vorbereitungen. Er würde Auswirkungen im ganzen „Cono del sur“ haben.

MP *González* fügt hinzu, Argentinien sei voller Begeisterung für die Demokratie, aber bei jungen Demokratien solle man sich nicht darauf verlassen. Bolivien befinde sich praktisch in Dekomposition. Er habe noch vor kurzem mit dem jetzigen Präsidenten Perus<sup>34</sup> gesprochen. Dieser habe ihm gesagt, es gebe in Peru 35 000 bewaffnete Guerilleros, die dem „Sendero Luminoso“ angehörten.<sup>35</sup> Der einzige Kandidat, der in Chile in Betracht komme, sei Valdés. Die einzige Kraft in Chile, die die zerstörerische Dynamik der jetzigen Entwicklung brechen könne, sei die Kirche. Er fürchte den Radikalisierungsprozeß. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er mit den USA hierüber gesprochen habe, antwortet Herr *González*, er habe sehr oft mit den USA über diese Frage gesprochen, allerdings nicht bei seinem letzten Besuch.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, er wolle auf alle Fälle hierüber mit Präsident Reagan sprechen, wenn er demnächst in Washington sei.<sup>36</sup> Valdés habe ge-

<sup>32</sup> Die Internationale Funkausstellung Berlin wurde am 30. August 1985 eröffnet.

<sup>33</sup> Guido Brunner (Bundesrepublik) und Eduardo Foncillas (Spanien).

<sup>34</sup> Allan García-Perez.

<sup>35</sup> Zum Bürgerkrieg in Peru vgl. Dok. 247, Anm. 19.

<sup>36</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf. Für das Gespräch mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

meint, daß die USA jetzt eine vernünftige Linie verfolgten. Es gebe nur eine Chance, das hätten auch die USA begriffen, und hierbei müsse die Kirche eine Rolle spielen. Der neue Kardinal spiele eine sehr mutige Rolle in Chile.<sup>37</sup> Auch bei den Streitkräften beginne man jedoch nachzudenken. Es werde offenbar in den Streitkräften darüber diskutiert, was mit Präsident Pinochet passieren solle. Dabei spiele auch das argentinische Beispiel eine Rolle<sup>38</sup>: Wenn das argentinische Beispiel die einzige Alternative sei, würden sie sich an der Macht festkrallen.

BM Genscher berichtet, er habe in New York anlässlich der UNO-Generalversammlung mit dem uruguayischen Außenminister<sup>39</sup> gesprochen. Dieser habe ihn dringend gebeten, mit dem chilenischen Außenminister zu sprechen.<sup>40</sup> Uruguay eigne sich besser als Argentinien als Vorbild für eine Demokratisierung. Der uruguayische Außenminister habe Jahre in Chile zugebracht als Präsident der UNO-Kommission für die Entwicklung Lateinamerikas und kenne das Land sehr gut. Er, der Bundesminister, habe in seinem Gespräch dem chilenischen Außenminister gesagt, daß die gemeinsame Plattform aller Parteien und der Kirche ohne die Kommunisten ein bedeutendes Ereignis sei. Wenn man einen friedlichen evolutionären Prozeß einleiten wolle, müsse man darauf eingehen. Weise man sie zurück, würde man den revolutionären Kampf mit den Kommunisten riskieren. In den Gruppierungen, die die Plattform verab-

<sup>37</sup> Referat 330 notierte am 23. Oktober 1985: „Als Ergebnis einer Initiative des Kardinalerzbischofs von Santiago, Fresno, haben nach einer Klausurtagung mit ihm am 25. August 1985 elf politische Gruppierungen ein ‚Nationale Übereinkunft‘ genanntes Dokument formuliert. [...] Da die Parteien auf ihre bisherigen Maximalforderungen (Rücktritt Pinochets und Aufhebung der Verfassung) verzichtet haben und das Dokument auf einen nüchternen Ton abgestellt ist, und da sie ausdrücklich jede Gewaltanwendung verwerfen [...], haben sie zum ersten Mal eine Position gefunden, für die indirekt 80 % der Chilenen stehen. [...] Pinochet muß sich nicht provoziert fühlen, und er kann diese gemäßigte einheitliche Position nicht wie bisher als belanglos beiseite schieben.“ Vgl. Referat 330, Bd. 142925.

<sup>38</sup> Am 7. Juni 1985 vermerkte Ministerialdirektor Haas: „Die von Präsident Alfonsín eingesetzte ‚Nationale Kommission über das Verschwinden von Personen‘ [...] konnte nach einjähriger Arbeit der Öffentlichkeit eine umfangreiche Dokumentation über die während des Militärregimes begangenen Verbrechen vorlegen. Aufgrund ihrer Erkenntnisse wurde – erstmalig in der Geschichte Lateinamerikas – ein Verfahren gegen frühere Juntachefs und andere Vertreter des Militärregimes eingeleitet.“ Vgl. Referat 330, Bd. 136458.

Gesandter Saumweber, Buenos Aires, berichtete am 19. September 1985: „Das fünftägige Plädoyer des Generalstaatsanwalts Strassera [...] ging am Donnerstagabend mit der Forderung nach schwersten Freiheitsstrafen für die angeklagten Militärs zu Ende. [...] Tumultartige Beifallsbekundungen des Publikums zu Ende des Plädoyers und Mörder-Rufe an die Adresse der Angeklagten führten zur Räumung des Gerichtssaals.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 878; Referat 330, Bd. 136458.

<sup>39</sup> Enrique Iglesias.

<sup>40</sup> Ministerialdirigent Kullak-Ublick vermerkte am 30. September 1985, der chilenische Außenminister Del Valle habe Bundesminister Genscher am 27. September in New York zu dem am 25. August 1985 erfolgten Zusammenschluß der demokratischen Oppositionsparteien in Chile dargelegt: „Der ‚Acuerdo Nacional‘ sei zugegebenermaßen ein Schritt nach vorn. Dennoch habe die Regierung berechtigtes Mißtrauen, u[nd] zw[ar] aus drei Gründen: I. Das Spektrum der Unterzeichner sei sehr breit und heterogen; neben echten Demokraten [...] stünden überzeugte Marxisten [...]. II. Der Eigentumsbegriff sei äußerst unklar definiert und auslegungsfähig; zum ökonomischen System fehle eine klare Definition (Anlehnung an Allende-Praktiken erkennbar). III. Das Verhalten gegenüber den derzeitigen Regierenden nach einem Übergang sei offen (uruguayisches oder argentinisches Modell).“ Des weiteren notierte Kullak-Ublick, Genscher habe in seiner Erwiderung die „Anteilnahme und Sympathie“ für Chile hervorgehoben: „Daher habe man in Deutschland den ‚Acuerdo‘ aufmerksam gelesen. [...] Es sei besonders wichtig, daß die demokratischen Kräfte des Landes sich nicht zersplitterten, sondern den ‚Übergang‘ koordiniert vorbereiteten. Die Abgrenzung von der KP sei ein ermutigendes Zeichen und erhöhe moralische Autorität der Parteien.“ Vgl. Referat 330, Bd. 142925.

schiedet hätten, fänden sich alle politischen Familien Europas wieder, auch gefühlsmäßig. Er solle dies dem Präsidenten vortragen und mitteilen, was der Präsident dazu geäußert habe. Die Europäer wollten wissen, woran sie seien. Es gebe nur eine Möglichkeit, die nämlich des Dialoges zwischen der Junta mit Pinochet an der Spitze und der Plattform. *Bundeskanzler* wirft ein, es gebe in Chile eine sehr starke deutschstämmige Bevölkerung. *BM Genscher* fährt fort, zwei Mitglieder der Junta seien für den Dialog, nämlich der Chef der Luftwaffe und der Chef der Carabineros.<sup>41</sup>

MP *González* äußert, man solle aus Europa heraus Gespräche mit verschiedenen Gruppierungen der Plattform führen. Pinochet glaube fest, eine Demokratisierung Chiles werde sich wie in Argentinien vollziehen. Seine neurotische Reaktion provoziere jedoch die Gewalt. Wenn es um die Demokratisierung von Chile gehe, könne er seinethalben in Marbella seinen Wohnsitz nehmen.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, als im vorigen Jahr Valdés verhaftet worden sei, habe er Präsident Reagan angerufen.<sup>42</sup> Präsident Reagan habe sofort interveniert, wie im übrigen auch Präsident Mitterrand, und nach zwölf Stunden sei Valdés aus dem Gefängnis heraus gewesen. Er sei die einzige personelle Alternative. Bei Zaldívar habe er seine Zweifel.

MP *González* fügt hinzu, obwohl Zaldívar die größere Persönlichkeit sei, sei doch Valdés der einzige Mann, der es jetzt machen könne. Er sei ein ausgleichendes und verbindendes Element.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, Valdés verstehe auch etwas von der Ökonomie. Chile stehe vor unglaublichen wirtschaftlichen Problemen.

MP *González* äußert abschließend, man sollte in der EG gemeinsam vorgehen, um die Plattform zu stärken.

BM *Genscher* berichtet, es habe zwei wichtige Punkte gegeben, wo er in seinem Gespräch um spanische Unterstützung gebeten habe, nämlich bei der Kooperation der Gemeinschaft mit Zentralamerika sowie mit dem Golftrat.

MP *González* antwortet hierauf, Zentralamerika sei wichtig. Das Hauptthema liege aber, was Lateinamerika anbetreffe, bei der Verschuldung. Zum ersten Male fange Fidel Castro an, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen.<sup>43</sup> Es

<sup>41</sup> Am 4. Oktober 1985 berichtete Botschafter Holzheimer, Santiago de Chile, er habe in einem Gespräch am Vortag mit dem Oberbefehlshaber der chilenischen Luftwaffe, Matthei, und dem Generaldirektor der chilenischen Carabineros, Stange, erklärt: „Freunde Chiles wollten so wenig wie die Kirche gegen die Regierung handeln, alle würden es bevorzugen, mit der Regierung auf die notwendigen Ziele zuzugehen. Es dürfte überall Konsens bestehen, daß Übergang zur Demokratie vorbereitet und erleichtert werden müsse. [...] In diesem Sinne wollten auch wir mit beiden Seiten sprechen. [...] Der Acuerdo [Nacional] sei wohl für lange Zeit letzte Chance und Hoffnung.“ Holzheimer teilte weiter mit: „Beide Junta-Mitglieder stimmten mir zu. General Stange betonte wiederholt, daß er an die Polizei den Befehl gegeben habe, bei Protesten und Demonstrationen auf keinen Fall von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.“ Matthei habe dargelegt: „Wichtig sei ferner, die erörterten Gedankengänge möglichst vielen hochgestellten Persönlichkeiten nahezubringen, damit Pinochet sie von allen Seiten zu hören bekomme. Es sei leider nur zu wahr, daß alles von Pinochet abhängt [...]. Überdies ließen die drohenden weiteren Ausschreitungen Jugendlicher Pinochet die Knie schlottern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; VS-Bd. 13630 (330); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>42</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um die Freilassung des am 9. Juli 1983 verhafteten Vorsitzenden der chilenischen Christdemokraten, Valdés, vgl. Dok. 79, Anm. 10.

<sup>43</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen vermerkte am 8. August 1985: „Vom 30.7. bis 4.8.1985 nahmen auf Einladung und Initiative der kubanischen Führung rund 1200 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien, Parteien und Gewerkschaften an einer Konferenz

sei deshalb sehr wichtig, hier etwas zu tun. Vizepräsident Bush habe ihm gegenüber behauptet, daß Fidel Castro keinen großen Einfluß habe. Er aber glaube, daß Bush sich irre, die lateinamerikanischen Regierungen hätten sich vielleicht zurückgehalten, aber aus der Jugend und aus Universitätskreisen allgemein besuchten mehr und mehr Menschen Seminare in Havanna.

BM *Genscher* wirft ein, Castro habe jetzt ein politisches Thema gefunden. Die Größenordnungen seien enorm: Ein Prozent Zinsen weniger bedeute für Brasilien eine jährliche Erleichterung von 700 Mio. Dollar = 2 Mrd. DM allein an Zinszahlungen.

MP *González* fährt fort, das sei das Beispiel, das er auch immer wieder erwähnt habe. Er habe den lateinamerikanischen Regierungen vorgeschlagen, es solle ein Treffen stattfinden, wo man sich mit technischen und wirtschaftlichen und nicht mit politischen Fragen befasse. Es sollte ein Treffen sein, an dem die Präsidenten der Nationalbanken und einiger Privatbanken, aber auch die Präsidenten der internationalen Finanzinstitutionen teilnahmen.

Der *Bundeskanzler* äußert, dies sei eine gute Idee, er frage sich jedoch, ob sie so durchgeführt werden könne. Es sei viel leichter, die Schuld bei anderen als bei sich selbst zu suchen. Schuldner und Gläubiger müßten sich in dieser Frage bewegen.

MP *González* erwähnt das Beispiel Uruguay, das jetzt Fleisch an Brasilien habe verkaufen wollen. Das Geschäft sei jedoch nicht zustande gekommen, weil die EG zu besseren Bedingungen verkauft habe. Sicher müßten diese Länder wirtschaftliche Disziplin üben, aber sie müßten auch eine Lösung in Sicht haben. Wir müßten ihnen eine solche Lösung bieten.

Der *Bundeskanzler* äußert, die EG verkaufe jetzt Rindfleisch zu einem außerordentlich niedrigen Preis an die UdSSR, was einen Riesenärger geben werde. Auf der Straße werde das kein Mensch mehr verstehen.

BM *Genscher* fügt hinzu, es sei seine feste Auffassung, wenn wir nicht begännen, die Einkommen unserer Bauern über direkte Staatshilfen statt über höhere Preise zu sichern, würden wir in der Welt zum „häßlichen Europäer“, so wie man früher vom „häßlichen Amerikaner“ gesprochen habe. Wir bekämen zahlreiche Konflikte und würden den Agrarexport von Drittweltländern ruinieren.

MP *González* äußert, er wolle nicht mißverstanden werden. Auch Spanien sei ein Agrarland. In acht/neun Jahren würde auch Spanien große Probleme haben, abgesehen von der jetzigen Übergangsperiode. Auch er müsse die Interessen seiner Landwirtschaft verteidigen, aber die Agrarpolitik der EG sei irrational.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1373*

in Havanna teil, die sich mit der Auslandsverschuldung Lateinamerikas sowie der Forderung nach Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) befaßte. [...]. Die überwiegende Zahl der weit über 100 Redner wiederholte im wesentlichen die bereits von Fidel Castro u. a. in seiner Eröffnungsrede erklärte Forderung nach Schuldenstreichung, Integration Lateinamerikas und der Schaffung einer NWWO; dies wurde als der einzig mögliche Weg zur Lösung der Verschuldungskrise bezeichnet. [...] In seiner 2 1/2-stündigen Rede zum Abschluß der Konferenz wiederholte Castro in scharfer Form seine Forderung nach Streichung der Schulden sowie seinen Aufruf an die Staaten Lateinamerikas, ihre Schuldendienstleistungen einzustellen und ein einseitiges Moratorium zu erklären. Die Schuldenstreichung soll den Vorschlägen Castros zufolge durch eine Verringerung der Militärausgaben der westlichen Gläubigerstaaten finanziert werden“. Vgl. Referat 412, Bd. 130568.

In sechs Jahren würde der Preis für spanisches Olivenöl in Peseten verdoppelt werden. Die Konsumenten würden leiden und die Produktion würde steigen.

BM *Genscher* äußert, er würde lieber die Hunderte von Millionen Mark, mit denen das jetzt an die Sowjets gelieferte Fleisch subventioniert worden sei, direkt den Bauern gegeben haben.

Außenminister *Ordoñez* fügt hinzu, die EG zerstöre zahlreiche Märkte.

MP *González* weist in diesem Zusammenhang auf die Fleischkäufe Ägyptens hin. Es handele sich offenbar um ein Problem, das wir nicht vollständig begriffen hätten. Wie könnten wir aber bei einem so gewaltigen Problem wie der Umstrukturierung der Industrie den Stier bei den Hörnern packen und ein so relativ kleines Problem wie das der landwirtschaftlichen Produktion nicht lösen?

Der *Bundeskanzler* äußert hierzu, daß das Problem leider nicht klein sei. Es werde durch die moderne Forschung verschärft, wie man an dem ständigen Anwachsen der Hektarerträge sehe. Was im Bereich der Genetik passiere, sei unglaublich. Die Erträge der Weizensorten seien durch genetische Veränderungen um ein Vielfaches gestiegen. Der Bundeskanzler erläutert, das Problem der Landwirtschaft am Beispiel eines Bergbauernhofes, den er selbst während seiner Ferien besucht habe.<sup>44</sup> Abschließend äußert der Bundeskanzler den Wunsch, der spanische Landwirtschaftsminister<sup>45</sup> möge zur Grünen Woche<sup>46</sup> nach Berlin reisen. Spanien werde in diesem Jahr 25 Jahre Teilnehmer der Grünen Woche sein. Die Aussteller würden sich freuen, wenn der spanische Landwirtschaftsminister die Eröffnungsansprache übernehme.

MP *González* sagt dies zu.

**Referat 206, Bd. 150997**

<sup>44</sup> Dieser Satz wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna mit Ausrufezeichen versehen.

<sup>45</sup> Carlos Romero Herrera.

<sup>46</sup> Die Internationale Grüne Woche fand vom 24. Januar bis 2. Februar 1986 in Berlin statt.

## 266

**Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt****30. September 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Behinderungen des Zugangs zur Ständigen Vertretung durch Angehörige der DDR-Volkspolizei

Bezug: Bericht der StÄV vom 15.3.1985 – gleiches Az. (nicht an AA)

FS der StÄV vom 3.5.1985 – Nr. 588<sup>2</sup>

FS der StÄV vom 31.7.1985 – Nr. 1144<sup>3</sup>

1) Das Dienstgebäude der Ständigen Vertretung ist unverändert seit der Wiedereröffnung der Vertretung für Besucher am 31. Juli 1984<sup>4</sup> von etwa zwölf uniformierten und etwa zwölf zivilen Posten der DDR umstellt. Diese massive Präsenz übt nach wie vor auf potentielle Besucher der Vertretung eine abschreckende Wirkung aus. Der Schwerpunkt der Bewachung ist wie bisher der Haupteingang, der Besuchereingang und die Einfahrten zum Hof und zum zweiten Parkplatz. Der Doppelposten auf dem Bürgersteig nahe der Ecke Fried-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 8. Oktober 1985 vorlegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf.“

<sup>2</sup> Staatssekretär Bräutigam, Berlin (Ost), berichtete: „In den letzten vier Monaten (Januar–April 1985) haben insgesamt 246 Deutsche aus der DDR ihren Ausreisewunsch in der StÄV vorgetragen. In den entsprechenden Zeitabschnitten der Jahre 1983 und 1984 betrugen die entsprechenden Besucherzahlen 1576 bzw. 1711. Auffällig ist auch, daß sich in den Wochenzahlen der ersten vier Monate des Jahres 1985 kaum nennenswerte Schwankungen ergeben: Sie liegen mit wenigen Ausnahmen zwischen 10 und 20. Es drängt sich deshalb hier die Vermutung auf, daß diese Besucherzahl von den Sicherheitskräften der DDR – unabhängig von der fortdauernden Bewachung unseres Dienstgebäudes und der Kontrolle aller Besucher – gesteuert wird. [...] AL Seidel hat am 6.3.85 mir gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, daß die starke Bewachung der Ständigen Vertretung auf Dauer nicht mehr nötig sein werde und schrittweise abgebaut werden könne. Nachdem in dieser Hinsicht nichts geschehen ist, halte ich es nunmehr für an der Zeit, auf eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes vor dem Dienstgebäude der StÄV zu drängen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139189.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Hellbeck, Berlin (Ost), informierte, er habe dem Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR, Seidel, am 15. März 1985 dargelegt, „daß die Maßnahmen der Bewachung noch nicht wieder auf das Maß zurückgeführt worden seien, das einen unbehinderten Zugang zur StÄV gewährleiste. [...] Angesichts der geringen Besucherzahl sei diese Bewachung exzessiv und hindernd. Sie trage dem Zustand der beiderseitigen Beziehungen nicht Rechnung und widerspreche den im Grundlagenvertrag festgelegten Zielen, normale, gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln und diese Beziehungen stetig zu verbessern. [...] Mit besonderem Nachdruck habe ich auf die Dokumente von Helsinki und Madrid verwiesen. Beide Konferenzen hätten u.a. eine engere Zusammenarbeit in humanitären Fragen zum Ziele gehabt. Dabei sei die Gewährleistung des Zugangs zu Missionen und das Versprechen der Erleichterung des Funktionierens der Missionen ein wesentlicher Bestandteil gewesen.“ Hellbeck teilte weiter mit: „Seidel war die Erörterung dieser Frage sichtlich unangenehm. Er zog sich in seiner Antwort darauf zurück, unser Vorbringen weiterzuleiten und zu beteuern, daß die DDR nicht beabsichtige, die Arbeit der StÄV zu behindern. [...] Beiden Seiten sei bekannt, welches der Hintergrund der DDR-Maßnahmen sei; es sei auch nicht er, der über diese Fragen entscheiden könne.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139189.

<sup>4</sup> Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin war zwischen dem 26. Juni und 30. Juli 1984 für den Besucherverkehr geschlossen, da sich dort Personen aus der DDR aufhielten, um ihre Ausreise zu erreichen. Vgl. dazu den Artikel „Die Ständige Vertretung in Ost-Berlin ist wieder geöffnet“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. August 1984, S. 1. Vgl. dazu auch AAPD 1984, II, Dok. 206.



richstraße ist ebenfalls noch nicht abgezogen, übt aber so gut wie überhaupt keine Kontrolltätigkeit mehr aus.

Die Einzelheiten der Bewachung können früheren Berichten, insbesondere dem Bericht vom 15. März 1985, entnommen werden.

2) Es werden auch unverändert alle Besucher, die nicht ohne weiteres als Ausländer (Visumsbewerber) erkennbar sind, spätestens vor dem Besuchereingang einer Personalkontrolle unterzogen. Beim Versuch, die ankommenden DDR-Deutschen vom Betreten unseres Gebäudes abzuhalten, beschränken sich die Posten in aller Regel auf den Hinweis, die Vertretung sei für DDR-Bürger nicht zuständig. Besuchern, die sich hierdurch nicht abschrecken lassen, bleibt der Zutritt zur Vertretung möglich.

Allerdings ist Familien mit Kindern ein gemeinsamer Zutritt zu unserem Besucherraum nach wie vor verwehrt. Auch Inhaber von PM-12-Ausweisen<sup>5</sup> dürfen die Vertretung im allgemeinen nicht betreten. Die Zahl derjenigen, die vor dem Besuchereingang nach vorangegangenen Debatten mit den Posten wieder umgekehrt sind, läßt sich nicht feststellen; häufig melden sich solche Personen anschließend telefonisch oder schriftlich.

Wegen der Zugangsbehinderungen durch die andauernde exzessive Bewachung der DDR hat mein Vertreter<sup>6</sup> letztmalig am 31. Juli 1985 gegenüber dem MfAA (Abteilungsleiter Seidel) demarchiert. Auf den fernschriftlichen Bericht vom gleichen Tage weise ich hin.

3) Die Zahl der in unser Gebäude gelangten Besucher aus der DDR bewegt sich auf einem äußerst niedrigen Niveau. Im April gelangten 68 DDR-Deutsche in die Vertretung, im Mai waren es 52, im Juni 56, im Juli 75, im August 57 und im abgelaufenen September 44 Deutsche aus der DDR.

4) Mit Sorge beobachte ich, daß immer wieder Personen, die uns aufsuchen wollen, von dem Streifenwagen der Volkspolizei weggefahren werden, der rund um die Uhr mit zwei Polizisten besetzt auf dem Bürgersteig neben der zweiten Hofeinfahrt parkt. Anlaß hierfür ist vor allem auffälliges Verhalten der Betroffenen während der Polizeikontrollen vor dem Haupt- oder Besuchereingang. Personen, die gegen die Kontrollen protestieren oder etwa sich mit Gewalt Zugang zur Vertretung zu verschaffen versuchen, werden – z.T. mit erheblicher Gewaltanwendung – in den Streifenwagen gezwungen, der von den Posten herbeigewunken wird, und davongefahren. Andererseits sind auch Personen betroffen, die sich ohne Widerstand kontrollieren lassen; offensichtlich handelt es sich in solchen Fällen um Personen, deren Namen in den Fahndungsbüchern der Posten enthalten sind.

Gelegentlich kommt es während solcher Vorfälle zu abstoßenden Szenen, wenn die Posten mit brutaler Gewalt den Widerstand der Betroffenen überwinden, die oft lautstark um Hilfe rufen und die Posten beschimpfen.

Derartige Vorfälle sind in der letzten Zeit zurückgegangen. Während im Frühjahr 1985 nach unseren Beobachtungen etwa vier bis sechs Personen pro Woche betroffen waren, werden seither solche Zwischenfälle im Durchschnitt nur

<sup>5</sup> Bei einem Verlust oder Einzug des Personalausweises der DDR wurde ein vorläufiger Personalausweis (PM 12) ausgestellt.

<sup>6</sup> Hannspeter Hellbeck.

noch einmal im Monat festgestellt. Sicherlich werden nicht alle Fälle von uns beobachtet, weil die Posten versuchen, die Betroffenen von den Eingängen wegzudrängen, und der Abtransport äußerst rasch erfolgt.

5) In der abgelaufenen Woche sind allerdings zwei derartige Zwischenfälle auf dem Bürgersteig vor der Vertretung geschehen, die mir Veranlassung geben, eine Reaktion unserer Seite vorzuschlagen.

Am 23. September ist ein junger Mann, der sich vor dem Haupteingang der Vertretung mit Gewalt einer Ausweiskontrolle zu entziehen versuchte, nach einem wüsten Handgemenge unter Gewaltanwendung durch die Volkspolizei abtransportiert worden. Bis er im Auto saß, schrie er unablässig, man möge ihn in Ruhe lassen; auf diese Weise wurden zahlreiche Passanten und Bewohner der gegenüberliegenden Häuser Zeuge dieses Zwischenfalles.

Am 27.9.1985 gelang es drei jungen Männern, durch einen plötzlichen Satz an den Posten vorbei vor die Eingangstüre der Vertretung zu gelangen. Von dort wurden sie durch Mitarbeiter der Vertretung an den Besuchereingang verwiesen, wo sie durch eine größere Zahl von zivilen und uniformierten Posten umringt wurden. Nach Kontrolle ihrer Personalien versuchten zwei Männer davonzulaufen, wurden jedoch eingeholt und gewaltsam – durch Festhalten mit auf dem Rücken verdrehten Armen – in einen herbeigerufenen Barkas-Bus genötigt; der dritte junge Mann stieg freiwillig ein. Anschließend wurden die Betroffenen weggefahren.

6) Diese abstoßenden und unwürdigen Szenen vor der Ständigen Vertretung sollten nicht länger hingenommen werden. Sie beeinträchtigen die Würde der Vertretung und sind für die Arbeit meiner Mitarbeiter und auch für die Öffentlichkeit schlechterdings unerträglich. Sie schaden auch dem Ansehen der DDR. Sie stehen in augenfälligem Widerspruch zu den von der DDR in Madrid übernommenen Verpflichtungen, das normale Funktionieren von Missionen zu erleichtern und den Zugang von Besuchern zu diesen Missionen zu gewährleisten.<sup>7</sup>

Ich rege deshalb an, daß das Verhalten der DDR-Volkspolizei vor unserem Dienstgebäude gegenüber Personen, die die Vertretung aufsuchen möchten, durch Bundesminister Schäuble gegenüber dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR<sup>8</sup> im Bundeskanzleramt angesprochen wird.

Bräutigam

Referat 210, Bd. 139189

<sup>7</sup> In Ziffer 7 des Abschnitts „Menschliche Kontakte“, der Teil der Erklärung „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ des Abschließenden Dokuments vom 6. September 1983 der KSZE-Folgekonferenz in Madrid war, verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten, „das normale Funktionieren“ diplomatischer und anderer offizieller Missionen zu erleichtern: „Der Zugang von Besuchern zu diesen Missionen wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse dieser Missionen gewährleistet.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 549.

<sup>8</sup> Ewald Moldt.

## 267

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident González

VS-vertraulich

1. Oktober 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident González am 1. Oktober 1985, 10.15 Uhr bis 11.10 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Teilnehmer: Juan-Antonio Yáñez-Barnuevo, Leiter der Auswärtigen Abteilung im Amt des Präsidenten der Regierung; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Annelie Lehnhardt, Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* hieß den Ministerpräsidenten González herzlich willkommen. Er habe das gemeinsame Gespräch vom gestrigen Abend bis spät in die Nacht im Bungalow sehr genossen. Seine Frau habe ihn für verrückt erklärt, daß sie so lange zusammengesessen seien.

Das Gegenteil sei der Fall gewesen, erwiderte Ministerpräsident González, es sei wunderbar gewesen, und er werde sich in Madrid „rächen“. Er werde dazu den kleinen, aber berühmten Weinkeller nutzen. Präsident Reagan habe dort schon mit ihm frühstücken wollen.<sup>3</sup> Anschließend unterhielten sich beide Gesprächspartner über berühmte spanische und deutsche Weine.

Der *Bundeskanzler* sprach dann die anschließende gemeinsame Pressekonferenz an.<sup>4</sup> Er kündigte Ministerpräsident González an, daß er nicht nur die guten, sondern die persönlich sehr herzlichen Beziehungen herausstellen wolle. Dies sei sehr wichtig, daß sie beide die sehr harmonischen Beziehungen unterstreichen würden.

Dies sei für ihn „perfekt“, erwiderte Ministerpräsident González. Er wolle aus seiner Sicht die Themen zusammenfassen. An erster Stelle wolle auch er diese herzlichen bilateralen Beziehungen unterstreichen. Dies sei das erste Treffen nach der Vertragsunterzeichnung über den Beitritt Spaniens zur Europäischen

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 11. November 1985 gefertigt und von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 15. November 1985 „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ Genscher an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen übermittelt.

Hat Jansen am 22. November 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent von Ploetz verfügte.

Hat Ministerialdirigent Trumpf am 10. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Kudlich und von Stülpnagel verfügte.

Hat Kudlich am 17. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Stülpnagel am 18. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerpräsident González besuchte am 30. September und 1. Oktober 1985 die Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 265.

<sup>3</sup> Präsident Reagan hielt sich am 6./7. Mai 1985 in Spanien auf.

<sup>4</sup> Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Kohl und des Ministerpräsidenten González vgl. den Artikel „González: Spanien will in der NATO bleiben“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 2. Oktober 1985, S. 5.

Gemeinschaft<sup>5</sup>. Deshalb hätten die EG-Probleme im Vordergrund der Gespräche gestanden. Außerdem habe man über die Verteidigungsprobleme Europas gesprochen, darunter auch über die Fragen der atlantischen Sicherheit, und dabei gegenwärtige wie zukünftige Lösungen diskutiert. Er wolle dabei herausstellen, daß sowohl Bundeskanzler Kohl wie auch andere Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft für das Verbleiben Spaniens in der NATO<sup>6</sup> einträten. Es ginge ihm darum, eine solche Stimmung öffentlich zu verbreiten. Er würde es deshalb begrüßen, wenn der Bundeskanzler erklären würde, daß er die Meinung der spanischen Bevölkerung respektieren wolle, denn dies würde sicherlich in Spanien sehr gut ankommen. Der Bundeskanzler sollte auch die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft betonen, in die Spanien jetzt einetrete.

Als weiteres Thema der gemeinsamen Gespräche werde er die gemeinsame Analyse der Probleme im Nahen Osten und in Lateinamerika bzw. Zentralamerika sowie das Kooperationsprojekt zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Contadora<sup>7</sup> nennen. In diesem Zusammenhang habe man auch über das Problem Chiles und über die internationale Verschuldungssituation gesprochen. Ausführlich habe man auch über mögliche Friedensregelungen im Nahen Osten und über die Kooperation mit den GCC<sup>8</sup>-Staaten diskutiert.

Was die bilateralen Beziehungen beträfe, so wolle er den Besuch des spanischen Königs ankündigen.<sup>9</sup> Ein anderer Schwerpunkt sei die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Spanien gewesen. Jedoch sollte die Hauptbotschaft der Pressekonferenz die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft für Spanien und für das Schicksal und für die Verteidigung Europas sein.

Der *Bundeskanzler* stimmte diesen Ausführungen von Ministerpräsident González zu. Er kam dann auf die Frage der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) zu sprechen.

Ministerpräsident *González* begrüßte diese Absicht des Bundeskanzlers. Er habe im Augenblick noch keine abgeschlossene Meinung über SDI, noch sei er davon überzeugt.

<sup>5</sup> Am 12. Juni 1985 wurde in Madrid der Vertrag über den EG-Beitritt Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 10–13.

<sup>6</sup> Zur Abhaltung eines Referendums über einen Verbleib Spaniens in der NATO vgl. Dok. 205.

<sup>7</sup> Zur Friedensinitiative der Contadora-Gruppe vgl. Dok. 259, Anm. 26.

Referat 331 legte am 4. Oktober 1985 dar: „Luxemburger Konferenz EG–Zentralamerika–Contadora: Konferenz am 11./12. November 1985 soll in San José im September 1984 begonnenen politischen Dialog fortsetzen. Wünschenswert: möglichst auch Kooperationsabkommen EG mit Zentralamerika und Panama dort unterzeichnen zu können. ZA-Länder sind mit Maximalpositionen in die Verhandlungen gegangen, dadurch Verzögerung des Abkommens möglich. Haltung der USA zur EG-Zentralamerika-Initiative: anfangs Skepsis über europäische Präsenz im ‚backyard‘ der USA in Zentralamerika. Heute begrüßt US-Regierung Engagement Europas für Unterstützung Zentralamerikas. In Kreisen des Nationalen Sicherheitsrates noch gewisse Vorbehalte: a) Europa könnte sich auf bisher unbefriedigenden Text einer Contadora-Akte festlegen lassen. (Trifft nicht zu, Europa wird nicht Akte zustimmen, bevor diese zwischen den Zentralamerikanern selbst konsensfähig ist.) b) Einbeziehung von Nic[aragua] könnte zu Veto-Recht für Nic bei Zusammenarbeit mit anderen Ländern führen. (Unbegründet, Rahmenabkommen ist flexibel genug.)“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146553.

<sup>8</sup> Gulf Cooperation Council.

<sup>9</sup> König Juan Carlos besuchte vom 24. bis 28. Februar 1986 die Bundesrepublik.

Der Bundeskanzler erläuterte die Position der Bundesregierung. Ministerialdirektor Teltschik sei mit einer Regierungsdelegation zehn Tage in den USA gewesen.<sup>10</sup> Die Bundesregierung verfüge jetzt über den allerneuesten Stand des SDI-Forschungsprogramms. Daraus ergebe sich folgendes Bild: Insgesamt wollten sich Unternehmen von acht europäischen Staaten an dem SDI-Forschungsprogramm beteiligen. Die Lage in den USA sei die, daß es für das SDI-Forschungsprogramm bei beiden Parteien eine klare Mehrheit gebe. Die Europäer seien geneigt zu unterschätzen, was die USA mit SDI bezwecken wollten. Letztlich stelle das Forschungsprogramm eine umfangreiche Subvention der amerikanischen Industrie dar. Die USA würden immer wieder den Europäern vorwerfen, die Industrie zu subventionieren. Das SDI-Forschungsprogramm stelle jedoch nach dem Apollo-Programm<sup>11</sup> die größte Subvention der amerikanischen Regierung für ihre Industrie dar.

Professor Teller habe ihm gesagt, daß 90 Prozent des Forschungsprogramms dem zivilen Sektor Nutzen bringen werde. Dies werde sicherlich so sein. Auch die Sowjetunion hätte dies erkannt.

Die deutsche Delegation sei über die Kooperationsbereitschaft der USA tief beeindruckt gewesen. Er wolle nur ein Beispiel nennen: Industrie- und Forschungsexperten hätten berichtet, daß sie im Rahmen der Delegationsreise ein Informationsdefizit von fünf Jahren hätten aufholen können. Es gebe Forschungsbereiche, wo die Europäer bzw. die Deutschen besser seien als die Amerikaner. Deshalb biete sich jetzt die Chance, daß es nicht nur zu einer technologischen Einbahnstraße, sondern zur gewünschten Zweibahnstraße kommen könnte. Dies gelte z. B. im Bereich der Optik.

Der Plan der amerikanischen Regierung sehe vor, die Forschungsphase bis Anfang der 90er Jahre fortzuführen. Dann erst werde sich die Entscheidung über eine mögliche Entwicklung von Systemen stellen. Deshalb sei es durchaus vorstellbar, daß die Amerikaner bereit seien, mit Generalsekretär Gorbatschow über die Frage der Entwicklung und Stationierung zu verhandeln. Die Sowjetunion betreibe vergleichbare Forschungen seit über zwei Jahrzehnten. Außerdem verfolgten die USA nicht länger die Perspektive eines Verteidigungsschildes, der einen Schutz von mindestens 90 Prozent garantieren sollte. Er habe mit Nachdruck deutlich gemacht, daß die Strategie der Abschreckung ihre Gültigkeit behalten müsse, solange es keine Alternative gebe. Er sei jedoch davon überzeugt, daß mittelfristig als Ergebnis ein Mixsystem von offensiven und bodengestützten Defensivsystemen möglich sein könne.

Der Bundeskanzler erläuterte die Haltung Frankreichs. Präsident Mitterrand habe ihm gegenüber erklärt, daß sich die Französische Republik zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht an dem SDI-Forschungsprogramm beteiligen wolle.<sup>12</sup> Diese Aussage lasse alle Möglichkeiten offen. Immerhin sei festzuhalten, daß

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, hielt sich mit einer SDI-Expertendelegation vom 4. bis 13. September 1985 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 260, Anm. 3.

<sup>11</sup> Im Rahmen des 1961 begonnenen amerikanischen Raumfahrtprogramms gelang der Raumfahrtmission „Apollo 11“ am 21. Juli 1969 die erste Mondlandung.

<sup>12</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 28. Mai 1985 in Konstanz; Dok. 137.

französische Firmen bereits Projekte mit den Amerikanern abgeschlossen hätten. Dies sei auch ihm bekannt, warf Ministerpräsident González ein.

Der Bundeskanzler erläuterte die Haltung Großbritanniens.<sup>13</sup> Die britische Regierung strebe eine Agenturlösung an. Der britische Verteidigungsminister solle gewissermaßen als Generalunternehmer auftreten. Dies sei möglich, weil der Großteil der britischen Firmen, die für eine Forschungsk Kooperation in Frage kämen, im Staatsbesitz sei. Darüber hinaus müsse man berücksichtigen, daß Frankreich und Großbritannien eine nukleare Kooperation mit den USA hätten und deshalb von einer anderen Ausgangsposition ausgehen könnten als die Bundesregierung. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es keine vergleichbaren Firmen, die in Staatsbesitz seien. Die Bundesregierung könnte Unternehmen an der Kooperation im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms nicht hindern.

Was sei das Interesse der Bundesregierung und das der deutschen Firmen? Die Bundesregierung wolle Hilfestellung leisten, um den Firmen bestmögliche Rahmenbedingungen zu verschaffen. Sie sei jedoch nicht bereit, finanzielle Leistungen aus dem Bundeshaushalt zu erbringen. Es werde bei der rein privatwirtschaftlichen Kooperation zwischen deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit entsprechenden amerikanischen Einrichtungen bleiben. Die Bundesregierung wolle jetzt mit der amerikanischen Regierung über ein Rahmenabkommen reden. Dabei ginge es aber um ein rein handelsrechtliches Abkommen. Die Inhalte beschränkten sich auf vier Punkte:

- 1) auf die Auftragsvergabe und Preisgestaltung,
- 2) Technologietransfer,
- 3) Geheimschutz,
- 4) Eigentums- und Nutzungsrechte.

Er vermute, daß die Bundesregierung bis Ende 1985, evtl. Anfang 1986 eine Vereinbarung abschließen werde. Er sei sich dabei sicher, daß sich die italienische Regierung anschließen werde, vermutlich auch Belgien und die Niederlande.

Der Bundeskanzler führte aus, daß es für ihn zwei Gründe gebe, warum er dies tue. Erstens wolle er Einfluß auf das amerikanische Projekt erhalten und ein Höchstmaß von Informationen. Er kenne die Vereinigten Staaten von Amerika. Die amerikanische Verfassung<sup>14</sup> sei perfekt – mit einer Ausnahme: Dies betreffe die Nomination des Präsidenten. Niemand wisse, wer 1992 amerikanischer Präsident sein werde, wenn die Entscheidung über das SDI-Forschungsprogramm fallen werde. Die amerikanische Geschichte beweise, was bis dahin alles passieren könnte. Er verstehe sich als Freund der USA, dennoch gelte es, Vorsicht walten zu lassen. Präsident Mitterrand dagegen unterschätze die Entwicklung in den USA. Die industrielle Welt werde sich in den nächsten fünf Jahren verändern. Alle Experten berichten, daß bis Ende dieses Jahrhunderts der größte Qualitätssprung in der Technologie zu erwarten sei. Deshalb sei es

<sup>13</sup> Zur britischen Haltung zu einer Beteiligung an SDI vgl. Dok. 233.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Verfassung der USA vom 17. September 1787 in der 1971 erweiterten Fassung vgl. THE CONSTITUTION OF THE UNITED STATES with Case Summaries, hrsg. von Edward Conrad Smith, neunte Auflage, New York u. a. 1972, S. 21–64.

vernünftig, wenigstens zu einem Minimum an dieser Entwicklung beteiligt zu sein. Er sei sich darüber hinaus sicher, daß es auch militärstrategisch gesehen zu Veränderungen kommen werde. Wenn diese entscheidungsreif seien, sei die Chance der Europäer, darauf Einfluß zu nehmen, größer, wenn sie sich am Forschungsprogramm beteiligten. Er kenne nicht das Interesse der spanischen Industrie gegenüber dem SDI-Forschungsprogramm. Er könne dem Ministerpräsidenten keinen Rat geben, aber er glaube dennoch, daß das deutsche Verhalten ein angemessenes Modell sein könnte.

Ministerpräsident *González* berichtete, daß in Spanien eine Reihe von Unternehmen an einer Zusammenarbeit im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms interessiert seien und bereits Kontakte mit den USA aufgenommen hätten. So, wie der Bundeskanzler das gesamte Problem dargestellt habe, könne er sich damit voll einverstanden erklären. Als er mit Deng Xiaoping gesprochen habe, habe dieser ihm gegenüber erklärt, daß die Amerikaner und die Sowjets das gleiche machen würden.<sup>15</sup> Die Amerikaner würden jedoch laut darüber reden, während die Sowjets lachen würden. Er, *González*, habe diese Aussage richtiggestellt und gesagt, daß die Sowjetunion diese öffentliche Auseinandersetzung über SDI mit großem Jubel verfolgen würde.

Ministerpräsident *González* berichtete, daß ihm Ministerpräsident Nakasone gesagt habe, daß er Möglichkeiten sehe, daß es zu Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen könnte, die die Positionen annähern könnten.<sup>16</sup> Er selbst glaube nicht, daß ein Verteidigungssystem möglich sein könnte, das in wenigen Jahren den alleinigen Schutz der USA garantieren könnte. Es bestehe das Risiko, daß die Sowjetunion mit einem Ausbau ihres Offensivpotentials antworten könnte.

Er habe mit Außenminister Gromyko darüber gesprochen<sup>17</sup>, bevor dieser „aufgestiegen“ sei. Er habe ihn gefragt, warum die Sowjetunion keine Gegenvorschläge unterbreiten wolle, um diese Entwicklung zu verhindern. Die Sowjetunion befürchte, daß sie durch die technische Entwicklung zurückgeworfen werde und damit ihre Verteidigungsmöglichkeiten beeinträchtigt würden. Im übrigen bestehe eine Kompatibilität zwischen EUREKA und SDI.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, daß er bereit sei, öffentliche Mittel für EUREKA, jedoch nicht für SDI, zur Verfügung zu stellen.

Ministerpräsident *González* fuhr fort, daß er eine Gefahr sehe, daß die USA mit ihrem SDI-Forschungsprogramm eine starke Absaugewirkung erzielen könnten.

Dies glaube er nicht, warf Bundeskanzler *Kohl* ein. Die USA seien nicht in allen Bereichen stärker als die Europäer. Er glaube deshalb, daß die deutsche Industrie sich durchaus wirksam wehren könnte.

Ministerpräsident *González* erklärte, daß er in der Analyse keinen Widerspruch seiner Haltung mit der des Bundeskanzlers erkenne. Er sei sich sicher, daß die Strategische Verteidigungsinitiative erfolgreich sein werde. Er wüßte auch, daß EUREKA nicht zu vergleichbaren Ergebnissen wie SDI führen werde. SDI

<sup>15</sup> Ministerpräsident *González* hielt sich vom 4. bis 10. September 1985 in der Volksrepublik China auf.

<sup>16</sup> Ministerpräsident *González* besuchte vom 10. bis 14. September 1985 Japan.

<sup>17</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 28. Februar bis 2. März 1985 in Spanien auf.

werde sicherlich effizienter als EUREKA sein. Diese Einschätzung sei ihm zu defensiv, erwiderte der *Bundeskanzler*, er könne sie deshalb nicht akzeptieren.

Ministerpräsident *González* erläuterte die Lage, wie sie sich für Spanien darstelle. Spanien verfüge über wenig Spitzentechnologien. Dies sei ein großer Nachteil für die Verhandlungen beim SDI-Forschungsprogramm. Dies gelte aber auch für das EUREKA-Projekt.<sup>18</sup> Sein Ziel sei es jetzt, aus dieser Not eine Tugend zu machen. Er habe deshalb Kontakt mit der Firma ITT aufgenommen, die über eine Niederlassung in Spanien verfüge. Dieses Unternehmen verfüge über ausreichende Ausbildungsmöglichkeiten in Spanien, um Hochtechnologie zu entwickeln. Spanien wolle die industrielle Revolution nicht noch einmal verpassen. Er wolle nicht Vize-Vertragspartner von „Restprodukten“ sein, sondern Vollmitglied, das eigene Beiträge leisten könne. Spanien müsse deshalb eigene Verantwortung übernehmen. Die amerikanische Regierung habe Kontakte mit spanischen Unternehmen aufgenommen, die eigentlich mit SDI nichts zu tun hätten. Es handele sich dabei um Kontakte zu Firmen, die mit deutschen Firmen wie Karstadt zu vergleichen seien. Es gebe auch Kontakte im Laserbereich. Spanien habe keine negative Einstellung zum SDI-Forschungsprogramm. Er sehe auch Möglichkeiten für Spanien bei EUREKA. EUREKA sei sicherlich eine großartige Chance, dennoch sei er skeptisch über die europäischen Möglichkeiten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß seine Position von der des Ministerpräsidenten nicht weit auseinanderläge. Sicherlich sei die Ausgangsposition beider Staaten unterschiedlich. Es sei vor allem für die Bundesrepublik Deutschland wie für alle Europäer wichtig, so schnell wie möglich ihre Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den USA und Japan abzuschütteln. Was die Lage in der Bundesrepublik betreffe, so habe man in den letzten 15 Jahren viel an Terrain verloren. Die Bürger in der Bundesrepublik hätten sich zu viel mit den Problemen der Freizeit und zu wenig mit ihrer Zukunft beschäftigt. Dies wolle er ändern.

Auch die Nazidiktatur habe dazu geführt, daß Deutschland von internationalen Entwicklungen ausgeschlossen worden sei. Dies sei ja auch mit der Situation in Spanien vergleichbar. Nach dem Kriege hätten sowohl die Russen wie die Amerikaner Intelligenz aus Deutschland abgesaugt. Die Sowjetunion hätte dies mit Gewalt, die USA mit Dollars getan. Hinzu käme die Vertreibung der Juden. Er vergleiche immer die Situation in Deutschland vor dem Kriege mit der

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Matuschka hielt am 13. September 1985 fest: „Ministerpräsident González sagte vor Journalisten am 1.9. in Madrid, sein Land wünsche, sich an EUREKA zu beteiligen, doch werde sich Spanien SDI zuwenden, falls EUREKA Spanien nicht die Möglichkeit biete, am technologischen Fortschritt teilzuhaben. Diese Haltung kann trotz des demonstrativen Selbstbewußtseins nicht verdecken, daß sich Spanien in jedem Fall in der Position des Demandeurs befindet: Es ist nicht abzusehen, welche spanischen Unternehmen und Forschungsinstitute leistungsfähig genug sind, um im freien Spiel der Kräfte von europäischen (EUREKA) oder amerikanischen (SDI) Projektführern zur Zusammenarbeit aufgefordert zu werden. Spanien wurde bisher nicht in Verbindung mit einem EUREKA-Projekt als möglicher Teilnehmer genannt [...]. Spanien hat nicht die finanziellen Möglichkeiten, seine Unternehmen/Forschungsinstitute in Projekte einzukaufen und langfristige Forschungs- und Entwicklungsarbeiten finanziell durchzustehen. Nicht umsonst forderte Spanien auf der ersten EUREKA-Ministerkonferenz in Paris am 17.7.85 einen Solidaritätsmechanismus zugunsten der (finanziell) schwachen Teilnehmerstaaten.“ Vgl. Referat 414, Bd. 163006.



in den USA heute. Die amerikanische Universität Harvard und MIT<sup>19</sup> hätten heute acht bis neun Nobelpreisträger. An der Universität in Göttingen habe es vor dem Krieg 14 Nobelpreisträger gegeben. Göttingen sei ein Mekka für Naturwissenschaftler gewesen. Dies sei durch die Nazidiktatur alles verspielt worden. Sicherlich sei es gelungen, nach dem Kriege vieles aufzuholen. Teilweise habe die Bundesrepublik wieder die Weltspitze, wie z. B. im Bereich der Pharmazie und Chemie, erreicht. Wenn sich die Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht dem Wettbewerb stelle, werde sie zurückfallen. Bei EUREKA habe man sich jetzt auf erste konkrete Projekte geeinigt.<sup>20</sup> Sie seien sowohl im deutschen wie im europäischen Interesse und auch für Spanien wichtig. Es dürfe in Europa keine unterschiedliche technologische Entwicklung geben.

Arme Verwandte seien sehr kostspielig, und er wolle kein armer Verwandter sein, warf Ministerpräsident González ein.

Arme Verwandte seien auch negativ für das Gesamtklima, fuhr der *Bundeskanzler* fort. Deshalb sollten Sie spanische Firmen auch am SDI-Forschungsprogramm beteiligen.

Dies werde auch geschehen, erwiderte Ministerpräsident González. Seine Regierung wisse, daß spanische Firmen entsprechende Verhandlungen aufgenommen hätten. Seine Regierung habe jedoch noch nicht den Schritt unternommen, eine Rahmenvereinbarung anzustreben.

Dies sei jedoch zum Schutz der Firmen erforderlich, antwortete der *Bundeskanzler*, vor allem angesichts der Größenordnung der amerikanischen Firmen und angesichts des Gewichts des Pentagon.

Dies sei keine sehr gute Lage, antwortete Ministerpräsident González.

Sicherlich seien die deutschen Firmen stärker als die spanischen, erwiderte der *Bundeskanzler*. Wenn der Ministerpräsident einverstanden sei, dann wolle er ihm vorschlagen, ihn über die Verhandlungsergebnisse zu unterrichten.

Dies sei perfekt, erklärte Ministerpräsident González. Seine Regierung werde eine Delegation in die USA entsenden. Deshalb sei er besonders an den Überlegungen der Bundesregierung interessiert.

Der *Bundeskanzler* schlug Ministerpräsident González vor, einen Mann seines Vertrauens nach Bonn zu entsenden.

Ministerpräsident González erklärte sich einverstanden.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß Verträge zwischen europäischen und amerikanischen Firmen für Europa wichtig seien. Aber die Europäer dürften sich nicht alles von den Amerikanern gefallen lassen. Wenn deshalb mehrere europäische Regierungschefs gemeinsam dem amerikanischen Präsidenten<sup>21</sup> sagen könnten, es ginge nicht in der Art und Weise, wie es die Amerikaner sich vorstellen würden, und sie könnten die europäischen Firmen nicht in dieser Weise behandeln, dann hätte dies sicherlich mehr Gewicht, als wenn dies nur ein

<sup>19</sup> Massachusetts Institute of Technology.

<sup>20</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Matuschka legte am 10. September 1985 einen Sachstand vom Vortrag zu EUREKA vor, dem als Anlage eine Liste mit Projektvorschlägen beigelegt war. Vgl. dazu Referat 414, Bd. 163006.

<sup>21</sup> Ronald W. Reagan.

europäischer Regierungschef tun würde. Es sei deshalb wichtig, wenn auch in dieser Frage die europäischen Regierungschefs zusammenwirken würden.

VS-Bd. 13708 (413)

## 268

### Gespräch des Staatssekretärs Ruhfus mit dem Präsidenten der pakistanischen Atomenergiekommission, Munir Khan

413-491.09 PAK

1. Oktober 1985<sup>1</sup>

Gespräch StS Ruhfus mit dem Präsidenten der pakistanischen Atomenergiekommission, Munir Ahmad Khan, am 1.10.1985 im Auswärtigen Amt

Munir Khan war von Botschafter Waheed begleitet. Das Gespräch konzentrierte sich auf die NV-politische Situation in Südasien und das KKW-Vorhaben CHASNUPP<sup>2</sup>.

Munir *Khan* führte aus, Pakistan trete – im Gegensatz zu Indien – ernsthaft für die Nichtverbreitung in der Region ein. Nuklearwaffen seien zu teuer und zu gefährlich, und PAK glaube nicht, ein nukleares Wettrüsten in der Region gewinnen zu können. Aus innen- und außenpolitischen Gründen könne PAK jedoch weder dem NV-Vertrag<sup>3</sup> beitreten, noch full-scope safeguards akzeptieren, wenn Indien nicht das gleiche tue. Wenn PAK einseitig dem NV-Vertrag beitrete, sei zu befürchten, daß Indien langfristig von den Großmächten als Kernwaffenstaat anerkannt werde. Indien sei bereits jetzt in der Lage, 150 kg Plutonium jährlich herzustellen. PAK gehe es ausschließlich um seine Sicherheit. Der amerikanische Atomschirm sei für PAK nicht zu erhalten.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Achenbach am 2. Oktober 1985 gefertigt.

Hat Staatssekretär Ruhfus am 3. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Achenbach am 4. Oktober 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel „n[ach] R[ückkehr] z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Stülpnagel vorgelegen.

<sup>2</sup> Referat 413 vermerkte am 26. September 1985 zu dem pakistanischen Projekt des Chashma Nuclear Power Plant (CHASNUPP): „Im Herbst 1982 hat Pakistan den Bau eines KKW von 900 MW in Chashma international ausgeschrieben. Pakistan hatte insbesondere französische und deutsche Angebote erhofft, jedoch bisher weder von französischer (FRAMATOME) noch von deutscher Seite (KWU) Angebote erhalten. Auch aus anderen Ländern sind bisher keine Angebote eingereicht worden. Ein pakistanischer Vorstoß gegenüber der Sowjetunion ist ebenfalls erfolglos geblieben. Daher wurde die Angebotsfrist immer wieder verlängert. Pakistan arbeitet an der Errichtung von der IAEA nicht kontrollierter Anlagen zur Urananreicherung und zur Wiederaufarbeitung, durch die es Zugang zu waffengrädigem Material erhalten würde. Es gibt Hinweise, daß Pakistan auch an der Entwicklung eines Kernsprengkörpers arbeitet. Die pakistanische Bereitschaft, zwar geliefertes KKW, nicht aber die in Bau befindlichen sensitiven Nuklearanlagen den Kontrollen der IAEA zu unterwerfen, reichen daher nicht aus, die Lieferung eines KKW durch uns außen- und innenpolitisch zu vertreten.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145568.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

Khan verwies auf die fünf abgestuften Vorschläge Präsident Zias gegenüber Indien:

- gemeinsamer Beitritt zum NV-Vertrag,
- gemeinsame Annahme von full-scope safeguards,
- gegenseitige Inspektionen pakistanischer und indischer Nuklearanlagen als erster Schritt zu internationalen Inspektionen,
- als unterste Stufe eine gemeinsam unterschriebene Erklärung, daß beide Länder auf Kernwaffen verzichten,
- Bereitschaft, auf alternative indische Vorschläge einzugehen.<sup>4</sup>

Khan erwähnte den kürzlichen Besuch von Under Secretary of State Armacost in Islamabad.<sup>5</sup> Die USA hätten eingesehen, daß es sich um ein regionales NV-Problem handle, und würden auch mit Indien darüber sprechen. PAK wünsche stärkeren moralischen Druck auf Indien.

Khan bat dann um Unterstützung beim Bau eines KKW, das für die industrielle Entwicklung Pakistans erforderlich sei. In PAK fehle bei der Elektrizitätsversorgung bereits eine Kapazität von mindestens 1000 MW. Es komme bereits regelmäßig zu „brown-outs“. Das KKW würde unter safeguards stehen und daher kein NV-politisches Risiko darstellen. PAK könne jedoch aus den genannten Gründen nicht über anlagenbezogene safeguards gemäß den Londoner Richtlinien<sup>6</sup> hinausgehen. Auch die deutschen Vereinbarungen mit Brasilien<sup>7</sup> und Argentinien<sup>8</sup> verlangten nicht full-scope safeguards.

<sup>4</sup> Referat 413 resümierte am 9. Oktober 1985: „Der pakistanische Präsident hat wiederholt erklärt, sein Land strebe nicht nach Kernwaffen, sei aber nur bereit, gemeinsam mit Indien den Nichtverbreitungsvertrag zu unterschreiben. Pakistan hat ferner eine kernwaffenfreie Zone in Südasien und gegenseitige Inspektionen der pakistanischen und indischen Nuklearanlagen vorgeschlagen. Bismillah hat Indien keinerlei Bereitschaft zu erkennen gegeben, auf diese Vorschläge einzugehen. Vielmehr hat MP Rajiv Gandhi in letzter Zeit die indische Besorgnis über eine befürchtete pakistanische Kernwaffenentwicklung öffentlich stark betont und mit indischen Gegenmaßnahmen gedroht. Präsident Zia beabsichtigt, diese Fragen nach seinem Deutschlandbesuch in New York am Rande der GV mit MP Gandhi zu erörtern.“ Vgl. Referat 340, Bd. 136893.

<sup>5</sup> Botschafter Berendonck, Islamabad, informierte am 29. September 1985 über den Besuch des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Armacost, am 18./19. September 1985 in Pakistan: „Gesprächspartner in der amerikanischen Botschaft teilte uns mit, Hauptzweck des Besuchs von Armacost [...] sei gewesen, das Nuklearproblem im Verhältnis zu Indien zu erörtern. Die amerikanisch-indischen und pak[istanisch]-indischen Beziehungen hätten sich in der Zwischenzeit hinreichend verbessert. Dabei sei es nicht amerikanische Absicht, als Vermittler aufzutreten. Die eigentlichen Verhandlungen zwecks Verminderung des wechselseitigen nuklearen Mißtrauens müßten von Indien und Pakistan geführt werden. Sowohl Indien als auch Pakistan hätten Grund, den nuklearen Intentionen der Gegenseite zu mißtrauen. Gesprächspartner verwies auf Explosion eines nuklearen Sprengsatzes in Indien und pak. Anstrengungen hinsichtlich der Erzeugung von angereichertem Uran.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 819; Referat 340, Bd. 136900.

<sup>6</sup> Zu den Richtlinien vom 11. Januar 1978 für Exporte im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 182, Anm. 4.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

<sup>8</sup> Referat 413 legte am 16. Juli 1985 zur deutschen Nuklearexportpolitik gegenüber Argentinien dar: „Die relevante Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung von Argentinien aus dem Jahre 1980 ist nicht veröffentlicht worden. In dieser Vereinbarung hat sich Argentinien verpflichtet, daß sämtliches Kernmaterial in Argentinien zur Zeit der Erteilung einer deutschen Ausfuhrgenehmigung vom Abkommen über Sicherungsmaßnahmen erfaßt wird. Argentinien hat sich außerdem bereit erklärt, daß alle Anlagen, die im Rahmen der Zusammenarbeit entstehen, Siche-

Die SU sei bereit, Druckwasserreaktoren an Indien zu liefern, und verlange nur anlagenbezogene safeguards. Seines Wissens seien die sowjetisch-indischen Gespräche bisher nur daran gescheitert, daß die SU den 1000-MW-Typ liefern wolle, weil die alte 440-MW-Linie eingestellt worden sei. Indien wünsche dagegen den kleineren Typ, da die indische Industrie noch keine Komponenten für größere KKW herstellen könne.

Der *Staatssekretär* unterstrich einleitend unsere hohe Einschätzung der freundlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und unseren Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit. Die Bedeutung der Kernenergie für die pakistanische Elektrizitätsversorgung sei uns bekannt. Die deutsche Nuklearindustrie sei an Exporten sehr interessiert.

Wir müßten jedoch auch die Belange der Nichtverbreitungspolitik berücksichtigen. Als Mitglied des NV-Vertrags würden wir den Beitritt Pakistans wie auch Indiens zu diesem Vertrag sehr begrüßen. Wir verstünden andererseits die pakistanischen Besorgnisse hinsichtlich Indiens.

Ausschließlich anlagenbezogene safeguards für das KKW seien nicht ausreichend. Unsere Vereinbarungen mit Brasilien und Argentinien seien auf der Grundlage von „de-facto full-scope safeguards“ erfolgt, d. h. zum Lieferungszeitpunkt unterlagen in beiden Ländern sämtliche Nuklearanlagen den safeguards der IAEA. Auf dieser Grundlage seien wir bereit, diese Fragen mit PAK auf Expertenebene weiter zu erörtern.

Munir Khan wiederholte, daß ein einseitiger Beitritt zum NV-Vertrag oder full-scope safeguards für PAK nicht akzeptabel seien. PAK sei jedoch bereit, auf gewisse andere Weise uns gegenüber Zusicherungen zum pakistanischen Bekenntnis zur Nichtverbreitung zu geben. Er konkretisierte diese Andeutung nicht näher.

Der *Staatssekretär* regte abschließend an, über dieses Gespräch in Islamabad zu berichten und dort zu prüfen, ob die von ihm erläuterten Voraussetzungen Grundlage für weitere Erörterungen sein könnten.

**Referat 431, Bd. 145568**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1387*

rungsmaßnahmen der IAEA unterstellt werden. Damit war sichergestellt, daß zum Zeitpunkt der Erteilung der Exportkontrollen alle nuklearen Aktivitäten in Argentinien unter Sicherungsmaßnahmen der IAEA standen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145568.

## 269

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem britischen Außenminister Howe

VS-NfD

3. Oktober 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem britischen Außenminister, Sir Geoffrey Howe, am Donnerstag, dem 3. Oktober 1985<sup>2</sup>, von 16.00 bis 18.00 Uhr<sup>3</sup>

Anwesend auf deutscher Seite: MDg Dr. Stabreit als Note-taker, VLR I Weber als Dolmetscher; anwesend auf britischer Seite: der Private Secretary des Außenministers, Colin Budd.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit dem Hinweis, er schlage von sich aus SDI, das Treffen Gorbatschow–Reagan<sup>4</sup> und die Luxemburger Konferenz<sup>5</sup> als Themen für das Gespräch vor. Er bitte den Außenminister, der Premierministerin, Frau Thatcher, Grüße auszurichten. Er hoffe, daß es ihr gut gehe. Man werde sich ja in New York sehen.<sup>6</sup> Auf die Frage des britischen Außenministers, ob der Bundeskanzler nach New York gehen wolle, antwortet Bundeskanzler bejahend.<sup>7</sup> Abgesehen von seinem Treffen mit dem Präsidenten wolle er auch die Vereinten Nationen besuchen, nicht, um dort eine Ansprache zu halten (dies werde Außenminister Genscher tun<sup>8</sup>), wohl aber um an der Veranstaltung am Donnerstag<sup>9</sup> teilzunehmen und auch einige andere Staatsmänner zu treffen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 7. Oktober 1985 gefertigt und am 18. Oktober 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt. Dazu vermerkte er: „Anliegend übersende ich Vermerk eines Gesprächs des Herrn Bundeskanzlers mit dem britischen Außenminister, Sir Geoffrey Howe, am Donnerstag, dem 3. Oktober 1985, von 16.00 bis 18.00 Uhr.“

Hat Legationssekretär Tempel am 18. Oktober 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 205 „m[it] d[er] Bitte um Kenntnisnahme“ sowie die Fertigung weiterer Ablichtung unter anderem für Referat 410 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Kudlich am 21. Oktober 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 410, Bd. 130392.

<sup>2</sup> Der britische Außenminister Howe hielt sich am 3./4. Oktober 1985 in der Bundesrepublik auf. Am 3. Oktober 1985 sprach er vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik über die Zukunft Europas. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, S. 605–614.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „16.00 bis 15.00 Uhr“. Vgl. Anm. 1.

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>5</sup> Zur Eröffnung der Regierungskonferenz für eine Europäische Union am 9. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 260, Anm. 19.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 zu den Jubiläumsfeiern aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen in den USA auf. Für sein Gespräch mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher am 24. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 290.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher sprach am 21. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York. Für den Wortlaut der Rede vgl. BULLETIN 1985, S. 1013–1015.

<sup>9</sup> 24. Oktober 1985.

Außenminister *Howe* äußert, ursprünglich habe er reden sollen, dies werde aber jetzt Frau Thatcher tun. Auf seine Frage, ob der Bundeskanzler Präsident Reagan gesondert sehen werde, antwortet *Bundeskanzler* bejahend. Er müsse mit dem Präsidenten sprechen. Man müsse sich in der Tat fragen, ob die Idee des multilateralen Treffens eine so gute Idee gewesen sei. Es sei doch klar, daß Mitterrand nicht kommen würde. Herr *Howe* bestätigt dies. Dieses Projekt sei nicht sehr gut durchdacht gewesen.

Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die amerikanische Initiative für ihn in einem besonders unglücklichen Moment gekommen sei, weil er sich mitten in der Debatte über die Verlängerung der Wehrpflicht<sup>10</sup> befinde. Er hoffe, daß dies bis Januar über den Tisch sei. Es werde mit dem Parlament keine Probleme geben, wohl auch in der Öffentlichkeit nicht. Ein Problem stelle die SPD dar, die von ihren alten Überlegungen nichts mehr wissen wolle. Für ihn habe sich die Frage gestellt, ob er diese Maßnahme jetzt oder erst nach den Wahlen<sup>11</sup> durchführe. Hätte er sich für letzteres entschieden, so hätte er aber eine Hängepartie gehabt. Die SPD laufe jetzt Milizideen nach, deren Verwirklichung katastrophale Auswirkungen auf das westliche Verteidigungsdispositiv haben würde.<sup>12</sup> Auf den Einwurf des *britischen Außenministers*, daß Großbritannien diese Probleme nicht kenne, weil es eine Berufsarmee habe, fährt *Bundeskanzler* fort, Großbritannien befinde sich auch in einer anderen Lage. Bei uns sei vor allem auch die demographische Entwicklung katastrophal. Natürlich sei die deutsche Wirtschaft unglücklich über die Verlängerung des Wehrdienstes. Andererseits hätten wir eine positive Veränderung der Grundstimmung. In einigen Jahren werde er aus dem Gröbsten heraus sein. Die Opfer der ersten Jahre begännen sich jetzt auszuzahlen, die Wirtschaft befinde sich im Aufschwung. Es sähe auch für 1985/86 gut aus. Zum ersten Mal sehe es auch bei den Arbeitslosen besser aus. Unglücklich sei dabei, daß die Statistiken nicht stimmten. Wir hätten über zwei Millionen Arbeitslose, aber überall suchten die Betriebe Mitarbeiter.

Außenminister *Howe* antwortet, die britische Wirtschaftsentwicklung laufe parallel zur deutschen. Die Wirtschaft wachse, doch sei auch die Arbeitslosigkeit weiter gewachsen. Die New Yorker Entscheidungen vom vorvorgehenden Wochenende würden Großbritannien helfen.<sup>13</sup>

Der *Bundeskanzler* äußert die Meinung, dies sei wohl der Fall, wenn die USA etwas tun würden. Er sei jedoch noch nicht so sicher, ob dies auch geschehen

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

Am 2. Oktober 1985 verabschiedete das Bundeskabinett den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juli 1989 von 15 auf 18 Monate. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 949–956.

<sup>11</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

<sup>12</sup> Der SPD-Abgeordnete von Bülow legte 1985 ein Thesenpapier zu neuen Sicherheitsstrukturen in Europa vor, das die Umwandlung der Bundeswehr in eine auf Panzerabwehrwaffen gestützte Milizarmee vorsah. Vgl. dazu Andreas VON BÜLOW, Das Bülow-Papier. Strategie vertrauensschaffender Sicherheits-Strukturen in Europa – Wege zur Sicherheits-Partnerschaft, Frankfurt am Main 1985.

<sup>13</sup> Zum Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22. September 1985 in New York vgl. Dok. 255, Anm. 32.

werde. Er habe Präsident Reagan bei seinem letzten Besuch<sup>14</sup> gesagt, er wisse nicht, wie der Präsident mit diesem Defizit seine Amtszeit durchstehen wolle.

Hier weist Außenminister *Howe* darauf hin, daß dies natürlich auch etwas mit der Rüstungsspirale zu tun habe. Wir müßten von dieser Rüstungsspirale, die auch eine Kostenspirale sei, herunter. Gorbatschows Vorschläge seien im übrigen geschickt auf dieses Problem zugeschnitten.<sup>15</sup>

Der *Bundeskanzler* führt aus, wir müßten aufpassen, daß die Vereinigten Staaten nicht propagandistisch in die Defensive gerieten. Die Lage sei psychologisch in Europa eine andere als in den Vereinigten Staaten. Bei uns sammle sich die Linke. Sie wolle eine zweite Nachrüstungsdebatte. Er sei wegen der Wahl 1987 nicht bange, diese werde ausgehen wie die Wahl von 1983<sup>16</sup>. Es werde aber einen harten Kampf geben.

Außenminister *Howe* antwortet, daß er gerade deshalb das Gespräch mit dem Bundeskanzler besonders schätze. Wir seien beide der Auffassung, daß das SDI-Forschungsprogramm klug und notwendig sei. Aber das Programm dürfe nicht so dargestellt werden, als bedeute es eine Bedrohung der Rüstungskontrolle. Es gäbe einige Vertreter der amerikanischen Regierung, die so redeten, als habe die Rüstungskontrolle keinen Wert. Deshalb müßten Deutschland und Großbritannien auf die USA einwirken, daß der ABM-Vertrag eingehalten werde. Die Politik müsse berechenbar bleiben. Die Art und Weise, in der die Dinge dargestellt würden, müsse ruhig und ausgeglichen sein.

Der *Bundeskanzler* antwortet hierauf, schon die Terminologie „Krieg der Sterne“ sei schrecklich. Was SDI betreffe, sei unsere Delegation drüben gewesen und mit folgendem Ergebnis zurückgekommen: Die SDI-Forschung werde durchgeführt, beide Parteien stünden dahinter.<sup>17</sup> Dabei seien die wirtschaftlichen Motive mindestens so stark wie andere Motive. Es sei doch bemerkenswert: Die USA wendeten sich immer gegen Subventionen in Europa, aber hier handele es sich um die größte staatliche Subvention, die man sich vorstellen könne. Die Vereinigten Staaten sagten<sup>18</sup> uns jetzt, sie brauchten fünf Jahre für die Forschungsphase. Wir müßten klar und mit Nachdruck sagen, daß die Forschung notwendig und auch moralisch gerechtfertigt sei. Erst nach Abschluß der Forschungsphase dürften jedoch Schlußfolgerungen gezogen werden für die Zukunft. Lord Carrington habe darauf verwiesen, daß der ABM-Vertrag eine halbjährige Kündigung vorsehe. Warum könne man nicht eine Vereinbarung eingehen, daß beide Parteien den Vertrag fünf Jahre hindurch nicht kündigen würden? So entstehe ein Zwang zu Gesprächen.

Außenminister *Howe* führt hierzu aus, daß dies der britischen Analyse voll entspreche, als er über Berechenbarkeit gesprochen habe.<sup>19</sup> Die Forschung müsse jedoch weitergehen.

<sup>14</sup> Präsident Reagan hielt sich vom 1. bis 6. Mai 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>15</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>16</sup> Am 6. März 1983 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

<sup>17</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, hielt sich mit einer SDI-Expertendelegation vom 4. bis 13. September 1985 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 260, Anm. 3.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „Vereinigten sagten“.

<sup>19</sup> So in der Vorlage.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, es wäre wichtig, wenn beide Regierungen dies sagen würden, wichtig auch hier im Lande. Es gebe eine beachtliche Zahl von Firmen, die sich an der Forschung beteiligen wollten. Die Amerikaner seien auch interessiert. Die Firmen hätten etwas zu bieten. Wir hätten jedoch im Gegensatz zum Vereinigten Königreich einige Probleme mehr. Bei uns handele es sich ausschließlich um Privatfirmen. Wir hätten keinen Einfluß auf sie, sie könnten machen, was sie wollen. Wir wollten ihnen auch kein Geld geben. Wir müßten jedoch ein paar Sicherheiten haben, was Patente, Preisgestaltung, Nutzung danach usw. angehe. Es habe keinen Sinn, daß die Vereinigten Staaten unsere Kenntnisse absaugten und hinterher auch zivil nutzten.

Außenminister *Howe* antwortet, die britische Haltung sei identisch. Obwohl die britische Industrie anders organisiert sei, strebe man ein Rahmenabkommen an („we want to arrive at a framework agreement“). Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, woran Großbritannien denke, etwa an einen Briefaustausch, antwortet der *Außenminister*, daß man sich in dieser Frage noch nicht ganz sicher sei.

Außenminister *Howe* spricht nun MBFR an. Es sei eine so lange und langweilige Geschichte, daß er eigentlich wenig Lust habe, darüber zu sprechen. Jetzt habe jedoch Präsident Reagan eine Botschaft geschickt. Wir müßten beide Präsident Reagan ermuntern, die deutsch-britischen Vorschläge zu akzeptieren.<sup>20</sup> Diese Vorschläge seien politisch äußerst nützlich.

Der *Bundeskanzler* erwidert hierauf, wir müßten dem Präsidenten klarmachen, daß er hier in einer optimalen Lage sei. In allen Fragen, die die Ehre und das Prestige der USA beträfen, befände sich der Präsident in einer starken Position und habe Handlungsfreiheit. Er wolle auch nicht wiedergewählt werden. Er sei damit in der Position Präsident de Gaulles. Die Vierte Republik habe das algerische Problem nicht lösen können, de Gaulle konnte es. Carter konnte vieles nicht tun, was Reagan tun kann. Man müsse den Sowjets sagen, daß sie jetzt mit Reagan vernünftig verhandeln müßten, weil wir sonst in das Jahr 1990 kämen. Reagan habe im übrigen eine Lage in Europa, wie er sie lange nicht mehr haben werde. Der Präsident in Frankreich sei im Hinblick auf das Atlantische Bündnis ganz klar. Auf die britische Premierministerin sei selbstverständlich voller Verlaß; dies gelte auch für ihn, den Bundeskanzler. Auch die italienische Regierung sei völlig klar und verlässlich. Schließlich sei auch die

<sup>20</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik und Großbritanniens für einen neuen MBFR-Verhandlungsschritt vgl. Dok. 192.

Am 1. Oktober 1985 notierte Botschafter Ruth: „Der amerikanische Präsident hat am 25.9. in einem Schreiben kritische Fragen und Anmerkungen zu der deutsch-britischen MBFR-Initiative an den Herrn Bundeskanzler gerichtet. [...] Das Schreiben ist die Reaktion auf die erste amerikanisch-britisch-deutsche Konsultationsrunde, in der am 18.9. in Brüssel die britische und deutsche Delegation die gemeinsame MBFR-Initiative (Briefe BM und AM Howe vom 22./23.7., deutsch-britisches Arbeitspapier vom 5.8.) erläutert haben. [...] Inhaltlich stellt der Brief eine Wiederholung der Argumente des Pentagon dar, die wir bereits am 18.9. widerlegt haben. Der Brief geht nicht auf die in den Briefen des BM und von AM Howe und in den Konsultationen am 18.9. erläuterten politischen und sachlichen Gesichtspunkte ein. [...] Die Argumente des Briefes wurden bereits eingehend mit den Amerikanern erörtert. Daß sie jetzt auf höchster Ebene wiederholt werden, macht deutlich, worum es dem Pentagon in Wirklichkeit geht: Rüstungskontrollpolitische Initiativen der europäischen Verbündeten, die den Überlegungen des Pentagon nicht entsprechen, sollen derzeit unterbunden werden“. Vgl. VS-Bd. 12997 (202); B 150, Aktenkopien 1985.

Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 11453 (221).



Lage in Belgien und den Niederlanden für die USA optimal, das müsse man dort jedoch begreifen.

Außenminister *Howe* weist hier darauf hin, dies alles illustriere die Notwendigkeit, Europa zu einen.

*Bundeskanzler* geht auf das Treffen Reagan–Gorbatschow und die Lage der UdSSR ein. Die Lage von Gorbatschow sei nicht so günstig. Er habe zwar eine lange Amtszeit vor sich, was gut für ihn sei, aber auch einen ungeheuren Erwartungshorizont. Er sei in der Lage aller Zaren, die Revolution müsse von oben gemacht werden, nicht von unten. Die Wirtschaftslage in der Sowjetunion sei schlecht. Die wirtschaftlichen Indikatoren in Ungarn und der DDR seien besser als in der UdSSR. (Hier wirft *Außenminister Howe* ein, die Welt könne sich heute im allgemeinen ernähren, und zwar einschließlich traditioneller Hungerländer wie China und Indien, nur die UdSSR und Afrika könnten dies nicht.)

Der *Bundeskanzler* fährt fort mit der Frage, was Gorbatschow tun könne. Im Prinzip habe er zwei Möglichkeiten, er könne zurück zu Stalin gehen, doch sei die Zeit hierfür nicht günstig. Oder er versuche wie Chruschtschow etwas wie „Gulasch-Kommunismus“ einzuführen. Er, der *Bundeskanzler*, habe gerade eine gute Nachricht aus Budapest bekommen: Kádár sei erleichtert aus Moskau zurückgekommen<sup>21</sup>, wo die Ungarn den Eindruck mitgenommen hätten, daß Ungarn mit seinen Reformen fortfahren könne. Gorbatschow habe einige interessante Personalentscheidungen getroffen. Er lasse sich von Wissenschaftlern aus Nowosibirsk beraten, die eine vor zwei Jahren hinsichtlich der sowjetischen Wirtschaft vernichtende Studie veröffentlicht hätten.<sup>22</sup> Vielleicht gebe es jetzt wirklich eine Chance für Änderungen. Auf der anderen Seite sehe er die Gefahr, daß die permissive Gesellschaft in Europa nun sage, die Gefahr sei nicht mehr so groß, weil wir nun einen gebildeten russischen Führer hätten, der etwas Englisch spräche und mit einer eleganten Frau verheiratet sei. Wir würden sicher von Gorbatschow aus Paris<sup>23</sup> noch weiteres in dem Sinne von „wir in Europa“ (was ja auch bedeute, daß die Amerikaner hinaus sollen) hören. Dies werde auch seine Wirkung haben. Bei uns wachse eine neue Generation heran, denen die Aufstände in der DDR 1953<sup>24</sup>, in Polen und Ungarn 1956<sup>25</sup>, die Ereignisse in der Tschechoslowakei 1968<sup>26</sup> nicht mehr bewußt seien. Heute dächten viele Leute, man könne die Freiheit zum Nulltarif haben. Das sei nicht ein-

<sup>21</sup> Der Generalsekretär des ZK der USAP, Kádár, hielt sich am 24./25. September 1985 in der UdSSR auf.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut der von Tatjana Saslawskaja verfaßten sogenannten „Studie von Nowosibirsk“ vgl. OSTEUROPA 34 (1984), Heft 1, A 4–A 25.

<sup>23</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich.

<sup>24</sup> Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

<sup>25</sup> Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des polnischen Ministerpräsidenten Bierut am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen. Sie führten dazu, daß im Oktober 1956 der bis 1955 inhaftierte ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident Gomułka zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP gewählt wurde.

Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

<sup>26</sup> Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

mal so sehr eine Sache der Jüngsten. Sein zweiter Sohn sei jetzt als Reserveoffiziersanwärter bei den Fallschirmjägern. Sein Ältester habe das bereits vor drei Jahren gemacht. Die Fallschirmjäger seien eine äußerst harte Truppe, die nur aus Freiwilligen bestehe. Vor drei Jahren sei das aber noch ganz anders gewesen: Heute habe man 85% Abiturienten in dieser Truppe. Wir müßten deshalb innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sehr aufpassen, daß diese Signale nicht mißverstanden würden. Wir hätten das Problem Griechenland und Dänemark. Ministerpräsident Schlüter denke wie er, aber er kontrolliere in dieser Frage nicht das Parlament. Er höre das auch aus der Schwesterpartei in Belgien und in Holland. Wir könnten nicht ein Europa machen, wo die einen Handel trieben und die anderen für Sicherheit und Verteidigung zuständig seien.

Außenminister *Howe* antwortet, daß er die Besorgnisse des Bundeskanzlers teile. Dies sei alles Teil dessen, was die deutsche Seite in Stuttgart<sup>27</sup> gewünscht habe. In Mailand<sup>28</sup> habe es jetzt einen gewissen Rückschlag gegeben, den wir hinter uns bringen müßten. So sehe dies auch Premierminister Thatcher. Großbritannien gehe in die Luxemburger Konferenz mit einer pragmatischen Einstellung. Großbritannien habe hinsichtlich möglicher Vertragsveränderungen immer Vorbehalte gehabt, sei aber in dieser Frage nicht dogmatisch. (Einwurf des Bundeskanzlers: Dies ist wichtig!) Was das Europäische Parlament anbetreffe, so seien unsere Grundpositionen dicht beieinander.<sup>29</sup> Hier sei ein Organ, das wichtig für die Zukunft Europas sei. Die Reformen dürften aber nicht dazu beitragen, daß das Parlament schließlich Europa frustriere.

Der *Bundeskanzler* äußert, er wolle ein Wort zum Parlament sagen. Der Außenminister sei ein alter Parlamentshase. Er selbst sei für die größte deutsche Partei zuständig. Jetzt sehe er die Gefahr, daß sich der Bundestag und die Gruppe der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament auseinanderlebten. Er höre, daß dies in Großbritannien das gleiche sei. Beide seien wir die Vertreter zweiter großer Parteien, und wir müßten hier gemeinsam vorgehen.

Außenminister *Howe* spricht nun den Vertrag über die politische Zusammenarbeit und Sicherheitsfragen an.<sup>30</sup> Auf der Grundlage des soeben Besprochenen

<sup>27</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 in Stuttgart vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

<sup>28</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>29</sup> Zu den Vorschlägen der Bundesrepublik für eine Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 167, Anm. 13, und Dok. 260, Anm. 21.

<sup>30</sup> Für den deutsch-französischen Entwurf vom 27. Juni 1985 für einen Vertrag über die Europäische Union vgl. Dok. 173.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl wies am 15. Oktober 1985 darauf hin, daß das Politische Komitee im Rahmen der EPZ am 10. Oktober 1985 seine Beratungen zu einem Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fortgesetzt habe: „Es wurde Einverständnis über die Bereitschaft aller Partner erzielt, ihre Standpunkte zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit vermehrt zu koordinieren. Der von uns und einigen Partnern unternommene Versuch, eine engere Zusammenarbeit in allen Aspekten der Sicherheit herbeizuführen, war nicht konsensfähig. Der im deutsch-französischen Entwurf gemachte Vorschlag, eine Klammer zur WEU – unter Beachtung der Rolle des Atlantischen Bündnisses – herzustellen, wurde in abgeschwächter Form akzeptiert: Es wird festgestellt, daß der jetzt zu schließende Vertrag einer engeren Sicherheitszusammenarbeit einiger Partner im Rahmen der WEU und des Atlantischen Bündnisses nicht entgegensteht. [...] Die Präsidentschaft wird einen neuen Textentwurf vorlegen; eine Einigung sollte letztlich möglich sein. Der britische Vorschlag, die Vertragspartner sollten keine Resolution unterstützen, die die vitalen Interessen eines anderen Partners ernsthaft gefährden könnte, wurde in eine allgemeine Form abgemildert: Jeder Vertragspartner soll sich bemühen, keine Position einzunehmen, die dem Auftreten der Zwölf als zusammenhängender Kraft in den internationalen Beziehun-

habe Premierminister Thatcher dem Bundeskanzler im Mai eine Kopie gegeben.<sup>31</sup> Es sei kein Geheimnis, daß die Behandlung dieser Angelegenheit ein Teil dessen sei, was in Mailand schiefgelaufen sei. Das Vertrauen, das Frau Thatcher dem Bundeskanzler in Chequers entgegengebracht habe<sup>32</sup>, sei nach ihrem Gefühl nicht erwidert worden. Sie habe mit dem Bundeskanzler eng zusammenarbeiten wollen. Großbritannien sehe diese Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik als Teil eines bilateralen Netzes der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen europäischen Nationen. Der Bundeskanzler habe zu ihm, Außenminister Howe, in Williamsburg<sup>33</sup> gesagt, Frau Thatcher solle Präsident Mitterrand umwerben. Er sage nun ihm, dem Bundeskanzler, wenn es eine Gelegenheit gäbe, daß er, der Bundeskanzler, Frau Thatcher vor Luxemburg<sup>34</sup> spreche, so möge er doch bitte den Wunsch nach vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der britischen Seite bekräftigen.

Der *Bundeskanzler* antwortet hierauf, daß dies für ihn kein Problem sei. Er wolle auch offen sagen, was ihn nach Chequers gestört habe und was Teil des Mißverständnisses sei. Man habe dort vereinbart, daß auch Präsident Mitterrand den Text bekommen solle. Als er jedoch zu Präsident Mitterrand gekommen sei, um mit ihm über den Text zu sprechen, habe dieser nichts davon gewußt und ein langes Gesicht gemacht.<sup>35</sup>

Außenminister *Howe* wirft hier ein, ihm sei dies unverständlich, da Außenminister Dumas den Text bereits drei Tage nach Chequers von ihm persönlich bekommen habe.<sup>36</sup>

*Bundeskanzler* fährt fort, es sei sein Vorschlag, daß, wenn so etwas schief laufe, der Außenminister unter Weglassung jeden Protokolls ihn einfach anrufe. Was Frau Thatcher anbetreffe, so habe er ihr nach dem Attentat in Brighton<sup>37</sup> sofort geschrieben und ein Geschenk geschickt, worauf sie sehr gerührt gewesen sei. Sein Interesse sei, daß Frau Thatcher Erfolg habe. Wenn er die Labourleute sehe, sei es ihm ein Greuel, daran zu denken, daß sie gewinnen könnten. Seltenerweise seien die Sozialisten in Südeuropa gerade in Sicherheitsfragen sehr vernünftig, in Deutschland, Großbritannien und im Norden aber auf einem Trip, der sie immer wieder mehr zu nützlichen Idioten mache. Solche Mißverständnisse könnten wir uns nicht leisten. In den nächsten fünf Jahren würden Weichen gestellt, die für den Rest des Jahrhunderts die Szene bestimmten.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1394*

gen schaden könnte. Der Begriff ‚vitale Interessen‘ kommt somit im Vertragstext nicht mehr vor.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130392.

<sup>31</sup> Zu dem am 18. Mai 1985 übergebenen britischen „Entwurf über die Europäische Politische Zusammenarbeit“ vgl. Dok. 129, Anm. 20.

<sup>32</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzler Kohl mit Premierministerin Thatcher am 18. Mai 1985 in Chequers vgl. Dok. 129.

<sup>33</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

<sup>34</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg statt.

<sup>35</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 28. Mai 1985 in Konstanz vgl. Dok. 137.

<sup>36</sup> Der französische Außenminister Dumas und sein britischer Amtskollege Howe trafen am 21. Mai 1985 in Paris zusammen. Vgl. dazu Dok. 137, Anm. 36.

<sup>37</sup> Am 12. Oktober 1984 wurde im Grand Hotel in Brighton ein Bombenanschlag auf die Führungsspitze der Konservativen Partei verübt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 287.

Außenminister *Howe* fügt hinzu, es gebe soviel gemeinsam zu tun. EUREKA zeige z.B., wo unsere Aufgaben lägen. Der Kontakt der persönlichen Beauftragten, von Herrn Teltschik auf deutscher und Herrn Williamson auf britischer Seite, sollte gut genutzt werden. Der *Bundeskanzler* antwortet bejahend. Er biete diesen Kontakt an, aber auch der direkte Kontakt mit ihm sei wichtig.

Außenminister *Howe* fügt hinzu, Bundesminister Genscher spreche englisch. Da er nicht deutsch spreche, sei es für ihn leichter, mit Herrn Genscher dann ohne Dolmetscher zu sprechen. Man freue sich über den Besuch des Bundeskanzlers in London zu den nächsten Gipfelkonsultationen.<sup>38</sup>

*Bundeskanzler* äußert, der Kontakt gestalte sich auch mit einem Dolmetscher ganz ausgezeichnet. Vor Luxemburg sollten Herr Teltschik und Herr Williamson sich noch einmal absprechen. Wir sollten in den Luxemburger Gipfel mit dem gleichen Kenntnisstand hineingehen. Er hoffe sehr, daß man insbesondere in der Frage des Binnenmarktes etwas erreichen könne.

Hier wirft Außenminister *Howe* ein, man habe noch das riesige Agrikulturproblem zu lösen.

*Bundeskanzler* erwidert hierauf, er habe in dieser Frage schwierige Maßnahmen ergreifen müssen<sup>39</sup> und diese Maßnahmen mit Blessuren in den Landtagswahlen<sup>40</sup> bezahlen müssen. In Deutschland habe man den Menschen Opfer abverlangen müssen. In der Zwischenzeit stellten sich jedoch die Erfolge dieser Opfer ein und deshalb sei er auch optimistisch.

#### Referat 410, Bd. 130392

<sup>38</sup> Zur Plenarsitzung der deutsch-britischen Konsultationen am 27. November 1985 in London vgl. Dok. 323.

<sup>39</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Mai 1985 an den EG-Kommissionspräsidenten Delors; Dok. 136, Anm. 30.

<sup>40</sup> Bei den Landtagswahlen im Saarland am 10. März 1985 entfielen 49,2 % der Stimmen auf die SPD, 37,3 % auf die CDU und 10,0 % auf die FDP.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 10. März 1985 erhielt die CDU 46,4 % der Stimmen, die SPD 32,4 %, die Alternative Liste 10,6 % und die FDP 8,4 %.

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai 1985 entfielen 52,1 % der Stimmen auf die SPD, 36,5 % auf die CDU und 6,0 % auf die FDP. Die Grünen verfehlten mit 4,6 % den Einzug in den Landtag.

## 270

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-370.00 SB-1689/85 geheim****3. Oktober 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>Betr.: Amerikanisch-sowjetische Rüstungskontrollverhandlungen;  
hier: Neue sowjetische Vorschläge<sup>4</sup>Bezug: 1) Vorlage vom 2.10.85 – 220-370.00 SB-1685/85 VS-v<sup>5</sup>2) Vorlage vom 30.9.85 – 220-371.00 SB-1649/85 VS-v<sup>6</sup>Anlg.: 2 (nur beim Original)<sup>7</sup>

Die neuen sowjetischen Vorschläge in den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen sind in der Bezugsvorlage zu 1) dargestellt. Sie sind wie folgt zu bewerten:

1) Die neuen Vorschläge sehen in der Tat einschneidende Reduzierungen nicht nur der Trägersysteme (um 50 %), sondern auch der Gefechtsköpfe und Bomben (auf insgesamt 6000) vor. Gegenüber der bisherigen Haltung der Sowjet-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 3. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 6. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Analyse auch der politischen Implikationen.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 18. Oktober 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Ruth an Referat 220 verfügte.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Schubert und Hofstetter am 21. Oktober 1985 vorgelegen. Hofstetter verfügte die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmidt „z[ur]g[le]fälligen K[en]ntnisnahme (s[ie]he o[ben])“.

Hat Schmidt erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zu den mit Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 12. September 1985 an Präsident Reagan übermittelten sowjetischen Vorschlägen zur Rüstungskontrolle vgl. auch Dok. 264, Anm. 6.

<sup>5</sup> Botschafter Ruth vermerkte, der amerikanische Botschafter Burt habe ihn am 2. Oktober 1985 über die Vorschläge der UdSSR unterrichtet, die offiziell am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf eingebracht worden seien. Burt habe dargelegt: „Insgesamt sei er enttäuscht über den sowjetischen Vorschlag. Er erkenne nicht die positiven und prüfenswerten Elemente (Reduzierung der sowjetischen Abschußvorrichtungen auf 1250, Obergrenze für Sprengladungen von 6000, 60-Prozent-Vorschlag bezogen auf Sprengladungen), halte aber die sowjetische Position in den wichtigen Einzelfragen, insbesondere zu LRINF, für einseitig und nicht westlichen Sicherheitsinteressen entsprechend.“ Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Botschafter Ruth legte zu den Vorschlägen der UdSSR vom 30. September 1985 für die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf dar: „Daß die Sowjetunion Vorschläge vorgelegt hat, die offensichtlich der Präzisierung bedürfen, könnte sich aus ihrer Sicht als taktischer Fehler erweisen. Die USA haben diese Vorschläge begrüßt. Sie werden darauf dringen, daß sämtliche Unklarheiten beseitigt werden. Damit werden die Genfer Verhandlungen aktiviert. Die sowjetische Argumentation, daß die Verhandlungen wegen der Haltung der USA stagnierten, wird geschwächt. [...] Diese Situation sollte genutzt werden, um wirkliche Bewegung in die Genfer Verhandlungen zu bringen. Die USA sollten die sowjetische Position auch im Weltraumbereich ausloten [...]. Sie sollten vermeiden, daß die Bewegung deshalb wieder zum Stillstand kommt, weil die beiderseitigen Positionen im Weltraumbereich unvereinbar sind.“ Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5, 6 und 18.

union in bilateralen Rüstungskontrollverhandlungen, insbesondere in SALT I und SALT II, stellt das eine bemerkenswerte Umorientierung dar.<sup>8</sup>

2) Die Bereitschaft, den Anteil der nuklearen Ladungen (Gefechtsköpfe und Bomben) auf den drei Elementen der Triade auf je 60% der Gesamtzahl von 6000 zu beschränken, kommt den amerikanischen Besorgnissen wegen der hohen Zahl von Gefechtsköpfen auf den zielgenauen ICBM der Sowjetunion entgegen. Die Sowjetunion müßte ihre auf ICBM befindlichen Gefechtsköpfe um rund 44% auf maximal 3600 Gefechtsköpfe verringern. Allerdings müßte die amerikanische Seite ihrerseits bei den SLBM eine Reduzierung der Gefechtskopffzahlen um etwa 37% vornehmen.

3) Im übrigen sind die Vorschläge jedoch so einseitig zuungunsten der USA und erst recht zuungunsten der europäischen Verbündeten konzipiert, daß sie in ihrer jetzigen Ausgestaltung offensichtlich unakzeptabel sind. Die Vermutung drängt sich auf, daß die politische Führung der Sowjetunion die Grundsatzentscheidung getroffen hat, eine 50-prozentige Reduzierung vorzuschlagen. Der sowjetische Regierungsapparat dürfte dann mit dem bekannten Schematismus die Vorschläge im einzelnen unter Anknüpfung an frühere Positionen so ausgestaltet haben, daß die positiven Elemente durch grob unbillige Forderungen teilweise wieder entwertet werden:

a) Mit dem Argument, alle Nuklearwaffen hätten strategischen Charakter, soweit sie das Territorium des Vertragspartners treffen können, werden amerikanische INF<sup>9</sup> in die Rechnung einbezogen, nicht aber sowjetische. Auf diese Weise wird eine wesentlich höhere Zahl amerikanischer als sowjetischer Trägersysteme errechnet: 3360 gegenüber 2504 (die letztere Zahl ist aus der SALT-II-Datenbasis übernommen und überholt). Dementsprechend müßten die USA 1680 Trägersysteme, die Sowjetunion nur 1252 reduzieren.<sup>10</sup>

b) Diese Neudefinition stellt aber vor allem in Frage, was die USA in SALT I und SALT II erreicht hatten: die Ausklammerung der von der Sowjetunion sogenannten „forward based systems“. Beide Seiten hatten sich – nach anfänglichem Weigern der SU – schließlich darauf geeinigt, über die Mittelstreckenwaffen (INF) beider Seiten in einem besonderen Forum zu verhandeln. Die Formulierung der Genfer Vereinbarung vom 8. Januar 1985<sup>11</sup> baute darauf auf. Dort wird von „nuclear weapons, both strategic and intermediate range“ gesprochen. Damit ist als Kriterium für die Definition von strategischen und Mittelstreckenwaffen die Reichweite festgelegt.<sup>12</sup> Von diesem Kriterium will sich die SU nun wieder entfernen.

Das Ergebnis wäre außerordentlich unausgewogen: Während amerikanische INF-Träger zu den Systemen zählen, die um 50% reduziert werden müßten,

<sup>8</sup> Dieser Absatz sowie die Wörter „Trägersysteme“, „Gefechtsköpfe und Bomben (auf insgesamt 6000)“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Einschließlich Flugzeuge.“

<sup>10</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Entfernung von 8.1.“

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>12</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „[Laut] SALT-II-Vertrag gehören zu den strategischen Waffen: ICBM (Reichweite über 5500 km), SLBM und schwere Bomber.“

und während die darauf angebrachten Gefechtsköpfe bei der Höchstzahl von 6000 nuklearen Ladungen mitgezählt würden, würden die sowjetischen INF nur einer Beschränkung unterliegen: Nach dem Prinzip der „Gleichheit und gleichen Sicherheit“ dürfte die Zahl der sowjetischen Gefechtsköpfe auf Mittelstreckenraketen nicht höher sein, als die entsprechende Zahl auf britischen und französischen Systemen, die damit in vollem Umfang angerechnet würden. Die SS-20 in Asien (derzeit 180 mit 480 Gefechtsköpfen) sowie die sowjetischen Mittelstreckenbomber würden anscheinend überhaupt nicht erfaßt. Das gleiche gilt für die sowjetischen SRINF, von denen ein Teil der SS-22 in der DDR und ČSSR stationiert wurde.<sup>13</sup> Ein Abkommen, das diese Systeme nicht erfassen würde, wäre für uns inakzeptabel, da selbst eine effektive Begrenzung der SS-20 durch Vermehrung der SRINF umgangen werden könnte.

Dazu kommt, daß das von der Sowjetunion vorgeschlagene vollständige Verbot weitreichender Marschflugkörper (gemeint nach bisherigem Verständnis: Marschflugkörper mit einer Reichweite von mehr als<sup>14</sup> 600 km) zu einem Stationierungsstopp bei den GLCM und zu einem Abbau der bereits in Italien, GB und Belgien stationierten GLCM führen müßte. Theoretisch möglich bliebe die Stationierung der Pershing II auf unserem Territorium. Diese Waffen würden allerdings als strategische Raketen gezählt, so daß die USA abwägen müßten, ob sie ihre ICBM oder die Pershing II abbauen sollten. Vor allem aber würden wir dann allein die Last der INF-Stationierung tragen, was wir immer vermeiden wollten und weiterhin vermeiden müssen.

c) Das vollständige Verbot weitreichender Marschflugkörper würde nicht nur das INF-Konzept des Bündnisses zerstören. Es würde auch eine bereits eingeleitete Umstrukturierung des amerikanischen strategischen Potentials unmöglich machen: die Verlagerung des Schwergewichts von den ballistischen Raketen auf langsamer fliegende Systeme, die als typische Zweitschlagswaffen gelten. Die SU verfügt zwar ebenfalls bereits über luftgestützte Marschflugkörper, ist aber in diesem Bereich insgesamt im Rückstand. Die USA haben bisher versucht, dieses Problem dadurch in den Griff zu bekommen, daß sie „trade-offs“ zwischen ICBM – wo die SU einen großen Vorsprung hat – und ALCM – wo sie selbst vorne liegen – angeboten haben.

d) Das Moratorium für die Indienststellung neuer strategischer Systeme würde – so die amerikanische Interpretation – die bereits erprobten sowjetischen SS-X-24 und SS-X-25 nicht berühren, allerdings auch nicht die MX, wohl aber die noch nicht erprobten amerikanischen Systeme Midget Man, Trident D5 und den besonders eindringfähigen, da mit einem niedrigen Radarprofil ausgestatteten Stealth-Bomber.

e) Der sowjetische Vorschlag, als Einleitung zu einem umfassenden Abkommen zunächst eine Reduzierung von 200–300 ICBM zu vereinbaren, würde ebenfalls die USA benachteiligen. Die SU verfügt nicht nur über einen absolut weit größeren Bestand an ICBM, sondern auch über einen verhältnismäßig größeren Anteil alter, wenig treffsicherer Systeme, die sie abbauen könnte, ohne ihre Fä-

<sup>13</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR und der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>14</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt.

higkeiten wesentlich zu beeinträchtigen. Dagegen müßten die USA von ihrem geringeren ICBM-Bestand eine im Verhältnis zur Gesamtzahl der ICBM höhere Anzahl moderner, zielgenauer Systeme verschrotten, so daß sich die Counterforce-Kapazität der USA zunächst sogar verschlechtern würde.

4) Die sowjetische Position zu Weltraumwaffen hat sich nicht bewegt. Nach wie vor fordert die SU ein Verbot der „Weltraumschlagwaffen“, einschließlich der „wissenschaftlichen Forschung“. AM Schewardnadse hat allerdings in Washington<sup>15</sup> – wie schon Gorbatschow in seinem Time-Interview<sup>16</sup> – mündlich eingeräumt, daß Grundlagenforschung und Forschung im Labor nicht verboten seien. Hier gibt es eine Grauzone, die geklärt werden sollte. Auch ist daran zu erinnern, daß sich das Forschungsverbot nach sowjetischem Verständnis nur auf „Weltraumschlagwaffen“ bezieht. Weder die Erforschung, noch die Entwicklung landgestützter strategischer Abwehrsysteme wird durch diese sowjetische Forderung erfaßt. Auch hier könnten sich auf längere Sicht – insbesondere wenn auf amerikanischer Seite die Skepsis hinsichtlich der Kosteneffizienz und Überlebensfähigkeit weltraumgestützter Systeme wächst – Möglichkeiten der Annäherung ergeben.

5) Die SU hält an ihrer Verknüpfung zwischen dem Verbot der „Weltraumschlagwaffen“ und der Reduzierung von Nuklearwaffen fest.<sup>17</sup> Gleichwohl dürften die sowjetischen Vorschläge in ihrer jetzigen Form die – vermutlich nicht beabsichtigte – Konsequenz haben, daß sich der Schwerpunkt der Genfer Verhandlungen für einige Zeit auf die Reduzierung von Nuklearwaffen verlagert. Die sowjetischen Vorschläge sind in hohem Maße erläuterungsbedürftig, insbesondere was die Zahlenangaben betrifft. Sie sind außerdem in ihrer jetzigen Form offensichtlich inakzeptabel. Sie können nicht als „take it or leave it“ präsentiert werden. Die Verknüpfung mit dem Weltraumbereich kann auf sowjetischer Seite erst dann wirklich aktiviert werden, wenn – zum Teil auf der Basis der neuen sowjetischen Vorschläge – eine Annäherung der Positionen bezüglich der Reduzierung von Nuklearwaffen erreicht worden ist, so daß sich ein für den Westen attraktives Ergebnis abzeichnet.

Ein solches Ergebnis zu erreichen, liegt im Interesse der USA und in unserem Interesse. Es geht uns darum, größere Stabilität mit einem reduzierten Bestand von Nuklearwaffen zu erreichen. Unser besonderes Interesse bleibt es, daß die sowjetischen Mittelstreckensysteme, insbesondere die SS-20, soweit wie möglich abgebaut und daß die sowjetischen SRINF ebenfalls beschränkt werden. Das setzt voraus, daß sich eine Einigung im Weltraumbereich jedenfalls abzeichnet. Nach allen vorliegenden Anzeichen sieht die SU auf absehbare Zeit ihre Stärke vor allem bei den Offensivwaffen. Sie befürchtet, gegenüber den USA bei neuen, insbesondere weltraumgestützten Abwehrsystemen angesichts der neuen technologischen Dynamik auf amerikanischer Seite in Rückstand zu geraten. Dies

<sup>15</sup> Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 27. September 1985 in Washington vgl. Dok. 264.

<sup>16</sup> Für das Interview vgl. den Artikel „An Interview with Gorbachev“; TIME vom 9. September 1985, S. 10–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 382–404.

<sup>17</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Sie benützt dafür aber jetzt die Formel, daß eine ‚gegenseitige Regelung‘ für eine Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum notwendig sei. Dies kann ein Hinweis darauf sein, daß die SU zu einer Erörterung des Verhältnisses zwischen Offensiv- und Defensivsystemen bereit sein könnte.“



ist die substantielle Basis der von ihr hergestellten Verknüpfung zwischen der Reduzierung von Nuklearwaffen und dem Verbot von „Weltraumschlagwaffen“.

Wenn dies so ist, so liegt es nicht in unserem Interesse, daß die Verhandlungen im Weltraumbereich im Stillstand verharren. Bewegung in diesem Bereich würde vielmehr die umfassende Einigung vorbereiten, die notwendig ist, um neue strategische Entwicklungen politisch zu kontrollieren und, soweit wie möglich, durch vereinbarte Regelungen zu erfassen und einzugrenzen. Nur eine umfassende Einigung eröffnet deshalb die Chance wirklicher Reduzierungen. Dazu kommt ein taktischer Gesichtspunkt: Die SU wird von ihren jetzigen Vorschlägen zur Reduzierung der Nuklearwaffen viele Forderungen aufgeben müssen, um Vereinbarungen zu ermöglichen. Der Anreiz dazu wird letzten Endes größer sein, wenn sich jedenfalls eine Annäherung im Weltraumbereich abzeichnet. Blicke eine solche Annäherung aus, so müßten die USA ein Pokerspiel betreiben: Sie müßten darauf vertrauen, daß die SU irgendwann die Verknüpfung der Nuklearwaffenreduzierungen mit dem Weltraumbereich völlig fallen läßt. Die Chancen, in diesem Pokerspiel zu gewinnen, sind aber nicht sehr groß.

6) Insgesamt ist zu den Vorschlägen zu sagen:

- Es handelt sich um eine echte Eröffnungsposition: In ihr kommen ernstzunehmende sowjetische Besorgnisse, aber ebenso der Wunsch zum Ausdruck, auf jeden Fall das sowjetische Interesse zu wahren. Deshalb wäre es verfehlt, sie als reine Propaganda abzutun, wenn sie auch sicherlich Punkte enthalten, von denen sich die SU eine ihren Interessen dienende Öffentlichkeitswirkung erhofft.
- Die Vorschläge enthalten vertraute sowjetische Positionen, aber auch konzeptionell neue Elemente. Vieles ist für den Westen so inakzeptabel, einiges könnte interessant sein und muß ausgelotet und ggf. weiterentwickelt werden.
- Es gilt nunmehr, in der Reaktion auf diesen Vorschlag dessen Schwächen offenzulegen. Hierzu gehört aus unserer Sicht insbesondere der Mangel an Anerkennung europäischer Sicherheitsinteressen und die teilende Wirkung, die er innerhalb der NATO entfalten würde.
- Das Junktim zwischen einem Verbot von „Weltraumschlagwaffen“ und entsprechender Forschung einerseits und der Reduzierung von Offensivwaffen andererseits bleibt weiterhin Schwerpunkt der sowjetischen Position. Deshalb sollten wir auf die USA einwirken, von sich aus die Möglichkeiten zu einer Annäherung im Weltraumbereich zu verbessern. Möglichkeiten dafür sind in der Bezugsaufzeichnung zu 2) unter II.3<sup>18</sup> aufgeführt.

<sup>18</sup> Am 30. September 1985 formulierte Botschafter Ruth folgende Ansätze, um einen Stillstand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle wegen der gegensätzlichen Positionen im Weltraumbereich zu vermeiden: „Bereitschaft, Leitlinien für die Verhandlungen zu vereinbaren mit dem Ziel, zu parallelen Verhandlungen über offensive und defensive Waffen zu kommen. Bekräftigung der Erklärung, daß der ABM-Vertrag eingehalten wird, verbunden mit der Bereitschaft, Graubereiche des ABM-Vertrages einvernehmlich zu klären. Zusage, den ABM-Vertrag während einer bestimmten Frist (z. B. fünf Jahre) nicht zu kündigen, solange nicht die Gefahr besteht, daß die Sowjetunion aus dem Vertrag ausbricht. Zusage, z. B. ein Jahr vor Überschreiten der Grenze zwischen Forschung und Entwicklung in Verhandlungen mit der Sowjetunion einzutreten. Hinweis auf mögliche Verhandlungsergebnisse: Verzicht auf neue strategische Abwehrsysteme [...]; Begrenzung der neuen Abwehrsysteme; vereinbarte Dislozierungen neuer Abwehrsysteme.“ Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

- Die Vorschläge sind umfassender und komplexer als alle bisher gemachten Abrüstungsvorschläge. Ihre Implikationen bedürfen deshalb – auch im Lichte weiterer sowjetischer Erläuterungen – noch sehr gründlicher Prüfung.

Ruth

VS-Bd. 11279 (220)

## 271

### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

222-371.11-1715/85 VS-vertraulich

4. Oktober 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Verifikation eines umfassenden Atomteststopps (CTB);  
hier: Deutsches Arbeitspapier zum schrittweisen Aufbau eines seismologischen Systems zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps als Teil unserer CTB-Bemühungen

Bezug: StS-Vorlage vom 5.7.1985 – 222-371.11-1200/85 VS-v – (dem Original beigelegt)<sup>4</sup>

#### I. Sachverhalt

1) Ein umfassender nuklearer Teststopp (CTB) ist seit Jahren Verhandlungsgegenstand zwischen den drei Kernwaffenstaaten USA, Großbritannien und Sowjetunion sowie in der Genfer Abrüstungskonferenz (CD). Das Postulat eines CTB resultiert aus Präambelparagraph X des NVV<sup>5</sup> in Verbindung mit Präambelparagraph 3 des teilweisen Teststoppvertrages von 1963<sup>6</sup>. Die Nichtkernwaffenstaaten des NVV, insbesondere die N+N, sehen ein CTB-Abkommen als

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Kössler konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 7. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 7. Oktober 1985 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Hiroshima-Bombe 12–15 Kilo[t]on[nen], Nagasaki-Bombe 22 Ktn. Hier geht es um Probleme der Verifizierung im Bereich von 1–2 Ktn.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 21. November 1985 vorgelegen, der handschriftlich um „[wieder]v[orlage]“ am 26. November 1985 bat.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Botschafter Ruth an Referat 222 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[Siehe] Fragen BM Seiten 3 + 5. Wv. bei BM 26.11.“ Vgl. Anm. 18, 19, 21 und 27.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Dok. 181.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Präambel des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786 f.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut Präambel des Vertrags vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 907.

Bedingung für die Erfüllung des Art. VI NVV<sup>7</sup> (Verhandlungen über nukleare Abrüstung) an.

2) Auf dem Weg zu einem CTB wurden zwar Teilergebnisse erzielt (LTBT<sup>8</sup> von 1963, Schwellenverträge von 1974 und 1976<sup>9</sup>); doch seit 1980 ist es zu keinen Ergebnissen mehr gekommen:

- Abbruch der trilateralen CTB-Verhandlungen USA, GB und SU 1980<sup>10</sup> (trotz Fortschritten in der Verifikationsfrage) infolge der politischen Gesamtlage.
- Keine Ratifikation der Schwellenverträge durch die USA, die der SU die Verletzung der 150 KT-Schwelle vorwerfen und die Verifikationsregelungen als nicht ausreichend bezeichnen.<sup>11</sup>
- Uneinigkeit in der CD über ein Mandat für einen CTB-Ad-hoc-Ausschuß 1984 und 1985 (USA: lediglich für Verifikationsmandat, Ostblock und N+N: für Vertragsverhandlungsmandat).<sup>12</sup>

3) Der prinzipielle Beitrag, den ein CTB zur nuklearen Rüstungskontrolle und als Teil eines umfassenden nuklearen Abrüstungsprozesses leisten kann, ist unbestritten. Der Mangel an Fortschritten ist jedoch auf das Bestehen diametral entgegengesetzter Lösungsansätze zurückzuführen:

<sup>7</sup> Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

<sup>8</sup> Limited Test Ban Treaty.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 28. Mai 1976 über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

<sup>10</sup> Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.

Botschafter Ruth notierte am 16. Februar 1981, die letzte Sitzung habe im November 1980 stattgefunden. Vgl. dazu VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>11</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 30. März 1984, das Ratifizierungsverfahren der sogenannten „Schwellenverträge“ sei in den USA zwar eingeleitet, jedoch 1977 unterbrochen worden und liege seitdem dem zuständigen Ausschuß des amerikanischen Senats zur Prüfung vor: „Die Frage einer Ratifizierung der Schwellenverträge als ‚Zeichen des guten Willens‘ war von den Senatoren Cohen und Biden nach ihrem Moskau-Besuch im Februar 1984 dem amerikanischen Präsidenten auf sowjetische Anregung hin vorgeschlagen worden. Sie wird gegenwärtig in der amerikanischen Regierung auf verschiedenen Ebenen erörtert.“ Das amerikanische Außenministerium habe die Frage einer Ratifizierung im März 1984 erneut geprüft und sich dagegen ausgesprochen. Vgl. Referat 201, Bd. 130191.

<sup>12</sup> Botschafter Wegener, Genf (CD), berichtete am 20. September 1985: „Trotz intensivster Bemühungen vor allem zwischen westlichen und Delegationen der G-21-Gruppe ist es auch in der Sitzungsperiode 1985 der CD nicht gelungen, einen Konsens über ein Mandat zu finden. Diese lag zum einen an der unbeugsamen Haltung der G-21, die unter dem Einfluß und dem Druck einiger radikaler Nichtgebundener ihre strikte Forderung nach einem vollen Verhandlungsmandat über ein umfassendes Teststoppabkommen aufrechterhielten. [...] Der Aktionsraum der westlichen Gruppe wurde vor allem durch die in der CTB-Mandatsfrage starre Haltung der amerikanischen Delegation definiert. Die USA bestanden auf einer wortgetreuen Beibehaltung des westlichen Mandatsentwurfes von 1984 (CD/521), der selbst zu verhandlungstaktischen Zwecken semantisch nicht geändert werden durfte. In der Sache betonte die amerikanische Delegation mehrfach in Plenarerklärungen, daß ein CTB nur ein langfristiges Ziel für die USA darstelle und einschneidende Reduktionen strategischer Waffensysteme das eigentliche amerikanische Verhandlungsziel darstellten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1571; Referat 222, Bd. 130111.

- Für die USA steht die verlässliche Verifikation eines CTB-Abkommens durch internationale Kontrollen und Ortsinspektionen im Vordergrund. Vertragswidrige, geheim gebliebene Tests könnten der Gegenseite militärische Vorteile verschaffen. Seit 1982 ist für die USA der CTB ein „long-term goal“ bzw. aus folgenden Gründen in den Hintergrund getreten:
    - Verifikationsschwierigkeiten (insbes. bei Atomtests mit geringen Sprengstärken und im Sub-kt-Bereich),
    - Notwendigkeit von Tests zur Wahrung der Einsatzfähigkeit und Modernisierung des amerikanischen Nuklearwaffenpotentials (sowie zur Forschung im SDI-Bereich), solange die nukleare Abschreckung aufrechterhalten werden muß.
  - Die SU bezeichnet die Verifikationsfrage als weitgehend gelöst und hält nationale technische Mittel zur Kontrolle eines CTB für ausreichend. (GS Gorbatschow und AM Schewardnadse haben unlängst angedeutet, daß neben nationalen auch internationale Kontrollen sinnvoll sein könnten.<sup>13</sup>) Die SU fordert daher immer wieder – unter großem propagandistischem Aufwand – die Wiederaufnahme der trilateralen CTB-Verhandlungen, die Ratifizierung der Schwellenverträge durch die USA und den Beginn von CTB-Vertragsverhandlungen in der CD. Diese Forderungen werden von den N+N voll unterstützt, so daß sich die USA (und mit ihnen die westliche Gruppe) in der internationalen Öffentlichkeit, in der CD und in den VN – nicht zuletzt auch vor Teilen der eigenen öffentlichen Meinung – in einer Defensivposition befinden. Durch ihr einseitiges Testmoratorium ab 6.8.1985<sup>14</sup> hat die SU ihren propagandistischen Druck auf die USA und die westliche Gruppe noch verstärkt.
- 4) Die CTB-Kontroverse tritt insbesondere dann in den Vordergrund, wenn bilaterale rüstungskontrollpolitische Verhandlungen und Ergebnisse ausbleiben (z.B. 2. NVV-Überprüfungskonferenz 1980<sup>15</sup>, CD 1984/85). Angesichts neuer Hoffnungen und Perspektiven (Wiederaufnahme der bilateralen Genfer Verhandlungen<sup>16</sup>, Gipfel Reagan–Gorbatschow<sup>17</sup>) ist die CTB-Problematik, obgleich latent aktuell, etwas aus dem Rampenlicht gerückt worden.

<sup>13</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 3. September 1985 im Zusammenhang mit der Ankündigung eines sowjetischen Moratoriums für Atomtests vom 30. Juli 1985: „Der ursprüngliche sowjetische Vorschlag vom 27. Juli ging auf die Verifikationsfrage nicht ein. Aufgrund der westlichen Kritik daran hatte GS Gorbatschow daraufhin in einem TASS-Interview am 13.8.1985 erklärt, daß einseitige Schritte zur Einstellung von Atomversuchen letzten Endes selbstverständlich nicht das Problem der vollständigen und generellen Einstellung der Atomwaffenversuche lösen könnten. Hierfür bedürfe es eines internationalen Abkommens. Neben angemessenen Verpflichtungen müsse es auch ein geeignetes System sowohl nationaler als auch internationaler Kontrollen enthalten. Auch in dem Schreiben an den Bundeskanzler spricht sich Gorbatschow für Verifikationsmaßnahmen aus.“ Vgl. Referat 222, Bd. 130111.

<sup>14</sup> Zur Ankündigung eines sowjetischen Moratoriums für Atomtests durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 30. Juli 1985 vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>15</sup> Die Zweite Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 fand vom 11. August bis 7. September 1980 in Genf statt.

<sup>16</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262 und Dok. 270.

<sup>17</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

## II. Unsere Bemühungen

1) Als ein Nichtkernwaffenstaat, dessen Sicherheit entscheidend vom Nuklearschirm der USA abhängt, stimmen wir mit allen<sup>18</sup> westlichen Partnern überein, daß ein CTB gerade wegen seiner militärischen und sicherheitspolitischen Sensitivität verlässlich überprüfbar sein muß. Wir haben aber auch immer wieder die Bedeutung hervorgehoben, die wir einem CTB im Zusammenhang mit Art. VI NVV beimessen.

2) Wir stimmen mit den USA überein<sup>19</sup>, daß im Rahmen der bilateralen Genfer Verhandlungen und der Zielsetzungen des 8.1.1985<sup>20</sup> prioritär drastische und ausgewogene Reduzierungen der nuklearen Arsenale erreicht werden müssen. Ein CTB kann eine begleitende Maßnahme hierzu darstellen.

3) Wir teilen auch die Auffassung der USA, daß die Verifikationsfrage noch nicht hinreichend<sup>21</sup> geklärt ist. Zwar besteht weitgehend Übereinstimmung unter den Wissenschaftlern, daß mit dem derzeitigen Stand des seismologischen Wissens ein globales, außerhalb der SU stationiertes seismologisches Netzwerk aufgebaut werden kann, das in der Lage ist, Kernexplosionen mit einer Ladungsstärke bis hinab zu 1 kt und in hartem, nassem Gestein gezündet mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 % entdecken und als Explosion identifizieren kann.<sup>22</sup> (Hervorzuheben ist, daß die 1-kt-Schwelle mit einem externen, d.h. nicht in der SU stationierten seismologischen Netz, nur in festem Gestein und mit noch zu installierenden bzw. zu verbessernden bestehenden seismologischen Anlagen zu entdecken und zu identifizieren ist.) Offen ist jedoch die Verifikationsfrage in den wesentlichen Punkten der

- technischen Ausgestaltung eines globalen seismischen Netzwerkes,
- Beurteilung der Evasionsmöglichkeiten (z.B. Abkoppelung in Kavernen, Verstecken hinter chemischen Explosionen),
- Ausgestaltung und Leistungsfähigkeit interner, d.h. in der SU stationierter seismologischer Anlagen.

Offen ist ferner die Verifikationsfrage in dem wachsenden Sub-1-kt-Bereich (Trend zur Miniaturisierung der Sprengkörper). Weitere Fortschritte in der Verifikationsfrage hängen daher nach wie vor von der ständigen Verbesserung der seismologischen Verifikationsmethoden ab.

4) Um in der CTB-Frage voranzukommen, konzentrieren wir uns darauf, dem Westen aus seiner Defensivposition in der CTB-Frage herauszuhelfen durch Überwindung des toten Punkts in der CD, und zwar durch taktische Flexibilität und Wieder-in-Gang-Bringung der Substanzdiskussion – um eine Brücke zu

<sup>18</sup> Die Wörter „mit allen“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wirklich?“ Vgl. Anm. 3.

<sup>19</sup> Die Wörter „USA überein“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Mit allen anderen Partnern nicht?“ Vgl. Anm. 3.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>21</sup> Die Wörter „Wir“ und „noch nicht hinreichend“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer noch?“ Vgl. Anm. 3.

<sup>22</sup> So in der Vorlage.

den N+N zu schlagen und die SU aus ihrer vorteilhaften Position des „abrüstungspolitischen Vorreiters“ zu drängen.

5) Aus diesem Grunde schlugen wir den USA im Juli 1984<sup>23</sup> vertraulich vor, die westliche Position in der CD und im Vorfeld der dritten NVV-Überprüfungskonferenz<sup>24</sup> durch ein „Interim-Regime für unterirdische Nukleartests“ zu verbessern, durch

- Beschränkung der Ladungsstärken und Zahl der Kernexplosionen auf bestimmte Werte (20 KT, 15 Tests jährlich),
- Eingrenzung der Kernsprengungen auf bestimmte Testgebiete, die durch örtliche Überwachungssysteme (black boxes) kontrolliert werden,
- umfassenden Datenaustausch und Kalibrierung der Meßgeräte,
- Satellitenüberwachung.

Unser Stufenkonzept wurde von den USA abgelehnt, ebenso ein ähnlich konzipierter Stufenplan, den Japan im Juli 1984 in die CD<sup>25</sup> einbrachte.

6) In Anbetracht der amerikanischen Zurückhaltung im eigentlichen Teststoppbereich stellten nun unsere Überlegungen darauf ab, die von den USA in den Mittelpunkt gestellte Verifikationsfrage zum Ansatz einer neuen deutschen Initiative zu machen.

Entsprechend führten wir am 1.8.1985 ein (Routine-)Arbeitspapier in die CD ein, das von der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft (DGG) erarbeitet und von der westlichen Gruppe, insbes. auch von den USA, gutgeheißen wurde.<sup>26</sup> Das deutsche Arbeitspapier zielt darauf ab, unter Nutzung von Vorschlägen anderer Delegationen und unter Verwertung des gegenwärtigen Standes der seismischen Technik, ein „gleitendes“ seismologisches Beobachtungs- und Verifikationssystem zu entwerfen, das bereits in der Vorvertragsphase eingerichtet und entsprechend den wissenschaftlichen Erkenntnissen in Etappen immer weiter ausgestaltet und verfeinert werden könnte. In seiner endgültigen Form könnte das System als Vertragselement in einen CTBT eingehen. Es hätte damit den Vorteil, schon frühzeitig tatsächliche Arbeitsfähigkeit zu erreichen.

Das von der DGG erarbeitete deutsche Papier ging nicht zuletzt auf eine Eigeninitiative der DGG selbst (1984) zurück, die über das BK (MD Teltschik) an das AA (Abt. 2 A) herangetragen wurde. Abgesehen von der außenpolitischen Komponente einer erneuten deutschen Initiative ergab sich demnach auch die Möglichkeit, die überaus aktiven deutschen Wissenschaftler der DGG in unsere CTB-Bemühungen einzubinden.

7) Das zufällig<sup>27</sup> kurz nach Einbringung des deutschen Arbeitspapiers verkündete sowjetische Testmoratorium gab unserer Initiative insofern unerwartetes Gewicht, als wir gegenüber der sowjetischen Propagandaaktion unsere bescheidenere, wenn auch konstruktivere Einstellung zum CTB-Komplex unter Beweis stellen konnten.

<sup>23</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik vom 3. Juli 1984 vgl. Dok. 181, Anm. 11.

<sup>24</sup> Vom 27. August bis 21. September 1985 fand in Genf die Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 statt.

<sup>25</sup> Zum japanischen Arbeitspapiers (CD/524) vgl. Dok. 181, Anm. 13.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut des Arbeitspapiers (CD/612) vgl. Dok. 181, Anm. 14.

<sup>27</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Daten beifügen!“ Vgl. Anm. 3.

## III. Ausblick

- 1) Unser weiteres Engagement in der CTB-Frage ist geboten wegen
- westlicher Glaubwürdigkeit im multilateralen Abrüstungsprozeß, an dem wir direkt beteiligt sind,
  - Erwartungsdruck in der deutschen Öffentlichkeit, nicht zuletzt aufgrund des CTB-Engagements deutscher Wissenschaftler.
  - Unser Ansatz des gleitenden Aufbaus eines seismologischen Systems zur Beobachtung und Überwachung eines CTB erscheint eine realistische Grundlage, wieder die Substanzdiskussion in der CD in Gang zu bringen. Da unsere wissenschaftliche Studie den sukzessiven Aufbau des Systems in einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren anvisiert, ist auch der erforderliche zeitliche Spielraum gegeben.
  - Auch unseren Interim-Stufenplan halten wir für einen realistischen Ansatz, auf den wir zu gegebener Zeit zurückgreifen könnten.
  - Die Argumentation des Ostblocks und gewisser N/N, unsere Initiative diene dazu, den amerikanischen Widerstand gegen einen CTB zu verschleiern, ist in Anbetracht der objektiv bestehenden Probleme im Verifikationsbereich nicht gerechtfertigt.

Ruth

VS-Bd. 11564 (222)

272

**Gesandter Gescher, Peking, an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 4058

Aufgabe: 7. Oktober 1985, 12.26 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 7. Oktober 1985, 07.45 Uhr

Betr.: Besuch von MP Strauß in Peking;  
hier: Gespräch mit Deng Xiaoping

Bezug: DB Nr. 4055 vom 7.10.1985<sup>2</sup>

I. Am 5.10.1985 empfing Deng Xiaoping Strauß mit sieben Mitgliedern seiner Delegation und mir. Das Gespräch wurde eröffnet mit liebenswürdigen Bemerkungen über das Alter. Deng wiederholte sein Diktum, daß er noch 1997 nach

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pleuger am 7. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Gesandter Gescher, Peking, informierte über den Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom 2. bis 10. Oktober 1985 in der Volksrepublik China: „Hauptanlaß der Reise war Eröffnung der bayerischen Industrierausstellung in Qingdao [...]. Chinesische Gastfreundschaft war wiederum überwältigend.“ Beim Gespräch mit dem Minister für Luftfahrtindustrie, Mo Wenxian, habe Strauß einen Brief des Bundesministers Bangemann verlesen, „demzufolge die Vorführung des deutschen Militärhubschraubers in China nunmehr genehmigt sei. [...] Bei Termin mit Stellvertretendem Lei-

Hongkong reisen wolle.<sup>3</sup> Er zeigte sich stolz über seine Formel: „Ein Land, zwei Systeme“ und wollte sie auch auf Taiwan angewandt wissen. Nur über Souveränität könne man nicht verhandeln. Er meinte, man solle diesen Weg auch in Korea und – weniger deutlich – in Deutschland in Betracht ziehen. Aber, räumte er ein, jedes Land habe seine eigenen Verhältnisse und historischen Voraussetzungen.

Strauß erwiderte, die Formel: „Ein Land, zwei Staaten“ zeige die Weisheit Chinas. Verhältnisse in Deutschland und in Europa seien allerdings anders gelagert. Die beiden deutschen Staaten hätten ein ganz anderes Größenverhältnis zueinander. Ein Staat mit zwei Systemen sei in Deutschland nicht möglich. Wohl aber eine Nation mit zwei Systemen. Die Sowjetunion wolle zwei Nationen in Deutschland. Das sei gegen die Geschichte und gegen die Evolution. Nur eines sei klar, eine militärische Lösung dürfe es nicht geben. Sie sei das Ende von Deutschland und Europa. Die Antwort läge in einem langen evolutionären Prozeß.

Am 1.9. sei er mit Honecker zu einem zweistündigen Gespräch in Leipzig zusammengetroffen.<sup>4</sup> Der Ton sei freundlich gewesen. Honecker habe gesagt, er sei eng mit Gorbatschow befreundet, aber er, Strauß, habe da seine Zweifel. Gorbatschow sähe die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten nicht gern. Honecker wolle die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik verstärken und nicht abbauen, wie es Gorbatschow verlange.

Deng faßte zusammen, indem er wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und China hervorhob: Beide Seiten seien von der Notwendigkeit durchdrungen, daß man in der Welt lernen müsse, zusammenzuleben und alle Konflikte friedlich zu lösen.

Strauß stellte drei Fragen:

- a) nach der sowjetischen Politik seit Gorbatschow,
- b) nach dem Verhältnis zwischen China und der Sowjetunion,
- c) nach Chinas Haltung zu SDI.

Deng antwortete:

Zu a) Seit Gorbatschow habe es Veränderungen in der Sowjetunion gegeben. Aber die Sowjetunion halte an ihren aggressiven außenpolitischen Positionen fest. Der Westen und die USA hätten sich stark dagegen aufgelehnt und die Sowjetunion befände sich jetzt in einer strategischen Defensive. Sie werde ihre

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1407*

ter der Kommission für Verteidigung, Wissenschaft und Technik, Wu Shaozu, wurden von deutscher Seite die Systeme Roland und HOT angesprochen. Wu Shaozu verhielt sich freundlich rezeptiv. [...] Gespräch mit Stellvertretendem Minister der Raumfahrtindustrie, Liu Jiguan, konzentrierte sich auf Satellitengeschäft.“ Vgl. Referat 012-9, Bd. 128935.

<sup>3</sup> Großbritannien und die Volksrepublik China paraphierten am 26. September 1984 ein Abkommen über Hongkong, das aus einer Gemeinsamen Erklärung und drei Anhängen bestand. Die Gemeinsame Erklärung wurde am 19. Dezember 1984 in Peking unterzeichnet und sah die Bildung einer Sonderverwaltungszone für Hongkong innerhalb der Volksrepublik China ab 1. Juli 1997 vor. Die Volksrepublik China verpflichtete sich, das gesellschaftliche und wirtschaftliche System Hongkongs für 50 Jahre unverändert zu lassen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1399, S. 61–73. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 630–643.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 1. September 1985 vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 330–339.



Haltung ändern, aber wie, das wisse man nicht. Man müsse abwarten und beobachten.

Zu b) Die drei bekannten Hindernisse (Afghanistan, Kambodscha, Truppen an sowjetisch-chinesischer Grenze) müßten beiseite geräumt werden, ehe eine Normalisierung der politischen Beziehungen zur Sowjetunion erreicht werden könne. Verbesserung der Handels- und Kulturbeziehungen könnten dagegen jetzt schon eintreten. Bei der augenblicklich beginnenden siebten Verhandlungsrunde zwischen Moskau und Peking in Peking werde China die drei Hindernisse wieder ansprechen.<sup>5</sup> Wenn die SU hier einen Schritt täte, ganz egal wo, dann wäre das der Welt nicht unendlich.

Zu c) China ist gegen SDI. Als Frau Thatcher in Peking war<sup>6</sup>, habe er ihr gesagt, er könne verstehen, daß Reagan SDI fortsetzen wolle, aber das dürfe er auf keinen Fall tun. Es sei eine qualitative Eskalation des Wettrüstens, nicht nur eine quantitative. Deng bestritt nicht, daß die Sowjetunion dieselbe Forschung betreibt. Nichtsdestotrotz, es bestehe die Gefahr, daß hier etwas außer Kontrolle gerate.

Strauß meinte, die USA würden die Forschung für SDI auf jeden Fall fortsetzen. Für die Bundesrepublik Deutschland sei es eine Notwendigkeit, sich an der Forschung – er betonte Forschung – zu beteiligen. Wir hätten ein zu großes Interesse daran, herauszufinden, ob es für Europa einen Schutz gegen nukleare Kurz- und Mittelstreckenwaffen gebe. Strauß kam dann auf das letzte Angebot von Gorbatschow<sup>7</sup> vor dem Genfer Gipfel<sup>8</sup> (Halbierung des nuklearen strategischen Potentials) zu sprechen und sagte, eine solche Halbierung wäre für den militärisch schwächeren Westen problematisch. Deng widersprach ihm nicht. Er fügte jedoch hinzu, man solle aber auch auf das SU-Angebot nicht zu negativ reagieren. Wirklich helfen würde nur eine Null-Lösung. Diese müsse schrittweise erreicht und begleitet werden von einem Verbot des Ersteinsatzes von nuklearen Waffen.

II. Bei einem Gespräch am Vortage zwischen MP Strauß und Vizeaußenminister Zhou Nan vertrat dieser selbstverständlich die gleiche Linie wie Deng. Drei Ergänzungen aus dem guten Gespräch seien erwähnt:

- Zhou Nan begründete die Ablehnung von SDI auch damit, daß die Entwicklung dieser Waffen ein Schritt zurück in den Bipolarismus wäre.

<sup>5</sup> Botschafter Fischer, Peking, analysierte am 22. Oktober 1985 das Pressecommuniqué zu den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vom 4. bis 18. Oktober 1985: „Charakterisierung der Gesprächsatmosphäre als offen, ruhig und geschäftsmäßig dürfte darauf verweisen, daß sich Ansichten in diesem Zusammenhang weiter unvereinbar gegenüberstanden [...]. Ebenso deutlich wird jedoch auch Bereitschaft beider Seiten zu weiterem Ausbau der sich kontinuierlich verbreiternden und vertiefenden Beziehungen in wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Bereichen, wobei der politische Bereich expressis verbis eingeschlossen wird. Damit wird erneut deutlich, daß drei Hindernisse zwar vollständige Normalisierung der politischen Beziehungen zwischen China und SU verhindern, sich eine Teilnormalisierung auch aus Sicht der Chinesen bereits vollzogen hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4263; Referat 341, Bd. 133640.

<sup>6</sup> Premierministerin Thatcher besuchte vom 18. bis 23. Dezember 1984 die Volksrepublik China.

<sup>7</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>8</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

- Chinesische Position, einer Normalisierung der politischen Beziehungen zur Sowjetunion erst zuzustimmen, wenn die drei Hindernisse weggeräumt seien, hätte ihren tiefen Grund in der Tatsache, daß die sowjetische Politik in Afghanistan, Kambodscha und an der sowjetischen Grenze Ausdruck und Beweis des sowjetischen Hegemonismus sei. Er erwarte in dieser Hinsicht keinen Fortschritt von der siebten Verhandlungsrunde.

III. Das einstündige, sehr freundschaftliche Gespräch zwischen Strauß und Deng klang aus mit der gegenseitigen Versicherung, daß eine Stärkung Europas und Chinas der Stabilität in der Welt dienen werde.

[gez.] Gescher

**Referat 012-9, Bd. 128935**

## 273

### **Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen an Vortragenden Legationsrat Ischinger, z. Z. Tel Aviv**

**010-1912/85 geheim  
Fernschreiben Nr. 3  
Citissime nachts**

**Aufgabe: 8. Oktober 1985, 13.54 Uhr<sup>1</sup>**

Bitte ausschließlich Herrn Ischinger in einem Exemplar zur Vorlage bei BM zustellen.<sup>2</sup>

Betr.: Lieferung von Rüstungsgütern an Saudi-Arabien (Spiegel-Artikel vom 7. Oktober 1985<sup>3</sup>)

Bezug: 1) Aufzeichnung UA 42 vom 7. Oktober 1985 – 424.411.10 SAR (liegt BM vor)<sup>4</sup>

2) Weisung BM vom 8. Oktober 1985<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich konzipiert.

<sup>2</sup> Bundesministers Genscher begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Besuch vom 8. bis 11. Oktober 1985 in Israel. Vgl. dazu Dok. 281.

<sup>3</sup> In der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ wurde zu Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien ausgeführt: „Bonn gibt den Rest von Zurückhaltung bei Waffengeschäften auf: Die Saudis bekommen deutsche Ware für mehrere Milliarden Mark.“ Vgl. den Artikel „Zumindest eigenartig“; DER SPIEGEL, Nr. 41 vom 7. Oktober 1985, S. 20.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Loeck führte aus: „Die Bundesregierung hat zu der in der Spiegel-Meldung vom 7.10.1985 erwähnten Herstellungsanlage für großkalibrige Munition im Dezember 1984 entschieden, daß die von Fa. Rheinmetall im Namen eines Firmenkonsortiums beantragte Ausfuhrgenehmigung für die Lieferung von Fertigungsunterlagen für Fabrikationsanlagen zur Herstellung großkalibriger Munition erteilt werden kann. [...] Für die zu einem späteren Zeitpunkt erfolgende Ausfuhr von Maschinen und Einrichtungen zum Aufbau der Anlagen ist den Firmen in Aussicht gestellt worden, daß mit einer Genehmigung auch für diese Ausfuhren gerechnet werden kann, soweit sich zum Zeitpunkt der Genehmigung wesentliche dieser Entscheidung zugrunde liegende Tatsachen nicht geändert haben. [...] Zu den übrigen Punkten des Spiegel-Artikels: [...] Umrüstung saudischer

Im Gespräch mit Abteilung 4 hat sich in Ergänzung Bezugsaufzeichnung noch folgendes herausgestellt:

#### 1) Munitionsfabrik Saudi-Arabien

a) BMWi hat nach Zustimmung der Ressorts im Dezember 1984 Ausfuhrgenehmigung für die Lieferung der Fertigungsunterlagen (Blaupausen) für Fabrikationsanlagen zur Herstellung großkalibriger Munition (105–155 mm) zugestimmt. Export ist nach AWG<sup>6</sup>, jedoch nicht nach KWG<sup>7</sup> genehmigungsbedürftig (daher keine Befassung BSR).

Genehmigungspflichtiges Ausfuhrvolumen der von den Saudis ausgeschriebenen Fabrik liegt bei ca. 3,5 Mrd. DM bei einem Gesamtvolumen des Geschäfts (einschließlich Infrastrukturanlagen) von rd. 10 Mrd. DM.

Dem Firmenkonsortium unter Federführung von Rheinmetall ist damals durch BMWi mit Zustimmung der Ressorts Genehmigung der Ausfuhr der Maschinen und Einrichtungen zum Bau der Fabrik selbst grundsätzlich in Aussicht gestellt worden, soweit sich zum Zeitpunkt der Genehmigung wesentliche der ersten Entscheidung zugrundeliegende Tatsachen nicht geändert haben würden.

Verhandlungen der einzelnen Bewerber mit den Saudis scheinen sich zur Zeit im Endstadium zu befinden, wobei Rheinmetall sich gute Chancen auf Zuschlag ausrechnet.

#### b) Gesprächsführung

Bundesregierung hat der Genehmigung der Ausfuhr der Blaupausen zugestimmt, da

- Endverbleib in Saudi-Arabien und den Mitgliedstaaten des Golf Cooperation Council gesichert ist (Hinweis: wurde eingeführt aufgrund ausdrücklichen AA-Petitus);
- Saudi-Arabien über Bedarf an großkalibriger Munition verfügt. Saudi-Arabien hat AMX-30 und Chieftain Panzer (jeweils 105 mm Kanone) und Feldhaubitze 70 – 155 mm (europäische Koproduktion zwischen GB, I und D) aufgrund britischer Lieferungen. (Hinweis: Wir haben britischen Lieferungen im Herbst 1981 zugestimmt.<sup>8</sup>)

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1410*

Panzer: Wir haben bisher zur Umrüstung saudischer AMX-30-Panzer (französischer Herkunft) nur Lieferung von Triebwerksteilen, und zwar Motoren, genehmigt; alle anderen Behauptungen des Artikels (insbes[ondere] Lizenzbau des Leop[ard]-II-Panzerturms) entbehren jeder Grundlage.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137486.

<sup>5</sup> Auf der Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck vom 7. Oktober 1985 vermerkte Bundesminister Genscher am folgenden Tag handschriftlich: „Es war meine Zustimmung erteilt, die Voranfrage positiv zu bescheiden. D. h. Übersendung von Unterlagen zur Abgabe eines Angebots.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137486.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450.

<sup>8</sup> Am 1. Juli 1981 beschäftigte sich der Bundessicherheitsrat mit dem britischen Wunsch, Feldhaubitzen 70 aus deutsch-britischer Koproduktion nach Saudi-Arabien zu liefern. Ministerialdirektor Fischer vermerkte dazu am 17. September 1981, daß der Bundessicherheitsrat eine Lieferung aus deutschen Beständen oder deutscher Endfertigung abgelehnt habe und vor seiner Zustimmung zur Lieferung der Waffen aus britischer Endfertigung noch einmal hinsichtlich der Vertragsdetails befaßt werden wolle. Nachdem Großbritannien nun bestätigt habe, daß mit Saudi-Arabien eine Endverbleibsklausel vereinbart worden sei, wonach „das gelieferte Material für den ausschließlichen Ge-

Daher nicht als Einstieg in Leo-II-Lieferung<sup>9</sup> zu werten.

## 2) Umrüstung arabischer Panzer

a) Lieferung von Leo-Triebwerksteilen und -motoren: BSR hat im März 1985 Ausfuhr von jeweils zwei Sätzen zur Vorführung genehmigt. In BSR-Entscheidung ist festgehalten, daß dadurch Anträge auf Lieferung juristisch nicht präjudiziert werden. (Hintergrund: Saudis wollen ihre 270 französischen AMX-30-Panzer auf deutsche Leo-Motoren und Triebwerke umrüsten).

Inzwischen liegt jedoch darüber hinaus Antrag auf Vorführung von jeweils zwei Sätzen Turmzusatzpanzerung sowie Feuerleit- und Waffenstabilisierungsanlage zur Umrüstung der AMX-30 vor. (Frage wird z.Z. von den Ressorts noch auf Arbeitsebene geprüft. Hierzu ist nach Abschluß der internen Abklärungen BSR-Befassung erforderlich.)

b) Deutsche Teillieferungen (angeblich Kanonen) zu den saudischen Bestellungen des US-Kampfpanzers Abrams und des (erst ab 1990) serienreifen künftigen französischen AMX-40: US-Panzer hat wie Leo II 120 mm Glattrohrkanone, wobei die Amerikaner für die Herstellung aufgrund von Lizenzen zumindest zum Teil Leo-Technologie verwendet haben. US-Kanone ist jedoch kein reiner Nachbau der Leo-Kanonen.

Ob ähnliche Technologie auch für AMX 40 genutzt werden wird, ist im AA unbekannt, jedoch auch im Lichte früheren – letztlich gescheiterten – Projekts eines deutsch-französischen Panzers<sup>10</sup> nicht auszuschließen.

## 3) Bewertung

### a) Munitionsfabrik

Genehmigung des Blaupausenexports kann nicht als Einstieg in die Lieferung von Leo II gewertet werden, da die Saudis aufgrund dort vorhandener, von anderen Staaten gelieferter Waffen Bedarf an den Munitionstypen 105–155 mm haben.

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1411*

brauch durch die saudischen Streitkräfte bestimmt“ sei und dessen Aufstellung „ausschließlich den saudischen Stellen“ obliege, solle dem Bundessicherheitsrat für seine nächste Sitzung vorgeschlagen werden, „gegen die Lieferung aus britischer Endfertigung keine Bedenken geltend zu machen, ohne daß sich hieraus eine präjudizierende Wirkung für die Grundsatzdebatte ergeben darf.“ Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

Ministerialdirigent Loeck notierte am 15. Oktober 1985 zu den britischen Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien: „Geliefert wurden insgesamt 78 Haubitzen (Feldhaubitze 70). Aktuell ist britische Verpflichtung, 72 Tornado-Kampfflugzeuge [...] zu liefern. Ein Vetorecht gegen diese Lieferungen steht der Bundesregierung bekanntlich aufgrund der deutsch-britischen Vereinbarung über gemeinsam gefertigte Rüstungsgüter nicht zu.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137486.

<sup>9</sup> Zur Frage der Lieferung von Kampfpanzern des Typs Leopard II an Saudi-Arabien vgl. Dok. 143.

<sup>10</sup> Die Bundesrepublik und Frankreich erörterten seit Anfang 1979 die Frage eines gemeinsamen Kampfpanzers für die neunziger Jahre. Eine Vereinbarung über die Entwicklung und den Bau des Panzers wurde am 5. Februar 1980 in Paris unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 72, AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364, sowie AAPD 1980, I, Dok. 43.

In der Folgezeit kam es jedoch wegen einer veränderten Bundeswehrplanung sowie aus wirtschaftlichen Gründen zu zunehmendem Widerstand im Verteidigungsausschuß des Bundestags. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 64.

Im Gespräch mit Bundesminister Genscher, dem französischen Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu am 21. Oktober 1982 teilte Bundesminister Wörner mit, daß sich für das Projekt keine parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik finden lasse. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 284.

b) Sukzessive Umrüstung der saudischen AMX-30-Panzer auf wesentliche Teile deutscher Leo-Technologie birgt Gefahr in sich, daß die Saudis auf Umwegen im Ergebnis den Leo erhalten. (Panzer sieht nur nach außen wie ein AMX-30 aus, hat aber wesentliche Einrichtungen des Leo II.) Auf diese Weise kann Industrie unsere restriktive Exportpolitik „aushebeln“. Es kommt hinzu, daß die Genehmigung der Vorführung zu Testzwecken zwar juristisch nicht als Präjudiz für spätere Lieferungen, jedoch von außen praktisch als Vorstufe des Einstiegs gewertet werden kann.

Jansen<sup>11</sup>

VS-Bd. 14153 (010)

## 274

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze

220-370.00 SB-1764/85 VS-vertraulich

9. Oktober 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Nitze am 9. Oktober 1985 von 14 Uhr bis 15 Uhr

Der Bundeskanzler empfing Botschafter Nitze am 9.10. zu einem einstündigen Gespräch.

BK leitete das Gespräch mit der Frage ein, was das Interview von McFarlane am vergangenen Sonntag in bezug auf den ABM-Vertrag zu bedeuten habe.<sup>2</sup> In dem

<sup>11</sup> Paraphe.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 10. Oktober 1985 gefertigt und über Staatssekretär Meyer-Landrut an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu vermerkte er: „Der Vermerk hat dem Bundeskanzler nicht vorgelegen.“

Hat Meyer-Landrut und Genscher am 11. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 14. Oktober 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 18. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 21. Oktober 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Schmidt, die Legationsräte I. Klasse Mülmenstädt und Müller sowie Legationssekretär Peters verfügte.

Hat Schmidt, Mülmenstädt und Müller vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, äußerte sich am 6. Oktober 1985 in einem Fernsehinterview zur Vereinbarkeit der SDI-Forschung mit dem ABM-Vertrag vom 26. Mai 1972. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2105, S. 32–37.

Botschafter van Well, Washington, resümierte am 8. Oktober 1985: „Pentagon [...] habe ABM-Vertrag genauer Untersuchung im Hinblick auf die dort tatsächlich festgelegten Beschränkungen für ABM-Forschung unterzogen. Dabei habe sich Auseinanderklaffen zwischen Vertragstext und späteren einseitigen amerikanischen Definitionen von Forschungsbeschränkungen ergeben. Sowjets hätten diesen Definitionen nie zugestimmt; sie hätten aber durch mehrfache offizielle amerikani-

Interview seien völlig neue Gesichtspunkte enthalten. Der BK wies darauf hin, daß dies für uns ein sehr wichtiges Thema sei. Das Pentagon habe im April die Position der amerikanischen Regierung in einem Bericht an den Kongreß erläutert.<sup>3</sup> Wir seien davon ausgegangen, daß diese Auslegung gelte.

Er wolle mit Nachdruck unterstreichen, daß wir im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit die Position der amerikanischen Regierung zu ABM so zitiert hätten, wie sie im Bericht an den Kongreß dargelegt sei. Es sei zu fragen, was wir jetzt, wenn das Interview McFarlanes offizielle Politik sei<sup>4</sup>, sagen sollten.

Der BK fragte, ob es sich um einen taktischen Zug vor dem Treffen mit Gorbatschow<sup>5</sup> handele. Das könne man noch einigermaßen verstehen. Es sei aber wichtig, daß wir in der Lage seien, eine glaubwürdige amerikanische Position zu erklären.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1413*

sche Bekräftigungen gleichsam sakrosankten Status erhalten. Im Vertragstext selbst würden ABM-Systeme auf der Grundlage neuer physikalischer Prinzipien nur in Agreed Statement D erwähnt. Die Frage, ob sich diese Vereinbarung nur auf stationäre landgestützte oder auch auf bewegliche ABM-Systeme bezieht, sei nach Studium der Verhandlungsunterlagen sowie der abschließenden Erklärungen anläßlich des Vertragsabschlusses so zu beantworten, daß auch bewegliche Systeme gemeint seien. Dies heiße, daß Entwicklung und Erprobung beweglicher Systeme auf neuer physikalischer Grundlage erlaubt seien. Auch ABM-Verhandlungsführer Gerard Smith habe diese Auffassung 1972 vor dem US-Kongreß vertreten; im Laufe der Jahre aber offensichtlich seine Meinung geändert. Die von McFarlane vorgetragene Neuinterpretation des ABM-Vertrages sei daher lediglich eine Rückkehr zu dem ursprünglichen Vertragsverständnis.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4773; VS-Bd. 12992 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Am 22. April 1985 informierte Gesandter Wallau, Washington, über den SDI-Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 18. April 1985: „Das Pentagon geht in seiner Stellungnahme von der Forderung des Präsidenten aus, daß das SDI-Forschungsprogramm mit den Bestimmungen des ABM-Vertrags konform sein müsse. Es kommt zu dem Ergebnis, daß die als Voraussetzung für eine Entscheidung über die Durchführung von SDI erforderliche Forschung dieser Forderung des Präsidenten nachkommen kann. Für die vom ABM-Vertrag nicht direkt erfaßten ‚Grauzonen‘ der Forschung setzt sich das Pentagon Maßstäbe in sinngemäßer Interpretation des ABM-Vertrags.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2013; Referat 220, Bd. 144782.

Botschafter Ruth vermerkte am 10. Oktober 1985, Staatssekretär Meyer-Landrut und er hätten dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, am Vortag dargelegt: „Diese offizielle amerikanische Auslegung, die von der Unterscheidung zwischen Forschung einerseits und der Entwicklung, Erprobung und Stationierung neuer Defensivsysteme andererseits ausgehe, sei Grundlage der Position der Bundesregierung, wie sie gegenüber dem Parlament und in zahlreichen öffentlichen Erklärungen zum Ausdruck gebracht worden sei. Eine Neuinterpretation würde gravierende Probleme der Glaubwürdigkeit aufwerfen. Ganz entscheidend für uns sei, daß es im Verhältnis zwischen den USA und uns bei den gegebenen amerikanischen Zusicherungen bleibe, vor der Entscheidung über eine eventuelle Entwicklung neuer Defensivsysteme mit der SU zu verhandeln. Die kürzlich veröffentlichte amerikanische Broschüre ‚Soviet Strategic Defense Programs‘ spreche nur noch davon, daß vor einer zukünftigen Stationierung ‚as appropriate‘ verhandelt werde.“ Vgl. VS-Bd. 11371 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Botschafter van Well, Washington, teilte am 9. Oktober 1985 mit: „Im State Department (Europaabteilung) sagte man uns heute, daß die von Sicherheitsberater McFarlane am 6.10. [...] dargelegte neue Interpretation des ABM-Vertrags vom State Department abgelehnt werde. State Department erkenne durchaus an, daß die von ABM geschaffene Rechtslage nicht eindeutig sei. Bei der Frage einer Änderung der bisherigen Position müßten aber politische Gesichtspunkte in weit größerem Umfang berücksichtigt werden als rechtliche. Die Administration habe sich nach außen (Kongreß, Bündnispartner, Sowjetunion) in dieser für die SDI-Forschung relevanten Interpretationsfrage des ABM-Vertrags eindeutig festgelegt. Eine Änderung, wie von McFarlane angekündigt, würde dort als politisches Signal verstanden werden: Niederreißen bisher beachteter Schranken für SDI.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4790; VS-Bd. 11375 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

Botschafter *Nitze* verwies darauf, daß die Verhandlungen mit der Sowjetunion deutlich gemacht hätten, daß sie in der Regel eindeutigen schriftlichen Äußerungen zu militärischen Fragen ausweichen wollten. Deshalb hätte die amerikanische Regierung auf der vereinbarten Erklärung D bestanden. Wie wichtig eine schriftliche Festlegung gegenüber der Sowjetunion sei, habe man an der Geschichte von Art. IV des ABM-Vertrages gesehen, wo es um die Festlegung der Testbereiche für ABM-Systeme gehe. Es habe sich gezeigt, daß mündliche Zusatzserklärungen von der Sowjetunion nicht für verbindlich gehalten werden.

Im ABM-Vertrag sei über neue Technologien nichts gesagt. Deshalb habe man die gemeinsame Erklärung D formuliert. In dieser Erklärung werde dazu Stellung genommen, was geschehen müsse, wenn ABM-Systeme geschaffen (created) werden, die auf anderen physikalischen Prinzipien beruhen. Dabei werde gesagt, daß, wenn solche Systeme in der Zukunft geschaffen würden, sie nicht disloziert werden sollen, ohne daß darüber gesprochen werde. Die vereinbarte Erklärung D beziehe sich damit ausschließlich auf die Dislozierung. Die Verhandlungsgeschichte mache deutlich, daß die Vereinigten Staaten bereit gewesen seien, engeren Beschränkungen zuzustimmen. Die vereinbarte Erklärung sei aber das Maximum dessen gewesen, was von der Sowjetunion zu erhalten gewesen sei.

Der Bericht vom 18. April an den Kongreß sei eine konservativere Fassung als das, was in der vereinbarten Erklärung D ausdrücklich gesagt sei. Auf diese konservativere Fassung beziehe sich der frühere Botschafter Smith. Er, Nitze, könne nicht sagen, daß mit der Interpretation McFarlanes die Interpretation vom 27. März<sup>6</sup> hinfällig geworden sei. Es sei wichtig, daß wir unsere Haltung zu dieser Frage gegenüber Washington deutlich machen.

Botschafter Nitze fragte dann nach der Einschätzung der Vorschläge Gorbatschows.<sup>7</sup> Es stelle sich die Frage, ob es sich um wirkliche Bewegung oder um ein taktisches Spiel handle.

*BK* erwiderte, daß darüber in New York zu sprechen sein werde.<sup>8</sup> Es lasse sich nicht endgültig überschauen, ob Gorbatschow wirklich Bewegung haben wolle. Die Logik müsse eigentlich dafür sprechen. Signale von Berlin bis Budapest sagten, daß Gorbatschow eine Bewegung wolle. Man könne nicht ausschließen, daß in Moskau wieder eine Fehlkalkulation gemacht werde. Gorbatschow könne, ausgehend von einer längeren Lebenserwartung, meinen, daß es im sowjetischen Interesse sei, die Präsidentschaft Präsident Reagans abzuwarten. Das würde bedeuten, daß sich vor 1990 nichts bewegen könne, da auch ein neuer Präsident Zeit zur Einarbeitung brauche. Sollte dies die Moskauer Linie sein, dann würde sie einer Fehleinschätzung der Amerikaner unterliegen.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „15. März“.

Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vom 27. März 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu ferner Dok. 87.

<sup>7</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>8</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher am 24. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 290.

Für das Gespräch Kohls mit Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

Nitze berichtete, daß er heute den NATO-Rat über die amerikanische Einschätzung der Vorschläge von Gorbatschow unterrichtet habe.<sup>9</sup> (Die Ausführungen Nitzes liegen uns schriftlich vor.)

Zum Schluß seiner Ausführungen habe er in Brüssel auf sieben Punkte hingewiesen, bei denen es nützlich sein könne, die sowjetische Position weiter zu hinterfragen. Inhaltlich sei die öffentliche Wirkung der sowjetischen Vorschläge mit der bekundeten Bereitschaft verbunden, die strategischen Waffen um 50 % zu reduzieren. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung. Andererseits seien in den sowjetischen Vorschlägen völlig unakzeptable Elemente enthalten. Es sei zu fragen, ob es sich bei den sowjetischen Vorschlägen um reine Propaganda handle oder ob sie Elemente für ernsthafte Verhandlungen beinhalten. Es sei nach seiner, Nitzes, Ansicht wichtig, daß der Westen vermeide, zu früh zu sagen, daß es sich um bloße Propaganda handle.

Der *BK* warf ein, daß dies unserer Überzeugung entspreche. Es müsse sorgfältig geprüft werden, welche Ansätze die Vorschläge böten, bevor eine endgültige Stellungnahme abzugeben wäre. Man müsse zur Kenntnis nehmen, daß Gorbatschow geschickter sei als seine Vorgänger. Er treffe auf eine Tendenz im Westen, die in Moskau offenbar geschickt analysiert worden sei. Tichonow und Gromyko hätten sich dieser Stimmung nicht in gleicher Weise angepaßt. Gorbatschow habe sich der Fernsehgesellschaft als junger nachdenklicher Politiker mit einer jungen<sup>10</sup> hübschen Frau präsentiert, und manchen Leuten sei er schon als Liberaler erschienen. Man müsse aber sagen, daß der Generalsekretär der KPdSU weder jetzt ein Liberaler sei, noch einer werden könne. Es sei absurd zu fragen, ob Gorbatschow überhaupt ein Kommunist sei. Hier werde deutlich die Nähe von Wunschtraum und politischer Realität. Man dürfe die Möglichkeit der politischen Verführung nicht vergessen. Bekanntlich habe Gorbatschow selbst auf Frau Thatcher Eindruck gemacht.<sup>11</sup> Manche Leute mein-

<sup>9</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), resümierte am 9. Oktober 1985 die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze: „Als wesentliches neues Element stellte er die Begrenzung strategischer Nuklearwaffen auf 1250 (-1680) Träger und 6000 Sprengköpfe dar. Eine solche Begrenzung nach sowjetischen Vorstellungen würde allerdings die Stabilität reduzieren, statt sie zu verbessern, weil der sowjetische Vorsprung bei landgestützten Raketen (insbesondere SS-18) noch stärker zum Tragen komme (erhöhte Counterforce-Fähigkeit bei reduzierter Zahl gehärteter Ziele in den USA). Nitzes negative Bewertung der Auswirkungen, die sich bei Annahme der jetzt vorliegenden Einzelelemente des sowjetischen Vorschlags für die Sicherheit des Westens ergeben würden, wurde allerdings dadurch ergänzt, daß er sieben Punkte aus dem sowjetischen Vorschlag nannte, die bei richtiger Anwendung (d. h. auf strategische Systeme mit besonders destabilisierender Wirkung) interessant und somit u. U. Ansatzpunkt für Verhandlungen sein könnten. Bei den sieben Punkten handelt es sich um: a) 50 Prozent Reduzierung der Träger; b) zahlenmäßige Begrenzung Sprengköpfe auf 6000; c) prozentuale Begrenzung (60 Prozent oder bis zu 50 Prozent) der Sprengköpfe auf bestimmten Trägerarten; d) bes[ondere] Begrenzung der Sprengköpfe auf ICBM bis hin zu 2500; e) separates INF-Abkommen; f) Reduzierung von LRINF und SS-20 auf gleiche Ebenen; g) UK- und F-Potentiale kein bilateraler Verhandlungsgegenstand zwischen US und SU.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1587; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Müller hervorgehoben und mit Fragezeichen versehen. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Großmutter.“  
Dazu zeichnete Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt eine Birne und vermerkte handschriftlich: „[Birne] sieht das im Hinblick auf H[annelore].“

<sup>11</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Premierministerin Thatcher am 18. Januar 1985; Dok. 13.



ten, es habe sich alles geändert, auch wenn sich in Wirklichkeit nichts geändert habe.

Wer sich wie er, der BK, mit dem Problem der Äquidistanz auseinandersetzen müsse<sup>12</sup>, der wisse, wie wichtig es ist, die psychologische Grundlage unserer Situation zu prüfen und in Rechnung zu stellen. Man müsse dabei erkennen, daß es einerseits falsch sei, gewissermaßen aus der Hüfte zu schießen<sup>13</sup>. Andererseits gebe es keine Alternative zu vernünftigen Gesprächen.

Es sei wichtig, daß der Westen jetzt nicht in die Defensive gerate. Die Botschaft Gorbatschows, die dieser nach Paris gebracht habe<sup>14</sup>, sei vorausszusehen gewesen. Er habe sagen wollen, daß wir alle Europäer seien und zusammenarbeiten müßten. Gorbatschow habe die Frage nicht gestellt, sie aber impliziert, ob wir die Vereinigten Staaten brauchten. Das müsse man in Washington erkennen.

Der Vorbereitung des Treffens zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow komme größte Bedeutung zu. Es sei wichtig, daß die Antwort der Vereinigten Staaten auch von unserer Bevölkerung verstanden werde. Er wolle eindringlich an Washington appellieren, diese wichtige psychologische Komponente in Rechnung zu stellen.

Nitze erwiderte, daß er das vom Bundeskanzler Gesagte in Washington berichten werde.<sup>15</sup> Er habe das Gefühl, daß die Reise Gorbatschows nach Paris nicht so erfolgreich gewesen sei wie sein Besuch in London<sup>16</sup>. Er glaube, daß, je mehr man von Gorbatschow sehe, es um so klarer werde, daß er sich nicht vom Marxismus/Leninismus entferne.

Der BK warf ein, daß die Beobachtung Nitzes richtig sei. Daß der Besuch in Paris nicht so erfolgreich gewesen sei, sei ein großes Verdienst Mitterrands. Dies solle man auch gegenüber Mitterrand zum Ausdruck bringen.<sup>17</sup>

Nitze fuhr fort, daß es wichtig sei, die Analyse hier und in Washington abzustimmen und geschlossen zu agieren. In den letzten Tagen seien die sowjetischen Vorschläge stark in den Vordergrund gerückt worden, um so wichtiger sei es, daß wir jetzt zügig eine Position entwickelten, die wir öffentlich vertreten können. Deshalb teilten die Vereinigten Staaten ihre Analyse den Bündnispartnern

<sup>12</sup> Zu dem Passus „Wer sich ... müsse“ vermerkte Legationsrat I. Klasse Müller handschriftlich: „Womit der sich alles auseinandersetzen muß.“

<sup>13</sup> Der Passus „gewissermaßen ... zu schießen“ wurde von Legationsrat I. Klasse Müller hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Da zielt man auch nicht so genau.“ Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt bemerkte dazu handschriftlich: „Wo hat er denn die Hüfte?“

<sup>14</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich. Am 9. Oktober 1985 berichtete Botschafter Schoeller, Paris, das französische Außenministerium habe zu den von Gorbatschow gemachten Rüstungskontrollvorschlägen festgestellt: „Für getrennte Verhandlungen über Rüstungskontrolle der Force de frappe zwischen SU und F oder Einbringung des Gegenstands in Genf fehlen nach wie vor die Voraussetzungen. Mitterrands schonende Bereitschaft zu ‚echanges des vues‘ bedeute im Klartext ‚Njet‘. [...] Gorbatschow habe im Bemühen um Ausbeutung der eigenständigen F-Position zur Regierungsbeteiligung an SDI nicht den geringsten Punkt verbuchen können. [...] Wenn SU die Illusion gehabt habe, Paris als günstigen Resonanzboden in der SDI-Frage für Genf aufbereiten zu können, so sei dieser Versuch gewiß fehlgeschlagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2228; VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Müller handschriftlich: „That gives a laugther.“

<sup>16</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>17</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 10. Oktober 1985 auf dem Flug nach Berlin (West); Dok. 277.

mit. Dies sei der Sinn seiner Reise nach Brüssel, Bonn und Rom. Er betrachte dies als den Beginn der Abstimmung im Bündnis. Wir sollten gemeinsam die sowjetischen Vorschläge sorgfältig prüfen. Die amerikanische Regierung sei dankbar für Ergänzungen zu dem, was er heute in Brüssel und Bonn vorgetragen habe. Dies solle dann die Basis für eine Unterrichtung der Öffentlichkeit werden.

Der *BK* sagte, daß er damit übereinstimme. Es sei aber wichtig, daß über die Analyse hinaus die Vereinigten Staaten einen weiteren Schritt täten. Es müßten eigene amerikanische Vorschläge ausgearbeitet werden. Auch dazu bedürfe es der bewährten Prozedur der Abstimmung. Diese Frage stelle sich mit dem Blick auf das Gipfeltreffen im November. Dies sei kein taktisches Problem, sondern eine Frage der Strategie. Es genüge nicht, Gorbatschow zu sagen, was in seinem Vorschlag nicht in Ordnung sei, es müßten dem die eigenen westlichen Vorschläge gegenübergestellt werden. Er sei damit einverstanden, Vorschläge, die penetrant unannehmbar seien, auch deutlich zurückzuweisen. Dies dürfe aber nicht allein geschehen, sondern wir müßten in der Lage sein, aktiv zu antworten.

*Nitze* antwortete, daß er in Washington berichten werde. In Washington würden bereits entsprechende Überlegungen angestellt. Man sei jedoch für Anregungen dankbar.

**VS-Bd. 11279 (220)**

## 275

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Prem

9. Oktober 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem thailändischen Premierminister Prem Tinsulanonda am 9. Oktober 1985

Gesprächsdauer: 1 Stunde.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 10. Oktober 1985 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, verfügte.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Regierungsdirektor Leuckart von Weißendorf, Bundeskanzleramt, am 16. Oktober 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt. Dazu vermerkte er: „In dem Gespräch wurden von PM Prem die bilateralen Projekte zur Bekämpfung des Anbaus und der Verbreitung von Suchtstoffen angesprochen und um Weiterführung der Projekte gebeten [...]. Der Bundeskanzler sicherte Prem die Überprüfung der Projekte und briefliche Unterrichtung zu. Ich wäre dankbar, wenn die Möglichkeit der Projektverlängerung mit den beteiligten Ressorts abgestimmt und für den Bundeskanzler ein Antwortentwurf vorgelegt werden könnte.“

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 17. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Legationssekretär Tempel am 17. Oktober 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Haas und Ministerialdirigent Keil an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherrn

Der *Bundeskanzler* begrüßte PM Prem herzlich und gab seiner Freude darüber Ausdruck, den Ministerpräsidenten in Bonn zu sehen.<sup>2</sup>

PM Prem dankte dem Bundeskanzler dafür, daß er Zeit für das Gespräch gefunden habe und erinnerte an das letzte gemeinsame, positiv verlaufene Zusammentreffen in Bad Schachen<sup>3</sup>.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach der derzeitigen Situation in Thailand legte PM Prem dar, daß die Lage sich dort nach dem Putschversuch<sup>4</sup> konsolidiert habe. Wirtschaftlich gebe es einige Probleme in der Region. Die Ernte sei zwar in diesem Jahr gut gewesen, aber der Preis für die Produkte sei niedrig und der Export schwierig. Das Problem des Protektionismus stelle sich in immer schärferer Form. Auch in diesem Teil der Welt gebe es eine Rezession.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, in der Bundesrepublik Deutschland seien die wirtschaftlichen Probleme im Vergleich zum letzten Jahr, als er mit PM Prem in Lindau zusammengetroffen sei, geringer geworden. Er hoffe sehr, die Einsicht gewinne an Boden, daß der Protektionismus nicht der richtige Weg sei. Positiv bewerte er das Verhältnis EG/ASEAN. Man wolle jetzt versuchen, dieses Modell auch mit Zentralamerika und den Golfstaaten zu verwirklichen. Zu dem guten Verhältnis EG/ASEAN trage Thailand einen wichtigen Teil bei.

PM Prem dankte dem Bundeskanzler für diese Ausführungen und bemerkte, die Bundesrepublik Deutschland biete Thailand einen großen Markt. Er sei glücklich über die Entwicklung des bilateralen Handels. Es bestünden keine Probleme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Thailand. Er sei gekommen, um dem Bundeskanzler für die gute Zusammenarbeit persönlich zu danken.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß es keine bilateralen Probleme gebe. Er betonte die Wichtigkeit einer positiven Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen. Falls Schwierigkeiten auftreten würden, möge PM Prem sich bitte an ihn wenden. Er sei der Auffassung, auch alte Freundschaften müßten gepflegt werden.

PM Prem äußerte die Bitte, den freien Handel zwischen Thailand und der EG zu unterstützen, insbesondere, was den Tapioka-Export Thailands angehe. Das wolle er persönlich dem Bundeskanzler vortragen, obwohl es kein bilaterales Problem sei. Aber auch die bilateralen Beziehungen sollten sich möglichst noch besser als zuvor entwickeln.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1418*

von Pfetten-Arnach verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „M[it] d[er] Bitte, dem H[errn] StS den erbetenen A[ntwort]E[ntwurf] zur Weiterleitung an ChBK zuzuleiten.“

Tempel verfügte ferner die Weiterleitung an Schubert und die Vortragenden Legationsräte Frick und Schweppe.

Hat Schubert, Frick und Schweppe am 17. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Tempel am 7. November 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „340 bittet um Fristverlängerung um einige Tage, da Abstimmung mit anderen Ressorts noch nicht abgeschlossen.“

Vgl. das Begleitschreiben; Referat 342, Bd. 137312.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Prem hielt sich vom 9. bis 12. Oktober 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl traf mit Ministerpräsident Prem am 25. April 1984 in Lindau zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1984, I, Dok. 115.

<sup>4</sup> Am 9. September 1985 schlugen regierungstreue Truppen in Thailand einen Putschversuch von Teilen der Streitkräfte nieder.

Der *Bundeskanzler* sicherte PM Prem zu, Thailand auch in Zukunft soweit die Beziehungen zur EG betroffen seien, zu unterstützen. Wenn Europa eine Politik des Protektionismus betreibe, so müsse man sich fragen, wie die Dritte Welt damit überhaupt fertig werden könne.

PM Prem sprach daraufhin die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Suchtstoffanbaus an. Er äußerte die Bitte, die bestehende Hilfe, die 1987 auslaufe, weiterzuführen. Es gebe zwei Projekte, nämlich das Projekt des Highland Development, das im Jahre 1987 auslaufe<sup>5</sup>, sowie ein zweites Projekt, wonach das Bundeskriminalamt Ausrüstung liefere und Ausbildungshilfe leiste bei der Suchtstoffbekämpfung. Das letztere Projekt laufe schon 1985 aus.<sup>6</sup>

Der *Bundeskanzler* sicherte PM Prem zu, er werde sich um diese Fragen kümmern und PM Prem hierzu einen Brief schreiben.<sup>7</sup>

PM Prem sprach nochmals das Problem des Protektionismus an und bat um unsere Hilfe, insbesondere auch, soweit der Textilsektor betroffen sei. Er bat ferner darum, zu helfen, daß deutsche Unternehmer in Thailand investieren. Er nannte in diesem Zusammenhang das Projekt „Östlicher Seehafen“.<sup>8</sup> Auch die Zusammenarbeit mit der europäischen Elektroindustrie sei wichtig. Er wisse, daß wir eine hochentwickelte Technologie hätten.

Der *Bundeskanzler* versicherte, er werde diese Fragen aufnehmen und machte darauf aufmerksam, daß sich um den Ausbau des Telefonnetzes in Thailand die Firmen Siemens und SEL bemühen. Diese Firmen seien, was die Kommunikationstechnik und Hochtechnologie angehe, besonders interessant.

PM Prem versicherte seinerseits, daß er sich um diese Frage kümmern werde. Er ging dann auf das Problem der Indochina-Flüchtlinge<sup>9</sup> ein und unterstrich

<sup>5</sup> Zur Förderung des Highland Development Programmes im Norden Thailands vgl. Dok. 180, Anm. 10.

<sup>6</sup> Mit Schreiben vom 25. Oktober 1985 informierte das Bundesministerium des Innern darüber, daß Thailand 1985 zur Rauschgiftbekämpfung Ausbildungshilfe in Höhe von 46 000 DM geleistet worden sei. Dazu wurde mitgeteilt: „Nach der vorläufigen Planung des Bundeskriminalamtes ist nicht beabsichtigt, Thailand 1986 aus Mitteln des Bundeskriminalamtes Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe zu leisten. Es besteht zwar nach wie vor ein erheblicher Bedarf, um die thailändischen Dienststellen technisch-logistisch in die Lage zu versetzen, den Rauschgifthandel und -schmuggel mit Bezug zu Westeuropa bzw. der Bundesrepublik wirksam zu bekämpfen. Aufgrund der Kokain-Großoffensive aus Südamerika indes (Zuwachsrates bei den Sicherstellungsmengen von Kokain in die Bundesrepublik von 1982–1984: + 420 %) müssen jedoch vorrangig die Coca-produzierenden Länder bedient werden. Das Bundeskriminalamt sieht sich deshalb bedauerlicherweise außerstande, Thailand 1986 finanziell zu unterstützen.“ Vgl. Referat 342, Bd. 137355.

<sup>7</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach informierte die Botschaft in Bangkok am 14. November 1985 über das von Bundeskanzler Kohl Ministerpräsident Prem am 9. Oktober 1985 zugesagte Schreiben zu Projekten zur Bekämpfung des Suchtmittelanbaus. Zum Auslaufen der vom Bundeskriminalamt bislang gewährten Unterstützung stellte Pfetten-Arnach fest: „Um MP in dieser Frage keinen negativen Bescheid geben zu müssen, wird derzeit geprüft, ob aus anderen Mitteln ein Beitrag geleistet werden kann.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 492; Referat 342, Bd. 137355.

<sup>8</sup> Am 30. August 1984 berichtete Botschafter Lankes, Bangkok, über die Absicht der thailändischen Regierung, in Map Ta Put einen Tiefseehafen und einen Industriekomplex zu schaffen: „Für künftige deutsche Beteiligung an den Industrialisierungsvorhaben ist wichtig, daß die Bundesregierung der Thai-Regierung im Rahmen der TZ vier „In House“-Experten (Hafenbauingenieur, Industriepaner, Städteplaner, Transportingenieur) zur Verfügung gestellt hat. Sie sollen die Regierung bei der Bewertung diverser Studien unterstützen und – auf ausdrücklichen Wunsch der Thai-Seite – dazu beitragen, daß alle Projekte internationalen Bedingungen entsprechend ausgeschrieben werden. [...] Die Finanzierung eines Vorhabens in der Größenordnung von 13 Mrd. DM stellt die Regierung naturgemäß vor Probleme.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1338; Referat 340, Bd. 137318.

<sup>9</sup> Botschafter Rückriegel, Bangkok, übermittelte am 22. Juli 1985 Informationen des UNHCR zu den

die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland, die sie an die zuständigen Organe der UNO geleistet habe. Das Flüchtlingsproblem sei eine schwere Last für Thailand. Er bitte darum, daß die Bundesrepublik Deutschland weiterhin einen Teil dieser Bürde durch Zuweisung von Mitteln an die UNO übernehme.<sup>10</sup>

Der *Bundeskanzler* sicherte zu, daß wir unsere materielle Unterstützung fortsetzen würden. Er fragte PM Prem nach seiner Einschätzung der Lage in Indochina.

PM Prem führte aus, das Problem bestehe nun schon seit einigen Jahren. Es sei viel getan worden, um es zu lösen, dennoch sei keine Lösung in Sicht. Die westlichen Länder hätten bereits die Gruppe von Prinz Sihanouk anerkannt, es werde aber dennoch weitergekämpft.<sup>11</sup> Der Kampf lebe immer wieder in der Trockenzeit auf. Seine Sorge sei, daß Vietnam seine Haltung nicht ändern werde. Prinz Sihanouk sei ein guter Mann, aber er müsse drei verschiedene Gruppierungen zusammenführen. Dies sei eine schwierige Aufgabe, die bisher nicht gelungen sei. Thailand versuche, ihn bei dieser Aufgabe zu ermutigen. Sein Land sei sehr betroffen, da es direkt an der Grenze zu Kambodscha liege. Er bitte darum, daß die Bundesrepublik Deutschland als große Nation – wenn der Bundeskanzler hierfür eine Möglichkeit sehe – auf Vietnam Einfluß ausübe, damit dieses seine Truppen aus Kambodscha abziehe.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob PM Prem eine Chance sehe, daß zwischen der Sowjetunion und China eine Lösung dieser Frage erreicht werden könne.

PM Prem bemerkte, er glaube nicht, daß die Sowjetunion volle Kontrolle über Vietnam habe. Vietnam tue, was es wolle. Wirksam wäre es nur, wenn die Sowjetunion drohe, jegliche Hilfe einzustellen. Aber das werde die Sowjetunion nicht tun.

China spiele eine positive Rolle und sei sehr hilfreich. Die Thai-Regierung habe gegenüber den Chinesen geäußert, man solle dem Volk in Kambodscha die Möglichkeit geben, seinen Weg selbst zu bestimmen. Die Chinesen hätten hierzu bemerkt, Pol Pot sei dann aus der Regierung, wenn das Volk der Khmer dies wolle.

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich nach den Machtverhältnissen in Vietnam.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1420*

Indochina-Flüchtlingen: „In den vergangenen Jahren seien aus Vietnam, Kambodscha und Laos insgesamt 1,5 Millionen Menschen geflohen, von denen 1,1 Millionen in westlichen Drittländern aufgenommen worden seien. Ca. 250 000 Indochinesen sei in Ländern der Region Asyl gewährt worden. Aus Thailand als wichtigstem Erstaufnahmeland seien ca. 500 000 Flüchtlinge in 30 Endaufnahmeland verbracht worden, fast 70 % hätten die USA aufgenommen. Um die Aufnahme der in Thailand verbleibenden ca. 130 000 (davon: 90 000 laotischen) Indochinaflüchtlinge (ohne die ca. 230 000 nach Thailand lediglich 'evakuierten' Kambodschaner) bemühe sich der UNHCR weiterhin“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1078; Referat 342, Bd. 137308.

<sup>10</sup> Am 24. April 1985 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York über die Hilfe der Bundesrepublik für kambodschanische Flüchtlinge in Thailand: „Wegen der besonderen Situation im thai[ländisch]-kambod[schanischen] Grenzbereich ist das Auswärtige Amt bereit, über die bereits zugesagten 1,5 Mio. DM hinaus, weitere DM 400 000 (vierhunderttausend) für das UNBRO-Hilfsprogramm bereitzustellen. Damit bekunden wir unsere angekündigte Bereitschaft, über die Vorjahresleistung (1,78 Mio. DM) hinauszugehen, obwohl die akute Notlage in Afrika bereits erhebliche Mittel der humanitären Hilfe bindet.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 342, Bd. 137308.

<sup>11</sup> Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 140.

PM Prem bemerkte hierzu, die Lage dort sei völlig unter Kontrolle. Die kambodschanische Regierung sei jedoch eine Marionettenregierung. Er fürchte, daß die Vietnamesen diesen Zustand auf Dauer halten könnten. Er sei weniger über die militärischen Auswirkungen dieses Zustandes besorgt, als über die politischen. Eine Infiltration in Thailand befürchte er nicht. Er glaube nicht, daß Vietnam so weit gehen werde. Der vietnamesische<sup>12</sup> Vorwurf, auf thailändischem Territorium befänden sich kambodschanische Widerstandskämpfer, treffe nicht zu. Es gebe jedoch eine große Anzahl von Grenzverletzungen in recht kurzen Zeitabständen.

Die Vietnamesen würden in Thailand eindringen, um Widerstandsgruppen anzugreifen und sich nach dem Angriff gleich wieder an die Grenze zurückzuziehen. Das Problem sei, daß bei jedem Angriff Tausende von Kambodschanern in thailändisches Territorium fliehen. Dies sei, abgesehen von dem menschlichen Elend, eine kostspielige Angelegenheit.

Der Bundeskanzler äußerte sein Verständnis und stellte die Frage, ob es größere Zusammenstöße mit vietnamesischen Streitkräften gegeben habe.

PM Prem betonte, daß dies nicht der Fall gewesen sei. Die Frage des Bundeskanzlers, ob die Vietnamesen gut ausgebildet seien, verneinte er. Die dort eingesetzten vietnamesischen Soldaten seien meist sehr jung, schlecht ausgebildet und viele nur zwangsweise bei der Armee. Sehr viele kämen aus Südvietnam. Vietnam unterhalte ca. 200 000 Mann in Kambodscha. Die vietnamesische Armee sei die viertgrößte der Welt. Seine große Sorge sei es, daß man keine klare Lösung erkennen könne. Es gebe nicht einmal einen Ansatz, um die Größe des Problems reduzieren zu können. Es würden hierfür auch keine substantiellen Maßnahmen getroffen. Die Lage sei sehr verschieden von der Lage in Afghanistan.

Der Bundeskanzler stimmte dieser Auffassung zu. Auf seine Frage, wie PM Prem die Meinung der Bevölkerung in Kambodscha im Verhältnis zu Vietnam einschätze, antwortet PM Prem, die Kambodschaner seien nicht in der Lage, etwas gegen die Vietnamesen zu unternehmen. Sie könnten nicht in großem Maßstab kämpfen. Es gebe nicht einmal genügend zu essen. Wenn jemals freie Wahlen stattfinden würden, wäre die Bevölkerung für einen Abzug der Vietnamesen.

Der Bundeskanzler bemerkte hierzu, diese Lage sei für Thailand auch ein gewaltiges wirtschaftliches Problem.

PM Prem fuhr fort, er versuche, eine Lösung zu finden. Dieser Versuch müsse aber gemeinsam unternommen werden und man dürfe sich nicht auf die Rolle des Beobachters beschränken. Er bat den Bundeskanzler, eine Empfehlung oder einen Rat zu geben, wenn er eine Möglichkeit sehe, den Zustand in Indochina zu ändern.

Der Bundeskanzler bemerkte hierzu, man müsse die Weltöffentlichkeit sensibilisieren. Dies sei die einzige Art und Weise, wie wir konkret helfen könnten. Wenn die Sowjetunion Vietnam nicht unterstützen würde, könnte Vietnam diese Lage nicht allein aufrechterhalten.

PM Prem stimmte dem zu.

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „chinesische“.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob Vietnam Kambodscha auf Dauer besetzen könne, antwortet PM *Prem*, dies hänge ab von den Widerstandsgruppen. Sie hätten nicht genügend Männer, zu wenig Geld, zu wenig Unterstützung und keinen guten Führer. Prinz Sihanouk sei zwar eine Führungspersönlichkeit, müsse aber die verschiedenen Gruppierungen zu einigen versuchen. Für Thailand sei es unmöglich, diese gewaltige Bürde auf Dauer zu tragen. PM *Prem* bedankte sich nochmals bei dem Bundeskanzler für das Gespräch und lud ihn zu einem Besuch Thailands ein.

Der *Bundeskanzler* nahm diese Einladung dankend an.<sup>13</sup>

**Referat 342, Bd. 137312**

## 276

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Loeck

424-411.10 50<sup>1</sup> IRN VS-NfD

9. Oktober 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Eilt: Termin für Äußerung im BSR-Umlaufverfahren Freitag, 11.10.1985, Dienstschluß

Betr.: Herstellungsgenehmigung für von Iran in Auftrag gegebene U-Boote<sup>4</sup>;  
hier: Entscheidung im BSR-Umlaufverfahren über Nichtverlängerung  
der Herstellungsgenehmigung

Bezug: FS Chef BK Nr. 1649 vom 7.10.1985 – 23 – 144 30 – BU 12 VS-NfD  
(beigefügt)<sup>5</sup>

<sup>13</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte vom 30. April bis 3. Mai 1986 Thailand.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Horsten konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 10. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine in der Sache richtige, aber im Widerspruch zur Tendenz des BKA stehende Entscheidung. Offensichtlich folgt man auch hier Wünschen von dritter Seite.“

Hat Vortragendem Legationsrat Bitterlich am 10. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Oktober 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Loeck an Referat 424 verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Loeck am 11. Oktober 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Nagel verfügte.

Hat Nagel am 11. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Der Iran und die Firma Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) schlossen 1978 einen Vertrag über die Lieferung von sechs U-Booten. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 278.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigefügt. Bundesminister Schäuble teilte zum „Umlaufverfahren des Bundessicherheitsrates über die Nichtverlängerung der HDW-Herstellungsgenehmigung für U-Boote Iran“ mit: „Der Bundesminister für Wirtschaft bittet, die Zustimmung des Bundessicherheitsrats zur Nichtverlängerung der Herstellungsgenehmigung für sechs U-Boote nach Iran einzuholen. Falls mir bis Freitag, den 11. Oktober 1985 (Dienstschluß), keine gegenteilige schriftliche Mitteilung vorliegt, sehe ich Ihre Zustimmung als gegeben an.“ Vgl. Referat 424, Bd. 137514.

Anlagen: 3<sup>6</sup>

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu III.

#### I. Sachverhalt

1) Chef BK schlägt mit Bezugs-FS (Anl. 1) gemäß BSR-Vorlage des federführenden BMWi vom 25.9.1985<sup>7</sup> – BMWi IV B 4 – vor, die zum 30.9.1985 ausgelaufene Herstellungsgenehmigung für sechs vom Iran noch zu Zeiten des Schah<sup>8</sup> (1978) bei HDW in Auftrag gegebene U-Boote nicht zu verlängern.

2) Zur Vorgeschichte wird auf Ziffer I der BSR-Vorlage verwiesen. Von Bedeutung ist insbesondere die BSR-Entscheidung vom 20.9.1984 zur Verlängerung der 1978 erteilten, am 31.12.1984 auslaufenden Herstellungsgenehmigungen mit der Maßgabe, daß

- zum jetzigen Zeitpunkt die Exportgenehmigung nicht zugesagt werden kann,
- im Fall des Fortdauerns des Kriegszustandes mit Sicherheit keine Exportgenehmigung erteilt wird,
- das finanzielle Risiko voll beim Iran liegt, falls später die Exportgenehmigung nicht erteilt wird.

Auf dieser Grundlage wurde die Herstellungsgenehmigung durch BSR-Beschluß zunächst zum 30.6.1985 und erneut bis zum 30.9.1985 verlängert. Der Fa. HDW war jeweils schriftlich aufgegeben worden, in der Verlängerungszeit eine Einigung mit dem iranischen Geschäftspartner dergestalt herbeizuführen, daß Iran die Übernahme des finanziellen Risikos zusichert, wenn die U-Boote nach Fertigstellung etwa aufgrund des andauernden Konfliktes mit Irak nicht ausgeführt werden dürfen.

Die iranische Seite hat eine solche Zusicherung nicht gegeben. Es ist auch nach Einschätzung des BMWi nicht davon auszugehen, daß sie sich auf das Risiko einläßt, trotz Aufwendungen in Höhe von mehr als 1,5 Mrd. DM bis zur Fertigstellung der U-Boote mit deren Auslieferung nicht verbindlich rechnen zu können.

Von seiten HDW wird es jedoch nicht für völlig ausgeschlossen gehalten, daß Iran eine derartige Erklärung noch abgibt. Die Firma würde es daher laut Darstellung BMWi vorziehen, die Vertragslage offenzuhalten, wozu eine weitere Verlängerung der Herstellungsgenehmigung erforderlich wäre.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 5 und 7.

<sup>7</sup> In der Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft wurde zu dem 1978 abgeschlossenen Vertrag zwischen dem Iran und der Firma Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) über die Lieferung von sechs U-Booten ausgeführt: „Die Nichtverlängerung der Herstellungsgenehmigung könnte der Auslöser dafür sein, daß der Iran nunmehr die Rückzahlung der geleisteten Anzahlung in Höhe von 231 Mio. DM (für die Salzgitter eine Gegengarantie geleistet hat, die als Eventualverbindlichkeit in der Bilanz ‚unter dem Strich‘ ausgewiesen ist) mit großem Nachdruck betreibt. Hierfür stünden dem Iran zwei prozessuale Wege offen: Der Iran könnte sich direkt an Salzgitter wenden, dessen Gegengarantie am Sitz des Garantiegebers nach deutschem Recht einzuklagen ist. Der Iran dürfte eher eine schiedsgerichtliche Auseinandersetzung bevorzugen. Im Vertrag ist allerdings nicht vereinbart, nach welchem Recht das Pariser Schiedsgericht zu urteilen hätte.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178922.

<sup>8</sup> Mohammed Reza Pahlavi.



## II. Bewertung

1) Die vorliegende Entscheidung über eine Nichtverlängerung der Herstellungsgenehmigung hat außenpolitische Folgen wie auch wirtschaftliche Auswirkungen für das betroffene Unternehmen in Rechnung zu stellen.

a) Unter außenpolitischen Gesichtspunkten würde mit Nichtverlängerung eindeutige Klarheit geschaffen, daß die Lieferung deutscher U-Boote an das im Krieg mit Irak befindliche Land auch nach Ende der akuten Konfliktlage nicht in Frage kommt, solange Spannungen in der Region fortbestehen. Von Iran sich bedroht fühlenden Staaten in der Region wäre die Befürchtung genommen, die Bundesregierung könne Iran nach Beendigung des Konflikts die Auslieferung dieser U-Boote nicht weiter verweigern, und zwar trotz weiteren Fortbestehens von Spannungen.

Eine solche Entwicklung würde auch auf amerikanischer Seite mit Sorge gesehen. Man hat dort unsere Versicherung bei Verlängerung der Herstellungsgenehmigung, daß eine Ausfuhr der U-Boote für die Dauer des Konflikts mit Irak nicht in Betracht komme, sorgfältig registriert, ohne damit die Besorgnisse völlig fallen zu lassen. Auch hier würde die Nichtverlängerung Klarheit schaffen, daß wir Iran für die Dauer des Fortbestehens von Spannungen keine U-Boote liefern wollen.

b) Die Nichtverlängerung würde im Sinne unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik<sup>9</sup> die Grundentscheidung der Bundesregierung unterstreichen, keine Waffen in die konfliktbeteiligten Länder Irak und Iran liefern zu wollen.

c) Negative Reaktionen von seiten Irans können allerdings nicht ausgeschlossen werden. Eine erhebliche Belastung der Beziehungen ist aber nicht zu erwarten, da Iran ohnehin für die Dauer des Konflikts nicht mit einer Lieferung der U-Boote rechnen konnte, zumal von seiner Seite die Voraussetzungen finanzieller wie rechtlicher Art für einen Weiterbau der Boote nicht geschaffen worden sind. Iran wird daher in erster Linie einen Prestigeverlust empfinden, dem wir jedoch entgegenhalten können, daß es sich diese Entscheidung in wesentlichen Teilen selbst zuzurechnen hat.

2) Wirtschaftliche Erwägungen für die betroffene Firma spielen ebenso wie die Frage möglicher finanzieller Folgelasten für die Bundesregierung (Hermes-Bürgschaften, Anzahlungsgarantie des bundeseigenen Salzgitter-Konzerns) für die Entscheidung eine wesentliche Rolle. Das BMWi stellt in Ziff. II. 2) und 3) seiner BSR-Vorlage hierzu fest, daß die Firma Forderungen Irans nach Rückzahlung der in Höhe von 231 Mio. DM geleisteten Anzahlung mit einem eigenen Sistierungsschaden – nach Firmenangaben 343 Mio. DM – abwehren könnte.

In Ziff. II. 3) ist festgestellt, daß auf den Bund Entschädigungsleistungen erst dann zukämen, wenn Iran Forderungen auf<sup>10</sup> Rückzahlung der Anzahlung ganz oder teilweise durchsetzen könnte. Dieses sei höchst ungewiß.

3) Bei Abwägung des Für und Wider sprechen erhebliche Gründe dafür, die Herstellungsgenehmigung für die von Iran in Auftrag gegebenen U-Boote nicht wei-

<sup>9</sup> Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 143, Anm. 12.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „aus“.

ter zu verlängern. Dies entspricht im übrigen einem bereits im Januar 1984 unterbreiteten Entscheidungsvorschlag der Abt. 4 (Aufzeichnung von 16.1.1984 – Dg 42/422-411.10 IRN; dem Original beigelegt<sup>11</sup>). Vor allem entspricht dies aber dem klaren Wortlaut des BSR-Beschlusses von 20.9.84.

4) Zum BSR-Umlaufverfahren: Unsere Zustimmung zu dem Entscheidungsvorschlag gilt als erteilt, wenn bis Freitag, den 11.10.1985 – Dienstschluß –, keine gegenteilige schriftliche Mitteilung Chef BK zugeht. Demgemäß sollten wir durch Verschweigen unsere Zustimmung erklären.

III. Es wird um Zustimmung gebeten, dem Vorschlag Chef BK zur Nichtverlängerung von sechs vom Iran bei HDW in Auftrag gegebenen U-Booten durch Verschweigen im BSR-Umlaufverfahren (Frist Freitag, 11.10. Dienstschluß) zuzustimmen.<sup>12</sup>

D3 i. V. hat mitgezeichnet.<sup>13</sup>

i. V. Loeck

**Referat 424, Bd. 137514**

<sup>11</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Ministerialdirektor Fischer vermerkte, die Herstellungsgenehmigung des Bundessicherheitsrats sei bis 1984 befristet: „Für das Fabrikations- und Embargorisiko erhielt HDW eine Hermes-Bürgschaft. Iran drängt nun auf Erfüllung des Vertrags.“ Der Iran habe bislang 230 Mio. DM angezahlt; HDW behaupte, Bauleistungen in Höhe von 343 Mio. DM erbracht zu haben: „Nach gegenwärtiger Rechtslage kann HDW den Bau der U-Boote bis Ende 1984 fortsetzen, hat jedoch keinen Anspruch auf Ausführungsgenehmigung, da sich die der Erteilung der Herstellungsgenehmigung zugrundeliegenden Umstände durch Revolution und iranisch-irakischen Krieg erheblich verändert haben.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135799.

<sup>12</sup> Bundesminister Schäuble unterrichtete am 17. Oktober 1985: „Der Bundessicherheitsrat hat der Nichtverlängerung der Herstellungsgenehmigung zugestimmt.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 1721; Referat 424, Bd. 137526.

<sup>13</sup> Hat Ministerialdirigent Schlagintweit vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten versuchen, die Nichtverlängerung vertraulich zu halten (was schwierig sein wird), die Iraner irgendwie zu kompensieren, damit sie nicht den Eindruck einer politischen Gewichtsverschiebung erhalten.“ Die Wörter „irgendwie zu kompensieren“ im Randvermerk Schlagintweits wurden von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier ist an Erteilung Ausführungsgenehmigung e[ines] Radarsystems gedacht, s[iehe] beiliegende Vorlage Abt. 4 vom 11.9.“

## 277

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand auf dem Flug nach Berlin

10. Oktober 1985<sup>1</sup>

Gespräch Bundeskanzler/Präsident Mitterrand am Donnerstag, dem 10. Oktober 1985, im Flughafen Köln/Bonn und auf dem Flug nach Berlin<sup>2</sup>; an dem Gespräch im Flughafen nahmen die beiden Außenminister<sup>3</sup> teil.

Gesprächsdauer: ca. 1 1/2 Stunden.

Nach der Begrüßung auf dem Flughafen Köln/Bonn bemerkte der *Bundeskanzler*, er wolle, ehe man sich über den Besuch GS Gorbatschows in Paris<sup>4</sup> unterhalte, zwei Punkte ansprechen:

Der erste Punkt sei die Entführung der Tochter von Napoléon Duarte.<sup>5</sup> Er bat Präsident Mitterrand um Unterstützung in dieser Sache.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, er sei in dieser Frage schon tätig geworden. Er kenne eine Gruppe der Rebellen ganz gut, und zwar die Gruppe um Ungu.

Der *Bundeskanzler* äußerte seine Überzeugung, es wäre sicherlich hilfreich, wenn Präsident Mitterrand auf diese Gruppe einzuwirken versuche. Er habe Grund zu diesem Hinweis. Er bitte ihn, hier nochmals tätig zu werden.

Präsident *Mitterrand* sicherte dies zu.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, der zweite Punkt, den er ansprechen wolle, sei ein Nachtrag zur Frage des Jäger 90.<sup>6</sup> Er bezog sich auf den Brief von Präsident Mitterrand<sup>7</sup> und äußerte, er sei sehr damit einverstanden, die Kooperation in Zukunft stark zu verbessern. Er sei für alle Überlegungen offen. Es gebe zwei Kooperationsbereiche.

Präsident *Mitterrand* bemerkte hierzu, der Bundeskanzler habe sein Hauptargument verstanden. Wenn man jetzt nicht reagiere, werde es nochmals 20 Jahre dauern, bis man zu einer Gemeinsamkeit finde. Die verschiedenen Länder

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 11. Oktober 1985 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, verfügte.

Hat Teltschik vorgelegen, der die Gesprächsaufzeichnung am 16. Oktober 1985 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelte.

Hat Genscher am 17. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 8. November 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragenden Legationsrat von Arnim verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 201, Bd. 143331

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand besuchten am 10. Oktober 1985 Berlin (West).

<sup>3</sup> Roland Dumas (Frankreich) und Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik).

<sup>4</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich.

<sup>5</sup> Zur Entführung von Ines Guadelupe Duarte am 10. September 1985 vgl. Dok. 259, Anm. 27.

<sup>6</sup> Zum Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

<sup>7</sup> Zum Schreiben des Staatspräsidenten Mitterrand vom 26. September 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 260, Anm. 9.

brauchten nicht das gleiche Flugzeug zum gleichen Zeitpunkt. Der Bedarf sei jeweils unterschiedlich. Es gebe aber keinen Grund dafür, daß dieser Zustand so bleiben müsse. Sonst werde man nie zu einem gemeinsamen Flugzeug kommen. Der Hauptgedanke sei, künftige Erneuerungen planmäßig zu vollziehen. Wenn man dies tue, so könne z. B., um eine Jahreszahl zu nennen, vom Jahr 2010 an eine gleichmäßige Beteiligung erreicht sein. Beteiligung heiße eigentlich industrielle Beteiligung. Man könne und sollte sich aber schon von jetzt an zumindest finanziell am jeweils anderen Projekt beteiligen. So sei Frankreich bereit, sich bis zu zehn Prozent an dem gemeinsamen Flugzeug zu beteiligen, ohne einen Ausgleich durch Lieferungen hierfür zu verlangen. Wenn allerdings Lieferungen aus Frankreich gewünscht würden, sei dies natürlich um so besser. Umgekehrt könne Deutschland sich an einem französischen Flugzeug beteiligen. Dieses Vorgehen würde einen ersten Schritt in einem neuen Kreislauf bedeuten.

Der *Bundeskanzler* führte hierzu aus, er habe Präsident Mitterrand so verstanden. Man müsse jetzt zu einer konkreten Absprache kommen. Bei den nächsten deutsch-französischen Konsultationen<sup>8</sup> solle dieses Thema vertieft werden.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß er nun nicht länger zuwarten möchte und auch die anderen beteiligten Staaten, nämlich Großbritannien, Italien und Spanien, verständigen wolle. Dies habe er bisher unterlassen, da er zunächst mit dem Bundeskanzler habe sprechen wollen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich hiermit einverstanden.

Präsident *Mitterrand* bedankte sich für die Zustimmung des Bundeskanzlers zu diesem Prozedere.

Zum Besuch von GS Gorbatschow führte Präsident Mitterrand aus, er habe im Hinblick auf das deutsch-französische Verhältnis zuerst den deutschen Bundeskanzler über diesen Besuch unterrichten wollen. Briefe, die eine Unterrichtung enthielten und an andere Staats- und Regierungschefs wie z. B. an Präsident Reagan gerichtet seien, werde er erst nach der Unterrichtung des Bundeskanzlers unterschreiben und absenden.

Zum Besuch selbst bemerkte er, er habe in allen öffentlichen Veranstaltungen immer wieder Bezug auf Deutschland genommen. Er habe damit beabsichtigt, zu verhindern, daß die deutsche Frage beiseite geschoben werde. Das Gespräch mit Gorbatschow sei sehr vertraulich behandelt worden. Er habe ihn etwa fünf Stunden gesehen. Außer den Dolmetschern seien nur Note Taker zugegen gewesen. Die Art, wie Gorbatschow sich präsentiere, lasse ihn als einen sehr offenen und gut unterrichteten Mann erscheinen. So reagiere er auch auf Vorwürfe, die man der Sowjetunion z. B. in bezug auf Afghanistan, die Menschenrechtssituation, die schwerfällige Bürokratie und die Einschränkung der Freiheiten der Bürger mache. Er versuche all diese Punkte, die in der öffentlichen Meinung der Sowjetunion schaden, auszuräumen. Zu Afghanistan habe er z. B. bemerkt, es sei ihm nichts lieber, als wenn dort Ruhe herrsche. Er sei auch damit einverstanden, wenn die Vereinten Nationen diese Frage aufgriffen. Allerdings dürfe die SU nicht erniedrigt werden. Und man dürfe natürlich nicht die So-

<sup>8</sup> Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 27./28. Februar 1986 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 496 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 3. März 1986; AAPD 1986.

wjetunion auffordern, vor Gesprächen ihre Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen. Er, Präsident Mitterrand, habe bemerkt, er verstehe nicht, wie die Sowjetunion so schwere Fehler fortgesetzt begehen könne. Die Sowjetunion habe ja schon seit langer Zeit eine Art Schutzherrschaft über Afghanistan ausgeübt. Ganze Generationen von Fürsten seien von der Sowjetunion bzw. Rußland manipuliert worden. Die Sowjetunion habe sich durch ihr Vorgehen in Afghanistan in Schwierigkeiten mit der Dritten Welt begeben. Zum ersten Mal sei sie von den islamischen Ländern verurteilt worden. Das Prestige der sowjetischen Armee habe Schaden genommen. Er frage sich, wo hier das sowjetische Interesse liege. GS Gorbatschow habe nicht versucht, ihn, den Präsidenten, zu überzeugen. Aber Präsident Mitterrand habe das Gefühl gehabt, GS Gorbatschow wolle diese Sache zu Ende bringen.

Das Gespräch wurde unterbrochen und später im Flugzeug fortgesetzt.

Präsident Mitterrand nahm nochmals die Charakterisierung von Generalsekretär Gorbatschow auf und bezeichnete ihn als Mann mit politischer Sensibilität, der sehr wohl wisse, was gegen sein Land vorgebracht werde. Er wisse auch, was in der Welt vorgehe. Er besitze eine gewisse Originalität des Denkens und auch eine gewisse Kultiviertheit, wenngleich diese eher technischer und organisatorischer Natur sei. Jedenfalls sei er wesentlich kultivierter als dies seine Vorgänger – außer Andropow – gewesen seien. Dennoch sei er kein weicher Mann. Er wolle seine Karriere auf der wirtschaftlichen Entwicklung seines Landes aufbauen.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, ob GS Gorbatschow wohl eine Art Gulasch-Kommunismus vorschwebte? Präsident *Mitterrand* fragte, ob der Bundeskanzler die ungarische Spielart meine, und meinte dann, man könne dies vielleicht so ausdrücken.

Der *Bundeskanzler* äußerte seine Überzeugung, daß diese Frage eine Grundsatzentscheidung für Gorbatschow sei. Nach seiner Analyse sei die Sowjetunion ein militärischer Gigant, wirtschaftlich sei das Land jedoch zurückgeblieben. GS Gorbatschow habe das gleiche Problem wie die Zaren. Er versuche eine Revolution von oben. Er bekämpfe den Alkoholismus<sup>9</sup>, die Unpünktlichkeit, die Verwahrlosung und die Schlamperei, wie dies auch schon Peter der Große versucht habe. Den Gulag werde er allerdings beibehalten. Die Analyse derjenigen westlichen Kommentatoren, die ihn als Liberalen verstehen, nur weil er eine elegante Frau habe und die Journalisten gut behandle, sei lächerlich. Allerdings könne er nicht wieder zurück zu Stalin. Mit Sicherheit sei er kein weicher Mann, wie auch Präsident Mitterrand bemerkt habe. Er werde keine weiche Linie verfolgen. Aber er werde alles versuchen, die Menschen für sich zu gewinnen und sie zu motivieren, z. B. intensiver zu arbeiten. Es stelle sich die Frage, ob er sich das im außenpolitischen Bereich etwas kosten lassen wolle, d. h. ob er international eine ruhige Lage haben wolle, um nach innen wirken zu können.

Präsident *Mitterrand* äußerte hierzu, möglicherweise werde er dies tun, denn davon hänge schließlich sein Erfolg ab. Hieraus erkläre sich auch seine Angst vor SDI. Diese Angst sei nicht nur militärisch begründet. SDI drohe auch sein

<sup>9</sup> Zur Kampagne gegen den Alkoholkonsum in der UdSSR vgl. Dok. 244, Anm. 7.

gesamtes Bestreben zu unterlaufen. Er, Präsident Mitterrand, glaube, die USA wüßten dies durchaus und übten gerade deswegen Druck aus, mit dem Ziel, Gorbatschow zu hohen Ausgaben zu zwingen. Hier müsse aber vielmehr eine mittlere Linie eingehalten werden. Sicherlich nicht in dem Sinne, daß man in allem auf Gorbatschow eingehe und ihm nachgebe, etwa was den oberflächlichen Vorschlag einer Reduzierung der strategischen Kernwaffen auf 50 Prozent<sup>10</sup> betreffe. Gerade die brutalen Schläge der USA seien beunruhigend.

Zur Persönlichkeit von Frau Gorbatschow bemerkte Präsident Mitterrand, sie sei eine sehr gebildete Frau. Auf den Besuch habe sie sich ausgezeichnet vorbereitet. Sie sei belesen und kenne sich in der Geschichte gut aus. Sie habe auch über alles, was ihr gezeigt worden sei, gut Bescheid gewußt. Zugleich sei sie eine Persönlichkeit, die sich selbst sehr unter Kontrolle habe und eine gute, alte Erziehung genossen habe. Sie greife in jedes Gespräch ein, außer in Gespräche politischer Natur. Sie sei eine angenehme Gesprächspartnerin und scheine großen Einfluß auf den Generalsekretär zu haben.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, ähnlich sei es ja bei dem amerikanischen Präsidentenehepaar<sup>11</sup>.

Präsident *Mitterrand* stimmte dem zu.

Zu den deutsch-französischen Beziehungen, fuhr Präsident Mitterrand fort, habe er gegenüber Gorbatschow bemerkt, die deutsch-französische Zusammenarbeit werde weiter vertieft werden, einschließlich des Bereichs der Verteidigung. Bis zum Jahr 1990 oder 1992 werde Frankreich seine Nuklearmacht verstärken auf 400(?).<sup>12</sup> Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich sei eine zwangsläufige Entwicklung und schließe das prästrategische Element mit ein. Allerdings bleibe selbstverständlich Frankreich die Entscheidung vorbehalten. GS Gorbatschow habe hierzu gesagt, er verstehe dies. Seine Zustimmung hierzu könne er nicht erteilen, müsse diese Lage jedoch hinnehmen. Absolut ausgeschlossen sei allerdings in den Augen von GS Gorbatschow eine Verfügungsgewalt der Deutschen über Nuklearwaffen.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob der Besuch in London<sup>13</sup> für Gorbatschow nicht ein größerer Erfolg als sein Besuch in Paris gewesen sei?

Präsident *Mitterrand* antwortete, politisch sei der Besuch in Paris vielleicht für Gorbatschow kein Erfolg gewesen. Der Besuch sei jedoch ein persönlicher Erfolg für den Generalsekretär gewesen. Er habe es verstanden zu gefallen. Er

<sup>10</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>11</sup> Nancy und Ronald W. Reagan

<sup>12</sup> In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung über den französischen Verteidigungshaushalt 1985 wurde zur Entwicklung der französischen Nuklearstreitkräfte ausgeführt: „Tatsächlich wird sich das Potential an Sprengköpfen mit der 1985 heranstehenden Indienstellung des sechsten strategischen U-Bootes ‚Inflexible‘ von jetzt 80 auf 176 mit einem Schlag mehr als verdoppeln. Mit der Umrüstung der zur Zeit in Dienst befindlichen U-Boote (es werden nur vier von fünf Booten umgerüstet) auf den MIRV-fähigen Flugkörper M-4 wird sich dieses Potential bis 1993/94 auf 496 Sprengköpfe vervielfachen. Ein siebtes strategisches U-Boot, dessen Indienstellung für die Mitte der neunziger Jahre geplant ist, würde diese Zahl weiter auf 592 erhöhen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 143331.

<sup>13</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

habe zwar nicht das bekommen, was er gewollt habe, aber letztlich sei ein persönlicher Erfolg doch auch ein politischer Erfolg. Charakteristisch für Gorbatschow sei übrigens auch, daß er immer wieder aufgreife, was er sich zu sagen vorgenommen hatte. Als er, der Präsident, ihm erklärt habe, daß und warum Frankreich nicht in Verhandlungen mit der Sowjetunion über nukleare Waffen eintreten könne, habe er dies zur Kenntnis genommen und das Thema mit einem „man wird sehen“ beendet. Er habe diesen Punkt auch in jeder öffentlichen Äußerung wiederholt.<sup>14</sup>

Der *Bundeskanzler* griff nochmals die Frage Afghanistan auf und bemerkte, Präsident Mitterrands Darlegungen hierzu seien sehr interessant gewesen.

Präsident Mitterrand wiederholte, daß GS Gorbatschow erklärt habe, die Vereinten Nationen könnten dort helfen, aber die Amerikaner wollten dies nicht. Sie wollten dort einen Krieg führen. Präsident Mitterrand wiederholte seine Auffassung, er habe den Eindruck, daß Gorbatschow im Grunde das Problem Afghanistan beenden wolle.

Zur Lage der französischen Kommunisten äußerte Präsident Mitterrand, sie seien nicht in der Lage, einen von Moskau unabhängigen Kurs zu steuern, wenngleich Marchais dies wahrscheinlich gerne tue. Dann würde er aber seine Stellung als Generalsekretär der Partei verlieren. So habe er dem Druck der anderen kommunistischen Parteiführer nachgegeben. Ohne Moskaus Zustimmung gebe es keinen Generalsekretär der KPF.

Zum Thema Gorbatschow bemerkte Präsident Mitterrand abschließend, er habe sehr offen mit ihm gesprochen und ihm gesagt, er müsse davon ausgehen, daß er, Präsident Mitterrand, gegenüber allem, was Gorbatschow sage und tue, sehr mißtrauisch sei. Nicht etwa, weil er ihn persönlich verdächtige oder gegenüber ihm persönlich Mißtrauen hege. Aber die Sowjetunion sei einfach zu mächtig, und wer die Macht in Händen habe, könne sie benutzen.

**Referat 201, Bd. 143331**

<sup>14</sup> Zu den vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei seinem Besuch vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich gemachten Vorschlägen zur Rüstungskontrolle vgl. Dok. 274, Anm. 14. Für den Wortlaut der Reden und der Pressekonferenz Gorbatschows am 3./4. Oktober 1985 in Paris vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 503–539.

278

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Ploetz

201-363.31 HLG-1545/85 VS-vertraulich

10. Oktober 1985

Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup>

Betr.: Sitzung der HLG am 6./7. Oktober 1985 in Brüssel;  
hier: Amerikanische Äußerungen (Assistant Secretary of Defense Perle)  
zu aktuellen sicherheitspolitischen und rüstungskontrollpolitischen  
Fragen

Anlg.: DB Nr. 1570 vom 7.10.1985 von NATO – Brüssel (201-1521/85 geh.,  
Expl. 5)<sup>3</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die HLG-Sitzung erledigte ihre Tagesordnung routinemäßig. Die Sitzung gab aber Gelegenheit zur Diskussion über aktuelle sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Fragen, der sich der US-Vorsitzende der HLG, Perle, mit der ihn auszeichnenden Deutlichkeit stellte:

- uneingeschränkt negative Beurteilung der jüngsten sowjetischen Vorschläge (vgl. Anlage);
- Verneinung jeglicher Möglichkeit, die als bedrohlich beschriebenen sowjetischen Aktivitäten im Bereich der strategischen Verteidigung zu begrenzen (was auch die Unmöglichkeit einer Begrenzung von SDI implizierte);

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 11. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr aufschlußreiche Aufzeichnung.“

Bundesminister Genscher stellte dazu am 14. Oktober 1985 handschriftlich fest: „In der Tat!“

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 14. Oktober 1985 vorgelegen, der mit Verweis auf Seite 10 die Wiedervorlage verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ist noch zu erledigen!“ Vgl. Anm. 22.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 14. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte.

Hat Ploetz am 14. November 1985 erneut vorgelegen, der zur Verfügung um Wiedervorlage handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]. Siehe S. 10.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 17. November 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz, z. Z. Brüssel, berichtete, der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, habe am 7. Oktober 1985 zu den Vorschlägen der UdSSR vom 30. September 1985 für die amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf erklärt: „Man habe sich beim Schewardnadse-Besuch in Washington zurückgehalten, um die Darlegung von Einzelheiten in Genf abzuwarten und nicht einer überhasteten Reaktion beschuldigt zu werden. [...] In Genf sehe man zunehmend klarer: Je mehr ‚Klein- und Kleindruck‘ man erfahre, desto weniger annehmbar sei der Vorschlag. Im Vordergrund der Präsentation stehe die 50-Prozent-Reduzierung. Die Details aber würden die Diskussion hinter sowjetische Vorschläge des Jahres 1972 zurück, indem alle amerikanischen FBS einbezogen würden, nicht hingegen die entsprechenden sowjetischen Systeme. Die SU versuche offensichtlich erneut, eine Lage zu schaffen, in der die USA zu wählen hätten zwischen ihren strategischen Kräften und den im Bündnis integrierten Kräften in Europa. Der SU-Vorschlag bedeute, wenn man den Kräfteumfang der USA in Europa einschließ[lich] der Waffensysteme mit einer doppelten (nuklearen und konventionellen) Rolle aufrechterhalten wolle, müßten sie ihre ICBM auf weniger als 600 reduzieren, während die SU mit 1250 Systemen mehr als das Doppelte hätte.“ Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.



- Ablehnung einer Begrenzung von ASAT-Aktivitäten, u. a. wegen des SDI-Zusammenhangs;
- umfassende Vorwürfe gegen SU wegen Verletzung von Rüstungskontrollabkommen dem Buchstaben und dem Geist nach; Ankündigung von Vorschlägen an den US-Präsidenten<sup>4</sup> zu Reaktionen, die auch Vertragsbestimmungen verletzen können, sich jedenfalls nicht mehr um Respektierung des Geistes von Verträgen bemühen;
- Bereitschaft aber, SDI-Forschung – wenn notwendig – Begrenzungen des ABM-Vertrages anzupassen;
- Ablehnung eines CTB, selbst wenn verifizierbar; Bereitschaft zur Ratifizierung des TTBT<sup>5</sup>, sofern verifizierbar.

Die Fragen aus dem Kreis der Verbündeten – in diesem für Rüstungskontrollfragen nicht zuständigen Gremium – müssen Perle verdeutlicht haben, daß seine Position mit deutlicher Skepsis zur Kenntnis genommen wurde. Seine spätere Feststellung gegenüber der Washington Post, die NATO-Verbündeten hätten nicht auf Änderung der US-Position für Genf gedrängt<sup>6</sup>, zeigt, wie wenig sensitiv er (und sicher auch Weinberger) reagiert, wenn es um die Verteidigung der Pentagon-Positionen im Blick auf die internen US-Vorbereitungen für Genf geht. Um so wichtiger ist die NATO-Ratssitzung unter Beteiligung der Außenminister am 15.10.1985<sup>7</sup> in Brüssel sowie das Gespräch mit Reagan am 24.10.1985 in New York<sup>8</sup> und die vorausgehenden Gespräche BMs in Washington<sup>9</sup>.

Die Ausführungen von Perle zum Verhältnis SDI-Forschung/ABM-Vertrag überraschen, weil er bei der Vorstellung des US-Papiers über sowjetische strategische Verteidigung am 4. Oktober 1985 in Washington anwesend war, wo Nitze ausführlich die Änderung der US-Interpretation des ABM-Vertrages in bezug auf Zulässigkeit von SDI-Forschung erläuterte.<sup>10</sup> Ich habe beim BMVg an-

<sup>4</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>5</sup> Threshold Test Ban Treaty.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 28. Mai 1976 über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit dazugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

<sup>6</sup> Zum Pressegespräch des Abteilungsleiters im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, vgl. den Artikel „U.S. Consults Europeans on Soviet Arms Offer“; THE WASHINGTON POST vom 8. Oktober 1985, S. A 24.

<sup>7</sup> Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 vgl. Dok. 283.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 zu den Jubiläumsfeiern aus Anlaß des vierzigjährigen Bestehens der Vereinten Nationen in den USA auf. Für sein Gespräch mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher am 24. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 290. Vgl. dazu das Gespräch Kohls mit Reagan am 25. Oktober 1985 in New York; Dok. 291.

<sup>9</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher am 21./22. Oktober 1985 in Washington vgl. Dok. 288 und Dok. 289.

<sup>10</sup> In einem Pressegespräch informierte der Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, am 4. Oktober 1985 in Washington über das strategische Verteidigungsprogramm der UdSSR. Vgl. dazu den Artikel „Soviet Plan: U.S. Reacts“; THE NEW YORK TIMES vom 5. Oktober 1985, S. 1 und 5.

geregelt, diesen unter Verbündeten nicht hinnehmbaren Vorgang gegenüber dem Pentagon förmlich zu beanstanden.

## II. Im einzelnen

1) Gorbatschow-Vorschläge: siehe Anlage 1

2) Sowjetische strategische Verteidigung

Perle schickte dem Vortrag des Vertreters von DIA (Defense Intelligence Agency) allgemeine Feststellung voraus, daß SALT-I-Vertrag und ABM-Vertrag in einer organischen Beziehung zueinander standen, indem

- USA auf Dislozierung eines umfassenden ABM-Systems verzichteten, weil
- SU bereit war, das Wachstum der offensiven Systeme zu begrenzen und auf einem vereinbarten Niveau unter Verzicht auf eine umfassende defensive Option zu stabilisieren.

Inzwischen habe die SU aber 8000 Sprengköpfe mehr, die USA verfügten dessen ungeachtet weiter nicht über eine strategische Verteidigung. Gleichzeitig habe die SU ihre eigene strategische Verteidigungsfähigkeit erheblich erweitert durch

- Verbesserung der bodengestützten ABM-Systeme bis hin zu Tests, die zwar keine nachweisbare Vertragsverletzung darstellten, mit Sicherheit aber wegen ihres Umfangs gegen den Geist des Vertrages verstießen, und
- Forschung bei fortgeschrittenen, auf anderen physikalischen Prinzipien beruhenden Verteidigungssystemen.

Die Kombination des schnellen Wachstums bei offensiven strategischen Systemen und der umfangreichen Aktivitäten bei Defensivsystemen sowohl konventioneller wie fortgeschrittener Natur sei beunruhigend.

Der Vertreter der DIA erläuterte unter Vorführung von streng geheim eingestuft Satellitenaufnahmen die US-Erkenntnisse über sowjetische strategische Verteidigungsaktivitäten, die im wesentlichen dem entsprachen, was uns durch den BND gesagt wurde.

Er hob hervor, daß die sowjetische Doktrin seit Ende der 60er Jahre – im wesentlichen unverändert – verlange

- Erstschlagsfähigkeit zur Ausschaltung gegnerischer strategischer Kräfte (first strike counterforce capability) und
- aktive und passive strategische Verteidigung. Klar identifiziert als Luftverteidigungswaffenprogramm<sup>11</sup> fortgeschrittener Technologie seien heute
  - Luftabwehr gegen bemannte Flugzeuge,
  - bodengestützte ABM-Systeme.

<sup>11</sup> Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 26. Juli 1985, im Ständigen NATO-Rat sei von amerikanischer Seite am 24. Juli 1985 zur sowjetischen Luftabwehr dargelegt worden: „[Anti-]T[actical]B[allistic]M[issile]-Fähigkeit von Boden-Luft-Raketen: Seit Juli 1984 habe man neun Testeinsätze der S[urface to]A[ir]-X-12 gegen SRBM, die in ihrer Flugcharakteristik der P[ershing] I vergleichbar gewesen wären, beobachtet. Bei Ausrüstung solcher verbesserter SA-X-12 mit nuklearen Gefechtsköpfen könne auch eine ABM-Kapazität gegen SLBMs und ICBMs (außer Minuteman III) geschaffen werden. Aufgrund der Möglichkeit unerkannter Produktion und Lagerung solcher Abwehr raketen bestünde hier die Möglichkeit eines ‚creep-out‘ aus dem ABM-Vertrag.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1283; VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Nur als weltraumgestützte Systeme geeignet seien Teilchenstrahlwaffen. Die SU sei auf diesem Gebiet seit Jahren aktiv, die US-Erkenntnisse seien aber wesentlich geringer als bei Laser, weil alle Forschungen unter der Erdoberfläche stattfänden<sup>12</sup>.

Die Bewertung der SU-Maßnahmen sei nicht immer eindeutig, Sorge bereite aber der „network effect“, der sich durch die Kombination der verschiedenen Projekte ergebe. Hier liege Anlaß zu starker Sorge für die USA über die Fortdauer der eigenen Abschreckung.

Die auf Frage getroffene Feststellung, daß die fortgeschrittenen Verteidigungssysteme, insbesondere Laser und Teilchenstrahlwaffen, nach dem jetzigen Stand Nuklearexplosionen als Energiequelle voraussetzten, wurde mit Interesse aufgenommen, weil vermutet werden muß, daß sie entsprechend für SDI gilt und damit zusätzlich den engagierten Widerstand des Pentagon gegen einen umfassenden Teststoppvertrag (vgl. unter Ziffer 5) begründet.

Ich habe Perle gefragt, ob die – in der DIA-Präsentation – in der Tat beunruhigende sowjetische Aktivität nicht für die US-Administration einen Anlaß biete, über Möglichkeiten einer vertraglichen Begrenzung nachzudenken.

Perle bezeichnete dies als eine unlösbare Aufgabe:

- Einhaltung bisheriger Abkommen durch SU sei nicht ermutigend.
- Verifikation werfe größte Probleme auf.
- Selbst wenn eine Definition von erlaubten und verbotenen Aktivitäten vereinbart werden könne, habe man – außer diplomatischen Protestnoten – keine Möglichkeit, gegen Verstöße vorzugehen.<sup>13</sup>

Zur Erläuterung seiner rigiden Haltung wies Perle darauf hin, daß die Bewertung sowjetischer Aktivitäten enorme Probleme aufwirft: Wenn man die SU-Formulierung von „Weltraumschlagwaffen“ übernehme, gebe es bei den geschilderten sowjetischen Aktivitäten einiges, was nach Vertragsverletzung aussehe. Die SU würde mit Sicherheit darauf hinweisen, daß der Forschung andere Absichten zugrunde lägen, und ein Gegenbeweis sei nicht antretbar.

Auf meine weitere Frage, ob dieser Problematik nicht durch Definition einer Schwelle Rechnung getragen werden könne, bei der die Verifizierbarkeit ausreichend gewährleistet erscheine, bemühte sich Perle weiter, die ablehnende Politik des Pentagon zu begründen: Die Definitionsschwierigkeiten seien sehr groß. Man müsse verschiedene Elemente kombinieren, die praktisch anscheinend unabhängig voneinander liefen, z.B. im Bereich von Luftverteidigung und Raumfahrt. Bei Weltraumsystemen gebe es eine klarere Linie angesichts der Notwendigkeit äußerlich sichtbarer Aktivitäten in Forschung und Entwicklung. Infolge der langen Vorlaufzeit sei die Gefahr eines überraschenden Durchbruchs nicht groß.

Allerdings gebe es, wie die Erfahrung von Krasnojarsk beweise, auch in diesem Bereich große Bewertungsprobleme. Man habe Krasnojarsk erst zwei Jahre

<sup>12</sup> Der Passus „als bei ... stattfänden“ wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Deshalb Gorbatschow: Forschungsphase nur ‚in Laboratorien‘ zulässig!“

<sup>13</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Quark: Selbstbindung entfällt!“

nach Baubeginn richtig qualifizieren können, und jetzt – drei Jahre vor der Fertigstellung – könne man immer noch nicht eindeutig sagen, daß es Ausdruck der sowjetischen Absicht sei, aus dem ABM-Vertrag auszubrechen. Es sei sogar nicht auszuschließen, daß diese Ungewißheit auch nach Fertigstellung andauere.

Seine Ablehnung einer Begrenzung von ASAT-Aktivitäten begründete Perle in diesem Zusammenhang damit, daß viele Elemente auch bei SDI entsprechend gebraucht würden.<sup>14</sup>

Auf kanadische Frage, ob die sowjetische Trennung zwischen „Weltraumschlagwaffen“ und bodengestützter Endphasenbekämpfung Ausdruck einer – richtigen – Einschätzung der praktischen Möglichkeiten einer strategischen Verteidigung sei, räumte der DIA-Vertreter ein, daß alle Erkenntnisse darauf hindeuteten, daß die SU in der Tat einen anderen Ansatz habe: Ihr gehe es um den Schutz von wichtigen militärischen und Führungseinrichtungen, also eine limitierte Zielsetzung, für die ein Endphasen-ABM sinnvoll sei. Schutz der Zivilbevölkerung oder Stärkung der Abschreckung seien für die SU keine Ziele. Sie beschränke sich auf die militärische Nützlichkeit, d.h. Verhinderung einer erfolgreichen westlichen Antwort auf einen Erstschlag.

Von amerikanischer Seite wurden im übrigen Zeitungsmeldungen dementiert, daß der SU die Zerstörung eines US-Satelliten durch Laser gelungen sei.

### 3) Sowjetische Verletzungen von Rüstungskontrollabkommen

Zu der von US-Seite veröffentlichten Publikation erklärte Perle, daß es neben einer langen Reihe von Vertragsverletzungen dem Buchstaben nach auch solche gebe, die nur dem Geist nach Vertragsverletzungen darstellten. Hier seien zu nennen:

a) Einführung der SS-19: Bei den Verhandlungen vor 1972 habe die SS-11 die größte ICBM dargestellt. Wegen der SU-Weigerung, den Begriff „schwere ICMB“ zu definieren, weil angeblich beide Seiten Klarheit über den Begriffsinhalt hätten, habe die amerikanische Seite ihr Bedauern förmlich zu Protokoll gegeben, sei aber davon ausgegangen, daß der Umfang der SS-11 die Obergrenze für schwere ICBM darstelle. Der erste Testflug der SS-19, die 50 % größer als die SS-11 sei und heute ein Drittel der sowjetischen ICBM-Fähigkeiten darstelle, sei dann kurz nach Unterzeichnung von SALT I erfolgt!

b) Nach dem ABM-Vertrag sei die Aufstellung bestimmter Radareinrichtungen nur auf vereinbarten Versuchsgeländen (agreed test ranges) zulässig. Von US-Seite seien in den Verhandlungen sowohl die amerikanischen wie die sowjetischen Örtlichkeiten genannt worden, die SU-Seite habe dies schweigend zur Kenntnis genommen. Auf spätere Kritik an Radaraufstellungen an einem nicht in den Verhandlungen genannten Ort habe sie darauf verwiesen, nicht sie, sondern die US-Seite habe die Orte genannt: Bereits damals habe sich auch an dem neuen Standort ein Testgelände befunden!

c) Für das Außerdienststellen von U-Booten seien bestimmte Regeln vereinbart worden. Ohne konkret gegen den Vertrag zu verstoßen, stelle die SU jetzt aus-

<sup>14</sup> Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut mit Ausrufezeichen versehen.

zumusternde U-Boote auf Cruise Missiles um, eine von den USA nie erwogene theoretische Möglichkeit.<sup>15</sup>

d) Die SS-20-Dislozierung sei eine klare Umgehung von SALT-I-Begrenzungen, denn durch Ausbau einer Stufe der SS-16 habe man die Reichweite dieser ICBM um 500 km unter die Untergrenze<sup>16</sup> für strategische Waffen gedrückt.

e) Mit ABM-Raketen habe die SU über 100 Tests durchgeführt, auf US-Proteste aber erklärt, daß es sich nicht um ein – verbotenes – upgrading handle, sondern nur – zulässige – Tests aus Sicherheitsgründen. Es sei unmöglich, das Gegenteil zu beweisen.

f) Die in SALT II vereinbarte Obergrenze für die Zahl von MIRV-Sprengköpfen auf zehn werde umgangen, indem der Ausstoß von mehr als zehn Sprengköpfen durch die SS-18 simuliert werde, ohne daß aber mehr als zehn Sprengköpfe tatsächlich ausgestoßen würden.

Diese Beobachtungen verdeutlichten die Probleme, mit einem Gegner einen Vertrag auszuhandeln. Die Probleme würden sich potenzieren, wenn es um die Aushandlung von Begrenzungen für fortgeschrittene Techniken gehe.

Schlußfolgerung: Die USA fühlten sich jetzt ihrerseits nicht mehr durch den Geist der Verträge gebunden. Das Pentagon werde das sowjetische Verhalten umfassend berücksichtigen, wenn es auf Weisung des Präsidenten Empfehlungen für angemessene US-Reaktionen (proportional responses) vorlege, die gegebenenfalls nicht mehr im Rahmen der Vertragsvereinbarungen liegen würden.<sup>17</sup>

4) Perle legte zum Thema „US-Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen“<sup>18</sup> ein Papier vor, das keinen Status als HLG-Dokument haben, sondern nur der Unterrichtung der Bündnispartner dienen sollte. Dazu wurde erläutert, daß das Papier mögliche Kritik am US-Verhalten antizipieren und gleichzeitig für die voraussehbare Debatte in den USA dienen solle, ob bestimmte SDI-Elemente noch mit dem ABM-Vertrag vereinbar seien.

Perle versicherte mit Nachdruck, daß zwischen den Rechtsberatern der einzelnen Ressorts in Washington in langen Verhandlungen ein Konsens über das nach dem ABM-Vertrag Erlaubte und Verbotene hergestellt worden sei. Man ha-

<sup>15</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „... aber US-Marine hat ausgemusterte Überwasserschiffe für SLCM reaktiviert.“

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „Obergrenze“.

<sup>17</sup> Ministerialdirigent Schauer vermerkte am 2. Juli 1985 zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO vom Vortag: „Bereits anlässlich der Erklärung Präsident Reagans über die Weiterbeachtung von SALT II (10. Juni 1985) hatten die USA deutlich gemacht, daß sie sich Reaktionen auf die von ihnen erkannten Verstöße gegen Rüstungskontrollabsprachen der Sowjetunion vorbehalten. [...] Im Anschluß an das Briefing führte Perle aus, Ziel des vom Pentagon bis 15. November zu erarbeitenden Berichts werde sein, eine ‚vergleichbare Antwort‘ auf Vertragsverletzungen der SU zu finden.“ Vgl. VS-Bd. 12062 (201); B 150, Aktenkopien 1985.  
Botschafter van Well, Washington, berichtete am 3. Oktober 1985: „Das Pentagon hält die Arbeit an dem vom Präsidenten für den 15.11.1985 angeforderten Bericht über mögliche rüstungspolitische Reaktionen auf militärische Auswirkungen sowjetischer Vertragsverletzungen unter strengem Verschluß. Im State Department und ACDA sagte man uns, daß das Pentagon jeden Einblick in die laufende Arbeit verwehrt habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4691; VS-Bd. 12992 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Für das amerikanische Papier „U.S. Compliance with Arms Control Agreements“ vgl. Referat 220, Bd. 130076.

be dazu auch die Verhandlungsunterlagen herangezogen. Wenn es künftig notwendig sein sollte, SDI-Forschungsaktivitäten den vertraglichen Gegebenheiten anzupassen, werde dies geschehen, selbst wenn dies technologisch einen Nachteil darstellen sollte.

Auf Frage nach möglichem beiderseitigem Interesse von USA und SU an Änderung des ABM-Textes erwiderte Perle, daß hierzu von keiner Seite Vorschläge gemacht worden seien. Die Notwendigkeit späterer Änderungen sah Perle allerdings für den Fall, daß die Sowjets auf den amerikanischen Ansatz eines Mix von offensiven und defensiven Systemen in den Verhandlungen eingehen sollten. Im Augenblick ziele SU aber darauf ab, das SDI-Programm zu töten.

##### 5) Veraltung von nuklearen Arsenalen

Im Zusammenhang mit einem in der HLG verteilten Papier kündigte Perle an, ein Dokument zur Notwendigkeit weiterer nuklearer Versuche vorzulegen.

Auf kritische Rückfragen stellte Perle klar, daß weder das Papier zur Veraltung nuklearer Arsenalen noch das angekündigte Papier HLG-Papiere seien. Sie dienten nur der Unterrichtung der Teilnehmer. Perle unterstrich im übrigen, daß nach US-Erkenntnissen unmittelbar nach dem Auslaufen des derzeitigen Testmoratoriums<sup>19</sup> mit einer neuen umfangreichen Versuchsserie zu rechnen sei.

Auf meine Frage, ob dies nicht für die US-Seite Anlaß sein sollte, die Fortdauer des sowjetischen Teststopps dadurch anzustreben, daß die USA unter ihren Interessen Rechnung tragenden Bedingungen ebenfalls einen Teststopp erkläre, reagierte Perle erwartungsgemäß negativ:

a) Die nach dem Testschwellenvertrag festgelegte Obergrenze nuklearer Explosionen von 150 Kilotonnen sei nicht ausreichend zu verifizieren. Leider sei die SU nicht auf das Angebot eingegangen, gemeinsam die Verifizierbarmachung zu erörtern. Der Inspektionsvorschlag sei ebenso ohne Antwort wie die einseitige Einladung sowjetischer Experten auf US-Testgelände<sup>20</sup>. Washington hoffe immer noch auf Gespräche und Klärungen, um die Ratifizierung des Testschwellenvertrages zu ermöglichen.

b) Die Bedingungen für einen Abschluß des CTB lägen so weit in der Zukunft, daß sie nicht formulierbar seien. Die USA seien deshalb nicht bereit, irgendein Moratorium zu akzeptieren, das die USA in vorhersehbarer Zeit binde, zumal die SU mit niedriger Sprengkraft unverifizierbar weiter testen könne. Außerdem sei die Abhängigkeit von Nuklearwaffen zu groß, um ein Risiko für die Sicherheit in Kauf zu nehmen.

Auf meinen Hinweis, daß AM Shultz dem sowjetischen Moratoriumsvorschlag die ungelöste Verifikationsproblematik, aber auch nur diese, entgegengehalten habe, erklärte Perle: Gegen einen CTB bestünden auch dann Bedenken, wenn er verifizierbar wäre. Wahrscheinlich würden Tests so lange erforderlich bleiben, wie man auf nukleare Abschreckung angewiesen sei.

<sup>19</sup> Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über eine befristete Einstellung der sowjetischen Kernwaffentests vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>20</sup> Zur Einladung eines sowjetischen Expertenteams zu Kernwaffentests in den USA vgl. Dok. 235, Anm. 22.

## 6) SDI

Beim Abendessen der Delegationsleiter hatte Perle für den US-Wunsch geworben, angesichts der sowjetischen Vorschläge bei der NPG<sup>21</sup> größtmögliche Übereinstimmung zu demonstrieren, die sich bei SDI am deutlichsten artikulieren könne.

Von verschiedenen Seiten wurden Bedenken geäußert. Sie wurden auch in der HLG-Sitzung deutlich, als ein NL-Vorschlag abgelehnt wurde, die zukünftige HLG-Arbeit auf das Verhältnis offensiver und defensiver strategischer Waffen einschließlich von SDI zu erörtern.<sup>22</sup>

Ploetz

VS-Bd. 12062 (201)

## 279

**Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington**

**220-371.80 ABM-1771/85 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 1213**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 10. Oktober 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Brief BM an AM Shultz

In der Anlage wird ein Schreiben von BM an AM Shultz übermittelt, das diesem noch heute<sup>2</sup> übergeben werden sollte. Englische Übersetzung folgt.<sup>3</sup>

Ruth<sup>4</sup>

<sup>21</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30. Oktober 1985 vgl. Dok. 299.

<sup>22</sup> So in der Vorlage.

Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wer war dafür, wer dagegen?“ Vgl. Anm. 2.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Ploetz notierte dazu handschriftlich: „NL dafür, GB, DK und B sowie SHAPE dagegen; I und D unterstützten Vorschlag des Vorsitzes, der sich für Nichtbehandlung im HLG einsetzte.“

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

<sup>2</sup> Die Wörter „noch heute“ wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „spätestens am 11.10.“

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat Ischinger übermittelte der Botschaft in Washington am 11. Oktober 1985 eine Höflichkeitsübersetzung des Schreibens. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1214; VS-Bd. 11371 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Paraph.

Folgt Anlage:

„Lieber George,

ich danke Ihnen für die Unterrichtung vom 30. September<sup>5</sup> über die Gespräche, die Präsident Reagan und Sie mit dem sowjetischen Außenminister am 27. und 28. September<sup>6</sup> geführt haben. Ich bin erfreut zu hören, daß Sie die Gespräche als eine nützliche Grundlage für die Begegnung im November<sup>7</sup> und für einen sich daraus ergebenden Prozeß eines konstruktiveren amerikanisch-sowjetischen Dialoges werten. Ich werde auf den Inhalt Ihres Schreibens bei nächster Gelegenheit näher eingehen und freue mich insbesondere, Sie nächste Woche in Brüssel<sup>8</sup> zu treffen.

Schon jetzt möchte ich Ihnen aber die ernststen Sorgen darlegen, die wir hinsichtlich einer Neuinterpretation des ABM-Vertrages haben.<sup>9</sup> Botschafter Nitze wird Ihnen berichtet haben, daß Bundeskanzler Kohl und auch Staatssekretär Meyer-Landrut bei den Gesprächen in Bonn am 9. Oktober bereits unsere Beunruhigung über Äußerungen von Sicherheitsberater McFarlane ausgedrückt haben.<sup>10</sup> In der Tat steht hier die Glaubwürdigkeit der amerikanischen und unserer Position und die Position des Bündnisses insgesamt in der Diskussion über die strategische Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten auf dem Spiel. Bisher haben die Vereinigten Staaten ausdrücklich die Auffassung vertreten, daß die Entwicklung und Erprobung seegestützter, luftgestützter, welt-raumgestützter und mobiler landgestützter ABM-Systeme oder deren Komponenten verboten seien. Besonders klar kommt dies im Bericht des Department of Defense an den Kongreß vom April dieses Jahres zum Ausdruck.<sup>11</sup> Es wurde wiederholt festgestellt, daß vor dem Übergang zur Entwicklung, Erprobung und Stationierung neuer strategischer Abwehrsysteme mit den Verbündeten konsultiert und mit der Sowjetunion verhandelt werde. Ich erinnere an das „fact sheet“ vom 4. Juni 1985.<sup>12</sup> Ich selbst halte die bisherige Linie der amerikanischen Regierung für überzeugend. Die Bundesregierung hat sie sich voll zu eigen gemacht. NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat das Bild von der Brandmauer geprägt, um die Bedeutung der Konsultationen im Bündnis und der Verhandlungen mit der Sowjetunion vor jeder weitergehenden Entscheidung

<sup>5</sup> Legationsrat Quelle übermittelte der Botschaft in Washington am 1. Oktober 1985 das Schreiben des amerikanischen Außenministers Shultz an Bundesminister Genscher. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1172; VS-Bd. 12989 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 27. September 1985 in Washington vgl. Dok. 264.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 vgl. Dok. 283.

<sup>9</sup> Vgl. dazu das Fernsehinterview des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, vom 6. Oktober 1985; Dok. 274, Anm. 2.

<sup>10</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, am 9. Oktober 1985 vgl. Dok. 274.

Zum Gespräch des Staatssekretärs Meyer-Landrut und des Botschafters Ruth mit dem Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, am 9. Oktober 1985 vgl. Dok. 274, Anm. 3.

<sup>11</sup> Zum SDI-Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 18. April 1985 vgl. Dok. 274, Anm. 3.

<sup>12</sup> Zum „SDI fact sheet“ vgl. Dok. 190, Anm. 10.



zu unterstreichen.<sup>13</sup> Ich würde es für höchst bedauerlich halten, diese klare Linie, über die im Bündnis weitgehend Übereinstimmung besteht, aufzugeben. Dies könnte auch auf die Diskussion über die Beteiligung der Verbündeten am SDI-Forschungsprogramm nicht ohne Einfluß bleiben.

Ich möchte daher anregen, daß die Sitzung des NATO-Rates am 15. Oktober genützt wird, um die amerikanische Haltung in dieser Frage zu klären und jeden Zweifel daran zu beseitigen, daß Festlegungen, die öffentlich und gegenüber den Verbündeten abgegeben wurden, nicht verändert werden, sondern weiterhin Bestand haben.

Mit den besten Grüßen  
Hans-Dietrich Genscher“

VS-Bd. 11371 (220)

## 280

### Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim

11. Oktober 1985<sup>1</sup>

Lieber Ron,

ich bin dankbar für die Gelegenheit, die Sie mir geben, in Antwort auf Ihr Schreiben vom 25. September<sup>2</sup> Ihnen die Haltung der Bundesregierung zu MBFR zu erläutern.

<sup>13</sup> Zur Rede des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington vom 2. April 1985 vgl. Dok. 122, Anm. 22.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Schreiben wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 11. Oktober 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt. Dazu legte er dar: „Anbei übermittle ich Ihnen das Originalschreiben des Herrn Bundeskanzlers an Präsident Reagan zu MBFR nebst vom Sprachendienst gefertigter Höflichkeitsübersetzung mit der Bitte um Weiterleitung an den Adressaten über Botschaft Washington. Wegen der gegebenen besonderen Eilbedürftigkeit ist im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt (Abteilung 2 A) der englische Wortlaut des Briefes vorab direkt telegraphisch von hier aus an das Weiße Haus übermittelt worden. Ich wäre auch dankbar, wenn das Auswärtige Amt der Botschaft Washington den Text des Briefes zur Information übermitteln würde.“

Hat Legationssekretär Tempel am 11. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Original geht mit nächstem Kurier, Freitag, 18.10., an Bo[tschaft] Washington. 2) Text per FS von BK an Weißes Haus u[nd] von AA an Bo. Washington am 11.10. übersandt.“ Tempel verfügte ferner die Fertigung von Kopien für das Ministerbüro, Botschafter Ruth und Referat 221.

Hat Ruth am 14. Oktober 1985 vorgelegen, der mit der Bitte um Wiedervorlage handschriftlich für Referat 221 vermerkte: „Sie haben jetzt wohl auch ein [Exemplar]?“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja.“

Hat Ruth am 23. Dezember 1985 erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11453 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. September 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 269, Anm. 20.

Die dem deutsch-britischen Vorschlag<sup>3</sup> zugrundeliegenden Vorstellungen stehen im Einklang mit den von meiner Regierung entwickelten Leitlinien für unsere MBFR-Politik. Diese Leitlinien orientieren sich konsequent an den sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Interessen des Bündnisses.

Unser Vorschlag beruht auf der Überzeugung, daß wir, um in Wien offensiv verhandeln zu können, eine Alternative für die Lösung der Datenfrage eröffnen müssen.

Wir tun dies, indem wir die Verifikationsfrage zum zentralen Thema der Verhandlungen und gleichzeitig zur Methode der Klärung der Gesamtdaten machen, die für die Herstellung paritätischer Obergrenzen notwendig ist.

Damit würde die Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion in einer für westliche Sicherheitsinteressen wesentlichen Frage – nämlich der Verifikation – unmittelbar auf die Probe gestellt.

Der östliche Vorschlag vom Februar 1985<sup>4</sup> ist, wenn er uns auch in bestimmten Elementen entgegenkommt, im ganzen unbefriedigend; gerade deshalb darf er nicht allein auf dem Tisch bleiben. Ich halte es für geboten, ihm mit einem Gegenvorschlag in aller Deutlichkeit wesentliche westliche Interessen gegenüberzustellen. Damit wäre die Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit des Bündnisses auch bei MBFR bewiesen, und wir hätten die Initiative in diesem Forum zurückgewonnen.

Die von uns gemeinsam mit der britischen Regierung vorgeschlagene Initiative bringt gegenüber dem derzeitigen Verhandlungsstand keine sicherheitspolitischen Nachteile:

- Ein solches Abkommen würde nur zustande kommen, wenn der Osten in dem gleichen Abkommen einer wirksamen Verifikationsregelung zustimmt.
- Dies wäre ein entscheidender Durchbruch zugunsten wirksamer, kooperativer Verifikation „vor Ort“. Seine Bedeutung ginge weit über MBFR hinaus.
- Eine solche Verifikationsregelung ist nicht verhandelbar ohne gleichzeitiges Aushandeln von Truppenreduzierungen.
- Wir haben uns für diesen Teil unseres Vorschlags auf die begrenzten Anfangsreduzierungen von 13000 Mann US- zu 30000 Mann SU-Truppen beschränkt, die seit langem Standardelement jedes westlichen Vorschlags für eine erste MBFR-Phase sind.

<sup>3</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik und Großbritanniens für einen neuen MBFR-Verhandlungsschritt vgl. Dok. 192.

<sup>4</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

Am 30. September 1985 berichtete Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), der sowjetische Stellvertretende Delegationsleiter Baskakow habe sich „auf – wie er betonte – persönlicher Basis distanziert zum östlichen Februar-Vorschlag“ geäußert: „Der vorgesehene Freeze auf kollektiver und nationaler Basis werfe, zumal Verifizierung nicht vorgesehen sei, mehr Probleme auf, als für ein erstes Verhandlungsergebnis notwendig sei. Kern eines solchen ersten Schrittes müßten die bilateralen amerikanisch-sowjetischen Reduzierungen sein. Für einen Beitrag der übrigen MBFR-Teilnehmer könne man vielleicht auch andere Wege in Aussicht nehmen. Baskakow erwähnte als Beispiel ein Arrangement, das auf beiden Seiten allianzintern Verpflichtungen vorsehen könnte, wonach kein Teilnehmer mehr als 50 Prozent der im jeweiligen Raum der Reduzierungen vorhandenen Land- und Luftstreitkräfte stellen darf.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 673; VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

- Das Verhältnis 13 000 : 30 000 ist nicht nur asymmetrisch und damit Präjudiz für die westliche Forderung nach asymmetrischen SU-Reduzierungen, sondern entspricht auch der westlichen Einschätzung des Zahlenverhältnisses von US- und SU-Landstreitkräften in Mitteleuropa. Deshalb ist auch eine vorherige „Dateneinigung“ vor diesen begrenzten Reduzierungen nicht erforderlich. Im übrigen führen diese asymmetrischen Reduzierungen nur zu einer Nicht-erhöhungsverpflichtung und nicht zu einer vertraglichen Festlegung der Personalumfänge amerikanischer und sowjetischer Truppen.
- Dies stellt keine negative Präjudizierung dar, weil wir durch die Verifikation die tatsächlichen Streitkräfteumfänge feststellen wollen, bevor wir über signifikante Reduzierungen in einer späteren MBFR-Phase verhandeln.
- Der Datenstreit ist ein spezifisches Problem von MBFR, das in dieser Weise bei anderen Verhandlungen nicht besteht.
- Das Abkommen wäre zeitlich begrenzt, der MBFR-Prozeß würde nicht fortgesetzt, wenn die Verifikation nicht befriedigend verläuft. Abgesehen davon, daß dann der notwendige Konsens zur Fortsetzung von MBFR undenkbar ist, können Sie sicher sein, daß sich meine Regierung wie bei der INF-Stationierung als handlungsfähig erweisen wird.

Diese Gründe sprechen für die Erarbeitung einer NATO-Initiative auf der Grundlage des deutsch-britischen Vorschlags als Instrument einer aktiven westlichen Verhandlungsführung. Diese Initiative würde im übrigen auch den nach unserer Ansicht bedenklichen Ansatz der Initiative vom April 1984<sup>5</sup> ablösen, bei dem sich der Datenvergleich und amerikanisch-sowjetische Reduzierungen auf Kampf- und Kampfunterstützungstruppen beziehen. Dieser Ansatz würde, wie wir oft und nachdrücklich dargestellt haben, bei Anwendung auf einheimische Streitkräfte wie die Bundeswehr unsere Fähigkeit, den notwendigen Beitrag zur Vorverteidigung des Bündnisses zu leisten, ernsthaft gefährden.

Lassen Sie mich abschließend einige Gründe unterstreichen, warum wir MBFR generell große Bedeutung beimessen:

- MBFR ist eine notwendige multilaterale Ergänzung zu den bilateralen Verhandlungen. Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen<sup>6</sup> sind für uns von größter Bedeutung. Wir werden sie aber um so mehr unterstützen können, je glaubwürdiger unser Verhandlungsengagement bei den multilateralen Verhandlungen ist.
- Neben den Bemühungen um strategische Stabilität unter einschneidender Reduzierung der nuklearen Waffen ist es für Europa besonders wichtig, auch auf eine Stabilisierung im konventionellen Bereich hinzuarbeiten.
- MBFR ist dafür ebenso unerläßlich wie die KVAE, die eine wichtige ergänzende, ganz Europa betreffende Zielsetzung hat. Dabei ist die Besonderheit von MBFR, daß es sich um unmittelbare Verhandlungen des Nordatlantischen Bündnisses mit dem Warschauer Pakt handelt. Eine gemeinsame westliche

<sup>5</sup> Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten brachten am 19. April 1984 eine neue Initiative in die Verhandlungen ein. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 79, Dok. 100 und Dok. 113.

<sup>6</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262 und Dok. 270.

Position kann daher bei MBFR die Geschlossenheit und Dynamik der Sicherheitspolitik des Bündnisses am Verhandlungstisch zum Ausdruck bringen. Dies erscheint mir gerade in der gegenwärtigen Phase der amerikanisch-sovietischen und der West-Ost-Beziehungen insgesamt von größter Bedeutung.

- Rüstungskontrolle ist nicht nur für das Bündnis ein integraler Bestandteil seiner Sicherheitspolitik. Sie ist für meine Regierung ein zentrales Anliegen, das seine moralisch-politische Rechtfertigung nicht zuletzt aus unserem Festhalten am NATO-Doppelbeschuß<sup>7</sup> erhält. Die Bürger meines Landes erwarten deshalb, daß sich meine Regierung mit Nachdruck für eine aktive Rüstungskontrollpolitik einsetzt. Die MBFR-Verhandlungen mögen derzeit nicht im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen. Es ist aber zu erwarten, daß sich dies ändert, wenn die bilateralen Verhandlungen über die Nuklearwaffen und die strategischen Defensivwaffen nicht mehr allein im Vordergrund stehen und damit die Bedeutung der konventionellen Komponente unserer gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit wieder deutlicher gesehen wird. Auf diese Entwicklung in der innenpolitischen Auseinandersetzung werden wir uns vorausschauend einstellen müssen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Argumente bei der Einschätzung der deutsch-britischen Initiative berücksichtigen könnten, damit wir noch in dieser Verhandlungsrunde einen solchen Vorschlag in Wien einführen können.<sup>8</sup>

Eine Stellungnahme zu einzelnen in Ihrem Schreiben enthaltenen Fragen erlaube ich mir, in der Anlage<sup>9</sup> beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Helmut Kohl

**VS-Bd. 11453 (221)**

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>8</sup> Botschafter Ruth vermerkte am 31. Oktober 1985 zum Antwortschreiben des Präsidenten Reagan vom 29. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl: „Das Schreiben des Präsidenten ist die formelle Antwort auf den Brief des Bundeskanzlers vom 11.10.; seine Kernaussage ist die grundsätzliche Bereitschaft der USA, den deutsch-britischen Vorschlag für einen neuen westlichen Verhandlungsschritt zu unterstützen. Gleichzeitig weist der Präsident auf das Fortbestehen von Bedenken in Einzelfragen hin, die der Klärung durch Experten bedürfen. [...] Die USA können einer Initiative auf der ‚allgemeinen Linie‘ unserer Vorschläge nur zustimmen, wenn trilateral und im Bündnis Einvernehmen in allen Details der Verifikationsvorschläge hergestellt wird; [...] diese Verifikationsvorschläge fester Bestandteil der geplanten westlichen Initiative sind; [...] die Bündnispartner sich verpflichten, diese strengen Verifikationsmaßstäbe ‚als absolute Verpflichtung‘ zu betrachten und sie in den Verhandlungen nicht ‚verwässern‘ zu lassen“. VS-Bd. 12997 (202); B 150, Aktenkopien 1985. Für das Schreiben Reagans vgl. VS-Bd. 11453 (221).

<sup>9</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die „Stellungnahme zu einzelnen Fragen“ vgl. VS-Bd. 11453 (221).

## 281

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Haas**

310-321.00 ISR

14. Oktober 1985<sup>1</sup>

Gespräche des Bundesministers am 9.10.1985 in Jerusalem<sup>2</sup> mit Ezer Weizman, Minister ohne Geschäftsbereich, und Abba Eban, Vorsitzender des außen- und sicherheitspolitischen Knesset-Ausschusses

Der Bundesminister empfing Ezer Weizman und Abba Eban zu je etwa dreiviertelstündigen Gesprächen.

Teilnehmer: Israelischer Botschafter<sup>3</sup>, D 3<sup>4</sup>, VLR Ischinger.

1) Weizman betonte eingangs, er spreche für sich und nicht für die Regierung, der er angehöre. Er beklagte die in Israel vorherrschende Tendenz, nicht über Jerusalem, Taba<sup>5</sup>, Golan, Gaza und die West Bank hinauszusehen und die großen Entwicklungen der Welt, so die beginnende sowjetisch-chinesische Annäherung<sup>6</sup>, nicht wahrzunehmen.

Er sage eine Krise der israelischen Politik in den nächsten zwei bis drei Monaten voraus. Größte Sorge bereite ihm das sich verschlechternde Verhältnis zu Ägypten. Viel schlimmer als Larnaka<sup>7</sup> wirke sich auf die israelische öffentliche Meinung und damit auf die Innenpolitik das Massaker an sieben Israelis im Sinai<sup>8</sup> aus. Die amtliche ägyptische Reaktion auf diesen Vorfall sei völlig unzureichend gewesen. Mubarak habe es leider denen in Jerusalem leicht gemacht, die irrtümlich meinten, Jordanien sei heute für Israel wichtiger als Ägypten. Leider werde wohl auf absehbare Zeit ein Treffen Peres–Mubarak nicht zustande

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 16. Oktober 1985 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 010 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker bei dessen Besuch vom 8. bis 11. Oktober 1985 in Israel. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 14. Oktober 1985: „Die äußeren Begleitumstände (Tunis-Aktion, ‚Achille Lauro‘, Pressemeldungen über Waffenverkäufe) schienen zunächst dazu angetan, die Wirkung des ersten Staatsbesuchs eines Bundespräsidenten in Israel zu beeinträchtigen. Es ist der Persönlichkeit des Bundespräsidenten, seinem glaubwürdigen und moralisch begründeten Bekenntnis zu unserer Vergangenheit und ihren Folgen zu verdanken, daß der Staatsbesuch zu einem Erfolg und Meilenstein (Herzog nannte ihn historisch) für die deutsch-israelischen und deutsch-jüdischen Beziehungen geworden ist. Die Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai war, wie alle israelischen Ansprachen und Pressekommentare bewiesen, der entscheidende Schlüssel zu diesem Erfolg. [...] Bezeichnend waren die spontanen Worte Präsident Herzogs beim Mittagessen im Weizman-Institut kurz vor dem Abflug: ‚Vor Ihrem Eintreffen haben wir Sie respektiert; jetzt haben wir Sie in unsere Herzen eingeschlossen.‘“ Vgl. den Runderlaß; Referat 310, Bd. 149587.

<sup>3</sup> Jitzhak Ben-Ari.

<sup>4</sup> Wilhelm Haas.

<sup>5</sup> Zu den ägyptisch-israelischen Verhandlungen über Taba vgl. Dok. 236, Anm. 9.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR vgl. Dok. 272, Anm. 5.

<sup>7</sup> In der Presse wurde berichtet, daß palästinensische Attentäter am 25. September 1985 drei Israelis auf einem im Hafen von Larnaka liegenden Segelboot ermordeten. Vgl. den Artikel „Drei Tote bei Überfall auf israelische Yacht“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 26. September 1985, S. 8.

<sup>8</sup> Am 5. Oktober 1985 ermordete ein ägyptischer Soldat sieben israelische Touristen auf der Halbinsel Sinai.

kommen können. Mubarak sei leider nicht Sadat; er habe wirtschaftliche Probleme, die durch die Rückkehr von ägyptischen Gastarbeitern aus den Golfstaaten verstärkt würden. Er gelte zu Hause als erfolglos. („Sadat hat den Sinai zurückgeholt und Mubarak kann nicht einmal Taba wiedergewinnen!“) Da Mubarak anders als Sadat seine Nachfolge nicht geregelt habe, könnte sein Verschwinden von der politischen Bühne die Lage grundsätzlich verändern. Mit dieser Auffassung stehe er, Weizman, sehr alleine, ebenso wie mit seiner Bewertung, daß Assad der klügste und wohl wichtigste arabische Führer sei.

BM berichtete über seinen kürzlichen Besuch in Damaskus.<sup>9</sup> Es schloß sich ein kurzer Gedankenaustausch über die Verschuldungsproblematik, insbesondere in Lateinamerika, die amerikanische Politik der Haushaltsdefizite, die EG-Agrar-exportpolitik sowie die Entwicklungsaussichten der VR China an.

Der aktuelle Stand der „Achille-Lauro“-Affäre<sup>10</sup> wurde kurz erwähnt und führte zu der eindringlichen Warnung Weizmans, wir sollten besonders um den Schutz der El-Al-Maschinen in Deutschland besorgt sein. Bei El-Al würde nach seiner Meinung der Terrorismus, wenn er könne, am liebsten und erfolgreichsten zuschlagen.

Abschließend wiederholte Weizman, es sei dringend notwendig, sich mit Mubarak und Hussein zusammenzusetzen. Wenn es in den nächsten zwei Monaten keine Bewegung gebe, könne es auch innenpolitisch in Israel eine Krise geben. Es bedürfe besonderer Anstrengungen im Friedensprozeß, ungeachtet des auf absehbare Zeit andauernden Terrorismus.

2) Abba Eban führte eingangs aus, es sei nicht leicht für die Europäer, beim Friedensprozeß im Nahen Osten hilfreich zu sein.

Es sei auch schwierig, die israelische Position zu beschreiben, denn die gebe es nicht. Zur Zukunft und Gestalt Israels gebe es zwei Haltungen. Man habe sich zwar in einer Koalition zusammengefunden, die Grundsatzfragen aber unentschieden gelassen.

Er, Abba Eban, unterstütze die Hussein-Initiative<sup>11</sup>, obgleich sie israelischen Interessen nicht voll Rechnung trage. Das sei aber bei einer Ausgangsposition und erst recht bei einem prozeduralen Verhandlungsvorschlag nicht zu erwarten. Im Verhandlungsprozeß könnten sich dann die Positionen klären und annähern. Der Status quo sei jedenfalls unbefriedigend. Man müsse den Verhandlungsprozeß in Gang bekommen, dann werde er seine eigene Dynamik entwickeln. Die US täten daher Recht, über das Wo, Wie und Wann von Verhandlungen nach-

<sup>9</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 30./31. August 1985 in Syrien vgl. Dok. 238 und Dok. 239.

<sup>10</sup> Das Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro“ wurde am 7. Oktober 1985 im Hafen von Port Said von vier Mitgliedern der Palestine Liberation Front (PLF) entführt. Am folgenden Tag ermordeten die Terroristen den Passagier Leon Klinghoffer, einen amerikanischen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Nach einer Irrfahrt durchs Mittelmeer und Verhandlungen mit der ägyptischen Regierung gingen die Geiselnnehmer am 9. Oktober 1985 vor Port Said an Bord eines ägyptischen Kriegsschiffes und gaben die Geiseln frei. Eine ägyptische Passagiermaschine mit den Entführern an Bord wurde am 11. Oktober 1985 von amerikanischen Marinefliegern zur Landung auf Sizilien gezwungen, wo die Verhaftung der Täter erfolgte. Vgl. dazu den Artikel „Die Nacht der Jäger“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 12./13. Oktober 1985, S. 3.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO; Dok. 44, Anm. 3.

Zu weiteren Verhandlungsvorschlägen König Husseins vgl. Dok. 255, Anm. 20.

zudenken. Vielleicht brauchten die US mehr Rat. Er, Abba Eban, hoffe, daß die EPZ helfen könne, zwei Dinge mit zu klären. Einmal die Frage einer internationalen Konferenz, gegen die Peres nicht grundsätzlich eingestellt sei, wohl aber Bedenken gegen die politische Zweckmäßigkeit habe, daß Israel feindliche Mächte, wie die SU und die VR China, vermittelten.<sup>12</sup> BM warf hier ein, es genüge ein internationaler „Schirm“, um dann eigentliche Direktverhandlungen zu ermöglichen. Vielleicht genüge es auch, wenn die fünf ständigen VN-Sicherheitsratsmitglieder<sup>13</sup> Direktverhandlungen „begrüßten“. Abba Eban meinte, es werde der israelischen Regierung in jedem Fall schwerfallen, die SU zu akzeptieren, doch sei dieses Problem innenpolitisch immer noch einfacher zu lösen als das der PLO.

Peres habe einmal in einer Knesset-Debatte zwei Personen auf einer jordanischen Namensliste als akzeptabel bezeichnet. Wenn zwei annehmbar seien, warum dann nicht vier oder sechs? Die US sollten weiter darüber nachdenken und die „Kandidaten“ als Personen, nicht als Vertreter irgendeiner Organisation, durchprüfen, etwa so, wie ein Schwurgericht zusammengesetzt werde.<sup>14</sup> Leider habe sich der innenpolitische Widerstand in Israel verhärtet. Arafat habe selbst nichts dazu getan, seine Glaubwürdigkeit als gemäßiger Führer in Israel zu beweisen. Alle Israelis seien sich in ihrer Ablehnung Arafats einig.

Europa könne helfen, indem es sich nicht an einer unausgewogenen Kritik Israels beteilige, mehr Verständnis für die israelischen Sorgen über den Terrorismus zeige, und indem es die israelische Ablehnung von Waffenlieferungen an die arabischen Nachbarn ernst nehme<sup>15</sup>.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter, z. Z. Tel Aviv, berichtete am 9. Oktober 1985, im Gespräch mit Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker habe Ministerpräsident Peres am Vortag erläutert: „Die bekannte Plattform der Regierung zur Hussein/Arafat-Initiative stelle einen Kompromiß dar. Verhandlungen mit Jordanien oder einer jordanisch-palästinensischen Delegation ohne PLO könnten mit der gegenwärtigen Koalition durchaus beginnen. Die israelischen Bedenken betrafen die Beteiligung der PLO und die von Jordanien geforderte Beteiligung der SU und Chinas an einer internationalen Konferenz. Die SU unterstütze einseitig die Radikalen wie Syrien. Die chinesische Position könne sich zwar ändern, aber dies werde sehr lange dauern. Eine Teilnahme dieser Staaten an einer internationalen Konferenz ohne vorherige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel könne nicht im israelischen Interesse liegen. [...] Es sei äußerst zweifelhaft, ob die PLO wirklich [Sicherheits]R[ats]R[esolution] 242 und 338 anerkennen werde. Israel sei jedenfalls weiter bereit, ‚Verhandlungen über Verhandlungen‘ mit Hilfe der USA zu führen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; Referat 310, Bd. 149587.

<sup>13</sup> Volksrepublik China, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA.

<sup>14</sup> Zur Frage der Zusammensetzung einer jordanisch-palästinensischen Verhandlungsdelegation vgl. Dok. 255, Anm. 21.

<sup>15</sup> Am 10. Oktober 1985 berichtete Ministerialdirektor Haas, z. Z. Tel Aviv, der amtierende israelische Außenminister Arens habe Bundesminister Genscher am Vortag zu Rüstungsexporten in arabische Staaten dargelegt: „Besondere Sorge bereiteten Lieferungen aus Westeuropa [...]. Der Tornado sei zwar nicht für nahöstliche Bedingungen entwickelt, zur Abwehr seiner ‚low altitude penetration capability‘ müsse Israel gleichwohl Maßnahmen treffen. Er, Ahrens, wisse, daß früher jeder Koproduzent des Tornados ein ‚Vetorecht‘ bei Exporten gehabt habe [...]. Er habe jetzt von Botschafter Hansen erfahren, daß es ein solches Vetorecht nicht mehr gebe. Das löse das Problem nicht, und es bleibe dabei, daß deutsche Unternehmen mit 42,5 Prozent am Geschäft partizipieren. Zu den Tornado-Lieferungen kämen laut Pressemeldungen deutsche Direktgeschäfte mit Saudi-Arabien.“ Genscher habe geantwortet: „Beim Tornado habe in der Tat früher jeder der drei Partner ein Vetorecht besessen. Wir seien vor allem aus bündnispolitischen Gründen an Kooperation und Koproduktion sehr interessiert und hätten uns, von unseren Partnern vor die Wahl des Verzehrs auf Kooperation oder auf Vetorecht gestellt, für letzteres entschieden. In den vorgesehenen Konsultationen hätten wir Briten gebeten, vom Tornado-Geschäft Abstand zu nehmen. Briten hätten sich jedoch nicht umstimmen lassen.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149587.

BM teilte Abba Ebans Sorgen wegen der jüngsten Eskalation von Gewalt in der Region. Unsere Verurteilung der Angriffe auf Tunis<sup>16</sup> und in Larnaka habe den Boden für den erfolgreichen Staatsbesuch des Bundespräsidenten ebnen helfen.

Abba Eban warf ein, dieser Besuch habe geholfen, die Aufmerksamkeit in Israel von Tunis fort und auf die eigentliche Bedeutung der israelisch-deutschen Beziehungen zu lenken.

Dieser Vermerk ist vom Bundesminister noch nicht gebilligt.

[gez.] Haas

Referat 010, Bd. 178901

## 282

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Vertretern von B'nai B'rith International, Kraft, Thursz und Domberger

15. Oktober 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Präsidenten von B'nai B'rith International, Herrn Gerald Kraft, dem Vizepräsidenten, Herrn Dr. Daniel Thursz und dem Präsidenten von B'nai B'rith Europa, Herrn Domberger, am 15. Oktober 1985<sup>2</sup>

<sup>16</sup> Botschafter Hansen, Tel Aviv, teilte am 3. Oktober 1985 mit: „M[inistry]o[f]D[efence] konstatiert mit Sorge zunehmende durch PLO gesteuerte terroristische Aktivitäten gegen Israel in den letzten sechs Monaten. Als Reaktion auf Ermordung von drei Israelis am Yom-Kippur-Tag in Larnaka griffen am 1. Oktober acht isr. Kampfflugzeuge PLO-Hauptquartier in Tunis an. Hauptgebäude H[ead] Q[ui]arters] Arafat, Gebäude HQ ‚Force 17‘ sowie PLO-Infrastruktur insgesamt schwer beschädigt, gemäß israelischen Angaben 50 Tote und 100 Verwundete.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1274; Referat 310, Bd. 149587.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, verfügte und um Rücksprache bat.

<sup>2</sup> Die Delegation von B'nai B'rith International hielt sich vom 14. bis 22. Oktober 1985 in der Bundesrepublik auf. Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte dazu am 5. September 1985: „Die Besucher werden während ihres Aufenthaltes in Bonn [...] auf höchster Ebene wahrgenommen. Sie werden vom Bundespräsidenten, Bundeskanzler und Präsidenten des Deutschen Bundestages empfangen. [...] Neben der Vermittlung eines aktuellen Gesamt-Deutschlandbildes aus erster Hand ist es unser Hauptanliegen, den Besuchern einen Eindruck davon zu geben, auf welch vielfältige Weise in der Bundesrepublik die nationalsozialistische Vergangenheit aufgearbeitet wird und welche große Bedeutung wir dem deutsch-amerikanischen Jugendaustausch beimessen. Wir wollen damit dem gerade in Kreisen des amerikanischen Judentums latent vorhandenen Mißtrauen begegnen, wir seien im Begriff, die Erinnerung an die NS-Zeit zu verdrängen. Des weiteren möchten wir auf das von B'nai B'rith Youth Organization und dem Europäischen Austauschdienst Frankfurt in diesem Jahr zum ersten Mal organisierte Austauschprogramm zwischen Gymnasiasten und amerikanischen High-School-Schülern eingehen“. Vgl. Referat 204, Bd. 135211.



Das Gespräch dauerte 1 1/2 Stunden.

Nach der Begrüßung schilderte Präsident *Kraft* zunächst die Organisation und die Aufgaben von B'nai B'rith International. Die Organisation sei als Hilfsorganisation für Witwen, Waisen und andere Unterstützungsbedürftige gegründet worden. Sie habe die äußerlichen Attribute einer Loge, ohne jedoch mit der Freimaurerei verbunden zu sein. Die Organisation habe früher im Stillen gearbeitet, jetzt wende sie sich jedoch mehr an die Öffentlichkeit.

Der *Bundeskanzler* berichtete von seinen zwei Besuchen im Leo-Baeck-Institut in New York. Er sei von seinen Gesprächen und Diskussionen dort beeindruckt gewesen. An den dort aufgehängten Bildern der jüdischen deutschen Nobelpreisträger könne man sehen, welch wichtigen Teil der deutschen intellektuellen Elite die Juden gebildet hätten. Auch die Geschichte Harvards zeige, wieviele deutsche Emigranten dort gewirkt hätten.

Zum Zweck seiner Reise führte Präsident *Kraft* aus, daß B'nai B'rith die größte Jugendorganisation der jüdischen Gemeinschaft habe. In den Vereinigten Staaten habe sie über 30 000 Mitglieder, in Israel mehrere Tausend. Das Jugendprogramm in Europa werde jetzt neu gestaltet. B'nai B'rith habe in den Vereinigten Staaten das größte Universitätsprogramm, nämlich an 420 Universitäten und Colleges. Die Organisation wolle helfen, bessere Brücken zu bauen, und zwar insbesondere mit der jüdischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten. In den USA gebe es etwa sechs Millionen Juden, die sich noch nicht darüber schlüssig seien, wie ihre Einstellung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland sei. Man habe beraten, um eine Perspektive zu finden, wie man hier Abhilfe schaffen könne. Er sei beeindruckt, was den Jugendaustausch der Bundesrepublik Deutschland mit Israel angehe. Die deutsche Regierung solle aber ähnliche Anstrengungen auch gegenüber jüdischen Bürgern der USA unternehmen. Mit unserer Botschaft in Washington bestünden hervorragende Beziehungen, insbesondere mit der Referentin, die sich speziell um diese Fragen gekümmert habe und nun leider versetzt worden sei. B'nai B'rith sei in 49 Ländern der freien Welt vertreten. Die Vertreter der Organisation hätten Gelegenheit, viele Länder zu besuchen. Man stehe auch im direkten Gespräch mit den jüdischen Gemeinschaften in diesen Ländern. Insofern sei B'nai B'rith eine der Organisationen, die sich auch sehr um die Juden in der Sowjetunion kümmere. Herr Kraft dankte dem Bundeskanzler für seine Bemühungen in der Frage der Ausreise der sowjetischen Juden<sup>3</sup>. Er sei kürzlich mit Präsident Reagan zusammenge-

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Studnitz, z.Z. New York, berichtete am 23. September 1985, Bundesminister Genscher habe am Vortag in einem Gespräch mit Vertretern von Organisationen amerikanischer Juden zur Ausreise von Juden und Deutschen aus der UdSSR dargelegt: „Er hoffe, daß die neue sowjetische Führung eine neue Haltung einnehmen werde. Die gegenwärtige restriktive Haltung sehe er als ein Legat Andropows, der in dieser Frage seine KGB-Vergangenheit nicht verleugnet habe. [...] Präsident Reagan müsse Gorbatschow in Genf klarmachen, eine wie hohe Bedeutung die Ausreisefrage für den Westen habe. Dabei dürfe es nicht nur um Prominente wie Sacharow und Schtscharanskij gehen. Das Schicksal der vielen unbekannten Deutschen und Juden müsse in gleicher Weise beachtet werden. In diesem Sinne habe er sich bereits in Helsinki geäußert. [...] Er halte es für richtig, wenn AM Shultz die Ausreise-Frage schon in den vorbereitenden Gesprächen mit AM Schewardnadse aufnehme, damit die Sowjets wüßten, was die USA von ihnen in Genf erwarteten. Man müsse den Sowjets in allem Ernst die Wichtigkeit dieser Frage deutlich machen, ohne aber ihr Prestige zu beeinflussen, was sie nur widerspenstig machen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 204, Bd. 135296.

troffen, der ihm versichert habe, diese Frage solle auch in Genf<sup>4</sup> angesprochen werden. Er hoffe, der Bundeskanzler werde Präsident Reagan in dieser Ansicht bestärken.

Der *Bundeskanzler* bejahte dies und bemerkte weiter, er setze sich aus einer grundsätzlichen Position heraus für die Juden in der Sowjetunion ein. Dort gebe es nämlich zwei Gruppen mit ähnlichem Schicksal, die Juden und die Deutschen. Es sei erschütternd, in Friedland diese Menschen zu erleben. Es gebe viele Alte, die nur gekommen seien, um in Deutschland zu sterben. Wo er helfen könne, werde er das gerne tun. Falls es hierzu Anregungen gebe, bitte er um Übermittlung.

Herr *Kraft* bedankte sich und sagte dies zu.

Das Gespräch wandte sich der Lage im Nahen Osten zu.

Herr *Kraft* stellte die Frage, wie der Bundeskanzler die Lage im Nahen Osten beurteile.

Der *Bundeskanzler* äußerte, er sei sehr besorgt über die Entwicklung. Es sei schwierig vorauszusehen, welchen Weg Israel innenpolitisch gehen werde. Soweit die Bundesrepublik Deutschland betroffen sei, kenne sie ihre Geschichte. Er habe eine wichtige Rede in Bergen-Belsen gehalten.<sup>5</sup> Was er in dieser Rede gesagt habe, gelte weiter fort. Wenn es für Israel kritisch werde, zeige sich, daß neben den Amerikanern die Deutschen am engsten zu Israel stehen. Er habe diese Erfahrung zweimal persönlich gemacht. Das erste Mal bei dem ersten Nahost-Krieg<sup>6</sup> als Waffen an Israel geliefert wurden<sup>7</sup>. Das zweite Mal, als er als Oppositionsführer von dem damaligen Verteidigungsminister konsultiert worden sei, ob er eine Entscheidung bezüglich Israels mittrage. Er habe dies getan. Er stehe auch zu diesen Entscheidungen. Es gebe aber leider gewisse Punkte, die er nicht verstehen und nicht vertreten könne. Er habe viel mit israelischen Politikern diskutiert.

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 21. April 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen vgl. BULLETIN 1985, S. 349–352.

<sup>6</sup> Die Suezkrise wurde im Juli 1956 durch die von der ägyptischen Regierung betriebene Verstaatlichung des Suezkanals ausgelöst. Nach Absprachen mit Großbritannien und Frankreich eröffneten israelische Truppen am 29. Oktober 1956 die Kampfhandlungen gegen Ägypten und nahmen bis 5. November große Teile des Sinai ein. Am 7. März 1957 beendeten die israelischen Streitkräfte den Abzug aus den besetzten ägyptischen Territorien.

<sup>7</sup> Über Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik an Israel wurde erstmals im Dezember 1957 zwischen Bundesminister Strauß und dem Generalsekretär im israelischen Verteidigungsministerium, Peres, im Privathaus von Strauß in Rott am Inn gesprochen. Die von Strauß „zugesagten Geräte und Waffen“ wurden „heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt“. Anschließend wurde „als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen Diebstahlsanzeige erstattet. Hubschrauber und Flugzeuge wurden ohne Hoheitszeichen nach Frankreich geflogen und von Marseille aus nach Israel verschifft.“ Vgl. STRAUSS, Erinnerungen, S. 342 und S. 345. Vgl. dazu auch SHINNAR, Bericht, S. 143 f. Vgl. ferner Dok. 49, Anm. 5.

Ab Sommer 1964 wurde die Bundesregierung zunehmend auf Waffenlieferungen an Israel angesprochen, darunter die Lieferung von 150 Panzern aus amerikanischer Produktion, die unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kol[onien]“ abgewickelt wurde. Am 26. Oktober 1964 gelangten erstmals Meldungen über die Waffenlieferungen an die Öffentlichkeit. Vgl. dazu AAPD 1964, II, Dok. 289 und Dok. 315. Vgl. dazu ferner AAPD 1965, I, Dok. 1, Dok. 2, Dok. 39 und Dok. 40.

So könne er die Auffassung von Außenminister Shamir nicht verstehen. Vor einem Jahr sei er, der BK, in Ägypten<sup>8</sup> gewesen und habe dort zusammen mit Präsident Mubarak den Ort besucht, wo Sadat ermordet worden sei<sup>9</sup>. Präsident Mubarak habe klar ausgeführt, was der Hintergrund für diesen Mord gewesen sei. Präsident Mubarak sei jetzt durch den Zwischenfall mit den palästinensischen Terroristen in eine schwierige Lage gekommen.<sup>10</sup> Er, der Bundeskanzler, habe die israelischen Politiker gefragt, mit wem sie Abmachungen treffen wollten, wenn nicht mit Mubarak. Das gleiche gelte auch für König Hussein und seinen Bruder<sup>11</sup>. Präsident Mubarak und König Hussein seien für einen Friedensprozeß im Nahen Osten äußerst wichtig. Weniger die Saudi-Araber. Das saudische Problem sei nicht Jerusalem, sondern Khomeini.

Man müsse die Gelegenheit ergreifen und mit den gemäßigten Führern im arabischen Lager reden. Er könne die Israelis gut verstehen, wenn er sich vorstelle, am See Genezareth zu sitzen und zu den Golan-Höhen hinaufzusehen. Er glaube aber offen gesagt nicht, daß die Siedlungspolitik eine erfolgreiche Politik sein könne. Es wäre schrecklich, wenn dieser neugegründete Staat sich selbst in Frage stelle. Vor zwei Wochen habe er ein Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten González geführt.<sup>12</sup> Er habe sich sehr für den spanischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft eingesetzt.<sup>13</sup> Bei dem letzten Treffen sei es u. a. um die Mittelmeerländer gegangen. Jeder wisse, daß der Export von Mittelmeerprodukten in die EG für Israel von existentieller Bedeutung sei. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich hier immer für eine vernünftige Lösung eingesetzt. Nach dem Ereignis in Tunis<sup>14</sup> hätten alle Länder der Gemeinschaft außer der Bundesrepublik Deutschland die Verhandlungen mit Israel abbrechen wollen.<sup>15</sup> Die deutsche Seite habe dies abgelehnt. Wir seien gegen jede Art wirtschaftlicher Sanktionen. Er habe das Gefühl, daß ein Teil der israelischen Führung einen ähnlich falschen Weg gehe. Er habe auch gelegentlich den Eindruck, daß ein Teil der amerikanischen Juden diesen radikalen Kurs unterstütze. Er wolle als letzten Punkt noch anfügen, daß es gelingen müsse, die Sowjetunion aus dem Nahost-Geschehen herauszuhalten. Deshalb sei

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 209 und Dok. 307.

<sup>9</sup> Präsident Sadat fiel am 6. Oktober 1981 in Kairo einem Attentat zum Opfer. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 289.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Entführung des Kreuzfahrtschiffs „Achille Lauro“, Dok. 281, Anm. 10.

<sup>11</sup> Hassan ibn Talal al-Haschemi.

<sup>12</sup> Ministerpräsident González besuchte am 30. September und 1. Oktober 1985 die Bundesrepublik. Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit González vgl. Dok. 265 und Dok. 267.

<sup>13</sup> Am 12. Juni 1985 wurde in Madrid der Vertrag über den EG-Beitritt Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 10–13.

<sup>14</sup> Zum Angriff der israelischen Luftwaffe am 1. Oktober 1985 auf das PLO-Hauptquartier in Tunis vgl. Dok. 281, Anm. 16.

<sup>15</sup> Am 14. Oktober 1985 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling, bei den Beratungen des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 9. bis 11. Oktober 1985 in Luxemburg sei zur Frage der Sitzung des Kooperationsrats EG–Israel am 22. Oktober 1985 vereinbart worden: „Im ‚restraint‘ sprach sich Mehrheit einschließlich D gegen Verschiebung aus. Hauptargumente: Man würde in solchem Fall kaum eine Rechtfertigung für ein neues Datum finden können. Die mit der TUR gemachten Erfahrungen sprächen gegen eine Verschiebung. Die Anhänger einer Verschiebung wiesen darauf hin, daß ISR das Zusammentreffen mit der EG kurz nach Angriff auf Tunis sicherlich weit publizieren und daß dies Verstimmung im arabischen Lager auslösen würde.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 200, Bd. 136696.

es seine Position, die USA zu unterstützen. Er wisse jedoch nicht, ob die Amerikaner handeln wollten. Es wäre schlimm, wenn in Ägypten Präsident Mubarak und in Jordanien König Hussein und sein Bruder nicht mehr die Zügel in der Hand hätten. Was werde dann geschehen? Er glaube nicht, daß bessere Politiker an ihre Stelle treten würden.

Herr *Kraft* fügte hinzu, eine ähnliche Situation bestehe in Israel. Auch er und seine Freunde seien besorgt. Die beste Lösung sei es, wenn Peres an der Spitze stehe. Er sei nicht sicher, was hinter den Kräften stehe, die die PLO beeinflussten. Er spreche von Syrien, das einen Erfolg der Gespräche verhindern wolle.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, Syrien wolle die Region dominieren. Dies werde ihm aber nicht gelingen. Die Situation bei den Palästinensern sei durch die Lager künstlich hervorgerufen worden. Es gebe Menschen, die in den Lagern am Rande des Existenzminimums und ohne Lebensperspektive aufgewachsen seien. Dies führe zwangsläufig zu Fanatismus. Diese Menschen lernten nichts, außer Palästinenser zu sein. Es handele sich um eine riesige manipulierbare Masse. Hinzu komme das demographische Problem der starken Zunahme der palästinensischen Bevölkerung.

Herr *Thursz* führte aus, die manchmal harte Haltung der amerikanischen Juden erkläre sich nicht aus einem schlechten Gewissen deswegen, weil sie nicht in Israel lebten. Die amerikanischen Juden fühlten sich als solche und wollten dies auch bleiben. Eine klare Minderheit der amerikanischen Juden sei der Meinung, man könne mit Arafat sprechen. Aber immer, wenn man im Begriff sei, einen Schritt zu tun, zeige er, daß er daran nicht interessiert sei. So frage man sich, mit wem man eigentlich sprechen könne. Das Problem der Palästinenser sei von den arabischen Staaten gezüchtet worden. Sie hätten die Palästinenser nicht in ihre Länder aufgenommen.

Der *Bundeskanzler* betonte, er habe als Bundeskanzler stets strikt darauf geachtet, daß die deutsche Position gegenüber Arafat und den Palästinensern nicht von der US-Position abweiche. Er sei wohl der einzige europäische Regierungschef, der diese Haltung einnehme. Er wolle auch bei dieser Haltung bleiben. Er habe lange mit König Hussein diskutiert.<sup>16</sup> Es sei die Frage, wie man Bewegung in die Situation hineinbringen könne. Jede Bewegung bringe natürlich auch ein Risiko mit sich. Die Aufgabe sei es, dieses Risiko möglichst klein zu halten. Dies könne in Zusammenarbeit mit König Hussein geschehen. Was die Entscheidungsfreiheit von Arafat angehe, so hege er Zweifel. Hinzu kämen noch die Schwierigkeiten der arabischen Politik. Er habe einmal Prinz Sultan die Frage gestellt, wie denn die Lage wäre, wenn Israel nicht bestehe. Es sei fraglich, ob dann die Region ruhig wäre.

Herr *Domberger* äußerte seine Zustimmung zu den Ausführungen des Bundeskanzlers. Er sei sehr beeindruckt als Mensch und als jüdischer Führer von allem, was der Bundeskanzler ausgeführt habe. Auf B'nai B'rith sei er stolz, weil die Mitglieder dieser Organisation keine Chauvinisten seien. Leider gebe es auch Juden, die nicht so vernünftig seien. Wie der Bundeskanzler sei er besorgt über die Lage in Israel. B'nai B'rith wolle helfen. Schon z. B. der Umstand, daß die so-

<sup>16</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 5. bis 7. Oktober 1983 in Jordanien auf und traf am 6. Oktober mit König Hussein zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1983, II, Dok. 291.

wjetischen Juden wissen, es werde für sie eingetreten, mache ihnen das Leben leichter. B'nai B'rith wäre glücklich, wenn der Bundeskanzler sich den guten Willen der Organisation im Dialog mit den USA und Israel zunutze machen würde. Es sei beabsichtigt, die Jugendarbeit mit Deutschland aufzubauen. Mit Frankreich habe man angefangen, da dort eine größere jüdische Gemeinschaft sei. Er bat den Bundeskanzler um Unterstützung bei dieser Aufgabe.

Der *Bundeskanzler* machte sein Interesse an der Arbeit der Organisation deutlich. An einem Thema sei er im besonderen Maße interessiert. Die Beziehungen zu Israel seien viel besser, als man gemeinhin glaube. Zwar gebe es manchmal Rückschläge, doch betrachte er die deutsch-israelischen Beziehungen nicht mit Sorge. Es gebe hier viel mehr Aktivitäten, als allgemein bekannt sei. So gebe es Zusammenarbeit bis hin zum militärischen Bereich. Sorge bereite ihm allerdings das amerikanische Judentum. Es gebe dort eine beachtliche Deutschfeindlichkeit oder zumindest, wenn man es freundlich ausdrücken wolle, eine kalte Neutralität. Leider gebe es viel Unkenntnis und Unverständnis. Er, der Bundeskanzler, habe in Bitburg<sup>17</sup> gesagt, er habe viel Verständnis für die Menschen, die Angehörige verloren hätten. Man könne sie nur um Vergebung bitten. Die Einstellung vieler amerikanischer Juden gegenüber der Bundesrepublik Deutschland könne aber im politischen Effekt gefährlich sein. Dabei müsse man die Lage der Bundesrepublik Deutschland sehen. Es sei entscheidend, auf welcher Seite sie stehe. Die Sowjetunion habe ihre Ziele nicht geändert. Wenn man Gorbatschow als Liberalen bezeichne, so sei das dumm. Ob die Triebfeder der sowjetischen Politik der Kommunismus oder der alte russische Imperialismus sei, könne dahingestellt bleiben. Die Sowjetunion werde keinen Krieg in Europa führen, denn er bedeute die Apokalypse. Die Sowjets seien eiskalte Rechner. Sie ließen Kriege lieber von anderen führen. Er glaube, die sowjetischen Führer wären froh, wenn sie nicht mehr mit Afghanistan belastet wären. Präsident Mitterrand habe ihm gesagt, er habe den Eindruck, Gorbatschow suche einen Ausweg aus dem afghanischen Dilemma.<sup>18</sup> Aber er finde ihn nicht. Was wolle die Sowjetunion? Sie wolle die Bundesrepublik Deutschland ohne Schuß auf ihre Seite bringen. Schon Lenin habe dieses Ziel verfolgt. Bei uns sei die Lage schon so, daß ein Großteil der deutschen Sozialdemokraten das Prinzip der Äquidistanz für richtig halte. Sie stellten Afghanistan und Nicaragua auf die gleiche Ebene. Man müsse erkennen, daß Freiheit nicht zum Nulltarif zu haben sei. Dies habe man bei der Stationierung der Pershing II erlebt. Der Bundeskanzler habe sie durchgesetzt. Auch die Verlängerung der Wehrpflicht<sup>19</sup>, die infolge der demographischen Entwicklung notwendig geworden sei, habe er durchgesetzt. Präsident Reagan habe versprochen, die Registrierung durchzuführen.<sup>20</sup> Dies sei aber bisher noch nicht erfolgt. Es sei zu spüren, wie man ver-

<sup>17</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

<sup>18</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 10. Oktober 1985 auf dem Flug nach Berlin (West); Dok. 277.

<sup>19</sup> Zum Entwurf der Bundesregierung vom 2. Oktober 1985 für ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes vgl. Dok. 269, Anm. 10.

<sup>20</sup> Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA ab Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.

Am 29. März 1975 gab Präsident Ford bekannt, daß auch die Erfassung („registration“) männlicher

suche, uns psychologisch den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Mit Neutralismus, Antiamerikanismus und Nationalismus. Er, der Bundeskanzler, werde seine Position halten. Hierzu brauche er jedoch Unterstützung. Die Unterstützung, die von den USA ausgehe, sei leider minimal. Er spreche hier nicht von Präsident Reagan, sondern von der veröffentlichten Meinung. Man brauche sich nur einmal die Ostküstenzeitungen anzusehen. Viele bezögen ihre Kenntnisse über die Bundesrepublik Deutschland nur aus Spiegel, Stern und Zeit. Der Spiegel sei absolut destruktiv. Er vertrete eine Pseudophilosophie des Kulturpessimismus und der Hoffnungslosigkeit und sei von brutalem Nihilismus geprägt. Sie seien gegen die Amerikaner, aber hätten vorsichtshalber eine Ranch in Arizona. Hier könne B'nai B'rith International viel tun. Die amerikanischen Juden seien ein Teil der Elite der USA und gehörten zur intellektuellen Oberschicht. Es wäre gut, wenn man die Realitäten in Deutschland deutlich dem amerikanischen Publikum bewußt machen würde. Für ihn, den Bundeskanzler, sei es eine ganz entscheidende politische Frage, daß die Bundesrepublik Deutschland irreversibel im Westen verankert sei. Wenn Deutschland schwanke, wer solle Europa halten? Wenn B'nai B'rith dabei hilfreich sein könnte, sachliche und zutreffende Informationen über die Bundesrepublik Deutschland zu geben und Vorurteile in Kreisen der amerikanischen Juden abzubauen, wäre dies sehr hilfreich.

Herr Thursz bezeichnete die Analyse des Bundeskanzlers als zutreffend. Seit Bitburg sei dies immer klarer geworden. Während zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland intensive Bemühungen stattgefunden hätten, habe man im Kreis der amerikanischen Juden nicht versucht, über 1945 hinauszukommen. Hier müsse noch eine große Mauer niedergerissen werden. Dieser Aufgabe sehe sich B'nai B'rith International gegenüber. Hierzu brauche man einen Plan und brauche Geld. Die Zeit dränge, denn eine Wandlung lasse sich nicht über Nacht erreichen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, er sei für die europäischen Linken der „Amerikaner“. Dies lasse ihn gleichgültig, denn es treffe zu, daß er ein Freund der Amerikaner sei. Ohne die Amerikaner wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht, was sie heute ist. Die Deutschen hätten auch nicht vergessen, was die Amerikaner nach dem Krieg für sie getan hätten. Es sei uns jedoch nicht gelungen, das Verhältnis zu den amerikanischen Juden klarzustellen. Er nehme gerne das Angebot von B'nai B'rith International an.<sup>21</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1453*

Jugendlicher im Alter von 18 bis 26 Jahren eingestellt werde. Vgl. dazu FEDERAL REGISTER 40 (1975), S. 14567.

Am 2. Juli 1980 unterzeichnete Präsident Carter die „Proclamation 4771“, mit der die Registrierung der Wehrpflichtigen wiedereingeführt wurde. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980–81, S. 1275–1277.

- <sup>21</sup> Am 20. Dezember 1985 stellte Gesandter Wallau, Washington, nach einem Gespräch mit Vertretern der Anti-Defamation League of B'nai B'rith am 13. Dezember 1985 in New York fest: „Bis auf das Jewish American Committee (AJC) sind die amerikanischen jüdischen Organisationen noch mitten im ersten Stadium eines Umdenkens gegenüber Deutschland begriffen. Auch bei der durchaus glaubwürdigen Bereitschaft einiger wichtiger führender Persönlichkeiten, den Dialog mit uns langsam zu beginnen, muß immer noch mit ablehnenden Reaktionen aus der Mitgliedschaft gerechnet werden. [...] Wichtigstes Anliegen der ADL schien schließlich der Vorschlag, zusammen mit einer deutschen Stelle eine Erhebung über Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. [...] Wenn wir längerfristig eine größere Aufgeschlossenheit der amerikanischen Juden erreichen wollen, muß über das Ausmaß eines latenten Antisemitismus in Deutschland geredet

Herr *Thursz* fuhr fort, es gebe gewisse praktische Fragen. Eine Beamtin habe fünf Jahre lang an der Botschaft Washington gewirkt und dabei großartige Arbeit geleistet. Diese Beamtin sei jetzt abgezogen worden und werde nicht ersetzt. Sie sollte unbedingt einen Nachfolger haben.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, daß er von diesem Sachverhalt zum ersten Mal höre.

Herr *Thursz* regte ferner noch die Bildung eines Arbeitsstabes an, der sich mit den vorher skizzierten Fragen beschäftige.

Der *Bundeskanzler* bat die Vertreter von B'nai B'rith, ihm ihre Vorschläge schriftlich vorzulegen. Er werde dann auf unserer Seite entsprechende Persönlichkeiten benennen. Es sei auch zu überlegen, ob er nicht bei seinem nächsten Aufenthalt in den USA<sup>22</sup> – vielleicht im Frühjahr nächsten Jahres<sup>23</sup> – mit einem Kreis von jüdischen Persönlichkeiten zusammentreffe und mit diesen diskutiere.

Herr *Kraft* bemerkte hierzu, er habe diese Einladung aussprechen wollen. Man brauche einen Kreis, in dem die verschiedenen politischen Strömungen des amerikanischen Judentums vertreten seien. Er sei gerne bereit, eine solche Runde zu arrangieren.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß man eine solche Diskussion für das nächste Frühjahr in Aussicht nehmen könne. Er denke dabei an einen überschaubaren Kreis. Reden sollten nicht gehalten werden, sondern man solle sich auf eine offene Diskussion beschränken. Er erwarte nun zunächst einen Brief von B'nai B'rith International mit der Benennung von Mitgliedern des Arbeitsstabes.<sup>24</sup> Einen Termin für ein Zusammentreffen in Washington werde er in Aussicht nehmen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1454*

werden. Gleichgültig, was man von dem Wert von Meinungsumfragen hält – es ist das einzige hier einigermaßen akzeptierte Instrument, das die festgeformten Ansichten in den jüdischen Organisationen auflockern könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5835; Referat 204, 135296.

<sup>22</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Vertretern von Organisationen amerikanischer Juden am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 298.

<sup>23</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte vom 20. bis 24. Oktober 1985 die USA.

<sup>24</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete über ein Gespräch mit dem Präsidenten von B'nai B'rith International, Kraft, am 9. Dezember 1985: „Kraft unterrichtete mich über die getrennten Vorschläge des Bundeskanzlers und des Bundestagspräsidenten, gemeinsame Arbeitsgruppen zur Vertiefung der Überlegungen einzurichten. Ich wies in diesem Zusammenhang auf die für Anfang Februar geplante Reise von Walther Leisler Kiep und Erik Blumenfeld hin, die mit den jüdischen Organisationen Verbindung aufnehmen wollen, und vertrat die Ansicht, daß es besser wäre, erst einmal das Ergebnis dieser Kontakte abzuwarten und ihre Ratschläge einfließen zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5736 vom 13. Dezember 1985; Referat 204, Bd. 135296.

## 283

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-14815/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1608  
Citissime

Aufgabe: 15. Oktober 1985, 19.38 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 15. Oktober 1985, 19.56 Uhr

Betr.: Konsultationen in der Allianz zur Vorbereitung des amerikanisch-sowjetischen Gipfels in Genf (19./20. November 1985)<sup>2</sup>;  
hier: Sondersitzung des Rates auf Ministerebene

## Zur Unterrichtung

## I. Zusammenfassung

1) Die Konsultationen im Rat auf Außenministerebene am 15. Oktober 1985 verliefen in harmonischer Atmosphäre. Die Bündnispartner waren bis auf E, LUX, GB, KAN und F durch die Außenminister<sup>3</sup> vertreten; GB, F und KAN hatten Staatsminister (Timothy Renton, Catherine Lalumière) bzw. Staatssekretär (Taylor) entsandt. Die Beratungen wurden mit einer Erklärung von Außenminister Shultz eingeleitet. Es ergab sich weitgehende Übereinstimmung über die im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Genfer Gipfels und der Genfer Abrüstungsverhandlungen<sup>4</sup> angesprochenen Fragen. Alle Sprecher bewerteten Zeitpunkt, Art und Intensität der Konsultationen als eine ausgezeichnete Vorbereitung des gesamten Bündnisses auf den Genfer Gipfel und zeigten sich befriedigt über die bisherige laufende Unterrichtung über den Stand der Genfer Verhandlungen.

## 2) Hervorzuheben ist:

a) Secretary Shultz teilte die jüngste Entscheidung Präsident Reagans als Ergebnis einer Sitzung vom 11.10.85 mit, wonach ungeachtet rechtlich möglicher anderer Auslegungen<sup>5</sup> die bisherige restriktive Interpretation des ABM-Vertrages weiterhin Grundlage des amerikanischen SDI-Programms sei. Vor irgendwelchen, von dieser Haltung abweichenden Entscheidungen würden die USA in der Allianz konsultieren und mit der Sowjetunion verhandeln. Diese Erklärung wurde von BM, der als zweiter Redner nach Shultz das Wort ergriff, und allen anderen Sprechern (B, NL, I, LUX, DK und GB) unterstützt.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 18. Oktober 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Ploetz am 18. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>3</sup> Giulio Andreotti (Italien), Hans van den Broek (Niederlande), Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Jaime Gama (Portugal), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland), Vahit Melih Halefoglu (Türkei), Geir Hallgrímsson (Island), Karolos Papoulias (Griechenland), George P. Shultz (USA), Sverre Thorkild Stray (Norwegen) und Leo Tindemans (Belgien).

<sup>4</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262 und Dok. 270.

<sup>5</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279.



b) Europäische Außenminister bzw. Sprecher regten übereinstimmend an, die positiven Elemente des sowjetischen Vorschlags<sup>6</sup> aufzugreifen und sie in einem konstruktiven Ansatz für neue westliche Vorschläge zu nutzen. BM fand Zustimmung für seinen Hinweis, daß in den sieben Punkten Nitzes (DE Nr. 208 vom 8.10.85 – 220-370.00 SB-1751/85 VS-v)<sup>7</sup> Ausgangspunkte für einen solchen Ansatz enthalten seien. GB hält die Vorlage eines neuen westlichen Vorschlages aus taktischen Gründen noch vor dem Genfer Gipfel für zweckmäßig. KAN und I setzten Akzent hier anders: US dürfe nicht überfordert werden, weitere Prüfung der sowjetischen Gegenvorschläge in Genf sei nötig.

c) Einig waren sich die Außenminister darüber, daß der Genfer Gipfel im Gesamtkontext der Bemühungen um Stabilisierung und weitere Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses stehen müsse und daß Rüstungskontrollfragen ein gewichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang seien. NL und DK legten Akzent besonders auf Rüstungskontrollthemen. Schwierigkeiten bei anderen Themen dürften kein Alibi für mangelnde Fortschritte im Rüstungskontrollbereich sein.

## II. Im einzelnen

1) Außenminister Shultz äußerte sich zufrieden, Gelegenheit zu haben, auf Ministerebene in Konsultationen mit den Bündnispartnern zur Vorbereitung des Gipfels eintreten zu können. Der Rat der Bündnispartner werde geschätzt. Die Einigkeit, die das Bündnis gezeigt habe, habe sich in der Vergangenheit ausgezahlt (Rückkehr der SU an den Verhandlungstisch) und habe es ermöglicht, mit der Sowjetunion in Genf die Vereinbarung vom 8. Januar 1985<sup>8</sup> abzuschließen.

Auch jetzt seien die Vereinigten Staaten bereit, Fortschritte zu machen, allerdings seien die sowjetischen Vorschläge in der gegenwärtigen Form nicht akzeptierbar, obwohl man positive Elemente erkennen könne.

Seit einem Tiefpunkt der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zur Zeit des Madrider Folgetreffens<sup>9</sup> hätten sich die Beziehungen seitdem verbessert. Es sei inzwischen eine Arbeitsgrundlage entstanden, obwohl sachlich noch keine Fortschritte erzielt worden seien. Diese Arbeitsgrundlage habe sich in bilateralen, regionalen und Menschenrechtsfragen ergeben, besonders aber seit Genf im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Die USA hätten die Absicht, die sich ausdehnenden Kontakte zu nutzen und zu größerer Stabilität in den Beziehungen zu gelangen. Dies sei besonders deswegen wichtig, um die in der Vergangenheit zu verzeichnenden extremen Ausschläge in Zukunft zu vermeiden und die Beziehungen in ruhigere, konstante Bahnen zu lenken.

<sup>6</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>7</sup> Mit Drahterlaß Nr. 208 vom 8. Oktober 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat Schmidt der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Instruktionen für die Unterrichtung des NATO-Rats am folgenden Tag durch den Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Vgl. VS-Bd. 11279 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Über die von Nitze in der Unterredung genannten sieben Punkte berichtete Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel NATO, am 9. Oktober 1985. Vgl. dazu Dok. 274, Anm. 9.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>9</sup> In Madrid tagte vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die KSZE-Folgekonferenz. Zu den Ergebnissen vgl. AAPD 1983, II, Dok. 223.

In diesem Zusammenhang komme dem Treffen Reagan–Gorbatschow große Bedeutung zu. Es werde ein wichtiger Schritt in einem Prozeß sein, aber nur der Teil eines Gesamtprozesses. Präsident Reagan habe die Absicht, die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Großmächten positiv zu gestalten.

Die Sowjetunion konzentriere sich im Augenblick außerordentlich stark auf Rüstungskontrollfragen und hier besonders auf SDI. Die USA seien bereit, diese Bereiche zu diskutieren, wollten jedoch andere wichtige Bereiche nicht ausklammern. Man müsse sich erinnern, daß durch die Entwicklung in Afghanistan SALT II aus den Angeln gehoben sei und daß das Gesamtverhalten der Sowjetunion durchaus auch negative Auswirkungen auf den Abrüstungsprozeß haben könne. Das amerikanische Vertrauen in die Zusammenarbeit auf diesem Sektor mit der Sowjetunion habe durch die sowjetische Aufrüstung, die Nichtbeachtung von bestehenden Rüstungskontrollabkommen, insbesondere des ABM-Vertrages<sup>10</sup>, gelitten. Allerdings seien auch positive Aspekte zu verzeichnen, etwa in Stockholm.<sup>11</sup> Der wichtigste positive Aspekt seien die konkreten Vorschläge der Sowjetunion in Genf. Das gelte besonders dann, wenn es<sup>12</sup> eine wirkliche Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion signalisiere. Man habe jetzt Gelegenheit, konkret mit der Sowjetunion zu sprechen. Man solle aber nicht Dinge herbeizaubern wollen, die nicht existierten. Die sowjetischen Vorschläge seien einseitig und enthielten Fußangeln trotz der nicht zu leugnenden positiven Elemente. Das positivste Element sei der Vorschlag für wirkliche Reduzierungen. Dies sei ein bedeutender Fortschritt, wenn man sich vor Augen halte, daß die Sowjetunion in der Vergangenheit entsprechende amerikanische Vorschläge stets zurückgewiesen habe (drastische Reduzierungsvorschläge von Vance März 77<sup>13</sup> in Moskau<sup>14</sup>). Die konkreten Vorschläge der Sowjetunion könnten Möglichkeiten eröffnen. Im INF-Bereich seien jedoch viele Punkte noch unklar und seien so nicht akzeptabel. Positiv sei folgendes zu sehen:

a) Zum ersten Male habe die Sowjetunion die Bereitschaft signalisiert, amerikanische INF-Stationierungen in Europa hinzunehmen.

b) Es seien Andeutungen gefallen, den INF-Bereich von den beiden anderen Bereichen zu trennen.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Botschafter Ruth hielt am 6. November 1985 fest: „Am 31.10.1985 fand eine von amerikanischer Seite angeregte ausführliche Unterrichtung über sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabkommen statt [...]. Bei der Darstellung der sowjetischen Verstöße stützte sich die amerikanische Seite weitgehend auf den 2. Compliance-Bericht des amerikanischen Präsidenten an den Kongreß vom 1. Februar 1985 [...]. Sie vertiefte die darin enthaltenen Informationen hinsichtlich des sowjetischen Verstoßes gegen den ABM-Vertrag durch den Bau einer Großradaranlage bei Krasnojarsk; sowjetischen Verstoßes gegen SALT II durch die Indienstellung eines zweiten (neuen) Typs einer ICBM (der SS-25); sowjetischen Verstoßes gegen SALT II durch Verschlüsselung wichtiger, während Testflügen von ballistischen Raketen übertragener Daten.“ Vgl. VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1985

<sup>11</sup> Zur KVAE vgl. Dok. 243.

<sup>12</sup> So in der Vorlage.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „Januar 77“.

<sup>14</sup> Zu den Rüstungskontrollvorschlägen, die der amerikanische Außenminister Vance bei seinem Aufenthalt vom 27. bis 30. März 1977 in Moskau unterbreitete, vgl. AAPD 1977, I, Dok. 82.

<sup>15</sup> In seiner Rede vor französischen Parlamentariern am 3. Oktober 1985 in Paris führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu den Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa aus: „Um eine Vereinbarung über deren schnellstmögliche beiderseitige Reduzierung zu erleichtern – woran man, wie man uns oft gesagt hat, auch in Westeuropa äußerst interessiert ist –, halten wir es

c) Die Sowjetunion habe anerkannt, daß die französischen und britischen Systeme kein geeignetes Objekt für die sowjetisch-amerikanischen Gespräche bilden könnten.

d) Die Sowjetunion habe auch die Tatsache realisiert, daß beide Seiten im Bereich der Abwehr strategischer Waffen Forschungen betrieben.

Insgesamt seien die sowjetischen Vorschläge ein „mixed bag“. Harte Verhandlungen seien erforderlich. Die amerikanische Regierung werde sich von folgenden Kriterien leiten lassen: Stabilität, Gleichheit, Verifizierbarkeit, tiefe Reduzierungen. Dabei müßte die amerikanische Seite nicht nur die europäischen, sondern auch die Interessen der asiatischen Verbündeten wahrnehmen. Zu der Frage der Beachtung des ABM-Vertrages machte Außenminister Shultz folgende Bemerkungen: Präsident Reagan habe als Ergebnis einer Sitzung am Freitag, dem 11. Oktober 1985 nochmals bestätigt, daß die bisherige restriktive Interpretation des ABM-Vertrages weiterhin Grundlage des amerikanischen SDI-Programms sein werde. Allerdings habe die Bedeutung, die dem ABM-Vertrag zugemessen werden müsse, dazu geführt, daß man sich auf amerikanischer Seite veranlaßt gesehen habe, den ABM-Vertrag einem intensiven Studium zu unterwerfen. Die Prüfung auch der Verhandlungsprotokolle und begleitenden Dokumente habe ergeben, daß die Sowjetunion seinerzeit ein größeres Interesse an der Entwicklung von Verteidigungswaffen gehabt habe als die USA. Die USA hätten die Möglichkeiten für eine strategische Verteidigung einschränken, die Sowjetunion sie ausdehnen wollen. Das Ergebnis der rechtlichen Überprüfungen sei, daß der ABM-Vertrag einen großen Umfang entsprechender Aktivitäten erlaube, wenn diese auf neuen physikalischen Prinzipien beruhten. Daher sei eine entsprechende weite Auslegung des Vertrages gerechtfertigt. Man werde sich aber an die bisher geübten Auslegungsregeln halten. Falls die amerikanische Regierung sich jedoch zu einer Änderung der Auslegung des ABM-Vertrages veranlaßt sehen werde, werde diese Frage vorher mit den Alliierten konsultiert und mit der Sowjetunion verhandelt. Bei einer Neubewertung der Auslegungsmöglichkeiten des ABM-Vertrages werde auch das entsprechende Verhalten der Sowjetunion eine Rolle spielen. Außenminister Shultz wurde beim Vortrag dieser amerikanischen Auffassungen von Judge Sofaer, dem Rechtsberater des Secretary of State, unterstützt.

Bei Behandlung der regionalen Fragen auf dem Gipfel in Genf komme es drauf an, einen Weg zu finden, um <sup>16</sup>Spannungen abzubauen, und eine Basis, Schwierigkeiten konstruktiv zu behandeln.<sup>17</sup> Ansätze dafür seien bereits durch die Konsultationen mit der Sowjetunion über regionale Bereiche, wie Südafrika, Afghanistan, Ostasien, Naher Osten und demnächst Mittelamerika, gemacht worden. Die Vereinigten Staaten beabsichtigten, diese Konsultationen zu regularisieren und zu systematisieren. Man habe auch die Absicht, bei der Behand-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1458*

für möglich, ein entsprechendes Abkommen gesondert, ohne unmittelbaren Zusammenhang mit dem Problem der Weltraum- und strategischen Rüstungen, abzuschließen.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 507–518.

<sup>16</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1609 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985. Vgl. Anm. 1.

<sup>17</sup> So in der Vorlage.

lung der regionalen Probleme im Einzelfall hinzuwirken auf einen Prozeß nationaler Versöhnung, militärischen Disengagements und Wiederaufbau.

Im Bereich Menschenrechte sei eine Änderung der sowjetischen Haltung eingetreten, zumindest im Stil. Die sowjetische Bereitschaft, auch Einzelfälle zu erörtern, würden die Vereinigten Staaten aufgreifen. Man denke insbesondere an die Fälle von getrennten Ehepartnern, Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit und an Einzelfälle wie Sacharow, Schtscharanskij und Orlow. Auch im bilateralen Verhältnis werde auf eine Ausweitung der Kontakte gesetzt. Außenminister Shultz erwähnte hier die Eröffnung von Konsulaten in New York und Kiew sowie Luftsicherheitsfragen.<sup>18</sup>

Ob als Ergebnis des Genfer Gipfels eine gemeinsame Erklärung oder Communiqué verabschiedet werde, sei noch offen. Die Vereinigten Staaten würden einer schriftlichen Erklärung dann zustimmen, wenn konkrete Fortschritte mitgeteilt werden könnten.

Außenminister Shultz sagte zu, daß nach dem Gipfeltreffen die Bündnispartner individuell und im Rahmen der Allianz über Inhalt und Bewertung des Treffens unterrichtet werden würden.

2) Bundesminister dankte in seiner Intervention für die Gelegenheit zu vertrauensvollen eingehenden Konsultationen mit dem amerikanischen Außenminister zur Vorbereitung des Genfer Gipfels. Übereinstimmende Positionen der Bündnispartner und die Tatsache der Unterstützung der USA durch die Bündnispartner seien wichtig für das sowjetische Verhalten. Die Sowjetunion habe nach wie vor die Absicht, einen Keil zwischen die USA und die westeuropäischen Bündnispartner zu treiben.

Die Begegnung in Genf solle einer konstruktiven Gestaltung der politischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten und dem Westen und den Ländern des Warschauer Paktes insgesamt dienen. Dazu gehöre auch die Behandlung regionaler Krisenherde. Dabei müsse der Grundsatz der Zurückhaltung oberstes Gebot sein. Dies bedeute auch Beendigung der Intervention in Afghanistan.<sup>19</sup> Es komme darauf an, zwischen West und Ost mehr Stabilität zu schaffen. Diese Stabilität müsse dann auch einwirken auf den Rüstungskontrollbereich.

BM dankte für die intensive und ausführliche Unterrichtung durch die amerikanische Seite über den Inhalt der sowjetischen Gegenvorschläge. Natürlich müsse man die Fußangeln sehen, z.B. das Verbot von Marschflugkörpern mit einer Reichweite von über 600 km und die unakzeptable sowjetische Bestimmung des Begriffes strategisch. Es seien aber auch positive Elemente erkennbar, auf die Botschafter Nitze im Nordatlantikrat hingewiesen habe. Es komme darauf an, die Sowjetunion an der Erklärung vom 8. Januar 1985 festzuhalten. Schon diese Erklärung stehe im Widerspruch zu der sowjetischen Definition von strategischen Waffen. Ein wichtiger Punkt sei in diesem Zusammen-

<sup>18</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Luftsicherheit und die Eröffnung von Generalkonsulaten in Kiew und New York vgl. Dok. 214, Anm. 8.

<sup>19</sup> Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Am 27. Dezember 1979 wurde in Kabul Präsident Amin getötet. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

hang, das richtige Verhältnis zwischen offensiven und defensiven Waffen zu beschreiben. Es müßten kooperative, politische Lösungen bzw. Zwischenlösungen angesichts noch unbekannter technischer Entwicklungen angestrebt werden.

Bundesminister begrüßte ausdrücklich die Erklärung Außenminister Shultz' zur Frage der Auslegung des ABM-Vertrages und der Absicht, vor etwaigen weitergehenden Schritten zu konsultieren und zu verhandeln. Hier sei die Wahrung der politischen Kontinuität die entscheidende Richtschnur.

Bundesminister bat amerikanische Seite, der Erörterung des Verbots chemischer Waffen in Genf<sup>20</sup> eine wichtige Rolle zuzuweisen und den sowjetischen Versuchen, das Problem zu regionalisieren, entgegenzutreten. Präsident Reagan solle sich zum Fürsprecher der ganzen Welt machen und die Sowjetunion drängen, einer weltweiten Lösung zuzustimmen. Es sei ein moralisch begründeter Ansatz, darauf hinzuweisen, daß es nicht nur darauf ankomme, Europa von chemischen Waffen zu befreien, sondern daß diese auch andere Teile der Welt bedrohten.

Unter Berücksichtigung der sieben Punkte von Botschafter Nitze solle es zur Ausarbeitung einer westlichen Position kommen. Dabei müßten die rüstungskontrollpolitischen Vorschläge eingebettet werden in die Gesamtheit der Vorschläge für eine Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den USA und zwischen Ost und West insgesamt, d. h. es müßten die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Bereiche einbezogen werden im Sinne der Konzeption von Harmel<sup>21</sup>. Es gelte, für die Sowjetunion Anreize für ein konstruktives und vernünftiges Verhalten zu bieten. Die Sowjetunion habe an einer solchen Entwicklung u. a. wegen der Notwendigkeit der Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft ein hohes eigenes Interesse.

3) NL, B, DK sowie LU betonten die besondere Bedeutung des Rüstungskontrollaspektes bei dem bevorstehenden Genfer Gipfel. Die übrigen Bereiche könnten positive Impulse geben und dürften nicht vernachlässigt werden, sollten aber nicht als Alibi für fehlende Fortschritte im Rüstungskontrollbereich dienen. Man werde sich bemühen, zu hohe Erwartungen, die in der Öffentlichkeit an den bevorstehenden Gipfel gestellt würden, zu dämpfen. Das öffentliche Interesse sei jedoch außerordentlich lebhaft.

Alle europäischen Sprecher sprachen sich dafür aus (zurückhaltendere Tendenz bei KAN und I: Man müsse die weiteren Verhandlungen in Genf noch abwarten), nunmehr neue westliche Vorschläge vorzulegen, etwa auf der Basis der sieben Punkte Nitzes. Die westliche Öffentlichkeit erwarte weniger konkrete Ergebnisse des Gipfels als die Vermittlung des Eindrucks, daß der Westen die sowjetischen Vorschläge geprüft und in konstruktiver Weise durch eigene neue Schritte darauf eingegangen sei. Die sowjetischen Gegenvorschläge müßten als Eröff-

<sup>20</sup> Zu den Verhandlungen bei der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Abkommen zu einem Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 164.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigegeben war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

nungsangebot behandelt werden. Die Flexibilität der Sowjetunion müsse ausgelotet werden. Es sei besser, die Sowjetunion müsse zu neuen westlichen Vorschlägen: „Yes, but“ sagen, als der Westen „Yes, but“ zu den sowjetischen Gegenvorschlägen. GB hielt es für taktisch vorteilhaft, daß die westlichen Vorschläge vor dem Genfer Gipfel vorgelegt würden.

Die Erklärungen von Außenminister Shultz zu der Frage der Auslegung des ABM-Vertrages durch die USA wurden von allen Sprechern begrüßt.

Der niederländische Außenminister merkte zu dem vom französischen Staatsminister wiederholten französischen Standpunkt zu den Drittstaatensystemen an, es sei auf lange Sicht wünschenswert, zu diskutieren, wie die Allianz das Problem lösen wolle. Es werde nicht ausreichen, die Existenz dieses Problems zu leugnen.<sup>22</sup>

Zur Frage der Behandlung der Drittstaatensysteme bezog sich britischer Staatsminister auf die Äußerung von Außenminister Howe: We have never said never. Aber erst, wenn sich die gegenwärtige Lage grundsätzlich ändere, sei Anlaß zur Prüfung gegeben, welchen Beitrag Großbritannien auf diesem Gebiet machen könne.

NL Außenminister teilte ferner mit, daß NL Regierung am 1. November 1985 die Stationierungsentscheidung bekannt geben werde. Er zeigte sich zuversichtlich, die vorher stattfindende schwierige Parlamentsdebatte bestehen zu können. Der Sowjetunion habe man signalisiert, daß die Entscheidung der Niederlande vom 1. Juni 1984<sup>23</sup> sich auf die globale SS-20- und nicht auf die europäische SS-20-Zahl bezogen habe.

[gez.] Hansen

**VS-Bd. 12992 (204)**

<sup>22</sup> Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Müller handschriftlich: „Richtig!“

<sup>23</sup> Zur Haltung der niederländischen Regierung hinsichtlich der Stationierung amerikanischer Marschflugkörper vgl. Dok. 82, Anm. 36.

## Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan

Geheim

16. Oktober 1985<sup>1</sup>

Lieber Ron,

ich danke Ihnen für Ihre Botschaft vom 25. September 1985<sup>2</sup>, in der Sie mich über Ihre Überlegungen für das Treffen mit Generalsekretär Gorbatschow unterrichten.<sup>3</sup> Gleichzeitig danke ich Ihnen und Außenminister Shultz für die schnelle und umfassende Unterrichtung über die New Yorker und Washingtoner Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse.<sup>4</sup>

Die Bundesregierung hat die amerikanische Mitteilung begrüßt, daß diese Gespräche in einigen Bereichen etwas in Bewegung gesetzt haben. Ich teile Ihre Hoffnung, daß das Genfer Treffen der Anfang einer produktiveren Phase in den West-Ost-Beziehungen werden und dazu genutzt werden möge, diese Beziehungen im positiven Sinn zu beeinflussen.

Die Geschlossenheit des Bündnisses bleibt eine wichtige Voraussetzung für Ihren Erfolg in Genf. Ich begrüße daher nachdrücklich Ihre Bereitschaft zu engen Konsultationen auf allen Ebenen. In diesem Zusammenhang werte ich die von Außenminister Shultz bei der besonderen Tagung des NATO-Rates auf Außenministerebene am 15.10.1985 im Hinblick auf die SDI-Forschung zur Interpretation des ABM-Vertrages abgegebene Erklärung als positiv.<sup>5</sup>

Besonders freue ich mich auf die Gelegenheit zu einem eingehenden Gespräch

<sup>1</sup> Ablichtung.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, übermittelte das Schreiben „zur Vorbereitung der Konsultationen für das Gipfeltreffen am 24. Oktober 1985 in New York“ am 16. Oktober 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert. Dazu führte er aus: „Wegen der großen Eilbedürftigkeit ist der englische Text des Schreibens von hier aus bereits vorab telegraphisch dem Weißen Haus direkt zugegangen. Ich wäre dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, daß das Auswärtige Amt über unsere Botschaft in Washington für die Überreichung des Originalschreibens und der Übersetzung Sorge trägt.“

Hat Legationssekretär Tempel am 16. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Original an Bo[tschaft] Washington abgesandt. 2) Engl[ischer] Text als F[ern]S[chreiben] an Bo. Wash[ington] vorab.“ Außerdem verfügte er die Übermittlung von Ablichtungen an das Ministerbüro, an Ministerialdirektor Edler von Braunmühl, Vortragenden Legationsrat von Ploetz und Botschafter Ruth sowie an die Referate 201, 204 und 220.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 17. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich anmerkte: „D 2 hat Kopie“.

Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 25. September 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. den Drahterlaß Nr. 1159 des Legationsrats Quelle vom 30. September 1985 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 12975 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>4</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse führte am 27. September 1985 in Washington Gespräche mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz. Vgl. dazu Dok. 264.

<sup>5</sup> Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 in Brüssel vgl. Dok. 283.

mit Ihnen nächste Woche in New York.<sup>6</sup> Ich möchte Ihnen schon heute einige Überlegungen mitteilen, die mich im Hinblick auf Ihre bevorstehende Begegnung mit Generalsekretär Gorbatschow bewegen.

Der Zeitpunkt erscheint mir besonders günstig, zusammen mit dem neuen Generalsekretär der KPdSU den Versuch zu unternehmen, die West-Ost-Beziehungen langfristig auf eine stabilere Grundlage zu stellen. Die neue sowjetische Führung scheint mir die eigenen Schwächen des sowjetischen Systems schärfer zu sehen als ihre Vorgänger. Einige Äußerungen Generalsekretär Gorbatschows zum Lebensstandard der sowjetischen Bevölkerung und zu den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen lassen Bestrebungen erkennen, seinem Lande zusätzliche Rüstungsausgaben zu ersparen und zu diesem Zweck konstruktivere Beziehungen zum Westen herzustellen. Wir sollten deshalb keine Chance versäumen, im umfassenden Sinne auszuloten, wo Möglichkeiten der Verständigung liegen könnten.

Der Themenkatalog, den Sie für das Treffen in Genf vorgesehen haben, erscheint mir gut gewählt.

An erster Stelle sehe ich die Notwendigkeit, den politischen Dialog zwischen Ihrem Land und der Sowjetunion auf breiter Grundlage und auf allen Ebenen kontinuierlich fortzuführen, um damit einen wichtigen Impuls für die West-Ost-Beziehungen insgesamt zu liefern. Das sowjetische Interesse an einer Anerkennung als gleichberechtigte Großmacht sollte genutzt werden, um der sowjetischen Seite die Notwendigkeit der Respektierung eines entsprechenden Verhaltenskodex deutlich zu machen.

In unserer gemeinsamen Erklärung vom 30.11.1984 in Washington<sup>7</sup> haben wir wesentliche Grundsätze eines solchen Verhaltenskodex zusammengestellt. Ich könnte mir vorstellen, daß darin enthaltene Punkte ein Grundmuster für die künftigen West-Ost-Beziehungen darstellen könnten:

- Anerkennung der gegenseitigen legitimen Sicherheitsinteressen auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Beteiligten.
- Verzicht auf Militärpotentiale, die über die legitimen Verteidigungserfordernisse hinausgehen.
- Bekräftigung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Verbots der Androhung oder Anwendung von Gewalt.<sup>8</sup>
- Weltweite Mäßigung und verantwortungsbewußte Zurückhaltung im Interesse der internationalen Stabilität und des Weltfriedens.

Ihre Absicht, regionale Fragen eingehend zu behandeln, unterstütze ich deshalb nachdrücklich.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan vom 30. November 1984 vgl. BULLETIN 1984, S. 1313–1315.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Artikels 2 Absatz 4 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 437.



Für die Intensivierung des politischen West-Ost-Dialoges sind Fortschritte bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen<sup>9</sup> von entscheidender Bedeutung.

Die von Generalsekretär Gorbatschow unterbreiteten Vorschläge<sup>10</sup> bieten – bei aller hinsichtlich der Details gebotenen Skepsis – die Gelegenheit für einen Fortgang der Verhandlungen. Diese Vorschläge sind wegen ihrer Unausgewogenheit und Einseitigkeit nur als Eröffnungsposition zu qualifizieren. Nunmehr liegen aber auch konkrete sowjetische Vorstellungen auf dem Verhandlungstisch in Genf, über die verhandelt werden kann. Dieses Momentum in den Verhandlungen gilt es zu nutzen, und hierin liegt die eigentliche grundsätzliche Bedeutung des sowjetischen Verhandlungsangebotes. Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß die Sowjetunion ihre bisherige Bedingung eines Verbots der defensiven weltraumgestützten Systeme aufrechterhält, so würde es ihr schwerfallen, Verhandlungen in Genf über ihre eigenen Vorschläge zu verweigern.<sup>11</sup>

Es wird aber auch wesentlich darauf ankommen, inwieweit der Westen durch eigene, über eine Analyse der sowjetischen Vorschläge hinausgehende, konkrete Gegenvorschläge den Verhandlungsprozeß voranzubringen vermag. Mit solchen neuen Gegenvorschlägen würde der auch durch geschickte Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeit unternommene sowjetische Versuch vereitelt werden, den Verhandlungswillen des westlichen Bündnisses und insbesondere der Vereinigten Staaten in Zweifel zu ziehen. Es wäre gut, wenn solche Gegenvorschläge bei der Gipfelbegegnung angekündigt und in der Folge in die Genfer Verhandlungen eingeführt werden könnten.

Es wird nach meiner Meinung nicht ausreichend sein, lediglich auf die bereits seit geraumer Zeit vorliegenden amerikanischen Vorschläge zu verweisen. Der Sowjetunion ist es durch die spektakuläre Unterbreitung ihrer Vorschläge in Washington und Paris<sup>12</sup> gelungen, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit einseitig auf die neue sowjetische Initiative zu lenken. Wir dürfen ihr in diesem Kampf um die öffentliche Meinung das Feld nicht überlassen.

Die beste Reaktion auf die sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge scheint mir zu sein, daß wir aus der im ganzen unannehmbaren Reihe von Vorschlägen solche Elemente identifizieren, die im westlichen Sinne für eine aktive Verhandlungspolitik genutzt werden können.<sup>13</sup> So könnte der Vorschlag, strategische Trägersysteme um 50 % zu reduzieren, für den Westen interessant sein, wenn er von der richtigen Definition der strategischen Waffen und vom richtigen Kräfteverhältnis ausgeht. Die ebenfalls bekundete sowjetische Bereitschaft, eine Obergrenze für Sprengladungen (nuclear charges) zu vereinbaren, wäre ein anderer Ansatz, der von Ihren Unterhändlern<sup>14</sup> genutzt werden könnte.

<sup>9</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 262 und Dok. 270.

<sup>10</sup> Zu den mit Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 12. September 1985 an Präsident Reagan übermittelten sowjetischen Vorschlägen zur Rüstungskontrolle vgl. Dok. 264, Anm. 6.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt angeschlängelt.

<sup>12</sup> Zu den vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 3. Oktober 1985 in Paris gemachten Vorschläge zur Rüstungskontrolle vgl. Dok. 274, Anm. 13.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt angeschlängelt.

<sup>14</sup> Maynard W. Glitman, Max M. Kampelman und John G. Tower.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist besonders wichtig, daß drastische Reduzierungen der Westeuropa bedrohenden sowjetischen Mittelstreckensysteme angestrebt werden. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erfordert ferner, daß die von der Sowjetunion in der DDR und in der ČSSR stationierten nuklearen Kurzstreckensysteme<sup>15</sup> in eine Reduzierungsgleichung miteinbezogen werden. Es wird wichtig sein, der sowjetischen Seite zu verdeutlichen, daß alle Versuche zum Scheitern verurteilt sind, durch eine neue Kategorisierung von Offensivwaffen, die Westeuropa diskriminiert, Zonen unterschiedlicher Sicherheit im Westen erzeugen zu wollen. Die sicherheitspolitische Einheit des Bündnisgebietes ist für uns unverzichtbar.

Ferner halten wir aktives westliches Verhandeln in der Genfer Abrüstungskonferenz mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses eines weltweiten umfassenden und verifizierbaren Verbotsabkommens für chemische Waffen für erforderlich und möglich.<sup>16</sup> Bei den chemischen Waffen handelt es sich in der Bundesrepublik Deutschland um einen auch innenpolitisch und in der Öffentlichkeit sensitiven Bereich. Die Ablehnung der Vorschläge der DDR und der ČSSR für eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa durch die Bundesregierung<sup>17</sup> hat klar gezeigt, daß wir einem weltweiten Verbot der chemischen Waffen aus wohl-erwogenen Gründen den Vorzug geben. Die Öffentlichkeit erwartet nunmehr konkrete Fortschritte in der Genfer Abrüstungskonferenz über chemische Waffen. Ich möchte Sie bitten, Ihre Haltung zur Frage der Verifikation eines weltweiten Verbots chemischer Waffen nochmals zu überprüfen und bei der Gipfelbegegnung mit Generalsekretär Gorbatschow nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Bundesregierung hat in den Genfer Abrüstungsverhandlungen unlängst einen detaillierten Vorschlag zur Verifikationsproblematik eingebracht, den ich für richtungsweisend halte.<sup>18</sup>

Der Sowjetunion sollte auch verdeutlicht werden, daß ohne Respektierung der Menschenrechte das notwendige Vertrauen in die langfristige Verständigungsbereitschaft der Sowjetunion im Westen kaum geschaffen werden kann.

Schließlich erscheint mir außerordentlich wichtig, daß auch die mittleren und kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas in den West-Ost-Dialog einbezogen bleiben. Die Gipfelbegegnung müßte im Interesse der Menschen in Europa hierzu den Weg eröffnen. Hierin liegt im übrigen auch eine zentrale Aufgabe des KSZE-Prozesses.

Im übrigen halte ich es für nützlich, wenn Sie mit Generalsekretär Gorbatschow vereinbaren könnten, daß Gipfeltreffen zwischen Ihnen und der sowjetischen

<sup>15</sup> Zur Stationierung operativ-taktischer Kernwaffen der UdSSR auf dem Territorium der ČSSR und der DDR vgl. Dok. 8, Anm. 9.

<sup>16</sup> Zu den Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz über ein Abkommen zu einem Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 164.

<sup>17</sup> Zum Vorschlag der DDR und der ČSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 256, Anm. 16.

Für die Stellungnahme des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, am 13. September 1985 zu den Vorschlägen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII (1985/86), S. 274 f.

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat Erck übermittelte Referat 013 am 5. August 1985 ein für die Genfer Abrüstungskonferenz bestimmtes Arbeitspapier zur Verifizierung der Nichtherstellung von chemischen Kampfstoffen durch Kontrollen in der zivilen chemischen Industrie im Rahmen eines künftigen Abkommens zum Verbot chemischer Waffen. Vgl. Referat 222, Bd. 130103.

Führung künftig mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfinden sollen. Auf diese Weise würde ein stabilisierendes Element in den West-Ost-Dialog eingeführt werden.

Ich freue mich auf unsere Begegnung am 24. Oktober in New York.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Helmut Kohl

VS-Bd. 11280 (220)

285

**Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO),  
an das Auswärtige Amt**

114-14832/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1615

Aufgabe: 16. Oktober 1985, 18.14 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 16. Oktober 1985, 18.26 Uhr

Betr.: Lagevortrag im NATO-Rat zum Iran/Irak-Krieg

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Am 16.10.1985 wurde in der Sitzung des Rates die neueste Entwicklung im Krieg Iran–Irak vorgetragen. Kernpunkt der Lagebeurteilung war die Bewertung, daß Iran nur über die Zerstörung seiner ökonomischen Basis, des Ölexports, zu dem von Irak gewünschten Waffenstillstand gezwungen werden könne. Zugleich wird jedoch bezweifelt, ob dies von der irakischen Führung mit letzter Konsequenz angestrebt werde, da nicht zuletzt Einfluß der Irak unterstützenden Golf-Anrainer mäßigend wirken werde, um Ausweitung des Konfliktes auf andere Golfstaaten sowie irrationale iranische Reaktionen zu verhindern.

II. Im einzelnen

2) Teheran habe, u. a. aufgrund Besuche Rafsandjani in Tripolis<sup>2</sup> und Beijing, Waffen und Gerät beschaffen können, darunter Panzer und Schützenpanzer aus China, SAM<sup>3</sup> und SSM<sup>4</sup> sowjetischer Bauart aus Libyen. Kharg werde vermutlich mit SA-2-SAM ausgerüstet werden, deren Zerstörung vor Einsatzbereitschaft durch Irak jedoch erwartet werde.

3) An der Landfront habe die Kampffähigkeit in der letzten Zeit keine wesentlichen Geländegewinne der einen oder anderen Seite zur Folge gehabt. Hier wirke sich massive Überlegenheit irakischer Ausrüstung aus. Allerdings könne im

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Jelonek vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Rafsandjani hielt sich vom 20. bis 23. Juni 1985 in Libyen auf.

<sup>3</sup> Surface-to-Air Missiles.

<sup>4</sup> Surface-to-Surface Missiles.

gebirgigen Norden des Landes irakische Mechanisierung nicht voll genutzt werden, daher gebe es dort örtlich größere Geländegewinne/-verluste beider Seiten. Ebenso suchten beide Seiten örtliche kurdische Turbulenzen zu ihren Gunsten zu nutzen.

4) Entscheidende Entwicklungen habe es dagegen im Golf gegeben. Irakische Angriffe auf Kharg hätten Ölverladekapazität und damit iranischen Ölexport von 6 auf 1 Million Faß täglich reduziert. Iranische Währungsreserven seien auf Gegenwert dreimonatigen Imports gesunken. Irakische Führung habe erkannt, daß nur über vollständige Ausschaltung iranischen Ölexportes ansonsten intransigente Haltung Irans zum Waffenstillstand überwunden werden könne. Irakische Luftwaffe sei in der Lage, Kharg vollständig auszuschalten und über längere Zeit ausgeschaltet zu halten. Allerdings sei sich irakischer Präsident<sup>5</sup> wahrscheinlich bewußt, daß damit auch Eskalationsreaktionen durch Iran ausgelöst werden könnten. Hierzu gehöre Einbeziehung übriger Golfstaaten in Kriegshandlungen, iranische Luftangriffe gegen irakische Pipelineverbindung durch Saudi-Arabien, Schließung der Straße von Hormuz, wie von Iran angedroht. Möglicherweise sei auch Einfluß der Irak unterstützenden Golfstaaten Ursache für relative Zurückhaltung Iraks im Hinblick auf Kharg.

5) Hinsichtlich der Auswirkungen des Golfkrieges auf den Ölmarkt sei von Bedeutung, daß zwar Irak mittlerweile eine durch Saudi-Arabien zum Roten Meer führende Pipelineverbindung in Betrieb habe, Iran jedoch weiterhin auf die Insel Kharg als einziges Exportterminal angewiesen bleibe. Bemühungen zur Diversifizierung und damit Reduzierung der irakischen Bedrohung seien im Gange, hätten sich aber noch nicht entscheidend auswirken können. Zu diesen Bemühungen zählen vor allem Ausbau und Nutzung der Insel Sirri als zweites Terminal, das, mit einer Shuttleverbindung von Kharg gespeist, ölabnehmende Schiffe versorgen könne. Der ständige irakische Druck auf die Insel Kharg habe eine Reduzierung von deren Kapazität auf ein Sechstel bewirkt.

6) Für Entwicklung des Ölmarktes in der kurz- und mittelfristigen Zukunft seien neben Entwicklung im Golf drei von Golfauseinandersetzungen unabhängige Faktoren maßgebend:

a) Sowjetische Entscheidung, kurzfristig und ohne Vorwarnung, sowjetischen Ölexport in den Westen um 25 Prozent zu drosseln. Mögliche Ursachen seien alternativ entweder technische Schwierigkeiten oder Notwendigkeit verbesserter Vorratshaltung für die kalte Jahreszeit aufgrund Erfahrungen aus 1984, oder Notwendigkeit verstärkter Belieferung der NSWP-Staaten<sup>6</sup> aufgrund Ausfalls iranischer Öllieferungen. Man vermute technische Schwierigkeiten als Ursache.

b) Saudi-arabische Entscheidung, Produktion über bisheriges Ausmaß auszuweiten auf volle Ausnutzung früher erreichter Quoten und gleichzeitig erstmals OPEC-vereinbarte Preise um ca. 2 Dollar pro Faß zu unterbieten.

c) Mangelnde Einigungsfähigkeit der OPEC.

7) Als Ergebnis dieser Entwicklungen erwarte man kurzfristig stabile Entwick-

<sup>5</sup> Saddam Hussein.

<sup>6</sup> Nichtsowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.

lung bei Ölverbrauch und Ölpreisen, längerfristig bis zum Ende der Dekade ebenfalls insgesamt stabilen Verbrauch bei leicht abnehmenden Preisen.

8) Britischer Ständiger Vertreter<sup>7</sup> erklärte britische Zustimmung zur Gesamtbewertung. Aus Teheraner britischer Vertretung sei zusätzlich bekannt, daß Kapazität Kharg zeitweise bis auf 300 000 Faß pro Tag gesunken sei, inzwischen jedoch auf 1 Million pro Tag wieder aufgebaut werden konnte. Iranische Drohung zur Schließung der Straße von Hormuz werde zurückhaltend bewertet. Man wisse, daß iranische Marine ca. 200 Minen verfügbar habe, die sich jedoch für Tiefwassereinsatz nur wenig eigneten. Zudem werde Fähigkeit iranischer Marine, ihre Schiffe und Boote über längere Zeit in See zu halten, als sehr begrenzt bewertet. Straße von Hormuz sei zudem wegen Wassertiefe des Hauptschiffahrtsweges und Lage im wesentlichen in Territorialgewässern von Oman nur schwer zu schließen. Ankündigung könne allerdings Unruhe in Schiffahrtskreisen hervorrufen.

9)<sup>8</sup> Ständiger Vertreter USA<sup>9</sup> kündigte Zirkulation einer US-Gesamtbewertung an die Delegationen an. Politische Bewertung durch USA komme zu dem Schluß, daß Anzeichen für eine Lösung und Beendigung des Konfliktes nicht erkennbar seien, weil Iran zur Fortsetzung entschlossen bleibe, Irak trotz materieller Überlegenheit längerfristig Sorgen hinsichtlich Durchhaltefähigkeit und Moral der Bevölkerung habe, während übrige Golfstaaten Ausweitung des Golf-Krieges auf ihre Länder verhindern wollten.

10)<sup>10</sup> Vortragstexte werden gesondert übermittelt.

[gez.] Rantzau

**VS-Bd. 13701 (405)**

<sup>7</sup> John Graham.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „8)“.

<sup>9</sup> David M. Abshire.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „9)“.

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holthoff

202-411 NDL-775/85 VS-vertraulich

21. Oktober 1985<sup>1</sup>

Herrn StS mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt

Betr.: Niederländische Absicht, Leo 2 nach Ägypten zu exportieren

NL-Botschafter Reinink suchte StS Meyer-Landrut am 21.10. auf und trug folgendes vor:

Im Zusammenhang mit dem Kauf des Panzers Leopard 2 durch NL sei seinerzeit zwischen der niederländischen Firma DAF und MBB<sup>2</sup>/Krauss-Maffei ein Lizenzvertrag geschlossen worden, nach dem die Fa. DAF ihrerseits diesen Panzer baue. Diese Firma erwäge nun, Leopard 2 aus der Lizenzproduktion an Ägypten zu verkaufen. Die Lizenzgeber hätten ihrerseits offenbar keine Einwände gegen dieses Geschäft. Wie in D unterlägen derartige Exporte auch in NL staatlicher Genehmigung. In diesem Zusammenhang habe er die Weisung, vertraulich die Haltung der Bundesregierung hierzu zu sondieren.

StS erwiderte, NL würde uns durch ein solches Geschäft in eine sehr schwierige Lage bringen. Er kenne zwar den Lizenzvertrag nicht, aber möglicherweise enthalte schon er Klauseln, die gegen eine Weitergabe des Panzers außerhalb des NATO-Bereiches angerufen werden könnten und gegebenenfalls auch würden. Ägypten habe sich, ebenso wie Saudi-Arabien, bei uns sehr um Lieferung des Leo 2 bemüht. Wir hätten beiden geantwortet, daß dies nicht gehe.

Die Haltung des AA sei eindeutig. Es würde sich gegen einen Verkauf des Leopard 2 an Ägypten aussprechen und – falls nötig – eine Entscheidung der Bundesregierung in diesem Sinne herbeiführen.

Botschafter entgegnete, seine Aufgabe habe darin bestanden, die deutsche Haltung auszuloten. Die Antwort sei eindeutig ausgefallen. Er bemerkte ferner, leitende Herren von MBB und Krauss-Maffei hätten ursprünglich die Absicht gehabt, heute (21.10.) auch bei BM in dieser Angelegenheit zu sondieren.

Auf die Feststellung des StS, daß er nach dieser Sondierung jetzt nichts weiter<sup>3</sup> unternehme, antwortete Botschafter, seine Mission sei abgeschlossen, es sei denn, er erhalte wider Erwarten weitere Instruktionen.<sup>4</sup>

Holthoff

VS-Bd. 12969 (202)

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Frick am 21. Oktober 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 202 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holthoff am 22. Oktober 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Soweit bekannt, ist MBB an Leo[pard]-2-Herstellung nicht wesentlich beteiligt; evtl. Verwechslung mit MTU.“

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „im Sinne der Herbeiführung einer Stellungnahme der Bundesregierung“.

<sup>4</sup> Das Bundesministerium der Verteidigung teilte am 30. Dezember 1985 mit: „Ein Nachbau des Waf-

## 287

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Peres in New York

Geheim

23. Oktober 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Ministerpräsidenten Shimon Peres am 23. Oktober 1985, 9.45 Uhr bis 10.45 Uhr, im Waldorf-Astoria-Hotel in New York<sup>2</sup>

Teilnehmer: Dr. Novick, Horst Teltschik, Herr Weber, Dolmetscher.

Der *Bundeskanzler* hieß den israelischen Ministerpräsidenten herzlich willkommen. Es sei für ihn eine große Freude, mit ihm hier in New York zusammenzutreffen. Er hoffe, daß dieses Gespräch bald eine intensive Fortsetzung finden werde. Er habe erfahren, daß der Ministerpräsident beabsichtige, noch in diesem Jahr nach Bonn zu kommen.<sup>3</sup> Er wünsche, daß sie beide ausführlich und in großer Ruhe miteinander sprechen könnten, wo und wann immer dies möglich wäre. Ein solches Gespräch könnte auch mit größter Diskretion stattfinden. Es sei ihm jedoch nicht möglich, nach Israel zu kommen, da Präsident Richard von Weizsäcker gerade dort gewesen sei.<sup>4</sup> Dies sei ein sehr erfolgreicher Besuch gewesen, warf Ministerpräsident *Peres* ein. Er sei sehr damit einverstanden, das gemeinsame Gespräch bald fortzusetzen. Sie sollten entsprechende Termine miteinander austauschen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß Ministerpräsident Peres jederzeit willkommen sei.

Ministerpräsident *Peres* antwortete, daß er aufgrund seiner ökonomischen Sanierungspläne zu Hause hätte bleiben müssen. Inzwischen seien sie jedoch in Kraft getreten; die ersten Ergebnisse seien positiv, und deshalb sei er jetzt freier als bisher. Er sei im Prinzip mit zwei Problemen konfrontiert: mit dem Libanon und der wirtschaftlichen Sanierung Israels. Doch jetzt habe er größere Bewegungsfreiheit erreicht, weil sich in beiden Bereichen Fortschritte ergeben hätten.

### Fortsetzung Fußnote von Seite 1470

fensystems Leopard 2 in Holland ist aufgrund der zwischen dem Generalunternehmer Krauss-Maffei und niederländischen Firmen bestehenden, aus der Zeit der Leopard-2-Beschaffung durch NL stammenden Verträge (Koproduktion von Bauteilen) rechtlich nicht möglich.“ Vgl. VS-Bd. 13733 (424); B 150, Aktenkopien 1985.

#### <sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 12. November 1985 gefertigt und am 26. November 1985 an Bundesminister Genscher „zu Ihrer persönlichen Unterrichtung“ übermittelt.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Verlangen vorgelegt am 7.3.86.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14151 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

#### <sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf.

#### <sup>3</sup> Ministerpräsident Peres besuchte die Bundesrepublik vom 26. bis 29. Januar 1986.

#### <sup>4</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte in Begleitung des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Oktober 1985 Israel. Vgl. dazu Dok. 281, Anm. 2.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er ganz offen zum Ausdruck bringen wolle, daß er daran interessiert sei, daß Ministerpräsident Peres für eine längere Zeit im Amt bleiben werde. Diese Aussage treffe er auch bewußt als christlicher Demokrat. Er wolle heute mit dem Ministerpräsidenten vor allem zwei Themen ansprechen: 1) die Entwicklung in der Region des Nahen Ostens und 2) die Fragen des Waffenexports. Er sei dabei an einem sehr offenen Gespräch mit dem Ministerpräsidenten interessiert.

Ministerpräsident *Peres* begann mit einem Bericht über die Lage im Nahen Osten. Er erklärte, daß sich die Beziehungen Israels zu Ägypten verbessert hätten. Präsident Mubarak befinde sich jedoch in einer schwierigen Lage. Dies habe Auswirkungen sowohl auf die Beziehungen zu Israel wie zu den USA. Präsident Mubarak sehe sich außerdem mit einer komplizierten Lage im Sudan konfrontiert, darüber hinaus mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und mit einer Verschlechterung seines eigenen Ansehens in Ägypten. Mubarak sei deshalb bestrebt, diese Schwierigkeiten durch Fortschritte in den Beziehungen zu Israel und den USA zu kompensieren. Israel sei durchaus interessiert, diesem Anliegen von Präsident Mubarak zu entsprechen. Wenn man die Frage an Israel richte, ob Mubarak bleiben solle oder nicht, so laute die Antwort uningeschränkt Ja.

Der *Bundeskanzler* stimmte dieser Äußerung zu.

Ministerpräsident *Peres* fuhr fort, daß auch die Frage, ob Ägypten seine Beziehungen zu den USA weiter entwickeln solle, positiv beantwortet werden müsse. Dies gelte auch für die Frage, ob Ägypten in die arabische Welt zurückkehren solle. Auch die Frage, ob Ägypten seine Beziehungen zum Irak verbessern solle, müsse mit einem Ja beantwortet werden. Sowohl die USA wie auch Israel sähen jedoch große Probleme, die auch in der Person von Mubarak lägen. Mubarak sei keine sehr einfache Persönlichkeit. Er gehöre nicht zu den größten Köpfen im Nahen Osten und sei auch nicht ein großer Redner. Er füge sich vor allem durch seine eigenen Auftritte großen Schaden zu. Dennoch sei er sicherlich besser, als es nach außen hin zum Ausdruck käme. Israel sei deshalb bemüht, nach Formen zu suchen, die Mubarak helfen könnten. So hoffe er auch auf eine Lösung in der Frage Taba.<sup>5</sup>

Ministerpräsident Peres leitete auf die Lage in Jordanien über. Er unterstrich nachdrücklich, daß Israel interessiert sei, mit König Hussein weitere Fortschritte zu erreichen. Die Probleme stellten sich jedoch als sehr komplex dar. Im besonderen sei das Abkommen zwischen König Hussein und dem PLO-Vorsitzenden Arafat<sup>6</sup> für Israel ein großes Problem. Arafat sei bemüht, König Hussein zu führen, und weigere sich, von ihm geführt zu werden. Dies sei ein sehr großes Problem. Arafat unternehme alle Anstrengungen, anstelle von König Hussein den Prozeß zu leiten, anders sei das Verhalten der PLO nicht zu verstehen.

Ministerpräsident Peres berichtete über seine Erfahrungen mit der palästinensisch-jordanischen Delegation. Sie hätten versprochen, eine öffentliche Er-

<sup>5</sup> Zu den ägyptisch-israelischen Gesprächen über den Status von Taba vgl. Dok. 236, Anm. 9.

<sup>6</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.



klärung abzugeben, die jedoch bis heute nicht erfolgt sei. Damit hätten sie sowohl Mubarak wie König Hussein vor den Kopf gestoßen.

Auch der Zwischenfall in Larnaka auf Zypern, bei dem drei Israelis ermordet worden seien<sup>7</sup>, sei von Arafat veranlaßt worden, als Präsident Mubarak und König Hussein sich gerade in Washington aufgehalten hätten<sup>8</sup>, um dort zu erklären, daß die PLO eine „moderate“ Organisation sei.

Der *Bundeskanzler* wollte wissen, ob für diese Aktionen Arafat persönlich oder andere Kräfte innerhalb der PLO die Verantwortung trügen. Ministerpräsident *Peres* erklärte entschieden, daß Arafat persönlich verantwortlich sei. Sein Interesse sei es, Israel zu provozieren, damit es gegen Jordanien Maßnahmen ergreife.

König Hussein fordere die Einberufung einer internationalen Konferenz.<sup>9</sup> Israel sei über diesen Vorschlag nicht glücklich, weil es nicht wüßte, welche Rolle China oder die Sowjetunion auf einer solchen Konferenz spielen würden. Er habe jedoch vorgeschlagen, daß König Hussein eine klare Erklärung zur Rolle der PLO abgeben solle, dann werde sich Israel in der Frage einer internationalen Konferenz bewegen.

Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten, ob König Hussein in der Lage sei, sich von der PLO zu distanzieren. Dies bejahte Ministerpräsident *Peres*. Die Frage sei, ob sich König Hussein gemeinsam mit der PLO überhaupt bewegen könne. Diese Frage müsse mit einem klaren Nein beantwortet werden. Die PLO sei keine moderate Organisation. Sie versuche, König Hussein in eine bestimmte Position hineinzutreiben.

Ministerpräsident *Peres* berichtete von einer Annäherung zwischen Syrien und Jordanien. Zwischen beiden hätte es vor kurzem ein gemeinsames Treffen gegeben.<sup>10</sup> Syrien sei ein erbitterter Feind von Israel.

Ministerpräsident *Peres* erklärte, daß Israel jetzt einen Vorschlag für eine Konferenz unterbreitet habe, die in einzelne Unterkommissionen aufgeteilt werden sollte.<sup>11</sup> So habe Israel vorgeschlagen, eine israelisch-jordanische, eine

<sup>7</sup> Zum Attentat am 25. September 1985 in Larnaka vgl. Dok. 281, Anm. 7.

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Präsidenten Mubarak mit Präsident Reagan am 23. September 1985 in Washington vgl. Dok. 236, Anm. 8.

Zu dem Gespräch des Königs Hussein mit Präsident Reagan am 30. September 1985 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1156 f.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag des Königs Hussein für eine Nahostkonferenz vgl. Dok. 255, Anm. 20.

<sup>10</sup> Botschafter Nowak, Riad, berichtete am 19. September 1985: „Die Ministerpräsidenten von Jordanien, Rifai, und Syrien, Dr. Kassem, trafen sich am 16. und 17.9. in Djidda und setzten damit Neuanfang in politischen Beziehungen. [...] Daß es überhaupt zu dem syrisch-jordanischen Treffen kam und daß dieses allem Anschein nach harmonisch verlief, kann als erster Erfolg gewertet werden. Ob dieser Anfang ausreicht, um auch die tiefergreifenden politischen Divergenzen zu überbrücken, muß abgewartet werden. Die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse deuten eher an, daß lediglich an den Symptomen der zwischenstaatlichen Zwistigkeiten kuriert wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 316; Referat 310, Bd. 149622.

<sup>11</sup> Zur Haltung des Ministerpräsidenten *Peres* zu einer Nahostkonferenz vgl. Dok. 281, Anm. 12. *Peres* sprach sich vor der VN-Generalversammlung am 21. Oktober 1985 für direkte Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien aus. Dazu bot er an: „The permanent members of the Security Council may be invited to support the initiation of these negotiations. It is our position that those who confine their diplomatic relations to one side of the conflict exclude themselves from such a role. This forum, while not being a substitute for direct negotiations, can offer support for them. Indeed,

syrisch-israelische und eine ägyptisch-israelische Unterkommission einzurichten. Die USA seien nur bereit, ein solches Konferenzprojekt zu unterstützen, wenn es zu direkten Gesprächen führe. Dann jedoch seien sie bereit, ein solches Projekt nachdrücklich zu unterstützen. Er wisse, daß Ägypten über diesen Vorschlag sehr befriedigt sei. Jetzt warte Israel auf eine Reaktion seitens Jordaniens. Ministerpräsident Peres berichtete, daß die amerikanische Regierung gegenwärtig Abgesandte nach Jordanien entsandt habe, um auf König Hussein einzuwirken. Morgen werde er mit Außenminister Shultz zusammentreffen, dann werde er wissen, wie der augenblickliche Stand der Entwicklung sei.

Der *Bundeskanzler* fragte Ministerpräsident Peres, ob die PLO eine geschlossene Organisation darstelle. Dies verneinte Ministerpräsident Peres. Die PLO sei in einem Maße gespalten, daß sie nicht in der Lage sei, eine kohärente Politik zu betreiben. Sie verfolge Terror ohne Politik, bzw. bestünde ihre Politik nur aus Terror.<sup>12</sup> Sowohl die USA wie auch Israel hätten die Nase voll davon.

Der *Bundeskanzler* bekräftigte, daß die Verständigungsbemühungen Israels mit Ägypten und Jordanien für die Bundesrepublik Deutschland von größtem Interesse seien. Er sei deshalb an einer intensiven Unterrichtung interessiert. Er habe den Wunsch, daß diese Unterrichtung – wenn erforderlich – auch ganz persönlich erfolgen würde. Er sei davon überzeugt, daß weder nach Präsident Mubarak noch nach König Hussein und dem Kronprinzen<sup>13</sup> bessere Nachfolger in Sicht seien. König Hussein sei nicht ersetzbar, ergänzte Ministerpräsident Peres.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Zeit nicht für eine Lösung, sondern eher für eine verstärkte Radikalisierung im Nahen Osten arbeite. Ministerpräsident Peres berichtete, daß die Araber vor allem über die Schiiten beunruhigt seien. Der irakisch-iranische Konflikt sei im eigentlichen ein religiöser Krieg. Andere arabische Länder seien intensiv bemüht, einen subversiven Krieg abzuwehren. Dies gelte im besonderen für Saudi-Arabien, Jordanien und die Golf-Staaten.

Israel habe sich deshalb entschlossen, mit den USA auf drei verschiedenen Ebenen zusammenzuarbeiten: 1) erarbeiten sie eine gemeinsame Analyse über das Problem der Schiiten; 2) würden sie mit den USA nachrichtendienstlich und 3) operativ zusammenarbeiten.

Der *Bundeskanzler* sprach die Probleme an, die sich für Israel aufgrund der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft durch Spanien und Portugal<sup>14</sup> ergeben werden. Er berichtete über sein Gespräch mit dem spanischen Ministerpräsidenten González.<sup>15</sup> Er habe mit diesem auch über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Spanien und Israel gesprochen. Ministerpräsident González zögere, weil er zu große Probleme mit den arabischen Staaten befürchte. Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er sich bewußt sei, daß der Bei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1473*

nothing should undermine the direct nature of these negotiations.“ [http://www.un.org/en/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/40/PV.42](http://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/40/PV.42).

<sup>12</sup> So in der Vorlage.

<sup>13</sup> Hassan ibn Talal.

<sup>14</sup> Am 12. Juni 1985 wurden in Lissabon und Madrid die Verträge über den EG-Beitritt Portugals und Spaniens unterzeichnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 7–13.

<sup>15</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit dem Ministerpräsidenten González am 30. September und 1. Oktober 1985 vgl. Dok. 265 und Dok. 267.

tritt Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft große Probleme aufwerfe. Er müsse auch sagen, daß andere Kollegen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in stärkerem Maße auf die arabischen Staaten schielen würden. Eine Befriedung der Lage im Nahen Osten könnte deshalb auch für die EG-Probleme hilfreich sein. Aus dieser Sicht wäre er an einer Prognose des Ministerpräsidenten über die Erfolgsaussichten im Nahen Osten interessiert.

Ministerpräsident *Peres* antwortete, daß König Hussein jetzt versuchen werde, die PLO dazu zu überreden, eine öffentliche Erklärung abzugeben, daß sie bereit sei, auf Terror zu verzichten, anderenfalls werde er Ausschau nach anderen Palästinensern halten, die gegen Terror und für Israel akzeptabel seien. Israel habe Jordanien mitgeteilt, wenn es seinerseits Rabbi Kahane in die Delegation aufnehmen würde, wie würde in einem solchen Falle Jordanien reagieren und welche Gefühle würde dies dort auslösen? Dennoch müsse man sagen, daß König Hussein sich um eine Lösung bemühe und die USA intensiv helfen wollten. König Hussein habe begriffen, daß die Zeit dränge. Israel versuche seinerseits, ein besseres Klima auf beiden Seiten des Jordan zu schaffen.

Der *Bundeskanzler* fragte den Ministerpräsidenten, ob er für seine Politik über eine Mehrheit verfüge. Ministerpräsident *Peres* erwiderte, wenn die PLO an dem Prozeß nicht beteiligt wäre, könnte er diese Frage mit einem klaren Ja beantworten. Aber man müsse wissen, daß es seit dem Januar 117 Mordanschläge gegeben habe, die zu einer wachsenden Empörung in Israel geführt hätten. Diese Anschläge hätten sich auch gegen Frauen und Kinder gerichtet.

Ministerpräsident *Peres* berichtete über die wirtschaftliche Lage in Israel. Er wies darauf hin, daß sich Israel in der Mitte eines ökonomischen Sanierungsprogrammes befände. Inflation sei auf 90 % gesenkt worden. Das Handelsbilanzdefizit hätte um ein Drittel gesenkt werden können. Der Export sei um 6 % gestiegen, dagegen konnte der Import um 4 % verringert werden. Allgemein mache sich ein Gefühl der wirtschaftlichen Erholung bemerkbar. Man müsse jedoch wissen, daß die Gehälter um 20 % gekürzt worden seien. Dies sei ein großes Opfer für die Bevölkerung gewesen. Die amerikanische Regierung habe bei der Verwirklichung dieses Sanierungsprogramms sehr geholfen. Im Augenblick werde in Israel die zweite Stufe des Wirtschaftsprogramms diskutiert. Ziel sei es jetzt, von der Phase der Konsolidierung zu der Phase des Wachstums überzugehen. Ministerpräsident *Peres* unterstrich erneut die maßgebliche Unterstützung und Förderung seitens der Vereinigten Staaten von Amerika.

Ministerpräsident *Peres* erinnerte an den Ort, an dem heute das gemeinsame Gespräch stattfände. Er wisse, daß der Bundeskanzler sich in der Nachfolge von Konrad Adenauer sehe, wie er sich als Nachfolger von Ben Gurion verstünde. Das historische Treffen beider habe hier im Waldorf-Astoria-Hotel stattgefunden.<sup>16</sup> Er schlage deshalb dem Bundeskanzler vor, daß sie in Erinnerung an dieses historische Treffen anlässlich ihres heutigen gemeinsamen Gesprächs ebenfalls einen symbolischen Akt setzen sollten.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Ben Gurion trafen sich am 14. März 1960 in New York. Vgl. dazu Yeschayahu A. Jelinek und Rainer A. Blasius, Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. Dokumentation, in: VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE 45 (1997), S. 330–344.

Ministerpräsident Peres berichtete, daß Israel mit den Vereinigten Staaten von Amerika einen gemeinsamen Fonds für Forschung und Entwicklung eingerichtet hätte.<sup>17</sup> Beide Seiten hätten zu diesem Fonds einen Beitrag von jeweils 100 Mio. Dollar geleistet. Die Zinserträge dieses Fonds würden für gemeinsame Projekte im Bereich der Forschung und Entwicklung aufgewandt werden. Es sei ein gemeinsamer Ausschuß von sechs Mitgliedern eingerichtet worden, der über die Auswahl der Projekte entscheide, jeweils drei Amerikaner bzw. drei Israelis. Seine Idee wäre, eine vergleichbare Aktion mit der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen. Er könne sich vorstellen, ebenfalls einen gemeinsamen deutsch-israelischen Fonds für Forschung und Entwicklung in einer Größenordnung von 50 bis 75 Millionen Dollar einzurichten. Dies wäre jeweils eine einmalige Investition, die vor allem für zivile Projekte eingesetzt würde. Er denke beispielsweise an ein gemeinsames Projekt wie das der Entwicklung von Wüstenbewässerung. Aber auch andere Bereiche der Technologie seien vorstellbar. Er sei überzeugt, daß eine solche gemeinsame Unternehmung eine sehr konstruktive Aktion darstellen würde.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß seine spontane Reaktion auf den Vorschlag von Ministerpräsident Peres sei, daß er an diesem Projekt interessiert sei. Es wäre jedoch für ihn wichtig, wenn er noch bis Ende nächster Woche eine Notiz erhalten könnte, weil er wegen der bevorstehenden Haushaltsdebatte<sup>18</sup> rasch handeln müsse. Er benötige diese Notiz bis zum 1. November, und sie sollte in etwa das enthalten, was Ministerpräsident Peres über das amerikanisch-israelische Projekt vorgetragen habe.

Ministerpräsident *Peres* sagte zu, noch am gleichen Tage, spätestens jedoch bis zum nächsten Tag, diese Notiz dem Kanzler zuzuleiten.<sup>19</sup> Er schlage darüber hinaus vor, daß beide Seiten erklären sollten, daß sie hier im Hotel Waldorf-Astoria in Erinnerung an das historische Treffen von Konrad Adenauer und

<sup>17</sup> Gesandter Wallau, Washington, informierte am 29. November 1985 über die amerikanisch-israelische Binational Industrial Research and Development Foundation: „Die BIRD-Foundation, 1977 errichtet, fördert zu 50 Prozent der Gesamtkosten gewinnversprechende Zusammenarbeit bei marktnaher Forschung zwischen Unternehmen der Spitzentechnologie bis zur Produktion und Markteinführung; sie hat mehr den Charakter eines Wagniskapitalgebers als einer Forschungsförderungsorganisation. [...] Gesprächspartner im State Department räumten ein, daß bei aller ausgewogenen Formulierung des Vertragstextes bewußt in Kauf genommener Zweck dieser Stiftung ist, israelischen Produkten der Spitzentechnologie zusammen mit einem amerikanischen Partner den Einstieg in den amerikanischen Markt zu erleichtern, der israelische Markt sei schließlich vernachlässigbar. [...] Es gibt übrigens noch zwei weitere Stiftungen nach diesem Muster: Die BARD-Foundation (Binational Agricultural Research and Development) und die BSF (Binational Science Foundation).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5519; Referat 310, Bd. 149604.

<sup>18</sup> Der Bundestag debattierte vom 26. bis 29. November 1985 in zweiter und dritter Lesung über den Bundeshaushalt für 1986.

<sup>19</sup> Botschafter Haas, Tel Aviv, teilte am 2. Dezember 1985 mit: „Israelisches Wissenschaftsministerium hat am 27.11. der Botschaft ein auf Aufforderung von MP Peres ausgearbeitetes draft proposal für die o. a. Stiftung zugesandt (s. Anlage). Dieses Papier ist sehr allgemein gehalten und unterscheidet sich insoweit von dem von MP Peres dem Bundeskanzler am 24.10. in New York übergebenen Vorschlag, als es den Nachdruck nicht auf industrielle bzw. angewandte Forschung legt. Er spricht gleichermaßen von ‚grundlagenorientierter‘ und angewandter Forschung als auch von der Förderung wissenschaftlicher Seminare, Ausbildung etc. [...] Die israelischen Vorstellungen sind, das zeigen die etwas unausgereift und unkoordiniert wirkenden, in New York und jetzt in Jerusalem übergebenen Papiere, als Denkanstöße gedacht. [...] Schon wegen der Unausgereiftheit der israelischen Vorstellungen und Vorschläge dürfte es kaum möglich sein, bis zum Peres-Besuch in Bonn Nägel mit Köpfen zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1508; Referat 310, Bd. 149604.

Ben Gurion sich auf ein gemeinsames Projekt über Forschung und Entwicklung geeinigt hätten.

Der Bundeskanzler stimmte dem zu.<sup>20</sup>

Der Bundeskanzler sprach im Anschluß daran die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Saudi-Arabien an. Er erläuterte dem Ministerpräsidenten, daß er beim Regierungswechsel große Probleme vorgefunden habe. Die Bundesrepublik Deutschland verfüge glücklicherweise sowohl über gute Beziehungen zu Israel wie auch zu den arabischen Staaten. Dies gelte von der Türkei bis hin zu Saudi-Arabien. Sicherlich könne man von ihm nicht sagen, daß er dem saudischen Königshaus angehöre. Dennoch müsse er auch im Falle von Saudi-Arabien sagen, daß es auch für dort gelte, daß alles, was nach der jetzigen Führung kommen werde, sicherlich problematischer sei. Niemand könne über die zukünftige Entwicklung von Saudi-Arabien eine Prognose abgeben. Tatsache sei jedoch, daß das saudische Königshaus von seinem Vorgänger bestimmte Zusagen erhalten hätte.<sup>21</sup> Was heute darüber gesagt werde, sei nur die halbe Wahrheit, weil die Ereignisse von damals vergessen gemacht werden sollen. Der Bundeskanzler erläuterte, daß er jedoch als Regierungschef in der Kontinuität seines Vorgängers stünde. Als er Saudi-Arabien besucht habe<sup>22</sup>, habe er erklärt, daß er nicht den Panzer Leopard II liefern werde. Diese Position werde er auch nicht verändern. Aber er müsse hinzufügen, daß eine totale Abstinenz nicht möglich sein könne.<sup>23</sup>

Die Bundeswehr sei eine der stärksten konventionellen Armeen innerhalb der NATO und unterstünde dieser. Dies sei auch einer der Gründe, warum er jetzt gezwungen sei, die Wehrpflicht zu verlängern.<sup>24</sup> Die Bundesrepublik verfüge aufgrund der Größe der Bundeswehr über eine eigene Waffenproduktion, weil anderenfalls die Ausrüstung der Bundeswehr weder zu leisten noch zu finanzieren sei. Diese Rüstungsproduktion sei sehr qualifiziert. Viele Länder wollten deutsche Waffensysteme kaufen, angefangen von Spanien bis hin zur Türkei. Er sei jedoch nicht bereit, diesen Wünschen nachzugeben. Aber in einem gewissen Ausmaß werde er Rüstungsexport zulassen müssen. Deshalb stelle er offen die Frage, ob es nicht erreichbar wäre, daß auf diese Entscheidungen eine vernünftige Reaktion erwartet werden könnte. Außerdem höre er, daß auch Israel bestimmte Wünsche angemeldet habe. Es wäre für ihn besonders wichtig, darüber informiert zu werden. Persönlich sei er in dieser Frage von nieman-

20 In der Presse wurde berichtet: „Die Bundesrepublik und Israel wollen ein gemeinsames ziviles Projekt für Forschung und Entwicklung ausarbeiten. Diesen Vorschlag unterbreitete Israels Ministerpräsident Peres am Mittwoch in New York Bundeskanzler Kohl. Einzelheiten sollen vereinbart werden, wenn Peres einer von Kohl für Anfang 1986 ausgesprochenen Einladung nach Bonn folgt.“ Vgl. den Artikel „Kohl trifft Peres in New York“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Oktober 1985, S. 2.

21 Beim Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 bekräftigte die saudi-arabische Regierung ihre Wünsche nach einer Lieferung von Panzerfahrzeugen der Typen „Leopard II“, „Marder“ und „Gepard“. Vgl. dazu AAPD 1981, I, Dok. 53 bzw. Dok. 117–119.

22 Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 9. bis 11. Oktober 1983 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 299 und Dok. 307.

23 Zur Frage von Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien vgl. Dok. 273.

24 Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

Am 2. Oktober 1985 verabschiedete das Bundeskabinett den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juli 1989 von 15 auf 18 Monate. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 949–956.

dem angesprochen worden. Ihm sei jedoch bekannt, daß die Beziehungen zwischen beiden Nachrichtendiensten besonders gut seien. Dies unterstütze er sehr und habe er auch dem neuen BND-Präsidenten<sup>25</sup> gesagt. Seine Frage an den Ministerpräsidenten sei jetzt die, ob über diesen Fragenkomplex vernünftige Gespräche geführt werden könnten.

Ministerpräsident Peres fragte nach, was denn das Thema sei.

Der *Bundeskanzler* berichtete über den Verkauf der britischen Regierung von Tornados an Saudi-Arabien.<sup>26</sup> Die Bundesregierung habe sich in dieser Frage in einer schwierigen Lage befunden; weil sie gegenüber Frankreich über kein Vetorecht verfüge, habe sie dies auch gegenüber Großbritannien nicht durchsetzen können. Anderenfalls wäre dies ein dauerhafter institutionalisierter Konflikt geworden. Aus diesem Grunde habe man auch gegenüber Großbritannien auf das Vetorecht verzichtet. Sicherlich sei der Tornado für Israel eine größere Gefahr als alles das, was die Bundesregierung gegenwärtig mit Saudi-Arabien diskutiere. Dies gelte im besonderen für die mögliche Lieferung einer Munitionsfabrik, für Luftverteidigungssysteme bzw. für Fahrzeuge unterhalb des Leo II.

Ministerpräsident Peres erwiderte, daß auch Präsident Reagan mit ihm über Waffenexport an Jordanien gesprochen habe.<sup>27</sup> Er habe dem Präsidenten gesagt, daß die gegenseitigen Beziehungen so gut seien, daß die Gefahr bestünde, daß sie langweilig würden. Deshalb bräuchten beide Seiten einen Punkt, über den sie streiten könnten. Prinzipiell müsse er jedoch sagen, daß Israel grundsätzlich Waffenexporten an arabische Staaten nicht zustimmen könne. Dies sei verständlich, erwiderte der *Bundeskanzler*, dennoch gebe es eine breite Marge.

Ministerpräsident Peres erklärte, daß er über diesen Gesamtkomplex besser unterrichtet sein müsse, als er es gegenwärtig sei. Dann sei er bereit, mit dem Bundeskanzler darüber zu sprechen. Er wolle jedoch zuerst einmal mit seiner Armee darüber sprechen. Im Augenblick könne er nur eine negative Antwort geben.

Er erwarte jetzt keine Antwort, erwiderte der *Bundeskanzler*. Er wollte nur seine Lage schildern. Er habe nicht die Absicht, der größte Waffenexporteur zu werden, sei jedoch zu einem Export in einem bestimmten Ausmaß gezwungen. Er wolle die Tür für den Rüstungsexport nicht generell öffnen, jedoch einen Spalt breit. Deshalb sollten sie einen gemeinsamen Modus finden. Der israelische Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland<sup>28</sup> sei sicherlich sehr qualifiziert,

<sup>25</sup> Hans-Georg Wiek.

<sup>26</sup> Zum saudi-arabischen Wunsch nach dem Erwerb des Kampfflugzeugs „Tornado“ vgl. AAPD 1981, I, Dok. 53.

Zur israelischen Haltung zu einem solchen Export vgl. Dok. 281, Anm. 15.

Ministerialdirigent Sulimma informierte am 26. September 1985 über eine Mitteilung des britischen Botschafters Bullard vom selben Tag: „Auf britischer Seite rechne man damit, daß heute ein ‚outline contract‘ zwischen dem britischen und dem saudi-arabischen Verteidigungsminister über den Verkauf von Tornados u. a. Flugzeuge unterzeichnet werde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 58; VS-Bd. 14153 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>27</sup> Ministerpräsident Peres traf am 17. Oktober 1985 in Washington mit Präsident Reagan zusammen. In der Presse wurde darüber berichtet: „Israeli officials said after the Reagan-Peres meeting that the sole point of difference between the two countries was an American plan to sell Jordan \$1.55 billion in jet fighters, mobile antiaircraft missiles and other weapons.“ Vgl. den Artikel „Israeli Extends ‚Hand of Peace‘ to Jordanians“; THE NEW YORK TIMES vom 18. Oktober 1985, S. A1 und S. A10.

<sup>28</sup> Jitzhak Ben-Ari.

dennoch könne er nicht akzeptieren, daß er ständig öffentlich zu dieser Frage Stellung bezöge, weil dies in jedem Falle eine innenpolitische Reaktion auslöse. Er sei deshalb daran interessiert, mit Ministerpräsident Peres möglichst bald darüber zu sprechen. Er erwarte eine offene Antwort in bezug auf die Frage, ob es bestimmte israelische Wünsche gebe. Beispielsweise sei Franz Josef Strauß zu Gast bei Ministerpräsident Peres gewesen. Er habe berichtet, daß auch Israel den Wunsch nach Waffenlieferungen geäußert habe. Dies erzähle er nicht nur ihm.<sup>29</sup> Deshalb stehe er häufig zwischen zwei Polen.

Ministerpräsident *Peres* erwiderte, daß Franz Josef Strauß ein sehr guter Freund von ihm sei. Er genieße die Demokratie mehr als andere, was die freie Rede betreffe. Darin sei er Spezialist, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Er wolle jedoch noch einmal unterstreichen, daß er ein gutes Verhältnis mit Israel wünsche, vor allem zu dem jetzigen Ministerpräsidenten. Er hoffe deshalb auf ein Gespräch spätestens bis zum Januar 1986.

Ministerpräsident *Peres* berichtete, daß er die Absicht habe, in der zweiten Hälfte des Januars nach London zu reisen. Vielleicht könne er diese Reise mit einem Besuch in Bonn verbinden.

Zum Abschluß bat Ministerpräsident Peres den Bundeskanzler, auf entsprechende Anfragen der Presse zu erklären, daß die Frage der Waffenexporte nicht angesprochen worden sei.

Der *Bundeskanzler* stimmte zu.

**VS-Bd. 14151 (010)**

288

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen,  
z.Z. New York, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 2**

**Aufgabe: 23. Oktober 1985, 17.00 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 24. Oktober 1985, 00.51 Uhr**

Betr.: Besuch BM in Washington am 21./22.10.85;

hier: Gespräch mit VP Bush

1) Vor seinen Gesprächen mit VM Weinberger und AM Shultz<sup>2</sup> führte BM am frühen Nachmittag Gespräch mit VP Bush im Old Executive Office. VP war begleitet von Mrs. Rosanne Ridgeway und Mitarbeitern seines Stabes. BM von Bot-

<sup>29</sup> Zum Aufenthalt des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Israel vom 26. Februar bis 1. März 1985 vgl. Dok. 49, Anm. 5 und 6.

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Quelle am 25. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Außenminister Shultz vgl. Dok. 289.

schafter van Well, D2<sup>3</sup>, RL 010<sup>4</sup> und Dolmetscher Weber. Gesprächsführung spiegelte die langen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Gesprächspartnern wider.

Folgende Themen wurden behandelt:

- China-Reise VP Bush<sup>5</sup>
- Ergebnis des NATO-AM-Rats vom 15.10.85<sup>6</sup>
- Vorbereitung des Genfer Gipfels<sup>7</sup>
- Protektionismus und Verschuldungsfrage
- wirtschaftliche Lage in der BR Deutschland

2) VP Bush berichtete zunächst über seinen Besuch in China, der bereits sein vierter Besuch gewesen sei. Ihm sei aufgefallen, daß die Dinge sich bewegten und veränderten. Der rasche Wandel sei unverkennbar, BM werde dies bei seinem Besuch nächste Woche in China<sup>8</sup> ebenfalls feststellen können.

BM wies auf die großen Probleme für die SU hin, die aus der veränderten Lage in China erwachsen würden, da sich der wirtschaftliche Abstand zu China fühlbar verringere, während auf der anderen Seite der Abstand zu den USA und zum Westen immer größer werde.

Auch das habe wohl GS Gorbatschow im Kopf, wenn er an die Modernisierung der sowjetischen Volkswirtschaft denke. Hieraus wiederum ergebe sich die Notwendigkeit für die sowjetische Führung, das Verhältnis zu den USA zu klären und langfristig anzulegen, um nicht noch weiter in den Rückstand zu geraten. Eine solche langfristige Klärung werde wahrscheinlich bis zum nächsten Parteitag der KPdSU im Februar 86<sup>9</sup> vorgenommen werden. Hieraus ergäben sich auch für den Westen Chancen und Möglichkeiten.

3) Zum NATO-AM-Rat am 15.10. äußerte BM Zufriedenheit der Allianzpartner über das erzielte Ergebnis. NATO-Rat sei insbesondere großer persönlicher Erfolg für AM Shultz gewesen, der eindeutig erklärte habe, daß die US-Administration zur restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages stehe und vor weiterführenden Veränderungen sowohl mit den Alliierten konsultieren als auch mit der SU als Partner des ABM-Vertrages verhandeln werde. Die Bundesregierung sei dankbar für klare Positionen, wie sie von AM Shultz dargelegt worden seien. Hiermit sei der Kohäsion in der Allianz ein großer Dienst erwiesen worden.

VP Bush äußerte ebenfalls Zufriedenheit über das Ergebnis des NATO-Treffens. Es sei gut, daß dieser Punkt, der in der Tat auch ihm in den letzten Wochen Sorge bereitet habe, geklärt werden konnte.

<sup>3</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>4</sup> Michael Jansen.

<sup>5</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 13. bis 18. Oktober 1985 in der Volksrepublik China auf.

<sup>6</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 15. Oktober 1985 in Brüssel vgl. Dok. 283.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 31. Oktober 1985 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 297.

<sup>9</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.



4) VP Bush fragte nach der deutschen Einschätzung und Erwartungen zum Genfer Gipfel. In einem Nebensatz knüpfte er hieran die Frage, wie es mit einer deutschen SDI-Beteiligung aussehe.<sup>10</sup>

BM führte aus, daß man die sowjetischen Gegenvorschläge<sup>11</sup> sehr genau untersuchen müsse. Es gebe positive und negative Aspekte. Positiv beurteilten wir, daß Sowjets Reduzierungen von Raketen und Sprengköpfen sowie die Einführung eines Subceiling vorschlugen. Demgegenüber sei die Definition der strategischen Systeme nicht akzeptabel. Die angemessene westliche Antwort müsse darin bestehen, deutlich zu sagen, welche Vorschläge nicht akzeptabel seien, andererseits aber die konstruktiven Vorschläge aufnehmen. Insbesondere müsse der SU deutlich gemacht werden, daß sich bei drastischen Reduzierungen eine Option für eine Zusammenarbeit auf Dauer ergebe.

Er plädierte im übrigen besonders dafür, die amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 8.1.85<sup>12</sup>, in der das Verhältnis Offensiv- zu Defensivwaffen bereits erwähnt sei, zur weiteren Grundlage der Überlegungen zu machen.

Was die Position der Bundesregierung zu SDI angehe, so habe der BK das SDI-Forschungsprogramm als gerechtfertigt und auch als im Interesse des Bündnisses liegend in öffentlicher Rede erklärt. Dem sei nichts hinzuzufügen.

Was die Teilnahme der deutschen Industrie und der deutschen Forschungsinstitute an den Forschungen angehe, so seien sie in unserem freien Wirtschaftssystem auch frei, sich um Aufträge zu bewerben und an Forschungen teilzunehmen. Ob mehr nötig sei, müsse die Bundesregierung nach einer Analyse des vorliegenden Berichts, der zur Zeit in den zuständigen Ministerien geprüft werde, sehen.<sup>13</sup>

VP nahm diese Erläuterung mit einem Kopfnicken zur Kenntnis.

BM fragte, welche Ziele und Vorstellungen Präsident Reagan in seiner VN-Re-de in New York am 24.10. aufgreifen werde.<sup>14</sup> Er würde es begrüßen, wenn über die in der Erklärung vom 8.1. festgehaltenen Themen hinaus der Präsident sich zur weltweiten Ächtung der Chemiewaffen bekennen könne und auch beim Gipfel in Genf einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten würde<sup>15</sup>, da die vom Ostblock vorgeschlagenen regionalen Lösungen<sup>16</sup> keine wirkliche Verbesserung bedeuten und insbesondere die Dritte Welt, in der es heute zur CW-Waffen-Anwendung komme, diskriminierten.

<sup>10</sup> Zur Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Forschungsprogramm vgl. Dok. 263.

<sup>11</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>13</sup> Für die Stellungnahme des Auswärtigen Amts vom 15. November 1985 zu dem Bericht über die USA-Reise der SDI-Expertenkommission vgl. Dok. 309.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1285–1290.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 16. Oktober 1985 an Präsident Reagan; Dok. 284.

<sup>16</sup> Zum Vorschlag von SPD und SED für ein Abkommen zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vom 19. Juni 1985 vgl. Dok. 207, Anm. 3.  
Zum Vorschlag der DDR und der ČSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 256, Anm. 16.

VP Bush bat Mitarbeiter, entsprechenden Passus in Entwurf des Präsidenten aufzunehmen, und sagte zu, umgehend hierüber mit dem Präsidenten selbst zu sprechen, da er Vorschlag von BM für eine gute Idee halte.

BM unterstrich, daß es in Genf aus deutscher Sicht darauf ankomme, kooperative Lösungen zu finden, da autonome Lösungen Dinge nicht mehr voranbrächten. Er wies dabei erneut auf die Erklärung vom 8.1. hin, in der die wechselseitige Beziehung der Mittelstreckenwaffen, der strategischen und der Weltraumwaffen festgestellt worden sei. Dies sei eine exzellente Formulierung zu offensiven und defensiven Waffen, an die man sich halten könne.

VP Bush äußerte Sorge, daß auf der Suche nach den großen Lösungen der Genfer Gipfel mit zu hohen Erwartungen befrachtet werde. Er stelle sich vor, daß man als<sup>17</sup> Ergebnis eine verhandelte Tagesordnung und gewisse Richtlinien (guide lines) für die Verhandlungen erreiche.

BM wies auf die Notwendigkeit hin, zu einer Klärung der Grauzonenproblematik beim ABM-Vertrag zu kommen.<sup>18</sup> Es müsse Klarheit geschaffen werden, wo die Forschung ende und wo die Entwicklung von Waffen beginne. Lord Carrington habe von einem „fire-break“ gesprochen, der zwischen Forschung und Entwicklung errichtet werden müsse.<sup>19</sup> Wenn Genf hierüber Klarheit bringe, sei schon viel gewonnen. Im übrigen beruhten die Haltung der Bundesregierung und des BK zu SDI auf der Erklärung der amerikanischen Regierung, daß SDI nur die Forschung betreffe. Die Zusage von AM Shultz, daß vor Änderungen konsultiert und verhandelt werde, sei deshalb für die Bundesrepublik von besonderer Bedeutung gewesen.

VP Bush brachte noch einmal seine Erleichterung zum Ausdruck, daß es AM Shultz gelungen sei, im Bündnis deutlich zu machen, welches die amerikanische Haltung hierzu sei.

5) BM berichtete, daß er bei seinen Gesprächen im Kongreß auch die Gefahr des Protektionismus angesprochen habe und hierbei auf Verständnis gestoßen sei.<sup>20</sup>

VP Bush wies auf die starken Gefühle hin, die es im Kongreß wegen des großen Handelsdefizits insbesondere gegenüber Japan gebe. Er sei hierüber sehr beunruhigt und glaube, daß gegen dieses Handelsdefizit auch etwas getan werden müsse.

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „daß als“.

<sup>18</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279.

<sup>19</sup> Zur Rede des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington vom 2. April 1985 vgl. Dok. 122, Anm. 22.

<sup>20</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete am 23. Oktober 1985 über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit amerikanischen Kongreßmitgliedern am 21./22. Oktober 1985 in Washington: „BM brachte Sen[ator] Lugar gegenüber Sorge über Protektionismustrend zum Ausdruck und fragte, ob er in der Gewißheit abreisen könne, daß der Senat den Präsidenten in seinem Kampf gegen den Protektionismus unterstütze. Lugar erwiderte, daß die Regierung sich aufgrund der innenpolitischen Lage nach der Sommerpause zu Maßnahmen gezwungen gesehen habe. Er hoffe, daß die eingeleiteten 301-Verfahren, mit denen Bereiche mit unfairen Ausgangslagen aufgegriffen würden, [sich] beruhigend auf die anhängigen Vorlagen im Kongreß auswirken werden und die Verständigung zwischen Kongreß und Administration erleichtern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4993; Referat 204, Bd. 135302.

BM unterstrich, daß es darum gehe, die Ursachen des Handelsdefizits zu beseitigen. Hierbei denke er in erster Linie an das amerikanische Haushaltsdefizit. Jedermann erwarte und hoffe, daß die Administration hier wirklich etwas tue.

VP Bush stimmte dieser Beurteilung zu. Im Kongreß werde jetzt versucht, mit einem Sechsjahresplan dieses Defizit abzubauen. Dies werde allerdings unweigerlich dazu führen, daß auch die Entwicklungshilfeleistungen eingeschränkt werden müßten. Die Reaktion im Ausland hierzu sei leicht vorstellbar.

BM entgegnete, daß sich die Industrieländer Gedanken machen müßten, wie die strukturellen Fehlentwicklungen, die zu Lasten der Dritten Welt gingen, korrigiert werden könnten. So bemühten wir uns jetzt im Rahmen der EG um eine Agrarreform, die die großen Überschüsse abbauen könne. Es gehe nicht an, daß auf dem Weltagrarmarkt ein ruinöser Wettbewerb der Europäer mit den USA stattfinde. Dies sei zu teuer für beide und schade insbesondere den Ländern der Dritten Welt. BM verdeutlichte dies an der Lage Argentiniens, Brasiliens und Uruguays. Deren Außenhandelsprobleme konterkarierten nicht allein deren Bemühungen um den Schuldenabbau, sondern brächten zugleich diese Staaten, die erneut auf dem Weg zur Demokratisierung seien, in größte Schwierigkeiten. Wenn die Regierungen dort scheiterten, rückten linke Regierungen nach. Deshalb müsse diesen Staaten geholfen werden, damit ihr demokratisches Experiment zu einem Erfolg und einer Attraktion für die anderen Staaten der Region werde. Deshalb sei es auch so wichtig, Mittelamerika, insbesondere den Staaten Costa Rica und El Salvador, beizustehen.

VP Bush stimmte zu. Über dem Problem Nicaragua vergesse man manchmal leichtfertig die Bemühungen der anderen Staaten um Demokratisierung. In der Tat müßte man dazu beitragen, die Demokratien dort zu stabilisieren.

6) Auf die Frage nach der Lage in der BR Deutschland wies BM auf die großen Erfolge der Bundesregierung hin. Er selbst komme mit einem starken Rückenwind nach Washington. Die Regierung sei vor drei Jahren neu gebildet worden, weil sie wichtige Entscheidungen in der Sicherheitspolitik, hier insbesondere den Doppelbeschluß<sup>21</sup>, und in der Wirtschaftspolitik, nämlich die Gesundung der Staatsfinanzen und die Bildung eines Rahmens für eine positive Entwicklung gegen große Widerstände durchgesetzt habe. Jetzt habe die Bundesregierung durch die Verlängerung der Wehrpflicht von 15 auf 18 Monate, und zwar 15 Monate vor allgemeinen Wahlen<sup>22</sup>, erneut eine nicht einfache, aber notwendige Entscheidung getroffen.<sup>23</sup>

Die wirtschaftliche Entwicklung gebe Anlaß zu Optimismus. Das Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Institute enthalte insgesamt gute Voraussagen. Der wirtschaftliche Optimismus setze sich durch. Der Kulturpessimis-

21 Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

22 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

23 Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

Am 2. Oktober 1985 verabschiedete das Bundeskabinett den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juli 1989 von 15 auf 18 Monate. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 949–956.

mus, gegen den er seit mehreren Jahren angehe, nehme ab, die neuen Technologien fänden allgemeine Akzeptanz. Der Nobelpreis an Prof. von Klitzing<sup>24</sup> komme zur rechten Zeit und sei auch das richtige Zeichen für eine positive Stimmung zu Hause. Scherzhaft fügte er hinzu, Boris Becker sei ein weiterer Trumpf. Der Vizepräsident ergänzte: Auch der Golfer Bernhard Langer zeige mit seinen Erfolgen den Trend dieser Entwicklung.

BM faßte zusammen, daß die Bundesregierung mit Selbstbewußtsein in das Wahljahr gehe. Er sei davon überzeugt, daß die Regierung die Wahlen erfolgreich bestehen werde. Seine eigene Partei sehe, was ihr eigenes Schicksal angehe, mit sehr viel Optimismus und Selbstbewußtsein in die Zukunft.

[gez.] Jansen

Referat 204, Bd. 135302

## 289

### Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-14974/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 4982

Aufgabe: 23. Oktober 1985, 19.15 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 24. Oktober 1985, 00.32 Uhr

Betr.: Besuch BM Genschers in Washington am 21. und 22. Oktober 1985;  
hier: 1) Gespräch mit AM Shultz am 22.10.1985  
2) Gespräch mit VP Bush am 22.10.1985<sup>2</sup>

#### Zur Unterrichtung

1) BM lobte eingangs die gut verlaufene NATO-AM-Sitzung<sup>3</sup>, die er auch einen großen persönlichen Erfolg für AM Shultz nannte. Die Sitzung habe nach außen sichtbar die große Übereinstimmung der Allianzpartner dargestellt. Die von AM Shultz klargestellte Interpretation des ABM-Vertrags sei von größter Wichtigkeit gewesen, da dieses Thema in den Tagen vorher in Europa Gegenstand erheblicher Sorge gewesen sei.<sup>4</sup> Die Aussagen des BK zu SDI hätten auf der restriktiven Auslegung des Vertrags basiert. Er habe in seinen Gesprächen

<sup>24</sup> In der Presse wurde berichtet, daß der deutsche Physiker Klaus von Klitzing mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet werde. Vgl. dazu den Artikel „Nach 22 Jahren Nobelpreis wieder an deutschen Physiker“; DIE WELT vom 17. Oktober 1985, S. 1.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter vorgelegen.

Hat Botschafter Citron, z.Z. Bonn, vorgelegen, der für Oberamtsrat Hagen handschriftlich vermerkte: „Bitte [Durchschlag] KVAE-Delegation.“

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush vgl. Dok. 288.

<sup>3</sup> Zur Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 vgl. Dok. 283.

<sup>4</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279.

in Washington den sachlichen Erfolg des NATO-Außenministerrats und den persönlichen Erfolg für AM Shultz überall herausgestellt.

Die hochrangigen Treffen im weiteren Verlauf dieser Woche seien zu begrüßen<sup>5</sup>, gerade auch deshalb, weil sich zur fast gleichen Zeit die sowjetische Führung auf höchster Ebene mit Vertretern der WP-Länder treffe.<sup>6</sup>

Es wäre gut, wenn sich Präsident Reagan in seiner Rede vor den VN<sup>7</sup> zum Fürsprecher einer weltweiten Ächtung von CW machen würde. Er sei sicher, daß der Präsident mit diesem Thema gerade bei den Vertretern der Staaten der Dritten Welt großen Eindruck machen würde. Was die Genfer Verhandlungen angehe, so meine er, daß der sowjetische Gegenvorschlag einige interessante Positionen beinhalte<sup>8</sup>, aber auch solche, die wir nicht akzeptieren könnten. Zu letzteren gehöre die neue Definition der strategischen Waffen. Ihre Anwendung würde die Allianz in Zonen ungleicher Sicherheit aufteilen. Die Entscheidung für die Nachrüstung<sup>9</sup> sei seinerzeit u. a. auch die Ablehnung des Konzepts einer großen Sicherheit für die Großmächte und einer kleineren Sicherheit für die kleineren Länder gewesen. Daher sei es wichtig, in konstruktiver Haltung an die Genfer Verhandlungen heranzugehen.

Die Möglichkeit sollte genutzt werden, von Gorbatschow Gewißheit über die langfristigen Ziele der SU zu gewinnen. Er glaube, daß G. es ernst meine mit der Modernisierung der SU, was nicht mit ihrer Liberalisierung gleichzusetzen sei. Der Westen eile der SU im technologischen Bereich davon; man müsse G. die Option breiter Zusammenarbeit für den Preis drastischer Reduzierungen bei den offensiven Waffen aufzeigen. Es werde von Interesse sein, wie sich AM Schewardnadse am 25.10. im Gespräch mit AM Shultz<sup>10</sup> verhalte. Er begrüße es sehr, daß die amerikanische Administration um intensive Abstimmung mit den Alliierten bemüht sei, dies sei nicht nur gut für die Erarbeitung von Sachpositionen, sondern auch für die öffentliche Meinung. Der sowjetischen Propaganda-Offensive könne der Westen am besten durch offensives und konstruktives Verhalten entgegenwirken. Hier wolle er als Beispiel erneut den Brüsseler NATO-AM-Rat erwähnen, der sich in europäischen Medien und auch im Deutschen Bundestag positiv niedergeschlagen habe.

AM Shultz stimmt zu, daß das Brüsseler Treffen der Mühe wert gewesen sei. Die bevorstehenden Begegnungen in New York auf höchster Ebene verfolgten

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher am 24. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 290.

Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

<sup>6</sup> Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte am 22./23. Oktober 1985 in Sofia. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1985, D 668–670 und D 671–679.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 24. Oktober 1985 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1285–1290.

<sup>8</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>10</sup> Für die Gespräche des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 293.

das gleiche Ziel substantieller Beratungen und positiver Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Der Präsident könne so mit der Unterstützung und der Teilnahme der Allianzpartner und Japans zum Gipfel<sup>11</sup> reisen. Die USA beabsichtigten, die Partner über den Fortgang in der amerikanischen Meinungsbildung auf dem laufenden zu halten. Bis zum Gipfel würde der sowjetische Gegenvorschlag noch weiter sorgfältig analysiert werden. Die in ihm enthaltenen Zahlen seien interessant, andere Bereiche nicht so sehr. Für welche Sachpositionen der Präsident sich entscheiden werde, bleibe abzuwarten. Er, Shultz, sei sich bewußt, daß es der übereinstimmenden Erwartung der NATO-Partner entspreche, wenn Reagan mit einem konkreten amerikanischen Gegenvorschlag nach Genf reise. Der Präsident habe noch nicht entschieden, ob und wenn ja, wann US-Gegenvorschläge gemacht würden.

Auf Frage BMs nach einem Zeitplan von Begegnungen vor dem Gipfel erwiderte Shultz, daß nichts Festes anstehe. Dem Thema am nächsten seien die amerikanischen Unterhändler in Genf<sup>12</sup>. Diese betonten den Sowjets gegenüber, daß die Amerikaner öffentliche Propagandavorschläge nicht als seriöse Vorschläge ansähen. Konkretes könnte, wenn es ernst gemeint sei, in Genf auf den Tisch gelegt werden.

BM und andere AM hätten in Brüssel unterstrichen, daß das Ost-West-Verhältnis nicht nur unter dem Abrüstungsaspekt zu sehen sei. Die SU versuche es aber dazu zu machen. Das verschlechterte Ost-West-Verhältnis sei durch aggressives sowjetisches Verhalten in Afghanistan, Polen, Kambodscha, Nicaragua, dem südlichen Afrika und wo auch immer sonst noch sowie durch eine unbefriedigende sowjetische Haltung in der Frage der Menschenrechte verursacht worden. Zwar stünden einige bilaterale Themen an, bei denen eine Einigung mit den Sowjets möglich sei. Washington werde ein bilaterales Abkommen aber nicht nur deswegen abschließen, um überhaupt ein Abkommen vorweisen zu können; aus diesem Grunde hätten die Amerikaner auch die unbefriedigend verlaufenden Gespräche zur zivilen Luftfahrt unterbrochen.<sup>13</sup>

Reagan werde in seiner VN-Rede am Donnerstag einen dreistufigen Vorschlag zur Lösung der regionalen Spannungen vortragen. Er werde ausführen, daß in Krisenländern ein Prozeß der nationalen Versöhnung eingeleitet werden sollte, daß als zweiter Schritt ausländische Streitkräfte abgezogen werden sollten (also beispielsweise: die Sowjets aus Afghanistan, Kubaner aus Angola und Nicaragua etc.), und daß sich schließlich die Großmächte in Krisenregionen zurückhalten sollten, beispielsweise durch Einstellung von Waffenlieferungen.

<sup>11</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>12</sup> Maynard W. Glitman, Max M. Kampelman und John G. Tower.

<sup>13</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Zivilluftfahrt vgl. Dok. 214, Anm. 8.

Am 31. Oktober 1985 informierte Botschafter van Well, Washington, über ein Gespräch mit einem Vertreter des amerikanischen Außenministeriums: „Bei den bilateralen Fragen im engeren Sinn gebe es weiter Schwierigkeiten. So habe Sowjetunion bei Gesprächen über Luftsicherheit über dem Nordpazifik bisher keiner befriedigenden Definition für die Notlage von Flugzeugen zugestimmt, bei der bestimmte Maßnahmen wie Kontaktaufnahme mit dem Flugzeug und den Luftsicherheitsbehörden der anderen Seite ergriffen werden sollen [...] Außerdem hätte die sowjetische Seite das Kulturabkommen mit einer Vereinbarung über Luftsicherheit sowie den bilateralen Luftfahrtgesprächen und der Frage der Errichtung neuer Konsulate verbunden (Linkage).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5108; VS-Bd. 11317 (204); B 150, Aktenkopien 1985.

Nach diesen drei Schritten könnten in Frage kommende Länder dann an der weltwirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen. Dieser amerikanische Vorschlag sei nicht darauf angelegt, in laufende Bemühungen, beispielsweise VN-Vermittlung in Afghanistan<sup>14</sup>, einzugreifen.

BM meinte, daß es günstig wäre, wenn im Zusammenhang mit der Genfer Begegnung ein westlicher MBFR-Vorschlag vorgelegt werden könnte. Er habe positive Äußerungen von amerikanischer Seite zum deutsch-britischen MBFR-Vorschlag<sup>15</sup> vernommen. AM Shultz stimmte zu, daß hierüber gesprochen worden sei, auch über andere Themen habe man beraten. So läge ein amerikanischer CW-Vorschlag vor, auf den die SU bisher jedoch nicht zufriedenstellend reagiert habe.<sup>16</sup>

BM wies darauf hin, daß es etwas anderes sei, ob ein Vorschlag der Genfer Abrüstungskonferenz vorläge oder der Präsident diesen Punkt während des Gipfels oder in seiner VN-Rede anspreche. Es sei wichtig, daß sich der Westen zum Fürsprecher eines weltweiten Verbots von CW mache. Dadurch würde vermieden, daß es zu den gefährlichen Anregungen zur Errichtung CW-freier Zonen in Europa oder in Zentraleuropa käme.<sup>17</sup> Diese machten die Verifikation nur noch schwieriger.

Shultz stimme diesem Gedanken zu, fügte aber hinzu, er wisse nicht, ob dieses Thema in die Rede des Präsidenten passe.

BM erwähnte das KSZE-Kulturforum in Budapest<sup>18</sup> und lobte die gute Zusammenarbeit der deutschen und amerikanischen Delegationen. Er erwähnte das mutige Verhalten der Ungarn, Dissidentengruppen nach Budapest einreisen zu lassen, und deutete die schwierige Lage an, in die Ungarn hierdurch gerate. So sei es gut, wenn unsere Delegationen auf der einen Seite die Ungarn

<sup>14</sup> Zu den indirekten Verhandlungen zwischen Pakistan und Afghanistan unter Vermittlung der Vereinten Nationen vgl. Dok. 226, Anm. 18.

<sup>15</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik und Großbritanniens für einen neuen MBFR-Verhandlungsschritt vgl. Dok. 192 und Dok. 280.

Botschafter van Well, Washington, berichtete am 21. Oktober 1985: „Wie wir von dem zuständigen Referenten im NSC-Stab erfahren, war Ergebnis der NSC-Sitzung am 18.10. die vom Präsidenten festgestellte weitgehende Bereitschaft, sich dem deutsch-britischen Vorschlag einer westlichen Initiative anzuschließen. Entsprechendes Antwortschreiben an BK Kohl und PM Thatcher – von Gesprächspartner entworfen – liege dem Präsidenten vor. Die von Seiten des Pentagon in der NSC-Sitzung vorgetragenen Bedenken gegen diesen Vorschlag hätten lediglich dazu geführt, daß grundsätzliche Zustimmung mit zwei Vorbehalten versehen worden sei (ebenfalls in Antwortschreiben enthalten): Erfordernis absoluter Klarheit und Übereinstimmung innerhalb des Bündnisses hinsichtlich der vorgesehenen Verifikationsregelungen. Es müsse ausgeschlossen werden, daß diese Regelungen bei Verhandlungen mit dem Osten abgeschwächt würden. Noch zu leistende abschließende Prüfung der militärischen Auswirkungen einer amerikanisch-sowjetischen Truppenreduzierung um 13 000 bzw. 30 000 Mann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4950; VS-Bd. 11439 (221); B 150, Aktienkopien 1985.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des amerikanischen Vertragsentwurfs vom 18. April 1984 vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 414–433. Zu dem Entwurf vgl. auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

<sup>17</sup> Zum Vorschlag von SPD und SED für ein Abkommen zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vom 19. Juni 1985 vgl. Dok. 207, Anm. 3.  
Zum Vorschlag der DDR und der ČSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 256, Anm. 16.

<sup>18</sup> Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 in Budapest statt. Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 20.

stützten und auf der anderen Seite auf den Druck verwiesen, der gerade von sowjetischer Seite auf Ungarn ausgeübt werde. BM schilderte die besondere Mühe, die wir uns bei der Zusammenstellung der deutschen Delegation gemacht hätten.

Auf Frage von Shultz nach seiner Einschätzung der allgemeinen Lage in Ungarn, Polen und der DDR erwiderte BM u. a., er hoffe, daß sich die Ungarn den errungenen Grad der Liberalisierung erhalten könnten. In Polen sei die katholische Kirche in einer schwierigen Situation. Im übrigen sei der „starke Mann“ der Kirche nicht Kardinal Glemp, sondern der Erzbischof von Krakau<sup>19</sup>.

BM erläuterte sodann Lage der deutschen Wirtschaft. Aufschwung werde immer mehr durch Stärkung der Binnennachfrage getragen und sei immer weniger abhängig von Export. Um so freimütiger und glaubhafter könnten wir Administration in ihrem Widerstand gegen Protektionismus unterstützen.

Shultz sprach sodann Terrorismusproblem an. Der Präsident sei nicht mehr bereit, terroristische Anschläge gegen amerikanische Bürger hinzunehmen. Er werde – wann immer möglich – zurückschlagen. Auf Frage Shultz' nach unserer Haltung zum „Achille Lauro“-Anschlag<sup>20</sup> erwiderte BM, daß AM Andreotti beim kommenden Treffen der sechs Außenminister in New York ausführlich berichten werde.

#### <sup>21</sup>2) Gespräch mit Vizepräsident Bush

Auch bei VP Bush wies BM auf die Wichtigkeit der von Außenminister Shultz klargestellten Interpretation des ABM-Vertrags hin und unterstrich, daß die Aussagen des Bundeskanzlers zu SDI auf der restriktiven Auslegung des Vertrags basiert hätten.

Er wies weiter auf unsere Beiträge zur westlichen Verteidigung und zur Stärkung des Bündnisses hin und hob insbesondere die Stationierung von amerikanischen INF-Systemen in der Bundesrepublik Deutschland<sup>22</sup> und die Verlängerung der Wehrpflicht in der Bundeswehr<sup>23</sup> hervor.

Er appellierte weiter an die Administration, in ihrem Widerstand gegen Protektionismus fest zu bleiben. Vizepräsident Bush erwiderte, daß der Präsident dazu entschlossen sei. Viele Kongreßmitglieder seien jedoch aus der Sommerpause mit dem Eindruck nach Washington zurückgekehrt, daß der Ruf in der Bevölkerung nach protektionistischen Maßnahmen lauter geworden sei. Insofern werde möglicherweise der Druck des Kongresses auf die Administration stärker werden.

Auf seine jüngste China-Reise eingehend<sup>24</sup>, sagte der Vizepräsident, daß er

<sup>19</sup> Franciszek Macharski.

<sup>20</sup> Zur Entführung des Kreuzfahrtschiffs „Achille Lauro“ am 7. Oktober 1985 vgl. Dok. 281, Anm. 10.

<sup>21</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4983 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>22</sup> Zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. Dok. 116.

<sup>23</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 17. Oktober 1984; Dok. 4, Anm. 9.

Am 2. Oktober 1985 verabschiedete das Bundeskabinett den Regierungsentwurf für ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes ab dem 1. Juli 1989 von 15 auf 18 Monate. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 949–956.

<sup>24</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich vom 13. bis 18. Oktober 1985 in der Volksrepublik China auf.



überrascht sei, wie weit die Veränderungen in allen Bereichen seit seinem letzten Besuch<sup>25</sup> bereits fortgeschritten seien.

Zu dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow in Genf im November meinte er, wir sollten unsere Erwartungen nicht zu hoch ansetzen. Wahrscheinlich werde es jetzt noch keine konkreten Ergebnisse geben. Er hoffe, daß das Treffen der Beginn eines längeren Dialogs sein werde, in dessen Verlauf sich insgesamt eindeutige Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis ergäben.

3) Gesprächsvermerke sind von BM noch nicht genehmigt.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11317 (220)

## 290

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone, Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher in New York

010-2064/85 VS-vertraulich

24. Oktober 1985<sup>1</sup>

Treffen der sechs Regierungschefs und Außenminister<sup>2</sup> am 24. Oktober 1985 in New York

Präsident *Reagan* eröffnet mit der Frage, ob nach der Begegnung in Genf man es bevorzugen würde, daß er selbst nach Brüssel komme und die Staats- und Regierungschefs im NATO-Rat informiere.<sup>3</sup> Letzteres wird von allen begrüßt. Er lädt dann ein, ihm Ideen zu vermitteln für die Begegnung.

*Bundeskanzler* bedankt sich für die VN-Rede<sup>4</sup>. Sie sei psychologisch wichtig gewesen und habe den Westen in die Offensive gebracht. Präsident habe zu Recht dem Gipfel realistische Chancen eingeräumt, die man jetzt ergreifen müsse. Es müsse darum gehen, daß dem Gespräch jetzt weitere folgten. Die USA sollten agieren und nicht reagieren. Der Sowjetunion dürfe nicht die Führung überlassen werden. Gorbatschow sei in einer schwierigen Lage. Das sei auch der Ein-

<sup>25</sup> Der amerikanische Vizepräsident Bush besuchte vom 5. bis 9. Mai 1982 die Volksrepublik China.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Shintaro Abe (Japan), Giulio Andreotti (Italien), Joe Clark (Kanada), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Geoffrey Howe (Großbritannien) und George P. Shultz (USA).

<sup>3</sup> Zur Unterrichtung der Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten durch Präsident Reagan am 21. November 1985 in Brüssel vgl. Dok. 317.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1285–1290.

druck von Mitterrand in seinen Gesprächen gewesen.<sup>5</sup> Er habe wirtschaftliche Probleme und auch seine Macht noch nicht völlig stabilisieren können. Im Februar stehe er dem Parteitag gegenüber.<sup>6</sup> Die Sowjetunion würde einen Fehler machen, wenn sie diese Chance der Begegnung jetzt nicht ergreife. Hierauf habe er die Gesprächspartner aus dem Warschauer Pakt bei Begegnungen in den letzten Monaten hingewiesen. Er habe verdeutlicht, daß Reagan innenpolitisch sehr stark sei und deshalb viel bewegen könne. Er habe außerdem die Unterstützung der Europäer. Die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses<sup>7</sup> sei dafür nur ein Hinweis.

Den Präsidenten bitte er, Vorschläge einzubringen, durch deren Verhandlung eine dichte Kommunikation eingeleitet werde. Er müsse mit aller Offenheit sagen, daß die Diskussion über den ABM-Vertrag<sup>8</sup> nicht hilfreich gewesen sei. Im übrigen habe er sich bei verschiedenen Gelegenheiten, sogar in einer Regierungserklärung<sup>9</sup>, auf die USA-Auslegung gestützt, die man uns und auch dem eigenen Parlament<sup>10</sup> bekanntgegeben habe. Es müsse jetzt klar sein, daß die Auslegung, wie sie Shultz in Brüssel gegeben habe<sup>11</sup>, Bestand habe. Das Auftreten von Shultz, das wolle er hier sagen, im NATO-Rat sei sehr verdienstvoll gewesen. Man dürfe jetzt an dieser Auslegung nicht rütteln. Falls die Sowjetunion ihre Haltung zu dem ABM-Vertrag ändere, müsse man darüber reden, aber es gehe nicht, daß man über Änderungen spreche, ohne mit den Alliierten vorher gesprochen zu haben. Als Jüngerer wolle er an den Präsidenten appellieren, sich in Genf so zu geben, wie er sei, dann werde er Gorbatschow beeindrucken. Er, der Präsident, trage viele Hoffnungen der Menschen nicht nur im Westen, sondern auch im Osten. Er könne das von unseren Landsleuten in der DDR sagen, die mit großen Erwartungen auf das Treffen blicken würden.

Kanadischer Ministerpräsident *Mulroney* spricht ebenfalls seine Anerkennung für die VN-Rede aus und berichtet über seine Gespräche bei der Beerdigung Tschernenkos.<sup>12</sup> Dort habe er Gorbatschow auf das System in den Vereinigten Staaten hingewiesen. Dort könne man nur ein Abkommen verkaufen, das auch von den Leuten akzeptiert werde. Man müsse wissen, die Amerikaner hätten eine Art Wiedergeburt erlebt. Darauf seien sie stolz. Er habe den Eindruck mitgenommen, daß Gorbatschow das Funktionieren einer westlichen Demokratie

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

<sup>6</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>8</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

<sup>10</sup> Zu dem Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums an den Kongreß vom 18. April 1985 vgl. Dok. 274, Anm. 3.

<sup>11</sup> Zu den Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz bei der Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 vgl. Dok. 283.

<sup>12</sup> Ministerpräsident Mulroney hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, am 14. März 1985 in Moskau auf. Zum Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 63, Anm. 14.

nicht recht verstehe. Aber so etwas gäbe es ja nicht nur in Moskau. Das hätten wir auch jetzt feststellen können bei dem Commonwealth-Treffen<sup>13</sup>, wo man sich mit schwierigen Argumenten der Commonwealth-Staaten hätte befassen müssen, bis hin zur Zurückweisung des Vorwurfs des amerikanischen Imperialismus. Es sei wichtig, daß das Auftreten von Reagan und die Unterstützung, die er in seinem Lande und durch die Verbündeten erfahre, das Image von Reagan, daß er ein Mann des Friedens sei, stärkten. Reagan solle zum richtigen Zeitpunkt einen historischen Gegenvorschlag machen, eine Initiative zur dauerhaften Sicherung des Friedens. Hierher gehörten Vorschläge für drastische Rüstungsreduktionen. Man dürfe nicht vergessen, daß Gorbatschow ein guter Propagandist sei. Reagan stehe für die ganze Welt. Wir müßten in der Gegenoffensive sein.

*Reagan* erwidert, es sei vielleicht das erste Mal, daß die Sowjetunion einen Abrüstungsvorschlag vorlege. Bisher handele es sich nur um die Rede. Einige der sowjetischen Zahlen seien sehr nahe an den amerikanischen Zahlen. Das amerikanische Team sei an der Erarbeitung eines Vorschlages, der die positiven Teile der sowjetischen Vorschläge<sup>14</sup> aufnehme. Diese sollten durch eigene konstruktive Ideen ergänzt werden. Es sei klar, daß Gorbatschow einen Propagandafeldzug führen wolle. Es sei Aufgabe des Präsidenten, zu sagen, daß wir entschlossen seien, konstruktiv zur Abrüstung beizutragen.

Italienischer Ministerpräsident *Craxi* würdigt ebenfalls die VN-Rede positiv. Sie enthalte erhabene Gedanken über den Frieden. Die Welt erwarte, dies möge der Präsident wissen, viel von Genf. Der Präsident sehe sich einer neuen Führungsgeneration der Sowjetunion gegenüber. Diese Generation brauche eine lange Periode des Friedens. Deshalb müßte sie realistische Verhandlungen führen. Es sei wichtig, dem Generalsekretär klarzumachen, daß es keine Chance gebe, eine Spaltung des Bündnisses herbeizuführen. Unsere Welt sei der kommunistischen wirtschaftlich, technologisch und moralisch überlegen. Das sei etwas, was für Gorbatschow auch zähle. Die Begegnung müsse die erste in einem langen regelmäßigen Dialog sein. Man müsse auch klar erkennen, daß nicht für alle Probleme der Welt das Verhältnis USA–Sowjetunion verantwortlich gemacht werden dürfe. Wichtig sei, daß man zu einer Stabilisierung des Verhältnisses komme. Schon die Installierung eines Dialogs werde verhindern, daß Entwicklungen, wie immer sie seien, dramatisch werden könnten. Die ersten Schritte Gorbatschows führten in die richtige Richtung. Man sollte darauf konstruktiv reagieren. Im übrigen werde eine gute Atmosphäre zwischen den beiden Großmächten auch bei der Lösung anderer Krisen helfen.

Japanischer Ministerpräsident *Nakasone* erklärt, der Zeitpunkt für die Begegnung hier in New York sei außerordentlich günstig. Die VN-Rede des Präsidenten sei zu begrüßen. Die vom Präsidenten unterbreiteten Vorschläge für die Krisenherde einschließlich der drei Stufen<sup>15</sup> seien außerordentlich zu begrü-

<sup>13</sup> Die Regierungschefs der Commonwealth-Staaten trafen sich vom 16. bis 22. Oktober 1985 in Nassau (Bahamas). Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 45–54 (Auszug).

<sup>14</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>15</sup> Präsident Reagan erwähnte in seiner Rede am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York militärische Konflikte in Afghanistan, Kambodscha, Äthiopien, Angola und Nicaragua, an denen die UdSSR direkt oder indirekt beteiligt sei. Als Lösung schlug er für sie einen Drei-Stu-

ßen. Im übrigen habe sich seit Williamsburg<sup>16</sup> ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den hier versammelten Staaten ergeben. Das habe sich auch bei der Haltung zu SDI fortgesetzt. Die Sowjetunion habe Vorschläge gemacht und durch Gegenvorschläge reagiert. Die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion sollten aus globaler Sicht erfolgen und durch eigene amerikanische Vorschläge belebt werden. Er gebe dem Präsidenten den Rat, Gorbatschow auch realistisch zu sagen, wo keine Kompromisse möglich seien. Die Verhandlungen müßten auf einer reziproken Basis geführt werden. Es sei wichtig, der Sowjetunion auch in den nicht gefährlichen Sachgebieten eine wirtschaftliche Zusammenarbeit anzubieten. Wie weit das gehen könne, hänge vom Verhalten der Sowjetunion ab. Japan unterstützte die Position des Präsidenten.

Britische Premierministerin *Thatcher* erklärt, der Präsident spreche für uns alle. Niemand könne Europa und die Vereinigten Staaten trennen. Die NATO könne nicht auseinandergebracht werden. Man müsse sich die Frage stellen, wie sich die Sowjetunion sehe. Dann komme man zu dem Ergebnis, daß Gorbatschow davon ausgehen werde, daß man atomar in etwa gleichgewichtig, aber SU konventionell überlegen sei. Dagegen müsse sich Gorbatschow wirtschaftlich und technologisch unterlegen fühlen. Eine solche Unterlegenheit müsse er auch empfinden für den Lebensstandard und für die Freiheit. Er werde Präsidenten sicher vor die Alternative stellen, SDI oder Rüstungsabbau, sowie nach Gleichgewicht und Sicherheit fragen. Die Frage nach Gleichgewicht und Sicherheit sei wichtig. Heute schon bestehe die Möglichkeit, die C-Waffen, also eine der gefährlichsten Waffenarten, gänzlich zu beseitigen. Das müsse man von Gorbatschow verlangen. Die Sowjetunion werde sagen, daß sie nicht abrüsten könne, solange Weltraumforschung betrieben werde. Die USA könnten antworten, daß Forschung erlaubt sei. Gorbatschow werde sicher vorschlagen, daß man zu drastischen Reduzierungen kommen könne, wenn die Forschung eingestellt werde. Um aus diesem Gegensatz herauszukommen, werde es wichtig sein, daß man eine neue Beziehung zwischen dem Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen herstelle durch Verhandlungen, denn Gorbatschow werde die Forschung als Bedrohung ansehen und als Gefahr für das Gleichgewicht, wie es jetzt sei. Er müsse also Sicherheit bekommen, was doch mit den Forschungen beabsichtigt sei.

Es müsse außerdem über den Nahen Osten und Afghanistan gesprochen werden. Natürlich auch über Vietnam und Kambodscha und ganz gewiß über Menschenrechte. Es sei außerdem notwendig, daß man die Erwartung ausspreche,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1491*

fen-Plan vor: „First, we believe the starting point must be a process of negotiation among the warring parties in each country I've mentioned, which in the case of Afghanistan includes the Soviet Union. [...] There is a second level. Once negotiations take hold and the parties directly involved are making real progress, representatives of the United States and the Soviet Union should sit down together. It is not for us to impose any solutions in this separate set of talks; such solutions would not last. But the issue we should address is how best to support the ongoing talks among the warring parties. In some cases, it might well be appropriate to consider guarantees for any agreements already reached. [...] And finally, if these first two steps are successful, we could move on to the third: welcoming each country back into the world economy“. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1288.

<sup>16</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 in Williamsburg vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

daß es auch Fortschritte gebe bei den C-Waffen-Verhandlungen in Genf<sup>17</sup> und bei den MBFR-Verhandlungen in Wien<sup>18</sup>. Schließlich rate sie dem Präsidenten, darauf hinzuweisen, daß es mehrere Jahre gegeben habe, in denen die Vereinigten Staaten von ihrem Atomwaffenmonopol keinen Gebrauch gemacht hätten. Das sei ein Beweis für die Haltung der Vereinigten Staaten. Es müsse aus Genf ein neues Verständnis zwischen den beiden Großmächten erwachsen. Konsultationen seien dringend geboten.

Präsident *Reagan* dankt für die Ideen, die ihm vorgelegt worden seien. Er werde auf die Frage, ob es neue Vorschläge gebe, Ja sagen, ebenso zu der Frage, ob es positive Gesten geben werde. Man müsse auch über den Kulturaustausch sprechen – Austausch von Schülern und Studenten. Man habe es mit einem besonderen Land zu tun. Das sei das erste Mal in der Geschichte, daß eine Partei alleine eine Regierung kontrolliere. Es sei notwendig, eine Verständigung herbeizuführen zwischen der Sowjetunion und den USA. Aber eines müsse klar sein: Wenn die Sowjetunion hoffe, den Marxismus-Leninismus weltweit ausdehnen zu können, so werde dies nicht stattfinden.

Er werde auch sagen, daß es in den westlichen Demokratien immer notwendig sei, vor der eigenen Öffentlichkeit das verantworten zu können, was man tue. Auch das sei für die sowjetische Führung nicht notwendig. Er werde sich auch mit den Menschenrechten befassen, denn er müsse es vor seinem eigenen Volk rechtfertigen können, wenn er in anderen Fragen entgegenkomme. In Menschenrechtsfragen könne das meiste erreicht werden, wenn man die Wege der stillen Diplomatie bevorzuge. Man dürfe nie den Führer eines anderen Landes vor dem eigenen Volk bloßstellen. Man habe ja eine Gruppe von Menschen (Pfingstler) in der Botschaft gehabt über fünf Jahre.<sup>19</sup> Als es darum gegangen sei, daß man ein neues Getreidelieferungsabkommen<sup>20</sup> abschließe, habe er gesagt, er müsse etwas dafür bekommen. In der Tat habe man dafür diese Ausreise bekommen, ohne daß er dies öffentlich als eine solche Gegenleistung gefeiert habe. Das Getreide sei seine Gegenleistung gewesen.

Hinsichtlich Afghanistans müsse man ebenfalls überlegen, wie man den Sowjets einen Ausweg aus der Sackgasse eröffnen könne, denn sie dürften ihr Gesicht nicht verlieren. Vielleicht sei es möglich, über die Vereinten Nationen einen Vorschlag zu lancieren, daß die Sowjets abziehen und daß anstelle der sowjetischen Truppen Truppen der Vereinten Nationen die Sicherheit und den Status von Afghanistan garantieren.

Präsident fuhr fort: Er habe sich hingesezt und sich einige Gedanken gemacht und einiges aufgeschrieben, über das er einmal sprechen wolle. Gorbatschow

<sup>17</sup> Zu den Verhandlungen auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über ein Abkommen zu einem Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 164.

<sup>18</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 195.

<sup>19</sup> 1978 fanden mehrere Familien, die zu den christlichen Pfingstkirchlern gehörten, Zuflucht in der amerikanischen Botschaft in Moskau. Seit Anfang 1983 bemühte sich die amerikanische Regierung verstärkt um eine Ausreise der Familien. Vgl. dazu SHULTZ, *Turmoil and Triumph*, S. 167–171. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 21. Juli 1983 mit, daß nach einer bereits ausgestellten Familie eine weitere Gruppe von 15 Pfingstkirchlern am 18. Juli 1983 die UdSSR habe verlassen dürfen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3255; Referat 213, Bd. 139289.

<sup>20</sup> Für das Abkommen vom 25. August 1983 zwischen den USA und der UdSSR über die Lieferung von Getreide vgl. Referat 421, Bd. 141331.

sei ein selbstbewußter Führer. Aber er sei sehr stark abhängig von seiner Bürokratie. Seiner Bürokratie gegenüber müsse er beweisen, daß er ein starker Mann sei. Das müsse man in Rechnung stellen, wenn man von ihm Zugeständnisse verlange. Deshalb wolle er noch einmal sagen, man dürfe ihn nicht zwingen, sein Gesicht zu verlieren. Er sei sicher auch an Rüstungskontrolle interessiert und wolle die Kosten der Rüstung sparen. Seine und unsere weltpolitischen Vorstellungen seien natürlich unterschiedlich. Für uns gäbe es nichts in der Sowjetunion, um was wir die Sowjetunion beneiden könnten. Die Sowjetunion suche Überlegenheit. Sie wolle ganz gewiß keinen Krieg, aber sie strebe nach Weltherrschaft ohne Krieg. Und deshalb sei ihre Politik offensiv. Jeder neue Schritt auf unserer Seite sei für sie kostspielig. Dies gelte vor allem für SDI. Er wolle nicht eine neue Aufrüstung. Er wolle auch Europa in seiner Sicherheit nicht zurücksetzen. Er wolle als ein Mann des Friedens dastehen. In den Vereinigten Staaten gebe es zwei Gruppen von Leuten. Die einen sagten, kein Abkommen mit der Sowjetunion, der man sowieso nicht glauben könnte; die anderen sagten, es sei wichtig, auf jeden Fall ein Abkommen herbeizuführen. Er müsse sagen, er wolle ein Abkommen schließen, das den Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer Bündnispartner diene. Das Angebot der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei ein wichtiges Tauschobjekt, das dem Westen zur Verfügung stehe. Man solle es aber nicht sofort auf den Tisch legen. Er werde den Menschenrechtsfragen eine große Bedeutung zumessen, ohne sie allerdings zur Voraussetzung von Abkommen zu machen. Insgesamt müsse ein Geben und Nehmen stattfinden.<sup>21</sup>

Präsident Nixon habe ihm berichtet, daß die amerikanischen Juden bei ihm gewesen wären und von ihm verlangt hätten, daß er den SALT-I-Vertrag erst schließe, wenn die Probleme der Juden in der Sowjetunion gelöst seien. Nixon habe sich darauf nicht eingelassen und den SALT-I-Vertrag geschlossen. Nachdem er sich mit Breschnew einig gewesen sei, habe er ihn in die Ecke genommen und ihm gesagt, er müsse aber erwarten, daß in der Frage der Ausreise für die Juden etwas getan werde, um den Vertrag zu Hause ratifizieren zu können. Das Ergebnis hiervon sei gewesen, daß Tausende von Juden hätten ausreisen können. Später seien die Ausreisen zurückgegangen, weil man daraus durch das Jackson-Vanik-Amendment<sup>22</sup> eine Prestigefrage für Breschnew gemacht habe.

Die Fragen der kulturellen Zusammenarbeit, über die er schon gesprochen habe, würde er auch nicht zur Voraussetzung verbesserter Beziehungen machen.

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde handschriftlich eingefügt.

<sup>22</sup> Die Wörter „durch das Jackson-Vanik-Amendment“ wurden handschriftlich ergänzt.

Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der amerikanische Kongreß den „Trade Act of 1974“. In Abschnitt 402 war auf Initiative des Senators Jackson und des Abgeordneten Vanik festgelegt, daß Staatshandelsländern keine Behandlung nach dem Prinzip der Meistbegünstigung und keine „Kredite oder Kreditgarantien oder Investitionsgarantien gewährt werden“ sollten, wenn „ein derartiges Land 1) seinen Bürgern das Recht oder die Gelegenheit zur Auswanderung verweigert; 2) mehr als eine nominelle Steuer auf Auswanderung oder Visa oder sonstige für die Auswanderung erforderliche Dokumente erhebt, gleichgültig zu welchem Zweck oder aus welchem Grunde; 3) mehr als eine nominelle Steuer, Abgabe, Geldstrafe, Gebühr oder sonstige Zahlung als Folge des Wunsches eines Bürgers erhebt, in das Land seiner Wahl auszuwandern“. Auch Handelsabkommen sollten mit solchen Staaten nicht abgeschlossen werden können. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 108 f.

Er werde natürlich großen Wert auf Rüstungskontrolle legen. Allerdings werde er Gorbatschow ganz klar sagen, daß es keine Rüstungskontrolle geben werde ohne Verifikation. Das müsse unmißverständlich zum Ausdruck gebracht werden. SDI sei kein Tauschobjekt. Er sei nicht gewillt, die Forschung als Gegenleistung für Reduzierungen aufzugeben. Falls Forschung ergebe, daß ein Schutz möglich sei, dann dürfe man nicht zulassen, daß disloziert werde. Dann müsse man sagen, wir haben einen Ausweg gefunden aus der Bedrohung der Menschheit durch Raketen und werden diesen allen zur Verfügung stellen.

Schließlich sei das 1914–18 mit den chemischen Waffen genauso gewesen. Obwohl sie verboten worden seien, hätten trotzdem alle Gasmasken produziert. SDI sei eine Art Gasmaske gegen die nuklearen Waffen – die Gasmaske der ganzen Welt. Er wolle diese Fragen ganz offen mit Gorbatschow besprechen, der sich bestimmt bewußt sei, daß die wirtschaftliche Lage seines Landes besser wäre, wenn es nicht so große Rüstungsausgaben hätte. Er werde ihm aber auch sagen, daß die USA keinen Rüstungsvorsprung der Sowjetunion zulassen werde.

*Kanadischer Premierminister* kommt auf Commonwealth-Konferenz zurück, die ein Viertel der Menschheit repräsentiert habe. Er sei doch erstaunt gewesen, wie stark es der Sowjetunion gelungen sei, manche der dort vertretenen Führer zu beeinflussen, so daß bisweilen Ministerpräsidentin Thatcher und er in einer schwierigen Lage gewesen seien, die Vereinigten Staaten zu verteidigen. Beide hätten dabei keinen Zweifel daran gelassen, daß sie nicht neutral seien und nicht in der Mitte zwischen den USA und der Sowjetunion stünden, sondern Verbündete der USA und Mitglieder der NATO seien. Er habe Gorbatschow in Moskau gesagt, man könne den Vereinigten Staaten vertrauen. Kanada habe eine viele Tausend Kilometer lange Grenze mit einem so überlegenen Land wie den Vereinigten Staaten. Trotzdem sei in 173 Jahren nicht ein einziger Schuß an dieser Grenze gefallen. Er sei der Auffassung, man müsse sich aber auch in die Lage der anderen Seite versetzen können und man müsse der anderen Seite auch im Interesse der Gesichtswahrung ein großzügiges Angebot machen. Der Präsident müsse ein Paket packen, und in diesem Paket müßten Vorschläge zur Rüstungskontrolle, aber ebenso auch zu großzügiger Zusammenarbeit vorhanden sein.

*Bundeskanzler* zeigt sich befriedigt über die Gedanken und die Einstellung, die der Präsident geäußert habe. Er müsse sagen, Genf stehe und falle in seinem Ergebnis mit dem Eindruck, den der Präsident auf Gorbatschow machen werde. Die Gedanken, die der Präsident geäußert habe, daß der Frieden Gorbatschows auch unser Frieden sei, sei der Schlüsselsatz. Natürlich habe Gorbatschow nicht eine öffentliche Meinung wie wir, aber er habe doch eine öffentliche Meinung unter den maßgeblichen Leuten seines Landes. Auch im Warschauer Pakt gebe es große Erwartungen, was herauskomme. Da sei das richtig, was der Präsident berichtet habe über die Erfahrung Nixons mit Breschnew. Man dürfe ihn nicht zwingen, das Gesicht zu verlieren. Wie groß die Erwartungen seien, wüßten wir gerade auch aus Ost-Berlin. Es bestehe kein Zweifel, daß der Bewegungsraum von Honecker weitgehend von der Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses abhängig sei. Gorbatschow sei abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Er brauche Zeit, Geben und Nehmen sei die richtige Einstellung. Auf eines müsse er hinweisen: Es gebe auch Stimmen, auch in den USA, die

sagten, man müsse notfalls die Russen zu Tode rüsten. Er bitte, daß man sich keinen Illusionen hingebe. Bei einer Diktatur sei ein solches Vorgehen sinnlos. Das hätten die Deutschen im Zweiten Weltkrieg selbst erlebt. Der Präsident könne für die freie Welt sprechen. Bei den Menschenrechten bitte er, falls der Präsident über die Frage der Juden sprechen wolle, auch die 1,5 Millionen Deutschen zu erwähnen. Es sei immer wieder ergreifend, wenn er Weihnachten nach Friedland<sup>23</sup> komme, mit welchen Hoffnungen die Menschen zu uns kämen, und wie sie zum Teil nur kämen im hohen Alter, um in der Heimat zu sterben. Er wolle noch einmal wiederholen, daß gerade unsere Landsleute in der DDR mit großer Aufmerksamkeit nach Genf blicken würden. Sie wüßten natürlich auch, daß über Nacht die Welt sich nicht verändern werde, aber daß man eine Tür aufmachen könne in Genf, und darauf kommt es jetzt an.

Präsident *Reagan* erläutert, bei der Gruppe, die ausgereist sei, habe es sich um Christen gehandelt. Er setze sich also keineswegs nur für Juden ein, aber er werde selbstverständlich auch die Deutschen erwähnen.

Ministerpräsident *Craxi* erklärt, die Erklärungen des Präsidenten zu SDI unterstrichen ein wichtiges Ziel des Präsidenten, das er hier festschreiben wolle, nämlich allen die Defensivwaffen zu geben. Das heiße doch wohl, der Präsident wolle keinen Krieg der Sterne, sondern den Frieden der Sterne: Verteidigungswaffen, um die Verwendung der Offensivwaffen auszuschließen. Die Sowjetunion werde natürlich besorgt sein, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie Defensivwaffen hätten, ihnen dies die Fähigkeiten zum Erstschlag gebe; deshalb werde die Frage sein, wie die USA der Sowjetunion Sicherheit geben könnten.

Gromyko hätte bei ihrem Gespräch in Moskau<sup>24</sup> gesagt, SU könnte sich auf den guten Willen der Vereinigten Staaten allein nicht verlassen. Gorbatschow werde viele Jahre brauchen, um das Land zu entwickeln. Deshalb werde sein Interesse an Vereinbarungen groß sein, aber er werde es nie verantworten können, daß die Sowjetunion schwächer werde.

Zu den Menschenrechten müsse man folgendes sagen; intern sei Druck erforderlich, aber nach außen unterstütze er voll das, was der Präsident gesagt habe. Er müsse im übrigen darauf hinweisen, daß die Lage im Nahen Osten sehr ernst sei, und nach den Ereignissen der letzten Wochen sei sie noch ernster geworden. Er sei der Meinung, man müsse hier die Sowjetunion einbeziehen. Ohne sie sei eine Regelung nicht möglich.

Präsident *Reagan* ergänzt, auch er sei der Meinung, daß man die Sowjetunion einbeziehen müsse in die Lösung der Nahost-Frage.

Im übrigen wolle er sagen, daß die Ausreisefragen für uns völlig unverständlich seien – insbesondere, daß ein Land einen Zaun brauche, um seine Bürger zu halten. Dabei sei es doch so, daß die Russen ihr Land liebten. Wenn die Lage nur etwas besser wäre, würden sie bleiben wollen. Auch das wolle er Gorbatschow sagen.

Der Begriff „star wars“ sei von einem Senator erfunden worden, der ein Gegner

<sup>23</sup> Im niedersächsischen Friedland befand sich ein Aufnahmelaager für Aussiedler und Flüchtlinge.

<sup>24</sup> Ministerpräsident Craxi hielt sich vom 28. bis 30. Mai 1985 in der UdSSR auf.



des Programms sei.<sup>25</sup> Er selbst habe nur den Auftrag gegeben, die Wissenschaftler sollten prüfen, ob ein strategischer Weltraumschild möglich sei. Leider habe sich dieser Begriff nicht durchsetzen lassen. Aber wenn diese Vision möglich sei, wenn sie verwirklicht werden könne, dann müsse man es tun, um alle Atomwaffen beseitigen zu können. Auch wenn alle Atomwaffen beseitigt seien, werde man diesen Schild brauchen, denn es könne ja auch Verrückte geben, die heimlich neue Atomwaffen bauten oder sie versteckt hätten. Diesen dürfe man keine Chance geben. Allerdings dürfe es keine Dislozierung geben, bis nicht die atomaren Waffen beseitigt seien oder bis man wenigstens damit angefangen habe, sie zu beseitigen. Jedenfalls sehe er die Besorgnis eines Erstschlages. Er sage deshalb noch einmal: keine Dislozierung, bevor nicht die Offensivwaffen beseitigt sind. Das alles wolle er Gorbatschow sagen.

Frau *Thatcher* fragt am Ende der Aussprache, was der Presse zu sagen sei. Sie legt dazu einen Entwurf vor, der mit einer Ergänzung angenommen wird.

VS-Bd. 14161 (010)

## 291

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in New York

VS-vertraulich

25. Oktober 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985, 11.00 Uhr bis 11.45 Uhr, im Waldorf Astoria Hotel in New York<sup>2</sup>

Teilnehmer: Außenminister Shultz; Donald Regan, Stabschef des Weißen Hauses; Sicherheitsberater McFarlane; Susan Ridgway, Under Secretary of State<sup>3</sup>;

<sup>25</sup> Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 28. März 1983 über Reaktionen auf die Fernsehansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983, „in de[r] er ein Programm zur Entwicklung defensiver Antiraketenwaffen ankündigte, mit denen die Abschreckung durch strategische Nuklearraketen langfristig entbehrlich werden“ solle: „Die Opposition wirft Reagan vor, er versuche in unverantwortlicher Weise mit einer übertriebenen Bedrohungsanalyse und ‚rücksichtslosen StarWars-Plänen‘ (Senator Kennedy) seinen Verteidigungshaushalt durchzusetzen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1390; Referat 201, Bd. 125675.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 4. November 1985 gefertigt und am 7. November 1985 mit der Bitte „um Genehmigung, den Vermerk BM Genscher zur persönlichen Unterrichtung zuzuleiten“, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet.

Hat Schäuble am 7. November 1985 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik“ und „erl[edigt]“.

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 8. Dezember 1985 vorgelegen, der um eine Ablichtung für Genscher bat. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Aus Anlaß der Feiern zum vierzigjährigen Bestehen der Vereinten Nationen hielten sich Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher vom 22. bis 27. bzw. vom 21. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „Under State Secretary“.

Außenminister Genscher; Botschafter van Well; Horst Teltschik; zwei Dolmetscher.

Präsident *Reagan* eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, der Bundeskanzler wolle sicherlich eine Reihe von Punkten ansprechen. Er habe nur einen: Er wolle noch einmal das amerikanische Interesse an einer Vereinbarung von Regierung zu Regierung über die Zusammenarbeit im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms unterstreichen.<sup>4</sup> Eine übergreifende Zusammenarbeit sei wünschenswert.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß der Präsident seine Position bereits kenne. Das SDI-Forschungsprogramm sei nicht nur gerechtfertigt, sondern auch moralisch begründet. Der Präsident habe in seiner UNO-Rede<sup>5</sup> Ministerpräsident Kosygin zitiert. Es stehe fest, daß auch die Sowjetunion vergleichbare Forschungen betreibe. Die Bundesregierung habe deshalb die amerikanische Einladung zu einer Zusammenarbeit positiv aufgegriffen. Eine solche Zusammenarbeit werde sicherlich für beide Seiten fruchtbar sein. Es sei ein enormer ziviler Nutzen zu erwarten.

Der Bundeskanzler schilderte noch einmal die unterschiedliche Ausgangsposition der einzelnen europäischen Staaten. In Frankreich befänden sich die Firmen, die für eine Kooperation in Frage kämen, weitgehend in staatlicher Hand. Deshalb könne Präsident Mitterrand öffentlich erklären, daß sich die Französische Republik an SDI nicht beteiligen werde, während die französische Firma Thomson zur gleichen Zeit einen Vertrag unterschrieben habe.<sup>6</sup> Auch in Großbritannien seien die meisten Firmen in staatlichem Besitz. Dagegen gebe es in der Bundesrepublik Deutschland keine staatlichen Firmen. Die deutsche Industrie wolle sich engagieren. Dies gelte auch für andere europäische Staaten. Ministerpräsident Craxi habe ihm gesagt, daß er nach Abschluß seiner Regierungsbildung<sup>7</sup> sich ebenfalls beteiligen wolle.

<sup>4</sup> Zur Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Forschungsprogramm vgl. Dok. 263.

<sup>5</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 290, Anm. 15.

<sup>6</sup> In der Presse wurde berichtet: „So zweifelt Paris, ob die Teilnahme an SDI für Frankreich profitabel wäre und ob es nicht ein einseitiges Geschäft wäre, den Amerikanern im Austausch auf anderen Gebieten französisches Know-how zur Verfügung zu stellen. Denn daran bekundete der SDI-Chef, General Abrahamson, Interesse. Die Amerikaner sind bereits an Thomson herangetreten, den 1982 verstaatlichten Elektronikkonzern. Zu „offiziösen Kontakten“, so der interne Bericht des Quai d'Orsay, ist es unter anderem auch mit den staatlich kontrollierten Firmen Matra und Aerospatiale gekommen; andere Unternehmen könnten sich Chancen ausrechnen.“ Vgl. den Artikel „Eine Chance für Eureka“, DIE ZEIT vom 31. Mai 1985, S.7. Vgl. auch Dok. 233, Anm. 5.

<sup>7</sup> Botschafter Lahn, Rom, informierte am 16. Oktober 1985: „Der Vorstand der Republikanischen Partei (PRI) hat am Nachmittag des 16.10. einstimmig beschlossen, sich aus der Fünf-Parteien-Koalition zurückzuziehen. [...] Zur Begründung seiner Entscheidung wiederholte der Parteivorstand der PRI seine bekannten Argumente: MP Craxi und AM Andreotti hätten bei ihrer Entscheidung, den Führer der PLF, Abu Abbas, ausreisen zu lassen, die kleineren Koalitionspartner trotz ausdrücklicher Bitte Spadolini nicht beteiligt. Die Entscheidung Craxis und Andreottis sei einem der vordringlichsten Ziele der Regierungsarbeit, dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, zuwidergelaufen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1308; Referat 206, Bd. 140512.

Am 8. November 1985 teilte Lahn mit, obwohl es zunächst ausgesehen habe, als ob der Unmut der vier anderen Koalitionsparteien die Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Craxi „zum Scheitern bringen könnte, so hat nach merklich gemäßigter Rede Craxis vor dem Senat nunmehr auch dieser am 8.11. der Regierung sein Vertrauen ausgesprochen. Die mit Rücktrittsgesuch Craxis gegenüber Staatspräsident Cossiga am 17.10. formal begonnene Krise ist damit formal beendet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1429; Referat 206, Bd. 140512.

Die Bundesregierung werde noch in diesem Jahr die Frage einer Regierungsvereinbarung prüfen und ihre Entscheidung treffen. Es gebe eine Reihe von Problemen, über die beide Seiten noch miteinander reden müßten. Im Mittelpunkt einer solchen Regierungsvereinbarung stünden vier Schwerpunkte: das Problem der Auftragsvergabe und der Preisbildung; die Fragen des Technologietransfers in beide Richtungen; der Geheimschutz und das Problem der Eigentums- und Nutzungsrechte.

Die Bundesregierung beabsichtige, nach dem Gespräch des Präsidenten mit Generalsekretär Gorbatschow<sup>8</sup> die Verhandlungen mit der amerikanischen Administration aufzunehmen. Er würde es sehr begrüßen, wenn die USA parallel dazu auch mit den anderen Europäern die Gespräche führen würden.

Der Bundeskanzler verwies noch einmal auf die Delegationsreise unter Leitung von Horst Teltschik.<sup>9</sup> Er bedanke sich noch einmal für das hohe Maß an Offenheit und Bereitschaft zur Information. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es jetzt eine intensive Diskussion über die Frage einer möglichen Zusammenarbeit der deutschen Industrie und Forschung im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms mit den entsprechenden amerikanischen Einrichtungen. Die Bundesregierung sehe sich dabei einer großen Diffamierungskampagne ausgesetzt. Die Drohkulisse seitens der Sowjetunion und der DDR sei mit der vor zwei Jahren während der Debatte über den Doppelbeschluß der NATO<sup>10</sup> zu vergleichen. Er sei sich jedoch sicher, daß sich auch diese Diskussion beruhigen werde. Es sei für ihn jedoch wichtig, zu wissen, daß auch der Präsident an einer Regierungsvereinbarung interessiert sei. Die Kontakte sollten deshalb zwischen beiden Regierungen fortgeführt werden. Dem stimmte Präsident Reagan zu.

Der Bundeskanzler sprach anschließend die Frage der Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den USA an. Er unterstrich, daß protektionistische Maßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland eine Katastrophe wären. Der Bundeskanzler schilderte die Situation aufgrund der landwirtschaftlichen Überschüsse in der Europäischen Gemeinschaft. Die Gemeinschaft bemühe sich, diese Überschußproduktion zurückzuführen. Dieses Unterfangen sei jedoch sehr mühsam. Es sei aber erforderlich, vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die Dritte Welt. Er habe großes Verständnis für die Probleme, die der Präsident seinerseits mit seinen Farmern habe. Dennoch müsse verhindert werden, daß protektionistische Maßnahmen ergriffen würden. Der Präsident habe ja mit Ministerpräsident Nakasone gesprochen.<sup>11</sup> Es sei unabdingbar, daß auch Japan seinen Markt öffne.

Präsident Reagan erwiderte, daß sich Ministerpräsident Nakasone dieser Frage intensiv widme. Er habe ihn jedoch wissen lassen, daß Japan seinen Markt

<sup>8</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>9</sup> Zur Reise einer SDI-Expertengruppe vom 4. bis 13. September 1985 in die USA vgl. Dok. 260, Anm. 3.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>11</sup> Präsident Reagan und Ministerpräsident Nakasone trafen sich am 25. Oktober 1985 zu einem Gespräch in New York.

nicht nur bilateral für die USA, sondern generell öffnen müsse. Er selbst habe große Auseinandersetzungen mit dem Kongreß, aber er sei sich sicher, daß er sie gewinnen und eine entsprechende Gesetzgebung verhindern könne.

Außenminister *Shultz* fügte hinzu, daß die Lage besonders im Repräsentantenhaus schwierig sei, und dort vor allem bei den Demokraten. Jedoch würden die Demokraten die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreichen können. Deshalb sei es dem Präsidenten möglich, sein Veto einzulegen. Der Kongreß sei sich dieser Lage bewußt, spiele dennoch eine sehr starke Rolle.

Der *Bundeskanzler* verwies auf ähnliche Probleme innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Er schilderte als Beispiel den Versuch der Bundesregierung, die Katalysatorenregelung einzuführen.<sup>12</sup> Dies sei vor allem deshalb schwierig gewesen, weil sowohl Frankreich wie auch Italien nur in geringem Ausmaße Autos in die USA exportieren würden. Dagegen habe die deutsche Autoindustrie einen hohen Exportanteil in die USA und sich deshalb auf die amerikanische Entwicklung rechtzeitig eingestellt. Schwierig sei auch die Lage für Großbritannien. Für die deutsche Autoindustrie habe sich auch hier die Erfahrung gezeigt, daß Konkurrenz belebend wirkt und eine starke Position vermittele. Hier hätten die Amerikaner und die Deutschen eine gemeinsame Philosophie, deshalb predige er sicher im falschen Haus.

Präsident *Reagan* berichtete von einem amerikanischen Senator, der in besonders starkem Maße für protektionistische Maßnahmen eintrete, selbst jedoch Mercedes fahre.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß es auch in der Bundesrepublik das Phänomen von Leuten gebe, die „links reden“, aber „rechts leben“ würden. So gebe es Linke, die sich zu Hause in der Bundesrepublik antiamerikanisch äußern würden, während sie gleichzeitig über eine Ranch in Kalifornien verfügten.

Der Bundeskanzler sprach den bevorstehenden Gipfel zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow an. Er unterstrich noch einmal, daß Außenminister Genscher und er außerordentlich zufrieden seien, wie sich der Präsident persönlich engagiere. Es sei wichtig, daß vor allem die Bürger, in den USA wie bei uns, spüren könnten, wie sich der Präsident persönlich für einen Erfolg einsetze. Die USA müßten agieren und nicht reagieren. Er betrachte es als ein gutes Konzept, daß der Präsident persönlich mit Generalsekretär Gorbatschow das Gespräch führen wolle.

Der Bundeskanzler wies noch einmal darauf hin, daß die Frage eines weltweiten Verbots von chemischen Waffen für die Bundesregierung von besonderer

<sup>12</sup> Zur Frage einer Regelung für Katalysatoren für Autoabgase vgl. Dok. 29, Anm. 23 und 26.

In der Presse wurde berichtet: „Trotz immer größerer Schwierigkeiten und vieler ungeklärter Fragen bei der Einführung schadstoffarmer Autos in Europa will die Bundesregierung die steuerliche Förderung solcher Kraftfahrzeuge wie geplant am 1. Juli in Gang bringen. [...] Der Widerstand aus Paris und London gegen diese steuerliche Förderung hat sich inzwischen verstärkt. Es liegen Demarchen beim Auswärtigen Amt und zwei französische Einsprüche vom Januar und von Ende April bei der Brüsseler Kommission vor.“ Vgl. den Artikel „Gegenseitige Schuldzuweisungen wegen der Hemmnisse für das Katalysator-Auto“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Juni 1985, S. 2. Bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Umwelt zuständigen Minister am 27./28. Juni 1985 in Luxemburg wurde eine Einigung über Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von Kraftfahrzeugen erzielt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1985, S. 64 f. und S. 128.

Bedeutung sei.<sup>13</sup> Dieses Thema sei nicht nur wichtig, sondern verglichen mit den Problemen der Nuklearwaffen teilweise kritischer. Er rege deshalb an, daß die amerikanische Regierung beschleunigt Vorschläge entwickeln solle.

Als zweites, wichtiges Thema in diesem Zusammenhang sprach der Bundeskanzler die MBFR-Verhandlungen in Wien an. Er verwies auf die deutsch-britischen Vorschläge.<sup>14</sup> Präsident *Reagan* erwiderte, daß seine Regierung diese Vorschläge gerade studiere und in sehr kurzer Zeit eine Antwort finden werde.<sup>15</sup> *McFarlane* warf ein, daß sich der Präsident am Wochenende in Camp David mit MBFR befassen werde. Der *Bundeskanzler* erinnerte noch einmal an das Thema der C-Waffen.

Präsident *Reagan* erklärte, daß er dem Bundeskanzler in dieser Frage zustimme. Die Sowjetunion habe in Afghanistan chemische Waffen eingesetzt. Die amerikanische Regierung habe der Sowjetunion Vorschläge unterbreitet. Das nach wie vor sehr schwierige Problem sei die Frage der Verifikation. Er werde jedoch jede Möglichkeit unterstützen, um zu einer Übereinstimmung zu kommen.

Außenminister *Shultz* fügte hinzu, daß die Sowjetunion den Vorschlag gemacht habe, eine C-Waffen-freie Zone in Europa zu vereinbaren. Dieser Vorschlag sei jedoch nicht sinnvoll. Außenminister *Genscher* ergänzte, daß die Frage der Verifikation im europäischen Rahmen noch schwieriger sein würde.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die SPD gemeinsam mit der SED einen entsprechenden Entwurf erarbeitet hätte.<sup>16</sup> Auch der schwedische Ministerpräsident Olof Palme verfolge ähnliche regionale Konzepte für Nordeuropa.<sup>17</sup> Solche Vorsehlänge würden nur die Köpfe verwirren und dienten am Ende nur der Propaganda. Er wolle jedoch noch einmal unterstreichen, daß die deutsche Bevölkerung in der Frage der C-Waffen eine besondere Sensibilität entwickelt habe. Während die Diskussion über die Nuklearwaffen zur täglichen Gewohnheit geworden sei, sei die über die chemischen Waffen besonders schwierig zu gestalten. Präsident *Reagan* stimmte dem zu. Er teile die Meinung des Bundeskanzlers und werde den Kampf in dieser Frage fortführen. Außenminister *Shultz* warf noch einmal ein, daß das Problem der Verifikation das Herzstück der Verhandlungen sei. Dennoch müsse versucht werden, zu Ergebnissen zu kommen, fuhr der *Bundeskanzler* fort.

Der Bundeskanzler sprach als weiteres Thema den Komplex der Menschenrechte an. Es sei sicherlich richtig, diese Frage nicht zum Mittelpunkt einer Pro-

<sup>13</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung für ein Abkommen über ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 164.

<sup>14</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik und Großbritanniens für einen neuen MBFR-Verhandlungsschritt vgl. Dok. 192.

<sup>15</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 29. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl; Dok. 280, Anm. 8.

<sup>16</sup> Zu dem von SED und SPD am 19. Juni 1985 veröffentlichten „Vorschlag für ein Rahmenabkommen für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa“ vgl. Dok. 207.

Vgl. ebenfalls den Vorschlag der DDR und der CSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone; Dok. 256, Anm. 16.

<sup>17</sup> Am 14. Juni 1982 legte die von Ministerpräsident Palme geleitete Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit einen Bericht vor, in dem u. a. eine chemie- und kernwaffenfreie Zone in Europa vorgeschlagen wurde. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 170.

paganda zu machen. Generell gebe es in diesem Zusammenhang drei Gruppen zu berücksichtigen: Die erste Gruppe umfasse die Bürgerrechtler, für die er viel Sympathie habe; die zweite Gruppe seien die Juden und dann gebe es noch die Gruppe der Deutschen in der Sowjetunion. In der letzteren Frage seien ihm entsetzliche Schicksale bekannt. Die Deutschen seien während des Zweiten Weltkrieges in verschiedene Regionen der Sowjetunion verschleppt und unter Stalin deportiert und dezimiert worden. Heute würden noch rund eineinhalb Millionen Deutsche in der Sowjetunion leben. Er habe seinerzeit auch mit Gromyko über diese Frage gesprochen<sup>18</sup> und finde die Haltung der Sowjetunion angesichts der Größenordnung der Gesamtbevölkerung unverständlich.

Präsident *Reagan* berichtete, daß ihm Außenminister Schewardnadse gesagt habe, daß eine Ausreise deshalb nicht in Frage käme, weil diese Gruppen verschiedene Berufe ausüben würden, die ein Sicherheitsrisiko darstellten. Er habe ihm jedoch das Beispiel eines Pianisten genannt, der die Ausreise beantragt habe.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß eine Regelung dieser Fragen für die Bundesrepublik Deutschland auch deshalb wichtig sei, weil sich dann auch die Probleme mit den Deutschen in anderen osteuropäischen Staaten einer Lösung nähern würden.

Als letzten Punkt sprach der Bundeskanzler das amerikanische Ausschreibungsprojekt MSE (Mobile Subscriber Equipment) an. An dieser Ausschreibung habe sich die deutsche Firma Siemens beteiligt. Die Verwendung des von Siemens hergestellten Richtfunkübertragungsgeräts wäre für die deutsche Industrie ein erheblicher Beitrag zur Belebung der Zweibahnstraße. Der Bundeskanzler überreichte dem Präsidenten ein Memorandum über dieses Projekt und bat ihn, die deutsche Bewerbung wohlwollend zu prüfen.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

<sup>18</sup> Bundeskanzler Kohl sprach am 18. Januar 1983 mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko über Fragen der Familienzusammenführung. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 10.

## 292

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Duisberg

500-500.71/1-622/85 VS-vertraulich

25. Oktober 1985

Über Herrn D5<sup>1</sup> an das Referat 201<sup>2</sup> im Hause

Betr.: Gefährdung der deutschen Schifffahrt im Persischen Golf;  
hier: Schutz deutscher Handelsschiffe

Bezug: 1) Dortige Zuschrift vom 22.10.85, 201-363.11/17-1629/85 VS-v<sup>3</sup>  
2) Zuschrift 500-500.71/1/500-503.58 vom 24.10.85 an Ref. 423<sup>4</sup>  
(nachrichtlich an Dg20<sup>5</sup>)

### I. Beteiligung der Bundesmarine

1) Ein Auslandseinsatz der Bundesmarine zum Schutz von Handelsschiffen unter deutscher Flagge dürfte bereits aus den verfassungsrechtlichen Erwägungen ausscheiden, welche das Auswärtige Amt in seiner mit BMJ, BMVg und BMI abgestimmten Vorlage vom 6. April 1981<sup>6</sup> dargelegt hat, die vom BSR in seiner Sitzung am 1. September 1982 gebilligt wurde.

Diese Vorlage setzt sich eingehend mit dem einschlägigen Art. 87a des GG<sup>7</sup> auseinander und kommt bei der Auslegung der beiden entscheidenden Begriffe „Einsatz“ und „Verteidigung“ zu folgendem Ergebnis:

a) Der Begriff des Einsatzes bezieht sich auf alle Verwendungen der Bundeswehr als Mittel der vollziehenden Gewalt, wobei es nicht allein darauf ankommt, ob die Bundeswehr als Waffenträger eingesetzt wird oder nicht. Als nicht unter den Einsatzbegriff fallend sind rein technische Einsätze der Bundeswehr wie etwa Katastrophenhilfe im In- und Ausland, Erntehilfe, Transport von Lebens-

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Bertele am 28. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 29. Oktober 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter nach Rückkehr und an Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stackelberg anwies.

Hat Stackelberg am 30. Oktober 1985 vorgelegen.

Hat Lewalter am 4. November 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Lewalter bat Referat 500 „um Prüfung der Fragen des nationalen und internationalen Rechts, die sich ergeben würden, wenn Handelsschiffen der Bundesrepublik Deutschland durch Einheiten der Bundesmarine [oder] durch Einheiten anderer Länder Schutz gewährt werden sollte.“ Auf eine Beteiligung von „Stellen außerhalb des Auswärtigen Amts“ solle dabei verzichtet werden. Vgl. VS-Bd. 12403 (500); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Duisberg nahm am 24. Oktober 1985 Stellung zu einer Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 22. Oktober 1985, die ihm zur Mitzeichnung vorgelegt worden war. Er erklärte dabei insbesondere: „Auch die deutsche Schifffahrt muß über die ihr – selbst bei Einhaltung des Völkerrechts durch die kriegführenden Parteien – drohenden Risiken hinreichend aufgeklärt und auf die auch rechtlichen Grenzen unserer Interventionsmöglichkeiten hingewiesen werden.“ Vgl. VS-Bd. 12028 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Hans-Friedrich von Ploetz.

<sup>6</sup> Für die Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 6. April 1981 über die „verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr“ vgl. AAPD 1981, I, Dok. 100.

<sup>7</sup> Artikel 87a des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland in der vom Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 geänderten Form regelte die Aufstellung und den Einsatz der Streitkräfte. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

und Arzneimitteln in Erdbebengebiete, Repräsentationsverwendungen von Bundeswehreinheiten oder Übungen von Einheiten der Bundeswehr, auch im Ausland, angesehen worden.

b) Der Begriff der Verteidigung in Art. 87 a, ebenso wie an anderen Stellen des GG, wird als Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gegen einen von außen mit Waffengewalt geführten Angriff definiert.

Die Vorlage erörtert denkbare Konstellationen eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr zur Verteidigung gegen einen bewaffneten Angriff, der – um die Voraussetzung des Art. 87 a GG zu erfüllen – nach seiner Art sowie nach der Haltung der hierfür verantwortlichen Regierung erkennen lassen würde, daß er unmittelbar gegen die Bundesrepublik Deutschland als solche gerichtet ist. In diesem Zusammenhang ist folgender Passus von Interesse:

„Gewaltanwendung gegen Handelsschiffe unter deutscher Flagge wäre zwar ein völkerrechtliches Delikt, nicht aber ein Angriff im Sinne dieser Definition und würde damit den Auslandseinsatz der Bundeswehr für sich allein nicht rechtfertigen (nur für den konzentrierten Angriff auf die gesamte Handelsflotte eines Staates könnte etwas anderes gelten).“

Der BSR hat diese Vorlage in seiner Sitzung am 1.9. zur Grundlage seiner Entscheidung über eine etwaige Beteiligung der Bundeswehr an friedenserhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen gemacht.

2) Unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten ist zu bemerken, daß ein Versuch, Güter, die nach den geltenden seekriegsrechtlichen Regeln als Konterbande betrachtet werden könnten, unter militärischem Schutz einer der beiden kriegführenden Parteien zuzuführen, mit den uns obliegenden Pflichten eines neutralen Staates unvereinbar wäre. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Begriff der „Konterbande“ heute sehr weit gefaßt wird. Völkerrechtlich ist er geprägt durch die beiden Merkmale der unmittelbaren oder auch nur mittelbaren Verwendbarkeit für die Kriegführung sowie durch die feindliche Bestimmung. Praktisch können allerdings heute fast alle Güter als für die Kriegführung verwendbar angesehen werden; eine objektive Unterscheidung zwischen militärischer und ziviler Zweckbestimmung ist im allgemeinen nicht möglich. Bei der „feindlichen Bestimmung“ kommt es lediglich auf die Endbestimmung an; bei Entladung in einem neutralen Hafen trifft den neutralen Verschiefer die Beweislast dafür, daß die Ware auch im neutralen Bereich bleibt.

Es gibt auch keinen geltenden Völkerrechtssatz, nach dem neutrale Handelsschiffe im Geleit von Kriegsschiffen ihrer eigenen Flagge oder von Kriegsschiffen einer anderen neutralen Flagge von der – den kriegführenden Parteien gestatteten – Durchsuchung der Handelsschiffe wegen des Verdachts des Mitführens von Konterbande befreit sind.

II. Beteiligung von Einheiten anderer Länder

Es gilt das unter I. Ziff. 2 Gesagte.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stackelberg hielt am 25. November 1985 fest, wesentliches Ergebnis einer Hausbesprechung vom 21. November 1985 sei gewesen, „daß Pläne, Briten oder Franzosen um Geleitschutz für deutsche Handelsschiffe im Persischen Golf zu bitten, nicht weiter verfolgt werden. [...] Die Vertreter der Referate 201 und 209 betonten weisungsgemäß, daß die Konvoilösung aus folgenden Gründen nicht weiter verfolgt werden soll: Die Bedenken der Abteilung 5



Herr Dg 42<sup>9</sup> und Dg 31<sup>10</sup> erhalten Doppel dieser Zuschrift.

Duisberg

VS-Bd. 12028 (201)

## 293

### Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt

114-15023/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 5039  
Citissime

Aufgabe: 26. Oktober 1985, 14.36 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 26. Oktober 1985, 20.02 Uhr

Betr.: Bilaterale amerikanisch-sowjetische Gespräche in New York

Zur Unterrichtung

1) State Department (Deputy Assistant Secretary Palmer) unterrichtete heute NATO-Länder sowie Japan und Australien (Neuseeland wird anscheinend nicht mehr eingeladen<sup>2</sup>) über die Gespräche von Präsident Reagan und AM Shultz mit dem sowjetischen AM Schewardnadse in New York.<sup>3</sup> Reagan habe 45 Minuten, davon 15 Minuten unter vier Augen und 30 Minuten mit den Delegationen (auf amerikanischer Seite Shultz, Reagan, McFarlane und Palmer) mit Schewardnadse gesprochen. Das Gespräch von Shultz habe (bei Simultanübersetzung) zwei Stunden gedauert.

2) Bei dem Gespräch Reagans sei der Vorschlag zur Lösung von Regionalkonflikten das Hauptthema gewesen.<sup>4</sup> Der Präsident habe betont, daß sich die amerikanische Seite sehr ernsthaft auf das Treffen in Genf<sup>5</sup> vorbereite. Zu dem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1504*

würden geteilt. Daneben sei keinerlei Bereitschaft der Franzosen und Briten zu erkennen, Geleitschutzfunktion für uns zu übernehmen. Es sei vielmehr erkennbar, daß Franzosen und Briten selbst soweit wie möglich Konflikte zu vermeiden versuchten. Diesem Bestreben widerspräche es, wenn zusätzlich der Schutz deutscher Interessen wahrgenommen würde.“ Vgl. VS-Bd. 12028 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Hans-Werner Loeck.

<sup>10</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 28. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den amerikanisch-neuseeländischen Beziehungen nach der Sperre der neuseeländischen Häfen für nuklearangetriebene oder -bewaffnete Schiffe vgl. Dok. 93, Anm. 4.

<sup>3</sup> Präsident Reagan und der amerikanische Außenminister Shultz führten am 25. Oktober 1985 Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse.

<sup>4</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan vom 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung vgl. Dok. 290, Anm. 15.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

Vorschlag für Regionalkonflikte sei die sowjetische Seite frühzeitig (well in advance) auf sehr hoher Ebene unterrichtet worden. Sie sei ermutigt worden, mit den Amerikanern zusammenzuarbeiten. Der Präsident habe auch ausführlich (in some length) über die Bedeutung sowjetischer Flexibilität in den bilateralen Fragen und den Menschenrechtsfragen gesprochen. Er habe erklärt, daß die Administration weiter sorgfältig die sowjetischen Rüstungskontrollvorschläge<sup>6</sup> prüfe und zu gegebener Zeit (in due course) antworten werde. Die Atmosphäre des Gesprächs sei konstruktiv gewesen. Schewardnadse habe betont, daß nur wenig Zeit zur Vorbereitung des Treffens in Genf bleibe und AM Shultz für den 4./5.11. nach Moskau zu Gesprächen mit Gorbatschow und ihm eingeladen. Der Präsident habe erkennen lassen, daß Shultz reisen solle.<sup>7</sup>

3) Bei dem zwei Stunden dauernden Arbeitsfrühstück zwischen Shultz und Schewardnadse habe Shultz den Vorschlag des Präsidenten zu Regionalkonflikten in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt. Er habe die zentrale Bedeutung der Rüstungskontrolle anerkannt, aber klargemacht, daß die Erfahrung der Vergangenheit die Bedeutung von Regionalfragen und ihrer Auswirkungen auf die Rüstungskontrolle zeige. Dabei habe er besonders erwähnt, daß am Ende die Aussichten auf die Ratifizierung von SALT II durch die Ereignisse in Afghanistan zerstört worden seien. Außerdem habe er gesagt, daß bei Ausbleiben von Verbesserungen bei den Regionalproblemen es schwierig sei, eine breit angelegte Verbesserung der bilateralen Beziehungen, wie sie von der sowjetischen Seite angestrebt werde, ins Auge zu fassen (to envision). Er habe erklärt, wie der Rahmen für einen Beitrag der beiden Staaten zur Lösung von Regionalfragen aussehen könnte. Dabei habe er klargemacht, daß es sich nicht um eine gemeinsame Herrschaft, sondern um einen militärischen Abzug (not condominium, but military disengagement) der beiden Großmächte aus den betroffenen Regionen handeln solle. Er habe das Angebot des Präsidenten wiederholt, mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, um die Initiative in die Tat umzusetzen.

Palmer fügte hier abweichend von seinem Sprechzettel hinzu, die Reaktion der Länder der Dritten Welt auf den amerikanischen Vorschlag sei sehr interessant gewesen. Pakistan, die ASEAN-Länder, afrikanische und lateinamerikanische Länder hätten sich sehr positiv (very positive) geäußert, während bei den NATO-Ländern einige positiv, andere skeptisch gewesen seien. Auch für die sowjetische Seite gebe es in dem Vorschlag, an dessen Ausarbeitung er beteiligt gewesen sei, mindestens zwei interessante Elemente. Einmal habe die Sowjetunion immer wieder gesagt, daß bei Afghanistan eine der größeren Schwierigkeiten die Lieferung amerikanischer Waffen an den afghanischen Widerstand sei. Ähnliche Probleme habe sie in Nicaragua und Kambodscha. Zum anderen könne auch das amerikanische Versprechen finanzieller Unterstützung für die betroffenen Länder interessant sein. Es bedeute, daß die USA bereit seien, auch Afghanistan, Nicaragua, Kambodscha und Angola zu helfen. Auf unsere

<sup>6</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>7</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz am 5./6. November 1985 in Moskau vgl. Dok. 306.

Frage, ob der Hinweis auf eine multilaterale Hilfe bedeute, daß auch die Sowjetunion sich beteiligen solle, die sich bisher stets ferngehalten habe, sagte Palmer, man habe der sowjetischen Seite bilateral gesagt, daß sie auch in diesem Bereich mitwirken solle.

Schewardnadse habe nicht unmittelbar auf die Initiative reagiert, er sei bereit gewesen, anzuerkennen, daß beide Seiten eine Verantwortung bei der Regelung von Konflikten haben und daß das Thema bei dem Treffen in Genf erörtert werden könne.

In Schewardnadses etwa eine Stunde dauernden einführenden Bemerkungen habe die Rüstungskontrolle eindeutigen Vorrang (the pride of the place) gehabt. Schewardnadse habe über alle rüstungskontrollpolitischen Fragen (Offensivwaffen, Defensivwaffen, chemische Waffen, MBFR, KVAE und Nichtverbreitung) gesprochen. In einigen Fällen habe er Anregungen für den Text eines in Genf zu verabschiedenden Dokuments gemacht. Wesentliche Neuigkeiten (substantive innovations) habe sein Vortrag nicht enthalten. Bei den Nuklearwaffen und den Defensivwaffen sei er in seinen Äußerungen eng den Äußerungen der Delegationen in Genf gefolgt. Das gelte auch für den informellen Vorschlag zu INF.<sup>8</sup> Er habe das Angebot, gemeinsame Lösungen für die sowjetische Radarstation Krasnojarsk und die amerikanischen Stationen in Thule und Fylingdales auszuhandeln (trade off, Einstellung der Arbeiten an allen drei Stationen)<sup>9</sup> wiederholt. Außerdem habe er vorgeschlagen, die Fortgeltung von SALT II bis zum Ende 1986 zu vereinbaren und dabei die sowjetische Absicht, Schritte zu vermeiden, mit denen der Vertrag ausgehöhlt (undercut) wurde, deutlicher

<sup>8</sup> Gesandter Wallau, Washington, informierte am 16. Oktober 1985 aufgrund amerikanischer Mitteilungen über ein Gespräch, das der sowjetische Delegationsleiter bei den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, Karpow, am 14. Oktober 1985 mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Tower geführt hatte: „Unter Hinweis darauf, daß damit nicht einem endgültigen INF-Abkommen vorgegriffen werden solle, habe Karpow folgende Phasen eines Zwischenabkommens vorgeschlagen: 1) Ab 1.12.1985 stationieren die USA keine neuen INF-Systeme in Europa. Die Sowjetunion beachtet weiterhin ihr Moratorium für Stationierung von INF-Systemen im europäischen Bereich. 2) Die Sowjetunion verpflichtet sich, auch in ihren übrigen Landesteilen keine zusätzlichen SS-20 mehr zu stationieren. 3) Danach beginnen ‚stage by stage reductions of medium-range missiles‘ mit dem Ziel, daß die USA nicht mehr als 100–120 GLCMs in Europa behalten [...] und die Sowjetunion eine Gesamtzahl von Sprengköpfen auf ‚medium-range missiles‘ behält, die der Zahl der amerikanischen INF-Systeme in Europa (also 100–120) sowie der französischen und britischen Nuklearsysteme entspricht.“ Karpow habe ausdrücklich erklärt, „daß es sich um informelle Vorschläge handele, die Ergebnisse beim Gipfeltreffen Reagan-Gorbatschow möglich machen sollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4879; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 16. Oktober 1985 über amerikanische Informationen zum Gespräch des sowjetischen Delegationsleiters bei den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, Karpow, am 14. Oktober 1985 mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Tower: „Karpow habe angeboten, daß die Sowjetunion die Bauarbeiten an Krasnojarsk einstelle, wenn die USA im Gegenzug den Ausbau ihrer ‚Ballistic Missile Early Warning Systems‘ in Thule, Grönland, und in Fylingdales, Großbritannien, beenden würden. Gesprächspartner waren noch unsicher, wie dieser sowjetische Vorschlag zu bewerten ist. Sie wiesen darauf hin, daß er einerseits relativ wenig Substanz habe, weil die Bauarbeiten in Krasnojarsk weitgehend abgeschlossen seien. Zum anderen verglichen die Sowjets Dinge, die nicht miteinander verglichen werden könnten: Die Radarsysteme in Thule und Fylingdales hätten schon vor Abschluß des ABM-Vertrags bestanden. Auch ihr Ausbau und ihre Modernisierung seien nach dem ABM-Vertrag eindeutig erlaubt. Krasnojarsk dagegen sei ein eindeutiger Verstoß gegen den ABM-Vertrag.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4879; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

(more specific) gemacht. Schewardnadse habe die sowjetische Ansicht bekräftigt, daß die USA und die Sowjetunion gemeinsam ein Testmoratorium einhalten sollten und die Verhandlungen über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB)<sup>10</sup> wiederaufnehmen sollten. Auf Frage ergänzte Palmer, Schewardnadse habe dabei keine neuen Vorschläge zur Verifikation gemacht, aber in mehr allgemeiner Form gesagt, daß Gespräche über CTB helfen würden, Verifikationsfragen anzugehen (would help in addressing verification questions). Schließlich habe Schewardnadse auf eine entgegenkommendere (more forthcoming) amerikanische Haltung in der KVAE<sup>11</sup> und bei MBFR<sup>12</sup> gedrängt. Er habe Gorbatschows Äußerungen über ein Interesse an einer internationalen Regelung zur Nichtverbreitung von chemischen Waffen<sup>13</sup> wiederholt. In seiner Antwort habe Shultz klargemacht, daß die USA die neuen sowjetischen Gegenvorschläge zu Nuklearwaffen und Defensivwaffen ernsthaft prüfe. Er habe die sowjetische Antwort auf vorausgegangene amerikanische Vorschläge begrüßt. Dabei habe er Schewardnadse detailliert über die amerikanische Analyse zu dem einseitigen Charakter der sowjetischen Gegenvorschläge unterrichtet und die amerikanische Haltung zum Teststopp erläutert. Zu KVAE und MBFR habe er betont, daß eine konstruktivere sowjetische Haltung erforderlich sei.

Bei den bilateralen Fragen haben beide Außenminister über den Stand der Verhandlungen, u. a. zur Luftsicherheit im Nordpazifik, zum bilateralen Luftverkehr und zum Kulturabkommen<sup>14</sup>, und die Möglichkeit erörtert, wie Fortschritte beschleunigt werden könnten, um Vereinbarungen (agreements) bis zum 19.11. zu erreichen.<sup>15</sup> Dabei sei klargeworden, daß keinesfalls sicher sei, daß zu diesem Zeitpunkt Vereinbarungen erreicht würden. Es gebe immer noch ernste Probleme.

Shultz habe auch neue Themen (new grounds) angesprochen. Man solle gemeinsam überlegen, welche Schritte unternommen werden könnten, um den Terrorismus zu bekämpfen. Schewardnadse habe zugestimmt, daß Terrorismus ein Problem sei. Er habe die amerikanische Erklärung zur Entführung sowjetischer Diplomaten und der Ermordung eines Diplomaten in Beirut<sup>16</sup> gewürdigt, jedoch auf den konkreten Vorschlag, eine Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Terrorismusbeauftragten Botschafter Oakley und dem zuständigen

<sup>10</sup> Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.

Botschafter Ruth notierte am 16. Februar 1981, die letzte Sitzung habe im November 1980 stattgefunden. Vgl. dazu VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

<sup>11</sup> Zur KVAE in Stockholm vgl. Dok. 234 und Dok. 243.

<sup>12</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 195.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor französischen Parlamentariern am 3. Oktober 1985 in Paris; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 507–518.

<sup>14</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Zivilluftfahrt, ein Kulturabkommen und die Einrichtung von Generalkonsulaten in New York und Kiew vgl. Dok. 289, Anm. 10.

<sup>15</sup> So in der Vorlage.

<sup>16</sup> In der Presse wurde über die Entführung von vier Angehörigen der sowjetischen Botschaft in Beirut berichtet: „The Soviet Union said a man found shot dead in West Beirut today had been positively identified as one of four Russians abducted in the Lebanese capital Monday by Moslem extremists.“ Vgl. den Artikel „Russian Diplomat Found Shot Dead in Western Beirut“; THE NEW YORK TIMES vom 3. Oktober 1985, S. A1 und S. A14.

sowjetischen Beamten aufzunehmen, nicht geantwortet. Offensichtlich gebe es in der Sowjetunion keine zentrale Stelle. Von amerikanischer Seite sei auch eine gemeinsame Erklärung zum Terrorismus, u. U. in Genf, sowie der Austausch von Informationen über Terrorismus angeregt worden. Die amerikanische Seite habe der Sowjetunion bereits aus Anlaß der Entführung in Beirut Informationen gegeben.

Menschenrechtsfragen habe Shultz nur kurz erwähnt, da der Präsident sie ausführlicher angesprochen habe. Er habe die Bedeutung unterstrichen, die die Amerikaner Fortschritten in diesem Bereich beimessen.

<sup>17</sup>4) Zur Bewertung sagte Palmer, das wichtigste konkrete Ergebnis sei die Verabredung der Gespräche von AM Shultz in Moskau. Die Begegnungen in New York haben klargemacht, daß noch sehr viel Arbeit in allen Bereichen (a great deal of work on all issues) zur Vorbereitung des November-Treffens zu tun sei. Beide Seiten sehen die Gespräche in Moskau als eine Gelegenheit, unterschiedliche Auffassungen einzuengen (to narrow differences). Mit den Gesprächen in Moskau werde der Prozeß intensiver Vorbereitungen, der in Helsinki begonnen habe, fortgesetzt. Schewardnadse habe dazu bemerkt, er habe trotz seiner kurzen Amtszeit bereits vier ausführliche Begegnungen mit Shultz gehabt.<sup>18</sup> Es sei weiterhin zu früh (remains premature) voraussagen zu wollen, was man für Genf im Bereich der Rüstungskontrolle und bei den Regionalfragen auf den Tisch haben werde. Beide Seiten seien jedoch ernsthaft an einem Erfolg interessiert. Die Administration sei beeindruckt von der sachlichen Art (businesslike nature) der Äußerungen von Schewardnadse. Auch seine Rede vor den VN<sup>19</sup> sei nach sowjetischem Maßstab sachlich gewesen. Die USA seien nur einmal erwähnt worden. Schewardnadse sei zwar den Versuchungen zu Opportunismus, z. B. bei dem Verschuldungsproblem, nicht ganz entgangen, die Rede sei jedoch bei weitem nicht so schlecht wie manche Reden Gromykos gewesen.

5) Auf Fragen ergänzte Palmer seine Äußerungen wie folgt:

a) Es sei noch offen, ob es eine gemeinsame Erklärung in Genf geben werde. Die USA seien dazu bereit, sofern es sachliche Ergebnisse gebe. Man habe bereits einige Textanregungen gemacht (die Frage nach ihrem Inhalt wollte Palmer nicht beantworten). Man wolle jedoch keine Rhetorik. Die sowjetische Haltung sei noch nicht ganz klar. Die sowjetische Seite scheine auf jeden Fall ein Dokument zu wollen.

Es bleibe weiter dabei, daß es keine Tagesordnung gebe. Drei der vier amerikanischen Themen (Rüstungskontrolle, Regionalfragen, bilaterale Fragen) seien unbestritten. Die Sowjetunion wisse, daß Reagan auch Menschenrechtsfragen ansprechen werde. Schewardnadse habe Reagans VN-Rede nicht kommen-

<sup>17</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5040 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>18</sup> Vor seinem Gespräch am 25. Oktober 1985 in New York traf der amerikanische Außenminister Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse am 31. Juli 1985 in Helsinki, am 25. September 1985 in New York und am 27. September 1985 in Washington zusammen. Vgl. dazu Dok. 214 und Dok. 264.

<sup>19</sup> Zu der Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 24. September 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 256, Anm. 7.

tiert. Eine Erörterung von Menschenrechtsfragen habe er nicht abgelehnt, aber auch keinen Hinweis auf konkrete Möglichkeiten zu einer Änderung der sowjetischen Haltung gegeben.

b) Palmer kritisierte die Haltung einiger europäischer Länder zu der Regionalinitiative. Sie sei bewußt in den Mittelpunkt der VN-Rede gestellt worden, da bisher diese Fragen nicht genügend behandelt worden seien. Die Europäer vergessen, daß auf ihrem Kontinent seit 40 Jahren Frieden herrsche, in der Dritten Welt aber immer wieder Kriege ausbrechen. In den fünf von Reagan erwähnten Ländern werde Krieg geführt mit vielen Toten und Verwundeten auch unter der Zivilbevölkerung. Das europäische Beharren auf Rüstungskontrolle als zentralem Thema sei etwas merkwürdig. Rüstungskontrolle laufe von selbst (takes care of itself). Auf britischen Einwand, man sei weniger über die ausführliche Behandlung als über die Auswahl der Regionen besorgt, bei denen z. B. der Nahe Osten fehle, sagte Palmer, die fünf Länder seien ausgewählt worden, weil die Ereignisse dort nach der Erklärung von Nixon und Breschnew 1972 in Moskau<sup>20</sup> den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen einen echten Schlag versetzt hätten. Ihre Erwähnung bedeute jedoch nicht den Versuch, andere Regionen auszuschließen. Bei dem Gespräch zwischen Shultz und Schewardnadse sei keine Zeit geblieben, die einzelnen Regionen, wie von amerikanischer Seite beabsichtigt, zu erörtern. Deshalb habe man auch nicht über den Nahen Osten gesprochen. Er erwarte jedoch, daß dieses Thema bei den Gesprächen in Moskau behandelt werde. Palmer erwähnte in diesem Zusammenhang, daß er selbst bei einem Empfang in New York Schewardnadse und Peres zusammengebracht habe. Schewardnadse sei zunächst nicht interessiert gewesen (he was not very keen), habe aber schließlich nachgegeben. Es habe dann eine interessante Diskussion mit Peres gegeben, dessen Familie auch aus Rußland stamme.

Auf unsere Anmerkung, letztlich müsse mit der amerikanischen Forderung die Sowjetunion ihrer Auslegung des in der Moskauer Erklärung von 1972 verwendeten Begriffs „friedliche Koexistenz“ und auch einem Teil ihrer Ideologie abschwören, erwiderte Palmer, man wolle keine grundsätzliche Erklärung von sowjetischer Seite und verlange auch nicht, daß sie „friedliche Koexistenz“<sup>21</sup> neu interpretiere. Man wolle der sowjetischen Seite vor allem deutlich machen, daß Expansion kostspielig sei. Wenn die sowjetische Seite ihre Politik fortsetze, werden die USA eine entsprechende Politik verfolgen, wie der Präsident bereits in der Rede angekündigt habe.

c) Zum Terrorismus sagte Palmer, die USA gehen davon aus (feel), daß die Sowjetunion unmittelbar oder mittelbar bei Ländern (er nannte nur Libyen) und Teilen der PLO involviert seien, die terroristische Aktivitäten ausführten und dabei auch mit Ausbildung und politisch durch Ermutigung unterstützten. Sie sehe jetzt jedoch auch die Nachteile. Beim Besuch des stellv. sowjetischen AM<sup>22</sup>

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>21</sup> Korrigiert aus: „friedliche Existenz“.

<sup>22</sup> Nikita Semjonowitsch Ryschow.

Ryjow (?) habe das State Department über die hohen Kosten für den Schutz amerikanischer Diplomaten geklagt. Ryjow habe bestätigt, daß auch das sowjetische AM diese Probleme habe.

d) Palmer bestätigte, daß Reagan bereit ist, den NATO-Rat am Nachmittag des 21.11.<sup>23</sup> über das Gipfeltreffen zu unterrichten, wenn dies dem Konsens der NATO-Länder entspricht. GS Lord Carrington bemühe sich gerade, festzustellen, ob es einen solchen Konsens gebe. Am Vormittag des 21.11. werde es möglicherweise noch eine Begegnung mit Gorbatschow geben.

6) Die Gespräche haben in der Substanz wenig Fortschritte gebracht. Neu sind die Vereinbarung eines weiteren Außenministertreffens in Moskau und der sowjetische Vorschlag, SALT II bis Ende 1986 gelten zu lassen. Das würde amerikanische Entscheidungen über die Modernisierung der Nuklearstreitkräfte berühren (Erhöhung der Zahl der mit ALCM (Cruise missile) ausgerüsteten Bomber über die Zahl von 120 hinaus, Indienststellung eines neuen Trident-U-Bootes, die Abrüstung von wahrscheinlich zwei Poseidon-U-Booten erforderlich machen würde). Auf sowjetischer Seite dürften ähnliche Entscheidungen getroffen werden müssen.

Es ist noch offen, ob Reagan vor dem Gipfel in einer Rede neue Rüstungskontrollvorschläge machen wird. Die starke Betonung der Regionalfragen ist nicht nur taktischer Natur, sondern entspricht der hier, vor allen Dingen bei Konservativen verbreiteten Auffassung, daß die Sowjetunion den Westen in der Periode der Entspannungspolitik hintergangen hat, um ihren Einflußbereich auszuweiten.

Hinter Palmers Kritik an dem Eurozentrismus der Verbündeten steht keine Verlagerung des Schwergewichts in der amerikanischen Politik. Rüstungskontrolle bleibt das zentrale Thema, das auch einen viel konkreteren Gehalt hat als der Vorschlag zur Regelung von Regionalkonflikten. In letzterem wird jedoch das weltweite Engagement der USA deutlich, zu dem auch die Bereitschaft im Kongreß wieder wächst. Darüber hinaus meint man hier, daß man damit auch die Länder der Dritten Welt stärker anspricht, für die Rüstungskontrolle bisher vornehmlich ein bilaterales amerikanisch-sowjetisches Thema war. Die geringe Bedeutung der Rüstungskontrollverhandlungen in der CD in Genf für die amerikanische Politik entspricht dieser Auffassung.

Die Unterrichtung entsprach in ihrem Inhalt weitgehend der Tendenz, die Erwartungen für Genf weiterhin niedrig zu halten.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11280 (220)

<sup>23</sup> Korrigiert aus: „28.11.“

## 294

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Dafalla

28. Oktober 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sudanesischen Premierminister Dr. Gizouli Dafalla am 28. Oktober 1985<sup>2</sup>

Der Bundeskanzler empfing am 28. Oktober 1985 den Premierminister des Sudan, Dr. Gizouli Dafalla, der sich im Rahmen eines Arbeitsbesuches in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Das knapp einstündige Gespräch, das in freundlicher Atmosphäre verlief, umfaßte Fragen der inneren Entwicklung des Sudan, der Beziehungen zu seinen Nachbarländern sowie der bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.

Auf sudanesischer Seite nahm an dem Gespräch Außenminister Ibrahim Taha Ayub, auf deutscher Seite StS Dr. Meyer-Landrut teil.

Aus dem Gespräch ist folgendes festzuhalten:

PM *Dafalla* dankte dem Bundeskanzler für die herzliche Aufnahme in der Bundesrepublik Deutschland und die Sympathie, die seinem Lande von allen Gesprächspartnern entgegengebracht werde.

Auf Bitte des Bundeskanzlers schilderte er die innenpolitische Entwicklung des Sudan, die mit dem Aufstand einer Volksbewegung für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte am 6. April dieses Jahres ihren Anfang genommen habe.<sup>3</sup> Es sei dies eine Revolution aller Schichten des sudanesischen Volkes einschließlich der Streitkräfte – keineswegs ein Militärputsch – gewesen. Von Anfang an habe auf militärischer und ziviler Seite Einigkeit darüber bestanden, für die künftige Entwicklung des Landes die demokratische Option zu wählen. Dementsprechend habe man seither eine pluralistische Demokratie mit einem breiten Spektrum von Parteien, einer unabhängigen Justiz, Pressefreiheit und der Gewährleistung der Menschenrechte eingeführt. Zur Zeit gelte eine Übergangs-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 29. Oktober 1985 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert übermittelt. Dazu teilte er mit: „Als Anlage übersende ich Ihnen meinen vom Bundeskanzler gebilligten Gesprächsvermerk [...]. Ich darf darauf hinweisen, daß im dritten Teil des Gesprächs (bilaterale Beziehungen) von sudanesischer Seite einige operative Punkte angesprochen wurden. In zwei Fällen hat der Bundeskanzler dazu eine Zusage gegeben.“

Hat Legationssekretär Tempel am 4. November 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 310 „[mit] d[er] Bitte um Kenntnisnahme u[nd] w[ei]tere[r] V[er]anlassung“ verfügte. Außerdem bat er um Ablichtungen für das Ministerbüro, Ministerialdirektor Sudhoff und Ministerialdirigent Schlagintweit sowie Referat 412.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 5. November 1985 vorgelegen.

Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 149667.

<sup>2</sup> Ministerpräsident Dafalla hielt sich vom 27. bis 29. Oktober 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> In Abwesenheit des Präsidenten Numeiri übernahm am 6. April 1985 im Sudan das Militär die Regierungsgewalt.



verfassung, die bis April 1986 aufgrund demokratischer Wahlen abgelöst werden solle.<sup>4</sup>

Vor diesem grundsätzlich positiven Hintergrund habe sich jedoch die neue demokratische Regierung des Sudan mit einer Reihe schwerer Probleme auseinanderzusetzen.

- Bis in die jüngste Vergangenheit hätte etwa die Hälfte der Bevölkerung des Sudan unter der schweren Hungersnot leiden müssen. Von sechs Millionen Kindern habe rund eine Million hiervon Schäden davon getragen. Mit Hilfe des befreundeten Auslands sei es nun gelungen, das Schlimmste zu überwinden; dennoch gebe es immer noch Ernährungsprobleme insbesondere für Kinder und ältere Erwachsene.

Der Sudan müsse sich nun insbesondere dem Ausbau der Infrastruktur, des Gesundheitsdienstes, der Wasserversorgung und des Wohnungsbaus widmen.

- Ein weiteres Problem seien die 1,3 Millionen Flüchtlinge aus dem Tschad, Äthiopien, Zaire und Uganda, die im Sudan Aufnahme gefunden hätten. Die Hälfte von ihnen werde vom UNHCR betreut; für die andere Hälfte, die im Lande verstreut sei, müsse jedoch die sudanesishe Regierung aufkommen.
- Bedenklich sei nach wie vor die wirtschaftliche Lage des Sudan, der seit drei Jahren kein Wirtschaftswachstum aufweise. Die hohen Rückzahlungsverpflichtungen machten alle Hoffnungen auf eine baldige Verbesserung der Wirtschaftslage zunichte.
- Eines der schwierigsten Probleme, vor das sich die neue demokratische Regierung des Sudan gestellt sehe, sei das der friedlichen Überwindung des bürgerkriegsähnlichen Konflikts im Südsudan. Dieser Konflikt bestehe seit Unabhängigkeit des Sudan; alle Versuche, ihn mit Gewalt zu beenden, seien gescheitert. Die neue Regierung wolle nun versuchen, die Aufständischen unter Dr. Garang in den demokratischen Dialog auf nationaler Ebene einzubeziehen. Gegenwärtig werde bereits eine Verfassungskonferenz aller demokratischen Parteien und Gruppen des Landes vorbereitet. Garang habe sich grundsätzlich zur Beteiligung bereit erklärt, habe aber zunächst für die Regierung nicht annehmbare Bedingungen für seine Teilnahme gestellt.<sup>5</sup> Die Regierung halte dies allerdings nicht für das letzte Wort. Im übrigen sei die gesamte Bevölkerung des Sudan, auch die des Südens, kriegsmüde, so daß Ga-

<sup>4</sup> Botschafter Zimmermann, Khartum, teilte am 22. Oktober 1985 mit: „Übergangsverfassung Sudans wurde am 10.10.85 vom Militärrat dekretiert. Sie soll spätestens vier Jahre nach Zusammentritt der Konstituante, vor Ablauf der Ausschußfrist am 26.4.90, einer demokratisch legitimierten Verfassung weichen. Sie hat ihrerseits fünfmonatige verfassungslose Zeit nach Numeiris Sturz beendet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 851; Referat 310, Bd. 149659.

<sup>5</sup> Botschafter Zimmermann, Khartum, berichtete am 22. Oktober 1985, daß es Anfang des Monats in Addis Abeba erstmals zu Kontakten zwischen dem Anführer des südsudanesischen Sudan People's Liberation Movement, Garang, und einem Vertreter der die sudanesishe Regierung stützenden National Alliance for National Salvation gekommen sei. In einem Brief an Ministerpräsident Dafalla vom 1. September 1985 habe Garang als Bedingungen für Gespräche mit der Regierung genannt, daß bei ihnen über den gesamten Sudan und nicht nur über den Süden gesprochen werden müsse, daß der Ausnahmezustand beendet werden müsse, die Scharia-Gesetze der Regierung Numeiri vom September 1983 aufgehoben und die Verteidigungsabsprachen mit Ägypten und Libyen gekündigt werden müßten. Außerdem solle nach den Gesprächen eine „Interimsregierung der nationalen Einheit“ eingesetzt werden, „die alle politischen Kräfte einschließlich Kampfparteien“ umfasse. Vgl. den Drahtbericht Nr. 849; Referat 310, Bd. 149660.

rang sich innerhalb seiner eigenen Anhängerschaft isolieren würde, falls er versuche, seine harte Linie durchzuhalten. Die geplante Konferenz werde jedenfalls noch vor Dezember 1985 mit oder ohne Beteiligung von Garang stattfinden.

Auf die Beziehungen des Sudan zu seinen Nachbarländern angesprochen, wies PM Dafalla darauf hin, daß sein Land angesichts seiner großen internen Schwierigkeiten auf gutnachbarliche Beziehungen zu allen angrenzenden Staaten angewiesen sei.

Die Bemühungen des Sudan um eine Normalisierung seiner Beziehungen zu Libyen seien lediglich darauf gerichtet, mit diesem Lande ein korrektes nachbarschaftliches Verhältnis zu erreichen und dessen Unterstützung der Aufständischen im Südsudan zu unterbinden.<sup>6</sup> Dies bedeute jedoch keine Übereinstimmung mit Libyen auf anderen Gebieten. Eine Prognose für die Stabilität des Regimes in Libyen sei schwierig: Gegenwärtig gebe es keine Indizien für Instabilität, jedenfalls nicht für eine akute Bedrohung.

Die Beziehungen des Sudan zu Ägypten seien problemlos. PM Dafalla selbst habe vor seiner kürzlichen US-Reise Gespräche mit dem Präsidenten<sup>7</sup> und dem Ministerpräsidenten Ägyptens<sup>8</sup> gehabt. Die Asylgewährung an Numeiri und die ägyptische Ablehnung eines Auslieferungversuchens werde der Sudan nicht hochspielen. Man habe zwar Zweifel an der völligen politischen Enthaltensamkeit Numeiris im Asyl, halte aber diese Frage neben der Bedeutung guter Beziehungen zur ägyptischen Regierung nicht für vorrangig.

Zu Äthiopien unterhalte der Sudan Kontakte auf verschiedenen Ebenen, habe auf äthiopischer Seite aber bisher keine Bereitschaft gefunden, durch Absprachen zu einer Lösung der durch die Aufstände im Südsudan und die Sezessionsbewegung in Eritrea entstandenen Probleme beizutragen. Äthiopien sei bisher nicht einmal bereit zuzugeben, daß solche Probleme existierten.

Im bilateralen Rahmen erbat PM Dafalla zu den nachfolgenden Punkten die Unterstützung des Bundeskanzlers:

- In dem von Sudan angestrebten multilateralen Umschuldungsverfahren empfinde der Sudan die vom IWF gesetzten Bedingungen<sup>9</sup> als zu hart. Er würde es begrüßen, wenn man sich auf deutscher Seite für eine Milderung der Bedingungen einsetze.

<sup>6</sup> Zum libysch-sudanesischen Verhältnis vgl. Dok. 132, Anm. 15,

<sup>7</sup> Hosni Mubarak.

<sup>8</sup> Ali Lutfi.

<sup>9</sup> Das Bundesministerium der Finanzen hielt am 13. November 1985 fest: „Gegenüber IWF ist Sudan Land mit größten Zahlungsrückständen in Höhe von rd. 200 Mio. Dollar. Falls Sudan zusammen mit anderen Ländern weiterhin in Zahlungsverzug bleibt, müßten IWF-Gebühren für Fondskredite von z. Z. 7 % um 1,4 %-Punkte angehoben werden, um derzeitiges Einkommensziel von 5 % der Reserven zu erreichen. Sollten außerdem Rückstellungen in voller Höhe der überfälligen Rückzahlungen des Sudan notwendig werden, müßten Gebühren sogar um 3,2-Punkte angehoben werden [...]. Abschluß eines bereits unterschriftsreifen Bereitschafts-Kreditabkommens IWF-Sudan hängt von der Begleichung der Rückstände ab. Voraussetzung für weitere Umschuldungen im Rahmen des Pariser Clubs ist Einigung zwischen IWF und Sudan über Reformprogramm [...]. Auch Erhöhung von Weltbankausleihungen hängt von Vereinbarung erfolgsversprechenden IWF-Programms ab.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149399.

Der Bundeskanzler sagte zu, diese Frage mit dem IWF aufzunehmen.<sup>10</sup>

- Die für die Wirtschaft des Sudan erforderlichen Erdölimporte stellten für den Sudan eine nicht tragbare finanzielle Belastung dar. Auch nach Gründung eines Unterstützungsfonds, an dem u. a. die USA und Libyen beteiligt seien, und der 100 Mio. \$ an den Sudan als Zuschuß leiste, bestehe eine Finanzierungslücke in Höhe von 380 Mio. \$. Sei die Bundesregierung bereit, hier zu helfen?

Der *Bundeskanzler* nahm diesen Punkt lediglich zur Kenntnis.

- PM *Dafalla* erwähnte eine Reihe von Projekten und Projektvorschlägen aus dem Bereich der bilateralen EZ (Sanierung von Eisenbahnlinien, Finanzierung von Ersatzteilen für Lokomotiven, Landwirtschaft, Wasserversorgung) und teilte mit, daß er hierüber bereits mit dem BMZ gesprochen habe. Auch die Übertragung unverbrauchter EZ-Mittel auf andere Projekte sei mit dem BMZ aufgenommen worden.

Der *Bundeskanzler* nahm auch dies zur Kenntnis.

- PM *Dafalla* bat schließlich um die Gewährung<sup>11</sup> von jährlich zwei bis drei Stipendien für die Sprachfortbildung sudanesischer Diplomaten in der deutschen Sprache.

Auf Hinweis von StS *Meyer-Landrut* erklärte der *Bundeskanzler* unsere Bereitschaft, diesen Wunsch zu erfüllen.<sup>12</sup>

Am Ende des Gesprächs lud PM *Dafalla* den Bundeskanzler zu einem Besuch im Sudan ein. Der *Bundeskanzler* nahm die Einladung grundsätzlich an, erklärte aber zugleich, daß er bereits jetzt für einen solchen Besuch große Terminschwierigkeiten sehe.

Die Bundesregierung verfolge jedoch die Lage im Sudan mit großer Sympathie und sei bereit, diesem Lande angesichts der von ihm angestrebten demokratischen Entwicklung weiterzuhelfen. Er sprach abschließend die Hoffnung auf einen Erfolg der geplanten Verfassungskonferenz, eine baldige Beendigung des Bürgerkrieges und eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse zu den Nachbarstaaten des Sudan aus.

#### Referat 310, Bd. 149667

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohmes teilte am 7. November 1985 dem Bundesministerium der Finanzen mit, Ministerpräsident Dafalla habe Bundeskanzler Kohl am 28. Oktober 1985 vorgebracht, „daß der Sudan in dem angestrebten multilateralen Umschuldungsverfahren die vom IWF gesetzten Bedingungen als zu hart empfinde. Er würde es begrüßen, wenn man sich auf deutscher Seite für eine Milderung der Bedingungen einsetze. Der Bundeskanzler hat in dem Gespräch zugesagt, diese Frage mit dem IWF aufzunehmen. Es wird angeregt, die Zusage des Bundeskanzlers bei künftigen Weisungen an den Exekutivdirektor zu berücksichtigen“. Vgl. dazu den Schrifterlaß; Referat 310, Bd. 149667.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „Bewährung“.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat Krebs teilte am 19. November 1985 der Botschaft in Khartum mit, daß das Auswärtige Amt sudanesischen Diplomaten zwei Stipendien für Sprachkurse des Goethe-Instituts in Deutschland reserviert habe. Vgl. dazu den Schrifterlaß; Referat 310, Bd. 149667.

## 295

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bitterlich**

VS-NfD

28. Oktober 1985<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt!

Betr.: Informelles AM-Treffen am 26.10.85 in Luxemburg

I. AM behandelten bei ihrem Gymnich-type-Treffen folgende Themen:

- Anpassung der Kooperationsabkommen der EG mit den Mittelmeerdrittländern;
- West-Ost-Beziehungen;
- Zentralamerika (insbes. Vorbereitung des Ministertreffens am 11./12.11.);
- Argentinien;
- Internationale Verschuldenskrisen<sup>2</sup>;
- Beziehungen EG–RGW;
- Regierungskonferenz;
- Themen, Ablauf des Europäischen Rats am 2./3.12.;
- Südafrika.

Darüber hinaus war Problematik des „Berichtigungsschreibens“ zum EG-Haushaltsvorentwurf 1986 Gegenstand bilateraler Gespräche zwischen Kommissionspräsident Delors und F-AM Dumas einerseits sowie F-AM Dumas und BM andererseits.

II. Wesentliche Ergebnisse

1) Anpassung der Kooperationsabkommen der EG mit den Mittelmeerdrittländern

- Aussprache erlaubte im Hinblick auf Handelskonzessionen auf Grundlage neuen Kompromißvorschlags des Vorsitzenden<sup>3</sup> Überwindung französisch-italienischer Gegensätze (Modulation nach vier Jahren via Verwaltungsausschußverfahren).<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 29. Oktober 1985 vorgelegen, der um eine Ablichtung für Ministerialdirigent Trumpf bat.

<sup>2</sup> So in der Vorlage.

<sup>3</sup> Jacques Poos.

<sup>4</sup> Referat 411 resümierte am 28. Oktober 1985, beim Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 25. bis 27. Oktober 1985 in Luxemburg hätten sich Frankreich und Italien auf einen Kompromiß geeinigt, der vorsehe, „daß nach Ablauf der ersten Phase der Übergangsperiode die Kommission gemäß dem Verfahren der landwirtschaftlichen Verwaltungsausschüsse darüber entscheidet, ob den Mittelmeerdrittländern die Einfuhrpreisstaffelung gewährt wird. (Verwaltungsausschußverfahren bedeutet, daß der Verwaltungsausschuß bestehend aus Vertretern der MS mit qualifizierter Mehrheit zu einer Kommissionsentscheidung Stellung nimmt. Falls die Stellungnahme ablehnend ausfällt, wird der Rat befaßt, der innerhalb einer bestimmten Frist anders entscheiden kann.“ Vgl. Referat 411, Bd. 144939.

- Kein Verständnis der anderen AM gegenüber unserer Haltung bei Sauerkirschen und Babybeef aus Jugoslawien.<sup>5</sup>
- Einlenken GBs und NLs bei der EG-Finanzhilfe.<sup>6</sup>
- Positive Tendenz zugunsten auf GR-Vorschlag hin überarbeiteter Zypern-Passage.<sup>7</sup>
- Vorsitzender verwies Angelegenheit mit der Aufforderung an AStV zurück, Orientierungen des informellen Treffens zu finalisieren.<sup>8</sup>

## 2) West-Ost-Beziehungen

Auf Grundlage ausführlichen Berichts des BM (und ergänzender Bemerkungen

<sup>5</sup> Referat 411 notierte am 18. November 1985: „Wir sind grundsätzlich zu wesentlicher Liberalisierung des Handels mit YU bereit, haben jedoch bei einigen wenigen Produkten große Schwierigkeiten. [...] 1) Sauerkirschen: Aufgrund von Billigeinfuhren aus YU ist 1984 und 1985 der deutsche Markt zusammengebrochen. Die Existenz zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe ist bedroht. Für uns akzeptable Lösung muß folgende Elemente enthalten: Mengenbegrenzung [...]; Einfuhrmindestpreise als Schutz gegen Preisverfall (grundlegende Differenz mit KOM [...]); automatische Anwendung von Schutzmaßnahmen, wenn Höchsteinfuhrmenge erreicht ist (von KOM akzeptiert); Selbstbeschränkungsarrangement durch Briefwechsel außerhalb des Abkommens (von KOM akzeptiert). Dringende Bitte von KOM, noch vor dem Rat am 25./26. November einen Vorschlag vorzulegen, der die uns innenpolitisch vorgegebenen Grenzen berücksichtigt. 2) Babybeef: Angesichts Überschußsituation auf dem Rindfleischmarkt, für den KOM Gesamtverantwortung trägt, sind neue Konzessionen nicht vertretbar [...]. Wir sind bereit, über Kompromißlösung nachzudenken. KOM sollte einer Einigung auf restriktiver Linie, die IRL, DK, F und uns entgegenkommt, nicht im Wege stehen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131150.

<sup>6</sup> Referat 411 faßte am 28. Oktober 1985 zur „Festlegung von Kriterien für die Ausstattung der künftigen Finanzprotokolle“ zusammen: Bundesminister Genscher habe „sich vor allem gegen eine Formulierung im Kompromißvorschlag der Präsidentschaft [gewandt], wo von ‚Erhöhung der Beitragsfähigkeit der Gemeinschaft aufgrund ihrer Erweiterung auf zwölf MS‘ die Rede ist. Zum Verfahren für die Festlegung der finanziellen Ausstattung der Finanzprotokolle hat er folgende Formulierung vorgeschlagen: ‚Der jetzige Finanzbeitrag wird in der Endphase der Verhandlungen vom Rat festgesetzt und wird nicht Gegenstand der Verhandlungen mit den Partnerländern sein.‘ Er blieb damit allein. GB und NL, die ursprünglich unsere Linie unterstützt hatten, waren letztlich bereit, den Präsidentschaftsvorschlag hinzunehmen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 144939.

<sup>7</sup> Zur Anpassung des Assoziationsabkommens vom 19. Dezember 1972 zwischen Zypern und den Europäischen Gemeinschaften erläuterte Referat 411 am 4. Oktober 1985: „Zypern strebt aus politischen Gründen (Druck auf Nordteil der Insel) eine Zollunion mit der Gemeinschaft an, ohne Rücksicht darauf, daß es die wirtschaftlichen Konsequenzen einer Zollunion aller Voraussicht nach nicht erfüllen kann [...]. Wir streben eine ausgedünnte Lösung an, die den Begriff ‚Zollunion‘ vermeidet und die inhaltliche Entscheidung über den Schritt in die Zollunion entsprechend dem KOM-Schema auf insgesamt 14 Jahre hinausschiebt [...]. Den wirtschaftlichen Gegebenheiten Zyperns angemessen wäre eine Freihandels- und Kooperationsregelung wie mit den übrigen Mittelmeer-Drittländern.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144947.

Am 4. November 1985 hielt Referat 411 dazu fest: „Hier zeichnet sich im Rat eine Tendenz ab, dem Kommissionsvorschlag zum Übergang zur zweiten Stufe der Assoziation grundsätzlich zuzustimmen (Kommissionsvorschlag sieht zwei Phasen von je sieben Jahren für den Übergang zur zweiten Stufe vor. Am Ende der zweiten Phase soll die Zollunion stehen). Auf griechisches Drängen sollen die Mandate für die Anpassung der Kooperationsabkommen gleichzeitig mit dem Mandat für die Verhandlungen mit Zypern über die Errichtung einer Zollunion verabschiedet werden.“ Vgl. Referat 411, Bd. 144939.

<sup>8</sup> Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 1. November 1985 über die Tagung des Ausschusses der Ständigen Vertreter vom Vortag: „Vors[itzender] forderte KOM auf, Lösungen für bestehende Probleme bei einzelnen Produkten für Diskussion der Gruppe auszuarbeiten, Vorschläge für vorgesehenen Überwachungsmechanismus vorzulegen und Orientierungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu präzisieren. Vors. beauftragte ferner Gruppe, weiterhin bestehende Probleme zu identifizieren und Lösungen auszuarbeiten. Vors. bekräftigte Absicht, Mandat für Anpassungsverhandlungen bei nächster Tagung des Rates verabschieden zu lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3058; Referat 411, Bd. 144939.

des italienischen AM<sup>9</sup>) über die Gespräche in den USA<sup>10</sup> waren sich die AM in der Bewertung der Vorbereitung und den Aussichten des Genfer Gipfeltreffens grundsätzlich einig. Aus der Diskussion sind folgende Gesichtspunkte hervorzuheben:

- Ständiger Dialog mit USA trotz atmosphärischen Störungen im Vorfeld des NY-Treffens positiv zu bewerten. Gleiches gelte für Gespräche mit SU:  
USA hätten wichtige Anliegen Europas stärker in ihre Vorbereitung einbezogen bzw. nehmen mehr Rücksicht auf die europäischen Interessen. SU sei mit Versuch, USA und Europa auseinanderzudividieren, nicht durchgekommen.
- Rüstungskontrolle/Abrüstung
  - SDI bleibt eines der schwierigsten Probleme. USA begännen zumindest psychologische Bedeutung von SDI für SU einzusehen. Italienischer AM brachte Vorstellung ins Spiel, daß mit Abschluß SDI-Forschungsphase konkrete Frist für Verhandlungen angeboten werden könnte, bevor solche Waffensysteme produziert bzw. aufgestellt werden.
  - Problematik der Interpretation des Begriffs strategische Waffen durch SU, um Europäer und USA auseinanderzudividieren und Europa zu schwächen (Gefahr: „große Sicherheit für die Großen, kleine Sicherheit für die Kleinen“).
  - Besondere Bedeutung des Festhaltens an restriktiver Auslegung des ABM-Vertrages.<sup>11</sup>
  - NL wies auf stufenweises Vorgehen der SU hin, um Stationierungsentscheidung Cruise Missiles in NL<sup>12</sup> zu beeinflussen (zunächst Erläuterungen vor/beim Gipfel F–SU<sup>13</sup>; dann Brief Gorbatschow an MP Lubbers mit Angebot, Zahl SS-20-Systeme im asiatischen Teil SU einzufrieren). NL-AM<sup>14</sup> erläuterte, daß NL-Regierung sehr wahrscheinlich in Kabinettsitzung am 1.11. positiv über Stationierung entscheiden werde.
- Menschenrechte  
F-AM berichtete, daß SU erstmals bei F-SU-Gipfel Anzeichen von Bewegung gezeigt habe.

<sup>9</sup> Giulio Andreotti.

<sup>10</sup> Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher am 23. Oktober 1985 in New York und Washington vgl. Dok. 288–291.

<sup>11</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279.

<sup>12</sup> Zur Haltung der niederländischen Regierung hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen vgl. Dok. 82, Anm. 36.

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte vom 2. bis 5. Oktober 1985 Frankreich. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.  
In seiner Rede vor französischen Parlamentariern am 3. Oktober 1985 in Paris führte Gorbatschow aus: „Die Anzahl der SS-20-Raketen, die die Sowjetunion im europäischen Raum in Diensthabenden System stationiert hat, beträgt gegenwärtig 243 Einheiten. Das bedeutet, daß die Zahl genau dem Stand von Juni 1984 entspricht, als mit der zusätzlichen Stationierung unserer Raketen als Antwort auf die Aufstellung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa begonnen wurde. Die hierbei zusätzlich stationierten SS-20-Raketen wurden jetzt aus dem Diensthabenden System herausgenommen, und die installierten Anlagen zur Stationierung dieser Raketen werden in den nächsten zwei Monaten demontiert.“ Vgl. dazu GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 511.

<sup>14</sup> Hans van den Broek.

## – Regionalkonflikte

- F erläutert, daß Staatspräsident Mitterrand SU-GS bei Gipfel offen wegen Afghanistan „attackiert“ habe (unverständlich, daß SU einen nicht gewinnbaren, den SU-Interessen schadenden Konflikt weiterführe. SU in ähnlicher Lage wie USA in Vietnam). Gorbatschow habe nicht stur reagiert, sondern Bewegung angedeutet.
- Mehrere AM übten Kritik daran, daß USA beim Gipfel<sup>15</sup> Themenkreis einschränken wollen. Reagan habe im Gegensatz zu Shultz in Brüssel<sup>16</sup> Mittelost/Iran/Irak nicht mehr genannt.<sup>17</sup> Andere wiesen darauf hin, daß Beschränkung auf „eher lösbare“ Probleme (Kambodscha, Afghanistan, Nicaragua etc.) geschickt sei (so F).

## – Insgesamt:

- Man könne vom Gipfel mehr erwarten als bloßes Kennenlernen.
- USA hätten erkannt, daß es von elementarer Bedeutung für die SU sei, ihr Gesicht nach außen zu wahren (die SU in die Lage zu versetzen, daß es nach Genf weitergeht).
- Europäer müssen an bisherigen Anstrengungen festhalten, daß Genf im Ergebnis erfolgreich wird.

## 3) Zentralamerika (beim Mittagessen)

Unser Vorschlag einer Protokollerklärung fand durchaus positive Aufnahme (Kommissionspräsident Delors schlug mit Zustimmung BM teilweise redaktionelle Überarbeitung des Schlußabsatzes vor, um unser Anliegen zu stärken). Vorsitzender verwies Angelegenheit zur abschließenden Beratung an PK<sup>18</sup>.

<sup>15</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>16</sup> Zu den Ausführungen des amerikanischen Außenministers Shultz bei der Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985 in Brüssel vgl. Dok. 283.

<sup>17</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 290, Anm. 15.

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, notierte am 4. November 1985 über das Ministergespräch vom selben Tag, bei dem die Formulierungsvorschläge für eine Protokollerklärung zum Kooperationsabkommen EG-Zentralamerika besprochen wurden: „Der Vorschlag von BM Genscher, zunächst zu versuchen, die ursprüngliche deutsche Formulierung durchzusetzen, notfalls jedoch den Kommissionsvorschlag zu akzeptieren und gleichzeitig durch eine einseitige deutsche Erklärung unsere Position zu verdeutlichen, wurde gebilligt. BM Warnke fügte hinzu, für uns sei wichtig, die Möglichkeit zu haben, mit einem anderen Mitgliedstaat zusammen von der Sperrminorität Gebrauch zu machen, um notfalls Zahlungen an Nicaragua zu verhindern.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

Über die Tagung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 7./8. November 1985 in Luxemburg berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Schilling, z. Z. Luxemburg, am 7. November 1985: „Weisungsgemäß habe ich der Präsidentschaft den im Bezugserlaß aufgeführten Text für Protokollerklärung zum Kooperationsabkommen vorgeschlagen. [...] Nur B setzte sich für ihn ein und plädierte zugleich für seine Veröffentlichung. Präsidentschaft stellte daraufhin fest, daß ein Konsens für den deutschen Vorschlag nicht gegeben sei. F gab zu erkennen, daß es an sich keine Protokollerklärung wünsche, aber aufgrund der Bedeutung, die BM Genscher der Angelegenheit zumesse, zu einem Kompromiß bereit sei und den Text mit dem Änderungsvorschlag EGK-Präsident Delors akzeptieren könne. Der Delors-Vorschlag fand allgemeine Zustimmung. Wir schlossen uns daraufhin dem Konsens an. Wir kündigten dabei an, daß Bundesregierung im EG-Rat bei der Beschlußfassung über das Kooperationsabkommen eine einseitige Protokollerklärung abgeben werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 280; Referat 200, Bd. 129600.

Im übrigen kurze Diskussion – ohne Schlußfolgerungen des Vorsitzenden – über etwaige Konsequenzen aus der Verschärfung des Ausnahmezustandes in Nicaragua<sup>19</sup>.

#### 4) Argentinien

Spanischer AM<sup>20</sup> forderte mit Unterstützung von F Zwölfer-Erklärung zur Unterstützung Demokratisierungsprozesses und Präsident Alfonsins Linie. Gewisse Zurückhaltung seitens GB.

Vorsitzender kündigte Textvorschlag an, der spätestens durch nächstes PK finalisiert werden soll.

#### 5) Internationale Verschuldenskrisen<sup>21</sup>

- Vorsitzender betonte, daß Ausmaß und Gefahren der Verschuldung der EL nicht nur finanz- und wirtschaftspolitische, sondern umfassende politische Diskussion unter außenpolitischen Aspekten notwendig mache (so auch F: Lateinamerika-Reise Präsident Mitterrands<sup>22</sup> hat gezeigt, daß Verschuldung dort politisches Problem Nr. 1 ist, dem man nicht mehr mit reinen Finanzmaßnahmen beikomme. Gleiches gelte für Afrika).
- Kommissionspräsident Delors erläuterte ausführlich Entwicklung und Gründe Verschuldungskrise. Internationale Finanzinstitutionen hätten gut gearbeitet, könnten jedoch Problem nicht lösen („Lungenentzündung mit Aspirin bekämpfen“). Deutliche Kritik an USA: Baker-Plan<sup>23</sup> zwar gut, aber auszu-

<sup>19</sup> Botschafter Rusnak, Managua, informierte am 16. Oktober 1985, Präsident Ortega habe am Vortag bekanntgegeben, „daß der seit 1982 bestehende Ausnahmezustand [...] verschärft werden müsse. Ab sofort würden 13 Artikel des Statuts betreffend die Rechte und Garantien der Nicaraguaner für Dauer eines Jahres aufgehoben: u. a. das Recht auf ‚Habeas Corpus‘, die Grundrechte der freien Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Streikrecht, Freizügigkeit, Briefgeheimnis und Unverletzlichkeit der Wohnung. Prä[sident] begründete Aufhebung der Grundrechte mit der ständig wachsenden Bedrohung Nicaraguas durch US-Regierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 263; Referat 331, Bd. 136359.

Ministerialdirektor Sudhoff faßt am 17. Oktober 1985 als mögliche Gründe für die Verschärfung zusammen: „Die wachsende Unzufriedenheit angesichts der prekären Wirtschaftslage läßt sich immer schwieriger kontrollieren. In erster Linie zielen die Maßnahmen auf die katholische Kirche, deren populärer Kardinal Obando y Bravo in letzter Zeit bei Veranstaltungen Massenzulauf erhält. Die Contras scheinen neue Offensive mit Ziel der Eroberung einer Stadt (Esteli) begonnen zu haben. Zusätzlich könnte für die Sandinisten auch die Furcht eine Rolle gespielt haben, die Sowjets könnten beim Gipfel Reagan–Gorbatschow Desinteresse an Nicaragua zeigen und damit ein Disengagement in dem Lande einleiten.“ Vgl. Referat 331, Bd. 136359.

<sup>20</sup> Francisco Fernández Ordóñez.

<sup>21</sup> So in der Vorlage.

<sup>22</sup> Staatspräsident Mitterrand besuchte vom 14. bis 18. Oktober 1985 Brasilien und vom 18. bis 20. Oktober 1985 Kolumbien.

<sup>23</sup> Der amerikanische Finanzminister Baker stellte am 8. Oktober 1985 bei der gemeinsamen Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in Seoul ein Konzept zur Lösung der internationalen Schuldenprobleme vor. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1986, D 15–20.

In einer gemeinsamen Aufzeichnung hielten Auswärtiges Amt und Bundesministerium der Finanzen am 28. November 1985 dazu fest: „Baker schlug vor, die Zusammenarbeit zwischen Schuldnerländern, IWF, Weltbankgruppe und Geschäftsbanken erheblich auszuweiten. Das von ihm skizzierte Dreipunkteprogramm enthält die Elemente: Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen in den Schuldnerländern mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen zur Förderung von Wachstum, zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts und zur Verringerung der Inflationsraten; Unterstützung einer marktorientierten Wachstumspolitik der Schuldnerländer durch den IWF [...]; Selbstverpflichtung der privaten Banken, das Ausleihvolumen zur Unterstützung von umfassenden Anpassungsprogrammen in den Schuldnerländern zu erhöhen. Baker sprach von



füllende Absicht. Zu hoher Dollarkurs, zu hohes US-Zinsniveau (selbst D relativ machtlos). D warnte davor, LA und Afrika in einen Topf zu werfen – bei LA-Ländern sei Einzelfalllösung (sonst übermäßige, nicht erfüllbare Forderungen), im Falle Afrikas Marshall-Plan<sup>24</sup> notwendig.

- Vorsitzender kündigte an, daß er – in eigener Verantwortung – demnächst Außen- und Finanzminister zu einem gemeinsamen Arbeitssessen über die Verschuldungsprobleme einladen werde. Zur Strukturierung bereite er Fragenkatalog vor, der durch MS ergänzt werden könne.

#### 6) Beziehungen EG–RGW<sup>25</sup>

- Kurze Erörterung bestätigte weitgehendes Einvernehmen über von KOM vorgezeichnete Probleme und Linie.
- Vorsitzender forderte KOM auf, Textvorschlag dem AStV vorzulegen, dort Prüfung, erneute Diskussion (nicht unbedingt notwendige Verabschiedung, da kein „Zeitdruck“) durch AM am 25./26.11. im Rat.

#### 7) EG-Regierungskonferenz

- Vorsitzender berichtete enttäuscht über bisherige Arbeiten der Regierungskonferenz.<sup>26</sup> Besondere politische Sorge bereiten ihm die Divergenzen zwischen EP und Mitgliedstaaten bzw. unter den Mitgliedstaaten über die Erweiterung der EP-Befugnisse („EP sei höchst frustriert und könne dadurch nur noch unberechenbarer werden“). Arbeiten hätten insgesamt gezeigt, daß es praktisch unmöglich ist, bis zum ER im Dezember<sup>27</sup> verabschiedungsreife EWG-Vertragsänderungen zu erarbeiten. ER müsse jedoch zumindest Ein-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1520*

einer Erhöhung der Ausleihungen der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken an die Hauptschuldnerländer um rd. 50 %“. Vgl. Referat 422, Bd. 140104.

<sup>24</sup> Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das European Recovery Program (ERP), das nach ihm auch „Marshall-Plan“ genannt wurde, diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

<sup>25</sup> Zum Schreiben des Sekretärs des RGW, Sytschow, vom 14. Juni 1985 an EG-Kommissionspräsident Delors vgl. Dok. 161, Anm. 12.

In seiner Antwort vom 29. Juli 1985 betonte das EG-Kommissionsmitglied de Clercq, daß eine Zusammenarbeit zwischen EG und RGW die Beziehungen zu den einzelnen RGW-Mitgliedstaaten nicht einschränken dürfe und bat um Übermittlung eines Entwurfs für eine gemeinsame Erklärung. Für das Schreiben vgl. Referat 213, Bd. 139378.

Ministerialdirektor Jelonek faßte am 13. November 1985 zusammen: „Der RGW hat in seinem Antwortschreiben an EGK vom 26.9.1985 seinen Vorschlag einer Gemeinsamen Erklärung EG-RGW konkretisiert. EGK arbeitet zur Zeit an Entwurf eines Antwortschreibens.“ Das Schreiben lasse „keine wesentliche Änderung der Haltung erkennen, die der RGW seinerzeit bis zum Abbruch der Gespräche mit der EG über ein Kooperationsabkommen im Jahre 1981 eingenommen hatte. [...] Hieraus ergibt sich, daß das Hauptanliegen der Gemeinschaft und ihrer MS, die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Handlungsspielraums der kleinen RGW-MS, u. U. beeinträchtigt werden könnte. Es stellt sich besonders für uns das Problem des Geltungsbereichs (Berlin). [...] Unser wirtschaftliches Interesse ist gering. Eine Gemeinsame Erklärung dürfte kaum praktische Folgen haben. [...] Die politischen Motive der sowjetischen Europapolitik, die auf ein Ausspielen Europas gegenüber den USA hinzielt, müssen auch im Zusammenhang mit der RGW-Initiative gesehen werden.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131207.

<sup>26</sup> Zur Eröffnung der Regierungskonferenz für eine Europäische Union am 9. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 260, Anm. 19.

<sup>27</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg statt.

vernehmen über die wichtigsten Grundlinien der Reform erreichen. Arbeiten der Minister bis dahin müßten sich hierauf konzentrieren.

Vorsitzender verwies ferner darauf, daß im PK beim Vertrag über die außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit<sup>28</sup> im wesentlichen drei Fragen (vor allem Umbenennung ER, EPZ-Sekretariat) noch offen seien. Er warnte mit Unterstützung Mehrheit MS vor einer „Abkoppelung“ EPZ von EWG (d. h. keine Verabschiedung EPZ-Vertrag ohne positive EWG-Ergebnisse).

- In der Diskussion wurden Sachfragen nur am Rande angesprochen. Im Vordergrund stand weiteres Verfahren (wie Verlängerung des Mandats der Regierungskonferenz, „Konklave“ der AM vor ER (wie im Frühjahr 1985 im Rahmen des Beitritts<sup>29</sup>).

#### 8) Themen/Ablauf ER 2./3.12.

Vorsitzender nannte folgende voraussichtliche Themen für ER: wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft, Umsetzung Schlußfolgerungen ER Mailand<sup>30</sup> (Regierungskonferenz), technologische Zusammenarbeit (im Anschluß an EUREKA-Konferenz<sup>31</sup>), EPZ (im Vordergrund: West-Ost-Fragen nach dem Gipfel in Genf).

Vorsitzender nahm Anregung positiv auf, EPZ nicht nur beim Abendessen der Regierungschefs/AM, sondern in Vollsitzung des ER anzusprechen.

Vorsitzender kündigte an, daß ER-Vorsitz seinen Kollegen vorschlagen werde, angesichts der Themen für volle zwei Tage in LUX anwesend zu sein (Beginn ER: 2.12. ca. 11 Uhr, Ende ER: 3.12. am frühen Abend). Niederländischer AM wies darauf hin, daß PM Lubbers auf Entscheidung drängen werde, ER in Zukunft grundsätzlich nur noch zweimal jährlich durchzuführen.

#### 9) Südafrika

- Dänischer AM<sup>32</sup> wies seine Kollegen auf Ergebnisse kürzlicher Konferenz der nordischen Staaten hin, in der „erweitertes Aktionsprogramm“ verabschiedet worden sei.<sup>33</sup>
- Britischer AM erläuterte kurz Ergebnisse Commonwealth-Konferenz<sup>34</sup>, die durch folgende drei Essentials geprägt seien:

<sup>28</sup> Für den deutsch-französischen Entwurf vom 27. Juni 1985 für einen Vertrag über die Europäische Union vgl. Dok. 173.

<sup>29</sup> Die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens und Portugals wurden auf einer Sondertagung des EG-Ministerrats vom 28. bis 30. März 1985 in Brüssel abgeschlossen. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 11.

<sup>30</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>31</sup> Zur zweiten EUREKA-Ministerkonferenz am 5./6. November 1985 in Hannover vgl. Dok. 260, Anm. 13.

<sup>32</sup> Uffe Ellemann-Jensen.

<sup>33</sup> Die Außenminister der Nordischen Staaten trafen sich am 17./18. Oktober 1985 in Oslo. Dort verabschiedeten sie ein „Nordic Programme of Action Against South Africa“, demzufolge die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika eingeschränkt und die Absicht ausgesprochen werden sollte, für die Verabschiedung bindender Sanktionen durch den VN-Sicherheitsrat zu wirken. Für das Aktionsprogramm vgl. Referat 205, Bd. 135339.

<sup>34</sup> Die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Commonwealth of Nations trafen sich vom 16. bis 22. Oktober 1985 in Nassau (Bahamas). Für den Wortlaut des Commonwealth-Übereinkommens über das südliche Afrika vom 20. Oktober 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 54–56. Botschafter Wagner, Kingston, berichtete am 23. Oktober 1985: „Nachdem sich GB trotz massiven

- Maßnahmenliste, die im wesentlichen auf LUX-Erklärung der EG<sup>35</sup> aufbaue,
- Aufforderung eines Verzichts auf Gewalt auf beiden Seiten,
- Einrichtung einer besonderen „Kontaktgruppe“.

(AM Howe erwähnte nicht die von Commonwealth-Konferenz verabschiedete Sechsmonatsfrist).

Er wies darauf hin, daß Maßnahmenliste über den EG-Katalog vom 10.9. hinausginge, GB wolle aber Diskussion hierüber im EG-Kreise nicht neu eröffnen.

- Niederländischer AM zeigte sich besorgt über Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Maßnahmen im EG-Rahmen (AStV). Er betonte, daß ein Ölembargo nur als Gemeinschaftsmaßnahme durchführbar sei.
- Vorsitzender forderte PK auf, alle Aspekte der Südafrika-Problematik zu vertiefen und ggf. für AM-Treffen am 19.11. Schlußfolgerungen vorzuschlagen.<sup>36</sup>

#### 10) Berichtigungsschreiben EG-Haushalt 1986<sup>37</sup>

AM Dumas erläuterte gegenüber BM, daß seine Regierung bisherigem Vorgehen der KOM in dieser Sache nicht folgen könne. Dadurch würden die Schlußfolgerungen des ER von Fontainebleau<sup>38</sup> verletzt (pauschale Summe an GB).

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1522*

Drucks einiger Staaten nicht zu umfassenden und mandatorischen Sanktionen bereit fand, arbeiteten die Ministerpräsidenten in einem Wochenendretreat den Commonwealth-Accord aus, der nur durch das Bestreben aller Mitglieder, das traditionelle Konsensprinzip der Commonwealth-Konferenzen in dieser wichtigen Frage nicht scheitern zu lassen, möglich wurde. [...] Aus Sicht der meisten Beobachter vor Ort muß dieser Kompromiß als klarer Sieg der Standfestigkeit PM Thatchers gewertet werden. Sie hat jeglichen Hinweis auf Sanktionen in diesem Papier verhindern können und überdies in ihren Äußerungen klar zum Ausdruck gebracht, daß GB im Falle einer ablehnenden Haltung Südafrikas die in der zweiten Liste aufgeführten zusätzlichen Maßnahmen gegen Südafrika nicht mittragen werde. Daß dies von den anderen Mitgliedsländern hingenommen wurde, hat letztlich ihre von Anfang an klare und unmißverständliche Ablehnung von Sanktionen als richtig bestätigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 117; Referat 205, Bd. 135339.

<sup>35</sup> Zur Tagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 245.

Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Ratspräsidentschaft vom 10. September 1985 zu Südafrika vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 153–155.

<sup>36</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Tagung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19. November 1985 in Luxemburg zu Südafrika vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 299.

<sup>37</sup> Ministerialdirektor Jelonek teilte am 24. Oktober 1985 über das von der Europäischen Kommission am 11. Oktober 1985 vorgelegte Berichtigungsschreiben zum Haushaltsvorentwurf 1986 mit, sein einziger Inhalt sei eine „Anpassung des GB-Ausgleichs für 1985 (abzuwickeln 1986). [...] Bei weiterer Behandlung im Haushaltsausschuß 22.10. zeichnete sich ab, daß im AStV alle Delegationen bis auf F und NL Berichtigungsschreiben annehmen würden, weil Zahlung in jedem Fall zu leisten sei und EGK-Vorschlag nun einmal vorliege. F begründete Ablehnung nicht. Über den heute in separaten Gesprächen mit BM und St[ats]M[inister] Stavenhagen erstmals aufgetauchten französischen Hinweis auf Fontainebleau können mangels Substantiierung nur Vermutungen angestellt werden. Möglicherweise bezieht F sich darauf, daß GB-Ausgleich für 1984 mit 1000 Mio. ECU pauschaliert wurde. Auch dies ändert nichts daran, daß nach Auffassung BMF und AA Vorgehen der EGK in der Sache richtig ist: Jetzige Nachberechnung knüpft zwar an 1984 an, führt aber zu höherer MWSt-Belastung von GB in 1985.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 26; Referat 410, Bd. 130447.

<sup>38</sup> Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen der Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 440–443. Vgl. dazu auch AAPD 1984, II, Dok. 181.

Französisches Parlament werde unter diesen Umständen Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses (und der Erweiterung) kaum zustimmen. KOM habe sich zudem taktisch ein Eigentor geschossen – sie hätte diese Problematik zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit anderen Berichtigungen aufnehmen sollen.

AM Dumas verwies darauf, daß er KOM-Präsident Delors auf diese Sache angesprochen habe. Delors habe ihm in der Sache recht gegeben und zugesagt, daß KOM im ECOFIN-Rat am 28.10. um Vertagung zur Überprüfung ihres Vorschlages bitten werde.<sup>39</sup>

BM nahm französisches Anliegen zur Kenntnis und sagte zu, Angelegenheit mit BM Stoltenberg aufzunehmen. (Hinweis: BM bat, durch Gespräch StS Ruhfus mit StS Tietmeyer darauf hinzuwirken, daß deutsche Delegation im ECOFIN-Rat insoweit absolute Zurückhaltung übt.<sup>40</sup>)

Bitterlich

**Referat 410, Bd. 130392**

<sup>39</sup> Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 29. Oktober 1985 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) vom Vortag: „Rat einigte sich im Kompromißwege auf grundsätzliche sachliche Anerkennung der Berichtigung zugunsten GB, die aber erst im nächsten Jahr durch Nachtrags-H[aus]h[alt] berücksichtigt werden soll, und konnte damit eine teilweise sehr heftige Kontroverse zwischen F und GB beilegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2993; Referat 410, Bd. 130447.

<sup>40</sup> Ministerialdirektor Jelonek hielt am 31. Oktober 1985 über die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) vom 28. Oktober 1985 fest: „Die deutsche Delegation (StS Tietmeyer) hat sich in der zunächst eher kontroversen Diskussion sehr zurückgehalten. StS Tietmeyer nahm vorsichtig und in ausgewogener Weise Stellung und hob dabei die berechtigten Gesichtspunkte beider Seiten hervor. Er gab dann den Anstoß zu der Kompromißlösung, indem er die Kommission fragte, ob sie nicht einen ‚dritten Weg‘ sehe. Für die späteren Jahre (wenn der Eigenmittelbeschluß ratifiziert ist) legte StS Tietmeyer Wert auf Einhaltung der Grundsätze ordentlicher Haushaltsführung (Einarbeitung neuer Daten, sobald sie vorliegen) – deshalb der Ausschuß des Präjudizes.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130447.

## 296

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt

29. Oktober 1985<sup>1</sup>

Betr.: Ihr Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse am 25. Oktober 1985 in New York<sup>2</sup>;

hier: Gesprächsaufzeichnung

### I. Zusammenfassung

1) Der Bundeskanzler empfing den sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25.10.1985 im Waldorf Astoria-Hotel in New York zu einem knapp zweistündigen Gespräch. An der Begegnung nahmen u.a. teil auf deutscher Seite Bundesminister Genscher, MD Dr. von Braunmühl, auf sowjetischer Seite Botschafter Dobrynin, Stellvertretender Außenminister Komplektow, Berater Alexejew und Berater Tschernyschew.

2) Als Gesprächsthemen wurden behandelt Fragen der Vorbereitung des Gipfeltreffens zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow<sup>3</sup>, des West-Ost-Dialogs, der Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie des bilateralen deutsch-sowjetischen Verhältnisses, insbesondere der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen.

3) Verlauf und Ergebnis des in guter Atmosphäre geführten Gesprächs bestätigte den vorsichtigen Optimismus der Bundesregierung im Hinblick auf das bevorstehende Gipfeltreffen. Es wurde der Eindruck bekräftigt, daß nunmehr auch die sowjetische Seite ernsthaft an wirklichen Verhandlungen in Genf interessiert ist.

Außenminister Schewardnadse hielt mit der sowjetischen Skepsis gegenüber der Politik der Vereinigten Staaten nicht zurück. Er legte die Befürchtung dar, daß die USA nach Überlegenheit strebten, SDI hierfür als Instrument benutz-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, am 7. November 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert geleitet. Dazu vermerkte Roßbach: „Beigefügt übersende ich zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes die von Herrn Bundeskanzler genehmigte Aufzeichnung [...]. Für die Übermittlung eines Exemplars der Gesprächsaufzeichnung an die Botschaft Moskau wäre ich dankbar.“

Hat Legationssekretär Tempel am 7. November 1985 vorgelegen, der ein Exemplar an „Referat 213 m[it] d[er] B[itte] um Kenntnisnahme u[nd] w[eiterem] V[erbleib]“ übermittelte. Außerdem bat er um Ablichtungen für das Ministerbüro, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent Oesterheld, für Botschafter Ruth sowie die Referate 220, 204 und 201.

Hat Vortragendem Legationsrat Schönfelder vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Ploetz und Wiedervorlage bei Referat 204 verfügte.

Hat Ploetz am 14. November 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 21. November 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 135307.

<sup>2</sup> Aus Anlaß der Feiern zum vierzigjährigen Bestehen der Vereinten Nationen hielten sich Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher vom 22. bis 27. bzw. vom 21. bis 27. Oktober 1985 in den USA auf.

<sup>3</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

ten und beabsichtigten, das auf diesem Weg bestehende Hindernis in Form des ABM-Vertrages aus dem Wege zu räumen. Anders könne der nach sowjetischer Ansicht noch nicht beendete Versuch, dem ABM-Vertrag in der Frage der Forschungsdefinition eine andere, erweiterte Auslegung zu geben<sup>4</sup>, nicht interpretiert werden. Die Verbündeten der USA müßten sich der Gefährlichkeit der Politik Washingtons voll bewußt sein. Außenminister Schewardnadse unterstrich die umfassenden und konkreten sowjetischen Abrüstungsvorschläge zum Verbot der Weltraumwaffen, zur Reduzierung der strategischen Offensivwaffen sowie zur Aushandlung eines Abkommens über die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen.<sup>5</sup> Er wies auf die besondere Bedeutung eines Freeze für Nuklearwaffen<sup>6</sup>, der Einstellung der Atomwaffenversuche<sup>7</sup> sowie des Vorschlages der DDR und der ČSSR für eine chemiewaffenfreie Zone<sup>8</sup> in Zentraleuropa<sup>9</sup> hin.

Der Bundeskanzler legte in seiner Erwiderung insbesondere Wert auf die nachfolgenden zwei Punkte:

1) Die Ernsthaftigkeit und das persönliche Engagement des amerikanischen Präsidenten in der Gipfelvorbereitung, sein Bestreben, wenn irgend möglich den Gipfel in den Fragen der Intensivierung des West-Ost-Dialogs und der Rüstungskontrollverhandlungen zum Erfolg zu führen sowie die Chancen, die sich hieraus für ein positives Ergebnis der Gipfelbegegnung ergäben. Der Bundeskanzler warnte in diesem Zusammenhang vor einem eventuellen Versuch der sowjetischen Seite, auf Zeit zu spielen.

2) Die Intensität unserer Mitwirkung und unsere Einflußnahme auf die Gipfelvorbereitungen mit dem Ziel der Unterstützung eines erfolgreichen Verlaufes der Begegnung auf höchster Ebene.

Der Bundesminister des Auswärtigen nahm in dem Gespräch zu einzelnen Abrüstungsfragen Stellung (Inaussichtstellen westlicher Gegenvorschläge in den Genfer Verhandlungen – insbesondere auch zu INF – als Beitrag zur Erörterung der Fragen des wechselseitigen Verhältnisses zwischen offensiven und defensiven Waffen<sup>10</sup>; Ankündigung einer westlichen Initiative bei den MBFR-Verhandlungen in Wien<sup>11</sup>; Abrüstungskonferenz über ein weltweites Verbot chemischer Waffen in Genf<sup>12</sup>; KVAE Stockholm).

<sup>4</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279 und Dok. 283.

<sup>5</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>6</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag vom 19. März 1985 vgl. Dok. 82, Anm. 13.

Vgl. dazu ferner das Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 8. April 1985; Dok. 88.

<sup>7</sup> Zur Ankündigung eines Moratoriums für Atomtests durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 30. Juli 1985 vgl. Dok. 212, Anm. 17.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „atomwaffenfreie Zone“.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag der DDR und der ČSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone vgl. Dok. 256, Anm. 16.

<sup>10</sup> Zu den Vorschlägen der USA vom 1. November 1985 bei den amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 301.

<sup>11</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik und Großbritanniens für einen neuen MBFR-Verhandlungsschritt vgl. Dok. 192.

Mit Schreiben vom 19. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl bezog Präsident Reagan Stellung zur

## II. Verlauf des Gesprächs im einzelnen

Der Bundeskanzler unterstrich eingangs die Wichtigkeit des Zusammentreffens in der gegenwärtigen West-Ost-Situation und in der Vorbereitungsphase für das Gipfeltreffen. Er sei an den letzten beiden Tagen dreimal mit dem amerikanischen Präsidenten zusammengetroffen.<sup>13</sup> Er habe ihm zusammen mit seinen europäischen Kollegen unser Interesse an einem positiven und konstruktiven Ergebnis des Gipfels erläutert. Der Gipfel könne ein Erfolg werden, wenn beide Seiten unter Zurückstellung von Prestigedenken die Begegnung nicht als Propagandaereignis betrachteten und ein wirkliches Ergebnis anstrebten. Zum Gipfel gebe es keine Alternative. Der Zeitpunkt für die Begegnung sei günstig. Er, der Bundeskanzler, sei von Anfang seiner Amtszeit an auch seinerzeit gegenüber Generalsekretär Andropow für eine Begegnung auf höchster Ebene eingetreten.<sup>14</sup> Er fühle sich durch den Verlauf der Ereignisse bestätigt und ermutigt. Die sowjetische Seite müsse davon ausgehen, daß der amerikanische Präsident, den er gut kenne und dem er freundschaftlich verbunden sei, nachdrücklich einen Erfolg des Gipfels wünsche. Vom Lebensalter des Präsidenten und von der ablaufenden Amtsperiode ohne Möglichkeit einer Wiederwahl her gesehen, bleibe nicht mehr viel Zeit, um die Fundamente für eine das West-Ost-Verhältnis stabilisierende Vereinbarung mit der Sowjetunion zu legen. Zu einer klugen Analyse gehörten auch die parallel laufenden Ansichten von Frau Reagan. Der Präsident habe nicht den Ehrgeiz, mit einer Rakete in der Hand in die Geschichte einzugehen. Ronald Reagan sei auch innenpolitisch ein starker Präsident, der sich in Verhandlungen nichts vergebe. Auch wenn Vergleiche hinkten, wolle er sagen: Auch de Gaulle habe seinerzeit dank seiner starken innenpolitischen Stellung den algerischen Konflikt lösen können, was keinem seiner Vorgänger in der Vierten Republik gelungen sei. Es würde ein Fehler sein, den Präsidenten zeitlich aussitzen zu wollen. Auf den nächsten Präsidenten müsse man bis 1989 warten. Dies wäre nicht von Vorteil für die Sowjetunion. Darum träten wir dezidiert für baldige Fortschritte im West-Ost-Verhältnis und in den Rüstungskontrollverhandlungen ein, die durch die Gipfelbegegnung eingeleitet werden könnten. Wir täten dies, weil wir infolge der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges wüßten, daß Krieg kein Mittel der Politik mehr sei. Bei jeder künftigen kriegerischen Auseinandersetzung werde unser

### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1526*

deutsch-britischen MBFR-Initiative. Botschafter Ruth hielt am 31. Oktober 1985 in einer Analyse dieses Schreibens fest. „Die USA sind jetzt bereit, noch vor Ende der laufenden Runde (5.12.) einen neuen westlichen Vorschlag in Wien einzuführen. Damit wird das politische Argument der europäischen Verbündeten (D, GB und NL) akzeptiert, daß der Westen in Wien dem Osten aktiv gegenüberzutreten muß, die Verhandlungsinitiative zurückzugewinnen muß und damit ein politisches Signal westlicher Geschlossenheit setzen kann, das gerade in der gegenwärtigen Phase der amerikanisch-sowjetischen und der West-Ost-Beziehungen wichtig ist.“ Vgl. VS-Bd. 12997 (202); B 150, Aktenkopien 1985.

Für das Schreiben Reagans vgl. VS-Bd. 11453 (221).

12 Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 164.

13 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher am 24. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 290.

Für das Gespräch Kohls mit Reagan am 25. Oktober 1985 vgl. Dok. 291.

14 Zum Werben des Bundeskanzlers Kohl für eine Begegnung zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, vgl. Dok. 145, Anm. 9.

Land ausgelöscht werden. Die Tatsache, daß es anderen Ländern ebenso ergehen würde, könne dabei kein Trost für uns sein.

Unser Interesse sei es daher, zu einem Ausgleich zu kommen. Der amerikanische Präsident habe mit Recht in seiner Rede vor den Vereinten Nationen<sup>15</sup> gesagt, beide Seiten sollten die jeweiligen Sicherheitsinteressen des anderen respektieren. Eine Analyse der sowjetischen Interessenlage ergebe, daß auch die Sowjetunion den Erfolg des Gipfels wünschen müsse. Eine Periode der Ruhe täte der Sowjetunion gut. In Moskau bereite man sich auf den kommenden Parteitag<sup>16</sup> vor und denke über Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung nach. Wir träten für eine Verbesserung der West-Ost-Beziehungen auf breiter Front ein. Es gehe nicht nur um Raketen, sondern auch um das politische Umfeld der sicherheitspolitischen Probleme. So glaubten wir, daß insbesondere auch die wirtschaftlichen Beziehungen aktiviert werden könnten, die wir zuerst in ihrer politischen und erst in zweiter Linie in ihrer wirtschaftlichen Dimension sähen.

Zu unserer besonderen Lage wolle er ein offenes Wort sagen: Wir lebten in einem geteilten Land. Dies sei eine schlimme Realität. Mit Krieg und Gewalt könne man diese Lage nicht ändern. Man brauche dazu die Zustimmung aller Beteiligten. Dies sei nicht eine Frage seiner Generation. Seine Generation aber gehe die Frage an, wie die Menschen in Deutschland zueinander stünden. Wir seien daran interessiert, daß die Menschen in Deutschland gute Kontakte miteinander haben könnten. Dies könne nur funktionieren, wenn wir die Unterstützung der Sowjetunion fänden. Er halte nichts davon, ein Sonderarrangement mit der DDR an der Sowjetunion vorbei zu treffen. Wichtig sei es, im Gesamtklima eine Verbesserung zu erreichen. Die geopolitische Lage Deutschlands sei mitten in Europa. Jedes Erdbeben schlage sich bei uns seismographisch nieder. Deshalb wollten wir die Häuser erdbebensicher bauen. Aber noch besser wäre es, wenn es überhaupt keine Erdbeben gäbe.

Außenminister Schewardnadse bestellte Grüße und Wünsche von Generalsekretär Gorbatschow.

Der Bundeskanzler dankte und erinnerte an die bestehende Einladung an Generalsekretär Gorbatschow. Dieser sei jederzeit willkommen.

Außenminister Schewardnadse stellte fest, daß sich die sowjetische Seite dieser Einladung bewußt sei. Man werde ihr zu gegebener Zeit nachkommen. Das heutige Gespräch sei wichtig als Fortsetzung des Dialogs, den es zwischen beiden Staaten gebe. Dazu gehörten die Begegnung, die der Bundeskanzler in Moskau mit Generalsekretär Gorbatschow<sup>17</sup> gehabt habe, und die Treffen zwischen Bundesminister Genscher und ihm<sup>18</sup>, die in einer sachlichen Atmosphäre stattgefunden hätten und bei denen Probleme besprochen worden seien, die

<sup>15</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 290, Anm. 15.

<sup>16</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>17</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.

<sup>18</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 1. August 1985 in Helsinki sowie am 24. September 1985 in New York vgl. Dok. 215 und Dok. 256.



beide Staaten interessierten. Auch dem laufenden Briefwechsel zwischen dem Bundeskanzler und Generalsekretär Gorbatschow<sup>19</sup> messe man sowjetischerseits große Bedeutung bei. Diese politischen Kontakte beförderten das gegenseitige Verständnis. Es gebe mitunter tiefgreifende Unterschiede, aber auch Dinge, die unsere Länder einander näherbrächten. In den Gesprächen zwischen Bundesminister Genscher und ihm sei auf die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Handelsbeziehungen und der wissenschaftlich-technologischen und kulturellen Zusammenarbeit hingewiesen worden. Diese Bereiche seien vom Umfang und von der Vielfältigkeit der Beziehungen her gesehen bedeutsam. Die Möglichkeiten seien indes noch nicht ausgeschöpft. Die sowjetische Führung betrachte die Fragen der Sicherheit und der Vermeidung des Wettrüstens als Hauptprobleme in den Beziehungen. In Paris habe die Sowjetunion ihre Position zur Einstellung des Wettrüstens, zur Nichtmilitarisierung des Weltraumes und zur Festigung der Sicherheit in Europa und in der Welt dargelegt.<sup>20</sup> Er wolle die Vorschläge der Sowjetunion im einzelnen jetzt nicht analysieren. Generalsekretär Gorbatschow habe sich auch in seinem Schreiben an den Bundeskanzler dazu geäußert. In der Antwort des Bundeskanzlers seien viele Stellen, mit denen die sowjetische Führung übereinstimme, aber auch viele, mit denen sie nicht einverstanden sei. Wie uns bekannt sei, wolle die Sowjetunion an diese Fragen „komplexartig“, d. h. im wechselseitigen Zusammenhang, herangehen. Aus den Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers schließe man, daß dieses sowjetische Herangehen in der Bundesrepublik Deutschland eine gewisse Unterstützung finde. Die sowjetische Seite sei der Auffassung, daß der Begegnung in Genf eine herausragende Bedeutung beigemessen werden müsse. Er habe in seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten und mit Außenminister Shultz<sup>21</sup> hierzu die sowjetische Haltung dargelegt. Für die Sowjetunion sei es eine prinzipielle Frage, daß man das Wettrüsten im Weltraum und die Militarisierung des Weltraumes nicht zulassen dürfe. Andernfalls werde in diesen Bereichen eine völlig unkontrollierbare Entwicklung eintreten. Die Probleme müßten unter Berücksichtigung der nachfolgenden Bereiche gelöst werden:

- Nichtzulassung kosmischer Angriffswaffen,
- drastische Senkung der strategischen Angriffswaffen,
- Lösung der Frage der Mittelstreckenraketen.

Im letzteren Bereich habe die Sowjetunion eine autonome Lösung für Europa vorgeschlagen.<sup>22</sup> Bei den Genfer Verhandlungen<sup>23</sup> und bei der Begegnung mit Außenminister Shultz habe er die sowjetische Variante einer Zwischenlösung dieses Problems dargelegt.

<sup>19</sup> Für das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 30. August 1985 auf das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 26. August 1985 vgl. Dok. 235.

<sup>20</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

<sup>21</sup> Zu den Gesprächen des Präsidenten Reagan und des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. Oktober 1985 in Washington vgl. Dok. 293.

<sup>22</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 3. Oktober 1985 in Paris; Dok. 283, Anm. 15.

<sup>23</sup> Zum informellen Vorschlag des sowjetischen Delegationsleiters bei den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, Karpow, vom 14. Oktober 1985 vgl. Dok. 293, Anm. 8.

Er wolle in aller Offenheit sagen, daß man in Moskau vom Standpunkt der eigenen Sicherheit sowie der Sicherheit der Verbündeten aus nicht den Eindruck habe, daß die USA positiv und konstruktiv an die Prüfung der sowjetischen Vorschläge herangehe. Man könne auch kein besonders nachdrückliches Interesse der USA feststellen, nach einem Kompromiß zu suchen. Man stelle eher das Bestreben in Washington fest, andere Fragen in den Vordergrund zu rücken. So sei der Präsident z. B. in seiner Rede vor den Vereinten Nationen spezifisch auf die Fragen der Menschenrechte, der bilateralen Beziehungen und der regionalen Konflikte in der Welt eingegangen. Diese seien zweifellos sehr wichtig und man müsse auch hier eine gegenseitige Verständigung herbeiführen.

Der Bundeskanzler antwortete, er könne die von Außenminister Schewardnadse gegebene Beurteilung zwar verstehen, teile sie aber nicht. Er wolle dazu folgende Anmerkungen machen:

- Bei der Rede des amerikanischen Präsidenten am Vortage vor den Vereinten Nationen sei die ganze Welt versammelt gewesen. Diese Rede habe in den USA auch eine innenpolitische Wirkung. Der Präsident habe ein klares Koordinatensystem und einen hohen politischen Instinkt. Er sei kein Intellektueller, kein John F. Kennedy. Freilich werde sich in den regionalen Problemen nichts bewegen, wenn man in den zentralen Fragen nicht vorankomme. Das wisse Präsident Reagan genauso wie Außenminister Schewardnadse und er, der Bundeskanzler, selbst. Man dürfe ferner nicht den Fehler begehen, anzunehmen, daß die Regionalfragen sich mit den West-Ost-Problemen decken. Viele davon hätten ihr eigenes Gewicht. Aber es gebe auch ein Gesamtklima, auf das es maßgeblich ankomme. Er halte es mit dem alten Bauernsprichwort: Das große Wasser nehme das kleine Wasser mit.
- Präsident Reagan habe am Vortage im Kreis der Hauptverbündeten seine eigenen Gedanken vorgetragen. Er habe das aufgrund persönlicher Notizen getan. Die sowjetische Seite würde einen schweren Fehler machen, wenn sie die Bereitschaft und den Willen des Präsidenten zur Verständigung nicht ernst nehme.
- Auch wir wollten die Verständigung mit dem Osten. Wir stünden damit nicht allein in Europa. Wir seien an einem Zeitpunkt angelangt, wo es gut sei, etwas zu tun.

Außenminister Schewardnadse führte aus, daß er dies nicht ganz verstehe. Es gebe offenbar bei den USA eine Politik für das Auditorium und eine andere für die Verhandlungen. Generalsekretär Gorbatschow habe auch vor der Öffentlichkeit gesprochen. Seine Rede sei in der ganzen Welt ausgestrahlt worden.<sup>24</sup> Er habe klar und unmißverständlich die einheitliche sowjetische Gesamtstrategie ohne Demagogie und ohne Propaganda dargelegt. Das, was der Bundeskanzler über die Intentionen Präsident Reagans gesagt habe, habe er gestern aus der UN-Rede des Präsidenten nicht entnehmen können.

Der Bundeskanzler erwiderte: Die sowjetische Seite werde es noch hören. Der Präsident werde zu den Rüstungskontrollfragen noch Vorschläge machen. Au-

<sup>24</sup> Zur Ansprache und dem Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, für den französischen Fernsehsender TF 1 vom 30. September 1985 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 478–494.

ßenminister Shultz gehe nach Moskau<sup>25</sup> und werde dort nicht nur die russische Küche genießen und über Protokollfragen sprechen.

Außenminister Schewardnadse führte aus, er habe heute mit Außenminister Shultz ein Gespräch geführt. Er wolle die Dinge sehr offen erörtern: Die USA hätten entschieden, um jeden Preis militärische Überlegenheit zu erlangen. Es gebe rechte und ultrarechte Kreise in der Umgebung des Präsidenten sowie in der Industrie und Wirtschaft der Vereinigten Staaten, die unter Berufung auf die sogenannte sowjetische Gefahr und Bedrohung nach neuen Wegen in der Erreichung dieses Ziels der militärischen Überlegenheit suchten. Hier habe die Idee der amerikanischen Strategischen Verteidigungsinitiative ihren Ursprung. Er habe den Eindruck, daß es nicht gelingen werde, die USA zu einem Verzicht auf dieses Vorhaben zu bewegen. Man sei in den Vereinigten Staaten schon viel zu weit in dieser Frage gegangen. In dieser Frage müsse auch bei den Verbündeten der USA Klarheit darüber herrschen, wohin die amerikanische Politik praktisch führe. Es werde behauptet, daß es bei SDI nicht um Angriffswaffen, sondern um einen kosmischen Schild gehe, und daß die strategischen Angriffswaffen beschränkt werden sollten. Nichts Derartiges werde passieren. Tatsächlich würde die amerikanische Seite sowohl die Angriffswaffen vervollkommen als auch die strategischen Defensivwaffen weiterentwickeln. Die sowjetische Seite werde dafür sorgen, daß Gegenmaßnahmen im Weltraum und bodengestützt getroffen würden.

Komplektow bemerkte hierzu, auch die Luftabwehr werde seit langem weiterentwickelt; trotzdem seien die Bomber noch nicht abgeschafft worden.

Außenminister Schewardnadse fuhr fort, es sei daher wichtig, sich über das SDI-Programm Klarheit zu verschaffen. Die Sowjetunion schlage eine sehr einfache Lösung vor:

1) Die kosmischen Angriffswaffen zu verbieten<sup>26</sup> und im Weltraum eine friedliche Zusammenarbeit durchzuführen. Einen solchen Prozeß könne man wirkungsvoll kontrollieren.

2) Auf der anderen Seite gehe es darum, die strategischen Rüstungen drastisch zu reduzieren. Die Sowjetunion schlage eine Verminderung um 50% vor, um die vollständige Beseitigung einzuleiten.

3) Man habe von sowjetischer Seite auch ein Programm für die Lösung des Mittelstreckenproblems vorgeschlagen. Die sowjetische Konzeption sei wissenschaftlich zusammengestellt. Es handele sich um eine Konzeption, die in sich präzise und klar sei. Die Sowjetunion verlange dazu eine präzise Antwort. Um diese Streitfragen gehe es, und es handele sich nicht um eine harmlose Sache.

Man sei an einem Punkt angelangt, an dem das Schicksal nicht nur der jetzigen, sondern auch der künftigen Generationen entschieden werde. Trotz aller Skepsis glaube man in Moskau, daß letztlich die Vernunft überwiegen werde.

Der Bundeskanzler erwiderte: Letzteres sehe er genauso. Aber die Vernunft werde sich nicht durchsetzen, indem wir uns gegenseitig anklagten. Es gebe starke

<sup>25</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse am 5./6. November 1985 in Moskau vgl. Dok. 306.

<sup>26</sup> Zum sowjetischen Vorschlag eines Verbots von „Weltraumschlagwaffen“ vgl. Dok. 264, Anm. 6.

politische Kräfte in der Welt, die Verhandlungen wollten. Dazu gehöre die Bundesrepublik Deutschland in ihrer schicksalhaften Situation. Auch der Präsident wolle die Verhandlungen. Hierbei handle es sich nicht um Rechte oder extreme Kräfte. Die amerikanische Politik habe ihre eigenen Gesetze. Die USA brauchten indes ihre europäischen Verbündeten.

Wir hätten vor zwei Jahren mit der Raketenstationierung begonnen, nicht um die Rüstungsspirale nach oben zu drehen, sondern aus den Gründen, die er, der Bundeskanzler, mit Generalsekretär Andropow seinerzeit eingehend diskutiert habe.<sup>27</sup>

Bereits am Ende dieses Jahrhunderts, in 15 Jahren, werde der Nord-Süd-Konflikt an Dramatik gewinnen und möglicherweise den West-Ost-Gegensatz darin übertreffen. Es bleibe nicht mehr viel Zeit. Daher müsse jetzt verhandelt werden. Deshalb sei er auch dafür, daß die USA jetzt Vorschläge machten. Man müsse sich in der Politik davor hüten, Opfer seiner eigenen Propaganda zu werden. Man müsse realistischerweise die Chancen nutzen, die sich böten. Die großen Entscheidungen müßten zwischen beiden Weltmächten fallen. Aber auch wir seien betroffen und würden nicht untätig bleiben.

Außenminister Schewardnadse: Die Sowjetunion sei gewohnt, in konkreten Kategorien zu denken.

Die Sowjetunion habe ein konkretes Programm

- über die Nichtmilitarisierung des Weltraumes,
- über die Reduzierung der strategischen Angriffswaffen und
- über verschiedene Varianten der Mittelstreckenraketen dargelegt.

Das sei die eine Seite der Rüstungskontrollmaterie: der Gegenstand der Verhandlungen.

Darüber hinaus habe die Sowjetunion praktische Schritte vorgenommen. Sie habe die Stationierung der Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent einseitig eingestellt. Generalsekretär Gorbatschow habe weitere Maßnahmen angekündigt: die Zahl der Mittelstreckenraketen auf den Stand vom Jahre 1984 herabzusetzen.<sup>28</sup> Warum hätten die Verbündeten der USA diese Vorschläge nicht unterstützt? Die Sowjetunion habe auch die nuklearen Tests einseitig eingestellt.

Was gebe es da Negatives an diesen Maßnahmen? Man könne zwar aus Prestigegründen Probleme haben, diese Maßnahmen anzuerkennen, aber im Grunde handle es sich doch um einen guten Schritt. Man behaupte, es sei unmöglich, ein Teststoppabkommen zu kontrollieren. Dies sei unrichtig. Er habe Präsident Reagan mitgeteilt, die Sowjetunion verfüge über technische Geräte, die alle Explosionen auf dem amerikanischen Übungsgelände in Nevada registrierten. Er habe in diesem Zusammenhang eine Explosion mit einer Detonationsstärke unterhalb von 2 kt genannt, die von den USA nicht veröffentlicht worden, von den sowjetischen Geräten aber erfaßt worden sei. Warum komme man dann den

<sup>27</sup> Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200 und Dok. 204.

<sup>28</sup> Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor französischen Parlamentariern am 3. Oktober 1985 in Paris vgl. Dok. 295, Anm. 13.

Vorschlägen der Sowjetunion nicht entgegen? Die Sowjetunion betrachte die Dinge real; sie schlage Maßnahmen vor, die imstande seien, das Wettrüsten einzustellen. Dies sei keine Propaganda. Natürlich gebe es Propaganda zwischen West und Ost. Aber die Sowjetunion verstehe diesen Begriff anders: In sowjetischer Sicht sei Propaganda Einheit des Wortes und der Tat. Einige der Gesprächspartner der Sowjetunion verwechselten dagegen Propaganda mit Demagogie.

Bundesminister Genscher antwortete darauf: Die Sowjetunion könne damit rechnen, daß die westliche Seite zu den strategischen und zu den Mittelstreckenwaffen Vorschläge machen werde. Der Westen werde dabei die uns positiv erscheinenden Elemente der sowjetischen Vorschläge aufnehmen und die uns bedenklich erscheinenden durch eigene Vorstellungen ersetzen. Das werde ein wichtiger Beitrag sein zur Erörterung des Verhältnisses zwischen den offensiven und defensiven Waffen, das man sich am 8.1.1985<sup>29</sup> vorgenommen habe, im Zusammenhang zu lösen. Es werde außerdem Vorstellungen und Vorschläge auf unserer Seite zur Lösung des Problems der Mittelstreckenraketen geben. Wir seien uns bewußt, daß die Erklärung vom 8.1.1985 nicht alle Abrüstungsfragen abdecke. Wichtig seien für uns auch die Nuklearwaffen kürzerer Reichweiten, die konventionellen Waffen und die Geißel<sup>30</sup> der chemischen Waffen. Die Antwort auf den von sowjetischer Seite im Februar in Wien gemachten Vorschlag<sup>31</sup> sei noch nicht erfolgt, stehe nun aber unmittelbar bevor.<sup>32</sup> Wir glaubten, daß man jetzt in den MBFR-Verhandlungen vorankommen könne.

Bei den chemischen Waffen bäten wir nochmals darum, sich dem Problem der Verifikation zu stellen, das im Rahmen eines weltweiten Verbots dieser Waffenkategorie nicht unüberwindbar sei. Es gebe keinen Grund, in diesem Bereich nur Teillösungen anzustreben.

Größtes Hindernis aller Abrüstungsbemühungen sei das Mißtrauen. Darum sei auch die Lösung der Verifikationsproblematik besonders wichtig. Die Bundesregierung und auch die Verbündeten seien aus diesen Gründen der Meinung, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensiviert werden müsse. Wie der Bundeskanzler gesagt habe, gehe es uns dabei nicht in erster Linie ums Geschäft, sondern um politische Stabilisierung.

Eine Bewegung auf breiter Front in Genf werde die Aufgabe erleichtern, die offensiven und defensiven Waffen in ihrem wechselseitigen Verhältnis zu erörtern und zu lösen. Der ABM-Vertrag sei in diesem Zusammenhang wichtig. Hier gebe es Grauzonen, die der Erklärung bedürften. Wir verstünden, daß beide Seiten Sicherheit brauchten. In diesem Zusammenhang könnte man eine Regelung finden, daß man den ABM-Vertrag nicht schon morgen oder in sechs Monaten kündigen könne. Die Sowjetunion habe 1972 mit den USA den Ver-

<sup>29</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>30</sup> Korrigiert aus: „Geißel“.

<sup>31</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

<sup>32</sup> Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten brachten am 5. Dezember 1985 eine neue Initiative in die Verhandlungen ein. Vgl. dazu Dok. 339.

such gemacht, sich über Prinzipien für das gegenseitige Verhältnis zu einigen<sup>33</sup>. Dazu gehörten Gleichberechtigung, Zurückhaltung, Mäßigung, Verzicht auf einseitige Vorteile. Die Frage, wer diese Bestimmungen verletzt habe, führe nicht weiter. Wichtig sei festzustellen, ob dies noch gelte und ob man sich erneut auf einen solchen Verhaltenskodex einigen könne. Es wäre eine Illusion anzunehmen, man könne die Sowjetunion durch große Rüstungsanstrengungen in die Knie zwingen. Wir wüßten, daß sie in einem solchen Fall die größten Opfer auf sich nehmen würde. Wir seien daran interessiert, daß bei unseren Nachbarn eine positive wirtschaftliche Entwicklung eintrete und eine Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung möglich sei. Wir seien an einer prosperierenden Entwicklung überall in der Welt interessiert. Auch das sei ein Beitrag zur Stabilität. Wir würden ferner gerne sehen, daß beide Seiten in West und Ost ihre Verantwortung gegenüber der Dritten Welt erfüllen.

Außenminister Schewardnadse antwortete, er sei auch bei diesen Fragen für ein konkretes Herangehen. Über chemische Waffen habe er mit Außenminister Shultz gesprochen. Er habe sich mit ihm im Grundsatz geeinigt, daß die beiden führenden Politiker auf dem Gipfel eine Erklärung zugunsten eines weltweiten Verbots chemischer Waffen abgeben sollten. Wenn der Wille vorhanden sei, die chemischen Waffen zu verbieten, werde es auch bei der Kontrollfrage keine unüberwindlichen Hindernisse geben. Ein neuer destabilisierender Faktor seien die binären Waffen.<sup>34</sup> Diese seien aber wohl als ein „Geschenk“ an die Bundesrepublik Deutschland gedacht.

Bundesminister Genscher antwortete, bisher habe sie uns niemand angeboten.

Außenminister Schewardnadse brachte seine Unterstützung für die Vorschläge der DDR und der ČSSR zur Errichtung einer von chemischen Waffen freien Zone in Zentraleuropa zum Ausdruck.

Bundesminister Genscher: Wir hätten angeboten, darüber am Rande der Genfer Verhandlungen<sup>35</sup> zu sprechen.

Außenminister Schewardnadse: Hier müsse man Schritt für Schritt versuchen, Fortschritte zu erzielen, sowohl global als auch regional. Bei den Gesprächen in Wien hänge viel von der Position der Bundesrepublik Deutschland ab. Er sei der Auffassung, daß unsere Delegationen in Wien aktiver zusammenarbeiten könnten.

Bundesminister Genscher: Er habe schon erwähnt, daß die Sowjetunion eine Antwort auf ihre letzten MBFR-Vorschläge bekommen werde.

Der Bundeskanzler: Er habe heute mit Präsident Reagan über die MBFR-Fragen gesprochen.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>34</sup> Zur Bewilligung von Mitteln zur Herstellung binärer Chemiewaffen durch den amerikanischen Kongreß vgl. Dok. 201.

<sup>35</sup> Vgl. dazu das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 27. September 1985 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker; Dok. 261, Anm. 28.  
Zur Vorbereitung der Gespräche der CD-Delegation der Bundesrepublik mit den Delegationen der DDR und der ČSSR vgl. Dok. 348.

Außenminister Schewardnadse: Zur Stockholmer Konferenz wolle er sagen: Präsident Reagan in seiner Rede und Bundesminister Genscher<sup>36</sup> hätten von Vertrauen gesprochen. Vertrauen könne nicht für sich allein existieren. In Stockholm entstehe eine günstige Situation zu vier Themenkomplexen, die alle sehr wichtig seien. Unsere beiden Delegationen könnten in Stockholm gut zusammenarbeiten, um den Prozeß zu beschleunigen. In Paris habe die sowjetische Seite mit den Franzosen darüber gesprochen, die jetzt eine sehr aktive Haltung einnehmen, um die Bemühungen zur Erzielung einer Vereinbarung zu forcieren.<sup>37</sup> Es gebe überhaupt viele internationale Foren, wo wir sehr aktiv zusammenarbeiten könnten. Zum ABM-Vertrag habe man in der Sowjetunion unsere Äußerungen aufmerksam verfolgt.

Der Bundeskanzler: Unsere Haltung in dieser Frage sei völlig klar. Die amerikanische Regierung habe ihrem Parlament gegenüber eine Definition benutzt. Diese gelte nun. Auch wir hätten unserem Parlament gegenüber dieselbe Definition benutzt. Wenn man das ändern wolle, müsse vorher darüber gesprochen werden.

Botschafter Dobrynin meinte zu den vom Bundesminister angesprochenen Prinzipien: Dies setze voraus, daß man sich über etwas einigte, was nicht jeden Tag geändert werden könne. Zum ABM-Vertrag hätten McFarlane<sup>38</sup> und Verteidigungsminister Weinberger<sup>39</sup> anderslautende Interpretationen befürwortet.

Der Bundeskanzler: Halten Sie sich an den amerikanischen Präsidenten.

Botschafter Dobrynin: Außenminister Schewardnadse habe als echter Diplomat argumentiert, er sei mit der weiteren Definition einverstanden, man werde sich aber bis auf weiteres an die engere Definition halten. Was die Prinzipien anbelange, gebe es ein russisches Sprichwort: Man könne sie nicht wie Handschuhe wechseln.

Zum Zusammenhang zwischen offensiven und defensiven Waffen sei in der Genfer Erklärung<sup>40</sup> vom 8.1. von der „Nichtmilitarisierung des Weltraumes“ die Rede.

Bundesminister Genscher stellte richtig: Von der „Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum“ sei dort die Rede. Wir müßten präzise bleiben. Im übrigen stehe dort auch, daß die Fragen der strategischen Waffen, der Mittelstrecken-

<sup>36</sup> Zur Rede des Bundesministers Genscher am 21. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1985, S. 1013–1015.

<sup>37</sup> Zum französischen Vorschlag vom 24. Mai 1985 in Stockholm, die KVAE im Sommer 1986 auszusetzen, vgl. Dok. 157, Anm. 11.

<sup>38</sup> Vgl. dazu das Fernsehinterview des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, vom 6. Oktober 1985; Dok. 274, Anm. 2.

<sup>39</sup> In der Presse wurde am 22. Oktober 1985 berichtet, der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe in einem Interview erklärt, „das SDI-Programm sei noch längst nicht zu den ABM-relevanten Test- und Dislozierungsfragen vorgestoßen, lasse sich daher zur Zeit noch ‚unter jeder ABM-Interpretation‘ subsumieren. Wenn sich freilich im Verlauf des Forschungsprogramms Fragen der erweiterten Auslegung dessen, was unter ABM erlaubt ist, stellten sollten, dann würden die USA prüfen, ob es für eine neue Interpretation Raum gibt, was viele in unserer Regierung – auch viele Rechtsexperten – schon jetzt sagen.“ Deshalb sei das gegenwärtige Festlegen auf eine ‚restriktive‘ Auslegung der ABM-Texte auch nur ‚eine temporäre Entscheidung‘.“ Vgl. den Artikel „Weinberger: Kreml erhält kein Vetorecht“, DIE WELT vom 22. Oktober 1985, S. 1.

<sup>40</sup> Korrigiert aus: „Abklärung“.

waffen und der Weltraumwaffen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang erörtert und gelöst werden müßten.

Außenminister Schewardnadse: Die USA hätten eine Konzeption zur Erlangung der militärischen Überlegenheit. Das größte Hindernis sei hierfür der ABM-Vertrag. Ihn wollten die USA beseitigen und hätten angefangen, ihre Öffentlichkeit darauf vorzubereiten. Anders könne man sowjetischerseits den amerikanischen Versuch, eine neue, weitere Interpretation des ABM-Vertrages einzuführen, nicht deuten. Der ABM-Vertrag sei aber ein Fundament, das man nicht zerstören dürfe. Er gehe davon aus, daß die Bundesregierung mit dieser letzteren Bemerkung einverstanden sein werde.

Der Bundeskanzler warf ein, daß man sich über Möglichkeiten der Verlängerung der jetzigen Kündigungsfrist des Vertrages unterhalte. Diese Diskussion sei wichtig. Man könne an ihr erkennen, daß die Dinge auf beiden Seiten in Bewegung gekommen seien. Seine Position sei klar: Er habe deutsche Politik zu vertreten. Er bitte nochmals zur Kenntnis zu nehmen, daß es jetzt Chancen gebe. Ohne die bestehenden Gegensätze verwischen zu wollen, hätten wir Deutsche ein elementares Interesse, daß diese Chancen wahrgenommen würden. Die Sowjetunion sei unser wichtigster Nachbar. Man brauche dabei nur an Berlin zu denken und an anderes mehr. Und er wiederhole: Die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen hätten eine große politische Bedeutung. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland entwickle sich sehr gut. Dabei hätten wir weder Frau Thatcher noch Präsident Reagan kopiert.

Außenminister Schewardnadse fragte, ob sich die Bundesrepublik Deutschland an der Militarisierung des Weltraumes beteiligen werde.

Der Bundeskanzler: Ob damit die deutschen Firmen gemeint seien?

Außenminister Schewardnadse erwiderte, daß es ihm nicht wichtig sei, wer die Mitwirkung vornehme.

Der Bundeskanzler: Dies mache einen großen Unterschied. Er sei nicht in der Lage Frankreichs. Staatspräsident Mitterrand sage, er nehme nicht teil; die französischen staatseigenen Firmen schlossen aber die Verträge.<sup>41</sup> Unsere Firmen seien frei. Er habe als Bundeskanzler keine gesetzlichen Möglichkeiten, sie an der Beteiligung bei der Forschungszusammenarbeit zu hindern.

Außenminister Schewardnadse: Wenn es um den Verkauf von Technologie an die Sowjetunion gehe, habe der Staat in der Bundesrepublik Deutschland aber doch Möglichkeiten, und darin seien die Firmen plötzlich nicht mehr frei.

Der Bundeskanzler: Man müsse zur Kenntnis nehmen, daß es gewisse Unterschiede zwischen den deutsch-amerikanischen und den deutsch-sowjetischen Beziehungen gebe. Er habe auch Zweifel, ob das System der Technologiekontrollen funktioniere. Man könne zuweilen feststellen, daß deutsche Produkte in der Sowjetunion unter finnischem oder österreichischem Namen auftauchten.

Bundesminister Genscher: Auch die Sowjetunion verkaufe nicht alles an den Westen.

<sup>41</sup> Zum Interesse französischer Staatsunternehmen an einer Teilnahme an der SDI-Forschung vgl. Dok. 233, Anm. 5.



Außenminister Schewardnadse schätzte die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion als sehr groß ein. Beide Wirtschaften hätten einen komplementären Charakter. Die Kapazitäten dieser Zusammenarbeit seien noch nicht ausgeschöpft.

Der Bundeskanzler: Unsere wirtschaftliche Entwicklung gehe aufwärts. Auch der Leistungswille sei wieder im Kommen. Wir stünden vor einem großen Umstellungsprozeß; es werde gewaltige Forschungsinvestitionen geben. Die Angst vor japanischer Konkurrenz sei gewichen.

Außenminister Schewardnadse: Die Sowjetunion sei an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und mit anderen Ländern interessiert. Es gebe umfangreiche Planungen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion. Diese würden auf dem 27. Parteitag erörtert werden. Die Sowjetunion besitze nicht nur ein gewaltiges wissenschaftliches Potential, sondern liege auch, was den vergleichbaren Weltstandard anbelange, in der Qualität ihrer Forschung gut im Rennen. Freilich habe der Krieg viele Opfer gefordert und die Erreichung der gesteckten sowjetischen Ziele verzögert. Das Wettrüsten sei im Moment der wesentlichste Störfaktor in diesen Bestrebungen. Die Sowjetunion brauche für die Entwicklung friedliche Bedingungen. Freilich müsse man sich ggf. auch auf die weniger guten Alternativen vorbereiten.

Der Bundeskanzler dankte für das Gespräch und gab der Hoffnung Ausdruck, Außenminister Schewardnadse in absehbarer Zeit in Bonn zu sehen. Es sei eine Bildungslücke, Bonn nicht zu kennen.

Außenminister Schewardnadse: Er akzeptiere diese Kritik.

**Referat 204, Bd. 135307**

**297**

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel,  
z.Z. Peking, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 3  
Citissime**

**Aufgabe: 29. Oktober 1985, 09.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 29. Oktober 1985, 05.30 Uhr**

Betr.: Besuch BM in China vom 27. bis 31.10.1985;  
hier: Konsultationen mit AM Wu Xuequian am 28.10.

1) Konsultationen BM mit AM Wu Xuequian (zwei Runden) bezeugten durch freundschaftliche Atmosphäre erneut hervorragenden Stand deutsch-chinesischer Beziehungen. Durch Art seines Empfanges gab AM Wu zu verstehen, welche Bedeutung chinesische Regierung Beziehungen zur BR Deutschland ge-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 29. Oktober 1985 vorgelegen.

genwärtig gibt. Konsultationen hatten internationale Fragen sowie bilaterale Beziehungen zum Gegenstand.

2) BM leitete Bemerkungen zu internationalen Fragen damit ein, daß es in dieser Zeit zwei Entwicklungen mit weltpolitischer Dimension gebe, die Erneuerung des Selbstbewußtseins Europas und die chinesischen Reformen. Mit seiner Öffnungspolitik übernehme China mehr internationale Verantwortung. Wir sähen diese Entwicklung mit Interesse und Sympathie.

Auch in EG gewannen wir neue Vitalität zurück. Zwar werde es in nächster Zeit innerhalb EG Diskussionen über Marktordnungen, Rechte des Europaparlaments und die Verstärkung des Binnenmarktes geben; wichtiger sei aber Tatsache, daß Europa durch EUREKA Mut zum Aufbau großen Technologie-markts gefunden habe. Dies hätten nach anfänglicher Geringschätzung auch die USA, Japan und nicht zuletzt Gorbatschow anerkannt, der EG nicht nur als ökonomische, sondern auch als politische Realität sehe<sup>2</sup>. Die Kraft für eine solche Erneuerung gehe von Zusammenarbeit Bundesregierung mit Präsident Mitterrand und französischer Regierung aus.

AM Wu begrüße Wiedergewinnung europäischen Selbstbewußtseins. Wenn die westeuropäischen Länder sich zusammenschlossen, sei das eine starke Kraft neben USA, SU und Japan.

Wu zeigte großes Interesse an EUREKA, das sich auch sehr günstig auf Erhaltung Weltfriedens auswirken könne. China wolle hierüber mit uns in Kontakt bleiben. BM sagte hochrangige Unterrichtung chinesischer Seite über EUREKA nach Konferenz in Hannover zu.<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang äußerte sich Wu befriedigt über Erklärung von Vizepräsident Bush, daß USA 27 COCOM-Beschränkungen aufgehoben habe.<sup>4</sup> BM wies darauf hin, daß die Initiative dazu von europäischen COCOM-Mitgliedern ausgegangen sei.

3) Zu amerikanisch-sowjetischen Beziehungen sagte BM, bei bevorstehendem Genfer Treffen Reagan–GS Gorbatschow<sup>5</sup> werde es darauf ankommen, ob beide sich über Fortführung Dialogs auf höchster Ebene verständigten und wie sie sich in anderen Teilen der Welt verhalten würden. Zentrale Dokumente wie ABM-Vertrag, SALT I und II sowie KSZE-Schlußakte<sup>6</sup> müßten aufrechterhalten werden. Schwierigkeit seiner kürzlichen Gespräche in Washington<sup>7</sup> habe

<sup>2</sup> Zur Haltung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 172, Anm. 9.

<sup>3</sup> Die zweite EUREKA-Ministerkonferenz fand am 5./6. November 1985 in Hannover statt. Dort beschlossen die teilnehmenden Außen- und Forschungsminister die organisatorische Struktur des Programms sowie Projektschwerpunkte und Kriterien für die Projektauswahl. Vgl. dazu die Grundsatzerklärung vom 6. November 1985; EUROPA-ARCHIV 1986, D 41–44.

<sup>4</sup> Gesandter Gescher, Peking, informierte am 18. Oktober 1985, daß der amerikanische Vizepräsident Bush am 16. Oktober 1985 in einer Rede an der Sichuan-Universität in Chengdu Erleichterungen der COCOM-Prozeduren angekündigt habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4215; Referat 424, Bd. 135890.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>7</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush

darin gelegen, daß manche ABM-Vertrag anders auslegten als US-Regierung während dreizehn Jahren. Er habe US-Regierung darauf hingewiesen, daß er dieser Interpretation nicht zustimmen könne.<sup>8</sup>

SU habe amerikanische rüstungspolitische Zurückhaltung in zweiter Hälfte 70er Jahre nicht honoriert, sondern SS-20 disloziert, die sowohl China als auch Europa bedrohten. USA und SU hätten sich am 8.1.85 darüber verständigt, Genfer Verhandlungen wieder aufzunehmen, deren Ziel es sei, Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern und auf der Erde zu beenden.<sup>9</sup> Inzwischen hätten USA einige Vorschläge gemacht, die die SU mit Gegenvorschlägen beantwortet habe. Sie habe strategische Waffen neu definiert: nur solche, die jeweils Gebiet der anderen Großmacht erreichten.<sup>10</sup> Dieser Gegenvorschlag sei für uns nicht akzeptabel, weil damit im westlichen Bündnis zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit geschaffen würden. Es gebe auch zwischen SU und USA erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Zählung der Sprengköpfe. Ihm bereiteten auch chemische Waffen in Europa sowie konventionelle Überlegenheit der SU erhebliche Sorgen.

4) AM Wu betonte, amerikanisch-sowjetische Vereinbarungen dürften nicht zu Lasten dritter Länder gehen. China sei sowohl gegen SDI als auch gegen entsprechende sowjetische Bemühungen. Es sei prinzipiell gegen Eskalation Wett-rüstens, das unkontrollierbar würde, wenn es sich in Weltraum erstrecken würde. China habe seinen amerikanischen Freunden geraten, vorsichtig zu sein.

Als ersten Schritt hoffe China auf drastische Reduzierung Atomwaffen, wobei eine 50prozentige Verminderung mehrfacher Overkill-Kapazität nur erster Schritt sein könne. Grund für sowjetischen Vorschlag könnten Schwierigkeiten sowjetischer Volkswirtschaft sein.

Jedenfalls werde sich nach chinesischer Ansicht eine Einigung als sehr schwierig erweisen; USA und SU dürften keine Überlegenheit anstreben.

Beide AM vereinbarten, daß beide Regierungen (etwa durch Briefe oder über die Botschafterkonsultationen) in ständigem Kontakt bleiben würden (angesichts hiesiger chinesischer Reserve gegen bilateralen Abrüstungsmeinungsaustausch erfreuliche neue Entwicklung).

5) Zu chinesischen Reformen legte Wu dar, sie bedeuteten für China Revolution, deren Ziel es sei, auf Hintergrund chinesischer Erfahrungen Bevölkerung von einer Milliarde zu Wohlstand zu verhelfen. Bisher hätten Reformen, insbesondere in der Landwirtschaft<sup>11</sup>, chinesische Erwartungen übertroffen. Jetzt liege Schwerpunkt in Städten. Wachstum solle im Fünfjahrplan 1986–1990 durchschnittlich sieben Prozent betragen. Wenn man wegen Überhitzungserschei-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1538*

und dem amerikanischen Außenminister Shultz am 22. Oktober 1985 in Washington vgl. Dok. 288 und Dok. 289.

<sup>8</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279 und Dok. 283.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschläge; Dok. 270.

<sup>11</sup> Zur Reform der chinesischen Agrarpolitik vgl. Dok. 184, Anm. 17.

nungen Anfang 1985 Maßnahmen zur Preisberuhigung ergriffen habe, so bedeutet das nicht – wie in amerikanischen Zeitungen zu lesen gewesen sei –, daß Reformprozeß beendet werde.

BM stellte Erfolge Wirtschaftspolitik Bundesregierung seit 1982 sowie günstige Aussichten für 1985 dar.

AM Wu betonte, China werde, gestärkt durch die Reformen, seine unabhängige sowie selbständige Außenpolitik fortsetzen und damit größere Rolle auf internationaler Bühne übernehmen.

6) Zu chinesisch-sowjetischen Beziehungen wies AM auf Fortschritte in Handelsbeziehungen, Besucheraustausch und bei technischer Zusammenarbeit hin. Im politischen Bereich bestünden Meinungsverschiedenheiten fort. Drei Hindernisse (Afghanistan, Kambodscha, sowjetische Bedrohung chinesischer Nordgrenze) bildeten weiterhin prinzipielles Problem, da sie chinesische Sicherheit bedrohten. Durch Übergang von Gromyko zu Schewardnadse<sup>12</sup> sei lediglich Klima der Gespräche entspannter geworden; in der Sache halte SU an bisherigem Kurs fest. Er habe unbeschadet dessen Einladung zu offiziellem Besuch in Moskau angenommen.

AM Wu äußerte zu osteuropäischen Ländern, in seinen Gesprächen mit allen AM Osteuropas in New York habe er Eindruck gewonnen, daß sie Beziehungen zu China verbessern wollten. Voraussetzung bleibe allerdings Erwärmung sowjetisch-chinesischen Verhältnisses.<sup>13</sup>

7) Chinesisch-amerikanische Beziehungen hätten sich in letzter Zeit gut entwickelt. Haupthindernis sei Taiwan; wenn US ihre Politik nicht ändere, so könne gute Entwicklung Beziehungen eines Tages beeinträchtigt werden. Er habe USA geraten, ihre Politik gegenüber Krisenherden Dritter Welt zu überdenken und mehr Verständnis für deren Belange zu zeigen. BM äußerte, unsere Taiwan-Politik sei bekannt; sie habe sich nicht geändert.

8) Zu Korea legte AM Wu dar, durch jüngste Kontakte zwischen Nord und Süd habe sich Verhältnis entspannt, namentlich durch erstmalige Vereinbarung von Verwandtenbesuchen.<sup>14</sup> China habe seinen amerikanischen Freunden geraten, ihr Verhältnis zu Nordkorea zu überdenken und Kontakte aufzunehmen. Er habe Äußerungen von VP Bush widersprochen, daß sich durch MiG-Verkäufe von SU Gleichgewicht zugunsten Nordkoreas verändert habe<sup>15</sup>. Südkorea habe auf verschiedenen Kanälen versucht, zu China Kontakt aufzunehmen. Das sei aber delikates Problem, Zeit sei dafür noch nicht reif.

Kambodscha<sup>16</sup>: Man frage sich, in welche Richtung Vietnam seine Trockenzeit-offensive lenken werde – entlang der kambodschanisch-thailändischen Grenze oder ins Landesinnere. Vietnam werde sein Problem auch damit nicht lösen.

<sup>12</sup> Am 2. Juli 1985 übernahm Eduard Ambrosijewitsch Schewardnadse das Amt des sowjetischen Außenministers. Vgl. dazu Dok. 178.

<sup>13</sup> Zu den chinesisch-sowjetischen Beziehungen vgl. Dok. 272, Anm. 5.

<sup>14</sup> Zu den Gesprächen über Besuchsmöglichkeiten zwischen Nord- und Südkorea vgl. Dok. 187, Anm. 23.

<sup>15</sup> In der Presse wurde berichtet: „The State Department said the Soviet Union is supplying advanced MiG-23 jets to North Korea and charged that the move could affect the balance of power with South Korea. A spokesman, Robert Smalley, said the shipments ‚have apparently not yet ended‘.“ Vgl. den Artikel „North Korea Gets MiG-23s“, THE LOS ANGELES TIMES vom 19. Juli 1985, S. A2.

<sup>16</sup> Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 140.

Es könne Kambodscha nur mit Hilfe SU besetzt halten, die sich in Südpazifik ausdehnen wolle. BM stimmte Darlegungen zu.

9) Zu bilateralen Fragen übergehend, erwähnte BM Mängelrüge PM Zhao Ziyangs in New York am 23.10. hinsichtlich zweier deutscher Firmen.<sup>17</sup> BK werde, von Betroffenen mit nötigen Informationen versehen, in kommender Woche Antwortbrief an PM Zhao Ziyang schreiben.<sup>18</sup>

BM äußerte Interesse Bundesregierung an folgenden Projekten:

- KKW Sunan (KWU)<sup>19</sup>,
- Kohlekraftwerke (Deutsche Babcock),
- Werk für nahtlose Röhren Tianjin (Mannesmann)<sup>20</sup>,
- chemische Anlagen (Uhde),
- Glasfaser Xiamen (SEL)<sup>21</sup>,
- Wasserkraftwerk „Drei Schluchten“ Siemens und Voith)<sup>22</sup>,
- LKWs und PKWs (Mercedes Benz),
- Digitalfernmeldetechnik (SEL),
- Satelliten (MBB)<sup>23</sup>.

<sup>17</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel informierte die Botschaft in Peking am 25. Oktober 1985, daß Ministerpräsident Zhao Ziyang gegenüber Bundeskanzler Kohl am 23. Oktober 1985 in New York „zwei sehr mangelhafte deutsche Lieferungen“ beklagt habe. Referat 341 habe sich mit den betreffenden Firmen in Verbindung gesetzt und bitte die Botschaft, auch vor Ort Informationen einzuholen. „Es ist beabsichtigt, BM vorzuschlagen, in geeigneter Weise (etwa gegenüber Stellvertretendem) MP Li Peng) anhand der Stellungnahmen der betroffenen Firmen die Mängelrügen angemessen zu beantworten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1014; Referat 341, Bd. 142564.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Kohl teilte am 7. November 1985 Ministerpräsident Zhao mit, daß die beanstandeten Unternehmen Maßnahmen zur Behebung der chinesischen Reklamationen ergriffen hätten. Vgl. dazu Referat 341, Bd. 133649.

<sup>19</sup> Zu Bemühungen der KWU um den Bau von Kernkraftwerken in der Volksrepublik China vgl. Dok. 154, Anm. 7.

<sup>20</sup> Gesandter Gescher, Peking, berichtete am 11. November 1985: „Bei dem integrierten Stahl- und Rohrwerk Tianjin (für Offshore-Öl) handelt es sich um einen der größten derzeit weltweit zu vergebenen Anlagenaufträge (Gesamtinvestition ca. DM 2,5 Mrd.). Das sehr breite deutsche Konsortium (außer Mannesmann-Demag auch AEG, BBC, Siemens u. v. a.) konkurriert nur noch mit der italienischen Gruppe Italmimpianti, in deren Mitte die Staatsholding IRI steht. Beide Gruppen sind technisch gleichwertig, Italmimpianti hat aber Wettbewerbsvorteil, mit Hilfe öffentlicher EH-Mittel wesentlich günstigere Finanzierung (Soft-Loan-Zinssatz 3 Prozent) anbieten zu können.“ Die Botschaft sei intensiv für das deutsche Konsortium tätig gewesen und habe „dies verbunden mit zusätzlicher Unterstützung für das Hochttechnologie-Zentrum Tianjin, unserem größten EZ-Projekt in China.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4503; Referat 341, Bd. 142593.

<sup>21</sup> Am 10. September 1985 erläuterte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nagel, bei dem Projekt der Firma Standard Elektrik Lorenz AG gehe es um zwei Teilprojekte, nämlich „ein Pilot-Glasfaserübertragungsprojekt in Shanghai und die Gründung eines Joint Venture zur Glasfaserproduktion in Xiamen“. Die USA hätten gegen das erste Einzelprojekt im COCOM bereits Einspruch erhoben, und auch bei dem Joint Venture sei mit Schwierigkeiten zu rechnen: „Die US-Bedenken richten sich gegen die Auslegung beider Teilprojekte mit einer Übertragungsgeschwindigkeit von 140 Megabit/sec. (statt, wie ältere Technik, mit 34 Megabit/sec.). [...] Wir halten diese Leistungsfähigkeit für sicherheitspolitisch vertretbar (in USA z.B. werden seit Ende 1983 420 Megabit/sec.-Systeme installiert).“ Vgl. Referat 424, Bd. 135904.

<sup>22</sup> Zur möglichen Beteiligung deutscher Firmen am Bau des Wasserkraftwerks „Drei Schluchten“ vgl. Dok. 154, Anm. 11.

<sup>23</sup> Zu einer Lieferung von zwei Fernsehsatelliten an die Volksrepublik China durch die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm vgl. Dok. 28, Anm. 8.  
Vortragender Legationsrat I. Klasse Gerhardt vermerkte am 18. Juli 1985, daß neben MBB nur noch

AM Wu verwies auf Zuständigkeit anderer Fachministerien.

BM sprach Einladung an Staatsrat Zhang Jingfu mit siebenköpfiger Begleitung für Besuch Bundesrepublik Deutschland im Dezember d. J. aus.<sup>24</sup>

AM Wu äußerte Interesse an mehr Aufnahme chinesischer Produkte in Bundesrepublik Deutschland. Chinesische Regierung strebe kein absolutes Gleichgewicht Handelsbilanz an, aber benötige mittelfristig besseren Ausgleich.

10) Hinsichtlich Goethe-Instituts erklärte AM Wu, chinesische Regierung sei mit Einrichtung Instituts grundsätzlich einverstanden<sup>25</sup>; Aktivitäten müßten sich vorerst auf Deutschunterricht konkretisieren. Wenn deutsche Seite zustimme, werde Staatskommission für Erziehung konkrete Verhandlungen mit zuständiger deutscher Seite aufnehmen. BM nahm Zusage mit großer Befriedigung entgegen.

11) AM Wu zeigte sich interessiert an Einrichtung weiteren chinesischen Generalkonsulats in München. BM antwortete, in solchem Fall dächten wir an Kanton.

BM bat darum, Botschaft angemessenes Grundstück für ihre Zwecke zur Verfügung zu stellen.<sup>26</sup> AM Wu äußerte Verständnis für diesen Wunsch, wies aber darauf hin, es gebe noch viele Schwierigkeiten zu überwinden, weil auch andere Länder solche Grundstücke für ihre Botschaften erwerben wollten. Er sagte jedoch zu, sich persönlich Lösung anzunehmen.

12) Dieser Gesprächsvermerk ist von BM nicht gebilligt.

[gez.] Scheel

**Referat 010, Bd. 178896**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1541*

die Firma Radio Corporation of America (RCA) im Rennen um den Auftrag sei. Ein Antrag der Bundesregierung auf Genehmigung der Lieferung der Fernsehsatelliten sei „am 2.7. im COCOM genehmigt“ worden, „allerdings mit 17 US-Bedingungen [...] Diese Bedingungen machen nach Auffassung MBB das Geschäft zunichte, da sie alle jene Teile des MBB-Angebots, die über das (billigere) RCA-Angebot hinausgehen, abschneiden. MBB hat bisher gegenüber den Chinesen seinen höheren Preis mit teilweise besserer Hardware und Bereitschaft zum Technologietransfer gerechtfertigt. Beides soll jetzt nicht mehr möglich sein.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135904.

Vortragender Legationsrat Daum erläuterte am 1. August 1985, daß die von den USA im COCOM gestellten Bedingungen auch für das RCA-Angebot gelten sollten, „also keine Konkurrenzgesichtspunkte vorliegen“ dürften. Allerdings wollten die USA „vor endgültiger Zustimmung genaueren endgültigen Vertrag sehen. Wahrscheinlich erneute Einbringung im COCOM erforderlich. Bei pessimistischer Beurteilung schwerwiegende Klausel.“ Vgl. Referat 424, Bd. 135904.

<sup>24</sup> Der chinesische Staatsrat Zhang Jingfu hielt sich vom 9. bis 18. Dezember in der Bundesrepublik auf. Für Zhangs Gespräch mit Bundesminister Genscher am 9. Dezember 1985 vgl. Dok. 335.

<sup>25</sup> Zur Eröffnung eines Goethe-Instituts in der Volksrepublik China vgl. Dok. 154, Anm. 17.

<sup>26</sup> Botschafter Fischer, Peking, teilte am 25. November 1985 mit, er habe dem zuständigen Mitarbeiter des chinesischen Außenministeriums vorgetragen, daß das bisher zur Verfügung gestellte Grundstück „zur Unterbringung von Kanzlei, Residenz und Schule nicht ausreiche und wir für Schulbau deshalb zusätzliches Grundstück benötigten. [...] Um Grundstücksproblem zu lösen schlage ich folgendes vor: Wir wären bereit, jetziges Baugrundstück gegen ein größeres Grundstück in dem von chinesischer Seite geplanten neuem Botschaftsviertel in Liang Ma Chang zu tauschen [...]. Als zweite Alternative schlug ich folgendes vor: Wir behalten jetziges Baugrundstück und nach Errichtung der neuen Gebäude auch Grundstück, auf dem sich jetziges Dienstgebäude und Wohnhaus des Botschafters befinden, das später für Schulbau Verwendung finden könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4658; Referat 111, Bd. 274666.

## 298

**Botschafter van Well, Washington, an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Aufgabe: 29. Oktober 1985, 19.15 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 5076

Ankunft: 30. Oktober 1985, 01.22 Uhr

Betr.: Gespräch des BK mit Vertretern jüdischer Organisationen in New York  
am 25.10.1985

Zur Unterrichtung und Weisung zu Ziff. 4

1) Der Bundeskanzler traf während seines Aufenthaltes in New York<sup>2</sup> am 25. Oktober auf Einladung des Präsidenten des World Jewish Congress, Edgar Bronfman, im Rahmen eines Mittagessens mit führenden Vertretern jüdischer Organisationen in den USA (Teilnehmerliste siehe Anlage) zusammen.

Das Gespräch war sehr intensiv und kann trotz unversöhnlicher, kritischer Einstellung einiger Teilnehmer als wichtiger Schritt in der Entwicklung unserer Beziehungen zu den amerikanischen jüdischen Organisationen gewertet werden. Die Zahl derer überwog, die, wie Bronfman, Bialkin, Singer, Siegman, den Blick auf die Zukunft richteten und den konstruktiven Dialog mit uns suchen. Sultanik, Schindler und Meed waren in ihren Beiträgen stark von ihren persönlichen Erlebnissen und der Diskussion um Bitburg<sup>3</sup> geprägt.

2) Zentrales Thema des Gesprächs waren die Ereignisse um Bitburg, die – wie sich zeigte – bei den amerikanischen Juden tiefe Spuren hinterlassen haben. Der BK griff das Thema sofort zu Beginn auf, als Bronfman in einführenden Worten von einem „incident“ sprach, und erklärte, daß er gerade deshalb das Gespräch begrüßte, um selber die Zusammenhänge erklären zu können. In eindrucksvoller Weise stellte er die Motive und Entwicklungsgeschichte von Bitburg sowie seine persönliche Einstellung zum Holocaust und der bleibenden Verantwortung, wie er sie auch in der Bergen-Belsen-Rede<sup>4</sup> zum Ausdruck gebracht hatte, dar. Er wies die Unterstellung eines Unterschieds in dieser Frage zwischen ihm und Adenauer oder von Weizsäcker zurück.

Bialkin hob in diesem Zusammenhang die historische Rede des BK in Bergen-Belsen hervor, die ihn sehr beeindruckt habe. Es habe ihn sehr erstaunt, daß diese Rede hier in den jüdischen Kreisen und den öffentlichen Medien nicht mehr Aufmerksamkeit gefunden habe.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 30. Oktober 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Abl[ichtung] f[ür] 310. 2) H[errn] Quelle: b[ittet] prüfen, wohin der Meed-Brief gegangen ist.“ Vgl. dazu Anm. 6.

Hat Studnitz am 4. November 1985 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Erlaß an Wash[ington], wohin Brief gegangen ist, notfalls Kopie erbitten.“

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 22. bis 27. Oktober 1985 aus Anlaß der Feiern zum vierzigjährigen Bestehen der Vereinten Nationen in den USA auf.

<sup>3</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Kohl am 21. April 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen vgl. BULLETIN 1985, S. 349–352.

3) Bialkin vor allem, aber auch Bronfman, Singer und Siegman betonten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit dem neuen Deutschland und der Versöhnung. Sie wiesen selbst auf den Nachholbedarf der amerikanischen Juden bei der Aufarbeitung der Beziehungen im Vergleich zu den sehr viel fortgeschrittenen Beziehungen zwischen den israelischen Juden und Deutschen hin und setzten sich für eine Intensivierung des Besuchsaustausches ein. Bialkin forderte, die Beziehungen an der Zukunft zu orientieren, die Irritationen durch Bitburg zu überwinden und die ehrlichen Motive beider Seiten nicht in Frage zu stellen.

4) Schindler, der wie Meed Zweifel anmeldete, ob der BK seine Gefühle richtig verstehen könne, fragte kritisch, ob der Holocaust im Geschichtsunterricht in Deutschland in der richtigen Form behandelt werde. Meed beklagte, daß ein Brief, den er an die Bundesregierung geschrieben habe und in dem er darum gebeten habe, Mengele durch Beerdigung seiner Überreste in Deutschland nicht zum Märtyrer zu machen<sup>5</sup>, nie beantwortet worden sei. Für Weisung hierzu wäre ich dankbar.<sup>6</sup>

Meeds kritische Bemerkungen sind zum Teil auch auf dem Hintergrund der von ihm vertretenen Organisation (American Gathering of Jewish Holocaust Survivors) zu sehen, von der er nach eigenen Worten Kritik wegen seiner Teilnahme am Gespräch erwartet.

5) Die Frage von Waffenlieferungen an arabische Staaten kam kurz und ohne besondere Schärfe zur Sprache. Der BK erklärte, daß die Bundesregierung keine Leopard-II-Panzer an Saudi-Arabien liefern werde.<sup>7</sup> Er führte weiter aus, daß die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Teil der NATO sei und die größte Armee in Westeuropa unterhalte. Durch unseren Auftrag würden auch Interessen Israels mit wahrgenommen. Unsere Armee benötige eine entsprechende Rüstungsindustrie, die durch Einbeziehung des Exports mit ausgelastet werden müsse. Der BK erläuterte auch die Rüstungskooperation mit anderen Staaten.

6) Zahlreiche Teilnehmer des Gesprächs haben sich nach dem Gespräch mir gegenüber positiv über die Aussprache geäußert und deutlich gemacht, daß es ihnen geholfen habe, den BK besser zu verstehen.

Der BK und die jüdischen Teilnehmer waren sich einig, daß das Gespräch fort-

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat Wölker, São Paulo, berichtete am 6. Juni 1985 über die Suche der brasilianischen Polizei nach dem ehemaligen SS-Hauptsturmführer und Lagerarzt von Auschwitz: „Der wahrscheinliche Tod Mengeles ereignete sich am 7. Februar 1979 als Folge eines Schlaganfalls beim Badeurlaub an einem Paulistaner Strand. Fam[ilie] B., die zur Todesstunde anwesend war (lt. Aussage), haben Tod Mengeles geheimgehalten, da sie ‚Racheakte von israelischer Seite‘ befürchteten. Sie ließen Mengele unter seinem Aliasnamen Wolfgang G. im Familiengrab dieser Familie in Embu, einem Vorort São Paulos begraben. [...] Heute, am 6.6.85 erfolgte gegen 14 Uhr O[rts]z[eit] S[ão]P[aulo] die Exhumierung im Beisein von einigen hundert Vertretern der internationalen Medien.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 81; Referat 330, Bd. 143820.

Am 9. Juli 1985 informierte Wölker über den Abschlußbericht der brasilianischen Polizei vom 6. Juli 1985, der die Identifizierung der Leiche Mengeles bestätigt habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 121; Referat 330, Bd. 143820.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 1.

<sup>7</sup> Zur Frage der Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard II an Saudi-Arabien vgl. Dok. 143 und Dok. 273.



gesetzt werden sollte und daß es zur Herstellung eines persönlichen Kontakts und eines besseren persönlichen Kennenlernens unschätzbare Dienste leistet.

7) Die New York Times widmete dem Treffen am 26. Oktober ein Foto auf der Titelseite, das den BK mit einigen Gesprächspartnern zeigt und auf einen durch Umrandung hervorgehobenen Bericht im Inneren des Blattes verweist.<sup>8</sup> Der Bericht, der von dem Korrespondenten für jüdische Fragen der New York Times, Ralph Blumenthal, geschrieben ist, ist in erster Linie von den kritischen Teilnehmern gespeist worden und entsprechend einseitig und eher negativ. Der Artikel wird mit Kurier übersandt. Es ist zu hoffen, daß die uns aufgeschlossener gegenüberstehenden Gesprächspartner in ihren Kreisen das Bild korrigieren und sich in dem von ihnen geäußerten Sinn einsetzen können.

[gez.] van Well

Folgt Anlage

[...] <sup>9</sup>

Referat 204, Bd. 135342

## 299

### Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-15100/85 geheim

Fernschreiben Nr. 1696

Citissime nachts

Aufgabe: 30. Oktober 1985, 19.35 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 30. Oktober 1985, 20.28 Uhr

Betr.: 38. NPG-Ministerkonferenz in Brüssel (29./30.10.1985)

Bezug: DB 1690/1691 vom 30.10.85<sup>2</sup>

#### I. Zusammenfassung

Die 38. Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe schloß mit der Bekundung der vollen Unterstützung und Solidarität des Bündnisses für Präsi-

<sup>8</sup> Vgl. den Artikel „Kohl meets with Jewish leaders“; THE NEW YORK TIMES vom 26. Oktober 1983, S. 1 und 6.

<sup>9</sup> In der Anlage wurde die Liste der teilnehmenden Vertreter jüdischer Organisationen übermittelt.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Hofstetter und Hartmann verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Hofstetter am 4. November 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth verfügte.

Hat Ruth am 5. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte am 30. Oktober 1985 das Kommuniqué der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30. Oktober 1985 in Brüssel. Vgl. Referat 201, Bd. 143460.

Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 150 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 118–122.

dent Reagan vor seinem Treffen mit GS Gorbatschow<sup>3</sup>. Auch zu Sachfragen demonstrierte das Bündnis im Kommuniqué der Ministerkonferenz Einigkeit:

- Die amerikanische Haltung in den Genfer Verhandlungen<sup>4</sup> wird nachhaltig unterstützt.
- Die Aussage der Luxemburger NPG-Frühjahrskonferenz<sup>5</sup> zur SDI-Forschung wurde nicht wiederholt und damit heute zu erwartende Vorbehalte (NWG, DK) vermieden.
- Es wird festgestellt, daß ein doppelter Maßstab für West und Ost bei der Erfüllung von Verpflichtungen aus Rüstungskontrollvereinbarungen nicht akzeptabel wäre, und in diesem Zusammenhang die Erfordernisse wirksamer Verifizierbarkeit aller Rüstungskontrollvereinbarungen und ihrer vollen Einhaltung bekräftigt.
- Die amerikanische Delegation legt zwar mit großem Nachdruck sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabsprachen dar, es werden aber keine Ausführungen zu möglichen amerikanischen Reaktionen auf das sowjetische Verhalten gemacht.
- Die Minister drücken Hoffnung aus, daß die kürzlichen sowjetischen Gegenvorschläge ein Zeichen für die sowjetische Bereitschaft sind, auf nachprüfbar und faire Rüstungskontrollvereinbarungen einzugehen.

Die INF-Dislozierung im Rahmen des Doppelbeschlusses<sup>6</sup> wird fortgesetzt, ebenso wie die Durchführung der Beschlüsse von Montebello<sup>7</sup>, in deren Rahmen der Abzug der ADM aus Europa abgeschlossen ist<sup>8</sup>, die Redislozierung anderer Nuklearwaffen aber noch Probleme aufwirft.

## II. Ablauf und Inhalt der Ministertagung

1) Traditionsgemäß begann die Tagung mit einem Vortrag der amerikanischen Delegation (VM Weinberger, Perle und Experten), der folgende Themen behandelte:

- die sowjetischen Verstöße gegen die Rüstungskontrollabsprachen,
- die sowjetischen Anstrengungen auf dem Gebiet der strategischen Verteidigung,
- Ausblick auf das Treffen Reagan–Gorbatschow,
- Stand der SS-20-Dislozierung.

<sup>3</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>4</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262 und Dok. 270.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 26./27. März 1985 in Luxemburg vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 138 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 372 f. Zur Ministersitzung vgl. ferner Dok. 82.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>7</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

<sup>8</sup> Zum Abzug der amerikanischen nuklearen Sperrmunition (ADM) aus Europa vgl. Dok. 209.

Hervorzuheben ist, daß die amerikanische Delegation zwar mit großem Nachdruck sowjetische Verstöße gegen Rüstungskontrollabsprachen darlegte, aber keine Ausführungen zu möglichen amerikanischen Reaktionen auf das sowjetische Verhalten machte. Weinberger erklärte, der Bericht über die sowjetische Rüstungskontrollpraxis und die Haltung, die die USA hierzu einnehmen sollten, werde dem Präsidenten pünktlich Mitte November vorgelegt.<sup>9</sup> Es gehe aber keinesfalls darum, die Begegnung Reagan–Gorbatschow zu beeinflussen.

Die Briefings über die sowjetische Praxis bei der Einhaltung von Rüstungskontrollabsprachen brachten keine wesentlichen neuen Erkenntnisse, aber eine eindrucksvolle Darstellung des amerikanischen Erkenntnisstandes und seiner Bewertung. Sie konzentrierten sich auf:

- Die gerade beginnende Dislozierung der neuen mobilen ICBM SS-25. Die SU habe die SS-X-24 als – die einzige nach SALT II erlaubte – neue ICBM notifiziert. Die SS-25 sei nicht wie von der SU behauptet, eine Modernisierung der SS-13, sondern überschreite bei mehreren vertragsrelevanten Parametern die Daten der SS-13 um wesentlich mehr als fünf Prozent. Ihre Dislozierung verletze deswegen SALT II.
- Verschlüsselung der Telemetriedaten<sup>10</sup>.
- Bau des Radars von Krasnojarsk mehr als viertausend Kilometer von der Landesgrenze<sup>11</sup> im Innern der Sowjetunion verletze den ABM-Vertrag, da ein Radar in dieser Stellung nicht nur Frühwarn-, sondern auch Gefechtsleitungsfunktionen im Rahmen eines flächendeckenden Raketenabwehrsystems für die zentrale und westliche Sowjetunion haben könne.

Weinberger nannte als Elemente amerikanischer Politik angesichts der sowjetischen Anstrengungen auf dem Gebiet der strategischen Verteidigung:

- Modernisierung der Offensivwaffen (werde Ende dieser Dekade abgeschlossen sein),
- längerfristige Anstrengungen auf dem Gebiet strategischer Verteidigung, auch als Anreiz für drastische Reduzierung bei den Offensivwaffen,

<sup>9</sup> Mit Schreiben vom 13. November 1985 legte der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger Präsident Reagan dar: „On June 10, 1985, when you announced that the United States would go ‚the extra mile‘ to give the Union of Soviet Socialist Republics time to correct its treaty violations, you asked us, in National Security Decision Directive 173, to give you an analysis of Soviet violations of arms control and other treaties. You also asked me to recommend incentives we might provide to the Soviets to correct their violations and, should such corrective action not be forthcoming, to effect appropriate and proportionate responses to those violations. I am attaching Part One of this report you requested, together with an executive summary covering its main points. The report's principal conclusion is that Soviet violations are continuing and require an appropriate and proportionate response on our part.“ Vgl. dazu den Artikel „Weinberger Letter To Reagan On Arms Control“; THE NEW YORK TIMES vom 16. November 1985, S. 7.

<sup>10</sup> Botschafter Ruth hielt am 6. November 1985 als Ergebnis einer amerikanischen Unterrichtung vom 31. Oktober 1985 fest: „Der hohe Verschlüsselungsgrad der während sowjetischen Raketen tests per Funk übermittelten Daten (Telemetriedaten) sowie die umfangreichen physischen Tarnmaßnahmen bei den Tests der SS-25 (gleiches gilt im übrigen für alle Raketen tests der letzten Jahre) erschweren den Vereinigten Staaten die Überprüfung der Einhaltung des Vertrages durch Nationale Technische Mittel (NTM) und verstoßen damit gegen Artikel XV des SALT-II-Vertrages und die darauf bezogenen Nebenabreden, die Vertragsbestandteil sind.“ Vgl. VS-Bd. 11318 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Die Wörter „viertausend Kilometer von der Landesgrenze“ wurden von Vortragendem Legationsrat Schmidt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „[falsch]“.

- Rüstungskontrolldiplomatie mit dem Ziel größerer Stabilität durch einen Offensiv/Defensiv-Mix und vertragliche Regelung des Übergangs dahin.

Auf die Einladung der USA zur Beteiligung an der SDI-Forschung hätten einige Länder sich gegen eine Beteiligung auf Regierungsebene ausgesprochen, andere eine Präferenz dafür gezeigt. Beides sei legitim, jedenfalls sei die Wirtschaft frei, sich zu beteiligen, und da, wo Regierungshilfe (etwa durch Zertifizierung von Unternehmen im Rahmen der Sicherheitsregelung) notwendig sei, könne sie auch im Einzelfall geleistet oder Spezialabkommen abgeschlossen werden.

In einem Ausblick auf die Begegnung Reagan–Gorbatschow nannte Weinberger vier Themen: Regionalprobleme, Menschenrechte, bilaterale Fragen und Rüstungskontrolle. Die bilateralen Fragen seien weitgehend vorbesprochen und könnten schnell zu Ergebnissen führen. Die anderen Themen machten längerfristige Anstrengungen erforderlich, um sowjetischen Versuchen einer Verschiebung im Kräfteverhältnis entgegenzutreten und die Stabilität zu stärken. Der sowjetische Eröffnungszug auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle sei problematisch, denn er belasse den Sowjets alle Neuentwicklung, wolle aber die USA ihrer neuen Programme (MX, neue SLBM, Stealth-Bomber und Midgetman) sowie eines großen Teils ihrer Luftwaffe berauben. Dennoch sei dieser sowjetische Eröffnungszug ein Ausgangspunkt.

Die SS-20-Stationierung habe den Stand von 441 einsatzbereiten Raketen über die letzten Monate gehalten. Seit der Rede Gorbatschows in Paris<sup>12</sup> sei kein Abbau einsatzbereiter Stellungen zu beobachten gewesen, geschweige denn eine Deaktivierung von SS-20.

2) In der Aussprache verwies der niederländische Verteidigungsminister<sup>13</sup> auf die Entscheidung seines Landes gegen eine Beteiligung an der SDI-Forschung auf Regierungsebene. Er betonte die Notwendigkeit, die langfristigen konzeptionellen Aspekte von SDI im Verhältnis US/SU und West/Ost zu untersuchen. Die Minister stimmten dem Vorschlag des Generalsekretärs<sup>14</sup> zu, diesen Punkt im Kreis der NPG-Botschafter zu erörtern. Der norwegische Verteidigungsminister<sup>15</sup> bezeichnete die sowjetischen Verhandlungsvorschläge in ihrer gegenwärtigen Form als unakzeptabel, doch sei festzuhalten, daß die SU tiefgreifende Reduzierungen im Prinzip akzeptiert habe. Dies gelte es zu explorieren. SDI habe zwei Aspekte: die Übereinstimmung mit der Hoffnung der Menschheit nach einer sichereren Welt, andererseits das Risiko eines Wettrüstens im Weltraum. Die USA sollten in Verhandlungen Beschränkungen und Begrenzungen bei offensiven und defensiven Systemen anstreben. NWG rate den USA nicht zu einer Einstellung der SDI-Forschung, unterstütze die US-Verhandlungsposition und unterstreiche die restriktive Interpretation des ABM-Vertrags<sup>16</sup>.

<sup>12</sup> Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 3. Oktober 1985 vor französischen Parlamentariern in Paris vgl. Dok. 295, Anm. 13.

<sup>13</sup> Jacob de Ruiter.

<sup>14</sup> Lord Carrington.

<sup>15</sup> Anders Sjaastad.

<sup>16</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279 und Dok. 283.

BM Wörner verwies auf die Aussagen des Luxemburger NPG-Kommuniqués zum SDI-Forschungsprogramm und erklärte, daß die deutsche Position unverändert sei. Er ging auf die bevorstehende Begegnung Reagan–Gorbatschow ein und bezeichnete es als weise, die Behandlung des West-Ost-Verhältnisses bei dieser Begegnung nicht auf die Rüstungskontrollfragen zu reduzieren. Erfolge in diesem Bereich könnten sich nur im Rahmen beiderseitiger Zurückhaltung einstellen.

In der weiteren Aussprache unterstrichen die VM von GB, KAN<sup>17</sup> und B<sup>18</sup> die Notwendigkeit der SDI-Forschung, wobei VM Heseltine darauf verwies, daß die USA bereits vor Reagans Rede<sup>19</sup> in nennenswertem Umfang Forschung auf dem Gebiet der Defensivtechnologien betrieben habe.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Stand der Implementierung des Beschlusses vom 12. Dezember 1979“ erklärte der niederländische VM, seine Regierung werde in Übereinstimmung mit den von ihr festgelegten Kriterien<sup>20</sup> nach dem 1. November den Prozeß der Stationierung einleiten, falls nicht noch bis dahin auf östlicher Seite Entscheidendes geschehe. Die Verteidigungsminister würdigten die feste niederländische Haltung. Seitens der Stationierungsländer wurde über den Stand der Dislozierung berichtet. VM Weinberger drückte seine Befriedigung darüber aus, daß bis Ende dieses Jahres zwei Fünftel der 572 LRINF stationiert sein würden.

Im Rahmen dieses TOP trug Weinberger die bekannte amerikanische Haltung zu den sowjetischen Gegenvorschlägen für die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen vor. Positiv hob er hervor, daß die SU sich erstmals konkret zur Reduzierung von Nuklearwaffen geäußert und hierzu spezifische Zahlen genannt habe. Auch sei erstmals die Forderung nach einem Junktim zwischen Fortschritten im INF-Bereich mit solchen in anderen Verhandlungsbereichen fallengelassen worden. Nachteile der Vorschläge für das Bündnis seien u. a.

- die neue Definition strategischer Waffensysteme,
- nicht ausreichende Berücksichtigung sowjetischer Systeme, die Europa bedrohen,
- das Verbot von Marschflugkörpern mit einer Reichweite über 600 km,
- ungenügende Verifizierbarkeit,
- einseitige Beschränkung des amerikanischen Programms der strategischen Verteidigung,
- Außerachtlassung der Wurfgewichtsproblematik strategischer Systeme.

Weinberger lehnte den Interimsvorschlag für INF-Systeme ab, der einen Stopp der Stationierungen ab Anfang Dezember 1985 vorsieht. Dieser greife frühere

<sup>17</sup> Erik Nielsen.

<sup>18</sup> Alfred Vreven.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Fernseh- und Rundfunkansprache des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1983, I, Dok. 81.

<sup>20</sup> Zur Haltung der niederländischen Regierung hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenraketen vgl. Dok. 82, Anm. 36.

Vorschläge auf, die das bestehende Ungleichgewicht festschreiben würden. Weinberger verwies im übrigen auf die Flexibilität in der westlichen Verhandlungsposition.

In der Aussprache würdigte VM Heseltine die Konsultationen im Bündnis, betonte, daß die USA früher als die SU konkrete Verhandlungsvorschläge gemacht haben, und sprach sich dafür aus, die in den sowjetischen Vorschlägen sich möglicherweise andeutende Dialogbereitschaft auszuloten.

<sup>21</sup>3) Unter dem TOP „Kernwaffen der NATO in Europa – Durchführung des Montebello-Beschlusses“ führte der Generalsekretär (GS) den Bericht der Ständigen Vertreter zur Durchführung des Beschlusses auf der Grundlage der Empfehlungen SACEURs<sup>22</sup> ein. Er hob hervor, daß die Zustimmung zum Bericht nicht bereits die Zustimmung zu den Empfehlungen bedeute, vielmehr hierfür nationale Entscheidungen erforderlich seien. In der Aussprache äußerten insbesondere Vertreter der Länder Vorbehalte, bei denen sich der Kernwaffenbestand im Rahmen der Redislozierung erhöhen würde. Der türkische VM<sup>23</sup> verweist auf Schwierigkeiten seines Landes mit dem Bericht und die in dem Brief des türkischen Ständigen Vertreters<sup>24</sup> enthaltene Position seiner Regierung.<sup>25</sup>

Der italienische Vertreter erklärte die Prüfung für notwendig, ob Übereinstimmung zwischen den Notwendigkeiten für das Bündnis und denen der einzelnen Länder bestehe. Der belgische VM erklärte, da die Vorschläge SACEURs für B eine Zunahme stationierter Kernwaffen bedeute, müsse die Festlegung einer definitiven Haltung der neuen Regierung<sup>26</sup> vorbehalten bleiben. BM Wörner bekräftigte die deutsche Haltung zur Implementierung des Montebello-Beschlusses (Reduzierung, aber auch notwendige Modernisierungen). Er bat, am operativen Rationale der Montebello-Entscheidung festzuhalten, das insbesondere eine faire Verteilung der Nuklearwaffen im Bündnis vorsehe. VM Heseltine unterstützte dies.

<sup>21</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1697 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>22</sup> Bernard Rogers.

<sup>23</sup> Zeki Yavuztürk.

<sup>24</sup> Osman Olcay.

<sup>25</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), berichtete am 7. Oktober 1985: „Die NPG-Stabsgruppe behandelte in Sitzungen am 3. und 4.10.1985 den Berichtsentwurf der Ständigen Vertreter zur Implementierung der Montebello-Entscheidung. Beherrschendes Problem war die falsche Dislozierung (maldeployment) nuklearer Waffen und SACEURs Empfehlung, dieses maldeployment zu korrigieren. Der IT- und TU-Vertreter versuchten alles, um die politische Qualität von SACEURs Empfehlungen herabzuspielen und evtl. notwendige nationale Entscheidungen soweit wie möglich hinauszuschieben. [...] Zur Sache lehnte der TU-Vertreter SACEURs Empfehlungen rundweg ab. [...] Tatsächlicher Hintergrund der schwierigen TU-Haltung dürfte aber Verärgerung über die US-Rüstungshilfe sein, wie der TU-Stabsgruppenvertreter am Rande der Sitzung erkennen ließ. Möglicherweise glaubt die TU-Seite, mit einer derartig rigiden Haltung Druck auf das Bündnis zur Unterstützung von TU-Zielen erreichen zu können. Aus hiesiger Sicht könnte das Thema maldeployment in bilateralen Gesprächen während der NPG-Ministerkonferenz gegenüber beiden Partnern angesprochen werden, um sie zu einer konstruktiveren Haltung zu bewegen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1564; VS-Bd. 12119 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>26</sup> Nach vorgezogenen Neuwahlen am 13. Oktober 1985 bildete Ministerpräsident Martens am 28. November eine neue Regierung aus den gleichen Parteien, die auch die unmittelbar vorausgegangene gestellt hatten.

SACEUR dankte allen Staaten, die aktiv an der Durchführung des Montebello-Beschlusses mitarbeiten. Seine Vorschläge würden ab November durch Teams in den Hauptstädten vorgestellt werden. Er empfahl ferner, im Kommuniqué festzuhalten, daß inzwischen alle ADM abgezogen worden seien.

4) In der Aussprache über den Bericht der High-Level-Group herrschte Übereinstimmung (I, NWG, NL, TUR und B) in der positiven Einschätzung der HLG-Arbeit und über deren Fortsetzung (zwei Treffen pro Jahr). Niederländischer VM<sup>27</sup> schlug vor, die HLG solle sich mit dem zweiten Teil von SACEURs Vorschlägen zur Umsetzung des Montebello-Beschlusses (1988 bis 1995) befassen. Auf Anregung des GS wird über diesen Vorschlag auf der nächsten NPG-Sitzung entschieden werden (Perle und Internationaler Stab hatten von einer Zustimmung generell abgeraten).

5) Unter weiteren Tagesordnungspunkten wurde die Arbeit der Senior Level Weapons Protection Group, der Erfahrungsbericht der Ständigen Vertreter zur Übung WINTEX/CIMEX 85<sup>28</sup> und die Arbeit an den allgemeinen Richtlinien für den Einsatz von Kernwaffen<sup>29</sup> behandelt. Unter dem TOP „Öffentlichkeitsarbeit“ äußerte VM Weinberger die Erwartung, daß der Streitkräftevergleich 1986<sup>30</sup> die sowjetischen Anstrengungen auf dem Gebiet der strategischen Verteidigung behandeln werde. Der GS stellte hierzu Einvernehmen der Minister fest.

Unter dem TOP „Sonstiges“ teilte VM Weinberger mit, seine Regierung habe den sowjetischen Vorschlag abgelehnt, die Arbeiten an dem Radar von Krasnojarsk einzustellen, wenn die Modernisierung der amerikanischen Frühwarnstationen von Fylingdales und Thule unterbleibe.<sup>31</sup> Krasnojarsk sei eine eindeutige Verletzung des ABM-Vertrags. Bei den amerikanischen Stationen, die außerhalb der USA lägen, gebe es keinen Zweifel an ihrem Charakter als Frühwarnradar und damit ihrer Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag. VM Heseltine wies darauf hin, daß die Anlage in Fylingdales bereits vor dem ABM-Vertrag bestanden habe und ihre Modernisierung damit vertragskonform sei.

BM Wörner sprach die Einladung zur nächsten NPG für den 19./21. März 1986 in Würzburg aus. VM Heseltine lud zum NPG-Herbsttreffen 1986 nach Großbritannien ein.<sup>32</sup>

<sup>27</sup> Jacob de Ruiter.

<sup>28</sup> Zur NATO-Übung WINTEX-CIMEX 85 vom 26. Februar bis 13. März 1985 vgl. Dok. 73.

<sup>29</sup> Zu den Arbeiten an „General Political Guidelines“ (GPG) für den Einsatz von Nuklearwaffen zur Verteidigung der NATO vgl. Dok. 73, Anm. 9.

<sup>30</sup> Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), kündigte am 31. Oktober 1985 an: „Am 14.11.85 wird die Stabsgruppe auf Weisungsbasis den grundsätzlichen Ansatz für den nuklearen Teil des Streitkräftevergleichs (auf der Basis des Textes des vorigen Streitkräftevergleichs) diskutieren. [...] Ein erster Entwurf des [Internationalen] S[tags] wird im Dezember vorgelegt werden und Anfang Januar 1986 behandelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1708; VS-Bd. 12034 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>31</sup> Zum sowjetischen Vorschlag vom 14. Oktober 1985 zur Einstellung der Arbeiten an den Radarstationen in Krasnojarsk, Thule und Fylingdales vgl. Dok. 293, Anm. 9.

<sup>32</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22. Oktober 1986 in Gleneagles vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Ploetz vom 24. Oktober 1986; AAPD 1986.

### III. Kommuniqué

Die Minister verabschiedeten das Kommuniqué (Text s. Bezugs-DB) ohne weitere Aussprache.

Bei der Vorbereitung des Kommuniqués hatten die USA und Norwegen einen gemeinsamen Vorschlag eingebracht, der die auseinanderliegenden Positionen beider Länder zu einer speziellen SDI-Aussage im Kommuniqué überbrückte: Damit entfiel eine zunächst von den USA gewünschte ausführliche Aussage zur SDI-Forschung, die auch anderen Ländern (besonders DK) Schwierigkeiten gemacht hatte. Die Aussage zur Unterstützung der amerikanischen Verhandlungsposition in Genf (Ziffer 4) wurde verstärkt.

Die USA und GB hatten ihre Meinungsverschiedenheiten über eine Aussage zur Beachtung der Rüstungskontrollabsprachen durch die SU mit einem gemeinsamen Vorschlag beigelegt, der ebenfalls ohne Änderung als Ziffer 6 in das Kommuniqué übernommen wurde.

Als Ergebnis liegt ein Kommuniqué vor, das eingangs (Ziffer 2) Präsident Reagan im Vorfeld seiner Begegnung mit GS Gorbatschow die volle Unterstützung und Solidarität der Allianz erklärt und die Einheit des Bündnisses auch in den Sachaussagen des Kommuniqués realisiert. Hervorzuheben sind:

- Die Charakterisierung der Genfer Verhandlungen als eine Gelegenheit für effektive Rüstungskontrolle, die nachdrückliche Unterstützung für die Verhandlungsposition der USA, der Ausdruck der Hoffnung, daß die sowjetischen Gegenvorschläge trotz ihrer einseitigen und eigennützigen Art ein Zeichen für die sowjetische Bereitschaft zu nachprüfaren und fairen Rüstungskontrollverhandlungen sind, und die Betonung der Flexibilität der Verhandlungsposition der USA (Ziffer 4).
- Die Behandlung der amerikanischen Unterrichtung über offensichtliche sowjetische Verletzungen von Rüstungskontrollabsprachen, die die Minister zum Anlaß einer Aufforderung an die SU nahmen, die volle Erfüllung ihrer Verpflichtungen sicherzustellen (Ziffer 5). Diese Aufforderung wird unterstrichen durch Feststellung, daß ein doppelter Maßstab bei der Erfüllung der Verpflichtungen aus Rüstungskontrollvereinbarungen nicht akzeptabel wäre, und die in diesem Zusammenhang erneut bekräftigte Forderung nach wirksamer Verifizierbarkeit und voller Einhaltung aller Rüstungskontrollvereinbarungen.
- Die Feststellung des Standes der SS-20-Dislozierung auf 441 Systeme und die Erwähnung der angelaufenen SS-25-Stationierung (Ziffer 6).
- Die Feststellung des vollständigen Abzugs atomarer Sperrmunition (ADM) aus Europa (Ziffer 7).

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11366 (220)



## 300

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-370.70 SOW-1946/85 geheim****31. Oktober 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>Betr.: Schreiben von Generalsekretär Gorbatschow an den Bundeskanzler<sup>4</sup>Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zu der Analyse des Schreibens und Weiterleitung an ChBK<sup>5</sup>.**I. Zusammenfassende Bewertung**

Das Schreiben Gorbatschows behandelt in erster Linie sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Fragen. Auf die übrigen Aspekte des bilateralen Verhältnisses wird nur am Rande eingegangen. Besonders auffällig ist das Fehlen einer Reaktion auf die Erneuerung der Einladung zu einem Besuch der Bundesrepublik Deutschland. Auch die Abschnitte des Briefes von BK Kohl<sup>6</sup> über den Moskauer Vertrag<sup>7</sup> und unsere Deutschlandpolitik werden ignoriert. Es ist unverkennbar, daß die sowjetische Seite ihre Bemühungen uns gegenüber ganz auf den Versuch konzentriert, unsere Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik im sowjetischen Sinne zu beeinflussen, sich im übrigen aber auf allgemein gehaltene positive Absichtserklärungen bezüglich einer Weiterentwicklung der bilateralen Zusammenarbeit zu beschränken, ohne durch das Eingehen auf Einzelheiten Erwartungen zu wecken. Die einzige Ausnahme ist der Hinweis darauf, die Sowjets könnten bereit sein, die Arbeit an dem Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit<sup>8</sup> abzuschließen. Neue breite Perspektiven für die Entwicklung der Zusammenarbeit werden im übrigen mit unserer Haltung in Sicherheitsfragen in Zusammenhang gebracht. Hier fordert Gorbatschow „praktische Taten“.

II. Kernpunkt des Schreibens von Generalsekretär Gorbatschow, das am 29.10.1985 durch Botschafter Semjonow im Bundeskanzleramt übergeben wurde, ist die Aufforderung an die Bundesregierung, „zu einer Wende zum Besseren sowohl in den internationalen Angelegenheiten als auch in den bilateralen Beziehungen“ beizutragen. Es wird hervorgehoben, daß die Probleme der Sicherheit von „bestimmender Bedeutung“ sowohl für die Ost-West-Beziehungen im

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 2. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Andreas Meyer-Landrut.<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Ministerbüros am 4. November 1985 vorgelegen.<sup>4</sup> Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 27. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. VS-Bd. 14154 (010).<sup>5</sup> Wolfgang Schäuble.<sup>6</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 30. August 1985 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 235.<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.<sup>8</sup> Zu den Gesprächen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vgl. Dok. 176, Anm. 31.

allgemeinen als auch für die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland seien. Aus dem Hauptteil des Schreibens, der überwiegend Fragen der Rüstungskontrolle gewidmet ist, ergeben sich die Erwartungen, die man in der SU uns gegenüber hegt. „Einige andere praktische Fragen“, die der Bundeskanzler in seinem Schreiben vom 30.8. angeschnitten hatte, werden nur beiläufig behandelt.

Im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen ist folgendes festzuhalten:

1) Gorbatschow bekräftigt erneut das sowjetische Interesse an einer Entwicklung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit. Er vermeidet es jedoch, auf die von BK Kohl in seinem Schreiben angeschnittenen einzelnen Bereiche einzugehen. Die einzige Ausnahme bildet die Anregung, die Frage eines Abschlusses der Arbeit an dem Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu prüfen.

2) GS Gorbatschow unterstreicht erneut die „bestimmende Bedeutung“ der Sicherheitsproblematik auch für die bilateralen Beziehungen. Die Eröffnung „neuer breiter Perspektiven für die Entwicklung der Zusammenarbeit“ macht er abhängig von aus sowjetischer Sicht zufriedenstellenden Bemühungen der Bundesregierung in Fragen der Sicherheit und der Einstellung des Rüstungswettlaufs.

3) Unter dieser Voraussetzung wirbt GS Gorbatschow abschließend mit dem Gedanken, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland könnten bei der Lösung kardinaler Probleme der Gegenwart als „Partner“ auftreten. Die Nähe zu gewissen Vorstellungen von einer „Sicherheitspartnerschaft“ zwischen den beiden Staaten liegt auf der Hand.

Gorbatschow macht damit deutlich, daß die SU – jedenfalls in diesem Augenblick – die Probleme der Sicherheit in den Vordergrund rücken will. Dementsprechend nehmen Fragen der Sicherheit und vor allem der Rüstungskontrolle in dem Schreiben den bei weitem größten Raum ein. Wenn in der Einleitung die Bereitschaft zum Dialog mit uns bekräftigt wird, so wird auch dies mit der Erwartung verbunden, daß dieser Dialog „zur Suche nach Berührungspunkten in grundlegenden Fragen des Friedens und der Sicherheit beitragen“ würde.

Die übliche apokalyptische Schilderung der internationalen Lage, insbesondere im Rüstungsbereich, wird mit der indirekten Warnung verbunden, die Sowjets könnten eines Tages keine Möglichkeiten mehr für die Suche nach einer friedlichen Regelung der Probleme sehen. Offenbar soll dies den sowjetischen Wünschen nach einem entsprechenden Einwirken unsererseits auf die USA Nachdruck verleihen.

III. 1) Der Hauptteil des Briefes beginnt mit dem Hinweis auf die angespannte Weltlage und die Gefahr, daß das Wettrüsten, insbesondere auf dem Gebiet der Nuklearwaffen, völlig aus der Kontrolle geraten könnte. Das Wettrüsten müsse gestoppt, mit der Abrüstung müsse unverzüglich begonnen und die internationale Situation müsse verbessert werden. Die SU richte alle ihre Bemühungen, auch in der Vorbereitung auf den Gipfel<sup>9</sup>, auf diese Ziele aus. Die Reihenfolge dieser Ziele bestätigt erneut, daß die SU im Vorfeld des Gipfeltreffens Fragen

<sup>9</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

der Rüstungskontrolle und Abrüstung in den Vordergrund rücken will, während Präsident Reagan jüngst in seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 24. Oktober<sup>10</sup> die Lösung regionaler Probleme betont hatte.

2) Gorbatschow weist dann auf die neuen Rüstungskontrollvorschläge der Sowjetunion<sup>11</sup> hin, deren Kenntnis im einzelnen er voraussetzt. Er erwähnt ausdrücklich das vollständige Verbot der Weltraumangriffswaffen sowie den Vorschlag der Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Nuklearwaffen, die jeweils das Territorium des anderen Landes erreichen können, um 50 % sowie die Festlegung gleicher Obergrenzen für nukleare „Sprengladungen“ (d. h. Gefechtsköpfe und Bomben) beider Seiten. Auf den von uns wiederholt geäußerten Einwand, daß damit amerikanische und sowjetische Mittelstreckenwaffen verschieden behandelt und daß den Europäern ein Status minderer Sicherheit zugemutet würde, geht Gorbatschow nicht ein.

Hinsichtlich der Weltraumwaffen knüpft Gorbatschow an die Erklärung des Bundeskanzlers an, daß eine drastische Verringerung von nuklearen Offensivwaffen Notwendigkeit und Umfang erforderlicher Defensivsysteme im Weltraum beeinflussen könnte. Er interpretiert diese Äußerung allerdings in seinem Sinne um, indem er von „amerikanischen militärischen Weltraumprogrammen“ spricht, worunter das gesamte SDI-Forschungsprogramm fiel. Die Stellung dieses Passus im unmittelbaren Zusammenhang mit der Darstellung sowjetischer Vorschläge für die Reduzierung von Offensivwaffen um 50 % könnte andeuten, daß nach sowjetischer Auffassung ein Eingehen auf diese Reduzierungsvorschläge auch die Basis für einen Verzicht auf Weltraumwaffen bieten könnte. Nach unserer Auffassung reichen die sowjetischen Vorschläge jedoch keineswegs aus, um Gefahren für die strategische Stabilität auszuschalten und die amerikanischen Sorgen wegen einer drohenden Erstschlagsfähigkeit der SU zu beseitigen.

Gorbatschow betont, daß der Abschluß eines getrennten Abkommens über die „schnellstmögliche“ Reduzierung der Mittelstreckenwaffen den Wünschen des Bundeskanzlers entgegenkommen und unsere Interessen berücksichtigen würde. Er wiederholt den bereits gegenüber den USA präsentierten Vorschlag, zunächst die weitere Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa einzustellen. Er macht aber auch erneut deutlich, wie nach sowjetischer Auffassung die anzustrebende „radikale Lösung“ aussehen soll: vollständiger Abbau der amerikanischen Mittelstreckenflugkörper; Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen, so daß die Zahl ihrer Gefechtsköpfe der Zahl der Gefechtsköpfe auf britischen und französischen Systemen entspricht. Gorbatschow deutet jedoch an, daß zwischen dem Stationierungsstopp und der „radikalen Lösung“ eine Vereinbarung über die Reduzierung der Mittelstreckenflugkörper stehen könnte, die offenbar keine vollständige Beseitigung der amerikanischen INF voraussetzt.

<sup>10</sup> Zur Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 290, Anm. 15.

<sup>11</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

Gorbatschow spielt damit auf die Interimslösung an, die der sowjetische Chefdelegierte Karpow in Genf am 14.10.1985 informell unterbreitet hatte<sup>12</sup>. Nach dieser Lösung würden die USA zunächst 100 bis 120 GLCM in Europa behalten.

Gorbatschow behauptet, die SU habe mit ihren Vorschlägen eine neue Lage geschaffen. Der Westen müsse nun seinerseits „einen Teil des Weges gehen“. Insbesondere müßte die Bundesrepublik Deutschland ihre Haltung korrigieren, die schwerlich als konstruktiv zu bezeichnen sei. Gorbatschow verweist dann auf angebliche sowjetische Vorleistungen:

- Herausnahme der SS-20, die als Gegenmaßnahme<sup>13</sup> ab Juni 1984 in Europa zusätzlich stationiert worden waren, aus dem Zustand der Bereitschaft. (Die USA konnten konkrete Maßnahmen dieser Art bisher nicht feststellen.)<sup>14</sup>
- Fortsetzung des Abbaus der SS-4. (Nach amerikanischen Erkenntnissen ist die Zahl der SS-4 in den letzten Monaten nicht verringert worden.)
- Insgesamt Verminderung der Zahlen der Trägerraketen mittlerer Reichweite in Europa gegenüber dem Stand vor 10 oder 15 Jahren. (Die Zahl der Gefechtsköpfe auf den transportablen SS-20 hat sich jedoch auf 1323 erhöht.)

Mit dem Hinweis auf die „forcierte“ Stationierung der Pershing-Raketen – die erneut als Erstschlagswaffen bezeichnet werden – auf unserem Boden wird die Forderung nach Einstellung der Stationierung untermauert.

Mit besonderem Nachdruck geht Gorbatschow auf unsere mögliche Beteiligung „an der sogenannten Strategischen Verteidigungsinitiative der USA“ ein. Er geht davon aus, daß über die Beteiligung auf Regierungsebene noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden sei. Jedoch habe die Bundesregierung SDI seit langem aktiv politisch unterstützt und die Abstimmung der Bedingungen für die Beteiligung von Unternehmen an SDI in Angriff genommen. Ohne auf die unserer Haltung zugrundeliegende klare Unterscheidung zwischen erlaubter Forschung einerseits und durch den ABM-Vertrag verbotener Entwicklung, Erprobung und Stationierung weltraumgestützter Abwehrwaffen andererseits einzugehen, behauptet Gorbatschow rundweg, SDI sei mit dem ABM-Vertrag unvereinbar. Es handele sich nicht um reine Wissenschaft. Die Bundesregierung stehe vor der Frage, ob sie es erlauben werde, das materielle und wissenschaftlich-technische Potential ihres Landes für die Realisierung der „gefährlichsten militärischen Pläne im Weltraum“ zu nutzen oder ob sie ihr Ansehen und ihren Einfluß geltend machen werde, um zu annehmbaren Vereinbarungen in Genf beizutragen.

Gorbatschow stellt hier, um auf Entscheidungen der Bundesregierung Einfluß zu nehmen, die Probleme in verzerrter Weise dar. Wir leisten unseren Beitrag zu den am 8. Januar vereinbarten Verhandlungszielen<sup>15</sup> unabhängig von der

<sup>12</sup> Zu den sowjetischen Vorschlägen vom 14. Oktober 1985 zur Begrenzung der Mittelstreckensysteme in Europa vgl. Dok. 293, Anm. 8.

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Andropow, vom 24. November 1983; Dok. 8, Anm. 8.

<sup>14</sup> Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 3. Oktober 1985 vgl. Dok. 295, Anm. 13.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz

Frage der Beteiligung an SDI-Forschungsprogrammen. Die Bundesregierung steht nur vor der Frage, ob die Beteiligung von Unternehmen und Forschungsinstituten durch begleitende Vereinbarungen auf Regierungsebene geregelt werden soll. Es steht unseren Unternehmen frei, ob sie Forschungsaufträge aus den USA übernehmen wollen. Sie bedürfen dafür keiner Erlaubnis der Bundesregierung.

3) Der Passus zu CTB bringt nichts Neues: Er wiederholt die angeblichen Vorzüge des sowjetischen Testmoratoriums<sup>16</sup> als Beitrag zu einem auch von uns angestrebten CTB, ohne sich jedoch mit der für uns bedeutenden Frage der Verifikation auseinanderzusetzen<sup>17</sup>; vielmehr wird dieser Punkt kurzerhand mit einem Hinweis auf die für den Westen ungenügenden Ergebnisse der trilateralen CTB-Verhandlungen (1977–1980)<sup>18</sup> abgetan. Den USA wird gleichzeitig vorgeworfen, sie verweigerten die Wiederaufnahme der Dreierverhandlungen und führten ihre Kernwaffenversuche weiter, um damit „neue Waffenarten“ zu erproben.

4) Die Ausführungen von GS Gorbatschow enthalten bezüglich des CW-Bereichs keine neuen Gesichtspunkte. Der Bundeskanzler hatte in seinem Schreiben an Gorbatschow vom 30.8.1985 insbesondere darauf hingewiesen, daß eine Lösung der noch offenen Verifikationsproblematik neue konstruktive Beiträge der SU voraussetzt. Gorbatschow geht hierauf in seiner Antwort nicht ein, sondern führt nur allgemein aus, daß ein Verbot aller chemischen Waffen große Bemühungen erfordere. Er erklärt dann weiter, daß diese Bemühungen durch die geplante amerikanische Entscheidung zum Bau binärer chemischer Waffen<sup>19</sup> gefährdet seien. Diese Mischung aus vagen Absichtserklärungen und Warnungen vor amerikanischen Binärwaffen entspricht der Verhandlungslinie der SU während der abgelaufenen Sitzungsperiode der CD<sup>20</sup>.

5) Verglichen mit den Genfer Verhandlungen werden MBFR<sup>21</sup> und KVAE<sup>22</sup> nur beiläufig erwähnt, jedoch ein deutlicher Bezug zur Lage und Sicherheit der Europäer hergestellt. Indem Gorbatschow es für wichtig erklärt, die Rolle Europas zu erhöhen und daß die europäischen Staaten einen realen Beitrag zu den Verhandlungen leisten, scheint er die Europäer aufzufordern, ihre Sicherheitsangelegenheiten selbst – ohne die USA – in die Hand zu nehmen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1556*

(USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

16 Zur Ankündigung eines Moratoriums für Atomtests durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 30. Juli 1985 vgl. Dok. 212, Anm. 17.

17 Zum Vorschlag der Bundesrepublik vom 11. Juli 1985 bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) über den Aufbau eines Systems zur Verifikation eines umfassenden nuklearen Teststopps (CTB) vgl. Dok. 181.

18 Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.

Botschafter Ruth notierte am 16. Februar 1981, die letzte Sitzung habe im November 1980 stattgefunden. Vgl. dazu VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

19 Zur Bewilligung von Mitteln zur Herstellung binärer Chemiewaffen durch den amerikanischen Kongreß vgl. Dok. 201.

20 Die Sitzungsperiode der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) dauerte vom 5. Februar bis 30. August 1985.

21 Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 195.

22 Zu den KVAE-Verhandlungen in Stockholm vgl. Dok. 234.

Abteilung 2<sup>23</sup> hat mitgezeichnet.

Ruth

VS-Bd. 14154 (010)

### 301

#### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.00 SB-1951/85 geheim

31. Oktober 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Neuer amerikanischer Vorschlag in den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung zu dem unter III. vorgeschlagenen Vorgehen

Anlg.: 1 (nur bei Original)<sup>4</sup>

I. Präsident Reagan hat den Bundeskanzler mit Schreiben vom 31.<sup>5</sup> von seiner Entscheidung unterrichtet, daß die Vereinigten Staaten in Vorbereitung des Treffens mit Gorbatschow<sup>6</sup> noch vor dem Ende der laufenden Verhandlungsrunde in Genf zusätzliche Rüstungskontrollvorschläge vorlegen werden. Da die Verhandlungsrunde am 1. November enden sollte, wurde die amerikanische Delegation in Genf angewiesen, der sowjetischen Delegation eine Verlängerung vorzuschlagen.<sup>7</sup>

<sup>23</sup> Durch Streichung der Wörter „Abteilung 2“ und handschriftliche Einfügungen wurde der Satz folgendermaßen abgeändert: „Abteilung 2 hat mitgewirkt. D 2 hat mitgezeichnet.“

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 4. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 4. November 1985 vorgelegen.

Hat Schmidt erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 221, 222 und 223 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Metternich am 8. November 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Massmann am 11. November 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 31. Oktober 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 1. November 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 31. Oktober 1985 vgl. VS-Bd. 11280 (220).

<sup>5</sup> Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 31. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl, das am 5. November 1985 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter übermittelt wurde, vgl. den Drahterlaß Nr. 8360; VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>7</sup> Die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle fand vom 19. September bis 27. November 1985 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 262 und Dok. 304.

Die neuen Vorschläge umfassen die drei Verhandlungsbereiche: Strategische Waffen, Mittelstreckenwaffen sowie Weltraum und strategische Abwehr.

1) Im Bereich der strategischen Waffen wollen die USA die von der SU vorgeschlagene Zahl der Reduzierung um 50 % aufgreifen. Ihr Vorschlag besteht aus folgenden Elementen:

- Reduzierung der Gefechtsköpfe auf Raketen auf 4500 (was einer 50%igen Reduzierung entspräche); davon 3000 auf ICBM.
- Reduzierung des Maximums des Wurfgewichts von Raketen um 50 %.
- Bei Einigung auf diese Elemente Begrenzung der luftgestützten Marschflugkörper (ALCM) auf 1500.
- Reduzierung von ICBM und SLBM auf einen Stand zwischen 1250 und 1450.
- Begrenzung der Zahl der strategischen Bomber auf 350.
- Verbot neuer schwerer ICBMs und mobiler ICBMs.
- Wiederholung des amerikanischen Build-down-Vorschlags<sup>8</sup>, um sicherzustellen, daß die vorgeschlagenen Reduzierungen unverzüglich wirksam werden können.

2) Im Bereich der Mittelstreckenwaffen soll die bisherige Verhandlungsposition gültig bleiben. Die USA wollen ihre Präferenz für eine beiderseitige Null-Lösung<sup>9</sup> bekräftigen.

Gleichzeitig wird als eine mögliche Interimslösung ein Vorschlag mit folgenden Elementen präsentiert:

- Begrenzung der amerikanischen LRINF auf 140 (dies würde bedeuten, daß die Gesamtzahl amerikanischer INF-launchers nicht über den Stand vom 31. Dezember 1985 hinaus erhöht würde). Als Gegenleistung Reduzierung der sowjetischen SS-20-launchers, soweit sie Europa erreichen können, auf 140.
- Freedom to mix innerhalb der Obergrenze von 140 launchers (d.h. die Kombination zwischen P II und GLCM würde nicht festgelegt; darüber würde jedoch mit der SU gesprochen).
- Reduzierungen der sowjetischen SS-20 in Asien in dem gleichen Verhältnis wie in Europa (d.h. von 180 auf etwa 100). Daraus würde sich eine globale Obergrenze für LRINF-Gefechtsköpfe ergeben.
- Beschränkungen für SRINF.
- Diskussion über Beschränkungen für vergleichbare Flugzeuge auf beiden Seiten.

Zur Erläuterung dieses Modells fügen die USA hinzu: Die SU würde 420 Gefechtsköpfe auf 140 SS-20 in der Reichweite Europas behalten. Den USA würde mindestens die gleiche Zahl von Gefechtsköpfen zugestanden; es könnte ein

<sup>8</sup> Referat 220 erläuterte am 4. November 1985: „Bei den START-Verhandlungen hatten die USA in der 5. Verhandlungsrunde das ‚Build-down‘-Konzept eingeführt, das vorsah, daß bei Modernisierung die Verminderung der nuklearen Arsenale durch einen überproportionalen Abbau der alten Waffen erreicht werden soll und für einen festzulegenden Reduzierungszeitraum außerdem die Zahl der [Gefechts]K[öpfe] auf ballistischen Raketen um einen festen Satz von jährlich 5 % reduziert werden sollte, um Reduzierungen auch dann zu gewährleisten, wenn keine Modernisierungen erfolgen.“ Vgl. VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Reagan vom 18. November 1981; Dok. 106, Anm. 12.

Mix von Pershing II und GLCM gewählt werden, der zu einer vergleichbaren Gefechtskopfobergrenze führen würde.

3) Im Bereich der Weltraum- und Defensivwaffen würden die USA erneut feststellen, daß sich das SDI-Programm im Rahmen des ABM-Vertrags halten würde. Sie würden auch von der sowjetischen Seite Einhaltung des ABM-Vertrags verlangen. Gleichzeitig soll mit der SU eine gemeinsame Übergangslösung (cooperative transition) mit dem Ziel einer Gewichtsverlagerung auf die strategische Abwehr exploriert werden. Neu ist der Vorschlag, die Laboratorien zu öffnen: Beide Seiten würden sich verpflichten, sich regelmäßig über ihre auf strategische Abwehr gerichteten Forschungsprogramme zu unterrichten und Gelegenheit zum Besuch entsprechender Forschungseinrichtungen und Laboratorien zu gewähren.

4) Schließlich würden die USA die Bedeutung von Verifikation und Einhaltung bestehender Abkommen betonen und der SU vorschlagen, ihre gegenwärtige Praxis zu ändern. Als konkreter Schritt wird gefordert, daß die SU hinsichtlich der Verschlüsselung von Telemetriedaten<sup>10</sup> zu der Praxis zurückkehrt, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages in Gebrauch war.

## II. Bewertung

1) Die Tatsache, daß der amerikanische Präsident beschlossen hat, noch vor dem Gipfel einen substantiellen Vorschlag in Genf einzuführen, entspricht der von den Bündnispartnern und insbesondere von der Bundesregierung geäußerten Erwartung, daß die Vereinigten Staaten konstruktiv auf die sowjetischen Gegenvorschläge<sup>11</sup> reagieren. Diese Verhandlungsführung der Amerikaner ist aus unserer Sicht zu begrüßen.

2) Zum Inhalt der amerikanischen Vorschläge

a) Im Bereich von START greifen die Amerikaner die sowjetische Bereitschaft auf, ihre interkontinentalstrategischen Systeme um 50 % zu verringern. Sie entwickeln dieses Element so, daß das amerikanische und westliche Verständnis der Definition strategischer Waffen zur Geltung kommt. Damit ist unserem Hauptanliegen Rechnung getragen.

b) Mittelstreckenwaffen

Der amerikanische Vorschlag bei den Mittelstreckenwaffen geht weiter als die Vorschläge zu START und Weltraumwaffen. Er greift ein Element des sowjetischen Vorschlags auf, nämlich, den Dislozierungsumfang zum 31. Dezember 1985 zum Maßstab von Begrenzungen zu machen. Dabei wenden die Amerikaner bei ihren Vorschlägen die im Bündnis vereinbarten Kriterien an, nämlich:

- gleiche Obergrenzen für amerikanische und sowjetische LRINF,
- keine Anrechnung britischer und französischer Systeme,
- Begrenzung und Reduzierung auch der sowjetischen Systeme in Asien,
- Kombination von Begrenzung in Asien und Europa; dies führt zu der vom Westen geforderten globalen Obergrenze,

<sup>10</sup> Zur Verschlüsselung von Telemetriedaten bei Raketentests der UdSSR vgl. Dok. 299, Anm. 10.

<sup>11</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.



– Berücksichtigung der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweiten (SRINF). Der amerikanische Vorschlag ist im Detail nicht im Bündnis konsultiert worden. Wir haben aber bei der SCG am 25. Oktober unsere eigenen Überlegungen in genereller Form zur Diskussion gestellt<sup>12</sup> und den Amerikanern ein informelles Arbeitspapier<sup>13</sup> dazu übergeben. Der Leiter des Büros für politisch-militärische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Allen Holmes, der Vorsitzender der SCG ist, rief mich heute an, um ausdrücklich für unsere Intervention auf der letzten SCG zu danken und zu unterstreichen, wie wichtig diese für den Entscheidungsprozeß in Washington gewesen sei. Die innerhalb der Bundesregierung vorgesehenen Zahlen für unseren Vorschlag kommen den jetzt von den Amerikanern ins Auge gefaßten sehr nahe. Wir hatten vorgesehen: eine globale Obergrenze von 750 Gefechtsköpfen auf LRINF-Raketen und 400 Gefechtsköpfen auf LRINF-Raketen in Reichweite Europas. Dem sind die Zahlen von etwa 720 weltweit zu 420 in Europa vergleichbar. Insoweit ist der amerikanische Vorschlag für uns akzeptabel.

Wir haben den Amerikanern folgendes vorgeschlagen:

- so rasch wie möglich eine SCG anzusetzen, um den neuen Vorschlag im einzelnen zu erörtern und das weitere Vorgehen zu besprechen<sup>14</sup>,

<sup>12</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 25. Oktober 1985, er habe in der Sitzung der Special Consultative Group der NATO (SCG) am selben Tag ausgeführt, „die westliche Position eigene sich durchaus für eine konstruktive Antwort: Grundsatzeinigung auf die Begrenzung aller landgestützten LRINF begleitet durch Beschränkungen der SRINF; gleiche globale Obergrenzen für landgestützte LRINF; Verpflichtung der USA, das globale sowjetische LRINF-Potential nicht vollständig durch Stationierungen in Europa auszugleichen; Bereitschaft zu spezifischen Begrenzungen für die LRINF in Europa und in der Reichweite Europas. [...] Beim Mittagessen der Delegationsleiter regte ich auf persönlicher Basis an, einen allgemein gehaltenen amerik[anischen] Vorschlag zu entwickeln, der die positiv oder negativ zu wertenden Elemente des informellen sowjetischen Vorschlags enthalten könnte [...], aus den dann vorliegenden amerik. und sowj. Positionen übereinstimmende Punkte zu identifizieren, die ggfs. für eine Leitlinienvereinbarung auf dem Gipfel genutzt werden könnten. Diese Anregung wurde von den Amerikanern als interessant bezeichnet und fand breite Unterstützung bei den anderen Bündnispartnern.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1674; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter teilte Botschafter Ruth, z.Z. Washington, am 21. Oktober 1985 mit, es seien „folgende Elemente eines informellen Vorschlags der USA in den INF-Verhandlungen erarbeitet worden: Grundlage für die amerikanische Verhandlungsführung bleiben die Vorschläge vom September 1983, die genügend Flexibilität enthalten. Auf dieser Grundlage sollten die USA vorschlagen: a) Prinzipielle Einigung auf die Begrenzung aller landgestützten Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite (LRINF) und begleitende Beschränkungen der SRINF-Flugkörper der USA und der SU. b) Vereinbarung von gleichen globalen Obergrenzen für landgestützte LRINF-Flugkörper. c) Zusage der USA, das globale sowjetische Potential an landgestützten LRINF-Flugkörpern nicht vollständig durch Stationierungen in Europa auszugleichen. d) Bereitschaft der USA, in den Verhandlungen über die Höhe dieser Stationierungen in Europa zu sprechen in der Erwartung, daß die SU die Gefechtskopffzahl ihrer auf Europa gerichteten landgestützten LRINF-Flugkörper auf die gleiche Höhe senkt. [...] f) Zusage der USA, im Falle einer Einigung auf die vorstehenden Punkte zu erklären, daß sie nicht beabsichtigen, weitere landgestützte LRINF-Flugkörper in Reichweite der SU zu stationieren.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1264; VS-Bd. 11358 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann hielt am 23. Oktober 1985 fest: „Mit Schreiben vom 22.10.1985 hat uns das BMVg davon unterrichtet, daß es zwar ‚mit der Initiative grundsätzlich einverstanden‘ ist, Buchstaben f) jedoch ‚nicht mittragen‘ kann und ‚den Zeitpunkt für eine Initiative für nicht opportun, riskant und unnötig‘ hält.“ Vgl. VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Die nächste Sitzung der Special Consultative Group der NATO (SCG) fand am 11. Dezember statt. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am selben Tag, daß „der amerikanische Vorschlag für ein INF-Interimsabkommen im Mittelpunkt“ gestanden habe: „Vor allem während eines vorgeschalteten Treffens der fünf Stationierungsländer (Quint) gelang es, über eine Reihe von Punkten

- in dem Text eine Klarstellung vorzunehmen, und zwar bei der Beschreibung der Vorschlagselemente den Satz „a cap on US LRINF missiles deployments in Europe at 140, their levels of December 31, 1985“ zu ersetzen durch „to limit US LRINF launchers in Europe at 140; this would mean that the overall level of US LRINF launchers in Europe would not be higher than as of December 31, 1985“.

Wir haben gegenüber der amerikanischen Botschaft außerdem auf unser Verständnis hingewiesen, daß es sich nicht um einen Freeze handelt. Dies bedeutet, daß die Stationierung auf westlicher Seite fortgesetzt wird, wenn die Sowjetunion auf den amerikanischen Reduzierungsvorschlag nicht eingeht. Dies bedeutet ferner, daß, wenn die Sowjetunion auf den amerikanischen Reduzierungsvorschlag eingeht, lediglich die Gesamtzahl der launchers festgeschrieben wird, damit aber zur Aufteilung zwischen Pershing II und GLCM sowie zu den Dislozierungsändern keine Festlegung getroffen wird.<sup>15</sup> Bei der Definition launcher ist zu bedenken: Eine Pershing-Rakete entspricht einem launcher; vier Marschflugkörper entsprechen einem Marschflugkörperlauncher.

### 3) Weltraumfragen

Die Vorschläge in diesem Bereich bewegen sich weitgehend auf der Linie bisheriger amerikanischer Positionen. Neu ist, daß die Amerikaner eine regelmäßige beiderseitige Unterrichtung über die jeweiligen Forschungsprogramme und die Möglichkeiten der gegenseitigen Besichtigung von Forschungslaboratorien vorschlagen wollen. Dies soll ein erster Schritt sein, um die Übergangsphase kooperativ mit der Sowjetunion zu steuern.

III. Die Amerikaner beabsichtigen, diese Vorschläge in Genf schon heute oder morgen einzuführen. Sie beabsichtigen, wie mir Allen Holmes mitteilte, den NATO-Rat unter Beteiligung von Experten in der kommenden Woche sowohl über die sowjetische Reaktion auf die amerikanischen Vorschläge als auch über die Gespräche von AM Shultz am 4. und 5. November in Moskau zu unterrichten.<sup>16</sup> Ich habe ihm vorgeschlagen, eine Sondersitzung der SCG im Anschluß an den NATO-Rat vorzusehen.

Wie uns die amerikanische Botschaft eben zusätzlich mitteilt, bittet Washington, die Tatsache des Vorschlags und seinen Inhalt streng vertraulich zu behandeln, um dem amerikanischen Präsidenten zu gegebener Zeit Gelegenheit zu geben, diesen Schritt selbst in einer Rede anzukündigen.<sup>17</sup> Ich habe darauf hingewiesen, daß wir es unsererseits für wichtig halten, daß in einer öffent-

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1561*

eine Klärung in unserem Sinne herbeizuführen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1998; VS-Bd. 11369 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Damit soll klargestellt werden, daß niederländische Stationierungsentscheidung nicht präjudiziert wird.“

<sup>16</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse am 5. und 6. November 1985 sowie mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 6. November 1985 vgl. Dok. 306.

<sup>17</sup> Präsident Reagan äußerte sich bei einer Pressekonferenz am 31. Oktober 1985 zu den neuen Abrüstungsvorschlägen der USA bei den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1325–1327.

Die Vorschläge wurden am 1. November 1985 in die Verhandlungen eingebracht. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXIII, S. 315 f.

lichen Äußerung die Qualität der Konsultationen mit den Bündnispartnern herausgestellt werde.<sup>18</sup>

Bundeskanzleramt und BMVg haben mitgewirkt.

Ruth

VS-Bd. 11280 (220)

## 302

### Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt

114-15129/85 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 2391

Citissime

Aufgabe: 31. Oktober 1985, 20.02 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 31. Oktober 1985, 21.59 Uhr

Betr.: Besuch von Bundestagspräsident Jenninger und Frau Jenninger in Paris vom 29.–31.10.1985;  
hier: Gespräche mit Präsident Mitterrand<sup>2</sup> und Bürgermeister Chirac

Bezug: Laufende Berichterstattung

Bundestagspräsident wurde begleitet von den Bundestagsabgeordneten Frau Anke Fuchs und Frau Gudrun Weyel.

A. Mitterrand

Nachdem Bundestagspräsident erklärte, Zweck seines Besuches sei, die Zusammenarbeit zwischen dem Bundestag und der Nationalversammlung zu erweitern und zu vertiefen, um hierdurch die Kooperation der beiden Regierungen zu ergänzen, Mitterrand für seinen kürzlichen Berlin-Besuch<sup>3</sup> gedankt hatte, dies in Verbindung mit Grüßen des Herrn Bundeskanzlers, äußerte sich Mitterrand u. a. sinngemäß wie folgt:

1) Er empfangen üblicherweise keine Parlamentspräsidenten, die sich zu offiziellen Besuchen in Paris aufhalten. Die Tätigkeit des Deutschen Bundestages ha-

<sup>18</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Staatssekretärs Ost, Presse- und Informationsamt, vom 1. November 1985; BULLETIN 1985, S. 1045.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 8. November 1985 vorgelegen, der Legationsrat I. Klasse von Stackelberg nach Rückkehr um Rücksprache bat. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist ein Bericht, der nicht einfach zu den Akten gelegt werden darf. Die analyt[ischen] Ausführungen sind nicht nur zutreffend, sondern zeigen auch, wie wir nach fr[an]z[ösischer] Einschätz[un]g denken u[nd] handeln.“ Außerdem erteilte er folgende Weisung: „Analyt. Aufz[eichnung] unter Verwend[un]g Ergebnisse Gipfel zu frz. Halt[un]g bei V[er]t[ei]d[i]g[un]gs-]Zus[ammen]arbeit.“

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Staatspräsidenten Mitterrand mit Bundestagspräsident Jenninger am 31. Oktober 1985 in Paris vgl. auch Dok. 303.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand besuchten am 10. Oktober 1985 Berlin (West). Vgl. dazu das Gespräch zwischen Kohl und Mitterrand auf dem Hinflug; Dok. 277.

be für ihn jedoch angesichts der guten deutsch-französischen Beziehungen eine besondere Bedeutung. Man sei nicht immer einer Meinung, es gebe jedoch eine grundsätzliche deutsch-französische Übereinstimmung, von der man ausgehen könne.

Deutschland habe Pflichten eigener Art und sei in einer besonderen Situation. Noch vierzig Jahre später gäbe es Belastungen aus dem verlorenen Krieg. Dies sei nicht normal, sicher aber zurückzuführen auf konvergierende, von außen einwirkende Interessen.

2) Solange die Ergebnisse von Jalta<sup>4</sup> andauern, gebe es kein Europa. Man müßte es hierbei wie die Franzosen nach dem Kriege von 1871 halten: immer daran denken, nie davon sprechen.

Die notwendige diplomatische Arbeit sei 1985 besonders schwierig. Wenn die beiden Großmächte sich nicht verstehen, sei die Lage der Europäer ungünstig, wenn sie sich verstehen, seien die europäischen Einflußmöglichkeiten noch geringer.

3) Berlin sei deutsches Gebiet, wenn auch Frankreich dort noch Souveränitätsrechte ausübe, so werde diese Tatsache durch keinerlei Abkommen verändert. Damit sei Berlin eine geschichtliche Ungereimtheit (*absurdité historique*). Die Beziehungen der Bundesrepublik zu Berlin würden französischerseits anerkannt und gewünscht.

4) Deutschland habe die Probleme seiner Sicherheit. Es sollte in diesem Zusammenhang nicht gedrängt werden, zwischen den USA und Frankreich wählen zu müssen. Es sollte allerdings in der Lage sein, einmal selbständig für seine eigene Sicherheit zu sorgen.

Die französische Nuklearverteidigung könne das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht in ihre Strategie einschließen. Ein Gleiches müßte dann auch für Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Italien gelten. Damit würde die französische Abschreckungsstrategie unglaubwürdig (*les Russes ne croiront pas*). Allerdings sei das nukleare Zerstörungspotential französischer land- und seegestützter Nuklearsprengkörper so erheblich, daß ein Gebiet größer als Frankreich zerstört werden könnte und damit ein Instrument, mit dem sorgsam umgegangen werden müßte.

5) Die rasche technologische Entwicklung werde Deutschland erlauben, seine Aktionsfreiheit (im Sicherheitsbereich) wiederzufinden.

Es gebe keinen Grund, den Amerikanern die eigenen französischen, geringen technologischen Erkenntnisse zu SDI beizusteuern, wenn dies ohne Gegenleistung geschehe und SDI zudem ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang sei.

6) Frankreich sei bereit, mit Deutschland auf den verschiedensten Gebieten zusammenzuarbeiten, und insbesondere auch zu gemeinsamen Aktionen, um die europäische Position in der Welt zu stärken.

<sup>4</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

Man müsse sich bei Flugzeugkonstruktionen künftig jedoch rechtzeitig über die militärischen Anforderungen einigen, um gemeinsam produzieren zu können. Frankreich habe diese Absicht, ohne dafür unmittelbare Gegenleistungen zu verlangen. Man hoffe jedoch auf deutsches Interesse an dem leichteren Kampfflugzeug, für das man sich in Frankreich entschieden habe. Er erwähne dies, da man zwar von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie spreche, sich jedoch nicht einmal über den Bau eines Flugzeugtyps habe einigen können.<sup>5</sup>

Auf dem Gebiet der Verteidigung gehe man derart im nuklearen, im strategischen und im Rüstungsbereich verschiedene Wege. Gleiches sei nun auch für den Weltraum absehbar geworden. Hermes<sup>6</sup> sei eine interessante Idee, um den Europäern eine Entwicklungsmöglichkeit im Weltraum zu geben. Der Weltraum sei die Zukunft (*l'avenir passe par là*). Wenn sich Deutschland in seiner Weltraumpolitik mit den Amerikanern verbinde und sich damit außerhalb von Europa stelle, habe man gut reden von der deutsch-französischen Gemeinschaft (*on a beau parler sur l'entente franco-allemande*). Die SU werde immer Krisen erleben. Krisen würden auch in den Satellitenstaaten auftreten. Dies würde dazu führen, daß die geopolitischen Gegebenheiten in Europa eine eigene Dynamik entwickeln. Es wäre sicher nützlich, mehr über die Zukunft nachzudenken und zu versuchen, mögliche Entwicklungen zu erfassen und zu analysieren.

Auf den Hinweis des Bundestagspräsidenten, die deutsch-französischen Beziehungen seien mit einer Ehe vergleichbar und es gebe im Bundestag einen Konsensus über die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit Frankreich, erklärte Mitterrand abschließend, er sei hinsichtlich dieser Beziehungen optimistisch, aber das bedeute nicht Blindheit.

#### B. Chirac

Chirac äußerte zunächst, man müsse die Bindung zwischen Deutschland und Frankreich verstärken, um Europa zu kräftigen. In Europa gebe es die Tendenz, sich zu verzetteln. Europa werde nicht in Brüssel und nicht in Straßburg, sondern in Paris und Bonn geschaffen. Dies hänge nicht von den jeweiligen Regierungen ab, sondern sei eine historische Gegebenheit (*réalité historique*). Er habe eine erste Frage: Französische Deutschlandexperten würden heute sagen, Bundeskanzler Kohl sei der letzte pro-europäische Kanzler. Der Bundeskanzler verfolge eine Politik, die er, Chirac, nur gutheißen könne. Wenn man jedoch

<sup>5</sup> Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Mitterrand zu einer wechselseitigen Beteiligung am Flugzeugbau vgl. Dok. 277.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 5. November 1985 dar, der Vorschlag des Staatspräsidenten Mitterrand, „die Kampfflugzeuge Rafale (FR) und Jäger 90 (GB, GE, IT, SP) auf die Möglichkeit gemeinsamer Komponentenfertigung zu untersuchen“, sei „skeptisch zu beurteilen. Die Flugzeuge sind technisch zu unterschiedlich und in ihrer Entwicklung zu weit fortgeschritten. Ein neuer französischer Versuch zumindest begrenzter Zusammenarbeit darf nicht zu einer Verzögerung des Projekts führen. Italien und Großbritannien teilen diese Einschätzung.“ Vgl. VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Zum französischen Wunsch nach einer europäischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines rückkehrfähigen Weltraumtransporters vgl. Dok. 29, Anm. 41.

deutsche Politiker auch von CDU und SPD höre, gewinne man den Eindruck, daß für sie andere Probleme Priorität haben.

Bundestagspräsident stellte hierzu fest, daß es zur deutsch-französischen Zusammenarbeit zu Europa keine Alternative gibt. Es sei in Deutschland eine Enttäuschung darüber spürbar, daß nach dem pro-europäischen Elan der Nachkriegszeit Europa sich heute in Worten erschöpfe und daß die Staaten es seitdem verabsäumt hätten, ihre Interessen besser aufeinander abzustimmen. Deutscherseits wolle man eine Alternative zwischen Frankreich und USA wohl vermeiden.

Die zweite Frage Chiracs galt deutschen Sicherheitsvorstellungen. Er stelle voraus, daß er stets eine Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen begrüßt habe. Ob man es wolle oder nicht, die Teilung eines Volkes sei nicht normal.

Mit dem Beschluß zur Nachrüstung<sup>7</sup> habe die Bundesregierung eine glückliche Entscheidung getroffen. Sicherheit sei nur auf der Grundlage eines Gleichgewichts möglich.

Die Ernennung Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU<sup>8</sup> habe jetzt zu einer neuen Lage geführt. Gorbatschow sei intelligent, gefährlich und leninistisch. Die Zeit der Ruhe sei vorbei. Man stelle sich die Frage nach der Verteidigung Europas auch im Weltraum. Das Leben der Menschheit werde von der Weltraumtechnologie bestimmt werden. Wer sie beherrsche, sei der Chef, die übrigen seien Sklaven (des esclaves).

Reagan habe zu Recht SDI aufgegriffen, weil der Weltraum die Zukunft sei. Er habe die Haltung des Bundeskanzlers zu SDI begrüßt und lehne die Einstellung Mitterrands ab.

Für die Amerikaner ergebe sich das Problem, einen Schild zu errichten gegen interkontinentale Raketen. Die Europäer hätten sich damit zu befassen, Kurzstreckenraketen, Marschflugkörper und Bomber abzuwehren. Es handle sich um verschwisterte, aber nicht identische Technologien. Jedenfalls habe Europa ein Interesse, unter deutsch-französischer Führung eine eigene Weltraumverteidigung zu entwickeln, um derart das Überleben der europäischen Zivilisation zu sichern. Er wolle die Notwendigkeit des Dialogs mit der SU und den Satellitenstaaten nicht in Frage stellen.

Mit der dritten Frage erkundigte sich Chirac nach der Stellung der Partei der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland. In Frankreich sei man beunruhigt über das Fortbestehen der Grünen und schockiert über ihre Aufnahme in die Regierung des Bundeslandes Hessen<sup>9</sup>. Er betrachte die Grünen als eine unver-

<sup>7</sup> Zu den Entscheidungen der Bundesregierung vom 22. Juni 1983 über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 184 und Dok. 186.

<sup>8</sup> Michail Sergejewitsch Gorbatschow wurde am 11. März 1985 zum neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt. Vgl. dazu Dok. 59.

<sup>9</sup> In der Presse wurde berichtet: „Der Bildung einer Koalition aus SPD und Grünen in Hessen, der ersten in einem Bundesland, steht nichts mehr im Wege. Die Grünen haben am Sonntagabend auf einer Landesmitgliederversammlung in Neu-Isenburg bei Frankfurt mit deutlicher Mehrheit die von den Vertretern ihrer Partei mit den Sozialdemokraten ausgehandelten Koalitionsvereinbarungen gebilligt.“ Vgl. den Artikel „Die hessischen Grünen mit großer Mehrheit für die Koalition mit der SPD“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. Oktober 1985, S. 1.

antwortliche, gefährliche, kommunistisch infiltrierte, von irrationalen romantischen Ideen beeinflusste Gruppe. Sie müsste bekämpft werden, so wie in Frankreich die Rechtsextremen bekämpft werden müßten.

Bundestagspräsident antwortete, die Grünen hätten in der Bundesrepublik keine Zukunft. Die ökologische Bewegung, die tiefer gehe als die Motivationen der Grünen, ziehe sich bereits aus der Partei der Grünen zurück.

Auf die Frage von Frau Minister a. D. Fuchs nach seiner Einstellung zu Le Pen wiederholte Chirac, daß eine Koalition der französischen Rechtsparteien mit der von Le Pen geführten rechtsextremen rassistischen FN nicht in Betracht kommen werde.

#### C. Wertung

Beide Gespräche machten die Sorgen deutlich, die man sich in Frankreich hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen, des Europa-Engagements der Deutschen und damit auch im Hinblick auf unsere innenpolitische Entwicklung macht. Sie zeigen, daß Frankreich derzeit keine Alternative zur deutsch-französischen Zusammenarbeit sieht. Das Gespräch mit Mitterrand läßt darüber hinaus erkennen, mit welchen Empfindungen er zum deutsch-französischen Gipfel in der kommenden Woche<sup>10</sup> anreisen wird.

Bundestagspräsident beabsichtigt, Bundeskanzler persönlich zu unterrichten.

[gez.] Schoeller

**VS-Bd. 11970 (201)**

<sup>10</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 8./9. November 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 307.

303

**Botschafter Schoeller, Paris, an das Auswärtige Amt****VS-NfD****Fernschreiben Nr. 2401****Citissime nachts****Aufgabe: 5. November 1985, 12.38 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 5. November 1985, 13.05 Uhr**

Betr.: Stand der deutsch-französischen Beziehungen aus Sicht des französischen Staatspräsidenten;  
 hier: Gespräch Präsident Mitterrand mit Bundestagspräsident Jenninger am 31.10.1985

Bezug: Drahtbericht der Botschaft Nr. 2391 vom 31.10.1985<sup>2</sup>

Mitterrand hat sich in seinem Gespräch mit Bundestagspräsident Jenninger zu den deutsch-französischen Beziehungen in einer kritischen Offenheit geäußert, wie dies für seine Gesprächsführung nicht typisch ist.

Derselbe Staatspräsident hatte vor einem Monat in Berlin zum Bundeskanzler und den Berlinern gesagt: „Es ist meine und Ihre Aufgabe, unsere Verbindung im Laufe der Zeit so zu festigen und zu stärken, daß Deutschland und Frankreich für immer eins sind.“<sup>3</sup>

Trotz Anerkennung einer grundsätzlich deutsch-französischen Übereinstimmung zeigen die Ausführungen Mitterrands gegenüber dem Bundestagspräsidenten, daß er nicht mehr gewillt zu sein scheint, sich mit dem Engagement der vergangenen zwei Jahre weiterhin für eine konkrete Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen einzusetzen, d. h., daß er aus der Rolle eines „Demandeurs“ – und dies entspricht seinem Verständnis der von ihm persönlich getragenen Bemühungen – herauskommen möchte. Nur ein qualitativ überzeugendes Eingehen auf seine Werbung scheint die Situation für ihn ändern zu können. Seine Formulierung, daß er hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen optimistisch sei, daß dies aber nicht Blindheit bedeute, macht das Maß der Enttäuschung deutlich, das Mitterrand am Vorabend des Gipfels in Bonn<sup>4</sup> empfindet. Den Rest seines Septennats auch unter Berücksichtigung einer „Cohabitation“ mit einem Ministerpräsidenten der heutigen Opposition<sup>5</sup> bezüglich seiner Einschätzung der Ausbaufähigkeit der deutsch-französischen Beziehungen ziehen wird<sup>6</sup>, läßt sich jetzt schwer voraussagen. Die Manövrierfähigkeit der französischen Außenpolitik gegenüber Washington wie auch gegenüber Moskau ist weit-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 5. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Schoeller, Paris, vgl. Dok. 302.

<sup>3</sup> Vgl. den Schlußsatz der Rede des Staatspräsidenten Mitterrand am 10. Oktober 1985 in Berlin (West); LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1985 (September/Oktober), S. 79. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1985, S. 976.

<sup>4</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 8./9. November 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 307.

<sup>5</sup> In Frankreich fanden am 16. März 1986 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.



gehend festgelegt: Gegenüber den USA findet das französische Unabhängigkeitsverständnis seine Grenzen dort, wo es dazu führen könnte, daß die USA sich von Europa abkoppeln (ständiger Hinweis Mitterrands, alles zu vermeiden, was zu einer „Découplage“ führen könnte). Gegenüber der Sowjetunion bleibt die französische Außenpolitik skeptisch abwartend bis mißtrauisch, insbesondere im Hinblick auf sowjetische Bestrebungen, die ein Nachlassen des politischen Engagements der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Verteidigungsbündnisses zur Folge haben könnten.

Hier sieht Frankreich in den „Grünen“ eine Art von Exekutoren sowjetischer Absicht, dieses politische Engagement Bonns zu untergraben. Selbst wenn man zu dem Ergebnis kommen sollte, daß Mitterrand aus Enttäuschung über den Verlauf der deutsch-französischen Beziehungen wenig konkrete Möglichkeiten hat, sich andere Kooperationspartner zu suchen, reicht es zu unserem Nachteil aus, wenn sich in der politischen Öffentlichkeit der Eindruck verfestigt, daß diese Beziehungen dabei sind, sich zu verschlechtern.

Im Mittelpunkt der Enttäuschung des Präsidenten, wie sie sich im Gespräch mit Bundestagspräsident Jenninger widerspiegelt, stehen die nicht erfüllten Erwartungen bei der strategischen, der rüstungspolitischen und der technologischen Zusammenarbeit. Die gescheiterte Kooperation beim Jäger 90<sup>7</sup>, die aktuelle Vermutung deutscher Nichtteilnahme beim Beobachtungssatelliten<sup>8</sup> sowie beim Weltraumgleiter Hermes<sup>9</sup>, schließlich die befürchtete Absorption technologischer und finanzieller Kapazitäten durch eine deutsche SDI-Teilnahme kennzeichnen aus Mitterrands Sicht diese Entwicklung. Er ist nicht mehr davon überzeugt, die angestrebte Gemeinsamkeit in diesen für D und F zentralen Bereichen herstellen zu können.

Was Mitterrand mit seinem sehr deutlichen, allem Anschein nach auch wohl vorbereiteten und abgewogenen Ausführungen am Vorabend des deutsch-französischen Gipfels beabsichtigt, läßt sich mit letzter Gewißheit noch nicht er-

<sup>7</sup> Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

<sup>8</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 196. Botschafter Schoeller, Paris, legte am 1. November 1985 zum Thema „Aufklärungs-Beobachtungssatellit (Esat)“ dar, dieser sei „ein integrierendes Element eines seit langem systematisch aufgebauten franz[ösischen] Weltraumprogramms. Er ist auch Ziel eines breit angelegten, ambivalent militärisch und zivil nutzbaren Technologieprogramms [...]. Aus franz. Sicht ist der Esat für die Erhaltung und Weiterentwicklung einer begrenzten europäischen Eigenständigkeit bei der sich ausdehnenden Weltraumnutzung unverzichtbar.“ Noch erforderliche „erhebliche Entwicklungsarbeiten“ und die dafür notwendigen Ressourcen seien aber für Frankreich allein „nur mit enormem Aufwand und zeitlicher Verzögerung zu mobilisieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2392; Referat 209, Bd. 130043.

<sup>9</sup> Zum französischen Wunsch nach einer europäischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines rückkehrfähigen Weltraumtransporters (Hermes-Projekt) vgl. Dok. 29, Anm. 41. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, hielt am 4. November 1985 aus dem Ministergespräch vom selben Tag fest, Bundesminister Riesenhuber habe zu dem Projekt erklärt, es sei „die beste Lösung, wenn mit Frankreich ein Konsens dahingehend erzielt werde, daß Hermes nicht vor Ende der 80er Jahre europäisiert werde“. Bundesminister Stoltenberg habe daraufhin die Bitte geäußert, „daß wir nicht den Eindruck erwecken dürften, daß noch Mittel für Hermes vorhanden seien. Über dieses Projekt könne man in vier Jahren noch einmal reden. Es sei ein großer Fehler, wenn gegenüber Frankreich immer wieder Erwartungen geweckt würden, die man hinterher nicht honorieren könne.“ Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

gründen. Insbesondere die Äußerung, die französische Nuklearverteidigung könne die Bundesrepublik Deutschland nicht in ihre Strategie einschließen, läßt Fragen offen. Jedenfalls kommt sie überraschend angesichts der Diskussionen, die gegenwärtig in allen drei großen Parteien über die stärkere Berücksichtigung deutscher Verteidigungsinteressen im französischen Verteidigungskonzept geführt werden.<sup>10</sup> Der Hinweis, der das deutsche dem italienischen Gebiet gleichstellt, wirkt in diesem Lichte befremdend. Zu denken gibt auch Mitterrands Äußerung, Deutschland solle in der Lage sein, einmal selbständig für seine eigene Sicherheit zu sorgen: Kommt er damit auf seine These zurück, der Status quo in Europa (Jalta<sup>11</sup>) weiche einer Ära des Wandels?

Im übrigen dürften die Ausführungen Mitterrands in verschiedener Hinsicht Bedeutung haben:

- Zum einen gewinnen sie auch im innenpolitischen Kontext Bedeutung: Mitterrand bereitet den Boden für eine mögliche „Kohabitation“ mit einem Ministerpräsidenten der jetzigen Opposition. Wenn auch die deutsch-französischen Beziehungen und ihre privilegierte Stellung Bestandteil des außenpolitischen Konsensus aller großen französischen Parteien sind, muß dies nicht gleichermaßen für die von Mitterrand verfolgte intensive sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit uns gelten, jedenfalls dann nicht, wenn dem Werben Frankreichs der sichtbare Erfolg versagt bleibt. Stärkere gaullistische Akzente erscheinen für diesen Fall bei der heutigen Opposition durchaus möglich. Hier könnte Mitterrand daran gelegen sein, der daraus resultierenden Einengung seines präsidentiellen Spielraums zuvorzukommen.
- Zum anderen enthalten die Äußerungen die deutliche und sicherlich ernstgemeinte Warnung, daß die bisherige zögerliche deutsche Haltung die angestrebte Gemeinsamkeit in der sicherheitspolitischen und technologischen Zusammenarbeit zu verpassen droht. Auch wenn wir dabei, wie die Vergangenheit gezeigt hat, taktische Motive nicht ausschließen, müssen wir doch von einer echten Sorge Mitterrands um die Substanz der deutsch-französischen Beziehungen ausgehen.

Den Nachweis, mit seiner engagierten und ganz persönlichen Hinwendung zu diesem Partner richtig zu liegen, den Erfolg also, auf den sich Mitterrand jetzt politisch angewiesen sieht, können wir ihm nur durch einige oder wenigstens einen wesentlichen Schritt ohne Zögern ermöglichen. Denken können wir in erster Linie an das Projekt Beobachtungssatellit, ferner auch an Hermes, wesentlich mehr Förderung von EUREKA, voller Schulterschluß beim Marsch zum EG-Binnenmarkt, Austausch von Industriekadern.

- Als Politikum bleibt für uns die bloße Tatsache festzuhalten, daß Mitterrand sich in dieser Deutlichkeit geäußert hat. Allein daraus kann nicht nur eine Belastung des bevorstehenden Gipfels resultieren, sondern darüber hinaus,

<sup>10</sup> Zur sicherheitspolitischen Debatte in Frankreich vgl. Dok. 202.

<sup>11</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

wenn unsererseits nichts geschieht, eine weiterreichende Beeinträchtigung des deutsch-französischen Verhältnisses.

[gez.] Schoeller

**Referat 410, Bd. 130393**

**304**

### **Aufzeichnung des Botschafters Ruth**

**220-370.00 SB-2001/85 geheim**

**6. November 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von Ziffer 5

Betr.: Sowjetische Unterrichtung über die dritte Verhandlungsrunde (19.9. – 7.11.1985) der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf

Bezug: Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 5.11.1985<sup>3</sup> (liegt dem Original bei)

Anlg.: 2<sup>4</sup>

1) Mit der Übergabe des „Non-papers“ durch Botschafter Semjonow im Bundeskanzleramt<sup>5</sup> setzt die SU ihre bereits zur Routine gewordene Praxis der Unterrichtung der Bundesregierung über den Verlauf der einzelnen Verhandlungsrunden fort.<sup>6</sup>

Während bei früheren Anlässen die sowjetischen Demarchen jeweils nach Abschluß der ersten beiden Verhandlungsrunden erfolgten, fand sie dieses Mal bereits zwei Tage vor dem Ende der noch laufenden dritten Genfer Verhand-

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

<sup>2</sup> Andreas Meyer-Landrut.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, übermittelte Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 5. November 1985 „zur vertraulichen Unterrichtung des Auswärtigen Amtes ein sowjetisches Non-Paper“, das am selben Tag im Bundeskanzleramt übergeben worden sei. Es befasse sich „ausschließlich mit den neuen sowjetischen Rüstungskontrollvorschlägen. Es enthält nach hiesiger Beurteilung mit Ausnahme eines Hinweises zur Berücksichtigung der taktischen Nuklearwaffen bei einer Lösung über Mittelstreckensysteme nichts, was über die uns vorliegenden Informationen hinausginge.“ Roßbach bat um eine Stellungnahme des Auswärtigen Amtes „für den Herrn Bundeskanzler“. Vgl. VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 3 und 13.

<sup>5</sup> Für das sowjetische Non-paper über die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf vgl. VS-Bd. 11280 (220).

<sup>6</sup> Die erste Runde der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf fand vom 12. März bis 23. April 1985 statt. Vgl. dazu Dok. 106.  
Zur sowjetischen Unterrichtung über die zweite Runde vom 30. Mai bis 16. Juli 1985 in Genf vgl. Dok. 211.

lungsrunde statt. Dieser frühe Zeitpunkt dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die jetzige Runde ursprünglich am 1. November d.J. zu Ende gehen sollte. Auf Wunsch der USA wurde sie jedoch bis zum 7. November 1985 verlängert, um der amerikanischen Delegation die Gelegenheit zu geben, die neuen Vorschläge der USA<sup>7</sup> in Genf einzubringen und zu erläutern.

Es ist davon auszugehen, daß, wie in der Vergangenheit, außer uns auch andere Verbündete der USA in entsprechender Weise unterrichtet werden.

2) Das sowjetische Papier berücksichtigt die jüngsten amerikanischen Vorschläge vom 1.11.1985 noch nicht und gibt daher nicht den aktuellen Verhandlungsstand wieder. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, daß das Papier bereits vorher fertiggestellt wurde. Denkbar ist aber auch, daß die SU es bewußt vermeiden wollte, zu den amerikanischen Vorschlägen bereits jetzt uns gegenüber Stellung zu nehmen.

3a) Das „Semjonow-Papier“ enthält die bekannten sowjetischen Grundsatzpositionen und Vorschläge, über die wir bereits von den USA unterrichtet wurden. Bemerkenswert an dem Papier ist, daß der Vorschlag der SU vom 27.9.1985<sup>8</sup> (vgl. Aufzeichnung der Abteilung 2A vom 8.10.1985 – 220-370.00 SB–1745/85 VS-v<sup>9</sup>, die dem Bundeskanzleramt vorliegt) nur kurz und beiläufig erwähnt wird. Von seinen einzelnen Elementen werden nur zwei erwähnt:

- „unter den Bedingungen des Verbots für Weltraumangriffswaffen“ 50%ige Reduzierung der „nuklearen Rüstungen der UdSSR und der USA, die das Territorium der jeweils anderen Seite erreichen können“,
- die Außerdienststellung von 200 bis 300 ICBM als „praktische Maßnahme“.

b) Es fällt ferner auf, daß – im Gegensatz zu den früheren Papieren – dieses Mal auf Polemik gegenüber den USA und Angriffe auf das amerikanische SDI-Forschungsprogramm völlig verzichtet wird. Vielmehr wird an den guten Willen der USA appelliert, auf die sowjetischen Vorschläge, „die leicht realisierbar sind“, einzugehen.

Auch Drohungen und Kritik an die Adresse der Bundesregierung fehlen im jetzigen Papier.

4a) Ganz im Vordergrund steht die Mittelstreckenproblematik. Es ist nicht auszuschließen, daß die SU damit unsere wiederholten Erklärungen, in denen wir die besondere Bedeutung einer Lösung gerade dieser Frage zum Ausdruck gebracht haben, in ihrem Sinne aufgreifen will. Bereits GS Gorbatschow hat in seinem Brief vom 29.10.85 an den Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß das sowjetische „Herangehen (im Bereich der Mittelstreckenwaffen) auch (deut-

<sup>7</sup> Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. Dok. 301.

<sup>8</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>9</sup> Botschafter Ruth notierte zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen: „Bei der Präsentation des Vorschlags bezifferte die SU die amerikanischen ‚strategischen Systeme‘ wie folgt: 2215 ICBM, SLBM und schwere Bomber; 209 LRINF-Flugkörper; 560 trägergestützte Flugzeuge; 380 Mittelstreckenflugzeuge, die in Europa und Asien stationiert sind. [...] Die SU verfügt nach eigenen Angaben über 2504 nukleare Trägersysteme strategischer Reichweite.“ Vgl. VS-Bd. 11999 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

schen) Wünschen“ entgegenkomme und „auf unmittelbarste Weise die Interessen“ der BR Deutschland berücksichtige.<sup>10</sup>

Neben der Wiederholung bekannter Positionen wie

- ein kernwaffenfreies Europa,
- die sowjetische „Null-Lösung“ (Abzug aller US-INF aus Europa, auf sowjetischer Seite nicht mehr Gefechtsköpfe (GK) als britische und französische zusammen) und
- das Moratorium vom 8.4.1985<sup>11</sup>

wird der Vorschlag einer „befristeten Zwischenvereinbarung“, den Botschafter Karpow am 14.10.1985 in Genf unterbreitet hat<sup>12</sup>, ausführlich dargestellt.

b) Dieser Vorschlag enthält folgende Elemente:

- ab dem 1.12.1985 Stationierungsmoratorium für amerikanische und sowjetische INF-Systeme;
- Einfrieren der SS-20 im asiatischen Teil der SU, sofern keine Änderung der strategischen Situation in Asien eintritt;
- Verbleib von 100 bis 120 amerikanischen landgestützten Marschflugkörpern (GLCM) in Europa;
- Reduzierung der GK auf sowjetischen Flugkörpern auf ein Niveau, das der Gesamtzahl der GK auf amerikanischen INF sowie auf britischen und französischen Nuklearsystemen entspricht;
- der gesonderte Abschluß der „Zwischenvereinbarung“ sei auch ohne direkten Zusammenhang „mit dem Problem kosmischer und strategischer Rüstungen“ möglich.

Daneben sollen die Verhandlungen über INF mit dem Ziel „einer noch radikaleren Lösung des Problems nuklearer Mittel mittlerer Reichweite in Europa, einschließlich der Luftstreitkräfte“, fortgesetzt werden.

c) Folgende Elemente des sowjetischen INF-Vorschlags bieten die Möglichkeit zu einer Annäherung der beiderseitigen Positionen:

- Bereitschaft zu einem INF-Abkommen unabhängig von einer Einigung über strategische und Weltraumwaffen,
- kein Verbot landgestützter GLCM größerer Reichweite,
- Anerkennung der Stationierung amerikanischer INF in Europa,
- Regelung auch für SS-20 in Asien,
- keine Erwähnung des schwer zu lösenden Problems der Mittelstreckenflugzeuge, die auf westlicher Seite zum großen Teil sowohl konventionell als auch nuklear eingesetzt werden können.

Für uns unakzeptabel bleiben

- das Stationierungsmoratorium ab dem 1.12.1985,

<sup>10</sup> Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 27. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 300.

<sup>11</sup> Zu den Moratoriumsvorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 88.

<sup>12</sup> Zu den Vorschlägen des sowjetischen Delegationsleiters bei den amerikanisch-sowjetischen Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, Karpow, vom 14. Oktober 1985 vgl. Dok. 293, Anm. 8.

- die Berücksichtigung der Drittstaatensysteme
  - und die implizite Forderung nach vollständigem Abzug der Pershing II.
- 5) Mit Bezugsschreiben hatte das Bundeskanzleramt um eine Analyse des „Semjonow-Papiers“ gebeten. Es wird angeregt, diese Vorlage – zusammen mit der als Anlage beigefügten Synopse der amerikanischen und sowjetischen Vorschläge<sup>13</sup> – an ChBK<sup>14</sup> weiterzuleiten.

Ruth<sup>15</sup>

VS-Bd. 11280 (220)

## 305

**Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner  
mit dem französischen Außenminister Dumas  
und Verteidigungsminister Quilès**

201-360.92 FRA-1778/85 geheim

7. November 1985<sup>1</sup>

Deutsch-französisches Gespräch der Außen- und Verteidigungsminister am 7. November 1985 in Bonn vor dem deutsch-französischen Gipfel<sup>2</sup>

Teilnehmer auf französischer Seite: M. Pierre Morel, M. Jean-Luc Sibiude; auf deutscher Seite: StS Rühl, D<sup>3</sup>.

1) Beurteilung der sowjetischen Sicherheitspolitik nach dem Gorbatschow-Besuch in Paris<sup>4</sup>

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigefügt. Für die „Synopse der sowjetischen Vorschläge vom 27.9. sowie 14.10.1985 und des amerikanischen Vorschlags vom 1.11.1985“ vgl. VS-Bd. 11280 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>14</sup> Wolfgang Schäuble.

<sup>15</sup> Paraphe vom 7. November 1985.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 11. November 1985 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen geleitet mit dem Vermerk: „Herr von Braunmühl wäre dankbar, wenn Sie vor Verteilung Zustimmung des Herrn Ministers einholen könnten.“

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Jansen am 22. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Braunmühl verfügte.

Hat Braunmühl erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte.

Hat Ploetz am 20. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 23. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bertram verfügte.

Hat Bertram am 30. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Alles verteilt.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11991 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 8./9. November 1985 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 307.

<sup>3</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>4</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

Auf Bitte von BM *Genscher* trug *Dumas* vor: Er wolle drei Eindrücke betonen:

- Mit Gorbatschow sei erstmals ein sowjetischer Führer in den Westen gekommen, der sich über das schlechte Image seines Landes im Westen klar sei (Probleme der Freiheit, Afghanistan, Juden) und der es bessern wolle.
- Der Generalsekretär sei mobil und präsent, Meister seines Spiels und seiner Umgebung. Er habe sich mit einer Mannschaft neuer Männer umgeben und sehe einer Amtszeit von mindestens zehn Jahren voraus.<sup>5</sup> Dies gebe ihm große Mobilität. Er habe die Initiative ergriffen und lege es darauf an, die westliche öffentliche Meinung zu beeinflussen. Mit seinem 50-Prozent-Vorschlag<sup>6</sup> habe er schließlich die USA veranlaßt, ihrerseits aktiv zu werden<sup>7</sup>.
- Wichtigster Eindruck sei, daß Gorbatschow die innere Lage der SU und den Lebensstandard verbessern wolle. Deshalb wolle er nicht alles Geld in die Rüstung stecken. Von ihm könne größere Geschmeidigkeit erwartet werden, um in Genf zu einer Vereinbarung zu kommen. In der Substanz werde es allerdings keine große Änderung geben. Die USA würden sich täuschen, wenn sie glaubten, die Latte so hoch legen zu können, daß die SU alles schlucken werde. Die Frage sei, ob in Genf etwas „Mittleres“ erreichbar sei. Bei gewissen Konzessionen von beiden Seiten sei dies möglich. Die Ausgangspositionen seien jedoch unvereinbar: Die USA erklärten, bei SDI sei keine Änderung möglich; die SU erkläre, ohne eine Änderung bei SDI werde sich nichts bewegen. Immerhin sehe man leichte Bewegung in der Kontroverse über den ABM-Vertrag – was bei der Forschung möglich sei und was nicht – und auch bei den Mittelstreckensystemen in Europa.

*BM* wies darauf hin, daß die Sowjets unter Gorbatschow um Europa werben: Besuch des Generalsekretärs in Paris vor dem Gipfeltreffen in Genf<sup>8</sup> und Vorschlag für eine Kooperation RGW/EG<sup>9</sup> sowie Gorbatschows Hinweis auf die politische Dimension der Gemeinschaft<sup>10</sup>. Im Widerspruch dazu stehe allerdings das wiederbelebte Konzept der strategischen Waffen, das wir nicht akzeptieren könnten. Der Anspruch der SU auf einen privilegierten Sicherheitsstatus betreffe Deutschland und Frankreich trotz der sicherheitspolitischen Unterschiede (Nuklearstatus Frankreichs) gleich: Die französischen Nuklearwaffen würden als strategisch angesehen, die SS-20, auch soweit sie Frankreich erreichen könne, nicht. Wir hätten den sowjetischen Außenminister und andere Ostblockstaaten klar darauf hingewiesen, daß wir nicht bereit seien, dieses Sicherheitskonzept nach der Devise „große Sicherheit für Große, kleine Sicherheit für Kleine“ zu akzeptieren.<sup>11</sup> Auch mit der Erklärung vom 8. Januar

<sup>5</sup> So in der Vorlage.

<sup>6</sup> Zu den von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschlägen vgl. Dok. 270.

<sup>7</sup> Zu den von den USA am 1. November 1985 in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf unterbreiteten Vorschlägen vgl. Dok. 301.

<sup>8</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>9</sup> Zu einer Kooperation zwischen RGW und Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 295, Anm. 25.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Äußerung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 29. Mai 1985; Dok. 172, Anm. 9.

<sup>11</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. Oktober 1985 in New York; Dok. 296.

1985<sup>12</sup>, die lediglich nach Reichweiten unterschieden habe, sei das sowjetische Konzept nicht vereinbar. Als weiterer für die Europäer nicht akzeptabler Punkt sei der sowjetische Vorschlag des Verbots von Marschflugkörpern größerer Reichweite zu nennen, der wiederum Westeuropa einseitig diskriminieren würde. Der dritte Punkt sei die sowjetische Haltung zu den französischen und britischen nuklearen Systemen. Die USA seien bei ihrer Antwort gut beraten gewesen, indem sie die positiven Punkte der sowjetischen Vorschläge aufgenommen hätten. Es frage sich, was Präsident Reagan mit seiner Interviewerklärung gemeint haben könnte: Die USA würden neue Defensivsysteme erst nach der Eliminierung der Offensivsysteme dislozieren und die SDI-Technologie allen anderen Staaten, auch der SU, zur Verfügung stellen.<sup>13</sup> Die jetzt aufgestellte Behauptung, die amerikanischen Experten hätten von dieser Vorstellung des Präsidenten nichts gewußt, sei unrichtig. Der Präsident habe seine Vorstellungen auch im Sechser-Gespräch in New York in Anwesenheit seiner Berater vorgetragen.<sup>14</sup> Er sei beeindruckt gewesen von der Art, wie sich Präsident Reagan in die Schuhe seines Gegenübers gestellt habe. Auch Gorbatschow habe seine Bürokratie, vor der er als starker Mann erscheinen müsse; deshalb könne man ihm nichts zumuten, was ihn als schwachen Mann erscheinen lasse. Außerdem habe er betont, daß man die SU in der Menschenrechtsfrage nicht in eine Prestigelage bringen sollte, wobei er die Erfahrungen Präsident Nixons mit der Pfingstler-Gruppe in der amerikanischen Botschaft in Moskau angeführt habe.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Interviews des Präsidenten Reagan mit sowjetischen Journalisten vom 31. Oktober 1985 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1331–1337.

Gesandter Wallau, Washington, berichtete am 6. November 1985: „In der Administration herrscht angesichts dieser Äußerungen völlige Ratlosigkeit. Im State Department sagte man uns, daß Reagans Äußerungen auf dramatische Änderung der bisherigen Position hinausliefen, die in keiner Weise auf Abstimmung oder auch nur auf Überlegungen innerhalb der Administration zurückgehe. [...] Im State Department meinte man, daß es voraussichtlich keine direkte Distanzierung Reagans von seinen eigenen Äußerungen geben werde, da dies vor dem Gipfel peinlich werden könnte. Man erwarte eher eine Reihe von verbindlichen Äußerungen hoher Vertreter der Administration, in der die bisherige Linie bestätigt werde. Ein Umschwenken auf die von Reagan vorgetragenen Überlegungen zur SDI-Indienststellung hält man für kaum denkbar. [...] Da die Administration selbst keine rechte Antwort auf Reagans Äußerungen weiß, ist guter Rat für unsere eigene Stellungnahme schwierig. Vorerst bietet sich wohl große Zurückhaltung an, damit das Dilemma der Administration nicht noch durch Bündnisaspekte vertieft wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5176; Referat 209, Bd. 130029.

<sup>14</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit Bundeskanzler Kohl, Premierministerin Thatcher und den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone am 24. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 290.

Botschafter Ruth gab am 8. November 1985 die Einschätzung, „daß die Äußerungen des Präsidenten zur Verknüpfung der Dislozierung von Defensivsystemen mit der Beseitigung der Offensivpotentiale kein Lapsus waren, sondern sein persönliches Denken zum Ausdruck bringen. Dem Präsidenten ist bewußt, daß die SDI und ihre Konsequenzen als ein Mittel auf der Suche nach Erstschlagsoptionen mißverstanden werden könnte, und er ist bemüht, diesen Verdacht auszuschließen. Gelänge dies, so könnte der Weg zu Ergebnissen bei den Verhandlungen über Reduzierungen der Offensivpotentiale wesentlich erleichtert werden. In der Administration hat man den Ernst dieses Anliegens des Präsidenten möglicherweise noch nicht voll erkannt.“ Vgl. VS-Bd. 11375 (220); B 150, Aktenkopien 1985.



*Dumas* unterstrich, daß die europäische Dimension in der Politik Gorbatschows seit langem sichtbar sei. Er habe frühzeitig betont, daß es für die SU nicht nur die USA gebe und daß die SU zu Europa gehöre. In Paris habe dies besondere Formen angenommen. Er habe seinen Vorschlag ohne Vorwarnung gemacht.<sup>15</sup> Die Europakomponente dürfe nicht nur als Taktik angesehen werden. Die Definition strategischer Waffen durch die SU sei auch für Frankreich inakzeptabel. Trotzdem sehe man den sowjetischen Versuch, die INF-Frage von den anderen Komplexen zu lösen. Gorbatschow habe erstmals die Ziffer der dislozierten SS-20 genannt. Zum Vorschlag gesonderter Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien habe Gorbatschow die bekannte Antwort erhalten: Ein Dialog sei möglich, Verhandlungen aber indiskutabel. Frankreich sei nicht Partner in Genf; außerdem stehe das Thema allein in der Kompetenz des Staatschefs. Eines Tages könne sich das Problem allerdings in zweifacher Weise stellen:

- Wenn es eine große Nuklearkonferenz geben sollte: Dafür gebe es Angebote von beiden Seiten. Heute sei es noch zu früh, eine Linie dafür zu bestimmen. In jedem Falle habe Frankreich den USA nicht das Recht zuerkannt, über die französischen Nuklearstreitkräfte zu sprechen, so könne man auch nicht der SU dieses Recht anerkennen. Im übrigen liege es in der Natur der französischen Abschreckungsstreitmacht, daß sie nicht in einen Karzer eingesperrt werden könne, der die Modernisierung verhindere.
- Europa, und zu allererst Deutschland, habe selbst das Recht, die Frage zu stellen, wie man längerfristig an die Frage herangehe, indem man unsere Imperative sehe und das, was sich in Europa entwickeln könne.

In Anknüpfung an eine Bemerkung von *Dumas*, daß Frankreich die Konzeption eines eurostrategischen Gleichgewichtes ablehne, wies *BM Genscher* darauf hin, daß wir den Begriff eurostrategisch auch deswegen lieber vermieden, weil die sowjetischen Raketen wegen ihrer Beweglichkeit bei einer Verlegung nach Asien schnell wieder zurückgebracht werden könnten.

*BM Wörner* erkundigte sich näher nach der Reaktion der Sowjets auf die französische Ablehnung des Angebotes direkter Verhandlungen. Die Sowjets argumentierten uns gegenüber: Wenn man Frankreich ausklammere, dann könne im Zuge der Modernisierung der französischen Nuklearwaffen<sup>16</sup> die Zahl der Gefechtsköpfe unbegrenzt wachsen. Es sei der SU nicht zuzumuten, die Definition des Gleichgewichtes unabhängig von einer solchen Entwicklung festzulegen.

*Dumas* antwortete, Gorbatschow sei nicht überrascht von der französischen Antwort gewesen. Gorbatschow habe in der Tat darauf hingewiesen, daß das Niveau der französischen und britischen Nuklearraketen relativ niedrig sei, aber durch die Modernisierung doch zu einer wesentlichen Kraft werden würde, die nicht außer Betracht bleiben könne. Gorbatschow habe gleichzeitig betont, er sei nicht gegen die Modernisierung und wolle sich nicht einmischen. Damit habe er gegenüber den europäischen öffentlichen Meinungen einen geschickten Schachzug gemacht.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vor französischen Parlamentariern am 3. Oktober 1985 in Paris; Dok. 295, Anm. 13.

<sup>16</sup> Zu den Plänen für eine Modernisierung der französischen Nuklearstreitkräfte vgl. Dok. 277, Anm. 12.

VM *Quilès* ergänzte: Gorbatschow habe damit Frankreich in Verlegenheit bringen wollen: Die Existenz der französischen und britischen Systeme kompliziere das sowjetische Spiel.

BM *Wörner* wies darauf hin, daß die SU daraus jederzeit eine Karte machen könne, mit der sie eine Einigung über INF verhindern könne. Auf Frage von BM *Wörner*, ob Gorbatschow sich zu den Vorstellungen von Präsident Reagan über eine kooperative Lösung von Defensivsystemen geäußert habe, meinte AM *Dumas*: Dies sei nicht der Fall gewesen. Gorbatschow habe die klassischen Argumente vorgetragen. Er habe vor einer Ausweitung des Rüstungswettlaufes in den Weltraum gewarnt, der das allgemeine Wettrüsten steigern würde. Dies sei kein Weg zum Frieden. Wenn die SU jedoch herausgefordert werde, so werde sie darauf antworten. Ein neues Element sei gewesen, daß Gorbatschow nicht mehr allgemein von der militärischen Entwicklung im Weltraum gesprochen habe, sondern seine Verurteilung auf „Weltraumwaffen“ beschränkt habe.

## 2) Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungsprogramm

Auf Frage von AM *Dumas* führte BM *Genscher* aus: Der Bericht der Expertendelegation über ihren USA-Besuch liege vor.<sup>17</sup> Die Ressorts seien dabei, ihre Stellungnahmen dazu abzugeben. Ende des Monats würden diese im BSR erörtert werden. Bis Ende des Jahres solle eine Entscheidung fallen. Die Bundesregierung habe im März ihre Haltung zur Gesamtproblematik von SDI einschließlich der außenpolitischen, strategischen und sicherheitspolitischen sowie technologischen Aspekte dargelegt.<sup>18</sup> In seiner Regierungserklärung im April habe der Bundeskanzler Konditionen für eine mögliche staatliche Absicherung der Teilnahme privater Unternehmen und Forschungsinstitute am Forschungsprogramm festgelegt.<sup>19</sup> Nach unserer Wirtschaftsordnung könnten sich Private ohne weiteres beteiligen. Einige Bewerbungen um Teilnahme seien im Gange, wie auch im Falle Frankreichs und anderer europäischer Länder. Die Bundesregierung habe zu entscheiden, ob eine staatliche Absicherung einer solchen Mitwirkung erfolgen solle und gegebenenfalls mit welchem Inhalt und in welcher Form. Dazu äußere sich der Bericht der Expertendelegation und dazu würden die Ressorts Stellung nehmen. Bei der Absicherung gehe es um die Fragen des technologischen Transfers, des Geheimsschutzes, der zivilen Verwendbarkeit in den USA und in Deutschland und um Eigentumsrechte und Vergaberegeln. Es gehe darum, ob die bestehenden Regelungen insoweit ausreichten oder ob neue notwendig seien. Uns interessiere, welche Erfahrungen die französischen Unternehmen, die im Kontakt mit SDIO oder amerikanischen Firmen stünden, gemacht hätten und ob sich französische Firmen um staatliche Absicherung bemühten.

BM *Wörner* ergänzte: Die Expertendelegation habe in den USA einen umfassenden Überblick darüber gewinnen können, was dort geschehe. Nach dem Ein-

<sup>17</sup> Zum Bericht der SDI-Expertendelegation über ihren Aufenthalt vom 4. bis 13. September 1985 in den USA vgl. Dok. 309.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch Dok. 87.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

druck aller Teilnehmer seien die Amerikaner überraschend offen gewesen. Deshalb hätten wir jetzt einen guten Eindruck, wie weit die Amerikaner in den einzelnen Bereichen seien. Die USA seien bereit und interessiert, eine Regierungsvereinbarung über industrielle Beteiligungen abzuschließen. Wir konzentrierten uns dabei auf Fragen der Nutzung und Verwertung, Geheimchutz und Technologietransfer. Die Bewertung sei noch nicht abgeschlossen. In der Industrie und bei der Expertenkommission habe sich der – von manchen amerikanischen Firmen bewußt oder unbewußt genährte – Eindruck gebildet, daß die deutsche Industrie gute Chancen habe, zu Aufträgen mit guten Konditionen zu kommen, wenn die Regierung eine Vereinbarung abschließt. An Staatsmittel sei dabei nicht gedacht, sondern nur an eine Beteiligung der Industrie. Ein mögliches Abkommen werde sich zu politischen Fragen nicht äußern.

VM *Quilès* erkundigte sich, ob es sich lediglich um einen Eindruck oder um eine feste Überzeugung handele, wenn man bei uns sage, daß eine Vereinbarung die Chancen für die Beteiligung erhöhen werde. Warum sollten die USA ein größeres Interesse haben, Aufträge im Falle eines Abkommens zu vergeben als bei direkter Zusammenarbeit? Glaubten wir eine Chance zu haben, an der Gesamtarchitektur teilzunehmen oder nur an Segmenten?

BM *Wörner* erwiderte: Nach seiner persönlichen Meinung sei der von ihm berichtete Eindruck der Kommission sehr gesichert. Was das amerikanische Interesse betreffe, so dürfe man sich keiner Täuschung hingeben:

- Für die USA sei eine staatliche Vereinbarung ein deutliches Zeichen politischer Unterstützung.
- Die Administration habe den Kongreß im Nacken. Fragen des Technologietransfers und des Geheimstutzes bewegten Kongreß und Administration (Hinweis auf COCOM). Man habe ein Interesse, uns in den Geheimchutz einzubinden.
- Sicher gebe es auch einen Druck der amerikanischen Industrie auf die Administration, die Bedingungen für die Zusammenarbeit so festzulegen, daß die amerikanische Industrie mit der Rückendeckung der Regierung handeln könne, wenn sie mit deutschen Firmen zusammenarbeite.

Was die Architektur betreffe, so seien die großen Studien abgeschlossen. Ein Einstieg in umfassende Architekturstudien komme wohl nicht mehr in Frage. Immerhin sei zwei deutschen Firmen eine entscheidende Mitwirkung in einem Sektor angeboten worden, der uns besonders interessiere, nämlich Architekturstudien bezüglich der Bekämpfung von Kurzstreckensystemen. Dies sei eine Frage, die unabhängig von SDI bei uns und im deutsch-französischen Sicherheitsdialog diskutiert werden müsse. Wir hätten inzwischen mehr darüber nachgedacht. Unabhängig davon, was die Europäer täten, sei es wichtig, auf die USA einzuwirken, damit sie die Bekämpfung von Kurzstreckenraketen nicht außer Betracht lassen.

BM *Genscher* wiederholte seine Frage nach den Erfahrungen französischer Firmen mit der Zusammenarbeit mit SDIO und ihrer Haltung zur Frage einer staatlichen Absicherung. Bei uns seien die Stimmen unterschiedlich. Kürzlich habe ihm ein Vorstandsvorsitzender einer großen deutschen Firma erklärt, er sei dezidiert gegen den Abschluß eines Abkommens. Er habe eine andere Sorge:

Wenn die für die Kooperation geltenden Geheimregeln im Zusammenhange mit SDI weiter ausgedehnt würden, werde das zu einem weiteren amerikanischen Einfluß führen. Die Amerikaner hätten klargemacht, daß sie mit Kontrollbeamten zu uns kommen wollten. Insgesamt sei es so, daß unsere Firmen um so weniger auf staatliche Absicherung angewiesen seien, je leistungsstärker sie seien. In dieser Frage habe aber der Bundeswirtschaftsminister<sup>20</sup> den größeren Überblick.

VM *Quilès* wies darauf hin, daß den französischen Firmen die Haltung der Regierung klar sei: Ein Abkommen werde es nicht geben, aber die Firmen seien in ihren Kontakten frei. Kontrakte werde es wohl nicht vor dem ersten Trimester 1986 geben. Die französischen Firmen hätten in ihren Kontakten Fragen gestellt, die aber noch keine amerikanischen Antworten erhalten hätten. Diese Antworten würden ein wichtiges Kriterium für die Beantwortung der Frage sein, ob die USA tatsächlich bereit seien, europäische Firmen teilnehmen zu lassen. Die französischen Firmen drängten die Regierung nicht nach staatlicher Absicherung. Die Position der französischen Regierung werde von den USA offensichtlich nicht als Hindernis für den Abschluß von Kontrakten mit französischen Firmen angesehen.

BM *Wörner* wies darauf hin, daß die Amerikaner, so der US-Botschafter in Bonn<sup>21</sup>, auch uns sagten, daß eine Firmenzusammenarbeit auch dann möglich sei, wenn es kein Regierungsabkommen geben würde.

BM *Genscher* wies auf den britischen Ansatz hin, einen nationalen Anteil zu erhalten. Diesem Anliegen stehe jedoch die Interessenlage des Auftraggebers entgegen. Was in den USA hergestellt werden könne, werde auch dort hergestellt werden, falls dies nicht woanders besser, schneller oder billiger möglich sei. Der Hauptteil werde deshalb ohnehin in den USA gemacht werden; die Amerikaner sähen sich nur um, wer was zusätzlich liefern könne. Insofern sei der Weinberger-Brief mit dem Hinweis auf die „pockets of excellence“<sup>22</sup> ehrlich gewesen.

BM *Wörner* erwähnte, daß er am Rande der NPG mit Weinberger und Heseltine gesprochen habe.<sup>23</sup> Die Amerikaner hätten die britischen Vorstellungen in der Höhe als absolut inakzeptabel vom Tisch gewischt. Heseltine habe sich zunächst stark in seiner Hoffnung auf einen solchen Anteil gefühlt. Inzwischen habe er wohl eingesehen, daß er so viel nicht erhalten könne. Die USA scheinen jedoch bereit, GB eine gewisse Summe Geldes zur Verfügung zu stellen, nur nicht so viel.<sup>24</sup> Weinberger habe uns früher gesagt, wir könnten auch einen

<sup>20</sup> Martin Bangemann.

<sup>21</sup> Richard Burt.

<sup>22</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

<sup>23</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30. Oktober 1985 in Brüssel vgl. Dok. 299.

<sup>24</sup> Botschafter Freiherr von Wechmar, London, teilte am 31. Oktober 1985 mit, daß sich der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger und sein britischer Amtskollege Heseltine am Rande der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30. Oktober 1985 in Brüssel auf den Wortlaut für ein Memorandum of Understanding über eine britische Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm verständigt hätten. Danach sollten britische „gleichberechtigt mit amerikanischen Firmen konkurrieren“ können, doch „ein festes Auftragsvolumen wird brit[ischer] Seite nicht zugesagt“. Weiter stellte Wechmar fest: „Brit. Seite scheint sich demnach mit der von

solchen Anteil bekommen, und zwar in gleicher Höhe. Er habe jedoch geantwortet, daß wir daran nicht interessiert seien. Es wurde festgestellt, daß der letzte Stand der amerikanisch-britischen Gespräche über diese Frage nicht vollkommen klar sei.

AM *Dumas* unterstrich, daß die USA ein zweifaches Interesse hätten: Neben dem strategischen Interesse gehe es ihnen um die Einbindung der Alliierten. Wir müßten uns aber fragen, welches Interesse Europa habe. Aus Deutschland habe man den Hinweis gehört, daß die technologische Entwicklung zu einer Verarmung Europas führen könne (Abkoppelungsargument). Hätten wir hierauf eine befriedigende Antwort von den Amerikanern bekommen? Falls wir eine Regierungsvereinbarung schlössen, führe dies zu unterschiedlichen Standards in Europa (Verzerrung). Es sei wichtig, daß die im Juni 1984 eingesetzte Kontaktgruppe, die die Folgen von SDI für Frankreich, Deutschland und Europa prüfen sollte, ihren Arbeitsrhythmus aufrechterhalte.<sup>25</sup> Man müsse darauf achten, daß es keinen Riß in Europa gebe (*clivage*). Man lege auf Harmonisierung weiterhin großen Wert.

AM *Dumas* bemerkte, daß die französische Regierung französische Unternehmen auch nicht indirekt unterstützen werde (um ihnen Kontrakte bei SDI zu verschaffen). BM *Wörner* wies darauf hin, daß die in Frankreich herrschende Mischform der Rüstungsunternehmen der Regierung Einfluß verschaffte. Im übrigen wolle er zu den beiden Fragen von *Dumas* sagen:

- Die Amerikaner seien interessiert, möglichst viele Kenntnisse der Europäer in Bereichen, wo diese überlegen seien, in Anspruch zu nehmen. Solche Unternehmen gebe es in Frankreich und Deutschland, bei uns z. B. bei der Optik. Wir seien interessiert, daß es keine Einbahnstraße gebe. Wenn deutsche und amerikanische Unternehmen konkret zusammenarbeiteten, fließe technische Kenntnis auch zurück, und die gemeinsam erarbeiteten Forschungsergebnisse könnten weiter verwendet werden. Entscheidend sei, daß die amerikanischen Kenntnisse ungehindert zu uns fließen könnten und daß die Forschungsergebnisse auch hier kommerziell genutzt werden könnten. Wir hätten auf unsere Fragen die Antwort bekommen, daß die USA zu weiterem Entgegenkommen bereit seien. Was das im einzelnen bedeute, könne jedoch erst in Verhandlungen geklärt werden.
- Zur Frage der Harmonisierung unserer Positionen sei es wichtig, unsere Politik abzustimmen, damit wir notfalls auch mit Positionen leben könnten, die nicht deckungsgleich seien. Selbst wenn es zum Abschluß einer Regierungsvereinbarung komme, sei die Bundesregierung nur indirekt beteiligt. Da auch

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1580*

VM Heseltine erhobenen Forderung nach einem garantierten Auftragsvolumen von 1,5 Milliarden Dollar nicht durchgesetzt zu haben. [...] Das hartnäckige Pokern von VM Heseltine ist auf dem Hintergrund politisch zunehmend brisanter Arbeitslosigkeit und der traumatischen Erfahrung mit dem Trident-Programm zu sehen“. Heseltine habe schließlich gemeint, „nunmehr auch öffentlich auf USA Druck ausüben zu müssen. Bei Gesprächen in der zurückliegenden Woche wurde dies von brit. Partner als ‚kluger Schachzug‘, von Kollegen in US-Botschaft als bedauerliche Verkennung der Sachzwänge, denen seinerseits VM Weinberger ausgesetzt sei, bewertet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1976; Referat 209, Bd. 130029.

<sup>25</sup> Am 28. Mai 1984 billigten die Bundesminister Genscher und Wörner sowie der französische Außenminister Cheysson und Verteidigungsminister Hernu bei ihrem Gespräch in La Celle Saint-Cloud die von Frankreich im Januar 1984 vorgeschlagene Einsetzung einer deutsch-französischen SDI-Expertengruppe. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 211.

Frankreich eine indirekte Beteiligung für möglich halte, glaube er nicht, daß es hier um eine krasse Differenz gehe. Wenn die Verhandlungen beginnen, würden wir Frankreich unterrichten.

BM *Genscher* ergänzte: Zwischen der Beratung über die Stellungnahmen der Ressorts Ende November und der Entscheidung vor Jahresende sei Zeit genug, über diese Fragen zu sprechen. Dies sei bei dem Stand des deutsch-französischen Verhältnisses selbstverständlich. Es gehe um kompliziertere Fragen: Gespräche mit SDIO seien eine Sache, die amerikanische Gesetzgebung eine andere. Trotz gegenteiliger Behauptungen habe die Bundesregierung nichts verzögert. Sie halte es nur für erforderlich, die Angelegenheit von allen Seiten – auch<sup>26</sup> außenpolitisch, bündnispolitisch und europapolitisch – gründlich zu prüfen.<sup>27</sup>

### 3) Verteidigung Europas gegen die Bedrohung durch sowjetische Kurzstreckenraketen

BM *Wörner* warf hier die Frage auf, ob Europa es sich auf die Dauer leisten könne, der sowjetischen Kurzstreckenraketen- und CM-Bedrohung gegenüber schutzlos zu bleiben. Unsere Flugabwehr sei bisher gegen Flugzeuge gerichtet. Die Anzeichen mehrten sich jedoch, daß die Sowjets begonnen hätten, ihr Luftabwehrsystem auch auf Raketen und Flugkörper zu optimieren. Auf der anderen Seite gingen die Sowjets dazu über, ihre Raketensysteme bivalent oder sogar trivalent zu machen: konventionell, atomar und chemisch. Bisher konnten diese Systeme wegen mangelnder Zielgenauigkeit noch nicht viel ausrichten. Wenn aber Präzision, Wurfgewicht und Zielmunition (Sub-Munition) verbessert werden, dann ergebe sich eine große Gefahr für Deutschland und Frankreich. Wir müssen dann mit der Möglichkeit eines konventionellen Erstschlages rechnen, um wichtige Zentren (Nuklearwaffen, Fernmeldeverbindungen, konventionelle Munitionslager) auszuschalten. Die Tendenz der sowjetischen Operationsführung und der Militärdoktrin zeige immer deutlicher, daß die SU auf der Suche nach einer konventionellen Option sei. Deshalb müßten wir hier etwas tun. Das sei nicht die Frage der nächsten fünf Jahre, wohl aber der nächsten 10 bis 15 Jahre. Da dies eine speziell Europa betreffende Gefahr sei, müßten die Europäer darüber nachdenken, was sie tun könnten. Erst müßten wir das Problem genauer studieren, dann müßten wir überlegen, ob es Technologien und Finanzierungsmöglichkeiten für seine Beantwortung gibt. In beiden Bereichen lägen enorme Schwierigkeiten. Die Frage sei technisch sehr kompliziert und kostspielig. Wir könnten ihr aber nicht ausweichen. Es bestünden zwei Möglichkeiten:

- Die Frage im SDI-Programm unterzubringen; er wisse nicht, ob dies möglich sei.
- Eine europäische Initiative zu ergreifen; dem würde er (*Wörner*) den Vorzug geben, obwohl er nicht sehe, ob Europa die Technologie und das Geld aufbringen könne. – Alternativ könne man an eine europäische Initiative denken, die eines Tages mit den USA gemeinsam weitergeführt werde.

<sup>26</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

<sup>27</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Darum gehe es bei der Bitte des Bundeskanzlers um die Stellungnahmen der Ressorts.“

Wir wären dankbar für eine französische Stellungnahme, ob dieses Problem in einer gemeinsamen Studie untersucht werden sollte. Der Stand unserer Überlegungen sei noch vage. Die Untersuchungen im BMVg würden jedoch mit größerer Intensität als früher geführt.<sup>28</sup>

Auf Frage von BM *Genscher*, was zu der sowjetischen Behauptung zu sagen sei, der Westen könne intelligente Waffen herstellen, die nukleare Waffen überflüssig machen könnten, fügte BM *Wörner* hinzu, wir arbeiteten an Sub-Munition, die die Flächendeckung konventioneller Munition erheblich steigern. Der Vergleich mit nuklearer Munition sei trotzdem übertrieben: Es gebe weder Strahlen- noch Hitzewirkung. Man könne die Munition deshalb auf das Gefechtsfeld konzentrieren. Die Zielwirkung sei jedoch erheblich und insofern mit Nuklearwaffen vergleichbar. Diese Munition könne gegen Nuklearträger und Basen gerichtet werden. Umgekehrt gelte dies jedoch für die SU genauso.

AM *Dumas* erwiderte, man müsse in der Tat über die Fragen, die sich auch nach französischer Auffassung stellten, nachdenken. Auf französischer Seite gehe man allerdings von einem etwas anderem Ansatz aus: Wenn der Konfrontationspunkt in Europa liege, brauche man nicht in den Kosmos zu gehen, da die kurze Distanz andere Probleme stelle. Hier müsse man die Wirksamkeit sowjetischer Waffen im konventionellen Bereiche sehen. Darauf seien weder die Force de frappe noch SDI eine Antwort. Das Nachdenken darüber müsse sich auf die spezielle Situation in Europa einstellen.

Pierre *Morel* erwähnte, daß Frankreich in der letzten Gruppe des sicherheitspolitischen Ausschusses darauf hingewiesen habe, man sollte die Bezeichnungen ATBM (antitaktische Raketen) und EVI (Europäische Verteidigungsinitiative)<sup>29</sup> vermeiden und sich auf neue Aspekte der Luftverteidigung konzentrieren.<sup>30</sup>

StS *Rühl* ergänzte, daß die Antwort auf die Weiterentwicklung der Bedrohung weiterentwickelt werden müsse, ohne daß wir direkt auf die Flugzeugabwehr rekurrieren müßten. Der deutsch-französische Sicherheitsausschuß und die beiden Generalstabschefs<sup>31</sup> würden sich gründlich mit diesen Fragen weiter beschäftigen.

VM *Quilès* stimmte zu, daß diese Fragen überlegt werden müßten, wies aber auf das französische Problem hin, daß sich ein Widerspruch zu dem Konzept der Force de dissuasion ergeben könnte.

BM *Wörner* wies darauf hin, daß die SU intensiv an der Frage arbeite, wie man Raketen bekämpfen könne, und zwar durch bodengestützte und weltraumgestützte Systeme. Auf Frage von BM *Genscher* stellte er fest<sup>32</sup>, daß es bisher fe-

<sup>28</sup> Zur Frage einer Modernisierung des Luftverteidigungssystems der NATO in Europa vgl. Dok. 351.

<sup>29</sup> Zur Europäischen Verteidigungsinitiative (EVI) vgl. Dok. 217.

<sup>30</sup> Referat 201 hielt am 21. Oktober 1985 über die Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 18. Oktober 1985 in Bonn fest, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Morel, habe die Abkürzung ATBM als „unglücklich“ bezeichnet: „Wir sollten bei unseren Überlegungen vielmehr von den spezifischen Aspekten der SU-Bedrohung gegen Westeuropa ausgehen. Erst nach einer solchen Analyse können wir über Systeme sprechen, wenn es sein muß, auch unter der Überschrift ‚ATBM‘.“ Vgl. VS-Bd. 11991 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>31</sup> Wolfgang Altenburg (Bundesrepublik) und Jean Saulnier (Frankreich).

<sup>32</sup> Die Wörter „stellte er fest“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „räumte er ein“.

ste Beweise allerdings nur in bezug auf die Arbeiten an bodengestützten Systemen gebe. Die Sowjets arbeiteten jedoch an einer Raumfähre, die Lasersysteme in den Weltraum tragen könnte.

BM *Genscher* betonte, dies zeige, wie wichtig es sei, auf eine kooperative Lösung hinzuarbeiten mit absoluter beiderseitiger Verifikationsbereitschaft. Wenn die Büchse der Pandora im Weltraum geöffnet werde, könne man die Rüstungskontrolle einstellen. Die Entwicklung von Waffensystemen im Weltraum werde wahrscheinlich<sup>33</sup> nicht mehr kontrollierbar sein.

BM *Wörner* meinte, es werde einen heilsamen Zwang auf beide Supermächte geben, sich kooperativ zu verhalten:

- Die Sowjets wollten nicht alles Geld in die Rüstung stecken.
- Die USA stünden unter ähnlichem Zwang: Auch bei denjenigen, die bezüglich SDI optimistisch seien, habe es nie die Überzeugung gegeben, daß diese Entwicklung billig sein werde, und noch gebe es keine Antwort auf die Frage, woher das Geld kommen solle und ob man dann die Offensivwaffen oder die konventionellen Waffen reduzieren solle. Allerdings sagten sie, man müsse die offensiven Nuklearwaffen reduzieren. Darin sollten wir sie bestärken.

*Dumas* betonte: Man stoße hier auf die Grenzen der Ressourcen. Selbst die Großen müßten sich hier Fragen stellen: Man könne nicht Nuklearrüstung und Weltraumrüstung gleichzeitig machen. Dies müsse man auch bei der Rüstungsbegrenzung berücksichtigen.

#### 4) Deutsch-französischer Aufklärungssatellit<sup>34</sup>

Auf Frage von VM *Quilès* führte BM *Wörner* aus: Die Bundesregierung habe sich bei der Vorbereitung des Gipfels Gedanken über die gemeinsamen Projekte und Vorhaben gemacht.<sup>35</sup> Das Ergebnis werde der Bundeskanzler dem Präsidenten vortragen. Die generelle Linie sei folgende: Die Bundesregierung habe versucht, die Finanzpolitik ihrer Vorgängerin umzukehren. Deshalb hätten wir einen Finanzminister<sup>36</sup>, der mit den Ressourcen sparsam umgehe. Es sei schwierig, aus der Fülle konstruktiver Kooperationsobjekte diejenigen herauszusü-

<sup>33</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

<sup>34</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 303, Anm. 8.

<sup>35</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, notierte am 4. November 1985 über das Ministergespräch vom selben Tag zur Vorbereitung der deutsch-französischen Konsultationen: „Zum Aufklärungssatelliten stellte BM Stoltenberg fest, daß dieses Vorhaben weder vom BMFT noch vom BMVg positiv bewertet werde. [...] Der Eindruck dränge sich auf, daß Frankreich angesichts seiner schwierigen Wirtschaftslage die Kosten für die Force de frappe auf Deutschland abzuwälzen versuche. Sein Rat sei, den Franzosen deutlich zu sagen, wo für uns langfristige Prioritäten lägen. [...] BM Wörner erklärt zum Aufklärungssatelliten, die bestehende Zusammenarbeit mit den USA decke den deutschen Aufklärungsbedarf – auch für die vorhersehbare Zukunft. Er könne auch keine Mittel im Bundeswehrplan zugunsten eines solchen Projektes umschichten. Selbst wenn die Mittel vorhanden wären, sei es wichtiger, sie in konventionelle Systeme zu investieren. [...] In Bad Kreuznach sei mit der französischen Seite vereinbart worden, den Aufklärungssatelliten auf Expertenebene zu prüfen. Wir stünden jetzt vor der Wahl, entweder auf Expertenebene mit dieser Prüfung zu beginnen und der französischen Seite auf dieser Ebene unsere negative Position mitzuteilen – damit würden wir formal der Vereinbarung gerecht – oder den Franzosen jetzt zu sagen, wir hätten das Vorhaben intern geprüft und seien zu dem Schluß gelangt, daß eine Finanzierung nicht möglich sei.“ Bundeskanzler Kohl habe abschließend erklärt, „er werde deutlich machen, daß für den Aufklärungssatelliten keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen“. Vgl. VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>36</sup> Gerhard Stoltenberg.



chen, die technologisch am interessantesten, politisch am ertragreichsten und wirtschaftlich am nützlichsten seien. Bei einer Auflistung der Kooperationsmöglichkeiten ergebe sich folgendes: Wir wollten einen Schwerpunkt beim Airbus setzen und seien zur Zusammenarbeit entsprechend den Initiativen Frankreichs bezüglich des militärischen Flugzeugbedarfes<sup>37</sup> bereit. Der Aufklärungssatellit habe für uns nicht erste Priorität, so daß er bei dem begrenzten Finanzaufwand für alle Projekte in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen sei.

BM *Genscher* fügte hinzu, Frankreich werde eine positive Reaktion des Bundeskanzlers auf die Vorschläge des Präsidenten zur militärischen Bedarfsplanung für Flugzeuge und eine positive Reaktion zum Airbus feststellen, die im Interesse der europäischen Flugzeugindustrie bedeutsam sei. Auf der Prioritätenliste stehe der Satellit am Schluß. Außerdem wollten wir bei vielen EUREKA-Projekten Ernst machen.

BM *Wörner* fügte hinzu: Wenn wir jetzt den Satelliten aufgriffen, müßten wir tief in die konventionelle Kampfkraft der Bundeswehr eingreifen. Wir stünden vor der Wahl, ob wir die Kampfkraft der konventionell stärksten Streitmacht dezimieren oder die konventionelle Kampfkraft der Bundeswehr weiterentwickeln und dabei die Kooperationsmöglichkeiten mit Frankreich wahrnehmen sollten. Vor dieser Wahl hätten wir uns für letzteres entschieden. Frankreich bleibe unser präferierter Kooperationspartner.

VM *Quilès* erwiderte: Wenn es tatsächlich nicht möglich sei, sei es besser, daß dies jetzt klargestellt werde. AM *Dumas* ergänzte, es sei keine Schande zu sagen, daß man kein Geld habe.

Zum gemeinsamen Bedarfsplan für Flugzeuge erklärte BM *Wörner*: Wir müßten dabei erwarten können, daß auch die französische Flugzeugindustrie begreife, was Zusammenarbeit bedeute. Er habe verzweifelt versucht, die Fünfer-Zusammenarbeit beim Jäger 90 zu retten.<sup>38</sup>

*Dumas* warf ein, das Grundproblem sei die technische Schwierigkeit gewesen: Man könne kein Flugzeug bauen, das nicht den Bedürfnissen beider Seiten entspreche.

BM *Wörner*: Man müsse die Firmen zur Zusammenarbeit zwingen. Man müsse verhindern, daß eine nationale Firma mit einer Eigenentwicklung beginne. In einem frühen Stadium müsse abgestimmt werden, was man brauche. Erst dann sollte angefangen werden.

<sup>37</sup> Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Mitterrand über eine gemeinsame Bedarfsplanung für Militärflugzeuge vgl. Dok. 260, Anm. 9.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 5. November 1985 ein zwischen dem Bundeskanzleramt, dem Auswärtigen Amt und den Bundesministerien der Verteidigung und der Finanzen abgestimmtes Papier vor, das empfahl, den Vorschlag von Mitterrand positiv aufzugreifen: „Bei den deutsch-französischen Konsultationen am 7./8. November 1985 könnte die Bundesregierung den französischen Vorschlag einer langfristigen Zusammenarbeit der Europäer bei der Konzeption und Entwicklung künftiger Generationen militärischer Luftfahrzeuge begrüßen und ihre Unterstützung zusagen, auf Kooperationsmöglichkeiten bei Marineaufklärungsflugzeugen, Transporthubschraubern und einem Flugabwehrraketensystem mittlerer Reichweite hinweisen [...]. Eine allzu weitgehende Vorabstimmung mit Frankreich, besonders aber eine öffentliche Festlegung, sollte vermieden werden, weil es Anzeichen dafür gibt, daß sich die übrigen Partner dadurch präjudiziert fühlen könnten.“ Vgl. VS-Bd. 11849 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>38</sup> Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

*Dumas* wies darauf hin, daß Frankreich jetzt an ein Transportflugzeug denke. Die Frage sei, ob jeder sein Transportflugzeug bauen oder alle eines gemeinsam bauen wollten.

Zum zweiten Vorschlag von Präsident Mitterrand bezüglich einer möglichen Zusammenarbeit einerseits bei der Rafale und andererseits beim Jäger 90<sup>39</sup> sagte BM *Wörner*: Hier fehlten uns die Einzelheiten, um festzustellen, ob dies verwirklicht werden könne. Wir wären daher für eine Präzisierung der französischen Vorschläge dankbar.

*Dumas* erwiderte: Man werde dies überlegen. Der Grundgedanke sei, daß jedes Land seine Bedürfnisse festlege. Wenn man Flugzeuge im Rahmen großer Programme baue, könnte sich Frankreich an dem Flugzeug der Vier mit bis zu zehn Prozent beteiligen, auch wenn es diese Flugzeuge nicht kaufe.

BM *Wörner* bat erneut um baldige konkrete Vorschläge, die allerdings von Dassault akzeptiert werden müßten.

**VS-Bd. 11991 (201)**

### 306

#### Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-15238/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3483  
Citissime

Aufgabe: 7. November 1985, 07.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 7. November 1985, 12.20 Uhr

Betr.: Gespräche AM Shultz in Moskau am 4./5.11.85<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. Zu Shultz' Gesprächen mit GS Gorbatschow (vier Stunden am 5.11.<sup>3</sup>) und AM Schewardnadse (acht Stunden am 4.11.<sup>4</sup>, zwei Stunden am 5.11.<sup>5</sup>) teilte Botschafter Hartman mit der eindringlichen Bitte um Quellenschutz in Viererrunde ergänzend zu Nitzes NATO-Unterrichtung<sup>6</sup> mit:

<sup>39</sup> Zu den Vorschlägen des Staatspräsidenten Mitterrand zur Zusammenarbeit bei der Produktion der Kampfflugzeuge „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) und „Rafale“ vgl. Dok. 302, Anm. 5.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 8. November 1985 vorgelegen.  
Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen.

<sup>2</sup> Korrigiert aus: „5./6.11.85“.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „6.11.“

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „5.11.“

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „6.11.“

<sup>6</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), informierte am 6. November 1985 über die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag durch den Sonderberater des amerikanischen Präsidenten, Nitze, und die Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium, Ridgway: „Shultz habe in seinen Gesprächen mit Schewardnadse und Gorbatschow die Genfer Verhandlungspositionen der US nochmals vorgetragen. Sodann habe er auf Punkte SU hingewiesen, die entwicklungsfähig

1) Gespräche mit Schewardnadse (Sch.) seien im Grunde wie erwartet verlaufen. Sch. habe Shultz zuerst vollständig vortragen lassen. Shultz habe amerikanische Philosophie der Sicherheitsstrategie entwickelt und auch einzelne rüstungskontrollpolitische Gegenvorschläge der USA ausführlich erläutert. Zu Menschenrechten (nur mit Sch.) seien die verschiedenen Fragen nach den bekannten Kriterien (Dissidenten, Ausreisen, Familienzusammenführung u. a.) erörtert worden. Shultz habe keinerlei Zusagen der sowjetischen Seite erhalten, obwohl er diskrete Behandlung zugesagt habe.

Sch. habe insgesamt durchaus selbstsicher und ungehemmt gewirkt, obwohl er sich, auch bei Fortsetzung der Gespräche nach dem Treffen mit dem GS, eng an Texte gehalten und „endlos vorgelesen“ habe. Bei Gespräch mit Gorbatschow habe Sch. – trotz der Aufforderung des GS – seinen Mund nicht aufgemacht.

2) Gorbatschow (G.) habe auf jeder Seite nur zwei weitere Teilnehmer zugelassen (USA: Hartman, McFarlane/SU: Sch., Dobrynin). Er habe deutlich „die Zähne gezeigt“, sei „tough“, aber „polite“ gewesen. Sein Versuch, Reagan Schuld für Fall des Scheiterns des Treffens<sup>7</sup> wegen Unnachgiebigkeit bei SDI zuzuschieben, sei sehr deutlich geworden. Keinesfalls werde SU den USA bei Bemühen um Militarisierung des Weltraums helfen, weder technisch noch durch einen propagandistischen Deckmantel. USA wünschten Überlegenheit und machten sich dabei Illusionen über angebliche sowjetische Schwäche. Umgebung des Präsidenten sei auf weltweite Beseitigung des Kommunismus aus. G. habe insbesondere auf neues Buch der Hoover-Foundation „Die USA in den 80er Jahren“<sup>8</sup> hingewiesen. Alles in allem, so Hartman, die bekannte „Kreuzzug“-Rhetorik.

Überhaupt sei G. sehr ideologisch gewesen und habe „awful ignorance of the outside world“ an den Tag gelegt. Schilderung der „weltweiten Krise des Kapitalismus“ habe fast wie aus einem ideologischen Lexikon geklungen: Militärisch-wirtschaftlicher Komplex müsse wegen anderweitiger Arbeitslosigkeit Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie schaffen und dergleichen mehr. Festzuhalten sei Gs – wohl ernstzunehmende – Bemerkung, er habe seine Vorschläge gegen Widerstand der Militärs durchgesetzt.

Schwierigkeit des Gesprächs habe darin bestanden, daß G. einmal mehr nicht habe zuhören können, sondern Shultz immer wieder mit Gegenargumenten ins Wort gefallen sei (deshalb sei man bald zum Simultandolmetschen übergegangen). Shultz habe G. die amerikanische Philosophie der Sicherheitsstrategie und der Rüstungskontrolle dargelegt. Er sei insbesondere auf Entwicklung der 60er Jahre eingegangen, die zum ABM-Vertrag geführt habe. Inzwischen sei im strategischen Gleichgewicht der beiden Mächte neue Entwicklung eingetreten, auch gebe es neue technologische Entwicklungen. Präsident Reagan handle

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1586*

seien, und auf andere, die nicht weiterführten. Letzteres gelte für die Definition strategischer Waffen, das Verlangen nach Anrechnung von Drittstaatsystemen, die wieder vorgebrachte Forderung nach Einbeziehung von FBS und den Begriff ‚nuclear charges‘, der unterschiedliche und nicht vergleichbare Arten von Waffen erfasse (Raketen, Bomben, S[hort]R[ange]A[ttack]M[issiles]). Die SU habe keine Bewegung in diesen Fragen gezeigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1741; VS-Bd. 11330 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Vgl. THE UNITED STATES IN THE 1980s, hrsg. v. Peter Duignan und Alvin Rabushka, Stanford 1980.

mit SDI nicht einseitig, sondern insbesondere aufgrund der Prinzipien seines Treffens mit PM Thatcher Ende 1984<sup>9</sup>. Shultz habe auch wiederholt, daß man nicht an „Ablösung“ von Offensivwaffen durch Defensivschild denkt.<sup>10</sup> G. aber sei auf Shultz' Ausführungen nicht wirklich eingegangen, er habe sie „vom Tisch gewischt“. Seitens G. sei keinerlei Versuch unternommen worden, zu irgendwelchen Nuancierungen im Hinblick auf Kompromisse zu gelangen. Alle derartigen Vorstöße von Shultz seien von G. nicht aufgenommen worden. (Auf meine Frage:) Es habe auch keine irgendwie präzise Erörterung des Forschungsbegriffs nach dem ABM-Vertrag gegeben – im erstaunlichen Gegensatz zu Genf<sup>11</sup>, wo sowjetische Verhandlungsteilnehmer nuancierte Fragen stellten.

3) Auf meine Frage nach Vorbereitungen für ein Abschlußkommuniqué sagte Hartman: Auf amerikanischer Seite denke niemand an ein Kommuniqué. Der Präsident sei sehr reserviert, Shultz skeptisch. Gegen Hartmans Ratschlag habe State Department dennoch Texte vorbereitet, weil Shultz Referenzmaterial gegenüber zu erwartenden sowjetischen Textvorschlägen haben wollen und weil man nicht von vornherein ganz negativ erscheinen wolle. Sowjets drängten sehr auf ein Kommuniqué. Am Ende des ersten Tages beauftragte jeweils drei Mitarbeiter jeder Seite hätten beiderseitige Texte in drei Abteilungen (deckungsgleich – möglicherweise zur Deckung zu bringen – völlig verschieden) im Hinblick auf mögliche Vereinbarkeit durchgesehen.

Abteilung 1: Es gebe Texte, über die man schon lange einig sei, z. B. zum Thema der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen.

Abteilung 2: Austauschprogramm und Kulturabkommen (Amerikaner drängten aber keineswegs, zumal TV-Klausel nach schlechter Erfahrung mit sowjetischem Reagan-Interview<sup>12</sup> noch aussichtsloser sei als bisher.) Ich fragte in diesem Zusammenhang nach dem Luftverkehrsabkommen. Antwort: Fast fertig, hänge aber an Luftsicherheitsfrage, die in verbleibenden zwei Wochen kaum zu lösen sei.<sup>13</sup>

Abteilung 3: Völlig verschieden sei erwartungsgemäß am umfangreichsten ausgefallen.

Am Ende des Redaktionsgespräches sei kein brauchbares Ergebnis für ein Kommuniqué herausgekommen. Ein gemeinsamer Text, der nur Gegensätze festhalte, sei für amerikanische Seite aber unakzeptabel. Sch. habe dennoch gemeint, man müsse eben die Bemühungen „verdoppeln“ – ohne sich indessen zur Substanz zu äußern.

4) Hartman hielt es für möglich, daß in Art und Weise des Auftretens von G. auch ein Stück „Show“ lag, die Shultz und, über ihn, Reagan, beeindrucken sollte. In der Beurteilung des Gesprächs mit G. sei er, Hartman, am pessimistisch-

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Ausführungen der Premierministerin Thatcher über ihr Treffen mit Präsident Reagan am 22. Dezember 1984 in Camp David; Dok. 1, Anm. 9.

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Schmidt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Im Gegensatz zu Reagan!“

<sup>11</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 301 und Dok. 304.

<sup>12</sup> Zum Interview des Präsidenten Reagan mit sowjetischen Journalisten am 31. Oktober 1985 vgl. Dok. 305, Anm. 13.

<sup>13</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Luftsicherheit vgl. Dok. 214, Anm. 8.

sten gewesen, Shultz dagegen „serene“, McFarlanes Einschätzung habe in der Mitte gelegen. Es werde nach Hartmans Beurteilung ein Treffen werden, das jedenfalls schon in sich ein Erfolg sei. Frage sei nur, wie man diesen „Erfolg“ in der Öffentlichkeit am besten darstelle. Man müsse auch noch klären, wie man erläutern solle, wo man nicht übereinstimmt. (Beiderseitige Darstellung wie Mitterrand und Gorbatschow in Paris?<sup>14</sup>)

II. Wenn, wie Hartman sagte, Regionalkonflikte und Menschenrechte nur im Gespräch mit Sch. erörtert wurden, dann bleibt für die insgesamt 14 Stunden Gespräche viel mehr Substanz für Rüstungskontrolle und bilaterale Beziehungen übrig, als der von Hartman skizzierte Gesprächsverlauf nahelegt. Insofern hat Hartman offenbar Nitze nicht vorgreifen wollen.

Ich teile Hartmans Wertung, daß wenig Zeit bleibt, um die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken, und daß die Gespräche sehr weitgehend Züge eines Ringens um die beste psychologische Vorbereitung des Treffens tragen.

[gez.] Kastl

VS-Bd. 11280 (220)

### 307

#### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand

VS-vertraulich

8. November 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 8. November 1985, von 9.00 bis 10.00 Uhr<sup>2</sup>

Anwesend auf französischer Seite: Herr Jacques Attali, Frau Stoffaës als Dolmetscherin;

auf deutscher Seite: MDg Stabreit als Note-taker, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Eingangs erörtern *Bundeskanzler* und Präsident *Mitterrand* kurz die Frage ihres erneuten Treffens vor Weihnachten.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des Staatspräsidenten Mitterrand und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei der gemeinsamen Pressekonferenz am 4. Oktober 1985 in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1985 (September/Oktober), S. 60–63. Vgl. ferner GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 519–535.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 11. November 1985 gefertigt und am 2. Dezember 1985 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ übermittelt.

Hat Jansen am 3. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 8./9. November 1985 in der Bundesrepublik auf.

Präsident Mitterrand macht geltend, dieses Treffen solle in jedem Falle nach dem Europäischen Rat in Luxemburg<sup>3</sup> stattfinden, da sonst die Presse argwöhnen werde, Deutschland und Frankreich wollten sich im Hinblick auf den Rat „verschwören“. Für ihn sei der 15. bis 20. Dezember das beste Datum. Der Bundeskanzler schlägt Freitag, den 13. Dezember, vor, der jedoch Präsident Mitterrand möglicherweise nicht paßt. Bundeskanzler und Präsident einigen sich darauf, provisorisch den 17. oder 18. Dezember 1985 ins Auge zu fassen.<sup>4</sup>

Das Gespräch wendet sich dann Ost-West-Fragen zu.

Der *Bundeskanzler* äußert, er durchschaue nicht ganz, was Gorbatschow in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten<sup>5</sup> könne und was er wolle. Man höre aus Moskau Unterschiedliches. Die einen sagten, Gorbatschow sei noch nicht fest im Sattel, andere behaupteten das Gegenteil. Es gebe jedoch Anzeichen dafür, daß Gorbatschow noch nicht die volle Kontrolle ausübe. Das neue Parteiprogramm<sup>6</sup> sei enttäuschend. Die allgemeine Meinung sei, daß er mit der Wirtschaft vorankommen wolle. Die Frage sei, ob die Sowjetunion dies alleine schaffen könne. Werde sie nicht den Westen brauchen? Präsident Reagan wolle ganz sicher vom Gipfel ein Ergebnis mitbringen. Auch Nancy Reagan habe geäußert, die Zeit sei reif, man müsse jetzt etwas tun. In New York habe er, der Bundeskanzler, neben Präsident Reagan gesessen und gesehen, daß er über den Gipfel anhand von handschriftlichen Notizen berichtet habe.<sup>7</sup> Der Präsident sei in dieser Sache persönlich engagiert. Es falle ihm schwer, einzuschätzen, warum Gorbatschow die anderen Chiefs der Warschauer-Pakt-Staaten so distanziert behandle. Er habe keine Geste gegenüber Honecker gemacht. Honecker wolle nach wie vor in die Bundesrepublik reisen.<sup>8</sup> Es gebe Gerüchte, daß er in einem Jahr zurücktreten werde. Er werde dann 75 Jahre alt. In der DDR sei man hinsichtlich dessen, was Moskau wolle, ganz unsicher. Das gleiche höre er aus Rumänien, wo offensichtlich die Krankheit Ceauşescus sehr schnell voranschreite. Es heiße, daß der optimale Zeitpunkt für eine Operation Ceauşescus bereits verpaßt sei. Ihm falle auf, daß jetzt Mănescu in die Bundesrepublik Deutschland komme.<sup>9</sup> Dieser Mann sei bereits kaltgestellt gewesen. Die Tschechen seien zum ersten Mal dabei, ihre Beziehungen zu uns freundlicher zu gestalten. Es gebe auf beiden Seiten der Grenze riesige Waldschäden. Wir könnten dieses Problem nur mit den Tschechen lösen, die Kohlekraftwerke mit einem technischen Stand von vor 1914 betrieben. Jaruzelski habe seine Po-

<sup>3</sup> Die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 17. Dezember 1985 in Paris vgl. Dok. 347.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>6</sup> Zum Entwurf für ein neues Parteiprogramm der KPdSU vgl. Dok. 244, Anm. 6.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher in New York vgl. Dok. 290.

<sup>8</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

<sup>9</sup> Das Mitglied des Ständigen Büros des Politischen Exekutivkomitees des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei, Mănescu, hielt sich vom 9. bis 14. November 1985 in der Bundesrepublik auf.

sition verfestigt. Bundeskanzler äußert, er werde Präsident Mitterrand informieren, sobald sich in Sachen Honecker-Besuch etwas ergebe.

Präsident *Mitterrand* berichtet, Generalsekretär Honecker habe ihm gegenüber signalisiert, daß er an einem Besuch in Paris interessiert sei.

*Bundeskanzler* antwortet, es sei für uns wichtig, daß der Besuch in Paris zeitlich nach einem Besuch in Bonn liege. Er wolle im übrigen darauf hinweisen, daß die DDR sehr moderat auf den gemeinsamen Besuch des Präsidenten und seiner selbst in Berlin<sup>10</sup> reagiert habe.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, die Anfragen seien nach dem Berlin-Besuch gekommen. Wenn er reagiert hätte, hätte Honecker den Ball im Fluge aufgefangen. Die Anfragen seien jedoch über Zwischenpersonen gestellt worden, was es ihm ermöglicht habe, sich so zu stellen, als habe er sie nicht verstanden. Er habe sich in dieser Frage erst mit dem Bundeskanzler abstimmen wollen.

Der *Bundeskanzler* äußert hierzu, wenn vom Gipfel Reagan–Gorbatschow eine kalmierende Wirkung ausgehe, so werde Honecker versuchen zu kommen. Es werde sich um einen Arbeitsbesuch handeln. Er, der Bundeskanzler, werde sich weigern, im Gegenzug nach Berlin zu gehen. Die Frage sei, wo er etwas nachgeben könne. In Betracht komme das Besuchsalter, das herabgesetzt werden sollte. Vielleicht ließe sich mit Frauen ein Versuch machen, z.B. indem Frauen bereits ab 55 Jahren der Bundesrepublik Besuche abstatten könnten. Eine solche Regelung würde für das Klima in der DDR sehr wichtig sein. Das Klima dort sei unverändert schlecht. Es herrsche eine resignative Stimmung. Die Menschen in der DDR hätten überhaupt keinen Auslauf mehr. Die Ungarn ließen sie nicht mehr zu sich. Sie könnten praktisch nur noch in die ČSSR reisen. Hier wie dort gebe es im übrigen in der Jugend eine bestimmte Grundstimmung: Insbesondere sei die Jugend wieder geschichtsbewußter geworden. Das Bild des Präsidenten und seiner selbst in Verdun<sup>11</sup> habe einen starken Eindruck hinterlassen, der nicht verblaßt sei. Es sei deshalb für uns wichtig, daß wir die deutsch-deutschen Beziehungen ganz delikat behandelten. Alles, was man im deutsch-deutschen Verhältnis tun könne, hänge davon ab, was man in Moskau genehmige. Der Spielraum in Moskau sei jetzt geringer als zu Zeiten Breschnews.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er könne dem zustimmen. Breschnew sei an Deutschland sehr interessiert gewesen. Bei Gorbatschow wisse man das noch nicht.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, man wisse bei Gorbatschow auch nicht, ob er überhaupt sehr an Außenpolitik interessiert sei. Er konzentriere sich möglicherweise völlig auf die Innenpolitik.

Präsident *Mitterrand* pflichtet dem bei<sup>12</sup>.

Der *Bundeskanzler* berichtet, er habe Präsident Reagan erzählt, was ihm der Präsident (*Mitterrand*) aus seinen Gesprächen mit dem Generalsekretär in

<sup>10</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand besuchten am 10. Oktober 1985 Berlin (West). Vgl. dazu das Gespräch zwischen Kohl und Mitterrand auf dem Hinflug; Dok. 277.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 in Verdun der deutschen und französischen Gefallenen beider Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „zu“.

Paris<sup>13</sup> über Afghanistan gesagt habe.<sup>14</sup> Präsident Reagan habe mit Generalsekretär Pérez de Cuéllar gesprochen und habe ihn ermutigt, weitere Versuche zur Konfliktbeilegung zu unternehmen.<sup>15</sup>

Hierzu äußert Präsident *Mitterrand*, er habe einen interessanten längeren Bericht von einem ihm persönlich bekannten Botschaftsrat aus Kabul bekommen. Dessen Büro läge direkt neben dem Gebäude des sowjetischen Generalstabs. Von seinem Fenster aus könne er das Kommen und Gehen der Soldaten und Offiziere beobachten. Der Botschaftsrat habe ihm berichtet, daß die sowjetische Armee schlecht diszipliniert und schlecht gekleidet sei. Man halte die Dienststunden nicht ein. Beim „Einkauf“ bezahlten die sowjetischen Soldaten oft nicht. Sie führten sich völlig als die Herren des Landes auf. Wenn sie in Gruppen in das flache Land hinausgingen, verwandelten sie sich in Räuberbanden, die die Zivilbevölkerung ausraubten, um ihre Verpflegung in der Kaserne aufzubessern. Die Ausrüstung der sowjetischen Armee sei eher ungenügend. Der allgemeine Eindruck sei, daß es sich um eine minderwertige Armee handle, die nicht in der Lage sei, eine moderne Auseinandersetzung durchzustehen. Dieser Botschaftsrat habe mit jungen Russen gesprochen, die sich in Kabul langweilten und nicht wüßten, was sie dort sollten. Es gebe auch Desertionen. Afghanistan sei der einzige Ort, wo die sowjetische Armee sich im Kriegszustand befände und was dabei herauskomme, erscheine völlig ungenügend. Offenbar entsinne sich die russische Armee ihrer militärischen Tugenden erst dann, wenn es darum gehe, das Heimatland zu verteidigen.

Der *Bundeskanzler* pflichtet Präsident Mitterrand bei. Stalin habe das sehr geschickt ausgenutzt. Die wirkliche Geschichtsschreibung des Feldzugs in der Sowjetunion finde ja erst in diesen Jahren statt. Nach dem Krieg sei alles von den Greueln überschattet gewesen. Die sowjetische Geschichtsschreibung habe zunächst alles mit Heldenverehrung überdeckt. Jetzt werde seriöser über den Krieg geschrieben und das völlige Debakel 1941/42 behandelt. Stalin habe damals an Mütterchen Rußland appelliert. Tatsache sei gewesen, daß große Teile der Bevölkerung (Ukraine) nicht gegen die Deutschen gekämpft hätten, sondern sich eher mit den Deutschen verbünden wollten. Hitler habe sich politisch ungeheuer dumm verhalten. Wenn er im Herbst 1941 auf eine politische Lösung umgeschaltet hätte, so wisse man nicht, was geschehen wäre. Stalin habe deshalb auch nach dem Kriege die Ukraine neu zugeschnitten. Gebiete, die nicht ukrainisch seien, wurden dazugeschlagen. Die sowjetische Armee sei sehr stark, wenn sie wisse, worum es gehe.

<sup>13</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

<sup>14</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

<sup>15</sup> Zu den indirekten Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan in Genf unter Vermittlung des stellvertretenden VN-Generalsekretärs, Córdovez, vgl. Dok. 226, Anm. 18. Botschafter Arnold, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 3. September 1985 die Einschätzung eines Mitglieds der Ständigen Vertretung Pakistans mit: „Ein weiteres Element im Verhandlungsprozeß stelle sicherlich das Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow dar. Auch im Hinblick darauf sei die 6. Genfer Verhandlungsrunde für die zweite Dezemberhälfte terminiert worden. Zudem sei die Afghanistan-Debatte während der Generalversammlung dann vorüber, so daß die Hoffnung auf gewisse substantielle Fortschritte während der 6. Runde bestehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1486; Referat 340, Bd. 136786.



Beobachtungen in der DDR bestätigten übrigens dieses Bild. Allerdings kämen dort die Soldaten überhaupt nicht aus den Kasernen und wenn, dann allenfalls in Gruppen. Offenbar fürchte die sowjetische Führung die Gefahr, daß die Soldaten sehen würden, daß das Land entwickelter sei als die Sowjetunion.

Präsident *Mitterrand* leitet das Gespräch auf das Thema der Technologie über. Im Gespräch mit dem Bundespräsidenten<sup>16</sup> sei ein Gedanke aufgetaucht, den er mit dem Bundeskanzler gerne noch einmal aufnehmen wolle. Wenn es um die Raumfahrt gehe, so zeige die Bundesrepublik Deutschland Zurückhaltung. Dies habe sich im Falle des militärischen Beobachtungssatelliten<sup>17</sup>, aber auch im Falle von *Hermes*<sup>18</sup> und dem Gedanken einer bewohnten Orbitalstation<sup>19</sup> gezeigt. Und dann gebe es auch das Problem SDI. Er habe dem Kanzler bereits gesagt, daß er die deutsche Zurückhaltung vor dem strategischen und historischen Hintergrund der Bundesrepublik nicht verstehe. Er versuche, sich in die deutschen Gedanken hineinzusetzen: Wenn er Deutscher wäre, würde er versuchen, sich im Sicherheitsbereich unabhängig zu machen. Natürlich gehe das nicht irgendwie. Man dürfe gegenüber den Russen nicht „bellikos“ auftreten, und man dürfe nicht die Amerikaner verärgern („froisser les Américains“). Aber Deutschland sei inzwischen wieder auf dem Weg, eine größere Macht<sup>20</sup> zu werden. Und man solle sich die Frage stellen, was Deutschland heute möglich sei. Deutschland sei heute alles unterhalb der Nuklearschwelle möglich, also im prä-strategischen Bereich, aber auch alles jenseits des Nuklearen. Die einzige aus politischen und juristischen Gründen verbotene Zone sei der Nuklearbereich.<sup>21</sup> Glücklicherweise für Deutschland entwickle sich die Technologie sehr schnell nach vorn. Am Horizont zeichneten sich militärische Strategien ab, die nicht auf dem Atom beruhten. Deutschland könne also eine autonome Sicherheitsgewährleistung unterhalb oder oberhalb des Nuklearen suchen. Unter den neuen Technologien sei übrigens die der Fusion des Atoms im Unterschied zur Atomspaltung. Auch diese Technologie beruhe auf dem Atom, aber nicht dem „Katastrophenatom“.

Im Weltraum könne auf das Atomare verzichtet werden. Die Entwicklung des konventionellen Bereiches sei wichtig. Sie bedeute aber nicht, daß die Abhängigkeit von den USA sinke. Ein konventioneller Krieg in Europa könne Tage, vielleicht auch Wochen dauern, wenn wir starke konventionelle Armeen ins Feld stellten. Wenn aber die Russen keine schnellen Erfolge haben würden,

<sup>16</sup> Staatspräsident Mitterrand und Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker führten am 7. November 1985 ein Gespräch.

<sup>17</sup> Zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 303, Anm. 8.

<sup>18</sup> Zum französischen Wunsch nach einer europäischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines rückkehrfähigen Weltraumtransporters vgl. Dok. 303, Anm. 9.

<sup>19</sup> Zu einer europäischen Beteiligung an der Internationalen Raumstation mit dem Forschungsmodul Columbus vgl. Dok. 29, Anm. 43.

Botschafter van Well, Washington, teilte am 24. Oktober 1985 mit, daß er am Vortag dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Negroponte, ein Schreiben der ESA überreicht habe: „Assistant Secretary Negroponte äußerte sich befriedigt über die Initiative zur Inangriffnahme der europäisch-amerikanischen Regierungsverhandlungen“ über die Integration von Columbus in die Internationale Raumstation. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4997; Referat 431, Bd. 142133.

<sup>20</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „puissance majeure“.

<sup>21</sup> Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 137, Anm. 11.

würden sie zur Nuklearwaffe greifen. Wir stünden dann wieder am Ausgangspunkt. Frage sei doch, wie Deutschland in 15 bis 20 Jahren eine Verteidigung haben könne, die den Weltraum einbeziehe. In dieser Frage näherten sich die Interessen Deutschlands und Frankreichs an. Das Problem stelle sich genauso für Frankreich. Wenn er, Mitterrand, ein Deutscher wäre, würde er sich für alles interessieren, was den Weltraum betreffe, auch, dies wolle er hier hinzufügen, für SDI. Er, der französische Präsident, brauche das noch nicht, „pour le moment“, denn er habe die Force de frappe. Was SDI anbetreffe, so habe er im übrigen den Verdacht, daß die USA nicht an einem Technologietransfer interessiert seien. Aber als Deutscher würde er sich für bemannte Stationen, für Hermes usw. interessieren. Jede Verzögerung würde Deutschland der Möglichkeit berauben, seine strategischen Optionen auszuweiten, ohne direkt in Konflikt mit der UdSSR zu geraten.

Der *Bundeskanzler* antwortet, dies seien auch seine Gedanken. Der Präsident dürfe jedoch nicht den psychologischen Hintergrund vergessen, vor dem die deutsche Politik agiere. Nuklear werde sich bei uns nichts abspielen. Es blieben damit die zwei von Präsident Mitterrand genannten Bereiche. Er habe in den drei Jahren seiner Regierungszeit drei wichtige Entscheidungen treffen müssen. Das eine sei die Nachrüstungsentscheidung<sup>22</sup> gewesen, das zweite betreffe soziale Fragen innerhalb der Bundeswehr<sup>23</sup> und das dritte eine Verlängerung der Wehrpflicht<sup>24</sup>. Wir hätten im übrigen einen großen Nachholbedarf vorgefunden im konventionellen Bereich, und dies sei die Aufgabe von Bundesminister Wörner gewesen, also z.B. die Aufstockung der Munitionsvorräte u. a. m. Wir könnten hier keine Schaumschlägereien machen, das sei auch im französischen Interesse. Die Bundeswehr müsse einen erstklassigen Beitrag leisten können.

Was den Weltraum anbetreffe, so sei er mit Präsident Mitterrand der Auffassung, daß die Dinge sich dort schnell weiterentwickelten. Für uns sei es interessant, weil es oberhalb der nuklearen Dimension stattfinde. Deshalb machten wir bei SDI in zurückhaltender Form mit. Die Bundesrepublik Deutschland werde allerdings kein Geld geben. Wir würden mit den Amerikanern eine staatliche Vereinbarung auf einer unteren Stufe, wie z.B. Memorandum of Understanding, abschließen. In einem solchen Memorandum of Understanding würden Fragen der Patente, des Geheimschutzes, des Technologietransfers usw. geregelt werden. Die USA hätten ihre Bereitschaft dazu erklärt. Er habe jedoch immer gesagt, daß daneben die europäische und insbesondere die deutsch-französische Zusammenarbeit florieren müsse. So habe er sich z.B. im Falle der Zusammenarbeit beim Jäger 90 sehr darum bemüht, die Zusammenarbeit mit Frankreich zustande zu bringen.<sup>25</sup> Was den Weltraum anbetreffe, so habe die Bundesrepublik doch eine ganze Menge getan. Der Bundeskanzler verweist

<sup>22</sup> Zu den Entscheidungen der Bundesregierung vom 22. Juni 1983 über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 184 und Dok. 186.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 30. Juli 1985 zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1621 f.

<sup>24</sup> Zum Entwurf der Bundesregierung vom 2. Oktober 1985 für ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes vgl. Dok. 269, Anm. 10.

<sup>25</sup> Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

hier auf das Projekt Columbus und auf Ariane<sup>26</sup>. Das Airbusprojekt<sup>27</sup> hätten wir jetzt vorgeschlagen, weil auch dies ein Projekt der Hochtechnologie sei.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er wolle gar nicht von Hermes sprechen, so wie sich Hermes heute darstelle. Es gehe allgemein um die Idee eines Raumfahrtflugzeuges (avion spatial).

Der *Bundeskanzler* erwidert hierauf, es habe sich aus französischer Sicht in der Zeitplanung etwas geändert. Wir seien bei Hermes von einer anderen Zeitplanung ausgegangen. Natürlich sehe auch er eine deutsch-französische Zusammenarbeit in diesem Bereich. Er sehe im übrigen auch EUREKA in diesem Zusammenhang deutsch-französischer Projekte. EUREKA biete eine weitere Möglichkeit für deutsch-französische Zusammenarbeit. Er wünsche, bis zur Jahrhundertwende die deutsch-französische Verbindung irreversibel zu machen.

Präsident *Mitterrand* führt aus, man dürfe nicht das „Sternenrendezvous“ verpassen (il ne faut pas manquer le rendezvous spatial). Der Weltraum dürfe nicht ausschließlich amerikanisch sein. (Einwurf des *Bundeskanzlers*: Er muß auch europäisch sein.) Präsident *Mitterrand* fährt fort: Wenn europäisch, dann werde dies notwendigerweise deutsch-französisch sein.

Der *Bundeskanzler* erwidert, das Problem liege in der Prioritätensetzung. Er müsse daran denken, daß er das innenpolitisch überbringe. Im Gegensatz zu Helmut Schmidt, wo die damalige Opposition (CDU/CSU) den Kanzler unterstützt habe, müsse er das jetzt alles mit seiner Koalition machen, da er von der SPD, und schon gar nicht von den Grünen, keine Unterstützung bekomme.

An dieser Stelle treten Bundesminister Genscher und Außenminister Dumas dem Gespräch hinzu.

Außenminister *Dumas* berichtet über die Ministergespräche. Themen Ost-West, Gorbatschow-Besuch in Paris, SDI, industrielle Zusammenarbeit. Er habe im übrigen mit Bundesminister Warnke über das Projekt eines gemeinsamen Entwicklungsdienstes<sup>28</sup> gesprochen. Bundesminister Warnke werde berichten. Außenminister *Dumas* gibt im Anschluß einen kurzen Überblick über das Ergebnis der Gespräche (Außenminister untereinander sowie am Vorabend Außenminister und Verteidigungsminister)<sup>29</sup>.

Heute früh habe man über die Luxemburger Regierungskonferenz<sup>30</sup> gesprochen. Es sei wichtig, die Konferenz wieder flottzumachen. Dafür müßten Deutsch-

<sup>26</sup> Zur europäischen Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane V vgl. Dok. 137, Anm. 10.

<sup>27</sup> Zur Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Belgien, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Spanien bei der Entwicklung des „Airbus“ vgl. Dok. 29, Anm. 35.

<sup>28</sup> In der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 8. November 1985 in Bonn erläuterte der französische Außenminister *Dumas* zu dem gemeinsamen Entwicklungsdienst, er werde „sich hier an junge Europäer zwischen 18 und 26 Jahren richten, es werden hier junge Deutsche und junge Franzosen zusammenarbeiten, und wir wollen ein Zentrum errichten, das sich damit beschäftigt, die jungen Europäer in die westafrikanischen Länder zu schicken, nämlich ab März 1986. [...] Diese Jugendlichen werden für zwei Jahre dort bleiben, und vor allem sollen sie in den Sahel-Ländern gegen die Ausbreitung der Wüste ankämpfen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 202, Bd. 140670.

<sup>29</sup> Für das Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit dem französischen Außenminister *Dumas* und Verteidigungsminister *Quilès* am 7. November 1985 vgl. Dok. 305.

<sup>30</sup> Zur Eröffnung der Regierungskonferenz für eine Europäische Union am 9. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 260, Anm. 19. Zum Fortgang vgl. ferner Dok. 295.

land und Frankreich gemeinsame Positionen formulieren. In der Frage von Umwelt und Technologie seien die deutschen und französischen Positionen völlig identisch. Was das Parlament angehe, so seien die Positionen sehr angenähert. Es müßten jedoch noch die Prozeduren näher ausgearbeitet werden. Das Parlament dürfe nicht zu viele Kompetenzen bekommen.<sup>31</sup> Das letzte Wort müsse beim Rat bleiben. Das Gleichgewicht der Institutionen müsse gewahrt bleiben. Man müsse insbesondere dem Parlament für seine Äußerungen Fristen setzen, da dem Parlament nicht gestattet werden dürfe, den Entscheidungsprozeß zu verzögern. Im übrigen müsse man sich auf einige große Ideen konzentrieren: den Binnenmarkt, den Währungssektor (über den die Finanzminister<sup>32</sup> gesprochen hätten). Man müsse auch die Idee des europäischen Sozialraumes ausbauen. Die Systeme seien außerordentlich verschieden in den einzelnen Ländern, aber man müsse darüber nachdenken. Am besten gehe man an dieses Problem auf eine pragmatische Weise heran, indem man vom Resultat ausgehe, die Systeme im übrigen aber so lasse, wie sie sind.

Der *Bundeskanzler* wirft an dieser Stelle ein, man brauche dann hier über die Regierungskonferenz und den EG-Gipfel nicht weiter zu sprechen. Deutschland und Frankreich müßten in Luxemburg in den wesentlichen Punkten – deutsch-französischer Anstoß zur politischen Union<sup>33</sup>, Binnenmarkt, Parlament – gemeinsam auftreten. Der Bundeskanzler berichtet dann über sein Gespräch mit Präsident Mitterrand und weist darauf hin, daß er sich mit dem Präsidenten vor Weihnachten noch einmal treffen werde, um über Fragen der militärischen Zusammenarbeit zu sprechen.

Die Diskussion wendet sich dann der Frage zu, ob in der Pressekonferenz<sup>34</sup> bekanntgegeben werden soll, daß Deutschland und Frankreich gemeinsam für die Einrichtung eines kleinen, flexiblen und dynamischen EUREKA-Sekretariats in Straßburg eintreten.<sup>35</sup>

Präsident *Mitterrand* weist darauf hin, Deutschland und Frankreich sollten einen gemeinsamen Vorschlag machen. Wenn EUREKA den Brüsseler Entscheidungen anheimgegeben werde, so bedeutet dies das sichere Scheitern. Das Programm werde dann in die Hände der Kommission und der dortigen Bürokratie fallen. Das würde die Nicht-EG-Staaten, aber auch die Industrie verunsichern.

<sup>31</sup> Zu dem Vorschlag für eine Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments, die dem Europäischen Rat am 28./29. Juni 1985 in Mailand vorgelegt wurde, vgl. Dok. 167, Anm. 13.

<sup>32</sup> Pierre Bérégovoy (Frankreich) und Gerhard Stoltenberg (Bundesrepublik).

<sup>33</sup> Für den deutsch-französischen Entwurf vom 27. Juni 1985 für einen Vertrag über die Europäische Union vgl. Dok. 173.

<sup>34</sup> Für die gemeinsame Pressekonferenz von Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand am 8. November 1985 vgl. Referat 202, Bd. 140670.

<sup>35</sup> Vortragender Legationsrat Schumann informierte am 8. November 1985 über die Ergebnisse der EUREKA-Ministerkonferenz vom 5./6. November 1985 in Hannover: „Insbesondere die kleinen Teilnehmerstaaten wünschten, bereits in Hannover ein kleines, flexibles Sekretariat einzusetzen, das vor allem den Informationsaustausch zwischen interessierten Unternehmen/Forschungsinstituten sicherstellt. Nach Vorbereitung in langer Nachtsitzung wurde Einigung erzielt, zwar ein Sekretariat (oder eine Task Force mit entsprechender Aufgabe) einzurichten, für seine Ausgestaltung jedoch einen Prüfungsauftrag [...] zu erteilen. GB wird bis zu diesem Termin versuchen, aus den unterschiedlichen nationalen Vorstellungen ein Konzept zu erarbeiten. (Mehrheit, auch wir, für EG-Nähe – hierbei Alternativen EGK- und Ratssekretariat analog COST-Verfahren. F nachdrücklich für Sekretariat sui generis, möglichst in Paris.)“ Vgl. den Runderlaß Nr. 95; Referat 220, Bd. 130138.

Bundesminister *Genscher* weist darauf hin, es müsse dann aber noch einmal von unserer Seite mit dem Kommissionsmitglied Narjes und auf französischer Seite mit Herrn Delors gesprochen werden.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, es gebe zwei Gefahren. Die eine Gefahr sei die, daß man EUREKA in den Sümpfen von Brüssel verliere, die zweite Gefahr, die wir vermeiden müßten, sei der Eindruck, daß wir gegen Europa seien. Wir müßten eine Formel finden, die die Gefahren von Brüssel vermeide und doch die Kommission an das EUREKA-Projekt anbinde. Diese Formel sei ein Problem für Diplomaten. Was die Sache selbst angehe, sollten wir offen sein: 18 Länder seien nicht 12, trotzdem solle die Gemeinschaft fest an die neue Konstruktion angebunden werden.

Präsident *Mitterrand* fährt fort, er wolle festhalten, daß wir uns darüber einig seien, daß das Sekretariat nach Straßburg gehe und daß es von einem Generalsekretär und einem Vertreter geführt werden solle, von denen einer ein Deutscher und einer Franzose sei. Es müsse ein eigener spezifischer Organismus sein, der die Natur dieser Institution zum Ausdruck bringe.

Der *Bundeskanzler* führt aus, sein konkreter Vorschlag sei, daß der Präsident dieses Thema in der Pressekonferenz behandle. Es solle sich um eine kleine, elastische, dynamische Organisation handeln. Die Kommission solle nicht herausgedrückt, sondern fest angebunden werden. Als Begründung könnten wir darauf hinweisen, daß Straßburg der Sitz des Parlamentes und des Europarates sei. Wir könnten jedoch für die anderen nicht bestimmen. Diese müßten zustimmen. Off the record wolle er sagen, daß er auch deshalb für Straßburg sei, weil vier Fünftel unserer Abgeordneten für Straßburg als endgültigen Sitz des Parlamentes stimmen würden.

**VS-Bd. 14150 (010)**

### 308

#### Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.15-2078/85 geheim

15. November 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: MBFR – Trilaterale Konsultationen in Washington am 13.11.85

Bezug: DB 5277 geheim vom 13.11. aus Washington<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 18. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 221 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM ist unterrichtet.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. November 1985 vorgelegen.  
Hat Neubert erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 15. November 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Washington, teilte mit: „Es ist heute gelungen, Einvernehmen über Inhalt

## I. Ergebnis

Die Konsultationen mit USA und GB haben Einigung ergeben, am Montag, 18.11., im Bündnis und nach Einvernehmen in der NATO noch vor Rundenende (5.12.)<sup>4</sup> in Wien<sup>5</sup> den Vorschlag einzuführen, ein befristetes Interimsabkommen für eine erste MBFR-Phase auszuhandeln mit folgenden Elementen:

- ein Paket wirksamer begleitender Maßnahmen, insbesondere ein detaillierter Informationsaustausch und ein differenziertes Inspektionsverfahren;
- amerikanisch-sowjetische Anfangsreduzierungen von 5000:11500 Mann Landstreitkräfte innerhalb eines auszuhandelnden Zeitraums (von weniger als einem Jahr);
- nach Abschluß der Reduzierungen Durchführung des Informationsaustauschs über alle verbleibenden Land- und Luftstreitkräfte;
- auf dieser Zahlenbasis Inkrafttreten einer kollektiven Nichterhöhungsverpflichtung für beide Seiten und nationaler Obergrenzen für USA und UdSSR für diese Land- und Luftstreitkräfte für drei Jahre;
- während dieses Drei-Jahre-Zeitraums erfolgt Verifikation der ausgetauschten Streitkräftedaten durch kooperative Maßnahmen (Inspektionen) und nationale technische Mittel;
- während der Reduzierungs- und der Nichterhöhungsphase Verifikation aller anderen Vertragsverpflichtungen und Anwendung stabilisierender Maßnahmen (Notifizierung und Beobachtung);
- unverändert – gegenüber Vorschlag von 1982<sup>6</sup> – Ausnahmeregelung für Höchststärken;
- Aufnahme einer Nichtumgehungs- und Nichterfüllungsklausel.

## II. Verlauf

Die Konsultationen standen im Zeichen der drei Themen, die Präsident Reagan in seinem Brief an den Bundeskanzler<sup>7</sup> als klärungsbedürftig bezeichnet hatte – Verifikation, Reaktionsfähigkeit bei Vertragsverletzung oder -umgehung, Umfang der US-Anfangsreduzierungen:

1) In Expertengesprächen am 12. und in der Konsultation am 13.11. wurde relativ schnell Einigung erzielt, daß es zwei Typen von Inspektion geben soll, eine als reine Bodeninspektion, vor allem zur Überwachung der Truppenstärken (25 pro Jahr), und eine auf 24 Stunden beschränkte Boden- oder Luftinspektion (fünf pro Jahr) zur Überprüfung anderer Vertragspflichten (z.B. Manövernotifizierung u. ä.m.) gemäß unseren Vorschlägen. Damit haben wir erreicht, daß die 1984 erörterte Inspektionszahl von 30 pro Jahr nicht überschritten

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1597*

und Verfahren einer westlichen MBFR-Initiative zu erzielen. Diese Einigung hatte die abschließende Beratung der vom amerikanischen Präsidenten in seinem Schreiben an den Bundeskanzler erwähnten drei Punkte zur Voraussetzung.“ Vgl. VS-Bd. 11455 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „(S. 12)“.

<sup>5</sup> Zur 37. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 26. September bis 5. Dezember 1985 in Wien vgl. Dok. 333.

<sup>6</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 8. Juli 1982 vgl. AAPD 1982, II, Dok. 216.

<sup>7</sup> Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 29. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 280, Anm. 8.

wird, nur noch 25 Inspektionen des umfassenderen Typs zulässig sind und die möglichen Luftinspektionen auf maximal fünf pro Jahr beschränkt sind. Damit ist eine gewisse Minderung der Inspektionsbelastung für die Bundesrepublik festgeschrieben worden gegenüber weitergehenden Forderungen der USA.

## 2) Vertragseinhaltung und -umgehung

Sorge der USA war, daß bei vertragsverletzenden Verstärkungsmaßnahmen der Sowjets im Raum der Reduzierungen ein Bündnisbeschluß durch den Vertrag politisch behindert bzw. verzögert würde und der Westen keine Handhabe gegen vertragsumgehende Mobilmachungsmaßnahmen der SU außerhalb des Raums der Reduzierungen hätte. In einem solchen Falle müßte der Westen als erster den Vertrag brechen, da eine fristgemäße Kündigung (Art. X, Vertragsentwurf von 1982) nicht ausreichend wäre. Die Vorstellung des Pentagon war, für beide Fälle einen Katalog von Vertragsverletzungen und Sanktionen in den Vertrag einzubauen. Briten und wir haben dagegen argumentiert,

- daß ein solcher Katalog nicht verhandelbar ist,
- ein Katalog von Verletzungen zwangsläufig lückenhaft und damit kontraproduzent wäre,
- ein Katalog von Sanktionen die politische Reaktionsfreiheit der NATO nur einschränken und deshalb für die Allianz-Regierungen nicht akzeptabel sein würde.

USA akzeptierten diese Argumente letztlich (das Pentagon widerwillig) und einigten sich mit uns, daß eine allgemeine und flexible Ausnahmeklausel die beste Lösung sei:

Ad Referendum wurde folgende Klausel als Leitlinie festgehalten:

„Relating to the subject matters of the agreement which jeopardize vital security interests of either side, as well as in the case of failure to comply with the terms of this agreement, each side shall have the right to take whatever steps it deems necessary to protect those interests.“

Im Einvernehmen mit Ref. 500 werden wir bei der Ausformulierung der „Rahmeneinigung“ von Washington auf eine völkerrechtliche und politische Verfeinerung dieser Formel drängen.

## 3) Zahl der amerikanischen Reduzierungen

Der US-Generalstab (JCS<sup>8</sup>) vertrat die Auffassung, daß 5000 Mann (ca. eine Brigade plus Unterstützungselemente) die äußerste Verminderung an Kampfkraft darstelle, die als noch tragbares Risiko angesehen werden könne.<sup>9</sup> Größere Reduzierungen würden die VII. US-Armee ihrer Reserve berauben, Eingriffe in die Verbände der beiden US-Armeekorps erfordern und damit eine raumdeckende, zusammenhängende Vorverteidigung in den beiden Korpsbereichen

<sup>8</sup> Joint Chiefs of Staff.

<sup>9</sup> Botschafter Ruth, z. Z. Washington, teilte am 13. November 1985 über die trilateralen Konsultationen vom selben Tag mit: „Präsident Reagan hat schon in seinem Schreiben an den Bundeskanzler die Bedenken des Generalstabs gegen die Reduzierung von 13 000 Amerikanern gegen 30 000 Sowjets erwähnt und diese Bedenken geteilt. Es war klar, daß in dieser Frage die amerikanische Regierung nicht bereit war, sich zu bewegen und die Zustimmung zu einer Initiative von unserer Zustimmung zu der amerikanischen Reduzierungszahl 5 000 zu 11 500 abhängig machte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5277; VS-Bd. 14598 (500); B 150, Aktenkopien 1985.

in Frage stellen. Die sei angesichts der nicht absehbaren Reaktion der UdSSR im Rahmen des vorzuschlagenden Phase-I-Abkommens nicht vertretbar:

- Sollte die SU ihre Truppen so verringern, daß sie ihren bisherigen offiziellen Stärkeangaben entsprächen, würde sich das militärische Risiko verringern;
- wählt die SU jedoch den anderen denkbaren Weg, ganz oder teilweise neue (höhere) Zahlen vorzulegen, könnte sie die höheren bestehenden Truppenstärken beibehalten. In diesem Falle wäre das Risiko größerer US-Anfangsreduzierungen als 5000 Mann nicht tragbar.

Damit standen GB und wir vor der Wahl, auf eine Einigung – und damit auf eine MBFR-Initiative – ganz zu verzichten oder die US-Zahlen zu akzeptieren. Weitere Vorstöße für einen Zahlenkompromiß erwiesen sich als erfolglos, da die US-Seite erklärte, hierüber sei bereits eine Entscheidung des Präsidenten gefallen.

Briten und wir haben unter diesen Umständen die US-Zahlen akzeptiert, allerdings mit der Maßgabe, daß GB und wir den Vorschlag ohne Zahlen einführen und die USA selbst ihre Zahlen nennen und begründen.

### III. Bewertung

1) Die US-Zahlen sind verhandlungspolitisch unbefriedigend, weil sie den Vorschlag unausgewogen erscheinen lassen – geringe Anfangsreduzierungen einerseits und ein sehr strenges Verifikationsregime zum Zweck der Datenklärung andererseits. Dieser Nachteil ist jedoch geringer als der Schaden für die westliche Position in Wien, wenn die Allianz mangels eines Vorschlags handlungsunfähig würde. Es wäre im übrigen auch nicht in unserem längerfristigen Interesse, sicherheitspolitische Argumente der USA zu ignorieren.

2) Der Vorschlag ist uns nicht nur aus diesem Grunde wichtig, sondern weil er eine Reihe von wesentlichen Vorzügen hat:

- Das Phase-I-Konzept erlaubt, an den SU-Vorschlag anzuknüpfen, und eröffnet die Chance, starken Druck für substantielle Verhandlungen auszuüben;
- es erlaubt, die Allianz für Datenklärung durch Verifikation zu gewinnen (BSR-Beschluß, 13. Juli 1983)<sup>10</sup> und damit einen neuen Weg zur Lösung einer der strittigsten Kernfragen in Wien aufzuzeigen;
- gleichzeitig erlaubt phasenweises Vorgehen, weiterhin Datenklärung vor Folgereduzierungen zu fordern und
- den MBFR-Prozeß politisch wieder besser steuerbar zu machen als mit einem Gesamtabkommenskonzert wie 1982 und so den Zusammenhang zum West-Ost-Dialog und anderen Verhandlungsforen zu wahren.

3) Sicherheitspolitisch ist wichtig, daß der für die Bundeswehr inakzeptable CCS-Ansatz<sup>11</sup> (Reduzierung in Kampftruppen) damit vom Tisch ist.

Der neue Vorschlag gibt uns auch die Möglichkeit, die militärische Überprüfung im Military Committee zu Ende zu führen und ihre Ergebnisse für die Fortent-

<sup>10</sup> Für den Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 13. Juli 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 237.

<sup>11</sup> Zur Ablehnung des auf die Kategorien der Kampf- und Kampfunterstützungstruppen (Combat/Combat Support) beschränkten Ansatzes bei den für MBFR vorgesehenen Reduzierungen vgl. Dok. 280.



wicklung westlicher Überlegungen konventioneller Rüstungskontrolle zu nutzen.

4) Verhandlungspolitisch ist wichtig, daß der Westen die Initiative zurückgewinnen und durch die Akzentsetzung des Vorschlags die Verifikationsthematik in den Mittelpunkt der Verhandlungen rücken kann. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß die Allianz mit diesem Vorschlag ein einheitliches Verifikationskonzept vertreten kann.

5) Zum Abstimmungsprozeß bleibt nachzutragen, daß die deutsch-britische Zusammenarbeit sich hervorragend bewährt hat.

Zur Lage in Washington bleibt zu bedauern, daß das Pentagon nach wie vor seine restriktive Politik fortsetzt, AM Shultz sich zwar sehr für die deutsch-britische Initiative eingesetzt hat, aber unter den gegebenen Umständen das Gesamtergebnis nicht frei von Einfluß des Pentagon bleiben konnte.

Insgesamt ist die erzielte Einigung ein Anfangserfolg, der die westliche MBFR-Politik konzeptionell erneuert. Wir haben damit die Chance, diesen Erfolg auszubauen und diese Politik in unserem Sinne fortzuentwickeln.

Ruth

VS-Bd. 11455 (221)

309

## Bundesminister Genscher an Bundesminister Schäuble

413-371.80-SDI-1012/85 geheim

15. November 1985<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Kollege,

unter Bezugnahme auf den Beschluß des Bundessicherheitsrates vom 4. Oktober 1985 übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu dem Bericht über die Reise der SDI-Expertenkommission der Bundesregierung in die USA vom 4. bis 13. September 1985<sup>2</sup>.

Die Stellungnahme befaßt sich ausschließlich mit den Aussagen des Berichts; sie enthält keine Bewertung der außen- und sicherheitspolitischen Aspekte, die in der Erklärung des Bundessicherheitsrates vom 27. März 1985<sup>3</sup> aufgeführt sind.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

<sup>2</sup> Zur Reise einer SDI-Expertendelegation vom 4. bis 13. September 1985 in die USA vgl. Dok. 260, Anm. 3.

Für den Erfahrungsbericht der SDI-Expertendelegation vom 27. September 1985 vgl. VS-Bd. 14160 (010).

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Stellungnahme der Bundesregierung vom 27. März 1985 zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1985, S. 289 f. Vgl. dazu auch Dok. 87.

1601

Ich bitte darum, die Stellungnahmen der Ressorts auszutauschen, um sie in die abschließende Meinungsbildung zur Vorbereitung der Erörterungen im Bundessicherheitsrat einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Hans-Dietrich Genscher

[Anlage]

Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zum Bericht der SDI-Expertenkommission

1) Aufgrund des Beschlusses des Bundessicherheitsrats am 4. Oktober 1985 sind die BSR-Mitglieder gebeten worden, den Erfahrungsbericht der SDI-Expertenkommission zu prüfen. Die Prüfung nimmt die außenpolitische, insbesondere die allianz-, europa-, sicherheits- und rüstungskontrollpolitische Bewertung entsprechend dem BSR-Beschluß vom 27.3.85 nicht vorweg. Entsprechend dem Mandat der Expertendelegation, für die Entscheidungsfindung der Bundesregierung Informationen zu gewinnen, wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Sichtung der amerikanischen Erklärungen bez. Reichweite und Grenzen etwaiger amerikanischer Zusagen und deren Verbindlichkeitsgrad im Kontext amerikanischer Sicherheits- und Technologiepolitik gelegt.

2) Bewertung der einzelnen Berichtskapitel

2.1) Art und Umfang deutscher Beteiligung

2.1.1) Der Bericht kommt zu der insgesamt zutreffenden Feststellung, daß

- die USA keine Quoten zugesagt haben,
- nur Absichtserklärungen abgegeben haben,
- deutsche Unternehmen gegenüber amerikanischen Anbietern benachteiligt sind,
- die Unterwerfung von SDI-Forschungsaufträgen unter amerikanisches Recht und amerikanische Politik Einschränkungen für Auftragsvergabe und Nutzung der Forschungsergebnisse bedeuten kann.

Der Bericht äußert sich nicht zu den Aussichten deutscher Anbieter, mit welchen konkreten Aufträgen sie quantitativ und qualitativ rechnen können. Er äußert sich auch nicht zu der Frage, wie sich die Lage von Bewerbern aus Ländern darstellt, die sich negativ zu Regierungsvereinbarungen ausgesprochen haben.

Stellungnahme:

Die Frage des Auftragsvolumens und der Qualität übertragener Forschungsprojekte hat eine zentrale Bedeutung. SDIO hat erklärt, daß auf der Grundlage der vorhandenen Vereinbarungen der beiden Regierungen die sicherheits- und technologiepolitischen Interessen der USA nur eine bescheidene Vergabe von Forschungsaufträgen in die Bundesrepublik Deutschland zuließen.

In welcher Weise und in welchem Umfang mit einer Regierungsvereinbarung tatsächlich zusätzliche Forschungsaufträge in die Bundesrepublik Deutschland fließen, läßt sich aufgrund der erhaltenen Informationen nicht abschließend beurteilen.

Unsere wissenschaftlichen Experten sind zu dem Schluß gekommen, daß die USA auf eine ausländische Beteiligung grundsätzlich nicht angewiesen seien.

Die amerikanischen Gesprächspartner haben der Delegation gegenüber die Erwartung geäußert, daß der Abschluß einer Vereinbarung insbesondere eine stärkere Bereitschaft amerikanischer Auftraggeber (Industrie und Teilstreitkräfte) zur Auftragsvergabe und zur Überlassung auch sensibler Programminformationen, wie z. B. Architekturstudien, zur Folge haben werde.

Die USA haben andererseits auch erklärt, daß sie für die Realisierung ihres Programms alles im Westen verfügbare Wissen, d. h. vor allem ausländische Spitzenforschung, „pockets of excellence“, nutzen möchten.

Dies geht auch aus der Weinberger-Einladung vom 27.3.1985<sup>4</sup> hervor. Sie macht klar, daß es den USA um schnellstmögliche und kostengünstigste Durchführung des SDI-Forschungsprogramms geht und sie daher freien Zugang zu europäischer Forschung anstreben.

Die USA sind an einer Zusammenarbeit mit den Europäern dort, wo diese technologisch qualifiziert sind, sowie an einer politischen Unterstützung ihres Forschungsprogramms interessiert. Andererseits sind dieser Zusammenarbeit aus der sicherheitspolitischen und technologischen Interessenlage der USA Grenzen gesetzt. Deshalb sind sie gegenüber der Delegation keine Festlegungen eingegangen, sondern haben sich auf Absichtserklärungen beschränkt.

#### 2.1.2) Gründe

Die USA – und hier insbesondere DoD<sup>5</sup> – haben bislang unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen und gestützt auf amerikanische Gesetzgebung die internationale Kooperation im Hochtechnologiebereich restriktiv gehandhabt.

1) Die Inangriffnahme von zukunftsweisenden Hochtechnologieprogrammen mit erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung durch das DoD (z. B. Very-High-Speed Integrated Circuits Program; Software Technology Program; Strategic Computing Program) war Reflex der Erkenntnis, daß Militärtechnologien in den letzten Jahren überwiegend aus zivilen Neuentwicklungen hervorgingen und nach Ansicht des DoD nur eine streng abgeschottete Entwicklung im militärischen Rahmen Gewähr dafür bot, den Abfluß von Spitzentechnologien in Ostblockländer zu verhindern. Westeuropäische Mikroelektronikfirmen, darunter deutsche, haben, soweit bekannt, ohne Erfolg versucht, sich am VHSIC-Programm zu beteiligen.

2) Im deutsch-amerikanischen „Zweibahnstraßenabkommen“ von 1978<sup>6</sup>, das zu einem gleichgewichtigeren Austausch von Militärtechnologie beitragen sollte,

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner; Dok. 82, Anm. 5.

<sup>5</sup> Department of Defense.

<sup>6</sup> Für die am 17. Oktober 1978 von Bundesminister Apel und dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown unterzeichnete Vereinbarung über Grundsätze der gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, Fertigung, Beschaffung und der logistischen Unterstützung von Wehrgerät vgl. VS-Bd. 9563 (201).

Ministerialdirektor Bertele legte am 23. Oktober 1985 dar, das Zweibahnstraßenabkommen (ZA) scheine „sowohl wegen der Unterschiedlichkeit des Gegenstandes, der in ihm behandelt wird, als auch wegen der Unanwendbarkeit seiner spezifischen Regelungen als Grundlage für eine Beteiligung

konnten selbst bei zweiseitig finanzierten Projekten nur Bemühensklauseln vereinbart werden. Inwieweit jüngere Entwicklungen, z.B. die Novellierung des Export Administration Act, Zugeständnisse der USA uns gegenüber im Bereich der Trägertechnologie oder erfolgreiche deutsche Interventionen für die Freigabe einzelner Exporte eine gewisse Lockerung der restriktiven Technologiepolitik bedeuten, bleibt abzuwarten.

3) Die USA haben, wohl aufgrund guter Erfahrungen mit deutschen Spitzenforschern bei der Realisierung zukunftsweisender Technologieprogramme, ein wirkliches Interesse an deutscher Beteiligung, vor allem auch bei der Behandlung systemübergreifender Fragestellungen. Die USA sind – und dies entspricht der Einschätzung der wissenschaftlichen Experten der Delegation – grundsätzlich auf eine ausländische Mitwirkung nicht angewiesen. Auch der innenpolitische Druck, zunächst amerikanische Auftragnehmer zu bedenken, und die „next door policy“ bei der Vergabe von Unteraufträgen, müssen als einschränkende Faktoren berücksichtigt werden.

4) Rechtliche Einschränkungen ergeben sich insbesondere aus dem Defense Appropriation Act von 1973 (Vergabe an ausländische Unternehmen nur in Fällen von Kostenvorteilen) und der Geheimeinstufung der meisten DoD-Projekte. Die Industrial Security Regulations lassen z.B. eine Vergabe an eine ausländische Tochterfirma in den USA nicht zu, wenn diese nicht wirksam gegen ausländische Beeinflussung abgeschirmt ist. Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen haben deutsche Tochterunternehmen aufgrund einer Ergänzungsvereinbarung von 1980 zwar grundsätzlich die Möglichkeit, eine Sicherheitsermächtigung der US-Administration zu erhalten. Dennoch ist es in den Verhandlungen über eine neue Geheimschutzvereinbarung<sup>7</sup> bisher nicht gelungen, die in der Praxis fortbestehende Benachteiligung deutscher gegenüber amerikanischen Firmen, z.B. beim Zugang zu Informationen in sicherheitsrelevanten Bereichen, zu beseitigen.

## 2.2) Information, Aufträge, Preise

2.2.1) Der Bericht gibt den Eindruck wieder, daß die amerikanische Bereitschaft, Informationen zur Verfügung zu stellen, im Hinblick auf deren Qualität und Umfang von der amerikanischen Einschätzung einer „deutschen Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm“ abhängen wird. Der Bericht zitiert in die-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1603*

der deutschen Industrie am SDI-Programm nicht direkt anwendbar: Seine Finalität erlaubt auch keine analoge Anwendung des Abkommens insgesamt. [...] Abt. 5 ist der Ansicht, daß wir den Gedanken, eine deutsche SDI-Beteiligung durch eine Weiterentwicklung des ZA abzusichern, nicht weiterverfolgen sollten.“ Vgl. VS-Bd. 13760 (014); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Referat 512 faßte am 30. Oktober 1984 zusammen: „Seit Anfang 1983 verhandeln wir mit den USA über eine neue, umfassende Allgemeine Sicherheitsvereinbarung zum gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen, die als Notenwechsel abgeschlossen werden soll. Dieses Abkommen nebst einem umfangreichen Industrial Security Protocol soll das alte Geheimschutzabkommen von 1960 ablösen, das sich nur auf die Landesverteidigung bezog und 1978 durch ein Industrieprotokoll ergänzt worden war. [...] Die weiterhin fehlende völlige Gleichstellung deutscher mit amerikanischen Firmen bei VS-Ermächtigungen im Zusammenhang mit Rüstungsaufträgen bedeutet Wettbewerbsnachteile und eine Einschränkung des Technologietransfers aus den USA in die Bundesrepublik Deutschland. Diese Nachteile müssen jedoch weiterhin in Kauf genommen werden, weil das neue Abkommen als solches wegen seines umfassenden Charakters einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt bedeutet. Abkommen vergleichbarer Art und Qualität haben die USA bisher nur mit GB, NL, KAN und DK.“ Vgl. Referat 512, Bd. 169117.

sem Zusammenhang konkret die Einrichtung von Kontaktstellen beider Regierungen als ein Element einer solchen Beteiligung. Eine wirtschaftlich lohnende Beteiligung an der Durchführung von SDI-Programmen wird – dem Bericht ist hierin zu folgen – ohne die erforderlichen Kenntnisse von Daten des Programms, aber auch Informationen über die Architektur, nicht bzw. nur in Ausnahmefällen möglich sein. Dies und der allgemeine Informationsgewinn über absehbare Technologietrends sind die entscheidenden Gesichtspunkte, insbesondere für die deutsche Großindustrie.

Stellungnahme:

Der Bericht enthält keine Hinweise, wie diese Fragen für andere Länder geregelt sind, insbesondere, ob dort ähnliche Voraussetzungen verlangt werden. Das gleiche gilt für die Erklärung von SDIO, daß die Bundesregierung Verantwortung wenigstens für die Weiterleitung von Geheiminformationen übernehmen und dafür einen Kanal schaffen müßte.

Es muß unterstrichen werden, daß

- die amerikanische Politik zur Weitergabe von Informationen im Zusammenhang mit der amerikanischen Vergabepolitik steht,
- die USA darauf hingewiesen haben, daß sich aus der Sensitivität der SDI-Daten u. a. erhebliche rechtliche und politische Transferbeschränkungen ergeben können.

Der Bereitschaft der USA „zur Information deutscher Partner über alle Daten, die für eine volle Beteiligung an vereinbarten Kooperationsprogrammen und Verträgen benötigt werden“, kann unter diesen Rahmenbedingungen nur beschränktes Gewicht zukommen. Die bisherigen Gespräche erlauben es nicht, festzustellen, ob und in welchem Umfang die USA für den Fall staatlicher Vereinbarungen

- bereit sind, auch geheime Informationen über den bisherigen – von der deutschen Industrie als restriktiv empfundenen – Umfang hinaus mitzuteilen,
- deutsche Expertenbesuche in amerikanischen Forschungseinrichtungen auch außerhalb eines konkreten Forschungsauftrags gestatten wollen,
- für Teile der SDI-Forschung eine allgemeine Informationssperre vorsehen.

Der Bericht läßt ferner nicht erkennen, ob die amerikanische Regierung aus eigenem Recht auch Daten transferieren kann, die mit finanzieller Regierungsunterstützung gewonnen worden sind.

#### 2.2.2) Gründe

Die gesetzlichen Bestimmungen der USA zur Überwachung von militärisch relevanten Informationen erlauben scharfe Kontrollen, die bei extensiver Auslegung des Schlüsselbegriffs der nationalen Sicherheit zu einer Informationsverweigerung führen könnten.

Die rechtlichen Möglichkeiten, auf die sich DoD stützen kann, ergeben sich u. a. aus folgenden Bestimmungen:

- Als Einschränkung des Freedom of Information Act hat der Kongreß 1983 das DoD ermächtigt, die Freigabe in öffentlicher Verfügung stehender Daten dann abzulehnen, wenn sie für die militärische Rüstung verwendet werden können.

- Durch präsidientellen Erlaß von 1982 können Regierungsstellen Informationen zum Schutz der nationalen Sicherheit als geheim einstufen.
- Aufgrund der Ausführungsverordnung zum US-Außenwirtschaftsgesetz (General Technical Data Restricted) kann die Genehmigung eines großen Teils des bei SDI angestrebten Informationstransfers, falls er genehmigt wird, an strenge Auflagen gebunden werden.

Ob es durch staatliche Vereinbarungen möglich ist, die in den Bundesbeschaffungsregeln (Federal Acquisition Act) enthaltenen Grundsätze für die Zuordnung der Rechte an technischen Daten zwischen Behörden und auftragnehmenden Unternehmen zu verbessern, und ob dem Informationstransfer u.U. zusätzliche Schutzrechte Dritter entgegenstehen, kann dem Bericht nicht entnommen werden.

### 2.3) Technologietransfer (TT)

2.3.1) Amerikanische Zusagen zum Technologietransfer werden nur für den von uns nicht ins Auge gefaßten Fall gemeinsam finanzierter Projekte – und auch hier nur für die militärische Verwendung – im Bericht wiedergegeben. Im übrigen stellt der Bericht fest, daß die USA in einer Regierungsvereinbarung zusagen würden, die für den Export von Forschungsergebnissen erforderlichen Genehmigungen wohlwollend zu prüfen.

Stellungnahme:

Der Bericht gibt zwar keine Auskunft, welcher TT gemeint ist. Es ist aus dem Bericht jedoch zu schließen, daß die USA über die Überlassung von Programminformationen hinausgehende Zusagen zum Transfer von Forschungsergebnissen, an denen deutsche Partner nicht beteiligt gewesen sind (allgemeiner TT), nicht gegeben haben. D.h., TT soll sich offenbar nur auf teilweisen Rücktransfer erbrachter deutscher Leistungen beziehen.

Angesichts der Tatsache, daß amerikanische Auftragnehmer die technisch anspruchsvollsten SDI-Projekte mit den zu erwartenden militärischen und zivilen spin-offs durchführen, kommt dieser Frage technologiepolitisch und volkswirtschaftlich eine erhebliche Bedeutung zu.

Die in dem Bericht hervorgehobene Bereitschaft der USA zur wohlwollenden Ausübung der Exportkontrolle hat deshalb nur da Bedeutung, wo die US-Regierung selbst kein Verfügungs- oder Zustimmungsrecht zur Weitergabe von SDI-Forschungsergebnissen hat.

### 2.3.2) Gründe

- Die USA gehen davon aus, daß es sich bei der SDI-Forschung um einen Käufermarkt handelt, bei dem für ein Produkt ein Preis gezahlt wird. Dies und das legitime Interesse der USA, zunächst selbst von den spin-offs der SDI-Forschung zu profitieren, lassen verständlich erscheinen, daß es keine Zusagen für einen allgemeinen TT gibt.
- In der Regel übertragen amerikanische Unternehmen der US-Regierung bei Forschungsaufträgen eine nicht ausschließliche weltweite Lizenz für Regierungszwecke. Die US-Behörden haben damit prinzipiell auch eine Verfügungsbefugnis über alle in Ausführung eines Auftrages erstellten technischen Daten, Zeichnungen, Computersoftware u.ä. Diese Befugnis scheint allerdings von der Höhe der Eigenbeteiligung amerikanischer Auftragnehmer abzu-

hängen und bei Übertragung an Dritte auf spezifische Programmw Zwecke beschränkt zu sein. Zusagen für einen allgemeinen TT wären damit (teilweise) auch durch Schutzrechte Dritter beschränkt.

- Will ein US-Unternehmen selbst an Ausländer übertragen, kann, abhängig von einzelvertraglichen Vereinbarungen, ein staatliches Zustimmungsrecht bestehen. Die US-Regierung wird ihre Zustimmung vermutlich unter den gleichen Gesichtspunkten ausüben, als wäre sie selbst Eigentümer der Technologie.

#### 2.4) Nutzungs- und Verwertungsrechte

2.4.1) Der Bericht stellt eingangs fest: „Die amerikanische Aussage zu den Eigentumsrechten ist befriedigend; die Rechtslage entspricht der unsrigen.“

Stellungnahme:

Die USA haben ihre Bereitschaft zu einer Goodwill-Erklärung bekundet, deutsche Firmen bei der Vertragsgestaltung hinsichtlich der Nutzungs- und Verwertungsrechte wie US-Firmen zu behandeln. Die Stellungnahme des Berichts ist insofern unvollständig, als eine Gleichbehandlung in der schriftlichen Beantwortung unserer Fragen vom 5.9. aber nur auf gemeinsam finanzierte Forschungsprojekte beschränkt ist, an die hier nicht gedacht ist.

Für den Fall amerikanischer Vollfinanzierung von Forschungsprojekten haben die USA erklärt, daß die US-Regierung bestimme, was kommerziell oder für andere militärische Zwecke genutzt werden könne.

Die von einem Teil der wissenschaftlichen Experten erhobene Forderung, daß in deutschen Laboratorien erzeugtes Wissen in beiden Ländern gleichermaßen müßte genutzt werden können, kann durch Hinweis auf die amerikanische Gesetzgebung, internationale Verpflichtungen und Schutzrechte Dritter relativiert werden.

Eine Gleichbehandlung scheint dem Sinne der Bestimmungen nach auf eine Verwertung der technischen Daten in den USA beschränkt zu sein. Offen ist, ob die USA bereit sind,

- auf ausländerspezifische Vergabebedingungen zu verzichten,
- neben der militärischen auch die kommerzielle Nutzung von Forschungsergebnissen zuzugestehen,
- die aus Gründen des Geheimschutzes notwendigen Einschränkungen nur in dem unbedingt erforderlichen Umfang und nach Konsultationen vorzunehmen.

#### 2.4.2) Gründe

a) Aufgrund bisheriger Erfahrungen muß, insbesondere bei sensiblen Forschungsvorhaben, damit gerechnet werden, daß die USA unter Berufung auf die Geheimhaltungsbedürftigkeit kommerzielle Verwertung, Veröffentlichung und Übertragung an Dritte in erheblichem Umfang einschränken. Das Weiße Haus hat zwar kürzlich Garantien für die freie Verwertung von Ergebnissen der „fundamental research“ abgegeben, doch beziehen sich diese lediglich auf die universitäre, in den USA betriebene Forschung. Diese Erklärung gilt insoweit allerdings allgemein und bedarf deshalb nicht staatlicher Vereinbarungen.

Die Zuteilung von Nutzungsrechten zwischen DoD und amerikanischer Industrie ist seit Jahren umstritten. Auch bei formaler Gleichbehandlung amerikanischer und deutscher Auftragnehmer ist angesichts der Sensitivität einzelner Forschungsdaten nicht auszuschließen, daß sich dieser Grundsatz nur auf die Nutzung in den USA beziehen wird.

Außerdem scheinen – im Gegensatz zum Gleichbehandlungsprinzip – die Vergabebedingungen für amerikanische Auftragnehmer gewisse Erleichterungen zu enthalten.

Hinsichtlich der Patentrechte erwirbt im Prinzip der in- und ausländische Auftragnehmer das Eigentum. Bei Auftragsvergaben ins Ausland soll die US-Regierung jedoch vertraglich sicherzustellen suchen, daß die Hauptrechte auf die US-Regierung übergehen. Für die Übertragung einer mit öffentlichen Mitteln geförderten Erfindung enthalten die Bundesbeschaffungsregeln eine Bestimmung, nach der der amerikanischen Industrie Vorrechte für die Ausnutzung der Erfindung eingeräumt werden sollen und die Herstellung der Produkte im wesentlichen in den USA zu erfolgen hat.

## 2.5) Geheimschutz

2.5.1) Der Bericht läßt nicht erkennen, aus welchen Gründen eine Zusammenarbeit nicht auf der Basis bestehender Vereinbarungen (insbesondere Geheimschutzvereinbarung vom 23.12.1960) abgewickelt werden kann. Die USA haben erklärt, daß auf der Grundlage des Geheimschutzabkommens deutsche Anbieter sich sowohl um nichtklassifizierte wie klassifizierte Aufträge bewerben könnten. Vorbehaltlich weiterer Äußerungen der USA trifft insofern die Stellungnahme des Berichtes, daß die geltenden Vorschriften auch für SDI angewandt (und ggf. fortentwickelt) werden könnten, zu.

### Stellungnahme:

Eine generelle Ausweitung und Verschärfung des Abkommens ist wegen der zu befürchtenden Auswirkungen auf andere Bereiche der Zusammenarbeit problematisch. Von SDIO wurde erklärt, die USA wünschten eine deutsche Zusage, um unsere „Fähigkeit“ im Geheimschutz durch Beauftragte überprüfen zu können. Zu diesem Wunsch ist zu bemerken, daß gegenseitige Besuche von Sicherheitsexperten bereits in einem Notenwechsel im Jahre 1982 (in Ergänzung der Vereinbarung von 1960) vereinbart wurden. Die amerikanische Seite mußte ggf. darlegen, weshalb die bereits bestehende Regelung nicht ausreicht.

Die USA können nach geltendem Recht technische Informationen, die der Regierung gehören, von ihr oder für sie erzeugt werden, als geheim einstufen (auch nachträglich). In Teilbereichen, wie z.B. in den deutsch-amerikanischen Verfahrensbestimmungen für die gegenseitige Anmeldung geheimhaltungsbedürftiger Patente, bestehen bereits (formale) Klassifizierungsregeln. Die Abkommen enthalten keine Entschädigungsregelung z.B. bei nachträglicher Verschärfung der Einstufung.

## 2.6) Sonstiges

Eine relevante Aussage über eine mögliche Anpassung der bestehenden Ressortvereinbarung über Rüstungskooperation von 1978 („Zweibahnstraßenvereinbarung“) macht der Bericht nicht.



### 3) Die vier Punkte der Regierungserklärung vom 18.4.1985<sup>8</sup>

#### 3.1) Gewährleistung fairer Partnerschaft und freien Austausches der Erkenntnisse

Partnerschaft und Austausch der Erkenntnisse erscheint auf dem „Käufermarkt SDI-Forschung“ problematisch. Die USA kaufen Forschungsleistungen und erwerben daran die Rechte, die sie für ihr Forschungsprogramm benötigen. Das wird für die Auftragsvergabe maßgeblich sein. Das erklärt auch, warum bisher keine Benachteiligung von Firmen bekanntgeworden ist, deren Regierungen eine staatliche Vereinbarung ablehnen. Übrige Verwertungsrechte können entsprechend den Einzelabsprachen vom Auftragnehmer genutzt werden.

Allerdings liegt jetzt eine Erklärung der amerikanischen Botschaft vor, daß Firmen aus Ländern, die eine irgendwie geartete Vereinbarung geschlossen haben, mit bevorzugter Auftragsvergabe rechnen können. Das würde die Bedeutung des Begriffs „Käufermarkt“ einschränken.

#### 3.2) Keine technologische Einbahnstraße

Die entscheidende Frage ist, ob der Bindung von deutschen Forschungsressourcen für SDI-Vorhaben eine adäquate technologische Gegenleistung der USA gegenübersteht.

Einerseits laden die USA, soweit ersichtlich, zum ersten Male in jüngster Zeit ausländische Firmen ein, sich um Teile eines militärischen Hochtechnologieprogramms zu bewerben. Stimmen aus der deutschen Industrie sehen Möglichkeiten, Know-how zu erwerben und Informationen zu erhalten, die es ermöglichen würden, auf Fachgebieten mitzuhalten, deren Entwicklung von den USA bestimmt wird. Hieraus und aus negativen Erfahrungen in der bisherigen Rüstungskooperation resultiert ihr Interesse am Abschluß einer Rahmenvereinbarung.

Andererseits werden die USA Nutzungs- und Verwertungsrechte – abhängig von der von ihnen bestimmten Sensitivität der Forschung – nur mit Auflagen einräumen. Hinsichtlich des Transfers von Technologien, an deren Entwicklung deutsche Partner nicht beteiligt wären, haben die USA keine Zusagen gemacht, was nach der gegebenen Rechtslage in den USA auch allenfalls nur bedingt möglich wäre.

#### 3.3) Sicherung eines in sich abgeschlossenen Forschungsgebiets

Eine gewisse amerikanische Bereitschaft, ausländischen Auftragnehmern auch die Bearbeitung eines abgeschlossenen Forschungsgebietes (ohne daß es sich hierbei um abgeschlossene Teile des Programms handelt) zu übertragen, besteht. Entsprechende Forschungsarbeiten würden die USA jedoch kompetitiv mit US-Firmen vergeben; sie haben dies an einigen Beispielen (Infrarotdetektoren, Elektromagnetische Kanone) erläutert.

Aussagen, ob und inwieweit bereits in der jetzigen Forschungsphase US-seitige Auftragsbeschränkungen mit Rücksicht auf den ABM-Vertrag zu erwarten sind, sind ohne tieferen Einblick in den Stand des SDI-Programms nicht möglich.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

Dies bedeutet, daß die USA – zum einen aus sicherheitspolitischen, zum anderen jedoch technologiepolitischen Gründen – von einer Vergabe umfassender Forschungsarbeiten (etwa programmrelevanter Komponenten) an ausländische Auftragnehmer absehen werden.

#### 3.4) Einfluß auf das Gesamtprojekt

Die Regierungserklärung vom 18.4. stellt den „Einfluß auf das Gesamtprojekt“ auch in eine Verbindung mit der Übernahme eines in sich abgeschlossenen Forschungsgebiets (vgl. hierzu Ziff. 3.3). Auf Einflußmöglichkeiten hinsichtlich der Entscheidung über Management, Architektur oder gar die einzelnen Programmphasen, die aufgrund der amerikanischen Gesamtverantwortung praktisch ausscheiden dürften, wird nicht abgehoben.

Auch bei Durchführung von qualitativ und quantitativ nennenswerten Forschungsprojekten durch deutsche Unternehmen ist mit einer erheblichen deutschen Einflußnahme auf das Gesamtprojekt nicht zu rechnen.

#### 4) Zusammenfassende Bewertung

4.1) Bei Bewertung der Frage, ob politische Gründe im deutsch-amerikanischen Verhältnis für den Abschluß einer Rahmenvereinbarung sprechen, ist von Bedeutung, daß die Bundesrepublik Deutschland die SDI-Forschung der USA durch zwei umfassende politische Erklärungen unterstützt hat. Im übrigen hat AM Shultz erklärt, daß die Haltung der NATO-Partner in der Frage einer Teilnahme kein Test für Bündnistreue ist.

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie ihre Entscheidung in der Frage der SDI-Forschungsbeteiligung mit interessierten europäischen Verbündeten abstimmen will und daß sie sich hierbei nicht von anderen europäischen Partnern singularisieren lassen werde.<sup>9</sup> Sie hat ferner mehrfach festgestellt, daß aufgrund unserer liberalen Wirtschaftsordnung Industrie und Forschung frei seien, sich am amerikanischen Forschungsprogramm zu beteiligen.

Hier gegebene Bewertungen erfolgen unbeschadet einer noch ausstehenden Stellungnahme zu den außenpolitischen, insbesondere allianz-, europa-, sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Aspekten von SDI.

4.2) Eine Analyse des Berichtes sowie mit der Gesamtproblematik verbundene Äußerungen der USA stellen uns vor die Frage, ob und ggf. in welcher Form eine staatliche Vereinbarung die Chancen unserer Industrie zur Kooperation bei dem SDI-Forschungsprogramm verbessern wird. Sowohl SDIO wie Vertreter der deutschen Industrie haben ihr Interesse an einer staatlichen Verständigung bekundet. Der Form messen beide eine untergeordnete Bedeutung bei. Bezüglich des Inhalts gibt es jedoch Zieldivergenzen: Während General Abrahamson in einer Rahmenvereinbarung überwiegend eine Sammlung von Absichtserklärungen (mit Ausnahme des Geheimsschutzes und möglicher admini-

<sup>9</sup> Referat 209 berichtete am 25. September 1985 über eine Sitzung des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestags vom selben Tag, Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, habe zur Reise der von ihm geleiteten SDI-Expertengruppe vom 4. bis 13. September 1985 in die USA dargelegt: „Großbritannien sei am weitesten fortgeschritten in seinen Verhandlungen mit den USA. Sein Verteidigungsministerium trete als Agentur auf, seine Industrie sei weitgehend staatlich. Frankreich verfolge eine Industrie-Kooperation, eine Reihe von Projekten der Kooperation mit staatlichen Firmen stehe bereits an. Israel habe bereits zehn Projekte vereinbart. Wir wären daher nicht singularisiert.“ Vgl. VS-Bd. 12044 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

strativer Strukturen) sieht, wünscht die deutsche Industrie die Aushandlung eines Textes, der ihr konkrete Zusicherungen gibt. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, Herr S. Mann, hat die Bereiche genannt, in denen die Bundesregierung privatwirtschaftliche Interessen der Industrie absichern sollte. Es handelt sich um die Informationsgewinnung, den Technologietransfer, die privatwirtschaftliche Nutzung, die Geheimhaltung, die Eigentumsrechte sowie Preisbildung und Preisprüfung. Herr Mann hat allerdings auch davor gewarnt, bei Verhandlungen über ein Abkommen „einzelne Forderungen nicht so zu überziehen, daß die Amerikaner einen förmlichen Rahmen ablehnen“ müßten.<sup>10</sup> Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß Verhandlungen über Materien dieser Art einen nicht unerheblichen Zeitbedarf erfordern.

4.3) Es kann derzeit nicht beurteilt werden, in welchem Umfang deutsche Bewerber bei amerikanischen Ausschreibungen konkurrenzfähig (Qualität, Lieferzeit, Preis) sind. Diese Konkurrenzfähigkeit und damit das Ausmaß der Beteiligung der deutschen Industrie wird von der amerikanischen Regierung auf der Grundlage von Ausschreibungen festgestellt. Dort, wo ein ausgesprochenes amerikanisches Interesse besteht, wird es aus verständlichem amerikanischem Interesse zu einer Zusammenarbeit auch ohne staatliche Hilfestellung kommen. Die jüngsten Erklärungen zur Bevorzugung von Firmen aus Ländern, die eine Rahmenvereinbarung abschließen, müssen auch in diesem Zusammenhang gesehen werden.

4.4) Es ist nicht abschließend zu beurteilen, ob die von Vertretern der deutschen Industrie zugunsten einer Rahmenvereinbarung vorgetragenen Wünsche durch eine Rahmenvereinbarung erfüllt werden können. Es ist vor allem offen, ob die Zurückhaltung der USA, Zusicherungen hinsichtlich Auftragsvergabe, Informationszugang, TT oder Nutzungsrechten abzugeben, eine von dem Abschluß einer Rahmenvereinbarung ausgehende substantielle Lockerung ihrer restriktiven Politik in einem sensitiven Hochtechnologiebereich wie SDI erwarten läßt.

In jedem Fall würde eine entsprechende Vereinbarung rechtlich und sachlich eine komplizierte Verhandlungsmaterie darstellen und auf beiden Seiten die Einschaltung mehrerer Ressorts notwendig machen. Die Verhandlungen würden einen nicht unerheblichen Zeitbedarf in Anspruch nehmen.

4.5) Auch andere europäische Regierungen stehen vor denselben Fragen wie die Bundesregierung. In der WEU sind deshalb enge Konsultationen mit dem Ziel vereinbart worden, eine Antwort auf die amerikanische Einladung zur Be-

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel faßte am 16. August 1985 die Ergebnisse eines SDI-Workshops zusammen, der am Vortag in Euskirchen stattgefunden hatte und an dem der Hauptgeschäftsführer des BDI, Siegfried Mann, und Vertreter dreier weiterer Industrieverbände teilgenommen hatten: „Die Industrievertreter bezeichneten ein förmliches Regierungsabkommen als die möglicherweise optimale Lösung, machten aber auch Einschränkungen und Bedingungen deutlich. Einerseits sei die förmliche Bindung der Bundesregierung wünschenswert, damit der deutschen Industrie ein amtlicher Schutz bei der Übernahme von Aufträgen gegenüber der US-Administration gewährt werde; andererseits sollten bei Verhandlungen über ein Abkommen ‚einzelne Forderungen nicht so überzogen werden, daß die Amerikaner einen förmlichen Rahmen ablehnen‘ müßten. [...] Regelungsbedürftig seien dagegen der Geheimschutz, die Eigentums- und Nutzungsrechte, das Preisrecht und eine Gleichstellung deutscher mit amerikanischen Auftragnehmern.“ Vgl. Referat 201, Bd. 151245.

teilung am SDI-Forschungsprogramm so weit wie möglich zu koordinieren.<sup>11</sup> Die Konsultationen in der WEU dauern an.<sup>12</sup> Bisher haben kein Mitgliedstaat der WEU und kein anderer europäischer Staat eine Vereinbarung mit den USA auf Regierungsebene abgeschlossen. Alle WEU-Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, haben aber deutlich gemacht, daß sie es ihren Firmen und Forschungseinrichtungen grundsätzlich freistellen, sich um Aufträge im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms zu bewerben.

Die amerikanische Interessenlage spricht dafür, daß Aufträge an ausländische Unternehmen und Institute dann vergeben werden, wenn man sich davon vor allem auch zeitliche Vorteile für die Durchführung des SDI-Programms verspricht.

4.6) Zusammenfassend kann festgestellt werden:

Die Freiheit deutscher Unternehmen und Forschungsinstitute, sich auf jeden Fall an dem SDI-Forschungsprogramm zu beteiligen, ist gegeben.

Ob angesichts der dargestellten Rechtslage in den Vereinigten Staaten, der deutsch-amerikanischen Vertragslage und der früher von den USA geübten Praxis zusätzliche Vereinbarungen, unabhängig von ihrer Rechtsform, eine Verbesserung der Lage deutscher Unternehmen oder Forschungsinstitute erwarten lassen oder nicht und ob solche Vereinbarungen durch den Umfang der zu erwartenden Aufträge gerechtfertigt werden, muß letztlich aus forschungspolitischer, technologischer und wirtschaftlicher Sicht entschieden werden. Dafür ist von Bedeutung, ob die jüngste Erklärung der amerikanischen Botschaft konkretisiert werden kann.

Danach ist dann die abschließende Entscheidung unter den Gesichtspunkten des Bundessicherheitsratsbeschlusses vom 27. März 1985 und der Stellungnahme der anderen Ressorts zu treffen, wobei auch die Frage, ob andere vergleichbare europäische Staaten sich gleich oder ähnlich verhalten, ebenso von

<sup>11</sup> Zu den Beratungen der SDI-Arbeitsgruppe der WEU vgl. Dok. 174, Anm. 15 und 16.

Referat 209 hielt am 23. September 1985 fest: „Eine AG aus Vertretern der Hauptstädte hat einen Zwischenbericht zur amerikanischen Einladung zur SDI-Forschungszusammenarbeit beraten. Der Ständige Rat hat ihn jedoch am 17.9. noch nicht verabschieden können. Er erfüllt das Mandat (‚Koordinierte Reaktion‘) nicht. Wir setzen uns deshalb für die Fortsetzung der Arbeit der AG ein. Dabei geht es uns nicht nur um die Glaubwürdigkeit der Wiederbelebung der WEU, sondern auch um die Erhaltung eines nützlichen Forums zur Information über den jeweiligen Gesprächsstand mit den USA.“ Vgl. VS-Bd. 12971 (203); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>12</sup> Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 17. November 1985 über die WEU-Ministerratstagung am 14. November 1985 in Rom, die „erstmalig als Gymnich-type-Treffen“ stattgefunden habe. WEU-Generalsekretär Cahen habe über die Tätigkeit der vom Ständigen WEU-Rat eingesetzten SDI-AG informiert, die sich „in einem schriftlichen Zwischenbericht mit den politisch-strategischen Implikationen von SDI und den mit einer Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm verbundenen Fragen befaßt“ habe. Hinsichtlich der möglichen Beteiligung „sei bei dem Gedankenaustausch deutlich geworden, daß MS bedingt durch individuelle oder internationale Erwägungen unterschiedliche Entscheidungen treffen würden“. Der italienische Außenminister Andreotti habe bekräftigt, daß „bei faktischen Nuancierungen im Detail Konvergenz der verschiedenen Optionen festzustellen sei. Was die Beteiligung der Firmen angehe, so sei die Rechtslage der MS gegenüber den USA nicht identisch. Jeder MS solle diese so gestalten können, wie es seiner Rechtsordnung entspreche.“ Es sei beschlossen worden, den Meinungsaustausch „über unterschiedliche Vertragslage in einzelnen MS“ mit den USA im Ständigen Rat fortzusetzen, wobei der französische Außenminister Dumas unwidersprochen hervorgehoben habe, es „dürften bestimmte Themenbereiche (gemeint waren polit[isch]-strateg[ische] Implikationen) dabei nicht ausgeschlossen werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2094/2095; Referat 010, Bd. 178933.

Bedeutung ist wie die strikte Beachtung des ABM-Vertrages in der bisherigen Interpretation<sup>13</sup>.

Genscher

VS-Bd. 14160 (010)

## 310

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zia ul-Haq in Maskat

17. November 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM mit pakistanischem Staatspräsidenten Zia ul-Haq, Oman, 17.11.85<sup>2</sup>

Das ca. 40minütige Gespräch diente der Erörterung der Entwicklung in der Region einschließlich Afghanistan, dem Stand und den Perspektiven des irakisch-iranischen Krieges sowie bilateralen Fragen, zu denen insbesondere die Zusammenarbeit im technologischen Bereich einschließlich Angebot der Fa. Siemens, gehörten.

*Zia* bedauerte Absage Bonn-Besuchs<sup>3</sup>. Absage sei wegen kritischer innenpolitischer Entwicklung unumgänglich gewesen. Entwicklung habe inzwischen zu befriedigenden und positiven Ergebnissen geführt.<sup>4</sup>

*BM* drückte Hoffnung aus, daß Besuch bald nachgeholt wird.

<sup>13</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279 und Dok. 283.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Sudhoff am 21. November 1985 gefertigt, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Keil nach Rückkehr und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach verfügte.

Hat Pfetten-Arnach vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der Feierlichkeiten zum fünfzehnjährigen Thronjubiläum des Sultans Qabus ibn Said al-Said vom 16. bis 19. November 1985 in Oman auf.

<sup>3</sup> Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Islamabad, informierte am 14. Oktober 1985 zu dem für die Zeit vom 16. bis 19. Oktober 1985 geplanten Aufenthalt: „StS Naik bat mich am 14.10. zu sich und teilte mit, daß Präsident Zia zu seinem großen Bedauern wegen der innenpolitischen Lage seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland verschieben müsse. Präsident Zia habe sich [...] angesichts der Diskussion um das Indemnitätsgesetz, das für endgültige Aufhebung des Kriegsrechts bis Ende des Jahres entscheidend sei, entschlossen, im Lande zu bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 908; Referat 340, Bd. 136893.

<sup>4</sup> Botschafter Berendonck, Islamabad, teilte am 3. November 1985 mit: „In den Abendstunden des 31. Oktober verabschiedete der Senat, das ‚Oberhaus‘ der pak[istanischen] Legislative, das sog. Indemnitätsgesetz [...], das eine wesentliche Voraussetzung für die Aufhebung des Kriegsrechts bis Ende 85 darstellt. Das Gesetz fand die einstimmige Zustimmung der Senatoren in der Form, wie es durch die Nationalversammlung verabschiedet worden war“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 984; Referat 340, Bd. 136884.

*Zia* versicherte, er habe Präsident Reagan um Behandlung der Afghanistan-Frage auf dem Genfer Gipfel<sup>5</sup> gebeten, weil er sich Sorge gemacht habe, daß die Afghanen-Frage möglicherweise unberücksichtigt bliebe. Reagan habe versichert, Thema in Genf anschneiden zu wollen. Pakistanis hielten es für denkbar, daß Gorbatschow daran interessiert sein könnte, sich das Afghanen-Problem vom Halse zu schaffen.

*BM*: Auch aus diesem Aspekt sei Genf zur richtigen Zeit gekommen. SU könnte in der Tat interessiert sein, Bürde Afghanistan loszuwerden, die für SU militärisch, politisch und wirtschaftlich eine Last sei. SU habe in den 70er Jahren mit der Invasion in Afghanistan und der Aufstellung der SS-20 zwei Kardinalfehler gemacht, dabei auch die Reaktion der Weltöffentlichkeit falsch kalkuliert.

*Zia*: Lage innerhalb Afghanistans könnte SU zur Lösung zwingen. Afghanischer Widerstand habe trotz großen Handicaps und gegen seine, Zias, eigene Erwartungen Großes geleistet.

*BM* fragt nach Herkunft der Truppen der SU.

*Zia*: Die zunächst eingesetzten Truppen aus dem südlichen Teil der SU hätten Erwartungen nicht erfüllt. Es habe viele Deserteure gegeben. Seit 1981 setzt SU Truppen aus dem Norden ein, heute in der Größenordnung von 150 000 Mann.

Irakisch-iranischer Krieg: Im Iran gäbe es keinen politischen Willen, zu einem Ende des Krieges zu kommen. Irak wolle zwar, könne dies allein aber nicht erreichen. Araber könnten nichts anderes tun, als Irak zu unterstützen. Der Krieg sei zu einem Kampf des Iran gegen die Araber geworden. Pakistan bleibe neutral.

*BM*: Er glaube, daß in einigen politischen Kreisen Irans der politische Wille zur Kriegsbeendigung vorhanden sei, aber wohl nicht auf der höchsten Ebene. Dort wolle man Saddam Husseins Kopf. Diese Bedingung arbeite gegen den Iran.

*Zia*: Er habe im Anfang auch geglaubt, der Krieg würde enden, wenn Khomeini nicht mehr da sei. Heute glaube er, daß die Position des Iran auch ohne Khomeini grundsätzlich dieselbe bleiben werde. Wenn der Iran Frieden mache, müsse sich die Führung vom Volk fragen lassen, wofür man jahrelang gekämpft habe. Iran habe stillschweigende Unterstützung der SU; auch Algerien, Syrien und Libyen leisteten Unterstützung. Diesen Krieg könne Iran wirtschaftlich noch gut fünf Jahre durchhalten, nicht aber der Irak. Deshalb werde der Iran von sich aus nicht aufhören.

*BM* fragt nach den Wirkungen der Fundamentalistenbewegung. Die Nachbarn des Iran machten sich große Sorgen.

*Zia*: Fundamentalisten sind sehr aktiv. Wenn der Irak fällt, seien die Nachbarn dran. Für Länder wie Saudi-Arabien, Kuwait und die Emirate sei dies ein Grund großer Sorge.

*BM* betonte unser Interesse an Stabilität in der Region.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

*Zia:* Wenn die Golfstaaten wackelten, würden die Konsequenzen auch bis Pakistan wirksam werden. Die Islamische Konferenz sei nicht in der Lage, Wege zur Beendigung des Krieges zu entwickeln.

*BM* fragt nach den Erfolgchancen der GCC-Mission in Bagdad und Teheran.<sup>6</sup>

*Zia* bezweifelte, daß Mission zu der notwendigen Vertrauensbildung beitragen könne, Pakistan begrüße die Bemühungen, die auch stabilisierenden Einfluß auf den Irak hätten.

*BM* berichtet über seine China-Reise und die erstaunliche Wandlung in der VRC.<sup>7</sup>

*Zia* stimmt der Bewertung zu: „Tremendous changes!“ China habe sich geöffnet. Er habe dies bei seinen vielen Reisen beobachten können.

*BM:* Wir ermutigen VRC, ihre Rolle zu spielen. Chinas Wirtschaftspolitik sei große Herausforderung für SU und verkürze den Abstand zwischen China und SU. Dies sei für SU von größerer Bedeutung als der Abstand zu Westen.

*Zia:* SU stehe im Wettstreit mit dem Westen um eine Verfeinerung (sophistication) seines Militärpotentials und könne nicht einmal seine eigene Bevölkerung ernähren. China mit über einer Mrd. Menschen sei dazu aber durchaus in der Lage.

*BM* äußerte Hoffnung auf einige Fortschritte in Genf. Illusionen hätten wir nicht. Das Treffen sei gut vorbereitet worden durch die verschiedenen Kontakte der Außenminister.<sup>8</sup> Zu begrüßen sei ein Ergebnis, das die Fortsetzung des Dialogs auf höchster Ebene und substantielle „guidelines“ für Abrüstungsgespräche ergebe. Die Europäer hätten eigenes großes Interesse, weil ihr eigener Manövrierraum betroffen sei. Wir hätten Reagan ermutigt, auch regionale Konflikte wie Afghanistan und den Nahen Osten anzusprechen. Gründe für Spannungen lägen eben nicht nur im Waffenwettlauf. In Europa bestehe ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte, das zu der Situation „kein echter Friede, wohl aber Abwesenheit von Krieg“ geführt habe. Dies sei letztlich nicht zufriedenstellend, aber immerhin ein großer Fortschritt.

*Zia* zu bilateralen Beziehungen: sehr dankbar für deutsche Hilfe und Unterstützung. Die Beziehungen seien sehr gut. Es bestände aber noch Raum für Verbesserungen. Dies gelte vorzugsweise für technologische Zusammenarbeit. Pakistan brauche Energie und Ressourcen. Die zur Verfügung stehende Wasserenergie werde voll genutzt. Öl müsse importiert werden. Es stelle sich die

<sup>6</sup> Ministerialdirektor Sudhoff hielt am 21. November 1985 zu den Friedensbemühungen des Golfkooperationsrats (GCC) fest: „Der Besuch des GCC-Vertreters in Teheran ist bisher nicht zustande gekommen, weil der Iran auf die Gesprächsangebote des GCC bisher überhaupt nicht reagiert hat. Der Sultan von Oman hat deshalb den BM gebeten, in diskreter Weise in Teheran das Interesse der Europäer an dieser Friedensmission der Golfstaaten zum Ausdruck zu bringen. Wir werden dies demnächst tun.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137873.

<sup>7</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 27. bis 31. Oktober 1985 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 297.

<sup>8</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse traf am 27. September 1985 in Washington und am 25. Oktober 1985 in New York mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Shultz zusammen, während Shultz am 5./6. November 1985 in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und mit Schewardnadse sprach. Vgl. dazu Dok. 264, Dok. 293 und Dok. 306.

Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland einen Nuklearreaktor liefern könne; ohne Nuklearenergie könne Pakistan den Energiebedarf der Zukunft nicht decken.<sup>9</sup>

*BM:* Wir nehmen dazu im Prinzip positive Haltung an; wenn Pakistan Safe-guards akzeptiert, sehen wir keine Probleme.

*Zia* spricht digitales Telefonsystem an. Bei Ausschreibung nähmen neben Siemens Firmen aus Kanada, Türkei, Frankreich und Schweden teil.<sup>10</sup> Pakistan hätte längst entscheiden müssen, sei jedoch wegen des internen Demokratisierungsprozesses dazu bisher nicht gekommen. In den nächsten Wochen (few weeks) werde jedoch die Entscheidung fallen. „We are not ungrateful to you.“ Pakistan habe mit Siemens eine 30jährige gute Erfahrung. Der Technologietransfer soll in Zukunft das Beste und Modernste an Technologie beinhalten, das Siemens zu bieten habe.

*BM* wäre sehr dankbar für positive Entscheidung. In der Nuklearfrage sollten wir unsere amerikanischen Freunde gemeinsam überzeugen. Wir sind an breiter Zusammenarbeit mit Pakistan interessiert und wollen diese ausbauen. Für die gute Aufnahme der BDI-Delegation<sup>11</sup> danke er.

**Referat 010, Bd. 178901**

<sup>9</sup> Zum pakistanischen Wunsch nach Lieferung eines Kernkraftwerks vgl. Dok. 268.

<sup>10</sup> Botschafter Berendonck, Islamabad, teilte am 17. November 1985 mit, „daß zum Projekt Fernmeldesystem (Digital Switching) sich Präsident Mitterrand in längerem Gespräch mit Präsident Zia nachdrücklich für Auftragsvergabe an Alcatel und schwedischer Ministerpräsident Palme in persönlichem Schreiben an Präsident Zia durch Finanzierungserleichterungen nicht weniger stark für Ericsson eingesetzt haben. (BK Kohl hatte sich in persönlichem Schreiben vom 17.12.84 an pak[ist]anischen] Staatspräsidenten für Auftragsvergabe an deutsche Firma verwandt.) Nach hiesiger Erkenntnis nimmt Siemens nach Abschluß regierungsseitiger Prüfung den ersten Rang ein. Projekt bleibt jedoch hart umkämpft.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1042; Referat 340, Bd. 136908.

<sup>11</sup> Botschafter Berendonck, Islamabad, berichtete am 17. November 1985: „Vom 10. bis 15.11. hielt sich hochrangige BDI-Delegation unter Leitung ihres Präsidenten Dr. Langmann zur Erkundung von Investitionsmöglichkeiten in Pakistan auf. Die Industriellen zeigten sich von den wirtschafts- und entwicklungspolitischen Gegebenheiten beeindruckt. Delegation wurde von Staatspräsident Zia ul-Haq zu Abendessen eingeladen, wobei sich in Anwesenheit mehrerer Minister Gelegenheit zu eingehender Aussprache über Wirtschaftsprobleme ergab. Präsident Zia warb dabei um stärkeres Engagement der deutschen Wirtschaft und verbürgte sich für Schutz und Förderung ausländischer Investitionen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1042; Referat 340, Bd. 136908.



## 311

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors

VS-NfD

18. November 1985<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Kommissionspräsident Delors am Montag, dem 18. November 1985, im Bundeskanzleramt  
Teilnehmer:

Der Bundeskanzler, MD Teltschik, StM Stavenhagen, StS Ruhfus, VLR I Hartmann, Frau Siebourg als Dolmetscherin, Kommissionspräsident Delors, Stv. Kabinettchef Burghardt.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit dem Angebot, über alle interessierenden Fragen zu sprechen.

Präsident *Delors* bedankt sich für die Möglichkeit des heutigen Gespräches und verweist darauf, daß er bei seinen Reisen durch die Bundesrepublik Deutschland ein starkes Interesse an europäischen Fragen vorand; vor allem die Jugend sei in dieser Hinsicht aufgeschlossener als früher; er führe dies auf die Politik der jetzigen Bundesregierung zurück.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er werde dem Kommissionspräsidenten demnächst eine Einladung zu einem Treffen deutscher Landwirte zukommen lassen.

Kommissionspräsident *Delors* erwidert, die Kommission habe mit ihren jüngsten Vorschlägen in der Landwirtschaft<sup>2</sup> ein positives Echo gefunden.

Auf die Regierungskonferenz<sup>3</sup> eingehend, erklärt Delors, auch die Briten<sup>4</sup>, Grie-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt. Am 26. November 1985 übermittelte er „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers den vom Bundeskanzler gebilligten Vermerk“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 2. Dezember 1985 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178936.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat van Edig faßte am 18. November 1985 zusammen: „EGK legte am 13.11.1985 ein Memorandum zur Gestaltung des Getreidesektors vor. [...] Das Memorandum sieht drei Maßnahmen zur Bekämpfung der Getreideüberschüsse vor: restriktive Preispolitik (ohne Angabe von Zahlen); Erhebung einer Mitverantwortungsabgabe (MVA). Diese wird von vermarkteter und zur Intervention gelieferter Produktion erhoben; [...] stärkere Berücksichtigung der Qualität bei der Intervention von Getreide. [...] Im Berufsstand werden die Überlegungen unterschiedlich aufgenommen. (Gegen MVA: Raiffeisenverband, Fachverband der Futtermittelindustrie).“ Vgl. Referat 416, Bd. 130995.

<sup>3</sup> Zur Eröffnung der Regierungskonferenz für eine Europäische Union am 9. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 260, Anm. 19. Zum Fortgang vgl. ferner Dok. 295.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Holthoff notierte über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister am 4. November 1985, van den Broek habe die Befürchtung geäußert, bei dem Europäischen Rat am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg „könne es zu einem Fehlschlag kommen. Der Stand der Vorbereitungen sei unbefriedigend. BM stimmte dem zu. Es sei deshalb an der Zeit, sich auf wenige Punkte zu konzentrieren (nämlich Binnenmarkt, Mehrheitsbeschlüsse, EP-Befugnisse, Technologie und ggfs. Umwelt) und hierüber auf dem ER die politischen Grundsatzentscheidungen zu treffen. Danach habe man noch ein bis zwei Monate Zeit für die Erarbeitung der notwendigen Texte. BM schlug vor, die AM sollten sich unmittelbar vor dem

chen und Dänen<sup>5</sup> arbeiteten aktiv in dieser Konferenz mit. Großbritannien nehme eine pragmatische Haltung ein, Griechenland bereite ihm allerdings noch große Sorge; er habe den Griechen deutlich zu verstehen gegeben, daß sie bei der Behandlung des von ihnen vorgelegten Sanierungsplans nur Entgegenkommen erwarten könnten, wenn sie ihrerseits eine offenere Haltung in den Zukunftsfragen der Gemeinschaft an den Tag legten. MP Santer sei vor kurzem bei Papandreou gewesen, der leider eine sehr negative Haltung eingenommen habe.

Für ihn stelle sich die Frage, ob man in Luxemburg den Auftrag der Regierungskonferenz abschließen oder ob man die Diskussion noch ein paar Wochen weiterführen solle. Ihn interessiere hierzu die Auffassung des Bundeskanzlers.

Der *Bundeskanzler* erwidert, man solle in Luxemburg so viel wie möglich erledigen. Er sei jedoch in der Sache pragmatisch. Wenn es sich zeige, daß bestimmte Fragen nach Luxemburg noch in angemessener Frist erledigt werden könnten, so sei dies für ihn kein Dogma. Allerdings käme eine Vertagung ad calendarum graecas nicht in Frage.

Präsident *Delors* erklärt, man könne natürlich eine Liste der Punkte machen, in denen man übereinstimme und eine weitere Liste der Punkte, in denen man nicht übereinstimme. Das würde jedoch nicht sehr weit führen. Auf die Vorschläge der Bundesregierung zur Erweiterung der EP-Befugnisse eingehend<sup>6</sup>, weist Präsident *Delors* darauf hin, daß die Kommission den prinzipiellen Ansatz der drei Körbe übernommen habe. Im übrigen habe diese deutsche Initiative entscheidend dazu beigetragen, eine Blockade der Konferenz zu verhindern.

StS *Ruhfus* erklärt auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers, es läge seit heute mittag ein neues Papier der Präsidentschaft vor, das weitgehend auf der Linie der Beschlüsse des Europakabinetts liege.<sup>7</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1617*

ER zu einem Konklave zusammensetzen. Wichtig sei, daß dieses Treffen dann ‚nahtlos‘ in den ER übergehe, um „Fliehkräfte nicht erst aufkommen zu lassen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Jelonek, z. Z. London, informierte am 13. November 1985 über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Braithwaite, vom selben Tag: „GB ist auf Beamtenebene bereit, Änderungen des EWG-Vertrags ins Auge zu fassen; politische Entscheidung in GB erst, wenn Gesamtpaket zu überblicken; britische Regierung will Unterhaus alle Gründe für und Auswirkungen von Vertragsänderungen im Detail erklären können; Sachpositionen [...] zwischen GB und uns nicht sehr weit auseinander.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2067; Referat 410, Bd. 130393.

<sup>5</sup> Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, berichtete am 6. November 1985 über Erläuterungen des dänischen Außenministers Ellemann-Jensen im Gespräch mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten am selben Tag: „Der machtvolle Marktausschuß des Folketing habe zunächst jede Mitarbeit der Regierung an der Regierungskonferenz abgelehnt, erst nach langen Bemühungen sei es gelungen, dänische Vorschläge zu produzieren, die der Marktausschuß mit größter Zurückhaltung habe passieren lassen.“ Entscheidende Hindernisse für die Regierungskonferenz ergäben sich aus zwei Problemen, dem Entscheidungsverfahren mit dem ‚Veto-Recht‘ und den von manchen MS gewünschten neuen Befugnissen für das EP, das in DK nicht sehr angesehen sei. [...] Nach seiner Einschätzung würden Verhandlungen über die Änderung des EG-Vertrags sich mindestens bis zum Ende der niederländischen Präsidentschaft im nächsten Jahr hinziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 556; Referat 410, Bd. 130393.

<sup>6</sup> Zum Drei-Körbe-Konzept der Bundesregierung für erweiterte Legislativbefugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 167, Anm. 13.

Für den Vorschlag in der am 24. September 1985 auf der Regierungskonferenz über eine Europäische Union vorgelegten Fassung vgl. Referat 410, Bd. 130379.

<sup>7</sup> Für die Aufzeichnung des Vorsitzes der Regierungskonferenz über eine Europäische Union zum Ausbau der Rolle des Europäischen Parlaments vom 15. November 1985 vgl. Referat 410, Bd. 130376.

Der *Bundeskanzler* fragt nach der Haltung der britischen Regierung.

Präsident *Delors* erklärt, die britische Haltung sei noch offen.

Die strategische Frage, fährt Präsident *Delors* fort, sei für ihn, wie man den Zusammenhalt der Zwölfergemeinschaft in den nächsten Jahren sichern könne. Er sehe hier zwei Möglichkeiten:

- a) die Schaffung eines Binnenmarktes ohne Grenzen,
- b) die Anwendung einer gewissen Differenzierung.

In diesem Zusammenhang müsse man auch die Frage des Abstimmungsverfahrens sehen. Zu den Fragen, die besonders sorgfältiger Prüfung bedürften, gehöre die Steuerharmonisierung. Hier müsse man es möglicherweise bei der Einstimmigkeit belassen. Ein zentrales Problem für ihn sei, wie wir es erreichen könnten, daß die anderen noch zögernden MS dem großen Binnenmarkt zustimmten.

Der *Bundeskanzler* erklärt, in der Tat sei der Binnenmarkt ein wichtiges Problem. Auch für ihn sei es nicht einfach, sich in dieser Frage durchzusetzen. Es gebe nicht nur im Bundesrat, auch sonst im Lande Widerstände, die überwunden werden müßten. Es werde immer wieder auf die hohen Standards in Deutschland hingewiesen, die wir nicht senken dürften. Der *Bundeskanzler* erwähnt insbesondere das Lebensmittelrecht und den Gesundheitsschutz. Besonders ernst zu nehmen seien aber auch mögliche Einwände aus dem Gewerkschaftsbereich gegen eine Senkung der Standards beim Arbeitsschutz. Schließlich müsse er sich darauf gefaßt machen, daß die deutsche Versicherungswirtschaft auf neue Konkurrenten ärgerlich reagieren werde. Dessenungeachtet sei er bereit, das Tor aufzumachen.

Allerdings möchte er ein paar prinzipielle Anmerkungen machen. Wir seien generell für qualifizierte Mehrheit im Binnenmarkt, aber die Kommission wäre gut beraten, wenn sie beispielsweise bei Vorschlägen zur Harmonisierung von Normen sich in unsere Richtung bewege. Die deutsche Diskussion über Fragen der Gesundheit habe nicht nur mit Politik, sondern häufig mit einer gewissen Lebensangst zu tun, wobei man erwarte, daß der Staat für Abhilfe Sorge.

Präsident *Delors* erklärt, er gehe davon aus, daß man für die Durchführung des gemeinsamen Binnenmarktes rund sieben Jahre benötige. Dabei müsse man auf der einen Seite Mindestnormen fordern, gleichzeitig aber auch Sorge dafür tragen, daß die Länder mit höheren Normen diese weiterhin anwenden dürften. Im übrigen werde die Bundesrepublik Deutschland auch viel Unterstützung erfahren, beispielsweise im Bereich des Arbeitsschutzes von seiten der Dänen und Niederländer. Auch die französische Idee des „espace sociale“<sup>8</sup> habe hiermit zu tun.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat van Edig nahm am 11. November 1985 zu einem französischen Non-paper zur Änderung des die Sozialvorschriften betreffenden Artikels 118 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 Stellung. Nach französischen Vorstellungen solle der EG-Kommission „ein Initiativrecht und dem Rat ein Entscheidungsrecht über Richtlinien zur Harmonisierung der Sozialvorschriften zuerkannt werden. [...] D war stets gegen umfassende Harmonisierung der Sozialvorschriften eingetreten, da diese zu den natürlichen Standortbedingungen gehörten. Unterschiedliche Sozialvorschriften würden häufig durch andere Faktoren kompensiert.“ Eine Harmonisierung einzelner Bereiche der Sozialpolitik sei daher unmöglich, „ohne das Gesamtgefüge nationaler Vor-

Der *Bundeskanzler* verweist auf die Tatsache, daß Gastarbeiter, die in ihre Heimatländer zurückkehren, dort die gleichen Arbeitsschutznormen verlangten, wie sie hier vorgeschrieben seien.

Präsident *Delors* erklärt, man könne die Einzelheiten mit den Mitarbeitern ausarbeiten. Er wolle nur noch erwähnen, daß beispielsweise im Umweltbereich ein Text vorgelegt werde, der unseren Sorgen Rechnung trage.<sup>9</sup> Bleibe noch die Frage der indirekten Steuern. Dieses Problem werde sich nicht heute, sondern erst am Ende der siebenjährigen Phase stellen. Er wolle daher nur unterstreichen, daß eine Angleichung in diesem Bereich für den Binnenmarkt von großer Bedeutung sei. Er erinnere in diesem Zusammenhang an unsere bilateralen Abmachungen zunächst mit Frankreich, dann auch mit den Beneluxländern. Aus seiner Sicht seien die beiden schwierigsten Probleme für die deutsche Seite

a) die wirtschaftliche und soziale „Kohäsion“<sup>10</sup>,

b) die monetäre Zusammenarbeit<sup>11</sup>.

Zur Kohäsion habe er einen Vorschlag gemacht, um zu vermeiden, daß einige Mitgliedstaaten Fortschritte im Binnenmarkt an Geldforderungen knüpften.<sup>12</sup> Er wolle im Interesse des Gemeinschaftshaushaltes solche Forderungen, die beispielsweise von Griechenland, Irland u. a. kommen würden<sup>13</sup>, abwehren.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1619*

schriften zu erschüttern. F war demgegenüber der Ansicht, daß die Sozialvorschriften zu künstlichen Kosten führten und deshalb harmonisiert werden müßten.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>9</sup> Für den Vorschlag der EG-Kommission vom 18. Oktober 1985 zur Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaften und den dazu von der Bundesrepublik am 4. November 1985 vorgelegten Änderungsvorschlag vgl. Referat 410, Bd. 130379.

Botschafter Ungerer, z. Z. Luxemburg, berichtete am 11. November 1985 zur Regierungskonferenz über eine Europäische Union, daß Einigkeit über die Aufnahme eines Kapitels zur gemeinschaftlichen Umweltpolitik in einen Vertrag über die Europäische Union bestanden habe. Die Delegation aus der Bundesrepublik habe geltend gemacht, „daß von D vorgeschlagene Bestimmung, wonach MS für die Durchführung gemeinschaftl[icher] Umweltaktionen einsch[ließl]ich ihrer Finanzierung sorgen, Berücksichtigung finden müsse. Dieser Vorschlag wurde mit Schweigen quittiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; Referat 410, Bd. 130393.

Am 27. November 1985 legte der Vorsitz der Regierungskonferenz über eine Europäische Union eine Neufassung des Vorschlags zur Umweltpolitik vor. Vgl. dazu Referat 410, Bd. 130393.

<sup>10</sup> In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 12. November 1985 für die Sitzung des Kabinettsausschusses für Europapolitik am folgenden Tag wurde zum „Zusammenhalt der Gemeinschaft“ ausgeführt: „Dieses Thema genießt zwar aus deutscher Sicht keinesfalls Vorrang. Die meisten anderen MS halten es aber für eine notwendige Ergänzung des Binnenmarkts. Deutsche Auffassung: Hier wird wirtschaftspolitisch falscher Ansatz gewählt. Entscheidend für ‚Zusammenhalt‘ ist Koordinierung der Wirtschaftspolitiken. Nur über stabilitätsorientierte und an Grundsätzen der Haushaltsdisziplin ausgerichtete Politik in allen Mitgliedstaaten läßt sich ‚Konvergenz‘ erzielen. Finanztransfers dürfen nicht in den Vordergrund treten. Die deutsche Delegation verhandelt auf der Grundlage des restriktivsten Vorschlags, nämlich des französischen Textes vom 15.10.1985 [...]. Die meisten anderen Delegationen haben allerdings wesentlich weitergehende Vorstellungen über neue Vertragsartikel zu den Strukturfonds; auch F bewegt sich inzwischen in diese Richtung.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>11</sup> Zu den Überlegungen, einen Abschnitt zur währungspolitischen Zusammenarbeit in den EWG-Vertrag aufzunehmen, vgl. Dok. 177, Anm. 15.

<sup>12</sup> Für den Vorschlag der EG-Kommission zum Zusammenhalt der Gemeinschaft in der überarbeiteten Fassung vom 16. Oktober 1985 vgl. Referat 410, Bd. 130379.

<sup>13</sup> Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am 20. November 1985, daß sich beim Thema „Kohäsion“ in der Debatte der Regierungskonferenz über eine Europäische Union am Vortag in Brüssel „die Fronten [...] einmal mehr unverändert gegenüber“ gestanden hätten: „GR, IRL, SP und POR, die mit den bekannten Argumenten die Aufnahme einer Kohäsionsklausel in den Vertrag als wesentliches Element für den Erfolg der Arbeit der Regierungskonferenz bezeichneten. [...] Absicht, auf die Weise Anspruchsgrundlage für Mitteltransfer mit dem Ziel einer Konvergenz der Wirtschaftsstruk-

Mit seinem Vorschlag habe er zwei Ziele im Auge gehabt:

- a) ein politisches Zeichen an die weniger reichen Länder zu setzen,
- b) mit weniger Geld eine größere Effizienz bei den bestehenden Fonds zu sichern.

Er verstehe daher nicht, daß BM Stoltenberg über einen solchen Text beunruhigt sei. Er bitte daher darum, daß man den Kommissionstext im Lichte der o. a. Ziele sehe; andere Texte führten im Ergebnis dazu, daß mehr Geld ausgegeben werden müsse, ohne daß man genau wisse, wofür. (Nach dem Gespräch ließ Präsident Delors mir gegenüber durchblicken, daß er insbesondere den von französischer Seite vorgeschlagenen Text als sehr problematisch – auch für uns – ansieht.)

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies sei nicht nur ein Problem von BM Stoltenberg. Auch er betrachte die Sache mit großer Skepsis, und zwar insbesondere wegen der handelnden Personen. Dies sei also nicht nur eine Frage der Texte. Worauf es ankomme, sei eine größere Konvergenz der Wirtschaftspolitiken. Die gebe es nicht. Der Bundeskanzler erwähnt in diesem Zusammenhang sein heutiges Gespräch mit dem portugiesischen Präsidentschaftskandidaten Freitas do Amaral<sup>14</sup> sowie die Entwicklung in Griechenland und Italien.

Präsident *Delors* erwidert, das sei genau der Punkt. Um es brutal zu sagen, hinter der „Kohäsion“ verberge sich der Gedanke eines Europas der zwei Geschwindigkeiten. In dem von ihm vorgelegten Text heiße es ausdrücklich, die Konvergenz hänge ab von den Anstrengungen jedes Mitgliedstaates; eben wegen dieses Begriffes seien Iren, Griechen und andere gegen den Text. Er habe nur den Wunsch, daß man unter diesem Gesichtspunkt den Text genau prüfe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, das täten wir.

Präsident *Delors* fährt fort, auf der anderen Seite sei eine Bedingung für das „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, daß die Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Währung ein Zeichen setze. Er gebe sein persönliches Ehrenwort, daß sein Text die Rechte der Deutschen Bundesbank in keiner Weise ändere.<sup>15</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1620*

turen an die Hand zu bekommen, wurde besonders bei GR und IRL deutlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3345; Referat 410, Bd. 130393.

<sup>14</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem portugiesischen Präsidentschaftskandidaten Freitas do Amaral am 18. November 1985 vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Vorschlags der EG-Kommission vom 28. Oktober 1985 über die „Einbeziehung des Währungssystems in die Gemeinschaftsaufgaben“ vgl. BULLETIN DER EG 10/1985, S. 12 f. Bundesbankpräsident Pöhl und sein Stellvertreter Schlesinger teilten Bundesminister Stoltenberg am 8. November 1985 dazu mit: „Aus den folgenden Gründen sind wir zu einer ablehnenden Haltung gekommen: Die Vorschläge zielen darauf ab, das Europäische Währungssystem (EWS) und die aus ihm erwachsenden Verpflichtungen und Rechte im EWG-Vertrag zu verankern. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würde damit lediglich der Status quo in den Vertrag übernommen. Tatsächlich hätte dies aber materielle wie prozedurale Konsequenzen von großer Tragweite: Materiell würde der rein ‚monetäre‘, auf Wechselkursstabilisierung beschränkte Ansatz zur Währungsintegration, wie er im EWS seinen Niederschlag gefunden hat, festgeschrieben. [...] Nach den Vorschlägen würden EWS, ECU und EFWZ, also die Gesamtheit der bestehenden Institutionen, Regeln und Instrumente der währungspolitischen Zusammenarbeit in den EWG-Vertrag ausdrücklich einbezogen. Damit würden umfassende Zuständigkeiten der Gemeinschaft für Währungsfragen geschaffen, Zuständigkeiten, die bisher bei Bundesregierung und Bundesbank liegen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178935.

Am 16. November 1985 legte EG-Kommissionspräsident Delors eine überarbeitete Fassung des Vorschlags vor. Vgl. Referat 410, Bd. 130379.

Der Text sei vielmehr ganz banal, und ihm sei daher von italienischer Seite vorgehalten worden, er sei viel zu dünn. Präsident Delors wiederholt, er verlange überhaupt keine Zuständigkeiten oder Rechte für die Kommission im Währungsbereich; vielmehr würden weiterhin die Gouverneure der Zentralbanken über etwaige Fortschritte in diesem Bereich zu befinden haben. Er habe in den letzten drei Tagen die deutsche Presse zu diesem Thema gelesen und wolle feststellen, daß es überhaupt keinerlei Überlegungen gebe, einen europäischen Währungsfonds zu schaffen.<sup>16</sup> Dies sei ein Ziel für die nächsten 15–20 Jahre, wenn überhaupt. Er habe diese Dinge auch ausführlich Bundesbankpräsident Pöhl erklärt, und dieser habe ihm prinzipiell zugestimmt. Er bedaure, daß das Thema derartige Leidenschaften entfache. Er wiederhole, daß ihm nicht nur die Italiener, sondern auch die Franzosen und Luxemburger vorgehalten hätten, sein Text sei viel zu ängstlich („timide“). Er kenne die Befugnisse der Bundesbank und achte sie. Heute morgen hätte es im Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister eine heftige Attacke seitens der deutschen Delegation gegeben, die er nicht verstehe.<sup>17</sup> Wenn man seinen Text sorgfältig lese, so müsse man zugeben, daß dies nicht gerechtfertigt sei. Er habe stets mit den Bankgouverneuren der Zentralbanken eng zusammengearbeitet, was Bundesbankpräsident Pöhl bestätigen könne. Präsident Delors appellierte an den Bundeskanzler, in dieser Frage ein politisches Zeichen zu setzen; das wäre ein wichtiger Schritt nach vorne.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er habe die Vorgehensweise des Präsidenten in dieser Sache nicht verstanden. Er habe sich diese Frage gestellt, zumal er wisse, daß Delors ein guter Taktiker sei. Er müsse daran erinnern, daß es bereits Abmachungen in diesem Bereich gebe, die nicht eingehalten würden. Der Bundeskanzler erwähnt die Nichtmitgliedschaft Großbritanniens im EWS und die Schwierigkeiten beim Kapitaltransfer von Frankreich nach Deutschland. Wenn der von der Kommission vorgelegte Text so einfach wäre, wieso gebe es dann so viel Mißtrauen? In Mailand habe man beschlossen, daß sich der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister mit diesem Thema befassen soll, in Mailand sei aber nicht von einem Schritt (wie dem jetzt vorgenommenen) die Rede gewesen.<sup>18</sup>

<sup>16</sup> In der Presse wurde berichtet: „In einem ‚Brandbrief‘ hat die Deutsche Bundesbank die Bundesregierung davor gewarnt, über eine Änderung des EG-Vertrages Kompetenzen der Währungspolitik auf die Europäische Gemeinschaft zu verlagern. Die deutsche Notenbank sieht dadurch ihre autonome Funktion als Hüterin der Währung gefährdet. [...] Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) teilt, wie zu hören ist, die Bedenken der Frankfurter Bundesbank voll. Bundesaußenminister Genscher (FDP) zeigt gegenüber dem Delors-Plan dagegen eher Nachgiebigkeit. Stoltenberg sei ‚sauer und aufs äußerste besorgt‘ über die Marschroute Genschers in der Währungs- und Steuerpolitik, berichten Mitarbeiter des Finanzministeriums.“ Vgl. den Artikel „Bundesbank warnt vor Delors-Plan“; DIE WELT vom 14. November 1985, S. 1.

<sup>17</sup> Am 18. November 1985 fand in Luxemburg die EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) statt. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), berichtete am selben Tag: „In zweieinhalbstündiger Diskussion (im engsten Rahmen) wurden ausschließlich die Vorstellungen von Kommissionspräsident Delors über die Einbeziehung einer ‚monetären Dimension‘ in den EWG-Vertrag erörtert. [...] Auch BM Dr. Stoltenberg äußerte sich unter Hinweis auf die enge Abstimmung mit der Bundesbank in dieser Frage ablehnend zu den Vorschlägen Delors. [...] Auch der neue Abänderungsvorschlag von Delors sei mehr als eine Festschreibung des bisher Erreichten. [...] BM Dr. Stoltenberg bat Prä[sident] Delors eindringlich, seine Position des ‚Alles oder Nichts‘ noch einmal zu überdenken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3306/3307; Referat 412, Bd. 130592.

<sup>18</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

Er sei in europäischen Fragen gutwillig, aber er müsse Präsident Delors sagen, daß dieser Vorschlag jetzt nicht realistisch sei. Er sei dafür, daß wir im Binnenmarkt einen gewaltigen Schritt nach vorne tun. Wir sollten dies aber nicht durch zusätzliche Maßnahmen belasten.

Auf das Steuerproblem eingehend, weist der Bundeskanzler auf seine Pläne hin, in der nächsten Legislaturperiode eine Steuerreform in Angriff zu nehmen, durch die die gestörte Balance zwischen indirekten und direkten Steuern wiederhergestellt werden solle. Viele Kritiker unseres Steuersystems gingen von der falschen Annahme aus, daß die derzeit gegebene stärkere Belastung durch direkte Steuern sozial gerechter sei. Dies stimme nicht. Dieses System begünstige denjenigen, der sich im Steuerdschungel gut auskenne und einen entsprechenden Berater habe. Die geplante Steuerreform wolle er auch mit Blick auf die Europäische Gemeinschaft machen. Allerdings solle man nicht die Tatsache aus den Augen verlieren, daß einige Mitgliedstaaten nur deshalb den Schwerpunkt auf die indirekten Steuern legten, weil sie die direkten Steuern nicht eintreiben könnten.

Präsident *Delors* bittet den Bundeskanzler noch einmal, seine Vorschläge zur Währungsfrage durch seine Mitarbeiter überprüfen zu lassen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er habe zwar seine Skepsis deutlich zum Ausdruck gebracht, seine Fachleute könnten die Sache aber noch einmal mit der Kommission besprechen.

Präsident *Delors* wiederholt, er sei bereit, vor jedem deutschen Gremium nachzuweisen, daß in seinem Text keinerlei Hintergedanken steckten. Er wolle versuchen, einen Block von sechs oder sieben Mitgliedstaaten zusammenzufügen, die bereit seien, zusammen voranzugehen. Er wolle in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, daß sich in Frankreich in naher Zukunft schon die Dinge ändern könnten.

Für ihn sei die wesentliche Frage im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt die, was man tun könne, damit das Europa der Sechs nicht zerstört werde. Das Europa der Zwölf sei eine politische Entscheidung gewesen, die er – als Bürger – unterstütze. Der Kanzler selber habe gesagt, daß wir unsere Politik nicht am langsamsten Schiff – den Griechen oder Portugiesen – ausrichten könnten. Großbritannien sei zwar mehr und mehr europäisch geworden, warte aber stets auf ein Zeichen der Franzosen und Deutschen: Wenn das ausbleibe, dann täten die Briten von sich aus nichts. Das habe sich heute morgen wieder in der Währungsdiskussion gezeigt. Vor 20 Jahren sei es in Europa in erster Linie auf Frankreich angekommen, heute müsse er sagen, es werde kein Europa ohne die Bundesrepublik Deutschland geben.

Der *Bundeskanzler* widerspricht dem mit dem Argument: Kernstück blieben Deutschland und Frankreich.

Präsident *Delors* fügt hinzu, aber Deutschland müsse dabei den Ton angeben.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er teile diese Meinung nicht; vielleicht gelte dies für drinnen, aber nicht für draußen. Das wäre ganz falsch. Aus Europa könne nur etwas werden, wenn Deutsche und Franzosen eng zusammenarbeiteten. Wir würden nichts zuwege bringen, wenn die Deutschen optisch die von Präsident Delors geschilderte Rolle spielten.

Präsident *Delors* erwidert, so sei das nicht gemeint gewesen. Frankreich werde aber beim Binnenmarkt nicht mitmachen, wenn es keine Fortschritte bei der „Kohäsion“ und im Währungsbereich gebe. Über diese Frage könne es in Luxemburg zu einer Krise kommen.

Der *Bundeskanzler* fragt, was Frankreich denn von einem Beschluß in diesen Fragen habe.

Präsident *Delors* erwidert, die Franzosen brauchten Druck von außen, einen gewissen Zwang; der liege in der Währungsgemeinschaft. Delors verweist auf persönliche Erfahrungen bei einem Aufenthalt in Südfrankreich und erklärt, der ECU sei Teil des europäischen Traums. Wie wolle man sonst unseren Bürgern unsere Bestrebungen klarmachen? Dies sei seine Überzeugung. Sein Text ändere nichts an den Befugnissen der Bundesbank. Er habe ihn auch nicht ohne ein gewisses Zögern auf den Tisch gelegt, sondern dies erst getan, als er festgestellt habe, daß es ohne Fortschritte in diesem Bereich nicht weitergehen werde. Die Frage des *Bundeskanzlers*, ob die Wirtschafts- und Finanzminister noch einmal vor Luxemburg tagen werden, verneint Präsident *Delors*.

Der *Bundeskanzler* schlägt abschließend vor, daß Präsident *Delors* ihm noch einmal in einem persönlichen Schreiben seine Argumente darlegt.<sup>19</sup> Er sähe im Moment keine Chance, seine Position zu ändern, aber er halte es für korrekt, die Argumente noch einmal zu wägen.

Präsident *Delors* bedankt sich für dieses Angebot und erklärt sich bereit, ein entsprechendes Schreiben an den Bundeskanzler zu richten. Er wiederholt, er habe in gutem Glauben gehandelt und werde von keinerlei Hintergedanken bewegt.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er lege Wert darauf, daß die Diskussion in einer sachlichen Atmosphäre verlaufe.

Präsident *Delors* erklärt, für ihn stehe die europäische Entwicklung in einem Dreieck – Binnenmarkt, Kohäsion, Währungsgemeinschaft. Das sei die Basis für das Europa von morgen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er sehe das nicht so und frage sich, ob dies nicht eine zu akademische Sicht sei.

<sup>19</sup> Bundeskanzler Kohl teilte Bundesminister Genscher am 22. November 1985 mit: „Dieser Tage war Präsident Jacques Delors bei mir. Wir hatten eine eingehende Diskussion über die Vorschläge der Kommission zum monetären Bereich. Zu Deiner Information übersende ich Dir anliegend Auszug aus einem Brief, den er mir im Nachgang zu unserem Gespräch heute zugehen ließ. Wir müssen vor dem EG-Gipfel über seine Position noch einmal miteinander sprechen.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178936. In dem beigefügten Auszug erläuterte Delors, „die Verwirklichung des großen Binnenmarktes ohne Grenzen, der der europäischen Wirtschaft die notwendige Dimension verleihen und die Basis für das Europa der Bürger darstellen wird“, erfordere den Bezug „auf den Parallelismus von Konvergenz der Wirtschaftspolitiken und Währungskooperation im neuen Vertrag. Aber dieser Hinweis darf auf keinen Fall die verfassungsmäßigen Grundlagen eines jeden Mitgliedsstaates antasten und – um auf den wesentlichen Punkt zu kommen – nicht die Prärogativen der Deutschen Bundesbank berühren.“ Er habe daher „die Vorsichtsmaßnahme ergriffen, in meinem Vorschlag vorzusehen, daß der Europäische Währungsfonds erst durch feierliche Ratifizierung durch die Mitgliedsstaaten geschaffen werden kann. Auf diese Weise hat die Bundesrepublik die absolute Gewähr, ganz allein zum gegebenen Zeitpunkt darüber zu entscheiden, ob sie einer Änderung ihrer internen Rechtsordnung zustimmt“. Vgl. Referat 010, Bd. 178936.



Präsident *Delors* erwidert, das wäre der Fall, wenn es nur die alte Sechsergemeinschaft gäbe. Aber man müsse auch an die Schwierigkeiten der anderen denken. Präsident *Delors* bittet sodann den Bundeskanzler um eine Erläuterung der Problematik SDI und Europa. Dieses Problem mache ihm große Sorgen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, dies brauche kein Grund zur Sorge zu sein. Der Bundeskanzler legt sodann eindringlich die gesellschaftliche und politische Entwicklung in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland dar und erklärt, er glaube an den Beginn einer Revitalisierung in ganz Europa. Es gebe keinen Grund zur Angst beispielsweise vor den Japanern. Wir müßten uns nur auf unsere eigene Kraft besinnen. Es sei wichtig, den Europäern ihr Selbstbewußtsein zurückzugeben. Die Schlüsselrolle hierbei spielten Frankreich und Deutschland. Die Briten würden erst dann europäisch werden, wenn sie sicher seien, daß die anderen den ersten Schritt getan hätten.

Zu SDI wolle er nur bemerken, daß wir uns beteiligen würden, zumal wir auch keine Möglichkeit hätten, deutschen Firmen die Teilnahme zu verbieten. Wir prüften, inwieweit es notwendig ist, mit den USA eine Vereinbarung zu treffen, in der die Fragen der Patente, der zivilen Technologie und der Geheimhaltungsvorschriften geregelt würden. Er wolle aber deutlich sagen, daß keine öffentlichen Mittel für SDI bereitgestellt würden. Anders bei EUREKA, dort werde man ohne öffentliche Zuschüsse nicht auskommen. Er sei überzeugt, daß EUREKA seine Wirkung tun werde.

Präsident *Delors* stellt die Frage, ob nicht die Gefahr eines einseitigen Transferaustausches mit den USA bestehe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, das glaube er nicht. Ein günstiger Indikator sei die Tatsache, daß 1984 mehr junge deutsche Wissenschaftler aus den USA zurückgekehrt als dort hingegangen seien. Im übrigen spiele Geld hierbei nicht allein eine Rolle. Natürlich müsse man mehr Geld in die naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten stecken.

Seine Sorge sei, daß sich die deutsche Entwicklung zu weit von der der anderen Mitgliedstaaten der EG entferne, wobei er auch an den Kern Europas denke. Dies sei einer der Gründe, warum er für EUREKA sei. Natürlich könne Deutschland technologisch alleine den Anschluß finden, aber politisch sei das nicht gut.

**Referat 010, Bd. 178936**

## 312

**Aufzeichnung des Botschafters Ruth****220-371.80 SDI-2088/85 VS-vertraulich****18. November 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>Betr.: Neue amerikanische Interpretation des ABM-Vertrages<sup>4</sup>;

hier: Rechtslage und politische Implikationen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die Diskussion um die Interpretation des ABM-Vertrages geht offenbar in der amerikanischen Administration auch nach der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten weiter.

2) Art. V ABM-Vertrag enthält ein umfassendes Entwicklungs-, Erprobungs- und Dislozierungsverbot see-, luft-, weltraum- oder beweglich landgestützter ABM-Systeme. Rechtliche Schlüsselfrage ist, ob dieses Verbot nur herkömmliche oder auch neuartige ABM-Systeme erfaßt.

3) Nach der neuen, „weiten“ Interpretation wird jedenfalls die Entwicklung und Erprobung neuartiger ABM-Systeme vom Verbot des Art. V nicht erfaßt. Nach den uns vorliegenden Texten in Verbindung mit den uns bekannten auslegungsrelevanten Fakten bestehen Zweifel an dieser Interpretation; sie kann aber auch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

4) Entscheidung und Zusicherung der Vereinigten Staaten, bei der Durchführung des gegenwärtigen SDI-Forschungsprogramms die Grenzen der „engen“ Auslegung nicht zu überschreiten, haben die politische Problematik der neuen Interpretation nicht endgültig gelöst.

5) Die ausdrückliche Feststellung der amerikanischen Regierung, die „weite“ Interpretation sei rechtlich zulässig, könnte die Bemühungen um eine kooperative Lösung in Genf<sup>5</sup> nachteilig beeinflussen.

6) Reduktionen im Offensivbereich setzen Berechenbarkeit der Entwicklung im Defensivbereich voraus. Diese politische Berechenbarkeit könnte auch durch

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Müller konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 19. November 1985 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „Ich möchte vorschlagen, diese wichtige Aufzeichnung auch dem BK zur Verfügung zu stellen.“

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 21. November 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[rücksprache] StS M[eyer]-L[andrut]“.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 22. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS bei BM (s. a. S. 4)“ verfügte. Vgl. Anm. 11 und 15.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Meyer-Landrut am 18. Juni 1986 erneut vorgelegen.

Hat Legationssekretär Tempel am 19. Juni 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an Botschafter Ruth und Referat 220 verfügte.

Hat Ruth am 19. Juni 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 279.

<sup>5</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262 und Dok. 270.

eine Bekräftigung des ABM-Vertrages und zeitweiligen Verzicht auf das Kündigungsrecht nur erreicht werden, wenn einer solchen Vereinbarung die „enge“ Auslegung des ABM-Vertrages zugrunde gelegt würde.

#### I. Vorbemerkung

7) VM Weinberger warnte in seinem Brief vom 13. November 1985 Präsident Reagan u. a. davor, sich bei dem Gipfeltreffen mit GS Gorbatschow<sup>6</sup> auf die „enge“ Auslegung des ABM-Vertrages festlegen zu lassen.<sup>7</sup> Ende Oktober hatte Weinberger bereits erklärt (Welt vom 22.10.1985), daß das gegenwärtige Festhalten an der „engen“ Auslegung nur eine Entscheidung temporärer Natur sei.<sup>8</sup> Die Diskussion über die Frage der Auslegung des ABM-Vertrages scheint daher in der amerikanischen Administration noch nicht abgeschlossen.

#### II. Rechtslage

8) Art. V Abs. 1 des ABM-Vertrages lautet: „Each Party undertakes not to develop, test, or deploy ABM systems or components which are sea-based, air-based, space-based, or mobile land-based.“

Schlüsselfrage ist, ob dieses Verbot nur herkömmliche oder auch neuartige ABM-Systeme erfaßt.

9) Nach der Legaldefinition in Art. II ABM-Vertrag ist ein ABM-System ein System zur Bekämpfung strategischer ballistischer Raketen oder ihrer Elemente (d.h. Gefechtsköpfe) während des Fluges. Art. II fährt fort, daß ABM-Systeme „gegenwärtig“ (d.h. zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses) aus folgenden Komponenten bestehen:

- ABM-Abfangraketen,
- ABM-Abschußgestelle,
- ABM-Radargeräte.

10) Nach der „engen“ Interpretation ist letztere Definition zeitgebunden und daher nur exemplarisch. Durch Art. V werden (neben der Dislozierung) Entwicklung und Erprobung jeglicher see-, luft-, weltraum- oder beweglich landgestützter ABM-Systeme und ihrer Komponenten verboten,<sup>9</sup> auch wenn sie auf anderen physikalischen Prinzipien beruhen. Die Legaldefinition des Art. II ist nach dieser Interpretation funktional zu verstehen. Die Entwicklung einer ABM-geeigneten weltraumgestützten Strahlenwaffe wäre demnach ebenso wie die Entwicklung einer weltraumgestützten Abfangrakete verboten.

11) Nach der „weiten“ Interpretation ist die Auflistung von Systemkomponenten in Art. II abschließend. Neuartige ABM-Systeme und -Komponenten wür-

<sup>6</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>7</sup> In dem Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 13. November 1985 an Präsident Reagan hieß es: „Any agreement to limit the S.D.I. program according to a narrow and, I believe, wrong interpretation of the ABM Treaty – a treaty which the Soviets are violating under any interpretation – would diminish significantly the prospects that we will succeed in bringing our search for a strategic defense to fruition.“ Vgl. dazu den Artikel „Weinberger Letter To Reagan On Arms Control“, THE NEW YORK TIMES vom 16. November 1985, S. 7.

<sup>8</sup> Zum Interview des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vgl. Dok. 296, Anm. 39.

<sup>9</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Wobei die danach erlaubte Forschung nach amerikanischer Auffassung auch Tests und Experimente außerhalb des Labors, die unterhalb der Komponentenebene bleiben, umfaßt.“

den somit durch das Verbot des Art. V nicht erfaßt. Aus dem „Agreed Statement D“ ergebe sich vielmehr, daß jedenfalls ihre Entwicklung und Erprobung keinen Beschränkungen unterliegen.

12) Die folgende Bewertung der Rechtslage kann insofern nicht erschöpfend sein, als wir weder über die Vertragsmaterialien verfügen, noch Kenntnis von den Einzelheiten der Vertragspraxis haben, wie sie sich namentlich in den Sitzungen der SCC (Standing Consultative Commission, Art. XIII ABM-Vertrag) entwickelt hat.

13) Nach der allgemeinen völkerrechtlichen Auslegungsregel ist ein völkerrechtlicher Vertrag in Übereinstimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Zieles und Zwecks auszulegen (Art. 31 Wiener Vertragsrechtskonvention – WVRK<sup>10</sup>).

- Aus dem Wortlaut des ABM-Vertrages selbst ergibt sich nicht, daß als ABM-Systeme, für die das Entwicklungs-, Erprobungs- und Dislozierungsverbot des Art. V gilt, nur solche Systeme anzusehen sind, die aus den in Art. II genannten drei Komponenten bestehen. Allgemeiner Obersatz der Definition der ABM-Systeme in Art. II ist vielmehr, daß es sich um Systeme handelt, die „zur Bekämpfung anfliegender, strategischer, ballistischer Flugkörper“ geeignet sind. Die anschließende Definition der Komponenten (Abfangflugkörper, Abschußvorrichtung, Radargeräte) wird durch die Einführung mit dem Wort „gegenwärtig“ („currently“) relativiert. Bei einer Auslegung dieser Bestimmung nach ihrer gewöhnlichen Bedeutung ist die Definition der Komponenten daher nicht absolut und abschließend, sondern zeitgebunden und exemplarisch zu verstehen.
- Diese Auslegung wird bestärkt, wenn man Ziel und Zweck des ABM-Vertrages berücksichtigt. Der Vertrag ist darauf ausgerichtet, eine Verteidigung der beiderseitigen Hoheitsgebiete gegen ballistische Flugkörper – außer in den eng definierten Fällen des Art. III – zu verhindern. Hierzu enthält der Vertrag eine Kombination genereller und spezieller Verbote, die in ihrer Gesamtheit zu dem Schluß führen, daß mit dem Vertrag die Entwicklung, Erprobung und Dislozierung jeglicher ABM-Systeme – <sup>11</sup>außer in den Fällen des Art. III – generell verboten werden sollten. Dies wird besonders unterstrichen durch das in Art. VI enthaltene spezielle Umgehungsverbot.

Wortlaut und Ziel und Zweck des Vertrages selbst sprechen daher für die „enge“ Interpretation.

14) Nicht auszuschließen ist allerdings eine andere Interpretation durch spätere ergänzende Übereinkünfte zwischen den Vertragsparteien oder die Anwendungspraxis. Über beides ist uns allerdings nichts bekannt. In der Begründung der Neuinterpretation deutet auch nichts darauf hin, daß es irgendwelche in der SCC getroffenen Zusatzvereinbarungen in dieser Richtung gibt, noch hat man sich auf eine dahingehende Anwendungspraxis berufen. Die USA haben im Gegenteil früher wiederholt eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie SDI

<sup>10</sup> Für den Wortlaut von Artikel 31 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 939.

<sup>11</sup> Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 3.

nur als Forschungsprogramm für vertragskonform halten (u.a. in den „Arms Control Impact Statements“ der Regierung gegenüber dem Kongreß von April 1984 und 1985<sup>12</sup>, im SDI-Bericht des Pentagon an den Kongreß vom April 1985<sup>13</sup> sowie im „SDI Fact Sheet“ vom Juni 1985<sup>14</sup>).

15) Die „weite“ Interpretation wird vielmehr vor allem auf das „Agreed Statement D“ gestützt, das lautet:

„In order to insure fulfillment of the obligation not to deploy ABM systems and their components, except as provided in Article III of the Treaty, the Parties agree that in the event ABM systems based on other physical principles and including components capable of substituting for ABM interceptor missiles, ABM launchers, or ABM radars are created in the future, specific limitations on such systems and their components would be subject to discussion in accordance with Article XIII and agreement in accordance with Article XIV of the Treaty.“<sup>15</sup>

Diese von den Delegationsleitern bei Abschluß paraphierte Erklärung stellt eine sich auf den Vertrag beziehende Übereinkunft im Sinne der völkerrechtlichen Auslegungsregeln (Art. 31 Abs. 2a WVRK) dar und hat insofern für die systematische Auslegung integrale Bedeutung.

- Nach seinem Wortlaut sagt das „Agreed Statement D“, daß für den Fall, daß künftig auf anderen physikalischen Prinzipien beruhende ABM-Systeme hergestellt werden („are created“), über spezifische Beschränkungen für diese Systeme verhandelt und Vereinbarungen abgeschlossen werden sollen. Damit wird eine Verhandlungs- und Kontrahierungspflicht über neuartige ABM-Systeme festgelegt; zugleich wird aber implizite deren mögliche – und zulässige – Entwicklung vorausgesetzt.
- McFarlane hat daraus in seiner Erklärung vom 6.10.1985 den Schluß gezogen: „The Agreed Statement D ... provides that research on new physical principles or other physical principles is authorized as is testing and development.“

Abraham Sofaer, der Rechtsberater des State Department, argumentierte am 22.10.1985 vor dem Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses, daß „Agreed Statement D“ nur dann einen eigenen Regelungszweck erfülle, wenn man es im Sinne der „weiten“ Interpretation als die einzige Referenz des Vertrages auf neuartige ABM-Systeme verstünde. Im Rahmen der „engen“ Interpretation dagegen verlöre es jeden Sinn, da neuartige ABM-Systeme dann bereits durch Art. V in Verbindung mit Art. II des Vertrages verboten

<sup>12</sup> Vgl. FISCAL YEAR 1985 ARMS CONTROL IMPACT STATEMENTS. Statements submitted to the Congress by the President pursuant to section 36 of the Arms Control and Disarmament Act, March 1984, Washington 1984. Vgl. ferner FISCAL YEAR 1986 ARMS CONTROL IMPACT STATEMENTS. Statements submitted to the Congress by the President pursuant to section 36 of the Arms Control and Disarmament Act, April 1985, Washington 1985.

<sup>13</sup> Zum Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 18. April 1985 vgl. Dok. 133, Anm. 8.

<sup>14</sup> Zum „SDI fact sheet“ vgl. Dok. 190, Anm. 10.

<sup>15</sup> Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 3.

Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist eine ‚Anti-escape-Klausel‘.“

wären. Hieraus folgert er, daß die „enge“ Interpretation, da sie einen Teil des Vertragswerkes überflüssig machte, fragwürdig sei.<sup>16</sup>

- John B. Rhineland, der als Rechtsberater der amerikanischen SALT-I-Delegation an der Ausarbeitung des ABM-Vertrages beteiligt war, vertrat in der Anhörung am 22.10.1985 den entgegengesetzten Standpunkt und kommentierte die Begründung der Neuinterpretation mit: „This rationale is absurd as a matter of policy, intent and interpretation“. Nach seiner Darstellung bezieht sich „Agreed Statement D“ lediglich auf Art. III, indem die als Ausnahme gestattete Aufstellung bestimmter erdgestützter ABM-Systeme zusätzlich abgesichert werden sollte. Hierfür bestand an sich auch ein Bedürfnis, weil die Zählkriterien für die Ausnahmeregelung des Art. III auf herkömmliche Systemkomponenten abstellten und für den Fall der Schaffung neuer ABM-Systeme Unklarheiten entstanden wären (deshalb auch „spezifische Beschränkungen“).

Nach Auffassung der Abteilung 5 ist diese zuletzt genannte Interpretation nach dem Wortlaut des „Agreed Statement D“ allerdings keineswegs zwingend. Man kommt daher nicht umhin festzustellen, daß durch den Zusammenhang mit dem Agreed Statement D die Tragweite des Verbots des Art. V des ABM-Vertrages nicht ganz eindeutig ist.

16) Amerikanische Regierungsvertreter (AM Shultz, McFarlane, Sofaer, Perle) haben insofern auch auf die Verhandlungsgeschichte verwiesen, die nach den Auslegungsgrundsätzen für völkerrechtliche Verträge bei Mehrdeutigkeit als ergänzendes Auslegungsmittel herangezogen werden kann (Art. 32 WVRK)<sup>17</sup>. Nach den amerikanischen Regierungsvertretern gehe aus der Verhandlungsgeschichte hervor, daß sich die USA mit ihren damaligen Bemühungen um ein striktes Verbot auch exotischer Raketenabwehrsysteme gegen die Sowjets nicht durchsetzten. Die neue, „weite“ Interpretation entspräche dem Verständnis, das die Sowjetunion bei den Vertragsverhandlungen zum Ausdruck gebracht habe. Gerald Smith, der damalige Chefunterhändler der USA, und Rhineland sind in diesem Punkt allerdings gegenteiliger Meinung.

17) Wir können die Folgerungen aus der Verhandlungsgeschichte nicht nachprüfen, zumal uns die Verhandlungsprotokolle und sonstige Materialien nicht zugänglich sind. Als Außenstehende können wir uns überhaupt nur in Grenzen zur rechtlich „richtigen“ Interpretation des ABM-Vertrages äußern. Zusammengefaßt stellt sich die Rechtslage nach unserem Kenntnisstand so dar, daß einerseits Wortlaut sowie Ziel und Zweck des ABM-Vertrages selbst für die „enge“ Interpretation sprechen, andererseits „Agreed Statement D“ für die „weite“ Interpretation angeführt werden kann. Aus dem Zusammenhang beider Instrumente ergeben sich Zweifel sowohl für die eine wie für die andere Auslegung. Entscheiden können darüber letztlich nur die Vertragsparteien selbst. Wir können den USA lediglich nahelegen, die genauen rechtlichen Argumente vorzutragen, auf denen sie die „weite“ Auslegung für möglich halten.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Aussage des Rechtsberaters des amerikanischen Außenministeriums, Sofaer, am 22. Oktober 1985 vor dem Unterausschuß für Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2105, S. 38–40.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut von Artikel 32 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 939 f.

18) Für die anschließende politische Bewertung ist ferner noch auf eine rechtliche Folgewirkung der „weiten“ Interpretation zu verweisen, die bisher relativ unbeachtet blieb: Die eigentliche Brisanz der neuen Interpretation liegt darin, daß sie auch die Dislozierung neuartiger ABM-Systeme dem Verbot des Art. V entzieht. Wenn sich die Zulässigkeit solcher Systeme allein nach „Agreed Statement D“ beurteilt, so bestünde hinsichtlich ihrer Dislozierung allenfalls eine Pflicht zu verhandeln. Laut einem Hintergrundbericht der „Washington Post“ vom 22.10.1985 wird im Pentagon bereits gefragt, ob der ABM-Vertrag die Dislozierung exotischer ABM-Systeme überhaupt beschränke.<sup>18</sup>

### III. Politische Implikationen

19) Die Tatsache der Neuinterpretation des ABM-Vertrages hat politische Probleme aufgeworfen, die zum Teil noch fortbestehen. Bis zum 6. Oktober 1985, als McFarlane die Debatte um die „weite“ Interpretation eröffnete<sup>19</sup>, wurde die „enge“ Auslegung nicht in Frage gestellt. SU und USA konnten in ihrem politischen Kalkül davon ausgehen, daß Entwicklung und Erprobung neuartiger welt-raumgestützter ABM-Systeme eine Revision des ABM-Vertrages voraussetzten. Dieses wichtige Element rüstungskontrollpolitischer und strategischer Berechenbarkeit wurde durch die Neuinterpretation zunächst völlig aufgehoben und auch durch die anschließende politische Korrektur nicht vollständig rekonstituiert. Die gegenwärtige Situation unterscheidet sich in zwei Punkten vom politischen Status quo ante:

- Eine vertragliche Rechtspflicht (keine exotischen ABM-Systeme zu entwickeln und zu erproben) wurde durch eine einseitige politische Selbstbindung ersetzt.
- Die rüstungskontrollpolitisch entscheidende Frage, was nach Abschluß der gegenwärtigen SDI-Forschung geschieht, ist mit einer zusätzlichen Ungewißheit behaftet, da die politische Entscheidung für die „enge“ Auslegung diesen Zeitraum nicht umfaßt.

20) Präsident Reagan hat zwar am 11.10.1985 entschieden, daß das SDI-Programm so wie geplant weitergeführt werde, d.h. innerhalb der Grenzen der „engen“ Auslegung. AM Shultz hat darüber hinaus am 15.10.1985 in Brüssel erklärt, daß vor einem eventuellen Eintritt in die Entwicklungsphase Konsultationen mit den Verbündeten und Verhandlungen mit den Sowjets stünden.<sup>20</sup> An der Behauptung der rechtlichen Zulässigkeit der neuen Interpretation wurde jedoch ausdrücklich festgehalten. Die „Brandmauer“ zwischen Forschung und Entwicklung gründet sich damit nicht mehr auf eine vertragliche Verpflichtung, sondern auf eine einseitige politische Selbstbindung. Dies bedeutet ein erhebliches Minus:

21) Kernproblem der Genfer Verhandlungen bleibt die Ungewißheit über Machbarkeit, Art und Wirksamkeit künftiger Defensivsysteme. Solange diese Un-

<sup>18</sup> Vgl. dazu den Artikel „ABM Reinterpretation: A Quick Study“; THE WASHINGTON POST vom 22. Oktober 1985, S. A1 und S. A10.

<sup>19</sup> Zum Fernsehinterview des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, McFarlane, vgl. Dok. 274, Anm. 2.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die Sondersitzung des NATO-Ministerrats am 15. Oktober 1985; Dok. 283.

gewißheit besteht, sind Reduktionen der Offensivsysteme unwahrscheinlich. Ein Ausweg aus dieser Situation setzt voraus, daß die technologisch bedingte Ungewißheit im Defensivbereich überwunden wird. Sie muß der Berechenbarkeit eines politischen Handlungsrahmens untergeordnet werden.

22) Ein solcher verlässlicher politischer Handlungsrahmen könnte sich aus einer Bestätigung des ABM-Vertrages ergeben, solange keine konkreten SDI-Forschungsergebnisse vorliegen und daher nicht festzustellen ist, ob neuartige ABM-Systeme einen Beitrag zur strategischen Stabilität leisten könnten. Wir vertreten deshalb die Auffassung, daß für eine kooperative Zwischenlösung in Genf eine Bekräftigung des ABM-Vertrages sinnvoll wäre, die durch die gemeinsame Erklärung eines mehrjährigen Verzichts auf das Kündigungsrecht und durch eine einvernehmliche Klärung der Fälle vermuteter Vertragsverletzungen sowie der Grauzonenproblematik substantiiert werden könnte. Auf diese Weise könnte die notwendige Zeit gewonnen werden, eine etwaige spätere Einführung neuer Defensivsysteme kooperativ zu steuern.

23) Bestätigung und Stärkung des ABM-Vertragsregimes verlören jedoch ihren Sinn, wenn der Vertrag Entwicklung und Erprobung weltraumgestützter Abwehrsysteme erlaubte und selbst ihre Dislozierung nicht mehr eindeutig ausschloße. Die jüngsten Zusicherungen der amerikanischen Regierung haben dieses Problem nicht endgültig gelöst.

24) Dies ist insbesondere deshalb der Fall, weil die Entscheidung des Präsidenten, die Grenzen der „engen“ Interpretation nicht zu überschreiten, sich offenbar nur auf das laufende Forschungsprogramm bezog. Rüstungskontrollpolitisch entscheidend ist jedoch, was nach Abschluß der gegenwärtigen Forschungsprogramme in den USA und in der SU geschieht. Die Bereitschaft beider Seiten zu Reduzierungen bei den Offensivsystemen hängt mit davon ab, welche Entwicklungen im Defensivbereich für diesen Zeitpunkt antizipiert werden. Im Hinblick auf diesen entscheidenden Zeitpunkt ist die bereits bestehende Ungewißheit erhöht worden.

25) Es wäre wünschenswert, wenn das aufgrund der weiten amerikanischen Interpretation entstandene Minus an Rechtssicherheit durch ein weiteres Plus an politischer Berechenbarkeit ausgeglichen werden könnte. VM Weinbergers Bemühungen (vgl. oben Ziffer 7) hatten insofern eine gegenteilige Wirkung. Wie aus seinem Brief vom 13. November an den Präsidenten aber auch klar hervorgeht, steht die politische Linie des Pentagon in engem Zusammenhang mit der sowjetischen Praxis bei der Einhaltung von Rüstungskontrollverträgen. Eine durchgreifende politische Beruhigung der ABM-Problematik verlangt nicht nur zusätzliche amerikanische Selbstverpflichtungen für die Zeit nach Ablauf der SDI-Forschung, sondern auch eine Klärung der Fälle vermuteter sowjetischer Vertragsverletzungen. Möglicherweise besteht hier Raum für gegenseitiges Entgegenkommen.

Abteilung 5 hat mitgewirkt und mitgezeichnet.

Ruth

**VS-Bd. 11375 (220)**



## 313

# Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Santer

VS-NfD

19. November 1985<sup>1</sup>

Gespräch Bundeskanzler–Ministerpräsident Santer/Luxemburg, am Dienstag, dem 19. November 1985, im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Hartmann, Ministerpräsident Santer.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, zunächst die bilateralen Fragen zu besprechen. MP *Santer* erklärt sich damit einverstanden und nennt folgende drei Themen:

- medienpolitische Fragen,
- ARBED Saarstahl,
- Luxemburger Zwangsrekrutierte<sup>2</sup>.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, mit dem letzteren Punkt zu beginnen und erklärt, er wolle diese Angelegenheit heute vom Tisch bringen. Der Bundeskanzler streift kurz die Vorgeschichte bis zu der Versicherung von Bundeskanzler Schmidt im Juli 1980 gegenüber MP Werner, er wolle die Angelegenheit noch im Winter abschließen.<sup>3</sup> Er selber sei mit der Problematik der Zwangsrekrutierten bei seinem Besuch in Luxemburg im Januar 1984 konfrontiert worden.<sup>4</sup>

Was den Betrag angehe, so denke er an 10 Mio. DM. Diese Summe könne einer zu gründenden Stiftung zur Verfügung gestellt werden, deren Verwaltung Sache von Luxemburg sei. Die Mittel sollten in erster Linie den Betroffenen und ihren Angehörigen zugute kommen.

MP *Santer* erinnert daran, daß seinerzeit von luxemburgischer Seite eine Summe von 70 Mio. DM, von dem deutschen Beauftragten Alex Möller ein Betrag von 20 Mio. DM genannt worden sei.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 21. November 1985 gefertigt.

<sup>2</sup> Zur Frage der zur Wehrmacht zwangsrekrutierten Luxemburger vgl. Dok. 6, Anm. 3.

<sup>3</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Werner am 15. Juli 1980; AAPD 1980, II, Dok. 212.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte am 20. Januar 1984 Luxemburg. Botschafter Knackstedt, Luxemburg, berichtete am 24. Januar 1984, Ministerpräsident Werner habe ihm über das Gespräch mitgeteilt: „Der Bundeskanzler habe ihm zugesagt, die luxemburgischen Anliegen im Sinne der von seinem Vorgänger, Bundeskanzler Schmidt, gemachten Vorstellungen prüfen zu lassen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 39; Referat 203, Bd. 140577.

<sup>5</sup> Die Beauftragten Möller (Bundesrepublik) und Reiffers (Luxemburg) hielten in ihrem gemeinsamen Abschlußbericht vom 16. Juni 1980 fest: „Die Bundesregierung sollte bei einer positiven politischen Grundsatzentscheidung zur gleichen Zeit den angemessenen finanziellen Rahmen einer solchen, mit Luxemburg abzusprechenden Regelung festlegen.“ Möller konstatierte in seinem Begleit-schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 18. Juni 1980: „Was Form und Höhe einer etwaigen Leistung an Luxemburg angeht, besteht unter den Ressorts keine Einigkeit. [...] Aus diesen Gründen konnte ich in den Verhandlungen am 16. Juni 1980 keinen konkreteren Lösungsvorschlag als aus der Anlage ersichtlich empfehlen. Das gleiche gilt auch für die Höhe des auszuwerfenden Betrages.“ Vgl. B 86 (Referat 503), Bd. 1623.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, es müsse eine Relation zu der Zahlung hergestellt werden, die seinerzeit gegenüber Frankreich geleistet worden sei.<sup>6</sup>

MP *Santer* erklärt, auch er halte die Idee einer Stiftung für gut. Es habe auch andere Überlegungen gegeben – beispielsweise Direkthilfen bei Infrastrukturmaßnahmen; so sei seinerzeit erwogen worden, mit dem von deutscher Seite zur Verfügung gestellten Geld eine Brücke über die Sauer zu bauen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, diesen Gedanken finde er nicht gut. Besser sei, eine Geste gegenüber den betroffenen Leuten zu machen.

MP *Santer* stimmt dem zu und erklärt, es sei in der Tat beabsichtigt, die der Stiftung zur Verfügung gestellten Mittel für die Finanzierung von Betten etc. in Altenzentren zu verwenden. Gleichzeitig solle festgelegt werden, daß hiervon Opfer des Naziregimes und insbesondere die Zwangsrekrutierten begünstigt werden sollten.

Der *Bundeskanzler* verneint die Frage von MP *Santer*, ob die Bundesrepublik Deutschland an einer Mitverwaltung der Stiftung interessiert sei.

MP *Santer* setzt dem Bundeskanzler noch einmal auseinander, daß die angekündigte Summe weit unter dem ursprünglich in Aussicht genommenen Betrag liege, und läßt durchblicken, daß er mit einer höheren Zusage gerechnet hat.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich daraufhin bereit, den Betrag auf 12 Mio. DM zu erhöhen, und stellt ausdrücklich fest, daß diese Zusage keinerlei rechtliches Präjudiz schaffe. Er schlägt MP *Santer* ferner vor, diese Vereinbarung nach Rückkehr in Luxemburg bekanntzugeben.

MP *Santer* erklärt sich damit einverstanden und stellt auch für die luxemburgische Seite fest, daß mit dieser Geste kein Präjudiz in rechtlicher Hinsicht verbunden sei.

MP *Santer* greift sodann die Medienfragen auf. RTL habe Interesse an einer Mitbenutzung des deutschen TV-SAT. Bei dem deutschsprachigen Programm RTL plus gebe es bereits eine Zusammenarbeit mit Bertelsmann, der man aber sehr skeptisch gegenüberstehe. Der neue Verwaltungsratsvorsitzende der Trägergesellschaft CLT<sup>7</sup>, der frühere MP Werner, habe daher Gespräche mit der FAZ<sup>8</sup> aufgenommen. Schließlich handele es sich hierbei nicht nur um ein kommerzielles, sondern auch um ein politisches Unternehmen. Er wolle daher die Frage stellen, ob man einen Staatsvertrag mit der Bundesregierung abschließen solle, in dem die Sendemöglichkeiten für Deutschland festgelegt würden. Beispielsweise könne die Bundesregierung in einem Lastenheft bestimmte Auflagen machen und damit eine gewisse Garantie erhalten, was den Inhalt der Informationen angehe.<sup>9</sup> Dabei sei er sich der bestehenden rechtlichen Probleme – vor allem mit Blick auf die Zuständigkeit der Länder – bewußt.

<sup>6</sup> Das Abkommen vom 31. März 1981 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über einen Beitrag der Bundesrepublik zu der Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“ sah eine Zahlung von insgesamt 250 Millionen DM vor. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 609. Vgl. ferner AAPD 1981, I, Dok. 74.

<sup>7</sup> Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion.

<sup>8</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung.

<sup>9</sup> Ministerialdirektor Witte erläuterte am 11. Juli 1985: „Das gegenwärtig terrestrisch verbreitete deutschsprachige Programm RTL plus [...] wird daher bald in großen Teilen der Bundesrepublik, ab 1986 bundesweit in Kabelnetze eingespeist werden können. Für uns kommt es jetzt darauf an,

Der *Bundeskanzler* erklärt, er finde die Idee interessant. Wir müßten uns in der Tat von einer gewissen Engstirnigkeit lösen und an die größere europäische Kulturlandschaft denken. Der *Bundeskanzler* verweist in diesem Zusammenhang auf Erhebungen der Kommission, wonach wir in nicht allzu langer Zeit damit rechnen müssen, daß 90% der hier gezeigten Filme amerikanischer Herkunft sein werden. Es sei völlig in seinem Sinne, wenn über diesen Fragenkomplex zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Luxemburg eingehend gesprochen werde.

Der *Bundeskanzler* legt in diesem Zusammenhang die innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und die spürbare Verbesserung der Grundstimmung in breiten Kreisen der Bevölkerung dar. Die zum Teil bewußt geschürte Angst sei einem Optimismus gewichen, der sich in allen Bereichen, nicht nur in der Wirtschaft, bemerkbar mache.

MP *Santer* weist darauf hin, daß RTL enge Beziehungen zu Frankreich habe – im Aufsichtsrat seien die französischen Interessen sehr stark vertreten –, aber man habe versucht, dies in jüngster Zeit etwas auszugleichen. Er habe auch Mitterrand deutlich gesagt, RTL sei kein französischer, sondern ein europäischer Sender. Die besten Sendezeiten bei RTL seien für Deutschland reserviert. Vor kurzem habe man auch einen Vertrag mit Belgien abgeschlossen, wohin jeden Abend zwei Nachrichtensendungen ausgestrahlt würden.

Der *Bundeskanzler* erklärt sich bereit, über diese Frage noch einmal eingehend zu sprechen. Zunächst solle aber StS Schreckenberger nach Luxemburg fahren und weitere Einzelheiten klären.

MP *Santer* erklärt, er wolle in diesem Zusammenhang eine weitere, eher technische Frage anschneiden. Die Deutsche Bundespost habe RTL einen Kanal zwischen 12 und 15 eingeräumt. Tatsächlich seien aber nur die Kanäle bis 12 überall zu empfangen. Er wäre daher dankbar, wenn dieses Problem noch einmal mit der Bundespost erörtert würde. Zu diesem Zwecke erlaube er sich, dem *Bundeskanzler* ein Memorandum zu überreichen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er werde StS Schreckenberger beauftragen, sich auch um diese Frage zu kümmern, und ihm daher das Memorandum persönlich zuleiten.

MP *Santer* greift sodann die Problematik von ARBED<sup>10</sup> Saarstahl auf. Das Vorgehen von MP Lafontaine sehe man mit einer gewissen Sorge. Lafontaine schlage jetzt der Bundesregierung vor, daß sie die ihr und der saarländischen Regierung eingeräumte Option zur Übernahme der Kapitalmehrheit von 76% zugunsten der Saarländischen Investitionskreditbank ausübe. Gleichzeitig solle die Dillinger Hütte bei Saarstahl einsteigen. Hinter der Dillinger Hütte stehe das französische Staatsunternehmen Sacilor. Lafontaine gehe mit diesen Ideen jetzt vor die Presse, obschon der Vertrag mit ARBED Saarstahl eine Konsulta-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1634*

die mit LUX grundsätzlich vereinbarten bilateralen Gespräche über den Inhalt eines Lastenheftes für dieses Programm (Jugend-, Persönlichkeitsschutz, Werberegeln), die für den Fall seiner Abstrahlung über den französischen direktsendenden Satelliten TDF 1 in Aussicht genommen waren, baldmöglichst zu führen. [...] In diesem Rahmen könnten wir auch den Versuch unternehmen, das Programm RTL plus auf unseren TV-Sat (später D-Sat) zu holen“. Vgl. Referat 431, Bd. 142066.

<sup>10</sup> Aciéries Réunies de Burbach-Eich-Dudelange.

Zu staatlichen Hilfen für ARBED vgl. AAPD 1982, II, Dok. 292.

tionsklausel enthalte. Auch zu diesem Punkt übergibt MP Santer dem Bundeskanzler ein Memorandum.

MP Santer fügt hinzu, die luxemburgische Seite habe andere Vorstellungen für eine Lösung, und zwar solche, die nicht einer Verstaatlichung gleichkämen. (Während einer kurzen Abwesenheit des Bundeskanzlers erläutert MP Santer, die luxemburgische Seite fürchte insbesondere, daß es bei einer Realisierung der Pläne von MP Lafontaine zu einer Konkurrenz zwischen ARBED Saarstahl und ARBED Luxemburg komme.)

Das Gespräch wird bei Tisch in größerem Kreise fortgesetzt.

Der *Bundeskanzler* stellt die Frage, ob es nach Meinung von MP Santer Fortschritte bei der Vorbereitung des nächsten EG-Gipfels<sup>11</sup> gebe.

MP *Santer* antwortet, die Vorbereitungen kämen gut voran. Zwar dränge jetzt die Zeit, aber die Probleme hätten sich klar herauskristallisiert. Die Absicht der Präsidentschaft sei, die Tagesordnung nicht zu überlasten. Er wolle im übrigen daran erinnern, daß die Bundesregierung als einer der Initiatoren der Regierungskonferenz<sup>12</sup> eine besondere Verantwortung für deren Erfolg habe.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er sei bereit, weiterzugehen, er müsse allerdings darauf hinweisen, daß beispielsweise die Opposition ihn bei der Europapolitik nicht unterstütze. Das sei unter der früheren Regierung anders gewesen.

Abgesehen davon gebe es natürlich auch sachliche Probleme. Beispielsweise müsse er sich auf eine heftige Diskussion über Standards und Normen im Binnenmarkt gefaßt machen. In der Tat habe man ja in Deutschland – wie auch in Luxemburg – besonders hohe Standards, beispielsweise im Lebensmittelrecht, im Umweltschutz oder auch beim Arbeitsschutz. Die Kommission werde die schwierige Aufgabe haben, die Standards auf europäischer Ebene zu justieren. Er werde sich auch anderen Problemen gegenübersehen, beispielsweise der Sorge der Versicherungswirtschaft vor ausländischen Konkurrenten. Andere Probleme stellten sich im Transportsektor; hier brauche man nur an die niederländischen Dumpingmethoden zu denken. Dessenungeachtet sei er jedoch der Auffassung, daß es keine Alternative zu weiteren Fortschritten gebe.

MP *Santer* weist darauf hin, daß es ja auch durchaus die Möglichkeit gebe, Übergangsregelungen zu treffen. Er berichtet kurz über die gestrige Diskussion im Rat zur Problematik der Steuerharmonisierung.<sup>13</sup> Dies sei ein hochpolitisches Thema. Luxemburg und Deutschland hätten die gleichen niedrigen Steuersätze; andere Länder wiederum hätten Probleme mit ihrer hohen Mehrwertsteuer.

<sup>11</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg statt.

<sup>12</sup> Zum Vorschlag einer Regierungskonferenz für eine Europäische Union vgl. Dok. 177.

Zur Eröffnung der Regierungskonferenz am 9. September 1985 in Luxemburg vgl. Dok. 260, Anm. 19.

Zum Fortgang vgl. ferner Dok. 295.

<sup>13</sup> Am 18. November 1985 fand in Luxemburg eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) statt. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete am selben Tag, daß eine erste Grundsatz Aussprache über die Vorschläge der EG-Kommission zum Abbau der Steuergrenzen stattgefunden habe: „Beschlüsse wurden nicht gefaßt. [...] Auf seiner nächsten Tagung am 9.12.85 soll sich ECOFIN-Rat mit dem Vorschlag der Kom[mission] befassen, einen Ad-Hoc-Ausschuß mit persönlichen Beauftragten der Minister einzusetzen, der zur Vorbereitung weiterer Beratungen im Rat die mit einer Steuerharmonisierung verbundenen Probleme zusammenstellen und analysieren soll.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3340; Referat 412, Bd. 130592.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, in diesem Bereich brauchten wir daher auch Einstimmigkeit.

MP *Santer* stimmt dem zu.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, bei den Steuern stellten sich für ihn zwei Probleme. Es gebe bei uns eine gestörte Relation zwischen direkten und indirekten Steuern, die sich heute 62:38 zugunsten der direkten Steuern entwickelt habe. Dies sei im Grunde genommen ein Betrug an den kleinen Leuten, auch wenn manche behaupteten, dies sei sozial gerechter. In Wirklichkeit profitierten von hohen direkten Steuern vor allem diejenigen, die die Rückerstattungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen könnten. Er werde daher für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Entsprechende Maßnahmen ließen sich mit der Frage der Harmonisierung innerhalb der EG verbinden.

Ein ganz anderer Punkt sei der, daß einige Mitgliedstaaten wenig direkte Steuern einnähmen, weil in ihren Ländern die Steuermoral schlecht sei.

MP *Santer* greift unter Berufung auf den gestrigen Besuch von Kommissionspräsident Delors in Bonn<sup>14</sup> die Problematik einer Einbeziehung der Währungsfrage in die Regierungskonferenz auf. Er sei sich im klaren darüber, daß es hier – vor allem mit Rücksicht auf die Bundesbank – besondere deutsche Probleme gebe. Hierüber habe er auch mit StS Tietmeyer gesprochen, der ihm erklärt habe, daß er dabei sei, sich Gedanken zu machen. Er müsse zugeben, daß der Vorschlag von Delors in Verbindung mit Art. 235 EWG-Vertrag<sup>15</sup> uns vor Schwierigkeiten stelle. Er frage sich daher, ob man nicht die Möglichkeit, daß die Kommission sich auf den Art. 235 beruft, ausschalten könne.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, der jetzt vorliegende Vorschlag von Kommissionspräsident Delors<sup>16</sup> werde mit uns nicht laufen.

MP *Santer* erwidert, das sei ihm klar; im übrigen würden auch die Briten nicht mitmachen.

Der *Bundeskanzler* fügt hinzu, er habe rein psychologisch nicht verstanden, wieso Delors seinen Vorschlag so ungeschickt plazierte.

MP *Santer* meint, möglicherweise könne man sich darauf beschränken, bei der jetzt zur Diskussion stehenden Vertragsänderung nur die Zielsetzung festzu-

<sup>14</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit EG-Kommissionspräsident Delors am 18. November 1985 vgl. Dok. 311.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Artikels 235 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

<sup>16</sup> Referat 412 hielt am 19. November 1985 fest: „Bei dem von Prä[sident] Delors am 18.11. im ECOFIN-Rat eingebrachten neuen Vorschlag [...] handelt es sich, wie bereits aus der Überschrift hervorgeht, diesmal offenbar nicht um einen Alleingang des EGK-Präsidenten, sondern um ein von der ganzen EGK mitgetragenes, im Lichte der bisherigen Diskussion weiterentwickeltes Konzept. Einer Reihe auch deutscher Kritikpunkte wurde Rechnung getragen; vor allem ist der Vorschlag jetzt in die Perspektive der Entwicklung zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gestellt worden. Daß dies beim ursprünglichen Delors-Vorschlag nicht der Fall war, hatten B[undes]B[an]k-Prä[sident] Pöhl und BM Stoltenberg besonders beanstandet. Der belgische Vorschlag [...] hat insoweit das gleiche Ziel. [...] Beide Vorschläge enthalten aus deutscher Sicht noch immer Schwachpunkte, dürften aber schwerer abzulehnen sein als der ursprüngliche Delors-Vorschlag. [...] Der für die BBK entscheidende Punkt, daß die Erwähnung des EWS den ECOFIN-Rat in die Lage versetzt, über Art. 235 in EWS-Angelegenheiten Rechtsakte zu setzen, wird selbstverständlich durch keinen der Vorschläge ausgeräumt.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

setzen. Er könne sich vorstellen, daß man eine entsprechende Formel finde, die für die Bundesregierung akzeptabel sei. Allerdings sei es für Großbritannien schwierig, auch nur von „Währungsunion“ zu sprechen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, man müsse verstehen, daß alle mit der Währung zusammenhängenden Fragen in der Bundesrepublik Deutschland auf eine besondere Sensibilität trafen. Hier gebe es nun einmal spezifische historische Erfahrungen, die eine große Rolle spielten. Bei der Gründung der Bundesbank<sup>17</sup> sei man fest entschlossen gewesen, nie wieder eine Manipulation zuzulassen, wie sie seinerzeit die Reichsbank unter Schacht betrieben habe. Die Bundesbank sei inzwischen zu einem Inbegriff der Stabilität geworden. Wenn jetzt der Vorschlag von Delors an die Öffentlichkeit gelange, so rufe das Unsicherheit hervor. Was schließlich die Haltung der Bundesbank angehe, so dürfe man nicht vergessen, daß die Bundesbank sich seinerzeit bei der Gründung des EWS durch Schmidt und Giscard<sup>18</sup> übergangen fühlte.

Er wolle aber klar sagen, daß am Ende des Weges auch eine Entscheidung in der Währungsfrage stehen müsse. Was ihn jedoch nicht überzeuge, sei, ob jetzt, in diesem Stadium, wo die Wirtschaftspolitiken noch weit auseinandergingen, ein solcher Schritt nützlich sei.

MP *Santer* erklärt, er frage sich, ob man nicht wenigstens in den Vertrag hineinschreiben könne, was jetzt existiere. Schließlich habe man nicht alle Tage die Möglichkeit zu Vertragsänderungen. Es genüge eine Referenz auf das EWS.

Der *Bundeskanzler* erwidert, wenn wir den Binnenmarkt geschaffen hätten, dann wäre eine Aussage zur Währung ein logischer Abschluß.

MP *Santer* wiederholt, bei dem EWG-Vertrag handele es sich im Grunde genommen um eine Art Verfassung, in der man nur die Ziele festlege und nicht die Mittel. Er könne sich daher vorstellen, daß man mit einer Referenz auf die Währungspolitik auskomme, ohne damit die Mitgliedstaaten in Schwierigkeiten zu bringen.

Der *Bundeskanzler* erwidert, diese Frage müsse man noch einmal bedenken.

MP *Santer* weist darauf hin, daß auch der Werner-Bericht<sup>19</sup> nur die Zielsetzung festgehalten habe. Aber er räume ein, daß Großbritannien nicht einmal das mitmachen wolle.

Der *Bundeskanzler* erklärt, die Reihenfolge sei wichtig.

MP *Santer* stellt die Frage, wie der Bundeskanzler die Frage der Erweiterung der EP-Befugnisse sehe.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er trete entschieden für eine Verbesserung der Rechte des Parlamentes ein. Dies sei die logische Konsequenz der Direktwahl.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 26. Juli 1957 über die Deutsche Bundesbank vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil I, S. 745–755.

<sup>18</sup> Der Europäische Rat verabschiedete am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel den Grundsatzbeschuß zur Errichtung des Europäischen Währungssystems. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

<sup>19</sup> Eine von den Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten mit der Ausarbeitung eines Stufenplans für eine Wirtschafts- und Währungsunion beauftragte Arbeitsgruppe unter der Leitung des Ministerpräsidenten Werner legte am 8. Oktober 1970 ihren Bericht vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 530–546. Vgl. dazu ferner AAPD 1970, III, Dok. 503.

StM *Stavenshagen* erläutert kurz die deutschen Vorstellungen für das Kooperationsverfahren<sup>20</sup>.

MP *Santer* weist darauf hin, daß es in der Frage der EP-Befugnisse noch Schwierigkeiten mit Großbritannien und Dänemark gebe.<sup>21</sup> Er leitet sodann über auf ein Gespräch, das er letzte Woche mit MP Papandreou in Athen gehabt habe. Dort habe sich gezeigt, daß Papandreou weniger europafeindlich gewesen sei als früher. Dies habe im übrigen auch Mitsotakis bei der EVP-Regierungskonferenz<sup>22</sup> bestätigt. Vielleicht sei dies aber auch nur ein taktisches Verhalten.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er sehe nicht, wie das auf Dauer gutgehen könne, und erinnert in diesem Zusammenhang an die Rede von Papandreou in Moskau<sup>23</sup>. Der Bundeskanzler verweist sodann auf unsere bevorstehenden Gespräche mit der Türkei<sup>24</sup> und unterstreicht deren Rolle als Faktor der Stabilität an der Südflanke der NATO. Im übrigen, so schließt der Bundeskanzler, sei er überzeugt, daß wir in Europa vorankommen würden.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

<sup>20</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik vom 24. September 1985 für erweiterte Legislativbefugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 260, Anm. 21.

Das Auswärtige Amt notierte am 13. November 1985: „Wir sind grundsätzlich offen für eine Erweiterung der Anhörung des EP, wie sie die Kommission vorgeschlagen hat. Ausgenommen bleiben sollten aber wie bisher Materien, die auch im nationalen Bereich nicht unter dem direkten Einfluß der Parlamente stehen [...]. Vom Ansatz her bestehen Parallelen zwischen dem von der Kommission vorgesehenen Kooperationsverfahren und dem von uns vorgeschlagenen Verfahren des ‚Zusammenwirkens‘ von Rat und EP bei bestimmten Materien der Rechtsetzung. Der von der Kommission vorgeschlagene Anwendungsbereich (Binnenmarkt im weiten Sinne sowie neue Politiken) greift allerdings erheblich weiter aus. Insbesondere die Einbeziehung der Entscheidungen über die Fonds unter dem Rubrum des sog. ‚Zusammenhalts der Gemeinschaft‘ erscheint uns nicht als geeigneter Gegenstand der EP-Beteiligung. [...] Auf die Einrichtung eines Vermittlungsverfahrens, wie wir es zunächst vorgeschlagen hatten, sind wir – bei brauchbaren Alternativlösungen – nicht fixiert. [...] Hinsichtlich des Mitentscheidungsverfahrens des EP bei einigen ausgewählten und sachlich gerechtfertigten Materien sehe ich keine Differenzen zwischen uns, F, der Kommission und Italien, was die Ausgestaltung des Verfahrens angeht. Beim Anwendungsbereich haben wir uns in erster Linie auf Rechtsakte beschränkt, die auf Änderungen des EWG-Vertrages selbst und seines räumlichen Geltungsbereichs zielen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>21</sup> Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), informierte am 15. November 1985 über eine Sitzung der Vorbereitungsguppe der Regierungskonferenz für eine Europäische Union, deren Gegenstand die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments war: „In Aussprache am 14.11. standen sich die Fronten unverändert gegenüber: [...] Leichte Evolution ihrer Haltung allenfalls bei F und GB in Richtung Vorsitzpapier, das sie bei Aufrechterhaltung ihrer alten Bedenken im einzelnen jetzt immerhin als ‚Schritt in die richtige Richtung‘ bezeichneten. [...] DK bestätigte seine Grundhaltung, es wolle keine Vertragsänderung, die die Änderung der bestehenden Befugnisse zwischen den Institutionen zum Ziel hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3293; Referat 410, Bd. 130393.

<sup>22</sup> Zum Treffen führender christdemokratischer Politiker aus den EG-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament am 19./20. Juni 1985 in Rom vgl. Dok. 167, Anm. 4.

<sup>23</sup> Zur Tischrede des Ministerpräsidenten Papandreou am 11. Februar 1985 in Moskau vgl. Dok. 47, Anm. 29.

<sup>24</sup> Zu den deutsch-türkischen Staatssekretärsgesprächen am 5./6. Dezember 1985 vgl. Dok. 338.

## 314

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, Kinnock

19. November 1985<sup>1</sup>

Ihr Gespräch mit dem Vorsitzenden der Labour Party, Herrn Neil Kinnock, am 19. November 1985<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen auf britischer Seite der britische Botschafter<sup>3</sup> und der persönliche Referent von Herrn Kinnock teil; auf unserer Seite: VLR I Dr. Neuer als Note-taker.

Nach der Begrüßung durch den Bundeskanzler bedankte sich Herr Kinnock für den Empfang.

Auf Frage von Herrn *Kinnock* nach der Beurteilung der Genfer Gespräche<sup>4</sup> durch den *Bundeskanzler* führte dieser aus, er habe sich sehr für das Zustandekommen dieses Treffens eingesetzt. Schon mit GS Andropow habe er seinerzeit lange über ein Zusammentreffen mit dem amerikanischen Präsidenten gesprochen<sup>5</sup>, weil er damals auch eine Chance dafür gesehen habe. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß die beiden wichtigsten Männer der Welt sich gegenseitig nicht kennen würden. Bezüglich des Treffens hege er einen gedämpften Optimismus. Er kenne Präsident Reagan gut und sei freundschaftlich mit ihm verbunden. Er wisse, der Präsident wolle ein Ergebnis. Präsident Reagan habe Ähnlichkeiten mit dem früheren Präsidenten Truman. Er habe ein klares Koordinatensystem, sei berechenbar und sehr geschickt. Auch habe er die Fähigkeit, ein Team zu schaffen, und verfüge über einen ausgeprägten politischen Machtinstinkt. Der Präsident habe sich zwei Ziele gesetzt, nämlich daß Amerika wieder oben stehe und daß die wirtschaftliche Lage sich von Grund auf verändere. Das erste Ziel habe er voll erreicht, bezüglich des zweiten habe er viel erreicht. Wie sich die Lage allerdings angesichts des Budgetdefizits letztlich entwickle, müsse offenbleiben. Der Präsident sehe, daß er auf das Ende seines Weges zugehe. Für seine Verhandlungen mit Gorbatschow habe er eine glänzende Ausgangsposition in den USA. Niemand werde ihn bei einem entgegen-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. November 1985 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vorlage zur Unterrichtung an BM Genscher?“

Hat Schäuble am 25. November 1985 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der zu Teltschiks Frage handschriftlich vermerkte: „Nein“. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Der Vorsitzende der britischen Labour Party, Kinnock, hielt sich bis zum 22. November 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Julian Bullard.

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, am 5. Juli 1983 in Moskau vgl. AAPD 1983, II, Dok. 200.



kommenden Schritt als Kommunisten bezeichnen. Er befinde sich in einer ähnlichen Lage wie de Gaulle bei der Lösung des Algerien-Problems. Für Brandt sei es z.B. nicht möglich gewesen, der DDR einen Kredit zu geben<sup>6</sup>, während er, der Bundeskanzler, hierzu in der Lage gewesen sei.

Herr *Kinnock* wies in diesem Zusammenhang auf die Stellung von PM Thatcher bei der Nordirland-Regelung hin.<sup>7</sup>

Der *Bundeskanzler* fuhr in seinen Ausführungen fort und wies auf den intensiven brieflichen und mündlichen Meinungsaustausch mit Präsident Reagan hin. Er hoffe, die sowjetische Seite begreife, daß sie mit diesem amerikanischen Präsidenten reden müsse. Er habe in den letzten Wochen auch intensive Kontakte mit Moskau und den übrigen Ostblockstaaten gehabt. Dabei habe er gegenüber den Sowjets immer wiederholt, daß mit Präsident Reagan verhandelt werden müsse, da sonst die Zeit bis 1990 praktisch nicht genutzt werden könne.

Zur Lage GS Gorbatschows bemerkt der Bundeskanzler, er sitze zwar im Sattel, aber doch nicht ganz fest. Er habe den Parteitag vor sich<sup>8</sup> und wolle noch viel verändern. Gorbatschow sei ein vorsichtiger Mann. Er sei von einer anderen Generation als seine Vorgänger und habe nicht am Krieg teilgenommen. Er spreche über einen Mythos, aber verkörpere ihn nicht. 60% der Sowjetbürger seien nach dem Krieg geboren und aufgewachsen. Dies müsse man bei den Überlegungen berücksichtigen. In Gorbatschow würden große Erwartungen in der Sowjetunion gesetzt. Die wirtschaftliche Lage dort sei schlecht, während die Sowjetunion eine militärische Weltmacht sei, allerdings eine unbewegliche Weltmacht. Ein Krieg scheide aus, da er die Apokalypse für alle bedeute. Die sowjetische Gesellschaft sei am Ende der Breschnew-Ära ineffizient und korrupt. Auf wirtschaftlichem Gebiet hätten Ungarn, die DDR und sogar Bulgarien die Sowjetunion überholt. Gorbatschow müsse jetzt handeln. Dabei gebe es zwei Möglichkeiten, nämlich entweder aus der Sowjetunion einen riesigen Gulag mit Zwangsmaßnahmen zu machen oder Reformen anzugehen, wie sie schon Liberman vorgeschlagen<sup>9</sup> und Kossygin versucht habe. Der erste Weg sei inopportun und scheide wohl aus. Der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auch auf die Nowosibirsk-Studie<sup>10</sup> und die vernichtende Kritik hin, die in ihr enthalten sei. Es müsse zumindest dem, der Leistung bringe, hierfür ein Bonus gegeben werden. Ob allerdings Gorbatschow die Kraft habe, hier

<sup>6</sup> Zu dem von der Bundesregierung garantierten Kredit an die DDR vgl. Dok. 145, Anm. 20.

<sup>7</sup> Premierministerin Thatcher und Ministerpräsident FitzGerald schlossen am 15. November 1985 eine Übereinkunft über den Status Nordirlands und die Zusammenarbeit bei der Lösung des Nordirlandkonflikts. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1413, S. 197–207. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 266–270.

<sup>8</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>9</sup> In einem Artikel über staatliche Planvorgaben, Gewinne und Prämien sprach sich der Professor am Ingenieurökonomischen Institut der Universität Charkow, Liberman, am 9. September 1962 für größere Freiheit der Betriebe bei der Umsetzung staatlicher Planvorgaben aus. Durch Beteiligung der Betriebe an Gewinnen sowie die Vergabe von Prämien an die Beschäftigten sollte zudem deren Interesse an einer Erhöhung der Gewinne gesteigert werden. Für den deutschen Wortlaut des Artikels „Plan, pribyl', premija“ vgl. OST-PROBLEME 14 (1962), Heft 21, S. 661–664.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der von Tatjana Saslawskaja verfaßten sogenannten „Studie von Nowosibirsk“ vgl. OSTEUROPA 34 (1984), Heft 1, A 4–A 25.

etwas Grundsätzliches zu unternehmen, wie z.B. Dezentralisierung, müsse sich erst noch zeigen. Jedenfalls glaube er, daß Gorbatschow sich in Genf mit Rücksicht auf seine innenpolitische Lage bewegen werde. Präsident Reagan habe für Genf auch eine ungewöhnlich gute Position in Europa. Es gebe keine Probleme mit den Alliierten. Zu Gorbatschows Position im Warschauer Pakt führte der Bundeskanzler aus, alle Mitgliedstaaten wünschten, daß Bewegung in die Lage komme. Es sei allerdings schwer zu sagen, inwieweit Gorbatschow diese Wünsche ernst nehme. Zusammenfassend wolle er sagen, daß er als Ergebnis von Genf die Vereinbarung weiterer Gespräche für möglich halte, daß Bewegung in das Verhältnis der beiden Supermächte komme und daß nicht nur über Waffen gesprochen werde, sondern auch über andere Fragen auf breiter Basis. Deshalb sei er gedämpft optimistisch. Interessant sei auch festzustellen, daß Sagladin, der in Deutschland sei<sup>11</sup>, geäußert habe, es sei keine Eiszeit im Anzug.

Herr *Kinnock* stimmte den Ausführungen des Bundeskanzlers bezüglich der Einschätzung von Präsident Reagan weitgehend zu. Der Präsident sei ein Mann, der Entscheidungen treffe. Allerdings vielleicht heute im geringeren Umfange als noch vor zwei Jahren. Warum das so sei, wisse er nicht. Aber die unterschiedlichen Ratschläge, die von seinen Ratgebern zu hören seien, deuteten darauf hin. Er glaube aber, der Präsident habe eine klare Sicht der Dinge und ein klares Ziel. Auch bezüglich GS Gorbatschow teile er die Ansicht des Bundeskanzlers. Ob Gorbatschow zu einem zweiten Stalin werde oder zu einem ersten Gorbatschow, darüber werde weder im Kreml noch von Gorbatschow selbst eine Entscheidung getroffen werden. Dieses werde sich im Westen entscheiden, da dort festgelegt werde, welcher Druck von den USA und ihren Verbündeten auf die Sowjetunion ausgeübt werde, also welche Möglichkeiten Gorbatschow blieben, auf den Wirtschaftsaufschwung zu setzen. Zwar habe der Generalsekretär nicht am Krieg teilgenommen, sei aber dennoch durch die Erinnerungen an das Kriegsgeschehen beeinflusst. Zugleich sei er ein echter Sowjetbürger. Er habe das Gefühl, das viele seiner Landsleute teilten, eingekreist zu sein. Das sowjetische System stelle er natürlich nicht grundsätzlich in Frage. Er sei aber empört über die Unzulänglichkeiten dieses Systems. Da er auf Leistung setze, wolle er wieder mehr Effizienz herbeiführen. Was Genf angehe, so glaube er nicht, daß es nur an Gorbatschow liege, ob es dort Bewegung geben werde. Natürlich wolle er Bewegung und positive Ergebnisse, ebenso wie Präsident Reagan. Vielleicht hatte er aber das Gefühl, daß er nicht genügend Manövrierraum habe.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, daß dies eine Unbekannte sei.

Herr *Kinnock* meinte, diese Unbekannte könne man etwas durchschauen. Wenn es z.B. keine Annäherung bei SDI gebe, werde er das so auslegen, daß es keine Bewegung gegeben habe. Dann gehe der Marsch in Richtung Gulag.

Der *Bundeskanzler* führte hierzu aus, dies sei ein Argument dafür, daß er sich bewegen könne. Es sei festzuhalten, daß es ohne die Stationierung der Per-

<sup>11</sup> Der Erste Stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Sagladin, hielt sich vom 10. bis 20. November 1985 in der Bundesrepublik auf.

shing-II-Raketen keine Gespräche gegeben hätte und daß ohne SDI Genf nicht denkbar gewesen sei. Im übrigen sei die Sowjetunion z.B. in der Laser-Forschung weiter als die USA.

Herr *Kinnock* bezeichnete den Gedanken, daß es ohne SDI kein Treffen in Genf gegeben hätte, als spekulativ. Der Druck auf Gorbatschow beruhe mehr auf wirtschaftlichen Gründen und weniger auf Verteidigungsbedürfnissen. Der innenpolitische Druck könne jedoch nicht aufgelöst werden, wenn es keine außenpolitische Erleichterung gebe. Der Unterschied zwischen einer Linie Chruschtschow und dem Gulag seien einige Milliarden Dollar. Die könne er nur für die Wirtschaft haben, wenn der äußere Druck nachlasse. Zu einer sowjetischen SDI hätten die Sowjets ihm gesagt, sie hätten zwar Komponenten hierfür, seien jedoch nicht in der Lage, sie zusammenzufügen. Dies sei ein sehr teurer Schritt. Aber sie wollten diesen Schritt nicht machen, da sie das Geld für bessere Zwecke ausgeben könnten.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Herr *Kinnock* fuhr fort, für die westliche Seite biete diese Entwicklung ungeheure technologische Möglichkeiten, für den Osten bedeute sie den Ruin. Wenn man sich in diese Richtung bewege, würde dies aber letztlich den Ruin für beide Seiten bedeuten. Es müsse eine klare Grenze zwischen der Forschung und der Stationierung gezogen werden.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete dies als unproblematisch. Er sei immer davon ausgegangen, daß Forschung und Stationierung zwei verschiedene Dinge seien. Dies sei auch durchführbar. Das Wettrüsten sei im vollen Gange. So sei die Lage jetzt schon. In der Bundesrepublik Deutschland hätte jetzt wegen der demographischen Lage die Wehrpflicht verlängert werden müssen.<sup>12</sup> Auch wir würden unser Geld lieber anderweitig ausgeben. Er habe ein vitales Interesse an der Anhebung der Atomschwelle. Wer aber am meisten dafür bezahlen müsse, seien wieder die Deutschen. Er sei jedoch gerne bereit, diesen Preis zu zahlen.

Herr *Kinnock* führte zur wirtschaftlichen Lage aus, die Wirtschaftswachstumsraten gingen zurück, die Zinssätze seien hoch und der Zuwachs des Handelsvolumens sei geringer. Es sei immer wieder vorgeschlagen worden, die Weltwirtschaftsgipfel zur Quelle von Wachstumsimpulsen zu machen. Leider sei dies nicht erfolgt. Großbritannien habe eine Expansion sehr nötig. Er hoffe, daß der Antrieb zu einer Expansion von Deutschland ausgehe. Die Lage in Großbritannien sei sehr schwierig, das Land könne nicht an erster Stelle zu einem Wachstumsimpuls beitragen.

Der *Bundeskanzler* äußerte hierzu, er sehe die deutschen Möglichkeiten realistisch. Er habe das Bild von der Lokomotivfunktion Deutschlands nie geschätzt. In der Bundesrepublik Deutschland sei die Haushaltssituation katastrophal gewesen. Diese Lage hätte zunächst bereinigt werden müssen. Im Gegensatz zu Präsident Reagan habe er das auch geschafft. Die psychologische Lage in der Bundesrepublik Deutschland sei aber auch ganz anders als in anderen

<sup>12</sup> Zum Entwurf der Bundesregierung vom 2. Oktober 1985 für ein Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und zur Verlängerung des Grundwehrdienstes vgl. Dok. 269, Anm. 9.

Ländern. Die Bevölkerung sei durch die Erfahrungen mit zwei großen Inflationen sehr empfindlich in dieser Frage. Durch die Inflationen seien die ganzen Vermögen hinweggeschmolzen. Die jetzt bestehenden Vermögen seien erst nach dem Krieg entstanden. Dadurch gebe es auch weniger soziale Spannungen bei uns als bei anderen Ländern. Geblieben aber sei ein ausgeprägter Sinn für Stabilität. Die Bundesbank bedeute für den Deutschen den Ausdruck der Unabhängigkeit der Währung. Mit einer soliden Wirtschaftspolitik habe man die Inflationsrate stark herabsetzen können. Die Bilanz sei gut. Es gebe jetzt auch eine Welle des Optimismus, was sehr entscheidend für eine weitere Verbesserung sei. Dies zeige sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Im nächsten Jahr werde es bei uns erstmals zeitweise wieder weniger als zwei Millionen Arbeitslose geben. Ein zusätzliches Problem seien nochmals die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt in das Berufsleben überwechselten. Unser wichtigster Beitrag für die Weltwirtschaft sei ein offener Markt. Wir seien gegen jede Art von Protektionismus. Dies sei auch wichtig für die Länder der Dritten Welt. So sei z. B. Jugoslawien in einer äußerst schwierigen Lage. Man müsse dem Land helfen, seine Produkte zu verkaufen. Sonst drifte es in den Warschauer Pakt ab. Er sehe auch die britischen Zahlen. Sie verbesserten sich. So hätten die deutschen Importe aus Großbritannien zugenommen. Man müsse Schritt für Schritt vorgehen. Solange die wirtschaftliche Situation bei uns nicht in Ordnung sei, könnten wir auch anderen nicht helfen. Der Umstand, daß die Binnenkonjunktur bei uns anlaufe, sei gut für alle. Schwierigkeiten gebe es noch in der Agrarpolitik, zumindestens in den nächsten fünf Jahren. Aber auch dieses Problem könne gelöst werden. Er halte es für sehr wichtig, daß der Europapessimismus verschwinde. Hierfür gebe es keinen Grund. Wenn die Europäer in den Bereichen Wissenschaft und Forschung zusammenarbeiteten, bestehe kein Anlaß, Angst vor Japan oder den USA zu haben. Man müsse sich um die Jugend kümmern und Zuversicht vermitteln. Die Hauptprüfung des freien Europas sei weniger die wirtschaftliche Lage als die psychologische Situation. In Europa müßten wir enger zusammenrücken. So müsse man Spanien und Portugal unterstützen. Dabei dürfe man aber nicht vergessen, daß das Europa der EG nicht das ganze Europa sei.

Herr *Kinnock* stimmte dem zu und bedankte sich für das Gespräch.

Das Gespräch dauerte eine Stunde.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

## 315

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl****214-321.00 POL-1347/85 geheim****19. November 1985<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Polen-Politik 1985/86 (insb. Ausreisen und Umschuldungen)

Anlg.: 1) Statistik der Aussiedlungen 1976–1985<sup>4</sup>2) Zuschrift D5 vom 31.10.1985<sup>5</sup>3) Schreiben der Landsmannschaft der Oberschlesier e.V. an BM vom 25.10.1985<sup>6</sup>4) Schreiben MdB Dr. Jäger/Wangen vom 24.10.1985<sup>7</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Eine Bilanz unserer Polen-Politik zum 15. Jahrestag des Warschauer Vertrages<sup>8</sup> muß Licht- und Schattenseiten verzeichnen. 1986 beginnen wir in der Perspektive von weiteren Schwierigkeiten in zentralen Bereichen der Bezie-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner konzipiert. Hat Oberamtsrat Kusnezow am 25. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 25. November 1985 vorgelegen.

Hat Kaestner am 26. November 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 21. November 1985 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Ruhfus vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 24. November 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Ministerialdirektor Bertele notierte, „daß der seit Jahren zu verzeichnende drastische Rückgang bei den Aussiedlerzahlen aus der VR Polen zu einer schweren Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen zu werden“ drohe. Polen erfülle damit die Bestimmungen des Ausreiseprotokolls vom 9. Oktober 1975 nicht: „Die Möglichkeit, die polnische Regierung zu einer großzügigeren Handhabung der Aussiedlerpraxis zu bewegen, kann nur in politischen Gesprächen eruiert werden. Ebenso wäre in politischen Gesprächen herauszufinden, ob überhaupt erneute wirtschaftliche Zugeständnisse für die polnische Regierung einen Anreiz zur Änderung der Aussiedlungspraxis darstellen würden. Dabei könnte wohl nicht die Tatsache außer acht gelassen werden, daß die Sowjetunion trotz fast ebenso großen Aussiedlungsdrucks eine noch restriktivere Praxis verfolgt. Es ist nicht abzusehen, ob die sowjetische Regierung eine großzügigere Haltung Polens zulassen würde, da sie damit als einzige unter den Warschauer Pakt-Staaten eine harte Praxis weiterverfolgen würde.“ Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der Vorsitzende der Landsmannschaft der Oberschlesier, Prusko, wies auf die restriktive Ausreisepolitik der polnischen Regierung hin und bat „dringend, die VR Polen auf die vertragsrechtlichen Konsequenzen aus dem Vertragsbruch im Zusammenhang mit dem Warschauer Vertrag aufmerksam zu machen und dafür zu sorgen, daß keine Devisenhilfen erfolgen, bevor die VR Polen nicht ihre Rechtsverpflichtungen erfüllt, ganz abgesehen davon, daß sie ständig dem deutschen Steuerzahler riesige Verluste verursacht.“ Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der CDU-Abgeordnete Jäger wandte sich als Vorsitzender der deutschen Sektion der „Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung“ gegen eine Wiederaufnahme von Hermes-Bürgschaften für Exporte nach Polen, wenn damit keine Zugeständnisse der polnischen Regierung „auf menschenrechtlichem Gebiet“ verbunden seien. Vgl. VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

hungen, einer unausgewogenen polnischen Dialogpolitik, eines fortschreitenden Verfalls der polnischen Zahlungsfähigkeit und einer unbefriedigenden Entwicklung im humanitären Bereich. Wir müssen mit polnischen Versuchen rechnen, unsere humanitären Anliegen zur Förderung ihrer wirtschaftlichen/finanziellen Interessen zu nutzen. Wir müssen die Möglichkeiten der Schadensbegrenzung im wirtschaftlichen Bereich und der Wahrung unserer humanitären Interessen unter Abwehr polnischer Erpressungsversuche prüfen.

1) Im bisherigen Verlauf des Jahres 1985 waren auf Teilbereichen unserer Beziehungen zur VR Polen durchaus Erfolge zu verzeichnen:

- Der hochrangige politische Dialog erreichte beachtliche Dichte: BK/Jaruzelski in Moskau<sup>9</sup>, BM/Jaruzelski in Warschau und New York<sup>10</sup>, BM/Olszowski in Warschau, Helsinki und New York<sup>11</sup>, BM/Czyrek in New York, BM/Rakowski in Loccum<sup>12</sup>, BM/Barcikowski<sup>13</sup> und Szałajda<sup>14</sup> in Bonn.
- Die bilateralen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen wurden verbessert: Erster Zusammentritt der Gemischten Kommission seit 1979, Besuch BM Bangemann in Warschau<sup>15</sup>, Unterzeichnung der multilateralen und bilateralen Umschuldungen 1982–1984 (Volumen der bilateralen Umschuldung: 3 Mrd. DM – mit sämtlichen westlichen Gläubigerländern 11 Mrd. DM) und polnische Zahlungen sämtlicher rückständigen und laufenden Zinsen aus der Umschuldung 1981 (290 Mio. DM)<sup>16</sup>.
- Der durch Kriegerrecht<sup>17</sup> und Revanchismuskampagne unterbrochene gesellschaftliche Dialog wurde wiederaufgenommen: Akademie Loccum zum 20.

<sup>9</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Jaruzelski während seines Aufenthalts vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 67, Anm. 12.

<sup>10</sup> Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 6. März 1985 in Warschau und am 26. September 1985 in New York vgl. Dok. 56 und Dok. 257.

<sup>11</sup> Nach dem Gespräch mit Ministerpräsident Jaruzelski und dem polnischen Außenminister Olszowski am 6. März 1985 in Warschau traf Bundesminister Genscher mit Olszowski erneut am 31. Juli 1985 in Helsinki zusammen. Vgl. dazu Dok. 210.

<sup>12</sup> Die Evangelische Akademie Loccum veranstaltete vom 20. bis 22. September 1985 eine Tagung über das deutsch-polnische Verhältnis aus Anlaß des zwanzigsten Jahrestags der EKD-Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ vom 15. Oktober 1965. Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 20. September 1985 vgl. Dok. 253.

<sup>13</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP Barcikowski hielt sich vom 9. bis 13. September 1985 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner notierte am 14. September 1985 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Barcikowski am 12. September 1985: „B. gibt einen Überblick über seine Begegnungen der letzten Tage. Die Einladungsformel habe sich bewährt: Er sei in Bonn auf Einladung der SPD, führe aber auch Gespräche mit Vertretern anderer Parteien. Damit – so hoffe er – leiste er einen nützlichen Beitrag zum deutsch-polnischen Dialog. [...] Auch seien, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, die Kontakte mit der CDU angefallen (Hinweis: B. kam direkt von Gespräch mit MdB Dr. Dregger).“ Vgl. Referat 214, Bd. 133047.

<sup>14</sup> Zum Besuch des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Szałajda vom 10. bis 15. Juni 1985 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 160, Anm. 20, und Dok. 161, Anm. 11.

<sup>15</sup> Bundesminister Bangemann hielt sich anläßlich der Tagung der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission vom 18. bis 22. März 1985 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 160, Anm. 4.

<sup>16</sup> Zur Umschuldung Polens vgl. Dok. 257, Anm. 12.

<sup>17</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegerrecht verhängt und ein Militärarrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Das Kriegerrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

Jahrestag der EKD-Denkschrift, IV. Forum Bundesrepublik Deutschland–Volksrepublik Polen in Krakau<sup>18</sup>.

- Insgesamt angemessene Planungen zur Begehung des 15. Jahrestages des Warschauer Vertrages.<sup>19</sup>
- Abflauen der Revanchismuskampagne der Medien in der zweiten Jahreshälfte (vgl. aber Ziff. 2.1).

2) Dem stehen gewichtige Negativposten gegenüber:

#### 2.1) Politisch

- Die innenpolitische und menschenrechtliche Lage Polens hat sich im Jahr nach der Ermordung Popiełuszkos<sup>20</sup> ungünstig entwickelt und im Vorfeld der sowie nach den Sejm-Wahlen – 13. Oktober 1985 – erneut zu hohen Zahlen politischer Gefangener<sup>21</sup> geführt. Nicht zu übersehen sind gewisse Legitimationsgewinne des Regimes, die aber nicht ausreichen, den Graben zwischen Partei und Regime einerseits und Volk und Kirche andererseits zu überbrücken.
- Das kirchliche Projekt zur Förderung von Landwirtschaft und Kleinhandwerk – für westliche Länder in der Periode nach dem Kriege ein gewisser Hoffnungsträger – stagnierte wegen erkennbarer Verzögerungstaktik der Regierung. Aus kirchlichen Kreisen mehrten sich Stimmen, das Projekt werde nicht zustande kommen.<sup>22</sup>
- Der 1984 verschobene offizielle BM-Besuch<sup>23</sup> kann in diesem Jahr wohl nicht nachgeholt werden. Zu den 1984 nicht zu lösenden Punkten hat die polnische Seite bisher keine ernsthaften, auf Kompromiß angelegten Vorschläge gemacht, ja sogar Verhärtung erkennen lassen (VPM Rakowski in Loccum zur Frage der Oppositionskontakte).

<sup>18</sup> Das IV. Deutsch-Polnische Forum fand vom 21. bis 24. November 1985 in Krakau statt.

<sup>19</sup> Referat 214 zählte am 31. Oktober 1985 auf, vereinbart seien ein Austausch von persönlichen Grußbotschaften der Staatsoberhäupter, der Regierungschefs sowie der Außenminister; Empfänge der beiden Botschafter mit zuvor fest vereinbarter Teilnahme der Außenminister; Fernsehinterviews der Außenminister sowie der Austausch von Journalistendelegationen. Außerdem sollten die Botschafter in der Presse des Gastlands Grundsatzartikel veröffentlichen. „Der Austausch von Orchestern scheiterte daran, daß die polnische Seite sich nicht in der Lage sah, kurzfristig ein Ensemble in die Bundesrepublik Deutschland zu entsenden. [...] Neben den zwischenstaatlichen Aktivitäten bereitet die polnische Seite in Verbindung mit der SPD weitere Veranstaltungen vor“. Vgl. Referat 214, Bd. 133040.

<sup>20</sup> Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popiełuszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.

<sup>21</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 16. Oktober 1985 dar, daß es im Vorfeld der Wahlen zum polnischen Parlament am 13. Oktober 1985 zwar zu einem „Nachlassen der antikirchlichen Propagandakampagne“ gekommen sei, andererseits aber „verschärfte Repression (327 politische Gefangene, ca. 3000 Verurteilungen im Schnellgerichtsverfahren); Einschränkung der akademischen Freiheit durch Novellierung der Hochschulgesetzgebung, kurzfristige Verhaftung zahlreicher Oppositioneller am Vorabend des Wahltages; 28 Festnahmen am Wahltag“ zu verzeichnen gewesen seien. Vgl. Referat 214, Bd. 133026.

Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 26. November 1985 über die Entlassung von 110 Personen aus der Haft. Dennoch: „Das Primas-Komitee für die Hilfe für politische Gefangene hatte am 5. November 408 Gefangene registriert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1846; Referat 214, Bd. 139700.

<sup>22</sup> Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 222, Anm. 4 und 5.

<sup>23</sup> Zur Absage des für den vom 21. bis 23. November 1984 vorgesehenen Besuchs des Bundesministers Genscher in Polen und zu den Gesprächen über einen neuen Termin vgl. Dok. 25.

- Der Revanchismusvorwurf wurde – wohl auf polnische Initiative – in die Sofioter WP-Erklärung<sup>24</sup> aufgenommen und klingt auch in der Regierungserklärung des neuen MP Messner<sup>25</sup> an.
- Die außenpolitische Aktivität der Opposition im Deutschen Bundestag hat auch die deutsch-polnischen Beziehungen tangiert (Arbeitsgruppe „Vertrauensbildende Maßnahmen“<sup>26</sup>, 15. Jahrestag des Warschauer Vertrages/Besuch BK a.D. Brandt<sup>27</sup>).

## 2.2) Wirtschaftlich

- Polen dürfte auf absehbare Zeit auf Umschuldungen angewiesen sein, und zwar einschließlich Rekonsolidierungen früherer Umschuldungen. Dies gilt für den Pariser Club ebenso wie für die Geschäftsbanken.
- Das jüngst unterzeichnete deutsch-polnische Umschuldungsabkommen 1982–1984 kann von polnischer Seite voraussichtlich schon in nächster Zukunft nicht erfüllt werden und wird vermutlich in neuerliche Umschuldungsnotwendigkeiten münden. Insbesondere legt es der polnischen Seite noch für 1985 Zinszahlungen auf (127 Mio. DM; an alle Gläubigerländer zusammen sind aus der Umschuldung 1982–1984 im Jahr 1985 ca. 2 Mrd. DM an Zinsen zu leisten), zu denen die von BM Bangemann im März d.J. in Aussicht gestellten neuen Ausfuhrbürgschaften (Hermes) in Höhe von 100 Mio. DM in bescheidener Relation stehen. Hinzu kommen Zahlungsverpflichtungen aus dem Abkommen 1981 gegenüber den Geschäftsbanken, so daß auf Polen 1985 abzüglich bereits geleisteter Zahlungen in Höhe von 2,6 Mrd. DM noch insgesamt Verpflichtungen von ca. 4,7 Mrd. DM zukommen. Nach ungünstig verlaufenem polnischem Wirtschaftsjahr 1985 ist dies nicht ohne neue, zusätzliche Kredite erfüllbar.
- Bis Ende 1986 mußte Polen zur Erfüllung der bilateralen Umschuldungsabkommen 1981 und 1982–1984 allein an uns weitere rd. 470 Mio. DM zahlen. 1986 kämen neue, d.h. noch nicht umgeschuldete Fälligkeiten in Höhe von rd. 600 Mio. DM hinzu. Die „neuen“ Fälligkeiten bei allen Pariser Clubmitgliedern belaufen sich 1986 auf 1170 Mio. US-Dollar. Bei den Bankenumschuldungen 1981 und 1982 laufen die Freijahre aus. 1986 sind Kapitalrückzahlungen an die Geschäftsbanken in Höhe von 800–900 Mio. US-Dollar zu leisten. Das Institute of International Finance ging in einer Untersuchung vom Februar 1985 für 1986 von einem „liquidity gap“ (vor Umschuldung) in Höhe von 4,3 Mrd. Dollar aus.
- Parallel werden weitere Hermes-Entschädigungen in Höhe von 1 Mrd. DM zu leisten sein (1981–1984: 4 Mrd. DM).

<sup>24</sup> Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte am 22./23. Oktober 1985 in Sofia. Für den Wortlaut des Communiqués und der Erklärung vom 23. Oktober 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 668–670 und D 671–679.

<sup>25</sup> Zbigniew Messner wurde am 6. November 1985 zum Ministerpräsidenten ernannt. Für eine englische Übersetzung seiner Regierungserklärung vom 12. November 1985 vgl. Referat 214, Bd. 133026.

<sup>26</sup> Die Arbeitsgruppe „Vertrauensbildende Maßnahmen“ von SPD und PVAP veröffentlichte am 25. November 1985 eine „Gemeinsame Erklärung zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa durch Maßnahmen der gegenseitigen Vertrauensbildung“. Für den Wortlaut vgl. BONN–WARSCHAU 1945–1991, S. 406–409.

<sup>27</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich aus Anlaß des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags vom 6. bis 9. Dezember 1985 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 330.



- Die Abstimmung der Polen-Politik im Bündnis – insbesondere mit den USA – wird durch diese negativen Wirtschaftsperspektiven nicht erleichtert.

### 2.3) Humanitär

- Die Ausreisenzahlen sind 1985 weiter geschrumpft. Das Gesamtergebnis 1985 dürfte mit rd. 1900 Ausreisen (Hochrechnung nach dem Stand Ende Oktober) nur 60 % des bereits niedrigen Standes von 1984 erreichen. Gleichzeitig steigen die „illegalen“ Fälle auf über 20 000 = über 90 % der Gesamtausreisen (vgl. Anlage 1<sup>28</sup>).

BM hatte sich, seitdem der Negativtrend offenkundig wurde, wiederholt persönlich und auch 1985 bei allen hochrangigen Treffen mit besonderem Nachdruck für eine Rückkehr zur Praxis der früheren Jahre eingesetzt.

- Die SU hatte mit ihrer Rücknahme der Aussiedlung in den 1980er Jahren ein Beispiel gegeben, dem Polen mit Verzögerung folgte. (Andererseits könnte eine Bewegung der SU im Zusammenhang mit dem Genfer Gipfel<sup>29</sup> in der Frage jüdischer Auswanderung mittelfristig für unser Anliegen nützlich sein.)

### 2.4) Innenpolitisch

Unsere Polen-Politik wird 1986 voraussichtlich Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzung bleiben. Dabei dürfte in der Ausreisefrage der Druck wachsen (vgl. Anlage 2<sup>30</sup>).

3) Andeutungen hochrangiger polnischer Gesprächspartner sprechen dafür, daß die polnische Seite schon bisher einen Zusammenhang zwischen Normalisierung der Aussiedlungspraxis und Gewährung neuer Kredite sieht und dies in Zukunft zunehmend tun wird.

Diese Verknüpfung von humanitären mit Kreditfragen könnte bei der anstehenden Umschuldung des von der Bundesregierung verbürgten und zinssubventionierten KfW-Sonderkredits in Höhe von 1 Mrd. DM (Zinssatz für Polen 2,5 %) aus dem Jahr 1975, der in dem Zusammenhang mit der noch geltenden Ausreiseregelung (Offenhalteklause) gewährt wurde, akut werden. Auch auf diesen Kredit wurden seit 1981 aufgrund der polnischen Zahlungseinstellung Entschädigungsleistungen aus dem Bundeshaushalt an die KfW erbracht. Die Bundesregierung hat die KfW angewiesen, in ihren Verhandlungen mit der Bank Handlowy marktkonforme Umschuldungszinsen zu fordern.<sup>31</sup> Die polni-

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „2“.

<sup>29</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>30</sup> Korrigiert aus: „3“.

<sup>31</sup> Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5 % über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.

Am selben Tag wurde ein Ausreise-Protokoll unterzeichnet, in dem die polnische Regierung erklärte, „daß etwa 120 000 bis 125 000 Personen im Laufe der nächsten vier Jahre die Genehmigung ihres Antrages zur Ausreise erhalten“ würden. Vgl. BULLETIN 1975, S. 1199. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296, und AAPD 1976, I, Dok. 60 und Dok. 75.

Referat 422 notierte am 21. November 1985 zur „Umschuldung der Fälligkeiten 1982–1984 des 1 Mrd. DM-Kredits“ der KfW: „Die polnische Seite (Bank Handlowy) hat in den bisherigen Verhandlungsrunden mit der KfW unter Berufung auf den politischen Charakter des Kredits Sonderbedingungen (u. a. Beibehaltung des subventionierten Zinssatzes während der Prolongation) gefordert. Dies hat KfW unter Hinweis auf die Ausgestaltung der Umschuldung analog zu der mit den Gläu-

sche Seite widerspricht unter Hinweis auf den politischen Charakter des Kredits und ist nur zu einer Prolongation zum Vergabezinssatz von 2,5% bereit. Sie ist vom BMWi, falls sie politische Argumente einbeziehen wolle, an das Auswärtige Amt verwiesen worden, hat aber hier noch nicht demarchiert.

Auch auf deutscher Seite mehren sich Stimmen, die auf eine Verknüpfung zielen und die selbst geringfügiges finanzielles Entgegenkommen gegenüber Polen von humanitären Konzessionen abhängig machen wollen (vgl. Schreiben Landsmannschaft der Oberschlesier, Anlage 3, und Schreiben MdB Jäger, Anlage 4).

#### 4) Folgerungen

4.1) Die skizzierten Entwicklungen könnten uns in absehbarer Zeit vor die Alternative stellen,

- von Polen noch intensiver – wenn nötig öffentlich – die vereinbarungsgemäße Behandlung der humanitären Beziehungen einzufordern und – bei weiterer negativer Reaktion – Folgerungen für andere Felder der Zusammenarbeit zu ziehen (negative Verknüpfung) oder zumindest in den Finanzfragen keine „politischen“ Zugeständnisse zu machen,
- angesichts der ohnehin auf uns zukommenden neuen Umschuldungsnotwendigkeiten unsere humanitären Anliegen mit diesen von vorneherein zu verknüpfen (positive Verknüpfung).

4.2) Schon jetzt sollten wir bei jeder Gelegenheit gegenüber der polnischen Seite mit Ernst und Nachdruck die vom früheren AM Olszowski angekündigte „Geste“ zum 15. Jahrestag des Warschauer Vertrages anmahnen (so schon MdB Rühle und Vogel in Loccum am 20.–22.9. und D2 gegenüber Botschafter Olechowski am 31.10.1985<sup>32</sup>).

4.3) Wir sollten – wofür die Wahl Jaruzelskis zum Staatsoberhaupt<sup>33</sup> und weitere Bewegungen in der polnischen Führung Anlaß geben – die Konsultationen über die Perspektiven der polnischen Entwicklung und die gemeinsame Polen-Politik in EPZ und Bündnis intensivieren.

4.4) Sollte die polnische Seite in der Frage des KfW-Kredits von 1975 im Auswärtigen Amt vorstellig werden, sollten wir in geeigneter Weise die Notwendigkeit unterstreichen, das politische Klima durch Beiträge auch der polnischen

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1649*

bigerbanken gefundenen Lösung abgelehnt (wir bestehen auf Umschuldung zu marktgerechten Zinsen).“ Vgl. Referat 214, Bd. 133042.

<sup>32</sup> Vortragender Legationsrat Weiß hielt am 4. November 1985 über das Gespräch des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl mit dem polnischen Botschafter Olechowski fest, Braunmühl habe auf die Bemerkung des polnischen Außenministers Olszowski im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 31. Juli 1985 in Helsinki hingewiesen, „daß der 15. Jahrestag des Warschauer Vertrages Gelegenheit für eine Geste in der Ausreisefrage geben könne“. Dies, so Braunmühl weiter, „würde sich auf unsere öffentliche Meinung auswirken. Die Zahlen seien sehr stark zurückgegangen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133040.

<sup>33</sup> Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Jaruzelski, wurde am 6. November 1985 zum Vorsitzenden des Staatsrats gewählt.

Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am folgenden Tag: „General Jaruzelski hat die Sejm-Wahlen benutzt, um nun das seit langem diskutierte und immer wieder verschobene Projekt der Schaffung einer Art Präsidialregierung unter seiner Leitung zu verwirklichen. Dies soll nun in Form erweiterter Vollmachten des Staatsrates geschehen. Eine entsprechende Verfassungsänderung wurde offensichtlich eingebracht“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1729; Referat 214, Bd. 133025.

Seite zu verbessern. Weitere Aufzeichnung mit Vorschlägen für das Vorgehen folgt spätestens dann.

5) D4<sup>34</sup> und D5 haben mitgezeichnet.

Braunmühl

VS-Bd. 13461 (214)

## 316

### Deutsch-italienisches Regierungsgespräch in Brüssel

21. November 1985<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Craxi am Donnerstag, dem 21. November 1985, in Brüssel<sup>2</sup>

An dem Gespräch, das eine Stunde dauerte, nahmen BM Genscher und AM Andreotti teil.

Aus dem Gespräch ist folgendes festzuhalten:

Der *Bundeskanzler* bezeichnete Genf<sup>3</sup> als eine Chance. Er hoffe, daß die Sowjets dies begriffen. Auch GS Gorbatschow brauche einen Erfolg vor dem im Februar 1986 anstehenden Parteitag.<sup>4</sup> Was bei dem Kommuniqué über das Treffen von Präsident Reagan und GS Gorbatschow zwischen den Zeilen stehe, bedeute zusätzliche Chancen.<sup>5</sup> Bei der Wertung des Ergebnisses müsse man sehen, welcher Weg zurückgelegt worden sei. In der kommenden Woche sei es zwei Jahre her, daß die entscheidende Debatte über die Stationierung der Pershing II im Bundestag stattgefunden habe.<sup>6</sup> Damals habe eine psychopathische Sicht der

<sup>34</sup> Alois Jelonek.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. November 1985 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unterrichtung von BM Genscher?“

Hat Schäuble vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der zu Teltschiks Frage handschriftlich vermerkte: „Nein. War Teilnehmer des Gespräches.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Craxi hielten sich anlässlich der Sondersitzung der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten am 21. November 1985 in Brüssel auf.

<sup>3</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>4</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

<sup>6</sup> Die Bundestagsdebatte über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf und die Durchführung des

Dinge geherrscht. Man habe von einer neuen Eiszeit gesprochen. Er sei mit der Entwicklung sehr zufrieden. In drei Wochen bestehe im Kreis der NATO-Außenminister die Gelegenheit, nochmals intensiv nachzuarbeiten.<sup>7</sup>

MP *Craxi* stimmte dem zu. Es handele sich um ein optimales Ergebnis, das in Genf erzielt worden sei. Kein Mensch habe mehr erwartet. Die Begegnung sei allerdings risikoreich gewesen wegen der Propagandaschlacht zuvor.

AM *Andreotti* bezeichnete die Wiederholung des Kommuniqués vom 8. Januar<sup>8</sup> als sehr wichtig. Hierum hätten die Europäer sehr gekämpft. Die Amerikaner seien diesem Gedanken zunächst nicht positiv gegenüber gestanden.

MP *Craxi* kam auf die europäischen Probleme zu sprechen. Es sei jetzt an der Zeit, einen Schritt vorwärts zu machen. Hier erwarte man viel von Deutschland.

Der *Bundeskanzler* wies auf drei in Mailand<sup>9</sup> angesprochene Punkte hin, nämlich die Erweiterung der Befugnisse des EP, institutionelle Reformen und Binnenmarkt. Er habe den Eindruck, wir könnten einen guten Schritt vorwärts machen.

BM *Genscher* warf hier ein, er wolle einen Punkt von prinzipieller Bedeutung vorwegnehmen. In der EPZ bestehe eine Tendenz zur Dominanz der englischen und französischen Sprache. Es müsse dafür gesorgt werden, daß wie bei der EG auch bei der EPZ alle Sprachen der Gemeinschaft als gleichberechtigt anerkannt würden.<sup>10</sup>

MP *Craxi* fragte, wie dies geschehen solle.

AM *Andreotti* führte aus, im Leben der Gemeinschaft spreche bisher jeder seine Sprache. In der EPZ allerdings sei es eine klare Tendenz gewesen, die „kleineren Sprachen“ nicht zu verwenden. Man habe sich auf das Englische und Französische beschränkt. Eine mögliche, nicht diskriminierende Lösung sei die Verwendung der Sprachen, die am meisten gesprochen werden. Das Italienische gehöre sicher zu den weniger gesprochenen Sprachen.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, er habe in dieser Frage die Position de Gaulles. Das Deutsche dürfe nicht ausscheiden. Wenn die deutsche Sprache ausscheide, so könne man nicht mehr mit der Bundesrepublik Deutschland rechnen. Er vermute, die Italiener sagen ähnliches.

AM *Andreotti* bemerkte, man könne bei der EPZ ja den gleichen Apparat wie bei der Gemeinschaft verwenden.

BM *Genscher* wies darauf hin, daß auch im Europäischen Parlament keine Unterschiede bei der Verwendung der Sprache gemacht werden, je nachdem, ob es sich um eine EPZ- oder eine EG-Materie handle.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1651*

NATO-Doppelbeschlusses fand am 21./22. November 1983 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHT, Bd. 126, S. 2321–2592.

<sup>7</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 345.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>9</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vgl. Dok. 177.

<sup>10</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Treviranus notierte am 22. November 1985: „Referat 501 hält für EPZ-Zwecke eine gemeineuropäische Lingua franca für wünschenswert. Leider haben wir schon zwei solche Mittlersprachen – Englisch und Französisch, eine zuviel. Ihre Zahl noch zu vergrößern, erscheint wenig sinnvoll.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

Außenminister *Andreotti* kam auf die Akte über die Europäische Union zu sprechen. F habe bei der letzten Sitzung ein Papier vorgelegt<sup>11</sup> und dabei behauptet, es sei zwischen F und D Einigkeit über den Text erzielt worden. Er wolle die Frage stellen, ob dies zutreffe.

BM *Genscher* wies darauf hin, daß das Papier bei uns erst vor kurzem eingegangen sei und es noch geprüft werde.<sup>12</sup>

AM *Andreotti* bemerkte zur Frage des Sekretariats der Europäischen Union, es sei doch zweifelhaft, ob man an die Gründung eines dritten Sekretariats neben einem Sekretariat der EPZ und der EG denken solle. Einige Punkte müsse man sich noch näher ansehen.

Der *Bundeskanzler* betonte, wir gingen an die Frage des Sekretariats für die Europäische Union nicht dogmatisch heran. Auf den ersten Blick mache es allerdings wenig Sinn. Wir wollten die Frage aber noch prüfen.

BM *Genscher* ergänzte, er wolle mit AM *Dumas* hierüber nochmals sprechen.

AM *Andreotti* bemerkte, die Kommission sei sehr gegen diesen Vorschlag gewesen. Er wolle sich jetzt noch äußern zu den drei Punkten, die der Bundeskanzler zuvor erwähnt habe. Was das EP betreffe, so sei er der Auffassung, daß hier Schritte nach vorn getan werden müßten. Dort bestehe viel Feindseligkeit gegen die Vorschläge, die bisher zu einer Vermehrung der Befugnisse des EP gemacht worden seien.<sup>13</sup> Das Konzept für die Verhandlungen könne dadurch scheitern. Denn das nationale Parlament in Italien werde sicherlich nicht billigen, was das EP abgelehnt habe. Deshalb sei zu überlegen, ob man nicht evtl. bis zur Vollendung des Binnenmarktes 1992 dem EP weniger zusätzliche Befugnisse gebe, ihm aber zusichere, daß es ab 1992 mehr Befugnisse erhalte.

Der *Bundeskanzler* sprach sich entschieden dafür aus, dem EP mehr Rechte zu geben. Bei dem bisherigen Zustand könne es bei einem direkt gewählten Parlament nicht bleiben. Wenn man dies gewollt hätte, so hätte man die Direktwahlen nicht einführen dürfen. Im übrigen sei das EP besser als sein Ruf. Aber wenn es keine Verantwortung trage, werde sich seine Qualität verschlechtern. Durch die geringen Befugnisse könne es auch nicht genügend an Ansehen gewinnen. Auch das Umherziehen zwischen Brüssel, Luxemburg und Straßburg trage nicht zu seiner Autorität bei. Das Parlament könne so auch keine vernünftigen Wurzeln schlagen. Man müsse versuchen, zu einem vernünftigen Kompromiß zu kommen. Er habe viel mit christlich-demokratischen Politikern aus der EVP diskutiert. Sie möchten gerne praktisch die gleichen Rechte wie

<sup>11</sup> Für den französischen Entwurf vom 19. November 1985 für eine Akte der Europäischen Union vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>12</sup> Referat 410 notierte am 27. November 1985: „F hat auf der 4. Sitzung der Regierungskonferenz am 19.11. den Entwurf einer ‚Akte der Europäischen Union‘ [...] eingebracht, um durch einen einleitenden Text das Gesamtergebnis der Verhandlungen (EWG-Vertragsänderungen und Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) in einem Dokument zusammenzufassen. Der mit uns nicht abgestimmte Vorschlag ist am 19. und 26.11. abwartend bis negativ aufgenommen worden. [...] Wir sehen in den französischen Vorschlägen eine wertvolle Grundlage für die Ausarbeitung eines einheitlichen Schlußdokuments. Doch wird über den Inhalt dieses Dokuments erst dann eingehend zu beraten sein, wenn sich nach unserem Konklave am Wochenende und beim ER in Luxemburg die Gesamtergebnisse der Reformverhandlungen abzeichnen.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>13</sup> Zu einer Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 313, Anm. 20 und 21.

der Bundestag haben. Das gehe natürlich nicht. Der Bundestag möchte auch seine Rechte nicht aufgeben. Man müsse versuchen, das zu verwirklichen, was jetzt möglich sei. Er schätze die Integrationsfunktion des EP sehr hoch ein. Der Umstand, daß Parlamentarier aus allen Mitgliedstaaten zusammenkommen und zusammenarbeiteten, sei ein sehr positiver Punkt. So wachse Europa langsam, aber stetig zusammen. Leider lasse sich unsere Idee eines Vermittlungsverfahrens offenbar nicht verwirklichen, da andere Länder keine Erfahrung damit hätten. Was die einzelnen Körbe<sup>14</sup> angehe, so sei Korb 1 unstrittig. Zu Korb 2 gebe es ein Papier des Vorsitzenden mit zwei Alternativen bei der Ausgestaltung der zweiten Lesung und Beschlußfassung im Rat.<sup>15</sup> Der Unterschied liege darin, wieweit die Kommission eingeschaltet werde. Unsere Tendenz gehe hier mehr dahin, dem EP zusätzliche Rechte zu geben und nicht der Kommission. Ein Problem gebe es allerdings hier mit dem Initiativrecht. Er glaube aber, daß man eine Lösung finden könne. Was die Fristen im Legislativverfahren angehe, so halte er es für problematisch, wenn nur das EP einer Fristsetzung unterworfen werden solle und nicht der Rat. Zu Korb 3 führte der Bundeskanzler aus, er könne das meiste akzeptieren. Ein wichtiger Punkt, der für uns sehr problematisch sei, sei die Frage der Beschlüsse nach Artikel 201 EWG-Vertrag<sup>16</sup> (Eigenmittel). Er sehe aber zwischen D und Italien insgesamt keine Probleme, eher mit GB und DK.

AM *Andreotti* betonte, daß es zwischen D und I Unterschiede in bezug auf die Mitbestimmung gebe, die für die wichtigsten Bereiche vorgesehen sei. Während Italien der Auffassung sei, die Kommission müsse einen neuen Vorschlag vorlegen, falls es keine Einigung zwischen Rat und EP gebe, müsse nach deutscher Auffassung der Ministerrat das letzte Wort haben. Hier könne vielleicht ein Kompromiß gefunden werden in der Form, daß die deutsche Auffassung für einen bestimmten Zeitraum gelten solle, als endgültige Lösung jedoch eine echte Mitbestimmung des Parlaments, ähnlich wie dies jetzt in Italien der Fall sei, vorgesehen werde. Dort habe man zwei Kammern mit gleichen Befugnissen. Falls es keine Einigung nach der zweiten Lesung gebe, müsse der Text zurückgezogen werden. Ein Vermittlungsverfahren gebe es ja jetzt schon, es sei aber nicht von großem Wert. Das EP sei sehr gegen die Beibehaltung des jetzigen Systems.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, dieser italienische Gedanke müsse geprüft werden.

BM *Genscher* wies darauf hin, daß das EP eine starke Stellung in bezug auf die Kommission habe, da sie zwar vom Rat eingesetzt werde, ihr Fortbestand jedoch vom EP abhängig sei.

AM *Andreotti* regte an, die deutsche Seite möge die vertraulichen Kontakte mit Herrn Klepsch fortführen.

<sup>14</sup> Zum Drei-Körbe-Konzept für erweiterte Legislativbefugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 167, Anm. 13.

<sup>15</sup> Für die Aufzeichnung des Vorsitzes für die Regierungskonferenz über eine Europäische Union vom 15. November 1985 vgl. Referat 410, Bd. 130376.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Artikels 201 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 882.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

AM *Andreotti* schnitt das Thema Währungsfragen<sup>17</sup> an. Er beobachte eine ablehnende deutsche Haltung gegen die Konvergenz auf währungspolitischem Gebiet. Dies bereite italienischer Seite Sorgen. Ein Binnenmarkt ohne Konvergenz auf währungspolitischem Gebiet sei sehr schwierig zu verwirklichen.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, die Verwirklichung des Binnenmarktes sei ein gewaltiger Schritt nach vorne. Niemand hätte das in Mailand für möglich gehalten. Man mache jetzt größere Fortschritte als seit langer Zeit. Der Binnenmarkt schaffe auch uns gewaltige Probleme, aber es gebe keine Alternative. Er habe am vergangenen Montag zwei Stunden mit Präsident Delors diskutiert.<sup>18</sup> Dabei habe er ihm gesagt, er könne das Vorgehen Delors' nicht verstehen. Er sei ungeschickt vorgegangen. In Mailand habe es eine klare Absprache gegeben, nämlich, daß die Kommission Überlegungen bezüglich der Entwicklung des EWS anstellen solle unter Einbeziehung der Rolle des ECU im Rahmen des ECOFIN-Rats und im Benehmen mit den Präsidenten der Zentralbanken<sup>19</sup>. Vor Eintritt in die institutionelle Phase sollten zunächst die Altverpflichtungen des Vertrages, wie die Kapitalverkehrsfreiheit, erfüllt werden. Delors habe durch sein Vorpreschen das Thema kompliziert. Der *Bundeskanzler* erläuterte anschließend die psychologische Lage in Deutschland unter Hinweis auf die beiden Inflationen und die Bedeutung der Stabilität der DM für unsere Bürger. Die Unabhängigkeit der Bundesbank sei in keinem Lande so stark institutionell geschützt wie bei uns. Sicherlich werde am Ende des Weges eine Entwicklung stehen müssen, die auch den Währungssektor mit einbegreife. Aber wir seien jetzt ja erst am Beginn des Binnenmarktes. Es gebe noch keine Konvergenz der Wirtschaftspolitik, die Altverpflichtungen seien noch nicht erfüllt. D stehe durchaus nicht alleine, auch GB, NL, DK und Irland teilten diese Auffassung. Wenn Präsident Delors gesagt hätte, man wolle das Thema Währungsfragen ruhig angehen, wäre dies besser gewesen. Auch die Steuerpolitik spiele eine Rolle. Bei uns sei eine große Steuerreform dringend erforderlich. Sie werde auch durchgeführt. D sei gutwillig, sich in Richtung auf das Ziel zu bewegen. Man könne aber nicht das Pferd vom Schwanz her aufzäumen. BK Schmidt habe seinerzeit dem EWS zugestimmt, ohne die Bundesbank zu befragen.<sup>20</sup> Er habe darauf der Bundesbank schriftlich zugesichert, sie künftig zu beteiligen. Dies sei ein innenpolitisches Faktum, dem er nun Rechnung tragen müsse. Präsident Delors habe ihm noch einen Brief geschrieben.<sup>21</sup> Dieser Brief werde noch geprüft und erörtert.

AM *Andreotti* brachte noch zwei Punkte vor. Einmal wies er darauf hin, daß die Freizügigkeit des Kapitalverkehrs nicht ohne Konvergenz auf währungspolitischem Gebiet denkbar sei. Dies müsse schrittweise geschehen. Zum zweiten sei

<sup>17</sup> Vgl. dazu den Vorschlag der EG-Kommission vom 28. Oktober 1985; Dok. 311, Anm. 15.

<sup>18</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem EG-Kommissionspräsidenten Delors am 18. November 1985 vgl. Dok. 311.

<sup>19</sup> Korrigiert aus: „dem Präsidenten der Zentralbank“.

<sup>20</sup> Zur Einrichtung des Europäischen Währungssystems (EWS) vgl. Dok. 15, Anm. 13.

<sup>21</sup> Zu dem Schreiben des EG-Kommissionspräsidenten Delors vom 19. November 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 311, Anm. 19.

durch die Haltung der USA nun ein neues Faktum entstanden. Wenn man den ECU nicht in die Leitwährungen einbeziehe, würden alle anderen Länder die Konsequenzen aus währungspolitischen Vereinbarungen tragen, an denen sie nicht beteiligt seien. So habe z.B. nach dem New Yorker Währungsgipfel<sup>22</sup> Italien die meisten Währungsreserven abgegeben, ohne bei der Entscheidung beteiligt gewesen zu sein.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß sich die Deutsche Bundesbank bewegt habe.

BM *Genscher* unterstrich, daß eine Konvergenz der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik erforderlich sei.

Der *Bundeskanzler* kam nochmals auf das neue Schreiben von Präsident Delors zurück. Es werde sorgfältig geprüft werden. Er hoffe, daß Delors seine Argumente in Luxemburg nicht mit derselben Härte wiederhole.

AM *Andreotti* schnitt noch die Frage der Kohäsion an und stellte fest, daß in dieser Frage D und I sich sehr nahe stünden. In der Sache gebe es keine großen Meinungsunterschiede.

Zu SDI bemerkte Andreotti, die italienische Seite sei dabei, den Entwurf eines Schreibens auszuarbeiten. Es werde vorgesehen, daß die Firmen mit Ausnahme der Fälle, wo Geheimschutz eine Rolle spiele, frei beginnen könnten, Verträge abzuschließen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, die Mitarbeiter sollten sich dieser Sache nochmals annehmen.

Das Gespräch endete nach einer Stunde Dauer.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

<sup>22</sup> Zur Tagung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22. September 1985 vgl. Dok. 255, Anm. 32.



**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl**

VS-NfD

21. November 1985<sup>1</sup>

Betr.: Unterrichtung des Bündnisses durch Präsident Reagan am 21. November 1985 über den amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Genf am 19./21. November 1985<sup>2</sup>

Anlg.: 1 (Teilnehmerliste)<sup>3</sup>

Nach der Begrüßung durch Generalsekretär Lord Carrington führte Präsident Reagan aus:

Den Verbündeten gebühre Dank für ihre Hilfe bei der Vorbereitung des Gipfels. Sie könnten das Verdienst für einen Teil des Erfolges in Anspruch nehmen. Der Gipfel sei ein Erfolg gewesen. Er stelle einen Schritt vorwärts bei den Bemühungen um ein stabileres und konstruktiveres Verhältnis zur SU dar. Die Diskussion mit Gorbatschow habe bestätigt, daß unser Herangehen an die Ost-West-Beziehungen im Sinne von Realismus, Stärke und Dialog richtig sei. Gorbatschow habe ihm beim Abschied Grüße an die Verbündeten in Brüssel aufgetragen. Er habe diese mit Grüßen an die WP-Staaten in Prag<sup>4</sup> erwidert.

Der Westen habe die gemeinsame Stärke wiederhergestellt und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit, die diplomatische Kohäsion und die Solidarität gefestigt. Dies habe geholfen, die SU zu überzeugen, daß sie ihre Ziele durch Einschüchterung und Druck nicht erreichen könne.

Genf sei nicht ein Ende, sondern ein frischer Start gewesen. Er habe in den Vier-Augen-Gesprächen mit Gorbatschow seinen Wunsch unterstrichen, zu einem stabileren und konstruktiveren Verhältnis zu kommen. Statt 15 Minuten habe schon das erste Vier-Augen-Gespräch über eine Stunde gedauert. Er, Reagan, habe betont, daß alle Anstrengungen, zu Fortschritten bei der Rüstungskontrolle zu kommen, als Versuch erscheinen müßten, das Pferd von hinten aufzuzäumen, solange das Problem gegenseitigen Mißtrauens und Verdachts fortbestehe. Tatsächlich bestehe das Mißtrauen nicht wegen der Waffen, sondern

<sup>1</sup> Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 22. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. auch Dok. 319.

<sup>3</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 204, Bd. 135307.

<sup>4</sup> Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 23. November 1985 über die Unterrichtung der Staats- und Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. November 1985 über das Zusammentreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan vom 19. bis 21. November 1985 in Genf: „Politische Bedeutung der Prager Unterrichtung liegt hauptsächlich in Tatsache ihres Zustandekommens: Bisherige sowjetische Praxis, ihre Bündnispartner über sowjetisch-amerikanische Treffen zu informieren, war äußerst dürftig und erfolgte – wenn überhaupt – meist durch sowjetische Botschaft vor Ort. [...] Prager Treffen spricht für einen Stilwandel in sowjetischer Behandlung der Verbündeten“. Vgl. Drahtbericht Nr. 3645; Referat 204, Bd. 135307. Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten vom 21. November 1985 in Prag vgl. den Artikel „Soobščenie o vstreče vyssich rukovoditelej gosudarstv-účastnikov Varšavskogo Dogovora“; PRAVDA vom 22. November 1985, S. 1.

es gebe Waffen wegen des Mißtrauens. Man müßte sich also bemühen, das Mißtrauen abzubauen, dann werde es mit der Rüstungskontrolle leichter gehen. Gorbatschow habe dies akzeptiert. Er, Reagan, habe auch betont, daß Worte nicht ausreichen, sondern Taten und praktische Schritte deutlich machen müßten, daß das Mißtrauen tatsächlich abgebaut werde.

Es habe sich gezeigt, daß Gorbatschow auf der sowjetischen Seite die Zügel fest in der Hand habe. Er habe mit Entschiedenheit und Energie und oft ohne schriftliche Unterlagen gesprochen. Gorbatschow habe die Beziehungen zu den USA als auf ihrem tiefsten Punkt befindlich bezeichnet und den Wunsch nach Verbesserung, aber ohne Vorbedingungen, betont. Nach seinem, Reagans, Eindruck glaube Gorbatschow an das sowjetische System, und er glaube auch mancher sowjetischen Propaganda, so bezüglich der USA. Gorbatschow habe sich darauf berufen, daß die USA die SU totrüsteten wollten. Dahinter stehe die Rüstungsindustrie, die das Mißtrauen gegen die SU nähre, um sich einen Markt für ihre Waffen zu schaffen. Er, Reagan, habe dem entgegengehalten, daß die Rüstungsproduktion nur einen winzigen Anteil des amerikanischen BSP ausmache und die von Gorbatschow dargelegte Erwägung schon deshalb keinen Sinn mache. Die Diskussion habe sich weitgehend um solche Dinge gedreht. Gorbatschow habe daran erinnert, daß die USA und die SU einst Verbündete gewesen seien. Dem habe er, Reagan, sich anschließen können. Gorbatschow habe erklärt, er bete zu Gott, daß es nie einen Krieg zwischen der SU und den USA geben möge. Er habe sich überhaupt oft auf die Gottheit berufen. Er habe darauf hingewiesen, daß die SU unter wirtschaftlichen Belastungen leide. Deshalb brauche er die Ressourcen, die in den militärischen Sektor fließen, für die wirtschaftliche Modernisierung.

In diesem Zusammenhange sei man auf SDI gekommen. Gorbatschow habe seinen Widerstand gegen das Forschungsprogramm auf eine Erwägung gegründet, an die er, Reagan, noch nicht gedacht habe, daß nämlich die Forschung schließlich zu neuen Offensivwaffen im Weltraum führen könnte. Er, Reagan, habe sein mit SDI verfolgtes Ziel dargelegt: Wenn die Forschungen dazu führten, daß ein defensives System geschaffen werden könne, das Nuklearwaffen daran hindere, ihr Ziel zu erreichen, wäre das ein großer Fortschritt. Die USA würden in diesem Falle jedoch nicht sofort dislozieren, sondern sich mit ihren Alliierten und der SU zusammensetzen, um zu sehen, ob man die Defensivwaffen nicht nutzen könne, um die Nuklearwaffen zu ihrem Ende zu bringen. Die USA würden diese Defensivsysteme mit allen anderen teilen. Er denke an 1925: Als die chemischen Waffen geächtet wurden<sup>5</sup>, hätten trotzdem alle ihre Gasmasken behalten. Deshalb werde man die Defensivsysteme auch nach Abschaffung der Nuklearwaffen benötigen. Man könne schließlich nicht die Kenntnis der Produktion nuklearer Waffen aus den Gehirnen der Menschen verbannen.

In dieser Frage habe man die Differenzen zwischen beiden Seiten nicht ausräumen können. Aber dies hätte nicht zu einem Abbruch der Gespräche geführt. Die Sowjets hätten ihre Bereitschaft unterstrichen, zu einer Reduzierung der Offensivwaffen um 50 % zu kommen. Die amerikanische Seite habe diesen

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege; REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

Vorschlag akzeptiert. Man müsse allerdings noch darüber verhandeln, auf welche Waffen diese Kürzung anzuwenden sei. Dies werden die Genfer Delegationen tun müssen.

Man habe über START und die Mittelstreckensysteme in Europa gesprochen. Er, Reagan, habe ein Interimsabkommen angeboten, das die westliche Dislozierung auf die Ende 1985 aufgestellten Systeme begrenzen würde, wenn die Sowjets auf ihrer Seite das gleiche Niveau akzeptieren und proportionalen Reduzierungen in Asien zustimmen würden. Die amerikanische Seite habe an der globalen Basis für die Parität festgehalten. Man habe in der gemeinsamen Erklärung<sup>6</sup> festgestellt, daß man die Mittelstreckensysteme herausnehmen und an SDI binden wolle. Er, Reagan, habe völlig klargemacht, daß man das SDI-Forschungsprogramm nicht aufgeben werde. SDI könne die wichtigste Errungenschaft des Jahrhunderts werden.

Erfreulicherweise sei es in dem Kommuniqué gelungen, eine gemeinsame konkrete Sprache für andere Rüstungskontrollfragen zu finden:

- die Nichtverbreitungsfrage;
- gemeinsame Risikoverringerungszentren;
- Bekräftigung des Konzeptes eines weltweiten C-Waffen-Verbotes;
- Einsetzen für Fortschritte in Wien<sup>7</sup>;
- Notwendigkeit, in Stockholm vertrauensbildende Maßnahmen zu vereinbaren und den Gewaltverzicht zu bestätigen<sup>8</sup>.

Gorbatschow habe betont, daß die SU niemals als erste Waffen einsetzen und einen Krieg beginnen werde.

Man sei dann gemeinsam zu einem kleineren Gebäude gegangen und habe sich einige Stunden weiter unterhalten. Bei dieser Gelegenheit habe er, Reagan, erneut die amerikanische Politik zu SDI erklärt.

Am nächsten Morgen habe man Menschenrechte diskutiert. Er, Reagan, habe klargestellt, daß es ihm nicht um Einmischung gehe. Er strebe kein Abkommen an. Es gebe aber Dinge, die ihm seinen Stand im Kongreß und vor der Öffentlichkeit erleichtern könnten, wenn man sich um Zustimmung zu anderen Abkommen mit der SU bemühe. Deshalb wäre es wichtig, wenn einige schwierige Fälle von der SU in ihrer eigenen Verantwortung gelöst werden könnten. Dies betreffe Fragen der Ausreise, der Religionsausübung und der Familienzusammenführung. Fortschritte in diesen Bereichen würden es beiden Seiten erleichtern weiterzukommen. Aber die amerikanische Seite werde sowjetische Zusicherungen bzw. Schritte in dieser Richtung nicht ausnutzen, sie werde sie nicht hochspielen und nicht von einer Vereinbarung sprechen. Es liege an der SU, hier etwas zu tun. Gorbatschow habe behauptet, daß die Personen, denen die SU vor dem Gipfel die Ausreise zu ihren amerikanischen Angehörigen gestattet habe, die einzigen von einigen hundert Fällen seien, die um Ausreise-

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

<sup>7</sup> Zu den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 333.

<sup>8</sup> Zu den KVAE-Verhandlungen in Stockholm vgl. Dok. 234.

genehmigung gebeten hätten. Er, Reagan, habe entgegengehalten, daß die amerikanische Seite eine längere Liste habe. Er habe auch die Sache „Ihrer Landsleute“ (wohl gemünzt auf Deutschstämmige) aufgebracht. Man werde später sehen, ob hier etwas habe bewirkt werden können.

Die Regionalprobleme seien mehrfach behandelt worden. Er, Reagan, habe die sowjetischen Aktivitäten in verschiedenen Teilen der Welt als inakzeptabel bezeichnet. Gorbatschow habe eine gewisse Sensitivität gezeigt. Er habe behauptet, daß die SU keine Positionsgewinne in anderen Teilen der Welt suche. Er, Reagan, habe Afghanistan und die kubanischen Hilfstruppen in Zentralafrika, Indochina und Zentralamerika erwähnt. Er habe betont, daß die USA mit ihrer Haltung zu Regionalkonflikten keine Überlegenheit anstrebten. Es gehe ihnen lediglich um die Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten. Die USA wünschten friedliche Lösungen dieser Konflikte. Er habe den Vorschlag in seiner VN-Rede vom 24. Oktober<sup>9</sup> wiederholt. Hier habe man festgestellt, daß sich die Standpunkte nicht deckten (*agreed to disagree*). Man habe aber vereinbart, die Regionalgespräche regelmäßig abzuhalten.

Auf amerikanischer Seite habe man gehofft, in Genf einen Zeitplan für künftige Treffen vereinbaren zu können. Schon vor dem Ende des ersten Tages habe er Gorbatschow für nächstes Jahr in die USA eingeladen. Gorbatschow habe das akzeptiert und ihn umgekehrt in die SU eingeladen. Dies habe er, Reagan, ebenfalls akzeptiert. Demgemäß habe man vereinbart, sich 1986 in den USA und 1987 in der SU wieder zu treffen. Gorbatschow habe ihm zugestimmt, daß das, was beide miteinander unternähmen, gut für die ganze Menschheit sei.

Insgesamt habe man sich auf eine Reihe von Dingen geeinigt, die über die Erwartungen hinausgingen. Die Atmosphäre sei herzlich gewesen.

Aus der folgenden Diskussion ist festzuhalten:

Der belgische PM Martens fragte, ob die sowjetische Position zu INF weiterhin impliziere, daß den USA die Gleichheit verweigert werde. Reagan antwortete, daß man nicht auf Einzelheiten eingegangen sei. Das amerikanische Ziel bleibe Null.<sup>10</sup> Ein großer Schritt vorwärts sei die Lösung des INF-Komplexes von SDI gewesen. Gorbatschow habe die strategischen Waffen weiter in einer Verbindung mit SDI gehalten, aber zugestimmt, daß man bei INF weitermachen könne. Die amerikanische Seite habe betont, daß das Ergebnis ein paritätisches sein müsse.

Der Bundeskanzler gratulierte dem Präsidenten und dankte ihm auch für die intensiven Konsultationen. Heute vor zwei Jahren habe der Deutsche Bundestag in Bonn über die Stationierung der Mittelstreckenraketen debattiert.<sup>11</sup> 300 000 Menschen hätten damals demonstriert. Man habe eine neue Eiszeit prophezeit. Deshalb brauche er die Gefühle seiner Landsleute bezüglich des erfolgreichen Gipfels nicht näher zu erläutern. Der Präsident habe ein gutes Er-

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1285–1290.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660. Vgl. dazu auch AAPD 1981, III, Dok. 329.

<sup>11</sup> Die Bundestagsdebatte über den Stand der INF-Verhandlungen in Genf und die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses fand am 21./22. November 1983 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 126, S. 2321–2592.

gebnis erzielt. Niemand habe erwartet, daß die Probleme in ein, zwei Stunden gelöst werden könnten. Man habe sich auf einen Dialog auf breiter Front geeinigt. Er ermutige als Deutscher den Präsidenten zu diesem Dialog. Für die Europäer sei es wichtig, daß der amerikanische Präsident den Dialog so führe, wie in Genf geschehen. Wichtig sei, daß es auch zu konkreten Aussagen über Rüstungskontrolle und Abrüstung, auch zu den chemischen Waffen, gekommen sei. Er fragte, welche Vorstellungen über das weitere Verfahren bestünden. Dies werde sicher beim NATO-Außenministertreffen vertieft werden.<sup>12</sup> Man sollte der SU in diesem Punkte nicht optisch die Initiative überlassen. Was die Menschenrechte angehe, so stimme er zu, daß man keine Propaganda machen dürfe, wenn man den Menschen helfen wolle. Dies habe der Präsident getan. Der Präsident habe in Genf die Hoffnungen vieler Millionen Menschen in der freien Welt getragen, auch von Millionen unserer Landleute in der DDR. Das Klima entspreche nicht dem Eisregen draußen. Es gebe noch keinen Frühling, aber es bestehe eine neue Chance. Die Dinge entwickelten sich in der richtigen Richtung: Hart in der Verteidigung der Prinzipien, aber flexibel und offen für eine vernünftige Politik. Auch die Frau des Präsidenten habe eine gute und sympathische Rolle gespielt.

Der Präsident erwiderte: Gorbatschow habe sich selbst als Optimisten bezeichnet. Die USA hätten vor einigen Jahren etwas Falsches getan, als sie der SU öffentlich angekündigt hätten, daß sie etwas nicht tun würden, wenn die SU auch etwas Bestimmtes nicht tue (Jackson-Vanik-Amendment, das Handelszugeständnisse von Ausreisezugeständnissen abhängig machte<sup>13</sup>). Wenn eine Regierung in die Ecke gedrängt werde und man sie zwingt, Befehle von außen anzunehmen, dann könne das nicht funktionieren. Er, Reagan, sei eine Liste mit zwölf Daten durchgegangen, an welchen die USA seit 1946 Vorschläge zur Kontrolle und Reduzierung der Nuklearwaffen gegenüber der SU gemacht hätten. Die ersten Vorschläge seien gemacht worden, als die USA noch ein Monopol gehabt hätten. Damals habe man die Übertragung der Kontrolle an eine internationale Behörde vorgeschlagen. Die SU habe dies jedoch verweigert.<sup>14</sup> Er, Reagan, habe darauf hingewiesen, daß die SU seit der Unterzeichnung von SALT I im Jahre 1969 6000 und seit der Unterzeichnung von SALT II im Jahre 1979 3850 neue nukleare Sprengköpfe in Dienst gestellt hätte. Er habe betont, daß die USA keine Überlegenheit anstreben, aber unter keinen Umständen eine sowjetische Überlegenheit hinnehmen würden. Also müsse man sich ent-

<sup>12</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 345.

<sup>13</sup> Zum Jackson-Vanik-Amendment vgl. Dok. 290, Anm. 22.

<sup>14</sup> Am 14. Juni 1946 schlug der amerikanische Delegierte bei der „United Nations Atomic Energy Commission“, Baruch, die Schaffung einer internationalen Behörde vor, die sämtliche Phasen der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie sowie ein Verbot von Atomwaffen überwachen sollte. Für den Wortlaut seiner Erklärung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 7–16. Vgl. dazu ferner die erläuternden Memoranden der amerikanischen Regierung vom 2., 5. und 12. Juli 1946; DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 25–42.

Am 19. Juni 1946 schlug der sowjetische Delegierte Gromyko einen Vertrag zum Verbot der Herstellung und Anwendung von nuklearen Massenvernichtungswaffen sowie die Zerstörung der vorhandenen Bestände vor und unterbreitete Überlegungen zur internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 17–24.

scheiden, ob man reduzieren oder einen unsinnigen Rüstungswettlauf fortsetzen wolle.

Der spanische Außenminister Fernández Ordóñez fragte, ob die SU nach Einschätzung Reagans das SDI-Konzept verstehe und ob Reagan die Möglichkeit sehe, daß man sich über die offensiven und die defensiven Waffen einige.

Reagan erwiderte: Man werde die Forschungen nicht aufgeben. Man müsse sehen, ob Defensivsysteme möglich seien. In der Geschichte habe die Entwicklung offensiver Waffen immer zu der Entwicklung defensiver Waffen geführt. Die USA bewegten sich dabei innerhalb des ABM-Vertrages. Sie seien bereit, nicht gleich zu stationieren, wenn sie ein Ergebnis erreicht hätten. Bei Aufgabe des Forschungsprogrammes würde man etwas weggeben, was man nicht weggeben sollte. Gorbatschow könne die Reduzierung der nuklearen Waffen nicht völlig verweigern. Man habe diese Frage offengelassen. Man müsse weiter daran arbeiten. Er, Reagan, habe darauf hingewiesen, daß man ihn, den Präsidenten, vielleicht einmal als den Erfinder des Schildes gegen die Nuklearwaffen bezeichnen werde. Die USA hätten die Sowjets in ihre Laboratorien eingeladen.<sup>15</sup> Im übrigen betrieben die Sowjets seit Jahren eine eigene Forschung hinsichtlich Defensivwaffen.

Der norwegische PM Willoch fragte, ob

- die USA die SALT-II-Beschränkungen einhalten würden,
- sich an die vereinbarte Interpretation des ABM-Vertrages<sup>16</sup> halten würden und ob
- die Sowjets die Idee eines Forschungsverbotes aufgegeben hätten.

Reagan erwiderte:

- Die Frage der Forschung sei ungelöst.
- Den ABM-Vertrag hielten die USA ein. Man habe Fälle von sowjetischen Verletzungen klargemacht, so bezüglich Krasnojarsk.
- Zu SALT II müsse er entscheiden, wenn er wieder in Washington sei. Der ihm vorgelegte Bericht über die Vertragsverletzungen enthalte 23 sowjetische Verstöße gegen SALT II.<sup>17</sup> Man müsse überlegen, ob man den Vertrag aufgeben oder die Beschränkungen einhalten solle.<sup>18</sup> Man müsse den Sowjets klarmachen, daß man nicht bereit sei, die Beschränkungen weitergehend einzuhalten als die SU. Die Sowjets hätten einige Systeme modernisiert.

<sup>15</sup> Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 vgl. Dok. 301.

<sup>16</sup> Zur Interpretation des ABM-Vertrags durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 312.

<sup>17</sup> In der Presse wurde zum Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 13. November 1985 mitgeteilt: „In the presummit report on Soviet violations of arms-control agreements that accompanied his now-controversial letter to President Reagan, Defense Secretary Caspar W. Weinberger argued that ‚the key to improved U.S.-Soviet relations is a vigorous response by us to Soviet treaty violations.‘ [...] The Weinberger report – drafted, officials said, under Perle’s direction – was requested by the President in June, when he decided to dismantle a Poseidon submarine rather than break through the missile limits in the SALT II treaty with the deployment of a new Trident sub. Reagan asked the Pentagon to assess the military implications of alleged Soviet violations and to recommend responses.“ Vgl. den Artikel „Weinberger Urges Buildup Over Soviet ‚Violations‘“, THE WASHINGTON POST vom 19. November 1985, S. 1, 2 und 7.

Zu dem Begleitschreiben Weinbergers an Reagan vom 13. November 1985 vgl. Dok. 312, Anm. 7.

<sup>18</sup> Zur Weiterbeachtung von SALT II durch die USA vgl. Dok. 133.

Die britische PM Thatcher sprach drei Punkte an:

- Die Verbündeten sollten das Ergebnis von Genf positiv darstellen, aber keine Euphorie verbreiten. Das Kleinklein der Probleme bleibe. Man sollte deshalb keine besonderen Erwartungen wecken.
- Die SU präsentierte sich heute anders, aber ihr System sei geblieben. Sie fürchte, daß die Sowjets das nächste Jahr dazu nützen würden, um weiter die Propagandatrommel gegen SDI zu rühren: Sie würden sagen, daß sie zu einer fünfzigprozentigen Kürzung der Offensivwaffen bereit seien, wenn die SDI-Frage gelöst sei. Wir müßten die USA unterstützen und uns auf eine eigene Propaganda vorbereiten.
- Sie sei sehr befriedigt über die Bestätigung der Interpretation des ABM-Vertrages und hoffe, daß die USA auch die SALT-II-Beschränkungen einhalten würden. Es sei lebenswichtig, daß die beiden Großmächte sich weiterhin an die Verträge hielten und daß dies auch nach außen sichtbar werde.

Reagan ging auf diese Punkte nicht ein, sondern betonte nur allgemein, daß die USA jede Unterstützung begrüßten und die Einheit der Allianz hochschätzten. Gorbatschow habe den Charakter der SU als europäische Macht betont.

Der kanadische PM Mulroney würdigte die Erfolge Reagans in Genf.

Der französische AM Dumas betonte folgende Punkte:

- Die nukleare Abschreckung müsse aufrechterhalten werden. Sie bleibe noch für lange Zeit die Grundlage unserer Sicherheit.
- Er sei deshalb befriedigt, daß im Genfer Kommuniqué im Unterschied zu dem Kommuniqué vom 8.1.1985<sup>19</sup> das Ziel der Eliminierung der Nuklearwaffen nicht erwähnt sei.
- Der Gedanke eines euro-strategischen Gleichgewichtes wäre illusorisch. In diesem Zusammenhange müßten die Sicherheitsinteressen der Europäer respektiert werden, die ihren Beitrag gerade durch die Zustimmung zur INF-Stationierung geleistet hätten.
- Für das strategische Gleichgewicht sei die Gleichheit zwischen den USA und der SU, statt einer Gleichheit zwischen der SU und allen anderen, wichtig.

In diesem Zusammenhange stellte Dumas zwei Fragen:

- Hat der Präsident in Genf im Zusammenhange mit der 50-Prozent-Klausel Fortschritte bezüglich der Definition strategischer Waffen<sup>20</sup> machen können?
- Woraus entnehme man, daß ein separates Zwischenabkommen bezüglich INF möglich sei?

Reagan erwiderte, die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Anwendung der 50-Prozent-Klausel bestünden unverändert fort. Die SU habe jedoch erstmals überhaupt einen Vorschlag für drastische Reduzierungen gemacht, den die USA in ihrem Gegenvorschlag aufgegriffen hätten. Beide gingen allerdings

<sup>19</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschläge; Dok. 270.

von unterschiedlichen Definitionen und Strukturen aus. Man habe in Genf keine Details behandelt, sondern wollte „guidelines“ für Genf festlegen.

Shultz bestätigte: Über die 50-Prozent-Idee sei man sich einig, nicht aber hinsichtlich der Anwendung. Außerdem habe man keinen Fortschritt bezüglich der Definition strategischer Waffen erzielt. Man sei einig, daß die INF-Frage separat geregelt werden könnte.

Reagan ergänzte, man habe ja drei Arbeitsgruppen in Genf: über START, über die „overall“-Fragen und über die Mittelstreckensysteme.<sup>21</sup> In der letzteren Gruppe könne man jetzt ein Separatabkommen aushandeln.

Der italienische MP Craxi würdigte das Genfer Ergebnis als positiv.

Der türkische PM Özal fragte, ob über Nahost und den irakisch-iranischen Krieg gesprochen worden sei.

Shultz erwiderte, daß diese Fragen in den Parallelgesprächen zwischen ihm und Schewardnadse behandelt worden seien, ohne etwas Neues zutage zu bringen.

Der dänische PM Schlüter bezeichnete es als entscheidenden Punkt, ob die Sowjets wenigstens eine begrenzte Anzahl von Defensivwaffen akzeptieren könnten. Dies sei völlig offen.

Reagan ergänzte, die SU wisse aber, wie stark die amerikanischen Gefühle in dieser Frage seien.

Der portugiesische PM Cavaco Silva betonte die Bedeutung der Regionalfragen, bei denen allerdings das Recht der Völker auf Selbstbestimmung nicht geopfert werden dürfe, und fragte nach der Behandlung Südafrikas.

Es wurde festgestellt, daß dieses Thema in den Gesprächen des Präsidenten und in denen des Außenministers nur kurz angesprochen worden sei. Shultz erklärte: Die Erörterung der Regionalfragen sei sehr bedeutsam gewesen. Die Sowjets hätten die Wichtigkeit dieser Frage anerkannt. Im übrigen habe man vereinbart, die Regionalgespräche auf eine regelmäßige Grundlage zu stellen. Afghanistan sei breit behandelt worden. Man müsse jetzt einen neuen Prozeß in diesen Fragen einleiten. Dies sei schon ein Vorteil.

Der griechische stellvertretende Ministerpräsident<sup>22</sup> Charalambopoulos äußerte sich positiv zum Genfer Gipfel.

Der isländische PM Hermannsson fragte, ob es die Möglichkeit für einen verifizierbaren Teststopp gebe.

Reagan erwiderte: Einen Teststopp könne man grundsätzlich ins Auge fassen. Die jüngsten sowjetischen Vorschläge<sup>23</sup> hätten jedoch dazu geführt, daß ein Ungleichgewicht eingefroren worden wäre. Die USA könnten einem Teststopp zustimmen, wenn sie die notwendigen Vorkehrungen zur Wiederherstellung der Parität getroffen hätten. Die Sowjets entwickelten jedoch neue Waffen. Zur

<sup>21</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 304.

<sup>22</sup> Korrigiert aus: „Vizepräsident“.

<sup>23</sup> Zur Ankündigung eines Moratoriums für Atomtests durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 30. Juli 1985 vgl. Dok. 212, Anm. 17.



Zeit Kennedys habe man einen dreijährigen Teststopp vereinbart<sup>24</sup>, dann jedoch festgestellt, daß die Sowjets die Zeit genutzt hätten, um ihre Arsenale zu erhöhen und zu modernisieren. Dies habe zum Ende des Teststopps geführt.

Der niederländische PM Lubbers wies darauf hin, daß die Europäer eines Tages überlegen müßten, was sie zum Rüstungskontrolldialog beitragen könnten und wie dies koordiniert werden könnte: Man müsse jetzt vor allem vermeiden, daß neues Mißtrauen wachse. Deshalb sei es wichtig, sich an die Verträge zu halten, besonders an den ABM-Vertrag und an SALT II. Er fragte, ob die Kommuniquéformel, wonach die Genfer Gespräche „beschleunigt“ werden sollten, ein diplomatischer Sprachgebrauch sei, oder etwas Wirkliches dahinterstecke.

Reagan erwiderte: Man habe sich nicht auf Zeitpläne und Daten geeinigt, habe aber den Verhandlungsführern klargemacht, daß man wirkliche Fortschritte wünsche. Im übrigen habe er mit Gorbatschow abgesprochen, in direktem Kontakt zu bleiben, auch bevor man sich wiedersehen werde.

Braunmühl

**Referat 204, Bd. 135307**

<sup>24</sup> Am 31. März 1958 erließ der Oberste Sowjet ein Dekret über die Einstellung der Tests von Atom- und Wasserstoffbomben. Die USA und Großbritannien stellten am 31. Oktober 1958 ihre Atomtests zunächst für ein Jahr ein. Nachdem die USA und Großbritannien die Regelung am 26. August 1959 verlängert hatten, gab die sowjetische Regierung am 28. August 1959 den Beschluß bekannt, so lange auf Atomtests zu verzichten, wie auch die USA und Großbritannien keine Tests durchführten. Vgl. dazu DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, II, S. 978–980 und S. 1439–1441.

Am 30. August 1961 kündigte die sowjetische Regierung die Wiederaufnahme von Atomtests an. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1961, D 563–571.

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schilling

200-350.21 VS-NfD

21. November 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 37 Plurez

Betr.: Regierungskonferenz am 19.11.1985 in Brüssel;

hier: a) Beratung des Vertrages über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

b) EPZ-Themen

Das 59. EPZ-Ministertreffen wurde vorwiegend als Regierungskonferenz genutzt.

### I. Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Präsidenschaft legte ihren in eigener Verantwortung erstellten, auf den Beratungen des Politischen Komitees (PK)<sup>2</sup> beruhenden Entwurf vor. Aus der Debatte wird festgehalten:

In kurzer allgemeiner Diskussion betonte F, es gehe darum, das politische Europa zu schaffen. Man solle festschreiben, was besteht. Unser Ehrgeiz sollte jedoch weitergehen und der Vollendung zuführen, was begonnen wurde.

BM führte aus, in dem Vertrag, der Bestandteil eines umfassenderen einheitlichen Dokumentes sein sollte, müsse der Wille deutlich werden, die Europäische Union zu schaffen. Jede einzelne Vertragsbestimmung müsse darauf geprüft werden, daß sie nicht Grenzen setzt, sondern Perspektiven für die Zukunft eröffnet. Der Entwurf der Präsidenschaft eigne sich vorzüglich als Grundlage der Beratungen.

Ähnlich äußerte sich NL-AM van den Broek.

Folgende Einzelbereiche wurden angesprochen:

Minister stimmten darin überein, daß in einer einleitenden Vertragsbestimmung das Ziel festgeschrieben wird, gemeinsam eine europäische Außenpolitik auszuarbeiten und zu verwirklichen. Eine Debatte wurde geführt über die englische und französische Sprachfassung des Begriffs Außenpolitik: Mit Ausnahme von GB bestand Einvernehmen, daß von „foreign policy“ („politique étrangère“), nicht von „external policy“ („politique extérieure“) zu sprechen ist. Der britische

<sup>1</sup> Durchdruck.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 21. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Ergebnissen der Beratungen des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ über eine Europäische Union legte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 13. November 1985 dar, das Politische Komitee halte es für erforderlich, daß die Regierungskonferenz über eine Europäische Union am 19. November 1985 diskutierte und entscheide über die „Fragen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, der Konzeption des (General-)Sekretariats, der Umbenennung des Europäischen Rats in Rat der Europäischen Union und der Berücksichtigung der Mehrheitsmeinung bei der Entscheidungsfindung. Zu gegebener Zeit wird auch darüber zu befinden sein, ob ein solcher Vertrag nur im Zusammenhang mit den Vertragsänderungen des EG-Bereichs geschlossen werden soll.“ Vgl. Referat 200, Bd. 144199.

Vorbehalt gegenüber der Auffassung der übrigen konnte noch nicht ausgeräumt werden.

Auf Vorschlag von GR sollte in einer Vertragsbestimmung die Aufforderung zur Solidarität ausgesprochen werden. Dieser Vorschlag fand keine Zustimmung. Ein entsprechender Hinweis soll in einer Präambel zum Ausdruck kommen.

Eine längere Diskussion ergab sich zur Frage der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Insbesondere IRL, unterstützt von GR, befürwortete den von der Präsidentschaft ausgearbeiteten Vorschlag, die beabsichtigte stärkere Koordinierung der Standpunkte auf die politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Sicherheit zu beschränken. Der insbesondere von F, D und NL gemachte Vorschlag, alle Aspekte der Sicherheit zu behandeln, war nicht konsensfähig. Die in den Präsidentschaftspapieren vorgesehene Bezugnahme auf die WEU und Atlantisches Bündnis erschien F, D und B als zu schwach. Die Frage konnte nicht abschließend behandelt werden. Das PK wurde beauftragt, die Beratungen zu diesem Punkt fortzuführen.

F legte einen ausformulierten Vertragstext vor, um das Gesamtergebnis der Regierungskonferenz (Änderungen des EWG-Vertrages<sup>3</sup> und Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) zusammenzufassen.<sup>4</sup> Danach soll das gesamte Vertragsdokument die Bezeichnung „Akte der Europäischen Union“ tragen. Die Gesamtheit der Beziehungen der vertragsschließenden Parteien soll ab sofort in eine Europäische Union umgewandelt werden. Der Europäische Rat soll die Bezeichnung tragen „Rat der Europäischen Union“. Dieser soll unterstützt werden durch ein eigenes Sekretariat, das „Exekutiv-“, „Ständiges“ oder „General-Sekretariat“ genannt werden soll. F erläuterte, daß außer diesem neu zu schaffenden Sekretariat ein kleines technisches Sekretariat für die außenpolitische Zusammenarbeit eingesetzt werden soll. Unberührt soll bleiben das Generalsekretariat des EG-Bereichs.

Die erste Reaktion der Partner auf den französischen Vorschlag war zurückhaltend bis negativ. D (StS Ruhfus) begrüßte den – mit uns nicht abgestimmten – Vorschlag als Anstoß für die weiteren Beratungen, ohne zu den einzelnen Formulierungen Stellung zu nehmen.

Die Minister kamen überein, daß der französische Entwurf im vorbereitenden Ausschuß und im PK beraten werden soll. Das Ergebnis dieser Beratungen soll den Ministern auf der Regierungskonferenz am 25.11.<sup>5</sup> vorgelegt werden.

Da das PK in dieser kurzen Frist nicht mehr zusammentreten kann, wird der Meinungsaustausch über die in diesem Gremium zu behandelnden Fragen per Coreu erfolgen.

## II. EPZ-Themen

EPZ-Themen kamen beim Mittagessen der Minister zur Sprache.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

<sup>4</sup> Für den französischen Entwurf einer Akte der Europäischen Union vom 19. November 1985 vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>5</sup> Die fünfte Sitzung der Regierungskonferenz über eine Europäische Union fand am 25./26. November 1985 in Brüssel statt.

### 1) Konflikt Iran/Irak – Bemühungen des Golf-Rates<sup>6</sup>

BM wies zusammen mit NL und I auf die Bemühungen der Mitgliedstaaten des Golf-Rates um Beilegung des Konflikts Iran/Irak hin und schlug vor, in der Unterrichtung der Presse über die Beratungen der Minister durch die Präsidentschaft mitzuteilen, daß die Zwölf diese Anstrengungen begrüßen. Dieser Vorschlag wurde angenommen (Wortlaut der nicht<sup>7</sup> zu veröffentlichenden Guidelines für die Presse siehe Anhang<sup>8</sup>).

### 2) Nahost

Nach einem Meinungsaustausch billigten die Minister einen vom PK vorbereiteten weiteren Abschnitt von Presse-Guidelines zu Nahost (Text siehe Anhang).

### 3) UNESCO

BM gab eine erste Bewertung des Treffens in Sofia.<sup>9</sup> Er sprach sich dafür aus, rasch zu einer gemeinsamen Beurteilung der Konferenzergebnisse zu gelangen.

In dem anschließend tagenden PK wurde der Meinungsaustausch kurz fortgeführt. Die UNESCO-Vertreter der Zwölf in Paris werden gebeten, eine Analyse zu erstellen. Das PK wird sich auf seiner Dezembersitzung<sup>10</sup> mit dieser Analyse befassen.

### 4) Kulturforum Budapest<sup>11</sup>

BM wies darauf hin, es sei damit zu rechnen, daß die N+N-Staaten einen Entwurf für ein Schlußdokument vorlegen würden. Es gehe nicht an, daß der We-

<sup>6</sup> Zu den Friedensbemühungen des Golfkooperationsrats im irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 310, Anm. 6.

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt: „als förmliche Erklärung“.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. In den Guidelines wurde ausgeführt: „The Ministers for Foreign Affairs of the Ten and of Spain and Portugal have exchanged views on the development of the situation and of the peace process in the Middle East. They reaffirmed their attachment to the positions which they have enunciated on numerous occasions in the past in order to contribute to a just and lasting overall solution to the Middle East question. They consider that efforts towards a negotiating process must be maintained and strengthened, and they have again noted the value in this context of the action of the King of Jordan and the Jordanian-Palestinian agreement concluded on 11 February. The Ministers repeated that the Ten, together with Spain and Portugal, remain willing to support any constructive effort in favour of peace in their region. In their contacts with all parties they will, as in the past, endeavor to promote a narrowing of the differences between the various positions. In accordance with their consistent attitude of support for all efforts to end the conflict between Iran and Iraq, the Ministers welcomed the recent efforts of the member countries of the Gulf Co-operation Council.“ Vgl. Referat 200, Bd. 134814.

<sup>9</sup> Die 23. Tagung der UNESCO-Generalkonferenz fand vom 8. Oktober bis 9. November 1985 in Sofia statt. Legationsrätin I. Klasse König resümierte am 11. November 1985: „Die erste Generalkonferenz nach dem Austritt der USA, nach der Kündigung GBs und der dadurch ausgelösten Krise der UNESCO war gekennzeichnet von dem Konsens der MS, einen Reformprozeß zügig durchzuführen; einem Höchstmaß an Kompromißbereitschaft der MS, einschließlich der SU und ihrer Verbündeten, den Forderungen GBs, die sich mit denen der W[estern]E[uropean and]O[thers]G[rroup] deckten, positiv zu entsprechen; einem positiveren Konferenzergebnis als erwartet, nämlich Begrenzung der Politisierung der UNESCO, Rückverweisung der Organisation auf ihr Mandat und Präzisierung ihrer Rolle im Rahmen der Aufgabenteilung im VN-System, Verschärfung der Kontrolle über die Budgetausgaben, reales Nullwachstum abzüglich des 25prozentigen US-Beitrages, Aufrechterhaltung des Konsensprinzips.“ Vgl. Referat 232, Bd. 135046.

<sup>10</sup> Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 16./17. Dezember 1985 in Luxemburg statt.

<sup>11</sup> Das KSZE-Kulturforum fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 in Budapest statt. Vgl. dazu Dok. 245, Anm. 20.

sten seine eigenen Vorstellungen nicht ebenfalls zum Ausdruck bringe. Falls der Westen nicht einen eigenen Entwurf für ein Schlußdokument vorlegen wolle, sollte versucht werden, die eigenen Vorstellungen in einen Entwurf der N+N-Staaten einzubringen.

Auf Weisung der Minister befaßte sich das PK anschließend mit dieser Frage. Wir trugen dabei vor, daß ein westliches Ausgangspapier ausgearbeitet, aber noch nicht vorgelegt worden sei. Der Zeitpunkt sei dafür noch nicht günstig. Die N+N-Staaten hätten bisher ebenfalls noch keinen eigenen Entwurf eingebracht, sie würden dem Westen jedoch voraussichtlich noch am selben Tage (19.11.) einen Entwurf zur Kenntnis geben. Danach sollte entschieden werden, ob der Westen einen eigenen Entwurf vorlegen oder versuchen sollte, das Papier der N+N-Staaten anzureichern.<sup>12</sup> Wir sollten weiter aktiv auf die Entwicklung Einfluß nehmen und uns für die Verabschiedung eines Schlußdokuments einsetzen.

I sprach sich wie wir für ein Schlußdokument aus. F und NL äußerten sich zurückhaltend und mahnten zur Vorsicht.

Wir appellierten abschließend an die Partner, sich gemeinsam um ein positives Ergebnis des Kulturforums zu bemühen.

Schilling<sup>13</sup>

**Referat 200, Bd. 134814**

<sup>12</sup> Vortragende Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal teilte am 21. November 1985 mit: „Gegen N+N-Papier bestehen aus KSZE-politischer Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Papier mag in Einzelaspekten verbesserungsfähig sein, erscheint aber insgesamt ausgewogen und in prinzipieller Übereinstimmung mit unseren Grundpositionen und damit letztlich im Kompromiß akzeptabel. Wir sollten es als nützlichen Ausgangspunkt für die Verhandlungen über das abschließende Dokument unterstützen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 599; Referat 212, Bd. 133516.

<sup>13</sup> Paraphe.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

204-322.00 USA

22. November 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung  
 Betr.: Amerikanisch-sowjetischer Gipfel in Genf vom 19. bis 21. November  
 1985<sup>4</sup>,  
 hier: Bewertung (2 A hat eigene Bewertung verfaßt<sup>5</sup>)

### I. Zusammenfassung

Der Genfer Gipfel hat das von Präsident Reagan formulierte Ziel eines neuen Beginns erreicht. Aus dem Treffen kann sich ein neuer, weit in die Zukunft weisender Dialog zwischen den USA und der Sowjetunion entwickeln. Für die Entfaltung dieses Dialoges sind hinreichend konkrete Anstöße gegeben worden, die auf zukünftige Erfolge rechnen lassen. Die Tatsache, daß die nächsten Gipfeltreffen für 1986 in den USA, 1987 in der Sowjetunion bereits jetzt vereinbart wurden, schafft einen selbsterzeugten Zwang, zu Sachlösungen zu gelangen. Wesentliche Aussagen der gemeinsamen Erklärung<sup>6</sup> liegen darin, daß beide Seiten einen Nuklearkrieg für nicht führbar und nicht gewinnbar halten, daß sie darüber hinaus jeden Krieg zwischen sich als unbedingt zu vermeiden ansehen. Wegen der wechselseitigen Bedrohungsperzeptionen ist auch die Aussage, keiner wolle militärische Überlegenheit anstreben, von großer Bedeutung. Diese „Disengagement-Abrede“ im Zusammenhang mit den vereinbarten regelmäßigen Regionalkonsultationen ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die Stabilisierung der internationalen Beziehungen und könnte damit einen ersten

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von Studnitz und Heyken sowie den Vortragenden Legationsräten Schönfelder und Weiß konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 22. November und erneut am 28. November 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 29. November 1985 vorgelegen.

Hat Studnitz am 2. Dezember 1985 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 22. November 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 25. November 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. auch Dok. 317.

<sup>5</sup> Abteilung 2 A hielt am 21. November 1985 fest, das „Bekenntnis zur Verhinderung auch eines konventionellen Krieges als auch die Betonung eines weltweiten Verbots der chemischen Waffen und die Aussagen zu MBFR und KVAE berücksichtigen in besonderem Maße die europäischen Interessen, die offenbar von den USA mit Nachdruck mitvertreten wurden. [...] In der Sache hat sich jedoch keine der beiden Seiten auf substantielle Zugeständnisse festgelegt. Die Richtlinien für die weiteren Verhandlungen sind sehr allgemeiner Natur und nehmen Substanzentscheidungen nicht vorweg. [...] Die SU dürfte eingesehen haben, daß sie eine Einstellung der SDI-Forschung nicht erreichen kann, daß aber Fortschritte in den Verhandlungen über die Reduzierung der Nuklearwaffen die politische Unterstützung für den Übergang zur Entwicklung und Stationierung neuer strategischer Abwehrsysteme vermindern könnten.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135307.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

Schritt hin auf einen Verhaltenskodex für die Beziehungen der beiden Großmächte zueinander darstellen. Die Menschenrechtsfragen sind nur kurz behandelt. Wichtig ist aber, daß sie in den Zusammenhang der bilateralen Beziehungen USA–Sowjetunion eingerückt sind und damit einen legitimen Bestandteil künftiger Gespräche bilden. Wichtig für die Sowjetunion ist, daß die USA künftig verzichten wollen, die Menschenrechte propagandistisch gegen die Sowjetunion auszunutzen. Der Versuch, das bilaterale Verhältnis durch zahlreiche Abkommen über Austausch und Zusammenarbeit abzustützen, kann, wenn den Absichten Taten folgen, zu einer Festigung des Vertrauens zueinander führen und damit weitere Grundlagen für den Ausbau des Verhältnisses schaffen. Generalsekretär Gorbatschow kommt, gemessen an den ursprünglich geäußerten sowjetischen Erwartungen für das Gipfeltreffen, ohne sichtbaren Erfolg nach Hause. Die positiven Ergebnisse werden aber bei der durch die sowjetische Propaganda in Sorge versetzten Bevölkerung positive Aufnahme finden. Abzuwarten bleibt, wieweit die von Gorbatschow verfolgte pragmatische Linie vom Politbüro, aber auch den Militärs aufgenommen werden wird.

## II. Im einzelnen

1) Das Gipfeltreffen hat das von Präsident Reagan gesteckte Ziel eines „neuen Beginns“ in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erreicht. Die Bemühungen der beiden Großmächte haben durch die zweieinhalb Tage lange Begegnung ihrer Führer neue, vielleicht entscheidende Impulse für ein stabileres und konstruktiveres Verhältnis in der Zukunft erhalten. Präsident Reagan hat sich mit Erfolg auf seine persönliche Ausstrahlungskraft und Überzeugungs-fähigkeit verlassen und hat damit einen entscheidenden persönlichen Anteil an dem Erfolg in Genf.

Gemessen an den bis zum Gipfelbeginn von der Sowjetunion genannten maximalen Erfolgskriterien hat Gorbatschow wenig Konkretes nach Hause zurückgebracht. Er hat in dem von der Sowjetunion selbst zur zentralen Frage hochstilisierten SDI-Komplex (falls es nicht noch Überraschungen geben sollte) Reagan keine Konzessionen abringen können. Allerdings hat auch er in den weiteren Bereichen der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen<sup>7</sup> keine zusätzlichen Zugeständnisse gemacht. Auch konnte er sich insoweit behaupten, als Sicherheits- und Rüstungskontrollprobleme nicht von der übrigen Thematik (Regionalfragen, Menschenrechte, Bilaterales) aus dem Mittelpunkt verdrängt wurden, wie die Erklärung zeigt. Im übrigen mußte sich Gorbatschow der Einsicht beugen, daß nach Lage der Dinge der Dialog und ein gewisses Maß an Vertrauensbildung die wichtigsten Ergebnisse des Neubeginns in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bleiben mußten. Erst kurz vor Beginn der Konferenz ist Gorbatschow auf diese Linie eingeschwenkt, während die sowjetische Presse bis zum Schluß ihre harte Propaganda gegen die USA fortsetzte.

Der Gipfel hat wenig konkrete Ergebnisse in den zentralen Fragen des Wettrüstens gebracht, sondern prozedurale Ansätze für eine Entwicklung des bilateralen Dialogs geschaffen. Der Gipfel könnte der Beginn eines neuen, intensiven, weit in die Zukunft weisenden Dialogs zwischen den USA und der Sowjetunion sein. Für die „nächste Zukunft“ – in Washington spricht man von Juni 1986 –

<sup>7</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 304.

ist ein zweites Treffen der beiden Führer in Washington bereits vereinbart worden, für 1987 in Moskau ein drittes. Diese Treffen sollen eingerahmt werden durch regelmäßige, d. h. mindestens zweimal jährlich stattfindende Begegnungen der Außenminister und zahlreiche Treffen auf der Ebene von Fachministern und Behördenleitern. Sowohl Präsident Reagan als auch Generalsekretär Gorbatschow haben sich nach innen und nach außen auf den Dialogkurs festgelegt.

Diese Absprachen allein rechtfertigen noch keine übersteigerten Erwartungen an die Zukunft. Nach den Belastungen des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses in der Vergangenheit darf das jetzt Erreichte aber auch nicht gering geschätzt werden.

Die vorgesehene rasche Folge regelmäßiger Treffen dürfte es erleichtern, in den kommenden Jahren zu weiteren Fortschritten bei den Sachproblemen zu kommen. Künftige Gipfeltreffen müssen Ergebnisse produzieren. Die erste Begegnung konnte – trotz sowjetischen Zögerns bis zuletzt – davon absehen, weil sie eine erste Begegnung sein und den allgemeinen Kurs abstecken sollte. Resultate sind nicht nur in dem besonders wichtigen Bereich der Rüstungskontrolle, sondern auch bei vielen anderen Sachproblemen gefordert. Entgegen entsprechenden Vorankündigungen war der Gipfel kein „SDI-Gipfel“, sondern ein Gipfel der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sowie über das Ost-West-Verhältnis insgesamt. Deshalb eröffnet das zentrale Ergebnis des Gipfels – der Beginn eines langfristigen Dialogs – auch Chancen für eine positive Weiterentwicklung des Ost-West-Verhältnisses allgemein und des deutsch-deutschen Verhältnisses im besonderen. Es bleibt abzuwarten, welchen Spielraum die übrigen osteuropäischen Staaten in den nächsten Monaten und Jahren haben werden. Ein erster Test dürfte die Reise von Honecker in die Bundesrepublik Deutschland sein.<sup>8</sup>

Dem Erfolg des Gipfels steht die Übereinstimmung beider Seiten nicht entgegen, daß auch weiterhin ernsthafte Gegensätze zwischen ihnen bestehen. Im Gegenteil: Diese Festsetzung war geradezu Geschäftsgrundlage. Sie verleiht den positiven Aussagen in der gemeinsamen Erklärung erhöhte Glaubwürdigkeit, insbesondere dem mehrfach ausgesprochenen Willen beider Seiten, den Worten Taten folgen zu lassen und den Frieden sicherer zu machen.

Vor diesem Hintergrund ist es falsch, von Sieger und Verlierer zu sprechen. Es ist insbesondere bedenklich, wenn Gorbatschow in der westlichen öffentlichen Meinung als Verlierer dargestellt wird, weil dadurch sein Wert als Dialogpartner für die USA beeinträchtigt wird. Hier ist Vorsicht geboten.

## 2) Sicherheitspolitik/Rüstungskontrolle

Die entscheidende Aussage zur Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik ist die Heraushebung der besonderen Verantwortung der beiden Supermächte für den Frieden in der Welt. Insbesondere stimmen sie darin überein, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf – eine von Präsident Reagan seit Jahren immer wieder verwandte und von Gorba-

<sup>8</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.



tschow schon im „Time“-Interview<sup>9</sup> positiv aufgenommene Formel – und daß auch ein „nur“ konventioneller Konflikt zwischen beiden Seiten katastrophale Folgen haben könnte.

Hiermit wird eine Aussage bestätigt, die von uns immer wieder herausgestellt worden ist. Dem entspricht die Forderung, daß jeder Krieg zwischen beiden Ländern verhindert werden müsse. Die Aussage, daß keine Seite militärische Überlegenheit anstreben werde, spricht amerikanische Sorgen vor einer ungezügelten sowjetischen strategischen Aufrüstung genauso an wie sowjetische Befürchtungen vor einer Veränderung des strategischen Gleichgewichts durch die Entwicklung von SDI. Die benutzte Formel bedarf weiterer Ausfüllung. Sie ist zunächst nur eine Grundsatzerklärung. Sie geht nicht so weit wie die Nixon-Breschnew-Erklärung von 1972<sup>10</sup>, die die Sicherheitsinteressen beider Vertragspartner anerkannte – das tut die Genfer Formel implizit auch –, aber ausdrücklich auf der Basis des Grundsatzes der Gleichberechtigung. Zu diesem formellen Einverständnis dürften die USA, im Gegensatz zur Prinzipienklärung von 1972, auch nach dem letzten Gipfelkommuniqué von 1979<sup>11</sup> nicht bereit gewesen sein. Präsident Reagan blieb aber im Einklang mit seiner schon in der Straßburger Rede verwendeten Formel des Verzichts auf einseitige Vorteile.<sup>12</sup>

Obwohl im Rüstungskontrollbereich noch die größten Probleme bestehen (insbesondere soweit SDI betroffen ist), hat es aber doch zum Teil bemerkenswerte und interessante Fortschritte gegeben. Hervorzuheben ist die erneute Berufung auf die Grundsatzvereinbarung vom 8. Januar 1985<sup>13</sup>, die von den USA ungern zitiert wurde und nun sogar auf die Ebene einer gemeinsamen Aussage der obersten Führer angehoben wurde. Beide Seiten bekräftigen erneut die Forderung nach Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und seiner Beendigung auf der Erde. Beide Seiten verpflichten sich auch, Rüstungskontrollverhandlungen zu beschleunigen. Dies entspricht der seit langer Zeit von der Bundesregierung verfolgten Politik. Langfristig kann der Frieden nur mit weniger Waffen gesichert werden. Deshalb müssen – so wie übereinstimmend von Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow festgestellt – den Worten Taten folgen.

Ansatzpunkte dafür hat der Gipfel in zahlreichen Bereichen geschaffen, möglicherweise auch bei dem besonders schwierigen Problem von SDI. Wie Präsi-

<sup>9</sup> Für das Interview vgl. den Artikel „An Interview with Gorbachev“; TIME vom 9. September 1985, S. 10–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 382–404.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Grundsatzklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

<sup>11</sup> Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anlässlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Für den Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 54–57. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 395–400.

<sup>12</sup> Präsident Reagan sprach am 8. Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 581–588. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 310–318. Vgl. dazu ferner Dok. 118, Anm. 33.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

dent Reagan in seiner Rede vor dem Kongreß<sup>14</sup> feststellte, habe Gorbatschow insistiert, daß die USA ein strategisches Verteidigungssystem dazu benutzen könnten, um offensive Waffen im Weltraum zu stationieren. (Wenn Gorbatschow selbst die Formel „Verteidigungssystem“ benutzt haben sollte, ist zu fragen, ob hier vielleicht der Ansatzpunkt für eine Differenzierung zwischen Verteidigungssystem im Weltraum und offensiven Weltraumwaffen liegt.)

3) In der gemeinsamen Erklärung werden Menschenrechtsfragen im Abschnitt über den bilateralen Dialog nur kurz erwähnt. Beide Seiten verweisen nur auf die Bedeutung ihrer Lösung in einem Geist der Kooperation. Immerhin haben damit die Sowjets implizit die Menschenrechtsthematik als Bestandteil des bilateralen Verhältnisses akzeptiert.

Die nur kurze Erwähnung der MR-Fragen in der Erklärung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in den Gesprächen selbst einen größeren Raum eingenommen haben. Wie Präsident Reagan bei der NATO-Unterrichtung betonte, habe er gegenüber Gorbatschow mit Nachdruck versichert, daß ein Entgegenkommen in diesem Bereich nicht von den USA publizistisch mißbraucht werden würde. Damit ist ein bedeutender Aspekt unserer auf geräuschlose Einwirkung gerichteten MR-Politik in die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen eingegangen und eröffnet Erwartungen auf größere Erfolge, wenn sowjetisches Prestige nicht mehr belastet zu werden droht.

Für uns von besonderer Genugtuung ist die Versicherung Reagans, daß er auch die Ausreise der in der Sowjetunion lebenden Deutschen mit Nachdruck zur Sprache gebracht habe. Er entsprach damit einem besonderen Wunsche des Bundeskanzlers.<sup>15</sup>

4) Bei den erzielten Einzelergebnissen ist die Bereitschaft und das Bemühen beider Seiten zu erkennen, Übereinstimmung dort festzuhalten, wo sie festgestellt werden konnte.

Bei den Regionalproblemen ist von amerikanischer Seite Afghanistan, Kuba, Indochina und Afrika angeschnitten worden. Wie zu erwarten war, hat es keine Übereinstimmung gegeben. Die sowjetische Bereitschaft, sogar die Afghanistan-Problematik zu diskutieren und – so Gorbatschow – eine Lösung ins Auge zu fassen, die sich um die VN herum entwickeln könnte, könnte eine Auflockerung an einem entscheidenden Belastungspunkt der bilateralen Beziehungen mit sich bringen, wenn dieser Aussage Taten folgen. Hier ist allerdings Skepsis angebracht, auch wegen der Situation in Afghanistan.<sup>16</sup>

Die in der Erklärung angekündigten jährlichen Regionalkonsultationen bringen auch für diesen Bereich Kontinuität in die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Im Zusammenhang mit der Versicherung, jeden Krieg gegeneinander zu vermeiden, ergibt sich aus der Konsultationsabsprache eine Deeskalierung aller weltweiten Spannungen. Hier kann ein erster Ansatz für die Ent-

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 21. November 1985 vor den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1411–1415. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 704–708 (Auszug).

<sup>15</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York; Dok. 291.

<sup>16</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

wicklung einer konkreteren Wohlverhaltensabsprache (Zurückhaltung) gesehen werden, wie wir sie angeregt haben.

Im bilateralen Bereich ist die Unterzeichnung des Kulturabkommens<sup>17</sup> und der angestrebte stärkere Austausch zwischen beiden Nationen im technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich aus amerikanischer Sicht von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Präsident Reagan hatte sich bereits in seiner Rede am 14.11.1985<sup>18</sup> in dieser Angelegenheit besonders engagiert. Ob der angestrebte Austausch allerdings die von manchen Amerikanern erwarteten Ausmaße annehmen wird, bleibt abzuwarten. Verstärkter Austausch in den Einzelbereichen war Gegenstand auch der Gipfeldokumente der 70er Jahre, die aber nur halbherzig umgesetzt wurden.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist für die Sowjets die Zusage der Erklärung, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln. Gerade hieran hat Gorbatschow ein hohes Interesse. Wichtig für uns ist in diesem Zusammenhang, daß die USA für die Kernfusionsforschung, d.h. für einen Bereich modernster Technologie, sich mit den Sowjets für internationale Zusammenarbeit aussprechen.

5) Die amerikanischen Medien haben den Gipfel als uneingeschränkten Erfolg von Präsident Reagan gefeiert. Zugleich wird vereinzelt von einer großen Niederlage Gorbatschows gesprochen. Dieses Urteil wird damit begründet, daß Gorbatschow auf dem Gipfel substantielle und detaillierte Abrüstungsgespräche führen und SDI verhindern wollte. Dies sei ihm aber nicht gelungen, sondern er sei vielmehr auf die Linie des Präsidenten eingeschwenkt. Kritik ist bisher nur laut geworden an den schon jetzt für 1986 und 1987 geplanten Gipfeltreffen. Richard Pipes und Stephen Cohen befürchten, daß dadurch die Politik schon Monate im voraus gelähmt und unter Erwartungsdruck gesetzt werde.<sup>19</sup>

Die ersten Reaktionen aus dem Kongreß decken sich mit der positiven Einschätzung der Medien. Allerdings klingt gleichzeitig eine Enttäuschung darüber an, daß bei den Rüstungskontrollverhandlungen praktisch keine Fortschritte realisiert werden konnten. So wird der Gipfel zwar als nützlich, aber doch nur von begrenztem Erfolg begleitet eingestuft. Im Kongreß wurde dem Bericht Reagans großer Beifall zuteil. Er ließ Erleichterung über den positiven Ausgang des Gipfels erkennen. Dennoch ist die Gesamtbewertung eher nüchtern. Von Enthusiasmus wird nicht gesprochen. Auch die ersten Fernsehkommentare nehmen diesen Ton der Nüchternheit auf. Im Kontrast zu dieser Nüchternheit steht die Berichterstattung über die positive Reaktion der europäischen Verbündeten.

6) Wichtig ist die verhalten positive Gesamtbewertung durch Gorbatschow selbst. Er kann darauf verweisen, daß er in der Substanz nachdrücklich sowjetische Vorstellungen dem amerikanischen Präsidenten nahegebracht hat und

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 21. November 1985 zwischen den USA und der UdSSR über Kontakte, Austausch und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik, Bildung, Kultur sowie auf anderen Gebieten vgl. INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS 25 (1986), S. 105–110.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Fernsehansprache des Präsidenten Reagan vom 14. November 1985 über sein bevorstehendes Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1388–1391.

<sup>19</sup> Zu den Äußerungen der amerikanischen Professoren Pipes und des Cohen vom 20. November 1985 in der Fernsehsendung „Today Show“ vgl. den Drahtbericht Nr. 5403 des Gesandten Wallau, Washington, vom selben Tag; Referat 204, Bd. 135307.

daß er die Rolle der Sowjetunion als einer Weltmacht selbstbewußt, verantwortungsvoll und mit Würde dargestellt hat. Dies ist acht Monate nach seinem Amtsantritt und angesichts relativ geringer internationaler Erfahrung nicht wenig.

Wahrscheinlich wird Gorbatschow mit einem positiven Echo in der sowjetischen Bevölkerung rechnen können. Nachdem Kriegsängste geschürt und Gefahren der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation übermäßig beschworen waren, was in der Bevölkerung durchaus Spuren hinterlassen hat, dürften die Bilder und Erklärungen aus Genf beruhigend gewirkt haben. Dennoch sind vorläufig Fragen nach der innenpolitischen Tragfähigkeit der Ergebnisse von Genf aufgeworfen. Wir können nicht sicher sein, wie weit die von Gorbatschow verfolgte pragmatisch nüchterne Linie in Moskauer Führungskreisen, z.B. beim Militär, einhellige Unterstützung findet. Für Gorbatschow wird es darauf ankommen, in dieser Hinsicht Zweifler zu überzeugen. Schon nach dem Abflug aus Genf hat er mit der Einstimmung auf seine Linie begonnen, indem er ohne vorherige Konsultation des Politbüros<sup>20</sup> die Verbündeten im Warschauer Pakt in Prag hierauf ausrichtete.<sup>21</sup>

Die nicht sonderlich ausführliche TASS-Berichterstattung über die Pressekonferenz von AM Shultz sowie über das NATO-Treffen in Brüssel klingt bemerkenswert positiv, wobei vor allem die Bedeutung des Gipfeltreffens für die Herstellung stabilerer und konstruktiverer Beziehungen zum Ausdruck kommt.<sup>22</sup> Auch in der Mitteilung über das Prager Treffen wird dieser Gedanke in den Vordergrund gestellt. Zielrichtung und Intensität der sowjetischen Propaganda gegenüber den USA werden in nächster Zeit Aufschluß darüber geben, wie weit Gorbatschow innenpolitisch seinen jetzt gegenüber den USA eingeschlagenen Kurs durchsetzen konnte.

Zu den Rüstungskontrollfragen hat 2 A eine eigene Aufzeichnung gefertigt.

Braunmühl

#### Referat 204, Bd. 135307

<sup>20</sup> Gesandter Arnot, Moskau, informierte am 16. November 1985, das Politbüro der KPdSU habe sich „in einer Sondersitzung am 25.11. mit Gorbatschows Bericht über das Genfer Gipfeltreffen befaßt. [...] Sowjetische Führung kommt zwar – wie nicht anders zu erwarten – insgesamt zu einem positiven Urteil über den Ertrag der auch aus ihrer Sicht bedeutsamen Genfer Begegnung. [...] Dennoch überwiegen im Fazit des Politbüros die Caveats und Zweifel am Wert dessen, was die Zusammenkunft zwischen Reagan und Gorbatschow für Moskau eingebracht hat. Unüberhörbar sind die Enttäuschung über den hinter den Moskauer Erwartungen zurückbleibenden mageren Ertrag und der Wunsch, das in der gemeinsamen Erklärung festgehaltene Ergebnis nachzubessern und die Erfüllung des unerledigten sowjet[ischen] Kernanliegens, die Verhinderung von SDI, anzumahnen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3672; Referat 204, Bd. 135307.

<sup>21</sup> Zur Unterrichtung der Staats- und Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. November 1985 in Prag durch den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 317, Anm. 4.

<sup>22</sup> Gesandter Arnot, Moskau, informierte am 24. November 1985, Kommentare in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom 23. und 24. November 1985, die weitgehend Genfer Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, paraphrasierten, „zeichnen ein vorsichtig optimistisches, dabei realistisches und nüchternes Bild von Genfer Gipfelbegegnung. Erste DPA-Wertung vom 23.11., wonach Prawda vom 23.11., eine ausgesprochen positive Bilanz des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens‘ gezogen habe, kann Botschaft nicht bestätigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3647; Referat 204, Bd. 135307.

## 320

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt****114-15523/85 geheim****Fernschreiben Nr. 1862****Cito****Aufgabe: 25. November 1985, 18.40 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 25. November 1985, 19.45 Uhr**

Betr.: Konsultationen zur Reduzierung von NL nuklearen Rollen<sup>2</sup>;  
 hier: DPC-Sitzung vom 25.11.85

Bezug: 1) PO/85/109 vom 19.11.85<sup>3</sup>

2) Weisung BMVg Fü S III 1, MBH 52905 VS-v vom 22.11.1985<sup>4</sup>

Zur Unterrichtung

**I. Zusammenfassung**

1) In der Sitzung des DPC vom 25.11.85 konsultierte NL das Bündnis wegen der NL-Absicht, nukleare Rollen zu reduzieren.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Schmidt vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth verfügte.

Hat Ruth am 27. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), übermittelte am 2. November 1985 ein niederländisches Schreiben an NATO-Generalsekretär Lord Carrington. Darin wurde mitgeteilt: „The Government intends to discontinue the nuclear tasks at present fulfilled by the Orion and the F-16. This step will be taken concurrently with the stationing of cruise missiles in the Netherlands.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1710; Referat 201, Bd. 143473.

Am 4. November 1985 nahm Hansen zum niederländischen Wunsch nach Reduzierung der eigenen nuklearen Rollen Stellung: „Aus hiesiger Sicht ist eine rasche Reaktion der Allianz erforderlich, um die Cruise-Missile-Stationierung in NL und die Lage der NL-Regierung nicht zu erschweren. Wir sollten sondieren, inwieweit NL noch Spielraum in einer Position hat, die als Maximalforderung angesehen werden könnte. Da die NL-Regierung ihre Absichten aber bereits in den politischen Bereich hineingetragen hat [...], dürften hier Änderungen kaum noch möglich sein“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1713; VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Für das NATO-Dokument PO/85/109 vgl. den Drahtbericht Nr. 1824 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 19. November 1985; VS-Bd. 11340 (220).

<sup>4</sup> Vgl. das Fernschreiben Nr. 3309 des Bundesministeriums der Verteidigung; VS-Bd. 11340 (220). Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 21. November 1985: „Die NL-Regierung hat ihre INF-Stationierungsentscheidung vom 1.11.1985 mit ihrer seit langem gehegten Absicht, die nuklearen Rollen der NL zu reduzieren, verknüpft. Die parlamentarische Behandlung des INF-Stationierungsvertrages soll gleichzeitig mit der Vorlage der Reduzierungsentscheidung erfolgen. Dieser Entscheidung sollen Konsultationen im Bündnis vorausgehen. Ohne die INF-Stationierung in NL zu gefährden, müssen der NL-Regierung die Bedenken gegen deren Reduzierungsabsicht vorgetragen werden. Diesem Zweck dient die Beratung (am 25.11.85) eines Antwortschreibens des NATO-GS an NL-Seite im Bündnis“, für das der Internationale Stab (IS) der NATO einen ersten Entwurf vorgelegt habe. Das Bundesministerium der Verteidigung habe den Entwurf einer Weisung „an den Deutschen Militärischen Vertreter sowie an den Ständigen Vertreter übermittelt, in dem zu dem vom IS erarbeiteten Brief-Entwurf Stellung genommen wird. Die zentralen Punkte dieser Stellungnahme sind, die Bedenken gegen eine Aufgabe der nuklearen Rolle der F-16 noch stärker hervorzuheben und so die NL-Regierung zu einer Neubewertung des Gewichts der nuklearen Rollen zu veranlassen und andererseits, Verständnis für die innenpolitische Situation in NL zum Ausdruck zu bringen.“ Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Ministerialdirigent von Ploetz vermerkte am 21. November 1985: „Die NL-Regierung hat auch gegenüber der Öffentlichkeit bekanntgegeben, daß ihre Vorstellungen sich konkret auf den Abbau der nuklearen Rolle der F-16 und der Orion (Flugzeug für den Einsatz nuklearer Tiefenbomben zur U-Boot-Bekämpfung) beziehen. Da die Implementierung des Montebello-Beschlusses zum vollstän-

2) NL äußerte sich in einer ausführlichen Erklärung (Anlage<sup>6</sup>), hob nochmals die insbesondere politischen Gründe für die Reduzierung der NL nuklearen Rollen hervor, kennzeichnete den verbleibenden NL nuklearen Beitrag (GLCM und zwei weitere Rollen) als ausgewogenen Bündnisbeitrag und forderte, Bezugsdokument 1) im Ton gefälliger zu formulieren, um kontraproduzente Wirkung innerhalb der NL zu vermeiden. NL lehnte eine Sonderregelung für nukleare Beteiligung in Krise und Krieg ab und hielt eine Befassung des Bündnisses mit den beabsichtigten konventionellen Verbesserungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht für erforderlich, weil die Verpflichtungen erst ab 1988 gültig seien. Schließlich drängte NL auf eine rasche Antwort der Allianz, da sich die Regierung bereits am Freitag, 29. November 85, mit der endgültigen Entscheidung befassen werde.

3) An der folgenden Diskussion beteiligten sich neben Vorsitzendem MC<sup>7</sup> alle Stationierungsländer und US in der Reihenfolge (BE, UK, IT, GE, US).

DK<sup>8</sup> gab zu Protokoll, daß es sich zu der NL-Entscheidung angesichts seiner bekannten Haltung zu Nuklearfragen nicht äußern könne.

Nach einer positiven Würdigung der NL-Dislozierungsentscheidung zu GLCM<sup>9</sup> äußerte ich Verständnis für die politischen Probleme der NL im Zusammenhang mit ihrer nuklearen Teilhabe. Ich wies aber auch unmißverständlich auf die schwerwiegenden Konsequenzen hin, die sich für die Allianz aus der Reduzierung der nuklearen Rollen über die in Montebello beschlossene nukleare Reduzierung<sup>10</sup> hinaus ergeben. Ich kennzeichnete die NL-Entscheidung als nicht übereinstimmend mit den Entscheidungen der Allianz von 1979<sup>11</sup> und 1983 und verwies auf die von anderen Sprechern geltend gemachten politischen Probleme (s. Ziff. 4b, 6 und 8). Insbesondere die Aufgabe der nuklearen Rolle der F-16 sollte überdacht werden, weil damit NL keine Möglichkeit mehr zur Teilnahme am selektiven Einsatz im erweiterten Gebiet hätte. Die Aufgabe der F-16 würde das bereits bestehende Ungleichgewicht bei SRINF mit dem WP erhöhen und gegen die erklärte Absicht der Allianz sein, verstärkten Wert auf größere Reichweiten zu legen. Ich erwähnte, daß BM Wörner gerade diesen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1677*

digen Abbau der atomaren Sprengmunition (ADM) bereits geführt hat und bezüglich der Nike Hercules führen wird, würden die NL nur zwei nukleare Rollen, und zwar Artillerie (z. Zt. 203 mm) und Lance, behalten.“ Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Erklärung des niederländischen NATO-Botschafters de Hoop Scheffer vgl. den Drahtbericht Nr. 1863 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 25. November 1985; VS-Bd. 11340 (220).

<sup>7</sup> Cornelis de Jager.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „DA“.

<sup>9</sup> Am 1. November 1985 beschloß die niederländische Regierung die Stationierung von 48 amerikanischen Marschflugkörpern in den Niederlanden und den Abschluß einer Stationierungsvereinbarung mit den USA am 4. November 1985, die „wie ein ratifizierungsbedürftiger Vertrag parlamentarisch behandelt“ werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 742 des Botschafters von der Gablentz, Den Haag, vom 2. November 1985; Referat 201, Bd. 143473.

<sup>10</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Aspekt im Sommer im Bundestag besonders hervorgehoben hat.<sup>12</sup> Weiter führte ich aus, daß die Aufgabe der F-16 zugunsten der Beibehaltung von Artillerie dazu führe, daß NL für den selektiven Einsatz nuklearer Waffen nur Gefechtsfeldoptionen behält, die von deutschem Boden gegen Ziele vermutlich auch auf deutschem Boden angewendet würden. Die Bewertungen von SACEUR<sup>13</sup> und MC kennzeichnete ich als voll übereinstimmend mit unserer Position. Ich bat die NL-Seite, eine Lösung dieses wichtigen Problems zu finden, welche die vom DPC genannten Fakten in Rechnung stellt.

4) Alle anderen Sprecher äußerten sich ebenfalls positiv zu der NL-Entscheidung, GLCM zu dislozieren, sahen darin aber keinen Ausgleich für die schwerwiegenden Folgen, die mit einer Verwirklichung der beabsichtigten Reduzierung von NL-nuklearen Rollen verbunden wären. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß

a) es kein militärisches Rational für die Aufgabe der nuklearen Rollen von Orion und F-16 gäbe (MC, US),

b) die NL-Entscheidung politische Probleme auch für andere Verbündete mit sich bringen werde (BE, IT, UK, US),

c) die US-Nukleargarantie mehr als eine einseitige Verpflichtung sei, nämlich eine Zweibahnstraße mit entsprechenden Verpflichtungen (US),

d) die NL-Entscheidung im Widerspruch insbesondere zum Montebello-Beschluß stehe (BE, GE, IT),

e) die konventionellen Verbesserungen keinerlei Ausgleich für eine nukleare Reduzierung bedeuten könnten (MC, US),

f) die NL-Regierung ihre Entscheidung noch einmal dringend überdenken möge (alle Sprecher).

5) Da alle Sprecher Änderungen zum Bezugsdokument 1) hatten, wurde dieses im Anschluß an die Sitzung von einer Entwurfsgruppe überarbeitet. Die neue Fassung wird gesondert vorgelegt.

## II. Im einzelnen

6) BE hob besonders die politischen Probleme hervor, die für Nachbarländer der NL aus der beabsichtigten Reduzierung nuklearer Rollen entstehen könnten. Angesichts möglicher Veränderungen der LRINF-Dislozierung als Ergebnis von Genf<sup>14</sup> sei es schwer, zum jetzigen Zeitpunkt eine zutreffende Bewertung der NL-Absichten und ihrer Konsequenzen anzustellen. Auch von daher sei schwer zu verstehen, weshalb der Konsultationsprozeß so hastig vorangetrieben werde. Wenn NL es zum jetzigen Zeitpunkt nicht für angemessen halte, schon konkrete Verpflichtungen im konventionellen Bereich einzugehen, weil diese erst für 1988 relevant würden, könnte umgekehrt argumentiert werden, daß man sich jetzt auch noch nicht für Reduzierungen im nuklearen Teil fest-

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Wörner am 13. Juni 1985 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 133, S. 10620–10625.

<sup>13</sup> Bernard W. Rogers.

<sup>14</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

legen solle. BE hob diesen Teil seines Vortrags ausdrücklich hervor. Zur Beibehaltung der nuklearfähigen Artillerie forderte BE, daß NL sich auch an der nuklearfähigen 155-mm-Haubitze beteiligt. Es seien große politische Probleme für Belgien zu erwarten, falls die 8-inch-Haubitze ohne Ersatz aufgegeben werden würde.

7) UK wies darauf hin, daß die Verwirklichung der NL-Absichten größere Beiträge und Schwierigkeiten für andere Partner zur Implementierung der Montebello-Entscheidungen bringen könne. UK nahm den BE-Hinweis auf mögliche Genfer INF-Reduzierungen auf. Insbesondere hob UK hervor, daß die konventionellen Verbesserungen die nukleare Rollenreduzierung nicht kompensieren könnten, obwohl konventionelle Verbesserungen an sich zu begrüßen seien. UK lehnte das in Bezugsdokument 1) erwähnte Konzept eines „net effect“ ab.

8) IT kritisierte den gegenwärtigen Konsultationsprozeß als praktisch nur formale Nachvollziehung einer bereits festliegenden Entscheidung der NL-Regierung. Eine derartige Reduzierung nuklearer Rollen sei wahrscheinlich angesichts der bekannten NL-innenpolitischen Situation unvermeidlich. Aber im Sinne der Montebello-Entscheidung hätte mehr politisches Gewicht auf die Aufgabe der Rollen ADM und nukleare Luftverteidigung gelegt werden sollen. Die Aufgabe so zentraler nuklearer Rollen wie F-16 und Orion sei auch aus politischer Sicht eine Schwächung der Lastenteilung und der Realisierbarkeit von flexible response.<sup>15</sup> Nukleare Fragen seien nicht nur für NL sensitiv, sondern auch für die einzelnen Partner. NL schaffe ein gefährliches Präjudiz, das zu einer Ausweitung spezifisch national geprägter Haltungen führen könne.

9) US bezeichnete die NL-Entscheidung als „political fall-out for others“ und forderte, daß die Unilateralität der NL-Entscheidung eindeutig zum Ausdruck kommen solle. US lehne die beabsichtigte Rollenreduzierung nach Inhalt und Prozedur ab. Es gebe weder einen Grund, die GLCM-Stationierung an die Aufgabe von F-16 und Orion zu knüpfen, noch die angekündigten konventionellen Verbesserungen mit der Aufgabe nuklearer Rollen zu verknüpfen. Konventionelle Verbesserungen seien nur dann effektiv, wenn die notwendigen nuklearen Rollen beibehalten werden würden.

10) NL reagierte auf die verschiedenen Beiträge, indem es die positive Wertung der GLCM-Dislozierungsentscheidung dankbar aufnahm und Verständnis für die ernststen Sorgen der Partner äußerte. Zu den möglichen Auswirkungen eines Genfer Ergebnisses sagte NL, daß etwaige Veränderungen der LRINF-Dislozierung natürlich auch Auswirkungen auf eine Rollenreduzierung in den übrigen Aufgaben hätten, weil es sich um ein Paket handle. Zur Verbesserung der F-16 führte NL aus, daß in Kürze weitere Einzelheiten bekanntgegeben werden würden. Bereits jetzt könne gesagt werden, daß die Einsatzleistungen dadurch verbessert würden, daß eine horizontale Stabilisierung eingebaut und daß das Flugzeug mit einem Luft-Luft-Abfragegerät ausgerüstet und mit neuen Luft-Luft-Flugkörpern bewaffnet werde.

11) Abschließend wies GS<sup>16</sup> darauf hin, daß die NL-Dislozierungsentscheidung zu GLCM nicht wieder in Frage gestellt werden dürfe.

<sup>15</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

<sup>16</sup> Lord Carrington.



12) Es ist zu erwarten, daß sich das DPC mit der neuen Fassung des Bezugsdokuments 1) am 28.11. oder spätestens 28. bzw. 29.11. vormittags befassen wird.<sup>17</sup>

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11340 (220)

## 321

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

26. November 1985<sup>1</sup>

Der Bundeskanzler empfing am 26. November 1985 den sowjetischen Botschafter Semjonow auf dessen Wunsch zu einem kurzen Gespräch.

Der *Botschafter* übergab im Auftrag seiner Regierung eine Information über das Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow in Genf.<sup>2</sup>

Der *Bundeskanzler* bedankte sich und führte aus, er werde zu der Unterrichtung in Form eines Briefes Stellung nehmen.<sup>3</sup> Im Augenblick sei die Zeit zu knapp, um das Papier aufmerksam durchzulesen und zu kommentieren. Er wolle jedoch jetzt schon bemerken, daß er mit dem Ergebnis von Genf sehr zufrieden sei. Mehr habe er nicht erwartet. Er habe die Hoffnung, daß sich die Dinge jetzt positiv weiterentwickelten. Bei seinem Treffen mit Außenminister Schewardnadse in New York habe er diesem gesagt, die Sowjetunion müsse mit diesem Präsidenten verhandeln und nicht auf den nächsten warten.<sup>4</sup> Er habe

<sup>17</sup> Zur Behandlung der nuklearen Rollen der Niederlande auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 3. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 329.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neuer, Bundeskanzleramt, am 26. November 1985 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Schäuble an Bundeskanzler Kohl geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>2</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

Für das sowjetische Memorandum vgl. Referat 213, Bd. 139307.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Roßbach, Bundeskanzleramt, übermittelte am 26. November 1985 das am selben Tag vom sowjetischen Botschafter Semjonow Bundeskanzler Kohl übergebene „Memorandum zur Gipfelbegegnung“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Schubert. Dazu führte er aus: „Der Herr Bundeskanzler ist bei dem Gespräch mit Botschafter Semjonow inhaltlich auf das übergebene Papier nicht eingegangen. Er beabsichtigt, zu der erfolgten Unterrichtung mit einem Brief an Generalsekretär Gorbatschow Stellung zu nehmen. Ich wäre daher dankbar, wenn Sie veranlassen könnten, daß das Auswärtige Amt den Entwurf eines Schreibens des Herrn Bundeskanzlers an Generalsekretär Gorbatschow übermittelt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

<sup>3</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 30. Januar 1986 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. AAPD 1986.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. Oktober 1985 vgl. Dok. 296.

noch zwei Jahre im Amt vor sich. Würde man nicht mit Präsident Reagan verhandeln, so wären erfolversprechende Verhandlungen erst im Jahre 1990 möglich. Präsident Reagan habe innenpolitisch eine sehr starke Stellung. In Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik verfüge er über seine Zweidrittelmehrheit. Er, der Bundeskanzler, habe zu Außenminister Schewardnadse gesagt, so wie die Algerien-Frage nur von de Gaulle hätte gelöst werden können und so wie er einen großen Kredit an die DDR habe geben können<sup>5</sup>, was für Schmidt oder Brandt schwierig gewesen wäre, so könne Präsident Reagan jetzt auch wichtige Entscheidungen im Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion treffen. Gerade deshalb sei es von so großer Bedeutung, daß das Treffen zwischen Präsident Reagan und GS Gorbatschow stattgefunden habe. Er selbst habe intensiv mit Präsident Reagan vor dem Genfer Gipfel gesprochen.<sup>6</sup> GS Gorbatschow habe im Gegensatz zu Präsident Reagan zwar noch eine lange Amtszeit vor sich. Er habe jedoch nur scheinbar mehr Zeit. GS Gorbatschow brauche den Erfolg, und zwar nicht nur auf dem Gebiet der Abrüstung, sondern auch was den wirtschaftlichen und kulturellen Sektor angehe. Diese Bereiche müßten zu dem militärischen Bereich hinzukommen. Er, der Bundeskanzler, habe seinen ganzen Einfluß darauf verwandt, um Fortschritte möglich zu machen. Wenn die Situation komme, wo die Beziehungen sich wieder verbesserten, werde die Frage der weiteren Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen wichtiger. Für ihn sei dies aus politischen Gründen wichtig. Die Bundesrepublik Deutschland sei wieder stabiler geworden. Bis zum Ende des Jahrzehnts werde sie wieder zur Weltspitze in vielen Bereichen gehören, auch in der Computertechnologie. Die Forschung werde intensiviert. Die Sowjetunion sei unser Nachbar; wir seien für vernünftige Kooperation. Die Probleme, die zwischen uns stünden, seien bekannt. Sie seien im Augenblick nicht zu ändern. Für die Sowjetunion müsse entscheidend sein zu wissen, daß, wenn wir etwas verändern wollten, uns bewußt sei, daß wir das nur mit Zustimmung unserer Nachbarn – d.h. natürlich auch der Sowjetunion – und mit friedlichen Mitteln tun. Im übrigen sei das kein Thema seiner Generation, die Geschichte arbeite jedoch für uns. Im Moment sei eine vernünftige Entwicklung im Gange. Die Sowjetunion müsse sich im klaren sein, daß in Europa kein Weg an der Bundesrepublik Deutschland vorbeiführe, auch wenn GS Gorbatschow alle anderen Hauptstädte in Europa besuchen werde. Bei einer Absenkung der Atomschwelle werde der konventionelle Faktor immer wichtiger. In einer Woche finde der Europäische Rat in Luxemburg<sup>7</sup> statt. Dort werde der Beschluß über die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 gefaßt. Hierbei sei die Bundesrepublik Deutschland die treibende Kraft. So laufe die Entwicklung. Er wolle nochmals betonen, daß wir keine Kontroversen mit der Sowjetunion wollten. Er hege einen gedämpften Optimismus und hoffe, daß der Kreml rational<sup>8</sup> reagiere.

Präsident Reagan sei ein Mann, der ein einfaches klares Koordinatensystem habe. Er sei berechenbar, klardenkend und zuverlässig. Dies habe die Erfah-

<sup>5</sup> Zu dem von der Bundesregierung garantierten Kredit an die DDR vgl. Dok. 145, Anm. 20.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 291.

<sup>7</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg statt.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „national“.

zung von Bitburg<sup>9</sup> bestätigt. Zwei Drittel des Kongresses seien gegen den Besuch des Präsidenten auf dem Friedhof von Bitburg gewesen. In einem Telefongespräch mit Präsident Reagan habe er dem Präsidenten gesagt, er könne ihn nicht von seiner Verpflichtung entbinden. Der Präsident habe es auch nicht bereut, nach Bitburg gegangen zu sein. Er wolle damit zum Ausdruck bringen, daß Präsident Reagan berechenbar sei. In Brüssel habe er den Präsidenten fragen wollen, ob er einen guten menschlichen Kontakt zu Gorbatschow gefunden habe. Die Zeit sei aber zu kurz gewesen.

Er glaube, es gebe eine gute Chance.

Botschafter *Semjonow* dankte dem Bundeskanzler für seine Ausführungen. Er nehme an, daß der Bundeskanzler in der übergebenen Mitteilung auch Überlegungen finden werde, die den seinen kongenial seien. An dem Genfer Ergebnis sei besonders wichtig, daß ein Krieg zwischen den beiden Seiten sowohl nuklearer wie auch konventioneller Art ausgeschlossen werde. Auch sei es von großer Bedeutung, daß auf höchster Ebene jetzt die Vereinbarung vom 8. Januar 1985<sup>10</sup> bestätigt worden sei.

Der *Bundeskanzler* warf hier ein, daß er diesen Punkt auch für sehr wichtig halte.

Der *Botschafter* fuhr fort, zugleich seien nicht alle Fragen gelöst worden. Das Treffen habe jedoch einen Dialog in Gang gesetzt, um zu besseren Beziehungen zwischen Ost und West und in der Welt überhaupt zu kommen. Die zentrale Frage sei allerdings offengeblieben, nämlich SDI. Dies sei eine Frage, die sich auf die ganze weitere Entwicklung auswirken könne. Der Bundeskanzler wisse, daß GS Gorbatschow gesagt habe, eine Frage, nämlich SDI, könne alles unterminieren. Dann seien auch die Voraussetzungen für Verhandlungen über die strategische Rüstung nicht mehr gegeben. In Moskau sei man der Auffassung, daß Zurückhaltung bei der Forcierung der Entwicklung über eine deutsche Beteiligung an SDI<sup>11</sup> ein positiver Schritt wäre. Die Suche nach konstruktiven Lösungen verlange ein aufmerksames und vorsichtiges Herangehen. Diese Suche werde in Genf wiederaufgenommen. Es wäre sehr wichtig, wenn die Suche in einer ruhigen und konstruktiven Lage erfolgen könnte. Was die bilateralen Beziehungen angehe, so habe der Bundeskanzler recht, wenn er eine konstruktive Entwicklung des Verhältnisses sehe. In der Sowjetunion gebe es jetzt große Veränderungen und viele neue Leute. Der bevorstehende Parteitag werde die Pläne für die Entwicklung in den nächsten 15 Jahren erörtern.<sup>12</sup> Dabei werde es auch sicher viele Objekte geben, die zum Gegenstand der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion werden könnten. Er hoffe, daß das, was der Bundeskanzler über die Zusammenarbeit gesagt habe, nicht durch Sanktionen unterlaufen werde.

<sup>9</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Präsidenten Reagan am 5. Mai 1985 auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>11</sup> Zu einer Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Forschungsprogramm vgl. Dok. 309.

<sup>12</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, er halte überhaupt nichts von einem Handelskrieg. Er werde mit Außenminister Shultz in der übernächsten Woche diese Fragen besprechen.<sup>13</sup> Das Treffen Reagan/Gorbatschow im Sommer müsse sorgfältig vorbereitet werden. Das Ergebnis müsse mehr Substanz enthalten. Er könne sich denken, daß die Frage der C-Waffen hier ein wichtiges Feld wäre. Dies sei auch für uns von besonderem Interesse.

Das Gespräch endete nach 20 Minuten Dauer.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

### 322

#### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Studnitz

204-321.00 SO-892/85 geheim

26. November 1985<sup>1</sup>

Betr.: Vierer-Konsultationen der Politischen Direktoren am 25. November 1985  
in Bonn;  
hier: West-Ost-Beziehungen

D2<sup>2</sup> berichtete über Besuch des ungarischen ZK-Sekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Szűrös, der über Gorbatschows Auftritt in Prag<sup>3</sup> berichtete.<sup>4</sup> Gorbatschow habe sich optimistisch gegeben. Unter G. sei die sowjetische Außenpolitik dynamischer und elastischer geworden. Szűrös habe von Versuchen abgeraten, das sowjetische interne System ändern zu wollen. Aber die Möglichkeiten, die sich für die Ost-West-Beziehungen böten, müßten genutzt werden. Er habe auch betont, daß ohne eine Verständigung über SDI Rüstungskontrollfortschritte nicht zu erreichen seien.

Zum Honecker-Besuch<sup>5</sup> bemerkte D2, daß, obwohl konkrete Indizien fehlten, der Eindruck bestehe, daß er in die Bundesrepublik reisen wolle. Möglicherweise

<sup>13</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich vom 13. bis 15. Dezember 1985 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 346.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 26. November 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>3</sup> Zur Unterrichtung der Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts am 21. November 1985 in Prag über das Zusammentreffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317, Anm. 4.

<sup>4</sup> Der Sekretär des ZK der USAP, Szűrös, hielt sich vom 24. bis 28. November 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 326.

<sup>5</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

hätte der Genfer Gipfel dazu Hilfe geleistet. Gegenüber Lafontaine habe Honecker angedeutet, er werde vielleicht im Frühjahr kommen.<sup>6</sup>

Aus der Bereitschaft, den europäischen Verbündeten im WP die Kontakte zum Westen freizugeben, werde man ersehen können, wieweit die Sowjets in der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen gehen wollten.

Interessant sei die Frage eines DDR-Journalisten bei der Genfer Pressekonferenz Gorbatschows gewesen, wie dieser nach zwei Treffen mit kapitalistischen Führern<sup>7</sup> Gipfelbegegnungen einschätze. Gorbatschow habe darauf positiv reagiert. Bemerkenswert sei auch, daß Gorbatschow auf eine Frage nach der deutschen Wiedervereinigung ohne weitere Spezifizierung auf den KSZE-Prozeß verwiesen habe.

Der bulgarische Vizeaußenminister Gotzew habe nach Genf von neuen Ausichten auf weitere Begegnungen auf höchster Ebene gesprochen.

Zu Polen bemerkte D2, daß augenscheinlich die Nachkriegsrechtsperiode<sup>8</sup> zu Ende gegangen sei. Jaruzelski scheine die Dinge unter Kontrolle zu haben. Seine Position sei gestärkt. Es stelle sich die Frage, was der Westen tun könne, um das polnische Potential in unserem Interesse zu nutzen. Wir hielten aktive Kontakte für nützlich. Dabei dürfe man aber die interne Entwicklung nicht außer acht lassen. Für Besuch von BM in Polen gebe es noch kein Datum.<sup>9</sup> Polen fragten nun nach diesem Besuch, aber wir hätten deutlich gemacht, daß wir nur Besuch ohne Vorbedingungen hinsichtlich des Programms annehmen würden. Der dänische AM<sup>10</sup> wolle im Frühjahr nach Polen reisen, aber das Popieluszk-Grab nicht besuchen. Dänen benutzten den Vorwand<sup>11</sup>, sie seien Protestanten und hätten keinen Anlaß, zu einem Grab in einer katholischen Kirche zu gehen. Wir hätten Dänen gleichwohl die öffentliche Bedeutung eines solchen Schrittes klarzumachen versucht.

D2 führte weiter aus, die wirtschaftliche Lage Polens sei sehr schlecht. Sie seien nicht in der Lage, ihre Schulden zu bezahlen. Es sähe so aus, als wollten sie Geld von uns im Gegenzug für menschliche Erleichterungen.

Thomas, GB, verwies auf langsame Fortschritte in den Beziehungen zur Sowjetunion nach der gegenseitigen Ausweisung im Sommer.<sup>12</sup> Allmählich würden wieder Visa erteilt, so daß die Botschaft wieder besetzt werden könnte. Auch Sowjets beantragten neue Visa. Es werde auch über die Wiederaufnah-

<sup>6</sup> Der saarländische Ministerpräsident Lafontaine traf am 13. November 1985 in Ost-Berlin zu einem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Für das Gespräch vgl. KOALITION DER VERNUNFT, S. 360–369.

<sup>7</sup> Vor dem Treffen mit Präsident Reagan am 19. bis 21. November 1985 hielt sich der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

<sup>8</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Das Kriegsrecht wurde zum 31. Dezember 1982 ausgesetzt und am 22. Juli 1983 aufgehoben.

<sup>9</sup> Zu den Gesprächen über einen neuen Termin für den vom 21. bis 23. November 1984 vorgesehenen, aber kurzfristig abgesagten Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. Dok. 25.

<sup>10</sup> Uffe Ellemann-Jensen.

<sup>11</sup> Die Wörter „benutzten den Vorwand“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunnühl gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „erklärten dazu“.

<sup>12</sup> Zur wechselseitigen Ausweisung von sowjetischen und britischen Diplomaten vgl. Dok. 259, Anm. 13.

me der Kontakte gesprochen. Als nächstes stehe ein Besuch von AM Schewardnadse an. Allerdings werde über Daten noch nicht gesprochen. Man wolle langsam zu den normalen Beziehungen zurückkehren. Thomas bezeichnete es als nützlich, unter den Verbündeten das neue KPdSU-Parteiprogramm<sup>13</sup>, das den Stempel Gorbatschows trage, zu prüfen. Im Vergleich zu dem letzten Parteiprogramm<sup>14</sup> wirke es realistischer und auch in der Ideologie nicht so visionär.

In bezug auf Osteuropa meinen Briten festzustellen, daß die Breschnew-Doktrin<sup>15</sup> nicht mit der gleichen Härte geltend gemacht werde wie vorher, obwohl sie immer noch gelte. Bei seinem London-Besuch habe bulgarischer Vize-AM Gotzew größere Offenheit als in der Vergangenheit gezeigt. Augenscheinlich wollten Bulgaren ihre bilateralen Beziehungen verbreitern. Polnischer Vize-AM Kucza sei in London gewesen. Briten wollten bilaterale Beziehungen weiterentwickeln.

Thomas bezeichnete intensiven Gedankenaustausch der vier Politischen Direktoren über Polen beim nächsten Treffen als erforderlich. Britische Zurückhaltung gegenüber Jaruzelski sei weiterhin sehr stark.

D 2 bemerkte, daß Szűrös sehr positiv über Jaruzelski gesprochen habe.<sup>16</sup>

Thomas verwies auf eine Aufzeichnung, die Partnern über nachrichtendienstliche Kanäle zugestellt worden sei, in der Gordijewskij Aussagen zur sowjetischen Haltung gegenüber der EG gemacht habe.<sup>17</sup> Danach seien die sowjetischen Motive nach wie vor EG-feindlich. Sie wollten, soweit möglich, die europäische Integration stören. Trotzdem wollten sie aber auch die Beziehungen RGW–EG<sup>18</sup> nutzen, um mehr Beziehungen zu Westeuropa zu schaffen.

D 2 sah sich gegenseitig ausschließende sowjetische Absichten: Einerseits wollten sie keine starke Gruppierung in Westeuropa, andererseits aber wollten sie die EG nutzen, um die transatlantischen Beziehungen zu stören. Man könne

<sup>13</sup> Zum Entwurf für ein neues Parteiprogramm der KPdSU vgl. Dok. 244, Anm. 6.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des vom XXII. Parteitag der KPdSU vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau verabschiedeten Parteiprogramms vgl. PARTEIPROGRAMM DER KPdSU, S. 143–244.

<sup>15</sup> Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 24, Anm. 16.

<sup>16</sup> Im Gespräch mit Bundesminister Schäuble am 26. November 1985 in Bonn wies der Sekretär des ZK der USAP, Szűrös, darauf hin, „daß er Herrn Jaruzelski für einen herausragenden, derzeit noch international unterschätzten Politiker ansehe“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>17</sup> Am 11. Oktober 1985 resümierte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl Informationen des britischen Außenministeriums zu den Aussagen des zu Großbritannien übergetretenen Leiters der Niederlassung des sowjetischen Geheimdiensts KGB in London: „Aus Instruktionen, die [Gordijewskij] als KGB-Resident erhalten habe, ergebe sich, daß sich das sowjetische Interesse an der Gemeinschaft im wirtschaftlichen Bereiche darauf beziehe, subventionierte Nahrungsmittel billig zu erhalten, verbilligte Kredite zu bekommen und Zugang zu Hochtechnologie durchzusetzen. Dabei sei die Erwägung erkennbar gewesen, daß man [...] wohl hoffe, durch engere Beziehungen zur Gemeinschaft das Verhalten der EG-Mitglieder in COCOM und in der Kredit-Frage zu sowjetischen Gunsten beeinflussen zu können.“ Ferner sei durch Gordijewskij bestätigt worden, „daß der Hauptzweck der sowjetischen Bemühungen um die Gemeinschaft in ihrer politischen Dimension darin bestehe, das Bündnis zu teilen. Bemerkenswert sei, daß es daneben zu den ständigen Instruktionen des KGB in GB gehört habe, die Integrationsbemühungen der Gemeinschaft nach Möglichkeit zu hintertreiben. Außerdem habe die Unterwanderung der EG-Kommission eine hohe Priorität.“ Vgl. VS-Bd. 13440 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 295, Anm. 25.

aber darauf rechnen, daß, je stärker die EG werde, desto mehr werde sie auch von den Sowjets respektiert werden.

Frau Renouard, F, bemerkte zu den Beziehungen mit Polen, daß der Leiter der Kulturabteilung<sup>19</sup> in Polen gewesen sei und F beabsichtige, die Beziehungen langsam zu entwickeln. Zu den französisch-sowjetischen Beziehungen bemerkte sie nur, daß der Besuch Kornijenkos zur Unterrichtung über den Genfer Gipfel<sup>20</sup> auf eine sowjetische Initiative zurückgegangen sei.

D2 bemerkte, zur Unterrichtung der Regierung in Bonn sei kein sowjetischer Beauftragter entsandt worden.<sup>21</sup> Offensichtlich würden wir weiterhin für die INF-Entscheidungen<sup>22</sup> und mögliche SDI-Teilnahme<sup>23</sup> bestraft.

Frau Ridgway, USA, verwies darauf, daß der Präsident<sup>24</sup> Jaruzelski zum Amtsantritt<sup>25</sup> eine Botschaft geschickt habe. Allerdings werde kein Beauftragter nach Warschau reisen, wie sonst in alle anderen osteuropäische Hauptstädte, um über den Genfer Gipfel zu unterrichten. Die Beziehungen zu Polen seien weiterhin schwierig. Die USA wollten nicht zweimal für eine Verständigung mit Polen bezahlen. Sie hätten zur Freilassung der politischen Gefangenen eine positive Geste gegenüber Polen gemacht. Die polnische Reaktion sei die Wiederfestsetzung der Gefangenen gewesen. Nun seien die USA nicht bereit, den Polen nochmals entgegenzukommen. In der Tat werde die Frage der Behandlung der osteuropäischen Verbündeten durch die Sowjetunion ein entscheidender Test sein, wie ernst es den Sowjets mit der Verbesserung der West-Ost-Beziehungen sei. Besonderes Augenmerk müsse dabei auf die DDR gerichtet werden, die offensichtlich genutzt werden solle, um die Bundesrepublik auf die Probe zu stellen.

Studnitz<sup>26</sup>

#### VS-Bd. 12978 (204)

<sup>19</sup> Jacques Boutet.

<sup>20</sup> Gesandter Arnot, Moskau, berichtete am 22. November 1985, der sowjetische Erste Stellvertretende Außenminister Kornijenko habe am 21. November 1985 in Paris Staatspräsident Mitterrand über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf unterrichtet: „Mit Sonderunterrichtung für Mitterrand aus erster Hand, für die es keinen Präzedenzfall gibt, zeigt Moskau, daß es den Draht nach Paris weiter pflegen will. [...] Moskau beweist damit, daß es Frankreichs Meinungsführerschaft bei der Kritik an SDI honoriert. Paris hat Sonderbehandlung aus Moskauer Sicht auch dadurch ‚verdient‘, daß Mitterrand sowohl dem von Reagan vorgeschlagenen Siebener-Gipfel am Vorabend des Genfer Treffens wie auch Reagans Auftritt vor dem NATO-Rat am 21. November fernblieb.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3634; Referat 213, Bd. 139333.

<sup>21</sup> Die Bundesregierung wurde durch den sowjetischen Botschafter Semjonow informiert. Vgl. Dok. 325.

<sup>22</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Zu den Entscheidungen der Bundesregierung vom 22. Juni 1983 über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 184 und Dok. 186.

<sup>23</sup> Die Wörter „mögliche SDI-Teilnahme“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Haltung zu SDI“.

Zu einer Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Forschungsprogramm vgl. Dok. 309.

<sup>24</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>25</sup> Zur Wahl des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Jaruzelski, zum Vorsitzenden des polnischen Staatsrats am 6. November 1985 in Warschau vgl. Dok. 315, Anm. 33.

<sup>26</sup> Paraphr.

## 323

**Deutsch-britische Konsultationen in London**

VS-NfD

27. November 1985<sup>1</sup>

Deutsch-britische Konsultationen am 27. November 1985 in London;  
hier: Plenarsitzung

PM *Thatcher* eröffnet die Debatte mit einem Willkommensgruß an den Bundeskanzler und die deutsche Delegation. Die Konsultationen fänden zu einem entscheidenden Zeitpunkt, kurz vor dem ER<sup>2</sup> und wenige Tage nach dem Genfer Gipfel<sup>3</sup>, statt. Sie habe mit dem Bundeskanzler über die wirtschaftliche Lage in beiden Länder gesprochen. Beide Länder hätten Anlaß zu Optimismus, was die Zukunft angehe. Allerdings gebe die Entwicklung in den USA nach wie vor Anlaß zur Sorge, wenn man an die Auswirkungen auf den Wechselkurs und den Außenhandel denke. Beide Seiten hätten auch kurz über die Falkland-Problematik gesprochen. Sie sei dankbar, daß der Bundeskanzler zugesagt habe, daß die Bundesregierung in der UN-Abstimmung die gleiche Haltung wie im Vorjahr einnehmen werde.<sup>4</sup> Ferner habe man sich über SDI unterhalten. Ein weiteres Thema sei der amerikanisch-sowjetische Gipfel gewesen, wobei insbesondere die Möglichkeiten für eine Lösung im Bereich der Mittestreckenwaffen erörtert worden seien. Natürlich habe man ausführlich über die Probleme des Europäischen Rates gesprochen. Beide Seiten seien sich darin einig, daß es in der Frage der Währungspolitik keine vertragliche Festlegung geben dürfe. Zunächst müßten die praktischen Voraussetzungen für einen solchen Schritt – insbesondere ein freier Kapitalverkehr – geschaffen werden. Ferner habe man sich über die Problematik der EP-Befugnisse und den Binnenmarkt unterhalten.

Der *Bundeskanzler* dankt für die Gastfreundschaft und unterstreicht die Wichtigkeit dieser Art bilateraler Konsultationen. Der Konsultation komme im jetzigen Augenblick aus zwei Gründen besondere Bedeutung zu:

- In den nächsten fünf Jahren dürfte es in den Ost-West-Beziehungen zu einem neuen wichtigen Abschnitt kommen; Genf sei eine Chance gewesen, die genutzt wurde; im Sommer 1986 würden sich der amerikanische Präsident und GS Gorbatschow erneut treffen. Daher sei es wichtig, daß die Europäer in der vor uns liegenden Phase eng zusammenarbeiteten: Es dürfe zu keiner Abkoppelung in Sicherheitsfragen kommen; wir hätten zwar großes Vertrauen in die amerikanische Administration, wüßten aber, daß es rasch zu Veränderungen kommen könne; deshalb müsse die europäische Stimme weiter

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 5. Dezember 1985 gefertigt.

<sup>2</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg statt.

<sup>3</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>4</sup> Die VN-Generalversammlung nahm am 27. November 1985 die Resolution Nr. 40/21 an, die Großbritannien und Argentinien aufforderte, Verhandlungen über alle Aspekte der Zukunft der Falkland-Inseln aufzunehmen. Großbritannien stimmte gegen die Resolution, die Bundesrepublik enthielt sich der Stimme. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XXIV, S. 231.



zu Gehör gebracht werden; die bisherigen Konsultationen seien ausgezeichnet gewesen, aber wir müßten weiter „am Ball bleiben“. Er wolle noch einmal betonen, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheitspolitik sei: Für uns sei außerordentlich wichtig, daß Großbritannien in Verteidigungsfragen ein zuverlässiger Partner sei. Er habe PM Thatcher mitgeteilt, daß er beabsichtige, im Frühjahr der britischen Rheinarmee einen Besuch abzustatten. Dies sei psychologisch wichtig, übrigens auch gegenüber den Amerikanern.

- Was die europäische Entwicklung angehe, so glaube er, daß wir vor einer entscheidenden Konferenz stünden und daß wir alles tun müßten, damit diese Konferenz erfolgreich sei. Wir müßten auf drei Feldern vorankommen: bei dem Binnenmarkt, bei den EP-Befugnissen und generell in den institutionellen Fragen. Soweit er sehe, befänden wir uns in diesen Fragen in weitgehender Übereinstimmung. Hinsichtlich der monetären Problematik sei er der Auffassung, daß diese Frage am Ende des Weges stehen müsse und nicht am Anfang. In der Tat mangle es in diesem Bereich noch an entscheidenden Voraussetzungen, er erinnere nur an den Kapitalverkehr und auch an die Tatsache, daß es noch keine ausreichende Konvergenz der Wirtschaftspolitiken gebe. Er sei überzeugt, daß es kraft der Fakten im Binnenmarkt zu Fortschritten kommen werde, wobei er betonen möchte, daß wir hierbei Risiken auf uns nähmen. Er erwähne nur die Problematik der Harmonisierung der Normen. Auch in den institutionellen Fragen steckten noch Risiken, die man aber tragen müsse. Beide Seiten hätten aus einer unterschiedlichen Lage heraus eine andere Beurteilung, was die Rolle des EP angehe. Er könne die britischen Freunde nur bitten, die jetzt vorliegenden Minimalvorschläge<sup>5</sup> mitzutragen. Das Parlament könne nicht in dem Zustand bleiben, in dem es sich befinde. Er wolle noch einmal betonen, daß es bei alledem für uns um existentielle Fragen gehe. Die Westbindung der Bundesrepublik Deutschland sei die Grundlage für den Frieden in Europa. Je stärker diese Bindung sei, um so besser für Europa. Er habe sich vorgenommen, in seiner Regierungszeit so viele Bindungen wie möglich zu schaffen, damit niemand dies später wieder rückgängig machen könne.

Ein Punkt, über den nicht gesprochen worden sei, sei das Anglo-Irische Abkommen.<sup>6</sup> Er wolle PM Thatcher noch einmal zu dem Abschluß dieses Abkommens beglückwünschen und seiner Hoffnung Ausdruck geben, daß der irische Verhandlungspartner für diesen Schritt nicht büßen müsse. Es liege im europäischen Interesse, daß die Diskussion auch über diese Frage positiv verlaufe. Er wolle noch einmal ausdrücklich sagen, wie sehr er die Entschiedenheit und den Mut der Premierministerin in dieser Frage bewundere.

Abschließend wolle er noch einmal feststellen, daß in den vor uns liegenden Jahren die deutsch-britischen Beziehungen so intensiv und freundschaftlich wie möglich gestaltet werden sollten. Dies ungeachtet aller Gegensätze, die es in

<sup>5</sup> Zu einer Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 313, Anm. 20 und 21.

<sup>6</sup> Premierministerin Thatcher und Ministerpräsident FitzGerald schlossen am 15. November 1985 eine Übereinkunft über den Status Nordirlands und die Zusammenarbeit bei der Lösung des Nordirlandkonflikts. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1413, S. 197–207. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 266–270.

jeder „Familie“ gebe. Sein Wunsch sei, daß man direkt miteinander spreche, wenn es irgendwelche Differenzen gebe.

PM *Thatcher* dankt dem Bundeskanzler für die Unterstützung der Bundesregierung anlässlich der Unterzeichnung des Anglo-Irischen Abkommens und erklärt, dieser Schritt sei innenpolitisch für sie möglicherweise noch schwieriger als für die irischen Freunde. Sie nehme im übrigen dankbar zur Kenntnis, daß beide Seiten viele Dinge gleich sähen. Die Stabilität in den beiderseitigen Beziehungen sei günstig nicht nur für Europa, sondern auch für die Zukunft derjenigen, die jenseits der Grenzen der Freiheit leben müßten.

AM *Howe* berichtet sodann kurz über die Gespräche mit BM Genscher. In diesen Gesprächen seien folgende Themen berührt worden:

- die Falkland-Problematik;
- die Tagesordnung des ER in Luxemburg, wobei man sich einig sei, daß der ER sich auf Schwerpunkte beschränken und zu Ergebnissen kommen müsse. Wichtig seien ferner enge Konsultationen bis zum ER. Man müsse verhindern, daß der Gipfel „entgleise“. Ferner habe man kurz über die währungspolitischen Fragen gesprochen. Man sei sich einig, daß wir weiterhin auf einer Konvergenz der Wirtschaftspolitiken bestehen müßten. Diese Position müsse man auch gegen möglichen Druck von anderer Seite vertreten. Es dürfe nicht dahin kommen, daß die Interessen südeuropäischer Länder Überhand gewännen.<sup>7</sup> Schließlich habe man auch über den Binnenmarkt gesprochen. Er habe auf die britischen Probleme beim Gesundheits- und Tierschutz hingewiesen. AM Genscher habe seinerseits auf die deutschen Probleme bei den gewerblichen Normen aufmerksam gemacht.<sup>8</sup> Hinsichtlich des EPZ-Sekretariats sei man sich einig, daß man hier zu Ergebnissen kommen könne.<sup>9</sup> BM Genscher habe in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der deutschen Sprache im Rahmen der EPZ unterstrichen. Die britische Seite wisse diesen Wunsch zu würdigen. Schließlich wolle er noch unterstreichen, daß man heute der Presse ein Maßnahmenpaket zum Jugendaustausch vorstellen wolle.<sup>10</sup>

<sup>7</sup> So in der Vorlage.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kudlich notierte am 21. November 1985 aus Gesprächen des Staatsministers Stavenhagen am Vortag in London, die britische Regierung wolle „sichergestellt sehen, daß die durch Insellage begünstigten einfuhrbeschränkenden Vorschriften zum Schutze der Gesundheit von Tieren und Pflanzen nicht durch Harmonisierung unterlaufen“ würden: „StM Stavenhagen erläuterte die deutsche Haltung zum Schutz hoher Standards (Britten hatten keine Einwände). Er erläuterte unsere Anliegen bei der Handwerksordnung, auf britischen Einwand. Unsere Formel (Einstimmigkeit bei Eingriff in Grundregelungen der Berufs- oder Wirtschaftsordnung) erschien Briten sehr weit gefaßt. StM Stavenhagen stellte weitere deutsche Überlegungen für Verbesserungen dieser Formulierung in Aussicht.“ Vgl. Referat 410, Bd. 130393.

<sup>9</sup> Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 27. November 1985 führte der britische Außenminister Howe aus: „Was schließlich den Vertrag zur EU angehe, so stehe GB dem Vorschlag eines eigenen Generalsekretärs nicht positiv gegenüber. Man soll ein ‚leichtes‘ EPZ-Sekretariat schaffen, das in das bestehende Sekretariat eingebaut werden könne. Man stehe hier nahe bei der deutschen Position.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 205, Bd. 135329.

<sup>10</sup> In der Presse wurde berichtet: „Die britische Regierung hat für das heutige Treffen die Vorlage eines ‚Kulturpakets‘ angekündigt, das sich hauptsächlich auf die Jugend konzentriert und offenbar sein Vorbild im Deutsch-Französischen Jugendwerk hat. Schüleraustausch, Kolloquien und andere Möglichkeiten des Zusammentreffens sollen geschaffen werden. Entscheidend für das Gelingen wird jedoch die finanzielle Ausstattung des Vorhabens sein. Bleibt Frau Thatcher ihrer Überzeugung treu, wird in dem ‚Paket‘ lediglich der ‚Rahmen‘ abgesteckt und die gute Absicht bekundet, die prak-

BM *Genscher* erklärt sich mit dem Bericht von AM *Howe* einverstanden.

Verteidigungsminister *Heseltine* berichtet, er habe mit BM *Wörner* vor allem folgende Themen besprochen:

- SDI,
- Jäger 90,
- Hubschrauber.

Zu SDI habe er die Absicht der britischen Regierung dargelegt, mit den Amerikanern eine Abmachung zu treffen, die die britischen Interessen in dieser Frage wahre. Er habe über seine Gespräche mit Verteidigungsminister Weinberger berichtet<sup>11</sup> und über die hierbei getroffene Vereinbarung, wonach in seinem Haus eine Dienststelle eingerichtet werden soll, die den ständigen Kontakt zu Abrahamson halten solle.

Beim Jäger 90 gebe es eine Vereinbarung mit Deutschland, Spanien und Italien.<sup>12</sup> Was die französischen Vorschläge für eine Beteiligung<sup>13</sup> angehe, so müsse man zunächst abwarten, wie die französische Seite sich das konkret vorstelle. Grundsätzlich bestünden hiergegen keine Bedenken. Allerdings dürften Programm und zeitliche Durchführung nicht gefährdet werden. Schließlich habe man auch noch über den Brief von Verteidigungsminister Weinberger gesprochen, der ebenfalls sein Interesse an diesem Programm zum Ausdruck gebracht habe.<sup>14</sup> Man sei sich einig, daß man eine positive Haltung einnehmen werde, wenn die Amerikaner mitarbeiten wollten. Über diese Frage müsse aber auch noch mit den Italienern und Spaniern gesprochen werden. Dies werde am nächsten Montag in Brüssel<sup>15</sup> geschehen.

Was den Hubschrauber<sup>16</sup> angehe, so habe er die Schwierigkeiten bei der Firma Westland geschildert und auf den Versuch der US-Firma Sikorsky, bei Westland einzusteigen<sup>17</sup>, hingewiesen.<sup>18</sup> Die Briten und Deutschen seien die größ-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1690*

tische Durchführung, sprich Finanzierung, jedoch anderen überlassen.“ Vgl. dazu den Artikel „Kohl will in London vor allem über EG sprechen“; *DIE WELT* vom 27. November 1985, S. 7.

<sup>11</sup> Zum Gespräch des britischen Verteidigungsministers *Heseltine* mit seinem amerikanischen Amtskollegen Weinberger am Rande der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30. Oktober 1985 in Brüssel vgl. Dok. 305, Anm. 24.

<sup>12</sup> Zum Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

<sup>13</sup> Zu den Vorschlägen des Staatspräsidenten Mitterrand zur Zusammenarbeit bei der Produktion der Jagdflugzeuge „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) und „Rafale“ vgl. Dok. 302, Anm. 5.

<sup>14</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vom 28. Oktober 1985 an Bundesminister *Wörner* sowie die Verteidigungsminister *Heseltine* (Großbritannien), *Serra* (Spanien) und *Spadolini* (Italien) vgl. Referat 201, Bd. 143331.

<sup>15</sup> In Brüssel fand am 2. Dezember 1985 die Ministersitzung der Eurogroup der NATO statt.

<sup>16</sup> Referat 209 legte am 16. Oktober 1985 dar, das Projekt eines Panzerabwehrhubschraubers der zweiten Generation (PAH II) sei das schwierigste Thema beim Treffen des Ministerialdirektors Schnell, Bundesministerium der Verteidigung, mit dem Abteilungsleiter im französischen Verteidigungsministerium, *Blanc*, am 8./9. Oktober 1985 gewesen. Es gebe zwei Problembereiche: „auf beiden Seiten (MBB und Aerospatiale) verlaufen die Industriearbeiten zu langsam und im Ergebnis nicht zufriedenstellend; Visionik (elektron[isches] Zielgerät/Nachtvisier: F strebt eine europäische Eigenentwicklung eines Mastvisiers an [...]); BMVg zieht weniger komplexes, preisgünstigeres Bugvisier aus den USA vor“. Vgl. Referat 209, Bd. 130039.

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „auszusteigen“.

<sup>18</sup> Ein amerikanisches und ein europäisches Konsortium konkurrierten um die Beteiligung an dem in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Hubschrauberhersteller Westland. Im Gespräch mit Ministerialdirigent von Ploetz gab der französische Gesandte de la Fortelle am 12. Dezember 1985 der

ten Kunden dieser Gesellschaft. Angesichts dieser Schwierigkeiten dürfe man nicht außer acht lassen, daß sich beschaffungspolitische Probleme für beide Seiten ergeben könnten. Allerdings dürfe man andererseits nicht aus den Augen verlieren, daß es sich um eine private Gesellschaft handele. Mit BM Wörner sei er der Meinung, daß die Bemühungen von MBB, der französischen Firma Aerospatiale und dem italienischen Produzenten um eine europäische Lösung koordiniert werden müßten.

BM Wörner erklärt, er habe diesem Bericht nichts hinzuzufügen.

PM Thatcher stellt die Frage, ob man über MBFR gesprochen habe.

Verteidigungsminister Heseltine antwortet, darüber habe man bei anderer Gelegenheit gesprochen, jedoch nicht heute.

PM Thatcher unterstreicht die Tatsache, daß es sich hier um eine deutsch-britische Initiative handele.<sup>19</sup>

BM Wörner erklärt, die amerikanische Zustimmung hierzu sei im wesentlichen erreicht.<sup>20</sup>

AM Howe wirft ein, der deutsch-britische Vorschlag werde bald auf den Tisch gelegt werden.<sup>21</sup>

PM Thatcher erklärt, die Amerikaner hätten möglicherweise die Sorge, daß wir uns nicht auf die gleichen Zahlen stützten wie sie.

PM Thatcher bezieht sich sodann auf die Ankündigung des Bundeskanzlers, die Rheinarmee zu besuchen, und schlägt vor, diesen Besuch gemeinsam durchzuführen.

Der Bundeskanzler stimmt dem mit der Bemerkung zu, dies sei eine ausgezeichnete Idee. Er werde dafür Sorge tragen, daß das entsprechende Programm sorgfältig vorbereitet werde.

Er wolle aber auch noch eine Bemerkung zu dem Bericht der Verteidigungsminister machen. Er wolle deutlich machen, daß wir eine europäische Rüstungs Kooperation vorziehen. Dies sei auch wichtig beim Airbus. Bei aller Freundschaft mit den Amerikanern dürfe man nicht aus den Augen verlieren, daß es wichtig sei, europäische Alternativen zu haben.

Schließlich wolle er noch ein wichtiges Detailproblem ansprechen. Die Bundesrepublik Deutschland sei ein kleines Land mit einer ungewöhnlich großen Anhäufung von militärischen Anlagen. Wir hätten beispielsweise große Probleme mit den Tiefflügen. Bei der Bundeswehr gebe es daher strikte Regeln für die Schießplätze etc. Er würde es daher sehr begrüßen, wenn sich die Verteidigungs-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1691*

Sorge Ausdruck, „daß infolge der Westland-Rettungsaktion und einem von Westland und Italien gemeinsam gebauten Hubschrauber mit gleichen Aufgaben, aber unterschiedlichen Spezifikationen, das deutsch-französische PAH-II-Projekt in weitere Schwierigkeiten kommen könne: In der Öffentlichkeit und gegenüber der Opposition wäre das politisch ein ‚schlimmes Signal‘.“ Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Freiherr von Kittlitz vom 12. Dezember 1985; Referat 201, Bd. 143386.

<sup>19</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik und Großbritanniens für neue Initiative bei den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 192.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die trilateralen MBFR-Konsultationen am 13. November 1985; Dok. 308.

<sup>21</sup> Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985 vgl. Dok. 339.

minister um eine übereinstimmende Lösung im Übungsverhalten der britischen Rheinarmee bemühen würden. Eine solche Lösung könne nicht von den Militärs selbst, sondern nur von politischer Seite kommen. Er bitte daher darum, daß BM Wörner und Verteidigungsminister Heseltine sich dieses Themas annehmen.

PM *Thatcher* erklärt, die britischen Offiziere hätten durchaus das richtige Empfinden für psychologische Fragen. Sie habe aber keine Probleme damit, daß dieses Problem zwischen beiden Ministern erörtert würde.

Handelsminister *Channon* berichtet über seine Gespräche mit StS Schlecht. Man sei sich einig, daß Fortschritten beim Binnenmarkt hohe Prioritäten zukommen. Allerdings gebe es die Sorge, daß andere Themen mit dieser Frage verbunden würden, z.B. die besondere Problematik der Mittelmeerländer. Es bestehe Einvernehmen, daß das Weißbuch der Kommission<sup>22</sup> sorgfältig geprüft werden müsse und daß man dabei eng zusammenarbeiten wolle.

Ferner habe man über neue bevorstehende GATT-Runde gesprochen.<sup>23</sup> Es bestehe Einvernehmen, daß die Vorbereitungsarbeiten möglichst bald aufgenommen werden müßten. Man sei sich in diesem Zusammenhang auch einig, daß die Japaner größere Anstrengungen bei der Einfuhrpolitik unternehmen müßten.

StS *Schlecht* fügt hinzu, sowohl eine erfolgreiche GATT-Runde als auch der Ausbau des Binnenmarktes würden auch erhebliche makro-ökonomische Auswirkungen für Wachstum und Beschäftigung haben. Den Ausbau des Binnenmarktes dürfe man nicht mit anderen Aktionsfeldern verknüpfen. Man habe auch über EUREKA gesprochen, wobei man sich hinsichtlich der Verantwortung der Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Projektauswahl einig gewesen sei. Allerdings werde es auch marktfernere Projekte geben, bei denen der Einsatz öffentlicher Mittel sinnvoll sein könne. Man habe schließlich über die Erweiterung der Airbus-Familie um die Modelle TA 11 und TA 9 gesprochen. Er habe die Notwendigkeit einer solchen Erweiterung unterstrichen, damit Airbus weltweit wettbewerbsfähig bleibe. Er wolle allerdings hinzufügen, daß die britische Seite, was den Einsatz öffentlicher Mittel für den Airbus anbetreffe, zurückhaltend sei.

PM *Thatcher* erklärt, das Problem bestehe darin, ein Ministerium zu finden, das bereit sei, entsprechende Mittel aus seinem Etat – unter Verzicht auf andere Vorhaben – bereitzustellen.

Der Bundeskanzler weist noch einmal darauf hin, daß Airbus eine beachtliche Erfolgsserie zu verzeichnen habe. Die Kunden von Airbus fragten aber immer wieder, wie wir denn weitermachen wollten. Es sei daher wichtig, sagen zu können, daß neue Produkte geplant seien. Wenn man nicht erweitere, müsse man befürchten, daß wir in zehn Jahren nur noch mit einem amerikanischen Anbieter zu tun haben, der dann die Preise diktiere. Der Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang auf die Versuche der amerikanischen Firma Boeing,

<sup>22</sup> Die EG-Kommission legte am 14. Juni 1985 das Weißbuch „Vollendung des Binnenmarktes“ für die Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 in Mailand vor. Für das Weißbuch vgl. [http://europa.eu/documents/comm/white\\_papers/pdf/com1985\\_0310\\_f\\_de.pdf](http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com1985_0310_f_de.pdf).

<sup>23</sup> Zur Vorbereitung einer GATT-Runde für 1986 vgl. Dok. 184, Anm. 27.

bei Lufthansa einzusteigen. Er glaube, daß wir gut beraten seien, wenn wir den von ihm befürworteten<sup>24</sup> Schritt einer Erweiterung des Programms tätten. Airbus sei im Grunde genommen ein klassisches EUREKA-Projekt. Er kenne die britische Skepsis, bitte aber noch einmal eindringlich darum, unseren Vorschlag zu überprüfen. Persönlich stehe er bewußt hinter dieser Entscheidung, weil er sicher sei, daß sie sich schon in fünf Jahren als richtig erweisen werde.

PM *Thatcher* erwidert, auch Großbritannien sei sehr daran interessiert, das europäische Potential in diesem Bereich zu erhalten. Man stimme daher in der Grundsatzfrage überein. Es sei in der Tat nicht gut, wenn man nur den Amerikanern diesen Markt überlasse.

Abschließend erklärt Frau Thatcher, sie wolle schon jetzt ihre Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß Bundespräsident von Weizsäcker nächstes Jahr Großbritannien einen offiziellen Staatsbesuch abstatten werde.<sup>25</sup>

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

### 324

#### **Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Richter**

**310-321.11 AGY VS-NfD**

**Aufgabe: 27. November 1985, 11.17 Uhr<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 9002 Plurex**

**Citissime**

Betr.: Reise des BM nach Oman<sup>2</sup>;

hier: Gespräch mit Präsident Mubarak (18.11.1985)

Als Anlage folgt ein leicht gekürzter Vermerk über das Gespräch des BM mit Mubarak in Maskat.

Richter<sup>3</sup>

Folgt Anlage

Das Gespräch des Bundesministers mit Präsident Mubarak widmete sich den Themen: Vorausschau auf Genf<sup>4</sup>, Achille-Lauro-Affäre, Entwicklung im Nahen Osten, insbes. zu Israel, jordanisch-syrisches Verhältnis.

<sup>24</sup> Korrigiert aus: „befürchteten“.

<sup>25</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 1. bis 4. Juli 1986 in Großbritannien auf.

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Much konzipiert.

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher hielt sich anlässlich der Feierlichkeiten zum fünfzehnjährigen Thronjubiläum des Sultans Qabus ibn Said al-Said vom 16. bis 19. November 1985 in Oman auf.

<sup>3</sup> Paraphe.

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

Mubarak erläuterte in großer Ausführlichkeit Achille-Lauro-Affäre.<sup>5</sup> Abu Abbas sei während des Vorfalls zufällig in Ägypten gewesen, und zwar für eine Beerdigung. Man habe ihn kontaktiert und um Unterstützung gebeten. Wie gut Abu Abbas die Terroristen kannte, habe sich gezeigt, als diese von Bord gingen und ihn umarmten. Er, M., habe Terroristen nach Irak schicken wollen. Sie seien auch auf dem Wege dorthin gewesen, aber nur bis zum Sinai gekommen. Dann seien sie nach Ägypten zurückgekehrt. Arafat habe Interesse geäußert, sie vor Gericht zu stellen. Dies sei auch sein, M.'s Wunsch gewesen. Keiner habe sie haben wollen, vor allem nicht Italien. In Ägypten wären die Terroristen möglicherweise freigesprochen worden. In seinem Land genossen die Terroristen Sympathien. Die Beweislage sei zudem unsicher gewesen. Gegen die USA seien in Ägypten die Gefühle hochgegangen. Das Abfangen eines befreundeten Flugzeuges sei nicht zu rechtfertigen. Selbst Ex-Präsident Ford habe ihm bei ihrem Treffen<sup>6</sup> gesagt, man verstehe jetzt besser die ägyptische Haltung. Dies lasse darauf schließen, daß die Amerikaner in der Zwischenzeit ihre Fehler eingesehen hätten.

Zu Israel gebe es ständige Kontakte. Emissäre gingen in beide Richtungen. Taba sei für Ägypten ein nationales Problem.<sup>7</sup> Israel wolle jetzt wohl zur Arbitration übergehen. „I am going to meet with Peres, I have no problems.“ Die Verhältnisse zu Israel würden sich normalisieren.

Syrien spiele „dirty tricks“. Es wolle die Verhandlungen der Jordanier unterminieren, so wie es dies schon 1977 getan habe. Assad wolle keine Verhandlungen mit Israel, weder durch eine jordanisch-palästinensische Delegation noch auf einer internationalen Konferenz.<sup>8</sup> Aber: Hussein ist nicht dumm und traut Assad nicht. Arafats Erklärung zum Terrorismus sei auf ägyptische Anregung erfolgt.<sup>9</sup> Ob er sich daran halte, könne niemand garantieren. Ägypten habe ihn bedrängt, SR-Res. Nr. 242 und 338<sup>10</sup> zu akzeptieren. Man habe ihm, Arafat, gesagt, seine letzte Chance sei gekommen. Zum Thema internationale Konferenz: Er, M., habe USA zur Teilnahme gedrängt. Bei den Mehrheitsverhältnissen einer solchen Konferenz könne die SU niemandem ihren Willen aufzwingen. Die Peres-Äußerungen vor den VN<sup>11</sup> werte er als Eröffnungsposition. Sie seien negotiabel. Ägypten sei dabei, seine Beziehungen zu den Arabern zu

<sup>5</sup> Zur Entführung des Kreuzfahrtschiffs „Achille Lauro“ vgl. Dok. 281, Anm. 10.

<sup>6</sup> Präsident Mubarak besuchte vom 21. bis 28. September 1985 die USA.

<sup>7</sup> Zu den ägyptisch-israelischen Gesprächen über den Status von Taba vgl. Dok. 236, Anm. 10.

<sup>8</sup> Zur Vereinbarung vom 11. Februar 1985 zwischen der jordanischen Regierung und der PLO vgl. Dok. 44, Anm. 3.

Zum Vorschlag des Königs Hussein für eine Nahost-Konferenz vgl. Dok. 255, Anm. 20.

<sup>9</sup> Am 7. November 1985 bekräftigte der Vorsitzende der PLO, Arafat, in Kairo, daß die PLO, wie sie bereits 1974 erklärt habe, Terrorismus in jeder Form verurteile, und führte weiter aus: „Beginning today, the PLO will take all measures to deter violators.“ Vgl. ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. IV, Teil 2, S. 1840.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

<sup>11</sup> Zur Rede des Ministerpräsidenten Peres am 21. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 287, Anm. 11.

verbessern. Er treffe sich mit einer Reihe von Golfstaaten. Die Golfregion habe Furcht vor Syrien, das gleiche gelte auch für Saudi-Arabien, das von Syrien erpreßt werde. Im Libanon kämpfe Syrien einen verlorenen Kampf. Es habe nahezu alle Kräfte gegen sich. Zwischen Peres und Assad bestünden im übrigen gute Kontakte. Mittelsmann sei hier Adnan Kashoggi.

Mubarak kündigte für Ende Januar Besuch in Straßburg an.<sup>12</sup>

**Referat 310, Bd. 149559**

## 325

### Ministergespräch mit Bundeskanzler Kohl

**28. November 1985<sup>1</sup>**

Vermerk über das Ministergespräch am 28. November 1985 von 8.00 Uhr bis 9.00 Uhr im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: Bundeskanzler, BM Genscher, BM Dr. Stoltenberg, BM Dr. Bangemann, BM Dr. Schäuble, StS Prof. Dr. Schreckenberger, StM Dr. Stavenhagen, StS Dr. Ruhfus, StS Dr. Tietmeyer, MD Teltschik, MDg Dr. Thiele, Protokollführer, VLR I Dr. Hartmann, Protokollführer.

BM *Genscher* eröffnet in Vertretung des Bundeskanzlers die Sitzung und nennt die Kohäsion und den währungspolitischen Vorschlag der Kommission als Besprechungsthemen.

#### 1) Kohäsion

StS *Ruhfus* weist auf ein heute nacht eingegangenes zusammenfassendes Papier der Präsidentschaft hin, das den deutschen Vorstellungen teilweise Rechnung trage.<sup>2</sup> Z. B. werde die Kohäsion als Bestandteil einer harmonischen Ent-

<sup>12</sup> Präsident Mubarak besuchte Frankreich am 28./29. Januar 1986 und sprach vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg. Für den Wortlaut der Rede vgl. COUNCIL OF EUROPE, Parliamentary Assembly, Thirty-Seventh Ordinary Session (Third Part), 27–31 January 1986, Official Report of Debates, Volume III, Sittings 21 to 28, Strasbourg 1986, S. 722–728.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Thiele und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, beide Bundeskanzleramt, am 28. November 1985 gefertigt. Die „für StS Dr. Ruhfus bestimmte Kopie“ wurde am 2. Dezember 1985 von Hartmann an Vortragenden Legationsrat Schweppe übermittelt.

Hat Schweppe am 4. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] StS als Eingang“. Außerdem bat er darum, eine Ablichtung über Ministerialdirektor Jelonek und Ministerialdirigent Trumpf an Referat 410 zu leiten.

Hat Jelonek am 4. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 412 verfügte.

Hat Trumpf am 5. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 9. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Bericht des Vorsitzes der Regierungskonferenz über eine Europäische Union vom 27. November 1985 an den Europäischen Rat und die beigefügte zusammenfassende Aufzeichnung vgl. Referat 410, Bd. 130394.



wicklung der Gemeinschaft anerkannt, die Vertragsziel sei. Ferner würden nur noch die bestehenden Finanzinstrumente angesprochen.

Als für uns nicht akzeptabel bezeichnet er die angestrebte Angleichung der Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen. Auch können wir nicht akzeptieren, daß der Binnenmarkt von der Kohäsion abhängig gemacht werde. Beim Regionalfonds müßten wir das zusätzliche Ziel der technologischen Entwicklung sowie die vorgesehene Mehrheitsentscheidung ablehnen.

StS Ruhfus schlägt vor, bei unserer bisherigen Linie zu bleiben: Wir könnten die Kohäsion als Ziel akzeptieren, nicht aber als Mittel zum Ausgleich zwischen den Regionen. Wir seien bereit, die bestehenden Fonds sowie die Europäische Investitionsbank mit ihren Aufgaben in den Vertrag aufzunehmen. In diesem Zusammenhang weist StS Ruhfus auf die im Kabinettsausschuß für Europapolitik am 13. November 1985 festgelegte Rückfallposition hin, äußerstenfalls auch die Anleihetätigkeit der Kommission (NIC)<sup>3</sup> zu erwähnen.

BM *Bangemann* erklärt sich mit dieser Linie einverstanden, wenn deutlich werde, daß das Ziel der Kohäsion in erster Linie durch die Wirtschaftspolitik zu erreichen sei. Insbesondere dürften wir uns auf keinen automatischen Mittel-Transfer einlassen. Dies sei nicht nur wegen der Kosten gefährlich, sondern auch, weil die Gemeinschaft sich dadurch ihrer politischen Gestaltungsmöglichkeiten begeben.

Auch BM *Stoltenberg* stimmt der Darstellung von StS Ruhfus grundsätzlich zu. Er bittet jedoch, bei der endgültigen Formulierung im ER sorgfältig darauf zu achten, daß nicht etwa eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse mitangestrebt wird.

BM *Genscher* stellt abschließend fest, daß es in Luxemburg darum gehe, die bestehenden Fonds in ihrer derzeitigen Zweckbestimmung festzuschreiben und den Regionalfonds nicht als Ausgleichskasse, insbesondere auch nicht für zusätzliche Aufgaben wie die technologische Entwicklung zu nutzen. Außerdem dürfe die Errichtung des Binnenmarktes nicht unter der Bedingung der harmonischen Entwicklung der Gemeinschaft und des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts stehen.

Der hinzutretende *Bundeskanzler* erklärt sich mit dem ihm dargestellten Ergebnis einverstanden.

## 2) Währungspolitische Vorschlag der Kommission<sup>4</sup>

StS *Ruhfus* weist darauf hin, daß die letzte Version des Kommissionsvorschlags Eingang in das zusammenfassende Dokument der Präsidentschaft gefunden

<sup>3</sup> Nouvel Instrument Communautaire.

Auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 16. Oktober 1978 in Luxemburg wurde eine Gemeinschaftsanleihe zur Investitionsförderung in den Europäischen Gemeinschaften beschlossen, für die bis zu einer Milliarde Europäische Rechnungseinheiten zur Verfügung gestellt werden sollten. Die EG-Kommission wurde zur Aufnahme von Anleihen ermächtigt, um Darlehen für Investitionen in den Bereichen Energie, Industrie und Infrastruktur in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften zu finanzieren. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1978, S. 22 f.

Der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister einigte sich am 18. April 1983 in einer Konzertierung mit Vertretern des Europäischen Parlaments auf eine Erhöhung der Mittel des Neuen Gemeinschaftsinstruments (NGI III). Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1983, S. 21.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag der EG-Kommission zur Währungspolitik vgl. Dok. 313, Anm. 16.

habe. In einem zusätzlichen Bericht empfehle die Präsidentschaft, den Vorschlag der Kommission zu akzeptieren.

BM *Stoltenberg* macht seine Überlegungen für die bevorstehenden Verhandlungen deutlich: Er halte es nicht für möglich, im Konklave der Außenminister<sup>5</sup> und dem Europäischen Rat<sup>6</sup> über Formulierungen zur Währungspolitik zu diskutieren.

Wenn die Bundesregierung außerdem über das Ergebnis des Kabinettausschusses für Europapolitik am 13. November 1985, an der der Bundesbankpräsident teilgenommen habe, hinausgehen wolle, könne dies nur unter Beteiligung der Bundesbank geschehen.

Er gehe davon aus, daß Bundeskanzler und Bundesaußenminister im Europäischen Rat unter erheblichen Druck geraten werden. Er müsse jedoch wegen der weitreichenden Folgen mit aller Entschiedenheit davon abraten, in dem außerordentlich sensiblen Währungsbereich ad hoc einer Formulierung zur Ergänzung des EWG-Vertrages<sup>7</sup> zuzustimmen. In diesem Zusammenhang begrüßt er die entsprechenden klaren Äußerungen Graf Lambsdorffs in der gestrigen Bundestagsdebatte.<sup>8</sup>

BM *Stoltenberg* macht weiter darauf aufmerksam, daß Großbritannien wie auch Dänemark mit dieser Linie übereinstimmen. Auch wenn die Niederlande, die grundsätzlich auf unserer Seite stehen, einen vermittelnden Vorschlag vorlegen sollten<sup>9</sup>, warne er dringend davor, sich in der Kürze der Zeit auf Neuformulierungen einzulassen. Er läßt ein Papier des BMF vom 27. November 1985 verteilen und weist darauf hin, daß die Bundesregierung in den Verhandlungen evtl. auch bei der Formulierung des Kommuniqués dafür eintreten solle, daß auf der Grundlage der bestehenden vertraglichen und außervertraglichen Regelungen konkrete Initiativen zur Verstärkung der monetären Zusammenarbeit ergriffen werden. Diese Initiativen sollten sich insbesondere konzentrieren auf

- weitere Fortschritte auf dem Weg einer stabilitätsorientierten Konvergenz der Wirtschafts- und Finanzpolitik,

<sup>5</sup> Vom 30. November bis 1. Dezember 1985 trafen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten, sowie Spaniens und Portugals in Luxemburg zu einer Klausurtagung zusammen. Ministerialdirigent Trumpf legte am 29. November 1985 zu „Lage und Ziel der Verhandlungen im Konklave“ dar, es solle versucht werden, die Themen für die Tagung des Europäischen Rats am 2./3. Dezember 1985 zu reduzieren auf Fragen des Binnenmarktes, den Zusammenhalt der Europäischen Gemeinschaften, „Währung: Vertragskapitel ja oder nein?“ und die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments. Weiter führte Trumpf aus: „Auf dem Konklave sollte als Ziel eine politische Gesamteinigung auf ein einheitliches Vertragswerk über die ‚Europäische Union‘ angestrebt werden, bestehend aus den Änderungen zum EWG-V[ertrag], aus dem EPZ-Vertrag und aus einem Mantelvertrag“, für den ein französischer Vorschlag vorliege. Vgl. Referat 410, Bd. 130394.

<sup>6</sup> Die Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 statt.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 770–963.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des FDP-Abgeordneten Graf Lambsdorff vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 135, S. 13435–13438.

<sup>9</sup> Botschafter von der Gablentz, Den Haag, informierte am 29. November 1985 über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Lubbers und dem niederländischen Außenminister van den Broek vom Vortag: „Lubbers betonte, für NL sei Währungsfrage kein Hauptpunkt. Man solle Verhandlungen damit nicht belasten. Außenminister sollten sich daher am Wochenende auf eine Formel über allgemeine Zielvorstellungen einigen, er solle darüber dann nicht mehr zu verhandeln brauchen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 799; Referat 410, Bd. 130394.

- die Erfüllung der Verpflichtungen des EWG-Vertrages zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs und
- die volle Teilnahme der Mitgliedstaaten am EWS und evtl. auch Verbesserungen innerhalb des EWS selbst.

Falls alle anderen Mitgliedsländer auf eine Prüfung der Vorschläge zur Änderung des Vertrages im monetären Bereich drängen und die Verhandlungslage eine Entscheidung unausweichlich mache, könnten die Staats- und Regierungschefs im Kommuniqué den Finanzministern den Auftrag erteilen, die Vorschläge im einzelnen zu prüfen und darüber bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu berichten.<sup>10</sup> Dabei übersehe er nicht die Gefahr, daß andere Mitgliedstaaten die Umsetzung dieses Prüfergebnisses mit den übrigen Beschlüssen des Europäischen Rates verbinden, d.h. ein Junktim herstellen. Es wäre deshalb vorzuziehen, wenn der Europäische Rat feststellen würde, daß im Währungsbereich kein Handlungsbedarf bestehe.

BM *Genscher* hält es nicht für möglich, das Junktim zu vermeiden. Mindestens neun Mitgliedstaaten würden auf die Aufnahme der Währungspolitik drängen. Sie könnten darauf verweisen, daß die monetäre Dimension im Grundsatz bereits verschiedentlich anerkannt worden sei. Eine Behandlung der Frage abzulehnen, sei nicht durchzuhalten, wenn man nicht das Scheitern des Gipfels auf sich nehmen wollte.

BM *Bangemann* ist in der Sache grundsätzlich mit dem einverstanden, was Präsident Pöhl im Europakabinett am 13. November dargelegt hat. Zunächst gelte es in der Tat, die bereits vertraglich vereinbarten Schritte zu tun. Wenn wir jedoch vermeiden wollten, daß der Währungszug in die falsche Richtung fahre, dürften wir die Diskussion nicht verweigern, sondern müßten eigene Positionen vertreten. Wir könnten die Erfüllung unserer Vorbedingungen zur Voraussetzung eines Bemühens der Mitgliedstaaten machen, z. B. beim Europäischen Fonds für Währungspolitische Zusammenarbeit voranzuschreiten. Wenn wir unsere Vorbedingungen und die bereits früher akzeptierten Ziele ernst meinten, sollten sie auch jetzt beschrieben werden können. Sollten wir diese Ziele allerdings nicht mehr ernst meinen, dann gäbe es in diesem Kreis einen echten Dissens.

BM *Stoltenberg* verweist auf den allseits akzeptierten Vortrag von Präsident Pöhl im Kabinettsausschuß für Europapolitik am 13. November 1985. Heute könne man ohne die Bundesbank in dieser Frage nicht weitergehen. Außerdem stehe nicht zur Diskussion, ob wir eine europäische Währungspolitik wollen. Diese werde laufend von uns praktiziert und auch weiterentwickelt. Außerdem forderten gerade wir in der Gemeinschaft ständig, die vertraglichen Verpflichtungen gerade in bezug auf die Liberalisierung des Kapitalmarktes auszuschöpfen. Bei dem gegenwärtigen Vorschlag gehe es jedoch um mehr: Hier wolle die Kommission Zuständigkeiten der Notenbanken an sich ziehen. Dies aber lehne er ebenso wie die Bundesbank kategorisch ab. BM *Stoltenberg* macht noch einmal deutlich, daß er nicht glaube, daß im Konklave der Außenminister oder im

<sup>10</sup> Auf der Tagung des Europäischen Rates am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg wurde die EG-Kommission beauftragt, bis Ende 1987 einen Bericht „über den Stand der Entwicklung des Europäischen Währungssystems und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs“ vorzulegen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 159.

Europäischen Rat eine für alle Seiten akzeptable, d. h. auch unseren Interessen gerecht werdende Währungsformulierung gefunden werden könnte. Außerdem müsse der BMF an einer solchen Beratung beteiligt sein. Er rate deshalb dem Bundeskanzler, im Europäischen Rat nur einen Verfahrensbeschluß anzustreben.

BM *Genscher* macht darauf aufmerksam, daß die Verhandlungslage im Europäischen Rat oft anders als im ECOFIN-Rat sei, daß die Regierungschefs mehr gezwungen sein könnten, den Kompromiß zu suchen. Ein möglicher Vorschlag sei, das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion in die Präambel aufzunehmen und mit den anderen Fortschritten zu verbinden. Dann stelle sich die Frage, wie die Bundesregierung dazu stehe. Wenn sie sich dazu positiv stelle, habe die Bundesregierung in Luxemburg eine gute Position. Sie werde dann auch durchsetzen, daß die Zusammenarbeit der Zentralbanken sich unabhängig von der Kommission vollziehen und die Entscheidung über den Europäischen Währungsfonds auch von der Zustimmung aller Zentralbanken abhängig sein müsse, womit die Autonomie der Bundesbank gewahrt werde.

Wenn wir in dieser Richtung operierten, die im übrigen bereits im Dooge-Bericht<sup>11</sup> angelegt sei, sei er sicher, daß wir die Mehrheit der Mitgliedstaaten auf unserer Seite haben würden. Wenn der Bundeskanzler dagegen nur auf einen Prüfungsauftrag an die Finanzminister hinsteuere, würden wir in eine unangenehme Lage geraten.

Der *Bundeskanzler* sieht die deutsche Seite nicht unter einem besonderen Druck. Delors verfolge seine Ziele zwar sehr nachdrücklich, doch würde die Währungsfrage sowohl unter den Mitgliedstaaten als auch in Frankreich sehr differenziert gesehen. Er verweist hier auf sein kürzliches Gespräch mit M. Rocard.

Hier gehe es außerdem um eine innenpolitische Frage von äußerster Wichtigkeit. Wir müßten sehr darauf achten, daß unsere Bürger, die die Gemeinschaft bereits weitgehend unter dem Gesichtspunkt „monetärer Opfer“ sähen, mit der EG nicht auch die Furcht vor Auswirkungen auf unsere Stabilität verbänden.

Schließlich gebe es Partner wie Großbritannien, die zu einer ganzen Reihe von Themen des Europäischen Rates, d. h. nicht nur zum Währungsbereich, erhebliche Vorbehalte hätten. Auf dem Europäischen Rat sollte zunächst Einigung in den anderen Feldern gesucht werden. Für den Währungsbereich werde dann auf britischer, aber wahrscheinlich auch auf niederländischer Seite nicht mehr viel Kompromißbereitschaft übrigbleiben.

Für ihn sei allerdings selbstverständlich, daß am Ende des Weges der europäischen Einigung auch die monetäre Einigung stehen werde. Auf dem Wege dorthin seien jedoch eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen. Delors' Fehler sei, daß er hier nicht Schritt für Schritt vorgehe. Es müsse möglich sein, dies klar und deutlich zu formulieren, d. h. Voraussetzungen zu nennen. Dabei sei auch zu entscheiden, in welchen Text dies aufgenommen werden müsse. Er halte es nicht für möglich, unsere Voraussetzungen in den Vertrag selbst zu übernehmen. Dafür sei wahrscheinlich nur ein Beschluß des ER geeignet.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Berichts, den der Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen (Dooge-Ausschuß) dem Europäischen Rat am 29./30. März 1985 in Brüssel vorlegte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 240–253.

BM *Stoltenberg* stimmt dem voll zu. Eines Tages werde die Bundesregierung mit Sicherheit vor der Notwendigkeit einer entsprechenden Vertragsänderung stehen. Z.Z. gebe es jedoch noch unerfüllte vertragliche Verpflichtungen. Mit der Formulierung einer Vertragsergänzung in der Kürze der Zeit eines Europäischen Rates würden wir einen gefährlichen Weg gehen. Jetzt liege noch kein akzeptabler Text vor, auf dessen Grundlage man beraten könne. Außerdem mache er noch einmal auf den notwendigen Schulterschluß mit der Bundesbank aufmerksam.

BM *Genscher* weist darauf hin, daß der Bundeskanzler in den Verhandlungen ein Papier haben müsse, in dem unsere Linie und die von uns gewünschten Voraussetzungen klar genannt seien.

BM *Stoltenberg* stellt klar, daß nur vor Ort entschieden werden könne, ob in einer Resolution ein Auftrag an den Finanzminister – was er vorschlage – präzisiert werden müsse. Es sei Sache der Regierungschefs, dies zu entscheiden.

Der *Bundeskanzler* weist noch einmal darauf hin, daß wir bei einer geschickten Verhandlungsführung nicht in eine unangenehme Lage zu kommen brauchen. Wichtig sei, daß zunächst über die anderen Fragen, wie den Binnenmarkt und die Institutionen, verhandelt werde. Dabei lägen wir durchaus vorn. Wenn diese Hauptpunkte abgehandelt seien, werde auch die Währung auf der Tagesordnung stehen. Dazu benötige er ein prozedurales Papier, das über die deutschen Vorstellungen Auskunft gebe. Er halte es aber nicht für möglich, unsere Vorstellungen und Wünsche in den Vertrag selbst zu übernehmen. Mit dieser Linie kämen wir auch Großbritannien entgegen.

BM *Genscher* unterstreicht, daß es auf die richtige Reihenfolge der Themenbehandlung ankomme. Am Ende werde sich aber auch die Frage nicht umgehen lassen, ob die Wirtschafts- und Währungsunion in den Vertrag aufgenommen werden solle. Er spreche sich hier klar für ein entsprechendes Ziel aus.

Für den *Bundeskanzler* ist nicht das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion jetzt entscheidend, sondern der Weg dorthin. Dieser Weg lasse sich nicht im Vertrag selbst festlegen. Er halte jedoch einen Beschluß des Europäischen Rates, d. h. einen Auftrag an den ECOFIN-Rat für möglich, in dem die Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels genannt werden. Ein solches Konzept sei ehrlich und vernünftig.

BM *Stoltenberg* hält es für problematisch, dem Bundeskanzler zu raten, sich auch in dem Auftrag des ER an die Finanzminister auf eine Vertragsänderung festzulegen. Auf jeden Fall sollten für die weitere Ausarbeitung eher die Finanzminister als der Rat zuständig sein.

BM *Genscher* begrüßt, daß die Staatssekretäre Tietmeyer, Schlecht und Rufus ein entsprechendes Papier formulieren, in dem das Vertragsziel der Wirtschafts- und Währungsunion sowie alle von uns für notwendig gehaltenen Bedingungen aufgeführt sind.

Der *Bundeskanzler* faßt unsere Linie zusammen: Wir bleiben bei unserem europapolitischen Ziel und werden in Luxemburg Vorkämpfer für eine Weiterentwicklung auf breiter Ebene sein. Dabei werden wir aber auch deutlich machen, wo unsere Grenzen liegen und daß existentielle Fragen der deutschen Innenpolitik nicht in der Eile des Europäischen Rates geregelt werden können.

StM *Stavenhagen* regt an, eine Einladung des EP-Präsidenten Pflimlin zum Europäischen Rat in Luxemburg zu unterstützen.

Der *Bundeskanzler* ist mit einer Teilnahme Pflimlins einverstanden, allerdings nur zu dem Thema Befugnisserweiterung des EP.

Abschließend stimmt der Bundeskanzler einer Anregung BM *Genschers* zu, weitere noch offene Einzelfragen umgehend von den Europa-Staatssekretären behandeln zu lassen.

**Referat 410, Bd. 136104**

### 326

#### **Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Sekretär des ZK der USAP, Szűrös**

**VS-vertraulich**

**28. November 1985<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem für Außenpolitik zuständigen Sekretär des Zentralkomitees der USAP, Dr. Mátyás Szűrös, am 28.11.1985, 14.00 bis 14.45 Uhr im Bundeskanzleramt<sup>2</sup>

Teilnehmer: Dr. István Horváth, Botschafter der Ungarischen Volksrepublik, Ministerialdirektor Horst Teltschik.

*Dr. Szűrös* übermittelte dem Bundeskanzler herzliche Grüße vom Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár. Dieser erinnere sich sehr gerne an den Besuch des Bundeskanzlers in Budapest.<sup>3</sup> Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland verlief zufriedenstellend. Sie sollten sich im Geiste der in Budapest stattgefundenen Gespräche weiterhin positiv entwickeln.

Der *Bundeskanzler* bat Dr. Szűrös, die Grüße an Kádár zu erwidern. Auch er erinnere sich sehr gerne an seine Gespräche in Budapest. Er wisse auch von Mrs. Thatcher, daß sie sehr begeistert von ihrem Besuch aus Ungarn zurückgekehrt sei.<sup>4</sup>

*Dr. Szűrös* bestätigte, daß auch Kádár mit seinem Besuch in London zufrieden gewesen sei.<sup>5</sup> Szűrös bedankte sich für die Einladung in die Bundesrepublik Deutschland. Seine Gespräche in Bonn<sup>6</sup> seien sehr nützlich gewesen. Dies allein

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 4. Februar 1986 gefertigt.

<sup>2</sup> Der Sekretär des ZK der USAP, Szűrös, hielt sich vom 24. bis 28. November 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte vom 21. bis 23. Juni 1984 Ungarn. Vgl. dazu AAPD 1984, I, Dok. 173.

<sup>4</sup> Premierministerin Thatcher hielt sich vom 2. bis 4. Februar 1984 in Ungarn auf.

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der USAP, Kádár, hielt sich vom 31. Oktober bis 2. November 1985 in Großbritannien auf.

<sup>6</sup> Der Sekretär des ZK der USAP, Szűrös, führte am 25. November 1985 ein Gespräch mit Bundesmi-

reiche jedoch nicht mehr aus. Die Gespräche müßten jetzt in konkrete Taten überleiten sowohl in bezug auf internationale Fragen wie im Bereich der bilateralen Beziehungen. Die bilateralen Beziehungen würden sich gut entwickeln, dennoch gebe es eine Reihe offener Fragen.

Ungarn verfolge mit großem Interesse die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, wie sie synchron verliefen. Ungarn habe immer betont, daß es wichtig sei, daß sich die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten geregelt und gut entwickeln. Die ungarische Führung habe sich immer dafür eingesetzt, auch zu Zeiten, als dies sehr schwierig gewesen sei.

Die ungarische Führung schätze die Gipfelbegegnung in Genf<sup>7</sup> sehr hoch ein. Dieser Gipfel habe die Richtigkeit der ungarischen Außenpolitik bestätigt, auch wenn sie das Tempo der Entwicklung nicht bestimmen könne. Dennoch würde Ungarn diesen Prozeß unterstützen. Der Entwicklungsprozeß sowohl in der Sowjetunion wie in den internationalen Beziehungen sei eine Bestätigung für die ungarische Außenpolitik. Ungarn habe die feste Absicht, diese Politik fortzuführen.

Dr. Szűrös unterstrich das Interesse Ungarns, die Beziehungen und Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland auf breiter Ebene zu entwickeln. Leider müsse er darauf hinweisen, daß die Frage der Visa solche Kontakte erschweren. Es wäre wichtig, wenn zukünftig für Diplomaten- und Dienstpässe kein Visum mehr erforderlich wäre.<sup>8</sup> So bestehe zwischen Ungarn und Österreich kein Visumzwang mehr. Dies gelte beiderseitig.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1702*

nister Genscher über das KSZE-Kulturforum in Budapest und das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, in Genf. Genscher äußerte die Hoffnung, daß „sich bei INF Bewegung ergebe in Richtung auf ein Interims-Abkommen. Allerdings stehe die sowjetische Definition der ‚strategischen‘ Waffen im Widerspruch zum Bemühen der SU, ihr Verhältnis zu den Europäern zu verbessern. Wenn man sage, ‚strategische‘ Waffen seien nur diejenigen, die das Territorium der anderen Großmacht erreichten, so postuliere man: große Sicherheit für die Großen, kleine Sicherheit für die Kleinen.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139501.

Am 26. November 1985 sprach Szűrös mit Bundesminister Schäuble über die deutsch-deutschen Beziehungen und die Situation in Polen. Dabei dankte Schäuble „dafür, daß Ungarn der DDR ‚Schützenhilfe‘ im östlichen Lager für ihre Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gegeben habe“. Außerdem führte er aus: „Für uns sei die deutsche Frage unter den gegenwärtigen Umständen nicht in erster Linie die Frage nach der Einheit, sondern die nach dem Selbstbestimmungsrecht. Trotz aller Fortschritte seien wir im deutsch-deutschen Verhältnis von normalen Zuständen weit entfernt. So könne die DDR bei den Reiseregeln für ihre Bürger dem ungarischen Beispiel nach eigenem Eingeständnis nicht folgen. Man sage, daß ein Großteil der Leute, die bei einer Lockerung der Regelungen in die Bundesrepublik Deutschland reisen würden, nicht zurückkehren würde. Sie fühlten sich hier natürlich nicht in einem fremden Land.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69; B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>7</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>8</sup> Der ungarische Außenminister Várkonyi sprach Bundesminister Genscher bei dessen Besuch in Ungarn vom 23. bis 25. Juni 1985 auf die Überlastung der Sichtvermerksstelle der Botschaft der Bundesrepublik an: „Lange Warteschlangen würden bereits zum Verkehrshindernis. V[árkonyi] befürwortete großzügigere S[icht]V[ermerks]-Praxis, z. B. – erster Schritt – SV-Freiheit für Inhaber von CD- und Dienstpässen, sodann – zweiter Schritt – SV-Befreiung generell, wie bereits mit Österreich und Finnland vereinbart und z. Zt. mit Schweden verhandelt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 603 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kaestner, z. Z. Budapest, vom 25. Juni 1985; Referat 214, Bd. 139489.

Ministerialdirigent Redies informierte am 13. September 1985 über Rechts- und Konsulargespräche vom 2. bis 4. September 1985 in Budapest. Der ungarischen Seite seien Erleichterungen für

Der *Bundeskanzler* sagte zu, diese Frage aufzugreifen.

Dr. *Szűrös* berichtete, daß Ungarn weitere Schritte nach vorne tun wolle. So solle im besonderen das Aktivkapital in Ungarn eine stärkere Rolle einnehmen. Ungarn werde ab dem 1. Januar die Bedingungen verbessern.

Er wisse, daß es der Wunsch der Bundesregierung sei, ein Kulturzentrum in Ungarn zu errichten.<sup>9</sup> Die ungarische Führung sei bereit, konstruktiv auf diesen Vorschlag einzugehen. Er verwies darauf, daß im Februar die Gespräche der Gemischten Kommission stattfinden werden.<sup>10</sup> Er gehe davon aus, daß die Frage eines Kulturzentrums der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn allmählich lösbar sein werde. Die Kontakte zwischen beiden Regierungen seien sehr gut und könnten als beispielhaft bezeichnet werden.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß auch er an der Entwicklung der bilateralen Beziehungen interessiert sei. Es bleibe dabei, was er dazu bei seinem Besuch in Ungarn gesagt habe. Man müßte wissen, daß er ein Süddeutscher sei. Er habe deshalb immer auch die These vertreten, daß das Europa der Europäischen Gemeinschaft ein Torso bleibe. Europa umfasse weit mehr als die Mitgliedsländer der EG. Für ihn gehöre zu Europa Dresden und Leipzig genauso wie Warschau und die Donaufürstentümer. Die Donau fließe durch Europa. Ungarn habe zur europäischen Geschichte und Kultur große Beiträge geleistet.

Dennoch sei er ein Pragmatiker. Die ideologischen Unterschiede blieben bestehen. Doch auch die gemeinsame Geschichte von Ungarn und Deutschland beweise, daß das beiderseitige Verhältnis von relativ wenigen Kontroversen und Belastungen geprägt gewesen sei. Er trete deshalb für bestmögliche Beziehungen ein.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß er aufgrund der Teilung Deutschlands besonders sensibel sei. Er werde deshalb Ungarn nichts zumuten, was für dieses Land nicht akzeptabel sei. Dennoch bleibe für ihn Ungarn ein integraler Bestandteil Europas. Ungarn werde ihn immer auf seiner Seite finden. Er habe sich deshalb auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für Ungarn eingesetzt.<sup>11</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1703*

Transitreisende in Aussicht gestellt worden: „Ein Wegfall des Visumszwangs für Dienstpässe war dagegen nicht möglich (Sicherheitsaspekte, Präzedenzfall).“ Vgl. Referat 214, Bd. 139517.

<sup>9</sup> Zur Errichtung eines Goethe-Instituts in Ungarn vgl. Dok. 168, Anm. 26 und 34.

Botschafter a. D. von Hase, z. Z. Budapest, informierte am 11. November 1985 darüber, daß der ungarische Außenminister Várkonyi Ministerialdirigent Pabsch am selben Tag mitgeteilt habe, die ungarische Regierung sei für den Wunsch der Bundesregierung „weiterhin grundsätzlich offen, doch sei der jetzige Zeitpunkt nicht geeignet, hier zu Fortschritten zu gelangen. Zuvor müßten intern einige Fragen geklärt werden, vor allem die der Finanzierung eines ungarischen Instituts in der Bundesrepublik Deutschland, das wichtig sei, um der Reziprozität Ausdruck zu geben. Auch wünsche man, durch Verhandlungen von Experten beider Seiten noch näheren Aufschluß über die Modalitäten der Tätigkeit der beiderseitigen Institute zu erhalten, bevor man auf Ministerebene darüber entscheide.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1226; VS-Bd. 12452 (610); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 11. November 1985, der ungarische Botschafter Horváth habe ihm am selben Tag mitgeteilt, die ungarische Regierung wolle „die Sache bei der nächsten Tagung der Gemischten Kulturkommission im Frühjahr 1986 mit uns aufnehmen. Wir müßten allerdings wissen, daß die SU grundsätzlich gegen den Vorschlag eines Austausches von Kulturinstituten sei und auch die DDR ihre Einwände habe, weil sie die Vertretung der deutschen Kultur in Ungarn für sich in Anspruch nehme.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139489.

<sup>11</sup> Ungarn bemühte sich seit dem Frühjahr 1983 um ein Handelsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 50.

Referat 411 legte am 18. September 1984 dar, daß die Vorgespräche zwischen der EG-Kommission und der ungarischen Regierung über ein Handelsabkommen abgeschlossen seien; offen sei noch



Sein Interesse sei es deshalb, daß sich die Beziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland beispielhaft entwickeln. Er werde deshalb auch das Problem der Visaerteilung prüfen. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen könnten weiter vertieft werden.

Der Bundeskanzler erläuterte Dr. Szűrös, daß er gewissermaßen der intensivste Trommler für die Gipfelbegegnung in Genf gewesen sei. Eine solche Gipfelbegegnung wäre schon unter Generalsekretär Andropow gut gewesen. Dieser sei jedoch für eine solche Begegnung zu krank gewesen. Der Gipfel sei für ihn deshalb so etwas wie ein persönlicher Triumph, weil er immer dafür eingetreten sei. Die ungarische Führung solle wissen, daß Präsident Reagan ein verlässlicher und berechenbarer Mann sei, auch wenn er gegensätzliche Auffassungen vertrete. Man müsse wissen, daß die Amtszeit von Präsident Reagan bemessen sei. In der ihm verbleibenden Zeit wolle er sich in das Buch der Geschichte eintragen. Er wolle jedoch nicht, daß sein Geschichtsbild von Raketen geprägt sei.

Die sowjetische Führung stünde ständig in der Versuchung, die Ära von Präsident Reagan abzuwarten. Dies wäre jedoch eine große Torheit, weil weitere fünf Jahre nutzlos verlorengingen. Man müsse außerdem wissen, daß Präsident Reagan nie in die Gefahr geraten könne, sich dem Verdacht auszusetzen, gegenüber der Sowjetunion in die Knie zu gehen. Reagan sei in einer vergleichbaren Situation wie z.B. der französische Präsident de Gaulle in der Frage Algerien. Auch er als Bundeskanzler sei in einer anderen Lage als z.B. seine Vorgänger Brandt und Helmut Schmidt.

Die Sowjetunion wäre jetzt klug beraten, diese Chance zu nutzen, wenn Präsident Reagan seinen Kurs fortsetze. Die Situation sei jetzt günstig.

Die Zusammenarbeit zwischen West und Ost dürfte sich jedoch nicht nur auf Fragen der Abrüstung alleine beschränken, auch nicht nur auf den Bereich der ökonomischen Beziehungen. Von großer Bedeutung bleibe der Bereich der kulturellen Beziehungen. Auch die politischen Beziehungen müßten auf allen Ebenen entwickelt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland sei bereit, auch die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Sowjetunion zu entwickeln, jedoch nicht nur aus ökonomischen Gründen. Es sei wenig nützlich, wenn sich die jeweiligen Begegnungen nur immer auf das Abzählen von Raketen begrenzen würden.

Der Bundeskanzler gab einen Überblick über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Er sei überzeugt, daß es der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa gelingen könne, bis 1990 den Standard von Japan zu erreichen. Die Bundesrepublik werde jedoch ihre Weltoffenheit beibehalten. In diesem Rahmen wolle sie auch eine gute Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die allen Seiten nützen werde. Es gebe keinen Weg um Deutschland herum. Wenn Generalsekretär Gorbatschow die Bundesrepublik Deutschland nicht besuchen wolle, werde er auch diese Erfahrung machen müssen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1704*

„Entscheidung über Aufnahme offizieller Verhandlungen“. Die Bundesregierung unterstütze die ungarischen Bestrebungen „vor allem aus politischen Gründen. Nach unserer Auffassung zielt Initiative nicht nur auf Öffnung neuer Märkte, sondern demonstriert auch Selbstverständnis als europäischer Staat auf einem Kurs der europäischen Zusammenarbeit, auf dem Ungarn in der Implementierung der Schlußakte von Helsinki seit Jahren den anderen RGW-MS voraus ist.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139513.

Dr. Szűrös stimmte zu.

Der Bundeskanzler erklärte, Ungarn sei kein kleines Land. Nicht die Quantität der Beiträge, sondern ihre Qualität sei entscheidend. Ungarn sei mit großer Sensibilität seinen eigenen Weg gegangen. Dies sei nicht immer in der Geschichte Ungarns so gewesen, so z.B. nicht im 19. Jahrhundert. Damals sei häufig erst geredet und dann gedacht worden.

Der Bundeskanzler bat um Verständnis für bestimmte deutsche Positionen, die sich aus der Würde des Volkes ergeben. Er wisse, daß diese Fragen in absehbarer Zeit nicht lösbar seien. Ungarn müsse jedoch wissen, daß die Bundesregierung geschlossene Verträge respektiere. Sie dürften jedoch von keiner Seite uminterpretiert werden. Die Deutschen müßten ihre Identität wahren. Es sei aber das erklärte Ziel der Bundesregierung, Änderungen nur mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Sie habe jeder Gewalt abgeschworen. In Genf sei jetzt ein guter Anfang gemacht worden. Wer mehr erwartet habe, könne nur als Narr bezeichnet werden. Er sei für die zukünftige Entwicklung optimistisch, weil es gelungen sei, die Tür einen Spalt zu öffnen. Dr. Szűrös stimmte zu.

Dr. Szűrös bedankte sich für die offenen Worte des Bundeskanzlers. Er bestätigte, daß die Bundesregierung in vieler Hinsicht eine konstruktive Politik betreibe. Dies habe man konkret während des Kulturforums in Budapest<sup>12</sup> zu spüren bekommen.

Er selbst beschäftige sich seit einem Vierteljahrhundert mit der deutschen Frage. Das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR entwickle sich synchron; dies sei auch nicht immer so gewesen. Er kenne die Sowjetunion sehr gut, weil er zehn Jahre dort gelebt habe.<sup>13</sup> In der Sowjetunion sei seit Generalsekretär Andropow ein positiver Prozeß in Gang gekommen. Zwischen Kádár und Gorbatschow bestünde ein guter Einklang. Dies sei sehr erfreulich.

<sup>12</sup> Das KSZE-Kulturforum in Budapest fand vom 15. Oktober bis 26. November 1985 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte am 4. Dezember 1985, rund 800 Delegierte, vor allem „führende Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kultur“, hätten in vier Arbeitsgruppen getagt. Die Debatten hätten „neben Vielfalt und Ideenreichtum der teilnehmenden Kulturpersönlichkeiten auch die (tiefen) ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West im Bereich der Kultur sichtbar werden lassen. Während Westen die Rolle des schöpferischen Individuums beim kulturellen Schaffen und bei kultureller Zusammenarbeit und die kulturellen Freiheiten hervorhob, wurden von den WP-Staaten Themen wie ‚Verantwortung des Künstlers für den Frieden und für die Gesellschaft‘, Kampf gegen die ‚Auswüchse‘ der Kulturindustrie in Vordergrund gestellt. Vor diesem Hintergrund war es nicht möglich, innerhalb des gesetzten beschränkten Zeitrahmens Konsens über ein substantielles Schlußdokument zu erzielen“. Die Verhandlungen über ein Schlußdokument seien von sowjetischer Seite am 25. November 1985 abgebrochen worden, und „eine kurz gefaßte, von Ungarn entworfene Schlußerklärung, mit der Teilnehmerstaaten empfohlen wurde, alle in Budapest gemachten Vorschläge dem Wiener KSZE-Folgetreffen (Beginn Nov[ember] 1986) zu unterbreiten, scheiterte schließlich am Widerstand Rumäniens“. Die Bundesrepublik habe den Großteil ihrer Ziele erreicht: „Forum gab zahlreichen führenden Persönlichkeiten aus Ost und West reichlich Gelegenheit zu Begegnung und systemübergreifendem Meinungsaustausch. Auf diese Weise und durch unsere offiziellen Beiträge konnten wir die auf Verwirklichung der kulturellen Rechte und Freiheiten, auf mehr Kontakte, mehr bilaterale und vor allem auf mehr gemeinsame Zusammenarbeit unter den Teilnehmerstaaten ausgerichtete Politik der Bundesregierung deutlich machen.“ Die vom Schriftsteller Günter Grass vorgeschlagene gesamteuropäische Kulturstiftung sei zusammen mit Frankreich als offizieller Vorschlag eingebracht worden und solle nun „außerhalb der KSZE weiterverfolgt“ werden. Vgl. den Runderlaß Nr. 104/105; Referat 213, Bd. 139354.

<sup>13</sup> Mátyás Szűrös studierte von 1953 bis 1959 am Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen. Von 1979 bis 1982 war er ungarischer Botschafter in Moskau.

Dieser gute Einklang sei nicht nur eine persönliche Angelegenheit, sondern politisch zu verstehen.

Es wäre nicht zu verstehen, wenn die Bundesrepublik Deutschland in Moskau ignoriert würde. Dies werde sich sicherlich ändern. In der Sowjetunion vollziehe sich ein Prozeß in Richtung auf die Anerkennung der Realitäten. Er wolle den Genfer Gipfel nicht überschätzen, er habe jedoch einen wesentlichen Prozeß eingeleitet.

Er könne feststellen, daß Ungarn und die Bundesrepublik Deutschland trotz der ideologischen Unterschiede in vielen Fragen übereinstimmen würden. Er wolle dem Bundeskanzler versichern, daß Ungarn seine Politik fortsetzen werde. Dafür sei Kádár die Garantie, jedoch nicht alleine. Zum Glück gebe es in Ungarn keinen Personenkult. Ungarn habe 1956 eine große Tragödie erlebt.<sup>14</sup> Seitdem habe man jedoch ein eindrucksvolles Ergebnis erreicht, das ist ein nationaler Konsens auf der Grundlage des Sozialismus. Darin sei der größte Erfolg Ungarns zu sehen.

Dr. Szűrös bedankte sich für das Gespräch. Er werde auch zukünftig immer mit der deutschen Problematik verbunden bleiben. Dr. Szűrös berichtete, daß Kádár immer zu sagen pflege, daß die Mitglieder der sowjetischen Führung öfter in den Westen reisen sollten.

**Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 69**

## 327

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-321.00 VS-NfD

28. November 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Deutsch-sowjetische Beziehungen

Bezug: Gespräch unter Ihrer Leitung am 13.11.1985

I. 1) Die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau sind nach wie vor gestört. Die Sowjetunion gibt sich uns, d.h. der Bundesregierung, gegenüber reserviert und rezeptiv.

<sup>14</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 2. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent Oesterheld an

1.1) Dies zeigt sich vor allem in der Besuchsdiplomatie. Gorbatschow hat auf die Einladung zu einem Bonn-Besuch nicht reagiert: weder als der Bundeskanzler sie anlässlich der Beerdigung Tschernenkos aussprach<sup>4</sup>, noch als er sie in seiner vertraulichen Botschaft vom 30.8.85<sup>5</sup> wiederholte. Schewardnadse verhält sich trotz verbindlichem Ton in der Sache nicht anders. Moskau läßt uns, was diese beiden Besuche, die „Normalität“ bewirken könnten, bewußt warten.<sup>6</sup> Sie<sup>7</sup> erhöht den Druck durch Vollzug oder Ankündigung anderer Reiseaktivitäten. Nach dem Frankreich-Besuch<sup>8</sup> und dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel<sup>9</sup> laufen in Moskau Vermutungen über eine Rom-Reise Gorbatschows um. Der italienische Politische Direktor Bianchieri hielt mir gegenüber einen Termin im Frühjahr für wahrscheinlich. (Italien war bereits im Frühjahr durch eine Gromyko-Visite<sup>10</sup> und eine hastig ausgesprochene und ausgeführte Craxi-Reise nach Moskau<sup>11</sup> „ausgezeichnet“ worden.) Ferner gibt es Hinweise über eine große Asien-Tour Gorbatschows unter Einschluß Tokios Ende 1986/Anfang 1987. Schewardnadse wird sich im Januar nach Tokio begeben<sup>12</sup> (der erste Besuch eines sowjetischen Außenministers seit zehn Jahren) und wohl noch in der ersten Jahreshälfte 1986 nach London. Der britische Politische Direktor D. Thomas teilte mit, daß sich die Beziehungen nach der Spionageaffäre<sup>13</sup> deutlich normalisieren. Außerdem kultiviert die Sowjetunion die Beziehungen zur SPD. Sie umgeht also nicht die BR Deutschland, wohl aber die Bundesregierung. Die darin liegende Zurücksetzung wird nur abgeschwächt durch häufige Treffen des sowjetischen Außenministers mit dem Bundesminister<sup>14</sup> und zuletzt mit dem Bundeskanzler am dritten Ort<sup>15</sup> und dabei lebhaft bekundetes Dialoginteresse und bei freundlicher Atmosphäre.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1707*

Referat 213 verfügte und handschriftlich vermerkte: „[siehe] Randverm[erk] BM Seiten 6 + 7“. Vgl. dazu Anm. 41–47 und Anm. 51.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Braunmühl am 12. Dezember 1985 erneut vorgelegen.

Hat Oesterheld am 12. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 13. Dezember 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau auf. Zum Gespräch mit dem neuen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 vgl. Dok. 68.

<sup>5</sup> Für das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 30. August 1985 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 235.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut unterschlängelt.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

<sup>9</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>10</sup> Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte vom 25. bis 27. Februar 1985 Italien.

<sup>11</sup> Zum Besuch des Ministerpräsidenten Craxi vom 28. bis 30. Mai 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 149, Anm. 17.

<sup>12</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielt sich vom 15. bis 19. Januar 1986 in Japan auf.

<sup>13</sup> Zur wechselseitigen Ausweisung von sowjetischen und britischen Diplomaten vgl. Dok. 259, Anm. 13.

<sup>14</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 1. August 1985 in Helsinki sowie am 24. September 1985 in New York vgl. Dok. 215 und 256.

<sup>15</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 296.

1.2) Die Revanchismuskampagne hat, verglichen mit dem ersten Halbjahr, zwar an Virulenz verloren, wirkt aber weiterhin als beträchtlicher Störfaktor. Befremdlich ist die harte – dem Vernehmen nach auf polnischen Wunsch so formulierte – Passage in der Warschauer-Pakt-Erklärung von Sofia vom 23.10.85<sup>16</sup>, während der Revanchismusvorwurf in den November-Parolen der KPdSU zum ersten Mal seit längerer Zeit nicht mehr vorkommt. Auch sonst ist die Deutschland-Berichterstattung in den sowjetischen Medien fast ausschließlich negativ und oft böswillig, z. B. zum 30. Jahrestag der Bundeswehr.<sup>17</sup>

1.3) Bei den „schwebenden Abkommen“<sup>18</sup> herrscht völliger Stillstand. Die von Gorbatschow im Schreiben an den Bundeskanzler vom 29.10.85<sup>19</sup> angedeutete Bewegungsmöglichkeit erwies sich als politisch konditioniert, wie sich bei Rückfrage herausstellte (SDI).

1.4) Die Lage bei der Familienzusammenführung bleibt desolat.<sup>20</sup>

2) Allerdings wäre verfehlt, von Krisenstimmung im deutsch-sowjetischen Verhältnis zu sprechen; vielmehr sind die Belastungen tragbar.

2.1) Der Wirtschaftsaustausch verläuft normal. Im Kulturaustausch sind keine Änderungen zu registrieren. Berlin bleibt ruhig (die Serie von Veranstaltungen im Sommer – Filmfestival<sup>21</sup>, Weltjugendspiele<sup>22</sup>, Internationale Buchausstellung<sup>23</sup> – ließ aufs ganze gesehen keine härtere Gangart hinsichtlich Berlins erkennen).

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 23. Oktober 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 671–679.

<sup>17</sup> Am 12. November 1985 fand im Bundesministerium der Verteidigung ein Festakt zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr statt. Am folgenden Tag nahmen Bundeskanzler Kohl und das Kabinett an einer Feldparade auf dem Truppenübungsplatz Bergen teil, und am 14. November 1985 gab Kohl im Bundestag eine Erklärung anlässlich des Jahrestags ab. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 1105–1119. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 15. November 1985: „30-Jahr-Feiern wurden in ‚Prawda‘ vom 15.11.85 von Igor Melnikow zum Anlaß für wüsten Angriff auf Bundeswehr als einer Aggressionsarmee genommen, an deren Ursprung ehemalige Hitler-Generäle gestanden hätten und deren heutige geistige Ausrichtung durch Nähe zu Revanchisten geprägt sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3564; Referat 213, Bd. 139303.

<sup>18</sup> Zu den Gesprächen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, den Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen sowie das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973 vgl. Dok. 176, Anm. 31.

Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 12. November 1985 über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, vom Vortag mit: „Auf meine Bitte um Interpretation der Passage in Gorbatschows Schreiben über den Abschluß der Arbeiten an dem Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und meinen Hinweis, daß wir bekanntlich zu einem solchen Abschluß bereit sind und seit Mai 1984 auf Terminvorschlag warteten, gab B[ondarenko] keinerlei Anzeichen für Bereitschaft des S[owjetischen]A[ußen]M[inisteriums] zu abschließender Verhandlungsrunde. Er bemerkte vielmehr, deutsche Firmen würden sich durch Beteiligung an SDI noch stärkerem Druck seitens der USA aussetzen, sich bei wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit mit SU zurückzuhalten. Auch mit dem Abschluß von einem, zwei oder drei Abkommen könne solche Auswirkung einer SDI-Beteiligung von deutschen Firmen nicht verhindert werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3517; Referat 213, Bd. 139307.

<sup>19</sup> Zu dem am 29. Oktober übergebenen Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 27. Oktober 1985 an Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 300.

<sup>20</sup> Zur Ausreise von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der UdSSR vgl. Dok. 127, Anm. 20.

<sup>21</sup> Das 14. Moskauer Internationale Filmfestival fand vom 28. Juni bis 12. Juli 1985 statt.

<sup>22</sup> Die 12. Weltfestspiele der Jugend und Studenten fanden vom 27. Juli bis 3. August 1985 in Moskau statt.

<sup>23</sup> Die Internationale Buchausstellung in Moskau fand vom 10. bis 16. September 1985 statt.

2.2) Vor allem aber hat Moskau in unseren Beziehungen zur DDR und den osteuropäischen Staaten nicht alle verfügbaren Druckmittel angewendet. Zwar war die Absage des Besuchs von Honecker<sup>24</sup> und von Schiwkow<sup>25</sup> eine unüberhörbare Warnung, aber insgesamt ging kein Terrain verloren, so daß das Verhältnis zu den Osteuropäern weiterhin eng ist. Die Beziehungen zur DDR haben sich noch intensiviert, die Verhandlungen mit Ost-Berlin laufen weiter. Ein Besuch Honeckers erscheint u. U. weiterhin, evtl. schon bald, möglich. Es hat den Anschein, als betrachte die Sowjetunion die deutsch-deutschen Beziehungen als die wichtigste Klammer, um uns vor einem befürchteten Abdriften in Richtung USA abzuhalten; gleichzeitig aber auch als potentiellen Hebel.

II. Wie ist die insgesamt unfreundliche Haltung Moskaus uns gegenüber zu erklären?

1) Unsere INF-Entscheidung von 1983<sup>26</sup> wirkt nach, wobei sich reale und psychologische Faktoren überlagern. Die Sowjetunion mußte es hinnehmen, daß wir einen qualitativ neuen Schritt der Sowjetunion auf dem Wege zur militärischen Dominanz in Europa verhinderten. Zugleich empfand sie es als unangemessen, daß wir unser Recht auf gleiche Sicherheit ernst nahmen. Die Einsicht bleibt unbequem, daß Moskau die Standfestigkeit der Bundesregierung falsch eingeschätzt hat, wobei deutsche Äußerungen über das Nichteintreten einer Eiszeit zusätzlichen sowjetischen Widerspruch herausforderten.

2) Die harte Formulierung in der Sofia-Erklärung des Warschauer Paktes beweist erneut, daß die Revanchismuskampagne vor allem ein Propagandainstrument zur Festigung der Blockkohäsion darstellt. Die Sowjetunion kennt die Ausstrahlung der BR Deutschland auf die osteuropäischen Länder und bemüht sich um deren Eingrenzung mit Hilfe des Revanchismusphantoms. Bezeichnend ist, daß die angeblich betroffenen Staaten nur halbherzig – Polen mit mehr Nachdruck und zeitweise mit eigenen Ideen – folgen. Argwöhnisch verfolgt Moskau die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen und schreckt nicht vor dem Vorwurf zurück, wir wollten das sozialistische System in der DDR unterminieren (so Botschafter Semjonow am 7.11. zu StS Meyer-Landrut<sup>27</sup>). Mit dem Revanchismusvorwurf versucht Moskau letztlich, das legitime, sich im KSZE-Rahmen bewegende Streben der Bundesregierung nach Ausbau der Ost-Kontakte zu bremsen, ohne allerdings – wie oben festgestellt – gewisse Grenzen zu überschreiten.

<sup>24</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

<sup>25</sup> Zur Absage des Besuchs des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Bundesrepublik vgl. Dok. 58, Anm. 22.

<sup>26</sup> Zu den Entscheidungen der Bundesregierung vom 22. Juni 1983 über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1983, I, Dok. 184 und Dok. 186.

<sup>27</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken hielt am 21. November 1985 fest: „Staatssekretär Meyer-Landrut unterrichtete mich heute darüber, daß er bei dem sowjetischen Empfang am 7. November ein detailliertes Gespräch mit Botschafter Semjonow geführt hat. Botschafter Semjonow habe ausführlich alle Kritikpunkte seiner Regierung gegenüber Bonn vorgetragen: Revisionismus- und Revanchismus-Vorwurf, Grenzdiskussion, Infragestellen der Lage in Europa, zu starke Orientierung an amerikanischer Außenpolitik, Vorwürfe wegen der INF-Stationierung und unserer Haltung zu SDI, Versuche zum Unterlaufen des sozialistischen Systems in der DDR, COCOM [...], mangelndes Interesse für Projekte in der Sowjetunion bei deutscher Wirtschaft.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

Der Propagandacharakter der Revanchismuskritik und ihre Instrumentalisierung zur Erzeugung eines Feindbildes erklären jedoch nicht alles. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, daß das Vorhandensein von Kräften in der BR Deutschland, die eine Revision des politischen und sozialen Status quo in Osteuropa wollen, in Moskau für eine Realität gehalten wird. Die Sowjets stützen sich dabei auf manche deutschen Äußerungen, die sie mißverstehen, weil sie ihren Vorurteilen entsprechen. Hier werden sowjetischerseits zwei Verbindungslinien gezogen:

- einmal die Verbindung zwischen „Revanchismusstreben“ und deutscher „Aufrüstung“,
- zum anderen die Verbindung zwischen der BR Deutschland und den USA, die sich die Überwindung der Ergebnisse von Jalta<sup>28</sup> und militärische Überlegenheit zum Ziel gesetzt hätten.

Außenminister Shultz hat Anfang November in Moskau bei seinen Gesprächspartnern Zeichen einer gewissen Realitätsferne in der Beurteilung der Außenwelt gesehen.<sup>29</sup> Wenn man außerdem die sowjetische Neigung berücksichtigt, das deutsch-amerikanische Zusammenwirken zu überschätzen, so kann zumindest als „worst case scenario“ ein Schreckensbild einer Allianz entstehen, das den Sowjets wirkliche Sorgen bereiten mag, auch wenn uns dies, zumindest was die deutsche Rolle dabei anbelangt, nicht recht vorstellbar erscheint.

Hinzu kommt die Hypothek der Vergangenheit in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Sie dient mehr oder weniger deutlich als Ansatzpunkt, um von uns ein besonderes Verhalten zu fordern, zumindest im Sicherheitsbereich. Sie fördert im übrigen eine gewisse Emotionalisierung der Politik mit dem Ergebnis, daß die Sowjetunion uns weniger gleich als die übrigen Westeuropäer behandelt. Auch wenn wir ein solches Verhalten nicht mehr als zeitgemäß und – angesichts unserer Politik – als unverdient betrachten, so tun wir doch gut, ein emotionales Element in der sowjetischen Perzeption uns gegenüber stets in Rechnung zu stellen.

3) Der wichtigste operative Bestimmungsfaktor des derzeitigen sowjetischen Verhaltens uns gegenüber ist SDI. Das bisher Gesagte – der Konnex zwischen angeblichem Revanchismus, Rüstung und deutsch-amerikanischem Bilateralismus – spielt hier ebenso mit wie die Herausforderung, die die Sowjetunion in SDI sieht. Die Sowjets erklären die Sicherheitsfrage zum Angelpunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen, üben Druck aus (Schreiben Gorbatschows an den Bundeskanzler) und mobilisieren – wenn auch einstweilen weniger stark als 1983 – die Öffentlichkeit („Woche des realen Sozialismus“).

Leider ist das SDI-Problem durch den amerikanisch-sowjetischen Gipfel allen-

<sup>28</sup> In Jalta trafen vom 4. bis 11. Februar 1945 Premierminister Churchill, Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der Abkommen über Kriegsgefangene und Zivilpersonen bzw. über Fragen des Fernen Ostens vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987. Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN – JALTA – POTSDAM, S. 183–196.

<sup>29</sup> Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Shultz mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 4./5. November 1985 in Moskau vgl. Dok. 306.

falls atmosphärisch, aber nicht inhaltlich entschärft worden, so daß Genf inso-  
weit wenig Entlastung gebracht hat.

Die möglichen Folgen einer Beteiligung der Bundesregierung an SDI für das  
bilaterale Verhältnis – die Frage spielte in den deutsch-sowjetischen Pla-  
nungsstabsgesprächen Ende Oktober eine nicht unwesentliche Rolle<sup>30</sup> – wur-  
den bereits an anderer Stelle ausführlich behandelt.<sup>31</sup>

4) Die demonstrative sowjetische Hinwendung zur SPD deutet darauf hin, daß  
Moskau die Wahlen 1987<sup>32</sup> abwarten will.<sup>33</sup>

III. Der amerikanisch-sowjetische Gipfel der letzten Woche hat an der Grund-  
konstellation nichts verändert. Da sich Gorbatschow schon jetzt auf die näch-  
ste Begegnung mit Reagan einstellen muß, wird er sich in seiner Westpolitik  
auch in der nächsten Zukunft auf die Beziehungen zu den USA konzentrieren.  
Die Bemühungen um Westeuropa dürften weitergehen, aber im wesentlichen  
nur eine unterstützende Funktion haben. Die Rüstungskontrollprobleme gerie-  
ten zwar im Vorfeld des Genfer Gipfels in Bewegung, aber wurden auf dem  
Gipfel selbst nicht weiter angenähert.<sup>34</sup> Deshalb wird die Sowjetunion die Si-  
cherheitsfrage wohl weiterhin in den Mittelpunkt der deutsch-sowjetischen Be-  
ziehungen stellen wollen.

<sup>30</sup> Ministerialdirektor Seitz informierte am 5. November 1985 über Gespräche mit dem Leiter des  
Planungsstabs im sowjetischen Außenministerium, Owinnikow: „Großen Raum nahmen die sowje-  
tischen Darlegungen zu SDI ein. [...] Immer wieder warnte Owinnikow im Lauf der Gespräche vor  
einem ‚Anschluß‘ der Bundesrepublik Deutschland an SDI.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

<sup>31</sup> Referat 213 nahm am 2. Oktober 1985 zu ostpolitischen Aspekten einer Beteiligung am SDI-  
Forschungsprogramm Stellung: „Zwar sollten wir den Eindruck vermeiden, wir fügten uns sowjeti-  
schem Druck. Da wir in dieser Hinsicht stets mit latentem amerikanischen Mißtrauen rechnen müs-  
sen, dürfen wir die ostpolitische Komponente nicht in den Vordergrund stellen. Ein solches Verhal-  
ten wäre auch deshalb verfehlt, weil wir Moskau dann zu weitergehenden Pressionsversuchen ver-  
anlassen würden. [...] Wir haben davon auszugehen, daß unsere Entscheidung einen erheblichen Ein-  
fluß auf unser Verhältnis zur Sowjetunion und in der Folge auch auf die anderen osteuropäischen  
Länder und das deutsch-deutsche Verhältnis haben wird. Dies kann bis zu einer ersten, langan-  
dauernden Belastung der Beziehungen führen, die über das Ausmaß der aufgrund der INF-Statio-  
nierung eingetretenen Störung hinausgehen würde. [...] Zwar werden die Sowjets unsere Entschei-  
dung kritisieren, wie sie auch ausfällt (mit Ausnahme der unrealistischen Variante völliger SDI-  
Abstinenz). Ostpolitisch kann es also nur um Schadensbegrenzung gehen, aber diese ist möglich.  
Ein wichtiges Kriterium dürfte dabei die Frage sein, ob mit deutscher Beteiligung ein politisches  
Signal verbunden ist oder ob wir uns auf die technologische Dimension der Beteiligung beschrän-  
ken. Eine Grenzlinie könnte darin liegen, daß alles, was darüber hinausgeht, um eine ordnungsge-  
mäßige Beteiligung deutscher Firmen sicherzustellen, ein Signal darstellt.“ Vgl. VS-Bd. 13453 (213);  
B 150, Aktenkopien 1985.

Am 23. Oktober 1985 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken dar: „Möglicherweise wür-  
de nach der INF-Entscheidung ein SDI-Regierungsabkommen als ‚zweiter Sündenfall‘ die Sowjet-  
union zu stärkeren Gegenmaßnahmen veranlassen und daher eine wirtschaftliche Einbuße dieses  
Mal folgenreich sein. [...] Aus diesen Gründen erscheint Optimismus und Vertrauen auf unsere wirt-  
schaftliche Stärke in einer hochpolitischen Angelegenheit, wie SDI dies nun einmal darstellt und in  
der auch gewisse Emotionen uns gegenüber mitwirken, nicht gerechtfertigt. Auch wenn eine Eiszeit  
nicht eintreten würde, so wäre doch mit einer starken Belastung des deutsch-sowjetischen Bezie-  
hungsgeflechtes einschließlich der wirtschaftlichen Komponente zu rechnen, es sei denn, die SDI-  
Kontroverse würde in den nächsten Monaten durch amerikanisch-sowjetische Annäherung ent-  
schärft.“ Vgl. VS-Bd. 13453 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>32</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 25. Januar 1987 statt.

<sup>33</sup> Die Wörter „die Wahlen 1987 abwarten will“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl  
handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „einen Regierungswechsel 1987 für eine starke  
Wahrscheinlichkeit hält und sich eine Vernachlässigung der Bundesregierung und besonders der  
CDU leisten zu können glaubt“.

<sup>34</sup> So in der Vorlage.



Die in Genf bewirkte Aufhellung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen muß nicht notwendigerweise auf das Verhältnis Bonn–Moskau durchschlagen. Der erreichte Fortschritt könnte Moskau im Gegenteil dazu veranlassen, sich noch weniger um Bonn zu kümmern, insbesondere wenn die Bundesregierung sich förmlich zu einer SDI-Unterstützung entschließt.<sup>35</sup>

Wir erhielten vor einiger Zeit Signale, daß Moskau die Beziehungen zu uns, nach Paris und dem Genfer Gipfel, überdenken wolle. So wie die Dinge stehen und da die Sowjetunion offenbar noch Zeit für ihre Bewertung unserer innenpolitischen Entwicklungen braucht, ist nicht sicher, daß eine Neuorientierung bevorsteht. Dennoch sollten wir die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um diese Frage auszuloten.

#### IV. Was können wir angesichts dieses Befundes tun?

1) Die Sowjetunion hat unsere Politik der Mäßigung und des Ausgleichs im West-Ost-Verhältnis trotz ihrer Erfolge nicht honoriert. Sie hat es nicht gewürdigt, daß wir bei den USA u. a. hingewirkt haben auf:

- Eintreten für kooperative Lösung bei SDI,
- Fortdauer der faktischen Bindung der USA an SALT II,
- Aufrechterhaltung der engen Auslegung des ABM-Vertrages,
- Unterbreitung von detaillierten Gegenvorschlägen zu den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen<sup>36</sup>.

Unsere Beiträge bei KVAE (konstruktive Haltung zum sowjetischen Gewaltverzichtsvorschlag<sup>37</sup>), MBFR (Initiativen zur ersten Phase<sup>38</sup>), bei chemischen Waffen (<sup>39</sup>keine Lagerung auf unserem Territorium), im Wirtschaftsbereich (Erdgasröhrengeschäft, Bestehen auf dem militärisch Notwendigen bei COCOM, Abstinenz bei Rüstungsexporten nach China<sup>40</sup>) und unser Angebot zur technologischen Zusammenarbeit wurden von Moskau nicht anerkannt.

2) Dennoch sollten wir das Ruder nicht herumwerfen. Die bisherige Politik dient unseren eigenen Interessen und wird sich langfristig auch gegenüber der Sowjetunion auszahlen.<sup>41</sup>

<sup>35</sup> An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl gestrichen: „Andererseits müßte einer der sowjetischen Hauptvorwürfe, nämlich unsere angebliche Unterwerfung unter amerikanischen Willen, an Glaubwürdigkeit (überzeugend war er nie) verlieren. Denn wenn als Ergebnis von Genf die amerikanische Politik aus Moskauer Sicht weniger antagonistisch geworden sein sollte, dann müßte dies auf den deutschen ‚Erfüllungsgehilfen‘ positiv abfärben. Leider könnte es sein, daß sich zumindest die sowjetische Propaganda dieser Logik verschließt.“

<sup>36</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 262 und Dok. 270.

<sup>37</sup> Zum Vorschlag der sowjetischen KVAE-Delegation vom 29. Januar 1985 für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen vgl. Dok. 43.

<sup>38</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine neue MBFR-Initiative vgl. Dok. 308.

<sup>39</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt: „Vorschläge in Genf!“

Zu den Bemühungen der Bundesregierung auf der Genfer Abrüstungskonferenz um ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 164.

<sup>40</sup> Zur Haltung der Bundesregierung gegenüber Rüstungsexporten in die Volksrepublik China vgl. Dok. 223.

<sup>41</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“. Vgl. Anm. 3.

Allerdings sollten wir den Sowjets klarmachen, daß sie unsere Gutwilligkeit nicht mit Mißachtung beantworten können. Sie müssen erkennen, daß wir bereit sind, uns mit dem gegenwärtigen Stand der Beziehungen, der so untragbar nicht ist, zu arrangieren.<sup>42</sup> Darüber hinaus müssen sie selbst erkennen, daß ein Stagnieren der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu einer abnehmenden Berücksichtigung ostpolitischer Gesichtspunkte bei uns führen könnte. Konkret empfiehlt sich folgendes Verhalten:

- In unseren öffentlichen Erklärungen sind wir in dem Bekunden unserer Kooperationswilligkeit zurückhaltender<sup>43</sup>;
- statt um stärkere Beachtung nachzusuchen, machen wir uns im Umgang mit den Sowjets rarer<sup>44</sup>;
- wir zeigen Moskau, daß wir bei der Realisierung von sowjetischen Besuchen warten können und daß der Besuch als solcher uns nicht zu Gegenleistungen oder besonderem Wohlverhalten veranlassen wird<sup>45</sup>;
- bei anhaltenden Vorwürfen, insbesondere hinsichtlich SDI, erläutern wir detailliert und offensiv unsere Haltung und weisen darauf hin, daß eine Politik gegenseitiger Rücksichtnahme keine einseitigen Forderungen verträgt, ohne uns allerdings einem Rechtfertigungszwang zu unterwerfen<sup>46</sup>;
- vor allem sagen wir den Sowjets, daß wir in unserer Außenpolitik unseren eigenen und keinen amerikanischen, schon gar nicht sowjetischen Interessen folgen. Die Forderung, auf Washington Druck im Sinne sowjetischer sicherheitspolitischer Forderungen auszuüben, kann unseren Einfluß auf die USA, der beträchtlich ist und Gesichtspunkte ausgewogener Ost-West-Beziehungen berücksichtigt, höchstens schmälern.<sup>47</sup>

3) In jedem Falle sollten wir, entsprechend der Empfehlung von Botschafter Kastl<sup>48</sup>, das Mögliche tun, um nicht durch unnötige<sup>49</sup> Grenzdiskussion Irrita-

<sup>42</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 3.

<sup>43</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher mit einem Fragezeichen versehen. Vgl. Anm. 3.

<sup>44</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 3.

<sup>45</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 3.

<sup>46</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 3.

<sup>47</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“. Vgl. Anm. 3.

<sup>48</sup> In einer undatierten Aufzeichnung ging Botschafter Kastl, Moskau, folgenden Fragen nach: „1) Was hat SU an Bundesregierung auszusetzen? 2) Warum diskriminiert SU die Bundesregierung weiterhin? 3) Wie kann Bundesregierung ihre Stellung gegenüber SU verbessern?“ Dabei kam er zu dem Schluß, „SU wird uns besser behandeln, wenn sie erkennt, daß sich dies für sie lohnt. Im Augenblick glaubt sie augenscheinlich, es lohne sich Druck auf Bundesregierung. Je unempfindlicher wir uns gegenüber ihrem Druck verhalten, desto eher bringen wir sie vielleicht zum Nachdenken. Schaden wird uns eine dicke Haut in Moskau gewiß weniger als eine dünne. Sowjetisches Nachdenken könnten wir gewiß erleichtern und Moskaus Verleumdungskampagne erschweren, dämpften wir in gemeinsamer Selbstzucht unsere Stimmen über Wesen und Umfang des einst wieder einigen Deutschland.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

<sup>49</sup> Die Wörter „nicht durch unnötige“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in der“.

tionen in Osteuropa anzufachen<sup>50</sup> und Moskau keine überflüssigen Propagandavorwände für eine Diskriminierung der Bundesrepublik Deutschland zu geben.<sup>51</sup>

V. Es ist wichtig, daß wir unsere Positionen zum deutsch-sowjetischen Verhältnis aktiv vertreten: nicht nur in Gesprächen mit den Sowjets, sondern auch gegenüber den sonstigen Osteuropäern. Der von Ihnen aus diesem Grund erbetene Argumentationskatalog ist in Vorbereitung und wird Ihnen in Kürze vorgelegt werden.

Braunmühl

**Referat 213, Bd. 139307**

328

### **Botschafter Haas, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt**

**Schriftbericht Nr. 1426**

**2. Dezember 1985<sup>1</sup>**

Betr.: Israelische Sicht antisemitischer Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup>;  
hier: Lehren aus der Kontroverse um Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“<sup>3</sup>

<sup>50</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „klein zu halten“.

<sup>51</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“. Vgl. Anm. 3.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Schlagintweit vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 6. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Mit Privatdienstschreiben vom 2. Dezember 1985 an Ministerialdirigent Schlagintweit kündigte Botschafter Haas, Tel Aviv, einen Schriftbericht „aus der Feder von Herrn Wendler über die israelische Sicht eines ‚neuen deutschen Antisemitismus‘, aufgehängt an der Fassbinder-Kontroverse“, sowie eine Kurzfassung an, die vorweg als Drahtbericht übermittelt werde: „Sollten Sie nicht ganz konträrer Meinung sein, wäre ich dankbar, wenn Sie die Lang- oder auch die Kurzfassung einer Aufnahme in den Gelben Dienst für würdig hielten. Ich brauche hier Ermutigung für Kollegen, die sich an eine Arbeit machen, der sie weitgehend entwöhnt sind, nämlich der Abfassung analytischer Berichte.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149608.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger informierte die Botschaft in Tel Aviv am 6. November 1985 über die Kontroverse um das 1976 verfaßte Theaterstück „Der Müll, die Stadt und der Tod“ des Filmregisseurs und damaligen Intendanten des Frankfurter Theaters am Turm, Fassbinder: „Es sollte die Auseinandersetzungen um die Grundstücksspekulationen der Nachkriegszeit im Frankfurter Westend darstellen. Im Mittelpunkt steht der ‚reiche Jude‘, welcher der Prostituierten Roma sein Herz ausschüttet und sie am Ende erwürgt. Das Schauspiel [...] bedient sich einer ausgesprochenen Vulgärsprache.“ Frühere Versuche, das Stück auf die Bühne zu bringen, seien gescheitert. Die vom neuen Intendanten des Schauspielhauses in Frankfurt am Main, Rühle, geplante Premiere am 31. Oktober 1985 sei geplatzt, „weil ca. 30 jüdische Demonstranten die Bühne besetzt hielten und vor dem Schauspiel etwa 1000 Menschen demonstrierten. Eine für den 4. November angesetzte Aufführung konnte ebenfalls nicht stattfinden.“ Ein weiterer Versuch sei für den 13. November 1985 vorgesehen: „Demonstrationen sind bereits angekündigt.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 310, Bd. 149608.

Bezug: Drahtbericht Nr. 1442 vom 13. November 1985 – Pol 303.05/1<sup>4</sup>

1 Anlage<sup>5</sup>

2 Doppel: Je ein Doppel für die Referate 012 und 602

Zur Kurzfassung wird auf Drahtbericht Nr. 1516 vom 2.12.85<sup>6</sup> verwiesen.

I. Kaum ein deutsches Ereignis der letzten Jahre hat die israelischen Medien so bewegt und so viel Widerspruch herausgefordert wie die Vorgänge um Fassbinders „Der Müll, die Stadt und der Tod“. Von Ende Oktober bis Mitte November 1985 erschienen täglich in den israelischen Medien Berichte, Interviews und Kommentare. Am 6. November 1985 behandelte die Knesset sechs Dringlichkeitsanträge und nahm eine scharfe, die Handschrift des Cherut verratende Erklärung von Vizeaußenminister Milo an.

Diese Erregung gründet sich in alten, tief verwurzelten Ängsten und in heutigen Sorgen um die Zukunft Israels, der deutsch-jüdischen und der deutsch-israelischen Beziehungen. Sie betreffen

- das Gespenst eines deutschen Antisemitismus;
- die Befürchtung, der Holocaust werde zunehmend vergessen oder nicht mehr als einzigartig verstanden;
- den Argwohn, durch die Enttabuisierung ihrer traumatischen Erfahrungen wollten die Deutschen den Juden und Israel gegenüber gleichgültig werden;
- die Erkenntnis, daß es in Deutschland wieder eine wirtschaftliche, sozial und insbesondere politisch aktive jüdische Gemeinde gibt, die nicht bereit ist, nach Israel einzuwandern.

Die Empfindsamkeit, mit der man hier auf alle als antisemitisch wahrgenommenen Vorkommnisse in Deutschland reagiert, die Erregbarkeit bei allen kritischen deutschen Äußerungen zu jüdischen Fragen kennzeichnen eine Beziehung, die nicht nur von Interessen, sondern stärker noch von Gefühlen und moralischen Überzeugungen bestimmt wird. Es gibt jüdische Traumata, von denen Israel erwartet, daß zumindest Deutsche sie respektieren, weniger aus politischen als aus menschlichen Gründen.

Wir haben intensive und enge, in weiten Bereichen freundschaftliche Beziehungen, aber noch lange keine robuste Normalität. Daher lohnt es, sich mit Israels Reaktion auf die Fassbinder-Kontroverse zu befassen und daraus Lehren zu ziehen.

<sup>4</sup> Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete, daß in der israelischen Öffentlichkeit die „Nachricht von Absetzung Fassbinder-Stücks mit Erleichterung und Genugtuung“ aufgenommen worden sei: „Am antisemitischen Charakter des Fassbinder-Produkts gab es aus israelischer Sicht von Beginn an keinen Zweifel.“ Auf der Grundlage einer Erklärung des stellvertretenden israelischen Außenministers Milo sei in der Knesset beschlossen worden, von der Bundesregierung und der Stadt Frankfurt die Absetzung des Schauspiels zu fordern. Milo habe u. a. argumentiert: „Bundesregierung und Stadtverwaltung Frankfurt sind zum Verbot dieser ‚Manifestation von Antisemitismus in Deutschland‘ verpflichtet. Bundesregierung subsidiiert Frankfurter Theater.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1442; Referat 310, Bd. 149608.

<sup>5</sup> Die Wörter „1 Anlage“ wurden von Botschafter Haas, Tel Aviv, handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 26.

<sup>6</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Haas, Tel Aviv, vgl. Referat 310, Bd. 149608.

## II. 1) Antisemitismus in Deutschland

Von allen Ängsten, die Israelis mit der Bundesrepublik Deutschland verbinden, steht der Antisemitismus bei weitem an der Spitze. In einer Umfrage des angesehenen israelischen PORI<sup>7</sup>-Instituts vom März 1982 bekannten sich 32 % der Befragten zu dieser Angst. (Die Sorge vor einer „Rückkehr zum Faschismus“ nannten 7 %, vor „Waffenlieferungen an Araber“ 5,6 %.) Die Furcht vor einem Wiedererwachen des deutschen Antisemitismus herrscht auch bei Israelis, die das neue Deutschland unmittelbar kaum kennen. Die Ergebnisse der vier großen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, die in der Bundesrepublik zum Antisemitismus durchgeführt wurden, sowie die Sinus-Studie über rechts-extremistische Einstellungen bei den Deutschen sind jedoch bekannt:

- Das „Gruppenexperiment“ von 1950/51<sup>8</sup>, das 28 % der Teilnehmer als nicht antisemitisch, 10 % als betont projüdisch, 25 % als bedingt antisemitisch und 37 % als extrem antisemitisch auswies;
- die Schönbach-Untersuchung 1960<sup>9</sup>, die bei 16 % der Befragten antisemitische Einstellungen, bei 24 % keine erkennbare Reaktion, bei 41 % eine gewisse Distanzierung von antisemitischen Einstellungen und bei 19 % eine lebhaft ablehnung antisemitischer Einstellungen diagnostizierte;
- die umfassende Silbermann-Studie von 1975<sup>10</sup>, die „neben einer toleranten Gruppe von etwa 30 % und einer stark antisemitischen Gruppe von etwa 20 % bei der Hälfte der Bevölkerung zumindest Reste antisemitischer Einstellungen“ aufwies.

Hierauf basiert die manchmal in Israel anzutreffende Behauptung, 70 % der Deutschen seien antisemitisch;

- die Vorurteilsuntersuchung von Badi Panahi von 1979<sup>11</sup>, in der u. a. 23,6 % die Behauptung ablehnten, „Juden sind ehrliche Geschäftsleute“, und 36,7 % dem Satz zustimmten, „Juden sind darauf aus, alles, was mit Geld zu tun hat, zu kontrollieren und eine Macht auszuüben“;

<sup>7</sup> Public Opinion Research of Israel.

<sup>8</sup> Das Institut für Sozialforschung an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main führte 1950/51 Untersuchungen zu Einstellungen in der Bevölkerung der Bundesrepublik zu gesellschaftlichen und politischen Fragen durch. Ermittelt und analysiert wurden Einstellungen zur Demokratie, zur Mitverantwortung am Nationalsozialismus und am Zweiten Weltkrieg, zu den Juden, zum westlichen Ausland und zu Mittel- und Osteuropa, zur Remilitarisierung und zum Thema „Deutsche Selbstbeurteilung“. Zu den Ergebnissen hinsichtlich der „Einstellung zu den Juden“ vgl. GRUPPENEXPERIMENT. Ein Studienbericht, bearbeitet von Friedrich Pollock, Frankfurt am Main 1955, S. 219–223.

<sup>9</sup> Vgl. Peter SCHÖNBACH, Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60, Frankfurt am Main 1961.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „1974“.

In seiner im Juli 1975 vorgelegten Studie „Antisemitismus heute. Eine empirisch-soziologische Untersuchung in der Bundesrepublik Deutschland über die Latenz eines Vorurteils“ kam der Direktor des Forschungsinstituts für Soziologie der Universität zu Köln, Silbermann, zu dem Ergebnis, „daß es in der Bevölkerung der BRD einen Bodensatz zwischen 15 und 20 % mit ausgeprägten antisemitischen Vorurteilen gibt. Bei weiteren 30 % ist Antisemitismus mehr oder weniger stark als Latenz vorhanden.“ Für die Studie vgl. Referat 012, Bd. 106021.

Die Ergebnisse wurden im Juni 1976 einer breiteren Öffentlichkeit in der Monatszeitschrift „Bild der Wissenschaft“ zugänglich gemacht. Vgl. den Artikel von Alphons Silbermann, „Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland“, in: BILD DER WISSENSCHAFT 13 (1976), Heft 6, S. 68–74.

<sup>11</sup> Vgl. Badi PANAH, Vorurteile. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus ... in der Bundesrepublik heute. Eine empirische Untersuchung, Frankfurt am Main 1980.

- die Sinus-Studie von 1980<sup>12</sup>, die zwar nicht speziell Antisemitismus maß, aber bei 13 % der deutschen Wähler ein rechtsextremes Weltbild erkannte und betonte, daß Antisemitismus zumindest latent in allen rechtsextremen Gruppen feststellbar ist.

Die israelische Presse hat diese Sorgen anlässlich der Kontroverse um Fassbinders Stück deutlich widerspiegelt. Zahlreiche Artikel konstatierten das Entstehen eines „neuen Antisemitismus“, der unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit aus der Latenz in die Aktion getreten sei, da die Scham über Auschwitz nachlasse. Andererseits haben einzelne Kritiker durchaus darauf hingewiesen, daß nicht jede deutsche Kritik an Juden und jeder Ausdruck deutscher Judenfeindlichkeit als Antisemitismus gebrandmarkt werden können. Diese Stimmen – allerdings waren es wenige – haben Fassbinder, Rühle und die Theaterdirektoren, die sich mit letzterem solidarisierten, ausdrücklich vom Vorwurf des Antisemitismus ausgenommen.

Daß die Debatte der Knesset kaum Differenzierungen enthielt – abgesehen von der Tatsache, daß die Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai<sup>13</sup> mehrmals positiv erwähnt wurde – und Vizeaußenminister Milo in seiner Zusammenfassung pauschal von „diesem furchtbaren Schauspiel einer antisemitischen Auf-führung“ oder „diesen Manifestationen von Antisemitismus in Deutschland“ sprach, sollte nicht überbewertet werden. Sie zeigt eher, daß die Knesset kein Forum für differenzierende Betrachtungen ist und daß die gesellschaftlich wichtigeren Debatten in den Medien stattfinden. Im israelischen Außenministerium wurde uns geraten, die Ausführungen Milos „nicht zum Nennwert zu nehmen“.

Angesichts der Tatsache, daß sich ein Drittel der Israelis vor dem Gespenst eines deutschen Antisemitismus fürchtet und sozialwissenschaftliche Studien spiegelbildlich bei einer etwa gleich großen Zahl von Deutschen latent antisemitische Einstellungen vermuten lassen, ist es wenig sinnvoll, in der Überzeugung, es besser zu wissen, die israelischen Sorgen als irrelevant abzutun. Der Verweis auf die geringe Stimmenzahl rechtsradikaler Parteien bei Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland ist jedenfalls nicht geeignet, israelische Sorgen zu zerstreuen, da Juden in aller Welt auch demokratische, antiautoritäre Antisemiten kennengelernt haben.

Die Ängste der Israelis dürften erst in dem Maße schwinden, wie in Deutschland die Kräfte „zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“ (Theodor W. Adorno)<sup>14</sup> sichtbar werden. Nach israelischer Überzeugung ist Antisemitismus vor allem in Deutschland kein Problem der Juden, sondern der Gesellschaft. Es würde dem deutsch-israelischen Verhältnis zugute kommen, wenn

<sup>12</sup> Im Auftrag des Bundeskanzleramts führte das Sozialwissenschaftliche Institut Nowak und Sörgel (SINUS) 1980 eine Studie zu rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundesrepublik durch. Für die Ergebnisse vgl. 5 MILLIONEN DEUTSCHE: ‚WIR SOLLTEN WIEDER EINEN FÜHRER HABEN ...‘. Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, mit einem Vorwort von Martin Greiffenhagen, Reinbek bei Hamburg 1981.

<sup>13</sup> Zur Rede des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 vgl. Dok. 118, Anm. 34.

<sup>14</sup> Vgl. Theodor W. ADORNO, Erziehung nach Auschwitz, in: derselbe, Gesammelte Schriften, hrsg. von Rolf Tiedemann unter Mitwirkung von Gretel Adorno, Susan Buck-Morss und Klaus Schultz, Bd. 10/2: Kulturkritik und Gesellschaft II. Eingriffe, Stichworte, Anhang, Darmstadt 1998, S. 679.

diese Erkenntnis auch in Deutschland deutlicher als bisher ausgesprochen würde.

## 2) Bedeutung des Holocaust

Wie die israelische Öffentlichkeit in Deutschland einen Antisemitismus „neuer Form“ perzipiert, glaubt sie auch einen Wandel in der Bedeutung des Holocaust zu erkennen. Daß Fassbinder 1976 mit Sätzen wie „Sie haben vergessen, ihn zu vergasen“, das Holocaust-Tabu durchbrach, gilt Israelis nicht so sehr als Skandal wie die Tatsache, daß es 1985 möglich sein soll, solche Sätze auf eine Bühne zu bringen. Sie sehen darin einen Verlust der deutschen Scham, zu der sich die Bundespräsidenten von Heuss bis zu von Weizsäcker bekannt haben.

In israelischen Augen ist der Holocaust zugleich eine universale, alle Menschen betreffende Erfahrung und ein einzigartiges, nur Juden betreffendes Schicksal. Zwar gilt er nicht als ursächlich für die Gründung des Staates Israel, doch weiß sich Israel in seiner ganzen jüdischen Existenz dem Erbe des Holocaust verpflichtet. Jeder Versuch, dieses Erbe seiner Unvergleichbarkeit zu entkleiden oder in seiner Bedeutung für die Judenheit zu relativieren, provoziert in Israel wie in der Diaspora heftigste Proteste.

Für kaum einen Juden ist vorstellbar, daß das geheiligte Andenken an den Holocaust anderen Werten untergeordnet werden könnte. Obschon die israelische Theaterzensur „zuerst und vor allem vom Prinzip der Freiheit des Ausdrucks“ geleitet wird, wird bei einer Schmähung der Überlebenden des Holocaust der Ruf nach dem Zensor fast reflexhaft. Wie für uns die Erfahrungen der Nazizeit die Freiheit der Kultur besonders schutzwürdig gemacht hat, hat die jüdische Erfahrung des Holocaust das Andenken an die Opfer unantastbar gemacht. Viele Israelis fragen sich, ob nicht auch gerade in Deutschland das Andenken an die Opfer Priorität vor der Freiheit der Kultur haben müßte.

Der Holocaust ist kein Thema, bei dem Israel Kritik – und dann noch von Deutschen – ertragen kann. Für Israelis ist es eindeutig, daß im Konflikt zwischen Zensur – sei es offizieller oder populistisch erzwungener – und Freiheit der Kultur die Erben des Holocaust immer das letzte Wort haben müssen. Wir sollten das respektieren.

## 3) Normalität im deutsch-israelischen Verhältnis

Israelis, das hat die Kontroverse erneut gezeigt, erkennen noch keine Normalität im bilateralen Verhältnis oder lehnen sie ab. Da es zwischen Opfern und Tätern keine Gleichheit geben kann, kann es auch keine deutsch-israelische Normalität geben. Für Israelis ist Normalisierung, die sie durchaus anstreben, ein Prozeß geduldigen Gebens und Nehmens, der nicht einseitig für beendet erklärt werden kann. Es macht somit auch keinen Sinn, daß sich die Nachkommen der Opfer mit den Nachkommen der Täter versöhnen, da beide ja keinen Streit miteinander haben und für einander nicht Opfer oder Täter sind. Es ist daher positiv aufgenommen worden, daß der Bundespräsident in Israel ausdrücklich betont hat, er sei nicht gekommen, um Versöhnung zu erbitten.<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte Israel vom 8. bis 11. Oktober 1985. Vgl. dazu Dok. 281, Anm. 2.

In einem Interview für das ZDF-„Heute-Journal“ am 11. Oktober 1985 führte Weizsäcker in Tel Aviv aus, er habe „weder in der Vorbereitung noch während der Durchführung des Besuchs von

Wo der Verdacht besteht, daß Normalität „erpreßt“ werden soll, reagieren die Israelis sehr gereizt. Angeblichen deutschen Aussagen, vierzig Jahre nach Kriegsende müsse der offizielle „Philosemitismus“ revidiert oder gar die „Schonzeit für Juden“ aufgehoben werden, wird mit Zorn begegnet. Takt und Behutsamkeit sind in diesem Prozeß besonders wichtig.

Israelische Gesprächspartner meinen oft, Deutsche seien geneigt, Normalität vorauszusetzen, wo sie noch nicht gegeben ist. Bei der Fassbinder-Kontroverse hat die israelische Presse daher sehr kritisch „zunehmende Insensibilität“ der Deutschen gegenüber Juden und ein „wachsendes deutsches Gefühl, daß die Nachholocaustepoche besonderer Berücksichtigung jüdischer Interessen zu Ende gehe“, konstatiert. Die Behauptung, man habe die Schärfe der jüdischen Reaktion auf Fassbinders Stück nicht im voraus wissen können, ist hier vielfach als mangelnde Empfindsamkeit und „Nicht-Wissen-Wollen“ interpretiert worden.

Hinter der israelischen Betonung, daß unsere beiden Länder immer noch „besondere“ Beziehungen hätten, steht die Sorge, mit zunehmender Normalisierung das bisher äußerst intensive deutsche Interesse an Israel, das sich – wie hier anerkannt wird – auch auf die Politik der EG ausgewirkt hat, zu verlieren. Nach der bereits erwähnten PORI-Umfrage vom März 1982 steht „Gleichgültigkeit gegenüber dem Staat Israel“ mit 13 % an zweiter Stelle der bezüglich Deutschlands gehegten Ängste. In einer Zeit, wo Israel auf Fürsprecher in besonderer Weise angewiesen ist, dürfen wir nicht vergessen, daß die Furcht vor deutscher Indifferenz das israelische Selbst- und Sicherheitsgefühl in der Tat beeinträchtigen kann. Wir sollten daher deutlich machen, daß Normalisierung gleichbedeutend ist mit Intensivierung unserer Beziehungen<sup>16</sup> sowie gegenseitigem Füreinander-Einstehen und daß Normalität nicht Gleichgültigkeit, sondern Offenheit und Vertrauen impliziert sowie Verständnis für die Ängste und Sorgen der anderen Seite.

Schließlich sollten wir berücksichtigen, daß die Zurückweisung von Normalität nicht die Ablehnung angebotener Freundschaft bedeutet, sondern, eher im Gegenteil, das Anerkenntnis einer gemeinsamen Verpflichtung: der Israelis für die Opfer und der Deutschen für die Nichtwiederholung des Holocaust. In dem Maße, in dem eine Seite der anderen die angemessene Wahrnehmung dieser Verpflichtung anerkennt, ist Normalisierung möglich.

#### 4) Juden in Deutschland:

Als wichtiger Ausdruck fortschreitender Normalisierung erscheint vielen Israelis das Wiederentstehen einer politisch bewußten jüdischen Gemeinde in Deutschland. Das einheitliche Auftreten dieser Gemeinde bei der Kontroverse um Bitburg<sup>17</sup> und bei der Diskussion um Fassbinders Stück<sup>18</sup> haben viele Is-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1719*

Versöhnung gesprochen, wohl aber von einem engen Geflecht von Beziehungen, bei dem man mit gegenseitigem Verständnis für die Lage des anderen aufeinander zugeht.“ Vgl. die Kommentarübersicht des Presse- und Informationsamts, Nr. 197 vom 14. Oktober 1985, S. 3; Referat 310, Bd. 149587.

<sup>16</sup> Der Passus „Normalisierung ... Beziehungen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>17</sup> Zur Kontroverse um den gemeinsamen Besuch des Präsidenten Reagan und des Bundeskanzlers Kohl auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg vgl. Dok. 95 und Dok. 123.

Botschafter van Well, Washington, resümierte am 16. April 1985 Berichte in der amerikanischen Presse über den geplanten Besuch. Darin kämen auch „Werner Nachmann, Heinz Galinski und



raelis mit gemischten Gefühlen betrachtet. Einerseits wurde anerkannt, daß aus den „Schutzjuden“ ein „aktiver Faktor“ wurde, was „den Juden in Deutschland in Zukunft einen würdigeren Status einbringen“ könnte; andererseits wurde aber auch gesagt, wenn in Deutschland wieder jüdisches Leben herrsche, sei dies „eine der schlimmsten seelischen Verirrungen des jüdischen Schicksals“. Die schärfsten Stellungnahmen kamen aus der Knesset, in der fünf der sechs Redner das Verbleiben von Juden in Deutschland streng kritisierten und Vizeaußenminister Milo die deutschen Juden fragte, was sie „in der Wiege der Nazigreuel“ machten, wo es doch ein Heimatland des jüdischen Volkes gebe.

Das Neuentstehen einer – wenn auch noch so heterogenen – aktiven jüdischen Gemeinschaft in Deutschland ist für viele Israelis schlicht unwürdig. Deutlich klang die Kritik an, daß man nicht beides haben könne: wirtschaftlichen Wohlstand und Schutz vor Antisemitismus. Beeindruckt hat jedoch das Verhalten des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Frankfurts.<sup>19</sup> Er habe sich bekannt und sowohl vor dem deutschen wie vor dem israelischen Fernsehen beeindruckt. Nicht akzeptabel für israelische Ohren waren jedoch die Gründe für sein Verbleiben in Deutschland (er wolle verhindern, daß Hitler posthum den Erfolg habe, Mitteleuropa „judenrein“ zu sehen) sowie seine Behauptung, daß er in Deutschland lebe, gehöre zur Normalisierung.<sup>20</sup> Die Auseinandersetzung ge-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1720*

andere deutsche Juden zu Wort, die das bisherige Programm scharf kritisieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1881; Referat 204, Bd. 135297.

Am 4. Mai 1985 wurde in der Presse gemeldet, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Nachmann, habe angekündigt, daß es während des Besuchs von Kohl und Reagan im ehemaligen Konzentrationslager in Bergen-Belsen Demonstrationen geben werde, falls der Besuch in Bitburg tatsächlich stattfinden sollte. Vgl. dazu die Meldung „Nachmann: Die Regierungschefs könnten Polizeischutz brauchen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Mai 1985, S. 4.

- 18 Am 18. Oktober 1985 wurde in der Presse berichtet, daß der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Galinski, in einer öffentlichen Sitzung der Repräsentantenversammlung der Gemeinde an den Intendanten des Schauspielhauses in Frankfurt am Main, Rühle, appelliert habe, das Schauspiel „Der Müll, die Stadt und der Tod“ vom Spielplan zu nehmen. Kurz vor dem Jahrestag der Pogromnacht am 9. November „sei es ‚ein Unding, daß im künstlerischen Gewande purer Antisemitismus verbreitet‘ werde“. Vgl. den Artikel „Galinski, Rühle, Rommel: Appelle“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Oktober 1985, S. 27.

- 19 Botschaftsrat I. Klasse Pieck, Tel Aviv, resümierte am 1. November 1985 einen Artikel der israelischen Tageszeitung „Ma'ariv“, in dem die „Toleranz und Zurückhaltung“ der Direktion des Schauspielhauses in Frankfurt am Main hervorgehoben werde: Diese habe mit den Demonstranten, die bei der Premiere von „Der Müll, die Stadt und der Tod“ die Bühne gestürmt hätten, eine Diskussion geführt: „Unter den Demonstranten war auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, Bubis, der Bauunternehmer in Frankfurt ist und dessen Aktivitäten auf dem Frankfurter Immobilienmarkt eines der Vorbilder für die Figur des reichen jüdischen Grundstücksspekulanten waren. Auf die Frage der Ma'ariv-Korrespondentin erklärte er: ‚Sie sollen wissen, daß wir uns nicht noch einmal wie Schafe vor die Schlachtbank führen lassen. Wir protestieren gegen jede Manifestation von Antisemitismus in Deutschland, auch gegen die Rechtsradikalen und die gemeinsame Wallfahrt Kohls und Reagans zu den Gräbern der SS-Leute in Bitburg.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1392; Referat 310, Bd. 149608.

- 20 Botschafter Haas, Tel Aviv, berichtete am 13. November 1985, die Absetzung des Schauspiels „Die Stadt, der Müll und der Tod“ habe in den israelischen Fernsehnachrichten wie in „anschließender Magazinsendung prominenten Platz“ eingenommen. In dieser habe „eigens eingeflogener Vorsitzender Jüdischer Gemeinde, Bubis, Haltung und Vorgehen seiner Gruppe erläutert. Auf aggressive Frage ‚Was haben die Juden in Deutschland eigentlich dort noch verloren?‘ antwortete Bubis sinngemäß, ‚wenn deutsche Juden Deutschland verließen, würde Hitler nachträglich sein Ziel erreichen‘. Verbleib in Deutschland gehöre zur ‚Normalisierung‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1445; Referat 310, Bd. 149585.

wagt und den jüdischen Selbstbehauptungswillen demonstriert zu haben, hat ihm und den Juden in Deutschland, wenn nicht Zustimmung, so nach langer Zeit eher distanzierter Behandlung doch Respekt eingebracht.

Hinter der generellen israelischen Geringschätzung jüdischer Präsenz in Deutschland steht eine doppelte Anklage: zum einen der allgemeine, die gesamte jüdische Diaspora betreffende Vorwurf, nicht dem zionistischen Appell zu folgen, und zum anderen der spezielle, aus dem Holocaust, in dem die Judenheit durch deutsche Schuld ein Drittel ihrer Mitglieder verloren hat, keine besondere Konsequenz zu ziehen. Darüber hinaus wird gerade aus Israel die Kritik laut, einige Juden seien im Land des Wirtschaftswunders, ohne viel dazu beigetragen zu haben, reich und prominent geworden. Im Interesse der Juden in Deutschland sollten wir darauf hinweisen, daß Juden Wichtiges zum Wiederaufbau der deutschen Demokratie geleistet haben.

III. Trotz einiger Leserbriefe, die uns aufforderten, uns<sup>21</sup> für die Absetzung des Stückes einzusetzen, und einer verschleierte Demonstrationsdrohung war die Botschaft in die Kontroverse nicht unmittelbar einbezogen. Die im Vergleich zu Bitburg bemerkenswerte Zurückhaltung ist wohl vor allem auf folgende Gründe zurückzuführen:

a) Die Kontroverse war mehr eine intellektuelle als eine politisch-existentielle. Sie spielte sich auf der ganzen Breite der Medien ab, reichte aber nicht sehr tief in die Bevölkerung. Die Knesset-Debatte wurde in der Öffentlichkeit wenig beachtet und in den Medien nur knapp kommentiert, zum Teil sogar kritisiert. Einsichtigen war klar, daß die Regierungen nicht betroffen waren.

b) Mäßigend wirkte, daß Rühle schließlich zurücksteckte<sup>22</sup>, damit eine erlösende Entscheidung traf und die jüdische Gemeinde Frankfurts keinen Sieg für sich, sondern einen „der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes“ reklamierte.<sup>23</sup>

c) Weiterhin kam der Botschaft zugute, daß zeitgleich mit den Frankfurter Demonstrationen ein Schauspieler der Berliner Schaubühne auf Einladung des Haifaer Theaters und mit Unterstützung der Botschaft eine „Eichmann Collage“ aufführte<sup>24</sup>, die viel Lob erhielt und der Kritik, Deutschland tue zu wenig für die Aufarbeitung seiner Vergangenheit, Wind aus den Segeln nahm. Daß die Demonstrationen in Frankfurt und Ausschnitte aus der „Eichmann Collage“ nebeneinander im israelischen Fernsehen gezeigt wurden, wirkte für uns positiv.

d) Schließlich – und das dürfte vielleicht der entscheidende Grund sein – hat die israelische Öffentlichkeit kaum Zweifel an der projüdischen und proisraeli-

<sup>21</sup> Korrigiert aus: „sich“.

<sup>22</sup> Am 12. November 1985 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Pleuger der Botschaft in Tel Aviv mit, daß der Intendant des Schauspielhauses in Frankfurt am Main, Rühle, den Verzicht auf die Aufführung erklärt habe: „Rühle begründete diesen Schritt mit der Rücksicht auf den inneren Frieden der Stadt und die Arbeitsfähigkeit des Theaters. Der Aufführung sei der Vorwurf des Antisemitismus nicht zu machen. [...] Die Auseinandersetzungen seien so verhärtet, daß eine erkennende Wahrnehmung des Stückes nicht mehr gewährleistet sei.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 310, Bd. 149608.

<sup>23</sup> Für das Zitat aus einem Artikel der israelischen Tageszeitung „Ma'ariv“ vgl. den Drahtbericht Nr. 1445 des Botschafters Haas, Tel Aviv, vom 13. November 1985; Referat 310, Bd. 149585.

<sup>24</sup> Am 24. Mai 1985 wurde an der Schaubühne am Lehniner Platz in Berlin (West) das Theaterstück „Ich habe mitgedacht.“ Eine Geschichte Adolf Eichmanns. Zusammengetragen und erzählt von Michael Maassen“ uraufgeführt.

schen Einstellung des offiziellen Deutschlands. Besonders nach der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai, nach seinem Staatsbesuch in Israel und nach der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Teddy Kollek<sup>25</sup> wären allzu heftige Proteste nicht gerechtfertigt erschienen.

Die Kontroverse hat erneut gezeigt, wie verletzlich die deutsch-israelischen Beziehungen weiterhin sind, wie schnell Mißtrauen und Ressentiment Platz greifen können und wie mühsam sich differenzierende Betrachtungsweisen durchsetzen. Daß in Frankfurt nicht nur Juden demonstriert haben, daß es eine starke Solidarisierungswelle gab, daß die Freiheit der Kultur für uns ein kostbares Gut ist, daß Bundesregierung, Landesregierung und Stadtverwaltung nicht in die Programmhoheit des Intendanten eingreifen konnten, daß Frankfurt auf Gegenmaßnahmen gegen die Demonstranten bewußt verzichtete und dergleichen mehr, ist hier nicht ausreichend wahrgenommen worden. Das hohe Niveau, die Offenheit und die Ernsthaftigkeit der Debatte wurden gleichfalls nur zögernd und selten ohne relativierende Kommentierung registriert.

Dennoch wurden auf beiden Seiten Denkprozesse angeregt, die in Deutschland zu größerer Sensibilität gegenüber den Gefahren eines Antisemitismus und in Israel zu differenzierteren Reaktionen auf deutsche Ereignisse führen sollten. Vielleicht ist die Überzeugung gewachsen, daß es die gemeinsame Aufgabe gibt, im Kampf gegen den Rassismus und in der Verteidigung der Freiheit zusammenzustehen. Soweit die Fassbinder-Kontroverse solche Einsichten gefördert hat, war sie nicht überflüssig.

Zum heutigen Kurierschluß erscheint der beiliegende ganzseitige Artikel in Jerusalem Post.<sup>26</sup>

Haas

**Referat 310, Bd. 149608**

<sup>25</sup> Für seine Bemühungen um das friedliche Zusammenleben von Juden, Christen und Muslimen in Jerusalem wurde dem Bürgermeister von Jerusalem, Kollek, am 13. Oktober 1985 in der Paulskirche in Frankfurt am Main der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. Vgl. dazu die Artikel „Kolleks Werk der Aussöhnung gewürdigt“ und „Die Kette der Gewalt durchbrechen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 14. Oktober 1985, S. 1 und S. 34.

<sup>26</sup> Dieser Satz wurde von Botschafter Haas, Tel Aviv, handschriftlich eingefügt.

Der Artikel von Henryk Broder, „It thinks inside Germans“; THE JERUSALEM POST vom 3. Dezember 1985, S. 5, ist dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 310, Bd. 149608.

## Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-15708/85 geheim

Aufgabe: 3. Dezember 1985, 22.05 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1941

Ankunft: 3. Dezember 1985, 22.37 Uhr

Betr.: DPC-Sitzung 3.12.1985<sup>2</sup>;

hier: Restricted Session zu: NL nukleare Rollen; Genfer Gipfel

Zur Unterrichtung

II. Restricted Session<sup>3</sup>

A. Unter diesem Tagesordnungspunkt erläuterte der NL-Verteidigungsminister de Ruiter die Entscheidung der Regierung, mit der Stationierung von 48 GLCM die Zahl der niederländischen nuklearen Rollen zu reduzieren und die Nuklearkapazität der F-16 und Orion aufzugeben.<sup>4</sup> Er begrüßte die positive Reaktion des Bündnisses auf das NL-Konsultationsbegehren und warb um Verständnis für die Situation seiner Regierung. Er räumte ein, daß die Auffassung der Allianz, es gebe kein militärisches Rational für den Wegfall der F-16- und Orion-Rolle, nicht ungerechtfertigt sei; die Entscheidung sei eine politische Entscheidung. Das NL-Parlament und die Öffentlichkeit seien tief gespalten; nukleare Waffen seien zwar weiter unumgänglich erforderlich, man müsse jedoch unsere Abhängigkeit von Nuklearwaffen reduzieren; dem diene die Paketlösung („package“), zu der man sich entschlossen habe. Man solle nicht übersehen, daß die Opposition gegen GLCM nach wie vor stark sei. Ein Wiederaufwerfen der Reduzierungsentscheidung würde eine Neuverhandlung des ganzen Pakets bedeuten. Die NL trügen auch in Zukunft mit GLCM, LANCE und Rohrartillerie einen vernünftigen und ausbalancierten Anteil an den nuklearen Kapazitäten des Bündnisses. Die verbleibenden Systeme würden zur Verbesserung der Überlebensfähigkeit, Wirksamkeit und Reaktionsfähigkeit modernisiert. Die

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 4. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth „z[ur] K[enn]ntnisnahme“ verfügte.

Hat Ruth am 5. bzw. am 20. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 3./4. Dezember 1985 in Brüssel vgl. das Communiqué; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 152–155. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 127–130.

<sup>3</sup> Unter Tagesordnungspunkt I der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 3./4. Dezember 1985 gab der Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, de Jager, seinen Bericht. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), teilte am 3. Dezember 1985 mit, de Jager habe sich dabei „auf die aktuellen Gesichtspunkte zu Conventional Defense Improvement (CDI); Conceptual Military Framework (CMF) und die aktuellen Erfordernisse zur Implementierung der gültigen NATO-Strategie“ konzentriert. Vgl. den Drahtbericht Nr.1934; VS-Bd. 12020 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Zur Absicht der niederländischen Regierung, die Zahl ihrer nuklearen Aufgaben zu reduzieren, vgl. Dok. 320.

Am 9. Dezember 1985 vermerkte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl: „Trotz der erheblichen Bedenken, die die Allianzpartner in den von den NL angestregten Bündniskonsultationen vorgebracht haben, hat die NL-Regierung die Reduzierungen Anfang Dezember beschlossen.“ Die Entscheidung sei NATO-Generalsekretär Lord Carrington mit Schreiben vom 2. Dezember 1985 mitgeteilt worden. Vgl. VS-Bd. 12047 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

F-16 erhalte eine Allwetterfähigkeit; dies sei Teil der zusätzlichen konventionellen Maßnahmen und nicht als Kompensation für die nukleare Rolle gedacht. Sollte die GLCM-Stationierung infolge eines Rüstungskontrollabkommens nicht oder nur teilweise verwirklicht werden, dann werde die NL-Regierung auch die Frage der nuklearen Rollen neu überdenken.

B. An der Aussprache zu diesem Thema beteiligten sich die Minister Heseltine, Dr. Wörner, de Donnea, Spadolini und Weinberger, d.h. die Minister aller LRINF-Stationierungsländer.

1) Minister Heseltine kritisierte zunächst den Ansatz der NL-GLCM-Entscheidung, die den Anschein eines „Dutch deal with the Soviets“ erweckt habe. Ein Eingehen der SU auf das NL-Angebot<sup>5</sup> hätte zu unakzeptablen Folgen für das Bündnis geführt. H. begrüßte die GLCM-Entscheidung und bezeichnete dann die Paketlösung als falsch; sie mache militärisch keinen Sinn, untergrabe die Montebello-Entscheidung<sup>6</sup> und sei auch politisch falsch, denn es sei unrealistisch, zu erwarten, daß die Protestbewegung durch die Rollenreduzierung zu beeindruckend sei. Sie könnte sogar zu der Auffassung kommen, wenn man nur genügend Spektakel („fuss“<sup>7</sup>) mache, werde sich die Regierung schon beugen. Weder bei der Protestbewegung noch bei den Sowjets sei durch Nachgeben etwas zu gewinnen. Er sei über die Paketlösung traurig, sie werde Rückwirkungen auf andere NATO-Länder haben; andere Regierungen werden gefragt werden: Warum können wir dem NL-Beispiel nicht folgen?

2) BM Dr. Wörner pflichtete seinem britischen Kollegen ausdrücklich bei: Er habe Verständnis für die politischen Schwierigkeiten der NL-Regierung. Wir seien mit den gleichen Problemen konfrontiert gewesen und hätten sie gemeistert. Vor zwei Jahren hätten 500 000 Menschen gegen die Stationierung protestiert<sup>8</sup>; beim 30jährigen Bundeswehrjubiläum<sup>9</sup> habe die Protestbewegung 5000 Menschen auf die Beine gebracht. Man könne politische Schwierigkeiten mit Entschlossenheit überwinden; es müsse getan werden, was militärisch notwendig und politisch vernünftig sei. Die Sowjets seien wegen der Entschlossenheit des Westens an den Verhandlungstisch zurückgekehrt. Er verstehe die NL-Argumentation nicht, daß man mit einer Rollenreduzierung die Abhängigkeit von Kernwaffen verringere. Der richtige Weg zu diesem Ziel sei die Verbesse-

<sup>5</sup> Botschafter von der Gablentz, Den Haag, berichtete am 12. April 1985, daß der niederländische Außenminister van den Broek dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 10. April 1985 in Moskau das im niederländischen Nachrüstungsbeschluß vom 1. Juni 1984 „enthaltene Angebot an Moskau (keine Stationierung, falls am 1.11.85 nicht mehr SS-20 stationiert sind als am 1.6.84) zu erläutern. Gromyko lehnte unerwartet deutlich jedes auch nur taktische Eingehen auf NL-Angebot ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 269; Referat 201, Bd. 143473.

<sup>6</sup> Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28. Oktober 1983 in Montebello vgl. AAPD 1983, II, Dok. 321.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „fuzz“.

<sup>8</sup> Vom 15. bis 22. Oktober 1983 veranstaltete die Friedensbewegung in der Bundesrepublik eine „Aktionswoche“, an der nach Angaben der Veranstalter etwa 1,3 Millionen Menschen, nach Angaben des Bundesministeriums des Innern 500 000 Demonstranten teilnahmen. Vgl. dazu den Artikel „Hunderttausende demonstrieren auf den Straßen für Frieden“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. Oktober 1983, S. 1.

<sup>9</sup> Am 12. November 1985 fand im Bundesministerium der Verteidigung ein Festakt zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr statt. Am folgenden Tag nahmen Bundeskanzler Kohl und das Kabinett eine Feldparade auf dem Truppenübungsplatz Bergen ab, und am 14. November 1985 gab Kohl im Bundestag eine Erklärung anläßlich des Jahrestags ab. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 1105–1119.

rung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. Er sei über die NL-Entscheidung sehr unglücklich. Sie sei auch unlogisch. Sowohl der Doppelbeschluss von 1979<sup>10</sup> als auch der Montebello-Beschluss von 1983 hätten dem Ziel gedient, eine Schwerpunktverlagerung der nuklearen Waffensysteme des Bündnisses zugunsten von Systemen größerer Reichweite herbeizuführen. Die Aufgabe der nuklearfähigen F-16 sei gegen diesen Trend und verringere das Risiko der anderen Seite. Die NL könnten an politischen Einsatzoptionen im erweiterten geographischen Bereich nicht mehr teilnehmen; diese Last werde anderen aufgebürdet. Dies sei gerade für die Bundesrepublik Deutschland an der Frontlinie von großem Gewicht. Wenn es irgendeine Chance gebe, die niederländische Entscheidung zu überdenken, dann solle das mit Blick auf die Beibehaltung der F-16-Rolle geschehen.

3) Der belgische Minister de Donnea teilte die Besorgnis seines britischen und deutschen Kollegen. Die niederländische Entscheidung werde für sein Land schwere Probleme aufwerfen. Er teilte die Auffassung des Bündnisses, die im Schreiben des NATO-Generalsekretärs an die NL-Regierung<sup>11</sup> zum Ausdruck komme. Die Solidarität der NL in der GLCM-Frage verdiene Anerkennung, aber die Gesamtentscheidung sei enttäuschend.

4) Der italienische Minister Spadolini pflichtete zunächst den Ausführungen von BM Dr. Wörner zur Behandlung von Protestbewegungen bei. Er erinnerte daran, daß Italien sich trotz der stärksten kommunistischen Partei im Westen als erstes Land auf dem europäischen Kontinent mit der Bundesrepublik Deutschland assoziiert habe, als es um die LRINF-Entscheidung ging; man müsse Stärke zeigen, auch mit Blick auf die Verhandlungen in Genf<sup>12</sup>. Deshalb sei auch der Zeitpunkt der NL-Entscheidung falsch. In der Sache teile er die britische, deutsche und belgische Kritik. Die NL-Entscheidung setze ein schlechtes Beispiel und werde den Druck auf andere Regierungen verstärken.

5) Minister Weinberger stimmte den kritischen Ausführungen seiner Kollegen zu. Alle anderen LRINF-Stationierungsländer hätten vor schwierigen politischen Problemen gestanden. Es dürfe nicht dazu kommen, daß anderen Ländern zusätzliche Lasten aufgebürdet würden. Es wäre sowohl für die NATO als auch die NL von Vorteil, wenn die NL die Lage und ihre Entscheidung neu überdenken, ohne die GLCM-Verpflichtung aufzugeben.

6) In einer Antwort auf die Ausführungen seiner Kollegen wiederholte Minister de Ruiter im wesentlichen seine Argumentation. Entscheidend sei die GLCM-Entscheidung; dies sei auch im Sinne der Allianz. Eine Parlamentsmehrheit in der GLCM-Frage sei nur mit einer Rollenreduzierungsentscheidung erreichbar. Unter den gegebenen Umständen sei keine bessere Entscheidung möglich gewesen. Er sehe besonders die deutschen Besorgnisse in der F-16-Frage, aber er bäte auch um Verständnis und Anerkennung für die Entscheidung zur Auf-

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Schreibens des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington vom 27. November 1985 an Ministerpräsident Lubbers vgl. den Drahtbericht Nr. 1918/1919 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 2. Dezember 1985; VS-Bd. 11340 (220).

<sup>12</sup> Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 304.

rechterhaltung der nuklearen Kapazität des Ersten NL Korps mit LANCE und der Rohrartillerie. Damit habe man den militärischen Bedürfnissen des Bündnisses Rechnung getragen.

Minister de Ruiter führte weiter aus, man habe keinen „deal“ mit den Sowjets vorgehabt, sondern ihnen einen Anreiz zur Reduzierung der SS-20 geben wollen. Das „Paket“ werde 1988 implementiert werden; es liege in der Verantwortung der NL-Regierung zu entscheiden, was möglich sei, und das gegen die Allianzinteressen abzuwägen. Er verstehe die Besorgnis und kritischen Ausführungen seiner Kollegen, bäte jedoch auch um Verständnis für die Lage und Absichten seiner Regierung.

7) Der Generalsekretär schloß die Aussprache zu diesem Punkt mit der Bitte an Minister de Ruiter, die NL-Regierung über die Besorgnisse des Bündnisses zu unterrichten; vielleicht sei die NL-Regierung in der Lage, noch einmal über ihre Position nachzudenken.<sup>13</sup> Außerdem bat Lord Carrington, das DPC bald über die geplanten zusätzlichen Maßnahmen der Stärkung der konventionellen Kampfkraft der F-16 zu unterrichten.

<sup>14</sup>C. Genfer Gipfel<sup>15</sup>

US-VM führte seinen Bericht über die Begegnung Präsident Reagans mit GS Gorbatschow ein mit der Feststellung, der Erfolg beruhe auf der Stärke der Allianz durch die aktive Solidarität der Alliierten, wie sie u. a. in der INF-Stationierung zum Ausdruck gekommen sei. Er beruhe ferner darauf, daß die USA in den letzten fünf Jahren wieder an politischer, militärischer und wirtschaftlicher Stärke gewonnen hätten.

Präsident Reagan habe die alliierten Positionen mit Festigkeit vertreten. Weinberger gab eine kurze Darstellung der wichtigsten Gesprächspunkte und deren Niederschlags in der gemeinsamen Erklärung.<sup>16</sup> Er hob hervor, daß die sowjetische Seite der Bezeichnung „Interimsabkommen“ zugestimmt, dessen Charakterisierung als „getrennt“ (separate) aber abgelehnt habe.

Der Präsident habe die Möglichkeiten persönlicher Darlegung seiner Auffassungen genutzt, insbesondere um klarzustellen, daß die USA auf lange Sicht das Ziel verfolgen, von der Offensiv- auf die Defensivstrategie überzugehen, daß sie nicht beabsichtigen, Offensivsysteme im Weltraum zu stationieren und daß er nicht zur Beschränkung des SDI-Forschungsprogramms bereit sei. Die USA strebten drastische Reduzierung der Offensivwaffen an, dies aber nicht

<sup>13</sup> Botschafter von der Gablentz, Den Haag, teilte am 6. Dezember 1985 mit, der „Appell der Bundesgenossen, die Reduzierung der nuklearen Aufgaben (F-16 und Orion) noch einmal zu überdenken“, sei von der niederländischen Regierung und Öffentlichkeit zwar mit Verständnis aufgenommen worden, aber „gleichzeitig mit dem sicheren Wissen, daß die NL ihm nicht nachgeben können, wenn sie nicht die Grundentscheidung für Stationierung aufgeben wollen. Die Aufgabe der beiden Nuklearaufgaben ist und bleibt für den CDA Geschäftsgrundlage für die parlamentarische Zustimmung zur INF-Stationierung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 808; Referat 220, Bd. 130084.

<sup>14</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1942 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>15</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

um den Preis eines Verzichts auf die Defensivwaffen. Ziel sei, zu ausgeglicheneren Waffenarsenalen auf dem Weg der Einbeziehung von Defensivwaffen zu gelangen und auf eine Regelung dieses Übergangs hinzuarbeiten. Die USA modernisierten weiter ihr Offensivpotential, solange gesicherte Aussagen bezüglich eines Übergangs auf die Defensivstrategie nicht möglich seien. Der Präsident habe ferner die sowjetische Rüstungskontrollpraxis angesprochen samt der Probleme, die diese für den Abschluß weiterer Abkommen schaffe, sowie die sowjetischen Rüstungsanstrengungen bei der Modernisierung der Offensivwaffen behandelt.

Die Vereinbarung regelmäßiger Treffen und die für deren Vorbereitung notwendigen Kontakte bezeichnete Weinberger als einen Beitrag zur Friedenserhaltung. Klar sei allerdings, daß die sowjetische Propaganda mit dem Angebot drastischer Reduzierung bei den Offensivwaffen Druck auf den Westen ausüben werde. Hier müsse man sich auf einen schwierigen Prozeß vorbereiten.

Weinberger dankte für die vorgesehene Mitarbeit der Allianzpartner am SDI-Forschungsprogramm, das gut sei für die Allianz wie für deren Mitglieder und Erkenntnisse für die nichtmilitärische Nutzung und für die konventionelle Verteidigung erbringen werde. Einige Partner wünschten die Forschungsbeilegung durch Regierungsabkommen zu regeln, andere wünschten dies nicht: Wichtig sei, daß möglichst breite Teilnahme an der Forschung gesichert sei.

In der Aussprache hoben GB, NWG, I, DK, B, D, KAN, PTG die Rolle Präsident Reagans für den Erfolg der Genfer Begegnung hervor und dankten für die feste Haltung, die der Präsident in Vertretung der Allianzinteressen eingenommen habe. Der Gipfel eröffne Aussichten, der Weg zu deren Verwirklichung sei aber schwierig. Es komme darauf an, die Geschlossenheit der Allianz aufrechtzuerhalten.

GB-VM erinnerte an die positive Würdigung des Gipfels und des dahin führenden Prozesses durch PM Thatcher.<sup>17</sup> Die Welt hoffe auf einen kontinuierlichen West-Ost-Dialog, wobei es im Westen schwieriger sei, den Erwartungsdruck so zu dämpfen, wie GS Gorbatschow dies in seinen an die östliche Adresse gerichteten Erklärungen getan habe. Das amerikanische SDI-Programm eröffne für die Technologie völlig neue Perspektiven, die aus britischer Sicht eine Regierungsbeilegung rechtfertigten; das Abkommen mit den USA werde bald geschlossen.<sup>18</sup> Die Forschung müsse den Rahmen des ABM-Vertrages einhalten, denn wenn sich erst die Möglichkeit eines Ausbruchs aus dem Vertrag abzeichne, sei die Rüstungskontrolle insgesamt in Gefahr. NWG-VM<sup>19</sup> unterstrich Bedeutung, die SALT II und das Festhalten an den Grenzen dieses Abkommens

<sup>17</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 21. November 1985, daß Premierministerin Thatcher „sich positiv (besser als erwartet)“ zu den Ergebnissen des Treffens des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf geäußert, „jedoch vor Euphorie“ gewarnt habe: „Bei der Kleinarbeit (‘nitty gritty’) der Implementierung seien Schwierigkeiten unvermeidlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1845; Referat 204, Bd. 135307.

<sup>18</sup> Der britische Verteidigungsminister Heseltine und der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger unterzeichneten am 6. Dezember 1985 ein „Memorandum of Understanding“ über die britische Beilegung am SDI-Forschungsprogramm. Botschafter von Wechmar, London, teilte dazu am selben Tag mit: „Text wurde bisher nicht veröffentlicht. [...] Ratifizierung durch Parlament ist nicht vorgesehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2240; Referat 431, Bd. 145618.

<sup>19</sup> Anders C. Sjaastad.



trotz der Ungewißheiten über seine Einhaltung für die Fortführung der Rüstungskontrolle habe.

I-VM bezeichnete Genfer Gipfel als Augenblick der Stärke der Allianz, aber auch erhöhter Risiken. Bei den Genfer Verhandlungen müsse man schnell Fortschritte in Richtung auf eine fünfzigprozentige Reduzierung der Offensivwaffen erreichen, ehe die SU die Verbindung zum Weltraumthema herstelle. Bei der SDI-Forschung könnten Regierungsabkommen nützlich sein, etwa um den Technologietransfer sicherzustellen, dürften aber keinen Zwangscharakter tragen. Insgesamt gehe es darum, die Stellung der USA in den Genfer Verhandlungen zu stärken, ohne der SU Ansatzpunkte für ihre auf Spaltung des Westens zielende Propaganda in der Öffentlichkeit zu bieten.

B-VM führte aus, trotz des Gipfelerfolgs sei der Westen noch weit entfernt von seinem Ziel ausgewogener und verifizierbarer Rüstungskontrollabkommen. Immerhin hätten die jüngsten amerikanischen Vorschläge<sup>20</sup> den Westen in eine günstige taktische Position gebracht. Belgische Informationen aus Moskau besagten allerdings, keine Vereinbarung über nukleare Waffen könne in Kraft treten, ehe es nicht eine Vereinbarung über Weltraumwaffen gebe. Auch die unterschiedliche Definition strategischer Waffen und die Drittstaatsysteme komplizierten die Verhandlungen.

BM Dr. Wörner schloß sich den Stellungnahmen seiner Kollegen an und führte aus, die Ergebnisse des Genfer Gipfels seien ermutigend, doch dürfe man nicht die Illusion haben, es gebe fundamentale Änderungen in der sowjetischen Politik. Der Zusammenhalt des Westens sei in dieser Situation besonders wichtig. Die sowjetische Definition strategischer Waffen sei nicht akzeptabel, denn sie würde Europa nur eine Sicherheit zweiter Klasse zubilligen. Ein Festhalten an dieser Definition würde das Scheitern der Verhandlungen bedeuten. BM fragte VM Weinberger, ob die Bezeichnung „Interimsabkommen“ bedeute, daß die SU ein Zwischenergebnis bei INF nicht von einem amerikanischen Verzicht auf die Defensivwaffen abhängig mache.

US-VM dankte in seiner Schlußbemerkung für die an den Präsidenten gerichteten Glückwünsche und für die Unterstützung des Bündnisses vor und während des Gipfels. Zum Interimsabkommen führte er aus, man könne über Grundzüge verhandeln, doch könnten Einzelheiten nach sowjetischer Auffassung nur festgelegt werden, wenn die USA SDI aufgäben. Die SU halte an der Verbindung der einzelnen Themenbereiche der Genfer Verhandlungen fest und würde die Möglichkeit eines Interimsabkommens einsetzen, um den Westen zu spalten.

[gez.] Hansen

**VS-Bd. 11330 (220)**

<sup>20</sup> Zu den amerikanischen Vorschlägen vom 1. November 1985 für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 301.

## 330

**Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt**

**114-15740/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 1907**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 5. Dezember 1985, 10.05 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 5. Dezember 1985, 11.04 Uhr**

Betr.: Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt in Warschau (6.–9.12.85)<sup>2</sup>;  
 hier: Begegnung mit Wałęsa<sup>3</sup>

1) Am 4.12.1985 suchte Onyszkiewicz (Vertreter der Opposition in Polen) um 18.00 Uhr auf seinen Wunsch meinen Vertreter Graf Brühl in dessen Haus auf. Er stellte ihm die Frage, ob er wegen eines Treffens Brandt–Wałęsa dem letzteren, den er am 5.12. sehen werde, eine Nachricht überbringen könne.

Im Ergebnis regte er an, daß Herr Brandt an Wałęsa ein Schreiben aus Warschau richtet, das er bei seinem Treffen mit den Vertretern des Klubs der katholischen Intellektuellen (am 8. Dezember)<sup>4</sup> diesen zur Weiterleitung an Wałęsa übergeben könne.

2) Brühl hat die Unterhaltung mit Onyszkiewicz in dem anliegenden Vermerk zusammengefaßt. Gespräch wurde in Englisch geführt. Dauer etwa 35 Minuten. Brühl wies auf Abhörmöglichkeit hin, was Onyszkiewicz nicht beeindruckte.

3) Ich bitte um sofortige Unterrichtung des SPD-Vorsitzenden.

[gez.] Pfeffer

Folgt Anlage

Vermerk

Auf die einleitende Frage O.'s, ob er Wałęsa über ein Treffen mit dem Vorsitzenden der SPD, Herrn Brandt, am 5.12. etwas mitteilen könne, antwortete ich, Herr Brandt habe öffentlich erklären lassen, er stehe für ein Treffen in War-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 5. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich anlässlich des 15. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen in Polen auf.

<sup>3</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, übermittelte am 6. September 1985 ein Schreiben des Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, in dem Wałęsa „als Privatperson“ den SPD-Vorsitzenden Brandt einlud, während seines Besuches im Dezember 1985 in Polen nach Danzig zu kommen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1358; VS-Bd. 13462 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

Brandt antwortete am 22. Oktober 1985, er sei nicht sicher, ob er während seines „sehr kurzen Besuchs Gelegenheit finden werde, Danzig zu besuchen“ und der Einladung zu folgen. Vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 263.

Mit Fernschreiben vom 21. November 1985 teilte der außenpolitische Berater von Brandt, Lindenberg, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schnepfen mit: „Ein Treffen mit Lech Wałęsa wird unsererseits nicht angestrebt. Unser Eindruck ist, daß von seiner Seite ein solches Treffen gewünscht wird. Herr Brandt ist demgegenüber offen.“ Vgl. Referat 012-9, Bd. 128927.

<sup>4</sup> Zum Treffen des SPD-Vorsitzenden Brandt mit dem Präsidenten des Warschauer Klubs der Katholischen Intelligenz, Świecicki, sowie den Mitgliedern Mazowiecki, Śliwiński und Stomma „in meinem Hause“ berichtete Botschafter Pfeffer, Warschau, am 13. Dezember 1985: „Als eigentlicher Sprecher in der interessanten Diskussion erwies sich Mazowiecki.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1965; Referat 012-9, Bd. 128927.

schau zur Verfügung, könne jedoch nicht nach Danzig kommen.<sup>5</sup> Ich könne mir kaum vorstellen, daß Herr Brandt von seiner Erklärung abrücken werde. O. führte sodann aus, Wałęsa könne nach Warschau kommen, wenn ein Treffen arrangiert werde. Allerdings könne das schwierig werden, weil gegen Wałęsa – wie mir bekannt ist – eine gerichtliche Untersuchung laufe.<sup>6</sup> Es sei ihm nicht erlaubt, Danzig zu verlassen.<sup>7</sup> Ob es Gespräche gegeben habe, so daß man mit einem „tacit approval“ der „Partei“ rechnen könne? Ich erwiderte, daß ich das nicht wisse. Ich glaubte aber nicht, daß „die Partei“ einem Treffen – auch nur stillschweigend – zustimmen werde.

Ich wisse aus Erfahrung – und dieses sei ihm auch bekannt –, daß Besuche von Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland außerordentlich schwieriger und langwieriger Verhandlungen bedürften. Ich sei von dem Inhalt dieser Verhandlungen nicht unterrichtet, wisse aber, daß sie mehrere Wochen gedauert hätten. Von Seiten der SPD habe man sich die größte Mühe gegeben, „allen Interessen gerecht zu werden“.

Jetzt belasteten auch noch die Briefe aus Polen (von Bujak, Lipiński<sup>8</sup> und Lipski<sup>9</sup>) die Situation. Die in ihrem Selbstverständnis gestärkte polnische Regierung werde ein Treffen kaum zulassen. Die Umstände des Besuches von Herrn Lindenberg am 3./4.12. in Warschau<sup>10</sup> hätten bei mir diesen Eindruck

<sup>5</sup> Vgl. dazu den Artikel „Humanitäre Anliegen Brandts in Warschau“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Dezember 1985, S. 4.

<sup>6</sup> In der Presse wurde berichtet, daß gegen den Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, „wegen angeblicher ‚Fehlinformationen‘ über die jüngsten ‚Wahlen‘ in Polen, die an die westliche Presse geleitet wurden, gerichtliche Ermittlungen eingeleitet worden“ seien. Vgl. den Artikel „Jaruzelski wertet Rolle der Regierung ab“, DIE WELT vom 13. November 1985, S. 1.

<sup>7</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner handschriftlich: „Der polnische Journalist Król (Tygodnik) sagte mir am 4.12., das ‚Angebot‘ Brandts zu dem Treffen in Warschau werde deswegen von der Opposition als ‚zynisch‘ angesehen.“

<sup>8</sup> Mit Drahtbericht Nr. 1880/1881 übermittelte die Botschaft in Warschau am 29. November 1985 die offenen Briefe „von TKK-Vorsitzendem Bujak und KOR-Gründer Lipiński, beide vom 27.11.1985“, an den SPD-Vorsitzenden Brandt und teilte dazu mit, der „Führer der Zeitweiligen Koordinierungskommission (TKK) von Solidarność im Untergrund“, Bujak, habe sein Schreiben „gestern im Namen der Warschauer Solidarność der westlichen Presse [...] zugeleitet. Darin wird führenden Repräsentanten der SPD vorgeworfen, sie wollten die sich in Polen vollziehenden Prozesse nicht verstehen. Bujak zieht die Verweigerung der Kontaktaufnahme mit der Opposition durch MdB Wischniewski und MdB Vogel zur Illustration heran. Die Politik der SPD erwecke den Eindruck, daß es zwischen der polenfeindlichen Haltung der Revisionisten, die unsere Rechte auf die Westgebiete in Frage stellen, und der Haltung der SPD-Politiker nur taktische Unterschiede gibt und daß dies im Grund nur zwei Arten des deutschen Nationalismus seien.“ Zum offenen Brief des Mitbegründers des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników) berichtete die Botschaft: „KOR-Gründer Prof. Lipiński, 97 Jahre alt, schreibt: Die SPD habe Treffen mit Vertretern der Solidarität ostentativ und ‚wie die Pest gemieden‘. [...] Lipiński, seit 80 Jahren Sozialist, verweigert dem SPD-Vorsitzenden die Anrede ‚Genosse‘“. Vgl. Referat 012-9, Bd. 128927.

<sup>9</sup> Am 5. Dezember 1985 gab Botschafter Pfeffer, Warschau, einen Brief „des Arztes Dr. Marek Edelman, Überlebender des Ghetto-Aufstandes 1943, und des Literaturhistorikers Jan Józef Lipski, Mitbegründer von KOR, an den SPD-Vorsitzenden BK a.D. Brandt“ weiter: „Der Brief wurde am 5. November geschrieben, aber erst heute nacht im Original übergeben.“ Edelman und Lipski hoben hervor, daß der Besuch von Brandt „als eine Nobilitation der Regierung, des Parlaments und der hiesigen Verhältnisse“ angesehen werde. In der Erwartung, „daß während dieser Gespräche mit den Machthabern das Problem von ungefähr 300 politischen Gefangenen berührt“ werde, baten sie den SPD-Vorsitzenden, „in der Sache aller Verhafteten zu intervenieren“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1908; Referat 012-9, Bd. 128927.

<sup>10</sup> Der außenpolitische Berater des SPD-Vorsitzenden, Lindenberg, hielt sich zur Vorbereitung des Besuchs von Brandt in Warschau auf.

verstärkt. Herr Lindenberg sei mindestens am 4.12. ständig – d.h. bis in die Wartehalle des Flughafens hinein – von Angehörigen des polnischen Sicherheitsdienstes beschattet gewesen. Ich wolle nicht ausschließen, daß Herr Brandt die Möglichkeit eines Treffens mit Wałęsa in Warschau mit dem Ersten Sekretär der PVAP noch am 7.12.<sup>11</sup> ansprechen werde, weil Herr Brandt zu seinem Wort stehe. Ich sei aber überzeugt, daß es dann zu einem „clash“ mit dem General komme.

O. widersprach dieser Einschätzung nicht und beklagte im weiteren Verlauf des Gesprächs, daß der Brief Wałęsas in die Öffentlichkeit gedrungen sei.<sup>12</sup> Es seien eben zu viele Personen an diesen Dingen beteiligt. Die Antwort von Herrn Brandt sei aber auch außerordentlich kühl gewesen. O. bedauerte sodann die Haltung der SPD gegenüber der polnischen Opposition. Es gebe doch schon genug Probleme im deutsch-polnischen Verhältnis. Durch die Zurückhaltung der SPD gegenüber der Opposition würden hier Erinnerungen wach, die doch vermieden werden sollten. Ich entgegnete, ich sei fest<sup>13</sup> überzeugt, daß niemand zusätzliche Probleme zwischen Polen und Deutschen wolle. Das Gegenteil sei der Fall. Vielleicht gebe es Möglichkeiten, dies zu bestätigen, etwa in der Pressekonferenz von Herrn Brandt.<sup>14</sup> Daraufhin machte O. den Vorschlag eines Briefes des SPD-Vorsitzenden an Wałęsa, der den KIK<sup>15</sup>-Vertretern (Mazowiecki) zur Weiterleitung an Wałęsa übergeben werden könne. Es wäre schön, wenn der Brief in einem etwas „wärmeren Ton“ gehalten wäre als der Antwortbrief auf die Einladung und darin zum Ausdruck käme, daß Brandts Besuch der ganzen polnischen Nation gelte. Eine solche oder ähnliche Formulierung würde auch helfen, die Kluft innerhalb Polens zu vermindern, die durch die Maßnahmen der Regierung seit dem 13.12.1981<sup>16</sup> entstanden sei, ohne daß man diese ausdrücklich verurteilen müsse. Er und seine Freunde beklagten die Entwicklung in Polen. Sie wollten keinesfalls eine Vertiefung der inneren Zerrissenheit der polnischen Nation.

Ich erklärte (wie schon mehrfach), ich könne nur für mich sprechen. Es scheine mir aber, daß ein solcher Weg gangbar sei, um Mißverständnisse auszuschlie-

<sup>11</sup> Zum Gespräch des SPD-Vorsitzenden Brandt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Jaruzelski, am 7. November 1985 vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 264–273.

Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 13. Dezember 1985, der zeitliche Umfang der Gespräche sei „ganz ungewöhnlich“ gewesen: „Wir haben ausgerechnet, daß Herr Brandt, unter Einschluß der Delegationsbesprechungen und der gemeinsamen Mahlzeiten, Herrn Jaruzelski etwa 16 Stunden lang gesprochen hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1965; Referat 012-9, Bd. 128327.

<sup>12</sup> Am 19. November 1985 wurde der Inhalt des Einladungsschreibens des Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, an den SPD-Vorsitzenden in der Presse wiedergegeben und ausgeführt, Brandt habe geantwortet, daß ein Aufenthalt in Danzig in seinem Programm nicht vorgesehen sei. Vgl. dazu den Artikel „Brandt trifft nicht Wałęsa“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. November 1985, S. 2.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „fast“.

<sup>14</sup> Über die Pressekonferenz des SPD-Vorsitzenden Brandt in Warschau berichtete Botschafter Pfeffer, Warschau, am 13. Dezember 1985: „Die vor allem auch in einigen Fragestellungen der internationalen Pressekonferenz durchscheinende Skepsis wegen der Menschenrechtsproblematik konterte Herr Brandt mit Ausführungen über die Opportunität: Sei es nun besser, Menschen auf stille Weise zu helfen, oder mit öffentlichem Druck nichts zu erreichen?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1985; Referat 012-9, Bd. 128927.

<sup>15</sup> Klub Inteligencji Katolickiej.

<sup>16</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

Ben. Ich würde die Anregung weitergeben. Man solle aber von seiten der Opposition nicht ungeduldig sein. Es sei möglich, daß eine Entscheidung hinsichtlich des Briefes erst nach dem Eintreffen von Herrn Brandt in Warschau falle.<sup>17</sup>

Über eine Veröffentlichung eines eventuellen Briefes sprachen wir nicht.

[gez.] Brühl

VS-Bd. 13462 (214)

### 331

#### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

213-705 VS-NfD

6. Dezember 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Diesjähriger Friedensnobelpreis an die „Internationale Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges“<sup>4</sup>;  
hier: Proteste gegen die Verleihung an den Stellvertretenden Gesundheitsminister der UdSSR, Tschasow

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Am 12. November 1985 forderte CDU-Generalsekretär Geißler brieflich das Nobelpreiskomitee in Oslo auf, von der Überreichung des Friedensnobelpreises an den Ko-Präsidenten der „Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges“, den sowjetischen Arzt und Stellvertretenden Gesundheitsminister Tschasow, abzusehen.<sup>5</sup>

<sup>17</sup> Der SPD-Vorsitzende Brandt schrieb am 13. Dezember 1985 erneut an den Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, und warb um Verständnis dafür, daß die „Umstände“ seines Besuchs in Polen ein persönliches Treffen nicht zugelassen hätten. Er hoffe auf eine Begegnung „anlässlich eines für das kommende Frühjahr vorgesehenen Besuches in Danzig“. Vgl. BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 10, S. 293 f.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Jansen vom 20. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 23. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Libal „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Libal am 6. Januar 1986 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Am 11. Oktober 1985 gab das Nobelpreiskomitee bekannt, daß der Friedensnobelpreis 1985 an die Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs verliehen werde. Vgl. dazu die Meldung „Friedensnobelpreis für ‚Ärzte gegen den Atomkrieg‘“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Oktober 1985, S. 1.

<sup>5</sup> Zum Schreiben des CDU-Generalsekretärs Geißler vgl. den Artikel „Geißler sieht im Westen ‚Faulheit, Feigheit und Dekadenz‘“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. November 1985, S. 4.

Der CDU-Generalsekretär stützte seine Bitte auf folgende Argumente:

(1) Als Unterzeichner einer Resolution der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR im Jahre 1973<sup>6</sup> habe Tschasow zu denen gehört, die die Grundlage für die Kampagne der Einschüchterung und Freiheitsberaubung gegen Sacharow gelegt hätten.

(2) Als Stellvertretender Gesundheitsminister der UdSSR, Mitglied des Obersten Sowjets und Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU sei Tschasow einer der führenden Repräsentanten eines Landes, das seit über fünf Jahren einen Krieg gegen das afghanische Volk führe, der einem kalkulierten Völkermord gleichkomme.

(3) Im übrigen sei die „Internationale Vereinigung“, zumindest aber ihre sowjetische Sektion, ein Instrument sowjetischer Propaganda und Einflußnahme im Westen.

2) Am 2.12.1985 veröffentlichte die CDU ein auch von BK Kohl und dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß unterzeichnetes Schreiben der Vorsitzenden und Präsidenten der Christlich-Demokratischen Parteien im Rahmen der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Union Christlicher Demokraten an das Nobelpreiskomitee.<sup>7</sup> Hierin wird die Forderung Geißlers wiederholt. Als Argument wird allerdings nur die Unterschrift Tschasows unter den Offenen Brief der Akademie der Medizinischen Wissenschaften angeführt, der den Auftakt zur Kampagne gegen Sacharow gebildet und zu dessen Verbannung nach Gorki geführt habe.<sup>8</sup> Es sei daher nicht zu rechtfertigen, Tschasow am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, feierlich zu ehren.

3) Der von Tschasow und 24 anderen Mitgliedern der Akademie unterzeichnete Brief wurde am 2. September 1973 in der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija“ veröffentlicht. Er enthält im wesentlichen folgende Vorwürfe an die Adresse Sacharows:

- Seine Tätigkeit sei gegen die Friedenspolitik der UdSSR gerichtet;
- er habe gegenüber ausländischen Korrespondenten verantwortungslose Erklärungen abgegeben und Lügen über das sowjetische Volk und über die Innen- und Außenpolitik der sowjetischen Regierung verbreitet;
- er habe sich im Grunde genommen in ein Werkzeug feindlicher Propaganda gegen die SU und die anderen sozialistischen Staaten verwandelt;

<sup>6</sup> Am 2. September 1973 wurde in der sowjetischen Presse ein Offener Brief von Mitgliedern der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR veröffentlicht. Darin wurde dem sowjetischen Atomphysiker Sacharow vorgeworfen, das sowjetische Gesellschaftssystem herabzuwürdigen und die sowjetische Lebenswirklichkeit grob zu entstellen. Vgl. den Artikel „Pis'mo členov Akademii medicinskich nauk SSSR“; IZVESTIJA vom 2. September 1973, S. 3. Vgl. dazu auch AAPD 1973, II, Dok. 285.

<sup>7</sup> Zu dem Schreiben und den Unterzeichnern vgl. den Artikel „Weitere Proteste beim Osloer Nobel-Komitee“; DIE WELT vom 2. Dezember 1985, S. 5.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 4. Dezember 1985 dar, von den Unterzeichnern sei neben Bundeskanzler Kohl „nur der luxemburgische Innenminister zugleich Regierungsmitglied“. Der Direktor des Nobelinstituts, Sverdrup, habe dazu geäußert: „Kohl sei der erste Regierungschef überhaupt, der sich gegen eine Preisvergabe ausspreche, seit 1935 Adolf Hitler die Verleihung an den deutschen Publizisten und Pazifisten Carl von Ossietzky verurteilte.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139413.

<sup>8</sup> Der sowjetische Atomphysiker Sacharow wurde am 22. Januar 1980 in Moskau festgenommen und nach Gorki verbannt.

- er lasse sich am Gängelband der aggressivsten imperialistischen Kreise führen, die versuchten, den Brand eines neuen Weltkrieges zu entfachen und der Menschheit neue Leiden zuzufügen,
- Sacharow habe den Kontakt zu seinem Volk verloren.

In diesem Brief wurde Sacharow faktisch als Volks- und Landesverräter und Instrument kriegslüsterner Kreise des Westens dargestellt. Den Unterzeichnern mußte klar sein, daß damit die psychologischen Voraussetzungen für ein Vorgehen gegen Sacharow geschaffen wurden. Tschasows Entschuldigung (in einem Interview mit der ARD am 3.12.), er sei „mit einigen Positionen Sacharows im Zusammenhang mit der atomaren Rüstung und dem Wettrüsten nicht einverstanden“<sup>9</sup>, wird dem damaligen Vorgang kaum gerecht. Den Unterzeichnern des Briefes kann allenfalls mildernd angerechnet werden, daß sie Angehörige eines totalitären Staates sind und es erheblicher moralischer Standfestigkeit bedarf, um sich der Aufforderung der Unterschriftsleistung zu entziehen. Im übrigen hat sich die sowjetische Regierung selbst erst sechseinhalb Jahre später, im Januar 1980, entschließen können, Sacharow faktisch mundtot zu machen.

4) Belege dafür, daß Tschasow sich auch 1983 an der Kampagne gegen Sacharow im Zusammenhang mit dessen Artikel in der Sommerausgabe von „Foreign Affairs“<sup>10</sup> beteiligt habe, konnten bisher nicht gefunden werden. An dem Hauptstoß gegen Sacharow, einem Artikel von vier sowjetischen Staatspreisträgern in der „Iswestija“ vom 2.7.1983<sup>11</sup>, hat Tschasow jedenfalls nicht mitgewirkt.

II. 1) Die Haltung Tschasows im Falle Sacharow ist ein gewichtiges Argument gegen die Überreichung des Nobelpreises auch an ihn, wobei nicht übersehen werden darf, daß Sacharow Friedensnobelpreisträger ist (seit 1975) und Tschasow auch aus diesem Grunde für diese Auszeichnung nach westlichem Verständnis nicht qualifiziert sein kann.

2) Sachlich fallen jedoch folgende zusätzliche Überlegungen noch stärker ins Gewicht:

(1) Durch die Verleihung des Nobelpreises auch an Tschasow als Leiter der sowjetischen Sektion der Ärztevereinigung hat das Nobelpreiskomitee eine nicht untypische Asymmetrie im gegenwärtigen Ost-West-Dialog nicht nur stillschweigend hingenommen, sondern auch noch faktisch belohnt. Diese Asymmetrie ergibt sich aus folgendem:

<sup>9</sup> Zu dem in den „Tagesthemen“ der ARD ausgestrahlten Interview vgl. den Artikel „Tschasow: Ich bin Preisträger wie 140 000 andere Ärzte“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Dezember 1985, S. 2.

<sup>10</sup> Am 24. Juni 1983 wurde in der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ ein Schreiben des sowjetischen Atomphysikers Sacharow vom 2. Februar 1983 an den amerikanischen Atomphysiker Drell veröffentlicht, in dem sich Sacharow kritisch mit Drells Plädoyer für einen nuklearen Freeze auseinandersetzte. Vgl. Andrei Sacharow, The Danger of Thermonuclear War, in: FOREIGN AFFAIRS 61 (1982/83), S. 1001–1016. Für den deutschen Wortlaut vgl. SACHAROW, Frieden, S. 114–132.

<sup>11</sup> Vgl. dazu den Artikel „Kogda terjajut čest' i sovest'“, IZVESTIJA vom 2. Juli 1983, S. 4. Für den deutschen Wortlaut vgl. SACHAROW, Frieden, S. 220–222. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 5. Juli 1983, in dem Artikel werde Sacharows Aussage attackiert, „daß Parität der Waffen auch im Kernwaffenbereich unumgänglich sei, die bislang zu Lasten der USA aber nicht existiere. [...] Die zweite Stoßrichtung des Artikels zielt gegen Sacharow selbst, gegen seine Glaubwürdigkeit und sein Ansehen, um ihn in der sowjetischen Öffentlichkeit weiter zu diskreditieren.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1481; Referat 213, Bd. 139298. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 268.

Den in der Ärztevereinigung organisierten und engagierten Privatleuten auf westlicher Seite steht auf sowjetischer Seite ein Funktionär des Regimes gegenüber. Dieser verfügt in einem so zentralen Bereich der sowjetischen Politik wie der Sicherheitspolitik natürlich über keinerlei persönlichen Handlungsspielraum. Er hat vielmehr die Aufgabe, als eine Art Einflußagent der sowjetischen Führung auf die Friedensbewegung im Westen im sowjetischen Sinne einzuwirken. Eine andere Rolle kann er auch gar nicht spielen, weil eine wirklich unabhängige Partnerorganisation einer westlichen Vereinigung in der SU nicht geduldet werden würde.

Das heißt: Einer der Hauptadressaten – und damit auch von vornherein Hauptgegenspieler – der Bemühungen der Ärztevereinigung in der Auseinandersetzung um Rüstung und Abrüstung ist in dieser Vereinigung selbst vertreten, und noch dazu an ihrer<sup>12</sup> Spitze. Mit anderen Worten: Die Organisatoren der Ärztevereinigung auf westlicher Seite haben durch Hereinnahme Tschasows in ihre Organisation gewissermaßen „den Bock zum Gärtner“ gemacht. Das Nobelpreiskomitee hätte diese fatale Asymmetrie zu Lasten des Westens keinesfalls auch noch durch einen Friedensnobelpreis anerkennen dürfen.

Eine solche Asymmetrie ist nicht nur bedenklich, sondern auf längere Sicht auch nicht ganz ungefährlich für den Westen:

a) Sie nährt in Teilen der öffentlichen Meinung des Westens die Illusion, man könne vom Westen aus ein direktes Gespräch mit von Partei und Regierung unabhängigen Gruppen verantwortungsbewußter Bürger in der SU aufnehmen, mit der Chance, die öffentliche Meinung in der SU und letztlich auch die Willensbildung der sowjetischen Führung zu beeinflussen.

b) Sie erleichtert der sowjetischen Führung den Kampf gegen die Verteidigungspolitik des westlichen Bündnisses in der öffentlichen Meinung des Westens, ohne daß sie dabei selbst in Erscheinung treten muß.

(2) Als Stellvertretender Gesundheitsminister, Mitglied des ZK und des Obersten Sowjet kann sich Tschasow der moralischen Mitverantwortung für die Behandlung sowjetischer Dissidenten in psychiatrischen Kliniken, die zu den schlimmsten Schattenseiten des Regimes zählt, nicht ganz entziehen. Dies gilt auch für den Fall, daß Tschasow selbst im bürokratischen Instanzenzug mit diesen Dingen nicht direkt befaßt ist. Die institutionelle Nähe zu den Praktiken der sowjetischen Psychiatrie macht Tschasows Präsidentschaft in der besagten Ärztevereinigung höchst fragwürdig und wirft nicht zuletzt auch auf diesen Ärzteverband ein schiefes Licht.

Braunmühl

**Referat 213, Bd. 139413**

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „seiner“.



## 332

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bazing**

02-310.22

6. Dezember 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Minister<sup>3</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Kolloquium des Planungsstabs zum Thema „Sowjetunion und Informationsgesellschaft“ am 28.11.1985;  
hier: Verlauf und Ergebnisse

Anlg.: 1 Teilnehmerliste<sup>4</sup>

## I. (Überblick)

1) An dem ganztägigen Kolloquium, das von Staatssekretär Ruhfus eröffnet wurde, nahmen 20 Experten aus den USA, England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland teil. Ziel war ein Gedankenaustausch über die Frage, was der Schritt in das Informationszeitalter für die Wirtschaft, die Gesellschaft und das politische System und damit auch für die Politik der SU bedeutet.

2) Das Kolloquium ließ die unterschiedlichen Denk- und Analyseansätze von Sowjetexperten und Informationswissenschaftlern in einer lebhaften, oft kontroversen Diskussion aufeinanderprallen. Konsens ergab sich bei drei Punkten:

- Der Abbau von Hierarchien ist eine entscheidende Voraussetzung für die volle Nutzung der Informationstechnologien;
- die SU wird in den Informationstechnologien trotz großer Fortschritte aus systembedingten Gründen gegenüber dem Westen weiter zurückfallen;
- trotzdem werden die Informationstechnologien zumindest in den nächsten fünf bis zehn Jahren keine Reform des sowjetischen Systems erzwingen.

Darüber hinaus präsentierten die Teilnehmer eine Fülle von Gesichtspunkten und einzelnen Fakten.

## II. Aus Kurzvorträgen und Diskussion hebe ich hervor:

## 1) Wie wird die westliche Informationsgesellschaft aussehen?

Vogt (IBM) entwarf ein Szenario für die westliche Informationsgesellschaft des Jahres 2010: In den Fabriken werde der Computer die zentrale Steuerung des gesamten Werdegangs eines Produkts übernehmen, vom ersten Entwurf über Materialzuführung, Fertigung, Lagerhaltung und Preisfestsetzung bis zum

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Scharioth konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 10. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 11. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr interessant!“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 11. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 12. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bazing am 12. Dezember 1985 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Seitz und Legationsrat I. Klasse Scharioth verfügte.

Hat Seitz vorgelegen.

Hat Scharioth am 13. Dezember 1985 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Referat 02, Bd. 178444.

Einsatz im Markt. Der Zeitraum zwischen Entwicklungsauftrag und Fertigungsbeginn werde sich ebenso drastisch verkürzen wie der Lebenszyklus eines Produkts. Mit Beginn der Entwicklung müsse bereits die Planung der Fertigungsabläufe in Angriff genommen werden. Um dies zu ermöglichen, müßten alle Mitarbeiter Informationen aus allen anderen Teilarbeitsbereichen abrufen und verarbeiten können. Umfassende Information auf sämtlichen Ebenen des Betriebs werde zu einem entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

Die Automatisierung werde solche Produktionsfortschritte bringen, daß nur noch 10% der Arbeitnehmer in der Produktion tätig sein werden. Die Hälfte aller Erwerbstätigen werde mit der Produktion, Verarbeitung, Verteilung und Verwaltung von Informationen befaßt sein, weitere 40% mit anderen Dienstleistungen. Der Wert und die Benutzbarkeit von Datenbanken werde sich mit der Einführung assoziativ, d. h. wie das menschliche Gehirn „denkender“ Computer ab Mitte der 90er Jahre sprunghaft erhöhen. Jede Art von Wissen werde jederzeit für alle verfügbar sein. Die transnationale Zusammenarbeit werde weiter zunehmen. Sprachbarrieren gehörten der Vergangenheit an, da Computer auch das gesprochene Wort zeitgleich übersetzen könnten.

Vogt wagte vier Voraussagen:

- Partizipative Organisationsstrukturen werden wegen ihrer größeren Wandlungs- und Innovationsfähigkeit hierarchischen weit überlegen sein;
- funktionsübergreifendes Denken und Handeln werde an die Stelle strikter Kompetenzverteilung treten;
- Kreativität und die Fähigkeit zu vereinfachen werde Wissen als erfolgsbestimmendes Kriterium für Führungskräfte ersetzen;
- Arbeitslosigkeit werde durch flexible Arbeitszeiten und lebenslange Fortbildung verhindert.

Schulte-Hillen (Scientific Consulting) zeigte an den Beispielen des Personal Computers und der computerintegrierten Fertigung, daß die Technik den Weg in die Dezentralisierung einschlägt. Die optimale Anwendung von Computern sei vom Produzenten in der Regel nicht vorausgesehen worden; erst der Benutzer könne in einem dauernden Anpassungsprozeß entscheiden, wie das Potential eines Computers am besten ausgeschöpft werden kann. Notwendige Voraussetzung sei die Entscheidungsfreiheit des einzelnen anwendenden Unternehmers. Es bestand Einigkeit, daß sich das sowjetische System mit dem Abbau von Hierarchien besonders schwertun wird und daß der Anspruch der sowjetischen Führung auf zentrale Entscheidungskompetenz ein ernstzunehmendes Hindernis für die Einführung dezentraler Betriebsleitung darstellt.

2) Wo steht die SU in der Entwicklung und Anwendung der Informationstechnologien?

Goodman (University of Arizona) referierte die wesentlichen Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung der sowjetischen Informationstechnologien: Bei Universalcomputern z.B. habe der Rückstand gegenüber den USA Mitte der 60er Jahre zwei bis drei Jahre betragen; heute seien es sechs bis acht, bei Supercomputern sogar zehn bis zwölf Jahre. Immerhin aber sei die SU neben den USA und Japan das einzige Land, welches das gesamte Spektrum der Informationstechnologien abzudecken versuche.

Die Probleme der SU lägen weniger in der Konstruktion und Produktion der Computer als bei deren Verlässlichkeit und Wartung sowie dem Mangel an Peripheriegeräten und spezieller Software. Am größten sei der sowjetische Rückstand bei der Absorption, d. h. der effektiven Ausnutzung des ganzen Potentials der Computer in den Betrieben: Er sei inzwischen auf über 15 Jahre gewachsen. Ein wichtiger Grund dafür liege in der völlig fehlenden Rückkopplung zwischen Benutzer und Verkäufer, die in den USA ganz wesentlich zur fortlaufenden Verbesserung der Computer beitrage.

Im Vergleich zu ihrer eigenen Vergangenheit habe die SU Beachtliches erreicht; im Vergleich zum Westen falle sie ständig weiter zurück.

Der etwas geringere Rückstand im militärischen Bereich sei darauf zurückzuführen, daß die Streitkräfte das Recht des ersten Zugriffs hätten und sich die verlässlichsten Ausführungen sichern könnten. In begrenztem Umfang erhielten sie auch westliches Material. Schließlich sei auch die Wartung besser.

McHenry (Georgetown University) legte dar, warum der Manager eines sowjetischen Betriebs keinerlei Anreiz habe, das Potential eines Computers wirklich auszunutzen:

- Der Computer maximiert und optimiert die Produktion; der sowjetische Manager möchte möglichst genau das Plansoll erfüllen, um auch im nächsten Jahr kein unerreichbares Planziel gesetzt zu bekommen;
- der Computer sucht das Lager möglichst klein zu halten, der sowjetische Manager möglichst groß;
- der Computer errechnet, wie viele Arbeitskräfte zur Aufrechterhaltung der Produktion wirklich erforderlich sind; der sowjetische Manager möchte Arbeitskräfte für Eventualitäten horten;
- der Computer zeigt Kapazitätsreserven auf, der Manager möchte sie verdecken;
- der Computer zeichnet ein präzises Bild der Leistung des Betriebs; der sowjetische Manager hat zwar Interesse an Daten über die Leistung der Arbeitskräfte, aber kein Interesse daran, daß genaue Daten das übergeordnete Ministerium erreichen.

Dies führt dazu, daß leistungsfähige Computer in vielen sowjetischen Betrieben lediglich als Buchungsautomaten und zur Erstellung von Statistiken benutzt werden.

3) Werden die modernen Informationstechnologien das sowjetische System verändern?

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete die Frage, ob die volle Anwendung der Informationstechnologien mit dem sowjetischen System, so wie es heute existiert, vereinbar ist.

Graham (MIT) vertrat die These, Informationstechnologien und derzeitiges sowjetisches System paßten einfach nicht zusammen („poor fit“). Um das ganze Potential z. B. der Personal Computer ausnutzen zu können, müßten sie einem weiten Benutzerkreis frei zugänglich gemacht, untereinander vernetzt und mit Datenbanken verbunden werden. Dem stehe das sowjetische Prinzip der staatlichen Kontrolle der Kommunikation entgegen. Zudem taugten selbst die be-

sten Computer gerade soviel wie die darin gespeicherten Daten („garbage in – garbage out“). Die sowjetische Führung stehe vor dem Dilemma, entweder die politische und wirtschaftliche Kontrolle lockern oder auf wichtige Vorteile der Informationstechnologien verzichten zu müssen.

Seine Prognose sei, daß die SU noch 10–15 Jahre ohne größere Veränderung des Systems auskommen werde. Dann werde sie aber so weit hinter den Westen zurückgefallen sein, daß einschneidende Reformen in Richtung der ungarischen oder chinesischen Bemühungen unumgänglich würden.

Dieser Schlußfolgerung von der Unausweichlichkeit sowjetischer Reformen widersprach eine ganze Reihe von Teilnehmern (Stabreit, Rapp, Kernig, Schulz, Gergorin), die sich überzeugt zeigten, daß die sowjetische Führung weder ihr Informationsmonopol noch das Prinzip der Geheimhaltung aller wichtigen Daten aufgeben werde. Dies sei in absehbarer Zeit auch nicht zwingend erforderlich, da das sowjetische System auch unterhalb der Schwelle zur totalen Nutzung der Informationstechnologien noch ausreichend Raum für systemkonforme Verbesserungsmöglichkeiten biete.

Yasmann (Radio Liberty Research) betonte, daß das Hauptziel der sowjetischen Führung Machterhalt sei; an Selbstbeschränkungen des eigenen Machtmonopols werde nicht gedacht, auch wenn damit Kosten verbunden seien. Der Computer werde so eingesetzt werden, daß die Machthaber davon profitierten, nicht aber die Gesellschaft.

Hoffmann (University of New York) wandte sich gegen einen technologischen Determinismus. Die modernen Informationstechnologien seien sowohl für eine Zentralisierung wie für eine Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse einsetzbar. (Dem stimmte Goodman zu.) Seine Voraussage sei, daß Gorbatschow in den kommenden Jahren verbesserte Computer und Telekommunikation eher zur Stärkung denn zur Veränderung des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems nutzen werde. Intensivierte Informationsströme von unten nach oben könnten zu akzeptableren Entscheidungen der sowjetischen Führung und damit zur Sicherung ihrer Macht beitragen. Es gehe Gorbatschow um eine Belebung, um eine allmähliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit, nicht um eine (möglicherweise destabilisierende) Restrukturierung der Wirtschaft und des Gemeinwesens.

Der Hauptwiderstand gegen eine Revitalisierung des Systems werde von den verschiedenen Bürokratien mit ihren Fixierungen auf den eigenen, engen Zuständigkeitsbereich kommen; das erforderliche funktionsübergreifende Handeln sei von ihnen nicht zu erwarten. Im Vergleich zu Deng habe Gorbatschow es viel schwerer: Maos Kulturrevolution habe die etablierten Hierarchien entscheidend geschwächt und damit Dengs Reformen erleichtert, während Gorbatschow ein völlig intaktes hierarchisches System geerbt habe.

Solymar (Oxford) wies auf die Zwiespältigkeit der Entwicklung in der SU hin: Sie sei gleichermaßen ein Kind der französischen Aufklärung und des orientalischen Despotismus. Auch das Bild der sowjetischen Wissenschaft sei voller Kontraste: Einerseits gingen auf ihr Konto eine ganze Reihe der Durchbrüche in den letzten Jahren; andererseits habe die mangelnde Verbreitung von Computern dazu geführt, daß sowjetische Wissenschaftler nicht einmal über die Lösbarkeit von Problemen durch Computer nachdächten. Wichtig sei aber, daß

die erforderlichen menschlichen Ressourcen für den Schritt in die Informationsgesellschaft in der SU grundsätzlich vorhanden seien.

Vogel (BIOst) stellte fest, daß es sich beim bisherigen Einsatz der Informationstechnologien in der SU um typische Rationalisierungsmaßnahmen handle, konzentriert vor allem auf Bereiche, in denen eine rasche Steigerung der Produktivität ohne komplexe Vernetzungen erzielt werden kann („Ausstattung der Produktion mit Robotern und Computern“, so der Entwurf für das neue Parteiprogramm der KPdSU<sup>5</sup>). Beim heutigen Stand der Industrialisierung der SU sei eine wesentlich weiterreichende Modernisierung weder sinnvoll noch möglich.

Das eigentlich neue Element der Informationsgesellschaft, der direkte Austausch zwischen horizontal vernetzten Teilnehmern und der grundsätzlich freie Zugriff auf große Datenbanken und Informationssysteme, werde auch in Zukunft den Streitkräften, Rüstungsbetrieben und einem kleinen Kreis von Spitzenforschern vorbehalten bleiben. Die entscheidenden sozioökonomischen und politischen Daten werde die sowjetische Führung weiterhin unter Verschuß halten und nur sehr selektiv zugänglich machen: Die technischen Möglichkeiten zu dieser Informationskontrolle seien vorhanden. Den größten Druck auf eine breitere Einführung von Computern übe bezeichnenderweise das Militär aus, dem kaum eine Tendenz zur Förderung eines offeneren politischen Systems unterstellt werden könne.

Der Computer werde systemkonform und damit suboptimal eingesetzt werden, d.h. seine Nutzung bleibe auf Rationalisierungserfolge beschränkt. Der wirtschaftliche und technische Rückstand der SU gegenüber dem Westen werde wachsen, ohne aber die sowjetische Führung unter echten Reformdruck zu setzen.

P. Bazing

**Referat 02, Bd. 178444**

<sup>5</sup> Zu dem am 15. Oktober 1985 vorgelegten Entwurf des neuen Parteiprogramms der KPdSU vgl. Dok. 244, Anm. 6.

Für den Wortlaut des am 5. März 1986 vom XXVII. Parteitag der KPdSU bestätigten Parteiprogramms vgl. MEISSNER, Aktionsprogramm, S. 91–157.

333

**Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

114-15781/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 894  
Cito

Aufgabe: 6. Dezember 1985, 13.30 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 6. Dezember 1985, 16.04 Uhr

Betr.: MBFR;

hier: Schlußbericht über die 37. Verhandlungsrunde 26.9.–5.12.1985

Zur Unterrichtung

I. Verlauf der Runde

1) Herausragendes Ereignis der 37. Verhandlungsrunde war die Einführung des neuen westlichen Verhandlungsschritts<sup>2</sup> – vom Osten seit längerem erwartet und durch westliche Presse-Leaks bedauerlicherweise vorzeitig angekündigt – in der letzten Plenarsitzung am 5. Dezember. Der Verlauf der Runde selbst stand im Schatten dieser sich abzeichnenden Verhandlungsbewegung. Vor diesem Hintergrund ist der Verhandlungsablauf vorwiegend auf Zeitgewinn ausgerichtet gewesen. Dennoch verdient das Grundmuster der von beiden Seiten eingenommenen Haltung, das weitgehend dem der Vorrunde<sup>3</sup> entsprach, festgehalten zu werden, da es auch Rückschlüsse auf den weiteren Verhandlungsverlauf zuläßt.

2) Der Osten nutzte diese Runde wiederum, um die Vorzüge seines im Februar 1985 vorgelegten Entwurfs der Grundbestimmungen für ein erstes Abkommen<sup>4</sup> dazulegen und den Westen zu dessen wenigstens grundsätzlicher Annahme zu drängen. Er stellte seinen Vorschlag als einfach und konstruktiv und als derzeit einzigen Weg mit Aussicht auf Erfolg dar. Gleichzeitig deutete er erneut für den Fall grundsätzlicher Zustimmung des Westens Bereitschaft zum Kompromiß einschließlich der Bereiche Waffenfrage und Verifikation an. Diese Komplexe stellte er in den Mittelpunkt seiner Darlegungen wie auch seiner Kritik an der westlichen Haltung.

3) Die Forderung nach Einbeziehung der Rüstungen auch in ein erstes Reduzierungs- und Begrenzungsabkommen wurde noch nachdrücklicher als bisher gestellt. Der Osten machte immer wieder geltend, daß ohne Behandlung dieser Frage ein Abkommen kaum sinnvoll und vorstellbar sei. Er machte deutlich, daß es sicherheitspolitisch eigentlich erforderlich wäre, Rüstungen in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu erfassen. Gleichsam als Kompromiß bot er

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz am 9. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 13. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985 vgl. Dok. 339.

<sup>3</sup> Zur 36. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 23. Mai bis 11. Juli 1985 in Wien vgl. Dok. 195.

<sup>4</sup> Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

jedoch die Verschiebung der Einbindung qualitativer Komponenten der Rüstungen, also auch der Modernisierung, an, allerdings soll die Neuzuführung von Waffen mit einer Zerstörungskraft, die der von Massenvernichtungswaffen wie der nuklearen gleichkommt, auch in einem ersten Abkommen ausgeschlossen werden. Was die quantitative Seite angeht, schlug der Osten zunächst eine Beschränkung auf die Hauptwaffentypen im Rahmen einer Nichterhöhungsverpflichtung vor.

4) Dieses verstärkte Insistieren auf der Behandlung der Waffenfrage auch in einem begrenzten Abkommen flankierte der Osten mit harscher Kritik an der grundlegend ablehnenden westlichen Haltung zu diesem Komplex. Diese Kritik reichte vom Vorwurf der Verletzung des MBFR-Mandats<sup>5</sup> über den der Forcierung westlicher Modernisierungspläne bis zur Unterstellung, der Westen strebe Überlegenheit an.

5) Das Thema Waffen brachte der Osten immer wieder mit dem vom Westen favorisierten Thema Verifikation in Zusammenhang. Dabei zeigte sich, daß der jeweils von der einen Seite mit Priorität verfochtene Bereich für die andere gerade die Hauptschwierigkeit bedeutet. Der Osten versuchte nachzuweisen, daß nationale technische Mittel und politisch guter Wille für die Überwachung des von ihm vorgeschlagenen Anfangsabkommens völlig ausreichen. Dem Westen wurde unterstellt, seine Forderungen bewußt hochzuziehen, um ein Abkommen zu verhindern.

6) So deutlich erneut das Auseinanderklaffen der Positionen in diesen zentralen Feldern wurde, so gab es doch kleine Annäherungen substantieller und prozeduraler Art in anderen Bereichen. Der Osten zeigte Flexibilität in der Frage der Ausnahmen von Höchststärken. Entgegen seiner bisherigen Position erklärte er, daß sein Februar-Vorschlag nur festlegte, daß der normale Personalaustausch nicht zu einer Überschreitung der durch eine Nichterhöhungsverpflichtung festgelegten Streitkräftestärken führen dürfte. Dagegen wären militärische Übungen bei vorheriger Notifizierung ohne Rücksicht auf solche Höchststärken erlaubt. In prozeduraler Hinsicht fand sich der Osten zu einem Programm für die informellen Sitzungen in dieser Runde bereit, wonach in jedem Informal beide Seiten die jeweils gleichen Themen behandeln.

7) Der Osten benutzte für seine Erklärungen immer wieder politische Daten wie 40. Jahrestag der Gründung der VN<sup>6</sup>, 12. Jahrestag der MBFR-Verhandlungen<sup>7</sup>, WP-Treffen in Sofia<sup>8</sup> und das Genfer Gipfeltreffen<sup>9</sup>, um daran die Kontinuität seiner Politik der Bereitschaft zum Abbau der Konfrontation und zu Fortschritten im Bereich der Abrüstung propagandistisch herauszustellen und gleichzeitig dem Westen permanenten Mangel entsprechender Bereitschaft

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien; EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

<sup>6</sup> Am 24. Oktober 1985 wurde der 40. Jahrestag des Inkrafttretens der VN-Charta vom 26. Juni 1945 als Gründungstag der Vereinten Nationen begangen.

<sup>7</sup> Die MBFR-Verhandlungen in Wien wurden am 30. Oktober 1973 eröffnet.

<sup>8</sup> Am 22./23. Oktober 1985 fand in Sofia die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung vom 23. Oktober 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 668–679.

<sup>9</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

vorzuwerfen. Dabei benutzte der Osten westliche Aussagen und Zahlenangaben, um seinen Vorwurf zu unterlegen, der Westen würde nach einseitigen militärischen Vorteilen und Überlegenheit streben. Seine Kritik ging zuweilen in gespielte Irritation über die westlichen Absichten und in Polemik über. Während sich Polen und die DDR auffallend zurückhielten, war die sowjetische Delegation bemüht, fadenscheinige Vorwände für polemische Angriffe gegen uns zu nutzen.

8) Der Westen, nach dem östlichen Februar-Vorschlag zunehmend in der taktischen Defensive, überbrückte auch in dieser Runde die Zeit bis zu Einführung seines neuen Vorschlags damit, seine Grundsatzpositionen zu MBFR insgesamt sowie zu Einzelbereichen der Verhandlungsmaterie darzulegen. Er arbeitete<sup>10</sup> Standards für die Klarheit von Vertragsbestimmungen und für Verifikation heraus und maß daran die östliche Position und vor allem den Februar-Vorschlag. Detailliert legte der Westen die Mängel in den östlichen Positionen offen und kritisierte die fehlende östliche Bereitschaft, in eine sachliche Erörterung wichtiger Fragen einzutreten. Er wies die östliche Forderung, der Westen müsse den Februar-Vorschlag zuvor im Grundsatz akzeptieren, als Entweder-oder-Position zurück. Der Westen vermied es jedoch, sich auf eine Diskussion einzulassen, der faktisch der östliche Vorschlag zugrunde gelegen hätte, ebenso vermied er es, ihn abzulehnen. Vielmehr erklärte der Westen immer wieder, daß dieser Vorschlag noch geprüft und eine Antwort zu gegebener Zeit erfolgen würde. Auf östliche Kritik und Polemik reagierte der Westen sachlich und ließ sich zu keinen polemischen Reaktionen hinreißen.

#### <sup>11</sup>II. Neuer westlicher Vorschlag

1) Die jetzt eingeführte westliche Initiative geht im Kern auf ein Konzept zurück, das wir bereits vor zwei Jahren entwickelt hatten, danach<sup>12</sup> jedoch im Bündnis nicht durchsetzen konnten.<sup>13</sup> Daß dies jetzt gelungen ist, liegt ganz wesentlich an einem gemeinsamen, eng abgestimmten Vorgehen zwischen uns und den Briten.<sup>14</sup> Die Briten, die vorher zu den entschiedensten Gegnern unserer Vorstellungen gehörten, identifizierten sich nunmehr voll mit ihnen und leisteten vor allem gegenüber den Amerikanern wichtige Überzeugungsarbeit. Das persönliche Engagement des Bundeskanzlers<sup>15</sup> und des Bundesaußenministers<sup>16</sup>

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „erarbeitete“.

<sup>11</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 895 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „entwickelt, danach“.

<sup>13</sup> Der Bundessicherheitsrat beschloß am 13. Juli 1983 Grundlinien für eine neue MBFR-Initiative. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 237.

Zu den Bemühungen um Unterstützung für eine solche Initiative vgl. AAPD 1983, II, Dok. 366 und Dok. 379. Vgl. ferner AAPD 1984, I, Dok. 79 und Dok. 100.

<sup>14</sup> Zu den Gesprächen mit Großbritannien über eine neue Initiative bei den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 192.

<sup>15</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 11. Oktober 1985 an Präsident Reagan sowie das Gespräch zwischen Kohl und Reagan am 25. Oktober 1985 in New York; Dok. 280 und Dok. 291.

<sup>16</sup> Bundesminister Genscher warb bereits am 31. Juli 1985 im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz in Helsinki für die gemeinsam mit Großbritannien entwickelten neuen Vorschläge für die MBFR-Verhandlungen, die „vernünftig seien“ und um deren „sorgfältige Prüfung“ er bitte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 287 des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z. Z. Helsinki, vom 2. August 1985; Referat 204, Bd. 135302.

Vgl. dazu auch die Gespräche zwischen Genscher und Shultz am 25. September 1985 in New York bzw. am 22. Oktober 1985 in Washington; Dok. 258 und Dok. 289.



wie auch Prime Minister Thatchers und AM Howes dürfte den Ausschlag für den Erfolg in Washington gegeben haben.

2) Inhaltlich zielt die Initiative im wesentlichen darauf ab, das Problem der umstrittenen Streitkräftestärken des WP, das seit vielen Jahren Fortschritte in Wien blockiert hat, zunächst auszuklammern und auf einem neuen Weg der Lösung zuzuführen. Erstmals ist der Westen bereit, auf Dateneinigung vor Abschluß des Abkommens und vor Beginn der Reduzierungen zu verzichten. Statt dessen soll während einer dreijährigen Nichterhöhungsphase im Anschluß an amerikanisch-sowjetische Anfangsreduzierungen mit Hilfe von stringenten Verifikationsmaßnahmen versucht werden, eine Klärung der Streitkräftestärken im Raum der Reduzierungen zu erzielen. Eine Verlängerung des Abkommens sowie die Weiterführung der Verhandlungen mit dem Ziel der Herstellung der Parität auf niedrigerem Niveau wird davon abhängig gemacht, ob nach Ablauf der Vertragszeit beide Seiten Vertrauen in die Einhaltung der Vertragsverpflichtungen, insbesondere im Hinblick auf die Truppenstärken, haben.

3) Nicht minder neu als die Substanz des westlichen Vorschlags ist seine Präsentation gegenüber dem Osten, die weitgehend in das Ermessen der AHG gestellt wurde. Die AHG beschloß, auf die Vorlage eines förmlichen westlichen Gegenvorschlags zu verzichten und die vom Osten im Februar d.J. vorgeschlagenen „Grundbestimmungen“ für ein Phase-I-Abkommen als Verhandlungsrahmen zu akzeptieren. Die westlichen Gegenvorstellungen, insbesondere zur Verifikation, werden als Ergänzung und Verbesserung der östlichen Vorschläge eingeführt.<sup>17</sup> Damit ist das bisherige Verhandlungsmuster, das durch eine Abfolge von Vorschlägen und Gegenvorschlägen gekennzeichnet war, erstmals durchbrochen worden.

4) Bei der Einführung sowie bei der Planung des taktischen Szenarios in Wien hat die Delegation zusammen mit der britischen und amerikanischen die führende Rolle übernommen. Die Präsentation in der Plenarsitzung erfolgte, wie zwischen Bonn und London abgesprochen, durch den britischen DL Alexander, der uns an der Ausarbeitung seiner Erklärung von Anfang an beteiligte. Bei der ersten Unterrichtung des Ostens in der informellen Sitzung am 3. Dezember waren wir – abweichend von der zu Beginn der Runde festgelegten Rotation und nachdem Belgien zu unseren Gunsten zurückgetreten war – mit Briten und Amerikanern vertreten.<sup>18</sup> Die Presseunterrichtung über die Initiative wurde

<sup>17</sup> Am 10. Dezember 1985 teilte Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), mit: „Gemäß Absprache in der AHG hat der britische Delegations-L[eit]e[r], Botschafter Alexander, am Mittag des letzten Tages der Verhandlungsrunde, am 5.12.1985, den östlichen Delegationen mit einem Schreiben die beiden Unterlagen zur Darstellung des zeitlichen Ablaufs des vom Westen vorgeschlagenen Phase-I-Abkommens sowie zum Schema der Begleitenden Maßnahmen übersandt.“ Die entsprechenden Texte übermittelte Holik in der Anlage. Vgl. den Drahtbericht Nr. 901; Referat 221, Bd. 144791.

<sup>18</sup> Botschafter Holik, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 3. Dezember 1985, daß die sowjetische MBFR-Delegation in der informellen Sitzung am selben Tag „in großen Zügen über den Inhalt der neuen Initiative“ unterrichtet worden sei. Dabei habe der Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Blackwill, eine „kurze politische Einführung“ gegeben. Er, Holik, habe die Initiative skizziert und der Leiter der britischen MBFR-Delegation, Alexander, die vorgesehenen Verifikationsmaßnahmen umrissen: „Nach interner Beratung stellten östliche Vertreter (SU, DDR, PL) insgesamt 15 Fragen, die vom Westen zum Teil auf der Stelle beantwortet wurden, im übrigen wurde Antwort zugesagt. Diese Fragen gingen kritisch ein auf Rationale für verminderte Umfänge der US/SU-Anfangsreduzierungen; Behandlung von Waffen in der Nichterhöhungsvereinbarung; Ausnahmeregelung und Beschränkung militärischer Aktivitäten; [...] Anwendung von begleitenden

im Anschluß an die Plenarerklärung vom 5. Dezember unter dem Vorsitz des niederländischen DL<sup>19</sup> als traditionellem Pressesprecher von UK-DL Alexander, US-DL Blackwill und mir gegeben.<sup>20</sup>

5) Nachdem der Osten in der informellen Sitzung am 3. Dezember hauptsächlich die Art und Weise der westlichen Präsentation der Initiative kritisiert hatte, war die offizielle Reaktion in der Plenarsitzung am 5.12. harsch, auch wenn der SU-DL<sup>21</sup> diese nur als ersten Eindruck auswies: Mit seinem ohnehin noch unvollständigen Vorschlag habe der Westen zwar den Rahmen des östlichen Februarvorschlags akzeptiert, ihn aber mit zweifelhaftem Inhalt gefüllt. SU-DL kritisierte insbesondere die Ausklammerung der Waffenfrage und die gleichzeitige Verschärfung der Verifikationsforderungen. Zusammenfassend kam er zum Ergebnis, daß er keinen Grund zu Optimismus sehe, die westliche Antwort passe nicht auf den östlichen Februar-Vorschlag.

Diese erste Reaktion sollte nicht überbewertet werden. Da der Osten in der Tat den näheren Inhalt des westlichen Vorschlags erst in der Plenarsitzung erfuhr, war es für den SU-DL – ob mit oder ohne Weisung – der sicherste Weg, der westlichen Initiative mit den bisherigen Kritikpunkten an der westlichen Position entgegenzutreten. Im übrigen erklärte der SU-DL die Bereitschaft des Ostens, den westlichen Vorschlag daraufhin zu prüfen, ob er zweckdienlich sei.

### III. Perspektiven

1) Mit dem neuen Verhandlungsschritt hat der Westen die Initiative in Wien zurückgewonnen und damit zu einem wichtigen Zeitpunkt der Entwicklung der Ost-West-Beziehungen sein Engagement für den multilateralen Rüstungskontrolldialog unterstrichen. Daß der Anstoß dazu, wie allgemein bekannt, von europäischer Seite ausgegangen ist, dürfte diese Signalwirkung noch unterstreichen. Für uns sollte nicht zuletzt auch die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Briten im Bereich der Sicherheitspolitik über MBFR hinaus zu Buche schlagen.

2) Ob die Initiative die Verhandlungen voranbringen wird, läßt sich schwer vorhersagen. Der Osten wird es jedenfalls nicht leicht haben, sich einer ernsthaften Erörterung zu verweigern, zumal der Westen

- sich bereit erklärt hat, im Rahmen des letzten östlichen Vorschlags zu verhandeln und
- mit dem Verzicht auf Dateneinigung vor Unterzeichnung eines Abkommens und vor Beginn des Reduzierungsprozesses die vom Osten seit Jahren angeprangerte „Datenbarriere“ aus dem Weg geräumt hat.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1745*

Maßnahmen außerhalb des Raums der Reduzierungen; [...] Regeln für Implementierung des Kollektivitätsprinzips (z. B. 50-Prozent-Klausel); Nachfolgeverhandlungen zur Herstellung übereinstimmender kollektiver Höchststärken bei 900 000 bzw. 700 000 Mann; Form der US/SU-Anfangsreduzierungen; Rationale für 30-Jahres-Inspektionen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 875; VS-Bd. 11483 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>19</sup> Jan Hein van de Mortel.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der britischen MBFR-Delegation, Alexander, vom 5. Dezember 1985 vgl. BULLETIN 1985, S. 1259 f.

Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Blackwill, vom 5. Dezember 1985 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 62 f.

<sup>21</sup> Walerian Wladimirowitsch Michajlow.

Auf diese beiden Punkte sollte sich unsere Öffentlichkeitsarbeit konzentrieren, um den Kompromißcharakter des westlichen Verhandlungsschritts herauszustellen.

3) Andererseits ist die Verhandelbarkeit der westlichen Gegenvorstellungen in zwei zentralen Bereichen, in denen der Westen kaum Spielraum hat, skeptisch zu beurteilen:

- Bei der Verifikation ist schwer vorstellbar, daß der Osten, der bereits die bisherigen westlichen Vorschläge als obstruktiv zurückgewiesen hat, auf die erneut angehobenen westlichen Anforderungen an ein Verifikationspaket eingehen wird.
- Die Ausklammerung von Rüstungen, insbesondere aus der Nichterhöhungsverpflichtung, dürfte der Osten wie bisher als mandatswidrig verwerfen.

4) Ob und wie sich der Osten auf die neue westliche Initiative einlassen wird, dürfte jedoch nicht nur von seiner Einschätzung zu ihrer Substanz abhängen. Ein wichtiger Faktor für die Entscheidung der sowjetischen Führung dürften ihre Erwartungen zu den weiteren Perspektiven der West-Ost-Beziehungen im Gefolge des Genfer Gipfeltreffens sein. Wenn davon ausgegangen werden kann, daß sich Gorbatschow auf Dialogkurs festgelegt hat, würde eine negative Reaktion des Ostens in Wien – insbesondere nach dem Mißerfolg des KSZE-Kulturforums in Budapest<sup>22</sup> – ein falsches Zeichen setzen. Umgekehrt könnte die Bereitschaft der Sowjetunion zu ernsthaften Verhandlungen über ein Interimsabkommen bei MBFR gerade wegen seiner bilateralen Komponente positive Signalwirkungen für den Rüstungskontrolldialog zwischen den beiden Großmächten haben.

[Holik]<sup>23</sup>

**VS-Bd. 12170 (201)**

<sup>22</sup> Zum KSZE-Kulturforum vom 15. Oktober bis 26. November 1985 in Budapest vgl. Dok. 326, Anm. 12.

<sup>23</sup> Vermuteter Verfasser des nicht unterzeichneten Drahtberichts.

## 334

**Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt****114-15778/85 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 3787****Citissime****Aufgabe: 6. Dezember 1985, 16.38 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 6. Dezember 1985, 15.39 Uhr**

Betr.: Reise einer BT-Delegation unter Bundestagspräsident Jenninger in die SU, 26.11.–5.12.1985;  
hier: Wertung

Bezug: DB Nr. 3784 vom 6.12.1985

1) Entscheidung der Bundestagsdelegation, trotz ungenügender Zusagen für volles Gesprächsprogramm nach Moskau zu fliegen, hat sich als richtig erwiesen. Besuch lohnte nach Inhalt der Gespräche und ihrem Umfang: fünfeinhalb Stunden, simultan gedolmetscht, mit Oberstem Sowjet<sup>2</sup>, mit Gromyko über zweieinhalb Stunden<sup>3</sup>, mit stellvertretendem Ministerpräsidenten Martschuk zwei Stunden<sup>4</sup>, mit stellvertretendem Leiter des IMEMO<sup>5</sup>-Instituts Martynow, ein-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 6. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Über das erste Gespräch der Delegation des Bundestages mit den Vorsitzenden des Unions- bzw. des Nationalitätensowjet, Tolkunow und Woss, sowie dem Präsidenten der sowjetischen Staatsbank, Alchimow, am 3. Dezember 1985 berichtete Botschafter Kastl, Moskau, am selben Tag: „Hauptthemen waren Genfer Gipfeltreffen, Sicherheit in Europa und insbesondere unsere Beteiligung an SDI.“ Tolkunow habe „für Beseitigung der ‚äußerst negativen Folgen der Stationierung von Erstschatzlagewaffen auf dem Territorium einiger Staaten, darunter der BR Deutschland‘“ plädiert und zu SDI gefordert, „unsere Haltung ‚sehr sorgfältig zu bedenken‘. Direkte Drohungen oder Warnungen blieben aus“. Staatsbankpräsident Alchimow habe sich positiv zu den Wirtschaftsbeziehungen geäußert, aber auch das COCOM-Problem hervorgehoben: „In deutlicher Anspielung auf COCOM-Liste forderte A. auch dazu auf, ‚Reserven‘ im Verständnis dessen, was als strategisch gelte, zu erschließen. So könne auch die SU dazu übergehen, Rohstoffe, die für konventionelle Rüstung des Westens gebraucht werden, als ‚strategisch‘ einzustufen. Wenn so rationiert werde, müßten wir anfangen, unsere Beziehungen abzubauen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3755; Referat 213, Bd. 139278.

Zum zweiten Delegationsgespräch am 4. Dezember gab Kastl am 5. Dezember 1985 die Information, die Bundestagsdelegation habe „auch schwierige Punkte“ ansprechen können wie die „Welt- raum-Forschungstätigkeit der SU, SS-20-Rüstung, Afghanistan“ und habe dies „reichlich und mit klarer Sprache“ getan. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3772; Referat 213, Bd. 139278.

<sup>3</sup> Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 5. Dezember 1985 mit, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet, Gromyko, habe die Delegation des Bundestags am Vortag empfangen „und sie mit väterlichen Mahnungen für Bundesregierung und die Bevölkerung versehen, sich in Kernfragen der Sicherheit besonderer Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland bewußt zu sein“. Er habe deutlicher als andere Gesprächspartner hervorgehoben, „daß Entscheidung zugunsten deutscher Beteiligung an SDI-Forschung nicht ohne Wirkung auf bilaterale Beziehungen bleiben könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3767; Referat 213, Bd. 139278.

<sup>4</sup> Über das Gespräch der Delegation des Bundestages mit dem Vorsitzenden des sowjetischen Staatskomitees für Wissenschaft und Technik am 5. Dezember 1985 berichtete Botschafter Kastl, Moskau, am selben Tag, Martschuk habe das Programm für die Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft erläutert und zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen geäußert: „Wiss[enschaftlich]- technische Kooperation habe lediglich unterstützende Funktion (soll wohl heißen: auf Technologietransfer ist SU nicht angewiesen).“ Insgesamt arbeite die UdSSR „mit D als dem zuverlässigsten und dauerhaftesten Partner [...] am liebsten zusammen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3777; Referat 213, Bd. 139278.

<sup>5</sup> Institut mirovoj ekonomiki i meždunarodnych otnošenij.

einhalb Stunden (von Delegation gelobt)<sup>6</sup>, zwei Stunden mit ZK-Sekretär Simjanin<sup>7</sup>.

Daneben fanden noch Einzelgespräche statt (MdB Mischnick–Vorsitzender Sportkomitees, Gramow. Frau Hönes–Vorsitzender des Staatskomitees für Hydrometeorologie und Umweltschutz, Israel).

Gesprächsangebot entsprach nicht unserer Behandlung des Simjanin-Besuchs im Frühjahr (BK, BM)<sup>8</sup>, stellte aber abgesehen davon korrekte Behandlung dar, die nicht unter dem Niveau bei letzter Visite 1973 von Frau Renger<sup>9</sup> lag. Gleiches gilt auch für touristischen Rahmen.

Erst nach dem für Mitte Dezember bevorstehenden Besuch des Präsidenten der französischen Nationalversammlung<sup>10</sup> werden wir beurteilen können, ob nicht doch in der jetzigen, durchaus korrekten Wahrnehmung unserer Delegation eine Differenzierung durch Ausbleiben der gewünschten Termine mit den aktiven politischen Entscheidungsträgern (GS, AM, MP) lag.<sup>11</sup>

2) Zeitpunkt des Besuchs fiel für beide Seiten günstig: BT-Delegation war erste westliche Delegation, die die SU nach Genf<sup>12</sup> besuchte. Sowjetische Seite hatte Gelegenheit, noch vor unserer Entscheidung zur Absicherung der SDI-Betei-

<sup>6</sup> Zum Gespräch der Delegation des Bundestages im Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen am 5. Dezember teilte Botschafter Kastl, Moskau, am 6. Dezember 1985 mit, es seien „vor allem wirtschaftliche Fragen“ erörtert worden. Auf die Frage „nach der hinter dem Vorschlag der Herstellung von Kontakten zwischen EG und RGW stehenden Absicht“ habe der stellvertretende Institutsleiter, Martynow, „die Existenz eines sowjetischen Wunsches, die Westhandelsbeziehungen der kleineren RGW-Partner stärker unter Kontrolle zu bringen und nach sowj. Vorstellungen zu koordinieren“, bestritten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3781; Referat 213, Bd. 139278.

<sup>7</sup> Botschafter Kastl, Moskau, informierte am 6. Dezember 1985 über das Gespräch der Delegation des Bundestages mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Simjanin, am Vortag. Darin sei „das bisher ausgeklammerte oder sorgfältig umschriebene Revanchismus-Thema“ wieder aufgetaucht, und die mögliche Beteiligung der Bundesrepublik am SDI-Forschungsprogramm habe „die übliche, polemische Behandlung“ erhalten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3789; Referat 213, Bd. 139278.

<sup>8</sup> Vom 15. bis 21. April 1985 hielt sich eine sowjetische Parlamentarierdelegation unter der Leitung des Sekretärs des ZK der KPdSU, Simjanin, in der Bundesrepublik auf. Simjanin traf am 16. April 1985 mit Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher zusammen. Vgl. dazu BULLETIN 1985, S. 348. Zum Gespräch mit Genscher vgl. Dok. 87, Anm. 14.

<sup>9</sup> Vom 24. September bis 2. Oktober 1973 hielt sich eine Delegation des Bundestages unter der Leitung der Bundestagspräsidentin Renger in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 293.

<sup>10</sup> Zum Besuch des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Mermaz, in der UdSSR vgl. Dok. 354, Anm. 5.

<sup>11</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 9. Dezember 1985 dar: „Nach Rang der sowjetischen Gesprächspartner und Zahl der Termine kann das Programm nicht als adäquat angesehen werden. [...] Unter politischen Gesichtspunkten ist zu bemängeln, daß unsere Delegation nicht die Gelegenheit hatte, Außenminister Schewardnadse, Ministerpräsident Ryschkow oder Politbüromitglied Ligatschow (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Unionsrates!) zu sehen. Dies hätte nach der Bedeutung der bilateralen Beziehungen und des politischen Gewichts der Delegation nahegelegen. So aber hat die Delegation niemanden aus der ersten Garnitur der neuen Führungsgruppe kennengelernt.“ Allerdings falle das Urteil „günstiger aus, wenn man Umfang, den sachlichen Ertrag und die Atmosphäre der Gespräche“ betrachte, die „alle wichtigen Fragen der bilateralen Beziehungen einschließlich prinzipieller Aspekte, aktuelle Themen der West-Ost-Problematik und vor allem die Sicherheitspolitik“ umfaßt hätten. Das gewünschte, aber nicht zustande gekommene Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, „hätte eine besondere Auszeichnung dargestellt“. Vgl. Referat 213, Bd. 139278.

<sup>12</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

ligung deutscher Firmen<sup>13</sup> unseren Parlamentariern sowjetische Haltung darzulegen.

3) In Delegationsgesprächen bemühte sich sowjetische Seite deutlich um freundliche Stimmung. Deutsche Gäste wurden sachlich und unpolemisch, Verbindendes betonend und Trennendes mildernd, behandelt. (Wolf schien Kreide gegessen zu haben!)

Wirkung verfehlte nicht ihr Ziel und war auch, für sich genommen, sicherlich geeignet, das unübersehbare sowjetische Werben für Ablehnung von SDI zu unterstützen. Gromyko setzte schon schärfere Konturen und umschrieb sowjetische Position zu Grenzfrage und deutscher Frage „in allgemeiner exemplarischer Form“ mit Hinweis auf Moskauer Vertrag<sup>14</sup>, der „beiderseits voll nach Geist und Buchstaben“ zu erfüllen sei.<sup>15</sup> ZK-Sekretär Simjanin vervollständigte Eindruck der Delegation, indem er spürbaren Kontrast zu Delegationsgesprächen bot und dadurch zu einer nüchternen Betrachtung der gleichbleibenden sowjetischen Haltung gegenüber der BR Deutschland Anlaß gab (Wolf hatte Kreide wieder ausgespuckt!). S. grollte in bekannter Weise gegen Revanchismus, Raketenstationierung, blinde Gefolgschaft für militaristische und imperialistische Politik der USA. Frage nach Verbesserung bei der Familienzusammenführung fegte S. vom Tisch: „Leben selbst“ habe die Frage erledigt. Teilweise gehobene Stimmung einiger Delegationsmitglieder nach ersten Gesprächen bekam so einen Dämpfer, und realistische Einschätzung dessen, was wir von SU zu erwarten haben, gewann wieder Oberhand.

4) Unsere Parlamentarierdelegation hat bei aller heterogenen, unser gesamtes politisches Spektrum reflektierenden, Zusammensetzung in Gesprächen am Grünen Tisch respektablen Eindruck hinterlassen. Das Bild interner Zerstrittenheit wurde bei Sichtbarwerden der unterschiedlichen Auffassungen weitestgehend vermieden. Unsere Positionen wurden eindrucksvoll und mit gedankenreichen Differenzierungen zur Geltung gebracht, die sowjetischen Positionen wurden geschickt hinterfragt. Hier zeigte sich der Vorteil unserer parlamentarischen Kultur, der die sowjetische Seite bei<sup>16</sup> aller Freundlichkeit und scheinbaren Flexibilität keine wirkliche sachliche Beweglichkeit entgegensetzte.

Es fiel auf, daß Sprecherin der Fraktion der Grünen<sup>17</sup> ihre Kritik nach beiden Seiten verteilte und nicht verhehlte, daß sie ihr Auftreten in Moskau unserer

<sup>13</sup> Die Bundesregierung beschloß am 18. Dezember 1985, mit den USA über eine Vereinbarung zur „Verbesserung der Rahmenbedingungen für den wechselseitigen Transfer wissenschaftlicher Forschungsergebnisse und technologischer Erkenntnisse“ zu sprechen. Dabei solle es u. a. um „allgemeine Regelungen für Geheimschutz, Technologietransfer, Eigentums-, Nutzungs- und Verwertungsrechte“ gehen, über die Bundesminister Bangemann im Januar 1986 Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung aufnehmen werde. Die Bundesregierung bekräftigte ihre „politische Unterstützung“ für das amerikanische SDI-Forschungsprogramm; sie strebe aber keine staatliche Beteiligung an und werde daher „keine öffentlichen Mittel für Kooperationsprojekte zur Verfügung stellen“. Vgl. BULLETIN 1985, S. 1279 f.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>15</sup> Zu den Äußerungen des Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Gromyko, vgl. die mit Drahtbericht Nr. 3774/3775 des Botschafters Kastl, Moskau, am 5. Dezember 1985 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 139278.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „Seite, die bei“.

<sup>17</sup> Hannegret Hönes.

pluralistischen Gesellschaftsordnung verdanke. SPD-Delegationsmitglieder<sup>18</sup> versetzten sowjetische Seite z. T. wirksam in Defensive.

FDP-Fraktionsvorsitzender MdB Mischnick schnitt mutig und pointiert auch heikle Fragen in höflicher Weise an. CDU/CSU<sup>19</sup> betonte Gemeinsamkeiten. Deutschlandbild sowjetischer Delegationsmitglieder dürfte erheblich differenziert worden sein.

5) Sowjetische Entscheidung, keine politische Geste zu machen und BT-Delegation nicht durch Politik aktiv mitbestimmendes PB-Mitglied wie GS, MP oder AM empfangen zu lassen, war vor dem Besuch gefallen.

So kurz vor unserer Entscheidung zu SDI mag solche Geste der sowjetischen Seite bei Abwägung aller Vor- und Nachteile doch inopportun erschienen sein, da sie in sowjetischen Augen uns gegenüber als falsches Signal im falschen Augenblick hätte gewertet werden können. Hoffnung, daß sich weiteres PB-Mitglied herablassen werde, hochrangige Delegation des BTs zu empfangen, wurde auch durch sowjetische Desinformation genährt, die noch am 5.12. versuchte, Meldungen in deutsche Medien zu lancieren, BT-Präsident werde doch noch am 6.12. hochrangig empfangen.<sup>20</sup>

#### 6) Fazit

Parlamentarierkontakte, insbesondere auch mit CDU/CSU-Abgeordneten, sollten weiter ausgebaut werden, um sachliche, nichtkonfrontative Gespräche fortzuführen und die Basis der Beziehungen auf dieser Ebene auszubauen. Bei dem jetzt durchgeführten Besuch konnten falsche Vorstellungen abgebaut, Gemeinsamkeiten sichtbarer gemacht werden. (Ich plädierte in diesem Sinne gegenüber sowjetischen Gesprächspartnern auch dafür, endlich MP Strauß hier zu empfangen.)

[gez.] Kastl

**VS-Bd. 13445 (213)**

<sup>18</sup> Die SPD war in der Delegation durch den stellvertretenden Bundestagspräsidenten Westphal und den Abgeordneten Porzner vertreten.

<sup>19</sup> Neben Bundestagspräsident Jenninger nahmen für CDU und CSU der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, und der CSU-Abgeordnete Waigel an den Gesprächen in der UdSSR teil.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

## 335

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Staatsrat Zhang Jingfu

9. Dezember 1985<sup>1</sup>

Gespräch des BM mit dem chinesischen Staatsrat Zhang Jingfu am 9.12.1985, 8.00 Uhr bis 9.00 Uhr<sup>2</sup>

An dem Gespräch nahmen teil:

auf chinesischer Seite: Zhao Weichen, Vizeminister der Staatlichen Wirtschaftskommission; Hu Benyao, Gesandter und Geschäftsträger a. i.; Sun Rongmin, Dolmetscher;

auf deutscher Seite: D 3<sup>3</sup>, Dg 34<sup>4</sup>, Dolmetscherin Frau Bätke.

Nach den einleitenden Worten verwies der BM darauf, daß er seit 1973 alle vier Jahre die VR China besucht habe.<sup>5</sup> Er habe festgestellt, daß sich im Zeitraum der letzten vier Jahre die größten Veränderungen vollzogen hätten. Es habe große Fortschritte gegeben.

Zhang (Zh.) betonte, sein Land lege Wert auf gute Beziehungen zu uns. Bei seinem kürzlichen Besuch in Peking habe der BM mit Deng Xiaoping und anderen führenden Persönlichkeiten gesprochen. Die Feststellung des BM, Europa müsse erwachen, habe Deng sehr beeindruckt.<sup>6</sup> BM sagte, es stehe im Mittelpunkt seiner Bemühungen, daß Europa seinen Selbstbehauptungswillen deutlich machen müsse. Zh. fuhr fort, bei den Begegnungen führender Persönlichkeiten der beiden Länder sei darauf hingewiesen worden, daß ein geschlossenes und starkes Europa und ein selbständiges, unabhängiges China wichtige Faktoren für die Stabilität in der Welt seien. Zhao Ziyang habe bei seinem Be-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Keil am 9. Dezember 1985 gefertigt. Am 11. Dezember 1985 wurde handschriftlich vermerkt: „Von BM noch nicht gebilligt.“

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 12. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klaiber und Vortragenden Legationsrat Bitterlich verfügte.

Hat Klaiber vorgelegen.

Hat Bitterlich am 5. Januar 1986 vorgelegen.

<sup>2</sup> Im Anschluß an einen Besuch bei der „China Business Week“ der Europäischen Gemeinschaften vom 2. bis 7. Dezember 1985 in Brüssel hielt sich der chinesische Staatsrat Zhang Jingfu vom 9. bis 18. Dezember 1985 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Jürgen Sudhoff.

<sup>4</sup> Franz Keil.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 23. November 1973 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 389.

Weitere Besuche fanden vom 12. bis 15. Oktober 1977 und vom 5. bis 7. Oktober 1981 statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 285. Vgl. ferner AAPD 1981, III, Dok. 283 und Dok. 286.

Zuletzt hielt sich Genscher vom 27. bis 31. Oktober 1985 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 297.

<sup>6</sup> Über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Deng Xiaoping, teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheel, z. Z. Peking, am 30. Oktober 1985 mit, Genscher habe „auf Wiedergewinnung europäischen Selbstbewußtseins“ hingewiesen, „das sich gegenwärtig in Willen manifestiere, durch EUREKA wieder in Gruppe der Spitzen-technologieländer aufzuschließen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4362; Referat 010, Bd. 178896.



such im letzten Sommer<sup>7</sup> darauf hingewiesen, daß die Chinesen gute Partner der Europäer sein wollten, keine Konkurrenten. Beide ergänzten sich zum gegenseitigen Vorteil. Europa sei ein alter Kontinent. Die industrielle Revolution habe zuerst hier stattgefunden; aber Europa verfüge noch über riesige Potentiale. Auch die chinesische Führung meine, daß Europa wiedererwachen müsse. Es könne der ganzen Welt seine Jugendlichkeit zeigen.

Der *BM* meinte, diese Tendenz drücke sich sehr stark im Bewußtsein der Menschen aus. Nicht nur in Westeuropa, auch in den Ländern des Warschauer Pakts gebe es ein stärkeres europäisches Bewußtsein. Dieses gemeinsame europäische Bewußtsein hebe die Gegensätze nicht auf, es unterstreiche aber die gemeinsame Basis der Europäer. In der Europäischen Gemeinschaft gehe der Selbstbehauptungswille über das hinaus, was soeben in Luxemburg<sup>8</sup> erreicht worden sei. Dabei seien die in Luxemburg erreichten Fortschritte größer, als die Öffentlichkeit jetzt verstehe. Eine führende Rolle im Rahmen der EG komme Frankreich und der Bundesrepublik zu.

*Zhang* betonte, sein Land unterhalte gute Beziehungen zur Bundesrepublik wie auch zu Frankreich. China wolle mit der Bundesrepublik auf langfristiger und stabiler Basis eine umfassende Zusammenarbeit.

*BM* dazu: Man könne ohne Übertreibung feststellen, daß unsere beiden Volkswirtschaften noch auf Jahrzehnte komplementär sein werden. Wir seien der Überzeugung, daß eine gute industrielle Entwicklung Chinas auch uns zum Vorteil gereiche.

*Zhang* fuhr fort, sein Land verfüge über viele natürliche Ressourcen und einen großen potentiellen Markt. Bei den Ressourcen müsse man zunächst die Menschen nennen, die große Bevölkerungszahl, die Arbeitskräfte, die zu geringen Löhnen arbeiteten. China wolle mit der Bundesrepublik und anderen westeu-

<sup>7</sup> Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 152 und Dok. 154.

<sup>8</sup> Am 2./3. Dezember 1985 fand in Luxemburg die Tagung des Europäischen Rats statt. Zu den Ergebnissen vermerkte Referat 200 am 12. Dezember 1985, daß Übereinkunft erzielt worden sei, „einen Vertrag über die Europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik zu unterzeichnen. Alle Fragen zum Text des Vertragsentwurfs sind mit Ausnahme redaktioneller Details abgeklärt worden. Es besteht jedoch ein allgemeiner Vorbehalt Dänemarks zu allen Texten [...]. Italien hat seine endgültige Zustimmung von der parlamentarischen Prüfung abhängig gemacht. Ergänzende Detailregelungen zum Vertrag (zu den Beziehungen der EPZ zum Europäischen Parlament, zur Zusammenarbeit der Missionen in Drittstaaten und bei internationalen Organisationen, zu Aufgaben und Organisation des EPZ-Sekretariats, zu den Tagungsorten der EPZ und zur Sprachenfrage) sollen außerhalb des Vertrages durch (leichter fortzuschreibenden) Ministerbeschluß anlässlich der Vertragsunterzeichnung getroffen werden.“ Die Texte sollten am 16./17. Dezember 1985 in Brüssel durch die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten fertiggestellt und geprüft werden, „ob die Konferenzergebnisse durch eine Akte zusammengefaßt werden sollen, für die ein auf einem französischen Vorschlag basierender Entwurf der Präsidentschaft vorliegt“. Der Vertrag gebe der EPZ eine völkerrechtliche Grundlage und gewährleiste „die Kohärenz von Politischer Zusammenarbeit und auswärtigen Politiken der Europäischen Gemeinschaften. Die Kommission wird in vollem Umfang an der Politischen Zusammenarbeit beteiligt, die enge Beteiligung des Europäischen Parlaments gewährleistet.“ Vgl. Referat 200, Bd. 144204.

Der Europäische Rat erörterte zudem die wirtschaftliche und soziale Lage in den Europäischen Gemeinschaften, die währungspolitische Zusammenarbeit und einen französischen Vorschlag für ein europäisches Programm zur Krebsbekämpfung. Vgl. dazu die Schlußfolgerungen; EUROPA-ARCHIV 1986, D 157–159.

ropäischen Ländern im Bereich der modernen Technologie gut zusammenarbeiten. Man könne viel erreichen. Dies sei auch im Interesse des Weltfriedens.

Der *BM* sagte, er sei immer der Meinung gewesen, daß eine technologische Abgrenzung Mißtrauen schaffe und ohnehin vorhandene ökonomische Spannungen in der Welt vergrößere. Die Politik des Kolonialismus sei nur möglich gewesen, weil die Kolonialstaaten technisch weiterentwickelt gewesen seien als die Kolonien. So gesehen, bedeute die Annäherung des technischen Niveaus verschiedener Länder ein wichtiges Element der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Stabilität. Die menschlichen Ressourcen der VR China beständen nicht nur in der Zahl der Bevölkerung, sondern auch in deren Intelligenz und Begabung. Diese seien Chinas größte Ressourcen. Wenn man sie sich entwickeln lasse, wie es jetzt in China geschehe, so werde dies eine gewaltige Wirkung haben. An zweiter Stelle der chinesischen Ressourcen seien natürlich die Bodenschätze zu nennen.

*Zhang* verwies darauf, China sei das größte Entwicklungsland. Seine Führer hätten immer betont, die Ost-West-Beziehungen seien eine Frage des Friedens, die Nord-Süd-Beziehungen eine Frage der Entwicklung. Die Bundesrepublik als hochentwickelter Staat und China als Entwicklungsland könnten sich gegenseitig gut ergänzen. Sie könnten ein Beispiel für die Nord-Süd-Kooperation geben.

*BM* stimmte zu: Wir könnten ein Beispiel für eine Kooperation geben, die frei sei vom Versuch, auf die innere Ordnung des anderen Einfluß zu nehmen.

*Zhang* erklärte, China sei in den letzten hundert Jahren technisch und wirtschaftlich zurückgeblieben.

Der *BM*: China sei gelähmt gewesen und habe sich deshalb in seiner ganzen schöpferischen Kraft nicht entfalten können. Letztlich überwinde das Land erst jetzt die Lähmung, die auch während der ersten Jahre der Volksrepublik infolge innerer Probleme noch angedauert habe. Jetzt erst könne sich China entfalten. Deutschland, in Europa ein großes, verglichen mit China aber ein kleines Land, weise manche parallele Entwicklung in der Geschichte auf: Deutschland sei seit dem Mittelalter der Austragungsort europäischer Kriege gewesen. So sei der Dreißigjährige Krieg ein europäischer Krieg auf deutschem Boden gewesen. Bundespräsident von Weizsäcker habe einmal gesagt, daß uns unsere Geschichte nie ganz allein gehört habe.<sup>9</sup> Als der deutsche Nationalstaat entstanden sei, hätten wir parallel auch eine große wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Nach dem letzten Weltkriege habe Westeuropa einen ähnlichen Weg der Einigung genommen wie vorher die Deutschen in ihrem Nationalstaat. Mit europäischer Selbstbehauptung und europäischem Erwachen sei das Bewußtsein gemeint, daß Europa eine technologische Spitzenposition einnehme, aber auch der Wille, nicht Objekt anderer zu werden.

*Zhang* erläuterte, bei aller Rückständigkeit seiner Technik und Industrie sei China doch in der Lage, sich in bestimmten Bereichen aus eigener Kraft zu

<sup>9</sup> In einer Rede über „Die Deutschen und ihre Identität“ führte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker am 8. Juni 1985 auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf aus: „Die deutsche Geschichte hat noch nie den Deutschen allein gehört.“ Vgl. BULLETIN 1985, S. 538.

entwickeln. So habe es in der Zeit der Isolierung schon 1964 Atombomben und auch Raketen hergestellt. Insgesamt sei die industrielle Grundlage Chinas aber zu schwach. Es wolle sein Land z.B. beim Bau von Atomkraftwerken mit dem Ausland zusammenarbeiten. Mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie sei China zurückgeblieben. Dies liege u.a. daran, daß die Maschinenbau- und Elektronikindustrie nicht weit genug entwickelt seien. Bis heute könne China Kraftwerke nur bis zu einer Größe von 600 MW bauen. Beim Bau von Atomkraftwerken habe es noch bei bestimmten Teilen und mit der Behandlung der Radioaktivität Probleme. Dies liege u.a. daran, daß die Maschinenbauindustrie Schwächen bei der Herstellung von Pumpen und Kondensatoren zeige.

Seine Regierung habe den Abschluß des Abkommens über friedliche Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie mit den USA<sup>10</sup> sehr begrüßt. Als erstes habe Frankreich ein solches Abkommen mit China abgeschlossen.<sup>11</sup> Die Bundesrepublik und Japan seien gleichfalls sehr aktiv.

*BM* verwies darauf, es sei unser Interesse, ein wohlhabendes und sich schnell entwickelndes China zu sehen. Es gebe immer auch die Chance für den Späterkommenden: Dieser könne nämlich die Kinderkrankheiten des Industrialisierungsprozesses vermeiden. Wir Deutsche hätten nach dem Zweiten Weltkrieg in anderer Weise eine solche Chance gehabt: Durch den Krieg seien alle unsere wirtschaftlichen Zentren zerstört worden. Wir hätten dann modernste Einrichtungen installiert, während die Alliierten noch die alten Ausrüstungen benutzt hätten. China habe heute die Chance, sich mit den modernsten Einrichtungen zu versehen. Er befürworte eine langfristige, zielgerichtete, breiteste Kooperation unserer beiden Länder. Im Augenblick seien wir noch zu sehr auf das einzelne Geschäft, auf eine punktuelle Zusammenarbeit fixiert. Wir brauchten eine langfristig angelegte Kooperation, die es uns erlaube, in längeren Entwicklungen zu denken.

<sup>10</sup> Botschafter van Well, Washington, teilte am 25. Juli 1985 mit, daß der amerikanische Minister für Energie, Herrington, und der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Li Peng am 23. Juli 1985 das am 30. April 1984 in Peking paraphierte Abkommen zwischen den USA und der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet hätten. Gegenüber dem paraphierten Text habe es keine Änderungen gegeben: „Nichtverbreitungspolitisches Verhalten chinesischer Seite, insbesondere die Zusage, dritten Staaten nicht bei Erlangung von Kernwaffen behilflich zu sein, ist jedoch nunmehr in gesondertem Dokument enthalten.“ Ziel des Abkommens sei für die amerikanische Seite „insbesondere die Erschließung eines neuen, vielversprechenden Exportmarkts für Kernkraftwerke“. Die zunächst auf 30 Jahre abgeschlossene Vereinbarung gelte „nicht für den Transfer von sensibler Nukleartechnologie, sensiblen Kernanlagen oder von wesentlichen Teilen derartiger Anlagen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3625; Referat 431, Bd. 145586.

<sup>11</sup> Während des Besuchs des Staatspräsidenten Mitterrand vom 3. bis 5. Mai 1983 in der Volksrepublik China wurde ein Memorandum über die Zusammenarbeit beim Bau von Kernkraftwerken unterzeichnet. Nachdem in der Presse gemeldet worden war, daß nach einem kurzfristig vereinbarten Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng am 13. Dezember 1985 in Paris Frankreich den Auftrag „zur Errichtung der ersten beiden von der VR China zu importierenden Kernreaktoren“ erhalten werde, vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Stülpnagel: „Über die Frage, welche nichtverbreitungspolitischen Forderungen von Frankreich an seine zukünftigen Nuklearlieferungen an die VR China geknüpft werden, liegen uns bisher keine gesicherten Informationen vor. Allem Anschein nach hat F nicht die Absicht, ein formelles Abkommen wie etwa D und UK zu schließen.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145544.

*Zhang* stimmte zu. China habe jetzt die Chance der kürzeren Wege. Ein chinesisches Sprichwort besage, wer hinterher komme, könne die anderen überholen.

*BM*: Nach dem „Langen Marsch“ habe China jetzt die Chance eines kurzen Marsches.

*Zhang* bemerkte, Vertreter seines Landes hätten anlässlich des kürzlichen Besuchs des BM in Peking bereits mit der Firma Siemens über eine umfassende, langfristige Zusammenarbeit gesprochen. Es wäre gut, wenn auch die Regierungen dies tun könnten. Im Bereich der Atomkraftwerke habe China für die Urananreicherung bisher das Diffusionsverfahren benutzt. Dieses bedeute einen hohen Stromverbrauch. Sein Land sei daran interessiert, mit Ultrazentrifugen zu arbeiten.<sup>12</sup> Ein weiterer Bereich des Interesses sei die Isotopentrennung durch Laser.<sup>13</sup> Er wolle den BM fragen, ob es in diesen Bereichen Möglichkeiten für einen akademischen Austausch gebe. Falls wir Schwierigkeiten hätten, werde seine Regierung Verständnis zeigen.

*BM*: Wir verstanden ihr Interesse an Zusammenarbeit. Er könne ihm jetzt nicht abschließend antworten, weil die angeschnittenen Fragen nicht allein in seiner Zuständigkeit lägen. Jedoch könne er ihm sagen, welches Interesse das Auswärtige Amt nehme: Wir wollten die Möglichkeit zu einem solchen Meinungsaustausch und zur Kooperation in diesem Bereich mit positivem Akzent prüfen. Wir wollten mit China nicht nur Technologie der zweiten Stufe austauschen, sondern auch Hochtechnologie.

*Zhang* erklärte, Ziel seiner Reise in die Bundesrepublik sei nicht nur, das zwischen MP Zhao Ziyang und dem Bundeskanzler Besprochene weiter zu behandeln. Er wolle auch nach neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit suchen. Hierfür habe er die obigen Beispiele genannt. Er habe Verständnis, wenn der BM nicht gleich antworten könne, und – auf Zwischenfrage des BM – er sei auch zufrieden, wenn er nach seiner Rückkehr nach China eine Antwort erhalte.

*BM*: Er werde Zh. schreiben.<sup>14</sup>

*Zhang* verwies darauf, sein Land arbeite, wie andere auch, an der Kernfusion. Es bediene sich der Lasertechnologie. Auch hier suche es Zusammenarbeit.

<sup>12</sup> Zum chinesischen Interesse am Erwerb der Gasultrazentrifugen-Technologie vgl. Dok. 152, besonders Anm. 9 und 12.

<sup>13</sup> Am 5. Juni 1985 gab der amerikanische Minister für Energie, Herrington, bekannt, daß die amerikanische Regierung sich für das am Lawrence Livermore National Laboratory entwickelte Laser-Verfahren zur Urananreicherung entschieden habe und die Förderung einer Gasultrazentrifugen-Anlage in Portsmouth (Ohio), in die bereits knapp 2,6 Milliarden Dollar investiert worden seien, aufgeben werde. Vgl. dazu den Artikel „U.S. \$2,6 Billion Poorer as Uranium-Enrichment Plant Is Halted“; THE WASHINGTON POST vom 19. Juni 1985, S. A19.

Mit Schreiben vom 3. Juli 1985 an Ministerialdirigent Rembser, Bundesministerium für Forschung und Technologie, gab Ministerialdirektor Ungerer der Sorge Ausdruck, daß die mit erheblicher staatlicher Unterstützung entwickelte „Technik der Gasultrazentrifuge technisch und wirtschaftlich überholt zu werden“ drohe und damit die Bemühungen der britisch-deutsch-niederländischen Firma URENCO zunichte gemacht würden, „einen angemessenen Anteil am Weltmarkt für Anreicherungsanlagen zu erringen“. Da sowohl in der Bundesrepublik als auch in Frankreich am Laser-Verfahren gearbeitet werde, sprach er sich für eine Zusammenarbeit der Bundesrepublik, Großbritannien und der Niederlande mit Frankreich in diesem Bereich aus: „Wir stehen nach der amerikanischen Entscheidung vor einer Herausforderung von europäischer Dimension.“ Vgl. Referat 431, Bd. 145594.

<sup>14</sup> Für das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 18. Februar 1986 an den chinesischen Staatsrat Zhang Jingfu vgl. Referat 430, Bd. 145437.

*BM* verwies darauf, bei der Verlängerung des deutsch-chinesischen Abkommens über wirtschaftliche Zusammenarbeit<sup>15</sup> hätten wir auch den Bereich der Hochtechnologie eingeschlossen. Um Hochtechnologie handele es sich – teilweise – auch bei den in Diskussion befindlichen Projekten im Bereich<sup>16</sup> der Telekommunikation (Glasfaserleitungen von SEL<sup>17</sup>, auch Projekte von Siemens), die Satelliten von MBB<sup>18</sup>; dies gelte aber auch für das geplante Nahtlosröhrenwerk Tientsin<sup>19</sup>, die Kernkraftwerke und auch für moderne Technologien bei der Kohleförderung.

*Zhang* fügte hinzu, er wolle auf seiner Reise auch Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in nichtsensitiven Bereichen prüfen. Mit Siemens habe man während des Besuches des *BM* bereits über Elektrokeramik (Isolatoren für Hochspannung) gesprochen. Die VR China interessiere sich auch für die Direktreduktion im Bereich der Metallurgie. Deshalb reise er auch zu Krupp.<sup>20</sup>

Der *BM* fragte nach dem Stand des chinesischen Entscheidungsprozesses in Sachen Kernkraftwerke.

*Zhang*: Es gebe zur Zeit kommerzielle Verhandlungen. Die deutschen Anbieter hätten zwei Vorteile: Bereitschaft zum Technologietransfer und zur Kompensation (Brennelemente und Buntmetall).<sup>21</sup> Seine Regierung hoffe, daß die deutschen Anbieter auch noch Anstrengungen im Bereich der Preisgestaltung unternähmen.

Der *BM* verwies auf den deutschen Ausdruck „teurer Freund“: Damit sei gemeint, daß man den Freund schätze, weil er ein wertvoller Freund sei. Die deutschen Produkte seien teurer, weil sie wertvoller seien.

#### **Referat 010, Bd. 178900**

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Protokolls vom 10. Juni 1985 über die Verlängerung des Abkommens vom 24. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil II, S. 1043.

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „der Bereich“.

<sup>17</sup> Zum Projekt der Firma Standard Elektrik Lorenz AG in der Volksrepublik China vgl. Dok. 297, Anm. 21.

<sup>18</sup> Zur Lieferung von zwei Fernsehsatelliten an die Volksrepublik China durch die Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm vgl. Dok. 297, Anm. 23.

<sup>19</sup> Zur Errichtung eines Stahl- und Rohrwerks in Tianjin vgl. Dok. 297, Anm. 20.

<sup>20</sup> Im Anschluß an Gespräche im nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium war für den chinesischen Staatsrat Zhang Jingfu am Nachmittag des 9. Dezember 1985 ein Besuch bei der Firma Fried. Krupp in Essen vorgesehen. Vgl. das Programm; Referat 341, Bd. 142585.

<sup>21</sup> Vgl. dazu das am 10. Juni 1985 unterzeichnete Memorandum zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernkraft; Dok. 154, Anm. 7.

## 336

**Botschafter Citron, Stockholm (KVAE-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

9. Dezember 1985<sup>1</sup>

Schriftbericht Nr. 229

Betr.: KVAE;

hier: Überlegungen über mögliche Entwicklungen bis Herbst 1986

Bezug: ohne

2 Doppel

Je ein Doppel unmittelbar an D 2A<sup>2</sup>, D 2A i. V.<sup>3</sup>, D 2<sup>4</sup>, 212, Botschafter Dr.  
Eickhoff, BMVg – Referat FÜ S III 5

1) Es hat sich in den vergangenen 1 1/2 Jahren gezeigt, daß die sicherheitspolitischen Implikationen möglicher KVAE-Ergebnisse für viele Teilnehmerstaaten von weitaus größerer Relevanz sind als die vielfältigen Zusagen in anderen Bereichen, die sie in der Schlußakte von Helsinki<sup>5</sup> und im Dokument von Madrid<sup>6</sup> gegeben haben. Die Verhandlungen in der KVAE erweisen sich daher als schwieriger.

2) Die Probleme, bis zum Herbst 1986 ein befriedigendes Ergebnis zu erarbeiten, ergeben sich u. a. aus folgendem:

- Die Ausgangspositionen von West und Ost sind zum Teil diametral entgegengesetzt:
- Der Westen will vor allem mehr Transparenz von militärischen Aktivitäten auf Land mit weitgehender Verifikation, möglichst ohne jede Beeinträchtigung seiner eigenen Manöverpraxis, seiner Alarm- und Krisenpläne und seiner Flexibilität auf See und in der Luft (u. a. schnelle, nicht notifizierungspflichtige Heranführung von Verstärkungen aus den USA und Kanada).

Die SU strebt vorrangig eine scheinbare Verbesserung des politischen Klimas in Europa an, um ihr „Image“ als Militärkoloß abzumildern. Um das zu erreichen, möchte sie eine Gewaltverzichtsvereinbarung<sup>7</sup> in Verbindung mit Verbesserungen der Helsinki-VBM, ohne damit das westliche Transparenzkonzept zu akzeptieren. Zusätzlich möchte der WP zumindest

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde am 12. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Friedrich Ruth.

<sup>3</sup> Rüdiger Hartmann.

<sup>4</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Vorschlag der sowjetischen KVAE-Delegation vom 29. Januar 1985 für einen Vertrag über Gewaltverzicht und die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen; Dok. 43.

einen Teil der US-Verstärkungskräfte – vor allem der Flotten – in ein VSBM-Regime einbeziehen.

- Die westliche Ausgangsposition ist in der NATO gemeinsam erarbeitet worden, ohne daß Modalitäten vereinbart wurden, wie man die Ausgangsposition im Verhandlungsverlauf anpassen kann.<sup>8</sup> Dies bedeutet, daß Kräfte, die gegenüber Rüstungskontrolle skeptisch eingestellt sind, bei jedem etwa notwendig werdenden Verhandlungsschritt „Vorsicht“ rufen werden und im Interesse der Erreichung unserer Hauptziele notwendig werdenden Kompromissen nur schwer und spät zugestimmt werden wird.

3) Es bedarf derzeit größter Anstrengungen jener Staaten, die an einem substantiellen Ergebnis interessiert sind, um den Redaktionsprozeß (drafting) zum Beginn der neunten Runde (Januar 1986)<sup>9</sup> in Gang zu bringen. Der Redaktionsprozeß selbst dürfte schwierig sein, da zunächst weder West noch Ost von ihren Ausgangspositionen abgehen werden. So wird es z.B. nicht leicht sein, den WP zur Konzentration der Textarbeit auf Landaktivitäten zu bringen, wenn der Westen den funktionalen Ansatz betreffend Aktivitäten im angrenzenden See- und Luftraum sehr eng interpretiert und auch die Behandlung unabhängiger Luftaktivitäten über dem Kontinent wegen der schwierigen Verifizierung ausschließt.

4) Fortschritte beim drafting werden h.E.<sup>10</sup> nur zu erzielen sein, wenn schwierige Fragen zeitweise ausgeklammert werden (die SU z.B. mehr als bisher von ihrer im Widerspruch zum Mandat stehenden Forderung auf Einbeziehung von unabhängigen See- und Luftmanövern über bzw. im angrenzenden See- und Luftraum<sup>11</sup> abrückt).

Alle TNS<sup>12</sup> müssen bereit sein, Fortschritte beim drafting zunächst in Teilbereichen zu versuchen, wobei einzelne Problembereiche zeitweise zurückgestellt werden. Dies gilt u. a. auch für maltesische Forderungen.

Auch der sowjetische DL<sup>13</sup> rechnet damit, daß es bis zum Frühsommer eine Reihe schwer lösbarer Probleme geben könnte, die dann in den Hauptstädten auf politischer Ebene angesprochen werden müssen.

5) Für die eigentliche Redaktionsarbeit muß das Bündnis eine effektive Konsultationsform finden, um die westlichen Verhandlungsführer in die Lage zu versetzen, Texte zu vereinbaren. Bisher sind noch nicht alle Bündnispartner

<sup>8</sup> Die NATO-Mitgliedstaaten legten am 24. Januar 1984 auf der KVAE in Stockholm ein Paket vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen vor (CSCE/SC/1). Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 360 f.

Zur Erarbeitung des Maßnahmenpakets im Ständigen NATO-Rat vgl. AAPD 1984, I, Dok. 4 und Dok. 6.

<sup>9</sup> Die neunte Runde der KVAE in Stockholm fand vom 28. Januar bis 14. März 1986 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE-Delegation), vom 14. März 1986; AAPD 1986.

<sup>10</sup> Hiesigen Erachtens.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die von der UdSSR und den Warschauer-Pakt-Staaten in der sechsten Runde der KVAE vom 14. Mai bis 5. Juli 1985 in Stockholm eingebrachten Vorschläge; Dok. 234, Anm. 9.

<sup>12</sup> Teilnehmerstaaten.

<sup>13</sup> Oleg Alexejewitsch Grinewskij.

bereit, entsprechend der Rede des BM vom 20.9.1985 in Loccum<sup>14</sup> Brücken zwischen östlichen und westlichen Vorschlägen zu bauen.

Es könnte zu gegebener Zeit sinnvoll sein, daß der NATO-Caucus in Stockholm Schritt für Schritt für anstehende Sachfragen Lösungsmöglichkeiten anvisiert und hierfür von den Hauptstädten Spielraum bzw. Weisung erbittet.

Der NATO-Rat in Brüssel, der bei den regelmäßigen KVAE-Konsultationen die Entwicklung mitbeeinflußt hat, sollte h.E. nur mit ganz wichtigen Fragen befaßt werden.

Es erscheint weder möglich noch praktisch, die zum Teil nur langsam funktionierende NATO-Maschinerie mit den Redaktionsproblemen der sich von Tag zu Tag verändernden Verhandlung zu befassen. Vor allem muß eine interne „Nachverhandlung“ bereits niedergelegter Ergebnisse im Bündnis vermieden werden.

#### 6) Denkbare Ergebnisse

- Wünschenswert ist ein Ergebnis, das erhebliche Verbesserungen der Notifizierung und Beobachtung in ganz Europa bis zum Ural erbringt und außerdem befriedigende Fortschritte in den Bereichen der neuen westlichen Vorschläge: Information, Kalender, Verifizierung und Kommunikation.<sup>15</sup> Dies dürfte nur bei starkem sowjetischem Interesse an der KVAE möglich sein. Der Westen müßte dann wohl eine feierliche Bekräftigung des GV in der Form einer Deklaration akzeptieren.
- Wahrscheinlich wird es jedoch eher zu einer Entwicklung kommen, bei der die SU im nächsten Sommer in einzelnen Bereichen westlichen Interesses (Information, Inspektion) nur wenig bieten wird, während sie z.B. bei der Notifizierung und Beobachtung ein gewisses Entgegenkommen zeigen wird.
- Die Allianz wird dann ihre Verhandlungsstrategie erneut überprüfen müssen.
- Zweifellos wird sich auch die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Gipfel des Jahres 1986<sup>16</sup> auf die KVAE auswirken.

#### 7) Besondere Verhandlungsprobleme

Nachstehend wird jetzt schon auf einzelne besonders schwierige Verhandlungsprobleme aufmerksam gemacht:

- Westliche Weisungslage erlaubte keinerlei Verhandlung über Constraints.<sup>17</sup> WP dürfte dies zum Vorwand nehmen, zu gegebener Zeit eine Verhandlung

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 20. September 1985 auf der Tagung „20 Jahre EKD-Denkschrift“ der Evangelischen Akademie Loccum vgl. BULLETIN 1985, S. 889–893.

<sup>15</sup> Zu den Vorschlägen der NATO-Mitgliedstaaten für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die am 8. März 1985 auf der KVAE in Stockholm als Paket eingebracht wurden, vgl. Dok. 42, Anm. 2.

<sup>16</sup> Zur Vereinbarung eines weiteren Gipfeltreffens durch Präsident Reagan und den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei ihrem Treffen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>17</sup> Zu den Beratungen in der NATO über eine Beschränkung militärischer Maßnahmen („constraints“) im Rahmen der KVAE vgl. Dok. 243, Anm. 16.  
Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 11. November 1985 über die Arbeiten an einem Arbeitspapier der NATO zu diesem Thema, zu dem von französischer Seite „umfangreiche Ergänzungen“ vorgeschlagen worden seien. Die französische Delegation in der VSBM-Arbeitsgruppe der NATO warte nun auf eine neue Weisung, die es ihr ermögliche, „eine kompromißbereitere Haltung einzunehmen [...]“. In der Sitzung hatten I, NWG, NL und wir unser Interesse an einer zügigen Be-



über ihm unangenehme Themen, z.B. Inspektionen im westlichen Sinne, zu verweigern.

- Angesichts der in Madrid vereinbarten Mandatskriterien, angemessene Verifikation, müßte der Westen versuchen, zumindest einen Einstieg in ein Inspektionsregime zu erhalten (notfalls über eine stärkere Form der „observation on demand“).
- Westliches VSBM-Konzept ist weitgehend auf Landaktivitäten konzentriert und interpretiert selbst den „funktionalen Ansatz“ sehr eng (siehe DB Nr. 98 vom 15. März 1985 zum Lückenpapier<sup>18</sup>). Ohne westliche Bereitschaft, hier etwas nachzudenken, könnten unsere Verhandlungsführer in eine schwierige Lage geraten.
- Der Westen lehnt die Einbeziehung unabhängiger Luftaktivitäten über Europa mit dem Argument ab, diese seien nicht verifizierbar. Zweifellos ist es unmöglich, die genaue Zahl der teilnehmenden Flugzeuge, ihre Start- und Landeplätze festzustellen. Die Tatsache größerer Luftmanöver dürfte durch NTM<sup>19</sup> jedoch heute schon verifizierbar sein.

Die Frage dürfte sich daher spätestens im Frühjahr 1986 stellen, ob die westlichen Positionen in diesem Punkt weiterhin unverrückbar bleiben können.<sup>20</sup>

Citron

**Referat 221, Bd. 130093**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1760*

endigung der Arbeiten an der Studie unterstrichen und an die Kompromißbereitschaft aller appelliert. Wir wiesen auf den Nutzen einer abgestimmten Allianzposition zu den einschränkenden Maßnahmen hin, auf deren Grundlage dann auch mögliche NNA-Vorschläge beurteilt werden könnten. Ein Warten auf die Vorschläge der übrigen Konferenzteilnehmer vor Abstimmung einer eigenen Allianzposition zu den Grundfragen würde demgegenüber eine intellektuelle Abhängigkeit von den NNA vorbereiten, die am Verhandlungstisch zu einer defensiven Haltung führen könne.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1765; VS-Bd. 12171 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

Die neutralen und nichtgebundenen Staaten legten am 15. November 1985 auf der KVAE in Stockholm einen Vorschlag zu Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen und Gewaltverzicht vor, der einen Abschnitt zu „Beschränkungen bestimmter militärischer Aktivitäten“ enthielt. Für den Wortlaut des Vorschlags (CSCE/SC/7) vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 77–84.

<sup>18</sup> Zum Drahtbericht des Botschafters Citron, Stockholm (KVAE), vgl. Dok. 157, Anm. 7.

<sup>19</sup> National Technical Means.

<sup>20</sup> Am 17. Dezember 1985 legte Botschafter Citron, Stockholm (KVAE), dar, „in welchen Bereichen der WP bzw. die NATO zu gegebener Zeit Anpassungen ihrer Position vornehmen müssen, damit in Stockholm mit einem substantiellen Ergebnis abgeschlossen werden kann“, und stellte Überlegungen zu möglichen Kompromissen an. Er kam zu dem Schluß, daß „die Bedeutung der denkbaren Kompromisse für beide Seiten in etwa ausgeglichen sein“ würde; allerdings sei „noch nicht vorherzusehen, ob die Aufgabe essentieller Verhandlungselemente – auch wenn dies auf gegenseitiger Basis wäre – für beide Seiten möglich sein wird. [...] Es ist auch nicht auszuschließen, daß es auf beiden Seiten Kräfte gibt, denen am Abschluß eines Abkommens nicht besonders viel liegt und die durch erklärte Kompromißunwilligkeit zum Scheitern dieser Konferenz beitragen werden.“ Es liege allerdings im Interesse der Bundesrepublik, „daß unter voller Wahrung der sicherheitspolitischen Interessen der Allianz ein substantielles Ergebnis dieser Konferenz erreicht wird“. Vgl. den Schriftbericht; VS-Bd. 11518 (221); B 150, Aktenkopien 1985.

## Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerz

320-321.11 SIM

9. Dezember 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 9352 Plurez

Aufgabe: 10. Dezember 1985, 08.35 Uhr

Betr.: Technischer Aufenthalt von Premierminister Mugabe in Frankfurt vom  
6.12. bis 7.12.1985;  
hier: Gespräch mit BM Genscher am 6.12.1985

BM traf am 6.12.1985<sup>2</sup> zu einem knapp einstündigen Gespräch mit PM Mugabe in Frankfurt zusammen. Mugabe hielt sich dort im Anschluß an seine offiziellen Besuche in Moskau und Wien zu einem 20stündigen Zwischenaufenthalt auf<sup>3</sup> und flog am 7.12.1985 nach Harare zurück.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der Konferenz der Blockfreien in Harare, des Ost-West-Verhältnisses nach dem Genfer Gipfel<sup>4</sup>, die bilateralen Beziehungen sowie die Lage in Südafrika.

BM gratulierte Mugabe zu seiner künftigen Rolle als Vorsitzender der Blockfreien, die er auf kommender BF-Konferenz in Harare im September 1986 für die nächsten drei Jahre übernehmen werde.<sup>5</sup> Mugabe erläuterte ausführlich Zielsetzungen der BF-Konferenz in Harare. Schwerpunkt werde dabei Erörterung regionaler Krisenzonen sein, um deren Lösung sich BF-Bewegung verstärkt bemühen werde. Konferenz werde besonderen Akzent auf Konfliktsituation des südlichen Afrika legen. Das sei auch Hauptgrund, warum Simbabwe Gastgeberrolle übernommen habe. Aber auch Wirtschaftsfragen würden hohen Stel-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Massing konzipiert.

Hat Ministerialdirektor Sudhoff und Vortragendem Legationsrat Ischinger am 9. Dezember 1985 zur Mitzeichnung vorgelegen.

Hat Massing am 29. Januar 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ellerkmann „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Ellerkmann am 12. Februar 1986 vorgelegen.

<sup>2</sup> An dieser Stelle wurde gestrichen: „um 17.30 Uhr“.

<sup>3</sup> Am 28. November 1985 legte Ministerialdirektor Sudhoff dar, daß Ministerpräsident Mugabe auf dem Rückweg nach Simbabwe von Besuchen am 2./3. Dezember in der UdSSR und am 4./5. Dezember in Österreich am 6./7. Dezember 1985 einen technischen Zwischenaufenthalt in Frankfurt am Main haben werde. Sudhoff schlug ein Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und Mugabe oder aber „die Wahrnehmung PM Mugabes durch Leitungsebene“ vor. Dabei könne Mugabe über die Ergebnisse seines Besuchs in der UdSSR befragt und die Lage im südlichen Afrika erörtert werden: „Mugabe ist auch deshalb ein interessanter Gesprächspartner, da er auf der letzten Blockfreien-Konferenz in Luanda zum neuen Vorsitzenden dieser Bewegung gewählt worden ist und die nächste Gipfelkonferenz der B[lock]F[reien] im September 1986 in Harare stattfinden wird. Ein Gesprächswunsch ist seitens Simbabwes bisher nicht geäußert worden. Wir sollten das Gespräch von uns aus anbieten. M[u]gabe ist interessant genug.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155962.

<sup>4</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>5</sup> Auf der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 4. bis 7. September 1985 in Luanda wurde Simbabwe die Präsidentschaft der Bewegung für die kommenden drei Jahre übertragen. Ministerpräsident Mugabe trat das Amt des Präsidenten der Blockfreien-Bewegung auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der blockfreien Staaten vom 1. bis 6. September 1986 in Harare an.

lenwert einnehmen: Wiederbelebung des Nord-Süd-Dialogs, Verschuldungsproblematik, Kapital- und Technologietransfer in E-Länder<sup>6</sup>, Rolle des IWF und der WB<sup>7</sup>. Mugabe betonte, daß BF-Bewegung zu keinem der beiden Blöcke tendiere und deshalb auch Ost und West gleichermaßen auffordern werde, positive Schritte in Richtung auf Abbau des Rüstungswettlaufs zu tun. BM führte aus, daß Bundesregierung den Blockfreien hohe Bedeutung für internationale Stabilität beimesse. Ost-West-Gegensatz dürfe nicht auf Länder der Dritten Welt ausgedehnt werden. Bundesregierung vertrete deshalb gemeinsam mit EG-Partnern die Auffassung, daß in erster Linie regionale Lösungen für regionale Konflikte gefunden werden müßten. So unterstütze man Bemühungen der Contadora-Staaten in Zentralamerika<sup>8</sup>, der islamischen Länder im Hinblick auf Afghanistan. EG-Staaten arbeiteten auch erfolgreich mit ASEAN<sup>9</sup>, Zentralamerika<sup>10</sup> sowie Golfstaaten (Golf-Kooperationsrat)<sup>11</sup> zusammen. BM erkundigte sich in diesem Zusammenhang nach Stand der Kooperation der SADCC-Staaten<sup>12</sup>. Mugabe bewertete diese positiv, Kooperation habe in zahlreichen Bereichen erhebliche Fortschritte gemacht. Man erkenne das Engagement der EG an, verstärkte Hilfe an SADCC sei willkommen.<sup>13</sup>

BM äußerte sich anschließend zu Genfer Gipfeltreffen, das zur Veränderung des politischen Klimas beigetragen habe. Er wies auf das besondere Interesse der Bundesrepublik Deutschland an Abbau der Ost-West-Spannungen hin. Wie schätzten nach Mugabes Eindrücken die sowjetischen Führer das Ergebnis von Genf ein? Mugabe führte aus, daß nach Einschätzung seiner sowjetischen Gesprächspartner der Gipfel „mehr ein Mißerfolg als ein Erfolg“ gewesen sei, da es nicht gelungen sei, USA von Weiterführung des SDI-Programms abzubringen. Sowjetische Führung habe den Eindruck, daß Reagan weiterhin an amerikanischer Vormachtpolitik festhalte. Tatsache des persönlichen Kontakts zwi-

<sup>6</sup> Entwicklungsländer.

<sup>7</sup> Weltbank.

<sup>8</sup> Zu den Bemühungen der Contadora-Staaten um eine Lösung des Konflikts in Mittelamerika vgl. Dok. 259, Anm. 26.

<sup>9</sup> Zur Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 180, Anm. 28.

<sup>10</sup> Zur Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten mit den mittelamerikanischen sowie den Contadora-Staaten vgl. Dok. 267, Anm. 7.

Am 18. Oktober 1985 wurde in Brüssel ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den Staaten des Generalvertrags über die mittelamerikanische Wirtschaftsintegration – Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua – sowie Panama paraphiert und auf der Ministerkonferenz der EG-Mitgliedstaaten, Spaniens und Portugals mit den mittelamerikanischen und den Contadora-Staaten am 11./12. November 1985 in Luxemburg unterzeichnet. Daneben verabschiedete die Konferenz eine Schlußakte, ein gemeinsames politisches Kommuniqué über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie ein Wirtschaftskommuniqué. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 250–258.

<sup>11</sup> Am 14. Oktober 1985 fand in Luxemburg das erste Ministertreffen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten statt, auf dem Gespräche über ein Globalabkommen zu einer breiten Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit beschlossen wurden. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1985, S. 72 f.

<sup>12</sup> Der South African Development Coordination Conference gehörten Angola, Botsuana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Tansania an.

<sup>13</sup> An dieser Stelle wurde gestrichen: „BM fragte Mugabe, ob er in Cancún II evtl. eine Möglichkeit sehe, stagnierenden Nord-Süd-Dialog wiederzubeleben. Cancún sei ein Erfolg gewesen, eine Folgekonferenz sei sinnvoll, um die dortigen konstruktiven Ansätze weiterzuführen. Mugabe reagierte zurückhaltend: Cancún sei an der intransigenten Haltung von USA und GB gescheitert.“

schen beiden Führern werde positiv bewertet, ebenso die Feststellung in der gemeinsamen Erklärung, daß keine Partei einen nuklearen oder konventionellen Krieg gewinnen könne.<sup>14</sup>

Über die Lage in Südafrika, die im Gespräch einen breiten Raum einnahm, äußerten sich Gesprächspartner mit großer Sorge. Mugabe forderte Bundesregierung auf, durch wirksame Maßnahmen – dazu gehörten auch Wirtschaftsanktionen – gegen das Apartheidregime in Südafrika vorzugehen.<sup>15</sup> BM entgegnete, daß Bundesregierung aus prinzipiellen Erwägungen<sup>16</sup> Wirtschaftsanktionen gegen Südafrika ablehne<sup>17</sup>, aber im Rahmen ihres kritischen Dialogs alle Möglichkeiten nutze, um zu einer<sup>18</sup> Beendigung der unmenschlichen Apartheid beizutragen. BM wies auf die Folgen von Wirtschaftssanktionen auf die schwarze Bevölkerung Südafrikas hin. Außerdem hätten bisherige Erfahrungen gezeigt, daß Wirtschaftssanktionen keine wirksame politische Waffe seien.

Beide Seiten hoben den guten Stand der deutsch-simbabwischen Beziehungen hervor. Mugabe dankte der Bundesregierung für ihr starkes entwicklungspolitisches Engagement in seinem Land. Auch über die intensiven politischen Kontakte sei er sehr erfreut, wie z. B. das jüngste Parlamentariertreffen in Harare im November d. J.<sup>19</sup>, das ein voller Erfolg gewesen sei, unbeschadet der Tatsache, daß es unterschiedliche Auffassungen in politischen Grundfragen gegeben habe. Simbabwe sei an der Fortsetzung dieses Dialogs interessiert.<sup>20</sup>

Gerz<sup>21</sup>

#### Referat 320, Bd. 155962

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

<sup>15</sup> Mit Blick auf das Treffen des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Mugabe informierte Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, am 6. Dezember 1985 über ein Gespräch mit dem simbabwischen Informationsminister Shamuyarira, der die politischen Überzeugungen des Ministerpräsidenten nicht „aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung“ teile. Shamuyarira habe ausgeführt, „daß wir, da wir nicht zu Wirtschaftssanktionen bereit seien, als Alliierte Südafrikas anzusehen seien. [...] Wirtschaftliche Wirkung von Sanktionen hielt er für nicht entscheidend, zumal Erfahrung zeige, daß Sanktionen nie voll wirksam würden. Der Wert läge vielmehr in politischem und moralischem Druck, der auch in Rhodesien seinerzeit Entscheidung gebracht habe. Hinweis auf Negativwirkung von Sanktionen für schwarze Mehrheit in S[üd]A[frika] und für F[ront]L[inien]-Staaten ließ er, offizieller Linie folgend, nicht gelten. Betroffene seien bereit, Opfer auf sich zu nehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 320, Bd. 155962.

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde gestrichen: „weiterhin“.

<sup>17</sup> Zur Haltung der Bundesregierung zu Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika vgl. Dok. 245.

<sup>18</sup> An dieser Stelle wurde gestrichen: „unverzöglichen“.

<sup>19</sup> Vom 4. bis 8. November 1985 fand in Harare ein deutsch-simbabwisches Symposium von Parlamentariern statt. Botschafter Freiherr von Mentzingen, Harare, berichtete am 13. November 1985: „Wichtigste Ergebnisse dieses gelungenen Experiments waren ein besseres Verständnis für den Standpunkt der jeweiligen Gegenseite, die Schaffung einer Vertrauensbasis und die Anknüpfung ausbaufähiger Verbindungen.“ Die Teilnehmer aus der Bundesrepublik hätten „ein zwar nicht in allen Punkten klares und eindeutiges, aber ein differenzierteres Bild“ der simbabwischen Politik gewinnen können. Vgl. den Schriftbericht Nr. 526; Referat 320, Bd. 155961.

<sup>20</sup> Am 10. Dezember 1985 teilte Vortragender Legationsrat Massing der Botschaft in Harare ergänzend mit, daß Bundesminister Genscher Ministerpräsident Mugabe auch darauf angesprochen habe, „ob Simbabwe am Kauf eines modernen Airbus interessiert sei. Mugabe antwortete mit einem klaren

## 338

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**

411-420.10-1112/85 VS-vertraulich

10. Dezember 1985<sup>1</sup>Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Betr.: Deutsch-türkische Staatssekretärsgespräche am 5./6.12.1985 in Bonn

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

## 1) Zusammenfassung und Wertung

Die Gespräche waren zwischen BK und MP Özal beim BK-Besuch in der Türkei im Juli dieses Jahres<sup>4</sup> vereinbart worden.

Unserem Verhandlungskonzept entsprechend wurde beim ersten Treffen in einem Gedankenaustausch lediglich der Rahmen für die weiteren Gespräche abgesteckt. Türkische Seite hatte ursprünglich auf längere und mehr ins Einzelne gehende Gespräche gedrängt. Es bestand schließlich Übereinstimmung darüber, daß die Gespräche Auftakt zu einem langfristigen Verhandlungsprozeß sein würden. Der von uns mehrfach betonte Grundsatz der Parallelität zwischen den bilateralen Gesprächen und den Verhandlungen auf EG-Ebene über Freizügigkeit<sup>5</sup> wurde von türkischer Seite nicht in Frage gestellt.

Wir haben Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Rüstungs-sonderhilfe bekundet, deren Umfang nicht die RSH von 1980–83 (600 Mio.)<sup>6</sup> erreichen werde. Zur Rüstungsk Kooperation haben wir darauf hingewiesen, daß sie sich am türkischen Eigenbedarf orientieren und im Rahmen der bisherigen Kooperation halten müsse. Die türkischen Forderungen im Rüstungsbereich gehen weit darüber hinaus.<sup>7</sup>

Den türkischen Vorschlag, den deutschen Beitrag zu einem gemeinsamen Industrialisierungsfonds durch Wiederverwendung von Tilgungszahlungen auf-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1764*

Nein. Ein kleines Land wie Simbabwe könne es sich nicht leisten, den Airbus zu kaufen, er sei einfach zu teuer. Er wisse die technischen Vorzüge des Airbus zu schätzen, da er selbst einmal damit geflogen sei. Mugabe kritisierte ‚die aggressive Verkaufspolitik‘ der Airbus Industrie.“ Vgl. den Schrifterlaß; Referat 320, Bd. 155962.

21 Paraphe vom 9. Dezember 1985.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Eichinger konzipiert.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 23. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 411 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schubert am 23. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Randermann am 2. Januar 1986 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 11. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher am 22. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>4</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl vom 9. bis 11. Juli 1985 in der Türkei vgl. Dok. 185 und Dok. 188.

<sup>5</sup> Zur Frage der Freizügigkeit für Arbeitnehmer im Rahmen der Assoziierung der Türkei mit der EWG vgl. Dok. 185, Anm. 22 und 23.

<sup>6</sup> Zur Verteidigungshilfe für die Türkei und zur Rüstungs-sonderhilfe für die Jahre 1980 bis 1983 vgl. Dok. 92, Anm. 21.

<sup>7</sup> Zu den türkischen Vorstellungen hinsichtlich einer Unterstützung im Rüstungsbereich vgl. Dok. 240.

zubringen, haben wir abgelehnt. Für andere Reintegrationsmaßnahmen wurde Unterstützung zugesagt.

Die von uns im Rüstungsbereich und bei der Reintegrationsförderung in Aussicht gestellten Leistungen bewegen sich in dem durch die Ministergespräche beim Bundeskanzler am 30.9.<sup>8</sup> und 6.11.1985<sup>9</sup> vorgegebenen Rahmen. Die Erörterungen dazu sollen in bestehenden deutsch-türkischen Arbeitsgruppen vertieft werden. Die nächste Staatssekretärsrunde wurde für April/Mai 1986 in Ankara ins Auge gefaßt.<sup>10</sup>

Entsprechend dem Auftrag der Regierungschefs wurden bei den Gesprächen auch die Freizügigkeit EG-Türkei, die Förderung deutscher Investitionen, kulturelle Anliegen und Doppelstaatsangehörigkeitsfragen angesprochen.

Trotz der in den zentralen Bereichen z.T. weit auseinanderliegenden Vorstellungen war die Atmosphäre bei den Gesprächen offen und freundschaftlich.

Man einigte sich auf die beigefügte gemeinsame Presseerklärung.<sup>11</sup> Über die Gespräche soll im übrigen Vertraulichkeit gewahrt werden.

## 2) Rüstungs-sonderhilfe/Rüstungskooperation

Was die Rüstungs-sonderhilfe betrifft, so basiert die türkische Position auf der Behauptung, der BK habe die „Ausrüstung einer Panzerdivision“ zugesagt. Die

<sup>8</sup> Im Ministergespräch am 30. September 1985 im Bundeskanzleramt erläuterte Bundesminister Wörner, im Bereich der Verteidigungshilfe „gebe es eine umfassende Liste türkischer Wünsche“, deren Wert sich „auf rund 6 Mrd. DM addiere. Das sei unerfüllbar.“ Allerdings komme die Bundesrepublik um das Thema nicht herum; „dabei läge seine Präferenz bei einer einmaligen Sonderhilfe. Die Hilfe könne in der Form erfolgen, daß wir zwei türkische Brigaden aus Beständen der Bundeswehr mit Leopard I ausrüsten und für die Bundeswehr Ersatzlieferungen in Gestalt von Leopard II vorsähen. Auf diese Weise trage man gleichzeitig der schwierigen Auftragslage der deutschen Panzerindustrie Rechnung.“ Es wurde in Aussicht genommen, dem Vorschlag zu folgen; Bundeskanzler Kohl stellte aber fest, daß die Bundesregierung keine Koproduktion eingehen werde, „jedenfalls nicht über das hinaus, was bereits jetzt in diesem Bereich gemacht wird“. Zu einer Rückkehraktion für türkische Arbeitnehmer in die Türkei führte Bundesminister Blüm aus: „Es gebe viele entscheidendere Sperren, die man überwinden müsse, wenn man die Rückkehr erleichtern wolle, insbesondere die Sorge der türkischen Arbeitnehmer um die Weiterausbildung ihrer Kinder in der Türkei. Er frage sich daher, ob man nicht dadurch etwas tun könne, daß man deren Ausbildung an den deutschen Schulen in der Türkei oder die Einrichtung von Lehrwerkstätten fördere.“ Blüm wies außerdem darauf hin, daß die Inanspruchnahme von Beitragsleistungen aus den Sozialversicherungen durch Rückkehrwillige aufgrund eines Urteils des Bundessozialgerichts inzwischen erschwert sei, und auch die von der türkischen Regierung angesprochene Kapitalisierung der Arbeitgeberanteile „sei nach deutschem Sozialrecht nicht möglich“. Kohl resümierte, „damit sei eine zweite Rückkehraktion nahezu ausgeschlossen“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, vom 1. Oktober 1985; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Am 6. November 1985 erörterten die beteiligten Minister im Bundeskanzleramt haushaltsrechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Panzerlieferungen an die Türkei bzw. der Neubeschaffung von Panzern des Typs Leopard II durch die Bundeswehr. Gegenüber dem Vorschlag des Bundesministers Stoltenberg, aus Kostengründen zunächst andere türkische Wünsche zu prüfen, plädierte Bundesminister Wörner nachdrücklich für die Panzerlieferungen, die auch hinsichtlich amerikanischer „Forderungen nach deutschem Engagement ‚out of area‘ wichtig“ seien: „Hier seien Panzer nun einmal spektakulärer als anderes Material.“ Für die Verhandlungen mit der Türkei resümierte Bundeskanzler Kohl, es „sollte klargemacht werden, daß mit der Lieferung von 150 Leo die türkischen Wünsche im militärischen Bereich erledigt seien.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, vom 7. November 1985; VS-Bd. 13762 (014); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>10</sup> Die zweite Runde der Staatssekretärsgespräche mit der Türkei fand am 6./7. Oktober 1986 in Ankara statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Kastrup vom 9. Oktober 1986; AAPD 1986.

<sup>11</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Türken haben aber nicht näher dargelegt, wieviel Panzer, Schützenpanzer, Artillerie und Flugabwehrwaffen sie unter diese Forderung subsumieren.

Was die Rüstungskooperation betrifft, so streben die Türken

- die Produktion einer nicht näher bezeichneten, aber großen Zahl (offenbar mehrere Tausend) von gepanzerten Gefechtsfeldfahrzeugen in der Art eines modernen Schützenpanzers,
- die Umrüstung von 531 Haubitzen,
- die Herstellung von zunächst 36 MLRS (der modernste Mehrfachraketenwerfer der Bundeswehr) sowie
- die Produktion von Tieffliegerabwehrsystemen für zwei Armeekorps und die Marinebasen der Türkei an.

Fragen der Koproduktion türkischer mit deutschen Unternehmen seien bei einem Besuch von MP Özal in München (Krauss-Maffei, MBB) erörtert worden. Dabei haben die Firmen offenbar ihre Bereitschaft unterstrichen.

Finanziert werden soll diese Koproduktion aus einem türkischen Sonderfonds sowie aus deutschen Haushaltsmitteln, soweit diese nicht für die RSH verwendet werden.

Was das finanzielle Gesamtvolumen der deutschen Hilfe betrifft, so wurde<sup>12</sup> auf die erste Rüstungssonderhilfe verwiesen und wenigstens eine Erhöhung um 50 % als Inflationsausgleich genannt. (Dies wären 900 Mio. DM.) Der türkische Sonderfonds werde 1,5 Mrd. DM umfassen. Von Deutschland als reichem Land könne man eher noch mehr erwarten!<sup>13</sup>

Wir haben die Behauptung, der BK habe die „Ausrüstung einer Panzerdivision“ zugesagt, nachdrücklich zurückgewiesen.<sup>14</sup> Wir haben dargelegt, daß wir zur Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Rüstungssonderhilfe bereit sind. Ihr Umfang werde nicht die Höhe von 1980–83 erreichen. Auch werde sie über mehrere Jahre erstreckt werden müssen. Wir dächten daran, dem türkischen Interesse entgegenzukommen, indem wir ihnen Kampfpanzer in einer im Vergleich zur ersten Rüstungssonderhilfe (77 Stück) erheblich erhöhten Zahl zur Verfügung stellten. Dies wären auf die türkische Version umgerüstete Leopard I der Bundeswehr.

Die türkischen Vorstellungen zur Rüstungskooperation gingen erheblich über das zwischen beiden Regierungschefs Erörterte hinaus. Allerdings sei die Kooperation zwischen Unternehmen durchaus möglich. Sie müsse sich aber am

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt: „von türkischer Seite“.

<sup>13</sup> Das Ausrufezeichen wurde anstelle eines Punktes von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt.

<sup>14</sup> Auf den Einwand des Staatssekretärs Ruhfus während der Staatssekretärsgespräche am 5./6. Dezember 1985, „daß es unterschiedliche Auffassungen über die Panzerdivision gebe und daß wir den Eindruck hätten, daß eine Panzerinheit oder Brigade gemeint war“, bekräftigte der Staatssekretär im türkischen Außenministerium, Tecel, „daß er sich sehr gut an die Worte Panzerdivision“ im Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Özal erinnern könne: „Auf Einwand von StS Rühl, daß dies keinen Sinn mache, weil Türkei keine Panzerdivision habe, erwiderte Flottillenadmiral Erdem, daß der Bedarf für die Sicherheit der Meeresengen im Hinblick auf Panzerkraft und Feuerkraft auf eine Panzerdivision hinauslaufe. Man wolle mit unserer Hilfe die Lücke schließen, die dort bei Panzerinheiten und mechanisierten Kräften bestehe.“ Ruhfus stellte daraufhin erneut klar, „daß in den Worten des BK keine Zusage im Hinblick auf eine Panzerdivision enthalten“ gewesen sei. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12971 (203); B 150, Aktenkopien 1985.

türkischen Eigenbedarf orientieren und<sup>15</sup> im Rahmen der bisherigen Kooperation halten. Die deutsche Rüstungsexportpolitik sei bekanntlich restriktiv.<sup>16</sup>

Die Finanzierung der Rüstungs Kooperation sei Sache der Unternehmen. Denkbar sei, daß die laufende NATO-Verteidigungshilfe in ihrem gegenwärtigen Rahmen zur Lieferung von für die Koproduktion bestimmten Fertigungsmitteln genutzt werde.

Insgesamt sei erforderlich, daß die türkischen Vorstellungen noch sehr viel stärker präzisiert würden. Diese Informationen sollten in die deutsch-türkische Arbeitsgruppe eingebracht werden, die sonst<sup>17</sup> die Verteidigungshilfe aushandele. Diese Gruppe solle über die Fragen der Rüstungs sonderhilfe und der Rüstungs kooperation beraten und den Staatssekretären im April nächsten Jahres berichten.

Über diese Aussagen könnten wir derzeit nicht hinausgehen. Die türkischen Vorstellungen würden jedoch der Bundesregierung berichtet werden.

Am Rande der Verhandlungen wurde von türkischer Seite eingeräumt, daß man wohl mit einer Verhandlungsdauer von einem Jahr rechnen müsse. In Gesprächen nach Abschluß der offiziellen Verhandlungen versuchten die Türken darüber hinaus, ihr Interesse an der Lieferung von Leopard I als relativ gering, ihr Interesse an der Hilfe bei der Finanzierung von Schützenpanzerkoproduktion in der Türkei als besonders groß darzustellen. Hintergrund dieses Vorgehens ist, daß die Türken aus der Presse davon unterrichtet sind, daß im EPL 014 bereits 900 Mio. DM für die Nachbeschaffung von Leopard II für die Bundeswehr eingestellt sind. Sie gehen deshalb bereits jetzt davon aus, daß sie eine erhebliche Anzahl von Leopard I erhalten werden, und richten ihr taktisches Vorgehen entsprechend ein. Der politische Zusammenhang („Parallelität“) zur Freizügigkeitsfrage ist ihnen bewußt.

Nächster Schritt auf dem Gebiet Rüstungs sonderhilfe/Rüstungs kooperation werden Gespräche im Frühjahr 1986 sein, die von den beiden Delegationen geführt werden, die sonst die Verteidigungshilfe aushandeln. Trotz des Interesses, die Nachbeschaffung der Leopard II für die Bundeswehr bald in Gang zu setzen, ist eine zu rasche Entwicklung der Gespräche zu vermeiden, um den Druck auf die Türkei für die Verhandlungen mit der EG zu erhalten.

### 3) Freizügigkeit (Assoziation EG–Türkei)

Das Thema wurde nur kurz angeschnitten. Deutsche Seite stellte fest, daß diese Frage – soweit bilateral möglich – zwischen hochrangigen Vertretern beider

<sup>15</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Ruhfus handschriftlich eingefügt: „hinsichtlich der Unterstützung durch die Bundesregierung“.

<sup>16</sup> Der stellvertretende Staatssekretär im türkischen Verteidigungsministerium, Vizeadmiral Özkan, führte während der Staatssekretärsgespräche dazu aus: „Zwischen Wirtschaft und Verteidigung bestünden enge Beziehungen. Die Türkei wolle daher ihre Verteidigungsindustrie stärken. [...] Man sei bereit, mit deutschen Firmen zusammenzuarbeiten. Er kenne das Kriegswaffenkontrollgesetz. Trotzdem beabsichtige man, gemeinsam Waffen zu produzieren und auch in dritte Länder zu exportieren. Die Türkei habe ein großes Marktpotential im Nahen und Mittleren Osten.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 12971 (203); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>17</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Ruhfus gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „üblicherweise“.



Regierungen geklärt wurde.<sup>18</sup> Türkische Seite verwies auf Interpretationsunterschiede, ohne dies näher zu erläutern. Sie wies in diesem Zusammenhang in einem Gespräch mit BM auf die türkische Absicht hin, im nächsten Jahr die Mitgliedschaft in der EG zu beantragen.<sup>19</sup> BM erwiderte, beide Fragen seien voneinander getrennt zu halten. Zur Freizügigkeit gebe es eine klare Absprache zwischen der Bundesregierung und der türkischen Regierung. Wir gingen davon aus, daß keine Seite davon abweiche. Einen eventuellen Beitrittsantrag würden wir prüfen.

Es bestand Einvernehmen darüber, daß Freizügigkeitsfragen zwischen der EG und der Türkei weiter zu behandeln sind.

Türkische Seite wurde auf unsere Bemühungen um eine Freigabe des 4. Finanzprotokolls EG – Türkei<sup>20</sup> hingewiesen.

#### 4) Reintegrationsförderung und wirtschaftliche Zusammenarbeit

– Wir haben in Aussicht gestellt:

Gehaltszuschüsse für zurückkehrende qualifizierte türkische Fachkräfte in Höhe von 12 Mio. DM zur Unterstützung türkischer Klein- und Mittelbetriebe sowie die Einrichtung einer Lehrwerkstatt.

– Es bestand Einvernehmen darüber, daß die türkischen Arbeitgebergesellschaften nach wie vor ein aussichtsreicher Weg sind, um die türkische Wirtschaft zu stärken und um Arbeitsplätze für rückkehrende türkische Fachkräfte zu schaffen. Wir erklärten uns bereit, weiter zur Sanierung notleidender Arbeitgebergesellschaften beizutragen.

– Türkische Seite erneuerte ihren Vorschlag, einen deutsch-türkischen revolutionierenden Industrialisierungsfonds einzurichten und den deutschen Beitrag durch Wiederverwendung der FZ-Tilgungsrate 1986 in Höhe von 130 Mio. DM

<sup>18</sup> Mit Schreiben vom 2. August 1985 teilte Bundesminister Genscher Bundeskanzler Kohl mit: „Das Einvernehmen, das ich mit Außenminister Halefoglu erzielt habe, nämlich Aufschub der Diskussion im EG-Rahmen um bis zu fünf Jahre, vertraulich zu behandelndes Einverständnis der beiden Regierungen, daß es danach in gleicher Weise weitergeht und Zusage des Außenministers, daß die Türkei die Bundesrepublik Deutschland in der Freizügigkeitsfrage nicht bedrängen werde, beruht auf der grundlegenden Verständigung, die ich am 20. November 1982 mit dem türkischen Staatspräsidenten Evren erreicht hatte.“ Halefoglu habe diese in „mehr als zweijährigen Gesprächen“ erzielte Absprache in einem Gespräch am 31. Juli 1985 in Helsinki noch einmal ausdrücklich bestätigt. Sie bedeute „zwar nicht, daß die türkische Seite sich ausdrücklich auf eine unbefristete Verlängerung des Status quo festgelegt hat. Wohl aber kommt der zeitliche Aufschub von fünf Jahren angesichts der von der türkischen Seite zugestandenen Perspektive weiteren Aufschubs nach Fristablauf einer unbefristeten Verlängerung des Status quo nahe.“ Vgl. Referat 206, Bd. 151033.

Im Ministergespräch am 30. September 1985 im Bundeskanzleramt bekräftigte Genscher, „die Freizügigkeitsfrage dürfte nicht erneut aufgerollt werden; hier gebe es politisch und rechtlich bindende Zusagen der türkischen Seite“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, vom 1. Oktober 1985; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>19</sup> Während des Besuchs des Bundeskanzlers Kohl vom 9. bis 11. Juli 1985 führte Ministerpräsident Özal im Delegationsgespräch am 10. Juli 1985 aus, eine „Normalisierung der Beziehungen EG–TUR und Aufnahme der Türkei in EG“ sei „auch im europäischen Interesse. Vollmitgliedschaft stellt TUR vor keine Probleme“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2 des Vortragenden Legationsrats Spohn, z. Z. Istanbul, vom 10. Juli 1985; Referat 206, Bd. 151036.

<sup>20</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Freigabe des am 19. Juni 1981 paraphierten vierten Finanzprotokolls zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Türkei vgl. Dok. 14, Anm. 9.

aufzubringen.<sup>21</sup> Wir stellten klar, daß dafür keine Chance besteht und daß wir prüfen, ob die Gewährung eines zinsgünstigen Darlehens für den Fonds möglich ist.

Türkische Seite versuchte unseren Bedenken wegen der Präjudizgefahr eines Tilgungsverzichts durch Modifizierung ihres Vorschlags entgegenzukommen: Verwendung nur eines Teils der Tilgungsrate oder Zahlung der Tilgung und Rückfluß der Mittel auf anderem Wege.

- Wir haben erneut darauf hingewiesen, daß wir der Türkei bei der Finanzhilfe für 1985<sup>22</sup> weiterhin die günstigeren Standard-FZ-Konditionen eingeräumt haben und daß wir hoffen, daß dies auch 1986 möglich sein wird. Außerdem hätten wir bei der Türkei nicht wie bei fast allen Entwicklungsländern das Finanzhilfevolumen in den nächsten Jahren um ein Drittel gekürzt.

Die Fragen zur Reintegrationsförderung sollen in der bestehenden deutsch-türkischen Arbeitsgruppe „Reintegration“ im Frühjahr 1986 weiterbehandelt werden.

#### 5) Investitionsförderung

- Türkischem Wunsch nach Unterstützung für Verlagerung unrentabler deutscher Industriebetriebe in die Türkei, um dort Standortvorteile ausnutzen zu können, begegneten wir mit dem Hinweis auf die Freiheit unternehmerischer Entscheidungen und das bestehende Instrumentarium zur Förderung des Engagements wirtschaftlich gesunder Unternehmen in der Türkei. Türkische Seite wurde auf die eigene Verantwortung für die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas aufmerksam gemacht.<sup>23</sup>
- Zu den geplanten Änderungen des türkischen Ausländer-Investitionsgesetzes erläuterte türkische Seite, daß es im wesentlichen um die Übertragung von Kompetenzen auf die neugeschaffene Abteilung für Auslandsinvestitionen gehe. Damit würden die Genehmigungsverfahren – auch im ausländerrechtlichen Bereich – vereinfacht.

<sup>21</sup> Bundesminister Warnke erläuterte am 30. September 1985 im Bundeskanzleramt, der türkische „Wunsch nach Einrichtung eines revolvingierenden Industrialisierungsfonds“ wundere ihn nicht, da „die Rückzahlungen die deutsche Kapitalhilfe überstiegen. Die Türkei werde beispielsweise nächstes Jahr rund 200 Mio. DM an Zinsen plus Tilgung aufbringen müssen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, vom 1. Oktober 1985; VS-Bd. 14161 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>22</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 26. November 1985: „Letzte FZ-Zusage durch Vertrag vom 13.11.1985 DM 130 Mio. für 1985.“ Die Türkei sei insgesamt der weltweit zweitgrößte Empfänger von Finanzhilfe aus der Bundesrepublik, die als Geber den dritten Platz hinter der Weltbank und den USA einnehme. Vgl. Referat 206, Bd. 151033.

<sup>23</sup> Botschafter Negwer, Ankara, informierte Staatssekretär Ruhfus am 27. November 1985, es gebe mehr als 30 türkische Gesetze, die Ausländern „eine Erwerbstätigkeit in unzähligen Berufen verbieten. [...] Deutsche Wirtschaftsvertreter, die über 20 Jahre in Istanbul oder in der Türkei tätig sind und auch dort leben, erhalten die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung nur jeweils für ein Jahr. Das bürokratische Verfahren für die jährliche Verlängerung zieht sich zwischen sechs und acht Monaten hin.“ Mit derartigen Problemen sei die Botschaft auch „im Falle der Auslandsinvestitionen im Rahmen des Gesetzes Nr. 6224 und Dekret 30 [...] befaßt. Es ist keineswegs so, wie die Türken immer wieder behaupten, daß hier alle Hindernisse ausgeräumt seien. Dies steht damit im Zusammenhang, daß oben genannte 30 Gesetze geändert werden müßten, ehe beim Innenministerium und den lokalen Behörden eine Vereinfachung und aufgeschlossene Haltung gegenüber Ausländern entstehen kann.“ Vgl. das Privatdienstschreiben; Referat 206, Bd. 151033.

## 6) Kulturelle Anliegen

Türkische Seite legt großen Wert darauf, daß türkische Schüler in Deutschland nur von vom türkischen Religionsamt ausgewählten Religionslehrern in Religion unterrichtet werden, und bemüht sich um entsprechende Regelungen mit den Ländern.<sup>24</sup> Bundesregierung wurde um Unterstützung gebeten. StS Ruhfus versprach, sich persönlich über den Stand der Dinge informieren zu lassen.

Die Rahmenbedingungen für die Entsendung weiterer 40–60 deutscher Lehrer an türkische Schulen für Rückkehrerkinder sollen demnächst ausgehandelt werden.

## 7) Doppelstaatsangehörigkeitsfragen

Für unser erneut vorgebrachtes Anliegen, bilaterale Abmachungen zur Erleichterung des Staatsangehörigkeitswechsels und zur Vermeidung von Mehrstaatigkeit bei türkischen Jugendlichen in der zweiten und dritten Generation zu treffen, zeigte türkische Seite Verständnis. Sie teilte mit, daß die Vorarbeiten für die dazu notwendigen Änderungen der türkischen Staatsangehörigkeits- und Wehrdienstgesetze bereits begonnen hätten.

Es wird vorgeschlagen, den Bundeskanzler durch Kopie zu informieren.

D<sup>25</sup> hat mitgezeichnet.

Jelonek

**VS-Bd. 13703 (411)**

<sup>24</sup> Der türkische Erziehungsminister Dincerler unterrichtete Bundeskanzler Kohl in einem Gespräch am 9. Juli 1985 in Ankara, daß er am 20. Juni 1985 an einer Sitzung der Kultusministerkonferenz teilgenommen habe, um über den Religionsunterricht für türkische Kinder und die Entsendung von Lehrern, deren Besoldung von türkischer Seite übernommen würde, zu sprechen. Die türkische Regierung sei daran interessiert, „daß den türkischen Kindern in der Schule Religionsunterricht erteilt werden solle. Sonst entstünden Privatschulen, in denen die Gedanken Khomeinis beherrschend seien. Wenn der Religionsunterricht in der Schule erteilt werde, bedeute dies eine leichtere Integration.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 206, Bd. 151036.

<sup>25</sup> Das Wort „D 2“ wurde von Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Abteilung 2“.  
D 2 war Gerold Edler von Braunmühl.

## 339

### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Buerstedde

221-372.23 VS-NfD

10. Dezember 1985<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 110 Ortez

Aufgabe: 11. Dezember 1985, 14.59 Uhr

Betr.: MBFR – neuer westlicher Vorschlag

1) In der letzten Plenarsitzung der 37. MBFR-Verhandlungsrunde in Wien<sup>2</sup> wurde am 5.12. ein neuer Verhandlungsvorschlag der NATO durch den Vertreter Großbritanniens<sup>3</sup> offiziell eingeführt. Der Vorschlag basiert auf einer deutsch-britischen Initiative<sup>4</sup> und entspricht gleichgerichteten niederländischen Überlegungen. Er wurde nach intensiven Sondierungen und anschließenden Bündniskonsultationen am 29.11. vom NATO-Rat gebilligt.<sup>5</sup>

2) Die westliche Initiative geht von drei Bezugspunkten aus:

- dem östlichen Vorschlag zu einem Abkommen über eine erste Phase vom Februar d.J.<sup>6</sup>,
- der bisherigen Ergebnislosigkeit der Datendiskussion als Instrument zur Datenklärung,
- der von der östlichen Seite erklärten Bereitschaft, die Streitkräfteumfänge nach Reduzierungen verifizieren zu lassen.

Der westliche Vorschlag greift folgende Elemente des östlichen Vorschlags vom 14.2.85 auf:

- Abschluß eines befristeten Phase-I-Abkommens,
- Anfangsreduzierungen der USA und der UdSSR,
- danach Nichterhöhungsverpflichtung beider Seiten für ihre Land- und Luftstreitkräfte.

<sup>1</sup> Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Neubert konzipiert.

<sup>2</sup> Zur 37. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 26. September bis 5. Dezember 1985 in Wien vgl. Dok. 333.

<sup>3</sup> Michael Alexander.

<sup>4</sup> Zu den Gesprächen mit Großbritannien über eine neue Initiative bei den MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 192.

<sup>5</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 2. Dezember 1985 von der Diskussion im Ständigen NATO-Rat am 29. November 1985 über den Bericht der Ad-hoc-Gruppe zu den neuen Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten: „Neuer Schritt wurde allgemein begrüßt, der Westen werde damit wieder die Initiative ergreifen. [...] Vertreter MC teilte zu Beginn der Aussprache die Unterstützung der Initiative von seiten der Mehrheit des MC und von SACEUR mit.“ Allerdings seien in der Aussprache auch „kritische Bemerkungen“ gefallen: „Vertreter F verlangte absolute Klarheit hinsichtlich der Frage des Ausschlusses der französischen Truppen in Deutschland aus dem Verifikationspaket der neuen westlichen Initiative.“ Von türkischer Seite sei „auf die ernsten Sorgen der Türkei wegen eines möglichen Rückzugs und Verlagerung sowjetischer Truppen weit über die vorgesehenen 11 500 Mann hinaus und eine damit verbundene mögliche Bedrohung der türkischen Sicherheit“ hingewiesen worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1915; VS-Bd. 12170 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 14. Februar 1985 vgl. Dok. 45.

3) Der westliche Vorschlag ist eine Fortentwicklung der NATO-Initiative vom 19.4.84<sup>7</sup>, sein Kernanliegen ist, den Rahmen eines Phase-I-Abkommens zu nutzen, um die Klärung der Streitkräftedaten durch Information und Verifikation zu bewirken. Dieses Konzept soll die Datendiskussion „vor“ jeglichem Reduzierungsabkommen ersetzen, die damit verbundene Stagnation in Wien überwinden und dem Osten einen neuen, gangbaren Weg zur Datenklärung aufzeigen.

- Eine Datenklärung – nunmehr durch Verifikation – bleibt nach wie vor erforderlich vor Festlegung von Folgereduzierungen, die in einer folgenden MBFR-Phase Parität auf einem niedrigeren Personalstand der Land- und Luftstreitkräfte beider Seiten herbeiführen sollen.
- Die Fortführung der Verhandlungen über derartige Folgereduzierungen ist von befriedigenden Verifikationsergebnissen bei der Durchführung des Phase-I-Abkommens abhängig.

Zu diesem Zweck sieht der westliche Vorschlag folgendes vor:

- Als Teil des Abkommens wird ein Paket wirksamer Stabilisierungs- und Verifikationsmaßnahmen vereinbart.
- Die Nichterhöhungsverpflichtung wird durch einen detaillierten Informationsaustausch für Land- und Luftstreitkräfte nach Abschluß der Anfangsreduzierungen spezifiziert und damit verifizierbar gemacht.
- Diese Streitkräfteinformation wird in den drei Jahren der Nichterhöhungsverpflichtung verifiziert, vor allem durch Inspektionen (30 pro Jahr).

4) Im einzelnen sieht der westliche Verhandlungsvorschlag vor:

- Anfangsreduzierungen von 11500 sowjetischen und 5000 amerikanischen Truppen, Rückführung dieser Kräfte in die Sowjetunion bzw. in die USA innerhalb kurzer Zeit (max. 1 Jahr), Verifikation dieser Reduzierungen durch Beobachter.
- Mit Abschluß der Anfangsreduzierungen: Informationsaustausch über alle im Raum der Reduzierungen verbleibenden Land- und Luftstreitkräfte.
- Auf dieser Basis: kollektive Nichterhöhungsverpflichtung für die im Raum der Reduzierungen verbleibenden Land- und Luftstreitkräfte für drei Jahre.
- Während der Nichterhöhungsverpflichtung: Verifikation der ausgetauschten Streitkräftedaten, vor allem durch Inspektionen.
- Während der gesamten Abkommensdauer: Verifikation aller übrigen Abkommensverpflichtungen (z. B. Ankündigung von „out-of-garrison activities“ und deren Beobachtung).
- Folgende Begleitende Maßnahmen (Associated Measures = AM) zur Verifikation und Vertrauensbildung sind mit dem Vorschlag verbunden, sie entsprechen im wesentlichen den westlichen Vorschlägen von 1979<sup>8</sup> und 1982<sup>9</sup>:

<sup>7</sup> Zur Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 18./19. April 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 79, Dok. 100 und Dok. 113.

<sup>8</sup> Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten brachten am 20. Dezember 1979, dem Schlußtag der 19. Verhandlungsrunde in Wien, Vorschläge für ein MBFR-Interimsabkommen und zu Begleitenden Maßnahmen ein. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

<sup>9</sup> In Ergänzung ihrer Vorschläge vom 8. Juli 1982 für ein MBFR-Abkommen brachten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten am 18. November 1982 einen „Annex II“ zu Begleitenden Maßnahmen ein. Vgl. dazu AAPD 1982, II, Dok. 327.

- AM1: Notifizierung von militärischen Aktivitäten außerhalb der Standorte
- AM2: Austausch von Beobachtern für o. a. Aktivitäten
- AM3: Notifizierung von Marschbewegungen von Landstreitkräften in den Raum der Reduzierungen
- AM4: Inspektionen
- AM5: Einrichtung von Eintritts-/Austrittspunkten für Bewegungen in den/ aus dem Raum der Reduzierungen (Entry/Exit Points, EEP) mit Beobachtern
- AM6: Austausch von Streitkräftedaten
- AM7: Nichtbeeinträchtigung nationaler technischer Mittel (NTM<sup>10</sup>)
- AM8: Notifizierung und Beobachtung der Reduzierungen.
- Der Vorschlag enthält ferner eine Absichtserklärung, die Verhandlungen zur Herstellung von Parität auf der Grundlage befriedigender Vertragserfüllung fortzusetzen.

Bisherige westliche Positionselemente, wie z.B. Ausnahmeregelungen für Höchststärken, behalten weiter Gültigkeit.

5) Der Vorschlag erlaubt Rückkehr zum westlichen Ansatz des phasenweisen Vorgehens und nutzt sowjetisches Einschwenken auf dieses Konzept im Februar 1985.

- Dieser Ansatz erleichtert es, „vorherige Dateneinigung durch Datendiskussion“ durch „Datenklärung durch Verifikation“ zu ersetzen.
- Damit erreichen wir zwei Dinge:
  - Wir halten das Erfordernis kooperativer Datenklärung vor Reduzierungen zur Herstellung von Resthöchststärken (Phase II) aufrecht.
  - Wir bieten jedoch einen alternativen Weg hierzu an, der einerseits die traditionelle Datendiskussion überwindet, andererseits das Kernanliegen des Westens, die Verifikation, zum zentralen Thema der Verhandlungen macht.
- Gleichzeitig knüpft der Westen an den Vorschlag<sup>11</sup> des Ostens für ein Phase-I-Abkommen an, womit Ost und West erstmals den gleichen Rahmen eines solchen zeitlich und inhaltlich begrenzten Abkommens zum Ausgangspunkt ihrer Erörterungen machen.

6) Der westliche Vorschlag beruht ganz wesentlich auf Überlegungen, die von AA und BMVg in den letzten drei Jahren gemeinsam entwickelt und vertreten wurden.<sup>12</sup> Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen haben sich persönlich für diese Vorstellungen eingesetzt<sup>13</sup> und ganz entscheidend zu

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „NIM“.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „Westen den Vorschlag“.

<sup>12</sup> Die Grundlinien für eine neue MBFR-Initiative wurden vom Bundessicherheitsrat am 13. Juli 1983 beschlossen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 237.

<sup>13</sup> Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 11. Oktober 1985 an Präsident Reagan sowie das Gespräch zwischen Kohl und Reagan am 25. Oktober 1985 in New York; Dok. 280 und Dok. 291. Vgl. ferner die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 25. September 1985 in New York bzw. am 22. Oktober 1985 in Washington; Dok. 258 und Dok. 289.

ihrer Übernahme im Bündnis beigetragen. Dabei kam es der Bundesregierung darauf an, den Wiener Verhandlungen einen neuen Impuls zu geben und die Notwendigkeit rüstungskontrollpolitischer Anstrengungen im konventionellen Bereich zu unterstreichen, gerade zu einer Zeit intensiver Bemühungen um Fortschritte bei der nuklearen Rüstungskontrolle.

Ebenso wie die Verteidigungspolitik des Bündnisses auf nuklearen und konventionellen Komponenten beruht, muß dieser Zusammenhang auch in der Rüstungskontrollpolitik gewahrt bleiben, um zu einer Stabilisierung beitragen zu können.

Mit diesem Vorschlag hat der Westen die Initiative in Wien zurückgewonnen, neue Lösungssätze aufgezeigt, sein Interesse an Verhandlungsergebnissen unterstrichen und die Einmütigkeit seiner Sicherheitspolitik auch in diesem Bereich erneut deutlich gemacht.

[gez.] Buerstedde

Referat 221, Bd. 144791

340

### Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stülpnagel

413-493.15-1110<sup>1</sup>/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 9462 Plurez

12. Dezember 1985<sup>1</sup>  
Aufgabe: 13. Dezember 1985, 13.59 Uhr

Betr.: Multilaterale Konsultationen über eine abgestimmte Exportpolitik auf dem Gebiet nuklearfähiger Trägerraketen in London vom 2. bis 4.12.1985

Zur dortigen Information

1) Die dritten multilateralen Konsultationen über eine harmonisierte Exportpolitik der sieben Gipfelstaaten auf dem Gebiet von Raketen sind am 4. Dezember in London ohne Ergebnis in den Schlüsselfragen zu Ende gegangen. Die Amerikaner haben ohne Nennung von Terminen vorgeschlagen, den Versuch einer Einigung auf diplomatischem Wege vorzunehmen.

Die vier beteiligten europäischen Staaten hatten vor der Konsultation eine gemeinsame Haltung abgestimmt.<sup>2</sup> Sie verhandelten kompromißbereit. Die amerikanische Delegation unter Leitung von Deputy Assistant Under Secretary of State Robert Dean zeigte sich in der Sache kompromißlos. Die Gegenvorschlä-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Bauer konzipiert.

<sup>2</sup> Zu der von der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien vereinbarten Position vgl. Dok. 182.

ge der Europäer lehnten die Amerikaner ab. Die Japaner hielten sich zurück, die Kanadier folgten im wesentlichen der amerikanischen Delegation.

2) Schon vor den Konsultationen war nach einer Rundreise einer amerikanischen Delegation durch die beteiligten Hauptstädte<sup>3</sup> deutlich geworden, daß die formale Konstruktion des Exportkontrollregimes:

- zu veröffentlichende Richtlinien, an denen sich alle interessierten Staaten beteiligen sollen (auch der Ostblock),
- eine Triggerliste mit den zu kontrollierenden Gegenständen der Kat. I und II
- sowie ein vertrauliches Aide-mémoire, in dem sich die sieben Gipfelstaaten von den ansonsten weltweit geltenden Kontrollen gegenseitig ausnehmen,

in der vereinbarten Form Grundlage der Beschlüsse bleiben sollte. Es stellte sich jedoch heraus, daß bei der gegenseitigen Ausnahme neue erhebliche Probleme entstanden sind (s. unten unter c). Drei entscheidende Probleme konnten nicht gelöst werden:

a) Die USA verlangten, daß jede der sieben Gipfelregierungen alle anderen informiert, bevor sie die Genehmigung zum Export einer Rakete von mindestens 300 km Reichweite und 500 kg Nutzlast oder die Technologie hierfür oder Subkomponenten (sog. Kategorie I der Triggerliste) erteilt. Die Europäer sahen hierin den Versuch der USA, sich ein Vetorecht zu verschaffen, und lehnten diese Forderung ab, bis die Italiener ohne jede Vorwarnung plötzlich erklärten, sie seien mit dem amerikanischen Vorschlag einverstanden. Die Franzosen versuchten unter Hinweis auf die Souveränität der Staaten wenigstens eine Formel durchzubringen, der zufolge das Lieferland (nur) die relevanten Informationen austauschen werde, die es für notwendig halte. Wir haben F hierin unterstützt, GB hielt sich zurück.

b) Die Amerikaner forderten für den Export von Kategorie-I-Gegenständen extraterritoriale Kontrollen der Lieferregierungen. Die Europäer und die Japaner waren bereit, neben den ohnehin für notwendig erachteten schriftlichen Regierungsvereinbarungen für solche Exporte je nach Fall auch die sog. suppliers involvements der Londoner (Nuklear-) Richtlinien<sup>4</sup> vorzusehen oder ggf. auch Verifikationen. Die Amerikaner bestanden auf kumulativen Maßnahmen: Regierungsabkommen, Firmenkontrolle, Regierungskontrolle. (Als Ergebnis der Vorkonsultationen durch eine amerikanische Delegation in Bonn am 22.11.

<sup>3</sup> Nach den Gesprächen mit einer amerikanischen Delegation, „die sich am 22.11. zu Vorgesprächen in Bonn aufhielt (nach Besuchen in London, Rom und Paris)“, vermerkte Ministerialdirigent Trumpf am 26. November 1985: „Die Möglichkeiten für eine endgültige Einigung sind zweifelhaft“. Die amerikanische Delegation habe ausgeführt, „daß die USA bei Exporten der sensitivsten Trägertechnologien (sog. Kategorie-I-Gegenständen) auf vorherigen Konsultationen der sieben Gipfelländer bei jedem Exportfall und der Ausübung von bilateralen Kontrollrechten durch den Lieferanten bestehen müßten. [...] Die Tatsache, daß die Verhandlungen von allen Beteiligten mit zunehmender Härte geführt werden, erklärt sich aus der amerikanischen Absicht, durch ein hinreichend wasserdichtes Exportsystem Trägerexporte ab einer bestimmten Leistungsstufe in kritische Länder wie Indien, Brasilien, Argentinien, Ägypten zu verhindern. Dieses Embargo soll – entgegen der offiziellen Zweckbestimmung der ganzen Operation – auch gelten, wenn im Empfängerland mangels nuklearer Kapazitäten kein Proliferationsrisiko besteht.“ Vgl. VS-Bd. 13710 (413); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Zu den Richtlinien der sogenannten „Suppliers' Group“ für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 182, Anm. 4.



hatte sich Richard Perle bereits über die Haltung der Bundesregierung beim BMVg fernschriftlich beschwert.<sup>5)</sup>

c) Der schwierigste Punkt ist ein Element aus den zu veröffentlichenden Richtlinien, die auch von anderen Staaten – z. B. der SU – übernommen werden sollen. Darin heißt es: „Particular restraint will be exercised in the consideration of Category I transfers. Such transfers ... will only be authorized where they could not increase the risks of nuclear proliferation by contributing to a nuclear weapons delivery system.“

GB hat den zweiten Satz unter Hinweis auf die vertikale Proliferation durch die Trident-Raketen und mögliche innenpolitische Schwierigkeiten bei der Veröffentlichung der Richtlinien abgelehnt. Die Nichtkernwaffenstaaten unter den Sieben haben ein anderes Problem: Da die Amerikaner öffentlich erklären, sie sähen auch Raketenlieferungen der unter a) genannten Größenordnung an NV-Vertragsstaaten (genannt werden: Ägypten, Republik Korea) als nukleares Proliferationsrisiko an, selbst wenn diese Staaten über keinerlei Möglichkeiten für die Herstellung eines nuklearen Sprengkopfes verfügten, würden Lieferungen etwa der USA an die Bundesrepublik Deutschland aus den gleichen Gründen entweder nicht möglich sein oder in einer sowjetischen Mitspracheforderung resultieren können, wobei die Sowjets nur die amerikanische Argumentation zu benutzen brauchten. Die Amerikaner lehnten sogar unseren Vorschlag ab, im ersten Halbsatz des zweiten Satzes das „could“ durch „would“ zu ersetzen. Sie zeigten sich uneinsichtig gegenüber dem Hinweis, daß die Ausnahme von der Anwendung der Kontrollen in dem geheimen Aide-mémoire damit für uns hinfällig würde, eine zukünftige Zusammenarbeit mit den USA auf dem Raketengebiet (z. B. auch bei Luftabwehrraketen) unmöglich sei und dies bei unserer Entscheidung über eine Zusammenarbeit bei der SDI-Forschung bedacht werden müsse.

Nur für Botschaften Paris, London, Washington:

Ausführliches Ergebnisprotokoll (DB Nr. 2225 vom 5.12.1985 AZ.: 1089/85 geh.<sup>6)</sup> wird mit Büronotiz übersandt.

Stülpnagel

**VS-Bd. 13710 (413)**

<sup>5</sup> Ministerialdirektor Jelonek legte Staatssekretär Ruhfus am 21. November 1985 „ein Fernschreiben von StS Richard Perle an StS Rühl“ vor, das vom Bundesministerium der Verteidigung weitergeleitet worden sei. Perle versuche damit, „unter Umgehung des zuständigen State Departments Einfluß auf die deutsche Haltung bei den Verhandlungen über die Exportkontrolle für Trägertechnologie“ zu nehmen und „bilateral unsere Zustimmung zu seiner Position“ herbeizuführen. Verlangt werde, „die Lieferung kompletter Raketen und Höhenforschungsraketen sowie deren Hauptkomponenten in andere westliche, nicht zu der Gipfelgruppe gehörende Länder dürfe nur unter der physischen Kontrolle des Lieferlandes erfolgen, die so lange anzudauern habe, bis die Geräte gestartet worden seien. [...] Eine derartige exterritoriale Kontrollfunktion kann die Bundesrepublik Deutschland aus rechtlichen wie praktischen Gründen nicht übernehmen.“ Das Thema solle mit einer amerikanischen Delegation am 22. November 1985 in Bonn besprochen werden. Vgl. VS-Bd. 13710 (413); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Legationsrat I. Klasse Bauer, z. Z. London, teilte am 5. Dezember 1985 mit, die Konsultationen der G-7 über eine abgestimmte Exportpolitik für Trägertechnologie am 3./4. Dezember 1985 in London seien „nach streckenweise zäher, zu den Ausgangspositionen keine neuen Elemente“ bringender Diskussion mit einem Zwischenresultat abgeschlossen worden, „das Ansatzpunkte für eine Einigung auf einen Text der Richtlinien und des vertraulichen Aide-mémoires ohne erneute multilate-

## 341

**Gespräch der Außenminister  
Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik),  
Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) in Brüssel**

010-2417/85 VS-vertraulich

13. Dezember 1985<sup>1</sup>

Treffen der vier Außenminister am 13.12.85 in Brüssel (Gastgeber: AM Dumas)<sup>2</sup>

1) Nach Billigung der Passage des NATO-Kommunikés zu Deutschland und Berlin<sup>3</sup> und nach der Erörterung der Lagebewertung Berlins durch die Bonner Vierer-Gruppe<sup>4</sup> behandelten die Minister beim Frühstück folgende Themen:

- West-Ost-Beziehungen, insbesondere nächstes Gipfeltreffen Washington
- Verhältnis des Westens zu Polen

2) West-Ost-Beziehungen

AM *Dumas* eröffnete das Gespräch mit Hinweis auf den positiven Eindruck, den das Genfer Gipfeltreffen<sup>5</sup> hinterlassen habe. Jetzt komme es darauf an, über die Zukunft zu sprechen und die Frage aufzuwerfen, wie es weitergehe. Die getroffene Vereinbarung weiterer Treffen in Washington und Moskau sei ermutigend. Angesichts des bevorstehenden Gesprächs von AM Shultz mit AM Schewardnadse<sup>6</sup> und der Reise von GS Gorbatschow nach Washington habe er den Eindruck, daß Sowjets etwas bewegen wollten.

AM *Shultz* stellte fest, daß US Probleme wie bisher gemeinsam mit ihren Ver-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1777*

rale Verhandlungen bietet. Von den vier umstrittenen Punkten: inhaltliche Bestimmung der Kontrolle der sensitivsten Exportgegenstände (sog. Kategorie-I-Gegenstände, Para[graph] 1 der Richtlinien); obligatorischer Informationsaustausch vor Genehmigung eines Antrages auf Export von Kategorie-I-Gegenständen; Umfang und Inhalt von Kontrollen des Endverbleibs bei Kategorie-I-Exporten; Umfang der Kontrolle von ‚Technologie‘, konnte eine Einigung nur im letzten Punkt herbeigeführt werden.“ Vgl. VS-Bd. 13710 (413); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 16. Dezember 1985 gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) hielten sich anlässlich der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel auf.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 158. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 132.

<sup>4</sup> Zum Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) am 13. Dezember 1985 in Brüssel über Deutschland- und Berlin-Fragen vgl. Dok. 344.

<sup>5</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>6</sup> Gesandter Wallau, Washington, gab am 29. November 1985 die Information aus dem amerikanischen Außenministerium weiter, „daß entsprechend der gemeinsamen amerikanisch-sowjetischen Erklärung von Genf in absehbarer Zeit mit einem neuen Treffen der beiden Außenminister zu rechnen sei. Dabei wurde Januar als möglicher Termin genannt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5529; Referat 204, Bd. 135307.

bündeten angehen wollten. Die gemeinsamen Treffen seien nützlich, da sie auf Entscheidungen hinführten.

Es sei gut, daß GS in die USA komme. Seine Besuche in Kanada<sup>7</sup> und Frankreich<sup>8</sup> hätten auch einen erzieherischen Zweck. Er müsse den Westen kennenlernen. Deshalb wolle man das Programm in den USA nicht auf Washington beschränken, sondern auch Besuche in Texas, Chicago und an anderen Orten vorsehen.

Zur Vorbereitung des Gipfels in Washington müsse er auf folgendes hinweisen: Einer der anwesenden Kollegen habe in einem Interview gesagt, daß es Ergebnisse geben müsse, die sich in konkreten Abrüstungsvereinbarungen niederschlagen müßten. Er selbst meine, es sollte Ergebnisse geben, und damit es dazu komme, müßte hart daran gearbeitet werden; aber wenn dies nicht möglich sei, sei er nicht bereit, hierfür einen Preis zu bezahlen. Präsident Reagan sei in dieser Frage gelassen.

Im übrigen gebe es noch keinen festen Termin. Der amerikanischen Seite komme es darauf an, daß das Treffen wegen der Wahlen<sup>9</sup> nicht im Herbst stattfindet. Er hoffe auf reguläre Treffen mit dem sowjetischen Außenminister, die abwechselnd in Moskau und Washington stattfinden sollten. Sein Besuch in Moskau werde entweder Ende Januar oder nach dem Parteitag im März<sup>10</sup> stattfinden.

Für die weiteren Verhandlungen sei entscheidend, daß man nicht nach dem Drehbuch der anderen Seite verfare, sondern die eigenen Interessen und Notwendigkeiten sowie die der Freunde im Auge halte und sich danach richte.

*BM* wies darauf hin, daß die Erwartungen an die nächste Gipfelbegegnung in der Tat groß seien. In seinem Interview habe er ausgeführt, daß man sich nicht abhängig machen dürfe von der Sowjetunion, dies bedeute, daß man nicht wegen eines Ergebnisses alles akzeptiere. Dies bedeute aber auch, daß man die Zeit bis zum Juni intensiv nutzen müsse, um Fortschritte – so sie möglich sind – zu erreichen. Das Ergebnis von Washington stelle er sich als Zwischenschritt auf dem Weg zu weiteren Fortschritten vor. Dabei dürfe man sich weder unter Druck setzen lassen noch die Zeit, die zur Verfügung stehe, verplempern. Der Westen müsse alles, was er tun könne, mit positivem Geiste tun.

*AM Howe* erinnerte daran, daß die Entwicklung des Verhältnisses zwischen West und Ost ein Prozeß sei, den man nicht mit großen Erwartungen belasten dürfe. Andererseits erwarteten die Menschen ein Ergebnis. Deshalb müßte bei den Gesprächen mit Nachdruck auf Fragen der Abrüstung, aber auch der Einhaltung der Absprachen (compliance) bestanden werden. Die engen Konsultationen mit den Verbündeten, die vor dem Gipfel in Genf stattgefunden hätten, müßten weitergeführt werden.

<sup>7</sup> Unter der Leitung des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich eine Delegation des Obersten Sowjet der UdSSR vom 17. bis 24. Mai 1983 in Kanada auf.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

<sup>9</sup> Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

<sup>10</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt.

Zu den Reisen von GS Gorbatschow bemerkte er, daß sie Einsichten und eine klarere Sicht der eigenen Unzulänglichkeiten, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, vermitteln könnten.

AM Shultz berichtete über Frage sowjetischer Gesprächspartner, ob eine Festlegung des Gipfeltermins auf den Monat Juni 1986 genug Zeit für Vorbereitungen lasse. Er meine ja, denn bei INF sei alles gesagt und nichts Neues erkennbar. Sechs Monate Vorbereitungszeit genügten. Das gleiche gelte auch für SDI.

### 3) Verhältnis des Westens zu Polen

Auf die Bemerkung von AM Shultz, Besuch von Jaruzelski in Paris<sup>11</sup> habe in Washington überrascht, führt AM Dumas aus:

Ende November des Jahres habe der polnische Botschafter<sup>12</sup> die französische Regierung unterrichtet, daß General Jaruzelski nach einer Reise in den Maghreb<sup>13</sup> einen technischen Zwischenstopp einlegen wolle. Botschafter überbrachte die Frage, ob J. Präsident Mitterrand sehen könne, um die Zeit des Aufenthaltes zu nutzen. Nach intensiven internen Überlegungen habe man einem solchen Termin zugestimmt. Wegen Problemen des Terminkalenders sei J. nicht von Algier über Paris nach Polen gereist, sondern habe die Route Algier–Paris–Tunis–Polen gewählt. Die französischen Gründe für das zustande gekommene Treffen müßten im Ost-West-Zusammenhang gesehen werden. Nach dem Besuch von GS Gorbatschow in Paris und seinem Treffen mit Präsident Reagan in Genf wäre es merkwürdig gewesen, Polen den Kontakt zu verweigern. In Betracht ziehen müsse man auch das besondere Verhältnis Frankreichs zum polnischen Volk, das eine besondere emotionale Dimension habe. Zu bedenken seien auch das Verhältnis und die Beziehungen von Staat zu Staat. J. nicht zu sehen, hätte nach französischer Auffassung nicht in den Ost-West-Rahmen gepaßt. Außerdem hätte man sich selbst der Möglichkeit begeben, J. das zu sagen, was gesagt werden mußte. Auch der Papst<sup>14</sup>, BK Kohl<sup>15</sup> und MP Papandreou<sup>16</sup> hätten J. gesprochen.

Andererseits hätte man die Nachteile klar gesehen. Jaruzelski sei in sich ein Symbol, und dies wirke manchmal stärker als die exakte politische Analyse. Ein Beweis hierfür sei die Reaktion in der französischen Presse. Demgegenüber habe der Präsident eine politische Verantwortung, auch angesichts der internationalen Lage; deshalb habe er trotz der Reaktion in der Öffentlichkeit ein Zusammentreffen möglich gemacht. Aus Polen habe man von Wałęsa gehört, der geäußert habe, daß ein Treffen nützlich sein könne, man müsse die Resultate abwarten. Kardinal Glemp habe zu verstehen gegeben, daß es richtig sei, ihn

<sup>11</sup> Staatsratsvorsitzender Jaruzelski hielt sich am 4. Dezember 1985 in Frankreich auf. Zum Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand vgl. dessen Äußerungen gegenüber Bundeskanzler Kohl am 17. Dezember 1985; Dok. 347.

<sup>12</sup> Janusz Stefanowicz.

<sup>13</sup> Staatsratsvorsitzender Jaruzelski besuchte vom 30. November bis 2. Dezember 1985 Libyen, am 3. Dezember 1985 Algerien und am 4./5. Dezember 1985 Tunesien.

<sup>14</sup> Während eines Besuchs in Polen vom 16. bis 23. Juni 1983 traf Papst Johannes Paul II. am 17. Juni in Warschau und am 22. Juni 1983 in Krakau mit Ministerpräsident Jaruzelski zusammen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 197 und Dok. 216.

<sup>15</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Jaruzelski während des Aufenthalts vom 12. bis 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 67, Anm. 12.

<sup>16</sup> Ministerpräsident Papandreou besuchte vom 22. bis 24. Oktober 1984 Polen.

zu sehen; d.h. diejenigen, für die die Entscheidung des Präsidenten am wichtigsten war, sahen die Vorteile eines solchen Gesprächs. Auch BK a. D. Kreisky und BK Kohl<sup>17</sup> hätten sich positiv geäußert. Auch in Kreisen der französischen Opposition habe es vernünftige Äußerungen gegeben, so von Michel Debré und M. Pons.

Das Treffen selbst, das eine Stunde dauerte, sei in kleinstem Kreise geführt worden. Zunächst habe J. gesprochen, der seine Politik seit 1981 zu rechtfertigen gesucht habe. Dabei sei für jeden deutlich der Schatten der Sowjetunion fühlbar gewesen. J. habe deutlich zu verstehen gegeben, daß er das getan habe, was im Rahmen der internen und externen Möglichkeiten gelegen habe. Sein Handeln habe er mit dem Zitat eines polnischen Philosophen unterlegt, der gesagt habe „wenn etwas verloren scheint, muß alles riskiert werden“.

Von sich aus habe J. die Menschenrechtsfragen angesprochen. Selbstverständlich habe Präsident Mitterrand in diesem Zusammenhang gefragt nach der Stellung der Kirche, den Menschenrechten, den politischen Gefangenen und der weiteren Entwicklung der Lage. Er habe dargelegt, daß der Westen Gesten und Signale erwarte. Jaruzelski habe sich über die Festigkeit des Präsidenten erstaunt gezeigt. Auf die Kontakte zwischen Regierung und Kirche, insbesondere mit Kardinal Glemp, und auf das Kirchenbauprogramm von 1000 Kirchen<sup>18</sup> habe er rechtfertigend hingewiesen.

AM Dumas resümierte, daß J. einige Dinge mit großer Klarheit gehört habe, die für die Menschen in Polen wichtig seien.

Überhaupt komme es für die Menschen dort darauf an, daß der Westen sich weiterhin für ihre Lage interessiere. Er selbst habe Anfang November des Jahres mit dem Papst eine dreiviertel Stunde über Polen gesprochen.<sup>19</sup> Dieser habe ihm erklärt, daß das große Problem für die Kirche und den Westen sei, die Unterscheidung zwischen dem polnischen Staat und der polnischen Nation zu machen, wobei er auf Situationen hingewiesen habe, in denen das Gespräch mit dem Staat der Nation schade und die Hinwendung zur Nation wiederum das Gespräch mit dem Staat blockiere. Der Weg, der gegangen werden müsse, sei in jedem Falle eng. Im Gespräch mit Jaruzelski habe die französische Regierung versucht, genau diesen Weg zu gehen.

BM erinnerte an die Besonderheit des deutsch-polnischen Verhältnisses. AM Dumas habe das besondere Verhältnis von F zu Polen dargelegt. Auch die Deutschen hätten ein besonderes Verhältnis zu Polen, aber von anderer Art. Zusammen mit der von Hitler und Stalin vorgenommenen Teilung<sup>20</sup> hätte Deutsch-

<sup>17</sup> Bundeskanzler Kohl äußerte im Anschluß an den Europäischen Rat am 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg, er halte das Treffen zwischen Staatspräsident Mitterrand und dem Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski für richtig. Vgl. dazu die Meldung „Kohl begrüßt Treffen Jaruzelskis mit Mitterrand“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Dezember 1985, S. 1.

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch den Bericht des italienischen Außenministers Andreotti über seinen Besuch in Polen vom 20. bis 23. Dezember 1984; Dok. 12.

<sup>19</sup> Der französische Außenminister Dumas traf am 9. November 1985 in Rom mit Papst Johannes Paul II. zusammen.

<sup>20</sup> In einem geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 zum Nichtangriffsvertrag vom selben Tag steckten das Deutsche Reich und die UdSSR ihre Interessensphären unter anderem in Polen ab und einigten sich auf eine Teilung, die „ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San“ bestimmt wurde. Vgl. ADAP, D, VII, Dok. 229.

Eine genaue Festlegung der „Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen

land Polen viermal geteilt. Wenn Deutsche sich um ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion bemühten, müßten sie zugleich auch für ein gutes Verhältnis zu Polen eintreten, denn nie wieder dürfe das deutsch-sowjetische Verhältnis zu Lasten der Polen gehen. Aus der deutsch-polnischen Geschichte werde verständlich, warum die Gefühle der Polen, seien sie Kommunisten oder Mitglieder von *Solidarność*, in Fragen des Verhältnisses zu uns identisch seien. Auf diesem Hintergrund würde er den Besuch von J. in Paris sehen.

Einem französischen Journalisten, der sich kritisch zum Besuch äußerte, habe er gesagt: Sie bejubeln den Besuch von GS Gorbatschow, aber sie kritisieren das Gespräch mit J., obwohl es doch Gorbatschow ist, der letzteren zwingt, gewisse Dinge zu tun.

In Europa gebe es zwei Extreme, die sich in Personen ausdrückten – nämlich Kádár und Ceauşescu. Kádár gelte als liberal, Ceauşescu als schlimmster Diktator. Kádár sei vor 30 Jahren nach einer Invasion durch die SU eingesetzt worden. J. habe eine Invasion durch die Einführung des Kriegsrechts verhindert. Am Beginn der Herrschaft Kádárs hätten Todesurteile gegen Nagy und Pál<sup>21</sup> Maléter gestanden, die die Führer des ungarischen Aufstandes waren.<sup>22</sup> In 30 Jahren sei es Kádár gelungen, seinem Volk gewisse Freiheiten zu geben. Wenn er wählen müßte, würde er lieber in Ungarn als in Rumänien leben. Wie die Entwicklung in Polen verlaufe, sei zur Zeit nicht abzusehen. Zu fragen sei aber, wie solle der Westen im Interesse Polens und im Interesse der Menschenrechte dort vorgehen. Deshalb wünsche er, daß J. eine Chance zu einer Entwicklung, wie sie in Ungarn verlaufen sei, gegeben werde. Schon heute sei allerdings die innere Freiheit in Polen größer als die in Ungarn. Kádár habe sich entwickelt von jemandem, der vor 30 Jahren von den Sowjets eingesetzt worden war, zu einem Mann, der heute im Westen allgemein akzeptiert werde. J. sehe er als tragische Figur, aber vielleicht könne er im Interesse des polnischen Volkes zu dem Mann der weiteren inneren Öffnung werden, der dies mit Zustimmung der SU ermögliche. Aus historischer Verpflichtung, die wir Deutsche aus geschichtlichen Gründen hätten, würden wir fragen: Nützt unser Verhalten den Polen, oder schadet es ihnen? Ist unser Verhalten zugunsten des einzelnen Polen, oder schadet es dem Einzelnen? Wenn wir durch J. dem Einzelnen helfen können, so tun wir es.

AM Shultz dankt für die Unterrichtung über den Besuch von J. in Paris. J. repräsentiere den Kern selbst des polnischen Staates.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1781*

polnischen Staates“ wurde im Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vorgenommen. Vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157.

<sup>21</sup> Korrigiert aus: „Peter“.

<sup>22</sup> Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Ungarn und seiner Absetzung am 4. November 1956 fand Ministerpräsident Nagy zunächst Zuflucht in der jugoslawischen Botschaft. Als er diese aufgrund einer Zusage des neuen Ministerpräsidenten Kádár am 22. November 1956 zu freiem Abzug verließ, wurde er von sowjetischem Militärpersonal verhaftet, zunächst nach Rumänien verbracht und im Juni 1958 nach Ungarn ausgeliefert. Pál Maléter, der am 3. November 1956 zum ungarischen Verteidigungsminister ernannt worden war, wurde am folgenden Tag bei Verhandlungen mit der sowjetischen Militärführung über einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn verhaftet. Zusammen mit Nagy wurde er in einem Prozeß am 15. Juni 1958 zum Tode verurteilt; in der Nacht vom 16./17. Juni 1958 wurden Nagy und Maléter hingerichtet. Vgl. dazu DDF 1956, III, S. 183 und S. 404. Vgl. außerdem DDF 1958, I, S. 796–798.

Er fuhr fort:<sup>23</sup> Er sei nicht einverstanden mit dem, was BM Genscher ausgeführt habe. Man könne nicht sagen, weil die USA bereit seien, mit Gorbatschow zu sprechen, müßte man deshalb auch mit den anderen zusammenkommen. Die USA täten dies weder mit Castro noch mit den Vertretern von Vietnam oder Afghanistan. Mit der SU spreche man, weil sie so mächtig (powerful) sei. Sie habe Atomwaffen. Die Europäer sollten nicht in diese Falle gehen. J. sei der Agent der sowjetischen Repression gewesen. Das war seine Rolle! Das was Polen täten, müsse mit dieser Rolle in Verbindung gebracht werden. Die Repression gehe weiter. Die „Solidarität“ werde zerschlagen. Es gebe politische Gefangene sowie politische Repressionen.<sup>24</sup>

Kádár werde akzeptiert für das, was er inzwischen getan habe. Aber J. müsse diese Schritte erst noch tun. Zu BM gewandt führte er aus: Wir haben Sie beim Kirchenprojekt<sup>25</sup> immer unterstützt. Aber auch das geht nicht voran, weil der Staat dies nicht will. Dies ist ein klares Signal.

BM verweist auf die Notwendigkeit, Polen eine faire Chance zu geben.

AM Shultz erwidert: Erst müssen sie durch ihr Verhalten beweisen, daß sie sich ändern.

BM erinnert an die für D historische und moralische Bedeutung des deutsch-polnischen Verhältnisses. Deshalb komme ein Geschäft mit der Sowjetunion zu Lasten Polens nicht in Betracht. Auch Sacharow sei ein Symbol, aber nicht das einzige. Uns komme es darauf an, Polen nicht alleinzulassen. Auch er habe mit dem Papst, der für ihn höchste Autorität in dieser Frage sei, gesprochen, der sich ebenfalls für diese Linie verwendet habe.<sup>26</sup> Für die Zukunft Polens spiele jedenfalls J. eine entscheidende Rolle.

AM Dumas bemerkt: Das ist eine ganz wichtige Diskussion, wir sind hier wirklich am Kern der Dinge angelangt.

AM Shultz weist auf die große polnische Gemeinde in den USA hin: Der von ihr ausgehende Druck und ihre Sorgen seien für die amerikanische Regierung direkt spürbar. Auch mit der Regierung von Afghanistan gebe es keine Gespräche. Sie sei Teil des Reiches des Bösen (evil empire<sup>27</sup>). Ja, er sage, wie es ist, aber so sei es doch. Er erlaube sich hier keine Zweideutigkeiten. Wenn man dies einmal tue, werde man die Dinge treiben lassen. Aber es sei wichtig, auf der Hut zu sein. In Wirklichkeit gehöre auch Polen zu den regionalen Konflikten wie Afghanistan und Kambodscha. Die Sowjetunion müsse spüren, daß es für sie nicht profitabel sei, dort zu sein.

<sup>23</sup> Der Passus „Er fuhr fort.“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „Mit deutlicher Erregung fuhr er fort.“

<sup>24</sup> Zum Anstieg der Verhaftungen in Polen im Vorfeld der Wahlen zum Parlament am 13. Oktober 1985 vgl. Dok. 315, Anm. 21.

<sup>25</sup> Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 222, Anm. 4 und 5.

<sup>26</sup> Bundesminister Genscher wurde am 11. Dezember 1984 von Papst Johannes Paul II. zu einer Privataudienz empfangen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Jansen vermerkte am 20. Dezember 1984, Genscher habe anschließend die „tiefe Skepsis des Papstes über weitere Entwicklung“ in Polen erwähnt. Vgl. Referat 010, Bd. 178889.

<sup>27</sup> Als „evil empire“ bezeichnete Präsident Reagan die UdSSR am 8. März 1983 bei der „Annual Convention of the National Association of Evangelicals“ in Orlando, Florida. Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 364.

AM *Howe* führte nach einigen Versuchen, das Wort zu ergreifen, schließlich aus: Es gelte, die Balance zwischen Diplomatie und Macht zu finden. Die Situation in Afghanistan dürfe nicht alles überschatten. In Europa seien die Dinge besonders schwierig. Ceaușescu sei besonders extravagant, deshalb spreche auch jeder mit ihm. Die britische Regierung spreche mit allen Osteuropäern. Für sie mache es keinen Sinn, irgendeinen auszusondern. Das gelte für Kádár, aber ebenso für Husák, der noch in der Tradition von 1968 stehe. Es sei grundsätzlich richtig, eine Unterscheidung zwischen Regierung und Volk zu machen. Bei seinem Besuch in Polen<sup>28</sup> habe er mit der Regierung, aber auch mit den Vertretern des Volkes, d.h. der „Solidarität“, gesprochen. Er meine, man sollte jetzt nach vorn schauen und auch mit der polnischen Regierung Kontakt aufnehmen<sup>29</sup>. Es habe eine Periode weniger starker Repression gegeben. Das Regime sei weniger illiberal als das rumänische. Zur Zeit sei die Schraube wieder angezogen worden, und es gebe politische Gefangene. Auch auf die Entlassung der Professoren<sup>30</sup> sei hinzuweisen. Die britische Regierung unterhalte Kontakte zum Regime. Für ihn sei wesentlich, daß die Regierung in unserem Sinne gedrängt werde, und zwar politisch und wirtschaftlich. Es sei unsere Aufgabe, sie in die richtige Richtung zu bringen, aber kein Scherbengericht (*ostracism*) zu veranstalten. Dies führe zu einem schwierigen, aber sehr komplexen Verhältnis.

[...] <sup>31</sup>

**VS-Bd. 14157 (010)**

<sup>28</sup> Der britische Außenminister *Howe* besuchte Polen vom 11. bis 13. April 1985.

<sup>29</sup> Korrigiert aus: „nehmen“.

<sup>30</sup> Botschafter *Pfeffer*, Warschau, teilte am 11. Dezember 1985 mit: „Mit der Nichtbestätigung einer Reihe von Führungskräften an den Hochschulen des Landes [...] wurde – in Kontinuität des rigiden Hochschulgesetzes vom Juli d.J. – die politische Disziplinierung im Hochschulbereich fortgesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1948; Referat 214, Bd. 139700.

<sup>31</sup> An dieser Stelle notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse *Jansen* aus einem Gespräch des Bundesministers *Genscher* mit dem amerikanischen Außenminister am folgenden Tag: „4) Beim bilateralen Frühstück mit AM *Shultz* am 14.12. in Bonn bat AM *Shultz* BM um eine Analyse der Lage in Rumänien und Ungarn und führte seinen Wunsch folgendermaßen ein: ‚I regard you as my professor when it comes to Eastern Europe.‘“ Für das Gespräch vgl. Dok. 346.



## 342

**Aufzeichnung des Botschafters z. b. V. Eickhoff****212-341.80-1536/85 VS-vertraulich****13. Dezember 1985**Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup>Betr.: KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern<sup>3</sup>;  
hier: Vorbereitung und EmpfehlungenAnlg.: 1 (VS-NfD)<sup>4</sup>

Mit der Bitte um Billigung

1) Das Ergebnis des KSZE-Kulturforums<sup>5</sup> gibt Anlaß, die Vorbereitung für das Berner Expertentreffen (April/Mai 1986) zu überdenken. Seit Ottawa<sup>6</sup> ist deutlich geworden, daß die SU in der Diskussion grundsätzlicher Auffassungsunterschiede zwischen Ost und West im KSZE-Prozeß, vor allem auf menschenrechtlichem Gebiet, eine offensive Taktik verfolgt, die Ergänzungen des Normenbestandes der Schlußakte<sup>7</sup> und des Dokuments von Madrid<sup>8</sup> gemäß ihrem MR-Verständnis erstrebt. Auf westlicher Seite hat sich die Einstellung der US und von GB (z. T. auch der NL und B) zunehmend auf die Herausstellung von MR-Verletzungen in der SU (z. T. auch in anderen WP-Staaten) konzentriert. Dabei nahmen diese Bündnispartner ebenso wie die SU den Verzicht auf Schlußdokumente in Kauf. So kam vor allem aufgrund sowjetischer Verhärtung selbst bei der für Annäherungen günstigeren Materie des Budapester Forums keine Vereinbarung mehr zustande. Im Zuge anhaltender grundsätzlicher Kontroversen droht unser Ziel einer schrittweisen Verringerung von Systemdifferenzen in Europa und der Ausweitung nationaler Spielräume unserer östlichen Nachbarn im KSZE-Prozeß zuweilen verdrängt zu werden.

2) Nach dem Ausgang von drei 1985 abgeschlossenen Treffen ohne Schlußdokument<sup>9</sup> sind die Aussichten, in Bern zu einem zufriedenstellenden vereinbar-

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 27. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 29. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr durchdachte – wohl im übrigen einzig mögliche – Konzeption.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 30. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Botschafter z. b. V. Eickhoff verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 30. Dezember 1985 erneut vorgelegen.

<sup>3</sup> Das KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 statt. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 28. Mai 1986; AAPD 1986.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 16 und 17.

<sup>5</sup> Zum KSZE-Kulturforum vom 15. Oktober bis 26. November 1985 in Budapest vgl. Dok. 326, Anm. 12.

<sup>6</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa vgl. Dok. 168, Anm. 24.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554.

<sup>9</sup> Neben den KSZE-Expertentreffen in Ottawa und Budapest endete auch das Treffen der Außenminister der KSZE-Teilnehmerstaaten vom 30. Juli bis 1. August 1985 in Helsinki ohne Schlußdokument. Vgl. dazu Dok. 221.

ten Ergebnis zu kommen, nicht groß. Die SU und ihre Verbündeten sind der Ansicht, daß der Dritte Korb zu viel Aufmerksamkeit und Gewicht erhalten hat. Sie werden bei den menschlichen Kontakten kaum konzilianter sein als auf dem Kulturforum. Wir haben die taktische Ungunst, dieses für uns vorrangige Sachgebiet zum Inhalt eines gesonderten Expertentreffens zu machen, stets gesehen und sind nicht dessen Erfinder.<sup>10</sup> Verbesserungen der Ausreisebilanz hatten wir vor allem bilateralen Absprachen zu verdanken, denen die Schlußakte und das Dokument von Madrid allenfalls Berufungsgrundlagen gaben.

Grundsätzlich besteht bei den menschlichen Kontakten kein Mangel an angemessenen KSZE-Regelungen, sondern an deren Erfüllung. Eine Implementierungsdebatte ist deshalb auch aus unserer Sicht erforderlich. Die deprimierende Entwicklung bei Ausreisen aus der SU<sup>11</sup> und legalen Ausreisen aus Polen<sup>12</sup> zwingt uns dabei zu harter Kritik.<sup>13</sup> Als Hauptinhalt des Expertentreffens aber könnte sie eher nachteilig wirken. Die SU wird bestrebt sein, ihre Erfüllungsmängel zu rechtfertigen und offensiv zu argumentieren. Dabei wird sie ihre Verbündeten in die Pflicht zu nehmen suchen. Eine harte und andauernde Verteidigung restriktiver Praktiken kann dabei den Spielraum für bilaterale Regelungen einengen. – Hoffnungen, daß der „Geist von Genf“ außerhalb der Rüstungskontrollgespräche Wirkungen zeitigt, sind bis jetzt unerfüllt.

3) Wir stehen daher in Bern vor schwer miteinander zu vereinbarenden<sup>14</sup> Notwendigkeiten. Wir müssen versuchen,

- eine glaubwürdige Implementierungsdebatte zu führen,
- weitere Verhärtungen zu Lasten von Tausenden Interessierter durch den Übergang zu sachlichen Erörterungen abzuwenden,
- die Brauchbarkeit des KSZE-Instrumentariums nicht durch eine anhaltende Grundwerte-Diskussion zu mindern und
- den Zusammenhang des Westens zu wahren.

Dazu ist eine zugleich nüchterne und konstruktive Linie erforderlich. Sie sollte jeden Anschein vermeiden, daß wir unrealistische Erwartungen hegen oder daß wir bereit seien, sowjetische Nachbesserungen zum Prinzipien- und Regelungsbestand der KSZE hinzunehmen, um zu einem Schlußdokument zu kommen. Zugleich müssen wir den ernsthaften Versuch unternehmen, maßvolle weiterführende Vorschläge durchzubringen.

4) Im Mittelpunkt solcher Vorschläge könnte eine Grundsatzklausel stehen, welche bereits eingegangene KSZE-Verpflichtungen bekräftigt, solche aus Einzelabschnitten des Kapitels „menschliche Kontakte“ auf deren Gesamtheit ausdehnt und die vertragsrechtlichen Bindungen aus dem VN-Pakt über bürgerli-

<sup>10</sup> Die Forderung nach Einberufung eines KSZE-Expertentreffens über menschliche Kontakte war insbesondere aus Sicht der USA einer der zentralen Punkte bei der Erörterung des Entwurfs für ein Abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid im Frühjahr 1983. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 85, Dok. 101 und Dok. 129.

<sup>11</sup> Zur Ausreise von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der UdSSR vgl. Dok. 128, Anm. 20.

<sup>12</sup> Zum Rückgang der Aussiedlerzahlen aus Polen in die Bundesrepublik und zum Anstieg der „illegalen“ Ausreisen vgl. Dok. 56, Anm. 32, und Dok. 253, Anm. 7.

<sup>13</sup> Der Passus „Eine Implementierungsdebatte ... harter Kritik“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „schwer miteinander vereinbaren“.

che und politische Rechte von 1966<sup>15</sup> hinsichtlich Ausreise, Wiedereinreise und Freizügigkeit im eigenen Staat einbezieht (Anlage)<sup>16</sup>.

Weiter können wir beim Jugendaustausch eine Empfehlung erstreben, die verdeutlicht, daß es uns mehr um die praktische Anwendung der bestehenden Texte als um deren Ausweitung geht (Anlage)<sup>17</sup>.

5) Überhaupt sollten wir suchen, in einem Expertentreffen, das weniger Prinzipien und Wertmaßstäben als praktischen Regelungen gilt, diese in den Vordergrund der Beratungen zu stellen. In diesem Sinne sollten wir auf unsere Partner einwirken, mit Rücksicht auf die große Zahl der Betroffenen die Überleitung von der Erfüllungsdebatte zu weiterführenden Diskussionen zu suchen.

Wenn wir unsere oder andere maßvolle Vorschläge nicht durchbringen können, so sollten diese doch als Ausgangspositionen für das Folgetreffen in Wien<sup>18</sup> durch die Unterstützung möglichst vieler TNS<sup>19</sup> auch außerhalb des Bündnisses eine gewisse Lebensfähigkeit erlangen.

Da wir an der Vereinbarung von VBMs ein eigenes Interesse haben, müßten wir eine blockierende Verkoppelung zwischen Bern und Stockholm<sup>20</sup> vermeiden. Hierfür besteht bei einigen Partnern eine deutliche Neigung: F, B, auch bei CH. Dagegen ist herauszustellen, daß Fortschritte auf einem Schauplatz der KSZE solche auf anderen begünstigen müssen.

Beim Werben für eine solche Linie sollten wir bei den US und GB den Versuch machen, sie von der Fixierung auf die SU abzubringen und sie zu veranlassen, ihre mehr differenzierte und pragmatische bilaterale Haltung gegenüber Moskaus Verbündeten auf das Berner Forum zu übertragen. Bei den NL, Portugal und B, wo in der KSZE-Praxis zum Teil auf Referatsebene operativ entschieden wird, sollten wir suchen, auf höherer Ebene mehr Verständnis für unsere Auffassung zu bewirken.<sup>21</sup>

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 vgl. UNTS, Bd. 999, S. 171–346. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

<sup>16</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der Vorschlag für eine Grundsatzklausel in den Empfehlungen des KSZE-Expertentreffens über menschliche Kontakte in Bern lautete: „empfehlen dem Folgetreffen in Wien zu beschließen: ‚Die Teilnehmerstaaten werden ihre vertraglichen Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, soweit sie daran vertraglich gebunden sind, strikt einhalten. Gemäß den Verpflichtungen aus der Schlußakte und aus dem Abschließenden Dokument von Madrid werden sie Gesuche zu Reisen auf der Grundlage familiärer Bindungen, zur Familienzusammenführung und zu Eheschließungen zwischen Bürgern verschiedener Staaten wohlwollend behandeln und im gleichen Geist binnen kürzester Frist über sie entscheiden.‘“ Vgl. VS-Bd. 13436 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>17</sup> Dem Vorgang beigelegt. Der Vorschlag für eine Empfehlung des KSZE-Expertentreffens über menschliche Kontakte in Bern zum Jugendaustausch lautete: „Der erste Satz des letzten Absatzes im Abschnitt ‚Menschliche Kontakte‘ des Abschließenden Dokuments von Madrid: ‚Die Teilnehmerstaaten werden Kontakte und den Austausch unter der Jugend ermutigen und die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen ihren Jugendorganisationen fördern‘ sollte ergänzt werden durch die folgenden Worte: ‚so daß Zahl, Dauer und Vielfalt der Begegnungen zwischen jungen Menschen der Teilnehmerstaaten tatsächlich vermehrt werden.‘“ Vgl. VS-Bd. 13436 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>18</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986.

<sup>19</sup> Teilnehmerstaaten.

<sup>20</sup> Zur KVAE in Stockholm vgl. Dok. 336.

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.

Dg 21<sup>22</sup> und über 500 Dg 5<sup>23</sup> haben mitgezeichnet.<sup>24</sup>

Eickhoff

VS-Bd. 13436 (212)

### 343

#### Botschafter Pfeffer, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-15860/85 VS-vertraulich

Aufgabe: 13. Dezember 1985, 08.30 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 1960

Ankunft: 13. Dezember 1985, 10.19 Uhr

Betr.: Meine Unterredung mit Kardinal Macharski (Krakau)

Während meines offiziellen Besuches in Krakau und Auschwitz hat mich Kardinal Macharski zu einem etwa eineinhalbstündigen Gespräch unter vier Augen empfangen, das in Deutsch geführt wurde. Ich habe die Grüße des Bundesministers übermittelt, die Macharski zu erwidern bat; er erinnere sich gern an das Gespräch in München.<sup>2</sup>

<sup>22</sup> Jürgen Oesterhelt.

<sup>23</sup> Helmut Redies.

<sup>24</sup> Botschafter z. b. V. Eickhoff leitete den Entwurf der Aufzeichnung am 13. Dezember 1985 an Ministerialdirigent Oesterhelt und Ministerialdirigent Redies mit der Bitte um Mitzeichnung. Vgl. VS-Bd. 13436 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

Oesterhelt vermerkte am 13. Dezember 1985 handschriftlich für Eickhoff: „Ich bin mit dem politischen Gehalt ganz u. gar einverstanden. Nur bitte ich folgende Rechtsfrage noch durch Anruf bei 500 (RL oder LR I Steiner) zu klären: Schwächen wir nicht den Verpflichtungsgrund aus bindenden völkerrechtlichen Vereinbarungen, wenn wir nur um ‚wohlwollende Behandlung‘ bitten? M[it] a[nderen] W[orten]: Müssen wir nicht so formulieren, daß ganz klar ist, daß wir unsere Partner, wo sie rechtlich verpflichtet sind, an diesen Verpflichtungen festhalten (Art. 12 d[es] Pakts)? Können hier nicht Mißverständnisse entstehen? – Ich weiß, wie es gemeint ist, und ein Gutwilliger wird dies auch sehen. Aber wir müssen mit böswilligen Advokaten auf der Gegenseite rechnen. Hat 500 den Text gesehen? Das Problem ist als logisch-juristisches nicht neu (Parallelfälle im Bereich CW).“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13436 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

Eickhoff leitete den Entwurf am 16. Dezember 1985 über Referat 500 an Redies mit der Bitte, „dem Hinweis von Herrn Oesterhelt entsprechend den Wortlaut der ‚Generalklausel‘ zu überprüfen und nach dortigem Ermessen umzuformulieren. Da ich für laufende bzw. angesagte Konsultationen Weisung benötige, wäre ich für baldige Mitzeichnung dankbar.“

Hat Ministerialdirektor Berteles am 17. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 513: Bedenken?“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kroneck am 18. Dezember 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13436 (212); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner am 13. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Weiß verfügte und handschriftlich vermerkte: „(Andere befaßte Referate auszugsweise).“

Hat Weiß am 16. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

<sup>2</sup> Bundesminister Genscher traf am 8. Juli 1984 mit dem Erzbischof von Krakau, Macharski, in München zusammen.

Wir haben folgende Themen behandelt:

- 1) Deutsche Frage und Grenzvorbehalt
- 2) Das Verhältnis der beiden Episkopate
- 3) Die Lage in Polen
- 4) Treffen mit Wałęsa
- 5) Deutscher Widerstand
- 6) Handwerkerschule der Salesianer in Auschwitz und das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche

Den Inhalt der Unterredung fasse ich folgendermaßen zusammen:

- 1) Die deutsche Frage und der Grenzvorbehalt

Nachdem ich einige einführende Erläuterungen zu meiner Mission in Polen gemacht hatte, steuerte der Kardinal rasch auf die deutsche Frage und den Grenzvorbehalt zu, und zwar unter Einbeziehung seines Gespräches mit Herrn Dr. Dregger.<sup>3</sup>

Ich habe das Problem wie in meinem Loccumer Diskussionsbeitrag<sup>4</sup> erläutert, unser Festhalten an Warschauer Vertrag<sup>5</sup> und den europäischen Einigungsprozeß als faktische Friedensgarantie betont. Meine Schlußfolgerung laute: Polen und Deutsche haben keine gegensätzlichen Ziele. Wir haben das gleiche Ziel.

Die Einheit Deutschlands könne nur dann wiederhergestellt werden, wenn die unmittelbar und mittelbar Beteiligten in Ost und West zu einer Verständigung gelangten. Wir brauchten die Zustimmung der Vier Mächte, die Zustimmung Polens und seiner übrigen Verbündeten und natürlich die Zustimmung unserer übrigen Verbündeten. Die Neutralen in Europa würden gefragt werden, wahrscheinlich müsse das ganze Konzert der 35 KSZE-Staaten mitwirken. Die Stimmen stünden dabei nicht etwa „nur“ 34:1, sondern 34,8 oder 34,9 gegen 0,2 oder 0,1, denn auch die große Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland wolle die Grenzen nicht erneut verschieben. Diese nicht nur für Heimatvertriebene sehr schmerzliche Erkenntnis setzte sich immer mehr durch. Kurz: Die Wiederherstellung der deutschen Einheit werde erst möglich sein, wenn wir den von uns erstrebten Zustand des Friedens in Europa erreicht hätten, von dem der Brief zur deutschen Einheit<sup>6</sup> handle. Das meine die Bundesregierung, wenn sie davon spreche, daß wir die Teilung Europas überwinden müßten beziehungsweise unsere Einheit nur in einem europäischen Rahmen wiedergewinnen könnten.

Es sei falsch, daß viele Polen die Wiederherstellung der deutschen Einheit fürchteten oder jeden Schritt in diese Richtung sogar bekämpften, wie dies bei eini-

<sup>3</sup> Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger hielt sich vom 18. bis 27. Juli 1985 in Polen auf.

<sup>4</sup> Vom 20. bis 22. September 1985 fand in der Evangelischen Akademie Loccum eine Tagung anlässlich des 20. Jahrestags der Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ statt.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des „Briefs zur deutschen Einheit“, der anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970 übergeben wurde, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 356. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 407.

gen Diskussionsteilnehmern in Loccum und Warschau wieder offenbar geworden sei. Die polnischen Ängste hätten ihre Wurzel doch in dem Glauben, daß im Augenblick der Wiedervereinigung Deutschlands die Westgrenze Polens erneut in Frage gestellt würde. Die ganze Mächte-Konstellation spreche indessen dagegen. Es sei eine sichere Prognose, daß sich die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur Zug um Zug mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze werde erreichen lassen. Die Polen hätten nicht nur die juristische Garantie des Warschauer Vertrages und des Görlitzer Vertrages<sup>7</sup>, sondern auch die faktische Friedensgarantie der Europäischen Gemeinschaft und der Atlantischen Allianz und der KSZE-Mächte-Konstellation. Und schließlich gebe es die allerbeste Garantie: Unsere Politik ziele auf eine echte Versöhnung mit Polen, und die deutsche Bevölkerung wolle diese Politik. Der Zustand des Friedens in Europa, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen könne; dieser Zustand, auf den wir hinarbeiteten, werde erst nach harter, geduldiger Arbeit und nur auf mittlere oder lange Frist zu erreichen sein. Deshalb sei heute vieles in der ewig wiederholten Diskussion so theoretisch und lenke<sup>8</sup> von der konkreten Zusammenarbeit eher ab.

Man dürfe einem Volk die Perspektive seiner Einheit nicht nehmen. Das wäre gefährlich und könne sogar Radikalismus erzeugen, also das Gegenteil von dem, was alle wünschten. Die Polen seien, was die Bewahrung ihrer Identität angehe, ein großes historisches Vorbild. Man würde den Deutschen einen wesentlichen Antrieb nehmen, auf eine wirklich dauerhafte Friedensordnung in Europa hinzuarbeiten, wenn nicht am Ende des Weges auch die Erfüllung ihres nationalen Wunsches stünde.

Die KSZE scheine uns der richtige Weg zu sein, um zu diesem Ziel zu kommen. Die Schlußakte von Helsinki<sup>9</sup> sei von 35 Staaten feierlich gesiegelt worden. Die Sowjetunion gehöre zu den Fünfunddreißig. Auch sie habe die Prinzipien der Schlußakte anerkannt, einschließlich des friedlichen Wandels.

Kardinal Macharski dankte, offenbar bewegt, und meinte: Mit dieser Klarheit habe er das noch nie gehört. Er sei sehr glücklich darüber. Er habe immer schon gefühlt, daß sozialistische „Hardliner“ die Grenzfrage und den angeblichen deutschen Revanchismus brauchten, um Polen an die Sowjetunion heranzutreiben und Polen und Deutsche auseinanderzubringen.

Nach meiner Antwort auf seine „Vertrauensfrage“ äußerte sich der Kardinal im weiteren Gespräch mit echter Herzlichkeit.

## 2) Das Verhältnis der beiden Episkopate

Er sei betrübt, so fuhr Macharski fort, über die Schwierigkeiten zwischen den beiden Episkopat, dem polnischen und dem deutschen.<sup>10</sup> Beide Seiten hätten

<sup>7</sup> Die Wörter „Görlitzer Vertrages“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Für unseren Botschafter neue Argumentation.“

Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Juli 1950 zwischen der DDR und Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze (Görlitzer Abkommen) vgl. DzD II/3, S. 249–252.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „ziehe“.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

<sup>10</sup> Am 15. Oktober 1985 berichtete Botschafter Hermes, Rom (Vatikan), daß Gespräche zwischen deutschen und polnischen Bischöfen vom 5. bis 7. Oktober 1985 in Rom über eine Erklärung zum 20. Jah-

ihre empfindlichen Stellen. Die Bemerkung des Bischofs von Stettin<sup>11</sup> sei sicher nicht so gemeint gewesen, wie sie von deutscher Seite aufgefaßt worden sei. Er verstehe die Gefühle der deutschen evangelischen Christen, wenn sie eine solche Bemerkung hörten, und auch die Gefühle der deutschen katholischen Kirche, die in einem guten Verhältnis zu ihren evangelischen Mitbrüdern stehe. Das Verhältnis der katholischen Kirche Polens zu den protestantischen Denominationen sei ein ganz anderes. Man müsse versuchen, Schritt für Schritt das gute Einvernehmen zwischen den beiden Episkopatzen wiederherzustellen.

Ich habe an diesem Punkt Grüße des Kardinals Höffner und der Bischöfe Hengsbach und Hohmeyer ausgerichtet. Macharski bat, diese Grüße herzlich zu erwidern. Er sei vor kurzem zum 75. Geburtstag von Hengsbach<sup>12</sup> nach Deutschland gereist. Die Grüße des Erzbischofs von Köln freuten ihn besonders. Höffner sei ein wirklicher Freund. Höffner gehöre zu der wunderbaren Erbschaft, die sein Vorgänger im Amt, Kardinal Wojtyła, der Papst, ihm hinterlassen habe.

### 3) Die Lage in Polen

Das Gespräch wandte sich sodann der Lage in Polen zu. Ich habe auf Bitte Macharskis den Versuch unternommen, die Quintessenz meiner ersten Monate in Polen auszuarbeiten. Der Kardinal stimmte an verschiedenen Stellen ausdrücklich zu. Er erkundigte sich, ob Außenminister Olszowski nach meiner Meinung im Amt bleiben werde. Ich habe erwidert, Olszowskis Stern sei im Sinken. Jaruzelski werde versuchen, sich dieses gefährlichen Gegners zu entledigen. Olszowskis Stellung sei schon stark reduziert (Verlust des Sejm-Mandats).<sup>13</sup> Durch seine persönlichen Familienwirren gebe er sich Blößen. Wann er fallen werde, sei ungewiß.<sup>14</sup> Dies sei das übereinstimmende Urteil der Botschafter der Zwölf

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1790*

restag „des Austauschs der Versöhnungsbotschaften zwischen dem deutschen und polnischen Episkopat“ ergebnislos geblieben seien. Die polnischen Gesprächsteilnehmer hätten „eine vorbehaltlose Erklärung zur Unveränderlichkeit und Endgültigkeit der polnischen Westgrenze“ aufnehmen wollen. Die deutschen Bischöfe hätten „an den Friedensvertragsvorbehalt, der in keiner Weise den unbedingten Willen zum Ausgleich und zur Verständigung mit dem polnischen Nachbarn und die polnische Westgrenze in Frage stelle“, erinnert: „Sie wollten jedoch die Fixierung auf eine rein politische Aussage, wie sie die polnischen Bischöfe wünschten, vermeiden und argumentierten, daß sie auch von polnischer Seite keine politische Äußerung zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes erwarteten.“ Nach dem Treffen in Rom sei es „ungewiß, ob es zu einer gemeinsamen Erklärung der deutschen und polnischen Bischöfe überhaupt noch kommen kann“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 134; VS-Bd. 13462 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>11</sup> Kazimierz Jan Majdański.

<sup>12</sup> Bischof Hengsbach feierte am 10. September 1985 seinen 75. Geburtstag.

<sup>13</sup> Am 13. Oktober 1985 fanden Wahlen zum polnischen Parlament statt.

<sup>14</sup> Zu Hinweisen auf einen Wechsel im polnischen Außenministerium vgl. auch Dok. 229.

Am 16. Oktober 1985 informierte Vortragender Legationsrat Weiß die Botschaft in Warschau über Meldungen, daß dem polnischen Außenminister Olszowski „gravierende Fehler in der Gestaltung der polnischen Außenpolitik“ unterstellt würden: „Nicht auszuschließen ist, daß man für die erwartete Ablösung Olszowskis Gründe und Rechtfertigungen zu konstruieren beginnt, um den tatsächlichen Hintergrund – nämlich das prinzipiell gespannte Verhältnis Jaruzelskis zu Olszowski bzw. den Versuch, nach den Sejm-Wahlen und vor dem nächsten Parteitag 1986 die Voraussetzungen für eine weitere Eingrenzung orthodoxer, kursfeindlicher Einflüsse zu schaffen – zu kaschieren.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 790; VS-Bd. 13461 (214); B 150, Aktenkopien 1985.

Ministerialdirektor Edler von Braunmühl vermerkte am 13. November 1985, daß Olszowski am 11. November 1985 „aus ‚persönlichen Gründen‘“ als Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP zurückgetreten sei. Einen Tag später habe Ministerpräsident Messner seine Regierung vorgestellt: „Neuer AM wurde der bisherige Leiter der Parteihochschule, Prof. Marian Orzechowski.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133026.

und der Sechzehn. Hier habe ich einen Exkurs in die Europäische Politische Zusammenarbeit eingeschoben, die Motive und Ziele unserer Europapolitik dargelegt und die Wirkungen, die von der Harmonisierung der Außenpolitik der Zwölf auf die Welt und den mittel- und osteuropäischen Raum insbesondere ausstrahlten.

<sup>15</sup>Die Zusammenarbeit der westlichen Botschafter in Warschau bewähre sich vorzüglich. Sie sei für jeden von uns eine Kraftquelle und von großer Bedeutung für die Sammlung und den Vergleich des ungeheuren Informationsmaterials, das es in Polen zu sichten und zu durchdringen gelte; in einem Lande, in dem in allen Schichten unabhängig gedacht und offen gesprochen werde. Je enger die gemeinsame Arbeit der Zwölf und Sechzehn sei, desto sicherer werde das westliche Urteil über die Lage und desto solider die Grundlage für das westliche Handeln. Wer „sine ira et studio“ zu gerechten und richtigen Urteilen kommen wolle, der müsse alle Quellen aufspüren, alle Denkenden und Handelnden möglichst selbst sprechen, von den offiziellen Vertretern der Partei und des Staates bis zu den Vertretern der totalen Opposition. Man müsse Augenzeuge sein in Tschenstochau und in den Gedenkmessen zum Tode Popiełuszko<sup>16</sup>. Man müsse die Quellen wiegen und wägen und dürfe sein eigenes Urteil nicht trüben lassen. Das sei schwierig genug für den Historiker gegenüber den Gegenständen der Geschichte, die ja nichts anderes sei als zur Vergangenheit erstarrte Politik. Es sei noch schwieriger, solange man es mit dem flüssigen Aggregatzustand der Politik zu tun habe, dazu in einem Land wie Polen mit seinen 38 Millionen Individualisten in einem sozialistischen System. Vielleicht liege es daran oder in der Natur der Sache, daß ich hier sehr viel fände, wogegen die Polen seien, aber wenige Ratschläge zu extrahieren vermöchte, wie es konkret weitergehen sollte. Die einen schienen immer neue Aufstände vorauszusehen, andere einen tiefen und lange anhaltenden Sturz in die Resignation. Gebe es nicht einen Weg dazwischen, den Weg der Wirtschaftsreform, den Weg der langsamen Veränderung? Ich hätte das Gefühl, der beste Rat komme von unabhängigen Männern der Wissenschaft und aus dem Episkopat, der weisen Kirche.

Der Westen bedürfe des Rats aus Polen. Der Kardinal kenne sicher die Kontroverse im westlichen Lager: Die eine Schule halte Polen auf Distanz, weil sie das System zwingen wolle, zuerst im Inneren bessere Zustände zu schaffen und vor allem den Menschenrechten mehr Achtung zu verschaffen. Die andere Schule – und das sei die Linie der Bundesregierung, der sich inzwischen die Mehrheit unserer Partner angeschlossen habe – trete für eine Vielzahl von Beziehungen und Bindungen des Westens zu Polen ein, damit Polen nicht nach Osten gedrängt werde. Die Motive und Ziele beider Schulen seien honorig. Deshalb werde die Debatte auch mit Leidenschaft und Ausdauer geführt. Wir seien indessen überzeugt von der Richtigkeit unseres Vorgehens. Wir wollten nach tausend Wegen suchen, um das ganze Europa, so gut es gehe, zusammenzuhalten

<sup>15</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1961 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>16</sup> Der Passus „Augenzeuge sein ... Tode Popiełuszko“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie Bo[tschafter] Pfeffer“.

Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popiełuszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.



und Schritt für Schritt wieder zusammenzubringen. Der Westen, so meinten wir, würde sich versündigen, wenn er Polen allein ließe.

Der Kardinal stimmte entschlossen zu: Der Westen dürfe keine Felder räumen, denn ein anderer würde sie besetzen. Selbst wenn nur Vakua entstünden, wäre das schlechter als die enge Anlehnung an den Westen.

#### 4) Treffen mit Wałęsa

Ich trüge mich, so habe ich auseinandergesetzt, mit dem Gedanken, bei meinem nächsten Besuch in Danzig Wałęsa zu besuchen.<sup>17</sup> Die persönliche Begegnung mit diesem Mann, der in der jüngsten Geschichte Polens tiefe Spuren hinterlassen habe, gehöre nach meiner Ansicht unbedingt zur Vollständigkeit des vorhin beschriebenen Quellenbildes. Ich wollte dabei mit offenen Karten und nicht etwa Versteck spielen. Ich würde meine Absicht deshalb dem polnischen Außenministerium kurz vor dem Vollzug als bevorstehende Tatsache eröffnen.

Der Kardinal, offenbar sympathisch berührt, erklärte, ich müsse den Zeitpunkt wohl bedenken. Ein solcher Besuch sei eine „gewisse Demonstration“. Man müsse Für und Wider gegeneinander abwägen. Wałęsa sei von neuem in ein Verfahren verwickelt.<sup>18</sup> Wenn ich ihm durch einen solchen Besuch helfen wollte, sei zu fragen, ob eine solche Wirkung auf diese Weise zu erreichen sei.

Ich habe erwidert, mein Besuch werde vertraulicher Natur sein und nicht bekanntgegeben werden, aber die Sicherheitskräfte würden ihn natürlich wahrnehmen. Als Demonstration sei er nicht gemeint, jedenfalls nicht zu einem spezifischen Zweck.<sup>19</sup> Für die Hilfe in Not, wenn Wałęsa sie brauchen sollte, bedürfe es wohl stärkerer Kaliber.

Ich habe die Frage angeschlossen, wie die Kirche heute zu Wałęsa stehe. Die Antwort des Kardinals: Die Haltung der Kirche zu Wałęsa ist unverändert.

Auf die Frage „Welches ist diese Haltung genau?“, entgegnete Macharski: „Wir müssen den freien Raum halten, wir müssen die Menschen schützen.“

#### 5) Der deutsche Widerstand

Ich habe dann das Gespräch auf das Problem der Perzeption und der Sichtbarmachung des deutschen Widerstandes in Polen gebracht und den Kardinal um

<sup>17</sup> Ministerialdirigent Oesterhelt übermittelte Botschafter Pfeffer, Warschau, am 18. November 1985 eine Stellungnahme zu dessen Absicht, in Danzig mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, zusammenzutreffen: „Der Zeitpunkt sollte der innenpolitischen Lage in Polen und dem jeweils aktuellen Stand unserer Beziehungen Rechnung tragen.“ Ein Gespräch mit Wałęsa sei nach Auffassung des Auswärtigen Amts „Teil der legitimen Informationsbeschaffung einer Botschaft. [...] Von der Sache her hat ein Treffen keinerlei ‚konspirativen‘ Charakter. Es sollte auch vermieden werden, daß ein solcher Charakter durch die Form der Anbahnung des Kontakts suggeriert wird. Insofern teilt das Auswärtige Amt Ihren Ansatz. Die polnische Seite sollte allerdings von uns zu gegebener Zeit in einer mehr beiläufigen und unsere Absicht feststellenden, nicht fragenden Form über Ihren Plan, sich mit Wałęsa zu treffen, informiert werden. Alles, was darüber hinausginge, insbesondere ein Unterton, der dem Gesprächspartner nahelegen würde, daß wir auf Zustimmung warten, sollte vermieden werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 914; Referat 214, Bd. 139700.

<sup>18</sup> Zum Verfahren gegen den Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa, vgl. Dok. 330, Anm. 6.

<sup>19</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, führte am 15. April 1986 in Danzig ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaft Solidarność, Wałęsa. Vgl. dazu den Drahtbericht von Pfeffer vom 18. April 1986; AAPD 1986.

seine Einschätzung der wirklichen Gefühle der polnischen Bevölkerung geben (Kreisau<sup>20</sup>, Gedenkstein in der Wolfsschanze<sup>21</sup>, Auschwitz<sup>22</sup>).

Macharski antwortete sehr hochherzig, theologisch-philosophisch: Das Böse im Menschen, das in Auschwitz eine seiner fürchterlichsten Emanationen hervor gebracht habe, sei niemals gebannt. Das Böse sei in allen Nationen zu finden. Er wolle die Namen anderer Geißeln der Menschheit nicht nennen. Man müsse den Mut haben, die Menschen an diese grundlegenden Wahrheiten zu erinnern, um das Böse zu bannen. Er habe dies in der letzten Zeit mehrmals zu tun versucht – einmal in einer Predigt, die er, allen Ratschlägen zum Trotz, in deutscher Sprache auf dem Boden des Schreckens, in Auschwitz selbst, gehalten habe.

Er habe im übrigen mit Ministerpräsident Vogel von Rheinland-Pfalz den Gedanken einer besonderen Ehrung der in Auschwitz ermordeten deutsch-jüdischen Klosterschwester Edith Stein besprochen. Die Übergabe des Bildes durch

<sup>20</sup> Am 2. Oktober 1985 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kaestner der Botschaft in Warschau zwei Fragen des SPD-Abgeordneten Bindig für die Fragestunde des Bundestags am 17. Oktober 1985 zum „äußerst auffälligen Zustand“ des Schlosses des Grafen von Moltke in Kreisau und dem Fehlen einer Gedenktafel an die Widerstandsgruppe „Kreisauer Kreis“. Bindig fragte zudem nach der Bereitschaft der Bundesregierung, sich bei der polnischen Regierung für den Erhalt der Gebäude „als historische Stätte der deutschen Widerstandsbewegung im Dritten Reich“ einzusetzen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 738; Referat 214, Bd. 133068.

Botschafter Pfeffer, Warschau, antwortete am 14. Oktober 1985, es treffe zu, „daß sich das Schloß des Grafen Helmuth von Moltke und das dazugehörige ‚Berghaus‘ in Kryzowa (Kreisau) in schlechtem Zustand befinden. Das Grundstück ist verwahrlost.“ Die Frage einer Gedenktafel sei bereits seit 1980 im Gespräch; das polnische Außenministerium habe dabei „große Zurückhaltung erkennen“ lassen. Dies gelte auch für das von Bindig in seiner zweiten Frage offenbar angesprochene Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung, „das Anwesen zu restaurieren und dort eine Begegnungsstätte einzurichten“. Ein Schreiben der Stiftung an den polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski vom Herbst 1984 sei unbeantwortet geblieben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1576; Referat 214, Bd. 133068.

<sup>21</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl führte am 17. Oktober 1983 aus: „Philipp Freiherr von Boeselager hat sich am 8.10.1983 mit der Anregung an StM Dr. Mertens gewandt, zum Gedenken an das gescheiterte Attentat des Grafen Stauffenberg am 20. Juli 1944 im ehemaligen Führerhauptquartier ‚Wolfsschanze‘ eine Mahntafel errichten zu lassen.“ Braunmühl befürwortete den Vorschlag: Im „vielbesuchten ehemaligen ‚Führerhauptquartier‘“ sollte nicht nur „die Erinnerung an das nationalsozialistische Unrechtsregime wachgehalten“, sondern auch „daran erinnert werden, daß es in nationalsozialistischer Zeit auch ‚andere‘ Deutsche als die ‚hitlerowcy‘ gab, an die in Polen allenthalben Gedenktafeln erinnern“. Vgl. Referat 214, Bd. 133068.

Am 7. August 1984 berichtete Botschafter Röding, Warschau, die Reaktion des polnischen Stellvertretenden Außenministers Kucza sei „sehr zurückhaltend“ gewesen. Röding zog den Schluß, „daß die Zeit für derartige, notwendigerweise gemeinsame Erinnerungsmale im Verhältnis Deutschland/Polen noch nicht reif ist. [...] Die Botschaft wird das Petitum grundsätzlich im Auge behalten. Auch die Lösung dieser Frage wird ein Schritt zur Normalisierung sein.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1508; Referat 214, Bd. 133068.

<sup>22</sup> Vortragender Legationsrat Weiß legte am 1. Februar 1985 dar: „Gegenwärtig werden im Auswärtigen Amt drei verschiedene Projekte im Zusammenhang mit dem ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz verfolgt: Errichtung einer Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz [...]; Erhaltung der historischen Gebäude im KZ Auschwitz (Aktion Sühnezeichen); Einrichtung einer Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland im KZ-Museum Auschwitz.“ Ein bereits 1975 vereinbartes Projekt einer Jugendbegegnungsstätte sei im September 1981 begonnen, dann aber von polnischer Seite „aus finanziellen Gründen gestoppt“ worden. Inzwischen gebe es den Vorschlag, „ein auf dem Gelände des KZ Auschwitz stehendes altes Lagerhaus zu einer Begegnungsstätte umzubauen. [...] Dieses Projekt wird über die ‚Stiftung Jugendmarke‘ mit DM 800 000 durch das BMJFG gefördert.“ Die Einrichtung einer Gedenkausstellung sei der Bundesregierung wiederholt durch Kirchen, Jugendverbände und Abgeordnete vorgeschlagen worden, zuletzt durch einen Entschließungsantrag der Fraktion der Grünen vom 2. Januar 1985: „Zur Zeit prüft die Botschaft Warschau, welche Möglichkeiten zur Verwirklichung des Vorhabens trotz der bisherigen ablehnenden Haltung Polens dennoch gegenwärtig bestehen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133068.

den Ministerpräsidenten bei dessen letztem Besuch in Auschwitz<sup>23</sup> sei ein erster Schritt, um der breiteren Bevölkerung klarzumachen, daß mutige Deutsche die Leiden der Polen bis zum selbstgewählten Martyrium geteilt haben.

Ich habe dem Kardinal gedankt und erzählt, daß eine meiner frühesten Kindheitserinnerungen eine Predigt des „Löwen von Münster“, des späteren Kardinals von Galen, in St. Lamberti sei, in der Galen die nationalsozialistische Diktatur, die noch im Entstehen begriffen gewesen sei, zum ersten Male von der Kanzel angegriffen habe. Wir hätten später, nach der Versetzung meines Vaters, in anderen Städten Galens unter der Hand verbreitete Ansprachen erhalten, darunter diejenige vom 3. August 1941 gegen die Euthanasie, die Vernichtung des „unwerten Lebens“ (mit dem Klageruf des Bischofs von Münster an sein versklavtes Volk: „Jerusalem, Jerusalem, kein Stein in Dir wird auf dem anderen bleiben“).<sup>24</sup> Das sei in Auschwitz alles wieder an die Oberfläche meines Bewußtseins gedrungen. Denn dies sei ja die Straße gewesen, die in Birkenau und in den Trümmern meines Vaterlandes geendet habe.

6) Handwerkerschule der Salesianer in Auschwitz und das Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche<sup>25</sup>

Nach dem Besuch in Auschwitz hätten meine Frau und ich, noch tief erschüttert, die Handwerkerschule der Salesianer in Auschwitz besucht. Das sei die richtige Entscheidung gewesen. Man könne nicht nur trauern, man müsse handeln, Bäume pflanzen. Die Handwerkerschule mache einen ausgezeichneten Eindruck. Sie scheine mir jeder Hilfe würdig. Ich hätte mir überlegt, ob sie nicht im Rahmen des Landwirtschaftsprojekts der katholischen Kirche gefördert werden könnte, z.B. als Reparaturwerkstatt von landwirtschaftlichen Maschinen. Man höre oft, der Kirche fehle die Infrastruktur für die Durchführung des LW-Projekts, und das beunruhige sie, die Kirche, selbst. Nun sei die seit 1898 bestehende Schule der Salesianer ein Stück vorzüglich funktionierender Infrastruktur. Die ungefähr 400 jungen Menschen, die hier eine qualifizierte Fachausbildung auf der Grundlage einer festen moralischen Erziehung erhielten, strömten am Ende ihrer drei Jahre in alle Landesteile zurück und trügen den Geist der Schule mit sich.

Macharski äußerte sich wie folgt: Es sei richtig, daß die Schule förderungswürdig sei, und es freue ihn, daß ich mich in dieser Sache engagierte. Gelder sollten am besten über den Wiener Hilfsfonds<sup>26</sup> geleitet werden. Eine Förderung im Rahmen des Landwirtschaftsprojekts der Kirche komme nach seiner Ansicht keinesfalls in Betracht: Der Staat werde keine Verquickung des Landwirtschafts-

<sup>23</sup> Der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Vogel hielt sich vom 4. bis 7. Oktober 1985 in Polen auf und besuchte am 5. Oktober 1985 Krakau und Auschwitz.

<sup>24</sup> Am 3. August 1941 äußerte der Bischof von Münster, Graf von Galen, den „an Sicherheit grenzende[n] Verdacht“, daß die „zahlreichen unerwarteten Todesfälle von Geisteskranken nicht von selbst eintreten, sondern absichtlich herbeigeführt werden“. Wenn aber eingeräumt werde, „daß Menschen das Recht haben, ‚unproduktive‘ Mitmenschen zu töten“, dann sei „keiner von uns seines Lebens mehr sicher“. Vgl. GALEN, Akten, Bd. II, S. 876 und S. 878.

<sup>25</sup> Zum Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche in Polen vgl. Dok. 222, Anm. 4 und 5.

<sup>26</sup> Der Europäische Hilfsfonds in Wien wurde 1970 von der Österreichischen und der Deutschen Bischofskonferenz zur Unterstützung der katholischen Kirchen in den osteuropäischen Staaten eingerichtet.

projekts, das den Ideologen ohnehin ein Dorn im Auge sei, mit Erziehungsproblemen erlauben, denn das hieße ja, zu allen Risikofaktoren, die der Staat bargwöhne, noch einen weiteren, besonders sensitiven, neu hinzuzufügen. Ich habe erwidert, dieses Argument sei durchschlagend, [ich]<sup>27</sup> hätte es nicht bedacht. Das Landwirtschaftsprojekt dürfe durch eine solche Verquickung nicht noch mehr gefährdet, die Salesianer-Schule könne auch anders gefördert werden.

Zum Landwirtschaftsprojekt, so fuhr der Kardinal fort, wolle er mir allgemein folgendes sagen: Die Kirche sei in diesem Fall „nur Substitut“. Sie springe in eine Sache ein, die ihr nicht auf den Leib geschrieben sei und in die sie sich nicht auf Kosten ihrer religiösen Aufgaben verwickeln lassen dürfe.

Die Kirche habe sich zum Landwirtschaftsprojekt dennoch entschlossen, weil sie, und nur sie, auf diese Weise den eigenen Landsleuten helfen könne. Wie gesagt, in diesem Projekt „ersetze“ die Kirche nur. In ihrem eigentlichen Feld, im religiösen und moralischen, sei sie nicht zu ersetzen. Es gebe kein Substitut für die katholische Kirche in Polen. Das mache sie so mächtig.

#### 7) Eindruck und Abschied

Der Kardinal, Kirchenfürst und polnischer Patriot, legt, bei aller Liebenswürdigkeit und Eleganz im Umgang und im Gespräch, einen tiefen Ernst an den Tag. Bezeichnend für seine „Höflichkeit der Könige“, daß er sich zu Beginn und beim Ende der Unterredung entschuldigte wegen einer höchstens fünfminütigen Verspätung: Das Wetter habe ihn bei der Rückfahrt von Zakopane aufgehalten.

Nach der Vorstellung meiner Begleitung bat der Kardinal beim Aufbruch, noch einen Augenblick zu warten. Er kehrte in sein Dienstzimmer zurück und überreichte mir dann eine Bronzemedaille, die den ermordeten Pater Maximilian Kolbe unter dem Schutz der Mutter Gottes zeigt. Diese Bildhauerarbeit sei ihm am Vortage vom Künstler geschenkt worden. Der Kardinal bestand darauf, ich müsse die Medaille annehmen.

Er begleitete uns dann bei schneidender Kälte bis zum Wagen und winkte uns nach, bis wir den Hof des erzbischöflichen Palais verlassen hatten.

#### 8) Ich bitte um absoluten Quellenschutz.

[gez.] Pfeffer

**VS-Bd. 13462 (214)**

<sup>27</sup> Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

## 344

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Lambach,  
z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt**

**114-15863/85 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 2007**

**Aufgabe: 13. Dezember 1985, 14.03 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 13. Dezember 1985, 14.25 Uhr**

Betr.: Treffen der vier Außenminister über Deutschland- und Berlin-Fragen  
am 13.12.1985 in Brüssel (Gastgeber AM Dumas)<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. 1) Die Außenminister billigten die Passage des NATO-Kommunikés zu Deutschland und Berlin.<sup>3</sup>

2) Auf der Grundlage ausführlicher Lagebewertung Berlins durch Bonner Vierergruppe<sup>4</sup> erörterten die Minister im einzelnen:

2.1) Sowjetische Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin<sup>5</sup>

Die Situation hat sich seit dem letzten Treffen<sup>6</sup> stabilisiert. Die vorsorglich beschlossenen Maßnahmen brauchten bis heute nicht eingesetzt zu werden. Zusätzlich verantwortlich<sup>7</sup> für die Beruhigung der Lage ist das allgemein verbesserte West-Ost-Klima, aber auch feste Haltung der westlichen Alliierten.<sup>8</sup>

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat von Berg vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) hielten sich anlässlich der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel auf. Vgl. auch Dok. 341.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl legte am 4. Dezember 1985 den am Vortag von der Bonner Vierergruppe ad referendum angenommenen „Entwurf für die Berlin- und Deutschlandpassage des Schlußkommunikés“ der NATO-Ministerratstagung mit dem Hinweis vor, daß sich die Bundesregierung darauf einstellen müsse, „daß die Alliierten unsere Wünsche nach besonderen Aussagen zu Berlin mit dem Argument gewünschter Straffung des Kommunikés abzuweisen suchen“. Vgl. Referat 210, Bd. 132650.  
Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUE 1981–1985, S. 158. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 132.

<sup>4</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl teilte am 4. Dezember 1985 mit, daß die „traditionelle Lagebewertung Berlins für das anstehende Treffen der vier Außenminister während der NATO-Ministerratstagung“ am Vortag von der Bonner Vierergruppe abschließend behandelt worden sei. Breiten Raum nehme in dem für alle NATO-Mitgliedstaaten bestimmten Teil „die anhaltende Problematik sowjetischer Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin“ ein. Die Beziehungen zur DDR würden „für die vergangenen Monate als positiv und konstruktiv angelegt beschrieben. [...] Zu Berlin enthält der allgemeine Teil positive Aussagen über die politische Lage und die Wirtschaftsentwicklung der Stadt.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139227.

<sup>5</sup> Zu den sowjetischen Reservierungen in den Luftkorridoren nach Berlin vgl. Dok. 259, Anm. 42.

<sup>6</sup> Zum Gespräch der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien) und Shultz (USA) über Deutschland- und Berlin-Fragen am 5. Juni 1985 in Lissabon vgl. Dok. 148.

<sup>7</sup> Die Wörter „Zusätzlich verantwortlich“ wurden von Vortragendem Legationsrat von Berg gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Ursächlich“.

<sup>8</sup> Am 18. Dezember 1985 berichteten die Vertreter der Drei Mächte in der Bonner Vierergruppe, in der „seit Menschengedenken längsten Zusammenkunft des BASC“ am 11. Dezember 1985 seien die Petita der Drei Mächte vorgebracht worden, und der sowjetische Vertreter Prokofjew habe Entgegenkommen signalisiert. Insgesamt sei auch angesichts einer nur noch geringen Zahl sowjetischer Reservierungen festzustellen, „daß sich die Situation in den Luftkorridoren insgesamt entspannt ha-

## 2.2) Haltung der Berliner gegenüber den Schutzmächten

Die Minister würdigten den Besuch Mitterrands in Berlin (10.10.85). Die Rede des französischen Staatspräsidenten<sup>9</sup> habe mit der Demonstration fester westlicher Haltung und mit dem Verständnis für Berliner Anliegen das Vertrauen vertieft (frz. AM erwähnte ausdrücklich Begleitung durch BK<sup>10</sup>). BM erwähnte mit Dank auch Besuch AM Howe und Shultz (am 14.12.).<sup>11</sup> Besuch und Ansprachen vor Berliner Pressekonferenz<sup>12</sup> seien wichtig zur Vertrauensbildung in Berlin, aber auch als Signal unveränderter westlicher Haltung nach Osten.

Minister unterstrichen erneut die Notwendigkeit in Berlin, bei der nachwachsenden Generation ohne Erinnerung an Kriegsende und Blockade, Verständnis und Vertrauen für die Präsenz der drei Schutzmächte und die notwendigen Status-Rücksichten zu gewinnen.

## 2.3) Begegnung des RBM<sup>13</sup> mit Honecker auf der Leipziger Messe März 86<sup>14</sup>

UK AM erwähnte Unterrichtung der Drei Mächte durch RBM in Berlin. Aus Gesprächen am Rande gewannen wir Eindruck, daß sie den Besuch, da nicht in Berlin (Ost), als unproblematisch empfinden und die Begleitung des RBM durch unseren Ständigen Vertreter<sup>15</sup> eher als eine Frage für die Bundesregierung sehen.<sup>16</sup>

## 2.4) 750-Jahr-Feier Berlins<sup>17</sup>

Auf Frage FR führte BM aus: Die Vorbereitung verlange große Behutsamkeit. Wir sehen Möglichkeit, mit Feier der Geschichte Berlins die Elemente der Einheit der Stadt zu unterstreichen. Andererseits muß den Versuchen der DDR begegnet werden, mit ihren Feiern Hauptstadt-Anspruch zu festigen. Bundes-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1797*

be“. Vgl. die Aufzeichnung des Legationssekretärs Weil vom 19. Dezember 1985; VS-Bd. 13422 (210); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Am 10. Oktober 1985 bekräftigte Staatspräsident Mitterrand im Rathaus Schöneberg in Berlin (West) die Bereitschaft Frankreichs zum Schutz des Friedens und der Freiheit von Berlin. Für den Wortlaut der Rede vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1985 (September/Oktober), S. 78 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1985, S. 975 f.

<sup>10</sup> Staatspräsident Mitterrand flog nach einem Zwischenaufenthalt in Bonn am 10. Oktober 1985 zusammen mit Bundeskanzler Kohl nach Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 277.

<sup>11</sup> Der britische Außenminister Howe hielt sich am 10. Dezember 1984 in Berlin (West) auf, sein amerikanischer Amtskollege Shultz am 14./15. Dezember 1985.

<sup>12</sup> Der britische Außenminister Howe hielt am 10. Dezember 1984 vor der Berliner Pressekonferenz in Berlin (West) eine Rede zum Thema „Frieden in der Vergangenheit – Frieden in der Gegenwart – Frieden in der Zukunft“. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 34–40.

Der amerikanische Außenminister Shultz sprach am 14. Dezember 1985 vor der Berliner Pressekonferenz über „the cruel wall that divides this city [...] Berliners know that coercion and control are the essence of governmental authority on the other side [...]. There isn't a Berlin Wall because there are weapons; there is a military confrontation because of a political system that is so dependent on force that it builds a Berlin Wall.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 29. Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 96–101.

<sup>13</sup> Eberhard Diepgen.

<sup>14</sup> Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 16. bis 22. März 1986 statt.

<sup>15</sup> Hans-Otto Bräutigam.

<sup>16</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Diepgen, traf am 16. März 1986 in Leipzig mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Bangemann: Spannungsfreie Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. März 1986, S. 2.

<sup>17</sup> Zu den Planungen für die 750-Jahr-Feierlichkeiten in Berlin vgl. Dok. 218, Anm. 3.

regierung und Senat suchen mit großer Sorgfalt, den schmalen Pfad zwischen elementarem Anliegen für Einheit Berlins und der Gefahr von Mißbrauch und Verletzung des Status durch die andere Seite in enger Abstimmung mit Drei Mächten einzuhalten.<sup>18</sup>

2.5) Erörterung der Minister zu innerdeutschen Fragen nahm breiten Raum ein. Alliierte AM fragten nach Besuchsabsichten Honeckers.

BM führte aus: Deutsch-deutsche Beziehungen entwickeln sich nicht spektakulär, aber positiv in ruhigen Bahnen. Unverändertes Interesse DDR, Beziehungen zu uns zu entwickeln, beruhe auf zwei Motiven:

- erheblicher wirtschaftlicher Bedarf, dem wir in erheblichem Maße entsprechen,
- politisches Interesse, durch Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen auch den Wünschen der eigenen Bevölkerung zu entsprechen und so intern Ruhe und Befriedung zu schaffen.

Bedeutung der deutsch-deutschen Beziehungen für das West-Ost-Verhältnis allgemein wird auf beiden Seiten gesehen. Während in früheren Phasen von der deutschen Szene zusätzliche Belastungen ausgingen, sei es heute umgekehrt: Die innerdeutschen Beziehungen wirkten stabilisierend. Sie könnten dies verstärkt tun, wenn die DDR-Führung nicht durch Mißtrauen der SU, und auch Polens, in ihrer Bewegungsfreiheit begrenzt wäre. Honecker gehe hier auf schmalen Grat. Dies habe sich auch bei jüngsten Veränderungen im Politbüro<sup>19</sup> gezeigt.

Wir führten unsere Politik gegenüber der DDR aus nationaler Verantwortung, den Menschen materiell zu helfen und ihnen mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Die Ausreisenzahl für 1985 (ca. 25 000) sei zwar geringer als 84, aber erheblich größer als der Durchschnitt vergangener Jahre. Unsere Politik gegenüber der DDR ist praktizierte Menschenrechtspolitik. Wir glauben, damit auch einen Beitrag im West-Ost-Verhältnis zu leisten.

Die Vitalität des Bewußtseins, Deutscher zu sein, hat in Deutschland nicht nachgelassen, ist eher gewachsen. Dies zeigt auch ein Blick auf die Kulturszene. Dieses Bewußtsein ist vielleicht noch stärker in der DDR, wo die Menschen weniger als bei uns ihren materiellen und Reisewünschen nachgehen können.

<sup>18</sup> Zur Haltung der Drei Mächte gegenüber Direktkontakten zwischen dem Senat von Berlin und der DDR vgl. Dok. 259.

Am 9. Dezember 1985 legte Referat 210 dar: „Die Drei Mächte äußern sich anhaltend besorgt. Sie argumentieren: Es gibt kein denkbare Interesse der DDR, für die 750-Jahrfeiern in Berlin Gemeinsamkeiten zu suchen. Ihre Gesprächsbereitschaft kann daher nur so gedeutet werden, daß sie auf diesem Wege den Senat zu Gesprächen auf staatlicher Ebene verlocken will.“ Sie hätten zudem den Verdacht, daß der Senat die „Gesprächsebene Stronk–Löffler weiterhin offenhalten will, möglicherweise um ‚wechselseitige Teilnahme‘ hochrangiger Besuche vorzubesprechen.“ Referat 210 sprach sich für ein pragmatisches Vorgehen und Fortsetzung der Abstimmung mit den Drei Mächten „in erster Linie in Berlin, begleitend in Bonn (Viererguppe)“ aus: „Wir selbst sind an sorgfältigster Abstimmung auch insoweit interessiert, als durch Gespräche des Senats mit der DDR die Bundesvertretung für Berlin als Konkretisierung der Bindungen berührt ist.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139170.

<sup>19</sup> Nach einer Tagung des ZK der SED am 22. November 1985 wurde mitgeteilt, daß Herbert Häber und Konrad Naumann aus dem Politbüro ausgeschieden seien. Zu Kandidaten des Politbüros wurden Werner Eberlein, Siegfried Lorenz und Gerhard Müller gewählt.

Zum Besuch Honeckers sagte BM: Es bestehe bei uns unverändertes Interesse, daß Besuch stattfindet.<sup>20</sup> Wir glaubten aber an ein überwiegendes Interesse Honeckers nach einer Reihe von Reisen ins westliche Ausland, seine politische Laufbahn bei einem Besuch in Bonn zu krönen und seine Heimatstadt<sup>21</sup> wiederzusehen. Er müsse seine Absicht aber noch mit Moskau abstimmen, möglicherweise bei seinem nächsten Besuch dort, im Januar 1986.<sup>22</sup> Dabei werde sich zeigen, wieweit die SU verlangt, daß Honecker den Besuch in Bonn benutzt, um Einfluß auf unsere Haltung, insbesondere in sicherheitspolitischen Fragen, zu nehmen.

Die Aussichten für einen Besuch bewertete BM abschließend eher negativ. Er unterstrich, wir seien von einer Visite Honeckers nicht abhängig und wollten auch keinen derartigen Eindruck erwecken. Die Besuchsfrage sollte nicht zum Testfall der innerdeutschen Beziehungen werden.

## II. 1) Flugverkehr mit DDR<sup>23</sup>

Minister billigten die folgende, nach eingehender Erörterung auf Expertenebene vereinbarte Linie für weiteres Vorgehen:

- Luftfahrtbeziehungen zur DDR (Lufthansa, Air France) sind unter Anwendung der Schönefeld-Studien 1972<sup>24</sup> und 1980<sup>25</sup> sorgfältig zu verfolgen.<sup>26</sup>

<sup>20</sup> Ein geplanter Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, wurde am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 232.

<sup>21</sup> Erich Honecker wurde in Neunkirchen im Saarland geboren.

<sup>22</sup> Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, nahm am XXVII. Parteitag der KPdSU vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau teil. Außerdem besuchte er am 2./3. Oktober 1985 die UdSSR.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat von Berg vermerkte am 13. März 1985, daß der amerikanische Vertreter in der Bonner Vierergruppe am Vortag „auf die jüngste öffentliche Erklärung des Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa, Ruhnau, über Gespräche zwischen der Lufthansa und Interflug zur Ausweitung des innerdeutschen Flugverkehrs“ hingewiesen habe. Er habe „den uns schon wiederholt erklärten Standpunkt“ unterstrichen, „wonach jede Ausweitung des innerdeutschen Flugverkehrs über den bisherigen Rahmen (Messeverkehr nach Leipzig) hinaus ein nach amerikanischer Auffassung konsultationsbedürftiger Vorgang sei“. Vgl. Referat 210, Bd. 139212.

<sup>24</sup> Seit dem Herbst 1970 bekundeten mehrere westliche Fluggesellschaften Interesse an der Aufnahme eines Linienverkehrs mit dem Flughafen Berlin-Schönefeld. Demgegenüber bemühten sich die Bundesregierung und der Senat von Berlin um die Einbeziehung von Berlin (West) in diesen Luftverkehr. Am 18. November 1971 beschlossen die Politischen Direktoren beim Vierertreffen in Paris die Einsetzung einer Untergruppe zur Ausarbeitung einer Luftfahrtstudie. Vgl. dazu AAPD 1971, III, Dok. 400.

Für die am 24. Januar 1972 vorgelegte „Bonn Group Study on Air Services“ vgl. VS-Bd. 8796 (III A 4).

<sup>25</sup> Auf amerikanische Initiative wurde die Bonner Vierergruppe auf dem Vierertreffen der Politischen Direktoren am 6. Dezember 1978 in Brüssel mit einer neuen Studie über die Zulassung von Charterflügen zum Flughafen Berlin-Schönefeld bzw. der Fluggesellschaft Interflug zu Zielen in der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und den USA beauftragt. Zur Annahme der Studie durch die Bonner Vierergruppe vermerkte Ministerialdirektor Blech am 14. November 1980: „Die Grundlinie lautet weiterhin: Grundsätzliche Sperre für alliierte Flüge nach Schönefeld unter Berücksichtigung von drei Ausnahmekategorien (VIP-Flüge, Flüge zu kulturellen Anlässen (z. B. Ausstellungsexponate), Rettungsflüge).“ Vgl. VS-Bd. 13122 (210); B 150, Aktenkopien 1980.

Für die Studie „Allied Policy on Flights to and from Schönefeld“ vom 7. November 1980 vgl. VS-Bd. 13126 (210).

<sup>26</sup> Am 3. September 1985 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup dar, bei einer Besprechung im Bundeskanzleramt am 4. Juli 1985 sei beschlossen worden, den Wunsch der Lufthansa nach Ausweitung des Flugbetriebs nach Leipzig auf vier bis sechs Wochen nach Ende der Leipziger Frühjahrsmesse 1986 in der Bonner Vierergruppe zu konsultieren. Die Pflicht dazu ergebe sich aus „dem (geheimen) Protokoll zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 21.5.1952, wonach der Überflug von Luftfahrzeugen der ‚Satellitenstaaten‘ über das Territorium der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne vorherige Konsultation der Alliierten genehmigt werden



- Neue Flugverbindungen dürfen keine negativen Auswirkungen für Tegel bringen, vielmehr muß zugleich nach Verbesserungen für Tegel gesucht werden.
- Drei Mächte und Bundesrepublik Deutschland werden in Hinsicht auf Öffnung westlichen Luftraumes für Interflug koordiniert vorgehen.
- Vierergruppe wird eine neue Grundsatzstudie erarbeiten.<sup>27</sup>
- Vierergruppe wird Ende Januar 1986 Zwischenbilanz ziehen, auch im Hinblick auf französischen und deutschen Entscheidungsbedarf.

FR teilte mit, Air France wünsche Zweijahresabkommen mit Interflug, werde aber höchstens ein Jahr zugestanden erhalten. Auch sei Entscheidung zwischen Roissy und Orly noch offen. Air France argumentiere, daß eine Relation Leipzig/Orly kaum rentabel werden könne. Andererseits gebe es lange Warteliste von Fluglinien für Roissy. Für Regierung sei auch wichtig, daß Interflug nicht über Roissy Anschluß an westliches Flugnetz erhalte. Wir unterstützten dieses Argument mit Hinweis, daß wir für Landrechte Interflug in Frankfurt von DDR Verbesserungen für Tegel verlangen würden, was zur Zeit aber nicht realistisch ist.

In Expertendiskussion wurde einmal mehr deutlich, daß die Alliierten zu geplanten Flugvorhaben nicht ohne vorherige grundsätzliche Meinungsbildung Stellung nehmen wollen. Absehbarer Zeitdruck für Lufthansa soll durch die verabredete Zwischenbilanz Ende Januar 1986 genommen werden.

2) In den Beratungen der Experten berichteten die Alliierten über ihr Verhältnis zur DDR:

2.1) UK: Beziehungen insgesamt korrekt, aber mit wenig Substanz. Seit Besuch AM Howe April 85 wurden fünf Fälle Familienzusammenführung gelöst.<sup>28</sup> Mit fünf neuen stehen heute wieder insgesamt sieben Fälle an.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1800*

darf; der Schönefeld-Studie der Bonner Vierergruppe vom 10.12.1980 [...] und schließlich der ‚Generalklausel‘ des Art. 6 des Deutschlandvertrages (Konsultation bei Berlin betreffenden Fragen) [...]. Bei der Befassung der Bonner Vierergruppe mit der (überraschenden) Umstellung der Messeflüge auf Liniendienst im Sommer 1984 ist deutlich geworden, wie sensibel die Alliierten auf qualitative oder quantitative Änderungen im innerdeutschen Luftverkehr reagieren.“ Bei ersten Konsultationen sei deutlich geworden, daß die Drei Mächte nicht bereit seien, „einer Ausdehnung der Messeflüge zuzustimmen, bevor die ‚Gesamtkonzeption innerdeutscher Flugverkehr‘ fertiggestellt ist und sie nicht wissen, welche konkreten Vorstellungen wir (und die L[uft]H[ansa]) für die absehbare Zukunft über die weitere Entwicklung des innerdeutschen Flugverkehrs haben.“ Vgl. Referat 210, Bd. 139212.

<sup>27</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup führte am 3. Juli 1985 aus, daß am 7. September 1984 im deutschlandpolitischen Koordinierungsgespräch im Bundeskanzleramt beschlossen worden sei, „unter Federführung des BMV eine Gesamtkonzeption für den innerdeutschen Flugverkehr auszuarbeiten. Diese wird unter besonderer Berücksichtigung der Luftverkehrssituation Berlins (Verhinderung einer weiteren Aufwertung Schönefelds, verbesserte Einbeziehung Tegels in den internationalen Luftverkehr) auch eine Aussage über die Wünschbarkeit eines erweiterten Messeflugverkehrs treffen müssen“, wie er von der Lufthansa angestrebt werde. Sie müsse dann mit den Drei Mächten konsultiert werden. Vgl. Referat 210, Bd. 139212.

<sup>28</sup> Gesandter Freiherr von Stein, London, berichtete am 14. November 1985, die mit dem Besuch des britischen Außenministers Howe vom 8. bis 10. April 1985 in der DDR verbundene „Hoffnung auf mehr Substanz habe sich [...] nicht erfüllt. London sehe klar, daß die DDR den Bonus des Besuches gern mitgenommen habe, aber weder bereit sei, die strukturellen Gründe des brit. Handelsdefizits zu ändern, noch die Verpflichtungen der KSZE-Schlußakte im westlichen Sinne zu interpretieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2077; Referat 210, Bd. 139195

Handel bleibt unausgeglichen. Aussicht auf Besuch Staatsminister Rifkind für März 86<sup>29</sup> soll DDR auch zu notwendigem Ausgleich der Bilanz ermuntern. Ausgesprochene Einladung an AM Fischer könnte Ende 86 realisiert werden.

2.2) USA: Vorsichtige Ausweitung des Dialogs. Hauptprobleme bleiben für USA Vermögensansprüche, für DDR Handelsmeistbegünstigung.<sup>30</sup> DDR sieht in politischen Beziehungen zu USA auch erwünschten Prestigezuwachs. Ihre Haltung zu Vermögensansprüchen ist folglich zunehmend politisch bestimmt. Besuche: Januar 86 Kongreßdelegation von ca. zwölf Abgeordneten des Repräsentantenhauses. Hauptthema für USA: Menschenrechte, Handelsfragen. (Wir verwiesen<sup>31</sup> kurz auf Status-Gesichtspunkte: Volkskammer in Berlin, Berliner Abgeordnete.)

Nächste Runde politischer Konsultationen USA-DDR im Frühjahr 86. USA warten auf Reaktion der DDR nach jüngsten Sicherheitsmaßnahmen Washingtons gegenüber östlichen Diplomaten in USA.

2.3) FR: 1985 wurden Fälle von Familienzusammenführung nach Besuch PM Fabius in Berlin (Ost)<sup>32</sup> in zunehmender Zahl gelöst. Zur Zeit stehen 55 Fälle an. Zum Besuch Honeckers in Paris: PM Fabius lud in nur allgemeiner Form ein.<sup>33</sup> Über Gastgeber (Präsident oder PM) und Charakter eines möglichen Besuches ist der DDR noch nichts gesagt worden. Eine Entscheidung hierüber ist auch nicht aktuell. Seit Juni 85 ist über einen Honecker-Besuch in Paris mit der DDR nicht mehr gesprochen worden. Auch stellv. Außenminister Nier ließ ihn bei Begegnung mit Directeur im Quai, Plaisant, unerwähnt.<sup>34</sup> FR glaubt, daß DDR nach dem Fabius-Besuch im Juni 85 nicht mit baldiger Möglichkeit eines Besuches Honeckers in Paris rechnet. FR sieht auch engen Zusammenhang mit Besuch Honeckers in Bonn, glaubt, daß er diesen Schritt zuerst gehen möchte, bei Verweigerung Moskaus aber auf Besuch in Paris zurückgreifen würde. Bis zur Wahl zur Nationalversammlung März 86<sup>35</sup> sei ein Besuchsprojekt auszuschließen, für die Zeit danach könne man noch nichts sagen.

[gez.] Lambach

**VS-Bd. 13423 (210)**

<sup>29</sup> Vom 29. April bis 1. Mai 1986 fanden Gespräche des Staatsministers Renton mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Nier, in Ost-Berlin statt.

<sup>30</sup> Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der DDR über Vermögens- und Handelsfragen vgl. Dok. 148, Anm. 29 und 30.

<sup>31</sup> Korrigiert aus: „wiesen“.

<sup>32</sup> Ministerpräsident Fabius besuchte die DDR am 10./11. Juni 1985.

<sup>33</sup> Botschafter Schoeller, Paris, teilte am 14. Juni 1985 mit, daß während des Besuchs des Ministerpräsidenten Fabius am 10./11. Juni 1985 in der DDR „Gegeneinladung an Honecker“ ausgesprochen worden sei: „Bisher liege weder eine schriftliche Einladung vor, noch sei Zeitpunkt sowie Rahmen des Besuches festgelegt. Man habe hier also genügend Manövrierraum. Jedenfalls sei nicht an einen echten Staatsbesuch und auch nicht an einen dem Fabius-Besuch entsprechenden Rahmen gedacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1427; Referat 210, Bd. 139194.

<sup>34</sup> Der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, führte am 21. November 1985 in Paris Gespräche mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Plaisant.

<sup>35</sup> Die Wahlen zur französischen Nationalversammlung fanden am 16. März 1986 statt.

## 345

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-15870/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 2015  
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1985, 20.40 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 13. Dezember 1985, 21.08 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerrat 12./13.12.1985;  
hier: Sitzung im kleinen Kreis

## Zur Unterrichtung

I. An insgesamt vierstündigen zwei Sitzungen, die zum ersten Mal nach Formel eins plus zwei (Außenminister, Ständige Vertreter und Leiter Politischer Abteilungen Außenministerien) stattfanden, nahmen alle sechzehn Außenminister teil. Wegen Abwesenheit von AM Dumas am ersten Tag<sup>2</sup> wurde „super restricted session“ ausnahmsweise in zwei Teilen abgehalten. Diskussion wurde vor allem zum TOP West-Ost-Beziehungen geführt. Nach einleitenden Ausführungen von AM Shultz zur Lage nach dem Genfer Gipfel<sup>3</sup> nahmen sämtliche AM das Wort. Folgendes ist festzuhalten:

II. 1) Shultz beglückwünschte zunächst GS Lord Carrington zu seiner bisherigen Amtsführung als GS; er habe einen „super job“ geleistet und „leadership“ gezeigt. Er würdigte die transatlantischen Konsultationen innerhalb der Allianz, mit denen ein nicht einfacher „managing process“ gerade auch im Hinblick auf den Genfer Gipfel sehr erfolgreich gestaltet worden sei.

Der Gipfel habe ein hohes Ausmaß von Erwartungen ausgelöst. Doch dürfe man sich nicht übertriebenen Hoffnungen hingeben, und es gelte, die Realitäten zu sehen. Genf sei Teil eines schwierigen Prozesses. Rückblickend müsse man feststellen, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen stets in der Art einer Achterbahn mit Höhen und Tiefpunkten verlaufen seien. Gipfel stelle Etappe eines langsam anlaufenden („slow incremental“) Prozesses dar.

In Genf sei eine breite Tagesordnung erörtert worden, die bewußt nicht nur den Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich, sondern auch Regionalfragen und Menschenrechtsprobleme umfaßt habe. Das West-Ost-Verhältnis sei auf Dauer kompetitiv angelegt. Es gelte, stark zu bleiben und den Allianz-Zusammenhalt zu wahren. Es handele sich nicht nur um das Verhältnis zwischen den USA und

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 25 und 46.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 18. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann „z[ur] K[enn]tnisnahme!“ sowie an Vortragenden Legationsrat Schmidt, die Legationsräte I. Klasse Mülmenstädt und Müller sowie Legationssekretär Peters „n[ach] R[ück]kehr“ z. K.“ verfügte. Außerdem bat er um Wiedervorlage nach Rückkehr.

Hat Schmidt, Mülmenstädt, Müller und Peters vorgelegen.

<sup>2</sup> Der französische Außenminister Dumas nahm an der Konferenz der Staats- und Regierungschefs Frankreichs und der frankophonen Staaten Afrikas am 12. Dezember 1985 in Paris teil.

<sup>3</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

der SU, sondern allgemein um die Beziehungen zwischen West und Ost. Bei der nach Harmel benannten Strategie<sup>4</sup> solle es bleiben.

Shultz betonte die Wichtigkeit häufiger Außenministertreffen, die sich bisher weitgehend auf Begegnungen am Rande der VN-Vollversammlung beschränkt hätten. Auch auf anderer Ebene wolle man regelmäßig miteinander sprechen, wobei es eine breite Palette von interessierenden Fragen zu erörtern gelte, zum Beispiel auch im Umweltbereich. Regionalprobleme im Sinne der VN-Rede des Präsidenten<sup>5</sup> spielten dabei eine wesentliche Rolle. Sein bevorstehendes Treffen mit Schewardnadse<sup>6</sup> diene auch dazu, eine derartige Institutionalisierung einzurichten.

Es komme hier nicht nur darauf an, stets über alles – mehr oder weniger formelhaft – zu sprechen, sondern einzelne Probleme (im Regionalbereich südliches Afrika, Afghanistan, Kambodscha usw.) wirklich zu vertiefen.

Den USA läge an einem stärkeren Jugendaustausch, während SU vorziehe, Wissenschaftler reisen zu lassen, nicht zuletzt, um technologisch aufzuholen. Shultz erwähnte das Konzept umfangreicher Ausstellungen in vielen Großstädten.

Wesentlich sei, daß man sich in Genf auf zwei Nachfolgegipfel geeinigt habe. Über das Datum des für 1986 anberaumten sei man noch nicht übereingekommen; er müsse ausreichend vorbereitet werden und dürfe deshalb nicht zu früh stattfinden, andererseits gelte es, das Momentum zu wahren und ihn nicht zu spät abzuhalten, wobei natürlich auch die amerikanischen Wahlen im November<sup>7</sup> (ein Problem, das die SU nicht kenne) in Rechnung zu stellen seien. Deshalb spreche vieles für ein Datum vor dem „summer break“. Auch hier komme es auf Realismus und Nüchternheit an und müßten übertriebene Aufgeregtheiten („wild excitement“) vermieden werden.

Was den Rüstungskontrollbereich angehe, so habe sich der Gipfel schon vor seinem Stattfinden als Motor erwiesen und sowjetische und amerikanische Vorschläge ausgelöst (z.B. hinsichtlich der 50prozentigen Reduzierung gewisser Nuklearwaffen und des INF-Interimabkommens)<sup>8</sup>, was dann am 19./20.11. konsolidiert worden sei. Die Erwähnung im Kommuniqué<sup>9</sup> des 50prozentigen Abbaus, welchen der Westen seit langem anstrebe, sei sehr wichtig.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 24. Oktober 1985 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1985, S. 1285–1290.

<sup>6</sup> Zu dem für Januar 1986 geplanten Treffen zwischen den Außenministern Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) vgl. Dok. 341, Anm. 6.

<sup>7</sup> Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die von der UdSSR am 30. September 1985 und den USA am 1. November 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschläge; Dok. 270 und Dok. 301.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

In zwei Bereichen sei Gorbatschow besonders empfindlich: bei den Menschenrechten und bei SDI. Bei letzterer befürchte Moskau eine offensive Dimension, was jedoch – schon aus technischen Gründen (Atmosphäre) – nicht stimme. Wie könne man der SU dies begreiflich machen?

Bei INF liege der amerikanische Vorschlag auf dem Tisch. Er sei von Moskau nicht von vornherein abgelehnt worden. Noch Gromyko habe sich insoweit intransigent gezeigt. Die sowjetischen Bemühungen, die Allianz hier zu spalten, seien gescheitert. In Sachen britischer und französischer Systeme habe man Moskau gesagt, daß deren Verminderung allenfalls dann in Frage kommen könne, wenn sehr substantielle Reduktionen auf sowjetischer und amerikanischer Seite erreicht worden wären und die anderen von London und Paris genannten Bedingungen erfüllt seien. SU müsse nunmehr im Januar auf amerikanischen Vorschlag antworten.

SALT II: Die Compliance-Problematik sei sehr komplex und delikat, das lange Sündenregister sei auch militärisch von Belang und werde vom Präsidenten geprüft. Man dürfe nicht vergessen, daß die Administration hier auch dem Kongreß Rede und Antwort stehen müsse.<sup>10</sup>

Positive Würdigung der kürzlichen MBFR-Initiative<sup>11</sup>. Auch bei KVAE seien Fortschritte vonnöten. Auf jeden Fall müßten sie auf das Mandat von Madrid<sup>12</sup> abstellen. Ergebnisse sollten vor Beginn der Wiener Folgekonferenz<sup>13</sup> vorliegen. Es gehe nicht an, Stockholm nur zu unterbrechen und es automatisch und ohne ein neues Mandat durch Wien wiederaufzunehmen.<sup>14</sup> Wir dürften nicht zulassen, daß sich SU dem Bereich der Menschenrechte entziehe.

Hinweis auf Wichtigkeit weltweiten verifizierbaren Abkommens über CW und auf Wünschbarkeit, deren Nichtverbreitung zu regeln, was naturgemäß auch für viele Allianzmitglieder Probleme aufwerfe.

Bei der Behandlung der Regionalkonflikte habe man in Genf sowjetischerseits neue Nuancen zu spüren geglaubt. Gorbatschow selbst habe die Möglichkeit eines Truppenrückzuges aus Afghanistan eingeräumt, dabei jedoch auf Pakistan abgestellt. Man stehe mit diesem Land in engem Kontakt. Auch diese Frage werde er bei seinem Treffen mit Schewardnadse ansprechen.

Menschenrechte: Immerhin habe man Frau Bonner die Ausreise erlaubt.<sup>15</sup> Auch in den Fällen getrennter Ehepartner gebe es in Moskau offenbar ein etwas po-

<sup>10</sup> Am 23. Dezember 1985 übermittelte Präsident Reagan dem amerikanischen Kongreß den Bericht „Soviet Noncompliance With Arms Control Agreements“. Für den Wortlaut des offenen Teils sowie des Begleitschreibens vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 65–72.

<sup>11</sup> Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1985 vgl. Dok. 339.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Erklärung über die Konferenz für Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) im Abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 541 f.

<sup>13</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986.

<sup>14</sup> Zu den Überlegungen hinsichtlich eines Abschlusses der KVAE in Stockholm vor Beginn der KSZE-Folgekonferenz in Wien bzw. einer Fortsetzung der KVAE nach deren Abschluß vgl. Dok. 157.

<sup>15</sup> Die Ehefrau des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow, Jelena Bonner, verließ am 2. Dezember 1985 die UdSSR für eine ärztliche Behandlung in Italien und einen Besuch in den USA. Vgl. dazu den Artikel „Jelena Bonner verläßt die Sowjetunion“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Dezember 1985, S. 1.

sitiveres Konzept, während man früher sogar die Übermittlung von einschlägigen Listen zurückgewiesen habe. Schwieriger sei es mit der Auswanderung ganzer ethnischer Gruppen, z.B. der Juden. Amerikanischerseits wolle man diese Fragen nicht wie früher zu propagandistischen Zwecken herausstellen. Das industrielle Zeitalter entwickle sich zu einer Informationsepoche. Ein stärkerer Fluß von Kommunikation und Ideen müsse auch Auswirkungen auf mehr Offenheit im Innern und auf die Auswanderung haben. Hier gebe es noch viel zu tun und zu bewirken.

Bei den bilateralen Fragen habe man immerhin ein Luftverkehrsabkommen erreicht.<sup>16</sup> Annäherungen bei den Luftsicherheitsproblemen im nördlichen Pazifik.<sup>17</sup> Man habe sich auf zwei Generalkonsulate geeinigt; USA würden „wahrscheinlich“ ein solches in Kiew einrichten.<sup>18</sup>

Am Ende betonte Shultz (der später noch zweimal das Wort nahm, um auf an ihn gerichtete Fragen zu antworten) erneut die Notwendigkeit, nüchtern und realistisch zu bleiben. Die SU stelle „eine völlig andere Art von Gesellschaft“ dar. Sie sei uns nicht gewogen („does not wish us well“). Gleichwohl gelte es, konstruktiv zu sein.

Im heutigen Schlußwort meinte Shultz, er stimme mit dem meisten, jedoch nicht mit allem überein, was seine Kollegen ausgeführt hätten. Nachbereitung Gipfels umfasse im wesentlichen drei Problemkreise:

- Steuerung eines äußerst komplexen Prozesses mit der Behandlung komplizierter Probleme in verschiedenen Bereichen, bei welchem die bilateralen Treffen nur Spitze Eisbergs darstellten. Konsultationen innerhalb des Bündnisses seien hier sehr wichtig.
- Noch vor einiger Zeit (Invasion Afghanistan<sup>19</sup>, Abschluß koreanischen Passagierflugzeugs<sup>20</sup>) sei SU kritisch gesehen worden. Dies sei nun nicht mehr so eindeutig.

Es sei nicht einfach, die jetzt vor uns liegende „period of ambiguity“ der öffentlichen Meinung gegenüber in den Griff zu bekommen.

<sup>16</sup> Das amerikanische Außenministerium gab am 22. November 1985 bekannt, daß sich amerikanische und sowjetische Experten für Zivilluftfahrt in Verhandlungen vom 18. bis 22. November 1985 auf die Wiederaufnahme des Luftverkehrs zwischen New York bzw. Washington und Leningrad bzw. Moskau geeinigt hätten. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 58.

<sup>17</sup> Zu den amerikanisch-japanisch-sowjetischen Gesprächen über die Luftsicherheit im nördlichen Pazifik vgl. Dok. 289, Anm. 13.

<sup>18</sup> Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und den USA über die Errichtung von Generalkonsulaten in New York bzw. Kiew vgl. Dok. 113, Anm. 21.  
Gesandter Wallau, Washington, teilte am 2. Dezember 1985 mit: „Zu den bilateralen Vereinbarungen des amerikanisch-sowjetischen Gipfels in Genf gehörte auch Absprache über Eröffnung von Generalkonsulaten in Kiew und New York.“ Es handele sich „genaugenommen nur um die Wiederinkraftsetzung einer alten Vereinbarung“ von 1974, die „Ende 1979 (ein US-Vorauskommando war bereits in Kiew) [...] als Teil der Afghanistan-Sanktionen“ suspendiert worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5539; Referat 204, Bd. 135307.

<sup>19</sup> Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

<sup>20</sup> Zum Abschluß eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch die UdSSR am 1. September 1983 vgl. Dok. 32, Anm. 15.

- Es gelte, zwischen Erwartungen und dem richtigen Ausmaß von Entgegenkommen abzuwägen. Wie weit dürfe man gehen? Ein „Ausverkauf“ komme nicht in Betracht. Gipfel habe die Dinge in Bewegung gebracht, doch dürfe man nicht unbefriedigende Vereinbarungen schließen.

Entscheidendes Problem blieben die schweren ICBMs. Es gehe um Gleichheit und gleiche Sicherheit.<sup>21</sup> Man dürfe sich von SU nicht auf französische und britische Systeme sowie auf SDI abdrängen lassen. Bei SDI handele es sich um ein langfristiges Forschungsprogramm, und es sei nicht sicher, was dabei herauskommen werde. Er glaube, daß SDI Sicherheit erhöhe.

Rüstungskontrolle könne nicht isoliert gesehen werden. Sie dürfe nicht die ganze Last tragen. Ereignisse wie die Invasion Afghanistans und spektakuläre Vertragsverletzungen könnten alles in Frage stellen.

Zu Verhältnis von Wirtschaft und Strategie machte Shultz Ausführungen über Notwendigkeit weltweiten abgestimmten Vorgehens des Westens auf ökonomischem und kommerziellem Gebiet. Hinweis auf Siebener-Gipfel<sup>22</sup> und kürzliches Fünfer-Treffen in New York<sup>23</sup>. Es komme auf „sense of direction in world economy“ an. Wirtschaftsreformen in der Dritten Welt und globale Konzepte bei IWF, Weltbank und anderen multilateralen Institutionen sowie Offenhaltung des Handels seien wesentlich.

2) Bundesminister, der – nach DK<sup>24</sup> – als dritter sprach und auf den sich mehrere Kollegen bezogen, führte aus, man könne feststellen, daß der Gipfel bereits in seiner Vorbereitungsphase ein ausgezeichnetes Beispiel für enge transatlantische Zusammenarbeit darstelle. Präsident Reagan habe sich in Genf auf breite Unterstützung der Allianz berufen können.

Nutzanwendung sei, dieses bewährte System der Zusammenarbeit und gemeinsamen Meinungsbildung nicht zuletzt im Hinblick auf die sicher auch in Zukunft anhaltenden sowjetischen Versuche des Keiletreibens weiter zu praktizieren. Genfer und sonstige Verhandlungen sowie Einigung auf zwei weitere Spitzentreffen seien bedeutungsvoll. Auch realistische Erwartungen gingen über den kürzlichen Gipfel hinaus. Zeit bis zum Juni sei kurz.

<sup>25</sup>Es sei richtig gewesen, Gipfel nicht auf Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen, so bedeutungsvoll diese auch seien, zu beschränken und breiten Dialog zu führen. Erörterung von Krisenherden im Sinne von Reagans VN-Rede sei wesentlich. Die Erwähnung im Kommuniqué eines globalen CW-Abkommens, dessen Bedeutung BM unterstrich, erleichtere es uns, gegen regionale Abrüstungszonen<sup>26</sup> zu argumentieren. Auch bei MBFR und KVAE gelte es, konstruktive Arbeit zu leisten.

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>22</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. Dok. 112 und Dok. 113.

<sup>23</sup> Zum Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22. September 1985 in New York vgl. Dok. 255, Anm. 32.

<sup>24</sup> Uffe Ellemann-Jensen.

<sup>25</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2016 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>26</sup> Vgl. dazu die Vorschläge von SPD und SED vom 19. Juni 1985 bzw. die Vorschläge der DDR und der ČSSR vom 12. September 1985 für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa; Dok. 207 und Dok. 256, Anm. 16.

Inwieweit Trennung von INF und SDI in Praxis aufrechtzuerhalten sei, bleibe abzuwarten. Auch insoweit müsse man sich vor Illusionen hüten. SU betrachte französische und britische Kernwaffen ebenso wie Pershing II und GLCM immer noch einseitig als strategische Systeme, während sie SS-20 dieses Attribut verweigere.

Wichtig sei die Bekräftigung der Vereinbarung vom 8.1.85<sup>27</sup> (in der am 15.10. bestätigten restriktiven Interpretation<sup>28</sup>) in der Erklärung vom 21.11.85.<sup>29</sup>

ABM und SALT II müßten eingehalten werden. Wir sollten uns auch begrifflich mit dem Verhältnis von offensiven und defensiven Waffen befassen<sup>30</sup> (vgl. DB Nr. 1986 vom 11.12.85 – B 363.21-3786/85 VS-v<sup>31</sup>). Hinsichtlich der längerfristigen Auswirkungen von SDI und der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen auf die Allianzstrategie seien intensive transatlantische Konsultationen erforderlich. Hier dürften wir uns nicht auseinanderentwickeln, sondern müßten noch enger zusammenrücken und gemeinsame Positionen erarbeiten. Dies zähle mehr als Raketen und Divisionen.

Es komme jedoch auch darauf an, mit der SU und den anderen WP-Staaten einen politischen Dialog zu führen. Deshalb seien die bevorstehenden Besuche von Shultz in Budapest und Bukarest<sup>32</sup> so wichtig. Auch die europäischen Allianzpartner seien hier gefordert.

Das Interesse der NSWP<sup>33</sup>, die Lasten Rüstungswettlaufs scheuten, sei groß.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>28</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des sowjetischen Chefunterhändlers Karpow gegenüber dem amerikanischen Sonderbotschafter Tower am 14. Oktober 1985 in Genf; Dok. 293, Anm. 8 und 9.

<sup>29</sup> Der Passus „in der am 15.10. ... vom 21.11.85“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstätter hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>30</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunnühl legte am 6. Dezember 1985 dar, daß die niederländische Regierung vorgeschlagen habe, „in der Allianz die politisch-strategischen Konsequenzen einer möglichen Akzent-Verschiebung von der offensiven zur defensiven Komponente der Abschreckung zu untersuchen“, insbesondere „a) mögliche Konsequenzen für Abschreckung und Kriegsverhütung; b) mögliche Konsequenzen [...] für die strategische und politische Stabilität in den West-Ost-Beziehungen; c) mögliche Konsequenzen für die strategische Einheit der Allianz; d) etwaige Änderungen in der Prioritätsordnung der anderen Elemente der Triade, insbesondere die konventionelle Verteidigung; e) das Verhältnis zwischen einem Übergang zu Verteidigungssystemen und dem ABM-Vertrag. Diese Anregung kommt uns sehr entgegen. Sie kann uns erlauben, etwaige Entscheidungen bezüglich einer Forschungsbeteiligung abzuschirmen durch eine aktive (und kritische!) europäische Einflußnahme auf die weitere Gestaltung des SDI-Programmes unter politischen und strategischen Aspekten.“ Vgl. VS-Bd. 12011 (201); B 150; Aktenkopien 1985.

<sup>31</sup> Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete, daß „im Rat („private luncheon“) am Vortrag der niederländische Vorschlag „zur Diskussion der Beziehung offensiver und defensiver Waffen zueinander“ erörtert worden sei: „Es bestand Einvernehmen darüber, daß es um einen sehr sensitiven Fragenkreis geht, dessen Behandlung nicht übers Knie gebrochen werden dürfe. [...] Erst mit einem geeigneten Input seitens der US-Administration werde es möglich sein, den Rahmen der Diskussion zu bestimmen und abzugrenzen. [...] Französischer Botschafter warnte davor, den Eindruck zu erwecken, es gehe hier um eine Änderung der gültigen Allianz-Strategie!“ Da der amerikanische NATO-Botschafter Abshire davon ausgehe, die notwendigen Informationen „etwa im Februar 1986“ geben zu können, sei beschlossen worden, daß NATO-Generalsekretär Lord Carrington dann die Initiative für die weitere Erörterung des Themas ergreifen solle. Vgl. VS-Bd. 12034 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>32</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1985 in Rumänien auf. Vom 15. bis 17. Dezember 1985 besuchte er Ungarn.

<sup>33</sup> Nicht-sowjetische Warschauer-Pakt-Staaten.



SU wünsche Modernisierung und mehr Effizienz (nicht Liberalisierung) ihrer Wirtschaft. Deshalb liege Moskau an Zusammenarbeit. Der Westen sei neuen Herausforderungen jedoch eher gewachsen als das verkrustete marxistische System.

Abschließend plädierte BM erneut für enge Konsultationen im Bündnis über alle diese Fragen.

3) Die Einlassungen der anderen Außenminister lagen weitgehend auf der gleichen Linie. Hervorzuheben ist:

Allgemein wurde Gipfel positiv eingeschätzt, andererseits jedoch vor zu hochgeschraubten Erwartungen gewarnt. Diese eröffneten SU, die diplomatische Offensive vorbereite (B), Möglichkeit, Druck auszuüben. Tindemans: Genf sei ein Modewort geworden, das gelegentlich „science fiction“-Charakter annehme. Gleichwohl: Eine Politik ohne Risiken sei eine Politik ohne Chancen. Beim nächsten Gipfel müssten zumindest Teilvereinbarungen in Sicht sein. Besonders hier sei Solidarität der Allianz gefordert und enge Konsultationen angezeigt. Howe meinte, USA und SU lägen im gleichen Bett, doch sei Decke zu schmal (Shultz: „eher zu breit“<sup>34</sup>). Auch in Achterbahn gelte es, kühlen Kopf zu bewahren. Auswirkungen auf Drittweltländer (Afghanistan!) seien im Auge zu behalten.

Halefoglu berichtete, er habe von befreundeten – gemäßigten – arabischen Ländern erfahren, SU empfehle sich bei diesen dadurch, daß sie behaupte, sich bei Gipfel für Rechte Palästinenser und NO-Friedenskonferenz eingesetzt zu haben.

Mehrere Außenminister (vor allem DK, NL, UK, I) unterstrichen Notwendigkeit breiten West-Ost-Dialogs, bei dem nicht nur USA und SU gefordert seien. Allianzpartner sollten sich auch insoweit eng abstimmen (B). Andreotti berichtete über seinen kürzlichen Besuch in Prag und Preßburg.<sup>35</sup> Ausgang Gipfels sei dort mit großer Befriedigung und Erleichterung begrüßt worden. Im Zusammenhang mit Budapester Kulturforum<sup>36</sup> hätten seine Gesprächspartner deutlich gemacht, man hätte Rumänien (Kommuniqué) von vornherein stärker konsultieren und einbeziehen müssen.

Gleichwohl wurde Bedeutung des Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereichs, insbesondere INF und CW (hier blieb Shultz Antwort auf Frage NL nach näheren Informationen schuldig) herausgestellt (DK, UK, NL, NO, LUX). SDI nahm dabei breiten Raum ein. Mehrere Sprecher (NL, UK – „basic anxiety“ – SP<sup>37</sup>, NO, B – „obsession“ –) wiesen auf Vorbehalte und Sorgen SU hin, die in Rechnung zu stellen seien. NL präzierte, Moskau befürchte, wenn es insoweit von offensiver Dimension spreche, in erster Linie wohl Beeinträchtigung Zweitschlagsfähigkeit. (Shultz bemerkte hierzu, das sei richtig, doch habe Gorbatschow in Genf – fälschlich – offenbar ein unmittelbares Angriffspotential von SDI im Auge gehabt.) NO plädierte ausdrücklich für ein Abkommen, das Weltraumwaffen verbietet.

<sup>34</sup> Die Wörter „zu schmal“ und „eher zu breit“ wurden von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was gilt?“

<sup>35</sup> Der italienische Außenminister Andreotti besuchte die ČSSR am 6./7. Dezember 1985.

<sup>36</sup> Zum KSZE-Kulturforum vom 15. Oktober bis 26. November 1985 in Budapest vgl. Dok. 326, Anm. 12.

<sup>37</sup> Francisco Fernández Ordóñez.

DK meinte, Compliance-Frage sei von Belang, doch gelte es, amerikanischerseits gutes Beispiel zu geben. SALT II und ABM müßten eingehalten werden (so auch NL und SP). Keinesfalls sollten USA etwa ohne Vorwarnung („période de grâce“) kündigen (NL).<sup>38</sup>

Die von BM gestellte Frage nach dem Verhältnis von offensiven und defensiven Systemen wurde von van den Broek, Shultz, Stray, Dumas, Poos, Pires de Miranda und Lord Carrington aufgegriffen. NL wies auf Notwendigkeit hin, während „transition period“ (d.h. solange Forschungsphase nicht konkrete Ergebnisse erbracht habe) in Allianz mit einer Sprache zu sprechen. Shultz stimmte zu, daß Problematik Auswirkungen von SDI auf Sicherheit und Strategie des Bündnisses allianzinterner Konsultationen bedürfe, wozu USA Beitrag leisten wollten. Allerdings seien die genauen Implikationen von SDI erst in sieben bis zehn Jahren überschaubar. Die Relevanz der nuklearen Abschreckung habe sich nicht geändert, und dies sei in absehbarer Zeit auch nicht zu erwarten.

Dumas (s. II. 4) legte Wert darauf, daß Debatte im Rat und nicht bei „organes périphériques“ geführt wird, an denen F nicht beteiligt sei.<sup>39</sup> LUX meinte, dabei sollte nicht nur die strategische, sondern auch die politische Problematik erörtert werden.

Carrington (der dies mit BM vorher erörtert hatte<sup>40</sup>) schlug vor, daß Rat auf Ebene Ständiger Vertreter sich im kleinen Kreis in vorläufiger Weise – etwa im Februar – mit Sache befassen und Außenminister bei Frühjahrstreffen in Halifax<sup>41</sup> darauf zurückkommen sollen. Kein Widerspruch. Am ersten Tag noch von ihm empfohlene spätere Einschaltung des Military Committee und u.U. anderer Gremien wurde – nach Ausführungen von Dumas – heute nicht mehr erwähnt.

Auf Frage NL: Amerikanische Haltung zu CTB sei unverändert. Hier stellten sich nicht zuletzt auch Verifikationsprobleme.<sup>42</sup> Im übrigen müßten Tests im Zusammenhang mit Erfordernis nuklearer Abschreckung gesehen werden.

Mehrfach Betonung der Wichtigkeit von Fortschritten beim KSZE-Prozeß, vor allem auf KVAE (NL, UK, I, KAN<sup>43</sup>, B). Howe plädierte dafür, bei Treffen über menschliche Kontakte in Bern<sup>44</sup> weniger Zeit auf das Kommuniké zu verwen-

<sup>38</sup> Die Wörter „Compliance-Frage sei von Belang“ sowie der Passus „SALT II ... kündigen (NL)“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

<sup>39</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Schmidt handschriftlich: „Z. B. NPG-Stabsgruppe!“

Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>40</sup> Bundesminister Genscher und NATO-Generalsekretär Lord Carrington kamen am 12. Dezember 1985 in Brüssel zur „Behandlung der strategischen Auswirkungen von SDI auf die Allianz“ überein, daß die Erörterung im Ständigen NATO-Rat stattfinden solle, der „u.U. durch Experten aus den Hauptstädten verstärkt werden“ könne. Vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 13. Dezember 1985; VS-Bd. 12011 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>41</sup> Die NATO-Ministerratstagung fand am 29./30. Mai 1986 in Halifax statt. Vgl. dazu die Drahtberichte des Botschafters Hansen, z. Z. Halifax, bzw. des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl, z. Z. Halifax, vom 30. Mai 1986; AAPD 1986.

<sup>42</sup> Zur amerikanischen Haltung hinsichtlich eines umfassenden Teststoppabkommens vgl. Dok. 181, besonders Anm. 12.

<sup>43</sup> Joseph Clark.

<sup>44</sup> Das KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte fand vom 15. April bis 26. Mai 1986 statt. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pleuger vom 28. Mai 1986; AAPD 1986.

den als bei Kulturforum Budapest (B: ebenso wie Ottawa<sup>45</sup> „relativer Mißerfolg“), denn dort gehe es um „quiet diplomacy“.

<sup>46</sup>TUR wies auf Verletzungen der Rechte von Minderheiten in anderen Ländern als der SU hin, womit die Türken in Bulgarien<sup>47</sup> gemeint waren.

Der von Shultz eingeführte Begriff des „information age“ wurde von einigen Sprechern (DK, UK) aufgegriffen.

NL meinte, es sei bei kürzlicher deutsch-britischer MBFR-Initiative, deren Relevanz auch von NO und B betont wurde, vorher eingeschaltet gewesen.

Die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenarbeit wurde von NL und I herausgestellt, wobei Andreotti auch an GATT<sup>48</sup> und RGW-Angebot zu institutionalisierten Kontakten mit EG<sup>49</sup> erinnerte. Shultz wies auf Notwendigkeit hin, Restriktionen bei Kreditkonditionen und COCOM beizubehalten; hier habe Administration auch auf Vorbehalte Kongreß zu achten. Tindemans warnte davor, sich durch Fortschritte beim Handel („flag follows the trade“) täuschen zu lassen. COCOM-Regeln müßten klar und eindeutig sein und dürften nicht zu Verzögerungen führen.

4) Dumas sprach erst heute. Er führte zusammengefaßt folgendes aus:

Vorbereitung Gipfels habe gut geklappt. Man habe recht daran getan, diesen nicht auf Rüstungskontrolle zu konzentrieren, nun sei es wesentlich, Ruhe zu bewahren.

Bei Besuch in Paris<sup>50</sup> habe Gorbatschow in seinem Auftreten Eindruck eines Mannes gemacht, der scheinbar („apparentment“) sehr offen sei. Er habe viel gelächelt. Andererseits sei deutlich geworden, daß er sich dem kommunistischen System fest verhaftet fühle („attachement inébranlable“). Er sei offenbar pragmatischer als seine Vorgänger und – im Rahmen kommunistischer Ideologie – bereit und fähig zu Reformen und Kompromissen. Dies werde in den nächsten Jahren seine Politik bestimmen. Im übrigen gelte es noch einige Monate zu warten, bis sich die Persönlichkeitskonturen des GS klarer abzeichneten.

INF: SU habe Offensive mit Ziel, Allianz durch Verhinderung Implementierung Doppelbeschlusses<sup>51</sup> zu spalten, verloren. Sie versuche nunmehr, zwischen Frankreich und Großbritannien wegen deren Nuklearwaffen einerseits und anderen europäischen Allianzpartnern andererseits einen Keil zu treiben. Abwehr dieser neuen Offensive erfordere Solidarität Allianz, die sich auf die bisherigen Erfahrungen stützen könne. Wichtiges müsse von Nebensächlichem unter-

<sup>45</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 in Ottawa vgl. Dok. 168, Anm. 24.

<sup>46</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2017 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>47</sup> Zur Situation der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 104, Anm. 7.

<sup>48</sup> Zur Vorbereitung einer neuen GATT-Runde für 1986 vgl. Dok. 184, Anm. 27.

<sup>49</sup> Zum Vorschlag einer Kooperation zwischen RGW und Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 295, Anm. 25.

<sup>50</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 2. bis 5. Oktober 1985 in Frankreich auf. Zur Einschätzung der Gespräche durch Staatspräsident Mitterrand vgl. Dok. 277.

<sup>51</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

schieden werden. Das Bündnis sei eine Einheit, und es gelte, Abkoppelungen jeder Art zu vermeiden. Unabhängige Kernwaffenzentren („centres nucléaires indépendants“) leisteten wichtigen Beitrag zur Abschreckung. Auch beim kürzlichen Besuch von Kornijenko in Paris<sup>52</sup> sei ganz deutlich geworden, daß Moskau eine gewisse Anzahl amerikanischer Systeme in Europa zunächst hinzunehmen bereit sei, jedoch auf den Abbau der französischen und britischen hinwirke.

<sup>53</sup>Eurostrategisches Gleichgewicht müsse gewahrt bleiben. Hier sei nahtloser Zusammenhalt („sans faille“) wesentlich.

Frankreich bemühe sich seit einiger Zeit darum, den europäischen Verteidigungsanstrengungen neue Dimension zu geben, was nicht einfach sei und längerfristiger Anstrengungen bedürfe. Dies könne im Rahmen der Allianz, der WEU oder der EPZ geschehen, müsse jedoch dem Bündnis als ganzem zugute kommen. Ein einigeres Europa sei Element der Stabilität.

SDI stelle ein weiteres Problem dar. Sie dürfe Einheit im Bündnis nicht beeinträchtigen und uns nicht von unseren Sicherheitsbedürfnissen entfernen. Nukleare Abschreckung bleibe entscheidend wichtig, angesichts der vielfältigen Bedrohungen hätten wir keine andere Wahl.

Ungleichgewicht sei lebensbedrohend. Mit bestimmten technischen Entwicklungen ließe sich West-Ost-Verhältnis nicht heilen. Teilnahme von privaten Firmen an SDI dürfe nicht als Politikum ausgelegt, umgekehrt aber auch Zurückhaltung bei der amtlichen Mitwirkung nicht als politischer Treuebruch mißverstanden werden. Debatte über SDI, die langfristig angelegt sei, müsse entpolitisiert werden.

Haltung von Paris sei klar: Kernwaffen sollten allgemein vermindert werden, doch müsse eine gewisse Anzahl aus Gründen der Abschreckung verbleiben. Der Illusion eines vollständigen Abbaus sei entgegenzuwirken. Im Laufe von Fortschritten bei der Reduzierung interkontinentaler Systeme dürfe Europa nicht abgekoppelt werden. INF stehe mit diesen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen im Zusammenhang.

Partielle kosmetische Lösungen (z.B. Gewaltverzicht bei KVAE<sup>54</sup>) könnten sich kontraproduzent auswirken. Ein globales und zusammenhängendes Konzept sei vonnöten. Bei CW müsse vermieden werden, daß sich Verhandlungen an der Ausweglosigkeit bestimmter CD-Probleme festbissen. KVAE müsse KSZE untergeordnet bleiben. Gegenüber jüngster MBFR-Initiative habe Frankreich bekanntlich grundlegende Bedenken („objections fondamentales“), die es im Rat bereits geäußert habe. Sie beträfen auch den Status französischer Truppen in Deutschland, in welcher Hinsicht die gegebenen Zusagen nicht ausreichten. Es sei nicht wünschbar, dem Osten wegen eventueller zweifelhafter Vorteile bei der

<sup>52</sup> Zum Aufenthalt des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Kornijenko am 21. November 1985 in Frankreich vgl. Dok. 322, Anm. 20.

<sup>53</sup> Am 16. Dezember 1985 teilte Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), mit, der erste Satz dieses Absatzes solle lauten: „Konzept eurostrategischen Gleichgewichts im sowjetischen Sinne weise man zurück.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2018; Referat 201, Bd. 143414.

<sup>54</sup> Vgl. dazu den sowjetischen Vorschlag vom 29. Januar 1985 auf der KVAE in Stockholm; Dok. 43.

Verifikation wichtige Zugeständnisse zu machen. (Auch TUR äußerte insoweit die bekannten Bedenken.)<sup>55</sup>

5) GS Lord Carrington stellte erneut zur Diskussion, AM-Frühjahrestreffen künftig anders zu gestalten: informeller, weniger schriftliche Berichte (deren vertiefte Erörterung den Wintertagungen vorbehalten bleiben sollte) und lediglich Checkliste über vorausgegangene Aktivitäten, weniger Experten-Sitzungen im kleinen Kreis, nur kurzes Kommuniké.

Für kanadische Gastgeber in Halifax sei es wichtig, über ungefähren Umfang Delegationen Bescheid zu wissen. Auf Versuchsbasis Mittagessen gemäß Formel 1 plus 0, über dessen operative Ergebnisse jedoch unterrichtet werden soll. Keine Einwendungen, am zweiten Tag auch nicht mehr seitens F.

GS brachte kurz beantragte Verbesserungen an Gebäulichkeiten<sup>56</sup> NATO-Hauptquartiers zur Sprache.<sup>57</sup> Alle seien positiv eingestellt. Er hoffe, daß Ständiger Rat am 18.12. über Einzelheiten Finanzierung entscheiden könne.

III. Treffen verlief unkontrovers und zeichnete sich durch weitgehende Übereinstimmung aus. Nuancierungen zwischen USA und anderen Partnern wurden allerdings deutlich, wobei Europäer außer Frankreich Wichtigkeit von Fortschritten im West-Ost-Verhältnis, vor allem bei Genfer Verhandlungen, MBFR und im KSZE-Prozeß stärker herausstellten. Bemerkenswert waren die eindeutigen Aussagen von Dumas hinsichtlich Notwendigkeit nuklearer Abschreckung und des Beibehalts der französischen Kernwaffen.

Tagung, die von GS gut vorbereitet worden war und effizient geleitet wurde, stellte weitere bedeutende Etappe im engen transatlantischen Konsultationsprozeß dar.

[gez.] Hansen

**VS-Bd. 11330 (220)**

<sup>55</sup> Zu den französischen und türkischen Einwänden gegen die am 5. Dezember 1985 bei den MBFR-Verhandlungen in Wien eingebrachten Vorschläge der teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 339, Anm. 5.

<sup>56</sup> So in der Vorlage.

<sup>57</sup> Am 25. November 1985 informierte NATO-Generalsekretär Lord Carrington Bundesminister Genscher über die Pläne für das NATO-Hauptquartier in Brüssel. Ein Neubau wäre „prohibitively expensive; [...] I have therefore put forward a detailed proposal for a ten million Dollar improvement project on our present site“. Vgl. das mit Drahtbericht Nr. 1892 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 28. November 1985 übermittelte Schreiben; Referat 201, Bd. 143414.

## 346

# Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz

204-321.00 USA

14. Dezember 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM mit AM Shultz am 14.12.1985<sup>2</sup>

BM fragte eingangs nach den Eindrücken von AM Shultz bei seinem Treffen am Vortage mit der EG-Kommission in Brüssel.<sup>3</sup>

Shultz sagte, es sei das beste Treffen gewesen, das er je mit der Kommission gehabt habe. Man habe ein breites Gespräch geführt. Natürlich habe es Meinungsunterschiede gegeben, die seien aber in vernünftiger Weise erörtert worden. Man habe bedeutende Gebiete identifiziert, wo es gemeinsame Interessen gebe und wo man weltweit zusammenarbeiten könne. Man sei sich einig darüber, daß weitere Zusammenarbeit nötig sei. Delors habe einen sehr guten Eindruck gemacht. Seine zupackende Art sei eindrucksvoll. BM begrüßt diese Art von Treffen sehr. Es gebe zahlreiche Aufgaben, die vor EG und Amerikanern gemeinsam lägen, z.B. die nächste GATT-Runde.<sup>4</sup> Diesbezüglich sei er zuversichtlich. Shultz stimmte zu, auch über GATT sei gesprochen worden, und über die Frage geistigen Eigentums habe es einen substantiellen Gedankenaustausch gegeben. Vor drei Jahren sei eine Gruppe eingesetzt worden, die Fragen der Hochtechnologie erörtern sollte. Die Arbeit sei nützlich. Auch über Dienstleistungen sei gesprochen worden. Hier gebe es noch manche Arbeit zu tun, vor allem müsse der Begriff, was unter Dienstleistungen zu fassen sei, klarer bestimmt werden. Dann müsse man sehen, welchem Bereich der Dienstleistungen zunächst Aufmerksamkeit zu widmen sei und wie die Verhandlungen demgemäß strukturiert werden könnten.

BM fragte sodann nach der Haushaltsentwicklung in den USA und deren Einfluß<sup>5</sup> auf die Wirtschaftsentwicklung in den USA. Shultz betonte, langfristig müsse der US-Haushalt ausgeglichen werden. Zunächst einmal habe sich der

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Studnitz am 16. Dezember 1985 gefertigt und über Ministerialdirektor Edler von Braunmühl an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte um Genehmigung des Verteilers. Außerdem teilte er mit: „Ergänzungen von D 2 A i. V. und D 4 sind eingearbeitet.“

Hat Braunmühl am 17. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 19. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 204 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Bitte unter Vorbehalt der Genehmigung durch BM verteilen.“

Hat Legationsrat Quelle am 20. Dezember 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 135302.

<sup>2</sup> Im Anschluß an die NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel hielt sich der amerikanische Außenminister Shultz vom 13. bis 15. Dezember 1985 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) auf.

<sup>3</sup> Am 13. Dezember 1985 fand in Brüssel das fünfte Treffen der EG-Kommission mit den USA auf Ministerienebene statt, in dessen Mittelpunkt die Wirtschaftslage, die für 1986 vorgesehene neue GATT-Runde, Agrarfragen und die Beseitigung von Handelshemmnissen standen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1985, S. 101 f.

<sup>4</sup> Zur Vorbereitung einer neuen GATT-Runde für 1986 vgl. Dok. 184, Anm. 27.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „und auf deren Einfluß“.

Kongreß nur für einen ausgeglichenen Haushalt ausgesprochen. Er habe aber keine Entscheidung gefällt, wo Kürzungen vorzunehmen seien. Im Gegenteil: Sie hätten noch zusätzliche Mittel für die Landwirtschaft bereitgestellt. Eine solche Entscheidung sei keineswegs konsequent. Manche forderten Kürzungen des Verteidigungshaushaltes. Aber da sei nicht viel zu holen. Die Regierung befinde sich durch die Entscheidung des Kongresses in einer sehr schwierigen Situation. Der Präsident<sup>6</sup> sei weiterhin gegen Steuererhöhungen, insbesondere weil durch die Steuersenkungen eine erhebliche Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen worden sei. *BM* verwies darauf, daß bei uns der Haushalt bisher von Kürzungen verschont geblieben sei. Es gebe breite Übereinstimmung darüber, daß durch Kürzungen des Verteidigungshaushaltes kein falsches Signal gegeben werden dürfe. Insgesamt sei die derzeitige deutsche wirtschaftliche Lage sehr zufriedenstellend. Die Wirtschaftsinstitute hätten durch ihren jüngsten Bericht ausdrücklich die Wirtschaftspolitik der Regierung gutgeheißen. Die wichtigste Vorhersage des Berichtes sei, daß in absehbarer Zeit 300 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.<sup>7</sup> Die Frage der Arbeitslosigkeit sei in Deutschland bisher nicht richtig dargestellt worden. Bei uns spräche man immer nur von der Zahl der Arbeitslosen, während in den USA z. B. auf die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze verwiesen werde. Deshalb sei die positive Aussage des Sachverständigengutachtens über die zu erwartenden 300 000 neuen Arbeitsplätze so wichtig. Zusammen mit einer Inflationsrate unter zwei Prozent könne man von einem wirtschaftlichen Aufschwung bei uns auf der Basis der Stabilität sprechen. *Shultz* bezeichnete das als eine gute Nachricht, daß die deutsche Wirtschaft weiter wachse. Dies sei auch gut für alle Handelspartner. *BM* bemerkte jedoch, daß es für das Wachstum 1986 noch das Risiko der Höhe der Tarifabschlüsse gebe. Er erläuterte sodann den gegenwärtigen Konflikt mit den Gewerkschaften über die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Ronald W. Reagan.

<sup>7</sup> Bundesminister Bangemann führte am 21. Oktober 1985 aus, die im Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizierte Erhöhung der Zahl der Beschäftigten um 340 000 im Jahr 1986 bilde „nach Ansicht der Bundesregierung eher die Untergrenze“. Vgl. BULLETIN 1985, S. 1019. Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hob Bangemann in einer Stellungnahme vom 26. November 1985 hervor, es stelle „der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung wiederum ein sehr gutes Zeugnis aus“. Vgl. BULLETIN 1985, S. 1155.

<sup>8</sup> Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes vom 25. Juni 1969 begann mit dem Satz: „Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.“ Geregelt wurde darin der Bezug von Arbeitslosengeld in Arbeitskämpfen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil I, S. 602.

Am 12. Dezember 1985 erklärte Bundesminister Blüm im Bundestag „zur Klarstellung der Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit im Arbeitskampf“, anders als vom DGB behauptet, gehe es nicht um eine grundsätzliche Verweigerung von Kurzarbeitergeld für von Streiks betroffene Arbeitnehmer, sondern darum, mit einem neuen Gesetz Klarstellungen zu schaffen. So werde etwa für von Arbeitskämpfen betroffene Arbeitnehmer „außerhalb des fachlichen Geltungsbereiches immer Arbeitslosenunterstützung und Kurzarbeitergeld gezahlt“. Dies gelte im allgemeinen auch für die „selbst am Arbeitskampf nicht beteiligten, aber in der derselben Branche außerhalb des Kampfgebietes durch Arbeitsausfall mit betroffenen Arbeitnehmer.“ Allerdings: „Einen Stellvertreterstreik kann und darf die Bundesanstalt für Arbeit nicht finanzieren. [...] Es kann und darf auch nicht sein, daß eine Gewerkschaft mit zwei Gruppen von Arbeitnehmern für das gleiche Ziel kämpft: Die eine Gruppe bezahlt sie mit Streikunterstützung, und die andere läßt sie sich durch die Bundesanstalt für Arbeit finanzieren.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 135, S. 13963 und S. 139366.

BM verwies sodann auf unseren Wunsch, innerhalb der EG eine stärkere Übereinstimmung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu erzielen. Darüber sei auch beim Europäischen Rat in Luxemburg<sup>9</sup> ausführlich gesprochen worden. Eine Mehrheit von Staaten, angeführt von Italien und Frankreich, wollte eine europäische Währungspolitik mit einer europäischen Notenbank, wohingegen Großbritannien und wir, unterstützt von den Niederlanden, zunächst eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik gefordert hätten, bevor man zu einer gemeinsamen Währungspolitik übergehen könnte. *Shultz* bezeichnete es unter den gegenwärtigen Umständen ganz undenkbar, daß Deutschland seine eigene Zentralbank aufgäbe. *BM* pflichtete bei, wir würden das wohl nicht mehr erleben. Die Deutschen seien geprägt von der Furcht von zwei Inflationen, und daher hätte Stabilität für uns die höchste Priorität. Die Bevölkerung werde Experimente mit der Währungspolitik nicht akzeptieren.

BM verwies auch auf die großen Aufgaben, die vor der EG in der Agrarpolitik stünden. Die Agrarpolitik könne so nicht mehr bezahlt werden. Sie verursache große innere Belastungen, und nach außen beinhalte sie ein nicht unbedeutendes Konfliktpotential.

*Shultz* leitete sodann auf eine bevorstehende Osteuropareise<sup>10</sup> über, wobei er betonte, daß er von BM in Sachen Osteuropa viel gelernt habe und sich als sein Schüler betrachte<sup>11</sup>, und fragte BM nach seiner Einschätzung der Situation in Rumänien und Ungarn.

*BM* bemerkte zu Rumänien, daß das Land vor allergrößten Problemen stehe. Jahrelange Mißwirtschaft habe es in schwierigste wirtschaftliche Probleme gestürzt. Es sei noch nicht abzusehen, welche Auswirkungen das möglicherweise auch auf die Position von Ceauşescu haben werde. Insbesondere sei offen, ob Ceauşescu genötigt sein werde, sich außenpolitisch wieder an die SU anzunähern. Im Verhältnis Rumäniens zu der SU gebe die Art und Weise zu denken, in der der rumänische Verteidigungsminister jüngst in Moskau empfangen worden sei.<sup>12</sup> Nicht nur sei der Empfang durch Gorbatschow selbst ungewöhnlich, sondern auch die Mitteilung, daß mit dem Verteidigungsminister über alle Fragen der Beziehungen zwischen den befreundeten Ländern gesprochen worden sei. Eine derartige Mitteilung über ein Gespräch mit einem Verteidigungsminister sei ganz unüblich. Er frage sich, ob dahinter ein erhobener Zeigefinger in Richtung Ceauşescu zu erblicken sei. Indikativ sei auch die große Beachtung, die dieser Besuch in der sowjetischen Presse gefunden habe, während die rumänische Presse kaum davon Notiz genommen habe. Die innere Stabilität Rumäniens sei durch die Minderheitenfrage beeinträchtigt. Dabei gehe es nicht so sehr um die deutsche Minderheit, sondern vor allem um die ungarische. Die Ungarn in Rumänien hätten im Gegensatz zu ihren Landsleuten in Ungarn ei-

<sup>9</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg am 2./3. Dezember 1985 vgl. Dok. 335, Anm. 8.

<sup>10</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1985 in Rumänien auf. Vom 15. bis 17. Dezember 1985 besuchte er Ungarn und reiste anschließend zu Gesprächen am 17./18. Dezember 1985 nach Jugoslawien.

<sup>11</sup> Der Passus „wobei er betonte ... Schüler betrachte“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunnmühl handschriftlich eingefügt. Vgl. dazu auch Dok. 341, Anm. 31.

<sup>12</sup> Der rumänische Verteidigungsminister Olteanu hielt sich vom 9. bis 11. Dezember 1985 in der UdSSR auf.



nen erheblich niedrigeren Lebensstandard und geringere Freiheitsrechte. Das schaffe eine beachtliche Opposition der Ungarn in Rumänien.<sup>13</sup> Er habe den Eindruck, daß in bestimmten Phasen die Sowjetunion über Budapest versuche, die ungarische Minderheit in Siebenbürgen gegen die rumänische Regierung zu benutzen. Gegenwärtig seien die Beziehungen zwischen Rumänien und Ungarn denkbar schlecht. Die Rumänen sprächen sogar offen über Revanchismus der Ungarn. Das sei immerhin bemerkenswert, wo sonst der Begriff Revanchismus nur für die Deutschen reserviert sei. *Shultz* warf ein, offensichtlich bedeute Revanchismus soviel wie „ihr taugt nichts“. *Shultz* fragte, wie die Sowjets über die ungarische Minderheit Druck ausübten. *BM* bemerkte, offenbar ermunterten sie die Ungarn in Rumänien zu Aktivitäten, die dann von der ungarischen Presse aufgegriffen würden, die den Rumänen ihre schlechte Minderheitenpolitik vorwerfe. Hier sei Ungarn in einer guten Position, Rumänien zu kritisieren, da sie selbst eine sehr vernünftige Minderheitenpolitik betrieben. Wir wüßten das, da es bei der deutschen Minderheit in Ungarn keine Ausreisewünsche gebe. Das sei ein gutes Zeichen. Wer Ungarn verlassen wolle, der könne es tun. Wer eine Fernreise ins Ausland machen wolle, dürfe dies auch.

*Shultz* fragte nach der Bewertung der rumänischen Außenpolitik. *BM* bezeichnete als wesentliche Elemente, daß Ceauşescu keine sowjetischen Truppen im Land haben wolle und versuche, im Bereich der Abrüstung eine selbständige Rolle zu spielen, um auf diese Weise ein gewisses Maß an nationaler Identifikation herbeizuführen trotz der erheblichen Wirtschaftsschwierigkeiten im Lande. Es sei kaum zu erwarten, daß Ceauşescu seine Außenpolitik ändern werde. Er habe sich nie wirklich vom Warschauer Pakt entfernt.<sup>14</sup> Der ehemalige Außenminister Andrei habe immer wieder auf diese Motive der rumänischen Außenpolitik verwiesen. Rumänien benutze das Streben nach Unabhängigkeit in der Außenpolitik, damit Ceauşescu eine gewisse Unterstützung im Inneren gewinnen könne.

*Shultz* fragte sodann nach der Bewertung der ungarischen Rolle. *BM* erläuterte, Ungarn suche innerhalb des Warschauer Paktes vor allem gute Beziehungen zur DDR und zu Polen. Es bemühe sich um möglichst gute Beziehungen zum Westen. Wichtig für uns sei, daß sie die DDR in ihrer Politik uns gegenüber unterstützten und auch bestrebt seien, Polen ebenfalls dafür zu gewinnen, weil sie wüßten, daß die größte Kritik an der DDR-Politik gegenüber uns aus Warschau komme. Er, *BM*, glaube, daß Kádár unter den kommunistischen Führern unter den gegebenen Umständen die größte Unterstützung der Öffentlichkeit in seinem Lande habe. Kádár sei außerordentlich vorsichtig, er vermeide alle Risiken in der Wirtschafts- und Außenpolitik und nutze alle Möglichkeiten, die sich ihm böten. In gewisser Weise stellten Budapest und Bukarest die Extreme des Spektrums innerhalb des Warschauer Paktes dar. Ungarn sei das Land mit der größten Öffnung im Innern, während Rumänien dasjenige mit den härtesten inneren Strukturen sei. *Shultz* fragte, ob Polen nicht härter sei, was *BM*

<sup>13</sup> Zur Situation der ungarischen Minderheit in Rumänien vgl. Dok. 74, Anm. 12.

<sup>14</sup> Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „Allerdings werde er auch nicht aus dem Warschauer Pakt ausscheiden können.“

verneinte. Die innere Lage Rumäniens sei heute auch härter als die in Bulgarien. Beim Vergleich Rumäniens mit Ungarn und Bulgarien müsse man auf das Ende des Zweiten Weltkrieges schauen, als Rumänien in einer sehr viel besseren wirtschaftlichen Entwicklungslage gewesen sei. Die rumänische Mißwirtschaft kann man besonders gut an der deutschen Minderheit in Siebenbürgen ablesen. Rumänien hätte uns um Wirtschaftshilfe gebeten, die wir bereit gewesen seien als Bürgschaft für einen sehr großen Kredit zu geben. Unsere Bedingung sei jedoch gewesen, daß deutsche Investitionen den Deutschen in Siebenbürgen zugute kommen müßten. Unsere Vorstellung sei es gewesen, die dort vorhandenen qualifizierten Facharbeiter etwa in einer Automobilfabrik zu beschäftigen, damit Rumänien durch den Autoexport Devisen Erlösen könnte. Rumänien sei jedoch nicht in der Lage gewesen, Konditionen anzubieten, die der deutschen Wirtschaft eine Investition interessant erscheinen ließ, obwohl niedrige Löhne und gute Qualifikation der Arbeitskräfte eine große Attraktion waren.<sup>15</sup> Aber die Rumänen seien nicht in der Lage gewesen, zu Vereinbarungen über die Rechte der Investoren, über das Management der Fabriken und die Art und Weise, wie Fabriken gebaut werden sollten, zu gelangen. Im Gegensatz dazu gebe es z. B. zahlreiche Kooperationsabsprachen der verschiedensten Art mit Ungarn, ohne daß es dafür eines staatlichen Rahmens bedurfte. Es sei nicht so, daß Ceauşescu nicht interessiert gewesen sei, aber er sei nicht in der Lage, sich gegenüber seiner Bürokratie durchzusetzen. Diese sei ineffektiv und könne nicht die notwendigen Ideen entwickeln. *Shultz* fragte, wie angesichts der in Rumänien herrschenden Repression es nicht möglich sein sollte, sich gegenüber der Bürokratie durchzusetzen. *BM* bezeichnete diese Ineffektivität als systemimmanent. Die Bürokratie tue wohl, was ihr gesagt sei, aber die Führung könne der Bürokratie nicht sagen, daß sie sich aus wirtschaftlichen Dingen heraushalten solle.

Ein bemerkenswerter weiterer Unterschied zwischen Ungarn und Rumänien bestehe auch darin, daß es in Rumänien den wohl größten Personenkult um Ceauşescu und seine Verwandtschaft überhaupt gebe. Kádár in Ungarn hingegen halte sich außerordentlich zurück. Gerade dadurch sei er populär. Immerhin sei er selbst durch die Stalin-Zeit geprägt worden, da er, wie Husák, der einzige kommunistische Führer sei, der selbst gefoltert worden sei.<sup>16</sup>

*Shultz* fragte nach der ungarischen Wirtschaftspolitik. *BM* meinte, in Ungarn sei es gelungen, ein größtmögliches Maß an Freisetzung persönlicher Initiative herbeizuführen, die in diesem System überhaupt denkbar sei. Finanziell hätten sie sich zwar in einer gewissen Phase übernommen und sich stark am internationalen Kapitalmarkt beteiligt. Dann hätten sie aber die Grenzen der eigenen Möglichkeiten gesehen. Jetzt seien sie interessiert, die bilateralen Beziehungen zu Westeuropa auszuweiten und wollten ihre Bindungen zur EG auf

<sup>15</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Investitionsförderung in Rumänien vgl. Dok. 212, besonders Anm. 6–8.

<sup>16</sup> Der ungarische Innenminister Kádár wurde 1951 inhaftiert, seiner Ämter enthoben und zu lebenslanger Haft verurteilt. Er kam 1954 frei und wurde rehabilitiert. Das Mitglied des ZK der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei Husák wurde 1951 unter dem Vorwurf des slowakischen Separatismus inhaftiert und 1954 zu lebenslanger Haft verurteilt. 1960 wurde er aus der Haft entlassen und 1963 rehabilitiert.

jeden Fall aufrechterhalten.<sup>17</sup> Das Angebot Gorbatschows, zu einem Rahmenabkommen zwischen RGW und EG zu kommen<sup>18</sup>, bereite ihnen große Sorgen. Bei seinem letzten Besuch in Ungarn<sup>19</sup> hätten sich die Ungarn größte Mühe gegeben, ihn sehr ausführlich durch einen Wirtschaftsexperten über die Implikationen des sowjetischen RGW-EG-Vorschlages unterrichten zu lassen. Dieser Experte habe ihm dringend geraten, der Westen solle nicht über eine allgemeine Erklärung der Beziehungen EG–RGW hinausgehen. Er habe dringend davor gewarnt, Detailabkommen abzuschließen, weil sonst Ungarn stranguliert werde.

*Shultz* fragte, welches in den Augen von *BM* die wichtigste Botschaft sei, die er Rumänien und Ungarn bringen sollte. *BM* riet, *Shultz* möge seine Gesprächspartner möglichst detailliert und intensiv über die Genfer Gespräche<sup>20</sup> unterrichten. Die Sowjets unterrichteten ihre Verbündeten stets nur unvollkommen und selektiv. Das sei ganz deutlich in der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß<sup>21</sup> geworden. Die Sowjets hätten die Verbündeten über die SS-20-Entwicklung überhaupt nicht unterrichtet. Heute gebe es eine gewisse Meinungsbildung unter den Verbündeten des Warschauer Paktes, insbesondere bei Kádár und Ceauşescu. Dort sei es besonders wichtig, daß die Absichten der USA genau bekannt seien. Die Unterrichtung der NATO-Verbündeten vor dem Genfer Gipfel in New York<sup>22</sup> und in Brüssel hinterher<sup>23</sup> seien ein Maßstab, der auch für die Gespräche von *Shultz* in Bukarest und Budapest gelte. Die Osteuropäer müßten einfach wissen, welches unsere wichtigsten Ziele sind. Sie sollten so breit und detailliert wie möglich unterrichtet werden. *Shultz* bezeichnete diesen Hinweis als außerordentlich interessant und wichtig.

*BM* äußerte Zweifel, ob es wirklich Bewegung bei den INF-Verhandlungen in Genf geben werde. Er fragte, ob *Shultz* diese Auffassung teile. *Shultz* sagte, es gebe kein sicheres Anzeichen dafür, daß das Junktim zwischen INF-Verhandlungen und Weltraumverhandlungen wirklich aufgehoben worden sei. Gleichwohl wollten die USA bei den weiteren Verhandlungen von dieser Annahme ausgehen. Das Junktim sei so lange nicht aufgelöst, bis auch die letzte Verbindung mit dem Weltraum aufgehoben worden sei. Mit ihrer Definition der strategischen Waffen und der Forderung nach Einbeziehung der GB- und F-Systeme hätten die Sowjets es immer in der Hand, die Verhandlungen zu steuern. Offensichtlich seien sie sich aber über die anti-europäische Wirkung dieser Vorbehalte nicht ganz im klaren. *BM* fügte hinzu, daß er den Sowjets deutlich

<sup>17</sup> Zu den Gesprächen über ein Handelsabkommen zwischen Ungarn und den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 326, Anm. 11.

<sup>18</sup> Zu einer Kooperation zwischen RGW und Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 295, Anm. 25.

<sup>19</sup> Bundesminister Genscher besuchte Ungarn vom 23. bis 25. Juni 1985. Vgl. dazu Dok. 168.

<sup>20</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 319.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>22</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Ministerpräsidenten Craxi, Mulroney und Nakasone sowie Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher am 24. Oktober 1985 in New York; Dok. 290.

<sup>23</sup> Zur Unterrichtung der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel im Anschluß an das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317.

gesagt habe, daß es nicht nach der Devise gehen könne, daß es für große Staaten große Sicherheit gebe, hingegen für kleine nur kleine. *Shultz* meinte, offensichtlich hielten Sowjets ihre Position für sehr klug, und sie versuchten, daraus Vorteile zu ziehen. Eine Einigung am Verhandlungstisch werde dann möglich, wenn Sowjets Willen erkennen ließen, sich auf die amerikanischen Vorschläge<sup>24</sup> zuzubewegen. Ein INF-Zwischenabkommen sei nicht wahrscheinlich, aber möglich. Absichtlich hätten die USA Vorschläge unterbreitet, die gewissen Verhandlungsspielraum offen ließen. So hätten die USA bewußt Formeln verwendet, die gewisse Anklänge an die sowjetische Terminologie hätten. Das gelte z. B. für das „Moratorium“ beim Stand vom 31.12.1985.<sup>25</sup> Damit müßten die Sowjets den inzwischen eingetretenen Zuwachs abbauen. Auf einem globalen Ansatz müßten die USA teils bestehen, weil die sowjetischen SS-20-Systeme mobil seien und jederzeit wieder nach Europa zurückgebracht werden könnten, teils wegen der gegen die asiatischen Verbündeten gerichteten Bedrohung. Immerhin handele es sich um eine für die Sowjets interessante Formulierung. Ein weiterer Punkt betreffe das sowjetische hauptsächliche Interesse an der Pershing II. Deshalb hätten die USA die Möglichkeit einer Diskussion des Mix in den Vorschlag einbezogen, etwa in der Form einer proportionalen Beteiligung an Kürzungen. Darin liege eine gewisse Attraktivität. Die Sowjets müßten sich jetzt erklären, ob sie derartige Vorschläge annehmen wollten oder nicht. *BM* bemerkte, daß die Zeit letztlich gegen die Sowjets arbeite. *Shultz* meinte, wenn sich bei den Verhandlungen ein für Europa attraktives Ergebnis herausstellen sollte, würden die Sowjets sich wieder versucht fühlen, mit diesem Ergebnis Spaltungsversuche zwischen Europa und Amerika anzustellen. Da derlei Absichten der Sowjets allerdings überall gesehen würden, wären die daraus resultierenden Probleme kaum so gravierend. Zum Zeitpunkt des zweiten sowjetisch-amerikanischen Gipfels bemerkte *Shultz*, er müsse vor dem Herbst 1986 stattfinden, damit er nicht zu nah an die amerikanischen Wahlen<sup>26</sup> rücke. Käme er im Sommer 1986 nicht mehr zustande, so werde das Treffen wohl erst 1987 stattfinden. Was die START- und INF-Verhandlungen angehe, gebe es jetzt nichts Neues zu sagen; insbesondere bei INF liegen alle Vorschläge auf dem Tisch und es bedürfe nur einer politischen Entscheidung, wie ein Abkommen aussehen sollte. Um dies auszuhandeln, genügten auch sechs Monate. Die Aussicht eines bevorstehenden Gipfels könne da durchaus stimulierend wirken. Allerdings müsse die Bereitschaft zu einem gegenseitigen Geben und Nehmen vorhanden sein, wobei die USA nicht gewillt seien, zu viel zu geben. Die USA seien zu derartigen Verhandlungen bereit. Dies werde eine Nervenprobe sein, auf die sich die USA einstellten. Er sei aber sehr zuversichtlich, daß die westliche Position in den künftigen Verhandlungen gut sein werde wegen der Stärke und des Zusammenhalts der NATO. Die Gespräche und die Leistungen der NATO im vergangenen Jahr seien eindrucksvoll und sehr ermutigend gewesen.

#### Referat 204, Bd. 135302

<sup>24</sup> Zu den amerikanischen Vorschlägen bei den Verhandlungen mit der UdSSR über Rüstungskontrolle in Genf vgl. Dok. 301.

<sup>25</sup> Vgl. dazu die von der UdSSR am 30. September 1985 in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf eingebrachten Vorschläge; Dok. 270.

<sup>26</sup> Am 4. November 1986 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

## 347

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
mit Staatspräsident Mitterrand in Paris****Geheim****17. Dezember 1985<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 17. Dezember 1985, 17.00 Uhr bis 21.40 Uhr, im Elysée in Paris

Teilnehmer des Gesprächs: Hubert Védrine, außenpolitischer Berater des Präsidenten; Ministerialdirektor Horst Teltschik; Frau Stoffaes, Dolmetscherin; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

Nach dem Austausch persönlicher Geschenke eröffnete Präsident *Mitterrand* das gemeinsame Gespräch. Er freue sich, daß eine ausführliche Erörterung der wichtigen sicherheitspolitischen Fragen möglich sei. Es sei gut, daß man sich erneut wiedersehe. Gemeinsam habe man erfreulicherweise einen Weg gefunden, sich regelmäßig zu sehen. Die gemeinsamen Begegnungen seien von Freundschaft und Sympathie geprägt.

Das Thema für das heutige gemeinsame Gespräch seien die Verteidigungspolitiken. Er spreche absichtlich im Plural. Das Ziel sei es jetzt, eine gemeinsame Verteidigungspolitik anzustreben. Es gebe bereits zwischen beiden Regierungen Übereinkünfte, so daß nicht beim Punkt Null angefangen werden müsse. Dennoch sei man auf beiden Seiten nicht damit zufrieden, bei dem erreichten Stand zu verbleiben. Diese gemeinsame Unzufriedenheit drücke sich bisher aber weitgehend in vagen Formen aus. Es sei noch nicht deutlich genug, was zu verändern sei. So spreche z.B. das Europäische Parlament in Straßburg von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigung, ohne sie jedoch konkret zu formulieren.

In Deutschland wie in Frankreich gebe es eine lange militärische Tradition. Beide Seiten seien vor allem im Einsatz gegeneinander geübt. Trotzdem hätten die Schlachten in der Vergangenheit auch Verbindungen geschaffen. Die Militärs auf beiden Seiten hätten eine hohe Einschätzung voneinander, obwohl sie bisher immer Gegner gewesen seien.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sei der nukleare Bereich hinzugekommen. Dies sei zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem Deutschland außerhalb der Gemeinschaft gestanden habe. Heute käme der Weltraum hinzu, und beide Länder,

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 2. Januar 1986 gefertigt und am 8. Januar 1986 zur „persönlichen Unterrichtung“ an Bundesminister Genscher übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 17. Januar 1986 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM ist unterrichtet.“ Außerdem bat Jansen um Ablichtungen für Staatssekretär Meyer-Landrut, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl sowie Referat 201 und verfügte die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klaiber und Vortragenden Legationsrat Bitterlich.

Hat Klaiber vorgelegen.

Hat Bitterlich am 28. Januar 1986 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14150 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

Deutschland wie Frankreich, hätten diesmal die Hände frei. Eine Politik jedoch, die den Weltraum einbezüge, erfordere ungeheure Investitionen.

Darüber hinaus gebe es andere Kriegsformen. Er erinnere nur an die chemischen Waffen, an die Neutronenwaffen, die parallel zur konventionellen Bewaffnung entwickelt würden.

Die Ausgangspositionen seien für Deutschland und Frankreich unterschiedlich. Frankreich wünsche nicht, unter einen gemeinsamen Oberbefehl der NATO eingeordnet zu werden, wenn es auch Mitglied der NATO sei.<sup>2</sup> Frankreich sei auch zurückhaltend gegenüber einer militärischen Beteiligung wie an einer Beteiligung am Forschungsprogramm der Strategischen Verteidigungsinitiative.<sup>3</sup> Wäre Deutschland in der Lage von Frankreich, würde es sich genauso verhalten. Die Sicherheit Deutschlands hänge jedoch wesentlich von den USA ab. Deutschland könne deshalb gegenüber der NATO keinen Freiraum gewinnen. Dies könne nicht im deutschen Interesse sein. Deshalb verstehe er auch das deutsche Interesse an SDI. Hier gebe es unterschiedliche Positionen, jedoch gemeinsame Interessen: Deutschland und Frankreich befänden sich im selben Lager, in der gleichen Region und sähen sich vom gleichen Gegner herausgefordert. Beide hätten deshalb ein solides Bündnis gegründet.

Für Deutschland gebe es deshalb zwei offene Wege, die sich nicht widersprüchen: Dies sei einerseits der amerikanische Schutzschirm und andererseits eine europäische Verteidigung, die Deutschland mit Frankreich und den anderen europäischen Staaten entwickle. Wenn nicht alles so ungeheuerlich viel Geld verschlingen würde, müßten diese zwei Wege vereinigt werden. Mit diesen Ausführungen habe er den Horizont des Problems abgeschritten. Er wolle seine Ausführungen mit der Frage zusammenfassen: Was will die Bundesrepublik Deutschland?

Er wolle noch eine letzte Überlegung hinzufügen. Die deutsche Industrie wäre durchaus in der Lage, eine nukleare Kapazität zu entwickeln. Dies wäre intellektuell, jedoch politisch nicht möglich. Die Gründe lägen vor allem bei der Sowjetunion wie bei der DDR. Was jedoch den nuklearen Bereich betreffe, sei bereits jetzt der Zeitpunkt abzusehen, wann er an Bedeutung verliere. Dies könne vielleicht erst in einem halben Jahrhundert so sein. Bereits heute sei jedoch zu erkennen, welche ungeheuerlichen Möglichkeiten der Weltraum eröffne, um die nuklearen Kapazitäten auszuschalten.

Das 21. Jahrhundert werde einen Weg eröffnen, der von den nuklearen Waffen wegführen werde, der von diesem Planeten wegführen werde zu dem Ziel, ihn zu überwachen.

Die Geschichte der Kriege beweise, daß der Abstand des Menschen von seinem Gegner immer größer werde. Ursprünglich hätten sich die Menschen mit Fäu-

<sup>2</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>3</sup> Zur französischen Haltung zu einer Beteiligung an SDI vgl. Dok. 233.

Botschafter Schoeller, Paris, berichtete am 3. Dezember 1985, daß den CDU-Abgeordneten Lamers und Rühle am 27. November 1985 im französischen Außenministerium dazu erklärt worden sei, daß Frankreich „SDI-Forschung im Rahmen des ABM-Vertrages für vertretbar halte. F sei jedoch gegen die hinter SDI stehende Philosophie, d. h. die Illusion abnehmender Bedrohung, die im Gegensatz zu der zu erwartenden Militarisierung des Weltraums sowie einem weiter zunehmenden Rüstungswettlauf stehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2610; Referat 209, Bd. 130043.

sten, Äxten und Messern bekämpft, danach sei die Distanz immer größer geworden. Die ursprüngliche körperliche Auseinandersetzung sei dann von Schleudern und anderen Waffen abgelöst worden. Auch in unserer Zeit werde die Distanz zum Gegner immer größer: vom Schwert über Kanonen zu Flugzeugen und Raketen. Die Gegner von heute könnten sich nicht mehr sehen, dennoch würde der Kampf mit immer größerer Präzision durchgeführt.

Er habe mit diesen Ausführungen eingeleitet, um das Gespräch auf einen präzisen Punkt hinzuführen: Wenn man sich in Lübeck aufhalte, dann befände man sich nicht mehr sehr weit von der DDR; München sei wie auch Straßburg nicht weit von Prag entfernt, wo sowjetische Truppen ständen. Warum konzentriere man sich auf den Weltraum, wenn diese Städte so nahe beieinander lägen? Europa umfasse nur eine sehr kleine Fläche. Dagegen wachse die Distanz zwischen den beiden Supermächten. In Europa rücke man immer näher zusammen, von Mann zu Mann.

Jenseits des nuklearen Bereiches würden sich zwei Perspektiven eröffnen: Für die einen bedeute sie eine immer größere Distanz, für andere dagegen eine immer kleinere. Auf der einen Seite säße ein Soldat gewissermaßen auf einem Satelliten, zehntausend Kilometer weit entfernt, andererseits gebe es den einzelnen Soldaten an der deutschen Ostgrenze. Unsere Sorge müsse dem Frontkämpfer gelten, der mit beiden Füßen auf dem Boden stünde. Gleichzeitig müßten wir Mittel und Wege finden, um den Soldaten im Weltraum zu treffen. Frankreich habe es schwer, sich mit beiden Problemen zu befassen. Der Grund dafür läge in der nuklearen Last, die Frankreich notwendigerweise tragen müsse. Aufgrund der knappen Finanzmittel handle es sich um eine schwere Last, mehr könne man darüber hinaus nicht tun. Dagegen befände sich Deutschland in einer besseren Lage. Es könne sich sowohl um den konventionellen Bereich wie um den des Weltraums kümmern. Deshalb wäre es schwierig, die Strategien beider Länder zu harmonisieren. Es sei jedoch nicht unmöglich. Deshalb solle das gemeinsame Gespräch auf die Frage konzentriert werden: Was wolle Deutschland?

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß die Sicherheitspolitik nicht von den allgemeinen politischen Gegebenheiten getrennt werden könne. Dazu gehörten auch psychologische Gegebenheiten wie die ideologische Auseinandersetzung. Die Wehrpflichtarmee in der Bundesrepublik Deutschland sei aufgrund der starken Desinformation des Ostens in einer anderen Lage als die französische Armee. Sicherlich rechne auch in Moskau niemand mit der DDR-Armee. Die Sowjetunion würde der DDR nicht vertrauen, am Ende nicht einmal Honecker. Dies könnte man immer wieder deutlich spüren. Kennzeichnend dafür seien auch die Versuche innerhalb des Warschauer Paktes, das gegenseitige Mißtrauen zu nutzen, um den einen gegen den anderen auszuspielen, z.B. Jaruzelski gegen Honecker.

Der Bundeskanzler bestätigte, daß Präsident Mitterrand die Lage der Deutschen gut beschrieben habe. Die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland sei ohne die USA nicht vorstellbar, dies gelte für ganz Westeuropa ebenso. Präsident *Mitterrand* warf ein, daß zwei Beine erforderlich seien: die Allianz wie das nukleare Potential, sonst müßten wir hinken.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Europäer alles unternehmen müßten, um

die USA in Europa zu halten. Niemand wisse, was die Zukunft bringen werde. Der Bundeskanzler erinnerte in diesem Zusammenhang an Präsident Wilson. Verärgert über die Europäer hätten sich die Amerikaner zu seiner Zeit aus Europa zurückgezogen<sup>4</sup> und sich gewissermaßen nur noch auf die Bekämpfung des Alkoholismus im eigenen Lande beschränkt. Da die Wahl des amerikanischen Präsidenten immer ein Faktor der Unsicherheit sei, gewissermaßen ein Wunder sein könne, was das Ergebnis betreffe, müßte man das Menschenmögliche tun, um die Präsenz der USA in Europa, ihr Engagement in Deutschland, vor allem in kritischen Jahren, sicherzustellen. Dies gelte auch für die vor uns liegenden Jahre. Die Sowjetunion sei jetzt in eine neue Phase eingetreten. Ihre Karten seien sicherlich schlechter als die des Westens. Die Sowjetunion werde den Wettlauf mit dem Westen verlieren; dies aber könne eine kritische Phase für uns alle bedeuten.

Die Kehrseite der Medaille sei jedoch, daß die Bundesrepublik Deutschland im Herzen Europas läge. Die Bundesrepublik Deutschland sei Teil Mitteleuropas. Es sei nicht vorstellbar, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ohne die Unterstützung der westlichen Nachbarn zu garantieren. Für die Bundesrepublik Deutschland hieße dies immer zuallererst Frankreich, ohne daß anderen Nachbarn zu nahe getreten werden solle. Großbritannien bleibe immer durch den Kanal getrennt; dies bedeute psychologisch sehr viel. Deutschland und Frankreich trenne der Rhein, bei Kehl seien es nur 300 Meter. Dies sei praktisch belanglos.

Für die deutsche Politik könne es deshalb nur eine Schlußfolgerung geben: Die Bundesrepublik Deutschland dürfe nicht in eine Position des Entweder-Oder gedrängt werden. Für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland sei sowohl das Bündnis mit den USA als auch das mit Frankreich ausschlaggebend. Die beste Position sei ein Bündnis, das mit einem Bein auf der Allianz mit den USA und mit dem anderen Bein auf der Zusammenarbeit der Europäer, insbesondere mit Frankreich, ruhe.

Die Bundesrepublik Deutschland sei keine Nuklearmacht und wolle es auch nicht werden. Es wäre das dümmste, wollte die Bundesrepublik danach streben, eine Nuklearmacht zu werden. Dies wäre der Krisenfall. Es sei kein Unglück, daß Frankreich eine Nuklearmacht sei. Er glaube jedoch, daß die Bedeutung von Nuklearwaffen sich in Zukunft relativieren werde.

Der Bundeskanzler griff das Bild des einzelnen Soldaten an der deutschen Ostgrenze auf. Er wies darauf hin, daß sich in diesem Beispiel die Möglichkeiten für eine deutsch-französische Zusammenarbeit konzentrieren. Die Bundeswehr sei die stärkste konventionelle Armee in Europa. Er habe vieles getan, um die konventionelle Komponente zu verstärken. Dies sei auch für Frankreich wichtig. Im vergangenen Jahr haben Präsident Mitterrand und er über die Maginotlinie und über das damalige militärische Denken gesprochen. Solche Überlegungen seien heute unvorstellbar. Für Frankreich sei eine starke Bundeswehr in der Bundesrepublik Deutschland heute besonders wichtig. Die Sowjetunion könnte nicht riskieren, einen konventionellen Schlag zu führen. Die Bundes-

<sup>4</sup> Der Passus „Der Bundeskanzler erinnerte ... aus Europa zurückgezogen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Bitterlich hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.



wehr stelle deshalb auch für Frankreich einen wichtigen Teil der Friedenssicherung dar. Dagegen könnte die französische Force de frappe keine Verantwortung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland übernehmen. Präsident *Mitterrand* nickte zustimmend.

Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Force de frappe dennoch eine Realität darstelle und für die Bundesrepublik Deutschland deshalb von großem Nutzen sei. Für die Bundesrepublik Deutschland sei nur eine Frage in diesem Zusammenhang von Bedeutung: Inwieweit wäre es möglich, die vitalen strategischen und sicherheitspolitischen Interessen anzugleichen? Die Bundesregierung habe sowohl mit Großbritannien wie mit den Vereinigten Staaten von Amerika Vereinbarungen über nukleare Konsultationen getroffen. Es stelle sich deshalb für ihn die Frage, ob nicht eine vergleichbare Vereinbarung mit Frankreich möglich sein könnte. Dies wäre für die Bundesregierung ein wichtiger Punkt. Ein anderer wichtiger Punkt sei, ob Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Zusammenarbeit im Bereich des Weltraumes gemeinsam vorangehen könnten. Was SDI beträfe, so werde die Bundesregierung dafür keine Mittel zur Verfügung stellen. Dies sei ausschließlich in der Verantwortung der Firmen. Er sei sich nicht einmal sicher, ob nicht am Ende das Ausmaß der französischen Firmenbeteiligung am amerikanischen Forschungsprogramm SDI genau so groß sein werde wie das der deutschen Unternehmen. Dies würden die französischen Unternehmen auf eigene Rechnung tun, erwiderte Präsident *Mitterrand*.

Der *Bundeskanzler* antwortete, der Unterschied bestünde darin, daß die Bundesregierung für die deutschen Unternehmen Absicherungen anstrebe, wie z.B. Garantien für den Technologietransfer, für die Nutzung von Patenten und Lizenzen und anderes mehr.<sup>5</sup> Das bedeute, daß die deutschen Kapazitäten nicht von den USA absorbiert werden würden. Die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit Frankreich blieben. Dies sei auch ausdrücklich sein Interesse.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß für die Verteidigungsbereitschaft der deutschen Bevölkerung die Verankerung in Europa von entscheidender Bedeutung sei. Dies sei in der Teilung Deutschlands begründet. Die Bundesrepublik Deutschland könne ihre Probleme nur gemeinsam mit den westeuropäischen Partnern lösen, d.h. allen voran nur mit Frankreich. Bei all seinem Optimismus bezüglich der Europäischen Gemeinschaft sei seine Zuversicht jedoch nicht sehr groß, daß es zu einer engen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft kommen werde. Deshalb sei er besonders daran interessiert, den Élysée-Vertrag<sup>6</sup> zu aktivieren. Dieser Vertrag enthalte wichtigste Aussagen. Der *Bundeskanzler* zitiert im Wortlaut folgende Passagen des Élysée-Vertrages:

- „Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen.“

<sup>5</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985; Dok. 334, Anm. 13.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

- „Es werden deutsch-französische Institute für operative Forschung eingerichtet.“
- „Der Personalaustausch zwischen den Streitkräften wird verstärkt.“
- „Der Austausch kann sich auf die zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten erstrecken.“

Zusammenfassend erklärt der Bundeskanzler, daß die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gemeinsam große Schritte einleiten könnten in Richtung auf eine engere politisch-strategische Zusammenarbeit, operative Zusammenarbeit, Zusammenarbeit der Streitkräfte und zur Fortbildung von Führungsnachwuchs.

Wenn Präsident Mitterrand zustimmen würde, wäre er bereit, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl, heute gemeinsam zu vereinbaren, daß die Generalstabsoffiziere beider Länder zukünftig für ein Jahr in einer gemeinsamen Einrichtung ausgebildet werden sollten. Dies hätte zur Folge, daß es im Jahre 2000 keinen deutschen oder französischen General mehr ohne gemeinsame Ausbildung geben werde. Die ganze Dimension einer solchen Vereinbarung könne nur auf dem Hintergrund der Jahre von 1914 und 1939 verstanden werden. Es wäre ein bedeutendes Signal beider Regierungen, daß es für sie keinen Weg mehr zurück, sondern nur noch nach vorne gibt.

Alle vier Punkte könnten tatkräftig in Angriff genommen werden. Die Verwirklichung sei nicht zuerst eine Frage des Geldes. Er wolle auch ausdrücklich gemeinsame Regelungen für eine Weltraumpolitik einbeziehen. Dabei werde es aber darauf ankommen, eine Übereinstimmung über die notwendigen Prioritäten herbeizuführen. Dies erfordere, daß beide Seiten aufeinander zgingen. Ein solcher Fall wie beim Jäger 90<sup>7</sup> dürfe sich nicht wiederholen.

Dies sei auch seine Hoffnung, erwiderte Präsident *Mitterrand*. Aufgrund der bisherigen Ausführungen des Bundeskanzlers stelle er zusammenfassend fest, daß Deutschland an einer engeren Zusammenarbeit interessiert sei, die sich vor allem auf das Gebiet der Erde und nicht auf den Weltraum beziehe. Von letzterem käme man immer weiter weg. Sicherlich könnte man das erstere tun und eine engere Zusammenarbeit anstreben. Gemeinsam sollte aber auch eine engere Zusammenarbeit im Weltraum geprüft werden. Im nuklearen Bereich könnten beide Seiten nichts unternehmen, wenn sie das Gleichgewicht nicht gefährden wollten. Es könnte jedoch Vorsorge getroffen und gemeinsam überlegt werden, wie die Fragen ins Auge gefaßt werden könnten, die das deutsche Territorium in besonderer Weise betreffen. Er sei bereit zu prüfen, was beide Seiten im konventionellen Bereich vermehrt machen könnten. Sicher sei, daß beide Seiten die Zusammenarbeit im Weltraum verstärken könnten. Dagegen wäre es jedoch nicht möglich, mehr im nuklearen Bereich zu unternehmen. Sicherlich könnten aber auch dort Konzeptionen enger abgestimmt werden.

Für Frankreich sei es jedoch besonders schwierig, die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zugleich zu verstärken. Es müsse bereits heute ungeheure Anstrengungen unternehmen, seine nuklearen Streitkräfte effektiv zu halten. Er

<sup>7</sup> Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

habe entschieden, daß in den kommenden zehn Jahren zwei weitere Atom-U-Boote und zwei Flugzeugträger in Dienst gestellt werden. Alles, was er darüber hinaus einleiten würde, würde die konventionelle Stärke Frankreichs belasten.

Was den ersten Bereich betreffe, so liege es in der Logik, die Koordination beider Armeen durch Manöver und gemeinsame Ausbildung zu verbessern. Es gebe keinen Grund, dieses Ziel nicht beschleunigt in Angriff zu nehmen.

Das zweite Stadium betreffe die französischen Truppen in Deutschland: Wo sollen sie aufgestellt und mit welcher Aufgabe betraut werden? Bekanntlich sei der Bewegungsspielraum der Bundeswehr aufgrund der Koordination mit den anderen alliierten Streitkräften eingeengt. So habe die Bundeswehr gegenüber der Tschechoslowakei zwei Verteidigungslinien. Frankreich dagegen bleibe diesseits einer bestimmten Linie, da es nicht dem Oberbefehl der NATO unterstünde. In Frankreich halte die Diskussion über die Vorneverteidigung noch an.<sup>8</sup> Sie sei noch immer nicht beendet worden. Es werde immer noch darüber diskutiert, wann der Einsatz der französischen Truppen erfolgen solle. Sollte der Einsatz der französischen Truppen sofort bei Ausbruch einer Krise erfolgen, dann würde dies die Integration in die NATO bedeuten, weil eine solche Entscheidung nicht in letzter Minute getroffen werden könnte. Die andere Frage laute, ob die französische Armee eine Art von Reserve hinter einer bestimmten Linie darstellen solle. Frankreich habe eine Reihe von Hypothesen für den Tag der Entscheidung aufgestellt. Die schnelle Einsatzreserve Frankreichs solle noch mehr im Hintergrund bleiben. Frankreich habe noch nicht beschlossen, ob die Einsatzreserve unmittelbar hinter den NATO-Truppen Aufstellung nehmen solle.

Die nächste Etappe müßte jetzt heißen, gemeinsam festzustellen, was die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und was die Frankreichs seien. Dann müßte man versuchen, sie anzunähern. Es wäre ein Fortschritt, wenn die Wünsche beider Seiten weiter angenähert werden könnten.

Frankreich möchte vermeiden, gegen seinen Willen in einen Nuklearkrieg gezogen zu werden bzw. in einen Krieg, der durch eine Aggression ausgelöst werde und nicht der Verteidigung diene. Präsident Mitterrand erläuterte, daß er unter Aggression den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verstünde. Frankreich wisse, daß es bei dem sowjetischen Gegenschlag zerschlagen werden würde. Deshalb ginge es darum, herauszukristallisieren, was Deutschland wolle. Er sei überzeugt, daß in den meisten Fragen Übereinstimmung erzielt werden könne, die Frage stelle sich jedoch nach dem Ausmaß.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß die erste Veränderung schon darin bestünde, daß heute zwischen dem französischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler ein solches Gespräch überhaupt stattfinden könne. Dieses Gespräch sei längst überfällig gewesen, dennoch nur aufgrund des persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen dem Präsidenten und ihm denkbar. Präsident Mitterrand nickte zustimmend.

Der Bundeskanzler fuhr fort, daß er der französischen Seite nichts zumuten wolle, was er selbst nicht tun könnte. Es sei für ihn klar, daß Frankreich nicht

<sup>8</sup> Zur sicherheitspolitischen Debatte in Frankreich vgl. Dok. 202.

dem NATO-Oberbefehl unterstünde. Dies sei für ihn eine gegebene Größe, von der er ausginge.

Beide Seiten sollten jedoch jetzt ihren Militärs die Aufgabe zuweisen, ausgehend von dieser Position Vorschläge zu entwickeln, die den Interessen beider Seiten entgegenkommen. Dies wäre ein großer Fortschritt. Er sei bereit, den Generalinspekteur zu beauftragen, gemeinsam mit seinem französischen Kollegen eine Vorlage zu erarbeiten, die alle Bereiche umfasse und über die sie dann gemeinsam sprechen sollten. Präsident Mitterrand nickte zustimmend.

Sein Ziel sei es, fuhr der Bundeskanzler fort, soviel wie möglich zu erreichen. Er sei sich sicher, daß beide Regierungen große Zustimmung innerhalb der NATO finden würden und jeder gemeinsame Schritt respektiert werden würde. In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler noch einmal auf den Gedanken einer gemeinsamen Ausbildung der Generalstabsoffiziere. Dies sei ein großes politisches Signal, das große öffentliche Beachtung finden würde und für den zukünftigen gemeinsamen Weg von großer Bedeutung sei.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal sein Verständnis für die französische Nuklearpolitik. Er respektiere die Position des Präsidenten. Wäre er an seiner Stelle, würde er sicherlich die gleiche Politik verfolgen. Er habe jedoch einen konkreten Wunsch anzumelden: Die Bundesregierung habe mit Großbritannien und den USA Vereinbarungen über gemeinsame Konsultationen im nuklearen Bereich getroffen. Seine Frage wäre die, ob der Präsident zu einem vergleichbaren Schritt bereit wäre. Präsident *Mitterrand* stimmte dem ausdrücklich zu.

Der *Bundeskanzler* berichtete, daß Bundeskanzler Kiesinger und Präsident Johnson sowie Bundeskanzler Brandt und Premierminister Heath mit größter Diskretion sehr persönliche Absprachen im nuklearen Bereich vereinbart hätten.<sup>9</sup> Wenn Präsident Mitterrand einverstanden sei, könnte ausschließlich auf der Ebene der Staats- bzw. Regierungschefs beider Länder, ohne Beteiligung der Minister, eine vergleichbare Absprache getroffen werden. Als er Bundeskanzler geworden sei, habe er darüber mit Präsident Reagan wie auch mit Mrs. Thatcher gesprochen. Diese Absprachen seien von den obersten Militärs vorbereitet und ausgearbeitet worden. Wenn zwischen Frankreich und der Bundesrepublik eine ähnliche Regelung erreicht werden könnte, sollten auch in diesem Falle die höchsten Militärs entsprechende Grundlagen erarbeiten. Präsident *Mitterrand* nickte zustimmend.

Wie wollen wir die Dinge aufgreifen, fragte Präsident Mitterrand. Er sei völlig mit dem, was der Bundeskanzler gesagt habe, einverstanden. In Frankreich sei man über die theoretischen Vorstellungen, wie sie z. B. von Helmut Schmidt im

<sup>9</sup> Mit Schreiben vom 9. September 1968 an Bundeskanzler Kiesinger, das dieser am 17. September 1968 bestätigte, sagte Präsident Johnson Konsultationen im Falle eines Einsatzes nuklearer Waffen vom Bundesgebiet aus zu und bekräftigte, daß ein solcher Einsatz unterbleiben werde, wenn der Bundeskanzler dem widerspreche. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. FRUS 1964–1968, XV, S. 736 f. Anlässlich der Stationierung britischer Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik kam es am 17./18. März 1971 zu einem Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Brandt und Premierminister Heath mit einem Memorandum of Understanding. Für die am 19. März 1971 von Bundesminister Ehmke und dem britischen Botschafter Jackling ausgetauschten Papiere vgl. VS-Bd. 13751 (201). Vgl. dazu auch AAPD 1981, II, Dok. 239.

Bundestag und anderswo vertreten worden sind<sup>10</sup>, irritiert gewesen. Frankreich sehe sich nicht in der Lage, Deutschland nuklearen Schutz zu bieten. Wenn die USA nicht eingreifen würden, ginge Frankreich gemeinsam mit Deutschland unter. Wenn die USA eingriffen, verfügten sie über 150 000 nukleare Einheiten, dagegen Frankreich nur über 150. Solange es den amerikanischen Schutz gebe, bedürfe es nicht der französischen Nukleargarantie. Das französische Nuklearpotential könne nur dazu dienen, die Sowjetunion zu veranlassen, ein kleines Territorium zu respektieren. Frankreich würde sich einer tödlichen Gefahr ausliefern, wenn es für Deutschland eine nukleare Garantie geben würde. Was würden außerdem die anderen europäischen Staaten wie Belgien oder die Niederlande dazu sagen? Sie könnten in gleichem Maße nach einer nuklearen Garantie Frankreichs fragen. Die Vorstellungen von Helmut Schmidt würden bedeuten, daß sie heute kein gemeinsames Gespräch über diese Fragen führen könnten. Helmut Schmidt legte den Akzent auf einen Punkt, der am wenigsten zu verwirklichen sei. Es würde sich um eine ausweglose Diskussion handeln. Die Sicherheit Deutschlands hänge nicht von der nuklearen Garantie Frankreichs ab. Dies wäre außerdem gefährlich. Der nukleare Schutz für Deutschland könne nur von den USA kommen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die Überlegungen von Helmut Schmidt als intellektuelle Spielerei, die an der Realität vorbeigingen. Er verstehe und respektiere den Standpunkt des Präsidenten. Als Freund billige er ihn ausdrücklich.

Also sollten sie an einer anderen Stelle suchen, wo Zusammenarbeit möglich sei, fuhr Präsident *Mitterrand* fort. Beide Seiten sollten ihre Konzeptionen im nuklearen Bereich absprechen. Er könne sich vorstellen, daß ein deutscher Bundeskanzler ihm sagen würde: Frankreich wolle nukleare Waffen einsetzen, dies ginge auch ihn als Bundeskanzler etwas an.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, sein Ziel sei ein gemeinsamer Konsultationsmechanismus, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Präsident *Mitterrand* stimmte zu.

Der *Bundeskanzler* überreichte dem französischen Präsidenten vorbereitete Texte zu den vier vorgeschlagenen Bereichen. Die Texte enthielten eine Zusammenfassung der Vorschläge des Bundeskanzlers in allen vier Bereichen in französischer Sprache.

Das gemeinsame Gespräch wurde um 18.30 Uhr kurz unterbrochen und nach wenigen Minuten in Anwesenheit von Generalinspekteur Altenburg und dem französischen Generalstabschef Saulnier und dem persönlichen militärischen Beauftragten des französischen Präsidenten<sup>11</sup> fortgesetzt.

Präsident *Mitterrand* faßte in Anwesenheit der Generäle das bisherige Gesprächsergebnis zusammen. Er sprach von der gemeinsamen Auffassung, daß drei Bereiche relevant seien: 1) der klassische konventionelle Bereich, 2) der nukleare Bereich und 3) der Weltraum.

<sup>10</sup> Zu den Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt am 28. Juni 1984 im Bundestag vgl. Dok. 171, Anm. 14.

<sup>11</sup> Gilbert Forray.

Im ersten Bereich hätten die Generäle freie Hand, wenn auch der Status beider Länder unterschiedlich sei. So sei Deutschland in die NATO integriert, Frankreich dagegen nicht. Bundeskanzler Kohl und er hätten die Frage einer gemeinsamen Ausbildung der Soldaten diskutiert, vermehrter gemeinsamer Übungen, gemeinsamer Studien, engere Solidarität zwischen beiden Seiten, die Frage gemeinsamer Waffenproduktion und die Angleichung der Taktik bezüglich des jeweiligen Territoriums. Hier läge ein völlig offenes Feld vor, sowohl militärisch wie psychologisch. Der Grund dafür liege in der Freundschaft unserer Völker. Dieses offene Arbeitsfeld sollte genutzt werden und der Élysée-Vertrag entsprechenden neuen Anwendungsbereichen zugeführt werden.

Was den zweiten Bereich angehe, so besitze Frankreich Nuklearwaffen, Deutschland jedoch nicht. Die Gründe hierfür seien bekannt. Präsident Mitterrand wiederholte, daß nicht davon ausgegangen werden könne, daß die französische Nuklearmacht das deutsche Territorium a priori schütze. Dies könne nur das amerikanische Nuklearpotential leisten. Er habe deshalb dem Bundeskanzler gesagt, daß Frankreich sein Nuklearpotential nicht einsetzen werde, wenn die USA nicht in den Krieg eintreten würden, weil sich sonst Frankreich selbst zerstören würde. Wenn die USA dagegen eingreifen würden, wären sie es, die zuerst die Nuklearwaffe einsetzen würden. Deshalb bleibe jede Diskussion über einen Schutz deutschen Territoriums durch das französische Nuklearpotential reine Theorie. Der Bundeskanzler habe ihm gesagt, daß er dieser Feststellung zustimme. Wenn aber dennoch die Dinge vorangetrieben werden sollten, müßte der taktische Bereich vom anderen Ende her aufgerollt werden. Unter dem anderen Ende verstünde er den Weltraum. In diesem Bereich müßten beide Seiten gemeinsame Verteidigungsvorstellungen entwickeln. Er würde diesen Bereich nicht völlig den USA überlassen. Er wolle dieser Diskussion jedoch nicht allein den französischen Stempel aufdrücken. Die Diskussion sei für ihn völlig offen.

Deutschland verfüge über völlige Handlungsfreiheit. Über diese verfüge es<sup>12</sup> jedoch nicht im nuklearen Bereich. Er wolle noch einmal wiederholen: Weitreichende militärische Gespräche müßten sich auf beide Enden der gesamten Spannbreite beziehen, sowohl auf den Bereich der Erde wie auf den Weltraum. Ausgeschlossen bleiben müsse die Mitte, d.h. der nukleare Bereich mit Ausnahme eines Abstimmungsprozesses, weil Frankreich nicht über deutsches Territorium verfügen könne.

Jetzt sei es Aufgabe des Generalstabschefs wie des Generalinspektors, die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit im konventionellen Bereich zu prüfen. Dazu gehörten das Verhältnis zur NATO, die Force d'action rapide, gemeinsame Ausbildung und Übungen, Austausch von Einheiten und anderes mehr. Die Arbeiten dafür könnten sofort beginnen. Dieser Auftrag wäre jedoch nicht komplett, wenn nicht der Weltraum einbezogen würde. Deutschland und Frankreich dürften nicht völlig abhängig von anderen werden. Außerdem müßte über ein Verfahren zur Abstimmung im nuklearen Bereich nachgedacht werden.

Der *Bundeskanzler* bestätigte die Darstellung von Präsident Mitterrand als korrekt. Alle drei Ebenen seien von großer Bedeutung. Er gehe davon aus, daß beide Seiten die Realitäten akzeptierten und Frankreich nicht zugemutet wer-

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „sie“.

de, was wir nicht zumuten könnten. Dies betreffe z. B. das französische Verhältnis zur NATO.

Dennoch bestehe jetzt die Chance, weiterreichende Schritte im Sinne des Élysée-Vertrages einzuleiten. Dieser sehe mehr vor, als bisher getan worden sei.

Für die Bundesrepublik Deutschland bleibe im Rahmen ihrer Sicherheitspolitik neben den USA Europa, d. h. Frankreich, das zweite entscheidende Standbein. Wenn Frankreich und Deutschland in der Sicherheitspolitik enger zusammenarbeiten, nütze dies Westeuropa als Ganzem wie der NATO. Deshalb sollten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Diese deutsch-französische Zusammenarbeit sei ein wesentlicher psychologischer Faktor, der zur Motivation der Soldaten beitragen werde. Dies sei für beide Seiten sicherlich wichtig, weil sowohl Frankreich wie die Bundesrepublik Deutschland über eine Wehrpflichtarmee verfügten. Für Deutschland als geteiltes Land komme diesem Aspekt ein noch größeres Gewicht zu. Unsere Wehrpflichtigen müßten sehen, wie eng sich die deutsch-französische Zusammenarbeit gestalte. Er habe deshalb den Wunsch an die Generäle, ihren ganzen Ideenreichtum einzusetzen. In diesem Zusammenhang unterstrich der Bundeskanzler noch einmal die Bedeutung einer gemeinsamen Generalstabsausbildung. In 15 Jahren gäbe es nur noch Generäle mit dieser gemeinsamen Tradition. Dies wäre ein ungeheurer Schritt nach vorn. Hätte sein Vater erleben können, daß der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler solche Überlegungen gemeinsam diskutierten, hätte er es kaum begreifen können.

Was den nuklearen Bereich betreffe, so habe er kein Problem mit dem französischen Standpunkt. Die Bundesrepublik wünsche es nicht, eine nukleare Macht zu werden. Dies würde reines Abenteuerium bedeuten und sei völlig unrealistisch. Dennoch sei er froh, daß Frankreich über die Force de frappe verfüge. Die Bundesrepublik Deutschland werde es ihrem französischen Partner nicht zumuten, die deutsche Sicherheit im nuklearen Bereich auf ihre Schultern zu nehmen.

Der Bundeskanzler erklärte sich aber einverstanden, eine Zusammenarbeit im Weltraum anzustreben. Er sei sich über die ungeheuren Kosten sehr bewußt. Beide Seiten sollten überlegen, ob es nicht nützlich wäre, eine gemeinsame Institution einzurichten, um alle Fragen gemeinsam zu prüfen. Auf diese Weise könnte auch verhindert werden, daß sie von den Entwicklungen eingeholt würden.

Der Bundeskanzler unterstrich noch einmal, daß die amerikanische Präsenz in Europa und eine immer engere Bindung der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs keinen Gegensatz darstellten. Niemand kenne die zukünftige Entwicklung sowohl der Sowjetunion wie aber auch der Vereinigten Staaten von Amerika.

An die Generäle gewandt erklärte Präsident *Mitterrand*: „Meine Herren, ich glaube, daß Sie sich bald absprechen können.“ Ausgangspunkt sei der Élysée-Vertrag. Darüber hinaus sollte die Frage einer gemeinsamen Organisation über Weltraumfragen untersucht werden. Sie sollten auch darüber nachdenken, in welcher Weise eine Abstimmung im nuklearen Bereich erfolgen könnte. Für alle diese Überlegungen sollten sie jedoch nicht viel Zeit verstreichen lassen.

Präsident *Mitterrand* und Bundeskanzler Helmut *Kohl* vereinbarten, in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Entscheidung bekanntzugeben, eine gemeinsame Generalstabsausbildung anzustreben.<sup>13</sup>

Um 19.00 Uhr wurde das Gespräch unterbrochen und um 20.15 Uhr bei einem gemeinsamen Essen fortgeführt. An dem Abendessen nahmen Generalinspekteur Altenburg und der französische Generalstabschef Saulnier nicht mehr teil.

Neu hinzu kamen: Jacques Attali, Chefberater des französischen Präsidenten, Staatssekretär Friedhelm Ost, und Michel Vauzelle, Sprecher des Präsidenten.

Der *Bundeskanzler* bat Präsident Mitterrand um einen Bericht über sein Gespräch mit dem polnischen Staatschef Jaruzelski.<sup>14</sup> Präsident *Mitterrand* bezeichnete sein Gespräch mit Jaruzelski als sehr interessant. Die Hälfte der Diskussion habe er darauf verwandt, die Fragen der Bürgerrechte, der Rechte der Gewerkschaften anzusprechen. Die andere Hälfte des Gesprächs habe Jaruzelski genutzt, seine Position sehr offen darzulegen. Er habe erklärt, daß er die Beziehungen Polens zu Frankreich verbessern wolle. Über die innere Lage in Polen habe er ausgeführt, daß zu dem Zeitpunkt, als er die Macht in Polen übernommen habe<sup>15</sup>, Hungersnot und Streik geherrscht hätten. Zu diesem Zeitpunkt hätte es nur die Frage gegeben, ob Polen weiter existieren könne. Mit anderen Worten: Würde die Sowjetunion intervenieren?

Jaruzelski habe ausgeführt, daß es in der polnischen Geschichte nur acht Jahre Demokratie gegeben habe, sonst hätte nur Diktatur geherrscht. Die Polen seien nicht an eine Demokratie gewöhnt. Den größten Teil ihrer Geschichte hätten sie als ein besetztes Land erlebt.

Jaruzelski habe sich als Kommunisten bezeichnet, der jedoch ein Patriot sei. Polen sei in seiner Handlungsweise nicht frei. Dies müsse er berücksichtigen. Jaruzelski habe in etwa so geredet, wie dies auch der ungarische KP-Chef Kádár zu tun pflege. Seine Eröffnungsworte seien erstaunlich gewesen. Er habe die Karten offen auf den Tisch gelegt.

Jaruzelski habe erklärt, daß es in Polen zur Zeit nur etwa 300 politische Gefangene gebe und nicht mehr. Ein Teil dieser politischen Gefangenen solle freigelassen werden. Er habe jedoch darauf hingewiesen, daß andere, wie z.B. Michnik, gar keinen Wert auf eine Freilassung legen würden. Michnik möchte ein Held des polnischen Widerstandes sein. Dies gelte für etwa 15 andere politische Gefangene ebenso. Jaruzelski habe erklärt, daß er sie ja nicht schlagen könne, um sie aus dem Gefängnis herauszubekommen.<sup>16</sup> Andere dagegen seien

<sup>13</sup> Vgl. dazu die Ausführungen des Staatspräsidenten Mitterrand auf der Pressekonferenz am 17. Dezember 1985 in Paris; *LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE* 1985 (November/Dezember), S. 162 f.

<sup>14</sup> Staatspräsident Mitterrand traf am 4. Dezember 1985 in Paris mit Staatsratsvorsitzendem Jaruzelski zusammen.

<sup>15</sup> Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

<sup>16</sup> Botschafter Pfeffer, Warschau, berichtete am 20. November 1985: „In Polen wurde erneut mit der Freilassung politischer Gefangener begonnen. Es handelt sich dabei, soweit erkennbar, um die Niederschlagung von Verfahren durch die Generalstaatsanwaltschaft, vorzeitige Haftentlassung und unbefristeten Urlaub aus der Strafverbüßung. Diese Aktionen setzen keine gesetzliche Amnestie und kein Gnadenverfahren voraus.“ Schwieriger sei ein solcher Schritt bei Personen, „die als politische Aktivisten eine lange ‚Gefängnis-Tradition‘ aufweisen wie Michnik, Lis und Frasnyniuk. Für ihre Freilassung bedürfte es eines besonderen Aktes, der [...] größere Publizität verursachen und damit innen-, partei- und bündnispolitische Resonanz hervorrufen würde.“ Schließlich gebe es noch die Mög-



inhaftiert aufgrund von Ausschreitungen bei Demonstrationen. Jaruzelski hätte jedoch nicht geleugnet, daß auch Gewerkschaftsführer unter den politischen Gefangenen seien. Es gäbe in Polen jedoch keinen Gulag.

Jaruzelski habe die Beziehungen zur katholischen Kirche als gut bezeichnet. Da die Kirche in Polen lange regiert habe, kämpfe sie heute gegen die Regierung. Die polnische Regierung respektiere jedoch die Macht, die die Kirche darstelle. Jaruzelski hätte von mehreren Treffen mit dem polnischen Primas Glemp berichtet. Die polnischen Katholiken würden wöchentlich Tausende von Blättern verteilen. Polen sei das einzige Land, wo dies möglich sei. Jaruzelski habe erklärt, daß er zur Zeit 1040 Kirchen in Polen bauen lasse.

Präsident Mitterrand erklärte, daß Jaruzelski sicherlich ein Mann mit schlechtem Ruf sei, dessen physische Erscheinung keine Sympathie vermittele. Er sei jedoch kein blutrünstiger Mann und weniger diktatorisch als der tschechoslowakische KP-Chef Husák oder der rumänische Staatschef Ceauşescu. Polen sei heute vergleichbar mit Ungarn. Es sei das einzige Volk mit Reisemöglichkeiten in beiden Richtungen. Reiseeinschränkungen gebe es nur für etwa 500 Leute, von denen das polnische Regime froh wäre, wenn sie ausreisen würden. Jaruzelski sei ein Mann, der sein Land verteidige. Dies würde von ihm auch der Papst<sup>17</sup> sagen. Der Papst habe einmal gesagt, er wisse nicht, ob Jaruzelski ein kommunistischer Roboter oder ein polnischer Patriot sei.

Der Bundeskanzler erwiderte, daß Jaruzelski sicherlich ein polnischer Patriot sowie ein Kommunist sei. Wie tief die kommunistische Überzeugung sei, könne man von einem Menschen, der an der Macht sei, nicht wissen. Es sei bekannt, daß Jaruzelski nicht viel Sympathie in Moskau genieße. Er wisse dies auch. Die Ermordung des katholischen Priesters Popiełuszko<sup>18</sup> hätte auch dazu gedient, Jaruzelski zu schaden und ihn im Westen zu desavouieren. Diese Kräfte, die hier am Werk gewesen seien, hätten sich sicherlich auch durch die französische Reaktion auf den Besuch von Jaruzelski in Paris bestätigt gefühlt.

Jaruzelski habe die Zahl der politischen Gefangenen in Polen beschönigt. Die polnische Kirche sei eine Volkskirche und Kern des Widerstandes. Sie kenne keine vergleichbare Kollaboration mit dem Regime wie z.B. die Kirche in Ungarn oder in der ČSSR.

Der Bundeskanzler bezeichnete die Haltung Polens gegenüber der Bundesregierung als schwer erträglich. Er habe sich bei Präsident Reagan mehrfach für eine Lockerung bzw. Aufhebung der Sanktionen<sup>19</sup> eingesetzt. Er verlange dafür keinen Dank. Der Briefwechsel anläßlich des 15. Jahrestages der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages<sup>20</sup> sei jedoch kennzeichnend. Die Antwort

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1832*

lichkeit der Begnadigung: Deren Annahme „würde aber Schuldanerkenntnis bedeuten, was politische Gefangene häufig ablehnen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1815; Referat 214, Bd. 139700.

<sup>17</sup> Johannes Paul II.

<sup>18</sup> Am 19. Oktober 1984 wurde der polnische Priester Popiełuszko entführt und am 30. Oktober 1984 ermordet aufgefunden. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 292.

<sup>19</sup> Zu den am 23. Dezember 1981 von Präsident Reagan gegen Polen verhängten Sanktionen vgl. Dok. 56, Anm. 5.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Anläßlich des 15. Jahrestages der Vertragsunterzeichnung richtete Bundespräsident Freiherr von

von Ministerpräsident Messner auf seinen Brief sei für die Bundesregierung unerträglich.<sup>21</sup> Die Polen verkörpern häufig einen Stolz, der für andere verletzend ist.<sup>22</sup>

Präsident *Mitterrand* berichtete, daß Jaruzelski ein polnisches Sprichwort zitiert habe: Man könne nicht alles tun, um frei zu sein, aber alles, um nicht völlig versklavt zu sein. Im übrigen kenne er die Katholiken sehr gut, er sei in einer katholischen Familie und einer katholischen Schule aufgewachsen. Seine Schwester sei die Vorsitzende eines katholischen Frauenbundes.

Der *Bundeskanzler* führte das Gespräch noch einmal auf die Frage der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zurück. Sein Interesse sei es, daß die beauftragten Generäle bis zu den nächsten Konsultationen im Februar<sup>23</sup> erste Ergebnisse vorlegen würden, die dann Präsident Mitterrand und er beraten und beschließen könnten. Man könnte sich dabei auf die von ihm genannten Bereiche 3 und 4: Zusammenarbeit der Streitkräfte und gemeinsame Ausbildung erstmal konzentrieren.

Der *militärische Beauftragte* des französischen Präsidenten fügte hinzu, dies wäre vor allem deshalb möglich, weil es bereits einen gemeinsamen Militärausschuß gebe, der diese Fragen beraten könnte.

Präsident *Mitterrand* erklärte, daß im Januar ein Bericht vorgelegt werden sollte, der entscheidungsreif sei. Es müßten jetzt Fortschritte erzielt werden.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1833*

Weizsäcker ein Schreiben an Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski, Bundeskanzler Kohl schrieb an Ministerpräsident Messner, und Bundesminister Genscher sandte ein Grußtelegramm an den polnischen Außenminister Orzechowski. Für den Wortlaut der Schreiben vgl. BULLETIN 1985, S. 1225. Für die Antwortschreiben vgl. Referat 214, Bd. 133042.

<sup>21</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl notierte am 6. Dezember 1985 für Bundesminister Genscher, der polnische Gesandte Sędziwy habe am selben Tag „Grußbotschaften des Vorsitzenden des Staatsrates der VR Polen, Jaruzelski, an den Bundespräsidenten, des polnischen MP Messner an den Bundeskanzler sowie des polnischen AM Orzechowski an Sie“ übergeben: „In den drei Botschaften, die z[um] T[eil] in einem belehrenden und schulmeisterlichen Ton abgefaßt sind, wird die bekannte polnische Rechtsauslegung des Warschauer Vertrages und seiner Bestimmungen zur Grenzfrage in für uns nicht akzeptabler Weise dargelegt (Anerkennung des endgültigen Charakters der polnischen Westgrenze). In der Grußbotschaft Messners an den Bundeskanzler wird zudem auf die ‚auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam getroffenen Entscheidungen der Alliierten über eine dauerhafte territoriale Ordnung in Europa‘ hingewiesen.“ Die auch in Gesprächen mit der polnischen Seite „auf Arbeitsebene“ erwogene Veröffentlichung der beiderseitigen Grußbotschaften müsse „nunmehr ausscheiden“. Dazu vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut handschriftlich: „Ich halte das polnische Verhalten für unglaublich; wir haben gerade eine Umschuldung über 3 M[illi]a[rden] DM paraphiert, die im Jan[uar] von BM Bangemann unterzeichnet werden soll. Ich rate deshalb von einer Teilnahme am poln[ischen] Empfang ab.“ Vgl. Referat 214, Bd. 133042.

<sup>22</sup> Im Auftrag des Bundesministers Genscher, der am Vortag den Empfang in der polnischen Botschaft mit dieser Frage nicht habe „überschatten“ wollen, sprach Staatssekretär Meyer-Landrut den polnischen Botschafter Olechowski am 10. Dezember 1985 auf die polnischen Schreiben an: „Telegramme sollten 15 Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages helfen, die Entwicklung unserer Beziehungen voranzutreiben; sie sollten positive Schritte darstellen. Auf polnischer Seite habe man eine Sprache und Interpretation des Vertrages gewählt, von der Polen wisse, daß wir dem nicht folgen könnten. [...] Wir fragten uns, was man auf polnischer Seite wolle. Wir, die wir guten Willens seien, arbeiteten an der Weiterentwicklung der Beziehungen zu Polen, wirkten in diesem Sinne auf unsere Partner im Westen ein und erlebten dann solche Rückschläge. Der Kanzler, der sich für eine Verbesserung der Beziehungen einsetze, sei tief betroffen. Die ganze Angelegenheit sei nicht hilfreich.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 133042.

<sup>23</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. den Drahtbericht des Botschafters Schoeller, Paris, vom 3. März 1986; AAPD 1986.

Der *französische General* verwies darauf, daß zwischen der deutschen Führungsakademie und der École de guerre bereits ein Austausch vereinbart worden sei, der vielleicht wiederaufgenommen werden könnte. Präsident *Mitterrand* warf ein, daß der Bundeskanzler von einem längeren Zeitraum bis zu einem Jahr gesprochen habe.

Der *Bundeskanzler* wies noch einmal darauf hin, daß es sicherlich besser wäre, für die gemeinsame Ausbildung von militärischem Führungspersonal eine spezielle Einrichtung zu schaffen und nicht an der École de guerre anzugliedern. Vielleicht könnte man einen Sonderkurs einrichten, warf der *französische General* ein.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er eine solche gemeinsame Einrichtung sehr elitär anlegen würde. Es sollten nur solche Offiziere zugelassen werden, deren Aufstiegschancen sicher seien. Diese sollten dann unmittelbar nach Abschluß der Generalstabsausbildung an eine gemeinsame Einrichtung abgeordnet werden.

Präsident *Mitterrand* fügte hinzu, daß es vor allem jüngere Leute sein müßten, die noch in der Lage seien, Bindungen einzugehen. Seine Vorstellung wären Offiziere im Alter von ca. 30 Jahren, ergänzte der *Bundeskanzler*. Dies sei auch seine Meinung, erwiderte Präsident *Mitterrand*. Die gemeinsame Geschichte beginne jetzt, Gestalt anzunehmen. Er sei überzeugt, daß in den kommenden hundert Jahren die Beziehungen noch enger würden.

Der *Bundeskanzler* erläuterte noch einmal sein Interesse, der Sprachausbildung in beiden Ländern größeres Gewicht beizumessen. Beide Seiten sollten eine neue Initiative zur Erlernung der jeweiligen Sprachen ergreifen.

Präsident *Mitterrand* wies darauf hin, daß das deutsche und das französische Volk zusammen rd. 120 Millionen Menschen umfassen würden. Wenn man die Dichte des Wissens und der Ausbildung wie der Intelligenz beider Völker zusammenfassen würde, entspräche dies der Größenordnung der Sowjetunion.

Präsident *Mitterrand* erklärte noch einmal, daß er die Entscheidung über eine gemeinsame Ausbildung des militärischen Führungspersonals in der anschließenden Pressekonferenz bekanntgeben werde. Der *Bundeskanzler* fragte nach dem Ort einer solchen Einrichtung; ob Straßburg dafür in Frage kommen könnte? Dies müsse man prüfen, erwiderte der *französische General*, denn in Straßburg habe die französische Armee eine Sprachenschule eingerichtet. Insgesamt habe sich die Zusammenarbeit im Bereich der Streitkräfte bereits sehr weit entwickelt. Um weiterführende Vorschläge zu erarbeiten, brauche man etwa zwei Monate.

Der *Bundeskanzler* verwies noch einmal auf die Konsultationen, voraussichtlich im Februar in Paris. Dort könnte man die Beschlüsse über die Intensivierung der Zusammenarbeit der Streitkräfte beschließen.

Präsident *Mitterrand* erinnerte noch einmal an die Wichtigkeit, eine gemeinsame Institution über die Zusammenarbeit im Weltraum einzurichten. Frankreich gebe sehr viel Geld aus, verwende aber nicht immer die modernsten Technologien. Deutschland stelle sich dann immer auf die Hinterbeine, weil es den Eindruck habe, daß Frankreich dennoch seine Projekte durchsetzen wolle. Er wolle nur noch einmal darauf hinweisen, daß das Hermes-Projekt spruchreif

sei. Die Bundesregierung sei über dieses Projekt nicht so begeistert.<sup>24</sup> Frankreich werde es jedoch in jedem Falle durchführen. Die französische Regierung habe vorgestern über dieses Projekt gesprochen. Dieses Projekt solle jetzt in einem kleineren Maßstab, jedoch mit modernerer Technologie durchgeführt werden. Frankreich werde in jedem Falle weitermachen. Die Ariane<sup>25</sup> müsse Arbeit bekommen. Sieben bis acht andere europäische Länder seien bereit, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Präzise wolle er sagen: Am liebsten wäre es Frankreich, daß sich auch Deutschland beteilige. Er verstehe, daß der Bundeskanzler nicht so begeistert sei, weil die Vorarbeiten ohne Deutschland erfolgt seien. Er wolle aber ganz klar sagen, daß Frankreich weitermachen werde. Es wäre jedoch sehr schade, wenn sich Deutschland daran nicht beteiligen würde.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er heute noch kein abschließendes Votum abgeben wolle. Im übrigen sei ja ursprünglich vorgesehen gewesen, die Entscheidung über die Europäisierung erst 1987 zu treffen.

*Attali* begründete die französische Entscheidung über eine Vorziehung des Termins mit dem Fortschreiten der amerikanischen Arbeiten in der bemannten Weltraumfahrt. Das französische Interesse sei es, wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies sei der Grund dafür gewesen, daß die Entscheidung über den Einstieg in die Planungsphase vorgezogen werden solle.

Der *Bundeskanzler* erläuterte noch einmal die Position der Bundesregierung. Für ihn wäre die beste Ausgangsposition, wenn das Projekt Hermes bis 1987 ruhen könnte. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an seinen Vorschlag, eine gemeinsame Einrichtung für die Fragen des Weltraums zu schaffen. Die Begründung einer solchen Einrichtung könnte auch neuen Spielraum in der Frage des Hermes-Projektes geben. Dies müßten sie noch einmal überprüfen, erwiderte Präsident *Mitterrand*.

Der *Bundeskanzler* stellte noch einmal unmißverständlich klar, daß seine Entscheidung negativ ausfallen müsse, wenn er sie bereits im Februar 1986 zu treffen habe. Dann werde die Bundesrepublik sich nicht beteiligen. Die Bundesregierung hatte sich auf das Jahr 1987 eingerichtet. *Attali* gab zu, daß dies noch der Stand vor einem Jahr gewesen sei. Die französischen Experten hätten jedoch jetzt erklärt, daß sie nur konkurrenzfähig bleiben könnten, wenn das Hermes-Projekt gleichzeitig mit den amerikanischen Projekten zum Abschluß kommen würde. Präsident *Mitterrand* versicherte dem Bundeskanzler, daß er die Zeitfrage noch einmal prüfen lassen werde.

Der *Bundeskanzler* schlug vor, daß sie bei ihrer nächsten Begegnung am 16. Januar<sup>26</sup> über den Stand dieses Projektes noch einmal sprechen sollten. Er müsse aber noch einmal darauf hinweisen, wenn die Entscheidung im Februar getroffen werden sollte, werde die Antwort der Bundesregierung negativ ausfallen müssen. Offen dagegen sei die Lage für 1987.

#### VS-Bd. 14150 (010)

<sup>24</sup> Zum französischen Wunsch nach einer europäischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines rückkehrfähigen Weltraumtransporters vgl. Dok. 303, Anm. 9.

<sup>25</sup> Zur europäischen Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Trägerrakete Ariane V vgl. Dok. 137, Anm. 10.

<sup>26</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand am 16. Januar 1986 in Baden-Baden vgl. AAPD 1986.

348

## Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hartmann

222-370.45-2300/85 VS-vertraulich

17. Dezember 1985

Über Herrn Staatssekretär<sup>1</sup> Herrn Bundesminister<sup>2</sup> mit der Bitte um Billigung

Betr.: Chemische Waffen;

hier: Bevorstehende Gespräche zwischen unserer CD-Delegation und  
den Delegationen der DDR und der ČSSR<sup>3</sup>

Bezug: Vorlage vom 21.11.1985 – 222-370.45 – (liegt dem Original bei)<sup>4</sup>

1) Angesichts der in den nächsten Tagen bevorstehenden Übergabe unserer Antwortnoten an die DDR und die ČSSR<sup>5</sup> müssen wir nunmehr für die CW-Gespräche unserer CD-Delegation mit den Delegationen der DDR bzw. der ČSSR eine Strategie entwickeln. Botschafter Wegener wird mit seinen Kollegen Kontakt über einen Gesprächstermin aufnehmen, sobald die Noten übergeben sind.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Bundesminister Genscher am 27. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Warum sind die vor einem Monat gebilligten Noten noch nicht übergeben? 2) W[ieder]v[orlage] am 27.12.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 30. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Er[edigt].“ Außerdem verfügte er den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hartmann und vermerkte handschriftlich: „BM ist über Übergabe der Noten unterrichtet.“

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Hartmann erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 222 „z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung] (Unterrichtung Wegener)“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Metternich am 3. Januar 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl vom 27. September 1985, daß die Delegationsleiter der Bundesrepublik, der ČSSR und der DDR bei der Genfer Abrüstungskonferenz chemische Waffen betreffende Fragen erörtern sollten, vgl. Dok. 261, Anm. 28.

Mit Note vom 8. November 1985 erklärte sich die DDR „selbstverständlich bereit“, den Vorschlag aufzugreifen. Sie schlug parallele Gespräche von Vertretern der Außenministerien der Bundesrepublik, der ČSSR und der DDR vor, „um Fragen, die mit der Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone zusammenhängen, zu erörtern“. Vgl. die mit Schreiben des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Richthofen, Bundeskanzleramt, vom 8. November 1985 an Botschafter Ruth übermittelte Note; Referat 210, Bd. 139228.

Am 9. November 1985 übermittelte Botschafter Schattmann, Prag, eine entsprechende Verbalnote, die ihm der tschechoslowakische Stellvertretende Außenminister Johannes am Vortrag übergeben hatte. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1071; Referat 210, Bd. 139228.

<sup>4</sup> Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Ruth legte Entwürfe für Antwortnoten an die DDR und die tschechoslowakische Regierung auf deren Noten vom 8. November 1985 vor. Vgl. VS-Bd. 11556 (222); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Am 19. Dezember 1985 übermittelte Ministerialdirigent Stern, Bundeskanzleramt, die Antwortnote auf die Note der DDR vom 8. November an Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und bat, sie „auf möglichst hoher Ebene“ zu übergeben. Vgl. das Fernschreiben Nr. 2053; Referat 210, Bd. 132652. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann vermerkte am 23. Dezember 1985, daß er am selben Tag „dem tschechoslowakischen Geschäftsträger a[d] i[n]terim] Kramár die Antwortnote der Bundesregierung“ übergeben habe, parallel zur „Übergabe einer gleichlautenden Antwortnote durch StS Bräutigam im DDR-Außenministerium“. Vgl. Referat 210, Bd. 139228.

2) Bei diesen Gesprächen werden wir vor allem zeigen müssen, daß das östliche Zonenkonzept inadäquat und unsere Bemühung um ein weltweites CW-Verbotsabkommen<sup>6</sup> der richtige Weg zur Lösung der CW-Problematik ist. Wir sollten sie deshalb so anlegen, daß der Charakter einer ernsthaften Auslotung der Möglichkeiten für Fortschritte bei den weltweiten CW-Verhandlungen von vornherein deutlich wird. Zugleich sollten wir aber auch die Chance nutzen, um unseren Standpunkt zu einschlägigen grundsätzlichen Fragen der Sicherheitspolitik den beiden Staaten unmittelbar deutlich zu machen; dies gilt z.B. für die Frage der Schaffung von Zonen in Europa ganz generell. Dies Gesprächskonzept könnte dazu führen, daß auch die Partner – insbesondere die DDR – im Verlauf der Gespräche in diesen einen Nutzen sehen, obwohl wir in der Antwortnote ihr eigentliches Anliegen – Dreiergespräche zwischen Vertretern der Hauptstädte – ablehnen werden.

3) Für die Gespräche sind folgende Punkte im einzelnen zu beachten:

- Die Gespräche müssen über einen längeren Zeitraum geführt werden können.
- Wir müssen die Allianzsolidarität wahren, insbesondere unsere wichtigsten Alliierten informiert halten und uns hinsichtlich innerhalb des Westens kontroverser Fragen Zurückhaltung auferlegen (dies gilt vor allem für die Problematik des Art. 10 des US-Vertragsentwurfs<sup>7</sup>).
- Die Diskussion zur Frage einer C-waffenfreien Zone sollten wir offensiv führen. In diesem Zusammenhang können wir im übrigen unseren Standpunkt zur Schaffung jeder Art von Zonen in Europa verdeutlichen, d.h. auch unsere Ablehnung kernwaffenfreier Zonen und Korridore, und so die DDR hinsichtlich der entsprechenden, zur Zeit laufenden SPD-SED-Kontakte von vornherein „bösgläubig“ machen. Von einer Bezugnahme auf die SPD-SED-Vereinbarung über eine C-waffenfreie Zone<sup>8</sup> müssen wir zur Vermeidung einer Aufwertung absehen.
- Im Verhältnis zur DDR bietet die Bezugnahme auf das Gespräch Axen/Bräutigam vom 12.11.1985 einen guten Einstieg. Axen hat dabei erklärt, auf den Territorien beider deutscher Staaten seien Chemiewaffen in erheblichem Umfang gelagert. Das Genfer Protokoll von 1925<sup>9</sup>, dem beide Staaten angehörten, verbiete nicht die Produktion, Weiterentwicklung oder Lagerung der chemischen Waffen, nur der Einsatz werde untersagt. Das genüge heute nicht mehr. Er hat ferner ausgeführt, bei dem Zonenvorschlag gehe es für die DDR um konkrete Vertrauensbildung. Sicher stehe dahinter auch die Idee eines Auseinanderrückens der Blöcke. Er bitte darum, die Vorschläge der DDR ernsthaft zu prüfen.

<sup>6</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung auf der Genfer Abrüstungskonferenz um ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 164.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Artikels X zu „Special on-site Inspection“ des amerikanischen Entwurfs vom 18. April 1984 für ein Abkommen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XXII, S. 431 f. Zu dem Entwurf vgl. auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

<sup>8</sup> Zu dem am 19. Juni 1985 vorgelegten Vorschlag von SED und SPD für ein Abkommen zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Europa vgl. Dok. 207, besonders Anm. 3.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.

Wir sollten deshalb, von diesen Ausführungen Axens ausgehend, im einzelnen darlegen, wo wir zustimmen und wo nicht, und auf dieser Basis unsere Absichten für den Inhalt weiterer Gespräche begründen.

Axens Eingeständnis der Lagerung von C-Waffen in der DDR erleichtert uns die Gesprächsführung. Noch während der vorjährigen VN-GV hatte die DDR Botschafter Wegener wegen dessen Äußerungen angegriffen, „es sei eine unbestrittene Tatsache, daß östliche Staaten weiterhin CW besitzen und produzieren“. DDR-Botschafter Rose (Wegeners künftiger Gesprächspartner) hat damals – möglicherweise mit dem Ziel, den Besitz = Verfügungsmacht der DDR, nicht aber die Lagerung bestreiten zu wollen – u. a. erklärt, „eine solche Feststellung scheint zu implizieren, daß die DDR chemische Waffen produziert und besitzt. Das ist einfach eine Lüge, und der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland weiß das. Die Delegation der DDR weist derartige absichtliche Verleumdungen nachdrücklich zurück“.<sup>10</sup> Die Bezugnahme auf die Bemerkung Axens könnte die Vertreter der DDR u. U. künftig zu mehr Vorsicht veranlassen.

- Hinsichtlich des Inhalts der Gespräche sollten wir vorschlagen, daß zwischen den Delegationen die noch offenen Fragen eines weltweiten CW-Abkommens im einzelnen erörtert werden, um festzustellen, wo möglicherweise Ansatzpunkte für Fortschritte gesehen werden.
  - DDR und ČSSR haben zugestimmt, daß die Gespräche zwischen den Delegationen bilateral geführt werden. Falls nach den Eröffnungssitzungen entsprechende Wünsche geäußert werden, sollten wir uns aber gegen Gespräche zu dritt nicht sträuben, da diese angesichts des Rahmens der Genfer Abrüstungskonferenz und der von uns verfolgten Zielsetzung (im Unterschied zu von uns abgelehnten Dreiergesprächen zwischen Vertretern der Hauptstädte) keinen Fehlinterpretationen zugänglich sein würden.<sup>11</sup>
- 4) Das Gespräch mit der DDR-Delegation sollte entsprechend dieser Linie zunächst stattfinden, das – politisch und inhaltlich erheblich weniger gewichtige – mit der ČSSR könnte mit kurzem Abstand folgen. Botschafter Wegener sollte sich gegenüber der DDR wie folgt äußern (gegenüber der ČSSR müßte die Bezugnahme auf Axen entfallen):
- Für uns gehe es darum, jede Möglichkeit zur Erreichung von Fortschritten in Richtung auf ein weltweites CW-Verbotsabkommen zu nutzen, zu dem es für uns – wie bekannt – keine sachgerechte Alternative gebe. Die Bundesre-

<sup>10</sup> In einem Gespräch mit Ministerialrat Germelmann, Bundeskanzleramt, am 21. Dezember 1984 erklärte der Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der DDR, Klein, daß der Leiter der Delegation der Bundesrepublik auf der Genfer Abrüstungskonferenz (CD), Wegener, im Ersten Ausschuß der VN-Generalversammlung „verleumderische Angriffe gegen die sozialistischen Staaten gerichtet“ und am 2. November 1984 „von ‚anhaltender Produktion chemischer Waffen und von Ausrüstungen für chemische Kriegsführung in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten‘ gesprochen“ habe. Am 9. November 1984 habe er dies an gleicher Stelle „in verschärfter Form wiederholt, indem er ausgeführt habe: ‚Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die östlichen Staaten weiterhin chemische Waffen produzieren und sie besitzen‘.“ Klein zitierte zudem die Stellungnahme des Leiters der DDR-Delegation, Rose, vom 12. November 1984 dazu. Vgl. den von Germelmann am 27. Dezember 1984 übermittelten Auszug aus der Gesprächsaufzeichnung; Referat 222, Bd. 162055.

<sup>11</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Ruhfus durch Fragezeichen hervorgehoben.

gierung habe immer wieder die hohe Priorität unterstrichen, die sie einem baldigen weltweiten CW-Verbot beimesse.

- Den Ausführungen Axens entnahmen wir, daß die DDR das Vorhandensein von C-Waffen auf ihrem Boden als Belastung empfinde.
- Anders als die DDR sähen wir in dem Konzept einer C-waffenfreien Zone in Europa keinen sicherheitspolitischen Vorteil. Aus unserer Sicht spreche gegen eine solche Zone die geographische Asymmetrie (wir blieben weiterhin von in anderen Ländern des Warschauer Pakts stationierten CW bedroht sowie durch Entwicklung der Waffentechnologie = Bestückung von Kurz- und Mittelstreckenraketen mit CW). Unsere militärische Sicherheit sei entscheidend mit dem Konzept der Vorneverteidigung und mit der Aufrechterhaltung der strategischen Einheit des Allianzgebiets verbunden. Dies gelte auch gegenüber Vorschlägen für die Errichtung kernwaffenfreier Zonen oder eines kernwaffenfreien Korridors in Europa.
- Wir hätten begrüßt, daß das Kommuniqué des Genfer Gipfels<sup>12</sup> die Bedeutung der Bemühungen um ein weltweites CW-Verbot unterstrichen und sich für eine Beschleunigung ausgesprochen habe, u. a. durch Intensivierung der bilateralen Kontakte zwischen den beiden Großmächten. Wir sähen in den amerikanisch-sowjetischen und unseren eigenen Kontakten mit DDR und ČSSR eine gleichgerichtete Anstrengung.
- Wir schlugen vor, in einer Serie von Gesprächen die einzelnen offenen Fragen eines weltweiten CW-Verbotsabkommens zu erörtern, mit dem Ziel, festzustellen, wo es entwicklungsfähigen gemeinsamen Boden gebe. Wir seien selbstverständlich für Anregungen der DDR (ČSSR) für diese Gespräche offen.<sup>13</sup>

D 2<sup>14</sup> hat mitgezeichnet.

Hartmann

**VS-Bd. 11556 (222)**

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

<sup>13</sup> Botschafter Wegener, Genf (CD), traf am 11. Februar 1986 mit seinem Kollegen aus der DDR, Rose, und dem tschechoslowakischen Botschafter Vejvoda zusammen.

<sup>14</sup> Gerold Edler von Braunmühl.



## 349

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl****201-360.90 FRA-1933/85 VS-vertraulich****18. Dezember 1985<sup>1</sup>**

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Deutsch-französische sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 22. Juli 1985 (201-360.90 FRA-1175/85 VS-v)<sup>4</sup>

**I. Kurzfassung**

In der innerfranzösischen Diskussion um die Rolle der eigenen Streitkräfte im Rahmen eines Gesamtverteidigungskonzepts für Europa ist eine erneute Trendwende mit Rückbesinnung auf engere nationale Betrachtungsweisen zu beobachten. Ernüchterung auf französischer Seite über die im deutsch-französischen Abstimmungsprozeß aufgetretenen Schwierigkeiten ist dabei nicht zu übersehen. In Frankreich ist der Eindruck entstanden, mit einer Vielzahl von Anstößen und Initiativen im Bereich der militärischen Planungen, vor allem aber bei der Entwicklung militärisch nutzbarer Zukunftstechnologien einseitig Leistungen erbracht zu haben, denen von den europäischen Partnern, insbesondere uns, nicht in der erwarteten Weise entsprochen wurde.

Die Übernahme nuklearer Garantien im regionalen oder bilateralen Rahmen wird weder von der jetzigen Regierung noch von der Opposition angestrebt. Ein wie auch immer geartetes Mitspracherecht bei der nuklearen Einsatzplanung steht nicht zur Disposition.

Im Bereich der konventionellen militärischen Zusammenarbeit haben sich die operativen Vorstellungen beider Länder mit der schrittweise vorangetriebenen Ausgestaltung von Einsatzoptionen für die Erste französische Armee und die

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und von Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stackelberg konzipiert.  
Hat Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine ausgezeichnete Ausarbeitung.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Februar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Edler von Braunmühl und Ministerialdirigent von Ploetz an Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach am 11. August 1986 vorgelegen, der für Staatssekretär Ruhfus handschriftlich vermerkte: „Heute wurden verschiedene alte VS-Vorlagen von Juni bis Nov[ember] 1985 zurückgereicht, die die Paraphen des BM trugen. Sie waren überwiegend auch inhaltlich überholt. Ich habe sie ins Haus zurückgehen lassen. Anliegende Aufzeichnung hob sich durch Gehalt und offenbare Wertschätzung ab. Sie wird im Rücklauf vorgelegt.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11991 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

Hat Ruhfus erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 2. September 1986 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Freiherr von Stackelberg verfügte.

<sup>4</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Schauer vgl. Dok. 202.

schnelle Eingreiftruppe (FAR) einander angenähert. Bei der Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis besteht zwischen Frankreich und uns trotz unterschiedlicher Verteidigungsphilosophien Interessenidentität. Beide Länder bilden den Kern einer Risikogemeinschaft, die gegenseitige Solidarität erforderlich macht. Wir werden uns darauf einzustellen haben, daß Frankreich bei europäischen Problemstellungen die Suche nach europäischen Lösungen weiter verstärken wird. Bessere und frühzeitigere Abstimmung in den bilateralen und multilateralen Bedarfsplanungen ist erforderlich. Wir werden dabei zunehmend vor der Frage stehen, ob wir bereit sind, europäischer Akzentsetzung gemeinsam mit Frankreich einen höheren Rang als in der Vergangenheit einzuräumen. Die intensivierte sicherheitspolitisch-strategische Zusammenarbeit, die durch das Ergebnis der Gespräche BK–Präsident am 17.12.<sup>5</sup> einen neuen Impuls und konkrete Vorgaben erhielt, bietet einen guten Rahmen, den wir zielstrebig nutzen müssen.<sup>6</sup>

## II. Im einzelnen

1) Die Ausgangspunkte deutscher und französischer Sicherheitspolitik sind in ihrer jeweiligen politischen und geographischen Zuordnung nicht deckungsgleich: Fehlende strategische Tiefe und damit zusammenhängende Notwendigkeit zur Vorverteidigung machen für uns Integration der Streitkräfte und Solidarhaftung seitens der Stationierungsländer unverzichtbar. Nur die amerikanische Nukleargarantie ist im Rahmen der Strategie der flexiblen Erwidern<sup>7</sup> durch ihre Qualität und durch die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in vorderster Linie glaubhaft. Sie ist nicht ersetzbar (so auch Mitterrand zu BK am 17.12.)<sup>8</sup>.

2) Demgegenüber orientiert sich französische Sicherheitspolitik in der Fünften Republik grundsätzlich am „nationalen Sanktuarium“ (Territorium, Überleben, nationale Unabhängigkeit) und an den „vitalen Interessen“ der Nation. Prioritärer Ausbau der nuklearen Abschreckungsstreitmacht bei – haushaltsbedingter – relativer Vernachlässigung der konventionellen Streitkräfte ist folgerichtig. Beteiligung an der Vorverteidigung des Bündnisses und dadurch bedingter Automatismus im Konfliktfall widerspräche einem ausschließlich auf das „Hexagon“ beschränkten verteidigungspolitischen Denken.

Folgende Faktoren führen indes zu einer Annäherung der sicherheitspolitischen Situation beider Länder:

- Die Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen, die Frankreich prinzipiell ebenso wie uns betrifft (ungeachtet der nach wie vor gegebenen unterschiedlichen politisch-strategischen Situation aus der Sicht der SU).
- Die gesteigerte konventionelle Angriffsfähigkeit der WP-Streitkräfte, die einen Durchstoß und damit die frühzeitige Einbeziehung französischen Territoriums im Konfliktfall wahrscheinlicher macht.
- Die Entwicklung von Defensivtechnologien bei beiden Großmächten, die die Bedeutung des französischen nuklearstrategischen Potentials zu relativieren

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Paris vgl. Dok. 347.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

<sup>7</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 82, Anm. 20.

<sup>8</sup> Der Passus in Klammern wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

droht. Der angestrebte Ausgleich durch Steigerung von Zielgenauigkeit und Penetrationsfähigkeit (qualitativ und quantitativ) führt zu einer zusätzlichen Belastung, die Frankreich an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit führt.

- Die Erkenntnis, daß die Verfügbarkeit der militärisch erforderlichen Zukunftstechnologien (vor allem im Weltraum) im nationalen Rahmen nicht mehr sichergestellt werden kann.

Bei der Bewältigung der dadurch bedingten strategischen, technologischen und finanziellen Herausforderungen ist Frankreich auf Partner angewiesen, die es aufgrund seiner auf Unabhängigkeit gerichteten Politik primär im europäischen Verbund sucht. Die deutsch-französische Zusammenarbeit erscheint dabei angesichts des hohen Standes der bilateralen Beziehungen und der vor allem bei uns angenommenen ökonomischen und technologischen Leistungsfähigkeit als der naheliegende Bezugsrahmen. Frankreich erwartet hier unsere europäische Solidarität. Wie die Entwicklung der militärischen Zusammenarbeit zeigt (Erste französische Armee, FAR), ist es selbst zu solidarischem Verhalten unterhalb der Schwelle der Reintegration ins Bündnis<sup>9</sup> bereit.

Spätestens seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Mitterrand 1981 ist in Frankreich ein vorsichtiger Prozeß des Umdenkens hinsichtlich der Grundlagen seiner auf starker Betonung nationaler Souveränität beruhenden Sicherheitspolitik erkennbar. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in strategischen Fragen, in der militärischen Zusammenarbeit und vor allem bei der Rüstungskooperation. Während F sich in den ersten Bereichen eher als Gebenden sieht, erwartet es bei der Rüstungskooperation, daß wir – wenn wir nicht schon mit eigenen Konzeptionen aufwarten – französischen Vorschlägen aufgeschlossen und politisch gegenüber treten. Die als haushälterisch kritisierte Position z.B. zum Projekt des Beobachtungssatelliten und die mangelnde Bereitschaft zum Durchdenken der künftigen Bedeutung der<sup>10</sup> sicherheitspolitischen Dimension des Weltraums für die gemeinsame Sicherheit wird politisch nicht verstanden, allenfalls als Entscheidung für Gefolgschaft gegenüber den USA und gegen die europäische Identität erklärt.

Den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die Diskussion über die eigene sicherheitspolitische Lage und die künftige Rolle der französischen Streitkräfte, die in der ersten Hälfte des Jahres 1985 in Frankreich geführt wurde. Im Mittelpunkt dieser Diskussion, an der sich die großen politischen Parteien einschließlich der Sozialisten sowie namhafte Publizisten beteiligten, stand dabei die mögliche Einbeziehung der Nachbarländer Frankreichs, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, in die eigenen strategischen Planungen. Diese Überlegungen fußten auf der Erkenntnis, daß die Sicherheit Frankreichs bei realistischer Analyse der Bedrohungslage untrennbar mit der seiner europäischen Nachbarn, insbesondere uns, verknüpft sei.

Die sozialistische Regierung hat sich an der Diskussion selbst nicht beteiligt. Sie hat uns gegenüber aber wiederholt deutlich gemacht, daß entsprechende

<sup>9</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>10</sup> Die Wörter „künftigen Bedeutung der“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

Äußerungen der Parteien, vor allem der Regierungspartei PS, sehr ernst zu nehmen seien. Die vom damaligen VM Hernu in Münsingen am 20.6.1985 beschworene Identität der Sicherheitsinteressen von Deutschland und Frankreich<sup>11</sup> konnte und sollte als Hinweis auf ein vorsichtiges Abrücken Frankreichs von dem auf sein Territorium beschränkten verteidigungspolitischen Denken und Betonung gesamteuropäischer Interessen im Rahmen einer westlichen Gesamtstrategie verstanden werden.

3) Vor allem im Bereich der Rüstung haben sich die französischen Erwartungen in die Möglichkeiten bilateraler Kooperation nur teilweise erfüllt. In diesem Zusammenhang sind als Beispiele zu erwähnen:

- das Scheitern bei der Entwicklung eines gemeinsamen Kampfpanzers für die 90er Jahre (anders als Frankreich brauchen wir auf absehbare Zeit kein neues Modell)<sup>12</sup>;
- die deutsche Entscheidung zur Beschaffung des multilateralen „Stinger“ (Boden-Luft-Flugkörper) statt der französischen „Mistral“ („Stinger“ verfügbar und technisch ausgereift)<sup>13</sup>;
- deutsche Zurückhaltung gegenüber dem Wunsch, französischer Version eines Marineaufklärungsflugzeugs Priorität einzuräumen (elektronische Ausrüstung entspricht nicht den Anforderungen der Marine)<sup>14</sup>;
- Ausscheiden Frankreichs aus dem Projekt eines europäischen Kampfflugzeugs (EFA) (Weigerung F's, ein auf die Jagdrolle optimiertes Flugzeug mitzutragen).<sup>15</sup>
- Zurückstellung der deutschen Beteiligung am Projekt eines gemeinsamen Aufklärungssatelliten (zu hohe Kosten).<sup>16</sup>

Auch die deutsche Entscheidung, vorerst keine Beteiligung an der Entwick-

<sup>11</sup> Zu den Ausführungen des französischen Verteidigungsministers Hernu vgl. Dok. 171, Anm. 5.

<sup>12</sup> Referat 209 legte am 14. Juni 1985 zur Rüstungszusammenarbeit mit Frankreich dar: „Unter den nicht zustande gekommenen bilateralen Projekten steht an erster Stelle der deutsch-französische Kampfpanzer 90, der 1982, nicht zuletzt wegen Unvereinbarkeit der Einführungsdaten, am Widerstand unseres Parlaments scheiterte.“ Vgl. Referat 209, Bd. 130039.

<sup>13</sup> Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz legte am 8. Januar 1985 dar, daß Ministerialdirektor Schnell, Bundesministerium der Verteidigung, der französischen Regierung bereits im September 1984 mitgeteilt habe, daß hinsichtlich der Beschaffung von Boden-Luft-Raketen „nur eine geringe Chance des Umsteigens von ‚Stinger‘ auf das französische Modell ‚Mistral‘ bestehe, das sich noch in der Entwicklung befinde. [...] BMVg sieht in ‚Stinger‘ ein praxisbewährtes Produkt; bei Entwicklungsreife sei ‚Mistral‘ nur potentiell ‚Stinger‘ ebenbürtig.“ Außerdem setze sich die Bundesregierung „in der entsprechenden IEPG-Arbeitsgruppe bereits seit längerem federführend für eine europäische Beschaffung des ‚Stinger‘ ein“. Vgl. Referat 209, Bd. 130039.

<sup>14</sup> Referat 209 resümierte am 16. Oktober 1985 die Ergebnisse des Treffens des Ministerialdirektors Schnell, Bundesministerium der Verteidigung, mit dem Abteilungsleiter im französischen Verteidigungsministerium, Blanc. Zum „Maritime Patrol Aircraft 90“ wurde ausgeführt, es konkurrierten „vier verschiedene Versionen, darunter eine frz. Neuentwicklung (Bréguet Atlantique II), die jedoch nicht völlig unseren Forderungen entspricht und daher – mit unbestimmten zusätzlichen Kosten – modifiziert werden muß. F drängt auf Entscheidung für frz. Version; wir wollen gleichberechtigten Wettbewerb der in Frage kommenden Versionen bis zur Entscheidung (1987).“ Vgl. Referat 209, Bd. 130039.

<sup>15</sup> Zum französischen Ausscheiden aus dem Projekt des Jagdflugzeugs „European Fighter Aircraft“ (Jäger 90) vgl. Dok. 224, Anm. 6.

<sup>16</sup> Zur Haltung der Bundesregierung zum Projekt eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 305, Anm. 35.

lung eines gemeinsamen Weltraumprojekts (Hermes) vorzusehen<sup>17</sup>, muß trotz dessen überwiegend nichtmilitärischer Zuordnung in diesem Zusammenhang gesehen werden.

4) Auch wir sind auf französische Partnerschaft angewiesen. Nur bei Einbeziehung französischen Territoriums und französischer Potentiale läßt sich die von uns gewünschte Stärkung des europäischen Pfeilers im Bündnis realisieren. Gerade die neuen technologischen Möglichkeiten und die von ihnen möglicherweise ausgehenden Umwälzungen der Strategie legen die Ausgestaltung einer deutsch-französischen Risikogemeinschaft nahe, zumal wenn diese – wie F immer wieder unterstellt – im Ergebnis dazu führen könnten, daß unser Status als Nichtnuklearmacht relativiert werden könnte. Es muß das gemeinsame Anliegen beider Länder sein, die sich hieraus ergebenden gemeinsamen Interessen herauszuarbeiten und den sicherheitspolitischen Verbund weiter auszugestalten.

5) Die französische Regierung ist sich bewußt, daß einseitige Schuldzuweisungen nicht möglich sind (so Präsidentenberater Védérine gegenüber MdB Rühle und Lamers am 27.11.1985.<sup>18</sup>) Es wird erkannt, daß die rüstungspolitischen Ansätze beider Länder unterschiedlich sind:

Während für uns der militärische Bedarf für den Einsatz in Zentraleuropa bei gleichzeitiger Kostengünstigkeit im Vordergrund steht, betont Frankreich die prinzipielle Notwendigkeit eigener, europäischer Entwicklungen auch auf die Gefahr hin, in der Kostenfrage nicht in jedem Fall mit amerikanischen Angeboten konkurrieren zu können. Der Ausgleich hierfür wird (so beim Kampfflugzeug) in der Auslegung für den Export in Drittmärkte gesucht.

6) Französische Enttäuschung hinsichtlich seiner Erwartungen an die bilateralen Kooperationsmöglichkeiten manifestiert sich gerade in der Erkenntnis, daß es trotz des hohen Standes der deutsch-französischen Partnerschaft bisher nicht gelungen ist, zu einer Harmonisierung der beidseitigen Vorstellungen in diesem Bereich zu gelangen. Die „Idylle von 1981–1983“ (so Védérine) habe die jetzt zutage getretenen Interessengegensätze nur verdeckt.

Auch Präsident Mitterrand hat unlängst gegenüber Bundestagspräsident Jenninger eine ernüchternde Bilanz des gemeinsam Erreichten gezogen und sich wenig optimistisch über die Aussichten für die künftige Zusammenarbeit geäußert.<sup>19</sup> Mitterrand bemängelte insbesondere die Entwicklung beim Projekt eines europäischen Kampfflugzeuges. Er äußerte gleichzeitig den Vorwurf, wir

<sup>17</sup> Zum französischen Wunsch nach einer europäischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines rückkehrfähigen Weltraumtransporters (Hermes-Projekt) vgl. Dok. 303, Anm. 9.

<sup>18</sup> Der Berater des französischen Präsidenten, Védérine, wies am 27. November 1985 im Gespräch mit den CDU-Abgeordneten Lamers und Rühle auf die „erheblichen Interessengegensätze“ zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hin. Sie verhinderten bei der Zusammenarbeit „die praktische Umsetzung des guten Willens in sichtbare Maßnahmen. Das gelte insbesondere im Verteidigungsbereich: Panzer, Beobachtungssatellit, Hermes, Luftabwehr, Kampfflugzeug ... Nichts sei zustande gekommen. Einseitige Schuldzuweisung an D sei unsachlich. Tatsache sei, daß die Militärs in F nur eigene Projekte verwirklichen wollten, die Bundeswehr stets die US-Kooperation vorziehe, die Industriellen eigenwillig seien und Dassault (Kampfflugzeug) eher monopolistisch und gegen die Kooperation eingestellt sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2572 des Botschafters Schoeller, Paris, vom 28. November 1985; VS-Bd. 12966 (202); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>19</sup> Zum Gespräch des Bundestagspräsidenten Jenninger mit Staatspräsident Mitterrand während seines Besuchs vom 29. bis 31. Oktober 1985 in Frankreich vgl. Dok. 302 und Dok. 303.

verbänden uns in der zukunftsweisenden Frage der Weltraumtechnologienpolitik mit den USA und stellten uns damit außerhalb Europas. Er machte jedoch deutlich, daß er trotz aller Rückschläge eine Alternative zur deutsch-französischen Zusammenarbeit nicht sieht.

Bei der letzten Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 18.10.1985 wurde im Blick auf das Projekt eines gemeinsamen Aufklärungssatelliten französischerseits offen von „Frustration“ gesprochen. Es wurde deutlich, daß die französische Seite unser Vorgehen als ein Abweichen von eingegangenen Zusagen (Gipfel von Bad Kreuznach<sup>20</sup>) betrachtet.<sup>21</sup>

Das vorläufige Scheitern der Projekte Aufklärungssatellit und „Hermes“ wiegt für die Franzosen besonders schwer. Angesichts der Herausforderung besonders durch das SDI-Forschungsprogramm sieht man den Schwerpunkt europäischer und bilateraler Zusammenarbeit mit uns im Hochtechnologiebereich. Die Nutzung des Weltraums betrachtet Frankreich als die wichtigste, den Europäern gestellte Herausforderung. Nur wenn es hier gelingt, mit den beiden Großmächten Schritt zu halten, kann Europa nach französischer Auffassung im technologischen Wettlauf mithalten. Der BK-Vorschlag vom 17.12. zum gemeinsamen Studium aller zivilen und militärischen Aspekte der Weltraumproblematik für Europa stellt daher ein wichtiges Signal dar.<sup>22</sup>

7) Die in der französischen Öffentlichkeit diskutierte Ausweitung der französischen Nukleargarantie auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wird von der französischen Regierung nach wie vor ausgeschlossen. Staatspräsident Mitterrand hat dies gegenüber Bundestagspräsident Jenninger erneut unmißverständlich zum Ausdruck gebracht und gegenüber BK am 17.12. bestätigt.<sup>23</sup>

Die französische Nuklearverteidigung könne das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht in ihre Strategie einschließen, da damit die französische Abschreckungsstrategie unglaubwürdig werde. Deutschland solle nicht gedrängt werden, zwischen Frankreich und den USA wählen zu müssen. Es solle allerdings in der Lage sein, einmal selbständig für seine eigene Sicherheit zu sorgen.

Äußerungen führender Oppositionspolitiker zeigen, daß sich in der Nuklearfrage auch bei einem möglichen Regierungswechsel nichts ändern dürfte. Das schließt nicht aus, daß durch gezielte Spekulationen über die Einsatzkriterien der französischen Nuklearstreitkräfte bei gleichzeitiger Betonung der sicherheitspolitischen Interessenidentität mit uns ein gewisses Maß an Unsicherheit gerade über diese Frage erhalten bleiben soll.

<sup>20</sup> Zu den Absprachen vom 29. Oktober 1984 hinsichtlich eines deutsch-französischen Aufklärungssatelliten vgl. Dok. 35, Anm. 2.

<sup>21</sup> Während der Sitzung des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung am 18. Oktober 1985 wurde von französischer Seite zum Projekt eines gemeinsamen Aufklärungssatelliten ausgeführt: „Die Zusage von Bad Kreuznach sei immer noch nicht eingelöst. Die deutsche Reaktion auf den französischen Vorschlag sei nicht sehr enthusiastisch. Hier ginge es aber um die Glaubwürdigkeit der öffentlich gegebenen Verpflichtung, an einem gemeinsamen Projekt zu arbeiten. [...] Die bisherige Entwicklung seit Bad Kreuznach habe auf französischer Seite ‚Frustration‘ bewirkt.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lewalter vom 21. Oktober 1985; VS-Bd. 11991 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>22</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

<sup>23</sup> Der Passus „und gegenüber ... bestätigt.“ wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

8) Im konventionellen Bereich hat die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich einen hohen Stand erreicht. Hier zeigt sich die Bereitschaft Frankreichs, aus der Erkenntnis der zunehmenden Interessenidentität in der Sicherheitspolitik – wenn auch behutsam – Konsequenzen zu ziehen. Unser Wunsch, die französischen Streitkräfte (trotz ihrer Nichtintegration) durch Abstimmung der bilateralen Einsatzplanungen und der logistischen Vorbereitungen an die Vorneverteidigung im Bündnis heranzuführen, realisiert sich schrittweise und ohne großes Aufsehen. Die Planungen für den Einsatz der Ersten französischen Armee und vor allem der mobilen Eingreiftruppe (FAR) sind weit vorangeschritten. Die Erprobung bei gemeinsamen Manövern ist fester Bestandteil der Zusammenarbeit.

9) Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß sich die – aus französischer Sicht – negative Bilanz bei der Rüstungskooperation auf den Bereich der militärischen Zusammenarbeit auswirken könnte. Jüngste Äußerungen der französischen Führung verdienen dabei unsere Aufmerksamkeit:

Bei seiner jüngsten Rede vor dem Institut für höhere Studien der nationalen Verteidigung (IHEDN) erwähnte VM Quilès – abweichend von der Praxis früherer VM – sicherheitspolitische Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland mit keinem Wort. Statt dessen betonte er die Eigenständigkeit französischer Verteidigungspolitik und die Verpflichtungen in Übersee.<sup>24</sup> Hiermit auf einer Linie stehen seine Äußerungen anlässlich der Amtsenthebung des Kommandeurs der I. Panzerdivision in Trier, General Arnold<sup>25</sup>, wonach Frankreich keine schwereren und ultramodernen Panzer brauche, da es schließlich „nicht in der ersten Linie“ stehe.<sup>26</sup>

<sup>24</sup> Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, informierte am 18. November 1985 über die Rede des französischen Verteidigungsministers am 12. November 1985 im Institut des hautes études de Défense nationale. In den Mittelpunkt habe Quilès die Frage gestellt: „Leitet die aktuelle und vorhersehbare technologische Entwicklung eine Änderung der französischen strategischen Doktrin und der Auswahl der Bewaffnung ein?“ und ausgeführt: „An den beiden extremen Polen der französischen Verteidigungskonzeption wolle er die Antwort aufzeigen, nämlich der nuklearen Abschreckung und der Krisenbewältigung. Die nukleare Abschreckung als Schlüsselement dieser Konzeption sei der Bewahrer französischer Identität und Souveränität. Die Fähigkeit zur Krisenbewältigung sei erforderlich zur Aufrechterhaltung französischer Aktionsfreiheit in der Welt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2497; Referat 201, Bd. 143331.

<sup>25</sup> Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, berichtete am 4. November 1985, der Kommandeur der französischen Ersten Panzerdivision, Arnold, habe in einem Gespräch am 30. Oktober 1985 „mit Pariser Journalisten, in dem allem Anschein nach Vertraulichkeit zugesichert war“, auf Mängel bei der Modernisierung der ihm zur Verfügung stehenden Kampfpanzer hingewiesen und „als Beispiel die Ausstattung der britischen und deutschen Panzerverbände herangezogen, welche um eine bzw. zwei Generationen im Vorteil seien“. Arnold sei aufgrund dieser Äußerungen am 1. November 1985 seines Amtes enthoben worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2395; Referat 201, Bd. 143331. Referat 201 resümierte am 5. November 1985: „Mit seiner Kritik am Einsatzwert der Ersten französischen Panzerdivision hat General Arnold einen neuralgischen Punkt der sozialistischen Regierung Frankreichs berührt.“ Angesichts der Kritik der Oppositionsparteien am „Zustand der konventionellen Streitkräfte“ habe die französische Regierung die Äußerungen von Arnold „als Stellungnahme zugunsten der Oppositionsparteien im beginnenden Vorwahlkampf“ aufgefaßt. Vgl. Referat 201, Bd. 143338.

<sup>26</sup> Am 5. November 1985 gab Brigadegeneral von Wietersheim, Paris, Ausführungen des französischen Verteidigungsministers in einem Fernsehinterview wieder, in dem Quilès dem Kommandeur der französischen Ersten Panzerdivision, Arnold, vorgeworfen habe, durch seine Äußerungen den französischen Exportinteressen geschadet zu haben. Außerdem habe Quilès bemerkt: „Wenn Arnold behauptet habe, die französischen Panzer seien ein oder zwei Generationen veraltet, so könne

Die skeptischen Äußerungen Präsident Mitterrands bei seiner Pressekonferenz am 21.11.1985 zu den Möglichkeiten einer europäischen Verteidigung<sup>27</sup> deuten in die gleiche Richtung. Bemerkenswert ist auch, daß er bei seinen kritischen Bemerkungen gegenüber Bundestagspräsident Jenninger Aspekte der Verteidigung und der Rüstung miteinander verband.

### III. Schlußfolgerungen

1) Für uns bleibt die deutsch-französische Partnerschaft der Motor jeder europäischen Zusammenarbeit. Dies gilt auch für den sicherheitspolitischen Bereich. Bei der Stärkung des europäischen Pfeilers im westlichen Bündnis sind deutsche und französische Interessen (trotz Nichtintegration der französischen Streitkräfte) identisch. Die von uns angestrebte Teilnahme französischer Streitkräfte an der konventionellen Vorverteidigung liegt in unserem nationalen und Bündnisinteresse. Sie nützt auch Frankreich.

2) Wir müssen uns darauf einstellen, daß Frankreich für Problemstellungen im europäischen Zusammenhang zunehmend nach europäischen Lösungen suchen wird. Als wichtigster Adressat derartiger Initiativen werden wir dabei zunehmend vor der Frage stehen, ob wir bereit sind, europäischer Akzentsetzung gemeinsam mit Frankreich mehr als in der Vergangenheit Priorität einzuräumen. Wir müssen dabei berücksichtigen, daß die Erhaltung einer gewissen Unabhängigkeit im militärisch und zivil nutzbaren Hochtechnologiebereich in Frankreich – derzeit jedenfalls – noch politisch höher als bei uns angesetzt wird. Die zwischen beiden Ländern bestehende Risikogemeinschaft muß zum Ausgangspunkt zur weiteren Annäherung der strategischen und taktischen Konzepte, aber auch für gemeinsame Vorhaben im Bereich der Rüstung und der Hochtechnologie genutzt werden.

Die französische Feststellung, wir zögerten in manchen Bereichen der Zusammenarbeit mit Frankreich, da wir im Zweifel der Zusammenarbeit mit den USA den Vorzug geben wollten, ist nicht ganz unberechtigt. Hier ist bei uns noch eine gewisse gedankliche Nacharbeit vonnöten, um ein klassisches Denkschema voraussehbaren Entwicklungen anzupassen. Es geht nicht um die Alternative, ob die Europäer für ihre Sicherheit allein sorgen oder die Amerikaner brauchen. Es geht darum, ob die Europäer individuell, unkonzertiert und damit zu Bedingungen drastischer Ungleichheit mit den USA kooperieren oder als starke Einheit in partnerschaftlicher Gleichheit. In Anbetracht der technologischen Revolution ist der zweite Weg unabdingbar, wenn Europa in Zukunft stark und selbständig bleiben und außerdem von den USA auch weiterhin als eine Region betrachtet werden will, deren Unabhängigkeit von dem sowjetischen Rivalen im amerikanischen sicherheitspolitischen Interesse liegt. Für eine solche Entwicklung kann, auch angesichts der technologischen Abschottungstendenzen in den USA, nur die sicherheits- und rüstungskoooperationspolitische

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1847*

er nur sagen, daß allem Anschein nach die Vorstellungen einiger französischer Generale um ein oder zwei Generationen veraltet seien. Der Kampfpanzer würde heute nicht mehr die Rolle wie im Zweiten Weltkrieg spielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2405; Referat 201, Bd. 143338.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut der Äußerungen des Staatspräsidenten Mitterrand zur Verteidigung Europas vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1985 (November/Dezember), S. 74.



Zusammenarbeit mit Frankreich und den anderen Europäern die Grundlage legen.

3) Vor allem die in der Zusammenarbeit der konventionellen Streitkräfte liegenden Ansatzpunkte müssen wir aktiv nutzen. Wir müssen dabei berücksichtigen, daß die Konkurrenz zwischen Feldheer und Nuklearstreitkräften um die knapper werdenden Ressourcen weiterhin ein bestimmender Faktor französischer Militärpolitik bleibt, der sich unter dem Druck künftiger Entwicklungen in den Defensivtechnologien noch verstärken wird. Die Definition konkreter Rollen in der Vorneverteidigung wird dabei die Kräfte in Streitkräften, Regierung und Öffentlichkeit Frankreichs stärken, die für fortlaufende Modernisierung der Ausstattung im Feldheer eintreten.

4) Der französischen Regierung ist klar, daß sie bei einigen Projekten (so beim Jäger 90) nationale Industrieinteressen in einer für die Partner nicht akzeptablen Weise, jedenfalls stärker als wir<sup>28</sup>, in den Vordergrund gestellt hat. Diese Erkenntnis muß für künftige Entwicklungen nutzbar gemacht werden. Es kommt darauf an, daß der jeweilige Bedarf der Partner sehr frühzeitig anhand der militärischen Planungen definiert und abgestimmt wird. Die Situation, daß sich der Entscheidungsrahmen auf die Teilnahme oder Nichtteilnahme an einem in wesentlichen Teilen bereits fertig formulierten Projekt beschränkt, sollte sich nicht wiederholen.

5) Die derzeitige Phase relativer Stagnation sollte zur Identifizierung von Bereichen genutzt werden, in denen die Rüstungszusammenarbeit weiter vorangetrieben werden kann. Das Angebot des französischen Präsidenten zur Abstimmung des Bedarfs im Militärflugzeugbau für das Jahr 2000 und danach verdient dabei besonders sorgfältige Prüfung. Wir müssen auch davon ausgehen, daß Frankreich die Entwicklung eines gemeinsamen Aufklärungssatelliten noch nicht abgeschrieben hat. Ein weiteres Feld für künftige gemeinsame Vorhaben könnte auch die Entwicklung von Abwehrmöglichkeiten gegen die sowjetische Bedrohung im Kurzstreckenbereich bilden. Beim jüngsten deutsch-französischen Gipfel wurde Einvernehmen erzielt, diese Frage gemeinsam zu analysieren. BK und Präsident Mitterrand haben diesen Auftrag am 17.12. konkret an Generalinspekteur<sup>29</sup> bzw. Generalstabschef<sup>30</sup> gegeben.<sup>31</sup>

6) Die Abstimmungsmöglichkeiten im deutsch-französischen Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung sowie in den Arbeitsgruppen für politisch-strategische und militärische Zusammenarbeit sollten auf dem inzwischen erreichten hohen Niveau gehalten werden.

Diese Gremien sollten darüber hinaus vermehrt zur frühzeitigen bilateralen Abstimmung der nationalen Bedarfsplanungen genutzt werden.

7) Die Bedeutung, die D und F der WEU beimessen, muß genutzt werden, um dort gemeinsam den Meinungsaustausch zu SDI – wie auf der WEU-Minister-

<sup>28</sup> Die Wörter „jedenfalls stärker als wir“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

<sup>29</sup> Wolfgang Altenburg.

<sup>30</sup> Jean Saulnier.

<sup>31</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

tagung am 14.11.1985 in Rom beschlossen<sup>32</sup> – voranzutreiben. Das betrifft die in Zusammenhang mit der Forschungsbeteiligung anstehenden Fragen, muß in Zukunft aber in noch stärkerem Maß für die Erörterung strategischer und rüstungskontrollpolitischer Aspekte von SDI gelten.

Die bilaterale Abstimmung hinsichtlich des SDI-Komplexes zwischen D und F im Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung, in der politisch-strategischen Arbeitsgruppe und in der (bilateralen) SDI-Expertengruppe leistet dabei wichtige Vorarbeit.

8) Wir werden die Vorbereitung der nächsten Konsultationen der AM und VM (27./28. Februar 1986) zur operativen Umsetzung unserer Vorstellungen nutzen.

Dabei werden wir der Konkretisierung des am 17.12. von BK gegenüber Präsident Mitterrand gemachten Vorschlages, auch alle militärischen Implikationen künftiger Entwicklungen im Weltraum gemeinsam zu durchdringen und die Folgerungen hieraus zu ziehen, besonderen Rang einräumen. Dafür wird die von uns aktivierte informelle Arbeitsgruppe mit dem BMVg, der auf unserer Seite D2<sup>33</sup> und auf seiten des BMVg der Leiter Planungsstab<sup>34</sup> und der Chef des Führungsstabes der Streitkräfte<sup>35</sup> angehören, eine wichtige Funktion haben. Desgleichen werden wir darauf dringen, daß der Kabinettsausschuß für Technologiefragen seine Arbeit aufnimmt, denn die Entwicklung einer nationalen Konzeption ist eine wichtige Voraussetzung für unsere Interessen berücksichtigende europäische Konzertierungen.

Braunmühl

**VS-Bd. 11991 (201)**

<sup>32</sup> Zur WEU-Ministerratstagung am 14. November 1985 vgl. Dok. 309, Anm. 12.

<sup>33</sup> Gerold Edler von Braunmühl.

<sup>34</sup> Hans Rühle.

<sup>35</sup> Klaus Rehder.

## 350

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem griechischen Außenminister Papoulias

19. Dezember 1985<sup>1</sup>

Gespräch BM mit dem griechischen AM Papoulias am 19. Dezember 1985 in Bonn<sup>2</sup>

BM hat den griechischen AM Papoulias am 19.12.1985 zu einem 1 1/2stündigen Meinungsaustausch mit informellem Mittagessen empfangen. Teilnehmer auf griechischer Seite: Botschafter Katapodis, persönlicher Referent Christidis; auf deutscher Seite: Dg41<sup>3</sup>, RL 010<sup>4</sup>, RL 013<sup>5</sup>, RL 203<sup>6</sup>.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen Fragen der bilateralen Beziehungen, der politischen Entwicklung auf dem Balkan sowie internationale Angelegenheiten.

Im einzelnen

*BM* hebt eingangs hervor, es gebe viele Gemeinsamkeiten im bilateralen Verhältnis zu Griechenland. Der Besuch von AM Papoulias finde in einem Zeitpunkt statt, in dem beide Länder gute Arbeit in der EG geleistet hätten. Gern erinnere er sich an seinen Besuch in Athen im Sommer 1985 zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zu Ehren Athens als kultureller Hauptstadt Europas.<sup>7</sup>

AM *Papoulias* betont die engen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Natürlich gebe es auch eine Reihe von bilateralen Problemen. Deren Lösung sei aber nicht zu schwierig. Wichtig sei es, die bestehenden freundschaftlichen Bande noch weiter zu verstärken. Auch der kürzliche Besuch von Wirtschaftsminister Prof. Simitis in Bonn<sup>8</sup> sei ein Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Griechenland und der Bundesrepublik Deutschland gewesen. Er glaube, auch das heutige Gespräch werde in diesem Sinne zu noch besseren bilateralen Beziehungen beitragen.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna gefertigt und am 20. Dezember 1985 an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 20. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 203 verfügte und zu dem von Kuhna vorgeschlagenen Verteiler handschriftlich vermerkte: „Bitte entsprechend mit Vorbehalt verteilen.“

Hat Vortragendem Legationsrat Spohn vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 206, Bd. 150963.

<sup>2</sup> Der griechische Außenminister Papoulias hielt sich „zum Weihnachtsbesuch“ bei seiner in Köln lebenden Familie in der Bundesrepublik auf. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kuhna vom 4. Dezember 1985; Referat 206, Bd. 150963.

<sup>3</sup> Jürgen Trumpf.

<sup>4</sup> Michael Jansen.

<sup>5</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>6</sup> Karl-Heinz Kuhna.

<sup>7</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 21. bis 23. Juni 1985 in Griechenland vgl. Dok. 90, Anm. 17, und Dok. 213, Anm. 16.

<sup>8</sup> Der griechische Wirtschaftsminister Simitis hielt sich am 10./11. Dezember 1985 in der Bundesrepublik auf.

Er habe herzliche Grüße von Ministerpräsident Papandreou zu überbringen. Es sei der Wille des Ministerpräsidenten und der griechischen Regierung, enge und gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu unterhalten und offen über alle anstehenden Probleme zu sprechen. Im Vordergrund stehe hierbei das Dreiecksverhältnis zwischen Griechenland und der Bundesrepublik Deutschland einerseits und der Türkei andererseits. Hier komme es in griechischen Augen darauf an, das delikate Gleichgewicht zu bewahren. In Griechenland werde es als vordringlich angesehen, die Balance in der Mittelmeerregion zu bewahren. Er sei sehr beunruhigt, in der griechischen und deutschen Presse über die beabsichtigte massive Militär- und Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik Deutschland für die Türkei zu lesen.<sup>9</sup> Wenn diese Meldungen zuträfen, dann würde das Gleichgewicht zwischen Griechenland und der Türkei empfindlich gestört. Er glaube nicht, daß dies eine positive Entwicklung wäre. Er wolle daher auf das von den USA praktizierte Verteilungsverhältnis von 7:10 gegenüber Griechenland und der Türkei hinweisen. Die griechische Regierung sei der Auffassung, daß auch die Bundesrepublik Deutschland diese Ratio anwenden solle. Damit könne dem Eindruck entgegengewirkt werden, daß die Bundesrepublik Deutschland die Türkei zum Nachteil von Griechenland unterstütze.

Als zweiten Punkt, der einen Schatten auf die bilateralen Beziehungen zu werfen drohe, wolle er die wenig glücklichen Äußerungen erwähnen, die Mitglieder der Bundesregierung in jüngster Zeit über Griechenland getan hätten. Er erwähne in diesem Zusammenhang nur die Äußerungen von BM Zimmermann über die Sicherheit des Flughafens Athen<sup>10</sup> und von BM Stoltenberg im Deutschen Bundestag über die Wirtschaftsentwicklung in Griechenland. Leider sehe auch die deutsche Presse die Entwicklung in Griechenland nicht objektiv. Mehr Objektivität sei jedoch wichtig für eine weitere Verbesserung der bilateralen Beziehungen.

Ein dritter Punkt der Besorgnis sei die Bildung gewisser Zentren in der Bundesrepublik Deutschland, die sich als Vertretungen der moslemischen Minderheiten in West-Thrazien ausgäben. Hierüber läge der griechischen Seite ausführliches Material vor. Sofern diese Aktivitäten von türkischer Seite ausgingen, solle die Türkei sehr vorsichtig sein. Schließlich habe es in der Türkei noch bis 1955 eine große griechische Minderheit von 250 000 griechisch-orthodoxen Christen gegeben, die von den Türken rücksichtslos aus dem Lande getrieben worden seien.

<sup>9</sup> Am 6. Dezember 1985 wurden in der Presse Details einer möglichen Verteidigungshilfe der Bundesrepublik an die Türkei mitgeteilt. Außerdem wurde berichtet, daß in den Staatssekretärsgesprächen mit der Türkei auch über entwicklungspolitische Zusammenarbeit und weitere Hilfen gesprochen werde. Vgl. dazu den Artikel „Verhandlungen Bonns mit Ankara“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Dezember 1985, S. 6.

Zu den Staatssekretärsgesprächen am 5./6. Dezember 1985 vgl. Dok. 338.

<sup>10</sup> Zur Entführung eines Passagierflugzeugs der amerikanischen Fluggesellschaft „Trans World Airlines“ (TWA) am 14. Juni 1985 nach dem Start in Athen erklärte ein Sprecher des Bundesministeriums des Innern, „daß der Flughafen Athen wegen seiner Nähe zum arabischen Krisengebiet zu den ‚neuralgischen‘ Punkten zähle“, und betonte die Notwendigkeit zu Verbesserungen bei der dortigen Personen- und Gepäckkontrolle. Vgl. den Artikel „Bush spricht in Bonn über Terror“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Juni 1985, S. 3.

Heute sei diese Minderheit auf 5000 Angehörige zusammengeschrunft. Gleichwohl lebe die moslemische Minderheit in West-Thrazien (ca. 100 000) nach wie vor in völliger Freiheit.

Ein weiterer Punkt sei die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder. Hierfür gebe es nach dem Besuch von Wirtschaftsminister Prof. Simitis gute Ansätze.

Als letzten Punkt wolle er noch die große Zahl der griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland erwähnen. Diese könne man auch auf mindestens 180 000 Griechen beziffern, von denen mindestens zwei Drittel in Deutschland bleiben wollten. Das Problem stelle sich bei der Ausbildung der Kinder. Namentlich der Weiterbetrieb der griechischen Schule in Frankfurt sei wichtig. Hierfür müsse man eine Lösung finden.<sup>11</sup> Die griechische Regierung bitte um einen konstruktiven Vorschlag hierzu.

*BM* erwiderte hierauf, er wolle zunächst einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen geben. Die deutsch-griechischen Beziehungen hätten sich gut entwickelt. Meinungsunterschiede bestünden im wesentlichen nur bei der Sicherheitspolitik, wie aus den Fußnoten in den NATO-Kommunikés ersichtlich sei. Hier sei GR neben DK das einzige Land, das Schwierigkeiten mache.<sup>12</sup>

In der Außenpolitik bestehe, von Nuancen abgesehen, große Übereinstimmung. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland sowie Griechenland und der Türkei andererseits seien in der Tat kompliziert. Sie hätten sich in jüngster Zeit durch die griechische Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft<sup>13</sup> eher zugunsten Griechenlands verändert. Dies bedeute vor allem auch eine materielle Veränderung, da die deutschen Leistungen an die Türkei nur ein Minimum der Leistungen der EG an Griechenland ausmachten.

Wie der Außenminister wisse, hätten wir mit der Türkei in erster Linie das Freizügigkeitsproblem zu regeln.<sup>14</sup> Verteidigungshilfe leisteten wir an die Türkei nur im Rahmen der NATO.<sup>15</sup> Das bedeute, daß diese Hilfe nicht gegen Griechenland verwendet werden könne. Es sei verfehlt, die deutsch-griechischen Beziehungen nur als reine Funktion der deutsch-türkischen Beziehungen zu sehen. Es sei früher vielleicht anders gewesen. Jedenfalls treffe es jetzt nicht mehr zu.

Zu den in Deutschland errichteten Zentren von Moslems aus West-Thrazien könne er nichts sagen. Jedoch halte er die vom AM erwähnte Zahl griechischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland für richtig. Diese Entwicklung habe für beide Seiten Vorteile gebracht. Er wolle noch einmal davor warnen,

<sup>11</sup> Zu den Schwierigkeiten hinsichtlich der griechischen privaten Ergänzungsschule in Frankfurt am Main vgl. Dok. 90.

<sup>12</sup> Griechenland und Dänemark legten zuletzt einen Vorbehalt gegen den zweiten Absatz der Ziffer 5 des Kommunikés der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel ein, der die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme betraf. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUEs 1981–1985, S. 157. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 131 f.

<sup>13</sup> Am 28. Mai 1979 wurden in Athen die Verträge über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften unterzeichnet, der am 1. Januar 1981 erfolgte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 5/1979, S. 7–16.

<sup>14</sup> Zur Regelung der Freizügigkeitsfrage mit der Türkei vgl. Dok. 338, Anm. 18.

<sup>15</sup> Zur Verteidigungshilfe für die Türkei vgl. Dok. 92, Anm. 21.

die deutsch-griechischen Beziehungen lediglich als zwangsläufige Komponente der deutsch-türkischen Beziehungen zu betrachten. Inzwischen habe Ministerpräsident Özal den Beitrittsantrag der Türkei zur EG angekündigt.<sup>16</sup> Diesen halte er mindestens für verfrüht, im Interesse der EG, aber auch aus Sicht der Türkei, besonders wenn man an die riesigen Übergangsprobleme denke. Festzuhalten sei, daß die Waage sich inzwischen deutlich in Richtung auf eine qualitative Verbesserung des deutsch-griechischen Verhältnisses verschoben habe. Griechenland habe also in dieser Hinsicht keinen Anlaß zur Klage.<sup>17</sup>

Zu den gegen Griechenland gerichteten Äußerungen verschiedener Bundesminister wolle er nur soviel sagen, daß diese Äußerungen überwiegend für den Hausgebrauch bestimmt gewesen seien. Dies solle man besser vermeiden. Die Erfahrung zeige, daß die Zusammenarbeit in Europa dann schwieriger werde, wenn man auch im Verhältnis der Partnerländer untereinander nur unter Parteigesichtspunkten argumentieren wolle. Man dürfe die erwähnten Äußerungen, die im übrigen auch nicht täglich wiederholt würden, nicht überbewerten.

BM bat sodann um eine griechische Bewertung der Entwicklungen auf dem Balkan. Wir seien namentlich an der Lage in Albanien interessiert. Albanien habe jahrelang eine Normalisierung seiner Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland von der Zahlung von Reparationen abhängig gemacht. Inzwischen habe die Regierung aber eingesehen, daß die Bundesregierung gegenüber Albanien keine Ausnahme vom Londoner Schuldenabkommen<sup>18</sup> zulassen könne.<sup>19</sup> Auf der Basis dieser Erkenntnis gingen wir davon aus, daß demnächst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Albanien möglich sein werde.<sup>20</sup>

AM *Papoulias* berichtete, er habe Albanien sowohl vor als auch nach dem Ableben von Staatschef Enver Hodscha<sup>21</sup> besucht.

Griechenland sei daran interessiert, daß die bisherige Selbstisolation Albaniens bestehenbleibe, schon allein um die Bemühungen der SU, die Unabhängig-

<sup>16</sup> Zur Ankündigung eines türkischen Antrags auf EG-Beitritt vgl. Dok. 338, Anm. 19.

<sup>17</sup> Referat 203 legte am 16. Dezember 1985 dar, Griechenland erhalte „aus den Integrierten Mittelmeerprogrammen in den nächsten sieben Jahren ECU 2 Mrd. (DM 4,5 Mrd.) zusätzlich zu dem bereits beträchtlichen EG-Netto-Transfer (1984: ca. ECU 2 Mrd.); von diesen Mitteln trägt D allein ein Viertel. Im Vergleich zu diesen Mitteln ist die heutige und jede zukünftige Türkeihilfe mehr als bescheiden.“ Vgl. Referat 206, Bd. 150963.

<sup>18</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 333–485.

<sup>19</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl informierte am 31. Oktober 1985, daß nach Kontakten im April und November 1984 die Sondierungsgespräche mit einer albanischen Delegation am 29. Oktober 1985 in Wien fortgesetzt worden seien: „Die Sondierungen ergaben eine gewisse Bewegung in den bisher festgefahrenen Positionen. Die Albaner sind nunmehr zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ohne Vorbedingungen und ohne Vorbehalte bereit und offenbar an einem Abschluß in absehbarer Zeit interessiert. Die Albaner behalten sich ihren Rechtsstandpunkt in der Reparationsfrage ausdrücklich vor. Sie kleiden ihre wirtschaftlich-finanziellen Erwartungen jetzt in den Wunsch nach einer gewissen ‚Geste‘ wirtschaftlichen Entgegenkommens, die nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfolgen könnte, über deren Inhalt sie jedoch vorher Bescheid wissen möchten. [...] Eine solche ‚Geste‘ könnte nur auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe ins Auge gefaßt werden.“ Braunmühl sprach sich für weitere Bemühungen aus, da Albanien „als Produzent von Rohstoffen, Nickel und vor allem auch Chrom“ zunehmend an Bedeutung gewinne und „der Westen am Fortbestand der Unabhängigkeit Albaniens ein erhebliches und strategisches Interesse“ habe. Vgl. Referat 214, Bd. 139419.

<sup>20</sup> Die Bundesrepublik nahm am 2. Oktober 1987 diplomatische Beziehungen mit Albanien auf.

<sup>21</sup> Der Erste Sekretär des ZK der Albanischen Arbeiterpartei, Hodscha, verstarb am 11. April 1985.

keit Albanien zu unterhöhlen, zu unterlaufen. Die SU übe erheblichen Druck auf Albanien aus, der von Bulgarien und der ČSSR unterstützt werde. Wenn Albanien wieder unter die Abhängigkeit von der SU geraten sollte, würde sich auch der Druck auf Griechenland zwangsläufig erhöhen. Er, Papoulias, habe auch bei seinem kürzlichen Gespräch mit US-AM Shultz ein großes Interesse der USA für die Entwicklung in Albanien festgestellt. Für Albanien sei das Verhältnis zu Griechenland besonders deshalb wichtig, da Albanien nur mit Jugoslawien und Griechenland Landgrenzen habe. Angesichts der schlechten albanisch-jugoslawischen Beziehungen wegen des Kosovo-Problems komme der direkten Grenze zu Griechenland besondere Bedeutung zu. Die griechisch-albanischen Beziehungen hätten sich in den letzten drei Jahren in allen Bereichen rasant entwickelt. In den Handelsbeziehungen stehe Griechenland mit Ausfuhren in Höhe von 100 Millionen Dollar an erster Stelle, obwohl GR sich mit Albanien noch im Kriegszustand befinde. Man steuere jetzt auf die Aufhebung dieses Zustandes hin.<sup>22</sup> Ziel sei es, Albanien in seiner Unabhängigkeit zu bestärken.

Mit Jugoslawien habe GR sehr gute Beziehungen. Dies sei aus griechischer Sicht ein wesentlicher Faktor. Jugoslawien habe viele Schwächen, es brauche gerade deshalb ein starkes Griechenland an seiner Südflanke. Man müsse sich darüber klar sein, daß jede Diskriminierung von Jugoslawien oder Griechenland zu einer Balkanisierung zugunsten der Sowjetunion in der Region führen werde. Die SU warte lediglich auf eine Gelegenheit zu dynamischem Eingreifen.

Auch mit Bulgarien seien die Beziehungen sehr gut. Die bulgarische Wirtschaft habe sich besser entwickelt als in Jugoslawien oder Rumänien. Schiwwow sei ein weiser Politiker und Patriot. Er habe Schwierigkeiten mit dem sowjetfreundlichen Flügel unter Filipow. Bei seinem jüngsten Besuch in Sofia vor etwa drei Wochen habe er, Papoulias, mit Außenminister Mladenow, Schiwwow und Filipow ausführliche Gespräche geführt. Dabei seien die Spannungen zwischen Filipow einerseits und Mladenow und Schiwwow andererseits besonders deutlich gewesen.

Rumänien gehe es nicht gut. Die überzogenen Ideen von Ceauşescu hätten zu dieser Entwicklung in Rumänien geführt. Er könne sich nicht vorstellen, was in Rumänien nach Ceauşescu passieren werde.

BM bemerkte hierzu, er halte das rumänische System für unangenehm. Es bringe harte Belastungen für die Bevölkerung. Er habe erst kürzlich zu US-AM Shultz gesagt, wenn er die Wahl zwischen einem Leben in Polen oder in Rumänien hätte, würde er es vorziehen, in Polen zu leben.<sup>23</sup> Ursachen für diese Entwicklung seien eine mißglückte Wirtschaftspolitik und eine überängstliche Bürokratie. Er bedauere die Aufgabe seines früheren Außenministerkollegen Andrei, der nunmehr als Wirtschaftsminister ein „Himmelfahrtskommando“ übernommen habe.<sup>24</sup> Die Bundesregierung habe mit Rumänien das Problem

<sup>22</sup> Der Kriegszustand zwischen Albanien und Griechenland wurde am 28. August 1987 beendet.

<sup>23</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Shultz am 14. Dezember 1985; Dok. 346.

<sup>24</sup> Am 11. November 1985 berichtete Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, daß der rumänische Außenminister Andrei offenbar abgelöst werden solle: „Es heißt, nachdem auf dem WP-Gipfel in Sofia Kritik an Rumäniens Außenpolitik geübt worden sei, müsse nun Andrei als Sündenbock herhalten.“

der deutschen Minderheit, die unter erheblichem Ausreisedruck stehe. Von den ursprünglich 360 000 Rumäniendeutschen seien noch etwa 200 000 im Lande, jährlich reisten ca. 15 000 bis 20 000 in die Bundesrepublik aus. Ceauşescu habe die Herrschaft seiner Familie in Rumänien weiter ausgebaut.<sup>25</sup> Er sei sich seiner schwierigen Stellung im Ostblock bewußt. Um wieder engeren Schulterschuß mit der Sowjetunion herzustellen, habe er kürzlich eine engere Verteidigungsgemeinschaft mit dem Warschauer Pakt vorgeschlagen.<sup>26</sup>

Mit Bulgarien habe die Bundesregierung ausgezeichnete Beziehungen. Der Präsident betreibe eine gute und kluge Wirtschaftspolitik. Die Agrarexporte seien gesteigert worden, der Computerbau sei gut entwickelt. Bulgarien habe unter Wahrung seiner nationalen Identität einen deutlichen Sprung nach vorn gemacht, während es andere Länder im WP-Bereich gebe, deren Entwicklung eher rückläufig verlaufen sei.

Hinsichtlich Jugoslawiens teilten wir die Besorgnisse Griechenlands. Es liege im Interesse des Westens, dem Lande die Fortführung seiner unabhängigen Politik zu ermöglichen. Tito sei ein großer und weiser Staatsmann gewesen. Dies zeige auch die Art, wie er „das Witwen-Problem“ gelöst habe. Allerdings habe das Rotationsprinzip bei der Ausübung der Ministerpräsidentenschaft<sup>27</sup> zusätzliche Risiken zu der ohnehin bereits föderalistischen Struktur geschaffen. Dies habe für Jugoslawien zu viel an zusätzlichen Belastungen geschaffen.

Zu Albanien machten wir uns Gedanken, wann und wie die Beziehungen normalisiert werden könnten.

BM erläuterte sodann dem griechischen AM die jüngste Entscheidung der Bundesregierung über eine Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm.<sup>28</sup> Zur Zeit seien die Auswirkungen von SDI auf das West-Ost-Verhältnis und auf die Bündnispolitik noch nicht abzusehen. Dies werde man demnächst auch in der WEU erörtern.<sup>29</sup> Fest stehe, daß es für uns keine staatliche Beteiligung an SDI geben werde. Insgesamt sollten vor allem die Bedingungen der technologischen Zusammenarbeit für die einzelnen Unternehmen verbessert werden. Er glaube

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1855*

Man rechnet aber nicht mit seiner völligen Kaltstellung, sondern mit einem anderen angemessenen Posten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 864; Referat 214, Bd. 133070.

Andrei wurde am 12. November seines Amtes enthoben. Am 14. November 1985 teilte Legationsrat I. Klasse Gaerte, Bukarest, mit, daß Andrei am Vortag vom Plenum des ZK der RKP zum ZK-Sekretär ernannt und „nach bisher unbestätigten Informationen [...] mit Wirtschaftsfragen betraut worden sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 878; Referat 214, Bd. 133070.

<sup>25</sup> Nach den Wahlen zum rumänischen Parlament am 17. März 1985 berichtete Botschafter Schulze-Boysen, Bukarest, „daß acht neue Abgeordnete der Familie Ceauşescu zugerechnet werden könnten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 228 vom 22. März 1985; Referat 214, Bd. 133070.

<sup>26</sup> Präsident Ceauşescu begründete am 22. Mai 1985 auf einer Sitzung des rumänischen Staatsrats die Zustimmung zur Verlängerung des Warschauer Vertrags vom 14. Mai 1955 um zwanzig Jahre mit dem Wunsch, „zur Stärkung der Zusammenarbeit und der Freundschaft mit den sozialistischen Ländern beizutragen, die Partner dieses Vertrages sind“. Vgl. Bundespresseamt, Ostinformationen vom 23. Mai 1985, S. 15; Referat 214, Bd. 139555.

<sup>27</sup> Gemäß Artikel 327 der jugoslawischen Verfassung vom 21. Februar 1974 wählte das Präsidium der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien den Vorsitzenden „aus den Reihen seiner Mitglieder für ein Jahr“. Gemäß Artikel 349 wurde der Vorsitzende des Bundesexekutivrats für 4 Jahre gewählt. Vgl. VERFASSUNG DER SFR JUGOSLAWIEN, S. 254 und S. 349.

<sup>28</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 vgl. Dok. 334, Anm. 13.

<sup>29</sup> Vgl. dazu die Beschlüsse der WEU-Ministerratstagung am 14. November 1985 in Rom; Dok. 309, Anm. 12.



jedoch, daß die Möglichkeiten für US-Aufträge an die deutsche Industrie überschätzt würden. Man könne realistischerweise nur mit kleineren Aufträgen rechnen. Er sei mit der jetzt getroffenen Entscheidung zu SDI insgesamt zufrieden.

AM Papoulias hob hervor, daß sich für Griechenland die Frage einer Beteiligung am SDI-Programm nicht stelle. Hierfür fehle es dem Lande auch an den technologischen Voraussetzungen.

Er wolle noch erwähnen, daß er kürzlich mit US-AM Shultz auch über die Beziehungen zu Libyen gesprochen habe. Dabei habe er ausgeführt, daß man Griechenland kaum den Export von Weintrauben nach Libyen verwehren könne, während USA-Firmen über 8 Mrd. Dollar am Bau einer Wasserleitung in Libyen verdient hätten. Shultz habe ihm gesagt, man habe versucht, die Firmen von der Kooperation mit Libyen abzuhalten, letztlich aber keinen Einfluß auf deren Entscheidung gehabt. Die USA hätte sich auch für die griechischen Rüstungsexporte nach Libyen interessiert. Diese seien jedoch nicht erheblich, da Griechenland nur über eine einfache Waffenproduktion (z.B. Karabiner) verfüge.<sup>30</sup>

Abschließend wolle er zum griechisch-amerikanischen Verhältnis noch betonen, daß dieses auf einem guten Wege sei. Es habe viele Mißverständnisse gegeben. Jetzt sei das Klima der Zusammenarbeit besser. Übrig bleibe das Problem der US-Stützpunkte in Griechenland.<sup>31</sup> Dieses sei für die griechische Regierung politisch schwierig. Da es hierüber ein Gesetz gebe, könne dieses nur durch eine geeignete Zusatzvereinbarung verändert werden. Dazu sei zunächst das richtige Klima zu schaffen.

BM erwiderte hierauf, er begrüße diese positivere Entwicklung der Beziehungen zwischen Griechenland und USA. Wenn Europa das Klima der Verhandlungen zwischen USA und SU beeinflussen wolle, so müßten die Europäer auch ein gutes Verhältnis mit den USA pflegen. Dies sei auch deshalb wichtig, um das Interesse und die Unterstützung der USA an der politischen Stärkung Europas aufrecht zu erhalten.

Abschließend betonte BM, er würde gelegentliche informelle Kontakte mit seinem griechischen Kollegen – nach dem Muster seiner Gespräche mit den übrigen westeuropäischen AM – begrüßen. AM Papoulias begrüßte dies und sprach die Hoffnung auf eine erneute Begegnung mit BM im Sommer 1986<sup>32</sup> in Griechenland<sup>33</sup> aus.

#### Referat 206, Bd. 150963

<sup>30</sup> Zu den während des Besuchs des Ministerpräsidenten Papandreou in Libyen vom 22. bis 24. September 1984 getroffenen Absprachen über wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 155, Anm. 16.

<sup>31</sup> Griechenland und die USA schlossen am 8. September 1983 ein Abkommen über Verteidigungs- und Wirtschaftskooperation. Es hatte eine fünfjährige Laufzeit und trat am 20. Dezember 1983 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1590, S. 118–151.

Vom 28. bis 31. Oktober 1985 führte der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Armacost, Gespräche in Athen, um „das Schicksal der amerikanischen Basen nach 1988 zu klären. Papandreou sei nicht zu einer öffentlichen Zusicherung des Fortbestehens der Basen bereit gewesen, habe aber vertraulich Hoffnungen gemacht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5218 des Botschafters van Well, Washington, vom 7. November 1985; Referat 204, Bd. 135309.

<sup>32</sup> Korrigiert aus: „1985“.

<sup>33</sup> Bundesminister Genscher besuchte Griechenland vom 27. bis 29. März 1988.

## Aufzeichnung des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl

201-363.33-2050/85 geheim

20. Dezember 1985<sup>1</sup>

Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup> zur Unterrichtung

Betr.: Überlegungen zu einer erweiterten Luftverteidigung für Europa  
(ATM/ATBM)<sup>4</sup>;

hier: Bewertung der Überlegungen des BMVg und Schlußfolgerungen

Anlg.: Ausarbeitung des BMVg – 201-2027/85 geh. (nur bei Original)<sup>5</sup>

### I. Zusammenfassung

Das BMVg leitet aus der sowjetischen Bedrohung die Notwendigkeit ab, in enger Zusammenarbeit mit den USA ein Defensivsystem gegen Flugkörper des WP für die westeuropäischen NATO-Staaten zu entwickeln und aufzubauen. Ein solches bodengestütztes<sup>6</sup> System könnte phasenweise, beginnend mit verfügba-

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter konzipiert.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 23. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag: Billigung der Linie.“

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 23. und erneut am 27. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Ruhfus am 20. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Die Konzeption des BMVtg scheint weniger auf die Wahrnehmung europäischer Sicherheitsinteressen ausgerichtet als auf eine politische Unterstützung von SDI. 2) Ich billige die vorgeschlagene Linie voll. 3) Rücksprache] am 7.1.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 27. Dezember 1985 vorgelegen, der den Rücklauf an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache StS bei BM“ verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 19. September 1986 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Durchlauf bei mir am 19.9.1986.“

Hat Ploetz am 22. September 1986 vorgelegen, der Referat 201 um Rücksprache bat. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 12065 (201); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Während des „Eurodinners“ der Verteidigungsminister am Rande der Sitzung der Eurogroup der NATO am 2. Dezember 1985 in Brüssel wurde Bundesminister Wörner auf einen Artikel der Wochenzeitschrift „Der Spiegel“ über die Verstärkung der europäischen Luftverteidigung angesprochen. Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am folgenden Tag, Wörner habe dazu ausgeführt: „Ganz abgesehen von SDI müßten sich die Europäer über wirksame Abwehr sowjetischer Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Cruise Missiles und Luft-Boden-Abstandswaffen Gedanken machen, da SU in diesem Bereich bedrohlich aufrüstete und konventionelle[r] Angriffsfähigkeit eine neue Qualität hinzufüge. Damit könnte sich strategische Lage in Europa zum Nachteil der NATO ändern. [...] Sollte SDI Ergebnisse zeitigen, werde sich das auf Lage in Europa auswirken, und dann seien derartige Erwägungen erst recht angezeigt. Sie seien deshalb auf SDI bezogen noch nicht unmittelbar akut. Hier müßten Europäer zusammenwirken, denn die technologischen, finanziellen und militärischen Probleme seien von einzelnen Ländern nicht zu bewältigen. Der Ausdruck EVI sei indessen irreführend. All das sei nicht an SDI gebunden, habe jedoch damit zu tun.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1924; VS-Bd. 11851 (209); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Überlegungen des Bundesministeriums der Verteidigung zu einer erweiterten Luftverteidigung der NATO, die Generalmajor Hüttel, Bundesministerium der Verteidigung, am 16. Dezember 1985 an Ministerialdirigent von Ploetz übermittelte, vgl. VS-Bd. 12065 (201).

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

ren Technologien, aufgebaut werden. Es hätte nichtnuklearen Charakter und wäre nicht berührt vom ABM-Vertrag.

Der Rahmen für eine europäische Antwort auf die Bedrohung durch sowjetische Mittel- und Kurzstreckenflugkörper und die Anstrengungen beider Weltmächte auf dem Gebiet der strategischen Verteidigung wird im Papier des BMVg nicht weit genug gezogen: Die weitestmögliche Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung (Steigerung der Penetrationsfähigkeit) und die Möglichkeiten der Rüstungskontrolle zur Begrenzung der Defensivsysteme und drastischer Reduzierung der Offensivwaffen sind in die Überlegungen einzubeziehen. Abwehrsysteme in Europa wären auch nicht als „regionales Komplement“ eines strategischen Abwehrsystems der USA zu sehen. Die Notwendigkeit europäischer Anstrengungen besteht unabhängig von SDI. Eine Zusammenarbeit mit den USA bei der SDI-Forschung ist daraus nicht abzuleiten, könnte sogar unserem Ziel widerstreiten, eine Aushöhlung des ABM-Vertrags zu vermeiden.

Die Europäer müssen die mit der gesteigerten sowjetischen Bedrohung und möglichen künftigen strategischen Defensivsystemen verbundenen Fragen und Aufgaben aufgreifen, ihre Haltung bilateral und in der WEU abstimmen und gemeinsam mit den USA Anstrengungen in der NATO unternehmen.

Abteilung 2 wird vorbereitend Kontakt mit dem BMVg auf dieser Linie aufnehmen, hierzu wird um Zustimmung gebeten.

II. Die Ausarbeitung des BMVg enthält zutreffende Gesichtspunkte, die die Notwendigkeit einer erweiterten Luftverteidigung für Europa begründen. Es sind dies:

1) Die Entwicklung bei den sowjetischen Raketen und Marschflugkörpern in Richtung auf größere Treffgenauigkeit gibt dem Warschauer Pakt die Möglichkeit, auch im konventionellen Bereich das Bedrohungsspektrum gegenüber Westeuropa zu erweitern (S. 1/2). BM Wörner hat von einer „konventionellen Erstschlagsoption“ gesprochen.<sup>7</sup> Zugleich würde der Aufbau eines sowjetischen Raketenabwehrsystems die Fähigkeit der NATO<sup>8</sup> zu selektiven nuklearen Einsätzen als Mittel der kontrollierten Eskalation beeinträchtigen. Davon würden sowohl die Nuklearpotentiale Frankreichs und Großbritanniens und die bei anderen NATO-Partnern vorhandenen Trägermittel für Nuklearwaffen wie auch und zuerst<sup>9</sup> das Nuklearpotential der USA betroffen. Die Verlagerung selektiver Optionen auf andere Einsatzmittel würde keine ausreichende Alternative bieten (nukleare Rohrrartillerie erreicht die SU nicht, Marschflugkörper und nuklearfähige Flugzeuge, die die SU erreichen würden, sind angesichts der wirksamen Luftverteidigung des WP's in ihrer Eindringfähigkeit reduziert). Deshalb ist auch das Argument unzutreffend, F sei wegen seiner Force de frappe durch SDI stärker betroffen als wir, die bei Beeinträchtigung der

<sup>7</sup> Vgl. dazu die Ausführungen im Gespräch der Bundesminister Genscher und Wörner mit ihren französischen Amtskollegen Dumas und Quilès am 7. November 1985; Dok. 305.

<sup>8</sup> Die Wörter „der NATO“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

<sup>9</sup> Die Wörter „und zuerst“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

nuklearen Abschreckung erstes Opfer eines konventionellen Angriffs wären.<sup>10</sup> Das Papier des BMVg kommt zutreffend zu dem Schluß, daß die SU gegenüber den NATO-Potentialen nahezu den Status eines Sanktuariums erwerben könnte und zugleich bei Fehlen eines Defensivsystems für NATO-Europa gesichert Ziele in West-Europa konventionell ausschalten könnte (Seiten 3/4).

2) Das Papier des BMVg folgert daraus, daß es für Westeuropa darauf ankommen muß, ein Defensivsystem gegen Flugkörper des WP für die westeuropäischen NATO-Staaten zu entwickeln und aufzubauen (Seite 4). An anderer Stelle des Papiers wird ausgeführt, daß die Prüfung von Abwehrmöglichkeiten Aufgabe der NATO sein muß (letzter Satz der Vorbemerkung).

3) Ein Defensivsystem für NATO-Europa könnte nach Auffassung des BMVg sowohl bereits verfügbare wie zuwachsende und erst in ferner Zukunft zu realisierende Technologien umfassen. Der Aufbau des Systems könne sich phasenweise vollziehen, wobei die einzelnen Komponenten von Beginn an auf ein mögliches Gesamtsystem hin anzulegen wären. Die Forschung müsse so bald wie möglich beginnen, damit Europa nicht in die Situation komme, relevante Technologien von den USA kaufen oder sie in Doppelarbeit nochmals erforschen zu müssen (Seiten 6 und 8).

4) Der angestrebte Schutz NATO-Europas würde auch die amerikanischen Streitkräfte in Europa einschließen und läge deshalb im Interesse der USA (Seite 9). Über die Ausführungen des BMVg hinausgehend, wäre anzumerken, daß ein Großteil der möglichen Ziele eines konventionellen sowjetischen „Erstschlags“ in Westeuropa amerikanische Raketenstellungen, amerikanische Kernwaffendepots und von Amerikanern genutzte Flugplätze im Bundesgebiet<sup>11</sup> sein würden. Wenn man in Westeuropa daran geht, aus strategischen Gründen ein Abwehrsystem aufzubauen, würden diese „amerikanischen“ Ziele zu der in erster Linie abzudeckenden Kategorie gehören. Entsprechend verfahren wir auch derzeit bei unserem Beitrag zur NATO-Luftverteidigung in Europa (siehe Patriot/Roland-Abkommen<sup>12</sup>).

5) Ein Defensivsystem würde dazu beitragen, das Entstehen von Zonen (noch deutlicher)<sup>13</sup> unterschiedlicher Sicherheit in der NATO zu verhindern. Allerdings wird man nicht, wie BMVg dies auf Seite 10 tut, erwarten können, daß ein europäisches Defensivsystem die strategische Einheit des Bündnisses erhält, ohne daß dazu weitere Maßnahmen notwendig wären. Westeuropa wäre nämlich der sowjetischen Nuklearartillerie und der konventionellen Überlegenheit der Sowjetunion weiterhin ausgesetzt, während der Aufbau eines stra-

<sup>10</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

Der Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

<sup>11</sup> Die Wörter „im Bundesgebiet“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

<sup>12</sup> Für das Abkommen vom 12. Juli 1984 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung zur Implementierung des Abkommens vom 6. Dezember 1983 über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen) sowie die dazugehörigen Dokumente vgl. Referat 209, Bd. 128394. Vgl. dazu auch AAPD 1984, II, Dok. 214.

<sup>13</sup> Die Klammern wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

tegischen Defensivsystems zum Schutz der USA den nordamerikanischen Kontinent weitgehend zum Sanktuarium machen würde.

Auch der Beitrag zur Stärkung des konventionellen Kräftedispositivs, den ein Defensivsystem in Westeuropa leisten würde, wird zu Recht hervorgehoben. Je weniger die SU die Chance hat, durch einen Überraschungsschlag in den ersten Stunden eines östlichen Angriffs die westliche konventionelle Verteidigung weitgehend zu lähmen, desto weniger wäre der Westen zum frühzeitigen Einsatz von Kernwaffen gezwungen.

6) Zu Recht weist schließlich das BMVg darauf hin, daß ein Abwehrsystem gegen sowjetische Flugkörper der Mittel- und Kurzstrecke nichtnuklearen Charakter hätte. Da ein solches System nicht zur Abwehr strategischer Waffen bestimmt wäre, würde es auch nicht der Zielsetzung des ABM-Vertrags zuwiderlaufen. Allerdings liegt in der tatsächlichen Unterscheidbarkeit von Defensivwaffen in solche, die strategische Offensivwaffen abwehren, und solche, die diese Fähigkeit bestimmungsgemäß nicht besitzen, ein schwieriges Problem, das im Papier des BMVg übergangen wird. Einer Mißdeutung ihrer Anstrengungen könnten die Europäer dadurch vorbeugen, daß sie ihre Forschungs- und Entwicklungstätigkeit vom SDI-Programm der USA getrennt halten.<sup>14</sup> Denkbar ist auch, daß die Anstrengungen der Westeuropäer zur Steigerung der Luftabwehr für die Sowjetunion einen Anreiz zur Reduzierung ihrer Raketenrüstung im Bereich der Mittel- und Kurzstrecke bieten könnte (Seite 9 und 10). Ebenso wie auf der strategischen Ebene wird es jedoch erheblicher Anstrengungen bedürfen, wenn man einen Wettlauf zwischen Offensiv- und Defensivwaffen auf dem Gebiet der Mittel- und Kurzstrecke in Europa vermeiden will. Ein zusätzliches Problem liegt darin, daß in der Kategorie der nichtstrategischen Waffen nur in einem Teilbereich (INF) eine Verhandlungsstruktur besteht.

III. Die Ausarbeitung des BMVg kann nur als ein erster Versuch angesehen werden, ein komplexes Problem gedanklich zu durchdringen, das – unabhängig von SDI – zunehmend Konturen gewinnt und erhebliche strategische, politische, rüstungskontrollpolitische, aber auch technologische und finanzielle Auswirkungen haben kann. Wir beabsichtigen, zur Vorbereitung der anstehenden deutsch-französischen Gespräche<sup>15</sup> und den Beratungen in WEU und NATO Anfang Januar mit dem BMVg zu sprechen. Dabei werden wir folgende Linie vertreten, um deren Billigung gebeten wird:

1) Umfang und zeitliche Entwicklung der Veränderungen der sowjetischen Bedrohung (konventionelle Offensivfähigkeit sowjetischer Raketen und Limitierung nuklearer Optionen des Westens) müssen so präzise wie möglich definiert werden. In der deutsch-französischen Zusammenarbeit sind ebenso wie in der NATO (AGARD-Studie<sup>16</sup>) Vorarbeiten geleistet worden, die einbezogen werden müssen.

<sup>14</sup> An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Problematik Art. 9 ABM-Vertrag (Nicht-Weitergabe) und Agreed Statement G (Nicht-Unterstützung).“

Die Wörter „(Nicht-Weitergabe)“ und „(Nicht-Unterstützung)“ wurden von Ministerialdirektor von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>15</sup> Zur Vereinbarung von deutsch-französischen Gesprächen über eine stärkere Zusammenarbeit im verteidigungspolitischen Bereich vgl. Dok. 347.

<sup>16</sup> Vortragender Legationsrat von Arnim erläuterte am 19. November 1985, daß die wesentlichen Bestandteile der von der Firma MBB für eine Beteiligung am amerikanischen SDI-Forschungspro-

2) Die Analyse der strategischen Auswirkungen der veränderten Bedrohung muß von dem Grundgedanken ausgehen, daß die Sicherheit Westeuropas auch künftig nicht ohne den atomaren Schutz der USA zu gewährleisten ist.

Das bedeutet, daß wir am Triaden-Verbund festhalten und daher sicherstellen müssen, daß die selektiven nuklearen Optionen mit amerikanischen, in Europa stationierten Trägermitteln erhalten bleiben.

3) Wir müssen drei Wege prüfen, dieses Ziel zu erreichen:

- Aufbau von Defensivsystemen in Europa auf dem Wege über die Steigerung der Luftabwehr,
- Erhöhung der Penetrationsfähigkeit der westlichen Trägersysteme,
- Begrenzung der sowjetischen Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Marschflugkörper und/oder sowjetischen Raketenabwehr durch rüstungskontrollpolitische Vereinbarungen.

Wir müssen alle drei Möglichkeiten durchdenken. Wenn – was zu vermuten ist – die dritte aus politischen und finanziellen Gründen unsere Präferenz hätte, müssen wir sicherstellen, daß die öffentliche Präsentation seitens der Bundesregierung künftig nicht durch unabgestimmte Äußerungen des Bundesverteidigungsministers ausschließlich in Richtung auf militärische Lösungen gelenkt wird. Allerdings müssen wir uns darüber klar sein, daß es auch auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle keine einfachen Antworten auf die sowjetischen Bedrohungen gibt.

4) Eine Abstimmung der Haltung innerhalb der Bundesregierung ist auch mit Rücksicht darauf erforderlich, daß eine Antwort auf die sowjetische Bedrohung weder ausschließlich national durch uns noch im Wege einer deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Defensivwaffen gegeben werden kann oder sollte. Im Hinblick auf die Strategiefragen, die sich für die Europäer im SDI-Zusammenhang stellen, wie auch angesichts der ähnlichen, wenn auch nicht identischen Bedrohungslage und -einschätzung durch F und GB sowie die übrigen europäischen Verbündeten müssen wir auf europäische Abstimmung größten Wert legen. Dabei muß klar sein, daß die Entscheidungen in der NATO zu fällen sind, wo wir uns auf der Basis der Abstimmung unter den Europäern äußern wollen. Wichtig ist diese Abstimmung auch im Hinblick auf die Architekturstudien, um die sich europäische, auch deutsche Firmen derzeit im Rahmen des SDI-Forschungsprogramms bewerben. Hier ist eine Koordinierung unter den europäischen Regierungen gefordert.

Schließlich sollten die Europäer auch prüfen, welche rüstungskontrollpolitischen Antworten es angesichts der vielfachen politischen, strategischen und finan-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1861*

gramm angebotenen SDI-Architekturstudie „in der NATO-Rüstungs-Koordinationsgruppe AGARD (Advanced Ground to Air Systems Research and Development) bei der Suche nach einem neuen MSAM (Medium Surface to Air Missile) erarbeitet“ worden seien. Die Studie habe sich mit den Möglichkeiten befaßt, „Westeuropa gegen sowjetische SRINF und CM zu schützen“, und sei zu dem Ergebnis gekommen, „daß für eine effektive, kostengünstige Bekämpfung dieser Bedrohung am ehesten ein System in Betracht kommt, das bodengestützte ATM/ATBM mit bodengestützten Radargeräten sowie einer luftgestützten (Flugzeug) Frühwarnkomponente im Infrarot-Bereich verbindet. Diese Studie [...] hat auch Systeme auf ihre ATM/ATBM-Fähigkeit untersucht, die weltraumgestützt wären und zu denen andere Waffen als Raketen (Laser, elektromagnetische Kanonen) gehören.“ Vgl. Referat 209, Bd. 130029.

ziellen Unwägbarkeiten einer notwendigen militärischen Reaktion der Westeuropäer auf die beschriebene doppelte Bedrohung durch die SU gibt. Ein Rahmen für Rüstungskontrollverhandlungen unterhalb der strategischen Ebene existiert nur ansatzweise: die LRINF-Verhandlungen zwischen den USA und der SU mit der Möglichkeit der Erstreckung in den SRINF-Bereich hinein. Für Defensivsysteme unterhalb der strategischen Ebene fehlt bisher jede vertragliche Regelung und auch ein Verhandlungsrahmen. Hier müßte also Neuland erschlossen werden.<sup>17</sup>

5) Weiter zu berücksichtigende Gesichtspunkte sind:

a) Das BMVg fordert ein eigenständiges Forschungsprogramm, sieht aber als Gegenstand dieses Programms ein „bedrohungsgerechtes regionales Komplement“ des amerikanischen Abwehrsystems (S. 7). Die Studie setzt sich damit in Widerspruch zu einer Feststellung, die Bundesminister Wörner bereits öffentlich getroffen hat und die eher einleuchtet: daß nämlich unabhängig davon, ob die beiden Großmächte strategische Abwehrsysteme entwickeln und stationieren, angesichts der wachsenden konventionellen Fähigkeiten sowjetischer Flugkörper die Erweiterung der Luftverteidigung in Europa dringend erforderlich ist.<sup>18</sup> Damit verläßt das BMVg den Ansatz, von dem seine Überlegung ausgeht: die besondere Bedrohungssituation, in der die Europäer sich befinden. Es gerät auf ein anderes Gleis zu der Frage, ob ein strategisches Abwehrsystem der USA Europa einbeziehen kann. Diese Frage ist von der amerikanischen Regierung immer wieder bejaht worden.

b) Wenn die USA ein strategisches Defensivsystem aufbauen und die Europäer ihre Luftverteidigung zu einem Defensivsystem gegen Kurz- und Mittelstreckenflugkörper entwickeln, darf es zwischen beiden keine Grauzone geben. Von daher ist eine Abstimmung selbstverständlich. Das BMVg erhebt diese Schnittstellenproblematik aber zur Kernfrage und konstruiert daraus einen notwendigen Zusammenhang beider Systeme (S. 5).

Die Überlegung, daß ein globales (US-)System die Bekämpfung von Raketen in der Startphase, ein regionales (europäisches) System die Bekämpfung in der Wiedereintrittsphase und Schlußphase übernehmen könnte, ist technisch für

<sup>17</sup> Der Passus „Die LRINF-Verhandlungen ... erschlossen werden“ wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Ischinger am 23. Dezember 1985 handschriftlich: „Dies ist eine potentielle neue rüstungskontrollpolitische ‚Grauzone‘.“ Das Wort „Grauzone“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig“.

<sup>18</sup> Mit Blick auf die Sitzung des Ständigen WEU-Rats am 18. Dezember 1985 informierte Legationsrat I. Klasse Freiherr von Kittlitz die Botschaft in London am 17. Dezember 1985 über öffentliche Äußerungen des Bundesministers Wörner, „z.B. auf der Berliner Tagung des ‚International Institute of Strategic Studies‘ und beim NATO-Roundtable“, über die NATO-Luftverteidigung. Wörner habe auf die zunehmende „Bedrohung NATO-Europas durch Raketensysteme mittlerer und kurzer Reichweite“ hingewiesen, denn: „Die neuen und treffgenaueren sowjetischen Raketensysteme sind trivalent, also auch mit konventionellen und chemischen Gefechtsköpfen einsetzbar. Mit der in Kürze zu erwartenden Einführung von Marschflugkörpern und Flugzeugen mit Abstandswaffen wird sich diese Entwicklung zu Ungunsten der NATO weiter fortsetzen. Damit hat sich die Sowjetunion neue, insbesondere auch konventionelle Angriffsoptionen geschaffen, die eine Reaktion der NATO in Form einer Erweiterung der NATO-Luftverteidigung erfordern.“ Kittlitz führte weiter aus, die in der Presse hergestellte Verbindung der Forderungen von Wörner mit dem amerikanischen SDI-Forschungsprogramm sei daher „irreführend, da die Notwendigkeit, die integrierte NATO-Luftverteidigung den Änderungen der Bedrohung anzupassen, völlig unabhängig von SDI besteht“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 9536; Referat 209, Bd. 130029.

Interkontinentalraketen und Mittelstreckenraketen bis hinunter zu einer bestimmten Reichweite nachvollziehbar. Für Kurzstreckenraketen ist nach bisherigem Kenntnisstand ein solcher Zusammenhang aber nicht gegeben. Da ein europäisches System „von unten her“ aufwachsen dürfte, ist auch technisch eine Verknüpfung von Anfang an nicht zwingend.

Auf Seite 8 der Studie wird festgestellt, daß die Tatsache eines europäischen Forschungsprogramms wie auch die notwendig enge Abstimmung mit der amerikanischen Forschung die „grundsätzliche politische Unterstützung des amerikanischen SDI-Vorhabens sichtbar dokumentieren“ würde.<sup>19</sup> Hierzu sind wir – und die anderen Europäer – aber nicht bereit, bevor wir die politischen und strategischen Auswirkungen von SDI kennen und sicher sind, daß unsere Interessen gewährleistet werden.<sup>20</sup> Wir unterstützen die kooperative rüstungskontrollpolitische Lösung, die sich eher über eine Limitierung von Defensivsystemen erreichen lassen wird.<sup>21</sup> In dieser Feststellung wird die politische Finalität der Behauptung von der notwendigen Verknüpfung deutlich. Diese Vermischung von politischen (quasi ideologischen)<sup>22</sup> und sachlichen Überlegungen droht zu überdecken, daß die notwendige Einbeziehung des amerikanischen Militärpotentials in Europa die gesteigerte Luftverteidigung (vgl. II, 4) in der Tat eine Abstimmung einschließlich Kostenregelung<sup>23</sup> mit den USA beim Aufbau eines europäischen Defensivsystems erforderlich macht. Dies bedeutet aber keineswegs<sup>24</sup> notwendig europäische Mitarbeit bei SDI-Forschung, sondern gemeinsame Wahrnehmung der Luftverteidigung im NATO-Rahmen, wie dies auch bisher geschieht. Dies ist rüstungskontrollpolitisch wichtig.<sup>25</sup>

Eine Zusammenarbeit mit den USA in der Form einer gemeinsamen Entwicklung von Defensivsystemen würde schwierig zu beurteilende Fragen der Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag aufwerfen (vgl. oben II, 6). Zumindest wäre damit zu rechnen, daß von östlicher Seite der Vorwurf einer Vertragsumgehung erhoben würde. Dies könnte unserem Ziel widerstreiten, eine Aushöhlung des ABM-Vertrags zu vermeiden.

Schließlich gibt es ein Interesse daran, eine eigenständige europäische Antwort auf die technologische Herausforderung zu finden und damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA und Japan zu stärken.

#### IV. Schlußfolgerungen

1) Notwendig ist die systematische Prüfung von Möglichkeiten, über eine Steigerung der Luftverteidigung in dem Bereich der Flugkörperabwehr zu einem Defensivsystem gegen Flugkörper der Kurz- und Mittelstrecke (ATM und

<sup>19</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>20</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>22</sup> Die Wörter „(quasi ideologischen)“ wurden von Ministerialdirektor Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt.

<sup>23</sup> Die Wörter „einschließlich Kostenregelung“ wurden von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.

<sup>24</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht“.

<sup>25</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt.



ATBM) zu gelangen. Dies muß sowohl Architekturstudien wie Forschung und Entwicklung von Komponenten für Defensivsysteme umfassen.

2) Diese Aufgabe müssen wir national aufgreifen (d.h. in den Bundeswehrplan einstellen) und wie bei anderen Verteidigungsanstrengungen die Kooperation mit europäischen Partnern suchen. Die WEU hat eine wichtige Aufgabe bei der Abstimmung der europäischen Haltung.<sup>26</sup>

3) Wie andere Aufgaben im Rahmen der Luftverteidigung muß auch diese neue Aufgabe in der NATO integriert wahrgenommen werden. Hierzu bietet sich z. B. der NATO-Ausschuß für Luftverteidigung (NATO Air Defense Committee NADC) an, in dem sowohl die USA wie auch Frankreich mitarbeiten. In diesem Rahmen könnte – sobald und in dem Maße, wie dies aktuell wird – die Abstimmung mit heranwachsenden strategischen Defensivwaffen der USA stattfinden.

4) Darüber hinaus müssen die sowjetische Bedrohung und notwendige westliche Antworten in den Bereichen

- Stärkung der konventionellen Verteidigung,
- Aufbau von Abwehrsystemen,
- Erhaltung der Penetrationsfähigkeit westlicher Nuklearwaffen,
- Begrenzung von Defensivsystemen und massiver Reduzierung von Offensivwaffen

umfassend untersucht werden. Dabei sind sowohl die Wechselwirkungen zwischen den genannten Bereichen wie auch die Konkurrenz von Anstrengungen in diesen Bereichen um die knapper werdenden Ressourcen zu berücksichtigen. Dies ist eine Aufgabe, die von vornherein nur multilateral in Angriff genommen werden kann. Die Erörterung der Implikationen von SDI für die Strategie und den Zusammenhalt des Bündnisses und die Sicherheit Europas gehört in diesen Zusammenhang. Dies legt nahe, die geforderte umfassende Analyse dort anzusiedeln, wo alle in Frage kommenden Bündnispartner vertreten sind: also beim NATO-Rat. Effizient kann diese Arbeit allerdings nur sein, wenn wir sie als einen politischen Entscheidungsprozeß mit Rückkopplung auf die nationalen Entscheidungsträger verstehen, da nur so die Probleme bewältigt werden können, die mit dem Aufkommen der Defensivsysteme für die NATO-Strategie und ihrer Implementierung entstehen. Und schließlich setzt diese Arbeit Abstimmung unter den Europäern in der WEU voraus. Auf der Basis dieser Schlußfolgerungen wird Abt. 2 mit dem BMVg Kontakt aufnehmen, um

- die bevorstehenden Sitzungen der Gremien der deutsch-französischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit,

<sup>26</sup> Ministerialdirektor Edler von Braunmühl erteilte am 13. Dezember 1985 die Weisung, in der Sitzung des Ständigen WEU-Rats am 18. Dezember 1985 in London zu erklären: „Die Bundesregierung hält an ihrem Ziel der Belebung der WEU als Instrument zur Harmonisierung der Auffassungen der MS in sicherheitspolitischen Fragen fest. Dies tut sie umso mehr, als die Verhandlungen der Regierungskonferenz der MS der EG über den Vertrag über die europäische Zusammenarbeit in der Außenpolitik zu dem Ergebnis geführt haben, daß im EPZ-Rahmen zwar die Standpunkte zu den ‚politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit‘ stärker koordiniert werden sollen, aber eine Erweiterung der Kompetenz der EPZ auf den Kernbereich der Sicherheitspolitik nicht gelang.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 010, Bd. 178933.

- die Abstimmung der Haltung der Europäer in der WEU und
  - die Behandlung des Themas in der NATO
- vorzubereiten.

Abt. 2A hat mitgewirkt und behält sich ausführlichere Stellungnahme zum Papier des BMVg aus rüstungskontrollpolitischer Sicht vor.<sup>27</sup>

Braunmühl

VS-Bd. 12065 (201)

352

### Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-15967/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3949  
Citissime

Aufgabe: 20. Dezember 1985, 07.50 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. Dezember 1985, 07.18 Uhr

Betr.: Festhalten in SU von Siemens-Mitarbeitern<sup>2</sup>

Bezug: DE 1208 vom 19.12.1985 – 213-531/85 E-1560/85 VS-<sup>3</sup>

<sup>27</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Hartmann legte am 27. Dezember 1985 dar, die Überlegungen des Bundesministeriums der Verteidigung hinsichtlich einer erweiterten Luftverteidigung Europas würden „eine Reihe rüstungskontrollpolitischer Fragen auf, die vor einer verteidigungspolitischen Weichenstellung noch gründlicher Analyse bedürfen. Diese Fragen lassen sich drei Problemfeldern zuordnen: 1) Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag. 2) Auswirkungen auf die Rüstungsdynamik im WP und in der NATO. 3) Problematik rüstungskontrollpolitischer Alternativen zu den verteidigungspolitischen Überlegungen des BMVg.“ Vgl. VS-Bd. 11378 (220); B 150; Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor Edler von Braunmühl am 20. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über H[errn] Staatssekretär H. Minister. Ich befürworte nachdrücklich eine feste Reaktion i[m] S[inne] der Empfehlung der Botschaft.“

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut vorgelegen.

Hat Staatssekretär Ruhfus vorgelegen, der das Wort „nachdrücklich“ hervorhob und handschriftlich vermerkte: „D[ienst]B[esprechung].“

Hat Bundesminister Genscher am 24. Dezember 1985 vorgelegen, der zum Vermerk von Braunmühl handschriftlich vermerkte: „Ich bitte mich auf dem Laufenden zu halten, es handelt sich möglicherweise erst um einen Beginn, deshalb muß gelten: Wehret den Anfängen.“

Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Oesterhelt am 30. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 30. Dezember 1985 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13441 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

Hat Braunmühl am 6. Januar 1986 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 17. Dezember 1985, die Vertretung der Firma Siemens in Moskau habe am Vortag mitgeteilt, „daß zwei hier ansässigen deutschen Siemens-Mitarbeitern seit 16.11. verboten sei, das Land zu verlassen, da sie in einem gegen einen Sowjetbürger anhängigen Bestechungsverfahren als Zeugen benötigt würden“. Der Firma Siemens sei dazu erklärt worden, in der Bundesrepublik befinde sich ein sowjetischer Staatsbürger „in ähnlicher Lage. Man könne zu einem Kompromiß kommen. Siemens habe als Großunternehmen in D sicherlich genügend Macht, um sich gegenüber Politikern durchzusetzen. Kautionsleistung wurde abgelehnt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3906; VS-Bd. 13456 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent Oesterhelt teilte der Botschaft in Moskau mit, daß der Fall der festgehaltenen

1) LRK<sup>4</sup> führte Weisung heute, 19.12.85, 15.00 Uhr, gegenüber BR Smidowitsch, SAM, 3. Europäische Abt., aus. S. zeigte sich – überzeugend – uninformiert. Im Hinblick auf gebotene Eile wurde Punkt 2 des Bezugs-DE inhaltlich dennoch insgesamt vorgetragen unter dem Hinweis, daß jeweilige Folgen eintreten, wenn sowjetische Seite weiterhin (wie gegenüber Siemens) auf ihrem Standpunkt beharre.

S. meinte, es sei sicherlich zu früh, Lage so zu interpretieren, daß in Handelsbeziehungen Erschwernisse eintreten, und erklärte, daß für Fall des Festhaltens von Siemens-Mitarbeitern dann auch sicher ein Grund bestehe. LRK wies unter neuerlichem Hinweis auf bereits Gesagtes zusätzlich darauf hin, daß unsere Intervention nach fast fünfwöchigem Festhalten nicht zu früh sei und daß in einem Rechtsstaat, zu denen sich die SU zähle, einschränkende Maßnahmen in ordentlicher, schriftlicher Form gegenüber den Betroffenen erfolgten. Daran fehle es hier.

2) Von 1800 beantragten Visa an Kraftfahrer wurden seit Genehmigungseingang am 15.12.85, bereits 1186 erteilt. Bis auf weitere Weisung werden Jahresvisa für Kraftfahrer nicht bearbeitet.

3) Folgende weitere Druckmittel, die keine neuerliche Reziprozität bewirken, werden weisungsgemäß aufgezählt:

- Noch steht Erteilung von 2083 Jahresvisa für Charterflugpersonal von Kiew, Leningrad und Moskau nach D offen.
- Daneben könnten die von mir in früheren Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen durchgeführt werden, die uns hier ohnehin schon einseitig belasten, wie z. B.
  - Terminierung von Gesprächen in Ressorts nur nach schriftlicher Anmeldung (auch auf höherer Ebene),
  - keine, verzögerte und/oder mündliche Beantwortung von Noten.
- Strikte Einhaltung der Visaerteilungsfrist (derzeit noch acht Tage) – in jedem Fall auch bei offiziellen Gästen (solange die Einladung von deutscher Seite genügend früh ergangen ist).

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1866*

Mitarbeiter der Firma Siemens „als sehr ernst angesehen“ werde. Die Botschaft wurde angewiesen, „unverzüglich auf angemessener Ebene [...] um sofortige Ausreisemöglichkeit für die beiden festgehaltenen Siemens-Vertreter zu bitten. Dabei wäre darauf hinzuweisen, daß diese als Zeugen nach allgemein gültigen Rechtsgrundsätzen nicht zurückgehalten werden können“. Bestätige sich, daß die beiden Mitarbeiter nur als Zeugen benötigt würden, sei darzulegen: „Wir müßten uns in diesem Fall überlegen, welche Schritte wir unsererseits unternehmen müßten, um der sowjetischen Seite den Ernst der Lage vor Augen zu führen. Wir könnten aus prinzipiellen Gründen nicht akzeptieren, daß unsere Wirtschaftsvertreter in Moskau stets unter dem Damoklesschwert der Wiederausreiseverweigerung aus uns nicht einsehbaren Gründen leben müßten. Sollte die sowjetische Seite gar [...] einen Zusammenhang mit ‚ähnlichen‘ Fällen andeuten, müssen wir hart reagieren. Sie können in diesem Fall empfindliche Schritte unsererseits androhen, um dem für uns unerträglichen Vorgehen ein Ende zu setzen.“ Die Botschaft wurde „um Bericht gebeten, welche weiteren, unmittelbar wirksamen Druckmittel der Verzögerung sowjetischer Anliegen oder ihrer Einschränkung oder abschlägigen Bescheidung die Botschaft in solchen Bereichen sieht, in denen wir uns nicht unsererseits Zug um Zug entsprechenden Gegenmaßnahmen ausgesetzt sehen würden.“ Vgl. den am 18. Dezember 1985 konzipierten Drahterlaß; VS-Bd. 13456 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>4</sup> Gerhard Schrömbgens.

– Einschränkung der Zahl der Jahresvisa auf ein von uns in umgekehrter Richtung beantragtes realistisches Maß (Linienflüge, Kraftfahrer, Charterflüge, Eisenbahner).

– Einschränkung der Verkehrsrechte zu Wasser und Luft auf reziprokes Maß.

4) Diese Maßnahmen sind allerdings schwach und wenig funktionell. Viele lassen sich in unserem Staat auch kaum wirkungsvoll durchsetzen. Das eigentliche Zielobjekt von Gegenmaßnahmen muß der KGB sein. Ich verweise auf Punkt 4) des DB 3906 vom 17.12.85.<sup>5</sup>

Ich schlage vor zu prüfen, ob AA nichtprivilegierten, als dem KGB zugehörig bekannten Mitgliedern der Handelsvertretung Köln in einer Verbalnote die Ausreise verweigern könnte. Dabei müßte berücksichtigt werden, daß andere Verwaltungen des Bundes (z.B. Bundesanwaltschaft) davon zu überzeugen sind, diesem Personenkreis die Grenzen eines liberalen, aber wehrhaften Rechtsstaats zu zeigen.

Schließlich kann an eine gezielte, auffällige Beschattung von erkannten KGB-Agenten gedacht werden. Reziprozität gegen Botschaftsangehörige ist zu vermuten, würde aber hier ertragen.<sup>6</sup>

[gez.] Kastl

**VS-Bd. 13441 (213)**

<sup>5</sup> Botschafter Kastl, Moskau, bezeichnete das Vorgehen der sowjetischen Behörden gegen die Mitarbeiter der Firma Siemens als eine „neuerliche ‚Geiselnahme‘ deutscher Geschäftsleute“ und schlug vor, es „sollte unverzüglich begonnen werden, erkannten KGB-Mitarbeitern, möglichst der Handelsvertretung Köln, mit Ausweisung zu drohen, falls diese und weitere Deutsche in SU Repressalien ausgesetzt sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3906; VS-Bd. 13456 (213); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>6</sup> Am 21. Dezember 1985 teilte Botschafter Kastl, Moskau, mit, daß die beiden Mitarbeiter der Firma Siemens am Vortag „zu einem weiteren Verhör in das Lefortowo-Gefängnis bestellt“ worden seien. Botschaftsrat Schrömbgens habe die beiden begleitet, sei aber unter Hinweis auf die Strafprozeßordnung der RSFSR „an der Teilnahme am Verhör gehindert“ worden. Am Abend habe die Firma Siemens mitgeteilt, daß einer der beiden Mitarbeiter am folgenden Tag die UdSSR verlassen dürfe; der andere Mitarbeiter werde weiter im Lefortowo-Gefängnis festgehalten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3968; B 83 (Referat 511), Bd. 2128.

Gesandter Arnot, Moskau, informierte am 23. Dezember 1985, daß der festgehaltene Mitarbeiter der Firma Siemens am 20. Dezember 1985 „unter dem Vorwurf der mehrfachen Bestechung“ verhaftet worden sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3980; B 83 (Referat 511), Bd. 2128.

## 353

**Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 3964****Citissime nachts****Aufgabe: 20. Dezember 1985, 22.17 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 20. Dezember 1985, 21.47 Uhr**

Betr.: Gespräch mit AM Schewardnadse am 20.12.1985

Bezug: DE 1199<sup>2</sup> und 1214<sup>3</sup> vom 16. und 19.12.1985 – 213-321.00

Zur Unterrichtung

I. Am 20.12.1985 empfang mich AM Schewardnadse zu 90minütigem Gespräch. Auf Linie der Bezugsweisungen trug ich während 45 Minuten (mit konsekutiver Übersetzung) unsere Gedanken zum Stand der West-Ost- und der deutsch-sowjetischen Beziehungen vor. Sch., der geduldig und aufmerksam zugehört hatte und sich Stichpunkte notierte, antwortete in 40minütiger Replik ohne Übersetzung ins Deutsche, während derer er sich zunehmend in Hitze redete. Gespräch verlief dennoch freundlich und fand liebenswürdigen Abschluß.

Wie zu erwarten, griff Sch. Erinnerung an Einladung an Ryschkow nicht auf; zu den Einladungen an GS und ihn<sup>4</sup> fragte er, was Besuche in BR Deutschland

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 30.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 23. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Ministerialdirigent Oesterhelts wies Botschafter Kastl, Moskau, am 16. Dezember 1985 an, mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornijenko „ein Gespräch über den Stand der deutsch-sowjetischen und der West-Ost-Beziehungen zum Jahreswechsel zu führen“. Dabei solle Kastl erwähnen, daß die Einladungen an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und den sowjetischen Außenminister Schewardnadse aufrechterhalten würden und die an den früheren Ministerpräsidenten Tichonow ausgesprochene Einladung auch für Ministerpräsident Ryschkow gelte. Außerdem solle Kastl u. a. die Bereitschaft zum Ausdruck bringen, „nach Berührungspunkten in grundlegenden Fragen des Friedens und der Sicherheit zu suchen“, und Zustimmung signalisieren „zum Grundsatz einer 50prozentigen Reduzierung amerikanischer und sowjetischer Nuklearwaffen“ sowie zu einer „INF-Interimsvereinbarung, die zu drastischen Reduzierungen und zu ausgewogenen Begrenzungen führt und keinem Staat einen Status minderer Sicherheit zuweist“. Zu SDI solle sich Kastl nur reaktiv äußern und weiter ausführen, zu Korrekturen ihrer Ostpolitik sehe die Bundesregierung „keinen Anlaß. Belastung der Ost-West-Beziehungen seit Ende der 70er Jahre muß an ihren Wurzeln beseitigt werden (Afghanistan, SS-20).“ Außerdem wurden Kastl Erläuterungen zum Ergebnis der NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel übermittelt. Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

Kastl teilte am 19. Dezember 1985 mit, angesichts der Tatsache, daß Schewardnadse „in den letzten Monaten alle Botschafter wichtiger westlicher Länder“ empfangen habe und Kornijenko „letztthin nicht mehr sichtbar in Erscheinung getreten“ sei, habe er um einen Termin bei Schewardnadse nachgesucht, der für den folgenden Tag anberaumt sei: „Nach Beschluß der Bundesregierung, Verhandlungen über die Bedingungen der Teilnahme deutscher Firmen an amerikanischer SDI-Forschung aufzunehmen, gehe ich davon aus, daß ich in Gesprächen mit dem AM von mir aus auf den Beschluß zu sprechen komme und ihn erläutere.“ Für diesen Zweck bat Kastl um zusätzliche Weisung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3936; Referat 213, Bd. 139307.

<sup>3</sup> Mit Blick auf das Gespräch des Botschafters Kastl, Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 20. Dezember 1985 übermittelte Ministerialdirektor Edler von Braunmühl der Botschaft in Moskau am 19. Dezember 1985 „Elemente für die Gesprächsführung zur SDI-Entscheidung der Bundesregierung vom 18.12.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139307.

<sup>4</sup> Zur Zurückhaltung der sowjetischen Regierung hinsichtlich der Einladungen in die Bundesrepublik vgl. Dok. 327.

derzeit für einen Sinn hätten. Wiederholt bezeichnete er SDI als Spiel mit dem Feuer. Er würdigte nachdrücklich den Stand unserer Wirtschaftsbeziehungen, bemerkte jedoch, daß sie von den politischen Beziehungen beeinträchtigt werden könnten.

Sch. äußerte sich nachdrücklich positiv über seine bisherigen Treffen mit BM<sup>5</sup> und das mit BK vom 24.10.85<sup>6</sup>.

II. Ich leitete meine Äußerungen mit Grüßen des BM ein und führte aus, Bundesregierung wolle offenen, konstruktiven Meinungsaustausch mit SU in grundlegenden Fragen der Sicherheit und des Friedens fortsetzen. Korrespondenz zwischen GS und BK<sup>7</sup> sei ein Element. Antwort des BK auf letzten Brief des GS erfolge demnächst.<sup>8</sup> Gespräche des AM mit BM und BK seien weiteres Element. Als drittes Element komme Unterrichtung der SU über Genfer Abrüstungsverhandlungen<sup>9</sup> und Gipfeltreffen<sup>10</sup> hinzu, die wir als nützlich betrachtet hätten.

Trotz grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten verbande uns gemeinsames Ziel der Friedenswahrung. Bei Gestaltung unserer Beziehungen sollten wir dieser gemeinsamen Verantwortung gerecht werden. Bundesregierung bewerte Ergebnis des Genfer Gipfels als positiv, obwohl ernste Differenzen in einer Reihe kritischer Fragen nicht hätten ausgeräumt werden können. Wir begrüßten die zwischen USA und SU erzielte Einigkeit darüber, daß Kriege – nukleare und konventionelle – zu vermeiden seien und keine Seite militärische Überlegenheit anstreben dürfe. Ebenso begrüßten wir die Bekräftigung der Erklärung der AM vom 8.1.1985<sup>11</sup> durch die obersten Sprecher beider Großmächte, obwohl ein tiefer Meinungsunterschied fortbestehe, welche Forschungen gemäß ABM-V<sup>12</sup> erlaubt seien. Bundesregierung stimme dem Grundsatz fünfzigprozentiger Kürzungen sowjetischer und amerikanischer Nuklearwaffen zu. Dabei stelle sich jedoch für uns die Frage, was „strategische“ Waffen seien. Bundesregierung begrüße, daß beide Seiten eine Interimsvereinbarung über INF für

<sup>5</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 1. August 1985 in Helsinki bzw. am 24. September 1985 in New York vgl. Dok. 215 und Dok. 256.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 25. Oktober 1985 in New York vgl. Dok. 296.

<sup>7</sup> Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 26. August 1985 an Bundeskanzler Kohl und dessen Antwort vom 30. August 1985 vgl. Dok. 235, bzw. Dok. 235, Anm. 3. Zum Schreiben von Gorbatschow vom 27. Oktober 1985 an Kohl vgl. Dok. 300.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl antwortete am 30. Januar 1986 auf das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 27. Oktober 1985. Für das Schreiben vgl. AAPD 1986.

<sup>9</sup> Zur Unterrichtung der Bundesregierung durch die sowjetische Botschaft über die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle vgl. Dok. 211 und Dok. 304.

<sup>10</sup> Der sowjetische Botschafter Semjonow übergab Bundeskanzler Kohl am 26. November 1985 ein sowjetisches Memorandum zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf. Vgl. dazu Dok. 321. Zum Gipfeltreffen in Genf vgl. ferner Dok. 317 und Dok. 319.

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „1.8.1985“. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung der Außenminister Gromyko (UdSSR) und Shultz (USA) vom 8. Januar 1985 über ihr Treffen in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 85 (1985), Heft 2096, S. 30. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 60.

<sup>12</sup> ABM-Vertrag.

denkbar hielten, die zu drastischen und ausgewogenen Begrenzungen führen könnten. Wir hofften jedoch, daß dabei keinem Staat der Status minderer Sicherheit zugewiesen würde. Westeuropa mit seinen 320 Mio. Menschen könne sich nicht mit minderer Sicherheit abfinden als USA mit 235 Mio. und SU mit rund 280 Mio. Bürgern. Unsere Sicherheit hänge vom Nuklearschutz der USA und nicht von dem von F oder GB ab.

Positiv bewerteten wir die in der Gipfelerklärung<sup>13</sup> ausgedrückte Bereitschaft zu Bemühungen<sup>14</sup> um ein effektives, verifizierbares, allgemeines und vollständiges Verbot von CW. Wir würden unseren Teil zur Lösung der dabei noch offenen Fragen beitragen.<sup>15</sup>

Wir begrüßten Genfer Aussage zur KVAE. Auch wir strebten nach substantieller Vereinbarung in Stockholm noch vor Zusammentreten des Wiener KSZE-Folgetreffens.<sup>16</sup> Wir hätten dazu einen konstruktiven Beitrag geleistet. Unserem Einfluß sei es zu verdanken, daß Westen jetzt bereit sei, neben einer Vereinbarung konkreter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in Stockholm den Gewaltverzicht zu bestätigen.<sup>17</sup> In Wiener MBFR-Verhandlungen habe Westen auf Treiben der Bundes- und anderer Regierungen neuen Vorschlag eingebracht.<sup>18</sup> Er bestätige unser Engagement für eine Stabilisierung nicht nur des nuklearen, sondern auch des konventionellen Kräfteverhältnisses in Europa.

Bundesregierung fühle sich durch Ergebnis von Genf in ihrer Politik bestätigt und sehe keinen Anlaß für Korrekturen. Genf sei der Anfang eines Verhandlungsprozesses, der Möglichkeit eröffnet, auch die seit Ende der 70er Jahre entstandenen Belastungen des Ost-West-Verhältnisses – SS-20, Afghanistan – zu überwinden. Wir würden zu einer Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses, die gerade auch zu unserem Nutzen wäre, nach unseren Kräften und Möglichkeiten beitragen.

NATO-AM-Gipfeltreffen vom 12./13.12.<sup>19</sup> habe unsere Einschätzung des Genfer Gipfels bestätigt. BM Genscher habe in Brüssel auf Ergebnisse beim nächsten Gipfeltreffen gedrängt, das mehr als eine Klimaverbesserung, vielmehr konkrete Zwischenergebnisse bringen müsse. Diese Erwartung richte sich an beide Großmächte.

Wir seien verwundert über erste sowjetische Reaktion auf SDI-Kabinettsbeschluß vom 18.12.<sup>20</sup>, die sowjetische Überraschung widerspiegele. Schon in ih-

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „Bereitschaft, Bemühungen“.

<sup>15</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um ein Verbot von Chemiewaffen vgl. Dok. 164.

<sup>16</sup> Die dritte KSZE-Folgekonferenz in Wien begann am 4. November 1986.

<sup>17</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Annäherung der Positionen der NATO-Mitgliedstaaten und der Warschauer-Pakt-Staaten auf der KVAE in Stockholm vgl. Dok. 336.

<sup>18</sup> Zu der am 5. Dezember 1985 eingebrachten Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 339.

<sup>19</sup> Zur NATO-Ministerratstagung am 12./13. Dezember 1985 in Brüssel vgl. Dok. 345.

<sup>20</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 vgl. Dok. 334, Anm. 13.

Am 20. Dezember 1985 berichtete Botschafter Kastl, Moskau: „Unter Überschrift ‚Verhängnisvoller

rer Regierungserklärung vom 18.4. habe Bundesregierung amerikanische SDI-Forschung – im Licht sowjetischer Anstrengungen – als legitim erklärt.<sup>21</sup> Bundesregierung habe stets unterschieden zwischen technologischen und politisch-strategischen Fragen bei SDI. Bundeskabinett habe sich jetzt zu technologischen Aspekten entschieden und dem BMWi Auftrag zu Verhandlungen über Verbesserung der Rahmenbedingungen über Technologietransfer erteilt, um privatwirtschaftliche Position deutscher Unternehmen zu verbessern. Alle europäischen Partner stellten es ihren Firmen, auch solchen in Staatsregie, frei, sich am SDI-Forschungsprogramm zu beteiligen.

Die politischen und strategischen Fragen von SDI würden im Bündnis und mit unseren europäischen Partnern weiter geprüft. Dabei hätten wir uns zusammen mit anderen Westeuropäern bereits erfolgreich für eine restriktive Interpretation des ABM-V eingesetzt.<sup>22</sup> Besonders wichtig sei für uns, daß es nur eine kooperative Lösung bei SDI geben dürfe. Dies liege auch in unserem nationalen Sicherheitsinteresse. Unsere Einflußmöglichkeiten innerhalb des Bündnisses sollten weder unter- noch überschätzt werden. Sicher jedoch würden sie verringert, wenn der Eindruck entstünde, daß wir bei der Entscheidung über nationale Sicherheitsinteressen unter Druck von außen stünden. Die SU habe dagegen als Verhandlungspartner der USA ungleich größere Möglichkeiten, durch drastische Reduzierung der Offensivpotentiale und durch vereinbarte Abgrenzung der beiderseitigen Forschungen im Rahmen des ABM-V eine kooperative Lösung zu finden.

Trotz vieler offener Wünsche an Verhalten der SU in Sicherheitsfragen stelle Bundesregierung keine sicherheitspolitischen Vorbedingungen für Zusammenarbeit mit SU auf anderen Gebieten. Die Sicherheit sei für BR Deutschland ebenso wichtig, wie SU die Sicherheit für sich betrachte. Bundesregierung mache jedoch ihre Sicherheitsinteressen nicht zum exklusiven Kriterium bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zur SU. Erfahrung der 70er Jahre zeige, daß damals trotz Unterschieden in Sicherheitsauffassungen konstruktive Lösungen möglich gewesen seien (z. B. Moskauer Vertrag<sup>23</sup>, KSZE-Schlußakte<sup>24</sup>).

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1871*

Schritt Bonns' verurteilt ‚Prawda‘ vom 20.12. mit Artikel aus Feder von Michajlow Entscheidung des Bundeskabinetts vom 18.12.85. Angriff ist scharf formuliert, die schärfste Spitze richtet sich jedoch nicht gegen die Bundesregierung, sondern gegen F. J. Strauß. Angriff gipfelt im Vorwurf, im Grund gehe es den konservativen Kräften bei uns darum, Revanche zu üben und anders als in den 50er Jahren, als BR Deutschland auf Nuklearwaffen verzichten mußte, jetzt bei der Entwicklung neuester Rüstung teilzuhaben.“ Allerdings ende der Artikel „mit hoffnungsvoller Note, in Bonn sei hoffentlich letztes Wort noch nicht gesprochen und sei der Vorteil nicht vergessen, den die BR Deutschland in der Vergangenheit aus der Entspannungspolitik gezogen habe“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3956; Referat 220, Bd. 130084.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 18. April 1985 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 132, S. 9715–9720.

<sup>22</sup> Zur Diskussion in der amerikanischen Regierung über die Interpretation des ABM-Vertrags vom 26. Mai 1972 vgl. Dok. 274 und Dok. 312.  
Zu den Bemühungen der Bundesrepublik um eine restriktive Interpretation vgl. Dok. 279 und Dok. 283.

<sup>23</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.



Derzeit stehe es mit unseren politischen Beziehungen nicht zum besten, und doch sollten auch für SU Kontakte zu allen politischen Kräften der BR Deutschland, amtlichen und nichtamtlichen, oppositionellen und Regierungsparteien, langfristig lohnend sein. Jüngster Besuch der BT-Delegation<sup>25</sup> habe sich z. B. als nützlich erwiesen. Weiterer parlamentarischer Austausch sei vereinbart. Es lägen Einladungen des BK an den GS, des BM an Sch. vor. Es gebe auch eine Einladung an MP Tichonow<sup>26</sup>, die auch für seinen Nachfolger Ryschkow gelte. Das sei eine formelle Zusage. Nachdem in der sowjetischen Wirtschaftsführung tiefgreifende Wechsel eingetreten seien<sup>27</sup>, wäre solcher Besuch in Anbetracht unserer Bedeutung als größter westlicher Wirtschaftspartner der SU zeitgerecht und nützlich. GS Gorbatschow habe sich am 10.12.85 vor amerikanischen Geschäftsleuten über den stabilisierenden Wert von Handel für die politischen Beziehungen geäußert.<sup>28</sup> Das entspreche voll den immer von uns vertretenen Auffassungen.

Aufmerksam verfolge Bundesregierung die sowjetischen Äußerungen über das „gemeinsame Haus Europa“.<sup>29</sup> Sie vermerke mit Befriedigung, daß SU die Beziehungen zu Westeuropa nicht als einen Faktor der bipolaren Beziehungen zu den USA instrumentalisieren wolle. Dabei unterstellten wir jedoch der SU ein feines Gefühl für die Kräfteverhältnisse in EG und anderswo und gingen davon aus, daß SU in ihren Bemühungen um entspanntere, zivilisiertere und von gegenseitiger Achtung getragene Beziehungen zwischen Ost und West alle politischen Kräfte, die kleinen und mittleren Staaten einbeziehen werde.

III. Sch. entgegnete: Im bilateralen Verhältnis entwickelte sich vor allem wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit weiter. Die Wirtschaftszusammenarbeit habe großen Umfang und vielseitigen Charakter erreicht, wenn diese Zusammenarbeit sich weiter so entwickle, entspreche dies den Interessen beider Länder. Die SU wünsche eine weitere Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen auf Grundlage des gegenseitigen Vorteils.

<sup>25</sup> Zum Besuch einer Delegation des Bundestags vom 26. November bis 5. Dezember 1985 in der UdSSR vgl. Dok. 334.

<sup>26</sup> Am 8. Februar 1985 lud Bundeskanzler Kohl Ministerpräsident Tichonow „sehr herzlich zu einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland“ ein. Vgl. das Schreiben; Referat 213, Bd. 139325.

<sup>27</sup> Botschafter Kastl, Moskau, teilte am 11. Dezember 1985 mit: „In den neun Monaten seit dem Amtsantritt Gorbatschows wurden allein im Wirtschaftsbereich 24 neue Minister bzw. Mitglieder des Präsidiums des Ministerrats ernannt (es kommen drei weitere hinzu, wenn man die ersten drei Monate des Jahres mitzählt, in denen Gorbatschow wegen der Krankheit GS Tschernenkos praktisch schon die Geschäfte führte; berücksichtigt man ferner, daß durch die Schaffung des Staatskomitees für den agroindustriellen Komplex gleich sechs Ministerien in einem neuen Organ aufgingen, fällt diese Zahl noch beeindruckender aus). Schon jetzt hat Gorbatschow damit etwa ein Viertel des Ministerrats ausgewechselt [...]. Die UdSSR ist in der politischen wie in der wirtschaftlichen Führungsspitze nicht länger das Land der Gerontokraten.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 3584; Referat 421, Bd. 140475.

<sup>28</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, bei einem Essen für die Teilnehmer der Jahresversammlung des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrats am 10. Dezember 1985 in Moskau vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 123–129.

<sup>29</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, führte am 18. Dezember 1984 im britischen Unterhaus aus, beide Staaten lebten in einer Welt, in der man, „ob man es will oder nicht, miteinander koexistieren muß. Was uns auch immer trennen mag – wir haben einen Planeten. Europa ist unser gemeinsames Haus. Ein Haus, und kein ‚Kriegsschauplatz‘.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 127.

<sup>30</sup>Die politischen Kontakte, Konsultationen und Treffen seien ebenfalls keine Ausnahme. Es gebe einen Austausch von Partei- und anderen Delegationen. Die Kontakte hätten einen systematischen Charakter. Der GS habe BK getroffen.<sup>31</sup> Es gebe AM-Begegnungen, er habe den BM schon einige Male gesehen und mit ihm umfangreiche und offene Gespräche geführt. Sein zweistündiges Gespräch mit dem BK in New York sei offen, interessant und nützlich gewesen. Es gebe parlamentarische und andere Kontakte mit den Regierungsparteien und auch mit der Opposition.

Nicht zu übersehen seien jedoch die Fragen, die in SU Beunruhigung auslösten. Es sei zwar richtig, daß wirtschaftliche Beziehungen im ganzen für die politischen Beziehungen, für die Entwicklung von Vertrauen und wechselseitigem Verständnis nützlich sein könnten. Eine richtige Politik und politisches Verständnis hätten jedoch auch ihrerseits Einfluß auf die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen. Es gebe Fragen, die bei der sowjetischen Führung eine bestimmte Sorge auslösten: „Ich werde nicht auf alle eingehen.“ Er sagte sodann, ich hätte die Fragen im Zusammenhang mit dem Genfer Gipfeltreffen berührt. Unsere positive Einschätzung des Genfer Treffens falle mit der sowjetischen Bewertung zusammen. Genf sei ein wichtiges und schwieriges Treffen gewesen. Die SU beurteile das politische Endresultat aber positiv. Genf sei Anfang eines langen und schwierigen Weges, eines umfangreichen Dialogs, bei dem noch viele Hindernisse und Meinungsverschiedenheiten zu überwinden seien. Die SU mache sich keine Illusionen über die fortbestehenden Unterschiede sowohl in bilateralen Fragen als auch in globalen Fragen. Es gebe weiterhin tiefe Divergenzen. Dennoch sei eine erste Etappe zurückgelegt.

Was weiter? Es gilt nun, die allgemeine Absichtserklärung vom 21.11. über die Nichtzulässigkeit eines Krieges und über den Verzicht auf militärische Überlegenheit zu bekräftigen und zu konkretisieren. Von großer Bedeutung sei nun, nach dem ersten Schritt die allgemeinen Absichtserklärungen bei dem nächsten Treffen mit Inhalt zu füllen. Dieses würden die Völker nach seinen konkreten Ergebnissen beurteilen. SU bereite sich ernsthaft auf die nächste Etappe der Behandlung von Fragen der Sicherheit und der Bildung von Vertrauen vor. Auch USA dächten über ihre Schritte bei der nächsten Etappe nach. Die ganze Welt warte nun auf weitere Ergebnisse. Es gelte nun, günstige Grundlage für den weiteren Abbau der Spannungen und Aufbau von Vertrauen zu schaffen. Dabei seien die Schritte jedes einzelnen Staates wichtig. Auf Taten, nicht Worte komme es an.

Schon bei Vorbereitung auf vorangegangenes Gipfeltreffen habe SU wichtige, einseitige Schritte unternommen. Die andere Seite habe darauf jedoch nicht geantwortet. SU habe auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen verzichtet<sup>32</sup>: oh-

<sup>30</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3965 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>31</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.

<sup>32</sup> In einem „Appell an die Parlamente, die Regierungen, die politischen Parteien und die Völker der Welt“ erklärte die UdSSR am 22. Dezember 1982, daß sie „nicht als erste zum Einsatz von Kernwaffen greifen“ werde. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 23. Dezember 1982, S. 1.

Der Vorschlag, auf den Ersteinsatz von Kernwaffen zu verzichten, war auch Bestandteil der „Politischen Deklaration“, die am 5. Januar 1983 vom Politischen Beratenden Ausschuß des War-

ne amerikanische Antwort. In Europa habe sie einseitiges Moratorium bei Aufstellung von Mittelstreckenraketen beachtet und Zahl der SS-20 auf Stand vom Juli 1984 verringert<sup>33</sup>. Die andere Seite habe darauf nicht nur nicht reagiert, sondern habe Dislozierung neuer INF fortgesetzt. SU habe einseitiges Testmoratorium verkündet<sup>34</sup> und sei jetzt auch zu internationalen Kontrollen, nicht nur Kontrollen mit nationalen technischen Mitteln bereit<sup>35</sup>. USA reagierten immer noch nicht. Es gebe so ganze Reihe sowjetischer Vorschläge – ohne amerikanische Antwort.

Nächstes Gipfeltreffen brauche günstiges Klima, wozu SU beitragen wolle. SU sei für radikale Kürzungen der strategischen Waffen und der Mittelstreckenrüstungen. Voraussetzung sei jedoch, daß es kein Wettrüsten im Weltraum gebe. Falls jedoch Waffen im Weltraum entwickelt werden sollten, werde auch Reduzierung nuklearer Rüstungen unmöglich. Wenn andere Seite einen „Schild“ aufbauen werde, würde SU nicht warten, bis sie ein Erstschlag aus dem Weltraum erreiche. Die Menschheit stünde jetzt in einer äußerst verantwortungsvollen Situation. Wie solle es möglich sein, zu leben, wenn über der Menschheit im Weltraum Tausende von Waffen stationiert würden. Dabei sei es nicht möglich, zwischen offensiven und defensiven Rüstungen zu unterscheiden. Durch die Entwicklung neuer Waffen, Laser-, Strahlen- und kinetischer Waffen, würde eine schlimmere Situation als je zuvor entstehen. Menschheit stünde heute vor gleichem Scheideweg wie 1946, als es ihr nicht gelungen sei, die Anwendung von Atomwaffen zu verbieten.<sup>36</sup> SU schlage reales Abrüstungsprogramm vor, das die Sicherheitsinteressen weder der USA noch die dritter Staaten beeinträchtigen würde. Sie schlage vor, eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern und die strategischen und Mittelstreckennuklearwaffen radikal zu kürzen.<sup>37</sup> Wenn USA von der Entwicklung von Weltraumwaffen Abstand nähmen, böten die von USA und SU eingebrachten Vorschläge keine schlechte

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1874*

schauer Pakts in Prag verabschiedet wurde. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 104–116. Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 40.

<sup>33</sup> Zum sowjetischen Moratoriumsvorschlag, der am 19. März 1985 bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf vorgelegt wurde, vgl. Dok. 82, Anm. 13, bzw. Dok. 88. Zur Feststellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 3. Oktober 1985, die UdSSR habe die Zahl der in Europa stationierten Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20 auf den Stand vom Juni 1984 reduziert, vgl. Dok. 295, Anm. 13.

<sup>34</sup> Zur Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 30. Juli 1985 über eine befristete Einstellung der sowjetischen Kernwaffentests vgl. Dok. 212, Anm. 20. Vgl. dazu auch das Schreiben vom 12. September 1985 an Präsident Reagan; Dok. 264, Anm. 6.

<sup>35</sup> In einem am 14. August 1985 veröffentlichten Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU mit der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS sprach sich Gorbatschow für ein internationales Abkommen aus, das neben der Einstellung von Kernwaffentests „auch ein geeignetes System von Kontrollmaßnahmen – sowohl nationaler als auch internationaler –“ enthalten müsse. Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 2, S. 377.

<sup>36</sup> Am 19. Juni 1946 schlug der sowjetische Delegierte bei der „United Nations Atomic Energy Commission“, Gromyko, einen Vertrag zum Verbot der Herstellung und Anwendung von nuklearen Massenvernichtungswaffen sowie die Zerstörung der vorhandenen Bestände vor und unterbreitete Überlegungen zur internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1945–1959, S. 17–24.

<sup>37</sup> Zum sowjetischen Vertragsentwurf vom 16. August 1985 zur friedlichen Nutzung des Weltraums vgl. Dok. 245, Anm. 12.

Grundlage für möglichen Kompromiß. Unsere Generation müßte jedoch dieses Problem lösen.

Wenn jedoch die USA mit der Entwicklung eines „Schildes“ vorangingen, dann werde SU diesen Schild durchbrechen, ihre Rüstungen vervollkommen und entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen. Dazu habe SU das notwendige wissenschaftliche Potential. Wozu sei dies alles jedoch notwendig? SDI sei ein Spiel mit dem Feuer! Daher reagiere SU so, wie sie es tue, auf unsere und britische Entscheidungen. SDI sei rein militärisches Programm. Reagan stelle es zwar so dar, daß es eine gute Sache sei und USA nichts ohne SU tun würden. Könne man jedoch bloßen Worten Glauben schenken? Auch mit Hitler habe SU Nichtangriffspakt gehabt<sup>38</sup>, die Folgen seien bekannt (Hinweis auf sowjetische Kriegsoffer). SU könne sich nicht auf bloße Zusicherungen verlassen. Sie brauche volles Verbot von Weltraumwaffen. SDI sei auch deswegen Spiel mit dem Feuer, weil es äußerst schwierig sei, nach beträchtlichen Forschungsausgaben aus Programm wieder auszubrechen.

Es sei besser, die Wirtschaftsbeziehungen zu entwickeln. Dazu bestehe mit BR Deutschland großes Potential. SU und D seien keine Konkurrenten, ergänzten sich vielmehr gegenseitig. In SU und in BR Deutschland gebe es beträchtliches wissenschaftliches Potential. Wir könnten auch zusammenarbeiten bei Erreichung eines Verbots chemischer Waffen und bei der Schaffung von Vertrauen. Europa sei kleiner Flecken auf der Erde, wo Zusammenarbeit notwendig sei.

Zur Frage einer Reise des GS in BR Deutschland: Treffen und Reisen seien nützlich, sie müßten jedoch eine Aufgabe erfüllen. Vor beschriebenem Hintergrund wäre es schwierig, über Zusammenarbeit zu sprechen, wenn eine Seite auf Abrüstung dränge, die andere jedoch das Gegenteil mache.

Er könne auch seine Enttäuschung über Shultz nicht verhehlen. Mit ihm zusammen habe er in Genf gemeinsame Erklärung verabredet – und jetzt halte Shultz diese Rede in Berlin<sup>39</sup> und London<sup>40</sup> und unternehme seine Reise nach Bukarest und Budapest.<sup>41</sup> Er erkenne den Partner von Genf nicht wieder. Es scheine, als ob Geist von Genf nicht weiter gelten dürfe. USA hätten nun GB und die BRD gezwungen, an SDI teilzunehmen. Möglicherweise werde auch I folgen. Das sei kein günstiger Hintergrund für nächstes Gipfeltreffen, schaffe vielmehr neue Spannungen. SU verstünde das nicht.

Die SU wolle ernsthaft Frieden und Abrüstung der Nuklearwaffen. Sie könne jedoch mit Blick auf ihre bitteren historischen Erfahrungen ihre Sicherheitsinteressen nicht ignorieren. Reagan höre auf die Meinung des BK, der britischen

<sup>38</sup> Für den Wortlaut des Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 zwischen den Deutschen Reich und der UdSSR mit Geheimem Zusatzprotokoll über die Abgrenzung von Interessensphären vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

<sup>39</sup> Zur Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 14. Dezember 1985 in Berlin (West) vgl. Dok. 344, Anm. 12.

<sup>40</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Shultz am 10. Dezember 1985 vor den „Pilgrims of Great Britain“ in London vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2107, S. 24–28.

<sup>41</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1985 in Rumänien auf. Vom 15. bis 17. Dezember 1985 besuchte er Ungarn.

PM<sup>42</sup> und des Präsidenten Mitterrand. Daher trage die Bundesregierung ihre Verantwortung. Diese sei um so größer, als „BRD“ ein starkes Land sei. Jegliche Teilnahme an SDI sei „ein Spiel mit dem Feuer“. Er sage dies ganz offen und ohne Diplomatie: Wenn Prozeß nicht jetzt aufgehalten werde, werde später alles noch schwieriger.

IV. Ich erwiderte, was ich zum Kabinettsbeschluß vorzutragen gehabt hätte, sei keine Entschuldigung, sondern eine Erläuterung unserer freien Entscheidung. Auch wir seien uns darüber klar, daß es zu SDI viele und berechnete Fragen gebe, die bei weitem nicht ausgeschöpft seien. Diese müßten im westlichen Bündnis auf ihre Auswirkungen, welche sie im West-West-Verhältnis haben könnten, wie auf die Auswirkungen auf Ost-West-Verhältnis, diskutiert werden, besonders auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen für Rüstungskontrollverhandlungen in Genf. Unseren Wunsch nach einer kooperativen Lösung könnten wir, so glaubte Bundesregierung, jedoch eher zum Tragen bringen, wenn wir bei den technologischen Fragen nicht im Abseits stehen bleiben. Ich wiederholte aus Weisung: Einen wesentlich größeren Einfluß bei Erreichung einer kooperativen Lösung habe jedoch SU als Verhandlungspartner der USA: wenn sie eine vereinbarte Definition dessen finden würde, was im Rahmen des ABM-V zulässige Forschung sei.

Sch. erwiderte, die Unterscheidung technologischer und strategischer Aspekte seien nur Worte. Wesentliche Frage laute jedoch: SDI sei ein militärisches Programm, das eine neue Etappe des Rüstungswettlaufs eröffne und das auf Grundlage neuer Technologien neue Waffen schaffen solle. Zur Entwicklung der Technologie bräuchten wir jedoch keine militärischen Programme. Es gebe eine Alternative: die friedliche Zusammenarbeit im Weltraum. Dafür gebe es 1000 Möglichkeiten. Die zwei- bis dreitausend Mrd. Dollar könnten genutzt werden für gemeinsamen Flug zum Mond oder Mars und zur gemeinsamen Nutzung des Weltraumes. Globales friedliches Programm der technologischen Entwicklung wäre auch für BR Deutschland interessant. Darüber müsse man ernster nachdenken und bei einzelnen Entscheidungen ihre Folgen berücksichtigen.

Auf Fragen seines Ministers, ob er noch etwas hinzuzufügen habe, meinte Bondarenko, der am Gespräch teilnahm, dienstfertig, es sei alles deutlich gesagt worden.

Beim Hinausgehen erinnerte sich Sch. der bisherigen Begegnungen mit dem BM und BK. Er bat mich, die Grüße des BM zu erwidern und ihm seine Wünsche zum neuen Jahr zu übermitteln.

[gez.] Kastl

**Referat 213, Bd. 139307**

<sup>42</sup> Margaret Thatcher.

354

**Botschafter Kastl, Moskau, an das Auswärtige Amt**

114-15984/85 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3970  
Citissime

Aufgabe: 23. Dezember 1985, 07.16 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 23. Dezember 1985, 06.43 Uhr

Betr.: Schlußfolgerungen aus meinem Gespräch mit AM Schewardnadse am 20.12.1985

Bezug: DB 3964 VS-NfD – Pol 321.00 vom 20.12.1985<sup>2</sup>

I. Gespräch, wenn auch in der Form freundlich, verlief, Sch.'s Aussagen nach, wie zwei Tage nach Entscheidung der Bundesregierung zur Aufnahme von SDI-Verhandlungen mit USA<sup>3</sup> zu erwarten war. Schewardnadse

1) bestätigte indirekt, was amtliche TASS-Version über Gespräch<sup>4</sup> in den Mittelpunkt stellt: SU mißt weiterhin den Sicherheitsfragen entscheidende Bedeutung für die weitere Entwicklung der Beziehungen zu uns bei;

2) wischte unsere differenzierende Definition dessen, was bei SDI-Teilnahme „technologische“ und was „politisch-strategische“ Aspekte seien, beiseite;

3) warnte vor unserer Teilnahme am „Spiel mit dem Feuer“ – SDI;

4) ließ erkennen – was auch in TASS-Version zum Ausdruck kommt –, daß wir zumindest bis zum Abschluß eines SDI-Abkommens weiterhin unter Druck gehalten werden sollten;

5) übergang die von mir ausgesprochene Formalisierung der Einladung an MP Ryschkow und behauptete, es sei schwerer, auf Reisen des GS oder von ihm mit uns über Zusammenarbeit zu sprechen, „wenn eine Seite auf Abrüstung drängt, die andere jedoch das Gegenteil macht“.

II. Aus meinem Gespräch mit Sch., aus hiesigen Gesprächen des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Mermaz<sup>5</sup>, aus sowjetischer Aufforderung an britische Regierung, der Wiederaufnahme der trilateralen CTB-Verhandlungen zuzustimmen<sup>6</sup>, wie aus bisheriger sowjetischer Behandlung Itali-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 23. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 23. Dezember 1985 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 353.

<sup>3</sup> Zum Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 vgl. Dok. 334, Anm. 13.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Meldung „Besedy s poslami“; PRAVDA vom 21. Dezember 1985, S. 4.

<sup>5</sup> Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 16. Dezember 1985, daß der Präsident der französischen Nationalversammlung, Mermaz, bei seinem Besuch in der UdSSR „mit ausgesuchter Aufmerksamkeit“ behandelt worden sei: Am 12. Dezember 1985 habe der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, ein Gespräch mit Mermaz geführt, „das als ‚freundschaftlich und konstruktiv‘ bezeichnet wurde; ihn hat der Vorsitzende des Obersten Sowjets, Gromyko empfangen, und als Dritter P[olit]B[üro]-Kandidat Ponomarjow am 17.12.1985“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 3642; Referat 213, Bd. 139307.

<sup>6</sup> Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.

Botschafter Ruth notierte am 16. Februar 1981, die letzte Sitzung habe im November 1980 stattgefunden. Vgl. dazu VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

ens<sup>7</sup> springt eines in die Augen: GS Gorbatschow, der seit einem Jahr vom „gemeinsamen Haus Europa“ redet<sup>8</sup>, betrachtet wie seine Vorgänger westeuropäische Staaten ausschließlich durch die auf die USA fixierte Brille. Sie sollen das Gewicht der SU im Verhältnis zur anderen Weltmacht erhöhen. Dabei hält es sowjetische Führung für überflüssig, sie für die von ihnen erwartete Unterstützung sowjetischer Positionen mit kompensatorischen Ködern zu locken, welche Europa das Gefühl adäquater Sicherheit vermitteln könnten. Sie begnügt sich vielmehr damit, Lob und Tadel unabhängig davon, welche Positionen jeweilige westeuropäische Regierungen tatsächlich gegenüber SU einnehmen, zielgerecht, aber höchst ungleich als Mittel ihrer Diplomatie einzusetzen:

1) Sch. erwähnte in seinem Gespräch mit mir zwar beiläufig, daß Italien demnächst wie GB und wir amerikanischem Druck weichen könnte, an SDI teilzunehmen. Aber weder diese Möglichkeit noch Tatsache, daß Italien wie GB und wir amerikanische Marschflugkörper aufgestellt hat, scheint nach heutiger Kenntnis GS davon abzuhalten, im Frühjahr 1986 Rom zu besuchen.

2) GB durfte nicht nur vor einem Jahr „Zarewitsch“ Gorbatschow bei sich begrüßen.<sup>9</sup> Das seither betriebene Pingpong gegenseitiger Ausweisungen von Diplomaten<sup>10</sup> blieb eine Episode. Im Januar 1986 soll über Termin einer Reise Sch.'s nach London entschieden werden, eine Kette politischer Konsultationen ist bereits vereinbart. Britische Absicht, das nationale nukleare Potential, welches gegen SU gerichtet ist, zu modernisieren und zu verstärken, bleibt hier nahezu ebenso im Dunkel wie jüngste SDI-Absprache zwischen Verteidigungsministern des VK und der USA.<sup>11</sup>

3) F kann gegenüber der SU für sich seine Ablehnung der SDI ins Feld führen. Doch es gäbe genug Gründe für sowjetische Kritik: Präsident Mitterrands Einsatz für die INF-Stationierung, die auch von F vorgesehene massive Steigerung des französischen nuklearen Potentials, welches ebenfalls auf WP abzielt, Mitterrands Weigerung, hierüber mit SU zu verhandeln, sein Entstehen für die Achtung der Menschenrechte im Osten, seine Behandlung der KPF. Dennoch umwirbt GS das prestigebewußte und -bedürftige F mit Gesten, welche auf Wiederherstellung der „special relationship“ unter de Gaulle hinwirken sollen.

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Besuch des Ministerpräsidenten Craxi vom 28. bis 30. Mai 1985 in der UdSSR; Dok. 149, Anm. 17, und Dok. 172, Anm. 9.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Äußerungen des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 18. Dezember 1984 im britischen Unterhaus; Dok. 353, Anm. 29.

<sup>9</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 15. bis 22. Dezember 1984 in Großbritannien auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 353.

<sup>10</sup> Nachdem die britische Regierung am 18. April 1985 einen Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft sowie einen Mitarbeiter der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot wegen des Vorwurfs der Spionage ausgewiesen hatte, forderte die sowjetische Regierung am 22. April 1985 drei britische Diplomaten zum Verlassen der UdSSR auf. Die britische Regierung wies daraufhin drei weitere sowjetische Diplomaten aus. Vgl. dazu den Artikel „Alle diskreten Regelungen sind gescheitert“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 24. April 1985, S. 5.

Zur wechselseitigen Ausweisung weiterer sowjetischer und britischer Diplomaten im September 1985 vgl. Dok. 259, Anm. 13.

<sup>11</sup> Der britische Verteidigungsminister Heseltine und der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger unterzeichneten am 6. Dezember 1985 ein „Memorandum of Understanding“ über die britische Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm. Vgl. dazu DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG, Bd. XXIII, S. 361.

4) Uns dagegen will man weiterhin in der Ecke<sup>12</sup> stehen lassen – trotz unseres beträchtlichen und oft entscheidenden Beitrags zu substantiellem, entspannterem und maßvollerem West-Ost-Dialog. Die Beweggründe für diese uns deutlich isolierende und diskriminierende Rolle habe ich wiederholt vorgetragen. Gewiß spielen emotionale Gründe keine zu unterschätzende Rolle („quod licet Angliae non licet Germaniae“, Deutschland- und Ostgrendendiskussion). Taktische Gründe bleiben gültig (Disziplinierung der Verbündeten, Einmischung in unsere Innenpolitik). Aus Sch.'s Passagen im Gespräch mit mir halte ich jedoch einen Schlüsselsatz fest, daß wir nämlich für Erfolg des Genfer Folgeprozesses um so höhere Verantwortung trügen, als wir „ein starkes Land“ seien. Also nicht etwa die Nichtachtung unseres Gewichts in Europa oder im Nordatlantischen Bündnis ist Grund für Nichtbeachtung der Bundesregierung. Es scheint im Gegenteil Moskaus Hoffnung zu sein, daß Bundesregierung gratis, d.h. ohne substantielle Kompensation für ihren Anspruch auf angemessenere Berücksichtigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse und ohne politische Gesten, welche ihr außen- und innenpolitisch genehm wären, ja daß sie trotz oder gerade wegen der auf sie von der SU ausgeübten Pressionen bedeutenden Einfluß auf Washington ausüben wird.

III. Die SU wird uns erst dann wieder besser behandeln, wenn sie zu erkennen glaubt, daß es sich für sie lohnt. Solange sie hoffen zu dürfen glaubt, uns von formaler SDI-Absprache mit USA durch Druck abschrecken zu können, solange sie sich zu der Erwartung berechtigt zu fühlen glaubt, wir würden ihr trotz ihrer Unfreundlichkeit bei MBFR, KVAE, Genf, im KSZE-Rahmen von Nutzen sein, solange wir den Anschein geben, wir seien auf ihr Wohlwollen aus welchen Gründen auch immer – außen- oder innenpolitisch – angewiesen – solange wird sie ihr Verhalten zu uns nicht ändern. Meine Schlußfolgerungen lauten:

1) In unseren außen- und innenpolitischen Entscheidungen und Äußerungen werden wir darauf bedacht bleiben müssen, daß die uns geopolitisch benachbarte, militärisch bedrohliche, ideologisch antagonistische, wirtschaftlich attraktive Weltmacht, die UdSSR, anhaltende Mäßigung und Rücksicht durch uns verdient, damit der Bundesrepublik Deutschland als geteiltem Staat an der Schnittlinie zur anderen Weltmacht, den USA, kein Schaden entstehe: in Berlin, mit der DDR, mit den übrigen europäischen Verbündeten der SU, politisch und wirtschaftlich mit der SU selbst.

2) Unsere Entscheidungen, die unsere Sicherheit angehen, werden wir weiterhin in Abwägung des dialektischen Gegensatzes zwischen den Bedürfnissen der Solidarität mit dem westlichen Bündnis und der Rücksicht auf den für uns lebenswichtigen Ausgleich mit der SU zu fällen haben. Mit Recht heißt es aber in meiner Weisung (vgl. DE Nr. 1214 – 213-321.00 vom 19.12.1985<sup>13</sup>), daß sich unser Einfluß außenpolitisch verringern würde, wenn der Eindruck entstünde, wir müßten diese Entscheidungen unter Druck fällen. Gegen sowjetische Warnungen hat Bundesregierung am 18.12.1985 ihre SDI-Entscheidung getroffen. Von hier aus sieht es so aus, daß BMWi Bangemann (Mitvorsitzender in deutsch-

<sup>12</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber handschriftlich eingefügt: „[im] Regen“.

<sup>13</sup> Zum Drahterlaß des Ministerialdirektors Edler von Braunmühl vgl. Dok. 353, Anm. 3.



sowjetischer gemischter Kommission, welcher unlängst seinen für Anfang Januar 1986 hierher vorgesehenen Besuch abgesagt hat<sup>14</sup>) in USA Firmenschutzabkommen zu SDI-Forschung vereinbaren wird. Da diese Vereinbarung nicht nur in unserer Öffentlichkeit, da sie in Regierungskoalition nicht unumstritten ist, werden wir mit weiterem sowjetischem Druck zu rechnen haben.<sup>15</sup>

3) Wir laufen Gefahr, hier den Eindruck zu erwecken, gegenüber diesem sowjetischen Druck anfällig zu sein, wenn wir dennoch uns um sowjetisches Wohlwollen bemühen. Das Ergebnis meines Gesprächs mit Sch. ist hierfür ein neuer Beleg.

4) Ich wiederhole meine bereits früher vorgetragene Empfehlung: Da wir uns aus unserem nationalen Interesse heraus gezwungen sehen, sowohl die Stationierung der amerikanischen INF fortzusetzen als auch ein Firmenschutzabkommen über SDI-Forschung anzustreben – Entscheidungen, welche die egozentrische und Botmäßigkeit erwartende Sicht der SU tief verletzen, vor allem, wenn wir sie zu treffen wagen –, lohnen sich keine Appelle an Moskau, unseren guten, im West-Ost-Verhältnis bewiesenen Willen zu honorieren, oder die Anmahnung der ausstehenden hohen Besuche aus Moskau. In dieser von uns selbst geförderten Wende der internationalen Politik, bei der die Weltmächte in noch verstärktem Maße aufeinander fixiert sind, sollten wir versuchen, zu gelassenen, spröderen und damit respektierteren Partnern der SU zu werden.<sup>16</sup>

[gez.] Kastl

VS-Bd. 14154 (010)

<sup>14</sup> Ein für den 18. bis 22. November 1985 geplanter Besuch des Bundesministers Bangemann wurde zunächst auf den 8. bis 10. Januar 1986 verschoben. Am 13. November 1985 teilte Ministerialdirektor Schomerus, Bundesministerium für Wirtschaft, Botschafter Kastl, Moskau, mit, Bangemann sehe die Reise „als politischen Antrittsbesuch bei der sowjetischen Regierung“ und wolle „bei sich abzeichnenden Schwierigkeiten, politische Termine zu erhalten (GS Gorbatschow, AM Schewardnadse, MP Ryschkow) von einem Besuch in Moskau absehen“. Vgl. das Schreiben; Referat 421, 140477.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 1985 an den sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow äußerte Bangemann Verständnis dafür, daß Antonow „ebenso wie die gesamte Führung der KPdSU“ zu dem geplanten Besuchstermin durch die Vorbereitung des XXVII. Parteitags der KPdSU „einer verstärkten zeitlichen und arbeitsmäßigen Belastung unterworfen“ seien. Er regte daher an, auf das Treffen im Januar 1986 zu verzichten und „nach Ablauf des Parteitages der KPdSU und der Verabschiedung des neuen Fünf-Jahresplans“ anlässlich der Tagung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission im April 1986 zusammenzukommen. Vgl. Referat 421, Bd. 140477.

<sup>15</sup> So in der Vorlage.

Am 27. Dezember 1985 verlas und übergab der sowjetische Botschafter Semjonow im Gespräch mit Staatssekretär Meyer-Landrut die sowjetische Stellungnahme zum Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985. Meyer-Landrut wies darauf hin, daß hier „eine falsche Politik der Bundesregierung dargestellt“ werde. Es gehe um eine technologische Zusammenarbeit mit den USA „auf breiter Basis [...]“. In den Ausführungen des Botschafters werde eine Beteiligung deutscher Firmen an einem Programm für Rüstung im Weltraum gerügt. Davon könne jedoch keine Rede sein, da es sich nur um die Zusammenarbeit in der Forschungsphase handle. Ferner habe der Botschafter von einem Bruch des ABM-Vertrages gesprochen. Gerade die Einhaltung des ABM-Vertrages sei aber Voraussetzung für eine Unterstützung durch die Bundesregierung“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken vom 28. Dezember 1985; Referat 213, Bd. 139307.

<sup>16</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben.

Am 23. Dezember 1985 ließ Genscher Botschafter Kastl, Moskau, wissen, er teile dessen Analyse: „Ihrer Empfehlung zur Gelassenheit kann ich nur zustimmen. Meine wiederholt in Gesprächen, aber zurückhaltender auch in öffentlichen Erklärungen getroffene Feststellung, die Sowjetunion werde sich der Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Lager und für das West-Ost-

355

**Ministerialrat Hirsch, Washington, an das Auswärtige Amt****114-16016/85 VS-vertraulich****Aufgabe: 23. Dezember 1985, 18.10 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 5859****Ankunft: 24. Dezember 1985, 00.54 Uhr**

Betr.: Einfluß der Technologietransferproblematik auf die deutsch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit

In letzter Zeit ist bei mehreren Anlässen deutlich geworden, daß der Problem-bereich Technologietransfer im Augenblick das entscheidende Hindernis für eine Weiterentwicklung der deutsch-amerikanischen Rüstungszusammenarbeit darstellt. Demgegenüber treten in diesem Bereich andere Faktoren, wie z.B. Protektionismus, Schwierigkeiten mit den amerikanischen Exportkontrollge-setzen<sup>2</sup> und das Not-invented-here-Syndrom an Bedeutung zurück. Nach ame-rikanischer Auffassung mißt die Bundesrepublik in der Frage des Exports von Hochtechnologiegütern in den Ostblock dem kommerziellen Nutzen eine höhe-re Bedeutung bei als Sicherheitsgesichtspunkten, die USA dagegen sind bereit, den Sicherheitsaspekten trotz damit verbundener wirtschaftlicher Nachteile Priorität einzuräumen.

Ass.Sec.Def.<sup>3</sup> (International Security Policy), Richard Perle, hat diesen Stand-punkt bei seinem Gespräch mit MinDir Geisendörfer, BMWi, am 6.11.85 am Beispiel des Exports von 87 Hubschraubern durch eine deutsche Firma nach Nordkorea erläutert. Die Haltung der Bundesrepublik sei offenbar, Exporte die-ser Art zu genehmigen, wenn keine Gesetzesverletzung damit verbunden ist. Die sicherheitspolitischen Belange würden jedoch im Einzelfall nicht hinrei-chend gewürdigt. Es zeige sich hier eine grundlegend unterschiedliche Beurtei-lung der Risiken des Technologietransfers und der Exportkontrollpraxis, die Einfluß auf das deutsch-amerikanische Vertrauensverhältnis habe.

In wesentlich schärferer Weise trat diese US-Auffassung während eines Ge-sprächs mit Dep.Und.Sec.<sup>4</sup> (Trade Security Policy), Dr. Bryen, Dep.Und.Sec.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1881*

Verhältnis sicher bewußt sein und danach ihre Politik einrichten, gilt unverändert auch für die Zu-kunft. Diese Einsicht wird, wie wir bei der Vorbereitung des Besuchs der Bundestagsdelegation er-lebt haben, nicht immer und nicht überall beachtet.“ Vgl. das mit Drahterlaß Nr. 1221 übermittelte Schreiben; VS-Bd. 14154 (010); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 27. Dezember 1985 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 29. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Der Vorgang zeigt erneut, was Beflissenheit und Unerfahrenheit im BMVg u. BKA für Schaden anrichten.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. Januar 1986 vorgelegen, der die Weiterlei-tung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte.

Hat Staatssekretär Meyer-Landrut am 5. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Ploetz am 6. Januar 1986 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat von Arnim am 7. Januar 1986 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum „Export Administration Act of 1979“ und seiner Novellierung am 12. Juli 1985 vgl. Dok. 72, Anm. 10, 11 und 13.

<sup>3</sup> Assistant Secretary of Defense.

<sup>4</sup> Deputy Undersecretary.

(International Programs and Technology), Talbot Lindstrom, und Vertretern des State Department in Erscheinung, zu dem BR Schlegel von der Wirtschaftsabteilung der Botschaft und WT-Att.<sup>5</sup> am 20.12.85 in das Pentagon gebeten wurden. Während dieses Gesprächs (Einzelheiten siehe Bericht VS-geh. Nr. 5858<sup>6</sup> vom 23.12.85 an Ref. 424<sup>7</sup>) führte die US-Seite Klage über die deutsche Verhandlungsführung bei einer COCOM-Sitzung am 16./17.12.85, bei der es um den amerikanischen Antrag ging, spezielle Tunnelbohrmaschinen Exportkontrollen zu unterwerfen.<sup>8</sup> Wenn es nicht innerhalb von zwei Wochen zu einer einvernehmlichen Lösung komme, werde man die Angelegenheit Sec.Def.<sup>9</sup> Weinberger zuleiten. Konsequenzen für die Zusammenarbeit, z.B. bei SDI<sup>10</sup>, seien nicht auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund muß auch die irritierte Reaktion des DoD auf den Beschluß der Bundesregierung zu SDI vom 18.12.85 gesehen werden, der bei den geplanten Verhandlungen Technologietransferfragen in den Vordergrund stellt und dementsprechend den BMWi mit der Verhandlungsführung beauftragt.<sup>11</sup>

<sup>5</sup> Wehrtechnischer Attaché war Hans Hirsch.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Nr. 85“.

<sup>7</sup> Gesandter Wallau, Washington, berichtete: „Die beiden Botschaftsvertreter wurden von einer achtköpfigen Delegation von Pentagon und State Department empfangen, die sich höflich, aber kühl äußerte. Mehrere Sprecher beschwerten sich z. T. deutlich verärgert über [...] das deutsche Verhalten bei der COCOM-Sitzung am 16./17. Dezember, in der ursprünglich vereinbart werden sollte, besonderes Bohrgerät für Hartgestein in die COCOM-Liste aufzunehmen.“ Vorgespräche im Oktober 1985 mit hochrangigen Vertretern aus Auswärtigem Amt, Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium der Verteidigung hätten den Eindruck hinterlassen, daß dem amerikanischen Antrag gefolgt würde. Jedoch habe die Delegation aus der Bundesrepublik „eine genau gegensätzliche Haltung eingenommen [...]“. Darüber hinaus sei man höchst irritiert gewesen über den Stil der deutschen Gesprächsführung. Dr. Daase, BMWi, habe schon in seiner Einleitung bemerkt, dies sei ein weiteres Beispiel für die ständigen Versuche des ‚big brother‘(!), Exportkontrollen auch auf die Ausfuhr rein ziviler Produkte auszuweiten“. Die weitere Gesprächsführung sei dann von einem Industrievertreter übernommen worden, und die amerikanische Regierung sei erstaunt, daß bereits zum wiederholten Male „die deutsche Position in einer vertraulichen COCOM-Sitzung nicht von dem COCOM-Delegierten oder einem Regierungsvertreter, sondern von einem einseitig interessierten Geschäftsmann vertreten wurde. All dieses sei kein gutes Vorzeichen für die bevorstehenden SDI-Gespräche von BM Bangemann.“ Vgl. VS-Bd. 13730 (424); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>8</sup> Am 30. Dezember 1985 erläuterte Ministerialdirigent Massion, es gehe um Tunnelbohranlagen, „mit denen auch in großer Tiefe waagrecht Felsgestein automatisch und erschütterungsfrei durchbohrt werden kann. Die riesigen, dafür erforderlichen Anlagen werden nur in USA und von zwei deutschen Firmen hergestellt. Für letztere macht der Ostmarkt etwa ein Viertel ihres Geschäftes aus.“ Nach amerikanischer Einschätzung seien diese Maschinen von strategischer Bedeutung: „Da sie bohren (also das bisher notwendige Sprengbohren überflüssig machen), bleibt das Gestein um das Tunnelloch fest. In genügender Tiefe lassen sich damit atombombensichere Räumlichkeiten schaffen. Zugleich – und nach unserer Meinung bisher ausschließlich – dienen diese Geräte auch rein zivilen Zwecken, nämlich Tunnelbohrungen für Verkehrsanlagen, für Wasserdurchführungen, Tiefstfundamente für Großbrücken, im Bergbau, bei Ölbohrungen. [...] Die USA sind offenbar zutiefst davon überzeugt und besorgt, daß die SU diese Anlagen (auch) zur Herstellung atomsicherer Unterstände und Abschußrampen verwenden will.“ Dem amerikanischen Produzenten der Anlagen sei „deshalb kürzlich durch ‚presidential order‘ (ein ganz ungewöhnliches Verfahren) ein Export untersagt“ worden: „Wenn jetzt eine deutsche Firma lieferte und somit ein Geschäft ausnützte, das der Konkurrenz aus ‚COCOM‘-Gründen untersagt wurde, dann würden wir genau das tun, was die deutsche Presse gelegentlich – ohne es je begründen zu können – den Amerikanern vorwirft.“ Vgl. VS-Bd. 13730 (424); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>9</sup> Secretary of Defense.

<sup>10</sup> Die Wörter „z.B. bei SDI“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Na, na!“

<sup>11</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Sehr gut!“ Zum Beschluß der Bundesregierung vom 18. Dezember 1985 vgl. Dok. 334, Anm. 13.

### Stellungnahme

Schon im Januar 1985 bezeichnete Anderson in einem Artikel<sup>12</sup> in der Washington Post unter Berufung auf eine CIA-Studie die Bundesrepublik als das schlimmste Sicherheitsrisiko des Westens.<sup>13</sup> Die hier beschriebenen Beispiele zeigen, daß diese Auffassung nicht auf einige fanatische Sicherheitsapostel beschränkt ist, sondern in Bereichen des DoD (Policy, Research and Engineering) durchaus geteilt wird. Wenn es nicht gelingt, die sehr tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, sind m.E. Auswirkungen auf die deutsch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit, besonders im Hochtechnologiebereich, nicht zu vermeiden. Dabei ist es nicht so sehr von Bedeutung, welche der beiden Seiten objektiv recht hat. Wichtig ist, daß die jetzige US-Administration die Bundesrepublik als Sicherheitsrisiko ansieht.<sup>14</sup> Diese Situation ist um so bedauerlicher, als gerade in der letzten Zeit mehrere hoffnungsvolle amerikanische Initiativen zur Verbesserung der Rüstungszusammenarbeit in der NATO (z.B. das Nunn-Amendment zum Defense Authorization Act 1986<sup>15</sup>) eingeleitet worden sind. Wie die SDI-Verhandlungen in diesem Umfeld ablaufen werden, bleibt abzuwarten.

Es ist zu empfehlen, bei den kommenden Verhandlungen einen Ausgleich der divergierenden Meinungen zu versuchen. Ein wichtiges Argument könnte dabei sein, daß offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bündnispartner mehr Vorteile gegenüber dem potentiellen Gegner einbringt als stärkere Ab-

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „Anderson ein Artikel“.

<sup>13</sup> Zu der Studie des amerikanischen Geheimdienstes CIA und zu den Artikeln des amerikanischen Journalisten Anderson in der Tageszeitung „The Washington Post“ vom 27. und 28. Januar 1985 vgl. Dok. 72.

<sup>14</sup> Botschafter van Well, Washington, berichtete im August und September 1985 wiederholt über die Reaktion in der amerikanischen Presse auf die sich häufenden Enttarnungen von Spionen in Bundesministerien und im Bundeskanzleramt. Am 3. September 1985 teilte er mit: „Anspielungen auf die schon immer vorhanden gewesene, jetzt aber mehr als deutlich bestätigte Unzuverlässigkeit der Westdeutschen auf dem Felde der Geheimhaltung von westlicher sensibler Technologie bzw. von Allianz-Geheimnissen nehmen zu“. Der Journalist Anderson habe am Vortag in der Tageszeitung „Washington Post“ ausgeführt, „die Bonner Spionageaffäre sei für den CIA keine Überraschung gewesen. Glücklicherweise sei die CIA angesichts der großen Zahl solcher Vorfälle in der Bundesrepublik schon seit langem dazu übergegangen, mit Bonn nicht mehr alle die Geheimnisse zu teilen, die man seitens der Amerikaner mit anderen Bündnispartnern routinemäßig austausche. Schon seit der Ford-Administration hätten diese CIA-Einschätzungen zu einer Bonn gegenüber höchst sensiblen Politik des Weißen Hauses geführt.“ Auch der Journalist Safire habe in der Tageszeitung „The New York Times“ „den westdeutschen Geheimdienst als Sicherheitsrisiko“ bezeichnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4184; Referat 204, Bd. 135297.

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat von Arnim legte am 22. November 1985 dar: „Der amerikanische Senator Nunn, dessen Zusatzanträge zum US-Verteidigungshaushalt in der Vergangenheit darauf abzielten, die europäischen Verbündeten durch politischen Druck (Androhung der Verringerung der in Europa stationierten Truppen) zu höheren Verteidigungsleistungen zu bewegen, hat in seinem diesjährigen Amendment den umgekehrten Weg gewählt. Durch sein Amendment zum Haushalt 86 sollen die amerikanischen Streitkräfte verpflichtet werden, die Rüstungszusammenarbeit mit den NATO-Partnern zu suchen. Es sieht hierfür vor, daß aus den Haushaltsansätzen der Teilstreitkräfte Mittel zur Verfügung gestellt werden, und zwar 200 Mio. US-Dollar zur Finanzierung gemeinsamer Projekte der Forschung und Entwicklung mit NATO-MS; 50 Mio. US-Dollar für den Ankauf und Vergleichstest nicht-amerikanischen mit amerikanischem Rüstungsmaterial.“ Voraussetzung sei, „daß es sich dabei um neue Technologien (emerging technologies) handelt und daß der kooperierende Partner einen Teil der Kosten aus eigenen Mitteln aufbringt.“ Vgl. Referat 209, Bd. 130023.

schottung. Auf jeden Fall sollten Vorfälle wie der im COCOM am 16./17.12.85 zukünftig vermieden werden.<sup>16</sup>

[gez.] Hirsch

VS-Bd. 11849 (209)

## 356

### Aufzeichnung des Referenten Schollwer

27. Dezember 1985<sup>1</sup>

Betr.: Deutschlandpolitik nach Genf<sup>2</sup>

Perspektiven, Probleme und Empfehlungen

#### 1) Ausgangssituation

Nach dem relativ erfolgreichen, zu gedämpftem Optimismus Anlaß gebenden Abschluß des sowjetisch-amerikanischen Gipfels in Genf wächst im geteilten Deutschland die Hoffnung auf eine „neue Phase der Entspannungspolitik“. Eine solche neue Etappe der Ost-West-Beziehungen könnte angesichts der Lage vor dem Gipfel auf Deutschland bezogen u. a. bedeuten:

- Die Überwindung der gegenwärtigen politischen Spannungen zwischen Moskau und Bonn, Wiederaufnahme des in den 70er Jahren recht intensiven politischen Dialogs zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, Beendigung der seit April 1984 laufenden sowjetischen Revanchismuskampagne und der sowjetischen Nadelstichpolitik gegen die Bundesregierung (Politik um die Bundesrepublik herum, mangelnde Gesprächsbereitschaft gegenüber Botschaft Moskau etc.).
- Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bereich mit dem langfristigen Ziel blockübergrei-

<sup>16</sup> Zum weiteren Vorgehen schlug Ministerialdirigent Massion am 30. Dezember 1985 vor, das bald erneut im COCOM anstehende Problem der Tunnelbohrmaschinen „in Ruhe mit dem BMWi“ zu besprechen und „Deputy Undersecretary Bryen eine sorgfältige – kurzfristig nicht mögliche – Prüfung der Sachfrage in Aussicht zu stellen und anzudeuten, daß es in der Form [...] möglicherweise zu Mißverständnissen kommen konnte“. Vgl. VS-Bd. 13730 (424); B 150, Aktenkopien 1985.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Referent Schollwer am 27. Dezember 1985 an Vortragenden Legationsrat Ischinger geleitet mit der Bitte, „beigefügte persönliche Aufzeichnung zur gegenwärtigen deutschlandpolitischen Lage Herrn Bundesminister vorzulegen“.

Hat Ischinger am 27. Dezember 1985 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 28. Dezember 1985 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte:

„Eine wohl richtige Analyse, in der Tat gehört zu einer beständigen West-Ost-Politik ein langer Atem.“

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 6. Januar 1986 vorgelegen, der den Rücklauf an den Planungsstab verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178476.

<sup>2</sup> Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 19. bis 21. November 1985 in Genf vgl. Dok. 317 und Dok. 319.

fender Kooperation in Gesamteuropa („Perspektiven liberaler Deutschland-politik“).

2) Tatsächlich sind jedoch die Auswirkungen des Genfer Gipfeltreffens auf die Ost-West-Beziehungen, insbesondere auf die Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen, sowie auf den gesamten KSZE-Prozeß zur Zeit noch nicht abzusehen. Nicht nur, weil sich positive Folgen einer möglichen neuen Phase sowjetisch-amerikanischer Beziehungen auf Europa nicht sofort, sondern erst später herausstellen werden, ist vorerst Skepsis geboten, sondern auch aus anderen Erwägungen.

Relevant für die weitere Entwicklung deutsch-deutscher Beziehungen werden vermutlich auch in Zukunft sein:

- der jeweilige Zustand des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses, das vermutlich auch weiterhin bis zu einem gewissen Grade instabil bleibt und vor allem von bilateralen sicherheitspolitischen Überlegungen bestimmt sein wird;
- die Entwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau. Sie werden seit Ende der 70er Jahre fast nur noch durch die sicherheitspolitischen Interessen der beiden Seiten bestimmt;
- der innere Zustand der beiden Paktsysteme, das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zu ihren Verbündeten, die Position der Bundesrepublik und der DDR in der NATO bzw. im Warschauer Pakt;
- die Auswirkungen der innerdeutschen Beziehungen auf die Innenpolitik in beiden deutschen Staaten.

3) Die sowjetische Deutschland-Strategie – die Lage der DDR

a) Moskau macht seit geraumer Zeit die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen weitgehend von einem Wohlverhalten der Bundesregierung in Sicherheitsfragen abhängig, wie das Generalsekretär Gorbatschow gegenüber Bundeskanzler Kohl Mitte März 1985 in Moskau<sup>3</sup> zum Ausdruck gebracht hat. Auch Simjanin meinte am 5.12. zur Bundestagsdelegation in Moskau: Wenn die Bundesrepublik darauf verzichte, „gehorsam den USA zu folgen“, gebe es auch Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung der Beziehungen.<sup>4</sup>

Zur Durchsetzung dieser Klausel bedient sich Moskau gegenüber der Bundesrepublik gegenwärtig einer Doppelstrategie:

- auf der einen Seite wird die Bundesrepublik durch fortwährende scharfe Polemik sowjetischer Medien, durch Anklagen sowjetischer Politiker sowie durch eine Politik gezielt an der Bundesregierung vorbei und dafür um so engerer Kontakte mit der SPD unter permanenten Druck gesetzt;
- auf der anderen Seite lockt Moskau die Bundesrepublik mit verstärkten Wirtschaftsbeziehungen und vor allem auch mit einer offensichtlichen Tolerierung der pragmatischen und relativ kooperativen Politik Honeckers gegenüber Bonn.

<sup>3</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 14. März 1985 in Moskau vgl. Dok. 68.

<sup>4</sup> Zum Gespräch einer Delegation des Bundestages mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Simjanin, am 5. Dezember 1985 in Moskau vgl. Dok. 334, Anm. 7.

b) Diese sowjetische Doppelstrategie, an der sich auch nach dem Genfer Gipfel vorerst kaum etwas ändern wird, läßt die gegenwärtige Deutschlandpolitik Honeckers in einem neuen Licht erscheinen: in erster Linie nämlich als ein Instrument sowjetischer Sicherheitspolitik und erst in zweiter Linie auch als eine Methode der DDR-Führung zur Erlangung eines größeren außenpolitischen Spielraums. Dabei ist die Position der DDR dadurch noch besonders kompliziert, als Moskau ständig zwischen zwei Optionen hin- und herzuschwanken scheint: der Option, die kontaktfreudige und pragmatische DDR-Deutschlandpolitik zur Beförderung sowjetischer Sicherheitsinteressen zu instrumentalisieren, und der Option, der DDR-Führung davon abzuraten, sich allzu sehr auf Kontakte mit dem Westen einzulassen, weil dadurch eine blockgefährdende Westabhängigkeit der DDR eintreten könnte. Informationen über den internen Verlauf der Tagung des WP in Sofia Ende Oktober<sup>5</sup> machen dieses Dilemma sowjetischer Deutschland- und Westpolitik besonders deutlich: Der Aufruf Gorbatschows an die KP-Führer, also auch an die SED, sich in den nächsten Jahren vorrangig auf den wirtschaftlichen Aufschwung zu konzentrieren und dabei auch westliche Unterstützung zu suchen<sup>6</sup>, zwingt die DDR geradezu, ihre Westkontakte eher noch zu verstärken als zu reduzieren. Das gilt, *cum grano salis*, natürlich auch für die SU selbst, für die sich jedoch anders als für die DDR mit ihren besonderen wirtschaftlichen, historischen und psychologischen Bindungen an die Bundesrepublik die Frage einer westlichen Einflußnahme nicht stellt.

#### 4) Die Lage der Bundesrepublik

Aber auch die Lage der Bundesrepublik ist in einer neuen Phase der Ost-West-Politik und damit ggfs. auch der deutsch-deutschen Beziehungen nicht einfach:

- Eine abgestimmte Politik gegenüber dem WP nach Genf ist im Bündnis bisher noch nicht entwickelt worden (siehe Shultz-Reise nach Ungarn, Rumänien und Jugoslawien Mitte Dezember<sup>7</sup>).
- Intensität und Ergebnisse des wiederbegonnenen sowjetisch-amerikanischen Dialogs sind vorerst ungewiß.
- Die Bundesrepublik steht vor einem harten Wahlkampf<sup>8</sup>, in dem die Ost-, die Deutschland- und die Sicherheitspolitik vermutlich eine nicht geringe Rolle spielen werden.
- Die Opposition in der Bundesrepublik entwickelt immer nachdrücklicher eine Neben- und Gegenaußenpolitik zur Bundesregierung mit der Tendenz, sich zum Fürsprecher sowjetischer Sicherheitsinteressen in der Bundesrepublik zu machen.

<sup>5</sup> Am 22./23. Oktober 1985 fand in Sofia die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung vom 23. Oktober 1985 vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 668–679.

<sup>6</sup> Während seines Besuchs in Bulgarien vom 22. bis 25. Oktober 1985 bekräftigte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. Oktober 1985 den Kurs der „Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“ auf eine „Beschleunigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Den Schlüssel dazu liefert der wissenschaftlich-technische Fortschritt.“ Vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 3, S. 38.

<sup>7</sup> Der amerikanische Außenminister Shultz hielt sich am 15. Dezember 1985 in Rumänien auf. Vom 15. bis 17. Dezember 1985 besuchte er Ungarn und reiste anschließend zu Gesprächen am 17./18. Dezember 1985 nach Jugoslawien.

<sup>8</sup> Am 25. Januar 1987 fanden die Wahlen zum Bundestag statt.

Besonders die letztgenannte Entwicklung könnte für unsere Deutschlandpolitik weitreichende und sehr negative Folgen haben. Sie diskreditiert in zunehmendem Maße die Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen des Bündnisses und in vertrauensvoller politischer Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Westen die Substanz der deutschen Nation zu erhalten und die Lage der Menschen im geteilten Deutschland zu erleichtern. Die Oppositionspolitik führt zudem zu einer politischen Desorientierung von Teilen der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Wer den Nicht-Krieg zum ausschließlichen Maßstab für den Frieden macht, unter Vernachlässigung oder Außerachtlassung wesentlicher Werte wie Menschenrechte, Freiheit und Demokratie, der übernimmt praktisch den sowjetischen Friedensbegriff auch für die Bundesrepublik. Ob nun gewollt oder nicht: Auf diese Weise erfolgt eine geistige Abkoppelung von der Wertegemeinschaft der westlichen Demokratien. Der ominöse Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“ mit den Staaten des WP besagt letztlich nichts anderes, als daß man die tatsächlich existierende traditionelle und ganz andersgeartete Sicherheitspartnerschaft mit den Staaten der NATO aufzugeben bereit ist oder innerlich aufgegeben hat. Denn beide in ihrer Substanz grundsätzlich unterschiedlichen Sicherheitspartnerschaften lassen sich schwerlich miteinander vereinbaren.

##### 5) Zum Stand der innerdeutschen Beziehungen

Der Stand der innerdeutschen Beziehungen ist, gemessen etwa an dem der deutsch-sowjetischen und der deutsch-polnischen Beziehungen, am Jahresende 1985 nicht schlecht. Nach vielen Jahren der Verhandlungen konnte das deutsch-deutsche Kulturabkommen unterschriftsreif fertiggestellt werden.<sup>9</sup> Eine 25 Punkte umfassende Liste von Vorschlägen für technische und administrative Erleichterungen im geteilten Deutschland vom Oktober 1979 ist inzwischen zu einem nicht geringen Teil erfüllt worden; von den 47 Verbesserungswünschen der Bundesregierung für den innerdeutschen Reiseverkehr vom November 1983 wurden bereits einige durch Vereinbarungen mit der DDR erledigt. Es geht also – wenn auch sehr langsam – mit der Implementierung des Grundlagenvertrags<sup>10</sup> und seiner Zusatzvereinbarungen voran.

Weitgehend unbefriedigend blieben bisher u. a.:

- der innerdeutsche Jugendaustausch<sup>11</sup>;
- das Volumen des innerdeutschen Sportverkehrs;
- der Stand der kommunalen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR;
- das DDR-Grenzregime;

<sup>9</sup> Zu den Verhandlungen über ein Kulturabkommen mit der DDR vgl. Dok. 203, Anm. 6.

Das Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über kulturelle Zusammenarbeit wurde am 6. Mai 1986 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN 1980–1986, S. 259–261.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418.

<sup>11</sup> Zum Jugendaustausch zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 60, besonders Anm. 28 und 29, sowie Dok. 75, Anm. 18.



- die Regelung des Asylantenproblems<sup>12</sup>;
- die Menschenrechtslage in der DDR.

Die menschlichen Kontakte im geteilten Deutschland werden zudem nach wie vor durch die von der DDR-Regierung verhängte Kontaktsperre für Personen mit wichtigen öffentlichen Aufgaben<sup>13</sup> begrenzt. Die Gründe für diese restriktive Politik der SED sind nach wie vor politisch-ideologischer Natur (Abgrenzung).

Vor diesem Hintergrund ist der Eifer, den einige Politiker in der Bundesrepublik bei dem Bemühen an den Tag legen, Honecker zu einem baldigen Besuch in die Bundesrepublik zu überreden, allenfalls auf den ersten Blick verständlich. Da jedoch kaum zu erwarten ist, daß der SED-Generalsekretär die Aufgabe der Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik als Gastgeschenk nach Bonn mitnehmen wird, daß es ihm vielmehr darum geht, die volle internationale Gleichberechtigung der DDR nun auch durch einen Empfang durch Kanzler und Bundespräsident auf dem Boden der Bundesrepublik zu demonstrieren, ist der politische Nutzen dieses Besuchs für uns relativ gering.

Die Beziehungen zur DDR haben sich seit dem Besuch Bundeskanzler Schmidts in der DDR im Dezember 1981<sup>14</sup> verbessert, obwohl (oder weil?) Honecker seine Gegenvisite mehrfach abgesagt hat bzw. verschoben hat.<sup>15</sup> Auch aus diesem Grund ist das so dringliche Verlangen nach einer Bonn-Reise Honeckers schwer zu verstehen. Bedenklich erscheint aber auch, daß immer mehr Bundes- und Landespolitiker (offenbar in Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes) sich geradezu danach drängen, von Honecker in Ost-Berlin empfangen zu werden. Das „Hinterherlaufen“, das Antichambrieren erleichtert uns unsere Deutschlandpolitik nicht. Das erst recht dann nicht, wenn die Besucher sich – wie das bei sozialdemokratischen Politikern häufig der Fall ist – anschließend zu Verteidigern der DDR-Deutschland- und Sicherheitspolitik machen. Dieser gegen unsere Interessen gerichteten Art von Deutschlandpolitik sollte künftig energischer als bisher entgegengetreten werden.

6) Aus alledem ergeben sich m. E. folgende vorläufige Überlegungen zur aktuellen Deutschlandpolitik:

- Bundesregierung und Koalitionsparteien sollten es auch im Wahlkampf tunlichst vermeiden, sich mit der Opposition in eine Art Wettstreit um spektakuläre „Fortschritte“ in den Beziehungen zur DDR zu begeben. Eine solche Politik müßte auf die Dauer – in Ost wie in West – Schiffbruch erleiden.
- Auch und gerade bei unseren Beziehungen zur DDR dürfen die politisch-ideologischen Unterschiede zwischen den beiden deutschen Staaten nicht ver-

<sup>12</sup> Zum Problem der Einreise von Asylbewerbern nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik über den Ost-Berliner Flughafen Schönefeld vgl. Dok. 148, Anm. 11.  
Zur Haltung der DDR vgl. Dok. 213, Anm. 24.

<sup>13</sup> Zu den Kontaktbeschränkungen vgl. Dok. 213, Anm. 26.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

<sup>15</sup> Geplante Besuche des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik wurden am 28. April 1983 bzw. am 4. September 1984 abgesagt. Vgl. dazu AAPD 1983, I, Dok. 123, bzw. AAPD 1984, II, Dok. 232.

wischt werden. Der Wettkampf der Systeme ist durch die Ostverträge<sup>16</sup>, den Grundlagenvertrag oder durch die KSZE-Schlußakte<sup>17</sup> nicht beendet; er wurde lediglich auf eine militärische Konflikte ausschließende Grundlage gestellt. Nicht „Wandel durch Annäherung“ (Bahr)<sup>18</sup>, eine Politik, die heute offenbar von der SPD-Mehrheit praktiziert wird, sondern Wandlung durch Einwirkung (KSZE) ist die der Bundesrepublik Deutschland gestellte deutschlandpolitische und gesamteuropäische Aufgabe. Die Bundesrepublik jedenfalls hat keinen Anlaß, in Richtung Osten zu „konvergieren“, sich einem totalitären Regime anzupassen.

- Zu einer vernünftigen Deutschlandpolitik gehört allerdings auch, die ohnehin begrenzte Dialog- und Kooperationsfähigkeit der DDR nicht durch Postulate zusätzlich zu mindern, die weder gegenüber Ost-Berlin und Moskau noch gegenüber unseren westlichen Verbündeten durchzusetzen sind. Das gilt vor allem für Forderungen nach Veränderungen des territorialen Status quo in Europa, die – in jede Himmelsrichtung – als gefährlich und den wohlverstandenen deutschen Interessen schädlich bezeichnet werden müssen.
- Es ist unbedingt erforderlich, unsere Deutschlandpolitik im Rahmen der Bündnis- und KSZE-Politik zu halten. Die deutsche Frage in der Geschichte war immer – wie Michael Stürmer es einmal formulierte – die Frage, wem Deutschland gehört und wohin die Deutschen gehören.<sup>19</sup> Eine klare Antwort liegt auch heute noch in unserem deutschen Interesse. Denn nur so kann der Verdacht im Westen und die Hoffnung im Osten ausgeräumt werden, große Teile der Bevölkerung in der Bundesrepublik seien um der nationalen Ziele willen bereit, eigene Wege zu gehen. Dieser enge Zusammenhang zwischen Deutschlandpolitik, Bündnispolitik und KSZE sollte künftig stärker in den Reden der Regierungs- und Koalitionspolitiker herausgestellt werden.
- Auch gegenüber der SU ist m. E. für die nähere Zukunft eine größere Zurückhaltung angezeigt. Solange die sowjetamtliche Verleumdungskampagne gegen die Bundesregierung anhält, besteht auf unserer Seite kein Anlaß, in

<sup>16</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 387 und 388.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589.

Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>18</sup> In einem Diskussionsbeitrag auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Tutzing legte der Leiter des Presse- und Informationsamts des Landes Berlin, Bahr, am 15. Juli 1963 Überlegungen zu einer Politik gegenüber der DDR vor, „die man auf die Formel bringen könnte: Wandel durch Annäherung“. Vgl. DZD IV/9, S. 575. Zu der Rede vgl. auch AAPD 1963, II, Dok. 233.

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Breitenstein legte am 18. Dezember 1985 eine Analyse von Äußerungen des Historikers Stürmer aus der zweiten Jahreshälfte 1985 „vor dem Club zu Bremen, im Bayerischen Rundfunk, in einer schriftlichen Studie“ vor. Stürmer habe u. a. ausgeführt: „Der Ort der deutschen Geschichte, mitten in Europa, bezeichnet noch immer und für alle absehbare Zeit auch ihre erste Bedingung.“ Daraus folge laut Stürmer: „Die deutsche Frage war, durch Geographie und Gewicht Deutschlands bedingt, immer eine europäische Zentralfrage. Durch das ‚factum brutum‘ der geostrategischen Lage ... ist die deutsche Frage vor allem Sache der Deutschen, aber niemals ihr Eigentum.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178476.

Moskau um „gut Wetter“ zu bitten. Auf der anderen Seite aber müssen wir auch in dieser schwierigen Phase deutsch-sowjetischer Beziehungen unsere prinzipielle Bereitschaft zu Dialog und Kooperation von Zeit zu Zeit deutlich machen. Dabei sollte klar zum Ausdruck kommen, daß Gespräch und Zusammenarbeit nicht ausschließlich unter sowjetischen Bedingungen erfolgen können. D.h. insbesondere, daß für uns der sowjetische Standpunkt nicht akzeptabel ist, die Sicherheitspolitik zum Angelpunkt unserer Beziehungen zu machen. Nach meiner Überzeugung wird Moskau ohnehin früher oder später seine feindselige Haltung gegenüber der Bundesregierung wieder aufgeben, wie das auch Äußerungen Tolkunows gegenüber der Bundestagsdelegation Anfang Dezember in Moskau<sup>20</sup> zu entnehmen ist.<sup>21</sup> Ein Ersatzpartner in Westeuropa für die Bundesrepublik steht Moskau nicht zur Verfügung. Und die USA werden in absehbarer Zeit kaum ihre Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zur SU liberalisieren; das haben die Gespräche zwischen dem amerikanischen Handelsminister Baldrige und GS Gorbatschow im Dezember in Moskau<sup>22</sup> deutlich gemacht. So bleibt die Bundesrepublik Deutschland vermutlich noch für lange Zeit der wichtigste Handels- und Wirtschaftspartner Moskaus.

Bonn kann also gelassen abwarten, bis die Sowjets ihren „Ärger“ abreagiert haben und zu einem vernünftigen, der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung unseres Staates entsprechenden Umgang mit der Bundesrepublik zurückkehren.

Dann ergeben sich vermutlich auch neue weitergehende Perspektiven deutsch-deutscher Beziehungen, ein größerer Spielraum auch für die DDR in ihren Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland – und umgekehrt!

[Schollwer]<sup>23</sup>

**Referat 02, Bd. 178476**

<sup>20</sup> Zum Gespräch einer Delegation des Bundestages mit dem Vorsitzenden des Unions- bzw. Nationalitätensowjet, Tolkunow, vgl. Dok. 334, Anm. 2.

<sup>21</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

<sup>22</sup> Der amerikanische Handelsminister Baldrige hielt sich anlässlich der Tagung der amerikanisch-sowjetischen Wirtschaftskommission vom 9. bis 11. Dezember 1985 in der UdSSR auf.

<sup>23</sup> Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.



# **Personenregister**

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1985 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1985 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 176 bzw. von Seite 3 bis Seite 940, **Band II** von Dokument 177 bis 356 bzw. von Seite 941 bis 1891.

- Abdullah ibn Abdul Aziz al-Saud** Kronprinz des Königreichs Saudi-Arabien, Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Kommandeur der Nationalgarde S. 172, 484, 1218f.
- Abe, Shintaro** Außenminister von Japan **Dok. 109, 184, 255** und S. 515, 546<sup>8</sup>, 568, 571, 573, 580<sup>15</sup>, 847, 955<sup>9</sup>, 1021, 1488f.
- Abouchar, Jacques** französischer Fernsehjournalist S. 1169
- Abrahám, Kalman** Präsident des ungarischen Landesumweltschutzamts S. 1078<sup>11</sup>
- Abrahamson, James Alan** Generalleutnant im amerikanischen Verteidigungsministerium (Director, Strategic Defense Initiative Organization) S. 219–226, 252–256, 427, 1199f., 1356, 1498<sup>6</sup>, 1691
- Abrams, Elliott** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs, seit 17. Juli 1985 Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs) S. 738
- Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch** Vorsitzender des Staatskomitees für Auslandstourismus der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, seit März 1985 Botschafter in Tokio S. 974
- Abshire, David Manker** Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 16, 434<sup>16</sup>, 1024<sup>7</sup>, 1137, 1138<sup>14</sup>, 1469, 1808<sup>31</sup>
- Abu Abbas (Muhammad Zaidan)** Führer der Palestine Liberation Front (PLF) S. 1498<sup>7</sup>, 1695
- Abu Iyad (Salah Mesbah Khalaf)** stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees der Palestine Liberation Organisation (PLO), Chef des Geheimdienstes der PLO und führendes Mitglied der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ S. 387, 869
- Abu Odeh, Adnan S.** jordanischer Hofminister (Minister of Court) **Dok. 44** und S. 268
- Achenbach, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung, der Weltraumschließung; EURATOM; OECD-NEA; IAE“ des Auswärtigen Amts S. 797<sup>12</sup>, 1172<sup>7</sup>
- Achromejew, Sergej Fjodorowitsch** Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Erster Stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte S. 93, 595
- Ackermann, Eduard** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Gesellschaftliche und politische Analysen–Kommunikation“ im Bundeskanzleramt S. 766
- Ackermann, Klaus Hellmuth** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 824<sup>16</sup>, 941<sup>6</sup>, 992<sup>12</sup>, 993<sup>18</sup>
- Adamek, Peter** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 226<sup>1</sup>, 432<sup>1</sup>, 583<sup>1</sup>, 632<sup>1</sup>, 638<sup>1</sup>, 853<sup>1</sup>, 1057<sup>1</sup>, 1084<sup>1</sup>, 1121<sup>8</sup>, 1221<sup>1</sup>
- Adelman, Kenneth Lee** Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 414<sup>16</sup>, 576, 683, 687
- Adenauer, Konrad** 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 47<sup>14</sup>, 296<sup>24</sup>, 378, 579, 642<sup>6</sup>, 708<sup>11</sup>, 711, 789, 879<sup>6</sup>, 881f., 885, 887, 1115<sup>11</sup>, 1208<sup>4</sup>, 1209, 1365, 1475f., 1543
- Admoni, Nahum** Direktor des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad S. 1297<sup>2</sup>
- Adorno, Theodor W.** 1949–1969 Professor für Philosophie und Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main S. 1718
- Afanassjew, Wiktor Grigorjewitsch** Chefredakteur der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ S. 336
- Ahlers, Klaus** Vorstandsvorsitzender der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG S. 1043<sup>7</sup>

- Ahrens, Geert-Hinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi S. 573<sup>16</sup>, 731<sup>6</sup>, 957<sup>20+21</sup>
- Alam Khan, Kurshed** Staatsminister im indischen Außenministerium seit Januar 1985 S. 1017<sup>7</sup>, 1018<sup>11</sup>
- Albertz, Heinrich** 1966–1967 Regieren-der Bürgermeister von Berlin S. 893<sup>19</sup>
- Alchimow, Wladimir Sergejewitsch** Vorsitzender der Staatsbank der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 495, 1748<sup>2</sup>
- Alexander, Michael O'Donel Bjarne** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Wien und seit 8. April 1985 Leiter der britischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen S. 1745 f., 1772
- Alexandrow-Agentow, Andrej Michajlowitsch** Mitglied des ZK der KPdSU und Berater des Generalsekretärs des ZK S. 377, 495, 500, 1258
- Alexejew, Sergej S.** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 1525
- Alfonsín, Raúl Ricardo** Präsident der Argentinischen Republik **Dok. 69, 247** und S. 148<sup>19</sup>, 677, 993<sup>19</sup>, 1333 f., 1364, 1372<sup>38</sup>, 1520
- Ali, Kamal Hassan** Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten bis 4. September 1985; 1980–1984 Außenminister **Dok. 30** und S. 1188
- Ali Khan, Sahabzada Mohammad Yaqub** siehe: *Yaqub Ali Khan, Sahabzada*
- Alijew, Gejdar Alijewitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident S. 408–410
- Allende Gossens, Salvador** 1970–1973 Präsident der Republik Chile S. 1372<sup>40</sup>
- d'Allest, Frédéric** Generaldirektor des Centre national d'études spatiales (CNES) in Paris S. 708<sup>10</sup>
- Allon, Yigal** 1974–1977 Außenminister des Staates Israel S. 1288
- Almer, Gerhard** Legationssekretär im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“, seit 1. April 1985 im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts, seit 6. November 1985 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 592<sup>1</sup>
- de Almeyda Neves, Tancredo** am 15. Januar 1985 gewählter Präsident der Föderativen Republik Brasilien, am 22. April 1985 verstorben S. 74<sup>11</sup>, 191<sup>17</sup>, 357<sup>1</sup>, 382, 385, 390
- Alten, Jürgen von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos **Dok. 103**
- Altenburg, Günther** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts S. 531<sup>13</sup>, 776<sup>1</sup>, 786<sup>1</sup>, 1207<sup>27</sup>
- Altenburg, Wolfgang** General und Generalinspekteur der Bundeswehr S. 1132, 1240<sup>9</sup>, 1583, 1829–1832, 1834, 1849
- Amado, Juan José** 1982–1983 Außenminister der Republik Panama S. 55<sup>18</sup>
- Ambrose, James R.** Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of the Army) S. 583 f.
- Amin, Hafizullah** 1979 Präsident des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan S. 134<sup>15</sup>, 1460<sup>13</sup>
- Amin, Schahid Muhammad** Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Moskau S. 346
- Amin Dada, Idi** 1971–1979 Staats- und Regierungschef der Republik Uganda S. 679<sup>11</sup>
- An Zhiyuan** Botschafter der Volksrepublik China in Bonn bis zum Eintritt in den Ruhestand im April 1985 S. 153
- Anderson, Jack Northman** amerikanischer Journalist S. 393, 600, 1884
- Andrade Díaz-Durán, Fernando** Außenminister der Republik Guatemala S. 188, 749
- Andrei, Stefan** Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien bis 12. November 1985, anschließend Sekretär des ZK der RKP **Dok. 212** und S. 205, 208<sup>14</sup>, 400, 1817, 1855



- Andreotti, Giulio** Außenminister der Italienischen Republik **Dok. 12, 120, 214, 255, 316** und S. 105, 124f., 135<sup>4+5</sup>, 136, 137<sup>9</sup>, 138, 214, 216–218, 263, 386<sup>2</sup>, 415<sup>5</sup>, 480, 514f., 567, 569, 571, 573, 579, 650<sup>23</sup>, 651, 704<sup>38</sup>, 721, 725, 778<sup>8</sup>, 780<sup>17</sup>, 806<sup>20</sup>, 852, 877<sup>21</sup>, 955<sup>9</sup>, 979<sup>4</sup>, 1021, 1141<sup>21</sup>, 1145, 1147f., 1171<sup>3</sup>, 1258<sup>2</sup>, 1259, 1262, 1291, 1341<sup>15</sup>, 1456, 1488f., 1498<sup>7</sup>, 1518, 1612<sup>12</sup>, 1803, 1809–1811
- Andriessen, Franciscus (Frans)** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Landwirtschaft und Fischerei) und seit 29. Januar 1985 Vizepräsident S. 108, 529<sup>9</sup>
- Andronic, Stelian Octavian** Handelsrat und rumänischer Beauftragter für Gespräche zur Aussiedlung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit S. 207f., 400f., 403, 1098, 1100
- Andropow, Jurij Wladimirowitsch** 1982–1984 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 31, 33<sup>8</sup>, 161, 269, 334–337, 379, 465, 468, 618, 677, 755<sup>9</sup>, 758, 844, 946, 970, 993<sup>17</sup>, 1000, 1214<sup>26</sup>, 1217, 1268, 1429, 1449<sup>3</sup>, 1527, 1532, 1556<sup>13</sup>, 1640, 1705f.
- Androutopoulos, Adamantios** 1973–1974 Ministerpräsident des Königreichs Griechenland bzw. der Hellenischen Republik S. 477<sup>13</sup>
- Antonow, Alexej Konstantinowitsch** sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 30, 97f., 147, 150, 295<sup>21</sup>, 378f., 1257<sup>20</sup>, 1881<sup>14</sup>
- Apel, Hans** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1978–1982 Bundesminister der Verteidigung S. 12, 920<sup>13</sup>, 1339<sup>11</sup>, 1603<sup>6</sup>
- Aquino, Benigno (Ninoy), Jr.** 1966–1983 Vorsitzender der philippinischen Liberalen Partei S. 1308<sup>29</sup>
- Arafat, Yasser** Vorsitzender des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und des Exekutivkomitees der Palestine Liberation Organisation (PLO) **Dok. 165** und S. 56, 241, 243–245, 267, 270<sup>8</sup>, 271, 298, 386f., 565, 1186<sup>12</sup>, 1187, 1218f., 1227, 1235, 1288f., 1293<sup>8</sup>, 1305<sup>20</sup>, 1306<sup>24</sup>, 1447, 1448<sup>16</sup>, 1452, 1472f., 1695
- Arbatow, Georgij Arkadjewitsch** Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 1168, 1330
- Arce Castaño, Bayardo** Mitglied der nicaraguanischen Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) mit dem Titel „Commandante de la Revolución“ und seit August 1985 stellvertretender Koordinator der Exekutivkommission S. 751
- Archey, William T.** Abteilungsleiter im amerikanischen Handelsministerium (Acting Assistant Secretary for Trade Administration, Department of Commerce) S. 77<sup>26</sup>, 393<sup>7</sup>
- Arens, Mosche** israelischer Minister ohne Geschäftsbereich S. 388<sup>9</sup>, 1447<sup>15</sup>
- Armocost, Michael Hayden** Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 9, 598, 692, 891<sup>12</sup>, 1322, 1387, 1857<sup>31</sup>
- Arnaud, Claude** Botschafter der Französischen Republik in Moskau bis Januar 1985, anschließend Mitarbeiter im Kabinett des französischen Außenministers (Conseiller auprès du Ministre) S. 1161, 1340<sup>13</sup>, 1341<sup>15</sup>
- Arnim, Joachim von** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 4. Februar 1985 Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 201-9 „Militärpolitik außerhalb der NATO, Rüstung, WEU (sicherheitspolitische Aspekte)“ bzw. seit 12. April 1985 des Referats 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU)“ im Auswärtigen Amt S. 76, 1971<sup>+3</sup>, 396<sup>4</sup>, 664<sup>28</sup>, 1044<sup>1</sup>, 1195<sup>1+3</sup>, 1240<sup>9</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1861<sup>16</sup>, 1882<sup>1</sup>, 1884<sup>15</sup>
- Arnold, Hans** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland

- beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1592<sup>15</sup>
- Arnold, Philippe** Brigadegeneral und Kommandeur der französischen Ersten Panzerdivision bis 1. November 1985, anschließend bei der Generalkommandantur der Ersten Armee und Militärkommandantur in Straßburg S. 1847
- Arnot, Alexander** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau; 1979–1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 94, 208** und S. 297<sup>31</sup>, 675<sup>12</sup>, 1108<sup>8</sup>, 1165 f., 1167<sup>13</sup>, 1170, 1219<sup>6</sup>, 1255<sup>6</sup>, 1657<sup>4</sup>, 1676<sup>20+22</sup>, 1687<sup>20</sup>, 1868<sup>6</sup>
- Arsa Sarasin** Staatssekretär im thailändischen Außenministerium S. 958
- Asao, Shinichiro** Unterstaatssekretär im japanischen Außenministerium (Deputy Minister for Foreign Affairs), seit 20. August 1985 abgeordnet ins Ministersekretariat S. 544
- Asencio, Diego Cortes** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Brasilien S. 390
- Aspin, Leslie, Jr.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 1355
- al-Assad, Ali Sulayman** Vater von Hafiz und Rifaat al-Assad S. 1286
- al-Assad, Hafiz** Präsident der Arabischen Republik Syrien **Dok. 239** und S. 245, 1188 f., 1218, 1220, 1228, 1268, 1293 f., 1446, 1695 f.
- al-Assad, Rifaat** Generalmajor und Vizepräsident der Arabischen Republik Syrien für Angelegenheiten des Militärs und der nationalen Sicherheit S. 1218 f.
- Astorga Gadea de Jenkins, Nora** stellvertretende Außenministerin der Republik Nicaragua S. 726
- Attali, Jacques** Sonderberater des französischen Staatspräsidenten und dessen Beauftragter („Sherpa“) für Weltwirtschaftsgipfel **Dok. 260** und S. 560<sup>24</sup>, 705, 714<sup>28</sup>, 717<sup>39</sup>, 790–794, 911<sup>1</sup>, 924, 1589, 1832, 1836
- Attlee, Clement Richard** 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 297<sup>32</sup>
- Aubert, Pierre** Außenminister der Schweizerischen Eidgenossenschaft S. 1140<sup>9</sup>
- Audran, René** Mitarbeiter (Directeur des affaires internationales, Délégation générale pour l'Armement) im französischen Verteidigungsministerium bis zu seiner Ermordung am 25. Januar 1985 S. 714<sup>0</sup>, 165<sup>27</sup>
- Augustinus** \*354 †430 S. 131
- Aurich, Eberhard** Erster Sekretär des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend und Mitglied des ZK der SED S. 407<sup>18</sup>
- Axen, Hermann** Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Sekretär des ZK für internationale Angelegenheiten S. 295, 305, 329, 371, 595, 1838–1840
- el Ayeb, Ramadan Mohamed Ibrahim** Stellvertretender Leiter des Volkskomitees im Volksbüro (Botschaft) der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn bis Juli 1985 S. 894 f.
- Ayoub, Ibrahim Taha** Botschafter der Republik Sudan in Nairobi, seit 25. April 1985 Außenminister S. 1512
- Azabi** amtierender Leiter der Europaabteilung im libyschen Außenministerium S. 895<sup>9</sup>
- Azaña y Díaz, Manuel** 1931–1933 sowie 1936 Ministerpräsident der Spanischen Republik S. 1370
- Aziz, Tarik** Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Republik Irak S. 1185 f., 1190
- Baader, Andreas** Mitglied der Roten Armee Fraktion (RAF) bis zu seinem Selbstmord am 18. Oktober 1977 S. 893<sup>17</sup>
- Baban, Ljubomir** Mitglied der jugoslawischen Bundesregierung S. 766
- Babangida, Ibrahim Badamasi** General und Oberbefehlshaber des nigerianischen Heeres bis 27. August 1985, an-

- schließend Staatschef der Bundesrepublik Nigeria S. 528
- Bach, Johann Sebastian** \*1685 †1750 S. 1366
- Badawi, Abdel Halim** Mitarbeiter des ägyptischen Außenministers (Assistant to the Minister of Foreign Affairs) S. 388<sup>9</sup>
- Badini, Antonio** außenpolitischer Berater des italienischen Ministerpräsidenten S. 258, 565<sup>7</sup>, 790
- Baena Soares, João Clemente** Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) S. 358<sup>7</sup>
- Bahr, Egon** Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Mitglied des Vorstands und des Präsidiums der SPD; 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamts von Berlin, 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 203, 599<sup>32</sup>, 901, 1890
- Bailes, Alyson Judith Kirtley** Mitarbeiterin im britischen Außenministerium (First Secretary) S. 1201
- Baker, Howard Henry, Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Tennessee (Republican Party) und Fraktionsführer (Majority Leader) S. 166
- Baker, James Addison III.** Stabschef des amerikanischen Präsidenten, ab 4. Februar 1985 amerikanischer Finanzminister S. 1334, 1520
- Bakoush, Abdel Hamid** 1967–1968 Ministerpräsident des Königreichs Libyen S. 520<sup>5</sup>
- Baldrige, Howard Malcolm, Jr.** amerikanischer Handelsminister S. 327<sup>7</sup>, 499, 694<sup>21</sup>, 780, 1891
- al-Ballah, Mohamed** Kommandeur der Sicherheitskräfte (Special Security Forces) des saudi-arabischen Innenministeriums S. 470<sup>2</sup>
- Bangemann, Martin** Bundesminister für Wirtschaft und seit 24. Februar 1985 Vorsitzender der FDP S. 79, 83, 97<sup>3</sup>, 109, 153–156, 158<sup>1</sup>, 165–167, 169, 206, 295<sup>21</sup>, 311, 339–341, 343–345, 546, 601<sup>11</sup>, 841, 845<sup>20</sup>, 847, 850, 852, 875–877, 938f., 1042f., 1045, 1099f., 1191, 1320, 1407<sup>2</sup>, 1423<sup>5</sup>, 1580, 1646, 1648, 1696f., 1699, 1750<sup>13</sup>, 1815<sup>7</sup>, 1834<sup>21</sup>, 1880f., 1883<sup>7</sup>
- Banović, Luka** 1971–1974 jugoslawischer Innenminister S. 114<sup>12</sup>
- Barcikowski, Kazimierz** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und bis 11. November 1985 Sekretär des ZK; seit Anfang November Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 848<sup>3</sup>, 1319<sup>10</sup>, 1646
- Barros van Buren, Mario** Generaldirektor im chilenischen Außenministerium S. 739
- Barry, Peter** Außenminister von Irland S. 214f., 217f., 1147, 1259
- Bartels, Herwig** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kairo, seit 24. Januar 1985 Botschafter in Amman **Dok. 165** und S. 1305<sup>20</sup>, 1306<sup>24</sup>
- Barth, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial- und Verkehrspolitik der EG; Stahlsektor der EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen; Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ des Auswärtigen Amts S. 79<sup>1</sup>, 82<sup>12</sup>
- Bartók, Béla** \*1881 †1945 S. 1162<sup>30</sup>
- Baruch, Bernard** 1946–1947 Ständiger Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika in der Atomenergiekommission der Vereinten Nationen (UNAEC) S. 1661<sup>14</sup>
- Baskakow, Wladimir Mikhailovich** stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1442<sup>4</sup>
- Basowskij, Wladimir Nikolajewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Budapest bis Juli 1985, anschließend im Apparat des ZK der KPdSU S. 1078
- Basri, Driss** marokkanischer Innen- und Informationsminister S. 1282

- Bätke, Susanne** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 1752
- Bauer, Peter Wolfgang** Legationsrat I. Klasse im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO“ des Auswärtigen Amts S. 765<sup>15</sup>, 917<sup>1</sup>, 964<sup>1</sup>, 965<sup>5</sup>, 1775<sup>1</sup>, 1777<sup>6</sup>
- Baum, Gerhart Rudolf** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1978–1982 Bundesminister des Innern S. 470<sup>3</sup>, 842<sup>5</sup>, 1323<sup>10</sup>
- al Baz, Osama** Berater des ägyptischen Präsidenten und Abteilungsleiter im Präsidialamt (Office for Political Affairs) S. 388<sup>9</sup>
- Bazing, Hans Peter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts **Dok. 189, 332** und S. 920<sup>14</sup>
- Becker, Boris** Tennisspieler S. 1484
- Beecher, William M.** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Boston Globe“ S. 455, 462
- Begin, Menachem** 1977–1983 Ministerpräsident des Staates Israel S. 270<sup>11</sup>, 388, 1189f., 1237, 1287f.
- Behrends, Wolfgang** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 354<sup>11</sup>, 581<sup>20</sup>, 1353<sup>6</sup>
- Beil, Gerhard** Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 339, 341, 774f.
- Beis, Kostas** Generalsekretär des griechischen Erziehungsministeriums S. 475
- Beitz, Berthold** Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fried. Krupp AG S. 845<sup>20</sup>, 846, 936
- Bejan, Alexandru** Sohn von Dumitru Bejan S. 1099f.
- Bejan, Dumitru** Minister-Staatssekretär im rumänischen Ministerium für materiell-technische Versorgung und Bewirtschaftung der Anlagefonds S. 1909f.
- Belaúnde Terry, Fernando** Präsident der Republik Peru bis 28. Juli 1985 S. 1272<sup>19</sup>
- Belen, Semih** Mitarbeiter im türkischen Außenministerium, seit 1. Dezember 1985 Botschafter der Republik Türkei in Amman S. 482, 1004
- Belgasse, Yunis** Oberst und libyscher Minister für Äußere Sicherheit bis zur außerordentlichen Sitzung des Allgemeinen Volkskongresses vom 4. bis 7. Mai 1985, anschließend Sonderberater von Oberst Gaddafi **Dok. 179** und S. 520<sup>5</sup>, 690
- Ben-Ari, Jitzhak** Botschafter des Staates Israel in Bonn S. 269, 273, 363f., 1445, 1478f.
- Ben Gurion, David** 1948–1953 und 1955–1963 Ministerpräsident des Staates Israel S. 1475, 1477
- Bendjedid, Chadli** Präsident und Verteidigungsminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1276<sup>4</sup>, 1282f., 1287<sup>13</sup>, 1289<sup>19</sup>
- Benegas Haddad, José María** Sekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) für Organisation und Vorsitzender der PSOE im Baskenland S. 1073<sup>1</sup>, 1075f.
- Benghezal, Amor** Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Bonn S. 1276
- Bente, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik“ im Auswärtigen Amt, seit 7. August 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis **Dok. 184** und S. 548, 812, 1003<sup>45</sup>
- Benyahia, Mohammad Seddik** 1979–1982 Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1187
- Bérégovoy, Pierre** französischer Minister für Wirtschaft, Finanzen und den Staatshaushalt S. 1303, 1334, 1596
- Berendonck, Gerd** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 346<sup>6</sup>, 347<sup>7</sup>, 608<sup>24</sup>, 1167<sup>15</sup>, 1168<sup>16</sup>, 1387<sup>5</sup>, 1613<sup>4</sup>, 1616<sup>10+11</sup>
- Berg, Detlof von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes be-

- treffen“ des Auswärtigen Amts S. 339<sup>1</sup>, 504<sup>1-3</sup>, 1101<sup>1</sup>, 1103<sup>15</sup>, 1106<sup>26</sup>, 1129<sup>4</sup>, 1131<sup>1</sup>, 1134<sup>10</sup>, 1335<sup>1</sup>, 1797<sup>1+7</sup>, 1800<sup>23</sup>
- Bergengruen, Olaf** Botschafter der Republik Östlich des Uruguay in Bonn bis 31. Mai 1985 S. 534
- Berlinguer, Enrico** 1972–1984 Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens S. 335f.
- Bernard, Daniel** außenpolitischer Berater des französischen Ministerpräsidenten (Conseiller auprès du Premier Ministre) S. 158, 422<sup>25</sup>
- Bernière, Jacques** 1979–1984 Gesandter an der französischen Botschaft in Bonn S. 4<sup>11</sup>
- Berninger, Karl-Heinrich** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 541<sup>2+3</sup>, 542<sup>7</sup>
- Berri, Nabih** Leiter der libanesischen Amal-Bewegung und Minister für Wasser- und Elektrische Ressourcen sowie Justiz und Staatsminister für den Süden und Wiederaufbau S. 72<sup>3</sup>, 868<sup>9</sup>, 891
- Bertele, Franz Josef** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts sowie Völkerrechtsberater; 1979–1983 Ministerialdirigent **Dok. 24** und S. 205<sup>1</sup>, 309<sup>11+12</sup>, 403, 637<sup>12</sup>, 979<sup>43</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1071<sup>1</sup>, 1503, 1603<sup>6</sup>, 1645<sup>5</sup>, 1651, 1788<sup>24</sup>
- Bertram, Hans-Bodo** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 217, 220** und S. 10<sup>1</sup>, 122<sup>1</sup>, 227<sup>1</sup>, 432<sup>1</sup>, 583<sup>1</sup>, 638<sup>3</sup>, 733<sup>1</sup>, 833<sup>1</sup>, 853<sup>1</sup>, 1057<sup>1</sup>, 1060<sup>1</sup>, 1084<sup>1</sup>, 1241<sup>1</sup>, 1503<sup>2</sup>, 1574<sup>1</sup>, 1742<sup>1</sup>
- Bertsch-Herzog, Ursula** Mitarbeiterin im Ministerbüro des Außenministers der DDR S. 1344
- Bettzuege, Reinhard** Vortragender Legationsrat und Stellvertretender Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt S. 1086
- Bewerunge, Ulrich** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung „Rüstungsbeziehungen zu anderen Ländern“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 1238
- Beyer, Herbert** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Seoul, seit 2. Juni 1985 Botschaftsrat I. Klasse und seit 9. September 1985 Vertreter des Botschafters in Lima S. 998<sup>24</sup>
- Bialer, Seweryn** Professor für Politische Wissenschaft an der Columbia University in New York **Dok. 16**
- Bialkin, Kenneth J.** Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations S. 502f., 623, 1543f.
- Bianchieri-Chiappori, Boris** Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium S. 1708
- Bidault, Georges** 1944–1946, 1947–1948 und 1953–1954 Außenminister der Französischen Republik S. 615<sup>4</sup>
- Biden, Joseph Robinette, Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Delaware (Democratic Party) S. 1403<sup>11</sup>
- Biehle, Alfred** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses S. 184<sup>30</sup>, 583, 994<sup>23</sup>, 1353
- Bierut, Bolesław** 1944–1952 Vorsitzender des Volksrats bzw. Präsident und 1952–1954 Ministerpräsident der Republik Polen bzw. der Volksrepublik Polen, 1948–1956 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei bzw. der PVAP S. 1393<sup>5</sup>
- Bindig, Rudolf** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1794<sup>20</sup>
- Bishara, Abdullah Yaccoup** Generalsekretär des Golf-Kooperationsrats S. 1261
- Bismarck, Otto Fürst von** 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reichs S. 753, 887, 1365
- Bitterlich, Joachim** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 15. Februar 1985 Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, seit 21. Juni 1985 Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts **Dok. 295** und S. 1195<sup>3</sup>, 1201<sup>25</sup>, 1410<sup>1</sup>, 1423<sup>3</sup>, 1426<sup>13</sup>, 1752<sup>1</sup>, 1821<sup>1</sup>, 1824<sup>4</sup>

- Blackwill, Robert Dean** Associate Dean der John F. Kennedy School of Government der Harvard University in Cambridge, Massachusetts, seit April 1985 Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1745<sup>18</sup>, 1746
- Blanc, Emile** Abteilungsleiter im französischen Verteidigungsministerium (Délégué général pour l'Armement) S. 1691<sup>16</sup>, 1844<sup>14</sup>
- Blech, Klaus** Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts; 1977–1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 18** und S. 12<sup>11</sup>, 861, 1800<sup>23</sup>
- Blücher, Borusso von** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bogotá, seit 1. April 1985 im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 400<sup>1</sup>
- Blüm, Norbert** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 261, 988<sup>25</sup>, 989, 1766<sup>8</sup>, 1815<sup>8</sup>
- Blumenfeld, Erik** Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP) und Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft S. 1455<sup>24</sup>
- Blumenthal, Ralph** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 1545
- Bodström, Lennart** Außenminister des Königreichs Schweden, seit 14. Oktober 1985 Minister für Bildung und Kultur S. 1349
- Boenisch, Peter** Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung bis 14. Juni 1985 S. 359<sup>11</sup>, 557<sup>11</sup>
- Boesak, Allan Aubrey** südafrikanischer Theologe, Präsident des Weltbundes der Reformierten Kirchen und Anti-Apartheid-Aktivist S. 590<sup>25</sup>, 1171<sup>4</sup>
- Boeselager, Philipp Freiherr von** Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände; Mitglied des militärischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus S. 1794<sup>21</sup>
- Bolonek, Janusz** polnischer Priester und Mitarbeiter im Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 531
- Bondarenko, Alexander Pawlowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium **Dok. 18** und S. 641 f., 937<sup>31</sup>, 1116<sup>12</sup>, 1165 f., 1169 f., 1175, 1709<sup>18</sup>, 1877
- Bonner, Jelena Georgijewna** sowjetische Dissidentin und Ehefrau von Andrej D. Sacharow S. 1805
- Boomgarden, Georg** Legationsrat I. Klasse im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts, seit 14. Februar 1985 Vortragender Legationsrat S. 748<sup>1</sup>, 861<sup>1</sup>, 1266<sup>1</sup>
- Borch, Otto Rose** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Dänemark bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 223
- Borge Martínez, Tomás** nicaraguanischer Innenminister S. 383, 392, 751
- Bosch, Klaus-Jerg** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ im Auswärtigen Amt S. 111<sup>1</sup>
- Boss, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 543<sup>1+3</sup>, 546<sup>8+10</sup>, 548, 551<sup>19</sup>, 975<sup>21</sup>
- Bossuet, Jacques Bénigne** \* 1627 † 1704 S. 1143 f.
- Botha, Pieter Willem** Präsident der Republik Südafrika; 1978–1984 Ministerpräsident S. 588, 589<sup>20</sup>, 590, 836<sup>8</sup>, 872<sup>5</sup>, 1042<sup>2</sup>, 1171, 1290, 1304<sup>17+18</sup>
- Botha, Roelof Frederik (Pik)** Außenminister der Republik Südafrika S. 590, 1258<sup>2</sup>, 1304<sup>17</sup>
- Böttger, Peter** Erster Sekretär an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn bis November 1985 S. 1079 f.
- Bouchardeau, Huguette** französische Umweltministerin S. 164
- de Bouissieu, Pierre** abgeordnet zur EG-Kommission in Brüssel, seit März 1985 Unterabteilungsleiter im französischen

- Außenministerium (Chef du service de coopération économique) S. 1344
- Boumedienne, Houari** Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1276<sup>4</sup>, 1284
- Boutet, Jacques** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur général, Relations culturelles, scientifiques et techniques) S. 1687
- Boutros Ghali, Boutros** Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten der Arabischen Republik Ägypten S. 1218
- Bouverat, Colette** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeit bei offiziellen Anlässen S. 258, 564, 1276, 1336
- Bouvier, Léon** 1981–1984 Botschafter der Französischen Republik in Santiago de Chile S. 418<sup>10</sup>
- Braithwaite, Rodric Quentin** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State, Economics) S. 716<sup>36</sup>, 1618<sup>4</sup>
- Bramall, Edwin** Feldmarschall und Generalstabschef der britischen Streitkräfte (Chief of the Defence Staff) S. 1132
- Brandenburg, Ulrich** Konsul I. Klasse am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 541
- Brandt, Willy** Vorsitzender der SPD und Mitglied des Deutschen Bundestages; 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland **Dok. 330** und S. 60, 159, 206<sup>8</sup>, 311<sup>22</sup>, 373<sup>12</sup>, 378, 496, 629<sup>12</sup>, 630, 780, 804, 883f., 901, 906, 910, 939, 973, 1001<sup>39</sup>, 1082, 1091, 1146, 1147<sup>9</sup>, 1255, 1347, 1366, 1641, 1648, 1682, 1705, 1828
- Braunmühl, Gerold Edler von** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts bis 10. Mai 1985, anschließend Leiter der Abteilung 2 und seit 13. Mai 1985 Ministerialdirektor **Dok. 27, 41, 50, 55, 66, 73, 74, 78, 87, 118, 123, 124, 125, 141, 148, 153, 162, 171, 173, 219, 226, 233, 237, 240, 254, 258, 315, 317, 319, 322, 327, 331, 349, 351** und S. 52<sup>10</sup>, 88, 115<sup>16</sup>, 130<sup>3</sup>, 135<sup>4</sup>, 137, 139<sup>14</sup>, 142<sup>1</sup>, 185<sup>31</sup>, 213<sup>35</sup>, 291<sup>2</sup>, 295<sup>20</sup>, 321<sup>1</sup>, 343<sup>22</sup>, 404<sup>4</sup>, 427<sup>6</sup>, 446<sup>1</sup>, 531, 541<sup>1</sup>, 603, 613<sup>42</sup>, 617<sup>1</sup>, 638<sup>3</sup>, 640<sup>17</sup>, 641f., 660<sup>20</sup>, 669<sup>5</sup>, 670<sup>9</sup>, 717<sup>39</sup>, 777<sup>6</sup>, 790<sup>1</sup>, 792<sup>17</sup>, 795<sup>1</sup>, 833, 834<sup>6</sup>, 874<sup>1</sup>, 876<sup>15</sup>, 906<sup>9+10</sup>, 928<sup>17</sup>, 937<sup>31</sup>, 982<sup>13</sup>, 1007<sup>8</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1029<sup>1</sup>, 1031<sup>15</sup>, 1032<sup>16</sup>, 1033<sup>1</sup>, 1038<sup>3+5</sup>, 1041<sup>10</sup>, 1044<sup>5</sup>, 1057<sup>1</sup>, 1068<sup>1</sup>, 1086, 1097<sup>12</sup>, 1097<sup>4</sup>, 1107<sup>1</sup>, 1112, 1122<sup>3</sup>, 1128, 1131<sup>15</sup>, 1147<sup>12</sup>, 1201, 1203, 1206, 1258<sup>1</sup>, 1260<sup>8+12</sup>, 1301<sup>1</sup>, 1305<sup>19</sup>, 1327, 1328<sup>13</sup>, 1344, 1379<sup>1</sup>, 1394<sup>30</sup>, 1448<sup>2</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1480, 1525, 1558<sup>23</sup>, 1565<sup>5</sup>, 1574, 1585<sup>37</sup>, 1666<sup>1+2</sup>, 1668<sup>7</sup>, 1704<sup>10</sup>, 1724<sup>4</sup>, 1744<sup>16</sup>, 1749<sup>11</sup>, 1758, 1770<sup>22</sup>, 1771, 1791<sup>14</sup>, 1794<sup>21</sup>, 1797<sup>3+4</sup>, 1808<sup>30</sup>, 1814<sup>1</sup>, 1816<sup>11</sup>, 1817<sup>14</sup>, 1821<sup>1</sup>, 1834<sup>21</sup>, 1840, 1854<sup>19</sup>, 1866<sup>1</sup>, 1869<sup>3</sup>
- Bräutigam, Hans Otto** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär **Dok. 60, 176, 266** und S. 176<sup>13+14</sup>, 405<sup>12</sup>, 595<sup>16</sup>, 929<sup>18</sup>, 1068–1070, 1105<sup>24</sup>, 1106, 1129<sup>5</sup>, 1798, 1837<sup>5</sup>, 1838
- Breitenstein, Rolf** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 19. September 1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1890<sup>19</sup>
- Brentano, Heinrich von** 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen; 1950–1955 Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats S. 789<sup>15</sup>, 791<sup>13</sup>
- Breschnew, Leonid Iljitsch** 1964–1982 Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 88, 134<sup>16</sup>, 269, 334f., 389, 456, 469, 592<sup>6</sup>, 606<sup>15</sup>, 677, 886, 905, 908, 946, 947<sup>8</sup>, 949, 970, 973, 1001, 1088, 1187, 1268, 1494f., 1510, 1591, 1673<sup>11</sup>
- Breuel, Birgit** Ministerin für Wirtschaft und Transport des Landes Niedersachsen S. 939
- Briand, Aristide** 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 1925–1926 und 1929 Ministerpräsident der Französischen Republik, 1915–1917, 1921–1922, 1925–1926 und 1926–1932 Außenminister S. 159

- de Brichambaut, Marc Perrin** siehe: *Perrin de Brichambaut, Marc*
- van den Broek, Henri (Hans)** Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 214, 217f., 466, 492<sup>2</sup>, 512f., 515, 778<sup>8</sup>, 779<sup>14</sup>, 1171<sup>3</sup>, 1258<sup>2</sup>, 1259, 1291, 1456f., 1461f., 1518, 1522f., 1617<sup>3</sup>, 1666, 1698<sup>9</sup>, 1725<sup>5</sup>, 1803, 1809–1811
- Bronfman, Edgar Miles** Präsident des World Jewish Congress S. 1543f.
- Brouwer, Arie R.** Generalsekretär des Nationalen Rates der christlichen Kirchen in den Vereinigten Staaten von Amerika S. 624
- Brown, Harold** 1977–1981 amerikanischer Verteidigungsminister S. 920<sup>13</sup>, 1603<sup>6</sup>
- Broz, Jovanka** Ehefrau des Staatspräsidenten Titos S. 798
- Brozović, Vladimir** Konsul am jugoslawischen Generalkonsulat in München bis 26. Februar 1985 S. 113f., 115<sup>16</sup>
- Brühl, Dietrich Graf von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 222** und S. 140<sup>18</sup>, 319<sup>44</sup>, 628<sup>5</sup>, 630<sup>19</sup>, 846<sup>22</sup>, 850, 1090<sup>24</sup>, 1163<sup>35</sup>, 1730–1733
- Brümmer, Christoph** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 600 „Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm“ des Auswärtigen Amts S. 475
- Brunet, Jean-Pierre** 1977–1981 Botschafter der Französischen Republik in Bonn S. 1339<sup>11</sup>
- Brunner, Guido** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid **Dok. 205** und S. 105<sup>9</sup>, 374<sup>15</sup>, 719, 1147<sup>13</sup>, 1363<sup>6</sup>, 1370<sup>28+29</sup>, 1371
- Bryen, Stephen D.** stellvertretender Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Under Secretary of Defense for Trade Security Policy) S. 1882, 1885<sup>16</sup>
- Brzezinski, Zbigniew** Professor an der Columbia University in New York; 1977–1981 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) S. 253<sup>7</sup>
- Bubis, Ignaz** Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main S. 1721<sup>17+20</sup>
- Buchanan, Patrick Joseph (Pat)** Mitarbeiter im amerikanischen Präsidentsamt (White House Communications Director) seit Februar 1985 S. 502f.
- Budd, Colin Richard** Mitarbeiter im Ministerbüro des britischen Außenministeriums (Assistant Private Secretary) S. 1389
- Buerstedde, Ludger** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 339** und S. 115, 120<sup>13</sup>, 234<sup>1</sup>, 237<sup>1</sup>, 246<sup>1</sup>, 441<sup>1</sup>, 830<sup>1</sup>, 1034<sup>1</sup>, 1037<sup>8</sup>, 1249<sup>1+2</sup>, 1252<sup>16</sup>, 1441<sup>1</sup>, 1558<sup>1</sup>, 1758<sup>1</sup>
- Bühning, Günter** Leiter der KVAE-Delegation der DDR in Stockholm mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1348
- Bujak, Zbigniew** Vorsitzender der Provisorischen Koordinierungskommission von Solidarność im Untergrund S. 1731
- Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch** 1955–1958 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 47<sup>14</sup>, 296<sup>24</sup>, 378<sup>8</sup>, 642<sup>6</sup>, 879<sup>6</sup>, 1115<sup>11</sup>, 1208<sup>4</sup>
- Bullard, Sir Julian** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn; 1982–1984 stellvertretender Staatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy to the Permanent Under-Secretary of State, Political Director) **Dok. 232** und S. 71, 1129<sup>6</sup>, 1130, 1478<sup>26</sup>, 1640
- Bülow, Andreas von** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1390<sup>12</sup>
- Burczyk, Henryk** Botschafter der Volksrepublik Polen in Helsinki seit 2. Juli 1985 S. 1086
- Burghardt, Günter** stellvertretender Kabinettschef des Präsidenten der EG-Kommission S. 103, 1617
- Burns, Arthur Frank** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in



- Bonn bis 16. Mai 1985 S. 25f., 32, 37, 556, 559, 624<sup>13</sup>, 1130, 1193
- Burns, Helen** Ehefrau von Arthur F. Burns S. 624<sup>13</sup>
- Burt, Richard R.** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs), seit 13. September 1985 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 7–10, 25<sup>2</sup>, 32, 34, 433<sup>13</sup>, 467, 504f., 556, 560–563, 605, 609, 611, 613<sup>42</sup>, 683, 686, 693<sup>17</sup>, 777<sup>6</sup>, 803, 807f., 1034<sup>6</sup>, 1132, 1193, 1291, 1397<sup>5</sup>, 1580
- Bush, George Herbert Walker** Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 71, 169, 204, 288, 289** und S. 68, 121<sup>21</sup>, 244, 332, 355<sup>17</sup>, 358, 362, 388<sup>2</sup>, 608, 679, 999<sup>25</sup>, 1013, 1161, 1162<sup>27</sup>, 1197, 1283, 1367<sup>17</sup>, 1368, 1374, 1538, 1540, 1852<sup>10</sup>
- Bußmann, Walter** Hauptherausgeber der „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“; 1970–1983 Professor für Neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Karlsruhe S. 94, 95<sup>15</sup>, 96<sup>16</sup>
- Buthelezi, Mangosuthu** Vorsitzender der südafrikanischen Inkatha Freedom Party S. 1305
- Butler, Sir Michael** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel im Rang eines Botschafters bis zu seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Dienst im Oktober 1985 S. 284<sup>8</sup>, 1260<sup>9</sup>
- Buwalda, Petrus** Leiter der niederländischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 1249, 1253
- Byrd, Robert Carlyle** Senator für den amerikanischen Bundesstaat West Virginia (Democratic Party) und Fraktionsführer (Minority Leader); 1977–1981 Fraktionsführer der Mehrheitsfraktion (Majority Leader) S. 15<sup>5</sup>
- Cahen, Alfred** Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium (Directeur général de la politique), seit Mai 1985 Generalsekretär der WEU S. 1200, 1612<sup>12</sup>
- Capillon, Bernard** General und Chef der französischen Luftwaffe (Chef d'état-Major de l'Armée de l'air) S. 1044
- Caputo, Dante Mario Antonio** Außenminister der Argentinischen Republik S. 382, 385, 1270, 1271<sup>16</sup>
- Carington, Peter Alexander Rupert, 6th Baron Carrington** Generalsekretär der NATO; 1979–1982 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 124, 185, 227–229, 438–440, 480, 522, 619, 734, 736, 776–779, 820, 824<sup>19</sup>, 825<sup>20</sup>, 832, 992<sup>12</sup>, 1084f., 1252, 1350, 1352, 1391, 1440f., 1482, 1511, 1548, 1550f., 1657, 1677<sup>2+4</sup>, 1680, 1724<sup>4</sup>, 1727, 1803, 1808<sup>31</sup>, 1810, 1813
- Carstens, Karl** 1979–1984 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 111, 269, 402, 761<sup>27</sup>
- Carter, James Earl (Jimmy), Jr.** 1977–1981 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 11<sup>8</sup>, 15<sup>5</sup>, 90, 270<sup>11</sup>, 641<sup>19</sup>, 659, 673<sup>7</sup>, 759, 891, 1088, 1187, 1189, 1392, 1453<sup>20</sup>, 1673<sup>11</sup>
- Cartledge, Sir Bryan** Abteilungsleiter im britischen Cabinet Office (Deputy Secretary of the British Cabinet, Defence and Overseas Secretariat) bis 17. Juli 1985, anschließend Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Moskau S. 1263<sup>4</sup>
- Cartwright, John Cameron** Mitglied des britischen Unterhauses (Social Democratic Party) S. 49<sup>20</sup>
- de Carvalho e Silva, Jorge** Botschafter der Föderativen Republik Brasilien in Bonn S. 534
- Cassiers, Juan** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 63<sup>17</sup>, 255, 1024<sup>7</sup>
- Castillo Claramount, Rodolfo Antonio** Vizepräsident der Republik El Salvador, seit 1. Juni 1985 Außenminister S. 133<sup>27</sup>
- Castro Ruz, Fidel Alejandro** Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas sowie Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba S. 383, 750f., 1271, 1373f., 1783

- Cavaco Silva, Aníbal** Vorsitzender der portugiesischen Partei Partido Social Democrata (PSD) seit 20. Mai 1985 und Ministerpräsident der Portugiesischen Republik seit 6. November 1985 S. 1664
- Cavarrot, Paul** Divisionsgeneral der französischen Streitkräfte und seit 15. Januar 1985 Kommandant des französischen Sektors in Berlin S. 1132
- Ceaușescu, Nicolae** Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei sowie Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien **Dok. 37** und S. 333, 400–402, 410, 993<sup>17</sup>, 1097 f., 1100, 1590, 1782, 1784, 1816–1819, 1833, 1855 f.
- Chamberlain, Arthur Neville** 1937–1940 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 159
- Chambers, Harry H.** Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 70<sup>38</sup>
- Chancerelle de Machete, Rui Manuel Parente** stellvertretender portugiesischer Ministerpräsident bis 6. November 1985 sowie Justizminister bis 15. Februar bzw. Verteidigungsminister vom 15. Februar bis 5. November 1985 S. 436
- Chang Chun-chiao** 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und 1975–1976 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 798
- Channon, Paul** britischer Staatsminister für Handel (Minister of State, Department of Trade and Industry) S. 1693
- Charalambopoulos, Ioannis** Außenminister der Hellenischen Republik, seit 26. Juli 1985 stellvertretender Ministerpräsident S. 1664
- Chen Muhua** Mitglied des Staatsrats der Volksrepublik China und bis März 1985 Ministerin für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen und Handel, anschließend Präsidentin der chinesischen Zentralbank (People's Bank of China) **Dok. 28** und S. 167, 796<sup>8</sup>
- Cheysson, Claude** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Mittelmeerpolitik und Nord-Süd-Beziehungen) seit 6. Januar 1985; 1981–1982 und 1983–1984 Außenminister der Französischen Republik S. 197<sup>2</sup>, 214, 218, 720, 1261, 1363<sup>6</sup>, 1412<sup>10</sup>, 1581<sup>25</sup>
- Chiang Ching** 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 798
- Chirac, Jacques** Vorsitzender der Partei „Rassemblement pour la République“ und Bürgermeister von Paris **Dok. 302** und S. 423
- Chňoupek, Bohuslav** Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik **Dok. 122, 228, 229, 230, 231** und S. 42, 51, 615–617, 1163 f., 1313<sup>16</sup>
- Chňoupek, Maria** Ehefrau von Bohuslav Chňoupek S. 617
- Chopin, Frédéric** \* 1810 † 1849 S. 1162<sup>30</sup>
- Chotulew, Bronislaw Pawlowitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 641
- Chou En-lai** 1949–1976 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 798
- Christians, Friedrich Wilhelm** Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG **Dok. 94** und S. 1254
- Christidis** Persönlicher Referent des griechischen Außenministers S. 1851
- Christopher, Warren** 1977–1981 stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) S. 641<sup>19</sup>
- Christophersen, Henning** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Haushalt, Finanzkontrolle, Personal und Verwaltung) seit 6. Januar 1985 S. 525<sup>9</sup>
- Chrobog, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt **Dok. 52** und S. 269, 641, 726, 1322, 1851
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch** 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 384<sup>10</sup>, 389, 658, 946, 1000, 1078, 1088, 1393, 1643
- Chun Doo-hwan** General und Präsident der Republik Korea (Südkorea) S. 552<sup>23</sup>, 997, 998<sup>18</sup>, 999
- Churchill, Sir Winston Leonard Spencer** 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von

- Großbritannien und Nordirland S. 69, 297<sup>32</sup>, 1186<sup>9</sup>, 1365, 1564<sup>4</sup>, 1570<sup>11</sup>, 1711<sup>28</sup>
- Citron, Klaus Jürgen** Leiter der KVAE-Delegation der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 42, 234, 336** und S. 450<sup>1</sup>, 8327<sup>+11</sup>, 1251, 1252<sup>12</sup>, 1348, 1484<sup>1</sup>
- Čížek, Vjenceslav** S. 761f.
- Clark, Charles Joseph (Joe)** Außenminister von Kanada **Dok. 115, 255** und S. 354<sup>11</sup>, 495<sup>2</sup>, 567, 571, 574, 778<sup>8</sup>, 955<sup>9</sup>, 979<sup>4</sup>, 1021, 1488f., 1803, 1810
- Clark, Richard Clarence („Dick“)** 1973–1979 Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 1053<sup>13</sup>
- de Clerq, Willy** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Handel und Außenbeziehungen) seit 6. Januar 1985 **Dok. 255** und S. 569, 1171<sup>3</sup>, 1258<sup>2</sup>, 1521<sup>25</sup>
- Co Thach** siehe: Nguyen Co Thach
- Cohen, Stephen Frand** Professor für Russistik an der Princeton University in Princeton, New Jersey S. 1675
- Cohen, William Sebastian** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Maine (Republican Party) S. 1403<sup>11</sup>
- Córdovez, Diego** Stellvertretender Generalsekretär für besondere politische Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York und Sonderbeauftragter für Afghanistan S. 608<sup>24</sup>, 1168, 1592<sup>15</sup>
- Cossiga, Francesco** Präsident des italienischen Senats, seit 29. Juni 1985 Präsident der Italienischen Republik S. 874, 1498<sup>7</sup>
- Costantini, Alberto** Präsident der argentinischen Nationalen Atomenergiekommission (Comisión Nacional de Energía Atómica) S. 1275
- Cottone, Basilio** General und Chef der italienischen Luftwaffe S. 1044
- Couhadon, Georges** Mitarbeiter im französischen Kulturministerium, seit Januar 1985 des französischen Außenministeriums (Secrétaire adjoint à l'administration centrale, affaires politiques) S. 1201
- Cranston, Alan MacGregor** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kalifornien (Democratic Party) S. 622<sup>7</sup>, 625
- Craxi, Bettino** Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 47, 111, 290, 316** und S. 299<sup>43</sup>, 376, 386<sup>2</sup>, 418, 420, 422, 568, 570, 575, 714f., 779f., 790, 804, 906f., 913, 924<sup>1</sup>, 926f., 934, 973, 1001, 1076, 1330<sup>16</sup>, 1389<sup>6</sup>, 1415<sup>8</sup>, 1433<sup>8</sup>, 1485<sup>5</sup>, 1498, 1664, 1708
- Cresson, Édith** französische Ministerin für industrielle Entwicklung und Außenhandel S. 164, 169
- Crocker, Chester Arthur** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for African Affairs) S. 572, 780<sup>22</sup>
- Crowe, William J., Jr.** Admiral der amerikanischen Streitkräfte und seit 10. Juli 1985 Vorsitzender der Vereinten Stabschefs (Joint Chiefs of Staff) S. 1132
- Cruz Porras, Arturo José** Mitglied des nicaraguanischen Oppositionsbündnisses „Coordinadora Democrática Nicaragüense“ S. 360, 751
- Cuntz, Eckart** Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts bis 21. April 1985, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bandar Seri Begawan S. 10<sup>1</sup>, 18<sup>1</sup>, 184<sup>30</sup>, 227<sup>1</sup>
- Curien, Gilles** Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 223, 611<sup>40</sup>, 943<sup>22</sup>, 1253, 1808<sup>31</sup>
- Curien, Hubert** französischer Minister für Forschung und Technologie S. 168, 169<sup>46</sup>, 707<sup>7</sup>, 712f., 794<sup>24</sup>, 877<sup>21</sup>, 923<sup>32</sup>, 1159, 1303
- Cyrankiewicz, Józef** 1947–1952 und 1954–1970 Ministerpräsident der Republik bzw. (seit 22. Juli 1952) Volksrepublik Polen S. 311<sup>22</sup>, 1091f.
- Czyrek, Józef** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP sowie seit 13. Oktober 1985 Mitglied des polnischen Parlaments S. 135–141, 851, 1090, 1321<sup>18</sup>, 1646

- Daase, Joachim** Ministerialrat im Referat VA 8 „Außen- und sicherheitspolitische Fragen des Außenwirtschaftsverkehrs“ des Bundesministeriums für Wirtschaft S. 1883<sup>7</sup>
- Daerr, Hans-Joachim** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amtes S. 1151<sup>1</sup>
- Daerr, Wolf** Legationsrat I. Klasse im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ des Auswärtigen Amtes S. 237<sup>1</sup>
- Dafalla, Gizouli** Ministerpräsident der Republik Sudan seit 22. April 1985 **Dok. 294**
- Dam, Kenneth W.** stellvertretender amerikanischer Außenminister (Deputy Secretary of State) bis 15. Juni 1985, anschließend Vizepräsident der amerikanischen Firma „International Business Machines Corporation“ (IBM) S. 78<sup>27</sup>, 256
- Daum, Werner** Vortragender Legationsrat im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West–Ost“ des Auswärtigen Amtes bzw. seit 2. August 1985 als Vertreter des Leiters im Referat 424 „Exportkontrollfragen, Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ S. 933<sup>18</sup>, 1541<sup>23</sup>
- Dautovski, Iso** S. 112
- Davidow, Jeffrey S.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Bureau of African Affairs) S. 1054<sup>15</sup>
- Dayan, Moshe** 1977–1979 Außenminister des Staates Israel S. 1190
- Dean, Robert William** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for Politico-Military Affairs) S. 918<sup>6</sup>, 1775
- Debré, Michel** Bürgermeister von Amboise; 1958–1959 französischer Justizminister, 1959–1962 Ministerpräsident, 1966–1968 Finanz- und Wirtschaftsminister, 1968–1969 Außenminister, 1969–1973 Verteidigungsminister S. 1781
- Delors, Jacques** Präsident der EG-Kommission seit 6. Januar 1985 **Dok. 19, 79, 311** und S. 83, 214, 581, 702<sup>30</sup>, 715, 791, 793<sup>21</sup>, 852, 861 f., 864, 877<sup>21</sup>, 906<sup>8</sup>, 910–912, 945<sup>26</sup>, 1106<sup>29</sup>, 1162<sup>29</sup>, 1182<sup>19</sup>, 1396<sup>39</sup>, 1516, 1519 f., 1521<sup>24</sup>, 1524, 1597, 1637 f., 1655 f., 1700, 1814
- Delworth, William Thomas** Botschafter von Kanada in Stockholm und Leiter der kanadischen KVAE-Delegation S. 236, 1251
- Demirel, Süleyman** 1965–1971, 1975–1977 und 1977–1978 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 74, 981<sup>7</sup>
- Demitschew, Pjotr Nilowitsch** sowjetischer Kulturminister S. 595
- el-Denali, Gebril** S. 520<sup>4</sup>, 690, 894 f., 952
- Deng Xiaoping** Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Vorsitzender der Militärkommission sowie des Beratenden Ausschusses des ZK **Dok. 272** und S. 157, 798, 956, 1307, 1367, 1383, 1740, 1752, 1753<sup>7</sup>
- Denktasch, Rauf** Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident der „Türkischen Republik Nordzypern“) S. 74<sup>10</sup>
- Dertinger, Georg** 1949–1953 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 317<sup>39</sup>
- al-Dhahab, Abdul-Rahman Suwar** Oberbefehlshaber der sudanesischen Streitkräfte und seit 9. April 1985 Vorsitzender des Militärrats der Republik Sudan S. 680<sup>15</sup>
- Diehl, Günter** 1970–1977 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 196<sup>10</sup>
- Diepgen, Eberhard** Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) S. 772, 1130, 1194, 1335, 1798
- Diez-Hochleitner, Ricardo** Erster Sekretär an der spanischen Botschaft in Bonn S. 1368<sup>20</sup>
- Dinçerler, Vehbi** türkischer Minister für nationale Erziehung S. 1771<sup>24</sup>
- Disdorn, Hannspeter** Botschaftsrat und abgeordnet ans NATO Defense College in Rom bis 15. Februar 1985, anschließend abgeordnet nach Lissabon, seit 15. Mai 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luanda S. 839, 840<sup>25</sup>, 871<sup>2</sup>

- Dittmann, Heinz** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 861
- Dizdarević, Raif** Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien **Dok. 27** und S. 111, 114, 115<sup>16</sup>, 669
- Djureković, Stjepan** S. 113
- Dobbins, James Francis, Jr.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs), seit 12. Juli 1985 Gesandter an der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 193, 194** und S. 219f., 222f., 252, 256, 1128, 1131<sup>15</sup>, 1298
- Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 269, 455, 504, 598, 948, 1112, 1176f., 1525, 1535, 1587
- Dodenberg, Henning** Botschafter in San Salvador S. 1333<sup>27</sup>
- Doernberg, Stefan** Botschafter der DDR in Helsinki S. 1101
- Dohmes, Johannes** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial- und Verkehrspolitik der EG; Stahlsektor der EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; Europäisches Währungssystem, Internationale Wirtschafts- und Währungsfragen; Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD“ im Auswärtigen Amt **Dok. 105** und S. 87<sup>24</sup>, 88<sup>25</sup>, 158<sup>1</sup>, 661<sup>22</sup>, 1301<sup>1</sup>, 1308<sup>32</sup>, 1515<sup>10</sup>
- Dolanc, Stane** Mitglied des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 114<sup>15</sup>
- Dolgich, Wladimir Iwanowitsch** Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU S. 409
- Domberger, Joseph Heinrich** Präsident von B'nai B'rith Europa **Dok. 282**
- Dondelinger, Jean** Generalsekretär des luxemburgischen Außenministeriums S. 22, 942<sup>11</sup>
- de Donnea, François-Xavier** belgischer Staatssekretär für Entwicklungszusammenarbeit bis 27. November 1985, anschließend Verteidigungsminister S. 1725 f., 1729
- Dostojewskij, Fjodor Michajlowitsch** \* 1821 † 1881 S. 887
- Dregger, Alfred** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion **Dok. 161** und S. 565<sup>7</sup>, 627, 630, 833f., 859, 935, 1086, 1092f., 1646<sup>13</sup>, 1751, 1789
- Dreher, Herbert** 1972–1976 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 51 in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 268<sup>40</sup>
- Drell, Sidney** Professor für Physik und Ko-Direktor des „Stanford Center for International Security and Arms Control“ an der Stanford University, Kalifornien S. 1735<sup>10</sup>
- Dröge, Heinz** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algerien S. 1276, 1280<sup>5</sup>, 1281<sup>7</sup>
- Dröge, Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ des Auswärtigen Amts S. 173<sup>1</sup>
- Drori, Mordechai** Abteilungsleiter im israelischen Außenministerium S. 269, 273
- Duarte, Inés Guadalupe** Tochter von José Napoléon Duarte S. 1333, 1427
- Duarte, José Napoléon** Präsident der Republik El Salvador S. 188–190, 351, 383, 863, 1333, 1427
- Duarte Sotelo, Abelardo** Botschafter der Republik Kolumbien in Managua S. 33<sup>14</sup>
- Duisberg, Claus-Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz“ im Auswärtigen Amt, seit 10. Mai 1985 Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ **Dok. 292**

- Dulles, John Foster** 1953–1959 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 615<sup>4</sup>, 789<sup>15</sup>
- Dumas, Georges** Vater von Roland Dumas S. 330
- Dumas, Roland** Außenminister der Französischen Republik **Dok. 52, 120, 136, 148, 153, 171, 214, 225, 255, 259, 305, 341, 344** und S. 41, 43 f., 78, 160, 196 f., 214–218, 288–290, 293, 330, 368<sup>16</sup>, 369, 415<sup>5</sup>, 480 f., 505, 512 f., 515, 520 f., 549, 557 f., 567 f., 571 f., 650<sup>23</sup>, 651, 712, 716<sup>36</sup>, 721, 777<sup>6</sup>, 778<sup>8</sup>, 793<sup>23</sup>, 832, 877<sup>21</sup>, 912 f., 923<sup>32</sup>, 925, 943<sup>22</sup>, 956<sup>9</sup>, 979<sup>44</sup>, 1021 f., 1066<sup>18</sup>, 1088, 1140<sup>14</sup>, 1143 f., 1259 f., 1262, 1395, 1427, 1516, 1518–1520, 1523 f., 1595 f., 1612<sup>12</sup>, 1663, 1803, 1810–1813
- Dumont, Henri** Französischer Gesandter bei der Alliierten Kommandantur in Berlin (Ministre délégué adjoint au chef du gouvernement militaire français à Berlin) S. 1130
- Dunker, Hans Joachim** Generalkonsul und Vertreter des Leiters des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 85<sup>22</sup>
- Dunkerley, Craig G.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1359–1361
- Dvořák, Antonín** \* 1841 † 1904 S. 1162<sup>30</sup>
- Eban, Abba** Mitglied des israelischen Parlaments und Vorsitzender von dessen außen- und sicherheitspolitischem Ausschuß S. 1445–1448
- Eberhart, Adolf** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1275<sup>29</sup>
- Eberlein, Werner** Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg, Mitglied des ZK der SED, seit 22. November 1985 Kandidat für das Politbüro des ZK der SED S. 1799<sup>19</sup>
- Ecevit, Bülent** 1974, 1977 und 1978–1979 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 74, 981<sup>7</sup>
- Ecevit, Rahsan** Ehefrau von Bülent Ecevit S. 981
- Edelman, Marek** Kardiologe in Łódź und Mitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR); 1943 Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto sowie 1944 Kämpfer im Warschauer Aufstand S. 1731<sup>9</sup>
- Eden, Anthony** 1935–1938, 1940–1945 und 1951–1955 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 615<sup>4</sup>
- Edes, Michael** Leiter der britischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 235<sup>6</sup>, 236, 1201 f., 1205 f.
- van Edig, Helmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts bis 6. September 1985, anschließend Leiter des Referats 416 „Europäische Gemeinschaften: Binnenmarkt; Landwirtschafts-, Fischerei-, Industrie-, Regional-, Wettbewerbs-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik; Rechtsangleichung“ S. 108<sup>20</sup>, 523<sup>1</sup>, 567<sup>8</sup>, 698<sup>10</sup>, 1617<sup>2</sup>, 1619<sup>8</sup>
- Ehmke, Horst** Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion sowie Mitglied des Vorstands der SPD S. 37<sup>21</sup>, 319<sup>43</sup>
- Ehni, Reinhard** Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 201-9 „Militärpolitik außerhalb der NATO, Rüstung, WEU (sicherheitspolitische Aspekte)“ des Auswärtigen Amts, seit 11. Februar 1985 im Referat 610 „Regionale und bilaterale Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Westeuropa, Osteuropa, USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen“ S. 7<sup>1</sup>
- Eichinger, Franz** Vortragender Legationsrat im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institu-

- tionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ des Auswärtigen Amts, seit 4. Oktober 1985 im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ S. 1765<sup>1</sup>
- Eichler, Gerhard** Brigadegeneral der Bundeswehr und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis Frühjahr 1985 S. 593<sup>7</sup>
- Eichler, Klaus** Vizepräsident des Deutschen Turn- und Sportbundes sowie Mitglied des Nationalen Olympischen Komitees der DDR; 1974–1984 Generaldirektor des Reisebüros der Freien Deutschen Jugend „Jugendtourist“ S. 344<sup>29</sup>
- Eichmann, Adolf** ehemaliger SS-Obersturmbannführer und 1940–1945 Leiter des „Referats für Judenangelegenheiten“ im Reichssicherheitshauptamt, am 1. Juni 1962 in Israel hingerichtet S. 1722
- Eickhoff, Ekkehard** Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt, vom 22. April bis 20. Juni 1985 nach Ottawa abgeordnet als Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim KSZE-Experten-treffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten **Dok. 104, 342** und S. 96<sup>16</sup>, 1758
- Eiff, Hansjörg** Vortragender Legationsrat I. Klasse bzw. seit 5. Juni 1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts, S. 94<sup>1</sup>, 96<sup>17</sup>, 738
- Eimler, Eberhard** Generalleutnant und Inspekteur der Luftwaffe S. 527f., 1044
- Eisenhower, Dwight David** 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 789<sup>15</sup>
- Eitel, Antonius** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut **Dok. 252** und S. 868<sup>9</sup>, 1230<sup>17+18</sup>, 1237<sup>15</sup>, 1294<sup>12</sup>
- Elamin, Elamin Abdullah** (auch **Amin, Abdullah**) Mitarbeiter im Volksbüro (Botschaft) der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn **Dok. 134** und S. 894f.
- Elbe, Frank** Botschaftsrat bei der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf, vom 3. Mai bis 3. Juni 1985 nach New York abgeordnet zur Jahrestagung der VN-Abrüstungskommission sowie erneut vom 9. Oktober bis 4. Dezember 1985 zur VN-Generalversammlung S. 634<sup>8</sup>, 1117<sup>17</sup>, 1214<sup>25</sup>, 1626<sup>3</sup>
- Elfenkämper, Helmut** Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts, seit 18. Oktober 1985 Vortragender Legationsrat S. 776<sup>1</sup>
- Elfggen, Anno** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Algerien bis zu seinem Tod am 15. Februar 1985 S. 243<sup>10</sup>
- Elias, Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts S. 1167<sup>11</sup>
- Ellemann-Jensen, Uffe** Außenminister des Königreichs Dänemark S. 214f., 217f., 778<sup>8</sup>, 1259, 1456f., 1461, 1522, 1618<sup>3</sup>, 1685, 1803, 1807, 1809–1811
- Ellerkmann, Richard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 113 „Besoldung“ im Auswärtigen Amt S. 1762<sup>1</sup>
- Elles, Franz** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San José bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1985 S. 188<sup>8</sup>
- Emery, David Farnham** Stellvertreter der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Deputy Director, Arms Control and Disarmament Agency) S. 411–413
- Enders, Rolf** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 73<sup>6</sup>, 520<sup>5</sup>, 690<sup>10</sup>, 691, 895, 951, 1282<sup>15</sup>

- Enders, Thomas Ostrom** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Madrid S. 1073<sup>1</sup>, 1074f.
- Engell, Hans** dänischer Verteidigungsminister S. 436
- Ensslin, Gudrun** Mitglied der Roten Armee Fraktion (RAF) bis zu ihrem Selbstmord am 18. Oktober 1977 S. 893<sup>17</sup>
- Erbakan, Necmettin** Gründer der Nationalen Heilspartei (1980 verboten) und 1974–1978 stellvertretender türkischer Ministerpräsident S. 482<sup>3</sup>
- Erbel, Bernd** Legationsrat I. Klasse im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amtes S. 372<sup>1</sup>, 373<sup>8</sup>, 374<sup>15</sup>
- Erck, Wolfgang** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amtes S. 226<sup>1</sup>, 411<sup>1+3</sup>, 412<sup>5+6+8</sup>, 576<sup>3</sup>, 632<sup>1</sup>, 865<sup>1+7</sup>, 866<sup>12</sup>, 1466<sup>18</sup>
- Erdem, Tanju** Flottenadmiral der türkischen Streitkräfte und Abteilungsleiter im türkischen Generalstab S. 1238f., 1767<sup>14</sup>
- Ermacora, Felix** Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Wien, zugleich Mitglied der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen und deren Sonderberichterstatter für Afghanistan S. 1165<sup>6</sup>, 1166<sup>10</sup>, 1170
- Ermisch, Günter** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 991<sup>1</sup>
- Ertl, Josef** Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) sowie 1969–1983 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 842<sup>5</sup>, 1323<sup>10</sup>
- Eryavuz, Bülent** Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 482
- d'Escoto Brockmann, Miguel** Außenminister der Republik Nicaragua S. 357, 361, 728
- Espeso, Carlos Fernández** Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium S. 719
- Esztergályos, Ferenc** ungarischer Stellvertretender Außenminister S. 402<sup>12</sup>
- Etzold, Thomas H.** Abteilungsleiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA (Assistant Director, Bureau of Multilateral Affairs) S. 411–413, 576, 578<sup>9</sup>
- Evertz, Gottfried** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 410<sup>11</sup>
- Evren, Kenan** General und Präsident der Republik Türkei **Dok. 188** und S. 74, 483, 486f., 1769<sup>18</sup>
- Fabius, Laurent** Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 29, 136** und S. 897, 929, 933, 1193, 1334, 1802
- Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud** König des Königreichs Saudi-Arabien und Ministerpräsident S. 56, 172, 204, 243f., 428–431, 470<sup>3</sup>, 484
- Faktor, František** S. 58<sup>33</sup>
- Falin, Walentin Michajlowitsch** Redakteur der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija“; 1971–1978 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 406<sup>14</sup>, 594<sup>14</sup>, 1193
- Farndale, Sir Martin** General und seit 1. Juli 1985 Oberbefehlshaber der britischen Rheinarmee (British Army of the Rhine) und der NATO Heeresgruppe Nord (NORTHAG) S. 1135
- Fassbinder, Rainer Werner** Regisseur und Filmproduzent S. 1715f., 1718–1720, 1723
- Fedortschuk, Witalij Wassiljewitsch** sowjetischer Innenminister S. 1255<sup>7</sup>
- Fein, Hans-Georg** Vortragender Legationsrat und stellvertretender Leiter des Referats 510 „Staats- und Verwaltungsrecht, einschließlich Ausländerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 1106
- Feit, Christian** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 122<sup>3+4</sup>, 928<sup>14</sup>



- Fekecz, Janusz** Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 1086
- Fekete, János** Erster Stellvertretender Präsident der ungarischen Nationalbank und Mitglied des ungarischen Parlaments seit 8. Juni 1985 **Dok. 206**
- Fenster, Aristide** Legationssekretär im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen, zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts, seit 7. Oktober 1985 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 1050<sup>1</sup>
- Fernández Ordóñez, Francisco** Präsident der spanischen Außenhandelsbank, seit 4. Juli 1985 Außenminister des Königreichs Spanien S. 1073<sup>1</sup>, 1074, 1076, 1362, 1369<sup>23</sup>, 1371, 1375, 1520, 1662, 1803, 1809f.
- Ferraris, Luigi Vittorio** Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 268, 714<sup>24</sup>
- Ferreira Aldunate, Wilson** uruguayischer Oppositionspolitiker und 1973–1984 im Exil; Vorsitzender der uruguayischen Partei Partido Nacional seit Februar 1985 S. 360
- Fest, Winfried** Sprecher des Senats von Berlin; 1981–1984 Senatsdirektor für kulturelle Angelegenheiten S. 1130
- Fiedler, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt, seit 2. Juli 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 170<sup>1</sup>, 241<sup>1</sup>, 386<sup>1</sup>, 614<sup>45</sup>
- Filipow, Georgi Stantschew (Grischa)** Ministerpräsident der Volksrepublik Bulgarien S. 325, 328, 1855
- Filipow, Wladimir** bulgarischer Dolmetscher S. 325
- Fillon, François** Bürgermeister von Sablé-sur-Sarthe und nationaler Sekretär für Verteidigungsfragen im „Rassemblement pour la République“ S. 1062<sup>12</sup>
- Finck von Finckenstein, Hans-Werner Graf** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1269<sup>11</sup>
- Finke-Osiander, Renate** Ministerialdirigentin und Leiterin der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 74, 173<sup>3</sup>, 594<sup>15</sup>
- Fischbach, Marc** luxemburgischer Verteidigungsminister sowie Minister für öffentliche Verwaltung, Sport, Landwirtschaft und Europäische Angelegenheiten S. 436, 514
- Fischer, Kurt** Flottenadmiral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1047<sup>12</sup>
- Fischer, Oskar** Außenminister der DDR **Dok. 213, 261** und S. 775, 977f., 1080, 1140, 1802
- Fischer, Per** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking; 1979–1984 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 154<sup>10</sup>, 553<sup>25</sup>, 577<sup>7</sup>, 797<sup>13</sup>, 799<sup>21</sup>, 814<sup>11</sup>, 818<sup>24</sup>, 975<sup>17</sup>, 1409<sup>5</sup>, 1411<sup>8</sup>, 1426<sup>11</sup>, 1542<sup>26</sup>
- Fischer-Dieskau, Thomas** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ im Auswärtigen Amt S. 158<sup>1</sup>
- Fisher, Eugene J.** Vorsitzender des Sekretariats für katholisch-jüdische Beziehungen bei der Nationalen Konferenz der katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten von Amerika S. 624
- FitzGerald, Garret** Ministerpräsident von Irland S. 1641<sup>7</sup>, 1689<sup>6</sup>
- Fletcher, James Chipman** Leiter des amerikanischen Defensive Technologies Study Team; 1971–1977 Direktor der amerikanischen Weltraumbehörde NASA S. 225
- Flottau, Heiko** Journalist der Tageszeitung „Süddeutsche Zeitung“ S. 1099
- Folchi, Guglielmo** Botschafter der Italienischen Republik in Warschau S. 138

- Foncillas y Casaus, Eduardo** Botschafter des Königreichs Spanien in Bonn S. 719, 1074, 1371
- Ford, Gerald Rudolph** 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 981<sup>9</sup>, 1453<sup>20</sup>, 1695
- Forquenot de la Fortelle, Hubert** Gesandter und Vertreter des Botschafters an der französischen Botschaft in Bonn S. 1153<sup>11</sup>, 1691<sup>18</sup>
- Forray, Gilbert** General der französischen Streitkräfte und Kommandeur der Forces d'action rapide, seit 1. August 1985 persönlicher Militärbeauftragter des Staatspräsidenten (Chef d'État-major particulier du Président de la République) S. 1829, 1834f.
- Fortelle, Hubert Forquenot de la** siehe *Forquenot de la Fortelle, Hubert*
- Foster, George Eulas** \* 1847 † 1931 S. 1053<sup>11</sup>
- Fraga Iribarne, Manuel** Vorsitzender der spanischen „Alianza Popular“ und Fraktionsführer im Abgeordnetenhaus S. 1074
- Franco Bahamonde, Francisco** 1936–1975 Staatsoberhaupt des Spanischen Staats bzw. seit 1947 des Königreichs Spanien S. 1367, 1370
- François-Poncet, Jean** Mitglied des französischen Senats; 1978–1981 Außenminister der Französischen Republik S. 423, 480
- Frangieh, Abdallah** Leiter des Büros der Palestine Liberation Organisation (PLO) in Bonn S. 1288
- Frank, Albrecht** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Zagreb S. 669<sup>7</sup>
- Frank, Paul** 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 406<sup>14</sup>, 1193
- Franke, Klaus Max** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt, seit 1. August 1985 Rückversetzung in das Auswärtige Amt und seit 13. September 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dhaka S. 386<sup>1</sup>, 490, 584<sup>4</sup>, 676, 795<sup>1</sup>, 812, 813<sup>8</sup>
- Franz Joseph** 1848–1867 Kaiser von Österreich und König von Ungarn, 1867–1916 Kaiser von Österreich-Ungarn S. 709
- Fraser, John Allen** kanadischer Minister für Fischerei bis 23. September 1985 S. 582
- Frasyniuk, Władysław** Vorsitzender der Provisorischen Koordinierungskommission der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund S. 1832<sup>16</sup>
- Freigang, Karl Viktor** Mediziner in Moers und Mitglied des Deutschen Afghanistan-Komitees in Bonn S. 1168
- Fresno Larraín, Juan Francisco** Erzbischof von Santiago, seit 25. Mai 1985 Kardinal S. 1372
- Frewer, Hans** Mitglied des Vorstands der Kraftwerk Union AG S. 154<sup>10</sup>
- Frick, Helmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs Meyer-Landrut S. 10<sup>1</sup>, 362<sup>2</sup>, 592<sup>1</sup>, 688<sup>2</sup>, 752<sup>1</sup>, 853<sup>1</sup>, 945<sup>1</sup>, 960<sup>1</sup>, 991<sup>1</sup>, 1068<sup>1</sup>, 1122<sup>1</sup>, 1165<sup>1</sup>, 1171<sup>1</sup>, 1297<sup>3</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1470<sup>1</sup>
- Fröhlich, Siegfried** Staatssekretär im Bundesministerium des Innern bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. Juni 1985 S. 205<sup>1</sup>, 688<sup>2</sup>
- Fröwis, Walter** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 958<sup>23</sup>
- Fuchs, Anke** Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion; 1982 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit S. 1563, 1567
- Fuhrmann, Günter** Vortragender Legationsrat im Referat 610 „Regionale und bilaterale Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Westeuropa, Osteuropa, USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferentatungen“ des Auswärtigen Amts S. 473<sup>1</sup>
- Fuller, Craig L.** Stabschef des amerikanischen Vizepräsidenten S. 889

- Furgler, Kurt** Bundespräsident der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Leiter des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements S. 166<sup>32</sup>
- Gablentz, Otto von der** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 1199<sup>14</sup>, 1678<sup>9</sup>, 1698<sup>9</sup>, 1725<sup>5</sup>, 1727<sup>13</sup>
- al-Gaddafi, Muammar** Oberst und „Führer der Großen Revolution vom 1. September“ in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 73, 171, 180<sup>16</sup>, 245, 521, 680<sup>15</sup>, 681, 690, 951–953, 1218, 1220, 1281–1284
- Gaerte, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse im Referat 612 „Auslandsschulen, Schulwesen“ des Auswärtigen Amts, seit 8. März 1985 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 1855<sup>24</sup>
- Gaffney, Frank J., Jr.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant Secretary of Defense for Nuclear Forces and Arms Control Policy) S. 219, 222, 252, 255
- Galen, Clemens August Kardinal von** 1933–1946 Bischof von Münster, 1946 Kardinal S. 1795
- Galinski, Heinz** Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin S. 1720<sup>17</sup>, 1721<sup>18</sup>
- Gallus, Beate** S. 1350
- Gallus, Claudia** S. 1350
- Gama, Jaime** siehe: *Matos da Gama, Jaime José*
- Gandhi, Indira Priyadarshini** 1966–1977 und 1980–1984 Ministerpräsidentin der Republik Indien S. 59, 146, 150<sup>26</sup>, 151, 347, 677, 799, 993<sup>19</sup>, 1016<sup>3</sup>, 1019<sup>12</sup>, 1020<sup>19</sup>
- Gandhi, Rajiv** Ministerpräsident der Republik Indien und bis 25. September 1985 Außenminister, anschließend Verteidigungsminister **Dok. 191** und S. 148<sup>19</sup>, 347f., 571f., 799f., 909, 1328, 1387<sup>4</sup>
- Garang de Mabior, John** Anführer der südsudanesischen Sudan People's Liberation Movement S. 1513f.
- Garbusow, Gurij Iwanowitsch** sowjetischer Finanzminister bis zu seinem Tod am 12. November 1985 S. 1303
- García Pérez, Alan Gabriel Ludwig** Präsident der Republik Peru seit 28. Juli 1985 S. 1371
- Gaschignard, Paul** Leiter der französischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 236, 832<sup>11</sup>, 1201, 1205f.
- de Gasperi, Alcide** 1945–1953 Ministerpräsident des Königreichs Italien bzw. seit 18. Juni 1946 der Republik Italien S. 53, 1365
- de Gaulle, Charles** 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 388, 659, 759, 1062<sup>10</sup>, 1286<sup>8</sup>, 1392, 1527, 1641, 1652, 1682, 1705, 1879
- Gehl, Jürgen** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 348<sup>14</sup>, 1613<sup>3</sup>
- Gehling, Theodor** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 117 „Politisches Archiv und Historisches Referat“ des Auswärtigen Amts S. 94<sup>1</sup>
- Geiger, Helmut** Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes S. 83
- Geisendörfer, Ulrich** Ministerialdirektor und Leiter der Zentralabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1882
- Geisinger, Otto Werner** Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1046<sup>11</sup>
- Geißler, Heiner** Generalsekretär der CDU, Mitglied des Deutschen Bundestages und bis 26. September 1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit S. 1733f.
- Gemayel, Amin** Präsident der Libanesischen Republik **Dok. 252** und S. 56, 1233f., 1261
- Gemayel, Béchir** 1977–1982 Führer der „Forces Libanaises“; 1982 designierter Präsident der Libanesischen Republik bis zu seiner Ermordung am 14. September 1982 S. 1234

**Genschel, Barbara** Ehefrau von Hans-Dietrich Genschel S. 313<sup>28</sup>, 887

**Genschel, Hans-Dietrich** Bundesminister des Auswärtigen und Stellvertreter des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied des Deutschen Bundestages und bis 24. Februar 1985 Vorsitzender der FDP; 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 6, 8, 12, 14, 16, 19, 26, 27, 30, 34, 36, 37, 44, 48, 52, 54, 56, 57, 58, 64, 69, 71, 86, 109, 110, 115, 120, 121, 122, 127, 128, 136, 138, 139, 140, 148, 150, 153, 158, 161, 168, 171, 180, 184, 187, 191, 210, 212, 213, 214, 215, 225, 228, 229, 230, 231, 236, 238, 239, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 255, 256, 257, 258, 259, 261, 279, 281, 288, 289, 297, 305, 309, 310, 316, 325, 335, 337, 341, 344, 346, 350** und S. 3, 6<sup>14</sup>, 7–9, 12, 18, 38, 41–43, 48f., 59, 71, 79, 84<sup>20</sup>, 94, 95<sup>15</sup>, 97–99, 101, 111, 114–122, 124, 126<sup>14</sup>, 127<sup>3</sup>, 128, 130<sup>2</sup>, 133<sup>13</sup>, 134<sup>17</sup>, 135–141, 153<sup>1</sup>, 158<sup>1</sup>, 168<sup>45</sup>, 173, 175, 176<sup>14</sup>, 177, 187, 191f., 197<sup>2</sup>, 214–218, 237, 246, 251, 258<sup>1</sup>, 265<sup>25</sup>, 273–275, 277, 288–290, 300f., 305, 349–352, 356<sup>25</sup>, 365, 367–370, 380<sup>22</sup>, 396, 400f., 402<sup>14+15</sup>, 403, 411–417, 420, 427, 429<sup>5</sup>, 432, 447, 457–460, 462–464, 470, 473<sup>2</sup>, 479<sup>17</sup>, 480f., 506, 512–516, 520f., 523<sup>2</sup>, 526, 530, 531<sup>13</sup>, 532–534, 536, 566, 568–571, 573–575, 583, 590<sup>23</sup>, 592, 600, 603<sup>16</sup>, 628–632, 638, 654<sup>1</sup>, 666, 669, 675<sup>12</sup>, 676<sup>1</sup>, 687<sup>12</sup>, 688, 689<sup>8</sup>, 692, 693<sup>11–16</sup>, 694<sup>20</sup>, 695<sup>22</sup>, 705<sup>1</sup>, 711<sup>17</sup>, 712, 713<sup>21</sup>, 714<sup>24</sup>, 716<sup>34</sup>, 718<sup>42</sup>, 733, 737, 741, 745<sup>19–21</sup>, 746<sup>24</sup>, 755<sup>9</sup>, 762, 776, 777<sup>6</sup>, 778, 785, 790, 791<sup>8</sup>, 793<sup>21</sup>, 795<sup>1</sup>, 812, 813<sup>6</sup>, 819f., 826, 829f., 835f., 838<sup>14</sup>, 839–842, 845, 847, 853, 860<sup>28</sup>, 863<sup>7</sup>, 865, 874f., 877<sup>21</sup>, 890<sup>4+8</sup>, 891<sup>11</sup>, 905, 912f., 917, 923<sup>32</sup>, 924<sup>1</sup>, 925, 935, 943<sup>22</sup>, 944, 950, 952f., 961, 962<sup>11</sup>, 969–971, 980<sup>1</sup>, 981<sup>7</sup>, 1024, 1026–1028, 1029<sup>1</sup>, 1038, 1041<sup>1</sup>, 1042–1044, 1046<sup>11</sup>, 1060, 1066<sup>18</sup>, 1067<sup>19</sup>, 1068<sup>1</sup>, 1074, 1076, 1080, 1082–1084, 1094, 1119<sup>2</sup>, 1122<sup>1+3</sup>, 1131<sup>2</sup>, 1138<sup>14</sup>, 1139f., 1144f., 1147f., 1151, 1154, 1169, 1172, 1195, 1199<sup>14</sup>, 1201<sup>25</sup>, 1208<sup>1</sup>, 1221, 1225, 1238, 1241–1244, 1257, 1259–1262, 1265, 1266<sup>1</sup>, 1270<sup>13</sup>, 1271<sup>16</sup>, 1297, 1299, 1300<sup>9</sup>, 1336<sup>1</sup>, 1340<sup>13</sup>, 1350<sup>2</sup>, 1369<sup>23</sup>, 1371–1375, 1379<sup>1</sup>, 1389, 1392<sup>20</sup>, 1396f., 1398<sup>8+10</sup>, 1402, 1405<sup>18+19+21</sup>, 1406<sup>27</sup>, 1410, 1411<sup>5</sup>,

1412<sup>10</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1423, 1427, 1432f., 1439<sup>22</sup>, 1449<sup>3</sup>, 1456f., 1460f., 1470, 1471<sup>1+4</sup>, 1489, 1497<sup>1+2</sup>, 1498, 1500f., 1516f., 1519, 1523–1526, 1528f., 1533–1536, 1553, 1558, 1589<sup>1</sup>, 1595, 1597, 1617<sup>3</sup>, 1622<sup>16</sup>, 1624<sup>19</sup>, 1626, 1629<sup>15</sup>, 1640<sup>1</sup>, 1645–1647, 1649, 1650<sup>32</sup>, 1666, 1668–1670, 1685, 1690f., 1694, 1702<sup>6</sup>, 1703<sup>8</sup>, 1707f., 1713<sup>41</sup>, 1714<sup>42–47</sup>, 1715<sup>51</sup>, 1733, 1737, 1744, 1749, 1760, 1765, 1769, 1774, 1785, 1786<sup>13</sup>, 1787<sup>21</sup>, 1788, 1803, 1807–1810, 1813<sup>57</sup>, 1821<sup>1</sup>, 1833<sup>20</sup>, 1834<sup>21+22</sup>, 1837, 1841, 1858, 1860<sup>10</sup>, 1863<sup>17</sup>, 1866<sup>2</sup>, 1870f., 1873f., 1877, 1838<sup>1</sup>, 1881<sup>16</sup>, 1882<sup>1</sup>, 1883<sup>10+11</sup>, 1885<sup>1</sup>, 1891<sup>21</sup>

**Geremek, Bronisław** Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund und Mitarbeiter des Geschichtswissenschaftlichen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften bis zu seiner Entlassung im April 1985 **Dok. 222** und S. 139

**Gergorin, Jean-Louis** Vizepräsident des französischen Konzerns Mécanique Aviation Traction (Matra) S. 1740

**Gerhardt, Walter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West–Ost“ im Auswärtigen Amt S. 206<sup>5</sup>, 297<sup>30</sup>, 600<sup>1</sup>, 1098<sup>8</sup>, 1541<sup>23</sup>

**Gerlach, Manfred** stellvertretender Saatsratsvorsitzender der DDR und Vorsitzender der LDPD S. 939<sup>41</sup>

**Gerloff, Wilhelm** 1922–1949 Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main S. 86

**Germelmann, Peter-Christian** Ministerialrat und Leiter des Referats 221 „Beziehungen zur DDR in den Bereichen Politik und Verkehrsverkehr, Ständige Vertretungen, Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen“ im Bundeskanzleramt S. 173<sup>6</sup>, 1839<sup>10</sup>

**Gerz, Wolfgang** Vortragender Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad, seit 4. März 1985 Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 337** und S. 590<sup>23</sup>, 591<sup>24</sup>, 836<sup>6</sup>, 837<sup>12</sup>, 839<sup>20+21</sup>, 1172<sup>8</sup>, 1258<sup>2</sup>

- Gescher, Ditrich** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm, seit 15. März 1985 Gesandter und Vertreter des Botschafters in Peking **Dok. 272** und S. 816<sup>17</sup>, 1538<sup>4</sup>, 1541<sup>20</sup>
- Geyer, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts, seit 10. Juni 1985 im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ S. 339<sup>1</sup>
- Ghoualmi, Mohamed** Abteilungsleiter im algerischen Außenministerium S. 1276
- Gierek, Edward** 1970–1980 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 311<sup>21</sup>, 1092<sup>38</sup>, 1321<sup>18</sup>
- Giesder, Manfred** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen; Menschenrechtsfragen“ im Auswärtigen Amt S. 176<sup>14</sup>, 529<sup>6</sup>
- Giheno, John** Außen- und Handelsminister von Papua-Neuguinea bis 25. November 1985 S. 490
- Gilmore, Harry J.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium S. 1322
- Giscard d'Estaing, Valéry** 1974–1981 Staatspräsident der Französischen Republik S. 1061<sup>9</sup>, 1063 f., 1638
- Glomp, Józef** Kardinal und Primas von Polen sowie Erzbischof von Gnesen und Warschau **Dok. 57** und S. 53, 55, 1146<sup>4</sup>, 1147<sup>14</sup>, 1488, 1780 f., 1833
- Gleske, Leonhard** Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank S. 84
- Glienke, Lothar** Stellvertretender Leiter der Abteilung BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, seit 15. Januar 1985 Gesandter an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 457 f., 930<sup>4</sup>
- Glitman, Maynard Wayne** Leiter der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters, seit 18. Januar 1985 Verhandlungsführer für Mittelstreckenwaffen bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf **Dok. 86** und S. 98, 117, 332, 521–523, 540, 782<sup>31</sup>, 1048 f., 1350 f., 1465, 1486
- Göckel, Helmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs: Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere globale Verhandlungen und UNCTAD, Internationale Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, insbesondere FAO“, seit 25. Februar 1985 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter der Botschafterin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 669<sup>3</sup>
- Goebbels, Joseph** 1933–1945 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda S. 1167<sup>13</sup>
- Gomułka, Władysław** 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 844, 1393<sup>25</sup>
- González Márquez, Felipe** Ministerpräsident des Königreichs Spanien und Generalsekretär des PSOE **Dok. 67, 265, 267** und S. 105<sup>9</sup>, 720, 750 f., 864, 1074–1076, 1331 f., 1451, 1474
- Goodby, James Eugene** Leiter der amerikanischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 236, 1201 f., 1204–1207, 1250 f.
- Goodman, Seymour E.** Professor für Management Information Systems and Policy an der University of Arizona in Tucson S. 1738, 1740
- Gorbatschow, Michail Sergejewitsch** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, seit 11. März 1985 Generalsekretär des ZK der KPdSU **Dok. 59, 68, 94, 235, 244, 300, 317, 319, 321** und S. 4, 34, 37, 43, 49<sup>24</sup>, 64–66, 88, 160, 200, 303, 347, 353–355, 368–370, 373, 389–391, 392<sup>18</sup>, 408–410, 446 f., 452, 455, 463–467, 469, 481, 492 f., 522, 539 f., 553–556, 563–565, 571, 573 f., 585<sup>5</sup>, 592 f., 595<sup>16</sup>, 596, 598, 604–606, 608, 610 f., 616, 618, 620, 643–646, 657–659, 672, 674, 677, 692, 700, 703, 755, 757 f., 760, 773, 779 f., 786 f., 801, 804, 806, 811, 826, 828, 844, 885, 906–908, 909<sup>16</sup>, 910, 935, 945<sup>3</sup>, 946–951, 957<sup>20</sup>, 959, 970, 973 f., 996, 1000 f., 1004, 1017, 1019, 1037<sup>7</sup>, 1049, 1050<sup>9</sup>, 1077 f., 1083, 1086,

- 1100<sup>17</sup>, 1102–1104, 1108f., 1113<sup>6</sup>, 1114, 1116, 1117<sup>18</sup>, 1118, 1142, 1156, 1161f., 1165f., 1174f., 1177, 1180f., 1183, 1203, 1220, 1231, 1250, 1260<sup>11</sup>, 1262–1264, 1268<sup>8</sup>, 1269, 1277<sup>10</sup>, 1278, 1303f., 1307, 1310f., 1312<sup>12</sup>, 1314, 1317, 1318<sup>7</sup>, 1320, 1322<sup>7</sup>, 1327–1331, 1335<sup>41</sup>, 1351f., 1353<sup>2</sup>, 1354, 1358f., 1361f., 1381, 1389, 1391, 1393, 1397<sup>4</sup>, 1400, 1404, 1408f., 1414–1418, 1427–1431, 1434, 1440<sup>7</sup>, 1449<sup>3</sup>, 1450<sup>4</sup>, 1453, 1458, 1463–1466, 1480, 1485, 1486<sup>11</sup>, 1489–1497, 1499f., 1505<sup>5</sup>, 1507<sup>8</sup>, 1508, 1511, 1518f., 1520<sup>19</sup>, 1525, 1528–1530, 1532, 1538, 1546–1549, 1552, 1558, 1562<sup>16</sup>, 1566, 1572–1578, 1586–1592, 1595, 1614, 1615<sup>8</sup>, 1627, 1640–1643, 1684–1686, 1687<sup>20</sup>, 1688, 1702<sup>6</sup>, 1705f., 1708f., 1711f., 1727f., 1740, 1747, 1749, 1751, 1764, 1778–1780, 1782f., 1805, 1809, 1811, 1816, 1819, 1869f., 1873f., 1876, 1878f., 1881<sup>14</sup>, 1886f., 1891
- Gorbatschowa, Raissa Maximowna** Ehefrau von Michail S. Gorbatschow S. 65, 1393, 1416, 1429f.
- Gordijewskij, Oleg Antonowitsch** Resident des sowjetischen Geheimdienstes KGB an der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London bis Sommer 1985 sowie Mitarbeiter des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 S. 1329<sup>13</sup>, 1686
- Gordon-Lennox, Bernard Charles** Generalmajor der britischen Streitkräfte und Kommandant des britischen Sektors in Berlin bis Dezember 1985 S. 772<sup>15</sup>, 1132
- Gorenflos, Walter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia; 1980–1984 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes S. 171<sup>7</sup>, 382
- Görgens, Lutz-Hermann** Legationsrat bzw. seit 6. Februar 1985 Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tunis, seit 6. Mai 1985 im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amtes S. 691<sup>12</sup>, 951<sup>1</sup>
- Górnicki, Wiesław** Leiter des Planungsstabs (Dyrektor Samodzielnego Zespołu Studiów) und Vorsitzender des Verteidigungsrats beim Ministerpräsidenten bzw. seit November 1985 beim Vorsitzenden des Staatsrats der Volksrepublik Polen S. 140<sup>17</sup>
- Goschen, George Joachim** \*1831 †1907 S. 1053<sup>11</sup>
- Götting, Gerald** Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats sowie der Volkskammer der DDR, Vorsitzender der CDU der DDR S. 1345
- Gotzew, Ljuben Stojanow** bulgarischer Stellvertretender Außenminister S. 1685f.
- Goukouni** siehe: *Oueddei, Goukouni*
- Gracher, Konrad** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Asunción S. 359<sup>11</sup>
- Graevenitz, Hanno von** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 401 „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Technische Zusammenarbeit im VN-Bereich, insbesondere UNIDO, UNDP, regionale VN-Wirtschaftskommissionen (ECE, ESCAP, ECLA, ECA, ECWA) und VN-Treuhandprojekte“ des Auswärtigen Amtes S. 158<sup>1</sup>
- Graham, Sir John** Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1024<sup>7</sup>, 1469
- Graham, Loren Raymond** Professor für Wissenschaftsgeschichte am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge, Massachusetts S. 1739
- Gramow, Marat Wladimirowitsch** Vorsitzender des Komitees für Körperkultur und Sport beim sowjetischen Ministerrat S. 1749
- Granow, Dietrich** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 214<sup>5</sup>
- Grass, Günter** Schriftsteller S. 1706<sup>12</sup>
- Gratz, Leopold** Außenminister der Republik Österreich S. 641, 728, 1088
- Gray, Clayland Boyden** Rechtsberater des amerikanischen Vizepräsidenten S. 390

- Gregg, Donald Phinney** Berater des amerikanischen Vizepräsidenten für Fragen der nationalen Sicherheit (National Security Advisor) S. 390, 889
- Gregoriadis, Ioannis** Botschafter der Hellenischen Republik in Moskau S. 593
- Gremitskich, Jurij Alexandrowitsch** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn bis 13. September 1985 S. 1167
- Gretschko, Andrej Antonowitsch** Marschall der Sowjetunion und 1967–1976 Verteidigungsminister S. 460, 971
- Grewlich, Klaus** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 18. Oktober 1985 Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 277<sup>1</sup>, 762<sup>1</sup>, 1244<sup>1</sup>
- Grimm, Georg** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts- und Finanzpolitik“ im Bundeskanzleramt S. 812
- Grinewskij, Oleg Alexejewitsch** Botschafter für besondere Aufgaben im sowjetischen Außenministerium und Leiter der sowjetischen KVAE-Delegation in Stockholm S. 235<sup>5</sup>, 237<sup>5</sup>, 1202f., 1205–1207, 1252<sup>12</sup>, 1759
- Grischin, Wiktor Wassiljewitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und bis 24. Dezember 1985 Erster Sekretär des Stadtparteikomitees von Moskau S. 390
- Grobel, Olaf** Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1300<sup>11</sup>
- Gromyko, Andrej Andrejewitsch** Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, seit 2. Juli 1985 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet; 1943–1946 Botschafter in Washington; 1946–1948 Leiter der sowjetischen Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters **Dok. 54, 127, 178** und S. 25<sup>2</sup>, 26, 28–30, 32–37, 41<sup>3</sup>, 43, 45<sup>3</sup>, 57, 60, 64, 66f., 78, 90, 102, 134<sup>16</sup>, 151, 200, 202f., 224, 260, 269, 301f., 304f., 330f., 354, 365–370, 374, 377, 381, 390f., 408, 410, 415f., 452–456, 462<sup>12</sup>, 464, 504<sup>2</sup>, 505, 522, 537, 540, 553<sup>26</sup>, 554, 563–565, 572–574, 604–611, 615, 617, 620, 658, 675, 758, 770, 782, 804, 843, 887f., 907, 958, 974, 1000f., 1022, 1082, 1087, 1094, 1102<sup>9</sup>, 1112, 1114, 1116<sup>13</sup>, 1162, 1176f., 1180, 1211<sup>14</sup>, 1263, 1278, 1302–1304, 1315<sup>22</sup>, 1326, 1330, 1334, 1346<sup>15</sup>, 1357, 1383, 1416, 1457<sup>8</sup>, 1496, 1502, 1509, 1539<sup>9</sup>, 1556<sup>15</sup>, 1661<sup>14</sup>, 1708, 1725<sup>5</sup>, 1748, 1750, 1805, 1875<sup>36</sup>, 1878<sup>5</sup>
- Grüner, Martin** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft S. 350
- Guerra González, Alfonso** stellvertretender spanischer Ministerpräsident S. 1074
- Gühlecke, Klaus-Jochen** Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 587<sup>14</sup>, 1171<sup>1</sup>
- Guigou, Elisabeth** Beraterin im Generalsekretariat des französischen Staatspräsidenten S. 1336, 1339, 1342f.
- Gurirab, Theo-Ben** Beobachter für die SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York S. 840<sup>25</sup>
- Gutiérrez Gutiérrez, Carlos José** Außenminister der Republik Costa Rica S. 188, 189<sup>14</sup>
- Gutmann, Francis** Generalsekretär des französischen Außenministeriums, seit 29. Mai 1985 Botschafter der Französischen Republik in Madrid S. 70<sup>35</sup>, 1076
- Haas, Wilhelm** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ im Auswärtigen Amt, seit 11. Oktober 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 62, 117, 134, 143, 159, 281, 328** und S. 55<sup>18</sup>, 127<sup>1</sup>, 153<sup>1</sup>, 170<sup>1</sup>, 192<sup>19</sup>, 241<sup>3</sup>, 357, 361<sup>19</sup>, 390, 428, 470<sup>3</sup>, 473, 519, 520<sup>1</sup>, 727<sup>9</sup>, 737<sup>1</sup>, 740, 750<sup>13</sup>, 795<sup>1+3</sup>, 812<sup>1</sup>, 863<sup>7</sup>, 894<sup>5+7</sup>, 1016<sup>3</sup>, 1171<sup>1</sup>, 1333<sup>26</sup>, 1372<sup>38</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1476<sup>19</sup>
- Häber, Herbert** Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen und Wirtschaft beim ZK der SED und Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis 22. November 1985 S. 38f., 1799<sup>19</sup>

- Habré, Hissène** Präsident der Republik Tschad S. 681<sup>16</sup>
- Haferkamp, Hans Hermann** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen, seit 9. Dezember 1985 Botschafter in Reykjavik S. 941<sup>1</sup>
- Hagen, Karl** Oberamtsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt S. 1484<sup>1</sup>
- Haig, Alexander Meigs, Jr.** 1981–1982 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 413<sup>11</sup>, 644 f.
- Halefoglu, Vahit Melih** Außenminister der Republik Türkei S. 778<sup>8</sup>, 1456, 1769<sup>18</sup>, 1803, 1809, 1811, 1813
- Hallensleben, Ekkehard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ im Auswärtigen Amt S. 187<sup>1</sup>, 737<sup>3</sup>, 1266<sup>1</sup>
- Hallgrímsson, Geir** Außenminister der Republik Island S. 778<sup>8</sup>, 1456
- Hallier, Hans-Joachim** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 17**
- Hameed, Abdul Cadeer Shahul** Außenminister der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka **Dok. 34**
- Hamerlak-Hermesdorff, Maria** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 158, 1086
- Hamm-Brücher, Hildegard** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1976–1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt S. 589, 1173
- Hammer, Peter** Fregattenkapitän und Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung S. 1134<sup>10</sup>
- Hamutenya, Hidipo** Mitglied des Politbüros des ZK der SWAPO und Sekretär des ZK für Information und Öffentlichkeit S. 838
- Hanel, Ulf** Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amtes S. 177<sup>1</sup>
- Hansen, Niels** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv, seit 14. Oktober 1985 Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 283, 299, 320, 329, 345** und S. 170<sup>3</sup>, 273<sup>5</sup>, 274<sup>6</sup>, 388<sup>8+9</sup>, 614<sup>45</sup>, 1447<sup>15</sup>, 1448<sup>16</sup>, 1561<sup>12+14</sup>, 1447<sup>12</sup>, 1512<sup>1</sup>, 1586<sup>1</sup>, 1760<sup>17</sup>, 1772<sup>5</sup>, 1858<sup>4</sup>
- Harder, Eric** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kathmandu S. 1019<sup>12</sup>
- Harding, William** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State, Americas/Asia) S. 738
- Harmel, Pierre** 1965–1966 Ministerpräsident des Königreichs Belgien, 1966–1973 Außenminister S. 1804
- Hartman, Arthur Adair** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau S. 462<sup>12</sup>, 505, 593, 598, 770, 780<sup>21</sup>, 1109, 1357, 1586–1589
- Hartmann, Peter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung; bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei; Kabinettsausschuß für Europapolitik“ im Bundeskanzleramt S. 158<sup>1</sup>, 417<sup>1</sup>, 705<sup>1</sup>, 980<sup>1</sup>, 1191<sup>1</sup>, 1343<sup>21</sup>, 1519<sup>18</sup>, 1569<sup>9</sup>, 1584<sup>35</sup>, 1617, 1621, 1633, 1688<sup>1</sup>, 1696, 1766<sup>8+9</sup>, 1769<sup>18</sup>, 1770<sup>21</sup>
- Hartmann, Rüdiger** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Funktionsbezeichnung Gesandter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 1, 43, 45, 46, 88, 125, 164, 181, 348** und S. 7<sup>5</sup>, 8, 10, 43<sup>16</sup>, 373<sup>12</sup>, 381<sup>24</sup>, 512<sup>1</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1024<sup>1</sup>, 1079<sup>1+3</sup>, 1080, 1081<sup>13</sup>, 1094<sup>1</sup>, 1136 f., 1322<sup>1</sup>, 1545<sup>1</sup>, 1561<sup>1</sup>, 1758, 1803<sup>1</sup>, 1866<sup>27</sup>
- Hase, Karl-Günther von** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland beim KSZE-Kulturforum vom 15. Oktober bis 26. November 1985 in Budapest; 1970–1977 Botschafter in London, anschließend Intendant des ZDF bis zum Eintritt in den Ruhestand 1982 S. 1164, 1704<sup>9</sup>



- Hassan II.** König des Königreichs Marokko S. 868<sup>8</sup>, 1281–1283
- Hassan ibn Talal al-Haschemi** Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 241, 245, 268, 1451 f., 1474
- Hassel, Kai-Uwe von** 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1980 Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 838<sup>17</sup>
- Hassell, Henning Leopold von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara, seit 6. September 1985 Generalkonsul in Toronto S. 482<sup>3</sup>
- Haunschild, Hans-Hilger** Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 309<sup>15</sup>
- Hay, Alexandre** Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf S. 129
- Hayden, William George** Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Handel von Australien S. 729<sup>3</sup>
- Heath, Edward** Mitglied der britischen Conservative Party; 1970–1974 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 61<sup>13</sup>, 62, 1828
- Hedrich, Klaus-Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 838<sup>17</sup>
- Heibach, Bernhard** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wien; 1975–1979 Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt S. 981<sup>9</sup>
- Heidorn, Joachim** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“, bis 8. März 1985 abgeordnet an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London, seit 28. März 1985 Legationssekretär und seit 1. April im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts **Dok. 252**
- Heilmann, Conrad-Alexander** Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 489<sup>24</sup>
- Heinemann, Klaus** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 868<sup>8</sup>, 1287<sup>8</sup>, 1293<sup>3</sup>
- Heinichen, Otto-Raban** Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 110<sup>25</sup>, 852<sup>12</sup>
- Hellbeck, Hannspeter** Ministerialdirigent an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 46<sup>5</sup>, 405<sup>11</sup>, 726<sup>7</sup>, 1104<sup>18</sup>, 1376<sup>3</sup>, 1377
- Henatsch, Ruprecht** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, seit 15. April 1985 Botschaftsrat I. Klasse S. 128<sup>10</sup>
- Hendrichske, Hans-Joachim** Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts bis 30. September 1985 S. 153, 795
- Heng Samrin** Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Kampuchea und Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampuchea S. 729<sup>3+4</sup>, 957 f., 1053
- Hengsbach, Franz** Bischof von Essen S. 1791
- Herder, Gerhard** Botschafter der DDR in Washington; 1974–1983 Leiter der Delegation der DDR bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf S. 1080<sup>10</sup>, 1081<sup>11</sup>
- Herrmann, Frank-Joachim** Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Staatsratsvorsitzenden der DDR S. 930
- Hermannsson, Steingrímur** Ministerpräsident der Republik Island S. 1664
- Hermes, Andreas** 1945 Gründungsvorsitzender der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands S. 69
- Hermes, Peter** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl; 1979–1984 Botschafter in Washington S. 229<sup>11</sup>, 395<sup>10</sup>, 682<sup>3</sup>, 1054<sup>17</sup>, 1497<sup>25</sup>, 1790<sup>10</sup>

- Hernández Cervantes, Héctor** mexikanischer Minister für Wirtschaft und industrielle Entwicklung S. 861
- Hernu, Charles** französischer Verteidigungsminister bis 20. September 1985 **Dok. 171** und S. 197<sup>2</sup>, 288–290, 293, 367<sup>10</sup>, 428<sup>7</sup>, 512, 514 f., 664<sup>29</sup>, 698, 712, 877<sup>16</sup>, 1045 f., 1066 f., 1153, 1412<sup>10</sup>, 1581<sup>25</sup>, 1844
- Herrington, John S.** Mitarbeiter im amerikanischen Präsidialamt (Deputy Assistant für Presidential Personnel), seit 7. Februar 1985 amerikanischer Minister für Energie S. 1755<sup>10</sup>
- Herter, Christian Archibald** 1959–1961 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 673<sup>6</sup>
- Herzog, Chaim** Präsident des Staates Israel S. 273<sup>5</sup>, 1445<sup>2</sup>
- Herzog, Kurt** Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis Sommer 1985 S. 178<sup>6</sup>, 179<sup>7</sup>, 181<sup>20</sup>, 182<sup>25</sup>
- Heseltine, Michael** britischer Verteidigungsminister S. 231, 367<sup>10</sup>, 436, 438, 513–515, 664<sup>29</sup>, 1027<sup>17</sup>, 1045 f., 1197 f., 1478<sup>26</sup>, 1549–1551, 1580, 1691–1693, 1725 f., 1728, 1879
- Heubaum, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua bis 16. Juli 1985, anschließend Vortragender Legationsrat und seit 29. Juli 1985 Vertreter des Leiters im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts S. 189<sup>14</sup>, 357<sup>5</sup>, 358<sup>9</sup>, 726<sup>8</sup>, 729<sup>20</sup>, 1266<sup>1</sup>
- Heuss, Theodor** 1949–1963 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland S. 1719
- Heyken, Eberhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt **Dok. 59, 107, 178** und S. 88, 97<sup>1</sup>, 99<sup>9</sup>, 100<sup>15</sup>, 150<sup>26</sup>, 300, 377<sup>1+5</sup>, 408<sup>1</sup>, 409<sup>5</sup>, 414<sup>4</sup>, 446<sup>1</sup>, 463<sup>3</sup>, 495<sup>1</sup>, 592<sup>6</sup>, 593<sup>9</sup>, 1077, 1078<sup>9</sup>, 1107<sup>1</sup>, 1111<sup>20</sup>, 1112<sup>1</sup>, 1116<sup>12</sup>, 1166<sup>7</sup>, 1310<sup>1</sup>, 1670<sup>1</sup>, 1707<sup>1+3</sup>, 1710<sup>27</sup>, 1712<sup>31</sup>, 1733<sup>3</sup>, 1748<sup>1</sup>, 1751<sup>20</sup>, 1866<sup>1</sup>, 1869<sup>1</sup>, 1881<sup>15</sup>
- Hildebrandt, Peter** S. 1317
- Hille, Hans-Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lima S. 1272<sup>19</sup>
- Hilleken, Horst B.** Präsident der Deutsch-Thailändischen Handelskammer S. 954<sup>5</sup>
- Hiller, Armin** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brazzaville, seit 27. Oktober 1985 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 840<sup>25</sup>
- Hillgruber, Andreas** Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität zu Köln S. 94, 95<sup>15</sup>, 96<sup>16</sup>
- Hirsch, Hans** Ministerialrat und Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 355** und S. 810<sup>31</sup>
- Hitler, Adolf** 1933–1934 Reichskanzler des Deutschen Reichs, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler“ S. 44, 69, 331, 333, 495<sup>3</sup>, 595–597, 628<sup>5</sup>, 709 f., 726<sup>7</sup>, 753, 756, 887, 1186, 1256<sup>11</sup>, 1267 f., 1592, 1721<sup>20</sup>, 1734<sup>7</sup>, 1781, 1876
- Hodscha, Enver** Erster Sekretär des ZK der Partei der Arbeit Albaniens bis zu seinem Tod am 11. April 1985 S. 802, 1854
- Hodscha, Nedschmije** Ehefrau von Enver Hodscha S. 802, 819
- Hoffmann, Erik P.** Professor für Politikwissenschaft an der State University of New York in Albany S. 1740
- Hoffmann, Hans-Joachim** Minister für Kultur der DDR und Leiter der Abteilung Kultur im ZK der SED S. 1349
- Hoffmann, Heinz** Minister für Nationale Verteidigung der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED bis zu seinem Tod am 2. Dezember 1985 S. 929
- Höffner, Joseph** Kardinal und Erzbischof von Köln sowie Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz S. 1791
- Hofmann, Wilfried** abgeordnet zum NATO-Generalsekretariat; 1979–1983 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt S. 129<sup>+11</sup>
- Hofstetter, Rolf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats

- 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ im Auswärtigen Amt S. 3<sup>1</sup>, 102<sup>19</sup>, 199, 203<sup>28</sup>, 219<sup>1+3</sup>, 288<sup>1</sup>, 450<sup>1</sup>, 521<sup>1</sup>, 682<sup>1</sup>, 826<sup>1</sup>, 1048<sup>1</sup>, 1094<sup>1+4</sup>, 1191<sup>1</sup>, 1254<sup>1</sup>, 1322<sup>1</sup>, 1344<sup>1</sup>, 1350<sup>1</sup>, 1357<sup>1</sup>, 1397<sup>1</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1484<sup>1</sup>, 1505<sup>1</sup>, 1545<sup>1</sup>, 1558<sup>5</sup>, 1561<sup>14</sup>, 1586<sup>1</sup>, 1724<sup>1</sup>, 1803<sup>1</sup>, 1807<sup>21</sup>, 1808<sup>29</sup>, 1810<sup>38</sup>
- Holderbaum, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amtes S. 70<sup>35</sup>, 426<sup>1</sup>
- Holik, Josef** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1979–1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ bzw. 1983–1984 Vertreter des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt **Dok. 83, 195, 333** und S. 4<sup>11</sup>, 115, 117, 119–121, 246<sup>4</sup>, 1442<sup>4</sup>
- Holl, Norbert Heinrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amtes, seit 2. August 1985 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 26. November 1985 Botschaftsrat I. Klasse **Dok. 117** und S. 77<sup>25</sup>, 837<sup>11</sup>
- Holmes, Henry Allen, Jr.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Lissabon, seit 19. Juli 1985 designierter Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for the Bureau of Politico-Military Affairs) S. 1027<sup>18</sup>, 1561 f.
- Holtermann, Erhard** Gesandter und Vertreter des Leiters in der Abteilung 7 „Protokoll“ des Auswärtigen Amtes S. 390
- Holthoff, Horst** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt **Dok. 286** und S. 126<sup>14</sup>, 426<sup>1</sup>, 650<sup>1</sup>, 704, 1617<sup>3</sup>
- Holubek, Reinhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt, seit 2. Juli 1985 Leiter des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausstattungshilfe“ S. 72<sup>1</sup>, 578, 581<sup>17</sup>
- Holzheimer, Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile **Dok. 142** und S. 385<sup>13</sup>, 418<sup>10</sup>, 1271<sup>17</sup>, 1373<sup>41</sup>
- Homeyer, Josef** Bischof von Hildesheim S. 1791
- Honecker, Erich** Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR **Dok. 176** und S. 39, 67, 150, 159, 213, 268, 298<sup>33</sup>, 305, 339–342, 344 f., 353, 373, 404–407, 416, 555 f., 565, 595<sup>16+19</sup>, 596, 759, 773, 929<sup>18</sup>, 977 f., 1069, 1102, 1006, 1128<sup>3</sup>, 1129, 1140, 1192 f., 1230, 1313<sup>16</sup>, 1316<sup>25</sup>, 1346, 1349, 1366, 1408, 1495, 1590 f., 1672, 1684 f., 1710, 1798–1800, 1802, 1823, 1886 f., 1889
- Honecker, Margot** Ministerin für Volksbildung der DDR, Ehefrau von Erich Honecker S. 776
- Hönes, Hannegret** Mitglied des Landesvorstands der Grünen in Baden-Württemberg, seit 13. April 1985 Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) S. 1749–1751
- de Hoop Scheffer, Jakob G. N. (Jaap)** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 255, 1024<sup>7</sup>, 1678
- Horáček, Milan** Mitglied des Deutschen Bundestages (Die Grünen) bis 3. Oktober 1985 S. 620
- Hornhues, Karl-Heinz** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 630, 1054<sup>15</sup>, 1093, 1304<sup>17</sup>
- Horsten, Heinrich** Legationsrat I. Klasse im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderun-

- gen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ des Auswärtigen Amts, seit 1. August 1985 im Referat 424 „Exportkontrollfragen, Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ S. 70<sup>38</sup>, 362<sup>1</sup>, 516<sup>1</sup>, 744<sup>15+16</sup>, 1423<sup>1</sup>
- Horstmann, Hans-Henning** Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts, seit 2. September 1985 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 49, 158** und S. 50<sup>1</sup>, 78<sup>27</sup>, 193<sup>1</sup>, 234<sup>1</sup>, 241<sup>1</sup>, 269, 548<sup>1</sup>, 556<sup>1</sup>, 600<sup>1</sup>, 705<sup>1</sup>, 717<sup>38</sup>, 726, 729<sup>1</sup>, 972<sup>1</sup>
- Horváth, István** Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 879, 1702, 1704<sup>10</sup>
- Howe, Sir Geoffrey** Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 14, 120, 148, 153, 255, 259, 269, 341, 344** und S. 49<sup>24</sup>, 59f., 71, 119, 244, 399, 415<sup>5</sup>, 426f., 505, 512f., 515, 520f., 568f., 571f., 574f., 598, 618, 650<sup>23</sup>, 651, 683, 687, 704<sup>38</sup>, 716<sup>36</sup>, 721, 723, 777<sup>6</sup>, 778<sup>6</sup>, 793<sup>23</sup>, 912, 927<sup>13</sup>, 955<sup>9</sup>, 979<sup>4</sup>, 1021, 1026–1028, 1141<sup>20</sup>, 1143, 1147f., 1158<sup>12</sup>, 1163<sup>31</sup>, 1193, 1195–1197, 1260<sup>9</sup>, 1462, 1488f., 1520, 1522f., 1690–1692, 1745, 1803, 1809–1811
- Höynck, Wilhelm** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf; 1978–1983 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika“ im Bundeskanzleramt S. 12<sup>11</sup>
- Hu Benyao** Gesandter an der Botschaft der Volksrepublik China in Bonn S. 1752
- Hua Guofeng** 1976–1980 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 798<sup>18</sup>
- Huber, Hermann** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 10 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts; 1980–1984 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 128<sup>5+6</sup>, 337<sup>15</sup>
- Hughes, Philip G.** Mitarbeiter des amerikanischen Vizepräsidenten (Deputy Assistant to the Vice President for National Security Affairs) bis September 1985, anschließend Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat (Director for Latin American Affairs) S. 390
- Huntzinger, Jacques** Sekretär für internationale Beziehungen der französischen Parti Socialiste S. 896–898, 1063, 1066
- Hupka, Herbert** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien–Nieder- und Oberschlesien e. V. S. 99f., 140
- Husák, Gustáv** Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 51, 58, 373, 620, 1784, 1818, 1833
- Husák, Vera** Ehefrau von Gustáv Husák S. 617
- Hüsch, Heinz Günther** Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU), Beauftragter des Bundesministeriums des Innern für die Aussiedlung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus Rumänien S. 205<sup>1</sup>, 207f., 400f., 403, 1098, 1100
- Hussein ibn Talal al-Haschemi** König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 56, 241–243, 245, 268, 270f., 298f., 386, 388<sup>8</sup>, 418, 869f., 1146, 1186<sup>12</sup>, 1187, 1189f., 1218–1220, 1227, 1235, 1287, 1305–1307, 1447<sup>12</sup>, 1451f., 1472–1475, 1695
- Hüttel, Rolf** Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 57<sup>27</sup>, 1121, 1134f., 1137
- Hutton, Paul C.** Oberst der amerikanischen Streitkräfte und Kommandeur der „10th Special Forces Group (Airborne)“ in Bad Tölz S. 19
- Ibrahimi, Ahmed Taleb** Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien **Dok. 248, 249, 250**

- Idris as-Senussi** 1951–1969 König des Vereinigten Libyschen Königreichs bzw. seit 1963 des Libyschen Königreichs S. 1281<sup>6</sup>
- Iglesias García, Enrique Valentín** Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik bis 28. Februar 1985, anschließend Außenminister der Republik Östlich des Uruguay (Canciller de la República) S. 349–352, 534, 862<sup>5</sup>, 1372
- Ikél, Fred Charles** Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) S. 682<sup>3</sup>, 693<sup>16</sup>, 695<sup>22</sup>, 1353<sup>4</sup>
- Imberesh, Elmahdi M.** Sekretär des Volkskomitees (Botschafter) im Volksbüro (Botschaft) der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn S. 894, 895<sup>8</sup>
- Imbert, José Augusto Vega** Außenminister der Dominikanischen Republik S. 534
- Incer Moraga, Heberto** Botschafter der Republik Nicaragua in Bonn S. 726, 727<sup>9</sup>
- Iqbal, Sir Muhammad** \* 1877 † 1938 S. 1285
- İşcen, Oktay** Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 179, 1004
- Ischinger, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 11. Februar 1985 Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts, seit 26. August 1985 Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen und seit 2. November 1985 Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ **Dok. 100** und S. 3<sup>1</sup>, 6<sup>14</sup>, 41<sup>1</sup>, 50<sup>1</sup>, 111<sup>1+5</sup>, 114<sup>15</sup>, 115, 122<sup>1</sup>, 177<sup>1</sup>, 227<sup>1</sup>, 251<sup>1</sup>, 256<sup>14</sup>, 283<sup>1</sup>, 300<sup>1</sup>, 450<sup>1</sup>, 451, 452<sup>10+11</sup>, 453<sup>15</sup>, 454<sup>18+21</sup>, 457<sup>27</sup>, 460<sup>9</sup>, 462<sup>12</sup>, 463<sup>1</sup>, 536<sup>1</sup>, 549<sup>7</sup>, 556<sup>1</sup>, 558<sup>1</sup>, 615<sup>1</sup>, 617<sup>1</sup>, 853<sup>1+2</sup>, 857<sup>16</sup>, 858<sup>21</sup>, 879<sup>1</sup>, 895<sup>1</sup>, 905<sup>1</sup>, 917<sup>1</sup>, 954<sup>1</sup>, 995<sup>1</sup>, 1027<sup>17</sup>, 1060<sup>1</sup>, 1066<sup>16</sup>, 1174<sup>1+7</sup>, 1276, 1284<sup>1</sup>, 1290<sup>1</sup>, 1410, 1439<sup>3</sup>, 1445, 1752<sup>1</sup>, 1762<sup>1</sup>, 1858<sup>1</sup>, 1863<sup>17</sup>, 1882<sup>1</sup>, 1885<sup>1</sup>
- Israel, Jurij Antonowitsch** Vorsitzender des sowjetischen Staatlichen Komitees für Hydrometeorologie und Kontrolle der Umwelt S. 1749
- Jaber al-Ahmad al-Jaber al Sabah** Emir des Staats Kuwait S. 1186
- Jabłoński, Henryk** Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen bis 6. November 1985 S. 628, 1091<sup>33</sup>, 1321<sup>19</sup>
- Jackson, Henry M.** 1953–1983 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Washington (Democratic Party) S. 1494
- Jaeger, Richard** Bundesminister a. D. und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sowie Delegationsleiter auf der Tagung der VN-Menschenrechtskommission in Genf S. 175, 176<sup>14</sup>
- Jäger, Claus** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1645, 1650
- Jaenicke, Joachim** 1969–1975 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 114<sup>12</sup>
- de Jager, Cornelis** niederländischer General und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 1678, 1724<sup>3</sup>
- Jansen, Michael** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts sowie Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen bis 25. August 1985, anschließend Leiter des Referats **Dok. 69, 71, 251, 259, 261, 273, 288** und S. 50<sup>1</sup>, 103, 291<sup>1</sup>, 300<sup>1</sup>, 357, 414<sup>1</sup>, 556<sup>1</sup>, 617<sup>1</sup>, 619<sup>20</sup>, 650<sup>1</sup>, 924<sup>1</sup>, 1024<sup>1+6</sup>, 1026<sup>13</sup>, 1044<sup>1</sup>, 1086, 1092, 1122<sup>1</sup>, 1151<sup>1</sup>, 1174<sup>1</sup>, 1177<sup>1</sup>, 1178<sup>1</sup>, 1208<sup>1</sup>, 1262<sup>3</sup>, 1322, 1336<sup>1</sup>, 1337<sup>7</sup>, 1338<sup>10</sup>, 1379<sup>1</sup>, 1402<sup>1</sup>, 1432<sup>2</sup>, 1445<sup>1</sup>, 1537<sup>1</sup>, 1553<sup>1</sup>, 1574<sup>1</sup>, 1589<sup>1</sup>, 1597<sup>1</sup>, 1617<sup>1</sup>, 1733<sup>3</sup>, 1778<sup>1</sup>, 1783<sup>26</sup>, 1784<sup>31</sup>, 1814<sup>1</sup>, 1821<sup>1</sup>, 1837<sup>2</sup>, 1851, 1858<sup>1</sup>, 1882<sup>1</sup>
- Jaruzelski, Wojciech** General, Erster Sekretär des ZK der PVAP und bis 6. November 1985 Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, anschließend Vorsitzender des Staatsrats **Dok. 56, 160, 257** und S. 52–54, 92, 136–138, 140 f., 291<sup>2</sup>, 322<sup>6+9</sup>, 373, 391, 628–630, 760, 843<sup>3</sup>, 849 f., 970<sup>3</sup>, 1089 f., 1146<sup>4+5</sup>, 1148, 1164, 1178, 1590 f., 1646, 1650, 1685–1687, 1732, 1780–1783, 1791, 1823, 1832–1834
- Javorsky, Jaroslav** S. 620
- Jawara, Sir Dawda Kairaba** Präsident der Republik Gambia und Vorsitzender

- des Friedenausschusses der Islamischen Konferenz S. 349<sup>17</sup>
- Jayewardene, Hector Wilfred** Bruder von Junius Richard Jayewardene S. 1018<sup>10</sup>
- Jayewardene, Junius Richard** Präsident der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka S. 193<sup>4</sup>, 194, 196, 1018<sup>10</sup>
- Jędrzychowski, Stefan** 1968–1971 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 1091f.
- Jefremow, Michail Timofejewitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Wien S. 616
- Jelisarjew, Gennadij Iwanowitsch** Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 99<sup>9</sup>
- Jelonek, Alois** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts bis 7. Juli 1985, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 **Dok. 102, 338** und S. 88<sup>25</sup>, 142<sup>1</sup>, 506<sup>1</sup>, 578, 581f., 719, 790<sup>1</sup>, 794<sup>24</sup>, 917<sup>1</sup>, 918<sup>6</sup>, 943<sup>20</sup>, 988<sup>25</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1041<sup>11</sup>, 1149<sup>1</sup>, 1158<sup>10</sup>, 1201, 1244<sup>4</sup>, 1309<sup>34</sup>, 1340<sup>13</sup>, 1343<sup>21</sup>, 1379<sup>1</sup>, 1423<sup>3</sup>, 1467<sup>1</sup>, 1521<sup>25</sup>, 1523<sup>37</sup>, 1524<sup>40</sup>, 1618<sup>4</sup>, 1651, 1696<sup>1</sup>, 1777<sup>5</sup>
- Jenkins, Michael** Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State, Europe), seit Oktober 1985 Gesandter an der britischen Botschaft in Washington S. 1201f., 1204, 1206
- Jenninger, Ina** Ehefrau von Philipp Jenninger S. 1563
- Jenninger, Philipp** Mitglied und Präsident des Deutschen Bundestages (CDU); 1982–1984 Staatsminister im Bundeskanzleramt **Dok. 302** und S. 759<sup>20</sup>, 845<sup>20</sup>, 1098, 1193, 1448<sup>2</sup>, 1455<sup>24</sup>, 1568f., 1748, 1751, 1845f., 1848
- Jesser, Walter** 1978–1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 1282<sup>14</sup>
- Jestaedt, Rudolf** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 1618<sup>5</sup>
- Johanes, Jaromír** tschechoslowakischer Stellvertretender Außenminister S. 1188, 1837<sup>3</sup>
- Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła)** Papst S. 54, 138, 295<sup>17</sup>, 1008, 1780f., 1783, 1791, 1833
- Johnson, Lyndon Baines** 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 673<sup>6</sup>, 1828
- Johnston, John Bennett, Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Louisiana (Democratic Party) S. 639
- Jopling, Michael** britischer Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung S. 775<sup>32</sup>
- Jospin, Lionel** Erster Sekretär der französischen Parti Socialiste S. 901<sup>21</sup>
- Joubanc, Luciano** Gesandter an der mexikanischen Botschaft in Bonn S. 861
- Jovanović, Vladislav** Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, seit 13. November 1985 Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Ankara S. 668f.
- Joxe, Pierre** französischer Innenminister S. 165f.
- Juan Carlos** König des Königreichs Spanien S. 1074, 1369, 1380
- Jumblat, Walid** Vorsitzender der libanesischen Sozialistischen Fortschrittspartei S. 1230<sup>18</sup>, 1293
- Juncker, Jean-Claude** luxemburgischer Minister für Arbeit und stellvertretender Finanzminister mit Zuständigkeit für den Haushalt S. 942<sup>16</sup>
- Jung, Ernst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest **Dok. 206** und S. 344<sup>27</sup>, 818<sup>24</sup>, 879
- Kádár, János** Erster Sekretär bzw. seit 28. März 1985 Generalsekretär des ZK der USAP; 1956–1958 und 1961–1968 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik **Dok. 168** und S. 58, 67, 161, 1393, 1702, 1706f., 1782–1784, 1817–1819, 1832

- Kadnár, Milan** Abteilungsleiter im tschechoslowakischen Außenministerium S. 619, 1181
- Kaestner, Uwe** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt **Dok. 228, 229, 230, 231** und S. 53<sup>12</sup>, 114, 140<sup>17</sup>, 205<sup>1</sup>, 309<sup>15</sup>, 325<sup>4</sup>, 402<sup>12</sup>, 530<sup>11</sup>, 629<sup>12</sup>, 669, 752<sup>1</sup>, 841<sup>1</sup>, 848<sup>1</sup>, 849<sup>5</sup>, 879, 880<sup>14</sup>, 886<sup>26</sup>, 1086<sup>1</sup>, 1093<sup>41</sup>, 1097<sup>1+6</sup>, 1098<sup>9</sup>, 1145<sup>1</sup>, 1146<sup>6</sup>, 1147<sup>9</sup>, 1165<sup>1</sup>, 1295<sup>1+7</sup>, 1645<sup>1</sup>, 1646<sup>13</sup>, 1703<sup>8</sup>, 1730<sup>1</sup>, 1731<sup>7</sup>, 1788<sup>1</sup>, 1790<sup>7</sup>, 1792<sup>16</sup>, 1794<sup>20</sup>
- Kahane, Meir David** Rabbiner und Mitglied des israelischen Parlaments (Kach) S. 1475
- Kaiser, Karl** Professor für Politische Wissenschaften an der Universität zu Köln und Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn S. 140<sup>17</sup>
- Kalb, Bernard** Pressesprecher des amerikanischen Außenministeriums (Assistant Secretary of State for Public Affairs seit 5. Januar 1985) S. 604
- Kalemli, Mustafa** türkischer Minister für Arbeit und soziale Sicherheit S. 898, 990<sup>29</sup>
- Kalha, Heikki** Botschafter der Republik Finnland in Bonn bis 16. Juni 1985 S. 48<sup>19</sup>
- Kaltenbach, Dorothee** Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amtes S. 25, 578
- Kampelman, Max M.** Leiter der amerikanischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf und Verhandlungsführer für Verteidigungs- und Weltraumwaffen im Rang eines Botschafters seit 18. Januar 1985; 1980–1983 Leiter der amerikanischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid **Dok. 86** und S. 98, 253, 332, 380<sup>22</sup>, 521–523, 537<sup>10</sup>, 540, 782<sup>31</sup>, 1048 f., 1087, 1108, 1350–1352, 1465, 1486
- Kamper, Eberhard** Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 661<sup>24</sup>
- Kamtekar, Dileep** Botschafter der Republik Indien in Bonn S. 744<sup>15</sup>
- Kant, Immanuel** \*1724 †1804 S. 101
- Kapiza, Michail Stepanowitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister **Dok. 208** und S. 606, 641, 947<sup>8</sup>, 958
- Karamanlis, Konstantinos** Präsident der Hellenischen Republik bis zu seinem Rücktritt am 10. März 1985; 1955–1963 und 1974–1980 Ministerpräsident S. 421<sup>20</sup>, 477<sup>13</sup>, 487
- Karcz, Zbigniew** Abteilungsleiter im polnischen Finanzministerium und Leiter der polnischen Delegation bei den Verhandlungen mit dem Pariser Club der Gläubigerstaaten S. 310<sup>17+18</sup>
- Karkow, Bodo** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amtes, seit 17. Oktober 1985 stellvertretender Leiter des German Information Center (GIC) in New York S. 884<sup>24</sup>
- Karmal, Babrak** Präsident des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan S. 134<sup>15</sup>
- Karpow, Wiktor Pawlowitsch** Botschafter für besondere Aufgaben im sowjetischen Außenministerium und Leiter der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf und Verhandlungsführer für Strategische Nuklearwaffen; 1982–1983 Leiter der sowjetischen Delegation bei den START-Verhandlungen in Genf S. 36, 434, 450, 454, 537, 1360, 1507<sup>8+9</sup>, 1529<sup>23</sup>, 1556, 1573
- Kashoggi, Adnan Mohammed** saudi-arabischer Unternehmer S. 1219, 1696
- al-Kassem Abdel Rauf** Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien S. 1473<sup>10</sup>
- al-Kassem, Marwan** 1980–1984 Außenminister des Haschemitischen Königreichs von Jordanien S. 244
- Kastl, Hansjörg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 54, 67, 68, 76, 131, 244, 246, 306, 334, 352, 353, 354** und S. 45<sup>3</sup>, 97<sup>3</sup>, 102<sup>20</sup>,

- 266<sup>29</sup>, 354<sup>14</sup>, 369<sup>19+21</sup>, 390<sup>9</sup>, 505<sup>10</sup>, 592<sup>4</sup>, 593, 595<sup>19</sup>, 596<sup>21</sup>, 597<sup>26</sup>, 646<sup>20</sup>, 650<sup>23</sup>, 780<sup>21</sup>, 908<sup>15</sup>, 910<sup>17</sup>, 945<sup>3</sup>, 947<sup>8</sup>, 948<sup>12</sup>, 949<sup>15</sup>, 972<sup>4</sup>, 1049<sup>7</sup>, 1077<sup>5</sup>, 1078<sup>8</sup>, 1112, 1312<sup>15</sup>, 1361<sup>13</sup>, 1709<sup>17+18</sup>, 1714
- Kastrup, Dieter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt, seit 4. November 1985 Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ **Dok. 75, 218** und S. 38<sup>1</sup>, 339<sup>1</sup>, 341<sup>13</sup>, 342<sup>21</sup>, 504<sup>1+4</sup>, 769<sup>1</sup>, 770<sup>1</sup>, 771<sup>12</sup>, 772<sup>15</sup>, 930<sup>1</sup>, 1101<sup>1</sup>, 1376<sup>1</sup>, 1800<sup>26</sup>, 1801<sup>27</sup>
- Katapodis, Nikolaos** Abteilungsleiter im griechischen Außenministerium, seit 12. Februar 1985 Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn S. 473<sup>2</sup>, 475, 1851
- Kaufmann-Bühler, Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ des Auswärtigen Amts, seit 8. August 1985 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 665<sup>31</sup>
- Kaunda, Kenneth David** Präsident der Republik Sambia **Dok. 117**
- Kausch, Joachim** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Brasilien, Bolivien, Chile, Ecuador, Paraguay, Peru, Uruguay“ des Auswärtigen Amts S. 1266<sup>1</sup>
- el-Kawasmeh, Fahd** Mitglied des Exekutivkomitees der Palestine Liberation Organisation (PLO) bis zu seiner Ermordung am 29. Dezember 1984 S. 245
- Keil, Franz** Ministerialdirigent und Beauftragter für Asienpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland; 1977–1980 Botschaftsrat I. Klasse (seit 1979 Gesandter) und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking; 1980–1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ **Dok. 187** und S. 153<sup>1</sup>, 208<sup>14</sup>, 331<sup>22</sup>, 795<sup>1</sup>, 798<sup>14</sup>, 812<sup>1</sup>, 954<sup>3</sup>, 976<sup>23</sup>, 1149<sup>1+2</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1613<sup>1</sup>, 1752
- Keilholz, Karl** Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der DDR bis zu seinem Tod im Januar 1985 S. 349<sup>13</sup>
- Kellogg, Frank Billings** 1925–1929 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 132
- Kelly, John H.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for European and Canadian Affairs) S. 889
- Kennedy, Edward Moore („Ted“)** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Massachusetts (Democratic Party) S. 456, 624<sup>13</sup>, 1496 f.
- Kennedy, John Fitzgerald** 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 384<sup>10</sup>, 557, 659, 673<sup>6</sup>, 946, 1088, 1530, 1665
- Kernig, Claus Dieter** Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier S. 1740
- Keyworth, George Albert II** Berater des amerikanischen Präsidenten in Fragen der Naturwissenschaften (Science Adviser to the President) und Leiter des Office of Science and Technology Policy S. 427
- Khaddam, Abdel Halim** Vizepräsident der Arabischen Republik Syrien; 1970–1984 Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident S. 1187, 1230<sup>17</sup>
- Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud** 1975–1982 König des Königreichs Saudi-Arabien S. 689
- Khamenei, Ali** Präsident der Islamischen Republik Iran S. 1285
- Khan, Munir Ahmad** Vorsitzender der Pakistanischen Atomenergiekommission **Dok. 268**
- Khieu Samphan** Vizepräsident und Außenminister der kambodschanischen Exilregierung, seit September 1985 Führer der „Roten Khmer“ S. 729<sup>4</sup>



- Khomeini, Ahmad** Stabschef und Sohn des geistlichen und weltlichen Oberhauptes der Islamischen Republik Iran S. 1285
- Khomeini, Ruhollah** Ayatollah, geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 272, 349, 389, 485, 978, 1188, 1268, 1285, 1451, 1614, 1771<sup>24</sup>
- Kiechle, Ignaz** Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 425<sup>37</sup>, 523<sup>4</sup>, 526, 582, 875
- Kienast, Jan** polnischer Stellvertreter der Außenminister S. 1086
- Kiep, Walther Leisler** Bundesschatzmeister der CDU S. 939, 1455<sup>24</sup>
- Kiesinger, Kurt Georg** 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und 1967–1971 Vorsitzender der CDU S. 1828
- Kiewitt, Peter** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 701 „Fremde Missionen und Konsulate (einschließlich Veranstaltungen für das Diplomatische Korps), Zeremoniell, Orden“ im Auswärtigen Amt S. 953<sup>8</sup>
- Kim Dae-jung** Fraktionsvorsitzender der New Korea Democratic Party S. 1003<sup>45</sup>
- Kim Il-sung** Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) S. 998
- Kim Sou-hwan, Stephen** Kardinal und Erzbischof von Seoul S. 1003
- Kimche, David** Generaldirektor im israelischen Außenministerium S. 1219
- Kingsbury-Smith, Joseph** amerikanischer Journalist S. 618<sup>8</sup>
- Kinkel, Klaus** Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz S. 834<sup>14</sup>
- Kinnock, Neil** Vorsitzender der britischen Labour Party und Oppositionsführer im Unterhaus **Dok. 314** und S. 1266
- Kirchschläger, Rudolf** Bundespräsident der Republik Österreich **Dok. 121**
- Kirkpatrick, Jeane Jordan** Leiterin der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York im Rang einer Botschafterin bis April 1985, anschließend Professorin für Politikwissenschaft an der Georgetown University in Washington D.C. S. 503<sup>9</sup>, 1055
- Kissinger, Henry Alfred** Vorsitzender des Aufsichtsrats (Chairman of the Board) des Beratungsunternehmens Kissinger Associates Inc. in New York; 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 384, 1186f., 1189, 1228, 1235
- Kittel, Walter** Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 76<sup>21</sup>, 104<sup>8</sup>, 1636<sup>13</sup>
- Kittlitz, Arne Freiherr von** Legationsrat I. Klasse in der Arbeitseinheit 201-9 „Militärpolitik außerhalb der NATO, Rüstung, WEU (sicherheitspolitische Aspekte)“ bzw. seit 13. März 1985 im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU)“ des Auswärtigen Amtes S. 71, 911+13+14, 1038<sup>1</sup>, 1046<sup>10</sup>, 1691<sup>18</sup>, 1844<sup>13</sup>, 1863<sup>18</sup>
- Klaiber, Klaus-Peter** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Euro-parat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amtes, seit 24. Juni 1985 im Referat 010 „Ministerbüro“, seit 26. August 1985 Vertreter des Referatsleiters sowie seit 2. Oktober 1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 506<sup>1</sup>, 924<sup>1</sup>, 1122<sup>1</sup>, 1151<sup>3</sup>, 1156, 1174<sup>1</sup>, 1266<sup>1</sup>, 1290<sup>1</sup>, 1670<sup>1</sup>, 1752<sup>1</sup>, 1821<sup>1</sup>, 1878, 1880<sup>12</sup>
- Klein, Hans** Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion S. 838<sup>17</sup>
- Klein, Lothar** Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 1839<sup>10</sup>
- Kleiner, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats

- 103 „Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst, Arbeiter“ des Auswärtigen Amts, seit 12. Februar 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 995<sup>5</sup>, 996<sup>9</sup>, 997<sup>16+17</sup>, 998<sup>23</sup>, 1003<sup>44+45</sup>
- Kleinert, Matthias** Staatssekretär im Staatsministerium von Baden-Württemberg und Sprecher der Landesregierung S. 841, 850
- Klepsch, Egon** Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der EVP-Fraktion S. 1654
- Klinghoffer, Leon** S. 1446<sup>10</sup>
- Klitzing, Klaus von** Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung in Stuttgart S. 1484
- Klosson, Thomas** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director for European Security and Political Affairs) S. 1201
- Knackstedt, Günter** Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat in Straßburg im Rang eines Botschafters; 1979–1984 Botschafter in Luxemburg S. 525<sup>9</sup>, 1633<sup>4</sup>
- Knopp, Werner** Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz S. 343<sup>24</sup>
- Köckritz, Sieghardt von** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge, Kriegsgeschädigten; Kulturelle Angelegenheiten“ im Bundesministerium des Innern S. 1070f.
- Koebel, Gregor** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Maputo, seit 17. August 1985 Persönlicher Referent des Staatsministers Möllemann S. 748<sup>1</sup>
- Kohl, Cäcilie (geb. Schnur)** Mutter von Helmut Kohl S. 753
- Kohl, Hannelore** Ehefrau von Helmut Kohl S. 260<sup>8</sup>, 753, 813, 1379, 1416<sup>10</sup>
- Kohl, Hans** Vater von Helmut Kohl S. 1831
- Kohl, Helmut** Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzender der CDU; 1969–1976 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, 1976–1982 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion **Dok. 7, 13, 28, 29, 47, 61, 63, 67, 68, 70, 79, 85, 92, 93, 108, 111, 129, 132, 137, 145, 147, 152, 154, 169, 175, 185, 188, 190, 204, 235, 246, 247, 252, 265, 267, 269, 274, 275, 277, 280, 282, 284, 287, 290, 291, 294, 296, 298, 300, 307, 311, 313, 314, 316, 321, 323, 325, 326, 347** und S. 23, 32, 36, 46, 47<sup>11</sup>, 49, 97, 100f., 110<sup>25</sup>, 139f., 175f., 178, 184, 186, 205<sup>1</sup>, 213, 215, 222, 229, 255, 274, 288, 290, 292f., 297, 298<sup>33</sup>, 308, 312, 316, 324, 326, 333, 339, 341, 345<sup>31</sup>, 357<sup>1</sup>, 359, 361, 367<sup>10</sup>, 368, 370f., 392<sup>18</sup>, 400, 403–407, 416, 429<sup>5</sup>, 430, 440, 446f., 460, 470<sup>3</sup>, 472<sup>25</sup>, 496, 501–503, 515, 526, 535<sup>12</sup>, 552, 557<sup>11</sup>, 560<sup>22</sup>, 561, 568, 570, 575, 581, 585–587, 589–591, 593<sup>9</sup>, 595<sup>16</sup>, 597<sup>24</sup>, 602, 621<sup>3+5</sup>, 624f., 629, 631, 668, 670, 674, 695, 697, 700, 702<sup>30</sup>, 703f., 722, 727, 741, 742<sup>10</sup>, 791<sup>7</sup>, 793<sup>21</sup>, 829, 840–843, 845, 847f., 850, 864, 874f., 877, 882–884, 887, 889f., 911f., 930–933, 935, 936<sup>26</sup>, 944, 978<sup>40</sup>, 979, 993<sup>17</sup>, 1038<sup>5</sup>, 1041f., 1044, 1046<sup>11</sup>, 1047<sup>13</sup>, 1070f., 1080, 1082–1084, 1091<sup>33</sup>, 1097, 1099, 1102, 1150<sup>4</sup>, 1151<sup>6</sup>, 1159–1161, 1163, 1184, 1194, 1238<sup>3</sup>, 1239f., 1305<sup>20</sup>, 1310, 1313<sup>16</sup>, 1315, 1319, 1321<sup>19</sup>, 1323<sup>10</sup>, 1330<sup>16</sup>, 1334<sup>36</sup>, 1336, 1338, 1346, 1354, 1404<sup>13</sup>, 1433<sup>8</sup>, 1440, 1481f., 1484, 1485<sup>5</sup>, 1487<sup>15</sup>, 1488, 1518<sup>10</sup>, 1541, 1558, 1563, 1567f., 1572, 1578, 1582<sup>27</sup>, 1584f., 1598, 1599<sup>9</sup>, 1616<sup>10</sup>, 1646, 1660f., 1674, 1708f., 1711, 1720<sup>17</sup>, 1721<sup>19</sup>, 1725<sup>9</sup>, 1734, 1744, 1749, 1756, 1765–1767, 1769<sup>18+19</sup>, 1771, 1774, 1780f., 1798, 1837<sup>3</sup>, 1842, 1846, 1849f., 1870f., 1873f., 1876f., 1886
- Kohl, Michael** 1965–1973 Staatssekretär beim Ministerrat der DDR und 1968–1973 Stellvertretender Außenminister S. 599<sup>32</sup>
- Kohl, Peter** Sohn von Helmut Kohl S. 1394
- Kohl, Walter** Bruder von Helmut Kohl S. 753
- Kohl, Walter** Sohn von Helmut Kohl S. 753, 1394
- Kolbe, Maximilian Maria** Priester und Publizist, 1941 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet S. 1796
- Kollek, Teddy** Bürgermeister von Jerusalem S. 1723

- Komplektow, Wiktor Georgijewitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 1112, 1357, 1525, 1531
- König, Johanna** Legationsrätin I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 14. Oktober 1985 im Referat 232 „VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen“ des Auswärtigen Amts S. 1668<sup>9</sup>
- Kordus, Siegfried** Kriminaloberrat im Bundeskriminalamt S. 951, 953
- Kornblum, John Christian** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director for Central European Affairs) S. 556
- Kornijenko, Georgij Markowitsch** sowjetischer Erster Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der KPdSU S. 36, 300, 302, 505<sup>10</sup>, 770<sup>8</sup>, 908, 948, 1177, 1263–1265, 1302, 1315, 1317, 1325, 1329, 1357, 1687, 1812, 1869<sup>2</sup>
- Kornilow, Jurij Emmanuilowitsch** politischer Beobachter bei der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS S. 1167
- Kosol Sindhvananda** Botschafter des Königreichs Thailand in Bonn S. 956
- Kössler, Arnim** Legationsrat I. Klasse im Referat 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen, Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ des Auswärtigen Amts, seit 17. Juli 1985 zunächst abgeordnet nach Genf zur Teilnahme der Dritten Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags, anschließend zur Abrüstungskonferenz (CD) in Genf, seit 14. November 1985 im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ des Auswärtigen Amts S. 1402<sup>1</sup>
- Kossygin, Alexej Nikolajewitsch** 1960–1980 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und 1964–1980 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1326, 1498, 1641
- Kostić, Ante** S. 112
- Kothny, Erik** Major der Bundeswehr und Journalist S. 1167, 1169
- Kotsolakis, Jannis** Generalleutnant der griechischen Streitkräfte und 1981–1984 Leiter des NATO Defence College in Rom S. 182
- Kouris, Nikolaos** Generalleutnant und Chef des griechischen Generalstabs der Nationalen Verteidigung S. 180
- Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 102<sup>20</sup>
- Krabatsch, Ernst** Leiter der Hauptabteilung Grundsatzfragen und Planung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Abrüstungsbeauftragter der DDR im Rang eines Botschafters S. 203, 1104<sup>18</sup>
- Kraft, Gerald** Präsident von B'nai B'rith International **Dok. 282**
- Kraljević, Luka** S. 113
- Kramár, Ivan** Gesandter-Botschaftsrat an der Botschaft der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bonn S. 1837<sup>5</sup>
- Krebs, Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 601 „Goethe-Institut, deutsch-ausländische Kulturgesellschaften“ des Auswärtigen Amts S. 1515<sup>12</sup>
- Kreisky, Bruno** 1970–1983 Bundeskanzler der Republik Österreich S. 156<sup>32</sup>, 615, 646, 1279<sup>19</sup>, 1781
- Kreusel, Dietmar** Vortragender Legationsrat im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts, seit 3. Juni 1985 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 700 „Staatsbesuche, Veranstaltungen (außer Diplomatisches Korps)“; 1978–1981 Legationsrat bzw. seit 4. November 1980 Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 1339<sup>11</sup>
- Król, Marcin** Journalist der polnischen Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ S. 1731<sup>7</sup>

- Kroneck, Friedrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Ausländerpolitik; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ im Auswärtigen Amt, seit 27. Dezember 1985 Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Amsterdam S. 401<sup>9</sup>, 1788<sup>24</sup>
- Krüger, Peter** Professor für Neuere Geschichte an der Universität Marburg S. 96<sup>16</sup>
- Kruse, Hans-Stefan** Vortragender Legationsrat und stellvertretender Leiter des Referats 301 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge“ im Auswärtigen Amt S. 732<sup>7</sup>
- Krutschina, Nikolaj Jefimowitsch** Mitglied und Geschäftsführer des ZK der KPdSU S. 409
- Kucz, Ernest** polnischer Stellvertreter der Außenminister S. 137, 841, 850, 1086, 1091<sup>33</sup>, 1297, 1686, 1794<sup>21</sup>
- Kudlich, Christian** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt“ im Auswärtigen Amt S. 419<sup>11+13</sup>, 420<sup>14</sup>, 506<sup>1</sup>, 876<sup>13</sup>, 941<sup>1</sup>, 1379<sup>1</sup>, 1389<sup>1</sup>, 1516<sup>1</sup>, 1568<sup>1</sup>, 1690<sup>8</sup>, 1696<sup>1</sup>
- Kuhna, Karl-Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt S. 372<sup>1</sup>, 373<sup>8</sup>, 1073<sup>1</sup>, 1362<sup>1</sup>, 1368<sup>20</sup>, 1369<sup>20</sup>, 1375<sup>44</sup>, 1851
- Kulikow, Wiktor Georgijewitsch** Marschall der Sowjetunion und Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts S. 595, 971
- Kullak-Ublick, Horst** Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 33, 142** und S. 357<sup>1</sup>, 726, 727<sup>9</sup>, 728<sup>19</sup>, 748<sup>1</sup>, 861, 1273<sup>27</sup>, 1372<sup>40</sup>
- Kum Jin-ho** südkoreanischer Minister für Handel und Industrie S. 997
- Kunihiro, Michihiko** Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 546
- Kunze, Gerhard** Senatsrat und Beauftragter für den Reise- und Besuchsverkehr des Senats von Berlin S. 1335<sup>40</sup>
- Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch** Dolmetscher im sowjetischen Außenministerium S. 641, 1112
- Kusnezow, Georg** Oberamtsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts S. 31, 71, 381, 941, 1301, 173<sup>3</sup>, 2461, 400<sup>3</sup>, 592<sup>1</sup>, 632<sup>1</sup>, 638<sup>3</sup>, 688<sup>2</sup>, 826<sup>1</sup>, 830<sup>1</sup>, 848<sup>1</sup>, 865<sup>1</sup>, 1038<sup>3</sup>, 1068<sup>1</sup>, 1084<sup>1</sup>, 1086<sup>1</sup>, 1151<sup>3</sup>, 1195<sup>3</sup>, 1221<sup>3</sup>, 1238<sup>3</sup>, 1244<sup>1</sup>, 1297<sup>3</sup>, 1397<sup>3</sup>, 1402<sup>3</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1423<sup>3</sup>, 1558<sup>1</sup>, 1626<sup>3</sup>, 1645<sup>1</sup>, 1707<sup>3</sup>, 1737<sup>3</sup>, 1765<sup>1</sup>, 1785<sup>2</sup>, 1841<sup>3</sup>, 1858<sup>3</sup>, 1885<sup>1</sup>
- Kusumaatmadja, Mochtar** Außenminister der Republik Indonesien S. 729<sup>3</sup>
- Kuzila** Mitarbeiter im polnischen Außenministerium S. 1086
- Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch** Botschafter für besondere Aufgaben im sowjetischen Außenministerium und seit März 1985 sowjetischer Verhandlungsführer für Verteidigungs- und Weltraumwaffen bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf; 1981–1983 Leiter der sowjetischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf S. 34<sup>11</sup>, 36, 98, 454f., 1049, 1087, 1112, 1352, 1360
- Kyaw, Dietrich von** Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1979–1984 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ im Auswärtigen Amt S. 110<sup>23</sup>, 393<sup>2</sup>
- Kyprianou, Spyros** Präsident der Republik Zypern S. 74<sup>10</sup>

- Lacaze, Jeannou** General und Generalstabschef der französischen Streitkräfte bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Juli 1985 S. 897
- Lafontaine, Oskar** Vorsitzender der SPD des Saarlands und Mitglied des Präsidiums der SPD, Oberbürgermeister von Saarbrücken, seit 9. April 1985 Ministerpräsident des Saarlands S. 1635f., 1685
- Lagadère, Jean-Luc** Präsident des französischen Konzerns Mécanique Aviation Traction (Matra) S. 1196
- Lagos Escobar, Ricardo Froilán** Vorsitzender der Sozialistischen Partei Chiles S. 739
- Lahn, Lothar** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom; 1978–1982 Botschafter in Madrid S. 749<sup>9</sup>, 1341<sup>15</sup>, 1498<sup>7</sup>
- Lahusen, Carl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria **Dok. 166** und S. 588<sup>15</sup>, 589<sup>20</sup>, 836<sup>8</sup>, 837<sup>10</sup>, 839<sup>21</sup>
- Lalumière, Catherine** Staatssekretärin im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État auprès du ministre des Relations extérieures, chargé des Affaires européennes) S. 284<sup>8</sup>, 1456, 1462
- Lambach, Frank** Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf, seit 11. April 1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und seit 3. Juli 1985 Leiter des Referats 331 „Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela“ im Auswärtigen Amt, seit 25. November 1985 Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ **Dok. 344** und S. 1266<sup>1</sup>
- Lambsdorff, Otto Graf** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP); 1977–1984 Bundesminister für Wirtschaft S. 79, 842<sup>5</sup>, 1323<sup>10</sup>, 1698
- Lamers, Karl** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 1822<sup>3</sup>, 1845
- Lang, Hartmut** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Generalkonsuls am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Boston S. 619<sup>22</sup>
- Lang, Jack** französischer Minister für Kultur S. 776
- Lange, David** Ministerpräsident von Neu-seeland S. 211<sup>28</sup>, 491<sup>4</sup>
- Langer, Bernhard** Golfspieler S. 1484
- Langmann, Hans Joachim** Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie S. 1616<sup>11</sup>
- Lankes, Johann Christian** 1982–1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 1420<sup>8</sup>
- Lassou, Gouara** Außenminister der Republik Tschad S. 681<sup>16</sup>
- Lathière, Bernard** Mitbegründer und 1975–1984 Vorstandsvorsitzender des europäischen Flugzeugherstellers Airbus Industrie S. 167
- Läufer, Thomas** Legationsrat I. Klasse im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ des Auswärtigen Amts, seit 7. August 1985 im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT“ S. 506<sup>1</sup>
- Lauk, Werner** Legationsrat I. Klasse im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 1320<sup>12</sup>
- Lautenschlager, Hans Werner** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 174, 681<sup>16</sup>, 1278<sup>15</sup>, 1344
- Lawson, Nigel** britischer Schatzkanzler (Chancellor of the Exchequer) S. 1334
- Lawson, Richard Laverne** General und stellvertretender Oberbefehlshaber der

- amerikanischen Streitkräfte in Europa (United States European Command) S. 1298
- Lê Duan** Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams S. 957
- Le Pen, Jean-Marie** Vorsitzender der französischen Partei Front National S. 1567
- Ledeen, Michael Arthur** Mitarbeiter (Senior Fellow) des Center for Strategic and International Studies in Washington S. 392
- Ledig, Ortrud** Angestellte im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts S. 404<sup>1</sup>
- Ledsky, Nelson C.** amerikanischer Gesandter bei der Alliierten Kommandantur in Berlin S. 1130
- Lee Min-woo** Vorsitzender der New Korea Democratic Party S. 1003
- Lee Won-kyung** Außenminister der Republik Korea (Südkorea) **Dok. 187**
- Lehlbach, Julius** Vorsitzender des DGB-Landesverbands Rheinland-Pfalz S. 637<sup>12</sup>
- Lehman, Joseph D.** Mitarbeiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA (Director, Office of Public Affairs) und stellvertretender Leiter der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) in Genf S. 782<sup>31</sup>
- Lehman, Ronald F. II.** Mitarbeiter im amerikanischen Präsidialamt (Special Assistant to the President for National Security Affairs) S. 683
- Lehnhardt, Annelie** Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 726, 1266, 1363, 1379
- Leister, Klaus Dieter** Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen S. 1258
- Lellouche, Pierre** Mitbegründer und Leiter des Institut français des relations internationales (IFRI) in Paris S. 1061
- Lengl, Siegfried** Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 812, 984<sup>17</sup>
- Lenin, Wladimir Iljitsch** 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. seit 1922 der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 334, 1144, 1267, 1453
- Leszczycki, Stanisław** 1946–1950 polnischer Stellvertretender Außenminister S. 317<sup>39</sup>
- Leuckart von Weißdorf, Traugott Freiherr von** Regierungsdirektor im Referat 213 „Weltweite internationale Organisationen; bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ des Bundeskanzleramts S. 1418<sup>1</sup>
- Levy, Moshe** Generalleutnant und Generalstabschef der israelischen Streitkräfte **Dok. 254**
- Lewalter, Karl Walter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ im Auswärtigen Amt; 1979–1984 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid **Dok. 40** und S. 10<sup>1</sup>, 14<sup>1+2</sup>, 17<sup>13</sup>, 17<sup>15–17</sup>, 18<sup>1</sup>, 33<sup>9</sup>, 122<sup>1</sup>, 177<sup>1</sup>, 227<sup>1</sup>, 251<sup>1</sup>, 275<sup>2</sup>, 396<sup>1</sup>, 432<sup>1</sup>, 583<sup>1</sup>, 638<sup>3</sup>, 640<sup>17</sup>, 692<sup>1</sup>, 733<sup>1</sup>, 749<sup>9</sup>, 819<sup>1</sup>, 833<sup>1</sup>, 853<sup>5</sup>, 874<sup>1</sup>, 1044<sup>1</sup>, 1060<sup>1</sup>, 1073<sup>1</sup>, 1075<sup>7</sup>, 1084<sup>1</sup>, 1134<sup>1</sup>, 1195<sup>3</sup>, 1221<sup>1</sup>, 1241<sup>1</sup>, 1297<sup>1</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1432<sup>2</sup>, 1503<sup>2+3</sup>, 1563<sup>1</sup>, 1574<sup>1</sup>, 1841<sup>1+3</sup>, 1846<sup>21</sup>, 1858<sup>1</sup>
- Lho Shin-yong** Leiter des südkoreanischen Amtes für Nationale Sicherheitsplanung, seit 18. Februar 1985 Ministerpräsident der Republik Korea (Südkorea) **Dok. 187**
- Li Peng** Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des ZK bzw. seit 24. September 1985 des Politbüros der KPCh S. 796<sup>1</sup>, 818, 1541<sup>17</sup>, 1755<sup>10+11</sup>
- Libal, Michael** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 93<sup>18</sup>, 334<sup>1</sup>, 541<sup>1</sup>, 671<sup>1</sup>, 909<sup>16</sup>, 1733<sup>1+3</sup>
- Liberman, Jewsej Gregorjewitsch** 1930–1941 und 1947–1962 Professor am Ingenieurökonomischen Institut der Universität Charkow S. 1641
- Ligatschow, Jegor Kusmitsch** Mitglied des ZK der KPdSU und Leiter von des-

- sen Abteilung für Ideologie, Kader- und Organisationsfragen, seit 23. April 1985 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und seit 2. Juli 1985 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 948f., 1749<sup>11</sup>
- Limmer, Herbert** Ministerialdirektor und Leiter der Auslandsabteilung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; 1979–1983 Ministerialdirigent und Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland S. 1271<sup>18</sup>
- Lincke, Dietrich** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1272<sup>23</sup>
- Lindenberg, Klaus** Mitarbeiter und außenpolitischer Berater des SPD-Vorsitzenden Brandt S. 1730<sup>3</sup>, 1731f.
- Lindstrom, Talbot S.** stellvertretender Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Under Secretary for International Programs and Technology) S. 1883
- Lipiński, Edward** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) S. 1731
- Lippe, Manfred** Vortragender Legationsrat im Referat 502 „Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu Internationalen Organisationen“ des Auswärtigen Amts S. 562<sup>29</sup>
- Lipski, Jan Józef** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) S. 1731
- Lis, Bogdan** Mitglied der Provisorischen Koordinierungskommission der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund S. 1832<sup>16</sup>
- Liu Jiguan** chinesischer Stellvertretender Minister für Raumfahrtindustrie S. 1407<sup>2</sup>
- Lloreda Caicedo, Rodrigo Hernán** Botschafter der Republik Kolumbien in Washington; 1982–1984 Außenminister S. 55<sup>18</sup>
- Loeck, Hans Werner** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts, seit 29. November 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Caracas **Dok. 174, 276** und S. 78<sup>27</sup>, 142<sup>1</sup>, 167<sup>41</sup>, 310<sup>17</sup>, 316<sup>38</sup>, 364<sup>13</sup>, 393<sup>1</sup>, 424<sup>33</sup>, 516<sup>3</sup>, 532<sup>5</sup>, 603<sup>15</sup>, 741<sup>1</sup>, 744<sup>26</sup>, 1042<sup>5</sup>, 1149<sup>1+2</sup>, 1410<sup>4</sup>, 1411<sup>5+8</sup>, 1505
- Löffler, Kurt** Staatssekretär im Ministerium für Kultur der DDR und seit 7. Februar 1985 zugleich stellvertretender Vorsitzender und Sekretär des Komitees zum 750-jährigen Bestehen von Berlin S. 1129f., 1194, 1335<sup>40</sup>, 1799<sup>18</sup>
- Lohner, Karl** Angestellter im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts, bis 3. Februar 1985 abgeordnet nach Belgrad S. 752
- Lomejko, Wladimir Borissowitsch** Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium S. 367, 595, 641, 1112
- Lončar, Budimir** Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 668
- Lončarević** S. 113
- Longowal, Sant Hartschand** Vorsitzender der Sikh-Partei Akali Dal bis zu seiner Ermordung am 20. August 1985 S. 1020<sup>18</sup>
- Loosch, Reinhard** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 22 „Internationale und innerdeutsche Zusammenarbeit“ im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 169<sup>46</sup>
- López Portillo y Pacheco, José** 1976–1982 Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 152<sup>32</sup>, 1279<sup>19</sup>
- Lorenz, Peter** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) sowie Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeskanzler und Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin; 1969–1981 Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der CDU S. 176<sup>13</sup>, 343<sup>24</sup>, 893

- Lorenz, Siegfried** Mitglied des ZK der SED, seit 22. November 1985 Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt S. 1799<sup>19</sup>
- Lowitz, Donald S.** Leiter der amerikanischen Delegation bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 867<sup>16</sup>
- Lubbers, Rudolphus (Ruud)** Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 422, 656, 1518, 1522, 1665, 1698<sup>9</sup>
- Luce, Richard** Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs), seit 2. September 1985 Staatsminister für Kultur (Minister of State for the Arts) im Privy Council Office S. 413<sup>12</sup>, 775<sup>32</sup>
- Luckett, Sidney** anglikanischer Theologe und Vorstandsmitglied der südafrikanischen „United Democratic Front“ S. 1171<sup>4</sup>
- Lugar, Richard Green** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Indiana (Republican Party) und seit 3. Januar 1985 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats S. 833f., 1482
- Lüneburg, Sonja** siehe: *Olbrich, Johanna*
- Luns, Joseph A. M. H.** 1971–1984 Generalsekretär der NATO S. 823
- Lutfi, Ali Mahmoud** Wirtschaftswissenschaftler und seit 4. September 1985 Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten S. 1514
- Luther, Martin** \*1483 †1546 S. 1365
- Lutschinskij** Persönlicher Berater von Michail S. Gorbatschow S. 409
- Lutz, Martin** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen“ des Auswärtigen Amts S. 310<sup>18</sup>
- Macharski, Franciszek** Kardinal und Erzbischof von Krakau sowie stellvertretender Vorsitzender der polnischen Bischofskonferenz **Dok. 343** und S. 53, 55, 135<sup>5</sup>, 1488
- Machel, Samora Moisés** Präsident der Volksrepublik Mosambik S. 587
- de la Madrid Hurtado, Miguel** Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten **Dok. 163** und S. 148<sup>19</sup>, 677, 752, 993<sup>19</sup>
- al Magariaf, Mohamed Yusuf** Generalsekretär der Nationalen Front für die Rettung Libyens S. 953
- Maginot, Rudolf** Oberstleutnant im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 897<sup>5</sup>
- Magnus, Arthur von** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 868<sup>8</sup>
- Majdański, Kazimierz Jan** Bischof von Stettin-Cammin S. 1791
- Majerski, Josip** S. 112
- Makarios III., Myriarthos (Michael Christodoulos Muskos)** Erzbischof und 1960–1977 Präsident der Republik Zypern S. 487<sup>16</sup>
- Maléter, Pál** Oberst, dann General der ungarischen Streitkräfte, am 3./4. November 1956 Verteidigungsminister, am 16. Juni 1958 hingerichtet S. 1782
- Mamman, Abdullahi Bagudu** Brigadier der nigerianischen Streitkräfte (Director Army Training and Operations), seit 28. August 1985 Mitglied der Militärregierung S. 527
- Mandela, Nelson Rolihlahla** Mitglied des südafrikanischen ANC, seit 1962 in Haft, 1963 zu lebenslanger Haft verurteilt S. 585<sup>2</sup>, 588–590, 872, 1171<sup>4</sup>, 1305
- Mandela, Nomzamo Winnie** Mitglied des südafrikanischen ANC und Ehefrau von Nelson Mandela **Dok. 166**



- Mănescu, Manea** Mitglied des Ständigen Büros des Politischen Exekutivkomitees des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei; 1974–1979 Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1590
- Mangwende, Witness** Außenminister der Republik Simbabwe S. 836
- Mann, Siegfried** Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie S. 1611
- Manschulo, Alexej Nikolajewitsch** sowjetischer Stellvertretender Minister für Außenhandel S. 297<sup>30</sup>
- Mao Tse-tung** 1943–1976 Vorsitzender der KPCh und 1954–1958 Vorsitzender der Volksrepublik China S. 798<sup>14</sup>, 1740
- Maravall Herrero, José María** spanischer Minister für Bildung und Forschung S. 725
- Marchais, Georges** Generalsekretär der KPF S. 1431
- Marcos, Ferdinand** Präsident der Republik der Philippinen S. 1307f.
- Marín González, Manuel** Staatssekretär im spanischen Außenministerium für die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften S. 1259, 1291
- Marré, Johannes** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo S. 349, 360<sup>14</sup>
- Marshall, George Catlett, Jr.** General der Armee (General of the Army) und 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 987<sup>24</sup>, 1521
- Martens, Wilfried** Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 57, 63f., 122<sup>3+4</sup>, 123f., 422, 438<sup>35</sup>, 928, 1550<sup>26</sup>, 1660
- Martius, Götz-Alexander** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia S. 382<sup>2</sup>
- Martschuk, Gurij Iwanowitsch** sowjetischer Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik S. 1303, 1748
- Martynow, Wladlen Arkadjewitsch** Stellvertretender Direktor des sowjetischen Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) in Moskau S. 1748, 1749<sup>6</sup>
- Marx, Werner** Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bis zu seinem Tod am 12. Juli 1985 S. 836f.
- al-Masri, Tahir** Außenminister des Hashemitischen Königreichs Jordanien S. 298
- Massing, Wolfgang** Vortragender Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 587<sup>11</sup>, 1762<sup>1</sup>, 1764<sup>20</sup>
- Massion, Georg** Inspekteur des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Gesandter, seit 8. Juli 1985 Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Wirtschaftsabteilung“ des Auswärtigen Amts und seit 12. August 1985 Ministerialdirigent S. 1883<sup>8</sup>, 1885<sup>16</sup>
- Massmann, Gerd** Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 222 „Generfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; nukleare Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ im Auswärtigen Amt, seit 26. Juli 1985 Leiter des Referats 223 „Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen“ S. 576<sup>1</sup>, 960<sup>1</sup>, 1080, 1254<sup>1</sup>, 1257<sup>17</sup>, 1558<sup>1</sup>
- Matlock, Jack Foust, Jr.** Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1357
- Matos da Gama, Jaime José** Außenminister der Portugiesischen Republik bis 6. November 1985 S. 778<sup>8</sup>, 1259, 1291, 1363<sup>6</sup>, 1456
- Matosek, Stanisław** Botschafter der Volksrepublik Polen in Brüssel S. 852
- Matthei Aubel, Fernando** General der chilenischen Luftwaffe und Mitglied der Militärregierung der Republik Chile S. 739<sup>8</sup>, 1373
- Matuschka, Mario Franz de Paula Graf von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 414 „Internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der naturwissenschaftlichen For-

- schung, der technologischen Entwicklung, der Ozeanographie und der Umweltprobleme“ im Auswärtigen Amt S. 790<sup>1</sup>, 1384<sup>18</sup>, 1385<sup>20</sup>
- Mauhourat, Jorge** Unterstaatssekretär im argentinischen Außenministerium S. 1266
- Mauroy, Pierre** 1981–1984 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 158<sup>3</sup>
- Mazowiecki, Tadeusz** Berater der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund und Mitglied des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau S. 1148<sup>16</sup>, 1730<sup>4</sup>, 1732
- M'Bow, Amadou Mahtar** Generaldirektor der UNESCO in Paris S. 24
- McCrery, John** Mitarbeiter des amerikanischen Nachrichtendienstes Defense Intelligence Agency (DIA) S. 219–221
- McDonald, Wesley L.** Admiral und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Atlantik sowie der Alliierten Streitkräfte im Atlantik (SACLANT) bis November 1985 S. 229 f., 399<sup>10</sup>
- McFarlane, Robert Carl** Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for National Security Affairs) bis 4. Dezember 1985 S. 5, 26, 32<sup>5</sup>, 57, 66, 383, 469, 604 f., 609, 612, 683, 686 f., 778<sup>9</sup>, 859<sup>23</sup>, 1257<sup>16</sup>, 1351<sup>7</sup>, 1335<sup>11</sup>, 1357, 1413–1415, 1440, 1497, 1501, 1505, 1535, 1587, 1589, 1629–1631
- McGovern, George Stanley** 1963–1981 Senator für den amerikanischen Bundesstaat South Dakota (Democratic Party) S. 1052
- McHenry, William** Professor für Business Administration an der Georgetown University in Washington D. C. S. 1739
- McNamara, Robert Strange** 1961–1968 amerikanischer Verteidigungsminister S. 579
- McPhail, Donald S.** Botschafter von Kanada in Bonn S. 578
- Mebus, Gabriella** Legationsrätin I. Klasse im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West–Ost“ des Auswärtigen Amts S. 394<sup>8</sup>
- Mećlewski, Edmund** Mitglied des polnischen Parlaments und Journalist S. 1147
- Meed, Benjamin** Präsident des American Gathering of Jewish Holocaust Survivors S. 1543 f.
- Meer, Farouk** Führungsmitglied der süd-afrikanischen „United Democratic Front“ S. 1174<sup>4</sup>
- Mei Zhaorong** Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium S. 795, 799<sup>21</sup>
- Meichsner, Günther** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II „Deutschlandpolitik“ im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 339, 930, 1069, 1071
- Meier, Viktor** Journalist der Tageszeitung „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ S. 1099
- Meincke, Horst** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 401<sup>12</sup>
- Meir, Golda** 1969–1974 Ministerpräsidentin des Staates Israel S. 1190
- Mejía Victores, Óscar Humberto** Staatschef der Republik Guatemala S. 191
- Melnikow, Igor** sowjetischer Journalist S. 1709<sup>17</sup>
- Melo Antunes, Ernesto Augusto de** 1975–1976 Außenminister der Portugiesischen Republik S. 384
- Mengele, Josef** 1943–1945 Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz S. 1544
- Menne, Fritz Carl** 1976–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 868<sup>7</sup>
- Menschikow, Stanislaw Michajlowitsch** Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der KPdSU S. 1330
- Mentzingen, Franz Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Harare; 1980–1984 Botschafter in Khartum S. 172<sup>8</sup>, 836, 1764<sup>15+19</sup>
- Mermaz, Louis** Mitglied (Parti Socialiste) und Präsident der französischen Nationalversammlung S. 774<sup>26</sup>, 1749, 1881
- Merten, Georg** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 321 „West- und Zentralafrika“ des Auswärtigen Amts S. 502<sup>1</sup>, 527<sup>1</sup>

- Mertes, Alois** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Staatsminister im Auswärtigen Amt bis zu seinem Tod am 16. Juni 1985 S. 357, 739, 761<sup>27</sup>, 838<sup>17</sup>, 1794<sup>21</sup>
- van der Merwe, Stoffel** Mitglied des südafrikanischen Parlaments (National Party) S. 871
- Messner, Zbigniew** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und polnischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident, seit 6. November 1985 Ministerpräsident der Volksrepublik Polen S. 1648, 1791<sup>14</sup>, 1833<sup>20</sup>, 1834
- Meštrović, Ivan** Bildhauer und Architekt S. 669
- Meštrović, Mate** Präsident des Kroatischen Nationalrats S. 669
- Metternich, Cornelius** Leiter des United Nations Information Center in Paris (beurlaubt), seit 4. September 1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere nuklearer Teststopp, B- und C-Waffen; Nichtverbreitung; regionale Abrüstung außerhalb Europas; Kontakte zu Institutionen der Friedens- und Konfliktforschung“ im Auswärtigen Amt S. 1316<sup>25</sup>, 1558<sup>1</sup>, 1837<sup>2</sup>
- Metzenbaum, Howard Morton** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Ohio (Democratic Party) S. 622<sup>7</sup>
- Mevik, Leif Hans** Leiter der norwegischen KVAE-Delegation in Stockholm im Rang eines Botschafters S. 236
- Meyer, Edward Charles** General und 1979–1983 Stabschef des amerikanischen Heeres (Chief of Staff of the Army) S. 21<sup>12</sup>
- Meyer-Landrut, Andreas** Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1980–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 3, 7, 9<sup>15</sup>, 10, 18, 38, 48<sup>19</sup>, 70<sup>35</sup>, 88, 92, 94, 95<sup>15</sup>, 115, 118<sup>f.</sup>, 122, 128<sup>5</sup>, 130, 173, 176<sup>13</sup>, 177, 181<sup>17</sup>, 187, 193<sup>1</sup>, 205<sup>1</sup>, 273<sup>1+4</sup>, 275, 300, 334, 335<sup>5</sup>, 339, 346, 356<sup>25</sup>, 362<sup>2</sup>, 365, 367<sup>10</sup>, 373<sup>12</sup>, 381<sup>24</sup>, 396, 400<sup>f.</sup>, 403<sup>18</sup>, 414<sup>1</sup>, 428, 432, 436<sup>21</sup>, 440<sup>46</sup>, 463, 473, 490, 494, 548<sup>1</sup>, 576<sup>1</sup>, 583, 600, 638, 640, 668<sup>f.</sup>, 688, 692, 694<sup>18+21</sup>, 695<sup>27</sup>, 727<sup>9</sup>, 729<sup>1</sup>, 733<sup>1</sup>, 737<sup>1</sup>, 740<sup>f.</sup>, 748<sup>31</sup>, 766, 790<sup>1</sup>, 826, 830, 834<sup>f.</sup>, 852<sup>15</sup>, 853, 860<sup>26</sup>, 861, 864<sup>f.</sup>, 889, 892, 905, 917, 930, 945, 960, 988<sup>25</sup>, 991, 1003<sup>45</sup>, 1009, 1060, 1068<sup>1</sup>, 1091<sup>32</sup>, 1098<sup>7</sup>, 1099<sup>13</sup>, 1129<sup>4</sup>, 1130<sup>f.</sup>, 1151, 1165, 1166<sup>7</sup>, 1169<sup>21</sup>, 1170<sup>25</sup>, 1171<sup>1</sup>, 1193, 1195, 1208<sup>1</sup>, 1221, 1238, 1241, 1244, 1297<sup>f.</sup>, 1321<sup>19</sup>, 1397, 1399<sup>14</sup>, 1402, 1413<sup>1</sup>, 1414<sup>3</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1423, 1432, 1435<sup>12+13</sup>, 1436<sup>14</sup>, 1437<sup>15</sup>, 1440, 1470, 1493<sup>19</sup>, 1512, 1515, 1553, 1558, 1597, 1626, 1645, 1670, 1707, 1708<sup>7</sup>, 1710, 1713<sup>39</sup>, 1733, 1735<sup>11</sup>, 1737, 1785, 1821<sup>1</sup>, 1834<sup>21+22</sup>, 1837<sup>2</sup>, 1858<sup>3</sup>, 1866<sup>1</sup>, 1881<sup>15</sup>, 1882<sup>1</sup>
- Micewski, Andrzej** polnischer Historiker und Berater des Primas von Polen S. 322<sup>9</sup>
- Michajlow, Walerian Wladimirowitsch** Leiter der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1746
- Michajlow, Wladimir** Journalist der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ S. 1871<sup>20</sup>
- Michałowska** Mitarbeiterin in der Auslandsabteilung des ZK der PVAP S. 137
- Michnik, Adam** Gründungsmitglied des polnischen „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und der Gewerkschaft Solidarność im Untergrund S. 1832
- Mies, Herbert** Vorsitzender der DKP S. 595<sup>19</sup>, 596
- Migliuolo, Giovanni** Botschafter der Italienischen Republik in Moskau, seit September 1985 in Kairo S. 908<sup>15</sup>
- Mikojan, Anastas Iwanowitsch** 1923–1966 Mitglied des ZK bzw. 1935–1966 des Politbüros des ZK der KPdSU, 1955–1964 sowjetischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident, 1964–1965 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 946
- Milo, Roni** stellvertretender israelischer Außenminister S. 1716, 1718
- Mirdha, Ram Niwas** indischer Staatsminister für Telekommunikation S. 1017
- Mischnick, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 939, 1749, 1751

- Mishra, Brajesh Chandra** Leiter des Kommissariats der Vereinten Nationen für Namibia S. 836–838
- Mitchell, John H.** Generalmajor der amerikanischen Streitkräfte und Kommandant des amerikanischen Sektors in Berlin S. 1132
- Mitsotakis, Konstantinos** Mitglied des griechischen Parlaments und Vorsitzender der Partei Nea Dimokratia S. 105, 1156, 1639
- Mittag, Günter** Mitglied des Politbüros des ZK der SED sowie Sekretär des ZK für Wirtschaft und Mitglied des Staatsrats der DDR S. 339–345, 405<sup>12</sup>, 407<sup>19</sup>, 939, 1106<sup>25</sup>
- Mitterrand, François** Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 136, 137, 175, 277, 302, 303, 307, 347** und S. 4, 41, 47<sup>11</sup>, 49<sup>24</sup>, 70, 159, 164, 166, 171, 211, 259f., 265, 290, 293, 355f., 369, 376, 380, 418f., 422f., 428, 481, 509, 548, 550, 557f., 560–562, 568, 570, 575, 580f., 612f., 659f., 663, 677<sup>7</sup>, 722f., 794, 803, 806f., 876, 877<sup>16</sup>, 897–900, 901<sup>22</sup>, 911f., 922, 943<sup>22</sup>, 973, 1007, 1045, 1047<sup>13</sup>, 1109, 1159–1161, 1163, 1174, 1196<sup>5</sup>, 1255, 1266, 1273, 1328, 1334, 1335<sup>41</sup>, 1338f., 1344, 1366, 1373, 1381f., 1390, 1392, 1395, 1417, 1453, 1490, 1498, 1518<sup>13</sup>, 1519f., 1529<sup>20</sup>, 1538, 1577, 1584–1586, 1589, 1616<sup>10</sup>, 1635, 1685, 1687<sup>20</sup>, 1780f., 1798, 1802, 1842f., 1845f., 1848–1850, 1877, 1879
- Miyazaki, Hiromichi** Botschafter von Japan in Bonn S. 548
- Mkapa, Benjamin** Außenminister der Vereinigten Republik Tansania S. 676
- Mladenow, Petar Toschew** Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 325, 328–331, 333, 530, 1177, 1855
- Mo Wenxiang** chinesischer Minister für Luftfahrtindustrie S. 1407<sup>2</sup>
- Mojsov, Lazar** Mitglied des Präsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien; 1982–1984 Außenminister S. 111, 114<sup>13</sup>
- Moldt, Ewald** Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister S. 342<sup>19</sup>, 1106<sup>25</sup>, 1192, 1378
- Möllemann, Jürgen Wilhelm** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Staatsminister im Auswärtigen Amt **Dok. 114** und S. 187, 189–192, 357, 361, 678<sup>9</sup>, 739, 838<sup>17</sup>, 953, 961, 1080, 1165, 1168
- Möller, Alex** 1980 Persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers Schmidt zur Frage der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Luxemburger; 1969–1971 Bundesminister der Finanzen S. 1633
- Molotow, Wjatscheslaw Michajlowitsch** 1939–1949 und 1953–1956 Volkskommissar bzw. Minister für auswärtige Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 615<sup>4</sup>
- Moltke, Helmuth James Graf von** Gründer des „Kreisauer Kreises“, Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, am 23. Januar 1945 hingerichtet S. 1794<sup>20</sup>
- Mondale, Walter Frederick** Kandidat der Demokratischen Partei für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1984 S. 26<sup>4</sup>
- Monge Álvarez, Luis Alberto** Präsident der Republik Costa Rica S. 748<sup>1</sup>, 751
- Montfort, Norbert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 1282<sup>15</sup>
- Mootz, Christian** S. 894
- Mootz, Wilfried** S. 894
- Morán López, Fernando** Außenminister des Königreichs Spanien bis 4. Juli 1985 **Dok. 138, 144** und S. 285<sup>15</sup>, 778<sup>8</sup>, 1147, 1332
- Morel, Pierre** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des affaires politiques) seit Januar 1985 **Dok. 193, 194** und S. 8–10, 422<sup>25</sup>, 613<sup>42</sup>, 777<sup>6</sup>, 792<sup>17</sup>, 803, 807f., 1327, 1327, 1574, 1583
- Morizet, Jacques** Botschafter der Französischen Republik in Bonn S. 165, 513<sup>7</sup>, 928<sup>17</sup>, 1130, 1193
- van de Mortel, Jan Hein Lodewijk** Leiter der niederländischen Delegation bei

- den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters S. 1746
- Mostafavi, Mehdi Ahari** Abteilungsleiter im iranischen Außenministerium, seit Mai 1985 Botschafter der Islamischen Republik Iran in Wien S. 128<sup>10</sup>
- Motley, Langhorne Anthony** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs) bis 3. Juli 1985 S. 192, 385, 391, 737f.
- Mrazek, Robert Jan** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 624<sup>15</sup>
- Mubarak, Mohammed Hosni** Präsident der Arabischen Republik Ägypten; 1974–1981 Vizepräsident **Dok. 30, 70, 236, 324** und S. 56, 268, 270f., 299, 418, 681, 1445f., 1451f., 1472–1474, 1514
- Much, Christian** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Djidda bzw. seit 16. März 1985 Konsul am dortigen Generalkonsulat, seit 31. März 1985 Vertreter des Generalkonsuls, seit 10. Juni 1985 Legationsrat bzw. seit 12. Juli 1985 Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 1694<sup>1</sup>
- Mugabe, Robert** Ministerpräsident der Republik Simbabwe **Dok. 337**
- Mulack, Gunter** Vortragender Legationsrat im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 339<sup>1</sup>
- Müller, Christoph** Legationsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 1350<sup>1</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1416<sup>10</sup>, 1417<sup>12+13+15</sup>, 1462<sup>23</sup>, 1626<sup>1</sup>, 1803<sup>1</sup>
- Müller, Gerhard** Mitglied des ZK der SED und seit 22. November 1985 Kandidat des Politbüros des ZK der SED, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt S. 1799<sup>19</sup>
- Müller, Kurt** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 171<sup>3</sup>, 270<sup>8</sup>, 1218
- Müller, Walter** Leiter der Abteilung Westberlin im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Beauftragter der DDR in den Verhandlungen mit dem Senat von Berlin (West) über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs S. 1335<sup>40</sup>
- Müller-Chorus, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 510 „Staats- und Verwaltungsrecht, einschließlich Ausländerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 195<sup>8</sup>, 1099<sup>13</sup>, 1168<sup>17</sup>
- Mülmenstädt, Matthias** Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 41<sup>1</sup>, 428–<sup>12</sup>, 219<sup>1</sup>, 449<sup>8</sup>, 536<sup>1</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1048<sup>1</sup>, 1094<sup>1</sup>, 1119<sup>1</sup>, 1350<sup>1</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1416<sup>10</sup>, 1571<sup>1</sup>, 1803<sup>1</sup>, 1809<sup>34</sup>
- Mulroney, Brian** Ministerpräsident von Kanada **Dok. 63, 290** und S. 568, 570, 575, 581<sup>20</sup>, 663, 1330<sup>16</sup>, 1353<sup>6</sup>, 1389<sup>6</sup>, 1415<sup>8</sup>, 1433<sup>8</sup>, 1485<sup>5</sup>, 1663
- Munz, Hermann** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman, seit 14. Januar 1985 Botschafter in Luxemburg S. 247, 942<sup>11</sup>
- Murphy, Richard William** Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 572, 1053<sup>10</sup>, 1306
- Murtada, Saad** 1980–1982 Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv S. 270<sup>10</sup>, 388
- Muskie, Edmund Sixtus** 1980–1981 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 480
- Mussawi, Mir Hossein** Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 1284f.
- Mzali, Mohammed** Ministerpräsident der Tunesischen Republik S. 1282
- Nachmann, Werner** Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 1720<sup>17</sup>
- Nagel, Burghart** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 405 „Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu För-

- der- und Verbraucherländern; Nichtnukleare Energiefragen in der EG und anderen internationalen Organisationen; Nichtnukleare Energieforschung“ im Auswärtigen Amt bzw. seit 7. August 1985 Leiter des Referats 424 „Exportkontrollfragen, Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik (COCOM); Rüstungsexport“ S. 1149<sup>1</sup>, 1423<sup>1</sup>, 1541<sup>21</sup>
- Nagy, Imre** 1953–1955 und im Oktober/November 1956 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik, am 16. Juni 1958 hingerichtet S. 1782
- Naik, Niaz A.** Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium S. 1613<sup>3</sup>
- Nakasone, Yasuhiro** Ministerpräsident Japans **Dok. 108, 290** und S. 568, 570, 575, 654, 660, 706, 975<sup>21+23</sup>, 976, 979, 1330<sup>16</sup>, 1383, 1389<sup>6</sup>, 1415<sup>8</sup>, 1433<sup>8</sup>, 1485<sup>5</sup>, 1499
- Napoleon I. Bonaparte** \*1769 †1821 S. 1268
- Napp, Irmela** S. 620
- Napp, Jens-Peter** S. 620
- Narjes, Karl-Heinz** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Binnenmarkt, Zollunion, industrielle Innovation, Umwelt, Verbraucherfragen und nukleare Sicherheit bzw. seit 6. Januar 1985 zuständig für gewerbliche Wirtschaft, Informationstechnologien, Forschung und Wissenschaft, Gemeinsame Forschungsstelle) S. 280<sup>10</sup>, 975<sup>21</sup>, 1597
- Nasser, Gamal Abdel** 1954–1970 Präsident der Republik Ägypten bzw. seit 1958 der Vereinigten Arabischen Republik S. 1187, 1190, 1281
- Nasser Mohammed, Ali** Ministerpräsident und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 1187<sup>13</sup>
- Natali, Lorenzo** Mitglied und Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Erweiterung, Information und Mittelmeerpolitik bzw. seit 6. Januar 1985 zuständig für Zusammenarbeit und Entwicklung, Erweiterung) S. 214
- Naumann, Konrad** Mitglied des ZK der SED und Erster Sekretär der SED-Betriebsleitung Berlin bis zur Entbindung von allen Funktionen am 22. November 1985 S. 1799<sup>19</sup>
- Navarro de Adriaensens, José Maria** Professor emeritus für Hispanistik an der Universität Bremen S. 1363
- Nayif ibn Abdul Aziz al-Saud** saudi-arabischer Innenminister S. 470<sup>3</sup>, 471, 484
- Negroponte, John Dimitri** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Tegucigalpa, seit 19. Juli 1985 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Oceans and International Environmental and Scientific Affairs) S. 1593<sup>19</sup>
- Negwer, Georg** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 981<sup>7</sup>, 1770<sup>23</sup>
- Neubert, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa (insbesondere MBFR und KVAE)“ des Auswärtigen Amts **Dok. 21** und S. 246<sup>1</sup>, 398<sup>7</sup>, 441<sup>1</sup>, 830<sup>1</sup>, 1024<sup>1</sup>, 1597<sup>1</sup>, 1772<sup>1</sup>
- Neuer, Walter** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung, bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei“ im Bundeskanzleramt S. 346, 386<sup>1</sup>, 502<sup>6</sup>, 564<sup>1</sup>, 654, 705, 795, 1004, 1418<sup>1</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1448<sup>1</sup>, 1640, 1651<sup>1</sup>, 1681<sup>1</sup>
- Neumann, Volker** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 678<sup>9</sup>
- Neusel, Hans** Beauftragter des Bundeskanzlers im Ad-hoc-Ausschuß für „Ein Europa der Bürger“ („Adonnino-Ausschuß“), seit 18. Juli 1985 Staatssekretär im Bundesministerium des Innern; 1979–1984 Staatssekretär im Bundespräsidialamt S. 81, 82<sup>9</sup>
- Nguyen Co Thach** Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam S. 957
- Nguyen Van Thieu** 1967–1975 Präsident der Republik Vietnam (Südvietnam) S. 1053
- Nicholson, Arthur Donald** Major und Mitarbeiter der amerikanischen Militärmission in Potsdam bis zu seinem Tod

- am 24. März 1985 S. 465<sup>17</sup>, 504<sup>4</sup>, 572, 574, 598, 605
- Nielsen, Erik Hersholt** stellvertretender Ministerpräsident von Kanada und Präsident des Königlichen Rates für Kanada (President of the Queen's Privy Council for Canada), seit 26. Februar 1985 Verteidigungsminister S. 354<sup>8</sup>, 432, 436, 1549
- Niemöller, Martin** evangelischer Theologe S. 893<sup>17</sup>
- Nier, Kurt** Stellvertretender Außenminister der DDR S. 775 f., 1070<sup>6</sup>, 1105<sup>24</sup>, 1802
- Niklas, Manfred** Botschafter und Büroleiter des Außenministers der DDR S. 1344
- Niles, Thomas M. T.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) S. 775
- Nitze, Paul Henry** Sonderberater der amerikanischen Regierung in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle; 1981–1983 Leiter der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters **Dok. 7, 8, 36, 274** und S. 57, 67, 538<sup>12</sup>, 604 f., 611, 657, 687, 805, 1326, 1357, 1433, 1440, 1457, 1460 f., 1586, 1589
- Nixon, Richard Milhous** 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 88<sup>6</sup>, 90<sup>11</sup>, 633<sup>6</sup>, 958, 1052, 1057, 1453<sup>20</sup>, 1494 f., 1510, 1576
- Nizić, Stanko** S. 112
- Noebel, Hans Heinrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 583<sup>3</sup>, 615, 616<sup>8</sup>
- Nohse, Lutz** Geschäftsführer der Firma Ingenieurkontor Lübeck S. 1043<sup>7</sup>
- Nöldeke, Eberhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 301 „Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge“ im Auswärtigen Amt S. 1421<sup>10</sup>
- Nölle, Wilfried** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking, seit 15. April 1985 Botschafter in Maputo S. 157<sup>13</sup>
- Noorani, Zain** Staatsminister im pakistanischen Außenministerium seit 10. April 1985 S. 608<sup>24</sup>
- Nowak, Walter** Chefinspekteur des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Gesandter im Verkehr mit dem Ausland, seit 15. Februar 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda bzw. seit 16. März 1985 in Riad **Dok. 81, 89** und S. 1473<sup>10</sup>
- Nowakowski, Karol** Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 1090<sup>24</sup>
- Nucci, Christian** französischer Beigeordneter Minister für Kooperation (Ministre délégué auprès du ministre des Relations extérieures, chargé de la Coopération et du Développement) S. 163
- Nujoma, Sam** Präsident der SWAPO S. 836–840
- Numeiri, Djafar Mohammed** Feldmarschall und Präsident der Demokratischen Republik Sudan bis 6. April 1985 S. 172, 550, 680, 1219, 1512<sup>3</sup>, 1513<sup>4+5</sup>, 1514
- Nunn, Samuel Augustus, Jr.** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Georgia (Democratic Party) S. 229<sup>11</sup>, 662, 711, 1057<sup>4</sup>, 1060<sup>13</sup>, 1355, 1884<sup>15</sup>
- Nyerere, Julius Kambarage** Präsident der Vereinigten Republik Tansania bis 5. November 1985 **Dok. 132** und S. 148<sup>19</sup>, 840, 993<sup>19</sup>, 1279
- Nzo, Alfred Baphethuxolo** Generalsekretär des südafrikanischen ANC, seit 1964 im Exil S. 589, 1173<sup>11</sup>
- Oakley, Robert Bigger** Terrorismusbeauftragter der amerikanischen Regierung mit der Amtsbezeichnung Botschafter (Director of the Bureau of Counter-Terrorism bzw. seit 4. November 1985 of the Office for Counter-Terrorism) S. 1508
- Obando y Bravo, Miguel** Erzbischof von Managua, seit 25. Mai 1985 Kardinal S. 1520<sup>19</sup>
- Oba, Tomomitsu** Staatssekretär im japanischen Finanzministerium S. 546<sup>10</sup>
- Obeidat, Ahmad** Ministerpräsident des Haschemitischen Königreichs von Jordanien bis 4. April 1985 S. 243

- al-Obeidi, Abdul Ati** 1982–1984 Außenminister der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 953
- Obodowski, Janusz** polnischer Stellvertretender Ministerpräsident bis 6. November 1985 S. 311<sup>19</sup>, 818<sup>23</sup>
- O’Broin, Gearoid** Botschafter von Irland in Stockholm S. 1147<sup>14</sup>
- Obuchow, Alexej Alexandrowitsch** stellvertretender Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium und seit März 1985 sowjetischer Verhandlungsführer für Mittelstreckenwaffen bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf S. 36, 451, 454, 1360
- Oesterhelt, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt, seit 10. Mai 1985 Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ und seit 17. September 1985 Ministerialdirigent **Dok. 172, 198, 203, 212, 213, 223, 256** und S. 629<sup>12</sup>, 761<sup>27</sup>, 888<sup>34</sup>, 930<sup>1</sup>, 945<sup>2</sup>, 1086<sup>1</sup>, 1091<sup>32+34</sup>, 1130<sup>13</sup>, 1131<sup>1</sup>, 1165<sup>1</sup>, 1176<sup>12</sup>, 1178<sup>3</sup>, 1295<sup>7</sup>, 1317<sup>1</sup>, 1525<sup>1</sup>, 1707<sup>3</sup>, 1788, 1793<sup>17</sup>, 1866<sup>1+3</sup>, 1869<sup>3</sup>
- Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch** Marschall der Sowjetunion und Mitglied des ZK der KPdSU; 1977–1984 Erster Stellvertretender Verteidigungsminister und Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte S. 93
- Ojeda y Eiseley, Jaime de** Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Spanien bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 436
- Olbrich, Johanna** Mitarbeiterin des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und bis 2. August 1985 als „Sonja Lüneburg“ Sekretärin des Bundesministers für Wirtschaft S. 1191
- Olcaý, Osman** Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1024<sup>7</sup>, 1550
- Oldenkott, Bernard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba S. 680<sup>13+14</sup>
- Oldigs, Lühr-Onno** 1982–1984 Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 21<sup>12</sup>
- Olechowski, Tadeusz** Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn **Dok. 161** und S. 137, 308<sup>10</sup>, 629<sup>12</sup>, 1297, 1321<sup>19</sup>, 1650, 1834<sup>22</sup>
- Olmer, Lionel H.** Staatssekretär im amerikanischen Handelsministerium (Under Secretary for International Trade) S. 603
- Olszowski, Stefan** Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Außenminister der Volksrepublik Polen bis 11. November 1985 **Dok. 56, 210** und S. 52, 324, 630 f., 848<sup>3</sup>, 849, 1140, 1144, 1147<sup>13</sup>, 1163, 1178, 1298<sup>1</sup>, 1646, 1650, 1791
- Olteanu, Constantin** rumänischer Verteidigungsminister bis 17. Dezember 1985 S. 1816
- Oncken, Dirk** 1979–1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 96<sup>16</sup>
- O’Neill, Thomas Phillip, Jr.** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) und dessen Sprecher S. 466, 495<sup>2</sup>
- Onyszkiewicz, Janusz** Sprecher der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund **Dok. 330**
- Orlow, Jurij Fjodorowitsch** sowjetischer Physiker und Dissident S. 1460
- Ortega Saavedra, Humberto** nicaraguanischer Verteidigungsminister S. 751
- Ortega Saavedra, José Daniel** Koordinator der Regierungsjunta bis 10. Januar 1985, anschließend Präsident der Republik Nicaragua **Dok. 64** und S. 189 f., 299, 351, 383, 391 f., 608, 726 f., 749<sup>4</sup>, 750 f., 1054<sup>14</sup>, 1270<sup>14</sup>, 1520<sup>19</sup>
- Ortiz, Frank Vincent, Jr.** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Brasilia S. 382
- Ortiz Mena, Antonio** Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank S. 360<sup>16</sup>
- Orzechowski, Marian** Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP und seit 12. Novem-



- ber 1985 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 1791<sup>14</sup>, 1833<sup>20</sup>, 1834<sup>21</sup>
- Ossietzky, Carl von** Journalist und Schriftsteller, Friedensnobelpreisträger 1935, nach Haft im Konzentrationslager 1938 gestorben S. 1734<sup>7</sup>
- Ost, Friedhelm** Journalist des Zweiten Deutschen Fernsehens, seit 21. Juni 1985 Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 1004, 1347, 1466<sup>17</sup>, 1563<sup>18</sup>, 1832
- Osten, Manfred** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausrüstungshilfe“ des Auswärtigen Amts S. 299<sup>44</sup>, 587<sup>12</sup>
- Ott, Harry** Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters sowie Stellvertretender Außenminister und Mitglied des ZK der SED S. 1344
- Oueddei, Goukouni** Vorsitzender des Gouvernement d'Union nationale de transition (GUNT) in der Republik Tschad S. 681<sup>16</sup>
- Owinnikow, Ritschard Sergejewitsch** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters, seit Mai 1985 Leiter des Planungsstabs im sowjetischen Außenministerium S. 1712<sup>30</sup>
- Özal, Turgut** Ministerpräsident der Republik Türkei und Vorsitzender der Mutterlandspartei **Dok. 92, 185** und S. 109, 1004f., 1007, 1240, 1664, 1765–1767, 1769<sup>19</sup>, 1854
- Özal, Yusuf Bozkurt** Staatssekretär und Leiter des türkischen Staatlichen Planungsamts S. 986
- Özkan, Turgut** Vizeadmiral und stellvertretender Staatssekretär im türkischen Verteidigungsministerium S. 1768<sup>16</sup>
- Pabsch, Wiegand** Vortragender Legationsrat I. Klasse bzw. seit 5. Juni 1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 60 in der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts S. 475, 816<sup>16+17</sup>, 1704<sup>9</sup>
- Pachelbel-Gehag, Wolfgang-Rüdiger von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 178<sup>6</sup>, 421<sup>20</sup>, 475f., 479<sup>17</sup>, 488<sup>20</sup>, 824<sup>19</sup>, 1104<sup>16</sup>
- Pahlevi, Mohammed Reza** 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 1424
- Pahr, Willibald** Botschafter der Republik Österreich in Bonn S. 615f.
- Palenberg, Horst** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Mexikostadt S. 861<sup>4</sup>
- Palme, Olof** Ministerpräsident des Königreichs Schweden und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens S. 148<sup>19</sup>, 677, 993<sup>19</sup>, 1501, 1616<sup>10</sup>
- Palmer, Robie Marcus Hooker (Mark)** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of European Affairs) **Dok. 293** und S. 605, 692<sup>9</sup>, 781<sup>23</sup>, 950
- Lord Palmerston (Henry John Temple, 3. Viscount Palmerston)** \* 1784 † 1865 S. 497
- Panahi, Badi** Sozialwissenschaftler S. 1717
- Pandolfi, Filippo Maria** italienischer Minister für Landwirtschaft und Forstwirtschaft S. 524
- Pangalos, Theodoros** Staatssekretär im griechischen Außenministerium, seit 26. Juli 1985 stellvertretender Außenminister S. 214, 216–218, 1259
- Papandreou, Andreas Georgios** Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Hellenischen Republik sowie Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung S. 75, 105f., 148<sup>19</sup>, 177f., 179<sup>9</sup>, 180–185, 216<sup>10</sup>, 217, 266f., 418, 420f., 475, 487, 479<sup>17</sup>, 488, 677, 820<sup>5</sup>, 823<sup>15</sup>, 824<sup>16+19</sup>, 941<sup>6</sup>, 981f., 992, 993<sup>17–19</sup>, 994, 1004<sup>16</sup>, 1005, 1157, 1618, 1639, 1780, 1852, 1857<sup>31</sup>
- Papandreou, Georgios** 1963 und 1964–1965 Ministerpräsident des Königreichs Griechenland S. 267

- Papoulias, Karolos** stellvertretender griechischer Außenminister, seit 26. Juli 1985 Außenminister der Hellenischen Republik **Dok. 350** und S. 476, 1456
- Pauls, Christian** Vortragender Legationsrat im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 339<sup>1</sup>
- Payot, Denis** Rechtsanwalt in Genf S. 893<sup>17</sup>
- Paz Barnica, Edgardo** Außenminister der Republik Honduras S. 188, 190
- Pazner, Avraham** Pressesprecher des israelischen Außenministeriums S. 269
- Peres, Shimon** Ministerpräsident des Staates Israel und Vorsitzender der Israelischen Arbeiterpartei; 1959–1965 Generalsekretär bzw. stellvertretender Minister im israelischen Verteidigungsministerium **Dok. 287** und S. 56, 170 f., 243 f., 267 f., 270<sup>8</sup>, 272, 299, 387 f., 1220 f., 1288, 1306<sup>21</sup>, 1369, 1445, 1447, 1450<sup>7</sup>, 1452, 1510, 1695 f.
- Pérez de Cuéllar, Javier** Generalsekretär der Vereinten Nationen S. 24, 74<sup>10</sup>, 128, 218, 310<sup>16</sup>, 483<sup>6</sup>, 484, 824<sup>19</sup>, 1260<sup>12</sup>, 1592
- Perle, Richard Norman** Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for Global Strategic Affairs) sowie Vorsitzender der High Level Group der NATO **Dok. 278** und S. 32<sup>5</sup>, 78, 275 f., 367<sup>10</sup>, 439, 640, 656, 682<sup>3</sup>, 683 f., 868 f., 828, 918<sup>6</sup>, 922, 1025<sup>8</sup>, 1200, 1354, 1546, 1551, 1630, 1662<sup>17</sup>, 1777, 1882
- Perrin de Brichambaut, Marc** amtierender Leiter des Ministerbüros im französischen Außenministerium (Directeur adjoint du Cabinet) S. 1156
- Pertini, Alessandro** Präsident der Italienischen Republik bis 29. Juni 1985 S. 258, 852
- Peter I. („der Große“)** \* 1672 † 1725 S. 1268, 1429
- Peters, Hans-Jochen** Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts **Dok. 183**
- Peters, Heinz** Legationssekretär im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit)“, insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 219<sup>1</sup>, 220<sup>4+5</sup>, 2207<sup>8</sup>, 2219–12, 22213–15, 22318+20, 224<sup>25</sup>, 225<sup>27+28</sup>, 225<sup>30–32</sup>, 1048<sup>1</sup>, 1350<sup>1</sup>, 1351<sup>7</sup>, 1413<sup>1</sup>
- Petersen, Jens** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 23** und S. 1286<sup>7</sup>
- Petrow, Wassilij Iwanowitsch** Marschall der Sowjetunion, Oberkommandierender der Landstreitkräfte und seit Januar 1985 Erster Stellvertretender Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 595
- Petrowskij, Wladimir Fjodorowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 1313<sup>7</sup>
- Pfeffer, Franz** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 28. Mai 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 2, 9, 11, 22, 31, 46, 53, 88, 96, 97, 98, 116, 160, 330, 343** und S. 55<sup>16</sup>, 102<sup>20</sup>, 115, 130<sup>4</sup>, 146<sup>6</sup>, 179, 182<sup>21</sup>, 205<sup>1</sup>, 206<sup>5</sup>, 207<sup>10</sup>, 209<sup>15+16</sup>, 210<sup>19+20</sup>, 210<sup>23+25</sup>, 211<sup>29</sup>, 213<sup>34</sup>, 216, 300, 308<sup>10</sup>, 313<sup>32</sup>, 322<sup>6</sup>, 356<sup>25</sup>, 400<sup>3</sup>, 402<sup>12</sup>, 556, 560<sup>23+24</sup>, 580<sup>15</sup>, 594<sup>14</sup>, 799<sup>21</sup>, 848<sup>3</sup>, 851<sup>10</sup>, 937<sup>31</sup>, 1082, 1086, 1090<sup>24</sup>, 1091, 1092<sup>37</sup>, 1145<sup>3</sup>, 1146<sup>5</sup>, 1148<sup>16</sup>, 1318, 1320<sup>15</sup>, 1321<sup>18+19</sup>, 1647<sup>21</sup>, 1650<sup>33</sup>, 1784<sup>30</sup>, 1832<sup>16</sup>
- Pfeffer, Johanna Ursula** Ehefrau von Franz Pfeffer S. 1795
- Pfeifer** Mitarbeiter des Sonderberaters der amerikanischen Regierung, Nitze S. 25
- Pfeiffer, Gerhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 193<sup>4</sup>, 194<sup>6</sup>
- Pfetten-Arnabach, Karl Berchtold Freiherr von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien“ im Auswärtigen Amt S. 193<sup>1</sup>, 346<sup>5</sup>, 554<sup>29</sup>, 729<sup>1</sup>, 1017<sup>7</sup>, 1151<sup>3</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1420<sup>7</sup>, 1613<sup>1</sup>, 1841<sup>3</sup>
- Pfirschke, Johannes** Mitarbeiter im Streitkräfteamt der Bundeswehr in Bonn S. 1243

- Pflimlin, Pierre** Präsident des Europäischen Parlaments S. 1702
- Phelps, Homer R., Jr.** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis 27. August 1985 S. 7<sup>5</sup>, 25, 199
- Phiri, Wilted Joseph** Berater des sambischen Präsidenten S. 585
- Piątkowski, Waclaw** Journalist und Mit-herausgeber der polnischen Wochenzeitung „Rzeczywistość“; 1978–1981 Leiter der Auslandsabteilung des ZK der PVAP S. 1147
- Pieck, Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen, zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts, seit 1. März 1985 Botschaftsrat bzw. seit 12. September 1985 Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 44<sup>1</sup>, 1721<sup>19</sup>
- Pickert, Herwig** Oberstleutnant der Bundeswehr und Mitarbeiter im Bundesministerium der Verteidigung S. 1241
- Pierson, Jean** Vorstandsvorsitzender des europäischen Flugzeugherstellers Airbus Industrie seit 1. April 1985 S. 167<sup>37</sup>
- Pincus, Walter Haskell** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post“ S. 682<sup>2</sup>
- Pinochet Ugarte, Augusto** Präsident der Republik Chile S. 74, 384<sup>12</sup>, 385, 418, 737<sup>2+3</sup>, 738 f., 1271<sup>17</sup>, 1372 f.
- Pintarić, Djuro** S. 112
- Pipes, Richard Edgar** Professor an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts S. 1675
- Pirán, Carlos José** uruguayischer Minister für Industrie und Energie seit 1. März 1985 S. 352
- Pires de Miranda, Pedro** Vorsitzender der staatlichen Ölgesellschaft Petrogal, seit 6. November 1985 Außenminister der Portugiesischen Republik S. 1803, 1810
- Pisani, Edgar** Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Entwicklungspolitik) bis 5. Januar 1985 S. 192<sup>18</sup>
- Plaisant, François** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur d'Europe) S. 776, 1802
- Planinc, Milka** Ministerpräsidentin der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien **Dok. 26, 145** und S. 768<sup>7</sup>,
- Pleuger, Gunter** Vortragender Legationsrat im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts, seit 7. August 1985 Leiter des Referats und seit 2. Oktober 1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 1302<sup>6</sup>, 1407<sup>1</sup>, 1445<sup>2</sup>, 1706<sup>12</sup>, 1715<sup>3</sup>, 1722<sup>12</sup>
- Ploetz, Hans-Friedrich von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt bis 25. August 1985, anschließend Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ und seit 6. November 1985 Ministerialdirigent **Dok. 8, 91, 241, 278** und S. 3<sup>1</sup>, 18<sup>1</sup>, 38<sup>1</sup>, 50<sup>1</sup>, 59<sup>1</sup>, 72<sup>1</sup>, 88, 94<sup>1</sup>, 97<sup>5</sup>, 103<sup>1</sup>, 111<sup>1</sup>, 115, 121, 130<sup>1</sup>, 135, 146<sup>1</sup>, 153<sup>1</sup>, 158<sup>1</sup>, 177<sup>1</sup>, 187<sup>1</sup>, 199, 200<sup>8–10</sup>, 201<sup>16</sup>, 202<sup>19+23</sup>, 203<sup>24–26</sup>, 203<sup>28</sup>, 204<sup>31</sup>, 205<sup>1</sup>, 227<sup>1</sup>, 233<sup>21</sup>, 237<sup>1</sup>, 246<sup>1</sup>, 251<sup>1</sup>, 273<sup>1</sup>, 275<sup>2</sup>, 277<sup>1+4</sup>, 300<sup>49</sup>, 300<sup>1</sup>, 325, 334<sup>1</sup>, 349<sup>1</sup>, 356<sup>25</sup>, 362<sup>2</sup>, 365<sup>1</sup>, 396<sup>1</sup>, 414<sup>3</sup>, 450<sup>1</sup>, 457<sup>1</sup>, 463<sup>3</sup>, 506<sup>1</sup>, 516<sup>3</sup>, 541<sup>1</sup>, 556, 557<sup>11</sup>, 569<sup>14</sup>, 571<sup>1</sup>, 578, 580, 581<sup>17+21</sup>, 583<sup>1</sup>, 592<sup>1</sup>, 604<sup>1</sup>, 617<sup>1</sup>, 619<sup>20</sup>, 632<sup>1</sup>, 641, 692<sup>1</sup>, 700<sup>22</sup>, 703<sup>31</sup>, 705<sup>1</sup>, 716<sup>37</sup>, 733<sup>1</sup>, 741<sup>1</sup>, 746<sup>24</sup>, 762<sup>1</sup>, 795<sup>1</sup>, 820<sup>5</sup>, 833, 834<sup>6</sup>, 835<sup>1</sup>, 853<sup>1</sup>, 871<sup>1</sup>, 877<sup>21</sup>, 1042<sup>2</sup>, 1086<sup>1</sup>, 1112, 1153<sup>11</sup>, 1159<sup>3</sup>, 1201<sup>1</sup>, 1208<sup>1</sup>, 1221<sup>3</sup>, 1238<sup>3</sup>, 1291<sup>7</sup>, 1297<sup>3</sup>, 1300, 1311<sup>7</sup>, 1322, 1324<sup>15</sup>, 1336<sup>1</sup>, 1338<sup>9</sup>, 1379<sup>1</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1456<sup>1</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1503, 1525<sup>1</sup>, 1551<sup>1</sup>, 1574<sup>1</sup>, 1677<sup>4+5</sup>, 1691<sup>18</sup>, 1742<sup>1</sup>, 1841<sup>1+3</sup>, 1842<sup>6+8</sup>, 1843<sup>10</sup>, 1846<sup>22+23</sup>, 1849<sup>28+31</sup>, 1858<sup>1+2+6</sup>, 1859<sup>8+9</sup>, 1860<sup>11</sup>, 1864<sup>20</sup>, 1864<sup>23–25</sup>, 1882<sup>1</sup>
- Podgornyj, Nikolaj Wiktorowitsch** 1965–1977 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 677
- Podkowiński, Marian** Journalist bei der polnischen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ S. 1146

- Poensgen, Gisbert** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter, seit 15. Juli 1985 Botschafter in Lissabon S. 79<sup>4</sup>, 187<sup>7</sup>, 263<sup>16+17</sup>, 264<sup>23</sup>, 284<sup>8</sup>, 285<sup>15</sup>, 375<sup>16</sup>
- Pöhl, Karl Otto** Präsident der Deutschen Bundesbank S. 82, 85, 109, 1621<sup>15</sup>, 1622, 1637<sup>16</sup>, 1698 f.
- Pol Pot (Saloht Sar)** Führer der „Roten Khmer“, 1975–1979 Ministerpräsident des „Demokratischen Kampuchea“ S. 958, 1421
- Poniman** indonesischer Verteidigungsminister S. 729<sup>4</sup>
- Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch** Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK sowie Vorsitzender der außenpolitischen Kommission des Nationalitätensowjet des Obersten Sowjet S. 949, 1878<sup>5</sup>
- Pons, Bernard** Mitglied der französischen Nationalversammlung; 1979–1984 Generalsekretär des Rassemblement pour la République S. 1781
- Poos, Jacques** Außenminister des Großherzogtums Luxemburg **Dok. 6, 255** und S. 214 f., 217 f., 514, 778<sup>8</sup>, 1171<sup>3</sup>, 1258<sup>2</sup>, 1259 f., 1262, 1291, 1516 f., 1519 f., 1522 f., 1803, 1809 f.
- Papieluszko, Jerzy** polnischer Priester, am 19. Oktober 1984 ermordet S. 53 f., 138<sup>10</sup>, 323, 1147 f., 1647, 1685, 1792, 1833
- Popit, France** Vorsitzender des Präsidiums der Sozialistischen Republik Slowenien und Mitglied des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens **Dok. 147**
- Popow, Wiktor Iwanowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in London S. 68 f., 71, 504<sup>2</sup>
- Porter, John Edward** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Republican Party) S. 636<sup>11</sup>
- Porzner, Konrad** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1751
- Powell, Charles D.** Persönlicher Referent der britischen Premierministerin S. 59, 654
- Praller, Klaus** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ des Auswärtigen Amtes S. 158<sup>1</sup>
- Prasong Soonsiri** Vorsitzender des thailändischen Nationalen Sicherheitsrats S. 730
- Pregiel** stellvertretender Minister im polnischen Amt für Technische Forschung S. 309<sup>15</sup>
- Prem Tinsulanonda** Ministerpräsident des Königreichs Thailand **Dok. 275** und S. 954<sup>3+4</sup>, 955<sup>7</sup>
- Pretsch, Hans-Jochen** Legationsrat I. Klasse im Referat 117 „Politisches Archiv und Historisches Referat“ des Auswärtigen Amtes S. 91<sup>1</sup>, 96<sup>16</sup>
- Prokofjew** sowjetischer Vertreter im Berlin Air Safety Center S. 103, 1797<sup>8</sup>
- Prusko, Georg** Vorsitzender der Landmannschaft der Oberschlesier S. 1645<sup>6</sup>
- Punabantu, Milimo** Berater des sambischen Präsidenten in Pressefragen S. 585
- Puschkin, Alexander Sergejewitsch** \*1799 †1837 S. 887
- Puttkamer, Eberhard von** Ministerialrat und Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundespräsidialamt S. 863<sup>10</sup>
- Qabus ibn Said al-Said** Sultan des Sultanats Oman S. 1613<sup>2</sup>, 1615<sup>6</sup>, 1694<sup>2</sup>
- Qian Qichen** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 553<sup>25</sup>
- Qin Honglian** chinesischer Dolmetscher S. 153
- Quelle, Herbert** Konsul am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Los Angeles, seit 19. Februar 1985 Legationsrat im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amtes, seit 18. Oktober 1985 Legationsrat I. Klasse S. 502<sup>1</sup>, 621<sup>1</sup>, 1050<sup>1</sup>, 1053<sup>12</sup>, 1054<sup>15</sup>, 1055<sup>19</sup>, 1327<sup>1</sup>, 1327<sup>1</sup>, 1332<sup>24</sup>, 1333<sup>29</sup>, 1358<sup>5</sup>, 1440<sup>5</sup>, 1463<sup>2</sup>, 1479<sup>1</sup>, 1543<sup>1</sup>, 1814<sup>1</sup>

- Quilès, Paul** französischer Wohnungs- bau- und Verkehrsminister, seit 20. September 1985 Verteidigungsminister **Dok. 305** und S. 1154<sup>14</sup>, 1595, 1847
- Quisling, Vidkun Abraham Lauritz Jonsson** 1933–1945 Führer der „Nasjonal Samling“, 1942–1945 Ministerpräsident von Norwegen S. 836<sup>8</sup>
- Rabin, Yitzhak** israelischer Verteidigungsminister S. 388<sup>9</sup>, 614<sup>45</sup>, 891
- Rachmanin, Oleg Borissovitsch** Erster Stellvertretender Leiter der Abteilung des ZK der KPdSU für die Beziehungen zu den kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 1078
- Radunski, Peter** Bundesgeschäftsführer der CDU S. 483
- Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi** Präsident des iranischen Parlaments S. 978, 1285, 1467
- Raimond, Jean-Bernard** Botschafter der Französischen Republik in Moskau seit 8. Januar 1985 S. 505, 593, 598, 770
- Rajaie-Khorassani, Said** Ständiger Vertreter der Islamischen Republik Iran bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 412<sup>9</sup>
- Raka-Nou, Maimu** Botschaftsrat und Geschäftsträger ad interim des unabhängigen Staates Papua-Neuguinea in Bonn S. 490
- Rakowski, Mieczysław Franciszek** Mitglied des ZK der PVAP und Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen bis 6. November 1985, anschließend stellvertretender Präsident des polnischen Parlaments (Vizemarschall des Sejms) **Dok. 253** und S. 135 f., 140 f., 630<sup>18</sup>, 1090, 1178, 1318, 1646 f., 1794<sup>20</sup>
- Rallis, Georgios** 1980–1981 Ministerpräsident der Hellenischen Republik S. 477
- Ramachandran, Maradur Gopalamon** Chief Minister des indischen Bundesstaates Tamil Nadu S. 196
- Râmbu, Ion** Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn S. 401, 1097<sup>6</sup>, 1098<sup>7+8</sup>, 1099<sup>13</sup>
- Ramírez Mercado, Sergio** Vizepräsident der Republik Nicaragua seit 10. Januar 1985 **Dok. 139** und S. 357<sup>5</sup>, 748 f., 751, 1270
- Ramírez Ocampo, Augusto** Außenminister der Republik Kolumbien S. 751
- Randermann, Phil-Heiner** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Fischereipolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Außenbeziehungen, Handelspolitik, GATT“ im Auswärtigen Amt S. 108<sup>18</sup>, 395<sup>10</sup>, 425<sup>37</sup>, 976<sup>24</sup>, 1765<sup>1</sup>
- Rännäli, Risto** Gesandter an der Botschaft der Republik Finnland in Bonn bis August 1985 S. 1030<sup>11</sup>
- Rantzau, Detlev Graf zu** Gesandter und Vertreter des Leiters an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel **Dok. 39, 101, 199, 243, 262, 285** und S. 434<sup>16</sup>, 537<sup>10</sup>, 611<sup>39</sup>, 824<sup>19</sup>, 1029<sup>6</sup>, 1416<sup>9</sup>, 1457<sup>7</sup>, 1550<sup>25</sup>, 1551<sup>30</sup>
- Rapacki, Adam** 1956–1968 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 844
- Rapke, Rudolf** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 101 „Höherer Dienst, Honorarkonsuln“ im Auswärtigen Amt S. 127
- Rapp, Friedrich** Professor für Philosophie an der Technischen Universität Dortmund S. 1740
- Raspe, Jan-Carl** Mitglied der Rote Armee Fraktion (RAF) bis zu seinem Selbstmord am 18. Oktober 1977 S. 893<sup>17</sup>
- Rattakul, Bhichai** thailändischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 954<sup>3</sup>
- Rau, Helmut** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Djidda bzw. seit 16. März 1985 in Riad S. 349<sup>17</sup>
- Rau, Johannes** Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) **Dok. 244**

**Reagan, Nancy** S. 1269, 1430, 1527, 1590, 1661

**Reagan, Ronald Wilson** Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 123, 190, 280, 284, 290, 291, 317, 319, 321** und S. 4f., 25f., 27<sup>8</sup>, 29, 31f., 34f., 36<sup>16+17</sup>, 37, 49<sup>23</sup>, 60, 63, 65, 66<sup>24</sup>, 67, 79<sup>30</sup>, 88<sup>6</sup>, 89–92, 120<sup>12</sup>, 121<sup>21</sup>, 122<sup>3</sup>, 124, 149, 159–161, 185, 189<sup>11</sup>, 201<sup>18</sup>, 203, 210, 212, 229, 240, 257f., 260, 303, 305<sup>19</sup>, 307<sup>5</sup>, 326, 327<sup>7</sup>, 330<sup>17</sup>, 332, 355, 359, 367, 368<sup>13</sup>, 379f., 383, 387f., 395, 396<sup>10</sup>, 415, 417f., 426, 435f., 448–450, 451<sup>4</sup>, 455–457, 460, 462<sup>13</sup>, 463, 465, 481<sup>9</sup>, 492, 502f., 530f., 538<sup>12+14</sup>, 554, 556f., 559, 561, 563, 567f., 570, 574f., 579<sup>4</sup>, 585<sup>5</sup>, 595<sup>19</sup>, 597<sup>24</sup>, 598f., 604f., 607, 608<sup>29</sup>, 609, 612f., 615, 618f., 633, 644f., 651, 656, 659, 666, 672–674, 677, 681, 682<sup>3</sup>, 683f., 686f., 692, 693<sup>16</sup>, 694, 695<sup>22</sup>, 709f., 721, 726<sup>7+8</sup>, 727<sup>12+13</sup>, 742<sup>10</sup>, 750, 755f., 758f., 773, 778, 780, 782–784, 788, 799f., 802f., 806, 808f., 811, 826–829, 856, 860, 880<sup>10</sup>, 889, 891, 908, 917, 950, 951<sup>22</sup>, 957, 959, 973, 977<sup>33</sup>, 980<sup>16</sup>, 993<sup>17</sup>, 996, 999, 1001, 1005, 1017, 1022, 1037<sup>7</sup>, 1049<sup>5</sup>, 1050–1053, 1054<sup>14+17</sup>, 1057<sup>9</sup>, 1060<sup>13</sup>, 1061<sup>9</sup>, 1086f., 1103, 1108, 1111, 1113<sup>6</sup>, 1114, 1116, 1117<sup>18</sup>, 1141f., 1161–1163, 1176, 1180f., 1200<sup>21</sup>, 1210f., 1212<sup>17</sup>, 1213<sup>22</sup>, 1214, 1220, 1228, 1231, 1250, 1255f., 1268f., 1272f., 1277<sup>10</sup>, 1283<sup>17</sup>, 1290f., 1303, 1307–1309, 1311, 1314, 1318<sup>17</sup>, 1320, 1322<sup>7</sup>, 1323–1326, 1327<sup>4</sup>, 1330f., 1334, 1335<sup>41</sup>, 1336, 1352, 1354f., 1357–1359, 1361f., 1367<sup>17</sup>, 1368, 1371, 1373, 1379, 1385, 1389–1393, 1397<sup>4</sup>, 1403<sup>11</sup>, 1404, 1409, 1414<sup>3</sup>, 1415, 1417, 1428, 1433, 1437, 1440, 1449f., 1453f., 1456, 1458f., 1461, 1473<sup>8</sup>, 1478, 1481f., 1485–1489, 1505f., 1509–1511, 1519, 1520<sup>19</sup>, 1525–1532, 1534–1536, 1538, 1546–1549, 1552, 1554<sup>9</sup>, 1555, 1558, 1560, 1562, 1566, 1576, 1578, 1587f., 1590–1592, 1598, 1599<sup>9</sup>, 1600, 1614f., 1626f., 1631f., 1640–1643, 1685, 1687f., 1702<sup>6</sup>, 1705, 1712, 1720<sup>17</sup>, 1721<sup>19</sup>, 1727–1729, 1764, 1779f., 1783<sup>27</sup>, 1804f., 1807, 1815, 1828, 1833, 1870<sup>10</sup>, 1876

**Redies, Helmut** Ministerialdirigent sowie Vertreter des Völkerrechtsberaters und Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 20** und

S. 552<sup>21</sup>, 563<sup>31</sup>, 691, 979<sup>43</sup>, 1071<sup>1</sup>, 1703<sup>8</sup>, 1788

**Redman, Charles E.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Acting Director for European Security and Political Affairs) S. 1322

**Reed, John Hathaway** Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Colombo bis 3. September 1985 S. 194<sup>6</sup>

**Regan, Donald Thomas** amerikanischer Schatzminister (Secretary of the Treasury) bis 1. Februar 1985, anschließend Stabschef im amerikanischen Präsidialamt (White House Chief of Staff) S. 502f., 1497

**Rehder, Klaus** Konteradmiral und Chef des Stabes im Führungsstab der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1850

**Rehlinger, Ludwig** Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 176<sup>13</sup>, 339

**Reichelt, Hans** Stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR S. 343<sup>26</sup>

**Reiffers, Charles** luxemburgischer Staatsrat und Beauftragter für Fragen der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Luxemburger bis zu seinem Tod am 15. Oktober 1985 S. 1633<sup>5</sup>

**Reinink, Kasper W.** Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn S. 1470

**Reitzer, Gisela** Sekretärin des Bundesministers Genscher S. 463<sup>5</sup>

**Renger, Annemarie** Mitglied und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1749

**Renouard, Isabelle** Mitarbeiterin des französischen Außenministeriums (Chef du service des Affaires stratégiques et du désarmement), seit Juni 1985 Unterabteilungsleiterin (Directeur adjoint des Affaires politiques) S. 1201–1203, 1205f., 1684, 1687

**Renton, Ronald Timothy** Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 1456, 1462, 1802<sup>29</sup>

- Reta, Adela** uruguayische Ministerin für Erziehung und Kultur seit 1. März 1985 sowie Leiterin des Justizministeriums bis zu dessen Auflösung im Juni 1985 S. 352
- Retief, Willem Rudolph** Botschafter der Republik Südafrika in Wien, seit 24. April 1985 in Bonn S. 590<sup>21</sup>
- Rheker, Gisela** Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad **Dok. 130** und S. 766 f.
- Rhineland, John Bassett** 1971–1972 Mitglied der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) S. 1630
- Richter, Wilfried** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ im Auswärtigen Amt, seit 21. Juli 1985 Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ **Dok. 324** und S. 187<sup>1</sup>, 726, 748<sup>1+3</sup>, 861<sup>1</sup>, 1218<sup>1</sup>, 1715<sup>1</sup>, 1720<sup>16</sup>
- Richthofen, Hermann Freiherr von** Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“ im Bundeskanzleramt S. 339, 404, 930 f., 939, 1070
- Ridgway, Rozanne Lejeanne** Botschafterin der Vereinigten Staaten von Amerika in Ost-Berlin, seit 19. Juli 1985 Abteilungsleiterin im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Canadian Affairs) S. 1201 f., 1204, 1206, 1322, 1327, 1357, 1359–1361, 1479, 1497, 1586<sup>6</sup>, 1684, 1687
- Riesenhuber, Heinz** Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 158<sup>1</sup>, 165, 167–169, 697, 712 f., 794<sup>24</sup>, 877<sup>21</sup>, 923<sup>32</sup>, 943<sup>22</sup>, 1159, 1340<sup>13</sup>, 1342, 1569<sup>9</sup>
- al-Rifai, Zaid** Verteidigungsminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien und seit 4. April 1985 zugleich Ministerpräsident S. 1306, 1473<sup>10</sup>
- Rifkind, Malcolm Leslie** Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) und Repräsentant der Premierministerin im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“) S. 74, 214 f., 217 f., 1259 f., 1802
- Ritzel, Gerhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 1147<sup>14</sup>
- Riva Palacio López, Antonio** Präsident des mexikanischen Senats S. 861
- Rivera y Damas, Arturo** Erzbischof von San Salvador S. 863
- Robinson, Roger W.** Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat des amerikanischen Präsidenten (Senior Director of International Economic Affairs at the National Security Council) S. 77<sup>26</sup>
- Rocard, Michel** französischer Landwirtschaftsminister bis 4. April 1985 S. 1700
- Rockefeller, David** Bankier und Direktor des Council on Foreign Relations in New York S. 1146<sup>5</sup>
- Röding, Horst** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1985 **Dok. 25** und S. 314, 319<sup>43</sup>, 321<sup>4</sup>, 841<sup>4</sup>, 1794<sup>21</sup>
- Rogers, Bernard William** General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) und des Planungsstabs Live Oak S. 20, 229 f., 397–399, 433, 437 f., 442<sup>7</sup>, 639, 820<sup>5</sup>, 1084 f., 1132, 1133<sup>9</sup>, 1135, 1550 f., 1679, 1772<sup>5</sup>
- Röhr, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse in der Arbeitseinheit 201-9 „Militärpolitik außerhalb der NATO, Rüstung, WEU (sicherheitspolitische Aspekte)“ bzw. seit 13. März 1985 im Referat 209 „Sonstige militärpolitische Angelegenheiten (Ausbildungs- und Verteidigungshilfe, Rüstungszusammenarbeit, Übungen, militärische Angelegenheiten der WEU)“ des Auswärtigen Amts S. 489<sup>23</sup>, 991<sup>1+2</sup>, 1044<sup>1</sup>, 1238<sup>1</sup>
- Rollins, Edward John (Ed)** Berater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President for Political and Governmental Affairs) vom 5. Februar bis 30. September 1985 S. 502 f., 678<sup>8</sup>
- Rom, Alexander von** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Asunción, seit

11. März 1985 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts bzw. seit 9. September 1985 Leiter der Arbeitseinheit 410-9 „Europäisches Parlament“ S. 71<sup>40</sup>, 353<sup>1</sup>, 502<sup>1</sup>, 529<sup>1</sup>, 1050<sup>1</sup>, 1322<sup>23</sup>
- Romano, Sergio** Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters, seit 20. September 1985 Botschafter in Moskau S. 1024<sup>7</sup>
- Romanow, Grigoriј Wassiljewitsch** Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU für Industrie bis 1. Juli 1985 S. 65, 338, 408f., 1078
- Romero Herrera, Carlos** spanischer Minister für Landwirtschaft S. 1375
- Rommel, Manfred** Oberbürgermeister von Stuttgart S. 1721<sup>18</sup>
- Roosevelt, Franklin Delano** 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 297<sup>32</sup>, 1164, 1186<sup>9</sup>, 1564<sup>4</sup>, 1570<sup>11</sup>, 1711<sup>28</sup>
- Roosevelt, Theodore** 1901–1909 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1269
- Rösch, Franz** Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel S. 339<sup>5</sup>, 340<sup>13</sup>
- Rose, Harald** Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf sowie bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1080, 1081<sup>12+13</sup>, 1839, 1840<sup>13</sup>
- Rosensaft, Menachem Z.** Vorsitzender des International Network of Children of Jewish Holocaust Survivors S. 623
- Rosßbach, Anton** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika, Abrüstung und Rüstungskontrolle“ im Bundeskanzleramt **Dok. 63, 169, 269** und S. 620<sup>26</sup>, 760<sup>23</sup>, 768<sup>7</sup>, 1071<sup>1</sup>, 1208<sup>3</sup>, 1257<sup>17</sup>, 1441<sup>1</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1571<sup>13</sup>, 1681<sup>2</sup>
- Rosu, Gheorghe** Abteilungsleiter im rumänischen Außenministerium S. 1097<sup>4</sup>
- Rouget, Werner** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 355<sup>21</sup>, 513<sup>7</sup>
- Rožman, Dragutin** Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Bonn bis Oktober 1985, anschließend im jugoslawischen Außenministerium S. 669, 766
- Ruck, Manfred** Oberregierungsrat im Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft S. 363f.
- Rückriegel, Helmut** Leiter des German Information Center in New York, seit 15. Januar 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok **Dok. 180** und S. 1420<sup>9</sup>
- Rudolph, Wolfgang** Vortragender Legationsrat bzw. seit 13. August 1985 Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts, seit 18. September 1985 beurlaubt als Leiter des VN-Informationszentrums in Wien S. 1009<sup>1</sup>
- Ruggiero, Renato** Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale degli Affari Economici) bis 31. Januar 1985, anschließend Generalsekretär des Außenministeriums S. 258, 264f., 716<sup>36</sup>, 790–794, 911<sup>1</sup>, 1341
- Rühe, Volker** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion S. 1295<sup>7</sup>, 1650, 1822<sup>3</sup>, 1845
- Ruhfus, Jürgen** Staatssekretär des Auswärtigen Amts sowie Repräsentant des Bundeskanzlers im Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“); 1980–1983 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 167, 197, 268** und S. 74, 76<sup>21</sup>, 78<sup>27</sup>, 79, 82<sup>10</sup>, 83, 103, 110f., 130, 153, 176<sup>14</sup>, 205<sup>1</sup>, 227, 237, 246, 251, 258, 263, 265, 277, 362<sup>2</sup>, 401, 424, 473, 506, 516, 519<sup>10</sup>, 523, 526<sup>11+12</sup>, 532f., 536, 544, 592, 598<sup>27</sup>,



- 621, 628, 632, 654, 663, 666f., 676, 721, 762, 790, 793<sup>21</sup>, 889<sup>1</sup>, 929<sup>20</sup>, 942<sup>15</sup>, 964, 984<sup>17</sup>, 1004, 1009, 1013<sup>1</sup>, 1024, 1029<sup>1</sup>, 1033<sup>1</sup>, 1038, 1044, 1057, 1068, 1071<sup>1</sup>, 1072<sup>8</sup>, 1079, 1084, 1097<sup>6</sup>, 1098, 1119, 1120<sup>6</sup>, 1121<sup>10</sup>, 1122<sup>1</sup>, 1123, 1126<sup>8</sup>, 1129<sup>6</sup>, 1131, 1134, 1136, 1138, 1150<sup>4</sup>, 1238, 1337<sup>5</sup>, 1524, 1617f., 1645, 1667, 1696–1698, 1701, 1737, 1765, 1767<sup>12+14</sup>, 1768<sup>15+17</sup>, 1770<sup>23</sup>, 1771, 1777<sup>5</sup>, 1837, 1839<sup>11</sup>, 1841, 1858, 1866<sup>2</sup>
- Rühl, Lothar** Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 275f., 288, 640, 741, 834, 835<sup>8</sup>, 896<sup>1</sup>, 982<sup>13</sup>, 1135–1137, 1149<sup>2</sup>, 1239, 1297<sup>2</sup>, 1574, 1583, 1767<sup>14</sup>, 1777<sup>5</sup>
- Rühle, Günther** Intendant des Schauspielhauses in Frankfurt am Main S. 1718, 1721<sup>18</sup>, 1722
- Rühle, Hans** Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung S. 1850
- Ruhnau, Heinz** Vorstandsvorsitzender der Deutschen Lufthansa AG S. 773<sup>21</sup>, 1800<sup>23</sup>
- de Ruiter, Jacob** niederländischer Verteidigungsminister S. 436, 438f., 514, 1548f., 1551, 1724, 1726f.
- Rumpf, Wolfgang** Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 838<sup>17</sup>
- Rusina, Tatjana** S. 1317
- Rusnak, Josef** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 103 „Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst, Arbeiter“ des Auswärtigen Amts, seit 3. September 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 1270<sup>12</sup>, 1520<sup>19</sup>
- Ruth, Friedrich** Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Abteilung 2A des Auswärtigen Amts **Dok. 10, 106, 114, 156, 157, 192, 207, 211, 216, 270, 271, 279, 300, 301, 304, 308, 312** und S. 10<sup>19</sup>, 32, 34, 36f., 57<sup>27</sup>, 115–121, 199, 201<sup>18</sup>, 203f., 288<sup>1</sup>, 295<sup>17</sup>, 300, 367<sup>10</sup>, 411<sup>4</sup>, 413<sup>10</sup>, 414<sup>16</sup>, 433<sup>13</sup>, 441<sup>4</sup>, 450<sup>1</sup>, 451–453, 455–457, 512<sup>1</sup>, 519, 687<sup>12</sup>, 788<sup>10</sup>, 796<sup>6</sup>, 853<sup>5</sup>, 920<sup>11</sup>, 960<sup>1</sup>, 962<sup>11</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1047<sup>13</sup>, 1048, 1122f., 1150<sup>4</sup>, 1160<sup>18</sup>, 1197<sup>11</sup>, 1205<sup>19</sup>, 1208<sup>1</sup>, 1264<sup>11</sup>, 1322<sup>1</sup>, 1326<sup>21</sup>, 1336<sup>3</sup>, 1344, 1350<sup>2</sup>, 1353<sup>1</sup>, 1358<sup>6</sup>, 1392<sup>20</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1414<sup>3</sup>, 1441<sup>1</sup>, 1444<sup>8</sup>, 1458<sup>10</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1525<sup>1</sup>, 1526<sup>11</sup>, 1545<sup>1</sup>, 1547<sup>10</sup>, 1576<sup>14</sup>, 1677<sup>1</sup>, 1724<sup>1</sup>, 1758, 1837<sup>4</sup>, 1838<sup>6</sup>
- Ryschkow, Nikolaj Iwanowitsch** Sekretär des ZK der KPdSU für Planung, Finanzen und Wirtschaftsorganisation und seit 23. April 1985 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie seit 27. September 1985 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 409, 1749, 1751, 1869, 1873, 1878, 1881<sup>14</sup>
- Ryschow, Nikita Semjonowitsch** sowjetischer Stellvertretender Außenminister S. 1510f.
- Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch** sowjetischer Atomphysiker und Dissident S. 530<sup>10</sup>, 605, 1449<sup>3</sup>, 1460, 1734f., 1783, 1805<sup>15</sup>
- al-Sadat, Mohammed Anwar** 1970–1981 Präsident der Vereinigten Arabischen Republik bzw. seit September 1971 der Arabischen Republik Ägypten S. 270<sup>11</sup>, 1187–1191, 1237, 1446, 1451
- Saddam Hussein al-Majid al-Takriti** Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak sowie Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats S. 272, 484f., 1188, 1226<sup>3</sup>, 1284f., 1468, 1614
- Safire, William** Kolumnist der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 1884<sup>15</sup>
- Sagladin, Wadim Walentinowitsch** Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU und Mitglied des ZK S. 909, 1642
- Sajkow, Lew Nikolajewitsch** Erster Sekretär des Gebietskomitees Leningrad der KPdSU bis 1. Juli 1985, anschließend Sekretär des ZK der KPdSU für die Rüstungsindustrie S. 409
- Salazar, António de Oliveira** 1932–1968 Ministerpräsident der Republik Portugal S. 586f.
- Saleh, Ali Abdullah** Präsident der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) S. 1188

- Sanguinetti Coirolo, Julio María** Präsident der Republik Östlich des Uruguay seit 1. März 1985 S. 74<sup>12</sup>, 299<sup>46</sup>, 349–351, 360<sup>13</sup>, 361<sup>20</sup>, 391<sup>14</sup>, 535<sup>12</sup>, 749<sup>5</sup>, 751<sup>19</sup>, 1333
- Sandrart, Hans-Henning von** Generalleutnant der Bundeswehr und Inspekteur des Heeres (Führungsstab des Heeres) S. 1239
- Santer, Jacques** Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg und Finanzminister **Dok. 313** und S. 422, 1618
- dos Santos, José Eduardo** Präsident der Volksrepublik Angola und bis 8. März 1985 Außenminister S. 587, 589
- Sarkis, Elias** 1976–1982 Präsident der Libanesischen Republik, am 27. Juni 1985 gestorben S. 1234
- Sarney de Araújo Costa, José** Vizepräsident und amtierender Präsident der Föderativen Republik Brasilien vom 15. März bis 22. April 1985, anschließend Präsident S. 328<sup>1+2</sup>, 1334
- Sartzetakis, Christos** Richter am griechischen Obersten Gerichtshof Areopag bis 29. März 1985, anschließend Präsident der Hellenischen Republik S. 421<sup>20</sup>
- Saslawskaja, Tatjana Iwanowna** Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften an deren sibirischer Abteilung sowie Professorin an der Universität von Nowosibirsk S. 1393<sup>22</sup>, 1641<sup>10</sup>
- Sasse, Dieter** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 193<sup>3</sup>, 1018<sup>10</sup>
- Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud** Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 243, 741 f., 1261
- Saulnier, Jean** General der Luftwaffe und Generalstabschef im Stab des französischen Staatspräsidenten (Chef d'état major particulier du président de la République) bis 27. Mai 1985, Generalstabschef der französischen Streitkräfte seit 1. August 1985 S. 426–428, 1132, 1583, 1829–1832, 1834, 1849
- Saumweber, Hermann** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1364<sup>11</sup>, 1372<sup>38</sup>
- Sauzay-Stoffaës, Brigitte** französische Dolmetscherin S. 158, 1589, 1821
- Scargill, Arthur** Vorsitzender der britischen Gewerkschaft National Union of Mineworkers S. 61<sup>13</sup>
- Sceberras Trigona, Alex** Außenminister der Republik Malta S. 1146<sup>16</sup>
- Schaad, Dieter** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 262<sup>15</sup>
- Schacht, Hjalmar** 1923–1930 und 1933–1939 Präsident der Reichsbank S. 1638
- Schäfer, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestages und außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion S. 357<sup>1</sup>
- Schäfers, Reinhard** Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu, seit 1. April 1985 in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts versetzt S. 1013<sup>1</sup>
- Schäffler, Johann** Mitglied der Geschäftsführung der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, seit 1. April 1985 stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Airbus Industrie S. 166, 167<sup>39</sup>
- Schalck-Golodkowski, Alexander** Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED und Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung S. 759<sup>20</sup>
- Scharioth, Klaus** Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 970 f., 1009<sup>1</sup>, 1737<sup>1+3</sup>
- Schattmann, Werner** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon, seit 19. Juni 1985 Botschafter in Prag S. 344<sup>27</sup>, 1313<sup>16</sup>, 1837<sup>3</sup>
- Schäuble, Wolfgang** Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts; Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 232** und S. 25<sup>1</sup>, 38, 176<sup>13+14</sup>, 258<sup>1</sup>, 339, 342<sup>19</sup>, 346, 363 f., 386<sup>1</sup>, 404–406, 407<sup>19</sup>, 472<sup>5</sup>, 482<sup>1</sup>, 490<sup>1</sup>, 564<sup>1</sup>, 565<sup>7</sup>, 654<sup>1</sup>, 676<sup>1</sup>, 845<sup>20</sup>, 849, 895<sup>1</sup>, 920<sup>11</sup>, 930, 939<sup>38</sup>, 980<sup>1</sup>, 1068–1071, 1106, 1254<sup>1</sup>, 1310<sup>1</sup>, 1319<sup>10</sup>, 1342, 1378, 1418<sup>1</sup>, 1423<sup>5</sup>, 1426, 1497<sup>1</sup>, 1553, 1574,

- 1601f., 1640<sup>1</sup>, 1651<sup>1</sup>, 1681<sup>1</sup>, 1686<sup>16</sup>, 1696, 1702<sup>6</sup>
- Schauer, Hans** Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, seit 10. September 1985 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Canberra **Dok. 3, 5, 32, 82, 126, 135, 186, 193, 196, 201, 202, 209** und S. 71, 141<sup>1+2</sup>, 168<sup>8+11</sup>, 171<sup>4</sup>, 57<sup>27</sup>, 68<sup>28</sup>, 176<sup>14</sup>, 275<sup>2</sup>, 300, 305<sup>18</sup>, 356<sup>25</sup>, 371<sup>25</sup>, 372<sup>26</sup>, 399<sup>9+10</sup>, 569<sup>16</sup>, 599<sup>33</sup>, 621<sup>1</sup>, 697<sup>4</sup>, 701, 719, 788<sup>9</sup>, 790<sup>1</sup>, 825<sup>20</sup>, 834<sup>6</sup>, 854<sup>9</sup>, 874<sup>1</sup>, 896<sup>1</sup>, 898<sup>10</sup>, 921<sup>17</sup>, 930<sup>1</sup>, 1044<sup>1</sup>, 1046<sup>10</sup>, 1047<sup>13</sup>, 1050<sup>1</sup>, 1076<sup>10</sup>, 1119<sup>5</sup>, 1122<sup>1</sup>, 1133<sup>9</sup>, 1135–1137, 1151<sup>6</sup>, 1297<sup>4</sup>, 1437<sup>17</sup>
- Scheel, Hans-Dieter** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio, seit 29. Juli 1985 Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Südpazifik“ im Auswärtigen Amt **Dok. 297** und S. 545<sup>7</sup>, 1307<sup>26</sup>, 1752<sup>6</sup>
- Scheel, Hermann** Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachdienst“ des Auswärtigen Amts S. 1112
- Scheel, Walter** 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland; 1974–1979 Bundespräsident S. 320, 996, 1091f.
- Schellert, Dietrich** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in San José S. 189<sup>14</sup>
- Schenk, Reinhold** Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt S. 97<sup>1</sup>, 861
- Schewardnadse, Edward Amwrossijewitsch** Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Georgiens und Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU, seit 1. Juli 1985 Mitglied des Politbüros und seit 2. Juli 1985 Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 178, 215, 256, 264, 296, 353** und S. 973f., 1033, 1087, 1107–1111, 1139, 1142, 1144f., 1175–1177, 1202, 1260<sup>12</sup>, 1262<sup>3</sup>, 1263, 1265, 1302–1304, 1325, 1329–1331, 1335, 1346, 1349, 1352, 1400, 1404, 1432<sup>3</sup>, 1440, 1449<sup>3</sup>, 1463, 1485, 1502, 1505–1510, 1540, 1562<sup>16</sup>, 1575, 1586–1589, 1615, 1664, 1681f., 1686, 1708, 1749, 1751, 1778f., 1804f., 1878–1881
- Schewtschenko, Arkadij Nikolajewitsch** 1970–1973 Berater des sowjetischen Außenministers Gromyko, anschließend stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York bis zu seinem Übertritt in die USA 1978 S. 456
- Schifter, Richard** Leiter der amerikanischen Delegation bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen sowie beim KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa, seit 31. Oktober 1985 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Human Rights and Humanitarian Affairs) S. 529–531
- Schilling, Wolf-Dietrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Euro-parat; nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 38, 245, 318** und S. 49<sup>24</sup>, 1200<sup>23</sup>, 1451<sup>15</sup>, 1456<sup>1</sup>, 1519<sup>18</sup>
- Schindler, Alexander M.** Rabbi, Präsident der Union of American Hebrew Congregations und Vizepräsident des World Jewish Congress S. 1543f.
- Schindler, Hans** Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn bis Januar 1985, anschließend stellvertretender Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten S. 459
- Schinkel, Karl Friedrich** \*1781 †1841 S. 343<sup>23</sup>
- Schiwkow, Todor** Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens und Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien **Dok. 58** und S. 58, 67, 1710, 1855f.
- Schlagintweit, Reinhard** Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Botschafter im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 170** und S. 269, 273, 428<sup>2</sup>, 430<sup>6</sup>, 520<sup>1</sup>, 688<sup>2</sup>, 691, 951, 1218, 1276<sup>1</sup>, 1280<sup>1</sup>, 1283, 1284<sup>1</sup>, 1426, 1505, 1512<sup>1</sup>, 1715<sup>1+2</sup>

- Schlecht, Otto** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 83, 1693, 1701
- Schlegel, Volker** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 15. Februar 1985 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, seit 19. August 1985 an der Botschaft in Washington S. 1883
- Schlesinger, Helmut** Vizepräsident der Deutschen Bundesbank S. 81, 82<sup>9</sup>, 1621<sup>15</sup>
- Schleyer, Hanns Martin** 1973–1977 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1977 zugleich Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, am 18. Oktober 1977 ermordet S. 893
- Schlüter, Poul Holmskov** Ministerpräsident des Königreichs Dänemark S. 422, 941<sup>4</sup>, 1394, 1664
- Schmidt** designierter Generaldirektor im chilenischen Außenministerium S. 739
- Schmidt, Boris** S. 990 f.
- Schmidt, Helmut** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); 1974–1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 12, 22<sup>3</sup>, 60, 205<sup>4</sup>, 359, 405, 423, 470<sup>3</sup>, 641<sup>19</sup>, 717, 842<sup>5</sup>, 893, 898, 901, 937<sup>30</sup>, 1083, 1092<sup>38</sup>, 1323<sup>10</sup>, 1477, 1595, 1633, 1638, 1655, 1682, 1705, 1828 f., 1889
- Schmidt, Michael** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 423 „Verkehrspolitik, Post- und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr“ im Auswärtigen Amt bis 17. April 1985, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Abidjan S. 158<sup>1</sup>
- Schmidt, Peter** Vortragender Legationsrat im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts, seit 6. August 1985 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 894<sup>1</sup>
- Schmidt, Rudolf** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere INF und START“ des Auswärtigen Amts S. 3<sup>1</sup>, 219<sup>1</sup>, 450<sup>1</sup>, 451, 463<sup>1</sup>, 521<sup>1</sup>, 522<sup>5</sup>, 682<sup>1</sup>, 686<sup>9</sup>, 687<sup>10</sup>, 826<sup>1</sup>, 1322<sup>1</sup>, 1350<sup>1</sup>, 1397<sup>1</sup>, 1413<sup>1</sup>, 1439<sup>1</sup>, 1457<sup>7</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1465<sup>11+13</sup>, 1545<sup>1</sup>, 1547<sup>11</sup>, 1553<sup>1</sup>, 1558<sup>1</sup>, 1586<sup>1</sup>, 1677<sup>1</sup>, 1803<sup>1</sup>, 1810<sup>39</sup>
- Schmidt, Witalij** S. 990 f.
- Schmit, Nicolas** Persönlicher Referent des luxemburgischen Außenministers S. 22
- Schmitt, Eberhard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Valetta S. 1141<sup>16</sup>
- Schmitt, Horst** Vorsitzender der SEW S. 595<sup>19</sup>, 596
- Schmitt, Silvio** S. 1350
- Schneider, Oscar** Bundesminister für Bauordnung, Raumwesen und Städtebau sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 1078<sup>18</sup>
- Schneider, William J., Jr.** Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Security Assistance, Science and Technology) S. 772<sup>6</sup>, 393–396, 600 f., 603
- Schnell, Karl Helmut** Ministerialdirektor und Leiter der Hauptabteilung „Rüstung“ im Bundesministerium der Verteidigung S. 1691<sup>18</sup>, 1844<sup>13+14</sup>
- Schneppen, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt, seit 7. August 1985 Leiter des Referats 205 „Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ S. 502<sup>6</sup>, 541<sup>4</sup>, 557<sup>7</sup>, 677<sup>7</sup>, 1730<sup>3</sup>
- Schnitker, Paul** Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks S. 545, 1018
- Schnur, Walther** Onkel von Helmut Kohl S. 753
- Schödel, Günther** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi; 1980–1984 Botschafter in Peking **Dok. 191** und S. 816<sup>16</sup>, 975<sup>17</sup>
- Schoeller, Franz Joachim** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 80, 136, 302, 303** und S. 163<sup>20</sup>, 165, 422<sup>25</sup>, 774<sup>26</sup>, 803<sup>4</sup>, 877<sup>16+21</sup>, 896<sup>2+3</sup>, 901<sup>22</sup>, 929<sup>18</sup>, 1047<sup>13</sup>, 1061<sup>9</sup>, 1062<sup>11</sup>, 1065<sup>7</sup>, 1417<sup>14</sup>, 1428<sup>8</sup>, 1802<sup>23</sup>, 1822<sup>3</sup>

- Schollwer, Wolfgang** Angestellter im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts und Leiter der Arbeitseinheit „Forschungs-Koordinierung“ **Dok. 356**
- Scholz, Rupert** Senator für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund, seit 18. April 1985 Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten sowie Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) S. 176<sup>13</sup>, 1129<sup>4</sup>, 1130
- Schomerus, Lorenz** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ im Bundesministerium für Wirtschaft S. 297<sup>30</sup>, 1881<sup>14</sup>
- Schönbach, Peter** Professor für Sozialpsychologie an der Ruhr-Universität Bochum S. 1717
- Schönfeld, Peter** Persönlicher Referent des Bundespräsidenten; 1978–1984 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 95<sup>11</sup>
- Schönfelder, Wilhelm** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 16. September 1985 Vortragender Legationsrat und seit 4. Januar 1986 Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwi-schengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 1525<sup>1</sup>, 1670<sup>1</sup>
- Schöning, Ulrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santo Domingo S. 535<sup>11</sup>
- Schostakowitsch, Dimitrij Dimitrije-witsch** \*1906 †1975 S. 1162<sup>30</sup>
- Schramm, Uwe** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht“ des Auswärtigen Amts, seit 12. August 1985 freigestellt als Personalrat S. 111<sup>1</sup>, 889<sup>3</sup>
- Schreckenberger, Waldemar** Staatssekretär im Bundeskanzleramt S. 258<sup>1</sup>, 286<sup>16</sup>, 1635, 1696
- Schrömbgens, Gerhard** Vortragender Legationsrat im Referat 103 „Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter“ des Auswärtigen Amts, seit 7. Januar 1985 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1867, 1868<sup>6</sup>
- Schtscharanskij, Anatolij Borisso-witsch** sowjetischer Dissident S. 1449<sup>3</sup>, 1460
- Schtscherbizkij, Wladimir Wassilje-witsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. 66, 330, 368, 408
- Schubert, Konrad von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt S. 3<sup>1</sup>, 7<sup>1</sup>, 18<sup>1</sup>, 38<sup>1</sup>, 111<sup>1</sup>, 122<sup>1</sup>, 187<sup>1</sup>, 237<sup>1</sup>, 246<sup>1</sup>, 251<sup>1</sup>, 277<sup>1</sup>, 334<sup>1</sup>, 386<sup>1</sup>, 396<sup>1</sup>, 400<sup>3</sup>, 432<sup>1</sup>, 448<sup>1</sup>, 463<sup>3</sup>, 502<sup>1</sup>, 536<sup>1</sup>, 583<sup>1</sup>, 733<sup>1</sup>, 741<sup>1</sup>, 752<sup>1</sup>, 762<sup>1</sup>, 790<sup>1</sup>, 812<sup>1</sup>, 826<sup>1</sup>, 830<sup>1</sup>, 848<sup>1</sup>, 865<sup>1</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1038<sup>3</sup>, 1044<sup>1</sup>, 1060<sup>1</sup>, 1071<sup>1</sup>, 1084<sup>1</sup>, 1153<sup>3</sup>, 1343<sup>21</sup>, 1362<sup>1</sup>, 1389<sup>1</sup>, 1397<sup>3</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1441<sup>1</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1512<sup>1</sup>, 1525<sup>1</sup>, 1558<sup>1</sup>, 1571<sup>3</sup>, 1597<sup>1</sup>, 1645<sup>1</sup>, 1670<sup>1</sup>, 1681<sup>2</sup>, 1733<sup>3</sup>, 1737<sup>3</sup>, 1765<sup>1</sup>
- Schulenburg, Werner Graf von der** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Abteilung 7 „Protokoll“ mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 691
- Schuler, Arthur** S. 990<sup>f</sup>.
- Schulew, Dimer Alexandrow** Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in Moskau S. 593
- Schulte, Wilfried** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 26. Mai 1985 Botschaftsrat und Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 548
- Schulte-Hillen, Jürgen** Unternehmensberater (Scientific Consulting) aus Köln S. 1738
- Schulz, Eberhard** Stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik S. 1740
- Schulze-Boysen, Hartmut** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 205<sup>1</sup>, 410<sup>13</sup>, 1098<sup>9</sup>, 1099<sup>12</sup>

- Schuman, Robert** 1947–1948 Ministerpräsident der Französischen Republik, 1948–1953 Außenminister S. 1365
- Schumann, Hans-Wolfgang** Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 012-9 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte–Inland“ des Auswärtigen Amts S. 1596<sup>35</sup>
- Schumann, Jürgen** Kapitän der Luft-hansa-Maschine „Landshut“, am 16. Oktober 1977 ermordet S. 893<sup>16</sup>
- Schuster, H. W.** S. 527 f.
- Schwarz, Hans-Peter** Professor für Politische Wissenschaften und Direktor des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaften und Europäische Fragen der Universität zu Köln S. 96<sup>16</sup>
- Schweitzer Walters, Miguel Alex** 1983 Außenminister der Republik Chile S. 418<sup>10</sup>
- Schweppe, Reinhard** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 30. Mai 1985 Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Ruhfus S. 1191<sup>1</sup>, 1244<sup>1</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1696<sup>1</sup>
- Scowcroft, Brent** 1982–1983 Vorsitzender der Kommission des amerikanischen Präsidenten für die Strategischen Streitkräfte S. 809
- Sędziwy, Witold** Gesandter an der polnischen Botschaft in Bonn S. 457, 459, 849<sup>5</sup>, 850–852, 1091<sup>34</sup>, 1093<sup>41</sup>, 1834<sup>21</sup>
- Seeböhm, Hans-Christoph** 1949–1966 Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestages (DP bzw. ab 1960 CDU) S. 162
- Seedat, Tony** Vertreter des südafrikanischen ANC in Bonn **Dok. 227**
- Seidel, Karl** Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR S. 342<sup>20</sup>, 405<sup>11+12</sup>, 1068<sup>3</sup>, 1376<sup>2+3</sup>, 1377
- Seidt, Hans-Ulrich** Legationsrat im Referat 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ des Auswärtigen Amts S. 835<sup>1</sup>, 837<sup>12</sup>, 839<sup>20</sup>, 871<sup>1</sup>
- Seitz, Konrad** Ministerialdirigent bzw. seit 2. August 1985 Ministerialdirektor und Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt **Dok. 51, 146, 224, 242** und S. 566<sup>9</sup>, 970<sup>2</sup>, 1712<sup>30</sup>, 1737<sup>3</sup>
- Semjonow, Wladimir Semjonowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn **Dok. 321** und S. 593<sup>9</sup>, 594, 675<sup>12</sup>, 1094, 1553, 1571, 1710, 1870<sup>10</sup>, 1881<sup>15</sup>
- Sepúlveda Amor, Bernardo** Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 55<sup>18</sup>, 191, 861
- Sepúlveda Gutiérrez, César** Botschafter der Vereinigten Mexikanischen Staaten in Bonn S. 861
- Serra y Serra, Narcís** spanischer Verteidigungsminister S. 664<sup>29</sup>, 1045 f.
- Setúbal, Olavo Egídio de Sousa Aranha** Außenminister der Föderativen Republik Brasilien seit 15. März 1985 S. 382<sup>1</sup>
- Shaafi, Ali Sharif** Mitarbeiter des Volkskomitees im Volksbüro (Botschaft) der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn bis Juli 1985 S. 894 f.
- Shahal, Moshe** israelischer Minister für Energie und Infrastruktur S. 388<sup>7</sup>
- Shales, Thomas William („Tom“)** Journalist der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post“ S. 622<sup>9</sup>
- Shamir, Yitzhak** Außenminister des Staates Israel; 1983–1984 Ministerpräsident **Dok. 48** und S. 171, 243, 268, 273 f., 285, 388, 1306, 1451
- Shamuyarira, Nathan** simbabwischer Minister für Information, Post und Telekommunikation S. 1764<sup>15</sup>
- Sharaa, Faruk** Außenminister der Arabischen Republik Syrien **Dok. 238** und S. 1232
- Sharon, Ariel** israelischer Minister für Industrie und Handel; 1981–1983 Verteidigungsminister, 1983–1984 Minister ohne Geschäftsbereich S. 1219
- Shihepo, Aaron H.** stellvertretender Sekretär für Auswärtige Angelegenheiten der SWAPO S. 839<sup>20</sup>
- Shlaudeman, Harry Walter** Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten

- für Mittelamerika (Ambassador at Large and the President's Special Envoy for Central America) S. 188<sup>10</sup>
- Shriver, Robert Sargent, Jr.** Partner der Anwaltssozietät Fried, Frank, Harris, Shriver & Jacobson in Washington D.C. S. 456
- Shultz, George Pratt** Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 110, 120, 148, 149, 153, 214, 251, 255, 258, 259, 279, 289, 306, 341, 344, 346** und S. 7<sup>4</sup>, 8, 24<sup>6</sup>, 25<sup>2</sup>, 26–30, 32, 34–37, 41–43, 57, 66, 68, 78, 102, 120, 124, 130–133, 200, 202, 224, 244, 260, 294, 299, 330<sup>17</sup>, 331f., 355, 360, 366, 368<sup>13</sup>, 380<sup>19+22</sup>, 381, 387f., 390<sup>9</sup>, 391, 399, 414–417, 456, 499, 504f., 552<sup>21</sup>, 554, 564, 566–568, 570–575, 579f., 599<sup>33</sup>, 600f., 603, 615, 617, 643–645, 650f., 657, 683, 687, 692, 698, 703, 704<sup>38</sup>, 705, 728, 750, 755, 786–788, 828f., 843, 888, 955<sup>9</sup>, 973, 977, 979<sup>44</sup>, 999<sup>25+26</sup>, 1021f., 1027, 1033, 1052, 1055f., 1087, 1094, 1102<sup>9</sup>, 1113, 1116, 1139, 1141f., 1144, 1162f., 1176, 1180, 1202, 1211<sup>14</sup>, 1263, 1272, 1278, 1287f., 1315<sup>22</sup>, 1317, 1345, 1346<sup>15</sup>, 1349, 1357, 1358<sup>5</sup>, 1360, 1368, 1438, 1449<sup>3</sup>, 1456–1463, 1474, 1479f., 1482, 1489f., 1500f., 1505f., 1508–1510, 1519, 1529, 1531, 1534, 1539<sup>7+8</sup>, 1556<sup>15</sup>, 1562, 1601, 1615, 1630f., 1664, 1676, 1684, 1711, 1744<sup>16</sup>, 1803–1811, 1855, 1857, 1876, 1887
- Shultz, Helena Maria** Ehefrau von George P. Shultz S. 260
- Sibiude, Jean-Luc** Mitarbeiter im Ministerbüro des französischen Verteidigungsministeriums S. 1574
- Siddhi Savetsila** General der thailändischen Streitkräfte und Außenminister des Königreichs Thailand **Dok. 180**
- Siebourg, Gisela** Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 88, 556, 571<sup>1</sup>, 705, 1156, 1589, 1617, 1821
- Siegele, Gerhard** Ministerialrat und Leiter des Referats IS3 „Terrorismusbekämpfung“ des Bundesministerium des Innern S. 691<sup>12</sup>
- Siegert, Walter** Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR S. 341<sup>18</sup>
- Siegmán, Henry** Geschäftsführer des American Jewish Congress S. 1543f.
- Sigrist, Helmut** 1979–1984 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 823<sup>15</sup>, 1179<sup>9</sup>
- Sihanouk, Samdech Norodom** Präsident der kambodschanischen Exilregierung; 1960–1970 Staatsoberhaupt des Königreichs Kambodscha, 1975–1976 Staatsoberhaupt der Republik Khmer bzw. ab Januar 1976 des Demokratischen Kampuchea S. 573, 729<sup>4</sup>, 958, 1308, 1421, 1423
- Silbermann, Alphons** Professor für Massenkommunikation und Kunstsoziologie an der Universität zu Köln S. 1717
- Silva Herzog Flores, Jesús** mexikanischer Finanzminister S. 861
- Silvestrini, Achille** Erzbischof und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 1140<sup>13</sup>
- Simitis, Konstantinos („Kostas“)** griechischer Landwirtschaftsminister, seit 26. Juli 1985 Wirtschaftsminister S. 1851, 1853
- Simjanin, Michail Wassiljewitsch** Sekretär des ZK der KPdSU und stellvertretender Vorsitzender der Kommission des Nationalitätensowjet für auswärtige Angelegenheiten im Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 462, 466, 1749f., 1886
- Simons, Alfred Murray** Leiter der britischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien im Rang eines Botschafters bis April 1985 S. 442<sup>7</sup>
- Sindermann, Horst** Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Präsident der Volkskammer und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 774<sup>26</sup>, 1193
- Singer, Israel** Generalsekretär des World Jewish Congress S. 624, 1543f.
- Singh, Vishwanath Pratap** indischer Minister für Finanzen und Handel S. 1017<sup>7</sup>
- Šinigoj, Dušan** Vorsitzender des Exekutivrates der Republik Slowenien S. 766

- Sinowatz, Fred** Bundeskanzler der Republik Österreich und Bundesvorsitzender der SPÖ S. 650
- Sjaastad, Anders Christian** norwegischer Verteidigungsminister S. 436, 1548, 1728
- Skelton, Isaac Newton („Ike“)** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 1057–1059
- Śliwiński, Krzysztof** Journalist und Mitglied des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau S. 1730<sup>4</sup>
- Smalley, Robert M.** Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State, Bureau of Public Affairs) S. 1540<sup>15</sup>
- Smetana, Bedrich (Friedrich)** \*1824 †1881 S. 1162<sup>30</sup>
- Smidowitsch, Pjotr Apollonowitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 1867
- Smith, Anthony A.** Brigadegeneral und Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium bis Januar 1985 S. 232
- Smith, Gerard C.** 1969–1973 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde in Washington (Director, Arms Control and Disarmament Agency) sowie Leiter der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT), 1977–1980 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für Nichtverbreitung (Ambassador at Large and Special Representative for Non-Proliferation Matters) S. 1414<sup>2</sup>, 1415, 1630
- Smith, Gordon** stellvertretender Clerk of the Privy Council, seit 8. Januar 1985 Staatssekretär für politische Angelegenheiten im kanadischen Außenministerium (Deputy Minister for Political Affairs), seit 22. Oktober 1985 Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 578
- Smith, Ian Douglas** 1964–1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 586
- Smith, Roland H.** britischer Gesandter bei der Alliierten Kommandantur in Berlin S. 1130
- Soares, Mário Alberto Nobre Lopes** Ministerpräsident der Portugiesischen Republik bis 13. Juni 1985 S. 776
- Sofaer, Abraham D.** Richter in New York, seit 10. Juni 1985 Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium (Legal Adviser) S. 1459, 1629f.
- Sokni, Khalid** Mitarbeiter des Volkskommittees im Volksbüro (Botschaft) der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Bonn S. 894f.
- Sokolow, Sergeij Leonidowitsch** Marschall der Sowjetunion und Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 593, 672, 948f., 1034<sup>6</sup>
- Solarz, Stephen Joshua** Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 731, 1049
- Solymar, Laszlo** Professor für Ingenieurwissenschaften am Brasenose College der Universität Oxford S. 1740
- Somare, Michael T.** Ministerpräsident von Papua-Neuguinea bis 21. November 1985 **Dok. 93**
- Sommai Hontrakul** thailändischer Finanzminister S. 955
- Somogyi, Laszlo** ungarischer Minister für Bauwesen und Stadtentwicklung S. 1078<sup>11</sup>
- Son Sann** Anführer der „Khmer People's National Liberation Front“ und Ministerpräsident der kambodschanischen Exilregierung **Dok. 140** und S. 958
- Soon Kun Chung** Botschafter der Republik Korea (Südkorea) in Bonn S. 1003
- Spaak, Paul-Henri** 1954–1957 Außenminister des Königreichs Belgien S. 423<sup>29</sup>
- Spáčil, Dušan** Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bonn S. 50, 457f., 460f.
- Spadolini, Giovanni** italienischer Verteidigungsminister S. 436, 438f., 664<sup>29</sup>, 1045f., 1498<sup>7</sup>, 1725f., 1728f.
- Spaleke, Karl** 1978–1980 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 128<sup>8</sup>
- Späth, Lothar** Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU) und bis 31. Oktober 1985 Präsident des Bun-



- desrats, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU **Dok. 160** und S. 630, 848–851, 939
- Speakes, Larry Melvin** Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President and Principal Deputy Press Secretary) S. 468, 622, 1213<sup>22</sup>
- Specter, Arlen** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Pennsylvania (Republican Party) S. 622<sup>7</sup>, 625
- Spengler, Bruno** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Port Moresby S. 490 f., 493
- Spinelli, Altiero** Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden im Europäischen Parlament S. 103
- Spohn, Ulrich** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 179<sup>9</sup>, 986<sup>21</sup>, 1073<sup>1</sup>, 1769<sup>19</sup>, 1851<sup>1</sup>
- Stabreit, Immo** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt S. 158, 258, 417<sup>1</sup>, 482, 502<sup>1</sup>, 543<sup>1</sup>, 752, 766, 812<sup>1</sup>, 889<sup>1</sup>, 1191<sup>1</sup>, 1208<sup>1</sup>, 1336, 1362<sup>1</sup>, 1363, 1379, 1389, 1497<sup>1</sup>, 1589, 1740
- Stackelberg, Hans Heinrich Freiherr von** Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest, bis 10. Januar 1985 abgeordnet als Vertreter des Botschafters an die Botschaft in Reykjavik, seit 14. Januar 1985 im Referat 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen, Menschenrechtsfragen“ des Auswärtigen Amts, seit 9. April 1985 im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ S. 733<sup>1</sup>, 1060<sup>1</sup>, 1297<sup>1</sup>, 1300<sup>1</sup>, 1503<sup>2</sup>, 1504<sup>8</sup>, 1563<sup>1</sup>, 1841<sup>1+3</sup>
- Staden, Berndt von** Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt; 1980–1981 Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt; 1981–1983 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 12<sup>10</sup>, 207<sup>12</sup>
- Stalin, Jossif Wissarionowitsch** 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie 1941–1947 Volkskommissar für Verteidigung S. 45, 297<sup>32</sup>, 331, 334, 495<sup>3</sup>, 542, 592<sup>6</sup>, 595, 597<sup>26</sup>, 799, 850, 1186<sup>9</sup>, 1268, 1393, 1429, 1502, 1564<sup>4</sup>, 1570<sup>11</sup>, 1592, 1642, 1711<sup>28</sup>, 1781
- Stange Oelkers, Rudolfo** General der chilenischen Streitkräfte und Stellvertretender Generaldirektor der Carabineiros sowie stellvertretendes Mitglied der Militärregierung (Junta), seit August 1985 Mitglied der Militärregierung und Polizeichef S. 1272, 1373
- Stauffenberg, Claus Schenk Graf von** Oberst der Wehrmacht und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, am 21. Juli 1944 hingerichtet S. 1794<sup>21</sup>
- Staveley, Sir William** Admiral und Oberbefehlshaber der britischen Flotte sowie der Alliierten Streitkräfte im Ärmelkanal (CINCHAN) bzw. im östlichen Atlantik bis 1. August 1985, anschließend Oberbefehlshaber der britischen Marine (First Sea Lord) S. 229 f.
- Stavenhagen, Lutz** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, seit 4. September 1985 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 1523<sup>37</sup>, 1617, 1639, 1690<sup>8</sup>, 1696, 1702
- Stechel, Walter** Legationsrat im Referat 414 „Europa und weltweite Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung“ des Auswärtigen Amts S. 1340<sup>13</sup>
- Stechow, Christian von** Referent für Sicherheitspolitik im Arbeitskreis I der FDP-Fraktion im Bundestag S. 1079
- Stefanowicz, Janusz** Botschafter der Volksrepublik Polen in Paris S. 1780
- Steffler, Christel** Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam S. 679<sup>10+11</sup>, 681<sup>17</sup>
- Steger, Hans Alfred** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wellington,

- seit 5. Juni 1985 Botschafter in Sofia S. 491<sup>4</sup>
- Stehr, Uwe** Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Fraktion im Bundestag S. 1258
- Stein, Edith** Philosophin und katholische Ordensschwester, 1942 im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ermordet S. 1794
- Stein, Hans Freiherr von** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 775<sup>32</sup>, 1324<sup>12</sup>, 1801<sup>28</sup>
- Steinberg, Elan** Direktor der amerikanischen Sektion des World Jewish Congress S. 623 f.
- Steiner, Michael** Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amtes S. 130<sup>1</sup>, 1788<sup>24</sup>
- Steinkopff, Klaus-Christoph** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 183<sup>+4</sup>, 21<sup>14</sup>, 185<sup>33</sup>, 229<sup>11</sup>, 257<sup>15</sup>, 367<sup>9</sup>, 491<sup>4</sup>, 572<sup>11</sup>, 859<sup>23</sup>, 1057<sup>7</sup>, 1222<sup>7</sup>, 1353<sup>4</sup>
- Steinkühler, Manfred** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris; 1980–1984 Vortragender Legationsrat bzw. seit 1981 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt S. 527<sup>7</sup>, 569<sup>16</sup>
- Stelmachowski, Andrzej** Professor an der Universität Warschau S. 1146
- Stern, Ernst Günter** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 22 „BM für innerdeutsche Beziehungen, Beziehungen zur DDR, Berlin-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 1837<sup>5</sup>
- Stern, Klaus** Professor und Direktor des Instituts für öffentliches Recht und Verwaltungslehre an der Universität zu Köln S. 40
- Štimac** S. 113
- Stockdale, James B.** ehemaliger Admiral der amerikanischen Streitkräfte und Vorsitzender der „President's Commission on White House Fellowships“ S. 1052
- van der Stoel, Max** 1973–1977 und 1981–1982 Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 123<sup>9</sup>
- Stoessel, Walter John, Jr.** vom 11. März bis Juni 1985 Vorsitzender der amerikanischen Chemical Warfare Review Commission; 1976–1981 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn S. 12, 414<sup>15</sup>
- Stoffaës** siehe: *Sauzay-Stoffaës, Brigitte*
- Stoltenberg, Gerhard** Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestages sowie stellvertretender Vorsitzender der CDU **Dok. 325** und S. 82, 84<sup>20</sup>, 162, 230<sup>15</sup>, 265<sup>25</sup>, 284<sup>11</sup>, 400, 403, 550, 812, 845<sup>20</sup>, 875, 877, 923, 1040, 1334, 1342, 1569<sup>9</sup>, 1584, 1596, 1621, 1622<sup>16+17</sup>, 1637<sup>16</sup>, 1766<sup>9</sup>, 1852
- Stomma, Stanisław** Publizist und Mitglied des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau S. 1730<sup>4</sup>
- Stone, Richard Bernard** 1983–1984 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten für Mittelamerika (Ambassador at Large and the President's Special Envoy for Central America) S. 192
- Strassera, Julio César** argentinischer Generalstaatsanwalt S. 1372<sup>38</sup>
- Strauß, Franz Josef** Ministerpräsident des Freistaats Bayern und Vorsitzender der CSU sowie Vorsitzender des Aufsichtsrats von Airbus Industrie; 1956–1962 Bundesminister für Verteidigung bzw. ab Dezember 1961 Bundesminister der Verteidigung **Dok. 272** und S. 166 f., 273, 274<sup>6</sup>, 429<sup>5</sup>, 431<sup>9</sup>, 759<sup>20</sup>, 836<sup>5</sup>, 939, 1042<sup>3</sup>, 1192, 1450<sup>7</sup>, 1479, 1734, 1751, 1871<sup>20</sup>
- Stray, Sverre Thorkild** Außenminister des Königreichs Norwegen S. 778<sup>8</sup>, 1456, 1803, 1809–1811
- Streicher, Julius** 1923–1944 Herausgeber der antisemitischen Wochenzeitung „Der Stürmer“ und 1929–1940 Gauleiter der NSDAP von Franken S. 658
- Strenziok, Gert** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt **Dok. 179** und S. 127<sup>1</sup>, 431<sup>10</sup>, 520<sup>1</sup>, 689<sup>9</sup>, 691<sup>13</sup>, 894, 895<sup>8</sup>

- Stresemann, Gustav** 1923 Reichskanzler und 1923–1929 Außenminister des Deutschen Reichs S. 159, 887
- Stroessner Matiauda, Alfredo** Präsident der Republik Paraguay S. 359
- Ströhm, Carl Gustaf** Osteuropa-Korrespondent der Tageszeitung „Die Welt“ S. 135<sup>4</sup>, 140<sup>17</sup>
- Stronk, Christian** Senatsdirektor für Wirtschaft und Verkehr, seit März 1985 Chef der Staatskanzlei von Berlin S. 1129–1131, 1194, 1335, 1799<sup>18</sup>
- Štrougal, Lubomír** Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 616, 1313<sup>16</sup>, 1316<sup>25</sup>
- Stüdemann, Dietmar** Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amtes S. 408<sup>1+3</sup>, 495<sup>1</sup>, 497<sup>6</sup>
- Studnitz, Ernst-Jörg von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik; Koordinierung der deutsch-amerikanischen zwischen gesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“ im Auswärtigen Amt **Dok. 35, 193, 194, 322** und S. 44<sup>1</sup>, 353<sup>1</sup>, 502<sup>1</sup>, 529<sup>1</sup>, 541<sup>1</sup>, 621<sup>1</sup>, 890<sup>4+8</sup>, 891<sup>11</sup>, 889<sup>1</sup>, 917<sup>1</sup>, 1050<sup>1</sup>, 1201, 1298<sup>6+7</sup>, 1322, 1449<sup>3</sup>, 1525<sup>1</sup>, 1543<sup>1</sup>, 1544<sup>6</sup>, 1657<sup>1</sup>, 1670<sup>1</sup>, 1814<sup>1</sup>
- Stukalin, Boris Iwanowitsch** Leiter der Abteilung des ZK der KPdSU für Kultur und Propaganda bis Juli 1985, anschließend Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Budapest S. 1078
- Stülpnagel, Paul-Joachim von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 413 „Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Nichtverbreitung, der nuklearen Forschung und der Weltraumerschließung; EURATOM, OECD-NEA, IAEO“ im Auswärtigen Amt **Dok. 182, 340** und S. 917<sup>1</sup>, 918<sup>6</sup>, 1379<sup>1</sup>, 1611<sup>10</sup>, 1755<sup>11</sup>
- Stürmer, Michael** Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen S. 1890
- Sudhoff, Jürgen** Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt sowie stellvertretender Sprecher der Bundesregierung bis 14. Oktober 1985, anschließend Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ im Auswärtigen Amt S. 889, 1023<sup>33</sup>, 1080, 1512<sup>1</sup>, 1520<sup>19</sup>, 1613<sup>1</sup>, 1615<sup>6</sup>, 1752, 1762<sup>3</sup>
- Sulimma, Hans-Günter** Ministerialdirigent und Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amtes mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 227** und S. 77<sup>24</sup>, 153<sup>1</sup>, 187, 527<sup>1</sup>, 585<sup>1</sup>, 590<sup>21+23</sup>, 729<sup>3</sup>, 838<sup>14+17</sup>, 979<sup>46</sup>, 1053<sup>13</sup>, 1478<sup>26</sup>
- Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud** saudi-arabischer Zweiter Stellvertretender Ministerpräsident sowie Minister für Verteidigung und Luftfahrt S. 172, 484, 1452, 1478<sup>26</sup>
- Sultanik, Kalman** Vizepräsident des World Jewish Congress und Mitglied des Committee of the U.S. Holocaust Memorial Council S. 1543
- Sun Rongmin** chinesischer Dolmetscher S. 795, 1752
- Suslow, Michail Andrejewitsch** 1955–1966 Mitglied des Präsidiums bzw. 1966–1982 des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 335, 338
- Sutherland, Sir Iain** Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Moskau bis Juli 1985 S. 505, 593, 598, 770
- Sverdrup, Jakob** Direktor des norwegischen Nobelinstituts S. 1734<sup>7</sup>
- Świącicki, Andrzej** Vorsitzender des Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau S. 1730<sup>4</sup>
- Symphher, Peter** Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York S. 623<sup>12</sup>
- Sytschow, Wjatscheslaw Wladimiro-witsch** Generalsekretär des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe S. 852<sup>12</sup>, 883<sup>21</sup>, 906<sup>3</sup>, 910, 911<sup>19</sup>, 970<sup>3</sup>, 1106<sup>29</sup>, 1162<sup>29</sup>, 1182<sup>19</sup>, 1215<sup>27</sup>, 1521<sup>25</sup>

- Szalaijda, Zbigniew Karol** polnischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 845, 850, 1320, 1646
- Szurös, Mátyás** Sekretär für Auswärtige Beziehungen des ZK der USAP; 1979–1982 Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Moskau **Dok. 326** und S. 1177, 1684, 1686
- Takeshita, Noboru** Finanzminister von Japan S. 546, 1334
- Taliadouros, Athanassios** 1980–1981 griechischer Minister für nationale Bildung und religiöse Angelegenheiten S. 477
- Talisman, Mark** Vizevorsitzender des United States Holocaust Memorial Council S. 623
- Talmine, Mustafa** S. 690
- Tambo, Oliver Reginald** Präsident des südafrikanischen ANC, seit 1960 im Exil S. 588, 872, 873<sup>9</sup>
- Tandecki, Hans-Peter** Generalleutnant und Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuß der NATO in Brüssel; 1979–1984 Generalmajor und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 275 f., 1677<sup>4</sup>
- Tarua, Iinome Frank** Hoher Kommissar von Papua-Neuguinea in London und zugleich als Botschafter in Bonn akkreditiert S. 490, 491<sup>3</sup>
- Taylor, James H.** Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters, seit 1. September 1985 Staatssekretär im kanadischen Außenministerium (Under-Secretary of State for External Affairs) S. 1456
- Tecel, Necdet** Staatssekretär im türkischen Außenministerium S. 984<sup>17</sup>, 1767<sup>14</sup>
- Teitgen, Pierre-Henri** 1953–1954 französischer stellvertretender Ministerpräsident; 1952–1954 Vizepräsident der Ad-hoc-Versammlung für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft und Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS in Straßburg, 1945–1958 Mitglied der französischen Nationalversammlung S. 791
- Teller, Edward** Professor emeritus für Physik an der University of California in Berkeley S. 259, 903, 1381
- Teltschik, Horst** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, Äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts **Dok. 260** und S. 25, 57<sup>27</sup>, 59, 153, 258<sup>1</sup>, 265<sup>25</sup>, 268, 346, 356<sup>25</sup>, 357, 367<sup>19</sup>, 386<sup>1</sup>, 417<sup>1</sup>, 482<sup>1</sup>, 490<sup>1</sup>, 543<sup>1</sup>, 564<sup>1</sup>, 593<sup>9</sup>, 654, 669, 676<sup>1</sup>, 714<sup>28</sup>, 717<sup>39</sup>, 724<sup>22</sup>, 741, 790, 792, 794 f., 889, 911<sup>2</sup>, 918<sup>26</sup>, 920<sup>11</sup>, 924, 1094, 1122<sup>3</sup>, 1191<sup>1</sup>, 1208<sup>1</sup>, 1266, 1379, 1381, 1391<sup>17</sup>, 1396, 1406, 1418<sup>1</sup>, 1427<sup>1</sup>, 1448<sup>1</sup>, 1471, 1497<sup>1</sup>, 1498 f., 1617, 1640<sup>1</sup>, 1651<sup>1</sup>, 1681<sup>1</sup>, 1702, 1821
- Tempel, Heinz** Attaché, vom 7. Januar bis 8. März 1985 an das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Lüttich abgeordnet, seit 28. März 1985 Legationssekretär und seit 1. April 1985 im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts S. 964<sup>1</sup>, 1013<sup>1</sup>, 1057<sup>1</sup>, 1362<sup>1</sup>, 1389<sup>1</sup>, 1418<sup>1</sup>, 1441<sup>1</sup>, 1463<sup>1</sup>, 1512<sup>1</sup>, 1525<sup>1</sup>, 1626<sup>3</sup>
- Terechow, Wladislaw Petrowitsch** Gesandter und Vertreter des sowjetischen Botschafters in Bonn S. 97, 99, 101 f., 457–462, 1094–1096, 1170
- Terfloth, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki; 1980–1984 Botschafter in Islamabad S. 346<sup>4</sup>
- Teshima, Reishi** Staatssekretär im japanischen Außenministerium S. 548
- Thälmann, Ernst** 1925–1933 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands S. 595<sup>19</sup>
- Thatcher, Margaret** Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 13, 129, 290, 323** und S. 4, 49, 78 f., 121, 159 f., 166, 265, 303, 336, 354, 356<sup>25</sup>, 369, 376, 380, 388, 422, 497, 499, 566, 568, 570, 575, 706, 716, 757, 791, 797, 800, 912, 927, 929, 1046 f., 1135, 1194, 1263<sup>4</sup>, 1266, 1274, 1389 f., 1392, 1394 f., 1409,

- 1415<sup>8</sup>, 1416, 1433<sup>8</sup>, 1485<sup>5</sup>, 1487<sup>15</sup>, 1522<sup>34</sup>, 1536, 1588, 1641, 1663, 1702, 1728, 1745, 1828, 1877
- Thiele, Rüdiger** Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 41 „Europäische Wirtschaftsintegration“ im Bundeskanzleramt S. 1696
- Thielmann, A. Gregory** Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis 3. Juni 1985 S. 531<sup>13</sup>
- Thomas von Aquin** \*um 1225 †1274 S. 131
- Thomas, Derek Morison David** Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State and Political Director) **Dok. 193, 194** und S. 8–10, 55<sup>16</sup>, 613<sup>42</sup>, 800, 807f., 1327, 1328<sup>13</sup>, 1684–1686, 1708
- Thomas, Joseph** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. April 1985 S. 530<sup>7</sup>
- Thorn, Gaston Egmond** Präsident der EG-Kommission bis 5. Januar 1985 S. 85<sup>22</sup>, 110<sup>25</sup>, 424<sup>34</sup>
- Thursz, Daniel** Vizepräsident von B'nai B'rith International **Dok. 282**
- Tichonow, Nikolaj Alexandrowitsch** Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis 27. September 1985 und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU bis 15. Oktober 1985 S. 150, 408–410, 658, 945<sup>3</sup>, 971, 974, 1000, 1416, 1869<sup>2</sup>, 1873
- Tiedge, Hansjoachim** Regierungsdirektor und Gruppenleiter in der für die Spionageabwehr zuständigen Abteilung IV des Bundesamtes für Verfassungsschutz bis zu seinem Übertritt in die DDR am 19. August 1985 S. 1191f.
- Tietmeyer, Hans** Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 79<sup>4</sup>, 82, 545–547, 560<sup>24</sup>, 942<sup>15</sup>, 1524, 1637, 1696, 1701
- Timmermann, Klaus** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 585, 591<sup>24</sup>, 873<sup>9</sup>
- Tindemans, Leonard Clemence (Leo)** Außenminister des Königreichs Belgien **Dok. 128** und S. 122–124, 126, 214f., 217f., 284<sup>8</sup>, 512, 514, 630, 778<sup>8</sup>, 1139, 1147, 1259, 1456, 1461, 1803, 1809–1811
- Tinoco, Victor Hugo** stellvertretender nicaraguanischer Außenminister S. 188<sup>10</sup>, 357<sup>5</sup>
- Tintor, Branko** Gesandter an der jugoslawischen Botschaft in Bonn bis 17. August 1985, anschließend Mitarbeiter im jugoslawischen Außenministerium S. 114, 669
- Tito, Josip Broz** 1937–1980 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Jugoslawiens bzw. des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens und 1953–1980 Präsident der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bzw. der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 752–755, 798, 802, 818, 823<sup>15</sup>, 1856
- Toda** Dolmetscher im japanischen Außenministerium S. 548
- Todenhöfer, Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 257<sup>15</sup>, 1165–1167, 1169
- Tolkunow, Lew Nikolajewitsch** Vorsitzender des Unionssowjet des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1748<sup>2</sup>, 1891
- Tolstoj, Lew Nikolajewitsch** \*1828 †1910 S. 1143
- Tomášek, František** Kardinal und Erzbischof von Prag S. 51
- Tötterman, Richard** Botschafter der Republik Finnland in Bern und Sonderbotschafter zur Vorbereitung der Feiern zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte in Helsinki S. 213<sup>35</sup>
- Tower, John Goodwin** Senator für den amerikanischen Bundesstaat Texas (Republican Party) und Vorsitzender des Militärausschusses des Senats bis 3. Januar 1985, seit 18. Januar 1985 Leiter der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (START) in Genf **Dok. 86** und S. 98, 332, 521–523, 540, 1048f., 1096, 1350f., 1465, 1486, 1507<sup>8+9</sup>
- al-Treiki, Ali** Außenminister der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 895<sup>9</sup>, 1188

- Treviranus, Hans** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 501 „Völkerrechtliche Verträge“ im Auswärtigen Amt S. 1652<sup>10</sup>
- Trichet, Jean-Claude** Abteilungsleiter im französischen Schatzamt (Direction du Trésor) und Vorsitzender des Pariser Clubs der Gläubigerstaaten S. 310<sup>17</sup>
- Trudeau, Pierre Elliott** 1968–1979 und 1980–1984 Ministerpräsident von Kanada S. 152<sup>32</sup>, 1279<sup>19</sup>
- Truman, Harry S.** 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 297<sup>32</sup>, 1640
- Trumpf, Jürgen** Vortragender Legationsrat I. Klasse bzw. seit 16. Januar 1985 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts, seit 8. Juli 1985 Leiter der Unterabteilung 41 **Dok. 151, 177** und S. 269, 273, 714<sup>28</sup>, 852<sup>13</sup>, 911<sup>1</sup>, 925<sup>6</sup>, 1009<sup>6</sup>, 1379<sup>1</sup>, 1516<sup>1</sup>, 1696<sup>1</sup>, 1698<sup>5</sup>, 1776<sup>3</sup>, 1851
- Tschajkowskij, Pjotr Iljitsch** \* 1840 † 1893 S. 887, 1162<sup>30</sup>
- Tschasow, Jewgenij Iwanowitsch** sowjetischer Stellvertretender Gesundheitsminister, Mitglied des ZK der KPdSU und Ko-Präsident der Organisation „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ **Dok. 331**
- Tschebrikow, Wiktor Michajlowitsch** Vorsitzender des Komitees für Staatssicherheit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (KGB), Mitglied des ZK und seit April 1985 des Politbüros des ZK der KPdSU S. 948
- Tschernenko, Anna Dmitrijewna** Ehefrau von Konstantin U. Tschernenko S. 408<sup>3</sup>
- Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch** Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bis zu seinem Tod am 10. März 1985 S. 5, 30, 32<sup>5</sup>, 37, 65 f., 88, 149, 159 f., 260, 334 f., 337, 339<sup>3</sup>, 346, 348<sup>13</sup>, 353<sup>2</sup>, 369<sup>19</sup>, 371, 377, 389, 404<sup>2</sup>, 408 f., 463–465, 608, 618, 620<sup>23</sup>, 677, 758, 760, 841<sup>2</sup>, 850<sup>7</sup>, 907, 946, 970, 1161, 1208, 1217, 1490, 1708, 1873<sup>27</sup>
- Tschernyschew, Albert Sergejewitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 1525
- Tscherwow, Nikolaj Fjodorowitsch** Generaloberst im sowjetischen Generalstab und Abteilungsleiter im sowjetischen Verteidigungsministerium S. 34, 366, 1049
- Tugendhat, Christopher** Vizepräsident und Mitglied (zuständig für Haushalt und Finanzkontrolle, Finanzinstitutionen und Steuern) der EG-Kommission bis 5. Januar 1985 S. 76<sup>21</sup>
- Tunney, John Varick** 1971–1977 Senator für den amerikanischen Bundesstaat Kalifornien (Democratic Party) S. 89<sup>8</sup>
- Turgot, Anne Robert Jacques, Baron de l'Aulne** \* 1727 † 1781 S. 86
- Türkcs, Alparslan** 1965–1969 Vorsitzender der türkischen Republikanischen Bauern-Volkspartei, anschließend Vorsitzender der Partei der Nationalistischen Bewegung bis zu deren Verbot 1980 S. 482<sup>3</sup>
- Tutu, Desmond Mpilo** Bischof der anglikanischen Kirche der Provinz Südafrika und seit 3. Februar 1985 Bischof von Johannesburg S. 590<sup>25</sup>
- Tzermias, Pavlos** Leiter des Zentrums für Politische und Soziale Studien in Athen sowie Dozent für neugriechische Sprache und Literatur an der Universität Zürich S. 477
- Ueberschaer, Hans-Christian** Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking, seit 1. August 1985 Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 213 „Weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika“ im Bundeskanzleramt S. 1512<sup>1</sup>
- Ulbricht, Walter** 1950–1971 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär des ZK der SED; 1960–1973 Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 1365
- Undurraga, Vasco** Botschafter der Republik Chile in Bonn S. 738

- Ungerer, Werner** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts, seit 23. Juli 1985 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 15, 65, 97, 99, 119, 143** und S. 54<sup>16</sup>, 77<sup>26</sup>, 142<sup>1</sup>, 153<sup>1</sup>, 158<sup>1</sup>, 163<sup>23</sup>, 192<sup>19</sup>, 393, 395<sup>9</sup>, 424<sup>31</sup>, 472<sup>5</sup>, 526<sup>13</sup>, 566, 652f., 716<sup>36</sup>, 717<sup>39</sup>, 790<sup>1</sup>, 845<sup>20</sup>, 911<sup>19</sup>, 917<sup>1</sup>, 920<sup>10</sup>, 921<sup>10</sup>, 923<sup>18</sup>, 923<sup>27+29</sup>, 1042<sup>5</sup>, 1098<sup>7</sup>, 1260<sup>9</sup>, 1517<sup>8</sup>, 1524<sup>39</sup>, 1620<sup>9+13</sup>, 1622<sup>17</sup>, 1639<sup>21</sup>
- Ungern-Sternberg, Michael Freiherr von** Legationssekretär im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums sowie Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP)“ bzw. „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Rechtsfragen, Beitritte, EG-Haushalt“ des Auswärtigen Amts S. 1160<sup>19</sup>
- Ungo, Guillermo Manuel** Vorsitzender des salvadorianischen Frente Democrático Revolucionario S. 1559
- al-Uraibi, Kasim Achmed Taki** irakischer Erdölminister S. 484
- Urban, Jerzy** Pressesprecher der polnischen Regierung S. 852<sup>15</sup>
- Urbina Lara, José Manuel** nicaraguanischer Student S. 188<sup>8</sup>, 189<sup>14</sup>
- Ussytschenko, Leonid Grigorjewitsch** Mitarbeiter im sowjetischen Außenministerium S. 97, 297<sup>31</sup>, 1112
- Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch** Marschall der Sowjetunion und 1976–1984 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU sowie Verteidigungsminister S. 93<sup>18</sup>, 758
- Uthmann, Jörg von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen, Blockfreienbewegung, Islamische Konferenz, Ausrüstungshilfe“ im Auswärtigen Amt bis zu seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Dienst am 31. Juli 1985 S. 299<sup>44</sup>
- Văduva, Ilie** Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien seit 12. November 1985 S. 1099<sup>15</sup>
- Valdés Subercaseaux, Pío Gabriel** Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles, 1964–1970 Außenminister der Republik Chile S. 418, 737<sup>4</sup>, 739, 1272f., 1371–1373
- del Valle Aliende, Jaime** Außenminister der Republik Chile S. 740, 1372
- Vance, Cyrus Roberts** 1977–1980 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1458
- Vanik, Charles Albert** 1955–1981 Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 1494
- Várkonyi, Péter** Außenminister der Ungarischen Volksrepublik und Sekretär des ZK der USAP S. 401<sup>12</sup>, 879f., 886<sup>26</sup>, 888<sup>34</sup>, 1143, 1163, 1177, 1349, 1703<sup>8</sup>, 1704<sup>9</sup>
- Vauzelle, Michel** Pressesprecher des französischen Staatspräsidenten S. 1832
- Väyrynen, Paavo** Außenminister der Republik Finnland S. 1101, 1141<sup>15</sup>, 1142–1144
- Vaz Pereira, António Augusto Marques da Costa** Leiter der Ständigen Vertretung der Portugiesischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 436
- Vázquez, Rafael Maximiano** Botschafter der Republik Argentinien in Brasília S. 382
- Védrine, Hubert** Mitarbeiter im französischen Präsidialamt und außenpolitischer Berater des französischen Staatspräsidenten S. 790, 803<sup>4</sup>, 1821, 1845
- Vejvoda, Milos** Leiter der Delegation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1840<sup>13</sup>
- Velayati, Ali Akbar** Außenminister der Islamischen Republik Iran S. 412<sup>9</sup>, 1186, 1285

- Venzlaff, Dietrich** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika“ im Auswärtigen Amt S. 527<sup>1</sup>
- Vergau, Hans-Joachim** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Südliches Afrika und Ostafrika“ im Auswärtigen Amt, seit 20. Februar 1985 Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 589<sup>19</sup>
- Vetter, Heinz Oskar** 1969–1982 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) S. 478
- Vidal, Jean** Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affaires économiques et financières) seit Januar 1985 S. 790, 1344
- Viljoen, Constand** General und Oberbefehlshaber der südafrikanischen Streitkräfte S. 871<sup>2+3</sup>
- Villalobos, Joaquin** Anführer der Guerrillagruppe „Ejército Revolucionario Popular“ in El Salvador S. 749
- Vogel, Bernhard** Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und Mitglied des Bundesvorstands der CDU S. 1794 f.
- Vogel, Friedrich** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Staatsminister im Bundeskanzleramt S. 838
- Vogel, Hans-Jochen** Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 431, 1295<sup>7</sup>, 1650, 1731<sup>8</sup>
- Vogel, Heinrich** Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln S. 1741
- Vogel, Wolfdietrich** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Accra; 1980–1984 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amtes S. 1187<sup>13</sup>
- Vogel, Wolfgang** Rechtsanwalt und Persönlicher Beauftragter des Staatsratsvorsitzenden der DDR für die Lösung humanitärer Probleme S. 51
- Vogeler, Wilfried** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 1020<sup>17+18</sup>
- Vogt, Edwin** Direktor für Programmplanung von IBM Deutschland S. 1737 f.
- Volcker, Paul Adolph** Präsident der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) S. 327<sup>7</sup>
- Vollers, Claus** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen; Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ im Auswärtigen Amt S. 1289<sup>19</sup>
- Vollmar-Libal, Sabine** Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 221** und S. 48<sup>19</sup>, 830<sup>5</sup>, 1030<sup>11</sup>, 1669<sup>12</sup>
- Vorster, Balthazar Johannes** 1966–1978 Ministerpräsident der Republik Südafrika S. 586 f.
- Vorwerk, Wolfgang** Legationsrat I. Klasse im Referat 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen“ des Auswärtigen Amtes, seit 5. März 1985 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 690<sup>10</sup>
- Vreven, Alfred** belgischer Verteidigungsminister bis 27. November 1985 S. 436, 438, 512, 1549 f., 1728
- Waffenschmidt, Horst** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern S. 314<sup>32</sup>
- Wagner, Gerd** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 611<sup>39</sup>
- Wagner, Richard** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jamaika S. 1522<sup>34</sup>
- Wagner, Richard L.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant to the Secretary of Defense (Atomic Energy) and Chairman, Military Liaison Committee to the Department of Energy) und Vorsitzender der Senior Level Weapons Protection Group der NATO S. 439
- Waheed, Abdul** Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Bonn seit 8. Januar 1985 S. 744<sup>15</sup>, 1368



- Waigel, Theo** Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der CSU-Landesgruppe S. 392, 1751
- Waldheim, Kurt** 1972–1981 Generalsekretär der Vereinten Nationen, seit 2. März 1985 Kandidat der Österreichischen Volkspartei für das Amt des Bundespräsidenten der Republik Österreich S. 729<sup>3</sup>, 1235<sup>8</sup>
- Waldner, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Referate 116 „Bibliothek und Dokumentation“ sowie 117 „Politisches Archiv und Historisches Referat“ im Auswärtigen Amt S. 94<sup>1</sup>, 95<sup>15</sup>
- Wałęsa, Lech** Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft Solidarność im Untergrund S. 1145, 1147f., 1730–1732, 1733<sup>17</sup>, 1780, 1789, 1793
- Wallau, Theodor** Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 133** und S. 185<sup>32</sup>, 201<sup>18</sup>, 413<sup>13</sup>, 414<sup>15</sup>, 434<sup>17</sup>, 436<sup>22</sup>, 578<sup>9</sup>, 622<sup>9</sup>, 692<sup>9</sup>, 781<sup>27</sup>, 810<sup>31</sup>, 828<sup>8</sup>, 1027<sup>18+19</sup>, 1054<sup>14</sup>, 1057<sup>6</sup>, 1283<sup>17</sup>, 1290<sup>3</sup>, 1326<sup>21</sup>, 1414<sup>3</sup>, 1454<sup>21</sup>, 1476<sup>17</sup>, 1507<sup>8+9</sup>, 1576<sup>13</sup>, 1778<sup>6</sup>, 1806<sup>18</sup>, 1883<sup>7</sup>
- Walters, Vernon Anthony** Generalleutnant und Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten bis Mai 1985, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York im Rang eines Botschafters S. 194, 1322
- Wand, Karl** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luanda bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Januar 1985 S. 591<sup>24</sup>
- Wang Hung-wen** 1973–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und Stellvertretender Vorsitzender des ZK S. 798
- Warnke, Jürgen** Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 163, 676<sup>1</sup>, 679, 728, 813<sup>6</sup>, 1078, 1519<sup>18</sup>, 1595, 1770<sup>21</sup>
- Wassew, Wladillen Michajlowitsch** Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium S. 780<sup>22</sup>
- Wassilikos, Stylianos** Leiter der Ständigen Vertretung der Hellenischen Republik bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 436, 778<sup>8</sup>, 992<sup>12</sup>
- Watanabe, Koji** Leiter des Planungsstabs im japanischen Außenministerium S. 49
- Weber, Gerhard** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 118 „Geheimschutz und Sicherheit“ im Auswärtigen Amt S. 127<sup>3</sup>
- Weber, Heinz** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 59, 273, 1389, 1471, 1480
- Weber, Juliane** Leiterin des Büros des Bundeskanzlers Kohl S. 258<sup>1</sup>
- Wechmar, Rüdiger Freiherr von** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London; 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 61<sup>13</sup>, 71, 73<sup>6</sup>, 427<sup>4</sup>, 619<sup>22</sup>, 723<sup>21</sup>, 901<sup>24</sup>, 920<sup>15</sup>, 927<sup>13</sup>, 1228<sup>11</sup>, 1236<sup>12</sup>, 1287<sup>11</sup>, 1580<sup>24</sup>, 1612<sup>12</sup>, 1728<sup>18</sup>
- Weckbach, Stefan** Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo S. 748<sup>1</sup>
- Wegener, Henning** Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Abrüstungskonferenz (CD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 121<sup>20</sup>, 411<sup>2</sup>, 412, 450f., 576<sup>4</sup>, 632<sup>5</sup>, 867<sup>16</sup>, 960, 962<sup>13</sup>, 963, 1058<sup>9</sup>, 1080f., 1403<sup>12</sup>, 1837, 1839f.
- Wegner, Helmut** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 610 „Regionale und bilaterale Grundsatzfragen; Planung und Koordinierung der regionalen und bilateralen kulturpolitischen Zusammenarbeit mit Westeuropa, Osteuropa, USA, Kanada, Japan, China, Australien, Neuseeland; Kulturabkommen; Kulturreferententagungen“ im Auswärtigen Amt S. 313<sup>30</sup>
- Weil, Christof** Attaché bzw. seit 28. März 1985 Legationssekretär im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, seit 1. April 1985 im Re-

- ferat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ S. 504<sup>1</sup>, 505<sup>4</sup>, 1033<sup>4</sup>, 1335<sup>40</sup>, 1797<sup>8</sup>
- Weinberger, Caspar Willard** amerikanischer Verteidigungsminister S. 5, 16<sup>12</sup>, 29, 130–133, 228, 257, 259, 266 f., 275, 332, 380<sup>19</sup>, 432–436, 438 f., 461, 505, 515, 618 f., 656<sup>8</sup>, 659, 699<sup>16</sup>, 706, 709<sup>13</sup>, 722, 733, 735, 828, 859<sup>23</sup>, 903, 917, 1055, 1058<sup>8</sup>, 1136, 1197, 1264, 1433, 1479, 1535, 1546–1551, 1580 f., 1603, 1627, 1632, 1662<sup>17</sup>, 1691, 1725–1729, 1879, 1883
- Weiskirch, Willi** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, seit 14. März 1985 Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages S. 184, 994<sup>23</sup>
- Weiß, Andreas** Vortragender Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 628<sup>1</sup>, 641
- Weiß, Gebhardt** Legationsrat I. Klasse bzw. seit 18. Oktober 1985 Vortragender Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts **Dok. 84** und S. 365<sup>1</sup>, 460<sup>8</sup>, 463<sup>1</sup>, 905<sup>1</sup>, 945<sup>2</sup>, 1165<sup>1</sup>, 1670<sup>1</sup>
- Weiß, Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 322<sup>9</sup>, 841<sup>1</sup>, 1091<sup>34</sup>, 1650<sup>32</sup>, 1788<sup>1</sup>, 1791<sup>14</sup>, 1794<sup>22</sup>
- Weizman, Ezer** israelischer Minister ohne Geschäftsbereich bis Januar 1985, anschließend Minister für die Beziehungen zu den arabischen Staaten; 1977–1980 Verteidigungsminister S. 274, 388<sup>9</sup>, 1190, 1445 f.
- Weizsäcker, Richard Freiherr von** Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1981–1984 Regierender Bürgermeister von Berlin und Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin (CDU) **Dok. 30, 163** und S. 46, 57<sup>22</sup>, 69, 73, 100 f., 204, 241, 243, 271<sup>12</sup>, 273, 291, 312<sup>25</sup>, 491<sup>3</sup>, 599, 616, 727, 843, 845, 848, 887, 1074, 1083, 1091, 1129, 1193 f., 1273, 1288, 1300, 1410<sup>2</sup>, 1445<sup>2</sup>, 1447<sup>12</sup>, 1448, 1471, 1543, 1593, 1694, 1718 f., 1723, 1754, 1833<sup>20</sup>
- Welch, Thomas J.** Mitarbeiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant to the Secretary of Defense, Atomic Energy) S. 632<sup>5</sup>, 834
- van Well, Günther** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington; 1977–1981 Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 72, 77, 95, 200, 263, 264, 289, 293, 298** und S. 4<sup>9</sup>, 5<sup>13</sup>, 9, 12, 28<sup>10</sup>, 77<sup>26</sup>, 123<sup>5</sup>, 188<sup>10</sup>, 189<sup>11</sup>, 226<sup>2</sup>, 327<sup>7</sup>, 355<sup>17</sup>, 359<sup>12</sup>, 366<sup>6</sup>, 380, 392, 456<sup>24</sup>, 548<sup>4</sup>, 556, 600, 612<sup>41</sup>, 622<sup>7</sup>, 624<sup>13+14</sup>, 625<sup>15</sup>, 636<sup>11</sup>, 682<sup>2</sup>, 685<sup>8</sup>, 687<sup>13</sup>, 692, 695<sup>22</sup>, 775<sup>28–30</sup>, 781<sup>23</sup>, 828<sup>10</sup>, 834<sup>4</sup>, 859<sup>23</sup>, 891<sup>11</sup>, 892<sup>14</sup>, 950<sup>17</sup>, 980<sup>16</sup>, 1028<sup>8</sup>, 1054<sup>15</sup>, 1057<sup>4</sup>, 1058<sup>8</sup>, 1060<sup>13</sup>, 1117<sup>18</sup>, 1162<sup>27</sup>, 1213<sup>22</sup>, 1220<sup>8</sup>, 1257<sup>16</sup>, 1306<sup>21+23</sup>, 1308<sup>33</sup>, 1322, 1367<sup>17</sup>, 1413<sup>2</sup>, 1414<sup>4</sup>, 1437<sup>17</sup>, 1455<sup>24</sup>, 1480, 1482<sup>20</sup>, 1486<sup>13</sup>, 1487<sup>15</sup>, 1498, 1593<sup>19</sup>, 1720<sup>17</sup>, 1755<sup>10</sup>, 1857<sup>31</sup>, 1884<sup>14</sup>
- Wendler, Hans-Jürgen** Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 1715<sup>2</sup>
- Werner, Pierre** 1979–1984 Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg S. 22<sup>3</sup>, 1633 f., 1638<sup>19</sup>
- Weste, Hans-Joachim** Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1061<sup>9</sup>
- Weston, John** stellvertretender Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State, Defence Department) bis Juli 1985, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Paris S. 119, 121
- Westphal, Heinz** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und dessen Vizepräsident S. 1098, 1751
- Weyel, Gudrun** Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1563
- Wieck, Hans-Georg** Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 2. Oktober 1985, anschließend Präsident des Bundesnachrichtendienstes **Dok. 4, 149, 150, 155** und S. 63<sup>17</sup>, 227<sup>4</sup>, 228<sup>10</sup>, 229<sup>14</sup>, 293<sup>10</sup>, 438<sup>35</sup>, 442<sup>7</sup>, 564<sup>4</sup>, 634<sup>7</sup>, 733, 735<sup>14</sup>,

- 831<sup>6</sup>, 832<sup>10</sup>, 992<sup>12</sup>, 1024<sup>7</sup>, 1122<sup>1+3</sup>, 1123, 1125–1127, 1138<sup>14</sup>, 1297<sup>2</sup>, 1434<sup>11</sup>, 1478
- Wieland, André** Leiter der Delegation der DDR bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 117
- Wiesel, Elie** Vorsitzender des United States Holocaust Memorial Council und Professor für humanistische Studien an der Boston University S. 621<sup>6</sup>, 623
- Wietersheim, Sigvard von** Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 899<sup>14</sup>, 900<sup>20</sup>, 1061<sup>8</sup>, 1062<sup>10–12</sup>, 1847<sup>24–26</sup>
- Wilhelm II.** 1888–1918 Kaiser des Deutschen Reichs und König von Preußen S. 709
- Williams, Nigel Christopher Ransome** Mitarbeiter im britischen Außenministerium, seit 18. April 1985 Gesandter an der Botschaft des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn S. 693<sup>17</sup>, 1046<sup>10</sup>
- Williamson, David F.** Mitarbeiter im britischen Cabinet Office S. 654, 716<sup>36</sup>, 1396
- Williamson, Keith Alec** Chef der Royal Air Force (Chief of the Air Staff) bis zum Eintritt in den Ruhestand am 15. Oktober 1985 S. 1044
- Willner, Herbert** Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und Mitarbeiter der Friedrich-Naumann-Stiftung bis zur Flucht in die DDR im September 1985 S. 1266
- Willoch, Kåre** Ministerpräsident des Königreichs Norwegen S. 1662
- Wilson, Harold** 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 586
- Wilson, Thomas Woodrow** 1913–1921 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1824
- Windelen, Heinrich** Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 176<sup>13+14</sup>, 772<sup>18</sup>, 930
- Windfuhr, Volkart** Nahostkorrespondent der Zeitschrift „Der Spiegel“ **Dok. 165**
- Wischnewski, Hans-Jürgen** Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 886, 1731<sup>8</sup>
- Wistinghausen, Henning von** Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Rüstungsexportpolitik; Messewesen“ bzw. „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und bei Investitionen; Umschuldungen kommerzieller Handelsforderungen; Messewesen“ im Auswärtigen Amt S. 70<sup>38</sup>, 472<sup>5</sup>, 517<sup>8</sup>, 527<sup>3</sup>, 741<sup>1</sup>, 1373<sup>43</sup>
- Witte, Barthold** Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik“ des Auswärtigen Amts sowie Beauftragter für internationale Medienpolitik **Dok. 6, 90** und S. 544<sup>5</sup>, 1634<sup>9</sup>
- Wittig, Peter** Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ des Auswärtigen Amts, seit 15. April 1985 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 97<sup>1</sup>
- Wittmann, Klaus** Oberstleutnant im Generalstab und Mitarbeiter im Referat „Grundsatzfragen der Militärpolitik“ im Führungsstab der Streitkräfte des Bundesministeriums der Verteidigung S. 819<sup>1</sup>
- Wöckel, Heribert** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus **Dok. 238, 239**
- Woessner, William M.** Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis Juli 1985 S. 104, 199, 204<sup>31</sup>, 889, 1298<sup>8</sup>
- Wojna, Ryszard** Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des polnischen Parlaments S. 848<sup>3</sup>, 850
- Wolf, Bernhard** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Zentralamerika, Karibik“ des Auswärtigen Amts, seit 1. Oktober 1985 Botschafter

- der Bundesrepublik Deutschland in Panama S. 156<sup>11</sup>, 861<sup>1</sup>, 864<sup>11</sup>
- Wolf, Friedrich** Schriftsteller und 1949–1951 Botschafter der DDR in Warschau S. 317<sup>39</sup>
- Wolff von Amerongen, Otto** Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages und Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft S. 936
- Wolfgang, Torsten** Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion S. 319
- Wolke, Jutta** Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, vom 22. April bis 29. November 1985 im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, mit den Außengebieten in der Karibik und im Pazifik, Koordinierung der deutsch-amerikanischen, zwi-schengesellschaftlichen, kultur- und informationspolitischen Zusammenarbeit“, seit 2. Dezember 1985 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1050<sup>1</sup>
- Wölker, Sepp-Jürgen** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in São Paulo S. 1544<sup>5</sup>
- Wörner, Manfred** Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) **Dok. 171, 305** und S. 13, 16<sup>9</sup>, 32, 197<sup>2</sup>, 229<sup>14</sup>, 231<sup>f.</sup>, 275, 288–290, 293, 435<sup>f.</sup>, 438<sup>f.</sup>, 512, 514–516, 583, 656<sup>8</sup>, 664<sup>29</sup>, 698, 699<sup>16</sup>, 709<sup>13</sup>, 712, 722<sup>15</sup>, 734, 833–835, 876–878, 1027<sup>17</sup>, 1028, 1040, 1043<sup>7</sup>, 1045–1047, 1066<sup>18</sup>, 1084<sup>f.</sup>, 1160, 1241–1243, 1412<sup>10</sup>, 1549–1551, 1594<sup>f.</sup>, 1678<sup>f.</sup>, 1691–1693, 1725<sup>f.</sup>, 1729, 1766<sup>8+9</sup>, 1858<sup>4</sup>, 1859, 1863
- Woronzow, Julij Michajlowitsch** Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 504<sup>2</sup>
- Worotnikow, Witalij Iwanowitsch** Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik S. 409<sup>f.</sup>, 1256<sup>f.</sup>
- Woss, August Eduardowitsch** Vorsitzender des Nationalitätensowjet des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1748<sup>2</sup>
- Wrede, Hans-Heinrich** Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen West-Ost-Beziehungen (u. a. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und KSZE-Prozeß)“ des Auswärtigen Amts, vom 22. April bis 16. Juni 1985 abgeordnet als Mitglied der Delegation zum KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa, seit 7. Oktober 1985 als Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland an der Botschaft in La Paz S. 530<sup>10</sup>, 1138<sup>1</sup>
- Wu Shaozu** Stellvertretender Leiter der Kommission für Verteidigung, Wissenschaft und Technik der Volksrepublik China S. 1407<sup>2</sup>
- Wu Xueqian** Außenminister der Volksrepublik China **Dok. 297** und S. 553<sup>26</sup>, 813<sup>6</sup>, 818, 956
- Würzbach, Peter Kurt** Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 1151<sup>6</sup>
- Würzen, Dieter von** Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 339, 393, 519<sup>10</sup>, 741, 766, 812, 816–818, 984<sup>17</sup>, 986, 1042, 1043<sup>6+7</sup>
- Xiang Zhongyang** stellvertretender chinesischer Minister für Landwirtschaft, Viehzucht und Fischerei S. 153
- Xue Ju** Gouverneur der chinesischen Provinz Zhejiang und Mitglied des ZK der KPCh S. 153
- Yaqub Ali Khan, Sahabzada** Außenminister der Islamischen Republik Pakistan S. 346<sup>f.</sup>, 1018<sup>11</sup>
- Yáñez-Barnuevo García, Juan Antonio** Leiter der Auswärtigen Abteilung im Amt des spanischen Ministerpräsidenten S. 1363, 1379
- Yao Wen-yuan** 1969–1976 Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 798
- Yao Yilin** chinesischer Stellvertretender Ministerpräsident S. 956<sup>15</sup>

- Yasmann, Viktor** Mitarbeiter von Radio Liberty in München S. 1740
- Yaueib, Andrew Moriwen Douglas** Staatssekretär im Büro des Ministerpräsidenten von Papua-Neuguinea S. 491<sup>3</sup>
- Yavuztürk, Zeki** türkischer Verteidigungsminister S. 436, 489<sup>24</sup>, 982<sup>12</sup>, 1550
- Yilmaz, Ahmet Mesut** Staatssekretär und Sprecher der türkischen Regierung sowie stellvertretender Vorsitzender der Mutterlandspartei S. 482f.
- York von Wartenburg, Alexander Graf** Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 310<sup>16</sup>
- Young, Janet Mary Baker, Baroness Young** Staatsministerin im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 49
- Zagajski, Djuro** S. 113
- Zaldívar Larraín, José Andrés Rafael** 1975–1982 Vorsitzender der Christdemokratischen Partei Chiles S. 1373
- Zambrano Velasco, José Alberto** 1979–1984 Außenminister der Republik Venezuela S. 55<sup>18</sup>
- Zehntner, Klaus** Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba, seit 1. März 1985 Vertreter des Botschafters in Kairo S. 1220<sup>9</sup>
- Zeidler, Wolfgang** Präsident des Bundesverfassungsgerichts S. 838
- Zenker, Heike** Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts S. 868<sup>1</sup>
- Zerbino Cavajani, Ricardo** uruguayischer Wirtschaftsminister seit 1. März 1985 S. 349, 351f.
- Zhang Jingfu** Mitglied des Staatsrat der Volksrepublik China **Dok. 335** und S. 1542
- Zhao Ziyang** Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK der KPCh **Dok. 152, 154** und S. 153, 155, 157, 543, 956, 1334, 1541, 1752, 1756
- Zhou Enlai** siehe: *Chou En-lai*
- Zhou Nan** Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 1409f.
- Zia ul-Haq, Mohammad** General und Präsident der Islamischen Republik Pakistan **Dok. 61, 310** und S. 799f., 1369
- Zickwolff** Mitarbeiter der Firma Krauss-Maffei S. 527
- Ziebart, Helmut** Botschafter der DDR in Prag S. 344<sup>27</sup>
- Ziefer, Fritz** Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 1172<sup>6</sup>, 1173<sup>9</sup>, 1304<sup>17</sup>, 1324<sup>14</sup>
- Zimmermann, Ernst** Vorstandsvorsitzender der MTU Motoren- und Turbinen-Union München GmbH bis zu seiner Ermordung am 1. Februar 1985 S. 165<sup>28</sup>, 268<sup>38</sup>
- Zimmermann, Friedrich** Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestages (CSU) S. 158<sup>1</sup>, 165f., 195<sup>7</sup>, 343, 373<sup>12</sup>, 400f., 403, 406, 952, 1078<sup>11</sup>, 1192, 1852
- Zimmermann, Roland** Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartum S. 1513<sup>4+5</sup>
- Zimmermann, Warren** Mitglied der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Rüstungskontrolle in Genf seit März 1985 S. 450, 455
- Zimprich, Werner** Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 414 „Europäische und weltweite Zusammenarbeit bei der technologischen Entwicklung und naturwissenschaftlichen Forschung“ des Auswärtigen Amts S. 652<sup>13</sup>, 877<sup>21</sup>



# **Sachregister**

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“, „Gesetze und Verordnungen“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den ägyptisch-israelischen Beziehungen unter „Ägypten“ und dort beim Unterschlagwort „Israel“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu internationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer internationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 176 bzw. von Seite 3 bis 940, **Band II** von Dokument 177 bis 356 bzw. von Seite 941 bis 1891.



### Abkommen und Verträge

- Konvention vom 3.7.1914 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland einerseits und Tibet andererseits (Konvention von Simla)  
S. 1019<sup>13</sup>
- Abkommen vom 24.7.1923 über die Meerengen (Konvention von Lausanne)  
S. 179<sup>10</sup>, 821
- Friedensvertrag vom 24.7.1923 zwischen dem Britischen Empire, der Französischen Republik, dem Königreich Griechenland, dem Königreich Italien, dem Kaiserreich Japan, dem Königreich Rumänien und dem Serbisch-Kroatisch-Slovenischen Staat einerseits und dem Türkischen Staat andererseits (Vertrag von Lausanne)  
S. 821
- Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege  
S. 633<sup>6</sup>, 1214, 1223, 1658, 1838
- Vertragswerk von Locarno vom 16.10.1925  
S. 159
- Vertrag vom 27.8.1928 zur Ächtung des Krieges (Briand-Kellogg-Pakt)  
S. 132
- Haager Abkommen vom 12.4.1930 über einzelne Fragen beim Konflikt von Staatsangehörigkeitsgesetzen  
S. 40
- Abkommen vom 20.7.1936 über die Meerengen (Abkommen von Montreux)  
S. 179<sup>10</sup>, 821
- Abkommen vom 29.9.1938 zwischen dem Deutschen Reich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Frankreich und Italien über die Abtretung sudetendeutscher Gebiete an Deutschland (Münchener Abkommen)  
S. 597
- Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken  
S. 410, 1876
- Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945  
*siehe unter: VN*
- Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom 30.10.1947  
*siehe: GATT*
- Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949  
S. 13<sup>14</sup>
- Abkommen vom 6.7.1950 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze (Görlitzer Abkommen)  
S. 1790
- Konvention vom 4.11.1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten  
S. 1008
- Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Vertrag)  
S. 875, 913
- Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen  
S. 13
- Friedensvertrag vom 8.9.1951 mit Japan (Vertrag von San Francisco)  
S. 608<sup>26</sup>
- Vertrag vom 26.5.1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23.10.1954 (Deutschland-Vertrag)  
S. 1800<sup>26</sup>
- Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)  
S. 22<sup>3</sup>, 1854
- Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland  
S. 637
- WEU-Vertrag vom 23.10.1954  
S. 708<sup>11</sup>
- Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit

- und gegenseitigen Beistand (Warschauer Vertrag)  
S. 45<sup>4</sup>
- Vertrag vom 15.5.1955 zwischen den Vier Mächten und der Republik Österreich betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (Österreichischer Staatsvertrag)  
S. 48, 58, 480, 572<sup>10</sup>, 604, 615<sup>2</sup>, 617<sup>2</sup>, 692<sup>8</sup>, 770<sup>7</sup>
- Kulturabkommen vom 17.5.1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland  
S. 475
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)  
*siehe unter: Römische Verträge*
- Vertrag vom 11.7.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg  
S. 22<sup>3</sup>, 23
- Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zum Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Truppenstatut)  
S. 13, 354
- Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen  
S. 916
- Vertrag vom 20.6.1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei über die gegenseitige Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen  
S. 985<sup>19</sup>
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Élysée-Vertrag)  
S. 898, 1825, 1830
- Vertrag vom 5.8.1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser  
S. 1402
- Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei  
S. 110, 667, 987, 1005
- Vertrag vom 8.4.1965 zur Einsetzung eines gemeinsamen Rats und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften  
S. 875, 913
- Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte  
S. 1786
- Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)  
S. 607, 649, 783, 800, 962<sup>9</sup>, 1263f., 1386f., 1402f.
- Wiener Übereinkommen vom 23.5.1969 über das Recht der Verträge  
S. 1628, 1630
- Übereinkommen vom 4.3.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gasultrazentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherter Urans (Abkommen von Almelo)  
S. 796<sup>9</sup>
- Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)  
S. 47, 101, 174, 296, 306, 308<sup>9</sup>, 331, 378, 496, 642, 647–649, 879f., 887, 932, 1082, 1113–1115, 1118, 1209f., 1216, 1230, 1257, 1310, 1314, 1553, 1750, 1789<sup>6</sup>, 1872, 1890
- Zusatzprotokoll vom 23.11.1970 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und der Republik Türkei  
S. 667<sup>38</sup>
- Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)  
S. 101, 136–138, 307f., 311f., 314f., 317f., 496, 629, 842, 844f., 932, 1091–1093,

- 1146<sup>7</sup>, 1295, 1296<sup>8</sup>, 1318f., 1321, 1645, 1647f., 1650<sup>32</sup>, 1789, 1833, 1890
- Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971  
S. 932, 938, 1129<sup>5</sup>, 1215
  - Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)  
*siehe unter: SALT*
  - Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)  
*siehe: ABM-Vertrag*
  - Vertrag vom 21.12.1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (Grundlagenvertrag)  
S. 101, 340, 416, 496, 932, 1347, 1888, 1890
  - Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit  
S. 1216
  - Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit  
S. 937<sup>31</sup>
  - Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)  
S. 101, 496, 932, 1890
  - Vertrag vom 3.7.1974 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche  
S. 607, 1403<sup>9</sup>, 1433<sup>5</sup>, 1438
  - Abkommen vom 30.10.1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit  
S. 1216
  - Abkommen vom 1.11.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit  
S. 311
  - AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975  
S. 720
  - Übereinkommen vom 30.5.1975 zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation  
S. 965
  - Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines Finanzkredits  
S. 1649
  - Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen  
S. 1296<sup>8</sup>
  - Abkommen vom 27.1.1976 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über die Regelung der mit dem deutsch-italienischen Abkommen vom 26.2.1941 zusammenhängenden Fragen  
S. 268
  - Vertrag vom 28.5.1976 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken  
S. 607, 1403<sup>9</sup>, 1433<sup>5</sup>, 1438
  - Europäisches Übereinkommen vom 27.1.1977 zur Bekämpfung des Terrorismus  
S. 216
  - Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel  
S. 170<sup>3</sup>, 245<sup>14</sup>, 270–272, 1186f., 1235<sup>11</sup>

- Vertragswerk vom 28.5.1979 über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl  
S. 474<sup>4</sup>, 487<sup>17</sup>, 1853<sup>13</sup>
  - Vertrag vom 18.6.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)  
*siehe unter: SALT*
  - Abkommen vom 24.10.1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über kulturelle Zusammenarbeit  
S. 815
  - Zweites AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979  
S. 720
  - Abkommen vom 31.3.1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“  
S. 23
  - Abkommen vom 8.9.1983 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Hellenischen Republik über Verteidigungs- und Wirtschaftszusammenarbeit  
S. 182, 1857
  - Abkommen vom 12.7.1984 zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und dem Bundesminister der Verteidigung zur Implementierung des Abkommens vom 6.12.1983 über gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftverteidigung in Mitteleuropa (Roland-Patriot-Abkommen)  
S. 1860
  - Abkommen vom 22.10.1984 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Hellenischen Republik über Verteidigungshilfe  
S. 184
  - Abkommen vom 27.11.1984 über die Konsolidierung jugoslawischer Verbindlichkeiten aus Krediten im Zusammenhang mit deutschen Lieferungen und Leistungen  
S. 143<sup>4</sup>
  - Drittes AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 8.12.1984  
S. 720
  - Gemeinsame Erklärung der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung der Volksrepublik China vom 19.12.1984 über die Frage von Hongkong  
S. 1408<sup>3</sup>
  - Abkommen vom 16.4.1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen  
S. 985<sup>19</sup>
  - Abkommen vom 21.5.1985 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Volksrepublik China über die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit  
S. 817<sup>18</sup>
  - Abkommen vom 10.6.1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen  
S. 812
  - Abkommen vom 10.6.1985 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über Finanzielle Zusammenarbeit  
S. 812f.
  - Protokoll vom 10.6.1985 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Verlängerung des Abkommens über die wirtschaftliche Zusammenarbeit  
S. 812, 1757
  - Abkommen vom 25.7.1985 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie  
S. 1755
- ABM-Vertrag vom 26.5.1972**  
S. 4–6, 26–28, 30, 35–37, 43, 65, 201, 203, 225, 371, 857f., 917, 921<sup>16</sup>, 935, 1095, 1123, 1128, 1212, 1302f., 1859, 1861, 1864

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 449, 455, 458–460, 619, 644, 649, 785, 1014f., 1264, 1351<sup>7</sup>, 1353–1356, 1391, 1401<sup>18</sup>, 1413–1415, 1440f., 1456, 1461, 1463, 1480, 1482, 1484, 1488, 1490, 1533, 1535f., 1538f., 1556, 1588, 1613, 1626–1632, 1713, 1808, 1870, 1872, 1877, 1881<sup>15</sup>
- ČSSR  
S. 619, 1183f.
- Dänemark  
S. 436, 1456, 1810
- Frankreich  
S. 426f., 611<sup>40</sup>, 1353, 1575, 1822<sup>3</sup>
- Großbritannien  
S. 575, 657, 1196, 1329, 1353, 1356, 1391, 1456, 1551, 1663, 1728
- Italien  
S. 1456
- Japan  
S. 977
- Luxemburg  
S. 1456
- NATO  
S. 1391
- Niederlande  
S. 1665, 1810
- Norwegen  
S. 1548, 1662
- Spanien  
S. 1810
- UdSSR  
S. 219–221, 225, 252f., 256, 367f., 434, 454, 455<sup>23</sup>, 459f., 537f., 540, 606, 609, 671, 684, 687, 784, 1014, 1022, 1196, 1212, 1326, 1329–1331, 1351, 1401<sup>18</sup>, 1415, 1436, 1438, 1458, 1480, 1482, 1490, 1507<sup>9</sup>, 1526, 1533, 1535f., 1551, 1556, 1575, 1588, 1630f., 1662, 1870, 1877, 1881<sup>15</sup>
- USA  
**Dok. 312** und S. 219–224, 252, 255f., 327, 368, 434, 449, 454, 536–538, 540, 606, 609, 611f., 657, 684, 857, 1015, 1184, 1326, 1330f., 1351, 1354, 1356, 1360, 1401<sup>18</sup>, 1413–1415, 1433f., 1436–1438, 1440f., 1456, 1459, 1462f., 1480, 1482, 1484, 1490, 1507<sup>9</sup>, 1518, 1526, 1533, 1535f., 1539, 1548, 1551, 1560, 1575, 1587f., 1613, 1662f., 1713, 1870, 1872, 1877
- Abrüstung und Rüstungskontrolle**  
S. 671, 1061<sup>8</sup>
- Ägypten  
S. 1776<sup>3</sup>, 1777
- Algerien  
S. 1277
- Anti-Satelliten-Systeme  
*siehe: ASAT*
- Argentinien  
S. 216, 411<sup>4</sup>, 677, 965<sup>7</sup>, 966, 993, 1776<sup>3</sup>
- Australien  
S. 960<sup>3</sup>
- Belgien  
S. 1461, 1660, 1729
- Brasilien  
S. 965<sup>7</sup>, 966, 1776<sup>3</sup>
- Bulgarien  
S. 331, 823<sup>15</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 150** und S. 9, 17, 46, 291, 293–295, 320, 348, 349<sup>3</sup>, 410–414, 435, 469f., 694, 759, 810, 828f., 880, 960–969, 1002, 1025, 1028, 1059, 1080, 1104f., 1116f., 1123, 1126f., 1174f., 1183, 1211, 1213, 1231, 1264, 1315, 1321, 1328f., 1346, 1349, 1361f., 1388, 1402–1407, 1409, 1413–1418, 1444, 1481, 1485–1487, 1500f., 1525f., 1532–1535, 1539, 1553, 1555–1557, 1584, 1684, 1702<sup>6</sup>, 1713, 1725, 1775–1777, 1807, 1837–1840, 1859, 1862, 1864f., 1871, 1876, 1886
- Chemische Waffen  
*siehe: Chemische Waffen*
- Conference on Disarmament (CD)  
**Dok. 77, 164** und S. 4, 41, 43, 121, 148, 150, 212, 298<sup>36</sup>, 340<sup>8</sup>, 458, 634–636, 960–963, 1028, 1058f., 1079<sup>3</sup>, 1083, 1117, 1136<sup>9</sup>, 1137, 1174f., 1183, 1213f., 1348, 1402–1406, 1461, 1466, 1487, 1493, 1511, 1526, 1534, 1557, 1713, 1812, 1837
- ČSSR  
S. 618, 1180, 1313, 1316, 1481, 1487<sup>17</sup>, 1501<sup>16</sup>, 1526, 1534, 1807, 1837
- Dänemark  
S. 1457, 1461

- DDR  
S. 930<sup>2</sup>, 933, 1079–1081, 1104f., 1313, 1316, 1346f., 1481, 1487<sup>17</sup>, 1501, 1526, 1534, 1807, 1837–1839
- Finnland  
S. 967
- Frankreich  
S. 411<sup>4</sup>, 499, 810f., 964f., 967–969, 1328, 1431, 1584, 1663, 1775f., 1812f., 1822<sup>3</sup>
- Genfer Rüstungskontrollverhandlungen zwischen der UdSSR und den USA  
*siehe: Genfer Rüstungskontrollverhandlungen*
- Gewaltverzicht  
*siehe unter: KVAE*
- Griechenland  
S. 216, 266<sup>29</sup>, 677, 823, 967, 993
- Großbritannien  
S. 411<sup>4</sup>, 412, 499, 618, 811, 960<sup>3</sup>, 964f., 968f., 1028, 1391, 1402–1404, 1492, 1508<sup>10</sup>, 1510, 1552, 1557, 1725, 1775–1777
- Indien  
S. 216, 348, 411<sup>4</sup>, 677, 965<sup>7</sup>, 966, 993, 1386, 1388, 1776<sup>3</sup>
- INF-Verhandlungen  
*siehe unter: NATO-Doppelbeschluß*
- Island  
S. 1664
- Israel  
S. 965<sup>7</sup>
- Italien  
S. 618, 964f., 968f., 1775f.
- Japan  
S. 960<sup>3</sup>, 964, 965<sup>7</sup>, 966, 968f., 1406, 1776
- Jugoslawien  
S. 411<sup>4</sup>, 755, 758, 823<sup>15</sup>
- Kanada  
S. 960<sup>3</sup>, 964, 965<sup>7</sup>, 968f., 1776
- Kernwaffenfreie Zonen  
S. 181, 823, 844, 993, 1074<sup>5</sup>, 1075, 1573, 1838, 1840
- Kontrolle von Exporten nuklearfähiger Trägertechnologie  
**Dok. 182, 340**
- Luxemburg  
S. 1461
- MBFR-Verhandlungen  
*siehe: MBFR*
- Mexiko  
S. 216, 411<sup>4</sup>, 677, 993
- NATO  
**Dok. 209** und S. 736, 1109, 1257, 1444
- Neutrale und nichtgebundene Staaten  
S. 961, 962<sup>13</sup>, 1117<sup>17</sup>, 1402, 1403<sup>12</sup>, 1404, 1406f.
- Nichtverbreitung von Kernwaffen  
S. 1386–1388, 1507, 1659
- Niederlande  
S. 778<sup>8</sup>, 1127, 1457, 1461, 1665, 1725, 1809f.
- Norwegen  
S. 967, 1728f., 1809
- Österreich  
S. 967
- Pakistan  
S. 348, 1386–1388
- Polen  
S. 843f., 1321
- Republik Korea (Südkorea)  
S. 1777
- Rumänien  
S. 211, 823<sup>15</sup>, 1817
- Rüstungskontrolle im Weltraum  
S. 3f., 27f., 30, 34f., 37, 43<sup>16</sup>, 57, 98f., 148f., 211f., 238f., 302, 320, 329, 434, 467, 497, 843, 883, 1022f., 1183, 1260, 1302f., 1311<sup>7</sup>, 1313, 1315, 1321, 1328–1330, 1349, 1358<sup>6</sup>, 1359, 1435, 1492, 1531f., 1535f., 1539, 1548, 1554–1556, 1578, 1584, 1673, 1729, 1809, 1875f.
- Schweden  
S. 216, 677, 993, 1264, 1501
- Schweiz  
S. 1142
- Simbabwe  
S. 1763
- Spanien  
S. 1074<sup>5</sup>, 1075
- Strategic Arms Limitation Talks  
*siehe: SALT*
- Strategic Arms Reduction Talks (START)  
S. 27, 29, 200, 605, 1559<sup>8</sup>, 1560
- Tansania  
S. 216, 677, 993
- Türkei  
S. 823<sup>15</sup>, 967
- UdSSR  
**Dok. 84** und S. 3, 26, 28–30, 32–37, 88, 148, 259, 266<sup>29</sup>, 464, 466–469, 481, 496–

- 500, 572, 604–607, 618, 780, 823<sup>15</sup>, 826–829, 905, 908<sup>15</sup>, 909f., 935, 1037, 1100, 1105, 1107, 1109f., 1116f., 1127, 1142, 1175, 1183, 1213, 1256f., 1260, 1264, 1303, 1311f., 1315, 1321, 1328f., 1352, 1354f., 1357, 1362, 1391, 1397f., 1402–1404, 1406, 1409, 1415f., 1418, 1431, 1436–1438, 1458, 1464, 1487, 1491f., 1494, 1501, 1506–1509, 1525f., 1529–1535, 1537, 1546–1548, 1552–1557, 1578, 1584, 1632, 1642, 1658–1660, 1662–1664, 1670<sup>5</sup>, 1671, 1673, 1712, 1725, 1728, 1874f., 1878, 1886
- Umfassendes Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban, CTB)  
**Dok. 181, 271** und S. 121, 148<sup>19</sup>, 1114, 1117, 1213, 1264, 1433, 1435, 1438, 1508, 1557, 1664f., 1810, 1878
- Ungarn  
S. 883
- Uruguay  
S. 349<sup>3</sup>
- USA  
**Dok. 274** und S. 3, 25–29, 32–37, 91, 212, 256, 411–414, 469, 572, 605–607, 783–785, 808–811, 826–829, 856, 909f., 960<sup>5</sup>, 962, 964–969, 1100, 1105, 1107f., 1116, 1144, 1213, 1256f., 1302f., 1311f., 1315, 1330f., 1352, 1359, 1361f., 1402–1407, 1433–1438, 1481, 1485, 1487, 1491f., 1494, 1496, 1501, 1507f., 1510f., 1514, 1530, 1532, 1546–1548, 1552f., 1555–1557, 1584, 1587, 1642, 1657–1665, 1670<sup>5</sup>, 1673, 1675, 1728f., 1775–1777, 1804f., 1807, 1810, 1875, 1886
- Verhütung eines Nuklearkriegs (Prevention of Nuclear War, PNW)  
S. 411f.
- Volksrepublik China  
S. 1409, 1539
- Warschauer Pakt  
S. 823<sup>15</sup>, 844, 1142
- Afghanistan**  
*siehe außerdem: VN*  
S. 175, 550f., 566, 570
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 292, 299, 348, 563, 1165–1170, 1431, 1453, 1613–1615, 1748, 1763, 1869<sup>2</sup>, 1871
- EG/EPZ  
S. 218, 993, 1169
- Frankreich  
S. 572, 1169, 1328, 1428f., 1431, 1453, 1519, 1591f.
- Griechenland  
S. 993
- Großbritannien  
S. 571f., 1329, 1492, 1784, 1809
- Indien  
S. 571f., 1019
- Kanada  
S. 1140
- Libanon  
S. 1293
- Pakistan  
S. 347, 607, 800, 1111, 1487, 1506, 1613f., 1805
- Thailand  
S. 1422
- UdSSR  
S. 11<sup>8</sup>, 36, 90, 134, 292, 299, 347, 571f., 607, 780, 975, 1019, 1109, 1111, 1165–1170, 1303, 1328–1330, 1409f., 1428f., 1431, 1453, 1458–1460, 1486, 1491<sup>15</sup>, 1492f., 1506, 1519, 1540, 1575, 1591f., 1614f., 1660, 1664, 1674, 1748, 1783f., 1804–1807, 1809, 1869<sup>2</sup>, 1871
- USA  
S. 560, 571–573, 607f., 780, 1019, 1109, 1111, 1303, 1329f., 1360, 1431, 1458–1460, 1486, 1491<sup>15</sup>, 1492f., 1506, 1614f., 1660, 1664, 1674, 1783, 1804, 1809
- Volksrepublik China  
S. 1409f., 1540
- Ägypten**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Terrorismus*  
S. 272
- Algerien  
S. 1281
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 30, 70, 236, 324** und S. 11, 57, 73, 204, 271, 299, 745, 1185, 1190f., 1225<sup>2</sup>, 1232<sup>2</sup>, 1260, 1451f., 1470, 1472, 1474
- ČSSR  
S. 1187f., 1190
- EG/EPZ  
S. 170
- Frankreich  
S. 171, 1696

- Großbritannien  
S. 388
- Irak  
S. 1472, 1695
- Israel  
S. 170f., 270f., 387f., 743, 1186f., 1189f.,  
1220f., 1288, 1445f., 1451, 1472–1474,  
1694f.
- Jordanien  
S. 270f., 299<sup>41</sup>, 386, 1219, 1694
- Libyen  
S. 171, 387, 389, 681, 1188, 1218, 1220
- Saudi-Arabien  
S. 172, 204, 271, 389, 1218, 1696
- Spanien  
S. 1375
- Sudan  
S. 680<sup>15</sup>, 1513<sup>5</sup>, 1514
- Syrien  
S. 387, 1218f., 1694–1696
- UdSSR  
S. 89, 170, 387, 1190, 1695
- USA  
S. 13, 170, 172, 270, 387, 614, 983, 1187,  
1189f., 1220f., 1472f., 1695

**Akten zur Auswärtigen Politik der  
Bundesrepublik Deutschland (AAPD)  
Dok. 17**

**Akten zur Deutschen Auswärtigen  
Politik (ADAP)**

S. 94<sup>4</sup>

**Albanien**

S. 802, 819, 1002, 1114, 1854–1856.

**Algerien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Ägypten, Libanon-Konflikt  
Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-  
Süd-Dialog, Terrorismus*

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 248, 249, 250** und S. 743, 745
- Frankreich  
S. 759, 1283, 1527, 1641, 1682, 1705
- Iran  
S. 1284–1286, 1614
- Jordanien  
S. 243
- Pakistan  
S. 1614
- Polen  
S. 1780<sup>13</sup>

- Spanien  
S. 743<sup>13</sup>

**Angola**

*siehe außerdem: Namibia-Frage*

S. 586f., 589, 1277

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 590<sup>23</sup>
- DDR  
S. 775<sup>30</sup>
- Kuba  
S. 589, 681f., 1486, 1660
- Südafrika  
S. 681, 871f.
- UdSSR  
S. 36, 89, 1491<sup>15</sup>
- USA  
S. 89, 681, 775<sup>30</sup>, 1053, 1486, 1491<sup>15</sup>,  
1506, 1660

**Arabische Liga**

*siehe unter: Nahost-Konflikt*

**Argentinien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Mittelamerika-Politik, Nord-  
Süd-Dialog, VN*

S. 550

- Bolivien  
S. 385, 1272
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 69, 247** und S. 70f., 1364, 1371,  
1387, 1483
- Chile  
S. 384f., 738<sup>7</sup>, 1271–1273, 1372
- DDR  
S. 1270
- EG/EPZ  
S. 1275, 1520
- El Salvador  
S. 383
- Frankreich  
S. 1266, 1333f., 1520
- Großbritannien  
S. 70, 134, 1266, 1273f., 1520
- Kuba  
S. 383, 1271
- Nicaragua  
S. 360, 382, 1270f.
- Peru  
S. 1270, 1272



- Spanien  
S. 1371, 1520
- UdSSR  
S. 383
- USA  
S. 360, 382 f., 1270–1273, 1334
- Schweiz  
S. 1274
- ASAT (Anti-Satelliten-Systeme)**  
S. 64, 538
- Frankreich  
S. 4<sup>11</sup>
- UdSSR  
S. 149, 211 f., 221, 253, 320, 453, 468, 540, 783, 1014, 1022, 1315, 1436
- USA  
S. 3, 211 f., 253, 467 f., 540, 1022, 1315<sup>24</sup>, 1433, 1436
- ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)**  
S. 554, 570, 573, 955, 959, 999, 1419, 1763
- Äthiopien**  
S. 77, 218, 667, 678–681, 761, 1491<sup>15</sup>, 1513 f.
- Australien**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung, Chemische Waffen, SDI*  
S. 432, 435, 729<sup>5</sup>, 1290<sup>3</sup>, 1505
- Bahrain**  
S. 172, 745–747
- Bangladesch**  
S. 349<sup>17</sup>, 1019
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich**  
S. 84<sup>20</sup>
- BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie)**  
S. 83, 603<sup>15</sup>, 659<sup>16</sup>, 1016–1018, 1023, 1197<sup>11</sup>, 1611, 1616
- Belgien**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung, Chemische Waffen, EG, EPZ, EUREKA, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KSZE, KVAE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, VN, WEU*  
S. 1456
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 128** und S. 57 f., 122, 124–126, 422, 507, 926–928, 1273, 1370, 1392 f., 1620, 1726, 1729, 1745
- Frankreich  
S. 927 f., 1829
- Griechenland  
S. 652
- Großbritannien  
S. 1726
- Italien  
S. 57 f., 124 f., 976<sup>29</sup>, 1726
- Luxemburg  
S. 1635
- Niederlande  
S. 1679 f., 1726
- Polen  
S. 1147
- UdSSR  
S. 1660, 1809
- USA  
S. 122<sup>3</sup>, 123 f., 1392 f., 1660, 1726, 1728
- Berlin**  
S. 60<sup>11</sup>, 195, 215, 287, 390, 667, 760, 865, 938
- Berlin Air Safety Center (BASC)  
S. 769 f., 1033, 1335<sup>40</sup>, 1797<sup>8</sup>
- Besuche ausländischer Politiker in Berlin  
S. 158–160, 928 f., 939<sup>38</sup>, 1163, 1193, 1563, 1798, 1801
- DDR  
**Dok. 218** und S. 774, 1335, 1797–1799
- Drei Mächte  
**Dok. 148** und S. 504 f., 1033 f., 1070 f., 1128<sup>3</sup>, 1129–1134, 1193 f., 1335, 1778, 1797
- Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge  
S. 309<sup>11+12+15</sup>, 328, 342, 406, 936 f., 1068 f., 1193, 1215 f.
- Eventualfallplanung  
**Dok. 219** und S. 770
- Flugplatz Gatow  
S. 772<sup>15</sup>
- Frankreich  
S. 505, 928 f., 939<sup>38</sup>, 1033, 1129–1131, 1563 f., 1591, 1798, 1801

- Großbritannien  
S. 504<sup>2</sup>, 505, 929, 939<sup>38</sup>, 1033f., 1129–1131, 1193–1195, 1798
- Lufttraumreservierungen in den Luftkorridoren von und nach Berlin durch die UdSSR  
**Dok. 96** und S. 605, 769f., 1033f., 1335, 1797
- NATO  
S. 769, 1778, 1797
- UdSSR  
S. 938, 1033f., 1709, 1797, 1880
- USA  
S. 504f., 929, 1033f., 1128–1131, 1798, 1800<sup>23</sup>
- Vier-Mächte-Verantwortung  
S. 405, 770<sup>7</sup>, 1128–1131, 1194, 1335, 1536, 1564

**Bewegung Blockfreier Staaten**

- S. 89, 151, 483<sup>6</sup>, 570, 573, 755, 761, 1228f., 1276–1279, 1763

**Bhutan**

- S. 1019

**Birma**

- S. 955
- Republik Korea (Südkorea)  
S. 998

**B'nai B'rith International**

**Dok. 282**

**Bolivien**

*siehe außerdem: Argentinien*

- S. 385, 1371

**Bonner Vierergruppe**

- S. 769, 770<sup>9</sup>, 772, 773<sup>22</sup>, 774, 1071, 1128–1130, 1132, 1134, 1193, 1335, 1778, 1797, 1800<sup>26</sup>

**Botsuana**

- S. 590<sup>23</sup>
- Südafrika  
S. 871f.

**Brasilien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Nord-Süd-Dialog*

- S. 144, 209, 329, 550

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 382, 534, 739, 1387, 1483
- EG/EPZ  
S. 1374

- Frankreich  
S. 1520<sup>22</sup>

- Großbritannien  
S. 74

- Uruguay  
S. 1374

- USA  
S. 1334

**Brunei**

- S. 959, 973

**Bulgarien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KVAE, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, SDI*

- S. 325f., 328

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 58** und S. 150, 201, 291<sup>2</sup>, 529–531, 1710, 1818, 1855

- ČSSR

- S. 1177

- Griechenland  
S. 1855

- Großbritannien  
S. 1686

- Jugoslawien  
S. 755

- NATO  
S. 331<sup>22</sup>

- Rumänien  
S. 333

- Türkei  
S. 1140, 1811

- UdSSR  
S. 67, 326, 328, 331–333, 1641, 1685

- Umweltverschmutzung/Umweltschutz  
S. 327, 329

- USA  
S. 326f., 332, 529–531, 1685

**Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft (BAW)**

- S. 363f., 516f., 519<sup>11</sup>, 601<sup>10</sup>, 602, 1043

**Bundesamt für Verfassungsschutz**

- S. 344f., 1191

**Bundesanstalt für Arbeit**

- S. 1815

**Bundesgrenzschutz**

- S. 470f.

**Bundeskabinett**

S. 110, 601, 874–878

**Bundeskanzleramt**S. 13, 173f., 176, 396<sup>4</sup>, 404<sup>4</sup>, 510, 669, 714<sup>28</sup>, 717<sup>39</sup>, 724<sup>22</sup>, 741, 747, 759<sup>20</sup>, 792<sup>17</sup>, 794<sup>24</sup>, 838, 853<sup>5</sup>, 896<sup>1</sup>, 911<sup>2</sup>, 918<sup>6</sup>, 920<sup>11</sup>, 924<sup>1</sup>, 930, 939<sup>38</sup>, 984<sup>17</sup>, 1038, 1042<sup>3</sup>, 1043<sup>7</sup>, 1068–1071, 1094, 1191–1195, 1208<sup>1+3</sup>, 1336–1344, 1378, 1406, 1418<sup>1</sup>, 1423<sup>3</sup>, 1424, 1426, 1463<sup>1</sup>, 1519<sup>18</sup>, 1563, 1571f., 1574, 1585<sup>37</sup>, 1610<sup>9</sup>, 1681<sup>1+2</sup>, 1801<sup>27</sup>, 1837<sup>5</sup>, 1839<sup>10</sup>, 1882**Bundeskriminalamt**S. 113, 127, 668f., 1420<sup>6+7</sup>**Bundesländer***siehe: Länder der Bundesrepublik***Bundesministerium der Finanzen**S. 79f., 82f., 85, 87, 518, 601<sup>11</sup>, 764, 877, 923, 942<sup>15</sup>, 984, 992, 1520, 1523<sup>37</sup>, 1585<sup>37</sup>, 1622<sup>16</sup>, 1698**Bundesministerium der Justiz**S. 112, 838<sup>14</sup>, 1503**Bundesministerium der Verteidigung**S. 13, 18–21, 120, 184, 186, 226, 230–233, 251, 275f., 288, 396<sup>4</sup>, 399, 440, 583f., 637<sup>12</sup>, 639f., 741, 744<sup>15</sup>, 833–835, 853f., 858, 860<sup>28</sup>, 896<sup>1</sup>, 965<sup>5</sup>, 982<sup>13</sup>, 984, 992, 994, 1024<sup>3</sup>, 1028, 1038–1041, 1046f., 1084, 1119–1121, 1122<sup>3</sup>, 1132, 1134, 1149<sup>2</sup>, 1151<sup>6</sup>, 1160, 1167<sup>15</sup>, 1222, 1225, 1238–1243, 1297<sup>2</sup>, 1338, 1339<sup>11</sup>, 1433f., 1503, 1561, 1563, 1583f., 1584<sup>35</sup>, 1585<sup>37</sup>, 1691<sup>16</sup>, 1725<sup>9</sup>, 1774, 1777, 1844<sup>13+14</sup>, 1850, 1858–1866, 1882**Bundesministerium des Innern**S. 344f., 396<sup>4</sup>, 400<sup>8</sup>, 401, 406, 563<sup>31</sup>, 670<sup>9</sup>, 688–691, 771<sup>11</sup>, 895, 980<sup>1</sup>, 1070f., 1089, 1420<sup>6</sup>, 1503, 1852<sup>10</sup>**Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung**S. 373<sup>6</sup>, 980<sup>1</sup>**Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft**

S. 544

**Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen**

S. 762–765

**Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

S. 523–526

**Bundesministerium für Forschung und Technologie**S. 277, 652<sup>13</sup>, 707<sup>7</sup>, 708<sup>10</sup>, 762, 764f., 794<sup>24</sup>, 797<sup>11</sup>, 853<sup>5</sup>, 877f., 965<sup>5</sup>, 968, 1012, 1038, 1041<sup>11</sup>, 1341<sup>14</sup>, 1584<sup>35</sup>**Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen**S. 173f., 176, 939<sup>38</sup>, 1069, 1071, 1106<sup>26</sup>, 1192<sup>9</sup>**Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit**S. 1794<sup>22</sup>**Bundesministerium für Verkehr**S. 1801<sup>27</sup>**Bundesministerium für Wirtschaft**S. 79, 83, 87, 363f., 393<sup>7</sup>, 472<sup>5</sup>, 516, 518f., 546f., 601, 603, 659<sup>16</sup>, 741, 744<sup>16</sup>, 762, 764, 866f., 877f., 965<sup>5</sup>, 968<sup>14</sup>, 984, 986, 1038, 1042f., 1149<sup>2</sup>, 1191, 1411, 1424f., 1650, 1881<sup>14</sup>, 1882, 1883<sup>7</sup>, 1885<sup>16</sup>**Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit**S. 476f., 837<sup>12</sup>, 984, 1515**Bundesnachrichtendienst**S. 362–364, 517, 519<sup>11</sup>, 966, 1038–1040, 1297<sup>2</sup>, 1434**Bundesrat**S. 95<sup>7</sup>, 845, 939, 1619**Bundessicherheitsrat**S. 12, 116f., 119, 367<sup>10</sup>, 449, 481, 641<sup>19</sup>, 722, 741, 796, 901, 904<sup>32</sup>, 977, 1022, 1025, 1037f., 1041<sup>21</sup>, 1044, 1136, 1138<sup>14</sup>, 1149<sup>3</sup>, 1150<sup>4</sup>, 1160, 1175, 1200, 1212<sup>17</sup>, 1225, 1336, 1411f., 1423–1426, 1504, 1578, 1601f., 1612, 1744<sup>13</sup>**Bundestag**S. 41, 46, 69, 76, 95<sup>7</sup>, 101, 113, 184, 264, 292<sup>7</sup>, 296, 308, 312, 318, 345, 379<sup>11</sup>, 447, 481, 562, 583f., 599, 629f., 698f., 702, 713, 806, 834, 836, 838, 843, 849, 994, 1007<sup>8</sup>, 1070<sup>7</sup>, 1165f., 1168f., 1212, 1222, 1239, 1304, 1323<sup>10</sup>, 1346, 1353, 1355, 1390, 1391<sup>16</sup>, 1414, 1448<sup>2</sup>, 1563, 1610<sup>9</sup>, 1648, 1651, 1654, 1660, 1679, 1698, 1718, 1748–1751, 1815, 1873f., 1881<sup>16</sup>, 1886f., 1891**Bundesverfassungsgericht**S. 637, 772, 834<sup>7</sup>, 835<sup>8</sup>, 838, 1059, 1136f., 1242**Bundeswehr**

S. 117, 120, 246, 249, 437, 500, 1370, 1394, 1503, 1594, 1692, 1709, 1823f.

- Wehrpflicht  
S. 16, 228, 233, 261, 654f., 711, 734, 756,  
1268, 1366, 1390, 1453, 1477, 1483, 1488,  
1594, 1643

**Bundeswehrbeschaffungsamt**  
S. 992, 995

**CDU (Christlich Demokratische Union  
Deutschlands)**

S. 60, 69, 113, 136–138, 140<sup>18</sup>, 176, 184,  
357<sup>1</sup>, 361f., 373<sup>12</sup>, 440, 449, 482f., 496,  
589, 627, 630, 702<sup>29</sup>, 727, 768, 833, 834<sup>4</sup>,  
837<sup>9</sup>, 838<sup>17</sup>, 842f., 847, 848<sup>3</sup>, 859<sup>23</sup>, 893<sup>19</sup>,  
935, 939, 994<sup>23</sup>, 1054, 1092f., 1093<sup>41</sup>,  
1165, 1222, 1239, 1272, 1304, 1323<sup>10</sup>,  
1472, 1484, 1566, 1595, 1646<sup>13</sup>, 1712<sup>33</sup>,  
1733f., 1751, 1789, 1822<sup>3</sup>, 1845

**Chemische Waffen**

S. 121, 782f.

- Australien  
S. 517
- Belgien  
S. 1136
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 158, 220, 241, 348** und S. 226, 298,  
411f., 787, 865–867, 1057<sup>7</sup>, 1058–1060,  
1174f., 1214, 1221–1225, 1265, 1312f.,  
1316, 1347f., 1461, 1466, 1481, 1485,  
1487, 1500f., 1526, 1533f., 1539, 1557,  
1661, 1684, 1713, 1807, 1871, 1876
- Chemiewaffenfreie Zonen  
**Dok. 207** und S. 1254, 1313, 1316, 1347f.,  
1461, 1466, 1481, 1487, 1501, 1526, 1534,  
1807, 1837<sup>3</sup>, 1838, 1840
- ČSSR  
S. 1313, 1316, 1347f., 1466, 1481, 1487<sup>17</sup>,  
1501<sup>16</sup>, 1526, 1534, 1807, 1837, 1840
- DDR  
S. 340, 1313, 1316, 1347f., 1466, 1481,  
1487<sup>17</sup>, 1526, 1534, 1807, 1837–1840
- Einsatz chemischer Waffen im irakisch-  
iranischen Krieg  
S. 128f., 412, 517, 607, 635, 783, 866<sup>9</sup>,  
1079
- Einsatz chemischer Waffen in Afghani-  
stan  
S. 1079<sup>3</sup>, 1165<sup>6</sup>
- Frankreich  
**Dok. 40** und S. 412f., 865–867, 1110,  
1135, 1812, 1822

- Griechenland  
S. 1136
- Großbritannien  
S. 412f., 657, 865–867, 1135, 1492f.
- Herstellung chemischer Waffen durch  
Irak/Verdacht auf Lieferungen aus der  
Bundesrepublik  
**Dok. 114** und S. 363, 412, 516<sup>3</sup>, 517

- Herstellung chemischer Waffen durch Sy-  
rien/Verdacht auf Lieferungen aus der  
Bundesrepublik  
**Dok. 65, 99**

- Italien  
S. 1136

- Japan  
S. 517

- NATO  
**Dok. 237** und S. 733, 735<sup>10</sup>, 736, 1109,  
1134–1138

- Niederlande  
S. 1136, 1809

- Schweden  
S. 1501

- Spanien  
S. 1136

- Türkei  
S. 1136

- UdSSR  
S. 298, 607, 634–636, 733<sup>5</sup>, 736, 787,  
1109f., 1222, 1312f., 1461, 1466, 1487,  
1501, 1507f., 1534, 1557, 1659, 1670<sup>5</sup>,  
1876

- USA  
**Dok. 125, 201** und S. 298, 391, 411–413,  
517, 607, 657, 733<sup>5</sup>, 735<sup>10</sup>, 833–835, 865–  
867, 1108, 1134–1138, 1174, 1224f., 1241–  
1243, 1265, 1312f., 1461, 1466, 1481,  
1485, 1487, 1495, 1501, 1508, 1534, 1557,  
1658f., 1670<sup>5</sup>, 1805

- Warschauer Pakt  
S. 1222

**Chile**

*siehe außerdem: Argentinien*

S. 74, 384

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 142** und S. 74, 385, 418, 529,  
1271<sup>17+18</sup>, 1272f., 1371–1373
- EG/EPZ  
S. 1261, 1373

- Frankreich  
S. 418, 1273, 1373
- Großbritannien  
S. 737<sup>3</sup>, 738
- Italien  
S. 418
- Spanien  
S. 1371, 1373, 1380
- Uruguay  
S. 1372
- USA  
S. 385, 418, 529, 737<sup>2</sup>, 738, 739<sup>8</sup>, 1271–1273, 1372f.

#### China

*siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China*

#### COCOM (Coordinating Committee for East-West Trade Policy)

S. 77f., 122, 156f., 297, 302–304, 345, 393<sup>6+8</sup>, 394f., 461, 497, 499, 600<sup>3</sup>, 601–603, 648, 795<sup>4</sup>, 796, 814f., 965, 971, 1098<sup>7+8</sup>, 1149<sup>3</sup>, 1260, 1536, 1538, 1541<sup>21+23</sup>, 1579, 1686<sup>17</sup>, 1710<sup>27</sup>, 1713, 1748<sup>2</sup>, 1811, 1883, 1885

#### COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)

*siehe: RGW*

#### Commonwealth of Nations

S. 1491, 1495, 1522f.

#### Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations

S. 502f.

#### Contadora-Gruppe

*siehe unter: Mittelamerika-Politik*

#### Costa Rica

*siehe außerdem: Mittelamerika-Politik*

S. 187–190, 192, 351, 357<sup>5</sup>, 748, 751, 1333, 1483

#### ČSSR (Československá Socialistická Republika)

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Ägypten, Bulgarien, Chemische Waffen, EUREKA, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KSZE, KVAE, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, SDI*

S. 92, 163, 175, 1175, 1185f., 1188–1190, 1394

#### – DDR

S. 51, 344, 1591

#### – Frankreich

S. 898, 1164, 1833

#### – Großbritannien

S. 1164, 1784

#### – Italien

S. 1809

#### – Österreich

S. 58, 615–617

#### – Polen

S. 1178

#### – Rumänien

S. 1834

#### – UdSSR

S. 67, 117, 617–620, 1164, 1174f., 1177, 1189

#### – Ungarn

S. 1177f.

#### – USA

S. 1164, 1176, 1181, 1189

#### ČSSR-Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 122, 228, 229, 230, 231** und S. 42, 50–52, 150, 201, 295, 330, 373, 457–461, 616f., 760, 882, 1163f., 1269, 1316, 1348, 1534, 1590, 1837–1840

#### – Botschaftsflüchtlinge

S. 50f., 531<sup>13</sup>

#### – Umweltverschmutzung/Umweltschutz

S. 52, 1590

#### CSU (Christlich-Soziale Union)

S. 60, 113, 136–138, 140<sup>18</sup>, 176, 627, 630, 727, 833, 834<sup>4</sup>, 838<sup>17</sup>, 842<sup>5</sup>, 848<sup>3</sup>, 859<sup>23</sup>, 935, 939, 994<sup>23</sup>, 1078<sup>11</sup>, 1092, 1093<sup>41</sup>, 1093<sup>41</sup>, 1222, 1239, 1323<sup>10</sup>, 1353, 1484, 1595, 1734, 1751

#### Dänemark

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, EG, EPZ, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KVAE, NATO, SDI*

S. 374, 746

#### – Bundesrepublik Deutschland

S. 17, 422, 1365, 1618<sup>4</sup>, 1654, 1853

#### – Polen

S. 1685

#### – Südafrika

S. 1522

#### – Türkei

S. 74

- UdSSR  
S. 1664, 1810
- USA  
S. 1604<sup>7</sup>, 1664, 1728, 1810
- DDR (Deutsche Demokratische Republik)**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung, Angola, Argentinien, Berlin, Chemische Waffen, CSSR, EUREKA, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Kriegsende, KSZE, KVAE, MBFR, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, SDI, VN, Warschauer Pakt*  
S. 45 f., 542, 844, 1366, 1393, 1823
- EG/EPZ  
S. 287, 1001
- Frankreich  
S. 158–160, 774–776, 898 f., 929, 933 f., 1591, 1802, 1822
- Griechenland  
S. 1349
- Großbritannien  
S. 774 f., 1801 f.
- Italien  
S. 159, 268, 565, 933 f.
- Japan  
S. 977 f.
- Jugoslawien  
S. 114, 115<sup>17</sup>, 1349
- Libyen  
S. 1284
- Nicaragua  
S. 726<sup>7</sup>, 727<sup>9</sup>, 775<sup>30</sup>, 1270
- Polen  
S. 317, 847, 1799, 1823
- Rumänien  
S. 213
- Schweden  
S. 1349
- SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands)  
S. 46, 341<sup>17</sup>, 1079–1081, 1254, 1316<sup>25</sup>, 1481, 1487<sup>17</sup>, 1501, 1807, 1838, 1887
- Sri Lanka  
S. 771<sup>12</sup>, 938<sup>33</sup>, 1192
- UdSSR  
S. 67, 117, 159, 203, 303, 305, 416, 565, 595<sup>19</sup>, 596, 931, 935, 937 f., 978, 1408, 1590 f., 1593, 1641, 1687, 1710, 1799 f., 1823, 1887, 1891

- Ungarn  
S. 344, 885, 1591, 1702<sup>6</sup>, 1703, 1704<sup>10</sup>, 1817
- USA  
S. 203, 404, 774 f., 935, 1345, 1490, 1802
- Volksrepublik China  
S. 818
- DEG (Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern GmbH)**  
S. 350, 493<sup>9</sup>
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)**  
*siehe unter: Nahost-Konflikt, Terrorismus*
- Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)**
  - Bundesrepublik Deutschland  
S. 552–554, 1882
  - Japan  
S. 553 f.
  - Republik Korea (Südkorea)  
S. 552, 607 f., 995–1000, 1307, 1540
  - Rumänien  
S. 1097<sup>2</sup>
  - UdSSR  
S. 607 f., 998, 1540
  - USA  
S. 553, 607 f., 1540, 1882
  - Volksrepublik China  
S. 553, 998, 1540
- Deutsch-deutsches Verhältnis**  
**Dok. 31, 60, 75, 176, 213, 261, 356** und  
S. 48, 150, 195, 213, 287, 295, 297 f., 303–306, 317, 329, 370 f., 373, 415 f., 457 f., 531<sup>13</sup>, 555 f., 565, 591, 596, 599, 616, 648, 753 f., 759 f., 771, 773 f., 865, 881 f., 885, 887 f., 929, 977 f., 996, 1001 f., 1079–1083, 1191–1195, 1215, 1230, 1236, 1266 f., 1269, 1316, 1365 f., 1408, 1495 f., 1528, 1534, 1553, 1566, 1590 f., 1661, 1687, 1702<sup>6</sup>, 1703 f., 1706, 1710, 1799–1801, 1817, 1837–1840, 1880
- Ausreisebewegung/Botschaftsflüchtlinge  
S. 50 f., 174<sup>7</sup>, 555 f., 565, 936, 1267, 1376–1378, 1799
- Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in der Bundesrepublik  
S. 150, 407, 556, 565, 978, 1193, 1672, 1684 f., 1710, 1799 f., 1889
- „Geraer Forderungen“  
S. 39, 1347

- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen  
S. 339–342, 345, 405, 936, 1106, 1192
- Innerdeutsche Grenze  
S. 175, 340, 344f., 936, 1888
- Kulturbbeziehungen  
**Dok. 203** und S. 339<sup>5</sup>, 342–345, 406, 936f., 1193
- „Milliardenkredite“  
S. 759, 1641, 1682
- Reiseverkehr  
S. 339<sup>5</sup>, 344f., 406f., 555, 773, 936, 1192, 1888f.
- Staatsangehörigkeitsfragen  
**Dok. 9** und S. 114, 115<sup>17</sup>, 930<sup>5</sup>
- Ständige Vertretungen  
**Dok. 266**
- Umweltverschmutzung/Umweltschutz  
S. 343–345, 406, 1192
- Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen (Salzgitter)  
S. 39<sup>7</sup>

**Deutsche Bischofskonferenz**  
S. 131f.

**Deutsche Bundesbahn**  
S. 662, 718

**Deutsche Bundesbank**  
S. 79–87, 109, 942<sup>15</sup>, 1621f., 1624<sup>19</sup>, 1637f., 1644, 1655f., 1698–1701

**Deutsche Bundespost**  
S. 1635

**Deutsche Frage und Wiedervereinigung**  
S. 39f., 46, 99–101, 139f., 292<sup>7</sup>, 297, 305f., 308, 316, 323f., 415f., 648, 883f., 930<sup>5</sup>, 931–933, 1140, 1209, 1231, 1266, 1365–1367, 1408, 1528, 1553, 1564, 1566, 1682, 1685, 1702<sup>6</sup>, 1704, 1706, 1750, 1789f., 1880, 1888, 1890

**Deutsches Historisches Museum**  
S. 1070f., 1194

**DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik)**  
S. 1295<sup>7</sup>

**DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund)**  
S. 478, 637<sup>12</sup>, 834<sup>7</sup>, 1059<sup>11</sup>, 1136<sup>9</sup>, 1137, 1242, 1815

**DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag)**  
S. 83

**DKP (Deutsche Kommunistische Partei)**  
S. 493, 495<sup>3</sup>, 595<sup>19</sup>, 596, 939

**Dominikanische Republik**  
*siehe außerdem: Nord-Süd-Dialog*  
S. 534

**Doppelbeschluß**  
*siehe: NATO-Doppelbeschluß*

**DRK (Deutsches Rotes Kreuz)**  
S. 485f.

**Ecuador**  
*siehe unter: Nord-Süd-Dialog*

**EG (Europäische Gemeinschaften)**  
*siehe außerdem:*  
*Afghanistan, Ägypten, Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, DDR, El Salvador, EUREKA, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Honduras, Irak, Iran, Israel, Japan, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Libanon-Konflikt, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nicaragua, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Südafrika, Thailand, Tunesien, Türkei, UdSSR, Ungarn, Uruguay, USA, Volksrepublik China*  
S. 90, 107, 210, 259, 272, 492, 883, 965, 967, 1022, 1341<sup>14</sup>, 1419

– Ad-hoc-Versammlung für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft  
S. 791

– Agrarpolitik  
**Dok. 102** und S. 75f., 104, 107–109, 262, 263<sup>18</sup>, 286, 373, 375, 419, 424f., 533, 565, 697f., 700, 702f., 718, 1374f., 1396, 1617

– Belgien  
S. 79, 81, 284, 507, 712, 928, 1365

– Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 19, 79, 167, 311** und S. 44, 75f., 79, 103–110, 150, 169, 263f., 277–287, 296, 507, 523–526, 546, 554, 565, 660, 662f., 705, 712, 718, 721, 754, 816, 842, 928, 1000, 1072, 1160, 1237, 1301, 1364f., 1474, 1523<sup>37</sup>, 1538, 1565, 1567, 1644, 1652, 1704, 1720, 1753, 1816, 1825, 1851, 1873

– Dänemark  
S. 76<sup>22</sup>, 263, 284, 507f., 524f., 526<sup>13</sup>, 712, 1365

- EG-Rat  
S. 82, 662, 665, 874<sup>4</sup>, 875, 942f., 1519<sup>18</sup>, 1700f.
  - EIB (Europäische Investitionsbank)  
S. 106, 285, 1697
  - EPZ  
*siehe: EPZ*
  - ESPRIT (Europäisches Strategieprogramm für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologie)  
S. 277–279, 282, 765, 923
  - Europäische Akte/Europäische Union  
*siehe: Europäische Akte*
  - Europäischer Rat  
S. 82, 87, 107f., 280, 418, 510, 653, 665, 792, 794, 874<sup>4</sup>, 875, 911<sup>2</sup>, 913f., 942f., 1700
  - Europäisches Parlament  
S. 83<sup>15</sup>, 103, 109, 258, 280, 322, 509, 525, 574, 599, 612f., 645, 694, 717, 782<sup>32</sup>, 1006f., 1364, 1652–1654, 1673, 1821
  - EWS (Europäisches Währungssystem)  
**Dok. 15** und S. 103, 109, 320, 652<sup>15</sup>, 714, 793, 874<sup>4</sup>, 925<sup>6</sup>, 942, 1621<sup>15</sup>, 1622, 1637<sup>16</sup>, 1638, 1655, 1699
  - Fischereipolitik  
S. 75, 104, 262–264, 284–286, 373, 375f., 419
  - Forschungs- und Technologiepolitik  
**Dok. 51, 146** und S. 328, 481, 510, 513f., 533, 565, 697, 707, 712f., 714<sup>28</sup>, 720–722, 724f., 791–793, 877f., 921<sup>18</sup>, 923f., 943, 975, 1000, 1009–1012, 1247
  - Frankreich  
S. 76<sup>22</sup>, 169, 263, 265, 284–287, 419, 422–424, 507, 509, 524, 554, 566<sup>9</sup>, 705, 712, 718, 874, 928, 1000, 1160, 1363, 1365, 1516, 1523f., 1565, 1567, 1623, 1753
  - Griechenland  
S. 75f., 105f., 265f., 285, 420f., 478, 508, 525, 526<sup>13</sup>, 712, 992f., 1365, 1623, 1851, 1853
  - Großbritannien  
S. 75f., 107, 263–265, 284, 419, 422, 508, 524, 526<sup>13</sup>, 712, 874, 1365, 1393, 1523<sup>37</sup>, 1524<sup>39</sup>, 1622f.
  - Haushaltsfragen/Eigeneinnahmen  
S. 76, 106f., 264f., 282–284, 419f., 1160, 1364, 1516
  - IMP (Integriertes Mittelmeerprogramm)  
S. 75f., 105f., 284f., 419–421, 993, 1854<sup>17</sup>
  - Irland  
S. 76<sup>22</sup>, 263, 507
  - Italien  
S. 76, 83, 260, 262–266, 285, 419f., 507, 526, 565f., 712, 852, 874, 1365, 1652
  - Kommission  
S. 75<sup>15+18</sup>, 79f., 82f., 85, 87, 103, 105–110, 192, 214, 263, 278–280, 282, 284f., 373, 375, 418<sup>4</sup>, 422–424, 425<sup>36</sup>, 511, 524, 525<sup>9</sup>, 526<sup>13</sup>, 566<sup>9</sup>, 567<sup>8</sup>, 569, 653, 707, 712, 718, 762<sup>3</sup>, 764f., 852, 877f., 911<sup>19</sup>, 912, 923, 925<sup>6</sup>, 928, 943, 987<sup>23</sup>, 1009–1012, 1246f., 1260, 1301, 1516, 1517<sup>5+7+8</sup>, 1519<sup>18</sup>, 1520f., 1524, 1596<sup>35</sup>, 1597, 1617–1625, 1637, 1655f., 1686<sup>17</sup>, 1693, 1697f., 1700, 1814
  - Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)  
S. 748<sup>31</sup>, 1261, 1373, 1411, 1419, 1763
  - Luxemburg  
S. 76<sup>22</sup>, 507, 712, 928, 942, 1301, 1365
  - Niederlande  
S. 76<sup>22</sup>, 419, 507, 524, 700, 712, 928, 1365, 1523<sup>37</sup>
  - RGW  
S. 851f., 906, 910f., 1106, 1145, 1162, 1182, 1215, 1521, 1575, 1686, 1749<sup>6</sup>, 1811, 1819
  - Römische Verträge  
*siehe: Römische Verträge*
  - Sprachenfrage  
S. 110, 424, 1652, 1690, 1753<sup>8</sup>
  - Stahlpolitik  
S. 169
  - Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
  - Währungspolitik  
S. 566, 874<sup>4</sup>
- EKD (Evangelische Kirche in Deutschland)**  
S. 402<sup>15</sup>
- El Salvador**  
*siehe außerdem:*  
*Argentinien, Mittelamerika-Politik*
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 187–190, 357<sup>5</sup>, 359, 529, 749, 863, 1333<sup>27</sup>, 1427, 1483



- EG/EPZ  
S. 190–192
- Frankreich  
S. 1427
- Mexiko  
S. 188, 529<sup>6</sup>
- Nicaragua  
S. 188, 358
- Spanien  
S. 749
- Uruguay  
S. 351
- USA  
S. 190, 529, 1333
- Venezuela  
S. 529<sup>6</sup>
- Entwicklungshilfepolitik der Bundesrepublik Deutschland**  
S. 77, 156, 163, 192, 218, 350, 476 f., 677, 761, 837<sup>12</sup>, 955, 979<sup>46</sup>, 1017<sup>7</sup>, 1018, 1268, 1595
- EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit)**  
*siehe außerdem:*  
*Afghanistan, Ägypten, Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, DDR, El Salvador, EUREKA, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Honduras, Irak, Iran, Israel, Japan, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Libanon-Konflikt, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nicaragua, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, Südafrika, Thailand, Tunesien, Türkei, UdSSR, Ungarn, Uruguay, USA, Volksrepublik China*  
S. 210, 259, 421, 507, 874 f., 941, 943, 1666–1669, 1792
- Belgien  
S. 716, 1519<sup>18</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 660–663, 666, 716 f., 721, 1201, 1258–1262, 1293, 1451, 1516–1518, 1650, 1652, 1668 f., 1690, 1753<sup>8</sup>
- Dänemark  
S. 716, 1201, 1259, 1517<sup>5</sup>, 1522
- Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik  
S. 508–510, 652, 662, 716
- Frankreich  
S. 129, 660 f., 716 f., 792, 1259 f., 1516, 1517<sup>5</sup>, 1518, 1519<sup>18</sup>, 1520, 1812
- Griechenland  
S. 992 f., 1201, 1259, 1517
- Großbritannien  
S. 660 f., 716 f., 792, 1259 f., 1517, 1522 f.
- Irland  
S. 716, 1201, 1259, 1517<sup>5</sup>
- Italien  
S. 791 f., 1259, 1516, 1518, 1652, 1668
- Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
- Luxemburg  
S. 1259 f.
- NATO  
S. 1667
- Niederlande  
S. 716, 1259, 1517, 1523, 1668
- Politisches Komitee  
S. 49, 1451<sup>15</sup>, 1519 f., 1522 f., 1666<sup>2</sup>, 1667–1669
- WEU  
S. 915, 1394<sup>30</sup>, 1667
- ESA (European Space Agency)**  
*siehe unter: Raumfahrtspolitik*
- EUREKA**  
S. 513 f., 660, 663 f., 675 f., 697 f., 701, 703–705, 707, 712 f., 720, 724 f., 928, 943, 944<sup>24</sup>, 1000, 1278 f., 1585
- Belgien  
S. 651 f.
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 189** und S. 652, 792–794, 877 f., 919, 921<sup>18</sup>, 923, 925, 943, 944<sup>24</sup>, 1022, 1026<sup>13</sup>, 1158–1161, 1175, 1179, 1244–1248, 1340 f., 1370 f., 1383–1385, 1538, 1570, 1585, 1595–1597, 1625, 1693 f., 1752<sup>6</sup>
- ČSSR  
S. 1183
- DDR  
S. 933
- EG/EPZ  
S. 652, 1158 f., 1522

- Frankreich  
S. 651, 765, 791–794, 877, 902, 925, 943, 944<sup>24</sup>, 1022, 1158f., 1161, 1174f., 1196, 1340, 1538, 1570, 1596f.
- Großbritannien  
S. 1026<sup>13</sup>, 1158, 1396, 1596<sup>35</sup>
- Italien  
S. 792–794, 1341
- Japan  
S. 1538
- Österreich  
S. 975
- Schweden  
S. 975
- Schweiz  
S. 975, 1159
- Spanien  
S. 1383f.
- Türkei  
S. 1158
- UdSSR  
S. 1257, 1538
- Ungarn  
S. 1163
- USA  
S. 1161, 1538
- Europäische Akte/Europäische Union**  
**Dok. 97, 173, 318** und S. 790f., 924f., 1278, 1617–1625
- Ad-hoc-Ausschuß für das Europa der Bürger („Adonnino-Ausschuß“)  
S. 714, 791<sup>12</sup>, 794, 942
- Ad-hoc-Ausschuß für institutionelle Fragen („Dooge-Ausschuß“)  
S. 59, 74f., 80, 82f., 265, 421–423, 506–511, 514, 525, 652, 661, 701, 717<sup>39</sup>, 721, 724, 790–793, 877, 912, 1700
- Belgien  
S. 652f., 698, 925–927, 945<sup>26</sup>
- Binnenmarkt  
S. 652, 661–663, 714, 791, 793, 877, 925, 943f., 1343f., 1371, 1396, 1538, 1570, 1596, 1617<sup>3</sup>, 1619f., 1623f., 1636, 1639<sup>20</sup>, 1652f., 1655, 1682, 1688–1690, 1693, 1697, 1701
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 325** und S. 74f., 566, 652f., 661f., 665f., 698, 714, 790–793, 911–916, 941, 943, 1157f., 1343f., 1365, 1389, 1394, 1538, 1595f., 1617–1624, 1636–1639, 1652–1656, 1666f., 1682, 1688f., 1753<sup>8</sup>, 1816
- Dänemark  
S. 653, 698, 941, 944, 945<sup>26</sup>, 1157, 1365, 1618, 1639, 1654f., 1698, 1753<sup>8</sup>
- EG-Kommission  
S. 652, 661, 665<sup>31</sup>, 715, 793f., 942, 944<sup>24</sup>, 945<sup>26</sup>, 1157, 1343, 1617f., 1639<sup>20</sup>, 1654, 1753<sup>8</sup>
- EG-Rat  
S. 75, 508, 510, 662, 714–716, 721, 793, 874<sup>4</sup>, 875, 925, 1157f., 1343f., 1596, 1617<sup>3</sup>, 1619, 1654
- Europäischer Rat  
S. 75, 508, 510, 662, 714, 874<sup>4</sup>, 875, 925, 1157f., 1343f., 1596, 1617<sup>3</sup>, 1619, 1654, 1666<sup>2</sup>
- Europäisches Parlament  
S. 74<sup>9</sup>, 76<sup>22</sup>, 421f., 507–511, 653, 662, 665f., 714f., 721, 792f., 874<sup>4</sup>, 876, 915, 942, 944<sup>24</sup>, 1157, 1342<sup>19</sup>, 1343f., 1365, 1394, 1521, 1538, 1596, 1618, 1638f., 1652–1654, 1688f., 1702, 1753<sup>8</sup>
- Frankreich  
S. 660, 698, 702, 714f., 790–793, 911–916, 925, 941, 943, 945<sup>26</sup>, 1157f., 1343f., 1365, 1595f., 1619, 1620<sup>10</sup>, 1621–1623, 1639<sup>20+21</sup>, 1653, 1666f., 1700, 1816
- Griechenland  
S. 653, 698, 941, 944, 945<sup>26</sup>, 1156f., 1365, 1617f., 1620f., 1623, 1639, 1667
- Großbritannien  
S. 74f., 77, 566, 653, 660–663, 665f., 698, 790f., 793, 912, 926, 941, 943f., 945<sup>26</sup>, 1157, 1365, 1394, 1617–1619, 1623, 1637–1639, 1654f., 1666f., 1688, 1698, 1700f., 1816
- Irland  
S. 698, 944, 945<sup>26</sup>, 1157, 1620f., 1655, 1667
- Italien  
S. 75, 566, 698, 714, 790–793, 911<sup>2</sup>, 912, 925–927, 945<sup>26</sup>, 1622, 1639<sup>20</sup>, 1653–1656, 1753<sup>8</sup>, 1816
- „Kohäsion“/Zusammenhalt der Gemeinschaft  
S. 509, 511<sup>15</sup>, 874<sup>4</sup>, 925<sup>6</sup>, 1620f., 1624, 1639<sup>20</sup>, 1656, 1696–1698
- Luxemburg  
S. 698, 925–927, 945<sup>26</sup>, 1521f., 1618, 1622, 1636–1639, 1666f., 1696–1698

- Niederlande  
S. 662, 698, 925–927, 945<sup>26</sup>, 1655, 1666f., 1698, 1700, 1816
- Portugal  
S. 926, 945<sup>26</sup>, 1620<sup>13</sup>, 1623
- Regierungskonferenz für eine Europäische Union  
S. 59<sup>6</sup>, 75, 266, 422, 506–511, 566, 653, 660f., 697, 714, 717, 721, 790f., 925<sup>9</sup>, 926f., 941, 943f., 945<sup>26</sup>, 1156, 1342–1344, 1389, 1394, 1521, 1595, 1617, 1620<sup>9+13</sup>, 1624, 1636–1639, 1666f., 1697–1700
- Spanien  
S. 926, 945<sup>26</sup>, 1620<sup>13</sup>
- „Spinelli-Plan“  
S. 103, 508–510
- Umweltpolitik  
S. 1617<sup>3</sup>, 1620, 1636
- Währungspolitik  
S. 508f., 511<sup>15</sup>, 652, 714, 793, 925<sup>6</sup>, 942<sup>15</sup>, 1596, 1620–1624, 1637f., 1655f., 1688–1690, 1696, 1698–1700, 1753<sup>8</sup>, 1816

#### Europäische Gemeinschaften

*siehe: EG*

#### Europäische Union

*siehe: Europäische Akte*

#### Europäische Verteidigungsinitiative (EVI)/Erweiterte Luftverteidigung für Europa

**Dok. 217, 351** und S. 918<sup>6</sup>, 923f., 1154, 1582–1584

#### Europarat

S. 147, 986, 1006f., 1340, 1696<sup>12</sup>

- Europäische Kommission für Menschenrechte  
S. 772

#### European Fighter Aircraft (Jäger 90)

S. 928<sup>14</sup>, 1151, 1154, 1569, 1585f., 1594, 1691, 1844

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 198** und S. 664<sup>29</sup>, 665, 713, 876–878, 904, 1026<sup>13</sup>, 1160, 1338f., 1370, 1427f., 1691, 1826, 1849
- Frankreich  
S. 664<sup>29</sup>, 713, 876f., 904, 1045–1047, 1159f., 1338f., 1370, 1427f., 1565, 1691, 1826, 1844f., 1849
- Großbritannien  
S. 664f., 713, 1026<sup>13</sup>, 1045–1047, 1339, 1428, 1691

- Italien  
S. 664<sup>29</sup>, 1045–1047, 1428, 1691
- Spanien  
S. 664<sup>29</sup>, 1045–1047, 1370, 1428, 1691
- USA  
S. 1691

#### Falkland-Inseln/Malwinen

S. 70, 134, 1273f., 1363f., 1688, 1690

#### FDP (Freie Demokratische Partei)

S. 60, 310, 357<sup>1</sup>, 361f., 458, 619<sup>21</sup>, 702<sup>29</sup>, 727<sup>9</sup>, 838<sup>17</sup>, 842<sup>5</sup>, 881, 886, 935, 939, 970<sup>1</sup>, 1079, 1165, 1323<sup>10</sup>, 1484, 1698, 1751

#### FES (Friedrich-Ebert-Stiftung)

S. 476, 739, 1794<sup>20</sup>

#### Fidschi

S. 491<sup>5</sup>

#### Finnland

*siehe außerdem: Abrüstung, KSZE*

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 291, 312, 1030<sup>11</sup>
- UdSSR  
S. 1536
- Ungarn  
S. 1703

#### FNS (Friedrich-Naumann-Stiftung)

S. 476f., 1266<sup>5</sup>

#### Frankreich

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Argentinien, ASAT, Belgien, Berlin, Brasilien, Chemische Waffen, Chile, ČSSR, DDR, EG, El Salvador, EPZ, EUREKA, Europäische Akte, European Fighter Aircraft, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Kriegsende, KSZE, KVAE, Libanon-Konflikt, MBFR, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluss, Nord-Süd-Dialog, Raumfahrtspolitik, SDI, Terrorismus, VN, WEU*

- S. 42, 108, 265, 328, 355f., 548, 550, 557, 659, 662, 887, 1246f., 1453, 1623
- Griechenland  
S. 824<sup>19</sup>, 986, 1157
- Großbritannien  
S. 655, 710–712, 716, 926f., 1047<sup>12</sup>, 1395, 1524<sup>40</sup>
- Heiliger Stuhl  
S. 1781

- Indien  
S. 572
  - Irak  
S. 484, 1237<sup>15</sup>
  - Italien  
S. 710, 790–794, 926–928, 1516, 1570
  - Japan  
S. 548, 706, 975<sup>21</sup>, 976<sup>29</sup>, 1538
  - Jordanien  
S. 244
  - Kambodscha  
S. 1519
  - Kanada  
S. 355
  - Luxemburg  
S. 927f., 1635
  - Marokko  
S. 1283
  - Nicaragua  
S. 567f., 1519
  - Niederlande  
S. 927f., 1829
  - Österreich  
S. 1781
  - Polen  
S. 631, 1163, 1687, 1780–1783, 1832f.
  - Rumänien  
S. 206f., 1834
  - Saudi-Arabien  
S. 273<sup>5</sup>, 1412
  - Spanien  
S. 376, 720, 722, 725, 1076, 1332, 1363
  - Sri Lanka  
S. 195–197, 287
  - Südafrika  
S. 710
  - Türkei  
S. 485
  - UdSSR  
S. 5, 43, 160f., 198–200, 293, 303, 330f., 355f., 368f., 593<sup>7</sup>, 597f., 703, 717, 770, 804, 897f., 905, 933f., 973f., 1001, 1063, 1065, 1067, 1082f., 1109f., 1161f., 1169, 1174f., 1203, 1206, 1255f., 1303, 1314, 1317, 1327f., 1330f., 1335, 1393, 1417, 1427–1431, 1453, 1465, 1489f., 1518f., 1529, 1535, 1548, 1566, 1568f., 1574f., 1577f., 1589, 1591–1593, 1595, 1653, 1685, 1687, 1708, 1713, 1749, 1778–1780, 1811f., 1822, 1829, 1842, 1877–1879
  - Ungarn  
S. 1163, 1832f.
  - USA  
S. 31, 198, 226, 290, 355, 369, 558, 560–562, 609, 612f., 699, 708, 710f., 810f., 867, 897, 1040, 1041<sup>8</sup>, 1062<sup>11</sup>, 1063, 1126, 1154, 1161, 1163, 1332, 1382, 1390, 1430, 1500, 1519, 1568f., 1577, 1593, 1778, 1780, 1782, 1822, 1829f., 1877
  - Verteidigungspolitik/Force d'Action Rapide (FAR)  
**Dok. 202** und S. 15, 290, 801, 856, 896–902, 922, 1083, 1151–1156, 1196, 1430, 1564f., 1570, 1577, 1583, 1663, 1821–1823, 1825–1830, 1841–1848
  - Vietnam  
S. 1519
  - Volksrepublik China  
S. 1149<sup>3</sup>, 1150, 1753
- Frankreich–  
Bundesrepublik Deutschland**
- Dok. 29, 52, 53, 91, 136, 137, 175, 225, 260, 277, 302, 303, 307, 347** und S. 41–44, 49, 101, 178, 184–186, 197<sup>12</sup>, 259, 293, 303, 318, 355f., 367<sup>10</sup>, 370f., 415<sup>5</sup>, 422, 426–428, 507, 521, 533, 549, 554, 557f., 560–562, 652, 722–724, 754, 765, 769–776, 790–794, 859f., 911–913, 921<sup>18</sup>, 922, 975, 1007, 1083, 1127, 1129f., 1150, 1200f., 1236, 1266, 1273, 1366, 1390, 1392, 1417, 1478, 1504<sup>8</sup>, 1516, 1522<sup>28</sup>, 1523f., 1538, 1620, 1622f., 1625, 1634, 1653, 1700, 1753, 1781, 1812, 1861, 1871
- Abbau von Grenzkontrollen  
S. 286f.
  - Entwicklung eines Aufklärungssatelliten  
**Dok. 35, 196** und S. 290, 481, 904, 923f., 1154, 1339, 1569f., 1584f., 1593, 1843f., 1845<sup>18</sup>, 1846, 1849
  - Entwicklungsdienst  
S. 163, 1595
  - Gedenkfeier am 22.9.1984 in Verdun  
S. 47, 52<sup>10</sup>, 1591
  - Kooperation in Rüstungs- und Sicherheitsfragen  
**Dok. 171, 224, 305, 349** und S. 121, 918<sup>6</sup>, 1044–1047, 1060, 1061<sup>8</sup>, 1062<sup>11</sup>, 1063–1065, 1338, 1412<sup>10</sup>, 1427f., 1430,

- 1565, 1569, 1574, 1691<sup>16+18</sup>, 1821–1831, 1834f.
- Friedensbewegung**  
siehe unter: *NATO-Doppelbeschuß*
- Friedensnobelpreis**  
S. 1733–1736
- G-7-Außenministertreffen**  
**Dok. 255** und S. 955, 979, 1021, 1332f.
- Gambia**  
S. 349<sup>17</sup>
- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)**  
S. 534, 548f., 551, 557f., 569, 581, 697<sup>4</sup>, 700f., 956, 976, 1309<sup>34</sup>, 1693, 1811, 1814
- GCC (Gulf Cooperation Council)**  
siehe: *Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten*
- Gedenkfeier zum 40. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen**  
S. 46, 69, 503, 1450, 1543
- Genfer Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der UdSSR**  
**Dok. 7, 8, 10, 36, 106** und S. 3–6, 9f., 15, 64, 66f., 78, 125f., 146, 159, 210–213, 219<sup>3</sup>, 224, 236, 239, 247, 260, 266<sup>29</sup>, 272, 288, 291–295, 366, 368, 374, 379–381, 426, 435, 441, 445, 458, 492, 512, 566, 570, 580, 584, 1034, 1116, 1142, 1404, 1456, 1813
- Belgien  
S. 215, 1461, 1729, 1809
  - Bulgarien  
S. 325<sup>4</sup>, 331
  - Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 85, 86** und S. 43, 57, 78, 98, 149, 199–203, 215, 288, 325<sup>4</sup>, 328–330, 333, 348, 380, 391, 423, 435, 457f., 521<sup>3</sup>, 522, 554, 570, 580, 615, 644–646, 658, 662, 677, 694f., 699, 753, 785f., 805f., 843, 879, 935, 950, 961–963, 974, 1001, 1014, 1016, 1025, 1087, 1102–1104, 1117, 1180, 1184, 1211f., 1316–1318, 1331, 1346, 1349–1351, 1397–1402, 1405, 1443f., 1457, 1460f., 1465f., 1481f., 1485, 1526, 1532f., 1535, 1539, 1555, 1560–1563, 1571–1576, 1578, 1626, 1631f., 1671, 1713, 1808, 1819f., 1869<sup>2</sup>, 1870
  - ČSSR  
S. 457–459, 618, 1183
  - Dänemark  
S. 215, 1461
  - DDR  
S. 340, 404, 457f., 933, 935, 1103f.
  - Drittstaatenysteme  
S. 34, 43, 451, 468, 499, 538f., 1096, 1302, 1317, 1325, 1416<sup>9</sup>, 1459, 1462, 1507<sup>8</sup>, 1555, 1560, 1573–1578, 1586<sup>6</sup>, 1729, 1805, 1807f., 1811f., 1819
  - EG/EPZ  
S. 214
  - Frankreich  
S. 41, 43, 215, 288, 481, 560–562, 699, 804, 811, 1328, 1430, 1575, 1577f., 1812f.
  - Griechenland  
S. 266<sup>29</sup>
  - Großbritannien  
S. 215, 657, 805, 1025, 1391, 1457, 1462, 1550
  - Indien  
S. 1016f.
  - Irland  
S. 215
  - Italien  
S. 57, 1457, 1461, 1726
  - Jugoslawien  
S. 147f.
  - Kanada  
S. 354, 1457, 1461
  - Luxemburg  
S. 1461
  - Mittelstreckensysteme  
S. 34, 37, 41f., 78, 99, 200f., 203, 224, 288, 294, 333, 368, 381, 439, 447f., 451, 453f., 468, 537–540, 605f., 617–619, 643–645, 649, 673, 694, 782, 804f., 1048f., 1095f., 1119–1121, 1183f., 1302, 1312, 1315–1319, 1325f., 1357, 1359, 1397–1401, 1416<sup>9</sup>, 1432<sup>3</sup>, 1458, 1460, 1466, 1482, 1485, 1507, 1526, 1529, 1531–1533, 1535f., 1548f., 1555f., 1559f., 1562, 1571<sup>3</sup>, 1572–1574, 1576f., 1659f., 1663f., 1729, 1780, 1804f., 1808f., 1811f., 1819f., 1861, 1863, 1869<sup>2</sup>, 1870f., 1875
  - NATO  
S. 9, 15, 43, 380, 432f., 440, 521f., 777, 803, 1250, 1350–1352, 1546, 1552
  - Niederlande  
S. 1461

- Pakistan  
S. 348
  - Polen  
S. 457
  - Strategische Nuklearwaffen  
S. 34f., 37, 41f., 99, 200, 203, 220, 224, 288, 294, 333, 368, 439, 447f., 452, 468, 537–539, 554, 605f., 618f., 643–645, 649, 673, 804f., 1048f., 1096, 1121, 1183f., 1302, 1315f., 1318f., 1325f., 1357, 1359, 1397–1401, 1416<sup>9</sup>, 1432<sup>3</sup>, 1458, 1460, 1465, 1481f., 1485, 1526, 1529, 1531–1533, 1535f., 1548f., 1555, 1559f., 1572f., 1575, 1577, 1586<sup>6</sup>, 1659f., 1663f., 1683, 1702<sup>6</sup>, 1729, 1804, 1807, 1812, 1820, 1869<sup>2</sup>, 1870, 1875
  - UdSSR  
**Dok. 211, 270, 304** und S. 34f., 37, 90, 98, 102, 200f., 288f., 333, 368, 433–436, 446f., 449, 451–457, 459f., 463, 467, 481, 499f., 522f., 537–540, 558, 564, 573, 605f., 610f., 616, 618, 635, 643–645, 649, 672, 779f., 782, 803–805, 826, 828, 908f., 974, 1014, 1048f., 1104, 1108, 1113, 1212, 1256, 1302, 1312, 1315–1317, 1325, 1330, 1351f., 1357, 1359f., 1391, 1409, 1415f., 1418, 1430, 1432, 1438, 1457f., 1465, 1481, 1485f., 1491f., 1506, 1526, 1529–1532, 1535, 1539, 1546, 1548–1550, 1552, 1555f., 1560, 1561<sup>12</sup>, 1575–1577, 1586<sup>6</sup>, 1660, 1663f., 1671, 1683, 1702<sup>6</sup>, 1780, 1804, 1819f., 1870, 1875
  - Ungarn  
S. 883
  - USA  
**Dok. 101, 199, 262, 301** und S. 34–37, 98, 115<sup>1</sup>, 116f., 119, 200f., 220, 223, 433f., 436, 439, 446, 448, 451–457, 499f., 536–540, 554, 560–562, 573, 580, 605f., 610f., 613, 617f., 635, 643–645, 657, 687, 695, 753, 778–783, 803–805, 808, 826, 933, 1015, 1094f., 1108, 1256, 1302, 1315f., 1325f., 1330f., 1360–1362, 1397<sup>5</sup>, 1398–1401, 1405, 1416<sup>9</sup>, 1418, 1430, 1432, 1438, 1457f., 1491, 1506, 1526, 1530, 1532f., 1539, 1546, 1548–1550, 1552, 1572, 1575f., 1586<sup>6</sup>, 1659f., 1663f., 1713, 1729, 1780, 1805, 1819f.
  - Volksrepublik China  
S. 1539
  - Weltraumrüstung  
S. 34–37, 41f., 66, 99, 201, 203, 224, 288, 293–295, 333, 354, 367, 433, 435f., 447, 449, 453f., 459, 537, 540, 554, 606, 612, 617–619, 643–646, 649, 672f., 784, 803–805, 808, 933, 1048f., 1095f., 1104, 1121, 1183f., 1302, 1312, 1315, 1325, 1330f., 1397<sup>6</sup>, 1400f., 1458, 1465, 1482, 1526, 1529, 1531f., 1535f., 1555f., 1559f., 1562, 1572f., 1683, 1808, 1819, 1875, 1877
- Gesetze und Verordnungen**
- Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913  
S. 309<sup>14</sup>
  - Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz) vom 15.11.1948  
S. 85
  - Gesetz vom 20.12.1950 über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz)  
S. 22<sup>3</sup>
  - Gesetz vom 22.2.1955 zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit  
S. 309<sup>14</sup>
  - Gesetz vom 26.7.1957 über die Deutsche Bundesbank  
S. 1638<sup>17</sup>
  - Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen) vom 20.4.1961  
S. 743, 744<sup>15</sup>, 1411
  - Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961  
S. 394<sup>8</sup>, 602, 743, 744<sup>15</sup>, 747, 966, 1042, 1411
  - Arbeitsförderungsgesetz vom 25.6.1969  
S. 1815<sup>8</sup>
  - Gesetz vom 28.11.1983 zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern (Rückkehrhilfegesetz)  
S. 988<sup>25</sup>
  - Zweiundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 14.5.1984  
S. 364, 518
  - Dreiundfünfzigste Verordnung zur Änderung der Ausfuhrliste – Anlage AL zur Außenwirtschaftsverordnung – vom 6.8.1984  
S. 363f., 577
  - Beschäftigungsförderungsgesetz 1985 vom 26.4.1985  
S. 549, 559

- Gesetz zur Verbesserung der Personalstruktur in den Streitkräften vom 30.7. 1985  
S. 1594<sup>23</sup>

#### Grenada

S. 392, 1051, 1053, 1055 f.

#### Griechenland

siehe außerdem:

*Abrüstung, Afghanistan, Belgien, Bulgarien, Chemische Waffen, DDR, EG, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Kriegsende, Libanon-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, Terrorismus, Zypern-Konflikt*

S. 108, 487

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 90, 186, 350** und S. 17, 178–180, 184–186, 420 f., 652, 662, 824 f., 980, 1005, 1104<sup>16</sup>, 1365, 1621, 1639

- Großbritannien

S. 824<sup>19</sup>

- Italien

S. 264, 420, 824<sup>19</sup>

- Jugoslawien

S. 1855

- Libyen

S. 180, 823 f., 1857

- Luxemburg

S. 1639

- Polen

S. 993, 1780

- Rumänien

S. 1855

- Spanien

S. 375

- Türkei

**Dok. 155** und S. 178–180, 183–186, 266<sup>29</sup>, 488, 981 f., 992 f., 1005 f., 1852–1854

- UdSSR

S. 180–182, 216<sup>10</sup>, 266, 418, 823, 994, 1639, 1664, 1855

- USA

S. 178, 180–182, 184 f., 266 f., 824<sup>19</sup>, 892, 993, 1664, 1855, 1857

#### Großbritannien

siehe außerdem:

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Argentinien, Belgien, Berlin, Brasilien, Bulgarien, Chemische Waffen,*

*Chile, ČSSR, DDR, EG, EPZ, EUREKA, Europäische Akte, European Fighter Aircraft, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Kriegsende, KSZE, KVAE, Libanon-Konflikt, MBFR, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Raumfahrt-politik, SDI, Terrorismus, VN, WEU*

S. 42, 61–63, 265, 586 f., 887, 1246 f.

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 13, 14, 129, 232, 269, 314, 323** und S. 49, 119, 121, 150, 178, 184–186, 322, 336<sup>13</sup>, 367<sup>10</sup>, 370, 399, 415<sup>5</sup>, 422, 507, 520 f., 683, 706 f., 711, 746, 765, 769–775, 796 f., 859, 902, 927, 1025–1028, 1047, 1083, 1127, 1129 f., 1150, 1200 f., 1273 f., 1365, 1447<sup>15</sup>, 1478, 1504<sup>8</sup>, 1536, 1580, 1601, 1618<sup>4</sup>, 1623, 1625, 1654, 1700 f., 1729, 1744–1746, 1810, 1824 f., 1828, 1871

- Indien

S. 654, 1393

- Irland

S. 1641, 1689 f.

- Israel

S. 1479

- Italien

S. 716<sup>36</sup>, 790 f., 1726

- Japan

S. 664

- Jordanien

S. 241<sup>2</sup>, 244

- Kambodscha

S. 1492

- Libyen

S. 73, 521

- Nicaragua

S. 62, 568

- Niederlande

S. 796 f., 1679, 1725

- Pakistan

S. 654

- Polen

S. 54, 322, 667, 847, 1147 f., 1686, 1784

- Portugal

S. 666

- Rumänien

S. 206, 1784

- Saudi-Arabien  
S. 273<sup>5</sup>, 1411, 1478
- Schweiz  
S. 1274
- Simbabwe  
S. 1763<sup>13</sup>
- Spanien  
S. 376, 666, 725, 1076, 1332
- Sri Lanka  
S. 196
- Südafrika  
S. 1026<sup>13</sup>, 1304, 1324f., 1522f.
- UdSSR  
S. 4, 43, 64, 160, 200, 303, 354, 369, 497, 499, 593<sup>7</sup>, 595<sup>18</sup>, 597f., 757, 770, 905f., 973, 1001, 1033<sup>5</sup>, 1256, 1304, 1329–1331, 1335, 1416f., 1430, 1492, 1495, 1577f., 1640, 1642, 1663, 1685f., 1708, 1725, 1728, 1779f., 1809, 1876–1879
- Ungarn  
S. 1702, 1784
- Uruguay  
S. 74
- USA  
S. 4, 31, 65, 78, 121, 303, 384, 656f., 660, 683, 687, 710, 811, 867, 1027, 1126, 1197, 1327, 1331, 1391, 1489–1497, 1576, 1580f., 1588, 1604<sup>7</sup>, 1640, 1642, 1663, 1691f., 1726, 1728, 1744f., 1779, 1809, 1876f.
- Verteidigungspolitik  
S. 4, 15, 1196f.
- Vietnam  
S. 1492
- Volksrepublik China  
S. 800, 1149<sup>3</sup>, 1150, 1393, 1409

**Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914**

S. 95

**Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949**

S. 38<sup>4</sup>, 39f., 95<sup>7</sup>, 309<sup>14</sup>, 756, 1503f.

**Grüne (Die Grünen)**

S. 60f., 583, 702<sup>29</sup>, 840<sup>25</sup>, 939, 1007, 1059, 1172, 1566f., 1569, 1595, 1636, 1750f., 1887f.

**Guatemala**

*siehe außerdem: Mittelamerika-Politik*

S. 187f., 191f., 749

**Guinea**

S. 349<sup>17</sup>

**Heiliger Stuhl**

*siehe außerdem: Frankreich*

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 1783

- Polen  
S. 1008, 1780f., 1783

- UdSSR  
S. 295

**Honduras**

*siehe außerdem: Mittelamerika-Politik*

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 187f., 190, 192, 351, 358, 382, 749, 1333

**Hongkong**

S. 1407f.

**HSS (Hanns-Seidel-Stiftung)**

S. 477

**IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)**

*siehe unter: VN*

**ICAO (International Civil Aviation Organization)**

*siehe unter: VN*

**IEA (Internationale Energieagentur)**

S. 746

**IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz)**

S. 129, 732<sup>7</sup>

**Indien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Afghanistan, Algerien, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, SDI, Terrorismus*  
S. 59

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 191** und S. 744, 799

- Nepal  
S. 1019

- Pakistan  
S. 347f., 573, 800, 1018f., 1386–1388

- Polen  
S. 847

- Republik Korea (Südkorea)  
S. 1000

- Sri Lanka  
S. 194–196, 1018



- Thailand  
S. 956
- UdSSR  
S. 571, 799f., 909, 1020, 1328, 1388
- USA  
S. 799f.
- Volksrepublik China  
S. 799f., 1019f.

#### **Indonesien**

- Vietnam  
S. 729<sup>3</sup>, 957

#### **INF-Verhandlungen**

*siehe unter: NATO-Doppelbeschluß*

#### **Interamerikanische Entwicklungsbank**

S. 360<sup>16</sup>, 382f.

#### **Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)**

**Dok. 331**

#### **Irak**

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Algerien, Frankreich, Irakisch-iranischer Krieg, Nahost-Konflikt, Terrorismus*

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 129, 577, 745, 1425
- EG/EPZ  
S. 129
- Jordanien  
S. 1474
- Kuwait  
S. 1285
- Pakistan  
S. 1614f.
- Saudi-Arabien  
S. 484, 1285, 1468, 1474
- Türkei  
S. 484, 986
- UdSSR  
S. 483f.
- USA  
S. 577

#### **Irakisch-iranischer Krieg/**

#### **Lage im Persischen Golf**

**Dok. 285, 292** und S. 128f., 150, 172, 272, 349, 389, 418, 482–485, 743, 780<sup>21</sup>, 978, 1185f., 1188f., 1219, 1226f., 1233, 1237<sup>15</sup>, 1277, 1283f., 1425, 1426<sup>11</sup>, 1474, 1613–1615, 1664, 1668

#### **Iran**

*siehe außerdem:*

*Algerien, Irakisch-iranischer Krieg, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Terrorismus*

S. 175, 978

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 23** und S. 745, 978, 1188, 1226, 1233, 1268, 1285, 1423–1426, 1451, 1614
- EG/EPZ  
S. 129
- Jordanien  
S. 1474
- Kuwait  
S. 1285
- Libyen  
S. 1467, 1614
- Pakistan  
S. 349, 1614
- Saudi-Arabien  
S. 1218, 1451, 1468, 1474
- Syrien  
S. 1226, 1233, 1286, 1614
- Türkei  
S. 484f.
- UdSSR  
S. 571f., 1614
- USA  
S. 890, 1425
- Volksrepublik China  
S. 1467

#### **Irland**

*siehe außerdem:*

*EG, EPZ, Europäische Akte, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Kriegsende, Mittelamerika-Politik*  
S. 662, 1147

#### **Islamische Konferenz**

*siehe: OIC*

#### **Island**

*siehe unter: Abrüstung*

#### **Israel**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Ägypten, Großbritannien, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, SDI, Terrorismus, VN*

S. 269

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 48, 281, 287, 328** und S. 11, 267 f., 273 f., 299, 363 f., 429–431, 472, 517 f., 741–743, 748<sup>31</sup>, 1229, 1288 f., 1293, 1297–1300, 1369, 1450–1454, 1544
- EG/EPZ  
S. 105, 285, 375, 1451, 1474, 1720
- Italien  
S. 56, 267, 1110
- Jordanien  
S. 56, 271, 1189 f., 1445–1447, 1451, 1472–1475, 1478
- Libanon  
S. 56
- Saudi-Arabien  
S. 429–431, 741 f., 1219, 1478
- Spanien  
S. 1369, 1474 f.
- Syrien  
S. 517, 1190, 1227–1231, 1446, 1451, 1473 f., 1695 f.
- Tunesien  
S. 1445, 1448, 1451
- UdSSR  
S. 269, 1110, 1445, 1447, 1473, 1510
- USA  
S. 11, 170, 269, 432, 435, 614, 748<sup>31</sup>, 891, 1111, 1189 f., 1227 f., 1297–1299, 1446, 1450–1452, 1474–1476, 1478
- Volksrepublik China  
S. 1445–1447, 1473
- Jordanien  
S. 244, 298
- Jugoslawien  
S. 755
- Mosambik  
S. 418<sup>7</sup>
- Niederlande  
S. 1679 f., 1726
- Polen  
S. 52–55, 135<sup>4+5</sup>, 136, 137<sup>9</sup>, 138, 847, 1147 f.
- Rumänien  
S. 1809
- Spanien  
S. 262–264, 375 f., 1076
- Südafrika  
1305
- UdSSR  
S. 200, 260, 292, 295, 368, 564 f., 779 f., 804, 905–907, 908<sup>15</sup>, 973, 1001, 1110 f., 1496, 1652, 1664, 1708, 1729, 1876, 1878 f.
- USA  
S. 260, 266, 369, 384, 579, 710, 1489–1497, 1500, 1576, 1652, 1664, 1726, 1728 f., 1876
- Volksrepublik China  
S. 1111, 1149<sup>3</sup>, 1150

**IWF (Internationaler Währungsfonds)**  
siehe unter: VN

#### Jäger 90

siehe: European Fighter Aircraft

#### Japan

siehe außerdem:

ABM-Vertrag, Abrüstung, Chemische Waffen, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), EUREKA, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kriegsende, Mittelamerika-Politik, Nord-Süd-Dialog, SDI, VN

S. 142, 164, 207, 210, 259, 327 f., 492, 498, 513, 662–664, 724, 763, 959, 1009 f., 1384, 1625, 1738, 1864

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 108, 109, 184** und S. 49, 560, 664, 706, 956, 962, 964, 1371, 1537, 1644, 1705
- EG/EPZ  
S. 278, 280, 282, 545–547, 569, 701, 975 f.
- Kambodscha  
S. 573, 1308

#### Italien

siehe außerdem:

ABM-Vertrag, Abrüstung, Belgien, Chemische Waffen, Chile, CSSR, DDR, EG, EPZ, EUREKA, Europäische Akte, European Fighter Aircraft, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Israel, Kriegsende, KSZE, KVAE, Libanon-Konflikt, MBFR, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, SDI, Terrorismus, VN, WEU

S. 108, 887, 1246 f., 1309

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 12, 47, 111, 316** und S. 415<sup>5</sup>, 422, 507, 654, 656, 707<sup>7</sup>, 790–794, 859, 892, 1273, 1621, 1726, 1729
- Japan  
S. 976<sup>29</sup>

- Nicaragua  
S. 568
- Pakistan  
S. 573
- Philippinen  
S. 1307 f.
- Polen  
S. 847
- Republik Korea (Südkorea)  
S. 553, 999, 1307
- Spanien  
S. 1383
- Thailand  
S. 955 f., 1308
- UdSSR  
S. 93, 607 f., 781, 947, 973 f., 1303, 1708
- USA  
S. 432, 435, 545, 547, 549, 560, 574, 607 f.,  
781, 962, 976 f., 999, 1199, 1290<sup>3</sup>, 1308 f.,  
1482, 1489–1497, 1499 f., 1505, 1576
- Vietnam  
S. 958, 1308
- Volksrepublik China  
S. 553, 817 f., 975, 1307, 1538

#### **Jemen**

*siehe: Jemenitische Arabische Republik  
(Nordjemen) und Demokratische Volks-  
republik Jemen (Südjemen)*

#### **Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)**

*siehe außerdem: Nahost-Konflikt*  
S. 743

#### **Jordanien**

*siehe außerdem:  
Ägypten, Algerien, Frankreich, Großbri-  
tannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Nah-  
ost-Konflikt*

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 57, 73, 204, 241–245, 271, 299, 743,  
1287, 1451 f., 1473 f.
- Luxemburg  
S. 1260 f.
- Syrien  
S. 689<sup>11</sup>, 1473, 1694 f.
- Saudi-Arabien  
S. 204, 271
- Tunesien  
S. 243

- UdSSR  
S. 298
- USA  
S. 614, 1306, 1473, 1478

#### **Jugoslawien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Algerien, Bulgarien, DDR,  
Genfer Rüstungskontrollverhandlungen,  
Griechenland, Italien, Kriegsende, KVAE,  
MBFR, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dia-  
log, Terrorismus*

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 20, 26, 27, 130, 145, 147** und S. 654,  
798 f., 802, 818 f., 980, 1517, 1856
- EG/EPZ  
S. 760<sup>23</sup>, 766<sup>4</sup>, 802, 819, 1517
- NATO  
S. 753, 755
- Österreich  
S. 755
- Polen  
S. 145
- Spanien  
S. 750
- UdSSR  
S. 757–759, 798 f., 1855
- USA  
S. 750, 755, 802, 819, 1816<sup>10</sup>, 1887
- Volksrepublik China  
S. 798, 802
- Warschauer Pakt  
S. 755, 768, 818

#### **Kambodscha**

*siehe außerdem:*

*Frankreich, Großbritannien, Japan, VN*

- S. 175, 550–552, 570
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 140** und S. 563, 573, 1541
- EG/EPZ  
S. 218
- Thailand  
S. 730, 732, 957 f., 1421–1423
- UdSSR  
S. 607 f., 957, 975, 1109, 1303, 1409 f.,  
1486, 1491<sup>15</sup>, 1492, 1506, 1540 f., 1783,  
1804

- USA  
S. 607f., 731, 1053, 1109, 1303, 1486, 1491<sup>15</sup>, 1492, 1506, 1519, 1783, 1804
- Vietnam  
S. 553<sup>25</sup>, 554, 729<sup>3+4</sup>, 730f., 957f., 1053, 1308, 1421–1423, 1540
- Volksrepublik China  
S. 731, 957, 1409f., 1421, 1540

#### **Kamputschea**

*siehe: Kambodscha*

#### **Kanada**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Afghanistan, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Kriegsende, KVAE, Mittelamerika-Politik, NATO, SDI, Terrorismus, VN*

S. 581, 1309

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 63, 115**

- EG/EPZ  
S. 581f.
- Mexiko  
S. 579
- Niederlande  
S. 495<sup>2</sup>
- Polen  
S. 1140
- Rumänien  
S. 207
- Sri Lanka  
S. 195
- Südafrika  
S. 1305
- UdSSR  
S. 495<sup>2</sup>, 598, 1490f., 1495, 1779f.
- USA  
S. 353, 355, 579f., 1290<sup>3</sup>, 1489–1497, 1576, 1604<sup>7</sup>, 1663, 1728

#### **KAS (Konrad-Adenauer-Stiftung)**

S. 476f., 739, 836<sup>5</sup>, 837f.

#### **Katar**

S. 172, 745–747, 1285, 1287

#### **KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau)**

S. 350, 493<sup>9</sup>, 795, 1649

#### **Kolumbien**

*siehe außerdem: Frankreich*

S. 360, 720, 751, 1520<sup>22</sup>

#### **Konferenzen und Verhandlungen**

*siehe auch: Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, KVAE, MBFR, Weltwirtschaftsgipfel*

- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 28.11. bis 1.12.1943 in Teheran  
S. 1186
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta  
S. 297, 305, 308, 331<sup>22</sup>, 542<sup>6</sup>, 1186, 1564, 1570, 1711, 1834<sup>21</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam  
S. 297, 308, 542<sup>6</sup>, 1186, 1834<sup>21</sup>
- Konferenz der Außenminister der Vier Mächte vom 25.1. bis 18.2.1954 in Berlin (Berliner Außenministerkonferenz)  
S. 615
- Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London  
S. 708<sup>11</sup>
- Konferenz der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten vom 1. bis 3.6.1955 in Messina  
S. 423<sup>29</sup>
- Konferenz der Außenminister der EGKS-Mitgliedstaaten am 29./30.5.1956 in Venedig  
S. 423
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 16. bis 19.12.1957 in Paris  
S. 789<sup>15</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 1. bis 6.9. 1961 in Belgrad  
S. 754
- NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15.12.1962 in Paris  
S. 579<sup>7</sup>
- EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.6.1965 in Paris  
S. 524<sup>6</sup>
- EWG-Ministerratstagung am 28./29.1. 1966 in Luxemburg  
S. 524<sup>6</sup>, 793<sup>19</sup>, 875

- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel  
S. 435<sup>20</sup>, 437<sup>28</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel  
*siehe unter: NATO (Harmel-Bericht)*
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12.11. 1969 in Washington  
S. 20<sup>11</sup>
- MBFR-Explorationsgespräche vom 31.1. bis 28.6.1973 in Wien  
S. 116<sup>6</sup>, 1026<sup>11</sup>, 1035<sup>5</sup>
- Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf  
S. 1235
- Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 23.4.1975 in London  
S. 964<sup>4</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 9./10.12. 1974 in Paris  
S. 653<sup>18</sup>
- Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki  
S. 1314
- Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London  
S. 964<sup>4</sup>
- Konferenz der Staatschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 25./26.10. 1976 in Kairo  
S. 1233
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 27.1.1977 in Straßburg  
S. 216<sup>14</sup>
- Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11.5. 1977 in London  
S. 231<sup>16</sup>, 735<sup>12</sup>
- EG-Ministerratstagung am 20.9.1977 in Brüssel  
S. 1173<sup>9</sup>
- KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad  
S. 531<sup>13</sup>
- EG-Ministerratstagung am 17./18.10. 1977 in Luxemburg  
S. 281<sup>13</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 25.10.1977 in Luxemburg  
S. 281<sup>13</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 16.10.1978 in Luxemburg  
S. 1697<sup>3</sup>, 1698
- Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1978 in Brüssel  
S. 80, 1638<sup>18</sup>
- Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31.3.1979 in Bagdad  
S. 868<sup>7</sup>
- Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel  
S. 437<sup>28</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig  
S. 73<sup>5</sup>, 299, 1236, 1288
- OAU-Ministerratstagung vom 18. bis 28.6. 1980 in Freetown  
S. 1281<sup>8</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 1. bis 4.7.1980 in Freetown  
S. 1281
- Zweite Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 11.8. bis 7.9.1980 in Genf  
S. 1404
- KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid  
S. 116, 149, 236<sup>7</sup>, 238f., 380, 531<sup>13</sup>, 618, 1138, 1142<sup>27</sup>, 1143, 1184, 1203, 1206, 1249, 1345<sup>12</sup>, 1457
- Konferenz vom 7. bis 14.1.1981 in Genf zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29.9.1978  
S. 1280
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27.6.1981 in Nairobi  
S. 171, 1281
- Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23.10. 1981 in Cancún  
S. 145, 147, 152, 209, 552, 761, 1278f., 1763<sup>13</sup>

- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 17./18.5.1982 in Brüssel  
S. 525<sup>7</sup>
- Tagung des NATO-Rats auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10.6.1982 in Bonn  
S. 1204f.
- Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten am 8.8.1982 in Tripolis  
S. 171<sup>7</sup>
- Konferenz der Staatschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 6. bis 9.9.1982 in Fes  
S. 243, 742<sup>9</sup>, 1186f., 1189, 1227, 1236, 1285, 1287, 1307<sup>25</sup>
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2.12.1982 in Brüssel  
S. 228<sup>10</sup>
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 4./5.1.1983 in Prag  
S. 238<sup>7</sup>, 1874<sup>32</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischerei zuständigen Minister am 25.1.1983 in Brüssel  
S. 104<sup>8</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3.1983 in Neu Delhi  
S. 1277
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 1./2.6.1983 in Brüssel  
S. 231<sup>16</sup>
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 8. bis 12.6.1983 in Addis Abeba  
S. 1281
- Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19.6.1983 in Stuttgart  
S. 76<sup>21</sup>, 106f., 264, 283<sup>5</sup>, 373f., 376, 419<sup>11</sup>, 510, 717<sup>39</sup>, 913, 1179f., 1369, 1394
- Botschafterkonferenz vom 29.9. bis 1.10.1983 in San José  
S. 187
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 27./28.10.1983 in Montebello  
S. 20, 21<sup>14</sup>, 437, 638, 640f., 856<sup>15</sup>, 1084f., 1546, 1678–1680, 1725f.
- Treffen der für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten am 28.11.1983 in Athen  
S. 1179<sup>9</sup>, 1181
- Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) vom 17.1.1984 bis 19.9.1986 in Stockholm  
*siehe: KVAE*
- Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 6.2. bis 16.3.1984 in Genf  
S. 175, 529
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 28.2.1984 in Brüssel  
S. 277<sup>5</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 19./20.3.1984 in Brüssel  
S. 75<sup>18</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30./31.3.1984 in Brüssel  
S. 350<sup>8</sup>, 424<sup>34</sup>
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 16./17.5.1984 in Brüssel  
S. 16<sup>12</sup>
- Konferenz der Außen- und Finanzminister von elf lateinamerikanischen Staaten am 21./22.6.1984 in Cartagena/Kolumbien  
S. 532<sup>5</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 25./26.6.1984 in Fontainebleau  
S. 75<sup>18</sup>, 76, 108, 284, 423, 507–509, 790, 912, 1523
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentral-amerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 28./29.9.1984 in San José  
S. 55, 187<sup>7</sup>, 188f., 191, 217, 299, 357<sup>5</sup>, 358, 567, 727<sup>11</sup>, 750
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 11./12.10.1984 in Stresa  
S. 399<sup>9</sup>, 433, 439
- WEU-Ministerratstagung am 26./27.10.1984 in Rom  
S. 74, 8f., 1154

- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 12. bis 15.11.1984 in Addis Abeba  
S. 1281<sup>12</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 3./4.12.1984 in Dublin  
S. 56, 75, 77<sup>24</sup>, 105f., 107<sup>17</sup>, 420, 714, 718, 933<sup>16</sup>
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5.12.1984 in Brüssel  
S. 16<sup>12</sup>, 179f., 227–229, 275<sup>9</sup>, 734
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 10.12.1984 in Brüssel  
S. 79–82
- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12.1984 in Brüssel  
S. 36, 41, 609, 779, 786, 804
- Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenz vom 18. bis 22.12.1984 in Sanaa  
S. 299
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 19.12.1984 in Brüssel  
S. 281<sup>13</sup>
- Konferenz der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 16./17.1.1985 in Washington  
S. 62
- EG-Ministerratstagung am 28./29.1.1985 in Brüssel  
S. 187, 217
- Außerordentliche Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 29.1.1985 in Straßburg  
S. 216
- ESA-Ratstagung am 30./31.1.1985 in Rom  
S. 167
- Tagung der VN-Menschenrechtskommission vom 4.2. bis 15.3.1985 in Genf  
S. 173, 175, 529, 1166
- Konferenz der Außen- und Finanzminister der Cartagena-Staaten am 7./8.2.1985 in Santo Domingo  
S. 535
- Internationale Wehrkundetagung am 9./10.2.1985 in München  
S. 203, 222, 255, 258<sup>4</sup>, 259, 292<sup>6</sup>, 304<sup>16</sup>, 357<sup>1</sup>, 367<sup>10</sup>, 368, 371, 379<sup>14</sup>, 404, 428, 449
- Treffen der WEU-Abrüstungsbeauftragten am 11.2.1985 in Bonn  
S. 7–9, 10<sup>18</sup>
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 12.2.1985 in Rom  
**Dok. 38**
- EG-Ministerratstagung am 18./19.2.1985 in Brüssel  
S. 106, 263, 285<sup>15</sup>, 375<sup>16</sup>
- EG-Ministerratstagung am 28.2.1985 in Brüssel  
S. 265, 284
- VN-Konferenz über die Notsituation in Afrika vom 10. bis 12.3.1985 in Genf  
S. 679
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Außenhandelsminister vom 17. bis 19.3.1985 in Brüssel  
S. 569<sup>15</sup>
- EG-Ministerratstagung vom 17. bis 21.3.1985 in Brüssel  
S. 372, 376, 419<sup>11</sup>, 420<sup>18</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 25. bis 27.3. und am 1./2.4.1985 in Brüssel  
S. 425<sup>37</sup>
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 26./27.3.1985 in Luxemburg  
S. 20, 432–440, 613, 639, 1084f., 1200, 1546, 1549
- EG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.3.1985 in Brüssel  
S. 419, 420<sup>18</sup>, 714, 1522<sup>29</sup>
- Tagung des Europäischen Rats am 29./30.3.1985 in Brüssel  
S. 59, 106, 265f., 418–422, 423<sup>30</sup>, 506, 661<sup>23</sup>, 714, 790<sup>4</sup>, 791<sup>12</sup>, 912<sup>5</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 22./23.4.1985 in Brüssel  
S. 523
- WEU-Ministerratstagung am 22./23.4.1985 in Bonn  
S. 466, 480, 512–516, 520<sup>2</sup>, 549<sup>7</sup>, 561, 651, 788<sup>9</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Haushaltsfragen zuständigen Minister am 23./24.4.1985 in Brüssel  
S. 667

- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 26.4.1985 in Warschau  
S. 466, 539<sup>18</sup>, 617f., 1183, 1345
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 2. bis 5.5.1985 in Luxemburg  
S. 525, 526<sup>13</sup>
- KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 8.5. bis 17.6.1985 in Ottawa  
**Dok. 104** und S. 148, 176, 215, 236, 296, 619, 884, 1029f., 1141f., 1182, 1785, 1811
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 22.5.1985 in Brüssel  
**Dok. 141** und S. 227, 229, 703
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Forschungsminister am 4.6.1985 in Luxemburg  
S. 707, 725
- NATO-Ministerratstagung am 6./7.6.1985 in Lissabon  
**Dok. 149** und S. 289, 399, 574, 609–611, 613f., 651, 692f., 698, 703, 723f., 735<sup>10</sup>, 786–789, 808, 828<sup>10</sup>, 829, 832, 880, 935<sup>23</sup>, 977, 1001, 1013f., 1017, 1088, 1200<sup>20</sup>, 1204, 1211, 1329, 1335<sup>41</sup>
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 8./9.6.1985 in Stresa  
S. 791, 852, 912<sup>6</sup>, 941
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 11./12.6.1985 in Brüssel  
S. 875<sup>9+11</sup>
- EG-Ministerratstagung am 18./19.6.1985 in Luxemburg  
S. 911<sup>19</sup>
- Tagung der Zehnergruppe für internationale Währungsfragen (G-10) am 21.6.1985 in Tokio  
S. 558
- Tagung des Europäischen Rats am 28./29.6.1985 in Mailand  
**Dok. 151, 177** und S. 60, 265f., 418, 421–423, 506f., 510, 566, 650, 653, 655, 661, 664, 697f., 701, 703, 705, 707f., 712–714, 716, 717<sup>39</sup>, 720f., 874, 875<sup>12</sup>, 877, 878<sup>22</sup>, 924–929, 975f., 986, 1000, 1009, 1090, 1157, 1343, 1363, 1365, 1394f., 1522, 1622, 1652, 1655
- Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 8./9.7.1985 in Kuala Lumpur  
S. 955
- Treffen der Außen- und Forschungsminister der EG-Mitgliedstaaten, Portugals, Spaniens, Finnlands, Norwegens, Österreichs und der Schweiz am 17.7.1985 in Paris  
S. 943, 1158, 1341<sup>15</sup>, 1342
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 18. bis 20.7.1985 in Addis Abeba  
S. 1277
- Konferenz der Außenminister der Staaten der Contadora-Gruppe am 21./22.7.1985 in Panama-Stadt  
S. 728
- EG-Ministerratstagung am 22./23.7.1985 in Brüssel  
S. 942<sup>12</sup>
- Konferenz der Außenminister der Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte vom 30.7. bis 1.8.1985 in Helsinki  
**Dok. 221** und S. 48, 51, 148, 202, 213, 215, 236, 296f., 462<sup>11</sup>, 609f., 619, 642f., 647, 770, 781, 787, 880<sup>11</sup>, 950, 973, 1000, 1002, 1026<sup>13</sup>, 1027, 1029f., 1033, 1049, 1074<sup>3</sup>, 1076, 1086f., 1092<sup>37</sup>, 1094<sup>2</sup>, 1097<sup>2</sup>, 1101f., 1107, 1110, 1163, 1176, 1178f., 1231, 1249<sup>2</sup>, 1325, 1330, 1345<sup>13</sup>, 1349
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 7. bis 9.8.1985 in Casablanca  
S. 868, 1186, 1227
- Dritte Internationale Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags vom 27.8. bis 21.9.1985 in Genf  
S. 121, 960<sup>5</sup>, 962, 1406
- Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 4. bis 8.9.1985 in Luanda  
S. 1228f., 1276, 1762<sup>3+5</sup>
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ sowie Spaniens und Portugals am 9./10.9.1985 in Luxemburg  
**Dok. 245** und S. 1090, 1523<sup>35</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Haushaltsfragen zuständigen Minister am 17./18.9.1985 in Brüssel  
S. 1160



- Tagung der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA am 22.9.1985 in New York  
S. 1308<sup>32</sup>, 1323, 1656, 1807
- Tagung des Interimsausschusses des Gouverneursrats des Internationalen Währungsfonds (IWF) am 6./7.10.1985 in Seoul  
S. 549, 557 f., 997
- Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der Mitgliedstaaten des Kooperationsrats der Arabischen Golfstaaten am 14.10. 1985 in Luxemburg  
S. 1763<sup>11</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 15.10.1985 in Brüssel  
**Dok. 283** und S. 1433, 1440 f., 1480, 1484 f., 1490
- Kulturforum der KSZE vom 15.10. bis 26.11.1985 in Budapest  
S. 148–150, 215, 296, 313, 619, 880 f., 884, 1088, 1110, 1112, 1143, 1164, 1179, 1182, 1184, 1261, 1279, 1295<sup>5</sup>, 1316, 1348 f., 1487, 1668 f., 1702<sup>6</sup>, 1706, 1747, 1785, 1807, 1811
- Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Staaten vom 16. bis 22.10.1985 in Nassau (Bahamas)  
S. 1491, 1495, 1522
- Konferenz der Wirtschaftsminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 17./18.10.1985 in Bangkok  
S. 959<sup>28</sup>
- Tagung der Außenminister der Nordischen Staaten am 17./18.10.1985 in Oslo  
S. 1522
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23.10.1985 in Sofia  
S. 1087<sup>11</sup>, 1178, 1183, 1345, 1485, 1648<sup>24</sup>, 1709 f., 1743, 1855<sup>24</sup>, 1887
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ sowie Spaniens und Portugals vom 25. bis 27.10.1985 in Luxemburg  
**Dok. 295**
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29.10.1985 in Rabat  
S. 870<sup>12</sup>
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 28.10.1985 in Brüssel  
S. 1524
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 29./30.10. 1985 in Brüssel  
**Dok. 299** und S. 1085, 1439, 1580
- Treffen der Außen- und Forschungsminister der EG-Mitgliedstaaten, Portugals, Spaniens, Finnlands, Norwegens, Österreichs, der Schweiz und der Türkei am 5./6.11.1985 in Hannover  
S. 1158, 1179, 1244<sup>4</sup>, 1340, 1344, 1522, 1538, 1596<sup>35</sup>
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentral-amerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe am 11./12.11. 1985 in Luxemburg  
S. 187, 190 f., 567, 727, 1333, 1763<sup>10</sup>
- WEU-Ministerratstagung am 14.11.1985 in Rom  
S. 1200<sup>23</sup>, 1612<sup>12</sup>, 1849 f.
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) am 18.11.1985 in Brüssel  
S. 1622, 1636
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 19.11.1985 in Luxemburg  
S. 1523
- Sondersitzung des NATO-Rats auf der Ebene der der Staats- und Regierungschefs am 21.11.1985 in Brüssel  
S. 1651<sup>2</sup>, 1687<sup>20</sup>
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 21.11. 1985 in Prag  
S. 1684
- Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 2.12.1985 in Brüssel  
S. 1691, 1858<sup>4</sup>

- Tagung des Europäischen Rats am 2./3. 12.1985 in Luxemburg  
S. 656, 925 f., 942, 975, 1090, 1349, 1365, 1395 f., 1521 f., 1590, 1596, 1617<sup>3</sup>, 1636, 1653<sup>12</sup>, 1656, 1682, 1688, 1690, 1698–1701, 1753, 1816
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 3.12.1985 in Brüssel  
**Dok. 329** und S. 734
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Frankreichs und der frankophonen Staaten Afrikas am 12.12.1985 in Paris  
S. 1803<sup>2</sup>
- NATO-Ministerratstagung am 12./13.12.1985 in Brüssel  
**Dok. 345** und S. 1652, 1661, 1814, 1869<sup>2</sup>, 1871
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21.3.1986 in Würzburg  
S. 438
- KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte vom 15.4. bis 26.5.1986 in Bern  
**Dok. 342** und S. 148, 619, 1143, 1810 f.
- NATO-Ministerratstagung am 29./30.5.1986 in Halifax  
S. 1810, 1813
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 1. bis 7.9.1986 in Harare  
S. 1762
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 21./22.10.1986 in Gleneagles  
S. 1551<sup>32</sup>
- KSZE-Folgekonferenz vom 4.11.1986 bis 19.1.1989 in Wien  
S. 120<sup>13</sup>, 249, 696, 831<sup>6</sup>, 832<sup>11</sup>, 823, 1030, 1088, 1117, 1141, 1144 f., 1182, 1202 f., 1206, 1249–1251, 1706<sup>12</sup>, 1785, 1805, 1871

**Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten (GCC)**

*siehe außerdem: EG*

S. 483<sup>6</sup>, 742, 1189<sup>18</sup>, 1380, 1411, 1419, 1615

**Korea**

*siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)*

**Kriegsende in Europa 1945**

**Dok. 11** und S. 1254

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 107** und S. 69–71, 215, 258 f., 296, 300, 302, 320, 331, 356, 378, 417, 593, 599, 616
- DDR  
S. 595 f.
- Frankreich  
S. 160, 593, 597–599
- Griechenland  
S. 593 f.
- Großbritannien  
S. 68–71, 215, 593, 597–599
- Irland  
S. 593
- Italien  
S. 216, 258
- Japan  
S. 551, 593
- Jugoslawien  
S. 148
- Kanada  
S. 357, 598
- Luxemburg  
S. 215
- Niederlande  
S. 593
- Österreich  
S. 616
- Polen  
S. 308, 628 f.
- UdSSR  
**Dok. 118** und S. 70, 215 f., 296 f., 300, 302 f., 306, 409 f., 416 f., 446, 495, 498, 541 f., 605
- USA  
S. 593 f., 597–599, 605
- Warschauer Pakt  
S. 594 f.

**KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)**

S. 89, 147–149, 151, 773, 777, 787, 882, 1087 f., 1138–1145, 1179, 1181, 1311<sup>7</sup>

- Abschließendes Dokument der Folgekonferenz in Madrid vom 6.9.1983  
S. 610, 643, 696<sup>29</sup>, 833<sup>13</sup>, 1249 f., 1376<sup>3</sup>, 1758, 1761, 1785 f., 1787<sup>16+17</sup>, 1805

- Belgien  
S. 1139, 1145, 1785, 1787
  - Bundesrepublik Deutschland  
S. 215, 295<sup>20</sup>, 306, 530, 1029–1034, 1114f., 1138f., 1185, 1215, 1261f., 1265, 1348f., 1466, 1538, 1668f., 1710, 1785–1788, 1880, 1886, 1890
  - ČSSR  
S. 618f.
  - DDR  
S. 1140, 1348f.
  - Finnland  
S. 1029–1032, 1139, 1141–1144
  - Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3. 1978 in Belgrad  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
  - Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9. 1983 in Madrid  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
  - Folgekonferenz vom 4.11.1986 bis 19.1. 1989 in Wien  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
  - Frankreich  
S. 1029–1032, 1139–1141, 1143f., 1262, 1669, 1787, 1812
  - Großbritannien  
S. 1030–1032, 1141, 1143, 1785, 1787
  - Italien  
S. 1141, 1145, 1262, 1669
  - Luxemburg  
S. 1262
  - Neutrale und nichtgebundene Staaten  
S. 1139–1143, 1668f.
  - Niederlande  
S. 1669, 1785, 1787
  - Polen  
S. 631, 1139f., 1142, 1144, 1790
  - Portugal  
S. 1787
  - Schlußakte vom 1.8.1975  
S. 48, 51, 101, 148, 213<sup>35</sup>, 215, 296f., 312, 326, 378, 416f., 610, 643, 646f., 649, 670, 753, 880, 931, 974<sup>11</sup>, 1030f., 1102f., 1105, 1114, 1117, 1138–1144, 1179, 1205, 1217, 1231, 1252, 1263, 1373<sup>6</sup>, 1538, 1704<sup>11</sup>, 1758, 1785f., 1787<sup>16</sup>, 1790, 1801<sup>28</sup>, 1872, 1890
  - Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
  - Schweiz  
S. 1140, 1142, 1145, 1787
  - UdSSR  
S. 906, 1029–1031, 1115, 1139f., 1142, 1144f., 1265, 1685, 1710, 1785–1787, 1790, 1880, 1886
  - Ungarn  
S. 1143, 1349
  - USA  
S. 1031f., 1139, 1141–1144, 1202, 1785f., 1886
- Kuba**  
*siehe außerdem:*  
*Angola, Argentinien, Mittelamerika-Politik*  
S. 1277
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 1374
  - Nicaragua  
S. 351, 358, 567f., 751, 1271, 1486, 1660
  - Spanien  
S. 749–751, 1373f.
  - UdSSR  
S. 384, 555, 1660, 1674
  - USA  
S. 383, 579f., 681, 1374, 1660, 1674, 1783
- Kulturhauptstadt Europas**  
S. 1104, 1156<sup>5</sup>, 1162<sup>30</sup>, 1179, 1262, 1851
- Kulturstiftung der Länder**  
S. 773f., 1194
- Kuwait**  
*siehe außerdem:*  
*Algerien, Irak, Iran, Nahost-Konflikt, Terrorismus*  
S. 1237<sup>15</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 57<sup>24</sup>, 745–747, 1185, 1225<sup>2</sup>, 1232<sup>2</sup>, 1260
  - Pakistan  
S. 1614

**KVAE (Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa)**

- Dok. 234** und S. 41, 116, 120<sup>13</sup>, 202, 212, 215, 249, 380f., 384, 1037, 1117, 1138, 1141f., 1250
- Arbeitsgruppen  
S. 234–237
  - Belgien  
S. 1250, 1252, 1810
  - Beschränkungsmaßnahmen („constraints“)  
S. 830f., 1203<sup>8</sup>, 1205<sup>19</sup>, 1206, 1252<sup>16</sup>
  - Bulgarien  
S. 830<sup>5</sup>
  - Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 336** und S. 150, 237–239, 391, 695f., 830–833, 1025, 1028, 1031, 1184, 1201–1207, 1213, 1250–1252, 1265, 1348f., 1484<sup>1</sup>, 1526, 1535, 1713, 1787, 1807, 1871, 1880
  - ČSSR  
S. 618f., 1181f.
  - Dänemark  
S. 1141, 1252
  - DDR  
S. 340, 1348f.
  - Frankreich  
S. 236, 830–832, 1031, 1110, 1141, 1201–1203, 1205–1207, 1250–1253, 1535, 1760<sup>17</sup>, 1812
  - Gewaltverzicht  
**Dok. 43** und S. 235–237, 247, 606, 782, 832<sup>8</sup>, 883, 1141, 1184, 1202–1207, 1249, 1251f., 1265, 1348, 1713, 1758, 1760, 1812, 1871
  - Großbritannien  
S. 235<sup>6</sup>, 236, 830, 1025, 1201f., 1204, 1206f., 1250, 1252, 1810
  - Italien  
S. 236, 1141, 1250–1252, 1760<sup>17</sup>, 1810
  - Jugoslawien  
S. 147f., 236<sup>10</sup>
  - Kanada  
S. 236, 1207, 1250–1252, 1810
  - Malta  
S. 1204
  - NATO  
**Dok. 42, 157, 243** und S. 239f., 782, 1031, 1205, 1207, 1758–1761

- Neutrale und nichtgebundene Staaten  
S. 147f., 236f., 830, 832<sup>7</sup>, 1203–1207, 1251–1253, 1760<sup>17</sup>
- Niederlande  
S. 1249f., 1253, 1760<sup>17</sup>, 1810
- Norwegen  
S. 236, 1250–1252, 1760<sup>17</sup>
- Österreich  
S. 1253
- Portugal  
S. 1250, 1252
- Schweiz  
S. 1203<sup>9</sup>, 1253
- Spanien  
S. 1250, 1252
- Türkei  
S. 831<sup>6</sup>, 1207
- UdSSR  
S. 235<sup>5</sup>, 236<sup>10</sup>, 237–240, 523, 607f., 883<sup>20</sup>, 1108, 1110, 1202–1204, 1206f., 1250f., 1348, 1458, 1507f., 1535, 1557, 1659, 1670<sup>5</sup>, 1713, 1758f., 1880
- Ungarn  
S. 884
- USA  
S. 236, 298, 523, 607f., 782, 830f., 1108, 1141, 1201f., 1204–1207, 1250f., 1253, 1458, 1508, 1659, 1670<sup>5</sup>, 1759, 1805
- Warschauer Pakt  
S. 234–240, 298, 441, 830f., 832<sup>7</sup>, 1205f., 1251, 1252<sup>12</sup>, 1758–1760

**Länder der Bundesrepublik Deutschland**

- Baden-Württemberg  
S. 97<sup>3</sup>, 841, 843, 485, 939
- Bayern  
S. 97<sup>3</sup>, 114, 939, 1407<sup>2</sup>
- Hessen  
S. 1566
- Nordrhein-Westfalen  
S. 60<sup>11</sup>, 97<sup>3</sup>, 1254
- Rheinland-Pfalz  
S. 767f., 1794
- Saarland  
S. 60<sup>11</sup>, 390
- Laos**  
S. 958, 1053

**Libanon**

*siehe außerdem:*

*Afghanistan, Israel, Nahost-Konflikt, Terrorismus*

S. 272, 743, 1292–1294

**Libanon-Konflikt**

S. 56, 72 f., 1277

– Ägypten

S. 388, 1696

– Algerien

S. 1286

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 252** und S. 72 f., 1188 f., 1229 f., 1233 f., 1237, 1261

– ČSSR

S. 1185, 1187

– EG/EPZ

S. 72 f., 217, 1293

– Frankreich

S. 217, 562, 1054<sup>17</sup>, 1237, 1261

– Griechenland

S. 217

– Großbritannien

S. 72 f., 1054<sup>17</sup>

– Iran

S. 1226<sup>3</sup>, 1286

– Israel

S. 72 f., 388, 614, 1227–1231, 1234, 1286, 1288, 1293, 1471

– Italien

S. 217, 1054<sup>17</sup>

– Syrien

S. 72<sup>3</sup>, 73, 614<sup>45</sup>, 868 f., 1226<sup>3</sup>, 1228–1230, 1233 f., 1261, 1286, 1293 f., 1696

– Türkei

S. 981

– UdSSR

S. 780<sup>21</sup>, 1293

– USA

S. 13, 387, 562, 614, 780<sup>21</sup>, 891, 1054, 1227 f., 1237, 1288, 1293

**Libyen**

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Algerien, DDR, Griechenland, Großbritannien, Iran, Nahost-Konflikt, Terrorismus*

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 100, 134, 170, 179** und S. 73, 681, 743, 745 f., 1220, 1284

– Marokko

S. 1282, 1283<sup>17</sup>

– Pakistan

S. 1614

– Polen

S. 1780<sup>13</sup>

– Saudi-Arabien

S. 1218

– Sudan

S. 172, 680 f., 1513<sup>5</sup>, 1514 f.

– Tansania

S. 681

– Tschad

S. 681, 1282

– USA

S. 568, 681, 890, 1857

**Luxemburg**

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Belgien, EG, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Jordanien, Kriegsende, KSZE, NATO, Nord-Süd-Dialog, SDI*

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 6, 313** und S. 422, 926–928, 1620

– Südafrika

S. 1523

**Malaysia**

S. 349<sup>17</sup>, 955

**Mali**

S. 743<sup>13</sup>

**Malta**

*siehe unter:KVAE*

**Marokko**

*siehe außerdem:*

*Algerien, Frankreich, Libyen, Nahost-Konflikt*

S. 285 f., 550, 587<sup>11</sup>, 743, 1283, 1363 f.

**Mauretanien**

S. 743<sup>13</sup>

**MBFR (Mutual and Balanced Force Reductions)**

S. 41, 202, 212, 1079<sup>3</sup>, 1813

– Belgien

S. 1024<sup>7</sup>, 1745, 1811

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 21, 83 192, 195, 333** und S. 150, 246–251, 298, 391, 442–445, 695 f., 1117,

- 1213, 1326, 1392, 1441–1444, 1487, 1501, 1526, 1533f., 1597–1601, 1692, 1713, 1772, 1774f., 1807, 1811, 1871, 1880
- Datenfrage  
S. 116–119
- DDR  
S. 117, 340, 1744f.
- Frankreich  
S. 1772<sup>5</sup>, 1812f.
- Großbritannien  
S. 117, 442<sup>7</sup>, 1024–1028, 1326f., 1392, 1442–1444, 1487, 1493, 1501, 1526<sup>11</sup>, 1597–1601, 1692, 1744–1746, 1772, 1811
- Italien  
S. 1024<sup>7</sup>
- Jugoslawien  
S. 148
- NATO/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten  
**Dok. 308, 339** und S. 116, 118f., 247–250, 298, 442–444, 1109, 1024–1027, 1035f., 1442f., 1487, 1526, 1533f., 1692, 1742–1747, 1805, 1811–1813, 1871
- Niederlande  
S. 1024<sup>7</sup>, 1526<sup>11</sup>, 1746, 1772, 1811
- Norwegen  
S. 1811
- Polen  
S. 1744f.
- Türkei  
S. 1024<sup>7</sup>, 1772<sup>5</sup>, 1813
- UdSSR  
S. 117–119, 246–248, 443f., 499, 523, 1026, 1035, 1109, 1442f., 1493, 1507f., 1557, 1600, 1659, 1670<sup>5</sup>, 1713, 1745f., 1772f., 1880
- USA  
S. 115<sup>1</sup>, 116–118, 246–248, 251, 298, 442f., 523, 782, 1024<sup>7</sup>, 1026f., 1035f., 1109, 1326, 1392, 1442f., 1487, 1493, 1508, 1526<sup>11</sup>, 1597–1601, 1659, 1670<sup>5</sup>, 1692, 1744–1746, 1772f., 1805
- Verifikation  
S. 117–119, 121, 248–250, 1025f., 1035–1037, 1442, 1444<sup>8</sup>, 1598–1601, 1742f., 1745, 1747, 1773f., 1812f.
- Warschauer Pakt/Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten

**Dok. 45** und S. 116f., 298, 441–444, 1024<sup>3</sup>, 1025f., 1034–1036, 1442f., 1533f., 1742–1747, 1772

#### Menschenrechte

S. 32<sup>5</sup>, 36, 44, 160, 173–176, 190, 269f., 299f., 348, 487, 529–531, 572, 586, 605, 608, 761<sup>27</sup>, 773, 775, 781, 884, 1006–1008, 1029–1031, 1087, 1092, 1101, 1107f., 1110f., 1139–1142, 1144, 1165f., 1182, 1185, 1202–1204, 1206, 1250, 1272<sup>19</sup>, 1302, 1328, 1331, 1350, 1358, 1360, 1428, 1457, 1460, 1486, 1492, 1494, 1496, 1501f., 1506, 1509f., 1518, 1530, 1548, 1575f., 1587, 1589, 1645<sup>7</sup>, 1647, 1659–1661, 1671, 1674, 1781, 1785, 1792, 1802f., 1805f., 1810f., 1832f., 1879, 1888f.

#### Mexiko

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Algerien, El Salvador, Kanada, Mittelamerika-Politik, Nord-Süd-Dialog*

S. 144, 746, 861

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 163** und S. 187, 191, 357<sup>5</sup>, 752

- EG/EPZ

S. 861f.

- Nicaragua

S. 360, 864

- Spanien

S. 751f.

- USA

S. 360, 862, 1334

#### Mittelamerika-Politik

S. 908, 1277

- Argentinien

S. 382f., 1270

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 33** und S. 55, 217, 299, 351, 357–362, 383, 391, 419, 567, 570, 579f., 726–729, 748f., 751f., 862f., 1373, 1483, 1519, 1763

- Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela)

S. 55, 187–189, 191, 217, 299, 357<sup>5</sup>, 358<sup>7+9</sup>, 360<sup>15</sup> 361f., 383, 392, 566f., 579, 727–729, 749<sup>4</sup>, 750–752, 863f., 1270<sup>12</sup>, 1333, 1380, 1763

- Costa Rica

S. 750<sup>13</sup>, 1333

- DDR  
S. 775
- EG/EPZ  
S. 55, 187–190, 192, 217, 299, 357<sup>5</sup>, 358 f., 361 f., 567, 580, 727 f., 752, 864, 1261, 1278, 1333, 1380, 1419 f., 1519, 1763
- El Salvador  
S. 750, 1333
- Frankreich  
S. 217, 567 f., 570
- Großbritannien  
S. 66, 217, 567 f., 570
- Guatemala  
S. 750<sup>13</sup>
- Honduras  
S. 750, 1333
- Irland  
S. 217
- Italien  
S. 55, 217, 567, 570, 579
- Japan  
S. 567 f.
- Kanada  
S. 567, 579 f.
- Kuba  
S. 1111
- Mexiko  
S. 862 f.
- Nicaragua  
S. 55, 382, 728, 750<sup>13</sup>, 1111, 1333
- Spanien  
S. 749, 1380
- UdSSR  
S. 299, 383, 580, 607, 750, 1109, 1111, 1459
- USA  
S. 55, 66, 188, 192, 299, 351, 382 f., 391 f., 566, 570, 579, 607, 728, 750 f., 775, 863, 908, 1109, 1111, 1333, 1380<sup>7</sup>, 1459, 1483
- Mosambik**  
*siehe außerdem: Italien*  
S. 586 f., 591, 1277
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 590<sup>23</sup>
- EG/EPZ  
S. 218
- Südafrika  
S. 1324
- UdSSR  
S. 89
- Nahost-Konflikt**  
S. 11, 56, 73, 908, 1277
- Ägypten  
S. 56, 170, 172 f., 243, 245, 268, 270 f., 299, 386 f., 418, 868, 1187, 1218, 1221, 1231<sup>23</sup>, 1235, 1237, 1288, 1445, 1451 f., 1472–1474, 1694 f.
- Algerien  
S. 242 f., 1186<sup>12</sup>, 1187, 1286–1289
- Arabische Liga/Fes-Plan  
S. 243, 742, 868, 1186 f., 1189, 1227, 1236, 1287, 1307
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 73, 150, 241<sup>3</sup>, 244, 267 f., 299, 387, 418, 742 f., 1188 f., 1218–1220, 1225 f., 1228, 1233, 1236, 1287–1289, 1307, 1328, 1447 f., 1451 f., 1472–1475, 1615
- Camp-David-Prozeß  
S. 270–272, 386
- ČSSR  
S. 1185–1187
- DDR  
S. 565, 775
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)  
S. 1186<sup>12</sup>, 1187
- EG/EPZ  
S. 56, 73, 244, 299, 1236, 1261, 1447, 1475, 1519, 1668
- Frankreich  
S. 709, 1110, 1219, 1305, 1307, 1447
- Großbritannien  
S. 73, 388, 1219, 1306 f., 1447, 1492, 1510
- Irak  
S. 242, 1187, 1227
- Iran  
S. 1220
- Israel  
S. 170, 242–245, 267 f., 270–272, 299, 386–388, 870, 1111, 1187, 1189 f., 1219, 1227 f., 1231, 1235–1237, 1286–1288, 1293<sup>8</sup>, 1306, 1445 f., 1450–1452, 1472–1474, 1695
- Italien  
S. 267, 418, 1110 f., 1306, 1496
- Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)  
S. 1187

- Jerusalem-Frage  
S. 742
  - Jordanien  
**Dok. 44** und S. 56, 173, 267 f., 270 f., 298, 386 f., 418, 565, 869 f., 1186<sup>12</sup>, 1187, 1189 f., 1218–1220, 1227, 1231<sup>23</sup>, 1235, 1261, 1287 f., 1293<sup>8</sup>, 1305–1307, 1369<sup>23</sup>, 1445 f., 1451 f., 1472–1475, 1695
  - Jugoslawien  
S. 149
  - Kuwait  
S. 1187
  - Libanon  
S. 1186<sup>12</sup>, 1190, 1236
  - Libyen  
S. 242, 245, 387, 1186<sup>12</sup>
  - Marokko  
S. 244
  - Palästina-Frage/Besetzte Gebiete  
S. 56, 73, 172 f., 241 f., 267, 270<sup>8</sup>, 271 f., 299, 386, 388, 742
  - PLO  
**Dok. 165** und S. 56, 241–245, 267 f., 270 f., 298 f., 386 f., 565, 1186<sup>12</sup>, 1187, 1218–1220, 1227 f., 1235, 1261, 1286–1289, 1293<sup>8</sup>, 1305–1307, 1369, 1447, 1451 f., 1472–1475, 1510, 1695
  - Saudi-Arabien/Fahd-Plan  
S. 56, 243 f., 742, 1218 f., 1451 f.
  - Spanien  
S. 1369, 1380
  - Syrien  
S. 73, 242, 245, 387, 573, 868 f., 1186<sup>12</sup>, 1187, 1189 f., 1218–1220, 1225–1227, 1231, 1233, 1235 f., 1293<sup>8</sup>, 1307, 1447, 1451 f., 1695
  - Tunesien  
S. 243
  - Türkei  
S. 1664
  - UdSSR  
S. 56, 73, 170, 214, 242, 267, 298 f., 387, 565, 572 f., 709, 780, 1187, 1219 f., 1293<sup>8</sup>, 1307, 1328, 1447, 1451, 1459, 1473, 1492, 1496, 1615, 1664, 1695, 1809
  - USA  
S. 56, 73, 170, 214, 242–244, 270, 386 f., 418, 572 f., 614, 775, 780, 868, 870, 908, 1110 f., 1186, 1189, 1219–1221, 1227 f., 1235–1237, 1287 f., 1305–1307, 1446 f., 1451 f., 1459, 1472–1475, 1492, 1496, 1510, 1519, 1615, 1664, 1695
  - VN  
S. 1236, 1287
  - Volksrepublik China  
S. 1447, 1473
- Namibia-Frage**
- Algerien  
S. 1280
  - Angola  
S. 681
  - Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 159** und S. 590 f., 681, 1042<sup>1</sup>
  - EG/EPZ  
S. 838<sup>14</sup>
  - Großbritannien  
S. 1304
  - Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester  
S. 838
  - Sambia  
S. 590 f.
  - Südafrika  
S. 591<sup>24</sup>, 681 f., 836<sup>6+8</sup>, 837<sup>12</sup>, 838<sup>14+15</sup>, 839 f., 1304
  - SWAPO (South West Africa People's Organization)  
S. 591<sup>24</sup>, 835–840, 1304<sup>18</sup>
  - UdSSR  
S. 780<sup>22</sup>
  - USA  
S. 681 f., 780<sup>22</sup>
  - VN  
S. 836, 837<sup>12</sup>
- NATO (North Atlantic Treaty Organization)**  
*siehe außerdem:*  
*ABM-Vertrag, Abrüstung, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, EPZ, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Jugoslawien, KVAE, MBFR, Polen, SDI, Terrorismus, UdSSR*
- Dok. 126** und S. 7<sup>4</sup>, 8, 19, 21, 29, 31, 36 f., 71, 78, 198, 200, 215, 379, 411<sup>4</sup>, 448, 492 f., 636 f., 646<sup>18</sup>, 692 f., 787, 822, 824, 859, 883, 888, 915, 931, 965, 967, 977, 1394<sup>30</sup>, 1859–1861
  - Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)  
S. 20<sup>11</sup>, 228, 733–736, 993, 1137, 1681



- Belgien  
S. 801, 1085, 1394, 1439<sup>22</sup>, 1461, 1549f., 1679f., 1726, 1729, 1809
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 4, 41** und S. 296, 316, 357, 380, 396–399, 500, 651, 705f., 713, 724, 733–736, 769, 788f., 801, 842, 901, 980, 1004, 1037, 1085, 1119–1123, 1126, 1169, 1210, 1213, 1267, 1338<sup>9</sup>, 1392, 1456f., 1460f., 1463, 1477, 1480, 1548f., 1551, 1562f., 1569, 1639, 1678f., 1725f., 1729, 1778, 1797, 1807–1810, 1813, 1819, 1824, 1827, 1830, 1838, 1853, 1859–1862, 1865f., 1880, 1886, 1888, 1890
- Conceptual Military Framework (CMF)  
S. 227, 229f., 232, 734, 1724<sup>3</sup>
- Dänemark  
S. 17, 613, 663, 724, 1394, 1439<sup>22</sup>, 1457, 1461, 1678, 1809f., 1853
- Defence College  
S. 182, 824
- Einsatzgebiet/Out-of-area-Politik  
S. 12–14, 228, 231, 233
- FOFA (Follow-On Forces Attack)  
S. 230–232, 734, 1154
- Frankreich  
S. 613, 651, 663, 709f., 724, 801, 901, 1061<sup>8+9</sup>, 1062–1066, 1126f., 1205, 1338<sup>9</sup>, 1392, 1462, 1569, 1663, 1808<sup>31</sup>, 1810–1813, 1822, 1827f., 1830f., 1843, 1847f., 1859
- Griechenland  
**Dok. 32** und S. 17, 264, 266<sup>29</sup>, 478, 514, 613, 652, 724, 819, 822–825, 992f., 1394, 1853
- Großbritannien  
S. 232, 397, 399<sup>9</sup>, 662f., 801, 811, 1085, 1126f., 1197, 1392, 1456, 1462, 1469, 1492, 1495, 1549–1552, 1679, 1725, 1728f., 1809–1811, 1859
- Harmel-Bericht (Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz)  
S. 74, 214, 371, 779, 1461, 1804<sup>4</sup>
- High Level Group (HLG)  
S. 20, 36f., 438f., 638f., 1432–1439
- Independent European Programme Group (IEPG)  
S. 876, 878, 1338<sup>9</sup>, 1844<sup>13</sup>
- Infrastrukturprogramm  
S. 16, 233
- Internationaler Militärstab (International Military Staff, IMS)  
S. 230, 1253
- Internationaler Stab  
S. 822, 1677<sup>4</sup>
- Italien  
S. 440, 801, 1085, 1126, 1392, 1439<sup>22</sup>, 1461, 1491, 1550, 1679f., 1726, 1729, 1809
- Kanada  
S. 354, 357, 662f., 1461, 1495, 1549
- Luxemburg  
S. 1456, 1461, 1809f.
- Militärausschuß (Military Committee, MC)  
S. 21<sup>13</sup>, 830<sup>5</sup>, 1137, 1679, 1772<sup>5</sup>, 1810
- Ministerial Guidance (3 %-Ziel)  
S. 227<sup>4</sup>, 230, 231<sup>16</sup>, 232, 734–736
- NATO-Doppelbeschluß  
*siehe: NATO-Doppelbeschluß*
- Niederlande  
**Dok. 320** und S. 439, 801, 1085, 1126, 1394, 1457, 1461f., 1548, 1724–1727, 1808<sup>30+31</sup>, 1809
- Norwegen  
S. 662f., 1126, 1548, 1552, 1809
- Nukleare Planungsgruppe (NPG)  
**Dok. 82** und S. 20, 733<sup>5</sup>, 1155, 1439
- Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)  
S. 777, 1029
- Portugal  
S. 182
- SACEUR  
S. 20f., 125, 230, 398f., 433, 437, 439, 639, 822, 1084f., 1439<sup>22</sup>, 1679
- SACLANT  
S. 230, 399<sup>10</sup>
- Senior Level Weapons Protection Group (SLWPG)  
S. 439, 1551
- Spanien  
**Dok. 205** und S. 17, 105, 264, 373f., 724, 733, 1331f., 1367–1369, 1380
- Special Consultative Group  
*siehe unter: NATO-Doppelbeschluß*
- Ständiger Rat  
S. 9, 25<sup>2</sup>, 32, 34<sup>11</sup>, 121<sup>21</sup>, 219–225, 293<sup>10</sup>, 442, 521–523, 537<sup>10</sup>, 540, 782, 804, 1024, 1048–1050, 1137, 1252, 1350–1352, 1360, 1416, 1434<sup>11</sup>, 1467–1469, 1562, 1586, 1810, 1812, 1865

- Strategie/Strategiedebatte  
S. 20f., 289, 398f., 435f., 651, 694f., 723, 735f., 787f., 853–855, 859, 1014f., 1061<sup>8</sup>, 1124, 1126, 1134, 1152f., 1198, 1221, 1399, 1663, 1680, 1804, 1808, 1810, 1842, 1858–1866
  - Tagungen des NATO-Ministerrats  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*
  - Türkei  
S. 17, 179f., 182, 185f., 662, 819, 822f., 980f., 983, 993, 1006, 1238f., 1550, 1639, 1768, 1809, 1811, 1853
  - USA  
**Dok. 278** und S. 16, 227–229, 232f., 397, 399<sup>9</sup>, 432, 435, 634, 651, 662f., 733<sup>5</sup>, 734–736, 788, 801, 828<sup>10</sup>, 829, 1060<sup>13</sup>, 1120, 1205, 1350–1352, 1416–1418, 1456, 1459, 1462f., 1469, 1480, 1505, 1546–1552, 1562f., 1657–1665, 1674, 1679f., 1726, 1729, 1803–1807, 1809–1811, 1813, 1819f., 1824, 1859f., 1862, 1884
  - Warschauer Pakt  
S. 736, 856, 858, 1001, 1887
  - Washingtoner Erklärung über die Ost-West-Beziehungen vom 31.5.1984 / „West-Ost-Bericht“  
S. 7<sup>4</sup>, 15, 779
  - WINTEX/CIMEX 85  
**Dok. 73** und S. 438, 440, 1135, 1551
- NATO-Doppelbeschluß**  
S. 14, 63, 89, 613, 806, 1126
- Amerikanische Mittelstreckensysteme („Nachrüstung“)  
**Dok. 50, 116** und S. 33f., 41, 57, 63, 68, 90, 99, 101, 122–126, 160, 210, 292, 295, 298<sup>33</sup>, 301, 303f., 329, 354f., 360, 369f., 379, 381, 433–435, 438, 440, 446, 453–455, 459, 466–469, 496, 498, 522, 562, 580, 593<sup>7</sup>, 595<sup>17</sup>, 673, 700, 703, 716, 723f., 756, 779, 780<sup>17</sup>, 788f., 800f., 806, 844, 882, 934, 992f., 1004, 1083, 1098<sup>9</sup>, 1103, 1110, 1113, 1116, 1118–1121, 1123f., 1126f., 1136f., 1140, 1174, 1199, 1224, 1256, 1267, 1312, 1317, 1323, 1325, 1350<sup>2</sup>, 1352, 1391, 1443, 1453, 1462, 1485, 1488, 1518, 1532, 1546, 1549, 1562, 1594, 1642f., 1651, 1660, 1663, 1677<sup>4</sup>, 1678–1680, 1687, 1710, 1712<sup>31</sup>, 1724–1727, 1748<sup>2</sup>, 1750, 1811, 1879, 1881
  - Belgien  
**Dok. 22** und S. 63f., 438f., 446, 454, 584, 699, 779, 1726
  - Bundesrepublik Deutschland  
S. 26, 31, 33, 41, 100f., 125f., 160, 360, 370, 379, 438, 453, 459, 699, 703, 756, 788f., 806, 844, 1004, 1098<sup>9</sup>, 1103, 1119–1121, 1123f., 1126, 1174, 1325, 1443f., 1453, 1483, 1488, 1490, 1499, 1532, 1594, 1642f., 1651, 1660, 1678, 1687, 1710, 1712<sup>31</sup>, 1725f., 1748<sup>2</sup>, 1750, 1819, 1879, 1881
  - Dislozierung sowjetischer Nuklearsysteme in der DDR und der ČSSR („Gegen-dislozierung“)  
**Dok. 216** und S. 33f., 99, 210, 404, 463, 467, 618, 844, 934, 993, 1103, 1124f., 1183, 1399, 1466
  - Frankreich  
S. 41, 160, 453, 699, 703, 724, 806, 1663, 1811, 1879
  - Friedensbewegung  
S. 125f., 302, 369, 446f., 466, 574, 699, 844, 1061<sup>8</sup>, 1065, 1132, 1137, 1391, 1736
  - Griechenland  
S. 992
  - Großbritannien  
S. 438, 1879
  - INF-Verhandlungen (bis 24.11.1983)  
S. 27, 29–31, 33, 34<sup>11</sup>, 36, 213, 337, 379, 453f., 468, 538f., 573, 606, 782, 993, 1398, 1651<sup>6</sup>, 1660<sup>11</sup>
  - Italien  
S. 124, 438, 1110, 1726, 1879
  - Niederlande  
S. 123, 438f., 466, 469, 584, 699, 779, 1199, 1462, 1518, 1549, 1562<sup>15</sup>, 1677<sup>4</sup>, 1678–1680, 1724–1727
  - Sowjetische Mittelstreckensysteme  
S. 304, 329, 369, 434, 463, 467–469, 498, 649, 699, 756, 801, 1083, 1118, 1124, 1256, 1315, 1546, 1552, 1748<sup>2</sup>, 1819f., 1869<sup>2</sup>, 1871
  - Special Consultative Group (SCG)  
S. 32, 36, 433, 438f., 449, 469, 1360, 1561
  - UdSSR  
S. 716, 780<sup>17</sup>, 786, 1110, 1113, 1116, 1118, 1123, 1127, 1312, 1317, 1325, 1352, 1748<sup>2</sup>, 1750, 1811, 1819

- USA  
S. 379, 1549, 1726 f.

#### **Nepal**

*siehe außerdem: Indien*

- S. 1019

#### **Neuseeland**

- S. 211, 491 f.

- USA  
S. 1505

#### **Nicaragua**

*siehe außerdem:*

*Argentinien, DDR, El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Honduras, Japan, Kuba, Mexiko, Mittelamerika-Politik*

- S. 360

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 64, 139** und S. 187, 189 f., 299, 351, 384, 391, 568, 579, 590, 748 f., 751, 863, 1453, 1519 f.
- EG/EPZ  
S. 192, 567, 721, 1380<sup>7</sup>, 1520
- Spanien  
S. 749–751
- UdSSR  
S. 299, 351, 357<sup>5</sup>, 566–568, 579 f., 607 f., 750, 1054<sup>14</sup>, 1111, 1271, 1486, 1491<sup>15</sup>, 1506
- Uruguay  
S. 351
- USA  
S. 188–190, 299, 351, 358–362, 382–384, 391 f., 566–568, 579 f., 607 f., 625, 721, 726<sup>7+8</sup>, 727–729, 749–751, 775<sup>30</sup>, 863, 1053–1055, 1111, 1271, 1333, 1380<sup>7</sup>, 1483, 1486, 1491<sup>15</sup>, 1506, 1519 f.

#### **Niederlande**

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Belgien, Chemische Waffen, EG, EPZ, Europäische Akte, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Italien, Kanada, Kriegsende, KSZE, KVAE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, SDI, WEU*

- S. 374, 1456

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 286** und S. 422, 507, 662, 796 f., 926–928, 1392 f., 1617<sup>3</sup>, 1620, 1678 f., 1698<sup>9</sup>, 1725

- Saudi-Arabien  
S. 1470
- Südafrika  
S. 1523
- UdSSR  
S. 466, 1518, 1725, 1727, 1809
- USA  
S. 1392 f., 1604<sup>7</sup>, 1679 f.

#### **Nigeria**

- S. 527 f., 744, 746

#### **Nordatlantische Versammlung**

- S. 695, 700, 704

#### **Nord-Süd-Dialog**

- S. 1277 f., 1289<sup>19</sup>, 1420, 1644, 1763

- Algerien  
S. 1277, 1289<sup>19</sup>
- Argentinien  
S. 550
- Brasilien  
S. 534, 550, 1334
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 348, 350, 532–535, 550, 559, 722, 862, 864, 1278, 1289<sup>19</sup>, 1521, 1532, 1534
- Cartagena-Gruppe (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Dominikanische Republik, Ecuador, Mexiko, Peru, Uruguay, Venezuela)  
S. 532, 534 f., 550, 559, 862
- Dominikanische Republik  
S. 534
- Ecuador  
S. 533
- EG/EPZ  
S. 679, 862, 1520 f.
- Frankreich  
S. 720, 1333 f., 1520
- Großbritannien  
S. 1289<sup>19</sup>
- IFAD (International Fund for Agricultural Development)  
S. 218
- Japan  
S. 549, 599
- Jugoslawien  
S. 146 f., 151, 760 f.
- Luxemburg  
S. 1521
- Marokko  
S. 550

- Mexiko  
S. 862, 864
- Philippinen  
S. 560
- Portugal  
S. 864
- Spanien  
S. 720–722, 864
- Sudan  
S. 550
- Uruguay  
S. 350, 534, 550
- USA  
S. 560, 862, 1289<sup>19</sup>, 1334, 1520 f.
- Verschuldungsproblematik  
**Dok. 105** und S. 145–147, 151, 209 f.,  
349 f., 352, 549–552, 559–561, 678, 760 f.,  
861 f., 1277, 1289<sup>19</sup>, 1333, 1373 f., 1446,  
1480, 1483, 1509, 1513 f., 1520

#### Norwegen

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, KVAE, MBFR,  
NATO, SDI*

- S. 163, 182, 746
- EG/EPZ  
S. 283
- UdSSR  
S. 1809
- USA  
S. 1662, 1728

#### OAE (Organisation für Afrikanische Einheit)

*siehe: OAU*

#### OAS (Organization of American States)

S. 383 f.

#### OAU (Organization of African Unity)

S. 171, 679, 1277, 1281

#### OECD (Organization for Economic Cooperation and Development)

S. 557<sup>7</sup>, 579

#### Öffentlichkeit/Öffentlichkeitsarbeit

S. 3 f., 8 f., 15, 19, 23, 25 f., 29, 36 f., 43, 45–  
49, 51, 61, 63, 67–70, 74, 76, 78 f., 87, 90 f.,  
95, 97<sup>3</sup>, 100 f., 113, 115<sup>1</sup>, 118 f., 125, 130<sup>6</sup>,  
131<sup>7</sup>, 132, 160, 165 f., 170 f., 173, 176, 181,  
189 f., 196, 200, 204, 208, 212, 220, 224,  
289, 299<sup>41</sup>, 301, 305, 319, 330 f., 355, 366,  
370, 374, 391, 395, 404, 429–431, 433–435,  
438, 446–448, 451–455, 466–468, 487,

509 f., 512, 523, 547, 554, 564, 573 f., 579,  
584, 603<sup>16</sup>, 611, 615 f., 622, 626, 628, 632<sup>5</sup>,  
634, 637, 640, 647, 657 f., 673, 677, 744,  
771 f., 778 f., 801, 804–806, 811, 828, 834,  
862, 882, 887, 897–900, 909, 985, 998,  
1050<sup>9</sup>, 1051 f., 1054 f., 1066, 1076, 1094,  
1124, 1126 f., 1132, 1136 f., 1154 f., 1162,  
1165–1167, 1171<sup>2</sup>, 1250–1252, 1262, 1268,  
1296, 1298–1301, 1318, 1322, 1325 f.,  
1328, 1329<sup>13</sup>, 1331, 1350, 1351<sup>4+5</sup>, 1352,  
1356, 1361<sup>13</sup>, 1362, 1373, 1378–1380,  
1383, 1390 f., 1401, 1404, 1407, 1414,  
1416–1418, 1422, 1461, 1465, 1485 f.,  
1491, 1493, 1495, 1500–1502, 1532 f.,  
1551, 1562 f., 1569, 1575, 1577, 1580<sup>24</sup>,  
1596, 1614, 1650<sup>32</sup>, 1661, 1663, 1671 f.,  
1674, 1711, 1727–1729, 1736, 1747, 1753,  
1806, 1817, 1823, 1846, 1881, 1888, 1890

#### OIC (Organization of Islamic Conference)

S. 299, 349<sup>17</sup>, 483<sup>6</sup>, 573, 1615

#### Olympische Sommerspiele vom 17.9. bis 2.10.1988 in Seoul

S. 996, 999 f., 1307

#### Olympische Winterspiele vom 8. bis 19.2.1984 in Sarajewo

S. 114

#### Oman

S. 13

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 57<sup>24</sup>, 745–747, 1294, 1613<sup>2</sup>, 1615<sup>6</sup>

#### OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries)

S. 560, 746, 1468

#### Österreich

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Algerien, ČSSR, EUREKA,  
Frankreich, Jugoslawien, Kriegsende,  
KVAE, SDI*

S. 163, 712

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 121** und S. 152, 209, 1268
- Polen  
S. 1781
- Simbabwe  
S. 1762
- Ungarn  
S. 1703
- UdSSR  
S. 1536

- USA  
S. 728
- Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen**  
*siehe auch: COCOM*  
S. 97 f., 760, 909, 1140, 1143–1145, 1329
- Bulgarien  
S. 326 f.
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 72** und S. 600–603, 787, 796 f., 1646, 1882
- Großbritannien  
S. 796 f.
- Niederlande  
S. 796 f.
- Polen: Umschuldung/Kreditvergabe  
S. 310 f., 314–316, 631, 841<sup>4</sup>, 842 f., 1320, 1646, 1649–1650, 1685, 1834<sup>21</sup>
- Sanktionen gegen Polen  
S. 307, 373<sup>12</sup>, 845 f., 1164, 1833
- USA  
S. 394, 600–603, 796<sup>9</sup>, 797<sup>12</sup>, 1882
- Otto-Benecke-Stiftung (OBS)**  
S. 837<sup>12</sup>, 838<sup>15</sup>, 1173

#### **Pakistan**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Afghanistan, Algerien, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Indien, Irak, Iran, Japan, Kuwait, Libyen, VN*

S. 346 f., 1167<sup>15</sup>, 1614

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 61, 268, 310** und S. 573, 744, 799 f.
- Republik Korea (Südkorea)  
S. 1000
- UdSSR  
S. 348, 571, 780<sup>23</sup>, 800 f., 1386<sup>2</sup>, 1614, 1805
- USA  
S. 347, 572, 607 f., 780<sup>23</sup>, 800, 1386 f., 1506, 1614, 1805
- Volksrepublik China  
S. 347 f., 800 f., 1615

#### **Panama**

- EG/EPZ  
S. 192, 1380<sup>7</sup>
- Uruguay  
S. 351

#### **Papua-Neuguinea**

**Dok. 93**

#### **Paraguay**

S. 359

#### **Peru**

*siehe außerdem: Argentinien*

S. 385, S. 1272<sup>19</sup>, 1274, S. 1371

#### **Philippinen**

*siehe außerdem:*

*Japan, Nord-Süd-Dialog, Terrorismus*

S. 551, 560, 710

#### **PLO (Palestine Liberation**

#### **Organization)**

*siehe unter: Nahost-Konflikt*

#### **Polen**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Algerien, Belgien, ČSSR, Dänemark, DDR, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Kriegsende, KSZE, Libyen, MBFR, Österreich, SDI*

S. 89, 92, 493, 1394

- EG/EPZ  
S. 320, 322, 666, 993, 1650, 1790
- Ermordung des Priesters Popieluszko  
S. 52–54, 323, 1147 f., 1647, 1792, 1833
- Katholische Kirche  
**Dok. 57** und S. 52 f., 55, 531, 667, 1008, 1146, 1269, 1647, 1780 f., 1788–1796, 1833
- Landwirtschaftsprojekt der katholischen Kirche  
S. 53, 109, 322, 666 f., 1146, 1647, 1783, 1795 f.
- NATO  
S. 145, 1649 f., 1790
- Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP)  
S. 310, 319
- Sanktionen gegen Polen  
*siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*
- Solidarność/Opopposition  
S. 53 f., 135<sup>4</sup>, 138, 1145–1148, 1321<sup>18</sup>, 1730–1733, 1780, 1783 f., 1793, 1832 f.
- Spanien  
S. 1147
- Tunesien  
S. 1780<sup>13</sup>

- Türkei  
S. 319
- UdSSR  
S. 52, 117, 303, 305, 322<sup>9</sup>, 631, 780, 847, 850<sup>7</sup>, 851, 1164, 1486, 1781, 1783, 1790, 1823, 1833
- Umschuldung/Kreditvergabe  
*siehe unter: Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen*
- Ungarn  
S. 1686, 1702<sup>6</sup>, 1817
- USA  
S. 55, 145, 305, 308, 310f., 529–531, 631, 780, 845, 1087, 1140, 1142, 1486, 1649, 1780, 1783, 1817f.
- Volksrepublik China  
S. 818, 847

#### **Polen—Bundesrepublik Deutschland**

- Dok. 25, 56, 124, 160, 161, 210, 222, 257, 315, 330, 343** und S. 50, 52, 54f., 100f., 145, 150, 291<sup>2</sup>, 321–324, 329, 373, 391, 457, 459, 529–531, 666, 760, 883f., 1163f., 1230, 1236, 1269, 1295<sup>2</sup>, 1316, 1486, 1488, 1590f., 1685f., 1702<sup>6</sup>, 1709f., 1780–1783, 1817f., 1823, 1832–1834, 1855, 1888
- Ausreise/humanitäre Fragen  
**Dok. 253** und S. 313–315, 324, 630, 841<sup>4</sup>, 1087, 1092, 1093, 1322, 1645f., 1649–1651, 1786
  - Kriegsgräber  
S. 52, 135<sup>5</sup>
  - Kulturbeziehungen  
S. 311, 313
  - Oder-Neiße-Linie  
S. 308, 312, 315, 324, 339, 628f., 842f., 884, 1091<sup>32</sup>, 1319, 1366, 1789, 1890

#### **Portugal**

- siehe außerdem:*  
*Europäische Akte, Großbritannien, KSZE, KVAE, NATO, Nord-Süd-Dialog, SDI*
- S. 105, 586f.
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 384, 926, 1274, 1621, 1644
  - EG/EPZ  
S. 75, 77, 104–106, 262–264, 283f., 285<sup>15</sup>, 417–419, 422, 492, 508f., 511, 667, 768f., 779, 864, 942, 993, 1259, 1342, 1365, 1474, 1522, 1623

- Südafrika  
S. 1664
- UdSSR  
S. 1664
- USA  
S. 384, 1664, 1728
- WEU  
S. 1363

#### **Presse- und Informationsamt der Bundesregierung** S. 987<sup>23</sup>

#### **Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten**

- ABC (American Broadcasting Company)  
S. 626
- Al-Quds (Jerusalem)  
S. 388<sup>8</sup>
- AP (Associated Press)  
S. 447
- ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)  
S. 557<sup>4</sup>, 1735
- The Baltimore Sun  
S. 623
- BBC (British Broadcasting Corporation)  
S. 927<sup>13</sup>
- Bertelsmann AG  
S. 1634
- Bild (Hamburg)  
S. 429<sup>5</sup>, 600
- The Boston Globe  
S. 455, 462
- CBS (Columbia Broadcasting System)  
S. 626
- Deutsche Welle (Köln)  
S. 325<sup>4</sup>, 328
- Deutschlandfunk (Köln)  
S. 944, 1066
- dpa (Deutsche Presse-Agentur)  
S. 19, 1676<sup>22</sup>
- The Economist (London)  
S. 901
- Le Figaro (Paris)  
S. 423, 899<sup>14</sup>
- Foreign Affairs (New York)  
S. 695<sup>22</sup>, 1735

- 
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)  
S. 693, 1099<sup>12</sup>, 1634
  - Frankfurter Rundschau  
S. 1061
  - General-Anzeiger (Bonn)  
S. 83
  - Handelsblatt (Düsseldorf)  
S. 60
  - International Herald Tribune (Paris)  
S. 16
  - Izvestija (Moskau)  
S. 493, 595, 598, 1734 f.
  - The Jerusalem Post  
S. 1723
  - Ma'ariv (Jerusalem)  
S. 1721<sup>19</sup>, 1722<sup>23</sup>
  - Meždunarodnaja Žizn' (Moskau)  
S. 907
  - Le Monde (Paris)  
S. 422, 931, 1065, 1153
  - NBC (National Broadcasting Company)  
S. 19
  - Neue Osnabrücker Zeitung  
S. 1184
  - Newsweek (New York)  
S. 625
  - The New York Times  
S. 436<sup>22</sup>, 625 f., 1049, 1162, 1545, 1884<sup>14</sup>
  - The Pakistan Times (Lahore)  
S. 1168<sup>16</sup>
  - Le Point (Paris)  
S. 1065
  - Pravda (Moskau)  
S. 125, 336, 468, 493, 596, 910, 947,  
1077<sup>5</sup>, 1078, 1104<sup>19</sup>, 1162, 1312<sup>15</sup>,  
1676<sup>22</sup>, 1709<sup>17</sup>, 1871<sup>20</sup>
  - Rheinische Post (Düsseldorf)  
S. 1061
  - Rheinischer Merkur (Bonn)  
S. 1061, 1244
  - Die Rheinpfalz (Ludwigshafen am Rhein)  
S. 1061
  - RTL (Radio Télévision Luxembourg)  
S. 22, 1634 f.
  - RTL plus  
S. 1634
  - Der Schlesier (Recklinghausen)  
S. 139
  - SFB (Sender Freies Berlin)  
S. 127<sup>3</sup>
  - Sovetskaja Rossija (Moskau)  
S. 1167<sup>13</sup>
  - Der Spiegel (Hamburg)  
S. 429<sup>5</sup>, 737, 868 f., 1410, 1454, 1858
  - Stern (Hamburg)  
S. 393<sup>5</sup>, 600 f., 1454
  - Stuttgarter Nachrichten  
S. 1167<sup>15</sup>
  - Süddeutsche Zeitung (München)  
S. 1061, 1099<sup>12</sup>
  - TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo  
Sojuza)  
S. 301, 331, 369, 468<sup>30</sup>, 595, 650<sup>23</sup>, 672,  
1117<sup>18</sup>, 1167, 1213, 1878
  - TF1 (Télévision française 1)  
S. 1530<sup>24</sup>
  - Time (New York)  
S. 625, 1256 f., 1264, 1331, 1361, 1400,  
1673
  - The Times (London)  
S. 69, 1197
  - Tygodnik Powszechny (Krakau)  
S. 1731<sup>7</sup>
  - UPI (United Press International)  
S. 834, 835<sup>9</sup>
  - U.S. News and World Report  
(Washington)  
S. 625
  - The Washington Post  
S. 16, 366<sup>6</sup>, 393<sup>6</sup>, 502<sup>3</sup>, 600, 622<sup>9</sup>, 625 f.,  
682<sup>2</sup>, 1433, 1631, 1884
  - WDR (Westdeutscher Rundfunk)  
S. 1008
  - Die Welt (Berlin (West))  
S. 60, 600, 1161
  - ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)  
S. 1164, 1167<sup>15</sup>, 1719
  - Die Zeit (Hamburg)  
S. 1061, 1454
- Raumfahrtpolitik**
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 167–169, 923, 968, 1038–1041, 1565,  
1570, 1594 f., 1825 f., 1831, 1836, 1844–  
1846, 1850
  - ESA (European Space Agency)  
S. 167, 923, 965, 967, 1041<sup>11</sup>

- Frankreich  
S. 43, 167–169, 513<sup>7</sup>, 923, 1038–1041, 1565f., 1569, 1593–1595, 1821, 1825f., 1829–1831, 1835f., 1843–1846, 1850
- Großbritannien  
S. 168
- Raumgleiter „Hermes“  
S. 167f., 923, 1565, 1569f., 1593–1595, 1835f., 1844–1846
- Raumlabor „Spacelab“  
S. 1337<sup>5</sup>
- Raumstation „Columbus“  
S. 167f., 547, 1337<sup>5</sup>, 1593–1595
- Raumtransporter „HOTOL“  
S. 923
- Trägerrakete „Ariane“  
S. 167f., 545–547, 707f., 923, 976, 1011, 1595, 1836
- UdSSR  
S. 1877
- USA  
S. 1836

#### **Republik China (Taiwan)**

S. 1408, 1540

#### **Republik Korea (Südkorea)**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Birma, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Indien, Japan, Pakistan*

- Abschluß eines Passagierflugzeugs am 1.9.1983  
S. 180, 572<sup>12</sup>, 781, 993, 999
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 187**
- Thailand  
S. 956
- UdSSR  
S. 93, 607f., 999, 1806
- USA  
S. 552f., 607f., 999, 1053
- Volksrepublik China  
S. 552f., 998–1000, 1002, 1540

#### **RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe)**

*siehe außerdem: EG*

S. 326, 883, 970, 1077, 1749<sup>6</sup>

#### **Rhodesien**

*siehe: Simbabwe*

#### **Römische Verträge vom 25.3.1957**

S. 421, 507, 509f., 698, 715, 874<sup>4</sup>, 875, 913

#### **EWG-Vertrag vom 25.3.1957**

S. 82, 282, 793, 942, 967, 987<sup>23</sup>, 1621<sup>15</sup>, 1622<sup>16</sup>, 1637f., 1639<sup>20</sup>, 1654f., 1667, 1698f.

#### **Rumänien**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Bulgarien, ČSSR, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Warschauer Pakt*

#### **EG/EPZ**

S. 1098

#### **UdSSR**

**Dok. 76** und S. 1098, 1100, 1590, 1816f., 1856

#### **Ungarn**

S. 401, 1816f.

#### **USA**

S. 207, 1100, 1808, 1816–1819, 1876, 1887

#### **Volksrepublik China**

S. 819, 1097<sup>5</sup>

#### **Rumänien–Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 37, 212** und S. 150, 201, 295, 330, 333, 1590, 1782, 1816–1819, 1855

#### **Ausreise/humanitäre Fragen**

**Dok. 74** und S. 205<sup>1</sup>, 207–209, 1098, 1100, 1856

#### **Handels- und Wirtschaftsbeziehungen**

S. 205–207, 403, 760, 1097–1100

#### **Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 42, 49, 81, 103, 143, 197, 223, 273, 276** und S. 304, 470–473, 964, 982, 984, 1238–1240, 1407<sup>2</sup>, 1447, 1450, 1470, 1472, 1477–1479, 1544, 1713, 1768

#### **SADCC (South African Development Coordination Conference)**

S. 1763

#### **SALT (Strategic Arms Limitation Talks)**

**Dok. 156** und S. 368, 1207, 1360, 1398

#### **SALT I (Interimsabkommen vom 26.5.1972)**

S. 682–684, 686f., 1434, 1436f., 1494, 1538, 1661



- SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)  
**Dok. 133** und S. 15, 456, 468, 540, 609, 644f., 656f., 695, 777f., 783–785, 788, 803, 808–811, 880, 933, 935, 977, 1013f., 1211, 1437<sup>17</sup>, 1458, 1506f., 1511, 1538, 1547, 1560, 1661–1664, 1713, 1728, 1805, 1808, 1810
- Sambia**  
*siehe außerdem: Namibia-Frage*  
**Dok. 117** und S. 873<sup>9</sup>, 1277
- Samoa**  
S. 491<sup>5</sup>
- Saudi-Arabien**  
*siehe außerdem:*  
*Ägypten, Algerien, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Libyen, Nahost-Konflikt, Niederlande*  
S. 484f., 1188, 1468
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 89** und S. 172, 273f., 428–431, 741, 744–747, 1410–1413, 1447<sup>15</sup>, 1451f., 1470, 1477f., 1544
- Syrien  
S. 1218f., 1696
- Türkei  
S. 482–485
- USA  
S. 204, 243, 273<sup>5</sup>, 1306, 1412
- Schweden**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung, Chemische Waffen, DDR, EUREKA, SDI, Terrorismus*  
S. 712, 1703
- Schweiz**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung, Argentinien, EUREKA, Großbritannien, KVAE, Terrorismus*  
S. 163, 166
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 892, 1268, 1305
- Sri Lanka  
S. 195
- USA  
S. 1290<sup>3</sup>
- SDI (Strategic Defense Initiative)**  
**Dok. 1, 46, 98** und S. 3–6, 15, 149, 432f., 440, 777, 909f., 959, 1123f., 1128
- Australien  
S. 515
- Belgien  
S. 222, 255, 436, 651, 660, 921<sup>16</sup>, 1199, 1382, 1549
- Bulgarien  
S. 325<sup>4</sup>, 327
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 87, 162, 174, 263, 309** und S. 42, 57, 203f., 219<sup>3</sup>, 222f., 225, 256–260, 288–290, 292, 294, 301, 304f., 325<sup>4</sup>, 330, 365–371, 372<sup>26</sup>, 379f., 404, 427f., 435, 440, 449, 453, 455f., 481, 512, 514f., 551, 561, 574f., 580–582, 613, 619, 647f., 650<sup>23</sup>, 651, 652<sup>13</sup>, 656, 659f., 663, 671–676, 695f., 699–708, 710f., 722–724, 736<sup>15</sup>, 765<sup>15</sup>, 787, 805–807, 843, 896<sup>2</sup>, 901–904, 934–936, 977, 1012, 1014f., 1022f., 1026<sup>13</sup>, 1113, 1122–1124, 1160f., 1174f., 1197, 1199–1201, 1211–1213, 1257, 1263–1265, 1305, 1313, 1315, 1325f., 1328, 1336f., 1340f., 1346, 1380–1385, 1389–1392, 1401<sup>18</sup>, 1435, 1439<sup>22</sup>, 1463, 1481f., 1484, 1488, 1498f., 1535f., 1549f., 1555–1557, 1569, 1578–1583, 1594f., 1625, 1643, 1656, 1672f., 1683, 1687f., 1691, 1710<sup>27</sup>, 1711–1713, 1729, 1748<sup>2+3</sup>, 1749–1751, 1777, 1808, 1822, 1825, 1849f., 1856–1859, 1861–1864, 1869, 1871f., 1876–1878, 1880f., 1883f.
- ČSSR  
S. 457–460, 1183f.
- Dänemark  
S. 223, 436, 440, 1546, 1552, 1664
- DDR  
S. 457f., 930<sup>2</sup>, 933–935, 977, 1346, 1349, 1499
- Frankreich  
**Dok. 80** und S. 4, 57, 223f., 259, 288–290, 303, 366–368, 370f., 380, 480f., 513–515, 551, 560f., 580–582, 611<sup>40</sup>, 612f., 652<sup>13</sup>, 659f., 693, 695, 698–700, 703f., 706, 708–712, 722–724, 736<sup>15</sup>, 765<sup>15</sup>, 777f., 803, 806–808, 853, 856, 896<sup>2</sup>, 901f., 904, 921<sup>16</sup>, 933f., 1061<sup>9</sup>, 1062<sup>10</sup>, 1065, 1161, 1174, 1195f., 1198, 1200f., 1336f., 1353, 1356, 1381f., 1417<sup>14</sup>, 1429f., 1498, 1536, 1564, 1566, 1569, 1578–1583, 1593–1595, 1610<sup>9</sup>, 1808, 1810, 1812, 1822, 1825, 1842, 1846, 1849f., 1859
- Griechenland  
S. 266<sup>29</sup>, 1857
- Großbritannien  
S. 4, 65, 78f., 121, 224, 303<sup>12</sup>, 366–368, 370, 380, 426f., 436, 513–515, 574f., 612,

- 656, 660, 706, 722f., 805, 807, 853, 920, 1026<sup>13</sup>, 1160, 1196–1200, 1257, 1329, 1354, 1382, 1391f., 1439<sup>22</sup>, 1492, 1498, 1549, 1580f., 1610<sup>9</sup>, 1642f., 1663, 1688, 1691, 1728, 1876, 1879
- Indien  
S. 1022f.
  - Israel  
S. 515
  - Italien  
S. 57, 222, 258–260, 367, 436, 514f., 614, 659f., 706, 934, 1160, 1198, 1341<sup>15</sup>, 1381f., 1496, 1498, 1518, 1656, 1876, 1879
  - Japan  
S. 260, 366, 515, 551f., 561, 580–582, 660, 706, 976f., 1160, 1199, 1492
  - Kanada  
S. 224, 354, 432, 436, 574, 580–582, 1199, 1353, 1356, 1549
  - Luxemburg  
S. 436, 921<sup>16</sup>, 1810
  - NATO  
**Dok. 39** und S. 251, 257, 480, 514, 515<sup>12</sup>, 611–614, 693, 695, 698, 733, 735f., 787, 805f., 1061<sup>8</sup>, 1154<sup>17</sup>, 1439, 1546, 1552, 1582, 1610, 1728, 1865, 1872, 1877
  - Niederlande  
S. 224, 255, 436, 514f., 778<sup>8</sup>, 921<sup>16</sup>, 1198f., 1382, 1439, 1548
  - Norwegen  
S. 224, 436, 1546, 1548, 1552, 1662, 1728
  - Österreich  
S. 616
  - Polen  
S. 457, 459, 843
  - Portugal  
S. 436
  - Schweden  
S. 515
  - Spanien  
S. 722, 724f., 1380, 1382–1385, 1662
  - Türkei  
S. 436
  - UdSSR  
**Dok. 66, 131** und S. 3f., 6, 26–28, 42, 64, 90, 98f., 102, 202, 204, 212f., 220, 223f., 239, 251f., 256, 266<sup>29</sup>, 272, 292, 294, 301, 355, 379f., 391, 435f., 446, 453f., 457, 459–461, 463, 465, 468, 522, 537f., 564, 574f., 593<sup>7</sup>, 606, 609, 612, 645, 647–649, 650<sup>23</sup>, 693, 700, 782, 786, 804f., 808, 828, 843, 853–855, 902f., 917, 918<sup>5</sup>, 921, 935, 950, 1014, 1049, 1094–1096, 1113, 1127, 1162f., 1174, 1196f., 1199f., 1211f., 1257, 1263–1265, 1313, 1325f., 1328–1331, 1351, 1355, 1359f., 1361<sup>13</sup>, 1362, 1381, 1383, 1400, 1417<sup>14</sup>, 1429, 1432, 1434f., 1438, 1458f., 1492, 1498f., 1518, 1525, 1531, 1535f., 1555f., 1572, 1575f., 1583, 1587, 1642f., 1658, 1660, 1662–1664, 1670<sup>5</sup>, 1671, 1673–1675, 1676<sup>20</sup>, 1683, 1687, 1709, 1710<sup>27</sup>, 1711–1714, 1748<sup>2+3</sup>, 1749<sup>7</sup>, 1750f., 1763, 1780, 1805, 1807, 1809, 1842, 1846, 1859, 1870–1872, 1875–1878
  - Ungarn  
S. 883
  - USA  
S. 3, 5f., 14, 26–28, 35f., 42, 64, 89, 91, 201<sup>18</sup>, 202–204, 211f., 219, 221–225, 252–259, 272, 289, 294, 303, 332, 354f., 365–371, 372<sup>26</sup>, 380, 392<sup>18</sup>, 426f., 432–436, 446, 454, 456, 459–461, 468, 497, 513–515, 522, 560f., 574f., 580, 603<sup>15</sup>, 609, 611–614, 645, 649, 656, 659, 672–674, 693, 695<sup>22</sup>, 698f., 702, 706, 708–712, 722f., 735f., 777f., 782f., 786f., 794, 803–808, 810<sup>31</sup>, 853–860, 901, 917–921, 924, 933–935, 977, 1014f., 1022f., 1048f., 1061<sup>9</sup>, 1094–1096, 1122<sup>3</sup>, 1125, 1195–1201, 1211f., 1326, 1330, 1346, 1349, 1351, 1353–1355, 1359, 1381, 1383, 1392, 1404, 1413<sup>2</sup>, 1414<sup>3+4</sup>, 1430, 1432–1439, 1456, 1459, 1463, 1482, 1491, 1495f., 1498f., 1518, 1525, 1531, 1548f., 1552, 1560, 1564, 1566, 1575f., 1578–1582, 1587f., 1594, 1602–1612, 1626–1632, 1642f., 1658–1660, 1662, 1664, 1673, 1691, 1713, 1727–1729, 1780, 1807, 1809f., 1842, 1859–1861, 1872, 1883f.
  - Volksrepublik China  
S. 1408f., 1539
  - WEU  
**Dok. 233** und S. 920<sup>15</sup>, 921, 1612, 1849, 1856
- Senegal**  
S. 349<sup>17</sup>
- SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins)**  
S. 595<sup>19</sup>, 596

**Simbabwe**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Algerien, Großbritannien, Österreich*

S. 586–588, 590, 836<sup>8</sup>, 1277, 1762–1764

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 337** und S. 590<sup>23</sup>, 836

**Somalia**

*siehe außerdem: Terrorismus*

S. 13

**Sowjetunion**

*siehe: UdSSR*

**Spanien**

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Ägypten, Algerien, Argentinien, Chemische Waffen, Chile, El Salvador, EUREKA, Europäische Akte, European Fighter Aircraft, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Honduras, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kuba, KVAE, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, NATO, Nicaragua, Nord-Süd-Dialog, Polen, SDI, Terrorismus, VN*

S. 105, 712, 887

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 67, 138, 144, 265, 267** und S. 17, 285<sup>15</sup>, 286, 654, 926, 1073<sup>1</sup>, 1074–1076, 1274, 1451, 1474f., 1477, 1644

- EG/EPZ

S. 75, 77, 104–106, 262–264, 283–286, 372–375, 417–419, 422, 492, 508f., 511, 667, 719–721, 752, 768f., 779, 864, 942, 993, 1075f., 1259, 1332, 1342, 1363–1365, 1367–1369, 1374f., 1379f., 1451, 1474f., 1520, 1522

- UdSSR

S. 292, 295, 368, 373, 905, 1383, 1809

- Uruguay

S. 1374

- USA

S. 369, 749–751, 1074f., 1331f., 1367f., 1371, 1385

- Venezuela

S. 720

- Volksrepublik China

S. 1367, 1383

- WEU

S. 1363

**SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)**

S. 26, 30f., 37, 47, 57, 60, 159, 310, 319, 357<sup>1</sup>, 361f., 423, 431, 583, 629<sup>12</sup>, 630, 637<sup>12</sup>, 678<sup>9</sup>, 702<sup>29</sup>, 834<sup>7</sup>, 841, 842<sup>5</sup>, 843, 881f., 886, 898f., 901, 906, 910, 939, 973, 1001, 1079–1082, 1091, 1136<sup>9</sup>, 1137, 1146, 1148, 1152, 1155, 1168, 1193, 1242, 1254, 1316<sup>25</sup>, 1319f., 1323<sup>10</sup>, 1347, 1366, 1390, 1453, 1481<sup>16</sup>, 1487<sup>17</sup>, 1501, 1566, 1595, 1636, 1646<sup>13</sup>, 1647<sup>19</sup>, 1648<sup>26+27</sup>, 1708, 1712, 1730–1733, 1751, 1794<sup>20</sup>, 1807, 1838, 1886–1890

**Sri Lanka**

*siehe außerdem:*

*DDR, Frankreich, Großbritannien, Indien, Kanada, Schweiz, Terrorismus*

**Dok. 34**

- Bundesrepublik Deutschland

S. 287, 667

**Standing Consultative Commission (SCC)**

S. 808, 827f., 1628

**Stiftung Preußischer Kulturbesitz**

S. 342f., 406, 936, 1068<sup>3</sup>, 1070, 1335<sup>40</sup>

**Südafrika**

*siehe außerdem:*

*Algerien, Angola, Botsuana, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, Luxemburg, Mosambik, Namibia-Frage, Niederlande, Portugal*

S. 562, 585–591, 1227, 1277

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 166, 227** und S. 588–590, 681, 836, 840, 1026<sup>13</sup>, 1042–1044, 1280, 1290–1292, 1323–1325, 1764

- EG/EPZ

S. 1171, 1173, 1258–1260, 1291, 1304, 1323, 1522f.

- UdSSR

S. 607, 1325, 1459, 1664

- USA

S. 395<sup>11</sup>, 572, 607, 681<sup>17</sup>, 1054, 1109, 1290–1292, 1304, 1323–1325, 1459, 1664

**Sudan**

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Libyen, Nord-Süd-Dialog, Terrorismus*

S. 172, 175, 550, 1219, 1513

- Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 294** und S. 681

- Tansania  
S. 680
- Tschad  
S. 1513
- UdSSR  
S. 172
- Uganda  
S. 1513
- USA  
S. 13, 680<sup>15</sup>, 1054, 1515

### Syrien

*siehe außerdem:*

*Ägypten, Iran, Israel, Jordanien, Libanon-Konflikt, Nahost-Konflikt, Saudi-Arabien, Terrorismus*

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 238, 239** und S. 57, 743, 1185, 1218, 1260, 1294, 1446, 1451
- USA  
S. 517, 1227–1229

### Tansania

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Libyen, Sudan, Terrorismus*

**Dok. 132** und S. 590<sup>23</sup>, 840, 1277, 1279

### Telekommunikations- und Fachinformatik

**Dok. 242** und S. 1017, 1737–1741

### Terrorismus

- S. 19, 112, 114<sup>12</sup>, 133, 165, 171, 216, 267, 552, 569 f., 1288 f.
- Ägypten  
S. 171, 1293, 1445 f., 1451, 1488, 1694 f.
- Algerien  
S. 890<sup>7</sup>
- Bundesrepublik Deutschland  
S. 71, 73, 127 f., 267, 486, 562 f., 669<sup>7</sup>, 670, 681, 757, 889–895, 905, 979, 1013, 1016, 1021, 1026, 1071–1073, 1305, 1333, 1446, 1448, 1488, 1852<sup>10</sup>
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)  
S. 893<sup>16</sup>
- Frankreich  
S. 563<sup>31</sup>, 905, 1332
- Griechenland  
S. 266, 892, 1852<sup>10</sup>
- Großbritannien  
S. 71, 73, 1020<sup>19</sup>, 1026<sup>13</sup>, 1333
- Indien  
S. 194–196, 1016, 1020 f.
- Irak  
S. 127 f., 1695
- Iran  
S. 127 f., 171, 890 f., 1073
- Israel  
S. 890<sup>7</sup>, 891, 1445–1447, 1451, 1473–1475
- Italien  
S. 892, 1488, 1498<sup>7</sup>, 1695
- Jugoslawien  
S. 669<sup>4+7</sup>, 670, 757
- Kanada  
S. 1016, 1020<sup>19</sup>
- Kuwait  
S. 891<sup>11</sup>
- Libanon  
S. 890 f., 892<sup>13+14</sup>, 1073, 1237, 1293
- Libyen  
S. 171, 387, 681, 890, 894 f., 1510
- NATO  
S. 1332
- Philippinen  
S. 171
- Schweden  
S. 893
- Schweiz  
S. 892, 1305
- Somalia  
S. 893
- Spanien  
S. 1369
- Sri Lanka  
S. 194–196
- Sudan  
S. 171
- Syrien  
S. 245, 387, 486, 890<sup>8</sup>
- Tansania  
S. 681
- Türkei  
S. 486
- UdSSR  
S. 387, 389, 780<sup>21</sup>, 1508–1510
- USA  
S. 266, 388, 780<sup>21</sup>, 889–893, 1013, 1016, 1020<sup>19</sup>, 1021, 1071–1073, 1305, 1332, 1451, 1488, 1508–1510, 1695

- VN  
S. 1332
- Zypern  
S. 1445, 1473

#### **Thailand**

*siehe außerdem:*

*Afghanistan, Indien, Japan, Kambodscha, Republik Korea (Südkorea)*

- S. 957
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 180, 275** und S. 732, 973, 979
- EG/EPZ  
S. 1419
- UdSSR  
S. 954<sup>3</sup>, 957 f., 1421
- Vietnam  
S. 957, 1421 f.
- Volksrepublik China  
S. 954<sup>3+4</sup>, 956–958, 1421

#### **Tonga**

S. 491<sup>5</sup>

#### **Tschad**

*siehe außerdem: Libyen, Sudan*

S. 1277

#### **Tschechoslowakei**

*siehe: ČSSR*

#### **Tunesien**

*siehe außerdem:*

*Algerien, Israel, Jordanien, Nahost-Konflikt, Polen*

S. 285

#### **Türkei**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Bulgarien, Chemische Waffen, Dänemark, EUREKA, Frankreich, Griechenland, Irak, Iran, KVAE, Libanon-Konflikt, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, Polen, Saudi-Arabien, SDI, Terrorismus, Zypern-Konflikt*

- S. 73 f.
- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 92, 185, 188, 240, 338** und S. 17, 178 f., 184, 654, 824, 1477, 1639, 1852–1854
- EG/EPZ  
S. 109 f., 486–488, 667, 986, 1006 f., 1451<sup>15</sup>, 1765 f., 1768 f., 1854
- Kurdenproblem  
S. 485 f.

- UdSSR  
S. 1006, 1809
- USA  
S. 384, 488, 981–983, 1207

#### **UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)**

*siehe außerdem:*

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, ASAT, Belgien, Berlin, Bulgarien, Chemische Waffen, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), EPZ, EUREKA, Finnland, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Kriegsende, KSZE, Kuba, KVAE, Libanon-Konflikt, MBFR, Mittelamerika-Politik, Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Raumfahrtspolitik, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, SDI, Spanien, Südafrika, Sudan, Terrorismus, Thailand, Türkei, VN, Warschauer Pakt*

**Dok. 16, 59, 172, 178** und S. 14, 45, 67, 149, 159 f., 167, 175, 200, 260, 269, 389, 492 f., 587, 657–659, 677, 777, 973, 1254 f., 1452 f., 1468, 1859

- „Breschnew-Doktrin“  
S. 134, 239, 1686
- Dissidenten  
S. 64, 605
- EG/EPZ  
S. 369<sup>19</sup>, 906–908, 1001, 1032, 1231, 1374, 1521, 1538, 1575, 1686 f., 1873
- NATO  
S. 45, 228, 593<sup>7</sup>, 658, 853–855, 1657, 1860, 1863, 1865
- Technologische Entwicklung  
**Dok. 183, 332** und S. 64, 92 f., 365, 468, 523 f., 563, 616, 659, 672, 693, 786 f., 806, 885<sup>25</sup>, 902, 906, 1231, 1255, 1328–1330, 1351, 1383, 1461
- Ungarn  
**Dok. 206** und S. 67, 161, 884 f., 1393, 1488, 1641, 1684, 1704<sup>10</sup>, 1706 f., 1782, 1819

– USA

**Dok. 88, 214, 264, 290, 293, 306, 317, 319** und S. 11<sup>8</sup>, 25–37, 64, 66f., 78, 88f., 92f., 146f., 149f., 159, 161, 198–202, 212, 214, 292f., 299, 302, 305, 332, 348, 355, 365–368, 370, 373, 379, 390f., 408, 454–456, 460, 495<sup>2</sup>, 496, 501, 504f., 530<sup>10</sup>, 556, 563f., 572–574, 593<sup>7+9</sup>, 595<sup>18</sup>, 597–599, 604–613, 617, 635, 643f., 657, 672f., 677, 684, 693f., 755, 758–760, 770, 773<sup>22</sup>, 774, 778–781, 783–785, 803, 808–811, 843, 857–859, 883, 885f., 888, 904–906, 908–910, 946, 949–951, 957, 959, 973f., 977, 996, 1000–1002, 1013–1015, 1022, 1033f., 1037, 1048–1050, 1087f., 1100f., 1102–1104, 1113f., 1116, 1142f., 1161–1163, 1176, 1180, 1189, 1202, 1205, 1207, 1211, 1214, 1220, 1226, 1231, 1250, 1255f., 1263, 1268f., 1277f., 1302f., 1311–1320, 1322, 1328–1331, 1335, 1346, 1350–1352, 1354, 1389, 1393, 1403<sup>11</sup>, 1404, 1414–1418, 1432, 1440, 1449<sup>3</sup>, 1450, 1456–1460, 1463–1467, 1480–1482, 1485f., 1488f., 1499–1502, 1518, 1520, 1525–1536, 1538f., 1546–1549, 1551f., 1554f., 1558, 1572, 1575–1578, 1590f., 1614f., 1626–1632, 1640–1642, 1649, 1651f., 1679, 1681–1684, 1687–1689, 1694, 1702<sup>6</sup>, 1703, 1705f., 1708, 1711–1713, 1727–1729, 1743, 1747, 1748<sup>2</sup>, 1749f., 1760, 1763, 1778–1780, 1783, 1786, 1803–1809, 1811, 1819f., 1840, 1857, 1870–1877, 1879, 1885–1887, 1891

– Verteidigungspolitik

S. 220–223, 250, 685, 700, 1119, 1383, 1400, 1434, 1436, 1582, 1672, 1842f.

– Vietnam

S. 553, 607f., 956–958, 1421f., 1492, 1540f.

– Volksrepublik China

S. 118, 202, 302f., 553, 799–801, 947, 956f., 959, 973, 975, 1000–1002, 1020, 1110f., 1231, 1307, 1328f., 1383, 1421, 1445, 1480, 1539f., 1615

– WEU

S. 675f.

**UdSSR—Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 18, 54, 55, 68, 94, 127, 208, 215, 226, 235, 244, 246, 256, 296, 300, 321, 327, 334, 352, 353, 354** und S. 15, 30f., 45, 47, 49<sup>24</sup>, 66, 93, 119, 147, 150f., 160, 198–201, 211, 269, 329, 331, 348, 354, 365–371, 373, 389, 391, 409, 415, 446f.,

457–470, 493, 563, 565, 600–602, 611, 657–659, 674, 676f., 693–695, 703, 705f., 746, 753, 757–760, 771, 780, 788, 800f., 804, 841, 850<sup>7</sup>, 888, 903, 905f., 919, 929, 931, 954<sup>3</sup>, 958f., 973f., 980, 1000f., 1004, 1006, 1014, 1017, 1065, 1067, 1094–1096, 1107, 1111, 1123, 1127, 1149f., 1175f., 1267–1269, 1299, 1325, 1328, 1365, 1384, 1393, 1408f., 1415–1418, 1422, 1427, 1429f., 1451, 1453, 1461, 1463–1467, 1489f., 1571–1578, 1582–1584, 1590–1594, 1640–1642, 1651, 1661, 1671f., 1675f., 1685–1687, 1705–1707, 1725, 1729, 1733–1736, 1779, 1781–1783, 1807–1809, 1819f., 1822, 1824, 1831, 1842, 1885–1888, 1890f.

– Aufnahme diplomatischer Beziehungen

S. 47, 296, 378, 642, 647, 879, 882, 1115, 1208

– Ausreise/humanitäre Fragen

S. 646f., 1116, 1216, 1264, 1317, 1449f., 1496, 1502, 1645<sup>5</sup>, 1649, 1709, 1750, 1786

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen

S. 97, 295, 297, 302, 393<sup>6</sup>, 395, 493, 496–500, 646, 648, 760, 1083, 1113, 1216f., 1257f., 1268, 1525, 1528, 1533f., 1536f., 1709, 1713, 1748<sup>2</sup>, 1870, 1873f., 1876, 1880, 1886

– Kulturbeziehungen

S. 295, 297, 378, 646, 1113, 1709, 1873

– „Revanchismuskampagne“

S. 45, 48, 99f., 292, 297, 301, 305f., 354, 416f., 446, 541<sup>3</sup>, 542, 595<sup>16+17</sup>, 596<sup>21</sup>, 597, 648, 759, 1082f., 1209f., 1325, 1709–1711, 1749<sup>7</sup>, 1750, 1871<sup>20</sup>, 1885, 1890

– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

S. 297, 378, 937, 969, 971, 1215f., 1264, 1533f.

**Uganda**

*siehe unter: Sudan*

**Umweltpolitik/Umweltschutz**

S. 162–164, 329, 423, 425, 653, 1089, 1143f., 1192, 1500, 1590, 1804

**UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organization)**

*siehe unter: VN*

**Ungarn**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, ČSSR, DDR, EUREKA, Finnland, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien,*

*KSZE, KVAE, Österreich, Polen, Rumänien, SDI, Thailand, UdSSR, Warschauer Pakt*

S. 92, 1393, 1740

– Bundesrepublik Deutschland

**Dok. 168, 326** und S. 150, 201, 760, 935, 1077–1079, 1163, 1429, 1487 f., 1684, 1686, 1782, 1817–1819

– EG/EPZ

S. 1704, 1818 f.

– USA

S. 1783, 1808, 1816–1819, 1876, 1887

– Volksrepublik China

S. 818 f.

**Union of Concerned Scientists**

S. 224, 255, 1049, 1108, 1351

**UNO (United Nations Organization)**

siehe: VN

**Uruguay**

siehe außerdem:

*Abrüstung, Brasilien, Chile, El Salvador, Großbritannien, Honduras, Nicaragua, Nord-Süd-Dialog, Panama, Spanien*

**Dok. 62** und S. 360 f., 550

– Bundesrepublik Deutschland

S. 382, 534, 739, 749<sup>5</sup>, 1372, 1483

– EG/EPZ

S. 534, 1275<sup>29</sup>

– USA

S. 360, 391<sup>14</sup>, 1333

**USA (United States of America)**

siehe außerdem:

*ABM-Vertrag, Abrüstung, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, ASAT, Belgien, Berlin, Brasilien, Bulgarien, Chemische Waffen, Chile, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), El Salvador, EUREKA, European Fighter Aircraft, Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Griechenland, Großbritannien, Honduras, Indien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Kriegsende, KSZE, Kuba, KVAE, Libanon-Konflikt, Libyen, MBFR, Mexiko, Mittelamerika-Politik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, Pakistan, Polen,*

*Portugal, Raumfahrtspolitik, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, Saudi-Arabien, Schweiz, SDI, Spanien, Südafrika, Sudan, Syrien, Terrorismus, Türkei, UdSSR, Ungarn, Uruguay, VN, Zypern-Konflikt*

**Dok. 200** und S. 14, 67 f., 90–93, 142, 167, 207, 209 f., 259 f., 303, 326–328, 332, 356, 492, 498, 500, 513, 548 f., 559, 586 f., 724, 746, 763, 959, 1009 f., 1323, 1738, 1770<sup>22</sup>, 1814 f., 1864

– EG/EPZ

S. 109, 278, 280, 282, 395 f., 533, 569, 700, 716, 863, 1032, 1290<sup>3</sup>, 1380<sup>7</sup>, 1483, 1499, 1518, 1625, 1656, 1814

– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)

S. 16, 26, 29, 229, 233, 266<sup>30</sup>, 270, 303<sup>12</sup>, 367, 380<sup>19</sup>, 382, 387, 392, 395, 396<sup>13</sup>, 413 f., 434, 453 f., 456, 495<sup>2</sup>, 500, 559, 567, 603, 622, 624 f., 632–634, 636, 639 f., 673 f., 683, 685<sup>8</sup>, 687, 706, 711, 731, 783 f., 805, 809 f., 826, 828, 833 f., 981<sup>19</sup>, 1005, 1051, 1053, 1054<sup>14+15</sup>, 1055, 1057–1059, 1060<sup>13</sup>, 1136, 1204, 1290<sup>3</sup>, 1306, 1308<sup>32+33</sup>, 1309, 1312, 1323 f., 1355, 1414 f., 1440, 1482, 1488, 1490, 1500, 1511, 1579, 1605, 1629, 1659, 1674 f., 1683, 1802, 1805, 1811, 1814 f.

– Verteidigungspolitik

**Dok. 5** und S. 11 f., 130–132, 380<sup>19</sup>, 434 f., 671, 1381, 1383, 1547 f., 1587 f., 1672, 1727 f.

– Vietnam

S. 92, 607 f., 1050–1056, 1492, 1519, 1783

– Volksrepublik China

S. 156 f., 799 f., 802, 956 f., 999, 1002, 1111, 1149<sup>3</sup>, 1150, 1383, 1480, 1488 f., 1538–1540, 1755

– WEU

S. 7–10, 1612<sup>12</sup>

**USA—Bundesrepublik Deutschland**

**Dok. 71, 78, 110, 199, 135, 169, 190, 204, 251, 258, 279, 280, 284, 288, 289, 291, 298, 346, 355** und S. 7–10, 25, 31 f., 37, 49, 77<sup>26</sup>, 115, 119 f., 124, 157, 178, 184–186, 190, 192, 197–201, 203, 209, 227–229, 232 f., 244, 258, 267, 275 f., 290, 292<sup>6</sup>, 294, 303 f., 308, 310 f., 356, 357<sup>5</sup>, 360 f., 370 f., 379 f., 384, 387 f., 399, 411–414, 448–450, 458–461, 492, 499, 517–519, 529–531, 533, 576–579, 583 f., 609–611, 621–628, 632<sup>5</sup>, 633–638, 640, 651, 658 f., 661, 674, 676 f.,

701f., 704, 706, 708, 710f., 716, 728f., 748<sup>31</sup>, 751, 753, 756, 759, 769–775, 787f., 799, 802, 810, 819, 829, 833–835, 839, 859f., 863, 866<sup>12</sup>, 896<sup>2</sup>, 899<sup>14</sup>, 903, 917–921, 959, 962, 965–969, 977, 1026f., 1040, 1041<sup>8</sup>, 1057<sup>4+7</sup>, 1058–1060, 1073–1076, 1095f., 1111, 1122–1131, 1134–1137, 1150, 1154, 1163, 1175f., 1183, 1201, 1210, 1213, 1228, 1272f., 1293, 1314f., 1317, 1336f., 1351<sup>7</sup>, 1352, 1354, 1365, 1371, 1373, 1382, 1384–1386, 1390–1392, 1405f., 1413–1418, 1425, 1430, 1432–1439, 1446, 1448<sup>2</sup>, 1449f., 1452–1455, 1489–1497, 1505, 1510f., 1526f., 1530, 1534–1536, 1538, 1554, 1558–1566, 1572, 1576, 1578–1582, 1591f., 1602–1613, 1625, 1640–1644, 1649, 1651, 1660f., 1670–1673, 1675, 1682–1684, 1688f., 1692, 1705, 1710<sup>27</sup>, 1711, 1712<sup>31</sup>, 1713f., 1726, 1728, 1745, 1750, 1774, 1777, 1779, 1783, 1807–1809, 1822–1825, 1828–1831, 1842, 1846, 1848, 1855, 1857–1862, 1871f., 1876–1878, 1880, 1886

- Gefallenengedenken am 5.5.1985 in Bitburg  
**Dok. 95, 123** und S. 595<sup>16+19</sup>, 597, 599, 605, 726<sup>8</sup>, 727, 742, 1453f., 1543f., 1682, 1720, 1722

- Militärstützpunkte  
**Dok. 3, 254**

**VAE (Vereinigte Arabische Emirate)**  
S. 745–747, 1285

**Vanuatu**  
S. 491<sup>5</sup>

**Vatikan**  
*siehe: Heiliger Stuhl*

**VCI (Verband der Chemischen Industrie)**  
S. 866f.

**Venezuela**  
*siehe unter: El Salvador, Spanien*

**Vereinigte Arabische Emirate**  
*siehe: VAE*

**Vereinigte Staaten von Amerika**  
*siehe: USA*

**Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland**  
*siehe: Großbritannien*

**Vereinte Nationen**  
*siehe: VN*

**Vierer-Außenministertreffen**  
**Dok. 153, 259, 341, 344**

**Vierer-Direktorentreffen**  
**Dok. 193, 194, 322** und S. 8–10, 859, 1329<sup>13</sup>

**Vierergruppe**  
*siehe: Bonner Vierergruppe*

**Vietnam**  
*siehe außerdem:*  
*Frankreich, Großbritannien, Indonesien, Japan, Kambodscha, Thailand, UdSSR, USA, VN*  
S. 731, 957, 1540f.

**VN (Vereinte Nationen)**  
*siehe außerdem:*  
*Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Terrorismus, Zypern-Konflikt*  
S. 128, 333, 209f., 483<sup>6</sup>, 615, 619, 1282f.

- 40. Jahrestag der Gründung  
S. 146, 148, 573, 1163, 1177, 1277, 1289, 1334, 1345, 1389f., 1433<sup>8</sup>, 1497<sup>2</sup>, 1525<sup>2</sup>, 1543<sup>2</sup>, 1743

- Afghanistan  
S. 608, 1166, 1168, 1428, 1431, 1487, 1493, 1592, 1674

- Argentinien  
S. 1688<sup>4</sup>

- Belgien  
S. 1166

- Bundesrepublik Deutschland  
S. 411, 1044, 1166, 1315, 1317<sup>2</sup>, 1318, 1334, 1348f., 1389, 1489, 1504, 1535, 1543<sup>2</sup>, 1688

- Charta vom 26.6.1945  
S. 46<sup>7</sup>, 133, 238, 240, 742, 935<sup>22</sup>, 1182, 1204f., 1464

- Conference on Disarmament (CD)  
*siehe unter: Abrüstung*

- DDR  
S. 1345, 1349, 1839

- Frankreich  
S. 1334

- GATT (General Agreement on Tariffs and Trade)  
*siehe: GATT*

- Generalversammlung  
S. 36<sup>17</sup>, 45, 66<sup>24</sup>, 134<sup>16</sup>, 174, 411, 448<sup>4</sup>, 464, 554, 573, 728, 840, 973f., 1090, 1117<sup>18</sup>, 1161, 1166, 1169f., 1178<sup>6</sup>, 1190, 1220, 1228, 1292, 1301, 1310<sup>2</sup>, 1311,



- 1314f., 1317<sup>2</sup>, 1318, 1324f., 1334<sup>36</sup>, 1345f., 1348, 1372, 1389f., 1481f., 1485f., 1489–1491, 1498, 1509f., 1528, 1530, 1535, 1555, 1660, 1695, 1804, 1807, 1839
  - Großbritannien  
S. 1390, 1688
  - IAEO (Internationale Atomenergieorganisation)  
S. 800, 964<sup>4</sup>, 1386<sup>2</sup>, 1387<sup>8</sup>
  - ICAO (International Civil Aviation Organization)  
S. 1332
  - Israel  
S. 1695
  - Italien  
S. 569, 1491
  - IWF (Internationaler Währungsfonds)  
S. 142, 151, 350<sup>7</sup>, 532, 534, 535<sup>12</sup>, 549, 551, 560, 997, 1334, 1514f., 1520, 1763, 1807
  - Japan  
S. 1308, 1491f.
  - Hoher Flüchtlingskommissar  
S. 1420<sup>9</sup>, 1513
  - Kambodscha  
S. 554, 731, 1308
  - Kanada  
S. 1490
  - Menschenrechtskommission (MRK)  
S. 173–176, 309f., 529, 1166
  - Pakistan  
S. 608, 1592<sup>15</sup>
  - Resolution Nr. 181 der Generalversammlung vom 29.11.1947  
S. 868
  - Resolution Nr. 39/119 der Generalversammlung vom 14.12.1984  
S. 188
  - Resolution Nr. 40/137 der Generalversammlung vom 13.12.1985  
S. 1166<sup>10</sup>
  - Resolution Nr. 1985/38 der Menschenrechtskommission vom 13.3.1985  
S. 1166<sup>8</sup>
  - Resolution Nr. 1503 des Wirtschafts- und Sozialrats vom 27.5.1970  
S. 174<sup>9</sup>
  - Resolution Nr. 232 des Sicherheitsrats vom 16.12.1966  
S. 590<sup>22</sup>
  - Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967  
S. 242, 244, 267, 271, 386–388, 868, 1187, 1220, 1447, 1695
  - Resolution Nr. 253 des Sicherheitsrats vom 29.5.1968  
S. 590<sup>22</sup>
  - Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrats vom 22.10.1973  
S. 868, 1447, 1695
  - Resolution Nr. 425 des Sicherheitsrats vom 19.3.1978  
S. 1293
  - Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978  
S. 590<sup>23</sup>, 681, 836<sup>6</sup>, 839<sup>21</sup>, 840
  - Resolution Nr. 569 des Sicherheitsrats vom 26.7.1985  
S. 1259
  - Sicherheitsrat  
S. 1324<sup>12</sup>
  - Spanien  
S. 743<sup>13</sup>
  - UdSSR  
S. 594, 634, 1166, 1170, 1177, 1311, 1314, 1325, 1334, 1346, 1428f., 1431, 1509
  - UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization)  
S. 24, 1668
  - USA  
S. 411, 1117<sup>18</sup>, 1163, 1324, 1332, 1334, 1345, 1404, 1431, 1481f., 1485f., 1489–1491, 1498, 1509f., 1528, 1530, 1555, 1592, 1660, 1804, 1807
  - Vietnam  
S. 729<sup>3</sup>
  - Volksrepublik China  
S. 1334
  - Weltbank  
S. 77, 151, 350<sup>7</sup>, 532, 534, 535<sup>12</sup>, 997<sup>13</sup>, 1520, 1763, 1770<sup>22</sup>, 1807
- Völkerrecht**  
**Dok. 24**
- Volksrepublik China**  
*siehe außerdem:*  
*Abrüstung, Afghanistan, DDR, Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea), Frankreich, Genfer Rüstungskontrollverhandlungen, Großbritannien, Indien,*

*Iran, Israel, Italien, Japan, Jugoslawien, Kambodscha, Nahost-Konflikt, Pakistan, Polen, Republik Korea (Südkorea), Rumänien, SDI, Spanien, Thailand, UdSSR, Ungarn, USA, VN*

S. 337, 798, 801f., 1408–1410, 1539f., 1740

- Bundesrepublik Deutschland  
**Dok. 28, 152, 154, 272, 297, 335** und S. 167, 348, 543, 954<sup>3</sup>, 980, 998, 1000–1003, 1017, 1019f., 1149f., 1307<sup>26</sup>, 1350, 1446, 1480, 1615, 1713
- EG/EPZ  
S. 817, 1538

### **Warschauer Pakt**

*siehe außerdem:*

*Abrüstung, Chemische Waffen, Jugoslawien, Kriegsende, KVAE, NATO*

S. 37, 45, 54, 66, 201, 203, 289, 355, 370, 410, 464, 466, 492, 633, 636f., 646, 787, 801f., 819, 883, 888, 910, 934, 946, 1087, 1098<sup>9</sup>, 1178, 1495, 1657, 1678, 1823, 1858–1860, 1888

- DDR  
S. 500f., 753, 1886
- Rumänien  
S. 1817, 1819, 1855<sup>24</sup>, 1856
- UdSSR  
S. 1657, 1676, 1684f., 1710
- Ungarn  
S. 1707<sup>14</sup>, 1819

### **Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung**

*siehe unter: VN*

#### **Weltwirtschaftsgipfel**

S. 889<sup>3</sup>, 892, 964, 1301f.

- Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn  
S. 559, 1021
- Weltwirtschaftsgipfel am 28./29.6.1979 in Tokio  
S. 654
- Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.6.1982 in Versailles  
S. 557
- Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30.5.1983 in Williamsburg  
S. 68, 355f., 558, 1395, 1492

- Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9.6.1984 in London  
S. 142f., 152, 350, 562

- Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4.5.1985 in Bonn

**Dok. 112, 113** und S. 26, 47, 60, 68f., 73, 144, 151, 165f., 328f., 350, 352f., 355–357, 415, 466, 532–535, 548–552, 557, 564, 578–582, 599, 622, 652<sup>13</sup>, 654, 656, 660, 662, 677f., 692, 698, 701, 721, 750, 761, 803<sup>4</sup>, 806f., 896<sup>2</sup>, 931, 954<sup>3</sup>, 955f., 972, 979, 996f., 1000, 1021, 1046<sup>11</sup>, 1072, 1308<sup>32</sup>, 1332, 1807

- Weltwirtschaftsgipfel am 4. bis 6.5.1986 in Tokio  
S. 654, 664, 1302, 1305

### **Westsahara-Konflikt**

S. 587<sup>11</sup>, 743, 1277, 1281–1283

### **WEU (Westeuropäische Union)**

*siehe außerdem:*

*EPZ, Portugal, SDI, Spanien, UdSSR, USA*

**Dok. 2** und S. 288, 371, 500, 512–516, 651, 717<sup>39</sup>, 865<sup>7</sup>, 915, 1074<sup>5</sup>, 1612<sup>11</sup>

- Belgien  
S. 512, 1199
- Bundesrepublik Deutschland/Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen  
S. 8, 101, 379, 413, 480, 663, 788, 904, 922, 1200f., 1338<sup>9</sup>, 1849, 1859, 1861, 1865f.
- Frankreich  
S. 8<sup>8</sup>, 480, 512, 792, 922, 1195f., 1338<sup>9</sup>, 1812, 1849
- Großbritannien  
S. 7<sup>6</sup>, 512, 662f., 666, 1196f.
- Italien  
S. 792, 1198
- Niederlande  
S. 512, 1198f.
- Parlamentarische Versammlung  
S. 698, 792
- Tagung des WEU-Ministerrats  
*siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen*

### **Wirtschaftsunternehmen**

- AEG AG  
S. 70, 1541<sup>20</sup>
- Aeroflot  
S. 574, 608, 771<sup>12</sup>, 781, 1108<sup>8</sup>, 1879

- 
- Aerospatiale S.N.I  
S. 1498<sup>6</sup>, 1691<sup>16</sup>, 1692
  - Air France  
S. 1800 f.
  - Air India  
S. 1020
  - Airbus Industrie  
S. 154 f., 165–167, 545 f., 665, 976, 1011, 1017<sup>7</sup>, 1161, 1585, 1595, 1692–1694
  - Alcatel  
S. 1616<sup>10</sup>
  - ARBED Saarstahl GmbH  
S. 1633, 1635 f.
  - ARBED S.A.  
S. 1636
  - Arianespace S.A.  
S. 545–547
  - Bank Handlowy Warszawa S.A.  
S. 1649
  - BBC (Brown, Boveri & Cie. AG)  
S. 1541<sup>20</sup>
  - BMW (Bayerische Motoren Werke AG)  
S. 165, 1172 f.
  - Boeing (The Boeing Company)  
S. 154<sup>7</sup>, 1693 f.
  - Bull S.A.  
S. 794, 1244<sup>6</sup>
  - Citroën  
*siehe: Peugeot*
  - CLT (Compagnie Luxembourgeoise de  
Télédiffusion)  
S. 1634
  - Control Data Corporation  
S. 207
  - DAF (Van Doorne's Automobielfabriek  
N.V.)  
S. 1470
  - Daimler-Benz AG  
S. 165, 489
  - Dassault (Avions Marcel Dassault-  
Breguet Aviations, AMD-BA)  
S. 1045, 1151<sup>6</sup>, 1586
  - Degussa AG  
S. 493<sup>9</sup>
  - Deutsche Babcock AG  
S. 1541
  - Deutsche Bank AG  
S. 495–501
  - Dillinger Hütte (Aktiengesellschaft der  
Dillinger Hüttenwerke)  
S. 1635
  - Direct Air Inc.  
S. 773
  - Dornier GmbH  
S. 1038, 1040
  - Dynamit Nobel AG  
S. 744<sup>16</sup>
  - EdF (Électricité de France S.A.)  
S. 707<sup>9</sup>
  - ENEL (Ente nazionale per l'energia elet-  
trica)  
S. 707<sup>9</sup>
  - Ericsson (Telefonaktiebolaget L.M. Erics-  
son)  
S. 1616<sup>10</sup>
  - Eurosatellite Gesellschaft für Satelliten-  
technik mbH  
S. 154<sup>8</sup>
  - Feinmechanische Werke Mainz GmbH  
S. 744<sup>16</sup>
  - Fiat S.p.A.  
S. 847
  - Framatome (Société Franco-Américaine  
de Constructions Atomiques S.A.)  
S. 1386<sup>2</sup>
  - GE (General Electric Company)  
S. 207
  - GLS Gesellschaft für logistischen Service  
mbH  
S. 744<sup>15</sup>
  - HDW (Howaldtswerke-Deutsche Werft  
AG)  
S. 1042, 1043<sup>7</sup>, 1423<sup>4</sup>, 1424–1426
  - Hoechst AG  
S. 516
  - IBM (International Business Machines  
Corporation)  
S. 278, 1244<sup>6</sup>, 1737
  - Ingenieurkontor Lübeck – Prof. Gabler  
Nachf. GmbH  
S. 1042 f.
  - Interflug  
S. 771<sup>12</sup>, 1800<sup>25</sup>, 1801
  - IRI (Istituto per la Ricostruzione Indus-  
triale)  
S. 1541<sup>20</sup>

- Italmimpianti (Società Italiana Impianti p.A.)  
S. 1541<sup>20</sup>
- Italtel S.p.A.  
S. 794
- ITL (International Computers Ltd.)  
S. 1244<sup>6</sup>
- ITT (International Telephone and Telegraph Corporation)  
S. 278, 1384
- Japan Airlines Company Ltd.  
S. 546
- KAL (Korean Airlines)  
S. 180, 572<sup>12</sup>, 781, 993, 999
- Karl Kolb GmbH & Co. KG  
S. 363, 517 f., 576 f.
- Karstadt AG  
S. 1384
- Krauss-Maffei AG  
S. 489, 527, 1470, 1767
- Krupp (Friedr. Krupp GmbH)  
S. 162, 845<sup>20</sup>, 1274<sup>28</sup>, 1275, 1757
- KWU (Kraftwerk Union AG)  
S. 154 f., 813<sup>7</sup>, 976, 997<sup>17</sup>, 1274<sup>28</sup>, 1275, 1386<sup>2</sup>, 1541
- Lufthansa (Deutsche Lufthansa AG)  
S. 154<sup>7</sup>, 773, 1694, 1800 f.
- MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG)  
S. 162, 207, 489
- Mannesmann AG  
S. 845<sup>20</sup>
- Mannesmann-Demag AG  
S. 1541
- Mannesmannröhren-Werke AG  
S. 796<sup>4</sup>
- Matra (Mécanique Aviation Traction)  
S. 1196, 1498<sup>6</sup>
- MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH)  
S. 154<sup>8</sup>, 162, 744<sup>15</sup>, 747, 795<sup>4</sup>, 796<sup>7</sup>, 984, 1038, 1040, 1149 f., 1470, 1541, 1691<sup>16</sup>, 1692, 1757, 1767, 1861<sup>16</sup>
- Mercedes  
*siehe: Daimler-Benz AG*
- Metallgesellschaft AG  
S. 493<sup>9</sup>
- MTU (Motoren- und Turbinen-Union GmbH)  
S. 489<sup>24</sup>, 1470<sup>2</sup>
- Nixdorf Computer AG  
S. 1244<sup>6</sup>
- NTT (Nippon Telegraph and Telephone Public Corporation)  
S. 546
- Olivetti S.p.A.  
S. 1244<sup>6</sup>
- Panavia Aircraft GmbH  
S. 1338
- Peugeot (PSA Peugeot Citroën)  
S. 164 f., 206<sup>8</sup>, 207
- Philips (N.V. Philips Glühlampenfabriken)  
S. 1244<sup>6</sup>
- RCA (Radio Corporation of America)  
S. 154<sup>8</sup>, 1541<sup>23</sup>
- Renault (Régie Nationale des Usines Renault)  
S. 165, 206<sup>8</sup>
- Reșița Renk  
S. 206
- Rheinbraun (Rheinische Braunkohlenwerke AG)  
S. 796
- Rheinmetall GmbH  
S. 470<sup>2</sup>, 471, 744<sup>15</sup>, 1410<sup>4</sup>, 1411
- Riedel-de Haën Aktiengesellschaft  
S. 516–519
- Ruhrgas AG  
S. 498<sup>11</sup>
- SACILOR (Société des Aciéries et Laminaires de Lorraine)  
S. 1635
- Salzgitter AG  
S. 1424<sup>7</sup>, 1425
- Sasol (South African Synthetic Oil Limited)  
S. 588
- Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH  
S. 707<sup>9</sup>
- Scientific Consulting Dr. Schulte-Hillen GmbH  
S. 1738
- SEL (Standard Elektrik Lorenz AG)  
S. 1420, 1541, 1757

- 
- Siemens AG  
S. 162, 207, 277, 765, 793 f., 796<sup>7</sup>, 814<sup>11</sup>,  
845<sup>20</sup>, 1244<sup>6</sup>, 1340–1342, 1420, 1502,  
1541, 1613, 1616, 1756 f., 1866 f., 1868<sup>6</sup>
  - Sikorsky Aircraft Corporation  
S. 1691
  - Sojusgasexport  
S. 498<sup>11</sup>
  - Tepco (Tokyo Electric Power Company  
Inc.)  
S. 545
  - Thomson-CSF  
S. 1340–1342, 1498
  - Thyssen Handelsunion AG  
S. 470–472, 845<sup>20</sup>
  - TWA (Trans World Airlines)  
S. 890<sup>7</sup>, 905, 1072 f., 1227, 1237, 1852<sup>10</sup>
  - Uhde GmbH  
S. 1541
  - Union Carbide Corporation  
S. 834<sup>5</sup>
  - URENCO (Uranium Enrichment Com-  
pany Ltd.)  
S. 796<sup>9</sup>, 797<sup>12</sup>, 1756
  - Uzina Constructoare de Maşini Reşiţa  
S. 206<sup>7</sup>
  - J.M. Voith GmbH  
S. 814<sup>11</sup>, 1541
  - Volkswagen AG  
S. 154 f., 206
  - Westland Helicopters Ltd.  
S. 1691 f.
  - Zahnräderfabrik Renk AG  
S. 206<sup>7</sup>
- Zaire**  
S. 1513
- Zentralrat der Juden in Deutschland**  
S. 46, 69
- Zypern**  
*siehe außerdem: Terrorismus*  
S. 1517
- Zypern-Konflikt**  
S. 74, 487, 821, 824<sup>19</sup>, 981<sup>9</sup>, 1141

**Organisationsplan  
des Auswärtigen Amts  
vom November 1985**

